



LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

13. Wahlperiode 2001 – 2006

SACHREGISTER

Stuttgart 2012

Sachregister

zu den Verhandlungen und Drucksachen
des Landtags von Baden-Württemberg

13. Wahlperiode

1. bis 109. Sitzung

12. Juni 2001 bis 22. Februar 2006

Drucksachen 13/1 – 13/5249

1. Juni 2001 bis 31. Mai 2006

VORBEMERKUNG

Diesem Gesamtregister für die 13. Wahlperiode (2001 – 2006) liegen die Protokolle der 109 Plenarsitzungen und die 5249 Drucksachen zugrunde.

Das **Sachregister** erschließt die Drucksachen und Protokolle in ihrer Gesamtheit. Es ist alphabetisch nach Deskriptoren/Schlagworten (die sich am Parlamentsthesaurus PARTHES der Parlamentsdokumentation beim Deutschen Bundestag und dem Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge DIP orientieren) gegliedert und weist die Ursprungsdrucksache als Fundstelle aus, wobei der parlamentarische Behandlungsablauf geschlossen dargestellt wird.

Die parlamentarischen Vorgänge bzw. die darin angesprochenen Sachverhalte werden durch Haupt- und Nebenschlagworte sowie Kurzreferate beschrieben. Der Haupt- oder Vorgangseintrag befindet sich unter dem die Thematik am treffendsten abbildenden Schlagwort. Die gesonderte Erschließung der Plenarprotokolle erfolgt durch Vergabe gleichrangiger Schlagworte und Beschreibung der Sachverhalte durch verkürzte Kurzreferate.

Das **Sprechregister** enthält in alphabetischer Reihenfolge die Namen der Redner (Abgeordnete, Mitglieder der Landesregierung, externe Redner), die im Plenum gesprochen haben. Die mit * oder ** bzw. *** bezeichneten Seitenzahlen besagen, dass der Redner zur Geschäftsordnung oder zur Abstimmung gesprochen hat bzw. eine persönliche Erklärung abgegeben hat. Unter dem Namen des Redners sind — wiederum nach Schlagworten in alphabetischer Reihung — seine Plenardebattenbeiträge zusammengefasst, wodurch eine Verknüpfung mit dem entsprechenden Vorgang im Sachregister erreicht wird. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass Reden in ihren wichtigen Punkten dokumentarisch dargestellt sind.

Die vorliegende elektronische Neufassung des Registers unterscheidet sich in Funktionalität und Gestaltung von der im April 2007 erstellten, gedruckten Fassung. Dem Register liegt jedoch der gleiche Datenbestand zugrunde. Die Daten der Datenbank ADAK-BW (des Landesinformationssystems LIS) wurden für die Nutzung am Rechner lediglich neu aufbereitet.

Stuttgart, im September 2012

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A/-A	Ausschuss/-ausschuss oder Autobahn	DFB	Deutscher Fußball-Bund
ABC-Waffen	Atomare, Biologische und Chemische Waffen	DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Abg	Abgeordneter	DringlAntr	Dringlicher Antrag
ABM	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	Drs	Drucksache
Abs	Absatz	DurchführungsVO	Durchführungsverordnung
ÄAntr	Änderungsantrag	EAntr	Entschließungsantrag
Änd	Änderung	Entschl	EntschlieÙung
AKW	Atomkraftwerk	Entw	Entwurf
Antr	Antrag	Epl	Einzelplan
Antw	Antwort	ESF	Europäischer Sozialfonds
B/B-	BundestraÙe oder Bund-/Bundes-	EuGH	Europäischer Gerichtshof
BA	Bundesagentur für Arbeit oder Berufsakademie	EVU	Energieversorgungsunternehmen
BAB	Bundesautobahn	FAG	Finanzausgleich(sgesetz)
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	FDP/DVP	Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei
BauGB	Baugesetzbuch	FH	Fachhochschule
Beschl	Beschluss	FinA	Finanzausschuss
BeschlEmpf	Ausschussbeschlussempfehlung	FM	Finanzminister(ium)
BGH	Bundesgerichtshof	GBl	Gesetzblatt
BHKW	Blockheizkraftwerk	GemO	Gemeindeordnung
BRat	Bundesrat	Ges/-Ges	Gesetz/-gesetz
BReg	Bundesregierung	GesBeschl	Gesetzesbeschluss
BSHG	Bundessozialhilfegesetz	GeschO	Geschäftsordnung
BTag	Bundestag	GesEntw	Gesetzentwurf
BtmG	Betäubungsmittelgesetz	GewO	Gewerbeordnung
BVerfG	Bundesverfassungsgericht	GG	Grundgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht	GHS	Grund- und Hauptschule
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr	GKN	Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH
BW	Baden-Württemberg	GO	Geschäftsordnung
CDU	Christlich-Demokratische Deutschlands	GrAnfr	GroÙe Anfrage
DBAG	Deutsche Bahn AG	GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
		Hj	Haushaltsjahr

Hpl	Haushaltsplan	LKreis	Landkreis
HQZ	Herkunfts- und Qualitätszeichen	LKreisO	Landkreisordnung
HTW	Hauswirtschaft/Textiles Werken	LKrsO	Landkreisordnung
HzL	Hohenzollerische Landesbahn AG	LPD	Landespolizeidirektion
IM	Innenminister(ium)	LReg	Landesregierung
IMK	Innenministerkonferenz	Ltg	Landtag
insbes	insbesondere	LtgPräs	Landtgspräsident
IR	Interregio (Zuggattung)	LV	Landesverfassung
IRE	Interregio-Express (Zuggattung)	LVA	Landesversicherungsanstalt
JuM	Justizminister(ium);Justizministerin	LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz
JVA	Justizvollzugsanstalt	MdL	Mitglied des Landtags
KAG	Kommunalabgabengesetz	MdlAnfr	Mündliche Anfrage
Kap	Kapitel	MinPräs	Ministerpräsident
KEF	Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten	Mittlg	Mitteilung
KIF	Kommunaler Investitionsfonds	MLR	Minister(ium) für Ernährung und Ländlichen Raum
Kj	Kalenderjahr	MWK	Minister(ium) für Wissenschaft, Forschung und Kunst
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz	NE-Bahn	Nichtbundeseigene Bahn
KKW	Kernkraftwerk	NVBW	Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH
KlAnfr	Kleine Anfrage	OB	Oberbürgermeister
KLv	Kombinierter Ladungsverkehr	ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
KM	Minister(in) für Kultus, Jugend und Sport	OFD	Oberfinanzdirektion
KMK	Kultusministerkonferenz	OLG	Oberlandesgericht
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales	PCB	Polychloriertes Biphenyl
L/L-	Landesstraße oder Land-/Landes-	PetA	Petitionsausschuss
Landwa	Landwirtschaftsausschuss	PH	Pädagogische Hochschule
LBO	Landesbauordnung	PISA	Programme for International Student Assessment
LBV	Landesamt für Besoldung und Versorgung	PIPr	Plenarprotokoll
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft	PPP	Public Private Partnership
LEP	Landesentwicklungsplan	Präs/-Präs	Präsident/-präsident, Präsidium
LfK	Landesanstalt für Kommunikation	PÜZ-AnerkennungsVO	Verordnung über die Anerkennung als Prüf-, Überwachungs- oder Zertifizierungsstelle
LfU	Landesanstalt für Umweltschutz	RB	Regionalbahn
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz	RegBez	Regierungsbezirk
LHO	Landeshaushaltsordnung	RegErkl	Regierungserklärung
LHR	Landeshaushaltsrechnung	RegPräs	Regierungspräsident, -präsidium
LKA	Landeskriminalamt		

RH	Rechnungshof
RPF	Rheinland-Pfalz
SchALVO	Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung
SGB	Sozialgesetzbuch
SM	Sozialminister(ium), Minister(ium) für Arbeit und Soziales, Ministerin für Arbeit und Soziales
SMV	Schülermitverantwortung
SozA	Sozialausschuss
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
StändA	Ständiger Ausschuss
StGB	Strafgesetzbuch
StM	Staatsministerium
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
SWEG	Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft
SWS AG	Südwestdeutsche Salzwerke AG
TGV	Train à Grande Vitesse
THW	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
TO	Tagesordnung
UA	Untersuchungsausschuss
UM	Umweltministerin, Umweltministerium
Umwelt- u. VerKA	Umwelt- und Verkehrsausschuss
UVM	Minister(ium) für Umwelt und Verkehr
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VO/-VO	Verordnung/-verordnung
VVS	Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH
VwV	Verwaltungsvorschrift
WahlprüfungsA	Wahlprüfungsausschuss
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WirtA	Wirtschaftsausschuss
WissenschA	Wissenschaftsausschuss
WKD	Wirtschaftskontrolldienst
WM	Wirtschaftsminister(ium)
WP	Wahlperiode
ZKM	Zentrum für Kunst und Medientechnologie
ZVS	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen

SACHREGISTER

Landtag von Baden-Württemberg — 13. Wahlperiode 2001–2006

Aalen

s.a. *Fachhochschule Aalen*

s.a. *Schwäbische Hüttenwerke GmbH*

Zukunft der Autobahnmeisterei Heidenheim

Ergebnisse und Konsequenzen des Gutachtens zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Autobahnmeistereien Heidenheim/Oggenhausen und Ellwangen, Kosten und Finanzierung eines Neubaus in Aalen/Ebnat; Erhaltung der Autobahnmeisterei Heidenheim/Oggenhausen

Antr

s. *Straßenmeisterei*

Drs 13/274

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Aalen/Ellwangen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1949

Niederlage der Stadt Aalen vor dem VGH im Streit um den Anschlusszwang eines Neubaugebiets an ein Blockheizkraftwerk

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4948-4950

Verweisung auf den noch offenen Rechtsweg für die Stadt Aalen nach der Niederlage vor dem VGH im Streit um den Anschlusszwang eines Neubaugebiets an ein Blockheizkraftwerk

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6821

Abbruch von Gebäuden

Stadtbilderhaltung in der Landeshauptstadt und Gefährdung historischer Bausubstanz durch fortgesetzten Hausabbruch landeseigener Gebäude

Gefährdung einer historischen Häuserzeile an der Willy-Brandt-Straße durch Benötigung der Flächen im Zuge der Verwirklichung von Stuttgart 21, Bewertung der Kauf- bzw Sanierungsinteressen eines privaten Investors; Kontaktaufnahme mit der Stadt Stuttgart und der DB Projekte Süd GmbH mit dem Ziel einer

neuerlichen Prüfung iRd Planfeststellungsverfahrens, Stopp eines möglichen Abbruchs bis zur Vorlage der Ergebnisse dieser Prüfung

Antr

s. *Stuttgart*

Drs 13/1249

Missachtung des Parlaments durch die staatliche Vermögensverwaltung

Begründung und Verantwortliche für den Abriss der denkmalgeschützten Häuser in der Willy-Brandt-Straße vor Behandlung des Antrags 13/1249 im Finanzausschuss; Höhe der Kosten für den Abbruch und die anschließende Sicherung der Grundstücke; Durchführung an einem verkehrsreichen Tag mit einer erforderlichen Fahrbahnspernung aufgrund von Hinweisen auf Protestaktionen? Erteilung einer Rüge gegenüber der Vermögensverwaltung, künftige Respektierung der Willensbildung des Parlaments und seiner Ausschüsse

Antr

s. *Bauverwaltung*

Drs 13/3163

Denkmalgeschützte Gebäude im Eigentum des Landes oder der Landesstiftung in Stuttgart

Auflistung der o.g. Gebäude, deren Nutzung und Sanierungsbedarf; Ausweisung der in den letzten drei Jahren verkauften und abgerissenen Gebäude mit der jeweiligen Begründung, Frage nach weiteren Planungen

KlAnfr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/3391

Anregung eines Programms zur Förderung der Abbruchkosten von baufälligen Gebäuden in den Ortskernen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3044

Abriss von Plattenbauten im Osten, Bezifferung der Kosten des Bundes auf drei Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3388 3393 3394

Abriss von Plattenbauten im Osten, Vorschlag einer regionalen Streichung der Eigenheimzulage

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5142 5148

Abriss von Plattenbauten im Osten, Vorschlag einer regionalen Streichung der Eigenheimzulage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5563 5575 5576 5579 5581 5582

ABC-Erkundungskraftwagen*s. Katastrophenschutzfahrzeug***ABC-Waffen***Katastrophenschutz*

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr

s. Katastrophenschutz

Drs 13/500

ABC-Erkundungskraftwagen - Standorte in BW

KlAnfr

s. Katastrophenschutzfahrzeug

Drs 13/568

Ausstattung des Katastrophenschutzes

Ausstattung mit Fahrzeugen für die ABC-Abwehr und den erforderlichen Einsatzkräften, Stand der Beschaffungsmaßnahmen für den Sanitäts- und Betreuungsdienst

KlAnfr

s. Katastrophenschutz

Drs 13/2770

Vorbereitung der Abwehr von terroristischen Angriffen mit biologischen Waffen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 372

Feststellung eines Nachholbedarfs beim ABC-Schutzprogramm der Feuerwehren

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1723

Erinnerung an die nicht erfolgte Umsetzung der Verpflichtung des Irak zur Abrüstung seiner ABC-Waffen ab 1992; Fortsetzung der Suche der UN-Inspektoren nach Massenvernichtungswaffen bzw Drängen der USA auf eine Entwaffnung mit militärischen Mitteln; Sorge um eine Aufrüstung von Schwellenländern mit Atomwaffen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2694-2696 2698-2700

Erinnerung an Aussagen von Unionsseite über Massenvernichtungswaffen im Irak, Verweisung auf das negative Ergebnis der Suche nach solchen Waffen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5476 5478

Abfall*s.a. Abfallbeseitigung**s.a. Abfallrecht**s.a. Abfallwirtschaft**s.a. Brennstoff**Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-*

Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM/2003/301/2)

Mittlg

*s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegen-**heiten*

Drs 13/2318

Energiegewinnung aus organischen Abfällen

Stand und Einsatzreife der neuesten Verfahren zur Gewinnung von Öl aus Klärschlamm, Schlachtabfällen, Tiermehl u.a. organischen Abfällen; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Tierkörperbeseitigungsanlagen; Beschleunigung der Entwicklung über Forschungsförderung oder ein Pilotprojekt

Antr

s. Energieerzeugung

Drs 13/2388

Stand und Weiterentwicklung von Bau und Betrieb von Biogasanlagen in BW

Auflistung der vorhandenen und beantragten Anlagen und deren Leistung sowie der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Möglichkeiten der Zuführung von anderen energetisch nutzbaren Abfällen, Problematik der auftretenden Reststoffe und der Klärschlammensorgung; Hinwirkung auf eine ökologisch verträgliche und rechtlich abgesicherte Betreibung und Entsorgung der Anlagen und ihrer Reststoffe

Antr

s. Biogas

Drs 13/4165

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klärschlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des Anbaus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr

s. Biomasse

Drs 13/4539

Entwicklungstendenzen der Abfallgebühren in BW

Auswirkungen der am 01.07. in Kraft getretenen DeponieVO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden bzw auf die Kapazitäten der verschiedenen Deponiekategorien und Behandlungsanlagen; Erwartung hoher Gebührenersteigerungen für Gewerbe- und Hausmüll?

Antr

s. Abfallgebühren

Drs 13/4549

Umstellung der Landes-Abfallbilanz und Aufgabe des Abfall-Benchmarkings

Gründe für die Herausnahme des auf die Stadt- und LKreise bezogenen Datenteils; Vereinbarkeit mit der Aussage der Umweltministerin, dass dieses Benchmarking den Wettbewerb zwischen den Stadt- und LKreisen stimuliert und damit zu positiven Entwicklungen in der Abfallwirtschaft beiträgt

KlAnfr Jürgen Hofer FDP/DVP 27.07.2005 und Antw UM
Drs 13/4550

Auswirkungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) auf die Abfallentsorgung in BW

Entwicklung der Behandlungskapazitäten zur thermischen Verwertung, zur mechanisch-biologischen Aufbereitung und zur Erzeugung von Sekundärbrennstoffen seit 2000 im Verhältnis zur

Restabfallmenge; Auswirkungen der TASI auf die jeweiligen Kapazitäten und Gebühren, Beseitigung von Engpässen bei der Gewerbeabfall-Vorbehandlung; Fortführung der Deregulierung und Forcierung der privaten Abfallentsorgung, Prüfung von Alternativen zur Gesamttrennung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4570

Verlängerung der Ausnahmeregelung für die Verfütterung von Speiseabfällen

Beurteilung der o.g. Speiseresteverwertung in der Schweinemast im Vergleich zur energetischen Verwertung; Beantragung einer Verlängerung der am 31.10.2006 auslaufenden Ausnahmegenehmigung bei der EU?

KlAnfr
s. *Futtermittel*
Drs 13/5119

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

a) *Mittlg der Kommission zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung; Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM(2005)666)*

b) *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Abfälle (KOM(2005)667)*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/5135

Abfallbeseitigung

s.a. *Abfallbeseitigungsanlage*
s.a. *Altlasten*

Stromerzeugung aus Biomasse/Altholz

Standorte und Betreiber von Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung aus Altholz nach den verschiedenen Kategorien, Zahl und Rechtsgrundlagen der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen sowie von Abfallverbrennungsanlagen zur Verwertung und Entsorgung von Hausmüll, Auflistung der zur Entsorgung von Altholz aufgestellten Abfallwirtschaftspläne

KlAnfr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/1264

Abfallentsorgung in BW

Vorbereitung auf das Deponierungsverbot von unbehandelten Abfällen zum 01.06.2005, Ermittlung der dann anfallenden Abfallmengen und vorhandenen Verbrennungskapazitäten, Relevanz der AutarkieVO, Vereinbarkeit mit dem EU-Recht auf freien Warenverkehr

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 06.11.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1466
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 13.02.2003 Drs 13/1855 S. 30 31
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Hausmüllverbrennungsanlagen in BW

Investitions- und Betriebskosten sowie Luftreinhaltetechnik für bestehende sowie in Planung und im Bau befindliche Anlagen; Trägerschaft dieser Anlagen bzw Kooperationsgemeinschaften zwischen Gebietskörperschaften auch über die Landesgrenze

hinaus; Mengen und Art der Entsorgung der exportierten Abfälle

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigungsanlage*
Drs 13/1608

Recycling und Entsorgung von Altreifen in BW

Anfallende Mengen, Anteil der Deponierung, der stofflichen und thermischen Verwertung sowie Verbringung ins Ausland; Darlegung der rechtlichen Vorgaben, der Entsorgungsunternehmen und Forschungsprojekte

Antr
s. *Reifen*
Drs 13/2122

Abfallbehandlung in der Karlsruher Thermoselectanlage

Auslastung der o.g. Anlage, Umfang der Beschickung von den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften; Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen? Sicherstellung der Abfallbehandlung für den Fall des angekündigten Rückzugs der EnBW aus der Betreibergesellschaft zum Jahresende

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 23.07.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2298
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 14
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Energiegewinnung aus organischen Abfällen

Stand und Einsatzreife der neuesten Verfahren zur Gewinnung von Öl aus Klärschlamm, Schlachtabfällen, Tiermehl u.a. organischen Abfällen; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Tierkörperbeseitigungsanlagen; Beschleunigung der Entwicklung über Forschungsförderung oder ein Pilotprojekt

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/2388

Genehmigung des Kalkschachtofens in Blaustein-Herrlingen

Beantragung der Mitverbrennung von Abfällen bzw Sekundärbrennstoffen durch die Märker Holding GmbH, Umfang und Zusammensetzung der Stoffe, vorgeschriebene Grenzwerte, Ausschluss einer gesundheitlichen Gefährdung der Beschäftigten und Anwohner

KlAnfr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 13/2885

Transport von Siedlungsabfällen zu Entsorgungsstandorten

Beurteilung einer Ausweitung o.g. Straßentransporte nach den Planungen der Aufgabenträger in Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab 01.06.2005, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Landesentwicklungsplans? Ausgleich der Preisdifferenzen zwischen Straßen- und Schienentransporten durch ein Programm zur Förderung von Investitionen in Müll-Umschlaganlagen Straße/Schiene

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 12.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3006
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.04.2004 Drs 13/3239 S. 28-30
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Kalkschachtofen in Blaustein-Herrlingen

Einsatz eines chemischen Abfallprodukts aus Italien als Sekundärbrennstoff in dem von der Firma Märker in Blaustein-Herrlingen geplanten Kalkofen? Schließung eines Tiefbrunnens

vom Zweckverband „Wasserversorgung Ulmer Alb“ wegen den vom Kalkabbau ausgehenden Gefahren für die Wasserversorgung?

MdlAnfr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 13/3056

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Schaffung von technisch einfachen Umlademöglichkeiten für Container und Wechselbehälter in der Fläche, Anmeldungen zum Bundesprogramm zur Reaktivierung von Gleisanschlüssen zur Wiederaufnahme von Abfalltransporten

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3321

Mülltransport in der Region Stuttgart

Möglichkeiten für Schienenabfalltransporte aus den Nachbarkreisen zur Müllverbrennungsanlage Stuttgart-Münster, Beurteilung des Konzepts des Instituts für Verkehrsleitplanung und Verkehrsplanung der Universität Stuttgart

Antr Inge Utzt u.a. SPD 19.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3394

Stand und Weiterentwicklung von Bau und Betrieb von Biogasanlagen in BW

Auflistung der vorhandenen und beantragten Anlagen und deren Leistung sowie der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Möglichkeiten der Zuführung von anderen energetisch nutzbaren Abfällen, Problematik der auftretenden Reststoffe und der Klärschlamm Entsorgung; Hinwirkung auf eine ökologisch verträgliche und rechtlich abgesicherte Betreibung und Entsorgung der Anlagen und ihrer Reststoffe

Antr
s. *Biogas*
Drs 13/4165

Transport von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennung

Beschleunigung der Vorlage der Untersuchungsergebnisse des Lehrstuhls für Verkehrsplanung und -leittechnik an der Universität Stuttgart über die Chancen des Schienentransports von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennungsanlage in Stuttgart-Münster, insbes als Entscheidungsgrundlagen für die Verkehrsträgerwahl der Entsorgungsträger; Bewertung als Beitrag zur Senkung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidmissionen; Höhe der möglichen Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 05.04.2005 und Antw UVM Drs 13/4220

Verlagerung von Abfalltransporten von der Straße auf die Schiene

Vorhandene und mögliche Abwicklung o.g. Transporte über die Schiene durch die einzelnen Aufgabenträger, Beurteilung einer Zunahme von Straßentransporten, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Umweltplans? Berücksichtigung aller Faktoren bei Kostenvergleichen; Einrichtung eines Programms zur Förderung von Güterumschlaganlagen für den Mülltransport auf der Schiene

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 17.06.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4412
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.09.2005 Drs

13/4745 S. 37 38
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Entwicklungstendenzen der Abfallgebühren in BW

Auswirkungen der am 01.07. in Kraft getretenen DeponieVO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden bzw auf die Kapazitäten der verschiedenen Deponiekategorien und Behandlungsanlagen; Erwartung hoher Gebührenersteigerungen für Gewerbe- und Hausmüll?

Antr
s. *Abfallgebühren*
Drs 13/4549

Umstellung der Landes-Abfallbilanz und Aufgabe des Abfall-Benchmarkings

Gründe für die Herausnahme des auf die Stadt- und LKreise bezogenen Datenteils; Vereinbarkeit mit der Aussage der Umweltministerin, dass dieses Benchmarking den Wettbewerb zwischen den Stadt- und LKreisen stimuliert und damit zu positiven Entwicklungen in der Abfallwirtschaft beiträgt

KlAnfr
s. *Abfall*
Drs 13/4550

Auswirkungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) auf die Abfallentsorgung in BW

Entwicklung der Behandlungskapazitäten zur thermischen Verwertung, zur mechanisch-biologischen Aufbereitung und zur Erzeugung von Sekundärbrennstoffen seit 2000 im Verhältnis zur Restabfallmenge; Auswirkungen der TASi auf die jeweiligen Kapazitäten und Gebühren, Beseitigung von Engpässen bei der Gewerbeabfall-Vorbehandlung; Fortführung der Deregulierung und Forcierung der privaten Abfallentsorgung, Prüfung von Alternativen zur Gesamttrennung

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 28.07.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4570
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 43
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Verlängerung der Ausnahmeregelung für die Verfütterung von Speiseabfällen

Beurteilung der o.g. Speiseresteverwertung in der Schweinemast im Vergleich zur energetischen Verwertung; Beantragung einer Verlängerung der am 31.10.2006 auslaufenden Ausnahmegenehmigung bei der EU?

KlAnfr
s. *Futtermittel*
Drs 13/5119

Eindämmung der illegalen Abfallbeseitigung durch ein Dosenpfand

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 138-141 143 148 149

Eindämmung der illegalen Abfallbeseitigung durch ein Dosenpfand, Erhebung einer Geldbuße von Müllsündern

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1307 1309

Erfolgsbewertung der gemeinsamen Müllentsorgung durch die Stadt und Region Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514 1518

Begrenzung der Deponierung unbehandelter Abfälle bis Ende 2005, Befürchtung von Engpässen bei der Verbrennung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4324

Erfolgsbewertung des Dosenpfands zur Eindämmung der illegalen Abfallbeseitigung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5857 5858

Zubilligung größerer Spielräume der Entsorgungsträger bei der Gestaltung der Abfallgebühren

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6244 6245

Abfallbeseitigungsanlage

s.a. Feuerungsanlage

Korruptionskontrolle

Frage nach einer Zusammenarbeit von Müllverwertungsanlagen und sonstigen Betrieben mit öffentlicher Beteiligung mit Unternehmen, die in den Kölner Müllskandal verwickelt sind; Gründe für die Zunahme von Bestechungsdelikten in BW; präventive Maßnahmen zur Verhinderung einer Verwicklung von öffentlichen Unternehmen in Korruptionsfälle

KlAnfr

s. Bestechung

Drs 13/848

Umsetzung und Auswirkung der DeponieVO in BW

Auswirkungen o.g. VO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden sowie Betreiber und Gebührenzahler, Notwendigkeit der Schließung von Standorten und damit Abbau von Überkapazitäten, Abstimmungsverhalten im BRat

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 14.05.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1005

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 78 79

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Stromerzeugung aus Biomasse/Altholz

Standorte und Betreiber von Anlagen zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung aus Altholz nach den verschiedenen Kategorien, Zahl und Rechtsgrundlagen der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen sowie von Abfallverbrennungsanlagen zur Verwertung und Entsorgung von Hausmüll, Auflistung der zur Entsorgung von Altholz aufgestellten Abfallwirtschaftspläne

KlAnfr

s. Energieerzeugung

Drs 13/1264

Verbrennungskapazitäten für Klärschlamm im Land BW

Darlegung der vorhandenen bzw benötigten Kapazitäten in privater und öffentlicher Trägerschaft

Antr

s. Klärschlamm

Drs 13/1341

Abfallentsorgung in BW

Vorbereitung auf das Deponierungsverbot von unbehandelten Abfällen zum 01.06.2005, Ermittlung der dann anfallenden Abfallmengen und vorhandenen Verbrennungskapazitäten, Relevanz der AutarkieVO, Vereinbarkeit mit dem EU-Recht auf freien Warenverkehr

Antr

s. Abfallbeseitigung

Drs 13/1466

Hausmüllverbrennungsanlagen in BW

Investitions- und Betriebskosten sowie Luftreinhaltetechnik für bestehende sowie in Planung und im Bau befindliche Anlagen; Trägerschaft dieser Anlagen bzw Kooperationsgemeinschaften zwischen Gebietskörperschaften auch über die Landesgrenze hinaus; Mengen und Art der Entsorgung der exportierten Abfälle

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 11.12.2002 und Antw UVM Drs 13/1608

Mitverbrennung von Klärschlamm aus BW in saarländischen Kohlekraftwerken und Müllverbrennungsanlagen (MVA)

Herkunft und Umfang der o.g. Entsorgung; Bewertung der Eigenschaft der einzelnen Anlagen

Antr

s. Klärschlamm

Drs 13/1992

Abfallbehandlung in der Karlsruher Thermoselectanlage

Auslastung der o.g. Anlage, Umfang der Beschickung von den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften; Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen? Sicherstellung der Abfallbehandlung für den Fall des angekündigten Rückzugs der EnBW aus der Betreibergesellschaft zum Jahresende

Antr

s. Abfallbeseitigung

Drs 13/2298

Genehmigung des Kalkschachtofens in Blaustein-Herrlingen

Beantragung der Mitverbrennung von Abfällen bzw Sekundärbrennstoffen durch die Märker Holding GmbH, Umfang und Zusammensetzung der Stoffe, vorgeschriebene Grenzwerte, Ausschluss einer gesundheitlichen Gefährdung der Beschäftigten und Anwohner

KlAnfr

s. Feuerungsanlage

Drs 13/2885

Kalkschachtofen in Blaustein-Herrlingen

Einsatz eines chemischen Abfallprodukts aus Italien als Sekundärbrennstoff in dem von der Firma Märker in Blaustein-Herrlingen geplanten Kalkofen? Schließung eines Tiefbrunnens vom Zweckverband „Wasserversorgung Ulmer Alb“ wegen den vom Kalkabbau ausgehenden Gefahren für die Wasserversorgung?

MdlAnfr

s. Feuerungsanlage

Drs 13/3056

Mülltransport in der Region Stuttgart

Möglichkeiten für Schienenabfalltransporte aus den Nachbarregionen zur Müllverbrennungsanlage Stuttgart-Münster, Beurteilung des Konzepts des Instituts für Verkehrsleitplanung und Verkehrsplanung der Universität Stuttgart

Antr

s. Abfallbeseitigung

Drs 13/3394

Transport von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennung

Beschleunigung der Vorlage der Untersuchungsergebnisse des Lehrstuhls für Verkehrsplanung und -leittechnik an der Uni-

versität Stuttgart über die Chancen des Schienentransports von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennungsanlage in Stuttgart-Münster, insbes als Entscheidungsgrundlagen für die Verkehrsträgerwahl der Entsorgungsträger; Bewertung als Beitrag zur Senkung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidimmissionen; Höhe der möglichen Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4220

Entwicklungstendenzen der Abfallgebühren in BW

Auswirkungen der am 01.07. in Kraft getretenen DeponieVO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden bzw auf die Kapazitäten der verschiedenen Deponiekategorien und Behandlungsanlagen; Erwartung hoher Gebüh-
rensteigerungen für Gewerbe- und Hausmüll?

Antr
s. *Abfallgebühren*
Drs 13/4549

Auswirkungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) auf die Abfallentsorgung in BW

Entwicklung der Behandlungskapazitäten zur thermischen Verwertung, zur mechanisch-biologischen Aufbereitung und zur Erzeugung von Sekundärbrennstoffen seit 2000 im Verhältnis zur Restabfallmenge; Auswirkungen der TASi auf die jeweiligen Kapazitäten und Gebühren, Beseitigung von Engpässen bei der Gewerbeabfall-Vorbehandlung; Fortführung der Deregulierung und Forcierung der privaten Abfallentsorgung, Prüfung von Alternativen zur Gesamttrennung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4570

Klärschlamm Entsorgung

Gesamtanfall und Anteile der landwirtschaftlichen und thermischen Verwertung von Klärschlamm, Verknüpfung der Vergabe von Fördermitteln mit der Vorlage von positiven Energiebilanzen; Kapazitäten, Auslastung und Energiebilanzen der Mitverbrennung von Trockenschlamm in Zementwerken, Kohlekraftwerken u.a. Verbrennungsanlagen; Förderung von zwei Bandtrocknungs- und Vergasungsanlagen zur thermischen Entsorgung von Filterkuchen im Zollernalbkreis? Frage nach Beispielen einer weitgehenden Rückgewinnung der landwirtschaftlich wertvollen Nährstoffe aus dem kommunalen Abwasser

KlAnfr
s. *Klärschlamm*
Drs 13/5186

Abfallentsorgung

s. *Abfallbeseitigung*

Abfallgebühren

Umsetzung und Auswirkung der DeponieVO in BW

Auswirkungen o.g. VO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden sowie Betreiber und Gebührenzahler, Notwendigkeit der Schließung von Standorten und damit Abbau von Überkapazitäten, Abstimmungsverhalten im BRat

Antr
s. *Abfallbeseitigungsanlage*

Drs 13/1005

Entwicklungstendenzen der Abfallgebühren in BW

Auswirkungen der am 01.07. in Kraft getretenen DeponieVO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden bzw auf die Kapazitäten der verschiedenen Deponiekategorien und Behandlungsanlagen; Erwartung hoher Gebüh-
rensteigerungen für Gewerbe- und Hausmüll?

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 27.07.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4549
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 42
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Auswirkungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) auf die Abfallentsorgung in BW

Entwicklung der Behandlungskapazitäten zur thermischen Verwertung, zur mechanisch-biologischen Aufbereitung und zur Erzeugung von Sekundärbrennstoffen seit 2000 im Verhältnis zur Restabfallmenge; Auswirkungen der TASi auf die jeweiligen Kapazitäten und Gebühren, Beseitigung von Engpässen bei der Gewerbeabfall-Vorbehandlung; Fortführung der Deregulierung und Forcierung der privaten Abfallentsorgung, Prüfung von Alternativen zur Gesamttrennung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4570

Abfallgesetz

s. *Abfallrecht*

Abfallrecht

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des LAbfallGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LAbfallGes

GesEntw
s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
Drs 13/1227

Transport von Siedlungsabfällen zu Entsorgungsstandorten

Beurteilung einer Ausweitung o.g. Straßentransporte nach den Planungen der Aufgabenträger in Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab 01.06.2005, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Landesentwicklungsplans? Ausgleich der Preisdifferenzen zwischen Straßen- und Schienentransporten durch ein Programm zur Förderung von Investitionen in Müll-Umschlaganlagen Straße/Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3006

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesabfallGes

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltsplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LABfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw

s. *Bodenschutz*

Drs 13/3677

KommunalabgabenGes (KAG)

Neuregelung des Erschließungsbeitragsrechts; Einführung des Begriffs der öffentlichen Leistung im kommunalen Gebührenrecht; Vereinfachung der gerichtlichen Kontrolle von Abgabensätzen; Erhebung privatrechtlicher Entgelte; Gebührenfähigkeit von Gemeinkosten, Verzinsung des Anlagekapitals und Abschreibung bei geänderter Nutzungsdauer; Änd des LABfallGes und des KindergartenGes: Übernahme gebührenrechtlicher Regelungen in das neue KommunalabgabenGes

GesEntw

s. *Kommunalabgaben*

Drs 13/3966

Auswirkungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) auf die Abfallentsorgung in BW

Entwicklung der Behandlungskapazitäten zur thermischen Verwertung, zur mechanisch-biologischen Aufbereitung und zur Erzeugung von Sekundärbrennstoffen seit 2000 im Verhältnis zur Restabfallmenge; Auswirkungen der TASi auf die jeweiligen Kapazitäten und Gebühren, Beseitigung von Engpässen bei der Gewerbeabfall-Vorbehandlung; Fortführung der Deregulierung und Forcierung der privaten Abfallentsorgung, Prüfung von Alternativen zur Gesamttrennung

Antr

s. *Abfallbeseitigung*

Drs 13/4570

Reduktion von CO₂-Emissionen mit der neuen TA Siedlungsabfall

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4743

Abfallverbrennung

s. *Abfallbeseitigung*

Abfallverbrennungsanlage

s. *Abfallbeseitigungsanlage*

Abfallwirtschaft

s.a. *Abfallbeseitigung*

s.a. *Abfallbeseitigungsanlage*

s.a. *Recycling*

Verwendung von Klärschlämmen und Biokompost in der Landwirtschaft

Verbot der Ausbringung o.g. Materialien auf landwirtschaftliche Flächen nach einem Beschluss der Agrarministerkonferenz: Darlegung der Risiken, Auswirkungen und Alternativen, insbes für die Betreiber der Anlagen und Entsorgungswirtschaft

Antr

s. *Klärschlamm*

Drs 13/60

Umsetzung und Auswirkung der DeponieVO in BW

Auswirkungen o.g. VO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden sowie Betreiber und Gebührenzahler, Notwendigkeit der Schließung von Standorten und damit Abbau von Überkapazitäten, Abstimmungsverhalten im BRat

Antr

s. *Abfallbeseitigungsanlage*

Drs 13/1005

Stromerzeugung aus Biomasse/Altholz

Standorte und Betreiber von Anlagen zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung aus Altholz nach den verschiedenen Kategorien, Zahl und Rechtsgrundlagen der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen sowie von Abfallverbrennungsanlagen zur Verwertung und Entsorgung von Hausmüll, Auflistung der zur Entsorgung von Altholz aufgestellten Abfallwirtschaftspläne

KIAnfr

s. *Energieerzeugung*

Drs 13/1264

Abfallentsorgung in BW

Vorbereitung auf das Deponierungsverbot von unbehandelten Abfällen zum 01.06.2005, Ermittlung der dann anfallenden Abfallmengen und vorhandenen Verbrennungskapazitäten, Relevanz der AutarkieVO, Vereinbarkeit mit dem EU-Recht auf freien Warenverkehr

Antr

s. *Abfallbeseitigung*

Drs 13/1466

Hausmüllverbrennungsanlagen in BW

Investitions- und Betriebskosten sowie Luftreinhaltetechnik für bestehende sowie in Planung und im Bau befindliche Anlagen; Trägerschaft dieser Anlagen bzw Kooperationsgemeinschaften zwischen Gebietskörperschaften auch über die Landesgrenze hinaus; Mengen und Art der Entsorgung der exportierten Abfälle

KIAnfr

s. *Abfallbeseitigungsanlage*

Drs 13/1608

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie

Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/1787

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Ziele und Zwischenergebnisse in den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Flächenverbrauch und -recycling, Schadstoffreduktion, Luftreinhaltung, rationelle Energieverwendung, Boden-, Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz; Auswirkungen der Änd rechtlicher Rahmenbedingungen vonseiten der EU und BReg, insbes des Atomrechts; Anstreben von Verbesserungen über den BRat; Bewertung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW; Fortschreibung des Umweltplans

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Recycling und Entsorgung von Altreifen in BW

Anfallende Mengen, Anteil der Deponierung, der stofflichen und thermischen Verwertung sowie Verbringung ins Ausland; Darlegung der rechtlichen Vorgaben, der Entsorgungsunternehmen und Forschungsprojekte

Antr
s. *Reifen*
Drs 13/2122

Abfallbehandlung in der Karlsruher Thermoselectanlage

Auslastung der o.g. Anlage, Umfang der Beschickung von den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften; Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen? Sicherstellung der Abfallbehandlung für den Fall des angekündigten Rückzugs der EnBW aus der Betreibergesellschaft zum Jahresende

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/2298

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM/2003/301)2)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/2318

Transport von Siedlungsabfällen zu Entsorgungsstandorten

Beurteilung einer Ausweitung o.g. Straßentransporte nach den Planungen der Aufgabenträger in Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab 01.06.2005, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Landesentwicklungsplans? Ausgleich der Preisdifferenzen zwischen Straßen- und Schienentransporten durch ein Programm zur Förderung von Investitionen in Müll-Umschlaganlagen Straße/Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3006

Mülltransport in der Region Stuttgart

Möglichkeiten für Schienenabfalltransporte aus den Nachbarkreisen zur Müllverbrennungsanlage Stuttgart-Münster, Beurteilung des Konzepts des Instituts für Verkehrsleitplanung und Ver-

kehrsplanung der Universität Stuttgart

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3394

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw
s. *Bodenschutz*
Drs 13/3677

Transport von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennung

Beschleunigung der Vorlage der Untersuchungsergebnisse des Lehrstuhls für Verkehrsplanung und -leittechnik an der Universität Stuttgart über die Chancen des Schienentransports von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennungsanlage in Stuttgart-Münster, insbes als Entscheidungsgrundlagen für die Verkehrsträgerwahl der Entsorgungsträger; Bewertung als Beitrag zur Senkung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidimmissionen; Höhe der möglichen Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4220

Verlagerung von Abfalltransporten von der Straße auf die Schiene

Vorhandene und mögliche Abwicklung o.g. Transporte über die Schiene durch die einzelnen Aufgabenträger, Beurteilung einer Zunahme von Straßentransporten, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Umweltplans? Berücksichtigung aller Faktoren bei Kostenvergleichen; Einrichtung eines Programms zur Förderung von Güterumschlaganlagen für den Mülltransport auf der Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4412

Entwicklungstendenzen der Abfallgebühren in BW

Auswirkungen der am 01.07. in Kraft getretenen DeponieVO auf die Abfallwirtschaftsplanung von Land, Kommunen und Zweckverbänden bzw auf die Kapazitäten der verschiedenen Deponiekategorien und Behandlungsanlagen; Erwartung hoher Gebührensteigerungen für Gewerbe- und Hausmüll?

Antr
s. *Abfallgebühren*
Drs 13/4549

Umstellung der Landes-Abfallbilanz und Aufgabe des Abfall-Benchmarkings

Gründe für die Herausnahme des auf die Stadt- und LKreise bezogenen Datenteils; Vereinbarkeit mit der Aussage der Umweltministerin, dass dieses Benchmarking den Wettbewerb zwischen den Stadt- und LKreisen stimuliert und damit zu positiven Entwicklungen in der Abfallwirtschaft beiträgt

KlAnfr
s. *Abfall*
Drs 13/4550

Auswirkungen der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) auf die Abfallentsorgung in BW

Entwicklung der Behandlungskapazitäten zur thermischen Verwertung, zur mechanisch-biologischen Aufbereitung und zur Erzeugung von Sekundärbrennstoffen seit 2000 im Verhältnis zur Restabfallmenge; Auswirkungen der TASi auf die jeweiligen Kapazitäten und Gebühren, Beseitigung von Engpässen bei der Gewerbeabfall-Vorbehandlung; Fortführung der Deregulierung und Forcierung der privaten Abfallentsorgung, Prüfung von Alternativen zur Gesamttrennung

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4570

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

a) *Mittlg der Kommission zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung; Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM(2005)666)*

b) *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Abfälle (KOM(2005)667)*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/5135

Klärung der Rechtsunsicherheit bei der Anwendung des Kreislaufwirtschafts- und AbfallwirtschaftsGes, Anstöße zu mehr Wettbewerb

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1026

Abgabenordnung

s. *Steuerrecht*

Abgaskatalysator

s. *Abgasreinigung*

Abgasreinigung*Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004*

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*

Drs 13/1619

Ausrüstung der landeseigenen Fahrzeugflotte mit Partikelfilter
Ausrüstung bzw Nachrüstung von landeseigenen und geleasteten Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern, Schaffung von Anreizen für die entsprechende Ausrüstung von dienstlich genutzten Privatfahrzeugen

Antr GRÜNE 24.09.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2438
BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3348 S. 7 8
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319
Mittlg LReg 24.01.2005 Drs 13/3961

Sofortprogramm zur Einführung des Rußpartikelfilters; Spitzenstellung des Landes durch moderne Automobiltechnik sichern

Einbau o.g. Filter als Voraussetzung für die Förderung von Linienbussen nach dem GVFG; Beschaffung erdgasbetriebener Dienstfahrzeuge bzw Fahrzeuge mit Rußfilter, Nachrüstung der vorhandenen Flotte; Abschluss der Aufstellung von Luftreinhalteplänen bis zum Jahresende; Eintreten für ein Konzept zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw im BRat sowie für eine Euro-5-Abgasnorm bei der EU-Kommission; Hinwirkung auf Abfalltransporte im Schienenverkehr bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften; Rückeroberung der Spitzenstellung bei der Umwelttechnik im Auto im Dialog mit der Fahrzeugindustrie

Antr GRÜNE 17.06.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3274
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.04.2005 Drs 13/4277 (dazu Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU und Richard Drautz FDP/DVP und ÄAntr Helmut Göschel u.a. SPD) S. 17-21
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Anmahnung eines Kat-Gebots iR eines Luftreinhalteplans

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3571

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Überschreitung der ab 01.01.2005 geltenden Grenzwerte, insbes für Feinstaub; Darlegung der betroffenen Gebiete; Konsequenzen des individuell einklagbaren Rechtsanspruchs; Durchsetzung der notwendigen Luftreinhaltepläne bzw von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Pkw und Lkw ohne Rußpartikelfilter; gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat; Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3922

Rußpartikelfilter auf breiter Front einführen

Zustimmung im BRat zur steuerlichen Förderung des Partikelfilters für Diesel-Pkw; Anweisung der Landesbehörden zur Beschaffung bzw Nachrüstung entsprechender Dienstfahrzeuge; Berücksichtigung von Fahrverboten für Fahrzeuge ohne Partikelfilter an immissionskritischen Tagen bei der Aufstellung von Luftreinhalteplänen

Antr GRÜNE 03.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs

13/4018

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341-6351

Rußfilter für Dieselfahrzeuge - Förderung der Nachrüstung von Bussen mit Rußfiltern

Anteil der Busse an der Luftbelastung mit Dieselruß und Feinstäuben in Ballungsräumen, Verbreitung des Rußfilters in den Fahrzeugen von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Verkehrsverbänden; Förderung der entsprechenden Beschaffung neuer Busse sowie des nachträglichen Einbaus der Filter

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 11.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4032

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.04.2005 Drs 13/4277 S. 17-21

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4075

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4211

Aufstellung von Luftreinhalteplänen und Maßnahmen in 2005 in BW

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage für Maßnahmen der Kommunen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte; mögliche Folgen von Klagen von Verbänden und betroffenen Bürgern gegen die Kommunen auf Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte; Entwicklung der Einnahmen aus der Kfz-Steuer seit 1998; Hinwirkung auf eine Steuerbegünstigung für Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter, entsprechende Nach- und Umrüstung des Fuhrparks der LReg und nachgeordneten Behörden

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4219

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Anteile von Pkw, Lkw und Bussen an der Feinstaubproblematik; Strategie und Lösungsansätze der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter

GrAnfr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4262

Verwendung von Biodiesel in Kraftfahrzeugen

Bisherige und künftige Entwicklung bundes- und landesweit, Bedarfsdeckung der notwendigen Rohstoffe durch die Landwirtschaft? Förderung der Produktion und Verwendung von Biodiesel; Darlegung der Problematik von Biodiesel für den Rußfilter

KlAnfr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/4625

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Standorte der einzelnen Messstellen, gemessene Werte bzw Grenzwertüberschreitungen, gesundheitliche Auswirkungen, Effizienz der erlassenen und geplanten Luftreinhalte- und Aktionspläne, notwendige zusätzliche Maßnahmen; Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/5162

Vorgaben und Maßnahmen zur Ausrüstung von Alt- und Neufahrzeugen bzw des landeseigenen Fuhrparks mit Dieselußfiltern

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3787 3788 3790 3791

Ausrüstung der landeseigenen Dieselfahrzeuge mit Rußfiltern

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3989 3993

Verweisung auf die BRatsinitiative des Landes zum Dieselußfilter, Kritik an der Blockadehaltung des Bundeskanzlers

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4975

Kritik an der Blockadehaltung des Bundeskanzlers zum Dieselußfilter, Verweisung auf die Bundesratsinitiative des Landes

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5061 5063 5064

Steuerliche Förderung der Dieselußfilter

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6063 6067 6072 6073

Versagen der Automobilindustrie bei der Einführung des Dieselußfilters

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6494

Unverträglichkeit von Biodiesel für den Rußfilter, Versagen der Automobilindustrie bei der Einführung des Dieselußfilters

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7044 7045

Verringerung der Emissionen neuer Pkw und Lkw mit der Euro-5-Norm; Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Rußfiltern und Katalysatoren, u.a. Feststellung erhöhter Ammoniakkonzentrationen in den Städten

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7640-7643

Abgeordnetenentschädigung

s. *Diäten*

Abgeordnetengesetz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd des AbgeordnetenGes, Umstellung der Diäten und Pauschalen auf Euro

BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/400 (dazu ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE) (11 S.)

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 527-530

GesBeschl 23.11.2001 Drs 13/466

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung, der steuerfreien Aufwandsentschädigung, der Tagegeld- und Reisekostenpauschale zum 01.08.2002; Erhöhung der Kürzungsbeträge für das Versäumen von Sitzungen und Namensaufrufen

GesEntw CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 11.06.2002 Drs 13/1069

1. Beratung PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1615-1617

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.07.2002 Drs 13/1151 (dazu ÄAntr Dr. Wolfgang Reinhart CDU, Wolfgang Beber SPD, Michael Theurer FDP/DVP und Winfried Kretschmann GRÜNE)

ÄAntr CDU, SPD und FDP/DVP 17.07.2002 Drs 13/1184

2. Beratung PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1808 (abgesetzt)

2. Beratung PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1880-1883

GesBeschl 18.07.2002 Drs 13/1210

GBI 2002 Nr. 8 S. 266 267 (Ges vom 23.07.2002)

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 2,4 % zum 01.03.2004

GesEntw CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 20.06.2003 Drs 13/2169

1. Beratung PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3250-3254

BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2224

2. Beratung PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3361-3366

GesBeschl 16.07.2003 Drs 13/2293

GBI 2003 Nr. 9 S. 354 (Ges vom 16.07.2003)

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten

GesEntw CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 28.07.2004 Drs 13/3405

1. Beratung PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5301-5307

BeschlEmpf und Bericht StändA 30.09.2004 Drs 13/3602 (dazu ÄAntr GRÜNE 1 2)

2. Beratung PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5354-5358 5368 5369

GesBeschl 06.10.2004 Drs 13/3663

GBI 2004 Nr. 14 S. 770 771 (Ges vom 19.10.2004)

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Jährliche Anpassung der steuerpflichtigen Entschädigung nach einem vom Statistischen Landesamt aus der Einkommensentwicklung in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst ermittelten Durchschnittswert, entsprechende Anpassung der Kostenpauschalen an die Kosten- und Preisentwicklung, Streichung der jährlichen Berichterstattung des LtgPräs über die Angemessenheit der Entschädigung

GesEntw CDU und FDP/DVP 12.07.2005 Drs 13/4487

1. Beratung PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7009-7013

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2005 Drs 13/4678 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP)

2. Beratung PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7094-7097

GesBeschl 05.10.2005 Drs 13/4710

GBI 2005 Nr. 15 S. 667 668 (Ges vom 11.10.2005)

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Einführung einer strikten Inkompatibilität zwischen Amt und Mandat; Ausschluss eines Mandats für die Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen o.a. Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist

GesEntw

s. *Inkompatibilität*

Drs 13/5086

Unvereinbarkeit des Amtes eines Bürgermeisters, Landrats oder Schulleiters mit einem Mandat im Ltg, Änd des AbgeordnetenGes

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 938 939

Abgeordneter

s.a. *Abgeordnetengesetz*

s.a. *Diäten*

s.a. *Inkompatibilität*

s.a. *Landtag, Mitglieder*

Zeitgleiche Information aller Abg des Ltg von BW durch Vertreter der LReg

Vorabinformation der Abg der Regierungsfractionen? Gewährleistung der zeitgleichen Versendung von Wahlkreisinformationen und Mitteilungen

MdlAnfr

s. *Information*

Drs 13/1580

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten

GesEntw

s. *Abgeordnetengesetz*

Drs 13/3405

Abgeordnetenentschädigung und -versorgung

Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten; Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Prüfung einer Übertragung der Entscheidung über die Höhe der Abgeordnetenentschädigung auf ein externes Gremium durch ein Rechtsgutachten; Berufung einer unabhängigen Diätenkommission mit dem Ziel einer Umstellung des Entschädigungssystems und des finanziell eigenständigen Aufbaus einer Altersversorgung der Abgeordneten

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 28.07.2004 Drs 13/3406

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5301-5307

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Einführung einer strikten Inkompatibilität zwischen Amt und Mandat; Ausschluss eines Mandats für die Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen o.a. Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist

GesEntw

s. *Inkompatibilität*

Drs 13/5086

Ermunterung der neuen Abg zu einer selbstbewussten Mandatsausübung und fairen Streitkultur, Feststellung einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch die Verkleinerung des Ltg

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 2-8 12

Unvereinbarkeit eines Abgeordnetenmandats mit der Position eines Amtmanns und höher im Ministerium

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 677

Vorschlag von regelmäßigen Bewegungsübungen der Abg während den Plenarsitzungen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1475 1477

Neuregelung der Funktionszulagen für Abgeordnete, Klärung der Statusfrage Teilzeit- oder Vollzeitabgeordneter, Ermöglichung einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst neben dem Mandat

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1880 1881

Erweiterung des Zeitraums für den Erwerb eines Pensionsanspruchs als Abgeordneter auf zehn Jahre

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2332

Zeitliche Beanspruchung und Einkommen der Abgeordneten, Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung durch Anhebung der Diäten zum 01.03.2004, Festhalten am Teilzeitmandat

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3250-3254

Zeitliche Beanspruchung und Einkommen der Abgeordneten, Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung durch Anhebung der Diäten zum 01.03.2004

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3361-3366

Anspruch der Abgeordneten auf Altersversorgung nach 13 Jahren der Mandatsausübung bereits mit 55 Jahren, Befürwortung höherer Bezüge bei gleichzeitiger Eigenvorsorge für den Ruhestand

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3762-3764

Strukturelle Überprüfung der Abgeordnetendiäten und -pensionen, Befürwortung höherer Bezüge bei gleichzeitiger Eigenvorsorge für den Ruhestand

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3815 3817 3819 3822

Alimentierung der Abgeordneten, Festhalten am Teilzeitmandat, Ablehnung einer Verkleinerung des Landtags

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4230

Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen auf 60 und damit der Zahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten, Notwendigkeit von mehr weiblichen Abgeordneten bzw einer Neuabgrenzung von zunächst fünf Wahlkreisen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5595-5605

Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen auf 60 und damit der Zahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten, Notwendigkeit von mehr weiblichen Abgeordneten bzw einer Neuabgrenzung von zunächst fünf Wahlkreisen, Scheitern einer weitergehenden Lösung am Widerstand von Abgeordneten aus Sorge um ihre Wiederwahl

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5831-5847

Selbstverständnis der Abgeordneten als Teilzeitparlamentarier, Verbesserung der Attraktivität des Mandats für alle Berufsgruppen mit einer Reform der Diäten und Altersversorgung, Herstellung von Transparenz für alle Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5947-5953

Überlegungen und Gesprächsbedarf zur stufenweisen Anhebung der Diäten bei gleichzeitiger Eigenvorsorge für den Ruhestand; Vorschlag einer Politikerbezahlung nach Leistung; Ergebnisse einer weltweiten Umfrage zum Ansehen der Politiker

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6163 6164 6167-6175 6178 6179

Eintreten für eine stufenweise Anhebung der Diäten bei gleichzeitiger Eigenvorsorge für den Ruhestand; Ergebnisse einer weltweiten Umfrage zum Ansehen der Politiker

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6233 6235 6237-6240 6242 6243

Leitsätze des BVerfG zur Entschädigung der Abgeordneten, jährliche Anpassung der Entschädigung nach einer vom Statistischen Landesamt errechneten Maßzahl zur Einkommens- und Preisentwicklung, Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen dem Abgeordnetenmandat und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst, Bezeichnung des Teilzeitmandats als reine Fiktion

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7009-7013

Jährliche Anpassung der Entschädigung nach einer vom Statistischen Landesamt errechneten Maßzahl zur Einkommens- und Preisentwicklung, Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen dem Abgeordnetenmandat und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst, Bezeichnung des Teilzeitmandats als reine Fiktion

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7094-7097

Bewertung einer Verkleinerung der Abgeordnetenzahl von 120 auf 100

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394

Abitur

s.a. *Fachhochschulreife*
s.a. *Schulzeugnis*

Zweite mündliche Prüfung im Abitur

Zunahme o.g. Prüfungen sowie des damit verbundenen Unterrichtsausfalls und finanziellen Mehraufwands, Auswirkungen auf die Endnoten im Abiturzeugnis, Bewertung der Erfahrungen von Lehrern und Schulleitern

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 17.08.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/194
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 22 23
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Keine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschulen bei der Wahl des 4. schriftlichen Prüfungsfachs im Abitur

Pflicht zur Belegung des Fachs Geschichte als viertes schriftliches Prüfungsfach; Eintreten in der KMK für eine Gleichstellung der Waldorfschüler bei der Wahl des vierten schriftlichen Abiturprüfungsfachs mit den Schülern der staatlichen Gymnasien

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.12.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/558
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 37
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Schulen in freier Trägerschaft

Entwicklung der Schülerzahlen und Träger der allgemein bildenden und beruflichen privaten Gymnasien, Auswirkungen der G 8-Züge und neuen Anforderungen im Abitur als Folge der neugestalteten gymnasialen Oberstufe, Erhaltung der Zuschüsse für die neunjährigen Bildungsgänge zum Abitur

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2136

Bildungsabschlüsse von Schülerinnen und Schülern italienischer Abstammung und italienischer Staatsangehörigkeit

Entwicklung der Zahlen von Absolventen mit Abitur, mittlerer Reife, Hauptschulabschluss und ohne Abschluss in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Steigerung der Zahl höherer Bildungsabschlüsse

KlAnfr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/2308

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Fremdsprachen in der Abiturprüfung an Waldorfschulen

Abweichungen in den letzten zehn Jahren vom (nicht abschließenden) Fächerkatalog der VO über die Abiturprüfung an Freien Waldorfschulen oder in anderen Prüfungen, Auflistung der einzelnen Schulen und Fächer, Anteil von nicht vorgesehenen Pflichtfächern; Frage nach Sonderregelungen für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS)

KlAnfr Klaus Herrmann CDU 05.08.2004 und Antw KM Drs 13/3482

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3552

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirtschaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr
s. *Abiturient*
Drs 13/3635

Verschärfung der Korrekturrichtlinien für das Abitur 2007

Verschärfung der Bewertung durch die bundeseinheitliche Anpassung an die Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung, Art und Zeitpunkt der Vermittlung der neuen Richtlinien gegenüber den Schulen, Lehrern, Schülern und Eltern

KlAnfr Roland Weiß SPD 01.12.2005 und Antw KM Drs 13/4913

Erhöhung der Anforderungen an Gymnasiasten

Aufstockung der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen im Schuljahr 2002/2003 um je eine Prüfung; Begründung der drei großen zentral gestellten Arbeiten innerhalb einer Woche für Schüler der Klassenstufe 6 bzw des wesentlich längeren Zeitrahmens für Schüler der Klassenstufe 10

KlAnfr

s. *Gymnasium*
Drs 13/4920

Abituranteil der beruflichen Gymnasien, Ermöglichung des Abiturs nach zwölf Jahren auch in NRW, Erhöhung der Abiturquote
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 741 742 746

Ermöglichung des Abiturs nach zwölf Jahren auch in NRW
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1003 1005

Aussagekraft des Abiturzeugnisses, Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, weiblicher Anteil unter den Abiturienten
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1165 1166 1215

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1368

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien; Infragestellung des Zentralabiturs; Vergleich des Abituranteils nach BLändern
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1739-1741 1744 1747 1750 1752 1754 1758

Inhaltliche Stärkung des Abiturs durch das Selbstauswahlrecht der Hochschulen
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2022

Inhaltliche Stärkung des Abiturs durch das Selbstauswahlrecht der Hochschulen
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2245-2247

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien; Ermöglichung des Abiturs mit der Volljährigkeit durch das achtjährige Gymnasium
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809 2813 2814 2833 2838

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien; Ermöglichung des Abiturs mit der Volljährigkeit durch das achtjährige Gymnasium
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3156-3158 3163 3164 3174 3178

Plädoyer für und gegen das Abitur als Zulassungsvoraussetzung für die Erzieherinnenausbildung
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3555-3562

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5050

Aussagekraft der Abiturnoten über die Studierfähigkeit und spätere Berufsbefähigung
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5240

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288

Bestrebungen der Eltern zur Erreichung der Hochschulreife ihrer Kinder, Verweisung auf die Durchlässigkeit des Schulsystems, Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6848 6861-6864 6868

Verweisung auf eine Stoffreduzierung bei der Abiturprüfung am G 8 sowie auf die angestrebte Senkung des Abiturientenalters
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7370 7377 7380 7381

Aussagekraft des Abiturs für die nachfolgende Aufnahme eines Studiums, Feststellung einer höheren Quote von Frauen und besseren Abschlüssen als die von Männern beim Abitur
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7488 7495 7500

Unterschiedlichkeit der Bildungswege zum Abitur, Verweisung auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Erlangung der Hochschulreife
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7940 7944 7948 7972 7997

Abiturient

s.a. *Studienbewerber*

Zweite mündliche Prüfung im Abitur

Zunahme o.g. Prüfungen sowie des damit verbundenen Unterrichtsausfalls und finanziellen Mehraufwands, Auswirkungen auf die Endnoten im Abiturzeugnis, Bewertung der Erfahrungen von Lehrern und Schulleitern

Antr

s. *Abitur*

Drs 13/194

Keine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschulen bei der Wahl des 4. schriftlichen Prüfungsfachs im Abitur

Pflicht zur Belegung des Fachs Geschichte als viertes schriftliches Prüfungsfach; Eintreten in der KMK für eine Gleichstellung der Waldorfschüler bei der Wahl des vierten schriftlichen Abiturprüfungsfachs mit den Schülern der staatlichen Gymnasien

Antr

s. *Abitur*

Drs 13/558

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr

s. *Student*

Drs 13/1586

Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2004/05

Beurteilung der Berufs- und Studienchancen der Abiturienten

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 13/1877

Fremdsprachen in der Abiturprüfung an Waldorfschulen

Abweichungen in den letzten zehn Jahren vom (nicht abschließenden) Fächerkatalog der VO über die Abiturprüfung an Freien Waldorfschulen oder in anderen Prüfungen, Auflistung der einzelnen Schulen und Fächer, Anteil von nicht vorgesehenen Pflichtfächern; Frage nach Sonderregelungen für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS)

KlAnfr

s. *Abitur*

Drs 13/3482

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirtschaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 07.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3635

BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 39

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Frage nach Lösungsvorschlägen der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Hochschulen und Berufsakademien, Umgang mit der verstärkten Nachfrage nach Studienplätzen aus Bayern bereits 2011, Studienmöglichkeiten in anderen BLändern, vorübergehende Kürzung der Quote von Studienbewerbern aus Nicht-EU-Staaten, befristete Bereitstellung eines neuen Typs von Hochschullehrern, Nutzung der kompensierenden Instrumente einer verminderten Abbrecherquote und von verkürzten Studienzeiten, Aufnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen in ein Dringlichkeitsprogramm u.a.m.

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/4326

Künftiger Mangel an Studienplätzen in BW

Entwicklung der Zahlen von Studienberechtigten und -anfängern seit 1995 und bis 2014, Abgleichung mit den vorhandenen und benötigten Studienplätzen; Auswirkungen der zulassungsbeschränkten Studiengänge, der Eignungsfeststellungsprüfungen, des neuen Doktorandenstatus und der Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studienplatzkapazitäten; Bereitstellung der am Bedarf orientierten Kapazitäten

Antr
s. *Studienplatz*
Drs 13/4394

Erhöhung der Anforderungen an Gymnasiasten

Aufstockung der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen im Schuljahr 2002/2003 um je eine Prüfung; Begründung der drei großen zentral gestellten Arbeiten innerhalb einer Woche für Schüler der Klassenstufe 6 bzw des wesentlich längeren Zeitrahmens für Schüler der Klassenstufe 10

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 13/4920

Überlastprogramm für die Hochschulen

Entwicklung eines Überlastprogramms zur Vorbereitung auf die steigenden Studierendenzahlen bzw den doppelten Abiturientenjahrgang 2012, Gewährleistung einer auf zehn Jahre befristeten Parallelbesetzung von Professoren-/Wissenschaftlerstellen ab dem Jahr 2008

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4967

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Verzicht auf die Benotung der Vergleichsarbeiten als Klassenarbeiten, Einsatz als Mittel der Selbstevaluation; Vorlage eines Konzepts für das Jahr 2012 mit zwei Abiturjahrgängen

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/5114

Weiblicher Anteil unter den Abiturienten

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2032

Entwicklung der Zahlen von Absolventen des achtjährigen und neunjährigen Gymnasiums, Vergleich mit dem Studienplatzangebot der Hochschulen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3415

Erwartung einer höheren Studierquote unter den Abiturienten durch die Erhebung von Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3669 3671

Steigerung der Abiturientenquote mit dem Ausbau der beruflichen Gymnasien

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4264 4276

Verbesserung der Abiturientenquote durch die beruflichen Gymnasien, Werbung um Abiturienten für die Lehrerausbildung an beruflichen Schulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288 6294

Feststellung eines Bedarfs von mehr Abiturienten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955

Anteil der Absolventen von beruflichen Gymnasien unter den Abiturienten

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7230 7231 7240-7242

Einstellung der Studienplatzkapazität auf zwei Abiturientenjahrgänge 2012, Befürchtung von erheblichen Engpässen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7320 7322 7325

Auswirkungen von Studiengebühren auf die Studierquote unter den Abiturienten, Befürchtung der Abschreckung von jungen Menschen aus einkommensschwächeren Familien

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7488 7491-7497 7499-7505 7507-7509 7512 7513

Auswirkungen von Studiengebühren auf die Studierquote unter den Abiturienten, Befürchtung der Abschreckung von jungen Menschen aus einkommensschwächeren Familien

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7585 7586 7588-7598

Abiturprüfung

s. *Abitur*

Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik

s. *Deutsches Institut für Bautechnik*

Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik

s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

ABM

s. *Arbeitsförderung*

Abordnung von Beamten

s.a. *Umzugskosten*

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Umfang des vorgesehenen und vollzogenen Stellenabbaus im Ministerium, in den Oberschul- und Schulämtern in den letzten zehn Jahren; Zahl, Aufgaben und Eingruppierung der im selben Zeitraum dort beschäftigten bzw. abgeordneten Lehrkräfte; Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate; Frage nach den rechtlichen Grundlagen und Beschlüssen des Ltg zur Praxis der Abordnungen und Freistellungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1744

Abordnung von Lehrkräften in die Schulverwaltung

Kriterien und Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schular-ten, Qualifikation und Aufgaben dieser Lehrkräfte, Maßnahmen zur Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/2611

Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe

Gründe für die o.g. Abordnung, Abstimmung der von den Gewässerdirektionen vollzogenen Gewässerschutz- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit der LReg?

MdlAnfr 1) Dr. Walter Caroli SPD 02.12.2003 Drs 13/2691
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4120 4121

Abordnungen von Lehrkräften im LKreisludwigsburg

Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schulen an das Ministerium, Schulämter, LEU u.a. Einrichtungen; Umfang der entzogenen Deputate in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/3772

Abstellung von 76 Lebensmittelkontrolleuren für die LKreise

Ursachen, Ausgestaltung, Kostenträger und Zeitrahmen des o.g. Angebots der LReg; Status und Qualifikation der eingesetzten Beamten, Auswirkungen auf deren Aufgabenerledigung, Rückgriff auf die beim Polizeivollzugsdienst tätigen ehemaligen WKD-Kontrolleure? Wiedereinrichtung des WKD als Teil der Polizei, Vorlage eines Konzepts zur Erhöhung der Zahl von Kontrolleuren bei erneut auftretenden Lebensmittelskandalen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/5047

Ablehnung der Abordnungen von Lehrkräften an das Landesinstitut für Schulentwicklung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5624

Abordnung von Lehrkräften in die Schulverwaltung als Beitrag zum Unterrichtsausfall

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6006 6007

Abrüstung

s.a. *Konversion*

Erinnerung an die nicht erfolgte Umsetzung der Verpflichtung des Irak zur Abrüstung seiner ABC-Waffen ab 1992; Fortsetzung der Suche der UN-Inspektoren nach Massenvernichtungswaffen bzw Drängen der USA auf eine Entwaffnung mit militärischen Mitteln

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2694-2696 2698-2700

Abschiebung

s. *Ausweisung*

Abschöpfung von Vermögensvorteilen aus Straftaten

s. *Vermögen*

Absinth

s. *Getränk*

Abstandsmesser

s. *Messgerät*

Abwasser

s.a. *Abwasserabgabe*
s.a. *Abwasserbeseitigung*
s.a. *Abwasserreinigung*

Verbrauch von Trinkwasser und Verwendung von Regenwasser
Vorlage eines Konzepts zur Förderung des sparsamen Verbrauchs von Trinkwasser sowie der verstärkten Nutzung von Regenwasser im privaten, öffentlichen und gewerblichen Bereich

Antr
s. *Trinkwasser*
Drs 13/475

Novellierung der TrinkwasserVO

Meldepflicht für Regenwassernutzungsanlagen; Handhabung des Vollzugs der o.g. VO, personeller und finanzieller Mehraufwand für die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen durch die erhöhten Anforderungen an die Aufbereitung des Trinkwassers

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 13/946

Der gegenwärtige Zustand kommunaler Infrastruktur in BW am Beispiel der Kanalnetze und ihrer Leistungsfähigkeit in Hochwasserfällen

Darlegung des Bedarfs und der notwendigen Investitionsmittel für die Sanierung schadhafter und den Ausbau zu gering dimensionierter Kanalnetze und abwassertechnischer Anlagen, Aktualisierung der technischen und rechtlichen Normen entsprechend den Folgen des Klimawandels

Antr
s. *Abwasserbeseitigung*
Drs 13/1344

Förderung und Entwicklung dezentraler Abwasserbehandlungsanlagen in BW

Art und Umfang der o.g. Förderung bzw der ökologischen Regenwasserbewirtschaftung in den letzten fünf Jahren; erreichter und erstrebter Anschlussgrad an Kanalisationen und Kläranlagen; möglicher Anteil und räumliche Verteilung von Kleinkläranlagen

Antr
s. *Abwasserreinigung*
Drs 13/1518

Folgen der Verschärfung der Anrechnung bei der Abwasserabgabe

Angestrebte Ziele und Folgen der Reduzierung des erlaubten Fremdwasseranteils im Abwasser im Zuge der Novellierung des WasserGes, Mehrbelastung der Stadt Heidenheim infolge geologisch bedingter höherer Grundwasserzuflüsse in die Abwasser- netze; Verankerung einer Ausnahmeregelung im Gesetz

KlAnfr
s. *Abwasserabgabe*
Drs 13/2617

Gesplittete Abwassergebühren - ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

Eintreten für gesplittete Gebührenmodelle, Berechnung der Kosten der Schmutzwasserbeseitigung nach dem Trinkwasserverbrauch und der Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung anhand der mit einem Kanalanschluss ausgestatteten versiegelten Flächen, Auswirkungen auf die Betriebs- und Modernisierungskosten von Abwasserbehandlungsanlagen; Aufnahme entsprechender Gespräche mit dem Städte- und Gemeindetag

Antr
s. *Abwasserabgabe*
Drs 13/3528

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/3631

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Gesplittete Abwassergebühren als ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

s. *Abwasserabgabe*
Drs 13/4010

Moratorium für Kläranlagen und Regenwasserbehandlung

Möglichkeiten einer Aussetzung der noch anstehenden Maßnahmen, Übertragung der Resterfüllung ab einem bestimmten Anschlussgrad von Gebäuden an eine Abwasserreinigungsanlage in die Verantwortung der Kommunen, Hinwirkung auf geringere Anforderungen bei der Verlängerung von Einleitungsgenehmigungen i.S.d. § 7 a WHG? Zusätzliche Kosten der Gemeinden durch eine weitere Standardverschärfung im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

KlAnfr
s. *Abwasserreinigung*
Drs 13/3976

Abwasserabgabe*Folgen der Verschärfung der Anrechnung bei der Abwasserabgabe*

Angestrebte Ziele und Folgen der Reduzierung des erlaubten Fremdwasseranteils im Abwasser im Zuge der Novellierung des WasserGes, Mehrbelastung der Stadt Heidenheim infolge geologisch bedingter höherer Grundwasserzuflüsse in die Abwasser- netze; Verankerung einer Ausnahmeregelung im Gesetz

KlAnfr Wolfgang Staiger SPD 13.11.2003 und Antw UVM
Drs 13/2617

Gesplittete Abwassergebühren - ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

Eintreten für gesplittete Gebührenmodelle, Berechnung der Kosten der Schmutzwasserbeseitigung nach dem Trinkwasserverbrauch und der Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung anhand der mit einem Kanalanschluss ausgestatteten versiegelten Flächen, Auswirkungen auf die Betriebs- und Modernisierungskosten von Abwasserbehandlungsanlagen; Aufnahme entsprechender Gespräche mit dem Städte- und Gemeindetag

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 01.09.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3528
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.10.2004 Drs 13/3751 S. 37 38
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Änd der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft durch das Land und Bereitstellung sowie Abfluss der Fördermittel

Höhe der bisher (seit 2001) und künftig ausgereichten Fördermittel für Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Zahl und Volumen der von Gemeinden und Zweckverbänden gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Höhe der durchschnittlichen Förderquote; Entwicklung der Trinkwasser- und Abwassergebühren in den letzten fünf und nächsten drei Jahren; Realisierung der notwendigen Modernisierung der Anlagen und Netze mit der derzeitigen Förderung?

Antr
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/3879

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Gesplittete Abwassergebühren als ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

EAntr GRÜNE 25.01.2005 Drs 13/4010-17 S. 39 40
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Abwasserbeseitigung

s.a. *Abwasserabgabe*
s.a. *Abwasserreinigung*

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 20) - Bemessung von Fördersätzen in der Abwasserbeseitigung

Reduzierung des Verwaltungsaufwands bei der Förderung von Vorhaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Mittlg
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/329

Der gegenwärtige Zustand kommunaler Infrastruktur in BW am Beispiel der Kanalnetze und ihrer Leistungsfähigkeit in Hochwasserfällen

Darlegung des Bedarfs und der notwendigen Investitionsmittel für die Sanierung schadhafter und den Ausbau zu gering dimensionierter Kanalnetze und abwassertechnischer Anlagen, Aktualisierung der technischen und rechtlichen Normen entsprechend den Folgen des Klimawandels

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 25.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1344
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 47-50
 PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Förderung und Entwicklung dezentraler Abwasserbehandlungsanlagen in BW

Art und Umfang der o.g. Förderung bzw der ökologischen Regenwasserbewirtschaftung in den letzten fünf Jahren; erreichter und erstrebter Anschlussgrad an Kanalisationen und Kläranlagen; möglicher Anteil und räumliche Verteilung von Kleinkläranlagen

Antr
 s. *Abwasserreinigung*
 Drs 13/1518

US-Cross-Border-Leasing und Zuwendungsrecht

Höhe der Förderung der in Drs 13/2055 aufgelisteten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die zu Gegenständen von CBL-Geschäften wurden; Frage nach der Praxis, den rechtlichen Grundlagen und evtl Ermessensspielräumen zur Rückforderung der gewährten Zuschüsse bzw Abschöpfung des erzielten Barwertvorteils; Darlegung der Vorgehensweise bei dem für eine CBL-Transaktion vorgesehenen Kanalnetz der Stadt Ulm

Antr
 s. *Leasing*
 Drs 13/2201

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 26) - Zuschüsse für Anschlüsse von Einzelanwesen im ländlichen Raum an die öffentliche Kanalisation

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XXII. S. 7
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
 Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3314

Folgen der Verschärfung der Anrechnung bei der Abwasserabgabe

Angestrebte Ziele und Folgen der Reduzierung des erlaubten Fremdwasseranteils im Abwasser im Zuge der Novellierung des WasserGes, Mehrbelastung der Stadt Heidenheim infolge geologisch bedingter höherer Grundwasserzuflüsse in die Abwasser-netze; Verankerung einer Ausnahmeregelung im Gesetz

KlAnfr
 s. *Abwasserabgabe*
 Drs 13/2617

Gesplittete Abwassergebühren - ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

Eintreten für gesplittete Gebührenmodelle, Berechnung der Kosten der Schmutzwasserbeseitigung nach dem Trinkwasserverbrauch und der Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung anhand der mit einem Kanalananschluss ausgestatteten versiegelten

Flächen, Auswirkungen auf die Betriebs- und Modernisierungskosten von Abwasserbehandlungsanlagen; Aufnahme entsprechender Gespräche mit dem Städte- und Gemeindetag

Antr
 s. *Abwasserabgabe*
 Drs 13/3528

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Erkenntnisse über den Eintrag o.g. Schadstoffe in Kläranlagen, insbes halogenorganische Verbindungen, Schwermetalle, Röntgenkontrastmittel, Medikamentenrückstände, Desinfektionsmittel, Keime und Viren; Leistungsfähigkeit der Kläranlagen zur Elimination der Verschmutzungen, Anteil nicht entfernbare Rückstände im Oberflächenwasser bzw im Wasserkreislauf; Regelungen und Fördermittel zum Bau entsprechender spezieller Anlagen

Antr
 s. *Wasserverunreinigung*
 Drs 13/3631

Änd der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft durch das Land und Bereitstellung sowie Abfluss der Fördermittel

Höhe der bisher (seit 2001) und künftig ausgereichten Fördermittel für Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Zahl und Volumen der von Gemeinden und Zweckverbänden gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Höhe der durchschnittlichen Förderquote; Entwicklung der Trinkwasser- und Abwassergebühren in den letzten fünf und nächsten drei Jahren; Realisierung der notwendigen Modernisierung der Anlagen und Netze mit der derzeitigen Förderung?

Antr
 s. *Wasserwirtschaft*
 Drs 13/3879

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Gesplittete Abwassergebühren als ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

s. *Abwasserabgabe*
 Drs 13/4010

Moratorium für Kläranlagen und Regenwasserbehandlung

Möglichkeiten einer Aussetzung der noch anstehenden Maßnahmen, Übertragung der Resterfüllung ab einem bestimmten Anschlussgrad von Gebäuden an eine Abwasserreinigungsanlage in die Verantwortung der Kommunen, Hinwirkung auf geringere Anforderungen bei der Verlängerung von Einleitungsgenehmigungen i.S.d. § 7 a WHG? Zusätzliche Kosten der Gemeinden durch eine weitere Standardverschärfung im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

KlAnfr
 s. *Abwasserreinigung*
 Drs 13/3976

Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum - Förderung von Abwassergemeinschaften

Effizienz der bisherigen Förderpraxis, Umfang des Abbaus dezentraler Kleinkläranlagen seit 1995; Beibehaltung der Förderung privater Abwassergemeinschaften

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 29.09.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4688
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs

13/5052 S. 74

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Erhaltung der öffentlichen Abwasserentsorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge, Verweisung auf den Sanierungsbedarf der Kanalnetze

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3442 3443

Anschlussgrad an das Abwasserbeseitigungsnetz in BW

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4324

Abwassereinleitung

s. *Abwasserbeseitigung*

Abwasserentsorgung

s. *Abwasserbeseitigung*

Abwassergebühr

s. *Abwasserabgabe*

Abwasserreinigung

s.a. *Abwasserbeseitigung*

s.a. *Wasserwirtschaft*

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 20) - Bemessung von Fördersatzten in der Abwasserbeseitigung

Reduzierung des Verwaltungsaufwands bei der Förderung von Vorhaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Mittlg

s. *Wasserwirtschaft*

Drs 13/329

Vorkommen von Arzneimittelrückständen im Bodensee

Entwicklung und Auswirkungen o.g. Rückstände, insbes von Hormonen, seit 1996; Ergebnisse von Untersuchungen; technische Möglichkeiten zur Ausfilterung aus den Abwässern

KlAnfr

s. *Arzneimittel*

Drs 13/827

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Antr

s. *Bodensee*

Drs 13/1250

Der gegenwärtige Zustand kommunaler Infrastruktur in BW am Beispiel der Kanalnetze und ihrer Leistungsfähigkeit in Hochwasserfällen

Darlegung des Bedarfs und der notwendigen Investitionsmittel für die Sanierung schadhafter und den Ausbau zu gering dimensionierter Kanalnetze und abwassertechnischer Anlagen, Aktualisierung der technischen und rechtlichen Normen entsprechend den Folgen des Klimawandels

Antr

s. *Abwasserbeseitigung*

Drs 13/1344

Förderung und Entwicklung dezentraler Abwasserbehandlungsanlagen in BW

Art und Umfang der o.g. Förderung bzw der ökologischen Regenwasserbewirtschaftung in den letzten fünf Jahren; erreichter und erstrebter Anschlussgrad an Kanalisationen und Kläranlagen; möglicher Anteil und räumliche Verteilung von Kleinkläranlagen

Antr SPD 14.11.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1518

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 23.10.2003 Drs 13/2583 S. 5 6

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr

s. *Wasserrecht*

Drs 13/1602

Weiterentwicklung von Abwasserreinigungsverfahren

Ergebnisse von Forschungsprojekten zur Absorption chemisch-biologischer Verunreinigungen, u.a. von Hormonen; technische Möglichkeiten und Marktreife einer neuen Filtergeneration; Werbung um den Einsatz bei den Betreibern der Kläranlagen, Anstieg der Abwassergebühren durch Umlegung der Mehrkosten

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 19.04.2004 und Antw

UVM Drs 13/3122

Gesplittete Abwassergebühren - ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

Eintreten für gesplittete Gebührenmodelle, Berechnung der Kosten der Schmutzwasserbeseitigung nach dem Trinkwasserverbrauch und der Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung anhand der mit einem Kanalanschluss ausgestatteten versiegelten Flächen, Auswirkungen auf die Betriebs- und Modernisierungskosten von Abwasserbehandlungsanlagen; Aufnahme entsprechender Gespräche mit dem Städte- und Gemeindetag

Antr

s. *Abwasserabgabe*

Drs 13/3528

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Erkenntnisse über den Eintrag o.g. Schadstoffe in Kläranlagen, insbes halogenorganische Verbindungen, Schwermetalle, Röntgenkontrastmittel, Medikamentenrückstände, Desinfektionsmittel, Keime und Viren; Leistungsfähigkeit der Kläranlagen zur Elimination der Verschmutzungen, Anteil nicht entfernbarer Rückstände im Oberflächenwasser bzw im Wasserkreislauf; Regelungen und Fördermittel zum Bau entsprechender spezieller Anlagen

Antr

s. *Wasserverunreinigung*

Drs 13/3631

Änder der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft durch das Land und Bereitstellung sowie Abfluss der Fördermittel

Höhe der bisher (seit 2001) und künftig ausgereichten Fördermittel für Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Zahl und Volumen der von Gemeinden und Zweckverbänden gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Höhe der durchschnittlichen Förderquote; Entwicklung der Trinkwasser- und Abwassergebühren in den letzten fünf und nächsten drei Jahren; Realisierung der notwendigen Modernisierung der Anlagen und Netze mit der derzeitigen Förderung?

Antr

s. *Wasserwirtschaft*

Drs 13/3879

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Gesplittete Abwassergebühren als ein Beitrag zur Reduzierung der Flächenversiegelung und des kommunalen Zuschussbedarfs für Abwasserbehandlungsanlagen

s. *Abwasserabgabe*

Drs 13/4010

Moratorium für Kläranlagen und Regenwasserbehandlung

Möglichkeiten einer Aussetzung der noch anstehenden Maßnahmen, Übertragung der Resterfüllung ab einem bestimmten Anschlussgrad von Gebäuden an eine Abwasserreinigungsanlage in die Verantwortung der Kommunen, Hinwirkung auf geringere Anforderungen bei der Verlängerung von Einleitungsgenehmigungen i.S.d. § 7 a WHG? Zusätzliche Kosten der Gemeinden durch eine weitere Standardverschärfung im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 26.01.2005 und Antw UVM

Drs 13/3976

Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum - Förderung von Abwassergemeinschaften

Effizienz der bisherigen Förderpraxis, Umfang des Abbaus dezentraler Kleinkläranlagen seit 1995; Beibehaltung der Förderung privater Abwassergemeinschaften

Antr

s. *Abwasserbeseitigung*

Drs 13/4688

Klärschlamm Entsorgung

Gesamtanfall und Anteile der landwirtschaftlichen und thermischen Verwertung von Klärschlamm, Verknüpfung der Vergabe von Fördermitteln mit der Vorlage von positiven Energiebilanzen; Kapazitäten, Auslastung und Energiebilanzen der Mitverbrennung von Trockenschlamm in Zementwerken, Kohlekraftwerken u.a. Verbrennungsanlagen; Förderung von zwei Bandrocknungs- und Vergasungsanlagen zur thermischen Entsorgung von Filterkuchen im Zollernalbkreis? Frage nach Beispielen einer weitgehenden Rückgewinnung der landwirtschaftlich wertvollen Nährstoffe aus dem kommunalen Abwasser

KlAnfr

s. *Klärschlamm*

Drs 13/5186

Cross-Border-Leasing-Geschäfte mit Kläranlagen in Stuttgart

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3500

Niveau der Abwasserreinigung in BW, Feststellung einer Spitzenposition in Europa

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3780

Qualität der Abwasserreinigung in BW

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4103

Abwasserreinigungsverfahren

s. *Abwasserreinigung*

Achtjähriges Gymnasium

s. *Gymnasium*

Acker

s. *Landwirtschaftliche Betriebsfläche*

Acrylamid

Analysekapazitäten für Acrylamid in BW

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1877

Aufarbeitung der Acrylamid-Problematik durch die chemischen Untersuchungsämter

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3118 3123

Adel

Adelsprädikat und Schuldienst

Gründe für die Aufnahme der Spalte „Adelsprädikat“ in den „Antrag auf Einstellung in den Schuldienst des Landes über die Allgemeine Bewerberliste 2004/2005“

MdlAnfr 3) Dr. Walter Caroli SPD 03.12.2004 Drs 13/3827

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5764 5765

Adelsheim

Ausbrüche bei der Justizvollzugsanstalt Adelsheim

Darlegung o.g. Zahlen der letzten zehn Jahre im Vergleich zu anderen Anstalten, Auflistung der Übergriffe gegen Vollzugsbeamte sowie der ergriffenen Sanktionen und Sicherheitsvorkehrungen

KlAnfr

s. *Gefangener*

Drs 13/270

Zukünftige Polizeipostenstruktur im Bauland

Umsetzungszeitplan für die Polizeipostenstruktur-Reform im Neckar-Odenwald-Kreis, Zusammenlegung der Polizeiposten Adelsheim und Osterburken in Adelsheim?

MdlAnfr

s. *Polizei*

Drs 13/4133

Notwendigkeit einer Verbesserung der personellen und räumlichen Situation in der Jugendstrafanstalt Adelsheim

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1914 1920

Sozialtherapeutisches Behandlungsangebot in der Jugendstrafanstalt Adelsheim

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2140

Sozialtherapeutisches Behandlungsangebot in der Jugendstrafanstalt Adelsheim

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2409

Adelsprädikat

s. *Adel*

ADHS

s. *Verhaltensstörung*

Adoption

Anonym durchgeführte Entbindungen

Entwicklung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen aus sozialer Indikation sowie von Auslandsadoptionen seit 1996; Reduzierung der Zahlen mithilfe des o.g. Angebots und anschließender Adoptionsfreigabe; Erfahrungen aus anderen Ländern, z.B. Frankreich

Antr
s. *Geburt*
Drs 13/155

Babyklappen in BW

Zahl der bisher in den o.g. Einrichtungen in Stuttgart, Karlsruhe und Pforzheim abgegebenen Neugeborenen im Vergleich zu den Fällen von strafbaren Kindesaussetzungen, Anteil der die Meldeoption nutzenden Mütter und Rückerlangung ihrer Kinder bzw der zur Adoption freigegebenen Kinder, Planung weiterer Babyklappen?

KlAnfr
s. *Kind*
Drs 13/4230

Ermöglichung der anonymen Adoption von Kindern mit der Babyklappe, Zahl von Auslandsadoptionen pro Jahr, Umfang der Warteliste in BW

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336 1338 1340 1341 1343

Adulte Stammzelle

s. *Stammzelle*

ADV-Zusammenarbeitsgesetz

s. *Datenverarbeitung*

Ägypten

Baden-württembergische Wissenschaftsbeziehungen nach Ägypten und die Perspektiven für die German University in Cairo (GUC)

Darlegung der beteiligten Hochschulen, Berufsakademien und Unternehmen; Umfang des Austauschs von Wissenschaftlern und Studierenden sowie des finanziellen Engagements von Bund, Land und Privatpersonen; Frage nach den bearbeiteten Themen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie nach den mittelfristigen Perspektiven

KlAnfr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/5075

Älterer Mensch

s. *Alter Mensch*

Ärztliche Behandlung

s.a. *Arzthonorar*
s.a. *Gesundheitsuntersuchung*
s.a. *Krankenversorgung*
s.a. *Operation (Heilverfahren)*
s.a. *Psychotherapie*
s.a. *Zahnärztliche Behandlung*

Verschreibungsberechtigung für Apotheker

Beurteilung der o.g. Modellprojekte in Großbritannien

KlAnfr
s. *Apotheker*
Drs 13/247

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Berücksichtigung von Terroranschlägen mit Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke, Chemieanlagen u.a. Infrastruktureinrichtungen, der Verbreitung infektiöser, giftiger oder radioaktiver Substanzen im Katastrophenschutz, LRettungsdienstplan und in der Krankenhausplanung; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Mittel; Bericht über die eingeleiteten Schritte bis 30.11.2001

Antr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/342

Lymphdrainage zur Ödemvermeidung nach einer Brustkrebsoperation

Steigerung der Überlebenschance und Vermeidung neuer Ödeme durch o.g. Behandlung als Dauerprophylaxe, Beurteilung der Minimalforderung bzw einer BRatsinitiative zur Einstufung als Regelfall-Langfrist-Verordnung nach dem Heilmittelkatalog

Antr
s. *Heilverfahren*
Drs 13/446

Katastrophenschutz

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 13/500

Aids-Prävention und Aids-Krankenversorgung in BW - Zwischenbilanz

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Vergleich mit anderen BLändern; Mitteleinsatz der Krankenkassen in BW; Inanspruchnahme der ärztlichen Betreuung und Behandlung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/847

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Höhe der Kosten von psychologischen Behandlungen, Übernahme durch die Krankenkassen; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Versorgungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw. alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr
s. *Frauenheilkunde*
Drs 13/1446

Einführung der DRG's (Fallpauschalen) - Behandlungsmindestmengen

Einführung von Mindestfallzahlen für bestimmte Behandlungen unter dem Aspekt der Qualitätssicherung, Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes, Auswirkungen auf einzelne Krankenhäuser bzw. auf die flächendeckende Versorgung

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1584

Qualitätssicherung bei Zahnärzten

Maßnahmen und Ziele zur Qualitätssicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Defizite im bestehenden System der zahnärztlichen Fortbildung, Erfahrungen mit Patientenberatungsstellen, Einführung des „Facharztes auf Zeit“?

Antr
s. *Zahnarzt*
Drs 13/1626

Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Entwicklung der Ärztedichte seit 1998 und bis 2010 nach Ärzten in Kliniken, niedergelassenen Ärzten, Fach- und Zahnärzten; Darlegung der Nachfolgeproblematik; Auswirkungen einer Unterversorgung; Anreize und Möglichkeiten zur Abmilderung des Negativtrends; Planungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhausträger

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1735

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/1740

Der Diabetes-Vertrag der AOK Baden-Württemberg im Rahmen der Disease-Management-Programme

Vereinbarung von Fangprämien für chronisch Kranke zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung, Genehmigung bzw. Auswirkungen dieses Vertrags, insbes. Auslösung eines Wettbewerbs um die höchsten Betreuungspauschalen und damit von zusätzlichen Ausgaben für die DMP, Rechtfertigung dieser erhöhten Kosten?

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/2189

Rolle der Krankenhaussozialarbeit

Vorhandene Krankenhaussozialdienste, Berücksichtigung bei der Kalkulation der neuen Fallpauschalen? Bedeutung für die Patientensteuerung bei der integrierten Versorgung und teilstationären Behandlung, Gewährleistung einer fach- und zeitgerechten Organisation der Nachversorgung

Antr
s. *Sozialarbeit*
Drs 13/2415

Fragen der Praxisgebühr

Entrichtung der 10 Euro bei jeder ersten Konsultation eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten im Quartal; Umgang mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern u.a. Patienten, die nicht im Voraus bezahlen; Verfahren bei einer telefonischen Beratung; Abgeltung des bürokratischen Aufwands der Ärzte; Position des Sozialministers in den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform

KIAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/2520

Methadonvergabe im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl der behandlungsbedürftigen Heroinabhängigen und der Methadon ausgebenden Ärzte; Notwendigkeit einer flächendeckenden Versorgung

KIAnfr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 13/3061

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik

Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschalen

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/3086

Ärztemangel

Entwicklung der Zahlen von Pensionierungen sowie des Bedarfs an Haus-, Fach- und Krankenhausärzten in den nächsten zehn Jahren; Gegenüberstellung der Zahlen von Studienanfängern, -abbrechern und -absolventen, Anteil der Mediziner ohne patientenbezogene ärztliche Tätigkeit; Kosten eines Medizinstudienplatzes pro Semester; Beschreibung der medizinischen Versor-

gung bzw des Mangels an Ärzten in den einzelnen Regionen und im europäischen Ausland

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/3168

Situation HIV-infizierter Kinder in BW

Zahlen über o.g. Kinder, die Lebenserwartung und Sterberate seit 1985; Erkenntnisse über Infektionswege, die Entwicklung und Wirksamkeit der angewandten Therapien; Höhe der Therapiekosten und Übernahme durch die Krankenversicherungen und Beihilfeträger; Auswirkungen auf die Lebenssituation der betroffenen Familien; Einschätzung der Chancen für eine Impfung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3454

Umsetzung § 95 SGB V Medizinische Versorgungszentren

Begründung und erwartete Auswirkungen der o.g. Einrichtungen; Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigungen an der Zulassung der dort tätigen Ärzte; Ausschluss einer Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hand zulasten der Leistungsanbieter in freien Praxen; Unterstützung durch öffentliche Krankenhausträger nur zum Ausgleich einer Unterversorgung im ambulanten Bereich

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/3486

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, insbes auch auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/4583

Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung
Kostenregelung für die Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung von Kindern, Feststellung der medizinischen Notwendigkeit vor Abschluss der Aufnahmeformalitäten durch die Eltern, Gewährleistung der Elternbegleitung ohne zusätzliche finanzielle Belastung

Antr
s. *Eltern*
Drs 13/4794

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbin-

gung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr Renate Götting u.a. FDP/DVP 14.11.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/48222

Verhalten der LReg im BRat bei der Abstimmung zum Ges zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung

Planung eines Preisabschlags bei Generika sowie einer Bonus-Malus-Regelung für das Verordnungsverhalten der Ärzte mit dem o.g. GesEntw, Hintergründe und Zielsetzung des Antrags der LReg sowie der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses im BRat zur Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der Festbetragsregelungen und Bonus-Malus-Regelung, Gründe für die (fälschliche) Aussage über die Zielsetzung und den Erfolg der (abgelehnten) Intervention

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/5217

Honorarverteilung für ärztliche ambulante Leistungen - Auswirkungen des EBM 2000plus (Einheitlicher Bewertungsmaßstab) - Kassenärztliche Vereinigung BW

Veränderung der Vergütung bei den verschiedenen Haus- und Facharztgruppen im vierten Quartal 2005 als Folge des o.g. neuen Honorarverteilungsmaßstabs, Frage nach der Ausgestaltung und Inanspruchnahme der von der KV beschlossenen Härtefallregelung zur Abmilderung der von der Honorarreform verursachten Einkommensminderungen, Beurteilung der zur Entscheidung der KV über einen Härtefallantrag geforderten Wirtschaftsdaten

KlAnfr
s. *Arzthonorar*
Drs 13/5232

Versorgung und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden, Verbindlichkeit einer Patientenverfügung für den behandelnden Arzt, Ablehnung der aktiven Sterbehilfe

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7484

Verbesserung der Behandlung von Krebspatienten mit dem neuen Krebsregister, Bewirkung einer Konzentration auf erfolgreiche Therapieformen; Vorschläge des RH zur Kosteneinsparung bei der Krankenbehandlung von Strafgefangenen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7822-7825 7852 7855

Verbesserung der Behandlung von Krebspatienten mit dem neuen Krebsregister, Bewirkung einer Konzentration auf erfolgreiche Therapieformen

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7910-7912

Ärztliche Schweigepflicht

s. *Schweigepflicht*

Ärztliche Verordnung

s. *Ärztliche Behandlung*

Ärztliche Versorgung

s. *Ärztliche Behandlung*

Ärztliche Weiterbildung

s. Medizinische Ausbildung

Ärztlicher Bereitschaftsdienst

s. Bereitschaftsdienst

Afghanistan

Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan

Planung eines Ordens oder einer anderen Auszeichnung nach den Beispielen anderer BLänder?

MdlAnfr
s. Orden (Auszeichnung)
Drs 13/4204

Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan

Planung eines Ordens oder einer anderen Auszeichnung nach den Beispielen anderer BLänder

MdlAnfr
s. Orden (Auszeichnung)
Drs 13/4316

Ausmaß des Hungers in Afghanistan als Folge der Misswirtschaft der Taliban; Austrocknung illegaler Finanzströme zur Finanzierung des terroristischen Netzwerks von Usama Bin Laden in Afghanistan, Ablehnung einer Aussetzung der Luftangriffe, Hilfen für das afghanische Volk

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 365 366 369 371

Unterdrückung der Frauen durch das Talibanregime in Afghanistan, Anerkennung der geschlechtsspezifischen Verfolgung als Asylgrund; Ringen um Zustimmung der Grünen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 561 571-573

Ungewissheit über die Folgen des Konflikts in Afghanistan

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636

Afrika

s.a. Ägypten
s.a. Burundi
s.a. Marokko
s.a. Nigeria

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
s. Katastrophenhilfe
Drs 13/4085

Entwicklungspartnerschaft in BW mit einem Land Afrikas

Ergebnisse der o.g. Prüfung in Ausführung des Landtagsbeschlusses unter Einbeziehung von Organisationen der Entwicklungshilfe und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit, Frage nach der Eignung von Burundi bzw der Fortführung der dort wegen der Bürgerkriegssituation eingestellten Hilfsprojekte

Antr
s. Entwicklungshilfe
Drs 13/4556

Bekämpfung von Armut, Hunger und Aids in Afrika; Prüfung einer Partnerschaft mit einem afrikanischen Land

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6195-6197

Agenda 21

Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Unterstützung der kommunalen Entwicklungspartnerschaften bzw der „Servicestelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und für die Einbindung globaler Aspekte in Prozesse der lokalen Agenda 21“, Stärkung des Einsatzes erneuerbarer Energien in den Partnerländern

Antr
s. Entwicklungshilfe
Drs 13/370

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Förderung von kommunalen Umweltprojekten iRd Agenda 21

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/660-2 S. 21

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-3 S. 5

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Zukunft der Flurneuordnung in BW

Unterstützung der Kommunen bei den Agenda-21-Vorhaben

Antr
s. Flurbereinigung
Drs 13/979

Umsetzung der AGENDA 21 in BW

Begleitung und Förderung der lokalen Agenda-Prozesse in den Kommunen und LKreisen, interministerielle Abstimmung und Bündelung der Maßnahmen, Bemühungen um eine stärkere ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Politik im Zusammenhang mit der Analyse und den Zielen des Umweltplans

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 14.05.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1007
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 79-81
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Entwicklung und Perspektiven für die Lokale Agenda 21 in BW

Entwicklung und Stand o.g. Projekte von Kommunen und Bürgergruppen, Unterstützung von Maßnahmen auf regionaler Ebene sowie der Entwicklungszusammenarbeit, Verbindung mit dem bürgerschaftlichen Engagement i.S. von Nachhaltigkeit

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 04.06.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1043 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 79-81
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Bilanz der lokalen Agenda 21 zehn Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio, Aufstockung der Förderung des Agenda 21-Prozesses

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1025 1026

Notwendigkeit einer höheren Förderung der Agenda-21-Projekte

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1833 1834

Entwicklung der lokalen Agendagruppen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3787

Umsetzung von lokalen Agendaergebnissen
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6913

Agenda 2000

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik; EU-Kommissionsvorschläge zur Halbzeitbewertung der AGENDA 2000

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/1903

Herausforderungen der Agenda 2000 für die kleinräumig strukturierte Landwirtschaft in BW
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043 1051 1054 1057

Einhaltung des Finanzrahmens der Agenda 2000 bei der Erweiterung der EU
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1454 1466

Zusätzliche Belastungen der heimischen Landwirtschaft durch die Agenda 2000, Erinnerung an das Zustandekommen der Agenda zu Zeiten der alten BReg, Umorientierung der Subventionspolitik zugunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1867 1868 1873 1874 1878 1879

Halbzeitbilanz der Agenda 2000, Rolle des früheren Ministers Borchert bei der Agenda 2000
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4347 4349

Unterstützung der Agenda 2000, Anmahnung weiterer Reformschritte durch den Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, Horst Köhler
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4503 4508

Neuregelung der EU-Agrarpolitik noch vor der Halbzeitbilanz der Agenda 2000
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4549 4552

Agenda 2010

Bedeutung der Agenda 2010 für den Wirtschaftsstandort BW
Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014-3024

Aktuelle Reformentscheidungen im Vermittlungsausschuss und im BRat: Entscheidende Weichenstellungen für Wachstum, Beschäftigung und öffentliche Haushalte in BW
Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4093-4103

Verweisung auf Verhinderung eines Mitgliederbegehrens zur Agenda 2010 durch die SPD-Führung; Bewertung von Aussagen zum Gesundheitssystem; Erwartung von Beschäftigungsimpulsen
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2929 2935 2936 2954 2997 2999

Werbung um Zustimmung der Opposition zur Agenda 2010
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3388 3390 3391 3393

Umkehrung der seit 1998 betriebenen Politik der BReg mit der Agenda 2010
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3630

Bewertung der Agenda 2010 als Schritt in die richtige Richtung
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639

Agraralkohol

s. Alkohol

Agrarbehörde

s. Landwirtschaftsbehörde

Agrardiesel

s. Kraftstoff

Agrarerzeugnis

s. Agrarprodukt

Agrarförderprogramm

s. Agrarprogramm

Agrarforschung

s.a. Agrarwissenschaft
s.a. Grünes Zentrum Boxberg
s.a. Schweinezucht

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14
Einrichtung eines Forschungszentrums für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim
s. Ökologischer Landbau
Drs 13/664

Ausbau von Forschung und Lehre zum Ökologischen Landbau
Vorhandene und notwendige Kapazitäten und Projekte an den Hochschulen, Entwicklung eines Konzepts und Mittelbereitstellung zum Aufbau eines „Zentrums für Forschung und Lehre Ökologischer Landbau“ an der Universität Hohenheim, Einführung eines Pflichtfachs Ökolandbau an den landwirtschaftlichen Berufsbildungseinrichtungen in Anlehnung an die Entwicklung in der Schweiz

Antr
s. Ökologischer Landbau
Drs 13/929

Agrarforschung in BW

Standorte und Stellenwert der agrarwissenschaftlichen Fakultäten im Vergleich zu anderen BLändern, Frage nach Kooperationen und dadurch erzielten Einsparungen, Zahl der deutschen und ausländischen Studenten, Umfang der Einwerbung von Drittmitteln aus der Agrarindustrie, Forschungsschwerpunkte im Ökolandbau, in der Pflanzen- und Tierzucht, Pflanzenschutz- und Düngemittelforschung; Höhe und Auswirkungen von Sparmaßnahmen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 29.01.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2867
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239 S. 43 44
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Landesanstalten, staatliche Lehr-, Forschungs- und Versuchsanstalten im Bereich Landwirtschaft in BW

Auflistung der o.g. Anstalten sowie von Instituten der Universität Hohenheim, Höhe der aufgewandten Mittel pro Jahr, Vereinbarkeit mit der Haushaltslage bzw mit der in benachbarten BLändern betriebenen Parallelforschung; Prüfung von Möglichkeiten einer engeren Kooperation in Gesprächen mit Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 19.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3230 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 29.09.2004 Drs 13/3751 S. 62-65
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Entwicklung einer Konzeption mit den Nachbarländern Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz zur Reform der landwirtschaftlichen Lehr-, Forschungs- und Versuchsanstalten

EAntr GRÜNE 21.01.2005 Drs 13/4008-19 S. 44-47
EAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4048-11 S. 14-17
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Landesanstalt für Pflanzenbau und Bodenkultur Augustenbergr, Karlsruhe

Stand der 1997 beschlossenen Zusammenführung der Landesanstalten für Pflanzenbau und Pflanzenschutz sowie der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt zur o.g. Einrichtung, Frage nach dem zeitlichen Ablauf und der Etatisierung der notwendigen Mittel

KIAnfr Regina Schmidt-Kühner SPD 25.01.2005 und Antw MLR Drs 13/3972

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen
Kooperation bzw Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Forschungs- und Versuchsanstalten mit anderen BLändern
s. Finanzpolitik
Drs 13/4042

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klärschlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des Anbaus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr
s. Biomasse
Drs 13/4539

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Darlegung der Forschungseinrichtungen und -projekte, Zeitrahmen zur Einrichtung eines Lehrstuhls für ökologischen Landbau in Hohenheim, Forschungsschwerpunkte der Weinbauinstitute, Erprobung des ökologischen Weinbaus nach der Aufgabe des Versuchsweinbergs „Burg Wildeck“

GrAnfr
s. Ökologischer Landbau
Drs 13/4606

Dauerhafte Finanzierung eines Forschungszentrums für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 974

Forderung nach Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Forschungsanstalten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870

Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Forschungsanstalten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6088 6097 6098 6106

Forderung nach Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Forschungsanstalten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6499

Verweisung auf den vorhandenen Forschungsbedarf zur grünen Gentechnik

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6648-6651 6654-6659

Verweisung auf den vorhandenen Forschungsbedarf zur grünen Gentechnik, Förderung der unabhängigen Forschung mit Feldversuchen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457 7458 7460 7464-7466 7472-7475

Verweisung auf den vorhandenen Forschungsbedarf zur grünen Gentechnik

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7883 7886 7887

Agrarhandel

s.a. Agrarwirtschaft
s.a. Grüne Woche
s.a. Tierhandel

Entwicklung und Bedeutung der Putenwirtschaft in BW

Marktentwicklung für Putenfleisch landes-, bundes- und europaweit; Problematik der Importe aus Übersee, Darlegung der dortigen Haltungsformen und rechtlichen Bedingungen, Situation der lebensmittelrechtlichen Überwachung von Importfleisch

Antr
s. Geflügelwirtschaft
Drs 13/942

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr
s. Lebensmittelkontrolle
Drs 13/1084

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem LebensmittelspezialitätenGes, Änd der Handelsklassen-ZuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Auswirkungen der EU-Osterweiterung und der WTO-Verhandlungen auf den Agraraußenhandel

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043 1057

Gefahr eines EU-Exportverbots aufgrund der Rückstände von Nitrofen in Biolebensmitteln, Forderung eines Importstopps für Geflügelfleisch aus Brasilien und Thailand

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1654 1659 1662 1663

Agrarminister

s. *Minister für Ernährung und Ländlichen Raum*

Agrarpolitik

s.a. *Agenda 2000*

s.a. *Agrarstruktur*

s.a. *Agrarwirtschaft*

s.a. *INTERREG*

s.a. *Landwirtschaft*

Anspruch und Wirklichkeit - Agrarwende der rot-grünen BReg

Auswirkungen der Bundespolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und Agrarprodukte, notwendige Schritte auf europäischer Ebene, Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die eigenen Erzeugnisse

Antr CDU 24.10.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/362 (15 S.)

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1861-1879

BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.10.2002 Drs 13/1577 S. 9

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtpremien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/959

Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion

Rückführung der Agrarsubventionen, verbesserte Honorierung von Leistungen in der Natur- und Landschaftspflege, entsprechende Modifikation der EU-Agrarprogramme, Bewertung der Vorstellungen der Bauernverbände

Antr SPD 01.07.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1119
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3190-3200

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn

besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 13/1543

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik; EU-Kommissionsvorschläge zur Halbzeitbewertung der AGENDA 2000

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/1903

EU-Agrarreform - Auswirkungen auf Landwirte und Kulturlandschaft in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399-3413

Neuregelung der Europäischen Agrarpolitik vor wichtigen Weichenstellungen - nachhaltige Unterstützung des Ltg für die Initiative aus BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560

Umsetzung der EU-Agrarreform in BW

Zeitrahmen, inhaltliche Spielräume, Zusatzaufwand und -kosten einer Umsetzung der GAP-Reform; Auswirkungen auf die konventionelle Landwirtschaft, den Bio-Landbau, das HQZ und Biozeichen, die Exportchancen und Umweltprogramme MEKA und SchALVO; Notwendigkeit einer Vereinfachung des Fördersystems

Antr FDP/DVP 31.05.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4359 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandwA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 107-109

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Teilnahme eines Vertreters des Landes an der „Konferenz zum Erhalt einer nachhaltigen europäischen Landwirtschaft“ am 17. Mai 2005 in Brüssel

Frage nach der Vertretung und inhaltlichen Positionierung des Landes in der o.g. Konferenz von 162 Regionen, Zustimmung zu den beschlossenen einheitlichen Standards für den Erhalt der Koexistenz einer Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik bzw zu dem Entscheidungsrecht der Regionen über ihre Entwicklungsstrategie einschließlich des Schutzes regionaler genetischer Ressourcen und des Verbots gentechnisch veränderter Pflanzen?

KlAnfr Alfred Winkler SPD 30.06.2005 und Antw StM Drs 13/4462

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte

in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Agrarumweltmaßnahmen iRd MEPL 2007-2013

Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Maßnahmen- und Entwicklungsplan, geleistete Vorarbeiten für die neue Förderperiode 2007-2013, Gewährleistung der Offenhaltung der Landschaft mit dem MEKA, der Landschaftspflegerichtlinie sowie der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Antr Ulrich Müller u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4885
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 111 112
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in BW

Auswirkungen auf die Landesagrarpolitik und Landwirte, Maßnahmen zur Einführung des neuen Verfahrens und Information der Landwirte, Ausgestaltung des Verfahrens zur Gewährung der Ausgleichszahlungen, Einhaltung und Kontrolle der Fachrechtsvorgaben, Auswirkungen der Strukturveränderungen infolge der Verwaltungsreform

Antr Helmut Kiefl u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4888

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszulage, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu einer moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr GRÜNE 13.01.2006 und Stellungnahme MLR Drs 13/5048
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 107-109
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Neuordnung der europäischen Agrarpolitik ab 2005 in Umsetzung der Beschlüsse des Berliner EU-Gipfels

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 610 612

Agrarpolitische Visionen der neuen Landwirtschaftsminister auf Bundes- und Landesebene; Umgang mit dem Spritzmittelskandal im Obstbau und Konsequenzen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 646-661

Umorientierung der Agrarpolitik nach den neuen Vorstellungen des Bundes; Einstellung auf die EU-Osterweiterung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 752 760 776 777 780

Herausforderungen und Perspektiven der Agrarpolitik in den nächsten Jahren, Bezeichnung der Agrarwende als unrealistisch

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1060

Bezeichnung der Agrarwende als notwendige Konsequenz aus dem Nitrofen-Skandal, Vergleich der Agrarpolitik von RPF und NRW

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651-1653 1658 1660 1662 1665-1669

Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland zur EU-Agrarpolitik, Bewertung als Niederlage des Bundeskanzlers, Anstrengung nationaler Spielräume iRd Reform 2005

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152 2154 2155 2161 2164 2165

Zuständigkeit der EU für eine vergemeinschaftete Agrarpolitik

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306

Herausforderungen der EU-Agrarreform für die Landwirtschaft in BW, insbes für die Betriebe im Schwarzwald; Nutzung der verbleibenden nationalen Spielräume

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4134-4142

Fortführung einer eigenständigen Agrarpolitik trotz der Sparzwänge, Herausforderungen der EU-Agrarreform

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4360

Begrüßung der Kompromisslösung zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik im Vermittlungsausschuss

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5058 5059

Forderung von Kürzungen im Agrarhaushalt angesichts des Rückgangs der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870

Rolle des MLR bei der Reform der Agrarpolitik, Bedienung des Weltmarkts mit qualitativ hochwertigen Produkten, Kosten der Umsetzung der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6099

Kritik an der mangelnden Information des jüngsten Europaberichts über die Agrarpolitik; Rolle des Landes bei der Ausgestaltung der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik Europas

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7141 7145 7148 7150

Agrarpreis

Bioprodukte und ihre Marktchancen

Entwicklung des Ökolandbaus nach Flächen- und Marktanteilen in BW und bundesweit seit 2000, Beurteilung des Preisdrucks durch andere Rahmenbedingungen der europäischen Wettbewerber und Vermarktung bei Großfilialisten, Chancen einer Orientierung an regionalen Spezialitäten und Direktvermarktung

Antr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/2595

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Entwicklung der Erzeugerpreise im Streuobstbau seit 1984; Unterstützung der Streuobst-Aufpreisvermarkter und Landwirte zur Sicherstellung betriebswirtschaftlich rentabler Arbeitsweisen; Förderung der Entwicklung und Vermarktung neuer Produktlinien; Initiierung einer Aufklärungskampagne für Verbraucher, Kantinen u.a.

GrAnfr
s. *Obstbau*
Drs 13/3517

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkühe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4468

Strukturwandel bei Milchbauern in BW

Stand und Prognosen zur Zahl von Milchbauern im Voll- und Nebenerwerb, von Molkereien und Milchanlieferungsmengen; Auswirkungen der von der EU geplanten Kürzung bzw. Streichung der Exportbeihilfen; flankierende Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls, u.a. aufgrund des Drucks der Großfilialisten

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4527

Möglichkeiten der alternativen Getreideverwertung in BW

Qualitäten und Mengen der diesjährigen Getreideernte, Auswirkungen auf die Preise; Nutzung der Möglichkeiten zur Freigabe bestimmter Getreidemengen für die thermische Verwertung zur Energieerzeugung

Antr
s. *Getreide*
Drs 13/4620

Erzielung höherer Preise für gesunde und hochwertige Produkte

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274

Erzielung höherer Preise für gesunde und hochwertige Produkte

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046 1054 1056-1058

Erzielbare Preise für Raps und Ölsaaten, Kosten der Veresterung zu Biodiesel

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1550 1557

Erzielung höherer Preise für sicher kontrollierte und gekennzeichnete Produkte

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1864 1865 1870

Historische Ursachen und Folgen der Preisgarantie für Agrarprodukte, Erzielung höherer Preise für gesunde und hochwertige Produkte

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3190-3194 3196-3200

Senkung der Interventionspreise der EU, Zwang der Landwirte zur unternehmerischen Kalkulation der Preise

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3401 3402 3407 3411

Senkung der Interventionspreise der EU, Auswirkungen bei den Milchbauern, Nutzung der verbleibenden nationalen Spielräume

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4134 4135 4137 4141 4142

Selbstversorgungsgrad, Standards und Preise der Agrarproduktion; Bemühungen um Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in Europa

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342 4343 4355

Entkopplung der Direktzahlungen der EU von der Produktion auf Druck der Welthandelsrunde

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4552-4554

Vorbereitung der Landwirte auf den völligen Wegfall der Preisinterventionen; Qualitätsbewertung von Fleisch zum Preis von Hundefutter

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7464 7465 7471

Agrarprodukt

s.a. *Agrarhandel*
s.a. *Agrarpreis*
s.a. *Grüne Woche*
s.a. *Gütezeichen*
s.a. *Landwirtschaftliche Überproduktion*
s.a. *Lebensmittel*
s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*
s.a. *Marketinggesellschaft BW*

Anspruch und Wirklichkeit - Agrarwende der rot-grünen BReg

Auswirkungen der Bundespolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und Agrarprodukte, notwendige Schritte auf europäischer Ebene, Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die eigenen Erzeugnisse

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/362

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 13/543

Verwendung regionaler Agrarprodukte in öffentlichen Einrichtungen

Anreize und Fördermöglichkeiten für o.g. Produkte in Krankenhäusern, Kinderbetreuungseinrichtungen, Kantinen u.a.

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 19.12.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/586

Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftspflege

Förderung der Umstellung von öffentlichen und privat organisierten Kantinen auf biologisch und/oder regional erzeugte Lebensmittel, Wahrnehmung der Vorbildfunktion beim MLR und Landtagsrestaurant PLENUM, Ausschreibung eines Wettbewerbs, Werbung über die MBW

Antr
s. *Verpflegung*
Drs 13/606

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau, Förderung von Absatz- und Ernährungsaufklärungsmaßnahmen für entsprechende Produkte

s. Ökologischer Landbau

Drs 13/658

Präsentation BW auf der Grünen Woche in Berlin

Kosten-Nutzen-Analyse der letzten 20 Jahre; Entwicklung einer Konzeption zur Darbietung heimischer Erzeugnisse nach dem HQZ sowie Präsentation des Landes als Fremdenverkehrsland, Aufstellung der Kosten und möglichen Alternativen

Antr

s. Grüne Woche

Drs 13/1105

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte seit 1990; Fördermaßnahmen zur Abfederung des Strukturwandels; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

GrAnfr

s. Heilbronn-Franken, Region

Drs 13/1211

Bau und Förderung eines regionalen Vermarktungszentrums in Ilshofen

Konzeption, Investoren und Betreiber der zentralen Rindervermarktungshalle; verfügbare Fördermittel der EU, des Bundes und Landes; Auswirkungen evtl Kürzungen

Antr

s. Rind

Drs 13/1630

Zentrale Rindervermarktungshalle Ilshofen

Höhe der vorgesehenen Förderung der o.g. Einrichtung; Verzicht auf die finanzielle Unterstützung aufgrund vorhandener Vermarktungshallen und knapper öffentlicher Mittel

Antr

s. Rind

Drs 13/1683

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Einschätzung der Nachfolgesicherung, Förderung von Junglandwirten und der Nebenerwerbslandwirtschaftsschulen; Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“

GrAnfr

s. Landwirt

Drs 13/1731

Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW

Bewertung der EU-Freisetzungsrichtlinie und des von der BReg beschlossenen GentechnikGes und deren Umsetzung; Ausgestaltung, Zuständigkeiten und Kosten der Überwachung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen; Beurteilung der Grenzwerte für gentechnische Verunreinigungen in Futter- und Lebensmitteln sowie Saatgut; Maßnahmen und Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen

Antr

s. Gentechnologie

Drs 13/2903

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. Ernährung

Drs 13/2059

Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange ausgerichteten Landwirtschaft in BW

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW bzw die Entwicklung der Marktanteile landwirtschaftlicher Produkte in den letzten fünf Jahren, Förderung der Eigenvermarktung und regionalen Vermarktungseinrichtungen, Integration des HQZ, Einflussnahme auf die Marktentscheidungen großer Handelsketten, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit heimischer Erzeugnisse vor dem Hintergrund der veränderten EU-Agrarpolitik, Beratungsangebot der Landwirtschaftsämter nach Umsetzung der geplanten Verwaltungsreform

Antr

s. Landwirtschaft

Drs 13/2204

Bioprodukte und ihre Marktchancen

Entwicklung des Ökolandbaus nach Flächen- und Marktanteilen in BW und bundesweit seit 2000, Beurteilung des Preisdrucks durch andere Rahmenbedingungen der europäischen Wettbewerber und Vermarktung bei Großfilialisten, Chancen einer Orientierung an regionalen Spezialitäten und Direktvermarktung

Antr

s. Ökologischer Landbau

Drs 13/2595

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. Ernährung

Drs 13/2647

Umgang mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Anstreben eines Verzichts auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in Gesprächen mit den Bauernverbänden und der Agrarwirtschaft, Berücksichtigung als Kriterium bei der Bewerbung des HQZ, Ausbau der Untersuchungen auf Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen für Importware und heimische Produkte

Antr

s. Gentechnologie

Drs 13/2826

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnelleres Verkehrsverbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3062

Gentechnik in HQZ-Produkten

Reduzierung von Importfuttermitteln, Steigerung des heimischen Anbaus; Wiederaufnahme der Kontrolle von Futtermitteln auf gentechnische Veränderungen; Beschränkung des HQZ auf nachweislich gentechnikfreie Produkte; Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3328

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Frage nach o.g. Vorsorgemaßnahmen; Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen auf Umwelt, Artenvielfalt und Menschen; Initiierung eines gesellschaftlichen Dialogs über Methoden und Risiken der grünen Gentechnik; objektive Information und Beratung der Landwirte und Verbraucher, entsprechende finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen; Feststellung von Verunreinigungen bei Importwaren und heimischen Produkten durch effiziente Kontrollen

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3329

Förderung der Vermarktung von heimischen Lebensmitteln

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW, Frage nach einer Erfolgskontrolle der Absatzförderung, Darlegung der Gesellschafterstruktur, Umfang von Aufträgen und Fördermitteln des Landes seit 1999; Frage nach Markenzeichen mit Hinweisen auf die Herkunft und Qualitätsmerkmale der Produkte sowie deren Überprüfung

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 13/3441

Freiwilliger Verzicht auf Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in BW

Unterstützung der Landwirte und deren Verbände mit o.g. Zielsetzung; Erarbeitung von Vorschlägen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft bzw Erhaltung des HQZ als Gütesiegel für gentechnikfreie Produkte

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3472

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Entwicklung der Erzeugerpreise im Streuobstbau seit 1984; Unterstützung der Streuobst-Aufpreisvermarkter und Landwirte zur Sicherstellung betriebswirtschaftlich rentabler Arbeitsweisen; Förderung der Entwicklung und Vermarktung neuer Produktlinien; Initiierung einer Aufklärungskampagne für Verbraucher, Kantinen u.a.

GrAnfr
s. *Obstbau*
Drs 13/3517

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 14) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Reduzierung des Engagements und der Beteiligung des Landes an dem o.g. Unternehmen zur Marktförderung für die bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Ernährungswirtschaft

Mittlg
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4103

Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahversorgung)

Empfehlungen an die Kommunen zur Nutzung der Möglichkeiten des Planungsrechts sowie der Mittelstands-, Städtebau- und Regionalförderung bzw Förderung der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/3779

Lebensmittelspezialitäten aus BW

Umsetzung der EU-Normen Bio-VO, Geo-VO und Lebensmittelspezialitäten-VO; Bedeutung von gekennzeichneten regionaltypischen Lebensmitteln bzw Agrarprodukten für die Verbraucher, Land- und Ernährungswirtschaft; Bewertung von Projekten der Regionalvermarktung; Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 13/3834

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3980

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4484

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Produkte nach der BSE-Krise, Aufbau eines Qualitätssicherungssystems unter Einbeziehung des HQZ

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Produkte nach der BSE-Krise, Verschärfung der Kriterien des HQZ, Förderung der Direktvermarktung ökologischer Erzeugnisse

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80 99

Erzeugung gesunder und hochwertiger Produkte als Alternative zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274 276

Neue Perspektiven für die Landwirtschaft durch Erzeugung hochwertiger Produkte

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 513 515 517 519 520 523

Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Produkte nach der BSE-Krise, Erzeugung hochwertiger Produkte als Alternative zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1046 1048 1051-1054 1056-1059

Entwicklung der Marktchancen von Produkten aus ökologischem Anbau; Effizienz der Kontrolle von Agrarprodukten in BW

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3086-3091 3117 3119-3125

Historische Ursachen und Folgen der landwirtschaftlichen Überproduktion, Erzeugung hochwertiger Produkte als Alternative zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt, Förderung der Direktvermarktung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3190-3194 3196-3200

Entkopplung der Direktzahlungen der EU von der Produktion, Vergleich der Einbußen bei Getreide, Milchvieh- und Schweinehaltung; Erwartung einer Beendigung der Überschussproduktion

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399-3407 3410-3413

Selbstversorgungsgrad, Standards und Preise der Agrarproduktion; Bemühungen um Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in Europa; Feststellung eines Zwangs zur Steigerung oder Spezialisierung der Produktion; Umorientierung der EU-Agrarprogramme von der Produktion zur Flächenprämie

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4344 4347-4350 4355 4357 4358

Entkopplung der Direktzahlungen der EU von der Produktion, Wertschöpfung bzw Sicherung einer eigenständigen Produktion heimischer Nahrungsmittel, Verzicht auf gentechnisch manipulierte Ware

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4567 4592-4594 4597 4600-4602

Bedienung der Märkte vor Ort sowie des Weltmarkts mit qualitativ hochwertigen Produkten, Verzicht auf gentechnisch manipulierte Ware

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079 6084 6086 6087 6091 6094 6098 6099

Perspektiven der Landwirte mit biologischen, gentechnikfreien Produkten und deren Vermarktung in Großküchen, Gaststätten etc

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6495

Erzeugung gesunder und hochwertiger Produkte als Alternative zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt, Verankerung der Direktvermarktung in der landwirtschaftlichen Ausbildung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6781 6783 6784

Umorientierung der EU-Agrarprogramme von der Produktion zur Flächenprämie

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7145

Verweisung auf das mehrheitliche Votum von Landwirten und Verbrauchern für gentechnikfreie Produkte, Förderung der Erzeugung und Vermarktung von Premiumprodukten; Verfolgung und Ahndung der aktuellen Betrugsfälle mit verdorbenem Fleisch

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457-7476

Wettbewerbsvorteile der Schweizer Landwirte am Hochrhein durch Erzielung höherer Preise und zollfreie Einfuhr ihrer in Deutschland erzeugten Produkte, Anmahnung einer Änderung des Zollabkommens

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7602-7606

Förderung der Initiativen von Gastronomen und Landwirten für regionale, gentechnikfreie Produkte aus biologischer Erzeugung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957 7958

Agrarprogramm

s.a. Ausgleichszulage
s.a. Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum
s.a. Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich
s.a. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung
s.a. Stilllegungsprämie

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Bedeutung der Biogasnutzung, Effizienz des Agrarinvestitionsförderprogramms des Bundes zur Errichtung von Biogasanlagen

GrAnfr
s. Erneuerbare Energie
 Drs 13/134

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtpremien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr
s. Bürokratie
 Drs 13/959

Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion

Rückführung der Agrarsubventionen, verbesserte Honorierung von Leistungen in der Natur- und Landschaftspflege, entsprechende Modifikation der EU-Agrarprogramme, Bewertung der Vorstellungen der Bauernverbände

Antr
s. Agrarpolitik
 Drs 13/1119

Offenhaltung der Landschaft durch Grünlandnutzung sichern

Ökonomische Anreize zur Grünlandnutzung durch die Grünlandprämie u.a. Programme im Agrarbereich bzw über den Vertragsnaturschutz

Antr
s. Grünland
 Drs 13/1175

Hochwasserschutz durch die verstärkte Förderung konservierender und extensiver Bodenbearbeitung

Verbesserung der Wasserrückhaltekapazität potenzieller Überflutungsflächen durch nichtwendende Bodenbearbeitung u.a. Formen extensiver Bodenbewirtschaftung; gezielte Förderung durch entsprechende Modifikation der Agrarprogramme, insbes von SchALVO und MEKA

Antr
s. Hochwasser
 Drs 13/1331

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzge-

bieten

KIAnfr
s. Landwirtschaft
 Drs 13/1553

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Situation und Perspektiven der Schwarzwaldhöfe, Anteil der Ökobetriebe, Beitrag für die kulturelle Identität und den Tourismus, vorhandene und künftige Förderprogramme von Land, Bund und EU; Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Einschätzung der Nachfolgesicherung, verstärkte Unterstützung von Junglandwirten, Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“; bevorzugte Förderung der energetischen Verwertung von Holz vor dem Ausbau der Windkraft

GrAnfr
s. Landwirt
 Drs 13/1731

Verwaltungsreform, Antragstellung durch berechtigte Landwirte für MEKA und andere Programme

Problematik einer fristgerechten Antragsbearbeitung infolge der fehlenden Kompatibilität der EDV-Programme der eingegliederten Landwirtschaftsämter, z.B. beim Schwarzwald-Baar-Kreis

MdlAnfr
s. Datenverarbeitung
 Drs 13/4133

Umsetzung der EU-Agrarreform in BW

Zeitraumen, inhaltliche Spielräume, Zusatzaufwand und -kosten einer Umsetzung der GAP-Reform; Auswirkungen auf die konventionelle Landwirtschaft, den Bio-Landbau, das HQZ und Biozeichen, die Exportchancen und Umweltprogramme MEKA und SchALVO; Notwendigkeit einer Vereinfachung des Fördersystems

Antr
s. Agrarpolitik
 Drs 13/4359

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkuhe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr
s. Weidewirtschaft
 Drs 13/4468

Antragsverfahren iRd Gemeinsamen Antrags und bisherige Ausgleichszahlungen von Kommunen und Gebietskörperschaften an Land- und Forstwirte

Gewährung ergänzender Zuschüsse zu MEKA u.a. Programmen durch Kommunen und LKreise für landschaftspflegerische Leistungen der Landwirte, jeweils getrennte Berücksichtigung aller landwirtschaftlich genutzten Flächen iRd o.g. Verfahrens, Ausschluss weiterer Zuschüsse zu denselben Maßnahmen und Flächen nach EU-Recht, Beurteilung der Finanzlage der betroffenen Landwirte und Waldbesitzer, Möglichkeiten der künftigen Kofinanzierung von Landschaftspflege im Falle einer Versagung

der Notifizierung der noch vorzulegenden Landesförderrichtlinie durch die EU

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 13/4533

EDV-Probleme bei der Antragstellung für europäische Förderprogramme in der Land- und Forstwirtschaft

Feststellung von Flächendifferenzen bei der GAP-Antragstellung aufgrund der Anwendung unterschiedlicher EDV-Programme, Verwendung veralteter Programme bei der Vermessungsverwaltung in den Landratsämtern, Auswirkungen auf die Auszahlung der beantragten Mittel

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4870

Agrarumweltmaßnahmen iRd MEPL 2007-2013

Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Maßnahmen- und Entwicklungsplan, geleistete Vorarbeiten für die neue Förderperiode 2007-2013, Gewährleistung der Offenhaltung der Landschaft mit dem MEKA, der Landschaftspflegerichtlinie sowie der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4885

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszulage, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu einer moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/5048

Fortführung der Förderprogramme für die heimische Landwirtschaft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59 60

Fortführung der Förderprogramme für die heimische Landwirtschaft

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 278

Fortführung der Förderprogramme für die heimische Landwirtschaft

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 514 515 519 520 522

Finanzvolumen der Agrarförderprogramme der EU, Analyse der Landwirtschaftssubventionen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 601 616

Umorientierung der Subventionspolitik im Hinblick auf die EU-Osterweiterung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 777 780

Fortführung der Agrarumweltprogramme MEKA und SchALVO, Nutzung der Umweltprogramme der EU, Überlegungen zu höheren Ausgleichszahlungen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1048 1049 1051-1054 1056 1057 1060

Kritik am Bürokratieaufwand für die Inanspruchnahme der EU-Agrarprogramme, Umorientierung der Subventionspolitik zugunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Bezuschussung auch von kleineren Investitionen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1863 1866-1871 1873 1874 1878 1879

Umorientierung der EU-Agrarprogramme von der Produktion zugunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege; Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die künftige Verteilung der Agrarprogramme

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399-3413

Mittelanteil des Landes aus den Agrarförderprogrammen der EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799

Fortführung der eigenen Programme, Umorientierung der EU-Agrarprogramme von der Produktion zur Flächenprämie

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342 4347-4349 4353 4355-4357

Umorientierung der EU-Agrarprogramme von der Produktion zugunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Fortführung der Agrarumweltprogramme des Landes

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560 4565

Fortführung der Agrarumweltprogramme des Landes

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798

Fortführung der eigenen Programme, Einbau in die neue Förderkulisse ab 2007

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6085 6086 6089-6092 6094 6097 6098

Fortführung der Agrarprogramme für die zweite Einkommensäule

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Fortschreibung der Agrarumweltprogramme infolge der Neuorientierung der EU-Agrarpolitik

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6763 6764 6767 6772

Mittelanteil des Landes aus den Agrarprogrammen der EU, Fortführung der eigenen Agrarumweltprogramme, Erhaltung der zweiten Einkommensäule

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7141 7142 7145 7150

Wirkungen der Agrarumweltprogramme, Verweisung auf das erreichte Niveau beim Artenschutz, Weiterentwicklung der Programme

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266 7269

Akzeptanz und Wirkungen der Agrarumweltprogramme; Prämienzahlungen der EU an Schweizer Landwirte, Höhe der Schweizer Agrarsubventionen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7426 7427 7436-7440

Agrarsozialpolitik

s. Sozialpolitik

Agrarstruktur

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2002

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/816

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2003 bis 2006

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/1346

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2003

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/2230

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2004 bis 2007

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/2660

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2004

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/3234

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2005 bis 2008

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/3457

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2005

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/4472

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2006 bis 2009

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/4586

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Verbesserungen für den ökologischen Landbau iRd Gemeinschaftsaufgabe, Finanzierung größerer Teile des MEKA über die

Gemeinschaftsaufgabe

GrAnfr

s. *Ökologischer Landbau*

Drs 13/4606

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw LReg 22.11.2005 Drs 13/4859 (23 S.)

1. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7434-7440

BeschlEmpf und Bericht LandwA 14.12.2005 Drs 13/4957

2. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7602-7606

GesBeschl 15.12.2005 Drs 13/4998

GBI 2005 Nr. 19 S. 799-803 (Ges vom 19.12.2005)

Bekanntmachung der NF des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes (AGGrdstVG) GBI 2006 Nr. 4 S. 85-88

Forderung nach Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5498 5501

Agrarwirtschaft

s.a. *Agrarhandel*

s.a. *Ernährungswirtschaft*

s.a. *Futtermittel*

s.a. *Gartenbau*

s.a. *Grüne Woche*

s.a. *Landwirtschaft*

s.a. *Marketinggesellschaft BW*

Zusammenwirken der Fachhochschulen für Agrarwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Universitäten

Erwerb des Bachelor of Science an der Universität Hohenheim bereits nach sechs Semestern und an der FH Nürtingen erst nach sieben Semestern; Höhe der verfügbaren Mittel der FH Nürtingen im Fachbereich Agrarwirtschaft für angewandte Forschung im Vergleich zu anderen BLändern

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.11.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/428

BeschlEmpf und Bericht LandwA 27.02.2002 Drs 13/852 S. 55-57

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Sicherung des beruflichen Nachwuchses in der Agrarwirtschaft

Zahl von Auszubildenden und Nachfrage in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen der Agrarwirtschaft, Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von mehr Schulabgängern; Gewinnung von deutschsprachigen Technikern an den landwirtschaftlichen Technikerschulen der östlichen Beitrittsländer für ein Studium hierzulande, Ermöglichung eines Stipendiatenprogramms aus Mitteln der Zukunftsoffensive?

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 08.11.2001 und Stel-

lungnahme MLR Drs 13/429
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.02.2002 Drs 13/852 S. 55-57
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Agrarforschung in BW

Standorte und Stellenwert der agrarwissenschaftlichen Fakultäten im Vergleich zu anderen BLändern, Frage nach Kooperationen und dadurch erzielten Einsparungen, Zahl der deutschen und ausländischen Studenten, Umfang der Einwerbung von Drittmitteln aus der Agrarindustrie, Forschungsschwerpunkte im Ökolandbau, in der Pflanzen- und Tierzucht, Pflanzenschutz- und Düngemittelforschung; Höhe und Auswirkungen von Sparmaßnahmen

Antr
s. *Agrarforschung*
Drs 13/2867

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 14) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Reduzierung des Engagements und der Beteiligung des Landes an dem o.g. Unternehmen zur Marktförderung für die bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Ernährungswirtschaft

Mittlg
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4103

Zunahme der Abhängigkeit der Landwirte von der Saatgutindustrie mit der Gentechnik, Hinweis auf die weltweite Auslieferung einer genmanipulierten Maissorte durch die Firma Syngenta in den USA

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6646-6648 6657 6658

Agrarwissenschaft

s.a. *Agrarforschung*
s.a. *Gartenakademie*

Zusammenwirken der Fachhochschulen für Agrarwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Universitäten

Erwerb des Bachelor of Science an der Universität Hohenheim bereits nach sechs Semestern und an der FH Nürtingen erst nach sieben Semestern; Höhe der verfügbaren Mittel der FH Nürtingen im Fachbereich Agrarwirtschaft für angewandte Forschung im Vergleich zu anderen BLändern

Antr
s. *Agrarwirtschaft*
Drs 13/428

Sicherung des beruflichen Nachwuchses in der Agrarwirtschaft
Zahl von Auszubildenden und Nachfrage in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen der Agrarwirtschaft, Maßnahmen zur Steigerung des Interesses von mehr Schulabgängern; Gewinnung von deutschsprachigen Technikern an den landwirtschaftlichen Technikerschulen der östlichen Beitrittsländer für ein Studium hierzulande, Ermöglichung eines Stipendiatenprogramms aus Mitteln der Zukunftsoffensive?

Antr
s. *Agrarwirtschaft*
Drs 13/429

Ausbau von Forschung und Lehre zum Ökologischen Landbau
Vorhandene und notwendige Kapazitäten und Projekte an den Hochschulen, Entwicklung eines Konzepts und Mittelbereitstellung zum Aufbau eines „Zentrums für Forschung und Lehre Ökologischer Landbau“ an der Universität Hohenheim, Einführung eines Pflichtfachs Ökolandbau an den landwirtschaftlichen Berufsbildungseinrichtungen in Anlehnung an die Entwicklung in der Schweiz

Antr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/929

Agrarforschung in BW

Standorte und Stellenwert der agrarwissenschaftlichen Fakultäten im Vergleich zu anderen BLändern, Frage nach Kooperationen und dadurch erzielten Einsparungen, Zahl der deutschen und ausländischen Studenten, Umfang der Einwerbung von Drittmitteln aus der Agrarindustrie, Forschungsschwerpunkte im Ökolandbau, in der Pflanzen- und Tierzucht, Pflanzenschutz- und Düngemittelforschung; Höhe und Auswirkungen von Sparmaßnahmen

Antr
s. *Agrarforschung*
Drs 13/2867

Landesanstalten, staatliche Lehr-, Forschungs- und Versuchsanstalten im Bereich Landwirtschaft in BW

Auffüstung der o.g. Anstalten sowie von Instituten der Universität Hohenheim, Höhe der aufgewandten Mittel pro Jahr, Vereinbarkeit mit der Haushaltssituation bzw mit der in benachbarten BLändern betriebenen Parallelforschung; Prüfung von Möglichkeiten einer engeren Kooperation in Gesprächen mit Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern

Antr
s. *Agrarforschung*
Drs 13/3230

Agrogenteknik

s. *Gentechnologie*

Aichstetten

Einsatzkommando Ringelblume

Durchsuchung des Bio-Bauernhofs Michaelshof in Aichstetten-Laubegg von fast 250 Polizeibeamten: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes; Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen mit der Folge von Verletzungen, Beschlagnahme von Gegenständen, Beleidigung von Bewohnern, Fesselung von Minderjährigen und Behinderten? Frage nach der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2974

Kosten von Polizeieinsätzen

Rechtsgrundlage und Höhe der o.g. Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Gegenüberstellung der von den Adressaten erhobenen Kostenrückforderung, Höhe der seit 1990 erzielten Einnahmen, Einsätze mit unangemessenem Aufwand und entsprechenden Regressforderungen, differenzierte Darlegung der beim Einsatz in Aichstetten-Laubegg am 10.02.2004 angefallenen Kosten

Antr
s. *Polizeikosten*
Drs 13/3185

Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes auf einem Biobauernhof in Aichstetten-Laubegg

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5908 5910

Aids

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Rücknahme der Kürzung von Zuschüssen für die AIDS-Hilfen

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-11 S. 38

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-25 S. 59

ÄAntr CDU und FDP/DVP 23.01.2002 Drs 13/659-Reste 1 S. 66 67

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Situation und Behandlung HIV-positiver bzw an Hepatitis-B und -C erkrankter Häftlinge

Zahlen von o.g. Häftlingen bei Strafantritt bzw Strafverbüßung; Möglichkeiten zur Desinfektion und zum Austausch von Spritzen sowie zur anonymen Beschaffung von Kondomen; Art und Intensität der Betreuung der drogenabhängigen und kranken Gefangenen; Schulung der Bediensteten

KIAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/787

Aids-Prävention und Aids-Krankenversorgung in BW - Zwischenbilanz

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Vergleich mit anderen BLändern; Mitteleinsatz der Krankenkassen in BW; Inanspruchnahme der ärztlichen Betreuung und Behandlung

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 13.03.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/847 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2002 Drs 13/1401 S. 56-58

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Keine Kürzung der Fördermittel für die AIDS-Hilfen

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 06.05.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2045

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 52 53

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzung von Zuschüssen für die AIDS-Hilfen

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-17 S. 60

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Situation HIV-infizierter Kinder in BW

Zahlen über o.g. Kinder, die Lebenserwartung und Sterberate seit 1985; Erkenntnisse über Infektionswege, die Entwicklung und Wirksamkeit der angewandten Therapien; Höhe der Therapiekosten und Übernahme durch die Krankenversicherungen und Beihilfeträger; Auswirkungen auf die Lebenssituation der betroffenen Familien; Einschätzung der Chancen für eine Impfung

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 29.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3454

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 55 56

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Situation der AIDS-Hilfegruppen in BW

Aufgabenwahrnehmung, räumliche Verteilung und Finanzierung o.g. Gruppen seit 1999; Beteiligung der Krankenkassen und Gesundheitsämter; Vergleich der Kosten und Wartezeiten der Tests bei niedergelassenen Ärzten/Labormedizinern und den Gesundheitsämtern, Empfehlung einer Eigenbeteiligung der Testpersonen an den Testkosten der Gesundheitsämter sowie einer Übertragung der Schulprävention gegen einen finanziellen Ausgleich von den Gesundheitsämtern an die Aids-Hilfegruppen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3656 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 25.11.2004 Drs 13/4187 S. 43 44

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 30.11.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3817

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4312 S. 8 9

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Situation und Behandlung HIV-positiver Frauen im Strafvollzug

Notwendige und tatsächliche Kontrolluntersuchungsdichte, Qualifizierung der Anstaltsärzte, Weiterreichung der von der Deutschen AIDS-Stiftung zur Verfügung gestellten Gelder für Zusatzernährung an die betroffenen Frauen

KIAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 21.12.2004 und Antw JuM Drs 13/3918

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Rücknahme der Kürzung von Zuschüssen für die Aids-Hilfen

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-18 S. 52

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Aushändigung von Kopien der medizinischen Datenblätter an HIV-positive Strafgefangene in BW

KIAnfr
s. *Krankenunterlagen*
Drs 13/4170

HIV-Untersuchungen in der Schwangerschaft

Senkung der Mutter-Kind-Übertragungsrate durch die frühzeitige Information von Schwangeren und qualifizierte HIV-Diagnostik; Verbreiterung der Basis für HIV-Vorsorgeuntersuchungen, Höhe der hierfür anfallenden und von den Ärzten mit den Krankenkassen abrechenbaren Kosten, Gegenüberstellung der Behandlungskosten für ein infiziertes Kind

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 11.05.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4329

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.06.2005 Drs 13/4745 S. 63 64
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Aufhebung der Haushaltssperre für die Aids-Hilfen

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 02.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4373
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 44
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

HIV-Neuinfektionen und HIV-Prävention in BW

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen seit 2000; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Ziele, Ergebnisse und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „AIDS-Prävention“; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Umfang und Ausgestaltung der Prävention und Sexualkunde im Schulunterricht; geplante Projekte zur Fußball-WM 2006

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 31.10.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4799 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 43 44
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Kritik an der Kürzung von Zuschüssen für Aidshilfeinrichtungen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 809

Rücknahme der Kürzungen für die Aids-Hilfen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 899

Akademie

s.a. Akademie der Künste
s.a. Akademie der Polizei
s.a. Akademie der Wissenschaften
s.a. Akademie für Technikfolgenabschätzung
s.a. Akademiker
s.a. Berufsakademie
s.a. Bildung
s.a. Filmakademie
s.a. Forschung
s.a. Kunsthochschule
s.a. Musikhochschule
s.a. Umweltakademie

Kinder- und Jugendakademien in BW als Baustein der Hochbegabtenförderung

Vorhandene und geplante Angebote von Kinder- und Jugendakademien; Regelungen zur Trägerschaft, Organisation und Finanzierung vonseiten des Landes und der jeweiligen Kommunen; Zahl und schulische Herkunft der Teilnehmer; Art des eingesetzten pädagogischen Personals; Zugangsregelungen und Höhe von Elterngebühren; Einrichtung eines flächendeckenden Netzes gemeinsam mit den Kommunen; Verzahnung mit Angeboten der Kindergärten, Schulen, regionalen Einrichtungen, Jugendmusik- und -kunstschulen

Antr
s. Begabtenförderung
Drs 13/4226

Akademie der Bildenden Künste

s. Akademie der Künste

Akademie der Künste

Kein Föderalismusstreit zum Schaden der Akademie der Künste!
Verzicht auf eine Klage gegen das Gesetz zur Errichtung der Akademie der Künste beim BVerfG

Antr Inge Utzt u.a. SPD 10.03.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4137
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 62 63
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Die Interessen des Landes im Zusammenhang mit der Nachnutzung des Stuttgarter Killesbergs

Beurteilung von Nutzungsmöglichkeiten des bisherigen Messengeländes für die Staatliche Akademie der Bildenden Künste, für ein Design-Museum sowie für Depotflächen des Württembergischen Landesmuseums und des Lindenmuseums

KlAnfr
s. Killesberg
Drs 13/4719

Die geplante Akademie für Darstellende Kunst

Stand der Planung und Standortentscheidung, Höhe und Träger der Finanzierung, Frage nach den Studienangeboten und -abschlüssen sowie nach der Erhebung von Studiengebühren

KlAnfr Inge Utzt SPD 18.05.2006 und Antw StM Drs 13/5243

Gründung einer Akademie für Darstellende Kunst in Ludwigsburg

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Akademie der Polizei

s.a. Hochschule für Polizei

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 10) - Haushalts- und Wirtschaftsführung bei der Akademie der Polizei

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 VII. S. 3 4
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2207
Mittlg LReg 16.12.2003 Drs 13/2735 (10 S.)

Ausbildung im Bereich der Polizei in BW

Entwicklung der Ausbildungszahlen von Polizeimeister- und -kommissaranwärtern bis 2012, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen; Einstellung von 400 Polizeimeisteranwärtern im September 2004 sowie von jährlich mindestens 500 ab dem Hj 2005; Vorlage eines mittel- und langfristigen Personalentwicklungskonzepts

Antr
s. Polizei
Drs 13/3336

Perspektiven für die Polizeischule in Lahr

Entwicklung der Ausbildungszahlen bis 2009, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen, insbes den Standort

Lahr; Grundlagen und Ziele der in Arbeit befindlichen Konzeption

KIAnfr Dr. Walter Caroli SPD 25.10.2004 und Antw IM Drs 13/3696

Zugesicherte Baumaßnahmen bei der Akademie der Polizei in Freiburg

Höhe des erzielten Verkaufserlöses für eine Teilfläche des Parkplatzes, Verwendung zur Finanzierung von Baumaßnahmen als Voraussetzung für eine Vermietung der Schulungsräume an Dritte

Antr Günter Fischer u.a. SPD 02.11.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3716

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 15 16

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Bündelung der fünf Standorte der Polizeischulen auf zwei Standorte

EAntr GRÜNE 13.01.2005 Drs 13/4003-12 S. 51

EAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4043-7 S. 11

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Zukunft der baden-württembergischen Polizeischulen

Auswirkungen einer Verlegung des Zugs der Biberacher Bereitschaftspolizei nach Böblingen auf die übrigen Standorte der Bereitschaftspolizei; Vorlage eines Gesamtkonzepts über die beabsichtigten Strukturveränderungen unter Zugrundelegung der Einstellungszahlen bis zum Jahr 2010; Vereinbarkeit mit der Aussage des IM zur Erhaltung der fünf Polizeischulen auch mit niedriger Auslastung

Antr SPD 24.02.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4094

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 9 10

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Erhaltung der Außenstelle Wertheim der Akademie der Polizei

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2676

Erhaltung der Außenstelle Wertheim der Akademie der Polizei

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3130

Seminare zur Bekämpfung von Unfallschwerpunkten an der Akademie der Polizei

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3290

Auslastung der Polizeischulen, Einstellung von mehr Anwärtern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4197

Erhaltung der fünf Polizeischulen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5911

Zukunftsperspektiven der fünf Polizeischulen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6251 6253

Akademie der Wissenschaften

Neuorientierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Landesakademie)

Umsetzbarkeit der vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen zum Akademienprogramm und ihre jeweiligen Auswirkungen, insbes der Konzentration auf langfristig angelegte geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung, der vorzeitigen Be-

endigung von Vorhaben wie des Projekts „Wörterbuch des Spanischen des Mittelalters“, Beeinflussung von Synergieeffekten im Lexikographiezentrum Rhein-Neckar, Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen, insbes in der Ausbildung und Lehrbeteiligung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Entwicklung der Finanzausstattung und Zuwendungen des Landes im Vergleich zu anderen Landesakademien, Rückfluss von Mitteln durch vorzeitige Beendigung von Projekten?

GrAnfr GRÜNE 20.10.2005 und Antw MWK Drs 13/4762 (10 S.)

Akademie für Darstellende Kunst

s. Akademie der Künste

Akademie für Lehrkräftefortbildung

s. Lehrerbildung

Akademie für Natur- und Umweltschutz

s. Umweltakademie

Akademie für Technikfolgenabschätzung

Wahl von Mitgliedern des Stiftungsrats der Akademie für Technikfolgenabschätzung in BW

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 357

Zukunft der Akademie für Technikfolgenabschätzung

Bewertung des Gutachtens des Wissenschaftsrats und der Vorschläge des Kuratoriums; Zusammensetzung und Ziele der vom Stiftungsrat beschlossenen Strukturkommission; Gewichtung der Eigenständigkeit und Interdisziplinarität der Akademie; Besetzung von zumindest einer der freien Leitungspositionen; Berichterstattung der Akademie in zweijährigem Turnus

Antr GRÜNE 18.10.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1410

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2471-2480

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Fortführung der Akademie für Technikfolgenabschätzung

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 34 S. 94

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 87 S. 155

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Studien der Akademie für Technikfolgenabschätzung zur Wahl von naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen durch junge Frauen und den anschließenden Berufswegen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1859

Bedauern über die Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4244

Akademie Schloss Weikersheim

s. Studienzentrum Weikersheim

Akademiker

s.a. Akademischer Mittelbau

s.a. Wissenschaftler

Fragwürdiges Führen akademischer Titel durch einen Heidelberger Doktor der Philosophie

Frage nach der Berechtigung zur Führung des Titels „Professor Dr. med. Universität Belgrad“ durch einen Heidelberger Wissenschaftler sowie nach der Legitimation einer „Universität für Frieden in Heidelberg“, Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität von medizinischen Büchern des Herrn G-M sowie deren Verbreitung durch das unberechtigte Führen der akademischen Titel

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 10.09.2002 und Antw MWK Drs 13/1311

Zukunftschancen junger Akademiker in BW

Entwicklung der Abwanderungsraten im Vergleich zu anderen BLändern sowie der Zahlen ausländischer Studenten in BW seit 1993, Aufnahme eines Studiums hierzulande von Schülern nach dem Besuch ausländischer Eliteschulen; notwendige Strategien zur Trendumkehr

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 11.12.2003 und Antw MWK Drs 13/2727

Frauenanteil und Kinderlosigkeit unter den Akademikern

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2049 2051 2058

Kinderlosigkeit unter den Akademikerinnen; Einkommenssituation von Akademikern, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren, Erhöhung der Studierquote unter den Abiturienten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3617 3666 3667 3669-3672

Kinderlosigkeit unter den Akademikerinnen; Verbesserung der Voraussetzungen im Wettbewerb um die fähigsten Köpfe, Einführung von Leistungsbezügen in der Professorenbesoldung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5326 5348-5353

Einkommenssituation von Akademikern, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5873 5883

Einkommenssituation von Akademikern, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407

Einkommenssituation von Akademikern, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7491-7493 7497 7498 7505-7513

Zumutbarkeit der Rückzahlung eines Studiendarlehens für Akademiker; Werbung um Spenden ehemaliger Studenten an ihre Hochschulen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7586-7588 7593 7596-7599

Akademischer Mittelbau

s.a. Graduiertenförderung

s.a. Lehrbeauftragter an Hochschulen

s.a. Wissenschaftler

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr
s. *Wissenschaftler*
Drs 13/210

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr
s. *Student*
Drs 13/1586

Studentische Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Zahl, arbeitsvertragliche Situation, Beschäftigungsumfang und -dauer, Dotierung und personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte; Entwicklung der Stundensätze in den letzten 15 Jahren; Vergleich mit den aus Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnissen; Einhaltung der Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder? Beteiligung an den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts

Antr
s. *Student*
Drs 13/1996

Wissenschaftliche Nachwuchsförderung nach dem LandesgraduiertenförderungsGes (LGFG)

Antr
s. *Graduiertenförderung*
Drs 13/2278

Wertigkeit des Bachelor-Abschlusses

Gleichstellung der Studierenden mit Bachelor-Abschluss mit denen mit anderen Hochschulabschlüssen bei der Vergütung als wissenschaftliche Hilfskräfte

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/2937

Juniorprofessur verankern - Rechtssicherheit und Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler/-innen sichern

Rechtliche Situation des wissenschaftlichen Personals mit befristetem Arbeitsvertrag nach dem Urteil des BVerfG zur 5. Novelle des HochschulrahmenGes; Verankerung der Juniorprofessur im HochschulGes und Eintreten für eine länderübergreifende Anerkennung; Bemühungen um mehr Spielräume für befristete Arbeitsverhältnisse von Wissenschaftlern iR einer bundesweiten Regelung

Antr
s. *Wissenschaftler*
Drs 13/3538

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung des UniversitätsGes, FachhochschulGes, KunsthochschulGes, BerufsakademieGes und des Ges über die PH zu einem verschlankten und deregulierten LHochschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Immatrikulation von Doktoranden mit 50 %-Beschäftigungsverhältnissen an Universitäten

Verweigerung der Immatrikulation von o.g. Doktoranden mit dem Hinweis auf das neue LandeshochschulGes, Auswirkungen auf die materielle Situation der Doktoranden und die Zahl der Promotionen, insbes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen; Eintreten für die Immatrikulation gegenüber den Universitäten

KlAnfr
s. *Immatrikulation*
Drs 13/4055

Ausgestaltung der Zukunftsoffensive IV

Thematische und institutionelle Ausgestaltung der o.g. Forschungsoffensive; Kriterien, Konzepte, Entscheider und Zeiträume der Mittelvergabe; Abstimmung mit der Clusterbildung der Forschungsleitlinien; Förderung von (weiblichen) Nachwuchswissenschaftlern sowie der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten mit kleinen und mittelständischen Unternehmen; Partizipation der Geistes- und Sozialwissenschaften; Förderung von internationalen Kooperationen zwischen Universitäten; Einbindung des MWK sowie der Hochschulrektoren

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/4181

Neuorientierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Landesakademie)

Umsetzbarkeit der vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen zum Akademienprogramm und ihre jeweiligen Auswirkungen, Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen, insbes in der Ausbildung und Lehrbeteiligung des wissenschaftlichen Nachwuchses

GrAnfr
s. *Akademie der Wissenschaften*
Drs 13/4762

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses mit der Juniorprofessur; Änderung der Befristungsregelungen für Nachwuchswissenschaftler

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3050-3056

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Nachwuchswissenschaftler ins Ausland, Bemühungen um die besten Köpfe für die frei werdenden Professorenstellen, Verwendung der iRd Wettbewerbs zufließenden Mittel zur Nachwuchsförderung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6263 6265-6268

Befreiung der Promovierenden von Studiengebühren, Beschäftigung von wissenschaftlichen Hilfskräften der Hochschulen mit dem Aufkommen aus Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7495 7496 7498 7499 7502 7510

Akademischer Rat

s. *Akademischer Mittelbau*

Akten

s. *Schriftgut*

Aktie

s. *Wertpapier*

Aktienfonds

s. *Wertpapier*

Aktiengesellschaft

s. *Kapitalgesellschaft*

Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1349

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1702

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2670

Zukunft der Krankenhauslandschaft BW und Weiterentwicklung der Landeskrankenhausplanung

Umfang und Grundlagen der Annahmen für den Bettenabbau und die Schließung von Krankenhäusern in öffentlicher, freigeinnütziger und privater Trägerschaft in den nächsten Jahren; Bewertung der unterschiedlichen Belastungen der LKreise bzw einer landkreisübergreifenden, regionenbezogenen Planung; Bedeutung einer interdisziplinären Angebots- und Leistungsstruktur, Beurteilung des integrierten Versorgungsmodells

im Alb-Donau-Kreis mit dem Verbund von drei Kreiskrankenhäusern und niedergelassenen Ärzten als modellhaft?

GrAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/3512

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten in der Region Ulm

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; Stand der Planung und Bearbeitung eines Förderantrags für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Ulm-Böfingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3513

Status der Umsetzung der Verwaltungsreform in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Zahl der Versetzungen und Kooperationen in den einzelnen Verwaltungsbereichen, Aufgabe bzw. Neuanmietung von Räumlichkeiten, Auswirkungen auf die Kostensituation, Stand der Umstrukturierung der Finanzverwaltung in der Region Ulm

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3639

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubaustrecke der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3971

Regionalfernsehen im Bereich Ulm/Alb-Donau

Stand der o.g. Planung und des Genehmigungsverfahrens, Art der notwendigen grenzüberschreitenden Abstimmung mit dem Freistaat Bayern

KlAnfr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3973

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw. in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3995

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubaustrecke der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4644

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw. Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Ulm mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/4918

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw. der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5030

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw. auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5234

Ablehnung einer Eingliederung der Polizeidirektion Ulm in das Landratsamt des Alb-Donau-Kreises

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3133

Albstadt

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsibad, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des FernstraßenausbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4881

Albtal-Verkehrs-Gesellschaft

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Finanzierung auf Projekte der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) und der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG)

Genehmigte und zur Genehmigung anstehende Projekte, Höhe der beantragten und bewilligten Mittel nach dem Landes- und Bundesprogramm bzw der Vorfinanzierung und der zu erwartenden Mittel, Bewertung des Projekts „U-Strab“ der Stadt Karlsruhe

KlAnfr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/3058

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 19) - Erhöhungsantrag für den Ausbau einer Schieneninfrastruktur

Prüfung des o.g. Antrags der Albtal-Verkehrsgesellschaft für den „stadtbahngerechten“ Ausbau der Enzbahn zwischen Pforzheim und Bad Wildbad

Mittlg
s. *Enztalbahn*
Drs 13/4103

Zukünftiger Bahnverkehr auf der Strecke Bruchsal-Germersheim
Vorteile der „Standardisierten Bewertung“ für einen S-Bahnbetrieb statt eines Stadtbahnbetriebs, Höhe der Planungskosten und Zeitrahmen für eine entsprechende Streckenerüchtigung, Erzielung einer kostengünstigen Planung durch die Zusammenarbeit von DBAG und Albtalverkehrsgesellschaft und damit einer Verringerung der kommunalen Kostenanteile, Frage nach Fördermitteln für die S-Bahn

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4543

Alcatel SEL

s. *Elektrotechnische Industrie*

Alkohol

s.a. *Betäubungsmittel*
s.a. *Brennerei*
s.a. *Getränk*
s.a. *Kraftstoff*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Europäischen Kommission für eine VO des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs (GMO-Agraralkohol)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/379

Auffälligkeiten im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Rauschmitteln

Entwicklung der Fallzahlen unter Einfluss von Alkohol sowie daraus folgenden Unfällen mit Personenschäden

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/516

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung des Suchtverhaltens von Mädchen und Frauen in den vergangenen 10 Jahren in Bezug auf Rauchen, Alkoholmissbrauch, Essstörungen und Medikamentenabhängigkeit; Modifikation der Präventionsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Maßnahmen zur Verkehrserziehung, insbes bei Fahranfängern und Unfällen nach Alkoholkonsum; Festlegung von Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulbildung

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Suchtprävention an baden-württembergischen Schulen

Bewertung der Projekte gegen Alkohol, Tabakprodukte u.a. legale und illegale Drogen in den letzten drei Jahren; Initiierung weiterer ehrenamtlicher Aktionen, Gewinnung der Eltern, Behandlung des Themas Sucht im Unterricht, Schulung der Lehrkräfte, Maßnahmen gegen negative Medieneinflüsse, Vermeidung von Essstörungen; Wirksamkeit der höheren Besteuerung von Alcopops

Antr
s. *Suchtbekämpfung*
Drs 13/4377

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Zahl o.g. Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftung seit 1999; konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 27.10.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4789
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 42
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ausmaß der Alkoholabhängigkeit und alkoholbedingten Todesfälle in BW

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 470-473 479 480

Begrüßung der Absenkung der Promillegrenze für Autofahrer von 0,8 auf 0,5

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3288 3292

Zunahme des Konsums von Alcopops bei Kindern und Jugendlichen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4212

Zurückdrängung von Alcopops mit der Verteuerung durch eine Sondersteuer

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4856 4857

Alkoholfreies Getränk

s. *Getränk*

Alleinerziehende*Pläne der LReg zur Abschaffung des UnterhaltsvorschussGes*

Auswirkungen o.g. Pläne auf die wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden bzw die Sozialhilfeausgaben der Kommunen; Verzicht auf die angekündigte BRatsinitiative

Antr
s. *Unterhaltsleistung*
Drs 13/2761

Nachholbedarf an Ganztagsbetreuung bei einer steigenden Zahl von Alleinerziehenden

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 67 101

Chancen der Kinder von Alleinerziehenden im Bildungssystem; Höhe des Anteils von allein erziehenden Frauen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 741 789 790

Kritik an der Abschaffung des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende, Einsparungen zulasten der Alleinerziehenden

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 862 863 866 898 900

Kritik am Urteil des BVerfG zum Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende; Stärkung der Erziehungskraft und der materiellen Situation von Alleinerziehenden

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2047 2057 2060 2067 2069

Anteil von Alleinerziehenden unter den Empfängern von Landeserziehungsgeld

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5323 5329

Allensbach*Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)*

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Allgäu*Einbußen der Milchbauern im Allgäu infolge der EU-Agrarreform, Begrüßung der Grünlandprämie*

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3404-3406 3413

Einbußen der Milchbauern im Allgäu infolge der EU-Agrarreform

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4353 4357

Einbußen der Milchbauern im Allgäu infolge der EU-Agrarreform, Begrüßung der Grünlandprämie

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4551 4552

Allgemeinbildung

s. *Bildung*

Allgemeine Schulpflicht

s. *Schulpflicht*

Alpen*Schieneverkehr im Raum Sigmaringen*

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meißkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr
s. *Schieneverkehr*
Drs 13/1778

Beklagung des Rückstands beim Bau der Zulaufstrecken für die neuen Alpentransversalen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800 6802 6803 6808 6809 6811 6812

Alpirsbach

Modernisierungszuschüsse für Jugendherbergen

Verweigerung o.g. Zuschüsse für kleinere, weniger gut ausgestattete Jugendherbergen wie z.B. in Alpirsbach

MdlAnfr
s. *Jugendheim*
Drs 13/4133

Altbach

Steinkohlebedarf des Heizkraftwerks Altbach, Anteil der Einsparung durch Windkraftanlagen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1392

Altbausanierung

s. *Sanierung*

Altenpflege

s.a. *Altenpflegegesetz*
s.a. *Altenpflegeschule*
s.a. *Ausbildungsabgabe*
s.a. *Hauspflege*
s.a. *Heimaufsicht*
s.a. *Krankenpflege*
s.a. *Medizinisches Hilfsmittel*
s.a. *Pflegebedürftiger*
s.a. *Pflegegesetz*
s.a. *Pflegeheim*
s.a. *Pflegekosten*
s.a. *Pflegeurlaub*
s.a. *Pflegeversicherung*

Pflegeurlaub

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen seit Einführung der Pflegeversicherung nach Pflegestufen, Anteil und Gründe der Einweisung in eine Pflegeeinrichtung, Hinwirkung auf Einführung eines Pflegeurlaubs für pflegende Angehörige über eine BRatsinitiative

Antr
s. *Pflegeurlaub*
Drs 13/104

Maßnahmen gegen einen drohenden Personalnotstand in der Pflege

Entwicklung der Schülerzahlen und des Fachkräftebedarfs in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Konsequenzen der Blockade des BAltenpflegeGes aufgrund der Entscheidung des BVerfG für die Altenpflegeausbildung und Altenpflegeschulen; Umsetzung der Empfehlungen des Landesarbeitskreises Pflegeberufe

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/143

Zukunft der stationären Altenpflege in BW

Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Pflegebedürftigkeit bis 2010, Gegenüberstellung des Bedarfs und der Bereitstellung von Pflegepersonal, ambulanten Pflegediensten, voll- und teilstationären Pflegeplätzen; Entwicklung des Bedarfs und der Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierungs-, Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeheime; Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege trotz veränderter Lebensformen und demographischer Bedingungen, Entlastung der pflegenden Angehörigen, Stellenwert der wohnortnahen Versorgung und freien Heimplatzwahl, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Schaffung der zusätzlichen 10 000 Pflegeplätze

GrAnfr SPD 17.09.2001 und Antw SM Drs 13/233 (21 S.)
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1323-1336

Geriatrische Rehabilitation

Entwicklung der Pflegesätze in den o.g. Reha-Kliniken im Vergleich zur Finanzierung der Personalausstattung, insbes im nicht-ärztlichen Sektor, seit 1996; Anteil von eingewiesenen Patienten aus dem häuslichen Umfeld und aus Pflegeheimen; Einrichtung einer Schiedsstelle; Schaffung von ambulanten und teilstationären Plätzen nach der Resolution des Landesseniorenrats; Modelle der Alltagsrehabilitation und Übergangspflege; Berücksichtigung der Verlagerung von Pflegeanteilen in den ambulanten Sektor bei der Festlegung von Fallpauschalen

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 13/485

Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe

Neugestaltung der Ausbildungsstellenfinanzierung mit Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhauswesen; Bündelung der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege bis hin zum FH-Studium für Pflegeberufe; Neuorganisation sämtlicher Ausbildungsschritte bzw Alten- und Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/517

Anrechnung der Schlüsselqualifikationen von Familienfrauen auf bestimmte Ausbildungen und eine damit verbundene Verkürzung von Ausbildungszeiten

Anrechnung der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie von ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen Bereich bei Ausbildungen nach der Familienphase, Gewinnung von Altenpflegerinnen und Hauswirtschafterinnen, Entwicklung der Ausbildungstätigkeit und der Chancen am Arbeitsmarkt für Hauswirtschafterinnen

KIAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/604

Ambulante und stationäre Dienste

Verstärkte Inanspruchnahme ambulanter Dienste nach Einführung der Fallpauschalen, insbes von älteren Menschen; rechtzeitige Begutachtung und Einstufung in Pflegestufen durch den medizinischen Dienst; Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflege und des Mangels an Fachkräften, Abhilfe durch Werbung für die Pflegeberufe; Träger der Kosten für die höheren Aufwendungen infolge des Pflege-QualitätssicherungsGes

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 19.03.2002 und Antw SM Drs 13/864

Rahmenvertrag zur vollstationären Pflege nach § 75 SGB XI
Umsetzung der Vorgaben des Pflege-QualitätssicherungsGes, Verhandlungsstand zwischen Kostenträgern und Leistungsanbietern über einen neuen Rahmenvertrag für landesweite Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs bzw von Personalrichtwerten

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 21.03.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/880
BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2002 Drs 13/1401 S. 41 42
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Selbstorganisiertes Lernen (SOL)

Aufnahme des o.g. Fachs in die neue Studentafel des Berufskollegs Gesundheit und Pflege ohne Inhalte und Deputatzuweisung

Antr
s. *Lerntechnik*
Drs 13/1011

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung des Angebots der Gesundheitsdienste im Bereich der Pflege, bei der Altenhilfe, bei der stationären Behandlung und Versorgung von Migranten

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Einführung einer Ausbildungsumlage zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Altenpflege

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/1434

Sicherstellung des Berufsnachwuchses in der Pflege bei steigendem Bedarf

Zahl der vorhandenen, besetzten und bis 2010 benötigten Ausbildungsplätze; Vorschläge zur verstärkten Heranführung von Haupt- und Realschulabsolventen an die Pflegeberufe, Anrechnung einer Helferausbildung bei der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Optimierung der Fort- und Weiterbildungsmodule bis hin zum FH-Studium

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/1644

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Auswirkungen der vom Bund geplanten Kürzungen im Zivildienstbereich im Main-Tauber-Kreis und landesweit

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 19.03.2003 und Antw SM Drs 13/1908

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 28.04.2003 und Antw SM Drs 13/2027

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl von behinderten alten Menschen seit 1993, jeweiliger Anteil der von Angehörigen betreuten, ambulant und in Heimen versorgten Pflegebedürftigen, Beurteilung von Modellen zur Versorgungsqualität und Integration

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Hitzetote und Folgen der Hitzewelle in BW

Frage nach der Zahl o.g. Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen; Konsequenzen aus der Problematik des Flüssigkeitsmangels von alten, kranken und behinderten Menschen in Heimen; Vorlage eines neuen Gesamtkonzepts zur Vorsorge und zum Schutz von Risikogruppen; Beteiligung an einem Vorhersageprojekt des Deutschen Wetterdienstes

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2374

Ausnahmegenehmigungen nach § 48 StraßenverkehrsO (StVO) für Pflegedienste

Ermöglichung o.g. Ausnahmegenehmigungen vom Parkverbot für ambulante Pflegedienste und damit der Gleichstellung mit Handwerkernotdiensten und Fahrzeugen des Südwestrundfunks
MdlAnfr 4) Ruth Weckenmann SPD 29.09.2003 Drs 13/2447
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3569 3570

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Zahl der vorhandenen und künftig notwendigen Ausbildungsplätze in der Altenpflege; Erlass einer RechtsVO auf Grundlage der o.g. Bestimmung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des Sozialministers u.a. Regierungsmitglieder

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/2698

Entwicklung der Pflegeausbildung im Land

Zahl der angebotenen und besetzten Ausbildungsplätze in der Kranken-, Kinderkranken-, Altenpflege und -pflegehilfe; Unterstützung von Modellprojekten zur integrierten Pflegeausbildung sowie von neuen Pflegeassistenzberufen; Fortbildungsangebote für Pflegefachlehrer zur Übernahme einer Leitungsfunktion in einer Pflegeschule

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2795

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 21

Darlegung der Entwicklung seit 2001 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage, Auswirkungen der vom Bund eingeführten Kürzungen im Zivildienstbereich im Wahlkreis 21 und landesweit

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 01.04.2004 und Antw SM Drs 13/3097

Pflegekräfte aus den MOE-Staaten bzw Schwarzarbeit in der häuslichen Pflege

Ausmaß, Rechtsgrundlage und Auswirkungen o.g. Arbeitsverhältnisse; Kontrolle durch die Arbeitsverwaltung? Bezahlung der osteuropäischen Pflegekräfte durch die Angehörigen mit bezogenem Pflegegeld? Behandlung der Problematik in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungs-

Ges

KlAnfr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3142

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandespflegeGes sowie der VO über den Landespflegeausschuss nach § 92 SGB XI

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Ostalbkreis

Darlegung der Entwicklung im Ostalbkreis und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr Ursula Haußmann SPD 08.06.2004 und Antw SM Drs 13/3249

Situation von Senioren mit Migrationshintergrund und von ausländischen Senioren

Datenentwicklung bis 2020 differenziert nach Geschlechtern, Herkunftsländern und regionaler Verteilung in BW; Schaffung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären Pflegeinfrastruktur, entsprechende Ausbildung bzw Anwerbung geeigneter Pflegefachkräfte, Frage nach spezialisierten Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/3412

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Darlegung der Entwicklung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 28.07.2004 und Antw SM Drs 13/3448

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr
s. *Dokumentation*
Drs 13/3540

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Außerkräfttreten der VO Sozial- und Pflegewesen an FH

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 12.10.2004 und Antw SM Drs 13/3650

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes, Anstrengung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/3659

Keine Absenkung der Fachkraftquote in Pflegeheimen

Derzeitige Fachkraftquote; Rücknahme einer BRatsinitiative zur Absenkung dieser Quote mit einer Änderung der Heimpersonal-VO

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3660

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger sowie bei Sonderpflegediensten

s. *Hauspflege*
Drs 13/4009

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen bei der Förderung der ambulanten Altenbetreuung

s. *Sozialer Hilfsdienst*
Drs 13/4009

Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen unterstützen

Hinwirkung auf Mindeststandards, Vereinheitlichung und größere Transparenz der o.g. Qualitätssicherung; Verzicht auf regelmäßige Prüfungen der zertifizierten Einrichtungen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen; Eintreten für eine bessere Honorierung der nachgewiesenen Pflegequalität

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 13/3997

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Zwischenbilanz des o.g. Programms und der dabei erprobten Modelle, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Ausbau der Hilfestrukturen für Demenzkranke, Rolle der Selbsthilfegruppen und Ehrenamtlichen, geriatrische Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Gewinnung von qualifizierten Pflegekräften, Erfahrungen mit dem bürgerschaftlichen Engagement für Tagespflege und Lebensqualität im Alter sowie mit der Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel, Entwicklung neuer Wohnformen und Akzente in der Altenpolitik, Förderung der Solidarität zwischen den Generationen

GrAnfr
s. *Alter Mensch*

Drs 13/4213

Haushalt 2006; Nachtrag

Rücknahme der Kürzungen von Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger sowie bei Familienpflegediensten

s. Hauspflege

Drs 13/4840

Finanzielle Förderung der Berufsfachschulen für Altenpflege

Aktuelle und künftige Schülerzahlen an den Altenpflegeschulen, Einschätzung des Bedarfs an Ausbildungsplätzen, Entwicklung der Förderung nach dem PrivatschulGes, Konsequenzen der Einstufung als Teilzeitschulen; Verbesserung der finanziellen Förderung?

Antr

s. Altenpflegeschule

Drs 13/4985

Erste Erfahrungen mit der Umlage für die Ausbildung in der Altenpflege

Höhe und Wirkungen der seit Jahresbeginn von den ambulanten und stationären Diensten erhobenen Umlage in der Altenpflege- und Altenpflegehilfeausbildung, Entwicklung der Zahl von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit 2001, Ausgestaltung und Effizienz des Verfahrens zur Erhebung und Verrechnung der Mittel, Einrechnung der Umlage in die Heimpflegesätze bzw. Betreuungssätze der ambulanten Dienste? Höhe der Verwaltungskostenbeteiligung des KVJS

Antr

s. Ausbildungsabgabe

Drs 13/5231

Gewährleistung eines qualifizierten Angebots in der Altenpflege

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 57

Gewährleistung eines qualifizierten Angebots in der Altenpflege

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77 78 110 117

Gewährleistung eines qualifizierten Angebots in der Altenpflege

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799 806 807

Gewährleistung eines qualifizierten Angebots in der Altenpflege, Verbesserung der Attraktivität der Pflegeberufe

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 892 894–896 898 899 902 903 913

Abmilderung des Mangels an Pflegekräften, Mobilisierung des Potenzials älterer Arbeitnehmer für die Altenpflege, Bewertung des Rottweiler Modells

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1688 1689

Gewährleistung eines qualifizierten Angebots in der Altenpflege, Begrüßung des PflegequalitätssicherungsGes der BReg

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2518–2524

Flankierende Unterstützung der häuslichen Pflege von Angehörigen durch ambulante und stationäre Dienste

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544–2555

Feststellung einer zunehmenden Privatisierung der Altenpflege, Prüfung einer Umorientierung von der Objekt- zur Subjektförderung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2635 2636 2645 2646

Gewährleistung eines qualifizierten Angebots in der Altenpflege, Verbesserung der Attraktivität der Pflegeberufe und Pflegeheime
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3617

Förderung der häuslichen Pflege von Angehörigen, Kritik an den Kürzungen für die ambulanten Dienste; Bedarf an qualifizierten Kräften in der Altenpflege

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4166 4174 4206 4208 4211 4214

Gewährleistung eines qualifizierten, wohnortnahen Angebots in der stationären Altenpflege; Notwendigkeit einer Bedarfsplanung auf Landesebene

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4682–4688

Gewährleistung eines qualifizierten, wohnortnahen Angebots in der stationären Altenpflege

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4802–4808

Bedarf an neuen Pflegeheimplätzen bzw an qualifizierten Kräften in der Altenpflege

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5144

Kritik an den Kürzungen im Vor- und Umfeld der Pflege

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5935 5936 5939

Hervorhebung des ehrenamtlichen Engagements in der Altenpflege

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6422

Förderung der häuslichen Pflege von Angehörigen, Kritik an den Kürzungen für die ambulanten Dienste

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7401

Kritik an den Kürzungen im Vor- und Umfeld der Pflege, Anmahnung von Konzepten und Modellen zur Versorgung der älteren Menschen, Aufhebung der Trennung zwischen ambulante und stationär in der Pflegeplanung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773 7775–7782

Altenpflegeberuf

s. Pflegeberuf

Altenpflegegesetz

Maßnahmen gegen einen drohenden Personalnotstand in der Pflege

Entwicklung der Schülerzahlen und des Fachkräftebedarfs in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Konsequenzen der Blockade des BAltenpflegeGes aufgrund der Entscheidung des BVerfG für die Altenpflegeausbildung und Altenpflegeschulen; Umsetzung der Empfehlungen des Landesarbeitskreises Pflegeberufe

Antr

s. Pflegeberuf

Drs 13/143

Einführung einer Ausbildungsumlage zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Altenpflege

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes

Antr

s. Ausbildungsabgabe

Drs 13/1434

Ges zur Ausführung des AltenpflegeGes und zur Änd des LandespflegeGes

Ermöglichung der zeitlich begrenzten Genehmigung von Modellversuchen zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe; Ermächtigung des KM und SM zur Bestimmung der das AltPflG ausführenden Behörden sowie zur Regelung der Ausbildung, Prüfung und Erlaubnis für Pflegehilfsberufe durch RechtsVO; Schaffung weiterer Ermächtigungsnormen zur Regelung gemeinsamer Weiterbildungen in Pflegeberufen und pädagogischen Berufen

GesEntw
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2432

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Zahl der vorhandenen und künftig notwendigen Ausbildungsplätze in der Altenpflege; Erlass einer RechtsVO auf Grundlage der o.g. Bestimmung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des Sozialministers u.a. Regierungsmitglieder

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/2698

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes, Anstreben von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/3659

Bundeseinheitliche Regelung der Rahmenbedingungen und Ausbildungsinhalte mit dem AltenpflegeGes

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1325 1326 1331

Kritik an der Regelungsdichte des BAltenpflegeGes; Vereinheitlichung der Altenpflegeausbildung bundesweit mit dem AltenpflegeGes

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2539 2553 2554

Altenpflegeheim

s. *Pflegeheim*

Altenpflegeschule*Maßnahmen gegen einen drohenden Personalnotstand in der Pflege*

Entwicklung der Schülerzahlen und des Fachkräftebedarfs in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Konsequenzen der Blockade des BAltenpflegeGes aufgrund der Entscheidung des BVerfG für die Altenpflegeausbildung und Altenpflegeschulen; Umsetzung der Empfehlungen des Landesarbeitskreises Pflegeberufe

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/143

Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe

Neugestaltung der Ausbildungsstellenfinanzierung mit Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhauswesen; Bündelung der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege bis hin zum FH-Studium für Pflegeberufe; Neuorganisation sämtlicher Ausbildungsschritte bzw Alten- und Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/517

Entwicklung der Pflegeausbildung im Land

Zahl der angebotenen und besetzten Ausbildungsplätze in der Kranken-, Kinderkranken-, Altenpflege und -pflegehilfe; Unterstützung von Modellprojekten zur integrierten Pflegeausbildung sowie von neuen Pflegeassistentenberufen; Fortbildungsangebote für Pflegefachlehrer zur Übernahme einer Leitungsfunktion in einer Pflegeschule

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2795

Finanzielle Förderung der Berufsfachschulen für Altenpflege

Aktuelle und künftige Schülerzahlen an den Altenpflegeschulen, Einschätzung des Bedarfs an Ausbildungsplätzen, Entwicklung der Förderung nach dem PrivatschulGes, Konsequenzen der Einstufung als Teilzeitschulen; Verbesserung der finanziellen Förderung?

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 15.12.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4985
BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 105 106
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Entwicklung der Schülerzahlen an den Altenpflegeschulen

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1324 1326

Altenwohnung*s.a. Behindertengerechtes Bauen**Zukunft des sozialen Mietwohnungsbaus in BW*

Entwicklung der Zahlen öffentlich geförderter Mietwohnungen mit Belegungsbindung, Anteil von Seniorenwohnungen; Erhöhung der Fördermittel nach der Empfehlung der Kommission zur Untersuchung der Wohnungsverversorgung in BW, Umgestaltung des LWohnungsbauprogramms

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/132

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung des Anteils der in Seniorenwohnungen betreuten alten Menschen mit Behinderungen

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Entwicklung und Erprobung neuer Wohnformen für Senioren

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Förderung von Seniorenwohnungen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 526

Kritik an der Streichung der Fördermittel für die zentrale Wohnberatungsstelle für pflegebedürftige alte Menschen, Bedarf an altengerechten Wohnungen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2547-2549 2551 2552

Wohnen im Alter in Wohngemeinschaften, Unterstützung der neuen Wohnformen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7561

Entwicklung und Erprobung neuer Wohnformen für Senioren, Förderung des betreuten Wohnens

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7775-7778 7780 7781

Alter Mensch

s.a. Altenpflege

s.a. Altenwohnung

s.a. Altersforschung

s.a. Altersgrenze

s.a. Altersheilkunde

s.a. Pflegebedürftiger

Älter werden in BW - Verantwortung für Generationen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771-7782

Zukunft der stationären Altenpflege in BW

Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Pflegebedürftigkeit bis 2010, Gegenüberstellung des Bedarfs und der Bereitstellung von Pflegepersonal, ambulanten Pflegediensten, voll- und teilstationären Pflegeplätzen; Entwicklung des Bedarfs und der Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierungs-, Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeheime; Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege trotz veränderter Lebensformen und demographischer Bedingungen, Entlastung der pflegenden Angehörigen, Stellenwert der wohnortnahen Versorgung und freien Heimplatzwahl, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Schaffung der zusätzlichen 10 000 Pflegeplätze

GrAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/233

Geriatrische Rehabilitation

Entwicklung der Pflegesätze in den o.g. Reha-Kliniken im Vergleich zur Finanzierung der Personalausstattung, insbes im nicht-ärztlichen Sektor, seit 1996; Anteil von eingewiesenen Patienten aus dem häuslichen Umfeld und aus Pflegeheimen; Einrichtung einer Schiedsstelle; Schaffung von ambulanten und teilstationären Plätzen nach der Resolution des Landesseniorenrats; Modelle der Alltagsrehabilitation und Übergangspflege; Berücksichtigung der Verlagerung von Pflegeanteilen in den ambulanten Sektor bei der Festlegung von Fallpauschalen

Antr

s. Rehabilitation

Drs 13/485

Qualifizierungspotenzial älterer Arbeitnehmer

Entwicklung des Anteils älterer Arbeitnehmer unter den Arbeitslosen und Erwerbstätigen bundes- und europaweit seit 1992, Auswirkungen auf die Sozialsysteme; Behebung des Fachkräftemangels durch Qualifizierung und Reintegration älterer Arbeitnehmer, Einrichtung von speziellen Vermittlungsagenturen

Antr

s. Arbeitnehmer

Drs 13/494

Ambulante und stationäre Dienste

Verstärkte Inanspruchnahme ambulanter Dienste nach Einführung der Fallpauschalen, insbes von älteren Menschen; rechtzeitige Begutachtung und Einstufung in Pflegestufen durch den medizinischen Dienst; Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflege und des Mangels an Fachkräften, Abhilfe durch Werbung für die Pflegeberufe; Träger der Kosten für die höheren Aufwendungen infolge des Pflege-QualitätssicherungsGes

KIAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/864

Verbot der Benachteiligung älterer Arbeitnehmer

Darlegung der von WM Dr. Döring angekündigten Maßnahmen

Antr

s. Arbeitnehmer

Drs 13/1378

Perspektiven älterer Menschen in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2543-2556

Teilhabe älterer Arbeitnehmer am Arbeitsleben in BW „CSIS Aging Vulnerability Index“

Position des Landes im o.g. internationalen Ranking; Erwerbstätigkeitsquote ab 50, Vergleich mit Großbritannien; Maßnahmen zu einer deutlichen Erhöhung der Beschäftigung der über 50-Jährigen

Antr

s. Arbeitnehmer

Drs 13/2144

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl von behinderten alten Menschen seit 1993, jeweiliger Anteil der von Angehörigen betreuten, ambulant und in Heimen versorgten Pflegebedürftigen, Beurteilung von Modellen zur Versorgungsqualität und Integration

GrAnfr

s. Behinderter

Drs 13/2021

Hitzetote und Folgen der Hitzewelle in BW

Frage nach der Zahl o.g. Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen; Konsequenzen aus der Problematik des Flüssigkeitsmangels von alten, kranken und behinderten Menschen in Heimen; Vorlage eines neuen Gesamtkonzepts zur Vorsorge und zum Schutz von Risikogruppen; Beteiligung an einem Vorhersageprojekt des Deutschen Wetterdienstes

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 25.08.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2374

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 25 26

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Bildungsangebote für ältere Menschen

Unterstützung von Initiativen zur Erschließung neuer Aufgaben nach der Erwerbstätigkeit; Angebot eines Seniorenstudiums sowie von Lehrstühlen für Geragogik an den Hochschulen; Erleichterung des Zugangs zu den neuen Informationstechnologien

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 17.12.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2746 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.03.2004 Drs 13/3492 S.

54-56

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau in mittelfristiger Entwicklung

Altersstruktur und Erwerbsanteil von Frauen und Männern 2004, 2010, 2020 und 2030; Strukturveränderungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen durch den absehbaren Prozess der Überalterung; Entwicklung des Anteils der hochqualifizierten Erwerbsfähigen bei Fortschreibung bzw Anhebung des Bildungsniveaus; Maßnahmen zur Steigerung des Erwerbsanteils von Jugendlichen, Frauen und Älteren

Antr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/3003

Situation von Senioren mit Migrationshintergrund und von ausländischen Senioren

Datenentwicklung bis 2020 differenziert nach Geschlechtern, Herkunftsländern und regionaler Verteilung in BW; Schaffung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären Pflegeinfrastruktur, entsprechende Ausbildung bzw Anwerbung geeigneter Pflegefachkräfte, Frage nach spezialisierten Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in BW u.a. BLändern

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 20.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3412

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 53-55

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr

s. *Kriminalität*

Drs 13/3949

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Zwischenbilanz des o.g. Programms und der dabei erprobten Modelle, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Ausbau der Hilfestrukturen für Demenzerkrankte, Rolle der Selbsthilfegruppen und Ehrenamtlichen, geriatrische Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Gewinnung von qualifizierten Pflegekräften, Erfahrungen mit dem bürgerschaftlichen Engagement für Tagespflege und Lebensqualität im Alter sowie mit der Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel, Entwicklung neuer Wohnformen und Akzente in der Altenpolitik, Förderung der Solidarität zwischen den Generationen

GrAnfr GRÜNE 18.03.2005 und Antw SM Drs 13/4213 (19 S.)

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Förderung der Weiterbildungspotenziale von älteren Arbeitnehmern und gering Qualifizierten; Akzeptanz und Finanzierung der Studienangebote für Senioren

GrAnfr

s. *Weiterbildung*

Drs 13/4285

Förderung der Pflegeheime im Großraum Stuttgart durch Mittel des Landes

Auflistung der Förderhöhe und -reihenfolge o.g. Heime, Vergleich der Fördermittel pro Einwohner mit dem Landesdurchschnitt, Berücksichtigung auch von gerontopsychiatrischen Einrichtungen für besondere Bedarfsgruppen sowie der fachlichen Meinung der Stadt Stuttgart?

KlAnfr

s. *Pflegeheim*

Drs 13/4601

Bedeutung älterer Arbeitnehmer für die Wirtschaft BW

Aktuelle Debatte

s. *Arbeitnehmer*

PIPr 13/106 S. 7675

Antworten der Politik auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49 51 54 57

Antworten der Politik auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77 78 83 117

Zunahme der Zahl älterer Menschen und damit der Bedeutung der berufsmäßigen Betreuer

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 416 417 419

Zunahme der Zahl älterer Menschen und damit der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen; bezahlbarer Wohnraum für ältere Menschen in den Städten

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1408 1409 1414 1422 1430

Verhinderung der Frühverrentung von Arbeitnehmern ab 55 Jahren, Erhaltung des Wissens und der Erfahrung älterer Menschen in den Betrieben

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1814 1816 1822 1824

Zunahme der Zahl älterer und sehr alter Menschen, Gewährleistung einer qualifizierten Heimaufsicht im Interesse der Pflegebedürftigen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2518-2524

Antworten der Politik auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft, Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2543-2555 2565

Hinwirkung auf die Bereitschaft der Unternehmen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2655

Zunahme der Zahl älterer Menschen, Hinwirkung auf die Bereitschaft der Unternehmen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3020 3021 3023 3024

Zahl und Situation der älteren Menschen und Pflegebedürftigen, Bedarf an neuen Heimplätzen und wohnortnahen Pflegeeinrichtungen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3617 3639

Zunahme der Zahl älterer Menschen, Auswirkungen auf die Finanzpolitik und sozialen Sicherungssysteme

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3943 3944 3953

Förderung der häuslichen Pflege von Angehörigen, Kritik an den Kürzungen für die ambulanten Dienste

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4166 4206 4208 4211 4214

Zunahme der Zahl älterer Menschen, Einsetzung einer Enquetekommission „Demographischer Wandel - Herausforderungen an die Landespolitik“; Bereitstellung einer wohnortnahen Pflegeinfrastruktur

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4629-4634 4682-4688

Zunahme der Zahl älterer Menschen; Bereitstellung einer wohnortnahen Pflegeinfrastruktur

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4802-4808

Zunahme der Zahl älterer Menschen, Hinwirkung auf die Bereitschaft der Unternehmen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5144 5165

Zunahme der Zahl älterer und behinderter Menschen, Regelung der barrierefreien Erreichbarkeit von Wohnungen in größeren Wohngebäuden

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5221-5227

Zunahme der Zahl älterer und behinderter Menschen, Regelung der barrierefreien Erreichbarkeit von Wohnungen in größeren Wohngebäuden

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5380-5385

Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Senioren angesichts der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5514 5515

Bedeutung der älteren Menschen für ihre Enkel und umgekehrt, Einbindung von rüstigen Senioren in die Ganztagsbetreuung an Schulen, Werbung für ein Miteinander von Jung und Alt

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6412 6421 6422

Bedeutung des Zusammenlebens mit älteren Menschen in der Familie, Einbindung von rüstigen Senioren in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6481 6486 6501 6502

Werbung um ein gedeihliches Miteinander von Jung und Alt, Einbindung von rüstigen Senioren in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7210 7223

Herausforderungen der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung für alle Politikbereiche, Förderung des ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen, Sicherung eines solidarischen Zusammenlebens der Generationen, Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer, Verbesserung des Weiterbildungsangebots, Unterstützung neuer Wohnformen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7553-7565

Zunahme der Zahl von älteren und pflegebedürftigen Menschen, Gestaltung des Ruhestands als aktiven Lebensabschnitt mit ehrenamtlichem Engagement; Verbesserung der Beschäftigungsquote von älteren Arbeitnehmern, Kritik an Äußerungen des MinPräs über den Rückgang der Leistungsfähigkeit ab 40 Jahren

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771-7782

Alternativer Landbau

s. *Ökologischer Landbau*

Alterseinkünftegesetz

s. *Altersversorgung*

Altersforschung

s.a. *Altersheilkunde*

Bildungsangebote für ältere Menschen

Unterstützung von Initiativen zur Erschließung neuer Aufgaben nach der Erwerbstätigkeit; Angebot eines Seniorenstudiums sowie von Lehrstühlen für Geragogik an den Hochschulen; Erleichterung des Zugangs zu den neuen Informationstechnologien

Antr

s. *Alter Mensch*

Drs 13/2746

Die Zukunftsoffensive IV

Verwendung von Restmitteln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersforschung?

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/4136

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Verbesserung der Koordination der geriatrischen Zentren sowie der geriatrischen Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Bewertung einschlägiger Studien zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Geriatrie

GrAnfr

s. *Alter Mensch*

Drs 13/4213

Förderung der Altersforschung mit dem Forschungsrahmenprogramm der EU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 608

Altersgrenze

Sonderurlaub für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter

Änd des Ges über die Erteilung von Sonderurlaub an Mitarbeiter in der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt, Senkung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre

Antr

s. *Sonderurlaub*

Drs 13/962

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; An-

hebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/1567

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Klärung der Standpunkte zu den Altersgrenzen für den Familiennachzug und zur humanitären Flüchtlingsaufnahme in Fällen nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1723

Jugendschutznovelle mit Nebenwirkungen

Auswirkungen des neuen JugendschutzGes für Käufer und Verkäufer von PC, Computerspielen u.a. Unterhaltungssoftware mit und ohne Altersfreigabe; Möglichkeiten zur Verifikation der Altersangaben von Kindern und Jugendlichen, insbes im Versandhandel; Zeitdauer, Kriterien und Kosten der Verfahren zur Prüfung der Altersfreigabe; Notwendigkeit einer Altersfreigabe auch für Heft-CD von Zeitschriften, Aussetzung des Gesetzesvollzugs?

Antr
s. *Jugendschutz*
Drs 13/2089

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/2422

Ges zur Änd des MinisterGes

Schrittweise Abflachung des Anstiegs der Versorgungsbezüge ab 2004; amtszeitbezogene Regelung der Altersgrenze für das Ruhen der Versorgungsbezüge; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 38,27 % sowie des Höchstsatzes auf 71,75 %

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/2542

Begleitetes Fahren ab 17 - Grünes Licht für Modellversuch in BW

Unterstützung der Initiative Niedersachsens im BRat, Beteiligung an dem Modellversuch zur Absenkung des Unfallrisikos junger Fahranfänger, Evaluation des Projekts zur Abklärung des weiteren Handlungsbedarfs

Antr
s. *Führerschein*
Drs 13/2652

Konsequenzen aus den Ehrenamtskonferenzen der Stadt- und Kreisjugendringe

Themen und Ergebnisse o.g. Veranstaltungen zur Aufwertung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen; Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Absenkung der Altersgrenze für Sonderurlaub von Jugendgruppenleitern auf 16 Jahre

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3053

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 13/3405

Abgeordnetenentschädigung und -versorgung

Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten; Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Prüfung einer Übertragung der Entscheidung über die Höhe der Abgeordnetenentschädigung auf ein externes Gremium durch ein Rechtsgutachten; Berufung einer unabhängigen Diätenkommission mit dem Ziel einer Umstellung des Entschädigungssystems und des finanziell eigenständigen Aufbaus einer Altersversorgung der Abgeordneten

Antr
s. *Abgeordneter*
Drs 13/3406

BSE-Tests

Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests an Schlachtrindern auf 30 Monate

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3532

Altersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests an Schlachtrindern

Bemühungen um Anhebung der Schlachaltersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests auf 30 Monate

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3559

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3646

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten

GesEntw
s. *Beamter*
Drs 13/3783

Ges zur Änd des MinisterGes

Kürzung des Anspruchszeitraums für das Übergangsgeld; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 29 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre; Streichung des Altersehrendes

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3839

Führerschein mit 17

Bewertung des Versuchsprojekts in Niedersachsen, Bedingungen für die Übernahme dieses Modells

KlAnfr
s. *Führerschein*
Drs 13/3915

Novellierung des MinisterGes

Auszahlung von Ruhegehalt an ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre nach Vollendung des 55. Lebensjahres, Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt der aktuellen und künftigen Mitglieder der LReg auf 65 Jahre, Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbssatzes einkommen nach § 53 BeamtenversorgungGes auch bei ehemaligen Ministern und politischen Staatssekretären

Antr
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3945

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4264

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausföhrung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Bundesweit grünes Licht für die Einführung von „Begleitetem Fahren ab 17“ - Einführung auch in BW überfällig

Bewertung der Ergebnisse des Modellprojekts in Niedersachsen, Schaffung der Voraussetzungen für das o.g. Führerscheinmodell

in BW zur Absenkung des Unfallrisikos junger Föhranfänger, Hinwirkung auf bundeseinheitliche Regelungen

Antr
s. *Führerschein*
Drs 13/4548

Kritik am Vorschlag der Zuwanderungskommission zur Erhöhung des Nachzugsalters für Kinder

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 264 265 272 273

Senkung der Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 561 564 566 567

Senkung der Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877 879 880

Senkung der Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1286 1287 1289 1292 1293

Stopp der Frühverrentung unter 65 Jahren, Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1677 1678 1685 1687

Stopp der Frühverrentung älterer Arbeitnehmer ab 55 Jahren

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813

Erinnerung an verschiedene Vorstöße zur Herabsetzung bzw Anhebung des Renteneintrittsalters

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2130 2133 2134

Forderung nach Herabsetzung des Alters für Strafmündigkeit auf zwölf Jahre, Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2462-2464

Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3020 3021 3023 3024

Ressourcengewinne und Einsparung von Pensionsleistungen durch die Anhebung der Altersgrenze der Professoren

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3591 3592 3596

Anhebung der Altersgrenze der Minister für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre; Ablehnung eines Renteneintrittsalters von 67

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3633 3634

Erhöhung des Pensionseintrittsalters für die Beamten, Erinnerung an die „Rente mit 60“ als Wahlkampfaussage der SPD 1998

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155 4179

Eintreten für eine möglichst niedrige Altersgrenze beim Familiennachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4622-4624

Anhebung des Eintrittsalters in den Ruhestand

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5810

Eintreten für eine möglichst niedrige Altersgrenze beim Familiennachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5888

Erhöhung des Pensionseintrittsalters für die Beamten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6108

Kritik an Altersbeschränkungen in Stellenanzeigen sowie bei bestimmten Berufen und öffentlichen Ämtern; Beurteilung der Forderung nach dem Wahlrecht mit 14 bzw 16 Jahren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7559-7562

Beurteilung des Vorschlags zur Anhebung des Eintrittsalters in den Ruhestand auf 67 Jahre, Verweisung auf den Anstieg des tatsächlichen Renteneintrittsalters seit 1998

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7676 7684

Plädoyer für den Abbau von Altersgrenzen bzw deren Relevanz für den Eintritt in den Ruhestand, Orientierung an den Beitragszeiten zur Rentenversicherung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773

Altersheilkunde

s.a. Altersforschung

Geriatrische Rehabilitation

Entwicklung der Pflegesätze in den o.g. Reha-Kliniken im Vergleich zur Finanzierung der Personalausstattung, insbes im nicht-ärztlichen Sektor, seit 1996; Anteil von eingewiesenen Patienten aus dem häuslichen Umfeld und aus Pflegeheimen; Einrichtung einer Schiedsstelle; Schaffung von ambulanten und teilstationären Plätzen nach der Resolution des Landesseniorenrats; Modelle der Alltagsrehabilitation und Übergangspflege; Berücksichtigung der Verlagerung von Pflegeanteilen in den ambulanten Sektor bei der Festlegung von Fallpauschalen

Antr

s. Rehabilitation

Drs 13/485

Zukunft länderspezifischer Versorgungsformen unter DRG-Bedingungen

Gefährdung der besonderen stationären Versorgungsstrukturen in den Krankenhäusern, z.B. in der Geriatrie, mit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems; Einflussnahme im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Erhaltung der Finanzierung dieser Strukturen und Leistungen

Antr

s. Krankenversorgung

Drs 13/1413

Die Zukunftsoffensive IV

Verwendung von Restmitteln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersforschung?

Antr

s. Forschung

Drs 13/4136

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Verbesserung der Koordination der geriatrischen Zentren sowie der geriatrischen Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Bewertung einschlägiger Studien zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Geriatrie

GrAnfr

s. Alter Mensch

Drs 13/4213

Förderung der Pflegeheime im Großraum Stuttgart durch Mittel des Landes

Auflistung der Förderhöhe und -reihenfolge o.g. Heime, Vergleich der Fördermittel pro Einwohner mit dem Landesdurchschnitt, Berücksichtigung auch von gerontopsychiatrischen Einrichtungen für besondere Bedarfsgruppen sowie der fachlichen Meinung der Stadt Stuttgart?

KlAnfr

s. Pflegeheim

Drs 13/4601

Verweisung auf die Fortschreibung des Geriatriekonzepts 2001

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2549

Alterspräsident

s. Kurz, Rolf MdL CDU

Altersteilzeit

s. Teilzeitarbeit

Altersversorgung

s.a. Beamter im Ruhestand

s.a. Kommunalen Versorgungsverband

s.a. Lebensversicherung

s.a. Rente

s.a. Rentenversicherung

s.a. Übergangszahlung

s.a. Versorgung der Beamten

s.a. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

s.a. Zusätzliche Altersversorgung

Anwartschaften in unterschiedlichen Altersversorgungssystemen

Art und Umfang der Berücksichtigung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie als Landesbeamter, Frage nach Unterschieden in der Höhe der Versorgungsbezüge eines Beamten mit 40-jähriger Dienstzeit sowie eines Pensionärs mit jeweils 20 Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft und als Landesbeamter

KlAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 06.11.2001 und Antw FM

Drs 13/396

Ges zur Änd des SteuerberaterversorgungsGes

GesEntw

s. Steuerberater

Drs 13/747

Wirtschaftliche und wohnungsbaupolitische Bedeutung der Bausparkassen

Umfang der Vermögensbildung und Investitionsvolumina durch Produkte der Bausparkassen; Beurteilung der steuerpolitischen, förderungspolitischen und mierechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau; Bedeutung der Eigenheimzulage und der vermögenswirksamen Leistungen für die Schaffung von Wohneigentum; Auswirkungen der Berücksichtigung des Wohneigentums als Bestandteil privater Altersvorsorge im AltersvermögensGes

Antr

s. Bausparkasse

Drs 13/1342

Ausgaben für Grundsicherung und Auswirkungen auf Kommunalhaushalte

Höhe der Kosten für die Träger der Grundsicherung im Vergleich zu den Erstattungen des Bundes, Notwendigkeit zusätzlicher Personal- und Verwaltungsausgaben bzw Zwänge der LKreise zur Erhöhung der Kreisumlage

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/1407

Ges zur Ausführung des GrundsicherungsGes und zur Änd des FinanzausgleichsGes

Anpassung der Zuständigkeiten für die Grundsicherung an die landesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen bei der Sozialhilfe, Verteilungsregelungen für die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Mehrausgaben der Kommunen, Einbeziehung der Grundsicherung in den Soziallastenausgleich

GesEntw
s. *Sozialleistung*
Drs 13/1436

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/1567

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Beurteilung von Vorschlägen wie Kürzung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Orientierung der Pensionen am Lebensinkommen bzw Rentenniveau, Rücklagenbildung aus Gehaltsabzügen der Beamten, Verschärfung der Regelungen für Frühpensionierungen, Beschränkung des Beamtenstatus auf die rein hoheitlichen Bereiche; Darstellung der Steigerung der Versorgungsausgaben durch die geplante Umlegung der Sonderzuweisungen auf das Gehalt

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/2155

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/2422

Ges zur Änd des MinisterGes

Schrittweise Abflachung des Anstiegs der Versorgungsbezüge ab 2004; amtszeitbezogene Regelung der Altersgrenze für das Ruhen der Versorgungsbezüge; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 38,27 % sowie des Höchstsatzes auf 71,75 %

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/2542

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land BW über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

Mittlg
s. *Apotheker*
Drs 13/3257

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 13/3405

Abgeordnetenentschädigung und -versorgung

Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten; Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Prüfung einer Übertragung der Entscheidung über die Höhe der Abgeordnetenentschädigung auf ein externes Gremium durch ein Rechtsgutachten; Berufung einer unabhängigen Diätenkommission mit dem Ziel einer Umstellung des Entschädigungssystems und des finanziell eigenständigen Aufbaus einer Altersversorgung der Abgeordneten

Antr
s. *Abgeordneter*
Drs 13/3406

Ruhegehaltszahlungen an ehemalige Minister

Höhe und Zeitpunkt des Bezugs von Ruhegehalt durch die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbbersatzeinkommen auf die Versorgungsbezüge nach § 53 BeamtenversorgungsGes, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Änd des MinisterGes

Antr SPD 23.11.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3769
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6161-6183
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4126
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6231-6243

Ges zur Änd des MinisterGes

Kürzung des Anspruchszeitraums für das Übergangsgeld; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 29 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre; Streichung des Altersehrensoldes

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3839

Situation der Verbraucherzentrale in BW

Struktur und Höhe der Gebühren für die einzelnen Dienstleistungen; Erreichbarkeit per Telefon und Internet; Umfang und Aus-

wirkungen der geplanten Einsparungen auf die Beratungsbereiche Ernährung, private Verschuldung und Altersvorsorge

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3877

Novellierung des MinisterGes

Auszahlung von Ruhegehalt an ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre nach Vollendung des 55. Lebensjahres, Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt der aktuellen und künftigen Mitglieder der LReg auf 65 Jahre, Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbsersatzesinkommen nach § 53 BeamtenversorgungGes auch bei ehemaligen Ministern und politischen Staatssekretären

Antr
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3945

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Einstellung der Pensionszahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4012-9 S. 27
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4052-8 S. 9
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Ges zu dem Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

GesEntw
s. *Apotheker*
Drs 13/4816

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und des VersorgungsanstaltsGes

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/4902

Besteuerung nach dem AlterseinkünfteGes

Umsetzung der stufenweise nachgelagerten Besteuerung der Renten; personelle und organisatorische Maßnahmen der Finanzverwaltung zur Bewältigung des zusätzlichen Arbeitsaufwands

Antr
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/4907

Ges zur Änd des PrivatschulGes und des LBesoldungsGes

Begrenzung der Zuschussansprüche für Versorgungsleistungen für die an Privatschulen beschäftigten Lehrkräfte

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/5062

Entschl zur Änd des AbgeordnetenGes

Eigenständige Altersvorsorge der Abgeordneten, Einbeziehung der Kosten einer angemessenen Alterssicherung in die steuerpflichtige Abgeordnetenentschädigung

Antr SPD 21.02.2006 Drs 13/5169-3
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7898-7904

Förderung von Wohneigentum als private Altersvorsorge
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Förderung von Wohneigentum als private Altersvorsorge
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 114

Bewertung der Förderung der privaten Altersvorsorge als nicht weit genug gehend
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 128 129

Zunehmende Belastung der Jugend durch Beiträge zu den Altersversorgungssystemen
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200

Förderung von Wohneigentum als private Altersvorsorge
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 525

Notwendigkeit größerer Anstrengungen junger Menschen zur privaten Altersvorsorge
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1327 1328

Absenkung der umlagefinanzierten Rente auf eine Grundsicherung, Notwendigkeit von mehr Eigenvorsorge, Bewertung der Riester-Rente, Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1409 1420 1431 1434 1435 1437-1439

Reduzierung der Ministerpensionen, Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2639

Förderung von Wohneigentum als private Altersvorsorge, Stimulanz der Eigenvorsorge
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3392 3395

Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge, Erhaltung der Eigenheimzulage und der Wohnungsbauprämie
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3573 3581

Bewertung der Kürzungen bei den Ministerpensionen als zu niedrig; Förderung von Wohneigentum als private Altersvorsorge; Ermöglichung einer früheren Einschulung auch als Beitrag für eine angemessene Altersversorgung
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3626 3627 3633 3634 3636 3646

Dringlichkeit der Verabschiedung des AlterseinkünfteGes, Umsetzung der Vorgaben des BVerfG
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4906 4908 4921

Notwendigkeit einer Rentenreform mit einer Absenkung der Renten, Verbesserung der Voraussetzungen für mehr private Altersvorsorge u.a. auch für Abgeordnete
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136 5137 5143 5157

Notwendigkeit einer Abschmelzung der Altersversorgungszulagen für die Pensionäre des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5266

Höhe und Fälligkeitszeitpunkt der Pensionsansprüche des ausgeschiedenen Ministers Dr. Palmer
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5492-5495

Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge, Erhaltung der Eigenheimzulage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5564 5567 5574 5575 5581

Sparanstrengungen der Bürger zur Altersvorsorge

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638

Suche nach Lösungen für eine (stufenweise) Umstellung der Altersversorgung der Abgeordneten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5947 5948 5950-5952

Kritik an einer Ministerpension mit 42, Erinnerung an die kürzlich erfolgte Anhebung der Anspruchsberechtigung auf 60 Jahre

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5990 5991

Suche nach Lösungen für eine (stufenweise) Umstellung der Altersversorgung der Minister; verbesserte Förderung der privaten Altersvorsorge der öffentlich Bediensteten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6417 6418

Prüfung einer eigenständigen Altersvorsorge der Abgeordneten iR einer unabhängigen Kommission

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7011-7013

Prüfung einer eigenständigen Altersvorsorge der Abgeordneten iR einer unabhängigen Kommission

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7095-7097

Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge, Beklagung des Wegfalls der Eigenheimzulage

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7634 7637 7638

Ermöglichung einer eigenständigen Altersvorsorge der Abgeordneten, Neuregelung der Abgeordnetenentschädigung nach dem Vorbild des Ltg in NRW

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7899-7902

Neuregelung der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung in der neuen WP, Umsetzung von Vorschlägen aus dem Bericht der Diäten-Kommission

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

Altgriechisch

s. Griechisch

Altholz

s. Holz

Altlasten

s.a. Bodenbelastung

Umweltbelastungen durch die Aluminiumschmelze Bruch

Ergebnisse der Altlastenerkundung und -sanierung im Bereich des o.g. Unternehmens in Asperg, LKreis Ludwigsburg; Umsetzung der in einem Gutachten bzw vom Gewerbeaufsichtsamt vorgeschlagenen Maßnahmen, Minimierung der Geruchsbelästigungen bei Schlackenabstichen und beim Verladen der Schlacken, Beseitigung der Mängel bei der Fassung und Lagerung von Öl-Wasser-Emulsionen?

KlAnfr

s. *Bruch GmbH, Asperg*

Drs 13/348

Instandsetzungs- bzw Erhaltungsmaßnahmen von Gebäuden an der Universität Tübingen

Mittelbereitstellung für die notwendigen Maßnahmen, insbes zur Sanierung der PCB-belasteten Gebäude

KlAnfr

s. *Universität Tübingen*

Drs 13/514

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Aufstockung der Mittel zur Sanierung innerstädtischer industrieller Altlasten

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-16 S. 41 42

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 13/1029

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Ökologisches Potenzial und Eigentumsverhältnisse; Sanierungsbedarf durch Kampfmittelreste u.a. Altlasten

Antr

s. *Militärische Anlage*

Drs 13/2299

Haushalt 2004; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten

s. *Wassertarif*

Drs 13/2810

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw

s. *Bodenschutz*

Drs 13/3677

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten

s. *Wassertarif*

Drs 13/4010

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Mittel für die Altlastensanierung

ÄAntr GRÜNE 25.01.2005 Drs 13/4010-18 S. 41 42

ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4050-11 S. 16 17

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Notwendigkeit neuer Konzepte in der Altlastensanierung, Wiedernutzbarmachung von Industrie- und Gewerbebrachen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1026 1036 1039

Untersuchung des Geländes für die neue Landesmesse nach Kampfmittelrückständen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5244 5247 5248

Notwendigkeit der Mittelaufstockung zur Altlastensanierung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6062

Mittelbedarf zur Erfassung und Sanierung der Altlasten, Abdeckung über das Aufkommen aus dem Wasserpfennig

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6760 6761 6763 6772

Altlastensanierung

s. Altlasten

Altreifen

s. Reifen

Aluminiumindustrie

s. Metallindustrie

Aluminiumschmelze Bruch

s. Bruch GmbH, Asperg

Alzheimersche Krankheit

s. Gehirnkrankheit

Ambulanter Pflegedienst

s. Sozialer Hilfsdienst

Ammerbuch

Modellprojekt virtuelle Umgehungsstraße

Verkehrsbelastung der Gemeinden entlang des Neckar- und Ammertales, Stand der Ausbauplanung und Realisierung der B 464 und B 28; Initiierung eines o.g. Modellprojekts mit den parallel laufenden Bundesstraßen B 464 und B 28 zur Entlastung der Ortschaften Tübingen-Unterjesingen und Ammerbuch-Entringen, Abstufung der B 28 zwischen Tübingen und Herrenberg zur Landesstraße, Lenkung des Durchgangsverkehrs auf die B 464, Stärkung der Alternativen im öffentlichen Verkehr

Antr

s. Ortsumgehung

Drs 13/2010

Erhaltung eines Spielplatzes in Ammerbuch nach erfolgreicher Vermittlung des PetA zwischen Anwohnern und Spielplatzbetreibern

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7793 7794

Ammoniak

Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Rußfiltern und Katalysatoren, u.a. Feststellung erhöhter Ammoniakkonzentrationen in den Städten

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7642

Amnestie

s. Straffreiheit

Amoklauf

s. Straftat

Ampelanlage

s. Lichtsignalanlage

Amt für Landwirtschaft

s. Landwirtschaftsbehörde

Amtliche Statistik

s. Statistik

Amtsblatt

s. Veröffentlichung

Amtsgericht

Neuordnung der Handelsregister

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern, Konzentration auf Amtsgerichte, in deren Bezirk auch ein Landgericht seinen Sitz hat?

KlAnfr

s. Handelsregister

Drs 13/278

Konzentration der baden-württembergischen Handelsregister

Einrichtung eines zentralen Handelsregisters und gleichzeitige Konzentration der Registergerichte auf nur einen oder wenige Standorte; Anhörung der Industrie- und Handelskammern und Rechtsanwaltskammern, Information des Ltg vor einer Entscheidung

Antr

s. Handelsregister

Drs 13/1022

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Anpassung von Zuständigkeitsregelungen an Änderungen des Bundesrechts sowie an die Umwandlung des Amtsgerichts Heilbronn in ein Präsidenten-Amtsgericht

GesEntw

s. Freiwillige Gerichtsbarkeit

Drs 13/1373

Geplante Reduzierung der Gerichtsstandorte in BW

Gründe und Auswirkungen der geplanten Reduzierung bzw. Zusammenlegung von Amtsgerichten und der drei Finanzgerichte, Darlegung der erwarteten Einsparungen bzw. Folgekosten durch Errichtung von Außenstellen, Gewährleistung eines bürgernahen Rechtsschutzes

Antr
s. *Gericht*
Drs 13/1522

Justizreform in BW

Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate; Auswirkungen einer Eingliederung der Grundbuchämter in die (reduzierten) Amtsgerichte, Auflösung von Außenstellen der Amtsgerichte

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Reduzierung der Anzahl der Grundbuchämter und deren Verlagerung zu den Amtsgerichten

Folgen und erwartete Einsparungen der o.g. Reduzierung, Auswirkungen auf die Bürgernähe; bisherige Aufwendungen auf kommunaler Ebene für die Einrichtung des elektronischen Grundbuchs, mögliche Schadenersatzforderungen, Zeitpunkt des Abschlusses der elektronischen Umstellung aller Grundbuchämter

Antr
s. *Grundbuchamt*
Drs 13/2183

Vereinsregister

Zahl der in die Vereinsregister eingetragenen Vereine bei den einzelnen Amtsgerichten, Höhe der dafür anfallenden Personal- und Sachkosten; notwendige Rechtsänderungen zur Übertragung auf die Kommunen und LKreise

Antr
s. *Vereinsregister*
Drs 13/2275

Erhalt der kleinen Amtsgerichte

Antr SPD 29.10.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2550

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Konzentration der baden-württembergischen Handels- und Genossenschaftsregister

Gründe und Auswirkungen einer Konzentration auf wenige Standorte, insbes auf die Nähe des Dienstleistungsangebots zu den Verfahrensbeteiligten und Rechtspflegern; Vereinbarkeit mit der ursprünglich geplanten Übertragung auf die Industrie- und Handelskammern; Frage nach finanziellen Einsparungen und zusätzlichen Kosten sowie nach Stellungnahmen der betroffenen Verbände und Organisationen; Stand der Einführung des elektronischen Handelsregisters

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/2979

Neustrukturierung der Handelsregister

Konzentration der Handelsregister auf wenige Standorte, Einrichtung von Außenstellen bei den Amtsgerichten; Frage nach finanziellen Einsparungen und zusätzlichen Kosten sowie den betroffenen Beschäftigten und Standorten

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/3647

Strukturreform der baden-württembergischen Justiz; hier: Ordentliche Gerichtsbarkeit

Zahl der Richterstellen, Unterbringungssituation, technische Ausstattung, Miet-, Sach- und Unterhaltungskosten der einzelnen Amts- und Landgerichte; Möglichkeiten und Einsparpotenziale einer Konzentration auf eine verringerte Zahl von Standorten; Umbau der Justizstruktur nach den gemeinsamen Eckpunkten der Justizminister von Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen; Höhe der Eingangszahlen pro Richter in den Jahren 1990 und 2003

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/3796

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 05**Auflösung bzw. Zusammenlegung der kleinen Amtsgerichte*

EAntr GRÜNE 19.01.2005 Drs 13/4005-1 S. 20
EAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4045
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6036-6051

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen**Zusammenlegung von Amts- und Landgerichten*

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

*Haushalt 2006; Nachtrag**Auflösung bzw. Zusammenlegung der kleinen Amtsgerichte*

EAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 34 S. 93
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Ermächtigung des Justizministeriums zur Bestimmung eines Amtsgerichts zur Wahrnehmung der Aufgaben des richterlichen Bereitschaftsdienstes in einem Landgerichtsbezirk

GesEntw LReg 21.12.2005 Drs 13/5005
1. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7759 7760
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5166
2. Beratung PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8002 8003
GesBeschl 22.02.2006 Drs 13/5198
GBI 2006 Nr. 3 S. 77 (Ges vom 07.03.2006)

Anwaltliche Beratungshilfe im Bereich der Schuldnerberatung

Ablehnung von Anträgen und Wartezeiten auf o.g. Beratung in den einzelnen Amtsgerichtsbezirken, Vorgaben des JuM an die Amtsgerichte, Vergleich der Praxis mit anderen BLändern

KIAnfr
s. *Schuldnerberatung*
Drs 13/5239

Erhaltung der 108 Amtsgerichte in BW, Vorschläge des RH zur Schließung von 31 Standorten

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3872-3879 3928

Erhaltung der 108 Amtsgerichte in BW, Dauer der Verfahren bei den Amtsgerichten im bundesweiten Vergleich

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305 4307 4313 4314

Überlegungen zur Eingliederung der Amtsgerichte in die Landratsämter bzw zur Reduzierung der Zahl von 108 Amtsgerichten

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4930 4931 4957 4959 4960

Überlegungen zur Reduzierung der Zahl von 108 Amtsgerichten

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5392

Erhaltung der 108 Amtsgerichte in BW, Dauer der Verfahren bei den Amtsgerichten im bundesweiten Vergleich

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6041 6043 6044 6048 6049

Amtstierarzt

s. Tierarzt

Amtzell

Förderung einer neuen Bewegungshalle an der Grund- und Hauptschule in Amtzell

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4860

Perspektiven der Schüler an der Grund- und Hauptschule Amtzell mit Werkrealschule

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5993

Perspektiven der Schüler an der Grund- und Hauptschule Amtzell mit Werkrealschule, Bewertung als Regionalschulmodell

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6863-6865

Analphabetismus

Finanzielle Absicherung von Alphabetisierungskursen an Volkshochschulen

Angebot, Bedarf und Finanzierung o.g. Kurse; notwendige Rahmenbedingungen und Begleitmaßnahmen zur Erreichung von Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen, insbes von Frauen und Ausländern; Parallelangebote zur Kinderbetreuung

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 04.12.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1585

BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 14 15

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Angestellter im öffentlichen Dienst

s. Bediensteter

Anonyme Geburt

s. Geburt

Anscheinswaffe

s. Waffe

Antenne

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Einführung einer generellen Baugenehmigungspflicht für Antennenanlagen mit Ausnahme von Amateurfunkanlagen

GesEntw GRÜNE 04.07.2001 Drs 13/44

1. Beratung PIPr 13/7 18.07.2001 S. 240-246

Mittlg LtgPräs 03.08.2001 Drs 13/147

(Im Ausschuss zurückgezogen)

Mobilfunk und Schulen

Minimierung gesundheitlicher Risiken von elektromagnetischen Feldern, Ausschluss von Mobilfunkmasten auf Grundstücken mit Kindergärten und Schulen sowie deren Umfeld, Weiterempfehlung entsprechender Beschlüsse der Stadt Freiburg, Untersagung der Nutzung von Handys an Schulen

Antr

s. Funkverkehr

Drs 13/917

Mobilfunk in BW; Investitionen und Stand des Netzausbaus, insbes UMTS

Darlegung o.g. Daten im Vergleich mit anderen BLändern, Restriktionen und Zeitdauer der Genehmigungsverfahren für Antennenanlagen u.a. technische Einrichtungen, Zurückhaltung der Gemeinderäte bei der Erteilung des Einvernehmens für genehmigungsbedürftige Anlagen, Bewertung als Gründe für die Umorientierung der Mobilfunkwirtschaft in andere BLänder; Änd der LBO zur Beschleunigung der Verfahren

Antr

s. Funkverkehr

Drs 13/1706

Forschung über Risiken des Elektromogs

Vom Land bzw mit Landesbeteiligung vergebene Forschungsprojekte über die Auswirkungen von Funkwellen auf den menschlichen Organismus, Kosten und Ergebnisse der Projekte, Information der Öffentlichkeit, Begründung des geplanten Abbaus der Genehmigungspflicht für den Bau von UMTS-Sendeanlagen

KIAnfr

s. Smog

Drs 13/1941

Ges zur Änd der Landesbauordnung für BW

Genehmigungsfreiheit der Errichtung von Antennenanlagen in, auf oder an Gebäuden

GesEntw LReg 17.07.2003 Drs 13/2283

1. Beratung PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3502-3507

BeschlEmpf und Bericht WirtA 15.10.2003 Drs 13/2487

2. Beratung PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3689-3694

GesBeschl 29.10.2003 Drs 13/2573

GBI 2003 Nr. 14 S. 695 (Ges vom 29.10.2003)

Antidiskriminierung

s. Diskriminierungsverbot

Antifaschismus

s.a. VVN - Bund der Antifaschisten

Beobachtung politischer Gruppierungen durch Verdeckte Ermittler

Überwachung der LISTA und Antifa-Gruppe Tübingen durch Verdeckte Ermittler? Rechtsgrundlage der Überwachungen und Speicherung von personenbezogenen Daten; Beteiligung des LKA und örtlicher Polizeidienststellen; Begründung des plötzlichen Verschwindens eines Verdeckten Ermittlers

Antr
s. *Verdeckter Ermittler*
Drs 13/707

Antiterrorprogramm

s. *Terrorismus*

Antrag (Drucksache)

s. *Parlamentsmaterialien*

Anwärtersonderzuschlag

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Anwaltskanzlei

s. *Rechtsanwalt*

Anwaltskosten

s. *Rechtsanwaltsgebühren*

Anwaltsnotar

s. *Notar*

Anzeige (Bekanntmachung)

s.a. *Stellenausschreibung*

Situation und Perspektiven für baden-württembergische Amts- und Mitteilungsblätter

Auflistung o.g. Blätter differenziert nach Auflagen, Herausgebern, Anzeigen- und Werbeumsätzen; Beurteilung der Konkurrenzsituation zu lokalen und regionalen Zeitungen und Zeitungsverlagen; Frage nach einer beabsichtigten Novellierung des Gemeindefachrechts zur Einschränkung der amtlichen Publizistik

Antr
s. *Veröffentlichung*
Drs 13/3864

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/4700

Gemeinsame Anzeige der LReg mit der EnBW

Höhe und Träger der Kosten der Anzeigenserie zum Thema Patente

MdIANfr 1) Nils Schmid SPD 14.02.2006 Drs 13/5172
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7976-7978

AOK

s. *Krankenversicherung*

Apfelsaft

s. *Fruchtsaft*

Apotheker**Überwachung von Arzneimitteln in der Vermarktungsphase**

Einbeziehung der Krankenhausapotheker in die Meldesysteme

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/203

Verschreibungsberechtigung für Apotheker

Beurteilung der o.g. Modellprojekte in Großbritannien

KIANfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 19.09.2001 und Antw SM
Drs 13/247

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/2598

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land BW über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

Mittlg LReg 09.06.2004 Drs 13/3257
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.06.2004 Drs 13/3270
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf die Großhändler, den Versandhandel und die Apotheken; Entwicklung der Zahl von Apotheken, Beschäftigten und Auszubildenden sowie der Umsätze seit 1998; Bedeutung und Konkurrenzsituation der Internetapotheken

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Ges zu dem Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

- GesEntw LReg 09.11.2005 Drs 13/4816 (12 S.)
- 1. Beratung PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7543
- BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5081
- 2. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7745 7746
- GesBeschl 01.02.2006 Drs 13/5126
- GBI 2006 Nr. 2 S. 19 20 (Ges vom 14.02.2006)
- Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2006 Nr. 5 S. 129

Vogelgrippe-Notfallplanung

Vorbereitungsstand für den Ausbruch einer Pandemie nach Presseberichten und Aussagen des Landesapothekerverbands, Zeitpunkt der Fertigstellung des Landesepidemieplans, Definition der Zielgruppen für die Ausgabe von antiviralen Medikamenten

- KIAnfr
- s. *Infektionskrankheit*
- Drs 13/5214

Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die Apotheker bzw die Beschäftigten in Apotheken, Befürchtung einer Beeinträchtigung der flächendeckenden Versorgung

- PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075 2076 2078-2081 2085 2086

Hinweis auf die regelmäßigen Qualitätskontrollen bei den Apothekern

- PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2523

Arbeit

- s.a. *Arbeitsförderung*
- s.a. *Arbeitsmarkt*
- s.a. *Arbeitsrecht*
- s.a. *Arbeitsschutz*
- s.a. *Arbeitsstätte*
- s.a. *Arbeitsvermittlung*
- s.a. *Arbeitsverwaltung*
- s.a. *Automation*
- s.a. *Heimarbeit*
- s.a. *Sonntagsarbeit*
- s.a. *Überarbeit*

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges

- Antr
- s. *Arbeitsmarkt*
- Drs 13/327

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit

Entwicklung von Zahlen der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Gefangenen seit 1993, Anteil der o.g. Fälle sowie der Gnaderlasse von restlichen Geldstrafen

- KIAnfr
- s. *Freiheitsstrafe*
- Drs 13/2492

Projekt „Schwitzen statt Sitzen“

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit bzw Erzielung von Einsparungen im Vergleich zur Strafvollstreckung, Bilanz des o.g. Projekts seit 2000 sowie Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung vom Kriminologischen Dienst, Umfang und Zeitpunkt einer Ausweitung des Projekts

- Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 02.02.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/3994
- BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4312 S. 11
- PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Forschung als Motor für Arbeit und Wirtschaft

- Aktuelle Debatte
- s. *Forschung*
- PIPr 13/108 S. 7880

Aufforderung an die LReg zur Einrichtung eines runden Tisches für Arbeit

- PIPr 13/5 27.06.2001 S. 76

Erfolg des Bündnisses für Arbeit auf Bundes- und Landesebene

- PIPr 13/12 14.11.2001 S. 503 509 510

Feststellung eines Scheiterns des Bündnisses für Arbeit

- PIPr 13/17 30.01.2002 S. 858 892

Vorschläge zur Reduzierung der Arbeitskosten, Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Schultern

- PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1820-1824

Reduzierung der Arbeitskosten und Steigerung der Nachfrage durch Arbeitszeitverlängerung

- PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4762 4766 4767

Arbeit an Sonn- und Feiertagen

s. *Sonntagsarbeit*

Arbeitnehmer

- s.a. *Arbeitnehmerüberlassung*
- s.a. *Arbeitsschutz*
- s.a. *Führungskraft*
- s.a. *Kündigungsschutz*
- s.a. *Mitbestimmung*
- s.a. *Vorruhestand*

Abschiebungs-Moratorium für arbeitende Flüchtlinge

Regelungen für ein Bleiberecht von Ausländern in einem unbefristeten, anderweitig nicht vermittelbaren Arbeitsverhältnis einschließlich ihrer Angehörigen, wenn eine Mindestaufenthaltsdauer besteht, keine Leistungen nach dem BSHG oder dem Asylbewerberleistungsges bezogen werden und keine Ausweisungsgründe vorliegen; Eintreten für ein solches Moratorium auf Bundesebene bis zum Inkrafttreten eines Zuwanderungsges

- Antr
- s. *Flüchtling*
- Drs 13/242

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außerfamiliären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen,

Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/449

Qualifizierungspotenzial älterer Arbeitnehmer

Entwicklung des Anteils älterer Arbeitnehmer unter den Arbeitslosen und Erwerbstätigen bundes- und europaweit seit 1992, Auswirkungen auf die Sozialsysteme; Behebung des Fachkräftemangels durch Qualifizierung und Reintegration älterer Arbeitnehmer, Einrichtung von speziellen Vermittlungsagenturen

Antr FDP/DVP 28.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/494 (22 S.)
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675-1690

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt

Perspektiven für die weltwirtschaftliche Entwicklung bis 2010 nach Ländern und Sektoren, Bevölkerungsentwicklung und Arbeitskräftebedarf; Darlegung der geforderten Qualifizierung, Aktivierung von Reserven bei gut ausgebildeten jungen Frauen, Bedeutung der Zuwanderung; vorhandene und notwendige Studienplätze der Hochschulen in den einzelnen Technologiebereichen; Übergangsquoten ausländischer Kinder auf weiterführende Schulen, Auswirkungen fehlender Berufsabschlüsse bei jungen Ausländern, Abmilderung des Mangels an Fachkräften und Kinderbetreuungsplätzen; Notwendigkeit eines Weiterbildungs-Ges

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Krankheitshäufigkeit von Frauen und Männern, Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf, Art der Befunde für die Verordnung von stationären Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen bzw von Kuren, Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei weiblichen und männlichen Versicherten

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Verbot der Benachteiligung älterer Arbeitnehmer

Darlegung der von WM Dr. Döring angekündigten Maßnahmen

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 08.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1378
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 24
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Notwendigkeit der Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften nach Auffassung des ehemaligen Ausländerbeauftragten der LReg, Klärung der Standpunkte zu einem generellen Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1723

EU-Migration

Entwicklung der Zahlen von Arbeitsmigranten aus EU- und Drittstaaten in den letzten zehn Jahren, Einschätzung der Auswirkungen der vom EP geplanten Rechtsänderungen

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1786

Teilhabe älterer Arbeitnehmer am Arbeitsleben in BW „CSIS Aging Vulnerability Index“

Position des Landes im o.g. internationalen Ranking; Erwerbstätigkeitsquote ab 50, Vergleich mit Großbritannien; Maßnahmen zu einer deutlichen Erhöhung der Beschäftigung der über 50-Jährigen

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 05.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2144
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.11.2003 Drs 13/2675 S. 19 20
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze; Zahl von arbeitenden Wochenendpendlern aus Tschechien, Polen und Ungarn; kurz- und mittelfristige Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau in mittelfristiger Entwicklung

Altersstruktur und Erwerbsanteil von Frauen und Männern 2004, 2010, 2020 und 2030; Strukturveränderungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen durch den absehbaren Prozess der Überalterung; Entwicklung des Anteils der hochqualifizierten Erwerbsfähigen bei Fortschreibung bzw Anhebung des Bildungsniveaus; Maßnahmen zur Steigerung des Erwerbsanteils von Jugendlichen, Frauen und Älteren

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/3003

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt BW

Erwartung einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften, Anteil und Möglichkeiten einer Tätigkeit als Leiharbeiter

KIAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/3383

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studierverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3418

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Ermöglichung eines Studiums für Meister, Fachwirte u.a. qualifizierte Berufstätige ohne Eignungsprüfung nach dem Vorbild

anderer BLänder

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3562

Zweites Ges zur Änd Hochschulrechtlicher Vorschriften
Erleichterung des Hochschulzugangs für besonders qualifizierte Berufstätige

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3790

Durchführung von so genannten Zufriedenheitsanalysen unter den Belegschaften von GKN und anderen Kernkraftwerken

Gründe für die o.g. Mitarbeiterbefragung der Atomaufsichtsbehörde, Frage nach Problemen innerhalb der Belegschaften und möglichen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit sowie nach Widerständen der Anlagen- bzw Konzernleitung gegen das Vorhaben

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3862

Dienstleistungsfreiheit im Europäischen Binnenmarkt

Auswirkungen der Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie durch das Arbeitnehmerentsendeges, Ahndung von Verstößen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern; Berücksichtigung der Schutzinteressen der Mitgliedstaaten durch die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag für eine Dienstleistungsrichtlinie? Bewertung der Kritik am Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Schlacht- bzw Fleischbranche, Feststellung von Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug durch den bisherigen Austausch von Dienstleistungen?

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/4149

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Förderung der Weiterbildungspotenziale von älteren Arbeitnehmern und gering Qualifizierten; Akzeptanz und Finanzierung der Studienangebote für Senioren

GrAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4285

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im Arbeitnehmerentsendeges geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative

der BReg zur Ausweitung des Entsendeges im BRat

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4325

Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur

Beurteilung der Forderungen von Kammern und Verbänden der Arbeitgeber nach Zulassung von besonders qualifizierten Berufstätigen auch ohne Abitur und Eignungsprüfung zum Studium an Fachhochschulen und Universitäten sowie der dazu angeführten Argumente; Gewährung eines grundsätzlichen Fachhochschulzugangs für Absolventen mit Gesellenbrief sowie eines uneingeschränkten Hochschulzugangs für Meister und Fachwirte

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4336

Ges zur Änd des LHochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4486

Ges zur Änd des Landespersonalvertretungsrechts

Zusammenfassung der aufgrund eines Arbeitsvertrags Beschäftigten, die bisher Angestellte oder Arbeiter waren, zu einer gemeinsamen Gruppe der „Arbeitnehmer“; Durchführung der Personalratswahlen im Herbst noch nach bisherigem Recht, Regelung der Personalratsarbeit bis zu den Wahlen mit zwei Gruppen durch Übergangsvorschriften; Änd der Wahlordnung zum LandespersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Personalvertretung*
Drs 13/4488

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4528

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen

Chancenlosigkeit von mittelständischen Unternehmen und hiesigen Bauarbeitern bei der Auftragsvergabe zum Bau der neuen Landesmesse und für Verkehrsinfrastrukturprojekte durch zu große Lose und Missachtung der 70:30-Relation von eigenen Bauarbeitern zu solchen von Subunternehmen; Verhinderung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping beim weiteren Ausbau der Messe; Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4546

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller
Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Freistellung durch Arbeitgeber für die ehrenamtliche Wahrnehmung eines Gemeinderatsmandats

Nachweispflichten von Gemeinderäten über ihre ehrenamtliche Tätigkeit gegenüber dem Arbeitgeber, Vereinbarkeit von Einzelnachweisen über mandatsbedingte Verpflichtungen und deren Zustimmung- oder Ablehnungsfähigkeit durch den Arbeitgeber mit dem Wahlmandat eines Gemeinderats, Verpflichtung der Arbeitnehmer zur Nacharbeit von mandatsbedingten Fehlzeiten?

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 13/4577

Haltung des Nationalen Ethikrats zu Gesundheitstests für Arbeitsplatzbewerber

Zuerkennung des Rechts der Arbeitgeber auf Verlangen eines gentechnisch abgestützten Gesundheitsstatus unter bestimmten Voraussetzungen, Beurteilung unter Aspekten wie Versicherungsrecht, Datenschutz, Recht auf Unwissenheit über eigene unheilbare Krankheiten u.a.m.; Ablehnung eines evtl GesEntw der BReg nach den Vorstellungen des Nationalen Ethikrats im BRat

KlAnfr
s. *Gesundheitsuntersuchung*
Drs 13/4628

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4732

Ges zur Änd des Gemeindevirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern bei den haushaltsrechtlichen Vorschriften zum Stellenplan und zur Nachtragssatzung; Änd der Gemeindeordnung

GesEntw
s. *Gemeindevirtschaftsrecht*
Drs 13/4767

Bedeutung älterer Arbeitnehmer für die Wirtschaft BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7675-7686

Sicherung der Arbeitsplätze älterer Arbeitnehmer durch ständige Weiterbildung; Gewinnung von Arbeitskräften in Mangelberufen durch Zuwanderung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 54

Sicherung der Arbeitsplätze älterer Arbeitnehmer durch ständige Weiterbildung, Maßnahmen zur Überwindung des Fachkräftemangels

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 76 101

Ermöglichung der Beschäftigung ausländischer Fachkräfte in Mangelberufen, Anforderungen aus der Wirtschaft zum jährlichen Bedarf an Zuwanderern

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 264-271

Abdeckung des Fachkräftebedarfs durch Qualifizierungsmaßnahmen und Zuwanderung, Beschäftigungsinitiativen für die über 50-Jährigen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 505 509-512

Sicherung der Arbeitsplätze älterer Arbeitnehmer; Gewinnung von Arbeitskräften in Mangelberufen durch Zuwanderung; Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-Beitrittskandidaten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560-566 568-570 572 573 604 605 612

Ermöglichung der Beschäftigung ausländischer Fachkräfte in Mangelberufen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 778-780

Mangel an qualifizierten Mitarbeitern trotz der 4,2 Millionen Arbeitslosen, Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 943 944 947 948

Abdeckung des Fachkräftebedarfs durch Qualifizierungsmaßnahmen und Zuwanderung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1285 1287 1289-1292

Befürchtung der Konkurrenz billiger Arbeitskräfte im Zuge der EU-Osterweiterung; Zahl von Pendlern zwischen dem Elsass und der Oberrheinregion

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1459 1466 1491

Initiativen zur Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer, Abmilderung des Fachkräftemangels

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675-1690 1703-1722

Verhinderung der Frühverrentung von Arbeitnehmern ab 55 Jahren, Erhaltung des Wissens und der Erfahrung älterer Menschen in den Betrieben; Schutz von Arbeitnehmerrechten; präventive Maßnahmen gegen den Fach- und Führungskräfte-mangel

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1814 1816 1818 1820 1822-1826 1854

Kritik an der Verdrängung der älteren Generation aus dem Arbeitsmarkt, Initiativen zur Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544 2552

Hinwirkung auf die Bereitschaft der Unternehmen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2655

Plädoyer für eine längere Lebensarbeitszeit bzw Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3020 3021 3023 3024

Qualifikation der Arbeitnehmer in BW, Anteil der ungelernten Kräfte

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3615

Bleiberecht für ausländische Fachkräfte in Mangelberufen, Eintreten für eine gesteuerte Arbeitsmigration, Kompensation des demographischen Wandels

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4620-4623 4626 4632 4633

Plädoyer für eine längere Lebensarbeitszeit bzw Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5165

Notwendigkeit einer Qualifizierungsoffensive für die an- und un- gelernten Arbeitnehmer

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5201-5203

Erleichterung des Hochschulzugangs für Berufstätige

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5541 5544

Ängste der Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze, Einforderung von Konzessionen zur Arbeitsplatzsicherung; Abbau von Instrumenten zur Förderung der Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem Osten

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5577 5580-5583

Erleichterung des Hochschulzugangs für Berufstätige

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5728 5731

Ängste der Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6016 6017 6027

Ablehnung des AntidiskriminierungsGes der BReg bzw der darin enthaltenen Beweislast des Arbeitgebers zum Ausschluss von Diskriminierungen seiner Mitarbeiter; Fachkräftebedarf der Wirtschaft

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6279 6280 6282-6284 6288 6296 6297

Förderung von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte und Arbeitslose im Niedriglohnbereich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406

Zweifel an der Gewinnung zusätzlicher Arbeitsplätze mit der Einschränkung von Arbeitnehmerschutzrechten, Schritte zur Integration von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt mit dem befristeten Einstiegsgeld; Erleichterung des Hochschulzugangs für erfahrene Berufstätige

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6478-6481 6492 6496 6497 6510 6530

Beklagung einer überzogenen Überwachung von Arbeitnehmern mit moderner IuK-Technik, Notwendigkeit von qualifizierten und engagierten betrieblichen Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7036 7038 7039

Einschätzung des künftigen Fachkräftebedarfs, Leistungsfähigkeit der älteren Arbeitnehmer, Verbesserung des Weiterbildungsangebots, Bemühungen um einen höheren Beschäftigungsanteil der älteren Arbeitnehmer

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558-7560 7562-7565

Würdigung des Beitrags der Gastarbeiter zur Entwicklung des Landes; Steuerung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt; Bedeutung der älteren Arbeitnehmer für die Unternehmen, Verneinung einer Abnahme der Lern- und Leistungsfähigkeit mit zunehmendem Alter

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7658 7660 7663 7676-7686

Abmilderung des Fachkräftemangels in BW durch Binnenzuwanderung aus den neuen BLändern; Verbesserung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer; Kritik an Äußerungen des MinPräs über den Rückgang der Leistungsfähigkeit ab 40 Jahren; Verhinderung des Abbaus von Arbeitnehmerrechten, Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771-7774 7780 7845-7851

Benachteiligung von Kindern aus Arbeitnehmerhaushalten beim Zugang aufs Gymnasium; Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige; Rückläufigkeit der Reha-Angebote für Arbeitnehmer; Vorschlag von Präventionsmaßnahmen für die Bediensteten des Landes

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7944 7946 7948 7956 7963

Arbeitnehmererfindung

s. Erfindung

Arbeitnehmerüberlassung

s.a. Arbeitsvermittlung

s.a. Befristetes Arbeitsverhältnis

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose über Mittel der LStiftung BW; Vorlage eines Programms zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Behinderten in den Arbeitsmarkt; Kofinanzierung von ESF-Mitteln für Job-Rotations-Projekte

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/248

Erfahrungen mit den Personal-Service-Agenturen

Bisher eingerichtete Agenturen und nachgewiesene dauerhafte Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, Vergleich mit dem geänderten ArbeitnehmerüberlassungsGes, Auswirkungen auf die gewerbliche Zeitarbeitsbranche

Antr

s. Arbeitsvermittlung

Drs 13/2759

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt BW

Erwartung einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften, Anteil und Möglichkeiten einer Tätigkeit als Leiharbeiter

KIAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/3383

Kritik an den hohen Auflagen für die Arbeitnehmerüberlassung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 637

Vorteile der Leiharbeit für den Arbeitnehmer und die Wirtschaft, Erleichterung durch Einführung der Minijobs

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2358 2371

Zunahme der illegalen Arbeitnehmervermittlung mit der EU-Osterweiterung, Durchsetzung der im Arbeitnehmerentsendeges regelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6701-6710

Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Vorschlag einer Ausdehnung der Entsenderichtlinie auf weitere Branchen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845 7846 7849

Arbeitsamt

s. Arbeitsverwaltung

Arbeitserlaubnis

s.a. Aufenthaltsrecht

„Green Card“

Zahl der bundes- und landesweit ausgegebenen Greencards für ausländische Fachleute der IT-Branche; Anteil der arbeitslosen, wieder abgewanderten sowie Arbeitsplätze suchenden Inhaber; Darstellung der Haupthindernisse bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz

Antr Hans Heinz u.a. CDU 06.02.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1755

BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 26

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach dem ZuwanderungsGes

Zahl der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge von bisher geduldeten Flüchtlingen; Anteil und Art der Bescheidung von Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen; Zahlen und jeweilige Begründung zum Entzug der Arbeitsgenehmigung, zur Verweigerung einer Berufsausbildung bzw der Zustimmung zur Aufnahme einer Beschäftigung

KlAnfr

s. Aufenthaltsrecht

Drs 13/4754

Kritik an der Lockerung des Arbeitsverbots für Asylbewerber

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 54

Erteilung von befristeten Arbeitserlaubnissen für ausländische Computerspezialisten sowie bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 264 268 269 271

Kritik an der Lockerung des Arbeitsverbots für Asylbewerber

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 357

Erweiterung der Greencard für IT-Spezialisten auf andere Berufe mit Fachkräftemangel

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 512

Bewirkung neuer Arbeitsplätze durch die Greencard, Verlängerung der Arbeitserlaubnis für die als Arbeitskräfte geschätzten bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 561 564 568-570 572 573

Abmilderung des Pflegenotstands durch entsprechende Ausweitung der Greencard

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 807

Abmilderung des Pflegenotstands durch entsprechende Ausweitung der Greencard, insbes auf den Bereich der häuslichen Pflege

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1332

Erleichterung der Arbeitserlaubnis für ausländische Studierende

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3100 3102 3103

Arbeitsförderung

s.a. Arbeitsvermittlung

s.a. Beschäftigungspolitik

s.a. EQUAL

s.a. Europäischer Sozialfonds

s.a. Fortbildung

Arbeitsmarktpolitik in BW

Programme und Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Finanzierung über den Haushalt, die LStiftung sowie aus dem Europäischen Sozialfonds iRd Ziels 3; Höhe des Bedarfs und der tatsächlich etatisierten Mittel zur Kofinanzierung der Projekte, Anteile der LKreise, der BA, des Landes und der freien Träger; Vereinfachung der Antragsverfahren und Bündelung der Förderebenen im SM und WM; Projekte zur Frauenförderung, insbes Existenzgründung, Qualifizierung, Beratung zur Berufsrückkehr, Förderung von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung; Begleitung der Übergänge von der Schule in den Beruf; Förderung von regionalen Beschäftigungsagenturen zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung; Erstellung eines Arbeitsmarktleitbilds für BW

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/248

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges; Beurteilung des geplanten Job-Aktiv-Gesetzes; notwendige Flexibilisierung des Arbeitsrechts, insbes zur Steigerung der Attraktivität ausländischer Direktinvestitionen und Deckung des Fachkräftebedarfs in Mangelberufen

Antr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/327

Programm „Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten“

Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Trägern, Ersetzung der ausfallenden Betreuungspersonen bei Jugendfarmen, mobiler Jugendarbeit, Aktivspielplätzen etc, insbes vor Beginn der Sommerferien; Klärung der Zuständigkeit für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 19.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/949 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2002 Drs 13/1401 S. 53-56

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Sonderprogramm Jugend-Arbeit-Zukunft; Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten

Ergebnisse des o.g. Programms für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Initiativen und Organisationen

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 25.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/963

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei den Eingliederungshilfen; Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Deutschen und Migranten, Projekte zur beruflichen Integration in der vergangenen und laufenden ESF-Förderperiode

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Förderprogramm „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“

Genehmigte und abgelehnte Anträge zur Qualifizierung, Existenzgründung und Netzwerkorganisation iRd von der EU mitfinanzierten Programms; Zahl und Art der neu begründeten Beschäftigungsverhältnisse; Information über die Fördermöglichkeiten und Unterstützung bei der Antragstellung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1660

Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der beruflichen Ersteingliederung von jungen Menschen mit Behinderung

Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen bei den Berufsbildungs- und -förderungswerken sowie Werkstätten für Behinderte; Initiativen zur Ermöglichung einer beruflichen Ersteingliederung auch im laufenden Jahr (der Behinderten)

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/2028

Einsatz und Kofinanzierung der ESF-Mittel nach Ziel 3 - Halbzeitbilanz und Konsequenzen bis zum Ende der laufenden Förderperiode 2006

Zahl und Bescheidung der gestellten Anträge in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen der Einstellung neuer Landeszuschüsse zur Abwicklung von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über das WM bzw Landesgewerbeamt sowie der Einstellung der Programme „Jugend-Arbeit-Zukunft“ und „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“; Erfahrungen mit dem Programm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/2590

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufs-

vorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/4022

Aufhebung der Regionalisierung im Rahmen der ESF-Ziel-3-Förderung

Höhe der verfügbaren, der gebundenen Mittel und Restmittel für o.g. Projekte in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen einer Aufhebung der regionalen Zuteilung auf den regionalen arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogenen Qualifizierungsbedarf; Möglichkeiten einer Sicherung der „Sprungbrett“-Projekte an Hauptschulen bis zum Ende der Förderperiode 2006; Fortführung der ESF-Ziel-3-Förderung entlang der regionalen Bedarfslagen unter Einbindung der regionalen ESF-Arbeitskreise

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/4161

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquête eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Maßnahmen der BReg zur Arbeitsförderung, Beurteilung des geplanten Job-Aktiv-Gesetzes, Beschäftigungsinitiativen für die über 50-Jährigen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 501 504 507 509 510

Initiativen zur Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer; Feststellung eines Anstiegs der ABM-Ausgaben und -Stellen in Wahljahren; Anreize zur Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675-1690 1703-1722

Vorschläge der Hartz-Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Effizienz der Programme auf Landes- und Bundesebene zum Abbau von Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, Feststellung eines Anstiegs der ABM-Ausgaben und -Stellen in Wahljahren

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1811-1826

Kritik an der Kürzung der Fördermittel zur beruflichen Eingliederung von Langzeitarbeitslosen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292 2293 2297-2300 2302 2303

Bestrebungen um Beschäftigung für 400.000 Arbeitslose in BW, Förderung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6405 6406

Arbeitsgemeinschaft für berufliche Fortbildung*s. Fortbildung***Arbeitsgericht***s.a. Arbeitsrichter**Die Situation an den Arbeitsgerichten in BW*

Entwicklung der Fallzahlen und Verfahrensdauer sowie der vorhandenen und notwendigen Personalausstattung bei den neun Arbeitsgerichten und beim Landesarbeitsgericht, Beurteilung der Pro-Kopf-Belastung der Richter und der wirtschaftlichen Folgen, Einbeziehung der Arbeitsgerichte in das Projekt „Neue Steuerungsinstrumente“; Erhöhung der Kleinbetragsregelung über die anfallenden Gerichts- und Verwaltungskosten; Einrichtung zeitlich befristeter neuer Stellen; flächendeckende Einführung einer geeigneten Software zur Spracherkennung

Antr Wolfgang Bebbber u.a. SPD 21.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1829

BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2003 Drs 13/2069 S. 9 10

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten der Sozialgerichte; Übertragung der Zuständigkeit für die Arbeitsgerichte vom SM auf das JuM

Antr

s. Justiz

Drs 13/2177

Haushalt 2004; Epl 09

Schaffung zusätzlicher Richterstellen bei den Arbeitsgerichten

s. Arbeitsrichter

Drs 13/2809

Überlastung der Arbeitsgerichte, Schaffung zusätzlicher Richterstellen

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3965

Überlastung der Arbeitsgerichte, Schaffung zusätzlicher Richterstellen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4205 4208 4213 4214

Übertragung der Zuständigkeit für die Arbeitsgerichte auf das JuM, Schaffung zusätzlicher Stellen für Arbeitsrichter

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305 4307 4309 4314 4315

Übertragung der Arbeitsgerichtsbarkeit auf das JuM, Schaffung zusätzlicher Stellen für Arbeitsrichter

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4578 4579 4581

Befürchtung einer Prozessflut vor den Arbeitsgerichten infolge des AntidiskriminierungsGes; Zuordnung der Arbeitsgerichte zur Sozialgerichtsbarkeit

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6038 6041 6046 6049

Arbeitslosengeld

Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Auswirkung auf arbeitssuchende Frauen in BW

Entwicklung von Höhe und Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe differenziert nach Geschlechtern; Auswirkungen o.g. Pläne auf die Vermittlungsarbeit der Arbeit-

sämter und das Leistungsangebot für Berufsrückkehrerinnen; Definition des Kriteriums der Erwerbsfähigkeit für Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen

Antr

s. Arbeitsvermittlung

Drs 13/2117

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKkreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KIAnfr

s. Sozialleistung

Drs 13/3400

Uneingeschränkte und rasche Weitergabe der finanziellen Entlastung des Landes im Zusammenhang mit den Hartz IV-Reformen an die Stadt- und LKreise

Höhe der Entlastungswirkungen für die einzelnen Stadt- und LKreise infolge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II, Auswahl der Kommunen iRd Experimentierklausel, Information der Betroffenen und Weitergabe der Einsparungen in voller Höhe

Antr

s. Sozialleistung

Drs 13/3447

Angemessenheit der Wohnkosten von Beziehern von Arbeitslosengeld II

Überschreitung der von den Job-Centern bzw Sozialämtern errechneten Obergrenzen für Miete und Nebenkosten durch die am Markt geforderten Wohnkosten; Bewirkung von Mietschulden, Räumungsklagen und Obdachlosigkeit für die Betroffenen; Anstreben sozialverträglicher Lösungen ab 01.07.2005

Antr

s. Miete

Drs 13/4306

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw

s. Sozialrecht

Drs 13/4716

Einschnitte beim Arbeitslosengeld nach den Vorschlägen der Hartz-Kommission, Bewertung als Verletzung des Äquivalenzprinzips; Verzicht auf die volle Anrechnung des Arbeitslosengelds auf selbstständige Einkünfte

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1815 1816 1819-1823

Veränderung der Abgrenzung zwischen Arbeitslosengeld und Krankengeld zulasten der Krankenkassen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2077 2083

Einschnitte in der Bezugsdauer und Höhe der Gewährung von Arbeitslosengeld

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3016-3018 3022 3023

Einschnitte in der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4098

Zweifel an der Gegenfinanzierung der angekündigten Anhebung beim Arbeitslosengeld II, Vorwurf der Verschiebung von Versicherungsgeldern

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6979-6981

Arbeitslosenhilfe

Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Auswirkung auf arbeitssuchende Frauen in BW

Entwicklung von Höhe und Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe differenziert nach Geschlechtern; Auswirkungen o.g. Pläne auf die Vermittlungsarbeit der Arbeitssämter und das Leistungsangebot für Berufsrückkehrerinnen; Definition des Kriteriums der Erwerbsfähigkeit für Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen

Antr

s. *Arbeitsvermittlung*

Drs 13/2117

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach einem dezentralen Modell iRd kommunalen Selbstverwaltung

Antr CDU und FDP/DVP 26.06.2003 Drs 13/2198

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3225-3237

Mittlg LReg 02.02.2004 Drs 13/2877

Zügige Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Antr SPD 04.05.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3162

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KlAnfr

s. *Sozialleistung*

Drs 13/3400

Uneingeschränkte und rasche Weitergabe der finanziellen Entlastung des Landes im Zusammenhang mit den Hartz IV-Reformen an die Stadt- und LKreise

Höhe der Entlastungswirkungen für die einzelnen Stadt- und LKreise infolge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II, Auswahl der Kommunen iRd Experimentierklausel, Information der Betroffenen und Weitergabe der Einsparungen in voller Höhe

Antr

s. *Sozialleistung*

Drs 13/3447

Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGS-GB II)

Schaffung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitssuchende, Ermöglichung der Delegation von den LKreisen auf kreisangehörige Gemeinden

GesEntw

s. *Sozialleistung*

Drs 13/3698

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen

Antr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/4022

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw

s. *Sozialrecht*

Drs 13/4716

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 116

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 911 912

Einschnitte bei der Arbeitslosenhilfe nach den Vorschlägen der Hartz-Kommission, Bewertung als Verletzung des Äquivalenzprinzips, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1815 1816 1818

Einschnitte bei der Arbeitslosenhilfe nach den Vorschlägen der Hartz-Kommission

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2077 2078

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2230 2231

Entlastung der Kommunen durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2757 2763-2765

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3016 3017

Kritik an der Zusammenfassung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei der Arbeitsverwaltung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3608 3609

Begrüßung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei den Kommunen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4093 4095 4099 4100

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in der Verantwortung der Kommunen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4205

Arbeitslosenversicherung

s.a. Arbeitslosengeld

s.a. Arbeitslosenhilfe

Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 84

Befürchtung eines Anstiegs der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 154

Einschnitte in die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nach den Vorschlägen der Hartz-Kommission, Bewertung als Verletzung des Äquivalenzprinzips

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1815 1816

Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit den Mehreinnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6971 6972 6980 6981

Arbeitslosigkeit

s.a. Arbeitslosengeld

s.a. Arbeitslosenversicherung

Arbeitslose Jugendliche - Anwerbungsaktion des WM

MdlAnfr

s. Jugendlicher

Drs 13/62

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Quote und Dauer von Arbeitslosigkeit der jüdischen Kontingentflüchtlinge im erwerbsfähigen Alter; Verbesserung der Voraussetzungen für die Anerkennung von Berufs- und akademischen Abschlüssen

GrAnfr

s. Juden

Drs 13/98

Arbeitsmarktpolitik in BW

Programme und Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Finanzierung über den Haushalt, die LStiftung sowie aus dem Europäischen Sozialfonds iRd Ziels 3; Höhe des Bedarfs und der tatsächlich etatisierten Mittel zur Kofinanzierung der Projekte, Anteile der LKreise, der BA, des Landes und der freien Träger; Vereinfachung der Antragsverfahren und Bündelung der Förderebenen im SM und WM; Projekte zur Frauenförderung, insbes Existenzgründung, Qualifizierung, Beratung zur Berufsrückkehr, Förderung von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung; Begleitung der Übergänge von der Schule in den Beruf; Förderung von regionalen Beschäftigungsagenturen zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung; Erstellung eines Arbeitsmarktleitbilds für BW

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/248

Integration von Migranten in BW

Gezielte Qualifizierung junger Arbeitsloser aus Migrantenfamilien

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außerfamiliären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/449

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Förderung der beruflichen Wiedereingliederung Arbeitsloser

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-1 S. 24 25

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-12 S. 39 40

ÄAntr SPD 30.01.2002 Drs 13/683-1 S. 2 3

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/683-7 S. 24 25

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Situation von Schwestern und Pflegern

Zahl von arbeitslosen Pflegekräften, Anteil von Arbeitslosigkeit aufgrund beruflich bedingter gesundheitlicher Beeinträchtigung sowie wegen Unvermittelbarkeit aufgrund der familiären Situation; Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

KlAnfr

s. Pflegeberuf

Drs 13/867

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei den Eingliederungshilfen; Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Deutschen und Migranten, Projekte zur beruflichen Integration in der vergangenen und laufenden ESF-Förderperiode

GrAnfr

s. Ausländer

Drs 13/1030

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr

s. Wirtschaft

Drs 13/1880

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr

s. Wirtschaft
Drs 13/2026

Einsatz und Kofinanzierung der ESF-Mittel nach Ziel 3 - Halbjahresbilanz und Konsequenzen bis zum Ende der laufenden Förderperiode 2006

Zahl und Bescheidung der gestellten Anträge in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen der Einstellung neuer Landeszuschüsse zur Abwicklung von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über das WM bzw Landesgewerbeamt sowie der Einstellung der Programme „Jugend-Arbeit-Zukunft“ und „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“; Erfahrungen mit dem Programm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“

Antr
s. Europäischer Sozialfonds
Drs 13/2590

Verweisung auf eine bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote in BW; Nachqualifizierung von Arbeitslosen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 54

Verweisung auf eine bundesweit niedrigste Arbeitslosenquote in BW, Anregung von Beschäftigungsinitiativen für Langzeitarbeitslose

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 76 77 83 113 121 122

Erwartung einer Verfehlung der angestrebten Zielmarke bei der Arbeitslosenquote bis zur BTagswahl 2002; Vermittlungsversuche für die über 50-Jährigen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 154 155 159-162

Arbeitslosenquote im Bund und auf Landesebene

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 206-208

Arbeitsmarktbezogene Zuwanderung trotz der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland, vorrangige Besetzung von Stellen mit Arbeitslosen, Bilanz des Sofortprogramms der BReg zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 262 264-269

Verfehlung der angestrebten Zielmarke des BKanzlers zum Abbau der Arbeitslosigkeit; Feststellung einer geringen Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen des Landes

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329 330 342

Zunahme der Arbeitslosigkeit entgegen dem angekündigten Abbau durch den BKanzler; Kofinanzierung von ESF-Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499 501 502 504 505 507 509 525

Forderung nach Begrenzung der Zuwanderung bei über 4 Millionen Arbeitslosen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560 573

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik; Verfehlung des Ziels der Rückführung der Arbeitslosenzahl auf unter 3,5 Millionen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 637-639 644 697 699 700 706

Feststellung einer Verringerung der Arbeitslosigkeit seit 1998, gezielte Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803 807 808 811 817 818 825

Zunahme der Arbeitslosigkeit infolge hoher Tarifabschlüsse, Kritik an der Kürzung des Programms für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Verfehlung der Zielsetzung des BKanzlers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 842-844 850 851 858-860 867 868 877 892-894 896 897 902 910 911

Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter den Regierungen Kohl und Schröder

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 943 954 955 959

Rücknahme der Kürzungen bei den Programmen für Langzeitarbeitslose, Darlegung der aktuellen Arbeitslosenstatistik

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1103 1105 1111 1113

Entwicklung der Arbeitslosenquote von Ausländern; Forderung nach Begrenzung der Zuwanderung bei 4,3 Millionen Arbeitslosen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1227 1242 1287 1292

Anteil der älteren Generation unter den Arbeitslosen, Ermöglichung der Rückkehr ins Erwerbsleben mit der Jobrotation, Vergleich der Arbeitslosenzahlen im Bund und im Land, Verfehlung der Zielsetzung des BKanzlers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675 1676 1678-1682 1684 1685 1687 1689 1690 1703-1716 1718 1719 1727

Umgang des Bundeskanzlers mit dem Thema Arbeitslosigkeit, Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Ausmaß der offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit, Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit im Osten

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1811-1826 1859

Notwendigkeit einer wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Beurteilung des Hartz-Konzepts

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111 2114 2115 2120 2121 2125 2158

Kritik an der Kürzung des Programms für Langzeitarbeitslose, Zustandsbeschreibung des Arbeitsmarkts in BW

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292-2295 2297-2300 2302 2303 2305

Umfang und Kosten der Arbeitslosigkeit in Deutschland, Kritik an der Kürzung von Projekten für Langzeitarbeitslose

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625 2626 2633 2634 2640 2653

Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit landes- und bundesweit

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2846

Drohende Arbeitslosigkeit für minderqualifizierte Jugendliche, Kritik an der Kürzung von Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Beklagung einer Arbeitslosenzahl auf Rekordhöhe

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2992 2993 2997-2999

Notwendigkeit umfassender Reformen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Maßnahmen gegen Scheinarbeitslosigkeit

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014-3020 3022 3023

Internationaler Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3348 3349 3358 3359

Erfolgsbewertung des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen; investitionshemmende Wirkung der Angst vor Arbeitslosigkeit

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3546 3572

Beklagung einer Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe, Verweisung auf die niedrigste Arbeitslosigkeit in BW; Kritik an der Kürzung der Langzeitarbeitslosenprogramme

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599 3609 3618 3623 3630 3633 3644 3650

Befürchtung eines Höchststands der Arbeitslosigkeit im Winter 2004, Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit innerhalb Deutschlands

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3869-3871

Vergleich der Arbeitslosenzahlen im Bund und im Land, Bemühungen zur weiteren Senkung der niedrigen Quote in BW

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4153 4160 4205 4207 4213 4215

Feststellung einer Begünstigung von Arbeitslosigkeit durch die bestehende Arbeitsmarkt- und Sozialordnung; Ablehnung einer Arbeitsmigration angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4503 4508 4511 4529

Vergleich der Arbeitslosenquote in BW u.a. BLändern

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5793 5794 5824 5825

Vergleich der Arbeitslosenquote in BW u.a. BLändern, Kritik an der Einstellung des Programms gegen die Langzeitarbeitslosigkeit

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5870 5879 5881 5882 5893 5917 5923 5936

Zuweisung der Verantwortung für mehr als 5 Millionen Arbeitslose an die BReg; Zulauf der beruflichen Schulen infolge der Arbeitslosigkeit

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5987 6003 6031

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen seit 2001 und der Begleitkommentare der BReg

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6142 6151 6156

Beklagung eines Versagens der BReg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6267

Zunahme der Arbeitslosigkeit durch immer neue Auflagen und Regulierungen für die Wirtschaft; Zulauf der beruflichen Vollzeitschulen bei steigender Jugendarbeitslosigkeit; Erinnerung an die Selbstverpflichtung des BKanzlers zum Abbau der Arbeitslosigkeit

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6279 6282 6283 6286 6293 6296 6297 6315 6330

Vergleich der Arbeitslosenquote in BW u.a. BLändern, Abbau von Einstellungshemmnissen im Arbeitsschutz, Förderung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6403 6405 6406

Vergleich der Wachstums- und Arbeitslosenquote landes- und bundesweit sowie mit Österreich und der Schweiz, Verweisung auf die europaweit niedrigste Jugendarbeitslosigkeit

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6465 6481 6499

Verneinung eines Zusammenhangs zwischen (geringer) Arbeitslosigkeit und der Qualität des Schulsystems; Erwartung einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit im Falle einer Mehrwertsteuererhöhung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6956 6961 6964 6969 6970 6974 6977 6978 6982

Vergleich der allgemeinen Arbeitslosenrate mit der von Akademikern

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7491 7497 7511

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Integration von Migranten, Feststellung einer guten Ausgangslage in BW, Vergleich der Ausländer- und Jugendarbeitslosigkeit mit anderen BLändern und dem Bundesdurchschnitt

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7651 7655 7658 7661 7677 7678 7685 7758

Arbeitsmarkt

s.a. Beschäftigungspolitik

s.a. Europäischer Sozialfonds

s.a. Werkstatt für Behinderte

Arbeitsmarktpolitik in BW

Programme und Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Finanzierung über den Haushalt, die LStiftung sowie aus dem Europäischen Sozialfonds iRd Ziels 3; Höhe des Bedarfs und der tatsächlich etatisierten Mittel zur Kofinanzierung der Projekte, Anteile der LKreise, der BA, des Landes und der freien Träger; Vereinfachung der Antragsverfahren und Bündelung der Förderebenen im SM und WM; Projekte zur Frauenförderung, insbes Existenzgründung, Qualifizierung, Beratung zur Berufsrückkehr, Förderung von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung; Begleitung der Übergänge von der Schule in den Beruf; Förderung von regionalen Beschäftigungsagenturen zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung; Erstellung eines Arbeitsmarktleitbilds für BW

GrAnfr SPD 19.09.2001 und Antw LReg Drs 13/248 (20 S.)

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1703-1723

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges; Beurteilung des geplanten Job-Aktiv-Gesetzes; notwendige Flexibilisierung des Arbeitsrechts, insbes zur Steigerung der Attraktivität ausländischer Direktinvestitionen und Deckung des Fachkräftebedarfs in Mangelberufen

Antr CDU 18.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/327 (18 S.)

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1703-1723

Konsequenzen aus der aktuellen Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung für die Wirtschaftspolitik in Bund und Land

Aktuelle Debatte

s. Wirtschaft

PIPr 13/12 S. 499

Wunsch und Wirklichkeit; hier: Erkenntnisse der LReg über Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Widerspruch zu offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamts

Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des MinPräs und SM sowie des Statistischen Landesamts über den Rückgang bzw die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten nach der Reform des 630-DM-Gesetzes; Darlegung der jeweiligen Datengrundlagen

KlAnfr

s. *Geringfügige Beschäftigung*

Drs 13/669

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Perspektiven für die weltwirtschaftliche Entwicklung bis 2010 nach Ländern und Sektoren, Bevölkerungsentwicklung und Arbeitskräftebedarf; Darlegung der geforderten Qualifizierung, Aktivierung von Reserven bei gut ausgebildeten jungen Frauen, Bedeutung der Zuwanderung; vorhandene und notwendige Studienplätze der Hochschulen in den einzelnen Technologiebereichen; Übergangsquoten ausländischer Kinder auf weiterführende Schulen, Auswirkungen fehlender Berufsabschlüsse bei jungen Ausländern, Abmilderung des Mangels an Fachkräften und Kinderbetreuungsplätzen; Notwendigkeit eines Weiterbildungs-Ges

GrAnfr SPD 06.03.2002 und Antw WM Drs 13/834 (38 S.)
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2991-2999

Programm „Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten“

Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Trägern, Ersetzung der ausfallenden Betreuungspersonen bei Jugendfarmen, mobiler Jugendarbeit, Aktivspielplätzen etc, insbes vor Beginn der Sommerferien; Klärung der Zuständigkeit für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Antr

s. *Arbeitsförderung*

Drs 13/949

Sonderprogramm Jugend-Arbeit-Zukunft; Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten

Ergebnisse des o.g. Programms für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Initiativen und Organisationen

Antr

s. *Arbeitsförderung*

Drs 13/963

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei den Eingliederungshilfen; Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Deutschen und Migranten, Projekte zur beruflichen Integration in der vergangenen und laufenden ESF-Förderperiode

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit

1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1134

Durchgreifende Reformen des Arbeitsmarkts als Voraussetzung zur Belebung des Wirtschaftsstandorts BW - Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1811-1826

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten, der Zahl von Unternehmen, Unternehmensgründungen, -auflösungen und Konkursen seit 1996

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKkreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1318

Unternehmensgründungen von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und deren Auswirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt

Darlegung o.g. Daten seit 1995 in Relation zum Bevölkerungsanteil und Vergleich mit Gewerbeanmeldungen von Deutschen, Zahl der dadurch entstandenen Arbeitsplätze

Antr

s. Existenzgründung
Drs 13/1425

Wettbewerbliche Konkurrenz durch den zweiten Arbeitsmarkt
Wirtschaftliche Betätigung von subventionierten gemeinnützigen Werkstätten u.a. Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarkts in Konkurrenz zu privaten Unternehmen, Behandlung dieser Betriebe durch Kommunen und LKreise, Vereinbarkeit mit dem MittelstandsförderungsGes? Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbs zulasten von Handwerk und Mittelstand

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 28.10.2002 und Antw WM
Drs 13/1437

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd
Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut
Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis
Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1520

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1733

Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik der BReg auf die Zukunftschancen junger Menschen in BW; hier: Situation der beruflichen Schulen

Entwicklung der Schülerzahlen und Ressourcenplanung, Beeinflussung durch die geplanten Maßnahmen des Bundes und den Rückgang der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe

Antr
s. Berufsbildende Schule
Drs 13/1878

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. Wirtschaft
Drs 13/1880

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr
s. Wirtschaft
Drs 13/1886

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den

verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2026

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2135

Teilhabe älterer Arbeitnehmer am Arbeitsleben in BW „CSIS Aging Vulnerability Index“

Position des Landes im o.g. internationalen Ranking; Erwerbstätigkeitsquote ab 50, Vergleich mit Großbritannien; Maßnahmen zu einer deutlichen Erhöhung der Beschäftigung der über 50-Jährigen

Antr
s. *Arbeitnehmer*
Drs 13/2144

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl der in Behindertenwerkstätten arbeitenden Menschen und der Kosten für einen Werkstattplatz seit 1993; Höhe und Art der Aufwendungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe; Maßnahmen zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze für Behinderte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Einsatz und Kofinanzierung der ESF-Mittel nach Ziel 3 - Halbjahresbilanz und Konsequenzen bis zum Ende der laufenden Förderperiode 2006

Zahl und Bescheidung der gestellten Anträge in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen der Einstellung neuer Landeszuschüsse zur Abwicklung von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über das WM bzw Landesgewerbeamt sowie der Einstellung der Programme „Jugend-Arbeit-Zukunft“ und „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“; Erfahrungen mit dem Programm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/2590

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2667

Erfahrungen mit den Personal-Service-Agenturen

Bisher eingerichtete Agenturen und nachgewiesene dauerhafte Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, Vergleich mit dem geänderten ArbeitnehmerüberlassungsGes, Auswirkungen auf die gewerbliche Zeitarbeitsbranche

Antr
s. *Arbeitsvermittlung*
Drs 13/2759

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen für die Arbeitsmarktpolitik

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-1 S. 30 31
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau in mittelfristiger Entwicklung

Altersstruktur und Erwerbsanteil von Frauen und Männern 2004, 2010, 2020 und 2030; Strukturveränderungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen durch den absehbaren Prozess der Überalterung; Entwicklung des Anteils der hochqualifizierten Erwerbsfähigen bei Fortschreibung bzw Anhebung des Bildungsniveaus; Maßnahmen zur Steigerung des Erwerbsanteils von Jugendlichen, Frauen und Älteren

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 11.03.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3003
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.10.2004 Drs 13/3751 S. 17 18
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt BW

Erwartung einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften, Anteil und Möglichkeiten einer Tätigkeit als Leiharbeiter

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 15.07.2004 und Antw SM Drs 13/3383

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKreiss Böblingen

KlAnfr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3400

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw. Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation

Antr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3411

Uneingeschränkte und rasche Weitergabe der finanziellen Entlastung des Landes im Zusammenhang mit den Hartz IV-Reformen an die Stadt- und LKreise

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3447

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw. Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation

KlAnfr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktreform Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw. Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und SGB XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/3498

Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGS-GB II)

Schaffung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitssuchende, Ermöglichung der Delegation von den LKreisen auf kreisangehörige Gemeinden

GesEntw
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3698

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreiss Calw

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, gestellte und bewilligte Anträge auf GVFG-Maßnahmen, Stand der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts von den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/3975

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 04.02.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4022
BeschlEmpf und Bericht SozA 16.06.2005 Drs 13/4745 S. 48 49
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Finanzielle Probleme der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach dem Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze, Zuständigkeit der kommunalen Träger für Leistungen nach dem SGB II

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/4074

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreiss Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4152

Aufhebung der Regionalisierung im Rahmen der ESF-Ziel-3-Förderung

Höhe der verfügbaren, der gebundenen Mittel und Restmittel für o.g. Projekte in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen einer Aufhebung der regionalen Zuteilung auf den regionalen arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogenen Qualifizierungsbedarf; Möglichkeiten einer Sicherung der „Sprungbrett“-Projekte an Hauptschulen bis zum Ende der Förderperiode 2006; Fortführung der ESF-Ziel-3-Förderung entlang der regionalen Bedarfslagen unter Einbindung der regionalen ESF-Arbeitskreise

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/4161

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor in den letzten zehn Jahren, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

KlAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4291

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes

aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw
s. *Sozialrecht*
Drs 13/4716

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr
s. *Frau*
Drs 13/4727

Verweisung auf die bundesweit günstigsten Arbeitsmarktdaten in BW; Gewinnung von Arbeitskräften in Mangelberufen durch Zuwanderung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 45 54

Verweisung auf die bundesweit günstigsten Arbeitsmarktdaten in BW; Anregung von neuen Wegen in der Arbeitsmarktpolitik; Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts sowie von Zuwanderern aus arbeitsmarktpolitischen Gründen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 76 77 84 85 113 121 122

Rücknahme der Maßnahmen gegen die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 153 159 162 167

Notwendigkeit eigener Anstrengungen sowie von Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259-271

Kritik am Arbeitsplatzabbau vieler Branchen bei gleichzeitiger Forderung nach mehr Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen; Übergangsfrist bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit der EU-Beitrittskandidaten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560-566 568-570 572 573 604 605 612

Analyse des Arbeitsmarkts durch eine Benchmarking-Gruppe; Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 637-639 644 697 705 706

Beklagung einer Überregulierung des Arbeitsmarkts; zusätzliche Belastung des Arbeitsmarkts im Zuge der EU-Osterweiterung trotz des Defizits an Arbeitskräften in bestimmten Branchen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 773 777-780

Feststellung eines schwierigen Umfelds der Arbeitsmarktentwicklung; Erhöhung der Beschäftigungsquote seit 1998; Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 803 804 807 808 814 817 825

Bezeichnung der Arbeitsmarktpolitik des Bundes als verfehlt, Kritik an der Kürzung des Programms für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Arbeitsmarktdaten des Statistischen Landesamts, Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 836 837 842-844 850 857 858 867 868 888 892-894 896 897 902 907 908 910 911

Aufwand und Ertrag der Arbeitsmarktpolitik der BReg, Notwendigkeit einer Kurskorrektur bzw Deregulierung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 943 947 949 950 956 959 960

Rücknahme der Arbeitsmarktreform unter der Regierung Kohl durch die neue BReg

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1112

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1171 1172

Perspektiven von ausländischen Arbeitslosen am Arbeitsmarkt, Projekte für jugendliche Spätaussiedler und Ausländer, Beschäftigung und Qualifizierung von hier lebenden Deutschen, Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1227-1229 1285 1287 1289-1292 1295

Kritik an der Verdrängung der älteren Generation aus dem Arbeitsmarkt, Initiativen zur Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer, Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts, Reform der Arbeitsmarktpolitik

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675-1690 1703-1722

Notwendigkeit von mehr Wachstum und Deregulierung zur Belegung des Arbeitsmarkts, Beurteilung des Hartz-Konzepts

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2114 2115 2119-2121 2125 2128 2132 2158

Kritik an der Kürzung des Programms für Langzeitarbeitslose trotz der versprochenen Fortführung der Landesarbeitsmarktprogramme; Zustandsbeschreibung des Arbeitsmarkts in BW; Kritik an der Verwässerung des Hartz-Konzepts; Unteilbarkeit von Arbeitsmarkt- und Einwanderungspolitik

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292-2295 2297-2300 2302 2303 2345

Kritik an der Verdrängung der älteren Generation aus dem Arbeitsmarkt, Initiativen zur Steigerung der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544 2552

Benotung der Arbeitsmarktpolitik der BReg, Notwendigkeit einer Arbeitsmarktreform, Kritik an der Kürzung von Projekten für Langzeitarbeitslose

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626 2631 2633 2640 2647 2653

Benotung der Arbeitsmarktpolitik der BReg, Notwendigkeit von Reformen, Ablehnung einer Kürzung der Arbeitsmarktprogramme des Landes

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701 2706 2708 2734 2764 2765

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2828 2847

Frage nach Arbeitsplatzeffekten des Hartz-Konzepts und der Bilanz des neuen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit; Ansprüche des Hightechnologiestandorts BW an den Arbeitsmarkt

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2930 2941 2991-2999

Bewertung der aktuellen Arbeitsmarktzahlen, Notwendigkeit von Reformen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014-3020 3024

Hinweis auf Hindernisse im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, insbes im Verhältnis zur Schweiz

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3295

Notwendigkeit einer Arbeitsmarktreform

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386 3390 3391

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts, Kritik an der Verwässerung des Hartz-Konzepts

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3624 3628-3630 3635 3650

Belegung des Arbeitsmarkts durch Deregulierung und mehr Wachstum

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942 3943

Umsetzung der Vorschläge des Hartz-Konzepts zur Deregulierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4009 4016 4026 4040

Bewertung der Einigung im Vermittlungsausschuss als Einstieg in Strukturreformen des Arbeitsmarkts, Begrüßung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei den Kommunen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4093 4095 4098-4100

Abbau von Beschäftigungshemmnissen auf dem Arbeitsmarkt, Kritik an der Kürzung der Arbeitsmarktprogramme

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4153 4180 4205 4207 4215

Bleiberecht für ausländische Fachkräfte in Mangelberufen, Eintreten für eine gesteuerte Arbeitsmigration, Warnung vor einer Überforderung des Arbeitsmarkts bei vier Millionen Arbeitslosen und der EU-Osterweiterung

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4620-4623 4626

Bewertung der Arbeitsmarktdaten in BW u.a. BLändern

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4967 4975

Notwendigkeit von mehr Wirtschaftswachstum zur Belegung des Arbeitsmarkts, Lob für die Hartz-Reformen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5639

Bewertung der Arbeitsmarktdaten in BW u.a. BLändern; Weitergabe der finanziellen Entlastung durch die Hartz-Reform an die Kommunen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5793 5794 5804 5824-5826

Bewertung der Arbeitsmarktdaten in BW u.a. BLändern; Arbeitsmarktfähigkeit der Schulabgänger; Steuerung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt; Umsetzung der Hartz-Gesetze

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863 5864 5866 5870 5882 5918 5923 5934 5936 5939 5941

Benotung der Arbeitsmarktpolitik der BReg; Notwendigkeit einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt für den Rückgang der Zahl beruflicher Vollzeitschüler; Auswirkungen von Hartz IV auf die Nachfrage bei den Kontaktstellen Frau und Beruf

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5987 6003 6028 6031

Notwendigkeit von mehr Wirtschaftswachstum zur Belegung des Arbeitsmarkts, Forderung einer durchgreifenden Arbeitsmarktreform

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6142 6151 6152 6156 6158

Verweisung auf die bundesweit günstigsten Arbeitsmarktdaten in BW, Abbau von Beschäftigungshemmnissen, Förderung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6403 6405 6406

Verweisung auf die bundesweit günstigsten Arbeitsmarktdaten in BW, Notwendigkeit weiterer Reformschritte im Arbeitsmarkt, Integration von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt mit dem befristeten Einstiegsgeld; Akzeptanz der Absolventen von Berufsakademien auf dem Arbeitsmarkt

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6465 6478-6482 6492 6496 6497 6526-6532

Notwendigkeit einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6549 6552

Notwendigkeit einer weiteren Deregulierung des Arbeitsmarkts; Bereitstellung von Arbeitsplätzen zur Verhinderung von Jugendkriminalität

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7144 7190

Attraktivität des Arbeitsmarkts in BW, Bedarf der Wirtschaft an gut ausgebildeten Frauen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199 7201 7206 7207 7216 7222 7223

Verweisung auf die Bedeutung guter Arbeitsmarktdaten für die Integration von Migranten, Begrenzung der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7651 7655 7658 7667

Verweisung auf die bundesweit günstigsten Arbeitsmarktdaten in BW

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881 7924

Arbeitsmedizin

*s.a. Arbeitsschutz
s.a. Betriebsarzt*

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammenschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr

s. Schulgebäude

Drs 13/1029

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Zahlen und Gründe für Frühpensionierungen in den vergangenen zehn Schuljahren; Maßnahmen zur Umset-

zung des ArbeitsschutzGes an Schulen; Beteiligung von Schulen, Schulkindergärten und Lehrkräften an der Testphase 2002; Vorlage, Interpretation und Konsequenzen der Ergebnisse; Ausbau der Stelle des Betriebsarztes als Anlaufstelle und weisungsfreie Zuordnung als Stabstelle der Ministerin bzw dem Ministerialdirektor; Anstreben einer Einigung mit den Kommunen über die Finanzierung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Antr

s. Arbeitsschutz

Drs 13/1933

Arbeitsplatz

s.a. Arbeitsstätte

s.a. Befristetes Arbeitsverhältnis

Abschiebungs-Moratorium für arbeitende Flüchtlinge

Regelungen für ein Bleiberecht von Ausländern in einem unbefristeten, anderweitig nicht vermittelbaren Arbeitsverhältnis einschließlich ihrer Angehörigen, wenn eine Mindestaufenthaltsdauer besteht, keine Leistungen nach dem BSHG oder dem Asylbewerberleistungsges bezogen werden und keine Ausweisungsründe vorliegen; Eintreten für ein solches Moratorium auf Bundesebene bis zum Inkrafttreten eines ZuwanderungsGes

Antr

s. Flüchtling

Drs 13/242

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose über Mittel der LStiftung BW; Vorlage eines Programms zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Behinderten in den Arbeitsmarkt; Kofinanzierung von ESF-Mitteln für Job-Rotations-Projekte

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/248

Rückführung nach Ex-Jugoslawien

Zahlen zum Stand der Rückführung seit Ende des Bürgerkriegs, Einräumung eines Bleiberechts mit Rücksicht auf Arbeitgeberinteressen, Anteil von Arbeitsplatzwechseln nach Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsrechts

Antr

s. Flüchtling

Drs 13/933

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen seit 1996, notwendige Änd am System der Arbeitsvermittlung

GrAnfr

s. Heilbronn-Franken, Region

Drs 13/1211

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Merkmale des Prädikats „Öko-Hauptstadt“ für Freiburg und Umgebung, Entwicklung der Zahl von Arbeitsplätzen in der ökologisch relevanten Produktion seit 1993, Forcierung der Nutzung regenerativer Energiequellen

GrAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/1226

Abschiebeschutz bei Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo
Voraussetzungen und Gegebenheiten für die zwangsweise Rückführung der o.g. Flüchtlingsgruppe noch in diesem Jahr; Stellenwert der Arbeitsplatzsicherung hierzulande

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 13/1229

Tourismusentwicklung in der Region Heilbronn-Franken
Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1461

Tourismusentwicklung in der Region Ostwürttemberg
Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

KlAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1795

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2091

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen
Entwicklung der Zahl der in Behindertenwerkstätten arbeitenden Menschen und der Kosten für einen Werkstattplatz seit 1993; Höhe und Art der Aufwendungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe; Maßnahmen zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze für Behinderte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze; Zahl von arbeitenden Wochenendpendlern aus Tschechien, Polen und Ungarn; kurz- und mittelfristige Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern

GrAnfr
s. *Osteuropa*

Drs 13/2975

Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland

Umfang, Ursachen und Auswirkungen der o.g. Entwicklung differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen; Einschätzung der weiteren Entwicklung nach dem EU-Beitritt der MOE-Staaten, Vergleich der dortigen Arbeitskosten mit denen in der EU; Strategien der Unternehmen zur Vermeidung einer Verlagerung bzw zur Rückverlagerung; Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verhinderung weiterer Arbeitsplatzverluste hierzulande

Antr
s. *Betriebsänderung*
Drs 13/3096

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4152

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Umfang der eingesparten CO₂-Emissionen durch das KWO und die Kernenergie insgesamt; erwartete Arbeitsplatzverluste am Standort Obrigheim; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/4247

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4325

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Planungen der CDU zur Erhöhung der Mehrwertsteuer - Konsequenzen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Konsumenten in BW

Aktuelle Debatte
s. *Mehrwertsteuer*
PIPr 13/98 S. 6969

Die Wirtschaftspolitik der LReg verhindert Investitionen und neue Arbeitsplätze in BW

Aktuelle Debatte
s. *Wirtschaft*
PIPr 13/102 S. 7292

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbaugewerken; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Markts durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeförderten Bewerber u.a.m.

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/4916

Arbeitsplätze beim Bildröhrenwerk Panasonic/Toshiba in Esslingen erhalten

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungspläne, Kenntnisse über die vorgesehenen Mittel zur Finanzierung des Sozialplans; Auftragsvergabe für eine Studie an ein geeignetes Forschungsinstitut zur Untersuchung der vorhandenen technischen Potenziale und Kompetenzen der Belegschaft zur Erschließung neuer Produktfelder und Kooperationspartner; Initiierung eines Lenkungsausschusses mit dem Betriebsrat, den Gesellschaftern, der IG Metall, der IHK, den beteiligten Banken sowie Stadt und Region

Antr
s. *Unterhaltungselektronik*
Drs 13/5013

Sicherung und Ausbau der Arbeitsplätze in BW, vorrangige Besetzung von Arbeitsplätzen mit Inländern

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 45 51 54 60

Förderung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum mit dem Projekt „Regionen Aktiv“

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 516 520

Kritik am Arbeitsplatzabbau vieler Branchen bei gleichzeitiger Forderung nach mehr Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560-566 568-570 572 573

Arbeitsplatzbilanz des Handwerks, Feststellung eines Rückgangs der Beschäftigtenzahlen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 766 768 770 771 773 775

Feststellung einer Zunahme an Arbeitsplätzen seit 1998, Förderung von Arbeitsplätzen für arbeitslose Jugendliche

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803 808 814 826

Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zuge der Förderung neuer Technologien; Vorrang von Einheimischen bei der Besetzung von Arbeitsplätzen; Feststellung einer Zunahme der Beschäftigung seit 1999

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 844 850 853 860 867

Schaffung von Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 948 969

Bereitstellung von Arbeitsplätzen durch den Mittelstand, Zunahme der Zahl von Erwerbstätigen in BW, Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Fildermesse

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1102 1106 1109 1111 1113 1143

Neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, insbes beim Bau von Windkraftanlagen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1377 1381 1388 1396

Erwartung neuer Arbeitsplätze im Zuge der Erweiterung der EU; Arbeitsplatzaspekte der Bilingualität am Oberrhein

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1454 1468 1486-1489 1491 1495

Arbeitsplätze im Hochtechnologiebereich in der Region Karlsruhe; Arbeitsplatzverluste in Karlsruhe und Baden-Baden infolge der Banken- bzw Rundfunkfusion; Arbeitsplätze am Energiestandort Oberrhein und im Bereich der erneuerbaren Energien

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518-1520 1523 1529 1530 1550 1551 1553 1554 1557 1559

Stopp des Trends zur Frühverrentung, ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen; Anreize zur Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose; Beschäftigungswirkung der erneuerbaren Energien

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1683 1687 1688 1705-1708 1710 1713 1721

Stopp des Trends zur Frühverrentung, Erwartung neuer Arbeitsplätze durch eine Befreiung der Unternehmen von belastenden Vorschriften, notwendiges Wirtschaftswachstum für mehr Beschäftigung, neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813-1817 1820 1823-1826 1828 1829 1835

Zahl der mit der Musikbranche verbundenen Arbeitsplätze; Beschäftigungswirkung der erneuerbaren Energien; Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1968 1969 1972 1979 1992 1993

Ruf nach einer wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Beurteilung des Hartz-Konzepts; Zahl und Qualität der Arbeitsplätze im Strafvollzug

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111 2114 2115 2120 2121 2125 2133 2141-2143 2145 2148 2158 2159

Zahl der durch Unternehmensinsolvenzen bedrohten Arbeitsplätze im Mittelstand, Verbesserung der Rahmenbedingungen, Bewertung der neuen Minijobs

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355-2359 2363 2365-2371

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsrechts, Ermöglichung von neuen Arbeitsplätzen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3015-3018 3024

Stand und Zuwachs messeinduzierter Arbeitsplätze mit der neuen Landesmesse in der Region Stuttgart; Arbeitsplatzwirkungen längerer Arbeitszeiten

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3371 3373 3374 3378 3383 3386

Befürchtete Arbeitsplatzverluste zur Sanierung der EnBW, Erinnerung an das Versprechen sicherer Arbeitsplätze anlässlich des Verkaufs der Landesanteile an die EdF; Notwendigkeit von Wachstum für mehr Beschäftigung

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3473-3475 3477-3480 3483 3485-3490 3493-3495 3519 3524

Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Erhaltung und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599-3601 3603 3607 3610 3622 3633 3638 3642 3643 3650 3652 3661

Erhaltung der Arbeitsplätze am Energiestandort Obrigheim, Verlust an Arbeitsplätzen durch den Zukauf von Strom

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4125-4131 4133

Rückgang der Zahl von Arbeitsplätzen, Verstärkung der Anstrengungen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4145 4147 4153 4158 4159 4161 4176 4177 4205

Umfang der Arbeitsplatzverluste durch Produktionsverlagerungen, Anteil der bundesweit neu geschaffenen Arbeitsplätze in BW

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4975

Fortführung der Anstrengungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5135 5138 5141 5152-5154 5160 5161

Drohende Verlagerung von Arbeitsplätzen bei Daimler-Chrysler, Maßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze in BW, Plädoyer für eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5188-5204 5244 5245

Gefährdung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft mit der Streichung der Eigenheimzulage und Kürzung der Wohnungsbauförderung, Einforderung von Konzessionen der Arbeitnehmer zur Arbeitsplatzsicherung; Abbau von Instrumenten zur Förderung der Zuwanderung von Arbeitnehmern aus dem Osten

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5570 5571 5575 5577 5580-5583

Vorwurf mangelnder Anstrengungen der BReg zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen; Beklagung der zunehmenden Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland; Chancen für neue Arbeitsplätze durch Privatisierung staatlicher Aufgaben

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5793 5795 5816 5825

Fortführung der Bemühungen um Arbeitsplätze für alle Arbeitswilligen und -fähigen, Arbeitsplatzpotenzial der erneuerbaren Energien, Beklagung der Arbeitsplatzverluste durch Unternehmensverlagerungen nach Osten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5865 5869 5875-5877 5879 5880 5882-5885 5892 5897 5898 5923 5937

Ängste der Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze, Beklagung der Arbeitsplatzverluste durch Unternehmensverlagerungen nach Osten

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6016 6017 6021 6027

Arbeitsplatzpotenzial im Bereich der erneuerbaren und konventionellen Energien, Sicherung der Arbeitsplätze der EnBW im Land

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6056 6123-6127 6130 6132 6136

Sicherung von Arbeitsplätzen hierzulande durch Produktionsverlagerung ins Ausland, Kritik am Arbeitsplatzabbau von Unternehmen trotz guter Ertragslage

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6146 6150-6152 6156 6157

Intensivierung der Anstrengungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Förderung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401-6406 6408 6409 6417 6418 6423 6439 6446 6452 6455 6457

Intensivierung der Anstrengungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Analyse der Beschäftigungsentwicklung nach Unternehmensgrößen seit 1994; Arbeitsplatzperspektiven der BA-Absolventen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461 6464 6465 6468-6471 6478-6481 6487 6492 6494-6497 6505-6508 6510 6511 6526-6532

Arbeitsplatzpotenzial der Windkraftnutzung, Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung mit möglichst vielen Arbeitsplätzen im Land

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7022 7023 7026 7032

Arbeitsplatzpotenzial im Bereich der erneuerbaren und konventionellen Energien, Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung mit möglichst vielen Arbeitsplätzen im Land

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697-7699 7706 7709 7710 7716

Schaffung neuer Arbeitsplätze mit der Erleichterung des Exports von Dienstleistungen, Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Lohn- und Sozialdumping, Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie mit der Verankerung des Ziellandprinzips

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845-7851

Arbeitsplatzpotenzial der Tourismuswirtschaft in BW, Sicherung dieser Arbeitsplätze durch Abwendung der geplanten Mehrwertsteuererhöhung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954 7958 7960-7963

Arbeitsplatzcomputer

s. *Computer*

Arbeitsrecht

s.a. *Arbeitsschutz*

s.a. *Arbeitszeit*

s.a. *Betriebsverfassung*

s.a. *Frauenförderung*

s.a. *Mitbestimmung*

s.a. *Tarifvertrag*

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges; Beurteilung des geplanten Job-Aktiv-Gesetzes; notwendige Flexibilisierung des Arbeitsrechts, insbes zur Steigerung der Attraktivität ausländischer Direktinvestitionen und Deckung des Fachkräftebedarfs in Mangelberufen

Antr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/327

Politik für mittelständische Unternehmen

Eintreten für eine radikale Vereinfachung der Steuergesetze, Senkung der Tarife, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts sowie Lockerung des Kündigungsschutzes

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2677

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im Arbeitnehmerentsendegeseregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des Entsendeges im BRat

Antr

s. *Arbeitsschutz*

Drs 13/4325

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr

s. *Investition*

Drs 13/4400

Notwendigkeit einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 507 511

Notwendigkeit einheitlicher Mindeststandards im Arbeitsrecht innerhalb der EU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 602

Notwendigkeit einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837

Notwendigkeit einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1172

Notwendigkeit einer Flexibilisierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812 1813 1816 1818 1823 1824 1826

Notwendigkeit einer Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014-3017 3024

Notwendigkeit einer Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3624 3628-3630 3635 3650

Umsetzung der Vorschläge des Hartz-Konzepts zum Arbeitsrecht

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4009 4016 4026 4040

Anmahnung einer zügigen Entrümpelung des Arbeitsrechts

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4309

Notwendigkeit einer Entrümpelung des Arbeitsrechts

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4581

Bewertung der EU-Richtlinie im Arbeitsrecht als überzogen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6286 6330

Bezeichnung des arbeitsrechtlichen Rahmens als Wachstumsbremse, Abbau von Beschäftigungshemmnissen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6405

Bezeichnung des arbeitsrechtlichen Rahmens als eine der Ursachen für den Verlust von Arbeitsplätzen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6468 6469 6478 6479 6481 6492 6510

Arbeitsrichter

Die Situation an den Arbeitsgerichten in BW

Entwicklung der Fallzahlen und Verfahrensdauer sowie der vorhandenen und notwendigen Personalausstattung bei den neun Arbeitsgerichten und beim Landesarbeitsgericht, Beurteilung der Pro-Kopf-Belastung der Richter und der wirtschaftlichen Folgen, Einbeziehung der Arbeitsgerichte in das Projekt „Neue Steuerungsinstrumente“; Erhöhung der Kleinbetragsregelung über die anfallenden Gerichts- und Verwaltungskosten; Einrichtung zeitlich befristeter neuer Stellen; flächendeckende Einführung einer geeigneten Software zur Spracherkennung

Antr

s. *Arbeitsgericht*

Drs 13/1829

Haushalt 2004; Epl 09

Schaffung zusätzlicher Richterstellen bei den Arbeitsgerichten

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-3 S. 34 35

ÄAntr CDU und FDP/DVP 13.01.2004 Drs 13/2809-33 S. 76-79

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Überlastung der Arbeitsgerichte, Schaffung zusätzlicher Richterstellen

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3965

Schaffung zusätzlicher Stellen für Arbeitsrichter

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4205 4208 4213 4214

Schaffung zusätzlicher Stellen für Arbeitsrichter

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305 4307 4309 4314 4315

Notwendigkeit der zusätzlichen Stellen für Arbeitsrichter

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443

Übertragung der Arbeitsgerichtsbarkeit auf das JuM, Schaffung zusätzlicher Stellen für Arbeitsrichter

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4578 4581

Arbeitsschutz

s.a. Arbeitsmedizin

s.a. Atemschutzgerät

s.a. Betriebsarzt

s.a. Gewerbeaufsicht

s.a. Kündigungsschutz

s.a. Schutzkleidung

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Intensität und Ergebnisse von Kontrollen auf Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften 2001, Anteil der diesbezüglichen Inanspruchnahme der Bediensteten bei der Gewerbeaufsicht

KlAnfr

s. Gewerbeaufsicht

Drs 13/753

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr

s. Schulgebäude

Drs 13/1029

Abbau von Bürokratiekosten im Bereich von Baustellen im Zuge der Umsetzung der BaustellenVO

Höhe der Kosten, Personal- und Zeitaufwand zur Durchführung o.g. VO und deren Überwachung; Vergleich der Umsetzung der EG-Baustellensicherheitsrichtlinie in anderen EU-Staaten; Hinwirkung auf Aufhebung dieser Richtlinie

KlAnfr

s. Bürokratie

Drs 13/1272

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Zahlen und Gründe für Frührenten in den vergangenen zehn Schuljahren; Maßnahmen zur Umsetzung des ArbeitsschutzGes an Schulen; Beteiligung von Schulen, Schulkindergärten und Lehrkräften an der Testphase 2002; Vorlage, Interpretation und Konsequenzen der Ergebnisse; Ausbau der Stelle des Betriebsarztes als Anlaufstelle und weisungsfreie Zuordnung als Stabstelle der Ministerin bzw dem Ministerialdirektor; Anstreben einer Einigung mit den Kommunen über die Finanzierung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 25.03.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1933

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 25 26

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Auswirkungen der BetriebssicherheitsVO (Aufzugsanlagen) auf die Wirtschaft

Notwendigkeit einer zusätzlichen sicherheitstechnischen Bewertung von Aufzügen infolge der o.g. VO, Höhe der Mehrkosten für die Unternehmen und Verwaltung, Bezifferung der Kosten für den Ltg

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.07.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2286

BeschlEmpf und Bericht WirtA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 7 8

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure u.a. Fachkräfte für Arbeitssicherheit; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem JugendarbeitsschutzGes und der nach diesem Ges ergangenen RechtsVO; Änd der ArbeitsschutzGes-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Zuständigkeiten nach der VO über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Versetzungen von Lehrkräften in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den letzten fünf Jahren im Vergleich mit anderen BLändern und mit dem gesamten öffentlichen Dienst; Auswirkungen der Teildienstfähigkeit und der Verwaltungsreform; Ergebnisse und Konsequenzen der in einem Pilotprojekt 2002 erstellten Gefährdungsanalysen an Arbeitsplätzen; Umsetzung eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Schulen und Schulkindergärten; Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 28.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3442

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 02.03.2005/08.02.2006 Drs 13/5138 S. 62-65

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordination nach der Baustellenverordnung

Ausmaß der Einhaltung der VO von öffentlichen und privaten Auftraggebern durch Bestellung von geeigneten Koordinatoren; Frage nach Verbesserungen bzw Bestrebungen zur Abschaffung der VO

KIAnfr Michael Theurer FDP/DVP 08.03.2005 und Antw UVM Drs 13/4124

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendeGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr SPD 10.05.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4325 (12 S.)

ÄAntr CDU und FDP/DVP 29.06.2005 Drs 13/4448

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6701-6712

Mittlg LReg 16.12.2005 Drs 13/4992

Prüfung des Abbaus überzogener Schutzvorschriften bei älteren Arbeitnehmern, ergonomische bzw flexible Gestaltung von Arbeitsplätzen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1677 1680 1682 1683 1686-1688 1690 1707 1718 1720

Schreiben des MinPräs als Privatmann an den Bürokratieabbauausschuss mit der Bitte um Nichtanwendung einer EU-Richtlinie zum Arbeitsschutz im StM

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3330

Abbau von Einstellungshemmnissen im Arbeitsschutz

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405

Bezeichnung der Arbeitsschutzvorschriften als eine der Ursachen für den Verlust von Arbeitsplätzen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6468 6469 6478 6479 6481 6492 6510

Arbeitsschutzrecht

s. Arbeitsschutz

Arbeitssicherheit

s. Arbeitsschutz

Arbeitsstätte

s.a. Arbeitsplatz

s.a. Arbeitsschutz

s.a. Möbel

s.a. Unternehmen

Kosten der Büroeinrichtung und -einrichtungsberatung der Justizministerin

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 06.05.2003 und Antw JuM Drs 13/2039

Auswirkungen der BetriebssicherheitsVO (Aufzugsanlagen) auf die Wirtschaft

Notwendigkeit einer zusätzlichen sicherheitstechnischen Bewertung von Aufzügen infolge der o.g. VO, Höhe der Mehrkosten

für die Unternehmen und Verwaltung, Bezifferung der Kosten für den Ltg

Antr

s. Arbeitsschutz

Drs 13/2286

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach der ArbeitsstättenVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Häusliches Arbeitszimmer der Lehrerinnen und Lehrer; geplante Abschaffung der steuerlichen Anrechnung im Koalitionsvertrag der neuen BReg

Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf solche Räumlichkeiten, die den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellen; Auswirkungen für die Lehrkräfte angesichts der mangelnden Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Arbeitsplätzen, Einrichtung solcher Arbeitsplätze in Stufen durch eine Änderung der Schulbaurichtlinien? Einschätzung des jeweiligen Kostenaufwands für das Land und die Kommunen

KIAnfr Renate Rastätter GRÜNE 14.12.2005 und Antw FM Drs 13/4969

Arbeitsverhältnis auf Zeit

s. Befristetes Arbeitsverhältnis

Arbeitsvermittlung

s.a. Arbeitnehmerüberlassung

s.a. Arbeitsverwaltung

Qualifizierungspotenzial älterer Arbeitnehmer

Entwicklung des Anteils älterer Arbeitnehmer unter den Arbeitslosen und Erwerbstätigen bundes- und europaweit seit 1992, Auswirkungen auf die Sozialsysteme; Behebung des Fachkräftemangels durch Qualifizierung und Reintegration älterer Arbeitnehmer, Einrichtung von speziellen Vermittlungsagenturen

Antr

s. Arbeitnehmer

Drs 13/494

Falsche Vermittlungsstatistik in der Arbeitsverwaltung

Frage nach Fehlbuchungen in Arbeitsämtern und Arbeitsamtsbezirken im Land; Zahl und Erfolgsquote von privaten Vermittlern in BW

Antr CDU 06.02.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/728

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1703-1723

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen seit 1996, notwendige Änd am System der Arbeitsvermittlung

GrAnfr

s. Heilbronn-Franken, Region

Drs 13/1211

Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Auswirkung auf arbeitssuchende Frauen in BW

Entwicklung von Höhe und Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe differenziert nach Geschlechtern;

Auswirkungen o.g. Pläne auf die Vermittlungsarbeit der Arbeitsämter und das Leistungsangebot für Berufsrückkehrerinnen; Definition des Kriteriums der Erwerbsfähigkeit für Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 28.05.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2117
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 12-14
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Erfahrungen mit den Personal-Service-Agenturen

Bisher eingerichtete Agenturen und nachgewiesene dauerhafte Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, Vergleich mit dem geänderten ArbeitnehmerüberlassungsGes, Auswirkungen auf die gewerbliche Zeitarbeitsbranche

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 18.12.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2759

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/4022

Vermittlungsquote der Arbeitsmarktprogramme des Landes

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 911

Erfolgsbewertung der privaten Arbeitsvermittlung

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1181 1182

Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission zur Verbesserung bzw Beschleunigung der Vermittlung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt, Einrichtung von Personalserviceagenturen der Arbeitsämter

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1815 1816 1818-1822

Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission zur Vermittlung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2356 2358-2362 2368 2371

Arbeitsvertrag

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg
s. *Bediensteter*
Drs 13/458

Studentische Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Zahl, arbeitsvertragliche Situation, Beschäftigungsumfang und -dauer, Dotierung und personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte; Entwicklung der Stundensätze in den letzten 15 Jahren; Vergleich mit den aus Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnissen; Einhaltung der Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder? Beteiligung an den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts

Antr
s. *Student*
Drs 13/1996

Juniorprofessur verankern - Rechtssicherheit und Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler/-innen sichern

Rechtliche Situation des wissenschaftlichen Personals mit befristetem Arbeitsvertrag nach dem Urteil des BVerfG zur 5. Novelle des Hochschulrahmenges; Verankerung der Juniorprofessur im HochschulGes und Eintreten für eine länderübergreifende Anerkennung; Bemühungen um mehr Spielräume für befristete Arbeitsverhältnisse von Wissenschaftlern iR einer bundesweiten Regelung

Antr
s. *Wissenschaftler*
Drs 13/3538

Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professorenamt

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ablehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr
s. *Professor*
Drs 13/4599

Erhöhung der Arbeitszeit mit dem Abschluss eines neuen Arbeitsvertrags im Zuge einer Höhergruppierung

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4764 4765 4767

Arbeitsverwaltung

s.a. Arbeitsvermittlung

Falsche Vermittlungsstatistik in der Arbeitsverwaltung

Frage nach Fehlbuchungen in Arbeitsämtern und Arbeitsamtsbezirken im Land; Zahl und Erfolgsquote von privaten Vermittlern in BW

Antr
s. *Arbeitsvermittlung*
Drs 13/728

Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der beruflichen Ersteingliederung von jungen Menschen mit Behinderung

Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen bei den Berufsbildungs- und -förderungswerken sowie Werkstätten für Behinderte; Initiativen zur Ermöglichung einer beruflichen Ersteingliederung auch im laufenden Jahr (der Behinderten)

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/2028

Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Auswirkung auf arbeitssuchende Frauen in BW

Entwicklung von Höhe und Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe differenziert nach Geschlechtern; Auswirkungen o.g. Pläne auf die Vermittlungsarbeit der Arbeitsämter und das Leistungsangebot für Berufsrückkehrerinnen; Definition des Kriteriums der Erwerbsfähigkeit für Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen

Antr
s. *Arbeitsvermittlung*
Drs 13/2117

Konsequenzen der zentralen Ausschreibung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen durch das Landesarbeitsamt für Jugendliche in BW

Auswirkungen des o.g. Modellprojekts, Einhaltung der Vorgaben des EU-Vergaberechts; Entwicklung der Mittelvergabe und Teilnehmerzahlen, Auswirkungen der Verkürzung von Fördermaßnahmen; Fortsetzung der Förderung bedarfsgerechter Angebote für Jugendliche

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2439

Neue Ansätze der Sonderpädagogik in BW

Abmilderung der Folgen des Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der beruflichen Bildung von Behinderten

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 13/2818

Aussagekraft der Ausbildungsstatistik

Zahl der von den Unternehmen iRd Ausbildungspakts zusätzlich angebotenen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Anteil von Jugendlichen ohne Interesse an einer betrieblichen Ausbildung oder alternativ angebotenen Einstiegsqualifizierung, Auswirkungen der fehlenden Meldepflicht einer erfolgreichen Lehrstellensuche auf anderem Wege bei den Arbeitsagenturen; Möglichkeiten einer Präzisierung der o.g. Statistik

GrAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3776

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/4022

Angemessenheit der Wohnkosten von Beziehern von Arbeitslosengeld II

Überschreitung der von den Job-Centern bzw Sozialämtern errechneten Obergrenzen für Miete und Nebenkosten durch die

am Markt geforderten Wohnkosten; Bewirkung von Mietschulden, Räumungsklagen und Obdachlosigkeit für die Betroffenen; Anstrengung sozialverträglicher Lösungen ab 01.07.2005

Antr
s. *Miete*
Drs 13/4306

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Antr
s. *Frau*
Drs 13/4727

Initiativen der Arbeitsverwaltung zur Einbindung älterer Arbeitnehmer in das Erwerbsleben, Erfolgsbewertung des Programms „50 plus - die können es“; Konsequenzen der fehlerhaften Vermittlungsstatistik, Änderung der Führungsstruktur der BA

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1677 1681 1683 1686 1688 1689 1703-1705 1708 1710 1713 1715 1716

Organisatorische Veränderungen in der Bundesanstalt für Arbeit nach den Vorschlägen der Hartz-Kommission, Bewertung von Personalserviceagenturen der Arbeitsämter u.a. Maßnahmen zur effektiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1815 1816 1818-1822

Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit mit Versicherungsgeldern der Krankenkassen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2077

Kritik an der Streichung von Förderlehrgängen der Arbeitsverwaltung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3155 3156 3158 3160

Beteiligung des Landesarbeitsamts an den Spitzengesprächen über Ausbildungsplätze, Kritik am Ausstieg aus der Förderung der Jugendberufshelfer

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3524 3526 3527

Kritik an der Zusammenfassung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei der Arbeitsverwaltung, Notwendigkeit von 10.000 neuen Fachleuten für diese Aufgabe

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3608 3609

Bemühungen der Arbeitsverwaltung um mehr Ausbildungsplätze, Art und Inanspruchnahme der berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855 3856 3861 3888

Beklagung mangelnder Effizienz der Bundesagentur für Arbeit, Notwendigkeit einer umfassenden Reform

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6972 6980 6981

Arbeitszeit

s.a. *Bereitschaftsdienst*
s.a. *Ladenschluss*
s.a. *Sonntagsarbeit*
s.a. *Teilzeitarbeit*
s.a. *Überarbeit*
s.a. *Vorruhestand*

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeitformen sowie von Kinderbetreuung für Frauen über Projekte aus ESF-Mitteln

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/248

Personelle Versorgung der Krankenhäuser mit Ärztinnen und Ärzten

Entwicklung o.g. Daten, Einhaltung der geltenden Arbeitszeitregelungen, Umfang und Abgeltung von Überstunden, Gegenüberstellung der Studienanfängerzahlen und des künftigen Personalbedarfs, Notwendigkeit einer Überarbeitung der Ausbildungs- und Approbationsordnungen

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/273

Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte an den Schulen in BW

Flächendeckende Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle an einigen Schulen und allen Schularten unter Einbeziehung der Lehrerverbände; Berücksichtigung von Lehrerarbeitsplätzen in den Schulbaurichtlinien

Antr GRÜNE 10.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1166
Antr CDU und FDP/DVP 26.06.2003 Drs 13/2199
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3254-3262
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 25-27
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Die Praxis des ArbeitszeitGes in den Universitätskliniken

Umgehung des ArbeitszeitGes durch Erhebung von Ober- und Fachärzten zu leitenden Angestellten i.S.d. Betriebsverfassungsges, Zahl der entsprechend abgeschlossenen Verträge; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von tatsächlicher und dokumentierter Arbeit durch die Gewerbeaufsichtsämter

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 16.09.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1319
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 24.10.2002 Drs 13/1638 S. 29
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Versorgung mit Krankenhausärzten

Entwicklung der Zahl von Klinikärzten seit 1995 und der Arzt-Patienten-Relation; Auswirkungen der Arbeitsbedingungen und Personalengpässe auf die Patientenversorgung; Ergebnisse der angekündigten verstärkten Überwachung der Arbeitszeiten durch die Gewerbeaufsichtsämter; Ursachen und Abhil-

femöglichkeiten der mangelnden Attraktivität des Ärzteberufs, Hinwirkung auf Anpassung der Klinikbudgets an die aktuellen Lohnsteigerungen

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1460

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ermöglichung von Betriebsvereinbarungen über die Arbeitszeitgestaltung zwischen Schulen und Lehrkräften, Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr
s. *Beamter*
Drs 13/1737

Mittelstandsfreundliche Verwaltungsgebühren für Ausnahmen nach dem ArbeitszeitGes

Herabsetzung und Flexibilisierung der Gebührenregelung zur Erteilung von Ausnahmen für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen für Unternehmen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern

MdlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/1778

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Erhaltung der Deputatsermäßigung und neues Arbeitszeitkonzept für Lehrkräfte

s. *Lehrer*
Drs 13/1873

Neue Arbeitszeitmodelle statt Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Ergebnisse von Studien über die jährliche Arbeitszeit der Lehrer an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Berücksichtigung der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, der Oberstufenreform und neuer Unterrichtsformen? Vergleich der Entwicklung der Jahresarbeitszeit der Landesbeamten und der genannten Lehrergruppen seit 1975; Gründe und Auswirkungen einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Streichung der Altersermäßigung; Aussetzung dieser Maßnahmen und Aufnahme von Verhandlungen mit den Lehrerverbänden über neue Arbeitszeitmodelle

Antr GRÜNE 02.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2038
Antr SPD 25.06.2003 Drs 13/2181
Antr CDU und FDP/DVP 26.06.2003 Drs 13/2199
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3254-3262
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 25-27
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Auswirkungen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und beruflichen Schulen auf die Lehrereinstellung im Schuljahr 2003/2004 und 2004/2005

Umfang der Gewinnung von Deputaten mit der o.g. Arbeitszeiterhöhung und damit Reduzierung der beschlossenen 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen?

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2054

Arbeitszeiten von Klinikärzten und im Rettungsdienst

Wertung von Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit, Unterstützung einer entsprechenden BRatsinitiative zur Nachbesserung des ArbeitszeitGes

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 08.05.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2058
BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 53 54
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Landes

Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr SPD 21.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2092
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 6 7
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Erneute Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer

Arbeitszeiteränderungen der Lehrer seit 1990; Erhöhung der Deputate für Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen sowie Streichung der Altersermäßigung, Verwendungszwecke dieser zusätzlichen Deputate, Auswirkungen auf die Einstellungs-chancen von Junglehrern; Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/2098

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Beurteilung des Vorschlags einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/2155

Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen auf die Dienstpläne der Beamten im Strafvollzug

Auswirkungen der 41-Stunden-Woche auf die Tages-, Wochen- und Monatsarbeitszeit im Wechselschichtdienst in den einzelnen Vollzugsanstalten; Frage nach einer unterschiedlichen Handhabung im Vergleich zur Polizei

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 19.09.2003 und Antw JuM Drs 13/2421

Notärztlicher Rettungsdienst

Vorhandene Versorgung mit Notärzten, Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen, der Ausbildungsanforderungen und Fallpauschalen im Krankenhaus; Erhaltung einer flächendeckenden qualifizierten notärztlichen Versorgung

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/2663

Zukunft der Krankenhäuser

Aussagen des Landkreistags zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser, Auswirkungen der neuen Fallpauschalen und der geplanten Änderung des ArbeitszeitGes

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2839

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der ArbeitszeitVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der ArbeitszeitzuständigkeitsVO sowie der Ladenschluss-VO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Landesbeamte / Arbeitszeitverordnung

Ermöglichung von mehr Flexibilität bei der Festlegung der Arbeitszeit für Eltern mit Kleinkindern durch eine Reform der AZ-VO

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 13.09.2004 und Antw IM Drs 13/3546

Ergebnisse, Bewertung und Umsetzung der von der LReg eingesetzten Kommission zur Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern in BW

Mitwirkende, Ergebnisse und Weiterführung der o.g. Kommission? Beurteilung gemessen an der vorgegebenen Zielsetzung von mehr Realitätsnähe, Gerechtigkeit und Transparenz der Lehrerarbeitszeit; Art und Zeitpunkt einer Abkehr von der reinen Deputatsregelung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/3642

Technische Lehrkräfte

Wartezeiten der o.g. Lehrer auf ihre Regelbeförderung im Vergleich zu den wissenschaftlichen Lehrkräften an Berufsschulen sowie Streichung der Altersermäßigung; Ermöglichung einer Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung auf 27 Deputatsstunden

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/3750

Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 30.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3816

BeschlEmpf und Bericht SchulA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 30 31

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserten Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr

s. *Schule*

Drs 13/3835

Veränderungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung; Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Integration des Anfangsunterrichts in die Fächer Deutsch und Mathematik; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung; Anstreben einer einvernehmlichen Lösung mit dem Hauptpersonalrat auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenbeschreibung

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.01.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/3941

BeschlEmpf und Bericht SchulA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 30 31

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Geschäftsführende Schulleiterinnen und Schulleiter - Ernennung, Aufgabenbeschreibung und Arbeitszeitbemessung

Regelungen zur Bestellung von geschäftsführenden Schulleitern durch die Schulaufsichtsbehörden, zur Aufgabenbeschreibung, zusätzlichen Vergütung und Arbeitsentlastung; Auflistung der zur Zeit bestellten geschäftsführenden Schulleiter

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 13/4167

Ungleichbehandlung von Ärzten an den Universitätsklinika in BW gegenüber Ärzten in kommunalen Krankenhäusern und Ärzten an Universitätsklinika in Bayern

Anwendung der neuen tarifrechtlichen Bestimmungen zu Arbeitszeit, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei Verlängerungen des Dienstverhältnisses iRd Weiterbildungszeit; Darlegung an einem typischen Fallbeispiel im Vergleich zu den o.g. Kollegen; Beurteilung als Wettbewerbsnachteil?

KlAnfr

s. *Arzt*

Drs 13/4474

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Entwicklung der Zuschüsse an die vier Universitätsklinika seit 1998; Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems auf die Einnahmeseite, des EuGH-Urteils zur Anrechnung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit sowie der unterschiedlichen Tarifvereinbarungen über Arbeitszeiten und Vergütungen; Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahmeverluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/4595

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Einleitung von Strukturreformen bzw Verbesserung der Vergütung, der Vertragslaufzeiten und Abbau der Arbeitszeitbelastung als Konsequenzen aus dem Streik der Assistenzärzte, Überprüfung des Umgangs der Klinika mit dem ArbeitszeitGes durch die Gewerbeaufsichtsämter, Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/4604

Verlängerung der Übergangsregelung für die Umsetzung der Anpassung des ArbeitszeitänderungsGes

Position zum GesEntw Bayerns im BRat mit der o.g. Zielsetzung und damit einer zweijährigen Verschiebung der Umsetzung der Rechtsprechung des EuGH

MdlAnfr 5) Theresia Bauer GRÜNE 07.11.2005 Drs 13/4796

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7331

Bemühungen um flexiblere Arbeitszeiten

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Erinnerung an die Verlängerung der Arbeitszeit für Beamte, Hinweis auf entsprechende Pläne in NRW

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1177

Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Ausbau von Lehrerarbeitsräumen und damit der Präsenz an der Schule

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1738 1748 1755 1758

Ablehnung einer Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Beamte, Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Eintreten für eine höhere Wochen- und Lebensarbeitszeit

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2705 2717 2718 2732 2733 2740

Kritik an der Deputatserhöhung für ältere Lehrer sowie Berufsschul- und Gymnasiallehrer; Neubestimmung der Lehrerarbeitszeit

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2819 2822 2834

Bemühungen um eine längere Lebensarbeitszeit bzw ein tatsächliches Renteneintrittsalter von 65 Jahren

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2942 2946 2949

Plädoyer für eine längere Lebensarbeitszeit

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3020 3021 3023 3024

Ablehnung von Arbeitszeitmodellen für Polizeibeamte im Wechselschichtdienst sowie der Pläne zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126 3137

Plädoyer für längere Arbeitszeiten

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386

Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Übertragung der Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten auf die Angestellten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3623

Plädoyer für eine längere Wochen- und Lebensarbeitszeit; Verweisung auf die Abschaffung der beim Bund und einigen Ländern eingeführten Altersteilzeit für Beamte

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3944 3945

Erwirtschaftung zusätzlicher Stellen durch die Arbeitszeiterhöhung, Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten, Verlängerung der Lebensarbeitszeit

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4012 4013 4025 4028 4030

Abbau der durch die Arbeitszeiterhöhung zusätzlich erwirtschafteten Stellen bei der Polizei

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4608 4609 4613

Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Erarbeitung von Vorschlägen iR einer Arbeitsgruppe; Verlängerung der Arbeitszeit für alle öffentlich Bediensteten; Eintreten für eine längere Lebensarbeitszeit

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4753-4767

Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung, Neuregelung der Lehrerarbeitszeit

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5151 5160

Plädoyer für eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, Vergleich der Sollarbeitszeiten mit der Schweiz

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190 5192 5193 5195-5199 5203 5204

Abbau der durch die Arbeitszeiterhöhung zusätzlich erwirtschafteten Stellen bei der Polizei

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5277-5282 5284

Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5644

Stelleneinsparungen infolge der Arbeitszeiterhöhung, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Notwendigkeit von familienfreundlichen Arbeitszeiten

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5797 5810 5847

Reform der Lehrerarbeitszeit, Anstrengung einer Anpassung der Arbeitszeit der Angestellten an die der Beamten, Eintreten für flexible Arbeitszeitmodelle

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5867 5880 5881 5906 5920 5937

Erhöhung der Wochen- und Lebensarbeitszeit der Professoren

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5964

Gewinnung von Stellen mit der Arbeitszeiterhöhung, Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten, Verlängerung der Lebensarbeitszeit

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101 6107 6108 6116 6117

Erwirtschaftung zusätzlicher Stellen durch die Arbeitszeiterhöhung, Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten, Verlängerung der Lebensarbeitszeit

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140 6141 6146 6148 6157 6158

Anstrengung flexibler Arbeitszeitmodelle im öffentlichen Dienst

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Ermöglichung von familienfreundlichen Arbeitszeiten, Verweisung auf die geänderte ArbeitszeitVO

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7206

Erwirtschaftung von Stellen mit der Arbeitszeiterhöhung, Anstrengung der 41-Stunden-Woche auch für die Angestellten

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7345

Notwendigkeit einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit; Beklagung einer 40- bis 45-Stunden-Woche der Schüler am G 8

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773 7783 7792

Arbeitszeitänderungsgesetz

s. Arbeitszeit

Arbeitszeitgesetz

s. Arbeitszeit

Arbeitszeitverordnung

s. Arbeitszeit

Arbeitszimmer

s. Arbeitsstätte

Archäologie

s.a. Kulturdenkmal

Pfahlbau- und Moorsiedlungen der Jungstein- und Bronzezeit am Bodensee

Bedeutung sowie Maßnahmen und Mitteleinsatz zur Sicherung der archäologischen Kulturdenkmale, u.a. in Unteruhldingen, Auflistung der zuständigen Institutionen, Ausstrahlungen für den Fremdenverkehr und die Bildung, Zustimmung zur Initiative der Schweiz für eine Aufnahme der Pfahlbauten rund um die Alpen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes

KlAnfr

s. Kulturdenkmal

Drs 13/4555

Architekt*s.a. Architektenkammer**s.a. Bauplanung**Einbeziehung baden-württembergischer Architekten und Ingenieure bei beschränkten Wettbewerben*

Angemessene Berücksichtigung heimischer Architekten und Ingenieure bei der Ausschreibung beschränkter Wettbewerbe für Bauvorhaben des Landes und der Kommunen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 23.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1224

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 20 21

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Bachelor-Studiengänge

Akzeptanz der neuen Bachelor- und Master-Abschlüsse aufseiten der Absolventen und Abnehmer, Beeinträchtigung der internationalen Anerkennung durch die entsprechende Einstufung der britischen NARIC; Frage nach Zugangsbeschränkungen, Eignungsfeststellungsverfahren und Veränderungen der Studieninhalte; Bewertung der Aussagen der Gutachtergruppe Architektur der Evaluationsagentur BW; Schaffung eines international vergleichbaren Bewertungssystems vor einer flächendeckenden Einführung von Bachelor-Studiengängen

Antr

s. Hochschulabschluss

Drs 13/1774

Architektenwettbewerbe bei Bauprojekten des Landes

Nutzung des o.g. Instruments bzw eines anderen Vergabeverfahrens für die einzelnen Projekte seit 2000, Höhe der jeweiligen Kosten, Gründe für den Verzicht auf Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 31.03.2004 und Antw FM Drs 13/3081

Ges zur Anpassung des Verfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. Verwaltungsverfahren

Drs 13/3661

Auftragsvergabe an freiberuflich Tätige fair regeln

Erfahrungen und Reaktionen bei Architekten und Ingenieuren durch die neu vorgesehene Haftung für Baukostenobergrenzen bei Landesbauvorhaben; Streichung der Haftungsregelung aus der entsprechenden Richtlinie

Antr

s. Selbstständiger

Drs 13/3871

Ges zur Änd des Architekten- und des IngenieurGes und zur Ausführung des Baugesetzbuchs

Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, insbes zur Anerkennung von Abschlüssen und Befähigungsnachweisen; Regelung der Niederlassungsfreiheit von Architekten, Garten- und Landschaftsplanern, Stadtplanern und Ingenieuren; Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden im Außenbereich

GesEntw LReg 08.03.2005 Drs 13/4115 (10 S.)

1. Beratung PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6329 6337-6339

BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.04.2005 Drs 13/4231

2. Beratung PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6379-6384

GesBeschl 20.04.2005 Drs 13/4278

GBI 2005 Nr. 7 S. 330 331 (Ges vom 03.05.2005)

Architektengesetz*s. Architekt***Architektenkammer***Fusion zwischen Architekten- und Ingenieurkammer*

Vorlage eines GesEntw als Grundlage für die angestrebte Fusion

Antr

s. Kammer (Körperschaft)

Drs 13/3563

Archiv*Konzept für die landesweite Kreisbeschreibung*

Konzeption und Stand der Umsetzung o.g. Projekte der LArchivdirektion in den einzelnen LKreisen; digitale Erfassung und Fortschreibung als Alternative zur Drucklegung

KlAnfr

s. Kreis (Gebietskörperschaft)

Drs 13/253

Unterbringung des Generallandesarchivs Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Situation seit 1997; Höhe der vorgesehenen und bereitstehenden Mittel für Planung und Neubau des Archivs; Zeitpunkt des Baubeginns

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 18.04.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/941

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.07.2002 Drs 13/1232 S. 98

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Erhalt und Ausbau des Generallandesarchivs in Karlsruhe

Finanzielle und personelle Ausstattung bis 2012, Etatisierung des Erweiterungsbaus im Hpl 2004; Entscheidung über Veränderungen in der Struktur und Ressourcenausstattung der Archive nach einer umfassenden Aufgabenanalyse

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 29.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2311

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 30 31

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesarchivGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 24) - Kreisbeschreibungen der Staatlichen Archivverwaltung

Mittlg
s. *Kreis (Gebietskörperschaft)*
Drs 13/4899

Gefährdung von schriftlichem Kulturgut

Zahl und Zustand der zwischen 1850 und 1980 gedruckten historischen Dokumente und Bücher in den Archiven und Bibliotheken des Landes; Maßnahmen zur Erhaltung dieser Bestände

KlAnfr
s. *Kulturgut*
Drs 13/5216

Verschlinkung der Landkreisbeschreibungen der Landesarchivdirektion

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2676 2677

Zusammenführung des Staatsarchivs und der Landesarchivdirektionen im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606 3658

Zusammenführung des Staatsarchivs und der Landesarchivdirektionen im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898

Erhaltung der Landkreisbeschreibungen der Landesarchivdirektion

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5025 5026

Ankündigung der Erweiterung des Generallandesarchivs in Karlsruhe

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Archivdirektion

s. *Archiv*

Archivgesetz

s. *Archiv*

Arena of Sound

s. *Musikveranstaltung*

Armut

Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Verstärkte Bekämpfung von Armut und Fluchtursachen

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/370

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Einbeziehung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in die Projekte der Public-Privat-Partnership, Evaluation dieser Projekte und Beteiligung des Mittelstands

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Armuts- und Reichtumsbericht für BW

Erstellung des o.g. Berichts als Ergänzung und Konkretisierung des entsprechenden Berichts auf Bundesebene

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 19.01.2006 und Stellungnahme SM Drs 13/5072

Ausmaß der Armutmigration weltweit

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 261 271

Ausmaß von Armut in der Welt, Bewertung als Nährboden für Konflikte und Terrorismus

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 365 371

Armutsrisiko von Familien mit Kindern

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 811

Armutsrisiko von Familien mit Kindern

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 897

Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Entwicklungszusammenarbeit

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 950 952

Beitrag des GrundsicherungsGes zur Bekämpfung der verschämten Altersarmut

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2186-2188

Beitrag des GrundsicherungsGes zur Bekämpfung der verschämten Altersarmut

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2228 2235 2237 2238

Armutsrisiko von Familien mit Kindern

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604

Verweisung auf den Armutsbericht der BReg, Feststellung einer Zunahme von Familien- und Kinderarmut

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5853

Armutsbekämpfung in Afrika

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6195

Einschätzung des Armutsrisikos durch die Bürger

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401

Feststellung einer Zunahme von Familien- und Kinderarmut, Verweisung auf den Armutsbericht der BReg

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6467 6473 6481 6490

Armuts- und Reichtumsbericht

s. *Armut*

Arrest

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach

Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Warnarrest für jugendliche Straftäter; Prüfung des Vorschlags eines elektronisch überwachten Hausarrests als Alternative zur nachträglichen Sicherungsverwahrung für Sexualstraftäter
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1913 1921

Einführung eines Warnschussarrests für jugendliche Straftäter; Zweifel am Abschreckungseffekt, Verweisung auf das Scheitern der Drillcamps in den USA
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2458 2460-2462 2464 2465 2467

Artenschutz

s.a. *Landschaftsschutzgebiet*
s.a. *Natura 2000*
s.a. *Vogelschutz*

Umwelt- und Naturschutz in der Bodenseeregion

Stärkung des im Bodenseeleitbild beschriebenen Potenzials der „Bodenseelandschaft als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten von überragender Bedeutung“

KlAnfr
s. *Bodensee*
Drs 13/1254

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Anreize und Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf Ackerflächen, Grünland, im Wein- und Obstbau; Strategien zur Erhaltung und Mehrung des Bestands alter Obstsorten; Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutztierassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr Dr. Klaus Schüle u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4886
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 112 113
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Großflächige Ausweisung von Schutzgebieten zur Erhaltung der Artenvielfalt

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274 282

Auswahl der FFH-Gebiete mit der Zielsetzung des Artenschutzes
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2017

Wirkungen der Agrarumweltprogramme, Verweisung auf das erreichte Niveau beim Artenschutz, Optimierung der Artenschutzregelungen, Aufgabe des Widerstands gegen Nationalparke

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266-7268 7270-7273

Aufgabe des Widerstands gegen Nationalparke, Feststellung eines massiven Rückgangs bei der Artenvielfalt

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7425 7427 7429

Artenvielfalt

s. *Artenschutz*

Artikel 10-Gesetz

s. *Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis*

Arzneimittel

s.a. *Betäubungsmittel*
s.a. *Hopfen*
s.a. *Jod*
s.a. *Medizinisches Hilfsmittel*
s.a. *Naturheilmittel*
s.a. *Pharmazeutische Industrie*
s.a. *Schmerztherapie*
s.a. *Tierarzneimittel*

Überwachung von Arzneimitteln in der Vermarktungsphase

Darlegung des Meldegeschehens und der Erfassung unerwünschter Arzneimittelwirkungen aus BW u.a. BLändern in den letzten zehn Jahren aufgrund des zwischenzeitlich vom Markt genommenen Arzneimittels „Lipobay“; Schaffung einer regionalen Strukturierung der Erfassungszentren sowie einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Meldebehörden; Unterstützung einer über die Berufsordnung der Ärzte hinausgehenden gesetzlichen Meldepflicht; Einbeziehung der Krankenhausaerzte in die Meldesysteme; Einführung wissenschaftlich definierter Standards

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 28.08.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/203 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 47 48
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Verschreibungsberechtigung für Apotheker

Beurteilung der o.g. Modellprojekte in Großbritannien

KlAnfr
s. *Apotheker*
Drs 13/247

Versandhandel von Medikamenten über das Internet

Darlegung möglicher Gefahren für die Verbraucher durch die Freigabe des Versandhandels von Medikamenten über das Internet

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 10.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/296
BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 48 49
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Ritalin und Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)

Öffentliche Berichterstattung über Ritalin und ADHS bzw die Scientology-Organisation zu diesem Thema, Beurteilung der Anwendung des Präparats und der Diagnostik des ADHS

Antr
s. *Verhaltensstörung*
Drs 13/618

Vorkommen von Arzneimittelrückständen im Bodensee

Entwicklung und Auswirkungen o.g. Rückstände, insbes von Hormonen, seit 1996; Ergebnisse von Untersuchungen; technische Möglichkeiten zur Ausfilterung aus den Abwässern

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 06.03.2002 und Antw UVM Drs 13/827

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung des Suchtverhaltens von Mädchen und Frauen in den vergangenen 10 Jahren in Bezug auf Rauchen, Alkoholmissbrauch, Essstörungen und Medikamentenabhängigkeit; Modifikation der Präventionsmaßnahmen

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Förderung der Grundlagenforschung und der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Bio- und Gentechnik, Attraktivität des Standorts BW für global operierende Pharmaunternehmen, Entwicklung der Patentanmeldungen für entsprechende Arzneimittel seit 1996, Unterstützung des Aufbaus von klinischen Forschungseinrichtungen; Vereinfachung der Fördermodalitäten bei der L-Bank, Förderung risikobehafteter Projekte kleinerer Unternehmen; Auflösung der Biotechnologie-Agentur, Aufstockung und Institutionalisierung der Förderung von Biotechnologie-Parks

Antr

s. *Biotechnologie*

Drs 13/1159

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Antr

s. *Bodensee*

Drs 13/1250

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Verordnungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw. alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr

s. *Frauenheilkunde*

Drs 13/1446

Vor-Impfung mit MVA-Impfstoff

Reduzierung der Nebenwirkungen von Pockenimpfungen als Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren durch o.g. Vor-Impfung von Ärzten, Rettungskräften u.a. Schlüsselpersonen; Vermeidung des Ausfalls dieser Personen

KIAnfr

s. *Impfung*

Drs 13/1985

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten

und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr

s. *Polizei*

Drs 13/2715

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Pharmazie- und Medizinprodukte-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Erkenntnisse über den Eintrag o.g. Schadstoffe in Kläranlagen, insbes halogenorganische Verbindungen, Schwermetalle, Röntgenkontrastmittel, Medikamentenrückstände, Desinfektionsmittel, Keime und Viren; Leistungsfähigkeit der Kläranlagen zur Elimination der Verschmutzungen, Anteil nicht entfernbarer Rückstände im Oberflächenwasser bzw im Wasserkreislauf; Regelungen und Fördermittel zum Bau entsprechender spezieller Anlagen

Antr

s. *Wasserverunreinigung*

Drs 13/3631

Arzneimittelversorgung in BW

Eckdatenentwicklung seit 1998 getrennt nach Pharmaproduzenten, Großhändlern und (Internet-)Apotheken bzw Beschäftigtenzahlen, Umsätzen, Steuerkraft etc; Wirkungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbes der Gesundheitsgesetzgebung, der Kosten, Zeiträume und Verfahren von der Forschung bis zur Markteinführung eines neuen Medikaments im Vergleich zur europäischen Konkurrenz; Umfang und Gründe der Verlagerung von Forschungskapazitäten ins Ausland; Bedeutung, Verordnungs- und Erstattungsfähigkeit von Reimporten, Generika und Naturheilmitteln; Auswirkungen der neuen Regelungen auf das Ordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr CDU 11.10.2004 und Antw LReg Drs 13/3649 (15 S.)

Unerwünschte Arzneimittelwirkungen (UAW)

Art und Schwere sowie Bewertung o.g. gemeldeten Fälle in der Vermarktungsphase des Medikaments Vioxx; Einstufung der Sicherheit des Medikaments im Vergleich zu anderen alternativen Arzneimitteln; Einführung weiterer Systeme der Intensivfassung seit 2001; Stand der Vorlage eines Konzepts für ein Netzwerk von klinikbasierten Pharmakovigilanzzentren

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 19.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3668

BeschlEmpf und Bericht SozA 25.11.2004 Drs 13/4187 S. 45 46

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit (Reproduktionstoxikologie)

Bedeutung, Schwerpunkte, Ziele, Ergebnisse und Finanzierung der beiden reproduktionstoxikologischen Beratungs- und Forschungszentren in Berlin und Ravensburg; Darlegung der an-

deren Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa; Frage nach Zahlen über vermiedene Schwangerschaftsabbrüche durch qualifizierte Medikamentenberatung; Übernahme einer Koordinierungsfunktion zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen, Pharmaindustrie und Kirchen zur finanziellen Absicherung der Reproduktionstoxikologie

Antr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/4641

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit
Möglichkeiten zur Verbindung des Instituts für Reproduktionstoxikologie in Ravensburg mit der Berliner Beratungsstelle für Embryonaltoxikologie zu einem einheitlichen nationalen Referenzzentrum bzw Installation als zweites, gleichberechtigtes Referenzzentrum

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/4723

Vogelgrippe-Notfallplanung

Vorbereitungsstand für den Ausbruch einer Pandemie nach Presseberichten und Aussagen des Landesapothekerverbands, Zeitpunkt der Fertigstellung des Landesepidemieplans, Definition der Zielgruppen für die Ausgabe von antiviralen Medikamenten

KlAnfr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/5214

Verhalten der LReg im BRat bei der Abstimmung zum Ges zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung

Planung eines Preisabschlags bei Generika sowie einer Bonus-Malus-Regelung für das Ordnungsverhalten der Ärzte mit dem o.g. GesEntw, Hintergründe und Zielsetzung des Antrags der LReg sowie der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses im BRat zur Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der Festbetragsregelungen und Bonus-Malus-Regelung, Gründe für die (fälschliche) Aussage über die Zielsetzung und den Erfolg der (abgelehnten) Intervention

KlAnfr Ursula Haußmann SPD 20.03.2006 und Antw SM
Drs 13/5217

Vermeidung von Zuzahlungserhöhungen für Medikamente, Abschaffung des Arzneimittelbudgets

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 127-134 137

Kostenexplosion im Gesundheitswesen nach der ersatzlosen Abschaffung der Arzneimittelbudgets, Neuordnung des Arzneimittelmarkts

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405 1408 1415 1417 1418 1422-1424

Auswirkungen des Sparpakets der BReg im Arzneimittelbereich, Notwendigkeit einer Reduzierung der Mehrwertsteuer für Medikamente, Anteil der Arzneimittelhersteller an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Inkraftsetzung der Positivliste, Versandhandel von Medikamenten über das Internet

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2076 2079-2081 2085 2086

Erinnerung an die Einführung und zugesagte Rücknahme der Zuzahlungen für Medikamente

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2130

Behinderung der forschenden Pharmahersteller durch die vierte Säule der Arzneimittelprüfung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2957 2958

Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Biotechnologie

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603

Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4562 4598 4599 4601 4602

Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6651

Erfolgsbewertung der Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik in der Region Donau-Iller

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7298

Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik; Versorgung von Schwerstkranken und Sterbenden mit schmerzlin-dernden Mitteln

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7459 7476 7478-7483

Notwendigkeit des positiven Votums einer Ethikkommission für die klinische Erprobung eines Arzneimittels, Regelungen zur Haftung dieser Kommissionen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7628

Beklagung der Verhinderung einer biotechnologischen Insulinproduktionsanlage bei Hoechst durch den damaligen Umweltminister Joschka Fischer

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7889

Arzneimittelbudget

s. *Arzneimittel*

Arzneimittelindustrie

s. *Pharmazeutische Industrie*

Arzt

s.a. *Ärztliche Behandlung*

s.a. *Arzthonorar*

s.a. *Betriebsarzt*

s.a. *Facharzt*

s.a. *Heilpraktiker*

s.a. *Kassenärztliche Vereinigung*

s.a. *Medizinische Ausbildung*

s.a. *Psychologe*

s.a. *Psychotherapeut*

s.a. *Schweigepflicht*

s.a. *Tierarzt*

s.a. *Zahnarzt*

Deutsches Cochrane Zentrum an der Universitätsklinik Freiburg
Aufbereitung der Ergebnisse von kontrollierten Studien zu Übersichtsarbeiten zur Bewertung von Therapien, Beurteilung der Bedeutung und Finanzierung des o.g. internationalen Netzwerks von Wissenschaftlern und Ärzten, notwendige Veränderungen für einen besseren Transfer der Forschungsergebnisse in die Praxis, Erarbeitung einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage für das Freiburger Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Bund

Antr

s. *Cochrane Collaboration*

Drs 13/75

Überwachung von Arzneimitteln in der Vermarktungsphase

Darlegung des Meldegeschehens und der Erfassung unerwünschter Arzneimittelwirkungen aus BW u.a. BLändern in den letzten zehn Jahren aufgrund des zwischenzeitlich vom Markt genommenen Arzneimittels „Lipobay“; Schaffung einer regionalen Strukturierung der Erfassungszentren sowie einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Meldebehörden; Unterstützung einer über die Berufsordnung der Ärzte hinausgehenden gesetzlichen Meldepflicht; Einbeziehung der Krankenhausapotheker in die Meldesysteme; Einführung wissenschaftlich definierter Standards

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/203

Personelle Versorgung der Krankenhäuser mit Ärztinnen und Ärzten

Entwicklung o.g. Daten, Einhaltung der geltenden Arbeitszeitregelungen, Umfang und Abgeltung von Überstunden, Gegenüberstellung der Studienanfängerzahlen und des künftigen Personalbedarfs, Notwendigkeit einer Überarbeitung der Ausbildungs- und Approbationsordnungen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 27.09.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/273
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 23-25
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Schreiben des BVerfG vom 15.11.2001, Az.: 1 BvR 525/99 - Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. W.W. aus R. gegen Entscheidungen von Berufsgerichten für Ärzte wegen Führung der Gebietsbezeichnung „Allgemeinmedizin“ neben anderen Gebietsbezeichnungen (§ 39 Abs 3 Heilberufe-KammerGes)

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635
BeschlEmpf und Bericht StändA 06.12.2001 Drs 13/519
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Strafverfahren gegen leitende Mitarbeiter der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordbaden

Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen den ehemaligen Vorsitzenden und zwei leitende Angestellte der KV Nordbaden wegen Verdachts auf Untreue und Beihilfe zur Untreue, Regelungen und Sanktionsmöglichkeiten beim Prüf- und Regressverfahren für Ärzteabrechnungen, Konsequenzen aus dem Schuldenerlass zum Schaden der GKV, Handlungsbedarf des SM iRd Rechtsaufsicht

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 24.01.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/670
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.04.2002 Drs 13/1109 S. 56 57
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren

Darlegung o.g. Daten seit 1998 differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Auswirkungen des HochschulmedizinreformGes, Schaffung eigener Regelungen der Klinika

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/767

Gesundheit in Europa

Harmonisierung der Aus- und Fortbildung der ärztlichen Berufe und der Pflegeberufe, gegenseitige Anerkennung der Approbation bzw der Pflegeberufsabschlüsse in den Mitgliedstaaten

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr FDP/DVP 18.07.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1205 (12 S.)
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031-2055

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe der Nutzungsentgelte der medizinischen Universitätsprofessoren

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge aus der Privatliquidation der einzelnen Ärzte an den vier Universitätskliniken, Art und Ergebnisse der Überwachung der Rechtmäßigkeit der abgeführten Nutzungsentgelte und Poolabgaben, Gründe der Differenzen und Beanstandungen, Ausschluss von Kollisionen zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/1233

Fragwürdiges Führen akademischer Titel durch einen Heidelberger Doktor der Philosophie

Frage nach der Berechtigung zur Führung des Titels „Professor Dr. med. Universität Belgrad“ durch einen Heidelberger Wissenschaftler sowie nach der Legitimation einer „Universität für Frieden in Heidelberg“, Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität von medizinischen Büchern des Herrn G-M sowie deren Verbreitung durch das unberechtigte Führen der akademischen Titel

KIAnfr
s. *Akademiker*
Drs 13/1311

Die Praxis des ArbeitszeitGes in den Universitätskliniken

Umgehung des ArbeitszeitGes durch Erhebung von Ober- und Fachärzten zu leitenden Angestellten i.S.d. Betriebsverfassungsges, Zahl der entsprechend abgeschlossenen Verträge; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von tatsächlicher und dokumentierter Arbeit durch die Gewerbeaufsichtsämter

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/1319

Ärztmangel und Notfallrettung

Auswirkungen des Ärztemangels in den verschiedenen Fach- und Rettungsdienstbereichen, Stand der krankenhauseigenen Pläne für Katastrophenlagen und Notsituationen

KIAnfr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1421

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Verordnungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw. alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr
s. *Frauenheilkunde*
Drs 13/1446

Versorgung mit Krankenhausärzten

Entwicklung der Zahl von Klinikärzten seit 1995 und der Arzt-Patienten-Relation; Auswirkungen der Arbeitsbedingungen und Personalengpässe auf die Patientenversorgung; Ergebnisse der angekündigten verstärkten Überwachung der Arbeitszeiten durch die Gewerbeaufsichtsämter; Ursachen und Abhilfemöglichkeiten der mangelnden Attraktivität des Ärzteberufs, Hinwirkung auf Anpassung der Klinikbudgets an die aktuellen Lohnsteigerungen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 05.11.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1460
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 40-43
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Ges zur Änd heilberufsrechtlicher Vorschriften - Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.05.2001 (ABl. EG L 206 S. 1)

Umsetzung der Richtlinie im Heilberufe-KammerGes und im Gesetz zur Ausführung der EG-Richtlinie über eine spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin, Prüfung der Berücksichtigung von in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikationen von Ärzten und Zahnärzten, Aufnahme von Regelungen in die Weiterbildungsordnungen der Kammern

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/1621

Qualitätssicherung bei Zahnärzten

Maßnahmen und Ziele zur Qualitätssicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Defizite im bestehenden System der zahnärztlichen Fortbildung, Erfahrungen mit Patientenberatungsstellen, Einführung des „Facharztes auf Zeit“?

Antr
s. *Zahnarzt*
Drs 13/1626

Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Entwicklung der Ärztedichte seit 1998 und bis 2010 nach Ärzten in Kliniken, niedergelassenen Ärzten, Fach- und Zahnärzten; Darlegung der Nachfolgeproblematik; Auswirkungen einer Unterversorgung; Anreize und Möglichkeiten zur Abmilderung des Negativtrends; Planungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhausträger

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 04.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1735 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.06.2003 Drs 13/2485 S. 18 19
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/1740

Weiterentwicklung der Palliativmedizin in BW

Art, Stand und Perspektiven der schmerzmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken und Sterbenden in Krankenhäusern, durch niedergelassene Ärzte, Hospizeinrichtungen u.a. Dienste; Umfang der Unterstützung sowie Weiterentwicklung der Palliativmedizin; Verankerung in der Aus- und Fortbildung in der Medizin und Krankenpflege, Einrichtung von Zentren sowie eines Lehrstuhls für Palliativmedizin

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 13/1777

Vor-Impfung mit MVA-Impfstoff

Reduzierung der Nebenwirkungen von Pockenimpfungen als Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren durch o.g. Vor-Impfung von Ärzten, Rettungskräften u.a. Schlüsselpersonen; Vermeidung des Ausfalls dieser Personen

KIAnfr
s. *Impfung*
Drs 13/1985

Arbeitszeiten von Klinikärzten und im Rettungsdienst

Wertung von Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit, Unterstützung einer entsprechenden BRatsinitiative zur Nachbesserung des ArbeitszeitGes

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2058

Transplantationsbeauftragte an Kliniken mit Intensivbetten

Entwicklung der Organspenden und Wartelisten in BW u.a. BLändern, Auswirkungen der o.g. Beauftragten in diesen Ländern, Gründe für die Ablehnung eines entsprechenden GesEntw des SM im Ministerrat; erneute Einbringung der gesetzlichen Normierung eines Transplantationsbeauftragten

Antr
s. *Transplantation (Medizin)*
Drs 13/2228

Ausscheiden des Ärztlichen Direktors der Chirurgischen Universitätsklinik Tübingen

Begründung des vorzeitigen Ausscheidens zum 31.03.2004 sowie der ggf vereinbarten Abfindung; Höhe, Rechtsgrundlage, Finanzierungsquelle und Zweck einer solchen Zahlung - evtl auf der Grundlage entgangener Erlöse aus Privatliquidation

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 10.10.2003 und Antw MWK
Drs 13/2486

Fragen der Praxisgebühr

Entrichtung der 10 Euro bei jeder ersten Konsultation eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten im Quartal; Umgang mit

Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern u.a. Patienten, die nicht im Voraus bezahlen; Verfahren bei einer telefonischen Beratung; Abgeltung des bürokratischen Aufwands der Ärzte; Position des Sozialministers in den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform

KlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/2520

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/2598

Ärztliche/Zahnärztliche Gutachten in Sozialgerichtsverfahren

Zahl und Kosten der von den Sozialgerichten in Auftrag gegebenen Gutachten seit 1998, Entscheidungsbefugnis der Richter für die Gutachterausswahl und Auftragsvergabe; Beurteilung des Vorschlags zur Bildung eines Gutachterpools mit verbindlichen Bearbeitungszeiten und einer klaren Honorarordnung, Verfügbarkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für entsprechende Gutachten

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2599

Notärztlicher Rettungsdienst

Vorhandene Versorgung mit Notärzten, Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen, der Ausbildungsanforderungen und Fallpauschalen im Krankenhaus; Erhaltung einer flächendeckenden qualifizierten notärztlichen Versorgung

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 26.11.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2663 (20 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 22-24
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Abschiebung der Familie Usta aus Freiburg

Umstände der o.g. Abschiebung, Gesundheitszustand und Reisefähigkeit der Familienmitglieder, insbes der Mutter; Gründe für die Ablehnung eines amtsärztlichen Gutachtens bzw des Gutachtens der Universitätsklinik Freiburg, geforderte Qualität von Amts- und Privatgutachten, fachliche Voraussetzungen der beauftragten Ärzte

KlAnfr
s. *Ausweisung*
Drs 13/2747

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Häuser aus der medizinischen Versorgung und Forschung seit 1998, Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens? Entwicklung der Mitarbeiterzahlen nach Wissenschaftlern, Ärzten, Pflegern u.a.; Darlegung des Änderungsbedarfs beim BAT, den Chefarztverträgen einschließlich der Privatliquidation, bei den Leitungsstrukturen, den Bau- und Ausstattungsmaßnahmen; Ausschluss einer

Schließung von Abteilungen, die für die Versorgung im Land notwendig sind, durch die Kliniken aus Kostengründen

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Methadonvergabe im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl der behandlungsbedürftigen Heroinabhängigen und der Methadon ausgebenden Ärzte; Notwendigkeit einer flächendeckenden Versorgung

KlAnfr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 13/3061

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik

Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschalen

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/3086

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und zur Aufhebung heilberufsrechtlicher Vorschriften

Anpassung an die Rechtsauffassung der EU-Kommission, Regelung der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin als Weiterbildung im Gebiet Allgemeinmedizin, Berechtigung der in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikation zur Führung der allgemeinmedizinischen Gebietsbezeichnung sowie der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin zur Facharztbezeichnung Arzt für Allgemeinmedizin

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/3092

Ärztemangel

Entwicklung der Zahlen von Pensionierungen sowie des Bedarfs an Haus-, Fach- und Krankenhausärzten in den nächsten zehn Jahren; Gegenüberstellung der Zahlen von Studienanfängern, -abbrechern und -absolventen, Anteil der Mediziner ohne patientenbezogene ärztliche Tätigkeit; Kosten eines Medizinstudienplatzes pro Semester; Beschreibung der medizinischen Versorgung bzw des Mangels an Ärzten in den einzelnen Regionen und im europäischen Ausland

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 05.05.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3168
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.10.2004 Drs 13/4187 S. 38
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Einnahmen aus Nebentätigkeiten an den Universitätsklinika und die Neugestaltung des Liquidationsrechts

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge der medizinischen Universitätsprofessoren differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Schaffung eigener Regelungen der Klinika nach dem HochschulmedizinreformGes, Zahl und Ausgestaltung der neuen Verträge, Ausschluss von Kollisionen zwischen Hauptamt und Nebentätigkeiten, Ersetzung der Liquidationsrechte durch eine leistungsbezogene Vergütung

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/3466

Umsetzung § 95 SGB V Medizinische Versorgungszentren
Begründung und erwartete Auswirkungen der o.g. Einrichtungen; Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigungen an der Zulassung der dort tätigen Ärzte; Ausschluss einer Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hand zulasten der Leistungsanbieter in freien Praxen; Unterstützung durch öffentliche Krankenträger nur zum Ausgleich einer Unterversorgung im ambulanten Bereich

KIAnfr Andreas Hoffmann CDU 06.08.2004 und Antw SM
Drs 13/3486

Versorgung mit Kinderpsychotherapeuten im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl von Kindern und Jugendlichen in psychotherapeutischer Behandlung, Gegenüberstellung der Zahl zugelassener Ärzte, Darlegung der angewandten bzw abgelehnten Behandlungsmethoden und der Wartezeiten, Frage nach Folgeschäden infolge der langen Wartezeiten sowie nach zusätzlichen Möglichkeiten zur Zulassung von Kinderpsychotherapeuten im LKreis Schwäbisch Hall

KIAnfr
s. *Psychotherapeut*
Drs 13/3505

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr
s. *Dokumentation*
Drs 13/3540

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten; Ausbau der integrierten Leitstellen, Qualifizierung des Personals für Notrufe von Ausländern sowie Handlungsanweisungen für akute Notfälle wie Herzversagen, Schlaganfall, starke Blutungen etc

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Ungenehmigte Obduktion am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Wiesloch

Aufklärung der o.g. Obduktion ohne Zustimmung des Betreuers oder der Angehörigen, Frage nach weiteren Fällen und Konsequenzen für den durchführenden Arzt sowie nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen, Beeinträchtigung der allgemeinen Akzeptanz von Obduktionen?

Antr
s. *Obduktion*

Drs 13/3630

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, insbes auch auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Aufgaben der Gesundheitsämter - Verwaltungsreform

Aufgaben vor und nach dem 01.01.2005; Eingliederung von Ärzten der Versorgungsämter in die Gesundheitsämter der LKreise zur Erstellung von Gutachten, Beschleunigung der Bearbeitung entsprechender Anträge; Prüfung einer Übertragbarkeit von Aufgaben auf niedergelassene Ärzte o.a. Stellen

Antr
s. *Gesundheitsbehörde*
Drs 13/3655

Suspendierung des Unfallchirurgen der Universitätsklinik Freiburg F.

Höhe der bisherigen und evtl noch anfallenden Bezüge und Pensionsansprüche des ehemaligen ärztlichen Direktors der Unfallchirurgie und Inhabers des Lehrstuhls für Unfallchirurgie an der Universitätsklinik Freiburg seit seiner Beurlaubung im Mai 2000, derzeitiger Stand und angestrebtes Ergebnis des Disziplinarverfahrens, notwendige und vorliegende Grundlagen für eine Suspendierung und ein Berufsverbot, Frage nach einer Klage des Betroffenen gegen die Universitätsklinik Freiburg wegen entgangenen Einnahmen aus der Privatliquidation

KIAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 09.11.2004 und Antw MWK
Drs 13/3735

Gehälter der Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV)

Beurteilung der Höhe der Vorstandsbezüge im Vergleich zu den früheren Vorstandsgehältern der vier KV und denen in anderen BLändern; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme des SM als Aufsichtsbehörde; Umfang der zugestandenen Nebentätigkeit in der Arztpraxis und daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 15.02.2005 und Stellungnahme SM
Drs 13/4062
BeschlEmpf und Bericht SozA 07.04.2005
Drs 13/4745 S. 51-54
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Verbesserung der Koordination der geriatrischen Zentren sowie der geriatrischen Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Bewertung einschlägiger Studien zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Geriatrie

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Ungleichbehandlung von Ärzten an den Universitätsklinika in BW gegenüber Ärzten in kommunalen Krankenhäusern und Ärzten an Universitätsklinika in Bayern

Anwendung der neuen tarifrechtlichen Bestimmungen zu Arbeitszeit, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei Verlängerungen

des Dienstverhältnisses iRd Weiterbildungszeit; Darlegung an einem typischen Fallbeispiel im Vergleich zu den o.g. Kollegen; Beurteilung als Wettbewerbsnachteil?

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 06.07.2005 und Antw MWK Drs 13/4474

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/4583

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Entwicklung der Zuschüsse an die vier Universitätsklinika seit 1998; Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems auf die Einnahmeseite, des EuGH-Urteils zur Anrechnung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit sowie der unterschiedlichen Tarifvereinbarungen über Arbeitszeiten und Vergütungen; Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahmeverluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr Claus Wichmann u.a. SPD 09.08.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4595
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 59
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Einleitung von Strukturreformen bzw Verbesserung der Vergütung, der Vertragslaufzeiten und Abbau der Arbeitszeitbelastung als Konsequenzen aus dem Streik der Assistenzärzte, Überprüfung des Umgangs der Klinika mit dem ArbeitszeitGes durch die Gewerbeaufsichtsämter, Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 12.08.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4604
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 59
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Die Forschungsaufgabe der baden-württembergischen Universitätskliniken vor dem Hintergrund der Tarifaueinandersetzungen für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst

Vorgesehene und tatsächlich erbrachte Forschungsleistungen der o.g. Beschäftigtengruppen, Auswirkungen getrennter Tarifverträge für die beiden Gruppen bzw von getrennten tariflichen Regelungen für Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, Überlegungen für die vom Minister angekündigte Strukturre-

form nach der Landtagswahl; Vorlage einer Problemanalyse zur Situation der Universitätskliniken und der Hochschulmedizin, Stärkung der medizinischen Forschung trotz der strukturell verankerten Priorität der Krankenversorgung

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4740

Einnahmen und Nutzungsentgelte an Universitätsklinika im ambulanten Bereich

Darlegung der o.g. Daten seit 2000 differenziert nach Kliniken und Abteilungen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Größenordnung der jeweiligen Einnahmen aus der Privatliquidation von Chefarzten mit Verträgen vor und nach 2002, Auswirkungen des Bonus-Systems, Anstrengung einer Neuregelung mit einer stärkeren Beteiligung der Assistenz- und Oberärzte?

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/4811

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/4860

Vergabe von Studienplätzen im Studiengang Humanmedizin

Entwicklung der Zahl der verfügbaren und nachgefragten Studienplätze an den einzelnen Universitäten in den letzten Jahren, Darlegung der Vergabeverfahren und -regelungen, Anteil und Erfolg der bei den Verwaltungsgerichten klagenden abgelehnten Bewerber, Zahl der dadurch zusätzlich vergebenen Studienplätze, Maßnahmen zur Wahrung der berechneten Kapazitätsgrenzen auch nach Anrufung der Verwaltungsgerichte, Planung einer Erweiterung der Kapazitäten zur Abwendung eines drohenden Ärztemangels

KlAnfr
s. *Medizinische Ausbildung*
Drs 13/4867

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und des VersorgungsanstaltsGes

Übertragung der Ausgabe von elektronischen Heilberufsausweisen auf die Kammern; Änd der Regelungen zur Ethikkommission; Schaffung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung der Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten; Weiterentwicklung der Muster-Weiterbildungsordnung der Ärzte

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/4902

Ges über die Krebsregistrierung in BW (LKrebsregisterGes - LKrebsRG)

Verpflichtung der Ärzte und Zahnärzte zur Meldung von Krebserkrankungen, Verarbeitung dieser Meldungen, organisatorische Regelungen zum Datenschutz, Erfassung und Auswertung der Daten über Krebserkrankungen in einem epidemiologischen

Krebsregister, Rückmeldung dieser Daten an die behandelnden Ärzte zum Zwecke der Qualitätssicherung, Evaluation des Gesetzes

GesEntw
s. *Krebsregister*
Drs 13/5066

Verhalten der LReg im BRat bei der Abstimmung zum Ges zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung

Planung eines Preisabschlags bei Generika sowie einer Bonus-Malus-Regelung für das Ordnungsverhalten der Ärzte mit dem o.g. GesEntw, Hintergründe und Zielsetzung des Antrags der LReg sowie der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses im BRat zur Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der Festbetragsregelungen und Bonus-Malus-Regelung, Gründe für die (fälschliche) Aussage über die Zielsetzung und den Erfolg der (abgelehnten) Intervention

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/5217

Honorarverteilung für ärztliche ambulante Leistungen - Auswirkungen des EBM 2000plus (Einheitlicher Bewertungsmaßstab) - Kassenärztliche Vereinigung BW

Veränderung der Vergütung bei den verschiedenen Haus- und Facharztgruppen im vierten Quartal 2005 als Folge des o.g. neuen Honorarverteilungsmaßstabs, Frage nach der Ausgestaltung und Inanspruchnahme der von der KV beschlossenen Härtefallregelung zur Abmilderung der von der Honorarreform verursachten Einkommensminderungen, Beurteilung der zur Entscheidung der KV über einen Härtefallantrag geforderten Wirtschaftsdaten

KlAnfr
s. *Arzthonorar*
Drs 13/5232

Erhaltung der freien Arztwahl, wohnortnahe Versorgung der Patienten, Aufwertung der Rolle des Hausarztes als Lotse, Vorwurf der Umgehung von Gesetzen durch die Ärzte, Maßnahmen gegen den Ärztemangel im Krankenhaus

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1407-1409 1413 1414 1417 1418 1421 1422 1424

Hinweis auf einen drohenden Ärztemangel, Nutzung der Erfahrung von älteren Ärzten

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1687

Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die niedergelassenen Ärzte, die Ärzte in Krankenhäusern und die Beschäftigten in den Arztpraxen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075-2079 2081 2083 2084 2086 2090

Kritik an den hohen Gehältern der Vorstandsmitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung, Zunahme der Proteste aus der Ärzteschaft, Möglichkeiten der Einflussnahme des SM als Aufsichtsbehörde

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5935 5942 5943

Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Assistenzärzte an den Universitätskliniken

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7113 7115

Verbindlichkeit einer Patientenverfügung für den behandelnden Arzt, Qualifizierung von Haus- und Fachärzten zur Behandlung und Begleitung von Sterbenden, Ausbau der Weiterbildung im Bereich der Palliativmedizin und Organspende

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7484 7536

Arzthonorar

Strafverfahren gegen leitende Mitarbeiter der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordbaden

Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen den ehemaligen Vorsitzenden und zwei leitende Angestellte der KV Nordbaden wegen Verdachts auf Untreue und Beihilfe zur Untreue, Regelungen und Sanktionsmöglichkeiten beim Prüf- und Regressverfahren für Ärzteabrechnungen, Konsequenzen aus dem Schuldenerlass zum Schaden der GKV, Handlungsbedarf des SM iRd Rechtsaufsicht

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/670

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren

Darlegung o.g. Daten seit 1998 differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Auswirkungen des HochschulmedizinreformGes, Schaffung eigener Regelungen der Klinika

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/767

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe der Nutzungsentgelte der medizinischen Universitätsprofessoren

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge aus der Privatliquidation der einzelnen Ärzte an den vier Universitätskliniken, Art und Ergebnisse der Überwachung der Rechtmäßigkeit der abgeführten Nutzungsentgelte und Poolabgaben, Gründe der Differenzen und Beanstandungen, Ausschluss von Kollisionen zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/1233

Ärztliche/Zahnärztliche Gutachten in Sozialgerichtsverfahren

Zahl und Kosten der von den Sozialgerichten in Auftrag gegebenen Gutachten seit 1998, Entscheidungsbefugnis der Richter für die Gutachterausswahl und Auftragsvergabe; Beurteilung des Vorschlags zur Bildung eines Gutachterpools mit verbindlichen Bearbeitungszeiten und einer klaren Honorarordnung, Verfügbarkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für entsprechende Gutachten

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2599

Maßnahmen der LReg zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen vertragszahnärztlichen Versorgung durch Kieferorthopäden

Beurteilung von Fällen der Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung; Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zur Unterbindung dieses rechtswidrigen Verhaltens einzelner Vertragszahnärzte bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen

Antr
s. Zahnärztliche Behandlung
Drs 13/2828

Privatabrechnung und Kostenerstattungsverfahren bei kieferorthopädischen Behandlungen in BW

Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung der Leistungen von Vertragszahnärzten, Beurteilung einer entsprechenden landesweiten Verbands-Kampagne, Klärung der Notwendigkeit einer Benachrichtigung der Krankenkasse in jedem Einzelfall und Aufklärung über die Folgen einer solchen Entscheidung für alle künftigen ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlungen für den Versicherungsnehmer und seine Familie, Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Patienten

Antr
s. Zahnärztliche Behandlung
Drs 13/2831

Einnahmen aus Nebentätigkeiten an den Universitätsklinika und die Neugestaltung des Liquidationsrechts

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge der medizinischen Universitätsprofessoren differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Schaffung eigener Regelungen der Klinika nach dem HochschulmedizinreformGes, Zahl und Ausgestaltung der neuen Verträge, Ausschluss von Kollisionen zwischen Hauptamt und Nebentätigkeiten, Ersetzung der Liquidationsrechte durch eine leistungsbezogene Vergütung

Antr
s. Nebentätigkeit
Drs 13/3466

Gehälter der Vorstandsvorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KV)

Beurteilung der Höhe der Vorstandsbezüge im Vergleich zu den früheren Vorstandsgehältern der vier KV und denen in anderen BLändern; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme des SM als Aufsichtsbehörde; Umfang der zugestandenen Nebentätigkeit in der Arztpraxis und daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen

Antr
s. Arzt
Drs 13/4062

Einnahmen und Nutzungsentgelte an Universitätsklinika im ambulanten Bereich

Darlegung der o.g. Daten seit 2000 differenziert nach Kliniken und Abteilungen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Größenordnung der jeweiligen Einnahmen aus der Privatliquidation von Chefarzten mit Verträgen vor und nach 2002, Auswirkungen des Bonus-Systems, Anstrengung einer Neuregelung mit einer stärkeren Beteiligung der Assistenz- und Oberärzte?

Antr
s. Nebentätigkeit
Drs 13/4811

Honorarverteilung für ärztliche ambulante Leistungen - Auswirkungen des EBM 2000plus (Einheitlicher Bewertungsmaßstab) - Kassenzahnärztliche Vereinigung BW

Veränderung der Vergütung bei den verschiedenen Haus- und Facharztgruppen im vierten Quartal 2005 als Folge des o.g. neuen Honorarverteilungsmaßstabs, Frage nach der Ausgestaltung und Inanspruchnahme der von der KV beschlossenen Härtefallregelung zur Abmilderung der von der Honorarreform verursachten Einkommensminderungen, Beurteilung der zur Entscheidung der KV über einen Härtefallantrag geforderten Wirtschaftsdaten

KIAnfr Andreas Hoffmann CDU 18.04.2006 und Antw SM
Drs 13/5232

Asbest

s.a. Flammschutzmittel

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr
s. Schulgebäude
Drs 13/1029

Sanierung des asbestverseuchten Behördenzentrums in Heidelberg über ein PPP-Projekt

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7309 7310

Asien

s.a. Afghanistan
s.a. China
s.a. Indien
s.a. Japan
s.a. Naher Osten
s.a. Nordkorea
s.a. Taiwan
s.a. Thailand
s.a. Türkei

BW als Partner für eine Katastrophenregion in Südasien

Unterbreitung eines Vorschlags für eine Partnerschaft zum Wiederaufbau einer von der Flutkatastrophe stark betroffenen Region in Abstimmung mit der BReg, anderen BLändern und Kommunen in BW; Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle

Antr
s. Katastrophenhilfe
Drs 13/3950

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Mittelbereitstellung für humanitäre Hilfsmaßnahmen für die von der Flutkatastrophe in Asien betroffenen Menschen aus BW bzw deren Angehörige

s. Katastrophenhilfe
Drs 13/4009

Visa-Praxis und Auswirkungen auf BW

Erkenntnisse über die Einreise von Terroristen, insbes aus der Kaukasus-Region und Zentralasien, und Zunahme der Zwangsprostitution aufgrund der freizügigen Visaerteilung des Auswärtigen Amtes; Frage nach Aktivitäten der „Reiseschutz AG“ in BW

KlAnfr
s. *Sichtvermerk*
Drs 13/4082

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Dank für die große Solidarität, Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bürger und den Einsatz der Polizeibeamten; Eintreten für eine effektive Verwendung der Spenden für langfristig wirksame Projekte und Aufbaumaßnahmen; Ansiedlung der Koordinierungsstelle im WM, Bestimmung als Anlaufstelle zusammen mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit für die Hilfsorganisationen; Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/4085

Asienwissenschaft*Die Asienwissenschaften als Segment der so genannten „Kleinen Fächer“ an den Universitäten in BW*

Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission 1998 zur o.g. Fächerkonzentration an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen; Frage nach einer Prüfung des RH sowie nach bisher erfolgten Entscheidungen und Maßnahmen unter Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen; Umfang der Förderung aus einem Sonderprogramm, aus dritten und eigenen Quellen; Darlegung von Inhalten, Zielen und Beteiligten der „Kleine Fächer-Evaluation“ durch das StM und MWK

Antr Claus Wichmann u.a. SPD 10.04.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1993
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2703 S. 65 66
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

Asperg

s.a. *Hohenasperg*
s.a. *Vollzugskrankenhaus*

Umweltbelastungen durch die Aluminiumschmelze Bruch

Ergebnisse der Altlastenerkundung und -sanierung im Bereich des o.g. Unternehmens in Asperg, LKkreis Ludwigsburg; Umsetzung der in einem Gutachten bzw vom Gewerbeaufsichtsamt vorgeschlagenen Maßnahmen, Minimierung der Geruchsbelästigungen bei Schlackenabstichen und beim Verladen der Schlacken, Beseitigung der Mängel bei der Fassung und Lagerung von Öl-Wasser-Emulsionen?

KlAnfr
s. *Bruch GmbH, Asperg*
Drs 13/348

Flurbereinigungsverfahren Hohenasperg

Priorität des Verfahrens aufgrund des Zustands der Trockenmauern; Bereitschaft des LKreises, der Stadt Asperg sowie privater Grundstückseigentümer zur Kostenbeteiligung; Entscheidung über das vom Landesamt für Flurneuordnung und Landentwicklung vor fast zwei Jahren vorgelegte Sanierungskonzept

KlAnfr
s. *Hohenasperg*
Drs 13/1788

Flurbereinigung Hohenasperg

Intensität und Ergebnisse der Kartierung des Hohenaspergs, Erfassung der unverfugten Trockenmauern als § 24a-Biotop, Vorkommen von Mauereidechsen u.a. streng geschützten Arten, Konsequenzen für die Flurbereinigung; Beurteilung der Einstufung und Handhabung des Verfahrens durch das Landratsamt Ludwigsburg; Zustand und Erhaltungsmöglichkeiten der vorhandenen Mauern; Nutzung einer insektenfreundlichen Beleuchtung iRd Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Hohenasperg*
Drs 13/4025

Astronomie*Förderung einer Sternwarte eines Vereins durch die Zukunftsoffensive III*

Bereitstellung von 600.000 Euro für den Bau und Betrieb einer Sternwarte der Betriebsgemeinschaft Sternwarte Zollern-Alb, Rosenfeld-Brittheim e.V.; Höhe der Kofinanzierung durch die Stadt Rosenfeld, Frage nach den Gesamtkosten, nach einer Konzeption des Vereins und künftigen Nutzern

Antr Nils Schmid u.a. SPD 23.03.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3048
BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3348 S. 9
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Förderung einer Sternwarte in Rosenfeld aus Mitteln der Landesstiftung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4817

Asyl

s.a. *Asylrecht*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine VO des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/219

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen*

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/608

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; -Vorhaben von herausragender Bedeutung-
Geänderter Vorschlag für jeweils eine Richtlinie des Rates über
a) das Recht auf Familienzusammenführung
b) Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft*

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/1530

*Abschiebepaxis in BW
Zahlen von Abschiebungen aus vorangegangenem Kirchenasyl seit 2000*

Antr
s. Ausweisung
Drs 13/1762

*Vorübergehendes Verlassen des Geltungsbereichs der Aufenthaltsgestattung nach dem AsylverfahrensGes (AsylVfG)
Rechtslage, Gründe und Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Asylbewerber von der Residenzpflicht, Berücksichtigung psychischer Gründe, posttraumatischer Belastungszustände, der Nähe von engen Verwandten, Freunden etc; Beachtung der Vorgaben der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten*

KIAnfr Dr. Walter Caroli SPD 18.03.2005 und Antw IM Drs 13/4172

Bekämpfung des Asylmissbrauchs, Beschleunigung der Verfahren
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 54

Bekämpfung des Asylmissbrauchs, Beschleunigung der Verfahren
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 264 266-268 270 272

Beschleunigung der Asylverfahren, gegenseitiger Ausschluss von Anträgen auf Asyl und auf Zuwanderung, Entwicklung der Fallzahlen, Ablehnung des „kleinen Asyls“, Ersetzung des Asylgrundrechts durch eine Institutsgarantie

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 563 567 568 570 571 573-576 607

Kritik an der Anerkennung der geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung als Asylgründe

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877

Kritik an der Anerkennung der geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung als Asylgründe sowie der Gewährung erhöhter Leistungen nach dem BSHG nach drei Jahren Aufenthalt

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1286 1287 1294 1295

Regelung der Asylgesetzgebung auf europäischer Ebene nach dem Mehrheitsprinzip

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312 3314 3316 3322

Europäische Harmonisierung der Asylpolitik, Verständigung auf Mindestnormen zur Aufnahme von Asylbewerbern

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4847 4848 4850 4851

Asylantrag

s. Asyl

Asylbewerber

s.a. Asylbewerberleistungsgesetz
s.a. Ausländer
s.a. Landesarbeitskreis Integration

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine VO des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/219

Unterbringung von Asylbewerbern

Umsetzung der Vorschläge der Arbeitsgruppe des IM zu den erstattungsfähigen Kosten und einer flexibleren Handhabung der Mietermietverträge

Antr Inge Utzt u.a. SPD 25.09.2002 und Stellungnahme IM
Drs 13/1343
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 27
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; -Vorhaben von herausragender Bedeutung-
Geänderter Vorschlag für jeweils eine Richtlinie des Rates über*

a) das Recht auf Familienzusammenführung
b) Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/1530

Anschlussunterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen
Unterbringungszahlen und Höhe der Ausgabenerstattung an die Gemeinden nach dem FlüchtlingsaufnahmeGes 2001/2002

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 13/2354

*Zuweisungspauschale an die Land- und Stadtkreise zur Kosten-
deckung bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Spätaussied-
lern und Asylbewerbern*

Bewirkung einer Kostenüber- oder -unterdeckung bei den einzelnen Stadt- und LKreisen; Frage nach dem Zeitplan für die vorgesehene Umfrage und der daraus zu entwickelnden Neukonzeption der Pauschale

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 13/3859

*Vorübergehendes Verlassen des Geltungsbereichs der Aufent-
haltsgestattung nach dem AsylverfahrensGes (AsylVfG)*

Rechtslage, Gründe und Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Asylbewerber von der Residenzpflicht, Berücksichtigung psychischer Gründe, posttraumatischer Belastungszustände, der Nähe von engen Verwandten, Freunden etc; Beachtung der Vorgaben der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten

KlAnfr
s. *Asyl*
Drs 13/4172

Schulbesuch von Flüchtlingskindern in BW

Zahlen über den Schulbesuch der berechtigten Kinder von Asylbewerbern; Frage nach Fällen der Abweisung, des Fernbleibens sowie des Schulausschlusses und den dafür relevanten Kriterien; Übernahme der Kosten für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, für eine sonderpädagogische Betreuung in Sondereinrichtungen sowie für die intensive schulische Betreuung von (schwerst-)behinderten Kindern?

KlAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/4445

Einschränkung des Asylbewerberzugangs von Nichtverfolgten

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53 54

*Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen bei abge-
lehnten Asylbewerbern*

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 266-268 270 272

*Entwicklung der Asylbewerberzahlen seit 1998, Anerkennung
der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung als
Asylgründe*

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 570 571 573-576 607

*Kritik an der Anerkennung der nichtstaatlichen und geschlechts-
spezifischen Verfolgung als Asylgründe*

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877

*Ausschluss von Integrationsmaßnahmen für Asylbewerber; Kritik
an der Anerkennung der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifi-
schen Verfolgung als Asylgründe sowie der Gewährung erhöhter
Leistungen nach dem BSHG nach drei Jahren Aufenthalt*

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1230 1235 1286 1287 1294 1295

*Regelung der Asylgesetzgebung auf europäischer Ebene nach
dem Mehrheitsprinzip, Zahl der Asylbewerber in Deutschland
u.a. Ländern*

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312 3314 3316 3322

*Pauschalierung der Kostenerstattung für die Aufnahme von
Asylbewerbern an die Stadt- und LKreise, Feststellung einer Ab-
nahme der Zugangszahlen*

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4047-4054

Konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4192-4195 4198 4199 4201

*Pauschalierung der Kostenerstattung für die Aufnahme von
Asylbewerbern an die Stadt- und LKreise, Feststellung einer Ab-
nahme der Zugangszahlen*

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4523-4532

*Europäische Harmonisierung der Asylpolitik, Verständigung auf
Mindestnormen zur Aufnahme von Asylbewerbern*

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4847 4848 4850 4851

*Feststellung eines Rückgangs der Zuwanderung; konsequente
Abschiebung abgelehnter Asylbewerber; Einrichtung einer Här-
tefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes*

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5902 5904 5908 5909 5918

Asylbewerberleistungsgesetz

*Ges zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur
Änd des EingliederungsGes*

Vereinfachung der Ausgabenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler, Regelungen über den aufzunehmenden Personenkreis sowie zur Nutzung staatlicher Gemeinschaftsunterkünfte, Zuständigkeit der Aufnahmebehörden für die Bearbeitung von Widersprüchen nach dem Asylbewerberleistungsges und der Aufnahme- und EingliederungsgebührenVO, Bestimmungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 13/2711

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsges sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KlAnfr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3400

Asylrecht

*Vorübergehendes Verlassen des Geltungsbereichs der Aufent-
haltsgestattung nach dem AsylverfahrensGes (AsylVfG)*

Rechtslage, Gründe und Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Asylbewerber von der Residenzpflicht, Berücksichtigung psychischer Gründe, posttraumatischer Belastungszustände, der Nähe von engen Verwandten, Freunden etc; Beachtung der Vorga-

ben der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten

KlAnfr
s. *Asyl*
Drs 13/4172

Erhaltung des Asylrechts für politisch Verfolgte, Bekämpfung des Asylmissbrauchs

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53 54

Erhaltung des Asylrechts für politisch Verfolgte, Bekämpfung des Asylmissbrauchs

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260 261 264 266 268 270 272

Stärkere Berücksichtigung von Sicherheitsinteressen im Asylrecht

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363

Ablehnung des „kleinen Asyls“, Ersetzung des Asylgrundrechts durch eine Institutsgarantie

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 567 568 571 573-576 607

Kritik an der Aufnahme von geschlechtsspezifischer und nicht-staatlicher Verfolgung in das Asylrecht

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877

Kritik an der Aufnahme von geschlechtsspezifischer und nicht-staatlicher Verfolgung in das Asylrecht

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1286 1294 1295

Regelung der Asylgesetzgebung auf europäischer Ebene nach dem Mehrheitsprinzip

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312 3314 3316 3322

Asylverfahren

s. *Asyl*

Atemschutzgerät

Feuerwehrdienstvorschrift 7

Auswirkungen der von der IMK beschlossenen Vorschrift zur Reinigung und Desinfektion von Atemschutzgeräten auch nach reinen Übungen, Wahrnehmung dieser Aufgaben von den Stützpunktfeuerwehren, Zeitdauer der Wartungsarbeiten bzw. Notwendigkeit zur Beschaffung und Vorhaltung einer Zweitausstattung für die Gemeindefeuerwehren; Höhe der Investitions-, Wartungs- und Unterhaltungskosten der Feuerwehren

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 13/2161

Reinigung und Desinfektion der Atemschutzgeräte nach jeder Feuerwehrübung

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5483

Atomaufsicht

KKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche Reaktion der Betreiber, Prüfung atomaufsichtsrechtlicher Maßnahmen

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/283

Umgang mit schwerwiegenden sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im AKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche Reaktion bzw. Konsequenzen vonseiten der Atomaufsichtsbehörde und Betreiber, Beurteilung der Zuverlässigkeit nach dem AtomGes

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/287

Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II (KKP II)

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, Umgang mit Informationen und Einstufung der Vorkommnisse durch die Atomaufsichtsbehörde, Bewertung des Berichts der Betreiber und des als Gutachter zugezogenen TÜV, Einlassungen in der Sitzung der Reaktorsicherheitskommission; personelle und organisatorische Konsequenzen

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/314

Schwerwiegende Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unterschreitung der vorgeschriebenen Füllstände mit Reaktorkühlmittel vor dem Wiederaufstart der Anlage, Gründe und Auswirkungen dieser vom Betreiber über Jahre hinweg regelmäßig praktizierten Vorgehensweise, Konsequenzen aufseiten der Atomaufsichtsbehörde und Gutachter

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/352

Aufgabenerfüllung der Atomaufsicht in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 383-406

Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beurteilung von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung o.g. Gutachtergruppe; Konsequenzen in der Abteilung 7 des UVM, insbes. Entbindung des Leiters von seinen Aufgaben wegen Fehlentscheidungen im Umgang mit den Störfällen im Atomkraftwerk Philippsburg II

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/388

Arbeit der Atomaufsicht in BW

Überprüfung der Einhaltung rechtlich vorgegebener Sicherheitsstandards; rasche und sachgerechte Entscheidungen bei Mängeln, Vorfällen und Störfällen bzw. Weiterleitung von Meldungen an die zuständigen Ministerien, Ämter und Gremien; ggf. Einschaltung von Gutachtern; Beurteilung der Unabhängigkeit sowie von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atom-

aufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Frage nach Aktivitäten und Ergebnissen der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Einbeziehung von Experten des TÜV, Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der ILK

Antr SPD 07.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/422
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3728-3743

Überprüfung der Atomaufsicht in BW durch unabhängige Gremien

Rücknahme der Betrauung des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik

DringlAntr SPD 12.11.2001 Drs 13/437
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 578-597

Aufarbeitung gravierender sicherheitstechnischer Defizite im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unzureichende Befüllung der Flutbehälter beim Wiederanfahren seit 1985, Erfassung der entsprechenden Messdaten von Prozessrechnern, Überprüfung der Protokolle durch Sachverständige des TÜV, Ergebnisse dieser Überprüfungen sowie der Periodischen Sicherheitsüberprüfung der Betriebsführung; nochmalige Begutachtung dieser Vorgänge durch unabhängige Gutachter, Beachtung der Unabhängigkeit von Betreiberinteressen bei der künftigen Auswahl von Gutachtern der Aufsichtsbehörde, Verzicht auf die Dienste des TÜV

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/445

Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und Qualität der Atomaufsicht in BW

Aktuelle Debatte
s. *Nukleare Sicherheit*
PIPr 13/13 S. 578

Unzureichende fachliche Qualifikation auf der Leitungsebene des Atomkraftwerks Philippsburg

Bewertung des o.g. Verstoßes gegen die entsprechende Richtlinie, Gründe und Konsequenzen der Akzeptanz vonseiten der Atomaufsicht im UVM - auch nach den Verstößen gegen sicherheitstechnische Vorschriften, Beurteilung der Bedenken des BUMweltMin zu der vorgenommenen Zuweisung von Verantwortlichkeiten; Sicherstellung der Anwendung des Atomrechts durch die Atomaufsicht

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/483

Kraftwerksleitung im Kernkraftwerk Philippsburg

Leitung des KKW Philippsburg ohne die erforderliche Lizenz, Billigung vonseiten der Atomaufsicht bzw des Ministers? Relevanz des Sachverhalts bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit des Betreibers EnBW durch das WM

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/504

Qualitätssicherung bei der Atomaufsicht

Maßnahmen seit Bekanntwerden der Störfälle im KKW Philippsburg; Zeitpunkt der Einsetzung, Zusammensetzung und Auftrag der Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 11.12.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/553
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 52 53
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Einsetzung und Auftrag des UA „Fehler der Atomaufsicht in BW im Zusammenhang mit den meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 13/630

Zusammenlegung der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde

Bündelung der beiden Aufgabengebiete im UVM

Antr GRÜNE 16.01.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/632
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 20 21
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Konsequenzen aus dem schweren Störfall im AKW Brunsbüttel für das Atomkraftwerk Philippsburg I

Bewertung und Konsequenzen des Störfalles auf Landes- und Bundesebene; Maßnahmen der Atomaufsichtsbehörde, Prüfung einer vorübergehenden Stilllegung des KKW Philippsburg I?

Antr
s. *Störfall*
Drs 13/839

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolgutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterauschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr SPD 08.10.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1381
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3728-3743

Befüllung der Flutbehälter des Notkühlsystems im AKW Obrigheim

Konsequenzen aus den erst jetzt bekannt gewordenen Regelverstößen bei der Befüllung der Flutbehälter für die Atomaufsicht und Betreiber der Anlage

MdlAnfr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/1369

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Ablehnung einer Personalaufstockung in der Reaktorsicherheitsabteilung des UVM

ÄAntr GRÜNE 12.03.2003 Drs 13/1873-N 91 S. 160 161
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Fehler im Notkühlsystem von Druckwasserreaktoren

Beurteilung der o.g. Aussage der Pariser Atomaufsichtsbehörde ASN, Einschätzung des Risikos für die Druckwasserreaktoren hierzulande, Maßnahmen der Atomaufsicht des UVM

KlAnfr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/2830

Untergrund des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim GKN I und GKN II; hier: Konsequenzen aus dem Gutachten von Prof. Jentzsch

Zugrundegelegte Bodenklasse und Auslegung gegen Erdbeben in den bisherigen Gutachten und in der Genehmigung des KKW Neckarwestheim, Beurteilung der geforderten Nachmessungen aus der o.g. Untersuchung; Konsequenzen für die Atomaufsicht

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/4110

Sicherheitsmanagement und Pannen im Kernkraftwerk Philippsburg II und anderen Kernkraftwerken im Land

Funktion der Pumpen des Notkühlsystems; Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens der Sicherungsbolzen bei einem Störfall bzw Erdbeben in Philippsburg und bei anderen Kernkraftwerken; Zeitpunkt der Information und Reaktion der Atomaufsicht; Effizienz der Atomaufsicht bei der Verbesserung des Sicherheitsmanagements

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3038

Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraftwerke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckarwestheim (GKN II)

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Konsequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3044

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim II (GKN II) im Zuge des meldepflichtigen Ereignisses im Juli 2004

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen der schadhafte Bauteile; Zeitpunkt der Feststellungen und Mängelbehebungen des Betreibers und der Informationsweitergabe an die Atomaufsicht, Informationsfluss und Reaktionen innerhalb des Ministeriums, Gründe und Auswirkungen der Kommunikationsmängel zwischen den Beteiligten trotz der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3526

Atomaufsicht beim meldepflichtigen Ereignis vom 27.07.2004 im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim

Art und Zeitpunkt der Information des Ministeriums vom Betreiber über den Austritt von schwach radioaktiv verseuchtem Wasser in den Neckar, jeweilige Einstufung des Vorfalls, Art und Zeitpunkt der eingeleiteten Maßnahmen gegenüber dem Betreiber

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3539

Abweichungen vom genehmigten Zustand des Atomkraftwerks Neckarwestheim II (GKN II)

Feststellung o.g. Abweichungen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der jüngsten Störfälle, sicherheitsrelevante Funktionen dieser Anlagenkomponenten, Konsequenzen für die Betreiber und Aufsichtsbehörde

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3587

Nachhaltige Schädigung des Energiewirtschaftsstandorts BW

Klärung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der LReg zu der „Null-Toleranz-Strategie“ der EnBW in Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken, Frage nach Gesprächen zwischen den zuständigen Referenten und Ministern und deren Ergebnissen, Begründung des vom Wirtschaftsminister gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW erhobenen Vorwurfs der Aufstellung unwahrer Behauptungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/3740

Hintergründe der Entlassung des Anlagenleiters von GKN II und die Rolle des baden-württembergischen Umweltministeriums

Ablösung des Anlagenleiters aufgrund von Differenzen mit der EnBW-Führungsebene in sicherheitsrelevanten Fragen? Begründung der gegenteiligen Verlautbarungen des UVM; Umgang der Atomaufsicht bzw des Ministers mit dem Vorwurf von „Zweifeln an der Zuverlässigkeit“ von Herrn Dr. G.; Zuleitung der Gesprächsprotokolle über die Befragung des Betroffenen u.a. leitender GKN- bzw EnBW-Mitarbeiter an die Mitglieder des Umweltausschusses

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3806

Durchführung von so genannten Zufriedenheitsanalysen unter den Belegschaften von GKN und anderen Kernkraftwerken

Gründe für die o.g. Mitarbeiterbefragung der Atomaufsichtsbehörde, Frage nach Problemen innerhalb der Belegschaften und möglichen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit sowie nach Widerständen der Anlagen- bzw Konzernleitung gegen das Vorhaben

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3862

Sicherheitsmanagement und Personalpolitik im Kernkraftwerk Obrigheim im Zusammenhang mit der Entlassung eines Technikers

Frage nach Sicherheitsaspekten oder entsprechenden Äußerungen des Technikers als Grund für die Entlassung, Information bzw Aufklärungsmaßnahmen der Atomaufsicht

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/3866

Nachweislücken bei der Beherrschung des Kühlmittelverluststörfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II

Gründe für die Erkennung o.g. Defizite erst zum jetzigen Zeitpunkt und nicht bei der Aufarbeitung früherer Störfälle vonseiten der Gutachter, Betreiber und Aufsichtsbehörde; Bewertung des Sachverhalts von Vertretern des Bundesumweltministeriums und des UVM unter dem Gesichtspunkt eines funktionierenden Sicherheitsmanagements

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/3951

Mängel im Sicherheitsmanagement des Atomkraftwerks Philippsburg II (KKP II)

Zeitpunkt der Kenntnisnahme und Maßnahmen der Betreiberin zu den Nachweislücken bei der Beherrschung eines Kühlmittelverluststörfalls, Einholung externer Gutachten oder Stellungnahmen des Anlagenherstellers, Art und Zeitpunkt der Zusammenarbeit mit der Atomaufsichtsbehörde, Vereinbarkeit mit der angekündigten „neuen Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001, Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen gegenüber der EnBW

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/4081

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Kernkraftwerk Philippsburg II (KKP II) im Zusammenhang mit neuerlichen Sicherheitslücken

Kenntnisse des Anlagenleiters über die Beherrschbarkeit eines Kühlmittelverluststörfalls bereits im August 2004? Begründung und Rechtsgrundlage der Verweigerung von Auskünften gegenüber der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Bewertung der Internationalen Atomenergiebehörde, Heranziehung dieser Bewertung als Beleg für das korrekte Verhalten der EnBW durch den Minister im Plenum; Effizienz der Bemühungen um eine zeitnahe und vollständige Übermittlung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse zwischen Betreiber und Atomaufsicht sowie innerhalb des UVM

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/4096

Bundesaufsichtliches Gespräch zu Sicherheitsfragen im Kernkraftwerk Philippsburg

Anweisung des BUMweltministeriums an das UVM zur Abschaltung des o.g. Kernkraftwerks aufgrund schwerer Sicherheitsmängel? Verweisung von Minister Mappus auf diese gestellte Frage vonseiten der Landesvertreter und die verneinende Antwort iRd o.g. Besprechung; Verneinung einer Aufbringung dieser Frage nach schriftlicher Aussage von Bundesumweltminister Trittin; Beurteilung bzw Konsequenzen dieser widersprüchlichen Darstellung der beiden Minister

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/4123

Zusammenlegung der Atomaufsicht (Genehmigung und Aufsicht) in einem Ministerium

Zusammenlegung der bisherigen Zuständigkeiten im WM und UVM im Zuge der Regierungsneubildung

Antr SPD 18.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4171
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 18
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Schlüsselverlust im Kernkraftwerk Philippsburg und Informationspolitik von Betreiber und LReg

Art und Zeitpunkt des o.g. Verlusts, der Information und Reaktion der Betreiber und Atomaufsicht bzw der zuständigen Ministerien; Gründe für die Ausklammerung der Schlüsselsicherheit im Zuge der Überprüfung der Sicherheitsstandards und Informationsweitergabe im Nachgang der Vorfälle vom Sommer 2002

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/5223

Primäre Zuständigkeit des Landes für die Atomaufsicht, Einforderung von Maßnahmen zum Schutz der KKW vor Terroranschlägen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 485 486 488 489 492

Klärung der Zusammenlegung der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde in einem Gespräch zwischen den zuständigen Ministern

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 963

Zusammenlegung der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1109

Verhalten der Atomaufsicht im Fall des Plutoniumdiebstahls aus der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1209 1211 1212

Reaktionen der Atomaufsicht auf die Pannenserie in den Kernkraftwerken, Prüfung evtl sicherheitsrelevanter Umstände der Entlassung des Anlagenleiters von GKN II

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646 5649 5650 5655-5658 5660 5661 5663 5664 5667-5671

Zusammenlegung der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6024

Reaktionen der Atomaufsicht auf die Pannenserie in den Kernkraftwerken, Begutachtung des KKW Philippsburg durch die internationale Atomaufsicht, Ergebnisse der aufsichtlichen Gespräche mit dem BUMweltministerium

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6061 6062 6070-6072 6076 6077

Atomenergie

s. *Kernenergie*

Atomforschung

s. *Kernforschung*

Atomgesetz

s. *Atomrecht*

Atomkraftwerk

s. *Kernkraftwerk*

Atomkraftwerk Fessenheim

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Atomkraftwerk Philippsburg

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Atom Müll

s. *Radioaktiver Abfall*

Atomrecht

Unzureichende fachliche Qualifikation auf der Leitungsebene des Atomkraftwerks Philippsburg

Bewertung des o.g. Verstoßes gegen die entsprechende Richtlinie, Gründe und Konsequenzen der Akzeptanz vonseiten der Atomaufsicht im UVM - auch nach den Verstößen gegen sicherheitstechnische Vorschriften, Beurteilung der Bedenken des BUMweltMin zu der vorgenommenen Zuweisung von Verantwortlichkeiten; Sicherstellung der Anwendung des Atomrechts durch die Atomaufsicht

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/483

Zusammenlegung der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde

Bündelung der beiden Aufgabengebiete im UVM

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 13/632

Energiewende und Atomausstieg in BW

Energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/1118

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Auswirkungen der Atomrechtsnovelle des Bundes auf die Zielsetzungen in den Maßnahmefeldern Klimaschutz und Luftreinhaltung bis 2010; Zwischenergebnisse der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW

GrAnfr

s. *Umweltplan*

Drs 13/1853

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/2537

Au pair

s. *Haushalt (Lebensführung)*

Aufenthaltsberechtigung

s. *Aufenthaltsrecht*

Aufenthaltsurlaubnis

s. *Aufenthaltsrecht*

Aufenthaltsgesetz

s. *Aufenthaltsrecht*

Aufenthaltsrecht

s.a. *Arbeitsurlaubnis*

Richtlinie der EU betreffend den Status der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen

Verfahrensstand der o.g. Richtlinie, Position der BReg, Einschätzung des Potenzials an zusätzlicher Zuwanderung

Antr Hans Heinz u.a. CDU 14.08.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/178

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 10

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Abschiebungs-Moratorium für arbeitende Flüchtlinge

Regelungen für ein Bleiberecht von Ausländern in einem unbefristeten, anderweitig nicht vermittelbaren Arbeitsverhältnis einschließlich ihrer Angehörigen, wenn eine Mindestaufenthaltsdauer besteht, keine Leistungen nach dem BSHG oder dem Asylbewerberleistungsges bezogen werden und keine Ausweisungsgründe vorliegen; Eintreten für ein solches Moratorium auf Bundesebene bis zum Inkrafttreten eines Zuwanderungsges

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 13/242

Bewilligungspraxis für Aufenthaltstitel

Zahl der gestellten, abgelehnten und bewilligten Anträge auf Aufenthaltserlaubnis, -berechtigung, -bewilligung und -befugnis sowie Einbürgerung in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Stuttgart

KIAnfr Theresia Bauer GRÜNE 24.10.2001 und Antw IM Drs 13/361

Rückführung nach Ex-Jugoslawien

Zahlen zum Stand der Rückführung seit Ende des Bürgerkriegs, Einräumung eines Bleiberechts mit Rücksicht auf Arbeitgeberinteressen, Anteil von Arbeitsplatzwechseln nach Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsrechts

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 13/933

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte

Handlungsbedarf bei den Zulassungsvoraussetzungen zum Studium wie ausländer- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, finanzielle Absicherung des Studienaufenthalts, Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse einschließlich der Kosten für die vorbereitenden Sprachkurse; Bereitstellung von geeignetem Wohnraum; Kooperation zwischen den Hochschulverwaltungen, Ausländerbehörden und Studentenwerken

GrAnfr

s. *Ausländischer Student*

Drs 13/1072

Bestreben eines Verfahrens der LReg gegen das Ges zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern bzw sein Zustandekommen

Verzicht auf den Beitritt zu einer Klage anderer BLänder vor dem BVerfG

Antr

s. *Zuwanderung*

Drs 13/1164

Abschiebeschutz bei Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo

Voraussetzungen und Gegebenheiten für die zwangsweise Rückführung der o.g. Flüchtlingsgruppe noch in diesem Jahr; Stellenwert der Arbeitsplatzsicherung hierzulande

KlAnfr

s. *Flüchtling*

Drs 13/1229

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaf; Anteil von Inhaftierten wegen Verstößen gegen aufenthaltsrechtliche Bestimmungen nach dem AusländerGes; Behebung der vom RH beanstandeten Kommunikationsdefizite zwischen Ausländerbehörden und vollziehenden Dienststellen

Antr

s. *Ausweisung*

Drs 13/1762

Schutz von Minderheitsgruppen aus dem Kosovo

Ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesinnenminister und dem UNMIK-Sonderbeauftragten, Zulassung einer begrenzten zwangsweisen Rückführung von Angehörigen bestimmter Minderheitsgruppen; Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für die von der Rückführung nicht betroffenen Volksgruppen der Serben und Roma

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 13/2023

Abschiebeschutz für Osman P.

Würdigung der besonderen Umstände, insbes der Vorverurteilung auch durch das IM, im Falle des zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilten Terrorismusverdächtigen; Nutzung der Ermessensspielräume zur Haftverbüßung und Resozialisierung in Deutschland; Verzicht auf Abschiebung in die Türkei vor Abschluss der parlamentarischen Beratung aller evtl Schritte zur Aufenthaltsbeendigung

Antr

s. *Straftäter*

Drs 13/2066

Abschiebungen in BW

Zahl von Abschiebungen heranwachsender Flüchtlinge kurz vor ihrem Schul- oder Ausbildungsabschluss in den letzten fünf Jahren, Gestattung des Aufenthalts bis zur Erreichung des Abschlusses; Verzicht auf Abschiebung von beruflich und sozial integrierten Flüchtlingsfamilien mit einem langjährigen Aufenthalt bis zur Verabschiedung des ZuwanderungsGes

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 13/2955

Ungleichbehandlung bei der Berechnung von Abschiebekosten

Frage nach der Vorgehensweise bei der Rückforderung von Abschiebekosten bei ausgewiesenen Kindern, denen die Wiedereinreise gestattet wird

Antr

s. *Ausweisung*

Drs 13/3342

Aufenthaltsgewährung in Härtefällen und Einrichtung einer Härtefallkommission

Vorlage einer Rechtsverordnung mit o.g. Zielsetzung; Ermöglichung von Lösungen über das AusländerGes hinaus in besonderen humanitären Härtefällen; Regelungen über die Struktur, Zusammensetzung, Zuständigkeit und Rechte einer HFK; jährliche Berichterstattung gegenüber dem Ltg; Aussetzung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Einrichtung einer HFK bzw während eines Verfahrens

Antr

s. *Kommission*

Drs 13/3361

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Vorlage einer RechtsVO zur Einrichtung der o.g. Kommission nach dem AufenthaltGes: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl, der kommunalen Spitzenverbände, der Stabstelle des Ausländerbeauftragten u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen

Antr

s. *Kommission*

Drs 13/3978

Erlass einer RechtsVO über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23 a AufenthaltGes

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung der Einrichtung des o.g. Gremiums, Zahl und spätere Abarbeitung der zurückgestellten ausländerrechtlichen Petitionen und Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsrechten, Erfahrungen aus anderen BLändern; unverzügliche Einrichtung der Kommission: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen; jährliche Berichtsvorlage

Antr

s. *Kommission*

Drs 13/4130

Vorübergehendes Verlassen des Geltungsbereichs der Aufenthaltsgestattung nach dem AsylverfahrensGes (AsylVfG)

Rechtslage, Gründe und Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Asylbewerber von der Residenzpflicht, Berücksichtigung psychischer Gründe, posttraumatischer Belastungszustände, der Nähe von engen Verwandten, Freunden etc; Beachtung der Vorgaben der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten

KlAnfr

s. *Asyl*

Drs 13/4172

Humanitäres Aufenthaltsrecht nach dem Zuwanderungs-Ges/Abschaffung der Kettenduldungen

Zahl und Dauer von Duldungen differenziert nach Herkunftsländern der Betroffenen, Anteil von Abschiebungen in den letzten fünf Jahren, Umfang der Erteilung eines humanitären Aufenthaltsrechts seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes; Erlass von Anwendungshinweisen an die Ausländerbehörden zu den humanitären Regelungen des AufenthaltsGes mit Ermessensspielräumen zugunsten der Migranten

Antr GRÜNE 12.05.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4339

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Genitalverstümmelung verfolgen und abschaffen

Auswirkungen der verbesserten Rechtslage nach dem ZuwanderungsGes auf Entscheidungen von Behörden und Gerichten, Gewährung von Abschiebeschutz für die bedrohten Mädchen und Frauen, Darlegung der einzelnen Fälle bzw der Fälle von Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Kontext mit Genitalverstümmelung, der folgenden Ermittlungsverfahren und Gerichtsurteile; Informations- und Beratungsangebote für die potenziell Betroffenen sowie Aus- und Fortbildungsangebote für Ärzte, Hebammen, Psychologen und Sozialarbeiter; Umsetzung des gemeinsamen Konzepts von Bund und Ländern

Antr
s. Beschneidung
Drs 13/4381

Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach dem ZuwanderungsGes

Zahl der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge von bisher geduldeten Flüchtlingen; Anteil und Art der Bescheidung von Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen; Zahlen und jeweilige Begründung zum Entzug der Arbeitsgenehmigung, zur Verweigerung einer Berufsausbildung bzw der Zustimmung zur Aufnahme einer Beschäftigung

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 20.10.2005 und Antw IM Drs 13/4754

Humanitäre Bleiberechtsregelung für so genannte Altfälle

Eintreten für die o.g. Regelung auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe, Knüpfung an die Voraussetzung eines sechsjährigen Mindestaufenthalts, des eigenständigen Bestreitens des Lebensunterhalts, hier geborene und mittlerweile schulpflichtige Kinder sowie Strafunauffälligkeit

DringlAntr SPD 22.11.2005 Drs 13/4864
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7543-7552

Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge

Beurteilung der Antragsflut bei der Härtefallkommission bzw des hohen Anteils von Empfehlungen für ein Bleiberecht an den IM sowie der diesbezüglichen Vorschläge des Vorsitzenden der Kommission; Hinwirkung auf eine Altfallregelung für wirtschaftlich und sozial integrierte Flüchtlinge, insbes für Familien mit minderjährigen Kindern und unbegleitete Minderjährige, auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe

DringlAntr GRÜNE 23.11.2005 Drs 13/4866
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7543-7552

Ermessensspielräume bei Vergabe von Aufenthaltstiteln

Entbürokratisierung der Handhabung von § 25 AufenthG durch Zuerkennung eines größeren Ermessensspielraums der unteren

Ausländerbehörde gegenüber dem RegPräs?

KlAnfr Roland Weiß SPD 29.12.2005 und Antw IM Drs 13/5020

Bericht über die Anwendung des § 23 a des AufenthaltsGes (Aufenthaltsgewährung in Härtefällen) in BW

Mittlg IM 01.02.2006 Drs 13/5112

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Ersuchen der Härtefallkommission an das Innenministerium

Zahl und Art der Bescheidung der Härtefallersuchen seit Erstattung des Berichts über die Anwendung des § 23 a des AufenthaltsGes

KlAnfr Reinhold Gall SPD 18.05.2006 und Antw IM Drs 13/5244

Lockerung des Bleiberechts für die als Arbeitskräfte bewährten Bürgerkriegsflüchtlinge

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77

Kritik an der Befristung der Aufenthaltserlaubnis für Zuwanderer, Bezeichnung von Bürgerkriegsflüchtlingen als Gäste auf Zeit

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 268 269 271

Reduzierung der Aufenthaltstitel mit dem ZuwanderungsGes, Notwendigkeit der Wahrnehmung von Integrationsangeboten, Bleiberecht für ausländische Fachkräfte in Mangelberufen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 563 564 566-570 572-577

Verwirkung der Aufenthaltserlaubnis im Falle der Verweigerung der Teilnahme an Integrationsmaßnahmen; Aufenthaltsrecht bei geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1231 1237 1239 1240 1286 1294 1295

Eintreten des MinPräs im Europäischen Konvent für den Verbleib der Kompetenz für das Aufenthaltsrecht bei den Nationalstaaten

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2339

Höhergewichtung von Sicherheitsbelangen vor der Erteilung unbefristeter Aufenthaltstitel, Forderung bundesweit zwingender Regelanfragen bei Polizei- und Verfassungsschutzbehörden; Bleiberecht für ausländische Fachkräfte in Mangelberufen, Eintreten für eine gesteuerte Arbeitsmigration

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618 4620-4622 4626 4627

Ermöglichung der Aufenthaltsgewährung in Härtefällen durch eine Härtefallkommission

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5918

Verwirkung der Aufenthaltserlaubnis in Fällen von politisch motivierter Gewalt und Kriminalität; Zuerkennung des Aufenthaltsrechts für rechtmäßig hier lebende Ausländer

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414 6416

Vorschaltung einer zwingenden Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsgenehmigung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7008

Empfehlungen der Härtefallkommission für ein Bleiberecht von Flüchtlingen, Beklagung der Ablehnung vieler Fälle durch das IM bzw des erneuten Verschiebens einer Altfallregelung für sozial und wirtschaftlich integrierte Flüchtlinge

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7654 7662 7663

Schilderung von Fällen des erfolgreichen Eintretens des PetA für eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen, Evaluation der Härtefallkommission, Notwendigkeit einer Altfallregelung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7795 7798 7799 7802 7803

Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom

s. Verhaltensstörung

Aufsichtsrat

s.a. Vorstand

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/29

Aufsichtsratsstätigkeit des Wissenschaftsministers Prof. Dr. Peter Frankenberg bei der Firma „Wild Projects AG“

Bewertung der Vorwürfe des Insolvenzverwalters, rechtliche Konsequenzen einer erfolgreichen Klage auf Nichtigkeit der Kapitalerhöhung

KlAnfr

s. Frankenberg, Peter Prof. Dr. CDU

Drs 13/188

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte - Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit (Drs 12/1148 Ziff. 3)

Mittlg FM 31.08.2001 Drs 13/213

Mittlg FM 20.09.2002 Drs 13/1374

Mittlg FM 14.10.2003 Drs 13/2501

Mittlg FM 11.10.2004 Drs 13/3693

Mittlg FM 25.01.2006 Drs 13/5089

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschl des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg

s. Landesbeteiligung

Drs 13/678

Mayer-Vorfelder und der Aufsichtsrat der BW-Bank

Verzicht auf eine erneute Bestellung als Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr

s. Mayer-Vorfelder, Gerhard

Drs 13/884

Interessenkonflikte von Herrn Verkehrsminister Ulrich Müller in seiner Doppelfunktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Airpark GmbH und zuständiger Minister für den Flugverkehr

Darlegung der o.g. Interessenkollision an der Entscheidungskompetenz des Ministers bzw des nachgeordneten RegPräs Freiburg für die vom Mitkonkurrenten Black-Forest-Airport beantragte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bzw Passa-

gierfluggenehmigung für Lahr und die vom Baden-Airport dagegen erhobene Einrede; Verweisung auf die Niederlegung der Aufsichtsratsmandate durch den früheren MinPräs Filbinger und den hessischen MinPräs Koch bei ähnlichen Konstellationen; Frage nach entsprechenden Konsequenzen von Minister Müller

Antr

s. Minister für Umwelt und Verkehr

Drs 13/2442

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Appell an Verkehrsminister Müller zur Niederlegung seines Aufsichtsratsmandats beim Baden-Airport zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Antr

s. Flugplatz Lahr

Drs 13/3065

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate von Ministern und Ministerialbeamten

Darlegung o.g. Mandate bei Firmen, Stiftungen, Landesbetrieben u.a. Einrichtungen mit Landesbeteiligung; Form und Höhe der jeweiligen Vergütung

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 10.05.2004 und Antw FM

Drs 13/3196 (11 S.)

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/3401

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammensetzung, Wahl und Kompetenzen von Aufsichtsrat und Vorstand; Wahrnehmung der Funktion des Aufsichtsrats durch den bisherigen Hochschulrat

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 13/3640

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/4320

Die Rechtsauffassung der LReg über die Kompetenzkonkurrenz zwischen Aufsichtsrat/Hochschulrat/Universitätsrat und Senat an Hochschulen

Darlegung des letztendlich zuständigen Hochschulgremiums für die Entscheidung über die Bildung, Veränderung, Aufhebung und Zuordnung von Hochschuleinrichtungen; Verbindlichkeit des jüngsten Beschlusses des Senats der Universität Heidelberg über das Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die Vollzugskompetenz des Vorstands bzw Rektorats?

KlAnfr

s. Hochschule

Drs 13/4463

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/4954

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/5167

Aufwandsentschädigung

s. Entschädigung

Aufwandsentschädigungsgesetz

s. Entschädigung

Aufzugsanlage

Auswirkungen der BetriebssicherheitsVO (Aufzugsanlagen) auf die Wirtschaft

Notwendigkeit einer zusätzlichen sicherheitstechnischen Bewertung von Aufzügen infolge der o.g. VO, Höhe der Mehrkosten für die Unternehmen und Verwaltung, Bezifferung der Kosten für den Ltg

Antr

s. Arbeitsschutz

Drs 13/2286

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gerätesicherheits-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Sachverständige für Schleppaufzüge; Änd der Produktsicherheits-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Verweisung auf die Herstellung von energiesparenden Aufzugsmotoren durch eine Firma in Hohenlohe

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Verweisung auf die Herstellung von energiesparenden Aufzugsmotoren durch eine Firma in Hohenlohe

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7707 7718

Aulendorf

Auswirkungen der Angebotsreduzierungen auf der Bahnstrecke Aulendorf-Kißlegg-Memmingen

Fahrgastzahlen und Zugangebot 2005 und 2006, Begründung der Unterschreitung des landesweiten integralen Taktfahrplans bei gleichzeitiger Ausweitung auf vergleichbaren Strecken mit niedrigeren Fahrgastzahlen; notwendige Rahmenbedingungen zur Wiedereinführung des Studentakts

KlAnfr

s. Schienenverkehr

Drs 13/4634

Ausbildung

s.a. Ausbildungsabgabe

s.a. Ausbildungsabschluss

s.a. Ausbildungsförderung

s.a. Ausbildungsplatz

s.a. Auszubildender

s.a. Berufliche Bildung

s.a. Fortbildung

s.a. Studium

s.a. Vorbereitungsdienst

Einsparpotenziale durch Einführung öffentlich-rechtlicher Ausbildungsverhältnisse bei staatlichen Monopolausbildungsgängen

Darlegung der für die öffentliche Hand per Saldo erzielten Einsparungen durch Umwandlung des juristischen Vorbereitungsdienstes in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis sowie der weiteren Potenziale bei Übertragung der Reform auf andere staatliche Ausbildungsgänge im Bibliotheks-, Vermessungs-, Forst- und Verwaltungsdienst sowie beim Vorbereitungsdienst zum Lehramt; Auswirkungen auf die Betroffenen

Antr FDP/DVP 11.12.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1606

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3959-3965

Ausbildungs- und Prüfungsordnung

Personelle Versorgung der Krankenhäuser mit Ärztinnen und Ärzten

Entwicklung o.g. Daten, Einhaltung der geltenden Arbeitszeitregelungen, Umfang und Abgeltung von Überstunden, Gegenüberstellung der Studienanfängerzahlen und des künftigen Personalbedarfs, Notwendigkeit einer Überarbeitung der Ausbildungs- und Approbationsordnungen

Antr

s. Arzt

Drs 13/273

Erste Erfahrungen mit der novellierten Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung (GHPO II)

Ursachen der Verschlechterung der Ergebnisse, Auswirkungen der Beteiligung fachfremder Mitglieder in der Prüfungskommission; Revision der GHPO II angesichts der Erfahrungen aus der ersten Prüfungskampagne

Antr

s. Grund- und Hauptschullehrer

Drs 13/1079

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Änd der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienst sowie für den Straßenmeisterdienst

GesEntw

s. Straßenbauverwaltung

Drs 13/1372

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1489

Ges zur Änd heilberufsrechtlicher Vorschriften - Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.05.2001 (ABl. EG L 206 S. 1)

Umsetzung der Richtlinie im Heilberufe-KammerGes und im Gesetz zur Ausführung der EG-Richtlinie über eine spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin, Prüfung der Berücksichtigung von in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikationen von Ärzten und Zahnärzten, Aufnahme von Regelungen in die Weiterbildungsordnungen der Kammern

GesEntw
s. Kammer (Körperschaft)
Drs 13/1621

Entwurf der Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung vom 10.09.02; Bedeutung der Politikwissenschaft bzw Gemeinschaftskunde

Auswirkungen einer Streichung des Studienfachs Politikwissenschaft als Hauptfach für das Grund- und Hauptschullehramt, Stellenwert des Schulfachs Gemeinschaftskunde

Antr
s. Politische Bildung
Drs 13/1742

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Aufhebung der PrüfungsvergütungsVO Medizin sowie der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung

GesEntw
s. Haushaltsstrukturgesetz
Drs 13/1763

Unterricht mit Migrantenkindern

Zeitpunkt und Auswirkungen der Streichung der o.g. Pflichtveranstaltung in den Studienordnungen für die Studiengänge an den PH; Art der Vorbereitung künftiger Lehrer auf die spezifischen Anforderungen des Unterrichts mit Migrantenkindern

Antr
s. Schulunterricht
Drs 13/1817

Die Grundschule stärken; hier: Neukonzeption des Grundschulstudiums in der neuen GHPO I (Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung)

Bewertung und Konsequenzen der Stellungnahmen iRd Anhörungsverfahrens zu dem o.g. Entwurf; Berücksichtigung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Grundschule u.a. durch den Schulanfang auf neuen Wegen und die pädagogische Verzahnung mit dem Kindergarten; Kombinierbarkeit der zu einem Fächerverbund zusammengeschlossenen Fächer Musik, Kunst und Sport mit einem anderen Nebenfach; Zahl der Studierenden für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an den PH

Antr
s. Grundschule
Drs 13/1919

Ges über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (JAG)

Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung mit dem JAG bzw der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung, Aufteilung der Ersten juristischen Prüfung in eine universitäre Schwerpunktbereichs- und staatliche Pflichtfachprüfung

GesEntw
s. Jurist
Drs 13/2086

Reform der Erzieherinnenausbildung

Inkraftsetzung der novellierten Prüfungsordnung

Antr
s. Erziehungskraft
Drs 13/2295

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und zur Aufhebung heilberufsrechtlicher Vorschriften

Anpassung an die Rechtsauffassung der EU-Kommission, Regelung der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin als Weiterbildung im Gebiet Allgemeinmedizin, Berechtigung der in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikation zur Führung der allgemeinmedizinischen Gebietsbezeichnung sowie der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin zur Facharztbezeichnung Arzt für Allgemeinmedizin

GesEntw
s. Kammer (Körperschaft)
Drs 13/3092

Auswirkungen der neuen VO der LReg für die Fachschulen des Fachbereichs Sozialwesen der Fachrichtungen Jugend- und Heimerziehung, Heilerziehungspflege und Heilpädagogik (Sozialwesen FachschulVO) vom 30. März 2004

Höhe und Träger der finanziellen Mehrkosten infolge der o.g. Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung

KIAnfr
s. Berufsbildende Schule
Drs 13/3252

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung; Außerkrafttreten der FeststellungsprüfungsVO und der SporteingangsprüfungsVO

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Änd der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. Bauverwaltung
Drs 13/3720

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und des VersorgungsanstaltsGes

Übertragung der Ausgabe von elektronischen Heilberufsausweisen auf die Kammern; Änd der Regelungen zur Ethik-

kommission; Schaffung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung der Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten; Weiterentwicklung der Muster-Weiterbildungsordnung der Ärzte

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/4902

Das Fach Ethik in der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen

Aufnahme der ethisch-philosophischen Grundausbildung für alle Lehramtsstudierende in die neuen Prüfungsordnungen der PH; Gleichstellung des Fachs Ethik mit den Fächern evangelische und katholische Theologie/Religionspädagogik durch Aufnahme in alle vier Fächerverbände

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/4934

Kritik am Genehmigungsvorbehalt des Ministeriums für Studien- und Prüfungsordnungen

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2024

Aufnahme des Fachs Ethik in die Studien- und Prüfungsordnung für die PH; Novellierung der Prüfungsordnung für GHS-Lehrer

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2500 2506

Schulpädagogische Fundierung des Gymnasiallehrerstudiums mit der neuen Prüfungsordnung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2602-2604

Ausbildungsabgabe

Einführung einer Ausbildungsumlage zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Altenpflege

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 25.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1434
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 36 37
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2327

Ausbildungsfinanzausgleich in BW

Ausgestaltung und Grundsätze eines Ausbildungsfinanzausgleichs, Festlegung von Beitragsklassen in den einzelnen Handwerkskammerbezirken, maßgebliche Obergrenzen des Ertrags, Bewertung der Beitragsklassenfestlegung mit ihren unterschiedlichen Gewerbeertragsgruppen je Beitragsklasse

Antr Herbert Moser u.a. SPD 13.11.2003 und Stellungnahme

WM Drs 13/2614

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.05.2004 Drs 13/3239 S. 19 20

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Lehrstellenabgabe - ein falsches Instrument für mehr Ausbildungsplätze in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855-3871

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Zahl der vorhandenen und künftig notwendigen Ausbildungsplätze in der Altenpflege; Erlass einer RechtsVO auf Grundlage der o.g. Bestimmung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des Sozialministers u.a. Regierungsmitglieder

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 04.12.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2698

BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 24-26

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes, Anstreben von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 18.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3659

BeschlEmpf und Bericht SozA 03.03.2005 Drs 13/4312 S. 34 35

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Erste Erfahrungen mit der Umlage für die Ausbildung in der Altenpflege

Höhe und Wirkungen der seit Jahresbeginn von den ambulanten und stationären Diensten erhobenen Umlage in der Altenpflege- und Altenpflegehilfeausbildung, Entwicklung der Zahl von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit 2001, Ausgestaltung und Effizienz des Verfahrens zur Erhebung und Verrechnung der Mittel, Einrechnung der Umlage in die Heimpflegesätze bzw. Betreuungssätze der ambulanten Dienste? Höhe der Verwaltungskostenbeteiligung des KVJS

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 26.04.2006 und Stellungnahme SM Drs 13/5231

Zurückstellung der gesetzlichen Regelung der Ausbildungsumlage in der Altenpflegeausbildung bis zum Abschluss des Verfahrens beim BVerfG

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1325 1326 1331

Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe, Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2828 2845 2846 2848 2851 2852 2854 2855

Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3200 3202

Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe, Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519-3522 3525 3528

Einführung einer Ausbildungsumlage in der Altenpflegeausbildung

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3887-3889

Genugtuung über die Verhinderung einer Ausbildungsplatzabgabe

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4971 4973

Zusätzliche Lehrstellen durch den Ausbildungspakt auf Bundesebene, Verzicht auf eine Ausbildungsplatzabgabe

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5045 5047 5048 5054

Zustandekommen eines Ausbildungspakts auf Bundes- und Landesebene aufgrund des Druckpotenzials der Ausbildungsumlage

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5141 5142 5161

Bewertung einer Lehrstellenabgabe als überflüssig und bürokratisches Monstrum

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6033

Ausbildungsabschluss

s.a. Ausbildungs- und Prüfungsordnung

s.a. Hochschulabschluss

s.a. Schulabschluss

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Quote und Dauer von Arbeitslosigkeit der jüdischen Kontingentflüchtlinge im erwerbsfähigen Alter; Verbesserung der Voraussetzungen für die Anerkennung von Berufs- und akademischen Abschlüssen

GrAnfr

s. Juden

Drs 13/98

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt

Vergleich der o.g. Erfordernisse mit dem beruflichen Bildungssystem; Auswirkungen des hohen Anteils von ausländischen Jugendlichen ohne Berufsabschluss

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/834

Offenburger Modell

Beurteilung des o.g. Modells zur betrieblichen Ausbildung von schwächeren Jugendlichen, Zahl der Abschlüsse als Fachwerker und Geselle sowie von vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen, Vergleich mit anderen Modellen; Förderung der Übergänge in die duale Ausbildung durch flächendeckende Schulsozialarbeit an den Hauptschulen

Antr

s. Ausbildungsförderung

Drs 13/2141

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr

s. Berufsbildende Schule

Drs 13/2146

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs
Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

Antr

s. Ausbildungsplatz

Drs 13/2179

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr

s. Ausbildungsplatz

Drs 13/2327

Ausbildungsabbrecher

Zahl, Ursachen und Zeitpunkt von Ausbildungsabbrüchen bzw von Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss in den Jahren 1990, 1995, 2000 und 2001

Antr

s. Auszubildender

Drs 13/2335

Prüfertätigkeit von Berufsschullehrerinnen und -lehrern in Prüfungsausschüssen nach dem BerufsbildungsGes (BBiG)

Verweigerung der Mitwirkung von Berufsschullehrern in den Prüfungsausschüssen aufgrund der erneuten Erhöhung ihrer Unterrichtsverpflichtung, Gefährdung der nächsten Abschlussprüfung für Auszubildende; Anerkennung der Mitwirkung als Teil der Deputatsstunden

Antr

s. Berufsschullehrer

Drs 13/2528

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugendliche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr

s. Berufliche Bildung

Drs 13/3300

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Entwicklung der Zahl von Berufsschülern mit der Doppelqualifikation Berufsabschluss und Fachhochschulreife sowie mit Fremdsprachenzertifikat in den letzten fünf Jahren differenziert nach Berufen, Zielvorgaben für die nächsten Jahre, Angebot von Fremdsprachenunterricht für alle Berufsschüler; Ermöglichung

eines Studiums für Meister, Fachwirte u.a. qualifizierte Berufstätige ohne Eignungsprüfung nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3562

Schulversuche „Teilqualifikation im Berufsvorbereitungsjahr“ und „Praktikantenklasse Einstiegsqualifizierung“

Verfügbare personelle und räumliche Ressourcen zur Einrichtung der beiden Schulversuche zusätzlich zu den bestehenden BVJ-Klassen, Voraussetzungen für die Teilnahme und Zuschussung durch den Bund; Frage nach Schwerpunkten und Abschlüssen sowie Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses an die teilnehmenden Praktikumsbetriebe und Jugendlichen

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/3685

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufsschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen Altersjahrgangsgröße

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3908

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/4089

Schulische Bildung im Strafvollzug nach der Kürzung der Mittel für Träger des Zweiten Bildungswegs

Auswirkungen des Wegfalls von Realschulkursen auf die darauf aufbauenden Berufsausbildungsmöglichkeiten, betroffene Anstalten und Kurse; Erhaltung der Bildungsangebote und Wege zum Erreichen von Bildungsabschlüssen im Strafvollzug

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 13/4173

Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur

Beurteilung der Forderungen von Kammern und Verbänden der Arbeitgeber nach Zulassung von besonders qualifizierten Berufstätigen auch ohne Abitur und Eignungsprüfung zum Studium an Fachhochschulen und Universitäten sowie der dazu angeführten Argumente; Gewährung eines grundsätzlichen Fachhochschulzugangs für Absolventen mit Gesellenbrief sowie eines uneingeschränkten Hochschulzugangs für Meister und Fachwirte

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/4336

Ges zur Änd des LHochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses

GesEntw

s. *Hochschule*

Drs 13/4486

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw

s. *Hochschule*

Drs 13/4528

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsVO im Einvernehmen mit dem Landesauschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/4607

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw

s. *Hochschule*

Drs 13/4732

Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48 49

Ermöglichung von Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1824

Ermöglichung von Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen, Angebot der zweijährigen Werker Ausbildung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2846-2848 2850 2851 2853-2855

Anteil von Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss in BW

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3615

Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3860-3862 3865-3867

Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4297 4298

Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5051-5053

Anerkennung der an beruflichen Vollzeitschulen erbrachten Leistungen bei den beruflichen Abschlussprüfungen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6293 6294 6296

Ausbildungsförderung

s.a. Begabtenförderung

s.a. Graduiertenförderung

s.a. Jugendagentur

s.a. Jugendberufshelfer

Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/125

Unterstützung der großen Reform des Meister-BAföG der BReg durch die LReg

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 26.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/130

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.10.2001 Drs 13/358 S. 5 6

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung der Übergänge von der Schule in den Beruf

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/248

Ausbildungsplätze in BW

Darlegung der jeweiligen Lehrstellenbilanz seit 1997, Stimulanz der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft; Reduzierung der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Aufstockung der Zahl von Ausbildungsstellen im Landesbereich einschließlich der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, Mittelbereitstellung für die überbetriebliche Ausbildung

Antr

s. Ausbildungsplatz

Drs 13/1260

Förderung der Meisterausbildung

Entwicklung der Zahl von Meister-BAföG-Anträgen seit 1998

MdlAnfr 1) Mario Capezzuto SPD 07.10.2002 Drs 13/1369
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2001 2002

Aufnahme der LDT Nagold in den Kreis der Ersatzschulen nach dem AufstiegsfortbildungsförderungsGes (AFBG)

Aufnahme der Lehranstalt des deutschen Textileinzelhandels in den Kreis der gleichgestellten Ersatzschulen, Hinwirkung auf Erlass der entsprechenden RechtsVO durch die BReg

KlAnfr

s. Berufsbildende Schule

Drs 13/1418

Ausbildungsfähigkeit von Hauptschulabsolventen

Zahl der Schüler ohne Abschluss seit 1998, Förderprogramme von Unternehmen für Absolventen mit mangelnder Qualifikation, Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hauptschulen

KlAnfr

s. Berufliche Bildung

Drs 13/2020

Mischfinanzierung Hochschule und Forschung; hier: BAföG

Höhe der o.g. Leistungen von Bund und Land seit 1993 und des jeweiligen Verwaltungsaufwands; Beurteilung des Vorschlags einer alleinigen Zuständigkeit des Bundes

Antr GRÜNE 05.06.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2140

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6734-6742

Offenburger Modell

Beurteilung des o.g. Modells zur betrieblichen Ausbildung von schwächeren Jugendlichen, Zahl der Abschlüsse als Fachwerker und Geselle sowie von vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen, Vergleich mit anderen Modellen; Förderung der Übergänge in die duale Ausbildung durch flächendeckende Schulsozialarbeit an den Hauptschulen

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 05.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2141

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 10-13

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Maßnahmen gegen eine Ausbildungslücke in BW

Entwicklung der Ausbildungsquote nach Betrieben und Branchen seit 2000; Hinwirkung auf mehr Ausbildungsplätze bei ausbildungsfähigen Betrieben und beim Land selbst

Antr

s. Ausbildungsplatz

Drs 13/2142

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr

s. Ausbildungsplatz

Drs 13/2327

Haushalt 2004; Epl 14

Einsparungen durch Verwaltungsvereinfachungen bei der Durchführung der BAföG-Verfahren

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-9 S. 47
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Keine Kürzungen beim BAföG für Zweiten Bildungsweg

Erwartete Einsparungen mit der eingebrachten Bundesratsinitiative zur Vereinfachung des BAföG-Verfahrens; Verzicht auf die darin enthaltene Herabsetzung der Förderungsaltersgrenze und den Wegfall der elternunabhängigen Förderung für Auszubildende an Kollegs und Abendgymnasien

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 29.01.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2872

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 18.03.2004 Drs 13/3093 S. 57 58

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugendliche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr

s. Berufliche Bildung

Drs 13/3300

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie in den Unternehmen und Betrieben des Landes

Bereitstellung der iRd Ausbildungsplakts auf Bundesebene verabredeten neuen Ausbildungsplätze durch die Unternehmen in BW, Einbeziehung der Gewerkschaften, Ermittlung des spezifischen regionalen Bedarfs, Erhöhung der Fördermittel für die überbetriebliche Ausbildung und Verbundausbildung, Ausbau der schulischen Ausbildungsangebote entsprechend der Nachfrage, Förderung von benachteiligten Jugendlichen nach dem „Offenburger Modell“

Antr

s. Berufliche Bildung

Drs 13/3326

Datenabgleich bei BAföG-Empfängern

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen, Umgang mit den verdächtig erscheinenden Fällen, Kriterien für die Erstattung von Anzeige, Tatbestände für eine strafrechtliche Verfolgung bzw Verurteilung; Schaffung von Regelungen für eine einheitliche Vorgehensweise der Staatsanwaltschaften; Anstöße für eine grundsätzliche Reform der Ausbildungsförderung i.S.e. elternunabhängigen Förderung

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 30.07.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3474

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 51 52

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des AusführungsGes zum BAusbildungsförderungGes; Außerkrafttreten der VO zur Wahl der Mitglieder der Förderungsausschüsse nach dem BAföG

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 13/3640

Jugendberufshelfer und -helferinnen

Effizienz der Jugendberufshelfer zur Unterstützung von Jugendlichen aus den Haupt- und Förderschulen bei der beruflichen Integration; Entwicklung der Finanzierungsanteile des Landes und der anderen Träger seit Einführung im Jahr 2000; Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit Kammern und Betrieben

Antr

s. Jugendberufshelfer

Drs 13/3737

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/4022

Projekt „Sprungbrett“

Standorte, Träger, Finanzierung und Erfolg des o.g. Projekts zur Förderung der Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; finanzielle Perspektiven nach Ausschöpfung der Fördermittel

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 24.02.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4095

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 37

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Aufhebung der Regionalisierung im Rahmen der ESF-Ziel-3-Förderung

Möglichkeiten einer Sicherung der „Sprungbrett“-Projekte an Hauptschulen bis zum Ende der Förderperiode 2006

Antr

s. Europäischer Sozialfonds

Drs 13/4161

Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife von Schülern an Hauptschulen in der 8. und 9. Klasse

Erschöpfung der Mittel des o.g. Programms bereits nach einem Jahr, Bewertung des Erfolgs bzw der Möglichkeiten zur Weiterführung der Projekte

KIAntr Jürgen Walter GRÜNE 24.03.2005 und Antw WM Drs 13/4186

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Zeitraumen und inhaltliche Ausgestaltung o.g. Pläne, gutachtliche Klärung der Probleme, Auflösung der widersprüchlichen Aussagen zum BAföG, Befreiung der BAföG-Bezieher von Studiengebühren, Orientierung an den verabredeten Eckpunkten der unionsregierten Länder? Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Beteiligung der Studenten an der Mit-

telvergabe, Auflage eines neuen Solidarpakts ab 2007, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW, Sicherung der Sozialverträglichkeit, Ausbau des Stipendienwesens in Kooperation mit Wirtschaft und Stiftungen

Antr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/4250

Studiengebühren; hier: BundesausbildungsförderungsGes (BAföG)

Entwicklung der Zahl von BAföG-Empfängern vor und nach der Umstellung auf Darlehen bzw nach der Wiedereinführung der Förderung und Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenze der Eltern; Gründe für die Streichung der Gebührenbefreiung für BAföG-Höchstempfänger; Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den einzelnen Hochschularten und -standorten; Darlegung der Daten zur Entwicklung des Stipendienwesens seit 1995

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 04.08.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4588
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 62-65
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsVO im Einvernehmen mit dem Landesauschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr
s. Berufliche Bildung
Drs 13/4607

Studiengebühren; hier: Verwaltungskosten

Ergebnisse der Erhebung der zusätzlichen Personal- und sonstigen Verwaltungskosten bei der Administration der Studiengebühren unter Heranziehung der neuen Steuerungsinstrumente, Vergleich mit dem Aufwand zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen, Anteil der uneinbringlichen rückzahlbaren BAföG-Darlehen, Auswirkungen der Privatinsolvenz, erwartete Ausfallquote bei den Studienkrediten bzw Höhe des Gesamtausfalls der Studiengebühren für die Hochschulen; Umsetzung des Versprechens zur vollen Verwendung des Studiengebührenaufkommens zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

Antr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/4739

Ausbildungsleistung des Handwerks, Reduzierung der Kürzung für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit für das novellierte Meister-BAföG

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 766-769 771-775

Erhöhung des BAföG, Schaffung besserer Studienbedingungen; Rücknahme der Kürzung für die überbetriebliche Ausbildung im Handwerk

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803 807 808

Ausbildungsförderung für schwächere Hauptschüler und benachteiligte Jugendliche

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1229 1234

Ausbau des Angebots der Werkerausbildung; Motivierung von mehr Mädchen für naturwissenschaftlich-technische Berufe iRd Berufsberatung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1824 1857

Entwicklung der Zahl von Meister-BAföG-Förderungen am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1992 1994 2001 2002

Ausbildungsförderung für schwächere Hauptschüler und benachteiligte Jugendliche, Verweisung auf die Vielfalt und Qualität der beruflichen Bildungsangebote in BW, Ermöglichung der zweijährigen Werkerausbildung, Förderung der Verbundausbildung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809-2811 2828 2830 2845-2855

Erinnerung an die Wiederanhebung der BAföG-Beträge durch die rot-grüne BReg

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3073

Inanspruchnahme des Förderinstruments Meister-BAföG, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3666 3667 3670 3672

Inanspruchnahme des Förderinstruments Meister-BAföG; Ermöglichung von zweijährigen Ausbildungswegen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4293 4297 4298

Ausweichen der Studenten an den Verwaltungsfachhochschulen auf BAföG im Falle einer Externalisierung und des Wegfalls der Anwärterbezüge

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4891 4892

Kritik an der Mittelkürzung für die Ausbildungsförderung im Mittelstand; Verbesserung der Ausbildungsreife von Schulabgängern

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5869 5870 5878 5891 5892 5896

Zunahme der Studierendenzahlen mit dem verbesserten BAföG, Befreiung der BAföG-Empfänger von den Studiengebühren

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5964 5965 5967 5970 5975

Zunahme der Studierendenzahlen aus einkommensschwachen Familien mit dem verbesserten BAföG, Verweisung auf die Rückzahlungsverpflichtung

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6881-6883

Notwendigkeit einer Befreiung der BAföG-Empfänger von den Studiengebühren; Entwicklung der Studierendenzahlen aus einkommensschwächeren Familien nach der Einführung bzw Umstellung des BAföG auf Darlehensbasis

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7315 7318 7319

Beklagung des Wegfalls von BAföG für Studenten aus Mittelsstandsfamilien sowie der zusätzlichen Belastung mit Studiengebühren, Erinnerung an die abschreckende Wirkung der Umstellung des BAföG auf Vollarlehen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7493 7494 7499 7501 7507 7513

Beklagung des Wegfalls von BAföG für Studenten aus Mittelsstandsfamilien sowie der zusätzlichen Belastung mit Studiengebühren, Verweisung auf die Verschuldungsobergrenze von 15.000 Euro

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7591 7593-7595

Ausbildungslehrer

Lehrtätigkeit von Rektoren und Rektorinnen von GHS an Lehrerseminaren

Art und Umfang der Ausübung o.g. Lehrtätigkeit, Auswirkungen dieser Doppelbelastung auf die Qualität der Schulleitung

KlAnfr
s. Schulleiter
Drs 13/648

Vergütung von Ausbildungslehrer/innen als Teilzeitkräfte

Fehlbedarf an o.g. Lehrkräften zur Begleitung des Fachpraktikums für Studierende der PH ab dem 3. Semester; Gleichstellung der Lehrkräfte mit vollem Deputat und Teilzeitdeputat bei der Stellenzulage u.a. Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten Ausbildungslehrer

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 27.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1711
BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 27
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung

Antr
s. Arbeitszeit
Drs 13/3816

Veränderungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung; Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Integration des Anfangsunterrichts in die Fächer Deutsch und Mathematik; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung; Anstreben einer einvernehmlichen Lösung mit dem Hauptpersonalrat auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenbeschreibung

Antr
s. Arbeitszeit
Drs 13/3941

Ausbildungsordnung

s. Ausbildungs- und Prüfungsordnung

Ausbildungspakt

s. Berufliche Bildung

Ausbildungsplatz

s.a. Ausbildungsstätte
s.a. Freiwilliges ökologisches Jahr
s.a. Soziales Jahr
s.a. Studienplatz

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen seit 1996, notwendige Änd am System der Arbeitsvermittlung

GrAnfr
s. Heilbronn-Franken, Region
Drs 13/1211

Ausbildungsplätze in BW

Darlegung der jeweiligen Lehrstellenbilanz seit 1997, Stimulation der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft; Reduzierung der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Aufstockung der Zahl von Ausbildungsstellen im Landesbereich einschließlich der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, Mittelbereitstellung für die überbetriebliche Ausbildung

Antr SPD 15.08.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1260
EAntr CDU und FDP/DVP 16.07.2003 Drs 13/2270
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3368 (abgesetzt)
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3518-3528
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.11.2003 Drs 13/2675 S. 16-19
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Einführung einer Ausbildungsumlage zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Altenpflege

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes

Antr
s. Ausbildungsabgabe
Drs 13/1434

Tourismusentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

Antr
s. Fremdenverkehr
Drs 13/1461

Tourismusentwicklung in der Region Ostwürttemberg

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

KlAnfr
s. Fremdenverkehr
Drs 13/1795

Maßnahmen gegen den drohenden Lehrstellenmangel in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2844-2855

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/2091

Maßnahmen gegen eine Ausbildungslücke in BW

Entwicklung der Ausbildungsquote nach Betrieben und Branchen seit 2000; Hinwirkung auf mehr Ausbildungsplätze bei ausbildungsfähigen Betrieben und beim Land selbst

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 05.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2142 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 10-13

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 13/2146

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

ÄAntr GRÜNE 24.06.2003 Drs 13/2179

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3152-3162

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW*

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2327

(21 S.)

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5298 (abgesetzt)

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5464-5474

Lehrstellenabgabe - ein falsches Instrument für mehr Ausbildungsplätze in BW

Aktuelle Debatte

s. *Ausbildungsabgabe*

PIPr 13/55 S. 3855

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Zahl der vorhandenen und künftig notwendigen Ausbildungsplätze in der Altenpflege; Erlass einer RechtsVO auf Grundlage der o.g. Bestimmung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des Sozialministers u.a. Regierungsmitglieder

Antr

s. *Ausbildungsabgabe*

Drs 13/2698

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie den Unternehmen und Betrieben des Landes

Angebot von Ausbildungsstellen in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis für bis zu fünf Jugendliche im Ltg sowie von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in den o.g. Bereichen

Antr SPD 10.12.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2721

ÄAntr SPD 30.06.2004 Drs 13/3326

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5043-5054

Falsche Lehrstellenbilanz des WM

Zeitpunkt der Information des WM über die fehlerhaften Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung sowie der Veröffentlichung; Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Falschinformationen

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 05.03.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2980

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 12 13

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Gefährdung von Ausbildungsplätzen bei den Vermessungsämtern durch die Verwaltungsreform

Zahl der bisher und künftig angebotenen Ausbildungsplätze sowie der jährlichen Übernahmen in den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst; Hinwirkung auf Erhaltung des Angebots und der Qualität der Ausbildung auch nach Übergang der Aufgaben auf die Stadt- und LKreise

Antr

s. *Vermessungswesen*

Drs 13/3182

Bewertung des Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs aus Sicht des Landes BW

Auswirkungen des o.g. Ausbildungspakts der BReg und Spitzenverbände auf den Lehrstellenmarkt in BW, Ableitung verbindlicher Ansprüche auf die Schaffung neuer Ausbildungsplätze?

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3299

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugend-

liche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3300

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie in den Unternehmen und Betrieben des Landes

Bereitstellung der iRd Ausbildungsplakts auf Bundesebene verabredeten neuen Ausbildungsplätze durch die Unternehmen in BW, Einbeziehung der Gewerkschaften, Ermittlung des spezifischen regionalen Bedarfs, Erhöhung der Fördermittel für die überbetriebliche Ausbildung und Verbundausbildung, Ausbau der schulischen Ausbildungsangebote entsprechend der Nachfrage, Förderung von benachteiligten Jugendlichen nach dem „Offenburger Modell“

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3326

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirtschaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr
s. *Abiturient*
Drs 13/3635

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes, Anstreben von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/3659

Aussagekraft der Ausbildungsstatistik

Zahl der von den Unternehmen iRd Ausbildungspakts zusätzlich angebotenen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Anteil von Jugendlichen ohne Interesse an einer betrieblichen Ausbildung oder alternativ angebotenen Einstiegsqualifizierung, Auswirkungen der fehlenden Meldepflicht einer erfolgreichen Lehrstellensuche auf anderem Wege bei den Arbeitsagenturen; Möglichkeiten einer Präzisierung der o.g. Statistik

GrAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3776

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4089

Bestand und Bewertung betrieblicher Einstiegsqualifikationen

Zahl der geschaffenen und besetzten Plätze iRd Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in BW, Anforderungen des Programms und der Unternehmen gegenüber den Jugendlichen, Zahl der zu erwartenden Abschlüsse eines Ausbildungsvertrags; Gleichstellung des Jahres in der betrieblichen Einstiegsqualifikation und der damit verbundenen Vorbereitung auf einen anerkannten Ausbildungsberuf mit dem Besuch des BVJ

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4184

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsVO im Einvernehmen mit dem Landesauschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr

s. Berufliche Bildung
Drs 13/4607

Erste Erfahrungen mit der Umlage für die Ausbildung in der Altenpflege

Höhe und Wirkungen der seit Jahresbeginn von den ambulanten und stationären Diensten erhobenen Umlage in der Altenpflege- und Altenpflegehilfeausbildung, Entwicklung der Zahl von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit 2001, Ausgestaltung und Effizienz des Verfahrens zur Erhebung und Verrechnung der Mittel, Einrechnung der Umlage in die Heimpflegesätze bzw. Betreuungssätze der ambulanten Dienste? Höhe der Verwaltungskostenbeteiligung des KVJS

Antr
s. Ausbildungsabgabe
Drs 13/5231

Feststellung einer ausgeglichenen Lehrstellenbilanz in BW
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44

Feststellung einer ausgeglichenen Lehrstellenbilanz in BW
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 84

Feststellung einer ausgeglichenen Lehrstellenbilanz seit 1997
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 160 162

Feststellung eines Überhangs an Ausbildungsplätzen in BW, Ankündigung eines Bündnisses für Ausbildung
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 505 509

Feststellung einer ausgeglichenen Lehrstellenbilanz seit 1997
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 954 956

Chancen von Hauptschulabsolventen und von Absolventen des BVJ auf einen Ausbildungsplatz, Zahl von offenen Stellen im Bereich der IHK Region Stuttgart
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1364 1365 1372 1373 1375

Feststellung eines Mangels an Ausbildungsplätzen bzw eines Rekordzulaufs der beruflichen Vollzeitschulen, Notwendigkeit einer Steigerung des Ausbildungsplatzangebots
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2828 2845-2855

Ausbildungsplatzchancen von Hauptschulabsolventen, Abwendung einer drohenden Lehrstellenkatastrophe
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2992-2996 2998

Feststellung eines Mangels an Ausbildungsplätzen bzw eines Rekordzulaufs der beruflichen Vollzeitschulen, Notwendigkeit einer Steigerung des Ausbildungsplatzangebots
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3200-3203 3206-3209

Ausbildungsperspektiven auch für schwächere Jugendliche im Handwerk
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3349 3351-3353 3358 3359

Chancen von Absolventen des BVJ auf einen Ausbildungsplatz
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3421

Chancen der Schulabgänger auf einen Ausbildungsplatz, Feststellung einer ausgeglichenen Lehrstellenbilanz in BW
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4277 4297 4298

Lob für den Ausbildungspakt auf Landes- und Bundesebene, Bereitstellung der zusätzlichen Ausbildungsplätze durch die Wirtschaft

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4971 4973

Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen, Erfolgsbewertung des Ausbildungspakts auf Landes- und Bundesebene

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5135 5141 5142 5160 5161

Erfolgsbewertung des Ausbildungspakts auf Bundes- und Landesebene, Erwartung einer Schließung der Lehrstellenlücke bis zum Jahresende, Anmahnung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung und beim Ltg

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5464-5474

Chancen der Schulabgänger auf einen Ausbildungsplatz, Feststellung einer ausgeglichenen Lehrstellenbilanz in BW

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5870 5882 5883 5892

Rückgang des Lehrstellenangebots, Zulauf der beruflichen Vollzeitschulen, Ausbildungsreife von Schulabgängern, Erfolgsbewertung des Ausbildungspakts auf Landesebene, Bewährung des Instruments der Lehrstellenwerber

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5987 6003 6004 6016 6021 6026 6032 6033

Beklagung der Ausbildungsplatzsituation, Verweisung auf die Schuldigen für die gesamtwirtschaftliche Misere in Berlin

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6291-6296 6330

Notwendigkeit von mehr Wachstum für mehr Ausbildungsplätze, Chancen der Schulabgänger auf einen Ausbildungsplatz

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6480 6496

Beklagung der Ausbildungsplatzsituation, Feststellung einer jährlich steigenden Zahl von unversorgten Bewerbern; Lob für die Ausbildungsbereitschaft der Gastronomie

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7396 7447 7448

Chancen der Schulabgänger auf einen Ausbildungsplatz, Lob für die Ausbildungsbereitschaft der Gastronomie, Abbau überholter Jugendschutzvorschriften

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7943 7948 7951 7954 7962

Ausbildungsplatzabgabe

s. Ausbildungsabgabe

Ausbildungsstätte

s.a. Ausbildungsplatz

Handwerkspolitik in BW

Förderung der Bildungs- und Technologiezentren, Weiterentwicklung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

Antr
s. Handwerk
Drs 13/46

Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung

Berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote von privaten Trägern, Handwerkskammern, IHK, Berufsschulen und Volkshochschulen; Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsträgern, Zusammenschluss von überbetrieblichen Bil-

dungsstätten

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/495

Fehlende Haushaltsmittel zur Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks

Kürzung der Haushaltsmittel, Bereitstellung von 15 Mio Euro iRd Zukunftsoffensive III für gemeinnützige Vorhaben, Stellungnahmen der Handwerkskammern und des Handwerkstags, Vergleich des Angebots an Werkstatt- und Theorieplätzen mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel in einem Nachtrag zum Hpl 2002/03

Antr SPD 01.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1120

Antr CDU und FDP/DVP 25.06.2003 Drs 13/2187

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3200-3209

Mittlg LReg 08.12.2003 Drs 13/2710

Ausbildungsplätze in BW

Darlegung der jeweiligen Lehrstellenbilanz seit 1997, Stimulanz der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft; Reduzierung der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Aufstockung der Zahl von Ausbildungsstellen im Landesbereich einschließlich der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, Mittelbereitstellung für die überbetriebliche Ausbildung

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/1260

Situation der Industrie- und Handwerkskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der Bildungszentren des Handwerks, Beurteilung einer Rückübertragung hoheitlicher Aufgaben auf den Staat, Festhalten am gesetzlichen Auftrag der beruflichen Aus- und Weiterbildung?

GrAnfr

s. *Industrie- und Handelskammer*

Drs 13/1664

Maßnahmen gegen eine Ausbildungslücke in BW

Entwicklung der Ausbildungsquote nach Betrieben und Branchen seit 2000; Hinwirkung auf mehr Ausbildungsplätze bei ausbildungsfähigen Betrieben und beim Land selbst

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/2142

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung auf die berufliche Bildung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meistpflichtigen Gewerbe: Auswirkungen auf die Aufgabenstruktur der Handwerkskammern sowie auf die Bildungs- und Technologiezentren; Umfang der Förderung der BTZ vonseiten der EU, des Bundes und Landes seit 1988

KlAnfr

s. *Handwerk*

Drs 13/2151

Haushalt 2004; Epl 07

Aufstockung der Mittel zur Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2807-1 S. 25 26

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807-15 S. 45 46

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2847-1 S. 2 3

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 702-705

Rücknahme der Kürzung für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten im Handwerk

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 799 807 808

Finanzierung von überbetrieblichen Bildungsstätten über die LStiftung BW

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 845 846

Rücknahme der Kürzungen für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942-945 948-950 953

Zwang zur Gemeinnützigkeit der überbetrieblichen Ausbildungsstätten durch die Finanzierung über die LStiftung BW

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1573 1577 1583 1585

Mittelbereitstellung des Bundes für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2539

Unterstützung des Handwerks bei der Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2848 2852 2853 2855

Unterstützung des Handwerks bei der Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4284 4286 4288 4289 4291 4293 4297

Unterstützung des Handwerks bei der Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Suche nach einer Gemeinnützigkeitskonstruktion zur Nutzung der Mittel aus der Landesstiftung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6016 6021 6025 6026 6032

Kritik an den Kürzungen für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6470

Forderung nach Aufstockung der Fördermittel für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7396

Ausbildungsstelle

s. *Ausbildungsplatz*

Ausbildungsumlage

s. *Ausbildungsabgabe*

Ausbildungsverkehr

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Aufstockung der Zuschüsse an die LKreise zur Schülerbeförderungskostenerstattung

ÄAntr SPD 18.09.2001 Drs 13/238-N 12 S. 39

ÄAntr SPD 18.09.2001 Drs 13/238-N 15 S. 42

ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/255-9 S. 13

ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/255-12 S. 16

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Kinderbetreuung in BW

Ermittlung der Zusatzkosten für Familien für Lernmittel, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Schülerbeförderung u.a.; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/680

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Kindern seit 1999; Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit im Schulbusverkehr und in Pkw, Kontrollen der Polizei an Gefahrenstellen, u.a. an Bushaltestellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren, Berücksichtigung der Sicherheit von Kindern bei Verkehrsplanungen des Landes

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1135

Beengte Platzverhältnisse in Schulbussen und ggf. negative Auswirkungen auf das Lern- und Leistungsverhalten von Schülern

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 19.07.2002 und Antw KM
Drs 13/1206

Schülerbeförderung im Busverkehr in BW

Entwicklung der Zahl von Unfällen mit Verletzungen und Todesfolgen seit 1996; Darlegung der täglichen Beförderungszahlen und des Sitzplatzangebots; Beurteilung der Verkehrssicherheit für Schüler im Busverkehr

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 22.01.2003 und Antw KM
Drs 13/1691

Erhöhung der Elternbeiträge für die Schülerbeförderungskosten

Entwicklung der o.g. Kosten in den einzelnen LKreisen; Erhebung von Elternbeiträgen auch für den Besuch der Pflichtschulen Grund-, Haupt- und Sonderschulen; sozialverträgliche Gestaltung der Beiträge; Höhe und Verteilungskriterien der Landeszuschüsse, Sicherstellung der zweckgebundenen Verwendung; Frage nach Spielräumen für Beitragssenkungen

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 12.11.2003 und Stellungnahme FM
Drs 13/2594

Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern - Entwicklung der Landeszuschüsse und Eigenbeteiligung der Eltern

Entwicklung der o.g. Kosten für Schüler in den einzelnen Schularten und LKreisen seit 1993; Höhe und Verteilungskriterien der Landeszuschüsse; Entlastung von Eltern durch einzelne LKreise und Kommunen?

Antr SPD 12.11.2003 und Stellungnahme FM
Drs 13/2604 (15 S.)
ÄAntr SPD 02.06.2005
Drs 13/4368
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6686-6694

Zukunft der Bahnstrecke Schellklingen-Münsingen

Kriterien und Zeitpunkt einer Entscheidung über die Nutzung oder Stilllegung der o.g. Strecke, Gewichtung der Schülerbeförderung, Weiterführung der Strecke durch die Ermstal-Bahn-AG

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/2743

Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr (§ 45 a PBefG)

Kürzung der o.g. Ausgleichsleistungen nach den Vorschlägen der MinPräs Koch und Steinbrück, Begründung der Zustimmung im BRat, Auswirkungen auf die Höhe der Fahrpreise im ÖPNV; Begrenzung der erforderlichen Kürzungen auf die Zieldaten von 4/8/12 % durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 24.03.2004 und Stellungnahme UVM
Drs 13/3051
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004
Drs 13/3751 (dazu ÄAntr) S. 22-24
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Verwendung von originären Landesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Höhe der seit 1996 bereitgestellten originären Landesmittel, Komplementärmittel sowie FAG-Mittel für die Infrastrukturförderung, Schienenfahrzeugförderung und Omnibusse bzw für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter, Betriebskostenzuschüsse und Verbundförderung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3689

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Auswirkungen der Mittelkürzungen auf den Gewerbebereich privater Busunternehmen

Auswirkungen der bereits erfolgten und noch geplanten Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr auf die Busunternehmen, insbes im ländlichen Raum, auf die Fahrpreise und das ÖPNV-Angebot insgesamt; Bewirkung einer Verlagerung zum motorisierten Individualverkehr? Möglichkeiten zur Abmilderung der Auswirkungen über bedarfsgesteuerte Lösungen

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 13.05.2005 und Antw IM
Drs 13/4345

Situation des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee - LKreis Konstanz

Entwicklung der vertraglichen Grundlagen und Zuschüsse für den VHB-Betrieb im LKreis Konstanz seit 1997, Grundlagen bzw mögliche Optimierung der Kalkulation für die beantragte Fahrpreiserhöhung im Bereich der Kinder- und Schülermonatskarten ohne eine Verschlechterung der Gesamtförderung von Bund und Land, Erhaltung der kostenfreien Fahrradmitnahme

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Hegau-Bodensee*
Drs 13/4748

Auswirkungen des Vermittlungsergebnisses zum „Koch-Steinbrück-Papier“ vom Dezember 2003 auf den SPNV und ÖPNV in BW

Umfang der erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen auf der Grundlage o.g. Beschlüsse, Auswirkungen der Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung, Bewirkung von Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsunternehmen und -verbände? Beurteilung des von den MinPräs zugrunde gelegten Subventionsbegriffs; Abstimmungsverhalten im BRat bei einer erneuten Einbringung der noch nicht umgesetzten Kürzungsvorschläge

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4801

Bahnstrecke Neckarbischofsheim/Nord-Hüffenhardt

Auswirkungen der geplanten Einführung der Rhein-Neckar-S-Bahn auf der Strecke Meckesheim-Aglasterhausen, Beurteilung des technischen Zustands der o.g. Strecke sowie der Möglichkeiten zur Weiternutzung im Schülerverkehr, Güterverkehr, Tourismus- oder Museumsverkehr; Frage nach Nutzungsmöglichkeiten für die Werkstattanlagen in Neckarbischofsheim/Nord

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/5131

Erhöhung der Zuschüsse für die Schülerbeförderung
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 210

Feststellung einer mangelhaften Erstattung der Schülerbeförderungskosten der LKreise
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333

Höhe der Schülerbeförderungskostenerstattung in BW u.a. BLändern
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 458

Aufwendungen des Landes zur Verbilligung des Ausbildungsverkehrs
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1038

Finanzielle Auswirkungen der Übertragung der Zuständigkeit für die Schülerbeförderung auf die LKreise
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5008

Verweisung auf die Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr, Erwartung eines Anstiegs der Fahrpreise, Höhe der Mittelbereitstellung des Landes für den Schüler- und Ausbildungsverkehr
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7870-7873 7877

Ausbruch von Gefangenen

s. *Gefangener*

Ausführungsgesetz zum Grundstücksverkehrsgesetz

s. *Grundstücksverkehr*

Ausführungsgesetz zum Lebensmittel- und Bedarfsgegenständengesetz

s. *Lebensmittelrecht*

Ausführungsgesetz zum Tierkörperbeseitigungsgesetz

s. *Tierkörperbeseitigung*

Ausgleichsabgabe

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)
Änd der WalderhaltungsabgabeVO sowie der AusgleichsabgabeVO

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Verwendung der zu erwartenden Ausgleichszahlungen im Zuge des Ausbaus der Bahnstrecke Karlsruhe - Weil am Rhein

Höhe der o.g. Mittel im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn, Zuständigkeiten für die Abwicklung und Verwendung der Mittel für Naturschutzzwecke, Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzverbänden u.a. Institutionen; personelle Ressourcen des Naturschutzfonds zur Bewältigung dieser Aufgabe

Antr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/807

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der AusgleichsabgabeVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ablehnung einer Beitragsfähigkeit der Kosten für Ausgleichsmaßnahmen bei naturschutzrechtlichen Eingriffen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6244

Ausgleichsabgabeverordnung

s. *Ausgleichsabgabe*

Ausgleichsstock im kommunalen Finanzausgleich

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Ausgleichszulage

s.a. *Stillegungsprämie*

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtprämien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/959

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe
Ersetzung des Flächenbezugs bei der Ausgleichszulage durch einen personenbezogenen Standortbeitrag

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Fortführung der Ausgleichszulage Wald
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4008-27 S. 59 60
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Antragsverfahren iRd Gemeinsamen Antrags und bisherige Ausgleichszahlungen von Kommunen und Gebietskörperschaften an Land- und Forstwirte

Gewährung ergänzender Zuschüsse zu MEKA u.a. Programmen durch Kommunen und LKreise für landschaftspflegerische Leistungen der Landwirte, jeweils getrennte Berücksichtigung aller landwirtschaftlich genutzten Flächen iRd o.g. Verfahrens, Abschluss weiterer Zuschüsse zu denselben Maßnahmen und Flächen nach EU-Recht, Beurteilung der Finanzlage der betroffenen Landwirte und Waldbesitzer, Möglichkeiten der künftigen Kofinanzierung von Landschaftspflege im Falle einer Versagung der Notifizierung der noch vorzulegenden Landesförderrichtlinie durch die EU

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 13/4533

Agrarumweltmaßnahmen iRd MEPL 2007-2013

Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Maßnahmen- und Entwicklungsplan, geleistete Vorarbeiten für die neue Förderperiode 2007-2013, Gewährleistung der Offenhaltung der Landschaft mit dem MEKA, der Landschaftspflegerichtlinie sowie der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4885

Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in BW

Auswirkungen auf die Landesagrarpolitik und Landwirte, Maßnahmen zur Einführung des neuen Verfahrens und Information der Landwirte, Ausgestaltung des Verfahrens zur Gewährung der Ausgleichszahlungen, Einhaltung und Kontrolle der Fachrechtsvorgaben, Auswirkungen der Strukturveränderungen infolge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4888

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszulage, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu ei-

ner moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/5048

Fortführung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59 60

Erhaltung der Ausgleichszulage Wald
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1048

Erhalt der Ausgleichszulage Wald
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5055 5060

Revision der geplanten Streichung der Ausgleichszulage Wald
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798

Erhalt der (gekürzten) Ausgleichszulage Wald
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6083 6085 6086 6089 6090 6092

Auskunfterteilung

Gruppenauskunft nach dem MeldeGes

Verpflichtung der zuständigen Meldebehörden per Erlass zu dem Hinweis der öffentlichen Bekanntmachung als Voraussetzung für Gruppenauskünfte an Parteien und Wählervereinigungen i.S.d. § 34 MeldeGes vor anstehenden Wahlen, Abstimmungen, Volks- oder Bürgerbegehren

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 14.08.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/181
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 10 11
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Umsetzung des MelderechtsrahmenGes

Intensität der behördlichen Auskunftersuchen an die Meldebehörden, Umsetzung o.g. Rahmengesetzgebung im MeldeGes und der MeldeVO, Ermöglichung eines beschränkten Direktzugriffs von Behörden auf die Einwohnermeldedaten

KIAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 13/1046

Ges zur Änd des KommunalwahlGes

Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis unter bestimmten Voraussetzungen, Notwendigkeit der Anpassung an das entsprechend geänderte Bundeswahl- und Europawahlrecht noch vor der Kommunal- und Europawahl am 13.06.2004

GesEntw
s. *Kommunalwahlrecht*
Drs 13/2821

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die Zuständigkeit in Preisangelegenheiten und nach der VO über Auskunftspflicht

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch ein Recht auf Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis; Anpassung an das geänderte Bundeswahl- und Europawahlrecht

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3680

Verbundförderkonzeption des Landes beim ÖPNV

Weiterführung der einheitlichen landesweiten Rufnummer für Fahrplanauskünfte unter Verzicht auf das Call Center bei der NVBW, Höhe der Kosten für den Aufbau und Betrieb bzw. Abbau des Call Centers

Antr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 13/3853

Situation der Verbraucherzentrale in BW

Struktur und Höhe der Gebühren für die einzelnen Dienstleistungen; Erreichbarkeit per Telefon und Internet; Umfang und Auswirkungen der geplanten Einsparungen auf die Beratungsbereiche Ernährung, private Verschuldung und Altersvorsorge

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3877

Nutzen und Kosten der landesweiten ÖPNV-Auskunft „Löwenlinie“

Zahl der Nutzer, (Warte-)Zeiten und Kosten der Auskunfterteilung über die o.g. landesweite Rufnummer; diesbezügliche Personalausstattung der Nahverkehrsgesellschaft BW; bisherige und künftige Aufteilung der Kosten zwischen dem Land und den Verkehrsverbänden; Frage nach Ergebnissen von Untersuchungen zum Nutzerverhalten

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 03.02.2005 und Antw UVM
Drs 13/4000

Ges über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land BW (InformationsfreiheitsGes BW - IFG B-W)

Eröffnung eines umfassenden Zugangsanspruchs für Bürger und Medien zu den bei Behörden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts vorhandenen Informationen bzw. Akten, Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte unter Berücksichtigung des Datenschutzes

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4785

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat, Aufnahme einer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Verstößen gegen Lebensmittelrecht mit Benennung der Firmennamen, Erhöhung der Mindeststrafen und Mindestbußgelder, Erleichterung des Lizenzentzugs u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder

Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Verweisung auf das Recht der Bürger auf Auskunfterteilung über gespeicherte Daten von Behörden und Unternehmen, Unvereinbarkeit der Solvenzprüfung potenzieller Mieter durch Auskunfterteilung mit dem Datenschutz, Gewährleistung des Einsichtsrechts der Patienten in ihre Krankenakten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7036-7039

Ausländer

s.a. *Analphabetismus*
s.a. *Arbeitserlaubnis*
s.a. *Asylbewerber*
s.a. *Aufenthaltsrecht*
s.a. *Ausländerbehörde*
s.a. *Ausländerrecht*
s.a. *Ausländischer Student*
s.a. *Ausländisches Kind*
s.a. *Ausweisung*
s.a. *Beauftragte für Ausländer*
s.a. *Beauftragter für Ausländer*
s.a. *Einbürgerung*
s.a. *Familienzusammenführung*
s.a. *Flüchtling*
s.a. *Landesarbeitskreis Integration*

Integration - Verwendung der Mittel der Landesstiftung

Auflistung o.g. Integrationsprojekte sowie der teilnehmenden Kommunen, Erfahrungen und Konsequenzen; Beeinflussung des Berichts der Zuwanderungskommission?

Antr Hans Heinz u.a. CDU 26.07.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/135
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 8-10
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Integration von Migranten in BW

Erstellung kreisbezogener Lagebilder bzw. einer Gesamtkonzeption zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, jährliche Fortschreibung mit einem Integrationsbericht; gezielte Sprachförderung für Eltern und Kinder in Kindergärten und Schulen; Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache, Einrichtung von Professuren für islamische Religionspädagogik an Universitäten und PH; Ausbau der Jugendsozialarbeit; Qualifizierung junger Arbeitsloser; Anwerbung von ausländischen Jugendlichen für pädagogische Berufe; Förderung der interkulturellen Kompetenz in den Behörden sowie des interkulturellen Dialogs zur Integration in Vereinen und Gremien; Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten sowie Einrichtung einer Stiftung

Antr SPD 08.11.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/432 (20 S.)
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2103-2109
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1725 S.

25 26

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

GesEntw der BReg zur Erleichterung der Zuwanderung - Konsequenzen für Ausländerpolitik und Integration in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 559-578

Interkulturelle stationäre Pflege im Krankenhaus

Zahl und Nationalität ausländischer Patienten und Pflegekräfte, Berücksichtigung der jeweiligen Problemlagen, Beurteilung des o.g. Projekts an der Universitätsklinik Essen als Bestandteil der Mitarbeiterausbildung, Versorgung der Patienten mit Informationsmaterialien in deren Muttersprache

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 16.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/459

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 09**Rücknahme der Kürzungen für die Sozialberatung und -betreuung ausländischer Familien*

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-2 S. 26

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-13 S. 41

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/683-6 S. 14

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Bestandsaufnahme Integrationsmaßnahmen

Vorlage o.g. Bestandsaufnahme zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern

Antr Inge Utzt u.a. SPD 31.01.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/709 (47 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 52 53

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

RegErkl des IM - Integration in BW und Aussprache

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1226-1243

Interkulturelle Kompetenz

Definition und Stellenwert der interkulturellen Kompetenz in den Verwaltungen von Land und Kommunen, in Schulen und Kindergärten; Verankerung in den Ausbildungen der Mitarbeiter bzw Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter u.a.; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz, Ausbildung und Einstellung von Migranten; Entwicklung und Akzeptanz der Fort- und Weiterbildungsangebote, Gewährleistung der Information und finanziellen Ausstattung der Maßnahmen

GrAnfr

s. Kultur

Drs 13/1012

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Frage nach o.g. Gesamtkonzeption aufgrund der Bestandsaufnahme in Drs 13/709; interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Gesundheitsbereichs, Maßnahmen zur Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung; Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei der Eingliederung und Sprachförderung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Deutschen und Migranten, Projekte zur beruflichen Integration in der vergangenen und laufenden ESF-Förderperiode; Förderung der Beratung, Qualifizierung, Existenzgründung und Unternehmensnachfolge von ausländischen Inhabern; Evaluation der einzelnen Maßnahmen

GrAnfr GRÜNE 10.06.2002 und Antw IM Drs 13/1030 (20 S.)

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2103-2109

Das ZuwanderungsGes als Chance für eine erfolgreiche Integrationspolitik

Schaffung der rechtlichen, finanziellen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des ZuwanderungsGes; Fortführung der Deutschkurse und Bereitstellung eines flächendeckenden Angebots von zusätzlichen Sprachkursen; Verankerung der Integration als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen

Antr Inge Utzt u.a. SPD 08.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1148

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1725 (dazu ÄAntr) S. 26 27

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Mittlg LReg 13.10.2004 Drs 13/3693

Bestreben eines Verfahrens der LReg gegen das Ges zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern bzw sein Zustandekommen

Verzicht auf den Beitritt zu einer Klage anderer BLänder vor dem BVerfG

Antr

s. Zuwanderung

Drs 13/1164

Unternehmensgründungen von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und deren Auswirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt

Darlegung o.g. Daten seit 1995 in Relation zum Bevölkerungsanteil und Vergleich mit Gewerbeanmeldungen von Deutschen, Zahl der dadurch entstandenen Arbeitsplätze

Antr

s. Existenzgründung

Drs 13/1425

Transparenz und Öffnung der Arbeit des Landesarbeitskreises Integration

Aufgaben, Ziele und Zusammensetzung des o.g. Gremiums; Gründe für die fehlende Berücksichtigung von bleibeberechtigten Migranten; Einbeziehung der Förderung der interkulturellen und interreligiösen Kompetenz in Verwaltung und Schule; jährliche Berichtsvorlage

Antr

s. Landesarbeitskreis Integration

Drs 13/1510

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Klärung der Standpunkte der Koalitionspartner für die künftigen Beratungen im Bundesrat, insbes zu den Fragen genereller Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte, Jahreszuwanderungsquote, Altersgrenzen für den Familiennachzug, Integrationsangebote, Einrichtung eines Sachverständigenrats, humanitäre Flüchtlingsaufnahme in Fällen nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung

Antr

s. Zuwanderung

Drs 13/1723

„Green Card“

Zahl der bundes- und landesweit ausgegebenen Greencards für ausländische Fachleute der IT-Branche; Anteil der arbeitslosen, wieder abgewanderten sowie Arbeitsplätze suchenden Inhaber;

Darstellung der Haupthindernisse bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz

Antr
s. *Arbeitserlaubnis*
Drs 13/1755

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaft; vorausgegangene Aufenthaltsdauer, Bezug von Sozialleistungen, Anrufung der Gerichte, Ergebnisse der Verfahren; Vorgehensweise der Polizei bei der Durchführung der Abschiebungen, Kommunikationsdefizite zwischen Ausländerbehörden und vollziehenden Dienststellen, Chancen einer kurzfristigen Überprüfung von angeordneten Maßnahmen; Hinweise von Ärzten auf posttraumatische Störungen infolge überraschend durchgeführter Abschiebungen, insbes bei Kindern; Vorlage aller relevanten Verwaltungsvorschriften

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

EU-Migration

Entwicklung der Zahlen von Arbeitsmigranten aus EU- und Drittstaaten in den letzten zehn Jahren, Einschätzung der Auswirkungen der vom EP geplanten Rechtsänderungen

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1786

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Aktivitäten und Mitteleinsatz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit seit 2000 und insbes nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Koordination zwischen den beteiligten Ministerien und Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene; Erfolge der Präventionsarbeit der Polizei und der Landeszentrale für politische Bildung, der Lehrerfortbildung, Jugendsozialarbeit und Ausländerintegration; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der einzelnen Projekte; Effizienz der Kommunalen Kriminalprävention

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1898

Situation der Sportvereine in BW

Projekte von Sportverbänden und -vereinen zur Gewaltprävention, Gesundheitsförderung, Integration von Ausländern und Behinderten

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzung von Integrationsprojekten für junge Ausländer und Aussiedler

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809 24 25 S. 67 68
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Steuervergünstigungsabbaugesetz / Neuregelung Gesellschafter-Fremdfinanzierung

Konsequenzen der o.g. Neuregelung des § 8a KStG zum Jahresbeginn bzw rückwirkend für ausländische Investoren beim Erwerb eines deutschen Unternehmens, Frage nach steuerrecht-

lichen Beispielen, die zuvor legale Vorgänge nachträglich als Missbrauch definieren; allgemeine Auswirkungen des Steuervergünstigungsabbaugesetz auf die Finanzierung mittelständischer Kapitalgesellschaften

KIAnfr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/2841

Ausweisung von Ausländern

Ausweisungsmöglichkeiten nach dem AusländerGesetz bei Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder erheblicher Interessen der Bundesrepublik, Zahl der Fälle in den letzten drei Jahren vor Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens bzw einer rechtskräftigen Verurteilung, Bewertung der Regelungen zur Verwertung der Erkenntnisse von V-Leuten unter Wahrung ihrer Anonymität

KIAnfr
s. *Ausweisung*
Drs 13/3045

Bedeutung der (inter-)kulturellen Jugendbildung in BW

Rahmenbedingungen und Ziele der Träger interkultureller Jugendbildung; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderprogramme „Integration ausländischer Jugendlicher“ und „Kreativ mit Medien“; Qualifizierung von Erzieherinnen, Sozialpädagogen, außerschulischen Lehrkräften etc für die Arbeit mit multikulturellen Gruppen von Jugendlichen

Antr
s. *Jugendbildung*
Drs 13/3368

Situation von Senioren mit Migrationshintergrund und von ausländischen Senioren

Datenentwicklung bis 2020 differenziert nach Geschlechtern, Herkunftsländern und regionaler Verteilung in BW; Schaffung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären Pflegeinfrastruktur, entsprechende Ausbildung bzw Anwerbung geeigneter Pflegefachkräfte, Frage nach spezialisierten Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/3412

Präventionsarbeit gegen Rechts an baden-württembergischen Schulen

Pädagogische Konzepte zur Vorbereitung der Lehrkräfte auf rechte und rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unter den Schülern, Art und Akzeptanz von Fortbildungsangeboten, Projekte an den einzelnen Schulen und Schularten, Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen, Gedenkstätten u.a.; Frage nach einer flächendeckenden Umsetzung des bisher modellhaft durchgeführten Civic-Modells zur Förderung der Demokratiefähigkeit von Schülern

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/3882

Übersicht über die Mittel des Landes für integrationsfördernde Maßnahmen im Staatshaushaltsplan 2005/2006

Vorlage einer nach Ressorts gegliederten Übersicht

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 22.12.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3923
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 28 29

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Vorlage einer RechtsVO zur Einrichtung der o.g. Kommission nach dem AufenthaltGes: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl, der kommunalen Spitzenverbände, der Stabstelle des Ausländerbeauftragten u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3978

Erlass einer RechtsVO über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23 a AufenthaltGes

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung der Einrichtung des o.g. Gremiums, Zahl und spätere Abarbeitung der zurückgestellten ausländerrechtlichen Petitionen und Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsrechten, Erfahrungen aus anderen BLändern; unverzügliche Einrichtung der Kommission: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen; jährliche Berichtsvorlage

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4130

Veränderungen des Vorschlags des Innenministers und des Ausländerbeauftragten zur Einrichtung einer Härtefallkommission

Gründe für die Abweichungen beim Quorum für Beschlussfassungen und der Besetzung, insbes bei den vorgeschlagenen Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, der kommunalen Spitzenverbände und Flüchtlingsverbände; Haltung des MinPräs zur Einrichtung der Kommission; Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4145

Haftverbüßung in der Heimat

Zahl und Herkunft der hier einsitzenden verurteilten Ausländer, Maßnahmen und Rechtssetzungsschritte (des Bundes) zur Strafverbüßung im Heimatland auch gegen den Willen der Betroffenen, Möglichkeiten des Landes zum Bau und Betrieb von Haftplätzen im Ausland

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/4499

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 21.12.2005 und Stellung-

nahme KM Drs 13/5002

RegErkl - Integration fördern, Zusammenhalt stärken - Für eine offene und wertebewusste Gesellschaft - und Aussprache

RegErkl
s. *Gesellschaft*
PIPr 13/106 S. 7645

Steuerung der Zuwanderung, Integration der rechtmäßig hier lebenden Ausländer

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53 54

Bedeutung der Ausländerintegration, Kritik an der Streichung von Förderunterricht in Deutsch

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75 85 101-103

Maßnahmen zur Förderung der Integration von Zuwanderern, Vorlage eines GesEntw zur Integration

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259-273

Anstrebung einer konsequenten Ausländerpolitik, Verbesserung der Integration von Ausländern

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 362 363 370 372 375 380 381

Anreize und Sanktionen sowie Finanzierung der Integrationsmaßnahmen für Ausländer, Bezeichnung der doppelten Staatsbürgerschaft als integrationsfeindlich

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877 879 880 882 883 888 889 902 906

Steuerung der Zuwanderung, Integration der rechtmäßig hier lebenden Ausländer

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1225-1243 1285-1297

Einbeziehung der Frauenförderung und Gleichstellung bei der Integration von Ausländern

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2044 2045

Verhinderung von Kürzungen bei der Ausländersozialberatung

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2300 2305 2306

Hinweise auf Politikerzitate zur Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung iR einer Ausstellung zum Neofaschismus, Befürchtung der Förderung von Ausländerfeindlichkeit

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2443 2445 2446

Kritik an der Kürzung der Fördermittel für die Integrationsberatung und Ausländersozialdienste

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2642

Feststellung eines Widerspruchs zwischen Aussagen und Aktivitäten zur Ausländerintegration; Attraktivität von Rehaeinrichtungen in BW für ausländische Patienten

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2919 2932 2954 2955

Kritik an der Rückführung von Integrationsprojekten für junge Ausländer

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4211

Berücksichtigung der Belange der inneren Sicherheit beim neuen ZuwanderungsGes, konsequente Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten, Integration der rechtmäßig hier lebenden Ausländer

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618-4629

Steuerung der Zuwanderung, Integration der rechtmäßig hier lebenden Ausländer, Verweisung auf eine Studie zur Diskriminierung von Ausländern in BW

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4965 4972 4973 4977

Integration der rechtmäßig hier lebenden Ausländer, Kritik an der Mittelstreichung für soziale Maßnahmen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136 5146 5166

Rückgang der Zuwanderung, Integration der rechtmäßig hier lebenden Ausländer, konsequente Ausweisung von Straftätern, Verhinderung von Parallelgesellschaften

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5902 5909 5917 5918 5925

Rechtfertigung der Trennung bestimmter Ausländergruppen voneinander in Diskotheken

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6287

Konsequente Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern; Verstärkung der Integrationsbemühungen mit einer Politik des Förderns und Forderns

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414-6416 6421

Ausländeramt

s. Ausländerbehörde

Ausländerbeauftragter

s. Beauftragter für Ausländer

Ausländerbehörde

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte
Handlungsbedarf bei den Zulassungsvoraussetzungen zum Studium wie ausländer- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, finanzielle Absicherung des Studienaufenthalts, Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse einschließlich der Kosten für die vorbereitenden Sprachkurse; Bereitstellung von geeignetem Wohnraum; Kooperation zwischen den Hochschulverwaltungen, Ausländerbehörden und Studentenwerken

GrAnfr

s. Ausländischer Student

Drs 13/1072

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaf; Anteil von Inhaftierten wegen Verstößen gegen aufenthaltsrechtliche Bestimmungen nach dem AusländerGes; Behebung der vom RH beanstandeten Kommunikationsdefizite zwischen Ausländerbehörden und vollziehenden Dienststellen

Antr

s. Ausweisung

Drs 13/1762

Ges zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änd des EingliederungsGes

Vereinfachung der Ausgabenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler, Regelungen über den aufzunehmenden Personenkreis sowie zur Nutzung staatlicher Gemeinschaftsunterkünfte, Zuständigkeit der Aufnahmebehörden für die Bearbeitung von Widersprüchen nach dem Asylbewerberleistungsges

und der Aufnahme- und EingliederungsgebührenVO, Bestimmungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

GesEntw

s. Flüchtling

Drs 13/2711

Vorübergehendes Verlassen des Geltungsbereichs der Aufenthaltsgestattung nach dem AsylverfahrensGes (AsylVfG)

Rechtslage, Gründe und Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Asylbewerber von der Residenzpflicht, Berücksichtigung psychischer Gründe, posttraumatischer Belastungszustände, der Nähe von engen Verwandten, Freunden etc; Beachtung der Vorgaben der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten

KlAnfr

s. Asyl

Drs 13/4172

Humanitäres Aufenthaltsrecht nach dem ZuwanderungsGes/Abschaffung der Kettenduldungen

Zahl und Dauer von Duldungen differenziert nach Herkunftsländern der Betroffenen, Anteil von Abschiebungen in den letzten fünf Jahren, Umfang der Erteilung eines humanitären Aufenthaltsrechts seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes; Erlass von Anwendungshinweisen an die Ausländerbehörden zu den humanitären Regelungen des AufenthaltsGes mit Ermessensspielräumen zugunsten der Migranten

Antr

s. Aufenthaltsrecht

Drs 13/4339

Einbürgerungsfragen für Muslime

Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die Einbürgerungsbehörden mithilfe eines vom IM entwickelten Gesprächsleitfadens, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, Form der Dokumentation und Speicherung der aus den Einbürgerungsgesprächen gewonnenen Daten, Frage nach der Dauer der Speicherung und den Zugriffsberechtigten

KlAnfr

s. Einbürgerung

Drs 13/5015

Gesprächsleitfaden für islamische Einbürgerungsbewerber

Ausgestaltung und Zielsetzung des o.g. Gesprächsleitfadens, Verbindlichkeit für die Anwendung und Auswertung der gewonnenen Daten durch die Einbürgerungsbehörden, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, bisherige Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr

s. Einbürgerung

Drs 13/5016

Ermessensspielräume bei Vergabe von Aufenthaltstiteln

Entbürokratisierung der Handhabung von § 25 AufenthG durch Zuerkennung eines größeren Ermessensspielraums der unteren Ausländerbehörde gegenüber dem RegPräs?

KlAnfr

s. Aufenthaltsrecht

Drs 13/5020

*Verfassungswidrigkeit der Verwaltungsvorschrift?**Gesprächsleitfadens bei Einbürgerungen von Muslimen*

Begründung der o.g. Gesinnungsprüfung über das schon verlangte Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und die vorgegebene Regelanfrage beim Verfassungsschutz nach dem StaatsangehörigkeitsGes hinaus, Vereinbarkeit der Fokussierung auf Muslime mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Persönlichkeitsrecht nach dem Grundgesetz, Frage nach objektiven Kriterien der Einbürgerungsbehörden zur Begründung der Zweifel an der inneren Hinwendung und Verfassungstreue der Einbürgerungsbewerber sowie nach Konsequenzen einer Nichtbeantwortung der Fragen; Zurückziehung der VwV mit sofortiger Wirkung

Antr

s. *Einbürgerung*

Drs 13/5041

Geänderte Einbürgerungspraxis bei Muslimen

Aufklärung der Widersprüche zwischen internen Auslegungshinweisen des IM zum Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen (generelle Anwendung bei Muslimen) und offiziellen Verlautbarungen der LReg (religionsneutrale Ausrichtung des Leitfadens); Überprüfung der Fragen auf ihre Verfassungskonformität; Frage nach einer Beteiligung des Ausländerbeauftragten und von Religionsgemeinschaften an der Erarbeitung des Leitfadens; Qualifikation der befassten Mitarbeiter in den Einbürgerungsbehörden, Konsequenzen einer negativen Bewertung des Bewerbers, Voraussetzungen für eine Rücknahme der Einbürgerung nach dem LVerwVG, datenschutzrechtliche Bewertung der Aufbewahrungsfrist; Rücknahme der VwV und des zugehörigen Gesprächsleitfadens

Antr

s. *Einbürgerung*

Drs 13/5179

Anwendung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber durch die Ausländerbehörden, Ablehnung eines Sonderwegs der Stadt Heidelberg; Forderung nach Anweisung der Ausländerbehörden zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für sozial und wirtschaftlich integrierte Flüchtlinge

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645 7648 7649 7652-7654 7659
7662 7665 7670-7675

Ausländergesetzs. *Ausländerrecht***Ausländerrecht**s.a. *Arbeitserlaubnis*s.a. *Aufenthaltsrecht*s.a. *Flüchtling**AusländerGes § 87, Abs 2*

Verzicht auf die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit bei vorhandener Gegenseitigkeit, Frage nach einer vom BinnenMin abweichenden Rechtsauffassung bei der Einbürgerung von EU-Bürgern aus Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal

KIAnfr Inge Utzt SPD 29.10.2001 und Antw IM Drs 13/382

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte
Handlungsbedarf bei den Zulassungsvoraussetzungen zum Studium wie ausländer- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen,

finanzielle Absicherung des Studienaufenthalts, Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse einschließlich der Kosten für die vorbereitenden Sprachkurse; Bereitstellung von geeignetem Wohnraum; Kooperation zwischen den Hochschulverwaltungen, Ausländerbehörden und Studentenwerken

GrAnfr

s. *Ausländischer Student*

Drs 13/1072

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr Inge Utzt u.a. SPD 20.12.2002 und Stellungnahme IM
Drs 13/1648

BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2003 Drs 13/1968 S.
22 23

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaft; Anteil von Inhaftierten wegen Verstößen gegen aufenthaltsrechtliche Bestimmungen nach dem AusländerGes; Behebung der vom RH beanstandeten Kommunikationsdefizite zwischen Ausländerbehörden und vollziehenden Dienststellen

Antr

s. *Ausweisung*

Drs 13/1762

Ausweisung von Ausländern

Ausweisungsmöglichkeiten nach dem AusländerGes bei Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder erheblicher Interessen der Bundesrepublik, Zahl der Fälle in den letzten drei Jahren vor Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens bzw einer rechtskräftigen Verurteilung, Bewertung der Regelungen zur Verwertung der Erkenntnisse von V-Leuten unter Wahrung ihrer Anonymität

KIAnfr

s. *Ausweisung*

Drs 13/3045

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung von Unionsbürgern bei vorhandener Gegenseitigkeit

Antr SPD 22.04.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3132

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Ermöglichung von Lösungen über das AusländerGes hinaus in besonderen humanitären Härtefällen

Antr

s. *Kommission*

Drs 13/3344

Aufenthaltsgewährung in Härtefällen und Einrichtung einer Härtefallkommission

Vorlage einer Rechtsverordnung mit o.g. Zielsetzung; Ermöglichung von Lösungen über das AusländerGes hinaus in besonderen humanitären Härtefällen; Regelungen über die Struktur, Zusammensetzung, Zuständigkeit und Rechte einer HFK; jährliche Berichterstattung gegenüber dem Ltg; Aussetzung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Einrichtung ei-

ner HFK bzw während eines Verfahrens

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3361

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Vorlage einer RechtsVO zur Einrichtung der o.g. Kommission nach dem Aufenthaltsges: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl, der kommunalen Spitzenverbände, der Stabstelle des Ausländerbeauftragten u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3978

Erlass einer RechtsVO über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23 a Aufenthaltsges

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung der Einrichtung des o.g. Gremiums, Zahl und spätere Abarbeitung der zurückgestellten ausländerrechtlichen Petitionen und Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsrechten, Erfahrungen aus anderen BLändern; unverzügliche Einrichtung der Kommission; Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen; jährliche Berichtsvorlage

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4130

Humanitäres Aufenthaltsrecht nach dem ZuwanderungsGes/Abschaffung der Kettenduldungen

Zahl und Dauer von Duldungen differenziert nach Herkunftsländern der Betroffenen, Anteil von Abschiebungen in den letzten fünf Jahren, Umfang der Erteilung eines humanitären Aufenthaltsrechts seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes; Erlass von Anwendungshinweisen an die Ausländerbehörden zu den humanitären Regelungen des Aufenthaltsges mit Ermessensspielräumen zugunsten der Migranten

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/4339

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung des SicherheitsüberprüfungsGes des Landes in Anlehnung an die Rechtslage des Bundes um den vorbeugenden personellen Sabotageschutz, Ermöglichung der Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen;

Mitwirkung des LfV bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen nach dem Waffen-, Sprengstoff- oder Jagdrecht sowie bei ausländerrechtlichen Verfahren

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Ersuchen der Härtefallkommission an das Innenministerium

Zahl und Art der Bescheidung der Härtefallersuchen seit Erstattung des Berichts über die Anwendung des § 23 a des Aufenthaltsges

KlAnfr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/5244

Stärkere Berücksichtigung von Sicherheitsinteressen im Ausländerrecht

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 370 372

Rückläufigkeit der ausländerrechtlichen Petitionen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3881 3882 3884-3886

Rückläufigkeit der ausländerrechtlichen Petitionen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7794 7795 7798 7802 7803

Ausländischer Schüler

s. *Ausländisches Kind*

Ausländischer Student

Wohnraumsituation ausländischer Studierender in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen sowie privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Darlegung der Kriterien für den Bau von Studentenwohnungen, Ausmaß der Abwanderung von ausländischen Studierenden infolge von Wohnungsnot; Förderung des Ausbaus von studentischem Wohnraum zur Steigerung des Anteils von ausländischen Studierenden um 50 %

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/343

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Integrierende Angebote für ausländische Studierende

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/664-4 S. 41 42

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/685-2 S. 3 4

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte

Handlungsbedarf bei den Zulassungsvoraussetzungen zum Studium wie ausländer- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, finanzielle Absicherung des Studienaufenthalts, Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse einschließlich der Kosten für die vorbereitenden Sprachkurse; Bereitstellung von geeignetem Wohnraum; Kooperation zwischen den Hochschulverwaltungen, Ausländerbehörden und Studentenwerken

GrAnfr SPD 11.06.2002 und Antw MWK Drs 13/1072 (17 S.)
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3099-3106

Wohnungsnot für Studierende in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zahl der vorhandenen bzw benötigten Wohnheimplätze, Auswirkungen der Abweisung von ausländischen Studenten auf das Re-

nommee der Universität Stuttgart als internationaler Studienort, Bereitstellung von Grundstücken und Finanzmitteln für den studentischen Wohnheimbau sowie eines Studentenhotels, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie von Gesprächen des MWK mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Zahl der dadurch vom Studentenwerk angemieteten Wohnungen, Wiedereinführung des aufgehobenen Zweckentfremdungsverbots für Stuttgart?

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1406

Frauenförderprogramm „Meduse ohne Grenzen“

Beurteilung des interkulturellen Mentorinnenprogramms zur Integration von Studentinnen mit Migrationshintergrund, Frage nach entsprechenden Frauenförderprogrammen an den Hochschulen des Landes

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/1806

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl der Studienplätze und -fächer mit einem lokalen und bundesweiten NC, Anteil und Art der Vergabe durch hochschuleigene Auswahlverfahren, (zeitliche) Auswirkungen der Auswahltests und -gespräche vor Ort, insbes für auswärtige und ausländische Studienbewerber; Bewertung der im europäischen Ausland erbrachten schulischen Leistungen; Evaluation der neuen Verfahren; Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/2134

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

Zukunftschancen junger Akademiker in BW

Entwicklung der Abwanderungsraten im Vergleich zu anderen BLändern sowie der Zahlen ausländischer Studenten in BW seit 1993, Aufnahme eines Studiums hierzulande von Schülern nach dem Besuch ausländischer Eliteschulen; notwendige Strategien zur Trendumkehr

KlAnfr
s. *Akademiker*
Drs 13/2727

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Bleibemöglichkeiten für ausländische Studenten nach Studienabschluss durch Verbesserung des ZuwanderungsGes

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3021

Die Wohnraumsituation der Studierenden in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen an den einzelnen Hochschulstandorten, Anteil der für den internationalen Studierendenaustausch gebundenen Plätze, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie einer Initiative des MWK zur Gewinnung von privaten Vermietern und Investoren zum Bau von Wohnheimplätzen, Angebot von landeseigenen Grundstücken gegenüber den Studentenwerken, Mittelbereitstellung zum Ankauf von Belegungsbindungen privater Vermieter

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/3760

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Gewährleistung der Vorfinanzierung von Studiengebühren auch für ausländische Studierende

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4250

Türkei

Zahl von türkischen Studenten in BW, von Städte- und Hochschulpartnerschaften

KlAnfr
s. *Türkei*
Drs 13/4282

Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Universitäten, FH und Berufsakademien

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzelnen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums ohne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 22.08.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4612
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 60-62
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Ermöglichung der Berufstätigkeit von ausländischen Studierenden nach Abschluss des Studiums

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 563

Werbung um ausländische Studenten, Problematik der Versorgung mit Wohnraum

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 968 969 974 978 979

Attraktivität der Bachelor- und Master-Studiengänge für ausländische Studenten

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1504 1506 1510

Erschwerung des Hochschulzugangs für ausländische Bewerber durch die hochschuleigenen Auswahlverfahren

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2244 2245

Anteil von ausländischen Studenten in BW, Versorgung mit Wohnraum

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602 3614 3615

Kritik an der Streichung der Mittel für die Sprachförderung bei ausländischen Studenten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4171

Attraktivität der Hochschulen für ausländische Studenten, Kritik an der Streichung der Betreuungsmittel

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4237 4238

Beklagung des Rückgangs der Zahl amerikanischer Studenten im Land

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5478 5479

Attraktivität der Hochschulen für ausländische Studenten

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5728

Ausländisches Kind

Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse von Migrantenschülerinnen und -schülern und Anerkennung dieser Leistungen als Fremdsprachenkenntnisse im Zeugnis

Antr

s. *Fremdsprache*

Drs 13/78

Situation der ausländischen Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen

Anteil und Situation der o.g. Schüler an den verschiedenen Schularten; Berücksichtigung der Belange von Zuwanderern in den Fernseh- und Rundfunkprogrammen, bei Behörden, Banken, Post, Kindergärten, Schulen etc; Frage nach Überlegungen über ein AntidiskriminierungsGes und eine Akzeptanzkampagne

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 24.07.2001 und Antw KM Drs 13/122

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der o.g. Schüleranteile nach Schularten, Nationalitäten und Geschlecht in den letzten zehn Jahren; Art, Intensität und Erfolg der Sprachförderung; Beeinflussung der Zurückstellung und vorzeitigen Einschulung durch den Schulanfang auf neuen Wegen; Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt und interkulturellen Erziehung in den Bildungsplänen von Grund- und Hauptschule; Auswirkungen der Kooperationsklassen „Hauptschule-BVJ“ auf die Erlangung eines Hauptschulabschlusses und eines Ausbildungsverhältnisses; Umfang und Akzeptanz von Ganztags Hauptschulen; Anteil und Förderung von ausländischen Schülern an Sonderschulen und beruflichen Schulen

GrAnfr CDU 24.07.2001 und Antw KM Drs 13/124 (46 S.)

Antr CDU und FDP/DVP 17.04.2002 Drs 13/925

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1364-1376

Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr CDU 24.07.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/125 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht Schula 19.09.2001 Drs 13/306 S. 17 18

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

*Vorschulische Kinderbetreuung
Integration ausländischer Kinder*

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/131

Bildungschancen von Ausländerkindern

Übergangszahlen von deutschen und ausländischen Kindern von der Grundschule ins Gymnasium in Stuttgart und landesweit; Maßnahmen und Mittel zur Herstellung von Chancengerechtigkeit auch für Kinder ausländischer Herkunft

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 06.08.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/158

BeschlEmpf und Bericht Schula 19.09.2001 Drs 13/306 S. 18-20

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Bestandsaufnahme der Sprachkenntnisse ausländischer und ausgesiedelter Kindergartenkinder und Schüler; Ausbau von Ganztagsangeboten und Sprachförderung an Kindergärten und Schulen, insbes an Grund- und Hauptschulen; Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts und von Schulsozialarbeit, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse und Aufnahme als Zeugnisnote; Einführung von Islamunterricht iR von Modellprojekten; Gewinnung von Migranten für die Lehrerbildung; Verbesserung der Beratung ausländischer Eltern; Unterstützung der Eigeninitiativen von Migrantenorganisationen

Antr GRÜNE 08.08.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/168 (19 S.)

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1364-1376

Integration von Migranten in BW

Erstellung und Fortschreibung einer Gesamtkonzeption zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, gezielte Sprachförderung von Eltern und Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, Benotung der Mehrsprachigkeit von Schülern in Englisch, Französisch sowie der Sprache des Herkunftslandes

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/432

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Erfüllung nationaler und internationaler Bestimmungen zum Schutz o.g. Flüchtlinge, Einrichtung der von Fachleuten geforderten zentralen Clearingstelle

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 13/515

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Angebote von Arbeitsgemeinschaften und des Erweiterten Bildungsangebots sowie von Förder- und Stützunterricht, Kürzung zugunsten des Pflichtunterrichts? Ausgestaltung der Sprachkurse für ausländische Kinder und Aussiedler, Vorbereitung der Lehrkräfte auf die Förderung sprachbenachteiligter ausländischer Jugendlicher

GrAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 13/590

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 09**Förderung von Sprachkursen für ausländische Kinder und deren Mütter in Kindergärten und Grundschulen**s. Sprachunterricht*

Drs 13/659

*Kinderbetreuung in BW**Förderung des Spracherwerbs der Migrantenkinder in Kindergärten und Grundschulen*

GrAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/680

*Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt**Entwicklung des Anteils ausländischer Kinder beim Übergang auf weiterführende Schulen; Auswirkungen des hohen Anteils von ausländischen Jugendlichen ohne Berufsabschluss*

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/834

*Situation an den Stuttgarter Realschulen im Schuljahr 2002/2003**Entwicklung der Klassenstärken seit 1999, Abweisung von Schülern nach Erreichung des Klassenteilers, Anteil von ausländischen Schülern und Migranten; Gewährung der zugesagten zusätzlichen Deputate*

Antr

s. Realschule

Drs 13/828

*Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung**Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen*

Antr FDP/DVP 04.06.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1035

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895-1909

BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 22 23

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

*Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreie Böblingen**Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen*

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1326

*Umsetzung der Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse**Erfahrungen mit dem Pilotprojekt für italienischstämmige Schüler; Vorbereitungsstand für Französisch, Griechisch, Türkisch, Russisch und weitere Herkunftssprachen; Frage nach einheitlichen Leistungs- und Prüfungsstandards, nach Vorbereitungskursen unter Einbeziehung von Lehrbeauftragten sowie Auswei-**sung und Anrechnung der Note im Abschlusszeugnis; umfassende Information aller Beteiligten*

Antr

s. Fremdsprache

Drs 13/1634

*Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule**Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in der Grundschule*

Antr

s. Deutsche Sprache

Drs 13/1665

*Zugewanderte Schülerinnen und Schüler**Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache*

Antr Norbert Zeller u.a. SPD und Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1770 (10 S.) BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 22-24

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

*Unterricht mit Migrantenkindern**Zeitpunkt und Auswirkungen der Streichung der o.g. Pflichtveranstaltung in den Studienordnungen für die Studiengänge an den PH; Art der Vorbereitung künftiger Lehrer auf die spezifischen Anforderungen des Unterrichts mit Migrantenkindern*

Antr

s. Schulunterricht

Drs 13/1817

*Ausländerquoten an Kindergärten und Schulen**Ablehnung des o.g. Vorstoßes von WM Dr. Döring als Konsequenz auf die Ergebnisse der PISA-Studie; Vorlage eines Konzepts zur Sprachförderung ab Eintritt in den Kindergarten bis in die Grundschule; Herstellung von Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten sowie Familien mit Migrationshintergrund durch eine individuelle Förderung*

Antr SPD 27.03.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1947

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 11 12

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

*Bildungsabschlüsse von Schülerinnen und Schülern italienischer Abstammung und italienischer Staatsangehörigkeit**Entwicklung der Zahlen von Absolventen mit Abitur, mittlerer Reife, Hauptschulabschluss und ohne Abschluss in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Steigerung der Zahl höherer Bildungsabschlüsse*

KlAnfr

s. Schulabschluss

Drs 13/2308

Abschiebungen in BW

Zahl von Abschiebungen heranwachsender Flüchtlinge kurz vor ihrem Schul- oder Ausbildungsabschluss in den letzten fünf Jahren, Gestattung des Aufenthalts bis zur Erreichung des Abschlusses; Verzicht auf Abschiebung von beruflich und sozial integrierten Flüchtlingsfamilien mit einem langjährigen Aufenthalt bis zur Verabschiedung des ZuwanderungsGes

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 13/2955

Ungleichbehandlung bei der Berechnung von Abschiebekosten

Frage nach der Vorgehensweise bei der Rückforderung von Abschiebekosten bei ausgewiesenen Kindern, denen die Wiedereinreise gestattet wird

Antr

s. *Ausweisung*

Drs 13/3342

Bedeutung der (inter-)kulturellen Jugendbildung in BW

Rahmenbedingungen und Ziele der Träger interkultureller Jugendbildung; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderprogramme „Integration ausländischer Jugendlicher“ und „Kreativ mit Medien“; Qualifizierung von Erzieherinnen, Sozialpädagogen, außerschulischen Lehrkräften etc für die Arbeit mit multikulturellen Gruppen von Jugendlichen

Antr

s. *Jugendbildung*

Drs 13/3368

Stipendien für begabte Zuwanderungskinder

Initiierung eines Stipendienprogramms nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 13/3534

Bestandsaufnahme des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in BW

Entwicklung o.g. Angebote und Schülerzahlen der jeweiligen Herkunftsländer; Vorgaben hinsichtlich der Qualifizierung und des Aufenthaltsstatus der Lehrkräfte, der Lehrpläne und Schulaufsicht; Integration von Religionsunterricht für muslimische Schüler; Harmonisierung mit dem normalen Unterricht sowie mit der Zunahme von Ganztagschulen; Höhe und Kostendeckungsgrad der Zuschüsse in den letzten zehn Jahren

Antr

s. *Muttersprachlicher Unterricht*

Drs 13/3687

Stellenwert und Weiterentwicklung des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in BW

Kritische Überprüfung des Konsulatsmodells in BW, Vergleich mit den Modellen in Bayern und NRW und deren Finanzierung; Überführung ins Regelschulsystem mit entsprechender Mittelschichtung, Gewinnung von Lehrkräften und Lehrbeauftragten mit Migrationshintergrund für den muttersprachlichen Unterricht im Regelunterricht und in den erweiterten Angeboten an Ganztagschulen, Förderung der Muttersprachen der wichtigsten Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen an allen weiterführenden Schularten

Antr

s. *Muttersprachlicher Unterricht*

Drs 13/3688

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an baden-württembergischen Sonderschulen

Anteil und Nationalitäten der o.g. Schüler im Vergleich zu anderen BLändern; Unterschiede im Bildungsweg von Schülern aus eingebürgerten und ausländischen Familien; Maßnahmen zur Beseitigung des im zweiten Familienbericht für BW dokumentierten Bildungsrückstands von Kindern mit Migrationshintergrund

Antr Inge Utzt u.a. SPD 25.11.2004 und Stellungnahme KM
Drs 13/3798

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 02.03.2005 Drs 13/4187 S.
28 29

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Genitalverstümmelung verfolgen und abschaffen

Auswirkungen der verbesserten Rechtslage nach dem ZuwanderungsGes auf Entscheidungen von Behörden und Gerichten, Gewährung von Abschiebeschutz für die bedrohten Mädchen und Frauen, Darlegung der einzelnen Fälle bzw der Fälle von Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Kontext mit Genitalverstümmelung, der folgenden Ermittlungsverfahren und Gerichtsurteile; Informations- und Beratungsangebote für die potenziell Betroffenen sowie Aus- und Fortbildungsangebote für Ärzte, Hebammen, Psychologen und Sozialarbeiter; Umsetzung des gemeinsamen Konzepts von Bund und Ländern

Antr

s. *Beschneidung*

Drs 13/4381

Schulbesuch von Flüchtlingskindern in BW

Zahlen über den Schulbesuch der berechtigten Kinder von Asylbewerbern; Frage nach Fällen der Abweisung, des Fernbleibens sowie des Schulausschlusses und den dafür relevanten Kriterien; Übernahme der Kosten für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, für eine sonderpädagogische Betreuung in Sondereinrichtungen sowie für die intensive schulische Betreuung von (schwerst-)behinderten Kindern?

KIAnfr Inge Utzt SPD 28.06.2005 und Antw KM Drs
13/4445

Sommercamps zum Deutschlernen - Grammatik pauken und Theater spielen - Verbesserung der Sprachkompetenz von sozial und kulturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern

Beurteilung des Bremer Modells zur intensiven Sprachförderung von Grundschulern während der Sommerferien; Einrichtung der Camps für Grund- und Hauptschüler mit Migrationshintergrund, Ausgestaltung als wissenschaftliche Forschungsprojekte, Finanzierung über die Landesstiftung

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/4582

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Umsetzung der mit dem Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsges geänderten Rechtslage zur Inobhutnahme und Unterbringung o.g. Flüchtlinge, Einrichtung der von Fachleuten geforderten zentralen Clearingstelle?

Antr

s. *Flüchtling*

Drs 13/4728

Schulpflicht für Flüchtlingskinder

Festschreibung einer Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern, Vorlage eines GesEntw zur Änd des SchulGes

Antr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/4784

Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge

Beurteilung der Antragsflut bei der Härtefallkommission bzw des hohen Anteils von Empfehlungen für ein Bleiberecht an den IM sowie der diesbezüglichen Vorschläge des Vorsitzenden der Kommission; Hinwirkung auf eine Altfallregelung für wirtschaftlich und sozial integrierte Flüchtlinge, insbes für Familien mit minderjährigen Kindern und unbegleitete Minderjährige, auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/4866

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Anteil von Migrantenkindern an Sonderschulen und ohne Hauptschulabschluss

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 267 270 272 273

Senkung der Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 561 564 566

Unterrichtung ausländischer Schüler in Deutsch, Eintreten für eine Herabsetzung des Nachzugsalters, Integrationsleistung der Schule

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 736-738 743 745

Verbesserung der Integration von Migrantenkindern in Schulen und Kindergärten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 823

Unterstützung der Integration von Ausländerkindern über die LStiftung BW, Abhängigkeit ausländischer Jugendlicher ohne Schulabschluss von Sozialleistungen, Senkung der Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 856 860 877 879 880 901 902

Mangelnde Sprachkenntnisse ausländischer Kinder, Sprach- und Lernhilfen im Kindergarten und in der Schule; Senkung der Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1227-1229 1233-1237 1240-1243 1286 1287 1289 1292 1293

Sicherstellung der Schulfähigkeit ausländischer Kinder, Feststellung bzw Umsetzung des individuellen Förderbedarfs durch einen Sprachtest im Kindergarten, Verbesserung der Chancen auf einen höheren Schulabschluss

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735 1741 1744 1745 1750 1756 1757 1779 1780 1785 1792

Verbesserung der Integration von Migrantenkindern in Schulen und Kindergärten, Erfolgsbewertung der Fördermaßnahmen, Stärkung der deutschen Sprachkompetenz, Ablehnung von Ausländerquoten an Schulen und Kindergärten

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2808-2810 2820 2821 2825 2827-2830 2832-2834 2838

Sicherstellung der Schulfähigkeit ausländischer Kinder, Feststellung bzw Umsetzung des individuellen Förderbedarfs durch einen Sprachtest im Kindergarten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3634

Fortsetzung der Sprachförderung von Migrantenkindern, Verbesserung der Chancen auf weiterführende Schulen und Abschlüsse

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4267 4269 4276

Gewährung von Schutz und humanitärer Hilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Vermeidung einer Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4524 4525

Verweisung auf eine Studie zur Diskriminierung von ausländischen Kindern bzw auf deren Anteil an Förderschulen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4965 4972 4973 4977

Schulische Integration von Kindern mit Migrationshintergrund

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5048 5050

Sprachdefizite von Kindern mit Migrationshintergrund beim Eintritt in die Schule, Notwendigkeit eines ganzheitlichen Sprachförderprogramms

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5422-5425

Sprachdefizite von Kindern mit Migrationshintergrund beim Eintritt in die Schule, Notwendigkeit einer Senkung des Nachzugsalters, nachhaltige Förderung der Sprachentwicklung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5887 5888 5891 5892 5902 5909 5917 5925 5934

Sprachdefizite von Kindern mit Migrationshintergrund, Notwendigkeit der Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213 6214 6219

Umsetzung des Programms zur vorschulischen Sprachförderung, Verbesserung der Schulreife von Kindern mit Migrationshintergrund

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6411

Vergleich der schulischen Integration von Migranten der ersten und zweiten Generation

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6868

Beklagung mangelnder Bildungschancen für ausländische Kinder in BW und Bayern

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6960 6963 6964

Anfälligkeit von ausländischen Schülern für jugendgefährdenden Medienkonsum, Annahmung eines Konzepts zur Benachteiligtenförderung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056

Anteil von Kindern aus Migrantenfamilien unter den Gymnasiasten, Bedeutung der Integration der Migrantenkinder, Verweisung auf die schweren Unruhen in den französischen Vorstädten

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201 7202 7210 7212 7217 7218 7222 7230-7233 7246 7247

Feststellung einer weiteren Erschwerung der Aufnahme ins Gymnasium für Kinder mit Migrationshintergrund nach Einführung des G 8

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7371 7372 7377 7380 7381

Unterstützung von Kindern aus Migrantenfamilien bei der Erlernung der deutschen Sprache im Kindergarten; Verweisung auf das Angebot von islamischem Religionsunterricht; Schutz von muslimischen Mädchen vor der Zwangsheirat; Eindämmung der Abmeldungen vom Schwimm-, Sport- und Biologieunterricht

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7654-7657 7661 7662 7667 7669 7757

Vergleich der schulischen Integration von Migranten der ersten und zweiten Generation, Kritik an der Kürzung von Förderunterricht für Ausländer, Verbesserung der Bildungschancen von Kindern aus Migrantenfamilien; Eintreten für ein Bleiberecht aus humanitären Gründen für hier geborene Kinder

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935 7948 7951 7994 7996 7997 8004-8006 8008

Auslandsadoption

s. Adoption

Auslandsreise

s.a. Dienstreise

s.a. Jugendaustausch

s.a. Wirtschaftsdelegation

Unterschiedliche Leistungsgewährung der GKV bei Schutzimpfungen aus Anlass von Auslandsreisen

Beendigung der unterschiedlichen Handhabung o.g. Kostenübernahme durch die Krankenkassen

Antr

s. Impfung

Drs 13/234

Übernahme von Reisekosten für Journalisten

Auflistung der Reisen von Regierungsmitgliedern seit Beginn der 13. WP und der begleitenden Journalisten, Frage nach vorhandenen Regelungen zur Kostenübernahme bzw der jeweils tatsächlich erfolgten Kostenerstattung

Antr

s. Journalist

Drs 13/1958

Empfang des MinPräs für Delegationsmitglieder seiner Auslandsreisen

Versand von Spendenbriefen an die zur o.g. Veranstaltung im Neuen Schloss eingeladenen Teilnehmer: Höhe der eingegangenen Spenden, der veranschlagten sowie tatsächlichen Kosten des

Empfangs, verfügbare Haushaltsmittel des StM, Zahl der vorgesehenen Abschiedsveranstaltungen des MinPräs

KlAnfr

s. Ministerpräsident

Drs 13/4051

Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen mit falschen Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Frage nach einer strafrechtlichen Relevanz, nach Konsequenzen des Vorfalls für die beteiligten amerikanischen Sicherheitsbeamten sowie nach den Folgen eines derartigen Missbrauchs für Bürger in BW

Antr

s. Ausweis

Drs 13/4854

Ermittlungen wegen des Missbrauchs von Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Verneinung einer strafrechtlichen Relevanz mit der Stellungnahme des StM auf Drs 13/4854 im Gegensatz zu der (Ermittlungen planenden) zuständigen Staatsanwaltschaft, Aufklärung dieses Widerspruchs

Antr

s. Ausweis

Drs 13/5091

Auslandsreisen von Wirtschaftsdelegationen mit Wirtschaftsminister Dr. Döring

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4790 4794

Erfolgsbewertung der Auslandsreisen des WM mit Wirtschaftsdelegationen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7143

Präsentation des Tourismusstandorts BW auf Auslandsreisen des WM mit Wirtschaftsdelegationen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7959

Auslandsstudium

s. Studium

Ausreisevisum

s. Sichtvermerk

Ausschluss vom Unterricht

s. Ordnungsmittel im Schulwesen

Ausschluss von der Schule

s. Ordnungsmittel im Schulwesen

Ausschreibung

s.a. Stellenausschreibung

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG
Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/55

Ges zur Änd des SpielbankenGes

Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung vor der Erteilung einer Spielbankerlaubnis, Neuregelung der Spielbankabgabe und weiterer Leistungen, schrittweiser Abbau der Troncabgabe

GesEntw
s. *Spielbank*
Drs 13/59

Beschaffungswesen und Ausschreibungen im Zuständigkeitsbereich des MLR

Beschaffungspraxis der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter seit 1998

MdlAnfr
s. *Chemisches Untersuchungsamt*
Drs 13/62

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 13)

Alternative Ausschreibungs- und Finanzierungsmodelle für Hochbaumaßnahmen (Drs 12/5701 X. S. 4)

Mittlg
s. *Hochbau*
Drs 13/151

Ausschreibung der Ersatzleistungen für IR- und IRE-Verbindungen auf der Schwarzwaldbahn zum nächsten Fahrplanwechsel

Zeitpunkt der Ausschreibung für o.g. Verkehrsleistungen nach dem nächsten Fahrplanwechsel, Auswirkungen des Vertrags mit der DBAG zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit von Stuttgart 21, Beurteilung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn

Antr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 13/165

Zukunft des Interregios

Unterstützung der Übertragung der Verantwortung und Mittel für die Interregioverkehre auf die Länder sowie der Festlegung auf Höhe und Dynamisierung der Regionalisierungsmittel, ausschließlicher Einsatz für Verbesserungen des ÖPNV, insbes des SPNV; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/346

Ausschreibung Polizeiwaffen

Gründe für die Aufhebung der ersten Ausschreibung, Gegenüberstellung der Kriterien zwischen erster und zweiter Ausschreibung, Auswirkungen der Verzögerung, Zeitpunkt der Neu-

bewaffung der Polizei

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/647

Interimslösungen für Interregio-Ersatzverkehre

Ausschreibung o.g. Ersatzverkehre auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn nach Klärung des Mittelausgleichs zwischen Bund und Ländern, Form der Finanzierung bis zu einer dauerhaften Vergabe, Verbesserung der Qualität der Züge, Beschleunigung der Ersatzzüge auf der Südbahn in der Interimszeit zur Erreichung wichtiger Anschlüsse in Ulm und Friedrichshafen

KlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/770

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrpläne, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/771

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der externen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/832

Vergabe von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs in Wettbewerbsverfahren

Anteil der Vergabe o.g. Leistungen nach Ausschreibung; Beschluss eines Stufenplans zur Steigerung auf 100 % in den nächsten zehn Jahren

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/907

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2001 und 2002 nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung; zeitnahe Verwendung der Überschüsse und zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1054

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Erklärung des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der DB Regio AG für nichtig durch die Vergabekammer Magdeburg; Notwendigkeit der Ausschreibung von Leistun-

gen des SPNV und Vergabe in Losen als Konsequenz dieser Entscheidung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1179

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Ausschreibung von Regionalverkehren und Interregiostrecken, Ermöglichung des Betriebs von NE-Bahnen, Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen als Leistungsanbieter im ÖPNV und insbes im Busverkehr

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Einbeziehung baden-württembergischer Architekten und Ingenieure bei beschränkten Wettbewerben

Angemessene Berücksichtigung heimischer Architekten und Ingenieure bei der Ausschreibung beschränkter Wettbewerbe für Bauvorhaben des Landes und der Kommunen

Antr
s. *Architekt*
Drs 13/1224

Zwischenbilanz des Leasing-Konzepts für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Beurteilung des Konzepts nach der ersten Umtauschphase, Erzielung von Einsparungen? Ausschreibung von Phase II, Bewertungskriterien für das wirtschaftlichste Angebot

Antr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 13/1330

Förderung mittelständischer Busunternehmen

Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter, Vorgabe von Qualitäts- und Sozialstandards

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/1382

Neubesetzung der Leitung des Landesgesundheitsamtes

Neubesetzung der o.g. Position ohne öffentliche Ausschreibung?

KlAnfr
s. *Gesundheitsbehörde*
Drs 13/1415

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Pläne der Bahn AG zur Stilllegung weiterer Strecken; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der NE-Bahnen, entsprechende Modifikation der Ausschreibungsverfahren, Einrichtung eines Pools für die Beschaffung von SPNV-Fahrzeugen, Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Situation und Zukunft mittelständischer Busunternehmen

Entwicklung von Angebot und Nachfrage im ÖPNV mit Bussen sowie der Förderung in den letzten zehn Jahren im Vergleich zum SPNV u.a. BLändern; Darlegung der bisherigen und künftigen Strukturveränderungen; Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Sicherstellung eines Leistungs- und Qualitätswettbewerbs, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/2078

Interessenkonflikte eines Regierungsmitglieds bei der Ausschreibung von Schienennahverkehrsleistungen

Frage nach möglichen Interessenkonflikten von Staatssekretär Mappus als Aufsichtsratsmitglied in der über die Auftragsvergabe entscheidenden Nahverkehrsgesellschaft BW und der sich um Leistungen im SPNV, u.a. auf der Schwarzwaldbahn, bewerbenden SWEG und HzL sowie bei einer für das UVM und gleichzeitig die NVBW tätigen Werbeagentur; Beurteilung von Aussagen zur Nichtbefassung des (zuständigen) Staatssekretärs mit Ausschreibungsvorgängen im Nahverkehr; Ausschluss der genannten Interessenkonflikte

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*
Drs 13/2153

Ausschreibungsverfahren - Erfassungsdienstleistungen für das Elektronische Grundbuch

Darlegung der Abwicklung des o.g. Verfahrens, insbes teilnehmende Bieter, Art und Kriterien der Angebotsprüfung und Auftragsvergabe, Prüfung der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers bzw der Subunternehmer, Überwachung der Verbringung und des Rücktransports von Grundbüchern u.a. amtlichen Unterlagen oder Daten ins Ausland, Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit, Beurteilung des Vorhabens durch den LDatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Grundbuch*
Drs 13/2186

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn

Frage nach dem zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteil an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer bis 2016

MdlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2247

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG 2003-2016

Ausgestaltung und Finanzvolumen des o.g. Vertrags; Gründe und Auswirkungen des geringen, zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteils an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer; Vereinbarkeit mit dem Vergaberecht; Rückgabe der geförderten Fahrzeuge durch die Bahn AG bei einer Neuvergabe der Teilnetze?

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2303

Konsequenzen der zentralen Ausschreibung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen durch das Landesarbeitsamt für Jugendliche in BW

Auswirkungen des o.g. Modellprojekts, Einhaltung der Vorgaben des EU-Vergaberechts; Entwicklung der Mittelvergabe und Teilnehmerzahlen, Auswirkungen der Verkürzung von Fördermaßnahmen; Fortsetzung der Förderung bedarfsgerechter Angebote für Jugendliche

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2439

Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 in der Rechtssache „Altmark Trans“

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Wettbewerbsintensität und finanzielle Förderung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV, auf den Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen dem privaten Omnibusgewerbe und den kommunalen Verkehrsbetrieben sowie auf die künftige Ausschreibung von Verkehrsleistungen im ÖPNV

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2557

Freier Zugang zu DIN-Normen

Monopolstellung eines Verlags zur Veröffentlichung von DIN-Normen im vollständigen Wortlaut gegen Entgelt, Frage nach einer freien Zugangsmöglichkeit der Gewerbeaufsichtsämter; Ermöglichung eines einfachen und kostengünstigen Zugangs für Kommunen, LKreise und Unternehmen über das Internet; Festlegung bzw Auslegung des Begriffs „Stand der Technik“ bei öffentlichen Ausschreibungen und Angeboten

Antr
s. *Normung*
Drs 13/2668

Mittelstandsfreundliche Auftragsvergabe

Mehrkosten durch die Zusammenfassung von Fachlosen bei öffentlichen Ausschreibungen und eine daraus folgende Generalunternehmervergabe, Beurteilung der Beanstandungen des Bundesrechnungshofs und der Gemeindeprüfungsanstalt sowie der eigenen Vergabepraxis; Bewertung der Regelungen der Vergabegesetze in Bayern und Sachsen, Einführung einer entsprechenden Aufsichtsprüfung iRd MittelstandsförderungsGes?

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/2789

Ausschreibungsmodalitäten für die Schwarzwaldbahn

Gewichtung der Qualitätskriterien bei der Angebotsauswertung, insbes Verlängerung im Fernverkehr, weitere Zugangebote und Durchbindungen

MdlAnfr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 13/2873

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepraxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-

Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2882

Potenzielle Nichtigkeit des Nahverkehrsvertrags des Landes mit der DB Regio AG

Bewertung als Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch die EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Frage nach finanziellen Vorkehrungen für den Fall der Nichtigkeit des Vertrags

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2952

Verkehrsvertrag des Landes BW mit der DB AG

Information über den o.g. Vertrag einschließlich aller Nebenabreden und durchgeführten Vergabeverfahren, Stellungnahme zu den Vorwürfen der EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen

Antr
s. *Vertrag*
Drs 13/2956

Ausschreibung zur Übernahme der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Rechtsgrundlage der o.g. Ausschreibung zur Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Antr
s. *Bewährungshilfe*
Drs 13/3067

Architektenwettbewerbe bei Bauprojekten des Landes

Nutzung des o.g. Instruments bzw eines anderen Vergabeverfahrens für die einzelnen Projekte seit 2000, Höhe der jeweiligen Kosten, Gründe für den Verzicht auf Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs

KlAnfr
s. *Architekt*
Drs 13/3081

Bagatellgrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Frage nach Wertgrenzen für die freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung beim Land und den Kommunen, Zulässigkeit nach der Gemeindeordnung? Auswirkungen beim örtlichen Handwerk und Mittelstand

KlAnfr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/3121

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Fragen zur Ausgestaltung des o.g. Vertragswerks, insbes Abbestellung von Verkehrsleistungen, Aufgabe von Strecken, Rückzahlung von Zuschüssen, Konsequenzen aus einer Erhöhung oder Kürzung der Regionalisierungsmittel, Gewichtung und Folgen der Verletzung vereinbarter Qualitätskriterien, verbleibendes Volumen für Ausschreibungen

GrAnfr
s. *Vertrag*

Drs 13/3233

Konsequenzen aus der Praxis des Landes bei der Vergabe von Gutachten, Studien und sonstigen externen Dienstleistungen

Nachbesserung der Stellungnahme zu Drs 13/2882, Benennung der Auftragnehmer, deutliche Reduzierung der Kosten und der freihändigen Vergaben, Einhaltung der Beschaffungsordnung und der Verdingungsordnung, Anlage eines Aktenvermerks mit Begründung einer Abweichung von einer öffentlichen oder beschränkten Ausschreibung in jedem Einzelfall

Antr

s. *Gutachten*

Drs 13/3291

Schutz einer intakten Buchhandelslandschaft; hier: Ausschreibungen für die Lieferung von Schulbüchern

Notwendigkeit der öffentlichen und europaweiten Ausschreibung von Schulbuchaufträgen nach der EU-Vergaberichtlinie, Gefährdung des Buchhandels hierzulande durch meist mehrere gleichwertige Angebote (aufgrund der Buchpreisbindung) und die dann folgende Angebotsauslosung; Möglichkeiten der Schulträger zur Umgehung von Ausschreibungen bzw Eintreten für eine Ausnahmeregelung auf europäischer Ebene

Antr

s. *Buchhandel*

Drs 13/3318

Vereinbarkeit des Nahverkehrsvertrags zwischen dem Land BW und der DB Regio AG mit europäischem Wettbewerbsrecht

Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Konsequenzen einer Bestätigung dieser Rechtsauffassung durch den EuGH für den o.g. Verkehrsvertrag, Frage nach möglichen Schadenersatzforderungen

Antr

s. *Vertrag*

Drs 13/4071

Die Zukunftsoffensive IV

Entscheidende Impulse, Konzepte und Personen der o.g. Forschungsoffensive bzw der Entscheidungsvorlage für den Aufsichtsrat der Landesstiftung; Darlegung des Verfahrens, der Kriterien und Beteiligten für die (offene) Ausschreibung und Vergabe der Projekte; Einbeziehung der PH sowie der zuständigen Hochschulgremien angesichts der künftigen Bindungs- und Folgewirkungen der Antragstellungen; Verwendung von Restmitteln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersforschung? Art und Ergebnisse der Evaluation von „Erwin I-IV“ und deren Transparenz; Information des WissA vor der Entscheidung über das Ausschreibungsverfahren

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/4136

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und ju-

ristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/4323

Verzicht der LReg auf Ausschreibungen von Teilnetzen iRd Verkehrsvertrags mit der DB AG

Frage nach einer freihändigen Vergabe; Vereinbarkeit der angekündigten Wettbewerbsverfahren mit Unwägbarkeiten wie z.B. einer Elektrifizierung der Südbahn, Betrieb des Nordwürttemberg-Netzes als ein Pilotprojekt für Regio-Netze nach dem Vorbild der Kurhessenbahn, Problematik der Ländergrenzen überschreitenden Bahnstrecken bzw einer gemeinsamen Ausschreibung von Grenzverkehren

KIAnfr

s. *Vertrag*

Drs 13/4424

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbaugewerken; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Markts durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeförderten Bewerber u.a.m.

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 13/4916

Vergabe und Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl und Kosten der ausgeschriebenen und vergebenen Tests seit 2004, Qualität und Unabhängigkeit der zum Zuge gekommenen Testlabors, Frage nach der Berücksichtigung eines von der Ehefrau eines Schlachthofbesitzers betriebenen Labors, Entwicklung der BSE-Verdachtsfälle in der Region Schwaben bis Oktober 2004 und danach

Antr

s. *BSE*

Drs 13/5212

Forderung nach Ausschreibung von Meinungsumfragen der LReg

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4483-4487

Öffentliche Ausschreibung von Gutachteraufträgen der Ministerien

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6589-6594

Vorschlag einer Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen öffentlicher Bauvorhaben

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7445

Ausschuss der Europäischen Regionen

s. *Ausschuss der Regionen*

Ausschuss der Regionen

Unterschiedlichkeit der im Ausschuss vertretenen Regionen, Würdigung des zehnjährigen Bestehens des Ausschusses der Regionen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1465 1466 1470

Einfluss des Ltg im Ausschuss der Regionen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2154

Stärkung des Ausschusses der Regionen im europäischen Verfassungsvertrag

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895

Stärkung des Ausschusses der Regionen im europäischen Verfassungsvertrag, Einräumung eines eigenständigen Klagerechts vor dem Europäischen Gerichtshof

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3308 3311 3321

Glückwünsche an den LtgPräs zur Wahl als Vizepräsident des AdR

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3808

Einräumung eines eigenständigen Klagerechts des AdR vor dem Europäischen Gerichtshof gegen Subsidiaritätsverstöße der EU-Kommission

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120 5121

Würdigung der engagierten Arbeit von Peter Straub als Präsident des Ausschusses der Regionen, Bemühungen um Kompetenzen zur Subsidiaritätskontrolle

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7141 7146

Bedeutung des AdR als Sprachrohr der europäischen Regionen und Kommunen, Rückblick des Präsidenten auf die vergangenen zwei Jahre, Sensibilisierung der neuen Beitrittsländer für den Föderalismus

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

s. Landtag, Ausschüsse

Ausschuss für Europaangelegenheiten

s. Landtag, Ausschüsse

Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium

Drs 13/2

Umbesetzungen im Ausschuss nach Art 62 der Verfassung (Notparlament)

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894 1964 1965

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893 3000

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699 4768

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181 5264

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5321 5413-5415

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535 6623

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787 6876

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041 7117

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199 7284

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7367

Außenhandel

s. Außenwirtschaft

Außenpolitik

s.a. Außenwirtschaft

s.a. Entwicklungshilfe

s.a. Europa

s.a. Frieden

s.a. Globalisierung

Notwendigkeit und Entwicklungsstand der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600-603 605 610-612

Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1458 1461 1463 1465 1471

Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2155 2157 2159-2161 2163

Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Vereinheitlichung der zuständigen Institutionen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340 2343 2346

Sorge um eine Isolierung Deutschlands im Vorfeld und Zusammenhang der Irak-Krise, Kritik an der kategorischen Ablehnung einer gewaltsamen Entwaffnung des Irak im Verbund mit Frankreich und Russland, Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2694-2700

Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3056-3062

Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Installation eines europäischen Außenministers und eines Auswärtigen Dienstes

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3307 3310 3311 3314 3316-3319 3322-3324

Bewertung von Äußerungen des MinPräs zur deutschen Außenpolitik vor und während des Irak-Kriegs; Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801-3804 3807 3808

Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5119 5124 5128 5132

Aufbau und Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, Schaffung des Amtes eines europäischen Außenministers; Bewertung der außenpolitischen Aktionen der CDU-Vorsitzenden

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5371 5372 5374-5376 5379

Beurteilung der außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA, Auswirkungen der Differenzen wegen des Irak-Kriegs, Bewertung von außenpolitischen Aktivitäten der CDU-Vorsitzenden Merkel

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5474-5478

Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Bewertung der EU-Osterweiterung als Erfolg der deutschen und europäischen Außenpolitik

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7143

Außenwirtschaft

s.a. Agrarhandel

s.a. Globalisierung

s.a. Wirtschaftliche Kooperation

s.a. Wirtschaftsdelegation

s.a. Wirtschaftsförderung

s.a. Zoll

Mittelstand und Beschäftigung in BW

Einrichtung eines Schwerpunktprogramms zur Förderung von (mittelständischen) Unternehmen des Landes auf den Märkten der ost- und südosteuropäischen Beitrittsländer

Antr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/77

Kürzungen der Landesmittel für Entwicklungszusammenarbeit

Umfang und Bereiche der zu erbringenden Einsparungen im Zuge der Erhöhung der globalen Minderausgaben; Auswirkungen auf Maßnahmen und Projekte im Inland, der Außenwirtschaft und Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Einsparauflagen der anderen mit Entwicklungspolitik befassten Ressorts

KIAnfr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/1236

Aufgaben und Organisation der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit BW mbH (GWZ)

Aufgaben, Organisation, Personal- und Mittelausstattung der GWZ; Erfolgskontrollen und -bewertung; Schritte zur Bündelung und Weiterentwicklung der Außenwirtschaftsförderung; Fortführung der Erstellung von Außenhandelsinformationen und -studien durch die GWZ?

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 16.09.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1317

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 21-23

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1387

Effektivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Landes

Bündelung der Zuständigkeiten in einem Ministerium, Höhe der dadurch erzielbaren Einsparungen, Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen iRd wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern

Antr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/1422

Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) - Auswirkungen auf die Hochschul- und Kulturlandschaft in BW

Auflistung bzw Abwehr von möglichen nachteiligen Konsequenzen für die Hochschulen u.a. Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie deren Finanzierung, Wahrung der Länderinteressen iRd o.g. Verhandlungen

Antr

s. Dienstleistung

Drs 13/1734

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/1787

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Bedeutung und Förderung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur; Unterstützung des Austauschs von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden; Engagement von Unternehmen in China sowie von chinesischen Wirtschaftsunternehmen in BW

Antr

s. Wissenschaftliche Kooperation

Drs 13/2553

Dauer der Bearbeitung von Exportanträgen mit „dual use“-Gefahr

Gründe und Auswirkungen der langen Dauer o.g. Prüfverfahren, u.a. Auftragsverluste für die betroffenen Maschinenbauunternehmen; Herstellung von Konkurrenzfähigkeit durch Beschleunigung der Verfahren

Antr Herbert Moser u.a. SPD 12.11.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2605

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.05.2004 Drs 13/3239 S. 18 19

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Bündelung der Zuständigkeiten für Auslandsaktivitäten und des Standortmarketings für den Hochschul- und Forschungsstandort BW bei der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit

EAntr CDU und FDP/DVP 27.11.2003 Drs 13/2676

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3915-3922

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Auswirkungen

des Beitritts auf die innere Sicherheit, die Verkehrsbelastung und das Verkehrsgewerbe; Förderung des Verkehrswegebbaus durch die EU; Chancen für eine Teilverlagerung auf Schienen- und Wasserwege; Einschätzung der Veränderungsprozesse und Angleichung der Lebensverhältnisse; Verhandlungsposition für die weitere Finanzierung der EU nach 2006; Aufnahmereife der möglichen nächsten Kandidaten Bulgarien, Rumänien und der Türkei

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Außenwirtschaftsförderung

Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland; Standorte, Träger, Konzeption, Auslastung und Förderung der German Centers; Stand der Verhandlungen zur Aufnahme neuer Gesellschafter bei der GWZ; Einbeziehung weiterer Träger und Institutionen in die Außenwirtschaftsförderung

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 29.03.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3070
BeschlEmpf und Bericht WirtA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 12 13
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Haushaltsnachschläge für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die zuständige Landesbehörde nach Abs 5 AußenwirtschaftsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Handelsbeziehungen nach Osteuropa

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KlAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/3774

Türkei

Zahl der türkischen Mitbürger in BW, Anteil von Unternehmen bzw von Arbeitslosen, Entwicklung und Perspektiven des Waren- und Dienstleistungsaustauschs zwischen Deutschland bzw BW und der Türkei, Auflistung der Firmen mit Niederlassungen in der Türkei sowie von Messen, Tagungen u.a. Veranstaltungen zur Intensivierung der Kontakte; Zahl von türkischen

Studenten in BW, von Städte- und Hochschulpartnerschaften

KlAnfr
s. *Türkei*
Drs 13/4282

Beziehungen des Landes BW zu Bulgarien

Entwicklung der Beziehungen, der Unternehmensansiedlungen und des Warenaustauschs in den letzten fünf Jahren; Frage nach Hilfestellungen und Fördermaßnahmen für heimische Unternehmen sowie nach Kontakten im Bildungs- und Forschungsbereich; Einrichtung einer gemeinsamen Regierungskommission sowie einer eigenen Repräsentanz in Bulgarien

Antr
s. *Bulgarien*
Drs 13/4447

Wirtschaftsbeziehungen mit Serbien-Montenegro

Handelsvolumen, Güter und Schwerpunkte 2004; Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit der EU; Werbung um Firmen für Investitionen in Serbien-Montenegro; Bedeutung der Hochschulen für die produktnahe Forschung und Entwicklung; Stand und Perspektiven der institutionellen Zusammenarbeit

KlAnfr
s. *Serbien und Montenegro*
Drs 13/4786

Wirtschafts- und Handelskontakte des Landes mit der Volksrepublik China (VR China)

Darlegung der bestehenden und geplanten Kontakte bzw der gegenseitigen Besuche von Wirtschaftsdelegationen und deren Ergebnisse, Frage nach Repräsentanten von Institutionen des Landes in China mit dem Ziel der Werbung um Betriebsansiedlungen und Investitionen in BW

KlAnfr
s. *China*
Drs 13/5201

Nutzung der Chancen des Euro als klassisches Exportland

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 44

Konjunkturschwäche in den USA, Suche nach einem Ausgleich für den Nachfragerückgang in Osteuropa

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 163 164 167

Abhängigkeit von europäischen und globalen Entwicklungen aufgrund der besonderen Exportorientierung des Landes

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202-204

Erwartung einer Erholung der Exporte im kommenden Jahr, Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel für die Außenwirtschaft

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 504 505

Volumen der Exporte nach Mittel- und Osteuropa, Perspektiven der EU-Osterweiterung

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 603 604

Stabilisierung der Konjunktur durch eine starke Exportwirtschaft

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636 637

Anteil der Exporte des Landes nach Osteuropa, Feststellung von Exportüberschüssen von Tschechien und Ungarn im Handel mit Deutschland

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775 779 780

Stellenwert einer intakten Infrastruktur für die Exportwirtschaft des Landes, Feststellung eines Exportrückgangs

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 857

Auswirkungen der WTO-Verhandlungen auf die Landwirtschaft und das Warenangebot hierzulande, Exportchancen durch die EU-Osterweiterung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043 1057

Bedeutung der neuen Landesmesse für die exportorientierte Wirtschaft

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1143

Exportchancen der erneuerbaren Energien, Ausfuhrvolumen von Windkraftanlagen im Jahr 2001

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1381 1384 1386 1388 1396

Volumen der Exporte nach Europa und in die USA, Perspektiven der EU-Osterweiterung, Wahrnehmung der Außenhandelspolitik durch die EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1468 1471

Förderung der Markterschließung in einzelnen Schwerpunktländern zulasten der Entwicklungszusammenarbeit, Unterstützung des Projekts „Fairer Handel“

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1940 1941 1943 1944 1947 1948

Stimulanz der Konjunktur durch die Exportwirtschaft, Entwicklung des Außenhandels mit den MOE-Staaten seit der Beitrittsperspektive, Zuständigkeit der EU für die Außenwirtschaft

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2120 2153 2154 2159 2161 2164

Zuständigkeit der EU für die Außenwirtschaft, Entwicklung des Außenhandels mit den MOE-Staaten seit der Beitrittsperspektive

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2343 2344

Förderung mittelständischer Unternehmen durch Kooperationsbörsen zur Erschließung ausländischer Märkte

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2357 2361 2368 2369

Zuständigkeit der EU für die Außenwirtschaft

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306

Bedeutung der neuen Landesmesse für die exportorientierte Wirtschaft; Schutz der Wasserwirtschaft vor den Liberalisierungsbestrebungen der WTO

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369-3371 3377 3378 3440 3441

Bedeutung der neuen Landesmesse für die exportorientierte Wirtschaft; Fortsetzung der Außenwirtschaftspolitik des Landes

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627 3633 3643

Erschließung neuer Absatzmärkte mit der EU-Osterweiterung, Kompatibilität der Schlüsselbranchen hierzulande mit den Nachfragestrukturen Osteuropas, erwartete Wachstumszahlen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798 3808 3809

Zusammenführung der operativen Aufgaben des Landesgewerbeamts und der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in einer privaten Gesellschaft

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3916-3918 3920 3921

Ermöglichung von Exportfinanzierungen außerhalb der EU über den Förderbereich der L-Bank

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4044 4045

Bedeutung der neuen Landesmesse für die exportorientierte Wirtschaft

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4156

Bündelung der Außenwirtschaftsförderung, Unterstützung von Auslandskontaktbörsen über die GWZ, Erwartung einer Zunahme der Exporte nach Japan und den USA

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4285 4288 4292 4295 4296

Ermöglichung von Exportfinanzierungen außerhalb der EU über den Förderbereich der L-Bank

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4517

Bündelung und Stärkung der Außenwirtschaftsförderung

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4582

Verbesserung der Rechtssituation in Konflikten zwischen Handelsunternehmen in Europa, Anstreben eines europäischen Vertragsrechts

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841 4843 4847

Verteilung der Exporte in die alten und neuen EU-Länder

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5130

Bündelung der Außenwirtschaftsförderung, Zusammenführung mit der Wissenschaftsförderung; Bedeutung der neuen Fildermesse als Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5191 5192 5198 5204 5244 5247

Entwicklung der Exporte in die EU-Beitrittsländer seit 1992

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5372

Neuordnung der Außenwirtschaftsförderung; Befürchtung eines Rückgangs des Exportbooms; Bedeutung der USA als Exportland für die heimische Wirtschaft

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5451-5453 5464 5474 5477-5480

Bedeutung der neuen Fildermesse als Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft, Würdigung der Exportleistung trotz der ständigen Abwertung des Dollars

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5865 5880 5883 5897

Bündelung der Außenwirtschaftsförderung, Zusammenführung mit der Wissenschaftsförderung; Bedeutung der neuen Fildermesse als Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015 6016 6031 6035

Verweisung auf den Anstieg der Exporte in den letzten fünf Jahren trotz des hohen Eurokurses gegenüber dem Dollar

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6150

Bündelung der Außenwirtschaftsförderung mit BW International, Einbindung des Hochschulmarketings

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330 6332

Bedeutung Frankreichs als zweitgrößter wirtschaftlicher Partner des Landes

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351 6353 6358

Unterstützung der Unternehmen bei der Erschließung ausländischer Exportmärkte

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6439

Bedeutung der neuen Fildermesse als Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6791 6793 6797

Bedeutung der neuen Landesmesse und der Regionalmessen als Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6897 6898

Bewertung des Exports als einzige Konjunkturstütze, Warnung vor einer Mehrwertsteuererhöhung, Verweisung auf die Rückerstattung der Mehrwertsteuer beim Export

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969 6972 6975

Bedeutung der EU als wichtiger Exportmarkt für die deutsche und baden-württembergische Wirtschaft

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7146 7147 7150

Abwanderung von exportorientierten Firmen aufgrund des Kostendrucks und der Erschließung ausländischer Märkte

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297

Bedeutung der EU als Exportmarkt, Stand und Ausbaupotenzial des Exports von verkaufsbegleitenden Dienstleistungen; Bemerkungen des RH zu Mitnahmeeffekten bei der Außenwirtschaftsförderung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845 7848 7850 7853

Bezeichnung des Landes als Exportweltmeister, Perspektiven für den Export von deutscher Umwelttechnik

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881 7887 7889 7890

Außenzoll

s. *Zoll*

Außergerichtliche Streitschlichtung

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungGes BW -EurUG-) Änd des SchlichtungsGes

GesEntw

s. *Währung*

Drs 13/313

Erfahrungen mit dem Gesetz zur obligatorischen Streitschlichtung (StreitschlichtungsGes)

Zahl, Dauer, Erfolg oder Misserfolg der o.g. Verfahren nach Art der Rechtsstreitigkeit; Beurteilung der Akzeptanz beim Bürger sowie der Erfahrungen in anderen BLändern

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 29.06.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4454

Anpassung der Rechtsanwaltsgebühren in außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahren

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917

Außerplanmäßige Haushaltsausgaben

s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*

Außerschulische Jugendbildung

s. *Jugendbildung*

Außerschulische politische Bildung

s. *Politische Bildung*

Außerschulisches Kulturprojekt

s. *Kultur*

Aussiedler

s.a. *Eingliederungshilfe*

s.a. *Familienzusammenführung*

s.a. *Lastenausgleich*

Integration von Migranten in BW

Erstellung kreisbezogener Lagebilder bzw einer Gesamtkonzeption zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, jährliche Fortschreibung mit einem Integrationsbericht; gezielte Sprachförderung für Eltern und Kinder in Kindergärten und Schulen; Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache, Einrichtung von Professuren für islamische Religionspädagogik an Universitäten und PH; Ausbau der Jugendsozialarbeit; Qualifizierung junger Arbeitsloser; Anwerbung von ausländischen Jugendlichen für pädagogische Berufe; Förderung der interkulturellen Kompetenz in den Behörden sowie des interkulturellen Dialogs zur Integration in Vereinen und Gremien; Prüfung von Finanzierungsmöglichkeiten sowie Einrichtung einer Stiftung

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/432

Situation des Strafvollzugs in BW

Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Russlanddeutschen

GrAnfr

s. *Strafvollzug*

Drs 13/566

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Angebote von Arbeitsgemeinschaften und des Erweiterten Bildungsangebots sowie von Förder- und Stützunterricht, Kürzung zugunsten des Pflichtunterrichts? Ausgestaltung der Sprachkurse für ausländische Kinder und Aussiedler, Vorbereitung der Lehrkräfte auf die Förderung sprachbenachteiligter ausländischer Jugendlicher

GrAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 13/590

Bestandsaufnahme Integrationsmaßnahmen

Vorlage o.g. Bestandsaufnahme zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/709

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Frage nach o.g. Gesamtkonzeption aufgrund der Bestandsaufnahme in Drs 13/709; interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Gesundheitsbereichs, Maßnahmen zur Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung; Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei

der Eingliederung und Sprachförderung; Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Deutschen und Migranten, Projekte zur beruflichen Integration in der vergangenen und laufenden ESF-Förderperiode; Förderung der Beratung, Qualifizierung, Existenzgründung und Unternehmensnachfolge von ausländischen Inhabern; Evaluation der einzelnen Maßnahmen

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des EingliederungsGes zur Begrenzung der Sozialhilfe an Spätaussiedler auf sechs Monate

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 31) - Beihilfsbauten für Spätaussiedler

Mittlg
s. *Unterkunft*
Drs 13/2700

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des EingliederungsGes zur Begrenzung der Sozialhilfe an Spätaussiedler auf drei Monate

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Ges zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änd des EingliederungsGes

Vereinfachung der Ausgabenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler, Regelungen über den aufzunehmenden Personenkreis sowie zur Nutzung staatlicher Gemeinschaftsunterkünfte, Zuständigkeit der Aufnahmebehörden für die Bearbeitung von Widersprüchen nach dem Asylbewerberleistungsges und der Aufnahme- und EingliederungsgebührenVO, Bestimmungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 13/2711

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzung von Integrationsprojekten für junge Ausländer und Aussiedler

s. *Ausländer*
Drs 13/2809

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Finanzierung von Integrationsangeboten und Sprachförderung für schulpflichtige Spätaussiedler nach dem Wegfall der Mittel aus dem Garantiefonds

Kofinanzierung der Bundesmittel für schulische Integrationsprojekte, Gefährdung dieser Projekte nach dem Wegfall der Bundesmittel; Einstellung von Brückenlehrern, ergänzende Sprachförderung und Nachhilfeunterricht nach dem Beispiel der Stadt Schwäbisch Hall; Bedeutung der Sprachförderung nach Einschätzung von Elternvertretern; Frage nach einer Anschlussfinanzierung und Fortsetzung der Maßnahmen

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 09.02.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2902
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 17
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Kosten der Unterkunft - Änderung in der Kostenträgerschaft

Pauschalierung der Kostenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler seit Jahresbeginn, finanzielle Auswirkungen aufseiten der Kommunen und des Landes

KIAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 13/2935

Unterrichtung über die Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben bei den Kap 0330 und 0331 (Ausgabenerstattungen an die Stadt- und LKreise für die Unterbringung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen)

Mittlg
s. *Unterkunft*
Drs 13/3199

Strafvollzug in BW

Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Ge-

waltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Zuweisungspauschale an die Land- und Stadtkreise zur Kostendeckung bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Spätaussiedlern und Asylbewerbern

Bewirkung einer Kostenüber- oder -unterdeckung bei den einzelnen Stadt- und LKreisen; Frage nach dem Zeitplan für die vorgesehene Umfrage und der daraus zu entwickelnden Neukonzeption der Pauschale

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 13/3859

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Gründe und Auswirkungen der Mittelkürzungen u.a. für Jugendorganisationen, Jugenderholung, Gruppenleiterschulung und Eingliederung junger Aussiedler

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Prävention bei der Kriminalität jugendlicher Aussiedler

Darlegung o.g. Ansätze der Polizei, inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der Fortbildung der Jugendsachbearbeiter, vorgesehene Einsatzbereiche und Verteilung dieser Kräfte bei den örtlichen Dienststellen

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/4915

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Sprachtest für Spätaussiedler

Beurteilung der Pläne des IM zur Erleichterung der Einreise auch bei nicht bestandenem Sprachtest bzw zur Abschaffung des obligatorischen Sprachtests, Vereinbarkeit mit der Überzeugung des PetA auf seiner Reise nach Sibirien von der zwingenden Notwendigkeit der Tests als Integrationsvoraussetzung

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 30.01.2006 Drs 13/5092
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7805 7806

Deutsche Sprachkenntnisse als Voraussetzung für die Einreise von Spätaussiedlern, Förderung der Kulturarbeit der Spätaussiedler

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 54 55

Integration der Spätaussiedler, Angebot an Sprachkursen, Eingliederungshilfen für jugendliche Spätaussiedler

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1226-1230 1232-1237 1239 1285

Förderung junger Aussiedler im Berufsvorbereitungsjahr; Schullaufbahnen von Aussiedlerkindern; Feststellung eines Rückgangs der Zuzugszahlen

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1365 1367 1371

Kriminalität unter Aussiedlerjugendlichen, Steigerung der Integrationsbemühungen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1914 1920

Kriminalität unter Aussiedlerjugendlichen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2458 2460

Kritik an der Streichung von Sprachförderkursen für junge Spätaussiedler durch den Bund

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3155

Vertretung der Belange der Spätaussiedler im Landesarbeitskreis Integration

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3770-3772

Kritik an der Rückführung von Integrationsprojekten für junge Spätaussiedler

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4211

Finanzierung schulischer Integrationsprojekte für jugendliche Spätaussiedler nach dem Wegfall der Bundesmittel

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4466 4471

Kriminalität unter Aussiedlerjugendlichen, Steigerung der Integrationsbemühungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6415 6416

Gewaltbereitschaft und Drogenkonsum unter Aussiedlerjugendlichen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7230

Würdigung des Beitrags der Aussiedler und Spätaussiedler zur Entwicklung des Landes; Umfang der Investitionen in Arbeitsmarktprojekte für Spätaussiedler

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7655 7660

Ausstellung

s.a. *Gartenschau*
s.a. *Grüne Woche*
s.a. *Messe (Ausstellung)*

Zukünftige Nutzung des Alten Landtags, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird

Finanzieller Aufwand des Landes bei der Sanierung des Gebäudes in den achtziger Jahren, derzeitiger Zustand; Überlegungen zu eigenen Nutzungsmöglichkeiten und Bereitstellung von Ersatzräumen für die staatliche Akademie für Bildende Künste, Verhandlungen mit dem Haus der Geschichte über Ausstellungen oder Veranstaltungen, Einbeziehung in die Veranstaltungen zum 50-jährigen Landesjubiläum

KlAnfr

s. *Landtag von Baden-Württemberg*

Drs 13/547

Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Konzeption, Betreuung und bisherige Finanzierung der o.g. Ausstellung; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr

s. *Museum*

Drs 13/1213

Neubewertung der Stellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Staatssekretär Sieber, dem Biberacher Landrat und der Laupheimer Bürgermeisterin; Erarbeitung einer Konzeption zur dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr

s. *Museum*

Drs 13/1587

Aufwertung des Geburtsortes unserer Landesverfassung anlässlich ihres 50. Geburtstages

Einbeziehung des Alten Landtags in der Stuttgarter Heusteigstraße in die Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich des Verfassungsjubiläums, Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Kunstakademie und dem Haus der Geschichte

KlAnfr

s. *Landesverfassung*

Drs 13/1613

Zuständigkeitsfremde Zensuraktivitäten eines Mitglieds der LReg

Intervention von Staatssekretär Mappus wegen Verunglimpfung von CDU-Politikern bzw -Aussagen unter Androhung von Konsequenzen gegen eine Wanderausstellung zum Neofaschismus im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim, Frage nach einer Konkretisierung der angedrohten Konsequenzen bzw Zurückweisung und Erteilung einer förmlichen Rüge

Antr

s. *Mappus, Stefan MdL CDU*

Drs 13/1682

Beschluss des Präsidiums zur Präsentation der Ausstellung „Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland“ in den Fraktionsräumen der Fraktion GRÜNE

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441-2457

Imperium Romanum - auch in Stuttgart

Thematisierung der römischen Vergangenheit der Landeshauptstadt iRd Landesausstellung „Imperium Romanum - Roms Provinzen an Neckar, Rhein und Donau“; Planung weiterer Veranstaltungen sowie einer Einbindung der Schulen?

KlAnfr Inge Utz SPD 08.06.2004 und Antw MWK Drs 13/3264

Bauangelegenheiten des Landesmuseums für Technik und Arbeit (LTA) in Mannheim

Stand der Finanzierungskonzeption und Bereitstellung von Haushaltsmitteln, insbes zur notwendigen Sanierung und Planung eines Anbaus für Sonderausstellungen; Frage nach der Stellenausschreibung für den Nachfolger des derzeitigen Direktors sowie einer evtl Übernahme von Beschäftigten durch das

Land

KlAnfr

s. *Museum*

Drs 13/4192

200 Jahre Baden und Württemberg - Landesveranstaltungen im Jubiläumsjahr

Geplante Veranstaltungen und Publikationen sowie veranschlagte Mittel für die beiden Jubiläen, Veranstaltung einer großen Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs, Gründe für den Verzicht auf eine entsprechende Darstellung der badischen Landesgeschichte, Beurteilung der geplanten gemeinsamen Aktivitäten der Wirkstatt e.V. und der Landesvereinigung Baden in Europa, Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe für beide Landesteile unter Einbeziehung von Mitteln der Landesstiftung

KlAnfr

s. *Jubiläum*

Drs 13/5025

Landesausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“

Thematisierung der Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen seit Kriegsende in BW, Vorschlag einer eigenen Ausstellung im Haus der Geschichte

Antr

s. *Vertriebener*

Drs 13/5123

Präsentation einer Landesausstellung des Hauses der Geschichte durch den LtG

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Fortsetzung der Reihe der großen Landesausstellungen, begleitende Ausstellungen zum 50-jährigen Jubiläum des Landes

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Fortsetzung der Reihe großer Landesausstellungen, begleitende Ausstellungen zum 50-jährigen Jubiläum des Landes

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 979 981 983

Fortsetzung der Reihe großer Landes- und Sonderausstellungen, insbes auch im neuen Kunstgebäude

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5983 5984

Australien

Beurteilung des australischen Modells der Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3671

Beurteilung des australischen Modells der Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5967 5974

Feststellung einer hohen Studierquote trotz Studiengebühren in Australien

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7488

Feststellung einer hohen Studierquote trotz Studiengebühren in Australien

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7593

Ausweis

s.a. *Personenbezogene Daten*

s.a. Studienausweis

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal-ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen mit falschen Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Frage nach einer strafrechtlichen Relevanz, nach Konsequenzen des Vorfalls für die beteiligten amerikanischen Sicherheitsbeamten sowie nach den Folgen eines derartigen Missbrauchs für Bürger in BW

Antr Hans Georg Junginger u.a. SPD 21.11.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4854
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 26
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ermittlungen wegen des Missbrauchs von Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Verneinung einer strafrechtlichen Relevanz mit der Stellungnahme des StM auf Drs 13/4854 im Gegensatz zu der (Ermittlungen planenden) zuständigen Staatsanwaltschaft, Aufklärung dieses Widerspruchs

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 27.01.2006 und Stellungnahme StM Drs 13/5091

Verbesserung der Fälschungssicherheit von Ausweisen und Pässen, Aufnahme von Fingerabdrücken und biometrischen Daten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 370

Aufnahme von biometrischen Daten in den Reisepass

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4627

Verschaffung von Zugang des Abg Mappus ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren, Zurückweisung dieser Anschuldigung als falsch

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7666 7667 7693

Ausweisung*s.a. Rückführung**Abschiebungs-Moratorium für arbeitende Flüchtlinge*

Regelungen für ein Bleiberecht von Ausländern in einem unbefristeten, anderweitig nicht vermittelbaren Arbeitsverhältnis einschließlich ihrer Angehörigen, wenn eine Mindestaufenthaltsdauer besteht, keine Leistungen nach dem BSHG oder dem Asylbewerberleistungsges bezogen werden und keine Ausweisunggründe vorliegen; Eintreten für ein solches Moratorium auf Bundesebene bis zum Inkrafttreten eines Zuwanderungsges

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/242

Belegungssituation und Abschiebung in baden-württembergischen Haftanstalten

Entwicklung der Zahlen insgesamt sowie in der JVA Mannheim seit 1996, Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/426

Rückführung nach Ex-Jugoslawien

Zahlen zum Stand der Rückführung seit Ende des Bürgerkriegs, Einräumung eines Bleiberechts mit Rücksicht auf Arbeitgeberinteressen, Anteil von Arbeitsplatzwechseln nach Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsrechts

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/933

Abschiebeschutz bei Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo

Voraussetzungen und Gegebenheiten für die zwangsweise Rückführung der o.g. Flüchtlingsgruppe noch in diesem Jahr; Stellenwert der Arbeitsplatzsicherung hierzulande

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 13/1229

Informationsfluss von der ministerialen Ebene zur Regierungspräsidiumsebene

Beschluss der IMK zur Winterabschiebung von Minderheitenfamilien, Gründe und Folgen der verspäteten Übermittlung an die zuständigen Stellen beim RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Information*
Drs 13/1721

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaft; vorausgegangene Aufenthaltsdauer, Bezug von Sozialleistungen, Anrufung der Gerichte, Ergebnisse der Verfahren; Vorgehensweise der Polizei bei der Durchführung der Abschiebungen, Kommunikationsdefizite zwischen Ausländerbehörden und vollziehenden Dienststellen, Chancen einer kurzfristigen Überprüfung von angeordneten Maßnahmen; Hinweise von Ärzten auf posttraumatische Störungen infolge überraschend durchgeführter Abschiebungen, insbes bei Kindern; Vorlage aller relevanten Verwaltungsvorschriften

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 07.02.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1762 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 27 28
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Schutz von Minderheitsgruppen aus dem Kosovo

Ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesinnenminister und dem UNMIK-Sonderbeauftragten, Zulassung einer begrenzten zwangsweisen Rückführung von Angehörigen bestimmter Minderheitsgruppen; Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für die von der Rückführung nicht betroffenen Volksgruppen der Serben und Roma

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/2023

Abschiebeschutz für Osman P.

Würdigung der besonderen Umstände, insbes der Vorverurteilung auch durch das IM, im Falle des zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilten Terrorismusverdächtigen; Nutzung der Ermessensspielräume zur Haftverbüßung und Resozialisierung in Deutschland; Verzicht auf Abschiebung in die Türkei vor Abschluss der parlamentarischen Beratung aller evtl Schritte zur Aufenthaltsbeendigung

Antr
s. *Straftäter*
Drs 13/2066

Abschiebung der Familie Usta aus Freiburg

Umstände der o.g. Abschiebung, Gesundheitszustand und Reisefähigkeit der Familienmitglieder, insbes der Mutter; Gründe für die Ablehnung eines amtsärztlichen Gutachtens bzw des Gutachtens der Universitätsklinik Freiburg, geforderte Qualität von Amts- und Privatgutachten, fachliche Voraussetzungen der beauftragten Ärzte

K1Anfr Edith Sitzmann GRÜNE 17.12.2003 und Antw IM
Drs 13/2747

Abschiebungen in BW

Zahl von Abschiebungen heranwachsender Flüchtlinge kurz vor ihrem Schul- oder Ausbildungsabschluss in den letzten fünf Jahren, Gestattung des Aufenthalts bis zur Erreichung des Abschlusses; Verzicht auf Abschiebung von beruflich und sozial integrierten Flüchtlingsfamilien mit einem langjährigen Aufenthalt bis zur Verabschiedung des ZuwanderungsGes

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/2955

Ausweisung von Ausländern

Ausweisungsmöglichkeiten nach dem AusländerGes bei Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder erheblicher Interessen der Bundesrepublik, Zahl der Fälle in den letzten drei Jahren vor Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens bzw einer rechtskräftigen Verurteilung, Bewertung der Regelungen zur Verwertung der Erkenntnisse von V-Leuten unter Wahrung ihrer Anonymität

K1Anfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 23.03.2004 und Antw IM
Drs 13/3045

Ungleichbehandlung bei der Berechnung von Abschiebekosten

Frage nach der Vorgehensweise bei der Rückforderung von Abschiebekosten bei ausgewiesenen Kindern, denen die Wiedereinreise gestattet wird

Antr SPD 01.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3342

Aufenthaltsgewährung in Härtefällen und Einrichtung einer Härtefallkommission

Vorlage einer Rechtsverordnung mit o.g. Zielsetzung; Ermöglichung von Lösungen über das AusländerGes hinaus in besonderen humanitären Härtefällen; Regelungen über die Struktur, Zusammensetzung, Zuständigkeit und Rechte einer HFK; jährliche Berichterstattung gegenüber dem Ltg; Aussetzung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Einrichtung einer HFK bzw während eines Verfahrens

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3361

Humanitäres Aufenthaltsrecht nach dem ZuwanderungsGes/Abschaffung der Kettenduldungen

Zahl und Dauer von Duldungen differenziert nach Herkunftsländern der Betroffenen, Anteil von Abschiebungen in den letzten fünf Jahren, Umfang der Erteilung eines humanitären Aufenthaltsrechts seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes; Erlass von Anwendungshinweisen an die Ausländerbehörden zu den humanitären Regelungen des AufenthaltsGes mit Ermessensspielräumen zugunsten der Migranten

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/4339

Haftverbüßung in der Heimat

Zahl und Herkunft der hier einsitzenden verurteilten Ausländer, Maßnahmen und Rechtssetzungsschritte (des Bundes) zur Strafverbüßung im Heimatland auch gegen den Willen der Betroffenen, Möglichkeiten des Landes zum Bau und Betrieb von Haftplätzen im Ausland

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/4499

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4782

Abschiebung um jeden Preis

Abschiebung von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppe vor und während der Aktion, Verbleib eines Teils der nicht akzeptierten Abgeschobenen im Kosovo, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 30.11.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4896
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Abschiebeversuch in den Kosovo

Abschiebung von Flüchtlingen aus der Volksgruppe der Roma und Ashkali in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rücküber-

nahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppen vor und während der Aktion, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

KlAnfr Inge Utzt SPD 02.12.2005 und Antw IM Drs 13/4922

Konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer, insbes bei Straftätern

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 54

Konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer, insbes bei Straftätern

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 272

Streichung des Ermessensspielraums bei der Frage der Ausweisung von gewaltbereiten Ausländern

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 370

Abschiebemoratorium für arbeitende Bürgerkriegsflüchtlinge; Rückführung von Flüchtlingen bei Widerruf der Duldung; Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 564 570 574 575 577 578

Aufenthaltsbeendigung bei mangelnder Integrationsbereitschaft, Abschiebungsschutz bei geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1231 1239 1294 1295

Konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer, insbes bei Straftätern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4192-4195 4198 4199 4201

Konsequente Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten; Bleibe-recht für integrierte Flüchtlingsfamilien

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618-4622 4625-4629

Konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer, insbes bei Straftätern, unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5902 5918

Konsequente Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer, insbes bei Straftätern

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414 6416

Kritik an der Abweisung von Eingaben an die Härtefallkommission nach einer erfolgten Abschiebung, Begrüßung der Verhinderung von Ausweisungen in Einzelfällen durch entsprechende Empfehlungen der Härtefallkommission

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8004-8008

Auszubildender

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb
Angebot und Einzugsbereiche des zehnten Schuljahres bzw Werkrealschulabschlusses; Entwicklung der Absolventenzahlen differenziert nach Geschlecht sowie der Übergänge in die zwei-jährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung

GrAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 13/1139

Ausbildungsplätze in BW

Darlegung der jeweiligen Lehrstellenbilanz seit 1997, Stimulanz der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft; Reduzierung der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Aufstockung der Zahl von Ausbildungsstellen im Landesbereich einschließlich der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, Mittelbereitstellung für die überbetriebliche Ausbildung

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/1260

Unterbringung von Jugendlichen in Ausbildung

Zahl, Herkunft und Altersstruktur der in Jugendwohnheimen untergebrachten Berufsschüler der Landesfachklassen in Stuttgart; Auswirkungen einer Streichung der Stellen für pädagogische Fachkräfte, Vereinbarkeit mit den Aussagen des SM zur notwendigen sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen bei auswärtiger Unterbringung

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 13/1653

Ausbildungsfähigkeit von Hauptschulabsolventen

Zahl der Schüler ohne Abschluss seit 1998, Förderprogramme von Unternehmen für Absolventen mit mangelnder Qualifikation, Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hauptschulen

KlAnfr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/2020

Novellierung der Handwerksordnung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Ermöglichung der Selbstständigkeit in den verbleibenden Bereichen nach zehnjähriger Berufserfahrung; Auswirkungen auf die Zahl der Unternehmen, Beschäftigten und Auszubildenden und das Prüfungsgeschehen; Kompensation der infolge der Reform abnehmenden Wirtschafts- und Ausbildungsleistung des Handwerks

Antr

s. *Handwerk*

Drs 13/2119

Offenburger Modell

Beurteilung des o.g. Modells zur betrieblichen Ausbildung von schwächeren Jugendlichen, Zahl der Abschlüsse als Fachwerker und Geselle sowie von vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen, Vergleich mit anderen Modellen; Förderung der Übergänge in die duale Ausbildung durch flächendeckende Schulsozialarbeit an den Hauptschulen

Antr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/2141

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze;

Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht auszubildende Betriebe

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2327

Ausbildungsabbrecher

Zahl, Ursachen und Zeitpunkt von Ausbildungsabbrüchen bzw von Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss in den Jahren 1990, 1995, 2000 und 2001

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 04.08.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2335
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.11.2003 Drs 13/2675 S. 22 23
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Bewertung des Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs aus Sicht des Landes BW

Auswirkungen des o.g. Ausbildungspakts der BReg und Spitzenverbände auf den Lehrstellenmarkt in BW, Ableitung verbindlicher Ansprüche auf die Schaffung neuer Ausbildungsplätze?

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3299

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugendliche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3300

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie in den Unternehmen und Betrieben des Landes

Bereitstellung der iRd Ausbildungspakts auf Bundesebene verabredeten neuen Ausbildungsplätze durch die Unternehmen in BW, Einbeziehung der Gewerkschaften, Ermittlung des spezifischen regionalen Bedarfs, Erhöhung der Fördermittel für die überbetriebliche Ausbildung und Verbundausbildung, Ausbau der schulischen Ausbildungsangebote entsprechend der Nachfrage, Förderung von benachteiligten Jugendlichen nach dem „Offenburger Modell“

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3326

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Entwicklung der Zahl von Berufsschülern mit der Doppelqualifikation Berufsabschluss und Fachhochschulreife sowie mit Fremdsprachenzertifikat in den letzten fünf Jahren differenziert nach Berufen, Zielvorgaben für die nächsten Jahre, Angebot von Fremdsprachenunterricht für alle Berufsschüler

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3562

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KIAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufsschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen Altersjahrganggröße

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3908

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4089

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsVO im Einvernehmen mit dem Landesauschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4607

Auswirkungen der novellierten Handwerksordnung
Auswirkungen der Abschaffung der Meisterprüfung auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität und Ausbildungsbereitschaft in den einzelnen Branchen und Betrieben; Bewirkung von mehr Existenzgründungen, Schwarzarbeit und Insolvenzen?

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/4755

Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48 49

Feststellung von Defiziten bei Auszubildenden in Grundkompetenzen, Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Beruf durch Jugendagenturen und Jugendberufshelfer, Ausbildungsleistung des Handwerks

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 737 738 741 766 767 769 774 775

Ermöglichung von Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1824

Ermöglichung von Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen, Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Beruf durch Jugendberufshelfer, Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2845-2855

Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen, Abwendung einer drohenden Lehrstellenkatastrophe

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2992-2996 2998

Ausbildungsleistung des Handwerks, Ermöglichung von Ausbildungsabschlüssen auch für schwächere Jugendliche

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3349 3351-3353 3358 3359

Lehrstellenbilanz in BW, Verzicht auf eine Ausbildungsplatzabgabe, Berufsreife der Schulabgänger, Höhe der Abbrecherquote, Angebot von zweijährigen Ausbildungsgängen, Beseitigung des Übernahmegebots

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855-3871

Lehrstellenbilanz in BW, Ausbildungsreife der Schulabgänger

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5870 5891 5892 5896

Berufsreife der Schulabgänger, Feststellung von Defiziten in Grundkompetenzen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288

Autismus

Gestützte Kommunikation - Facilitated Communication (FC) bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Autismus

Darlegung o.g. Zahlen von Menschen in Kindergärten, Schulen, Heimen und Werkstätten; Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Eltern; Möglichkeiten der integrativen Beschulung für Kinder mit Autismus; Erfahrungen mit dem Einsatz von FC in allen Lebensbereichen; Umsetzung der Landes-Kommunikationshilfe-VO mit der Aufnahme der FC zum Einsatz bei Behörden und Gerichten

Antr
s. *Kommunikation*

Drs 13/1771

Kinder und Jugendliche mit autistischem Verhalten

Entwicklung der o.g. Zahlen sowie der Unterstützungs-, Therapie- und Förderangebote und deren Wahrnehmung seit 1999; Entwicklung der integrativen Beschulung sowie der Aufgaben, Inanspruchnahme und Fortbildung der Ansprechpartner für Autismus in den Schulamtsbezirken im selben Zeitraum; Fortschreibung und Verbindlichkeit der Empfehlungen des KM hinsichtlich integrativer Beschulung, gestützter Kommunikation u.a. Fördermaßnahmen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 19.01.2006 und Stellungnahme KM Drs 13/5073 (11 S.)

Autobahn

s.a. *Autobahnpolizei*

s.a. *Fernstraße*

s.a. *Raststätte*

s.a. *Straßenmeisterei*

Tempolimit zur Lärminderung auf der BAB 8 zwischen Wendlingen und Flughafen

Antr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 13/201

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Zustand der Landesstraßen, Bundesfernstraßen und Autobahnen; derzeitige bzw dringlich notwendige Projekte; Darstellung des Finanzierungsbedarfs, Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölsteueraufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus; Umfang der Förderung des kommunalen Straßenbaus in der vergangenen und aktuellen WP

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/392

Elektronisches Mautsystem für LKW

Verfehlung des angestrebten Zeitpunkts für die Einführung des o.g. Systems zum 01.01.2003, Verlust von 151 Mio DM aus dem Anti-Stau-Programm des Bundes für den Ausbau der Autobahnen

MdlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/419

Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW

Mittelzuweisungen des Bundes seit 1994 und bis 2003 für Neubaumaßnahmen, Erhaltung und Unterhalt von Autobahnen, Bundesstraßen und den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Vergleich mit den ursprünglich vorgesehenen Investitionen für den B Fernstraßenbau nach dem B Verkehrswegeplan; Darlegung der entsprechenden Investitionen des Landes für die Landesstraßen; Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/583

Geschwindigkeitsmessanlage und Verkehrsleitsystem auf der A 8 zwischen Hohenstadt und Ulm/West

Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten sowie Ausfallzeiten der o.g. Einrichtungen; angezeigte Verstöße und erhobene Bußgelder seit Inbetriebnahme; Entwicklung des Verkehrs- und Unfallaufkommens; vergleichbare Anlagen auf anderen Autobahnabschnitten; Prüfung eines generellen Tempolimits und Überholverbots für Lkw

KlAnfr

s. *Verkehrslenkung*

Drs 13/713

Neuordnung der Struktur der Straßenbauverwaltung; hier: Zukünftiger Zuständigkeitsbereich des Straßenbauamts Bad Säckingen

Zuweisung der Zuständigkeit für Planung, Bau und Betrieb der Autobahn auch für den Westteil des Amtsbereichs

KlAnfr

s. *Straßenbauverwaltung*

Drs 13/778

Ausbau der A 8 auf der Albhochfläche

Ausbau zwischen Hohenstadt und der Landesgrenze zu Bayern; Beurteilung der Vorschläge des Bundes zu Planung, Bau und Finanzierung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.02.2002 und Antw UVM Drs 13/788

Neubau der A 8 (Albaufstieg)

Ergebnis der Machbarkeitsstudie eines Betreibermodells aufgrund des FernstraßenbauprivatfinanzierungsGes, geplantes weiteres Vorgehen

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/838

Geschwindigkeitsbeschränkung auf Bundesautobahnen in BW

Auflistung der geltenden Tempolimits und deren Begründung, Ergebnisse regelmäßiger Überprüfungen, Frage nach Änderungen seit 1996 bzw nach Unfällen aufgrund von Geschwindigkeitsübertretungen

KlAnfr

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Drs 13/841

Lärmentlastung auf den Fildern

Mittleinsatz und Zeitplan zur Umsetzung von Vorschlägen des Lärminderungsplans Filder, u.a. auch im Bereich des Luftverkehrs; Aufbau von Lärmschutzwänden an der A 8 auf der Talbrücke Denkendorf und beim Sulzbachviadukt; Tempolimits auf der A 8 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und Wendlingen sowie auf der B 27 zwischen Aichtal und Degerloch; Verwendung von Flüsterasphalt bei notwendigen Fahrbahnsanierungen

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 13/939

Mautfinanzierter Albaufstieg im Zuge der Autobahn A 8

Verbindung der o.g. Maßnahme mit einem vollständigen Rückbau der bestehenden alten Autobahn, anteilige Verwendung der Mautentnahmen für den Ausbau des Schienennetzes, insbes der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm; Steigerung der Einnahmen durch Verzicht auf die mautfreie Ausweichstrecke sowie eine Mautanhebung mit Schwerpunkt beim Lkw-Verkehr

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/1013

Sicherheit im Straßenverkehr

Errichtung von Streckenbeeinflussungsanlagen auf weiteren Autobahnabschnitten; Fortschreibung der Kriterien für die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter

GrAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1173

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Walldorf und Weinsberg aus dem Antistauprogramm der BReg, private Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze, Erhebung und Zuerkennung eines Mautaufkommens für den privaten Betreiber

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Verkehrsfluss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1215

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Auswirkungen voller Stau- und Warteräume entlang der A 2 auf Schweizer Seite bzw des Schweizer Schwerverkehrsmanagements auf den Verkehr auf der Rheintalautobahn und den Grenzübergang Weil am Rhein

Antr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1269

Berücksichtigung der Autobahn A 98/A 861 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Benennung der Priorität der einzelnen Bauabschnitte der A 98 untereinander sowie in Relation zu anderen angemeldeten Fernstraßenprojekten, Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für den Abschnitt Karsau-Murg, Gründe für die Anmeldung des Abschnitts Hauenstein-Tiengen zum vierspurigen Ausbau, Vergabe der Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsvariante um Waldshut, zusätzliche Kosten für eine zweite Tunnelröhre „Nollinger Berg“, Finanzierung und Fertigstellung der Rheinbrücke im Zuge der A 861

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 10.10.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1392

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 05.12.2002 Drs 13/1637 S. 50 51

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein
Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollanlage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A 861 Rheinfelden

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1534

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1702

Abfahrtsbeschilderung an Bundesautobahnen

Frage nach o.g. Hinweisen auf mehr als vier Orte an Autobahn- ausfahrten

KlAnfr
s. *Wegweiser*
Drs 13/1720

Stau, Ruß und Dreck - kein Thema für die BReg? Ausbau der BAB A 6 und Umgehungsstraße Gaildorf

Anmeldung o.g. Maßnahmen für den vordringlichen Bedarf zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 27.03.2003 und Antw UVM
Drs 13/1943

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Vorschlag einer Einbeziehung des o.g. Abschnitts in das Maut-Netz im Falle einer Zunahme des Vermeidungsverkehrs

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/2247

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Stand und Effizienz von installierten Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, erwartete Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahn- maut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Abgleichung der mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan vorge- sehenen Aus- und Neubauvorhaben bei Straße und Schiene mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2413

Autobahnbeschilderung Wallhausen

Ausweisung der Gemeinde Wallhausen auf dem Autobahn- aus- fahrtsschild

MdlAnfr

s. *Wallhausen*
Drs 13/2589

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisie- rung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfi- nanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Aus- baus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschrit- ten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2670

Durchsetzung des Rechtsfahrgebots

Maßnahmen gegen notorische Linksfahrer und Langsamüberhol- er auf Autobahnen, insbes Aufklärung, Kontrollen und Sanktio- nen der Autobahnpolizei

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/2880

Finanzierung des Albaufstiegs der A 8

Problematik der Gewinnung privater Investoren im Falle der Bei- behaltung des alten Albaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert bzw Verzicht auf eine vollständige Privatfinanzierung ohne eine An- schubfinanzierung des Bundes

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 25.03.2004 und Antw UVM
Drs 13/3060

Neu-/Ausbau der BAB 8 im Bereich des Albaufstiegs durch eine allgemeine Fahrzeugmaut

Fortschreibung der Annahmen und Berechnungen der Mach- barkeitsstudie von 2001 um weitere rechtliche und technisch- wirtschaftliche Fragen, Wirtschaftlichkeit des Projekts für pri- vate Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Albaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Maut- sätze als bisher kalkuliert; Höhe und Träger der Kosten für die Umrüstung der Umfahrungsstrecke

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 25.03.2004 und Stellungnah- me UVM Drs 13/3064
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.07.2004 Drs 13/3652 S. 34-38
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Angekündigte Verdoppelung der Fahndungsdienste auf den baden-württembergischen Autobahnen im Hinblick auf die EU- Osterweiterung

Umsetzung der o.g. Ankündigung des Landespolizeipräsidenten, beteiligte Dienststellen und Beamte, Vereinbarkeit mit den be- schlossenen Stelleneinsparungen iRd Verwaltungsreform, Aus- wirkungen auf die Wahrnehmung anderer Aufgaben

Antr
s. *Fahndung*
Drs 13/3177

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Ab- fertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3223

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Auflistung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3371

Sicherheitsrelevante Aspekte bei der Verwendung von Flüsterasphalt im Verlauf der BAB 8 in Höhe der Anschlussstelle Karlsbad
Gründe für die Aufbringung des besonderen Flüsterasphalts und die Entwicklung der Unfälle auf dem o.g. Streckenabschnitt; Intensität, Methodik und Ergebnisse der Prüfungen des Belags, insbes auch der internen Untersuchungen des Autobahnbetriebsamts; Vergleich der Beschaffenheit, Bauausführung und Qualität des verwendeten Materials sowie des Unfallgeschehens mit Straßenabschnitten gleichartiger Bauausführung in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3676

Bildung von Fahrgemeinschaften auf Parkplätzen an Bundesfernstraßen

Entwicklung der o.g. Zahlen an der A 5 und A 8 im RegBez Karlsruhe; Stand der Planung, Finanzierung und Unterhaltung weiterer Pendlerparkplätze an Bundesfernstraßen; Kooperation mit den tangierten Kommunen beim Grunderwerb

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/3773

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg
Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3971

Verkehrsunfall auf der Autobahn Weinsberg-Tauberbischofsheim vom 18.01.2006, 19:00 Uhr, Kilometerstand 499

Ursache und Schäden des o.g. Unfalls, Gründe für die Glatteisbildung bzw den verspäteten Einsatz der Streufahrzeuge und des Rettungswagens

KlAnfr
s. *Verkehrsunfall*

Drs 13/5106

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreisschwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4036

Unterbindung von Lkw-Maut-Ausweichverkehr auf dem mautfreien Straßennetz

Auflistung der vom o.g. Ausweichverkehr betroffenen Kommunen und (Bundes-)Straßenabschnitte, Eignung bzw Ergreifung von Gegenmaßnahmen nach dem AutobahnmautGes und der StVO, insbes Benutzungsbeschränkungen für den Schwerlastverkehr; Frage nach entsprechenden Absichten der Straßenverkehrsbehörden; Unterstützung einer BRatsinitiative zur Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw unter 12 t zulässigem Gesamtgewicht

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4246

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81 im Nachgang zu den Aussagen des Umwelt- und Verkehrsministers in der 49. Plenarsitzung vom 17. Juli 2003

Frage nach belastbaren Daten über den verstärkten Lkw-Verkehr auf dem o.g. Streckenabschnitt nach Einführung der Lkw-Maut, Eintreten beim Bund für eine Mautpflicht

KlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4248

Verlagerung von Verkehren nach Einführung der Lkw-Maut auf Bundesautobahnen in das nachgeordnete Straßennetz

Ausgewählte Streckenabschnitte und gemessene Verkehrsbelastungen vor und nach Einführung der Lkw-Maut; Hinwirkung auf Ausdehnung der Mautpflicht auf die entsprechend belasteten (Bundes-)Straßenabschnitte, Freistellung der Binnenverkehre, Handlungsmöglichkeiten der Straßenverkehrsbehörden für Verkehrsbeschränkungen auf Mautausweichstrecken

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4259

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4269

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Albaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4435

Lückenschluss der A 96 zwischen Dürren und Gebrazhofen

Hinwirkung auf eine rasche Realisierung des o.g. Projekts unabhängig vom Bau der Tank- und Rastanlage bei Dürren

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 29.06.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4455
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 27.10.2005 Drs 13/4821 S. 42 43
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Zustand und Ausbaubedarf der Straßeninfrastruktur, insbes Ausbau und bessere Anbindung der A 8, A 81 und A 5; Ausbau und Unterhaltung der Landesstraßen; Entlastung der Tourismusorte vom Durchgangsverkehr; schnellere Realisierung dringlicher Vorhaben durch private Finanzierungsmodelle

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Derzeit laufende Straßenbaumaßnahmen im Regierungsbezirk Freiburg

Art und Finanzierung o.g. Maßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen; Höhe der verfügbaren Bundes- und Landesmittel

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4532

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorstauräumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr
s. *Güterverkehr*

Drs 13/4621

Ausbau der A 8 zwischen dem Rasthof Pforzheim und Enzberg
Planungsstand und verfügbare Bundesmittel für den o.g. Ausbau, Realisierbarkeit bis zur Fußball-WM 2006; Bewertung der Kritik der Gemeinde Niefern-Öschelbronn an den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Vorbereitung einer Neuplanung des Rasthofs durch das RegPräs Karlsruhe, Ermöglichung einer Verlegung der Tankstelle?

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 27.09.2005 und Antw IM Drs 13/4684

Planfeststellung für die Bundesfernstraßenmaßnahme BAB 8 Karlsruhe-Stuttgart, Streckenabschnitt Wurmberg-Pforzheim/Nord

Planungsstand und Datengrundlagen für den o.g. Ausbau, jeweilige Kosten und Akzeptanz der unterschiedlichen Planungsvarianten bei der betroffenen Bevölkerung, insbes auch der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Rolle der Tank- und Rastanlage bei den einzelnen Planungsvarianten, Vorbereitung einer Neuplanung? Frage nach dem Bestand der Absprachen zwischen Bund und Land aus den 90er Jahren

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 19.10.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4750
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 75
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Tempolimit auf der A 5 zwischen Freiburg-Süd und Neuenburg

Gründe für die Einführung bzw Aufhebung der o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Darstellung der Unfallursachen und -statistik vor und nach Einführung des Tempolimits

GrAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 13/4812

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4828

Verkehrsanbindung des Container-Bahnhofs Ulm-Nord an die Autobahn

Hinwirkung auf die Zustimmung der BReg zu einem von Gutachtern empfohlenen Doppelanschluss an der A 8

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4870

Ausbau der A 81 im Bereich Sindelfingen/Böblingen als exemplarisches Beispiel für dringend erforderlichen forcierten Lärmschutz

Planungsstand des o.g. Vorhabens, Berechnungsgrundlagen und Parameter für die vorgesehenen und evtl alternativen Lärmschutzmaßnahmen, Prüfung einer partiellen oder vollständigen

Überdeckung, Messung bzw Berücksichtigung von Schadstoffemissionen in den Planungsszenarien, Vorabinformation der Vertreter der Anwohner im Vorfeld der Erörterungsverhandlung; zeitnahe und umfassende Information der betroffenen Gemeinden und Bürger sowie frühzeitige Einladung zu den Erörterungen und sonstigen Veranstaltungen

Antr
s. Lärmschutz
Drs 13/5001

Planung und Realisierung des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 zwischen Gruibingen und der Landesgrenze zu Bayern
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus des Alaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche sowie des 6-spurigen Ausbaus bis zur Landesgrenze; jeweilige Auswirkungen der unterschiedlichen Finanzierungs- und Betreibermodelle für die einzelnen Abschnitte auf die betroffenen Nutzer und die verfügbaren Bundesmittel für den Fernstraßenbau; Reduktion der Mautgebühren sowie der Anschubfinanzierung des Bundes durch Verlängerung der Pachtdauer für den Betreiber; Frage nach der Instandsetzung der verbleibenden mautfreien Umfahrungsstrecke sowie nach Höhe und Träger der Kosten für den Katastrophenschutz am geplanten Alaufstieg

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 31.01.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5099

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Alaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/5234

Weiterbau der Hoahrheinautobahn und Ausbau der hochbelasteten Strecken

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46 60

Zulassung der Nutzung von Standspuren auf Autobahnen bei Engpässen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 664

Zunahme der Staus auf den Autobahnen durch Lkw-Verkehr, Zustimmung zur Lkw-Maut, Ausschluss einer Verkehrsverlagerung auf nachgeordnete Straßen, Ausbau der A 6 und A 8

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1297-1303 1305

Dringlichkeit des sechsspurigen Ausbaus der A 5, Anmahnung eines positiven Votums der Stadt Freiburg bzw des Oberbürgermeisters

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1975-1977 1979-1982 1984-1989 1991

Beschränkung des Autobahnbaus auf Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen, Zusammenführung der Autobahn- mit der übrigen Straßenbauverwaltung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2172-2175

Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Einführung der Lkw-Maut, Auswirkungen auf die Finanzierung des Ausbaus verschiedener Autobahnabschnitte

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712 3713 3720 3726

Pläne des Bundes zur Abstufung von autobahnparallelen Bundesstraßen zu Landesstraßen, Ausbaustand der Autobahnen, Überholverbote und dritte Spuren auf Autobahnen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4065 4066 4069-4073 4076

Realisierung des mautfinanzierten Ausbaus von Autobahnabschnitten, insbes auf der A 6 und A 8; Überlegungen zu neuen Finanzierungsmodellen und zum privaten Betrieb von Autobahnen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6409

Beklagung des Zustands der Autobahnen im Land, Notwendigkeit des Ausbaus auf drei Fahrspuren, Vergleich der Erhaltungsinvestitionen der Regierung Kohl und Schröder

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800 6804 6806 6807 6814 6815

Autobahnausfahrt

s. *Autobahn*

Autobahnbenutzungsgebühren

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Autobahnbrücke

s. *Brücke*

Autobahnmeisterei

s. *Straßenmeisterei*

Autobahnpolizei

Überwachungsgeräte zur Abstandsmessung

Mangelhafte Einsatzfähigkeit o.g. Geräte der Autobahnpolizei infolge technischer Probleme und personeller Defizite

MdlAnfr
s. *Messgerät*
Drs 13/251

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, insbes des grenzüberschreitenden Lkw-Verkehrs; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter; Verschärfung der Bußgeld- und Strafvorschriften

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt

für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Weitere Maßnahmen der LReg iRd Verwaltungsreform im Bereich der Polizei

Ergebnisse der Prüfaufträge zur Integration der Wasserschutzpolizei und Autobahnpolizei sowie zur Zusammenlegung der Polizeidirektionen Baden-Baden und Rastatt; Frage nach weiteren Sparmaßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2356

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Autobahnpolizei

Leistungsfähigkeit der Autobahnen und Autobahnpolizei aus Sicht der Wirtschaft, Forderungen der IHK zum Erhalt der vorhandenen Strukturen, Gewährleistung der Aufgabenerfüllung nach Auflösung der Autobahnpolizeidirektionen und Eingliederung der Autobahnpolizeireviere in die Polizeidirektionen, Zustandekommen der angestrebten Freisetzungspotenziale; Aufgabe der Auflösungs- und Eingliederungspläne

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2529
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Durchsetzung des Rechtsfahrgebots

Maßnahmen gegen notorische Linksfahrer und Langsamüberholer auf Autobahnen, insbes Aufklärung, Kontrollen und Sanktionen der Autobahnpolizei

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/2880

Angekündigte Verdoppelung der Fahndungsdienste auf den baden-württembergischen Autobahnen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung

Umsetzung der o.g. Ankündigung des Landespolizeipräsidenten, beteiligte Dienststellen und Beamte, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Stelleneinsparungen iRd Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Wahrnehmung anderer Aufgaben

Antr
s. *Fahndung*
Drs 13/3177

Mittelfreigabe für den Neubau des Autobahnpolizeireviere Ilshofen

Verfügbarkeit und Abruf der o.g. Haushaltsmittel, Zeitpunkt des Baubeginns

MdlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/3827

Autobahnpolizeirevier Ilshofen

Auswirkungen der Haushaltssperre auf die vor den Sommerferien geplante Ausschreibung der Gewerke bzw den Baubeginn

MdlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/4413

Auflösung der Autobahnpolizeidirektionen, Eingliederung der Autobahnpolizeireviere in die Polizeidirektionen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899

Mittelfreigabe für den Neubau des Autobahnreviers Ilshofen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5905 5906

Autobahnraststätte

s. *Raststätte*

Autobus

s. *Omnibus*

Autofahrer

s. *Kraftfahrer*

Automation

s.a. *Datenverarbeitung*

s.a. *Rationalisierung*

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 5) - Geschäftsstellenautomation bei Gerichten und Notariaten

Berücksichtigung der Empfehlungen des RH bei künftigen Programmentwicklungen

BeschEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 II. S. 2

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Mittlg LReg 14.06.2004 Drs 13/3260

Automatische Waschanlage

s. *Autowaschanlage*

Automobil

s. *Kraftfahrzeug*

Automobilindustrie

s. *Kraftfahrzeugindustrie*

Automobilrennsport

s. *Motorsport*

Autopsie

s. *Obduktion*

Autoreifen

s. *Reifen*

Autowaschanlage

Verbot des Betriebs automatischer Waschanlagen an Tankstellen an Sonntagen / Öffnung von Videotheken an Sonntagen

Befürwortung einer Aufhebung des o.g. Verbots bzw einer entsprechenden Änderung des Sonn- und FeiertagsGes?

KlAnfr

s. *Sonn- und Feiertage*

Drs 13/3524

Baby

s. *Kind*

Babynahrung

s. *Kindernahrung*

Bachelor-Abschluss

s. *Hochschulabschluss*

Backnang

Organisatorische Veränderungen bei den Finanzämtern im Rems-Murr-Kreis

Frage nach Plänen zu einer Schließung des Finanzamts Backnang bzw Verkleinerung und Abstufung zu einer Nebenstelle des Finanzamts Waiblingen

KlAnfr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/1924

Ausbau und Neubau der S 4/S 40 zwischen Freiberg und Backnang

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum geplanten Bau der S 40 zwischen Marbach und Backnang, Verknüpfung einer Förderzusage mit dem vertraglich fest vereinbarten zweigleisigen Ausbau der Strecke Freiberg-Benningen sowie mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Marbach?

KlAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/3924

Hundekot

Aufnahme eines Verbots des Kotens von Hunden auf landwirtschaftlich genutzten Grün- und Ackerflächen in örtliche PolizeiVO, Gründe für die Anordnung der Streichung dieses Verbots aus der PolizeiVO der Stadt Backnang, Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip

KlAnfr

s. *Exkrement*

Drs 13/4434

Verbesserung des Zugangebots auf der Strecke Marbach-Backnang

Gründe für die Verweigerungshaltung zur o.g. Streckenertüchtigung und Ausbau des S-Bahn-Verkehrs zwischen Ludwigsburg, Marbach und Backnang; Mitfinanzierung der vom Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart beschlossenen Angebotsverbesserung iRd bestehenden Vereinbarung mit dem VRS

Antr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/4553

Ausbau der S-Bahn S 4 zwischen Freiberg und Benningen

Gründe für die Entscheidung gegen das o.g. Projekt trotz bestehender Vereinbarungen und der Bereitschaft aller übrigen Beteiligten zur Erbringung ihres Finanzierungsanteils, Höhe und Träger der Planungskosten für den Ausbau der S 4 und die Verlängerung der S 40 von Marbach nach Backnang, Frage nach anderen vorrangigen Projekten; Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

Antr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/4706

Förderung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Freiberg-Benningen und des S-Bahn-Ringschlusses Marbach-Backnang

KlAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/4806

Bad Bellingen

Förderung der Bohrung einer neuen Thermalwasserquelle für das Heilbad Bad Bellingen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7964

Bad Friedrichshall

Schutz und Bestand der Greifvögel in BW

Entwicklung der Bestände in den letzten zehn Jahren, der Anlaufstellen und Pflegestationen für verletzte, konfiszierte und verwaarloste Greifvögel u.a. geschützte heimische Vögel; Auflistung der offiziell anerkannten und geförderten Stationen; Bewertung bzw Anerkennung und Unterstützung der Greifvogelstation Bad Friedrichshall

Antr

s. *Vogel*

Drs 13/1477

Zukunft der Landesanteile an der SWS AG

Höhe der Ausschüttungen seit 1993, Perspektiven für die wirtschaftliche Tätigkeit der Salzbergwerke in Bad Friedrichshall als Salzwerke sowie als Sondermülldeponie, Einschätzung des Zeitpunkts für einen Verkauf der Anteile

Antr

s. *Bergwerk*

Drs 13/1810

Greifvogelstation Bad Friedrichshall

Auflistung der Anlaufstellen und Pflegestationen für verletzte, konfiszierte und verwaarloste Greifvögel u.a. geschützte heimische Vögel sowie der jeweiligen Höhe und Kriterien der Bezuschussung; Gründe für die Unterschiede zwischen Mössingen und Bad Friedrichshall; Korrektur der Benachteiligung von Bad Friedrichshall

Antr

s. *Vogel*

Drs 13/4430

Bad Krozingen

Ortsumfahrungen B 3/Ausbau L 125

Planungsstand und Verlagerungseffekte der o.g. Maßnahmen für die betroffenen Gemeinden Schallstadt, Bad Krozingen, Norsingen und Pfaffenweiler; Prüfung einer Verlegung der B 3 auf die Trasse der jetzigen L 125, Verbesserung des Anwohnerschutzes im Bereich Pfaffenweiler, Anstreben eines Moratoriums für die Planung der Ortsumfahrung Schallstadt im Zuge der B 3 und L 125

Antr

s. *Ortsumgehung*

Drs 13/4437

Bad Liebenzell

Verkehrsentlastung der Kurstadt Bad Liebenzell - kein Thema für die BReg?

Anmeldung der Ortsumfahrung im Zuge der B 463 für den vorrangigen Bedarf und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister aus dem Bedarfsplan

KlAnfr Thomas Blenke CDU 25.03.2003 und Antw UVM
Drs 13/1928

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen zur Entlastung der Städte Calw und Freudenstadt sowie der Tourismusgemeinden Baiersbronn und Bad Liebenzell vom Durchgangsverkehr

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Bad Mergentheim

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Situation und Neustrukturierung o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/214

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Bericht über die o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/3374

Ausbau der Berufsakademie Bad Mergentheim

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6527

Bad Säckingen

Neuordnung der Struktur der Straßenbauverwaltung; hier: Zukünftiger Zuständigkeitsbereich des Straßenbauamts Bad Säckingen

Zuweisung der Zuständigkeit für Planung, Bau und Betrieb der Autobahn auch für den Westteil des Amtsbereichs

KlAnfr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/778

Bad Saulgau

Reformimpulse für den naturwissenschaftlich-technischen Schulunterricht und die Zukunft des Schülerforschungszentrums in Bad Saulgau

Weiterentwicklung des o.g. Zentrums zu einer MINT-Schule (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), Maßnahmen zu einer dauerhaften Sicherung dieser Einrichtung, Prüfung einer Übernahme der Trägerschaft

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/1201

Schülerforschungszentrum

Erfahrungen mit dem Schülerforschungszentrum in Bad Saulgau, Unterstützung der Einrichtung eines Internats; Bereitstellung der personellen und finanziellen Mittel; Initiierung eines SFZ in jedem Oberschulamtbereich

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/1757

Bad Schussenried

Neues Kloster Bad Schussenried

Überlegungen zur künftigen Nutzung des Klosters und deren Finanzierung

KlAnfr
s. *Kloster*
Drs 13/4174

Sachstand Oberschwäbisches Museum im Neuen Kloster Bad Schussenried

Stand der angekündigten wissenschaftlichen Konzeption, der Förderzusage sowie der Gründung eines regionalen Trägervereins unter der Federführung des LKreises Biberach

MdlAnfr
s. *Museum*
Drs 13/4532

Bad Urach

Unterstützung des Landes zur Fortsetzung des Geothermie-Projekts in Bad Urach

Ursachen für die Einstellung der Bohrung; Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bundesumweltministerium, der EnBW und der Stadt Bad Urach über eine Fortsetzung der Bohrung und Aufteilung der Mehrkosten; Einrichtung eines Förderprogramms zur Nutzung von Erdwärme nach den Vorgaben des Umweltplans

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/3186

Entwicklung der Geothermie in BW und Erdwärmeprojekt in Bad Urach

Ursachen und Höhe der Mehrkosten für die Probleme bei der Bohrung; Aufnahme von Gesprächen mit den anderen Projektpartnern zur Fortsetzung der Bohrung und Aufteilung der Mehrkosten; Förderung der Nutzung der oberflächennahen Erdwärme durch Sonden zur Wärmegewinnung

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/3227

Förderung der Tiefengeothermie in BW durch das Land

Ergebnisse der Untersuchungen zu den Kostensteigerungen beim Erdwärmeprojekt in Bad Urach, Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung zur Fortsetzung des Projekts, Beurteilung der unterschiedlichen Technologien zur Nutzung der Geothermie; Förderung der geeigneten Projekte, insbes in Bad Urach und Karlsruhe

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/3645

Situation und Perspektive des Tiefen-Geothermie-Projekts in Bad Urach

Stand und weitere Perspektiven des Projekts, Zeitrahmen für den erfolgreichen Abschluss der Bohrungen und Aufnahme der Strom- und Wärmeerzeugung

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4492

Nutzung des Potenzials der Geothermie, Überwindung der aktuellen Finanzprobleme bei der Tiefenbohrung in Bad Urach, Verweisung auf die höhere Einspeisevergütung mit der Novellierung des EEG

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4871-4873 4877 4878

Fortführung des Erdwärmeprojekts in Bad Urach, finanzielle Absicherung der Tiefenbohrung durch den Bund

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6128

Bad Wildbad*Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen*

Situation und Neustrukturierung o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/214

Bewegungsfreundliche Schule

Ermöglichung eines Modellprojekts, z.B. in Bad Wildbad, unter Einbindung der AOK und der Berufsgenossenschaften; Beurteilung der Chancen einer Bezuschussung über die Jugendstiftung

KlAnfr
s. *Bewegungsprävention*
Drs 13/246

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und Landesplanungsges sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/1010

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Ergänzender Bericht über die Entwicklungen in Bad Wildbad

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/1038

*Bad Wildbad**Verkauf der ehemaligen Trinkhalle an die Stadt*

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/1705

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Bericht über die o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/3374

Künftige Nutzung des Gebäudes der Versorgungskuranstalt Bad Wildbad

Schließungszeitpunkt der o.g. Einrichtung, geeignete Folgenutzungen, Überlegungen zur Nutzung für eine Fusion der Lehrerfortbildungsakademien in Donaueschingen und Calw, Bewirkung zusätzlicher Arbeitsplätze und Übernachtungszahlen, Möglichkeiten für die weitere Nutzung der bisherigen Akademiegebäude?

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3480

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 19) - Erhöhungsantrag für den Ausbau einer Schieneninfrastruktur

Prüfung des o.g. Antrags der Albtal-Verkehrsgesellschaft für den „stadtbahngerechten“ Ausbau der Enzbahn zwischen Pforzheim und Bad Wildbad

Mittlg
s. *Enztalbahn*
Drs 13/4103

Die Zukunft der Führungsakademie in Karlsruhe

MdlAnfr
s. *Führungsakademie*
Drs 13/4316

Umsetzung der Vorschläge des RH aufgrund des Förderverfahrens zur Verbesserung des Verkehrsangebots auf der Enztalbahn zwischen Pforzheim und Bad Wildbad

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548 550 551

Badekur

s. *Kur*

Baden

s.a. *Nordschwarzwald, Region*
s.a. *Oberrhein, Region*

200 Jahre Baden und Württemberg - Landesveranstaltungen im Jubiläumsjahr

Geplante Veranstaltungen und Publikationen sowie veranschlagte Mittel für die beiden Jubiläen, Veranstaltung einer großen Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs, Gründe für den Verzicht auf eine entsprechende Darstellung der badischen Landesgeschichte, Beurteilung der geplanten gemeinsamen Aktivitäten der Werkstatt e.V. und der Landesvereinigung

Baden in Europa, Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe für beide Landesteile unter Einbeziehung von Mitteln der Landesstiftung

KlAnfr
s. *Jubiläum*
Drs 13/5025

Erinnerung an den Beitrag des Badischen Landtags und des alten Landes Baden zur Entwicklung der Demokratie und der deutschen Einheitsbewegung; grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Baden und dem Elsass

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451 1452 1458 1460 1461 1464
1467 1468 1484 1489 1491

Würdigung des badischen Landesteils und seiner Bewohner, Bezeichnung der Technologieregion Karlsruhe als badischen Weg; Klage von Altbadenern über Benachteiligungen gegenüber dem württembergischen Landesteil

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1515 1519-1523 1526

Würdigung der Bedeutung des Nachkriegslandes Baden und des Widerstands der damaligen Akteure gegen den Südweststaat, Bewirkung einer gerechten Entwicklung des Landes als Folge des passionierten Widerstands; Erinnerung an die Vorreiterrolle Badens für die deutsch-französische Aussöhnung

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1893 1894

Baden-Airpark Söllingen

s. *Flughafen Söllingen*

Baden-Baden

s.a. *Festspielhaus*
s.a. *Medien- und Eventakademie Baden-Baden*
s.a. *Neues Schloss, Baden-Baden*
s.a. *Spielbank*

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Situation und Neustrukturierung o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/214

Die Europäische Medien- und Event-Akademie Baden-Baden und die Landesstiftung BW als gemeinsame Versorgungsanstalt? Bisherige und künftige Finanzierung der o.g. Einrichtung über die Landesstiftung und den Landeshaushalt, Defizitabdeckung durch die Stadt Baden-Baden, Beanstandungen des dortigen Rechnungsprüfungsamts, Zahl und Finanzierungsanteil der Studierenden, Gründe für die Bestellung eines „kostenneutralen“ zweiten Geschäftsführers ohne vorherige Ausschreibung aus der CDU-Landtagsfraktion

Antr
s. *Medien- und Eventakademie Baden-Baden*
Drs 13/1887

Baden-Baden

Veräußerung des Neuen Schlosses in Baden-Baden
Zustimmung zur Veräußerung der ehemaligen markgräflichen Residenz, Verzicht auf die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts

Antr
s. *Neues Schloss, Baden-Baden*
Drs 13/2579

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Bericht über die o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/3374

Zusammenlegung der Polizeidirektionen Rastatt und Baden-Baden

Zeitpunkt einer endgültigen Entscheidung über den Sitz der o.g. Direktionen, Zweck der gestellten Anträge des Vermögens- und Hochbauamts Pforzheim in Rastatt und Baden-Baden auf Bauvorbescheide zur Erweiterung der bisher von der Polizei genutzten Gebäude

MdlAnfr
s. *Polizeibehörde*
Drs 13/3425

Zuweisungen im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden
Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2004

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/3794

Unterrichtsversorgung im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5182

Konversionsstandorte - Umwandlung von Darlehen in Zuschüsse

Höhe der einzelnen vergebenen Darlehen aus dem Konversionsstandortprogramm, Erfolg der jeweiligen Vermarktung der Gewerbeflächen; Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge auf Umwandlung des Darlehens in einen Zuschuss; Beurteilung der Zusage an Baden-Baden, Gleichbehandlung der anderen Konversionsstandorte

KlAnfr
s. *Konversion*
Drs 13/5189

Beanstandungen bei der Spielbank Baden-Baden, Anmahnung der 5 Millionen DM pro Jahr für das Festspielhaus Baden-Baden
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 248

Beanstandungen bei der Spielbank Baden-Baden, Anmahnung der 5 Millionen DM pro Jahr für das Festspielhaus Baden-Baden
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 348

Ausweisung der Stadt Baden-Baden als Mittelzentrum mit oberzentraler Funktion im LEntwicklungsplan

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 757

Arbeitsplatzverluste in Baden-Baden infolge der Rundfunkfusion

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1519

Badenweiler

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Situation und Neustrukturierung o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr

s. *Kurort*

Drs 13/214

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Bericht über die o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr

s. *Kurort*

Drs 13/3374

Baden-Württemberg

s.a. *Baden*

s.a. *Württemberg*

Vermarktung BW als Reiseziel 2002

Werbung um das zu erwartende zusätzliche Gästepotenzial, Unterstützung der Tourismusverbände

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/447

Haushalt 2002 und 2003; Epl 02

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*

Drs 13/652

Die Folgen der Auszugsinszenierung der LReg im Bundesrat im Anschluss an die Abstimmung über das ZuwanderungsGes

Frage nach einer Abstimmung im Vorfeld o.g. Ereignisse zwischen den Kabinettsmitgliedern der Koalitionsfraktionen bzw. Regierungsvertretern im BRat; Wahrnehmung der Interessen des Landes im weiteren, 63 Tagesordnungspunkte umfassenden Beratungs- und Abstimmungsprogramm des BRats am 22.03.2002; Darlegung der finanziellen Konsequenzen für BW aufgrund der Abwesenheit der Landesvertreter

Antr

s. *Landesregierung*

Drs 13/926

Präsentation BW auf der Grünen Woche in Berlin

Kosten-Nutzen-Analyse der letzten 20 Jahre; Entwicklung einer Konzeption zur Darbietung heimischer Erzeugnisse nach dem HQZ sowie Präsentation des Landes als Fremdenverkehrsland, Aufstellung der Kosten und möglichen Alternativen

Antr

s. *Grüne Woche*

Drs 13/1105

Präsentation des Landes BW im Ausland

Professionalität und Wirkungen der Auslandspräsentation des Landes, Bewertung der Doppelfunktion von Dr. Döring als Minister und Präsident des Tourismusverbands BW, Überlegungen zur Steigerung der Besucherzahlen aus Nordamerika sowie zu einer einprägsameren Gestaltung des Namens „Baden-Württemberg“ für den englischen Sprachraum

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 10.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1168

Imagekampagne

Evaluation der Imagekampagne BW, Zahl der angesiedelten ausländischen Unternehmen und neu geschaffenen Arbeitsplätze, Frage nach der Möglichkeit der Mittelverwendung für andere (Werbe-)Zwecke, z.B. für die Gestaltung und Ausführung der Olympiabewerbung

KIAnfr

s. *Werbung*

Drs 13/1852

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*

Drs 13/1873

RegErkl - Tatkraft für BW - Mit Mut zu Veränderungen neue Dynamik entfesseln - und Aussprache

RegErkl

s. *Politik*

PIPr 13/52 S. 3599

Zusammenarbeit des Tourismusverbandes mit BTV

Bereitstellung von Filmmaterial durch die Tourismus-Marketing GmbH, z.B. zur Lieferung von Wetterdaten mit entsprechenden werbewirksamen Bildern aus Städten und Regionen

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/2581

Haushalt 2004; Epl 12

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*

Drs 13/2812

Werbe- und Sympathiekampagne (WSK)

Evaluation der Imagekampagne BW, Vergleich der angestrebten Ziele und Ergebnisse, Entwicklung der Kosten und Perspektiven

KIAnfr

s. *Werbung*

Drs 13/2981

Standort- und Zukunftssicherung des Landes BW durch wirtschaftsnahe Forschungsinstitute

Aktuelle Debatte

s. *Forschung*

PIPr 13/64 S. 4489

Fußballweltmeisterschaft 2006 - Tourismus

Nutzung der WM zum Standortmarketing für Stuttgart und die einzelnen Regionen, Präsentation iRd Berichterstattung zur WM, Kooperation von Ministerien, Kommunen und Verbänden; Zahl der erwarteten Fußballtouristen und Übernachtungsgäste,

Frage nach einem leistungsfähigen Buchungssystem im Internet, Bewerbung der Sommer- und Wintersaison für den Schwarzwald und Bodensee?

Antr
s. *Fußballweltmeisterschaft*
Drs 13/3149

Wir können alles - außer produzieren?

Produktion der Werbespots für die Imagekampagne BW außerhalb des Landes? Renommee der Filmakademie Ludwigsburg; Hinwirkung auf eine stärkere Kooperation der beauftragten Werbeagentur mit der Filmakademie Ludwigsburg bzw mit hiesigen Produzenten

KlAnfr
s. *Werbung*
Drs 13/3219

Das Land braucht eine moderne Politik - eine moderne Politik braucht eine starke LReg

Aktuelle Debatte
s. *Politik*
PIPr 13/71 S. 4961

Schwerpunkte der Landespolitik für den Rest der Legislaturperiode

Aktuelle Debatte
s. *Politik*
PIPr 13/73 S. 5134

BW als Partner für eine Katastrophenregion in Südasiens

Unterbreitung eines Vorschlags für eine Partnerschaft zum Wiederaufbau einer von der Flutkatastrophe stark betroffenen Region in Abstimmung mit der BReg, anderen BLändern und Kommunen in BW; Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/3950

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*
Drs 13/4012

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Dank für die große Solidarität, Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bürger und den Einsatz der Polizeibeamten; Eintreten für eine effektive Verwendung der Spenden für langfristige wirksame Projekte und Aufbaumaßnahmen; Ansiedlung der Koordinierungsstelle im WM, Bestimmung als Anlaufstelle zusammen mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit für die Hilfsorganisationen; Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/4085

Einstein, die Relativitätstheorie und die Imagekampagne des Landes

Verbreitung falscher Behauptungen zur Relativitätstheorie iR von Werbeanzeigen zum „Einstein-Jahr“, Frage nach einem Imagegewinn sowie den Kosten des Landes für diese Anzeigen

KlAnfr
s. *Werbung*
Drs 13/4433

Haushalt 2006; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*
Drs 13/4840

200 Jahre Baden und Württemberg - Landesveranstaltungen im Jubiläumsjahr

Geplante Veranstaltungen und Publikationen sowie veranschlagte Mittel für die beiden Jubiläen, Veranstaltung einer großen Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs, Gründe für den Verzicht auf eine entsprechende Darstellung der badischen Landesgeschichte, Beurteilung der geplanten gemeinsamen Aktivitäten der Werkstatt e.V. und der Landesvereinigung Baden in Europa, Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe für beide Landesteile unter Einbeziehung von Mitteln der Landesstiftung

KlAnfr
s. *Jubiläum*
Drs 13/5025

Wettbewerbsfähigkeit des Landes im internationalen Vergleich; Beteiligung des Ltg an den Veranstaltungen zum 50-jährigen Jubiläum des Landes

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 6 7

Geplante Veranstaltungen der LReg zum 50-jährigen Jubiläum des Landes; Fortführung der Werbe- und Imagekampagne BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56 60

Spitzenposition BW im Vergleich der Regionen Europas, Vermeidung eines Wettbewerbs um die höhere Identifikation mit dem Land, Erinnerung an das Wort von Theodor Heuss über das Land BW als Modell deutscher Möglichkeiten, Weiterentwicklung zu einem Modell europäischer Möglichkeiten

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 71 72 82-84 92 95 96 101-103 110

Bezeichnung von 50 Jahren Baden-Württemberg als Erfolgsgeschichte, Mittelbereitstellung für die Veranstaltungen zum 50-jährigen Jubiläum des Landes

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 199-202 252

Lebensqualität in BW nach einer Umfrage unter Bürgern aller 16 BLänder

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 824

Rückblick auf 50 Jahre BW, Sicherung der Spitzenstellung unter den BLändern, Ergebnis einer Umfrage unter den Bürgern des Landes, Ablehnung einer Gleichsetzung der Bürger mit der CDU und der LReg

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833 834 847 850-853 864 869 874 875 881

Mitgestaltung des 50-jährigen Landesjubiläums durch den Ltg, Ausstellungen iRd Jubiläums

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936 938 940 941 979 981-983 992

Erinnerung an die Akteure im Kampf um den Südweststaat vor 50 Jahren; Festvortrag von Prof. Robert Leicht: Zwischen Geschichte und Reißbrett - Über die Zukunft der deutschen Länder

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1159-1166 1203 1208

Mitwirkung des Landes in der Person des MinPräs im EU-Reformprozess, Rückerlangung von Kompetenzen aus Berlin und Brüssel, Erinnerung an das Wort von Theodor Heuss über das Land BW als Modell deutscher Möglichkeiten, Weiterentwicklung zu einem Modell europäischer Möglichkeiten

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453-1474

Erinnerung an die Impulse von Parlament und Regierung des Landes Württemberg-Hohenzollern zur Gründung des Südweststaats 1952

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1733 1734 1742

Erinnerung an die Unmutsbekundungen der CDU zur Wahl des ersten MinPräs und Gründung des Landes BW in der verfassunggebenden Landesversammlung am 25. April 1952

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1840 1844

Erinnerung an die Impulse und den Widerstand aus Baden zur Gründung des Südweststaats 1952

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1893 1894

Erinnerung an das Wort von Theodor Heuss über das Land BW als Modell deutscher Möglichkeiten, Weiterentwicklung zu einem Modell europäischer Möglichkeiten

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5198

Beiträge des SWR zur Stärkung der Landesidentität der Menschen, Hinwirkung auf eine breitere Darstellung des Landes in den Serien der ARD

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5268 5271 5274

Positionierung der Marke Baden-Württemberg mit der Imagekampagne; Erinnerung an das Wort von Theodor Heuss über das Land BW als Modell deutscher Möglichkeiten, Weiterentwicklung zu einem Modell europäischer Möglichkeiten

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015 6016 6035

Würdigung der erfolgreichen Integrationsprozesse in der Geschichte des Landes von der Aufnahme der Vertriebenen, der Gastarbeiter bis zu den Spätaussiedlern

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7660

Nutzung der einmaligen Chance mit der Fußballweltmeisterschaft zur weltweiten Präsentation des Landes

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7928

Attraktivität des Landes für Gäste aus aller Welt, Nutzung der Fußball-WM zur weltweiten Präsentation des Landes und Erschließung neuer Zielgruppen von Touristen, Förderung der Werbung unter dem Leitbild eines nachhaltigen Tourismus

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954-7966

Baden-Württembergische Bank

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Vorbereitung einer Neuordnung der Beteiligungen an der BW-Bank und der Landesbank

Antr

s. *Landesbeteiligung*

Drs 13/693

Mayer-Vorfelder und der Aufsichtsrat der BW-Bank

Verzicht auf eine erneute Bestellung als Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr

s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*

Drs 13/884

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Minister Rudolf Köberle in den Beirat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie in den Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr

s. *Köberle, Rudolf MdL CDU*

Drs 13/893

Zukunft der landesbeteiligten BW-Bank

Beurteilung eines möglichen Zielkonflikts nach Übernahme der Anteilsmehrheit durch die LBBW, insbes durch die gesetzlich vorgegebene Aufgabe zur Förderung der Sparkassen als deren Zentralbank und der Wettbewerbslage zwischen LBBW und BW-Bank im mittelständischen Finanzierungsbereich

Antr SPD 25.04.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/960

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1927-1932

Übernahme einer stillen Beteiligung an der BW-Bank durch die LBBW

Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Hinwirkung auf eine Mitzeichnung der LBBW an der o.g. Beteiligung entsprechend ihrem Anteilsverhältnis

Antr

s. *Landesbank Baden-Württemberg*

Drs 13/1121

Sicherung der zum Verkauf stehenden Aktienpakete der BW-Bank, Kooperation zwischen Landesbank und BW-Bank

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65 77

Privatisierung der Landesanteile an der BW-Bank

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 212

Ablehnung eines Erwerbs weiterer Anteile an der BW-Bank durch die Landesbank BW

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 336

Ablehnung einer Privatisierung der Landesanteile an der BW-Bank

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801 808 827

Lob für die Verhinderung eines Verkaufs der BW-Bank

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626

Ablehnung einer Veräußerung der Landesanteile an der BW-Bank an die Sparkassen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148

Lob für die Verhinderung eines Verkaufs der BW-Bank, Bewertung der Leistungsfähigkeit der Bank

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5157

Baden-Württemberg-Ticket

s. *Fahrausweis*

Badeort

s. *Kurort*

Badischer Sportverband

s. *Sportverband*

Badisches Staatstheater

s. *Theater*

BAföG

s. *Ausbildungsförderung*

Bahn AG

s. *Deutsche Bahn AG*

Bahnanlage

s.a. *Bahnhofsmission*

s.a. *Bahnkreuzung*

s.a. *Eisenbahnstrecke*

s.a. *Stationspreis*

Sanierung und Instandhaltung von Bahnhofs- und Haltepunktanlagen im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse des o.g. Investitionsprogramms der DBAG und seiner evtl. Fortschreibung, Mitwirkung bei der Festlegung von Prioritäten, Förderung von Vorhaben nach dem GVFG und RegionalisierungsGes sowie nach dem BSchienenwegeausbau-Ges? Gemeinsame Aktivitäten von Land, Kommunen und Bahn AG; Definition eines Projekts entsprechend dem Modellversuch „Umweltbahnhof Rheinland-Pfalz“ in BW?

Antr FDP/DVP 08.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/430

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2193-2199

Erschließung Gewerbegebiet Ulm-Nord

Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz

KlAnfr

s. *Gewerbegebiet*

Drs 13/510

Reaktivierung von Haltepunkten entlang der Tauberbahn

Prüfung der Vorschläge der „Interessengemeinschaft Reaktivierung des Haltepunkts Wallhausen“, Wiedereröffnung dieses Haltepunkts

KlAnfr

s. *Taubertalbahn*

Drs 13/570

Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs

Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsbahnhöfe, Vorlage der o.g. Konzeption mit einem Finanzierungskonzept, Übernahme der Trassenkosten für die Feinverteilung im Schienengüterverkehr, Hinwirkung auf Zurückstellung der Stilllegungspläne bis zur Übernahme der betroffenen Verkehre durch andere Betreiber

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/625

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 20) - Zuwendungen nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes für Betriebshöfe im Schienenpersonennahverkehr (Drs 12/5701 XVII. S. 67)

Mittlg LReg 22.01.2002 Drs 13/675

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

Antr

s. *Schienenverkehr*

Drs 13/716

Geplantes Containerterminal im Ulmer Norden

Stand und Zeitrahmen des Genehmigungsverfahrens für den Containerbahnhof am Gewerbegebiet „Ulm-Nord“, Förderung iRD Güterverkehrskonzepts BW

KlAnfr Martin Rivoir SPD 17.05.2002 und Antw UVM Drs 13/1023

Sicherung des Schienengüterverkehrs in BW

Fortsetzung des Rückzugs der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsstellen und Schienenstrecken; flankierende Unterstützung der Übernahme durch andere Betreiber; Förderung von Modellvorhaben im ländlichen Raum, Initiierung einer Einbeziehung von Umschlaganlagen und Gleisanschlüssen in den Förderkatalog des GVFG

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/1294

Aufgabe der „Bypass“-Variante für die künftige ICE-Trassenführung im Bereich Mannheim

Hinwirkung auf Rechtsverbindlichkeit des Verzichts auf eine Umfahrung des neuen Mannheimer Hauptbahnhofs mit einem Bahnhof auf der grünen Wiese

KlAnfr

s. *Mannheim*

Drs 13/1481

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/1702

Behindertengerechte und barrierefreie Bahnhöfe und Bahnsteige in BW

Zugänglichkeit der Bahn für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer durch Aufzüge, Rolltreppen u.ä.; geplante und realisierte Maßnahmen der Bahn AG seit 1993, Hinwirkung auf Abbau der noch vorhandenen Hindernisse

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 26.03.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1936

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Unterstützung der Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen Landesentwicklungsplans; vollzogene und geplante Schließungen von Güterverladestellen durch die DB Cargo AG, Förderung von KV-Terminals sowie der Übernahme stillgelegter Anschlüsse und Strecken durch NE-Bahnen, insbes im ländlichen Raum, Hinwirkung auf einen diskriminierungsfreien Zugang dieser Unternehmen, Kooperation mit den Spediteuren

GrAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2413

Durch Nahverkehrspläne zur Barrierefreiheit im ÖPNV in BW
Ziele, Standards, Maßnahmenkategorien und Zeitrahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit in den Nahverkehrsplänen der einzelnen LKreise; Einbindung der Behindertenbeiräte; Hinwirkung auf ausschließlich barrierefreie Bahnhöfe/Haltepunkte und Fahrzeuge

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2628

Bestandsaufnahme der Barrieren im ÖPNV in BW

Vorhandene und noch offene Barrierefreiheit bei Schienenfahrzeugen, Bussen und Straßenbahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten im SPNV und ÖPNV in den einzelnen Verkehrsverbänden; Anstreben von Qualitätsstandards bei den unterschiedlichen Aufgabenträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2629

Rechtliche und finanzielle Instrumente zur Durchsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV in BW

Einsatz rechtlicher Instrumente und finanzieller Mittel zur Realisierung o.g. Zielsetzung, insbes bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge, der Veränderung der baulichen Infrastruktur, der Einrichtung von Informationssystemen u.a.; Maßnahmen zur Schärfung des Problembewusstseins bei den Entscheidungsträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2630

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2670

Umsetzung der Bahnhofs-Entwicklungskonzeption BW - Stand und Perspektiven

Umsetzungsstand von Projekten der Bahnhofsentwicklung, des „Sofortprogramms“ und der Instandhaltung und Modernisierung von Bahnhöfen der DBAG; Priorisierung von Projekten angesichts der Investitionsmittelkürzung der BReg in diesem Jahr; Finanzierungsanteile des Bundes, des Landes, der Bahn AG und Kommunen; Darlegung evtl Hemmnisse bei der planerischen

Kooperation mit Kommunen

Antr FDP/DVP 28.01.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2857
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 24 25
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Schließung von Fahrkartenausgabestellen bei der Deutschen Bahn AG

Frage nach den von o.g. Plänen betroffenen Servicestellen, Vereinbarkeit mit der Gewinnung von mehr Fahrgästen, insbes im ländlichen Raum; Bemühungen um Ersatz-Verkaufsstellen

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/2988

Transport von Siedlungsabfällen zu Entsorgungsstandorten

Beurteilung einer Ausweitung o.g. Straßentransporte nach den Planungen der Aufgabenträger in Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab 01.06.2005, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Landesentwicklungsplans? Ausgleich der Preisdifferenzen zwischen Straßen- und Schienentransporten durch ein Programm zur Förderung von Investitionen in Müll-Umschlaganlagen Straße/Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3006

Neubau von Haltepunkten an der DB-Strecke Tübingen-Rottenburg-Horb

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 05.05.2004 und Antw UVM Drs 13/3171

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Schaffung von technisch einfachen Umlademöglichkeiten für Container und Wechselbehälter in der Fläche, Anmeldungen zum Bundesprogramm zur Reaktivierung von Gleisanschlüssen zur Wiederaufnahme von Abfalltransporten

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3321

Schaffung von barrierefreien Bahnhöfen und Bahnsteigen in BW

Zumutbare Entfernungen bzw Erreichbarkeit des nächstgelegenen barrierefreien Bahnhofs für mobilitätsbehinderte Reisende mit barrierefreien öffentlichen Verkehrsmitteln, notwendige Zahl von Reisenden u.a. Kriterien für eine Nachrüstung mit einem Aufzug oder einer längeren Rampe

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 14.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3373
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 49-51
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Nach dem abgesagten Börsengang der Deutschen Bahn AG: Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?

Begrüßung der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht als Schritt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur, zu fairen Trassenpreisen und Transparenz; Forderung einer klaren Trennung von Netz und Betrieb; Sicherung des Verbleibs der Schieneninfrastruktur bei Bund und Ländern sowie der Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene als Voraussetzungen für die Zustimmung zum Börsengang;

Übertragung des Schienenwegeausbaus in die Auftragsverwaltung der Länder sowie Prüfung einer Kommunalisierung der Bahnhofsgebäude iR einer Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/3704

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg
Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Zustand der wichtigsten Bahnhöfe in BW

Zustand und Fahrgastzahlen der zehn wichtigsten Bahnhöfe, Investitionen der Bahn AG seit 1994 und vorhandener Nachholbedarf, Frage nach der finanziellen Beteiligung des Landes und dem behindertengerechten Ausbau der Bahnhöfe

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 16.02.2005 und Antw UVM
Drs 13/4069

Verlagerung von Abfalltransporten von der Straße auf die Schiene

Vorhandene und mögliche Abwicklung o.g. Transporte über die Schiene durch die einzelnen Aufgabenträger, Beurteilung einer Zunahme von Straßentransporten, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Umweltplans? Berücksichtigung aller Faktoren bei Kostenvergleichen; Einrichtung eines Programms zur Förderung von Güterumschlaganlagen für den Mülltransport auf der Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4412

Drohender Wegfall von Fernzughaltes wegen zu niedriger Bahnsteige

Bisher erfolgte und von der DBAG geplante Umstellung von lokbespannten IC-Zügen auf ICE-Triebzuggarnituren, Auflistung der davon betroffenen o.g. Bahnhöfe, Frage nach konkreten und finanziell abgesicherten Planungen zur entsprechenden Anhebung der Bahnsteige

KlAnfr
s. *Intercity-Verkehr*
Drs 13/4671

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems der DB auf die Stationspreise von Haltepunkten, deren Bau durch GVFG-Mittel finanziert wurde

Auswirkungen o.g. Verteuerung auf die Halte der DBAG u.a. vom Land beauftragten Eisenbahnunternehmen trotz der Mitfinanzierung solcher Haltepunkte durch das Land und Kommunen, Frage nach einer Absicherung gegen diese Kostensteigerungen im landesweiten Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und evtl anderen Verkehrsverträgen; Abwehrmaßnahmen gegen die Vorgehensweise der DBAG

KlAnfr
s. *Stationspreis*
Drs 13/4731

Verkehrsanbindung des Container-Bahnhofs Ulm-Nord an die Autobahn

Hinwirkung auf die Zustimmung der BReg zu einem von Gutachtern empfohlenen Doppelanschluss an der A 8

MdIANfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4870

Investitionen in den neuen Mannheimer Hauptbahnhof, Verhinderung einer Umfahrung mit einem Bahnhof auf der grünen Wiese

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1589-1604

Einsatz von Regionalisierungsmitteln für Stellwerke und Strecken

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2205

Verteuerung des Umbaus von Bahnsteigen für die Kommunen durch die Kürzung von GVFG-Mitteln, Verstärkung der Anstrengungen für den barrierefreien Ausbau der ÖPNV-Anlagen

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4429 4435-4437

Bahnbediensteter

s. *Eisenbahnpersonal*

Bahnhof

s. *Bahnanlage*

Bahnhofsmision

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen für die Bahnhofsmissionen

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-5 S. 38 39

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-21 S. 64

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849-1 S. 2 3

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Kritik an der Kürzung der Zuschüsse für die Bahnhofsmissionen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4206 4207 4210 4211 4213

Kritik an der Kürzung der Zuschüsse für die Bahnhofsmissionen

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4815

Bahnkreuzung

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/716

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart; Änd des StraßenGes, ErnennungsGes, LBesoldungsGes, LPersonalvertretungsGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BFernstraßenGes und dem EisenbahnkreuzungsGes sowie weiterer RechtsVO

GesEntw
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/1372

Unfallgeschehen an Bahnübergängen

Entwicklung seit 2001 nach Art, Alter, Schäden und Folgekosten der betroffenen Verkehrsteilnehmer (Autofahrer, Motorradfahrer, Fußgänger etc) sowie nach Ursachen, Kausalitäten und Konsequenzen; Frage nach Besonderheiten im Rhein-Neckar-Raum; Unterstützung von Initiativen zur Minimierung der Gefahren

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1981

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen, Einführung einer Gurtpflicht

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2127

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Bundesfernstraßen-Ges und dem EisenbahnkreuzungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Bahnhof

s. *Bahnanlage*

Bahnsteig

s. *Bahnanlage*

Bahnübergang

s. *Bahnkreuzung*

Baiersbrunn

Wahrnehmung des Planungsrechts für die Verlegung der Bundesstraße B 462 in Baiersbrunn und Schwarzenberg

Überprüfung der kategorischen Ablehnung einer Planungsaufnahme für Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan der Kategorie „Neue Vorhaben mit Planungsrecht“, Bereitstellung von Planungsmitteln für die o.g. Verlegung bzw für die beiden Tunnel im Verlauf der B 462

KlAnfr
s. *Bundesstraße 462*
Drs 13/4343

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen zur Entlastung der Städte Calw und Freudenstadt sowie der Tourismusgemeinden Baiersbrunn und Bad Liebenzell vom Durchgangsverkehr

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Balingen

Personalsituation bei der Polizeidirektion Balingen

Beurteilung der Altersstruktur bzw der zunehmenden Verweildauer der Beamten im gesundheitsschädlichen Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/969

Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Erfolgte und geplante Zusammenführungen von Dienststellen, Vergleich der Anteile des mittleren Dienstes sowie der Angestellten und Arbeiter des Vermessungsamts Balingen mit den anderen Ämtern landesweit, Verbesserung der Beförderungsperspektiven von Beamten im mittleren Dienst

KlAnfr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/1528

Personalentwicklung bei der Polizeidirektion Balingen

Beurteilung der Altersstruktur und Beförderungssituation bzw der zunehmenden Verweildauer im Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Beseitigung der Personalengpässe und Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/4222

Ballungsgebiet

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung und ggf Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr
s. *Nahverkehrsabgabe*
Drs 13/4950

Gleichwertige Entwicklung der Großräume nach dem LEP, Ermöglichung der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe in Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion in Verdichtungsräumen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 753 754 757-760

Defizite von bezahlbaren Wohnungen in den Ballungsräumen, Komplementärfinanzierung des Programms der BReg

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1429 1430 1432-1437 1440

Gewährleistung der inneren Sicherheit auch in Ballungsräumen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Defizite von bezahlbaren Wohnungen in den Ballungsräumen, Notwendigkeit einer Regionalisierung und Erhöhung der Wohnungsbauförderung nach dem Wegfall der Eigenheimzulage

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7635 7636

Ballungsraum*s. Ballungsgebiet***Bambi-Preis-Verleihung***s. Preis***Bandwurm***Bekämpfung des Fuchsbandwurms*

Aufwand, Ergebnisse, Konsequenzen und Ausweitung der Bekämpfung des Fuchsbandwurms; Daten über die Zahl der an Echinokokkose Erkrankten, Beurteilung des Fehlens einer Meldepflicht; Erfolgskontrolle einer verstärkten Bejagung des Bissams

KIAnfr Dr. Monika Stolz CDU 16.12.2002 und Antw MLR Drs 13/1627

Maßnahmen gegen den Fuchsbandwurm in der Region Stuttgart
Darlegung des o.g. Infektionsrisikos, insbes für Kinder, in Stuttgart und Umgebung; Vergabe einer wissenschaftlichen Untersuchung zu der Gesundheitsgefährdung in städtischen Verdichtungsräumen; Durchführung einer auf mindestens fünf Jahre angelegten Beköderungsaktion rund um Stuttgart

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 19.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3225
BeschlEmpf und Bericht LandWA 29.09.2004 Drs 13/3652 S. 42-44
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Bank*s. Kreditgewerbe***Bankgeheimnis***Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit*

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzauftragten

Antr
s. Steuermoral
Drs 13/4164

Gegen die schleichende Aushöhlung der Bürgerrechte durch Rot-Grün - der Vorstoß des baden-württembergischen Justizministers zur Wiederherstellung des Bankgeheimnisses

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625-6645

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontoabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontoabfragen in NRW

Antr
s. Konto
Drs 13/5053

Lockerung des Bankgeheimnisses als Beitrag zur Bekämpfung des Terrorismus

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 366 373 378 379

Frage nach einer Abschaffung des Bankgeheimnisses

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2632

Aushöhlung des Bankgeheimnisses mit der Einführung der Kontenabfrage

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6585

Befürchtung einer Aushöhlung des Bankgeheimnisses mit der Einführung der Kontenabfrage

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6743

Bewertung der Einführung der Kontenabfrage als faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses mit der Folge einer verstärkten Kapitalflucht

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7919

Bankkonto*s. Konto***Bankkredit***s. Kredit***Bankrott***s. Zahlungsunfähigkeit***Bargau, Ortsteil***s. Schwäbisch Gmünd***Barrierefreies Bauen***s. Behindertengerechtes Bauen***Bauantrag***s. Baugenehmigung***Baubehörde***s. Bauverwaltung***Bauer***s. Landwirt***Bauerlaubnis***s. Baugenehmigung***Bauernverband***Zukünftige Förderung der Ländlichen Sozialberatung*

Höhe der pauschalen Förderung o.g. Beratungstätigkeit der Bauernverbände

Antr
s. *Landwirtschaftliche Beratung*
Drs 13/8

Ausreichung von Fördermitteln für die Ländliche Sozialberatung
Höhe der bewilligten und an die Bauernverbände ausgezahlten Förderbeträge, Gründe für die Überschreitung der vorgeschlagenen Beträge des RH

KlAnfr
s. *Landwirtschaftliche Beratung*
Drs 13/79

Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände

Mittlg
s. *Landwirtschaftliche Beratung*
Drs 13/702

Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion

Rückführung der Agrarsubventionen, verbesserte Honorierung von Leistungen in der Natur- und Landschaftspflege, entsprechende Modifikation der EU-Agrarprogramme, Bewertung der Vorstellungen der Bauernverbände

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/1119

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Anteil und Stellung in Berufs- und Umweltschutzverbänden, in der Landwirtschafts- und Forstverwaltung; Programme zur Unterstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1917

Zukunft der Milchwirtschaft

Beurteilung der veränderten Position des BLHV zu den Folgen der vorgezogenen EU-Agrarreform auf die Milch- und Grünlandwirtschaft

MdlAnfr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 13/2480

Förderung und Durchführung der ländlichen Sozialberatung

Umfang und Höhe der Förderung o.g. Beratungstätigkeit der Bauernverbände seit 2000; Gründe und Auswirkungen einer Reduzierung der Zuschüsse ab 2004

Antr
s. *Landwirtschaftliche Beratung*
Drs 13/3445

Vorwurf der Anbiederung des neuen LandwirtschaftsMin an die Bauernverbände, Umsetzung der Empfehlungen des RH zur Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046 1047 1051 1055

Übertragung der Beratung der Landwirte auf die Bauernverbände, Auflösung der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035

Übertragung der Beratung der Landwirte auf die Bauernverbände, Auflösung der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Übertragung der Sozialberatung auf die Bauernverbände

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6082 6088

Übertragung der Beratung der Landwirte auf die Bauernverbände, Auflösung der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6499

Haltung der Bauernverbände zur Gentechnik, Anstreben einer Vereinbarung zum freiwilligen Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457 7458 7460 7466

Baufinanzierung

s.a. *Bausparen*
s.a. *Bausparkasse*
s.a. *Eigenheimzulage*
s.a. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
s.a. *Public Private Partnership*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 13)

Alternative Ausschreibungs- und Finanzierungsmodelle für Hochbaumaßnahmen (Drs 12/5701 X. S. 4)

Mittlg
s. *Hochbau*
Drs 13/151

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Zustand der Landesstraßen, Bundesfernstraßen und Autobahnen; derzeitige bzw dringlich notwendige Projekte; Darstellung des Finanzierungsbedarfs, Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölsteueraufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus; Umfang der Förderung des kommunalen Straßenbaus in der vergangenen und aktuellen WP

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/392

Bauen statt Stauen - Vernunft vor Ideologie

Investitionsstau der Bundesmittel für den Ausbau der Schieneninfrastruktur bei der Bahn AG, Überlegungen des BVerkehrsMin zur Umwidmung dieser Mittel zur Beschleunigung von Straßenbauprojekten, Scheitern dieser Pläne am Veto der Bundestagsfraktion der Grünen, betroffene Vorhaben in BW

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/473

Steuerabzug für Bauleistungen

Information der Bauherren über das Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, Ausgestaltung der Verpflichtung zum Steuerabzug von 15 % der Bruttobausumme bei Subunternehmen, Tragweite der Prüfungspflicht des Bauherrn für den Fall einer nicht ordnungsgemäß ausgestellten Freistellungserklärung

Antr
s. *Bauvorhaben*
Drs 13/496

Übernahme der Finanzierung des kommunalen Anteils an der Südumfahrung Markdorf und der Umfahrung Bermatingen aus Landesmitteln

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/539

Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW

Mittelzuweisungen des Bundes seit 1994 und bis 2003 für Neu- baumaßnahmen, Erhaltung und Unterhalt von Autobahnen, Bundesstraßen und den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Vergleich mit den ursprünglich vorgesehenen Investitionen für den BFernstraßenbau nach dem BVerkehrswegeplan; Darlegung der entsprechenden Investitionen des Landes für die Landesstraßen; Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/583

Kostenexplosion bei der geplanten neuen Messe

Aktuelle Debatte
s. *Messe (Ausstellung)*
PIPr 13/20 S. 1142

Kosten-Monitoring für die Neue Landesmesse

Fortlaufende Berichterstattung über die geplanten Sollkosten in der Ausgangskalkulation, die jeweils bereits aufgelaufenen Kosten und aktualisierten prognostizierten Kosten der Landesmesse

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/761

Neubau der A 8 (Albaufstieg)

Ergebnis der Machbarkeitsstudie eines Betreibermodells aufgrund des FernstraßenbauprivatfinanzierungsGes, geplantes weiteres Vorgehen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/838

Mautfinanzierter Albaufstieg im Zuge der Autobahn A 8

Verbindung der o.g. Maßnahme mit einem vollständigen Rückbau der bestehenden alten Autobahn, anteilige Verwendung der Mauteinnahmen für den Ausbau des Schienennetzes, insbes der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm; Steigerung der Einnahmen durch Verzicht auf die mautfreie Ausweichstrecke sowie eine Mautanhebung mit Schwerpunkt beim Lkw-Verkehr

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/1013

Einsatz von Holzkonstruktionen beim Neubau der Landesmesse

Prüfung o.g. Alternativplanung im Vergleich zur Stahlkonstruktion, insbes hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsauflagen zum Brandschutz; Vergleichbarkeit des Neubaus der Messehalle 6 in Sinsheim, Beeinflussung der Baukosten durch die Werkstoffwahl

Antr
s. *Holzbau*
Drs 13/1124

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Walldorf und Weinsberg aus dem Antistauprogramm der BReg, private Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze, Erhebung und Zuerkennung eines Mautaufkommens für den privaten Betreiber

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

B 31-Ost (neu) zwischen Kirchzarten und Kirche Maria Hilf in Freiburg im Zusammenhang mit dem privat vorfinanzierten Straßenbau dieser Maßnahme

Verifikation bzw Finanzierung von Mehrkostenforderungen der am o.g. Projekt beteiligten Baufirmen und Arbeitsgemeinschaften

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/1369

Ortsumfahrung Haubersbronn (L 1148, L 1150)

Planungsstand des o.g. Projekts, Chancen einer Finanzierung und Realisierung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/1591

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1702

Überlegungen zur Bauvergabe an einen privaten Generalübernehmer beim Bau der Neuen Landesmesse

Abstimmung des o.g. Vorstoßes des WM verbunden mit weiteren Einsparvorschlägen innerhalb der LReg sowie mit den anderen Gesellschaftern; Vereinbarkeit mit den Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft bzw dem MittelstandsförderungsGes; Auswirkungen der neuen Überlegungen auf das laufende Planfeststellungsverfahren bzw auf die bisherige Terminplanung

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/1839

Schreiben des Wirtschaftsministers an die Koalitionsspitzen in Sachen Baukosten der Neuen Landesmesse

Vorlage des Schreibens und seiner Adressaten

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/1844

Messestandort Karlsruhe

Rücknahme der Zusage der EnBW zur finanziellen Beteiligung an der Neuen Messe Karlsruhe; Maßnahmen zur Schließung der entstandenen Finanzierungslücke

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*

Drs 13/2251

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 8) - Verlangte Verpflichtungen des Landes bei der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW mbH - Auswirkungen auf den Landeshaushalt

Prüfung einer Haushaltsfinanzierung der über die Baufinanz abgewickelten Straßen- und Hochbaumaßnahmen

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 V. S. 2

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Mittlg LReg 13.04.2004 Drs 13/3113

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8009

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 25) - Rad- und Gehwegbau im Zuge der Sonderprogramme Landesstraßenbau

Mittlg

s. Radweg

Drs 13/2700

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/2533

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/2670

Vorfinanzierung der DB-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und des Projekts Stuttgart 21

Baukostenansätze für die o.g. Vereinbarung, Höhe und Zeiträume der Vorfinanzierung für die einzelnen Abschnitte und der Rückzahlungsraten des Bundes, Frage nach Regelungen im Falle von Baukostenüberschreitungen und Rückzahlungsproblemen des Bundes, Auswirkungen auf künftige Landeshaushalte und andere dringliche Schienenverkehrsprojekte im Südwesten

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 02.12.2003 und Antw UVM Drs 13/2685

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/2722

Finanzierungsprobleme im Bundesfernstraßenbau in BW durch die Verzögerung der Einführung der Maut

Höhe und Auswirkungen der Einnahmeausfälle, Darstellung der betroffenen begonnenen und vorgesehenen Projekte, Auswirkungen auf die Ausschreibungspraxis im Bundesfernstraßenbau und die Umsetzung des neuen Bundesverkehrswegeplans, Beurteilung des Überbrückungsvorschlags durch Kredite von der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes

Antr

s. Straßenbau

Drs 13/2799

Sonderprogramme im Landesstraßenbau

Höhe der Kreditaufnahmen, der Zins- und Tilgungsleistungen für die o.g. Programme; Höhe und Laufzeit der Rückzahlungsraten bis zur vollständigen Tilgung der Kredite

Antr

s. Straßenbau

Drs 13/2870

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/2943

Unregelmäßigkeiten bei den Baukosten des Hockenheimrings

Untersuchung von Unregelmäßigkeiten in der Abrechnung der Baukosten für den Umbau des Hockenheimrings, Klärung der Schuldfrage und eines möglichen Vorgehens gegen die Verantwortlichen sowie einer Rückforderung von Zuschüssen; Abschluss künftiger Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von Landeszuschüssen zu baulichen Großprojekten

KlAnfr

s. Motorsport

Drs 13/3037

Finanzierung des Albaufstiegs der A 8

Problematik der Gewinnung privater Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Albaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert bzw Verzicht auf eine vollständige Privatfinanzierung ohne eine Anschubfinanzierung des Bundes

KlAnfr

s. Autobahn

Drs 13/3060

Neu-/Ausbau der BAB 8 im Bereich des Albaufstiegs durch eine allgemeine Fahrzeugmaut

Fortschreibung der Annahmen und Berechnungen der Machbarkeitsstudie von 2001 um weitere rechtliche und wirtschaftliche Fragen, Wirtschaftlichkeit des Projekts für private Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Albaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert; Höhe und Träger der Kosten für die Umrüstung der Umfahungsstrecke

Antr

s. Autobahn

Drs 13/3064

Chancen für Formen der Mischfinanzierung im Straßenbau

Prüfung einer Finanzierung von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen über eine GVFG-Regelung sowie einer kommunalen oder privaten Vorfinanzierung von Vorhaben im Landesstraßenbau, Gründung einer Finanzierungsgesellschaft für den Aus- und Neubau von Landesstraßen sowie zur Abwicklung der laufenden Sonderprogramme

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/3088

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/3218

Maßnahmen zur Erhaltung von Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der Etatansätze zur Beseitigung von erheblichen und verkehrsgefährdenden Schäden; Möglichkeiten zur Auflage eines Sofort-Programms durch Umschichtung von Mitteln für Aus- und Neubaumaßnahmen

KlAnfr

s. *Landesstraße*

Drs 13/3253

Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Aktueller Kostenstand der o.g. Vorhaben, Verteilung auf die beteiligten Partner; Höhe der Gesamtkosten und der Kofinanzierung der EU in Bezug auf die vorrangigen Projekte der transeuropäischen Netze; erwartbare Zusagen und Fördervolumen der EU für Stuttgart 21 und die NBS Wendlingen-Ulm

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 14.07.2004 und Antw UVM

Drs 13/3359

Kenntnisse der LReg zu Kostensteigerungen bei der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Informationen über Kostensteigerungen von 57 %, entsprechende Ausweitung der zugesagten Vorfinanzierung?

MdlAnfr 2) Boris Palmer GRÜNE 26.07.2004 Drs 13/3425

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5299 5300

Bundesverkehrsprojekte im Bereich des Wahlkreises 21

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen seit 2001; Höhe der Gesamtkosten und Zuschüsse des Bundes

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/3429

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/3465

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr Nils Schmid u.a. SPD 10.08.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3495

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004 Drs 13/3751 S. 9-11

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Straßenbau-Unterhalt und -Investitionen in den Jahren 2004 bis 2007

Höhe der o.g. Haushaltsmittel für den Unterhalt, Aus- und Neubau von Landesstraßen; Höhe des Finanzierungsanteils über die Sonderprogramme sowie der Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Höhe des angemeldeten Mittelbedarfs der Straßenbauämter sowie der bereits durch Verpflichtungsermächtigungen gebundenen Mittel

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/3516

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 29.09.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3598

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 27

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Finanzierungsvorbehalt beim Bau der Bundesstraße B 31 - Ortsumfahrung Umkirch

Gründe für die Mittelbereitstellung 2005 unter dem Vorbehalt von Lkw-Mauteinnahmen

MdlAnfr

s. *Bundesstraße 31*

Drs 13/3827

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Landesstraßenbaus und Auflösung der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW GmbH

s. *Straßenbau*

Drs 13/4010

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/3971

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw. Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 27.01.2005 und Antw UVM
Drs 13/3983

Baumaßnahmen im Zuge der L 536 und ihre Verwirklichung durch neue Finanzierungsmethoden

Beurteilung von Finanzierungsmodellen wie Public Private Partnership oder private Vorfinanzierung zur Realisierung der Tunnelbauten im Zuge der L 536, Kontaktaufnahme mit einem auf PPP-Projekte im Bereich des Straßen- und Tunnelbaus spezialisierten Bauunternehmen

KlAnfr
s. *Landesstraße 536*
Drs 13/4209

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4269

Abwicklung von Finanzierungen durch die Bausparkasse Badenia mit Sitz in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der landeseigenen L-Bank

Art und Umfang der Beteiligung der L-Bank an der Finanzierung von Immobiliengeschäften der Badenia, Einflussnahme auf die Verzinsung der Darlehen zwischen Immobilienerwerber und Darlehensgeber, Ausgestaltung der jeweiligen Kredit- und Kaufverträge

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 21.04.2005 und Antw FM
Drs 13/4270

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4323

B 31-West - Ortsumgehung Umkirch

Auswirkungen der Haushaltssperre auf das im Bau befindliche Projekt, Einleitung eines neuen Planfeststellungsverfahrens für den 2. Bauabschnitt

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/4380

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubaustrecke der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Althochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenbau, u.a. beim Albaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4435

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Zustand und Ausbaubedarf der Straßeninfrastruktur, insbes. Ausbau und bessere Anbindung der A 8, A 81 und A 5; Ausbau und Unterhaltung der Landesstraßen; Entlastung der Tourismusorte vom Durchgangsverkehr; schnellere Realisierung dringlicher Vorhaben durch private Finanzierungsmodelle

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Anwendung eines PPP-Modells auf Schienen-Netzteile der Deutschen Bahn AG

Beurteilung eines PPP-Modells zur Finanzierung der geplanten Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim sowie der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Aufnahme entsprechender Gespräche mit der DBAG

KlAnfr
s. *Public Private Partnership*
Drs 13/4574

Wohnungsbauförderung des Landes am Bedarf vorbei

Höhe der noch nicht abgerufenen Mittel des Wohnungsbauprogramms 2005 verteilt auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau, Vergleich mit der Inanspruchnahme des 1000-Dächer-Programms der L-Bank; Steigerung der Attraktivität der Programme nach den Vorschlägen der Verbände der im sozialen Wohnungsbau engagierten Wohnungsunternehmen; Erhöhung des Mietwohnungsanteils und des Subventionswerts der Landesbaudarlehen im Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. *Wohnungsbau*

Drs 13/4780

Planung und Realisierung des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 zwischen Gruibingen und der Landesgrenze zu Bayern
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus des Alaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche sowie des 6-spurigen Ausbaus bis zur Landesgrenze; jeweilige Auswirkungen der unterschiedlichen Finanzierungs- und Betreibermodelle für die einzelnen Abschnitte auf die betroffenen Nutzer und die verfügbaren Bundesmittel für den Fernstraßenbau; Reduktion der Mautgebühren sowie der Anschubfinanzierung des Bundes durch Verlängerung der Pachtdauer für den Betreiber; Frage nach der Instandsetzung der verbleibenden mautfreien Umfahrungsstrecke sowie nach Höhe und Träger der Kosten für den Katastrophenschutz am geplanten Alaufstieg

Antr

s. *Autobahn*

Drs 13/5099

Status Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Projekte; Art der vorgesehenen Finanzierungsmodelle; Zeitpunkt der Entscheidung und Vollendung der Vorhaben

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/5122

EU-Förderung für Stuttgart 21

Höhe der o.g. Kofinanzierung, Auswirkungen der Mittelkürzungen für die Projekte der transeuropäischen Netze, Frage nach dem Zeitpunkt einer evtl Förderzusage und dem Baubeginn

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 14.02.2006 und Antw IM Drs 13/5160

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr

s. *Bauplanung*

Drs 13/5172

Mittelausstattung im Bundesfernstraßenbau

Höhe der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Bundesfernstraßenprojekte in den Jahren seit 2001

MdlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/5172

Finanzierung des Branichtunnels in Schriesheim durch ein Sonderfinanzierungsprogramm des Landes

Finanzielle Absicherung des o.g. Projekts im Zuge der L 536

MdlAnfr

s. *Landesstraße 536*

Drs 13/5172

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Alaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzie-

rungsmodelle

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/5234

Höhe der Unterhaltungsmittel für das klassifizierte Straßennetz mit Ausnahme der Bundesautobahnen

Höhe der übertragenen bzw der benötigten Mittel zur Unterhaltung des klassifizierten Straßennetzes durch die LKreise

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/5240

Bewertung der ökonomischen Rahmenbedingungen für Bauinvestitionen als sehr günstig

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 525

Verwendung des Aufkommens aus Mautgebühren zur Finanzierung des Fernstraßenbaus

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 616 619

Finanzierung des Landesstraßenbaus über den Haushalt, das Sonderprogramm und die L-Bank

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 830

Vorwurf einer unseriösen Finanzierung der Programme zum Landesstraßenbau, Aktivierung von Privatkapital für den Straßenbau

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1028 1030-1032 1034-1036 1041 1063

Vorwurf einer unseriösen Finanzierung der Programme zum Landesstraßenbau; Begründung der hohen Kostensteigerung bei der neuen Messe

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1104 1108 1142-1157

Bewertung der ökonomischen Rahmenbedingungen für Bauinvestitionen als sehr günstig; Kritik an der vorgeschlagenen Finanzierung von Sozialwohnungen über Forderungsverkäufe

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430 1434-1440

Forderung nach Einstellung des Straßenbausonderprogramms, Frage nach Alternativen zur Finanzierung der Projekte

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2709

Finanzierung der neuen Landesmesse, Entwicklung der Kosten, Beurteilung des von der Wirtschaft zugesagten und zu erwartenden Beitrags

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3372 3373 3375 3377-3379 3382-3385

Problematik der Kreditversorgung privater Bauherren infolge der mit Basel II angewandten neuen Eigenkapitalrichtlinien der Banken; Stellenwert der Eigenheimzulage und Wohnungsbau-prämie

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3571-3583

Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Einführung der Lkw-Maut, Auswirkungen auf die Finanzierung verschiedener Straßen- und Schienenprojekte

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712-3715 3717 3720 3721 3723-3728

Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Lkw-Maut, Auswirkungen auf die Finanzierung von Straßen- und Schienenprojekten, Kritik an der Finanzierung der Sonderprogramme für den Landesstraßenbau über Schattenhaushalte

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4323 4327-4330 4335 4340 4364

Stellenwert der Eigenheimzulage bei der Baufinanzierung insbes von Schwellenhaushalten, Gründe und Komponenten der hohen Baukosten in Deutschland

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561-5584

Finanzierung des Straßenbaus über Mauteinnahmen

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5723

Kritik an der Finanzierung des Straßenbaus über die Baufinanz, Bewertung als verdeckte Verschuldung, Finanzierung des Straßenbaus über Mauteinnahmen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802 5807

Finanzierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm, Befürchtung von Kürzungen bei ÖPNV-Projekten; Aussetzung der Zinszahlungen an die Baufinanz

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6060 6064 6073-6075 6105

Private Vorfinanzierung von ausbaubedürftigen Autobahnabschnitten, Realisierung von Projekten im Hochbau und Fernstraßenbau über öffentlich-private Partnerschaften

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6409

Realisierung des mautfinanzierten Ausbaus der Bundesfernstraßen, Überlegungen zur Ausweitung der Lkw-Maut auf Pkw, Verwendung der Einnahmen für den Straßenbau

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6483 6494 6495 6507 6508 6511

Beklagung einer Unterfinanzierung des Bundes im Straßen- und Schienenwegebau, Umstellung des Fernstraßenbaus von der Steuer- zur Nutzerfinanzierung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6817

Baufirma

s. Baugewerbe

Baugenehmigung

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Einführung einer generellen Baugenehmigungspflicht für Antennenanlagen mit Ausnahme von Amateurfunkanlagen

GesEntw
s. Antenne
Drs 13/44

Überprüfung der raumordnerischen Genehmigung der 110 kV-Leitung Endersbach-Schorndorf

Genehmigungsgrundlagen und Stand der Realisierung des o.g. Vorhabens, Bewertung von Alternativen und Ergebnissen eines Gutachtens; Aufhebung der Genehmigung des RegPräs Stuttgart wegen gravierenden Abweichungen und Veränderungen der Genehmigungsvoraussetzungen, Verweisung auf die Beantragung der real angestrebten Teilverkabelung

Antr
s. Elektrische Leitung
Drs 13/1063

Carports im Liegenschaftskataster

Entwicklung der Zahl o.g. Bauwerke; Notwendigkeit, Praktikabilität und Rechtsgrundlagen einer Baugenehmigung, Vermessung und Aufnahme im Liegenschaftskataster

KlAnfr
s. Kataster
Drs 13/1646

Mobilfunk in BW; Investitionen und Stand des Netzausbaus, insbes UMTS

Darlegung o.g. Daten im Vergleich mit anderen BLändern, Restriktionen und Zeitdauer der Genehmigungsverfahren für Antennenanlagen u.a. technische Einrichtungen, Zurückhaltung der Gemeinderäte bei der Erteilung des Einvernehmens für genehmigungsbedürftige Anlagen, Bewertung als Gründe für die Amortisierung der Mobilfunkwirtschaft in andere BLänder; Änd der LBO zur Beschleunigung der Verfahren

Antr
s. Funkverkehr
Drs 13/1706

Ges zur Änd der Landesbauordnung für BW

Genehmigungsfreiheit der Errichtung von Antennenanlagen in, auf oder an Gebäuden

GesEntw
s. Antenne
Drs 13/2283

Novellierung der Landesbauordnung

Ermöglichung der genehmigungsfreien Errichtung von Gewächshäusern bis zu einer Höhe von 5 m

KlAnfr
s. Gartenbau
Drs 13/2507

Baurechtliche Privilegierung der Windkraft

Interessenkonflikte zwischen öffentlichen Belangen und der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft, notwendige Abstände zwischen herkömmlichen und neuen Windkraftanlagen und Wohngebäuden, Verwaltungsaufwand der Genehmigungsverfahren für baurechtlich privilegierte Windkraftanlagen; Befürwortung einer Rücknahme der o.g. Regelung im Baugesetzbuch?

Antr
s. Windkraftanlage
Drs 13/2890

Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4937

Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5006 5007

Baugesetzbuch

s. Baurecht

Baugestaltung

Kunst am Bau in BW

Rechtsgrundlagen, Vorgaben und deren Umsetzung bzw Kosten für Kunst am Bau iR von Bauvorhaben des Landes und Bundes

seit 1992; Darlegung der geplanten Änderungen

Antr Nils Schmid u.a. SPD 14.02.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1794
BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 13
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Baugewerbe

s.a. *Glasbau*

s.a. *Wohnungsunternehmen*

Steuerabzug für Bauleistungen

Information der Bauherren über das Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, Ausgestaltung der Verpflichtung zum Steuerabzug von 15 % der Bruttobausumme bei Subunternehmen, Tragweite der Prüfungspflicht des Bauherrn für den Fall einer nicht ordnungsgemäß ausgestellten Freistellungserklärung

Antr
s. *Bauvorhaben*
Drs 13/496

Auswirkungen der Geräte- und MaschinenlärmVO des Bundes vom 12.09.2001 auf die Wirtschaft und die privaten Haushalte in BW

Überschreitung der EU-Vorgaben mit der o.g. VO, Auswirkungen auf den Einsatz von Straßenfertigern, Garten- und Heimwerkergeräten in Wohn- und Kurgebieten bzw auf die Gerätehersteller, Bauwirtschaft u.a.; Verteuerung der Herstellungskosten für den Straßenbau und Straßenbelagsarbeiten

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/592

Wirksamkeit des Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe

Prüfung o.g. Neuregelungen der von der BReg beschlossenen Bauabzugssteuer, des evtl Nachbesserungsbedarfs und der Übertragung auf andere Gewerbe; Vorlage eines Berichts bis Anfang 2003

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 20.02.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/763
BeschlEmpf und Bericht WirtA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 4-6
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Situation im Bauhandwerk in BW

Entwicklung der Auftragslage, der Zahl von Arbeitsplätzen, der Zahlungsfähigkeit und Insolvenzen seit 1998; Problematik der Eigenkapitalausstattung, Kreditversorgung und Refinanzierung infolge der zeitlichen Verschleppung der Rechnungsbegleichung öffentlicher Auftraggeber sowie von Vollstreckungsklagen; Abhilfemaßnahmen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 18.04.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/938 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 57-61
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Auswirkungen von Basel II auf Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Anwendung der neuen Kreditvergaberichtlinien durch Banken und Sparkassen schon heute? Eigenkapitalausstattung bei Bauträgern und Bauunternehmen; Verweigerung von Krediten bzw Vergabe zu erhöhten Konditionen; Hinwirkung auf eine Rückkehr zu den derzeit geltenden Vergaberegeln bzw zu einer mit-

telstandsfreundlichen Veränderung von Basel II

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/965

B 31-Ost (neu) zwischen Kirchzarten und Kirche Maria Hilf in Freiburg im Zusammenhang mit dem privat vorfinanzierten Straßenbau dieser Maßnahme

Verifikation bzw Finanzierung von Mehrkostenforderungen der am o.g. Projekt beteiligten Baufirmen und Arbeitsgemeinschaften

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/1369

Insolvenzen im Mittelstand durch schlechte Zahlungsmoral

Daten zur Zahlungsmoral öffentlicher und privater Auftraggeber, Bewirkung von Insolvenzen von Bau- und Handwerksbetrieben und Verlust von Arbeitsplätzen, Instrumentarien und Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs

Antr
s. *Zahlungsunfähigkeit*
Drs 13/1423

Gültigkeitsdauer von Freistellungsbescheinigungen beim Steuerabzugsverfahren im Baugewerbe

Gültigkeitsdauer der vom Bauherrn beim Finanzamt einzureichenden Freistellungsbescheinigung

KlAnfr
s. *Bauvorhaben*
Drs 13/1432

Überlegungen zur Bauvergabe an einen privaten Generalübernehmer beim Bau der Neuen Landesmesse

Abstimmung des o.g. Vorstoßes des WM verbunden mit weiteren Einsparvorschlägen innerhalb der LReg sowie mit den anderen Gesellschaftern; Vereinbarkeit mit den Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft bzw dem MittelstandsförderungsGes; Auswirkungen der neuen Überlegungen auf das laufende Planfeststellungsverfahren bzw auf die bisherige Terminplanung

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/1839

Sicherung von Aufträgen für die Bauwirtschaft

Höhe der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen, Anteil der blockierten Mittel bzw von nicht vergebenen Aufträgen an die Bauwirtschaft aufgrund fehlender Kapazitäten der Bauverwaltung; Maßnahmen zur Beseitigung der Fehlorganisation

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 17.03.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4162
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 53 54
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Städtebauförderung und ihre Auswirkung auf Beschäftigung und Investitionen in BW

Bisherige und künftige Mittelbereitstellung iRd Bund-Länder-Programme, Darstellung der Impulse für das Baugewerbe sowie der zurückfließenden Steuereinnahmen, Höhe des Antragsstaus bei der Städtebauförderung und beim Landessanierungsprogramm bzw der möglichen Investitionsvolumina durch die Be-

dienung der Anträge

Antr
s. Städtebau
Drs 13/4504

Forstwirtschaftliche Verarbeitung von Erdaushub und die steuerrechtlichen Konsequenzen

Gegenseitige Aufrechnung der Vergütungsansprüche aus der o.g. Praxis zwischen Gemeinde und Bauunternehmer, Beurteilung aus abfall- und steuerrechtlicher Sicht, insbes des Verzichts der Gemeinden auf Einnahmen aus der Umsatzsteuer

KlAnfr
s. Forstwirtschaft
Drs 13/4522

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen

Chancenlosigkeit von mittelständischen Unternehmen und hiesigen Bauarbeitern bei der Auftragsvergabe zum Bau der neuen Landesmesse und für Verkehrsinfrastrukturprojekte durch zu große Lose und Missachtung der 70:30-Relation von eigenen Bauarbeitern zu solchen von Subunternehmen; Verhinderung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping beim weiteren Ausbau der Messe; Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 26.07.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4546
BeschlEmpf und Bericht WirtA 07.12.2005 Drs 13/5052 S. 8-16
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbaugewerken; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Markts durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeförderten Bewerber u.a.m.

Antr
s. Öffentlicher Auftrag
Drs 13/4916

Situation der Bauwirtschaft, Impulse durch staatliche Förderprogramme

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 157 159 160 163 166-168

Impulse für die Bauwirtschaft durch Anhebung der Fördermittel zur Altbausanierung

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 210 211 214

Impulse für die Bauwirtschaft durch Anhebung der Fördermittel zur Altbausanierung

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333 335 338

Beschäftigungssicherung im Baugewerbe durch die Förderprogramme zur Altbausanierung und Energieeinsparung; Impulse durch das neue Wohnraumförderungsgesetz

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 510 525

Rückgang der Baukonjunktur durch Reduzierung der staatlichen Förderprogramme, Impulse für die Bauwirtschaft durch Anhebung der Fördermittel zur Altbausanierung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 685 686 692 700 701 703 704

Notwendigkeit der Kooperation von Betrieben des Bauhandwerks, Unterstützung von anstehenden Betriebsübernahmen, Ursachen und Folgen der Auftragsrückgänge im Baugewerbe

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 766 769-771 775

Stabilisierung des Bauhandwerks mit der Fortführung des Modernisierungsprogramms für Energieeinsparmaßnahmen, Prognosen für den Abbau von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 945 950 958 960 961 963

Impulse für die Bauwirtschaft durch Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1098 1099

Rückgang der Baukonjunktur durch Reduzierung der staatlichen Förderprogramme, Impulse für die Bauwirtschaft durch Anhebung der Fördermittel für den sozialen Mietwohnungsbau

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430-1441

Gefährdung von Arbeitsplätzen im Baugewerbe durch ausländische Billiganbieter

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1707

Bewertung der Intervention des Bundeskanzlers zur Rettung des Baukonzerns Philipp Holzmann als kurzfristigen Aktionismus mit Steuergeldern zulasten des Mittelstands

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812

Vorschlag der Bauindustrie zur Privatfinanzierung des Bundesfernstraßenbaus

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2273 2278

Bewertung der Rettungsaktion des Bundeskanzlers zugunsten des Holzmann-Konzerns, Frage nach vergleichbaren Hilfen für den Mittelstand und das Handwerk; Fortführung des Altbausanierungsprogramms

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2365 2369

Beklagung der Verluste von Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft infolge der Reduzierung des Landeswohnungsbau- und -straßenbauprogramms

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2643 2645

Beschäftigungschancen der heimischen Bauwirtschaft durch den Bau der neuen Landesmesse, Überlegungen zur Bauvergabe an einen privaten Generalübernehmer; Auswirkungen der geplanten Abschaffung der Eigenheimzulage

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3373 3375 3378 3379 3383-3385 3387 3392

Stimulanz der heimischen Bauwirtschaft mit dem Wohnungsbau-förderungsprogramm sowie der Erhaltung der Eigenheimzulage und Wohnungsbauprämie

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3570-3584

Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen als Einzelgewerke an mittelständische Unternehmen, Bevorzugung der Unternehmen mit Tariflöhnen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3906-3909 3914 3915

Aufblähung der Bauwirtschaft durch die Fehlleitung von Kapital nach Ostdeutschland

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4509

Erfolgsbewertung der Ausbildungsumlage in der Bauwirtschaft

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5047

Stimulanz der heimischen Bauwirtschaft mit dem Wohnungsbauförderungsprogramm sowie der Erhaltung der Eigenheimzulage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5564 5567 5568 5570 5571 5573 5575

Stimulanz der heimischen Bauwirtschaft mit dem Wohnungsbauförderungsprogramm sowie der Erhaltung der Eigenheimzulage

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5912 5913

Stimulanz der heimischen Bauwirtschaft mit dem Städtebauförderungsprogramm

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015

Kritik an der mangelnden Anwendung von Instrumenten zur Bekämpfung von Schwarzarbeit im Baugewerbe, Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendeGes. geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen; Feinstaubkonzentrationen an Baustellen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6702 6704 6706-6710 6714 6720

Beklagung unfairer Wettbewerbsbedingungen im Baugewerbe, Vorschlag einer Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Auftragsvergaben, Vorteile von PPP-Projekten für die Bauwirtschaft

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444 7445 7448 7449

Baugrundstück

s. Grundstück

Bauhandwerk

s. Baugewerbe

Bauherr

Steuerabzug für Bauleistungen

Information der Bauherren über das Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, Ausgestaltung der Verpflichtung zum Steuerabzug von 15 % der Bruttobausumme bei Subunternehmen, Tragweite der Prüfungspflicht des Bauherrn für den Fall einer nicht ordnungsgemäß ausgestellten Freistellungserklärung

Antr

s. Bauvorhaben

Drs 13/496

Abbau von Bürokratiekosten im Bereich von Baustellen im Zuge der Umsetzung der BaustellenVO

Höhe der Kosten zur Umsetzung o.g. VO für den Bauherrn

KlAnfr

s. Bürokratie

Drs 13/1272

Gültigkeitsdauer von Freistellungsbescheinigungen beim Steuerabzugsverfahren im Baugewerbe

Gültigkeitsdauer der vom Bauherrn beim Finanzamt einzureichenden Freistellungsbescheinigung

KlAnfr

s. Bauvorhaben

Drs 13/1432

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr

s. Baufinanzierung

Drs 13/3598

Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordination nach der Baustellenverordnung

Ausmaß der Einhaltung der VO von öffentlichen und privaten Auftraggebern durch Bestellung von geeigneten Koordinatoren; Frage nach Verbesserungen bzw Bestrebungen zur Abschaffung der VO

KlAnfr

s. Arbeitsschutz

Drs 13/4124

Impulse für das Bauen und Wohnen in den Ortskernen durch eine veränderte Einstellung bei den Bauherren

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3044 3045 3049

Finanzierungsprobleme von Bauherren durch den überraschenden Antragsstopp bei der Wohnraumförderung in BW, Erhaltung der Eigenheimzulage und der Wohnungsbauprämie, Werbung um private Investoren für den Wohnungsbau

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3571-3584

Bauindustrie

s. Baugewerbe

Bauland

s. Grundstück

Bauleitplanung

s.a. Erschließung von Bauland

Bebauungspläne in Windkraft-Vorranggebieten

Verhinderung von Windkraftanlagen durch o.g. Vorgehensweise von Kommunen, Vereinbarkeit mit der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich sowie der angestrebten Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010

Antr

s. Windkraftanlage

Drs 13/1094

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung

Antr

s. Tierhaltung

Drs 13/1543

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Entwicklung der Zahl, Themen und des Schicksals von Bürgerbegehren seit 1975; Anteil und Gründe der für unzulässig erklärten bzw der vom Gemeinderat angenommenen Begehren; Absenkung des Zustimmungsquorums und der Themenbeschränkung für Bürgerentscheide, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, bei der Reform der Gemeindeordnung; Vergleich der Rechtslage und Praxis in Bayern

GrAnfr

s. *Bürgerbeteiligung*

Drs 13/2241

Realisierung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 für den Bodenseeraum

Umsetzung o.g. Ziele in die Regionalplanung, Auswirkungen auf die Bauleitplanung und Weiterentwicklung des Bodensee-Uferbereichs, Notwendigkeit einer Raumbesichtigung, z.B. zur Bevölkerungsentwicklung in den Seeufergemeinden oder zum Flächenversiegelungsgrad?

KlAnfr

s. *Bodensee*

Drs 13/2369

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW

Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung: Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr

s. *Bürgerbeteiligung*

Drs 13/2577

Grundstücksverkäufe

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken nur in einem bauleitungsrechtlich entwickelten Zustand, Erreichung dieses Zustands durch die Ausweisung von Wohngebieten, Konsequenzen der Verkaufspolitik des Landes für die Innenentwicklung und Nutzung von Gewerbebrachen der betroffenen Kommunen, Vereinbarkeit mit der im Umweltplan geforderten Reduktion des Flächenverbrauchs; Abkehr vom o.g. Grundsatz, Abgabe von Verkaufsangeboten gegenüber den Kommunen nach dem jeweiligen Verkehrswert

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/3150

„Natura 2000“-Schutzgebiete auf dem Großen Heuberg

Auswirkungen der Umsetzung der FFH-Richtlinie auf die bauliche Entwicklung von Gemeinden wie Meßstetten, Nusplingen, Schwenningen und Stetten a.k.M.; Beeinträchtigung der Erweiterungspläne von Unternehmen sowie einer Verlegung der L 440 auf Meßstetter Gemarkung durch die vorgesehene Ausweisung von Schutzflächen? Möglichkeiten zur Erhaltung der Entwicklungspotenziale der o.g. Kommunen

KlAnfr

s. *Natura 2000*

Drs 13/3192

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Entwicklung des Flächenverbrauchs seit 1994, Maßnahmen zur Umsetzung der mit dem Umweltplan BW angestrebten Reduzierung, Unterstützung der Gemeinden im Vorfeld der Fortschreibung der kommunalen Flächennutzungsplanung, Werbung um die Aufstellung von Baulückenkatastern, Anreize der Förderprogramme zur verstärkten Innenentwicklung der Kommunen in Ballungszentren und im ländlichen Raum

Antr

s. *Landschaftsveränderung*

Drs 13/3755

Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen iRd Bauleitplanung

Nutzung von Möglichkeiten zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen bereits vor einem Eingriffs-Bebauungsplan sowie von gemeinsamen Ausgleichsmaßnahmen und Ökokonten mehrerer Kommunen bzw der Handelbarkeit von Ökokonten zwischen Gemeinden; erwartete Änderungen iRd Novellierung des LandesnaturschutzGes

KlAnfr

s. *Naturschutz*

Drs 13/4626

Beeinträchtigung der Bemühungen um sparsamen Flächenverbrauch durch die Aufforderungen an die Kommunen zur großzügigen Ausweisung von Bauland

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 755 758

Vorschlag einer Regelung zur Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen über die Flächennutzungspläne

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1395

Ermöglichung von Bürgerentscheiden über Bebauungspläne

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1936 1938

Ermöglichung von Bürgerentscheiden über Bebauungspläne; Berücksichtigung des Hochwasserschutzes bei der Ausweisung neuer Baugebiete

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2395-2397 2436

Reduzierung des Flächenverbrauchs, Korrektur der von den Gemeinden angemeldeten zusätzlichen Siedlungsflächen durch die Regionalverbände, Erschließung und Umnutzung von innerörtlichen Brachflächen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3042-3049

Einschränkung der Bebauungspläne in der Bodenseeregion mit den Möglichkeiten des neuen Landesentwicklungsplans

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3296

Berücksichtigung des Hochwasserschutzes bei der Ausweisung neuer Baugebiete

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3445-3447 3449

Reduzierung des Flächenverbrauchs über die Bauleitplanung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3785

Schaffung eines gesetzlichen Bauverbots für Überschwemmungsgebiete

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3896 3899

Ablehnung einer neuen Bauleitplanung in Überschwemmungsgebieten

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4107 4108

Erwartung einer Beschleunigung von Bebauungsplanverfahren nach Umsetzung der Verwaltungsreform

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4648 4674

Aufnahme von Bebauungsplänen in den Negativkatalog zu Bürgerbegehren

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4798-4801

Prüfung der Bedarfsgerechtigkeit von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6063 6073

Ermöglichung von Bürgerentscheiden über Bauleitpläne

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6566-6569 6572

Aufnahme der Bauleitplanung in den Negativkatalog zu Bürgerbegehren

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6818 6819 6822-6824 6826

Aufnahme der Bauleitplanung in den Negativkatalog zu Bürgerbegehren

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6910-6913 6916 6917 6919

Baum

s.a. Obstbau

s.a. Wald

s.a. Weihnachtsbaum

Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Holzschlag aufgrund des tödlichen Unfalls durch einen herabstürzenden Ast bzw nach der Androhung strafrechtlicher Verfolgung der verantwortlichen Forstbeamten durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Minderung des erhöhten Berufsrisikos der Forstbediensteten iRd Fürsorgepflicht

KlAnfr

s. Forstbediensteter

Drs 13/738

Ausbreitung und Bekämpfung der Miniermotte auf Kastanienbäumen

Maßnahmen und Methoden zur o.g. Schädlingsbekämpfung, insbes biologische Möglichkeiten, natürliche Feinde, Pflanzenschutzmittel; Ergebnisse des EU-Projekts CONTROCAM

KlAnfr

s. Pflanzenschädling

Drs 13/1275

Geplanter Gifteinsatz gegen Maikäferbefall

Ausmaß und Auswirkungen der großflächigen Ausbringung von Pestiziden in den Hardtwäldern auf Menschen, Tiere und Pflanzen; Erfolgsaussichten und Erfahrungen nach den Aktionen der letzten Jahre; Hinwirkung auf naturverträgliche Alternativen bzw Verzicht auf einen Gifteinsatz

Antr

s. Schädlingsbekämpfung

Drs 13/1881

Neuerliche breitflächige Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Begründung bzw Begutachtung der Notwendigkeit der erneuten massiven Fällungen; Überschreitung der beim Verkehrssicherungshieb maßgeblichen Grenze? Vorschaltung einer Ein-

zelbaumprüfung, Untersuchung des Untergrunds und Hinzuziehung externer Sachverständiger vor künftigen Aktionen

KlAnfr

s. Forstwirtschaft

Drs 13/2656

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Problematik der mangelnden Pflege und Überalterung vieler Obstbäume; Sicherung der Langfristigkeit von Ausgleichsmaßnahmen bei Streuobst-Pflanzungen

GrAnfr

s. Obstbau

Drs 13/3517

Birnenverfall - Streuobstwiesen

Stopp des Birnenverfalls durch Phytoplasmen

Antr

s. Pflanzenkrankheit

Drs 13/3921

Vertrocknung der Bäume, insbes von Laubbäumen, infolge des Jahrhundertsommers 2003 und der ausbleibenden Winterfeuchtigkeit; Notwendigkeit von mehr Niederschlägen wegen einer Verlängerung der Vegetationsperioden; Erweiterung des Baumartenspektrums

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054-5066

Baumaschine

Auswirkungen der Geräte- und MaschinenlärmVO des Bundes vom 12.09.2001 auf die Wirtschaft und die privaten Haushalte in BW

Überschreitung der EU-Vorgaben mit der o.g. VO, Auswirkungen auf den Einsatz von Straßenfertigern, Garten- und Heimwerkergeräten in Wohn- und Kurgebieten bzw auf die Gerätehersteller, Bauwirtschaft u.a.; Verteuerung der Herstellungskosten für den Straßenbau und Straßenbelagsarbeiten

Antr

s. Lärmschutz

Drs 13/592

Ausführungsbestimmungen des Landes zur Geräte- und MaschinenlärmVO als Anhang zur BundesimmissionsschutzVO (BImSchV) mit dem Ziel, die Ruhe der Mittagszeit zu erhalten

KlAnfr

s. Lärmschutz

Drs 13/3460

Lärmschutzpolitik und -maßnahmen in BW

Nutzung des Regelungsspielraums der Geräte- und MaschinenlärmVO, Ermöglichung eines jeweils angepassten Lärmschutzes für die Kommunen

Antr

s. Lärmschutz

Drs 13/4557

Baumaterial

s. Baustoff

Bauordnung

s. Baurecht

Bauplanung

s.a. *Bauleitplanung*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Reduzierung der Planungsmittel für Straßenbauvorhaben

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-12 S. 36

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-18 S. 44

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-10 S. 16

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Einsatz von Holzkonstruktionen beim Neubau der Landesmesse

Prüfung o.g. Alternativplanung im Vergleich zur Stahlkonstruktion, insbes hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsauflagen zum Brandschutz; Vergleichbarkeit des Neubaus der Messehalle 6 in Sinsheim, Beeinflussung der Baukosten durch die Werkstoffwahl

Antr

s. *Holzbau*

Drs 13/1124

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 9) - Priorisierung von Straßenbauprojekten; Planungskosten

Mittlg

s. *Straßenbau*

Drs 13/2700

Haushalt 2004; Epl 10

Reduzierung der Planungsmittel für Straßenbauvorhaben

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-16 S. 40

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 24) - Doppelvergütung von Planungsleistungen

Gewährleistung der ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Mittel bei der Abwicklung der Baumaßnahmen der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 XXI. S. 8

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4405

Kommunale Planungshoheit bei Identität von Baurechtsbehörde und Gemeinde

Konsequenzen aus einem Urteil des BVerwG, Wahrung der Belange der Planungshoheit der Gemeinden

Antr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/3968

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung der Planungsmittel für Straßenbauvorhaben

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 30 S. 86

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-27 S. 43

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr 3) Michael Theurer FDP/DVP 16.02.2006 Drs

13/5172

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7979-7981

Umfang der Straßenbauplanungen in BW, Feststellung eines Überhangs an planfestgestellten Straßen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1028 1032 1034 1040 1041

Feststellung eines Planungsüberhangs im Straßenbau

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2175

Baurecht

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Einführung einer generellen Baugenehmigungspflicht für Antennenanlagen mit Ausnahme von Amateurfunkanlagen

GesEntw

s. *Antenne*

Drs 13/44

Barrierefreies Bauen; hier: Novellierung der Landesbauordnung

Vorlage eines Berichts über Erfahrungen und Konsequenzen der 1995 eingeführten Regelungen, Schaffung von Anforderungen zum barrierefreien Bauen auch im allgemeinen Wohnungsbau, Durchführung einer Anhörung der Verbände

Antr

s. *Behindertengerechtes Bauen*

Drs 13/1162

Abbau von Bürokratiekosten im Bereich von Baustellen im Zuge der Umsetzung der BaustellenVO

Höhe der Kosten, Personal- und Zeitaufwand zur Durchführung o.g. VO und deren Überwachung; Vergleich der Umsetzung der EG-Baustellensicherheitsrichtlinie in anderen EU-Staaten; Hinwirkung auf Aufhebung dieser Richtlinie

KlAnfr

s. *Bürokratie*

Drs 13/1272

Gutachterausschüsse nach § 192 Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgaben und Personalausstattung der Gutachterausschüsse und ihrer Geschäftsstellen, Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Bodenrichtwerte

KlAnfr

s. *Sachverständiger*

Drs 13/1478

Mobilfunk in BW; Investitionen und Stand des Netzausbaus, insbes UMTS

Darlegung o.g. Daten im Vergleich mit anderen BLändern, Restriktionen und Zeitdauer der Genehmigungsverfahren für Antennenanlagen u.a. technische Einrichtungen, Zurückhaltung der Gemeinderäte bei der Erteilung des Einvernehmens für genehmigungsbedürftige Anlagen, Bewertung als Gründe für die Umorientierung der Mobilfunkwirtschaft in andere BLänder; Änd der LBO zur Beschleunigung der Verfahren

Antr

s. *Funkverkehr*

Drs 13/1706

Landesplanungsges in anderen BLändern

Umsetzung des Raumordnungsges des Bundes in BW u.a. BLändern, Regelungen für die Ausweisung von Windkraftstandorten, Forcierung des vom Bundesgesetzgeber im Baugesetz-

buch geforderten deutlichen Ausbaus der Windenergie

KlAnfr

s. *Landesplanung*

Drs 13/1840

Folgen der Novellierung des Baugesetzbuches für die Landwirtschaft

Stand und Auswirkungen der geplanten Novellierung auf die landwirtschaftlichen Betriebe, Behinderung der Errichtung von Stallungen im Außenbereich bzw der Investitionsbereitschaft insgesamt?

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.05.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2095

BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.09.2003 Drs 13/2583 S. 18-20

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Die von der LReg angekündigte und überfällige Novellierung der Landesbauordnung

Gründe für die o.g. Verzögerung, Erfahrungen mit der vorgeschriebenen Barrierefreiheit bei Gewerbebauten und bei der Erweiterung von Gewerberäumen; Vorlage der angekündigten Reformvorschläge zur Barrierefreiheit im allgemeinen Wohnungsbau

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 25.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2182

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.11.2003 Drs 13/2675 S. 12-16

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3323

Ges zur Änd der Landesbauordnung für BW

Genehmigungsfreiheit der Errichtung von Antennenanlagen in, auf oder an Gebäuden

GesEntw

s. *Antenne*

Drs 13/2283

Novellierung der Landesbauordnung

Ermöglichung der genehmigungsfreien Errichtung von Gewächshäusern bis zu einer Höhe von 5 m

KlAnfr

s. *Gartenbau*

Drs 13/2507

Baurechtliche Privilegierung der Windkraft

Interessenkonflikte zwischen öffentlichen Belangen und der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft, notwendige Abstände zwischen herkömmlichen und neuen Windkraftanlagen und Wohngebäuden, Verwaltungsaufwand der Genehmigungsverfahren für baurechtlich privilegierte Windkraftanlagen; Befürwortung einer Rücknahme der o.g. Regelung im Baugesetzbuch?

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/2890

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden zur Rettung von Menschenleben

Zahl der Wohnungsbrände mit Todesopfern in den letzten drei Jahren, Beurteilung von Rauchwarnmeldern durch die Feuerwehren; Aufnahme der o.g. Regelung in die geplante Novellierung der Landesbauordnung

Antr

s. *Feuerschutz*

Drs 13/2894

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der BauprÜfVO sowie der VO über die Übertragung von Befugnissen für die Entscheidungen über Zustimmungen im Einzelfall nach der Landesbauordnung

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Verstärkte Nutzung von Holz als Baumaterial; hier: Umsetzung der Musterbauordnung

Erleichterung des Bauens mit Holz, Aufnahme der o.g. Neuregelungen zum Brandschutz von Holzbauten in die LBO, Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr

s. *Holz*

Drs 13/3301

Ges zur Änd der Landesbauordnung für BW

Barrierefreie Erreichbarkeit der Wohnungen eines Geschosses in größeren Wohngebäuden; Schaffung von Ausnahmeregelungen von der Barrierefreiheit für öffentlich zugängliche und gewerbliche Anlagen, Anpassung der Mindestgröße für sonstige Nutzungen wie Gewerbebauten, Produktionsstätten und Handwerksbetriebe an die Bedürfnisse der Praxis

GesEntw

s. *Behindertengerechtes Bauen*

Drs 13/3304

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw

s. *Gebühren*

Drs 13/3477

Verbrauchsabhängige Abrechnung der Wasserkosten auch im Wohnungsbestand

Ausrüstung der Haushalte mit Wasseruhren; Erfahrungen mit der Verpflichtung zum Einbau auch im Wohnungsbestand seit 1994 in Hamburg mit einer zehnjährigen Übergangsfrist; Verankerung einer entsprechenden Regelung in der LBO?

Antr

s. *Wasserzähler*

Drs 13/3625

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Ges zur Änd des Architekten- und des IngenieurGes und zur Ausführung des Baugesetzbuchs

Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, insbes zur Anerkennung von Abschlüssen und Befähigungsnachweisen; Regelung der Niederlassungsfreiheit von Architekten, Garten- und Landschaftsplanern, Stadtplanern und Ingenieuren; Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden im Außenbereich

GesEntw
s. *Architekt*
Drs 13/4115

Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordination nach der Baustellenverordnung

Ausmaß der Einhaltung der VO von öffentlichen und privaten Auftraggebern durch Bestellung von geeigneten Koordinatoren; Frage nach Verbesserungen bzw Bestrebungen zur Abschaffung der VO

KlAnfr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4124

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden, Einräumung einer Übergangsfrist für bestehende Wohnungen

GesEntw
s. *Feuerschutz*
Drs 13/5063

Abbau überzogener Anforderungen beim barrierefreien Bauen, Änderung der LBO

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2359 2360 2365 2366

Kritik an der Regelungsdichte des Baugesetzbuchs des Bundes, Abschaffung der Rahmengesetzgebung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2538-2540

Auswirkungen des neuen Baurechts für die Landwirtschaft bzw den Bau von Stallungen im Außenbereich

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3193

Verstärkung der Barrierefreiheit im Wohnungs- und Gewerbebau iRd Novellierung der Landesbauordnung

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3545 3547 3548 3550 3553

Anteil der Petitionen in Baurechtsangelegenheiten

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3880-3883 3885

Erleichterung des Bauens mit Holz, Umsetzung der Musterbauordnung des Bundes durch Aufnahme in die LBO

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5058

Regelung der Anforderungen zum barrierefreien Bauen auch im allgemeinen Wohnungsbau mit der letzten Novellierung der Landesbauordnung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6324 6325

Regelung der Anforderungen zum barrierefreien Bauen auch im allgemeinen Wohnungsbau mit der letzten Novellierung der Landesbauordnung

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6371 6377

Baurechtsbehörde

s. *Bauverwaltung*

Bauschaden

s.a. *Gebäudeversicherung*

s.a. *Sanierung*

Grundwasseranstieg in Kommunen der Region Karlsruhe - Heidelberg/Mannheim

Untersuchung der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des o.g. Phänomens in Nordbaden bzw der Region Unterer Neckar durch Vergabe eines Gutachterauftrags; Frage nach einem Ausgleich der Schäden durch Wassereintritt in Privatgebäuden

KlAnfr
s. *Grundwasser*
Drs 13/1104

Sicherheit im Straßenverkehr

Durchführung notwendiger Baumaßnahmen bei Bundes- und Landesstraßen auf Abschnitten mit hoher Unfallhäufigkeit und Fahrbahnschäden

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Maßnahmen zur Erhaltung von Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der Etatansätze zur Beseitigung von erheblichen und verkehrsgefährdenden Schäden; Möglichkeiten zur Auflage eines Sofort-Programms durch Umschichtung von Mitteln für Aus- und Neubaumaßnahmen

KlAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 13/3253

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3495

Gewährleistung der Bausicherheit öffentlicher Gebäude
Vorschlag geeigneter Maßnahmen zur Vermeidung von Bauschäden bis zur Bauministerkonferenz Anfang Februar 2006

Antr
s. *Öffentliches Gebäude*
Drs 13/5038

*Feststellungen des BRechnungshofs zu Baumängeln beim Eng-
bergstunnel, Befürchtung von Schadenersatzforderungen*
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2276 2278

Bausparen

s.a. *Bausparkasse*

*Wirtschaftliche und wohnungsbaupolitische Bedeutung der Bau-
sparkassen*

Umfang der Vermögensbildung und Investitionsvolumina durch Produkte der Bausparkassen; Beurteilung der steuerpolitischen, förderungspolitischen und mietrechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau; Bedeutung der Eigenheimzulage und der vermögenswirksamen Leistungen für die Schaffung von Wohneigentum; Auswirkungen der Berücksichtigung des Wohneigentums als Bestandteil privater Altersvorsorge im AltersvermögensGes

Antr
s. *Bausparkasse*
Drs 13/1342

Attraktivität des Bausparens
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2654

*Erhaltung der Wohnungsbauprämie und damit der Attraktivität
des Bausparens*
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3573 3583

*Attraktivität des Bausparens in BW, Erhaltung der Bausparprä-
mie; Verbreitung der Idee des Bausparens bis nach China*
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626 3627 3645 3646

Attraktivität des Bausparens in BW
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561 5575

Bausparkasse

s.a. *Bausparen*

*Wirtschaftliche und wohnungsbaupolitische Bedeutung der Bau-
sparkassen*

Umfang der Vermögensbildung und Investitionsvolumina durch Produkte der Bausparkassen; Beurteilung der steuerpolitischen, förderungspolitischen und mietrechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau; Bedeutung der Eigenheimzulage und der vermögenswirksamen Leistungen für die Schaffung von Wohneigentum; Auswirkungen der Berücksichtigung des Wohneigentums als Bestandteil privater Altersvorsorge im AltersvermögensGes

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 25.09.2002 und Stellung-
nahme WM Drs 13/1342
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.03.2003 Drs 13/1968 S.
7 8
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

*Umsetzung der Verständigung mit der Europäischen Kommissi-
on über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung der Sparkassen
und Landesbanken sowie Schlussfolgerungen für den Bereich
der Landesbausparkasse*

ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.10.2002 Drs 13/1396
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1927-1932

*Umsetzung der Verständigung mit der Europäischen Kommissi-
on über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung der Sparkassen
und Landesbanken sowie Schlussfolgerungen für den Bereich
der Landesbausparkasse*

ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.10.2002 Drs 13/1397
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1927-1932

Ges zur Änd des SparkassenGes für BW

Ermöglichung der Beteiligung des Sparkassenverbands BW an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten in anderen BLändern so wie der Beteiligung weiterer Gewährträger am Stammkapital der Landesbausparkasse

GesEntw
s. *Sparkasse*
Drs 13/3724

*Abwicklung von Finanzierungen durch die Bausparkasse Bade-
nia mit Sitz in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der landeseigen-
en L-Bank*

Art und Umfang der Beteiligung der L-Bank an der Finanzia-
rung von Immobiliengeschäften der Badenia, Einflussnahme auf die Verzinsung der Darlehen zwischen Immobilienerwerber und Darlehensgeber, Ausgestaltung der jeweiligen Kredit- und Kaufverträge

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/4270

Notwendigkeit starker Bausparkassen
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 958

Wachstumsraten der Bausparkassen
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2654

Wachstumsraten der Bausparkassen
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3393

*Bedeutung der Bausparkassen in BW, Erhaltung der Bauspar-
prämie*
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626 3627 3645 3646

Bedeutung der Bausparkassen in BW
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5575

Marktanteile der Bausparkassen in BW
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Baustelle

s. *Bauvorhaben*

Baustoff

s.a. *Holzbau*

Einsatz von Holzkonstruktionen beim Neubau der Landesmesse
Prüfung o.g. Alternativplanung im Vergleich zur Stahlkonstruk-
tion, insbes hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsauflagen zum

Brandschutz; Vergleichbarkeit des Neubaus der Messehalle 6 in Sinsheim, Beeinflussung der Baukosten durch die Werkstoffwahl

Antr
s. *Holz*
Drs 13/1124

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Nutzung von Holz als Baustoff

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Zukunft des Baustoffs Holz

Anteil der Holzherzeugung, -verarbeitung und -vermarktung an der Gesamtwirtschaft; Förderung des Einsatzes bei öffentlichen Bauten; Verhinderung negativer Auswirkungen einer Übernahme der Musterverordnung des Bundes zur Versammlungsstätten-VO

Antr
s. *Holz*
Drs 13/1932

Novellierung der VersammlungsstättenVO

Inhalte und Auswirkungen o.g. Neuregelung, insbes auf die Kosten der Veranstalter und den Einsatz des Baustoffs Holz; Orientierung an der Muster-VersammlungsstättenVO der Bauministerkonferenz? Unterrichtung des WirtA

Antr
s. *Versammlungsstätte*
Drs 13/2128

Verstärkte Nutzung von Holz als Baumaterial; hier: Umsetzung der Musterbauordnung

Erleichterung des Bauens mit Holz, Aufnahme der o.g. Neuregelungen zum Brandschutz von Holzbauten in die LBO, Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr
s. *Holz*
Drs 13/3301

Bauverwaltung

s.a. *Straßenbauverwaltung*

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 6)

Nutzungskosten im Hochbau

Mittlg
s. *Hochbau*
Drs 13/329

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Umwandlung in je einen Landesbetrieb „Land“ und „Bund“, u.a. auf die Beteiligung des Ltg beim An- und Verkauf von Grundstücken, auf die Personalstruktur und -stärke, Erhebung von marktgerechten Mieten von den Dienststellen des Landes und Verwaltung der Liegenschaften des Ltg und der Hochschulen; Gründe für den Verzicht auf Einbeziehung der forst- und landwirtschaftlichen Liegenschaften sowie der Schlösser und Gärten

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/1509

Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten

Erhaltung des o.g. Kulturdenkmals und Einleitung baulicher Sicherungsmaßnahmen; Frage nach Gefahren durch die Bauarbeiten iR von Stuttgart 21 sowie nach Verhandlungen mit der DB ProjektBau GmbH, Vorlage der Stellungnahme des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts und des Landesdenkmalamts

Antr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/2162

Missachtung des Parlaments durch die staatliche Vermögensverwaltung

Begründung und Verantwortliche für den Abriss der denkmalgeschützten Häuser in der Willy-Brandt-Straße vor Behandlung des Antrags 13/1249 im Finanzausschuss; Höhe der Kosten für den Abbruch und die anschließende Sicherung der Grundstücke; Durchführung an einem verkehrsreichen Tag mit einer erforderlichen Fahrbahnspernung aufgrund von Hinweisen auf Protestaktionen? Erteilung einer Rüge gegenüber der Vermögensverwaltung, künftige Respektierung der Willensbildung des Parlaments und seiner Ausschüsse

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 04.05.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3163
BeschlEmpf und Bericht FinA 15.07.2004 Drs 13/3492 S. 4
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Bildung von Übergangspersonalvertretungen; Änd des Ernennungsges, des Landesbeamten- und -besoldungsges, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw LReg 04.11.2004 Drs 13/3720 (14 S.)
1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5629-5634
BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2004 Drs 13/3787
ÄAntr GRÜNE 08.12.2004 Drs 13/3844
2. Beratung PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5695-5699
GesBeschl 08.12.2004 Drs 13/3897
GBl 2004 Nr. 17 S. 891-893 (Ges vom 14.12.2004)

Kommunale Planungshoheit bei Identität von Baurechtsbehörde und Gemeinde

Konsequenzen aus einem Urteil des BVerwG, Wahrung der Belange der Planungshoheit der Gemeinden

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/3968

Immobilienverkäufe des Landes, die Gründung einer öffentlich-privaten Partnerschaft und die Haushaltsordnung des Landes
Höhe der im Haushalt veranschlagten und getätigten Verkäufe, Form und erwartete Gegenleistung der Einbringung und Verwertung weiterer Liegenschaften iRd o.g. Partnerschaft, Verein-

barkeit der Beteiligung an einer gemeinsamen Verwertungsgesellschaft mit Privaten sowie der Aufteilung der Erlöse mit der Haushaltsordnung, Wahrung der Beteiligungsrechte des Parlaments bei der Veräußerung von Grundstücken; Konsequenzen der Aufgabenverlagerung für die Hochbauverwaltung

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/4156

Sinn und Zweck der neu gegründeten Landesimmobiliengesellschaft

Aufbau und Arbeitsweise der o.g. GmbH in privater Rechtsform zur Verwertung von landeseigenen Immobilien neben dem Landesbetrieb Vermögen und Bau, Begründung der nachfolgenden Errichtung einer Kommanditgesellschaft mit direkter Beteiligung eines Privaten, Anwendung eines Public-Private-Partnership-Modells?

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/4594

Haushalt 2006; Nachtrag

Erwirtschaftung einer Effizienzrendite beim Landesbetrieb Vermögen und Bau BW

ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 37 S. 96
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr
s. *Restaurator*
Drs 13/5045

Prüfung der Privatisierung von Teilen der Hochbauverwaltung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2725

Umwandlung der staatlichen Hochbauverwaltung in einen Landesbetrieb

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2922

Auslagerung von Aufgaben der Vermögens- und Hochbauverwaltung im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606

Übertragung der Zuständigkeit für die unteren Baurechtsbehörden auf die Kommunen

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4636 4658

Personaleinsparungen mit der Überführung der Vermögens- und Hochbauverwaltung in einen Landesbetrieb, Verweisung auf das Beispiel in Hessen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5821

Prüfung von Effizienzgewinnen beim Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Bauvorhaben

s.a. *Baugenehmigung*
s.a. *Baugestaltung*
s.a. *Bauherr*
s.a. *Bauplanung*
s.a. *Bauschaden*
s.a. *Hochbau*
s.a. *Holzbau*
s.a. *Öffentliches Bauvorhaben*
s.a. *Sanierung*
s.a. *Straßenbau*

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 14)

Förderung strukturverbessernder Baumaßnahmen im ländlichen Raum

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 X. S. 3
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1191

Steuerabzug für Bauleistungen

Information der Bauherren über das Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, Ausgestaltung der Verpflichtung zum Steuerabzug von 15 % der Bruttobausumme bei Subunternehmen, Tragweite der Prüfungspflicht des Bauherrn für den Fall einer nicht ordnungsgemäß ausgestellten Freistellungserklärung

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 28.11.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/496
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 11 12
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Wirksamkeit des Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe

Prüfung o.g. Neuregelungen der von der BReg beschlossenen Bauabzugssteuer, des evtl Nachbesserungsbedarfs und der Übertragung auf andere Gewerbe; Vorlage eines Berichts bis Anfang 2003

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/763

Abbau von Bürokratiekosten im Bereich von Baustellen im Zuge der Umsetzung der BaustellenVO

Höhe der Kosten, Personal- und Zeitaufwand zur Durchführung o.g. VO und deren Überwachung; Vergleich der Umsetzung der EG-Baustellensicherheitsrichtlinie in anderen EU-Staaten; Hinwirkung auf Aufhebung dieser Richtlinie

KlAnfr
s. *Bürokratie*
Drs 13/1272

Gültigkeitsdauer von Freistellungsbescheinigungen beim Steuerabzugsverfahren im Baugewerbe

Gültigkeitsdauer der vom Bauherrn beim Finanzamt einzureichenden Freistellungsbescheinigung

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 23.10.2002 und Antw FM Drs 13/1432

Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordination nach der Baustellenverordnung

Ausmaß der Einhaltung der VO von öffentlichen und privaten Auftraggebern durch Bestellung von geeigneten Koordinatoren; Frage nach Verbesserungen bzw Bestrebungen zur Abschaffung der VO

KlAnfr
s. Arbeitsschutz
Drs 13/4124

Ausschluss einer Bebauung hochwassergefährdeter Gebiete

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3445-3447 3449

Ausschluss einer Bebauung hochwassergefährdeter Gebiete

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3896 3899

Ausschluss einer Bebauung hochwassergefährdeter Gebiete

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4107 4108

Feinstaubkonzentrationen an Baustellen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6714 6720

Ablehnung einer Aufnahme der Zustimmung zu einem Baugesuch nach § 36 Baugesetzbuch in den Negativkatalog zu Bürgerbegehren

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6820 6822

Ausschluss einer Bebauung hochwassergefährdeter Gebiete

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6999 7000

Ausschluss einer Bebauung hochwassergefährdeter Gebiete

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7098

Ermöglichung der Verrechnung neuer Bauvorhaben auf einem handelbaren Ökokonto nach dem neuen Naturschutzrecht, Vorrang der Innenentwicklung vor der Erschließung neuer Bauflächen im Außenbereich

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266-7271

Ermöglichung der Verrechnung neuer Bauvorhaben auf einem handelbaren Ökokonto nach dem neuen Naturschutzrecht, Vorrang der Innenentwicklung vor der Erschließung neuer Bauflächen im Außenbereich

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7423-7426

Bauwirtschaft*s. Baugewerbe***Bayern***s.a. Allgäu**Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Freistaat Bayern zur Änd des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller*

GesEntw
s. Landesplanung
Drs 13/1963

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Entwicklung der Zahl, Themen und des Schicksals von Bürgerbegehren seit 1975; Anteil und Gründe der für unzulässig erklär-

ten bzw der vom Gemeinderat angenommenen Begehren; Absenkung des Zustimmungsquorums und der Themenbeschränkung für Bürgerentscheide, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, bei der Reform der Gemeindeordnung; Vergleich der Rechtslage und Praxis in Bayern

GrAnfr
s. Bürgerbeteiligung
Drs 13/2241

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW

Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung: Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr
s. Bürgerbeteiligung
Drs 13/2577

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land BW über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

Mittlg
s. Apotheker
Drs 13/3257

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. Investition
Drs 13/4400

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation mit Bayern, Darlegung der verbesserungsbedürftigen Bereiche

GrAnfr
s. Ulm
Drs 13/4584

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn und der Strecke zwischen Friedrichshafen und Lindau

Auswirkungen verspäteter Ankünfte in Ulm auf den dortigen Anschluss an den Fernverkehr, Darstellung der bisherigen und geplanten Verbesserungsmaßnahmen, Abschluss einer Vereinbarung über die Elektrifizierung Friedrichshafen-Lindau mit Bayern, Vermeidung einer konkurrierenden Elektrifizierung der Strecke über Memmingen, Aufnahme der Elektrifizierung der Südbahn in das GVFG-Förderprogramm

Antr
s. Südbahn
Drs 13/4571

Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Donau-Iller

Durchgeführte und geplante Maßnahmen sowie deren Finanzierung seit dem letzten großen Hochwasser 1999; grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Behörden, THW u.a. Rettungsorganisationen mit der bayerischen Seite; Förderzusagen für einzelne Projekte sowie Möglichkeiten zu deren raschen Verwirklichung

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/4616

Fleischskandal in Bayern - Auswirkungen auf BW

Mit verdorbenem Fleisch belieferte Firmen in BW, u.a. von der Firma „Rottaler Geflügelprodukte GmbH“; Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden

MdlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/4796

Ges zu dem Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

GesEntw
s. *Apotheker*
Drs 13/4816

Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Raum Donau/Iller

Rechts- und Berechnungsgrundlagen für die Förderung der o.g. Maßnahmen, Höhe der Gemeindeanteile im Vergleich zur bayerischen Seite; Prüfung der Realisierung von Maßnahmen auch ohne eine Mitfinanzierung finanzschwacher Gemeinden

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/5010

Umetikettiertes und verdorbenes Wildfleisch in BW

Belieferung von Firmen in BW mit verdorbenem Wildfleisch durch den Passauer Wildfleischproduzenten Berger, Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Zeitpunkt der Information sowie Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden in Bayern und BW; Frage nach weiter gehenden Kontrollmaßnahmen im Bereich der Fleischverarbeitung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 13/5104

Feststellung eines Nachholbedarfs der FDP bei Wahlen in Bayern

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 505

Verweisung auf die geringste Verschuldung Bayerns unter den BLändern

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 824

Förderung der regenerativen Energien in BW und Bayern, Umsetzung der Forschungsergebnisse; Anteil der Banken an der Pleite der Kirch-Gruppe bzw der Bayerischen Staatsregierung in den entsprechenden Aufsichtsgremien

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1377 1381 1386 1388 1448

Vergleich der Förderung der Medien und IuK-Technologien mit Bayern

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632 1633

Feststellung eines laschen Umgangs der bayerischen Behörden mit Fällen von Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln; Arbeitslosenquote in Bayern

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1656 1657 1713

Feststellung eines erfolgreichen Abschneidens der Bayern bei der PISA-Studie, Höhe der Bildungsausgaben im Freistaat

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735 1736 1739 1741 1749 1751 1774

Feststellung einer Vorreiterrolle Bayerns in der Umweltforschung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1833 1836 1837

Feststellung besserer Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgermitwirkung auf Gemeinde- und Landesebene in Bayern, Verweisung auf die erfolgreichen Volksentscheide

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1994 1995 1997-1999

Verweisung auf das angestrebte Verbot von Cross-Border-Leasing-Geschäften in Bayern bzw auf den Rückzug des GesEntw

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3496 3498 3499

Feststellung besserer Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgermitwirkung auf Gemeinde- und Landesebene in Bayern, Verweisung auf die erfolgreichen Volksentscheide

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3683 3685-3687

Übernahme der von MinPräs Stoiber angekündigten Regelungen zur Altersversorgung der Regierungsmitglieder; Anpassung der Ausschlussgründe für die kommunale Mandatsausübung an die bayerische Gemeindeordnung

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3758 3759 3761 3765

Übernahme der von MinPräs Stoiber angekündigten Regelungen zur Altersversorgung der Regierungsmitglieder

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3816-3823

Beurteilung einer bayerischen Studie zu Scientology, Unterstützung der bayerischen Initiative zum Verbraucherschutz für den Psychomarkt im BRat

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3981-3987

Beurteilung der Expansionspläne des Bayerischen Rundfunks

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4537

Beurteilung der Expansionspläne des Bayerischen Rundfunks; Orientierung am bayerischen Verfahren zur Anpassung der Abgeordnetendiäten

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5273 5274 5302-5305

Vergleich der Aufwendungen an Kreditzinsen pro Einwohner mit Bayern

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5642

Verweisung auf die geringste Verschuldung Bayerns unter den BLändern; Unterstützung des bayerischen Pfandvereinfachungsmodells im BRat

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820 5823 5824 5854 5855

Vergleich der Haushaltslage mit Bayern; Höhe der Wohnungsbauförderung und Bildungsausgaben in Bayern; Lob für die bayerische Regelung der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5868 5869 5882 5886 5909 5914

Übernahme der bayerischen Altersgrenze von 65 Jahren für Pensionszahlungen an ehemalige Minister

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6161 6162 6171 6174

Übernahme der bayerischen Altersgrenze von 65 Jahren für Pensionszahlungen an ehemalige Minister; Verweisung auf die regelmäßige Berichterstattung in Bayern über Verflechtungen im Pressewesen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6234 6236 6271 6273

Lob für die bayerische Regelung der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6567 6568 6570 6572-6574

Vergleich der Finanzlage der Kommunen in BW und Bayern; Verweisung auf die guten Erfahrungen mit der bayerischen Regelung der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6820-6822

Verweisung auf die guten Erfahrungen mit der bayerischen Regelung der Bürgerbeteiligung; Zulassung von Erwin Teufel zum Philosophie-Studium an der privaten Jesuitenhochschule in München

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6913 6916 6917 6919 6949-6951

Abschneiden des Freistaats Bayern bei der PISA-E-Studie 2003, Verweisung auf das starke dreigliedrige Schulsystem in Bayern, Beklagung der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft; Erinnerung an das Hochwasser in Bayern; Übernahme des bayerischen Verfahrens zur Anpassung der Abgeordnetentätigkeiten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955 6956 6958 6960 6961 6967 6999 7009 7010 7013

Abschneiden des Freistaats Bayern bei der PISA-E-Studie 2003, Verweisung auf das starke dreigliedrige Schulsystem in Bayern

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7212 7239

Beamtenanwärter

s.a. Bewerber für den öffentlichen Dienst

s.a. Lehrerbildung

s.a. Vorbereitungsdienst

Lehrernachwuchs für Berufliche Schulen

Zahl von Lehramtsstudenten und Seiteneinsteigern für berufliche Schulen, Bedarf bis 2015, Unterschiede zwischen Referendaren und Seiteneinsteigern, Aufstiegsperspektiven für Fachhochschulabsolventen in den höheren Dienst; Zuteilung von mehr Neustellen aufgrund der Unterrichtsdefizite, Einstellung von Bildungslehrern

Antr

s. Berufsschullehrer

Drs 13/424

Lehrereinstellung und Lehrgewinnung

Bisherige Erfahrungen und Verbesserungsmöglichkeiten des Einstellungsverfahrens, u.a. Bindung des noch vorhandenen Überhangs an qualifizierten Bewerbern an das Land, Gewährleistung der Unterrichtsversorgung auch in ländlichen Regionen;

Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs; Prüfung notwendiger Veränderungen im Beamtenrecht, Arbeits- und Tarifrecht

Antr

s. Lehrer

Drs 13/461

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Lehrerversorgung der Hauptschulen; Entwicklung des Alteraufbaus, der krankheitsbedingten Fehlzeiten und Dienstunfähigkeit der GHS-Lehrer; Vergleich der zu erwartenden Pensionierungen mit der Zahl von Lehramtsstudenten, insbes in den naturwissenschaftlichen Fächern; Maßnahmen gegen den absehbaren Fachlehrermangel

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/590

Studienerfolgsquote an den PH

Prognosen für den künftigen Lehrerberuf zur Festlegung der Kapazitäten an den einzelnen PH, Entwicklung der Zahlen von Studenten, Abbrechern, Absolventen, von Lehrern im Vorbereitungsdienst und künftigen Lehrern; Einschätzung der Lehrerversorgung vor dem Hintergrund des gefragten Zahlenmaterials

KlAnfr

s. Lehrer

Drs 13/677

Bessere Bezahlung für Referendare

Ausschöpfung der Möglichkeiten bei den Anwärtersonderzuschlägen bei allen Lehramtsanwärtern, entsprechende Hinweise bei der Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 30.01.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/697

BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 13 14

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen

Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen seit 1997, Gegenüberstellung des künftigen Lehrbedarfs und der Aufnahmekapazitäten der PH, Notwendigkeit eines Numerus clausus? Möglichkeiten für eine gleichmäßige Auslastung der PH, Werbung um weniger nachgefragte Fächer, Änd der PrüfungsO?

Antr

s. Pädagogische Hochschule

Drs 13/762

Zulassungsbeschränkungen (NC) für das Lehramtsstudium an den PH verhindern

Entwicklung der Studienanfängerzahlen und Auslastung der einzelnen PH nach Studiengängen und -fächern seit 1997; Einrichtung eines Überlastprogramms, kurzfristige Gewinnung zusätzlicher Lehrbeauftragter, Lösung von Raumproblemen; Ermöglichung neuer Fächerkombinationen; Steigerung der Attraktivität des Lehramts für Hauptschulen, Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Universitäten

Antr

s. Pädagogische Hochschule

Drs 13/784

Organisation des Referendariats für den Schuldienst

Verlust an Wissen sowie berufliche Umorientierung von Lehr-
amtsanwärtern nach dem ersten Staatsexamen aufgrund der
halbjährlichen Wartezeit bis zum Beginn des Referendariats;
Vorschlag von zwei Startterminen im Jahr

KlAnfr
s. *Vorbereitungsdienst*
Drs 13/989

*Einstellung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern für musisch-
technische Fächer*

Zahl der o.g. Absolventen und Bewerber aus den Pädagogischen
Fachseminaren, Umfang der Warteliste; Anhebung der Einstel-
lungszahlen entsprechend der erhöhten Ausbildungskapazitäten
an den Fachseminaren, Angebot einer Einstellungsperspektive
für die geeigneten Fachlehrer

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/1231

Einstellung von Fachlehrer/innen der Pädagogischen Fachseminare (PFS)

Entwicklung der Einstellungschancen für o.g. Lehrkräfte aus den
Pädagogischen Fachseminaren in den musisch-technischen Fä-
chern und dem Bereich Sonderpädagogik; Anhebung der Einstel-
lungszahlen nach dem künftigen Bedarf und den entspre-
chend erhöhten Ausbildungskapazitäten an den Fachseminaren

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/1295

*Einsparpotenziale durch Einführung öffentlich-rechtlicher Aus-
bildungsverhältnisse bei staatlichen Monopolausbildungsgän-
gen*

Darlegung der für die öffentliche Hand per Saldo erzielten
Einsparungen durch Umwandlung des juristischen Vorberei-
tungsdienstes in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhält-
nis sowie der weiteren Potenziale bei Übertragung der Re-
form auf andere staatliche Ausbildungsgänge im Bibliotheks-,
Vermessungs-, Forst- und Verwaltungsdienst sowie beim Vorbe-
reitungsdienst zum Lehramt; Auswirkungen auf die Betroffenen

Antr
s. *Ausbildung*
Drs 13/1606

*Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Ein-
stellungsverfahren im Jahr 2002*

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausge-
schriebenen und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl. Än-
derungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewer-
ber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstex-
te sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jewei-
ligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung
der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1663

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an
den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Ein-
setzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrich-
tung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein,
Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, ins-

bes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und
Studienplatzzahlen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1685

*Referendariat an beruflichen Schulen; hier: Attraktivitätssteige-
rung*

Entwicklung der Zahl von Direkteinsteigern über den zweijäh-
rigen Vorbereitungsdienst sowie der Kosten für Direkteinstei-
ger im Angestelltenverhältnis und für Referendare; Anhebung
der Anwärtersonderzuschläge, Erteilung einer Einstellungszusa-
ge bereits zu Beginn des Vorbereitungsdienstes, Angebot von
zwei Einstellungsterminen, Verkürzung der Probezeit, Ausbau
der zielgenauen Stellenausschreibung für berufliche Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/1712

*Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und
Hauptschulen und Realschulen*

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -
fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidun-
gen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1789

*Die Grundschule stärken; hier: Neukonzeption des Grundschul-
studiums in der neuen GHPO I (Grund- und Hauptschullehrer-
prüfungsordnung)*

Bewertung und Konsequenzen der Stellungnahmen iRd Anhö-
rungsverfahrens zu dem o.g. Entwurf; Berücksichtigung des
Bildungs- und Erziehungsauftrags der Grundschule u.a. durch
den Schulanfang auf neuen Wegen und die pädagogische Ver-
zahnung mit dem Kindergarten; Kombinierbarkeit der zu einem
Fächerverbund zusammengeschlossenen Fächer Musik, Kunst
und Sport mit einem anderen Nebenfach; Zahl der Studierenden
für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an den PH

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/1919

*Neue Aufgaben für die Pädagogischen Hochschulen und Fach-
hochschulen in der Berufsschullehrerausbildung?*

Überlegungen zur Einrichtung von Studiengängen für die Aus-
bildung von Berufsschullehrern an PH und FH, Schaffung der
notwendigen Lehrkapazitäten, Erfahrungen mit der zweijähri-
gen Ausbildung für den Unterricht in Mangelfächern für Di-
rekteinsteiger aus der Wirtschaft, Beurteilung der Kooperation
zwischen FH und Staatlichen Seminaren für Schulpädagogik zur
Ermöglichung der Eingangsvoraussetzungen für den Vorberei-
tungsdienst zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/2035

*Verwaltungsreform in BW; hier: Modernisierung der verwal-
tungsinternen Fachhochschulen*

Überlegungen zur Weiterentwicklung der Fachhochschulland-
schaft BW, Externalisierung nach dem Beispiel anderer BLän-
der, Höhe der Entgeltaufwendungen für die Studierenden, Anteil
der in den Dienst des Landes und der Kommunen übernommenen
bzw später wieder ausgeschiedenen Anwärter, Regelungen

zur Rückzahlung und Höhe des Rückflusses der Anwärterbezüge seit 1993; Einrichtung externer Studiengänge und gestufter Studienabschlüsse an den FH in Ludwigsburg, Kehl und Schwetzingen

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung*
Drs 13/2042

Lehrerstellen

Zahl und Art der zum neuen Schuljahr im LKreiss Ludwigsburg eingestellten bzw nicht berücksichtigten Lehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2361

Haushalt 2004; Epl 03

Aufstockung der Zahl von Anwärterstellen bei der Bereitschaftspolizei

s. *Bereitschaftspolizei*
Drs 13/2803

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2923

Ausbildung im Bereich der Polizei in BW

Entwicklung der Ausbildungszahlen von Polizeimeister- und -kommissaranwärtern bis 2012, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen; Einstellung von 400 Polizeimeisteranwärtern im September 2004 sowie von jährlich mindestens 500 ab dem Hj 2005; Vorlage eines mittel- und langfristigen Personalentwicklungskonzepts

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3336

Ablehnung eines Lehramtsanwärters wegen „Mitarbeit in extremistischer Gruppierung“

Ablehnung der Einstellung als Realschullehrer wegen Zweifeln an der Verfassungstreue: Frage nach Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ sowie nach Verstößen des Lehramtsanwärters gegen Rechtsvorschriften bzw die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Beurteilung einer Einstellung im Beamten- oder Angestelltenstatus zu einem späteren Zeitpunkt

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 08.09.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3537
BeschlEmpf und Bericht Schula 02.03.2005 Drs 13/4187 (dazu ÄAntr Renate Rastätter u.a. GRÜNE) S. 21 22
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Berufsverbot für den Heidelberger Studienassessor M.C.

Ablehnung der Einstellung des o.g. Lehramtsanwärters als Realschullehrer wegen Mitgliedschaft in einer als linksextrem eingestuften Vereinigung: Rechtsgrundlage, Art und Inhalte der

Erkenntnisgewinnung und -weitergabe durch den Verfassungsschutz, Frage nach Inhalten und Ergebnissen des „vertieften Einstellungsgesprächs“ beim Oberschulamt Karlsruhe sowie nach Gesprächen mit den Beteiligten an der Heidelberger Theodor-Heuss-Realschule

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 13.09.2004 und Antw KM Drs 13/3545

Berufsverbote in BW aufgrund des Radikalenerlasses

Ablehnung der Einstellung von Bewerbern bzw Entlassung von Bediensteten wegen Zweifeln an der Verfassungstreue seit 1979: Auflistung der Fälle in der Justiz, Polizei, im Schuldienst und der sonstigen Verwaltung, Anteil und Ergebnisse der vor Gericht ausgetragenen Verfahren, Auswirkungen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1995, Ausgestaltung des Mitteilungsverfahrens zwischen IM und Fachministerium seit Abschaffung der Regelanfrage 1991, Beurteilung einer befristeten Anstellung von entsprechend eingestuften Lehramtsanwärtern

Antr
s. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*
Drs 13/3548

Einführung eines Studiengangs für das Lehramt an der Primarstufe und eines Studiengangs für das Lehramt an der Sekundarstufe I

Vergleich der Leistungsprofile der Hauptschule mit den anderen weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie der jeweiligen Übergangsquote von der Grundschule; Orientierung der Zahl von Studierenden für das Lehramt an Grundschulen, Haupt- und Realschulen am Bedarf? Ersetzung des einheitlichen Lehramts an Grund- und Hauptschulen durch ein Lehramt Primarstufe (Grundschule) und ein Lehramt Sekundarstufe I (Hauptschule und Realschule)

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3731

Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/3816

Adelsprädikat und Schuldienst

Gründe für die Aufnahme der Spalte „Adelsprädikat“ in den „Antrag auf Einstellung in den Schuldienst des Landes über die Allgemeine Bewerberliste 2004/2005“

MdlAnfr
s. *Adel*
Drs 13/3827

Veränderungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung; Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Integration des Anfangsunterrichts in die Fächer Deutsch und Mathematik; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung; Anstrengung einer einvernehmlichen Lösung mit dem Hauptpersonalrat auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenbeschreibung

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/3941

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Aufstockung der Zahl von Anwärterstellen bei der Bereitschaftspolizei

s. *Bereitschaftspolizei*
Drs 13/4003

Rückzahlung von Anwärterbezügen der Laufbahn des gehobenen Dienstes

Begründung und Fallzahlen zur o.g. Rückzahlungsverpflichtung; Heranziehung auch von Anwärtern, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Stelle im Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst annehmen

Antr Rainer Stichelberger u.a. SPD 28.06.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4446
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 9-11
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/4615

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung der Zahl von Anwärterstellen bei der Bereitschaftspolizei

s. *Bereitschaftspolizei*
Drs 13/4840

Ges zur Änd des Ernennungsges u.a. Vorschriften

Übertragung der Personalverwaltung für die Beamtenanwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes auf die FH für öffentliche Verwaltung; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Personalplanung*
Drs 13/4963

Übernahme von ausgebildeten jungen Lehrern, Flexibilisierung der Einstellungsverfahren, Erhöhung der Anwärterbezüge

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 229-234 238-240

Notwendigkeit einer Aufstockung der Zahl von Anwärtern für den Polizeidienst

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4197

Notwendigkeit einer Aufstockung der Zahl von Anwärtern für den Polizeidienst

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966

Zahl der Beamtenanwärter des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes beim Land

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5046

Beamtenengesetz

s. *Beamtenrecht*

Beamtenrecht

s.a. *Besoldung*
s.a. *Dienstrecht*
s.a. *Ernennungsgesetz*

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/1372

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr
s. *Beamter*
Drs 13/1737

Wiedereinführung der so genannten 183-Tage-Regelung auch für die Zeit ab Wiedereinführung der Jubiläumsgabe

s. *Jubiläum*
Drs 13/1747

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 4) - Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit

Novellierung des LandesbeamtenGes entsprechend den Vorschlägen des RH; Nutzung der Möglichkeiten zur anderweitigen Verwendung und Reaktivierung bei begrenzter Dienstfähigkeit; Verbesserung der ärztlichen Untersuchungen und Nachuntersuchungen nach der Versetzung in den Ruhestand

Mittlg
s. *Beamter im Ruhestand*
Drs 13/1748

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlas-

tungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbeamtenGes und der BeihilfeVO

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesbeamtenGes und LandesbesoldungsGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO und der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004

Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik; Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr
s. *Personalkosten*
Drs 13/3376

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Ges zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Auflösung des Landesgewerbebeamten, Aufhebung der entsprechenden VO; Änd des ErnennungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Ordnungswidrigkeiten

GesEntw
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/3491

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenbeschäftigungsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Bildung von Übergangspersonalvertretungen; Änd des ErnennungsGes, des Landesbeamten- und -besoldungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. *Bauverwaltung*
Drs 13/3720

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/3727

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebenbeschäftigungsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw

s. *Beamter*
Drs 13/3783

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änd anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen LGleichberechtigungsGes; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des LBeamtenGes und LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4483

Ges zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz BW und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit BW

Bündelung der Umweltverwaltung mit der o.g. Vereinigung zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Fortführung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Regelung der Aufgaben, Organe, Aufsicht, des Dienstverhältnisses der Beamten sowie der Mitteletatistierung im Epl 10; Änd des ErnennungsGes, des LBesoldungsGes, LBeamtenGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO; Außerkrafttreten des Ges zur Errichtung der UMEG

GesEntw
s. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*
Drs 13/4523

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung beim Vor-Ort-RegPräs bzw L Vermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die mittleren Justizbeamten auf die JVA u.a. Vollzugseinrichtungen; entsprechende Verlagerung der Zuständigkeit für die Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes auf die FH für öffentliche Verwaltung sowie für die ehrenamtlichen Pharmazierate auf die RegPräs; Änd des ErnennungsGes und der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Personalplanung*
Drs 13/4963

Reform des Beamtenrechts, Orientierung am Leistungsprinzip, Rückgabe der Zuständigkeit an die Länder

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 69 101

Reform des Beamtenrechts, Orientierung am Leistungsprinzip

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202

Anstrebung einer Öffnungsklausel für die Länder im Beamtenrecht, Einräumung einer Regelungskompetenz für Elemente der Besoldung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2526

Forderung nach Übertragung der Regelungskompetenz für das Beamtenrecht auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5500 5501 5504 5505 5507 5508 5510 5511

Anstrebung einer Öffnungsklausel für die Länder im Beamtenrecht, Einräumung einer Regelungskompetenz für Elemente der Besoldung

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641

Anstrebung einer Öffnungsklausel für die Länder im Beamtenrecht

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5796 5810

Beamtenrechtszuständigkeitsverordnung

s. *Beamtenrecht*

Beamter

s.a. *Abordnung von Beamten*

s.a. *Beamtenanwärter*

s.a. *Beamtenrecht*

s.a. *Beamter im Ruhestand*

s.a. *Beförderung von Beamten, Richtern und Soldaten*

s.a. *Beihilfe für Bedienstete*

s.a. *Bewerber für den öffentlichen Dienst*

s.a. *Bürgermeister*

s.a. *Dienstunfähigkeit*

s.a. *Landrat*

s.a. *Nebentätigkeit*

s.a. *Versorgung der Beamten*

s.a. *Verwaltungsfachwirt*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 5)

Beurlaubung von Beamten ohne Dienstbezüge (Drs 12/5701 II. S. 2)

Mittlg

s. *Beurlaubung*

Drs 13/121

Anwartschaften in unterschiedlichen Altersversorgungssystemen
Art und Umfang der Berücksichtigung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie als Landesbeamter, Frage nach Unterschieden in der Höhe der Versorgungsbezüge eines Beamten mit 40-jähriger Dienstzeit sowie eines Pensionärs mit jeweils 20 Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft und als Landesbeamter

KlAnfr

s. *Altersversorgung*

Drs 13/396

Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst

Vorlage eines Berichts über die von öffentlich Bediensteten ausgeübten Nebentätigkeiten seit 1998 unter besonderer Berücksichtigung der im Ges zur Änd des LandesbeamtenGes enthaltenen Regelungen zur Verschärfung des Nebentätigkeitsrechts

Antr

s. *Nebentätigkeit*

Drs 13/765

Schreiben des JuM vom 14.05.2002 - Wahlvorschläge der obersten Bundesbehörden und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften für den Geschäftsbereich des Verwaltungsgerichtshofs BW; hier: Wahl der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats beim VGH

s. *Verwaltungsgericht*

PIPr 13/27 S. 1571

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr Peter Hauk u.a. CDU 05.02.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1737

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Beamtinnen und Beamten

Frage nach den status-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Konsequenzen, insbes durch die Übernahme von Pensionsansprüchen beim Dienstherrenwechsel

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/2083

Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Landes

Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 13/2092

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Beurteilung von Vorschlägen wie Kürzung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Orientierung der Pensionen am Lebensseinkommen bzw Rentenniveau, Rücklagenbildung aus Gehaltsabzügen der Beamten, Verschärfung der Regelungen für Frührentenierungen, Beschränkung des Beamtenstatus auf die rein hoheitlichen Bereiche; Darstellung der Steigerung der Versorgungsausgaben durch die geplante Umlegung der Sonderzuweisungen auf das Gehalt

Antr

s. *Versorgung der Beamten*

Drs 13/2155

Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Zahl der o.g. Lehrkräfte und deren Eingruppierung im Vergleich zu den beamteten Lehrern; Abbau der Ungleichbehandlung durch Abschluss eines Eingruppierungsvertrags in der Tarifgemeinschaft der Länder u.a. Maßnahmen

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 13/2386

Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in BW

Streichung des Urlaubsgelds für Beamte ab 2004, Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung ab 2003, Umbenennung in Sonderzahlung und Umlegung auf die monatlichen Bezüge, Teilhabe an künftigen linearen Besoldungsanpassungen und Ruhegehaltsfähigkeit, Verzicht auf Kürzung des Familienzuschlags, Übergangsregelungen für Versorgungsempfänger; Änd des MinisterGes und der UrlaubsVO; Außerkrafttreten des Ges über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung und des LandesurlaubsgeldGes

GesEntw

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Drs 13/2396

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw

s. *Inkompatibilität*

Drs 13/2453

Probezeit in einem Amt mit leitender Funktion

Zahl der seit 1998 im Beamtenverhältnis auf Probe übertragenen Ämter in den einzelnen Ressortbereichen, Anteil der vom Landespersonalausschuss zugelassenen Ausnahmen sowie einer Verkürzung der Probezeit

KlAnfr

s. *Führungskraft*

Drs 13/2897

Veranstaltungs- und Teilnahmeverbote für Kommunalbedienstete iRd bevorstehenden Kommunalwahlen

Beurteilung o.g. Verbote von LKreisen und Kommunen unter rechtlichen und demokratiepolitischen Aspekten

KlAnfr

s. *Kommunalwahl*

Drs 13/2992

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr

s. *Inkompatibilität*

Drs 13/2993

Äußerungen eines leitenden Beamten aus dem WM zur Verwaltungsreform anlässlich eines Gedankenaustauschs in Radolfzell

Bewertung der Äußerung des Abteilungsleiters für Verwaltung und Recht zur Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht, Art der Veranstaltung, Höhe und Träger der Kosten, Umsetzung der Bedenken und Kritik einer ebenfalls dort anwesenden FDP-Bundestagsabgeordneten?

Antr

s. Verwaltungsreform
Drs 13/2998

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate von Ministern und Ministerialbeamten

Darlegung o.g. Mandate bei Firmen, Stiftungen, Landesbetrieben u.a. Einrichtungen mit Landesbeteiligung; Form und Höhe der jeweiligen Vergütung

KlAnfr
s. Aufsichtsrat
Drs 13/3196

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004
Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik; Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr
s. Personalkosten
Drs 13/3376

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. Dienstrecht
Drs 13/3431

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Landesbeamte / Arbeitszeitverordnung

Ermöglichung von mehr Flexibilität bei der Festlegung der Arbeitszeit für Eltern mit Kleinkindern durch eine Reform der AZ-VO

KlAnfr
s. Arbeitszeit
Drs 13/3546

Unterschiedliche Behandlung von Angestellten und Beamten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft beim Orts- bzw Familienzuschlag

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts und des VGH, Eintreten für eine vergleichbare Regelung bei Beamten und Angestellten, Frage nach einer Empfehlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und evtl Mehrkosten

KlAnfr
s. Lebenspartnerschaft
Drs 13/3695

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des L RichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebentätigkeitsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw LReg 24.11.2004 Drs 13/3783 (38 S.)
1. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5782-5784
BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.04.2005 Drs 13/4205 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP) (27 S.)
2. Beratung PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6359-6366
GesBeschl 20.04.2005 Drs 13/4280
GBI 2005 Nr. 7 S. 321-327 (Ges vom 03.05.2005)

GesEntw LReg 24.11.2004 Drs 13/3783 (38 S.)

1. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5782-5784
BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.04.2005 Drs 13/4205 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP) (27 S.)

2. Beratung PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6359-6366

GesBeschl 20.04.2005 Drs 13/4280

GBI 2005 Nr. 7 S. 321-327 (Ges vom 03.05.2005)

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Streichung der Sonderzahlung für Beamte als Berufsanfänger in höheren Besoldungsgruppen; Änd des LSonderzahlungGes

GesEntw
s. Haushaltsstrukturgesetz
Drs 13/3832

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Umbau der Landesverwaltung; Verankerung von Zielvereinbarungen, Budgetierung und Evaluation; Berufung von Führungskräften auf Zeit, Stärkung von Managementkompetenzen mit einer Weiterbildungskonzeption, Verzicht auf die Einstellung von Beamten, Übernahme der aktuellen Tarifvereinbarung, Umwandlung von Behörden in wirtschaftlich selbstständige Einheiten

s. Finanzpolitik
Drs 13/4042

Urlaub aus sonstigen Gründen

Darlegung o.g. Beurlaubungen von Beamten und Angestellten in den letzten drei Jahren differenziert nach Dauer und Zweck, Herkunftsdienststellen, nach wahrgenommenen öffentlichen oder privaten Aufgaben etc; Höhe und Belassung der zusätzlichen Bezüge; Frage nach Konsequenzen im Hinblick auf Beihilfe, Altersversorgung und Dienstzeiten

Antr
s. Beurlaubung
Drs 13/4128

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung beim Vor-Ort-RegPräs bzw LVermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die mittleren Justizbeamten auf die JVA u.a. Vollzugseinrichtungen; entsprechende Verlagerung der Zuständigkeit für die Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes auf die FH für öffentliche Verwaltung sowie für die ehrenamtlichen Pharmazierate auf die RegPräs; Änd des ErnennungsGes und der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. Personalplanung

Drs 13/4963

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Einführung einer strikten Inkompatibilität zwischen Amt und Mandat; Ausschluss eines Mandats für die Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen o.a. Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist

GesEntw

s. Inkompatibilität

Drs 13/5086

Schreiben des JuM vom 07.02.2006 - Ges zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts; hier: Wahl der Beamtenbeisitzer gemäß § 47 Abs 3 BDG i.V. mit § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG

s. Verwaltungsrichter

PIPr 13/108 S. 7869

Festhalten am Berufsbeamtentum, stärkere Orientierung der Besoldung nach Leistung, Ablehnung einer Kürzung der Pensionen, Ermöglichung von Altersteilzeit

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 69 79 80

Stärkere Orientierung der Besoldung nach Leistung, Verkürzung der Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202 208 211-213

Werbung um Verständnis für die Aussetzung der Leistungsprämie für Beamte

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329 336 337 342

Werbung um Verständnis für die Aussetzung der Leistungsprämie für Beamte; Forderung nach Aufgabe des Berufsbeamtentums

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 802

Kritik an der Aussetzung der Jubiläumsgabe und Leistungsprämie für Beamte

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 880

Fortsetzung der Aussetzung der Leistungsprämie für Beamte

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1070

Ermöglichung von Altersteilzeit für Beamte

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1690

Beurteilung des Vorschlags aus Berlin zur Übertragung der Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung auf die Länder; Schulung der Europafähigkeit der Beamten; Verknüpfung von Beförderungen mit Bürokratieabbau

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112 2114 2121 2135 2162 2168 2169

Einforderung weiterer Opfer der Beamten zur Haushaltssanierung, Vorschlag einer Abschmelzung der Versorgungsbezüge der Regierungsmitglieder sowie einer Abkoppelung der Ministergehälter von der Beamtenbesoldung

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2327-2338

Einforderung weiterer Opfer der Beamten zur Haushaltssanierung, Vorschlag einer Privatisierung von Vermessungsbeamten mit einem Abfindungsangebot zur Nachversicherung in der Rentenversicherung, Festhalten an den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2629 2634 2635 2652 2655 2663-2670 2677

Einforderung weiterer Opfer der Beamten zur Haushaltssanierung, Anstrengung einer Öffnungsklausel im Besoldungsrecht, Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds, Ablehnung der Arbeitszeitverlängerung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2705-2708 2713-2719 2726 2730-2733 2763

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Beamten, Würdigung der Leistungsfähigkeit der Beamten; Entwicklung der Einstellungszahlen seit 40 Jahren und der daraus folgenden Pensionsansprüche, Beteiligung der Beamten mit Beiträgen zu ihrer Altersversorgung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2900 2901 2910 2911 2939-2950 2965-2967

Übertragung der Kürzungen und Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten auf die Angestellten und Arbeiter, Kündigung der Tarifverträge, Kritik an der Ablehnung einer sozialen Abfederung der Kürzungen für die kleinen Beamten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3623 3640 3675-3683

Einforderung weiterer Opfer der Beamten zur Haushaltssanierung, Vorschlag einer Abschmelzung der Versorgungsbezüge der Regierungsmitglieder sowie einer Abkoppelung der Ministergehälter von der Beamtenbesoldung

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3758-3764

Einforderung weiterer Opfer der Beamten zur Haushaltssanierung, Vorschlag einer Abschmelzung der Versorgungsbezüge der Regierungsmitglieder sowie einer Abkoppelung der Ministergehälter von der Beamtenbesoldung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3815 3817-3822

Entwicklung der Einstellungszahlen seit 40 Jahren und der daraus folgenden Pensionsansprüche, Absenkung des heutigen Pensionsniveaus; Ablehnung der Altersteilzeit sowie Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3944-3946

Bezeichnung der Kürzungen bei den Beamten als angemessen und zumutbar, Forderung nach einer sozialverträglichen Vorgehensweise; Beschränkung des Beamtenstatus auf den hoheitlichen Bereich

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013 4019 4030 4033 4035

Reduzierung der Zahl von Beamten und des Pensionsniveaus, Erhöhung des Pensionseintrittsalters; Kritik an der Ablehnung einer sozialen Abfederung der Kürzungen für die kleinen Beamten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155 4157 4188 4191 4195 4199 4200 4224

Notwendigkeit einer Reduzierung der Zahl von Beamten sowie des Niveaus der Pensionen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4368 4378

Bezeichnung der Kürzungen bei den Beamten als sozial ausgewogen, Anündigung einer Absenkung des heutigen Pensionsniveaus

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4443 4451

Übertragung der Kürzungen und Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten auf die Angestellten und Arbeiter, Kündigung der Tarifverträge

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4755-4757 4759 4761-4767

Bewertung weiterer Kürzungen bei den Beamten als unzumutbar

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5159

Zumutbarkeit der Einschnitte und Mehrarbeit für die Beamten; Forderung nach Übertragung der Organisations- und Personalhoheit für die Beamten auf die Länder, Festhalten am Berufsbeamtentum

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5492 5494 5500 5501 5504 5505 5507 5508 5510 5511

Erinnerung an die Einsparungen zulasten der Beamten, Übertragung auf die Angestellten und Arbeiter

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639-5641 5643 5644

Reduzierung der Zahl von Beamten, Bewertung der Kürzungen als zumutbar; Festhalten am Berufsbeamtentum; Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit; Neubesetzung von Stellen mit Angestellten

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795-5797 5803 5809 5810 5818 5819 5825-5827

Anstrengung einer Anpassung der Arbeitszeit der Angestellten an die der Beamten, Übernahme der aktuellen Tarifentscheidung für die Beamten, Diskussion über das Eckpunktepapier zur Reform des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5880 5881 5894 5906 5907 5920

Verweisung auf die Einsparungen zulasten der Beamten, Ablehnung weiterer Sonderopfer

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101 6107 6108

Einsparungen durch die Kürzungen und Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten, Vermeidung eines Sonderopfers, Fortführung des Stellenabbaus, Ersetzung von Beamten durch Angestellte

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140 6145 6146 6148 6152 6153 6157 6158

Erinnerung an die Einsparungen und Arbeitszeiterhöhung zulasten der Beamten

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6393

Lob für die Leistungen und Loyalität der Beamtenschaft, Erinnerung an die erbrachten Einsparungen der Beamten, Anstrengung von mehr Leistungsanreizen bei der Besoldung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6418

Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal, Erbringung der verbleibenden Leistungen mit qualifizierten und motivierten Beamten, Ablehnung weiterer Sonderopfer

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6489 6490 6499

Übertragung der Organisations- und Personalhoheit für die Beamten auf die Länder, Abschaffung des Beamtenstatus für Lehrer, Beschränkung der Verwendung von Beamten auf die hoheitlichen Kernbereiche

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7287 7290 7345

Beamter im Ruhestand

Anwartschaften in unterschiedlichen Altersversorgungssystemen

Art und Umfang der Berücksichtigung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie als Landesbeamter, Frage nach Unterschieden in der Höhe der Versorgungsbezüge eines Beamten mit 40-jähriger Dienstzeit sowie eines Pensionärs mit jeweils 20 Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft und als Landesbeamter

KlAnfr

s. *Altersversorgung*

Drs 13/396

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 4) - Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit

Novellierung des LandesbeamtenGes entsprechend den Vorschlägen des RH; Nutzung der Möglichkeiten zur anderweitigen Verwendung und Reaktivierung bei begrenzter Dienstfähigkeit; Verbesserung der ärztlichen Untersuchungen und Nachuntersuchungen nach der Versetzung in den Ruhestand

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 I. S. 1 2

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2206

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Zahlen und Gründe für Frühpensionierungen in den vergangenen zehn Schuljahren; Maßnahmen zur Umsetzung des ArbeitsschutzGes

Antr

s. *Arbeitsschutz*

Drs 13/1933

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Beurteilung von Vorschlägen wie Kürzung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Orientierung der Pensionen am Lebensinkommen bzw Rentenniveau, Rücklagenbildung aus Gehaltsabzügen der Beamten, Verschärfung der Regelungen für Frühpensionierungen, Beschränkung des Beamtenstatus auf die rein hoheitlichen Bereiche; Darstellung der Steigerung der Versorgungsausgaben durch die geplante Umlegung der Sonderzuweisungen auf das Gehalt

Antr

s. *Versorgung der Beamten*

Drs 13/2155

Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in BW

Streichung des Urlaubsgelds für Beamte ab 2004, Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung ab 2003, Umbenennung in Sonderzahlung und Umlegung auf die monatlichen Bezüge, Teilhabe an künftigen linearen Besoldungsanpassungen und Ruhegehaltsfähigkeit, Verzicht auf Kürzung des Familienzuschlags, Übergangsregelungen für Versorgungsempfänger; Änd des MinisterGes und der UrlaubsVO; Außerkrafttreten des Ges über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung und des LandesurlaubsgeldGes

GesEntw
s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*
Drs 13/2396

Stand und Erfolg der diversen Stellenabbauprogramme der LReg
Erreichte und noch geplante Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche und Behörden der Landesverwaltung; Verteilung auf Altersteilzeit, Frühpensionierung, Kündigungen, natürliche Fluktuation, Ausgliederung von Behörden oder Privatisierung von Aufgaben; Vorschaltung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion

KlAnfr
s. *Personalplanung*
Drs 13/2556

Beschäftigung dienstunfähiger Lehrer im öffentlichen Dienst außerhalb des Lehramts

Zahl von Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen unter den Lehrern der verschiedenen Schularten seit 2000 sowie von jeweils vorhandenen Stellen; Frage nach den rechtlichen Anforderungen der o.g. Beschäftigung - ggf auch in einer niedrigeren Besoldungsgruppe und im Angestelltenverhältnis

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/3281

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004
Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik; Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr
s. *Personalkosten*
Drs 13/3376

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Versetzungen von Lehrkräften in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den letzten fünf Jahren im Vergleich mit anderen BLändern und mit dem gesamten öffentlichen Dienst; Auswirkungen der Teildienstfähigkeit und der Verwaltungsreform; Ergebnisse und Konsequenzen der in einem Pilotprojekt 2002 erstellten Gefährdungsanalysen an Arbeitsplätzen; Umsetzung eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Schulen und Schulkinderergärten; Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/3442

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebentätigkeitsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPer-

sonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Beamter*
Drs 13/3783

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Erhebung eines Beitrags der Versorgungsempfänger für Pflegeleistungen

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Erwartung eines Gutachtens des RH zur Frühpensionierung von Beamten und den damit verbundenen Versorgungslasten

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1683 1687 1688 1690

Umsetzung der Vorschläge des RH zum Abbau der vorzeitigen Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2674 2676 2677 2679 2680

Erhöhung des realen Pensionseintrittsalters, Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands auf Antrag des Beamten, Streichung der 13. Monatspension

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6108 6112

Streichung der 13. Monatspension für Ruhestandsbeamte aus dem höheren und gehobenen Dienst

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6153

Beauftragte für Ausländer

Haushalt 2004; Epl 05

Personelle Verstärkung der Stabstelle der Ausländerbeauftragten

ÄAntr CDU und FDP/DVP 21.01.2004 Drs 13/2805-Reste 1 S. 24 25
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4302-4317

Aufforderung an die Ausländerbeauftragte zu mehr Engagement in der Ausländerpolitik, Hinwirkung auf Verabschiedung des ZuwanderungsGes

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4307 4308 4310 4311 4316

Beauftragter für Ausländer

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Notwendigkeit der Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften nach Auffassung des ehemaligen Ausländerbeauftragten der LReg, Klärung der Standpunkte zu einem generellen Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1723

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Vorlage einer RechtsVO zur Einrichtung der o.g. Kommission nach dem AufenthaltsGes: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl, der kommunalen Spitzenverbände, der Stabstelle des Ausländerbeauftragten u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäfts-

stelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3978

Veränderungen des Vorschlags des Innenministers und des Ausländerbeauftragten zur Einrichtung einer Härtefallkommission
Gründe für die Abweichungen beim Quorum für Beschlussfassungen und der Besetzung, insbes bei den vorgeschlagenen Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, der kommunalen Spitzenverbände und Flüchtlingsverbände; Haltung des MinPräs zur Einrichtung der Kommission; Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4145

Integrationsmaßnahmen des Ausländerbeauftragten der LReg, Zusammenarbeit mit den kommunalen Ausländerbeauftragten
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1229 1230 1233 1234

Aufnahme der Anregungen des Ausländerbeauftragten der LReg
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2105

Beantragung der Herbeirufung des Ausländerbeauftragten der LReg, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte um ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7543-7548 7551

Beurteilung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber durch den Ausländerbeauftragten der LReg
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7653 7661 7665 7666 7673-7675

Beauftragter für Behinderte

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änd anderer Gesetze

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen, Regelungen zur Schaffung von Barrierefreiheit vor allem im Bereich der Kommunikation mit öffentlichen Stellen, Normierung der Bestellung eines Beauftragten der LReg für Behinderte; Änd des StraßenGes sowie des Ges über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

GesEntw
s. *Behinderter*
Drs 13/4108

Bestellung von kommunalen Behindertenbeauftragten auf freiwilliger Basis, verbindliche Regelung der Einrichtung eines Landesbehindertenbeauftragten
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6324-6327

Bestellung von kommunalen Behindertenbeauftragten auf freiwilliger Basis, verbindliche Regelung der Einrichtung eines Landesbehindertenbeauftragten
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6372-6377

Beauftragter für den Datenschutz

Zweiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*

Drs 13/520

Haushalt 2002 und 2003; Epl 03

Personalaufstockung beim Landesbeauftragten für den Datenschutz

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/653-1 S. 16

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/653-6 S. 23 24

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/682-3 S. 6 7

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/682-8 S. 14

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876-891

Zustimmung zur Bestellung des Landesbeauftragten für den Datenschutz

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796

Dreiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 13/1500

Vierundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 13/2650

Fünfundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 13/3800

Sechszwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 13/4910

Personalaufstockung beim Landesbeauftragten für den Datenschutz; Ablehnung einer Ansiedlung des Datenschutzes im nicht-öffentlichen Bereich beim LDatenschutzbeauftragten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 377 422-425

Lob für den scheidenden Landesbeauftragten für den Datenschutz, Notwendigkeit einer Personalaufstockung, Übernahme der Verantwortung für den nichtöffentlichen Bereich, Bestellung von behördlichen Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314-1320

Erfolgsbewertung der Arbeit des Landesdatenschutzbeauftragten, Übertragung der Zuständigkeit für den Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich, Qualifizierung und Beratung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033 7036-7039

Beauftragter für den Tierschutz

s. *Tierschutzbeauftragter*

Beauftragter für Naturschutz

Schwächung der ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten durch Eingliederung der Bezirksstellen in die Landratsämter und Abschaffung des Devolutiveffekts

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274

Gewährleistung der Unabhängigkeit der Naturschutzbeauftragten auch nach Umsetzung der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898

Bebauungsplan

s. Bauleitplanung

Bebber, Wolfgang MdL SPD

Würdigung und Verabschiedung des Abg Wolfgang Bebber nach 19 Jahren der Zugehörigkeit zum Ltg

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893

Bediensteter

s.a. Beamter

s.a. Beihilfe für Bedienstete

s.a. Bewerber für den öffentlichen Dienst

s.a. Eisenbahnpersonal

s.a. Forstbediensteter

s.a. Justizbediensteter

s.a. Nebentätigkeit

s.a. Personalvertretung

s.a. Sicherheitsüberprüfung von Personen

s.a. Straßenwärter

s.a. Verwaltungsfachwirt

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Beförderungssituation bei den Tarifangestellten der Polizei durch ein Sondertarifprogramm

Antr

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Drs 13/339

Integration von Migranten in BW

Einstellung von Bewerbern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, Schulung von Bediensteten im Umgang mit Migranten, Bestellung von „Integrationslotsen“

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

Personalbelastung bei der Polizei

Entwicklung und Besetzung der Zahl von Planstellen in den einzelnen Laufbahnen bei der Schutz- und Kriminalpolizei sowie Angestellten und Arbeitern seit 1990; Entwicklung der Erziehungsbeurlaubungen und eingesetzten Vertretungen im selben Zeitraum; Gegenüberstellung von Pensionierungen und Ausbildungsplätzen bis 2010; Umfang und Art der Abgeltung der seit 1990 aufgelaufenen und künftigen Überstunden

Antr

s. Polizei

Drs 13/454

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg FM 15.11.2001 Drs 13/458

Mittlg FM 13.11.2003 Drs 13/2588

Mittlg FM 29.11.2004 Drs 13/3814

Weiterbildung des nichtwissenschaftlichen Personals an Hochschulen

Antr

s. Weiterbildung

Drs 13/462

Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie

Erfahrungen mit der Umwandlung zu rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts; Gründe, Inhalte und Auswirkungen einer erneuten Rechtsformänderung, insbes Organisation des Maßregelvollzugs als hoheitliche Aufgabe, Erhaltung der tarifvertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten im Falle der Veräußerung an Dritte

Antr

s. Psychiatrie

Drs 13/470

Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst

Vorlage eines Berichts über die von öffentlich Bediensteten ausgeübten Nebentätigkeiten seit 1998 unter besonderer Berücksichtigung der im Ges zur Änd des LandesbeamtenGes enthaltenen Regelungen zur Verschärfung des Nebentätigkeitsrechts

Antr

s. Nebentätigkeit

Drs 13/765

Planungen der LReg zur Umstrukturierung der Zentren für Psychiatrie (ZfP)

Zusammenfassung unter dem Dach einer gemeinnützigen Holding, Ergebnisse und Konsequenzen des Anhörungsverfahrens zu den vom SM vorgelegten Eckpunkten; Klärung der Unstimmigkeiten zwischen dem SM und WM; Auswirkungen des Wechsels der Rechtsform und Rechtsgrundlagen auf die tarifvertraglichen Bedingungen, Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten; Darstellung möglicher Alternativen; rechtzeitige Information des Ltg vor einer Beschlussfassung im Kabinett

Antr

s. Psychiatrie

Drs 13/1009

Interkulturelle Kompetenz

Definition und Stellenwert der interkulturellen Kompetenz in den Verwaltungen von Land und Kommunen, in Schulen und Kindergärten; Verankerung in den Ausbildungen der Mitarbeiter bzw Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter u.a.; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz, Ausbildung und Einstellung von Migranten; Entwicklung und Akzeptanz der Fort- und Weiterbildungsangebote, Gewährleistung der Information und finanziellen Ausstattung der Maßnahmen

GrAnfr

s. Kultur

Drs 13/1012

Gleichbehandlung bei der Anwendung der Rechtsschutz-Richtlinien

Anwendungspraxis der o.g. Richtlinien seit 1997, Darlegung der Bewilligung und Ablehnung von Anträgen von Lehrern, Polizisten, Steuerbeamten u.a. Bediensteten in Strafverfahren, Zivilprozessen und sonstigen Verfahren; Gegenstände und Ergebnisse der Verhandlungen; Höhe der als Vorschuss oder Darlehen gewährten Rechtsschutzhilfen bzw der von der Staatskasse übernommenen Beträge

Antr
s. *Rechtsschutz*
Drs 13/1146

Klarheit über die Psychiatrieholding-Pläne der LReg

Pläne für evtl Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie, Auswirkungen auf die tarifvertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten; Verzicht auf eine Veräußerung an private Betreiber

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/2238

Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Zahl der o.g. Lehrkräfte und deren Eingruppierung im Vergleich zu den beamteten Lehrern; Abbau der Ungleichbehandlung durch Abschluss eines Eingruppierungsvertrags in der Tarifgemeinschaft der Länder u.a. Maßnahmen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2386

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2453

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 4) - Pfändung und Abtretung von Bezügen bei Landesbediensteten

Regelung der Mitteilungspflichten des LBV bei eingehenden Pfändungen und Abtretungen gegenüber den personalverwaltenden Dienststellen

Mittlg
s. *Vollstreckung von Forderungen*
Drs 13/2700

Fortbestand der garantierten Tarifsicherheit für die Beschäftigten an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Bewertung der Garantieerklärungen und rechtlichen Bindung zur Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder, Auswirkungen eines möglichen Ausstiegs infolge der Änderung des UniversitätsklinikGes durch das HaushaltsstrukturGes 2004 auf die Beschäftigten, die Patientenversorgung, Forschung und Lehre; erwartete Einsparungen, Hinweis auf die entsprechende Gehälterabsenkung an den Universitätskliniken in Dresden und Leipzig; Erneuerung der einstimmigen Beschlusslage des Ltg von 1996, Verzicht auf die im HaushaltsstrukturGes 2004 vorgesehene Möglichkeit des Ausstiegs aus der TdL

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 13/2678

Versendung von Fragebogen durch die Landratsämter

Abfrage personenbezogener Daten von Mitarbeitern der im Zuge der Verwaltungsreform evtl zu übernehmenden Sonderbehörden, Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte sowie der Notwendigkeit solcher Aktionen, Folgen einer Verweigerung der Angaben, Frage nach dem Kenntnisstand der LKreise über die für sie entstehenden Kosten der Verwaltungsreform

Antr
s. *Umfrage*
Drs 13/2741

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2923

Veranstaltungs- und Teilnahmeverbote für Kommunalbedienstete iRd bevorstehenden Kommunalwahlen

Beurteilung o.g. Verbote von LKreisen und Kommunen unter rechtlichen und demokratiepolitischen Aspekten

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/2992

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2993

Vollzugsfremder Einsatz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Personalverwaltung, Rechnungsführung u.ä. bei der Verwaltung der Bereitschaftspolizei durch Polizeibeamte; Ersetzung durch Angestellte oder Arbeiter; Neuorganisation der technischen Dienste, Zuordnung der Berufsgruppen Schreiner, Elektriker, Installateure zum Referat Technik

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/3130

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-

Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr
s. *Euro-Institut*
Drs 13/3346

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004
Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik; Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr
s. *Personalkosten*
Drs 13/3376

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungsvoraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Berufsverbote in BW aufgrund des Radikalenerlasses

Ablehnung der Einstellung von Bewerbern bzw Entlassung von Bediensteten wegen Zweifeln an der Verfassungstreue seit 1979: Auflistung der Fälle in der Justiz, Polizei, im Schuldienst und der sonstigen Verwaltung, Anteil und Ergebnisse der vor Gericht ausgetragenen Verfahren, Auswirkungen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1995, Ausgestaltung des Mitteilungsverfahrens zwischen IM und Fachministerium seit Abschaffung der Regelanfrage 1991, Beurteilung einer befristeten Anstellung von entsprechend eingestuftem Lehramtsanwärtern

Antr
s. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*
Drs 13/3548

Finanzierung von Jobtickets für unmittelbar und mittelbar Beschäftigte des Landes BW durch Einführung von Parkraumbewirtschaftung

Bewirtschaftung der landeseigenen Parkflächen, insbes im Bereich von Universitäten und Universitätskliniken; Nutzung der Erlöse zur ermäßigten Abgabe von Jobtickets der jeweiligen örtlichen Verkehrsverbände

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/3588

Gewährung eines Ortszuschlags bei Eingetragener Lebenspartnerschaft

Gewährung eines Ortszuschlags der Stufe 2 für Angestellte in einer Lebenspartnerschaft nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts, entsprechende Anweisung des Landesamts für Besoldung und Versorgung

Antr
s. *Lebenspartnerschaft*
Drs 13/3637

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 10) - Verbesserungen für Tarifbeschäftigte bei der Polizei durch das Nichtvollzugskonzept

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 VII. S. 4
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 03.01.2006 Drs 13/5022

Unterschiedliche Behandlung von Angestellten und Beamten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft beim Orts- bzw Familienzuschlag

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts und des VGH, Eintreten für eine vergleichbare Regelung bei Beamten und Angestellten, Frage nach einer Empfehlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und evtl Mehrkosten

KIAnfr
s. *Lebenspartnerschaft*
Drs 13/3695

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Umbau der Landesverwaltung; Verankerung von Zielvereinbarungen, Budgetierung und Evaluation; Berufung von Führungskräften auf Zeit, Stärkung von Managementkompetenzen mit einer Weiterbildungskonzeption, Verzicht auf die Einstellung von Beamten, Übernahme der aktuellen Tarifvereinbarung, Umwandlung von Behörden in wirtschaftlich selbstständige Einheiten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Urlaub aus sonstigen Gründen

Darlegung o.g. Beurlaubungen von Beamten und Angestellten in den letzten drei Jahren differenziert nach Dauer und Zweck, Herkunftsdienststellen, nach wahrgenommenen öffentlichen oder privaten Aufgaben etc; Höhe und Belassung der zusätzlichen Bezüge; Frage nach Konsequenzen im Hinblick auf Beihilfe, Altersversorgung und Dienstzeiten

Antr
s. *Beurlaubung*
Drs 13/4128

Ablehnung der Übernahme von Beschäftigten der Vermessungsverwaltung durch verschiedene LKreise iRd Verwaltungsreform

Benennung der LKreise, die eine mit dem Verwaltungsstruktur-ReformGes garantierte Übernahme ablehnen; Beurteilung der Folgen für die Betroffenen und das Land; Ergreifung entsprechender Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten

Antr SPD 05.04.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4206
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6659-6673

Kinderbetreuungsangebote für Regierungsmitarbeiter

Zahl und Betreuungssituation der Kinder von o.g. Bediensteten, Frage nach dem Bedarf für eine Einrichtung am Regierungssitz bzw nach vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst und entsprechenden Erfahrungen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4214

Reisekostenerstattung von Landesbediensteten

Zeitdauer zwischen der Antragstellung und Auszahlung, Gründe und Zumutbarkeit der Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung der Schul- und Oberschulämter für die Referendare; Abhilfemaßnahmen

KlAnfr
s. *Reisekosten*
Drs 13/4238

Genehmigungsverfahren für den Internetzugang für die Beschäftigten der RegPräs

Beurteilung des o.g. Verfahrens mit jeweils schriftlichem Antrag und detaillierter Begründung

MdlAnfr
s. *Internet*
Drs 13/4204

Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den RegPräs verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten

MdlAnfr 3) Gustav-Adolf Haas SPD 25.05.2005 Drs 13/4316
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6676 (zurückgezogen)

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 13/4385

Bilanz zur Umsetzung der Verwaltungsreform

Angemeldeter Korrekturbedarf der LKreise, Kommunen, Gewerkschaften, Verbände, Bediensteten u.a. Betroffenen; Haltung bzw Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/4427

Rückzahlung von Anwärterbezügen der Laufbahn des gehobenen Dienstes

Begründung und Fallzahlen zur o.g. Rückzahlungsverpflichtung; Heranziehung auch von Anwärtern, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Stelle im Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst annehmen

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/4446

Ges zur Änd des Landespersonalvertretungsrechts

Zusammenfassung der aufgrund eines Arbeitsvertrags Beschäftigten, die bisher Angestellte oder Arbeiter waren, zu einer gemeinsamen Gruppe der „Arbeitnehmer“; Durchführung der Personalratswahlen im Herbst noch nach bisherigem Recht, Regelung der Personalratsarbeit bis zu den Wahlen mit zwei Gruppen durch Übergangsvorschriften; Änd der Wahlordnung zum LandespersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Personalvertretung*
Drs 13/4488

Familienfreundliche Landesverwaltung und Landesministerien - Betreuungsangebot für Kleinkinder

Erarbeitung einer Betreuungskonzeption für die o.g. Kinder von Bediensteten; Darlegung der jeweils angebotenen Betreuungszeiten und anfallenden Elternbeiträge

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4568

Die Forschungsaufgabe der baden-württembergischen Universitätskliniken vor dem Hintergrund der Tarifaueinandersetzungen für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst

Vorgesehene und tatsächlich erbrachte Forschungsleistungen der o.g. Beschäftigtengruppen, Auswirkungen getrennter Tarifverträge für die beiden Gruppen bzw von getrennten tariflichen Regelungen für Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, Überlegungen für die vom Minister angekündigte Strukturreform nach der Landtagswahl; Vorlage einer Problemanalyse zur Situation der Universitätskliniken und der Hochschulmedizin, Stärkung der medizinischen Forschung trotz der strukturell verankerten Priorität der Krankenversorgung

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4740

Ges zur Änd des Gemeindegewirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern bei den haushaltsrechtlichen Vorschriften zum Stellenplan und zur Nachtragsatzung; Änd der Gemeindeordnung

GesEntw
s. *Gemeindegewirtschaftsrecht*
Drs 13/4767

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Einführung einer strikten Inkompatibilität zwischen Amt und Mandat; Ausschluss eines Mandats für die Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen o.a. Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/5086

Prüfung einer Kürzung des Weihnachtsgelds und Streichung des Urlaubsgelds für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst im Falle einer Nullrunde für die Beamten

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2121

Anstrebung einer Gleichbehandlung von Angestellten und Beamten bei der Wochenarbeitszeit und den vorgesehenen Kürzungen beim Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2705 2714-2718 2726 2730-2733

Notwendigkeit innovativer Mitarbeiter in der Landesverwaltung, Beteiligung an der Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform und der neuen Steuerungsinstrumente, Sparmaßnahmen zulasten der Bediensteten

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2899-2903 2909 2910 2918 2922 2967

Akzeptanz des NSI-Projekts bei den Bediensteten des Landes

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3265-3271 3273-3281

Übertragung der Kürzungen und Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten auf die Angestellten und Arbeiter, Kündigung der Tarifverträge; Lob für die Leistungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3623 3675 3677 3679-3681

Kündigung des Tarifvertrags, Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013 4030

Kündigung des Arbeitszeit-Tarifvertrags, Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4755 4761-4767

Stimulanz der Motivation der Bediensteten mit der Verwaltungsreform, Zahl und personalvertretungsrechtliche Beteiligung der Betroffenen, sozialverträgliche Umsetzung der Maßnahmen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4904-4906 4911 4912 4920 4922 4925 4928 4932 4935-4937 4941

Beteiligung der Bediensteten an der Erarbeitung und Umsetzung der Verwaltungsreform, Lob für die Leistungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4994-4998 5000 5006 5008 5009

Forderung nach Übertragung der Organisations- und Personalhoheit für die Bediensteten auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5500 5501 5504 5505 5508 5510

Übertragung der Kürzungen und Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten auf die Angestellten und Arbeiter iRd nächsten Tarifverhandlungen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641 5643 5644

Neubesetzung von Stellen mit Angestellten, Fortführung des Stellenabbaus, Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5803 5810 5818 5819 5825-5827

Notwendigkeit einer längeren Arbeitszeit auch für Angestellte und Arbeiter; Übernahme der aktuellen Tarifentscheidung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5880 5881 5894 5906

Anstrebung einer Übertragung der Einsparungen und Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten auf die Angestellten, Ablehnung weiterer Sonderopfer

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101 6107 6108

Anpassung der Wochenarbeitszeit der (neu eingestellten) Angestellten und Arbeiter an die der Beamten, Fortführung des Stellenabbaus, Ersetzung von Beamten durch Angestellte

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140 6141 6145 6146 6148 6152 6153

Forderung nach Übertragung der Organisations- und Personalhoheit für die Bediensteten auf die Länder, Schaffung von mehr Leistungsanreizen zur Gewinnung von qualifizierten Nachwuchskräften

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6360-6364

Lob für die Leistungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, Erinnerung an die erbrachten Einsparungen der Bediensteten, Anstrebung von mehr Leistungsanreizen bei der Vergütung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6418

Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal, Erbringung der verbleibenden Leistungen mit qualifizierten Mitarbeitern

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6489 6490 6499

Ermöglichung von familienfreundlichen Arbeitszeiten für die Bediensteten, Verweisung auf die geänderte ArbeitszeitVO

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7206

Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal, Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7334 7336 7338 7342 7344 7345

Beerdigung

s. Bestattung

Beerenobst

s. Obst

Beförderung von Beamten, Richtern und Soldaten

s.a. Stellenplan

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

s. Finanzverwaltung

Drs 13/656

Funktionsaufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

Vereinbarkeit des Auslaufens o.g. Regelungen in der Polizei-AufstiegsVO Ende 2002 mit der Zusage zur Fortführung des Besoldungsstrukturprogramms

Antr

s. Polizeibeamter

Drs 13/1050

Verwirklichung der Strukturmaßnahmen im mittleren Dienst der Vermessungsverwaltung

Umsetzung der im Haushalt etatisierten Stellenhebungen in Beförderungen

Antr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/1056

Durchschlüsselung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie Technische Lehrerinnen und Lehrer

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/1473

Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Erfolgte und geplante Zusammenführungen von Dienststellen, Vergleich der Anteile des mittleren Dienstes sowie der Angestellten und Arbeiter des Vermessungsamts Balingen mit den anderen Ämtern landesweit, Verbesserung der Beförderungsperspektiven von Beamten im mittleren Dienst

KlAnfr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/1528

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1744

Beförderungssituation und Altersstruktur bei der Polizei

Entwicklung der Beförderungswartezeiten seit 1992, Zahl der im Alter über 50 noch im Schichtdienst tätigen sowie der bis 2010 in den Ruhestand tretenden Beamten, Umfang der vorgesehenen Wiederbesetzung von Stellen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/1998

Zukunft der Steuerverwaltung

Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der jeweiligen Stellenobergrenzen? Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmehzahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst seit 1996

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absoluten des 2. Staatsexamens

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 13/3795

Technische Lehrkräfte

Wartezeiten der o.g. Lehrer auf ihre Regelbeförderung im Vergleich zu den wissenschaftlichen Lehrkräften an Berufsschulen sowie Streichung der Altersermäßigung; Ermöglichung einer

Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung auf 27 Deputatsstunden

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/3750

Verkürzung der Stellenbesetzungs- und Beförderungssperre
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 208 212 213

Verbesserung der Beförderungssituation bei der Polizei, Justiz, Steuerverwaltung und im vermessungstechnischen Dienst
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641

Verbesserung der Beförderungssituation bei der Polizei
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6252

Ermöglichung von leistungsgerechten Beförderungsperspektiven bei der Polizei, insbes aus dem mittleren Dienst
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6415 6416

Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen durch Beförderungen
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6937

Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen durch Beförderungen
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7070 7073 7074

Beförderungspreis

s. *Verkehrstarif*

Befristetes Arbeitsverhältnis

s.a. *Arbeitnehmerüberlassung*
s.a. *Teilzeitarbeit*

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/327

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Zahl ausländischer Saisonkräfte in der Gastronomie seit 1996

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/844

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Zahl ausländischer Saisonkräfte in der Gastronomie

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Erfahrungen mit den Personal-Service-Agenturen

Bisher eingerichtete Agenturen und nachgewiesene dauerhafte Vermittlungen in den ersten Arbeitsmarkt, Vergleich mit dem geänderten ArbeitnehmerüberlassungsGes, Auswirkungen auf die gewerbliche Zeitarbeitsbranche

Antr
s. *Arbeitsvermittlung*
Drs 13/2759

Juniorprofessur verankern - Rechtssicherheit und Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler/-innen sichern

Rechtliche Situation des wissenschaftlichen Personals mit befristetem Arbeitsvertrag nach dem Urteil des BVerfG zur 5. Novelle des Hochschulrahmenges; Verankerung der Juniorprofessur im HochschulGes und Eintreten für eine länderübergreifende Anerkennung; Bemühungen um mehr Spielräume für befristete Arbeitsverhältnisse von Wissenschaftlern iR einer bundesweiten Regelung

Antr
s. *Wissenschaftler*
Drs 13/3538

Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professorenamt

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ablehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr
s. *Professor*
Drs 13/4599

Abbau der Erschwernisse bei befristeten Arbeitsverhältnissen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 159

Kritik an der Einschränkung der Befristung von Arbeitsverträgen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329

Belastung der Wirtschaft durch den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und die Erschwerung befristeter Arbeitsverträge

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 507 511

Befristete Arbeitsverhältnisse für Zuwanderer

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 573

Deregulierung von Zeitarbeit, Bewertung als Chance für Arbeitslose zur Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812 1815 1816 1818 1819 1822 1826

Abschluss von Zeitarbeitsverträgen im öffentlichen Dienst

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4767

Zweifel an der Gewinnung zusätzlicher Arbeitsplätze aufgrund der Möglichkeiten zur befristeten Einstellung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479

Begabtenförderung

s.a. *Stipendium*

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Angebote für besonders leistungsfähige Schüler

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/636

Hochbegabtenförderung nach Wegfall des bisherigen G 8-Zuges und Einführung des allgemeinen G 8

Erkenntnisse aus der modellhaften Erprobung der G 8-Züge, Förderung der Hochbegabten nach Einführung des allgemeinen G 8, Berücksichtigung der durch Überspringen von Klassen sehr jungen Schüler in den Gymnasien, Ausbau der Kurssysteme?

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 16.04.2002 und Antw KM Drs 13/924

Beschulungsangebote für Hochbegabte in BW

Darlegung der schulischen Situation von Hochbegabten, Anteil der Abwanderung in englische Internate, Möglichkeiten einer besonderen Förderung von befähigten Gymnasiasten durch Universitäten

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 06.06.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1057
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 23.10.2002 Drs 13/1637 S. 24 25
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Projekte für Hochbegabtenförderung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Auflistung der bestehenden und geplanten Vorhaben, der Anreize, Akzeptanz sowie Vorgaben des KM

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 18.12.2002 und Antw KM Drs 13/1635

Hochbegabtenförderung und -beratung

Gründe und Auswirkungen einer Schließung der Beratungs- und Forschungsstelle für Hochbegabte am Pädagogikseminar an der Universität Ulm, Vergleich mit der Situation in Bayern, Ausstattung und Finanzierung eines geplanten Gymnasialinternats in Schwäbisch Gmünd; Erhaltung der Einrichtung in Ulm, Vorlage eines flächendeckenden Konzepts für Beratung und Förderung von Hochbegabten

Antr SPD 19.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1808
Antr CDU und FDP/DVP 05.02.2004 Drs 13/2884
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4474-4482
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 17.03.2004 Drs 13/3093 S. 19-22
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Geplantes Ganztagsgymnasium und -internat für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Aufnahmekapazität und Nachfrage des o.g. Projekts, Beurteilung durch den Landesverband Hochbegabung und das Christliche Jugenddorfwerk Braunschweig, Höhe und Träger der Kosten, Beantragung von Mitteln aus dem Investitionsprogramm der BReg, Vergleich mit dem bayerischen Konzept; Erarbeitung einer flächendeckenden Konzeption mit Fortbildungsangeboten für Grundschullehrkräfte, mit Schwerpunktschulen und Leistungszentren, einer universitären Forschungsstelle und einer zentralen unabhängigen Beratungsstelle

Antr SPD 16.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2509
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3848
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 17.03.2004 Drs 13/3093 S.

19-22

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Stipendien für begabte Zuwanderungskinder

Initiierung eines Stipendienprogramms nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr Inge Utzt u.a. SPD 06.09.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3534

Kinder- und Jugendakademien in BW als Baustein der Hochbegabtenförderung

Vorhandene und geplante Angebote von Kinder- und Jugendakademien; Regelungen zur Trägerschaft, Organisation und Finanzierung vonseiten des Landes und der jeweiligen Kommunen; Zahl und schulische Herkunft der Teilnehmer; Art des eingesetzten pädagogischen Personals; Zugangsregelungen und Höhe von Elterngebühren; Einrichtung eines flächendeckenden Netzes gemeinsam mit den Kommunen; Verzahnung mit Angeboten der Kindergärten, Schulen, regionalen Einrichtungen, Jugendmusik- und -kunstschulen

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 07.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4226

BeschlEmpf und Bericht SchulA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 18-20

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der unterrichtenden Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr

s. Europäische Regionen

Drs 13/4245

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf die Stelle der Schulleitung am Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw

s. Schulgesetz

Drs 13/4431

Ablösung der Leiterin des Kompetenzzentrums für Hochbegabte (KH) am Landesgymnasium für Hochbegabte (LGH) iR einer Umstrukturierung

Begründung der o.g. Entscheidung nach relativ kurzer Amtszeit, Planung einer Neubestimmung der landesweiten Zuständigkeit und Aufgabenstellung des KH als Anlaufstelle für Schüler, als Beratungsinstanz für Eltern und Lehrkräfte sowie der Zusammenarbeit mit schulischen, außerschulischen und universitären Einrichtungen? Frage nach einer Neuausschreibung der Stelle und dem Anforderungsprofil der Bewerber

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 28.07.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4573

BeschlEmpf und Bericht SchulA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 31 32

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Ausbau der schulischen Hochbegabtenförderung in BW

Stellenwert der Hochbegabtenförderung nach der Gründung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd, Kriterien und Schwerpunkte für den Ausbau der dezentralen Förderung, wissenschaftliche Begleitung und Evaluation dieser Maßnahmen, Ausrichtung der Lehreraus- und -fortbildung auf die spezifischen Anforderungen eines Unterrichts für hochbegabte Schüler

Antr Georg Wacker u.a. CDU 02.09.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4627

BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 36-38

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Hochbegabtgymnasium Schwäbisch Gmünd

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel sowie des weiteren Bedarfs für Um-, Neu- und Ausbauten; Frage nach dem Erhalt von Mitteln aus dem Ganztagschulprogramm des Bundes

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 22.02.2006 und Antw KM Drs 13/5187

Erfolgsbewertung der Begabtenförderung im Bereich der Musik

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2261-2264

Förderung von Hochbegabten in der Grundschule, Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums mit Internat in Schwäbisch Gmünd, Kritik an der Schließung der Beratungsstelle an der Universität Ulm

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812 2814 2824

Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums mit Internat in Schwäbisch Gmünd, Beantragung von Mitteln aus dem Investitionsprogramm der BReg

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3619

Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums in Schwäbisch Gmünd, Finanzierung mit Bundesmitteln

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5525

Ausbau der Hochbegabtenförderung, individuelle Förderung der Schüler entsprechend ihrer Begabung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5871 5878

Erfolgsbewertung der Hochbegabtenförderung, individuelle Förderung der Schüler entsprechend ihrer Begabung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6957 6960

Individuelle Förderung der Hochbegabten in Gruppen mit einer heterogenen Zusammensetzung

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7232

Ausbau der Hochbegabtenförderung

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7886

Beherbergungsbetrieb*s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe***Beherbergungsstatistik***Beherbergungsstatistik*

Auswirkungen der auf Bundesebene geplanten Änd im BeherbergungsstatistikGes auf das Fremdenverkehrsland BW, insbes auf Beherbergungsbetriebe, Kur- und Heilbäder

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 07.11.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/425
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 4-6
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Anteil von Gästen des Kur- und Rehabilitationsbereichs; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September

GrAnfr
s. Fremdenverkehr
 Drs 13/844

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms; Entwicklung der Zahlen sowie Qualifizierung in- und ausländischer Fachkräfte für die Gastronomie, Ausschreibung eines Innovationspreises, Marketingkonzepte und -maßnahmen für die einzelnen Regionen, Nutzung des Internet

GrAnfr
s. Fremdenverkehr
 Drs 13/1060

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Beherbergungskapazität der Unternehmen seit 1993; Rolle der Kur- und Bäderorte; Ausweisung von Naturparks zur Stärkung der touristischen Attraktivität

GrAnfr
s. Heilbronn-Franken, Region
 Drs 13/1211

Neues Marketingkonzept des Landes für den Dienstleistungsbereich Heilbäder und Tourismus

Ausgestaltung des neuen Konzepts durch die Tourismus-Marketing GmbH, Einbindung der regionalen Akteure vor Ort, Hervorhebung der einzelnen Regionen und des Ökotourismus? Bisherige und künftige Datenbasis für die Fremdenverkehrsstatistik; Bemessungskriterien der jährlichen Landeszuschüsse

Antr
s. Fremdenverkehr
 Drs 13/1934

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. Fremdenverkehr
 Drs 13/2091

Nachweismöglichkeiten der Beherbergungsstatistik nach dem Beschluss des Bundestages und der Zustimmung des Bundesrates zum „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“ im Juni 2005

Wegfall der Erhebung der Auslastung von Hotels, Privatpensionen, Jugendherbergen, Campingplätzen, Rehakliniken u.a.; Auswirkungen auf Fördermaßnahmen im Fremdenverkehr und Heilbäderbereich

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 22.09.2005 und Antw WM Drs 13/4670

Beherbergungsstatistikgesetz

s. Beherbergungsstatistik

Behindertenbeauftragter

s. Beauftragter für Behinderte

Behindertengerechtes Bauen

s.a. Altenwohnung
s.a. Wohnheim für Behinderte

Barrierefreies Bauen; hier: Novellierung der Landesbauordnung

Vorlage eines Berichts über Erfahrungen und Konsequenzen der 1995 eingeführten Regelungen, Schaffung von Anforderungen zum barrierefreien Bauen auch im allgemeinen Wohnungsbau, Durchführung einer Anhörung der Verbände

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 10.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1162
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.11.2003 Drs 13/2675 S. 12-16
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082
 Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3323

Wohnplätze für behinderte Menschen im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Maßnahmen zur Deckung des o.g. Bedarfs

KIAnfr
s. Wohnheim für Behinderte
 Drs 13/1701

Behindertengerechte und barrierefreie Bahnhöfe und Bahnsteige in BW

Zugänglichkeit der Bahn für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer durch Aufzüge, Rolltreppen u.ä.; geplante und realisierte Maßnahmen der Bahn AG seit 1993, Hinwirkung auf Abbau der noch vorhandenen Hindernisse

Antr
s. Bahnanlage
 Drs 13/1936

Die von der LReg angekündigte und überfällige Novellierung der Landesbauordnung

Gründe für die o.g. Verzögerung, Erfahrungen mit der vorgeschriebenen Barrierefreiheit bei Gewerbebauten und bei der Erweiterung von Gewerberäumen; Vorlage der angekündigten Reformvorschläge zur Barrierefreiheit im allgemeinen Wohnungsbau

Antr
s. Baurecht
 Drs 13/2182

Durch Nahverkehrspläne zur Barrierefreiheit im ÖPNV in BW
Ziele, Standards, Maßnahmenkategorien und Zeitrahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit in den Nahverkehrsplänen der einzelnen LKreise; Einbindung der Behindertenbeiräte; Hinwirkung auf ausschließlich barrierefreie Bahnhöfe/Haltepunkte und Fahrzeuge

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2628

Bestandsaufnahme der Barrieren im ÖPNV in BW
Vorhandene und noch offene Barrierefreiheit bei Schienenfahrzeugen, Bussen und Straßenbahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten im SPNV und ÖPNV in den einzelnen Verkehrsverbänden; Anstreben von Qualitätsstandards bei den unterschiedlichen Aufgabenträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2629

Rechtliche und finanzielle Instrumente zur Durchsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV in BW

Einsatz rechtlicher Instrumente und finanzieller Mittel zur Realisierung o.g. Zielsetzung, insbes bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge, der Veränderung der baulichen Infrastruktur, der Einrichtung von Informationssystemen u.a.; Maßnahmen zur Schärfung des Problembewusstseins bei den Entscheidungsträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2630

Ges zur Änd der Landesbauordnung für BW

Barrierefreie Erreichbarkeit der Wohnungen eines Geschosses in größeren Wohngebäuden; Schaffung von Ausnahmeregelungen von der Barrierefreiheit für öffentlich zugängliche und gewerbliche Anlagen, Anpassung der Mindestgröße für sonstige Nutzungen wie Gewerbebauten, Produktionsstätten und Handwerksbetriebe an die Bedürfnisse der Praxis

GesEntw LReg 23.06.2004 Drs 13/3304 (21 S.)
1. Beratung PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5221-5227
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3569
ÄAntr SPD 05.10.2004 Drs 13/3615 1 2
2. Beratung PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5380-5386
GesBeschl 06.10.2004 Drs 13/3662
GBI 2004 Nr. 14 S. 771 772 (Ges vom 19.10.2004)

Schaffung von barrierefreien Bahnhöfen und Bahnsteigen in BW
Zumutbare Entfernungen bzw Erreichbarkeit des nächstgelegenen barrierefreien Bahnhofs für mobilitätsbehinderte Reisende mit barrierefreien öffentlichen Verkehrsmitteln, notwendige Zahl von Reisenden u.a. Kriterien für eine Nachrüstung mit einem Aufzug oder einer längeren Rampe

Antr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/3373

Zustand der wichtigsten Bahnhöfe in BW

Zustand und Fahrgastzahlen der zehn wichtigsten Bahnhöfe, Investitionen der Bahn AG seit 1994 und vorhandener Nachholbedarf, Frage nach der finanziellen Beteiligung des Landes und dem behindertengerechten Ausbau der Bahnhöfe

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/4069

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änd anderer Gesetze

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen, Regelungen zur Schaffung von Barrierefreiheit vor allem im Bereich der Kommunikation mit öffentlichen Stellen, Normierung der Bestellung eines Beauftragten der LReg für Behinderte; Änd des StraßenGes sowie des Ges über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

GesEntw
s. *Behinderter*
Drs 13/4108

Verbesserte Förderung des behindertengerechten Bauens

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 527

Abbau überzogener Anforderungen beim barrierefreien Bauen, Änderung der LBO

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2359 2360 2365 2366

Anregung einer stärkeren Verbreitung des barrierefreien Bauens im allgemeinen Wohnungsbau

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2549

Suche nach einem Kompromiss zum Bürokratieabbau beim barrierefreien Bauen

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3344

Verstärkung der Barrierefreiheit im Wohnungs- und Gewerbebau iRd Novellierung der Landesbauordnung

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3545 3547 3548 3550 3553

Verstärkung der Anstrengungen für den barrierefreien Ausbau der ÖPNV-Anlagen

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4436

Feststellung einer zunehmenden Bedeutung des barrierefreien Bauens angesichts der demographischen Entwicklung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7774 7777 7781

Behindertengleichstellungsgesetz

s. *Behinderter*

Behindertenwerkstatt

s. *Werkstatt für Behinderte*

Behindertenwohnheim

s. *Wohnheim für Behinderte*

Behinderter

s.a. *Beauftragter für Behinderte*
s.a. *Behindertengerechtes Bauen*
s.a. *Behindertes Kind*
s.a. *Blinder*
s.a. *Gehörgeschädigter*
s.a. *Pflegebedürftiger*
s.a. *Werkstatt für Behinderte*
s.a. *Wohnheim für Behinderte*

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose über Mittel der LStiftung BW; Vorlage eines

Programms zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Behinderten in den Arbeitsmarkt; Kofinanzierung von ESF-Mitteln für Job-Rotations-Projekte

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/248

Gemeinsame Servicestellen der Rehabilitationsträger nach § 22 SGB IX

Auflistung o.g. Stellen zur Beratung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen, Vergleich des Versorgungsschlüssels mit den anderen BLändern

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 13/439

Ges zur Gleichstellung behinderter Menschen

Zustimmung zu dem vorliegenden Bundesgesetz im BRat; Erarbeitung eines GesEntw auf Landesebene unter Einbeziehung von Behinderten und insbes des Forums behinderter Juristen

Antr GRÜNE 27.02.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/797
BeschlEmpf und Bericht SoZA 24.10.2002 Drs 13/1725 S. 38
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Auswirkungen der Schwerbehindertengesetznovelle auf teilzeitbeschäftigte Schwerbehinderte

Ausschluss der Förderung bei Unterschreitung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden?

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 06.03.2002 und Antw SM Drs 13/826

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Betreuung von schwerbehinderten Migranten

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Berechtigung für Fahrten in der 1. Klasse der Deutschen Bahn AG für Behinderte mit über 70 % Behinderungsgrad

KlAnfr Dr. Carmina Brenner CDU 15.08.2002 und Antw SM Drs 13/1263

Außensprechstunden der Servicestellen nach § 22 SGB IX

Arbeitsbilanz der gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger zur Beratung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen; Hinwirkung auf regelmäßige Außensprechstunden aller Servicestellen im Land

Antr
s. *Rehabilitation*
Drs 13/1444

Bewerbung der Stadt Stuttgart um die Olympischen Spiele und Paralympics 2012

Art und Wirksamkeit der Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart seit Einbringung des interfraktionellen Antrags Drs 13/351; Förderung des Breiten-, Leistungs- und Behindertensports sowie der verkehrlichen und sonstigen Infrastruktur; Erfüllung der Kriterien für die Entscheidung des NOK; erwartete Impulse im Falle einer erfolgreichen Bewerbung

Antr
s. *Olympische Spiele*

Drs 13/1600

Wohnplätze für behinderte Menschen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Maßnahmen zur Deckung des o.g. Bedarfs

KlAnfr
s. *Wohnheim für Behinderte*
Drs 13/1701

Behindertengerechte und barrierefreie Bahnhöfe und Bahnsteige in BW

Zugänglichkeit der Bahn für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer durch Aufzüge, Rolltreppen u.ä.; geplante und realisierte Maßnahmen der Bahn AG seit 1993, Hinwirkung auf Abbau der noch vorhandenen Hindernisse

Antr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/1936

Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der beruflichen Ersteingliederung von jungen Menschen mit Behinderung

Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen bei den Berufsbildungs- und -förderungswerken sowie Werkstätten für Behinderte; Initiativen zur Ermöglichung einer beruflichen Ersteingliederung auch im laufenden Jahr (der Behinderten)

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 28.04.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2028
BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 51 52
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Zukunft der baden-württembergischen Versorgungsverwaltung

Entwicklung der Aufgaben und Personalausstattung seit 1992; Gründe und Auswirkungen der Eingliederung des Landesversorgungsamts in die RegPräs und der Versorgungsämter in die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit mit der nach Bundesrecht erforderlichen Fachkompetenz und Behördenstruktur, mit dem Recht des Datenschutzes und der Personalvertretungen; Umgestaltung zu modernen Landessozialbehörden nach der Forderung von Behindertenverbänden, Ansiedlung bei neu zu schaffenden Regionalkreisen

GrAnfr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/2170

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung

Zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2281

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl von Behinderten, der Formen von Behinderungen, der stationären und ambulanten Versorgung, der Unterbringung in Werkstätten und auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt seit 1993; Höhe der Kosten von Eingliederungshilfen u.a. Maßnahmen für Sozialversicherungssysteme und -träger; Umsetzung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit, Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung; finanzielle Einsparungen durch Bürokratieabbau; Beurteilung von Modellen zur Versorgungsqualität und Integration

GrAnfr CDU 18.07.2003 und Antw SM Drs 13/2021 (33 S.)
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3544-3554

Geplante Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und zukünftige Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben

Gründe und Auswirkungen der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise bzw einer Fusionierung und Verschlankung; Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Jugendhilfe auf die Landratsämter, Gewährleistung der Gleichbehandlung und Qualität, Schaffung eines Soziallastenausgleichs? Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung des landesweiten Kompetenzzentrums, Zuständigkeit als überörtlicher Träger der Sozialhilfe? Höhe der angestrebten Effizienzrendite; erwartete Zahlen und Ausgaben für Behinderte und Jugendhilfe bis 2006

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2364

Zukunft des Versorgungsamts Stuttgart

Verzicht auf eine Eingliederung in die LKreise Böblingen, Esslingen und Waiblingen im Zuge der Verwaltungsreform; Erhaltung der behindertengerechten Erreichbarkeit in Stuttgart

Antr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/2560

Situation der Sportvereine in BW

Projekte von Sportverbänden und -vereinen zur Gewaltprävention, Gesundheitsförderung, Integration von Ausländern und Behinderten

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Durch Nahverkehrspläne zur Barrierefreiheit im ÖPNV in BW
Ziele, Standards, Maßnahmenkategorien und Zeitrahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit in den Nahverkehrsplänen der einzelnen LKreise; Einbindung der Behindertenbeiräte; Hinwirkung auf ausschließlich barrierefreie Bahnhöfe/Haltepunkte und Fahrzeuge

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2628

Bestandsaufnahme der Barrieren im ÖPNV in BW

Vorhandene und noch offene Barrierefreiheit bei Schienenfahrzeugen, Bussen und Straßenbahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten im SPNV und ÖPNV in den einzelnen Verkehrsverbänden; Anstreben von Qualitätsstandards bei den unterschiedlichen Aufgabenträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2629

Rechtliche und finanzielle Instrumente zur Durchsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV in BW

Einsatz rechtlicher Instrumente und finanzieller Mittel zur Realisierung o.g. Zielsetzung, insbes bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge, der Veränderung der baulichen Infrastruktur, der Einrichtung von Informationssystemen u.a.; Maßnahmen zur Schärfung des Problembewusstseins bei den Entscheidungsträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2630

Haushalt 2004; Epl 09

Steigerung der Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten in der Landesverwaltung

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-19 S. 80
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Neue Ansätze der Sonderpädagogik in BW

Entwicklung der Rahmenbedingungen und Strukturen der sonderpädagogischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an allgemeinen und Sonderschulen, Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte, in der beruflichen Eingliederung, der Frühförderung u.a.; Anteil von Schülern mit schweren Mehrfachbehinderungen; personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen, Lehreraus- und -fortbildung; Abmilderung der Folgen des Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der beruflichen Bildung von Behinderten

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 13/2818

Behindertenhilfe nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

Verhandlung und Abrechnung der Heimträger über die Eingliederungshilfe mit mehreren Stadt- oder LKreisen, Fortbestand der Richtlinien zum betreuten Wohnen und zur Familienpflege, Regelung der Investitionsförderung und kreisüberschreitenden Kostenträgerschaft? Notwendigkeit einer landeseinheitlichen Versorgung von Behinderten

KIAnfr Ernst Behringer CDU 14.04.2004 und Antw SM Drs 13/3115

Wohnprojekt 2008 des Spastikervereins Karlsruhe

Beurteilung der geplanten Elterninitiative Wohnprojekt 2008 zur Errichtung eines Wohnheims für schwerst mehrfachbehinderte junge Erwachsene nach dem Bruchsaler Modell, Frage nach der Bedarfsfeststellung und Finanzierung des Projekts nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

KIAnfr
s. *Wohnheim für Behinderte*
Drs 13/3157

Auswirkung der Fallpauschalen im Krankenhaus (DRGs) auf Menschen mit Behinderung

Schaffung eines Ausgleichs für den erhöhten Pflege- und Betreuungsbedarf durch Zuschläge, Aufnahme in die DRG-Systematik, Kompensation der kürzeren Verweildauer durch eine angemessene ambulante Nachsorge

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 05.05.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3167
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.06.2004 Drs 13/3652 S. 40 41
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Schaffung von barrierefreien Bahnhöfen und Bahnsteigen in BW

Zumutbare Entfernungen bzw Erreichbarkeit des nächstgelegenen barrierefreien Bahnhofs für mobilitätsbehinderte Reisende mit barrierefreien öffentlichen Verkehrsmitteln, notwendige Zahl von Reisenden u.a. Kriterien für eine Nachrüstung mit einem Aufzug oder einer längeren Rampe

Antr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/3373

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei Selbsthilfegruppen und Verbänden in der Behindertenhilfe

- ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-3 S. 31-32
- ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009 21-22 S. 56-58
- ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/2 S. 80-85
- PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änd anderer Gesetze

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen, Regelungen zur Schaffung von Barrierefreiheit vor allem im Bereich der Kommunikation mit öffentlichen Stellen, Normierung der Bestellung eines Beauftragten der LReg für Behinderte; Änd des StraßenGes sowie des Ges über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

- GesEntw LReg 02.03.2005 Drs 13/4108 (24 S.)
- 1. Beratung PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6323-6329
- BeschlEmpf und Bericht SozA 07.04.2005 Drs 13/4229 (dazu ÄAntr SPD Nr. 1 und ÄAntr GRÜNE Nr. 2) (19 S.)
- ÄAntr GRÜNE 19.04.2005 Drs 13/4256-1 S. 1-3
- ÄAntr SPD 19.04.2005 Drs 13/4256-2 S. 4-5
- 2. Beratung PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6371-6379
- GesBeschl 20.04.2005 Drs 13/4279
- GBI 2005 Nr. 7 S. 327-330 (Ges vom 03.05.2005)

Umsetzung und Zwischenbilanz des Kommunalverbands für Jugend und Soziales (KVJS)

Verlauf und evtl Probleme der Auflösung der beiden Landeswohlfahrtsverbände und Schaffung des neuen KVJS, insbes bei den Entgeltverhandlungen für stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe

- Antr
- s. *Kommunalverband für Jugend und Soziales*
- Drs 13/4330

Umsetzung der Verwaltungsreform in BW und Auswirkungen bei Aufgaben der Versorgungsämter

Verzögerte Bearbeitung der Anträge auf Anerkennung von Schwerbehinderungen seit Eingliederung in die Landratsämter, Auswirkungen für die älteren Arbeitnehmer mit Anspruch auf eine Altersrente wegen Schwerbehinderung bzw verlängerte Zahlung von Krankengeld durch die Krankenkassen

- Antr
- s. *Versorgungsverwaltung*
- Drs 13/4358

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat nach der Bundestagswahl

- Antr
- s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
- Drs 13/4367

Organisierte Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen in BW

Aufgaben, Strukturen und Finanzierung der o.g. Gruppen und Verbände auf Orts-, Landes- und Bundesebene; Entwicklung der Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen; Anteil von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern; Hintergrund der Gründung sowie seitherige Entwicklung der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, Möglichkeiten zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Vernetzung

- Antr
- s. *Selbsthilfe*
- Drs 13/4407

Persönliches Budget und Budgetassistenz in BW

Konzeption und Bilanz des Modellversuchs nach Auswertung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung, Einfluss in die jüngste Bundesgesetzgebung, Entwicklung der Anträge und Bewilligungen außerhalb der Modellregionen in BW, Maßnahmen für ein flächendeckendes Angebot bzw für die notwendige Beratung und Unterstützung nach Art und Schwere der Behinderung, Notwendigkeit einer Budgetassistenz

- Antr
- s. *Taschengeld*
- Drs 13/4408

Investitionsmittel für Einrichtungen der Behindertenhilfe

Entwicklung der o.g. Förderung seit 2000, Anteil der Landesförderung am Gesamtfördervolumen, Gründe für das Ausbleiben der Verabschiedung der zusammen mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales vorgelegten Fördergrundsätze

- Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 14.07.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4508
- BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 48
- PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Hilfen für geistig behinderte Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten

Beurteilung eines speziellen Hilfeangebots mit therapeutischen Wohngruppen für den o.g. Personenkreis iR eines zur Jahresmitte ausgelaufenen Modellversuchs bzw der damit erzielten Verbesserungen, insbes auch eines Rückgangs der Aufenthalte in der Psychiatrie; Hinwirkung auf ein bedarfsdeckendes Angebot zur Fortführung dieser Versorgungsform

- Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 14.07.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4509
- BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 49
- PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Anlaufstelle für Behinderte nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg

Verlust der o.g. Stelle zur Ermittlung der Betreuungszuständigkeit wegen der nicht erfolgten Übertragung aller Querschnittsaufgaben auf den Kommunalverband für Jugend und Soziales, Frage nach Abhilfemöglichkeiten

- MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 28.10.2005 Drs 13/4796
- PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7325-7327

Ankündigung einer weiteren Veranstaltung „Tag der behinderten Menschen“ im LtG

- PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7-8

Auswirkungen der Präimplantationsdiagnostik auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Behinderten

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Auswirkungen der Präimplantationsdiagnostik auf die gesellschaftliche Akzeptanz von Behinderten

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 171-173 176-179

Betreuung von Behinderten, Einführung eines persönlichen Budgets als Modellversuch

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 910

Förderung von Projekten des Behindertensports als Begleitprogramm iRd Fußballweltmeisterschaft 2006

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2099 2100

Bewertung des GrundsicherungsGes als eine von Unterhaltansprüchen gegenüber Eltern unabhängige Leistung für Behinderte

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2235 2237-2239

Erinnerung an die Aussagen im CDU-Wahlprogramm und in der Koalitionsvereinbarung zum Umgang mit psychisch Kranken und Behinderten

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2301 2304

Erinnerung an die Aussagen im CDU-Wahlprogramm und in der Koalitionsvereinbarung zum Umgang mit psychisch Kranken und Behinderten

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2640-2642 2656 2657

Umsetzung der zentralen Forderungen vom Tag der Behinderten im Ltg; Auswirkungen einer Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Stadt- und LKreise

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3641

Hinweis auf den Freikauf vieler Unternehmen von der Einstellung von Behinderten mit der Behindertenabgabe

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3857

Kostenbelastung der LKreise durch die Eingliederungshilfe für Behinderte; Anstrengung der Zuständigkeit der Stadtkreise für das Schwerbehindertenrecht; sozialverträgliche Umsetzung der Verwaltungsreform für schwerbehinderte Beschäftigte

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4901 4905 4913

Kostenbelastung der LKreise durch die Eingliederungshilfe für Behinderte

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4997 5000 5033

Zunahme der Zahl älterer und behinderter Menschen, Regelung der barrierefreien Erreichbarkeit von Wohnungen in größeren Wohngebäuden

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5221-5227

Überprüfung der einkommensunabhängigen Befreiung der Schwerbehinderten von der Rundfunkgebühr

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5266 5273 5274

Zunahme der Zahl älterer und behinderter Menschen, Regelung der barrierefreien Erreichbarkeit von Wohnungen in größeren Wohngebäuden

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5380-5385

Kostenbelastung der LKreise durch die Eingliederungshilfe für Behinderte

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5811

Schutz der Behinderten vor Diskriminierung, Einbeziehung der Behinderten in das AntidiskriminierungsGes der BReg, Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten mit dem Behindertengleichstellungsges

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280-6287 6323-6329

Erinnerung an den „Tag der behinderten Menschen“ 2003 im Landtag, Ankündigung einer weiteren Veranstaltung in der 14. WP

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

Behindertes Kind

s.a. Autismus

s.a. Integrative Beschulung

s.a. Lernbehinderung

s.a. Sonderpädagogik

s.a. Sonderschule

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Ausländeranteil an den verschiedenen Sonderschultypen, Art und Umfang der sprachlichen Förderung, Wunsch von ausländischen Eltern behinderter Kinder für eine Beschulung an Regelschulen

GrAnfr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/124

Vorschulische Kinderbetreuung

Erfahrungen mit der gemeinsamen Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/131

Gleichstellung von Schulen in Freier Trägerschaft mit öffentlichen Schulen bei der Einrichtung von Integrativen Schulentwicklungsprojekten (ISEP)

Gleichbehandlung bei Vorgaben und Voraussetzungen für o.g. Projekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern; Darlegung der bisher genehmigten und abgelehnten Anträge sowie der eingesetzten und benötigten Lehrerdeputate

KlAnfr

s. Privatschule

Drs 13/196

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. Schüler

Drs 13/503

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

s. *Schulunterricht*
Drs 13/654

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, Ausbau der Kooperationsstunden der sonderpädagogischen Dienste, Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Integration von Rechenschwäche in die VwV zur Förderung von Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, Bereitstellung von Schulsozialarbeit und Angebote für besonders leistungsfähige Schüler, Integration von behinderten Kindern, Lehrerfortbildung für das Lernen mit dem Computer, Verdoppelung der Springerreserve, Absenkung des Klassenteilers

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/636

Schulen in freier Trägerschaft

Modelle des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern, Umfang und Förderung von Ganztagsangeboten

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Ges zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in BW

Regelung der Kinderbetreuung bis zum Alter von 14 Jahren durch das o.g. KindertagesbetreuungsGes bzw der Aufgaben und Finanzierung der Einrichtungen; integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Gewährung eines erhöhten Zuschusses bei einem entsprechenden Kinderanteil mit besonderem Sprachförderungsbedarf; Änd des FinanzausgleichsGes sowie des Kinder- und JugendhilfeGes

GesEntw
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1106

Planstellenbedarf für Fachlehrer/Technische Lehrer für Geistigbehinderte, Körperbehinderte und Kombinierte Schulen

Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen sowie der vorhandenen bzw benötigten Sonderschullehrer für die o.g. Sonderschultypen, Überbrückung des Fehlbedarfs

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1350

Ges zur Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes
Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Pauschalierung der Zuschüsse, Regelung der Förderansprüche der Einrichtungsträger, ergänzende Angebote für die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und Tagespflege, Definition des Bildungsauftrags aller Einrichtungen sowie der integrativen Erziehung behinderter Kinder in gemeinsamen Gruppen

GesEntw
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1739

Gestützte Kommunikation - Facilitated Communication (FC) bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Autismus

Darlegung o.g. Zahlen von Menschen in Kindergärten, Schulen, Heimen und Werkstätten; Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Eltern; Möglichkeiten der integrativen Beschulung für Kinder mit Autismus; Erfahrungen mit dem Einsatz von FC in allen Lebensbereichen; Umsetzung der Landes-Kommunikationshilfe-VO mit der Aufnahme der FC zum Einsatz bei Behörden und Gerichten

Antr
s. *Kommunikation*
Drs 13/1771

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung
Zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2281

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts als Konsequenz aus den elfjährigen Erfahrungen, Stärkung der Elternrechte und zieldifferente Integration durch eine entsprechende Änderung des SchulGes

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Haushalt 2004; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

s. *Schulunterricht*
Drs 13/2804

Neue Ansätze der Sonderpädagogik in BW

Entwicklung der Rahmenbedingungen und Strukturen der sonderpädagogischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an allgemeinen und Sonderschulen, Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte, in der beruflichen Eingliederung, der Frühförderung u.a.; Anteil von Schülern mit schweren Mehrfachbehinderungen; personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen, Lehreraus- und -fortbildung; Abmilderung der Folgen des Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der beruflichen Bildung von Behinderten

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 13/2818

Neuer Organisationserlass „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2004/2005“; hier: Lehrerversorgung für Sonderschulen

Gründe und Auswirkungen der o.g. Änderung bei den einzelnen Sonder- und Förderschulen, Bewirkung einer Umverteilung der zu geringen Anzahl an Förderstunden? Beibehaltung der Regelung zur Lehrerversorgung auf der Basis von Schüler- und Klas-

senzahl sowie bestehender Schulsituation, Behebung der Personalmängel zur Bewältigung künftiger Aufgaben wie Kooperationen, Außenklassen und integrative Schulentwicklungsprojekte

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3105

FörderlehrerInnen an Grundschulen; erster Schritt zum Aufbau eines Unterstützungssystems an den allgemeinen Schulen

Einrichtung eines Unterstützungssystems für schwächere, lernbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder an der Grundschule; Bündelung von Stütz- und Förderstunden, Einstellung zusätzlicher Sonderschullehrkräfte und Fachlehrer

Antr
s. *Förderunterricht*
Drs 13/3229

Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP)

Vorhandene und beantragte Projekte der gemeinsamen Unter- richtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Ergebnisse früherer und aktueller Schulversuche; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden, Verankerung eines Anspruchs auf ISEP und zieldifferenten Unterricht an den Regelschulen im SchulGes, entsprechende Schwerpunktsetzung in der Lehrerbil- dung

Antr
s. *Integrative Beschulung*
Drs 13/3343

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krip- pen, Kindergärten, Ganztageeinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Anteil der in- tegrativ betreuten behinderten und nicht behinderten Kinder so- wie der iRd verlässlichen Grundschule unterrichteten Kinder

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der son- derpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonder- schultypen und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Ein- zelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlas- ses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3964

Der Schulbesuch von körper- und geistigbehinderten Kindern in der Region Pforzheim/Enzkreis

Unterstützung einer Erweiterung des entsprechenden Schulan- gebots um eine Oberstufe und Werkstufe in Pforzheim

KlAnfr
s. *Sonderschule*
Drs 13/4169

Reform des Bildungswesens in BW

Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, flächendeckende Integrative Schulentwicklungsprojekte mit ziel- differentem Unterricht

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Schulbesuch von Flüchtlingskindern in BW

Zahlen über den Schulbesuch der berechtigten Kinder von Asyl- bewerberinnen; Frage nach Fällen der Abweisung, des Fernbleibens sowie des Schulausschlusses und den dafür relevanten Kriteri- en; Übernahme der Kosten für die Nutzung öffentlicher Ver- kehrsmittel, für eine sonderpädagogische Betreuung in Sonder- einrichtungen sowie für die intensive schulische Betreuung von (schwerst-)behinderten Kindern?

KlAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/4445

Förderung des Landes für behinderte Kinder in der Grundschule
Rechtslage bzw finanzielle Zuständigkeit für die o.g. integrative Beschulung von Grundschulern

KlAnfr Christoph Bayer SPD 13.12.2005 und Antw KM Drs 13/4962

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern -Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als regu- läres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integra- tiven Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerken- nung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des An- spruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; In- formation der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Re- alschulen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4970

Internatskosten für behinderte Kinder und Jugendliche

Höhe der Kosten für die einzelnen Stadt- und LKreise nach Auf- lösung der Landeswohlfahrtsverbände im Zuge der Gewährung von Eingliederungshilfe für die o.g. Unterbringung in Heim- schulen mit Internat; Neuregelung der Finanzierung unter Be- rücksichtigung der Aufgabe des Landes zur Umsetzung der Schulpflicht?

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 14.12.2005 und Stellung- nahme KM Drs 13/4971
BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 104 105
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Kinder und Jugendliche mit autistischem Verhalten

Entwicklung der o.g. Zahlen sowie der Unterstützungs-, Therapie- und Förderangebote und deren Wahrnehmung seit 1999; Entwicklung der integrativen Beschulung sowie der Auf- gaben, Inanspruchnahme und Fortbildung der Ansprechpartner für Autismus in den Schulamtsbezirken im selben Zeitraum; Fortschreibung und Verbindlichkeit der Empfehlungen des KM

hinsichtlich integrativer Beschulung, gestützter Kommunikation u.a. Fördermaßnahmen

Antr
s. *Autismus*
Drs 13/5073

Auswirkungen der Präimplantationsdiagnostik auf die gesellschaftliche Akzeptanz von behinderten Kindern

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Qualität der Sonderschulpädagogik in BW, Ermöglichung einer Beschulung der Mehrheit von Kindern mit Behinderungen, Integration an allgemein bildenden Schulen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2814 2824 2834

Verbesserung der schulischen Integration, gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindergärten und Schulen, Verweisung auf das Netz von interdisziplinären Frühförderstellen und sozialpädiatrischen Zentren

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3547 3549 3552

Erfolgsbewertung der integrativen Schulmodelle

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4263

Erkennung und besondere Behandlung von Kindern mit psychischen oder körperlichen Defiziten im Kindergarten

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5423

Beklagung einer mangelnden Integration von behinderten Kindern in Regelschulen, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6966

Verweisung auf die Hindernisse bei der Integration von Kindern mit Behinderungen in das Regelschulwesen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7236 7244

Behörde

s.a. *Ausländerbehörde*
s.a. *Bürokratie*
s.a. *Ministerium*
s.a. *Öffentlicher Dienst*
s.a. *Sonderbehörde*
s.a. *Sozialbehörde*
s.a. *Verwaltung*

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 5)

Informations- und Kommunikationstechnik; Bestandsmanagement, Softwarebeschaffung und -nutzung bei verschiedenen Behörden des Landes

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/329

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der externen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr
s. *Gutachten*

Drs 13/832

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneueordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Suchtvorbeugung in Betrieben und Verwaltungen

Grundlage und Erfolg der o.g. Präventionsarbeit von Suchtauftragten bei Landesbehörden und Kommunen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Suchtbekämpfung*
Drs 13/1583

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 7) - Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Behördenunterbringung

Mittlg
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1748

Verwaltungsreform und Effizienzrendite

Begründung des Kostenabschlags von 20 Prozent bei der vorgesehenen Eingliederung von Behörden in die Landratsämter, Entwicklung der Personalkosten der 1995 in die Landratsämter eingegliederten früheren Sonderbehörden sowie der Kostenübernahme des Landes, Veranschlagung der Personalfluktuations- und des notwendigen Einstellungskorridors bei den zur Eingliederung bestimmten Behörden

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1973

Stellungnahmen von Landesbehörden zu Schuldenbereinigungsplänen

Einführung einheitlicher Regelungen für Landesbehörden, insbes für die Landesoberkasse, zur Zustimmung bzw Ablehnung von außergerichtlichen und gerichtlichen Schuldenbereinigungsplänen iRd Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung

KlAnfr
s. *Schulden*
Drs 13/2011

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Auflistung der von Abbau, Zusammenlegung und Eingliederung betroffenen Behörden sowie des Personalstands vor/nach der Reform; Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips; erzielbare

Effizienzrendite, Vergleich mit der Eingliederung von Sonderbehörden 1995; mögliche Kollisionen mit laufenden Reformvorhaben und der Stellung der Regionen; Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben und Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Stand und Erfolg der diversen Stellenabbauprogramme der LReg
Erreichte und noch geplante Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche und Behörden der Landesverwaltung; Verteilung auf Altersteilzeit, Frühpensionierung, Kündigungen, natürliche Fluktuation, Ausgliederung von Behörden oder Privatisierung von Aufgaben; Vorschaltung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion

KlAnfr
s. *Personalplanung*
Drs 13/2556

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2882

Das Landratsamt als Kreis- und Staatsbehörde

Auflistung der Aufgaben vor und nach der Verwaltungsreform, Anteil der staatlichen Aufgaben im Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Kreis (Gebietskörperschaft)*
Drs 13/3244

Veränderung der Aufgaben der Landratsämter nach Umsetzung des Verwaltungsstruktur-ReformGes

Auflistung der Aufgaben als untere Verwaltungsbehörden, der dafür benötigten Stellen und Finanzmittel vor und nach der Verwaltungsreform

Antr
s. *Kreis (Gebietskörperschaft)*
Drs 13/3267

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der weiteren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3388

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 8) - Vertretung der Dienststellen und Behörden des Landes bei Rechtsstreitigkeiten

Beachtung der Vorschläge des RH bei der Beauftragung von Rechtsanwälten

Mittlg
s. *Rechtsanwalt*
Drs 13/4103

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Umbau der Landesverwaltung; Verankerung von Zielvereinbarungen, Budgetierung und Evaluation; Berufung von Führungskräften auf Zeit, Stärkung von Managementkompetenzen mit einer Weiterbildungskonzeption, Verzicht auf die Einstellung von Beamten, Übernahme der aktuellen Tarifvereinbarung, Umwandlung von Behörden in wirtschaftlich selbstständige Einheiten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Ges über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land BW (InformationsfreiheitsGes BW - IFG B-W)

Eröffnung eines umfassenden Zugangsanspruchs für Bürger und Medien zu den bei Behörden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts vorhandenen Informationen bzw Akten, Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte unter Berücksichtigung des Datenschutzes

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4785

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Um-

setzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Aufbau elektronischer Bürgerdienste als Internetportal der Landesbehörden, Freischaltung des Behördenwegweisers

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4182 4188

Unterbringung von Behörden in Kulturdenkmälern

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5630 5632

Verbesserung der Zugänglichkeit von Behörden und deren Angeboten für Menschen mit Behinderungen mit dem Behindertengleichstellungsgesetz

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6324 6325 6328

Verbesserung der Zugänglichkeit von Behörden und deren Angeboten für Menschen mit Behinderungen mit dem Behindertengleichstellungsgesetz

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6372 6373 6376 6377

Behördliches Vorschlagswesen

s. *Vorschlagswesen*

Beihilfe für Bedienstete

Bearbeitung von Beihilfeanträgen

Zeitnahe Bearbeitung o.g. Anträge beim LBV

Antr SPD 26.06.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/31
EAntr CDU und FDP/DVP 14.11.2001 Drs 13/443
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 530-535
Mittlg FM 16.07.2002 Drs 13/1195 (11 S.)

Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung

Entwicklung der Aufgaben, der Beanspruchung und Personalausstattung des LBV seit 1990; Ursachen der Zunahme von Beihilfeanträgen und Bearbeitungszeiten; Darstellung der Möglichkeiten zur Verkürzung, u.a. durch Vereinfachung der relevanten Rechtsvorschriften

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 19.09.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/240

Einsparmöglichkeiten durch Angleichung der Beihilfe für Landesbeamte an das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung?

Vergleich o.g. Leistungen bzw Krankheitskosten für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst; Höhe der Einsparungen und notwendige Rechtsänderungen bei einer Angleichung der Systeme

Antr GRÜNE 28.05.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2123
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.05.2004 Drs 13/3239 S. 10 11
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Entwicklung der Beihilfeleistungen im Land BW für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Beihilfesituation von freiwillig versicherten Beamten und Ruhegehaltsempfängern

Entwicklung o.g. Ausgaben für Beihilfeleistungen im Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfall; Gegenüber-

stellung der Anteile von Beihilfeberechtigten mit einer privaten Restkostenversicherung sowie einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichbehandlung beider Gruppen in der ärztlichen Behandlung und entsprechenden Gebührenabrechnung, Vorschlag eines Beitragszuschusses zur Krankenversicherung bzw Einbeziehung der Beamten in die GKV

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 06.08.2003 und Antw FM Drs 13/2340

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbeamtenGes und der BeihilfeVO

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Rechtfertigung der Kürzungen bei der Beihilfe

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443

Einführung einer Verpflichtung der Ärzte zur Abrechnung nach normalen Sätzen iRd Beihilfe

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7342

Beihilfe (Subvention)

s. *Subvention*

Beimerstetten

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg
Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Beitragszeit in der Rentenversicherung

s. *Versicherungszeit*

Bekleidung

s. *Textilien*

Beleuchtung

Sicherheit im Straßenverkehr / Beleuchtung an Fahrrädern

Anteil der ohne Beleuchtung fahrenden Radfahrer; Forcierung der entsprechenden Kontrollen durch die Polizei bzw den Gemeindevollzugsdienst sowie der Verkehrserziehung an den Schulen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/4021

Belgien

§ 87 Abs 2 *AusländerGes (AuslG)*

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Benningen

Ausbau und Neubau der S 4/S 40 zwischen Freiberg und Backnang

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum geplanten Bau der S 40 zwischen Marbach und Backnang, Verknüpfung einer Förderzusage mit dem vertraglich fest vereinbarten zweigleisigen Ausbau der Strecke Freiberg-Benningen sowie mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Marbach?

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/3924

Ausbau der Stuttgarter S-Bahn-Linie 4 zwischen Freiberg und Benningen

Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4683

Ausbau der S-Bahn S 4 zwischen Freiberg und Benningen

Gründe für die Entscheidung gegen das o.g. Projekt trotz bestehender Vereinbarungen und der Bereitschaft aller übrigen Beteiligten zur Erbringung ihres Finanzierungsanteils, Höhe und Träger der Planungskosten für den Ausbau der S 4 und die Verlängerung der S 40 von Marbach nach Backnang, Frage nach anderen vorrangigen Projekten; Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4706

Förderung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Freiberg-Benningen und des S-Bahn-Ringschlusses Marbach-Backnang

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4806

Auswirkungen des Durchfahrverbots für Lkw in Pleidelsheim auf die Nachbarorte Freiberg und Benningen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103

Benzin

s. *Kraftstoff*

Benzol

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Berater

s. *Sachverständiger*

Beraterkreis Hochschulentwicklung

s. *Hochschule*

Beratungslehrer

Struktur und Effizienz der pädagogisch-psychologischen Beratung an baden-württembergischen Schulen

Zahl, Aus- und Fortbildung der Beratungslehrer an den einzelnen Schularten; Kooperation mit den Schulpsychologen- und Schulberaterstellen an den Oberschulämtern u.a. Institutionen; Anstrengung der Konzeption eines integrierten Beratungsangebots

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 07.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1969
BeschlEmpf und Bericht Schula 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 26 27
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Zukunft des Schulpsychologischen Beratungsdienstes in BW

Zahl der in den kommenden fünf Jahren ausscheidenden Schulpsychologen, Ersetzung durch ausgebildete Nachwuchskräfte

MdlAnfr 6) Christoph Bayer SPD 25.04.2005 Drs 13/4204
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6518

Bereitschaftsdienst

s.a. *Sonntagsarbeit*

Arbeitszeiten von Klinikärzten und im Rettungsdienst

Wertung von Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit, Unterstützung einer entsprechenden BRatsinitiative zur Nachbesserung des ArbeitszeitGes

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2058

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Entwicklung der Zuschüsse an die vier Universitätsklinika seit 1998; Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems auf die Einnahmeseite, des EuGH-Urteils zur Anrechnung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit sowie der unterschiedlichen Tarifvereinbarungen über Arbeitszeiten und Vergütungen; Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahmeverluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4595

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Ermächtigung des Justizministeriums zur Bestimmung eines Amtsgerichts zur Wahrnehmung der Aufgaben des richterlichen Bereitschaftsdienstes in einem Landgerichtsbezirk

GesEntw
s. *Amtsgericht*
Drs 13/5005

Bereitschaftspolizei*Einsätze der Bereitschaftspolizei BW*

Entwicklung der Personalstärke und Einsätze innerhalb und außerhalb des Landes in den letzten fünf Jahren, Frage nach einer gegenseitigen Kostenerstattung unter den BLändern sowie nach der Kompatibilität der eingesetzten Ausrüstung

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 14.09.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/230
BeschlEmpf und Bericht InnenA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 14-16
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Sicherheit in Mannheim - wie steht es mit der Polizeipräsenz?

Anfall von Überstunden durch Personalmangel, Zuteilung von Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei und zusätzlichen Beamten iRd Sonderkontingents, Berücksichtigung der Kriminalitätsbelastung bei der Stellenzuteilung

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/1538

*Haushalt 2004; Epl 03**Aufstockung der Zahl von Anwärterstellen bei der Bereitschaftspolizei*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2803-3 S. 24
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2843-3 S. 5
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4181-4203

Vollzugsfremder Einsatz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Personalverwaltung, Rechnungsführung u.ä. bei der Verwaltung der Bereitschaftspolizei durch Polizeibeamte; Ersetzung durch Angestellte oder Arbeiter; Neuorganisation der technischen Dienste, Zuordnung der Berufsgruppen Schreiner, Elektriker, Installateure zum Referat Technik

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/3130

Bereitschaftspolizei

Vorgesehene Sanierungsmaßnahmen an den einzelnen Gebäuden und Standorten der Bereitschaftspolizei; Frage nach Prioritäten, Kosten, zeitlichen Abläufen und Schließungsplänen

Antr Günter Fischer u.a. SPD 01.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3341
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 22 23
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr am Stuttgarter Flughafen

Rechtsgrundlage, Zielsetzung und Ablauf der o.g. Übung (mit einer simulierten Geiselnahme); Zahl und Vorbereitung der eingesetzten Beamten des Sondereinsatzkommandos und der Bereitschaftspolizei; Darlegung der Vorfälle und Konsequenzen; Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel? Frage nach Videoaufnahmen und Forderungen von Beteiligten nach Löschung der Aufnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3838

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 03**Aufstockung der Zahl von Anwärterstellen bei der Bereitschaftspolizei*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4003-2 S. 38 39
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4043-1 S. 2 3
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Zukunft der baden-württembergischen Polizeischulen

Auswirkungen einer Verlegung des Zugs der Biberacher Bereitschaftspolizei nach Böblingen auf die übrigen Standorte der Bereitschaftspolizei; Vorlage eines Gesamtkonzepts über die beabsichtigten Strukturveränderungen unter Zugrundelegung der Einstellungszahlen bis zum Jahr 2010; Vereinbarkeit mit der Aussage des IM zur Erhaltung der fünf Polizeischulen auch mit niedriger Auslastung

Antr
s. *Akademie der Polizei*
Drs 13/4094

*Haushalt 2006; Nachtrag**Aufstockung der Zahl von Anwärterstellen bei der Bereitschaftspolizei*

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 1 S. 52
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-1 S. 2
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Stärkung der Bereitschaftspolizeien der Länder zur Bekämpfung des Terrorismus

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 364

Aufstockung der Einstellungszahlen bei der Bereitschaftspolizei

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5911

Bergbahn

s. *Seilbahn*

Bergbauer

s. Höhenlandwirtschaft

Bergsteigen

s. Freizeitsport

Bergwacht

Einsatzbereitschaft der Bergwacht

Entwicklung der Anforderungen für Routine- und Notfalleinsätze bei der Bergwacht Schwarzwald in den letzten zehn Jahren; Gewährleistung einer zeitgemäßen technischen Ausstattung

Antr Herbert Moser u.a. SPD 07.08.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/166

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 44
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Bergwerk

s.a. Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein
Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr
s. Salz
Drs 13/48

Zukunft der Landesanteile an der SWS AG

Höhe der Ausschüttungen seit 1993, Perspektiven für die wirtschaftliche Tätigkeit der Salzbergwerke in Bad Friedrichshall als Salzwerke sowie als Sondermülldeponie, Einschätzung des Zeitpunkts für einen Verkauf der Anteile

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 19.02.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1810

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen

Antr
s. Salz
Drs 13/2462

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem BundesbergGes, der Elektro-BergVO, der Feldes- und FörderabgabeVO, der Seismik-BergVO, der Allgemeinen BergpolizeiVO sowie der BergpolizeiVO über Schacht- und Schrägförderanlagen; Änd der Tiefbohr- und Gasspeicher-BergpolizeiVO

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Bericht des Datenschutzbeauftragten

s. Datenschutzbericht

Berlin

s.a. Grüne Woche

Kein Zentrum gegen Vertreibung in Berlin

Ablehnung des o.g. Zentrums; Eintreten für das vom polnischen Staatspräsidenten und dem früheren deutschen Bundespräsidenten unterstützte „Europäische Netzwerk Zwangsmigration und Vertreibung“

Antr
s. Vertriebener
Drs 13/3497

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 164

Vorschlag einer Ampelkoalition in Berlin, Ablehnung einer Regierungsbeteiligung der PDS; Vollzugsdefizit im Bereich der inneren Sicherheit in Berlin

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 369 372 373

Scheitern einer Wiedervereinigung der Länder Berlin und Brandenburg

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1162 1164

Vergleich der Kinderbetreuungsangebote und Schulen in Berlin und BW; Beurteilung der finanziellen Miswirtschaft in Berlin und der begehrten Sanierung vom Bund und den übrigen Ländern

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604 3608

Klage des Landes Berlin auf Feststellung einer Haushaltsnotlage, finanzielle Belastung des Bundes und der übrigen Länder im Falle eines positiven Urteils für Berlin

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136

Ablehnung des Berliner Modells eines nicht bekenntnisgebundenen Werteunterrichts; Eintreten für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6403

Positive Bewertung der an einer Realschule in Berlin eingeführten Pflicht zur Benutzung der deutschen Sprache auf dem gesamten Schulgelände

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7656 7669

Bermatingen

Übernahme der Finanzierung des kommunalen Anteils an der Südumfahrung Markdorf und der Umfahrung Bermatingen aus Landesmitteln

KlAnfr
s. Ortsumgehung
Drs 13/539

Bernhausen

s. *Filderstadt*

Berroth, Heiderose MdL FDP/DVP

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625

Beruf

s.a. *Berufliche Bildung*

s.a. *Berufsvorbereitung*

s.a. *Jugendberufshelfer*

s.a. *Kontaktstelle Frau und Beruf*

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Umfang und Zusammensetzung o.g. Immigranten nach Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Beruf bzw. beruflicher Qualifikation; Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Integration

GrAnfr

s. *Juden*

Drs 13/98

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung der Beratung von Frauen zur Berufsrückkehr

GrAnfr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/248

Familienunterstützende Angebote in BW

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von Betriebskindergärten sowie Teilzeitarbeitsplätzen, insbes. auch für Führungskräfte; Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf, Auszeichnung vorbildlicher Betriebe

GrAnfr

s. *Familie*

Drs 13/681

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Krankheitshäufigkeit von Frauen und Männern, Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf, Art der Befunde für die Verordnung von stationären Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen bzw. von Kuren, Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei weiblichen und männlichen Versicherten

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1240

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/2327

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugendliche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3300

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studierverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/3418

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Landesbeamte / Arbeitszeitverordnung

Ermöglichung von mehr Flexibilität bei der Festlegung der Arbeitszeit für Eltern mit Kleinkindern durch eine Reform der AZ-VO

KIAnfr

s. *Arbeitszeit*

Drs 13/3546

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Entwicklung der Zahl von Berufsschülern mit der Doppelqualifikation Berufsabschluss und Fachhochschulreife sowie mit Fremdsprachenzertifikat in den letzten fünf Jahren differenziert nach Berufen, Zielvorgaben für die nächsten Jahre, Angebot von Fremdsprachenunterricht für alle Berufsschüler; Ermöglichung eines Studiums für Meister, Fachwirte u.a. qualifizierte Berufstätige ohne Eignungsprüfung nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3562

Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur

Beurteilung der Forderungen von Kammern und Verbänden der Arbeitgeber nach Zulassung von besonders qualifizierten Berufstätigen auch ohne Abitur und Eignungsprüfung zum Studium an Fachhochschulen und Universitäten sowie der dazu angeführten Argumente; Gewährung eines grundsätzlichen Fach-

hochschulzugangs für Absolventen mit Gesellenbrief sowie eines uneingeschränkten Hochschulzugangs für Meister und Fachwirte

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4336

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4528

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsVO im Einvernehmen mit dem Landesauschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4607

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4732

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung; Eintreten für gestufte Berufsabschlüsse

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 48-51

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und Männer zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 78 86 94 101 104 111 120

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 786 787 789-793

Bewertung der Offensive zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 804 805 811 812 823

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 845 854 898 905 906 909

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1686 1712 1713 1717-1719

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1737 1743 1744 1760 1761 1764-1766 1772 1773 1775 1778 1781-1793

Nutzung des Begabungspotenzials von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe, Überwindung der Trennung in so genannte Frauen- und Männerberufe sowie der Barrieren zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1861

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1896 1897

Notwendigkeit von neuen und flexiblen Berufsbildern sowie Kurzeitausbildungen, Ermöglichung der zweijährigen Werker-ausbildung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2846 2848 2850 2851 2853-2855

Plädoyer für eine mehr bedarfsorientierte Berufswahl und zur Entwicklung neuer Berufsbilder

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3202

Suche nach geeigneten Berufen für Hauptschulabsolventen, Steigerung der Interessen für technische Berufe, Notwendigkeit von mehr Flexibilität beim Berufswunsch

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519-3524

Politik für ein kinderfreundliches BW zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Notwendigkeit eines früheren Einstiegs ins Berufsleben

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604 3617 3624 3633 3634 3641 3642

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau des Angebots an Ganztagschulen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3834 3835 3839-3841 3843 3845 3846

Notwendigkeit von neuen und flexiblen Berufsbildern sowie Kurzeitausbildungen, Verbesserung der Berufsreife der Schulabgänger, Notwendigkeit von mehr Flexibilität beim Berufswunsch

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3860-3862 3864-3871 3890

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau des Angebots an Kleinkindbetreuung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322-5329

Ausbau der Kinderbetreuung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6410 6429

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Novellierung des LGleichberechtigungsges

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6934-6939

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Novellierung des L Gleichberechtigungsges

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7068 7070-7074 7112-7114

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7122 7125 7127

Ausbau der Kinderbetreuungsangebote zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Vermittlung von Eindrücken über die Berufswelt iRd Ganztagsangebote an den Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7201 7203-7208 7216 7217 7222 7223

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau des Angebots an Kleinkindbetreuung; Kritik an Altersbeschränkungen bei bestimmten Berufen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7554 7555 7557-7560 7562 7563

Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen sowie der Kinderbetreuungsangebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Beruf

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7936-7938 7943 7948 7951

Berufliche Ausbildung

s. Berufliche Bildung

Berufliche Bildung

s.a. Ausbildungs- und Prüfungsordnung

s.a. Ausbildungsabgabe

s.a. Ausbildungsabschluss

s.a. Ausbildungsförderung

s.a. Ausbildungsstätte

s.a. Auszubildender

s.a. Berufsbildende Schule

s.a. Berufsvorbereitung

s.a. Fortbildung

s.a. Lehrerbildung

s.a. Praktikum

Handwerkspolitik in BW

Förderung der Bildungs- und Technologiezentren, Weiterentwicklung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

Antr

s. Handwerk

Drs 13/46

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Umfang und Zusammensetzung o.g. Immigranten nach Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und Beruf bzw beruflicher Qualifikation; Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Integration

GrAnfr

s. Juden

Drs 13/98

Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Förderung der beruflichen Bildung iRd Entwicklungszusammenarbeit

Antr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/370

Integration von Migranten in BW

Gezielte Nutzung von Mehrsprachigkeit bei der Förderung von Ausbildungsprojekten

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

Tertiäre Ausbildungsangebote im Bereich der Biotechnologie

Frage nach o.g. Studiengängen und Ausbildungsmöglichkeiten an Universitäten, FH, Berufsakademien, Berufskollegs, privaten Schulen und Berufsschulen; Darlegung der jeweiligen Standorte und Zahl von Studienplätzen

Antr

s. Biotechnologie

Drs 13/455

Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung

Berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote von privaten Trägern, Handwerkskammern, IHK, Berufsschulen und Volkshochschulen; Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsträgern, Zusammenschluss von überbetrieblichen Bildungsstätten

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 29.11.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/495

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 12 13

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Übergangsquoten von Schülern mit/ohne Schulabschluss in Werkrealschulen, Berufsfachschulen, ins Berufsvorbereitungsjahr und eine Berufsausbildung; Darstellung der Wege von Aussiedlerkindern sowie der Kooperation mit Unternehmen

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/590

Anrechnung der Schlüsselqualifikationen von Familienfrauen auf bestimmte Ausbildungen und eine damit verbundene Verkürzung von Ausbildungszeiten

Anrechnung der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie von ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen Bereich bei Ausbildungen nach der Familienphase, Gewinnung von Altenpflegerinnen und Hauswirtschafterinnen, Entwicklung der Ausbildungstätigkeit und der Chancen am Arbeitsmarkt für Hauswirtschafterinnen

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 19.12.2001 und Antw SM Drs 13/604

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Aufstockung der Mittel für Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbes im Bereich der überbetrieblichen Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-10 S. 40 41

Antr GRÜNE 17.01.2002 Drs 13/657-19 S. 57

ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.01.2002 Drs 13/657-20 S. 58-61

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt

Vergleich der o.g. Erfordernisse mit dem beruflichen Bildungssystem; Auswirkungen des hohen Anteils von ausländischen Ju-

gendlichen ohne Berufsabschluss

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb
Angebot und Einzugsbereiche des zehnten Schuljahres bzw Werkrealschulabschlusses; Entwicklung der Absolventenzahlen differenziert nach Geschlecht sowie der Übergänge in die zwei-jährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/1139

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung
Änd der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst

GesEntw
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/1372

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der Bildungszentren des Handwerks, Beurteilung einer Rückübertragung hoheitlicher Aufgaben auf den Staat, Festhalten am gesetzlichen Auftrag der beruflichen Aus- und Weiterbildung?

GrAnfr
s. *Industrie- und Handelskammer*
Drs 13/1664

Geplante Streichung der Kofinanzierungsmittel des Landes für ESF-Projekte

Höhe des o.g. Mittelzuflusses aus dem Europäischen Sozialfonds Ziel 3 für Projekte im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Zahl und Volumen der von einer Streichung betroffenen Anträge; Fortführung des Mittelabrufs und der Kofinanzierung

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/1688

Ausbildungsfähigkeit von Hauptschulabsolventen

Zahl der Schüler ohne Abschluss seit 1998, Förderprogramme von Unternehmen für Absolventen mit mangelnder Qualifikation, Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hauptschulen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 22.04.2003 und Antw KM Drs 13/2020

Novellierung der Handwerksordnung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Ermöglichung der Selbstständigkeit in den verbleibenden Bereichen nach zehnjähriger Berufserfahrung; Auswirkungen auf die Zahl der Unternehmen, Beschäftigten und Auszubildenden und das Prüfungsgeschehen; Kompensation der infolge der Reform abnehmenden Wirtschafts- und Ausbildungsleistung des Handwerks

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/2119

Offenburger Modell

Beurteilung des o.g. Modells zur betrieblichen Ausbildung von schwächeren Jugendlichen, Zahl der Abschlüsse als Fachwer-

ker und Geselle sowie von vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen, Vergleich mit anderen Modellen; Förderung der Übergänge in die duale Ausbildung durch flächendeckende Schulsozialarbeit an den Hauptschulen

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/2141

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung auf die berufliche Bildung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Auswirkungen auf die Aufgabenstruktur der Handwerkskammern sowie auf die Bildungs- und Technologiezentren; Umfang der Förderung der BTZ vonseiten der EU, des Bundes und Landes seit 1988

KlAnfr
s. *Handwerk*
Drs 13/2151

Der deutsche Meisterbrief - Qualitätssicherung für Ausbildung

Aktuelle Debatte
s. *Meister*
PIPr 13/48 S. 3348

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2327

Ausbildungsabbrecher

Zahl, Ursachen und Zeitpunkt von Ausbildungsabbrüchen bzw von Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss in den Jahren 1990, 1995, 2000 und 2001

Antr
s. *Auszubildender*
Drs 13/2335

Mittelstand und Blasmusik in BW

Aussagen des WM zur Höhe der Förderung von Trachtengruppen, Blaskapellen, des Mittelstands und der überbetrieblichen Ausbildung; Darstellung der jeweiligen Etatansätze; Maßnahmen zur Behebung des kritisierten Missverhältnisses

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/2418

Konsequenzen der zentralen Ausschreibung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen durch das Landesarbeitsamt für Jugendliche in BW

Auswirkungen des o.g. Modellprojekts, Einhaltung der Vorgaben des EU-Vergaberechts; Entwicklung der Mittelvergabe und Teilnehmerzahlen, Auswirkungen der Verkürzung von Fördermaßnahmen; Fortsetzung der Förderung bedarfsgerechter Angebote für Jugendliche

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2439

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 18) - Förderung der beruflichen Bildung

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XV. S. 5
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 30.06.2004 Drs 13/3315

Prüfertätigkeit von Berufsschullehrerinnen und -lehrern in Prüfungsausschüssen nach dem BerufsbildungsGes (BBiG)

Verweigerung der Mitwirkung von Berufsschullehrern in den Prüfungsausschüssen aufgrund der erneuten Erhöhung ihrer Unterrichtsverpflichtung, Gefährdung der nächsten Abschlussprüfung für Auszubildende; Anerkennung der Mitwirkung als Teil der Deputatsstunden

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/2528

Schule für Erziehungshilfe

Umfang der Kooperation mit allgemeinen Schulen und dem Berufsvorbereitungsjahr, Begleitung der Absolventen während der Berufsausbildung

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/2621

Neue Ansätze der Sonderpädagogik in BW

Entwicklung der Rahmenbedingungen und Strukturen der sonderpädagogischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an allgemeinen und Sonderschulen, Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte, in der beruflichen Eingliederung, der Frühförderung u.a.; Anteil von Schülern mit schweren Mehrfachbehinderungen; personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen, Lehreraus- und -fortbildung; Abmilderung der Folgen des Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der beruflichen Bildung von Behinderten

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 13/2818

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der ZuständigkeitsVO zum BerufsbildungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Bewertung des Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs aus Sicht des Landes BW

Auswirkungen des o.g. Ausbildungspakts der BReg und Spitzenverbände auf den Lehrstellenmarkt in BW, Ableitung verbindlicher Ansprüche auf die Schaffung neuer Ausbildungsplätze?

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 23.06.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3299 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 5-7
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugendliche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 23.06.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3300
BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 17 18
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie in den Unternehmen und Betrieben des Landes

Bereitstellung der iRd Ausbildungspakts auf Bundesebene verabredeten neuen Ausbildungsplätze durch die Unternehmen in BW, Einbeziehung der Gewerkschaften, Ermittlung des spezifischen regionalen Bedarfs, Erhöhung der Fördermittel für die überbetriebliche Ausbildung und Verbundausbildung, Ausbau der schulischen Ausbildungsangebote entsprechend der Nachfrage, Förderung von benachteiligten Jugendlichen nach dem „Offenburger Modell“

ÄAntr SPD 30.06.2004 Drs 13/3326
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5043-5054

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Entwicklung der Zahl von Berufsschülern mit der Doppelqualifikation Berufsabschluss und Fachhochschulreife sowie mit Fremdsprachenzertifikat in den letzten fünf Jahren differenziert nach Berufen, Zielvorgaben für die nächsten Jahre, Angebot von Fremdsprachenunterricht für alle Berufsschüler; Ermöglichung eines Studiums für Meister, Fachwirte u.a. qualifizierte Berufstätige ohne Eignungsprüfung nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr GRÜNE 21.09.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3562

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 29.09.2004 und Antw WM Drs 13/3592

Aussagekraft der Ausbildungsstatistik

Zahl der von den Unternehmen iRd Ausbildungspakts zusätzlich angebotenen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Anteil von Jugendlichen ohne Interesse an einer betrieblichen Ausbildung oder alternativ angebotenen Einstiegsqualifizierung, Auswirkungen der fehlenden Meldepflicht einer erfolgreichen Lehrstellensuche auf anderem Wege bei den Arbeitsagenturen; Möglichkeiten einer Präzisierung der o.g. Statistik

GrAnfr FDP/DVP 24.11.2004 und Antw WM Drs 13/3776

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebentätigkeitsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Beamter*
Drs 13/3783

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufsschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen Altersjahrgangsgröße

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 16.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3908
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 33 34
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Haushalt 2005 und 2006; Epl 07

Aufstockung der Mittel für Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbes im Bereich von Ausbildungsverbänden und der überbetrieblichen Ausbildung

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4007-3 S. 23
EAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4007-4 S. 24
ÄAntr GRÜNE 19.01.2005 Drs 13/4007 15-16 S. 35 36
ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.01.2005 Drs 13/4007-Reste 07/1 S. 42-44
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

Zweijährige kooperative Berufsfachschule (BFS)

Entwicklung des Schulversuchs nach Schülerzahlen, Schulstandorten, Berufsfeldern und Übergängen in die duale Ausbildung; Ausbau des Projekts angesichts der ständig wachsenden Zahlen von Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/4076

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 23.02.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4089 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 13-16
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Schulische Bildung im Strafvollzug nach der Kürzung der Mittel für Träger des Zweiten Bildungswegs

Auswirkungen des Wegfalls von Realschulkursen auf die darauf aufbauenden Berufsausbildungsmöglichkeiten, betroffene Anstalten und Kurse; Erhaltung der Bildungsangebote und Wege zum Erreichen von Bildungsabschlüssen im Strafvollzug

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/4173

Bestand und Bewertung betrieblicher Einstiegsqualifikationen

Zahl der geschaffenen und besetzten Plätze iRd Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in BW, Anforderungen des Programms und der Unternehmen gegenüber den Jugendlichen, Zahl der zu erwartenden Abschlüsse eines Ausbildungsvertrags; Gleichstellung des Jahres in der betrieblichen Einstiegsqualifikation und der damit verbundenen Vorbereitung auf einen anerkannten Ausbildungsberuf mit dem Besuch des BVJ

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4184

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsVO im Einvernehmen mit dem Landesauschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 17.08.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4607
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 19.10.2005/08.02.2006 Drs 13/5138 (dazu Antr Georg Wacker CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP) S. 69-72
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsvorbereitungsjahr

Darlegung des o.g. Angebots an den Standorten beruflicher Schulen, Zahl der Schüler je Klasse, Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine duale Berufsausbildung in den letzten drei Schuljahren, Gewährleistung eines Betriebs-

tages sowie der Teilnahme des von freien Trägern angebotenen BVJ an den Kooperationsklassen

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4656

Auswirkungen der novellierten Handwerksordnung

Auswirkungen der Abschaffung der Meisterprüfung auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität und Ausbildungsbereitschaft in den einzelnen Branchen und Betrieben; Bewirkung von mehr Existenzgründungen, Schwarzarbeit und Insolvenzen?

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/4755

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung der Mittel für Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbes im Bereich von Ausbildungsverbänden und der überbetrieblichen Ausbildung

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 10 S. 64
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-11 S. 17
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Feststellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, Eintreten für gestufte Ausbildungsgänge

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48 49

Investitionen in die berufliche Bildung

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 336 339 342

Bedeutung der Ausbildung für die Wirtschaftsentwicklung, Verbesserung der Rahmenbedingungen an den beruflichen Schulen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 504 505

Investitionen in die berufliche Bildung, Rücknahme der Kürzung für die überbetriebliche Ausbildung im Handwerk

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 698-700 702-705

Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Beruf durch Jugendagenturen und Jugendberufshelfer; Erweiterung der beruflichen Bildungsangebote; Ausbildungsleistung des Handwerks

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 738 741 766 767 771-775

Investitionen in die berufliche Bildung, Rücknahme der Kürzung für die überbetriebliche Ausbildung im Handwerk

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942-945 948-950 953 954

Ausbildungsquote von ausländischen Jugendlichen, Kritik an der Streichung von berufsorientierenden Sprachkursen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1229 1234 1235

Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1709-1713 1716 1718

Stärkung des beruflichen Schulwesens, Anstrebung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, Beklagung der mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger, Verweisung auf die Jugendberufshelfer

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1745 1754-1756

Ausbildungsqualität im Strafvollzug

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2141-2143 2145 2146 2148 2149

Ausbildungsleistung des Mittelstands, Beitrag des Bundes zur Modernisierung der Berufsausbildung, Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2368 2369 2372

Empirisches Fundament und gesellschaftliche Bedeutung der beruflichen Bildung; Problematik der mangelnden Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; Verweisung auf die Vielfalt und Qualität der beruflichen Bildungsangebote in BW; Erfolgsbewertung des Bündnisses für Ausbildung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2807 2809-2811 2822 2828-2830 2833 2845-2855

Zulauf der beruflichen Vollzeitschulen infolge des Lehrstellendefizits, Beklagung der mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger; Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3152-3162 3172 3200-3209

Abmilderung der Probleme am Ausbildungsmarkt, Zulauf der beruflichen Vollzeitschulen infolge des Lehrstellendefizits, Verbesserung der Berufsreife der Schulabgänger, Anündigung eines Zehnpunkteprogramms der KMK zur beruflichen Bildung

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3518-3528

Investitionen in die berufliche Bildung; Verkürzung der Erstausbildungszeiten; Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3601 3603 3633 3634 3666

Verzicht auf eine Lehrstellenabgabe, Stellenwert des dualen Ausbildungssystems, Reformbedarf des Systems

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855-3871 3921

Verweisung auf eine differenzierte Infrastruktur im Bereich der beruflichen Bildung; Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4277 4288 4291-4294 4297 4298

Anstrebung der Ausbildungsfähigkeit aller Hauptschüler

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4831

Ausbildungsreife von Schulabgängern; Kritik an der Mittelkürzung für die Ausbildungsförderung im Mittelstand; Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5869 5870 5873 5878 5887 5891 5892 5896

Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren; Verweisung auf eine differenzierte Infrastruktur im Bereich der beruflichen Bildung; Beitrag des Landes an der Novellierung des BerufsbildungsGes; Würdigung der Ausbildungsleistung des Handwerks

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5967 5986-5992 5994 5996 6002-6004 6016 6017 6021 6025 6026 6032 6035

Kritik der Arbeitgeber an der Ausbildungsreife von Schulabgängern, Zahl und Ausbildungsanschlüsse der Jugendlichen im BVJ und in der einjährigen Berufsfachschule, Gesamtbewertung der beruflichen Bildung in BW u.a. BLändern

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288-6297

Weiterentwicklung des dualen Systems, Stärkung der Berufsschule

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6413

Qualitätsbewertung der beruflichen Bildung und Schulen, Kritik an den Kürzungen für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6469 6470 6476 6496

Anerkennung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung, Ermöglichung des Studiums für qualifizierte Berufstätige

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6950

Bezeichnung der beruflichen Bildung als Flaggschiff des Bildungssystems in BW, Anstrengung einer europäischen Vergleichbarkeit der beruflichen Bildung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6964 6966-6968

Begrüßung der bilingualen Ausbildung entlang der Rheinschiene, Qualifizierung junger Menschen für den gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt, Thematisierung der beruflichen Bildung im jüngsten Europabericht

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7132-7134 7136 7141

Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren bzw den Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7319 7355-7358

Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7491-7493 7497 7509-7512

Bemühungen um eine Verkürzung der Ausbildungszeiten, modulare Gestaltung der Ausbildung; Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7560 7586 7587 7589 7596 7601

Berufliche Fortbildung

s. Fortbildung

Berufliche Schule

s. Berufsbildende Schule

Berufliche Weiterbildung

s. Fortbildung

Berufliches Gymnasium

s. Fachgymnasium

Berufsabschluss

s. Ausbildungsabschluss

Berufsakademie

Vergütungen von Lehrbeauftragten

Aussage der Koalitionsvereinbarung zur Erhöhung o.g. Vergütungen an Hochschulen und Berufsakademien, Gründe und Folgen einer Ausklammerung der Fachhochschulen; einheitliche

Festsetzung von Höchstsätzen für die Vergütung an allen Hochschularten, Belassung einer möglichen Ausdifferenzierung nach unten in der Eigenständigkeit der Hochschulen

Antr

s. Lehrbeauftragter an Hochschulen

Drs 13/177

Bedeutung und Entwicklung der Verbundforschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in BW

Umfang und Zielprojekte der o.g. Förderung seit 1996, Vergleich mit Bayern und RPF, beteiligte Einrichtungen und Unternehmen, Beurteilung der Studiengänge an der FH Aalen und der BA Villingen-Schwenningen sowie des Programms „Innovationsassistent“, Ausgestaltung der Regelungen und Schutzrechte über die Verwertung der Forschungsergebnisse

Antr

s. Forschung

Drs 13/584

Promotion von Absolventen der FH und Berufsakademien

Bewertung o.g. Zahlen im Vergleich zu anderen BLändern, Darlegung der Entwicklung bei den Absolventen der Berufsakademien und der Württembergischen Notarakademie

Antr

s. Promotion

Drs 13/635

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Polizei, der Fachschulen und Berufsakademien

GrAnfr

s. Kultur

Drs 13/1012

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr

s. Hochschule

Drs 13/1021

Einrichtung eines Studiengangs Diplom-Landwirt (BA) an der Berufsakademie Mosbach

Antr

s. Landwirt

Drs 13/1273

Ges zur Änd des LandesbesoldungsGes

Höherstufung der Ämter der Direktoren der großen Berufsakademien von Besoldungsgruppe B 2 nach B 3

GesEntw

s. Besoldung

Drs 13/1431

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen,

PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr
s. *Student*
Drs 13/1586

Frauenanteil an Hochschulen

Entwicklung 2002 gegenüber 1992 und 1997 nach Berufsakademien, FH und Universitäten, nach Ebenen, Fakultäten, Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren; Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen; geschlechterspezifische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und Studierendenvertretungen; Möglichkeiten zur Erhöhung des jeweiligen Frauenanteils

KlAnfr
s. *Frau*
Drs 13/1863

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes und der Hochschul-Ges

Einführung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Studierenden an den Hochschulen und Berufsakademien, Ersetzung der Regelungen über die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des KunsthochschulGes, FachhochschulGes und BerufsakademieGes

GesEntw
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/2030

Administration des Verwaltungskostenbeitrags und der Rückabwicklung der verfassungswidrigen Immatrikulations- und Rückmeldegebühren an den Hochschulen

Frage nach einer Kollision zwischen bereits angelaufenen Rückmeldeverfahren und dem Inkrafttreten der Rechtsgrundlage für die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags; vorhandene und tatsächlich notwendige Verwaltungskapazitäten und anfallende Kosten an den Hochschulen, Berufsakademien und PH; rechtliche Bewertung der vom Minister angedrohten Exmatrikulation in Fällen der Zahlungsverweigerung; aktuelle Information der Betroffenen über die Homepage des MWK

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/2191

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Stand und Bedingungen der nationalen und internationalen Anerkennung des Abschlusses, Art und Erfolg von Bemühungen der Absolventen um ein Anschlussstudium oder eine Promotion an einer Hochschule; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung, Beurteilung der generellen Einführung und Anerkennung von Bachelor-Abschlüssen, Chancen für den Ausbau der Berufsakademien zur „Dualen Hochschule“ und damit zur Gleichwertigkeit mit den anderen Hochschularten

GrAnfr SPD 15.10.2003 und Antw MWK Drs 13/2499 (15 S.)
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6526-6533

Zugangsberechtigung für Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife zu den Berufsakademien

Regelung der Zulassung zum Studium an Berufsakademien in BW u.a. BLändern; Hinwirkung auf eine Öffnung auch für Bewerber mit Fachhochschulreife

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 16.12.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2740
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 56 57
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Modernisierung der Landwirtschaftsaus- und -weiterbildung

Stand der Meisterausbildung im Bereich Buchführung und Vermarktung, Fortbildung der Ausbilder, Modernisierungspläne für die Zeit nach der Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftsverwaltung in die Landratsämter, vorgesehene Bildungspläne in der neuen Schweinezuchtanstalt in Boxberg; Vorlage einer Ausbildungskonzeption, Zusammenfassung in wenigen Landwirtschaftszentren, Optimierung der Ausbildungsstätten bis hin zur Einrichtung einer Diplom-Landwirt-Ausbildung (BA) an einer geeigneten Berufsakademie wie etwa in Mosbach

Antr
s. *Landwirt*
Drs 13/2796

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studierverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3418

Bologna-Prozess und weitere Entwicklung der Berufsakademien in BW

Bemühungen zur Verankerung der Berufsakademien als Hochschulen eigener Art sowie um nationale und internationale Anerkennung der Abschlüsse im Zuge der o.g. Entwicklung, modellhafte Erprobung von Master-Studiengängen, Umfang der Nutzung des Zugangs zu weiterführenden Hochschulstudiengängen durch parallele Einschreibung im letzten Ausbildungsjahr an der Open University London, Entwicklung der beruflichen Perspektiven der Absolventen, Anteil der von hauptamtlichem Personal erbrachten Lehrleistungen

Antr FDP/DVP 05.10.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3619
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 03.03.2005 Drs 13/4277 S. 48 49
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung des UniversitätsGes, FachhochschulGes, KunsthochschulGes, BerufsakademieGes und des Ges über die PH zu einem verschlankten und deregulierten LHochschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstrengung einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr

s. *Frauenförderung*

Drs 13/5084

Bauvorhaben an Berufsakademien

Auswirkungen der mit der Akkreditierung der Bachelor-Studiengänge notwendigen Anpassungsmaßnahmen auf die räumliche Infrastruktur, Darlegung der vorgesehenen Ausbau- und Sanierungsvorhaben

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 24.03.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4182

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 23 24

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Frage nach Lösungsvorschlägen der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Hochschulen und Berufsakademien, Umgang mit der verstärkten Nachfrage nach Studienplätzen aus Bayern bereits 2011, Studienmöglichkeiten in anderen BLändern, vorübergehende Kürzung der Quote von Studienbewerbern aus Nicht-EU-Staaten, befristete Bereitstellung eines neuen Typs von Hochschullehrern, Nutzung der kompensierenden Instrumente einer verminderten Abbrecherquote und von verkürzten Studienzeiten, Aufnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen in ein Dringlichkeitsprogramm u.a.m.

Antr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4326

Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

Vorlage einer Bestandsaufnahme zum Sanierungsbedarf an Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien

Antr

s. *Sanierung*

Drs 13/4369

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Studiengänge und Studienplätze an den staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien seit 1996; Ausbau der Hochschule Pforzheim und der Berufsakademie Außenstelle in Horb?

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Universitäten, FH und Berufsakademien

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzelnen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums ohne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr

s. *Ausländischer Student*

Drs 13/4612

Zahlen zu Studienanfängern und Studienberechtigten 2004 und 2005 in BW

Zahl von Studienberechtigten, von Studienanfängerplätzen und Studienanfängern an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien; Anteil von Bildungsausländern

KIAnfr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4657

Studiengebühren; hier: Gebührenpflicht auch für betriebliche Ausbildungsphasen in den Studiengängen an Berufsakademien?

Begründung der o.g. Gebührenpflicht im Gegensatz zu Praxissemestern an FH und bei den Studiengängen für das Lehramt am Gymnasium, Vereinbarkeit mit dem gebührenrechtlich geforderten Äquivalenzprinzip, Frage nach einer Prüfung iRd beider Gutachten zur Einführung von Studiengebühren, Betrachtung der Darlehensrückflüsse von Absolventen der Berufsakademien als Absicherung des Studienfonds vor den Ausfallrisiken der Absolventen anderer Hochschularten?

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4676

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4738

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw

s. *Hochschule*

Drs 13/4732

Anerkennung von Abschlüssen an privaten Berufsakademien

Möglichkeiten und Voraussetzungen zur staatlichen Anerkennung o.g. Abschlüsse und Berufsakademien; laufbahnrechtliche Bewertung der Abschlüsse bei Bewerbern für den Landesdienst im Vergleich zu Absolventen von Fachhochschulen

KIAnfr Claus Wichmann SPD 28.10.2005 und Antw MWK

Drs 13/4795

Flächenbedarf bei Studienplätzen

Gründe für die Differenzierung der Bedarfsgrößen bei den Bau- und Entwicklungsplanungen für die Hochschulen und Berufsakademien

GrAnfr
s. *Studienplatz*
Drs 13/4843

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank

GesEntw
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4858

Vorbereitung eines Solidarpakts II

Ausgestaltung und Laufzeit des neuen Solidarpakts ab 2006, Einbeziehung aller Hochschularten einschließlich der Berufsakademien bzw der Einnahmen, Verwaltungskosten und Ausfallsicherung von Studiengebühren; Berücksichtigung der Gebäudewirtschaftungskosten; Umsetzung des angekündigten Ausbaus von 16.000 Studienplätzen; Darlegung der Relation von Grundfinanzierung, leistungsorientierter Mittelvergabe und Finanzierung anhand von Zielvereinbarungen; Einberechnung des Landesanteils zur Finanzierung der Exzellenzinitiative?

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/5044

Baden-württembergische Wissenschaftsbeziehungen nach Ägypten und die Perspektiven für die German University in Cairo (GUC)

Darlegung der beteiligten Hochschulen, Berufsakademien und Unternehmen; Umfang des Austauschs von Wissenschaftlern und Studierenden sowie des finanziellen Engagements von Bund, Land und Privatpersonen; Frage nach den bearbeiteten Themen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie nach den mittelfristigen Perspektiven

KlAnfr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/5075

Einbeziehung der Berufsakademien in die Besoldungs- und Dienstrechtsreform an den Hochschulen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 407

Ausbau der Berufsakademien, Schaffung neuer Studiengänge für Informatik

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 642 643

Personeller und räumlicher Ausbau der Berufsakademien, Erhöhung der Vergütung von Lehrbeauftragten

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967 969 977

Schaffung neuer Studiengänge an den Berufsakademien über die LStiftung, dauerhafte Finanzierung der neuen Stellen über den LHaushalt

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1073

Qualität und Ausrichtung der Berufsakademie Karlsruhe, Ausbau des Studienplatzangebots

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1527 1528

Studiengänge und -abschlüsse an der Berufsakademie für Rock- und Popmusik

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1968-1971 1973

Einrichtung von zusätzlichen Spitzenlastkursen an den Berufsakademien

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2634

Konkurrenz zwischen den verwaltungsinternen Fachhochschulen und Berufsakademien bzw zwischen den Absolventen und Bewerbern um Arbeitsplätze

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4889 4890

Ausbau der Qualität der Berufsakademien

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959 5960

Berufsakademiegesetz

s. *Berufsakademie*

Berufsausbildung

s. *Berufliche Bildung*

Berufsbetreuer

s. *Betreuung (Rechtsinstitut)*

Berufsbildende Schule

s.a. *Altenpflegeschule*
s.a. *Berufskolleg*
s.a. *Fachgymnasium*
s.a. *Fachklasse*
s.a. *Krankenpflegeschule*
s.a. *Landwirtschaftsschule*

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den kaufmännischen Schulen, der beruflichen, hauswirtschaftlichen, sozialpflegerischen Schule in Emmendingen sowie am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch; Darlegung der Statistik und Prognose; Vergleich mit den Nachbarkreisen und der Stadt Freiburg

KlAnfr Alfred Haas CDU 18.07.2001 und Antw KM Drs 13/103

Schulentwicklung im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen sowie der räumlichen Voraussetzungen an den beruflichen Schulen bzw Oberschulen und dem Technischen bzw Informationstechnischen Gymnasium Emmendingen; Zahl der abgewiesenen Bewerber sowie der bereitgestellten und notwendigen Lehrerstunden; Einrichtung einer ITG-Klasse als Alternative am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch?

Antr
s. *Schule*
Drs 13/119

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Anteil und Förderung von ausländischen Schülern an den beruflichen Schulen

GrAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/124

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Ausbau von Schulsozialarbeit an Hauptschulen und beruflichen Schulen

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/168

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Verwendung der UMTS-Lizenzentnahmen

Höhe und Art der Verwendung der den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalbkreis zugewiesenen Mittel aus den Zinsersparnissen des Bundes, insbes für Maßnahmen zugunsten der beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *UMTS*
Drs 13/347

Multimediaoffensive für die Schulen

Einsatz von UMTS-Zinsersparnissen des Bundes für zusätzliche IuK-Investitionen an beruflichen Schulen

Antr
s. *Medien*
Drs 13/372

Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit an Schulen

Auflistung der Schulen mit Schulsozialarbeit nach den gemeinsamen Richtlinien des KM und SM, weitere gestellte und abgelehnte Anträge, Vergleich mit dem Projekt „Jugendberufshelfer“ und der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen, Grundlagen der Finanzierungsverhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, Teilfinanzierung durch die Arbeitsverwaltung u.a. Modelle, Definition bzw Bevorzugung von Brennpunktschulen, Einschätzung des weiteren Bedarfs, Erfahrungen mit ABM-Stellen

Antr
s. *Sozialarbeit*
Drs 13/421

Lehrernachwuchs für Berufliche Schulen

Zahl von Lehramtsstudenten und Seiteneinsteigern für berufliche Schulen, Bedarf bis 2015, Unterschiede zwischen Refe-

rendaren und Seiteneinsteigern, Aufstiegsperspektiven für Fachhochschulabsolventen in den höheren Dienst; Zuteilung von mehr Neustellen aufgrund der Unterrichtsdefizite, Einstellung von Bildungslehrern

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/424

Integration von Migranten in BW

Maßnahmen zur Erlangung von Schulabschlüssen und Ausbau der kooperativen Berufsschule, flächendeckender Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/432

Unterrichtsausfall wg. Lehrermangel in IT-Bereichen an den Berufsschulen in BW

Unterrichtsausfall an der Werner-von-Siemens-Berufsschule in Mannheim in den Fachrichtungen Fachinformatiker u.a. Berufsschulen landesweit; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/491

Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung

Berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote von privaten Trägern, Handwerkskammern, IHK, Berufsschulen und Volkshochschulen; Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsträgern, Zusammenschluss von überbetrieblichen Bildungsstätten

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/495

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Übergangsquoten von Schülern mit/ohne Schulabschluss in Werkrealschulen, Berufsfachschulen, ins Berufsvorbereitungsjahr und eine Berufsausbildung; Darstellung der Wege von Aussiedlerkindern sowie der Kooperation mit Unternehmen

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2001/02

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Zuweisung eines höheren Anteils an neu geschaffenen Stellen und „Springer-Stellen“

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/614

Erhebung zum Unterrichtsausfall

Ursächliche Faktoren und Daten der o.g. Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2001 im Vergleich zum Vorjahr, Bewertung der Ergebnisse an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Begründung des beabsichtigten Verzichts auf Veröffentlichung der Daten

Antr

s. Schulunterricht
Drs 13/639

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Begründung des unterschiedlichen Arbeitsaufwands der Netzwerkbetreuer an allgemein bildenden und beruflichen Schulen

Antr
s. Medien
Drs 13/783

Messlatte für Pflichtunterricht der Berufsschule

Entwicklung der Zahl der erteilten Wochenstunden je Klasse an den Teilzeitberufsschulen; Absenkung der Zielvorgaben von 13 bzw 10 Wochenstunden?

Antr
s. Berufsschulunterricht
Drs 13/837

Sonderberufsfachschulen

Auflistung der privaten und staatlichen Sonderberufsfachschulen, Vergleichbarkeit mit den Sonderschulen, Höhe und Deckungsgrad der Sachkostenzuschüsse, Abdeckung der Fehlbeträge

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 18.04.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/937 (20 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 71 72
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Auflösung der Schultypen beruflicher Schulen

Gründe und Auswirkungen der geplanten Umwandlung der nach Schultypen gegliederten beruflichen Schulen in schulartbezogene berufliche Schulen, Einwände der Betroffenen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 24.04.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/954
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 72 73
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Abschaffung von Schulgeld an Fachschulen

Auflistung o.g. Einrichtungen nach Fachrichtungen und Schülerzahlen; Vorlage eines GesEntw zur Abschaffung von Schulgeld und damit Gleichbehandlung aller Fachschulen, Kompensation durch Sachkostenbeiträge an die Schulträger

Antr
s. Schulgeld
Drs 13/977

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Polizei, der Fachschulen und Berufsakademien

GrAnfr
s. Kultur
Drs 13/1012

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. Schulunterricht
Drs 13/1040

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb
Angebot und Einzugsbereiche des zehnten Schuljahres bzw Werkrealschulabschlusses; Entwicklung der Absolventenzahlen differenziert nach Geschlecht sowie der Übergänge in die zweijährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung

GrAnfr
s. Hauptschule
Drs 13/1139

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreisschwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 13/1158

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 13/1169

Landesfachklasse für Uhrmacher

Gründe für die Verlegung von der Goldschmiedeschule Pforzheim nach Schweningen, Darlegung der Einzugsbereiche der Fachklasse

KlAnfr
s. Uhrmacher
Drs 13/1216

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreiss Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 13/1326

Aufnahme der LDT Nagold in den Kreis der Ersatzschulen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsges (AFBG)

Aufnahme der Lehranstalt des deutschen Textileinzelhandels in den Kreis der gleichgestellten Ersatzschulen, Hinwirkung auf

Erlass der entsprechenden RechtsVO durch die BReg

KlAnfr Thomas Blenke CDU 23.10.2002 und Antw WM Drs 13/1418

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Erweiterung und Ausbau von Berufsschulen in Stuttgart

Einlösung der Zusage zur Beteiligung am Aus- und Neubau der Stuttgarter Berufsschulen

KlAnfr Ruth Weckenmann SPD 02.12.2002 und Antw KM Drs 13/1576

Referendariat an beruflichen Schulen; hier: Attraktivitätssteigerung

Entwicklung der Zahl von Direkteinsteigern über den zweijährigen Vorbereitungsdienst sowie der Kosten für Direkteinsteiger im Angestelltenverhältnis und für Referendare; Anhebung der Anwärtersonderzuschläge, Erteilung einer Einstellungszusage bereits zu Beginn des Vorbereitungsdienstes, Angebot von zwei Einstellungsterminen, Verkürzung der Probezeit, Ausbau der zielgenauen Stellenausschreibung für berufliche Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/1712

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunter-

richts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Streichung des Programms „Geld statt Stellen“; Sicherung der Unterrichtsversorgung an Sonderschulen und Beruflichen Schulen nach der Streichung des Programms

Kompensation der o.g. Einsparung; Zahl und Arbeitsverhältnis der bisher iRd Programms beschäftigten Lehrkräfte, Reduzierung des Einstellungsvolumens 2003 durch Übernahme dieser Lehrkräfte auf freie Stellen? Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung qualifizierter Berufs- und Sonderschullehrer in andere BLänder

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1841

Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik der BReg auf die Zukunftschancen junger Menschen in BW; hier: Situation der beruflichen Schulen

Entwicklung der Schülerzahlen und Ressourcenplanung, Beeinflussung durch die geplanten Maßnahmen des Bundes und den Rückgang der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe

Antr Georg Wacker u.a. CDU 12.03.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1878 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 24 25
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Auswirkungen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und beruflichen Schulen auf die Lehrereinstellung im Schuljahr 2003/2004 und 2004/2005

Umfang der Gewinnung von Deputaten mit der o.g. Arbeitszeiterhöhung und damit Reduzierung der beschlossenen 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen?

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2054

Unterrichtssituation an Beruflichen Schulen im IHK-Bezirk Reutlingen

Konsequenzen aus den Klagen der IHK Reutlingen und der Ausbildungsbetriebe über den massiven Unterrichtsausfall; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Unterrichtssituation, Annahme des Vorschlags eines flexiblen Einsatzes von Lehrbeauftragten aus der Wirtschaft

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2062

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr; hier: am Beispiel der Stadt Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Mannheim und dem Bodenseekreis

Darlegung o.g. Daten nach Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Entwicklung der Klassengrößen, der Fehlstunden und der benötigten Deputate; Zahl der bis 2005 in den Ruhestand tretenden Lehrer; Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2094

Erneute Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer
Arbeitszeitveränderungen der Lehrer seit 1990; Erhöhung der Deputate für Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen sowie Streichung der Altersermäßigung, Verwendungszwecke dieser zusätzlichen Deputate, Auswirkungen auf die Einstellungs-chancen von Junglehrern; Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/2098

Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung

Gründe und Auswirkungen der Pläne des MinPräs, Gegenüberstellung eigener Pläne des KM, Art der Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise bzw Wahrnehmung der Befugnisse durch den Landrat und Kreistag, Relevanz der jeweiligen Finanzlage für die finanzielle und personelle Ausstattung der geplanten Schulabteilungen; erwartete Auswirkungen auf die Verwaltung der Berufsschulen, Real- und Sonderschulen sowie auf die Seminare für Lehrerbildung; Beurteilung der zweigegliederten regionalen Schulverwaltung in Hessen

Antr
s. *Schulbehörde*
Drs 13/2121

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 06.06.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2146 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 28
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Ges zur Änd des SchulGes

Schaffung von zweijährigen Bildungsgängen für Hauptschüler, deren Abschluss gefährdet ist, durch Verknüpfung von Klasse 9 mit dem Berufsvorbereitungsjahr; Verstärkung der Kooperation von Hauptschule und Berufsschule

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs
Zusätzliche Bereitstellung eines durch die Deputatserhöhung ermöglichten Versorgungsgewinns von 370 Deputaten für die beruflichen Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/2180

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Hohenheim

Beurteilung des Erfolgs der o.g. Kombination von praxisnaher Versuchs- bzw Beratungstätigkeit und Fachunterricht und damit der Berufschancen der Absolventen; Vergleich der materiellen und personellen Ausstattung der Fachschulen in den neuen BLändern; Beseitigung der Raummängel und Sanierung des Schülerwohnheims

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 16.07.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2273
BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 30 31
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung freigewordenen und neu besetzten Stellen

KIAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Zukünftige Entwicklung der Staatlichen Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

Trägerschaft der Fachschulen im Geschäftsbereich des MLR, geplante Veränderungen im Zuge der Verwaltungsreform; Einzugsbereiche und Berufsperspektiven für die Absolventen der Fachschulen für Landwirtschaft und Hauswirtschaft in Kupferzell, Auslastung des Wohnheims, Organisation der Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Wahrnehmung überregionaler Aufgaben in der Aus- und Fortbildung

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 12.11.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2607 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 47 48
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2666

Einrichtung von Ganztagschulen in BW im Jahr 2004: Bestandsaufnahme über die Anzahl der Anträge auf Bundesmittel und den Stand des Ausbaus von Ganztagschulen in BW

Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Zahl der eingerichteten Ganztagschulen und -plätze an Hauptschulen, Privatschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen; Bezuschussung der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3034

Mehrfachbewerbungen an beruflichen Vollzeitschularten

Einrichtung zusätzlicher Eingangsklassen zur Bewältigung des Bewerberandrangs; Einführung eines Systems zum Abgleich von Mehrfachbewerbungen und zur rechtzeitigen Information der Schulleitungen und Bewerber

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 07.05.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3191
BeschlEmpf und Bericht Schula 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 26-28
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien? Berücksichtigung aller Anmeldungen für berufliche Vollzeitschulen, bedarfsorientierte Einrichtung zusätzlicher Klassen für das Berufskolleg II, Ausbau der beruflichen Gymnasien

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3205

Auswirkungen der neuen VO der LReg für die Fachschulen des Fachbereichs Sozialwesen der Fachrichtungen Jugend- und Heimerziehung, Heilerziehungspflege und Heilpädagogik (Sozialwesen FachschulVO) vom 30. März 2004

Höhe und Träger der finanziellen Mehrkosten infolge der o.g. Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung

KlAnfr Alfred Winkler SPD 09.06.2004 und Antw SM Drs 13/3252

Neuordnung des Berufsschulwesens in der Region Pforzheim/Enzkreis

Auswirkungen der Veränderungen von Berufsfeldern und Lerninhalten auf die räumliche und sachliche Ausstattung der Berufsschulen; Stand der Planung und Finanzierung eines Umbaus oder Neubaus der Alfons-Kern-Schule in Pforzheim

KlAnfr Thomas Knapp SPD 11.06.2004 und Antw KM Drs 13/3254

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Entwicklung der Zahl von Berufsschülern mit der Doppelqualifikation Berufsabschluss und Fachhochschulreife sowie mit Fremdsprachenzertifikat in den letzten fünf Jahren differenziert nach Berufen, Zielvorgaben für die nächsten Jahre, Angebot von Fremdsprachenunterricht für alle Berufsschüler

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3562

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Ges zur Änd des PrivatschulGes

Anhebung der Zuschüsse an die beruflichen Ersatzschulen und privaten Grund- und Hauptschulen, Rückführung der Zuschüsse an die Gymnasien und Klassen 13 der Freien Waldorfschulen; Einführung getrennter Zuschussregelungen für die technischen u.a. beruflichen Schulen; Überführung der „Euro-Schulen“ in die Bezuschussungssystematik der übrigen Ersatzschulen; Anpassung der Zuschussvorschriften für den Schulhausbau an die Einführung des Euro; Übernahme der geänderten Regelung für die Sonderzuwendung an die Beamten

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/3608

Auswirkung der Bildungsplanung auf die Schulbaurichtlinien

Überarbeitung der Schulbaurichtlinien für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen aufgrund der in den neuen Bildungsplänen verankerten Anforderungen, insbes im Hinblick auf neue Medien und lernfeldbezogene Didaktik

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/3684

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Zahl der eingerichteten bzw notwendigen zusätzlichen Klassen an beruflichen Schulen, Abweisung von Schülern bzw Kürzung der Unterrichtszeit aufgrund fehlender personeller und räumlicher Ressourcen, Verzicht auf Konsequenzen bei unentschuldigtem Fernbleiben von Schülern vom Unterricht?

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/3686

Förderung von Schulbauten im Allgemeinen und im besonderen Fall der Gewerblichen Schule „Alfons-Kern-Schule“ in Pforzheim

Darlegung o.g. Förderkriterien, Handhabung der Mittelvergabe bei Berufsschulen in Trägerschaft mehrerer LKreise oder Kommunen

KlAnfr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/3746

Technische Lehrkräfte

Wartezeiten der o.g. Lehrer auf ihre Regelbeförderung im Vergleich zu den wissenschaftlichen Lehrkräften an Berufsschulen sowie Streichung der Altersermäßigung; Ermöglichung einer Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung auf 27 Deputatsstunden

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/3750

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2004/05

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Umfang der aufgewendeten Deputate für begleitenden Unterricht zur Vermittlung von Deutschkenntnissen; Vorlage eines Zeitplans zum Abbau des strukturellen Defizits; Zuweisung eines höheren als im Hpl 2005/06 vorgesehenen Anteils an Neustellen

Antr

s. *Berufsschulunterricht*

Drs 13/3802

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufsschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen Altersjahrgangsgröße

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3908

Zweijährige kooperative Berufsfachschule (BFS)

Entwicklung des Schulversuchs nach Schülerzahlen, Schulstandorten, Berufsfeldern und Übergängen in die duale Ausbildung; Ausbau des Projekts angesichts der ständig wachsenden Zahlen von Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 18.02.2005 und Stellungnahme

KM Drs 13/4076

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/4089

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iRd von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der unterrichtenden Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/4245

Unterrichtsversorgung im LKreiss Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen in

den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2009 ausscheidenden Lehrkräfte, Auflistung der davon besonders betroffenen Schulen und Fächer

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4249

Stundenausfall an den Schulen im Hohenlohekreis

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4253

Stundenausfall an den Schulen im LKreiss Schwäbisch Hall

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4254

Selbstorganisiertes Lernen an beruflichen Schulen

Stellenwert selbstorganisierter Lernformen an beruflichen Schulen, Auswirkungen auf den Unterrichtserfolg, Akzeptanz bei den Lehrkräften, Berücksichtigung iRd Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Lerntechnik*

Drs 13/4274

Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreiss Neckar-Odenwald

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Förderschulen, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr; Ermöglichung von Förderstunden an den Grundschulen durch Klassenteilungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4337

Reform des Bildungswesens in BW

Ausbau des beruflichen Schulwesens einschließlich der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs, Abbau des strukturellen Unterrichtsausfalls

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4376

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung sowie des beruflichen Schulwesens, insbes des Übergangs aus beruflichen Vollzeitschulen in das duale System und den Arbeitsmarkt

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4382

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Sonderregelung für Klassenpflegerinnen an Entwicklungen der dualen Ausbildung sowie der Regelung zum Ruhen der Berufsschulpflicht bei dem Besuch von bestimmten Ergänzungsschulen, Überarbeitung der Rechtsgrundlage für

die Schulstatistik, Ermöglichung der Nutzung der Schülerindividualdatei zur Aufgabenerfüllung der Schulen, Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf das Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/4431

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsverVO im Einvernehmen mit dem Landesausschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4607

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4800

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Berufsvorbereitung

Entwicklung der Schülerzahlen im BVJ an öffentlichen und privaten Berufsfachschulen und Sonderberufsfachschulen in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss bzw mit unzureichenden Deutschkenntnissen, Beurteilung der Chancen auf eine berufliche Eingliederung durch Ver-

besserung des Hauptschulabschlusses, Praktika o.a. Maßnahmen im BVJ

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/5227

Bedarf an neuen Lehrerstellen an den beruflichen Schulen aufgrund steigender Schülerzahlen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75 100 109 116 117

Lehrerdefizit an den beruflichen Schulen, Gewinnung von Quereinsteigern aus der Wirtschaft

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 230 231 234 235 238 239

Bewertung des Unterrichtsausfalls an den beruflichen Schulen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333 335

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Verbesserung der Rahmenbedingungen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 504

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Erhöhung der Lehrerschaft

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 769

Mittelbereitstellung des Bundes zur Multimediaausstattung der beruflichen Schulen; Unterrichtsausfall an den Berufsschulen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 806

Finanzierung des Berufsschulbaus über die LStiftung BW

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 846

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen; Finanzierung der Multimediaausstattung über UMTS-Zinsersparnisse des Bundes

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 990 992 995 999 1009-1011

Eintreten für Französisch an den beruflichen Schulen in der Oberrheinschiene

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1496

Stärkung des beruflichen Schulwesens, Anstrengung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, Kooperation mit allgemein bildenden Schulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1745 1754 1758

Handlungsbedarf zur Anhebung der Zuschüsse für die Berufsschulen in privater Trägerschaft, Ermittlung der Berechnungsgrundlagen iRd interfraktionellen Kommission

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2092-2096 2098 2099

Vielfalt und Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen, Rekordzulauf der beruflichen Vollzeitschulen infolge des Mangels an Ausbildungsplätzen, Stärkung der Eigenständigkeit beruflicher Schulen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809-2811 2822 2828-2830 2833 2849

Rekordzulauf der beruflichen Vollzeitschulen infolge des Mangels an Ausbildungsplätzen

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3200-3202 3209

Feststellung eines starken Trends zu den beruflichen Vollzeitschulen infolge des Mangels an Ausbildungsplätzen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3520 3521 3523 3526

Stärkung des beruflichen Schulwesens, wohnortnahe Versorgung mit beruflichen Schulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601

Notwendigkeit von mehr Kooperation zwischen allgemein bildenden und beruflichen Schulen, Zulauf der beruflichen Vollzeitschulen infolge des Mangels an Ausbildungsplätzen, Weiterentwicklung zu Kompetenzzentren

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3860 3867-3871

Aufstockung der Fördermittel für Berufsschulen in privater Trägerschaft, Schülerzahlen und Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260 4264 4266-4268 4277

Bereitstellung von 300 zusätzlichen Deputaten zum Ausbau der Berufsschulen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5045 5046 5048 5051 5053 5054

Anhebung der Zuschüsse für private berufliche Schulen

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5289-5291 5296 5297

Zulauf der beruflichen Schulen infolge der Lehrstellenlücke, Kritik an Überlegungen zur Gleichstellung vollzeitschulischer Ausbildungsangebote mit dem dualen System bei den Ausbildungsprüfungen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5466-5474

Anhebung der Zuschüsse für private berufliche Schulen; Ausmaß des Unterrichtsausfalls an den Berufsschulen, Schaffung der notwendigen neuen Lehrstellen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-5988 5990-5992 5994 5996 6002-6005

Weiterentwicklung des dualen Systems, Stärkung der Berufsschule

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6413

Qualitätsbewertung der beruflichen Bildung und Schulen, Abbau des Unterrichtsausfalls, Erhöhung der Förderung für die privaten Berufsschulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6476 6496 6505

Notwendigkeit von Sprachunterricht für Schulabgänger an der Berufsschule; Sicherung der Chancengerechtigkeit des dreigliedrigen Schulsystems durch die Anschlussfähigkeit im beruflichen Schulwesen, Kritik an der fehlenden Berücksichtigung des beruflichen Schulwesens bei den PISA-Studien

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7215 7230 7231 7240-7242

Notwendigkeit von Sprachunterricht für Schulabgänger an der Berufsschule; Verweisung auf Raucherecken außerhalb von Berufsschulgebäuden; Qualitätsbewertung der beruflichen Schulen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7655 7748 7749 7758

Erinnerung an die Anhebung der Zuschüsse für private berufliche Schulen im Jahr 2004

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7833 7835 7838

Sicherung der Chancengerechtigkeit des dreigliedrigen Schulsystems durch die Anschlussfähigkeit im beruflichen Schulwesen, Kritik an der fehlenden Berücksichtigung des beruflichen Schulwesens bei den PISA-Studien; Erinnerung an die Anhebung der Zuschüsse für private berufliche Schulen im Jahr 2004

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7939 7940 7943 7944 7948 7949 7951 7967-7969 7973 7974 7997 7999 8000

Berufsbildungsgesetz

s. Berufliche Bildung

Berufsfachschule

s. Berufsbildende Schule

Berufsfachschule für Altenpflege

s. Altenpflegeschule

Berufsfeuerwehr

s. Feuerwehr

Berufsgericht

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromustellungsGes BW -EurUG-) Änd des Heilberufe-KammerGes sowie der BerufsgerichtsO

GesEntw
s. Währung
Drs 13/313

Schreiben des BVerfG vom 15.11.2001, Az.: 1 BvR 525/99 - Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. W.W. aus R. gegen Entscheidungen von Berufsgerichten für Ärzte wegen Führung der Gebietsbezeichnung „Allgemeinmedizin“ neben anderen Gebietsbezeichnungen (§ 39 Abs 3 Heilberufe-KammerGes)

s. Arzt
PIPr 13/14 S. 635

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrenrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. Verwaltungsverfahren
Drs 13/3661

Berufsgerichtsordnung

s. Berufsgericht

Berufskolleg

Berufskolleg Technik und Medien in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

Lehrer- und Unterrichtsversorgung in Furtwangen, Donaueschingen und Spaichingen; Ausgleich der Nachteile für Spaichingen

KlAnfr Herbert Moser SPD 11.10.2001 und Antw KM Drs 13/311

Selbstorganisiertes Lernen (SOL)

Aufnahme des o.g. Fachs in die neue Studentafel des Berufskollegs Gesundheit und Pflege ohne Inhalte und Deputatzuweisung

Antr
s. *Lerntechnik*
Drs 13/1011

Pläne der LReg zur Weiterentwicklung des Berufskollegs

Entwicklung der Zahl von Klassen, Schülern und Absolventen in den Berufskollegs seit 1998; Erweiterung der Klassen an den technischen zulasten der kaufmännischen Berufskollegs; bundesweite Anerkennung des Fachhochschulreifeabschlusses durch Einführung eines 6-monatigen Betriebspraktikums? Abwanderung von Schülern in die beruflichen Gymnasien infolge der Praktikumshürde? Steigerung der Absolventenzahlen mit Fachhochschulreife über die Berufskollegs, Verankerung des Zusatzunterrichts im Stundenplan der Regelform

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 27.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1714
BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 22
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Einrichtung zusätzlicher Klassen an den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs in Überlingen, Friedrichshafen und Ravensburg

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2003

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs
Bildung zusätzlicher Eingangsklassen an den o.g. beruflichen Vollzeitschulen entsprechend den Bewerberzahlen

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2008

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien? Berücksichtigung aller Anmeldungen für berufliche Vollzeitschulen, bedarfsorientierte Einrichtung zusätzlicher Klassen für das Berufskolleg II, Ausbau der beruflichen Gymnasien

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3205

Änderung des Notenschlüssels wegen zu schwerer Mathematikprüfung am Berufskolleg im Jahr 2004 zum Erwerb der Fachhochschulreife

Mangelnde Verständlichkeit und unerwartete Aufgabenstellungen bei der o.g. Prüfung als Gründe für das Absacken der Noten im Vergleich zu den Jahresleistungen; entsprechende Anpassung des Notenschlüssels oder Gewährung eines Punktezuschlags als Ausgleich für den unverhältnismäßig hohen Schwierigkeitsgrad

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/3319

Bewerbung und Abgleich für berufliche Gymnasien und Berufskollegs

Zahl der Anmeldungen und ermittelten Mehrfachbewerbungen für die o.g. Schulen, Entwicklung der Zahlen von Schülern und Klassen sowie der Auslastung vorhandener Kapazitäten; Weiterentwicklung des Verfahrens zum Abgleich der Mehrfachbewerbungen

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/3797

Reform des Bildungswesens in BW

Ausbau des beruflichen Schulwesens einschließlich der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs, Abbau des strukturellen Unterrichtsausfalls

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Einrichtung eines Berufskollegs an den Fachschulen für angehende Erzieherinnen, Ersetzung des Vorpraktikums

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3556 3558 3560 3561

Schaffung zusätzlicher Klassen an den Berufskollegs entsprechend den Bewerberzahlen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3867

Reduzierung der geplanten Kürzungen für die privaten Berufskollegs

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5988

Erleichterung des Verfahrens zum Abgleich der Mehrfachbewerbungen an Berufskollegs mit der neuen Schulstatistik und dem Berichtswesen E-Stat

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6984 6985

Berufskraftfahrer

s. Kraftfahrer

Berufsoberschule

s. Fachgymnasium

Berufsorientierung

s. Berufsvorbereitung

Berufsschule

s. Berufsbildende Schule

Berufsschulklasse

s. Schulklasse

Berufsschullehrer

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den kaufmännischen Schulen, der beruflichen, hauswirtschaftlichen, sozialpflegerischen Schule in Emmendingen sowie am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch; Darlegung der Statistik und Prognose; Vergleich mit den Nachbarkreisen und der Stadt Freiburg

KlAnfr

s. Berufsbildende Schule

Drs 13/103

Lehrernachwuchs für Berufliche Schulen

Zahl von Lehramtsstudenten und Seiteneinsteigern für berufliche Schulen, Bedarf bis 2015, Unterschiede zwischen Referendaren und Seiteneinsteigern, Aufstiegsperspektiven für Fachhochschulabsolventen in den höheren Dienst; Zuteilung von mehr Neustellen aufgrund der Unterrichtsdefizite, Einstellung von Bildungslehrern

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 07.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/424 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 12 13

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Unterrichtsausfall wg. Lehrermangel in IT-Bereichen an den Berufsschulen in BW

Unterrichtsausfall an der Werner-von-Siemens-Berufsschule in Mannheim in den Fachrichtungen Fachinformatiker u.a. Berufsschulen landesweit; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr

s. Berufsschulunterricht

Drs 13/491

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2001/02

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls

wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Zuweisung eines höheren Anteils an neu geschaffenen Stellen und „Springer-Stellen“

Antr

s. Berufsschulunterricht

Drs 13/614

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr

s. Lehrerbildung

Drs 13/692

Bessere Bezahlung für Referendare

Ausschöpfung der Möglichkeiten bei den Anwärtersonderschlägen bei allen Lehramtsanwärtern, entsprechende Hinweise bei der Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen

Antr

s. Beamtenanwärter

Drs 13/697

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1040

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1158

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1169

Durchschlüsselung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie Technische Lehrerinnen und Lehrer

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/1473

Referendariat an beruflichen Schulen; hier: Attraktivitätssteigerung

Entwicklung der Zahl von Direkteinsteigern über den zweijährigen Vorbereitungsdienst sowie der Kosten für Direkteinsteiger im Angestelltenverhältnis und für Referendare; Anhebung der Anwärtersonderzuschläge, Erteilung einer Einstellungszusage bereits zu Beginn des Vorbereitungsdienstes, Angebot von zwei Einstellungsterminen, Verkürzung der Probezeit, Ausbau der zielgenauen Stellenausschreibung für berufliche Schulen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 27.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1712
BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 20-22
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Streichung des Programms „Geld statt Stellen“; Sicherung der Unterrichtsversorgung an Sonderschulen und Beruflichen Schulen nach der Streichung des Programms

Kompensation der o.g. Einsparung; Zahl und Arbeitsverhältnis der bisher iRd Programms beschäftigten Lehrkräfte, Reduzierung des Einstellungsvolumens 2003 durch Übernahme dieser Lehrkräfte auf freie Stellen? Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung qualifizierter Berufs- und Sonderschullehrer in andere BLänder

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1841

Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik der BReg auf die Zukunftschancen junger Menschen in BW; hier: Situation der beruflichen Schulen

Entwicklung der Schülerzahlen und Ressourcenplanung, Beeinflussung durch die geplanten Maßnahmen des Bundes und den Rückgang der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/1878

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1988

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw

der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1989

Neue Aufgaben für die Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen in der Berufsschullehrerausbildung?

Überlegungen zur Einrichtung von Studiengängen für die Ausbildung von Berufsschullehrern an PH und FH, Schaffung der notwendigen Lehrkapazitäten, Erfahrungen mit der zweijährigen Ausbildung für den Unterricht in Mangelfächern für Direkteinsteiger aus der Wirtschaft, Beurteilung der Kooperation zwischen FH und Staatlichen Seminaren für Schulpädagogik zur Ermöglichung der Eingangsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 30.04.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2035
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 28 29
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Neue Arbeitszeitmodelle statt Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Ergebnisse von Studien über die jährliche Arbeitszeit der Lehrer an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Berücksichtigung der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, der Oberstufenreform und neuer Unterrichtsformen? Vergleich der Entwicklung der Jahresarbeitszeit der Landesbeamten und der genannten Lehrergruppen seit 1975; Gründe und Auswirkungen einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Streichung der Altersermäßigung; Aussetzung dieser Maßnahmen und Aufnahme von Verhandlungen mit den Lehrerverbänden über neue Arbeitszeitmodelle

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2038

Auswirkungen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und beruflichen Schulen auf die Lehrereinstellung im Schuljahr 2003/2004 und 2004/2005

Umfang der Gewinnung von Deputaten mit der o.g. Arbeitszeiterhöhung und damit Reduzierung der beschlossenen 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen?

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2054

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr; hier: am Beispiel der Stadt Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Mannheim und dem Bodenseekreis

Darlegung o.g. Daten nach Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Entwicklung der Klassengrößen, der Fehlstunden und der benötigten Deputate; Zahl der bis 2005 in den Ruhestand tretenden Lehrer; Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2094

Erneute Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer

Arbeitszeitveränderungen der Lehrer seit 1990; Erhöhung der Deputate für Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen so-

wie Streichung der Altersermäßigung, Verwendungszwecke dieser zusätzlichen Deputate, Auswirkungen auf die Einstellungs-chancen von Junglehrern; Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/2098

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs
Zusätzliche Bereitstellung eines durch die Deputatserhöhung ermöglichten Versorgungsgewinns von 370 Deputaten für die beruflichen Schulen

Antr CDU und FDP/DVP 25.06.2003 Drs 13/2180
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3152-3162

Prüfertätigkeit von Berufsschullehrerinnen und -lehrern in Prüfungsausschüssen nach dem BerufsbildungsGes (BBiG)

Verweigerung der Mitwirkung von Berufsschullehrern in den Prüfungsausschüssen aufgrund der erneuten Erhöhung ihrer Unterrichtsverpflichtung, Gefährdung der nächsten Abschlussprüfung für Auszubildende; Anerkennung der Mitwirkung als Teil der Deputatsstunden

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 22.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2528
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 33 34
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Schulversuche „Teilqualifikation im Berufsvorbereitungsjahr“ und „Praktikantenklasse Einstiegsqualifizierung“

Verfügbare personelle und räumliche Ressourcen zur Einrichtung der beiden Schulversuche zusätzlich zu den bestehenden BVJ-Klassen, Voraussetzungen für die Teilnahme und Zuschussung durch den Bund; Frage nach Schwerpunkten und Abschlüssen sowie Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses an die teilnehmenden Praktikumsbetriebe und Jugendlichen

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/3685

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Zahl der eingerichteten bzw notwendigen zusätzlichen Klassen an beruflichen Schulen, Abweisung von Schülern bzw Kürzung der Unterrichtszeit aufgrund fehlender personeller und räumlicher Ressourcen, Verzicht auf Konsequenzen bei unentschuldigtem Fernbleiben von Schülern vom Unterricht?

Antr
s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/3686

Technische Lehrkräfte

Wartezeiten der o.g. Lehrer auf ihre Regelbeförderung im Vergleich zu den wissenschaftlichen Lehrkräften an Berufsschulen sowie Streichung der Altersermäßigung; Ermöglichung einer Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung auf 27 Deputatsstunden

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 16.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3750
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 27 28
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2004/05

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Umfang der aufgewendeten Deputate für begleitenden Unterricht zur Vermittlung von Deutschkenntnissen; Vorlage eines Zeitplans zum Abbau des strukturellen Defizits; Zuweisung eines höheren als im Hpl 2005/06 vorgesehenen Anteils an Neustellen

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/3802

Selbstorganisiertes Lernen an beruflichen Schulen

Stellenwert selbstorganisierter Lernformen an beruflichen Schulen, Auswirkungen auf den Unterrichtserfolg, Akzeptanz bei den Lehrkräften, Berücksichtigung iRd Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Lerntechnik*
Drs 13/4274

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Verbesserung der finanziellen Anreize zur Gewinnung von Berufsschullehrern im technischen Bereich

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 75 100 109 116 117

Lehrerdefizit an den beruflichen Schulen, Gewinnung von Quereinsteigern aus der Wirtschaft

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 230 231 234 235 238 239

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Erhöhung der Lehrerzahl

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 769

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Erhöhung der Lehrerzahl

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1581

Bereitstellung der notwendigen Deputate zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2372

Kritik an der Deputatserhöhung für Berufsschullehrer; Feststellung eines Lehrerdefizits an den beruflichen Schulen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2819 2822 2828

Bereitstellung der notwendigen Deputate zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen, Gewinnung geeigneter Bewerber

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4264 4266

Bereitstellung von 300 zusätzlichen Deputaten zum Ausbau der Berufsschulen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5045 5046 5048 5051 5053 5054

Bereitstellung der notwendigen Deputate zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986 5987 5990 5992 6002 6003

Berufsschulunterricht

s.a. Fachklasse

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den kaufmännischen Schulen, der beruflichen, hauswirtschaftlichen, sozialpflegerischen Schule in Emmendingen sowie am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch; Darlegung der Statistik und Prognose; Vergleich mit den Nachbarkreisen und der Stadt Freiburg

KlAnfr

s. Berufsbildende Schule

Drs 13/103

Lehrernachwuchs für Berufliche Schulen

Zahl von Lehramtsstudenten und Seiteneinsteigern für berufliche Schulen, Bedarf bis 2015, Unterschiede zwischen Referendaren und Seiteneinsteigern, Aufstiegsperspektiven für Fachhochschulabsolventen in den höheren Dienst; Zuteilung von mehr Neustellen aufgrund der Unterrichtsdefizite, Einstellung von Bildungslehrern

Antr

s. Berufsschullehrer

Drs 13/424

Unterrichtsausfall wg. Lehrermangel in IT-Bereichen an den Berufsschulen in BW

Unterrichtsausfall an der Werner-von-Siemens-Berufsschule in Mannheim in den Fachrichtungen Fachinformatiker u.a. Berufsschulen landesweit; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr Max Nagel SPD 27.11.2001 und Antw KM Drs 13/491

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2001/02

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Zuweisung eines höheren Anteils an neu geschaffenen Stellen und „Springer-Stellen“

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 09.01.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/614 (49 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.03.2002 Drs 13/955 S. 11 12

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Messlatte für Pflichtunterricht der Berufsschule

Entwicklung der Zahl der erteilten Wochenstunden je Klasse an den Teilzeitberufsschulen; Absenkung der Zielvorgaben von 13 bzw 10 Wochenstunden?

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 08.03.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/837

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 23-25

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1040

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1158

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1169

Referendariat an beruflichen Schulen; hier: Attraktivitätssteigerung

Entwicklung der Zahl von Direkteinsteigern über den zweijährigen Vorbereitungsdienst sowie der Kosten für Direkteinsteiger im Angestelltenverhältnis und für Referendare; Anhebung der Anwärtersonderzuschläge; Gleichstellung von Referendaren und Direkteinsteigern durch Übernahme von mehr Stunden eigenverantwortlichen Unterrichts

Antr

s. Berufsschullehrer

Drs 13/1712

Streichung des Programms „Geld statt Stellen“; Sicherung der Unterrichtsversorgung an Sonderschulen und Beruflichen Schulen nach der Streichung des Programms

Kompensation der o.g. Einsparung; Zahl und Arbeitsverhältnis der bisher iRd Programms beschäftigten Lehrkräfte, Reduzierung des Einstellungsvolumens 2003 durch Übernahme dieser Lehrkräfte auf freie Stellen? Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung qualifizierter Berufs- und Sonderschullehrer in andere BLänder

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1841

Unterrichtssituation an Beruflichen Schulen im IHK-Bezirk Reutlingen

Konsequenzen aus den Klagen der IHK Reutlingen und der Ausbildungsbetriebe über den massiven Unterrichtsausfall; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Unterrichtssituation, Annahme des Vorschlags eines flexiblen Einsatzes von Lehr-

beauftragten aus der Wirtschaft

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 09.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2062
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 26
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr; hier: am Beispiel der Stadt Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Mannheim und dem Bodenseekreis

Darlegung o.g. Daten nach Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Entwicklung der Klassengrößen, der Fehlstunden und der benötigten Deputate; Zahl der bis 2005 in den Ruhestand tretenden Lehrer; Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 21.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2094 (11 S.)
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 26-28
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Zahl der eingerichteten bzw notwendigen zusätzlichen Klassen an beruflichen Schulen, Abweisung von Schülern bzw Kürzung der Unterrichtszeit aufgrund fehlender personeller und räumlicher Ressourcen, Verzicht auf Konsequenzen bei unentschuldigtem Fernbleiben von Schülern vom Unterricht?

Antr
 s. *Berufsvorbereitung*
 Drs 13/3686

Technische Lehrkräfte

Wartezeiten der o.g. Lehrer auf ihre Regelbeförderung im Vergleich zu den wissenschaftlichen Lehrkräften an Berufsschulen sowie Streichung der Altersermäßigung; Ermöglichung einer Reduzierung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung auf 27 Deputatsstunden

Antr
 s. *Berufsschullehrer*
 Drs 13/3750

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2004/05

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Umfang der aufgewendeten Deputate für begleitenden Unterricht zur Vermittlung von Deutschkenntnissen; Vorlage eines Zeitplans zum Abbau des strukturellen Defizits; Zuweisung eines höheren als im Hpl 2005/06 vorgesehenen Anteils an Neustellen

Antr SPD 26.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3802 (47 S.)
 Ergänzende Stellungnahme KM 22.02.2005 Drs 13/4090
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288-6297

Selbstorganisiertes Lernen an beruflichen Schulen

Stellenwert selbstorganisierter Lernformen an beruflichen Schulen, Auswirkungen auf den Unterrichtserfolg, Akzeptanz bei den Lehrkräften, Berücksichtigung iRd Lehreraus- und -fortbildung

Antr
 s. *Lerntechnik*
 Drs 13/4274

Reform des Bildungswesens in BW

Ausbau des beruflichen Schulwesens einschließlich der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs, Abbau des strukturellen Unterrichtsausfalls

Antr
 s. *Bildungspolitik*
 Drs 13/4376

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr
 s. *Schulunterricht*
 Drs 13/4800

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Verbesserung der Rahmenbedingungen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 504

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Erhöhung der Lehrerzahl

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 769

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 806

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Erhöhung der Lehrerzahl

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1581

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen, Erteilung der vorgesehenen 13 Unterrichtsstunden für alle Schüler

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1951 1952 1962

Bereitstellung der notwendigen Deputate zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2372

Bereitstellung der notwendigen Deputate zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4264 4266 4277

Bereitstellung der notwendigen Deputate zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den Berufsschulen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986 5987 5990 5992 6002-6004

Abbau des Unterrichtsausfalls an den beruflichen Schulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6476

Reduzierung des Unterrichtsausfalls an den Berufsschulen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6614-6618

Berufsvorbereitung

s.a. *Praktikum*

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Umfang und Akzeptanz von Hauptschulen als Ganztagschulen, Einrichtung variabler Betreuungsbausteine, Ausbau des BVJ zum Ganztagsangebot

GrAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/124

Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/125

Berufsorientierung an 6-jährigen beruflichen Gymnasien (Bogy)
Gründe für den Verzicht auf ein Praktikum zur Berufsorientierung

MdlAnfr 3) Christine Rudolf SPD 06.12.2001 Drs 13/530
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 764 765

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Übergangsquoten von Schülern mit/ohne Schulabschluss in Werkrealschulen, Berufsfachschulen, ins Berufsvorbereitungsjahr und eine Berufsausbildung; Darstellung der Wege von Aussiedlerkindern sowie der Kooperation mit Unternehmen

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb

Angebot und Einzugsbereiche des zehnten Schuljahres bzw Werkrealschulabschlusses; Entwicklung der Absolventenzahlen differenziert nach Geschlecht sowie der Übergänge in die zweijährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/1139

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*

Drs 13/2146

Ges zur Änd des SchulGes

Schaffung von zweijährigen Bildungsgängen für Hauptschüler, deren Abschluss gefährdet ist, durch Verknüpfung von Klasse 9 mit dem Berufsvorbereitungsjahr; Verstärkung der Kooperation von Hauptschule und Berufsschule

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2179

Bildungsabschlüsse von Schülerinnen und Schülern italienischer Abstammung und italienischer Staatsangehörigkeit

Anteil o.g. Schüler im Berufsvorbereitungsjahr

KlAnfr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/2308

Berufsvorbereitungsjahr im LKreiss Esslingen

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr Wolfgang Drexler SPD 14.08.2003 und Antw KM
Drs 13/2359

Konsequenzen der zentralen Ausschreibung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen durch das Landesarbeitsamt für Jugendliche in BW

Auswirkungen des o.g. Modellprojekts, Einhaltung der Vorgaben des EU-Vergaberechts; Entwicklung der Mittelvergabe und Teilnehmerzahlen, Auswirkungen der Verkürzung von Fördermaßnahmen; Fortsetzung der Förderung bedarfsgerechter Angebote für Jugendliche

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 24.09.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2439
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 12-14
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Berufsvorbereitungsjahr im LKreiss Böblingen

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr Stephan Braun SPD 24.09.2003 und Antw KM Drs 13/2446

Berufsvorbereitungsjahr im Ostalbkreis und Wahlkreis Schwäbisch Gmünd speziell

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 25.09.2003 und Antw KM

Drs 13/2451

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Schule für Erziehungshilfe

Umfang der Kooperation mit allgemeinen Schulen und dem Berufsvorbereitungsjahr, Begleitung der Absolventen während der Berufsausbildung

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/2621

Initiative KURS - Kooperationsnetze zwischen Unternehmen der Region und Schulen

Stärkung der Berufsorientierung und Wirtschaftskompetenz der Schüler, Erfahrungen und weitere Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Auflistung der beteiligten Schulen und Unternehmen sowie der Unterstützung vonseiten der Kammern und Wirtschaftsverbände

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2875

Entwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) in den LKreisen Reutlingen, Biberach und Zollernalb

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss bzw im BVJ in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag im Anschluss an das BVJ, Einrichtung weiterer Klassen mit steigendem Bedarf? Beurteilung der Forderung des Landesschülerbeirats nach Ersetzung des BVJ durch eine früh einsetzende individuelle Förderung von leistungsschwächeren Schülern

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 29.07.2004 und Antw KM Drs 13/3459

Schulversuche „Teilqualifikation im Berufsvorbereitungsjahr“ und „Praktikantenklasse Einstiegsqualifizierung“

Verfügbare personelle und räumliche Ressourcen zur Einrichtung der beiden Schulversuche zusätzlich zu den bestehenden BVJ-Klassen, Voraussetzungen für die Teilnahme und Bezuschussung durch den Bund; Frage nach Schwerpunkten und Abschlüssen sowie Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses an die teilnehmenden Praktikumsbetriebe und Jugendlichen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 21.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3685
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 31-33
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Zahl der eingerichteten bzw notwendigen zusätzlichen Klassen an beruflichen Schulen, Abweisung von Schülern bzw Kürzung der Unterrichtszeit aufgrund fehlender personeller und räumlicher Ressourcen, Verzicht auf Konsequenzen bei unentschuldigtem Fernbleiben von Schülern vom Unterricht?

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 21.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3686
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 31-33
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/4022

Zweijährige kooperative Berufsfachschule (BFS)

Entwicklung des Schulversuchs nach Schülerzahlen, Schulstandorten, Berufsfeldern und Übergängen in die duale Ausbildung; Ausbau des Projekts angesichts der ständig wachsenden Zahlen von Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/4076

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4089

Bestand und Bewertung betrieblicher Einstiegsqualifikationen

Zahl der geschaffenen und besetzten Plätze iRd Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in BW, Anforderungen des Programms und der Unternehmen gegenüber den Jugendlichen, Zahl der zu erwartenden Abschlüsse eines Ausbildungsvertrags; Gleichstellung des Jahres in der betrieblichen Einstiegsqualifikation und der damit verbundenen Vorbereitung auf einen anerkannten Ausbildungsberuf mit dem Besuch des BVJ

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 24.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4184
BeschlEmpf und Bericht WirtA 19.10.2005 Drs 13/4821 S.

17 18

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Kooperationsklassen Hauptschule-BVJ

Bewertung der o.g. Förderung von schwächeren Schülern ab Klasse 5 der Hauptschule, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2000, Einbeziehung von außerschulischen Partnern, Frage nach Aussagen über den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang der Schüler; Einrichtung weiterer Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule

Antr Georg Wacker u.a. CDU 30.03.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4188

BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 31-33

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsvorbereitungsjahr

Darlegung des o.g. Angebots an den Standorten beruflicher Schulen, Zahl der Schüler je Klasse, Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine duale Berufsausbildung in den letzten drei Schuljahren, Gewährleistung eines Betriebstages sowie der Teilnahme des von freien Trägern angebotenen BVJ an den Kooperationsklassen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 21.09.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4656

BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/5052 S. 19-21

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/5002

Berufsvorbereitung

Entwicklung der Schülerzahlen im BVJ an öffentlichen und privaten Berufsfachschulen und Sonderberufsfachschulen in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss bzw mit unzureichenden Deutschkenntnissen, Beurteilung der Chancen auf eine berufliche Eingliederung durch Verbesserung des Hauptschulabschlusses, Praktika o.a. Maßnahmen im BVJ

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 11.04.2006 und Stellungnahme KM Drs 13/5227

Fortführung der Kurse zur Berufsorientierung von schwächeren Hauptschülern; Kritik an der Streichung der berufsorientierenden Sprachkurse für ausländische Jugendliche

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1229 1235

Lehrstellenbilanz von Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres, Weiterentwicklung des BVJ, Anteil von Migrantenkindern im BVJ

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1364 1365 1367 1375

Förderung von leistungsschwächeren Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr, Erprobung von Teilqualifikationen in Kooperation mit der IHK Region Stuttgart, Zunahme der Zahl von BVJ-Maßnahmen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2811 2847 2849 2850

Anteil und Erfolg von Jugendlichen im BVJ, Fortführung des berufspraktischen Jahres, Kooperation von Hauptschule und BVJ

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519 3521 3523 3525-3527

Eröffnung von Chancen auf einen Ausbildungsplatz für leistungsschwächere Schulabgänger über das BVJ, Verbesserung der Berufsorientierung an den Schulen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3859 3861 3866-3868 3870 3871

Vermittlungsquote von Teilnehmern im BVJ

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4215

Anteil und Erfolg von Jugendlichen im BVJ

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5044 5050

Anteil und Erfolg der Jugendlichen im BVJ

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6289 6292 6297

Anteil und Vermittlungsquote von Jugendlichen im BVJ

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6957 6964

Ausbau der Berufsorientierung iRd Ganztagsangebote an den Schulen; Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund im BVJ

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7205 7231

Anteil und Vermittlungsquote von Jugendlichen aus Migrantenfamilien im BVJ

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7948 7949 7951

Berufsvorbereitungsjahr*s. Berufsvorbereitung***Berufung (Hochschulrecht)**

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hochschulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Personalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Bewertung der vergleichenden Untersuchung der LandeshochschulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Übertragung der Verantwortung für Berufungen auf die Hochschulen unter Verstärkung der externen Mitwirkung

GrAnfr

s. *Hochschule*

Drs 13/1470

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des

Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw. Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1489

Absicherung des Rektors der FH Biberach

Wahl eines externen Bewerbers zum Rektor der o.g. Hochschule; Beurteilung des gewählten Verfahrens und der Finanzierung der für ihn geschaffenen Professorenstelle und Verbeamtung; Ausschreibung der Professur und Durchführung des üblichen Berufungsverfahren mit Bewerberliste und Auswahlverfahren? Aufwendungen für die Stelle und Pensionsbezüge; Bewertung als Präzedenzfall für weitere Berufungen von externen Bewerbern als Rektoren

Antr
s. Hochschulrektor
Drs 13/2383

Berufungen von Professoren an Pädagogischen Hochschulen - Schulpraxis

Anteil o.g. Berufungen von Professoren für Allgemeinpädagogik für die Wahrnehmung erziehungswissenschaftlicher oder fachdidaktischer Aufgaben in der Lehrerbildung ohne Berufspraxis; Maßnahmen zur Verbesserung der praxisbezogenen Ausbildung in der Lehrerbildung

KlAnfr
s. Lehrerbildung
Drs 13/3936

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms

Antr
s. Frau
Drs 13/2858

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung des UniversitätsGes, FachhochschulGes, KunsthochschulGes, BerufsakademieGes und des Ges über die PH zu einem verschlankten und deregulierten LHochschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Berufungsverfahren an Fachhochschulen

Gründe für die Länge der o.g. Berufungsverfahren, Beeinträchtigung der Standortattraktivität durch Nichtbeantwortung von Bewerbungen um eine Fachhochschulprofessur bzw Verzicht auf einen Zwischenbescheid

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 04.05.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4303

Dauer der Berufungsverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Gestaltung und Dauer der Verfahren nach Übertragung der Zuständigkeit für die Ruferteilung auf die Hochschulen zum Jahresbeginn 2005

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 19.01.2006 und Stellungnahme MWK Drs 13/5074
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 130
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Finanzielle Anreize zur Berufung von Spitzenkräften

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 407 408 414 415

Finanzielle Anreize zur Berufung von Spitzenkräften, Ermöglichung von unbefristeten Leistungszulagen in Berufungs- und Bleibeverhandlungen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5227 5229 5232

Übertragung der Verantwortung für die Berufung von Professoren auf die Hochschulen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6266-6268

Beschäftigungspolitik

s.a. Arbeitsförderung

s.a. EQUAL

s.a. Europäischer Sozialfonds

Arbeitsmarktpolitik in BW

Programme und Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Finanzierung über den Haushalt, die LStiftung sowie aus dem Europäischen Sozialfonds iRd Ziels 3; Höhe des Bedarfs und der tatsächlich etatisierten Mittel zur Kofinanzierung der Projekte, Anteile der LKreise, der BA, des Landes und der freien Träger; Vereinfachung der Antragsverfahren und Bündelung der Förderebenen im SM und WM; Projekte zur Frauenförderung, insbes Existenzgründung, Qualifizierung, Beratung zur Berufsrückkehr, Förderung von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung; Begleitung der Übergänge von der Schule in den Beruf; Förderung von regionalen Beschäftigungsagenturen zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung; Erstellung eines Arbeitsmarktleitbilds für BW

GrAnfr
s. Arbeitsmarkt
Drs 13/248

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges; Beurteilung des geplanten Job-Aktiv-Gesetzes; notwendige Flexibilisierung des Arbeitsrechts, insbes zur Steigerung der Attraktivität ausländischer Direktinvestitionen und Deckung des Fachkräftebedarfs in Mangelberufen

Antr
s. Arbeitsmarkt
Drs 13/327

Einsatz und Kofinanzierung der ESF-Mittel nach Ziel 3 - Halbzeitbilanz und Konsequenzen bis zum Ende der laufenden Förderperiode 2006

Zahl und Bescheidung der gestellten Anträge in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen der Einstellung neuer Landeszuschüsse zur Abwicklung von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über das WM bzw Landesgewerbeamt sowie der Einstellung der Programme „Jugend-Arbeit-Zukunft“ und „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“; Erfahrungen mit dem Programm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/2590

Abwicklung von Projekten iRd ESF-Ziel 3-Förderung

Halbzeitbilanz und Ausblick der o.g. Förderung bis 2006; Projekte, Träger, Schwerpunkte und beschäftigungspolitische Erfolge; Gestaltung der Finanzierung und Kofinanzierung bzw der Projektentwicklung bei der Landeskreditbank; Hinwirkung auf eine Vereinfachung der aufwendigen Verwaltungsabwicklung, insbes bei der Mittelabrufung und Erstellung von Verwendungsnachweisen; Prüfung einer Formularvereinfachung zur Einreichung an eine bei der Landeskreditbank angesiedelte Beratungs- und Begleitstelle

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/3508

Aufhebung der Regionalisierung im Rahmen der ESF-Ziel-3-Förderung

Höhe der verfügbaren, der gebundenen Mittel und Restmittel für o.g. Projekte in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen einer Aufhebung der regionalen Zuteilung auf den regionalen arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogenen Qualifizierungsbedarf; Möglichkeiten einer Sicherung der „Sprungbrett“-Projekte an Hauptschulen bis zum Ende der Förderperiode 2006; Fortführung der ESF-Ziel-3-Förderung entlang der regionalen Bedarfslagen unter Einbindung der regionalen ESF-Arbeitskreise

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/4161

Kritik an der Kürzung der Fördermittel für Beschäftigungsprojekte; Höhe der Beschäftigungsquote in BW

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292-2294 2297-2300 2302 2303

Beschaffung

Beschaffungswesen und Ausschreibungen im Zuständigkeitsbereich des MLR

Beschaffungspraxis der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter seit 1998

MdlAnfr
s. *Chemisches Untersuchungsamt*
Drs 13/62

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 15) - Beschaffungswesen und Gebühren

Neuordnung des Beschaffungswesens der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter, Novellierung der dort geltenden Gebührenordnungen

Mittlg
s. *Chemisches Untersuchungsamt*
Drs 13/329

Ausschreibung Polizeiwaffen

Gründe für die Aufhebung der ersten Ausschreibung, Gegenüberstellung der Kriterien zwischen erster und zweiter Ausschreibung, Auswirkungen der Verzögerung, Zeitpunkt der Neubewaffung der Polizei

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/647

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 19) - Beschaffung von Schienenfahrzeugen durch das Land (Drs 12/5701 XVI. S. 6)

Mittlg
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 13/674

Erdgasautos

Vergleich von Erdgasautos mit diesel- und benzinangetriebenen Fahrzeugen, Umfang des tatsächlichen und möglichen Einsatzes entsprechend ausgerüsteter Dienstfahrzeuge, Umsetzung der Empfehlung der Umweltministerkonferenz zur bevorzugten Beschaffung solcher Fahrzeuge

Antr
s. *Dienstkraftfahrzeug*
Drs 13/1019

Zwischenbilanz des Leasing-Konzepts für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Beurteilung des Konzepts nach der ersten Umtauschphase, Erzielung von Einsparungen? Ausschreibung von Phase II, Bewertungskriterien für das wirtschaftlichste Angebot

Antr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 13/1330

Beschaffung neuer S-Bahn-Züge in der Region Stuttgart

Beurteilung des o.g. Bedarfs und der geplanten Fahrzeugbeschaffung durch den Verband Region Stuttgart sowie der vonseiten der LKreise geäußerten Bedenken; Bezuschussung über das Fahrzeugförderprogramm des Landes

Antr
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 13/1966

Holster für Polizeipistolen

Notwendigkeit und zusätzliche Kosten einer Beschaffung geeigneter Waffentaschen für die neuen Dienstpistolen

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/2310

Probleme mit neuen Dienstpistolen der Polizei

Ursachen und Verantwortliche für die aufgetretenen Handhabungsprobleme, Schaffung von Abhilfe und Auslieferung einwandfreier Dienstpistolen mit Holstern bis Mitte Dezember 2003?

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/2484

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 6) - Beschaffung von IuK-Geräten

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/2700

Eignung der neuen Holster für Polizeipistolen

Bewertung als ungeeignet? Notwendigkeit und zusätzliche Kosten einer Umarbeitung der alten Holster

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/3190

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Unterstützung des fairen Handels mit der Vergabe öffentlicher Aufträge und dem Beschaffungswesen

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Zuwendungsaufgaben zur Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen nach dem GVFG

Verpflichtung der Betreiber von geförderten Bussen und Bahnen zur Anbringung von vorgegebenen Werbefolien, Bezifferung der Einnahmeverluste durch den Wegfall von bisher kommerziell genutzten Werbeflächen; Harmonisierung der Werbung für den ÖPNV mit den wirtschaftlichen Interessen der Fahrzeugbetreiber

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/3586

Zusätzliche Kosten bzw Rückerstattungen beim Leasing-Konzept für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Entwicklung der o.g. Zahlen seit dem letzten Zwischenbericht auf Drs 13/1330, Begleichung evtl Zusatzkosten aus den dezentralen Budgets der Dienststellen?

Antr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 13/3609

Umstellung auf blaue Polizeiuniformen

Derzeitiger und künftiger Anteil des Landes und der Polizeibeamten für die Beschaffung der Dienstkleidung, Zeitraum und weitere Kriterien für die o.g. Farbumstellung, Bindung an ein einheitliches Votum der Innenministerkonferenz? Umfang und erwartete Effekte einer Kürzung bzw Einfrierung des Bekleidungsgelds

Antr
s. *Dienstkleidung*
Drs 13/3752

Strategisches Management bei den Beschaffungen der Universitäten

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 548 550

Konzentration der Beschaffung des Bundes zugunsten der Großindustrie

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1064

Umsetzung des Projekts „Fairer Handel“ im Beschaffungswesen des Landes

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1941

Einsparungen im Beschaffungswesen im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2901

Konzentration bzw Privatisierung der Beschaffungsmaßnahmen des Landes im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606

Beschlagnahme*Verbleib von Elfenbein*

Verbleib der vom Schöffengericht Karlsruhe beschlagnahmten Elfenbeinteile, Rückgabe an den Besitzer E.T.? Stand von Anzeigen und Beschwerdeverfahren sowie Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe bzw dem Steuerfahndungsamt Karlsruhe-Durlach

KlAnfr
s. *Elfenbein*
Drs 13/640

Einsatzkommando Ringelblume

Durchsuchung des Bio-Bauernhofs Michaelshof in Aichstetten-Laubegg von fast 250 Polizeibeamten: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes; Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen mit der Folge von Verletzungen, Beschlagnahme von Gegenständen, Beleidigung von Bewohnern, Fesselung von Minderjährigen und Behinderten? Frage nach der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2974

Beschneidung*Genitalverstümmelung verfolgen und abschaffen*

Auswirkungen der verbesserten Rechtslage nach dem Zuwendungsges auf Entscheidungen von Behörden und Gerichten, Gewährung von Abschiebeschutz für die bedrohten Mädchen und Frauen, Darlegung der einzelnen Fälle bzw der Fälle von Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Kontext mit Genitalverstümmelung, der folgenden Ermittlungsverfahren und Gerichtsurteile; Informations- und Beratungsangebote für die potenziell Betroffenen sowie Aus- und Fortbildungsangebote für Ärzte, Hebammen, Psychologen und Sozialarbeiter; Umsetzung des gemeinsamen Konzepts von Bund und Ländern

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 06.06.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4381
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 44 45
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Beschützende Werkstatt

s. Werkstatt für Behinderte

Beschussamt Ulm

Erweiterungsbau des Beschussamtes Ulm

Stand der Planung und des baurechtlichen Genehmigungsverfahrens, Höhe der etatisierten Mittel, Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 04.06.2002 und Antw FM Drs 13/1044

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KlAnfr
s. Öffentliches Bauvorhaben
Drs 13/1745

Beschussamt

Art der Aufgaben und Auftraggeber des Beschussamts in Ulm im Vergleich zu anderen BLändern, Möglichkeiten und Kosteneinsparungen einer Privatisierung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 09.04.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1979
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 16 17
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Baumaßnahme Beschussamt Ulm

Zeitpunkt des Baubeginns für die o.g. Erweiterungsmaßnahme

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 07.05.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2050

Beschussgesetz

s. Waffenrecht

Besenwirtschaft

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Sonderregelung für Sitzplätze in Besenwirtschaften
Beibehaltung der Beschränkung auf 40 Sitzplätze

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 30.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2559
BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.03.2004 Drs 13/3093 (dazu Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU und Jürgen Hofer FDP/DVP) S. 14 15
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Beibehaltung der Beschränkung der Zahl von Sitzplätzen in Besenwirtschaften, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3628

Besigheim

Hohlraumeinsturz in Besigheim

Beurteilung des o.g. Vorfalles auf einem Acker in der Nähe des Kernkraftwerks Neckarwestheim, Frage nach Konsequenzen des UVM angesichts der gleichen geologischen Verhältnisse unter dem GKN

KlAnfr

s. Kernkraftwerk Neckarwestheim
Drs 13/1866

Besoldung

s.a. Beförderung von Beamten, Richtern und Soldaten

s.a. Landesamt für Besoldung und Versorgung

s.a. Personalkosten

s.a. Zulage zum Arbeitsentgelt

Leistungsstufen und Leistungsprämien für Lehrerinnen und Lehrer

Umsetzungsprobleme und mangelnde Akzeptanz bei der Gewährung o.g. Leistungselemente in der Beamtenbesoldung, Hinwirkung auf größere Spielräume der Länder bei der Ausgestaltung, Berücksichtigung des mehrheitlichen Votums der Lehrer für „Zeit statt Geld“

Antr

s. Zulage zum Arbeitsentgelt
Drs 13/109

Dienstrechtsreform zum Erfolg verhelfen

Zustimmung zum Fünften Ges zur Änd des Hochschulrahmen-Ges und des Ges zur Reform der Professorenbesoldung im BRat

Antr

s. Dienstrecht
Drs 13/465

Neue Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Hochschulen

Auswirkungen der Neuregelung der Professorenbesoldung auf den Landeshaushalt; Einrichtung der neuen Stellen an den Hochschulen; Ausgestaltung und Kriterien der Leistungszulagen in Forschung und Lehre, zeitliche Beschränkung der Zulagen und Evaluation der Leistungen; Einführung eines Systems der Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Vergleichbarkeit

Antr

s. Hochschule
Drs 13/634

Funktionsaufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

Vereinbarkeit des Auslaufens o.g. Regelungen in der Polizei-AufstiegsVO Ende 2002 mit der Zusage zur Fortführung des Besoldungsstrukturprogramms

Antr

s. Polizeibeamter
Drs 13/1050

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart; Änd des StraßenGes, ErnennungsGes, LBesoldungsGes, LPersonalvertretungsGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BFernstraßenGes und dem EisenbahnkreuzungsGes sowie weiterer RechtsVO

GesEntw

s. Straßenbauverwaltung
Drs 13/1372

Ges zur Änd des LandesbesoldungsGes

Höherstufung der Ämter der Direktoren der großen Berufsakademien von Besoldungsgruppe B 2 nach B 3

GesEntw LReg 23.10.2002 Drs 13/1431
 1. Beratung PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2184
 BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1747 (da-
 zu ÄAntr CDU und FDP/DVP)
 2. Beratung PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2574-2577
 GesBeschl 19.02.2003 Drs 13/1830
 GBl 2003 Nr. 3 S. 117 118 (Ges vom 25.02.2003)

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, Streichung der Prüfungsvergütungen für Professoren, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Änd der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen

GesEntw
s. Haushaltsstrukturgesetz
 Drs 13/1763

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Beurteilung von Vorschlägen wie Kürzung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Orientierung der Pensionen am Lebenseinkommen bzw Rentenniveau, Rücklagenbildung aus Gehaltsabzügen der Beamten, Verschärfung der Regelungen für Frühpensionierungen, Beschränkung des Beamtenstatus auf die rein hoheitlichen Bereiche; Darstellung der Steigerung der Versorgungsausgaben durch die geplante Umlegung der Sonderzuweisungen auf das Gehalt

Antr
s. Versorgung der Beamten
 Drs 13/2155

Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Zahl der o.g. Lehrkräfte und deren Eingruppierung im Vergleich zu den beamteten Lehrern; Abbau der Ungleichbehandlung durch Abschluss eines Eingruppierungsvertrags in der Tarifgemeinschaft der Länder u.a. Maßnahmen

KlAnfr
s. Lehrer
 Drs 13/2386

Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in BW

Streichung des Urlaubsgelds für Beamte ab 2004, Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung ab 2003, Umbenennung in Sonderzahlung und Umlegung auf die monatlichen Bezüge, Teilhabe an künftigen linearen Besoldungsanpassungen und Ruhegehaltsfähigkeit, Verzicht auf Kürzung des Familienzuschlags, Übergangsregelungen für Versorgungsempfänger; Änd des MinisterGes und der UrlaubsVO; Außerkrafttreten des Ges über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung und des LandesurlaubsgeldGes

GesEntw
s. Zulage zum Arbeitsentgelt
 Drs 13/2396

Ges zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung (Name geändert in: Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen)

Zusammenführung der Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung in Calw, Donaueschingen, Esslingen und Schwäbisch Hall zu einer Landesakademie für Fortbildung und Personalent-

wicklung an Schulen in Esslingen; Regelung der Aufgaben, Zusammensetzung und rechtlichen Stellung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LandesbesoldungsGes

GesEntw
s. Lehrerbildung
 Drs 13/2430

Geplante Höhergruppierung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

Begründung und finanzielle Auswirkungen einer höheren Besoldungseinstufung der Landräte u.a. Bediensteter, Art des Ausgleichs der Mehrkosten, Ausschluss einer Erhöhung der Kreisumlage

KlAnfr
s. Landrat
 Drs 13/2671

Künftige Besoldung der baden-württembergischen Landräte

Verzicht auf eine höhere Besoldungseinstufung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. Landrat
 Drs 13/2690

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesbeamtenGes und LandesbesoldungsGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO und der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes

GesEntw
s. Verwaltungsreform
 Drs 13/3201

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004

Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik; Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr
s. Personalkosten
 Drs 13/3376

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungsanordnungen und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des LandesreisekostenGes, LandesumzugskostenGes und LandesonderzahlungsGes

GesEntw LReg 20.07.2004 Drs 13/3399 (40 S.)
 1. Beratung PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5227-5234
 BeschlEmpf und Bericht FinA 23.09.2004 Drs 13/3572 (da-
 zu ÄAntr Nr. 1-8) (29 S.)
 ÄAntr GRÜNE 06.10.2004 Drs 13/3614 1-5
 ÄAntr SPD 06.10.2004 Drs 13/3614-6
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 06.10.2004 Drs 13/3614-7
 2. Beratung PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5348-5354
 GesBeschl 06.10.2004 Drs 13/3664

GBI 2004 Nr. 14 S. 765-770 (Ges vom 19.10.2004)

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Geplante Höherbesoldungen für die Führungsebene der Reg-Präs

Begründung und Ziele der im BRat beantragten Änderung des BundesbesoldungsGes, Höhe der Mehrkosten, Rechtfertigung vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Ablehnung einer Höherbesoldung der Landräte; Rückzug der BRatsinitiative

Antr SPD 30.08.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3521

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenstätigkeitsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung

Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und -fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw
s. *Landesinstitut für Schulentwicklung*
Drs 13/3678

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Bildung von Übergangspersonalvertretungen; Änd des ErnennungsGes, des Landesbeamten- und -besoldungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. *Bauverwaltung*

Drs 13/3720

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf die Stelle der Schulleitung am Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/4431

Ges zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz BW und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit BW

Bündelung der Umweltverwaltung mit der o.g. Vereinigung zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Fortführung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Regelung der Aufgaben, Organe, Aufsicht, des Dienstverhältnisses der Beamten sowie der Mittelettisierung im Epl 10; Änd des ErnennungsGes, des LBesoldungsGes, LBeamtenGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO; Außerkrafttreten des Ges zur Errichtung der UMEG

GesEntw
s. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*
Drs 13/4523

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Ges zur Änd des PrivatschulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der in der Landesbesoldungsordnung ausgebrachten Ämter an die neue Personalstruktur und Bezeichnung der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie der Pädagogischen Fachseminare

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/5062

Besoldungsverbesserungen für Polizeibeamte, Leistungsorientierung des Besoldungs- und Dienstrechts in der Zuständigkeit der Länder

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 68 69 101

Leistungsorientierung des Besoldungs- und Dienstrechts

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202

Leistungsorientierung des Besoldungs- und Dienstrechts an den Hochschulen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 407 408 410 412-415

Besoldungsverbesserungen bei der Polizei, im mittleren Dienst der Justiz und Steuerverwaltung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641

Stellenhebungen bei der Polizei, Fortführung des Besoldungsstrukturprogramms, stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Problematik der Nachwuchsgewinnung bei der Besoldungsstruktur im öffentlichen Dienst

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797 802 816

Besoldungsverbesserungen bei der Polizei und im Justizvollzugsdienst

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882 886 916 917 919 921 922 924

Besoldungsstruktur im Polizeibereich, Auslaufen der Regelungen zum Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst in der Polizei-AufstiegsVO

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1724 1725 1727 1729

Beurteilung des Vorschlags aus Berlin zur Übertragung der Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung auf die Länder; Anstreben eines Inflationsausgleichs für die unteren Besoldungsgruppen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112 2114 2121 2135

Forderung nach einer Abkoppelung der Ministeregehälter von der Beamtenbesoldung; Anstreben einer Nullrunde bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2327-2338

Anstreben einer Öffnungsklausel für die Länder im Beamtenrecht, Einräumung einer Regelungskompetenz für Elemente der Besoldung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2526

Reformbedarf der Besoldungsstruktur, Abkopplung vom Lebensalter, Stärkung der leistungsbezogenen Elemente

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2663 2665-2669

Anstreben einer Öffnungsklausel im Besoldungsrecht, Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten, Hinwirkung auf eine sozial abgestufte Vorgehensweise

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2705-2708 2713-2716 2718 2719 2726 2730-2733

Nachfolgeprobleme der Besoldungshöhe für die Versorgung, Anstreben einer Öffnungsklausel im Besoldungsrecht, Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten; Anlehnung der Besoldung und Versorgung der Regierungsmitglieder an die Besoldungsgruppe B 11

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2940 2942 2944 2947 2959 2961 2962 2965-2967

Besoldungsverbesserungen bei der Polizei, Notwendigkeit einer Sozialkomponente bei der Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten, Erhaltung der Polizeizulage

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126 3128 3130 3132 3136 3137

Anstieg der Personalkosten durch Besoldungserhöhungen in der Vergangenheit; Notwendigkeit einer attraktiven Besoldung im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte; Übertragung der Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung auf die Länder

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639-5641 5643-5645

Anstieg der Personalkosten durch ständige Besoldungserhöhungen, Anstreben einer Öffnungsklausel für die Länder im Besoldungsrecht

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5796 5810 5819

Eintreten für leistungsorientierte Elemente bei der Besoldung; Notwendigkeit einer Sozialkomponente bei der Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5906 5907

Besoldungsverbesserungen bei der Polizei, Stärkung der leistungsbezogenen Elemente; Kompetenz der Hochschulen für die Verhandlung der Professorenbesoldung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6252 6256 6267

Übertragung der Zuständigkeit für die Beamtenbesoldung auf die Länder iRd Einigung auf eine Föderalismusreform; Vorschlag einer Absenkung der Eingangsbesoldung von Lehrern

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7345

Besoldungsgesetz

s. Besoldung

Besoldungsrecht

s. Besoldung

Besoldungsstrukturprogramm

s. Besoldung

Bestattung

s.a. Sterbegeld

Bestattung für Tod- und Fehlgeborene mit wenig Gewicht

Umgang mit vorgeburtlich verstorbenen Föten und Embryonen mit bis zu 500g Gewicht, Ausschluss von gewinnorientierten Rechtsgeschäften, Verpflichtung der Krankenhäuser zu einer würdigen Trauerfeier und Beisetzung, Änd des Bestattungsrechts?

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 06.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/393

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/997 S. 27 28

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Friedwälder in BW

Berücksichtigung der Bestattung in Friedwäldern bei der Novellierung des BestattungsGes? Darlegung der Positionen der kommunalen Landesverbände, der Landesforstverwaltung, der privaten Waldbesitzer und Kirchen

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 11.08.2003 und Antw SM Drs 13/2352

Errichtung von Friedwäldern in BW

Gestellte, abgelehnte und genehmigte Anträge auf Zulassung privater Bestattungsplätze; notwendige Änderungen des LandesbestattungsGes für die Genehmigung von Friedwäldern

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 15.10.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2504

BeschlEmpf und Bericht SozA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 41-44

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Bestattung von Fehlgeburten

Einräumung der o.g. Möglichkeit, Information der betroffenen Eltern in den Krankenhäusern

MdlAnfr 5) Heiderose Berroth FDP/DVP 24.11.2003 Drs 13/2589

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3893 3894

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Bestattungsges

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Bestattungsgesetz

s. *Bestattung*

Bestattungsrecht

s. *Bestattung*

Bestechung

s.a. *Geschenk*

s.a. *Wirtschaftskriminalität*

Korruptionskontrolle

Frage nach einer Zusammenarbeit von Müllverwertungsanlagen und sonstigen Betrieben mit öffentlicher Beteiligung mit Unternehmen, die in den Kölner Müllskandal verwickelt sind; Gründe für die Zunahme von Bestechungsdelikten in BW; präventive Maßnahmen zur Verhinderung einer Verwicklung von öffentlichen Unternehmen in Korruptionsfälle

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 12.03.2002 und Antw IM Drs 13/848

Vorteilsnahme von Professoren an der Fachhochschule Konstanz

Bewertung o.g. Fälle i.S.d. Korruptionsbekämpfungsges zwischen 1997 und 2001, Höhe und Verbleib der von Studenten bei Firmen eingeworbenen Beträge, Anteil am gesamten Drittmittelaukommen, Frage nach einer Mitverantwortung der Hochschulleitung und -verwaltung sowie weiteren Verdachtsfällen an Hochschulen in den letzten zehn Jahren, Konsequenzen für die Verantwortlichen, Ausschluss künftiger Fälle durch vorbeugende Maßnahmen

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 18.06.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3278

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 77-79

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität; Bewertung des Pilotprojekts „Business-Keeper-Monitoring-System“

Entwicklung der o.g. Fallzahlen und Gegenmaßnahmen seit 1996, Zahl und Konsequenzen der Tipps von anonymen Hinweisgebern aus dem Umfeld der korruptiven Beziehungen, Bewertung bzw Übernahme des o.g. vom LKA Niedersachsen erprobten webbasierten Informationssystems

Antr

s. *Wirtschaftskriminalität*

Drs 13/3317

Ermittlungen gegen Betriebsprüfer in Sachen FlowTex wegen des Verdachts der Bestechlichkeit

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 724-727 729 731-733

Klärung der iRd FlowTex-Affäre erhobenen Bestechungsvorwürfe

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1269 1272-1274

Klärung der Bestechungsvorwürfe gegen den Ersten Direktor der LVA, Jürgen Schneider; Verweisung auf den Korruptionsbeauftragten der LVA

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1622 1625-1627

Vorwurf der Missachtung von Vorschriften zur Korruptionsverhütung bei der Gutachtenvergabe durch Ministerien

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6590 6591

Betäubungsmittel

s.a. *Alkohol*

s.a. *Rauschgiftkriminalität*

Drogenpolitik in BW - Überlebens- und qualifizierte Ausstiegshilfen für Schwerstabhängige

Bewertung der Entwicklung der Zahlen von Drogentoten in BW u.a. BLändern; Schaffung der Voraussetzungen für Modellversuche für Drogenkonsumräume nach dem BtmG; Prüfung der stationären und teilstationären Heroinvergabe an Schwerstabhängige

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/19

Drogenpolitik in BW

Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen, niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Suchtgefährdete und -kranke, neue Therapien, Entgiftungsmaßnahmen und Überlebenshilfen, Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige, Zahl von verfügbaren ambulanten und (teil-)stationären Therapieplätzen, Auswirkungen von Drogenkonsumräumen

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/105

Effizienz der Drogenpolitik in BW

Datenentwicklung nach Suchtabhängigen und Abhängigkeiten, Erfolge der Therapie- und Betreuungsangebote, Art und Ausstattung der Beratungs- und psychosozialen Dienste, Qualitätskriterien für diese Dienste und die Substitutionsbehandlung, Mitfinanzierung durch die Krankenkassen, Untersuchung der verschiedenen Angebote iR eines Forschungsprojekts

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/297

Auffälligkeiten im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Rauschmitteln

Entwicklung der Fallzahlen unter Einfluss von legalen und illegalen Drogen sowie daraus folgenden Unfällen mit Personenschäden in den letzten Jahren, Anwendung von Führerscheinentzug u.a. Sanktionsmitteln, Möglichkeiten der Strafverfolgung, Präventionsarbeit

Antr

s. *Kraftfahrer*

Drs 13/516

Verharmlosende Gesundheitsgefahren durch Cannabis-Konsum
Beurteilung der „Weihnachtsaktion“ der Jungliberalen in Heilbronn bzw des Gefahrenpotenzials von Haschischkonsum

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.01.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/619
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/997 S. 34-36
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Strukturen der kriminellen Drogenszene in BW

Wirksamkeit von Instrumenten und Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität sowie von lokalen Drogenszenen, Erfolg von ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber nichtdeutschen Tätern sowie Maßnahmen gegen Verkehrsteilnehmer unter Drogeneinfluss

Antr
s. *Rauschgiftkriminalität*
Drs 13/895

Drogen im Straßenverkehr - Mischkonsum, Grenzwerte und strafrechtliche Konsequenzen

Ausrichtung von Drogenkontrollen im Straßenverkehr auf Mischkonsum, Einführung von Grenzwerten, Verschärfung der strafrechtlichen Ahndung des Fahrens unter Drogeneinfluss

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/1076

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung des Suchtverhaltens von Mädchen und Frauen in den vergangenen 10 Jahren in Bezug auf Rauchen, Alkoholmissbrauch, Essstörungen und Medikamentenabhängigkeit; Modifikation der Präventionsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Maßnahmen zur Verkehrserziehung, insbes bei Fahranfängern und Unfällen nach Alkoholkonsum; Festlegung von Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulungsbildung

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Methadonvergabe im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl der behandlungsbedürftigen Heroinabhängigen und der Methadon ausgebenden Ärzte; Notwendigkeit einer flächendeckenden Versorgung

KIAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 25.03.2004 und Antw SM
Drs 13/3061

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Definition verschiedener Konsummuster, wie z.B. gelegentlicher oder regelmäßiger Konsum von Cannabis u.a. Betäubungsmitteln, durch die Führerscheinbehörden; Darlegung der jeweils angeordneten Überprüfungen, wie z.B. ärztliches Gutachten, Drogenscreening oder MPU, sowie der verhängten Sanktionen bis hin zum sofortigen Entzug der Fahrerlaubnis; Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Rechtsprechung im Verwaltungsverfahren, Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltungspraxis? Umsetzung von Ergebnissen einer Befragung der Fahrerlaubnisbehörden?

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/3340

Suchtprävention an baden-württembergischen Schulen

Bewertung der Projekte gegen Alkohol, Tabakprodukte u.a. legale und illegale Drogen in den letzten drei Jahren; Initiierung weiterer ehrenamtlicher Aktionen, Gewinnung der Eltern, Behandlung des Themas Sucht im Unterricht, Schulung der Lehrkräfte, Maßnahmen gegen negative Medieneinflüsse, Vermeidung von Essstörungen; Wirksamkeit der höheren Besteuerung von Alcopops

Antr
s. *Suchtbekämpfung*
Drs 13/4377

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/4583

Unterstützung von Modellversuchen zur ambulanten Heroinabgabe an Schwerstabhängige

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 81 102

Ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige, Ergebnisse der Substitutionsprogramme, Konsequenzen aus den Schweizer Modellversuchen, Feststellung einer Freigabe von Drogen im Umfeld von Fixerstuben

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 470-483

Schmerzbehandlung von Schwerstkranken mit Betäubungsmitteln

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476 7480 7483

Bemühungen um einen restriktiven Umgang mit legalen u.a. Suchtmitteln, Erinnerung an die Forderung der Grünen nach Legalisierung von Haschisch

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7623 7625

Beteiligungen eines Landes

s. Landesbeteiligung

Beteiligungsbericht

s. Landesbeteiligung

Betreuung (Rechtsinstitut)

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Betreuungsges

Weiterbildung und Prüfung der Berufsbetreuer, Regelung der Weiterbildungsinhalte und Grundsätze des Prüfungsverfahrens

GesEntw LReg 15.08.2001 Drs 13/195 (10 S.)

1. Beratung PIPr 13/10 24.10.2001 S. 416-420

BeschlEmpf und Bericht StändA 06.12.2001 Drs 13/528

2. Beratung PIPr 13/14 12.12.2001 S. 685

GesBeschl 12.12.2001 Drs 13/555

GBI 2001 Nr. 19 S. 682 (Ges vom 13.12.2001)

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Aufstockung der Zuschüsse für die Betreuungsvereine

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-14 S. 42 43

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Betreuungsrecht verbessern - Vorsorgevollmachten stärken!

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4724 (abgesetzt)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des Betreuungsges

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

BetreuungsrechtsänderungsGes (BtÄndG)

Bewertung des o.g. GesEntw der Länder, insbes Stärkung der Vorsorgevollmacht, Pauschalierung der Vergütung, Verlagerung von richterlichen Aufgaben auf die Rechtspfleger, Verzicht auf Sachverständigengutachten; Zahl der Berufsbetreuer und ehrenamtlichen Betreuer sowie der Betreuungsvereine, Entwicklung des jeweiligen Mitteleinsatzes des Landes in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer ausreichenden Qualitätssicherung

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 26.05.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3237 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 43-45

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des Betreuungsges

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 13/3640

Neue Haftpflichtversicherungsregelung für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer

Vereinbarung eines Selbstbehalts in Höhe von 250 Euro bei Sachschäden mit der o.g. Neuregelung, Vereinbarkeit mit der Gewinnung notwendiger Betreuer bzw der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements

KlAnfr

s. Versicherung

Drs 13/5238

Kostenreduzierung im Bereich des Betreuungsrechts

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4315

Betreuungsgesetz

s. Betreuung (Rechtsinstitut)

Betreuungsrechtsänderungsgesetz

s. Betreuung (Rechtsinstitut)

Betriebsabwanderung

s. Betriebsänderung

Betriebsänderung

s.a. Outsourcing

Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland

Umfang, Ursachen und Auswirkungen der o.g. Entwicklung differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen; Einschätzung der weiteren Entwicklung nach dem EU-Beitritt der MOE-Staaten, Vergleich der dortigen Arbeitskosten mit denen in der EU; Strategien der Unternehmen zur Vermeidung einer Verlagerung bzw zur Rückverlagerung; Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verhinderung weiterer Arbeitsplatzverluste hierzulande

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 01.04.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3096 (19 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 15

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen der Region Stuttgart ins Ausland

Verlagerung von Wissenschaftlern und Fachkräften ins Ausland in den letzten Jahren, Einschätzung der weiteren Entwicklung und Auswirkungen, Höhe der Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute seit 2000; stärkere Ausrichtung der Technologieförderung auf kleine und mittlere Unternehmen, Abstimmung der Studiengänge an den Fachhochschulen mit den Bedürfnissen der heimischen Technologie-Unternehmen

Antr

s. Forschung

Drs 13/3502

Arzneimittelversorgung in BW

Zahl und Umsatzentwicklung der produzierenden und forschenden Unternehmen; Wirkungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbes der Gesundheitsgesetzgebung, der Kosten, Zeiträume und Verfahren von der Forschung bis zur Markteinführung eines neuen Medikaments im Vergleich zur europäischen Konkurrenz; Umfang und Gründe der Verlagerung von Forschungskapazitäten ins Ausland

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. *Investition*
Drs 13/4400

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Verlagerung von Produktionen nach Tschechien und Ungarn aus Kostengründen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 780

Abwanderung von forschenden Betrieben in die USA aufgrund der Regulierungswut der EU; Produktionsverlagerungen nach Osteuropa

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3323

Erwartete Betriebsverlagerungen nach der EU-Osterweiterung, Anündigung der Einrichtung des größten Produktionsstandorts der Firma SAP in Indien

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3809

Beklagung der Betriebsabwanderungen in Billiglohnländern

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4503

Abwanderung von Unternehmen ins Ausland, Produktion am neuen Standort unter niedrigeren Umweltstandards

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4740

Betriebsverlagerungen nach Osteuropa, Feststellung einer Rückkehrquote von 30 %

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4771 4774 4776 4777

Umfang der Arbeitsplatzverluste durch Betriebsabwanderungen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4975

Abwendung der Verlagerung von Arbeitsplätzen bei Daimler-Chrysler ins Ausland

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5188 5191 5192 5194 5196

Beklagung der Abwanderung von Unternehmen nach Osteuropa

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5880

Sorgen der Arbeitnehmer um eine Abwanderung ihrer Unternehmen, Darlegung der positiven Standortfaktoren hierzulande

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6016 6017 6027 6029

Sicherung von Arbeitsplätzen hierzulande durch Produktionsverlagerung ins Ausland, Anteil der im Ausland erzielten Umsätze

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6146 6151 6156 6157

Standortverlagerungen aus steuerlichen und arbeitsrechtlichen Gründen ins Ausland

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404 6405

Kritik am Aufkauf und der „Ausschlachtung“ von Unternehmen durch ausländische Investoren

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6509 6510

Feststellung einer Verlagerung von produktionsnahen Dienstleistungen nach Osteuropa

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6704 6708 6709

Dramatik der Abwanderung von Unternehmen ins Ausland und Zunahme der Arbeitslosigkeit hierzulande

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6970 6976 6977

Abwanderung von Unternehmen aufgrund des Kostendrucks und der Erschließung ausländischer Märkte

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297

Befürchtung einer Verlagerung von Arbeitsplätzen in der Produktion sowie in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit, Bewertung auch als Sicherung von Arbeitsplätzen hierzulande

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881 7882 7889 7890

Betriebsansiedlung

s. *Unternehmensansiedlung*

Betriebsarzt*Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen*

Entwicklung der Zahlen und Gründe für Frühpensionierungen in den vergangenen zehn Schuljahren; Maßnahmen zur Umsetzung des ArbeitsschutzGes an Schulen; Beteiligung von Schulen, Schulkindergärten und Lehrkräften an der Testphase 2002; Vorlage, Interpretation und Konsequenzen der Ergebnisse; Ausbau der Stelle des Betriebsarztes als Anlaufstelle und weisungsfreie Zuordnung als Stabstelle der Ministerin bzw dem Ministerialdirektor; Anstreben einer Einigung mit den Kommunen über die Finanzierung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/1933

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure u.a. Fachkräfte für Arbeitssicherheit; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem JugendarbeitsschutzGes und der nach diesem Ges ergangenen RechtsVO; Änd der ArbeitsschutzGes-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Zuständigkeiten nach der VO über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Betriebsberatung

s. *Unternehmensberatung*

Betriebspraktikum

s. *Praktikum*

Betriebssicherheit

s. *Arbeitsschutz*

Betriebsverfassung

s.a. *Mitbestimmung*

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/327

Erneuerung der Forderung nach Rückführung der Änd des Betriebsverfassungsges

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 159

Bezeichnung der Novellierung des Betriebsverfassungsges als Gift für die Konjunktur

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 204

Belastungen der Wirtschaft durch das novellierte Betriebsverfassungsges

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329

Belastung der Wirtschaft durch die Novellierung des Betriebsverfassungsges

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 511

Belastung der Wirtschaft durch die Novellierung des Betriebsverfassungsges

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678 1682 1718-1721

Forderung nach Rücknahme der Verschärfung des Betriebsverfassungsges

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2220

Rückführung der überzogenen Mitbestimmungsrechte durch Novellierung des Betriebsverfassungsges

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2367

Belastung der Wirtschaft durch das Betriebsverfassungsges, Forderung nach Rücknahme der überzogenen Mitbestimmungsrechte

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3391

Überarbeitung des Betriebsverfassungsges, Rücknahme der überzogenen Mitbestimmungsrechte

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405

Betriebsverfassungsgesetz

s. *Betriebsverfassung*

Betriebsverlagerung

s. *Betriebsänderung*

Betriebswirtschaft

s.a. *Buchführung*
s.a. *Wirtschaftsrecht*
s.a. *Wirtschaftswissenschaft*

Wirtschafts- und Verwaltungsakademie VWA; VWA-Abschlüsse Anerkennung als Diplom

Zuerkennung des staatlichen Diploms für o.g. Abschlüsse der Betriebswirtschaft, Änd der PrüfungsVO der VWA, Voraussetzungen für die Anerkennung früherer Abschlüsse

KlAnfr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/754

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, Flüchtlingsaufnahmeges und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Äquivalenzen bei der Akkreditierung von Studiengängen

Klarstellung des unterschiedlichen Qualifikationsniveaus von Absolventen bzw Abschlüssen nach einem weiterbildenden Masterstudiengang und einem konsekutiven Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre; Hinwirkung auf eine entsprechende Modifikation der länder einheitlichen Strukturvorgaben nach dem HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Betriebswirtschaftslehre

KlAnfr
s. *Studium*
Drs 13/4464

Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1074

Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der öffentlichen Verwaltung

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3264-3273 3275 3277-3279 3281

Verankerung betriebswirtschaftlicher Elemente im Studienangebot der verwaltungsinternen Fachhochschulen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4888 4889 4892

Optimierung der Hochschulmedizin unter betriebswirtschaftlichen Bedingungen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4980 4981

Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309 5312-5318

Errichtung und Führung eines eigenständigen Landesbetriebs „Vermögen und Bau BW“ nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen mit kaufmännischer Buchführung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5631 5632

Errichtung und Führung eines eigenständigen Landesbetriebs „Vermögen und Bau BW“ nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen mit kaufmännischer Buchführung

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5695 5696

Ausbildung der Landwirte in Betriebswirtschaftslehre

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6784 6785

Betriebswirtschaftslehre

s. Betriebswirtschaft

Betrug

s.a. Wirtschaftskriminalität

Die Ermittlungen in Sachen Kapital Consult und so genanntem Dreiländer-Fonds

Beurteilung der Zeitdauer der Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen den Chef des o.g. Unternehmens wegen Kapitalanlagebetrugs und der Gefahr von Verjährung mit haftungsrechtlichen Konsequenzen für das Land, Aufklärung der Anleger über die Fondsr Risiken

Antr

s. Wertpapier

Drs 13/973

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zum Bürgschaftsfall Deyhle

Grundlagen und Bedingungen für das Zustandekommen der o.g. Bürgschaft, Zulässigkeit eines Verzichts auf die Zweckbindung bei der Gewährung von Landesbürgschaften bzw der Verwendung zur Tilgung von Privatschulden? Anlass, Gründe, Stand und Zeitpunkt des Abschlusses o.g. Ermittlungen gegen Herrn Deyhle wegen des Verdachts auf Betrug zulasten der L-Bank; Vorlage des Bürgschaftsvertrags zwischen dem Land und der L-Bank sowie des Vertrags zwischen der L-Bank und Herrn Deyhle über den Aktienverkauf der Stella AG im Wirtschaftsausschuss

Antr

s. Bürgschaft

Drs 13/2716

Fachaufsichtliche Maßnahmen gegen betrügerische Manipulationen an geeichten Messanlagen in Heizöl-Tankfahrzeugen

Intensivierung der Überprüfungen o.g. Anlagen, Verzicht auf eine Privatisierung der Eichung von Messanlagen in Tankfahrzeugen

MdlAnfr

s. Messwesen

Drs 13/3827

Internet-Betrug und Möglichkeiten zu dessen strafrechtlicher Verfolgung

Darstellung der Betrugsvarianten, der Möglichkeiten der Geschädigten (Käufer, Verkäufer, Opfer von Identitätsmissbrauch) sowie der Polizei und Justiz zur Ermittlung bzw Bestrafung der Täter; Prüfungs- und Offenbarungspflichten der Plattform-Anbieter; präventive Maßnahmen der Polizei; gewerbe- und steuerrechtliche Überprüfung von „Power-Sellern“; strafrechtliche Sanktionierung der Fälle von Umsatzsteuerhinterziehung

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 01.12.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4898

BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 11

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Bezeichnung der FlowTex-Affäre als größten Betrugsfall der Wirtschaftsgeschichte, Bewertung der Zeitdauer der Verfahrensabwicklung, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719-734

Bezeichnung der FlowTex-Affäre als größten Betrugsfall der Wirtschaftsgeschichte, Bewertung der Zeitdauer und Merkwürdigkeiten der Verfahrensabwicklung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1268-1279 1281-1283

Bezeichnung der FlowTex-Affäre als größten Betrugsfall der Wirtschaftsgeschichte, Bewertung der Zeitdauer und Merkwürdigkeiten der Verfahrensabwicklung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567-7583

Beurkundung

s.a. Standesamt

s.a. Vertrag

Beurkundung von Geburten

Anforderungen im Falle der Geburt eines Kindes für die Ausstellung der Geburtsurkunde an Eingebürgerte und Flüchtlinge, Verlangen nach Beibringung einer Geburtsurkunde aus dem Herkunftsland bzw hilfsweise einer notariellen Beglaubigung und Versicherung von drei Zeugen; Frage nach den angewandten Rechtsvorschriften, den Kosten und der Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989; Auswirkungen der Kontaktaufnahme mit den Heimatbehörden auf das laufende Asylverfahren; Anwendung einer einheitlichen Verfahrenspraxis der Kommunen?

Antr

s. Geburt

Drs 13/3277

Beurlaubung

s.a. Elternzeit

s.a. Pflegeurlaub

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 5)

Beurlaubung von Beamten ohne Dienstbezüge (Drs 12/5701 II, S. 2)

Mittlg LReg 23.07.2001 Drs 13/121

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern für das Weißenhof-Tennisturnier in Stuttgart

Einsatz von Schülern für Hilfsdienste beim o.g. Turnier u.a. Großveranstaltungen: Zahl und Auswahlkriterien der eingesetzten Schüler, Art und Vergütung der Hilfsdienste, Begründung der Freistellungen, Nachholung des versäumten Unterrichts

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 13/3432

Urlaub aus sonstigen Gründen

Darlegung o.g. Beurlaubungen von Beamten und Angestellten in den letzten drei Jahren differenziert nach Dauer und Zweck, Herkunftsdienststellen, nach wahrgenommenen öffentlichen oder privaten Aufgaben etc; Höhe und Belastung der zusätzlichen Bezüge; Frage nach Konsequenzen im Hinblick auf Beihilfe, Altersversorgung und Dienstzeiten

Antr Dr. Walter Döring u.a. FDP/DVP 09.03.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4128

Beurteilungsverordnung

s. *Dienstrecht*

Beurteilungswesen

s. *Dienstrecht*

Bevölkerungsbewegung

s. *Bevölkerungsentwicklung*

Bevölkerungsentwicklung

s.a. *Enquetekommission „Demographischer Wandel“*

Zukunft der stationären Altenpflege in BW

Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Pflegebedürftigkeit bis 2010, Gegenüberstellung des Bedarfs und der Bereitstellung von Pflegepersonal, ambulanten Pflegediensten, voll- und teilstationären Pflegeplätzen; Entwicklung des Bedarfs und der Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierungs-, Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeheime; Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege trotz veränderter Lebensformen und demographischer Bedingungen, Entlastung der pflegenden Angehörigen, Stellenwert der wohnortnahen Versorgung und freien Heimplatzwahl, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Schaffung der zusätzlichen 10 000 Pflegeplätze

GrAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/233

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Vergleich der demographischen Entwicklung mit dem Arbeitskräftebedarf; Darlegung der geforderten Qualifizierung, Aktivierung von Reserven bei gut ausgebildeten jungen Frauen, Bedeutung der Zuwanderung

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Lebenserwartung und Erkrankungen von Frauen und Männern seit 1950, Erhebung und Auswertung geschlechtsdifferenzierter Daten; Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten im selben Zeitraum

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Bevölkerungsentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Entwicklung der Altersstruktur, der Erwerbs- und Zuwanderungsquote seit 1995; Höhe der Mieten, Wohnraumsituation und -förderung in der Region

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 19.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1207

Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Wohnungsnachfrage in BW

Aktualität der angenommenen Zuwanderungszahlen der Kommission zur Begutachtung der Wohnungslage, Bewertung der neuen Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts, Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt; Werbung um Investitionen in den Wohnungsbau, Vorlage eines nachfrageorientierten Landeswohnungsbauprogramms

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/2097

Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau in mittelfristiger Entwicklung

Altersstruktur und Erwerbsanteil von Frauen und Männern 2004, 2010, 2020 und 2030; Strukturveränderungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen durch den absehbaren Prozess der Überalterung; Entwicklung des Anteils der hochqualifizierten Erwerbsfähigen bei Fortschreibung bzw Anhebung des Bildungsniveaus; Maßnahmen zur Steigerung des Erwerbsanteils von Jugendlichen, Frauen und Älteren

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/3003

Einsetzung einer Enquetekommission „Demografischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik“

Untersuchungsauftrag und Zusammensetzung der Kommission; Berichtsvorlage bis spätestens 01.07.2005

Antr
s. *Enquetekommission „Demographischer Wandel“*
Drs 13/3049

Situation von Senioren mit Migrationshintergrund und von ausländischen Senioren

Datenentwicklung bis 2020 differenziert nach Geschlechtern, Herkunftsländern und regionaler Verteilung in BW; Schaffung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären Pflegeinfrastruktur, entsprechende Ausbildung bzw Anwerbung geeigneter Pflegefachkräfte, Frage nach spezialisierten Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in BW u.a. BLändern

Antr

s. *Alter Mensch*
Drs 13/3412

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Herausforderungen der demographischen Entwicklung und damit auch der Zunahme von Demenzerkrankungen, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Antworten der Politik auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49 51 54 57

Notwendigkeit von Zuwanderung aus demographischen Gründen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 85

Zunehmende Belastung der Jugend durch die Überalterung der Gesellschaft

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200

Notwendigkeit eigener Anstrengungen sowie von Zuwanderung aufgrund der demographischen Entwicklung, Ausmaß der Armutsmigration weltweit

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259-262 264-266

Notwendigkeit von Zuwanderung aus demographischen Gründen; Förderung der Altersforschung mit dem Forschungsrahmenprogramm der EU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 563 565 569 608

Berücksichtigung demographischer Entwicklungen bei der Fortschreibung des LEntwicklungsplans; Vermeidung einer Zuwanderung im großen Stil im Zuge der EU-Osterweiterung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 752-754 757 759 761 777 780

Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der Reform der Renten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 825

Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der Reform des Gesundheitswesens und der Renten sowie der Wohnraumversorgung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1408 1409 1414 1430 1434

Notwendigkeit der Zuwanderung aus demographischen Gründen, Nutzung des Potenzials älterer Arbeitnehmer zur Bewältigung des Facharbeitermangels

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1676 1680 1682 1686 1710 1711

Erhaltung des Wissens und der Erfahrung älterer Arbeitnehmer in den Betrieben mit Blick auf die demographische Entwicklung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813

Bevölkerungszuwachs am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1977

Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der Reform der Renten

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115 2130 2135

Notwendigkeit einer Verschlinkung der Verwaltungsstruktur des Landes angesichts der demographischen Entwicklung

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2373

Entwicklung des Anteils der älteren Menschen in BW

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2543-2549 2552 2554 2560 2565 2567

Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der Reform der Renten

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3017 3020

Zunahme der Zahl von Behinderten vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3545 3548-3552

Notwendigkeit einer höheren Geburtenrate in Deutschland, Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der Reform der Renten, Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz in BW

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604 3605 3612 3616 3617 3622 3630 3635 3638-3640

Berücksichtigung des demographischen Faktors bei der Gesundheitsreform

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3705 3708-3711

Entwicklung des Anteils der älteren Menschen in BW, Auswirkungen auf die Finanzpolitik und sozialen Sicherungssysteme

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3943 3944 3950 3953

Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz in BW; Zunahme des Pflegebedarfs aufgrund des demographischen Wandels; Verweisung auf eine höhere Geburten- als Sterberate im Land

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4152 4172 4211 4212 4214 4216 4219

Notwendigkeit von Zuwanderung angesichts der demographischen Entwicklung

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4463 4466

Berücksichtigung des demographischen Wandels, Bereitstellung einer wohnortnahen Pflegeinfrastruktur

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4802-4804

Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz in BW; Erwartung einer demographisch bedingten Steigerung der Eingliederungshilfe für Behinderte

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4967 4972 4997 4999

Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz in BW
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5044 5045

Feststellung eines dramatischen Bevölkerungsrückgangs, Eignung des Landesfamiliengelds zur Steigerung der Geburtenrate
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5323-5325 5327-5329

Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Senioren angesichts der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5514 5515

Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz in BW; Regionalisierung der Eigenheimzulage angesichts der demographischen Entwicklung
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5568 5570 5578 5581 5583 5604

Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte angesichts der demographischen Entwicklung
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641

Feststellung eines dramatischen Bevölkerungsrückgangs, familienpolitische Instrumente zur Steigerung der Geburtenrate, Impulse für ein neues Miteinander der Generationen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5816 5822 5847-5850

Bezeichnung des Defizits an Ganztagsbetreuung als wesentlichen Faktor der demographischen Entwicklung; Notwendigkeit der Haushaltssanierung mit Blick auf die demographische Entwicklung
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895 5900 5931 5936 5938-5940

Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz in BW, Bemühungen um die zusätzlich notwendigen Arbeitsplätze; Stärkung des Miteinanders der Generationen angesichts der demographischen Entwicklung
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6422

Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz sowie eines Geburtenüberschusses in BW; Stärkung des Miteinanders der Generationen angesichts der demographischen Entwicklung
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461 6462 6467 6468 6478 6492 6496 6501 6502

Überführung der Sozialversicherungen in kapitalgedeckte Systeme angesichts der demographischen Entwicklung, Ausbau der Kinderbetreuung zur Steigerung der Geburtenrate
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6548 6554 6556 6558 6560

Feststellung eines Geburtenüberschusses sowie einer positiven Wanderungsbilanz in BW, Vergleich der demographischen Eckdaten in BW und bundesweit, Entwicklung zum Kinderland Nummer eins in Deutschland
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199 7200 7222 7239

Feststellung eines Geburtenüberschusses sowie einer positiven Wanderungsbilanz in BW; Befürchtung eines Generationenkonflikts angesichts der Alterung der Gesellschaft, Notwendigkeit einer höheren Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7677-7686

Zunahme der Zahl von älteren und pflegebedürftigen Menschen, Entwicklung des Durchschnittsalters und der Lebenserwartung bis 2050, Feststellung einer positiven Wanderungsbilanz sowie eines Geburtenüberschusses in BW
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771-7782

Betrachtung des demographischen Wandels als Herausforderung für die notwendige Innovationsfähigkeit der Gesellschaft
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7889

Bewachungsgewerbe

s.a. *Objektschutz*
s.a. *Personenschutz*

Euro-Umtausch und Geldtransporte

Abwicklung o.g. Transporte von privaten Geld- und Werttransportunternehmen zu Banken und Firmen, personelle und sächliche Ausstattung dieser Unternehmen, Kooperation mit der Polizei, Verbesserung der personellen Absicherung durch Anforderung des Bundesgrenzschutzes?

Antr
s. *Währung*
Drs 13/229

Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hechingen

Aufklärung der Umstände des Ausbruchs von vier Gefangenen; Frage nach personellen und baulichen Mängeln in Hechingen u.a. JVA im Land bzw nach Abhilfemaßnahmen; Verpflichtung privater Sicherheitsdienste als Reaktion auf den Ausbruch?

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3653

Überlegungen des Justizministers zur Verpflichtung privater Sicherheitsdienste im Strafvollzug
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386 5387 5392 5393

Überlegungen des Justizministers zur Verpflichtung privater Sicherheitsdienste im Strafvollzug
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6042

Bewährungshelfer

s. *Bewährungshilfe*

Bewährungshilfe

s.a. *Gesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug*
s.a. *Strafaussetzung zur Bewährung*

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr
s. *Straftäter*
Drs 13/888

Privatisierung der Bewährungshilfe

Konkretisierung o.g. Pläne, Höhe der erwarteten Einsparungen, Auswirkungen auf die Mitarbeiter

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 27.05.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2105

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2782 S. 4-6

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Justizreform in BW

Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate; Klärung verfassungsrechtlicher Fragen und notwendiger Rechtsänderungen auf Bundesebene für eine Privatisierung der mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Bewährungshelfer und Gerichtsvollzieher

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/2177

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außenstellen bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenaufschläge und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/2632

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Beurteilung und Förderung der Arbeit des Vereins in der Bewährungs- und Gerichtshilfe, Betreuung in Wohngruppen, Haftvermeidung durch Tilgungsberatung, bei der psychotherapeutischen Ambulanz für Sexualstraftäter; Möglichkeiten einer Verfestigung der Einnahmen vor dem Hintergrund der rückläufigen finanziellen Zuweisungen von Gerichten und Staatsanwaltschaften

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU und Jürgen Hofer FDP/DVP 29.01.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/2866

BeschlEmpf und Bericht StändA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 5 6

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Erlassquoten der zu einer Jugendstrafe mit Bewährung verurteilten Probanden anhand der Bewährungshilfestatistik, Rückfallquoten nach verbüßtem Jugendarrest

GrAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 13/2871

Ausschreibung zur Übernahme der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Rechtsgrundlage der o.g. Ausschreibung zur Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 25.03.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3067

BeschlEmpf und Bericht StändA 19.05.2004 Drs 13/3239 S. 8 9

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Anpassungen im Bereich des JuM, Landesgesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Privatisierung der Bewährungshilfe

Gründe für die Vergabe des o.g. Pilotprojekts an die österreichische Firma Neustart, Darlegung des weiteren Verfahrens sowie der Folgen dieser Entscheidung für die Beschäftigten

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 06.10.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3623

BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 6 7

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Gefährdung von Projekten der Bewährungshilfe Stuttgart durch die Streichung der Zuschüsse

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 918 924 925

Kooperation zwischen Polizei und Bewährungshilfe; Notwendigkeit einer Senkung der Fallzahlen für die Bewährungshelfer

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457 2461

Privatisierung der Bewährungshilfe

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4304 4306 4310 4312 4314

Wahrung der Belange des Datenschutzes bei der vorgesehenen Privatisierung der Bewährungshilfe

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4541

Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe mit der Justizreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4931

Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe mit der Justizreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5000 5026

Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe iR eines Modellversuchs

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5388 5391

Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe iR eines Modellversuchs, Unterstützung des Projekts „Schwitzen statt Sitzen“

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6039 6041-6043 6047 6048

Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe iR eines Modellversuchs

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482

Bewährungsstrafe

s. *Strafaussetzung zur Bewährung*

Bewegungserziehung*s. Bewegungsprävention***Bewegungsprävention***Bewegungsfreundliche Schule*

Ermöglichung eines Modellprojekts, z.B. in Bad Wildbad, unter Einbindung der AOK und der Berufsgenossenschaften; Beurteilung der Chancen einer Bezuschussung über die Jugendstiftung

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 19.09.2001 und Antw KM
Drs 13/246

Musikland BW

Bedeutung der musikalischen Bewegungserziehung, Ausweitung der Stundentafel und der Gewinnung ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen, Beitrag der Musikschulen iRd verlässlichen Grundschule

GrAnfr
s. Musik
Drs 13/434

Situation und künftige Entwicklung des Schulsports in BW

Umsetzungsstand der Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“, Anstreben des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule

GrAnfr
s. Sport
Drs 13/601

Die Grundschule stärken; hier: Einführung der Halbtagsgrundschule und Ausbau von Nachmittagsangeboten

Einführung mit einer täglichen Unterrichts- und Betreuungszeit von fünf Zeitstunden; Ausgestaltung mit Unterrichts-, Lern-, Spiel- und Bewegungsphasen

Antr
s. Grundschule
Drs 13/637

Sportpädagogik und Sportkindergärten

Körperliche Defizite von Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsmangel, Entwicklung der Zahl von bewegungsfreundlichen Kindergärten, Unterstützung der Einrichtung solcher Sportkindergärten, Verankerung der Sportpädagogik in der Ausbildung der Erzieherinnen

Antr
s. Sport
Drs 13/2261

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau von Ganztagschulen für Sport- und Bewegungsstätten, Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter gemeinsam mit den Landessportbünden, Zahl von bewegungsfreundlichen Grundschulen, Verankerung der Sportpädagogik in den Lehrplänen der Fachschulen für Sozialpädagogik, zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette, Erfahrungen mit dem Projekt „BVJ-Sportassistent“

Antr
s. Sport
Drs 13/2281

Schulsportoffensive Baden-Württemberg - Weiterentwicklung einer „Sport- und bewegungsfreundlichen Schule“

Bilanz und Perspektiven des o.g. Projekts, Zahl der teilnehmenden Schulen, Einbeziehung von Kindergärten, Abbau von Gewalt und Aggression, Förderung von sportlichen Talenten u.a. künftige Schwerpunktsetzungen

Antr
s. Sport
Drs 13/2503

Realisierung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schulsports

Darstellung der weiteren Bemühungen nach Beantwortung der GrAnfr 13/601, insbes iRd Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“; Erfolg der Fortbildungsreihen des Landesinstituts für Schulsport für nicht ausgebildete Lehrkräfte im Fach Sport, Anstreben des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule sowie einer Haupt- und Realschule mit Sportprofil in jedem Schulamtsbezirk; Entwicklung einer Konzeption „Bewegungsfreundlicher Kindergarten“; Folgerungen aus einer Studie der Universitäten Heidelberg und Karlsruhe zum Nachwuchsleistungssport

Antr
s. Sport
Drs 13/3022

Auswirkungen des PräventionsGes auf BW

Höhe der verfügbaren Mittel und Träger zur Umsetzung des PräventionsGes, Beteiligung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit; Auflistung der zu Projektmitelanträgen berechtigten Organisationen auf Landes- und Regionalebene; Bevorzugung von Sportvereinen mit qualifizierten Übungsleitern bei der Durchführung von bewegungsorientierten Präventionsangeboten gegenüber Volkshochschulen u.a. mit öffentlichen Mitteln geförderten Trägern

Antr
s. Gesundheitsvorsorge
Drs 13/4088

Wettbewerb „Besser essen. Mehr bewegen. Kinderleicht“

Kriterien und Zuständigkeiten für die Auswahl der lokalen und regionalen Initiativen zur Teilnahme am o.g. Bundeswettbewerb zur Vorbeugung gegen Übergewicht bei Kindern, Fördermöglichkeiten für die nicht berücksichtigten Initiativen

Antr
s. Gesundheitsvorsorge
Drs 13/4451

Weiterentwicklung der bewegungsfreundlichen Grundschule

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1001 1009

Weiterentwicklung der bewegungsfreundlichen Grundschule

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812

Ausbau der Bewegungserziehung an Grundschulen und Kindergärten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4272

Ausbau der Bewegungsangebote an den Schulen, Förderung einer neuen Bewegungshalle an der Grund- und Hauptschule in Amtzell

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4853-4860

Vorverlegung der Bewegungserziehung in die Kindergärten
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5426

Bedeutung der Bewegungsangebote in den Sportvereinen und Schulen
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6748 6750-6752 6756 6757

Nachholbedarf beim Ausbau der bewegungsorientierten Grundschule
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6862

Übergewichtigkeit von Kindern, Stärkung der Bewegungserziehung in den Familien und Kinderbetreuungseinrichtungen
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7936

Bewerber für den öffentlichen Dienst

s.a. Beamtenanwärter
s.a. Sicherheitsüberprüfung von Personen

Integration von Migranten in BW
Einstellung von Bewerbern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, Schulung von Bediensteten im Umgang mit Migranten, Bestellung von „Integrationslotsen“

Antr
s. Ausländer
Drs 13/432

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschriebenen und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr
s. Lehrer
Drs 13/1663

Ablehnung eines Lehramtsanwärters wegen „Mitarbeit in extremistischer Gruppierung“

Ablehnung der Einstellung als Realschullehrer wegen Zweifeln an der Verfassungstreue: Frage nach Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ sowie nach Verstößen des Lehramtsanwärters gegen Rechtsvorschriften bzw die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Beurteilung einer Einstellung im Beamten- oder Angestelltenstatus zu einem späteren Zeitpunkt

Antr
s. Beamtenanwärter
Drs 13/3537

Berufsverbot für den Heidelberger Studienassessor M.C.

Ablehnung der Einstellung des o.g. Lehramtsanwärters als Realschullehrer wegen Mitgliedschaft in einer als linksextrem eingestuft Vereinigung: Rechtsgrundlage, Art und Inhalte der Erkenntnisgewinnung und -weitergabe durch den Verfassungsschutz, Frage nach Inhalten und Ergebnissen des „vertieften Einstellungsgesprächs“ beim Oberschulamt Karlsruhe sowie nach Gesprächen mit den Beteiligten an der Heidelberger Theodor-Heuss-Realschule

KlAnfr

s. Beamtenanwärter
Drs 13/3545

Berufsverbote in BW aufgrund des Radikalenerlasses
Ablehnung der Einstellung von Bewerbern bzw Entlassung von Bediensteten wegen Zweifeln an der Verfassungstreue seit 1979: Auflistung der Fälle in der Justiz, Polizei, im Schuldienst und der sonstigen Verwaltung, Anteil und Ergebnisse der vor Gericht ausgetragenen Verfahren, Auswirkungen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1995, Ausgestaltung des Mitteilungsverfahrens zwischen IM und Fachministerium seit Abschaffung der Regelanfrage 1991, Beurteilung einer befristeten Anstellung von entsprechend eingestuften Lehramtsanwärtern

Antr
s. Sicherheitsüberprüfung von Personen
Drs 13/3548

Adelsprädikat und Schuldienst
Gründe für die Aufnahme der Spalte „Adelsprädikat“ in den „Antrag auf Einstellung in den Schuldienst des Landes über die Allgemeine Bewerberliste 2004/2005“

MdlAnfr
s. Adel
Drs 13/3827

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr
s. Lehrer
Drs 13/4615

Anerkennung von Abschlüssen an privaten Berufsakademien
Möglichkeiten und Voraussetzungen zur staatlichen Anerkennung o.g. Abschlüsse und Berufsakademien; laufbahnrechtliche Bewertung der Abschlüsse bei Bewerbern für den Landesdienst im Vergleich zu Absolventen von Fachhochschulen

KlAnfr
s. Berufsakademie
Drs 13/4795

Notwendigkeit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Nachwuchskräfte

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 802

Prämissen für die Eignung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst bzw für die Amtsausübung; Einstellungsperspektiven für junge Menschen im öffentlichen Dienst

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4716-4719 4723 4724 4767

Beyreuther, Konrad Prof. Dr.

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Dr. h.c. Konrad Beyreuther zum/als Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz
s. Staatsrat
PIPr 13/3 S. 37

Offenlegung der beruflichen, vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten und Funktionen der Mitglieder der LReg
Vorlage der o.g. Aufstellung, Bericht über entsprechende Funktionen von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther, Ausschluss von Interessenkollisionen zwischen den einzelnen Tätigkeiten und dem Regierungsamt?

Antr
s. Landesregierung
Drs 13/232

Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl, Ergebnisse und Kosten o.g. Tests in staatlichen und privaten Labors; Zeitpunkt und Art der Feststellung von Pannen und Fehlern in den privaten Labors; Beurteilung des Verkaufs von nicht vorschriftsmäßig getestetem Rindfleisch; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der LReg, von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther und nachgeordneten Behörden; Ausbau der staatlichen Laborkapazitäten

Antr
s. BSE
Drs 13/746

Streichung des Geschäftsbereichs des Staatsrats für Lebensschutz

Antr
s. Staatsrat
Drs 13/752

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Dr. h.c. Konrad Beyreuther zum/als Staatsrat für Lebenswissenschaften im Staatsministerium

s. Staatsrat
PIPr 13/91 S. 6399

Forderung einer umfassenden Lebensmittelkennzeichnung durch den Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz, Professor Dr. Beyreuther

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 649

Bewertung der Ratschläge des Staatsrats für Lebens- und Gesundheitsschutz, Professor Dr. Beyreuther, zum Ernährungsverhalten der Bevölkerung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1865

Bewertung der Stelle des Staatsrats Professor Dr. Beyreuther als überflüssig

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3797

Bewertung der Stelle des Staatsrats Professor Dr. Beyreuther als überflüssig

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5214

Bezirksstelle für Naturschutz

s. Naturschutzbehörde

Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege

s. Naturschutzbehörde

BfA

s. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

BGB

s. Bürgerliches Gesetzbuch

Biber*Entwicklung der Biberpopulation und damit verbundene Konfliktpotenziale in BW*

Entwicklung der letzten fünf Jahre, Benennung von Lebensräumen iRd FFH-Meldungen zum Schutzgebietsnetz „Natura 2000“, Übertragbarkeit von Ergebnissen und Konsequenzen eines bayerischen Gutachtens, Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden und Konflikten, Kriterien für die Erteilung von Fanggenehmigungen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 18.03.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/858
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2002 Drs 13/1232 S. 84-86
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Entwicklung der Biberpopulation in BW

Entwicklung seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 13/858, Benennung von Lebensräumen iRd FFH-Nachmeldungen zum Schutzgebietsnetz „Natura 2000“, Auflistung der ergriffenen Maßnahmen zum Biberschutz sowie zur Vermeidung von Schäden und Konflikten

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 14.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3377
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 65-67
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Bibermanagement

Strategien zur Lösung der Konflikte mit Bibern, Beurteilung der Biberproblematik und der Vorgehensweise im Konfliktfall „Ölmühle“, Gemeinde Fichtenau im LKreisschwäbisch Hall

MdlAnfr 4) Christoph Bayer SPD 07.11.2005 Drs 13/4796
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7329-7331

Biberach a.d. Riß*Zukunft der baden-württembergischen Polizeischulen*

Auswirkungen einer Verlegung des Zugs der Biberacher Bereitschaftspolizei nach Böblingen auf die übrigen Standorte der Bereitschaftspolizei; Vorlage eines Gesamtkonzepts über die beabsichtigten Strukturveränderungen unter Zugrundelegung der Einstellungszahlen bis zum Jahr 2010; Vereinbarkeit mit der Aussage des IM zur Erhaltung der fünf Polizeischulen auch mit niedriger Auslastung

Antr
s. Akademie der Polizei
Drs 13/4094

Notwendigkeit einer Verkleinerung des Wahlkreises Biberach

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5831 5832 5842

Biberach, Landkreis*Jagdscenen aus dem LKreis Biberach*

Verstöße gegen das JagdGes und Fütterungsmissbräuche, Verzicht des Landratsamts auf Verfolgung und Ahndung mit der Begründung eines zu hohen bürokratischen Aufwands; Darlegung der ergriffenen Aufsichtsmaßnahmen u.a. Bemühungen zur Unterbindung der festgestellten Rechtsverstöße

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/871

Unterrichtsversorgung im LKreis Biberach

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1218

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamts Biberach beim Oberschulamts Tübingen auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1614

Ankündigung gesetzwidrigen Verhaltens des Biberacher Landrats

Beurteilung der angedrohten Nichtbeachtung von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften, wenn keine Aufgabenreduzierung im Zuge der Verwaltungsreform erfolgt; Vereinbarkeit mit dem Amt und den Pflichten eines Landrats; Maßnahmen zur Unterbindung eines solchen Verhaltens

Antr
s. *Schneider, Peter MdL CDU*
Drs 13/2636

Entwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) in den LKreisen Reutlingen, Biberach und Zollernalb

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss bzw im BVJ in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag im Anschluss an das BVJ, Einrichtung weiterer Klassen mit steigendem Bedarf? Beurteilung der Forderung des Landesschülerbeirats nach Ersetzung des BVJ durch eine früh einsetzende individuelle Förderung von leistungsschwächeren Schülern

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/3459

Sachstand Oberschwäbisches Museum im Neuen Kloster Bad Schussenried

Stand der angekündigten wissenschaftlichen Konzeption, der Förderzusage sowie der Gründung eines regionalen Trägervereins unter der Federführung des LKreises Biberach

MdlAnfr
s. *Museum*
Drs 13/4532

Notwendigkeit einer Verkleinerung des mit dem LKreis identischen Wahlkreises Biberach

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5831 5832 5842

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen im LKreis Biberach

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6290

Bibliothek*Die Universitätsbibliotheken - ihr Status und ihre Perspektive unter den Bedingungen von Hochschulautonomie, Schwerpunktsetzung und Ressourcenkonkurrenz*

Entwicklung der Ausgaben für Personal, Unterhalt, Bauinvestitionen, Datenverarbeitung, Erwerb von Büchern und Zeitschriften, Binde- und Restaurationsarbeiten seit 1991; Darlegung des Rückgangs bei den Zeitschriftenabonnements sowie der gegenwärtigen Öffnungszeiten

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 01.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/712 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1109 S. 73
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Das Schicksal der vier Staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen unter der geplanten Verwaltungsreform

Auswirkungen einer Eingliederung bzw Kommunalisierung der Fachstellen in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Reutlingen, insbes auf die Beratung und Unterstützung der verschiedenen Träger öffentlicher Bibliotheken; Frage nach den zusätzlich entstehenden Kosten bzw einer erwarteten Effizienzrendite

Antr Inge Utzt u.a. SPD 01.10.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2465
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 49
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Effizientere Universitätsbibliotheken

Bewertung der Vorschläge der studentischen Unternehmensberatung Integra zur Neustrukturierung und zu Einsparmöglichkeiten an Universitätsbibliotheken, insbes Zusammenlegung von Bibliotheken an einem Standort, Online-Verfügbarkeit von Texten und Internet, Aussonderung alter Bestände, zentrale Archivierung und Beschaffung von Literatur zu Spezialgebieten sowie personelle Synergieeffekte

Antr Dr. Eugen Klunzinger u.a. CDU 13.11.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2618
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 54
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Vermittlung von Lesekompetenz - Rolle der Bibliotheken

Bedeutung und Form der Vermittlung von Lesekompetenz in den neuen Bildungsplänen und in der Lehrerbildung unter Einbeziehung des Umgangs mit Bibliotheken, Förderung von Recher-

chekompetenz der angehenden Lehrer und Schüler in gedruckten und elektronischen Medien, Ausstattung und Nutzung von Bibliotheken an den Grund- und Hauptschulen, Unterstützung der Kooperationen von Schulen und öffentlichen Bibliotheken

Antr
s. *Lesen*
Drs 13/3298

Schutz von baden-württembergischen Kulturgütern

Bindung des Verkaufs von wertvollen Bibliotheken u.a. Kulturgütern in privatem Besitz an einen staatlichen Genehmigungsvorbehalt, Orientierung an einem entsprechenden Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts zum geplanten Verkauf der Bibliothek des Hauses Thurn und Taxis

KlAnfr
s. *Kulturgut*
Drs 13/3989

Zugang zu älteren Buchbeständen in der Universitätsbibliothek Stuttgart und den anderen wissenschaftlichen und Universitätsbibliotheken des Landes

Frage nach einer teilweisen Aussonderung von Beständen nach Vorgaben des MWK

KlAnfr
s. *Buch*
Drs 13/4725

Gefährdung von schriftlichem Kulturgut

Zahl und Zustand der zwischen 1850 und 1980 gedruckten historischen Dokumente und Bücher in den Archiven und Bibliotheken des Landes; Maßnahmen zur Erhaltung dieser Bestände

KlAnfr
s. *Kulturgut*
Drs 13/5216

Unterfinanzierung der Universitätsbibliothek Ulm

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 868

Finanzierung des Ausbaus der Hochschulbibliotheken über die LStiftung BW, Hinweis auf die Unterfinanzierung der Universitätsbibliothek Ulm, Situation der Landesbibliotheken

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 968 969 975 976 983 984

Neustrukturierung der Landesbibliotheken und Kommunalisierung der Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606 3658

Konsequenzen der Mittelkürzung für die Gemeindebüchereien

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5821

Ermöglichung der Bücherbeschaffung und längerer Öffnungszeiten der Hochschulbibliotheken mit dem Aufkommen aus Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7496 7498

BID

s. *Business Improvement Districts*

Biene

s.a. *Bienenzucht*

Situation der Imkerei in BW

Ausmaß und Auswirkungen des Befalls der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe auf die Imkerei und damit auf die Honigproduktion und den Obstbau, Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sowie Gewinnung junger Menschen für die Imkerei

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/1982

Vorwarnsystem gegen Varroamilbe

Ausmaß der Schäden durch o.g. Parasiten unter den Bienenvölkern, bei der Honigproduktion und Obsternte; Frage nach Schadenersatz, Schulung und frühzeitiger Information der Imker; Beratung und Unterstützung durch die Landesanstalt für Bienenkunde in Hohenheim

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/2067

Zukunft der Imkerei in BW

Entwicklung seit 1995 und Zukunftsperspektiven, Berücksichtigung der Imkerei bei der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für den Planungszeitraum 2007-2013; Auswirkungen der zurückgehenden Bienenvölkerzahl auf die Sicherung der Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen, Beurteilung der Gefahr und Auswirkungen einer Einschleppung des Kleinen Beutenkäfers, Gewährleistung der Umsetzung der Neufassung der Bienenseuchen-Verordnung

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/4360

Bienenseuche

s. *Tierkrankheit*

Bienenzucht

Situation der Imkerei in BW

Ausmaß und Auswirkungen des Befalls der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe auf die Imkerei und damit auf die Honigproduktion und den Obstbau, Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sowie Gewinnung junger Menschen für die Imkerei

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 09.04.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1982
BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.05.2003 Drs 13/2222 S. 57
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Vorwarnsystem gegen Varroamilbe

Ausmaß der Schäden durch o.g. Parasiten unter den Bienenvölkern, bei der Honigproduktion und Obsternte; Frage nach Schadenersatz, Schulung und frühzeitiger Information der Imker; Beratung und Unterstützung durch die Landesanstalt für Bienenkunde in Hohenheim

Antr Veronika Netzhammer u.a. CDU 09.05.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2067
BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.09.2003 Drs 13/2583 S. 17 18
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Zukunft der Imkerei bei Verwendung gentechnologisch veränderter Saatguts und Pflanzenmaterials in der Landwirtschaft

Entwicklung der haupt- und nebenberuflich betriebenen Imkerei, Anteil der in ökologisch orientierten Anbauverbänden organisierten Imker mit einer Vermarktung entsprechend qualitativer Produkte; Konsequenzen der Anwendung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft; Höhe und Träger der Kosten für zusätzliche Untersuchungen auf Verunreinigungen; Anstreben eines freiwilligen Verzichts auf den Einsatz von GVO in Gesprächen mit den Landwirten

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 30.01.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2876

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239 S. 39-43

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Zukunft der Imkerei in BW

Entwicklung seit 1995 und Zukunftsperspektiven, Berücksichtigung der Imkerei bei der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für den Planungszeitraum 2007-2013; Auswirkungen der zurückgehenden Bienenvölkerzahl auf die Sicherung der Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen, Beurteilung der Gefahr und Auswirkungen einer Einschleppung des Kleinen Beutenkäfers, Gewährleistung der Umsetzung der Neufassung der Bienenseuchen-Verordnung

Antr Karl Traub u.a. CDU 31.05.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4360

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 66

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Bedenken der Imker gegen die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Haus- und Kleingärten

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3756

Auswirkungen des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft auf die Imkerei, Erwartung entsprechender Verunreinigungen im Honig

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4560

Bier

s.a. Bierbrauerei

s.a. Hopfen

Auswirkungen des Dosenpfands auf den Getränkemarkt in BW

Entwicklung der Nachfrage und Rücklaufquote; Reaktionen der Produzenten, Verbraucher und des Handels; Erkennung einer Tendenz zu Mehrwegflaschen? Entwicklung des Verbrauchs von Mineralwasser und Bier, Auswirkungen auf das Aufkommen der Biersteuer

Antr
s. *Verpackung*
Drs 13/2033

Unterstützung der Abfüllung und des Vertriebs von Bier in Mehrwegsystemen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 137-141 144-149

Unterstützung der Abfüllung und des Vertriebs von Bier in Mehrwegsystemen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1307 1309-1311

Bierbrauerei

Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung

Stopp der Besetzung der jeweiligen Spitzenposition bei der staatlichen Toto-Lotto GmbH und Rothaus-Brauerei mit zwei ehemaligen Landesministern, Ausschreibung dieser und aller anderen o.g. Stellen

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 13/3355

Die Rothaus AG und die Personalpolitik der LRReg

Wahl des ehemaligen Innenministers Dr. Schäuble vom Aufsichtsrat zum Vorstandsvorsitzenden der landeseigenen Rothaus-Brauerei zum 01.10.2004, Verbleib des derzeitigen Vorsitzenden bis Ende März 2005, Gründe und finanzielle Auswirkungen dieser Doppelbesetzung, Umgang mit den Protesten und Boykottaufrufen gegen das Unternehmen wegen der Art und Weise der Postenvergabe

Antr Nils Schmid u.a. SPD 27.07.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3433

BeschlEmpf und Bericht FinA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 7
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Zusammenarbeit des Studienzentrums Weikersheim mit Rechtsextremisten

Frage nach Verbindungen und gemeinsamen Veranstaltungen der o.g. Bildungsstätte und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG), dem Bund Junges Ostpreußen und der im Verfassungsschutzbericht erwähnten Zeitschrift „Nation und Europa“; Frage nach Zuschüssen des Landes und der landeseigenen Rothaus-Brauerei; Bewertung der Funktion des Vorstandsvorsitzenden von Rothaus als Vizepräsident des Studienzentrums

Antr
s. *Studienzentrum Weikersheim*
Drs 13/3446

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Sanierung und Weiterführung der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl privater Investoren

Antr
s. *Hohenasperg*
Drs 13/4356

Erhaltung der Vielfalt kleiner Brauereien im Land, Unterstützung der modernen Mehrwegsysteme und Eintreten für ein Dosenpfand

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 137-141 144-149

Erhaltung der Vielfalt kleiner Brauereien im Land, Unterstützung moderner Mehrwegsysteme und Eintreten für ein Dosenpfand

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1307 1309-1311

Ablehnung einer Veräußerung der Rothaus-Brauerei an die Landeskreditbank

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4011 4020 4021 4027 4034 4041

Ablehnung eines Verkaufs der Rothaus-Brauerei an die Landeskreditbank

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4365-4367 4374 4376

*Ablehnung einer Veräußerung der Rothaus-Brauerei an die Landes-
kreditbank*

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444

*Wähnung des Innenministers auf dem Sprung an die Spitze der
Rothaus-Brauerei*

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4606 4664

*Wähnung des Innenministers auf dem Sprung an die Spitze der
Rothaus-Brauerei*

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961

*Strukturpolitische Bedeutung der Rothaus-Brauerei, Erwartung
von Freibier nach der Übernahme des Vorstandsvorsitzes durch
IM Dr. Schäuble*

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5106 5107 5110

*Ablehnung eines Verkaufs der Rothaus-Brauerei; Erhaltung der
Vielfalt kleiner Brauereien im Land, Unterstützung moderner
Mehrwegsysteme und Eintreten für ein Dosenpfand*

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802 5825 5827 5854 5855 5858
5860

*Ablehnung eines Verkaufs der Rothaus-Brauerei an die Landes-
kreditbank; Bezeichnung des früheren Innenministers als Vor-
standslehrling bei Rothaus*

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5872 5903 5905 5922

*Lob für die erfolgreichen Geschäftsbilanzen der Rothaus-
Brauerei; Ausschluss einer Veräußerung der Brauerei*

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6684 6685

*Erinnerung an den Wechsel von IM Dr. Schäuble an die Spitze
der Rothaus-Brauerei; Lob für die erfolgreichen Geschäftsbilan-
zen*

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7688 7691

Bietigheim-Bissingen

*Reduzierung des Bahnverkehrs in den Ferienzeiten im Wahlkreis
Bietigheim*

Verzicht auf die Streichung von Zugverbindungen während der
Hauptverkehrszeiten in den Ferien, Vermeidung einer Benach-
teiligung von berufstätigen Fahrgästen

KlAnfr

s. Schienenverkehr

Drs 13/3565

*Verweisung auf die Kürzung des Landeszuschusses für die Mu-
sikschiule in Bietigheim-Bissingen mit der Folge einer Gebüh-
renanhebung, Frage nach dem Schuldenstand der Kommune*

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4455-4457 4461

*Notwendigkeit einer Verkleinerung des Wahlkreises Bietigheim-
Bissingen, Umgliederung der Stadt Sachsenheim in den Wahl-
kreis Vaihingen*

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5831 5832 5842

Bilanz

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode

Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmetho-
de der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie,
u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unterneh-
men in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigen-

kapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steuer-
aufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanz-
besteuerung

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 10.12.2002 und Stel-
lungnahme FM Drs 13/1601

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.03.2003 Drs 13/1968 S.
16 17

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Bildende Kunst

s.a. Akademie der Künste

s.a. Design

s.a. Graffiti

Situation des Schulfachs Bildende Kunst

Anteil des fachfremd erteilten Unterrichts, Ersatzbedarf an aus-
gebildeten Lehrkräften in den kommenden Jahren; Kapazitäten,
Bewerber, Anfänger und Absolventen an den PH, Kunstakade-
mien und Pädagogischen Fachseminaren; Umfang der Über-
nahme von Absolventen in den Schuldienst; Möglichkeiten und
Qualifizierungsangebote für Seiteneinsteiger

KlAnfr Ernst Pfister FDP/DVP, Franz Schuhmacher CDU
und Herbert Moser SPD 24.10.2001 und Antw KM Drs
13/365

*Situation des Schulfachs Bildende Kunst im Schuljahr 2001/2002
und in der Zukunft*

Fortschreibung der Zahlen nach Beantwortung der KlAnfr
13/365; Vergleich der Zahl von Pensionierungen und des tatsäch-
lichen Eintritts von ausgebildeten Kunsterziehern in den Schul-
dienst in den kommenden zehn Jahren; Anteil des fachfremd
erteilten Unterrichts an Grund- und Hauptschulen, Fortbildung
dieser Lehrkräfte; Verbesserung der Personallage an den Gym-
nasien

Antr Herbert Moser u.a. SPD 10.01.2002 und Stellungnahme
KM Drs 13/617

BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.03.2002 Drs 13/955 S.
12-14

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Bildröhrenwerk Panasonic/Toshiba

s. Unterhaltungselektronik

Bildung

s.a. Analphabetismus

s.a. Ausbildung

s.a. Berufliche Bildung

s.a. Bildungsforschung

s.a. Bildungspolitik

s.a. Familienbildung

s.a. Fortbildung

s.a. Information

s.a. Jugendbildung

s.a. Umwelterziehung

s.a. Weiterbildung

s.a. Zweiter Bildungsweg

*Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau
in BW*

Vorlage eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter
von 14 Jahren; Beteiligung am Angebot des Bundes zum Aus-

bau der Ganztagschulen; Stärkung des Bildungsauftrags und der Sprachförderung im Kindergarten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1493

Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) - Auswirkungen auf die Hochschul- und Kulturlandschaft in BW

Auflistung bzw Abwehr von möglichen nachteiligen Konsequenzen für die Hochschulen u.a. Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie deren Finanzierung, Wahrung der Länderinteressen iRd o.g. Verhandlungen

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/1734

RegErkl - Verantwortung fördern - Qualität entwickeln - Bildung und Erziehung stärken! und Aussprache

RegErkl
s. *Bildungspolitik*
PIPr 13/42 S. 2807

Bildungsstandards in BW

Entwicklung von schulartübergreifenden Bildungsstandards, von Diagnosearbeiten und Kerncurricula; Einsetzung interdisziplinärer Kommissionen unter Einbeziehung der Lehrer und Elternvertreter; Einräumung weitgehender Selbstständigkeit und Freiräume der Schulen; Berücksichtigung von Leistungsaspekten sowie von sozialen, interkulturellen und emotionalen Kompetenzen bei der externen Evaluation der Schulen und Schüler; Initiierung einer öffentlichen Debatte unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse des von der LReg eingesetzten Bildungsrats

Antr GRÜNE 16.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2009 (14 S.)
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4830-4840

Fortführung der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern

Bedeutung und Entwicklung der o.g. Zusammenarbeit seit 1970 und aufgrund der Ergebnisse von internationalen Bildungsstudien; Beibehaltung der bewährten Strukturen bzw Verzicht auf Pläne zum Ausstieg aus der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung; Steigerung der Effizienz und Weiterentwicklung der Kooperation

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/2061

Erfolgreiche Grundschulbildung weiterentwickeln

Effekte der neuen Bildungspläne, des Fremdsprachenunterrichts, des Reformprojekts „Schulanfang auf neuen Wegen“, des Konzepts der verlässlichen Grundschule, der Kooperation mit Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2167

Forschungskapazitäten im Bereich der Elementarbildung und Frühpädagogik in BW

Vorhandene und notwendige Einrichtungen zur Entwicklung von Hilfen zur pädagogischen Praxis für die Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, interdisziplinäre Kooperationsfor-

men unter Einbeziehung der Didaktik, der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie; Vorlage eines Konzepts zum Ausbau der Kapazitäten

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 08.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2236
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003/03.03.2005 Drs 13/4277 S. 45-47
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Bildung in BW im nationalen und internationalen Vergleich
Abschneiden des Landes bei den nationalen und internationalen Vergleichsstudien; Schwerpunkte, Kosten und bildungspolitische Konsequenzen dieser Studien

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2325 (44 S.)
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4830-4840

Bildungsangebote für ältere Menschen

Unterstützung von Initiativen zur Erschließung neuer Aufgaben nach der Erwerbstätigkeit; Angebot eines Seniorenstudiums sowie von Lehrstühlen für Geragogik an den Hochschulen; Erleichterung des Zugangs zu den neuen Informationstechnologien

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2746

Teilnahme Baden-Württembergs an Vergleichsstudien im Bildungsbereich

Auflistung der an nationalen und internationalen Vergleichsstudien teilnehmenden Schulen, des jeweiligen Aufwands, der Untersuchungsgegenstände und Zielsetzungen; Frage nach den an der Studie „Vergleichsarbeiten in der Grundschule“ teilnehmenden BLändern, Gründe für die Verweigerung der Teilnahme durch das KM

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/2749

Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau in mittelfristiger Entwicklung

Altersstruktur und Erwerbsanteil von Frauen und Männern 2004, 2010, 2020 und 2030; Strukturveränderungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen durch den absehbaren Prozess der Überalterung; Entwicklung des Anteils der hochqualifizierten Erwerbsfähigen bei Fortschreibung bzw Anhebung des Bildungsniveaus; Maßnahmen zur Steigerung des Erwerbsanteils von Jugendlichen, Frauen und Älteren

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/3003

Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05

Stand und Ziele der Bildungsplanreform 2004, Einbeziehung der am Schulleben Beteiligten, Auswirkungen auf die Schule und Unterrichtskultur sowie den Raum- und Lernmittelbedarf, Begründung des Verzichts auf schulartübergreifende Bildungsstandards, Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3073

Bildungsstandards in BW - alter Wein in neuen Schläuchen?

Fachliche Grundlagen, Vorgaben und Ziele der von den Kommissionen erarbeiteten Bildungsstandards; Berücksichtigung der bestehenden Lehrpläne; Entwicklung von bundesweit vergleichbaren Evaluationsverfahren und Diagnosehilfen; Stellenwert der individuellen Förderung und der Kontingenzstundentafeln; Erweiterung der Qualitätssicherung auf das Gesamtsystem Schule; Abbau der sozialen Schieflage bei den Grundschulempfehlungen; Erarbeitung eines schulartübergreifenden Basisbildungsplans, schrittweise Einführung über einen längeren Zeitraum, Reduzierung des Kerncurriculums auf 50 %

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/3133

Stand der Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für den baden-württembergischen Kindergarten

Umsetzung o.g. Planung für die Elementarerziehung an Kindergärten u.a. Tageseinrichtungen; Beteiligung von Eltern, Erzieherinnen und Trägern in einem öffentlichen Dialogprozess nach dem Vorbild von RPF; Bündelung der Entwicklungen im vorschulischen Bereich mit Bayern und Hessen; Vorschaltung einer Praxis- und Evaluationsphase vor dem Inkrafttreten; finanzielle Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte

Antr SPD 13.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3364

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung

Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und -fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw

s. *Landesinstitut für Schulentwicklung*

Drs 13/3678

Auswirkung der Bildungsplanung auf die Schulbaulichkeiten

Überarbeitung der Schulbaulichkeiten für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen aufgrund der in den neuen Bildungsplänen verankerten Anforderungen, insbes im Hinblick auf neue Medien und lernfeldbezogene Didaktik

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 13/3684

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/3770

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an baden-württembergischen Sonderschulen

Anteil und Nationalitäten der o.g. Schüler im Vergleich zu anderen BLändern; Unterschiede im Bildungsweg von Schülern aus eingebürgerten und ausländischen Familien; Maßnahmen

zur Beseitigung des im zweiten Familienbericht für BW dokumentierten Bildungsrückstands von Kindern mit Migrationshintergrund

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/3798

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufsschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen Altersjahrgangsgröße

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3908

Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014 - Gesamtkonzept für BW

Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung o.g. Ziele, Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, (nachträgliche) Beteiligung am BLK-Programm „Transfer 21“; Vorlage einer Bestandsaufnahme aller Aktivitäten und Projekte im Bereich der schulischen und außerschulischen Umweltbildung, Installation eines Landesarbeitskreises sowie eines Beauftragten für Umweltbildung nach dem Beispiel Bayerns, Einrichtung eines Multiplikatorenprogramms für alle Schulen

Antr

s. *Umwelterziehung*

Drs 13/4020

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren iR eines Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherreneigenschaft an die Universitäten

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/4089

Bildungsoffensive für die Kindergärten in BW

Aktuelle Debatte

s. *Bildungspolitik*

PIPr 13/87 S. 6213

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Ausbau der frühkindlichen Bildung, Verankerung der Sprachförderung im Kindergarten, Start einer Weiterbildungsoffensive für Erzieherinnen, enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, landesweite Ausweitung des Modellversuchs Schulanfang auf neuen Wegen, Einsatz von frei werdenden Lehrerstellen an den Grundschulen, Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer Beratung, flächendecken-

der Ausbau der Ganztagschulen, Fortentwicklung der weiterführenden Schulen, Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master mit einer gemeinsamen Studienphase für alle Lehrämter, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an Ganztagschulen, Ausbau der pädagogischen Eigenverantwortung der Einrichtungen

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Stand der Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Anpassung des KindergartenGes an die o.g. Vorgaben zur Kleinkindbetreuung, Weiterentwicklung zu einem KindertagesbetreuungsGes mit Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersgruppen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege; jährliche Ermittlung des erreichten Ausbaustands und aktuellen Bedarfs durch die örtlichen Jugendhilfeträger bzw kreisangehörigen Gemeinden

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4321

Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in BW

Umsetzungsstand und weitere Schritte, Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen unter Einbeziehung der Kindergartenträger, Fortbildung der Erzieherinnen, Abstimmung mit der beschlossenen Ausweitung der Sprachförderung, den Fördermaßnahmen der Landesstiftung und dem Projekt „Schulreifes Kind“

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 10.05.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4322
BeschlEmpf und Bericht SchulA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 26-27
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Bildungs- und Kompetenzentwicklungsberatung in Lernläden

Beurteilung der vorhandenen Angebote zur Ermittlung des Lern- und Weiterbildungsbedarfs, insbes von weiterbildungsfernen Zielgruppen; Finanzierung von Projekten der sechs Lernenden Regionen? Vorlage eines Konzepts zum Aufbau und Vernetzung von Angeboten für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen als Teil einer aktiven Weiterbildungspolitik, Nutzung der bisherigen Erfahrungen

Antr GRÜNE 24.05.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4352 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 16-18
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Konzept „Schulreifes Kind“

Rechtsgrundlage, Zeitrahmen, Personalbedarf, Kosten und Finanzierung des o.g. achtstündigen pädagogischen Angebots im Kindergarten; Beteiligung der Kindergartenträger an der Erarbeitung und Umsetzung des Konzepts; Abstimmung mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“; Einbettung in ein Gesamtkonzept für frühkindliche Bildung

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4362

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung einer flächendeckenden Sprachförderung, eines Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten sowie eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung; Einführung der 6-jährigen Grundschule, der 4-jährigen Regionalschule und des 6-jährigen Gymnasiums, Verankerung einer Kooperationspflicht von Jugendhilfe und Schule sowie der Ganztagschule als Regelschule, Novellierung des SchulGes; Ausbau der Eigenständigkeit der Schulen, der integrativen Schulprojekte sowie des beruflichen Schulwesens; inhaltliche und organisatorische Reform der Lehreraus- und -fortbildung, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an Universitäten und PH; Konzentration der Kompetenzen des KM und MWK in einem Bildungsministerium

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Bisherige und weitere Maßnahmen bzw Konzepte zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erreichung der Schulreife im Kindergarten, zur Stärkung der Kooperation mit der Grundschule, zur Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht, Ausbau von Ganztagschulen und Betreuungsangeboten unter Einbeziehung von Eltern, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Trägern außerschulischer Jugendarbeit; Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung sowie des beruflichen Schulwesens, insbes des Übergangs aus beruflichen Vollzeitschulen in das duale System und den Arbeitsmarkt

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4382

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergarten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenträgern

GrAnfr SPD 26.10.2005 und Antw KM Drs 13/4788 (12 S.)

RegErkl - Kinderland BW - Eckpunkte für eine integrierte Bildungs- und Familienpolitik und Aussprache

RegErkl
s. *Kind*
PIPr 13/101 S. 7199

Haushalt 2006; Nachtrag

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für eine flächendeckende Sprachförderung sowie Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung im Kindergarten, Qualifikation der Erzieherinnen

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 7 S. 59-60
ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 56 S. 138-139
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-8 S. 12-13
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-30 S. 48

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Gerechte Bildungschancen für alle in BW

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 13/109 S. 7933

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten und Schulen als Konsequenz auf die PISA-Studie, Einleitung einer neuen Bildungs Offensive, Stärkung der Allgemeinbildung, Gleichwertigkeit der allgemeinen und beruflichen Bildung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-749 771

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung in Kindergärten und Grundschulen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 905 906

Verbesserung der Teilhabe aller an Bildung als Konsequenz auf die PISA-Studie, Aufwertung der Bildung an Kindergärten und Grundschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 989 990 993-998

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten und Schulen als Konsequenz auf die PISA-Studie, Verständigung auf vergleichbare Bildungsstandards zwischen den BLändern

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735-1757 1767 1770 1774 1778 1784 1787-1792

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten und Schulen als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1896 1902-1907 1952 1955 1956

Vorschlag einer Wiedereinführung der Vermögensteuer in der Kompetenz der Länder, Einsatz des Mittelaufkommens für Bildungsinvestitionen, Notwendigkeit einheitlicher Bildungsstandards

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2157

Fächerübergreifende Stimulanz der musikalischen Bildung, Förderung von Schlüsselqualifikationen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2256 2260-2262 2264

Bemühungen um Bildungsstandards in der Grundschule als Konsequenz auf die PISA-Studie, Konzentration auf zukunftsfähige Inhalte und Kompetenzen; Auszeichnung von Hauptschulen mit dem Prädikat „Bildungswerkstatt“

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2500 2501 2503-2505 2509 2513-2516

Notwendigkeit von bundesweit einheitlichen Bildungsstandards; Verankerung des Bildungsauftrags der Kindertagesstätten im neuen KindergartenGes; Ausgestaltung des Bildungsauftrags der Grundschulen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2527 2529 2558 2559 2561 2563-2565 2570 2572 2573 2583 2585 2587-2591 2595 2597

Verbesserte Bildungschancen der Schüler durch längere gemeinsame Lernzeiten, Verweisung auf das Bildungsfundament der Familie, Ablehnung der Vorgabe zentraler Bildungsstandards vonseiten der BReg, Erhöhung der Bildungsinvestitionen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2608-2617 2638 2655 2656

Reduzierung der Lehrpläne auf Fundamente und Grundlagen, Vertiefung der Allgemeinbildung, Einführung neuer Bildungsstandards

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3164 3165 3167 3169 3173-3176

Einführung von Bildungsstandards an den Gymnasien

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3417 3421

Gewährleistung des Grundrechts auf Bildung für jedermann, Verweisung auf das Modell der Bildungsgutscheine; Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten, Konsequenzen für die Ausbildung der Erzieherinnen, Erarbeitung eines Orientierungsplans für alle BLänder

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3534 3536 3537 3555-3563 3585-3589

Bildungsinvestitionen als Fundament des Wohlstands in BW, Einführung von Bildungsstandards und neuen Bildungsplänen, Bedeutung der Bildung in der Familie; Plädoyer für die Einführung von Bildungsgutscheinen für Studenten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600-3604 3622 3624 3625 3632-3634 3636 3641 3651 3652 3667-3670

Einführung von bundesweit einheitlichen Bildungsstandards als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3839 3841-3843

Plädoyer für schulformunabhängige Bildungsstandards

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3972 3973 3978

Schwerpunktsetzung für die Bildung im Haushalt

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4018 4022 4025 4031 4036 4037 4039

Bezeichnung der Bildung als Schwerpunkt des Haushalts, Einsatz von Mitteln der Landesstiftung für die Bildung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4145 4148-4150 4152-4154 4156 4159 4160 4164 4166-4168 4170 4171 4220

Schwerpunktsetzung für die Bildung im Haushalt, Einführung von Bildungsstandards an allen Schularten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4235-4249 4259-4271 4274-4278 4286 4288

Einführung von Bildungsstandards und neuen Bildungsplänen, pädagogische Weiterentwicklung der Schulen, Beteiligung der Lehrkräfte an den Reformen

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4753 4758 4759

Verankerung der Ernährungserziehung in den Bildungsplänen; Information der Schüler über die Bildungsplanreform, Beteiligung an der Umsetzung der Bildungsstandards

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4854-4856 4859 4881-4887

Internationale Konkurrenzfähigkeit des Bildungssystems in BW, Kritik an den Einsparungen im Bildungsbereich

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 4963 4967 4968 4971-4973 4977

Bezeichnung der Sprache als Schlüssel zur Bildung, Entwicklung des Konzepts einer ganzheitlichen Sprachförderung im Vorschulalter, Verankerung des Bildungsauftrags im neuen KindergartenGes; Definition einheitlicher Bildungsstandards in der KMK

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5420-5428 5430-5437

Abrundung der Bildungskompetenz der Länder von der Kinderkrippe bis zur Hochschule; Modernisierung des Bildungswesens mit den notwendigen Ganztagschulen; Einführung der neuen Bildungspläne

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497 5498 5504-5506 5508 5511 5523-5525 5528 5531

Verhinderung einer Streichung der Eigenheimzulage zugunsten der Bildung, Förderung beider Bereiche; Orientierung der Schulen an den neuen Bildungsstandards und Bildungsplänen, Evaluation durch das neue Landesinstitut für Schulentwicklung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5564 5572 5573 5575 5579 5620-5625

Schwerpunktsetzung für die Bildung im Haushalt

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643-5645

Schwerpunktsetzung für die Bildung im Haushalt; Verankerung eines Bildungsauftrags im Kindergarten

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5796 5799 5804-5806 5809-5814 5818 5819 5821 5822 5824 5827 5848-5850

Schwerpunktsetzung für die Bildung im Haushalt, Verteidigung des Bildungsföderalismus, Stärkung des Bildungsauftrags der Kindergärten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864-5866 5870-5874 5878 5883 5886-5892 5896 5898 5927 5928 5930 5935-5938 5941 5942

Bekräftigung der Kompetenz der Länder für die Bildung, Finanzierung der Bildungsinvestitionen durch Mittelumschichtung, Notwendigkeit einer umfassenden Bildungsreform, Vorlage des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Kindergarten

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5961 5969 5988 5990 5995-5998 6001-6009 6025

Schwerpunktsetzung für die Bildung im Haushalt

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6146 6149 6150 6152 6158

Modernisierung des Bildungswesens mit den notwendigen Ganztagschulen, Bekräftigung der ausschließlichen Bildungskompetenz der Länder

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6297-6308

Spitzenstellung des Landes im Bildungsbereich, Verankerung eines Bildungsauftrags im Kindergarten, Anstreben einer Vereinbarung mit den Kommunen über die Kosten- und Aufgabenteilung für Bildung und Betreuung, Verteidigung der Bildungskompetenz der Länder

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6402 6407 6408 6411-6414 6418 6419 6421-6427 6429 6430 6432 6434

Spitzenstellung des Landes im Bildungsbereich, Verteidigung der Bildungskompetenz der Länder; Verankerung eines Bildungsauftrags im Kindergarten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461 6462 6465-6468 6474-6478 6480-6482 6484-6489 6495-6505 6508 6509 6512 6513

Beklagung der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft in BW und Bayern, Einführung von Bildungsstandards, Stärkung des Bildungsauftrags der Kindergärten, Verweisung auf die Durchlässigkeit des Bildungssystems

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955-6968

Modernisierung des Bildungswesens mit den notwendigen Ganztagschulen, Nutzung der IZBB-Mittel des Bundes bei gleichzeitiger Betonung der Bildungskompetenz der Länder; Thematisierung von Bildungsinitiativen des Oberrheinrats im jüngsten Europabericht

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119-7131 7141

Etatisierung der Investitionen in die Bildung mit dem Nachtrag zum Hpl 2006

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7337 7340-7346 7348 7349

Etatisierung der Investitionen in die Bildung mit dem Nachtrag zum Hpl 2006; Mitteleinsatz für die berufliche Qualifizierung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7396 7399-7401 7445 7446 7450

Stärkung der Elementarbildung im Kindergarten

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558 7562-7564

Wahrnehmung von Bildungschancen in Abhängigkeit von der deutschen Sprachkompetenz, Umsetzung der Sprachförderung im Kindergarten mit dem Orientierungsplan; Notwendigkeit von Bildungsberatung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7654 7655 7661 7667 7685 7686 7689 7757

Bildungsforschung

Schulleistungsuntersuchung PISA

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-749

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund als Konsequenz auf die PISA-Studie

Antr CDU und FDP/DVP 17.04.2002 Drs 13/925

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1364-1376

Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr

s. *Lernbehinderung*

Drs 13/927

Medienausstattung an Schulen

Auswirkungen der Verwendung von PC auf die Leistungen der Schüler nach einer Studie der Organisation Educational Testing Service von 1998 in den USA

KIAnfr

s. *Medien*

Drs 13/976

Empirische Bildungsforschung in BW

Entwicklung der personellen und sächlichen Ausstattung o.g. Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen seit 1993, Mittelbereitstellung für Projekte der Lehr-Lern-Forschung und Weiterentwicklung der Fachdidaktiken, Einfluss der Forschungsergebnisse in die Aus- und Weiterbildung der Lehrer und in die Schulentwicklung; Vorlage eines Konzepts zur Weiterentwicklung der empirischen Bildungsforschung

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 09.07.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1160 (21 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 24.10.2002 Drs 13/1638 (dazu Antr Werner Pfisterer CDU und Ernst Pfisterer FDP/DVP) S. 25 26

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Reformimpulse für den naturwissenschaftlich-technischen Schulunterricht und die Zukunft des Schülerforschungszentrums in Bad Saulgau

Weiterentwicklung des o.g. Zentrums zu einer MINT-Schule (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), Maßnahmen zu einer dauerhaften Sicherung dieser Einrichtung, Prüfung einer Übernahme der Trägerschaft

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 17.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1201

Ergebnisse der PISA-Studie - Folgerungen für die Bildungspolitik

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 13/29 S. 1735

Schülerforschungszentrum

Erfahrungen mit dem Schülerforschungszentrum in Bad Saulgau, Unterstützung der Einrichtung eines Internats; Bereitstellung der personellen und finanziellen Mittel; Initiierung eines SFZ in jedem Oberschulamtsbereich

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 06.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1757

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 37 38

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Stärkung der Naturwissenschaften in baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Akzeptanz der naturwissenschaftlichen Fächer in den allgemein bildenden und beruflichen Schulen sowie im Lehramtsstudium in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Beeinflussung des Wahlverhaltens; Empfehlungen der internationalen Vergleichsstudien TIMSS und PISA; Berücksichtigung iRd Einführung der Neuen Gymnasialen Oberstufe, der Lehrerbildung und -fortbildung sowie der Lehrplanrevision

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/1836

PISA 2003: Übung oder Manipulation im Vorfeld des Tests?

Auflistung der an o.g. Vergleichsstudie teilnehmenden Schulen und der Auswahlkriterien, Vorbereitung der Lehrkräfte und Schüler, Angebot von Lernmaterialien durch Schulbuchverlage, Beurteilung der in Bayern eingerichteten speziellen Lerngruppen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 06.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2048

Fortführung der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern

Bedeutung und Entwicklung der o.g. Zusammenarbeit seit 1970 und aufgrund der Ergebnisse von internationalen Bildungsstudien; Beibehaltung der bewährten Strukturen bzw Verzicht auf Pläne zum Ausstieg aus der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung; Steigerung der Effizienz und Weiterentwicklung der Kooperation

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/2061

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Bildung in BW im nationalen und internationalen Vergleich*

Abschneiden des Landes bei den nationalen und internationalen Vergleichsstudien; Schwerpunkte, Kosten und bildungspolitische Konsequenzen dieser Studien

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/2325

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**„PISA für die Forschung“ - Hervorragende Ergebnisse Baden-Württembergs beim Hochschulranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft*

Ursachenanalyse des guten Abschneidens der süddeutschen Universitäten, Abgleichung mit den landesweiten Evaluationen, Beurteilung der Schaffung eines Instituts für Forschungsbewertung, künftige Rolle der Evaluationsagentur BW; Förderung der Einwerbung von Drittmitteln sowie der Vernetzung der Wissenschaftsbereiche

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/2334

Teilnahme Baden-Württembergs an Vergleichsstudien im Bildungsbereich

Auflistung der an nationalen und internationalen Vergleichsstudien teilnehmenden Schulen, des jeweiligen Aufwands, der Untersuchungsgegenstände und Zielsetzungen; Frage nach den an der Studie „Vergleichsarbeiten in der Grundschule“ teilnehmenden BLändern, Gründe für die Verweigerung der Teilnahme durch das KM

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 17.12.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2749
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 17.03.2004 Drs 13/3093 S. 23
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Reform der Grundschule vor dem Hintergrund der Länderauswertung der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU und IGLU-E)

Auflistung der beteiligten BLänder, der Untersuchungsgegenstände und -ergebnisse der o.g. Vergleichsstudie; Rückschlüsse auf das Schulsystem in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Konsequenzen für die Reformprojekte im Kindergarten- und Grundschulbereich

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2835

Reform der Lehrerbildung im Zuge des Bologna-Prozesses

Entwicklung einer Konzeption zur Umstellung auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master, Abschaffung des Staatsexamens, Reform des Referendariats, inhaltliche Neuorientierung des Studiums, Vermittlung von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz, Übernahme von Aufgaben der Bildungsforschung, Schulentwicklung und Fortbildung durch die Hochschulen, Evaluation der Studiengänge und Qualitätsverbesserung an den PH

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3232

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/3552

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung

Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und -fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw

s. *Landesinstitut für Schulentwicklung*

Drs 13/3678

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindertagespflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/3770

Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission „Evaluation der Erziehungswissenschaft an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes BW“

Konsequenzen aus der o.g. Studie: Abbau von Defiziten der empirischen Bildungsforschung mithilfe eines Förderprogramms, Optimierung der Lehrerbildung durch eine verbesserte Personalplanung sowie Verbindung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, psychologischen und berufspraktischen Studien, Modularisierung der Studiengänge, Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Auslobung eines Landespreises, Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der PH

Antr

s. *Pädagogik*

Drs 13/4098

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Anstöße zum Ausbau der Weiterbildungsforschung

GrAnfr

s. *Weiterbildung*

Drs 13/4285

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4299

PISA 2003: Zentrale Ergebnisse des zweiten Vergleichs der Länder in Deutschland - erfolgreiche Reformvorhaben werden das Land weiter voranbringen

Aktuelle Debatte

s. *Bildungspolitik*

PIPr 13/98 S. 6955

Feststellungen und Konsequenzen der PISA-Studie

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 642 687

Konsequenzen aus der PISA-Studie, Umsetzung des Handlungsbedarfs

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987 988 993-998 1003-1006 1008

Konsequenzen der PISA-Studie für die Maßnahmen zur Integration ausländischer Schüler

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1229 1232-1234 1236 1237

Feststellungen und Konsequenzen der PISA-Studie

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1366-1369 1374-1376

Ergebnisse und Konsequenzen der PISA-Studie, Intensivierung der Bildungsforschung, Verständigung auf vergleichbare Bildungsstandards zwischen den BLändern

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735-1759 1761-1764 1766 1767 1769 1776-1782 1784 1788 1789 1792-1794

Leistungsniveau deutscher Schüler in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern im internationalen Vergleich nach der PISA-Studie

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854

Sprachförderung im Kindergarten als Konsequenz auf die PISA-Studie; Personalsituation an den Schulen nach der PISA-Ergänzungsstudie

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895 1897 1899-1907 1948 1951 1952 1955-1957 1959

Multimediakompetenz von Lehrern und Schülern nach der PISA-Studie

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2188 2189 2191

Bemühungen um Bildungsstandards in der Grundschule als Konsequenz auf die PISA-Studie, Ergebnisse der Studie für Hauptschulen und Gesamtschulen, Vorlage des Länderberichts, Intensivierung der Bildungsforschung

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2500 2501 2503-2508 2512-2517

Ergebnisse und Konsequenzen der PISA-Studie; Notwendigkeit empirischer Bildungsforschung an den Hochschulen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2583-2591 2593 2595 2597-2599 2601-2606

Abschneiden der Länder mit Ganztagsbeschulung bei der PISA-Studie, Beurteilung möglicher Rückschlüsse auf BW

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2607 2608 2610-2612 2614 2615

Empirisches Fundament, Ergebnisse und Konsequenzen der internationalen Vergleichsstudien; Vergleich zwischen den beruflichen und allgemein bildenden Gymnasien; Bewertung der Realschulen; Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Forschung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2807-2809 2811 2813 2814 2816-2829 2831-2834 2838-2841

Bestätigung der alleinigen Kompetenz der Länder für das Schulwesen durch die Ergebnisse der PISA-Studie

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896 2908 2994 2995

Neue Bildungspläne und frühere Einschulung als Konsequenzen aus der PISA-Studie

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3164 3165 3167 3168 3171 3174 3180

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung und Sprachkompetenz im Kindergarten als Konsequenz auf die PISA-Studie, Ausbau der Forschungskapazitäten in den Bereichen Elementarbildung und Frühpädagogik

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3555 3560 3584 3586

Abschneiden des Landes bei der PISA-Studie, Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3619 3634 3651

Abschneiden der Länder mit Ganztagsbeschulung bei der PISA-Studie, Beurteilung möglicher Rückschlüsse auf BW, Einführung von bundesweit einheitlichen Bildungsstandards

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3834 3839 3842 3843 3845

Abschneiden des Landes bei der IGLU-Studie; Sprachförderung im Kindergarten als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4167 4168 4170 4171 4218

Abschneiden der Schüler bei der PISA-Studie und der IGLU-Studie

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4261 4262 4265-4269 4274-4277

Zweifel an der Erkennung und Förderung von hoch begabten Kindern bereits im Kindergarten und in der Grundschule nach den Ergebnissen der IGLU-Studie, Verweisung auf das Schülerforschungszentrum Saulgau, Umsetzung von Erkenntnissen aus der Begabtenforschung

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4475 4476 4479-4481

Abschneiden der Grundschulen bei der IGLU-Studie; Sprachförderung im Kindergarten als Konsequenz auf die PISA-Studie; Beteiligung an internationalen Vergleichsstudien nach einem Beschluss der KMK 1997

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5421 5425-5428 5430-5432 5435

Abschneiden des Landes bei der PISA-Studie im Vergleich zu den Ländern mit Gesamtschulen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5498

Abschneiden des Landes bei der PISA-Studie, Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5805

Abschneiden der Schüler bei der PISA- und IGLU-Studie

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5887

Abschneiden der Schüler bei der PISA-Studie und IGLU-Studie im Vergleich zu Finnland und Kanada, Umsetzung von Ergebnissen der Bildungsforschung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5988 5989 5993 6001 6002 6007-6009

Abschneiden der Schüler bei der PISA- und IGLU-Studie

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6413

Ableitung von Aussagen aus der neuesten PISA-Studie, Verweisung auf die Bildungsplanreform und qualitative Weiterentwicklung des Unterrichts

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6845 6846 6849 6850 6861-6865 6867 6868

Bewertung der Ergebnisse des neuen PISA-Ländervergleichs, der TOSCA- und IGLU-Studie

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201 7202 7211 7212 7215 7230-7235 7237-7241 7243 7245 7246 7249-7251

Abschneiden der Schüler bei der PISA- und IGLU-Studie

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7755-7758

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in BW nach Aussagen internationaler Studien, Abschneiden der Schüler bei der PISA-Studie, Betrachtung der Befunde als Herausforderung für die Bildungspolitik

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933 7935 7936 7939 7940 7945 7948 7949 7970 7994 7996-7999

Bildungsplanung

s. *Bildungspolitik*

Bildungspolitik

s.a. *Bildungsforschung*

s.a. *Hochschulreform*

s.a. *Landesinstitut für Schulentwicklung*

s.a. *Ständige Konferenz der Kultusminister*

s.a. *Zweiter Bildungsweg*

Ergebnisse der PISA-Studie - Folgerungen für die Bildungspolitik

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735-1759

Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik - Aktiv kooperieren, Chancen nutzen!

Konzeption zur Annahme der Beteiligung des Bundes am Ausbau der Ganztagschulen, Unterstützung der Einrichtung einer internationalen Expertenkommission zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens, Beteiligung an den Offensiven zur Verbesserung des Unterrichts an Schulen sowie von Forschung und Lehre an Hochschulen

Antr SPD 16.10.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1409

Antr CDU und FDP/DVP 19.02.2003 Drs 13/1802

Antr SPD 20.02.2003 Drs 13/1815

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2607-2625

RegErkl - Verantwortung fördern - Qualität entwickeln - Bildung und Erziehung stärken! und Aussprache

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2807-2842

Bildungsstandards in BW

Entwicklung von schulartübergreifenden Bildungsstandards, von Diagnosearbeiten und Kerncurricula; Einsetzung interdisziplinärer Kommissionen unter Einbeziehung der Lehrer und Elternvertreter; Einräumung weitgehender Selbstständigkeit und Freiräume der Schulen; Berücksichtigung von Leistungsaspekten sowie von sozialen, interkulturellen und emotionalen Kompetenzen bei der externen Evaluation der Schulen und Schüler; Initiierung einer öffentlichen Debatte unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse des von der LReg eingesetzten Bildungsrats

Antr

s. *Bildung*

Drs 13/2009

Fortführung der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern

Bedeutung und Entwicklung der o.g. Zusammenarbeit seit 1970 und aufgrund der Ergebnisse von internationalen Bildungsstudien; Beibehaltung der bewährten Strukturen bzw Verzicht auf Pläne zum Ausstieg aus der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung; Steigerung der Effizienz und Weiterentwicklung der Kooperation

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 09.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2061

BeschlEmpf und Bericht SchulA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 30-32

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Bildung in BW im nationalen und internationalen Vergleich

Abschneiden des Landes bei den nationalen und internationalen Vergleichsstudien; Schwerpunkte, Kosten und bildungspolitische Konsequenzen dieser Studien

Antr

s. *Bildung*

Drs 13/2325

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Baden-Württemberg - Motor für ein modernes Hochschulwesen

Ergriffene und noch notwendige Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Landes, insbes Modernisierung der Strukturen, Verbesserung der Lehre, Flexibilisierung der Professorenarbeitszeit, wissenschaftliche Weiterbildung, international anerkannte Studiengänge, Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft; Transparenz durch Evaluation; Sicherstellung eines ausgewogenen Angebots an Forschung und Lehre

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/2332

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Modernes Hochschulwesen in BW im Spannungsfeld bundespolitischer Rahmenbedingungen

Ergriffene und noch notwendige Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs und der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Landes, insbes Selbstauswahlrecht, neue Finanzierungswege, Deregulierung des Arbeits- und Dienstrechts, Optimierung der Rahmenbedingungen für die Forschung

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/2333

Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05

Stand und Ziele der Bildungsplanreform 2004, Einbeziehung der am Schulleben Beteiligten, Auswirkungen auf die Schule und Unterrichtskultur sowie den Raum- und Lernmittelbedarf, Begründung des Verzichts auf schulartübergreifende Bildungsstandards, Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung

Antr CDU 30.03.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3073 (10 S.)

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6860-6868

Bildungsstandards in BW - alter Wein in neuen Schläuchen?

Fachliche Grundlagen, Vorgaben und Ziele der von den Kommissionen erarbeiteten Bildungsstandards; Berücksichtigung der bestehenden Lehrpläne; Entwicklung von bundesweit vergleichbaren Evaluationsverfahren und Diagnosehilfen; Stellenwert der individuellen Förderung und der Kontingenzstudententafeln; Erweiterung der Qualitätssicherung auf das Gesamtsystem Schule; Abbau der sozialen Schieflage bei den Grundschulempfehlungen; Erarbeitung eines schulartübergreifenden Basisbildungsplans, schrittweise Einführung über einen längeren Zeitraum, Reduzierung des Kerncurriculums auf 50 %

Antr SPD 22.04.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3133 (15 S.)

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6860-6868

Stand der Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für den baden-württembergischen Kindergarten

Umsetzung o.g. Planung für die Elementarerziehung an Kindergärten u.a. Tageseinrichtungen; Beteiligung von Eltern, Erzieherinnen und Trägern in einem öffentlichen Dialogprozess nach dem Vorbild von RPF; Bündelung der Entwicklungen im vorschulischen Bereich mit Bayern und Hessen; Vorschaltung einer Praxis- und Evaluationsphase vor dem Inkrafttreten; finanzielle Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte

Antr

s. *Bildung*

Drs 13/3364

Effizientes Zusammenwirken der Länder in der Bildungspolitik

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5428-5437

Auswirkung der Bildungsplanung auf die Schulbau Richtlinien

Überarbeitung der Schulbau Richtlinien für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen aufgrund der in den neuen Bildungsplänen verankerten Anforderungen, insbes im Hinblick auf neue Medien und lernfeldbezogene Didaktik

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 13/3684

Beurteilung der Reformansätze in der Kultusministerkonferenz vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte

Diskussionsstand und Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe zur Reform der KMK, insbes zur verbesserten Koordination, zum Aufgabenabbau, zur Standardsetzung und Qualitätssicherung; Aufgaben, Rechtsform, Finanzierung und Umsetzung der Arbeitsergebnisse des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen; Koordinationsbedarf zwischen den BLändern in der Hochschulpolitik nach einem Wegfall der Rahmenkompetenz, Gewährleistung einer kontinuierlichen Vertretung deutscher Bildungspolitik auf europäischer Ebene, Einbeziehung der Länderparlamente in die Entscheidungsprozesse

Antr GRÜNE 27.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3711

BeschlEmpf und Bericht SchulA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 15

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr

s. Föderalismus

Drs 13/3727

Beraterkreis Hochschulentwicklung

Aufgaben, Zusammensetzung und Wirkungsweise des o.g. Gremiums; Mitwirkungsmöglichkeiten der Hochschulen; Vereinbarkeit mit dem Autonomiezuwachs infolge des neuen HochschulGes? Vorlage des Kabinettsbeschlusses zur Einrichtung des Gremiums, des Schreibens zur Berufung der Mitglieder, des Protokolls über die konstituierende Sitzung sowie einer Aufgaben- und Zeitplanung

Antr

s. Hochschule

Drs 13/3957

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren iR eines Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherreneigenschaft an die Universitäten

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

Bildungsoffensive für die Kindergärten in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213-6223

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Ausbau der frühkindlichen Bildung, Verankerung der Sprachförderung im Kindergarten, Start einer Weiterbildungsoffensive für Erzieherinnen, enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, landesweite Ausweitung des Modellversuchs Schulanfang auf neuen Wegen, Einsatz von frei werdenden Lehrerstellen an den Grundschulen, Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer Beratung, flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen, Fortentwicklung der weiterführenden Schulen, Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master mit einer gemeinsamen Studienphase für alle Lehrämter, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an Ganztagschulen, Ausbau der pädagogischen Eigenverantwortung der Einrichtungen

Antr GRÜNE 03.05.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4299

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7229-7254

Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in BW

Umsetzungsstand und weitere Schritte, Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen unter Einbeziehung der Kindergartenträger, Fortbildung der Erzieherinnen, Abstimmung mit der beschlossenen Ausweitung der Sprachförderung, den Fördermaßnahmen der Landesstiftung und dem Projekt „Schulreifes Kind“

Antr

s. Bildung

Drs 13/4322

Bildungs- und Kompetenzentwicklungsberatung in Lernläden

Beurteilung der vorhandenen Angebote zur Ermittlung des Lern- und Weiterbildungsbedarfs, insbes von weiterbildungsfernen Zielgruppen; Finanzierung von Projekten der sechs Lernenden Regionen? Vorlage eines Konzepts zum Aufbau und Vernetzung von Angeboten für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen als Teil einer aktiven Weiterbildungspolitik, Nutzung der bisherigen Erfahrungen

Antr

s. Bildung

Drs 13/4352

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung einer flächendeckenden Sprachförderung, eines Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten sowie eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung; Einführung der 6-jährigen Grundschule, der 4-jährigen Regionalschule und des 6-jährigen Gymnasiums, Verankerung einer Kooperationspflicht von Jugendhilfe und Schule sowie der Ganztagschule als Regelschule, Novellierung des SchulGes; Ausbau der Eigenständigkeit der Schulen, der integrativen Schulprojekte sowie des beruflichen Schulwesens; inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung und -fortbildung, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an Universitäten und PH; Konzentration der Kompetenzen des KM und MWK in einem Bildungsministerium

Antr SPD 03.06.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4376 (18 S.)

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7229-7254

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Bisherige und weitere Maßnahmen bzw Konzepte zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erreichung der Schulreife im Kindergarten, zur Stärkung der Kooperation mit der Grund-

schule, zur Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht, Ausbau von Ganztagschulen und Betreuungsangeboten unter Einbeziehung von Eltern, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Trägern außerschulischer Jugendarbeit; Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung sowie des beruflichen Schulwesens, insbes des Übergangs aus beruflichen Vollzeitschulen in das duale System und den Arbeitsmarkt

Antr CDU und FDP/DVP 07.06.2005 und Stellungnahme
KM Drs 13/4382 (25 S.)
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7229-7254

PISA 2003: Zentrale Ergebnisse des zweiten Vergleichs der Länder in Deutschland - erfolgreiche Reformvorhaben werden das Land weiter voranbringen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955-6968

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergarten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenenträgern

GrAnfr
s. *Bildung*
Drs 13/4788

RegErkl - Kinderland BW - Eckpunkte für eine integrierte Bildungs- und Familienpolitik und Aussprache

RegErkl
s. *Kind*
PIPr 13/101 S. 7199

Gerechte Bildungschancen für alle in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933-7954

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42-44 47-49

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66-68 71 72 75 76 84 86-88 91 100 101 103 104 109-112 116 117 123

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200-202 206-208 210-212 214 226-240

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 332-337 341 342

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 639 642-644

Grundsätzliche Diskussion über die Bildungspolitik in Deutschland als Konsequenz auf die Schulleistungsuntersuchung PISA

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-749

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797 798 804-806 808 812-815 818 819 822-824 827

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834-836 839 842-846 848-855 868

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 968 969 975 977 978 987-999 1002-1011

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1096 1100 1101 1106 1108 1110 1113

Kritik an der Einmischung des Bundes in die Bildungspolitik, Verteidigung der Kulturhoheit der Länder; Überwindung des selektiven Bildungswesens

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2527 2529 2532 2533 2539 2540 2542 2584 2587-2591

Bekräftigung der alleinigen Zuständigkeit der Länder für das Schulwesen; Plädoyer für die Selbstständigkeit der Schule; Anforderungen des Arbeitsmarkts an die Bildungspolitik

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896 2908 2992 2994 2995

Investitionen in die Bildungspolitik

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600-3603 3622 3624 3625 3632-3634 3636 3641 3651 3652

Bezeichnung der Bildungspolitik als Schwerpunkt des Haushalts, Abwehr von Eingriffen des Bundes

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4145 4148-4150 4152-4154 4156 4159 4160 4162 4163 4166-4168 4170 4171 4218 4220

Investitionen und Innovationen in der Bildungspolitik

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4235-4249 4259-4271 4274-4278

Verteidigung der Zuständigkeit der Länder für die Schulen und Hochschulen, Investitionen und Innovationen in der Bildungspolitik

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864-5866 5870-5874 5878 5883 5886-5892 5896 5898 5927 5928

Investitionen und Innovationen in der Bildungspolitik, Bekräftigung der Kompetenz der Länder für die Bildungspolitik

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5977 5986-5998 6001-6009 6025

Spitzenstellung des Landes in der Hochschul- und Bildungspolitik, Lob für das Engagement der Lehrkräfte; Verteidigung der Länderkompetenz für die Bildungspolitik

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6402 6407 6408 6414 6418 6419 6421

Spitzenstellung des Landes in der Hochschul- und Bildungspolitik, Lob für das Engagement der Lehrkräfte; Verteidigung der Länderkompetenz für die Bildungspolitik

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461 6462 6465-6468 6475-6478 6480-6482 6484-6489 6495-6505 6508 6509 6512 6513

Bekräftigung der Kompetenz der Länder für die Bildungspolitik

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6736-6742

Erinnerung an das Scheitern der Föderalismusreform an Fragen der Hochschulpolitik, Bekräftigung der Kompetenz der Länder für die Bildungspolitik, Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Föderalismusreform“; Etatisierung der Investitionen in die Bildung mit dem Nachtrag zum Hpl 2006

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285-7290 7335 7337 7340-7346 7348 7349

Etatisierung der Investitionen in die Bildung mit dem Nachtrag zum Hpl 2006

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7396 7399-7401 7445 7446

Ausschöpfung aller Begabungspotenziale bei Kindern und älteren Menschen durch eine entsprechende Bildungspolitik

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558 7562-7564

Bildungsstandard

s. Bildung

Bildungsurlaub

s. Sonderurlaub

Bildungswesen

s. Bildungspolitik

Billigheim

Sondermülldeponie Billigheim

Emission von Schadstoffen durch Verwehungen und Verdunstung bzw durch Schäden am Drainagesystem? Ausfilterung von Nickel- und Zinkkonzentrationen in der kommunalen Kläranlage? Zeitrahmen zur Behebung festgestellter Schäden

KlAnfr
s. Sondermüllentsorgung
Drs 13/442

Binnengewässer

s.a. Gewässergüte
s.a. Gewässerschutz
s.a. Wasserspeicher
s.a. Wasserstraße

Umstrittene Vollsömmerung des Rossweihers auf Gemarkung der Stadt Maulbronn

Konsensfindung zwischen Befürwortern und Gegnern einer Vollsömmerung in den kommenden Jahren, Vorschlag einer Teilsömmerung

KlAnfr Winfried Scheuermann CDU 24.10.2001 und Antw MLR Drs 13/364

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung mit zunehmender Niederschlagsmenge auf Hochwasserereignisse am Rhein, an der Donau und Nebenflüssen; Mittelbereitstellung zum Hochwasserschutz; Konsequenzen für den Wasserhaushalt der Flüsse im Südwesten; Erhöhung der Eutrophierung von Oberflächengewässern als Folge verstärkter Sonneneinstrahlung

GrAnfr
s. Klima
Drs 13/734

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur beschleunigten Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten in BW

Anhebung des Wasserpfeunnigs zur Umsetzung o.g. Maßnahmen an den Gewässern I. Ordnung sowie der für die Einzugsgebiete von Rhein, Donau und Neckar vorliegenden Hochwasserschutzprogramme, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Novellierung des WasserGes

Antr
s. Wassertarif
Drs 13/1347

Wassertourismus in BW

Stand und Ausbau der o.g. Angebote, Höhe der öffentlichen Förderung, Befahrbarkeit der Gewässer mit motorisierten u.a. Booten

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 31.10.2003 und Antw WM
Drs 13/2565

Verbesserung des Hochwasserschutzes

Höhe der bereitgestellten und erforderlichen Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern I. Ordnung und Bundeswasserstraßen im Jahr 2003, Darlegung der erforderlichen Maßnahmen und Mittel bis 2006 sowie der Situation bei den Gewässern II. Ordnung

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/2681

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr
s. Gefahrenabwehr
Drs 13/3967

Binnenschifffahrt

s. Schifffahrt

Binnensee

s. Binnengewässer

Binnenwasserstraße

s. Wasserstraße

Bio-Diesel

s. Kraftstoff

Biodiversität

s. Artenschutz

Bioenergie

s. Erneuerbare Energie

Biogas

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Bedeutung der Biogasnutzung, Effizienz des Agrarinvestitionsförderprogramms des Bundes zur Errichtung von Biogasanlagen

GrAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/134

Biogas im Kfz-Antrieb

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Aspekte zum Betrieb von biogasangetriebenen Fahrzeugen, Förderung von Modellprojekten

KlAnfr Helmut Kiefl CDU 23.08.2001 und Antw MLR Drs 13/198

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Windkraft, Biogas und Biomasse; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KlAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/629

Kofermentierung in Biogasanlagen

Anfallende Mengen und Entsorgungskosten von Blut und Schlachtabfällen in den einzelnen Schlachthöfen, Beurteilung des Widerspruchs zwischen der Verwendung von Blut zur Zubereitung von Lebensmitteln und dem Verbot zur energetischen Verwertung in Biogasanlagen; Prüfung einer entsprechenden Kofermentierung

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 10.04.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/913

BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.07.2002 Drs 13/1401 S. 60

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Standardisierung von Biogasanlagen und Optimierung der Genehmigungsverfahren

Beschleunigung o.g. Verfahren durch Koordination der verschiedenen Genehmigungsbehörden, Schulung der Mitarbeiter, Information der Landwirte und Standardisierung der Anlagen

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 12.07.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1176

BeschlEmpf und Bericht LandwA 06.11.2002 Drs 13/1638 S. 18 19

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung

Antr

s. Tierhaltung

Drs 13/1543

Energiegewinnung durch Strohvergasung

Förderung der o.g. alternativen Energiegewinnung, Beurteilung aus ökonomischer und ökologischer Sicht

KlAnfr

s. Stroh

Drs 13/2534

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/3560

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufeuerung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/4030

Stand und Weiterentwicklung von Bau und Betrieb von Biogasanlagen in BW

Auflistung der vorhandenen und beantragten Anlagen und deren Leistung sowie der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Möglichkeiten der Zuführung von anderen energetisch nutzbaren Abfällen, Problematik der auftretenden Reststoffe und der Klärschlamm Entsorgung; Hinwirkung auf eine ökologisch verträgliche und rechtlich abgesicherte Betreibung und Entsorgung der Anlagen und ihrer Reststoffe

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 18.03.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4165

BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.06.2005 Drs 13/4480 S. 20

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Derzeitiger und notwendiger Umfang der Nutzung von Biogas, Energiepflanzen, Holzhackschnitzel und -pellets zur Produktion von Strom, Wärme und Kraftstoffen bzw zur Erreichung der angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2010; Darstellung der jeweiligen Potenziale und Fördermöglichkeiten; Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr

s. Biomasse

Drs 13/4539

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/4635

Verkehrliche Erschließung bei der Genehmigung von Biogasanlagen

Berücksichtigung der Verkehrsanbindung für den An- und Abtransport von Biomasse, Gülle oder nachwachsenden Rohstoffen; Gleichbehandlung der privilegierten Anlage eines Landwirts und der von mehreren Eigentümern?

KlAnfr Thomas Knapp SPD 02.02.2006 und Antw IM Drs 13/5120

Äußerung des Ministers für Ernährung und Ländlichen Raum zu Biogasanlagen

Richtigstellung der Äußerung zur Leistungsfähigkeit heutiger Biogasanlagen bzw zur notwendigen Anzahl von Anlagen, die ein Kernkraftwerk mit der Stromerzeugungskapazität von Obrigheim oder Neckarwestheim I ersetzen können

MdlAnfr 4) Gerd Teßmer SPD 16.02.2006 Drs 13/5172
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7981-7983

Forcierung der energetischen Nutzung von Biogas

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 431-433

Förderung der energetischen Nutzung von Biogas

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 822

Förderung der energetischen Nutzung von Biogas, Inbetriebnahme der größten Biogasanlage in Konstanz

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1553 1555 1556 1560

Förderung der energetischen Nutzung von Biogas

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1832

Energiegewinnung über Biogas aus Kompostvergärung mittels Brennstoffzelle

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6066

Ausbau der Biogasnutzung durch die Landwirte, Beklagung von Wartezeiten bei der Bestellung von Biogasanlagen, Förderung von biogasbetriebenen Kraftwerken

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6437 6439

Energiegewinnung über Biogas aus Kompostvergärung mittels Brennstoffzelle

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026

Anmahnung einer Konzeption zur Förderung von Biogasanlagen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7053

Biogasanlage

s. *Biogas*

Biokompost

s. *Düngemittel*

Biokraftstoff

s. *Kraftstoff*

Biolandbau

s. *Ökologischer Landbau*

Biologie

s.a. *Gentechnologie*

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Frau*

Drs 13/182

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr

s. *Naturwissenschaft*

Drs 13/4951

Biologische Waffen

s. *ABC-Waffen*

Biologischer Landbau

s. *Ökologischer Landbau*

Biomasse

s.a. *Biogas*

s.a. *Getreide*

Förderung des Anbaus von Energiegetreide

Arten und Anbaumengen o.g. nachwachsender Rohstoffe zur Sicherung der Energieversorgung; Förderung von Projekten für Anbau und energetische Verwertung solcher Getreidearten aus Mitteln des MLR

Antr

s. *Getreide*

Drs 13/17

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solarenergie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassenutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Entwicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/134

Dezentrale Stromgewinnung aus alternativen Rohstoffen

Beteiligung am Projekt „Blauer Turm“ zur dezentralen Energiegewinnung aus biologischen Reststoffen und nachwachsenden Rohstoffen in Form einer Pilotanlage, Initiierung von Forschungsvorhaben zur Optimierung von Verfahren der Energiegewinnung aus Biomasse

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/156

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Nutzung von Biomasse

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 6 S. 30 31
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Nutzung von Gras für die Energiegewinnung

Wirtschaftlichkeit eines mit Gras betriebenen Kraftwerks, Beurteilung der energetischen Verwertung von Gras als neue Einkommensquelle für Landwirte, Einschätzung der Marktchancen von „Graswolle“ als Dämmstoff sowie der Nutzung abgeschiedener Proteine als Tierfutter

Antr
s. *Gras*
Drs 13/497

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Windkraft, Biogas und Biomasse; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/629

Neue Perspektive für die Nutzung von Energiegetreide

Bisherige und mögliche Mengen des Anbaus und der Nutzung von Energiegetreide

Antr
s. *Getreide*
Drs 13/1087

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Stromerzeugung aus Biomasse/Altholz

Standorte und Betreiber von Anlagen zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung aus Altholz nach den verschiedenen Kategorien, Zahl und Rechtsgrundlagen der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen sowie von Abfallverbrennungsanlagen zur Verwertung und Entsorgung von Hausmüll, Auflistung der zur Entsorgung von Altholz aufgestellten Abfallwirtschaftspläne

KlAnfr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/1264

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Umsetzung der Ziele des Umweltplans, Steigerung der Ressourceneffizienz, Nutzung von Holz als Baustoff, dezentrale Nutzung von Biomasse zur Strom- und Wärmeenergiegewinnung

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Aufgabe des Ziels der LReg, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010 - auch nach den Äußerungen des WM? Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie; Verstärkung der Anstrengungen um eine erhöhte Energieeffizienz

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2514

Energiegewinnung durch Strohvergasung

Förderung der o.g. alternativen Energiegewinnung, Beurteilung aus ökonomischer und ökologischer Sicht

KlAnfr
s. *Stroh*
Drs 13/2534

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landestraßen

Anfallende Mengen und Art der Verwertung von Häckselgut bei der Randstreifenpflege durch die Straßenbauverwaltung, Anstieg der Nitratwerte im Boden bei der Verwertung als Düngemittel an Ort und Stelle; Vorschlag einer energetischen Nutzung dieses Materials und sonst noch anfallender Biomasse

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/3337

Entwicklung der energetischen Nutzung von Stroh in BW

Auflistung der Anlagen, deren installierte Leistung und Produktion an Strom und Wärme; Förderung der Forschung und Entwicklung zur Energiegewinnung aus Stroh bzw der Errichtung entsprechender Anlagen

Antr
s. *Stroh*
Drs 13/3558

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/3560

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obrigheim und Buchen

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3734

Energieversorgung für die Messe Stuttgart

Einflussnahme als Gesellschafter der Neuen Messe GmbH auf eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Energieversorgung; Erstellung einer neuen Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Heizsystem, insbes Prüfung der Versorgungsoption Biomasse mit der energetischen Verwertung von Holz; Einstellung des entsprechenden Teils der Ausschreibung

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 13/3824

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 08**Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Nutzung von Biomasse*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4008-11 S. 35
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4048-7 S. 8
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 08**Verstärkte Förderung der Biomassenutzung durch einen Neuzuschnitt des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum*

EAntr GRÜNE 21.01.2005 Drs 13/4008-16 S. 40
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufeuerung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/4030

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Derzeitiger und notwendiger Umfang der Nutzung von Biogas, Energiepflanzen, Holzhackschnitzel und -pellets zur Produktion von Strom, Wärme und Kraftstoffen bzw zur Erreichung der angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2010; Darstellung der jeweiligen Potenziale und Fördermöglichkeiten; Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr GRÜNE 21.07.2005 und Antw MLR Drs 13/4539 (18 S.)

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Ersetzung von Rohöl über die stoffliche Verwertung von Biomasse; Aufbau von lokalen Fernwärmenetzen mit Biomasseblockheizkraftwerken

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

*Haushalt 2006; Nachtrag**Verstärkte Förderung der Biomassenutzung durch einen Neuzuschnitt des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum*

EAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 41 S. 100
EAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-34 S. 53
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Verkehrliche Erschließung bei der Genehmigung von Biogasanlagen

Berücksichtigung der Verkehrsanbindung für den An- und Abtransport von Biomasse, Gülle oder nachwachsenden Rohstoffen; Gleichbehandlung der privilegierten Anlage eines Landwirts und der von mehreren Eigentümern?

KIAnfr
s. *Biogas*
Drs 13/5120

Perspektiven der Biomassenutzung in BW

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 97 98

Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 214

Energiegewinnung aus Biomasse, Förderung der Funktion von Landwirten als Energiewirte

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046 1049 1051 1060 1061

Energiegewinnung aus Biomasse, Förderung der Funktion von Landwirten als Energiewirte, Ankündigung eines Biomassetags der Regionen in Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1560

Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1832

Energiegewinnung aus Biomasse, Förderung über Ausfallbürgschaften

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3143 3145 3182 3184 3186 3188 3189 3199

Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3454 3462 3465 3467 3468 3472 3491

Energiegewinnung aus Biomasse, Überlegungen zu einem Biomassekraftwerk am Standort Obrigheim

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4126 4127 4129

Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4325 4345 4346 4353

Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse, Verbesserung der Förderung mit der Novellierung des EEG

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869-4874 4878

Verstärkung der Anstrengungen zur Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5152 5154 5155

Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6081 6083 6096 6097 6123

Nutzung von Biomasse zur Stromerzeugung und Wärmeversorgung, Ersetzung von Großkraftwerken durch Biomassekraftwerke

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436-6443 6446 6451 6452

Beurteilung eines Biomassekraftwerks am Standort Obrigheim

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6494 6506 6507

Nutzung des Potenzials der Biomasse zur Energiegewinnung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7016 7019-7021 7023-7029

Verstärkung der energetischen Nutzung von Biomasse, Bedeutung der Biomassekonversion an der Universität Hohenheim

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7044-7046 7052-7054

Bio-Siegel*s. Gütezeichen***Biosphärengebiet***s. Naturschutzgebiet***Biosphärenreservat***s. Naturschutzgebiet***Biosystem***s. Ökosystem***Biotechnik***s. Biotechnologie***Biotechnologie***s.a. Gentechnologie**Tertiäre Ausbildungsangebote im Bereich der Biotechnologie*

Frage nach o.g. Studiengängen und Ausbildungsmöglichkeiten an Universitäten, FH, Berufsakademien, Berufskollegs, privaten Schulen und Berufsschulen; Darlegung der jeweiligen Standorte und Zahl von Studienplätzen

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 15.11.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/455 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.03.2002 Drs 13/955 S. 26 27

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Die Biotechnologie-Agentur des Landes und ihre Aufgaben

Gründe für die Auflösung des o.g. Förderapparats; Veränderung der Ziele, Aufgaben und Rechtsform seit 1996, insbes Beratung von Existenzgründern, Kapitalbeschaffung, Standortmarketing, Erschließung von Förderprogrammen; Übernahme der Aufgaben durch andere private und öffentliche Einrichtungen; Erhaltung der erworbenen Spitzenstellung der Bio-Regionen Freiburg, Ulm, Rhein-Neckar-Dreieck und Stuttgart/Neckar-Alb

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 21.03.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/883

BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 8 9

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Förderung der Grundlagenforschung und der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Bio- und Gentechnik, Attraktivität des Standorts BW für global operierende Pharmaunternehmen, Entwicklung der Patentanmeldungen für entsprechende Arzneimittel seit 1996, Unterstützung des Aufbaus von klinischen Forschungseinrichtungen; Vereinfachung der Fördermodalitäten bei der L-Bank, Förderung risikobehafteter Projekte kleinerer Unternehmen; Auflösung der Biotechnologie-Agentur, Aufstockung und Institutionalisierung der Förderung von Biotechnologie-Parks

Antr SPD 09.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1159

Antr CDU und FDP/DVP 25.06.2003 Drs 13/2188

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3217-3223

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Weiterentwicklung der Städtelandschaft am Oberrhein zu einer grenzüberschreitenden Wissenschafts- und Bioregion, Kooperation zwischen den Hochschulen u.a. Forschungseinrichtungen

GrAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/1226

Entw einer Änd der VO über die Schultypen des Gymnasiums
Erweiterung der Untergliederung um einen biotechnologischen Schultyp

Mittlg
s. *Gymnasium*
Drs 13/1234

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Grüne Gentechnik in BW

Bedeutung und internationale Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Gentechnik; Forschungseinrichtungen, -ziele und -projekte, u.a. auch auf dem Gebiet des Weinbaus; gen- bzw biotechnische Orientierung von Gymnasien, Personal- und Sachausstattung iRd Oberstufenunterrichts; Öffentlichkeitsarbeit

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/1690

Umweltschutz durch Fortschritt - Biotechnologie in BW

Zahl, Ziele und Ergebnisse sowie Überwachung der Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen in den letzten zehn Jahren; Abwägung der Chancen und Risiken; Hinwirkung auf Umsetzung der Freisetzungs-Richtlinie der EU in deutsches Recht

Antr CDU 27.02.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1848
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4591-4598
Mittlg LReg 17.08.2004 Drs 13/3506

Gentechnik-Aufsicht in BW - Positiver Beitrag zum Standort

Entwicklung der gentechnischen Anlagen/Arbeiten nach Sicherheitsstufen sowie der Personalsituation und Überwachungspraxis der Gentechnikaufsicht in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen BLändern; Beurteilung der Funktion des Reg-Präs Tübingen; Stand der Forschung und des Technologietransfers der Biotechnologie im produktionsintegrierten Umweltschutz; Information der Öffentlichkeit über die Chancen der (Umwelt-)Biotechnologie

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/1849

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Umsetzung der Empfehlungen der interministeriellen Arbeitsgruppe; Berichtsvorlage bis zum Oktober 2003

Antr CDU und FDP/DVP 25.06.2003 Drs 13/2188
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3217-3223
Mittlg LReg 18.11.2003 Drs 13/2623

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Bedeutung der USA als Handelspartner für die Automobilindustrie, Elektroindustrie, den Maschinenbau, die Mikrosystemtechnik, die Bio- und Gentechnologie

Antr
s. *Wirtschaftliche Kooperation*
Drs 13/2269

Förderung der Gentechnik durch die LReg

Bewertung einer britischen Studie zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzensorten; Stellenwert der genetischen Veränderung von Lebensmitteln in verschiedenen Programmen; Kosten und Finanzierungsanteil der LStiftung und der chemischen Industrie beim Projekt „BioLab“; Art der Projekte und Kostenträger der Landesgesellschaft BIOPRO und der Biotechnologie-Offensive; ausgewogene Darstellung der Chancen und Risiken der Gentechnik im Projekt „BioLab“; Verzicht auf den Mitteleinsatz der LStiftung für versteckte Nachwuchswerbung bestimmter Industriezweige sowie auf die weitere Förderung der Erforschung gentechnisch veränderter Mikroorganismen

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/2723

Biotechnologie in BW

Position des Landes im nationalen und internationalen Vergleich nach Patentanmeldungen, Mitarbeiterzahlen, universitären u.a. Forschungseinrichtungen, Aktivitäten der BIOPRO, Förderung der Existenzgründung und Ausgründung aus Universitäten; Unterstützung der Bio-Regionen Rhein-Neckar, STERN, Freiburg und Ulm

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 18.12.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2758
BeschlEmpf und Bericht WirtA 07.12.2005 Drs 13/5052 S. 5-8
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Schülerinformation zur Gentechnik durch das BioLab BW

Zahl, Qualifikation und Finanzierung der Mitarbeiter des o.g. Informationsprojekts an den Schulen; Gewährleistung einer ausgewogenen Information über Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3916

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums in Nagold bzw eines biotechnologischen Gymnasiums in Horb; Heranführung junger Menschen an naturwissenschaftlich-technische Fragestellungen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Ulm

Überlegungen und Finanzierungsmöglichkeiten zum Aufbau eines neuen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Frage nach Entwicklungsperspektiven für die Schwerpunkte Biotechnologie, Logistik und Fahrzeugsystemtechnik

KlAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/5174

Chancen und ethische Grenzen der Biotechnologie, Förderung von Biotechnologieparks

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 58

Feststellung einer Spitzenposition des Landes im Bereich der Biotechnologie; Chancen und ethische Grenzen der Biotechnologie

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 84 91 92 96 104

Feststellung einer Spitzenposition des Landes im Bereich der Biotechnologie

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 814

Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zuge der Förderung der Biotechnologie

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 844

Einrichtung einer Offensive Biotechnologie

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2629

Festigung der Spitzenposition des Landes im Bereich der Biotechnologie, Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Biotechnologie

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603

Förderung der BIOPRO GmbH, Ausstattung der Offensive Biotechnologie

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4292 4293 4296

Beklagung einer Schwächung des WM durch die Zuständigkeit von Staatsrat Beyreuther für die Biotechnologie, Bedeutung der Biotechnologie für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort BW

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4579 4580 4583 4598-4603

Fachspezifische Beratungsfunktionen von BIOPRO im Bereich der Biotechnologie, Ablehnung einer Übertragung auf die L-Bank

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330-6333 6335

Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Forschungsschwerpunkts Biotechnologie am Oberrhein

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351

Abwägung von Risiken und Chancen der Biotechnologie, Konsequenzen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407

Steigerung der Bedeutung und des Bekanntheitsgrads der Region Rhein-Neckar mit dem Gewinn der Biotechnologie-Ausschreibung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6870

Prosperität der Biotechnologie in der Region Donau-Iller und im Dreiländereck, Erfolgsbewertung der Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Biotechnologie

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7298

Bedeutung des Landes als Unternehmensstandort für Biotechnologie; Beklagung der Verhinderung einer biotechnologischen Insulinproduktionsanlage bei Hoechst durch den damaligen Umweltminister Joschka Fischer

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880 7889 7890

Biotechnologie-Agentur

s. Biotechnologie

Biotop

s. Ökosystem

Birnenbrand

s. Branntwein

Birnenobst

s. Obst

Birnsaft

s. Fruchtsaft

Birzele, Frieder MdL SPD

s.a. Landtagsvizepräsident

Bezeichnung des Kollegen Birzele als Kronjuristen und Robespierre der SPD, Aufforderung zur Offenlegung seines Gutachtens über die Ruhegehaltszahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer, Vorwurf der Doppelmoral gemessen an der eigenen Ministerversorgung seit 1996

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6165-6170 6175-6181

Würdigung der politischen Lebensleistung von Frieder Birzele und Verabschiedung nach 30 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

BKK Fahr

s. Krankenversicherung

Blaustein

Genehmigung des Kalkschachtofens in Blaustein-Herrlingen
Beantragung der Mitverbrennung von Abfällen bzw Sekundärbrennstoffen durch die Märker Holding GmbH, Umfang und Zusammensetzung der Stoffe, vorgeschriebene Grenzwerte, Ausschluss einer gesundheitlichen Gefährdung der Beschäftigten und Anwohner

KlAnfr

s. Feuerungsanlage

Drs 13/2885

Kalkschachtofen in Blaustein-Herrlingen

Einsatz eines chemischen Abfallprodukts aus Italien als Sekundärbrennstoff in dem von der Firma Märker in Blaustein-Herrlingen geplanten Kalkofen? Schließung eines Tiefbrunnens vom Zweckverband „Wasserversorgung Ulmer Alb“ wegen den vom Kalkabbau ausgehenden Gefahren für die Wasserversorgung?

MdlAnfr

s. Feuerungsanlage

Drs 13/3056

Bleiberecht

s. Aufenthaltsrecht

Blenke, Thomas MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1323

Blindenhilfe

s. Blinder

Blinder

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des BlindenhilfeGes

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Erstattung der Kosten der Stimmzettelschablonen an die Blindenvereine

GesEntw
s. Wahlrecht
Drs 13/3680

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von sehbehinderten und blinden Menschen mit dem BehindertengleichstellungGes, insbes auch beim Zugang zu behördlichen Internetangeboten

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6324

Blockheizkraftwerk

s. Wärmekraftwerk

Blumberg

Museumsbahn Wutachtal, zweiter Sanierungsabschnitt 2002 bis 2007

Bedeutung der „Sauschwänzlebahn“ in Blumberg für den Tourismus, Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten vier Jahren, Umfang und Herkunft der von der Stadt Blumberg zu erwartenden Fördermittel

Antr
s. Wutachtalbahn
Drs 13/289

Blumen

s.a. Florist

Auswirkungen der von der BReg beabsichtigten Steueränderung auf die Absetzbarkeit von Weinpräsenten und Blumengeschenken
Auswirkungen auf Betriebe im Geschenkegeschäft, auf die Kartonagenindustrie sowie Weinbaubetriebe und Floristikgeschäfte

Antr
s. Steuerrecht
Drs 13/1472

Blumengarten

s. Garten

Blumengeschäft

s. Florist

Blut

Rechtsstaatlicher Umgang mit Restblutproben beim Neugeborenen-Screening

Rechtsgrundlagen der o.g. Früherkennungsuntersuchung, der Aufbewahrung und evtl späteren Nutzung der Teststreifen; Notwendigkeit einer Einwilligungserklärung der Eltern und der Einrichtung einer Gendatei? Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte

Antr
s. Gesundheitsuntersuchung
Drs 13/2665

Blutspendezentrale des Universitätsklinikums Tübingen

Beurteilung von Plänen der Klinikleitung zur Schließung oder Privatisierung der Blutspendezentrale, Konsequenzen für die Mitarbeiter und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, Auswirkungen des Wegfalls eines Spenderpools und damit bestimmter Nebenprodukte der Blutkonservenproduktion für die transplantationsmedizinische Forschung, Verlust von EU-Fördermitteln?

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 30.06.2004 und Antw MWK
Drs 13/3324

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KIAnfr
s. Medizinische Forschung
Drs 13/5218

Blutspende

s. Blut

Boden

s.a. Bodenbelastung
s.a. Bodenerosion
s.a. Bodenschutz
s.a. Grundstück

Unsicherer Untergrund des Atomkraftwerks GKN

Untersuchungen, Ergebnisse und Konsequenzen der Hohlraumbildungen seit 1999; Sicherungsmaßnahmen für die im Boden verlegten Leitungen und Kabelkanäle

KIAnfr
s. Kernkraftwerk Neckarwestheim
Drs 13/1857

Hohlraumeinsturz in Besigheim

Beurteilung des o.g. Vorfalles auf einem Acker in der Nähe des Kernkraftwerks Neckarwestheim, Frage nach Konsequenzen des UVM angesichts der gleichen geologischen Verhältnisse unter dem GKN

KIAnfr

s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/1866

Untergrund des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim GKN I und GKN II; hier: Konsequenzen aus dem Gutachten von Prof. Jentzsch

Zugrundegelegte Bodenklasse und Auslegung gegen Erdbeben in den bisherigen Gutachten und in der Genehmigung des KKW Neckarwestheim, Beurteilung der geforderten Nachmessungen aus der o.g. Untersuchung; Konsequenzen für die Atomaufsicht

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/4110

Keine Bodenabtragung vor Abschluss der Rechtsstreitigkeiten um den geplanten Messeneubau auf den Fildern

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/3384

Forstwirtschaftliche Verarbeitung von Erdaushub und die steuerrechtlichen Konsequenzen

Gegenseitige Aufrechnung der Vergütungsansprüche aus der o.g. Praxis zwischen Gemeinde und Bauunternehmer, Beurteilung aus abfall- und steuerrechtlicher Sicht, insbes des Verzichts der Gemeinden auf Einnahmen aus der Umsatzsteuer

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/4522

Bodenabtragung

s. *Bodenerosion*

Bodenbelastung

s.a. *Altlasten*

Regelung der Erfassung von schadstoffbelasteten Böden mit dem Landes-Bodenschutz- und AltlastenGes

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5611

Bodenerosion

s.a. *Bodenschutz*

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Erhöhung der Bodenerosion als Folge einer weiteren Zunahme von Starkniederschlägen

GrAnfr
s. *Klima*
Drs 13/734

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Schwarzwald; Auswirkungen auf den Hochwasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1027

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1243

Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten

Umfang und Standorte o.g. Stilllegungsflächen nach den Vorstellungen der BReg, Höhe der Verluste für die betroffenen Landwirte, Frage nach Alternativen und nach dem Beitrag des MEKA I zur Verhinderung der Bodenerosion, Position der LReg in den zuständigen Ausschüssen im BRat

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/3228

Bodenschutz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-) Änd des BodenschutzGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Ziele und Zwischenergebnisse in den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Flächenverbrauch und -recycling, Schadstoffreduktion, Luftreinhaltung, rationelle Energieverwendung, Boden-, Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz; Auswirkungen der Änd rechtlicher Rahmenbedingungen vonseiten der EU und BReg, insbes des Atomrechts; Anstreben von Verbesserungen über den BRat; Bewertung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW; Fortschreibung des Umweltplans

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw LReg 20.10.2004 Drs 13/3677 (40 S.)
1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5610-5615
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 02.12.2004 Drs 13/3829 (dazu ÄAntr Helmut Göschel u.a. SPD)
2. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5778-5780
GesBeschl 09.12.2004 Drs 13/3904

GBI 2004 Nr. 17 S. 908-913 (Ges vom 14.12.2004)
Bekanntmachung der NF des WasserGes für BW GBI 2005 Nr. 5 S. 219-273
Berichtigung der NF des WasserGes für BW GBI 2005 Nr. 8 S. 404

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/4324

Verweisung auf neue Technologien im Bodenschutz, Eindämmung des Flächenverbrauchs

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4324 4326

Bodenschutzgesetz

s. *Bodenschutz*

Bodensee

s.a. *Bodenseekreis*

s.a. *Bodensee-Oberschwaben, Region*

s.a. *Hochrhein-Bodensee, Region*

Situation der DLRG-Boote am badischen und württembergischen Bodensee

Ausfall von Booten, insbes in Friedrichshafen und Überlingen, aufgrund von Finanzierungsproblemen; Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und Situation der Lebensrettung am Bodensee; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/50

Vorkommen von Arzneimittelrückständen im Bodensee

Entwicklung und Auswirkungen o.g. Rückstände, insbes von Hormonen, seit 1996; Ergebnisse von Untersuchungen; technische Möglichkeiten zur Ausfilterung aus den Abwässern

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/827

Verzögerung der Auslieferung des Polizeischnellboots für die Wasserschutzpolizei am Bodensee

KlAnfr
s. *Wasserfahrzeug*
Drs 13/849

Gedenken an die Opfer der Flugzeugkatastrophe am 01.07.2002 über dem Bodensee

s. *Gedenken*
PIPr 13/29 S. 1733

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung

der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft; Förderung des Kooperationsraums Bodensee-Oberschwaben; Beurteilung einer Neustrukturierung der Verwaltung in der Region sowie der Ansiedlung einer FH in Überlingen; Entwicklung der Zahlen von Gästen und Betrieben im Fremdenverkehr, Vergleich bzw Zusammenarbeit mit den anderen Anrainerstaaten

Antr SPD 08.08.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1250 (10 S.)
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3292-3303

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region; Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild, Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr SPD 09.08.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1251 (16 S.)
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3292-3303

Erkennung und Beseitigung von Belastungsschwerpunkten im Ufer- und Flachwasserzonenbereich des Bodensees

Frage nach o.g. Untersuchungen der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee; Höhe der Kosten, Art und Zeitpunkt der Umsetzung der Ergebnisse

KlAnfr Norbert Zeller SPD 09.08.2002 und Antw UVM Drs 13/1253

Umwelt- und Naturschutz in der Bodenseeregion

Stärkung des im Bodenseeleitbild beschriebenen Potenzials der „Bodenseelandschaft als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten von überragender Bedeutung“

KlAnfr Norbert Zeller SPD 12.08.2002 und Antw MLR Drs 13/1254

Freistellungsregelung und Kostenerstattung für die Einsatzkräfte des Einsatzes nach dem Flugzeugabsturz am Bodensee

Begründung des Verzichts auf Auslösung von Katastrophenalarm; Gewährleistung der o.g. Regelungen und Regulierungen für künftige Fälle; Hinwirkung auf unbürokratische Erstattung der noch offenen Einsatzkosten

Antr
s. *Sonderurlaub*
Drs 13/1464

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/1602

Internationale Bodensee-Tourismus GmbH (IBT)

Bedeutung und bisherige Förderung der IBT vonseiten des Landes, der anderen Anrainerstaaten und des Tourismusverbands BW; Eintreten für eine bessere Finanzausstattung

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2231

Realisierung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 für den Bodenseeraum

Umsetzung o.g. Ziele in die Regionalplanung, Auswirkungen auf die Bauleitplanung und Weiterentwicklung des Bodensee-Uferbereichs, Notwendigkeit einer Raumbesichtigung, z.B. zur Bevölkerungsentwicklung in den Seeufergemeinden oder zum Flächenversiegelungsgrad?

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 22.08.2003 und Antw WM
Drs 13/2369

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, insbes am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/3349

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bodenseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirtschaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik vonseiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten, Anstreben eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer Vereinbarung?

KlAnfr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3599

Übernahme der Präsidentschaft in der Internationalen Bodenseekonferenz durch das Land BW

Ziele, Schwerpunkte und konkrete Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit iRd Präsidentschaft 2005, insbes in den Bereichen Gewässerschutz und Eindämmung der Flächenversiegelung im seenahen Uferbereich; Art der Finanzierung und Umsetzung der Projekte

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 10.12.2004 und Stellungnahme
StM Drs 13/3874

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Aufgabenstellung, Organisation und Ausrüstung der o.g. Gefahrenabwehrinrichtung zum Gewässerschutz; Finanzierung der notwendigen Beschaffungen und Veränderungen; Aus- und Fortbildung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit der freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und dem Geräteeinsatz; Beurteilung von Wechselladerfahrzeugen als kostengünstige Alternativen zu den Rüstwagen See

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/4058

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4288

Pfahlbau- und Moorsiedlungen der Jungstein- und Bronzezeit am Bodensee

Bedeutung sowie Maßnahmen und Mitteleinsatz zur Sicherung der archäologischen Kulturdenkmale, u.a. in Unteruhldingen, Auflistung der zuständigen Institutionen, Ausstrahlungen für den Fremdenverkehr und die Bildung, Zustimmung zur Initiative der Schweiz für eine Aufnahme der Pfahlbauten rund um die Alpen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes

KlAnfr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/4555

Informationsfluss iRd jüngsten Anschläge auf die Bodensee-Wasserversorgung

Art und Weise sowie Zeitpunkt der Information der zuständigen Behörden sowie der Stadt Überlingen über den o.g. Vorgang und der damit verbundenen Verunreinigung des Trinkwassers; Zeitpunkt der erstmaligen Untersuchung des von der Stadt Überlingen direkt entnommenen Trinkwassers

MdlAnfr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/4870

Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee gegen Gefahren und Anschläge

Darstellung der ergriffenen, notwendigen und geplanten Maßnahmen sowie des Personaleinsatzes beim jüngsten Giftanschlag und evtl künftigen Ereignissen; Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit den Anrainerländern

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 15.12.2005 und Stellungnahme
UM Drs 13/4980
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 26.01.2006 Drs
13/5138 S. 95 96
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Erinnerung an die Einrichtung der Parlamentarier-Kommission Bodensee

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Überwindung der Aufspaltung des Bodenseeraums in zwei Regionen, Bezeichnung als „Bodenseeraum mit besonderer struktureller Prägung“ im LEntwicklungsplan

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 751 757 758

Aufklärung der Ursachen für die Flugzeugkollision über dem Bodensee, Lärmbelastung der Anwohner im Bodenseeraum durch die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich über dem südlichen Landesteil

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796-1804

Bedeutung des Bodensees für die Trinkwasserversorgung des Landes, Hinweis auf die Gefahr von Terroranschlägen und Flugzeugabstürzen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3439 3441 3442

Bewertung der neuen Thermalbäder in Meersburg und Überlingen als Bereicherung der Bodenseeregion; Würdigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Bodensee

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7962 8012

Bodenseefähre

s. Wasserfahrzeug

Bodensee-Hochrhein, Region

s. Hochrhein-Bodensee, Region

Bodenseekonferenz

s. Bodensee

Bodenseekreis

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1733

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr; hier: am Beispiel der Stadt Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Mannheim und dem Bodenseekreis

Darlegung o.g. Daten nach Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Entwicklung der Klassengrößen, der Fehlstunden und der benötigten Deputate; Zahl der bis 2005 in den Ruhestand tretenden Lehrer; Maßnahmen zur Behebung des Lehremangels

Antr

s. Berufsschulunterricht

Drs 13/2094

Straßenbauprojekte im Bodenseekreis, Planungsfall 7

Verfahrensstand der einzelnen Bauabschnitte, Erwartung von zeitlichen Verzögerungen aufgrund von Einsprüchen?

KlAnfr

s. Straßenbau

Drs 13/3108

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion; Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr

s. Polizei

Drs 13/4862

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/4939

Entwicklung der Zuweisungen an den Bodenseekreis nach der Ämtereingliederung 1995

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5009 5013

Bodensee-Oberschwaben, Region

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee
Zeitpunkt der Information über o.g. Praktiken und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden; Verschärfung der Vergabe- und Anwendungskriterien des HQZ und Verstärkung der Kontrollen; Bewertung des Vertriebs illegaler Spritzmittel über WLZ-Verkaufsstellen, Erkenntnisse über solche Mittel aus Nicht-EU-Ländern; Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern; Änd des Ausführungsges zum Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes zur Erleichterung von Verbraucherwarnungen

Antr

s. Pflanzenbehandlungsmittel

Drs 13/474

Verbrauchertäuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der LReg

Verwendung unerlaubter Pflanzenschutz- und ertragssteigernder Spritzmittel, Falschdeklaration von Obst und Gemüse; Auflistung der Betriebe, Anteil der Produzenten nach dem HQZ, Zeitpunkt der Information und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden

Antr

s. Obstbau

Drs 13/476

Gefahr durch Feuerbrand im Obstbau

Darlegung o.g. Gefahren und Existenzbedrohung von Obstbauern in BW, insbes in der Bodenseeregion; Begründung des Verbots von Plantomycin, Stand der Forschung um Alternativpräparate, Eintreten für eine Modifikation der HöchststückstandsmengenVO beim Honiggrenzwert

Antr

s. Pflanzenkrankheit

Drs 13/743

Unerlaubter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Bodenseeregion

Umfang und Zeitpunkt der Information des MLR und nachgeordneter Behörden, des Landesbauernverbands und Obstbauernverbands; angewandte Grenzwerte für Chlormequat bei Kernobst; Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung und zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Obst vom Bodensee, Beantragung einer Einstufung als Sonderregion

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/744

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr
s. *Hagel*
Drs 13/1083

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft; Förderung des Kooperationsraums Bodensee-Oberschwaben; Beurteilung einer Neustrukturierung der Verwaltung in der Region sowie der Ansiedlung einer FH in Überlingen; Entwicklung der Zahlen von Gästen und Betrieben im Fremdenverkehr, Vergleich bzw Zusammenarbeit mit den anderen Anrainerstaaten

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region; Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild, Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Umwelt- und Naturschutz in der Bodenseeregion

Stärkung des im Bodenseeleitbild beschriebenen Potenzials der „Bodenseelandschaft als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten von überragender Bedeutung“

KlAnfr
s. *Bodensee*
Drs 13/1254

Naturschutzgroßprojekte mit Bundesmitteln

Finanzierung der Großprojekte in Oberschwaben und im Südschwarzwald; Stand der Antragsbearbeitung, der geplanten Maßnahmen und Grundstücksankäufe; Art des Schutzstatus, der vorgesehenen Nutzungen und Kontrollen

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/1459

Die Hochschulinfrastruktur in der Region Bodensee/Oberschwaben am Beispiel der Versorgung mit Mensen

Geplante Mensen und verfügbare Landesmittel; Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus einer Mensa an der FH Biberach

KlAnfr
s. *Mensa*
Drs 13/1961

Internationale Bodensee-Tourismus GmbH (IBT)

Bedeutung und bisherige Förderung der IBT vonseiten des Landes, der anderen Anrainerstaaten und des Tourismusverbands BW; Eintreten für eine bessere Finanzausstattung

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2231

Realisierung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 für den Bodenseeraum

Umsetzung o.g. Ziele in die Regionalplanung, Auswirkungen auf die Bauleitplanung und Weiterentwicklung des Bodensee-Uferbereichs, Notwendigkeit einer Raumbesichtigung, z.B. zur Bevölkerungsentwicklung in den Seeufergemeinden oder zum Flächenversiegelungsgrad?

KlAnfr
s. *Bodensee*
Drs 13/2369

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bodenseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirtschaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik vonseiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten, Anstreben eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer Vereinbarung?

KlAnfr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3599

*Krankenhausinfrastruktur in der Region Zoller-
nalb/Oberschwaben*

Auflistung der von Schließung bedrohten Krankenhäuser, Höhe der dort für Modernisierungsmaßnahmen bereitgestellten Fördermittel, Prüfung von Förderanträgen auf damit einhergehende Effekte an anderer (vorher geförderter) Stelle?

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/3925

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4288

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4862

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4939

Das Stadttheater Konstanz und seine theaterhistorische Bedeutung für Südwestdeutschland und insbes den Bodenseeraum

Unterstützung der Veranstaltungen u.a. Aktivitäten zum 400-jährigen Jubiläum des Stadttheaters Konstanz

KlAnfr
s. *Theater*
Drs 13/5049

Anbindung der Region Oberschwaben an den Schienenfernverkehr

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 451 452 454 459

Bodensee-Oberschwaben-Bahn

s. *Südbahn*

Bodenverkehr

s. *Grundstücksverkehr*

Bodenverunreinigung

s. *Bodenbelastung*

Bodnegg

Zulauf der Ganztagschule in der Gemeinde Bodnegg

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2608

Böblingen

s.a. *Böblingen, Landkreis*

Vorhaben der DB AG bei Fahrplanänderungen zum 15.12.2002 auf der Relation Stuttgart-Zürich (Gäubahnstrecke)

Planung bzw Verhinderung des Wegfalls der Haltepunkte Böblingen und Herrenberg als Bestandteile des Integralen Taktfahrplans

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/935

Ausbau der Gäubahn Stuttgart-Singen

Dringlichkeit und Realisierungschancen des abschnittsweisen zweigleisigen Ausbaus, Beteiligung an der Finanzierung einer Machbarkeitsstudie, Einrichtung eines zusätzlichen Halts der Regionalexpresszüge in Stuttgart-Vaihingen, Beurteilung des Vorschlags einer Durchbindung der ICE-Züge bis Frankfurt, Entspannung der Fahrpläne und Beibehaltung des Haltepunkts Böblingen

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 13/1247

Spendensammelaktion „Helge“ des Kreisverbands des Deutschen Kinderschutzbundes Böblingen (DKSB)

Begründung der Aufforderung des RegPräs Karlsruhe zur Einstellung der o.g. Aktion, Möglichkeiten zur Fortführung bzw zur finanziellen Absicherung des Lern- und Spielhauses in Maichingen

KlAnfr
s. *Spende*
Drs 13/1588

Ausbau der A 81 im Bereich Sindelfingen/Böblingen als exemplarisches Beispiel für dringend erforderlichen forcierten Lärmschutz

Planungsstand des o.g. Vorhabens, Berechnungsgrundlagen und Parameter für die vorgesehenen und evtl alternativen Lärmschutzmaßnahmen, Prüfung einer partiellen oder vollständigen Überdeckelung, Messung bzw Berücksichtigung von Schadstoffemissionen in den Planungsszenarien, Vorabinformation der Vertreter der Anwohner im Vorfeld der Erörterungsverhandlung; zeitnahe und umfassende Information der betroffenen Gemeinden und Bürger sowie frühzeitige Einladung zu den Erörterungen und sonstigen Veranstaltungen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/5001

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/5184

Abwägung zwischen den Standorten Fildern und Böblingen für die neue Landesmesse

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3371 3372

Notwendigkeit einer Vergrößerung des Wahlkreises Böblingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5832 5837 5840-5842

Böblingen, Landkreis*Unterrichtsversorgung im LKreis Böblingen*

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/855

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheits-

vertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen

Aktivitäten der o.g. Bürgerbewegung; Frage nach einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen, Publikationsorganen u.a. Initiativen mit dem Ziel der Teilnahme an den Kommunalwahlen 2004

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/2227

Berufsvorbereitungsjahr im LKkreis Böblingen

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2446

Förderung des Straßenbaus nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes (GVFG) in den Gemeinden des LKreises Böblingen
Höhe der beantragten und genehmigten Mittel nach dem GVFG seit 1999; Stand der Realisierung der einzelnen Maßnahmen, insbes von Ortsumgehungen von Bundes- und Landesstraßen als Gemeindeverbindungsstraßen; Auswirkungen der geplanten Absenkung der Fördersätze

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2942

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKkreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsges sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KlAnfr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3400

Entwicklung der Schülerbeförderungskosten im LKkreis Böblingen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6689

Börse

Nach dem abgesagten Börsengang der Deutschen Bahn AG: Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?

Begrüßung der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht als Schritt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur, zu fairen Trassenpreisen und Transparenz; Forderung einer klaren Trennung von Netz und Betrieb; Sicherung des Verbleibs der Schieneninfrastruktur bei Bund und Ländern sowie der Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene als Voraussetzungen für die Zustimmung zum Börsengang; Übertragung des Schienenwegeausbaus in die Auftragsverwaltung der Länder sowie Prüfung einer Kommunalisierung der Bahnhofsgebäude iR einer Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/3704

Den Börsengang der Bahn ablehnen

Projektstau, Investitions- und Rückbauentscheidungen der DB Netz AG in BW; Frage nach einem Zusammenhang mit dem geplanten Börsengang; Beurteilung der Ergebnisse des Gutachtens und der Kritik des BRechnungshofs zu Privatisierungsvarianten der Bahn mit und ohne Netz; Auswirkungen einer Trennung von Netz und Betrieb auf die Realisierung des Projekts Stuttgart 21; Ablehnung eines integrierten Börsengangs der Bahn in der Verkehrsministerkonferenz und im BRat

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/5109

Einstufung der Stuttgarter Börse als die Nummer zwei in Deutschland

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5884

Befürchtung von Streckenstilllegungen im ländlichen Raum im Zuge des Börsengangs der Deutschen Bahn

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7876-7878

Böttingen

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3153

Bombenanschlag

s. *Explosionsverbrechen*

Boot

s. *Wasserfahrzeug*

Bordell

s. *Prostitution*

Borkenkäfer

s. *Pflanzenschädling*

Borreliose

s. *Hirnhautentzündung*

Bovine spongiforme Enzephalopathie

s. *BSE*

Boxberg

s.a. *Grünes Zentrum Boxberg*

Konzeption für ein zukunftsorientiertes „Grünes Zentrum Boxberg“

Vorlage der o.g. Konzeption, ausschließliche Etatisierung von Planungskosten für die Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg nach dem Hpl 2002/03?

MdlAnfr

s. *Grünes Zentrum Boxberg*

Drs 13/912

Bau und Baubeginn des Grünen Zentrums in Boxberg

Realisierung des für 2003 zugesagten Neubaus der Landesanstalt für Schweinezucht, Höhe der finanziellen Vorleistungen der Gemeinde Boxberg, Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Gesamtkonzeption des o.g. Zentrums

Antr

s. *Grünes Zentrum Boxberg*

Drs 13/2103

Landwirtschaftliche Weiter- und Berufsausbildung im Bereich der Schweinezucht

Berufsbildungsangebot im neuen Grünen Zentrum in Boxberg, Frage nach Überschneidungen mit der Akademie in Kupferzell bzw nach Synergieeffekten bei einer Zusammenlegung dieser Angebote

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/3178

Landesanstalt für Schweinezucht - Neubau in Boxberg

Zeitablauf zur Errichtung und Fertigstellung der Schweinezuchtanstalt in Boxberg, verfügbare Haushaltsmittel, Kooperation mit bestehenden Landesanstalten bzw mit den Nachbarländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern; Zahl von neuen sowie nach Boxberg verlagerten Arbeitsplätzen

KlAnfr

s. *Schweinezucht*

Drs 13/3993

Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht (LSZ) nach Boxberg und Schritte für länderübergreifende Zusammenarbeit
Zeitablauf zur Errichtung und Fertigstellung der Schweinezuchtanstalt in Boxberg, Schritte zur angekündigten Zusammenarbeit mit benachbarten BLändern

Antr

s. *Schweinezucht*

Drs 13/4491

Das Projekt „Grünes Zentrum Boxberg“ und die Funktion der landeseigenen Liegenschaft Seehof

Derzeitige bzw mögliche Nutzung der o.g. Domäne, Frage nach der Bedeutung des Areals iRd Konzeption für ein „Grünes Zentrum Boxberg“

KlAnfr

s. *Grünes Zentrum Boxberg*

Drs 13/4494

Realisierung des grünen Zentrums Boxberg

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046 1047 1050

Mehrkosten einer Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg, Eintreten für den Erhalt des Standorts Forchheim

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1520

Realisierung des grünen Zentrums Boxberg

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4348 4354

Erinnerung an das Scheitern der Daimler-Teststrecke in Boxberg vor dem BVerfG

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5245-5247

Anstrengung einer Konzentration von Forschung und Lehre im Grünen Zentrum in Boxberg

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6781-6783

Brand

s. *Schadenfeuer*

Brandenburg

Scheitern einer Wiedervereinigung der Länder Berlin und Brandenburg

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1162 1164

Spekulationen über das Abstimmungsverhalten Brandenburgs zum ZuwanderungsGes im BRat

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1285 1290 1292 1295

Kritik an der versuchten Einflussnahme von CDU/CSU auf das Abstimmungsverhalten Brandenburgs zum ZuwanderungsGes im BRat, Befassung des BVerfG mit der Wertung der Stimmabgabe Brandenburgs

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1840-1848

Brandkatastrophe

s. *Schadenfeuer*

Brandschutz

s. *Feuerschutz*

Brandverletzter

s. *Verletzter*

Branntwein

s.a. *Branntweinmonopol*

Umgang mit Belastungen von Chlormequat in Birnenobst

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen der staatlichen Kontrollen; Umgang mit den auch in den nächsten Jahren zu erwartenden Rückständen; Zulässigkeit der Verarbeitung von belastetem Obst zu Obstbrand

Antr

s. *Obst*

Drs 13/1332

Branntweinmonopol

Zukunft des Branntweinmonopols

Mehrheitsverhältnisse im Agrarministerrat und im europäischen Parlament vor Verabschiedung einer Gemeinsamen Marktordnung, Interventionen in Berlin und Brüssel zur Erhaltung des deutschen Branntweinmonopols

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 08.03.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/836

BeschlEmpf und Bericht LandwA 08.05.2002 Drs 13/1109 S. 66

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Brasilien

Forderung eines Importstopps für nitrofürenbelastetes Geflügelfleisch aus Brasilien

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1659

Brauchtum

s.a. *Cannstatter Volksfest*

s.a. *Marktveranstaltung*

s.a. *Musikveranstaltung*

Mittelstand und Blasmusik in BW

Aussagen des WM zur Höhe der Förderung von Trachtengruppen, Blaskapellen, des Mittelstands und der überbetrieblichen Ausbildung; Darstellung der jeweiligen Etatansätze; Maßnahmen zur Behebung des kritisierten Missverhältnisses

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2418

Brauchtumpflege

s. *Brauchtum*

Brachwasser

s. *Wasser*

Brauerei

s. *Bierbrauerei*

Breg

Technischer Hochwasserschutz und entsprechende Maßnahmen am Beispiel von Fließgewässern im Bereich der Stadt Donaueschingen

Darlegung o.g. Vorsorgemaßnahmen am Beispiel der Breg und insbes im Ortsteil Wolterdingen, Berücksichtigung von Untersuchungsergebnissen, Schadensanalysen und Erfahrungen; Beurteilung der Situation nach Herausnahme des geplanten Gewerbegebiets aus der festgelegten Überflutungsfläche; Freistellung der Anlieger von den finanziellen Folgen planungsbedingter Überschwemmungen

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 13/1235

Breisach

Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Integrierte Rheinprogramm zwischen Weil und Breisach

Zeitraumen, Kosten und Belastungen der notwendigen Auskiesungsmaßnahmen; Gewinnung früherer und zusätzlicher Rückhalteräume durch die Alternativen zwischen Flusskilometer 204 und 219, Einbeziehung in das Raumordnungsverfahren; Bedeutung des Kernkraftwerks Fessenheim und des Kalibeckens auf der Fessenheimer Insel für die Realisierung des Integrierten Rheinprogramms

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 13/1133

Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms

Verfahrensstand für die Rückhalteräume Kulturwehr Breisach und Breisach/Burkheim sowie Weil-Breisach, Information und Beteiligung der französischen Gemeinden, Umgang mit den Vorhalten in Frankreich

Antr

s. *Rhein*

Drs 13/2823

Restrheinrenaturierung - Rückhalteraum Weil-Breisach

Beurteilung der Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung einer naturnahen Auelandschaft mit verästelten Gewässerarmen (Furkationsaue) am Rhein zwischen Weil und Breisach auf beiden Rheinseiten, Aufnahme von Gesprächen mit Frankreich und der Schweiz, Initiierung eines trinationalen Workshops mit Fachleuten, Einschätzung der Impulse für den regionalen Tourismus

Antr

s. *Rhein*

Drs 13/3325

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe: Ausgestaltung des neuen Vertrags, Zustimmungsbedarf des SM, Einflussmöglichkeiten des LKreises, Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Radiologie und Gynäkologie; Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region u.a.m.

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/4761

Umsetzung der Maßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms in Breisach/Burkheim und beim Kulturwehr Breisach
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2437 2438

Suche nach Alternativen für ökologische Flutungen bei Breisach-Süd
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6067

Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/972

Unterrichtsversorgung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1389

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KlAnfr
s. *Straßenverkehr*
Drs 13/1559

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Darlegung der Entwicklung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3448

Grundbuchadministrative Versorgung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Mehrbelastung des Grundbuchamts Freiburg durch Auflösung der Außenstellen im Zuge der Verwaltungsreform und Eingliederung der Grundbuchämter von Umlandgemeinden; Beurteilung der negativen Auswirkungen der entstehenden Verzögerungen für die Bürger und Wirtschaft; Genehmigung der beantragten notwendigen Personalverstärkung

KlAnfr
s. *Grundbuch*
Drs 13/3745

Status der Umsetzung der Verwaltungsreform in der Stadt Freiburg und dem Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der Versetzungen und Kooperationen in den einzelnen Verwaltungsbereichen, Aufgabe bzw Neuanmietung von Räumlichkeiten, Auswirkungen auf die Kostensituation, Stand der Umstrukturierung der Finanzverwaltung in der Region Freiburg

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3815

Förderung der Nutzung der oberflächennahen Geothermie

Zahl der landesweit sowie im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und in Freiburg geförderten Projekte, Höhe der jeweils geflossenen Mittel, Vereinfachung der Verwaltungsabwicklung des Programms?

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4689

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe; Ausgestaltung des neuen Vertrags, Zustimmungsbedarf des SM, Einflussmöglichkeiten des LKreises, Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Radiologie und Gynäkologie; Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region u.a.m.

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4761

Breitbandkabelnetz

s. *Kabelnetz*

Breitensport

s. *Sport*

Bremen

Einräumung der Verantwortung der SPD durch Bürgermeister Scherf für das schlechte Abschneiden Bremens bei der PISA-Studie

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1738 1739 1741-1743 1750 1751 1755

Diskrepanz zwischen den Ausgaben pro Schüler und dem Abschneiden Bremens bei der PISA-Studie

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1959

Erinnerung an den Vorschlag zur Eingliederung Bremens in ein norddeutsches Bundesland

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2157

Diskrepanz zwischen den Ausgaben pro Schüler und dem Abschneiden Bremens bei der PISA-Studie, Studierfähigkeit der Bremer Studenten

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2507 2508

Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung in Bremen zur Fortführung der Modelle einer sechsjährigen Grundschule; Diskrepanz zwischen den Ausgaben pro Schüler und dem Abschneiden Bremens bei der PISA-Studie

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3257 3260 3276

Kritik an der Zusage des Bundeskanzlers von weiteren finanziellen Hilfen für Bremen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3608

Bremgarten, Ortsteil

s. Hartheim

Brennerei

Zukunft des Branntweinmonopols

Mehrheitsverhältnisse im Agrarministerrat und im europäischen Parlament vor Verabschiedung einer Gemeinsamen Marktordnung, Interventionen in Berlin und Brüssel zur Erhaltung des deutschen Branntweinmonopols

Antr

s. Branntweinmonopol

Drs 13/836

Übertragung von Brennrechten

Gründe und Auswirkungen einer Blockade der beantragten Übertragung eines Brennrechts von einem Landwirt auf einen anderen durch das zuständige Hauptzollamt Mannheim

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 09.03.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4131

BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 65

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Brennpunktschule

s. Sozialer Brennpunkt

Brennrecht

s. Brennerei

Brennstoff

s.a. Abfall

s.a. Brennstoffzelle

s.a. Feuerungsanlage

Genehmigung des Kalkschachtofens in Blaustein-Herrlingen

Beantragung der Mitverbrennung von Abfällen bzw Sekundärbrennstoffen durch die Märker Holding GmbH, Umfang und Zusammensetzung der Stoffe, vorgeschriebene Grenzwerte, Ausschluss einer gesundheitlichen Gefährdung der Beschäftigten und Anwohner

KlAnfr

s. Feuerungsanlage

Drs 13/2885

Kalkschachtofen in Blaustein-Herrlingen

Einsatz eines chemischen Abfallprodukts aus Italien als Sekundärbrennstoff in dem von der Firma Märker in Blaustein-Herrlingen geplanten Kalkofen? Schließung eines Tiefbrunnens vom Zweckverband „Wasserversorgung Ulmer Alb“ wegen den

vom Kalkabbau ausgehenden Gefahren für die Wasserversorgung?

MdlAnfr

s. Feuerungsanlage

Drs 13/3056

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse, u.a. Förderung von Brennstoffzellen für Holz oder Biogas oder Mikro-Gasturbinen mit biogenen Brennstoffen

GrAnfr

s. Biomasse

Drs 13/4539

Brennstoffzelle

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Bedeutung der Brennstoffzellentechnologie in Verbindung mit der Nutzung regenerativer Energieträger

GrAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/134

Energiewende und Atomausstieg in BW

Energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr

s. Energiepolitik

Drs 13/1118

Anwendung und Umsetzung im Land erzielter Forschungs- und Entwicklungsergebnisse bei der Brennstoffzellen-Technologie zur Stärkung des Standorts BW

Bisherige Förderung o.g. Zukunftstechnologie, Weitergabe der erzielten Ergebnisse bzw Nutzung im Land, Bündelung der Zuständigkeiten in der LReg, Erschwerung einer Förderung über die Landesstiftung infolge der notwendigen Gemeinnützigkeit; Stimulanz und Koordination von Aktivitäten der mittelständischen Betriebe, Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur z.B. durch Wasserstoff-Tankstellen, Erarbeitung eines Programms zum dezentralen Einsatz von stationären Brennstoffzellen zur Wärme- und Stromerzeugung

Antr SPD 12.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1782 (13 S.)

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4585-4591

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 5-8

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärmekopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2454

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Ausweitung des Pilotprojekts der Brennstoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3865

Anwendbarkeit der Brennstoffzellentechnologie

Nutzungsanwendungen im privaten, industriellen und öffentlichen Bereich; Umsetzungsstand derzeitiger Projekte im Land, insbes im Bereich der Antriebstechnik; Zeitperspektive einer Markteinführung bei in- und ausländischen Automobilherstellern; Verbreiterung der Forschungsgrundlagen für die Forschungseinrichtungen in BW

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 07.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4114
BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 5-8
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse, u.a. Förderung von Brennstoffzellen für Holz oder Biogas oder Mikro-Gasturbinen mit biogenen Brennstoffen

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

Fortführung des Praxistests von Brennstoffzellenbussen in Hamburg statt in Stuttgart

Gründe für den Verkauf der Versuchsfahrzeuge nach Hamburg angesichts der gravierenden Feinstaubbelastung bzw der Entwicklung und Herstellung der Busse in Stuttgart

MdlAnfr 3) Rolf Gaßmann SPD 30.09.2005 Drs 13/4683
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7158-7160

Haushalt 2006; Nachtrag

Förderung von Projekten mit dem Ziel einer schnelleren Markteinführung von Brennstoffzellensystemen

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 64 S. 154-156
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Plädoyer für das Auto, Förderung der Brennstoffzelle

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46

Förderung der Brennstoffzellentechnik zur Ersetzung der Kernkraftwerke, Errichtung eines Kompetenzzentrums in Ulm

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 427 431

Förderung der Brennstoffzellentechnik, Errichtung eines Kompetenzzentrums in Ulm

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 956 961

Förderung der Weiterentwicklung der Brennstoffzelle

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1835

Förderung der Weiterentwicklung der Brennstoffzelle

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2801 2803 2804

Förderung der Weiterentwicklung der Brennstoffzelle

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3459 3460 3472 3491

Entwicklung von Brennstoffzellen zur Stromerzeugung in Privathäusern

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3643

Förderung des Einsatzes von Brennstoffzellen zum Fahrzeugantrieb, Unterstützung der Errichtung eines Kompetenzzentrums

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4293

Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen in den USA im Bereich der Brennstoffzellentechnologie

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5475 5477

Förderung eines Demonstrationsvorhabens im Bereich biogasbetriebener Brennstoffzellentechnik

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6022

Energiegewinnung über Biogas aus Kompostvergärung mittels Brennstoffzelle

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6066

Einrichtungen und Ziele zur Erforschung der Brennstoffzelle

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6439 6444

Förderung eines Demonstrationsvorhabens im Bereich biogasbetriebener Brennstoffzellentechnik

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026 7031 7032

Verweisung auf die führende Rolle des Landes bei der Brennstoffzellentechnik und -forschung, Stand der Erprobung der Brennstoffzellentechnik in Privathaushalten durch die EnBW, Fortführung des Testbetriebs mit Brennstoffzellenbussen in Stuttgart

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7044 7045 7052 7054 7055

Bretten

Erweiterung des Industriegebiets Gölshausen - Gemarkung Bretten; Umwandlung von Teilen des Rüdtdwales im Naturpark Stromberg-Heuchelberg

Vereinbarkeit der o.g. Planung mit dem erklärten Ziel der Eindämmung des Flächenverbrauchs bzw mit Alternativstandorten und erschlossenen Gewerbeflächen in und um Bretten, Beurteilung der vorgesehenen Ausgleichsflächen, Berücksichtigung der Stellungnahme der Naturpark-Verwaltung in den laufenden Verfahren

KIAnfr
s. *Gewerbegebiet*
Drs 13/3938

Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

s.a. *Datenschutz*

s.a. *Gremium nach Artikel 10 GG*
s.a. *Kommission nach Artikel 10 GG*
s.a. *Technische Observation*

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Befugnisse des LfV mit der Anpassung o.g. Gesetze an die Rechtsänderungen des Bundes, insbes zur Terrorismusbekämpfung; Verknüpfung mit den Kontrollrechten der parlamentarischen Gremien; Erweiterung der Rechte zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Optimierung der Zusammenarbeit mit dem BfV u.a. Sicherheitsbehörden

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Briefgeheimnis

s. *Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis*

Briefkasten

s. *Postzustellung*

Briefzustellung

s. *Postzustellung*

Broschüre

s. *Druckerzeugnis*

Bruch GmbH, Asperg

Umweltbelastungen durch die Aluminiumschmelze Bruch
Ergebnisse der Altlastenerkundung und -sanierung im Bereich des o.g. Unternehmens in Asperg, LKreis Ludwigsburg; Umsetzung der in einem Gutachten bzw vom Gewerbeaufsichtsamt vorgeschlagenen Maßnahmen, Minimierung der Geruchsbelästigungen bei Schlackenabstichen und beim Verladen der Schlacken, Beseitigung der Mängel bei der Fassung und Lagerung von Öl-Wasser-Emulsionen?

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 22.10.2001 und Antw UVM
Drs 13/348

Bruchsal

s.a. *Feuerwehr*

Die „private“ International University in Germany Bruchsal (IU) als dauerhafte Kostgängerin des Landeshaushalts?

Beurteilung des Begehrens nach weiteren Subventionen, Spielräume des MWK in entsprechenden Verhandlungen, Unterstützung der IU durch die in der Nachbarschaft angesiedelte Siemens-Akademie? Zahl von in- und ausländischen Studenten an den privaten Hochschulen und der IU, Umfang der Inanspruchnahme von Studiendarlehen sowie des Eintretens das

Landes in die übernommene Bürgschaft, bisherige Innovationsimpulse der IU? Verzicht auf die Gewährung weiterer Subventionen; Schutz der Studenten vor den Risiken infolge der wirtschaftlichen Situation der IU, ggf Übernahme durch die umliegenden staatlichen Hochschulen

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/335

Die staatlich mitfinanzierten Privateinrichtungen „International University in Germany/Bruchsal“, „Stuttgart Institute of Management and Technology“ und „International Departement der Universität Karlsruhe (TH)“ im Urteil des Stiferverbands für die Deutsche Wissenschaft

Konsequenzen der Beurteilung des Stiferverbands für die Fortsetzung der Subventionierung und unbefristete staatliche Anerkennung; Wahrnehmung der Evaluation o.g. Einrichtungen durch den Ltg, Übertragung der im Falle einer negativen Beurteilung frei werdenden Mittel auf die PH

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/790

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und LandesplanungsGes sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/1010

Der Fluch der falschen Tat - Eine weitere Notoperation der LReg für die so genannte „International University in Germany“

Legitimation, Gründe und Auswirkungen des Abbruchs des Akkreditierungsverfahrens, dessen positiver Ausgang Voraussetzung für die weitere Subventionierung im 4. und 5. Jahr der Bruchsaler Einrichtung sein sollte; Bewertung der erfolgreichen Konkurrenzstudiengänge an staatlichen Hochschulen sowie der angekündigten Promotionsprogramme; Zusammensetzung des Gesamterats 2003, Umfang der Inanspruchnahme des Landes aus der Bürgschaft für Studiendarlehen; Vorlage der Erkenntnisse des Wissenschaftsrats in dem genannten Verfahren sowie eines Auffangkonzepts zur Wahrung der Interessen aller Beteiligten im Falle einer Auflösung der University

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/1773

Die Perspektive der so genannten Privatuniversitäten SIMT und IU Bruchsal

Gewährleistung der Anerkennungsvoraussetzungen und insbes der Gleichwertigkeit in Forschung und Lehre mit den staatlichen Universitäten? Beurteilung der finanziellen Situation; Stand und Erfolgsaussichten der Verhandlungen des MWK mit dem SIMT, den beteiligten Sponsoren und Universitäten um Anschlussmo-

delle; Art und Ziele der Bemühungen des WM um die IU Bruchsal

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/2130

Die Verantwortung der LReg vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen um die so genannte „International University in Germany“ in Bruchsal

Gründe, Auswirkungen und Konsequenzen eines Rückzugs der Firma SAP als Sponsor; Bewertung der Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung als gegeben trotz dieser Entwicklung und dem Abbruch des Akkreditierungsverfahrens? Ermöglichung des Studienabschlusses der Studierenden; Angliederung der IU an staatliche Hochschulen als Weiterbildungsakademie nach dem Sanierungsmuster des SIMT?

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/2343

Spring Break 2005 an der IU oder Chancen für die International University in Bruchsal nach der jüngsten Entwicklung

Hinwirkung auf Einleitung des ausgesetzten Akkreditierungsverfahrens durch den Wissenschaftsrat angesichts der eingetretenen Situation und der personellen Veränderung an der Spitze der IU Bruchsal? Entwicklung der Studierendenzahlen, Ermöglichung des Studienabschlusses für alle Studierenden, Ergebnisse der Evaluation der Studiengänge, Festhalten an der vorläufigen staatlichen Anerkennung? Umfang und evtl Rückerstattungsansprüche der geleisteten Mittel des Landes und der Stadt Bruchsal; Frage nach den beruflichen Plänen der von der Universität Stuttgart beurlaubten und nun zurückgetretenen Präsidentin; Schaffung der Voraussetzungen für eine Zukunftsperspektive der IU

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/4304

Zukünftiger Bahnverkehr auf der Strecke Bruchsal-Germersheim
Vorteile der „Standardisierten Bewertung“ für einen S-Bahnbetrieb statt eines Stadtbahnbetriebs, Höhe der Planungskosten und Zeitrahmen für eine entsprechende Streckenerüchtigung, Erzielung einer kostengünstigen Planung durch die Zusammenarbeit von DBAG und Albtalverkehrsgesellschaft und damit einer Verringerung der kommunalen Kostenanteile, Frage nach Fördermitteln für die S-Bahn

KIAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4543

Stagnation der Ausbildungszahlen an der Fachschule für Landwirtschaft in Bruchsal

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6779 6780

Brücke

B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen (mit Autobahnzubringer A 81)

Planungsstand, Kosten und Zeitpunkt der Realisierung der einzelnen Abschnitte; Mitwirkung bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Projekts B 28, Ortsumgehung Horb, sowie der Maßnahme B 32, Neckarübergang östlich von Horb; Einschätzung der Kosten, Vorlage des Ergebnisses der Bewertung

KIAnfr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 13/724

Lärmentlastung auf den Fildern

Tempolimit auf der B 27 zwischen Flughafen und Aichtalbrücke; Aufbau von Lärmschutzwänden auf der Talbrücke Denkendorf und beim Sulzbachviadukt

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/939

Berücksichtigung der Autobahn A 98/A 861 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Gründe für die Anmeldung des Abschnitts Hauenstein-Tiengen zum vierspurigen Ausbau, Vergabe der Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsvariante um Waldshut, zusätzliche Kosten für eine zweite Tunnelröhre „Nollinger Berg“, Finanzierung und Fertigstellung der Rheinbrücke im Zuge der A 861

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/1392

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 22)

Zuwendungen nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes für eine neue Rheinbrücke für Fußgänger und Radfahrer

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XIX.
S. 8
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 16.06.2003 Drs 13/2159

Entlastung des regionalen Straßennetzes durch den Bau einer zweiten Neckarbrücke im Zuge der L 1100 bei Hochberg

Beurteilung des o.g. Vorschlags, Erteilung eines entsprechenden Prüfungsauftrags, Kosten und Zeitperspektive einer Realisierung

KIAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 20.11.2003 und Antw UVM Drs 13/2642

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3495

Verkehrsbelastung und Sanierungsbedarf der Rheinbrücke Karlsruhe

Entwicklung und Prognosen der Verkehrsmengen nach Fahrzeugarten und Zielgebieten, Möglichkeiten einer Kapazitätserhöhung durch intelligente Verkehrslenkung, Zeitpunkt und Ausmaß der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten, Frage nach Zwischenergebnissen der noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung, Berücksichtigung der Belange der Natura 2000-Gebiete in den Rheinauen

KIAnfr Regina Schmidt-Kühner SPD 17.02.2005 und Antw UVM Drs 13/4073

Bau einer Straßenbahnbrücke über die L 564 in Waldbronn-Busenbach

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel, Sicherstellung der Restfinanzierung zur Vollendung des Projekts

KlAnfr Regina Schmidt-Kühner SPD 20.05.2005 und Antw IM Drs 13/4351

Nord-Ost-Ring Stuttgart, neue Initiative von RegPräs Dr. Udo Andriof: Neckarquerung mit Anschluss an bestehende Straßen in den LKreisen Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis

Vorstoß des RegPräs zum Bau einer neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings: Frage nach Rechts- und Planungsgrundlage, den bisherigen und Gesamtkosten sowie nach einer Abstimmung des Vorschlags mit dem Land und den betroffenen Behörden

KlAnfr Katrin Altpeter SPD 12.07.2005 und Antw IM Drs 13/4493

Baumaßnahmen und Verwendung von Fördermitteln des Landes BW an der Kochertalbahn (Gaildorf-Untergröningen) 1995 bis 2003

Zeitpunkt der Antragstellung und -bewilligung, der Durchführung, Überprüfung und Abrechnung der einzelnen Maßnahmen sowie der Auszahlung der Fördermittel; Frage nach Änderungsanträgen und tatsächlich vorgenommenen Änderungen oder der anderweitigen Verwendung von Bauelementen, insbes bei der Sanierung der Eisbachbrücke in Sulzbach

KlAnfr
s. Kochertalbahn
Drs 13/4977

Nordoststring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstrengung einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/5158

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. Bauplanung
Drs 13/5172

Realisierung der B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen

Stand der Planung und Realisierung der einzelnen Abschnitte (mit Autobahnzubringer A 81), Stand der Diskussion über eine Privatfinanzierung der Baumaßnahme B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

KlAnfr

s. Bundesstraße 28
Drs 13/5181

Dringlichkeit der zweiten Rheinbrücke bei Kehl

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517

Inbetriebnahme der zweiten Rheinbrücke bei Kehl, Benennung nach Pierre Pflimlin auf Initiative des MinPräs

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1976

Realisierung der Fußgänger- und Radfahrerbrücke zwischen Kehl und Straßburg für die rheinübergreifende Gartenschau

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671 2674

Sanierungsbedarf der Autobahnbrücken

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6804

Brunnemer, Elke MdL CDU*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451

Brustkrebs

s. Krebs (Krankheit)

BSE*Rindfleisch mit zweifelhaften BSE-Tests*

Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Behörden, Frage nach Mengen des in den Verkauf gelangten Fleisches sowie von beschlagnahmten Partien, Überprüfung der Tests von zugelassenen privaten und staatlichen Labors

KlAnfr
s. Fleisch
Drs 13/726

Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl, Ergebnisse und Kosten o.g. Tests in staatlichen und privaten Labors; Zeitpunkt und Art der Feststellung von Pannen und Fehlern in den privaten Labors; Beurteilung des Verkaufs von nicht vorschriftsmäßig getestetem Rindfleisch; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der LReg, von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther und nachgeordneten Behörden; Ausbau der staatlichen Laborkapazitäten

Antr SPD 15.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/746
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1253-1267
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 42-44
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

BSE-Folgen: Entsorgung von Tiermehl und tiermehlähnlichen Produkten

Bisher angefallene Entsorgungsmengen, -wege und -kosten; Abnahme der zur Verbrennung bestimmten Mengen; Darlegung alternativer Entsorgungswege, Auswirkungen des Ausbringens von Fleischknochenmehl und Blutmehl auf Feldern

Antr
s. Futtermittel
Drs 13/781

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüs-

sen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr SPD 26.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/786
BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.03.2003 Drs 13/2069 S. 40
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Stellenwert des Verbraucherschutzes in BW am Beispiel des Umgangs mit BSE-Tests

Aktuelle Debatte
s. *Verbraucherschutz*
PIPr 13/22 S. 1253

Kostenbelastung von Schafzüchtern durch BSE-Bekämpfung

Verluste durch Wegfall der Vermarktung des aus den Tierkörpern gewonnenen Tiermehls, Umlegung durch die Zweckverbände für Tierkörperbeseitigung auf die Schafzüchter; Gewährung von Ausgleichsleistungen

KlAnfr
s. *Schäfer*
Drs 13/988

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Bedeutung der zentralen BSE-Stelle im RegPräs, Auswirkungen der Verlegung der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in die neuen BLänder

Antr
s. *Tübingen*
Drs 13/1082

Schadensregulierung der Folgen fehlerhafter BSE-Tests am Ulmer Schlachthof

Verweigerung einer außergerichtlichen Schadensregulierung gegenüber der Stadt Ulm - im Gegensatz zu einem gleich gelagerten Fall in Oberschwaben? Gleichbehandlung der Betroffenen von fehlerhaften Tests der vom Land zertifizierten und kontrollierten Labors

MdlAnfr 6) Martin Rivoir SPD 27.10.2003 Drs 13/2480
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3748 3749

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Auflösung des WKD; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Skandalen um BSE und Nitrofen?

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Zuverlässigkeit von BSE-Tests in BW

Gewährleistung des vollen Testprogramms bei allen Tieren und Schlachtungen, Ausschluss von Übertragungsfehlern in Schlachthöfen, Entwicklung der Testkosten in den letzten drei Jahren

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 09.01.2004 und Antw MLR Drs 13/2783

Rinderschlachtungen ohne vorgeschriebene BSE-Tests in BW

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und Maßnahmen des MLR nach bekannt werden der o.g. Fälle; Einschätzung des Imageschadens und des wirtschaftlichen Schadens für die Landwirtschaft, das Verarbeitungsgewerbe und den Handel; Gewährleistung

der vorgeschriebenen Tests bei allen Schlachtungen von mehr als 24 Monate alten Rindern

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 10.02.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2901
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239 S. 45
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

BSE-Tests

Zahl, Ergebnisse und Aufwand o.g. Untersuchungen an gesunden Schlachttieren; Anteil der Kontrolle von Privatlaboratorien; rechtliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze bzw zur vollständigen Abschaffung der Tests bei gesunden Schlachttieren, Ermöglichung der kontrollierten Herstellung und Verfütterung von Tiermehl aus dem Fleisch von erkrankten Tieren, Intensivierung der Lebenduntersuchung

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 06.09.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3532
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 72-74
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Altersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests an Schlachtrindern

Bemühungen um Anhebung der Schlachaltersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests auf 30 Monate

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 17.09.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3559
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 72-74
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr Helmut Kiefl u.a. CDU 12.10.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3646
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 72-74
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Vergabe und Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl und Kosten der ausgeschriebenen und vergebenen Tests seit 2004, Qualität und Unabhängigkeit der zum Zuge gekommenen Testlabors, Frage nach der Berücksichtigung eines von der Ehefrau eines Schlachthofbesitzers betriebenen Labors, Entwicklung der BSE-Verdachtsfälle in der Region Schwaben bis Oktober 2004 und danach

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 13.03.2006 und Stellungnahme MLR Drs 13/5212

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80 99 121

Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Bewältigung der BSE-Krise

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 208 211 214

Hilfen des Landes zur Abmilderung der BSE-Krise

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 335

Erinnerung an das Versprechen zur Stärkung der Verbraucherzentrale in Zeiten von BSE, Umfang der Mittelbereitstellung zur Bewältigung der BSE-Krise

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 438-441 444 447 448

Anmahnung der vom Bund zugesagten Mittel zur BSE-Folgenbeseitigung; Kritik an der Einrichtung unbefristeter neuer Stellen im Zuge der BSE-Krise

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 518 550

Kritik an der Einrichtung unbefristeter neuer Stellen im Zuge der BSE-Krise

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882 899

Mittelbereitstellung zur Bewältigung der BSE-Krise, Einführung flächendeckender BSE-Tests

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1045 1048 1050 1059

Kritik an der Einrichtung unbefristeter neuer Stellen im Zuge der BSE-Krise

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1436

Verursachung von BSE durch die Verfütterung von Tiermehl, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit durch das VerbraucherinformationsGes

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651 1655 1662-1664

Effizienz der Veterinärverwaltung bei der Bewältigung der BSE-Krise

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2910 2911

Beklagung ungleicher Standards bei den BSE-Tests in Europa, Fälle von Schlachtungen ohne vorgeschriebenen Test, Effizienz der neuen Rinderdatei

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4343 4358 4359

Effizienz der Veterinärverwaltung bei der Bewältigung der BSE-Krise

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4664 4670-4672

Erinnerung an die Koordination der Maßnahmen zur Bewältigung der BSE-Krise, Beklagung ungleicher Standards bei den BSE-Tests in Europa

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5205-5207 5209 5210 5213 5214

B.TV

s. *Fernsehprogramm*

Buch

s.a. *Buchhandel*

s.a. *Druckerzeugnis*

s.a. *Karlsruher Bücherschau*

s.a. *Lehr- und Lernmittel*

s.a. *Lesen*

s.a. *Pflichtexemplar*

s.a. *Stuttgarter Buchwoche*

Die Universitätsbibliotheken - ihr Status und ihre Perspektive unter den Bedingungen von Hochschulautonomie, Schwerpunktsetzung und Ressourcenkonkurrenz

Entwicklung der Ausgaben für Personal, Unterhalt, Bauinvestitionen, Datenverarbeitung, Erwerb von Büchern und Zeitschriften, Binde- und Restaurationsarbeiten seit 1991; Darlegung des Rückgangs bei den Zeitschriftenabonnements sowie der gegenwärtigen Öffnungszeiten

Antr

s. *Bibliothek*

Drs 13/712

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der Printmedien Buch, Zeitung, Zeitschriften und Verlage

Antr

s. *Medien*

Drs 13/2324

Effizientere Universitätsbibliotheken

Bewertung der Vorschläge der studentischen Unternehmensberatung Integra zur Neustrukturierung und zu Einsparmöglichkeiten an Universitätsbibliotheken, insbes Zusammenlegung von Bibliotheken an einem Standort, Online-Verfügbarkeit von Texten und Internet, Aussonderung alter Bestände, zentrale Archivierung und Beschaffung von Literatur zu Spezialgebieten sowie personelle Synergieeffekte

Antr

s. *Bibliothek*

Drs 13/2618

Schutz einer intakten Buchhandelslandschaft; hier: Ausschreibungen für die Lieferung von Schulbüchern

Notwendigkeit der öffentlichen und europaweiten Ausschreibung von Schulbuchaufträgen nach der EU-Vergaberichtlinie, Gefährdung des Buchhandels hierzulande durch meist mehrere gleichwertige Angebote (aufgrund der Buchpreisbindung) und die dann folgende Angebotsauslosung; Möglichkeiten der Schulträger zur Umgehung von Ausschreibungen bzw Eintreten für eine Ausnahmeregelung auf europäischer Ebene

Antr

s. *Buchhandel*

Drs 13/3318

Zugang zu älteren Buchbeständen in der Universitätsbibliothek Stuttgart und den anderen wissenschaftlichen und Universitätsbibliotheken des Landes

Frage nach einer teilweisen Aussonderung von Beständen nach Vorgaben des MWK

KIAnfr Inge Utzt SPD 14.10.2005 und Antw MWK Drs 13/4725

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“

Antr

s. *Holz*

Drs 13/4823

Gefährdung von schriftlichem Kulturgut

Zahl und Zustand der zwischen 1850 und 1980 gedruckten historischen Dokumente und Bücher in den Archiven und Bibliotheken des Landes; Maßnahmen zur Erhaltung dieser Bestände

KlAnfr
s. *Kulturgut*
Drs 13/5216

Buchen*Neubauten im Polizeibereich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Polizeidienst*

Darlegung der Situation im Revier Buchen im Bereich der Polizeidirektion Mosbach; Beurteilung des Vorschlags von Neubauten finanziert durch Leasing

KlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/525

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obriegheim und Buchen

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3734

Buchenbach*Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans Drs 13/1681; hier: Ortsumfahrung Falkensteig B 31 Nr. 217 der Anmeldung des Landes*

Bewertung der Vorstöße des Bürgermeisters der Gemeinde Buchenbach zur o.g. Ortsumgehung; Nachmeldung für den vorrangigen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1783

Tunnel Falkensteig im Zuge der B 31-Baumaßnahme; hier: Planung einer Tunnelröhre als ersten Bauabschnitt

Planung und Bau von zunächst einer Tunnelröhre im Zuge der Umgehung des Ortsteils Falkensteig der Gemeinde Buchenbach, Frage nach vorbereitenden Maßnahmen des RegPräs Freiburg für eine solche vorgezogene Vorgehensweise bzw für das Gesamtprojekt mit zwei Tunnelröhren

MdlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 13/5092

Buchführung*s.a. Kosten- und Leistungsrechnung**Zukunft der Universitätskliniken in BW*

Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens?

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Modernisierung der Landwirtschaftsaus- und -weiterbildung

Stand der Meisterausbildung im Bereich Buchführung und Vermarktung, Fortbildung der Ausbilder, Modernisierungspläne für die Zeit nach der Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftsverwaltung in die Landratsämter, vorgesehene Bildungspläne in der neuen Schweinezuchtanstalt in Boxberg

Antr
s. *Landwirt*
Drs 13/2796

Qualität und Ergebnisse der landwirtschaftlichen Buchführung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4343

Errichtung und Führung eines eigenständigen Landesbetriebs „Vermögen und Bau BW“ nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen mit kaufmännischer Buchführung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5631 5632

Errichtung und Führung eines eigenständigen Landesbetriebs „Vermögen und Bau BW“ nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen mit kaufmännischer Buchführung

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5695 5696

Ermöglichung der kaufmännischen Buchführung an der Universität Heidelberg

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5973

Buchhaltung*s. Buchführung***Buchhandel***Schutz einer intakten Buchhandelslandschaft; hier: Ausschreibungen für die Lieferung von Schulbüchern*

Notwendigkeit der öffentlichen und europaweiten Ausschreibung von Schulbuchaufträgen nach der EU-Vergaberichtlinie, Gefährdung des Buchhandels hierzulande durch meist mehrere gleichwertige Angebote (aufgrund der Buchpreisbindung) und die dann folgende Angebotsauslosung; Möglichkeiten der Schulträger zur Umgehung von Ausschreibungen bzw Eintreten für eine Ausnahmeregelung auf europäischer Ebene

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 29.06.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3318
BeschlEmpf und Bericht WirtA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 12 13
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Bücherei*s. Bibliothek***Bühl***Mögliche Einflussnahme bei den Ermittlungen gegen den SWR-Intendanten und weitere Angehörige des SWR*

Klärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß; Frage nach Maßnahmen des Justizministeriums bzw der Staatsanwaltschaft; Anordnung und Vollzug von Durchsuchungsbeschlüssen

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4853

Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel beim SWR; hier: Verwicklung von öffentlichen und privaten Interessen bei Geburtstagsfeier?

Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß, Höhe und Aufschlüsselung der jeweiligen Kosten, Art der Finanzierung, der Vertragsgestaltung, Rechnungslegung und Buchführung; Ausgestaltung der Kontrolle von Ausgaben für repräsentative u.a. Zwecke, Trennung von privaten Kosten und Kosten im dienstlichen Interesse? Darstellung der Untersuchungsgegenstände und -ziele der ermittelnden Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4876

Bündnis für Lehre

s. *Hochschullehre*

Bündnis 90/Die Grünen

Erinnerung an den erstmaligen Einzug der Grünen vor 25 Jahren in den Landtag von BW

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201 6275

Verurteilung der Zusammenarbeit von Bündnis 90/Die Grünen mit der PDS, Austritt von Konrad Weiß aus der Partei

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42

Missbilligung einer Ausstellung zum Neofaschismus in den Fraktionsräumen der Grünen im Ltg

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441-2457

Zuweisung einer Mitschuld der Grünen am Vertrauensverlust der SPD, Überrumpelung der Grünen mit der Ankündigung von Neuwahlen durch den Bundeskanzler, Verwunderung über das Ausbleiben einer entsprechenden Reaktion auf diesen Alleingang

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6546 6552

Bürgerbegehren

s. *Bürgerbeteiligung*

Bürgerbeteiligung

s.a. *Einwohner*
s.a. *Freie Wählergemeinschaft*
s.a. *Mitbestimmung*
s.a. *Volksabstimmung*

Entwicklung und Perspektiven für die Lokale Agenda 21 in BW
Entwicklung und Stand o.g. Projekte von Kommunen und Bürgergruppen, Unterstützung von Maßnahmen auf regionaler Ebene sowie der Entwicklungszusammenarbeit, Verbindung mit dem bürgerschaftlichen Engagement i.S. von Nachhaltigkeit

Antr
s. *Agenda 21*
Drs 13/1043

Ges zur Änd der Gemeindeordnung

Vereinfachung der Voraussetzungen und Verfahren für Bürgerbegehren und -entscheid, Erweiterung der möglichen Themen

durch Wegfall des Positivkatalogs, Absenkung des Entscheidungsquorums auf 25 vom Hundert der Stimmberechtigten

GesEntw SPD 06.08.2002 Drs 13/1245
Mittlg LtgPräs 02.10.2002 Drs 13/1364
1. Beratung PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1933-1939
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1640
2. Beratung PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2394-2398 (Ablehnung)

Ges zur Änd der Verfassung des Landes BW

Einführung einer Volksinitiative; Reduzierung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren; Bestimmung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen bei Volksabstimmungen als entscheidendes Quorum

GesEntw SPD 06.08.2002 Drs 13/1246
1. Beratung PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1994-2001
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2521
2. Beratung PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3683-3689 (Ablehnung)

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen

Aktivitäten der o.g. Bürgerbewegung; Frage nach einer Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen, Publikationsorganen u.a. Initiativen mit dem Ziel der Teilnahme an den Kommunalwahlen 2004

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/2227

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Entwicklung der Zahl, Themen und des Schicksals von Bürgerbegehren seit 1975; Anteil und Gründe der für unzulässig erklärten bzw der vom Gemeinderat angenommenen Begehren; Vergleich der Rechtslage und Praxis mit Bayern; Ermöglichung der Bürgerbegehren und Direktwahl der obersten Repräsentanten auch in den LKreisen und Regionen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform; Absenkung des Quorums und der Themenbeschränkung für Bürgerentscheide, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen

GrAnfr GRÜNE 08.07.2003 und Antw IM Drs 13/2241 (10 S.)
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5039 (abgesetzt)
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5249-5256

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW

Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung; Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr GRÜNE 04.11.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2577
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5719-5726

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen in BW

Unterstützung von „corporate citizenship“ nach dem Beispiel anderer Länder; Zahl und Art der beteiligten Unternehmen; Eignung von Freiwilligenagenturen zur Herstellung der Kontakte zwischen Unternehmen und Gesellschaft

Antr

s. *Ehrenamt*

Drs 13/2909

Ges zur Änd der Gemeindeordnung

Vereinfachung der Voraussetzungen und Verfahren für Bürgerbegehren und -entscheid, Erweiterung der möglichen Themen durch Wegfall des Positivkatalogs, Absenkung des Entscheidungsquorums auf 25 vom Hundert der Stimmberechtigten

GesEntw SPD 02.03.2004 Drs 13/2964

Mittlg LtgPräs 25.03.2004 Drs 13/3055

1. Beratung PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4747-4753

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.04.2004 Drs 13/3126

2. Beratung PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4797-4802 (Ablehnung)

Ges zur Änd kommunalrechtlicher Vorschriften

Erweiterung des Anwendungsbereichs für Bürgerbegehren und -entscheid, Ermöglichung auf Landkreis-, Gemeindebezirks- und Ortschaftsebene, Streichung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse, Absenkung des Unterschriften- und Zustimmungsquorums, Gleichstellung beider Seiten bei der Information der Bürger; Verkürzung des Bestandsschutzes auf ein Jahr als Ausgleich für die Erleichterungen; Änd der GemO, LKreISO und des KommunalwahlGes

GesEntw SPD und GRÜNE 20.04.2005 Drs 13/4263 (12 S.)

Mittlg LtgPräs 25.05.2005 Drs 13/4355

1. Beratung PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6566-6574

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4495 (18 S.)

2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6910-6920 (Ablehnung)

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw

s. *Jugendlicher*

Drs 13/4264

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Bürgerbeteiligung durch Abschaffung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums und Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse; Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmanlagen; Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen; Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Abschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreISO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. *Kommunalrecht*

Drs 13/4385

Konzept „Ideen- und Beschwerdemanagement (Bürgerforum)“

Ziele, Dauer und Ergebnisse der o.g. Einrichtung; Höhe der bisher veranschlagten bzw der Kosten für einen Dauerbetrieb des Projekts

Antr Nils Schmid u.a. SPD 30.06.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4465

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 26

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Landeskuratorium „Bürgerarbeit“

Personelle Zusammensetzung, bearbeitete Themen und Ergebnisse des o.g. Gremiums zur Stärkung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements; Gründe für den Verzicht auf das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen; Art und Umsetzung von politikfähigen Vorschlägen

Antr

s. *Ehrenamt*

Drs 13/4654

Ges über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land BW (InformationsfreiheitsGes BW - IFG B-W)

Eröffnung eines umfassenden Zugangsanspruchs für Bürger und Medien zu den bei Behörden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts vorhandenen Informationen bzw Akten, Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte unter Berücksichtigung des Datenschutzes

GesEntw

s. *Information*

Drs 13/4785

Haushalt 2006; Nachtrag

Rücknahme der Kürzungen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen bzw für Maßnahmen der Stabstelle Bürgerengagement

s. *Ehrenamt*

Drs 13/4840

Situation des Bürgerschaftlichen Engagements in BW in Bezug auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung

Auffüstung der am o.g. Netzwerk beteiligten Kommunen und deren Unterstützung, Höhe und Auswirkungen der Kürzungen des Landes, der Vereine und Verbände; Gefährdung von Initiativen durch diese Kürzungen und globalen Minderausgaben; Projekte von Corporate Citizenship im Jugend-, Senioren-, Umwelt- und Sportbereich; Art der Vermittlung des Engagements von Unternehmen bei Vereinen und Verbänden

Antr

s. *Ehrenamt*

Drs 13/4906

Erleichterung von Bürgerbegehren und -entscheiden bzw Volksbegehren und -abstimmungen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80

Bewertung von Aussagen und Taten zum Ausbau der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2912 2913 2929 2935 2936

Stärkung der Beteiligungsrechte, Novellierung der Gemeindeordnung, Absenkung des Quorums und Abschaffung des Positivkatalogs für Bürgerbegehren

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4182 4184 4187 4199

Stärkung der Beteiligungsrechte, Erleichterung von Bürgerbegehren und -entscheiden

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4896 4949

Bewertung von Aussagen und Taten zum Ausbau der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5129-5131

Verweisung auf die Bürgerbezogenheit des Landtagswahlrechts, Forderung nach einer besseren Bürgerbeteiligung bei der Listenaufstellung der Parteien; Ankündigung eines GesEntw zur Erleichterung von Bürgerbegehren

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5598 5599 5601 5603-5605 5625 5627-5629

Ankündigung eines GesEntw zur Erleichterung von Bürgerbegehren

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5683-5685

Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte, Vorlage eines GesEntw im Frühjahr 2005

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5815 5816

Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte, Verweisung auf die Einbringung des GesEntw im Kabinett

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5875 5909

Würdigung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger in BW, Aufforderung zur Beteiligung an der Arbeit von Parlament und Regierung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421-6423

Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte, Verweisung auf den im Geschäftsgang befindlichen GesEntw

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6490

Stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Prozess des Eurodistrikts Straßburg-Ortenau, Mitnahme der Bürger auf dem Weg nach Europa

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7132-7134 7136 7137 7142-7150

Bürgerentscheid

s. Bürgerbeteiligung

Bürgerkriegsflüchtling

s. Flüchtling

Bürgerliches Gesetzbuch

s.a. Familienrecht

Verankerung der Möglichkeit der anonymen Geburt im BGB, Änd der Regelungen zur Amtsvormundschaft

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336-1338 1341-1343 1345

Anstrebung eines gemeinsamen europäischen Zivilgesetzbuchs

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4851

Bürgermeister

s.a. Ortsvorsteher

Ges zur Änd der LKreisO des Landes BW

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw

s. Landkreisordnung

Drs 13/471

Ges zur Änd der LKreisO des Landes BW

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw

s. Landkreisordnung

Drs 13/472

Bürgermeister in Kreistagen

Anteil und Fraktionszugehörigkeit der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Beigeordneten in den einzelnen Kreistagen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf die Ersten Landesbeamten?

KIAnfr Günther-Martin Pauli CDU 28.11.2001 und Antw IM Drs 13/507

Anzeigenkampagne gegen die Mannheimer Staatsanwaltschaft

Rechtliche Mittel zum Schutz der von der Anzeigenkampagne des SAP-Begründers Dietmar Hopp betroffenen Staatsanwälte; Beurteilung der Unterstützung der Kampagne und Aufruf zur Verfahrenseinstellung durch mehrere Oberbürgermeister und Bürgermeister

Antr

s. Staatsanwaltschaft

Drs 13/1983

Änd der GemO: Verzicht auf die in § 116 vorgesehene Ausbildung eines Finanzbürgermeisters als Beigeordneter

BeschlEmpf und Bericht InnenA 14.05.2003 Drs 13/2075

(dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP)

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3074-3085

GesBeschl 28.05.2003 Drs 13/2125

GBI 2003 Nr. 6 S. 271 (Ges vom 28.05.2003)

Veröffentlichung einer Namensliste mit möglichen Kandidaten für die Gemeinderatswahl durch den Bürgermeister der Stadt Riedlingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorgehensweise mit dem Amt des Bürgermeisters, Frage nach Schritten der Rechtsaufsicht

Antr

s. Kommunalwahl

Drs 13/3131

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Kreistagen

Entwicklung der Zahl und des jeweiligen Anteils von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern in den Kreistagen nach der letzten Kommunalwahl im Vergleich zur bisherigen Zusammensetzung der Kreistage differenziert nach der Parteizugehörigkeit

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 12.08.2004 und Stellungnahme

IM Drs 13/3499

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S.

23 24

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errihtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3723

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften
Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 13/4385

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der LKreisordnung
Einwerbung und Annahme von Zuwendungen Privater zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, Regelung des vom Bürgermeister und Gemeinderat einzuhaltenden Verfahrens, insbes der Entscheidungskompetenz des Gemeinderats über die Annahme der Spende, Schenkung o.ä. Zuwendung

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/4948

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit einem Mandat im Kreistag und Ltg, Änd der LKreisO bzw des AbgeordnetenGes
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 938 939

Feststellung einer Abmilderung der Parteiendominanz durch die Direktwahl der Bürgermeister
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1163

Rechtsgültigkeit von Bürgermeisterwahlen mit einer Wahlbeteiligung von unter 30 %; Lösung des Problems der Rechtsaufsicht über Bürgermeister in Kreistagen durch Volkswahl der Landräte
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1934-1936 1939

Ermöglichung der Wahl des CDU-Fraktionsvorsitzenden Föll zum Finanzbürgermeister in Stuttgart, Änderung der Gemeindeordnung, Bezeichnung als „Lex Föll“
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3767-3769

Anregung einer Anrechnung aller Einkünfte eines Bürgermeisters im Ruhestand auf die Pension
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6241

Schaffung von Rechtsklarheit für die Bürgermeister über die Zulässigkeit der Einwerbung von Spenden
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7262

Schaffung von Rechtsklarheit für die Bürgermeister über die Zulässigkeit der Einwerbung von Spenden
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7414 7415 7421

Plädoyer für eine Streichung der Altersgrenze für Bürgermeister und Oberbürgermeister; Wahlkampffinanzierung von OB-Wahlen durch die FlowTex-Gruppe bzw Herrn Schmider
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7560 7572 7573 7576

Einführung einer Inkompatibilität zwischen dem Amt des Bürgermeisters und dem Abgeordnetenmandat

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7735 7737 7738 7740 7741

Überprüfung von Fällen des Verwaltungshandelns durch den PetA, Notwendigkeit einer Unvereinbarkeit zwischen Abgeordnetenmandat und dem Amt eines Bürgermeisters oder Landrats

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7801 7802

Einführung einer Inkompatibilität zwischen dem Amt des Bürgermeisters und dem Abgeordnetenmandat

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7899-7903

Bürgerschaftliches Engagement

s. *Ehrenamt*

Bürgschaft

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1516

Landesbürgschaft für das Leiterplattenwerk STP

Intervention des WM bei der EU-Kommission für eine schnelle Genehmigung der Bürgschaft sowie Aufnahme von Gesprächen mit dem Insolvenzverwalter, Firmenvertretern und der Hausbank über die Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts; Frage nach weiteren in Brüssel anhängigen Anträgen auf Genehmigung einer Landesbürgschaft

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 29.04.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2032
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 17-19
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Zahl von Nebenerwerbs- und Vollerwerbsgründungen in den Bereichen Produktion und Dienstleistung in den letzten fünf Jahren, Vergleich mit anderen BLändern; Förderung über Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken; Aufstockung der Förderung von Betriebsübernahmen sowie der Ausfallbürgschaften bei der Bürgschaftsbank, L-Bank und beim Land

Antr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/2174

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zum Bürgschaftsfall Deyhle

Grundlagen und Bedingungen für das Zustandekommen der o.g. Bürgschaft, Zulässigkeit eines Verzichts auf die Zweckbindung bei der Gewährung von Landesbürgschaften bzw der Verwendung zur Tilgung von Privatschulden? Anlass, Gründe, Stand und Zeitpunkt des Abschlusses o.g. Ermittlungen gegen Herrn Deyhle wegen des Verdachts auf Betrug zulasten der L-Bank;

Vorlage des Bürgschaftsvertrags zwischen dem Land und der L-Bank sowie des Vertrags zwischen der L-Bank und Herrn Deyhle über den Aktienverkauf der Stella AG im Wirtschaftsausschuss

Antr GRÜNE 10.12.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2716

Steigerung der Zahl von übernommenen Bürgschaften, Verhinderung einer Einstellung der Förderung für die Bürgschaftsbanken vonseiten des Bundes

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014 6027 6029

Büro

s. Arbeitsstätte

Büroautomation

s. Automation

Bürokratie

s.a. Deregulierung

s.a. Verwaltungsreform

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtpremien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr Herbert Moser u.a. SPD 25.04.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/959 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandwA 04.12.2002 Drs 13/1725 S. 46-49

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Abbau von Bürokratiekosten im Bereich von Baustellen im Zuge der Umsetzung der BaustellenVO

Höhe der Kosten, Personal- und Zeitaufwand zur Durchführung o.g. VO und deren Überwachung; Vergleich der Umsetzung der EG-Baustellensicherheitsrichtlinie in anderen EU-Staaten; Hinwirkung auf Aufhebung dieser Richtlinie

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 23.08.2002 und Antw UVM Drs 13/1272

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1516

Maßnahmen zur Verringerung der Bürokratiebelastung in BW

Bisherige und zu erwartende Bürokratiebelastung vonseiten des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen sowie daraus folgende Wertschöpfungsverluste; Effizienz der Einrichtungen des

Landes, z.B. Bürokratiekosten-TÜV und Standardpranger, im Vergleich zu anderen BLändern; Wirkungen von Experimentierklauseln und der Gesetzesfolgenabschätzung; Einbindung der Wirtschaftsorganisationen und Kammern

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 15.11.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1521 (18 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 8-11

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW
Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/1722

Entbürokratisierung; hier: Bereich der Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt)

Entwicklung des Aufkommens und der Verwaltungskosten bei der Festsetzung und Erhebung der Kfz-Steuer, Vergleich der Relation mit anderen Steuerarten; Art und Effekte von Maßnahmen zur Verfahrensvereinfachung; Stand der Überlegungen zur Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

Antr

s. Kraftfahrzeugsteuer

Drs 13/2090

Bürokratieabbau beim AgrardieselGes

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Notwendigkeit einer persönlichen Beratung der Antragsteller; Hinwirkung auf Abschaffung des Verfahrens und Vereinheitlichung der Steuersätze innerhalb der EU

Antr

s. Kraftstoff

Drs 13/2264

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Vereinfachungen für Behinderte und finanzielle Einsparpotenziale durch Bürokratieabbau

GrAnfr

s. Behinderter

Drs 13/2021

Berater Tätigkeit des Herrn Landrat a.D. Hans Volle für die LReg
Art, Zeitdauer und Entschädigung o.g. Beraterdienste; Berufung als Ombudsmann für Bürokratieabbau?

Antr

s. Volle, Hans CDU

Drs 13/2544

Bürokratieabbau; hier: Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 08.06.2001 gemäß der Richtlinie 64/433/EWG zur Überwachung der Hygienebedingungen in registrierten Schlachthäusern

KIAnfr

s. Lebensmittelkontrolle

Drs 13/3209

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bei Zeltlagern und Freizeiten der Jugendverbände und Jugendringe in BW

Kostenlose Erstbelehrung der Betreuer von Jugendfreizeiten durch die Gesundheitsämter nach dem InfektionsschutzGes, Ermöglichung des Bezugs von Frischmilch und Eiern von Bauernhöfen, entsprechende Anpassung der Hygienevorschriften an die Bedingungen bei Zeltlagern, Harmonisierung der Zuschüsse für die Teilnehmer mit den Kommunen; Überprüfung der bürokratischen Hürden in Abstimmung mit dem Landesjugendring

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3570

Umsetzung der Vorschläge von Wirtschaftsverbänden zum Bürokratieabbau

Vorschläge aus den Ministerien und von Wirtschaftsverbänden und deren Umsetzung seit der Veröffentlichung des offenen Briefs des MinPräs an die Kabinettsmitglieder, Maßnahmen der angekündigten Arbeitsgruppe und des eingesetzten Ombudsmanns für Bürokratieabbau, Frage nach einem Beschluss des Ministerrats zu der angekündigten Tranche von ca 80 Vorschlägen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 26.11.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3804
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 22 23
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Aufbau paralleler Verwaltungsstrukturen durch die Europäische Union im Land BW

Abruf von EU-Programmen bzw -Mitteln aus der direkten und geteilten Mittelverwaltung durch die EU unter Nutzung von Verwaltungsinstanzen des Landes, Aufbau neuer Verwaltungswege, Zahl der hierfür notwendigen Personalstellen, Höhe der jeweiligen Finanzierungsanteile der EU und des Landes

KlAnfr
s. *Europäische Union*
Drs 13/3992

Entbürokratisierung des Gastgewerbes

Bewertung der vom Hotel- und Gaststättenverband vorgelegten Vorschläge und deren Realisierbarkeit, Ausgestaltung der Sperrzeiten im Gastgewerbe in anderen BLändern, Beurteilung einer Einschränkung der Sperrzeiten und Freigabe der Ladenschlusszeiten zumindest während der Fußballweltmeisterschaft 2006

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/4153

Mehr Frauen in Gremien - Vierten Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen vorlegen

Umsetzungsstand des o.g. Projekts als Bestandteil des Aktionsprogramms der Frauenbeauftragten der LReg, Gründe für die Verzögerung des mit Drs 13/1408 angekündigten vierten Gremienberichts, Bewertung des Verzichts auf den Bericht iRd Entbürokratisierungsinitiative

Antr
s. *Gremium*
Drs 13/4596

Nachweismöglichkeiten der Beherbergungsstatistik nach dem Beschluss des Bundestages und der Zustimmung des Bundesrates zum „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“ im Juni 2005

KlAnfr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 13/4670

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Abschaffung der Jugendhilfeausschüsse

Bewertung des o.g. Votums des Landkreistages bzw derselben Forderung iRd Entbürokratisierunginitiative der LReg

KlAnfr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/4942

Hotellerie und Gastronomie entlasten!

Vergleich bzw Harmonisierungschancen der Mehrwertsteuersätze für die Gastronomie im europäischen Rahmen, Auswirkungen der geplanten Erhöhung im grenznahen Bereich; Übertragung von Zuständigkeiten und Bürokratieabbau mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform; Relevanz der TA-Lärm zur Bewertung der Geräuschimmissionen von Freiluftgaststätten, Ausschluss einer Beeinträchtigung gastronomischer und touristischer Angebote aufgrund immissionsrechtlicher Regelungen zumindest während der Fußballweltmeisterschaft

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/4981

Verursachung zusätzlicher Bürokratie bei den Stadt- und LKreisen durch Übertragung der Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1350

Verzicht auf eine Verwaltungsreform und Schaffung neuer Bürokratien, Notwendigkeit der permanenten Entbürokratisierung

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1516 1526 1540

Notwendigkeit einer Entbürokratisierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1679 1707 1710 1714 1715 1719-1722

Verursachung zusätzlicher Bürokratie durch Gesetze und Programme auf Bundesebene; Vermeidung einer Überbürokratisierung durch das neue KindergartenGes; Abbau von Bürokratie durch Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1777 1781 1787 1793 1805-1808

Notwendigkeit von Bürokratieabbau zur Entlastung der Wirtschaft und Verwaltung, Übertragung des Bürokratiekosten-TÜV auf Bundesebene; Klage der Bauern über die ausufernde Bürokratie

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1819 1821-1824 1835 1857 1862 1863 1868 1874 1878 1879

Abbau von Bürokratie durch Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1922 1925 1926

Kritik an der Verursachung zusätzlicher Bürokratie, Zustimmung nur bei gleichzeitigem Abbau an anderer Stelle, Verknüpfung von Beförderungen mit Bürokratieabbau

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2167-2171 2174

Notwendigkeit des weiteren Bürokratieabbaus, Überprüfung aller Leistungsgesetze, Entlastung der Wirtschaft durch eine Deregulierungsoffensive

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2217 2220 2221 2226-2229 2234 2239 2242

Vergleich des Bürokratieabbaus auf Bundes- und Landesebene, Erfolgsbilanz des Bürokratiekosten-TÜV, Verbindung des Bürokratieabbaus mit einer Verwaltungsreform, Verzicht auf den Aufbau neuer Bürokratien

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356 2359-2361 2363 2366-2368 2370 2371 2374 2381 2385 2389 2399 2400 2402

Notwendigkeit des Abbaus von Bürokratie in den Pflegeheimen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2519-2524

Notwendigkeit einer Verschlinkung der Bürokratie

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2627 2649 2667 2670 2691

Fortführung der Initiative der LReg zum Abbau der Bürokratie, Prüfung von Schritten zur Reduzierung der Bürokratie auf europäischer und Bundesebene

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2898 2899 2901 2903 2979 2981

Notwendigkeit einer Offensive zum Abbau der Bürokratie

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3226 3232

Notwendigkeit von mehr Vertrauen der Regierung gegenüber den Bürgern und der Verwaltung als Voraussetzung zum Bürokratieabbau

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3343-3345

Notwendigkeit einer Verschlinkung der Bürokratie; Feststellung einer Zunahme des Verwaltungsaufwands infolge der EU-Agrarreform

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3389 3405 3406 3411

Beklagung des Widerspruchs zwischen dem geplanten Bürokratieabbau im Zuge der Verwaltungsreform und den ständigen Eingriffen des StM in lokale Angelegenheiten; Verzicht auf neue und Abbau bestehender Vorschriften

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3461 3501-3503 3505 3525

Notwendigkeit der Entbürokratisierung auf allen staatlichen Ebenen, Berufung eines Ombudsmanns für Bürokratieabbau im StM, Abbau überflüssiger Rechtsvorschriften, Vorlage eines Deregulierungsberichts

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606 3607 3609 3610 3614 3618 3619 3628 3632 3642 3647 3677 3689-3691 3693

Vereinbarkeit einer von der CDU vorgeschlagenen Kopfprämie in der Krankenversicherung mit der dazu notwendigen Umverteilung aus Steuermitteln mit dem angestrebten Bürokratieabbau; Begrüßung der Abschaffung von Gesetzen

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3698 3701 3702 3708 3756 3757

Notwendigkeit des Bürokratieabbaus im Umweltschutz

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3781

Befürchtung eines riesigen Bürokratieaufwands mit der Einführung einer Ausbildungsabgabe

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3856 3857 3860 3861

Bürokratieabbau mit der Privatisierung von öffentlichen Leistungen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4154 4182 4193

Bürokratieabbau im Zuge der Verwaltungsreform, Berufung eines Ombudsmanns für Bürokratieabbau im StM

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4896 4904 4915 4918 4920 4921 4927 4949

Verweisung auf die Zuständigkeit von Frau Fauser für Bürokratieabbau; Abbau von Bürokratie im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4965 4970 4972 4974 4995 4998 4999 5012 5015 5016

Weiterverfolgung des Themas Bürokratieabbau

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5161 5163

Abbau von Bürokratie im Zuge der Föderalismusreform und des neuen LHOchschulGes

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5497 5505 5506 5538 5542-5548

Abbau von Bürokratie und Vorschriften mit der Verwaltungsreform, Prüfung von Aufgabenentlastungen der Kommunen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5797 5800 5816

Fortsetzung des Bürokratieabbaus, Aufforderung an den Bund zur Umsetzung der eingebrachten BRatsinitiative; Bürokratieabbau mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5883 5904 5918

Aufforderung an den Bund zur Umsetzung der vom BRat verabschiedeten Vorschläge zum Bürokratieabbau; Effizienz des Bürokratiekosten-TÜV im WM; Ausmaß von Bürokratiefolgen durch das geplante AntidiskriminierungsGes

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6027-6029 6038 6041

Abbau von Bürokratie mit dem neuen LHOchschulGes, Beklagung von zu viel Bürokratie bei der Handhabung der leistungsbezogenen Mittelvergabe zwischen dem Ministerium und den Hochschulen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260 6261 6269 6270

Befürchteter Bürokratieaufwand im Falle einer Umsetzung des AntidiskriminierungsGes der BReg, Vermeidung der Errichtung neuer Bürokratien

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6279 6280 6282 6283 6286 6323 6325 6327 6328 6330

Fortsetzung des Bürokratieabbaus, Werbung um Unterstützung in Berlin

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6386 6387 6391 6392

Bezeichnung des Bürokratieabbaus als Daueraufgabe

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6480 6481 6483 6488

Notwendigkeit von Bürokratieabbau vor Umsetzung der Verwaltungsreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6664 6665

Notwendigkeit des Bürokratieabbaus in Europa

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7144-7146 7150 7151

Befürchtung von zusätzlicher Bürokratie mit Einführung einer Pkw-Maut; Fortsetzung des Bürokratieabbaus; Abwendung von zusätzlicher Bürokratie durch EU-Vorgaben

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7384 7385 7389 7390 7399 7414 7419 7420 7449 7452-7454 7456

Notwendigkeit des Abbaus bürokratischer Hürden beim Export von Dienstleistungen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845 7848

Büromöbel

s. Möbel

Buggingen

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2543? Frage nach Auffassungsunterschieden zwischen der LReg und Staatssekretär Mappus

KlAnfr
s. Rheintalbahn
Drs 13/2999

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2999? Zugänglichkeit von Minister Stächele für die Argumente der Bürgerinitiative, Umsetzung der versprochenen Intervention in Stuttgart zugunsten einer besseren Lösung

KlAnfr
s. Rheintalbahn
Drs 13/3283

Ausbau der Rheintalbahn; hier: Bürgermeister-Variante

Bewertung der alternativen „Bürgermeistertrasse“ von sechs Gemeinden für den Bau des dritten und vierten Gleises zwischen Mengen und Buggingen; Unterstützung durch den Wirtschaftsminister bzw das gesamte Kabinett?

KlAnfr

s. Rheintalbahn

Drs 13/4311

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland; Ergänzung der Drs 13/2543 vom 24.10.2003

Favorisierung der alternativen „Bürgermeistertrasse“ von sechs Gemeinden für den Bau des dritten und vierten Gleises zwischen Mengen und Buggingen, Bewertung der finanziellen und zeitlichen Realisierbarkeit; Hinwirkung auf neue Lärmgrenzwerte mithilfe einer BRatsinitiative zur Novellierung der für die Planung von DB-Schienenwegen einschlägigen Gesetze und Rechtsverordnungen?

KlAnfr
s. Rheintalbahn
Drs 13/4917

Bulgarien

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Stand der Wirtschaftsbeziehungen mit Bulgarien und Rumänien, Beurteilung der Aufnahmereife als nächste Beitrittskandidaten zur EU

GrAnfr
s. Osteuropa
Drs 13/2975

Beziehungen des Landes BW zu Bulgarien

Entwicklung der Beziehungen, der Unternehmensansiedlungen und des Warenaustauschs in den letzten fünf Jahren; Frage nach Hilfestellungen und Fördermaßnahmen für heimische Unternehmen sowie nach Kontakten im Bildungs- und Forschungsbereich; Einrichtung einer gemeinsamen Regierungskommission sowie einer eigenen Repräsentanz in Bulgarien

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 28.06.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4447
BeschIEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 19 20
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Erfüllung der Beitrittskriterien als Voraussetzung für die Aufnahme von Bulgarien in die EU zum 01.01.2008

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7149

Bundesamt für Finanzen

s. Finanzverwaltung

Bundesanstalt für Arbeit

s. Arbeitsverwaltung

Bundesausbildungsförderungsgesetz

s. Ausbildungsförderung

Bundesautobahn

s. Autobahn

Bundesbahn

s. Deutsche Bahn AG

Bundesbahnbediensteter

s. Eisenbahnpersonal

Bundesbahnstrecke

s. Eisenbahnstrecke

Bundesbank

Vorschlag einer Nutzung der Gold- und Devisenreserven der Bundesbank für Investitionen, Finanzierung der Beseitigung der Hochwasserschäden im Osten mit dem Bundesbankgewinn

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2131 2133 2134 2136

Nutzung der Goldreserven der Bundesbank zur Erfüllung von Bundesaufgaben

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3644

Erinnerung an den Vorschlag zur Finanzierung der Fluthilfe im Osten mit dem Bundesbankgewinn

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4042 4043

Bundesbesoldungsgesetz

s. Besoldung

Bundesbodenschutzgesetz

s. Bodenschutz

Bundesdisziplinargesetz

s. Disziplinarrecht

Bundesergänzungszuweisung

s. Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern

Bundeserziehungsgeld

s. Erziehungsgeld

Bundesfernstraße

s. Fernstraße

Bundesfernstraßengesetz

s. Straßenverkehrsrecht

Bundesfinanzminister

s. Finanzminister

Bundesgrenzschutz

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Beurteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundesgrenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr

s. Polizei

Drs 13/3310

Ablehnung der Pläne des Bundesinnenministers zum Umbau des Bundesgrenzschutzes zur Bundespolizei

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6254 6259

Bundesimmissionsschutzverordnung

s. Immissionsschutz

Bundeskanzler

Ankündigung von vorzeitigen Bundestagswahlen durch den Bundeskanzler nach der Wahlniederlage in NRW, Beurteilung der Begründung und Vorgehensweise, Nahelegung des Rücktritts als ehrliche Reaktion auf den Vertrauensverlust

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6539-6542 6550-6552

Bundesländer

s. Länder der Bundesrepublik Deutschland

Bundesnaturschutzgesetz

s. Naturschutzrecht

Bundespost

s. Post

Bundespräsident

Verfassungsrechtliche Bewertung des Zustandekommens des ZuwanderungsGes im BRat durch den Bundespräsidenten, Befürwortung der Klage und damit der Überprüfung beim BVerfG

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1842 1843 1845-1847

Desavouierung des Bundespräsidenten mit der Ankündigung von Neuwahlen durch den Bundeskanzler

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6540 6541

Begründung des Bundespräsidenten zur Auflösung des Bundestags und Ansetzung von Neuwahlen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6970

Bundesrat

Die Folgen der Auszugsinszenierung der LReg im Bundesrat im Anschluss an die Abstimmung über das ZuwanderungsGes

Frage nach einer Abstimmung im Vorfeld o.g. Ereignisse zwischen den Kabinettsmitgliedern der Koalitionsfraktionen bzw. Regierungsvertretern im BRat; Wahrnehmung der Interessen des Landes im weiteren, 63 Tagesordnungspunkte umfassenden Beratungs- und Abstimmungsprogramm des BRats am 22.03.2002; Darlegung der finanziellen Konsequenzen für BW aufgrund der Abwesenheit der Landesvertreter

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/926

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Beurteilung einer Ausweitung der Mitwirkung des BRats bei der Gesetzgebung des Bundes

GrAnfr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1026

Aktuelle Reformentscheidungen im Vermittlungsausschuss und im BRat: Entscheidende Weichenstellungen für Wachstum, Beschäftigung und öffentliche Haushalte in BW

Aktuelle Debatte
s. *Agenda 2010*
PIPr 13/58 S. 4093

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/3727

Verhalten der LReg im BRat bei der Abstimmung zum Ges zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung

Planung eines Preisabschlags bei Generika sowie einer Bonus-Malus-Regelung für das Verordnungsverhalten der Ärzte mit dem o.g. GesEntw, Hintergründe und Zielsetzung des Antrags der LReg sowie der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses im BRat zur Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der Festbetragsregelungen und Bonus-Malus-Regelung, Gründe für die (fälschliche) Aussage über die Zielsetzung und den Erfolg der (abgelehnten) Intervention

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/5217

Problematik der Entscheidungsprozesse im BRat durch die vielen Koalitionsregierungen und -vereinbarungen in den Ländern
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1164

Einbeziehung des BRats in die Entscheidung über einen europäischen Verfassungsvertrag
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1454 1460 1467

Feststellung einer Zunahme der Ländereinflüsse auf die Bundesgesetzgebung im BRat, Einflussnahme des Ltg auf das Abstimmungsverhalten der LReg im BRat
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1617 1619 1621

Beeinträchtigung des Ansehens des Bundesrats durch den Abstimmungsverlauf zum ZuwanderungsGes und den nachfolgenden Auszug einzelner Landesvertreter; Vorwurf der parteipolitischen Instrumentalisierung des Bundesrats
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1840-1848 1869

Einflussnahme auf die europäische Gesetzgebung über den BRat
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2341

Machtzuwachs der Landesregierungen im Bundesrat, Ausrichtung des Bundesrats zu einer Nebenregierung im Bund, Korrektur dieser Fehlentwicklung; Ansehensverlust des Bundesrats durch den Abstimmungsverlauf zum ZuwanderungsGes

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2526-2529 2531 2532 2534 2535 2538

Kompensation der ständigen Verlagerung von Länderkompetenzen an den Bund mit der Einräumung von Mitspracherechten im BRat, Rückgabe der Beteiligungsrechte im Gegenzug zu einer Rückverlagerung von Aufgaben des Bundes an die Länder

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895 2929 2930

Verankerung eines Klagerechts des BRats vor dem Europäischen Gerichtshof im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3062 3063

Mitwirkung des BRats im Europäischen Verfassungskonvent; Verpflichtung der BReg zur Klage vor dem EuGH auf Verlangen des BRats

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305 3307-3309 3311 3317 3318 3321

Aufgabe der Mitbestimmungsrechte im BRat im Gegenzug zu einer Rückverlagerung von Aufgaben des Bundes an die Länder

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3608 3613 3629 3631 3637 3684

Mitwirkung des BRats im Europäischen Verfassungskonvent; Verpflichtung der BReg zur Klage vor dem EuGH auf Verlangen des BRats

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3802 3804 3808 3809

Aufgabe der Mitbestimmungsrechte im BRat im Gegenzug zu einer Rückverlagerung von Aufgaben des Bundes an die Länder; Vorschläge zur demokratischen Legitimation des BRats

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4086 4087 4096 4097

Aufgabe der Mitbestimmungsrechte im BRat im Gegenzug zu einer Rückverlagerung von Aufgaben des Bundes an die Länder

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4175

Klagerecht des BRats vor dem EuGH gegen Subsidiaritätsverstöße der EU-Kommission; Aufgabe der Mitbestimmungsrechte im BRat im Gegenzug zu einer Rückverlagerung von Aufgaben des Bundes an die Länder

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120 5123 5127 5136

Klagerecht des BRats vor dem EuGH gegen Subsidiaritätsverstöße der EU-Kommission

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5378

Aufgabe von Mitbestimmungsrechten im BRat im Gegenzug zu einer Rückverlagerung von Aufgaben des Bundes an die Länder; Begrüßung der Subsidiaritätskontrolle der EU durch den BRat

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5497 5499 5501 5503 5504 5506 5507 5511

Beratung der Europäischen Verfassung im BRat: Begründung des weiteren Einsatzes des MinPräs bis zum 19.04.2005

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5589 5590

Aufgabe von Mitbestimmungsrechten im BRat im Gegenzug zu einer Rückverlagerung von Kompetenzen des Bundes an die Länder

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7287-7291

Bundesregierung*s.a. Bundeskanzler**s.a. Nichtregierungsorganisation**Bundesregierung am Ende - Konsequenzen verfehlter rot-grüner Politik für das Land*Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6539-6554**Bundesrepublik Deutschland***s. Deutschland***Bundesstraße***Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern*

Finanzierungsbedarf für dringend notwendige Ortsumfahrungen im Zuge von Bundesstraßen

Antr
s. Straßenbau
Drs 13/392*Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen in BW*

Fertiggestellte und geplante sowie zusätzliche Projekte durch die Verdoppelung der Bundesmittel

KlAnfr
s. Radweg
Drs 13/581*Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW*

Mittelzuweisungen des Bundes seit 1994 und bis 2003 für Neubaumaßnahmen, Erhaltung und Unterhalt von Autobahnen, Bundesstraßen und den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Vergleich mit den ursprünglich vorgesehenen Investitionen für den BFernstraßenbau nach dem BVerkehrswegeplan; Darlegung der entsprechenden Investitionen des Landes für die Landesstraßen; Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr
s. Straßenbau
Drs 13/583*Sicherheit im Straßenverkehr*

Durchführung notwendiger Maßnahmen bei Bundes- und Landesstraßen auf Abschnitten mit hoher Unfallhäufigkeit und Fahrbahnschäden, Vermeidung potenzieller Gefahrenstellen, Anbringung von Schutzplanken statt Baumanpflanzungen, Realisierung des höchsten Sicherheitsniveaus in Tunnelabschnitten

GrAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 13/1173*Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Aufstufung von Landesstraßen zu Bundesstraßen*

Verhandlungsstand der o.g. Bereinigung in der Straßenklassifikation im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Darlegung der betroffenen Straßen und Abschnitte, der jeweiligen Bedingungen und Kostenwirkungen sowie Zeitperspektiven

Antr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/1607*Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg*

Auflistung der für den vordringlichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr
s. Bundesverkehrswegeplan
Drs 13/1820*Berücksichtigung regionaler Besonderheiten im Straßenbau*

Berücksichtigung der Mittelgebirgs-Topographie und Siedlungsstruktur bei Planung und Bau von Bundesfernstraßen und Landesstraßen

Antr
s. Straßenbau
Drs 13/1916*Rückstufung von Bundesstraßen in den weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans durch den Bund*

Fortführung begonnener Planungen im Falle der Rückstufung, wie z.B. der B 311 Sigmaringen-Mengen, oder Erstattung der angefallenen Planungskosten?

MdlAnfr 1) Ernst Behringer CDU 02.05.2003 Drs 13/2037
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3035 3036*Planfeststellungsverfahren im Bundesstraßenbau*

Kriterien für die Auswahl von Fernstraßenprojekten zur Durchführung von Planfeststellungsverfahren, Blockade von Projekten mit einem günstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans durch die hohe Zahl planfestgestellter Vorhaben

Antr
s. Straßenbau
Drs 13/2106*Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003*

Im BVerkehrswegeplan enthaltene BFernstraßenprojekte und Investitionssummen bzw vom Land angemeldete zusätzliche Projekte, notwendige und verfügbare Mittel für den Neu- und Ausbau von BFernstraßen von 1995-2012 bzw zur Fortführung begonnener Maßnahmen, Vermeidung des Außerkräftretens von Planfeststellungsbeschlüssen durch mögliche Fristverlängerung sowie Baubeginn trotz Unterfinanzierung, Auflistung der entsprechenden Projekte

Antr
s. Bundesverkehrswegeplan
Drs 13/2114*Gefahr der Verlagerung von Lkw-Verkehr auf Bundesstraßen in BW nach Einführung der Autobahnmaut und mögliche Gegenmaßnahmen*

Frage nach einer Konzeption und Möglichkeiten zur Abwendung des o.g. Vermeidungsverkehrs

KlAnfr
s. Straßenbenutzungsgebühren
Drs 13/2302*Verkehrsprojekte im Ostalbkreis*

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des

GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2943

Chancen für Formen der Mischfinanzierung im Straßenbau

Prüfung einer Finanzierung von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen über eine GVFG-Regelung sowie einer kommunalen oder privaten Vorfinanzierung von Vorhaben im Landesstraßenbau, Gründung einer Finanzierungsgesellschaft für den Aus- und Neubau von Landesstraßen sowie zur Abwicklung der laufenden Sonderprogramme

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/3088

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3218

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landesstraßen

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/3337

Bundesverkehrsprojekte im Bereich des Wahlkreises 21

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen seit 2001; Höhe der Gesamtkosten und Zuschüsse des Bundes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3429

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreis Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4036

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Unterbindung von Lkw-Maut-Ausweichverkehr auf dem mautfreien Straßennetz

Auflistung der vom o.g. Ausweichverkehr betroffenen Kommunen und (Bundes-)Straßenabschnitte, Eignung bzw Ergreifung

von Gegenmaßnahmen nach dem AutobahnmautGes und der StVO, insbes Benutzungsbeschränkungen für den Schwerlastverkehr; Frage nach entsprechenden Absichten der Straßenverkehrsbehörden; Unterstützung einer BRatsinitiative zur Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw unter 12 t zulässigem Gesamtgewicht

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4246

Verlagerung von Verkehren nach Einführung der Lkw-Maut auf Bundesautobahnen in das nachgeordnete Straßennetz

Ausgewählte Streckenabschnitte und gemessene Verkehrsbelastungen vor und nach Einführung der Lkw-Maut; Hinwirkung auf Ausdehnung der Mautpflicht auf die entsprechend belasteten (Bundes-)Straßenabschnitte, Freistellung der Binnenverkehre, Handlungsmöglichkeiten der Straßenverkehrsbehörden für Verkehrsbeschränkungen auf Mautausweichstrecken

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4259

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Albaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4435

Derzeit laufende Straßenbaumaßnahmen im Regierungsbezirk Freiburg

Art und Finanzierung o.g. Maßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen; Höhe der verfügbaren Bundes- und Landesmittel

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4532

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsibad, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des FernstraßenausbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4881

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr

Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur

Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/5172

Mittelausstattung im Bundesfernstraßenbau

Höhe der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Bundesfernstraßenprojekte in den Jahren seit 2001

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5172

Sanierungs- und Ausbaubedarf der Bundesstraßen im ländlichen Raum

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1299

Angebot des Bundes zur Übertragung der Zuständigkeit für Bau und Unterhaltung der Bundesstraßen auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5501 5502 5509-5512

Investitionen des Bundes in den Aus- und Neubau sowie Erhalt von Bundesstraßen in BW, Vergleich zwischen der Regierung Kohl und Schröder; Problematik der Lkw-Ausweichverkehre auf Bundesstraßen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6808 6810-6817

Bundesstraße 3

Weitere Planung für Straßenverkehrsprojekte im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht (WB)“ aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) in BW; hier: Planfeststellungsverfahren B 3 neu, Ortsumgehung (OU) Kuppenheim (LKreis Rastatt)*

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3827

Ortsumfahrungen B 3/Ausbau L 125

Planungsstand und Verlagerungseffekte der o.g. Maßnahmen für die betroffenen Gemeinden Schallstadt, Bad Krozingen, Norsingen und Pfaffenweiler; Prüfung einer Verlegung der B 3 auf die Trasse der jetzigen L 125, Verbesserung des Anwohnerschutzes im Bereich Pfaffenweiler, Anstreben eines Moratoriums für die Planung der Ortsumfahrung Schallstadt im Zuge der B 3 und L 125

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/4437

Bundesstraße 10

Erschließung Gewerbegebiet Ulm-Nord

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer direkten Anbindung an die B 10; Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost; Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz

KlAnfr
s. *Gewerbegebiet*
Drs 13/510

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

KlAnfr Martin Rivoir SPD 15.11.2005 und Antw IM Drs 13/4828

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrasen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 19.12.2005 und Antw IM Drs 13/4995

Verlängerung der B 10 über die Nordtangente um Karlsruhe nach RPF

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1523 1525

Bundesstraße 14

Mitfinanzierung der Teilüberdeckung der B 14/Konrad-Adenauer-Straße in Stuttgart durch das Land

Höhe, Herkunft und Zuweisungszeitpunkt der zugesagten Mittel für den ersten Bauabschnitt der Untertunnelung der B 14

MdlAnfr 3) Rolf Gaßmann SPD 25.07.2005 Drs 13/4532
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6990 6991

Nordostring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs insitierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstreben einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5158

Ausbau eines Teilabschnitts der B 14 im Raum Winnenden

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 669 670

Bundesstraße 27

Lärmentlastung auf den Fildern

Mitteinsatz und Zeitplan zur Umsetzung von Vorschlägen des Lärminderungsplans Filder, u.a. auch im Bereich des Luftverkehrs; Aufbau von Lärmschutzwänden an der A 8 auf der Talbrücke Denkendorf und beim Sulzbachviadukt; Tempolimits auf der A 8 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und Wendlingen sowie auf der B 27 zwischen Aichtal und Degerloch; Verwendung von Flüsterasphalt bei notwendigen Fahrbahnsanierungen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/939

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Stand der Überlegungen zur Weiterführung der B 27

Antr
s. *Tübingen*
Drs 13/1082

Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg

Auflistung der für den vordringlichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr
s. *Bundesverkehrswegeplan*
Drs 13/1820

Benennung von Trassenführungen seitens des UVM iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes für die B 27 im Abschnitt des Stadtgebietes Tübingen

Gründe für die Benennung einer im Widerspruch zu einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats stehenden Trasse für die B 27 Ortsumfahrung Tübingen

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 26.02.2003 und Antw UVM
Drs 13/1838

B 27-Tunnel in Tübingen

Festhalten an der Planungsaufnahme und Realisierung des Schindhau-Basistunnels oder anderer Alternativen im Zuge einer B 27-Umfahrung von Tübingen?

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 15.06.2005 und Antw IM Drs
13/4397

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsiab, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des Fernstraßen-ausbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4881

Verweisung auf die Praxisprobleme der Verkehrssteuerung auf der B 27

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7384 7390

Bundesstraße 28

B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen (mit Autobahnzubringer A 81)

Planungsstand, Kosten und Zeitpunkt der Realisierung der einzelnen Abschnitte; Mitwirkung bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Projekts B 28, Ortsumgehung Horb, sowie der Maßnahme B 32, Neckarübergang östlich von Horb; Einschätzung der Kosten, Vorlage des Ergebnisses der Bewertung

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 06.02.2002 und Antw
UVM Drs 13/724

Bau der Landesstraße 1361 Nagold-Ergenzingen als Autobahnzubringer

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Verbindung mit der B 28 neu OU Ergenzingen; Verzicht auf ein Vorziehen der L 1361 vor Baubeginn der B 28

Antr
s. *Landesstraße 1361*
Drs 13/1967

Modellprojekt virtuelle Umgehungsstraße

Verkehrsbelastung der Gemeinden entlang des Neckar- und Ammertales, Stand der Ausbauplanung und Realisierung der B 464 und B 28; Initiierung eines o.g. Modellprojekts mit den parallel laufenden Bundesstraßen B 464 und B 28 zur Entlastung der Ortschaften Tübingen-Unterjesingen und Ammerbuch-Entringen, Abstufung der B 28 zwischen Tübingen und Herrenberg zur Landesstraße, Lenkung des Durchgangsverkehrs auf die B 464, Stärkung der Alternativen im öffentlichen Verkehr

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2010

Straßenbaumaßnahmen an der B 28 und der L 1361 in Ergenzingen

Festhalten am Zeitplan für den Bau der L 1361 Nagold-Ergenzingen trotz absehbarer Verzögerungen beim Bau der B 28, Ortsumfahrung Ergenzingen?

MdlAnfr
s. *Landesstraße 1361*
Drs 13/3056

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4828

Realisierung der B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen

Stand der Planung und Realisierung der einzelnen Abschnitte (mit Autobahnzubringer A 81), Stand der Diskussion über eine Privatfinanzierung der Baumaßnahme B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 16.02.2006 und Antw
IM Drs 13/5181

Dringlichkeit der Mittelbereitstellung des Bundes für die B 28 a, Realisierung der B 28 bei Ergenzingen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2277 2280 2281

Kritik an der Abstufung der B 28 bei Horb aus dem vordringlichen Bedarf im neuen Bundesverkehrswegeplan

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2774

Beurteilung der vom Bund geplanten Abstufung von Abschnitten der B 28 zu Landesstraßen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4065 4066

Bundesstraße 30

Ausbau und Sanierung der B 30 zwischen Biberach und Ravensburg und Regelungen des Umleitungsverkehrs

Begründung und Entscheidungsträger für die Durchleitung des Umleitungsverkehrs in beiden Richtungen durch Ortschaften wie z.B. infolge der o.g. Maßnahmen durch Hochdorf im Sommer 2005, weitere geplante Ausbauabschnitte und deren Umleitungen an der B 30, Art der Finanzierung sowie Mittelbereitstellung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

KlAnfr Dr. Walter Caroli SPD 25.08.2005 und Antw IM Drs 13/4617

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4644

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4939

Bundesstraße 31

Laufendes Planfeststellungsverfahren B 31 im Bereich der Stadt Titisee-Neustadt und Fortsetzungsbereich

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 21.06.2001 Drs 13/24
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 152

Fertigstellung der Ost-West-Verbindung B 31 im Bereich Freiburg-Kirchzarten

Verzögerung der Verkehrsübergabe durch Wassereinbrüche und Sanierungsarbeiten im neuen Straßentunnel, Art und Kosten der Nachbesserung von Sicherheitseinrichtungen, Frage nach der Verkehrsführung bei einem Ausfall des Tunnels, Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen im Freiburger Osten, insbes auch durch Ausweichverkehr nach Einführung der Lkw-Maut

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 09.08.2002 und Antw UVM
Drs 13/1252

B 31-Ost (neu) zwischen Kirchzarten und Kirche Maria Hilf in Freiburg im Zusammenhang mit dem privat vorfinanzierten Straßenbau dieser Maßnahme

Verifikation bzw Finanzierung von Mehrkostenforderungen der am o.g. Projekt beteiligten Baufirmen und Arbeitsgemeinschaften

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 10.10.2002 Drs

13/1369

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2002 2003

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans Drs 13/1681; hier: Ortsumfahrung Falkensteig B 31 Nr. 217 der Anmeldung des Landes

Bewertung der Vorstöße des Bürgermeisters der Gemeinde Buchenbach zur o.g. Ortsumgehung; Nachmeldung für den vorranglichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1783

Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg

Auflistung der für den vorranglichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr
s. *Bundesverkehrswegeplan*
Drs 13/1820

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Vorschlag einer Einbeziehung des o.g. Abschnitts in das Maut-Netz im Falle einer Zunahme des Vermeidungsverkehrs

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/2247

Lärmentwicklung entlang der B 31 Bereich Ebnet-Littenweiler-Waldsee und Kirchzarten-Bruckmühle

Verwirklichung der Lärmschutzmaßnahmen entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der B 31 Ost? Information der betroffenen Anwohner über die Ergebnisse der Lärm-messungen; Aufnahme und Konsequenzen der Beschwerden bei der Straßenbauverwaltung

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/3009

Finanzierungsvorbehalt beim Bau der Bundesstraße B 31 - Ortsumfahrung Umkirch

Gründe für die Mittelbereitstellung 2005 unter dem Vorbehalt von Lkw-Mauteinnahmen

MdlAnfr 4) Christoph Bayer SPD 03.12.2004 Drs 13/3827
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5765 5766

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81 im Nachgang zu den Aussagen des Umwelt- und Verkehrsministers in der 49. Plenarsitzung vom 17. Juli 2003

Frage nach belastbaren Daten über den verstärkten Lkw-Verkehr auf dem o.g. Streckenabschnitt nach Einführung der Lkw-Maut, Eintreten beim Bund für eine Mautpflicht

KlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4248

Verkehrsinfrastruktur in der Bodenseeregion; hier: Stand des Planfeststellungsverfahrens der B 31 neu, Ortsumfahrung Friedrichshafen, BA II B

Gründe für die große Verzögerung des Planfeststellungsbeschlusses; geplante Lärmschutzmaßnahmen und Anschlüsse in Immenstaad, Schnetzenhausen, Fischbach und Kluftern; Art und Kostenträger des Ausbaus des Riedleparktunnels in Friedrichshafen

KlAnfr Norbert Zeller SPD 12.05.2005 und Antw IM Drs 13/4340

B 31-West - Ortsumgehung Umkirch

Auswirkungen der Haushaltssperre auf das im Bau befindliche Projekt, Einleitung eines neuen Planfeststellungsverfahrens für den 2. Bauabschnitt

KlAnfr Christoph Bayer SPD 03.06.2005 und Antw IM Drs 13/4380

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Zahl von Verkehrstoten und Verletzten 2004 und 2005 auf der B 31 im Bodenseekreis; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallrisiken

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4862

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4939

Tunnel Falkensteig im Zuge der B 31-Baumaßnahme; hier: Planung einer Tunnelröhre als ersten Bauabschnitt

Planung und Bau von zunächst einer Tunnelröhre im Zuge der Umgehung des Ortsteils Falkensteig der Gemeinde Buchenbach, Frage nach vorbereitenden Maßnahmen des RegPräs Freiburg für eine solche vorgezogene Vorgehensweise bzw für das Gesamtprojekt mit zwei Tunnelröhren

MdlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 13/5092

Realisierung der B 31 in Umkirch

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2280

Bundesstraße 32

B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen (mit Autobahnzubringer A 81)

Planungsstand, Kosten und Zeitpunkt der Realisierung der einzelnen Abschnitte; Mitwirkung bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Projekts B 28, Ortsumgehung Horb, sowie der Maßnahme B 32, Neckarübergang östlich von Horb; Einschätzung der Kosten, Vorlage des Ergebnisses der Bewertung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 13/724

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. *Bauplanung*
Drs 13/5172

Realisierung der B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen

Stand der Planung und Realisierung der einzelnen Abschnitte (mit Autobahnzubringer A 81), Stand der Diskussion über eine Privatfinanzierung der Baumaßnahme B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

KlAnfr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 13/5181

Bundesstraße 33

Erhöhung der Mittel für den Ausbau der B 33 iRd neuen Bundesverkehrswegeplans

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3294 3297 3302

Bundesstraße 292

Fortgang des Ausbaus der Bundesstraße B 292 im Abschnitt der Ortsumfahrung Osterburken

Stand der Ausbaurbeiten, Bestandskraft der Planfeststellungsbeschlüsse, Vereinbarkeit des geplanten Trassenverlaufs mit der Ausweisung von FFH-Gebieten, Frage nach einer Abstimmung zwischen den zuständigen Ressorts sowie nach der angekündigten Ausschreibung der Talbrücke Kirnau

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 02.11.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3714
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03.2005 Drs 13/4277 S. 21
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Vermeidung von Mautschleichverkehr im Verlauf der B 292/Ortsdurchfahrt Östringen durch den Erlass von Verkehrsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild benachbarter BLänder

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 13.09.2005 und Antw IM Drs 13/4639

Bundesstraße 296

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. *Bauplanung*
Drs 13/5172

Bundesstraße 297

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rotenhar bis Ortsausgang Frickenhofen

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2108

Bundesstraße 311

Rückstufung von Bundesstraßen in den weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans durch den Bund

Fortführung begonnener Planungen im Falle der Rückstufung, wie z.B. der B 311 Sigmaringen-Mengen, oder Erstattung der angefallenen Planungskosten?

MdlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 13/2037

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4644

Bundesstraße 312

B 312 OU Stuttgart-Hedelfingen und Stuttgart-Riedenberg

Begründung der Neubewertung und Rückstufung des o.g. Vorhabens durch den Bund im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans trotz einer Verschärfung der Verkehrssituation, Zustandekommen der Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse und der Raumwirksamkeitsanalyse; Chancen einer Wiederaufnahme in den „Vordringlichen Bedarf“ nach Erklärung der Bereitschaft der Stadt Stuttgart zur Mitfinanzierung

KlAnfr Heiderose Bertho FDP/DVP 29.09.2003 und Antw UVM Drs 13/2460

Verhandlungen mit dem Bund über den Ausbau der B 312

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4070 4075

Dringlichkeit der Anbindung der B 312 an die B 10

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5199

Dringlichkeit der Anbindung der B 312 an die B 10

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7110

Bundesstraße 462

Wahrnehmung des Planungsrechts für die Verlegung der Bundesstraße B 462 in Baiersbrunn und Schwarzenberg

Überprüfung der kategorischen Ablehnung einer Planungsaufnahme für Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan der Kategorie „Neue Vorhaben mit Planungsrecht“, Bereitstellung von Planungsmitteln für die o.g. Verlegung bzw für die beiden Tunnel im Verlauf der B 462

KlAnfr Thomas Knapp SPD 12.05.2005 und Antw IM Drs 13/4343

Bundesstraße 463

Verkehrsentlastung der Kurstadt Bad Liebenzell - kein Thema für die BReg?

Anmeldung der Ortsumfahrung im Zuge der B 463 für den vordringlichen Bedarf und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister aus dem Bedarfsplan

KlAnfr
s. *Bad Liebenzell*
Drs 13/1928

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsiab, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des Fernstraßen-ausbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4881

Bundesstraße 464

Modellprojekt virtuelle Umgehungsstraße

Verkehrsbelastung der Gemeinden entlang des Neckar- und Ammertales, Stand der Ausbauplanung und Realisierung der B 464 und B 28; Initiierung eines o.g. Modellprojekts mit den parallel laufenden Bundesstraßen B 464 und B 28 zur Entlastung der Ortschaften Tübingen-Unterjesingen und Ammerbuch-Entringen, Abstufung der B 28 zwischen Tübingen und Herrenberg zur Landesstraße, Lenkung des Durchgangsverkehrs auf die B 464, Stärkung der Alternativen im öffentlichen Verkehr

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2010

Dringlichkeit des Ausbaus der B 464 zwischen Renningen und Sindelfingen zur Entlastung der A 8 und A 81

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5200

Dringlichkeit des Ausbaus der B 464 zwischen Renningen und Sindelfingen zur Entlastung der A 8 und A 81

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6058

Bundesstraße 535

Baubeginn B 535 Schwetzingen/Plankstadt

Zeitpunkt der Finanzierungszusage des Bundes sowie der Ausschreibung und Auftragsvergabe eines ersten Bauabschnitts durch Landesbehörden, Frage nach dem Abschluss der vergebene Arbeiten sowie der weiteren Finanzierung

KlAnfr Boris Palmer u.a. GRÜNE 27.02.2002 und Antw UVM Drs 13/799

Bundestagswahl

Entwicklung der Größe der Landtagswahlkreise in BW

Jeweilige Zahl von Wahlberechtigten bei Umrechnung der Wahlberechtigtenzahl der Bundestagswahl 2005, Darstellung des Durchschnittswerts und der einzelnen Abweichungen sowie der Entwicklung bei den zuletzt geänderten elf Wahlkreisen im Ver-

gleich der umgerechneten Wahlberechtigtenzahlen der Europawahl 2004 und der Bundestagswahl 2005

Antr
s. *Wahlkreis*
Drs 13/4834

Bewertung der Aussagen der Regierungskoalition zur finanzpolitischen und wirtschaftlichen Lage vor der Bundestagswahl, Vorwurf einer fehlenden Gegenfinanzierung der Versprechen der Union

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111 2113 2116 2118 2119 2123 2124 2126 2128 2129 2136

Ankündigung von vorgezogenen Bundestagswahlen durch den Bundeskanzler nach der Wahlniederlage in NRW, Beurteilung der Begründung und Vorgehensweise

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6539-6546 6549-6554

Hinweis auf die vorgezogenen Bundestagswahlen im September, Ermöglichung der Verbindung mit Bürgermeisterwahlen durch rechtzeitige Verabschiedung des GesEntw zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6799 6800 6805 6813 6815 6819

Begründung des Bundespräsidenten zur Auflösung des Bundestags und Ansetzung von Neuwahlen; Kritik an der Benutzung des Landtags zu Wahlkampfdebatten; Ankündigung unpopulärer Maßnahmen vor der Wahl

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6970 6971 6978-6980

Bundesverdienstkreuz

s. *Orden (Auszeichnung)*

Bundesverfassungsgericht

s.a. *Staatsgerichtshof*

Schreiben des BVerfG vom 15.11.2001, Az.: 1 BvR 525/99 - Verfassungsbeschwerde des Herrn Dr. W.W. aus R. gegen Entscheidungen von Berufsgerichten für Ärzte wegen Führung der Gebietsbezeichnung „Allgemeinmedizin“ neben anderen Gebietsbezeichnungen (§ 39 Abs 3 Heilberufe-KammerGes)

s. *Arzt*
PIPr 13/14 S. 635

Schreiben des BVerfG vom 14.12.2001, Az.: 2 BvE 2/01 - Organstreitverfahren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Mitglieder im Parteispendenuntersuchungsausschuss gegen den Parteispendenuntersuchungsausschuss wegen Beweiserhebung

s. *Untersuchungsausschuss*
PIPr 13/17 S. 833

Schreiben des BVerfG vom 16.01.2002, Az.: 2 BvK 1/01 - Organstreitverfahren der LReg Schleswig-Holstein gegen Mitglieder des Bildungsausschusses des Ltg Schleswig-Holstein wegen Aktenvorlage

s. *Schleswig-Holstein*
PIPr 13/17 S. 833

Fünfter NPD-V-Mann aus BW

Zitate von Aussagen eines für den Verfassungsschutz tätigen V-Mannes in der Antragsschrift des BRats zum NPD-Verbotsverfahren, Frage nach weiteren Aussagen von aktuellen

oder ehemaligen V-Leuten, Bedeutung für das weitere Verfahren beim BVerfG

KlAnfr
s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
Drs 13/732

Bestreben eines Verfahrens der LReg gegen das Ges zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern bzw sein Zustandekommen

Verzicht auf den Beitritt zu einer Klage anderer BLänder vor dem BVerfG

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1164

Schreiben des BVerfG vom 15.10.2002, Az.: 2 BvF 2/02 - Normenkontrollantrag der Länder Thüringen, Bayern und Sachsen betr Fünftes Ges zur Änd des HochschulrahmenGes und anderer Vorschriften

s. *Hochschulrahmengesetz*
PIPr 13/33 S. 2031

Auswirkungen des Urteils des BVerfG über die Zulässigkeit staatlicher Verbraucherinformation auf die Informationspolitik der LReg

Konsequenzen aus der o.g. Entscheidung für eine Verbesserung des vorsorgenden Verbraucherschutzes, Novellierung des Ges zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes, Ermöglichung einer Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/1515

Konsequenzen der LReg aus dem so genannten „Kopftuch-Urteil“ des BVerfG

Vorlage eines geeigneten GesEntw

Antr
s. *Textilien*
Drs 13/2466

Schreiben des BVerfG vom 02.09.2003, Az.: 2 BvF 1/03 - Normenkontrollantrag der Länder BW, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt betreffend Sechstes Ges zur Änd des HochschulrahmenGes

s. *Hochschulrahmengesetz*
PIPr 13/50 S. 3451

Schreiben des BVerfG vom 27.11.2003 - Organstreitverfahren des MdL Benker gegen den Schleswig-Holsteinischen Ltg betr „Schleswig-Holsteinische Abgeordnetenentschädigung“

s. *Diäten*
PIPr 13/59 S. 4144

Schreiben des BVerfG vom 08.09.2004 - Normenkontrollverfahren auf Antrag von 33 Abg des schleswig-holsteinischen Ltg gegen das schleswig-holsteinische HaushaltsGes 2003

s. *Haushaltsrecht*
PIPr 13/76 S. 5322

Berufung zum Bundesverfassungsgericht

Verfahrensstand der BRatsinitiative zur Änd des Richterwahl-Ges von 2001, Festhalten an den darin enthaltenen Forderungen

gen? Einbeziehung der Richterwahl zum BVerfG? Gründe für das Scheitern der von der LReg vorgeschlagenen Berufung eines Tübinger Verfassungsrichtlers zum Richter am BVerfG im BRat

Antr
s. *Richterwahl*
Drs 13/4619

Schreiben des BVerfG vom 01.02.2006, Az.: 1 BvR 650/03 (Eingegangen am 20.02.2006) - Verfassungsbeschwerde gegen 2 Urteile des AG und des LG Ulm, 3 Beschlüsse des BGH und mittelbar gegen § 7 b Abs 1 des NachbarrechtsGes für BW

s. *Nachbarrecht*
PIPr 13/108 S. 7869

Bundesverkehrswegeplan

Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW

Mittelzuweisungen des Bundes seit 1994 und bis 2003 für Neubaumaßnahmen, Erhaltung und Unterhalt von Autobahnen, Bundesstraßen und den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Vergleich mit den ursprünglich vorgesehenen Investitionen für den BFernstraßenbau nach dem BVerkehrswegeplan; Darlegung der entsprechenden Investitionen des Landes für die Landesstraßen; Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/583

Entwicklung der Schienenverkehrsleistungen in BW

Anteil der Mittel aus dem Investitionsprogramm nach dem BVerkehrswegeplan; Umsetzung von planfestgestellten Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/716

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Vorrangige Verkehrsprojekte zur Anmeldung für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Realisierung von Vorhaben im Landesstraßenbau seit 1993 und bis 2007, Darlegung der dringlichen Infrastrukturprojekte im grenzüberschreitenden Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Berücksichtigung der Autobahn A 98/A 861 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Benennung der Priorität der einzelnen Bauabschnitte der A 98 untereinander sowie in Relation zu anderen angemeldeten Fernstraßenprojekten, Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für den Abschnitt Karsau-Murg, Gründe für die Anmeldung des Abschnitts Hauenstein-Tiengen zum vierspurigen Ausbau, Vergabe der Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsvariante um Waldshut, zusätzliche Kosten für eine zweite Tunnelröhre „Nollinger Berg“, Finanzierung und Fertigstellung der Rheinbrücke im Zuge der A 861

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/1392

Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Aufstufung von Landesstraßen zu Bundesstraßen

Verhandlungsstand der o.g. Bereinigung in der Straßenklassifikation im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Darlegung der betroffenen Straßen und Abschnitte, der jeweiligen Bedingungen und Kostenwirkungen sowie Zeitperspektiven

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1607

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturprojekten durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Darlegung der Entscheidungskriterien und Priorität der vorgeschlagenen Maßnahmen bzw der von der Straßenbauverwaltung den jeweils angemeldeten Fernstraßenbauprojekten zugeordneten Bewertungsziffern

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1681

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans Drs 13/1681; hier: Ortsumfahrung Falkensteig B 31 Nr. 217 der Anmeldung des Landes

Bewertung der Vorstöße des Bürgermeisters der Gemeinde Buchenbach zur o.g. Ortsumgehung; Nachmeldung für den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan

KIAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1783

Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg

Auflistung der für den vordringlichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr GRÜNE 20.02.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1820
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2768-2782

Benennung von Trassenführungen seitens des UVM iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes für die B 27 im Abschnitt des Stadtgebietes Tübingen

Gründe für die Benennung einer im Widerspruch zu einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats stehenden Trasse für die B 27 Ortsumfahrung Tübingen

KIAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 13/1838

Berücksichtigung regionaler Besonderheiten im Straßenbau

Berücksichtigung der Mittelgebirgs-Topographie und Siedlungsstruktur bei Planung und Bau von Bundesfernstraßen und Landesstraßen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/1916

Verkehrsentlastung der Kurstadt Bad Liebenzell - kein Thema für die BReg?

Anmeldung der Ortsumfahrung im Zuge der B 463 für den vordringlichen Bedarf und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister aus dem Bedarfsplan

KlAnfr
s. *Bad Liebenzell*
Drs 13/1928

Stau, Ruß und Dreck - kein Thema für die BReg? Ausbau der BAB A 6 und Umgehungsstraße Gaildorf

Anmeldung o.g. Maßnahmen für den vordringlichen Bedarf zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/1943

Rückstufung von Bundesstraßen in den weiteren Bedarf des Bundesverkehrswegeplans durch den Bund

Fortführung begonnener Planungen im Falle der Rückstufung, wie z.B. der B 311 Sigmaringen-Mengen, oder Erstattung der angefallenen Planungskosten?

MdlAnfr
s. *Bundesstraße*
Drs 13/2037

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarken und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/2102

Planfeststellungsverfahren im Bundesstraßenbau

Kriterien für die Auswahl von Fernstraßenprojekten zur Durchführung von Planfeststellungsverfahren, Blockade von Projekten mit einem günstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans durch die hohe Zahl planfestgestellter Vorhaben

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2106

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003

Im BVerkehrswegeplan enthaltene BFernstraßenprojekte und Investitionssummen bzw vom Land angemeldete zusätzliche Projekte, notwendige und verfügbare Mittel für den Neu- und Ausbau von BFernstraßen von 1995-2012 bzw zur Fortführung begonnener Maßnahmen, Vermeidung des Außerkrafttretens von Planfeststellungsbeschlüssen durch mögliche Fristverlängerung sowie Baubeginn trotz Unterfinanzierung, Auflistung der entsprechenden Projekte

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 28.05.2003 und Stel-

lungnahme UVM Drs 13/2114

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Modernisierung sowie Schleusenerweiterung der Bundeswasserstraße Neckar iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 13/2243

Bundesfernstraßenbau

Höhe des Etatansatzes im Bundeshaushalt für die Mittelzuweisung an das Land zum Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen, Höhe der notwendigen Zuweisungen zur Realisierung des vordringlichen Bedarfs nach dem neuen Bundesverkehrswegeplan

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2447

B 312 OU Stuttgart-Hedelfingen und Stuttgart-Riedenberg

Begründung der Neubewertung und Rückstufung des o.g. Vorhabens durch den Bund im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans trotz einer Verschärfung der Verkehrssituation, Zustandekommen der Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse und der Raumwirksamkeitsanalyse; Chancen einer Wiederaufnahme in den „Vordringlichen Bedarf“ nach Erklärung der Bereitschaft der Stadt Stuttgart zur Mitfinanzierung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 312*
Drs 13/2460

Finanzierungsprobleme im Bundesfernstraßenbau in BW durch die Verzögerung der Einführung der Maut

Höhe und Auswirkungen der Einnahmeausfälle, Darstellung der betroffenen begonnenen und vorgesehenen Projekte, Auswirkungen auf die Ausschreibungspraxis im Bundesfernstraßenbau und die Umsetzung des neuen Bundesverkehrswegeplans, Beurteilung des Überbrückungsvorschlags durch Kredite von der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2799

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Beurteilung der sich abzeichnenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans zur Beseitigung von Engpässen und zur Entflechtung im Personen- und Güterschienenverkehr

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3321

Weitere Planung für Straßenverkehrsprojekte im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht (WB)“ aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) in BW; hier: Planfeststellungsverfahren B 3 neu, Ortsumgehung (OU) Kuppenheim (LKreis Rastatt)*

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3827

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und

Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Wahrnehmung des Planungsrechts für die Verlegung der Bundesstraße B 462 in Baiersbronn und Schwarzenberg
Überprüfung der kategorischen Ablehnung einer Planungsaufnahme für Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan der Kategorie „Neue Vorhaben mit Planungsrecht“, Bereitstellung von Planungsmitteln für die o.g. Verlegung bzw für die beiden Tunnel im Verlauf der B 462

KlAnfr
s. *Bundesstraße 462*
Drs 13/4343

Mittelausstattung im Bundesfernstraßenbau
Höhe der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Bundesfernstraßenprojekte in den Jahren seit 2001

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5172

Unterfinanzierung des BVerkehrswegeplans, Finanzierung des Zukunftsinvestitionsprogramms für den BFernstraßenbau aus den UMTS-Erlösen, Festlegung der Prioritäten von planfestgestellten Maßnahmen im Land
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 662-664 668-672 674 675

Feststellung einer unbefriedigenden Kooperation zwischen Bund und Ländern bei der Prioritätensetzung im neuen Bundesverkehrswegeplan
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1031 1034

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Bewertung der Bypass- und Durchfahrungsvariante für die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1601-1604

Kritik an den Anmeldungen des Landes für den neuen Bundesverkehrswegeplan ohne Prioritätensetzung
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2644 2645 2654

Begrüßung der Aufnahme aller wichtigen Schienen- und Straßenverkehrsprojekte in der Bodenseeregion im neuen Bundesverkehrswegeplan
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3294 3297 3298 3302

Bedienung des Landes im Bundesverkehrswegeplan unter den Regierungen Kohl und Schröder
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3611

Bedienung des Landes im alten und neuen Bundesverkehrswegeplan, Notwendigkeit einer Erhöhung der Investitionsmittel zur Umsetzung der Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6817

Berücksichtigung der Topografie des Landes bei der Vergabe von Mitteln aus dem Bundesverkehrswegeplan
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7391

Bundesversammlung

Wahl der Mitglieder zur 12. Bundesversammlung
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4629 4690-4696

Bundesversicherungsanstalt für Angestellte

Feststellung von veralteten und unbeweglichen Strukturen bei der BfA im Vergleich zur LVA
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1626

Bundesvertriebenengesetz

s. *Vertriebener*

Bundesverwaltungsgericht

s.a. *Verwaltungsgericht*

Bewertung der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts zur Sache F. L.

Wahrung der im Grundgesetz verbürgten weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates; Verbot der Bekundung eines individuellen, religiösen Bekenntnisses durch Lehrkräfte im Unterricht; Gleichbehandlung des Tragens religiös motivierter Kleidung wie Nonnenhabit, Kopftuch, Kippa oder das Kreuz am Revers als Konsequenz auf die o.g. Urteilsbegründung; Notwendigkeit einer erneuten Novellierung von § 38 SchulGes

Antr
s. *Textilien*
Drs 13/3679

Bundeswasserstraße

s. *Wasserstraße*

Bundeswehr

s.a. *Bundeswehrkrankenhaus*
s.a. *Militärgeschichte*
s.a. *Militärische Anlage*
s.a. *Soldat*
s.a. *Zivildienst*

Aktivitäten der LReg im Zuge der Konversion der zur Schließung anstehenden Bundeswehrstandorte im Land

Ergebnisse der Einbeziehung des MinPräs durch den BVerteidigungsminister in der Entscheidungsphase zur Schließung von Standorten; Einrichtung einer befristeten Konversionsstelle beim WM sowie eines Konversionsprogramms für die betroffenen Standortgemeinden; Förderung der Infrastruktur, der erneuerbaren Energien und des Mittelstands; Prüfung einer Aufnahme von besonders betroffenen Gemeinden in strukturschwachen Gebieten in die EFRE-Förderung der EU

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3732

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis
Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obrigheim und Buchen

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3734

Gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr am Stuttgarter Flughafen

Rechtsgrundlage, Zielsetzung und Ablauf der o.g. Übung (mit einer simulierten Geiselnahme); Zahl und Vorbereitung der eingesetzten Beamten des Sondereinsatzkommandos und der Bereitschaftspolizei; Darlegung der Vorfälle und Konsequenzen; Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel? Frage nach Videoaufnahmen und Forderungen von Beteiligten nach Löschung der Aufnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3838

Schließung von Bundeswehrstandorten in BW, Ruf nach Konversionsmaßnahmen des Bundes

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 105 106

Würdigung des Beitrags der Bundeswehr zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit, Ablehnung von Einsätzen im Innern, Notwendigkeit einer Stärkung der Bundeswehr

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 367 368 377-379 381 382

Ringens um Zustimmung der Grünen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 571 572

Einsatz der Bundeswehr in Katastrophenfällen, Verbesserung der Zusammenarbeit mit den zivilen Diensten

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3137

Begründung der Schließung von Bundeswehrstandorten mit Sparzwängen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3394

Ablehnung des Vorschlags der Union zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4628

Bemühungen um den Erhalt von Bundeswehrstandorten im ländlichen Raum

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136

Unterstützung der vom Rückzug der Bundeswehr betroffenen Standortgemeinden, Ruf nach Konversionsmaßnahmen des Bundes

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Ablehnung des Einsatzes der Bundeswehr zur Terrorismusbekämpfung im Inneren

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7005

Bundeswehrkrankenhaus

Neubau der Chirurgie des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg

Gründe des MinPräs für den Stopp des o.g. Projekts im Kabinett, Ergebnisse der beauftragten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Chirurgie der Universität und dem Bundeswehrkrankenhaus

MdlAnfr
s. *Chirurgie*

Drs 13/3827

Burladingen

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/4860

Burschenschaft

s. *Studentische Verbindung*

Burundi

Menschenrechtsverletzungen in Burundi - Friedliche demokratische Entwicklung des Partnerlandes stärken

Entwicklung der Sicherheitslage zwischen den verfeindeten Ethnien der Hutu und Tutsi nach Unterzeichnung des Friedensabkommens von Arusha/Tansania im August 2000, Situation der Flüchtlinge, Unterstützung von humanitären Projekten, Einflussnahme auf die Übergangsregierungen; Wiederbelebung der Partnerschaft zwischen Burundi und BW

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 17.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2116
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 15 16
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/4085

Entwicklungspartnerschaft in BW mit einem Land Afrikas

Ergebnisse der o.g. Prüfung in Ausführung des Landtagsbeschlusses unter Einbeziehung von Organisationen der Entwicklungshilfe und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit, Frage nach der Eignung von Burundi bzw der Fortführung der dort wegen der Bürgerkriegssituation eingestellten Hilfsprojekte

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4556

Bus

s. *Omnibus*

Busfahrer

s. *Kraftfahrer*

Business Improvement Districts

„Business Improvement Districts“ (BID)

Förderung der aus den USA kommenden Methode zur Revitalisierung und Stärkung von innerstädtischen Geschäftsbereichen, Initiierung und Begleitung entsprechender Modellprojekte in den Städten und Gemeinden des Landes

KlAnfr Jörg Döpfer CDU 12.03.2004 und Antw WM Drs 13/3005

Bußgeld

s. Geldbuße

Buttenhausen, Ortsteil

s. Münsingen

BVerwG

s. Bundesverwaltungsgericht

BVJ

s. Berufsvorbereitung

BW-Bank

s. Baden-Württembergische Bank

BW-Ticket

s. Fahrausweis

Calw

Unterrichtsvorsorgung und Ganztagsbetreuung im LKreiss Calw
Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald
Maßnahmen zur Entlastung der Städte Calw und Freudenstadt sowie der Tourismusgemeinden Baiersbronn und Bad Liebenzell vom Durchgangsverkehr

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Kindergärten und Kindertagesstätten im LKreiss Calw

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2004; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/4685

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreisses für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. *Bauplanung*
Drs 13/5172

Herzkatheter-Messplatz am Kreiskrankenhaus Calw

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer Kostenübernahme o.g. Untersuchungen durch die Krankenkassen; Hinwirkung auf eine Übernahme der Kosten

KlAnfr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/5202

Zuweisungen und Zuschüsse an die Kommunen im LKreiss Calw

Entwicklung o.g. Zuschüsse, Höhe der Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse A und B sowie aus dem Kommunalen Investitionsfonds jeweils differenziert nach Ressortzuständigkeit, Umfang der pauschalen Investitionszuweisungen

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/5225

Calw, Landkreis

Unterrichtsvorsorgung und Ganztagsbetreuung im LKreiss Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Zuweisungen im LKreiss Calw, Freudenstadt und Enzkreis

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2001

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/1285

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreiss Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1886

Unterrichtsvorsorgung im LKreiss Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht,

Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2091

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, gestellte und bewilligte Anträge auf GVFG-Maßnahmen, Stand der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts von den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/3975

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Kindergärten und Kindertagesstätten im LKreis Calw

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2004; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr
s. *Kindergarten*

Drs 13/4685

Herzkatheter-Messplatz am Kreiskrankenhaus Calw

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer Kostenübernahme o.g. Untersuchungen durch die Krankenkassen; Hinwirkung auf eine Übernahme der Kosten

KlAnfr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/5202

Zuweisungen und Zuschüsse an die Kommunen im LKreis Calw

Entwicklung o.g. Zuschüsse, Höhe der Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse A und B sowie aus dem Kommunalen Investitionsfonds jeweils differenziert nach Ressortzuständigkeit, Umfang der pauschalen Investitionszuweisungen

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/5225

Unterrichtsausfall an den beruflichen Schulen im LKreis Calw

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6290 6292 6298

Cannabiskonsum

s. *Betäubungsmittel*

Cannstatter Volksfest

Lebensmittelkontrolle auf dem Cannstatter Volksfest

Intensität und Ergebnisse der o.g. Kontrollen im Vergleich zu den Vorjahren

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4720

Caroli, Walter Dr. MdL SPD

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Dr. Walter Caroli durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Carport

s. *Parkplatz*

CDU

s. *Christlich Demokratische Union Deutschlands*

Chemie

s.a. *Chemieunfall*
s.a. *Chemikalie*

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/4951

Chemieunfall

s.a. *Umweltschaden*

Chemieunfälle am Oberrhein

Maßnahmen und Investitionen der Chemieindustrie seit 1986 zur Verhinderung neuer Unfälle am Rhein und seinem Einzugsgebiet, Maßnahmen iRd Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins und iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 10.02.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2904
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 26 27
 PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Chemikalie

s.a. *Altlasten*

s.a. *Chemieunfall*

s.a. *Gefährlicher Stoff*

s.a. *Pflanzenbehandlungsmittel*

s.a. *Reinigungsmittel*

s.a. *Schadstoff*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
 Vorschlagspaket zur Neuausrichtung des europäischen Chemikalienrechts

Mittlg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 13/2654

Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates zur Neuausrichtung des europäischen Chemikalienrechts KOM (2003) 644 vom 29.10.2003

Auswirkungen der o.g. VO auf Kosten, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit der chemischen Industrie; Befürchtung von Produktionsverlagerungen ins außereuropäische Ausland; Darlegung der Position des Landes im BRat

Antr Beate Fauser u.a. FDP/DVP 10.12.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2719
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/2971 (15 S.)
 PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4568-4578

VO des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) und ihre Auswirkungen auf BW

Auswirkungen auf die betroffenen Unternehmen und Verbraucher; Position der LReg gegenüber der EU-Ebene im weiteren Verfahren

Antr SPD 16.12.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2742
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/2971 (15 S.)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten für Überwachungsmaßnahmen nach dem WaschmittelGes; Änd der ChemikalienGes- und der Biostoff-ZuständigkeitsVO

GesEntw
 s. *Verwaltungsreform*
 Drs 13/3201

Chemikalienrecht

s. *Chemikalie*

Chemische Industrie

s.a. *Chemieunfall*

s.a. *Laboratorium*

s.a. *Mineralölunternehmen*

s.a. *Pharmazeutische Industrie*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
 Vorschlagspaket zur Neuausrichtung des europäischen Chemikalienrechts

Mittlg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 13/2654

Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates zur Neuausrichtung des europäischen Chemikalienrechts KOM (2003) 644 vom 29.10.2003

Auswirkungen der o.g. VO auf Kosten, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzsicherheit der chemischen Industrie; Befürchtung von Produktionsverlagerungen ins außereuropäische Ausland; Darlegung der Position des Landes im BRat

Antr
 s. *Chemikalie*
 Drs 13/2719

Förderung der Gentechnik durch die LReg

Bewertung einer britischen Studie zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzensorten; Stellenwert der genetischen Veränderung von Lebensmitteln in verschiedenen Programmen; Kosten und Finanzierungsanteil der LStiftung und der chemischen Industrie beim Projekt „BioLab“; Art der Projekte und Kostenträger der Landesgesellschaft BIOPRO und der Biotechnologie-Offensive; ausgewogene Darstellung der Chancen und Risiken der Gentechnik im Projekt „BioLab“; Verzicht auf den Mitteleinsatz der LStiftung für versteckte Nachwuchswerbung bestimmter Industriezweige sowie auf die weitere Förderung der Erforschung gentechnisch veränderter Mikroorganismen

Antr
 s. *Gentechnologie*
 Drs 13/2723

VO des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) und ihre Auswirkungen auf BW

Auswirkungen auf die betroffenen Unternehmen und Verbraucher; Position der LReg gegenüber der EU-Ebene im weiteren Verfahren

Antr
 s. *Chemikalie*
 Drs 13/2742

Chemieunfälle am Oberrhein

Maßnahmen und Investitionen der Chemieindustrie seit 1986 zur Verhinderung neuer Unfälle am Rhein und seinem Einzugsgebiet, Maßnahmen iRd Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins und iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr
 s. *Chemieunfall*
 Drs 13/2904

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen
Entwicklung des Anteils von Öl am Energiebedarf der (chemischen) Industrie seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen über die stoffliche Verwertung von Biomasse zur Ersetzung von Rohöl als Grundsubstanz der chemischen Industrie

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Appell an die chemische Industrie zur Beantragung einer Verlängerung der Zulassung für Pflanzenschutzmittel, Kritik an der Preisgestaltung für Mittel hierzulande

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 651 653 659

Belastung der chemischen Industrie durch die Regulierungswut der EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3313

Auslandsverlagerung der gentechnischen Forschung durch die chemische Industrie aufgrund der restriktiven Rahmenbedingungen hierzulande

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7459

Chemisches Labor

s. *Laboratorium*

Chemisches Produkt

s. *Chemikalie*

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt

s. *Chemisches Untersuchungsamt*

Chemisches Untersuchungsamt

s.a. *Laboratorium*

Beschaffungswesen und Ausschreibungen im Zuständigkeitsbereich des MLR

Beschaffungspraxis der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter seit 1998

MdlAnfr 7) Gerd Teßmer SPD 16.07.2001 Drs 13/62
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 310

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 15) - Beschaffungswesen und Gebühren

Neuordnung des Beschaffungswesens der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter, Novellierung der dort geltenden Gebührenordnungen

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 XI. S. 4
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1193

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und

Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/1084

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnelleres Verbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3062

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3980

Neuorganisation der amtlichen Lebensmittelüberwachung mit den vier Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440 441

Leistungsfähigkeit der chemischen Untersuchungsämter

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1659

Leistungsfähigkeit der chemischen Untersuchungsämter

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1865 1877

Zusammenarbeit der Veterinärmediziner mit den chemischen Untersuchungsämtern

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7462

China

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr
s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/1787

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Bedeutung und Förderung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur; Unterstützung des Austauschs von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden; Engagement von Unternehmen in China sowie von chinesischen Wirtschaftsunternehmen in BW

Antr

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Drs 13/2553

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Drs 13/2679

Schaffung integrierter Studiengänge an Hochschulen in BW und China

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten zur weiteren Intensivierung der bestehenden Partnerschaften und Austauschbeziehungen, Frage nach vorhandenen grundsätzlichen Voraussetzungen und geeigneten inhaltlichen Bereichen

Antr

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Drs 13/2757

Vergabepaxis im Geschäftsbereich des StM im Zusammenhang mit der Imagekampagne

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Organisation der Kompetenzen im StM für Aufträge im Zusammenhang mit der Werbekampagne, Vereinbarkeit der Vorgehensweise mit den Bestimmungen über die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand; Einholung von Angeboten heimischer (Textil-)Hersteller vor künftigen Auftragsvergaben

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 13/3481

Image-Kampagne des Landes: „Wir können alles außer Hochdeutsch“; hier: Herstellung von T-Shirts in BW

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Werbebotschaft; Gründe für den Verzicht auf Einholung eines Angebots der Firma Trigema; Berücksichtigung von heimischen Produzenten bei der künftigen Beschaffung von Werbemitteln und Werbefilmen

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 13/3483

Wirtschafts- und Handelskontakte des Landes mit der Volksrepublik China (VR China)

Darlegung der bestehenden und geplanten Kontakte bzw der gegenseitigen Besuche von Wirtschaftsdelegationen und deren Ergebnisse, Frage nach Repräsentanten von Institutionen des Landes in China mit dem Ziel der Werbung um Betriebsansiedlungen und Investitionen in BW

KIAnfr Roland Weiß SPD 24.02.2006 und Antw WM Drs 13/5201 (11 S.)

Bewertung der Sicherheit der Kernkraftwerke in China, Anstrengung von 100 neuen KKW; Erinnerung an die Chinareise des Landwirtschaftsministers

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3183 3184 3195 3196

Hinweis auf die Planung von 100 neuen Kernkraftwerken in China

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3466

Ausmaß der CO₂-Emissionen in China

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735

Bedeutung der regelmäßigen Reisen von Wirtschaftsdelegationen in die chinesischen Partnerprovinzen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5477 5479

Kritik am Import von T-Shirts aus China für die Werbekampagne der LReg; Vorbildcharakter der baden-württembergischen Berufsakademien für China

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6510 6511 6529 6532

Entwicklung des Ölverbrauchs in China seit 2003, Preissteigerungen durch die steigende Nachfrage und abnehmenden Ressourcen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026 7028 7030

Anstieg der Ölpreise durch den Energiebedarf Chinas, Einschätzung der Zunahme des Fahrzeugaufkommens in China

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042 7044 7046 7047 7049

Verweisung auf eine Wachstumsrate von 10 % in China

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7144

Bestrebungen in China zur Deckung von 15 % des Energiebedarfs durch regenerative Energien

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7293 7301

Anstieg der Ölpreise durch den Energiebedarf Chinas, Verweisung auf den massiven Einkauf von Uran und Öl

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7700

Abhängigkeit Chinas von der Kernenergie, Verweisung auf die Verlagerung von Innovationen und Produktionen nach China

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7886 7888 7889

Chipkarte für Patienten

s. *Versicherungsunterlagen*

Chirurgie*Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg*

Konkretisierung der Pläne zur Verlegung des Vollzugskrankenhauses und Erweiterung der sozialtherapeutischen Anstalt, kulturelle Nutzung des Kellereigebäudes; Darstellung des Sanierungsbedarfs und der damit verbundenen Kosten; Gründe und Folgen der Schließung des nach dem Stand der Technik ausgestatteten Operationssaals zum 01.10.2001, Zahl der seit 1990 vorgenommenen operativen Eingriffe, Übernahme von den nun zuständigen Krankenhäusern, Art der Verwendung des freigesetzten Personals

Antr
s. *Vollzugskrankenhäuser*
Drs 13/575

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen

Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG; Begründung, bauliche Maßnahmen und Kosten einer Verlagerung der Chirurgie und Gynäkologie von Kirchheim nach Nürtingen; Auswirkungen auf die von den Aidlinger Schwestern betriebenen Krankenpflegeschule am Kirchheimer Krankenhaus

KlAnfr
s. *Krankenhäuser*
Drs 13/1708

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KlAnfr
s. *Öffentliches Bauvorhaben*
Drs 13/1745

Ausscheiden des Ärztlichen Direktors der Chirurgischen Universitätsklinik Tübingen

Begründung des vorzeitigen Ausscheidens zum 31.03.2004 sowie der ggf vereinbarten Abfindung; Höhe, Rechtsgrundlage, Finanzierungsquelle und Zweck einer solchen Zahlung - evtl auf der Grundlage entgangener Erlöse aus Privatliquidation

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/2486

Finanzielle und terminliche Verbindlichkeit für den Neubau der Chirurgischen Klinik an der Universität Ulm

Übereinstimmung der am 22.07.2004 in Ulm dargestellten o.g. Eckpunkte mit der Beschlusslage im Ministerrat? Bestätigung als Arbeits- und Orientierungsgrundlage der LReg für die weiteren Planungsschritte? Frage nach der Schließung der vorhandenen Finanzierungslücke

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 23.07.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3427
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 51
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Suspendierung des Unfallchirurgen der Universitätsklinik Freiburg F.

Höhe der bisherigen und evtl noch anfallenden Bezüge und Pensionsansprüche des ehemaligen ärztlichen Direktors der Unfallchirurgie und Inhabers des Lehrstuhls für Unfallchirurgie an der Universitätsklinik Freiburg seit seiner Beurlaubung im Mai 2000, derzeitiger Stand und angestrebtes Ergebnis des Disziplinarverfahrens, notwendige und vorliegende Grundlagen für eine Suspendierung und ein Berufsverbot, Frage nach einer Klage des Betroffenen gegen die Universitätsklinik Freiburg wegen entgangenen Einnahmen aus der Privatliquidation

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/3735

Neubau der Chirurgie des Universitätsklinikums Ulm am Obere Eselsberg

Gründe des MinPräs für den Stopp des o.g. Projekts im Kabinett, Ergebnisse der beauftragten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Chirurgie der Universität und dem Bundeswehrkrankenhaus

MdlAnfr 1) Thomas Oelmayer GRÜNE 01.12.2004 Drs 13/3827
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5762 5763

Aufhebung des Kabinettsbeschlusses zum Stopp des Neubaus der Chirurgie im Universitätsklinikum Ulm

Herbeiführung einer neuen, positiven Entscheidung auf der Grundlage der damaligen Kabinettsvorlage

Antr SPD 02.12.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3828

Neubau der Chirurgie am Universitätsklinikum Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des o.g. Vorhabens

KlAnfr Martin Rivoir SPD 02.05.2006 und Antw FM Drs 13/5235

Neubau der Universitätsklinik für Chirurgie in Ulm, Stopp der Zusage des CDU-Fraktionsvorsitzenden durch den MinPräs im Kabinett

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5593

Vorschlag des RH zur Zusammenlegung der Abteilungen Chirurgie und Innere Medizin im Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7852

Chlormequat

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Christbaum

s. *Weihnachtsbaum*

Christentum

Zentrale Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit in Karlsruhe am 03.03.2002; Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille; Abwesenheit der LReg

Begründung der Abwesenheit des MinPräs, von Kabinettsmitgliedern und parlamentarischen Repräsentanten der Regierungsfractionen; Beurteilung der Gefahr der Brückierung von Veranstaltungen und Gästen der christlich-jüdischen Woche

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 13/815

Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim
Konzeption, Betreuung und bisherige Finanzierung der o.g. Ausstellung; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1213

Neubewertung der Stellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Staatssekretär Sieber, dem Biberacher Landrat und der Laupheimer Bürgermeisterin; Erarbeitung einer Konzeption zur dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1587

Naivität im Ministerinnenamt? - Kultusministerin Schavan und der „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“

Erkenntnisse über den ACP und dessen Verbindungen zu Sekten und Psychogruppen, Beurteilung der Einschätzung des Sektenbeauftragten der Evangelischen Landeskirche; Konsequenzen aus dem Interview und der Abbildung der Ministerin auf der Titelseite eines ACP-Mitteilungsblatts

Antr
s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
Drs 13/1790

Die LReg und der Fall Michael B. - Nach welchen Kriterien fördert die LReg den interreligiösen Dialog?

Prämissen, Kriterien und Zielvorstellungen zur Förderung eines interreligiösen Dialogs zwischen Muslimen und Christen; Einflussnahme des Islam-Beraters Michael B. seit seiner Anstellung im StM durch Initiativen, Stellungnahmen u.ä.; Bewertung der vom Landesamt für Verfassungsschutz geäußerten Bedenken

Antr
s. *Religion*
Drs 13/2434

Missbrauch des Islam durch Terroristen, Eintreten für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 362

Vereinbarkeit der Kürzungen bei sozialen Einrichtungen mit der viel beschworenen Politik der christlichen Nächstenliebe, Verweisung auf die Antrittsrede von Minister Palmer als Vorsitzender des Präsidiums beim Diakonischen Werk; Werteorientierung der Europäer am jüdisch-christlichen Glauben

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2293 2294 2346

Werteorientierung der Europäer am jüdisch-christlichen Glauben, Verankerung im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057 3063

Hervorhebung der christlichen Fundamente Europas, Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3808

Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften, Verweisung auf die in der Landesverfassung verankerten christlichen Werte, Abgrenzung zum Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4386-4397 4399-4403 4405-4408 4418

Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften, Verweisung auf die in der Landesverfassung verankerten christlichen Werte, Abgrenzung zum Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700-4724

Hervorhebung der christlichen Fundamente Europas, Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5122 5126 5129 5132

Hervorhebung der christlichen Fundamente Europas, Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5371 5377 5378

Hervorhebung der christlichen Wurzeln und Werte des Landes

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402

Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften, Verweisung auf die in der Landesverfassung verankerten christlichen Werte, Abgrenzung zum Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Erzieherinnen in öffentlichen Kindergärten

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7518-7526

Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften, Verweisung auf die in der Landesverfassung verankerten christlichen Werte, Abgrenzung zum Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Erzieherinnen in öffentlichen Kindergärten

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7814 7815

Christlich Demokratische Union Deutschlands

Zuständigkeitsfremde Zensuraktivitäten eines Mitglieds der LReg

Intervention von Staatssekretär Mappus wegen Verunglimpfung von CDU-Politikern bzw -Aussagen unter Androhung von Konsequenzen gegen eine Wanderausstellung zum Neofaschismus im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim, Frage nach einer Konkretisierung der angedrohten Konsequenzen bzw Zurückweisung und Erteilung einer förmlichen Rüge

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*
Drs 13/1682

Belastung der Bürgerinnen und Bürger in BW durch das ungerechte und unsolidarische CDU-Konzept zur Kopfpauschale in der Krankenversicherung

Aktuelle Debatte
s. *Gesundheitswesen*
PIPr 13/53 S. 3697

Planungen der CDU zur Erhöhung der Mehrwertsteuer - Konsequenzen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Konsumenten in BW

Aktuelle Debatte
s. *Mehrwertsteuer*
PIPr 13/98 S. 6969

Wiederholung der Forderung nach einem Abschluss der Parteipendenaffäre durch die CDU

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 164

Art und Intensität des Einflusses der CDU auf die Medien

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2319 2320

Intervention von Staatssekretär Mappus gegen eine Ausstellung zum Neofaschismus in Pforzheim, Feststellung einer Verunglimpfung von CDU-Politikern, Abgrenzung von Extremisten jeglicher Couleur; Art und Intensität des Einflusses der CDU auf die Medien

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441-2457 2488-2490 2492

Beurteilung der Lage in der CDU nach der Diskussion um die Nachfolge des MinPräs und dem nun vorgesehenen Verfahren zur Lösung der Nachfolgefrage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5585 5587 5592 5593 5605

Lob für die Mitgliederbefragung der CDU zur Nachfolgeregelung des MinPräs, Betrachtung als Ermutigung zur Aufgabe der Vorbehalte gegen mehr Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5719 5720 5722-5725

Feststellung eines Richtungskampfes in der CDU zwischen Modernisierern und konservativen Kräften am Beispiel der Affäre und des Rücktritts von Minister Renner; Bewertung der drei Säulen als stabile Fundamente der CDU

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7689-7694

Christliche Kirche

s. Kirche

Chronisch Kranker

s. Kranker

City-Maut

s. Straßenbenutzungsgebühren

Cochrane Collaboration

Deutsches Cochrane Zentrum an der Universitätsklinik Freiburg
Aufbereitung der Ergebnisse von kontrollierten Studien zu Übersichtsarbeiten zur Bewertung von Therapien, Beurteilung der Bedeutung und Finanzierung des o.g. internationalen Netzwerks von Wissenschaftlern und Ärzten, notwendige Veränderungen für einen besseren Transfer der Forschungsergebnisse in die Praxis, Erarbeitung einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage für das Freiburger Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Bund

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 11.07.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/75

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.10.2001 Drs 13/358 S. 15 16

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Computer

s.a. Computerkriminalität

s.a. Datenverarbeitungsindustrie

s.a. Informations- und Kommunikationstechnik

s.a. Rechenzentrum

s.a. Spiel

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Steuerliche Anerkennung der PC von Lehrenden an Schulen und Hochschulen (Drs 12/5761 lfd Nr. 1.1)

Mittlg LReg 20.06.2001 Drs 13/23

Bildung von Notebook-Klassen mit elternfinanzierten Laptops an öffentlichen Schulen in BW; Vereinbarkeit mit der verfassungsmäßig garantierten Lernmittelfreiheit?

Beurteilung des o.g. Vorgangs an einer Realschule, Intervention aus verfassungsrechtlich gebotenen Gründen

KlAnfr

s. Lehr- und Lernmittel

Drs 13/169

Lernmittelfreiheit und Einsatz privater Laptops im Unterricht

Beurteilung der privat finanzierten Anschaffung tragbarer Computergeräte und Aufteilung der Schüler in unterschiedliche Klassen, Vereinbarkeit dieses Vorgangs an einer Realschule und evtl weiterer Fälle mit der verfassungsmäßig garantierten Lernmittelfreiheit; Gewährleistung der Lernmittelfreiheit durch die verbindliche Festlegung einer Bagatellgrenze im SchulGes

Antr

s. Lehr- und Lernmittel

Drs 13/170

Einsatz von Computer-Fahrtrainern in der Führerscheinausbildung

Darstellung möglicher Verbesserungen bei der Verkehrssicherheit, der Ausbildungskosten und Schadstoffemissionen durch Verlagerung eines Teils der Ausbildung an den Fahr Simulator; Erfahrungen aus anderen Ländern

Antr

s. Fahrschule

Drs 13/225

Zukunft der Rundfunkgebühren

Einnahmenentwicklung des SWR aus den Rundfunkgebühren, Einschätzung der Ausfälle durch verstärkte Nutzung des PC als Rundfunkempfangsgerät; Zeitplan, notwendige Rechtsänderungen und finanzielle Auswirkungen der möglichen Ersatzmodelle; Akzeptanz der aktuellen Rundfunkgebühr in der Bevölkerung

Antr

s. Rundfunkgebühren

Drs 13/337

Ausstattung des Landesdenkmalamts in Stuttgart und der Außenstellen in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen mit intranetfähigen und internetfähigen Computern im Rahmen eines Gesamtkonzepts

Arbeitsrückstände wegen fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten mit Antragstellern und nachgeordneten Dienststellen; finanzieller Aufwand und Zeitrahmen einer Ausstattung mit geeigneter IuK-Technik

Antr

s. Denkmalbehörde

Drs 13/538

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Sachkostenbeiträge des Landes, Gewährleistung einer sachgerechten Ausstattung mit Computern

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/590

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Anschubfinanzierung des Landes für die Computerausstattung der Schulen

ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-7 S. 42

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/686-6 S. 13

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Fortbildung von Grundschullehrkräften für das Lernen mit dem Computer

Antr

s. *Grundschule*

Drs 13/636

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Zahl, Aufgaben und Aufwand o.g. Lehrkräfte; Anpassung der Fortbildung an den ständigen Wechsel der Systemanforderungen; Umfang der Aufgabe der Tätigkeit wegen Arbeitsüberlastung; Integration des PC in den Unterricht; Hilfen zur Erkennung problematischer Inhalte im Internet; Kompensation der nicht verfügbaren Mittel der LStiftung für die Lehrerfortbildung im IT-Bereich; Unterstützung der Schulträger bei der Anschaffung und Wartung schulischer Netzwerke

Antr

s. *Medien*

Drs 13/783

Medienausstattung an Schulen

Auswirkungen der Verwendung von PC auf die Leistungen der Schüler nach einer Studie der Organisation Educational Testing Service von 1998 in den USA

KlAnfr

s. *Medien*

Drs 13/976

Datenverarbeitung und EDV-Ausstattung bei der Polizei

Stand der IuK-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen sowie der Einführung eines integrierten Vorgangsbearbeitungssystems, Konsequenzen aus dem Bund-/Länderprojekt „INPOL-neu“

Antr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 13/1042

Thin-client-Netzwerke an Schulen

Kostenvergleich der o.g. Lösung mit der bisher üblichen Ausstattung von PC-Räumen und Multimediarechnern, insbes bei Verwaltung, Wartung, Nutzung und Ersatzbeschaffung; Information der Schulen und Kommunen über die Thin-client-Technologie

Antr Klaus Käppler u.a. SPD 13.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1785

BeschlEmpf und Bericht SchulA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 38 39

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Pilotprojekt drahtloser Internetempfang

Angebot von Laptops mit netzungebundenem Funkmodem zur Einwahl ins Internet: Höhe der Kosten für den Haushalt, die beteiligten Firmen und Schüler, Vorbereitung und technische Unterstützung der Lehrkräfte, Einbeziehung aller Schüler der Klassenstufe 11 an Stuttgarter Gymnasien in das Multimediaprojekt?

Antr

s. *Internet*

Drs 13/2001

Jugendschutznovelle mit Nebenwirkungen

Auswirkungen des neuen JugendschutzGes für Käufer und Verkäufer von PC, Computerspielen u.a. Unterhaltungssoftware mit und ohne Altersfreigabe; Möglichkeiten zur Verifikation der Altersangaben von Kindern und Jugendlichen, insbes im Versandhandel; Zeitdauer, Kriterien und Kosten der Verfahren zur Prüfung der Altersfreigabe; Notwendigkeit einer Altersfreigabe auch für Heft-CD von Zeitschriften, Aussetzung des Gesetzesvollzugs?

Antr

s. *Jugendschutz*

Drs 13/2089

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 6) - Beschaffung von IuK-Geräten

Mittlg

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Drs 13/2700

Chancengleichheit bei der Nutzung von Informationstechnologie in den Schulen

Ausstattung der Schulen und Klassen mit PC und Internetzugang, außerschulische Möglichkeiten der Schüler, insbes auch zur Bewältigung bestimmter Hausaufgaben; Einräumung von Nutzungsmöglichkeiten durch die Schulen auch außerhalb des Unterrichts, Anrechnung der Lehreraufsicht auf deren Unterrichtsverpflichtung

Antr

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Drs 13/3148

Kampagne zur Reduzierung von Stand-by-Verlusten und Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Haushalten, in der öffentlichen Verwaltung sowie gewerblich genutzten Elektro- und Elektronikgeräten in BW

Durchführung einer Informationskampagne mit o.g. Zielsetzung, insbes bei der Nutzung von IuK-Technik, Computern u.a. Geräten; Herausgabe eines Runderlasses an alle Landesbehörden zur Beschaffung einer zertifizierten, energieeffizienten Bürokommunikationstechnik, Einsatz von schaltbaren Steckerleisten als Erstmaßnahme

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 13/3438

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei

Auflistung der Projekte, Ziele und Kosten in den letzten zehn Jahren; Umfang und Kosten des Personaleinsatzes in den Polizeidirektionen und vergleichbaren Dienststellen; Auswirkungen des Kooperationsvertrags mit Hamburg und Hessen, des Projekts Inpol-Neu sowie der zentralen Gerätebeschaffung; Umsetzung der Bemerkungen des RH zum Einsatz von DV-Personal in den Polizeidirektionen

Antr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 13/3739

Umschichtung im kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung der Schulcomputer

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 642

Umschichtung im kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung der Schulcomputer

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805 806 823

Umschichtung im kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung der Schulcomputer

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 849 850 855

Finanzierung der Computerausstattung der Schulen gemeinsam mit den Kommunen, Qualifizierung der Lehrkräfte für den Umgang mit dem PC

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 988 991 992 999

Überforderung einzelner Länder mit der Beschaffung von Höchstleistungsrechnern; Freizeitgestaltung von Kindern vor dem Computer als Ursache von Übergewichtigkeit und mangelnder Fitness

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1471 1476

Nutzung von Computer und Internet von Lehrern und Schülern privat und in der Schule, Ausstattung der Schulen mit multimediafähigen PC

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2188-2193

Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger per PC, Angebot und Abwicklung von Verwaltungsleistungen und -verfahren über das Internet

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2938

Beurteilung der Akzeptanz virtueller Messen per Computer und Internet

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3372 3375-3377 3382

Beschränkung der Onlinedienste der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Gebührenerhebung für den Rundfunkempfang über PC

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6224-6226

Ausstattung der Schüler mit Laptops für einen drahtlosen Internetzugang

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476

Inbetriebnahme des schnellsten Hochleistungsrechners der Welt an der Universität Stuttgart

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6882

Dauer und Qualität der Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen mit dem PC, insbes mit Computerspielen; Vermittlung von Kompetenz zur fachlichen Nutzung des Computers

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055 7057-7062 7065 7066

Inbetriebnahme des schnellsten Hochleistungsrechners der Welt an der Universität Stuttgart

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7890 7891

Computerbetrug

s. *Computerkriminalität*

Computerkriminalität

Einleitung einer Offensive gegen Computerkriminalität

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Computerspiel

s. *Spiel*

Computertomographie

s. *Tomographie*

Container

Erschließung Gewerbegebiet Ulm-Nord

Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz

KlAnfr

s. *Gewerbegebiet*

Drs 13/510

Geplantes Containerterminal im Ulmer Norden

Stand und Zeitrahmen des Genehmigungsverfahrens für den Containerbahnhof am Gewerbegebiet „Ulm-Nord“, Förderung iRd Güterverkehrskonzepts BW

KlAnfr

s. *Bahnanlage*

Drs 13/1023

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/1702

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/2670

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Schaffung von technisch einfachen Umlademöglichkeiten für Container und Wechselbehälter in der Fläche, Beteiligung der Neckarschiffahrt am starken Wachstum der Containertransporte

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/3321

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg

Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der

A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Verkehrsbindung des Container-Bahnhofs Ulm-Nord an die Autobahn

Hinwirkung auf die Zustimmung der BReg zu einem von Gutachtern empfohlenen Doppelanschluss an der A 8

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4870

Weiterentwicklung des Container-Terminals zum Güterverkehrszentrum (GVZ) am Standort Kornwestheim

Realisierungsstand und -problematik der o.g. Umschlaganlage, Entwicklung des Umschlagvolumens und der Fördermittel des Landes und der EU seit 2003 sowie der Perspektiven bis 2007, notwendige ökologische Ausgleichsmaßnahmen, Auswirkungen der Erweiterung auf den Wirtschaftsraum Ludwigsburg bzw die Region Stuttgart

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/5180

Zunahme der Containerbeförderung, Anpassungsbedarf der Neckarschleusen an die Höhe und Länge der modernen Containerschiffe

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5455 5461-5463

Containerbahnhof

s. *Bahnanlage*

Controlling

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 17) - Controlling im Schienenpersonennahverkehr

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 XII. S. 4
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
Mittlg LReg 23.12.2002 Drs 13/1652 (45 S.)
Mittlg LReg 28.05.2004 Drs 13/3238 (35 S.)
Mittlg LReg 15.03.2005 Drs 13/4141
BeschlEmpf und Bericht FinA 07.04.2005 Drs 13/4203
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699
Mittlg LReg 08.02.2006 Drs 13/5136

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; vorgesehene Instrumente für

die Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling sowie das Führungs- und Informationssystem

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1379

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Einführung der leistungsbezogenen Mittelzuweisung, der neuen Steuerungsinstrumente mit Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung; Zuweisung der Verantwortung der Hochschulen für die Erhebung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren

GrAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1471

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der eingeleiteten Reformprozesse, insbes zu einer verstärkten Dienstleistungsorientierung und Transparenz sowie Controlling zur Verringerung der Personalkosten

GrAnfr
s. *Industrie- und Handelskammer*
Drs 13/1664

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Möglichkeiten zur Kostensenkung durch ein Controlling-System, Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Betrieb und Technik, Ermittlung und Sanktionierung von Qualitätsmängeln, Umsetzung der berechtigten Forderungen der Fahrgäste, Harmonisierung der Tarife und Anstrebung großräumiger Verkehrsverbünde

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Neuausrichtung des Projekts „Neue Steuerungsinstrumente“ (NSI)

Darlegung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und Vertragspartner, bisheriger Mittelabfluss und aktueller Finanzierungsplan; ressort- und aufgabenspezifische Evaluation der Einführungsphase mit dem Funktionsumfang I, Stopp der nächsten Phase, Durchführung einer besonderen Eignungsprüfung und Kosten-Nutzen-Rechnung vor Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung mit Controlling in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung, Erarbeitung einer Neukonzeption, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1754

Verwaltungsreform der LReg und die Neuausrichtung von NSI

Verzicht auf eine flächendeckende und schnelle Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung, Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, Vorlage der abgeschlossenen Verträge und Überprüfung auf die Möglichkeit einer grundsätzlichen

Neuorientierung des NSI-Konzepts, ggf Herbeiführung der notwendigen Änderungskündigungen

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1962

Die „Neuen Steuerungsinstrumente“ an den Hochschulen

Bisheriger Stand und Kosten der Implementierung von NSI an den einzelnen Hochschulen, Zahl und Funktionen der geschul-ten Mitarbeiter, Einbeziehung von Leitungsebenen, entwickelte Produkte und Kennzahlen zur Umsetzung von Controlling sowie der Kosten- und Leistungsrechnung, Darstellung des Zugewinns an Planung und Steuerung im Vergleich zur bisherigen Kostenstellenrechnung

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2272

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI

Veränderungen an der bisherigen Konzeption, Herausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden vom Funktionsumfang II mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, insbes des Polizeibereichs; Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten, Anteil des Aufwands für Werbemittel; Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Systemdienstleister über eine mögliche Vertragsveränderung oder -kündigung

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2338

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens?

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Haushalt 2004; Epl 12

Einsparungen bei NSI, stufenweiser Abbau der im Zuge der Verwaltungsreform frei werdenden Controllerstellen

s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2812

Erfahrungen mit NSI in der Landesverwaltung

Maßnahmen zur Lösung der durch die Verwaltungsreform entstandenen Schnittstellenproblematik der neuen Steuerungsinstrumente mit den unteren Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit der Koordination der Produktpläne und der Konzeption zur qualitativen Steuerung der Aufgabenerledigung bei den Stadt- und LKreisen, Stand der Übermittlung der hierfür erforderlichen Kennzahlen, Gründe und Konsequenzen der Mängel im Berichtswesen und Controlling, Auswirkungen der Vertragsanpassung mit T-Systems infolge der Verwaltungsreform auf die Verantwortung des Generalunternehmers für den Gesamterfolg

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/4613

Controlling im Schienenpersonennahverkehr

Ergebnisse des Controllings bis zum diesjährigen Fahrplanwechsel differenziert nach Strecken mit einer Leistungsauf- und -abwertung; Ausweitung des Systems auf die vom Land bestellten Verkehre bei nichtbundeseigenen Eisenbahnunternehmen

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 20.12.2005 und Antw IM

Drs 13/5000

Notwendigkeit von Controlling in der Landesverwaltung
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 548-551

Forderung nach einem Controllingbericht zur Mittelstandsförderung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 702 703

Controlling durch die neuen Steuerungsinstrumente im Hochschulbereich

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967 972

Notwendigkeit von Controlling im Gesundheitswesen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1417 1418

Bericht des Unterausschusses Neue Steuerungsinstrumente zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie des Controllings in der Landesverwaltung

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309 5310 5312 5317

CO2

s. *Kohlendioxid*

Crailsheim

Finanzbehörden „in der Fläche“

Versorgung der Fläche mit Dienstleistungen der Finanzbehörden, Bestandssicherung des Finanzamts Crailsheim

MdlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/1906

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3820

Creglingen

Realisierung des Projekts „Chance“ für jugendliche Ersttäter in Creglingen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2459-2461 2465

Realisierung des Projekts „Chance“ für jugendliche Ersttäter in Creglingen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305 4315

Cross-Border-Leasing

s. *Leasing*

Cross-over-Lebenspende

s. *Organspende*

C1-Programm

s. *Technologieförderung*

Dänemark*Heimische Christbäume*

Datenentwicklung seit Beantwortung der KlAnfr 12/791; Entwicklung der Marktanteile heimischer und importierter Bäume, Vergleich der Wettbewerbsbedingungen mit anderen BLändern und EU-Staaten wie Dänemark, Holland oder Frankreich, insbes der Genehmigungspraxis für neue Anbauflächen; Förderung umweltschonender Maßnahmen; Chancen für ein Herkunfts- und Qualitätszeichen bzw Förderung durch die Marketinggesellschaft BW

Antr
s. *Weihnachtsbaum*
Drs 13/381

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Beitrag der Windkraftanlagen an der Stromerzeugung in Dänemark, Reduzierung der Einspeisevergütung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1392

Daimler-Chrysler

s. *Kraftfahrzeugindustrie*

Dampfkraftwerk

s. *Wärmeleistung*

Darlehen

s. *Kredit*

Darmsheim, Ortsteil

s. *Sindelfingen*

Daseinsvorsorge

s.a. *Altersversorgung*
s.a. *Dienstleistung*
s.a. *Gesundheitsvorsorge*

Zukunft der Wasserwirtschaft und die Ziele der LReg

Vorstoß der LReg zur verstärkten Liberalisierung der Wasserwirtschaft in der Wirtschaftsministerkonferenz; Vereinbarkeit mit der Daseinsvorsorge, Versorgungssicherheit und der kommunalen Selbstverwaltung

Antr
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/1314

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1367

Auswirkungen des MittelstandsförderungsGes auf mittelständische Unternehmen

Zahl und Betätigungsfelder von Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft bzw Mitträgerschaft in Konkurrenz zu privaten Betrieben, Auswirkungen auf den jeweiligen Märkten, Erfahrungen in anderen BLändern bzw in BW nach Änd des Gemeindeförderungswirtschaftsrechts und des MittelstandsförderungsGes im Bereich des öffentlichen Vergabewesens, Frage nach Kooperationen und Quersubventionierungen, Einschätzung von Ergebnissen der auf EU-Ebene geführten Diskussion der Grenzen zwischen öffentlicher Daseinsvorsorge und Marktliberalisierung

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/1386

Cross-Border-Leasing

Frage nach Kriterien und Möglichkeiten der kommunalaufsichtsrechtlichen Prüfung und Genehmigung o.g. Verträge von Kommunen mit US-Investoren, u.a. Prüfung der Vereinbarkeit mit dem EU-Vergaberecht, der Risiken einer Insolvenz des Investors, von Gerichtsverfahren und Schadenersatzforderungen; Verpflichtung der Kommunen zur Weitergabe des finanziellen Vorteils über die Gebühren? Haftungsrisiken des Landes; Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinderäte; Beurteilung des angestrebten Verbots in Bayern; Auflistung der bisher geschlossenen Verträge und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/1885

US-Cross-Border-Leasing und Kommunalverfassungsrecht

Vorlage und Prüfung von geplanten CBL-Geschäften bzw der zugrunde liegenden Verträge durch die Rechtsaufsichtsbehörden seit 1995, Auflistung der beteiligten Gemeinden und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, Art der avisierten Rechtsgeschäfte, Höhe der Transaktionsvolumina, Ergebnisse der Überprüfungen; Überführung des erzielten Barwertvorteils in den allgemeinen Haushalt bzw den Gebührenhaushalt, nachträgliche Erhöhung der Eigenmittel bei einer vom Land geförderten Investition, Auslösung von Rückerstattungsansprüchen des Landes?

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/2055

US-Cross-Border-Leasing und Zuwendungsrecht

Höhe der Förderung der in Drs 13/2055 aufgelisteten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die zu Gegenständen von CBL-Geschäften wurden; Frage nach der Praxis, den rechtlichen Grundlagen und evtl Ermessensspielräumen zur Rückforderung der gewährten Zuschüsse bzw Abschöpfung des erzielten Barwertvorteils; Darlegung der Vorgehensweise bei dem für eine CBL-Transaktion vorgesehenen Kanalnetz der Stadt Ulm

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/2201

Ges zur Änd der Gemeindeordnung für BW

Verbot von Rechtsgeschäften der Kommunen mit hohen finanziellen Risiken wie z.B. US-Cross-Border-Leasing; Versagung der Genehmigung solcher Transaktionen mit Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge unter Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Ausland

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/2282

Zukunft des Einzelhandels in BW

Entwicklung o.g. Unternehmen seit 1994 differenziert nach Branchen, Größen, Umsätzen, Vertriebsformen, Zahl von Beschäftigten und Auszubildenden; Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots von Einzelhandel und Dienstleistungen für die Verbraucher; Hinwirkung auf gemeinsame Aktionen sowie Vorgaben für den großflächigen Einzelhandel durch die Regionen; Bewertung des örtlichen Lebensmitteleinzelhandels als kommunale Daseinsvorsorge; Erarbeitung von Vorschlägen zur Einbeziehung von Kunst und Kultur gemeinsam mit den Kommunen; Einbeziehung der örtlichen Einzelhändler bei wichtigen Entscheidungen, wie z.B. Bauleitplanung, der Kommunen

Antr
s. *Handel*
Drs 13/3488

Ges zur Änd des Gemeindevirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des AufwandsentschädigungsGes

GesEntw
s. *Gemeindevirtschaftsrecht*
Drs 13/4767

Bestrebungen der EU-Kommission um Marktöffnung für Bereiche der Daseinsvorsorge

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1457 1459 1466 1471 1472

Bewertung des Sparkassensystems als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1928 1929

Bedauern über das Scheitern des Schutzes der Bereiche der Daseinsvorsorge vor dem europäischen Wettbewerb, Konkretisierung der Daseinsvorsorge iR eines europäischen Gesetzes

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312 3313 3319 3324

Erhaltung der öffentlichen Wasserversorgung als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge, Schutz der Wasserwirtschaft vor den Liberalisierungsbestrebungen der EU

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3439-3443

Zuständigkeit der EU für den Bereich der Daseinsvorsorge, Konkretisierung iR eines europäischen Gesetzes

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3803 3806 3808

Verhinderung des Entzugs von Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4962 4970

Privatisierung von Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge, Grenzziehung zwischen den Bereichen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5105-5110

Hinweis auf nationale Zuständigkeiten für den Bereich der Daseinsvorsorge im EU-Verfassungsentwurf; Überlegungen zur Privatisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5121 5126 5161

Verhinderung der Privatisierung von Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5203 5204

Entschärfung der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie, Abwehr der Angriffe auf Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge; Stärkung ehrenamtlicher Strukturen der örtlichen Daseinsvorsorge

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5904 5942

Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Herausnahme der Bereiche der Daseinsvorsorge

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845 7846 7848-7850

Datenbank

s. *Informationssystem*

Datenerfassung

s. *Datenverarbeitung*

Datenschutz

s.a. *Beauftragter für den Datenschutz*
s.a. *Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis*
s.a. *Datenschutzbericht*
s.a. *Datenschutzgesetz*
s.a. *Digitale Signatur*
s.a. *Personenbezogene Daten*

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zur Änd des Mediendienste-Staatsvertrags (Mediendiensteänderungsstaatsvertrag)

Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr, Regelung des Herkunftsprinzips, Modifizierung der Regeln über die Verantwortlichkeit und Informationspflichten von Diensteanbietern, Anpassung der Datenschutzbestimmungen an das Teledienste-DatenschutzGes sowie Änd im Bereich der Ordnungswidrigkeiten

Mittlg
s. *Medien*
Drs 13/120

Terrorismusbekämpfung in BW; Rasterfahndung und Datenschutz

Rechtsgrundlagen, Zeitperspektive und Kosten des o.g. Datenabgleichs in BW u.a. BLändern; Abgleich der erstellten Dateien unter den Ländern; Zeitpunkt der Löschung der erhobenen

Daten; Frage nach Maßnahmen gegen die sich qualifizierenden Personen

Antr
s. *Terrorismus*
Drs 13/279

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1550

Weitergabe von Fluggastdaten an die USA

Zustimmung der EU-Kommission zum o.g. Begehren von US-Behörden bzw Zugriff auf die entsprechenden Datenbanken der Fluggesellschaften, Vereinbarkeit mit der EU-Datenschutzrichtlinie und internationalen Wirtschafts- und Handelsabkommen, Konsequenzen einer Weigerung vonseiten der Fluggäste und -unternehmen

Antr
s. *Fluggast*
Drs 13/1904

Ausschreibungsverfahren - Erfassungsdienstleistungen für das Elektronische Grundbuch

Darlegung der Abwicklung des o.g. Verfahrens, insbes teilnehmende Bieter, Art und Kriterien der Angebotsprüfung und Auftragsvergabe, Prüfung der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers bzw der Subunternehmer, Überwachung der Verbringung und des Rücktransports von Grundbüchern u.a. amtlichen Unterlagen oder Daten ins Ausland, Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit, Beurteilung des Vorhabens durch den L-Datenschutzbeauftragten

Antr
s. *Grundbuch*
Drs 13/2186

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr
s. *Steuermoral*
Drs 13/4164

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs

zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Ges über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land BW (InformationsfreiheitsGes BW - IFG B-W)

Eröffnung eines umfassenden Zugangsanspruchs für Bürger und Medien zu den bei Behörden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts vorhandenen Informationen bzw Akten, Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte unter Berücksichtigung des Datenschutzes

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4785

Datenschutzrechtliche Öffnung des Mautgesetzes

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen

Antr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4884

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwerekriminalität

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4911

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4968

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bun-

desdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr
s. *Konto*
Drs 13/5053

Ges über die Krebsregistrierung in BW (LKrebsregisterGes - LKrebsRG)

Verpflichtung der Ärzte und Zahnärzte zur Meldung von Krebsneuerkrankungen, Verarbeitung dieser Meldungen, organisatorische Regelungen zum Datenschutz, Erfassung und Auswertung der Daten über Krebserkrankungen in einem epidemiologischen Krebsregister, Rückmeldung dieser Daten an die behandelnden Ärzte zum Zwecke der Qualitätssicherung, Evaluation des Gesetzes

GesEntw
s. *Krebsregister*
Drs 13/5066

Prüfung einer Behinderung der Bekämpfung des Terrorismus durch einzelne Datenschutzbestimmungen; Situation des Datenschutzes im nichtöffentlichen Bereich

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 373 376 377 382 383 420-425

Personelle Verstärkung des Datenschutzes; Verankerung des Datenschutzes in der Landesverfassung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877 879 885 920

Gratwanderung des Datenschutzes zwischen den Rechten des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit, Ausschluss einer Behinderung von Maßnahmen zur inneren Sicherheit, Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314-1320

Gratwanderung des Datenschutzes zwischen den Rechten des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit, Ausschluss einer Behinderung von Maßnahmen zur inneren Sicherheit, Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2782-2787

Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4187

Gratwanderung des Datenschutzes zwischen den Rechten des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit, Ausschluss einer Behinderung von Maßnahmen zur inneren Sicherheit, Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4521 4540-4546

Gratwanderung des Datenschutzes zwischen den Rechten des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit, Ausschluss einer Behinderung von Maßnahmen zur inneren Sicherheit, Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich; Behebung der Datenschutzmängel beim Projekt „Schulverwaltung am Netz“

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582-6588 6613-6619 6621

Situation des Datenschutzes im nichtöffentlichen Bereich, Bedeutung angesichts der Gewinnung und Vermarktung von Kundendaten durch die private Wirtschaft, Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033-7039

Berücksichtigung des Datenschutzes bei der Nutzung elektronischer Bürgerdienste im Meldewesen; Gratwanderung des Datenschutzes zwischen den Rechten des Einzelnen und dem Schutz der Allgemeinheit, Ausschluss einer Behinderung von Maßnahmen zur inneren Sicherheit, Zusammenführung des Datenschutzes im öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich, Verankerung des Datenschutzes in der Landesverfassung

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7913-7922

Datenschutzbeauftragter

s. *Beauftragter für den Datenschutz*

Datenschutzbericht

Erster Tätigkeitsbericht des IM zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich

Mittlg IM 02.07.2001 Drs 13/40 (108 S.)

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 199

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.10.2001 Drs 13/292

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 420-425

Zweiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg Datenschutzbeauftragter 03.12.2001 Drs 13/520 (131 S.)

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/780 (49 S.)

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1313-1320

Dreiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg Datenschutzbeauftragter 02.12.2002 Drs 13/1500 (113 S.)

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.02.2003 Drs 13/1760 (35 S.)

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2782-2787

Zweiter Tätigkeitsbericht des IM zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich

Mittlg IM 26.06.2003 Drs 13/2200 (37 S.)

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2640

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3931

Vierundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg Datenschutzbeauftragter 01.12.2003 Drs 13/2650 (139 S.)

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007

BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/2957 (dazu Antr Thomas Oelmayer GRÜNE) (33 S.)

ÄAntr GRÜNE 09.03.2004 Drs 13/2990

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4540-4546

Fünfundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg Datenschutzbeauftragter 01.12.2004 Drs 13/3800 (123 S.)

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637

BeschlEmpf und Bericht StändA 14.04.2005 Drs 13/4234 (43 S.)

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582-6588

Dritter Tätigkeitsbericht des IM zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich

Mittlg IM 01.07.2005 Drs 13/4469 (56 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 21.07.2005 Drs 13/4520

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033-7039

Sechszwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz in BW

Mittlg Datenschutzbeauftragter 01.12.2005 Drs 13/4910 (123 S.)

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7553

BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5165 (40 S.)

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7917-7922

Datenschutzgesetz*Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes*

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw

s. *Mediengesetz*

Drs 13/1550

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesdatenschutzGes

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ges zur Anpassung des Verfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. *Verwaltungsverfahren*

Drs 13/3661

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Befugnisse des LfV mit der Anpassung o.g. Gesetze an die Rechtsänderungen des Bundes, insbes zur Terrorismusbekämpfung; Verknüpfung mit den Kontrollrechten der parlamentarischen Gremien; Erweiterung der Rechte zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Optimierung der Zusammenarbeit mit dem BfV u.a. Sicherheitsbehörden

GesEntw

s. *Verfassungsschutz*

Drs 13/4524

Datenübermittlung

s. *Datenübertragung*

Datenübertragung

s.a. *Datenverarbeitung*

s.a. *Digitale Signatur*

s.a. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

s.a. *Funkverkehr*

s.a. *Internet*

s.a. *Telefaxdienst*

Terrorismusbekämpfung in BW; Rasterfahndung und Datenschutz

Rechtsgrundlagen, Zeitperspektive und Kosten des o.g. Datenabgleichs in BW u.a. BLändern; Abgleich der erstellten Dateien unter den Ländern; Zeitpunkt der Löschung der erhobenen Daten; Frage nach Maßnahmen gegen die sich qualifizierenden Personen

Antr

s. *Terrorismus*

Drs 13/279

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Frage nach einem schnellen und regelmäßigen Datenaustausch zwischen Vollzugsbehörden und übergeordneten Behörden sowie Bundes- und EU-Behörden, Art der eingesetzten Software und Datenbanken, Effizienz der länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Kontrolle zulassungspflichtiger Stoffe aus anderen Ländern

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/2682

Datenabgleich bei BAföG-Empfängern

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen, Umgang mit den verdächtig erscheinenden Fällen, Kriterien für die Erstattung von Anzeige, Tatbestände für eine strafrechtliche Verfolgung bzw Verurteilung; Schaffung von Regelungen für eine einheitliche Vorgehensweise der Staatsanwaltschaften; Anstöße für eine grundsätzliche Reform der Ausbildungsförderung i.S.e. elternunabhängigen Förderung

Antr

s. Ausbildungsförderung
Drs 13/3474

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. Verwaltungsverfahren
Drs 13/3661

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKreisen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KlAnfr
s. Elektronischer Geschäftsverkehr
Drs 13/4147

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr
s. Steuermoral
Drs 13/4164

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Flugesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. Verfassungsschutz
Drs 13/4524

Datenschutzrechtliche Öffnung des Mautgesetzes

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen

Antr
s. Personenbezogene Daten
Drs 13/4884

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwermriminalität

KlAnfr
s. Personenbezogene Daten
Drs 13/4911

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr
s. Personenbezogene Daten
Drs 13/4968

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr
s. Konto
Drs 13/5053

Erweiterung der Möglichkeiten für Erfassung, Austausch und Speicherung personenbezogener Daten zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314-1316 1318

Schaffung der Voraussetzungen für den Umstieg von analoger auf digitale Rundfunkübertragungstechnik bis 2010

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2316 2321

Anstreben des digitalen Fernsehens bis 2010, Ausbau der Infrastruktur zur Übertragung digitaler Daten

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5089 5091 5095 5096

Datenverarbeitung

s.a. Computer
 s.a. Datenübertragung
 s.a. Datenverarbeitungsindustrie
 s.a. Elektronischer Geschäftsverkehr
 s.a. Mikrosystemtechnik
 s.a. Rechenzentrum

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

s. Finanzverwaltung
 Drs 13/656

Entwicklungsstand des FISCUS-Projektes für die Steuerverwaltung

Gewährleistung des Finanz- und Zeitrahmens sowie der übernommenen Qualitätssicherung für alle beteiligten BLänder? Kritische Begleitung des Projekts durch die RH; Höhe der Schäden und mögliche Alternativen zur Ausstattung der Steuerverwaltung mit entsprechenden Datenverarbeitungsprogrammen im Falle des Scheiterns des Projekts

Antr
 s. FISCUS
 Drs 13/108

Realistisches Finanzierungskonzept für ein Elektronisches Grundbuch

Vorlage eines neuen Realisierungs- und Finanzierungskonzepts; Durchführung einer analytischen Personalbedarfsplanung; Optimierung der Ablauforganisation bei den elf Grundbuchämtern mit staatlichem Personal im badischen Rechtsgebiet; Intensivierung der Bemühungen um die zeitnahe DV-Einführung bei den Grundbuchämtern mit kommunalem Personal

Antr
 s. Grundbuch
 Drs 13/118

Einführung des elektronischen Grundbuchs

Einhaltung des Zeitplans? Bewertung der Grundbuchsoftware „Folia“; Kooperation mit den staatlichen Vermessungsämtern

KlAnfr
 s. Grundbuch
 Drs 13/189

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 9) - Datenverarbeitung bei den Justizvollzugsanstalten (Drs 12/6051)

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/264
 PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497
 Mittlg LReg 05.09.2002 Drs 13/1292

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 11)

Einführung des Elektronischen Grundbuchs

Mittlg
 s. Grundbuch
 Drs 13/329

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 5)

Informations- und Kommunikationstechnik; Bestandsmanagement, Softwarebeschaffung und -nutzung bei verschiedenen Behörden des Landes

Mittlg
 s. Informations- und Kommunikationstechnik
 Drs 13/329

Sicherung des Wohlstandes im Land durch Ausbau des Wirtschaftsstandortes BW im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie

Stimulanz der vollen Ausbildung eines Clusters „Unternehmenssoftware und Unternehmensdienste“, Vernetzung der verschiedenen privaten und öffentlichen Akteure, Einrichtung einer von der Wirtschaft, der LReg und dem Ltg gemeinsam getragenen Stelle; Zusammenarbeit mit den weltweit führenden Clustern in Silicon Valley und Bangalore; Bereitstellung von Gewerbeflächen für Unternehmen der IT-Branche; Verbesserung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten; Transparenz der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Hochschulen

Antr
 s. Informations- und Kommunikationstechnik
 Drs 13/341

Situation des Strafvollzugs in BW

Vorhandene und notwendige EDV-Ausstattung der Vollzugsanstalten

GrAnfr
 s. Strafvollzug
 Drs 13/566

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der EDV-Ausstattung in der Finanzverwaltung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/656-3
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/689-2 S. 4 5
 PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1084

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 19) - Zum Stand der DV-Unterstützung in der Steuerverwaltung

Mittlg LReg 23.01.2002 Drs 13/673

Ein-Fach-Sportlehrer

Zahl der Sportlehrkräfte mit Zusatzausbildung Textverarbeitung; Eingruppierung nach BAT IV a

Antr
 s. Sportlehrer
 Drs 13/742

Datenverarbeitung und EDV-Ausstattung bei der Polizei

Stand der IuK-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen sowie der Einführung eines integrierten Vorgangsbearbeitungssystems, Konsequenzen aus dem Bund-/Länderprojekt „INPOL-neu“

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 04.06.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1042
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 20
 PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 8)

Ausfallvorsorge in den DV-Zentren der Landesverwaltung (Drs 12/5701 V. S. 2 3)

Mittlg
s. *Rechenzentrum*
Drs 13/1190

Elektronisches Grundbuch (EGB)

Frage nach Vereinbarungen zwischen dem IM und WM über die Datenerfassung für das EGB, Gründe und Kosten der nochmaligen Erfassung per Hand, Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeiten

KlAnfr
s. *Grundbuch*
Drs 13/1261

Personalengpässe in Notariaten

Kosten und Einnahmen, Geschäftsanfall, Umfang und Folgen der Rückstände der Notariate; Reaktion auf den Nachwuchsmangel, Finanzierung des zusätzlich notwendigen Personals über Gebühreneinnahmen; Disparitäten zwischen dem ländlichen Raum und Ballungsgebieten; Aktualisierung der Grundbücher iR von Flurbereinigungsverfahren; Erfahrungen mit der Anwendung des elektronischen Grundbuchs, Tauglichkeit der eingesetzten Hard- und Software

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 13/1280

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des Ges über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Einsatz und Förderung von Open Source Software in BW

Beurteilung der monopolartigen Stellung von Microsoft bzw des Einsparpotenzials und der Sicherheit der o.g. freien Software, Erfahrungen einiger Gemeinden mit OSS, Möglichkeiten eines Umstiegs der Verwaltung des Landes und der Kommunen

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 27.02.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1842
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 14-16
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Standorte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätigten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Kosten und Nutzen der geplanten Strukturänderung bei den Finanzämtern im Land

Entscheidungsgrundlagen zur Schließung von 21 kleineren Finanzämtern bzw Fortführung als Außenstellen von größeren Ämtern, erwartete Einsparungen und Umstellungskosten bei der EDV

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2072

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern

Fristgerechte Umsetzung des elektronischen Handelsregisters zum 01.01.2007?

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/2172

Justizreform in BW

Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK, mögliche Einsparungen und Gebührenverluste, Stand und Kosten der Einführung des elektronischen Handelsregisters

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Reduzierung der Anzahl der Grundbuchämter und deren Verlagerung zu den Amtsgerichten

Folgen und erwartete Einsparungen der o.g. Reduzierung, Auswirkungen auf die Bürgernähe; bisherige Aufwendungen auf kommunaler Ebene für die Einrichtung des elektronischen Grundbuchs, mögliche Schadenersatzforderungen, Zeitpunkt des Abschlusses der elektronischen Umstellung aller Grundbuchämter

Antr
s. *Grundbuchamt*
Drs 13/2183

Ausschreibungsverfahren - Erfassungsdienstleistungen für das Elektronische Grundbuch

Darlegung der Abwicklung des o.g. Verfahrens, insbes teilnehmende Bieter, Art und Kriterien der Angebotsprüfung und Auftragsvergabe, Prüfung der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers bzw der Subunternehmer, Überwachung der Verbringung und des Rücktransports von Grundbüchern u.a. amtlichen Unterlagen oder Daten ins Ausland, Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit, Beurteilung des Vorhabens durch den LDatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Grundbuch*
Drs 13/2186

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 5) - Geschäftsstellenautomation bei Gerichten und Notariaten

Berücksichtigung der Empfehlungen des RH bei künftigen Programmentwicklungen

Mittlg
s. *Automation*
Drs 13/2700

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Frage nach einem schnellen und regelmäßigen Datenaustausch zwischen Vollzugsbehörden und übergeordneten Behörden so-

wie Bundes- und EU-Behörden, Art der eingesetzten Software und Datenbanken, Effizienz der länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Kontrolle zulassungspflichtiger Stoffe aus anderen Ländern

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Veränderungen in der Struktur der Finanzverwaltung
Künftige Organisation der EDV an den OFD-Standorten

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2893

Online-Einsichtnahme in das Handelsregister
Ermöglichung einer allgemeinen elektronischen Einsichtsmöglichkeit in das Handelsregister via Internet

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/2977

Konzentration der baden-württembergischen Handels- und Genossenschaftsregister

Gründe und Auswirkungen einer Konzentration auf wenige Standorte, insbes auf die Nähe des Dienstleistungsangebots zu den Verfahrensbeteiligten und Rechtspflegern; Stand der Einführung des elektronischen Handelsregisters

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/2979

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der weiteren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3388

Strafvollzug in BW

Entwicklung der EDV-Ausstattung in den einzelnen JVA in den letzten fünf Jahren; Bereiche und Auswirkungen der vorgesehenen Privatisierung

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrenrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen;

Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDaten- schutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, In- genieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ- AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewe- sen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 9) - Büro- kommunikation in der Innenverwaltung

Zuweisung der IuK-Aufgaben der in die RegPräs einzugliedern- den Behörden dem Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung; Verschärfung der Prüfung des Bedarfs exter- ner Unterstützung bei der Realisierung von IuK-Projekten; Prü- fung der Ausfallvorsorge für die EDV-Systeme der Innenverwal- tung

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/4103

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei

Auflistung der Projekte, Ziele und Kosten in den letzten zehn Jahren; Umfang und Kosten des Personaleinsatzes in den Poli- zeidirektionen und vergleichbaren Dienststellen; Auswirkungen des Kooperationsvertrags mit Hamburg und Hessen, des Projekts Inpol-Neu sowie der zentralen Gerätebeschaffung; Umsetzung der Bemerkungen des RH zum Einsatz von DV-Personal in den Polizeidirektionen

Antr Günter Fischer u.a. SPD 10.11.2004 und Stellungnah- me IM Drs 13/3739
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 17
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Grundbuchadministrative Versorgung im LKreis Breisgau- Hochschwarzwald

Eingliederung der Grundbücher von Umlandgemeinden und Au- ßenstellen in das Notariat Freiburg; Frage nach einem mittel- fristigen Entlastungseffekt durch Einführung des elektronischen Grundbuchs

KIAnfr
s. *Grundbuch*
Drs 13/3745

Änderungsbedarf im Rahmen der Verwaltungsreform bei der Flurneuordnung

Beurteilung der Kritik des neuen Präsidenten des Landkreistags, Chancen und Zeitpunkt einer Einigung über die Kosten der EDV- Systeme, Realisierung des weiteren Nachbesserungsbedarfs

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/4129

Verlagerung der Erfassung von Daten ins Ausland

Übertragung der Erfassung weiterer Daten aus dem Bereich des JuM - außer der für das elektronische Grundbuch - auf ausländische Unternehmen oder deutsche Unternehmen mit Subunter- nehmen im Ausland

MdIAnfr 3) Thomas Oelmayer GRÜNE 10.03.2005 Drs

13/4133

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6318 6319

Verwaltungsreform, Antragstellung durch berechtigte Landwirte für MEKA und andere Programme

Problematik einer fristgerechten Antragsbearbeitung infolge der fehlenden Kompatibilität der EDV-Programme der eingegliederten Landwirtschaftsämter, z.B. beim Schwarzwald-Baar-Kreis

MdlAnfr 4) Gustav-Adolf Haas SPD 11.03.2005 Drs 13/4133

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6319 6320

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. Verfassungsschutz
Drs 13/4524*Innere Sicherheit in BW*

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei, Zeitpunkt der Vernetzung aller Polizeidienststellen bzw der Einführung des Digitalfunks

GrAnfr
s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Drs 13/4752*EDV-Probleme bei der Antragstellung für europäische Förderprogramme in der Land- und Forstwirtschaft*

Feststellung von Flächendifferenzen bei der GAP-Antragstellung aufgrund der Anwendung unterschiedlicher EDV-Programme, Verwendung veralteter Programme bei der Vermessungsverwaltung in den Landratsämtern, Auswirkungen auf die Auszahlung der beantragten Mittel

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 25.11.2005 Drs 13/4870

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7513-7515

Modernisierung der polizeilichen Datenverarbeitung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Interessenausgleich zwischen Datenverarbeitung und Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 420-425

Systemtauglichkeit des Datenverarbeitungsprogramms bei der Einführung des elektronischen Grundbuchs, entstandene Mehrkosten für die Erstdatenerfassung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548 549 551

Datenverarbeitung im Justizbereich, Bemerkungen des RH zur Mittelverwendung, Beanstandung der Mehrkosten für die Erstdatenerfassung zum elektronischen Grundbuch, Erstellung des elektronischen Handelsregisters; Erfassung von Sexualstraftätern in der DNA-Analyse-Datei

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916-925

Suche nach einer neuen Balance zwischen dem Datenschutz und den Möglichkeiten der Datenverarbeitung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314-1319

Ausgestaltung und Ergebnisse des Impulsprogramms für Unternehmenssoftware, Bündelung der Förderinstrumente und -gremien

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632-1640

Bewertung der Kompetenz der älteren Generation in Sachen EDV und Internet; Interessenausgleich zwischen Datenverarbeitung und Datenschutz

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1680 1730

Feststellung von Anlaufschwierigkeiten in der Einführungsphase der elektronischen Steuererklärung bzw von Mehrarbeit infolge der Automatisierung, generelle Überprüfung der EDV-Ausstattung in der Steuerverwaltung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1885-1888

Ausschöpfung von Wachstumspotenzialen bei der IT-Branche und Unternehmenssoftware; Auslagerung der Datenverarbeitung im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3606

Würdigung des neuen EDV-Systems für Petitionsverfahren, Übernahme von anderen Landtagen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3882

Stelleneinsparung bei der Betreuung von Arbeitsplätzen mit Datenverarbeitung; Verbesserung der Übermittlung von Statistikdaten an das Statistische Landesamt

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4055 4059 4063 4077-4081

Kritische Anmerkungen des Datenschutzbeauftragten zur Datenerfassung für das elektronische Grundbuch in Rumänien

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4543 4544

Plädoyer für Open-Source-Software von IBM in der Landesverwaltung; Werbung um Karlsruhe als Standort des neuen Max-Planck-Instituts für Software

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5094 5096 5097

Dringlichkeit einer Modernisierung der polizeilichen Datenverarbeitung, Frage nach der Eignung und dem flächendeckenden Einsatz des vorgesehenen neuen Systems, Verlängerung der Speicherdauer von Telekommunikationsdaten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249-6255 6257-6259

Bemerkungen des RH zur Datenverarbeitung in der Landesverwaltung

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6386 6389 6390 6393

Interessenausgleich zwischen Datenverarbeitung und Datenschutz

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582-6588

Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine effektivere Datenverarbeitung an den Schulen und in der Schulverwaltung bzw zur Nutzung des Projekts „Schulverwaltung am Netz“; Berücksichtigung des Datenschutzes bei neuen Datenverarbeitungstechniken und der durchgängigen Digitalisierung aller Lebensbereiche

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6982-6986 7033-7039

Datenverarbeitungsindustrie

Sicherung des Wohlstandes im Land durch Ausbau des Wirtschaftsstandortes BW im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie

Stimulanz der vollen Ausbildung eines Clusters „Unternehmenssoftware und Unternehmensdienste“, Vernetzung der verschiedenen privaten und öffentlichen Akteure, Einrichtung einer von der Wirtschaft, der LReg und dem Ltg gemeinsam getragenen Stelle; Zusammenarbeit mit den weltweit führenden Clustern in Silicon Valley und Bangalore; Bereitstellung von Gewerbeflächen für Unternehmen der IT-Branche; Verbesserung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten; Transparenz der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Hochschulen

Antr

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Drs 13/341

Einsatz und Förderung von Open Source Software in BW

Beurteilung der monopolartigen Stellung von Microsoft bzw des Einsparpotenzials und der Sicherheit der o.g. freien Software, Erfahrungen einiger Gemeinden mit OSS, Möglichkeiten eines Umstiegs der Verwaltung des Landes und der Kommunen

Antr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 13/1842

Landesbürgerschaft für das Leiterplattenwerk STP

Intervention des WM bei der EU-Kommission für eine schnelle Genehmigung der Bürgerschaft sowie Aufnahme von Gesprächen mit dem Insolvenzverwalter, Firmenvertretern und der Hausbank über die Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts; Frage nach weiteren in Brüssel anhängigen Anträgen auf Genehmigung einer Landesbürgerschaft

Antr

s. *Bürgerschaft*

Drs 13/2032

Ausschöpfung von Wachstumspotenzialen bei der IT-Branche und Unternehmenssoftware

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603

Offshore-Outsourcing der IT-Branche, Ankündigung der Einrichtung des größten Produktionsstandorts der Firma SAP in Indien

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3809

Lob für das Stiftungsengagement der Gründer der Firma SAP

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3895

Verlagerung von Arbeitsplätzen der Firma SAP nach Osteuropa

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4975 4976

Nutzung der Softwarekompetenz von IBM und SAP; Überlegung der Firma SAP zur Verlagerung ihrer Verwaltung nach Osteuropa

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5094 5096 5097

Datenverarbeitungszentrum

s. *Rechenzentrum*

Datenweiterleitung

s. *Datenübertragung*

DBAG

s. *Deutsche Bahn AG*

Dederer, Heike MdL CDU

Erinnerung an die Laubfroschaffäre von Frau Dederer und deren Wechsel zur CDU

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7573 7577 7578

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Heike Dederer durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8015

Dederer, Heike MdL GRÜNE

Entsendung der Abg Heike Dederer als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Abg Dr. Salomon in den Aufsichtsrat der Landesstiftung BW

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894

Defibrillator

s. *Medizinisches Gerät*

Demenz

s. *Gehirnkrankheit*

Demokratie

s.a. *Bürgerbeteiligung*

s.a. *Volksabstimmung*

BW einig im Kampf gegen Gewalt

Unser Land vor dem Terror schützen - unsere wehrhafte Demokratie offensiv verteidigen

Verurteilung der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Unterstützung der Suche nach den Urhebern sowie der weltweiten Bemühungen um ein breites Bündnis gegen den Terrorismus, Stärkung der inneren Sicherheit hierzulande, Abwehr jeglicher Pauschalverurteilung anderer Kulturen und Religionen

Antr

s. *Terrorismus*

Drs 13/257

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Entwicklung der Zahl, Themen und des Schicksals von Bürgerbegehren seit 1975; Anteil und Gründe der für unzulässig erklärten bzw der vom Gemeinderat angenommenen Begehren; Vergleich der Rechtslage und Praxis mit Bayern; Ermöglichung der Bürgerbegehren und Direktwahl der obersten Repräsentanten auch in den LKreisen und Regionen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform; Absenkung des Quorums und der Themenbeschränkung für Bürgerentscheide, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW
Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung: Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2577

Förderung moralischer und demokratischer Kompetenzen an den Schulen
Verankerung in den Bildungsplänen sowie bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/2921

Veranstaltungs- und Teilnahmeverbote für Kommunalbedienstete iRd bevorstehenden Kommunalwahlen

Beurteilung o.g. Verbote von LKreisen und Kommunen unter rechtlichen und demokratiepolitischen Aspekten

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/2992

Präventionsarbeit gegen Rechts an baden-württembergischen Schulen

Pädagogische Konzepte zur Vorbereitung der Lehrkräfte auf rechte und rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unter den Schülern, Art und Akzeptanz von Fortbildungsangeboten, Projekte an den einzelnen Schulen und Schularten, Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen, Gedenkstätten u.a.; Frage nach einer flächendeckenden Umsetzung des bisher modellhaft durchgeführten Civic-Modells zur Förderung der Demokratiefähigkeit von Schülern

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/3882

Europäisches Jahr der Demokratieerziehung 2005

Zielsetzungen, Organisation und Umsetzung des o.g. Projekts des Europarats; Stellenwert der Demokratieerziehung in den Schulen bzw in der Lehreraus- und -fortbildung; Art der Einbindung von außerschulischen Einrichtungen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 17.03.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4166 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 40 41
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Förderung der demokratischen Mitbestimmung, Senkung der Hürden für Bürgerbeteiligungsformen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80

Bekennnis zu einer wehrhaften Demokratie angesichts der Terroranschläge in den USA

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328

Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen Angriffe von Terroristen, Werbung um ein Bündnis aller Demokraten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 361-363 366 368 369 374-376

Bezeichnung des Badischen Landtags als Wiege der Demokratie, Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung nach dem Ende der Monarchie; Demokratisierung der Organe der EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451 1452 1455 1473 1474

Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Senkung der Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide; Ergänzung der repräsentativen durch Elemente der direkten Demokratie

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1933-1939

Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Senkung der Quoren für Volksbegehren und -entscheide; Ergänzung der repräsentativen durch Elemente der direkten Demokratie

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1994-2001

Verteidigung der Meinungsfreiheit als Grundrecht der Demokratie am Beispiel einer Ausstellung zum Neofaschismus in den Fraktionsräumen der Grünen im Ltg; Abgrenzung aller Demokraten gegen Extremisten jeglicher Couleur

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441-2456

Bedeutung einer guten Verwaltung für die Demokratie, Werbung um das Vertrauen der Bürger zur Lösung der großen Probleme, Umsetzung einer Verwaltungsreform unter Beachtung des Demokratieprinzips

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2905-2908 2926 2927 2937

Gedenken an den Aufstand vom 17. Juni 1953 um Demokratie und Freiheit in der DDR

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3139

Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Senkung der Quoren für Volksbegehren und -entscheide; Ergänzung der repräsentativen durch Elemente der direkten Demokratie

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3683-3689

Feststellung einer Schwächung der repräsentativen Demokratie durch Missachtung der Parlamente vonseiten der Exekutiven; Beschäftigung mit dem Phänomen der Mediendemokratie

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4083-4092

Verteidigung der Demokratie gegen die Bedrohung durch den Terrorismus

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4143

Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Senkung der Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide; Ergänzung der repräsentativen durch Elemente der direkten Demokratie

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4747

Bedeutung der Meinungsvielfalt in den Medien für die demokratische Willensbildung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6271-6274

Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Senkung der Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide; Ergänzung der repräsentativen durch Elemente der direkten Demokratie, Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6566-6582

Verbesserung der demokratischen Teilhabemöglichkeiten von Jugendlichen, Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6724-6730

Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Senkung der Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide; Ergänzung der repräsentativen durch Elemente der direkten Demokratie

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6818-6826

Verbesserung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten durch Senkung der Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide; Ergänzung der repräsentativen durch Elemente der direkten Demokratie

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6910-6919

Demonstration

s.a. Streik

s.a. Versammlungsrecht

Ermittlungen des Staatsschutzes nach öffentlichen Auftritten von Mitgliedern der LReg

Demonstration und Unmutsäußerungen von Bürgern gegen die Kultusministerin bei einem Auftritt in Herrenberg, Auslösung bzw. Verhältnismäßigkeit von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen eines möglichen Verstoßes gegen das VersammlungsGes; Frage nach dem generellen Umgang mit Bürgern, die ihre von der Regierungspolitik abweichende Meinung äußern

KlAnfr

s. Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

Drs 13/2549

Umgang der Staatsanwaltschaft Stuttgart mit Formen des Protests gegen verfassungsfeindliche Organisationen

Anweisung der zuständigen Polizeibehörden zum Einschreiten gegen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, auch wenn diese zum Zeichen des Protests gegen o.g. Organisationen getragen werden: Bewertung dieser Rechtsauslegung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und der davon ausgehenden Signalwirkung, Frage nach Schritten zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen verfassungsfeindliche Organisationen

KlAnfr

s. Staatsanwaltschaft

Drs 13/5105

Würdigung der Demonstrationen von Schülern gegen den Krieg im Irak, Verzicht auf Sanktionen wegen unentschuldigtem Fehlen in der Schule

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2695 2699

Demonstrationen von Schülern gegen den Krieg im Irak, Verzicht auf Sanktionen wegen der Teilnahme in der Unterrichtszeit

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2836 2837

Demonstrationen von Polizeibeamten auf CDU-Parteitag gegen die geplanten Kürzungen der LReg

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3136 3137

Demonstration von Eltern in Hechingen auf dem Schulhof gegen die Einführung des G 8

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3416 3417

Demonstration von Studenten gegen die Einführung von Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7486 7487 7492

Demonstration von Studenten gegen die Einführung von Studiengebühren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7584 7585 7590 7592 7597 7598

Demoskopie

s. Umfrage

Denkmalamt

s. Denkmalbehörde

Denkmalbehörde

Ausstattung des Landesdenkmalamts in Stuttgart und der Außenstellen in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen mit intranetfähigen und internetfähigen Computern im Rahmen eines Gesamtkonzepts

Arbeitsrückstände wegen fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten mit Antragstellern und nachgeordneten Dienststellen; finanzieller Aufwand und Zeitrahmen einer Ausstattung mit geeigneter IuK-Technik

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 05.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/538

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 17
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Schwächung des Denkmalschutzes in BW durch die von der LReg geplante Verwaltungsreform

Art und Auswirkungen der Aufteilung der Zuständigkeit des Landesdenkmalamts in Esslingen auf die vier RegPräs; Erhaltung des Landesdenkmalamts als Landesoberbehörde mit seinen übergreifenden Aufgaben für den Denkmalschutz in BW

Antr SPD 04.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2138

ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.07.2003 Drs 13/2254

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/2256

Erhaltung der Versorgungsverwaltung, der Landeswohlfahrtsverbände, Straßenbauämter und Straßenmeistereien in ihrer jeweils bisherigen Form; Verzicht auf eine Zerschlagung des Landesdenkmalamts

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3076

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr
s. *Restaurator*
Drs 13/5045

Frage nach dem Verbleib des Landesdenkmalamts bei der vorgesehenen Verwaltungsreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2923 2936

Übertragung der Aufgaben des Landesdenkmalamts auf die Reg-Präs

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4928

Verzicht auf eine Zerschlagung des Landesdenkmalamts

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5020 5021

Denkmalpflege

s.a. *Brauchtum*
s.a. *Gedenkstätte*
s.a. *Kulturdenkmal*
s.a. *Restaurierung*

Ausstattung des Landesdenkmalamts in Stuttgart und der Außenstellen in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen mit intranetfähigen und internetfähigen Computern im Rahmen eines Gesamtkonzepts

Arbeitsrückstände wegen fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten mit Antragstellern und nachgeordneten Dienststellen; finanzieller Aufwand und Zeitrahmen einer Ausstattung mit geeigneter IuK-Technik

Antr
s. *Denkmalbehörde*
Drs 13/538

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Rücknahme der Kürzung bei der Förderung der Denkmalpflege

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-12 S. 44 45

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/684-5 S. 12 13

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Berichtigung des Ges zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änd des DenkmalschutzGes vom 14.03.2001 (GBl S. 189)

Schwächung des Denkmalschutzes in BW durch die von der LReg geplante Verwaltungsreform

Art und Auswirkungen der Aufteilung der Zuständigkeit des Landesdenkmalamts in Esslingen auf die vier RegPräs; Erhaltung des Landesdenkmalamts als Landesoberbehörde mit seinen

übergreifenden Aufgaben für den Denkmalschutz in BW

Antr
s. *Denkmalbehörde*
Drs 13/2138

Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten

Erhaltung des o.g. Kulturdenkmals und Einleitung baulicher Sicherungsmaßnahmen; Frage nach Gefahren durch die Bauarbeiten iR von Stuttgart 21 sowie nach Verhandlungen mit der DB ProjektBau GmbH, Vorlage der Stellungnahme des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts und des Landesdenkmalamts

Antr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/2162

Missachtung des Parlaments durch die staatliche Vermögensverwaltung

Begründung und Verantwortliche für den Abriss der denkmalgeschützten Häuser in der Willy-Brandt-Straße vor Behandlung des Antrags 13/1249 im Finanzausschuss; Höhe der Kosten für den Abbruch und die anschließende Sicherung der Grundstücke; Prüfung der Zumutbarkeit einer Renovierung?

Antr
s. *Bauverwaltung*
Drs 13/3163

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des DenkmalschutzGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Denkmalgeschützte Gebäude im Eigentum des Landes oder der Landesstiftung in Stuttgart

Auflistung der o.g. Gebäude, deren Nutzung und Sanierungsbedarf; Ausweisung der in den letzten drei Jahren verkauften und abgerissenen Gebäude mit der jeweiligen Begründung, Frage nach weiteren Planungen

KIAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3391

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Pfahlbau- und Moorsiedlungen der Jungstein- und Bronzezeit am Bodensee

Bedeutung sowie Maßnahmen und Mitteleinsatz zur Sicherung der archäologischen Kulturdenkmale, u.a. in Unteruhldingen, Auflistung der zuständigen Institutionen, Ausstrahlungen für den Fremdenverkehr und die Bildung, Zustimmung zur Initiative der Schweiz für eine Aufnahme der Pfahlbauten rund um die Alpen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes

KlAnfr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/4555

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr
s. *Restaurator*
Drs 13/5045

Kritik an der Mittelkürzung für den Denkmalschutz

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 868

Kritik an der Reduzierung der Fördermittel für den Denkmalschutz

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 961 983

Denkmalverträgliche Nutzung landeseigener Liegenschaften, Unterbringung von Behörden in Kulturdenkmälern

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5630

Würdigung der Arbeit des Denkmalschutzes, Vermeidung einer Schwächung im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5906

Denkmalschutz

s. *Denkmalpflege*

Denkmalschutzgesetz

s. *Denkmalpflege*

Deponieverordnung

s. *Abfallbeseitigungsanlage*

Deregulierung*Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission*

Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben sowie von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Sicherheitstechnische Überprüfungen von Handwerksbetrieben

Zuständige Einrichtungen für die o.g. Überprüfungen; Möglichkeiten zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung

KlAnfr
s. *Technische Überwachung*
Drs 13/2378

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Abbau von administrativen und regulatorischen Belastungen bei Kreditinstituten

Überprüfung von gesetzlichen Regelungen des Bundes, deren Anwendung einen hohen Personal- und Zeitaufwand bei den Kreditinstituten verursacht; Beurteilung der Erfolgchancen einer entsprechenden BRatsinitiative

Antr
s. *Kreditgewerbe*
Drs 13/3453

Personalaufwand bei Banken und Sparkassen zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften

Entwicklung des o.g. Aufwands an Personal und Kosten in den letzten 20 Jahren; Maßnahmen zur Reduzierung dieses Aufwands

Antr
s. *Kreditgewerbe*
Drs 13/3471

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung des UniversitätsGes, FachhochschulGes, KunsthochschulGes, BerufsakademieGes und des Ges über die PH zu einem verschlankten und deregulierten LHOchschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Abweichung der Gemeinden von kommunalbelastenden Standards

Bisherige Nutzung o.g. Möglichkeiten des Standardbefreiungs-Ges, Begleitung der Entwicklung, Frage nach vorgelegten und von den Rechtsaufsichtsbehörden ausgewerteten Berichten sowie nach entsprechenden Erfahrungen in anderen BLändern

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4471

Außerkräftreten von Vorschriften des Kultusministeriums

Auflistung o.g. Vorschriften bzw deren Neuregelung und Bekanntmachung, u.a. zu den Themen Durchführung der GefahrstoffVO, Freistellung vom Dienst nach dem LBeamtenGes, Unterrichtsplanung, Unterrichtsbesuche der Schulaufsicht, Durchsetzung der Schulpflicht, Unfallversicherung und Gesundheitsschutz für Schüler

Antr
s. *Rechtsvorschrift*
Drs 13/4503

Nachweismöglichkeiten der Beherbergungsstatistik nach dem Beschluss des Bundestages und der Zustimmung des Bundesrates zum „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“ im Juni 2005

KIAnfr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 13/4670

Fortsetzung der Deregulierung von Standards und Rechtsvorschriften

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 84 85

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 507 511

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsmarkts, Einführung eines Verfallsdatums bei neuen Gesetzen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 638 698

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 843

Marktöffnung durch Deregulierung für Bereiche der Daseinsvorsorge durch die EU-Kommission

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1457

Vermeidung einer Erhöhung der Regelungsdichte, Notwendigkeit einer permanenten Deregulierung

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1516

Notwendigkeit einer Deregulierung der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1679 1707 1714 1715 1719-1722

Notwendigkeit einer Deregulierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812 1813 1816 1818 1823 1824 1857

Notwendigkeit des weiteren Bürokratieabbaus, Überprüfung aller Leistungsgesetze, Entlastung der Wirtschaft durch eine Deregulierungsoffensive

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2217 2220 2221 2226-2229

Erfolg und Konsequenzen der Deregulierung in BW, Umsetzung des Nachholbedarfs in Brüssel und Berlin, Werbung um mehr Vertrauen zu den Bürgern

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2381 2385 2389

Bewertung des neuen LandesplanungsGes als Beitrag zur Deregulierung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2871-2873 2878

Notwendigkeit einer permanenten Deregulierung von Rechtsvorschriften und Statistiken, insbes auf europäischer und Bundesebene

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2898 2899 2981 2982

Notwendigkeit der radikalen Deregulierung von Vorschriften und Bürokratie, Vorlage eines Deregulierungsberichts

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3603 3606 3607 3609 3610 3628 3629 3632 3642 3689-3691 3693 3696

Abbau von Bürokratie und Vorschriften mit der Verwaltungsreform, Prüfung von Aufgabenentlastungen der Kommunen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5797 5816

Fortsetzung des Abbaus von Normen, Aufforderung an den Bund zur Umsetzung der eingebrachten BRatsinitiative

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5883

Erfolg und Konsequenzen der Deregulierung in BW, Umsetzung des Nachholbedarfs in Brüssel und Berlin

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6392

Notwendigkeit weiterer Schritte zur Deregulierung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6481 6488

Notwendigkeit der Deregulierung auf europäischer Ebene sowie des Arbeitsmarkts hierzulande

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7144-7146 7150 7151

Nutzung von Spielräumen zur Deregulierung mit dem neuen Naturschutzrecht

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266 7268 7272

Derivatehandel

s.a. *Wertpapier*

Schuldenmanagement des Landes

Organisation des Schuldenmanagements; Umfang, Risiken, Ergebnismessung bei Derivatgeschäften und Kontrolle des Einsatzes derivativer Finanzinstrumente; regelmäßige Unterrichtung des Ltg

Antr
s. *Schulden*
Drs 13/1542

Derivatgeschäft

s. *Derivatehandel*

Design

s.a. *Baugestaltung*
s.a. *Bildende Kunst*
s.a. *Graffiti*
s.a. *Kunst*

Design Center Stuttgart

Internationales Renommee der o.g. Einrichtung als Kompetenzzentrum des Landes für Design und kreative Dienstleistungen; Verzicht auf eine Namensänderung und Standortverlagerung im Zuge der geplanten Auflösung des Landesgewerbeamts

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 23.03.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3040

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 13 14

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Standortentscheidung für das Design Center Stuttgart

Begründung der o.g. Entscheidung nach der Auflösung des Landesgewerbeamts, Frage nach der künftigen Betriebsform und Finanzierung sowie Kooperation mit anderen Design-Standorten

KlAnfr Thomas Knapp SPD 24.06.2004 und Antw WM Drs 13/3307

Die Interessen des Landes im Zusammenhang mit der Nachnutzung des Stuttgarter Killesbergs

Beurteilung von Nutzungsmöglichkeiten des bisherigen Messengeländes für die Staatliche Akademie der Bildenden Künste, für ein Design-Museum sowie für Depotflächen des Württembergischen Landesmuseums und des Lindenmuseums

KlAnfr
s. *Killesberg*
Drs 13/4719

Erhaltung der Eigenständigkeit des Design-Centers nach der Umstrukturierung des Landesgewerbeamts

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3920 3921

Überlegungen zur künftigen Zuordnung des Design-Centers

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5450 5454

Erhaltung des Design-Centers

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6022

Jährliche Kosten der vorher beim Landesgewerbeamt angesiedelten Design-Bibliothek, Suche nach einem neuen Aufgabenträger

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6333 6334

Design-Center

s. *Design*

Deutsch

s. *Deutsche Sprache*

Deutsche Bahn AG

s.a. *Eisenbahnunternehmen*

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Be-

mühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/55

Stand der Vorbereitungen zu der termingerechten Realisierung des Projekts Stuttgart 21

Gewährleistung der planerischen Ressourcen; Ausräumung von kartell-, wettbewerbs- und vergaberechtlichen Bedenken bei der Bestellung von SPNV-Leistungen bei der DBAG, Prüfung von Alternativen; Beteiligung des Landes an der Fahrzeugbeschaffung aus Regionalisierungsmitteln ohne Abstriche bei anderen ÖPNV-Projekten; Forcierung der Verhandlungen mit dem Bund über die Vorfinanzierung des Projekts

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/111

Ausschreibung der Ersatzleistungen für IR- und IRE-Verbindungen auf der Schwarzwaldbahn zum nächsten Fahrplanwechsel

Zeitpunkt der Ausschreibung für o.g. Verkehrsleistungen nach dem nächsten Fahrplanwechsel, Auswirkungen des Vertrags mit der DBAG zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit von Stuttgart 21, Beurteilung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn

Antr
s. *Schwarzwaldbahn*
Drs 13/165

Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt

Umsetzungsstand der im Generalverkehrsplan 1995 formulierten Verlagerungsziele, Darlegung von Hemmnissen im KLV sowie Wirkungen des vom Land finanzierten Förderprogramms, Auflistung der vom Rückzug der Bahn AG aus der Fläche betroffenen Strecken und Standorte; Chancen, Unterstützungsmöglichkeiten und Auswirkungen einer Übernahme dieser Verkehre durch NE-Bahnen, Gestaltung des Modal-Splits im grenzüberschreitenden Güterverkehr in den letzten drei Jahren, Einschätzung der vom Entwurf eines neuen LEntwicklungsplans ausgehenden Impulse

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/241

Qualitätsprobleme der Deutschen Bahn AG im Raum Stuttgart, Tübingen und Sigmaringen

Entwicklung der o.g. Defizite, Auswirkungen auf die vom Land bezahlten Regionalisierungsmittel, Zeithorizont von Verbesserungen durch zusätzliche Ausweich- und Begegnungsstellen

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/250

Sanierung und Instandhaltung von Bahnhofs- und Haltepunktanlagen im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse des o.g. Investitionsprogramms der DBAG und seiner evtl Fortschreibung, Mitwirkung bei der Festlegung von Prioritäten, Förderung von Vorhaben nach dem GVFG und Regionalisierungsges sowie nach dem BSchienenwegeausbau-

Ges? Gemeinsame Aktivitäten von Land, Kommunen und Bahn AG; Definition eines Projekts entsprechend dem Modellversuch „Umweltbahnhof Rheinland-Pfalz“ in BW?

Antr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/430

Bauen statt Stauen - Vernunft vor Ideologie

Investitionsstau der Bundesmittel für den Ausbau der Schieneninfrastruktur bei der Bahn AG, Überlegungen des BVerkehrs-Min zur Umwidmung dieser Mittel zur Beschleunigung von Straßenbauprojekten, Scheitern dieser Pläne am Veto der Bundestagsfraktion der Grünen, betroffene Vorhaben in BW

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/473

Zukunft des Schönes-Wochenende-Tickets und des Baden-Württemberg-Tickets

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG; Hinwirkung auf ein (ganztägliches) Angebot auch am Wochenende

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/559

Fortbestand des Nahverkehrsfahrscheinangebotes „Schönes-Wochenende-Ticket“ der DB A.G.

Erhaltung des o.g. Angebots, Auswirkungen eines Wegfalls für den Freizeitverkehr am Wochenende bzw entsprechende Aktivitäten von Vereinen und Verbänden, Verhinderung der geplanten Preisanhebung

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/594

Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs

Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsbahnhöfe, Vorlage der o.g. Konzeption mit einem Finanzierungskonzept, Übernahme der Trassenkosten für die Feinverteilung im Schienengüterverkehr, Hinwirkung auf Zurückstellung der Stilllegungspläne bis zur Übernahme der betroffenen Verkehre durch andere Betreiber

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/625

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Jährliche Zuweisungen des Bundes seit 1995 nach BW bzw an die DBAG für Investitionen in den ÖPNV, SPNV und Schienenfernverkehr; Anteil der Mittel aus den Investitionsprogrammen des Bundes; Verteilung der Regionalisierungsmittel auf Verkehrsleistungen der Bahn AG u.a. Unternehmen sowie den nicht schienengebundenen ÖPNV; Umsetzung von planfestgestellten Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995; Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/716

Erhalt der 50-prozentigen Fahrpreisermäßigung der BahnCard
Erhaltung der o.g. Rabattwirkung im DB-Nahverkehrstarif, Festbeschreibung über die Verkehrsverträge zwischen Land und Verkehrsunternehmen, Vermeidung einer massiven Verteuerung der Fahrpreise im SPNV durch die Fahrpreisreform der DB

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/768

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrplage, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/771

Personalabbau der DB-AG im Einsatzbereich der Zugbegleiter/-innen

Umfang und Auswirkungen der geplanten Personalausdünnung im Dienstbereich des SPNV

MdlAnfr
s. *Eisenbahnpersonal*
Drs 13/810

IR-Zugverbindung Heilbronn-Würzburg

Planungsstand der Bahn AG zur o.g. Relation, Bereitschaft des Landes zur Übernahme entsprechender Ersatzverkehre bzw Einsatz von Nahverkehrszügen wie z.B. des Regionalexpress

KlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/921

Ersatz rollenden Materials im Schienenpersonenverkehr

Einwirkung auf die Bahn AG zur Ersetzung des alten Wagenmaterials im SPNV und Interregio-Verkehr

KlAnfr
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 13/934

Vorhaben der DB AG bei Fahrplanänderungen zum 15.12.2002 auf der Relation Stuttgart-Zürich (Gäubahnstrecke)

Planung bzw Verhinderung des Wegfalls der Haltepunkte Böblingen und Herrenberg als Bestandteile des Integralen Taktfahrplans

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/935

Verschrottung von Dieselloks der DB AG

Beurteilung der o.g. Vorgehensweise zur Verhinderung einer Übernahme der voll betriebsfähigen Loks durch private Betreiber, Behinderung von Wettbewerb im Schienenpersonen- und -güterverkehr; Stopp der Verschrottung durch entsprechende Einwirkung auf die Bahn AG

KlAnfr
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 13/956

Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft abhängen

Verhinderung einer Vorbeiführung der geplanten ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Rhein-Neckar-Raum am Verkehrsknoten Mannheim; Wahrung der Interessen von BLändern und Regionen bei der Mittelbereitstellung des Bundes für die Bahn AG

Antr
s. *Mannheim*
Drs 13/974

Empfang mobiler Telefonnetze auf den Bahnstrecken der DB AG in BW

Netzabdeckung der Mobilfunkanbieter auf den einzelnen Strecken, Stand der Bemühungen um einen flächendeckenden Empfang

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/1006

REGENT-Strecken in BW

Beurteilung der geplanten Ausgliederung einzelner Strecken oder Netze aus dem allgemeinen Bahnnetz der DBAG

Antr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/1178

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Erklärung des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der DB Regio AG für nichtig durch die Vergabekammer Magdeburg; Notwendigkeit der Ausschreibung von Leistungen des SPNV und Vergabe in Losen als Konsequenz dieser Entscheidung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1179

Berechtigung für Fahrten in der 1. Klasse der Deutschen Bahn AG für Behinderte mit über 70 % Behinderungsgrad

KlAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/1263

Sicherung des Schienengüterverkehrs in BW

Fortsetzung des Rückzugs der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsstellen und Schienenstrecken; flankierende Unterstützung der Übernahme durch andere Betreiber; Förderung von Modellvorhaben im ländlichen Raum, Initiierung einer Einbeziehung von Umschlaganlagen und Gleisanschlüssen in den Förderkatalog des GVFG

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1294

Güterverkehrsverlagerungen auf der Schiene am Hochrhein von der Schweiz nach Deutschland

Vergabe eines Planungsauftrags durch die Schweizerischen Bundesbahnen zur Untersuchung einer Bypasslösung für den Transitgüterverkehr auf der Hochrheinbahn zwischen Basel und Waldshut und damit einer Verkehrsverlagerung auf die deutsche Seite; Auswirkungen auf die Anwohner der Strecke; Vereinbarkeit mit der Verkehrsvereinbarung von Lugano 1996; Frage nach einer Einbeziehung deutscher Institutionen und der Bahn AG

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/1333

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn auf den Schienenpersonennahverkehr in BW

Beurteilung der entstehenden Preiserhöhungen im Nahverkehr, u.a. durch Reduzierung des BahnCard-Rabatts und Umstellung von Interregio- auf Intercity-Züge; Schaffung eines eigenständigen Landstarifs für Fahrten im SPNV, Hinwirkung auf flächendeckende Tarifverbünde; Vorlage eines Konzepts zur Revision der Fahrpreiserhöhungen im SPNV als Folge des neuen Tarifsystems

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/1467

Pünktlichkeit der RB 19307 Geislingen-Ulm

Feststellung täglicher Verspätungen sowie eines zu geringen Wagenangebots auf der o.g. Regionalbahn; Kürzung der Zuschüsse an die Bahn AG aus Regionalisierungsmitteln u.a. Maßnahmen zur Durchsetzung eines sach- und vertragsgerechten Verkehrsangebots

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1479

Schadensersatzleistungen bei Qualitätsmängeln im Schienenpersonennahverkehr

Höhe und Art der Verwendung der gegen die Bahn AG u.a. Unternehmen verhängten Vertragsstrafen, Anstrengung einer flächendeckenden vertraglichen Vereinbarung von Qualitätsstandards sowie eines konkreten Ausgleichs für die von Mängeln betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Entschädigung*
Drs 13/1617

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, insbes auch im ländlichen Raum; Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit anderer Unternehmen im Schienen- und Busverkehr gegenüber der Bahn AG, entsprechende Modifikation der Ausschreibungsverfahren; Möglichkeiten zur Kostensenkung und Qualitätssteigerung im SPNV, Zuschusskürzungen bei Leistungsmängeln; finanzielle Beteiligung der LKreise und Kommunen am ÖPNV, zusätzlicher Mittelbedarf ab 2003; Harmonisierung der Tarife und Anstrengung großräumiger Verkehrsverbünde; Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen; Gewährleistung der Anschlussverbindung von Busreiseunternehmen auch beim neuen Hbf und Filderbahnhof iRd Projekts Stuttgart 21

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/1684

Ertüchtigung von Schienenstrecken in den Regionalverkehrs-Räumen

Kriterien der Bahn AG für die Aufnahme von schwach befahrenen Strecken in den neuen Investitionsplan, Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes, Einbeziehung von Strecken mit NE-Bahnen-Betrieb

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/1834

Behindertengerechte und barrierefreie Bahnhöfe und Bahnsteige in BW

Zugänglichkeit der Bahn für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer durch Aufzüge, Rolltreppen u.ä.; geplante und realisierte Maßnahmen der Bahn AG seit 1993, Hinwirkung auf Abbau der noch vorhandenen Hindernisse

Antr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/1936

Folgen der Preisreform der Bahn und der Fahrplanumstellungen in BW im Dezember 2002

Beurteilung der Preiserhöhungen bei gleichzeitiger Verknappung des Platzangebots, u.a. auf den Verbindungen Karlsruhe-Stuttgart sowie Freiburg–Basel; Frage nach Maßnahmen zugunsten der (abwandernden) Fahrgäste

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/1965

Schienengüterverkehr am Hochrhein

Planung einer Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz über die Hochrheinbahn auf deutscher Seite, Auswirkungen auf die Anwohner und Kurorte am Ober- und Hochrhein bzw die Akzeptanz einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn; Vorlage aller bisherigen und notwendigen Vereinbarungen zwischen der Bahn AG, SNCF und SBB; Zusammensetzung und Transparenz der beteiligten Gremien; Frage nach Alternativen für den zunehmenden Schienengüterverkehr im Dreiländereck

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2071

Fahrradmitnahme in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn AG

Wiedereinführung der Fahrradmitnahme auf der Linie Stuttgart-Zürich bzw Einrichtung eines entsprechenden IC- und ICE-Netzes

Antr
s. *Intercity-Verkehr*
Drs 13/2104

Fahrradmitnahme in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn AG

Wiedereinführung der Fahrradmitnahme auf der Linie Stuttgart-Zürich bzw Einrichtung eines entsprechenden IC- und ICE-Netzes

Antr
s. *Intercity-Verkehr*
Drs 13/2111

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn

Frage nach dem zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteil an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertrags-

dauer bis 2016

MdlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2247

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG 2003-2016

Ausgestaltung und Finanzvolumen des o.g. Vertrags; Gründe und Auswirkungen des geringen, zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteils an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer; Vereinbarkeit mit dem Vergaberecht; Rückgabe der geförderten Fahrzeuge durch die Bahn AG bei einer Neuvergabe der Teilnetze?

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2303

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in BW unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverbundförderung

Entwicklung der o.g. Förderung seit 1998 nach Landesmitteln, dem GVFG, aus Regionalisierungsmitteln des Bundes und kommunalen Eigenleistungen; Planung von Einschnitten? Auswirkungen der Revision der Tarifreform der Bahn AG, Anerkennung der Bahn-Card in den Verkehrsverbänden? Höhe der Erstattungen für die kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV, Harmonisierung der Tarife und Anstreben geräumiger Verkehrsverbände

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2405

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsstraßen und Schiene im Gütertransport

Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen LEP; vollzogene und geplante Schließungen von Güterverladestellen durch die DB Cargo, Förderung von KV-Terminals sowie der Übernahme stillgelegter Anschlüsse und Strecken durch NE-Bahnen, insbes im ländlichen Raum, Erleichterung des Zugangs dieser Unternehmen, Kooperation mit den Spediteuren; Stand und Effizienz von Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahnmaut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Abgleichung der im neuen BVerkehrswegeplan avisierten Straßen- und Schienenprojekte mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2413

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/2456

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland

Beurteilung der Diskussion und Bürgerinitiative zur Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz, Gefährdung einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn? Hinwirkung auf eine Abwicklung des Güterverkehrsaufkommens in Frankreich über das dortige Gleis auf der linken Rheinseite

KlAnfr

s. *Rheintalbahn*

Drs 13/2543

SPNV im Rhein-Neckar-Raum

Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRD Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2644

Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV

Begründung des Widerspruchs gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise durch die Bahn AG, Entwicklung bzw Genehmigung der Fahrpreiserhöhungen der DBAG und der einzelnen Verkehrsverbände in den letzten fünf Jahren

Antr

s. *Verkehrstarif*

Drs 13/2645

Baden-Württemberg-Ticket

Entwicklung der Verkaufszahlen, der Zahl von Reisenden und zurückgelegten Entfernungen, Bewertung des Single-Tickets für 15 Euro in Bayern; Verknüpfung der Verbundförderung mit der Anerkennung des BW-Tickets, Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn AG zur Einführung eines Wochenendtickets sowie eines Tickets für Einzelreisende

Antr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/2825

Umsetzung der Bahnhofs-Entwicklungskonzeption BW - Stand und Perspektiven

Umsetzungsstand von Projekten der Bahnhofsentwicklung, des „Sofortprogramms“ und der Instandhaltung und Modernisierung von Bahnhöfen der DBAG; Priorisierung von Projekten angesichts der Investitionsmittelkürzung der BReg in diesem Jahr; Finanzierungsanteile des Bundes, des Landes, der Bahn AG und Kommunen; Darlegung evtl Hemmnisse bei der planerischen Kooperation mit Kommunen

Antr

s. *Bahnanlage*

Drs 13/2857

Ausweitung des schaffnerlosen Betriebs in Regionalzügen der DB AG

Strecken und Zuggattungen für den Einsatz des technikbasierten Abfertigungsverfahrens, entsprechende Regelungen im Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und im Ausschreibungsverfahren für die Schwarzwaldbahn, Frage nach Unfällen u.a. Zwischenfällen

Antr

s. *Eisenbahnpersonal*

Drs 13/2928

Potenzielle Nichtigkeit des Nahverkehrsvertrags des Landes mit der DB Regio AG

Bewertung als Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch die EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Frage nach finanziellen Vorkehrungen für den Fall der Nichtigkeit des Vertrags

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2952

Verkehrsvertrag des Landes BW mit der DB AG

Information über den o.g. Vertrag einschließlich aller Nebenabreden und durchgeführten Vergabeverfahren, Stellungnahme zu den Vorwürfen der EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen

Antr

s. *Vertrag*

Drs 13/2956

Schließung von Fahrkartenausgabestellen bei der Deutschen Bahn AG

Frage nach den von o.g. Plänen betroffenen Servicestellen, Vereinbarkeit mit der Gewinnung von mehr Fahrgästen, insbes im ländlichen Raum; Bemühungen um Ersatz-Verkaufsstellen

KlAnfr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/2988

Neubau von Haltepunkten an der DB-Strecke Tübingen-Rottenburg-Horb

KlAnfr

s. *Bahnanlage*

Drs 13/3171

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Fragen zur Ausgestaltung des o.g. Vertragswerks, insbes Abbestellung von Verkehrsleistungen, Aufgabe von Strecken, Rückzahlung von Zuschüssen, Konsequenzen aus einer Erhöhung oder Kürzung der Regionalisierungsmittel, Gewichtung und Folgen der Verletzung vereinbarter Qualitätskriterien, verbleibendes Volumen für Ausschreibungen

GrAnfr

s. *Vertrag*

Drs 13/3233

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Bemühungen bei der Bahn AG um eine Steigerung der Attraktivität des Kombi-Verkehrs für die verladende Wirtschaft und das Transportgewerbe

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/3321

Empfang mobiler Telefonnetze auf den Bahnstrecken der DB AG in BW

Netzabdeckung der Mobilfunkanbieter auf den einzelnen Strecken, Stand der Bemühungen um einen flächendeckenden Empfang, Prüfung einer Verknüpfung des digitalen Betriebsfunks der

Bahn mit dem digitalen Mobilfunk der Mobilfunkanbieter, Gestattung von Mobilfunkbasisstationen entlang des Bahnnetzes?

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/3347

Flächendeckende und auf alle Verkehrsträger sich erstreckende Anerkennung des Baden-Württemberg-Tickets im ÖPNV

Bisherige und künftige Nutzungsmöglichkeiten des BW-Tickets, Beurteilung der Vorschläge einer Arbeitsgruppe; Eintreten für eine rasche Regelung mit o.g. Zielsetzung zwischen den Verkehrsverbänden u.a. Verkehrsträgern sowie der DBAG

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/3424

Fahrpreiserhöhungen der DBAG im Nah- und Fernverkehr

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG sowie der Veränderung des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tickets; Ablehnung im SPNV, Hinwirkung auf einen Verzicht im Fernverkehr, Eintreten für einen dort ermäßigten Mehrwertsteuersatz

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/3607

Nach dem abgesagten Börsengang der Deutschen Bahn AG: Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?

Begrüßung der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht als Schritt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur, zu fairen Trassenpreisen und Transparenz; Forderung einer klaren Trennung von Netz und Betrieb; Sicherung des Verbleibs der Schieneninfrastruktur bei Bund und Ländern sowie der Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene als Voraussetzungen für die Zustimmung zum Börsengang; Übertragung des Schienenwegebbaus in die Auftragsverwaltung der Länder sowie Prüfung einer Kommunalisierung der Bahnhofsgebäude iR einer Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz

Antr GRÜNE 26.10.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3704
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 68 69
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbauvorhabens Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/3890

Auswirkungen des geplanten Gleisabbaus der DB Netz AG auf den Schienenverkehr in BW

Auswirkungen des o.g. Rückbaus für die betroffenen Strecken, Verhinderung einer Ausweitung des Leistungsangebots bzw der Wiederaufnahme des von der DBAG eingestellten Güterverkehrs durch andere Betreiber

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4024

Zustand der wichtigsten Bahnhöfe in BW

Zustand und Fahrgastzahlen der zehn wichtigsten Bahnhöfe, Investitionen der Bahn AG seit 1994 und vorhandener Nachholbedarf, Frage nach der finanziellen Beteiligung des Landes und dem behindertengerechten Ausbau der Bahnhöfe

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/4069

Vereinbarkeit des Nahverkehrsvertrags zwischen dem Land BW und der DB Regio AG mit europäischem Wettbewerbsrecht

Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Konsequenzen einer Bestätigung dieser Rechtsauffassung durch den EuGH für den o.g. Verkehrsvertrag, Frage nach möglichen Schadenersatzforderungen

Antr
s. *Vertrag*
Drs 13/4071

Fahrplangestaltung und Zugmaterial auf der Gäubahn

Pläne der DBAG zur weiteren Ausdünnung der ICE-Verkehre bzw Ablehnung einer Ersetzung durch IC- oder EC-Züge; Zunahme von Betriebsstörungen mit daraus folgenden Verspätungen, Bemühungen um passende Anschlüsse in Stuttgart in beide Richtungen und Einbindung in das bundesweite ICE-Netz; Beurteilung der Interessen der Schweizer Bahnen am Erhalt, Ausbau und Betrieb der Gäubahn

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/4134

Bahnverbindung Würzburg-Heilbronn

Stand der o.g. Ausbauplanung der Bahn AG, Begründung des Abbruchs trotz der ursprünglichen Zusage 2002

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/4267

Infrastrukturrückbau durch die DB-Netz AG

Zunahme von Verspätungen auf den betroffenen Strecken bzw Beeinträchtigung des Weiterbetriebs oder der Wiederaufnahme des Güterverkehrs durch den o.g. Rückbau, Vereinbarkeit mit der Gleisanschlussförderrichtlinie des Bundes; Beurteilung der Forderung nach einer schrittweisen Regionalisierung der Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung für die regionale Eisenbahninfrastruktur sowie der Ergebnisse des Gutachtens der Initiative „Zukunft Rhein-Neckar-Dreieck“ zur Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4374

Verzicht der LReg auf Ausschreibungen von Teilnetzen iRd Verkehrsvertrags mit der DB AG

Frage nach einer freihändigen Vergabe; Vereinbarkeit der angekündigten Wettbewerbsverfahren mit Unwägbarkeiten wie z.B. einer Elektrifizierung der Südbahn, Betrieb des Nordwürttemberg-Netzes als ein Pilotprojekt für Regio-Netze nach dem Vorbild der Kurhessenbahn, Problematik der Ländergrenzen überschreitenden Bahnstrecken bzw einer gemeinsamen Ausschreibung von Grenzverkehren

KlAnfr
s. *Vertrag*
Drs 13/4424

Zukünftiger Bahnverkehr auf der Strecke Bruchsal-Germersheim
Vorteile der „Standardisierten Bewertung“ für einen S-Bahnbetrieb statt eines Stadtbahnbetriebs, Höhe der Planungskosten und Zeitrahmen für eine entsprechende Streckenerüchtigung, Erzielung einer kostengünstigen Planung durch die Zusammenarbeit von DBAG und Albtalverkehrsgesellschaft und damit einer Verringerung der kommunalen Kostenanteile, Frage nach Fördermitteln für die S-Bahn

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4543

Anwendung eines PPP-Modells auf Schienen-Netzteile der Deutschen Bahn AG

Beurteilung eines PPP-Modells zur Finanzierung der geplanten Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim sowie der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Aufnahme entsprechender Gespräche mit der DBAG

KlAnfr
s. *Public Private Partnership*
Drs 13/4574

Drohender Wegfall von Fernzughalten wegen zu niedriger Bahnsteige

Bisher erfolgte und von der DBAG geplante Umstellung von lokbespannten IC-Zügen auf ICE-Triebzuggarnituren, Auflistung der davon betroffenen o.g. Bahnhöfe, Frage nach konkreten und finanziell abgesicherten Planungen zur entsprechenden Anhebung der Bahnsteige

KlAnfr
s. *Intercity-Verkehr*
Drs 13/4671

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems der DB auf die Stationspreise von Haltepunkten, deren Bau durch GVFG-Mittel finanziert wurde

Auswirkungen o.g. Verteuerung auf die Halte der DBAG u.a. vom Land beauftragten Eisenbahnunternehmen trotz der Mitfinanzierung solcher Haltepunkte durch das Land und Kommunen, Frage nach einer Absicherung gegen diese Kostensteigerungen im landesweiten Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und evtl anderen Verkehrsverträgen; Abwehrmaßnahmen gegen die Vorgehensweise der DBAG

KlAnfr
s. *Stationspreis*
Drs 13/4731

Schienengüterverkehr in Neckarsulm

Ursachen und Auswirkungen der rückläufigen Entwicklung am Nordanschluss bzw der dort angebotenen Firma Audi, Frage nach einer Landesförderung des Gleisanschlusses und weiteren Planungen der Bahn AG, Ausmaß der zusätzlichen Straßenbelastung; Moderation der Übernahme wegfallender Angebote durch andere Eisenbahnunternehmen?

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4945

Angebotskürzungen der DB im Fernverkehr Zürich-Singen-Stuttgart

Gründe und Auswirkungen der o.g. Kürzungen mit dem Fahrplanwechsel zum 11.12.2005; Zukunftsperspektiven der Gäubahnstrecke

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/4999

Den Börsengang der Bahn ablehnen

Projektstau, Investitions- und Rückbauentscheidungen der DB Netz AG in BW; Frage nach einem Zusammenhang mit dem geplanten Börsengang; Beurteilung der Ergebnisse des Gutachtens und der Kritik des BRechnungshofs zu Privatisierungsvarianten der Bahn mit und ohne Netz; Auswirkungen einer Trennung von Netz und Betrieb auf die Realisierung des Projekts Stuttgart 21; Ablehnung eines integrierten Börsengangs der Bahn in der Verkehrsministerkonferenz und im BRat

Antr GRÜNE 01.02.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5109

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim ohne Bypass

Festhalten an dem einstimmigen Beschluss nach Drs 13/1089 zur Umsetzung des o.g. Lückenschlusses mit Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs; Frage nach entsprechenden Initiativen der LReg bzw Gesprächen des MinPräs mit Bahnchef Mehdorn zur Umsetzung dieser Beschlusslage

KlAnfr
s. *Mannheim*
Drs 13/5177

ICE-Bahnhof Mannheim

Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs in die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim, Intensität des Eintretens der LReg für diese von der Region Rhein-Neckar geforderte Lösung

MdlAnfr
s. *Mannheim*
Drs 13/5172

Abwendung der Pläne der DBAG zur Streichung von Interregioverbindungen in BW

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 215-226

Feststellung der Unzuverlässigkeit und Unterfinanzierung der DBAG; Zubringerdienste zum Flughafen Frankfurt; Investitionsstau bei der Bahn AG

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 613 614 616 617

Investitionsstau bei Bahnprojekten, Umschichtung der Mittel zugunsten laufender Straßenbaumaßnahmen, Kritik an der Verlagerung von Schienengüterverkehr auf die Straße

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 662 664-667 674 675

Umschichtung nicht verbauter Mittel der Bahn AG zugunsten laufender Straßenbaumaßnahmen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 858

Übernahme der Interregio-Ersatzverkehre von der Bahn AG, Anbindung Mannheims an die neue Schnellbahnstrecke Frankfurt-Stuttgart, Umschichtung von Bahninvestitionsmitteln für den Straßenbau

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1023 1024 1029 1032-1034

Abwendung der Pläne der Bahn AG zur Streichung von Interregioverbindungen, Investitionsstau bei Bahnprojekten, Umschichtung der Mittel zugunsten laufender Straßenbaumaßnahmen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1124-1135

Kritik am Rückzug der Bahn AG aus der Fläche und vom Interregioverkehr, Anmahnung der Verpflichtungen im Nah- und Fernverkehr, Investitionsstau bei Bahnprojekten

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1561-1570

Lob für die Hervorhebung der Frauen iRd Werbung der Bahn AG für ihr neues Preissystem

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2037

Ermöglichung von mehr Wettbewerb auf den Strecken der Bahn AG

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3300 3302

Ermöglichung von mehr Wettbewerb auf den Strecken der Bahn AG, Vereinbarkeit des Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG mit europäischem Wettbewerbsrecht, Plädoyer von Herrn Mehdorn für Stuttgart 21 und die Schnellbahntrasse Stuttgart-Ulm

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6059 6060 6073 6074

Umzugspläne der Bahn nach Hamburg, Kritik an Plänen zur Übernahme des Hafensbetriebs; Anmahnung einer Trennung zwischen Netz und Betrieb

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7391

Befürchtung von Streckenstilllegungen im ländlichen Raum im Zuge des Börsengangs der Deutschen Bahn, Prüfung der Geschäftsgrundlage des Vertrags mit der DB Regio AG im Falle der Kürzung der Regionalisierungsmittel

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7876-7878

Deutsche Bank

Höhe der Eigenkapitalrendite bei der Deutschen Bank, Kritik am angekündigten massiven Arbeitsplatzabbau

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6150

Kritik am massiven Arbeitsplatzabbau der Deutschen Bank mit der Begründung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7926

Deutsche Bundesbahn

s. Deutsche Bahn AG

Deutsche Einheit

Kritik an der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherungssysteme

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 120 121

Verfügbare Deckungsmittel durch die Verschiebung der Tilgung beim Fonds „Deutsche Einheit“; Bevorzugung von Verkehrsprojekten im Zuge der deutschen Einheit

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 663 666 675

Vergleich der EU-Osterweiterung mit dem Prozess der Deutschen Einheit, Vermeidung der Fehler von damals

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 777 778 780

Begründung der hohen Altverschuldung mit den Kosten der Wiedervereinigung; Höhe der jährlichen Transferzahlungen in die innerdeutschen Ausgleichssysteme

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2130 2134 2164

Kritik an der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherungssysteme

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3021

Erinnerung an den Versuch zur Erzwingung der Wiedervereinigung am 17. Juni 1953 und an das friedliche Gelingen am 03. Oktober 1990

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3139

Zahlungen des Landes in den Fonds „Deutsche Einheit“

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5882

Kritik an der Finanzierung der deutschen Einheit über die Verschuldung

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6547

Verweisung auf die Mittelbindung für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, Zweifel an der Notwendigkeit aller Projekte

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6802-6804 6807

Verweisung auf die anhaltende Binnenzuwanderung in BW seit der deutschen Wiedervereinigung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

s. Rettungsdienst

Deutsche Lufthansa

s. Luftverkehrsunternehmen

Deutsche Post

s. Post

Deutsche Rentenversicherung

s. Rentenversicherung

Deutsche Sprache

s.a. Analphabetismus

s.a. Rechtschreibung

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Stand und Veränderungsbedarf der angebotenen Sprachkurse, Einrichtung von Sprachzentren nach dem Vorbild Israels

GrAnfr

s. Juden

Drs 13/98

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Sprachförderung von Schülern mit unzureichenden Deutschkenntnissen in den letzten zehn Jahren an den verschiedenen Schularten

GrAnfr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/124

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Bestandsaufnahme der Sprachkenntnisse ausländischer und ausgesiedelter Kindergartenkinder und Schüler; Ausbau von Ganztagsangeboten und Sprachförderung an Kindergärten und Schulen, insbes an Grund- und Hauptschulen; Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts und von Schulsozialarbeit, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse und Aufnahme als Zeugnisnote; Einführung von Islamunterricht iR von Modellprojekten; Gewinnung von Migranten für die Lehrerausbildung; Verbesserung der Beratung ausländischer Eltern; Unterstützung der Eigeninitiativen von Migrantenorganisationen

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/168

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Frau*

Drs 13/182

Integration von Migranten in BW

Erstellung kreisbezogener Lagebilder bzw einer Gesamtkonzeption zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, jährliche Fortschreibung mit einem Integrationsbericht; gezielte Sprachförderung für Eltern und Kinder in Kindergärten und Schulen; Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache, Einrichtung von Professuren für islamische Religionspädagogik an Universitäten und PH

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/432

Einrichtung von Pilotprojekten für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2002/2003

Ermittlung geeigneter Grundschulen und Lehrkräfte für die Einrichtung o.g. Pilotprojekte in deutscher Sprache

Antr

s. *Islam*

Drs 13/490

Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache

Vorlage des Sachstandsberichts der Steuerungsgruppe „Islamunterricht“ beim KM, Vorbereitungsstand entsprechender Lehrplanentwürfe, Darlegung der Kooperationspartner, Zeitpunkt und Ausgestaltung eines Modellversuchs, Gewinnung geeigneter Lehrkräfte, finanzielle Voraussetzungen, Auswirkungen von Verwaltungsgerichtsurteilen in Berlin und Düsseldorf

Antr

s. *Islam*

Drs 13/493

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Angebote von Arbeitsgemeinschaften und des Erweiterten Bildungsangebots sowie von Förder- und Stützunterricht, Kürzung zugunsten des Pflichtunterrichts? Ausgestaltung der Sprachkurse für ausländische Kinder und Aussiedler, Vorbereitung der Lehrkräfte auf die Förderung sprachbenachteiligter ausländischer Jugendlicher

GrAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 13/590

Kinderbetreuung in BW

Förderung des Spracherwerbs der Migrantenkinder in Kindergärten und Grundschulen

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr

s. *Lernbehinderung*

Drs 13/927

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1035

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei der Sprachförderung mit und ohne Kinderbetreuung, Ausbau der vorschulischen Sprachförderung und des muttersprachlichen Unterrichts

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte

Zahl und Erfolgsquote der Teilnehmer an der „Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber“, Höhe der Gebühren für die vorbereitenden Sprachkurse

GrAnfr

s. *Ausländischer Student*

Drs 13/1072

Förderung der deutschen Sprache in der EU angesichts der EU-Erweiterung

Ergreifung o.g. Initiative zur Förderung der Sprachausbildung von Diplomaten und Beamten sowie deutschsprachigen Übersetzern insbes aus den Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa; Förderung der deutschen Sprache als Amts- und Arbeitssprache; Stärkung der Goethe-Institute

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 13.06.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1081

Das ZuwanderungsGes als Chance für eine erfolgreiche Integrationspolitik

Schaffung der rechtlichen, finanziellen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des ZuwanderungsGes; Fortführung der Deutschkurse und Bereitstellung eines flächendeckenden Angebots von zusätzlichen Sprachkursen; Verankerung der Integration als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/1148

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung für fünfjährige Kinder

Vorlage einer Konzeption und eines entsprechenden GesEntw für die o.g. Maßnahmen: Verpflichtung des Kindes zur Teilnahme an einer individuellen Förderung bei diagnostisch festgestelltem Förderbedarf, Vermittlung von Sprachkompetenz bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrern

Antr SPD 23.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1220
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895-1909
BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 22-24 (dazu Antr Georg Wacker CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP)
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Finanzierung des Sprachförderkonzepts der LReg

Flächendeckende und dauerhafte Einführung des o.g. Konzepts als Teil des Bildungsauftrags der Kindergärten nach Auffassung der Kultusministerin, rechtliche Beurteilung der vorgesehenen Sprachstandsdiagnose für Fünfjährige sowie der Finanzierung über die Landesstiftung

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 13/1447

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Vorlage eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Beteiligung am Angebot des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen; Stärkung des Bildungsauftrags und der Sprachförderung im Kindergarten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1493

Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule

Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in

der Grundschule

Antr SPD 13.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1665 (10 S.)
Antr CDU und FDP/DVP 19.02.2003 Drs 13/1801
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2593-2601
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkehrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1727

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

Ausländerquoten an Kindergärten und Schulen

Ablehnung des o.g. Vorstoßes von WM Dr. Döring als Konsequenz auf die Ergebnisse der PISA-Studie; Vorlage eines Konzepts zur Sprachförderung ab Eintritt in den Kindergarten bis in die Grundschule; Herstellung von Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten sowie Familien mit Migrationshintergrund durch eine individuelle Förderung

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1947

Haushalt 2004; Epl 09

Fort- und Weiterbildung für Erzieherinnen zur Verbesserung der Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder

s. *Erziehungskraft*
Drs 13/2809

Sprachförderung im Vorschulalter

Vorlage des angekündigten Sprachförderkonzepts der interministeriellen Arbeitsgruppe auf der Grundlage eines Erziehungs- und Bildungsplans, Einlösung der Zusage zur finanziellen Unterstützung der Sprachförderung, kontinuierliche Sprachstandserfassung und -förderung mit Beginn des Kindergartenbesuchs sowie Fortbildung der Erzieherinnen, Einbeziehung der Eltern, Vernetzung mit anderen Angeboten, Bewertung des Projekts der Landesstiftung als zeitlich befristete Ergänzung

GrAnfr SPD 04.02.2004 und Antw KM Drs 13/2883 (11 S.)
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5420-5428

Finanzierung von Integrationsangeboten und Sprachförderung für schulpflichtige Spätaussiedler nach dem Wegfall der Mittel aus dem Garantiefonds

Kofinanzierung der Bundesmittel für schulische Integrationsprojekte, Gefährdung dieser Projekte nach dem Wegfall der Bundesmittel; Einstellung von Brückenlehrern, ergänzende Sprachförderung und Nachhilfeunterricht nach dem Beispiel der Stadt Schwäbisch Hall; Bedeutung der Sprachförderung nach Einschätzung von Elternvertretern; Frage nach einer Anschlussfinanzierung und Fortsetzung der Maßnahmen

Antr
s. *Aussiedler*
Drs 13/2902

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Bedeutung der deutschen Sprache in den Beitrittsländern

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Neuausschreibung von Sprachfördermaßnahmen durch die Landesstiftung für das Kindergartenjahr 2004/2005

Ausschluss der Kinder, die bereits im Kindergartenjahr 2003/2004 an der Sprachförderung der Landesstiftung teilgenommen haben, von der weiteren Förderung; Bewertung als Benachteiligung der Kinder mit weiterem Förderbedarf

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3469
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.12.2004 Drs 13/3991 S. 6
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Angekündigte Deutschpflicht für Predigten in Moscheen

Zeitpunkt der Einbringung und inhaltliche Ausgestaltung der von der Kultusministerin angekündigten Gesetzesinitiative im BRat, Frage nach einem ausschließlichen Bezug auf islamische oder auf alle Religionsgemeinschaften bzw nach einer Abstimmung mit anderen BLändern

Antr
s. *Predigt*
Drs 13/3777

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2004/05

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Umfang der aufgewendeten Deputate für begleitenden Unterricht zur Vermittlung von Deutschkenntnissen; Vorlage eines Zeitplans zum Abbau des strukturellen Defizits; Zuweisung eines höheren als im Hpl 2005/06 vorgesehenen Anteils an Neustellen

Antr
s. *Berufsschulunterricht*

Drs 13/3802

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Einstieg in eine flächendeckende Sprachförderung im Kindergarten, Qualifikation der Erzieherinnen, Umsetzung der Vorschläge der interministeriellen Arbeitsgruppe

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-2 S. 29 30
ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-9 S. 40
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4049-1 S. 2 3
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4049-5 S. 8
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Ausbau der frühkindlichen Bildung, Verankerung der Sprachförderung als Kernaufgabe des Kindergartens, Start einer Weiterbildungsoffensive für Erzieherinnen, enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, landesweite Ausweitung des Modellversuchs „Schulanfang auf neuen Wegen“

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in BW

Umsetzungsstand und weitere Schritte, Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen unter Einbeziehung der Kindergartenträger, Fortbildung der Erzieherinnen, Abstimmung mit der beschlossenen Ausweitung der Sprachförderung, den Fördermaßnahmen der Landesstiftung und dem Projekt „Schulreifes Kind“

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/4322

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung einer flächendeckenden Sprachförderung, eines Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten sowie eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Sommercamps zum Deutschlernen - Grammatik pauken und Theater spielen - Verbesserung der Sprachkompetenz von sozial und kulturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern

Beurteilung des Bremer Modells zur intensiven Sprachförderung von Grundschulern während der Sommerferien; Einrichtung der Camps für Grund- und Hauptschüler mit Migrationshintergrund, Ausgestaltung als wissenschaftliche Forschungsprojekte, Finanzierung über die Landesstiftung

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 02.08.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4582
BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 35 36
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des

Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergärten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenträgern

GrAnfr
s. *Bildung*
Drs 13/4788

Haushalt 2006; Nachtrag

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für eine flächendeckende Sprachförderung sowie Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung im Kindergarten, Qualifikation der Erzieherinnen

s. *Bildung*
Drs 13/4840

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Sprachentwicklung durch Immersion in Kindergarten und Grundschule

Erkenntnisse und Beispiele zur Förderung des Fremdspracherwerbs nach dem o.g. Verfahren in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen; Unterstützung entsprechender Pilotprojekte?

KlAnfr
s. *Sprachunterricht*
Drs 13/5023

Sprachtest für Spätaussiedler

Beurteilung der Pläne des IM zur Erleichterung der Einreise auch bei nicht bestandenem Sprachtest bzw zur Abschaffung des obligatorischen Sprachtests, Vereinbarkeit mit der Überzeugung des PetA auf seiner Reise nach Sibirien von der zwingenden Notwendigkeit der Tests als Integrationsvoraussetzung

MdlAnfr
s. *Aussiedler*
Drs 13/5092

Deutsche Sprachkenntnisse als Voraussetzung für Zuwanderung und Integration

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 54

Bedeutung der Ausländerintegration, Kritik an der Streichung von Förderunterricht in Deutsch

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75 85

Deutsche Sprachkompetenz als Integrationsvoraussetzung für Zuwanderer, Durchsetzung einer Verpflichtung zur Teilnahme an Sprachkursen

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260 262 267-270 272 273

Verpflichtende Teilnahme von Zuwanderern an deutschen Sprachkursen als Integrationsvoraussetzung

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 576 577

Bedeutung der deutschen Sprachkompetenz für ausländische Kinder, Notwendigkeit eines qualitativ hochwertigen Sprachunterrichts als Konsequenz auf die PISA-Studie; Stellenwert der deutschen Sprache in den EU-Beitrittsländern Osteuropas

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 736 739 741 780

Vorbereitungs- und Förderkurse für ausländische Schüler zum Erwerb deutscher Sprachkenntnisse, Kurse für erwachsene Ausländer und Spätaussiedler

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1228-1231 1233-1236 1239-1242 1286 1287 1293 1295

Kritik an der Ablehnung geschlechtsneutraler Formulierungen in der GO des Ltg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1619

Ergebnisse der PISA-Studie zur Leseschwäche der Schüler; Feststellung bzw Umsetzung des individuellen Förderbedarfs durch einen Sprachtest im Kindergarten

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1739-1741 1745 1752 1757 1776-1780 1784 1787 1792

Kritik an der Ablehnung geschlechtsneutraler Formulierungen in der GO des Ltg

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2042

Erarbeitung eines ganzheitlichen Sprachförderkonzepts, Feststellung bzw Umsetzung des Förderbedarfs im Kindergarten, Förderung der Sprachkompetenz mit der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2558 2563 2564 2570 2572 2573 2588 2589 2591 2593-2601

Stärkung der deutschen Sprachkompetenz im Kindergarten und in der Grundschule, Erarbeitung eines ganzheitlichen Förderkonzepts, Impulse durch die Grundschulfremdsprache

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812 2820 2821 2825 2828-2830 2833 2834 2840

Lösung der Sprachprobleme von Migrantenkindern durch frühere Einschulung, Annahmung eines Konzepts zur Sprachförderung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3165 3168 3171

Verbindliche Regelung der Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3619 3634

Annahmung einer verbindlichen Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4021 4022

Finanzierung der Sprachförderung im Kindergarten aus Mitteln der Landesstiftung; Streichung der Mittel für die Sprachförderung bei ausländischen Studenten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4164 4165 4170 4171 4220 4221

Fortsetzung der Sprachförderung von Migrantenkindern, Mittelbereitstellung der Landesstiftung für die Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4267 4274 4276

Verpflichtung der Zuwanderer zur Teilnahme an einem Sprachkurs, Auseinandersetzungen um die Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4621 4622 4624

Bedeutung der Sprachförderung als Schlüssel für die Bildung und Integration, Verweisung auf das Programm der Landesstiftung

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4720

Stimulanz der deutschen Sprachförderung von den Goethe-Instituten in Osteuropa; Sprachförderung im Kindergarten aus Mitteln der Landesstiftung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4777 4816

Deutsche Sprachkenntnisse der 15- bis 16-Jährigen, Notwendigkeit der Sprachschulung im Kindergarten

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4973 4977

Vermittlung der deutschen Sprachkompetenz für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5145 5146 5151 5152 5164

Beibehaltung der Rechtschreibreform, Bewahrung der Tradition der deutschen Sprache, Weiterentwicklung der Sprache durch den Rat für deutsche Rechtschreibung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5408-5412

Anmahnung einer verbindlichen Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5805 5814 5848 5849

Deutsche Sprachkenntnisse der 15- bis 16-Jährigen, Notwendigkeit der Sprachschulung im Kindergarten, Angebot von Integrationskursen für bleibeberechtigte Ausländer

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870 5871 5886-5888 5891 5892 5896-5898 5902 5909 5917 5918 5925 5927 5928 5930 5933 5934 5942

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5993

Verbesserung der Sprachfähigkeit der Kinder bei der Einschulung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140 6150

Notwendigkeit der Sprachschulung im Kindergarten, Frage nach dem angekündigten Konzept des MinPräs zur Sprachförderung, Umsetzung des Sprachförderkonzepts von 2004

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213-6216 6218-6222

Umsetzung des neu beschlossenen Sprachförderprogramms zur Verbesserung der Schulreife insbes von Kindern mit Migrationshintergrund; Bewertung des Erlernens der deutschen Sprache als Voraussetzung zur Integration

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6411 6414-6416

Umsetzung des Programms zur Sprachförderung im Kindergarten, entsprechende Qualifizierung der Erzieherinnen; Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6474 6475 6484 6496 6498

Vorreiterrolle des Landes beim Sprachförderprogramm im Vorschulalter mit der Sprachstandsdiagnose, Verweisung auf die Stärkung des Fachs Deutsch vor den PISA-Untersuchungen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6958 6959

Beeinträchtigung der Sprachentwicklung von Kindern durch hohen Medienkonsum; Betrachtung von Sprachkompetenz als Schlüssel zur Integration

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7061 7083

Vermittlung der deutschen Sprachkompetenz für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr; Notwendigkeit von Sprachunterricht für Schulabgänger an der Berufsschule; Einrichtung von kleinen Lerngruppen für Grundschüler mit großem Sprachförderbedarf

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7208 7210 7212 7215 7217 7218 7221 7222 7227 7228 7231 7233 7237 7240 7242 7247 7248

Etatisierung von Mitteln für die Sprachförderung im Vorschulalter mit dem Nachtrag zum Hpl 2006

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7341

Betrachtung der deutschen Sprachkompetenz als Schlüssel zur Integration und Einbürgerung, Notwendigkeit der frühzeitigen Sprachförderung im Kindergarten, Anregung einer Pflicht zur Benutzung der deutschen Sprache auf Schulhöfen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7647 7649-7651 7654-7656 7661 7663 7664 7667 7669 7695 7757

Anteil von Schulanfängern und Schulabgängern mit fehlenden bzw mangelnden Deutschkenntnissen; Vermittlung der deutschen Sprachkompetenz im Kindergarten

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933 7935-7937 7941 7944 7996

Deutsche Telekom

Verkauf des Breitbandkabelnetzes

Beurteilung o.g. Verkaufsabsichten der Telekom an die Callahan-Gruppe, Einschätzung von Befürchtungen über eine Benachteiligung ländlicher Räume beim Netzausbau sowie von verschiedenen Anbieter- und Nutzergruppen beim Netzzugang, Bewertung künftiger Einflussmöglichkeiten der LfK sowie von Aufgaben und bisherigen Ergebnissen des Zukunftsforums Kabel 21

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/171

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes durch die Telekom auf die Kabelkunden, Programmanbieter, LfK, Verbreitungstechnologien und Frequenzvergaben; Gewährleistung der Gleichbehandlung der bisherigen Fernsehanbieter im Kabel sowie des ländlichen Raums bei einer weiteren Verkabelung und Modernisierung des Kabelnetzes; Einschätzung der Entwicklung von Pay-TV in BW

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/226

Erschließung des ländlichen Raums mit schnellen Internet-Zugängen und mit Anschlüssen an Breitbandkabel

Ablehnung von DSL-Anträgen von Internet-Nutzern im ländlichen Raum durch die Deutsche Telekom; Verhinderung einer Benachteiligung des ländlichen Raums bei der Erschließung mit neuen Technologien

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/1157

Lückenschluss bei der Versorgung mit DSL-Anschlüssen im ländlichen Raum

Bemühungen um schnelle und kostengünstige Internetzugänge in allen Landesteilen und Orten, Hinwirkung auf den Ausbau der Glasfaserverbindungen durch die Telekom u.a. Netzbetreiber, ggf Unterstützung über das ELR-Programm oder andere Förderprogramme

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/4703

Deutsche Wiedervereinigung

s. *Deutsche Einheit*

Deutscher Fußball-Bund

s. *Sportverband*

Deutscher Tourismusverband

s. *Fremdenverkehr*

Deutsches Cochrane Zentrum

s. *Cochrane Collaboration*

Deutsches Institut für Bautechnik

Abkommen zur Änd des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt-Änderungsabkommen)

Mittlg LReg 29.11.2004 Drs 13/3805

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5705

Deutsches Institut für Fernstudienforschung

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Modalitäten der Abwicklung des Deutschen Instituts für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (DIFF) (Drs 12/5589 Nr. 42)

Mittlg LReg 16.06.2001 Drs 13/35

Mittlg LReg 23.10.2001 Drs 13/344

Deutsches Literaturarchiv

s. *Literaturarchiv*

Deutsches Rotes Kreuz

Katastrophenschutzfahrzeuge

Ausstattung der einzelnen LKreise mit o.g. Fahrzeugen, Erhöhung der Einsatzfähigkeit des DRK im LKreis Rottweil, Beschaffung von Fahrzeugen im Zuge der Gefahrenabwehrplanung für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Möglichkeiten für die spätere Nutzung

KlAnfr

s. *Katastrophenschutzfahrzeug*

Drs 13/3487

Kooperation Jugendarbeit und Schule

Entwicklung der Zuschüsse für das o.g. Förderprogramm, Umfang und Auswirkungen von Kürzungen für die betroffenen Einrichtungen und Projekte, u.a. des DRK und des Badischen Sportbunds

Antr

s. *Jugendarbeit*

Drs 13/3717

Scientology-Organisation in Stuttgart

Ausbau des Standorts Stuttgart zur bundesweiten Operationszentrale nach Aussage führender Scientologen? Frage nach Verhandlungen mit dem DRK um den Kauf eines Gebäudes bzw nach Möglichkeiten zur Verhinderung dieses Immobilienerwerbs der Sekte

KlAnfr

s. *Sekte*

Drs 13/4542

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr

s. *Medizinische Forschung*

Drs 13/5218

Hilfsangebote und -projekte des DRK nach dem Seebeben in Südostasien

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6194 6195 6198

Deutsch-Französische Filmakademie

s. *Filmakademie*

Deutsch-Französische Hochschule

Integrierte Auslandsstudiengänge

Erweiterung des vorhandenen Angebots integrierter Studiengänge an Universitäten und FH, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Beitrag der Deutsch-Französischen Hochschule, Abbau von Hemmnissen, Bereitstellung besonderer Mittel für die Hochschulen sowie Fördermöglichkeiten für Studierende

Antr

s. *Studium*

Drs 13/536

Erinnerung an die Gründung und Studienmöglichkeiten der Deutsch-Französischen Hochschule

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6357

Deutsch-französische Kriege

s. *Krieg*

Deutschland

s.a. *Bundesregierung*

s.a. *Länder der Bundesrepublik Deutschland*

„*Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt*“

Stand und Entwicklungsperspektiven von Zuständigkeiten, Rechtssetzungs- und Finanzierungskompetenzen von Bund,

Ländern und EU; Möglichkeiten zur Rückübertragung auf die Länder und Landesparlamente; Stärkung der Mitwirkungsrechte des BRats; Entflechtung bzw Abbau von Mischfinanzierungen, Fachministerkonferenzen, Arbeitsgruppen u.a. Gremien; Vorschläge zur Entwicklung eines Europas der Regionen

GrAnfr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1026

DeutschlandRadio

s. *Rundfunk*

Deutsch-Ordens Fachhochschule Riedlingen

s. *Fachhochschule Riedlingen*

DFB

s. *Sportverband*

Diabetes

Der Diabetes-Vertrag der AOK Baden-Württemberg im Rahmen der Disease-Management-Programme

Vereinbarung von Fangprämien für chronisch Kranke zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung, Genehmigung bzw Auswirkungen dieses Vertrags, insbes Auslösung eines Wettbewerbs um die höchsten Betreuungspauschalen und damit von zusätzlichen Ausgaben für die DMP, Rechtfertigung dieser erhöhten Kosten?

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/2189

Stevia als Alternative zu Zucker und Süßstoffen

Zusammensetzung und Vorteile von Stevia als Alternative zu künstlichen Süßungsmitteln, Eignung für Diabetiker, Verwendung in Lebensmitteln und in der Lebensmittelverarbeitung; Stand und Ergebnisse des von der EU geförderten Stevia-Forschungsprojekts an der Universität Hohenheim, Unterstützung des Zulassungsverfahrens der EU?

Antr
s. *Süßstoff*
Drs 13/2785

Zunahme von Altersdiabetes bei Kindern infolge von Fehlernährung und Übergewicht

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4852 4853

Diabetiker

s. *Diabetes*

Diäten

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des AbgeordnetenGes, Umstellung der Diäten und Pauschalen auf Euro

s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 13/400

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung, der steuerfreien Aufwandsentschädigung, der Tagegeld- und Reisekostenpauschale zum 01.08.2002; Erhöhung der Kürzungsbeträge für das Versäumen von Sitzungen und Namensaufrufen

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 13/1069

Bericht des Präsidenten des Ltg über die Angemessenheit der Entschädigung der Abg

Mittlg LtgPräs 20.06.2002 Drs 13/1071
Mittlg LtgPräs 06.05.2003 Drs 13/2046
Mittlg LtgPräs 21.07.2004 Drs 13/3350

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 2,4 % zum 01.03.2004

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 13/2169

Schreiben des BVerfG vom 27.11.2003 - Organstreitverfahren des MdL Benker gegen den Schleswig-Holsteinischen Ltg betr „Schleswig-Holsteinische Abgeordnetenentschädigung“

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144
BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/2960
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4603 4604

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 13/3405

Abgeordnetenentschädigung und -versorgung

Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten; Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Prüfung einer Übertragung der Entscheidung über die Höhe der Abgeordnetenentschädigung auf ein externes Gremium durch ein Rechtsgutachten; Berufung einer unabhängigen Diätenkommission mit dem Ziel einer Umstellung des Entschädigungssystems und des finanziell eigenständigen Aufbaus einer Altersversorgung der Abgeordneten

Antr
s. *Abgeordneter*
Drs 13/3406

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Jährliche Anpassung der steuerpflichtigen Entschädigung nach einem vom Statistischen Landesamt aus der Einkommensentwicklung in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst er-

mittelten Durchschnittswert, entsprechende Anpassung der Kostenpauschalen an die Kosten- und Preisentwicklung, Streichung der jährlichen Berichterstattung des LtgPräs über die Angemessenheit der Entschädigung

GesEntw
s. *Abgeordnetengesetz*
Drs 13/4487

Bericht der Diätenkommission

Mittlg LtgPräs 15.12.2005 Drs 13/4990 (127 S.)

Entschl zu dem GesEntw zur Änd des AbgeordnetenGes; hier: Vorbereitung eines Systemwechsels zur Umstellung auf die Brutodiät und Umsetzung der Vorschläge der Diätenkommission zu systemimmanenten Reformen der Abgeordnetendiäten

Antr GRÜNE 14.02.2006 Drs 13/5169-1
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7898-7904

Entschl zur Änd des AbgeordnetenGes

Eigenständige Altersvorsorge der Abgeordneten, Einbeziehung der Kosten einer angemessenen Alterssicherung in die steuerpflichtige Abgeordnetenentschädigung

Antr
s. *Altersversorgung*
Drs 13/5169

Verweisung auf die Kommentare zur jüngsten Diätenanpassung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2962 2965 2967

Vorschläge für eine Diätenreform, Orientierung am geplanten Systemwechsel in NRW

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5947-5952

Überlegungen und Gesprächsbedarf zur stufenweisen Anhebung der Diäten bei gleichzeitiger Eigenvorsorge für den Ruhestand

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6167-6170 6172-6175 6178 6179

Eintreten für eine stufenweise Anhebung der Diäten bei gleichzeitiger Eigenvorsorge für den Ruhestand

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6233 6235 6237 6238 6240 6242 6243

Vorschläge für eine Diätenreform, Orientierung am vollzogenen Systemwechsel in NRW

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7898-7902

Neuregelung der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung in der neuen WP, Eintreten für leistungsgerechte und attraktive Bezüge, Umsetzung von Vorschlägen aus dem Bericht der Diäten-Kommission

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

Diakonisches Werk

s.a. *Bahnhofsmision*

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen

Opfer

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/5171

Kritik der Diakonie an der Landessozialpolitik, Verweisung auf die Antrittsrede von Minister Palmer als Vorsitzender des Präsidiums beim Diakonischen Werk

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292 2293 2305

Stärkung der Verbandskontrolle der Pflegeheime, Vorschlag eines Gütestandards Diakonie

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2520

Kritik der Diakonie an der Landessozialpolitik

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2640-2642

Dibenzodioxin

s. *Dioxin*

DIBt-Änderungsabkommen

s. *Deutsches Institut für Bautechnik*

Die Grünen

s. *Bündnis 90/Die Grünen*

Die Republikaner

s. *Republikaner*

Diebstahl

Ablehnung einer Entkriminalisierung von Ladendiebstahl, konsequente Anwendung des Strafrechts

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2458-2460 2463 2464 2469

Bekämpfung des Taschendiebstahls im Umfeld der Fußballweltmeisterschaft

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7928

Dienstbefreiung

s. *Sonderurlaub*

Dienstfahrt

s. *Dienstreise*

Dienstfahrzeug

s. *Dienstkraftfahrzeug*

Dienstgrad

Dienstgradregelung für die Feuerwehren

Inkraftsetzung der von den Feuerwehren gewünschten neuen Dienstgradregelung

KIAnfr Reinhold Gall SPD 09.07.2003 und Antw IM Drs 13/2245

Dienstkleidung

s.a. Schuluniform
s.a. Textilien

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)
Änd der VO über die Dienstkleidung für den Forstdienst

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Umstellung auf blaue Polizeiuniformen

Derzeitiger und künftiger Anteil des Landes und der Polizeibeamten für die Beschaffung der Dienstkleidung, Zeitraum und weitere Kriterien für die o.g. Farbumstellung, Bindung an ein einheitliches Votum der Innenministerkonferenz? Umfang und erwartete Effekte einer Kürzung bzw Einfrierung des Bekleidungs-gelds

Antr Günter Fischer u.a. SPD 17.11.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3752
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 17 18
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Verringerung der Bekleidungskontogutschriften für die Polizeibeamten; Änd der PolizeidienstkleidungsVO

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Verzicht auf die Umstellung auf blaue Polizeiuniformen, Verbesserung der technischen Ausstattung der Polizei

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5808

Verzicht auf die Umstellung auf blaue Polizeiuniformen, Verbesserung der technischen Ausstattung der Polizei

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6256 6257

Dienstkraftfahrzeug

s.a. *Feuerwehrfahrzeug*
s.a. *Katastrophenschutzfahrzeug*
s.a. *Polizeifahrzeug*

Erdgasautos

Vergleich von Erdgasautos mit diesel- und benzinangetriebenen Fahrzeugen, Umfang des tatsächlichen und möglichen Einsatzes entsprechend ausgerüsteter Dienstfahrzeuge, Umsetzung der Empfehlung der Umweltministerkonferenz zur bevorzugten Beschaffung solcher Fahrzeuge

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 17.05.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1019
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 36 37
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Einsparungen beim Land durch Fahren mit Biodiesel

Umrüstung der Dieselfahrzeuge in der Fahrzeugflotte von Regierung, Landesbehörden und Polizei auf die Verwendung von Raps-Methylester; Leasing entsprechender Fahrzeuge; Gewähr-

leistung eines flächendeckenden Tankstellenangebots durch öffentliche Ausschreibung und Vertragsabschlüsse

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/1700

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Umstellung der personenbezogenen Dienstwagenvorhaltung des Ltg auf einen Fahrzeugpool

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 35 S. 95
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Ausrüstung der landeseigenen Fahrzeugflotte mit Partikelfilter

Ausrüstung bzw Nachrüstung von landeseigenen und geleaste Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern, Schaffung von Anreizen für die entsprechende Ausrüstung von dienstlich genutzten Privatfahrzeugen

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/2438

Inanspruchnahme des landeseigenen Fahrzeugpools; hier: Fahrzeugpool des RegPräs Freiburg

Inanspruchnahme durch den ehemaligen MinPräs Dr. Hans Filbinger

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 04.02.2004 und Antw StM
Drs 13/2886

Sofortprogramm zur Einführung des Rußpartikelfilters; Spitzenstellung des Landes durch moderne Automobilechnik sichern

Beschaffung erdgasbetriebener Dienstfahrzeuge bzw Fahrzeuge mit Rußfilter, Nachrüstung der vorhandenen Flotte

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/3274

Förderung und Nutzung von biologischen Kraftstoffen durch die LReg

Nutzung von Rapsmethylester, Rapsöl oder Methanol durch Verkehrsverbände sowie Fahrzeuge des Landes und seiner nachgeordneten Behörden; Anreize zur Erhöhung des Anteils biologischer Schmieröle und Motoröle außerhalb der Forstwirtschaft

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/3379

Rußpartikelfilter auf breiter Front einführen

Zustimmung im BRat zur steuerlichen Förderung des Partikelfilters für Diesel-Pkw; Anweisung der Landesbehörden zur Beschaffung bzw Nachrüstung entsprechender Dienstfahrzeuge; Berücksichtigung von Fahrverboten für Fahrzeuge ohne Partikelfilter an immissionskritischen Tagen bei der Aufstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/4018

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen

mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Aufstellung von Luftreinhalteplänen und Maßnahmen in 2005 in BW

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage für Maßnahmen der Kommunen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte; mögliche Folgen von Klagen von Verbänden und betroffenen Bürgern gegen die Kommunen auf Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte; Entwicklung der Einnahmen aus der Kfz-Steuer seit 1998; Hinwirkung auf eine Steuerbegünstigung für Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter, entsprechende Nach- und Umrüstung des Fuhrparks der LReg und nachgeordneten Behörden

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4219

„Weg vom Öl“; hier: *Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen*

Erfahrungen mit den von Fahrschulen, Automobilclubs und der Straßenverkehrswacht freiwillig angebotenen Spritsparkursen, Beurteilung einer Verpflichtung der Nutzer von landeseigenen Fahrzeugen zur Teilnahme an Spritsparkursen bzw einer verbindlichen Fortbildung für alle Führerscheininhaber

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Verstärkter Einsatz von Biokraftstoffen, Umrüstung des landeseigenen Fuhrparks

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Dienstwagenbesteuerung

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356 2370

Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Dienstwagenbesteuerung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2632

Ausrüstung von landeseigenen Dieselfahrzeugen mit Partikelfiltern

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3788 3790

Ausrüstung der landeseigenen Dieselfahrzeuge mit Rußfiltern

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3989 3993

Einsatz von Biodiesel im Fuhrpark des MLR

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4346

Dienstleistung

s.a. *Daseinsvorsorge*

s.a. *Zivildienst*

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Kundenfreundliches BW - kostenlose Ausgabe von alkoholfreien Getränken zum Verzehr als Kundenservice

Rechtliche Beurteilung o.g. Geste von Friseurgeschäften, Kosmetikstudios u.a. Firmen; Bewertung als Zeichen der Gastfreundschaft oder als Wirtschaftskriminalität? Rechtslage in anderen BLändern und der EU; Einstufung der Vorgehensweise von Polizeibehörden bzw des WKD, insbes der Erfassung und des Verbleibs der Personalien von Kunden

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 12.06.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1077
BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 15 16
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1134

Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im Zuge der DM/Euro-Umstellung nach dem 1. Januar 2002

KlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/1225

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1318

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1520

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der eingeleiteten Reformprozesse, insbes zu einer verstärkten Dienstleistungsorientierung und Transparenz sowie Controlling zur Verringerung der Personalkosten

GrAnfr

s. *Industrie- und Handelskammer*

Drs 13/1664

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1733

Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) - Auswirkungen auf die Hochschul- und Kulturlandschaft in BW

Auflistung bzw Abwehr von möglichen nachteiligen Konsequenzen für die Hochschulen u.a. Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie deren Finanzierung, Wahrung der Länderinteressen iRD o.g. Verhandlungen

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 04.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1734

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2222 S. 61

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Neues Marketingkonzept des Landes für den Dienstleistungsbe- reich Heilbäder und Tourismus

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/1934

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis
Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut
Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2135

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen
Bisherige Bemühungen und dadurch erzielte Einsparungen, Prüfung weiterer Möglichkeiten iRd Verwaltungsreform und der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen, u.a. der Bereiche Kfz-Zulassung, Eich- und Messwesen, Vermessung, Handelsregister, Grundbuch, Baugenehmigungen, Denkmalschutz, Liegenschaftswesen, Schule und Hochschule, Sozialverwaltung, Landesbeschussamt, Straßenplanung und -unterhalt

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 13/2326

Reduzierte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen

Bewertung der unterschiedlichen Ergebnisse eines Erfahrungsberichts der EU und einer Studie des Mannheimer Instituts für Mittelstandsforschung, insbes hinsichtlich der Arbeitsplatzeffekte o.g. Steuerentlastung; Ergreifung der entsprechenden Initiativen?

Antr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/2342

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Wirtschaft*
Drs 13/2667

Perspektiven der zentrumsnahen Grundversorgung in Städten und Gemeinden BW

Förderung der innerörtlichen Zentralität von Einzelhandel und Dienstleistungen, Einflussmöglichkeiten über die Landesplanung, Regionalplanung und kommunale Planung; Zielsetzungen der Städtebauförderung; Unterstützung kommunaler Marketingmaßnahmen

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/2760

„Business Improvement Districts“ (BID)

Förderung der aus den USA kommenden Methode zur Revitalisierung und Stärkung von innerstädtischen Geschäftsbereichen, Initiierung und Begleitung entsprechender Modellprojekte in den Städten und Gemeinden des Landes

KlAnfr
s. *Business Improvement Districts*
Drs 13/3005

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung - Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/3382

Zukunft des Einzelhandels in BW

Entwicklung o.g. Unternehmen seit 1994 differenziert nach Branchen, Größen, Umsätzen, Vertriebsformen, Zahl von Beschäftigten und Auszubildenden; Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots von Einzelhandel und Dienstleistungen für die Verbraucher; Hinwirkung auf gemeinsame Aktionen sowie Vorgaben für den großflächigen Einzelhandel durch die Regionen; Bewertung des örtlichen Lebensmitteleinzelhandels als kommunale Daseinsvorsorge; Erarbeitung von Vorschlägen zur Einbeziehung von Kunst und Kultur gemeinsam mit den Kommunen; Einbeziehung der örtlichen Einzelhändler bei wichtigen Entscheidungen, wie z.B. Bauleitplanung, der Kommunen

Antr
s. *Handel*
Drs 13/3488

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 14) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Reduzierung des Engagements und der Beteiligung des Landes an dem o.g. Unternehmen zur Marktförderung für die bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Ernährungswirtschaft

Mittlg
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4103

Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahversorgung)

Ursachen und Folgen der rückläufigen Entwicklung; Beurteilung der von Kommunen sowie Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen entwickelten Konzepte zur Trendumkehr, insbes Förderung von Arbeitsplätzen für Behinderte, der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte sowie von Serviceleis-

tungen der Gemeinden, Energieversorger, Banken, Post u.a.; Entwicklung einer entsprechenden Strategie sowie von Empfehlungen an die Kommunen zur Nutzung der Möglichkeiten des Planungsrechts

Antr SPD 24.11.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3779 (12 S.)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Verwirklichung des Binnenmarkts für Dienstleistungen

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/3988

Dienstleistungsfreiheit im Europäischen Binnenmarkt

Auswirkungen der Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie durch das ArbeitnehmerentsendGes, Ahndung von Verstößen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern; Berücksichtigung der Schutzinteressen der Mitgliedstaaten durch die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag für eine Dienstleistungsrichtlinie? Bewertung der Kritik am Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Schlacht- bzw Fleischbranche, Feststellung von Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug durch den bisherigen Austausch von Dienstleistungen?

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 16.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4149 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5057 S. 4
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7851

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4152

Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze innerhalb der EU und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land

Definition und Angleichungsvereinbarungen der abgestuften MwSt-Sätze in der EU; Darlegung der Steuersätze in den 25 EU-Staaten und der Schweiz für Agrarprodukte, Lebensmittel, Arzneimittel, Tabakwaren, medizinische Leistungen, Verkehrstarife, Bücher, Fernsehgebühren, Eintrittsgebühren, Gastronomiepreise, Kraftstoffe, Fahrzeughandel, Reparaturen u.a. Güter und Dienstleistungen; Frage nach Vorgaben für die nationalen Regierungen bei der Anwendung von Nullsteuer- und Ermäßigungsätzen; Initiativen zum Abbau der Wettbewerbsnachteile für den heimischen Tourismus im Vergleich zu den angrenzenden Nachbarregionen

Antr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/4276

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Frage nach innovativen Konzepten zur Gründungsförderung für Frauen im Dienstleistungsbereich

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Verwirklichung des Binnenmarkts für Dienstleistungen

Verhinderung eines mit dem Herkunftslandprinzip verbundenen Lohn- und Sozialdumpings; Unterstützung der Erbringung von Dienstleistungen in Übereinstimmung mit der Rechtslage des Landes, in dem die Dienstleistung erbracht wird; Verankerung eines solchen Ziellandprinzips in der EU-Dienstleistungsrichtlinie

ÄAntr SPD 31.01.2006 Drs 13/5103
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845-7851

Abbau von Defiziten im Dienstleistungsbereich

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77

Nachfrage nach Dienstleistungen aus einer Hand, Notwendigkeit der Kooperation von Handwerksbetrieben

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 766

Notwendigkeit eines eigenständigen Dienstleistungsprofils für BW

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 945 946 948 964

Abbau von Defiziten im Dienstleistungsbereich, Wachstumsimpulse des Dienstleistungsgewerbes für die Gesamtwirtschaft

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1098 1106 1113

Wachstum im Dienstleistungsbereich in der Technologieregion Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1515 1526

Anteil des Dienstleistungssektors am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1977 1978

Beschäftigtenanteil im Dienstleistungsbereich, Anpassung des Ausbildungssystems

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3860

Entschärfung der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie, Abwehr der Angriffe auf Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5904

Wettbewerbsfähigkeit des Landes mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6406 6421

Verlagerung von Arbeitsplätzen im produktionsnahen Dienstleistungsbereich nach Osteuropa, Plädoyer für einen Niedriglohnsektor im Dienstleistungsbereich

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6704 6705

Verteuerung von Dienstleistungen mit einer Mehrwertsteuererhöhung, Verstärkung des Trends zur Schwarzarbeit, Verweisung auf viele von der Erhöhung nicht betroffene Dienstleistungen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6972 6975

Bemühungen um einen höheren Dienstleistungsanteil in der Region Stuttgart; Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7144-7146 7150

Feststellung einer Zunahme der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen im Dienstleistungssektor; Förderung des Exports von Dienstleistungen, Prämierung von Serviceideen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7445-7447 7450

Möglichkeiten für den Export von Dienstleistungen in Entwicklungsländer, Verstärkung des Übergangs von der Industrie- in eine Dienstleistungsgesellschaft

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7889 7890

Wirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungsbereichs im Zusammenhang mit dem Tourismus, Gefährdung von Existenzen durch die Verteuerung von Dienstleistungen mit einer Mehrwertsteuererhöhung; Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7956-7961 7965 8012

Dienstleistungsrichtlinie

s. Dienstleistung

Dienstliche Beurteilung

s. Dienstrecht

Dienstrecht

s.a. Beamtenrecht

s.a. Disziplinarrecht

s.a. Ernennungsgesetz

s.a. Tarifvertrag

Dienstrechtsreform zum Erfolg verhelfen

Zustimmung zum Fünften Ges zur Änd des Hochschulrahmen-Ges und des Ges zur Reform der Professorenbesoldung im BRat

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 20.11.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/465

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 25.04.2002 Drs 13/997 S. 57 58

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Umsetzung Juniorprofessur

Festlegung von Kriterien der Ausschreibung und Evaluation von Juniorprofessuren, Verbesserung des Frauenanteils in der Professorenenschaft, Umgestaltung der Habilitationsförderprogramme, Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung, Umsetzung der Übergangsregelung iRd Dienstrechtsreform, Einrichtung eines Stellenpools für die Übergangsphase zwischen Qualifikation und Berufung auf eine Professur, Hinwirkung auf einen Wissenschaftstarifvertrag in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Antr

s. Professor

Drs 13/1014

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungszuordnungen und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des Landesreisekosten-Ges, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungenGes

GesEntw

s. Besoldung

Drs 13/3399

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Ar-

beiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr CDU 28.07.2004 und Antw IM Drs 13/3431 (26 S.)

Antr SPD 08.12.2004 Drs 13/3854

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5769

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 19 20

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenberufungsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 13/3640

Beurteilungswesen bei der baden-württembergischen Polizei

Erfahrungen mit dem neu eingeführten Beurteilungswesen, Zahl der betroffenen Beamten und jeweilige Auswirkungen der nicht anlassbezogenen Beurteilung, Umgang mit der von Fachleuten geäußerten Kritik; Bewertung der Vorgaben, Kriterien, Ziele sowie des Zeit- und Verwaltungsaufwands

Antr SPD 15.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3887

BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 24 25

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Reform des Dienstrechts, Orientierung am Leistungsprinzip, Rückgabe der Zuständigkeit an die Länder

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 69 88 101

Reform des Dienstrechts, Orientierung am Leistungsprinzip

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202

Reform des Dienstrechts an den Hochschulen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 407 408 410-415

Hemmnisse des öffentlichen Dienstrechts beim Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Mitarbeiter

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 802

Kritik an der beschlossenen Dienstrechtsreform für die Hochschulen, Einführung einer leistungsgerechten Professorenbesoldung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967 971 977 979

Reformbedarf des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2655 2663-2670

Reformbedarf des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2726

Befreiung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute vom öffentlichen Dienstrecht

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4493 4498-4500

Bestrebungen um mehr Länderkompetenzen im öffentlichen Dienstrecht, Verstärkung der Leistungsanreize im Wettbewerb um die besten Köpfe

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5156

Anstrebung eines eigenen Dienstrechts der Länder, Vorschlag einer Lockerung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5500 5501 5504 5505 5507 5508 5510 5511

Anstrebung eines eigenen Dienstrechts der Länder

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5744

Bestrebungen um ein eigenständiges Dienstrecht der Länder

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5796 5810

Unterstützung des Eckpunktepapiers zur Reform des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5894 5906 5920

Bestrebungen um ein eigenständiges Dienstrecht der Länder, Nutzung der schon vorhandenen Spielräume, Unterstützung des Eckpunktepapiers zur Reform des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6360-6364

Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienstrecht zu einer Gruppe der Arbeitnehmer; Verankerung von Leistungselementen, Anmahnung einer grundsätzlichen Reform des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6986-6988

Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienstrecht zu einer Gruppe der Arbeitnehmer; Verankerung von Leistungselementen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7077-7080

Bestrebungen um ein eigenständiges Dienstrecht der Länder iR eines erneuten Anlaufs zu einer Föderalismusreform, Verzicht auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7287 7290

Befreiung der anwendungsorientierten Forschungsinstitute vom öffentlichen Dienstrecht

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7885

Dienstrechtsreform

s. Dienstrecht

Dienstreise

s.a. Auslandsreise

s.a. Reisekosten

s.a. Wirtschaftsdelegation

Befragung von Beamten im Betrugsfall FlowTex

Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/316

Nutzung der Firmenjets der Fa. FlowTex

Frage nach neuen Erkenntnissen auf die Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex nach der Stellungnahme auf Drs 13/316, insbes Nutzung der Firmenjets durch WM Dr. Döring

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/721

Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten mit dem Fahrrad

Anhebung der Wegstreckenentschädigung nach dem LandesreisekostenGes für Dienstfahrten mit dem Fahrrad

KlAnfr

s. Kilometerentschädigung

Drs 13/3675

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 7) - Dienstreisemanagement

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 IV. S. 2 3

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

Mittlg LReg 15.02.2006 Drs 13/5173

BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/365

Dienstunfähigkeit

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Lehrerversorgung der Hauptschulen; Entwicklung des Altersaufbaus, der krankheitsbedingten Fehlzeiten und Dienstunfähigkeit der GHS-Lehrer; Vergleich der zu erwartenden Pensionierungen mit der Zahl von Lehramtsstudenten, insbes in den naturwissenschaftlichen Fächern; Maßnahmen gegen den absehbaren Fachlehrermangel

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/590

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 4) - Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit

Novellierung des LandesbeamtenGes entsprechend den Vorschlägen des RH; Nutzung der Möglichkeiten zur anderweitigen Verwendung und Reaktivierung bei begrenzter Dienstfähigkeit; Verbesserung der ärztlichen Untersuchungen und Nachuntersuchungen nach der Versetzung in den Ruhestand

Mittlg

s. Beamter im Ruhestand

Drs 13/1748

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Frühpensionierungen infolge von Dienstunfähigkeit in den vergangenen zehn Schuljahren

Antr

s. Arbeitsschutz

Drs 13/1933

Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte an den Schulen in BW; neue Arbeitszeitmodelle statt Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Weiterentwicklung von Ansätzen im Bereich der Lehrerfortbildung zur Bekämpfung des Burn-Out-Syndroms und Vermeidung

vorzeitiger Dienstunfähigkeit bei Lehrkräften

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/2199

Beschäftigung dienstunfähiger Lehrer im öffentlichen Dienst außerhalb des Lehramts

Zahl von Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen unter den Lehrern der verschiedenen Schularten seit 2000 sowie von jeweils vorhandenen Stellen; Frage nach den rechtlichen Anforderungen der o.g. Beschäftigung - ggf auch in einer niedrigeren Besoldungsgruppe und im Angestelltenverhältnis

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/3281

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Versetzungen von Lehrkräften in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den letzten fünf Jahren im Vergleich mit anderen BLändern und mit dem gesamten öffentlichen Dienst; Auswirkungen der Teildienstfähigkeit und der Verwaltungsreform; Ergebnisse und Konsequenzen der in einem Pilotprojekt 2002 erstellten Gefährdungsanalysen an Arbeitsplätzen; Umsetzung eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Schulen und Schulkindergärten; Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/3442

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebentätigkeitsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Beamter*
Drs 13/3783

Umsetzung der Vorschläge des RH zum Abbau der vorzeitigen Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2674 2676 2677 2679 2680

Dienstwaffe

s. *Waffe*

Dienstwagen

s. *Dienstkraftfahrzeug*

Dienstwohnung

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 11) - Werksmietwohnungen für Waldarbeiter (Drs 12/5701 VIII. S. 3 4)

Mittlg LReg 15.01.2002 Drs 13/623

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkswohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3658

Diesellokomotive

s. *Schienefahrzeug*

Dieselmotor

s. *Motor*

Dieselfußfilter

s. *Abgasreinigung*

DIFF

s. *Deutsches Institut für Fernstudienforschung*

Digital Audio Broadcasting

s. *Rundfunk*

Digitale Signatur

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der weiteren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3388

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze

i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKreisen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KlAnfr
s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*
Drs 13/4147

Lösung des Problems der elektronischen Signatur mit einer Bürgerkarte für E-Business

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1633 1634 1639

Ausbau der elektronischen Bürgerdienste, Notwendigkeit einer flächendeckenden Verbreitung der Signaturkarte in der Bevölkerung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7841 7842

Digitaler Rundfunk

s. *Rundfunk*

Digitales Sprech- und Datenfunksystem

s. *Funkverkehr*

DIN-Norm

s. *Normung*

Dioxin

Würdigung der weltweit führenden Stellung des Dioxinlabors in Freiburg

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1877

Würdigung der weltweit führenden Stellung des Dioxinlabors in Freiburg

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3123 3124

Würdigung der schnellen Reaktion des MLR auf die Dioxinbelastung bei Freilandeiern

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6095

Diplom

Wirtschafts- und Verwaltungsakademie VWA; VWA-Abschlüsse Anerkennung als Diplom

Zuerkennung des staatlichen Diploms für o.g. Abschlüsse der Betriebswirtschaft, Änd der PrüfungsVO der VWA, Voraussetzungen für die Anerkennung früherer Abschlüsse

KlAnfr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/754

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Überführung des FachhochschulGes in das neue LHochschulGes; Einführung einer gestuften Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen als Regelmodell; Außerkrafttreten der DiplomierungsVO FH, der VO über die Künstlerische Eignungsprüfung FH, der VO Sozial- und Pflegewesen an FH, der VO über die Ableistung eines Vorpraktikums an den FH sowie der VO zur Durchführung der Wahlen an den FH

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Parallelität von Diplom- und Master-Abschlüssen, Akzeptanz des deutschen Diplomabschlusses an ausländischen Universitäten

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1504-1509

Diplom-Landwirt

s. *Landwirt*

Diskontsatz-Überleitungs-Gesetz

s. *Zins*

Diskotheek

Hörschäden bei Jugendlichen

Entwicklung o.g. Zahlen; gesetzliche Regelung der Lärmgrenzwerte in Diskotheken, bei Walkmans und Musikanlagen in Kraftfahrzeugen; Darlegung der möglichen Kostenersparnis im Gesundheitswesen

Antr
s. *Gehörgeschädigter*
Drs 13/1074

Vereinbarkeit des geplanten Unterhaltungszentrums Ergenzingen Ost (Stadt Rottenburg) mit dem Landesentwicklungsplan (LEP)

Vereinbarkeit der o.g. Freizeiteinrichtung mit einer Großdisco und Gastronomiebetrieben mit dem LEP und den Festlegungen des Regionalplans Neckar-Alb, insbes durch den starken Besucherverkehr und den dafür notwendigen Flächenverbrauch für 880 ebenerdige Parkplätze; Bewertung der Planung in einem Kleinzentrum an der Autobahn ohne Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel; Frage nach Instrumenten zur Verhinderung derartiger Vorhaben

KlAnfr
s. *Freizeiteinrichtung*
Drs 13/3762

Anregung einer verbesserten Förderung von Nachtbussen zu und von Diskotheken

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3902 3905

Rechtfertigung der Trennung bestimmter Nationalitäten voneinander in Diskotheken

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6287

Diskriminierungsverbot

Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie durch die BReg

Bestehende Rechtslage in Deutschland u.a. EU-Staaten zur Feststellung und Ahndung von Diskriminierungen, Auswirkungen des über die Vorgaben der EU hinausgehenden GesEntw der BReg, Vereinbarkeit mit der Privatautonomie und dem Verfassungsgrundsatz der Vertragsfreiheit, Beurteilung des Verwaltungsaufwands und der Zahl der zu erwartenden Klagen, Auswirkungen im öffentlichen Dienst

Antr CDU 27.01.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/3982 (10 S.)

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6279-6288

Befürchtete Auswirkungen des geplanten AntidiskriminierungsGes für die Justiz und Wirtschaft

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6038 6040 6041 6048 6049

Ablehnung des AntidiskriminierungsGes der BReg

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6147 6156 6157

Ablehnung einer Verschärfung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie durch die BReg bei deren Umsetzung in nationales Recht

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Disziplinargericht

s. Verwaltungsgericht

Disziplinarordnung

s. Disziplinarrecht

Disziplinarrecht

s.a. Ordnungsmittel im Schulwesen

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 4)

Disziplinarverfahren mit vorläufiger Dienstenthebung

Maßnahmen zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren, Vorlage eines GesEntw zur Reform des Landesdisziplinarrechts unter Berücksichtigung der Vorschläge des RH

Mittlg

s. Disziplinarverfahren

Drs 13/329

Bearbeitungsdauer von Disziplinarverfahren

Auflistung der Verfahren einschließlich der jeweiligen Zeitdauer und weitergezählten Bezüge in den letzten 15 Jahren, Frage nach einem seit über neun Jahren anhängigen Verfahren bei der Polizeidirektion Esslingen; Verkürzung der Bearbeitungszeiten durch eine Novellierung der Landesdisziplinarordnung

Antr

s. Disziplinarverfahren

Drs 13/557

Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes (AGBDG)

Übertragung der Zuständigkeit für gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Bundesbeamte auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Regelung der Wahl der in den Spruchkörpern für Disziplinarsachen mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer)

GesEntw LReg 23.01.2002 Drs 13/668

1. Beratung PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1189

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.04.2002 Drs 13/900 (dazu ÄAntr Dr. Wolfgang Reinhart CDU und Michael Theurer FDP/DVP)

2. Beratung PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1363 1364

GesBeschl 17.04.2002 Drs 13/948

GBI 2002 Nr. 5 S. 178 (Ges vom 23.04.2002)

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht

GrAnfr

s. Dienstrecht

Drs 13/3431

Umgang der Justizverwaltung mit dem straffälligen und untragbaren Justizvollzugsbeamten A.H.

Einstellungszeitpunkt und Beurteilung des wegen Mordes angeklagten Beamten; Art und Zeitpunkt der Information des Justizministeriums von Vorgesetzten über die Straftaten, Auffälligkeiten und Verurteilungen dieses Mitarbeiters verbunden mit der Bitte um dessen Suspendierung; Zahl der Fehltag im Vergleich zum Durchschnitt der Justizvollzugsbeamten in BW; Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach Einschätzung des Beamtenbundes bzw im Grundsatz bei straffälligen Vollzugsbeamten, Beurteilung der Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts im Hinblick auf diesen Fall

Antr

s. Justizbediensteter

Drs 13/3833

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes

Anhebung der Amtsdauer der in gerichtlichen Disziplinarverfahren mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer) von vier auf fünf Jahre

GesEntw LReg 25.10.2005 Drs 13/4765

1. Beratung PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7543

BeschlEmpf und Bericht StändA 14.12.2005 Drs 13/4959

2. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7612-7614

GesBeschl 15.12.2005 Drs 13/4996

GBI 2005 Nr. 19 S. 803 (Ges vom 19.12.2005)

Schreiben des JuM vom 07.02.2006 - Ges zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts; hier: Wahl der Beamtenbeisitzer gemäß § 47 Abs 3 BDG i.V. mit § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG

s. Verwaltungsrichter

PIPr 13/108 S. 7869

Dauer und Kosten der Disziplinarverfahren, Novellierung der LDisziplinarO, Umstellung auf ein zweistufiges Verfahren

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546

Anmahnung einer Novellierung des Landesdisziplinarrechts
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6360

Kritik des RH an Dauer und Kosten der Disziplinarverfahren, Anmahnung einer Novellierung des Landesdisziplinarrechts
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7613

Disziplinarverfahren

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 4)

Disziplinarverfahren mit vorläufiger Dienstenthebung

Maßnahmen zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren, Vorlage eines GesEntw zur Reform des Landesdisziplinarrechts unter Berücksichtigung der Vorschläge des RH

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 I. S. 1
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
Mittlg LReg 28.08.2002 Drs 13/1279

Bearbeitungsdauer von Disziplinarverfahren

Auflistung der Verfahren einschließlich der jeweiligen Zeitdauer und weitergezählten Bezüge in den letzten 15 Jahren, Frage nach einem seit über neun Jahren anhängigen Verfahren bei der Polizeidirektion Esslingen; Verkürzung der Bearbeitungszeiten durch eine Novellierung der Landesdisziplinarordnung

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 11.12.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/557
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 55 56
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes (AGBDG)

Übertragung der Zuständigkeit für gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Bundesbeamte auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Regelung der Wahl der in den Spruchkörpern für Disziplinarsachen mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer)

GesEntw
s. *Disziplinarrecht*
Drs 13/668

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Eingriff der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz - Strafverfahren gegen den Mannheimer Jugendschöffenrichter H.-G. S.

Begründung und Ergebnis der o.g. Strafverfolgung wegen Strafreitelung im Amt durch zu langsame Verfahrenserledigung; Beurteilung vor dem Hintergrund der richterlichen Unabhängigkeit, steigender Fallzahlen bei gleichzeitigem Personalabbau; Billigung der Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Heidelberg mit dem Ziel höherer Erledigungszahlen bzw Effizienzsteigerung der Justiz? Frage nach weiteren Ermittlungsverfahren in den letzten zehn Jahren sowie disziplinarrechtlichen Maßnahmen

Antr
s. *Richter*
Drs 13/3629

Suspendierung des Unfallchirurgen der Universitätsklinik Freiburg F.

Höhe der bisherigen und evtl noch anfallenden Bezüge und Pensionsansprüche des ehemaligen ärztlichen Direktors der Unfallchirurgie und Inhabers des Lehrstuhls für Unfallchirurgie an der Universitätsklinik Freiburg seit seiner Beurlaubung im Mai 2000, derzeitiger Stand und angestrebtes Ergebnis des Disziplinarverfahrens, notwendige und vorliegende Grundlagen für eine Suspendierung und ein Berufsverbot, Frage nach einer Klage des Betroffenen gegen die Universitätsklinik Freiburg wegen entgangenen Einnahmen aus der Privatliquidation

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/3735

Umgang mit einem Justizvollzugsbeamten

Zeitraum und Einsatzbereiche des wegen Mordes angeklagten Beamten im Justizvollzugsdienst des Landes, begangene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie Verurteilungen dieses Mitarbeiters während und im Zusammenhang der Dienstzeit, Interventionen von Vorgesetzten beim Justizministerium verbunden mit der Bitte um Suspendierung des Beschuldigten, Reaktionen der Justizverwaltung insbes nach Feststellung der Dienstfähigkeit mittels eines amtsärztlichen Gutachtens; Frage nach konkreten Schlussfolgerungen aus diesem Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3807

Umgang der Justizverwaltung mit dem straffälligen und untragbaren Justizvollzugsbeamten A.H.

Einstellungszeitpunkt und Beurteilung des wegen Mordes angeklagten Beamten; Art und Zeitpunkt der Information des Justizministeriums von Vorgesetzten über die Straftaten, Auffälligkeiten und Verurteilungen dieses Mitarbeiters verbunden mit der Bitte um dessen Suspendierung; Zahl der Fehltag im Vergleich zum Durchschnitt der Justizvollzugsbeamten in BW; Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach Einschätzung des Beamtenbundes bzw im Grundsatz bei straffälligen Vollzugsbeamten, Beurteilung der Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts im Hinblick auf diesen Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3833

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes

Anhebung der Amtsdauer der in gerichtlichen Disziplinarverfahren mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer) von vier auf fünf Jahre

GesEntw
s. *Disziplinarrecht*
Drs 13/4765

Dauer und Kosten der Disziplinarverfahren, Novellierung der LDisziplinarO, Umstellung auf ein zweistufiges Verfahren

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546

Kritik des RH an Dauer und Kosten der Disziplinarverfahren, Anmahnung einer Novellierung des Landesdisziplinarrechts; Mitwirkung von anwaltlichen Beisitzern in Disziplinarverfahren an Richterdienstgerichten

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7613 7627 7628

DLRG

s. *Rettungsdienst*

DNA-Analyse

s. *Gentechnologie*

Döring, Walter Dr. MdL FDP/DVP

Berufung und Vereidigung von Dr. Walter Döring zum/als Wirtschaftsminister

s. *Wirtschaftsminister*
PIPr 13/3 S. 37

Ruhegehaltszahlungen an ehemalige Minister

Höhe und Zeitpunkt des Bezugs von Ruhegehalt durch die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbssatzes Einkommen auf die Versorgungsbezüge nach § 53 Beamtenversorgungsgesetz, Vorlage eines entsprechenden Gesetzes zur Änderung des Ministergesetzes

Antr
s. *Altersversorgung*
Drs 13/3769

Novellierung des Ministergesetzes

Auszahlung von Ruhegehalt an ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre nach Vollendung des 55. Lebensjahres, Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt der aktuellen und künftigen Mitglieder der Landesregierung auf 65 Jahre, Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbssatzes Einkommen nach § 53 Beamtenversorgungsgesetz auch bei ehemaligen Ministern und politischen Staatssekretären

Antr
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3945

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Einstellung der Pensionszahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer

s. *Altersversorgung*
Drs 13/4012

Dank an Dr. Walter Döring für die geleistete Arbeit als Wirtschaftsminister

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134 5152 5159

Vorwürfe des Abg Theurer gegen seinen Fraktionskollegen Döring, Aufforderung zur Niederlegung des Mandats, Erinnerung an die Unschuldsvermutung; Dank an Walter Döring für die geleistete Arbeit als Wirtschaftsminister

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5182 5184-5186 5189 5194 5200

Verbleib von Walter Döring im Aufsichtsrat der Tourismus-Marketing GmbH auch nach seinem Ausscheiden aus der Landesregierung

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5307 5308

Erinnerung an die Verstrickung und Konsequenzen von Walter Döring in der „Umfrageaffäre“; Dank an Dr. Döring für die geleistete Arbeit als Wirtschaftsminister

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7573 7576 7577

Dank an Dr. Walter Döring für sein Engagement als Wirtschaftsminister für den Tourismus, Würdigung seiner politischen Arbeit und Verabschiedung durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7962 7965 8014

Doktorandenstudiengang

s. *Promotion*

Dokumentation

s.a. *Krebsregister*
s.a. *Statistik*

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Förderung krankenhaushübergreifender Erfassungs-, Dokumentations- und Informationssysteme

Antr
s. *Medizin*
Drs 13/1144

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 09.09.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3540 (19 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.10.2004 Drs 13/4187 S. 40 41
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Unerwünschte Arzneimittelwirkungen (UAW)

Art und Schwere sowie Bewertung o.g. gemeldeten Fälle in der Vermarktungsphase des Medikaments Vioxx; Einstufung der Sicherheit des Medikaments im Vergleich zu anderen alternativen Arzneimitteln; Einführung weiterer Systeme der Intensivverfassung seit 2001; Stand der Vorlage eines Konzepts für ein Netzwerk von klinikbasierten Pharmakovigilanzzentren

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3668

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in BW

Rechtsgrundlagen, Kosten sowie vorgesehene Daten zur Dokumentation und Speicherung auf einer eGK; Auswahl der Regionen zur modellhaften Erprobung; Weiterentwicklung zur freiwilligen Einführung einer elektronischen Patientenakte zur Verhinderung von Mehrfach- und Fehluntersuchungen; Auswirkungen einer Europäischen Gesundheitskarte für die Versicherten, Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch

Antr
s. *Versicherungsunterlagen*
Drs 13/3694

Dolmetscher

s. *Übersetzung*

Donau*10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW*

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung mit zunehmender Niederschlagsmenge auf Hochwasserereignisse am Rhein, an der Donau und Nebenflüssen; Mittelbereitstellung zum Hochwasserschutz; Konsequenzen für den Wasserhaushalt der Flüsse im Südwesten; Erhöhung der Eutrophierung von Oberflächengewässern als Folge verstärkter Sonneneinstrahlung

GrAnfr
s. *Klima*
Drs 13/734

Hochwasserschutz in BW

Art und Wirkungen von Anstrengungen in den vergangenen Jahren an Deichen, Retentionsflächen u.a. Vorsorgemaßnahmen an Rhein, Main, Donau und Neckar; vorliegende Szenarien und Katastropheneinsatzpläne für Hochwasserereignisse; Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beschleunigung der Hochwasserschutzprogramme, insbes Vollzug des Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1316

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur beschleunigten Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten in BW

Anhebung des Wasserpfennigs zur Umsetzung o.g. Maßnahmen an den Gewässern 1. Ordnung sowie der für die Einzugsgebiete von Rhein, Donau und Neckar vorliegenden Hochwasserschutzprogramme, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Novellierung des WasserGes

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/1347

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/2619

Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Donau-Iller

Durchgeführte und geplante Maßnahmen sowie deren Finanzierung seit dem letzten großen Hochwasser 1999; grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Behörden, THW u.a. Rettungsorganisationen mit der bayerischen Seite; Förderzusagen für einzelne Projekte sowie Möglichkeiten zu deren raschen Verwirklichung

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/4616

Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Raum Donau/Iller

Rechts- und Berechnungsgrundlagen für die Förderung der o.g. Maßnahmen, Höhe der Gemeindeanteile im Vergleich zur bayerischen Seite; Prüfung der Realisierung von Maßnahmen auch ohne eine Mitfinanzierung finanzschwacher Gemeinden

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/5010

Donaueschingen

Fortbestand der Fürstlich Fürstenbergischen Kunstsammlung
Hinwirkung auf den Erhalt und Verbleib der Sammlung in Donaueschingen

KlAnfr
s. *Kunstsammlung*
Drs 13/562

Technischer Hochwasserschutz und entsprechende Maßnahmen am Beispiel von Fließgewässern im Bereich der Stadt Donaueschingen

Darlegung o.g. Vorsorgemaßnahmen am Beispiel der Breg und insbes im Ortsteil Wolterdingen, Berücksichtigung von Untersuchungsergebnissen, Schadensanalysen und Erfahrungen; Beurteilung der Situation nach Herausnahme des geplanten Gewerbegebiets aus der festgelegten Überflutungsfläche; Freistellung der Anlieger von den finanziellen Folgen planungsbedingter Überschwemmungen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1235

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Vorschlag einer Einbeziehung des o.g. Abschnitts in das Mautnetz im Falle einer Zunahme des Vermeidungsverkehrs

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/2247

Künftige Nutzung des Gebäudes der Versorgungskuranstalt Bad Wildbad

Schließungszeitpunkt der o.g. Einrichtung, geeignete Folgenutzungen, Überlegungen zur Nutzung für eine Fusion der Lehrerfortbildungsakademien in Donaueschingen und Calw, Bewirkung zusätzlicher Arbeitsplätze und Übernachtungszahlen, Möglichkeiten für die weitere Nutzung der bisherigen Akademiegebäude?

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3480

Verwaltungsreform, „Aufgehen“ der Straßenbauämter in die jeweiligen Landkreisbehörden

Bewertung der Meinung des Baudirektors im RegPräs Freiburg über den Personalwegfall und die Auswirkungen auf die Arbeitsbewältigung, zusätzliche Kosten der Neuinstallation der Glasfaserverkabelung durch die Umstellung in Donaueschingen

MdlAnfr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/4133

Erhalt der Lehrerfortbildungsakademie in Donaueschingen

Art und Umfang der getätigten und noch vorgesehenen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Gebäudeensemble in Donaueschingen, notwendige Investitionen bzw. zusätzliche Reisekosten im Falle einer Verlagerung, Frage nach den wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten für die dann aufgegebenen Liegenschaften

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/4227

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81 im Nachgang zu den Aussagen des Umwelt- und Verkehrsministers in der 49. Plenarsitzung vom 17. Juli 2003

Frage nach belastbaren Daten über den verstärkten Lkw-Verkehr auf dem o.g. Streckenabschnitt nach Einführung der Lkw-Maut, Eintreten beim Bund für eine Mautpflicht

KlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/4248

Donau-Iller, Region

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Freistaat Bayern zur Änd des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller

GesEntw

s. *Landesplanung*

Drs 13/1963

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Vernetzung mit der Wirtschaft, insbes des Transfers von Forschungsergebnissen und der Technikfolgenabschätzung seit 1985; Höhe und Wirkungen der Förderung, Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Arbeitsmarktdaten, Existenzgründungen und Betriebsansiedlungen; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Kooperation mit Bayern; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen; Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, geplante Projekte bis 2010; Wettbewerbsfähigkeit der Region als Hochtechnologiestandort, Abbau von Defiziten

GrAnfr

s. *Ulm*

Drs 13/4584

Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Donau-Iller

Durchgeführte und geplante Maßnahmen sowie deren Finanzierung seit dem letzten großen Hochwasser 1999; grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Behörden, THW u.a. Rettungsorganisationen mit der bayerischen Seite; Förderzusagen für einzelne Projekte sowie Möglichkeiten zu deren raschen Verwirklichung

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 13/4616

Schienerverbindung Donautal-/Südbahn im Bereich Erbach

Beurteilung von Überlegungen und möglichen Umsetzungsschritten für eine Schienen-Queranbindung zwischen der Südbahn/Erbach und der Donautalbahn/Ehingen, Frage nach notwendigen Vorarbeiten, Kosten und Finanzierung des Projekts

KlAnfr

s. *Schienenverkehr*

Drs 13/4753

Status und weitere Förderung von Unternehmen in der TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH (TFU) der Grenzregion Ostwürttemberg/Ulm/Neu-Ulm

Höhe der gewährten Fördermittel an o.g. Existenzgründer u.a. Firmen in den letzten fünf Jahren, Anteil der am Markt erfolgreichen bzw. gescheiterten Empfänger, Umfang und Gründe der Rückforderung von Fördermitteln, Darstellung der bearbeiteten Technologiefelder sowie der künftigen Unterstützung von Existenzgründungen

KlAnfr

s. *Technologieförderung*

Drs 13/4936

Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Raum Donau/Iller

Rechts- und Berechnungsgrundlagen für die Förderung der o.g. Maßnahmen, Höhe der Gemeindeanteile im Vergleich zur bayerischen Seite; Prüfung der Realisierung von Maßnahmen auch ohne eine Mitfinanzierung finanzschwacher Gemeinden

Antr

s. *Hochwasser*

Drs 13/5010

Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Ulm

Überlegungen und Finanzierungsmöglichkeiten zum Aufbau eines neuen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Frage nach Entwicklungsperspektiven für die Schwerpunkte Biotechnologie, Logistik und Fahrzeugsystemtechnik

KlAnfr

s. *Ulm*

Drs 13/5174

Änderungen des Senderangebots im Kabelnetz der Kabel BW GmbH und Co. KG in der Region Ulm

Gründe für die Abschaltung des Senders ORF 2 im analogen Kabelnetz; Unterstützung einer Revision dieser Entscheidung

KlAnfr

s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/5188

DVB-T in der Region Ulm

Zeitpunkt und Art der Einführung, Frage nach Programmveranstaltern und der Zuweisung digitaler Kapazitäten

KlAnfr

s. *Fernsehen*

Drs 13/5208

Grenzüberschreitende Regionalplanung in der Region Donau-Iller, Novellierung des Staatsvertrags mit Bayern

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6600 6601

Erfolgsbewertung der Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik in der Region Donau-Iller

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7298

Donautalbahn

Schienenverbindung Donautal-/Südbahn im Bereich Erbach
 Beurteilung von Überlegungen und möglichen Umsetzungsschritten für eine Schienen-Queranbindung zwischen der Südbahn/Erbach und der Donautalbahn/Ehingen, Frage nach notwendigen Vorarbeiten, Kosten und Finanzierung des Projekts

KlAnfr
s. Schienenverkehr
 Drs 13/4753

Drautz, Richard MdL FDP/DVP

Glückwünsche zum Geburtstag
 PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4229 4230

Dreiländerfonds

s. Wertpapier

Dritte Welt

s. Entwicklungsland

Drittes Fernsehprogramm

s. Fernsehprogramm

Drittmittelförderung

s.a. Sponsoring

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1997 des RH zur LHR von BW für das Hj 1995 (Nr. 24) - Verwendung von Mitteln Dritter durch Bedienstete der Universitätsklinik (Drs 12/6023)

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/262
 PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497
 Mittlg LReg 05.06.2003 Drs 13/2145

Privat finanzierte Drittmittelforschung an den Universitäten und ihre Bedingungen nach dem jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofs

Darlegung der Einwerbungs- und Abwicklungswege von Drittmitteln und Spenden an den einzelnen Universitäten, Gründung von Fördervereinen zur Umgehung der Universitätsverwaltungen, Anzeige sämtlicher Zuflüsse und Berücksichtigung bei der leistungsbezogenen Ressourcenzuweisung; Novellierung der Drittmittelrichtlinien als Konsequenz auf die o.g. Rechtsprechung, Verschärfung der Transparenz- und Kontrollvorgaben, Reduzierung des Verwaltungsaufwands, Vermeidung der Umgehungskonstruktionen von Geldgebern und Wissenschaftlern

Antr SPD 06.06.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1055
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2139 S. 54 55
 PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländerdeck

Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelinwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr
s. Freiburg
 Drs 13/1288

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr
s. Hochschule
 Drs 13/1489

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

„PISA für die Forschung“ - Hervorragende Ergebnisse Baden-Württembergs beim Hochschulranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Ursachenanalyse des guten Abschneidens der süddeutschen Universitäten, Abgleichung mit den landesweiten Evaluationen, Beurteilung der Schaffung eines Instituts für Forschungsbewertung, künftige Rolle der Evaluationsagentur BW; Förderung der Einwerbung von Drittmitteln sowie der Vernetzung der Wissenschaftsbereiche

Antr
s. Forschung
 Drs 13/2334

Vorteilsnahme von Professoren an der Fachhochschule Konstanz

Bewertung o.g. Fälle i.S.d. Korruptionsbekämpfungsges zwischen 1997 und 2001, Höhe und Verbleib der von Studenten bei Firmen eingeworbenen Beträge, Anteil am gesamten Drittmittelaufkommen, Frage nach einer Mitverantwortung der Hochschulleitung und -verwaltung sowie weiteren Verdachtsfällen an Hochschulen in den letzten zehn Jahren, Konsequenzen für die Verantwortlichen, Ausschluss künftiger Fälle durch vorbeugende Maßnahmen

Antr
s. Bestechung
 Drs 13/3278

Steigerung der Drittmittelinwerbung durch die Hochschulen
 PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967 978

Feststellung einer Spitzenstellung im Bereich der Drittmittelinwerbung der Hochschulen in der Region Karlsruhe
 PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1527

Feststellung einer Steigerung der Einwerbung von Drittmitteln durch die Akademie für Technikfolgenabschätzung, Kritik an der Schließung der Akademie

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2476 2479

Feststellung einer Spitzenstellung der Hochschulen des Landes im Bereich der Drittmittelinwerbung für die Forschung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602

Drittmittel-einnahmen der Hochschulen im internationalen Vergleich

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4244 4246 4249

Höhe der Drittmittel-einwerbung durch die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4491-4493 4495-4501

Feststellung einer Spitzenstellung der Hochschulen des Landes im Bereich der Drittmittel-einwerbung für die Forschung

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5743 5744

Feststellung einer Spitzenstellung der Hochschulen des Landes im Bereich der Drittmittel-einwerbung für die Forschung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5799

Feststellung einer Spitzenstellung der Hochschulen des Landes im Bereich der Drittmittel-einwerbung für die Forschung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406 6407

Notwendigkeit einer Finanzierung der Forschungsfolgekosten von Drittmittelprojekten der Hochschulen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6884

Anstrengung einer Vollkostenfinanzierung der Forschungsdrittmittel über Studiengebühren, Spenden und Sponsoring

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7485 7486

Notwendigkeit einer Vollkostenfinanzierung der Drittmittelforschung; Erfolgsbewertung der Regelung zur Einwerbung von Drittmitteln im Hochschulbereich

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7598 7599 7631 7632

Feststellung einer Spitzenstellung der Hochschulen des Landes im Bereich der Drittmittel-einwerbung für die Forschung

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880 7890

DRK

s. Deutsches Rotes Kreuz

Drogenabhängiger

s. Süchtiger

Drogenberatung

s. Suchtberatung

Drogenhandel

s. Rauschgiftkriminalität

Drogenkonsumraum

Drogenpolitik in BW - Überlebens- und qualifizierte Ausstiegshilfen für Schwerstabhängige

Bewertung der Entwicklung der Zahlen von Drogentoten in BW u.a. BLändern; Schaffung der Voraussetzungen für Modellversuche für Drogenkonsumräume nach dem BtmG; Prüfung der stationären und teilstationären Heroingabe an Schwerstabhängige

Antr

s. Drogenpolitik

Drs 13/19

Erlass einer RechtsVO für den Betrieb von Drogenkonsumräumen

Antr SPD 21.06.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/21

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 470-483

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 38-40

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Drogenpolitik in BW

Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen, niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Suchtgefährdete und -kranke, neue Therapien, Entgiftungsmaßnahmen und Überlebenshilfen, Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige, Zahl von verfügbaren ambulanten und (teil-)stationären Therapieplätzen, Auswirkungen von Drogenkonsumräumen

Antr

s. Drogenpolitik

Drs 13/105

Ermöglichung der Einrichtung von Drogenkonsumräumen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 81 102

Ablehnung von Fixerstuben

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 907 912 913

Drogenkriminalität

s. Rauschgiftkriminalität

Drogenpolitik

s.a. Suchtbekämpfung

Drogenpolitik in BW - Überlebens- und qualifizierte Ausstiegshilfen für Schwerstabhängige

Bewertung der Entwicklung der Zahlen von Drogentoten in BW u.a. BLändern; Schaffung der Voraussetzungen für Modellversuche für Drogenkonsumräume nach dem BtmG; Prüfung der stationären und teilstationären Heroingabe an Schwerstabhängige

Antr GRÜNE 20.06.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/19

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 470-483

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 38-40

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Drogenpolitik in BW

Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen, niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Suchtgefährdete und -kranke, neue Therapien, Entgiftungsmaßnahmen und Überlebenshilfen, Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige, Zahl von verfügbaren ambulanten und (teil-)stationären Therapieplätzen, Auswirkungen von Drogenkonsumräumen

Antr CDU und FDP/DVP 19.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/105

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 470-483

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 38-40

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Effizienz der Drogenpolitik in BW

Datenentwicklung nach Suchtabhängigen und Abhängigkeiten, Erfolge der Therapie- und Betreuungsangebote, Art und Ausstattung der Beratungs- und psychosozialen Dienste, Qualitätskri-

terien für diese Dienste und die Substitutionsbehandlung, Mitfinanzierung durch die Krankenkassen, Untersuchung der verschiedenen Angebote iR eines Forschungsprojekts

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 10.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/297
 BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/1109 S. 49-51
 PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Kürzungen in der Suchtkrankenhilfe

Gründe und Auswirkungen o.g. Kürzungen für die Verbände in der Suchtkrankenhilfe und -beratung, für die haupt- und ehrenamtlichen Helfer und Präventionsprojekte an Schulen; Rücknahme der Kürzungen

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 06.06.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1048
 BeschlEmpf und Bericht SozA 26.09.2002 Drs 13/1638 S. 45
 PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Behandlungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Justiz und Drogenhilfe

Erhöhung der Erfolgsquote der Therapien und Senkung der Rückfallquoten in die Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss durch o.g. Kooperation von Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Drogenhilfe; Erfahrungen anderer BLänder; Initiierung geeigneter Modellprojekte

Antr
 s. *Süchtiger*
 Drs 13/1462

Suchtprävention an baden-württembergischen Schulen

Bewertung der Projekte gegen Alkohol, Tabakprodukte u.a. legale und illegale Drogen in den letzten drei Jahren; Initiierung weiterer ehrenamtlicher Aktionen, Gewinnung der Eltern, Behandlung des Themas Sucht im Unterricht, Schulung der Lehrkräfte, Maßnahmen gegen negative Medieneinflüsse, Vermeidung von Essstörungen; Wirksamkeit der höheren Besteuerung von Alcopops

Antr
 s. *Suchtbekämpfung*
 Drs 13/4377

Feststellung einer fehlenden Übereinstimmung zwischen CDU und FDP/DVP in der Drogenpolitik, Entwicklung der Zahlen von Drogenopfern in BW, Ermöglichung der Einrichtung von Drogenkonsumräumen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 79 81 90 102

Weiterentwicklung der Drogenpolitik

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 907 909 912 913

Umschichtung der Mittel zur Drogenbekämpfung in die Vermeidung von Drogenabhängigkeit

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5314

Druckerzeugnis

s.a. *Buch*
 s.a. *Parlamentsmaterialien*
 s.a. *Pflichtexemplar*
 s.a. *Vordruck*
 s.a. *Zeitung*

Informationen des Landesgewerbeamts

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten von Publikationen des LGA; Abstimmung mit der Standortwerbung des Landes?

KlAnfr
 s. *Landesgewerbeamt*
 Drs 13/65

Hochglanzbroschüre „Ein Stern in Europa“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation des StM mit Abbildungen von Staatsminister Palmer und des MinPräs

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 06.12.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1592

Broschüre: „Kinder sind das beste, was wir haben“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation

Antr
 s. *Kind*
 Drs 13/2304

Veröffentlichungen des Kultusministeriums

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der Publikationen des KM; Entwicklung des Etats und der Zahl von Mitarbeitern für die Öffentlichkeitsarbeit; Frage nach Optimierungsmöglichkeiten und Einsparpotenzialen

KlAnfr
 s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
 Drs 13/2774

Neutralitätspflicht bei Veröffentlichungen durch Landesministerien

Gewährleistung der parteipolitischen Neutralitätspflicht bei Druckschriften, Internetauftritten etc; Beurteilung einer Veröffentlichung mit dem Titel „Goll verbindet Gratulation an Günther Oettinger und Stefan Mappus mit Warnungen vor schwarzen Gedanken spielen“ auf der Homepage des Justizministeriums, Veranlassung der Löschung bzw Unterbindung künftiger Verstöße

KlAnfr
 s. *Veröffentlichung*
 Drs 13/4281

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr
 s. *Verkehrsunternehmen*
 Drs 13/4700

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für

die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. Holz
Drs 13/4823

Gefährdung von schriftlichem Kulturgut

Zahl und Zustand der zwischen 1850 und 1980 gedruckten historischen Dokumente und Bücher in den Archiven und Bibliotheken des Landes; Maßnahmen zur Erhaltung dieser Bestände

KlAnfr
s. Kulturgut
Drs 13/5216

Druckluftschau­system

s. Feuerlösch­einrichtung

Druckpapier

s. Papier

Druckwasserreaktor

s. Kernkraftwerk

Düngemittel

s.a. Ammoniak
s.a. Nitrat

Verwendung von Klärschlamm und Biokompost in der Landwirtschaft

Verbot der Ausbringung o.g. Materialien auf landwirtschaftliche Flächen nach einem Beschluss der Agrarministerkonferenz: Darlegung der Risiken, Auswirkungen und Alternativen, insbes für die Betreiber der Anlagen und Entsorgungswirtschaft

Antr
s. Klärschlamm
Drs 13/60

Auswirkungen der neuen SchALVO

Kriterien der Abgrenzung von Problem- und Sanierungsgebieten bzw der Reduktion des Pauschalausgleichs, Ermittlung des Einzelausgleichs von entstandenen Nachteilen, Stand der Einrichtung und Kompetenzen der regionalen Arbeitskreise, Umsetzung der dabei erzielten Ergebnisse, Begründung und Auswirkungen von Beschränkungen des Umbruchs sowie der Ausbringung von Festmist und Gülle, insbes für Betriebe des ökologischen Landbaus; Zumutbarkeit des völligen Verzichts auf den Anbau von Kulturpflanzen

Antr
s. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung
Drs 13/544

BSE-Folgen: Entsorgung von Tiermehl und tiermehlähnlichen Produkten

Auswirkungen des Ausbringens von Fleischknochenmehl und Blutmehl auf Feldern

Antr
s. Futtermittel
Drs 13/781

Agrarforschung in BW

Forschungsschwerpunkte in der Pflanzen- und Tierzucht, Pflanzenschutz- und Düngemittelforschung

Antr
s. Agrarforschung
Drs 13/2867

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landestraßen

Anfallende Mengen und Art der Verwertung von Häckselgut bei der Randstreifenpflege durch die Straßenbauverwaltung, Anstieg der Nitratwerte im Boden bei der Verwertung als Düngemittel an Ort und Stelle; Vorschlag einer energetischen Nutzung dieses Materials und sonst noch anfallender Biomasse

Antr
s. Energieerzeugung
Drs 13/3337

Verkehrliche Erschließung bei der Genehmigung von Biogasanlagen

Berücksichtigung der Verkehrsanbindung für den An- und Abtransport von Biomasse, Gülle oder nachwachsenden Rohstoffen; Gleichbehandlung der privilegierten Anlage eines Landwirts und der von mehreren Eigentümern?

KlAnfr
s. Biogas
Drs 13/5120

Klärschlamm­entsorgung

Gesamtanfall und Anteile der landwirtschaftlichen und thermischen Verwertung von Klärschlamm

KlAnfr
s. Klärschlamm
Drs 13/5186

Dürren, Ortsteil

s. Kiblegg

Durchsuchung von Räumen und Personen

Einsatzkommando Ringelblume

Durchsuchung des Bio-Bauernhofs Michaelshof in Aichstetten-Laubegg von fast 250 Polizeibeamten: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes; Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen mit der Folge von Verletzungen, Beschlagnahme von Gegenständen, Beleidigung von Bewohnern, Fesselung von Minderjährigen und Behinderten? Frage nach der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. Polizei
Drs 13/2974

Ermittlungsverfahren gegen den früheren EnBW-Chef

Umfang und Zeitpunkt der Erlangung von Kenntnissen vom o.g. Ermittlungsverfahren der Mannheimer Staatsanwaltschaft, Frage nach berichtenden Personen oder Stellen und deren Adressaten, Gründe für das Scheitern der geplanten Hausdurchsuchung

Antr
s. Strafverfolgung
Drs 13/4023

Verhältnismäßigkeit beim Einsatz unmittelbaren Zwangs durch Polizeibeamte

Fesselung einer ohne Fahrschein im ÖPNV angetroffenen 15-Jährigen sowie Verletzung einer wegen Beamtenbeschimpfung abgeführten 72-Jährigen, Begründung der Durchsuchung der Minderjährigen auf Waffen mit dem Eigenschutz der Beamten, Beurteilung dieser nach Presseberichten angewandten Vorgehensweise von Polizeibeamten des Freiburger Polizeireviere Süds bzw deren Verhältnismäßigkeit; Frage nach Konsequenzen im Falle der Bewertung als Überschreitung der Ermessensgrenze

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4587

Mögliche Einflussnahme bei den Ermittlungen gegen den SWR-Intendanten und weitere Angehörige des SWR

Klärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß; Frage nach Maßnahmen des Justizministeriums bzw der Staatsanwaltschaft; Anordnung und Vollzug von Durchsuchungsbeschlüssen

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4853

DVB-T

s. *Fernsehen*

DV-Zentrum

s. *Rechenzentrum*

Ebersbach a.d. Fils**Kein gesetzliches Kopftuchverbot für Kindergärten**

Beurteilung einer o.g. Gesetzgebungsbefugnis der Länder bzw der Übertragbarkeit des für Schulen geltenden Neutralitätsgebots auf den Bereich der Kindergärten; Bewertung des Verbots von religiösen und weltanschaulichen Symbolen im Kindergarten durch einen kommunalen Kindergartenträger sowie der Erfolgsaussichten der Kündigungsklage einer muslimischen Erziehungshilfskraft gegen die Stadt Ebersbach; Erfahrungen der Landeshauptstadt mit Kopftuch tragenden Erzieherinnen

Antr
s. *Textilien*
Drs 13/4658

Ebnet, Ortsteil

s. *Freiburg*

e-Bürgerdienste-Gesetz

s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

E-Business

s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

Echinokokkose

s. *Infektionskrankheit*

Echterdingen, Ortsteil

s. *Leinfelden-Echterdingen*

E-Commerce

s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

EDV

s. *Datenverarbeitung*

EDV-Anlage

s. *Computer*

Ehe

s.a. *Ehescheidung*
s.a. *Familie*
s.a. *Familienrecht*
s.a. *Lebenspartnerschaft*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 18) - Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen (Drs 12/5701 XV. S. 6)

Mittlg
s. *Schwangerschaftsberatung*
Drs 13/863

Ungleichbehandlung Verheirateter und Unverheirateter bei künstlicher Befruchtung (IVF)

Gründe, Rechtsgrundlagen und Auswirkungen o.g. Ungleichbehandlung bei der Erfüllung des Kinderwunsches durch In vitro-Fertilisation; Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes; Konsequenzen für das Verfahren der IVF und die Kostenerstattung durch die Krankenkassen

Antr
s. *Reproduktionsmedizin*
Drs 13/1223

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2004 beim Epl 09 - SM sowie beim Kap 0705 Tit 681 01 - IM

Überplanmäßige Ausgabe bei der Förderung von Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen (Kap 0919 Tit 684 05)

Mittlg
s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*
Drs 13/3846

Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 312-314 316-320

Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1347-1353

Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1697-1702

Beklagung der Rückläufigkeit der Zahl von Eheschließungen, Verbesserung der materiellen Unterstützung von Ehe und Familie, Erhaltung des Ehegattensplittings; Vorbereitung auf Ehe und Familie in der Schule

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2060 2063-2066 2069

Bedauern über das Scheitern der Verankerung des Schutzes von Ehe und Familie im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312

Zunahme von Eheschließungen mit ausländischen Partnern, Anstrengung einer Vereinheitlichung des Familienrechts in Europa

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4843 4847

Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6942-6948

Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7279-7282

Bemühungen um einen eigenen Straftatbestand für die Zwangsheirat

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7649 7657 7661 7673

Ehe- und Familienrecht

s. Familienrecht

Ehemann

s. Mann

Ehescheidung

Rechte geschiedener Väter

Umsetzung des gemeinsamen und alleinigen Sorgerechts seit 1999, Probleme bei der Durchsetzung des Besuchsrechts für Väter und der gemeinsamen Bestimmung des Aufenthaltsorts der Kinder; Vorschlag eines Eintrags des gemeinsamen Sorgerechts im Kinderausweis

Antr

s. Familienrecht

Drs 13/2962

Ehingen

Integration der Dienststelle Ulm ins Vermessungsamt Ehingen

Auswirkungen der dezentralen Unterbringung in Ehingen auf die angestrebten Synergieeffekte

KlAnfr

s. Vermessungswesen

Drs 13/1132

Veränderungen in den Zuständigkeiten innerhalb der Finanzverwaltung der Region Ulm

Darlegung o.g. Umstrukturierungen und Kriterien, Höhe des Mehraufwands innerhalb der Finanzverwaltung und bei den betroffenen Bürgern und Unternehmen, Umfang der Personalverlagerung nach Ehingen

KlAnfr

s. Finanzverwaltung

Drs 13/2950

Neustrukturierung der Finanzämter in BW

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Zusammenlegung bzw Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen, erwartete Einsparungen und Umstellungskosten, insbes durch die Personalaufstockung bei den Finanzämtern Ehingen und Müllheim zu deren Erhaltung als selbstständige Finanzämter und durch die notwendigen neuen Steuernummern infolge der Gebietsarrondierungen; Beteiligung der Personalvertretungen an den Entscheidungen? Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme bzw zur Entscheidung des Ltg über die Strukturreform

Antr

s. Finanzverwaltung

Drs 13/2966

Erhaltung des Finanzamts Ehingen aus strukturpolitischen Gründen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4931

Ehningen

Zuordnung der Gemeinde Ehningen zum Wahlkreis Böblingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5832 5840-5842

Ehrenamt

s.a. Ombudsmann

Steuerfreigrenzen bei Entschädigungen ehrenamtlicher kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Erhöhung der o.g. Freigrenzen im Kontext zu den Regelungen anderer Flächenländer, Umfang der dadurch entstehenden Steuerausfälle

Antr

s. Entschädigung

Drs 13/133

Offenlegung der beruflichen, vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten und Funktionen der Mitglieder der LReg

Vorlage der o.g. Aufstellung, Bericht über entsprechende Funktionen von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther, Ausschluss von Interessenkollisionen zwischen den einzelnen Tätigkeiten und dem Regierungsamt?

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/232

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit des Landeselternbeirats und der Elternbeiräte der Schulen in BW

Verbesserung der Unterstützung o.g. Gremien; Frage nach der Bedeutung und inhaltlichen Konzeption der angekündigten Eltern-Akademie

Antr

s. Mitwirkung im Schulwesen

Drs 13/307

Förderung der Elternarbeit

Unterstützung des privaten Elternvereins BW der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Heinisch im Vergleich zur ehrenamtlichen Arbeit des LElternbeirats und der Gesamtelternbeiräte, Art und Umfang der Förderung von Bildungsforen des Elternvereins

Antr

s. Mitwirkung im Schulwesen

Drs 13/349

Situation der ehrenamtlichen Schöffen

Entwicklung der Bereitschaft der Bürger zur Schöffentätigkeit nach der Alters-, Geschlechts- und Berufsstruktur in den letzten Jahren; Vorbereitung und Aufwandsentschädigung im Vergleich zu anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten; steuerliche Bewertung der Einkünfte

Antr
s. *Schöffe*
Drs 13/622

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Förderung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements

s. *Selbsthilfe*
Drs 13/659

Einhaltung des MinGes durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Bezug eines Darlehens bzw einer Aufwandsentschädigung vom VfB Stuttgart als Präsident, zeitliche Überschneidung mit der Tätigkeit als FM, Vereinbarkeit einer Aufwandsentschädigung von DM 25 000 pro Monat mit dem Begriff des Ehrenamts, Frage nach steuer- und strafrechtlichen Konsequenzen

Antr
s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*
Drs 13/751

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Klärungsbedarf weiterer Fragen nach Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/751, Ergebnis der Prüfungen des Landesamts für Besoldung und Versorgung, Einstufung des VfB Stuttgart als Betrieb gewerblicher Art nach Äußerung des VfB-Präsidenten Haas, Vereinbarkeit dieser Äußerung mit der gezahlten Aufwandsentschädigung an Mayer-Vorfelder für seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Präsident, Handhabung der Verhängung von Zwangsgeld und der beantragten Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung im Regelfall sowie im o.g. Fall, Übereinstimmung der Abgabe von Umsatzsteuererklärungen mit dem MinisterGes, Gründe für die Änd der GO der Finanzämter

Antr
s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*
Drs 13/856

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Verbesserte Förderung von Integrationsbemühungen bei der Ehrenamtskonzeption und der außerschulischen Bildungsarbeit

Antr CDU und FDP/DVP 17.04.2002 Drs 13/925
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1364-1376

Hat der ehemalige Finanzminister Mayer-Vorfelder gegen das MinisterGes verstoßen?

Einstufung eines Jahreseinkommens von DM 100.000,- durch Ausübung einer regelmäßigen ehrenamtlichen Tätigkeit als steuerpflichtiges Einkommen bzw Verstoß gegen das MinisterGes?

Antr
s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*
Drs 13/958

Sonderurlaub für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter

Freistellung von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit; Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung von Verdienstausschüssen an Arbeitgeber; Änd des Ges über die Erteilung von Sonderurlaub an Mitarbeiter in der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt, Senkung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre

Antr
s. *Sonderurlaub*
Drs 13/962

Ehrungen und Auszeichnungen des Landes BW

Auflistung der o.g. Auszeichnungen des Landes; Frage nach einer Silbernen Medaille des MinPräs anlässlich des 50-jährigen Landesjubiläums für ausgewählte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bzw der Vornahme einer Verleihung in zwei Fällen durch den örtlichen CDU-Abgeordneten in Mannheim

KlAnfr
s. *Orden (Auszeichnung)*
Drs 13/1726

Lernen für Verantwortung und Toleranz

Vermittlung und Bewertung sozialer Kompetenzen mit Einführung der neuen Bildungsgänge; Bescheinigung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, im Jugendgemeinderat, der SMV usw in einem „Quali-Pass“; Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde; Unterstützung des Schüleraustauschs und von Praktika im Ausland sowie grenzüberschreitender Jugendparlamente in den Grenzregionen

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/2099

Erfahrungen mit dem Qualipass

Bewertung und Dokumentation des außerschulischen ehrenamtlichen Engagements von Schülern und Jugendlichen mit dem Qualipass, Erkenntnisse über eine förderliche Wirkung bei Bewerbungen um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, Beurteilung von weiteren unterstützenden Maßnahmen

Antr
s. *Qualipass*
Drs 13/2561

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen in BW

Unterstützung von „corporate citizenship“ nach dem Beispiel anderer Länder; Zahl und Art der beteiligten Unternehmen; Eignung von Freiwilligenagenturen zur Herstellung der Kontakte zwischen Unternehmen und Gesellschaft

Antr GRÜNE 11.02.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2909
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5513-5522

Museen im Land BW

Darlegung der Situation und Perspektiven der einzelnen kommunalen, kirchlichen und privaten Museen sowie der Landesmuseen; Entwicklung des Interesses der Bevölkerung; Stärkung der Museumsbetreuung und der ehrenamtlichen Ressourcen

Antr
s. *Museum*
Drs 13/2973

Konsequenzen aus den Ehrenamtskonferenzen der Stadt- und Kreisjugendringe

Themen und Ergebnisse o.g. Veranstaltungen zur Aufwertung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen; Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Absenkung der Altersgrenze für Sonderurlaub von Jugendgruppenleitern auf 16 Jahre

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 24.03.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3053
BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.11.2004/19.10.2005 Drs 13/4821 S. 26 27
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bei Zeltlagern und Freizeiten der Jugendverbände und Jugendringe in BW

Kostenlose Erstbelehrung der Betreuer von Jugendfreizeiten durch die Gesundheitsämter nach dem InfektionsschutzGes, Ermöglichung des Bezugs von Frischmilch und Eiern von Bauernhöfen, entsprechende Anpassung der Hygienevorschriften an die Bedingungen bei Zeltlagern, Harmonisierung der Zuschüsse für die Teilnehmer mit den Kommunen; Überprüfung der bürokratischen Hürden in Abstimmung mit dem Landesjugendring

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 22.09.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3570
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.11.2004 Drs 13/4187 S. 41 42
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Bürgerschaftliches Engagement vor neuen Herausforderungen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5513-5522

Versicherungsschutz für das Ehrenamt in BW

Anpassung des Versicherungsschutzes an den anderer BLänder, Höhe und Etatisierung der Kosten dieser Gleichstellung

Antr
s. *Versicherung*
Drs 13/3946

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 09**Rücknahme der Kürzungen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen*

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-1 S. 28
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-20 S. 55
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/2 S. 80-85
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Verzicht auf Kürzungen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Breitensports, Aufforderung an die Sportverbände zur Bündelung ihrer Verbandsstrukturen

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Zwischenbilanz des o.g. Programms und der dabei erprobten Modelle, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Ausbau der Hilfestrukturen für Demenzzranke, Rolle der Selbsthilfegruppen und Ehrenamtlichen, geriatrische Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Gewinnung

von qualifizierten Pflegekräften, Erfahrungen mit dem bürgerschaftlichen Engagement für Tagespflege und Lebensqualität im Alter sowie mit der Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel, Entwicklung neuer Wohnformen und Akzente in der Altenpolitik, Förderung der Solidarität zwischen den Generationen

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Organisierte Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen in BW

Aufgaben, Strukturen und Finanzierung der o.g. Gruppen und Verbände auf Orts-, Landes- und Bundesebene; Entwicklung der Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen; Anteil von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern; Hintergrund der Gründung sowie seitherige Entwicklung der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, Möglichkeiten zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Vernetzung

Antr
s. *Selbsthilfe*
Drs 13/4407

Freistellung durch Arbeitgeber für die ehrenamtliche Wahrnehmung eines Gemeinderatsmandats

Nachweispflichten von Gemeinderäten über ihre ehrenamtliche Tätigkeit gegenüber dem Arbeitgeber, Vereinbarkeit von Einzelnachweisen über mandatsbedingte Verpflichtungen und deren Zustimmung- oder Ablehnungsfähigkeit durch den Arbeitgeber mit dem Wahlmandat eines Gemeinderats, Verpflichtung der Arbeitnehmer zur Nacharbeit von mandatsbedingten Fehlzeiten?

KIAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 13/4577

Landeskuratorium „Bürgerarbeit“

Personelle Zusammensetzung, bearbeitete Themen und Ergebnisse des o.g. Gremiums zur Stärkung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements; Gründe für den Verzicht auf das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen; Art und Umsetzung von politikfähigen Vorschlägen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 21.09.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4654
BeschlEmpf und Bericht SchulA 07.12.2005 Drs 13/5052 S. 19
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen iRd organisierten Nachbarschaftshilfen

Behandlung der iRd organisierten Nachbarschaftshilfen beschäftigten Helfer als Arbeitnehmer durch das FM

Antr
s. *Entschädigung*
Drs 13/4760

*Haushalt 2006; Nachtrag**Rücknahme der Kürzungen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen bzw für Maßnahmen der Stabstelle Bürgerengagement*

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 14 S. 68
ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 43 S. 102
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-35 S. 54
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Situation des Bürgerschaftlichen Engagements in BW in Bezug auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung

Auflistung der am o.g. Netzwerk beteiligten Kommunen und deren Unterstützung, Höhe und Auswirkungen der Kürzungen des Landes, der Vereine und Verbände; Gefährdung von Initiativen durch diese Kürzungen und globalen Minderausgaben; Projekte von Corporate Citizenship im Jugend-, Senioren-, Umwelt- und Sportbereich; Art der Vermittlung des Engagements von Unternehmen bei Vereinen und Verbänden

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 01.12.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4906

BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 101 102

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen - Investitionen, Lehrerstellen, ehrenamtliche Jugendbegleiter -

Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bzw der Ressourcen für zusätzliches pädagogisches Personal, angemessene Honorierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter und Lehrbeauftragten, Anstrengung einer Ausbauquote von 25 %, Vereinbarung des Verzichts auf Elterngebühren mit den Kommunen

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/5093

Neue Haftpflichtversicherungsregelung für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer

Vereinbarung eines Selbstbehalts in Höhe von 250 Euro bei Sachschäden mit der o.g. Neuregelung, Vereinbarkeit mit der Gewinnung notwendiger Betreuer bzw der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements

KlAnfr
s. *Versicherung*
Drs 13/5238

Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements, Anerkennung von erworbenen Qualifikationen, Bestellung von Staatssekretär Rau zum Ehrenamtsbeauftragten

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53 55 59

Ganztagsbetreuung an Schulen unter Einbeziehung von Ehrenamtlichen; Förderung des Ehrenamts und der demokratischen Mitbestimmung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 80 103

Entlastung der Berufsbetreuer durch ehrenamtliche Betreuer

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 419 420

Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit und bei den Sportvereinen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 992 1000-1002 1008 1009

Zunehmende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements in der Altenpflege; Werbung um ehrenamtliche Kräfte zur Kinderbetreuung an Ganztagschulen; verbesserte Unterstützung des Ehrenamts im Verein

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1329 1332-1334 1366 1370

Ehrenamtliches Engagement der älteren Generation; Belastung der Vereine und des Ehrenamts durch das 630-DM-Gesetz

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1687 1707

Werbung um ehrenamtliche Kräfte zur Kinderbetreuung an Ganztagschulen; Hilfen für Frauen und Kinder in schwierigen Familienverhältnissen; Zweifel am Erfolg der Sprachförderung im Kindergarten auf ehrenamtlicher Basis

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1744 1763 1765 1767 1768 1771 1775 1779 1784 1785

Zweifel am Erfolg der Sprachförderung im Kindergarten auf ehrenamtlicher Basis; Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von allen Ressorts

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1902 1905 1934

Vergleich des ehrenamtlichen Engagements von Frauen und Männern, Feststellung einer Unterrepräsentation von Frauen bei der Verleihung der Verdienstmedaillen des Landes

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2034 2048

Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen in Altenpflegeeinrichtungen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2519 2520

Ehrenamtliches Engagement der älteren Generation, Lob für die Initiativen der „Seniorenengossenschaften“

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544 2545 2548 2550 2552

Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Jugendlichen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2815 2816

Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen in der Behindertenhilfe; Zweifel am Erfolg der Sprachförderung im Kindergarten auf ehrenamtlicher Basis

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3544 3547 3587

Lob für die ehrenamtlich tätigen Bürger als Stützen des Landes

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3684

Gefährdung von ehrenamtlichen Strukturen durch die Kürzungen im Sozialbereich; Lob für den Freiwilligen Polizeidienst; Überlegungen zu einem Bonussystem für das ehrenamtliche Engagement

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4195 4197 4204-4207 4210-4215 4217

Stimulanz des bürgerschaftlichen Engagements, Ausbau der Mitwirkungsrechte auf kommunaler Ebene

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5722 5723

Zerstörung von ehrenamtlichen Strukturen durch die Kürzungen mit dem Rasenmäher

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5797 5802 5806 5815 5821 5850 5851

Abmilderung der Kürzungen für die ehrenamtlichen Strukturen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5875 5924 5929 5931 5935 5937 5939 5942

Lob für die ehrenamtliche Arbeit im Kulturbereich, Gefährdung des Ehrenamts im Sport durch die geplanten Kürzungen, Stärkung des ehrenamtlichen Elements in der Bewährungshilfe

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5981-5983 5998-6001 6008 6042 6043 6047

Verhinderung einer Gefährdung von ehrenamtlichen Strukturen durch Rücknahme geplanter Kürzungen; Dank an die ehrenamtlichen Helfer nach dem Seebeben in Südostasien

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6152-6154 6194 6196

Unterstützung von Ganztagschulen durch Ehrenamtliche, Lob für das Engagement iRd Nachmittagsbetreuung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6298 6301 6302 6305-6308

Würdigung des ehrenamtlichen Engagements iRd Städtepartnerschaften zwischen Frankreich und Deutschland

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6353 6356 6357

Qualifizierung und Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern in der Ganztagsbetreuung an Schulen, Anstreben einer Rahmenvereinbarung mit den Verbänden des Ehrenamts; Würdigung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger in BW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6412 6413 6421-6423 6431

Qualifizierung und Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern in der Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476 6477 6486 6503-6505 6509 6513

Kritik an der Konzentration der Sprachförderung im Kindergarten auf ehrenamtliche Sprachhelfer

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6555 6559 6560

Lob für die Ehrenamtlichen in den Sportvereinen, Feststellung eines Trends zu hauptamtlichen Kräften bei größeren Vereinen; Würdigung der Laienhilfen für psychisch Kranke

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6748-6753 6756 6775-6777

Unterstützung von Ganztagschulen durch Ehrenamtliche

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6926 6927 6929

Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern und Übungsleitern an Ganztagschulen, Betrachtung als Ergänzung der pädagogischen Kräfte iRd Nachmittagsbetreuung; Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements bei den Projekten zur kommunalen Kriminalprävention

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119 7121 7123-7125 7127 7128 7175-7178 7180 7186 7187 7190

Qualifizierung und Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern in der Ganztagsbetreuung an Schulen, Ausbau der ehrenamtlichen Sprachförderung; Förderung des Ehrenamts im Naturschutz

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7204-7206 7210 7214 7215 7218 7219 7223 7226-7228 7237 7240 7247 7248 7268

Qualifizierung und Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern in der Ganztagsbetreuung an Schulen, Betrachtung als Ergänzung zu den pädagogischen Kräften; Kritik an den Kürzungen beim bürgerschaftlichen Engagement

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7396 7399-7402

Würdigung der ehrenamtlichen Sitzwachen in Sterbekliniken, Stützung des bürgerschaftlichen Engagements durch Abwendung der geplanten Kürzungen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476 7478 7479 7481-7483

Lob für das bürgerschaftliche Engagement für und von Senioren, Annäherung einer Förderkonzeption für das ehrenamtliche Engagement älterer Menschen; Finanzierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter an Ganztagschulen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7772-7782 7792 7857

Finanzierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter an Ganztagschulen, Betrachtung als Ergänzung der pädagogischen Kräfte iRd Nachmittagsbetreuung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934 7938 7941-7948 7950

Ehrenamtliche Tätigkeit

s. Ehrenamt

Ehrenamtlicher Finanzrichter

s. Finanzrichter

Ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter

s. Beauftragter für Naturschutz

Ehrenamtlicher Richter

s. Richter

Ehrenamtlicher Schöffe

s. Schöffe

Ehrenamtlicher Staatsrat

s. Staatsrat

Ehrenamtlicher Verwaltungsrichter

s. Verwaltungsrichter

Ehrenkirchen

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KlAnfr

s. Straßenverkehr

Drs 13/1559

Verkehrsgerechter Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt

MdlAnfr

s. Landesstraße 125

Drs 13/1906

Ortsumfahrungen B 3/Ausbau L 125

Planungsstand und Verlagerungseffekte der o.g. Maßnahmen für die betroffenen Gemeinden Schallstadt, Bad Krozingen, Norsingen und Pfaffenweiler; Prüfung einer Verlegung der B 3 auf die Trasse der jetzigen L 125, Verbesserung des Anwohnerschutzes im Bereich Pfaffenweiler, Anstreben eines Moratoriums für die Planung der Ortsumfahrung Schallstadt im Zuge der B 3 und L 125

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/4437

Ehrenmedaille

s. *Orden (Auszeichnung)*

Ehrennadel des Landes

s. *Orden (Auszeichnung)*

Ehrenprofessor

s. *Professor*

Ei

s. *Eier*

Eichung

s. *Messwesen*

Eier

Förderung der Eierproduktion in BW

Gründe für den Rückgang der Eigenversorgung mit Eiern seit 1990, Bemühungen um Fördermittel des Bundes zur Umstellung auf eine Produktion aus Boden- und Freilandhaltung, entsprechende Bewerbung durch die MBW und Vergabe des Herkunfts- und Qualitätszeichens an solche Betriebe

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 15.04.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2005
BeschlEmpf und Bericht LandwA 21.05.2003 Drs 13/2222 S. 59 60
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Kontrolle der Kennzeichnung von Hühnereiern

Kennzeichnung nach Haltungsform, Herkunftsland und Betriebsnummer seit Jahresbeginn; Umfang und Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen; Information der Verbraucher und des Handels

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 29.04.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3154

Förderung der Umstellung von der Käfighaltung auf Bodenhaltung durch die LReg

Bereitschaft der Geflügelhalter zur Umstellung, Inanspruchnahme der vom Bund zugesagten Förderung; Empfehlungen für Haltungsformen in Deutschland; Perspektiven der Eierproduzenten bis 2012 bzw ab 2007 mit dem dann vorgezogenen nationalen Verbot der Käfighaltung

Antr
s. *Geflügel*
Drs 13/3184

Sicherung der Eierproduktion in BW

Zahl und Art von registrierten Legehennenhaltungen sowie von hier produzierten und verbrauchten Eiern; Verfahren, Anforderungen und Fördermöglichkeiten zur Umstellung von Käfighaltung auf Boden- oder Freilandhaltung; Beurteilung der innerstaatlichen Umsetzung der EU-Richtlinie zur Legehennenhaltung

Antr Jochen K. Kübler u.a. CDU 15.06.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4393
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 66-68
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Artgerechte Eierproduktion mit der neuen HennenhaltungsVO, zunehmender Import von Eiern aus Batteriehaltung als Folge des nationalen Alleingangs

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 626-634

Artgerechte Eierproduktion mit der neuen HennenhaltungsVO, Bewertung als Marktvorteil

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1866 1868

Artgerechte Eierproduktion mit der neuen HennenhaltungsVO, Bewertung als Marktvorteil

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3121

Artgerechte Eierproduktion mit der neuen HennenhaltungsVO, Bewertung als Marktvorteil, Umstellung des Angebots von Großfilialisten auf Eier aus Boden- und Freilandhaltung; Verdrängung von industriellen Eierproduzenten nach Polen und Tschechien

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3824-3830 3852

Artgerechte Eierproduktion mit der neuen HennenhaltungsVO, Inanspruchnahme der Umstellungshilfen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6087 6095

Verzicht auf Eier aus Legebatterien beim Discounter Aldi

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6646

Artgerechte Eierproduktion mit der neuen HennenhaltungsVO, Bewertung als Marktvorteil, Inanspruchnahme der Umstellungshilfen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6833 6839

Feststellung eines Rückgangs der Eierproduktion, Bewertung der Freilandhaltung als Marktvorteil

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7089 7091 7092

Eigenbetrieb

s. *Öffentliches Unternehmen*

Eigenbetriebsgesetz

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des EigenbetriebsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Eigenheimzulage

Wirtschaftliche und wohnungsbaupolitische Bedeutung der Bausparkassen

Umfang der Vermögensbildung und Investitionsvolumina durch Produkte der Bausparkassen; Beurteilung der steuerpolitischen, förderungspolitischen und mietrechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau; Bedeutung der Eigenheimzulage und der vermögenswirksamen Leistungen für die Schaffung von Wohneigentum; Auswirkungen der Berücksichtigung des Wohneigentums als Bestandteil privater Altersvorsorge im AltersvermögensGes

Antr
s. *Bausparkasse*
Drs 13/1342

Subventionsabbau und Beendigung der Blockadepolitik im BRat
Hinwirkung auf Abschaffung der Kohlesubventionen, Rückführung der Eigenheimzulage auf die energetische Sanierung und den Erwerb von Altbauten, Abbau der Entfernungspauschale sowie der Subventionierung innereuropäischer Flüge durch Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes; Bericht über die Verhandlungsposition auf Bundesebene im FinA

Antr
s. *Subvention*
Drs 13/2190

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3598

Die Eigenheimzulage - zentraler Baustein für die Wohneigentumsförderung in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561-5585

Steuerbetrug bei der Eigenheimzulage

Darlegung o.g. Missbrauchsfälle und Höhe der zurückgeforderten Beträge 2004 in BW u.a. BLändern; Forderung einer systematischen Überprüfung des Fortbestehens der Förderbedingungen

Antr Nils Schmid u.a. SPD 10.01.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/3937
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 13
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Abschaffung der Eigenheimzulage

Zustimmung zu dem o.g. GesEntw im BRat

DringlAntr GRÜNE 06.12.2005 Drs 13/4938
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7633-7640

Kritik an der geplanten Kürzung der Eigenheimzulage

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1922-1925

Kritik an der Kürzung der Eigenheimzulage

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2060 2070

Aufforderung an SPD und Grüne zum Widerstand gegen die Kürzung der Eigenheimzulage in Berlin, Feststellung der Umwandlung in eine Familienförderung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2113 2117 2127

Begrüßung der Rücknahme der Kürzung der Eigenheimzulage, Feststellung der Umwandlung in eine Familienförderung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2632 2654

Rückführung der Eigenheimzulage zur Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform bzw Eintreten für deren Erhaltung

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385 3387 3388 3391-3395

Erhaltung der Eigenheimzulage als Instrument zur Förderung der Altersvorsorge und der Bauwirtschaft; Umwandlung in eine Familienförderung

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3572-3574 3576-3583

Förderung von Wohneigentum als private Altersvorsorge, Erhaltung der Eigenheimzulage

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626 3627 3645 3646 3651 3652

Vorschlag einer Gleichstellung von Neubau und Altbau bei der Eigenheimzulage

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3783

Kürzung der Eigenheimzulage um 30 %

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4008-4010 4014 4015 4021 4039

Kürzung der Eigenheimzulage um 30 %

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4102

Verzicht auf die Eigenheimzulage zur Gegenfinanzierung einer großen Steuerreform und Steuervereinfachung nach den Vorschlägen von Prof. Kirchhof und Friedrich Merz

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4174

Verteidigung der Eigenheimzulage

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4506 4507

Verteidigung der Eigenheimzulage

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4978

Verteidigung der Eigenheimzulage, Vorschlag einer teilweisen Regionalisierung der Mittel

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5137 5142 5148

Forderung nach Abschaffung der Eigenheimzulage

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5819 5822

Erhaltung der Eigenheimzulage

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5912 5913

Regionalisierung der Eigenheimzulage
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6472

Feststellung einer Abkehr der CDU von der Position zur Erhaltung der Eigenheimzulage
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6973 6974

Einigung der großen Koalition auf die Streichung der Eigenheimzulage, Entwicklung der Einsparwirkungen für den Bundeshaushalt im Laufe der nächsten acht Jahre
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7333

Eigenkapital

s. *Kapital*

Eigenkontrollverordnung

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)
Änd der EigenkontrollVO
GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Eigentumswohnung

s. *Wohnungseigentum*

Einbürgerung

Bewilligungspraxis für Aufenthaltstitel
Zahl der gestellten, abgelehnten und bewilligten Anträge auf Aufenthaltserlaubnis, -berechtigung, -bewilligung und -befugnis sowie Einbürgerung in Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Stuttgart
KlAnfr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/361

AusländerGes § 87, Abs 2
Verzicht auf die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit bei vorhandener Gegenseitigkeit, Frage nach einer vom BinnenMin abweichenden Rechtsauffassung bei der Einbürgerung von EU-Bürgern aus Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal
KlAnfr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/382

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)
Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien
Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Zurückstellung von Einbürgerungsanträgen
Erteilung des o.g. Ratschlags durch das RegPräs Freiburg gegenüber Italienern bis zur Klärung der Frage einer evtl vorübergehenden Doppelstaatigkeit, Frage nach ähnlichen Vorgehensweisen anderer RegPräs

MdlAnfr 2) Inge Utzt SPD 09.07.2003 Drs 13/2247
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3397 3398

Einbürgerungen in BW
Zahl und Herkunftsländer der Eingebürgerten 2001 und 2002, Beurteilung des Rückgangs
KlAnfr Inge Utzt SPD 23.01.2004 und Antw IM Drs 13/2834

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)
Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung von Unionsbürgern bei vorhandener Gegenseitigkeit
Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/3132

Beurkundung von Geburten
Anforderungen im Falle der Geburt eines Kindes für die Ausstellung der Geburtsurkunde an Eingebürgerte und Flüchtlinge, Verlangen nach Beibringung einer Geburtsurkunde aus dem Herkunftsland bzw hilfsweise einer notariellen Beglaubigung und Versicherung von drei Zeugen; Frage nach den angewandten Rechtsvorschriften, den Kosten und der Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989; Auswirkungen der Kontaktaufnahme mit den Heimatbehörden auf das laufende Asylverfahren; Anwendung einer einheitlichen Verfahrenspraxis der Kommunen?
Antr
s. *Geburt*
Drs 13/3277

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit
Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder
Antr Inge Utzt u.a. SPD 15.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3885
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 20
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

„Doppelstaatler“ und daraus resultierende Auswirkungen auf die Wahlen
Zahl von deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 01.01.2000 durch Wiedereinbürgerung in den türkischen Staatsverbund die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben; Einschätzung der Gefahr einer erfolgreichen Anfechtung künftiger Wahlen; Gründe für das Fehlen von Mitteilungspflichten der Personen und türkischen Behörden; Beurteilung eines Angebots zur Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit bzw eines gesicherten Aufenthaltsstatus
Antr
s. *Staatsangehörigkeit*
Drs 13/4258

Nachträgliche Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft
Vereinbarkeit o.g. Bestrebungen des IM mit dem Grundgesetz, Betrachtung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes vor einer Einbürgerung als nicht ausreichend? Zahl und Gründe der Rücknahme von Einbürgerungen nach § 48 VerwaltungsverfahrenGes
Antr
s. *Staatsangehörigkeit*

Drs 13/4669

Einbürgerungsfragen für Muslime

Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die Einbürgerungsbehörden mithilfe eines vom IM entwickelten Gesprächsleitfadens, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, Form der Dokumentation und Speicherung der aus den Einbürgerungsgesprächen gewonnenen Daten, Frage nach der Dauer der Speicherung und den Zugriffsberechtigten

KlAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 22.12.2005 und Antw IM Drs 13/5015

Gesprächsleitfaden für islamische Einbürgerungsbewerber

Ausgestaltung und Zielsetzung des o.g. Gesprächsleitfadens, Verbindlichkeit für die Anwendung und Auswertung der gewonnenen Daten durch die Einbürgerungsbehörden, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, bisherige Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr Inge Utzt u.a. SPD 23.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/5016

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 48-51

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Verfassungswidrigkeit der Verwaltungsvorschrift?

Gesprächsleitfadens bei Einbürgerungen von Muslimen

Begründung der o.g. Gesinnungsprüfung über das schon verlangte Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und die vorgegebene Regelanfrage beim Verfassungsschutz nach dem StaatsangehörigkeitsGes hinaus, Vereinbarkeit der Fokussierung auf Muslime mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Persönlichkeitsrecht nach dem Grundgesetz, Frage nach objektiven Kriterien der Einbürgerungsbehörden zur Begründung der Zweifel an der inneren Hinwendung und Verfassungstreue der Einbürgerungsbewerber sowie nach Konsequenzen einer Nichtbeantwortung der Fragen; Zurückziehung der VwV mit sofortiger Wirkung

Antr GRÜNE 13.01.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5041

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 48-51

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Äußerungen des Staatsministers Stächele

Aussagen zum Anteil von hier lebenden Muslimen, für die der Koran nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, verbunden mit der Aufforderung zu deren Ausreise; Bewertung und Konsequenzen dieser Äußerungen des Ministers iR eines Wahlkampfauftritts in Eningen im Kontext zum eingeführten Gesprächsleitfaden für muslimische Einbürgerungsbewerber

Antr

s. *Minister im Staatsministerium*

Drs 13/5141

Geänderte Einbürgerungspraxis bei Muslimen

Aufklärung der Widersprüche zwischen internen Auslegungshinweisen des IM zum Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen (generelle Anwendung bei Muslimen) und offiziellen Verlautbarungen der LReg (religionsneutrale Ausrichtung des Leitfadens); Überprüfung der Fragen auf ihre Verfassungskonformität; Frage nach einer Beteiligung des Ausländerbeauftragten und von Religionsgemeinschaften an der Erarbeitung des Leitfadens;

Qualifikation der befassten Mitarbeiter in den Einbürgerungsbehörden, Konsequenzen einer negativen Bewertung des Bewerbers, Voraussetzungen für eine Rücknahme der Einbürgerung nach dem LVerwVG, datenschutzrechtliche Bewertung der Aufbewahrungsfrist; Rücknahme der VwV und des zugehörigen Gesprächsleitfadens

Antr GRÜNE 16.02.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5179

Würdigung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Einbürgerung, Bewertung des Rechtsanspruchs auf Einbürgerung nach acht Jahren als revisionsbedürftig

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 370 372 381

Erleichterung der Einbürgerung mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung von Unionsbürgern bei vorhandener Gegenseitigkeit

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4850-4852

Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber, Prüfung des Bekenntnisses zu den Grundwerten der Verfassung, Begrüßung des Vorschlags einer Gestaltung der Einbürgerung als feierlichen Akt

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645-7660 7662-7675

Einbürgerungsbehörde

s. *Ausländerbehörde*

Ein-Fach-Sportlehrer

s. *Sportlehrer*

Eingetragene Lebenspartnerschaft

s. *Lebenspartnerschaft*

Eingliederungsgesetz

s. *Eingliederungshilfe*

Eingliederungshilfe

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei den Eingliederungshilfen; Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Deutschen und Migranten, Projekte zur beruflichen Integration in der vergangenen und laufenden ESF-Förderperiode

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des EingliederungsGes zur Begrenzung der Sozialhilfe an Spätaussiedler auf sechs Monate

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/1763

Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der beruflichen Erstein-gliederung von jungen Menschen mit Behinderung

Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen bei den Berufsbildungs- und -förderungswerken sowie Werkstätten für Behinderte; Initiativen zur Ermöglichung einer beruflichen Erstein-gliederung auch im laufenden Jahr (der Behinderten)

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/2028

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl der in Behindertenwerkstätten arbeitenden Menschen und der Kosten für einen Werkstattplatz seit 1993; Höhe und Art der Aufwendungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe; Maßnahmen zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze für Behinderte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Geplante Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und zukünftige Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben

Gründe und Auswirkungen der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise bzw einer Fusionierung und Verschlingung; Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Jugendhilfe auf die Landratsämter, Gewährleistung der Gleichbehandlung und Qualität, Schaffung eines Soziallastenausgleichs? Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung des landesweiten Kompetenzzentrums, Zuständigkeit als überörtlicher Träger der Sozialhilfe? Höhe der angestrebten Effizienzrendite; erwartete Zahlen und Ausgaben für Behinderte und Jugendhilfe bis 2006

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2364

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Finanzierung und Einbeziehung von sonderpädagogischem Fachpersonal, Problematik der Gewährung von Eingliederungshilfe durch die örtlichen Kostenträger

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des EingliederungsGes zur Begrenzung der Sozialhilfe an Spätaussiedler auf drei Monate

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Ges zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änd des EingliederungsGes

Vereinfachung der Ausgabenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler, Regelungen über den aufzunehmenden Personenkreis sowie zur Nutzung staatlicher Gemeinschaftsunterkünfte, Zuständigkeit der Aufnahmebehörden für die Bearbeitung von Widersprüchen nach dem Asylbewerberleistungsges und der Aufnahme- und EingliederungsgebührenVO, Bestimmungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

GesEntw
s. *Flüchtling*
Drs 13/2711

Behindertenhilfe nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

Verhandlung und Abrechnung der Heimträger über die Eingliederungshilfe mit mehreren Stadt- oder LKreisen, Fortbestand der Richtlinien zum betreuten Wohnen und zur Familienpflege, Regelung der Investitionsförderung und kreisüberschreitenden Kostenträgerschaft? Notwendigkeit einer landeseinheitlichen Versorgung von Behinderten

KlAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/3115

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat nach der Bundestagswahl

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4367

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Gründe und Auswirkungen der Mittelkürzungen u.a. für Jugendorganisationen, Jugenderholung, Gruppenleiterschulung und Eingliederung junger Aussiedler

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Internatskosten für behinderte Kinder und Jugendliche

Höhe der Kosten für die einzelnen Stadt- und LKreise nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände im Zuge der Gewährung von Eingliederungshilfe für die o.g. Unterbringung in Heimschulen mit Internat; Neuregelung der Finanzierung unter Berücksichtigung der Aufgabe des Landes zur Umsetzung der Schulpflicht?

Antr
s. *Behindertes Kind*
Drs 13/4971

Eingliederungshilfen für junge Spätaussiedler

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1229 1233-1235 1237

Kostenbelastung der LKreise durch die Eingliederungshilfe für Behinderte

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899

Kostenbelastung der LKreise durch die Eingliederungshilfe für Behinderte

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4997 5000 5033

Kostenbelastung der LKreise durch die Eingliederungshilfe für Behinderte

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5811

Kostenbelastung der LKreise durch die Eingliederungshilfe für Behinderte

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6109

Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte auf die LKreise, Feststellung steigender Kosten angesichts der demographischen Entwicklung

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6373 6374

Einkommen

s.a. *Diäten*

s.a. *Einkommensteuer*

s.a. *Entschädigung*

s.a. *Übergangszahlung*

s.a. *Vergütung*

Einkommengrenzen beim LErziehungsgeld bei Geburt eines weiteren Kindes nach der Antragstellung

Neuberechnung der Einkommengrenzen bei Geburt eines weiteren Kindes, Änd der Richtlinien

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 13/508

Verschweigen von Einkünften des ehemaligen Finanzministers beim Bezug höherer Übergangsgelder

Strafrechtliche Relevanz des o.g. Vorgangs nach Auffassung der Staatsanwaltschaft; Ansehensverlust der Finanzverwaltung durch die unvollständige und verspätete Abgabe von Steuerklärungen durch Gerhard Mayer-Vorfelder sowie die nicht erfolgte Angabe von Einkünften bzw Aufwandsentschädigungen gegenüber dem Landesamt für Besoldung?

MdlAnfr
s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*
Drs 13/2480

Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus nicht nur an Kleinstverdiener vergeben

Geltende Einkommensgrenzen für den Bezug einer mit der Objektförderung gebauten Sozialwohnung, Vergleich mit den (erhöhten) Einkommensgrenzen anderer BLänder und der damit erzielten verbesserten Mieterstruktur in Sozialwohnungsquartieren; Nutzung der Möglichkeit des WohnraumförderungsGes zur Erhöhung der Einkommensgrenzen per RechtsVO

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/2725

Mietwohnraumförderung

Erschließung zusätzlicher Finanzierungspotenziale durch Orientierung der Förderung am konkreten Einkommen, Schaffung von Anreizen z.B. durch das so genannte Möglinger Modell, Verringerung der Abwicklungsprobleme

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/3211

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 21) - Die Besteuerung von ausländischen Einkünften

Mittlg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/4103

Ruhegehaltszahlungen an ehemalige Minister

Höhe und Zeitpunkt des Bezugs von Ruhegehalt durch die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbssatzeinkommen auf die Versorgungsbezüge nach § 53 BeamtenversorgungsGes, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Änd des MinisterGes

Antr
s. *Altersversorgung*
Drs 13/3769

Novellierung des MinisterGes

Auszahlung von Ruhegehalt an ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre nach Vollendung des 55. Lebensjahres, Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt der aktuellen und künftigen Mitglieder der LReg auf 65 Jahre, Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbssatzeinkommen nach § 53 BeamtenversorgungsGes auch bei ehemaligen Ministern und politischen Staatssekretären

Antr
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3945

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Entwicklung der Zuschüsse an die vier Universitätsklinika seit 1998; Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems auf die Einnahmeseite, des EuGH-Urteils zur Anrechnung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit sowie der unterschiedlichen Tarifvereinbarungen über Arbeitszeiten und Vergütungen; Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahmeverluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4595

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Einleitung von Strukturreformen bzw Verbesserung der Vergütung, der Vertragslaufzeiten und Abbau der Arbeitszeitbelastung als Konsequenzen aus dem Streik der Assistenzärzte, Überprüfung des Umgangs der Klinika mit dem ArbeitszeitGes durch die Gewerbeaufsichtsämter, Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4604

Vergleich der Einkommenssituation von Akademikern mit der von Absolventen des Sekundarbereichs II

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7491-7493 7497 7498 7505-7513

Einkommenssituation von Akademikern, Zumutbarkeit der Rückzahlung eines Studiendarlehens; Beklagung des Rückgangs der Realeinkommen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7586 7587 7592 7597

Einkommensgrenze

s. *Einkommen*

Einkommensteuer

s.a. *Zinsbesteuerung*

Steuervordrucke aus dem Internet

Ermöglichung des Ausdrucks der Steuervordrucke zur Abgabe der Einkommensteuererklärung auch in BW

Antr
s. *Vordruck*
Drs 13/1058

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Einnahmen der Kommunen aus Steuern seit 1993 differenziert nach Gewerbe- und Grundsteuer sowie nach dem Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer; Beurteilung der Vorschläge zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage und Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Zukunft der Gewerbesteuer

Ausgestaltung und Auswirkungen des vorgeschlagenen Modells zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch Gemeindezuschlagsrechte bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, insbes Verlagerung der steuerlichen Belastung auf die Arbeitnehmer und damit Verschiebung des Steueraufkommens von den Gewerbestandorten auf die Pendlerwohnorte, Steuerausfälle für das Land

infolge der notwendigen zusätzlichen Senkung der Einkommensteuersätze

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 13/1948

Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch die geplante Steuerreform der BReg

Ausweitung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe: Abwendung einer Verminderung des Einkommensteueraufkommens der Gemeinden, die Wohnort, aber nicht Arbeitsort sind

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 13/2414

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 29) - Die neue Rechtslage der Verlustverrechnung gemäß § 2 Abs 3 und § 10 d des EinkommensteuerGes

Mittlg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/2700

Gemeindefinanzsteuer

Verfassungsmäßigkeit des geplanten Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer; Ausgangshebesatz bei der Anrechenbarkeit der Gemeindefinanzsteuer auf die Einkommenssteuer, Erwartung höherer Steuern für viele Freiberufler

MdlAnfr
s. *Gemeindefinanzsteuer*
Drs 13/2480

Änd des EinkommensteuerGes

Beurteilung einer Veranlagung aller deutschen Staatsbürger mit Wohnsitz im In- oder Ausland mit einer Einkommensteuerpflicht hierzulande; Darlegung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen und der dabei tangierten internationalen Abkommen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 23.01.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/2832

Kostenlose Abgabe von CD-ROMs für das ELSTER-Formular 2003 durch die Finanzämter in BW

Neuaufgabe der inzwischen vergriffenen CD-ROM; Akzeptanz der Möglichkeit zur elektronischen Einkommensteuererklärung bei den Steuerpflichtigen via ELSTER und Internet

KlAnfr
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/3135

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/3727

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Erweiterung des Intervalls zur Abgabe einer Steuererklärung auf zwei Jahre, Einbringung einer Gesetzesinitiative zur Reform des EinkommenStG im BRat

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts

Antr

s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft

Drs 13/4367

Erreichung einer stärkeren Absenkung des Einkommensteuersatzes

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 205 209

Kritik an der zu späten Senkung der Einkommensteuer auf 42 % im Jahr 2005

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329

Kritik an der Ablehnung der Einkommensteuerreform durch die Union im BRat, Entlastung des Mittelstands durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2116 2135

Rückgang des Einkommensteueraufkommens, Forderung eines gemeindlichen Zuschlagsrechts bei der Einkommensteuer

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215 2221 2226 2233

Eintreten für ein Gemeindezuschlagsrecht auf die Einkommensteuer bzw für die Beibehaltung der Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2757 2759-2768

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindezuschlagsrecht bei der Einkommensteuer, Senkung der Steuersätze zur Vermeidung einer Steuererhöhung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2897 2913 2914 2936

Rückgang der Einkommensteueranteile der Kommunen, Forderung eines gemeindlichen Zuschlagsrechts bei der Einkommensteuer

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3225-3232 3235-3237

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindezuschlagsrecht bei der Einkommensteuer, Senkung der Steuersätze zur Vermeidung einer Steuererhöhung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3613 3623 3634 3636 3637 3647 3652

Reformbedarf im Einkommensteuerrecht; Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindezuschlagsrecht auf die Einkommensteuer

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4016 4037 4040 4056 4060

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindezuschlagsrecht bei der Einkommensteuer, Senkung der Steuersätze zur Vermeidung einer Steuererhöhung

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4101 4102

Reformbedarf im Einkommensteuerrecht; Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindezuschlagsrecht auf die Einkommensteuer

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4150 4159 4175

Veranlagung aller deutschen Staatsbürger zur Einkommensteuer in Deutschland; Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindezuschlagsrecht auf die Einkommensteuer

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4448 4452 4459

Entlastung der Familien bei der Lohn- und Einkommensteuer, Erhöhung der Freibeträge, Überlegungen zu höheren Verbrauchsteuern bei gleichzeitiger Absenkung der direkten Steuern

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6975 6981

Einkommensteuererklärung

s. Steuerveranlagung

Einkünfte

s. Einkommen

Einreisevisum

s. Sichtvermerk

Einschulung

s. Schulanfänger

Einstein, Albert

Einstein, die Relativitätstheorie und die Imagekampagne des Landes

Verbreitung falscher Behauptungen zur Relativitätstheorie iR von Werbeanzeigen zum „Einstein-Jahr“, Frage nach einem Imagegewinn sowie den Kosten des Landes für diese Anzeigen

KlAnfr

s. Werbung

Drs 13/4433

Einstellungsüberprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst

s. Sicherheitsüberprüfung von Personen

Eintrittsgebühren

s. Gebühren

Einweisungskommission

s. Strafvollzug

Einwohner

s.a. Bürgerbeteiligung

s.a. Ehrenamt

Umsetzung des MelderechtsrahmenGes

Intensität der behördlichen Auskunftersuchen an die Meldebehörden, Umsetzung o.g. Rahmengesetzgebung im MeldeGes und der MeldeVO, Ermöglichung eines beschränkten Direktzugriffs von Behörden auf die Einwohnermeldedaten

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 13/1046

Konzept „Ideen- und Beschwerdemanagement (Bürgerforum)“
Ziele, Dauer und Ergebnisse der o.g. Einrichtung; Höhe der bisher veranschlagten bzw der Kosten für einen Dauerbetrieb des Projekts

Antr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/4465

Amtliche Statistik - Abweichung bei Einwohnerzahlen
Ursachen und Auswirkungen, insbes im kommunalen Finanzausgleich, der o.g. Unterschiede zwischen den Zahlen des Statistischen Landesamts und der Einwohnermeldeämter; konkrete Auswirkungen im Fall der Stadt Stuttgart und der Gemeinde Zwiefalten; Umgang mit Widersprüchen von Kommunen gegen die als Bemessungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich verwendeten Zahlen

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 06.02.2006 und Antw FM Drs 13/5134

Kritik an der Beibehaltung der Einwohnerveredelung der drei Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 107 108

Kritik an der Einwohnerveredelung der drei Stadtstaaten im Länderfinanzausgleich

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203

Stimmengewichtung nach Einwohnerzahlen in den Gremien der EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3311 3313

Einwohnermeldeamt

s. *Meldewesen*

Einzelbetriebliche Technologieförderung

s. *Technologieförderung*

Einzelhandel

s. *Handel*

Eisenbahner

s. *Eisenbahnpersonal*

Eisenbahngesellschaft

s. *Eisenbahnunternehmen*

Eisenbahngesetz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des LEisenbahnGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Eisenbahngüterverkehr

s. *Güterverkehr*

Eisenbahnkreuzung

s. *Bahnkreuzung*

Eisenbahnkreuzungsgesetz

s. *Bahnkreuzung*

Eisenbahnpersonal

Personalabbau der DB-AG im Einsatzbereich der Zugbegleiter/-innen

Umfang und Auswirkungen der geplanten Personalausdünnung im Dienstbereich des SPNV

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 27.02.2002 Drs 13/810
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1267 1268

Brandschutz beim Projekt Stuttgart 21

Erhöhung des Bedarfs an Zugbegleitern durch brandschutzbedingte Vorgaben für die Züge in den Tunnelabschnitten von Stuttgart 21, Auswirkungen auf die Kosten, Berücksichtigung bei der Betriebskosten- bzw Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Projekt Stuttgart 21?

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/2444

Ausweitung des schaffnerlosen Betriebs in Regionalzügen der DB AG

Strecken und Zuggattungen für den Einsatz des technikbasierten Abfertigungsverfahrens, entsprechende Regelungen im Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und im Ausschreibungsverfahren für die Schwarzwaldbahn, Frage nach Unfällen u.a. Zwischenfällen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 18.02.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2928
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 28-30
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Zugbegleiter

Belästigung von Fahrgästen und zunehmende Verschmutzung der Züge aufgrund fehlender Zugbegleiter im Nahverkehr; Möglichkeiten zur Erreichung des Lokführers oder von anderen Verantwortlichen in Notfällen

MdlAnfr 2) Reinhold Gall SPD 04.11.2004 Drs 13/3722
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5606

Eisenbahnpersonenverkehr

s. *Personenverkehr*

Eisenbahnstrecke

s.a. *Bahnkreuzung*
s.a. *Donautalbahn*
s.a. *Enztalbahn*
s.a. *Ermstalbahn*
s.a. *Gäubahn*
s.a. *Hochrheinbahn*
s.a. *Jagstalbahn*

s.a. Kochertalbahn
 s.a. Murraltalbahn
 s.a. Remstalbahn
 s.a. Rheintalbahn
 s.a. Schnellbahn
 s.a. Schwarzwaldbahn
 s.a. Stadtbahn
 s.a. Strohgäubahn
 s.a. Südbahn
 s.a. Taubertalbahn
 s.a. Trassenpreis
 s.a. Wieslaufalbahn
 s.a. Wutachtalbahn

Stellung der LReg zur Aufnahme einer alternativen Trassenführung der ICE-Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar in das anhängige Raumordnungsverfahren

MdlAnfr 8) Theresia Bauer GRÜNE 16.07.2001 Drs 13/62
 PIPr 13/8 19.07.2001 S. 310 311

Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt

Umsetzungsstand der im Generalverkehrsplan 1995 formulierten Verlagerungsziele, Darlegung von Hemmnissen im KLV sowie Wirkungen des vom Land finanzierten Förderprogramms, Auflistung der vom Rückzug der Bahn AG aus der Fläche betroffenen Strecken und Standorte; Chancen, Unterstützungsmöglichkeiten und Auswirkungen einer Übernahme dieser Verkehre durch NE-Bahnen, Gestaltung des Modal-Splits im grenzüberschreitenden Güterverkehr in den letzten drei Jahren, Einschätzung der vom Entwurf eines neuen LEntwicklungsplans ausgehenden Impulse

Antr
 s. Güterverkehr
 Drs 13/241

Qualitätsprobleme der Deutschen Bahn AG im Raum Stuttgart, Tübingen und Sigmaringen

Entwicklung der o.g. Defizite, Auswirkungen auf die vom Land bezahlten Regionalisierungsmittel, Zeithorizont von Verbesserungen durch zusätzliche Ausweich- und Begegnungsstellen

KlAnfr
 s. Regionalverkehr
 Drs 13/250

Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs

Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsbahnhöfe, Vorlage der o.g. Konzeption mit einem Finanzierungskonzept, Übernahme der Trassenkosten für die Feinverteilung im Schienengüterverkehr, Hinwirkung auf Zurückstellung der Stilllegungspläne bis zur Übernahme der betroffenen Verkehre durch andere Betreiber

Antr
 s. Güterverkehr
 Drs 13/625

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Jährliche Zuweisungen des Bundes seit 1995 nach BW bzw an die DBAG für Investitionen in den ÖPNV, SPNV und Schienenfernverkehr; Anteil der Mittel aus den Investitionsprogrammen des Bundes; Verteilung der Regionalisierungsmittel auf Verkehrsleistungen der Bahn AG u.a. Unternehmen sowie den nicht schienenengebundenen ÖPNV; Umsetzung von planfestgestellten

Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995; Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

Antr
 s. Schienenverkehr
 Drs 13/716

Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft abhängen

Verhinderung einer Vorbeiführung der geplanten ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Rhein-Neckar-Raum am Verkehrsknoten Mannheim; Wahrung der Interessen von BLändern und Regionen bei der Mittelbereitstellung des Bundes für die Bahn AG

Antr
 s. Mannheim
 Drs 13/974

Empfang mobiler Telefonnetze auf den Bahnstrecken der DB AG in BW

Netzabdeckung der Mobilfunkanbieter auf den einzelnen Strecken, Stand der Bemühungen um einen flächendeckenden Empfang

Antr
 s. Funkverkehr
 Drs 13/1006

Mautfinanzierter Alaufstieg im Zuge der Autobahn A 8

Verbindung der o.g. Maßnahme mit einem vollständigen Rückbau der bestehenden alten Autobahn, anteilige Verwendung der Mauteinnahmen für den Ausbau des Schienennetzes, insbes der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm; Steigerung der Einnahmen durch Verzicht auf die mautfreie Ausweichstrecke sowie eine Mautanhebung mit Schwerpunkt beim Lkw-Verkehr

Antr
 s. Straßenbenutzungsgebühren
 Drs 13/1013

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim - Mannheim einbinden/Bypass verhindern

Aktuelle Debatte
 s. Mannheim
 PIPr 13/27 S. 1588

REGENT-Strecken in BW

Beurteilung der geplanten Ausgliederung einzelner Strecken oder Netze aus dem allgemeinen Bahnnetz der DBAG

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 12.07.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1178
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 41
 PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Ausschreibung von Regionalverkehren und Interregiostrecken, Ausbau der Strecken Heilbronn-Würzburg und Stuttgart-Crailsheim-Nürnberg

GrAnfr
 s. Heilbronn-Franken, Region
 Drs 13/1211

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zustand der Eisenbahnquerverbindung zwischen Freiburg, Neuenburg und Mulhouse bzw Rastatt und Hagenau; Schließung der Lücke zwischen Freiburg und Colmar; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Sicherung des Schienengüterverkehrs in BW

Fortsetzung des Rückzugs der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsstellen und Schienenstrecken; flankierende Unterstützung der Übernahme durch andere Betreiber; Förderung von Modellvorhaben im ländlichen Raum, Initiierung einer Einbeziehung von Umschlaganlagen und Gleisanschlüssen in den Förderkatalog des GVFG

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1294

Finanzierung nichtbundeseigener Eisenbahnen

Darlegung der seit 1990 stillgelegten bzw bedrohten NE-Strecken, u.a. Vaihingen/Enz-Enzweihingen, Gaildorf-Untergröningen, Korntal-Weissach und Ebingen-Onstmettingen; Vorlage eines Konzepts zum Einsatz von Regionalisierungsmitteln auch für SPNV-Bestellungen auf NE-Bahnen

Antr
s. *Eisenbahnunternehmen*
Drs 13/1468

Aufgabe der „Bypass“-Variante für die künftige ICE-Trassenführung im Bereich Mannheim

Hinwirkung auf Rechtsverbindlichkeit des Verzichts auf eine Umfahrung des neuen Mannheimer Hauptbahnhof mit einem Bahnhof auf der grünen Wiese

KlAnfr
s. *Mannheim*
Drs 13/1481

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Pläne der Bahn AG zur Stilllegung weiterer Strecken; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der NE-Bahnen, entsprechende Modifikation der Ausschreibungsverfahren, Einrichtung eines Pools für die Beschaffung von SPNV-Fahrzeugen, Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/1684

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des maufi-

nanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1702

Schienenverkehr im Raum Sigmaringen

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meißkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/1778

Anbindung des TGV-Est an das deutsche Hochgeschwindigkeitsnetz am Oberrhein

Konsequenzen einer Aufnahme der Hochgeschwindigkeitsverbindung bis Wien als prioritäre Maßnahme in das Transeuropäische Netz, Beschleunigung des Ausbaus des Streckenabschnitts zwischen Kehl-Appenweier-Karlsruhe iRd neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Hochgeschwindigkeitszug*
Drs 13/1827

Ertüchtigung von Schienenstrecken in den Regionalverkehrs-Räumen

Kriterien der Bahn AG für die Aufnahme von schwach befahrenen Strecken in den neuen Investitionsplan, Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes, Einbeziehung von Strecken mit NE-Bahnen-Betrieb

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 24.02.2003 und Antw UVM Drs 13/1834

Folgen der Preisreform der Bahn und der Fahrplanumstellungen in BW im Dezember 2002

Beurteilung der Preiserhöhungen bei gleichzeitiger Verknappung des Platzangebots, u.a. auf den Verbindungen Karlsruhe-Stuttgart sowie Freiburg-Basel; Frage nach Maßnahmen zugunsten der (abwandernden) Fahrgäste

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/1965

Drohende Stilllegung der Schienenstrecke Stockach-Schwackenreute

Bedeutung der Strecke als Bindeglied zwischen der Region Ulm/Oberschwaben und dem Bodenseeraum für künftige Güterverkehre; Stand des Stilllegungsverfahrens der DB Netz AG; Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Strecke

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 13.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2073
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 29
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Unterstützung der Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen Landesentwicklungsplans; vollzogene und geplante Schließungen von Güterverladestellen durch

die DB Cargo AG, Förderung von KV-Terminals sowie der Übernahme stillgelegter Anschlüsse und Strecken durch NE-Bahnen, insbes im ländlichen Raum, Hinwirkung auf einen diskriminierungsfreien Zugang dieser Unternehmen, Kooperation mit den Spediteuren

GrAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2413

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr
Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/2456

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2533

SPNV im Rhein-Neckar-Raum
Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRd Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2644

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2670

Vorfinanzierung der DB-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und des Projekts Stuttgart 21
Baukostenansätze für die o.g. Vereinbarung, Höhe und Zeiträume der Vorfinanzierung für die einzelnen Abschnitte und der Rückzahlungsraten des Bundes, Frage nach Regelungen im Falle von Baukostenüberschreitungen und Rückzahlungsproblemen des Bundes, Auswirkungen auf künftige Landeshaushalte und andere dringliche Schienenverkehrsprojekte im Südwesten

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/2685

Weiterentwicklung der Bahnstrecke Langenau-Laupheim Richtung Süden - so genannte Südkurve bei Laupheim
Stand der Planung für den Ausbau der o.g. Strecke bzw des Planfeststellungsverfahrens für die Südkurve bei Laupheim, Höhe und Träger der Kosten für diese Südkurve und Zeitpunkt der Realisierung

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 02.12.2003 und Antw UVM
Drs 13/2687

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

Zukunft der Bahnstrecke Schelklingen-Münsingen
Kriterien und Zeitpunkt einer Entscheidung über die Nutzung oder Stilllegung der o.g. Strecke, Gewichtung der Schülerbeförderung, Weiterführung der Strecke durch die Ermstal-Bahn-AG
KlAnfr Klaus Käppeler SPD 16.12.2003 und Antw UVM
Drs 13/2743

Neubau von Haltepunkten an der DB-Strecke Tübingen-Rottenburg-Horb
KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/3171

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG
Fragen zur Ausgestaltung des o.g. Vertragswerks, insbes Abbestellung von Verkehrsleistungen, Aufgabe von Strecken, Rückzahlung von Zuschüssen, Konsequenzen aus einer Erhöhung oder Kürzung der Regionalisierungsmittel, Gewichtung und Folgen der Verletzung vereinbarter Qualitätskriterien, verbleibendes Volumen für Ausschreibungen

GrAnfr
s. *Vertrag*
Drs 13/3233

Drohende Streichung von Schienenverkehrsleistungen in BW
Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken, erwartete Einsparungen, Verwendungszwecke der frei werdenden Regionalisierungsmittel? Einsatz für Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen und zur weiteren Umsetzung des integralen Taktfahrplans

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3258

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße
Schaffung von technisch einfachen Umlademöglichkeiten für Container und Wechselbehälter in der Fläche, Anmeldungen zum Bundesprogramm zur Reaktivierung von Gleisanschlüssen zur Wiederaufnahme von Abfalltransporten

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3321

Empfang mobiler Telefonnetze auf den Bahnstrecken der DB AG in BW

Netzabdeckung der Mobilfunkanbieter auf den einzelnen Strecken, Stand der Bemühungen um einen flächendeckenden Empfang, Prüfung einer Verknüpfung des digitalen Betriebsfunks der Bahn mit dem digitalen Mobilfunk der Mobilfunkanbieter, Ausstattung von Mobilfunkbasisstationen entlang des Bahnnetzes?

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/3347

Streichungen von Leistungen im SPNV in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken und erwartete Einsparungen; Höhe des Differenzbetrags zwischen den bisher gewährten Zuschusszahlungen und den Einsparungen infolge der Streichungen; Kompensation der Abbestellungen durch Mehrverkehr auf stärker nachgefragten Relationen

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3354

Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Aktueller Kostenstand der o.g. Vorhaben, Verteilung auf die beteiligten Partner; Höhe der Gesamtkosten und der Kofinanzierung der EU in Bezug auf die vorrangigen Projekte der transeuropäischen Netze; erwartbare Zusagen und Fördervolumen der EU für Stuttgart 21 und die NBS Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3359

Kenntnisse der LReg zu Kostensteigerungen bei der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Informationen über Kostensteigerungen von 57 %, entsprechende Ausweitung der zugesagten Vorfinanzierung?

MdlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3425

Geplante Angebotsreduzierungen im SPNV zum 12. Dezember 2004

Auflistung der vorgesehenen Streichung von Zügen zum o.g. Fahrplanwechsel bzw während der Sommer- und Weihnachtsferien differenziert nach Zugkilometern, Strecken, Fahrgastauslastung und jeweiligen Gründen

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3452

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3683

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 19) - Erhöhungsantrag für den Ausbau einer Schieneninfrastruktur

Prüfung des o.g. Antrags der Albtal-Verkehrsgesellschaft für den „stadtbahngerechten“ Ausbau der Enzbahn zwischen Pforzheim

und Bad Wildbad

Mittlg
s. *Enztalbahn*
Drs 13/4103

Nach dem abgesagten Börsengang der Deutschen Bahn AG: Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?

Begrüßung der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht als Schritt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur, zu fairen Trassenpreisen und Transparenz; Forderung einer klaren Trennung von Netz und Betrieb; Sicherung des Verbleibs der Schieneninfrastruktur bei Bund und Ländern sowie der Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene als Voraussetzungen für die Zustimmung zum Börsengang; Übertragung des Schienenwegeausbaus in die Auftragsverwaltung der Länder sowie Prüfung einer Kommunalisierung der Bahnhofsgebäude iR einer Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/3704

Gleisanschlussförderung

Entwicklung des Wagenladungsverkehrs in den letzten drei Jahren und mittelfristig, Auflistung der mithilfe der neuen Fördermaßnahme des Bundes reaktivierbaren privaten Gleisanschlüsse, Möglichkeiten einer beschleunigten Anwendung der neuen Förderrichtlinie

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 11.11.2004 und Antw UVM Drs 13/3742

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3820

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbauvorhabens Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr Peter Hauk u.a. CDU 15.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3890
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 47 48
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3971

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3983

Auswirkungen des geplanten Gleisabbaus der DB Netz AG auf den Schienenverkehr in BW

Auswirkungen des o.g. Rückbaus für die betroffenen Strecken, Verhinderung einer Ausweitung des Leistungsangebots bzw der Wiederaufnahme des von der DBAG eingestellten Güterverkehrs durch andere Betreiber

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4024

Bahnverbindung Würzburg-Heilbronn

Stand der o.g. Ausbauplanung der Bahn AG, Begründung des Abbruchs trotz der ursprünglichen Zusage 2002

KlAnfr Reinhold Gall SPD 20.04.2005 und Antw IM Drs 13/4267

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbaubauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4269

Infrastrukturrückbau durch die DB-Netz AG

Zunahme von Verspätungen auf den betroffenen Strecken bzw Beeinträchtigung des Weiterbetriebs oder der Wiederaufnahme des Güterverkehrs durch den o.g. Rückbau, Vereinbarkeit mit der Gleisanschlussförderrichtlinie des Bundes; Beurteilung der Forderung nach einer schrittweisen Regionalisierung der Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung für die regionale Eisenbahninfrastruktur sowie der Ergebnisse des Gutachtens der Initiative „Zukunft Rhein-Neckar-Dreieck“ zur Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4374

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albauftiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Verzicht der LReg auf Ausschreibungen von Teilnetzen iRd Verkehrsvertrags mit der DB AG

Frage nach einer freihändigen Vergabe; Vereinbarkeit der angekündigten Wettbewerbsverfahren mit Unwägbarkeiten wie z.B. einer Elektrifizierung der Südbahn, Betrieb des Nordwürttemberg-Netzes als ein Pilotprojekt für Regio-Netze nach dem Vorbild der Kurhessenbahn, Problematik der Ländergrenzen überschreitenden Bahnstrecken bzw einer gemeinsamen Ausschreibung von Grenzverkehren

KlAnfr
s. *Vertrag*
Drs 13/4424

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen seit 1996 zur Verbesserung des Angebots im SPNV, Unterstützung des Ausbaus der Gäubahn bzw deren Anbindung an den Stuttgarter Flughafen, Verbesserung der Anbindung Pforzheims an das Fernverkehrsnetz der DB, Führung der Magistrale Paris-Stuttgart-Budapest über Karlsruhe und Pforzheim

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Anwendung eines PPP-Modells auf Schienen-Netzteile der Deutschen Bahn AG

Beurteilung eines PPP-Modells zur Finanzierung der geplanten Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim sowie der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Aufnahme entsprechender Gespräche mit der DBAG

KlAnfr
s. *Public Private Partnership*
Drs 13/4574

Auswirkungen der Angebotsreduzierungen auf der Bahnstrecke Aulendorf-Kißlegg-Memmingen

Fahrgastzahlen und Zugangebot 2005 und 2006, Begründung der Unterschreitung des landesweiten integralen Taktfahrplans bei gleichzeitiger Ausweitung auf vergleichbaren Strecken mit niedrigeren Fahrgastzahlen; notwendige Rahmenbedingungen zur Wiedereinführung des Studentakts

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4634

Schienengüterverkehr in Neckarsulm

Ursachen und Auswirkungen der rückläufigen Entwicklung am Nordanschluss bzw der dort angebotenen Firma Audi, Frage nach einer Landesförderung des Gleisanschlusses und weiteren Planungen der Bahn AG, Ausmaß der zusätzlichen Straßenbelastung; Moderation der Übernahme wegfallender Angebote durch andere Eisenbahnunternehmen?

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4945

Controlling im Schienenpersonennahverkehr

Ergebnisse des Controllings bis zum diesjährigen Fahrplanwechsel differenziert nach Strecken mit einer Leistungsauf- und -abwertung; Ausweitung des Systems auf die vom Land bestellten Verkehre bei nichtbundeseigenen Eisenbahnunternehmen

KlAnfr
s. *Controlling*
Drs 13/5000

Südkurve Laupheim

Stand und Zeitpunkt der Realisierung des o.g. Schienenprojekts, Darlegung evtl. Hindernisse sowie der Vor- und Nachteile der Alternative einer Flügelung der Regionalbahn Langenau-Ulm in Laupheim/West mit Weiterführung nach Laupheim/Stadt und Biberach; Umsetzung der Zusage zum Bau der Südkurve

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 17.01.2006 und Antw IM Drs 13/5054

Den Börsengang der Bahn ablehnen

Projektstau, Investitions- und Rückbauteilentscheidungen der DB Netz AG in BW; Frage nach einem Zusammenhang mit dem geplanten Börsengang; Beurteilung der Ergebnisse des Gutachtens und der Kritik des BRechnungshofs zu Privatisierungsvarianten der Bahn mit und ohne Netz; Auswirkungen einer Trennung von Netz und Betrieb auf die Realisierung des Projekts Stuttgart 21; Ablehnung eines integrierten Börsengangs der Bahn in der Verkehrsministerkonferenz und im BRat

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/5109

Status Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Projekte; Art der vorgesehenen Finanzierungsmodelle; Zeitpunkt der Entscheidung und Vollendung der Vorhaben

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5122

Bahnstrecke Neckarbischofsheim/Nord-Hüffenhardt

Auswirkungen der geplanten Einführung der Rhein-Neckar-S-Bahn auf der Strecke Meckesheim-Aglasterhausen, Beurteilung des technischen Zustands der o.g. Strecke sowie der Möglichkeiten zur Weiternutzung im Schülerverkehr, Güterverkehr, Tourismus- oder Museumsverkehr; Frage nach Nutzungsmöglichkeiten für die Werkstattanlagen in Neckarbischofsheim/Nord

KlAnfr Elke Brunnemer CDU 03.02.2006 und Antw IM Drs 13/5131

Wiederaufnahme des Neigetechnikbetriebs in BW

Umsetzung des o.g. Betriebskonzepts im IRE-Verkehr auf den Strecken Stuttgart-Tübingen-Sigmaringen-Ehingen-Ulm sowie Basel-Singen-Friedrichshafen-Lindau zum Fahrplanwechsel im Dezember 2006?

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/5159

EU-Förderung für Stuttgart 21

Höhe der o.g. Kofinanzierung, Auswirkungen der Mittelkürzungen für die Projekte der transeuropäischen Netze, Frage nach dem Zeitpunkt einer evtl. Förderzusage und dem Baubeginn

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/5160

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim ohne Bypass

Festhalten an dem einstimmigen Beschluss nach Drs 13/1089 zur Umsetzung des o.g. Lückenschlusses mit Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs; Frage nach entsprechenden Initiativen der LReg bzw. Gesprächen des MinPräs mit Bahnchef Mehdorn zur Umsetzung dieser Beschlusslage

KlAnfr
s. *Mannheim*
Drs 13/5177

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw. auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

ICE-Bahnhof Mannheim

Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs in die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim, Intensität des Eintretens der LReg für diese von der Region Rhein-Neckar geforderte Lösung

MdlAnfr
s. *Mannheim*
Drs 13/5172

Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf den Nahverkehr in BW

Erlangung der Zuständigkeit für die Gleis- und Bahnhofsinfrastruktur, Reduzierung der Verkehrsverbünde auf maximal sechs, Ermöglichung einer City-Maut und Nahverkehrsabgabe

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5203

Einbindung des Landes in nationale und internationale Hochgeschwindigkeitsnetze, Realisierung von Stuttgart 21 und der NBS Wendlingen-Ulm, Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene, notwendiger Ausbau der Schieneninfrastruktur, Beteiligung der EU an der Finanzierung der NBS Stuttgart-München

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 614-619

Anbindung Mannheims an die neue Schnellbahnstrecke Frankfurt-Stuttgart, Kritik an der Stilllegung von Strecken und Bahnhöfen durch die Bahn AG

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1024 1032 1033

Vorfinanzierung der Schnellbahntrasse Stuttgart-Ulm durch das Land, Anbindung Mannheims an die neue Schnellbahnstrecke Frankfurt-Stuttgart, Reaktivierung stillgelegter Strecken

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1127-1129 1131

Aus- und Neubau der Teilstrecken für die Magistrale von Paris nach Budapest, Unterstützung des Projekts Stuttgart 21, Realisierung der zweiten Rheinbrücke bei Kehl

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1521 1525 1526 1568 1569

Einsatz von Regionalisierungsmitteln für Stellwerke und Strecken, Kritik an der Stilllegung von Strecken durch die Bahn AG

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2205 2210 2211

Aus- und Neubau der Teilstrecken für die Magistrale von Paris nach Budapest

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3323

Einforderung von mehr Unterstützung in Berlin für die notwendigen Bahnprojekte im Südwesten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147

Aus- und Neubau der Teilstrecken für die Magistrale von Paris nach Budapest, Unterstützung des Projekts Stuttgart 21; Nachholbedarf zum Einbau der von den Franzosen 1945 abgebauten zweiten Gleise in Südwürttemberg

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5865 5878 5879 5882

Ausbau wichtiger Schienenstrecken im Land, Unterstützung des Projekts Stuttgart 21, Realisierung der zweiten Rheinbrücke bei Kehl sowie der Schnellbahntrasse Stuttgart-Ulm

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6060 6064 6073 6074 6084

Verbesserte Einbindung des Landes in das europäische Schienennetz, Aus- und Neubau der Teilstrecken für die Magistrale von Paris nach Budapest; Nachholbedarf zum Einbau der von den Franzosen 1945 abgebauten zweiten Gleise in Südwürttemberg; Bemerkungen des RH zur Förderung von Ausbauprojekten

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6354 6356 6358 6386 6390

Realisierung der Aus- und Neubauprojekte zur Einbindung des Landes in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, Unterstützung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409

Realisierung der Aus- und Neubauprojekte zur Einbindung des Landes in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz, Unterstützung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463 6499 6507 6508

Auflistung des Nachholbedarfs beim Aus- und Neubau der Strecken in BW, Einbindung des Landes in das transeuropäische Hochgeschwindigkeitsnetz

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6803 6805-6812 6816 6870

Aus- und Neubau der Teilstrecken für die Magistrale von Paris nach Budapest

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7133

Befürchtung von Streckenstilllegungen im ländlichen Raum im Zuge des Börsengangs der Deutschen Bahn

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7876-7878

Eisenbahnunternehmen

s.a. Albtal-Verkehrs-Gesellschaft

s.a. Deutsche Bahn AG

s.a. Donautalbahn

s.a. Eisenbahnpersonal

s.a. Enztalbahn

s.a. Ermstalbahn

s.a. Gäubahn

s.a. Hochrheinbahn

s.a. Jagstalbahn

s.a. Kochertalbahn

s.a. Murralbahn

s.a. Remstalbahn

s.a. Rheintalbahn

s.a. Schwarzwaldbahn

s.a. Strohäubahn

s.a. Südbahn

s.a. Taubertalbahn

s.a. Verkehrsbetriebe Karlsruhe

s.a. Wieslautalbahn

s.a. Wutachtalbahn

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1998 des RH zur LHR von BW für das Hj 1996 (Nr. 10) - Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich (Drs 12/5923)

Mittlg LReg 06.07.2001 Drs 13/52

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr

s. Personenverkehr

Drs 13/55

Ausschreibung der Ersatzleistungen für IR- und IRE-Verbindungen auf der Schwarzwaldbahn zum nächsten Fahrplanwechsel

Zeitpunkt der Ausschreibung für o.g. Verkehrsleistungen nach dem nächsten Fahrplanwechsel, Auswirkungen des Vertrags mit der DBAG zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit von Stuttgart 21, Beurteilung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn

Antr

s. Schwarzwaldbahn

Drs 13/165

Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt

Umsetzungsstand der im Generalverkehrsplan 1995 formulierten Verlagerungsziele, Darlegung von Hemmnissen im KLV sowie Wirkungen des vom Land finanzierten Förderprogramms, Auflistung der vom Rückzug der Bahn AG aus der Fläche betroffenen Strecken und Standorte; Chancen, Unterstützungsmöglichkeiten und Auswirkungen einer Übernahme dieser Verkehre durch NE-Bahnen, Gestaltung des Modal-Splits im grenzüberschreitenden Güterverkehr in den letzten drei Jahren, Einschätzung der vom Entwurf eines neuen LEntwicklungsplans ausgehenden Impulse

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/241

Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs

Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsbahnhöfe, Vorlage der o.g. Konzeption mit einem Finanzierungskonzept, Übernahme der Trassenkosten für die Feinverteilung im Schienengüterverkehr, Hinwirkung auf Zurückstellung der Stilllegungspläne bis zur Übernahme der betroffenen Verkehre durch andere Betreiber

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/625

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Ausschreibung von Regionalverkehren und Interregiostrecken, Ermöglichung des Betriebs von NE-Bahnen, Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen als Leistungsanbieter im ÖPNV und insbes im Busverkehr

GrAnfr
s. Heilbronn-Franken, Region
Drs 13/1211

Sicherung des Schienengüterverkehrs in BW

Fortsetzung des Rückzugs der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsstellen und Schienenstrecken; flankierende Unterstützung der Übernahme durch andere Betreiber; Förderung von Modellvorhaben im ländlichen Raum, Initiierung einer Einbeziehung von Umschlaganlagen und Gleisanschlüssen in den Förderkatalog des GVFG

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/1294

Finanzierung nichtbundeseigener Eisenbahnen

Darlegung der seit 1990 stillgelegten bzw bedrohten NE-Strecken, u.a. Vaihingen/Enz-Enzweihingen, Gaildorf-Untergröningen, Korntal-Weissach und Ebingen-Onstmettingen; Vorlage eines Konzepts zum Einsatz von Regionalisierungsmitteln auch für SPNV-Bestellungen auf NE-Bahnen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 06.11.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1468
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 13.02.2003 Drs 13/1855 S. 31-33
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Pläne der Bahn AG zur Stilllegung weiterer Strecken; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der NE-Bahnen, entsprechende Modifikation der Ausschreibungsverfahren, Einrichtung eines Pools für die Beschaffung von SPNV-Fahrzeugen, Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen

GrAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/1680

Interessenkonflikte eines Regierungsmitglieds bei der Ausschreibung von Schienennahverkehrsleistungen

Frage nach möglichen Interessenkonflikten von Staatssekretär Mappus als Aufsichtsratsmitglied in der über die Auftragsvergabe entscheidenden Nahverkehrsgesellschaft BW und der sich um Leistungen im SPNV, u.a. auf der Schwarzwaldbahn, bewerbenden SWEG und HzL sowie bei einer für das UVM und gleichzeitig die NVBW tätigen Werbeagentur; Beurteilung von Aussagen zur Nichtbefassung des (zuständigen) Staatssekretärs mit Ausschreibungsvorgängen im Nahverkehr; Ausschluss der genannten Interessenkonflikte

Antr
s. Mappus, Stefan MdL CDU
Drs 13/2153

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Unterstützung der Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen Landesentwicklungsplans; vollzogene und geplante Schließungen von Güterverladestellen durch

die DB Cargo AG, Förderung von KV-Terminals sowie der Übernahme stillgelegter Anschlüsse und Strecken durch NE-Bahnen, insbes im ländlichen Raum, Hinwirkung auf einen diskriminierungsfreien Zugang dieser Unternehmen, Kooperation mit den Spediteuren

GrAnfr
s. Güterverkehr
Drs 13/2413

Auswirkungen des EuGH-Urteils auf ÖPNV-Förderung

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Bezuschussung von Schienenverkehrsleistungen an Unternehmen ohne zugrunde liegende Verkehrsverträge; Art der Berechnung dieser Ausgleichszahlungen; Vermeidung von Überkompensationen

KIAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/2443

Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 in der Rechtssache „Altmark Trans“

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Wettbewerbsintensität und finanzielle Förderung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV, auf den Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen dem privaten Omnibusgewerbe und den kommunalen Verkehrsbetrieben sowie auf die künftige Ausschreibung von Verkehrsleistungen im ÖPNV

KIAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/2557

Potenzielle Nichtigkeit des Nahverkehrsvertrags des Landes mit der DB Regio AG

Bewertung als Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch die EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Frage nach finanziellen Vorkehrungen für den Fall der Nichtigkeit des Vertrags

Antr
s. Personenverkehr
Drs 13/2952

Verkehrsvertrag des Landes BW mit der DB AG

Information über den o.g. Vertrag einschließlich aller Nebenabreden und durchgeführten Vergabeverfahren, Stellungnahme zu den Vorwürfen der EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen

Antr
s. Vertrag
Drs 13/2956

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbauvorhabens Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr
s. Eisenbahnstrecke
Drs 13/3890

Auswirkungen des geplanten Gleisabbaus der DB Netz AG auf den Schienenverkehr in BW

Auswirkungen des o.g. Rückbaus für die betroffenen Strecken, Verhinderung einer Ausweitung des Leistungsangebots bzw der Wiederaufnahme des von der DBAG eingestellten Güterverkehrs durch andere Betreiber

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4024

Vereinbarkeit des Nahverkehrsvertrags zwischen dem Land BW und der DB Regio AG mit europäischem Wettbewerbsrecht

Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Konsequenzen einer Bestätigung dieser Rechtsauffassung durch den EuGH für den o.g. Verkehrsvertrag, Frage nach möglichen Schadenersatzforderungen

Antr
s. *Vertrag*
Drs 13/4071

Nebenbahn Gaildorf-Untergröningen (Kochertalbahn)

Gründe für die Übernahme und Stilllegung der Kochertalbahn durch die WEG, Höhe und Bedingungen der bisher gewährten Förderung bzw der notwendigen Investitionen und Betriebszuschüsse zum Weiterbetrieb für die nächsten zehn Jahre, Bemühungen des LKreises Schwäbisch Hall, Möglichkeiten und Konditionen für einen Weiterbetrieb

KlAnfr
s. *Kochertalbahn*
Drs 13/4730

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems der DB auf die Stationspreise von Haltepunkten, deren Bau durch GVFG-Mittel finanziert wurde

Auswirkungen o.g. Verteuerung auf die Halte der DBAG u.a. vom Land beauftragten Eisenbahnunternehmen trotz der Mitfinanzierung solcher Haltepunkte durch das Land und Kommunen, Frage nach einer Absicherung gegen diese Kostensteigerungen im landesweiten Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und evtl anderen Verkehrsverträgen; Abwehrmaßnahmen gegen die Vorgehensweise der DBAG

KlAnfr
s. *Stationspreis*
Drs 13/4731

Schiengüterverkehr in Neckarsulm

Ursachen und Auswirkungen der rückläufigen Entwicklung am Nordanschluss bzw der dort angebundenen Firma Audi, Frage nach einer Landesförderung des Gleisanschlusses und weiteren Planungen der Bahn AG, Ausmaß der zusätzlichen Straßenbelastung; Moderation der Übernahme wegfallender Angebote durch andere Eisenbahnunternehmen?

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4945

Controlling im Schienenpersonennahverkehr

Ergebnisse des Controllings bis zum diesjährigen Fahrplanwechsel differenziert nach Strecken mit einer Leistungsauf- und -abwertung; Ausweitung des Systems auf die vom Land bestellten Verkehre bei nichtbundeseigenen Eisenbahnunternehmen

KlAnfr
s. *Controlling*
Drs 13/5000

Stimulanz des Wettbewerbs zwischen der Bahn AG und NE-Unternehmen, Ausschreibung der Interregio-Ersatzverkehre auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn, Anteil von NE-Bahnen in BW

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1563 1564 1566 1568 1570

Anteil von NE-Bahnen in BW

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2197 2198

Elektrische Leitung

Überprüfung der raumordnerischen Genehmigung der 110 kV-Leitung Endersbach-Schorndorf

Genehmigungsgrundlagen und Stand der Realisierung des o.g. Vorhabens, Bewertung von Alternativen und Ergebnissen eines Gutachtens; Aufhebung der Genehmigung des RegPräs Stuttgart wegen gravierenden Abweichungen und Veränderungen der Genehmigungsvoraussetzungen, Verweisung auf die Beantragung der real angestrebten Teilverkabelung

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE und Thomas Knapp u.a. SPD 10.06.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1063
BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 14 15
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Stromtod von Vögeln durch Freileitungen

Nachrüstung bestehender Anlagen mit Vogelabweisern

Mittlg
s. *Vogel*
Drs 13/2056

Sachliche Darstellung oder Polemik gegen Windkraftanlagen in einer Presseinformation der Umweltakademie des Landes?

Aussagen und Ergebnisse einer von der Umweltakademie veranstalteten Tagung „Windkraftanlagen - eine Bedrohung für Vögel und Fledermäuse?"; Vereinbarkeit mit den davon abweichenden Aussagen der o.g. Pressemitteilung; Risikobewertung von Windkraftanlagen für Vögel im Vergleich zu Freileitungen; Stellungnahme zu der polemischen Rede eines CDU-Abgeordneten gegen die Windkraftnutzung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2555

Sicherheitsmängel bei Strommasten des baden-württembergischen Freilandleitungsnetzes

Zahl, Alter, technischer Zustand und Eigentümer der Hochspannungsmasten im Land; Art und Ergebnisse von durchgeführten Untersuchungen; festgestellte Sicherheitsmängel und davon ausgehende Gefahren; Kenntnisstand und Maßnahmen der Aufsichtsbehörden; Investitionen der Eigentümer in die Leitungsinfrastruktur; Anforderung eines detaillierten Zustandsberichts von der EnBW; Verpflichtung der Eigentümer zu einer raschen Sanierung bzw Erneuerung der schadhafte Masten

Antr GRÜNE 06.12.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4937
BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 32 33
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Problematik der Netzmonopole mit hohen Durchleitungsentgelten, Notwendigkeit des Neu- und Ausbaus der Übertragungsnetze

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5329 5330 5332 5333 5338 5340

Sanierungs- und Ausbaubedarf der Stromnetze, insbes in Norddeutschland

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5648 5660 5661

Beeinträchtigung der Landschaft durch Hochspannungsleitungen, Überlastung der Netze bei voller Auslastung der Windräder, Erreichung niedrigerer Strompreise durch einen kostengünstigeren Netzzugang

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7017 7018 7024 7032 7033

Anteil der Netznutzung an den Strompreisen; Notwendigkeit großer Stromleitungen für die geplanten Off-shore-Windanlagen; Schaffung von mehr Wettbewerb beim Netzzugang

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7711-7713

Elektrisches Gerät

s. *Elektrogerät*

Elektrizität

s.a. *Brennstoffzelle*
s.a. *Elektrische Leitung*
s.a. *Energieerzeugung*
s.a. *Energieversorgung*
s.a. *Kraftwerk*
s.a. *Smog*
s.a. *Stromeinspeisung*

Speicherung erneuerbarer Energie

Speicherung des mit großen Off-Shore-Windkraftanlagen erzeugten Stroms in Pump- und Luftspeicherwerken auch in BW, Auswirkungen auf das Stromnetzmanagement und die Vorhaltung von Kraftwerkskapazitäten

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/1100

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995 bzw nach dem Ausstieg aus der Kernenergie nach Kraftwerksarten, -standorten, -betreibern und Energieträgern; Beschäftigtenzahlen und Wettbewerbslage der Energiewirtschaft; Folgen der Liberalisierung und veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen; Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Forschungseinrichtungen und -projekte für neue Technologien; Verfügbarkeit und Marktpotenzial der einzelnen fossilen und erneuerbaren Energieträger; Umfang und Betreiber des Stromhandels; notwendige Kraftwerksstandorte zur Sicherung der Netzkapazität und -stabilität

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Kampagne zur Reduzierung von Stand-by-Verlusten und Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Haushalten, in der öffentlichen Verwaltung sowie gewerblich genutzten Elektro- und Elektronikgeräten in BW

Durchführung einer Informationskampagne mit o.g. Zielsetzung, insbes bei der Nutzung von IuK-Technik, Computern u.a. Geräten; Herausgabe eines Runderlasses an alle Landesbehörden zur Beschaffung einer zertifizierten, energieeffizienten Bürokommunikationstechnik, Einsatz von schaltbaren Steckerleisten als Erstmaßnahme

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/3438

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Gründe für den o.g. Positionswechsel des MinPräs, Vereinbarkeit mit der bundesweit einmaligen Befreiung der EVU von der Preisprüfung; Aufhebung dieser Befreiung; Zustimmung zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts im BRat und damit zu einer Kennzeichnungspflicht für Strom, Ermöglichung der Verbraucherinformation über den Gesamtenergieträgermix des eigenen Lieferanten sowie eines Vergleichs mit den bundesweiten Durchschnittswerten der Stromerzeugung

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3884

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/4232

Verhinderung einer Übertragung von Strommengen von neueren auf ältere Kernkraftwerke sowie von billigem Atomstrom aus dem Ausland

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1552 1553 1559

Feststellung eines Überangebots von Kernenergiestrom im Ausland, ökologische Flankierung des Strommarkts

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1831 1832 1837

Notwendigkeit von Stromimporten nach einem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3183-3185

Befürchtung einer Abhängigkeit von Atomstrom aus Frankreich und Osteuropa; Steigerung des Stromabsatzes nach der Übernahme der EnBW-Anteile durch die EdF; Behinderung des Strommarkts durch die hohen Durchleitungskosten

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3466 3475 3476 3478 3480 3483

Bewahrung der Unabhängigkeit vor Importstrom; dezentrale Stromerzeugung mit Brennstoffzellen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3625 3626 3643

Bewahrung der Unabhängigkeit vor Importstrom

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5154 5155

Bewahrung der Unabhängigkeit vor Importstrom

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5648 5650-5653 5659-5661 5664

Wahrung der Unabhängigkeit vor französischem Atomstrom, Wettbewerbsfähigkeit der Stromproduktion in BW

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6465 6470 6471 6493 6505 6506

Elektrizitätswirtschaft

s. *Energiewirtschaft*

Elektrogerät

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Nutzung des Potenzials zur Senkung des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten

GrAnfr

s. *Umwelt*

Drs 13/1821

Kampagne zur Reduzierung von Stand-by-Verlusten und Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Haushalten, in der öffentlichen Verwaltung sowie gewerblich genutzten Elektro- und Elektronikgeräten in BW

Durchführung einer Informationskampagne mit o.g. Zielsetzung, insbes bei der Nutzung von IuK-Technik, Computern u.a. Geräten; Herausgabe eines Runderlasses an alle Landesbehörden zur Beschaffung einer zertifizierten, energieeffizienten Bürokommunikationstechnik, Einsatz von schaltbaren Steckerleisten als Erstmaßnahme

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 13/3438

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Einsatz für eine aktuelle Verbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten; weitere Unterstützung der Gründung von regionalen Energieagenturen

Antr

s. *Klima*

Drs 13/5065

Energieeinsparung durch verbrauchsarme Geräte und Minimierung von Stand-by-Verlusten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026 7032

Reduzierung von Stand-by-Verlusten, Beschaffung von energiesparenden Geräten

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7045

Anregung eines gesetzlichen Verbots von Geräten mit Stand-by-Betrieb, Auszeichnung von energiesparenden Geräten

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7453 7455 7456

Elektroheizung

Nachtstromnutzung in BW

Höhe und Faktoren der Preiserhöhung der NWS und evtl anderer Energieversorgungsunternehmen, Bewertung der Nutzung von Nachtstrom unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten, Gewährleistung eines freien Wettbewerbs

Antr Thomas Knapp u.a. SPD, Dr. Carmina Brenner u.a. CDU, Jürgen Hofer FDP/DVP und Dr. Walter Witzel GRÜ-NE 13.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/576

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 20
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Elektroindustrie

s. *Elektrotechnische Industrie*

Elektrokabel

s. *Elektrische Leitung*

Elektronisch überwachter Hausarrest

s. *Arrest*

Elektronische Datenverarbeitung

s. *Datenverarbeitung*

Elektronische Gesundheitskarte

s. *Versicherungsunterlagen*

Elektronische Signatur

s. *Digitale Signatur*

Elektronische Unterschrift

s. *Digitale Signatur*

Elektronischer Geschäftsverkehr

s.a. *Digitale Signatur*

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zur Änd des Mediendienste-Staatsvertrags (*Mediendiensteänderungsstaatsvertrag*)

Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr, Regelung des Herkunftsprinzips, Modifizierung der Regeln über die Verantwortlichkeit und Informationspflichten von Diensteanbietern, Anpassung der Datenschutzbestimmungen an das Teledienste-DatenschutzGes sowie Änd im Bereich der Ordnungswidrigkeiten

Mittlg

s. *Medien*

Drs 13/120

Ges zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änd des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Medienkonzentrationsrechts, Regelungen zum Umstieg auf die digitale terrestrische Rundfunkübertragung, Verbesserung der Information der Ltg über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Anstalten; Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag, Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr

GesEntw

s. *Rundfunk*

Drs 13/951

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der weiteren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3388

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKreisen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KlAnfr Jürgen Hofer FDP/DVP 15.03.2005 und Antw IM
Drs 13/4147

Bündelung der Förderinstrumente für den elektronischen Handel, Forcierung des Aufbaus der elektronischen Bürgerdienste, Notwendigkeit einer Bürgerkarte für E-Business

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632-1637 1639

Forcierung des Aufbaus der elektronischen Bürgerdienste

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2377 2385

Aufbau elektronischer Bürgerdienste, Angebot und Abwicklung von Verwaltungsleistungen und -verfahren über das Internet

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2938

Bedeutung des Datenschutzes angesichts eines boomenden Markts des E-Commerce

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7034 7035

Schaffung der Rahmenbedingungen zur Nutzung elektronischer Bürgerdienste im Meldewesen, Angebot und Abwicklung von Verwaltungsleistungen und -verfahren über das Internet

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7840-7842

Schaffung der Rahmenbedingungen zur Nutzung elektronischer Bürgerdienste im Meldewesen

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7913-7917

Elektronischer Handel

s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

Elektronisches Grundbuch

s. *Grundbuch*

Elektroofen

s. *Elektroheizung*

Elektrosmog

s. *Smog*

Elektrotechnische Industrie

s.a. *Datenverarbeitungsindustrie*

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Bedeutung der USA als Handelspartner für die Automobilindustrie, Elektroindustrie, den Maschinenbau, die Mikrosystemtechnik, die Bio- und Gentechnologie

Antr
s. *Wirtschaftliche Kooperation*
Drs 13/2269

Befürchtung von Arbeitsplatzverlusten bei Alcatel SEL, Forderung nach einer Moderatorenrolle der LReg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1633

Begleitung des Strukturwandels in der Elektrotechnik zu Zeiten der großen Koalition 1992-1996

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1706 1713

Elfenbein

Verbleib von Elfenbein

Verbleib der vom Schöffengericht Karlsruhe beschlagnahmten Elfenbeinteile, Rückgabe an den Besitzer E.T.? Stand von Anzeigen und Beschwerdeverfahren sowie Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe bzw dem Steuerfahndungsamt Karlsruhe-Durlach

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 17.01.2002 und Antw JuM
Drs 13/640

Ellwangen

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Aalen/Ellwangen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge

von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1949

Mittelfreigabe für den Neubau des Polizeireviere in Ellwangen

Antr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/3591

ELR

s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*

Elsenz

s. *Eppingen*

Eltern

s.a. *Alleinerziehende*
s.a. *Elternzeit*
s.a. *Familie*
s.a. *Mitwirkung im Schulwesen*
s.a. *Mutter*
s.a. *Pflegeeltern*
s.a. *Vaterschaftstest*

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit des Landeselternbeirats und der Elternbeiräte der Schulen in BW

Verbesserung der Unterstützung o.g. Gremien; Frage nach der Bedeutung und inhaltlichen Konzeption der angekündigten Eltern-Akademie

Antr
s. *Mitwirkung im Schulwesen*
Drs 13/307

Förderung der Elternarbeit

Unterstützung des privaten Elternvereins BW der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Heinisch im Vergleich zur ehrenamtlichen Arbeit des LEIternbeirats und der Gesamtelternbeiräte, Art und Umfang der Förderung von Bildungsforen des Elternvereins

Antr
s. *Mitwirkung im Schulwesen*
Drs 13/349

Elterninformation zur Einführung der Grundschulfremdsprache Französisch

Art und Umfang der Einbeziehung von Eltern in die Diskussion und Entscheidungsfindung; Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/532

Kinderbetreuung in BW

Verbesserung der Beratung und Mitbestimmung der Eltern in Kindergärten und Schulen; Ermittlung der Zusatzkosten für

Familien für Lernmittel, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Schülerbeförderung u.a.

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/680

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache am Oberrhein

Verlagerung der Entscheidung entlang der Rheinschiene auf die örtlichen Gremien, Sicherung der Anschlüsse in den weiterführenden Schulen; Ausbau von Französischangeboten im Kindergarten sowie von grenzüberschreitenden Schulpartnerschaften und des Jugendaustauschs, Weiterführung des Projekts „Lerne die Sprache des Nachbarn“; Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für Französisch an Hauptschulen im Einzugsgebiet von Grundschulenglisch

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/691

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache entlang der Rheinschiene

Aktuelle Debatte
s. *Fremdsprache*
PIPr 13/25 S. 1484

Stärkung der Erziehungspartnerschaft

Tatsächliche und wünschenswerte Beteiligung von Eltern am Schulleben, Beteiligungsrechte und -pflichten im Vergleich mit anderen BLändern, Bewertung von Zielvereinbarungen und Fördervereinen von Schulen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen an Elternabenden, Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Hausbesuche von Lehrern

Antr
s. *Mitwirkung im Schulwesen*
Drs 13/1758

Ges zur Änd des SchulGes

Ermöglichung der Erteilung von personenbezogenen Auskünften auch an Eltern volljähriger Schüler

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Erhöhung der Elternbeiträge für die Schülerbeförderungskosten

Entwicklung der o.g. Kosten in den einzelnen LKreisen; Erhebung von Elternbeiträgen auch für den Besuch der Pflichtschulen Grund-, Haupt- und Sonderschulen; sozialverträgliche Gestaltung der Beiträge; Höhe und Verteilungskriterien der Landeszuschüsse, Sicherstellung der zweckgebundenen Verwendung; Frage nach Spielräumen für Beitragssenkungen

Antr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 13/2594

Beförderungskosten von Schülerinnen und Schülern - Entwicklung der Landeszuschüsse und Eigenbeteiligung der Eltern

Entwicklung der o.g. Kosten für Schüler in den einzelnen Schularten und LKreisen seit 1993; Höhe und Verteilungskriterien der Landeszuschüsse; Entlastung von Eltern durch einzelne LKreise und Kommunen?

Antr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 13/2604

Elternsprechtage und Elternarbeit im Schuljahr 2003/04

Verweigerung von Elternsprechtagen und der Bildung von Elternbeiräten, u.a. an der Geschwister-Scholl-Schule in Konstanz; Aufwand der Schulleitungen und Kollegien für die Vorbereitung und Durchführung von Elternsprechtagen, Anerkennung als Teil der Deputatsstunden

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 13.11.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2610

BeschlEmpf und Bericht SchulA 21.04.2004 Drs 13/3200 S. 19

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Lernmittelfreiheit in BW; Leben mit Kindern stärken statt Familien stärker belasten

Planung einer Veränderung bzw Abschaffung der Lernmittelfreiheit über eine Änderung der Landesverfassung? Bisherige und künftige Elternbelastung infolge der Bildungsplanreform, Kompensation im Falle einer Abschaffung durch Einführung einer sozialen Staffelung? Handhabung der Bagatellgrenze durch die Schulträger, Bewertung von Vorschlägen einer Anhebung der Bagatellgrenze

Antr

s. *Lehr- und Lernmittel*

Drs 13/3421

Gewalt an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung o.g. Fallzahlen seit 1994, Erkenntnisse über Täter und Opfer, Anteil von und Umgang mit Wiederholungstätern, Unterstützung von Eltern bei Erziehungsproblemen, Einbindung in präventive Maßnahmen, Verankerung der Thematik in der Lehrerbildung; Zusammenfassung aller Projekte zur Gewaltprävention zu einer Handreichung für die Schulen

Antr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/3464

Kindergeldleistungen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger Schweiz/Deutschland

Rechtsgrundlagen und zuständige Stellen für die Ermittlung und Auszahlung des Kindergelds bzw für die Klärung von Zuständigkeitsfragen; detaillierte Darstellung der Ansprüche und des Kreises der anspruchsberechtigten Eltern/-teile

KlAnfr

s. *Kindergeld*

Drs 13/3910

Ernährung und Ernährungsinformation „Gesunde Ernährung“

Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern bzw zur Vermeidung von Übergewicht und Adipositas, Begleitung der Schulverpflegung, Koordination der Vielzahl von Projekten der verschiedenen Ministerien, Verankerung der Initiativen „Brennpunkt Lebensmittel - Blickpunkt Ernährung“ und „BeKi - Bewusste Kinderernährung“ im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsreform in den LKreisen

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/3914

Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“

Einräumung eines Elternwahlrechts über die weiterführende Schule, entsprechende Stärkung der Diagnose- und Beratungskompetenz der Grundschullehrkräfte, Entwicklung motivieren-

der Formen der Leistungsbewertung unter Verzicht auf die Notengebung, Einsatz der frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten, Ausbau der horizontalen Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen, Ermöglichung der Weiterentwicklung von Schulen zu neun-jährigen Basisschulen

Antr

s. *Grundschule*

Drs 13/4300

Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung
Kostenregelung für die Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung von Kindern, Feststellung der medizinischen Notwendigkeit vor Abschluss der Aufnahmeformalitäten durch die Eltern, Gewährleistung der Elternbegleitung ohne zusätzliche finanzielle Belastung

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 28.10.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4794

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 42 43

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

„Baby-TV“

Beurteilung des o.g. Programms bzw des Fernsehkonsums von Babys und Kleinkindern, Information der Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Eltern

Antr

s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/5219

Priorität der Erziehung im Elternhaus, Verbesserung der Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-737 739 743-746

Unterstützung des privaten Elternvereins der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Heinisch aus Mitteln der LStiftung, Vergleich mit der ehrenamtlichen Arbeit des LElternbeirats und der Gesamtelternbeiräte

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 809

Kritik an der Förderung des privaten Elternvereins der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Heinisch, Würdigung des ehrenamtlichen Engagements von Eltern im Schulbereich, Priorität der Erziehung im Elternhaus

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 991 992 994 996 1006 1008

Priorität der Erziehung im Elternhaus vor der Verantwortung von Kindergarten und Schule, Verpflichtung junger Eltern zur Wahrnehmung entsprechender Fortbildungsangebote der Familienbildungsstätten, Förderung des Dialogs zwischen Eltern und Lehrern, Erhebung von Elternbeiträgen für die Kinderbetreuung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736-1738 1743 1746 1747 1751 1755 1757-1768 1771 1779 1784-1787 1789-1793

Zurückweisung einer Verpflichtung der Eltern zum Kindergartenbesuch der Kinder; Hinweis auf Verletzung der Schulpflicht und Kinderarbeit auf Veranlassung der Eltern; Unterstützung der Schüler durch die Eltern

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1908 1909 1956

Kritik an der Förderung des privaten Elternvereins der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Heinisch über die Landesstiftung, Stärkung der Erziehungskraft der Eltern, Vorbereitung auf die Elternrolle in der Schule

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2056 2057 2060-2064 2069 2072

Einbeziehung der Eltern in Fällen von Schulausschlussverfahren, Information der Eltern von erwachsenen Schülern; kritische Bewertung der Elternstiftung

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249-2251 2265

Umwidmung der Mittel für die Elternakademie der CDU-Abgeordneten Heinisch zur Vermeidung von Kürzungen im Sozialetat

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2293 2301

Distanz der Eltern von Grundschulkindern zu Ganztagschulen; Qualität der Zusammenarbeit mit den Eltern an Ganztagschulen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2611 2612 2616 2623

Bewertung der Zusammenarbeit zwischen Eltern und Schule in BW, Bedeutung der Elternbildung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2812 2818 2819 2832-2834 2837 2841

Einforderung von mehr Engagement der Eltern in der Schule und Ausbildung ihrer Kinder

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3520 3522 3523

Einforderung der Elternverantwortung bei der Ernährung ihrer Kinder; Einbeziehung der Eltern in die Reformprozesse an den Schulen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4852-4857 4859 4882-4886

Betreuungsarbeit von Eltern an der Schule; Überlegungen zur Erhöhung des Elternbeitrags bei der Lernmittelbeschaffung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5156 5157 5163

Verantwortung der Eltern für die Entwicklung der Sprachfähigkeit ihrer Kinder; Notwendigkeit der Unterstützung der Kinder während der Ausbildung

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5421-5423 5425 5465

Verantwortung der Eltern für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213 6214 6218 6222 6223

Entlastung der Eltern, Erleichterung der Wahlfreiheit zwischen eigener und außerhäuslicher Kinderbetreuung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6410-6412

Forderung eines Elternwahlrechts auf integrative Beschulung ihres behinderten Kindes

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6519-6521 6523-6526

Einforderung der Elternverantwortung für den Medienkonsum ihrer Kinder; Ermunterung zum Vorlesen und Vorsingen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055-7067

Umsetzung eines Leitbilds für das Kinderland BW gemeinsam mit den Eltern, Ermöglichung der Wahlfreiheit für Familie und Beruf, stärkere Öffnung der Schulen für die Eltern, Bestreben der Eltern um die Aufnahme ihrer Kinder ins Gymnasium

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7201 7203-7210 7212-7217 7219 7221-7224 7227 7231-7233 7235-7237 7240 7241 7243 7247

Ängste und Proteste von Eltern wegen der Belastung ihrer Kinder mit der Einführung des G 8; Bedeutungszuwachs der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Elternhaus

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369-7381

Verweisung auf die Vorbildfunktion der Eltern beim Verzicht auf Tabakkonsum

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7620-7622 7624

Verweisung auf die Vorbildfunktion der Eltern beim Verzicht auf Tabakkonsum

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7747-7750

Ängste und Proteste von Eltern wegen der Belastung ihrer Kinder mit der Einführung des G 8, Notwendigkeit der Unterstützung der Eltern bei der Bewältigung der Hausaufgaben; Gewährleistung des Wahlrechts der Eltern beim Kindergartenbesuch ihrer Kinder

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7782-7784 7786-7792 7807 7809-7812

Ängste und Proteste von Eltern wegen der Belastung ihrer Kinder mit der Einführung des G 8, Notwendigkeit der Unterstützung der Eltern bei der Bewältigung der Hausaufgaben, Stärkung der Erziehungskraft der Familien und der Zusammenarbeit mit der Schule, Engagement der Eltern an den Privatschulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934-7940 7943 7944 7946 7947 7950 7952 7967-7972 7995-7997 8000

Elternbeirat

s. Mitwirkung im Schulwesen

Elternbildung

s. Familienbildung

Elternurlaub

s. Elternzeit

Elternvertretung

s. Mitwirkung im Schulwesen

Elternzeit

s.a. Mutterschutz

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

s. Finanzverwaltung
Drs 13/656

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Gewährleistung von Personalersatz für alle Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich

Antr
s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Drs 13/339

Personalbelastung bei der Polizei

Entwicklung der Erziehungsbeurlaubungen und eingesetzten Vertretungen seit 1990

Antr
s. Polizei
Drs 13/454

Haushalt 2002 und 2003; Epl 03

Gewährleistung von Personalersatz für alle Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/653-9 S. 29
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/682-5 S. 10
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876-891

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 13/1240

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der ErziehungsurlaubsVO

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs in der Steuerverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Ablehnung der unterhältigen Teilzeitarbeit in der Steuerverwaltung entgegen der bisherigen Praxis; Frage nach entsprechenden Plänen in anderen Verwaltungsbereichen

KlAnfr
s. Teilzeitarbeit
Drs 13/3248

Gewährleistung von Personalersatz für alle Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 367 377

Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 787

Gewährleistung von Personalersatz für Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Gewährleistung von Personalersatz für alle Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 879 906

Anregung von Erziehungsurlaub für den Justizminister und Beförderung seiner Frau in das Amt während dieser Zeit

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1847 1848 1858

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Männer zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2032 2046 2050 2052 2057 2069

Gewährleistung von Personalersatz für Erziehungsbeurlaubungen im Polizeibereich

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3129 3130

Entwicklung der Zahl von Lehrerinnen in Elternzeit, Ermöglichung der ungehenden Besetzung der vakant werdenden Stellen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7250

Embryo

s. Leibesfrucht

Embryonale Stammzelle

s. Stammzelle

Emissionshandel

s. Umweltzertifikat

Emissionszertifikat

s. Umweltzertifikat

Emmendingen

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den kaufmännischen Schulen, der beruflichen, hauswirtschaftlichen, sozialpflegerischen Schule in Emmendingen sowie am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch; Darlegung der Statistik und Prognose; Vergleich mit den Nachbarkreisen und der Stadt Freiburg

KlAnfr
s. Berufsbildende Schule
Drs 13/103

Schulentwicklung im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen sowie der räumlichen Voraussetzungen an den beruflichen Schulen bzw Oberschulen und dem Technischen bzw Informationstechnischen Gymnasium Emmendingen; Zahl der abgewiesenen Bewerber sowie der bereitgestellten und notwendigen Lehrerstunden; Einrichtung einer ITG-Klasse als Alternative am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch?

Antr
s. *Schule*
Drs 13/119

Emmendingen, Landkreis

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im Landkreis Emmendingen

Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den kaufmännischen Schulen, der beruflichen, hauswirtschaftlichen, sozialpflegerischen Schule in Emmendingen sowie am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch; Darlegung der Statistik und Prognose; Vergleich mit den Nachbarkreisen und der Stadt Freiburg

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/103

Schulentwicklung im Landkreis Emmendingen

Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen sowie der räumlichen Voraussetzungen an den beruflichen Schulen bzw. Oberschulen und dem Technischen bzw. Informationstechnischen Gymnasium Emmendingen; Zahl der abgewiesenen Bewerber sowie der bereitgestellten und notwendigen Lehrerstunden; Einrichtung einer ITG-Klasse als Alternative am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch?

Antr
s. *Schule*
Drs 13/119

Mittelbereitstellung der LStiftung für einen sozialen Hilfsfonds des CDU-Abgeordneten Haas im Landkreis Emmendingen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 809 828

Empirische Bildungsforschung

s. *Bildungsforschung*

EnBW

s. *Energiewirtschaft*

Endersbach

s. *Weinstadt*

Energieberatung

Energetische Modernisierung im Wohnungsbestand

Höhe der bereitgestellten und beanspruchten Mittel 2000/2001 im Vergleich zu Hessen und NRW; Aufstockung der Mittel zur Stimulanz des Bauhandwerks und zugunsten des Klimaschutzes; Ausbildung und flächendeckende Präsenz von Energieberatern aus dem Handwerk; Abruf von Fördermitteln für Energie-Spar-Checks für Ein- und Mehrfamilienhäuser

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/93

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 16) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Bewirkung von Sparsamkeit und Effizienz bei der Klimaschutz- und Energieagentur BW

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XIII. S. 5

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Mittlg LReg 22.06.2004 Drs 13/3293

Kleinf FeuerungsanlagenVO; hier: Auslaufen der Übergangsfrist
Austausch von Heizungsanlagen mit zu hohen Abgaswerten nach dem 31.10.2004; gezielte Information der betroffenen Hauseigentümer; Beurteilung einer in Freiburg gestarteten Aktion zur kostenlosen Solar- und Energieberatung der Hauseigentümer

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 13/2868

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - Ausstellung von Gebäudeenergiepässen

Umsetzung der o.g. Richtlinie der EU, wirtschaftliche Folgewirkungen für die im Energieberatungsgeschäft tätigen Berufsgruppen, Wahrung der Interessen des mittelständischen Handwerks, Erfahrungen mit dem Energie-Spar-Check, Einschätzung der Zahl und Art der in Frage kommenden Gebäude

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/3389

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/3560

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Einsatz für eine aktuelle Verbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten; weitere Unterstützung der Gründung von regionalen Energieagenturen

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Einbindung der bestehenden Energieberatung in die vom Grünbuch der EU-Kommission vorgeschlagenen Energiesparmaßnahmen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452

Energiebericht*Energiebericht 2000*

Mittlg WM 02.08.2001 Drs 13/152
 PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327
 BeschEmpf und Bericht WirtA 11.10.2001 Drs 13/317
 PIPr 13/10 24.10.2001 S. 426-436

Energiebericht 2001

Mittlg WM 02.10.2002 Drs 13/1368
 BeschEmpf und Bericht WirtA 13.10.2002 Drs 13/1402
 PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895
 PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2199

Energiebericht 2004

Mittlg WM 06.12.2004 Drs 13/3840
 PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637
 BeschEmpf und Bericht WirtA 13.07.2005 Drs 13/4481
 PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7033

Energieeffizienz

s. *Energienutzung*

Energieeinsparung

s.a. *Public Private Partnership*

Energetische Modernisierung im Wohnungsbestand

Höhe der bereitgestellten und beanspruchten Mittel 2000/2001 im Vergleich zu Hessen und NRW; Aufstockung der Mittel zur Stimulanz des Bauhandwerks und zugunsten des Klimaschutzes; Ausbildung und flächendeckende Präsenz von Energieberatern aus dem Handwerk; Abruf von Fördermitteln für Energie-Spar-Checks für Ein- und Mehrfamilienhäuser

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 18.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/93
 BeschEmpf und Bericht WirtA 17.10.2001 Drs 13/358 S. 5
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Fortsetzung und Ausbau des Energie-Einspar-Programms

Ausbau des Energieeinsparprogramms und des Altbaumodernisierungsprogramms

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 31.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/136
 BeschEmpf und Bericht WirtA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 5
 6
 PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Impulsprogramm Altbau und Energieeinsparprogramm Altbau

Evaluation und Verbesserungsmöglichkeiten o.g. Programme, Behebung von Informationsdefiziten, Umstellung auf attraktive Direktzuschüsse

KIAnfr Martin Rivoir SPD 13.08.2001 und Antw WM Drs 13/175

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestands

s. *Sanierung*
 Drs 13/238

Energieeinsparprogramm Altbau 2001

Aufzehrung der Haushaltsmittel bereits zur Jahresmitte, Rechtfertigung aufwändiger Werbemaßnahmen für dieses Programm

MdIAnfr 2) Rolf Gaßmann SPD 05.12.2001 Drs 13/530
 PIPr 13/15 13.12.2001 S. 764 (Für erledigt erklärt durch die Aussprache zu TOP 7 am 12.12.2001)

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuer zur ausschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
 s. *Energiepolitik*
 Drs 13/542

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

CO₂-Minderung durch Aufstockung des „Energieeinsparprogramms Altbau“

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/657-7 S. 34 35
 ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-16 S. 52 53
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/684-9 S. 20 21
 PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Der Beitrag der Schulen

Stellenwert der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Lehrplänen und im Unterricht, Ergebnisse der Beteiligung von Schulen an Programmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, Vorbildcharakter der Staudinger-Gesamtschule in Freiburg und der Justus-von-Liebig-Schule im LKreisdienst Waldshut; Erarbeitung ergänzender Unterrichtsmodelle iR einer Arbeitsgruppe; Hinwirkung auf eine energetische Modernisierung bestehender Schulbauten unter Nutzung des Einspar-Contractings; Schaffung entsprechender Anreize bei Neubauten durch Umgestaltung der Richtlinie zur Schulbauförderung

Antr
 s. *Energienutzung*
 Drs 13/626

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Windkraft, Biogas und Biomasse; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KIAnfr
 s. *Erneuerbare Energie*
 Drs 13/629

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr

s. Energiepolitik
Drs 13/1118

Einsparen von Heizenergie durch den Einsatz keramischer Nachbrenner

Umfang des Einsatzes keramischer Nachbrenner in Öl- und Gasheizungen und erzielbare Energieeinsparungen, Beurteilung der Einsatzmöglichkeiten in Landesgebäuden

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 01.10.2002 und Antw WM Drs 13/1363

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß

Antr
s. Kraftstoff
Drs 13/1595

Energiesparen und Einspar-Contracting bei Landesgebäuden

Entwicklung des Wärme- und Stromverbrauchs der Universitäten und Universitätskliniken u.a. Landesgebäude, der Kosten hierfür und erzielten Einsparungen an CO₂-Emissionen seit 1990; Bilanz und Ausbaumöglichkeiten der Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden, Schaffung entsprechender Anreize für die Nutzer landeseigener Liegenschaften

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 14.01.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1671

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr
s. Energiepolitik
Drs 13/1686

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr
s. Entwicklungshilfe
Drs 13/1787

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen mit den Programmen „Impulsprogramm Altbau“ und „Energiesparprogramm Altbau“, Wärmedämmung und energetische Sanierung der Gebäude und Liegenschaften des Landes, Ergebnisse der konzertierten Aktionen „Klimaschutz durch Energiespa-

ren“

GrAnfr
s. Umwelt
Drs 13/1821

Förderung der Wohnungsmodernisierung durch das Land

Einschätzung der Zahl renovierungsbedürftiger Mietwohnungen, bisheriger Mitteleinsatz iRd Energiesparprogramms Altbau im Vergleich zu Bayern und NRW, beschäftigungs- und steuerpolitische Auswirkungen der Kürzung des Programms

Antr
s. Wohnung
Drs 13/1845

Klimaschutz in BW

Erfahrungen, ausgelöste Investitionen und Effizienz der Anreizprogramme zur CO₂-Minderung bei kleinen und mittleren Unternehmen, Kommunen und LKreisen sowie im privaten Wohnungsbau im Vergleich mit Bundesprogrammen; Nachfrageentwicklung und Bilanz des EnergieSparCheck-Förderprogramms seit 1999

Antr
s. Klima
Drs 13/1923

Haushaltsvollzug bei den Förderprogrammen zum Klimaschutz

Real verfügbare Mittel und Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2003 für die Förderprogramme Klimaschutz, Energieholz, Energiesparcheck und -sparprogramm Altbau; bisherige Ausschöpfung der verfügbaren Mittel bzw Ablehnung von Anträgen aufgrund fehlender und nicht freigegebener Mittel

Antr
s. Klima
Drs 13/2115

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. Energiepolitik
Drs 13/2454

Haushalt 2004; Epl 07

Wiederaufnahme des „Energieeinsparprogramms Altbau“, energetische Modernisierung des Wohnungsbestands

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2807-6 S. 35 36

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807 23 24 S. 55 56

EAntr CDU und FDP/DVP 14.01.2004 Drs 13/2807-29 S. 65

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2847-5 S. 10 11

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Haushalt 2004; Epl 07

Einarbeitung der vorrangigen Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden in die anstehende Neubekanntmachung der Städtebauförderungsrichtlinien

BeschlEmpf und Bericht FinA 15.01.2004 Drs 13/2807 II. S. 3

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Mittlg LReg 14.07.2004 Drs 13/3392

Haushalt 2004; Epl 12

Senkung der Kosten zur Gebäude- und Energiebewirtschaftung auf das realistische Niveau der Vorjahre

s. Landeseigene Immobilien

Drs 13/2812

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der EnEV-DurchführungsVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - Ausstellung von Gebäudeenergiepässen

Umsetzung der o.g. Richtlinie der EU, wirtschaftliche Folgewirkungen für die im Energieberatungsgeschäft tätigen Berufsgruppen, Wahrung der Interessen des mittelständischen Handwerks, Erfahrungen mit dem Energie-Spar-Check, Einschätzung der Zahl und Art der in Frage kommenden Gebäude

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 16.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3389

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 20 21

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Kampagne zur Reduzierung von Stand-by-Verlusten und Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Haushalten, in der öffentlichen Verwaltung sowie gewerblich genutzten Elektro- und Elektronikgeräten in BW

Durchführung einer Informationskampagne mit o.g. Zielsetzung, insbes bei der Nutzung von IuK-Technik, Computern u.a. Geräten; Herausgabe eines Runderlasses an alle Landesbehörden zur Beschaffung einer zertifizierten, energieeffizienten Bürokommunikationstechnik, Einsatz von schaltbaren Steckerleisten als Erstmaßnahme

Antr GRÜNE 28.07.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3438

BeschlEmpf und Bericht WirtA 13.07.2005 Drs 13/4481

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7033

Klimaschutzprogramm des Landes

Vergleich der Ziele im Umweltplan mit der Entwicklung der CO₂-Emissionen, Anteil der verkehrsbedingten Emissionen, Auswirkungen der Kürzungen des „Energiesparprogramms Altbau“ und des „Demonstrationsprogramms zur rationellen Energienutzung“; Vorlage eines Klimaschutzprogramms zur Umsetzung der im Umweltplan verankerten Ziele

Antr

s. Klima

Drs 13/3462

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal-ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Änd der EnEV-DurchführungsVO

GesEntw

s. Verwaltungsverfahren

Drs 13/3661

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Energiesparprogramm Altbau

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4003-8 S. 47

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichungen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr

s. Energiepreis

Drs 13/4232

Weg vom Öl; hier: Liegenschaften des Landes

Art und Kosten der Wärmeversorgung von Universitäten, Kliniken u.a. Landesgebäuden; Einsatz von Öl, Gas u.a. Energieträgern; Umstellung auf regenerative Brennstoffe, insbes auf Holz, bei turnusmäßigen Erneuerungen der Heizungsanlagen; Anstreben des Passivhausstandards bei Neubauten, generelle Prüfung der Nutzung regenerativer Energien, Verstärkung der Bemühungen um eine energetische Sanierung der Gebäude, ggf über Contracting-Modelle

Antr GRÜNE 04.05.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4310

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

GrAnfr

s. Energiepolitik

Drs 13/4635

Fortbildung der Führerscheininhaber in energiesparender Fahrweise

Entwicklung der Teilnehmerzahlen an Spritsparkursen, bisherige Höhe der Zuschüsse, Neuauflage eines Förderprogramms verbunden mit einer Werbekampagne; Fortbildung aller Dienstwagennutzer des Landes; Hinwirkung auf verpflichtende Kurse für Fahrlehrer, Verankerung des energiesparenden Fahrens in der Fahrerschülerausbildungsordnung, Einführung eines Bonus bei der Umstellung der Kfz-Steuer auf Kohlendioxid als Bemessungsgrundlage

Antr

s. Kraftstoff

Drs 13/4682

Weg vom Öl; hier: Landeswohnungsbauprogramm

Mehrkosten eines erhöhten Wärmeschutzes bei Neubauten gegenüber dem Mindestwärmeschutz nach der EnergieeinsparVO, Umfang der möglichen Einsparung an Heizenergie bzw an Kosten angesichts der hohen Heizölpreise; Festschreibung erhöhter Wärmedämmstandards als Fördervoraussetzung im neuen Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/4773

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Grünbuch der Kommission über Energieeffizienz oder Weniger ist mehr

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4783

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung der Fördermittel zur Energieeinsparung, zum Ausbau der regenerativen Energien sowie für Klimaschutzmaßnahmen

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 19 S. 75
ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 48 S. 109-111
ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 63 S. 152 153
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-15 S. 22
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-38 S. 59-61
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung des Energiesparprogramms Altbau

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 26 S. 82
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-22 S. 37
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Einsatz für eine aktuelle Verbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten; weitere Unterstützung der Gründung von regionalen Energieagenturen

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Effizienter Energieeinsatz im staatlichen Hochbau

Bewertung der Verfahren zur Überwachung des Wärme- und Stromverbrauchs der Landesgebäude, Vergleich des Energiebedarfs mit öffentlichen Gebäuden in anderen BLändern und der Schweiz, Beurteilung des Potenzials für Energiespar-Contracting sowie der herangezogenen Daten für den Energiepass, Entwicklung praktikabler Modelle zur Erhebung des Energieverbrauchs und der Einsparmöglichkeiten im Bereich der Nicht-Wohngebäude

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 31.01.2006 und Antw FM
Drs 13/5101

Einrichtung eines Instituts für ökologisches und Energie sparendes Bauen; Lenkungswirkung der Ökosteuer zur Energieeinsparung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 98 121

Bemühungen um eine Fortführung des Energiesparförderungsprogramms

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 503 506 508 510

Kritik an der Reduzierung der Fördermittel für das Energiesparprogramm Altbau

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 810 822

Bemühungen um eine Fortführung des Energiesparförderungsprogramms

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 945 950 951 953

Untersuchung von Energieeinsparpotenzialen bei den staatlichen Gebäuden

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1073 1079

Energieeinsparpotenziale bei den staatlichen Gebäuden

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1095

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1398 1432

Konsequenzen der Klimaveränderungen für die Energiepolitik, Lob für Energie sparende Maßnahmen wie Altbausanierung, Ökosteuer und Lkw-Maut

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827 1829-1831 1833 1834 1838

Energieeinsparung durch Förderung des Kraftstoff sparenden Fahrens sowie Steigerung der Energieeffizienz, Begrüßung des Energie-Spar-Checks

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3778 3779 3787

Erinnerung an die Ablehnung aller Gesetze für Energiesparmaßnahmen durch die Unionsmehrheit im BRat

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4023

Fortführung des Energieeinsparprogramms Altbau

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4300 4301

Fortführung des Energieeinsparprogramms Altbau

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4325 4326

Energieeinsparung durch Steigerung der Energieeffizienz und energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4738 4739

Energieeinsparung durch Wärmedämmung in Alt- und Neubauten

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5062 5064

Verstärkung der Anstrengungen zur Energieeinsparung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5334 5336

Plädoyer für Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5633

Plädoyer für Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5697 5698

Erinnerung an die Ablehnung der Gesetze zur Energieeinsparung durch die CDU auf Bundesebene, Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5913 5914

Energieeinsparung durch energetische Sanierung der Gebäude; Ziele und Möglichkeiten zur Senkung des Stromverbrauchs

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436 6438 6443 6446 6454 6456

Energieeinsparung als Beitrag zur Kompensation des Ausstiegs aus der Kernenergie

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6471 6472 6493 6509

Energieeinsparung durch verbrauchsarme Geräte sowie energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7032

Verstärkung der Anstrengungen zur Energieeinsparung angesichts der hohen Energiepreise

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7048 7053 7054

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7302 7303 7309

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand sowie sparsame Maschinen, Motoren und Geräte

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698-7701 7703 7704 7707 7718 7719

Resümee des Abg Dr. Witzel über den Erfolg seiner Initiativen zum Thema Energieeinsparung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7991 7992

Energieeinsparverordnung

s. Energieeinsparung

Energieeinspeisung

s. Stromeinspeisung

Energieerzeugung

s.a. Brennstoffzelle

s.a. Energienutzung

s.a. Energieversorgung

s.a. Kraftwerk

Förderung des Anbaus von Energiegetreide

Arten und Anbaumengen o.g. nachwachsender Rohstoffe zur Sicherung der Energieversorgung; Förderung von Projekten für Anbau und energetische Verwertung solcher Getreidearten aus Mitteln des MLR

Antr

s. Getreide

Drs 13/17

Dezentrale Stromgewinnung aus alternativen Rohstoffen

Beteiligung am Projekt „Blauer Turm“ zur dezentralen Energiegewinnung aus biologischen Reststoffen und nachwachsenden Rohstoffen in Form einer Pilotanlage, Initiierung von Forschungsvorhaben zur Optimierung von Verfahren der Energiegewinnung aus Biomasse

Antr SPD 06.08.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/156
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1377-1404

Nutzung von Gras für die Energiegewinnung

Wirtschaftlichkeit eines mit Gras betriebenen Kraftwerks, Beurteilung der energetischen Verwertung von Gras als neue Einkommensquelle für Landwirte, Einschätzung der Marktchancen von „Graswolle“ als Dämmstoff sowie der Nutzung abgeschiedener Proteine als Tierfutter

Antr

s. Gras

Drs 13/497

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Programm zur Förderung nachwachsender Rohstoffe und dezentraler Stromgewinnung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/658-5 S. 27 28

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/688-4 S. 7 8

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsengpässen und erhöhten CO₂-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr

s. Kernenergie

Drs 13/633

Kofermentierung in Biogasanlagen

Anfallende Mengen und Entsorgungskosten von Blut und Schlachtabfällen in den einzelnen Schlachthöfen, Beurteilung des Widerspruchs zwischen der Verwendung von Blut zur Zubereitung von Lebensmitteln und dem Verbot zur energetischen Verwertung in Biogasanlagen; Prüfung einer entsprechenden Kofermentierung

Antr

s. Biogas

Drs 13/913

Neue Perspektive für die Nutzung von Energiegetreide

Bisherige und mögliche Mengen des Anbaus und der Nutzung von Energiegetreide

Antr

s. Getreide

Drs 13/1087

Speicherung erneuerbarer Energie

Speicherung des mit großen Off-Shore-Windkraftanlagen erzeugten Stroms in Pump- und Luftspeicherwerken auch in BW, Auswirkungen auf das Stromnetzmanagement und die Vorhaltung von Kraftwerkskapazitäten

Antr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/1100

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebene-

nen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Standardisierung von Biogasanlagen und Optimierung der Genehmigungsverfahren

Beschleunigung o.g. Verfahren durch Koordination der verschiedenen Genehmigungsbehörden, Schulung der Mitarbeiter, Information der Landwirte und Standardisierung der Anlagen

Antr
s. *Biogas*
Drs 13/1176

Stromerzeugung aus Biomasse/Altholz

Standorte und Betreiber von Anlagen zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung aus Altholz nach den verschiedenen Kategorien, Zahl und Rechtsgrundlagen der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen sowie von Abfallverbrennungsanlagen zur Verwertung und Entsorgung von Hausmüll, Auflistung der zur Entsorgung von Altholz aufgestellten Abfallwirtschaftspläne

KIAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 20.08.2002 und Antw UVM Drs 13/1264

Programm Rhein 2020 und Auswirkungen auf die Nutzung der Wasserkraft

Ziele, Maßnahmen, Kosten und Zeiträume der Umsetzung des o.g. Programms; Verringerung des Rechenabstands bei den Wasserkraftwerken mit dem Ziel einer Wiederansiedlung von Wanderfischarten, Vereinbarkeit mit der energetischen Nutzung der Wasserkraft und damit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KIAnfr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/1672

Wettbewerbsfähigkeit der Holzenergie

Konkurrenzfähigkeit gegenüber fossilen Energieträgern, Auswirkungen der im SteuervergünstigungsabbauGes vorgesehenen Aufhebung der Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf Brennholz und Holzabfälle, insbes auf die geförderten Holzhackschnitzelanlagen; Perspektiven der Holzenergie für die Energieproduktion

Antr
s. *Holz*
Drs 13/1675

Anwendung und Umsetzung im Land erzielter Forschungs- und Entwicklungsergebnisse bei der Brennstoffzellen-Technologie zur Stärkung des Standorts BW

Bisherige Förderung o.g. Zukunftstechnologie, Weitergabe der erzielten Ergebnisse bzw Nutzung im Land, Bündelung der Zuständigkeiten in der LReg, Erschwerung einer Förderung über die Landesstiftung infolge der notwendigen Gemeinnützigkeit; Stimulanz und Koordination von Aktivitäten der mittelständischen Betriebe, Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur z.B. durch Wasserstoff-Tankstellen, Erarbeitung eines Programms zum dezentralen Einsatz von stationären Brennstoffzellen zur Wärme- und Stromerzeugung

Antr
s. *Brennstoffzelle*
Drs 13/1782

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Umsetzung der Ziele des Umweltplans, Steigerung der Ressourceneffizienz, Nutzung von Holz als Baustoff, dezentrale Nutzung von Biomasse zur Strom- und Wärmeenergiegewinnung

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Energetische Nutzung von Getreide in Kleinfeuerungsanlagen

KIAnfr
s. *Getreide*
Drs 13/1929

Rückzug der LReg aus der Förderung der erneuerbaren Energien

Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2010

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2376

Energiegewinnung aus organischen Abfällen

Stand und Einsatzreife der neuesten Verfahren zur Gewinnung von Öl aus Klärschlamm, Schlachtabfällen, Tiermehl u.a. organischen Abfällen; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Tierkörperbeseitigungsanlagen; Beschleunigung der Entwicklung über Forschungsförderung oder ein Pilotprojekt

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 04.09.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2388
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 15
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärmekopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2454

Aufgabe des Ziels der LReg, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010 - auch nach den Äußerungen des WM? Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie; Verstärkung der Anstrengungen um eine erhöhte Energieeffizienz

Antr
s. *Energiepolitik*

Drs 13/2514

Energiegewinnung durch Strohvergasung

Förderung der o.g. alternativen Energiegewinnung, Beurteilung aus ökonomischer und ökologischer Sicht

KlAnfr

s. *Stroh*

Drs 13/2534

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995 bzw nach dem Ausstieg aus der Kernenergie nach Kraftwerksarten, -standorten, -betreibern und Energieträgern; Beschäftigtenzahlen und Wettbewerbslage der Energiewirtschaft; Folgen der Liberalisierung und veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen; Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Forschungseinrichtungen und -projekte für neue Technologien; Verfügbarkeit und Marktpotenzial der einzelnen fossilen und erneuerbaren Energieträger; Umfang und Betreiber des Stromhandels; notwendige Kraftwerksstandorte zur Sicherung der Netzkapazität und -stabilität

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/3104

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landestraßen

Anfallende Mengen und Art der Verwertung von Häckselgut bei der Randstreifenpflege durch die Straßenbauverwaltung, Anstieg der Nitratwerte im Boden bei der Verwertung als Düngemittel an Ort und Stelle; Vorschlag einer energetischen Nutzung dieses Materials und sonst noch anfallender Biomasse

Antr Heiderose Bertho u.a. FDP/DVP 01.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3337

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 30.09.2004 Drs 13/3652 S. 39

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Entwicklung der energetischen Nutzung von Stroh in BW

Auflistung der Anlagen, deren installierte Leistung und Produktion an Strom und Wärme; Förderung der Forschung und Entwicklung zur Energiegewinnung aus Stroh bzw der Errichtung entsprechender Anlagen

Antr

s. *Stroh*

Drs 13/3558

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW

Vorhandener und möglicher Anteil der Wasserkraft zur Erreichung des Ziels einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Auflistung der Anlagen differenziert nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge 2002/2003; Kriterien und Maßnahmen zum Ausbau der kleineren Anlagen, Investitionsanreize zur Ertüchtigung der bestehenden Wasserkraftwerke am Rhein, Voraussetzungen zur Realisierung der Projekte in Gambshelm (Elsaß) und Iffezheim, Darstellung der dort erreichbaren Stromproduktion

Antr

s. *Wasserkraft*

Drs 13/3616

Stromerzeugung mittels Photovoltaik durch landwirtschaftliche Betriebe

Zahl und regionale Verteilung o.g. Betriebe, Umfang der erzeugten bzw ins öffentliche Netz eingespeisten Strommenge, Zahl der auf dem Boden installierten Anlagen

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 13/3643

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW in den Jahren 2003 bis 2005

Auflistung der Neubauten, Modernisierungen und Erweiterungen und der damit zusätzlich installierten Leistung und eingespeisten Strommenge; Zahl der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Gründe von Ablehnungen, Umfang des derzeitigen Antragsstaus

Antr

s. *Wasserkraft*

Drs 13/3733

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obrigheim und Buchen

Antr

s. *Konversion*

Drs 13/3734

Großflächige Photovoltaik-Anlagen im Freiland

Vergleich der o.g. Anlagen mit denen auf oder an Gebäuden unter ökonomischen und ökologischen Aspekten: Entwicklung seit 1998 nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge; Auswirkungen des novellierten EEG auf die Vergütung von Solarstrom; Notwendigkeit von Regelungen für die Genehmigung im LPlanungsGes?

Antr

s. *Solartechnik*

Drs 13/3754

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Gründe für den o.g. Positionswechsel des MinPräs, Vereinbarkeit mit der bundesweit einmaligen Befreiung der EVU von der Preisprüfung; Aufhebung dieser Befreiung; Zustimmung zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts im BRat und damit zu einer Kennzeichnungspflicht für Strom, Ermöglichung der Verbraucherinformation über den Gesamtenergieträgermix des eigenen Lieferanten sowie eines Vergleichs mit den bundesweiten Durchschnittswerten der Stromerzeugung

Antr

s. *Energiepreis*

Drs 13/3884

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufuhr von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klima-

schutzkonzeption

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 13/4030

Stand und Weiterentwicklung von Bau und Betrieb von Biogasanlagen in BW

Auflistung der vorhandenen und beantragten Anlagen und deren Leistung sowie der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Möglichkeiten der Zuführung von anderen energetisch nutzbaren Abfällen, Problematik der auftretenden Reststoffe und der Klärschlamm Entsorgung; Hinwirkung auf eine ökologisch verträgliche und rechtlich abgesicherte Betreibung und Entsorgung der Anlagen und ihrer Reststoffe

Antr

s. *Biogas*

Drs 13/4165

Energieerzeugungsstandort BW: Investitionsverlagerung in andere BLänder verhindern!

Unterstützung der Stadtwerke bei Investitionen in eigene Energieerzeugungsanlagen, Angebot von baureifen Standorten für moderne und hocheffiziente Großkraftwerke bzw GuD-Kraftwerke, Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 30.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4190

BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 20 21

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Derzeitiger und notwendiger Umfang der Nutzung von Biogas, Energiepflanzen, Holzhackschnitzel und -pellets zur Produktion von Strom, Wärme und Kraftstoffen bzw zur Erreichung der angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2010; Darstellung der jeweiligen Potenziale und Fördermöglichkeiten; Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr

s. *Biomasse*

Drs 13/4539

Möglichkeiten der alternativen Getreideverwertung in BW

Qualitäten und Mengen der diesjährigen Getreideernte, Auswirkungen auf die Preise; Nutzung der Möglichkeiten zur Freigabe bestimmter Getreidemengen für die thermische Verwertung zur Energieerzeugung

Antr

s. *Getreide*

Drs 13/4620

Bioethanolherstellung zur teilweisen Kompensation der Einnahmeausfälle der Zuckerrübenbauern

Unterstützung des Angebots der Südzucker AG zum Abschluss langfristiger Verträge mit den o.g. Landwirten über die Lieferung von Getreide und Rüben zur Erzeugung von Energie bzw Biokraftstoff

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/4636

Äußerung des Ministers für Ernährung und Ländlichen Raum zu Biogasanlagen

Richtigstellung der Äußerung zur Leistungsfähigkeit heutiger Biogasanlagen bzw zur notwendigen Anzahl von Anlagen, die ein Kernkraftwerk mit der Stromerzeugungskapazität von Obrigheim oder Neckarwestheim I ersetzen können

MdlAnfr

s. *Biogas*

Drs 13/5172

Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien; hier: Zwischenbilanz 2005

Höhe der Förderung und erzielten Leistung von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien 2005, Abgleichung mit dem Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 13/5215

Energiegewinnung aus Biomasse, Förderung der Funktion von Landwirten als Energiewirte

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046 1049 1051 1060 1061

Energiegewinnung aus regenerativen Energien, Überlegungen zu einem Biomassekraftwerk am Standort Obrigheim, Bedeutung der Kernenergie zur Erzeugung der Grundlast

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4126-4130

Energiegewinnung aus regenerativen Energien und organischen Abfällen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4324-4326 4345 4353

Entwicklung des Stromerzeugungsanteils aus erneuerbaren Energien, Erforschung neuer Energiespeichertechniken

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4870-4872 4874

Förderung der Energieerzeugung aus Holz und Geothermie

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5058 5098-5104

Förderung der Energiegewinnung aus Biomasse; Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in BW; Erhaltung der Wertschöpfung der Energieerzeugung im Land

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6081 6083 6096 6097 6123 6131 6132

Zweifel an der Ersetzung von 60 % Atomstrom durch andere Energieträger, Wahrung der Unabhängigkeit vor französischem Atomstrom

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6470 6471 6493-6495 6505 6506

Energiegewinnung aus regenerativen Energien, Verdoppelung des Anteils der Windenergie an der Stromerzeugung, Festhalten am Energiemix, Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7015-7033

Energieforschung

s.a. *Forschungszentrum Karlsruhe*

s.a. *Kernforschung*

Dezentrale Stromgewinnung aus alternativen Rohstoffen

Beteiligung am Projekt „Blauer Turm“ zur dezentralen Energiegewinnung aus biologischen Reststoffen und nachwachsenden Rohstoffen in Form einer Pilotanlage, Initiierung von Forschungsvorhaben zur Optimierung von Verfahren der Energiegewinnung aus Biomasse

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/156

Energiegewinnung aus organischen Abfällen

Stand und Einsatzreife der neuesten Verfahren zur Gewinnung von Öl aus Klärschlamm, Schlachtabfällen, Tiermehl u.a. organischen Abfällen; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Tierkörperbeseitigungsanlagen; Beschleunigung der Entwicklung über Forschungsförderung oder ein Pilotprojekt

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/2388

Stromversorgung in BW

Entwicklung der erzeugten Strommengen aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken; Bewertung der Chancen und Technologien für neue Standorte bzw Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Förderung von Einrichtungen und Projekten zur Kernforschung und Entwicklung neuer Technologien, Beurteilung der neuen Generation von Kernkraftwerken

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Entwicklung der energetischen Nutzung von Stroh in BW

Auflistung der Anlagen, deren installierte Leistung und Produktion an Strom und Wärme; Förderung der Forschung und Entwicklung zur Energiegewinnung aus Stroh bzw der Errichtung entsprechender Anlagen

Antr
s. *Stroh*
Drs 13/3558

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Biomasse, u.a. Förderung von Brennstoffzellen für Holz oder Biogas oder Mikro-Gasturbinen mit biogenen Brennstoffen

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

Haushalt 2006; Nachtrag

Zuwendungen der Landesstiftung iRd Zukunftsoffensive IV zur Förderung von Projekten der Energie- und Klimaforschung

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 63-N 64 S. 152-156
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Ulm

Überlegungen und Finanzierungsmöglichkeiten zum Aufbau eines neuen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Frage nach Entwicklungsperspektiven für die Schwerpunkte Biotechnologie, Logistik und Fahrzeugsystemtechnik

KIAnfr
s. *Ulm*

Drs 13/5174

Verstärkung der Forschungsanstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz und Reduzierung der Schadstoffbelastung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Kritik am Rückzug aus der Förderung der Solarforschung

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 821

Würdigung der Anstrengungen zur Energieforschung in BW

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 955 956 961

Würdigung der Anstrengungen zur Energieforschung in BW

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1381 1386 1388 1396 1398 1401

Würdigung der Anstrengungen zur Energieforschung in BW

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1834

Fortführung der Anstrengungen zur Energieforschung in BW

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3143 3147 3187 3189 3190

Fortführung der Anstrengungen zur Energieforschung in BW, Einräumung eines Defizits bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte; Kooperation in der Forschung zwischen EnBW und EdF

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3459 3460 3472 3483 3490-3493

Einräumung eines Defizits bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3643

Erforschung neuer Energiespeichertechniken, Forcierung von Pilotprojekten

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4872

Ausstattung und Ziele der Institute zur Energieforschung in BW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6439 6442 6444 6450 6451

Fortführung der Anstrengungen zur Energieforschung in BW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7019 7026 7027

Ausstattung und Ziele der Institute zur Energieforschung in BW

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7044 7052 7054 7055

Mittelbereitstellung zur Energieforschung über die Zukunftsoffensive IV; Vorschläge der EU-Kommission zur Förderung der Energieforschung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7399 7452

Energienutzung

s.a. *Energieberatung*

s.a. *Fernwärme*

s.a. *Stromeinspeisung*

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solarenergie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassenutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Ent-

wicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/134

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 14)

Förderung von Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieverwendung und der Nutzung erneuerbarer Energieträger (Drs 12/5701 XI. S. 4)

Mittlg LReg 13.08.2001 Drs 13/183

Entwicklung und Förderung der Kraftwärmekopplung in BW
Standorte und Intensität der Strom- und Wärmeabgewinnung aus o.g. Anlagen; Einschätzung der weiteren Entwicklung infolge des Ges zur Förderung der KWK

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 25.09.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/260

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 10 11

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuer zur ausschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/542

Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Der Beitrag der Schulen

Stellenwert der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Lehrplänen und im Unterricht, Ergebnisse der Beteiligung von Schulen an Programmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, Vorbildcharakter der Staudinger-Gesamtschule in Freiburg und der Justus-von-Liebig-Schule im LKreisdienst Waldshut; Erarbeitung ergänzender Unterrichtsmodelle in einer Arbeitsgruppe; Hinwirkung auf eine energetische Modernisierung bestehender Schulbauten unter Nutzung des Einspar-Contractings; Schaffung entsprechender Anreize bei Neubauten durch Umgestaltung der Richtlinie zur Schulbauförderung

Antr GRÜNE 15.01.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/626 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 21 22

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Windkraft, Biogas und Biomasse; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Umfang und Bilanz der Förderung im Rd Energiesparprogramm Altbau

KIAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/629

Speicherung erneuerbarer Energie

Speicherung des mit großen Off-Shore-Windkraftanlagen erzeugten Stroms in Pump- und Luftspeicherwerken auch in BW, Auswirkungen auf das Stromnetzmanagement und die Vorhaltung von Kraftwerkskapazitäten

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/1100

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes

Nutzung der KWK als Beitrag zur CO₂-Einsparung und damit zum Klimaschutz, Zielvorstellungen bis zum Jahr 2010, Umsetzung von Vorschlägen einer Studie des WM; verstärkte Aufnahme entsprechender Projekte in die Förderung von Demonstrationsanlagen, Prüfung der Möglichkeiten für KWK-Anlagen in den landeseigenen Liegenschaften, Berichtsvorlage innerhalb eines Jahres

Antr GRÜNE 23.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1222

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692 (abgesetzt)

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2800-2805

BeschlEmpf und Bericht WirtA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 6-10

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Energiesparen und Einspar-Contracting bei Landesgebäuden

Entwicklung des Wärme- und Stromverbrauchs der Universitäten und Universitätskliniken u.a. Landesgebäude, der Kosten hierfür und erzielten Einsparungen an CO₂-Emissionen seit 1990; Bilanz und Ausbaumöglichkeiten der Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden, Schaffung entsprechender Anreize für die Nutzer landeseigener Liegenschaften

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/1671

Programm Rhein 2020 und Auswirkungen auf die Nutzung der Wasserkraft

Ziele, Maßnahmen, Kosten und Zeiträume der Umsetzung des o.g. Programms; Verringerung des Rechenabstands bei den Wasserkraftwerken mit dem Ziel einer Wiederansiedlung von Wanderfischarten, Vereinbarkeit mit der energetischen Nutzung der Wasserkraft und damit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/1672

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Art, Umfang und Wirkungen der eingesetzten Fördermittel; erzielte Leistungen der einzelnen Wasserkraft-, Windkraft-, Solar- u.a. Anlagen; erreichte Fortschritte gemessen am Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1686

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/1787

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Nutzung von Holz als Baustoff und zur Energieerzeugung, Nutzung der Kraftwärmekopplung in landeseigenen Gebäuden

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Entwicklung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen, insbes des Flächenverbrauchs; Maßnahmen und Investitionen zum Flächenrecycling und zur rationellen Energieverwendung

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Rückzug der LReg aus der Förderung der erneuerbaren Energien

Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2010

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2376

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energi-

en, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2454

Aufgabe des Ziels der LReg, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010 - auch nach den Äußerungen des WM? Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie; Verstärkung der Anstrengungen um eine erhöhte Energieeffizienz

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2514

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2537

Haushalt 2004; Epl 07

Rücknahme der Kürzung des Demonstrationsprogramms zur rationalen Energieverwendung

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2807-2 S. 27 28
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807-16 S. 47
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2847-2 S. 4 5
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2847-9 S. 15
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995 bzw nach dem Ausstieg aus der Kernenergie nach Kraftwerksarten, -standorten, -betreibern und Energieträgern; Beschäftigtenzahlen und Wettbewerbslage der Energiewirtschaft; Folgen der Liberalisierung und veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen; Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Forschungseinrichtungen und -projekte für neue Technologien; Verfügbarkeit und Marktpotenzial der einzelnen fossilen und erneuerbaren Energieträger; Umfang und Betreiber des Stromhandels; notwendige Kraftwerksstandorte zur Sicherung der Netzkapazität und -stabilität

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - Ausstellung von Gebäudeenergiepässen

Umsetzung der o.g. Richtlinie der EU, wirtschaftliche Folgewirkungen für die im Energieberatungsgeschäft tätigen Berufsgruppen, Wahrung der Interessen des mittelständischen Handwerks, Erfahrungen mit dem Energie-Spar-Check, Einschätzung der Zahl und Art der in Frage kommenden Gebäude

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/3389

Kampagne zur Reduzierung von Stand-by-Verlusten und Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Haushalten, in der öffentlichen Verwaltung sowie gewerblich genutzten Elektro- und Elektronikgeräten in BW

Durchführung einer Informationskampagne mit o.g. Zielsetzung, insbes bei der Nutzung von IuK-Technik, Computern u.a. Geräten; Herausgabe eines Runderlasses an alle Landesbehörden zur Beschaffung einer zertifizierten, energieeffizienten Bürokommunikationstechnik, Einsatz von schaltbaren Steckerleisten als Erstmaßnahme

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/3438

Klimaschutzprogramm des Landes

Vergleich der Ziele im Umweltplan mit der Entwicklung der CO₂-Emissionen, Anteil der verkehrsbedingten Emissionen, Auswirkungen der Kürzungen des „Energiesparprogramms Altbau“ und des „Demonstrationsprogramms zur rationellen Energienutzung“; Vorlage eines Klimaschutzprogramms zur Umsetzung der im Umweltplan verankerten Ziele

Antr
s. *Klima*
Drs 13/3462

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW

Vorhandener und möglicher Anteil der Wasserkraft zur Erreichung des Ziels einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Auflistung der Anlagen differenziert nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge 2002/2003; Kriterien und Maßnahmen zum Ausbau der kleineren Anlagen, Investitionsanreize zur Ertüchtigung der bestehenden Wasserkraftwerke am Rhein, Voraussetzungen zur Realisierung der Projekte in Gamsheim (Elsaß) und Iffezheim, Darstellung der dort erreichbaren Stromproduktion

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/3616

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW in den Jahren 2003 bis 2005

Auflistung der Neubauten, Modernisierungen und Erweiterungen und der damit zusätzlich installierten Leistung und eingespeisten Strommenge; Zahl der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Gründe von Ablehnungen, Umfang des derzeitigen Antragsstaus

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/3733

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufuhr von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/4030

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Forcierung von Maßnahmen zur rationellen Energienutzung in landeseigenen Liegenschaften durch den verstärkten Einsatz von PPP-Finanzierungen

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Weg vom Öl; hier: Liegenschaften des Landes

Art und Kosten der Wärmeversorgung von Universitäten, Kliniken u.a. Landesgebäuden; Einsatz von Öl, Gas u.a. Energieträgern; Umstellung auf regenerative Brennstoffe, insbes auf Holz, bei turnusmäßigen Erneuerungen der Heizungsanlagen; Anstreben des Passivhausstandards bei Neubauten, generelle Prüfung der Nutzung regenerativer Energien, Verstärkung der Bemühungen um eine energetische Sanierung der Gebäude, ggf über Contracting-Modelle

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/4310

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Derzeitiger und notwendiger Umfang der Nutzung von Biogas, Energiepflanzen, Holzhackschnitzel und -pellets zur Produktion von Strom, Wärme und Kraftstoffen bzw zur Erreichung der angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2010; Darstellung der jeweiligen Potenziale und Fördermöglichkeiten; Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch verstärkte Umstellung auf regenerative Heizsysteme, energetische Sanierung von Altbauten, lokale Fernwärmenetze mit Biomasseblockheizkraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung u.a.

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Grünbuch der Kommission über Energieeffizienz oder Weniger ist mehr

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4783

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Ableichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Hei-

zungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4813

Zukunft des hochschulübergreifenden Masterstudiengangs SENCE

Bewertung des o.g. Modellstudiengangs für nachhaltige Energietechnik in Kooperation zwischen den FH Rottenburg, Stuttgart und Ulm; Beurteilung der Beschäftigungsperspektiven der Absolventen in den Bereichen der Nutzung von Holz u.a. regenerativen Energien; Zukunftssicherung des Studiengangs auch nach Wegfall der Bundesmittel 2006

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 21.12.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/5009
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 126 127
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Einsatz für eine aktuelle Verbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten, Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für inhereuropäische Flüge, verbesserte Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, für Fonds zur finanziellen Absicherung des Bohrrisikos bei Geothermieprojekten und zu mehr Energieeffizienz; verstärkter Einsatz von Biokraftstoffen, Umrüstung des landeseigenen Fuhrparks; Unterstützung von regionalen Energieagenturen; Ergebnisse von Prüfaufträgen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Landesgebäuden sowie zur Einführung bundesweiter Regelungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energien; Ausschreibung des Hochschulwettbewerbs zu energietechnischen Innovationen

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Effizienter Energieeinsatz im staatlichen Hochbau

Bewertung der Verfahren zur Überwachung des Wärme- und Stromverbrauchs der Landesgebäude, Vergleich des Energiebedarfs mit öffentlichen Gebäuden in anderen BLändern und der Schweiz, Beurteilung des Potenzials für Energiespar-Contracting sowie der herangezogenen Daten für den Energiepass, Entwicklung praktikabler Modelle zur Erhebung des Energieverbrauchs und der Einsparmöglichkeiten im Bereich der Nicht-Wohngebäude

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/5101

Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien; hier: Zwischenbilanz 2005

Höhe der Förderung und erzielten Leistung von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien 2005, Abgleichung mit dem Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/5215

Abkoppelung des Bruttoinlandsprodukts vom Primärenergieverbrauch, Feststellung einer verbesserten Energieeffizienz

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 430 432

Vorschlag einer Staffelung der Ökosteuern nach dem Energieverbrauch, Gewinnung von Energie aus Biomasse, Untersuchung von Energieeinsparpotenzialen bei den staatlichen Gebäuden

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021 1022 1024 1046 1049 1051 1060 1061 1073 1079

Verstärkte Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1398 1401

Effiziente Nutzung der fossilen Energieträger, Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung, Nutzung der regenerativen Energien

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1553 1554 1557-1560

Effizienz der Förderprogramme zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3140 3147 3148 3151

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen, Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Energien

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3472

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen, Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Energien

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4324-4326 4330 4345 4353

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen, Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Energien

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4737 4738 4740 4743-4746

Nutzung der erneuerbaren Energien, Stärkung der Kraft-Wärme-Kopplung

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869-4881

Förderung der Holzenergienutzung, Nutzung des Potenzials der Geothermie

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5058 5098-5104

Nutzung der erneuerbaren Energien, Ausbau der Windkraftnutzung, Festhalten am Energiemix, Prognosen zur Entwicklung des weltweiten Energieverbrauchs

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7015-7033

Fortführung der Marktanzreizprogramme für erneuerbare Energien, Verstärkung der Anstrengungen für mehr Energieeffizienz, Realisierung von Einsparpotenzialen mit Kraft-Wärme-Kopplung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7055

Anmahnung der Förderung von Minikraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung in Privatgebäuden

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7706

Energiepolitik

s.a. *Energiebericht*
s.a. *Energieversorgung*
s.a. *Energiewirtschaft*

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr

2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteur zur abschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr FDP/DVP 05.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/542
BeschlEmpf und Bericht WirtA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 7
8
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Energiepolitische Konzeption für BW

Forcierung der Verhandlungen über den Verkauf der Landesanteile an der Gasversorgung Süddeutschland; Darlegung o.g. Konzeption, Stellenwert und Wettbewerbssituation der Gaswirtschaft

Antr SPD 10.04.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/914
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692 (abgesetzt)
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2800-2805

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr SPD 01.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1118 (11 S.)
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692 (abgesetzt)
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3181-3190

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Art, Umfang und Wirkungen der eingesetzten Fördermittel; erzielte Leistungen der einzelnen Wasserkraft-, Windkraft-, Solar- u.a. Anlagen; erreichte Fortschritte gemessen am Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 21.01.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1686
BeschlEmpf und Bericht WirtA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 6-10
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Rückzug der LReg aus der Förderung der erneuerbaren Energien

Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2010

Antr SPD 27.08.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2376
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436-6445

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmen-

katalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr GRÜNE 26.09.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2454
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6445-6460

Rückenwind für eine neue Energiepolitik in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451-3472

Aufgabe des Ziels der LReg, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010 - auch nach den Äußerungen des WM? Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie; Verstärkung der Anstrengungen um eine erhöhte Energieeffizienz

Antr SPD 20.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2514
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436-6445

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2537
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6445-6460

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995 bzw nach dem Ausstieg aus der Kernenergie nach Kraftwerksarten, -standorten, -betreibern und Energieträgern; Beschäftigtenzahlen und Wettbewerbslage der Energiewirtschaft; Folgen der Liberalisierung und veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen; Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Forschungseinrichtungen und -projekte für neue Technologien; Verfügbarkeit und Marktpotenzial der einzelnen fossilen und erneuerbaren Energieträger; Umfang und Betreiber des Stromhandels; notwendige Kraftwerksstandorte zur Sicherung der Netzkapazität und -stabilität

GrAnfr CDU 05.04.2004 und Antw WM Drs 13/3104 (32 S.)
Antr CDU und FDP/DVP 06.10.2004 Drs 13/3620
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5329-5341

Verbraucherschutz im EnergiewirtschaftsGes

Stellenwert der Verbraucherinteressen im o.g. GesEntw, Zeitpunkt der Einrichtung und Kompetenzen der Regulierungsbehörde, Auswirkungen einer Vorabregulierung der Netznutzungsentgelte oder einer nachträglichen Kontrolle der Entgelte bei Missbrauchsverdacht für die Netzbetreiber und Strompreise der verschiedenen Verbrauchergruppen, Beurteilung des GesEntw aus Sicht der Verbraucherschutzverbände, Zahl der notwendigen

VO zur Umsetzung der neuen Regelungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/3585

Chaos in der Energiepolitik in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646-5671

Den Energiestandort BW stärken

Derzeitiger bzw künftigt angestrebter Aktienanteil der EdF, OEW und Dritter an der EnBW; Unterstützung der OEW u.a. bei der Aufstockung ihrer Kapitalanteile zur Verhinderung einer Mehrheitsbeteiligung der EdF; Ergebnisse entsprechender Gespräche mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der EdF und mit dem Zweckverband OEW; Bündelung der Energiepolitik in einem Ressort, Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft

Antr SPD 19.01.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/3956
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6121-6137

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl und Ölprodukten und dessen Kosten in den einzelnen Verbrauchssegmenten seit 1990, Lage und Perspektiven der Rohölmärkte und der davon besonders abhängigen Branchen, Darstellung der erzielbaren Einsparungen durch regenerative Energien, Spritsparkurse, Biokraftstoffe, verbrauchsarme Motoren, Tempolimits, Verkehrsverlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel, energetische Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden, Schulung von Architekten, Handwerkern, Bauherren u.a.; Beurteilung der von der Union angekündigten Ökosteuereckürzung um den Förderanteil für erneuerbare Energien; Frage nach konkreten Vorstößen zur Reduktion der Abhängigkeit von Ölimporten

GrAnfr GRÜNE 08.09.2005 und Antw WM Drs 13/4635 (23 S.)

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Grünbuch der Kommission über Energieeffizienz oder Weniger ist mehr

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4783

Umorientierung der Energiepolitik nach dem Konsens zum Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 752 753 756 760

Konsequenzen der Klimaveränderungen für die Energiepolitik, Forcierung der Förderung der erneuerbaren Energien

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827 1829-1838

Umorientierung der Energiepolitik, Forcierung der Förderung der erneuerbaren Energien

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3625 3626 3642 3643

Kritik an den energiepolitischen Vorstellungen des MinPräs

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4022-4024 4036

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien, Bewahrung der Option für eine neue Generation von Kernkraftwerken; Umsetzung des Energie-Gutachtens der LReg

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4151 4172

Notwendigkeit eines Energiewirtschaftskonzepts für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, Schaffung neuer Kraftwerkskapazitäten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4285 4286 4291

Umorientierung der Energiepolitik, Forcierung der Förderung der erneuerbaren Energien

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4324-4326 4330 4336 4337 4345 4353

Kompensation der Folgen des Ausstiegs aus der Kernenergie, Schaffung neuer Kraftwerkskapazitäten, Bewertung der Kompromisslösung zum Emissionshandel

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735-4746

Handlungsbedarf für eine neue Energiepolitik aufgrund der Ölverknappung und Ölpreisverteuerung

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4947

Erkenntnisse des Landwirtschaftsausschusses auf seiner Reise nach Kalifornien über die dortige Energiepolitik

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5478 5479

Eintreten für eine strategische Kooperation mit Kommunen und Stadtwerken, Aufbau einer mittelständischen Energieversorgung, Ablehnung der Unterstützung des Erwerbs weiterer Anteile an der EnBW durch die OEW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF an der EnBW, Stärkung des Energiestandorts BW, Eintreten für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke; Plädoyer für eine Umorientierung der Energiepolitik

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866-5869 5871 5872 5876-5878 5884 5885 5890 5891 5896 5898 5899

Umorientierung der Energiepolitik mit dem Ausstieg aus der Kernenergie, Forcierung der Förderung erneuerbarer Energien; Reaktionen der EnBW und Atomaufsicht auf die Pannenserie in den Kernkraftwerken; Verhinderung einer Mehrheitsbeteiligung der EdF an der EnBW

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6055 6056 6061 6062 6069-6072 6076 6077 6122-6137

Plädoyer für eine arbeitsmarktorientierte Energiepolitik

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6152

Sicherung einer eigenständigen Energiepolitik in BW, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF an der EnBW, Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke, Bekenntnis zum Energiemix und zu den erneuerbaren Energien

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6410 6436-6460

Herausforderungen des steigenden Energiebedarfs und der Ersetzung von 60 % Atomstrom durch andere Energieträger; Unterstützung des Erwerbs weiterer Anteile an der EnBW durch die OEW, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF, Bewahrung der Unabhängigkeit vor französischem Atomstrom

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463-6465 6470-6472 6489 6492-6494 6500 6505-6507 6509 6512

Ausbaupotenzial der Windkraftnutzung, Festhalten am Energiemix, Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7015-7033

Sicherung einer eigenständigen Energiepolitik in BW, Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke, Bekenntnis zum Energiemix und zu den erneuerbaren Energien, Erwartung zunehmender Konflikte um Energiere Ressourcen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697-7720

Energiepreis

Nachtstromnutzung in BW

Höhe und Faktoren der Preiserhöhung der NWS und evtl anderer Energieversorgungsunternehmen, Bewertung der Nutzung von Nachtstrom unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten, Gewährleistung eines freien Wettbewerbs

Antr

s. *Elektroheizung*

Drs 13/576

Entwicklung der Gewinnung von Windkraft in BW

Zahl, Standorte und Energieerzeugungsanteil der in den letzten fünf Jahren errichteten Windräder; Höhe der Subventionen über das EnergieeinspeiseGes; Entwicklung von Bürgerinitiativen für und gegen die Windkraftnutzung; Auflistung von geeigneten Standorten zur Erzielung marktgerechter Energiepreise ohne notwendige Subventionierung

KlAnfr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/825

Blockadepolitik des Landes im Zusammenhang mit der Förderung der Photovoltaik über das Erneuerbare-Energien-Ges (EEG)

Begründung der Blockade der vom BTag beschlossenen Anhebung des im EEG festgelegten 350-Megawatt-Deckels für Photovoltaik auf 1000 Megawatt, Auswirkungen auf die Solarbranche, Vereinbarkeit mit der Förderung neuer Technologien und Exportchancen sowie mit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010, erwartete Auswirkungen der verhinderten Anhebung auf den Strompreis

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 13/1107

Strompreiserhöhungen durch die EnBW

Beurteilung der jüngsten Anhebung der Strompreise und Nutzungsentgelte der EnBW und der angeführten Gründe, Bewertung als präventive Preiserhöhung vor der Einrichtung einer Regulierungsbehörde? Auswirkungen auf die eigenen Tarif- und Sondervertragskunden, auf die Bezieher anderer Anbieter und Stadtwerke; Festhalten am Verzicht des WM auf die Genehmigungspflicht neuer Stromtarife?

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 19.01.2004 und Stel-

lungnahme WM Drs 13/2819

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.10.2004 Drs 13/3751 S. 13-17

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Neue Netznutzungspreise der EnBW für das Jahr 2004

Beurteilung der o.g. Veränderungen und ihrer Auswirkungen für die an das Hochspannungsnetz der EnBW angeschlossenen Weirterverteiler und Stadtwerke

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 28.01.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2864

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.10.2004 Drs 13/3751 S. 13-17

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995; Anteil der gesetzlich vorgeschriebenen Abgaben am Strompreis; Auswirkungen des Emissionshandels auf die Energiewirtschaft

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/3104

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Heizkostenabrechnung

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Verbraucherschutz im EnergiewirtschaftsGes

Stellenwert der Verbraucherinteressen im o.g. GesEntw, Zeitpunkt der Einrichtung und Kompetenzen der Regulierungsbehörde, Auswirkungen einer Vorabregulierung der Netznutzungsentgelte oder einer nachträglichen Kontrolle der Entgelte bei Missbrauchsverdacht für die Netzbetreiber und Strompreise der verschiedenen Verbrauchergruppen, Beurteilung des GesEntw aus Sicht der Verbraucherschutzverbände, Zahl der notwendigen VO zur Umsetzung der neuen Regelungen

Antr

s. *Energiewirtschaft*

Drs 13/3585

Gaspreise in BW

Darstellung der Höhe und Ursachen von Preisunterschieden zwischen den einzelnen Anbietern in BW u.a. BLändern, Bewertung des Vorschlags der Einrichtung einer Regulierungsbehörde zur Preisaufsicht; Bilanz einer Schwerpunktaktion der Eichbehörden zur Überprüfung der Abrechnungen von Gasversorgungsunternehmen, Ausmaß der verordneten Korrekturen, Maßnahmen zur Vermeidung fehlerhafter Abrechnungen zulasten der Verbraucher

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 08.12.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3867

BeschlEmpf und Bericht WirtA 13.07.2005 Drs 13/4481

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7033

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Gründe für den o.g. Positionswechsel des MinPräs, Vereinbarkeit mit der bundesweit einmaligen Befreiung der EVU von

der Preisprüfung; Aufhebung dieser Befreiung; Zustimmung zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts im BRat und damit zu einer Kennzeichnungspflicht für Strom, Ermöglichung der Verbraucherinformation über den Gesamtenergieträgermix des eigenen Lieferanten sowie eines Vergleichs mit den bundesweiten Durchschnittswerten der Stromerzeugung

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 15.12.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3884
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 13.07.2005 Drs 13/4481
 PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7033

Missbrauchsverdacht gegen Gasversorger in BW

Entwicklung der Gasimportpreise bzw der Preisgestaltung der Lieferanten gegenüber den Gasversorgungsunternehmen und der Versorger gegenüber den Endverbrauchern seit 1998, Gründe für die großen regionalen Unterschiede, Eingriffsmöglichkeiten der LReg zur Verhinderung ungerechtfertigter Preiserhöhungen, Begründung der Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 10.01.2005 und Antw WM Drs 13/3944

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichungen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 08.04.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4232
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 21 22
 PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Entwicklung alternativer Flüssigkraftstoffe

Entwicklung der Rohöl- und Erdgaspreise, der Fördermengen und Abnahmequoten der 20 wichtigsten Abnehmerstaaten seit 1995; Frage nach den noch vorhandenen Ressourcen; Stand der Forschungen um alternative Antriebsstoffe neben der Brennstoffzelle, Entwicklungs- und Marktchancen von neuartigen Verfahren zur Gasverflüssigung bzw des Biomass-to-Liquid-Verfahrens, Beurteilung der damit gegebenen Chancen für die Landwirtschaft sowie der Möglichkeiten zur Vermeidung von CO₂-Emissionen

Antr
 s. *Kraftstoff*
 Drs 13/4328

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl und Ölprodukten und dessen Kosten in den einzelnen Verbrauchssegmenten seit 1990, Lage und Perspektiven der Rohölmärkte und der davon besonders abhängigen Branchen; Perspektiven des Automobilstandorts BW bei weiterhin steigenden Ölpreisen; Verschärfung der Verpflichtung der Automobilindustrie zur Entwicklung und Ausrüstung von Neuwagen mit verbrauchsärmeren Motoren

GrAnfr
 s. *Energiepolitik*
 Drs 13/4635

Steigende Ölpreise und die Konsequenzen für Politik und Wirtschaft in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
 PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7055

Aktives Einschreiten der LReg gegen Gaspreiserhöhungen in BW

Entwicklung der Gaspreise der einzelnen Versorgungsunternehmen für Privathaushalte seit 2000, angekündigte und bereits umgesetzte Erhöhungen 2005 und 2006, Frage nach Rücknahmen von Preiserhöhungen aufgrund der Intervention von Landesbehörden in BW u.a. BLändern; Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, insbes iR eines Missbrauchsverfahrens der Landeskartellbehörde sowie iRd Regulierung der Netzentgelte durch die neue Regulierungsbehörde

Antr SPD 18.10.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4742
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 27 28
 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Weg vom Öl; hier: Landeswohnungsbauprogramm

Mehrkosten eines erhöhten Wärmeschutzes bei Neubauten gegenüber dem Mindestwärmeschutz nach der EnergieeinsparVO, Umfang der möglichen Einsparung an Heizenergie bzw an Kosten angesichts der hohen Heizölpreise; Festschreibung erhöhter Wärmedämmstandards als Fördervoraussetzung im neuen Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
 s. *Wohnungsbau*
 Drs 13/4773

Rückgang der Strompreise mit der Liberalisierung der Energiemärkte; Erwartung einer Reduktion der Einspeisevergütungen für Strom aus regenerativen Energien

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 430-433

Subventionierung der Windkraftnutzung mithilfe der hohen Einspeisevergütung durch das Erneuerbare-Energien-Ges, Erwartung einer Reduktion dieser Vergütungen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1384-1386 1389 1392 1393 1401

Berücksichtigung der ökologischen Kosten der Stromerzeugung bei der Strompreisgestaltung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1837

Bedeutung der Energiepreise für die Wirtschaft und das benötigte Wachstum

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2804

Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den Strompreisen, Auslösung der jüngsten Strompreiserhöhung durch die aktuelle Schieflage der EnBW, Erinnerung an die in Aussicht gestellten geringeren Strompreise anlässlich des Verkaufs der Landesanteile an die EdF

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3453 3458 3462 3464 3466 3467 3474-3476 3478 3480 3484 3486 3487 3491 3494 3495

Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den Strompreisen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4166

Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den Strompreisen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4330

Finanzierung der Erkundung einer Endlagerstätte für atomare Abfälle über den Strompreis

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4822

Entwicklung der Strompreise seit der Liberalisierung des Energiemarkts, Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den heutigen Strompreisen, Kritik an der Höhe und Laufzeit der garantierten Einspeisevergütungen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4870-4878 4880

Strompreisvergleich in Europa, Anstrengung einer Senkung und Deckelung der Strompreise in Deutschland

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5154 5155 5169

Erinnerung an die in Aussicht gestellten geringeren Strompreise anlässlich des Verkaufs der EnBW-Landesanteile an die EdF, Vergleich mit den aktuellen Strompreisen, Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den Strompreisen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5651 5653 5654 5660 5669

Höhe des Strompreises für die Industrie, Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den Strompreisen, Erwartung einer Senkung der Durchleitungskosten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054 6055 6125 6131

Einstufung der Strompreise als zu hoch, Anteil der Ökosteuer an den Strompreisen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6449 6450 6457

Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Ökosteuer an den Strompreisen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6769 6770

Anstieg der Energiepreise infolge der weltweiten Nachfrage; Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den Strompreisen; Unterstützung von kleineren EVU durch einen kostengünstigeren Netzzugang

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7030 7032 7033

Entwicklung des Ölpreises seit 1999 infolge des Energiebedarfs weltweit, Spekulationsanteil am Ölpreis, Kritik an der mangelnden Transparenz bei der Preisbildung sowie an der Aufgabe der Genehmigungspflicht von Strompreiserhöhungen der Konzerne

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7053

Abfluss zusätzlicher Mittel in die Förderländer infolge der Ölpreissteigerungen, Notwendigkeit einer Politik „Weg vom Öl“; Anteil des Erneuerbare-Energien-Gesetzes an den Strompreisen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297-7299 7302 7303

Verneinung einer Bewirkung niedriger Strompreise durch einen hohen Atomstromanteil, Verweisung auf das Gegenteil in BW, Anstieg der Energiepreise infolge der weltweiten Nachfrage, Zusammensetzung der Strompreise aus Steuern, Netznutzung und Erzeugung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697 7699 7700 7702 7704 7705 7707 7710 7711 7713 7718

Energietarif

s. Energiepreis

Energieträger

s.a. Biomasse

s.a. Energieerzeugung

s.a. Energienutzung

s.a. Erdwärme

s.a. Erneuerbare Energie

s.a. Gas

s.a. Holz

s.a. Kernenergie

s.a. Kohle

s.a. Öl

s.a. Wasserkraft

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995 bzw nach dem Ausstieg aus der Kernenergie nach Kraftwerksarten, -standorten, -betreibern und Energieträgern; Beschäftigtenzahlen und Wettbewerbslage der Energiewirtschaft; Folgen der Liberalisierung und veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen; Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Forschungseinrichtungen und -projekte für neue Technologien; Verfügbarkeit und Marktpotenzial der einzelnen fossilen und erneuerbaren Energieträger; Umfang und Betreiber des Stromhandels; notwendige Kraftwerksstandorte zur Sicherung der Netzkapazität und -stabilität

GrAnfr

s. Energiepolitik

Drs 13/3104

Bewirkung von Treibhausgasen und damit von Klimaveränderungen durch die fossilen Energieträger

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1830-1832 1835 1836

Energieverbrauch

s. Energienutzung

Energieversorgung

s.a. Elektrische Leitung

s.a. Energiebericht

s.a. Gas

s.a. Kraftwerk

s.a. Stromeinspeisung

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solarenergie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassenutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Entwicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/134

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr

2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuer zur abschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/542

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsgängen und erhöhten CO₂-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr
s. *Kernenergie*
Drs 13/633

Energiepolitische Konzeption für BW

Forderung der Verhandlungen über den Verkauf der Landesanteile an der Gasversorgung Süddeutschland; Darlegung o.g. Konzeption, Stellenwert und Wettbewerbssituation der Gaswirtschaft

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/914

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2454

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte

seit 1995 bzw nach dem Ausstieg aus der Kernenergie nach Kraftwerksarten, -standorten, -betreibern und Energieträgern; Beschäftigtenzahlen und Wettbewerbslage der Energiewirtschaft; Folgen der Liberalisierung und veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen; Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Forschungseinrichtungen und -projekte für neue Technologien; Verfügbarkeit und Marktpotenzial der einzelnen fossilen und erneuerbaren Energieträger; Umfang und Betreiber des Stromhandels; notwendige Kraftwerksstandorte zur Sicherung der Netzkapazität und -stabilität

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Ges zur Änd der Gemeindeordnung des Landes BW

Erweiterung der kommunalen Satzungsrechte, Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen als Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/3183

Verbraucherschutz im EnergiewirtschaftsGes

Stellenwert der Verbraucherinteressen im o.g. GesEntw, Zeitpunkt der Einrichtung und Kompetenzen der Regulierungsbehörde, Auswirkungen einer Vorabregulierung der Netznutzungsentgelte oder einer nachträglichen Kontrolle der Entgelte bei Missbrauchsverdacht für die Netzbetreiber und Strompreise der verschiedenen Verbrauchergruppen, Beurteilung des GesEntw aus Sicht der Verbraucherschutzverbände, Zahl der notwendigen VO zur Umsetzung der neuen Regelungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/3585

Energieversorgung für die Messe Stuttgart

Einflussnahme als Gesellschafter der Neuen Messe GmbH auf eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Energieversorgung; Erstellung einer neuen Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Heizsystem, insbes Prüfung der Versorgungsoption Biomasse mit der energetischen Verwertung von Holz; Einstellung des entsprechenden Teils der Ausschreibung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 01.12.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3824

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Gründe für den o.g. Positionswechsel des MinPräs, Vereinbarkeit mit der bundesweit einmaligen Befreiung der EVU von der Preisprüfung; Aufhebung dieser Befreiung; Zustimmung zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts im BRat und damit zu einer Kennzeichnungspflicht für Strom, Ermöglichung der Verbraucherinformation über den Gesamtenergieträgermix des eigenen Lieferanten sowie eines Vergleichs mit den bundesweiten Durchschnittswerten der Stromerzeugung

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3884

Den Energiestandort BW stärken

Derzeitiger bzw künftig angestrebter Aktienanteil der EdF, OEW und Dritter an der EnBW; Unterstützung der OEW u.a. bei der Aufstockung ihrer Kapitalanteile zur Verhinderung einer Mehr-

heitsbeteiligung der EdF; Ergebnisse entsprechender Gespräche mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der EdF und mit dem Zweckverband OEW; Bündelung der Energiepolitik in einem Ressort, Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3956

Energieerzeugungsstandort BW: Investitionsverlagerung in andere BLänder verhindern!

Unterstützung der Stadtwerke bei Investitionen in eigene Energieerzeugungsanlagen, Angebot von baureifen Standorten für moderne und hocheffiziente Großkraftwerke bzw GuD-Kraftwerke, Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/4190

Bedeutung der oberflächennahen Geothermie für die Energieversorgung im Gebäudebereich

Nutzung von Erdwärme durch Erdwärmesonden in Verbindung mit Wärmepumpen seit 1998, geeignete Gebiete und Genehmigungssituation, Entwicklungsstand und Zuverlässigkeit dieser Art der Wärmeabgewinnung, Vergleich der Investitions- und Betriebskosten mit der Beheizung von Wohngebäuden mit Erdgas und Heizöl; Darstellung der Effekte für den Klimaschutz, die Energieeinsparung und Gewinnung von Arbeitsplätzen

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4216

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Beurteilung der Leistung des KWO, des technischen Sicherheitsniveaus und der Wirtschaftlichkeit während der gesamten Laufzeit sowie der anstehenden Abschaltung angesichts der Laufzeiten anderer Druckwasserreaktoren in Europa; erwarteter Verlust an Kompetenz in der Kerntechnik, von Arbeitsplätzen sowie Anstieg von CO₂-Emissionen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente; Bewertung der Entsorgungspolitik des Bundes mit dem Verbot der Atommülltransporte und der damit notwendigen Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten; Anforderungen an eine nachhaltige, zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung ohne Kernenergienutzung

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/4247

Entwicklung und Förderung der geothermischen Energiegewinnung in BW

Entwicklungschancen und Potenziale der verschiedenen Technologien, Nutzung der oberflächennahen Erdwärme durch Sonden zur Wärmeabgewinnung, Zahl der gestellten und positiv beschiedenen Förderanträge; Erhöhung der Fördermittel für Projekte der Tiefengeothermie

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4265

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl und Ölprodukten und dessen Kosten in den einzelnen Verbrauchssegmenten seit 1990, Lage und Perspektiven der Rohölmärkte und der davon besonders abhängigen Branchen, Darstellung der erzielbaren Einsparungen durch regenerative Energien, Spritsparkurse, Biokraftstoffe, verbrauchsarme Motoren, Tempolimits, Verkehrsverlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel, energetische Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden, Schulung von Architekten, Handwerkern, Bauherren u.a.; Beurteilung der von der Union angekündigten Ökosteuerkürzung um den Förderanteil für erneuerbare Energien; Frage nach konkreten Vorstößen zur Reduktion der Abhängigkeit von Ölimporten

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Abgleichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4813

Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien an der Energieversorgung bis zum Jahr 2010

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Anteil der einzelnen Energieträger an der Energieversorgung des Landes, Anstreben einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien bis zum Jahr 2010

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 426-435

Gefährdung der Energieversorgung im Falle des Abschaltens der KKW in BW

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 495

Einstieg in eine zukunftsfähige Energieversorgung, Anstreben einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien bis zum Jahr 2010

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 950-952 955-957 961 962

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien; Gewährleistung der Versorgungssicherheit auch bei extremen Klimaverhältnissen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3472

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien; Gewährleistung der Versorgungssicherheit auch bei extremen Klimaverhältnissen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3625 3626 3642 3643

Gewährleistung einer eigenständigen Energieversorgung in BW, Investitionsbedarf zur Sanierung und Erweiterung der Stromnetze

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646-5670

Eintreten für eine strategische Kooperation mit Kommunen und Stadtwerken, Aufbau einer mittelständischen Energieversorgung, Verweisung auf die Stadtwerke Schwäbisch Hall und ihre Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF an der EnBW; Eintreten für eine strategische Kooperation mit Kommunen und Stadtwerken

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866-5869 5871 5872 5876-5878 5884 5885 5890 5891 5896 5898 5899

Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung in BW, Bekenntnis zum Energiemix und zu den erneuerbaren Energien, Annäherung größerer Anstrengungen zur Ausweisung von Standorten für umweltfreundliche Kraftwerke

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6410 6436-6460

Herausforderungen des steigenden Energiebedarfs und der Ersetzung von 60 % Atomstrom durch andere Energieträger; Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung in BW

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463-6465 6470-6472 6489 6493 6494 6505-6507 6509

Gewährleistung einer eigenständigen Energieversorgung in BW, Unterstützung der EVU beim Ausbau der Kraftwerkskapazitäten

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6759-6763 6765-6774

Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung, Festhalten am Energiemix, Beeinflussung der Energieversorgung durch eine Verknappung der fossilen Ressourcen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7033

Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung, Herausforderungen der steigenden Energiepreise, Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7055

Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung, Festhalten am Energiemix

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7292-7295 7297-7305

Plädoyer für eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke aus Gründen der Versorgungssicherheit, Bekenntnis zum Energiemix und zu den erneuerbaren Energien, Erwartung zunehmender Konflikte um Energieressourcen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697-7720

Resümee des Abg Dr. Witzel über den Erfolg seiner Initiativen für eine zukunftsfähige Energieversorgung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7991 7992

Energieversorgungsunternehmen

s. *Energiewirtschaft*

Energiewirtschaft

s.a. *Energiebericht*

s.a. *Gas*

s.a. *Kernkraftwerk*

s.a. *Kraftwerk*

s.a. *Mineralölunternehmen*

s.a. *Wasserkraft*

s.a. *Windkraftanlage*

Belastung der Industrie -insbes der Stromerzeuger- in BW durch den Wasserpfennig; Bedrohung von Arbeitsplätzen beim Großkraftwerk Mannheim

Beseitigung o.g. Wettbewerbsnachteile durch Erlass bzw Reduzierung des Wasserpfennigs

KlAnfr

s. *Wassertarif*

Drs 13/7

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solar-energie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassenutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Entwicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 13/134

Kraftwerksleitung im Kernkraftwerk Philippsburg

Leitung des KKW Philippsburg ohne die erforderliche Lizenz, Billigung vonseiten der Atomaufsicht bzw des Ministers? Relevanz des Sachverhalts bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit des Betreibers EnBW durch das WM

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/504

Reduzierung der für die Stilllegung und den Rückbau von Atomkraftwerken in BW vorgesehenen Rückstellungen

Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen für die fünf KKW in BW; Umfang von Entnahmen der EnBW oder ihrer Tochterunternehmen, Beurteilung der Verwendung für Firmenzukäufe, Unternehmensbeteiligungen und Abdeckung von Verlusten iRd operativen Geschäfts; jährliche Berichtsvorlage über den Stand der Rückstellungen

Antr

s. *Rücklage*

Drs 13/511

Gemeindegrenzen überschreitende Tätigkeit von Stadtwerken

Auswirkungen des Örtlichkeitsprinzips für Stadtwerke nach der Liberalisierung des Strommarkts, Beurteilung der unterschiedlichen Praxis der RegPräs bei der Umsetzung bzw der Ausnahmen in anderen BLändern, Hinwirkung auf eine einheitliche Rechtsaufsicht bzw eine bundesweit einheitliche Regelung iRd Beratungen der IMK

Antr

s. *Öffentliches Unternehmen*

Drs 13/535

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuer zur abschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien

und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/542

Nachstromnutzung in BW

Höhe und Faktoren der Preiserhöhung der NWS und evtl anderer Energieversorgungsunternehmen, Bewertung der Nutzung von Nachtstrom unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten, Gewährleistung eines freien Wettbewerbs

Antr
s. *Elektroheizung*
Drs 13/576

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsgapsen und erhöhten CO₂-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr
s. *Kernenergie*
Drs 13/633

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Aufnahme von Verhandlungen mit den EVU über den Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland

Antr
s. *Landesbeteiligung*
Drs 13/693

Energiepolitische Konzeption für BW

Forcierung der Verhandlungen über den Verkauf der Landesanteile an der Gasversorgung Süddeutschland; Darlegung o.g. Konzeption, Stellenwert und Wettbewerbssituation der Gaswirtschaft

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/914

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Messestandort Karlsruhe

Rücknahme der Zusage der EnBW zur finanziellen Beteiligung an der Neuen Messe Karlsruhe; Maßnahmen zur Schließung der entstandenen Finanzierungslücke

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/2251

Zählergebühren bei Stromeinspeisung durch private Stromproduzenten

Beurteilung des von einzelnen Netzbetreibern ausgeübten Zwangs zur Nutzung ihrer eigenen (gebührenpflichtigen) Zähler durch die o.g. Produzenten; Darlegung der Rechtslage

KlAnfr
s. *Stromeinspeisung*
Drs 13/2277

Zusagen der EdF beim Kauf der Landesanteile an der EnBW

Aussagen des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, des Aufsichtsratsvorsitzenden und des MinPräs über finanzielle Zusagen der Electricite de France beim Kauf der Landesanteile an der EnBW; Grundlagen der Äußerungen des Finanzministers über eine Kapitalerhöhung bei der EnBW durch die EdF; Vorlage des Kaufvertrags einschließlich evtl Nebenabsprachen und zusätzlicher Vereinbarungen

Antr SPD 08.09.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2390
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3473-3495

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2454

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2537

Strompreiserhöhungen durch die EnBW

Beurteilung der jüngsten Anhebung der Strompreise und Nutzungsentgelte der EnBW und der angeführten Gründe, Bewertung als präventive Preiserhöhung vor der Einrichtung einer Regulierungsbehörde? Auswirkungen auf die eigenen Tarif- und Sondervertragskunden, auf die Bezieher anderer Anbieter und Stadtwerke; Festhalten am Verzicht des WM auf die Genehmigungspflicht neuer Stromtarife?

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/2819

Neubau eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim
Stand der o.g. Überlegungen; Unterstützung eines derartigen Projekts in Gesprächen mit Energieversorgungsunternehmen

Antr
s. *Wärmekraftwerk*
Drs 13/2856

Neue Netznutzungspreise der EnBW für das Jahr 2004

Beurteilung der o.g. Veränderungen und ihrer Auswirkungen für die an das Hochspannungsnetz der EnBW angeschlossenen Weiterverteiler und Stadtwerke

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/2864

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995 bzw nach dem Ausstieg aus der Kernenergie nach Kraftwerksarten, -standorten, -betreibern und Energieträgern; Beschäftigtenzahlen und Wettbewerbslage der Energiewirtschaft; Folgen der Liberalisierung und veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen; Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Forschungseinrichtungen und -projekte für neue Technologien; Verfügbarkeit und Marktpotenzial der einzelnen fossilen und erneuerbaren Energieträger; Umfang und Betreiber des Stromhandels; notwendige Kraftwerksstandorte zur Sicherung der Netzkapazität und -stabilität

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Energiewirtschafts-Ges

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Hintergründe zur Ablösung des Kraftwerksleiters im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim

Berührung sicherheitsrelevanter Fragen durch das unter dem Namen „Top-Fit“ aufgelegte Kosteneinsparungsprogramm der EnBW, Frage nach einem Zusammenhang mit der o.g. Entlassung

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3393

Verbraucherschutz im EnergiewirtschaftsGes

Stellenwert der Verbraucherinteressen im o.g. GesEntw, Zeitpunkt der Einrichtung und Kompetenzen der Regulierungsbehörde, Auswirkungen einer Vorabregulierung der Netznutzungsentgelte oder einer nachträglichen Kontrolle der Entgelte bei Missbrauchsverdacht für die Netzbetreiber und Strompreise der verschiedenen Verbraucherguppen, Beurteilung des GesEntw aus Sicht der Verbraucherschutzverbände, Zahl der notwendigen VO zur Umsetzung der neuen Regelungen

Antr Beate Fauser u.a. FDP/DVP 28.09.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3585

Nachhaltige Schädigung des Energiewirtschaftsstandorts BW
Klärung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der LReg zu der „Null-Toleranz-Strategie“ der EnBW in Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken, Frage nach Gesprächen zwischen den zuständigen Referenten und Ministern und deren Ergebnissen, Begründung des vom Wirtschaftsminister gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW erhobenen Vorwurfs der Aufstellung unwahrer Behauptungen

Antr SPD 11.11.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3740

Hintergründe der Entlassung des Anlagenleiters von GKN II und die Rolle des baden-württembergischen Umweltministeriums

Ablösung des Anlagenleiters aufgrund von Differenzen mit der EnBW-Führungsebene in sicherheitsrelevanten Fragen? Begründung der gegenteiligen Verlautbarungen des UVM; Umgang der Atomaufsicht bzw des Ministers mit dem Vorwurf von „Zweifeln an der Zuverlässigkeit“ von Herrn Dr. G.; Zuleitung der Gesprächsprotokolle über die Befragung des Betroffenen u.a. leitender GKN- bzw EnBW-Mitarbeiter an die Mitglieder des Umweltausschusses

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3806

Durchführung von so genannten Zufriedenheitsanalysen unter den Belegschaften von GKN und anderen Kernkraftwerken

Gründe für die o.g. Mitarbeiterbefragung der Atomaufsichtsbehörde, Frage nach Problemen innerhalb der Belegschaften und möglichen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit sowie nach Widerständen der Anlagen- bzw Konzernleitung gegen das Vorhaben

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3862

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Gründe für den o.g. Positionswechsel des MinPräs, Vereinbarkeit mit der bundesweit einmaligen Befreiung der EVU von der Preisprüfung; Aufhebung dieser Befreiung; Zustimmung zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts im BRat und damit zu einer Kennzeichnungspflicht für Strom, Ermöglichung der Verbraucherinformation über den Gesamtenergieträgermix des eigenen Lieferanten sowie eines Vergleichs mit den bundesweiten Durchschnittswerten der Stromerzeugung

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3884

Missbrauchsverdacht gegen Gasversorger in BW

Entwicklung der Gasimportpreise bzw der Preisgestaltung der Lieferanten gegenüber den Gasversorgungsunternehmen und der Versorger gegenüber den Endverbrauchern seit 1998, Gründe für die großen regionalen Unterschiede, Eingriffsmöglichkeiten der LReg zur Verhinderung ungerechtfertigter Preiserhöhungen, Begründung der Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis

KlAnfr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3944

Den Energiestandort BW stärken

Derzeitiger bzw künftig angestrebter Aktienanteil der EdF, OEW und Dritter an der EnBW; Unterstützung der OEW u.a. bei der Aufstockung ihrer Kapitalanteile zur Verhinderung einer Mehr-

heitsbeteiligung der EdF; Ergebnisse entsprechender Gespräche mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden der EdF und mit dem Zweckverband OEW; Bündelung der Energiepolitik in einem Ressort, Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze in der Energiewirtschaft

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3956

Ermittlungsverfahren gegen den früheren EnBW-Chef

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4023

Energieerzeugungsstandort BW: Investitionsverlagerung in andere BLänder verhindern!

Unterstützung der Stadtwerke bei Investitionen in eigene Energieerzeugungsanlagen, Angebot von baureifen Standorten für moderne und hocheffiziente Großkraftwerke bzw GuD-Kraftwerke, Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/4190

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichungen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/4232

Industriestandort BW sichern: Gute Rahmenbedingungen für industrielle Arbeitsplätze in Mannheim

Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim vom 02.10.2001 zur Ermäßigung des Wasserentnahmeentgelts für das Großkraftwerk Mannheim, Unterbreitung eines Vorschlags zu den entsprechenden Anträgen für 1999-2001; Ausschluss der Wettbewerbsnachteile von wasserintensiv produzierenden Kraftwerken mit einer Novellierung des WasserGes

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/4271

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl und Ölprodukten und dessen Kosten in den einzelnen Verbrauchssegmenten seit 1990, Lage und Perspektiven der Rohölmärkte und der davon besonders abhängigen Branchen, Darstellung der erzielbaren Einsparungen durch regenerative Energien, Spritsparkurse, Biokraftstoffe, verbrauchsarme Motoren, Tempolimits, Verkehrsverlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel, energetische Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden, Schulung von Architekten, Handwerkern, Bauherren u.a.; Beurteilung der von der Union angekündigten Ökosteuerkürzung um den Förderanteil für erneuerbare Energien; Frage nach konkreten Vorstößen zur Reduktion der Abhängigkeit von Ölimporten

GrAnfr
s. *Energiepolitik*

Drs 13/4635

Aktives Einschreiten der LReg gegen Gaspreiserhöhungen in BW
Entwicklung der Gaspreise der einzelnen Versorgungsunternehmen für Privathaushalte seit 2000, angekündigte und bereits umgesetzte Erhöhungen 2005 und 2006, Frage nach Rücknahmen von Preiserhöhungen aufgrund der Intervention von Landesbehörden in BW u.a. BLändern; Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, insbes iR eines Missbrauchsverfahrens der Landeskartellbehörde sowie iRd Regulierung der Netzentgelte durch die neue Regulierungsbehörde

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/4742

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Grünbuch der Kommission über Energieeffizienz oder Weniger ist mehr*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4783

Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit der EnBW

Ursachen, Verantwortliche und Konsequenzen der Pannen im o.g. Ermittlungsverfahren; Art und Rechtsgrundlage der Berichterstattung der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Justizminister, Beurteilung der Maßnahmen des Ministers

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4820

Sicherheitsmängel bei Strommasten des baden-württembergischen Freilandleitungsnetzes

Zahl, Alter, technischer Zustand und Eigentümer der Hochspannungsmasten im Land; Art und Ergebnisse von durchgeführten Untersuchungen; festgestellte Sicherheitsmängel und davon ausgehende Gefahren; Kenntnisstand und Maßnahmen der Aufsichtsbehörden; Investitionen der Eigentümer in die Leitungsinfrastruktur; Anforderung eines detaillierten Zustandsberichts von der EnBW; Verpflichtung der Eigentümer zu einer raschen Sanierung bzw Erneuerung der schadhafte Masten

Antr
s. *Elektrische Leitung*
Drs 13/4937

Gemeinsame Anzeige der LReg mit der EnBW

Höhe und Träger der Kosten der Anzeigenserie zum Thema Patente

MdlAnfr
s. *Anzeige (Bekanntmachung)*
Drs 13/5172

Neuordnung der Beteiligungen an der Gasversorgung Süddeutschland; Nutzung der regenerativen Energien zur Stromerzeugung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65 66 97 98

Würdigung des Verkaufs der EnBW-Aktien an die EdF, Erinnerung an die Notwendigkeit der Neuordnung des Energiemarkts

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 341

Umgang der EnBW als Kernkraftwerksbetreiber mit Sicherheitsvorschriften, Zweifel an der Zuverlässigkeit und Sachkunde; Anteil der einzelnen Energieträger an der Energieversorgung des Landes

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 383-404 426-435

Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der EnBW-Anteile, Schaffung neuer Arbeitsplätze bei der EnBW im Gegensatz zu den anderen großen EVU, steuerunschädliche Veräußerung der NWS-Anteile durch die Stadt Stuttgart im Jahr 2002

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 820 821 826-830

Stärkung des Energiestandorts BW durch Übernahme der Gasversorgung Süddeutschland durch die EnBW, Erinnerung an die Suche nach einem strategischen Partner für die EnBW im Jahr 1999

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1573-1575 1582 1584

Ablehnung zusätzlicher wirtschaftlicher Aktivitäten der örtlichen Stromversorger, Auswirkungen des Wegfalls der Gebietsmonopole für die Stadtwerke

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2307 2308 2311 2312

Kritik am Festhalten der EVU an der Kernenergie und Großkraftwerkstechnologie; Zuweisung einer Mitschuld der LReg an der aktuellen Schiefelage der EnBW; Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3495

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien, Bewahrung der Option für eine neue Generation von Kernkraftwerken

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3625 3626 3642 3643

Erinnerung an den Atomkonsens zwischen der BReg und den EVU, Vorkehrungen der EnBW zur Erhaltung des Energiestandorts Obrigheim, Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4126-4134

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien, Bewahrung der Option für eine neue Generation von Kernkraftwerken

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4151

Notwendigkeit eines Energiewirtschaftskonzepts für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, Schaffung neuer Kraftwerkskapazitäten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4285 4286 4291

Beteiligung der Energiewirtschaft am Emissionshandel, Ersatzbedarf an neuen Großkraftwerken für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735-4746

Zu- und Verkauf fachfremder Sparten durch die EnBW, Wiederherstellung der Investitionsfähigkeit, Umsetzung der Studie des WM zur Energiewirtschaft, Erhaltung der EnBW als eigenständiges Unternehmen mit Sitz in Karlsruhe

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5146 5147 5152 5154 5155 5169 5176 5177

Reaktionen der EnBW auf die Pannenserie in den Kernkraftwerken; Bestrebungen der EdF um den Erwerb der Mehrheitsanteile an der EnBW, Erinnerung an die Warnungen beim Verkauf des Landesanteils; Erwartung eines Anstiegs des Aktienkurses der EnBW

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646-5671

Eintreten für eine strategische Kooperation mit Kommunen und Stadtwerken, Aufbau einer mittelständischen Energieversorgung, Ablehnung der Unterstützung des Erwerbs weiterer Anteile an der EnBW durch die OEW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Unterstützung des Erwerbs weiterer Anteile an der EnBW durch die OEW, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF, Bewahrung der Unabhängigkeit vor französischem Atomstrom; Plädoyer für eine Umorientierung der Energiepolitik

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866-5869 5871 5872 5876-5878 5884 5885 5890 5891 5896 5898 5899

Annahmung von mehr Engagement des Wirtschaftsministers für den Bereich Energiewirtschaft, Bemühungen um den Bau neuer Kraftwerke im Land, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF an der EnBW; Umsetzung der europäischen Vorgaben für mehr Wettbewerb durch Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6019-6021 6033-6035

Reaktionen der EnBW auf die Pannenserie in den Kernkraftwerken, Beurteilung der Kooperation mit der Atomaufsicht; Verhinderung einer Mehrheitsbeteiligung der EdF an der EnBW, Voraussetzungen und Zeitperspektive für den Börsengang der EnBW

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6061 6062 6070-6072 6076 6077 6122-6137

Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung in BW, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF an der EnBW, Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke, Bekenntnis zum Energiemix und zu den erneuerbaren Energien

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6410 6436-6460

Herausforderungen des steigenden Energiebedarfs und der Ersetzung von 60 % Atomstrom durch andere Energieträger; Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung in BW, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF bei der EnBW, mittelfristige Anstrengung eines Börsengangs der EnBW

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463-6465 6470-6472 6489 6493 6494 6505-6507 6509 6512

Unterstützung der EVU bei den Bemühungen um den Bau neuer Kraftwerke im Land, Überlegungen zur Reduzierung des Wasserpfeffennigs

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6759-6763 6765-6774

Kooperation der EnBW mit Stadtwerken bei der Suche nach neuen Kraftwerksstandorten, Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für Ersatzinvestitionen in BW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7029 7032 7033

Sicherung einer eigenständigen Energieversorgung, Herausforderungen der steigenden Energiepreise, Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“, Kritik an den Strom- und Gaspreiserhöhungen der Konzerne

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7055

Anstreben längerer Laufzeiten der Kernkraftwerke durch die Betreiber, Einsatz der zusätzlichen Gewinne zur Förderung regenerativer Energien, Anstreben des Baus von Kraftwerken für fossile Rohstoffe und von mehr Stromimporten als Reaktion der EVU auf den Atomausstieg

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697-7720

Energiewirtschaftsgesetz

s. *Energiewirtschaft*

EnEV-Durchführungsverordnung

s. *Energieeinsparung*

England

s. *Großbritannien*

Enquete-Kommission

Kritik am Scheitern des Zustandekommens einer Enquete-Kommission zum Thema Föderalismus

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1459 1466

Anregung einer Enquetekommission zum Schulwesen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1741 1746-1749 1758 1759

Einsetzung einer Enquetekommission zur Reform der Verwaltungsstruktur des Landes

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2382 2386 2388

Enquetekommission „Demographischer Wandel“

Einsetzung einer Enquetekommission „Demografischer Wandel - Herausforderung an die Landespolitik“

Untersuchungsauftrag und Zusammensetzung der Kommission; Berichtsvorlage bis spätestens 01.07.2005

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 24.03.2004 Drs 13/3049

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4629-4634 (s.a. Anlage S. 4697)

(Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder)

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5115 5180 (Umbesetzung)

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561 5635 (Umbesetzung)

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535 6623 (Umbesetzung)

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041 7117 (Umbesetzung)

Bericht und Empfehlungen 09.12.2005 Drs 13/4900 (364 S.)

Kurzfassung des Abschlussberichts (53 S.)

Protokoll der Anhörung zum Handlungsfeld I

Anlagen zum Protokoll I

Protokoll der Anhörung zum Handlungsfeld II

Anlagen zum Protokoll II

Protokoll der Anhörung zum Handlungsfeld III

Anlagen zum Protokoll III

Protokoll der Anhörung zum Handlungsfeld IV

Anlagen zum Protokoll IV

Protokoll der Anhörung zum Handlungsfeld V

Anlagen zum Protokoll V

Protokoll der Anhörung mit Anlagen zum Handlungsfeld VI

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7553-7566

Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen“

Enquete-Kommission Mittelstand des Ltg; Umsetzung der Empfehlungen des 10-Punkte-Katalogs

Mittlg WM 18.06.2001 Drs 13/18 (32 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 28.11.2001 Drs 13/522 (72 S.)

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 697-706

Mittlg LReg 20.09.2002 Drs 13/1329 (203 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1633 (10 S.)

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2439

Mittlg LReg 25.02.2004 Drs 13/2939 (18 S.)

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Umsetzung der Empfehlungen der Mittelstandsenquete

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-8 S. 36 37

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Umsetzung von Empfehlungen der Mittelstandsenquete

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 767

Umsetzung der Empfehlungen der Mittelstandsenquete

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941 942 948 950 951

Entbindung

s. *Geburt*

Enteignung

s.a. *Nutzungsbeschränkung*

Unregelmäßigkeiten bei den Enteignungen für die Landesmesse auf den Fildern

Bewertung der Kritik des Landesdatenschutzbeauftragten am RegPräs Stuttgart wegen der Veröffentlichung von persönlichen Daten der betroffenen Grundstücksbesitzer; Beurteilung der (niedrigen) Bewertung der Grundstücke durch den beauftragten Gutachter; Zweifel an der gebotenen Neutralität der Enteignungskommission

KIAnfr Nils Schmid SPD 05.05.2004 und Antw WM Drs 13/3175

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. *Verwaltungsverfahren*

Drs 13/3661

Feststellung einer De-facto-Teilenteignung bzw einseitiger Nutzungsbeschränkungen landwirtschaftlicher Flächen mit der BNaturschutznovelle

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 277-282

Werbung um den freiwilligen Verkauf der fehlenden Grundstücke für die neue Landesmesse, Vermeidung von Enteignungen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3373 3375 3376 3378

Enteignung von Filderbauern als letztes Mittel zur Realisierung der Landesmesse

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4282 4294 4295

Angebote Beträge für einen freiwilligen Verkauf der fehlenden Grundstücke für die neue Landesmesse, Vergleich mit dem Betrag im Falle der Enteignung, Anstreben des Verzichts auf Enteignungen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5242-5248

Enteignungsgesetz

s. Enteignung

Entenmast

s. Geflügelwirtschaft

Entfernung von Störern von der Tribüne

s. Landtag, Hausrecht

Entfernungspauschale

s. Kilometerentschädigung

Entführung

s. Menschenraub

Entlassung eines Ministers

Entlassung des Ministers für Umwelt und Verkehr

Antr

s. Minister für Umwelt und Verkehr

Drs 13/328

Entlassung von Frau Justizministerin Corinna Werwiger-Hertneck

Antr

s. Justizministerin

Drs 13/3407

Forderung nach Entlassung der Justizministerin

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5147 5159

Entschädigung

s.a. Diäten

s.a. Haftung

s.a. Kilometerentschädigung

s.a. Lastenausgleich

s.a. Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich

s.a. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Steuerfreigrenzen bei Entschädigungen ehrenamtlicher kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Erhöhung der o.g. Freigrenzen im Kontext zu den Regelungen anderer Flächenländer, Umfang der dadurch entstehenden Steuerausfälle

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 26.07.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/133

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 7 8

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Situation der ehrenamtlichen Schöffen

Entwicklung der Bereitschaft der Bürger zur Schöffentätigkeit nach der Alters-, Geschlechts- und Berufsstruktur in den letzten Jahren; Vorbereitung und Aufwandsentschädigung im Vergleich zu anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten; steuerliche Bewertung der Einkünfte

Antr

s. Schöffe

Drs 13/622

Einhaltung des MinGes durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Bezug eines Darlehens bzw einer Aufwandsentschädigung vom VfB Stuttgart als Präsident, zeitliche Überschneidung mit der Tätigkeit als FM, Vereinbarkeit einer Aufwandsentschädigung von DM 25 000 pro Monat mit dem Begriff des Ehrenamts, Frage nach steuer- und strafrechtlichen Konsequenzen

Antr

s. Mayer-Vorfelder, Gerhard

Drs 13/751

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr

s. BSE

Drs 13/786

Überplanmäßige Ausgaben bei den Entschädigungen an Vollstreckungsbeamte (Kap. 0503 Tit. 459 53) im Hj 2001

Mittlg

s. Gerichtsvollzieher

Drs 13/850

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Klärungsbedarf weiterer Fragen nach Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/751, Ergebnis der Prüfungen des Landesamts für Besoldung und Versorgung, Einstufung des VfB Stuttgart als Betrieb gewerblicher Art nach Äußerung des VfB-Präsidenten Haas, Vereinbarkeit dieser Äußerung mit der gezahlten Aufwandsentschädigung an Mayer-Vorfelder für seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Präsident, Handhabung der Verhängung von Zwangsgeld und der beantragten Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung im Regelfall sowie im o.g. Fall, Übereinstimmung der Abgabe von Umsatzsteuererklärungen mit dem MinisterGes, Gründe für die Änd der GO der Finanzämter

Antr

s. Mayer-Vorfelder, Gerhard
Drs 13/856

Hat der ehemalige Finanzminister Mayer-Vorfelder gegen das MinisterGes verstoßen?

Einstufung eines Jahreseinkommens von DM 100.000,- durch Ausübung einer regelmäßigen ehrenamtlichen Tätigkeit als steuerpflichtiges Einkommen bzw Verstoß gegen das MinisterGes?

Antr
s. Mayer-Vorfelder, Gerhard
Drs 13/958

Verfahren über die Fortsetzung einer Therapie im Fall eines therapiebedürftigen Straftäters

Gründe des Abbruchs der Therapie eines im Sommer 2001 entlassenen Straftäters im LKreis Ludwigsburg mit der Folge der erneuten Straffälligkeit; Bereitstellung der notwendigen Zahl von Therapieplätzen; angemessene Opferentschädigung

Antr
s. Straftäter
Drs 13/1202

Freistellungsregelung und Kostenerstattung für die Einsatzkräfte des Einsatzes nach dem Flugzeugabsturz am Bodensee

Begründung des Verzichts auf Auslösung von Katastrophenalarm; Gewährleistung der o.g. Regelungen und Regulierungen für künftige Fälle; Hinwirkung auf unbürokratische Erstattung der noch offenen Einsatzkosten

Antr
s. Sonderurlaub
Drs 13/1464

Schadenersatzleistungen bei Qualitätsmängeln im Schienenpersonennahverkehr

Höhe und Art der Verwendung der gegen die Bahn AG u.a. Unternehmen verhängten Vertragsstrafen, Anstreben einer flächendeckenden vertraglichen Vereinbarung von Qualitätsstandards sowie eines konkreten Ausgleichs für die von Mängeln betroffenen Fahrgäste

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 12.12.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1617
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 20.03.2003 Drs 13/1968 S. 30 31
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Cross-Border-Leasing

Frage nach Kriterien und Möglichkeiten der kommunalaufsichtsrechtlichen Prüfung und Genehmigung o.g. Verträge von Kommunen mit US-Investoren, u.a. Prüfung der Vereinbarkeit mit dem EU-Vergaberecht, der Risiken einer Insolvenz des Investors, von Gerichtsverfahren und Schadenersatzforderungen; Verpflichtung der Kommunen zur Weitergabe des finanziellen Vorteils über die Gebühren? Haftungsrisiken des Landes; Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinderäte; Beurteilung des angestrebten Verbots in Bayern; Auflistung der bisher geschlossenen Verträge und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge

Antr
s. Leasing
Drs 13/1885

US-Cross-Border-Leasing im Lichte der Rechtsprechung des BGH

Beurteilung o.g. Entscheidung zu einem kommunalen Leasinggeschäft, Konsequenzen für die kommunale Rechtsaufsicht bzw die durchgeführten und noch geplanten CBL-Geschäfte, Begründung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinden gegenüber der Rechtsaufsicht bzw dem Land?

Antr
s. Leasing
Drs 13/2124

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. Regionalverkehr
Drs 13/2456

Verschweigen von Einkünften des ehemaligen Finanzministers beim Bezug höherer Übergangsgelder

Strafrechtliche Relevanz des o.g. Vorgangs nach Auffassung der Staatsanwaltschaft; Ansehensverlust der Finanzverwaltung durch die unvollständige und verspätete Abgabe von Steuerklärungen durch Gerhard Mayer-Vorfelder sowie die nicht erfolgte Angabe von Einkünften bzw Aufwandsentschädigungen gegenüber dem Landesamt für Besoldung?

MdlAnfr
s. Mayer-Vorfelder, Gerhard
Drs 13/2480

Schadensregulierung der Folgen fehlerhafter BSE-Tests am Ulmer Schlachthof

Verweigerung einer außergerichtlichen Schadensregulierung gegenüber der Stadt Ulm - im Gegensatz zu einem gleich gelagerten Fall in Oberschwaben? Gleichbehandlung der Betroffenen von fehlerhaften Tests der vom Land zertifizierten und kontrollierten Labors

MdlAnfr
s. BSE
Drs 13/2480

Opferschutz - Erfahrungen mit dem Verfahren nach dem OpferentschädigungGes (OEG)

Entwicklung der Fallzahlen, Verfahrensdauer und jeweils festgelegten Entschädigung seit 1998; Altersstruktur und Frauenanteil der Opfer, Anteil von Beziehungstaten bzw von sexueller Gewalt; Anstreben eines schonenden Umgangs mit den Opfern, insbes Vermeidung von Doppelbefragungen innerhalb der Verfahren

Antr
s. Opferschutz
Drs 13/2961

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die örtliche Zuständigkeit nach dem Ges über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten sowie der VO über die Zuständigkeit bei Erstattungen nach dem OpferentschädigungGes und dem Bundes-SeuchenGes

GesEntw

s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Ges zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung
Änd der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes

GesEntw
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/3491

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Anpassung des UntersuchungsausschussGes an die Rechtsänderung des Bundes zur Vergütung von Sachverständigen und Zeugen

GesEntw
s. Verfassungsschutz
Drs 13/4524

Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen iRd organisierten Nachbarschaftshilfen

Behandlung der iRd organisierten Nachbarschaftshilfen beschäftigten Helfer als Arbeitnehmer durch das FM

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 21.10.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4760
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 14 15
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ges zur Änd des Gemeindegewirtschaftsrechts
Änd des AufwandsentschädigungsGes

GesEntw
s. Gemeindegewirtschaftsrecht
Drs 13/4767

Abschaffung der Sozialversicherungspflicht für Aufwandsentschädigungen von ehrenamtlich Tätigen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55

Frage nach einer vertraglichen Regelung der Schadenersatzpflicht von Toll Collect für die Einnahmeausfälle infolge des bisherigen Scheiterns der Einführung der Lkw-Maut

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712 3718-3727

Umsetzung der Entschädigungsregelung des Bundes für Landwirte mit dem Landes-Bodenschutz- und AltlastenGes

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5613

Verweisung auf mögliche Entschädigungsleistungen von Arbeitgebern im Falle einer Umsetzung des AntidiskriminierungsGes der BReg

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280

Entschädigung von Abgeordneten

s. Diäten

Entsorgung

s.a. Abfallbeseitigung

s.a. Abfallwirtschaft

s.a. Recycling

s.a. Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen

Sondierungs- und Untersuchungsprogramm der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz (Benken)

Beurteilung von Ergebnissen und Konsequenzen der Untersuchungen; Hinwirkung auf einen Stopp der bisherigen Planungen sowie auf Einrichtung einer grenzübergreifenden Begleitkommission, Einräumung von Beteiligungsrechten der grenznahen deutschen Gebietskörperschaften und Bevölkerung

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 13.09.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/227

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 08.11.2001 Drs 13/488 S. 13-15

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Erkundung und Sondierung eines Standorts für ein Endlager für radioaktive Abfälle in Benken in der Schweiz

Hinwirkung auf Beteiligungsrechte der grenznahen deutschen Gebietskörperschaften und Bevölkerung sowie auf Untersuchungen weiterer Standorte in der Schweiz

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 26.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/484

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 50 51

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Reduzierung der für die Stilllegung und den Rückbau von Atomkraftwerken in BW vorgesehenen Rückstellungen

Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen für die fünf KKW in BW; Umfang von Entnahmen der EnBW oder ihrer Tochterunternehmen, Beurteilung der Verwendung für Firmenzukäufe, Unternehmensbeteiligungen und Abdeckung von Verlusten iRd operativen Geschäfts; jährliche Berichtsvorlage über den Stand der Rückstellungen

Antr
s. Rücklage
Drs 13/511

Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken

Darlegung o.g. Erkenntnisse unter Einbeziehung der Studie von Dr. Alfred Köberlein; Frage nach der Art der Belüftung der Castorbehälter im Zwischenlager des AKW Gundremmingen

MdlAnfr
s. Krebs (Krankheit)
Drs 13/1778

Atomendlager Benken in der Schweiz/Beurteilung nach dem Erdbeben am Oberrhein

Intervention in Bern gegen den o.g. Standort wegen Erdbebengefährdung

KlAnfr Norbert Zeller SPD 28.02.2003 und Antw UVM Drs 13/1851

Endlagerung atomarer Abfälle

Bisheriger Mitteleinsatz für das Endlagerprojekt in Gorleben, Gründe für die Einstellung der weiteren Erkundung; Rechtsgrundlagen, Verfahrensschritte und Zeitrahmen für die Suche nach einer Alternativlösung; Beurteilung der Sicherheit der Zwischenlagerung bei den AKW sowie des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

Antr CDU 21.03.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1922

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4820-4829

Neue gutachterliche Stellungnahme zur Eignung des Standorts Benken für eine Atomendlagerstätte

Auswirkungen des o.g. Standorts für die Bevölkerung am Hochrhein nach den Ergebnissen der neuesten Gutachten; Ablehnung des Standorts Benken gegenüber den politisch Verantwortlichen in der Schweiz

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 27.03.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1946

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 (dazu Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU und Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP) S. 24-26

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Mittlg LReg 08.04.2004 Drs 13/3111

Auswahlverfahren für einen Endlagerstandort am Hochrhein (Schweizer Seite)

Unterstützung der Stellungnahme des BUMweltMin zu der Stellungnahme des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte zum Auswahlverfahren Opalinuston im Züricher Weinland?

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 09.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1980

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 24-26

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten;

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates zur Festlegung grundlegender Verpflichtungen und allgemeiner

Grundsätze im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen (KOM(2003)32) und

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (KOM(2003)32)

Mittlg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 13/2110

Risiken durch den Rückbau der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung (HAWC)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Ergebnisse entsprechender Verhandlungen des WM mit der Energiewirtschaft, Beurteilung der Anlagensicherheit gegen Einwirkungen von außen

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 17.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4163

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2005 Drs 13/4648

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

Planungen und Kostenentwicklung des weiteren Rückbaus der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans für den Rückbau und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Beeinflussung des Zeitplans durch die Kostensteigerungen sowie Trennung des Forschungszentrums Karlsruhe von einer durchführenden Firma

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 30.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4189

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2005 Drs 13/4648

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7193-7198

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Beurteilung der Leistung des KWO, des technischen Sicherheitsniveaus und der Wirtschaftlichkeit während der gesamten Laufzeit sowie der anstehenden Abschaltung angesichts der Laufzeiten anderer Druckwasserreaktoren in Europa; erwarteter Verlust an Kompetenz in der Kerntechnik, von Arbeitsplätzen sowie Anstieg von CO₂-Emissionen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente; Bewertung der Entsorgungspolitik des Bundes mit dem Verbot der Atommülltransporte und der damit notwendigen Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten; Anforderungen an eine nachhaltige, zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung ohne Kernenergienutzung

Antr

s. Kernkraftwerk Obrigheim

Drs 13/4247

Neustrukturierung der Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) einschließlich HAWC-Lagerbetrieb

Mittlg LReg 02.08.2005 Drs 13/4581

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2005 Drs 13/4648

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7193-7198

Vorwurf der Blockade der Endlagerung von Atommüll durch die BReg

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Problematik der ungeklärten Entsorgung radioaktiver Abfälle, Bewertung der Sicherheit von atomaren Zwischenlagern vor Terroranschlägen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 485-490 492 495

Problematik der ungeklärten Entsorgung radioaktiver Abfälle

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1211 1214

Hinweis auf die ungeklärte Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1831 1834

Hinweis auf die ungeklärte Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle bzw auf die Erforschung einer neuen Technologie zur Reduzierung der Strahlungsdauer von Atommüll, Widerstand gegen die Schweizer Endlagerstätte Benken am Hochrhein

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3184 3186

Widerstand gegen die Schweizer Endlagerstätte Benken am Hochrhein

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3296 3303

Hinweis auf die ungeklärte Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle bzw auf die Erforschung einer neuen Technologie zur Reduzierung der Strahlungsdauer von Atommüll

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3463 3466

Behandlung der Endlagerproblematik durch die neue LReg in Niedersachsen und die BReg

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4336 4337

Hinweis auf die ungeklärte Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle, Beurteilung des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5331 5333 5370

Risikobewertung der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle bei den Kernkraftwerken, Behandlung der Endlagerproblematik durch die neue LReg in Niedersachsen und die BReg

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5648

Problematik der ungeklärten Entsorgung radioaktiver Abfälle, Höhe der Kosten einer Endlagerung und des Gefahrenpotenzials

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6472 6493 6505 6506

Risikobewertung der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle bei den Kernkraftwerken, Überschreitung der Lagerkapazitäten im Falle der Laufzeitverlängerung der KKW

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697 7714 7718 7720

Entwicklungshilfe

s.a. Agenda 21

s.a. Entwicklungsland

s.a. Kreditanstalt für Wiederaufbau

s.a. Nachhaltige Entwicklung

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Bedeutung der erneuerbaren Energien iRd Entwicklungszusammenarbeit

GrAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/134

Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Revision des bisherigen Konzepts, Konzentration auf Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Gleichstellung von Mann und Frau, Demokratisierung, schulische und berufliche Bildung, Nutzung erneuerbarer Energien; Kooperation mit Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, Unterstützung kommunaler Partnerschaften, Verzicht auf weitere Mittelkürzungen sowie Zersplitterung der Zuständigkeiten auf sieben Ministerien, institutionelle Förderung von NRO, Gründung eines LEntwicklungsbeirats, Neustrukturierung der Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit und Ausstattung mit Stiftungskapital

Antr GRÜNE 24.10.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/370 (12 S.)

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1880 (abgesetzt)

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1939-1948

(Abschnitt I erledigt, Abschnitt II an den WirtA überwiesen, Herr Dr. Witzel, GRÜNE, hat in der 13. Sitzung des WirtA am 18.12.2002 namens seiner Fraktion Abschnitt II zurückgezogen)

Auflösung des Referats Entwicklungszusammenarbeit

Auflösung und anderweitige Verankerung des o.g. Referats im WM?

MdlAnfr 4) Dr. Walter Witzel GRÜNE 10.12.2001 Drs 13/530

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 765

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Aufstockung der Mittel für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/657-4 S. 30

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Sicherung der entwicklungspolitischen Projekte der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/657-5 S. 31 32

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-11 S. 42 43

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/684-4 S. 10 11

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Entwicklung und Perspektiven für die Lokale Agenda 21 in BW

Entwicklung und Stand o.g. Projekte von Kommunen und Bürgergruppen, Unterstützung von Maßnahmen auf regionaler Ebene sowie der Entwicklungszusammenarbeit, Verbindung mit dem bürgerschaftlichen Engagement i.S. von Nachhaltigkeit

Antr

s. Agenda 21

Drs 13/1043

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr FDP/DVP 19.06.2002 und Antw WM Drs 13/1093 (21 S.)

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Antr FDP/DVP, CDU, SPD und GRÜNE 14.07.2004 Drs 13/3369

BeschlEmpf und Bericht WirtA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 8-12

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Kürzungen der Landesmittel für Entwicklungszusammenarbeit

Umfang und Bereiche der zu erbringenden Einsparungen im Zuge der Erhöhung der globalen Minderausgaben; Auswirkungen auf Maßnahmen und Projekte im Inland, der Außenwirtschaft und Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Einsparauflagen der anderen mit Entwicklungspolitik befassten Ressorts

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 31.07.2002 und Antw WM Drs 13/1236

Effektivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Landes

Bündelung der Zuständigkeiten in einem Ministerium, Höhe der dadurch erzielbaren Einsparungen, Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen iRd wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 23.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1422

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz,

insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU, Dr. Walter Caroli u.a. SPD, Heiderose Berroth FDP/DVP und Boris Palmer GRÜNE 14.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1787 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 20 21
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Spende der LBBW an die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit
Verknüpfung der o.g. Kapitalzuführung mit der Fortführung der Bezuschussung der Stiftung aus dem Landeshaushalt, Begründung der Spende mit Absprachen im Zuge der damaligen Fusionsverhandlungen zur LBBW, Frage nach einem persönlichen Drängen des MinPräs auf Einlösung dieser Zusagen

Antr
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 13/1913

Menschenrechtsverletzungen in Burundi - Friedliche demokratische Entwicklung des Partnerlandes stärken

Entwicklung der Sicherheitslage zwischen den verfeindeten Ethnien der Hutu und Tutsi nach Unterzeichnung des Friedensabkommens von Arusha/Tansania im August 2000, Situation der Flüchtlinge, Unterstützung von humanitären Projekten, Einflussnahme auf die Übergangsregierungen; Wiederbelebung der Partnerschaft zwischen Burundi und BW

Antr
s. *Burundi*
Drs 13/2116

Haushalt 2004; Epl 07

Sicherung der entwicklungspolitischen Projekte der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2807-3 S. 29 30
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807 17 18 S. 48 49
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2847-10 S. 16 17
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Entwicklungs-Zusammenarbeit im Unterricht

Behandlung der o.g. Thematik im Unterricht, verstärkte Nutzung der Informations- und Beratungsangebote der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit BW

KlAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 19.05.2004 und Antw KM Drs 13/3220

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Einbeziehung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in die Projekte der Public-Privat-Partnership, Evaluation dieser Projekte und Beteiligung des Mittelstands; Aufbau leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen für eine nachhaltige Entwicklung; Bewertung des Konfliktpotenzials der Trinkwasserversorgung, Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Umweltakademie mit dem indischen Bundesstaat Gujarat; Unterstützung des fairen Handels mit der Vergabe öffentlicher Aufträge und dem Beschaffungswesen; Ausweitung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit; Beurteilung des Vorschlags für einen runden Tisch zur Förderung der interkulturellen Kompetenz

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 10.08.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3494 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 18-20
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

BW als Partner für eine Katastrophenregion in Südostasien

Unterbreitung eines Vorschlags für eine Partnerschaft zum Wiederaufbau einer von der Flutkatastrophe stark betroffenen Region in Abstimmung mit der BReg, anderen BLändern und Kommunen in BW; Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/3950

Haushalt 2005 und 2006; Epl 07

Rücknahme der Kürzungen für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4007 19-20 S. 40 41
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Dank für die große Solidarität, Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bürger und den Einsatz der Polizeibeamten; Eintreten für eine effektive Verwendung der Spenden für langfristig wirksame Projekte und Aufbaumaßnahmen; Ansiedlung der Koordinierungsstelle im WM, Bestimmung als Anlaufstelle zusammen mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit für die Hilfsorganisationen; Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/4085

Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit in BW durch Optimierung der Arbeit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ)

Verfügbare Mittel der Stiftung seit 2003, Anteil der Personal- und Verwaltungskosten sowie für die in der Entwicklungshilfe tätigen Initiativen (NGO), finanzielle Situation der NGO und Netzwerke, Möglichkeiten einer institutionellen Förderung mit Mitteln des Landes oder der Landesstiftung, Frage nach Abstimmungsgesprächen zwischen Stiftung und NGO zur Vermeidung von Doppelangeboten

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 13.07.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4502
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 20-22
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Entwicklungspartnerschaft in BW mit einem Land Afrikas

Ergebnisse der o.g. Prüfung in Ausführung des Landtagsbeschlusses unter Einbeziehung von Organisationen der Entwicklungshilfe und der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit, Frage nach der Eignung von Burundi bzw der Fortführung der dort wegen der Bürgerkriegssituation eingestellten Hilfsprojekte

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 27.07.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4556
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 20-22
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnismobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 20.09.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4647

Nichteinhaltung der Finanzierungszusagen der LReg gegenüber der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW

Bestätigung des o.g. seit Jahren bestehenden Sachverhalts? Vorlage des von der SEZ in Auftrag gegebenen Gutachtens

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 20.10.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4757

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 20-22

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Bericht zur Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Berichtsvorlage über den Zeitraum der 13. WP vor Jahresende 2005

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 25.10.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4774

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 20-22

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Haushalt 2006; Nachtrag

Rücknahme der Kürzungen für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit

ÄAntr GRÜNE 15.11.2005 Drs 13/4840-N 39 S. 98

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ausmaß von Elend und Hunger in der Welt, Verstärkung der Beiträge zur Entwicklungshilfe

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 365

Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Entwicklungszusammenarbeit

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 950 952 957

Kürzung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf ein Minimalniveau

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4287 4291 4292 4296

Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit trotz oder wegen der Flutkatastrophe in Südostasien, Engagement der Landesstiftung in der Entwicklungshilfe

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6026-6028

Entwicklungsland*Entwicklungszusammenarbeit des Landes*

Revision des bisherigen Konzepts, Konzentration auf Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Gleichstellung von Mann und Frau, Demokratisierung, schulische und berufliche Bildung, Nutzung erneuerbarer Energien; Kooperation mit Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, Unterstützung kommunaler Partnerschaften, Verzicht auf weitere Mittelkürzungen sowie Zersplitterung der Zuständigkeiten auf sieben Ministerien, institutionelle Förderung von NRO, Gründung eines LEntwicklungsbeirats, Neustrukturierung der Stiftung für Entwicklungszusammenar-

beit und Ausstattung mit Stiftungskapital

Antr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/370

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/1093

Kürzungen der Landesmittel für Entwicklungszusammenarbeit

Umfang und Bereiche der zu erbringenden Einsparungen im Zuge der Erhöhung der globalen Minderausgaben; Auswirkungen auf Maßnahmen und Projekte im Inland, der Außenwirtschaft und Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Einsparauflagen der anderen mit Entwicklungspolitik befassten Ressorts

KIAnfr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/1236

Effektivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Landes

Bündelung der Zuständigkeiten in einem Ministerium, Höhe der dadurch erzielbaren Einsparungen, Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen iRd wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern

Antr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/1422

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Einbeziehung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in die Projekte der Public-Privat-Partnership, Evaluation dieser Projekte und Beteiligung des Mittelstands; Aufbau leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen für eine nachhaltige Entwicklung; Bewertung des Konfliktpotenzials der Trinkwasserversorgung, Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Umweltakademie mit dem indischen Bundesstaat Gujarat; Unterstützung des fairen Handels mit der Vergabe öffentlicher Aufträge und dem Beschaffungswesen; Ausweitung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit; Beurteilung des Vorschlags für einen runden Tisch zur Förderung der interkulturellen Kompetenz

Antr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/3494

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnismobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr

s. Entwicklungshilfe
Drs 13/4647

Ausmaß von Elend und Hunger in der Welt, Verstärkung der Beiträge zur Entwicklungshilfe
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 365

Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Entwicklungszusammenarbeit
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 950 952

Auswirkungen einer von der WTO angestrebten Liberalisierung der Wasserwirtschaft auf die Entwicklungsländer
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3441

Entwicklungspolitik

s. Entwicklungshilfe

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08
Verstärkte Förderung der Biomassenutzung durch einen Neuzuschnitt des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum
s. Biomasse
Drs 13/4008

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKkreis Heilbronn
Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen

Antr
s. Wirtschaft
Drs 13/4152

Vergabe von Mitteln aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)
Zahl der gestellten und bewilligten Anträge sowie Höhe der jeweils vergebenen Mittel seit 2000; Kriterien der Mittelvergabe, Ausgestaltung des Verfahrens und Zusammensetzung der Auswahlkommission
Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 20.07.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4534
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 71 72
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Lückenschluss bei der Versorgung mit DSL-Anschlüssen im ländlichen Raum
Bemühungen um schnelle und kostengünstige Internetzugänge in allen Landesteilen und Orten, Hinwirkung auf den Ausbau der Glasfaserverbindungen durch die Telekom u.a. Netzbetreiber, ggf Unterstützung über das ELR-Programm oder andere Förderprogramme
Antr
s. Kabelnetz
Drs 13/4703

Haushalt 2006; Nachtrag
Verstärkte Förderung der Biomassenutzung durch einen Neuzuschnitt des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum
s. Biomasse
Drs 13/4840

10 Jahre Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)
Darlegung der o.g. Bilanz bzw der gesicherten und neu geschaffenen Arbeitsplätze, Bewährung der Koordinierungsausschüsse und des Förderverfahrens? Berücksichtigung der Verringerung des Landschaftsverbrauchs bei der Ausweisung von Gewerbegebieten bzw Vorrang der Innenentwicklung mit dem Projekt MELAP; Umfang der flankierenden Förderung aus Mitteln und Programmen der EU, Auswirkungen der Neuordnung der EU-Strukturpolitik auf das ELR

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4890
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 113-115
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Fortführung des ELR
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 60

Erfolg des ELR, Zusammenfassung und Fortführung mit der Dorfentwicklung
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 514

Erfolg des ELR, Schaffung neuer Arbeitsplätze
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1045 1055

Beitrag des ELR zur Dorferneuerung
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1831

Beitrag des ELR zur Umnutzung von leer stehenden Gebäuden in den Ortskernen
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3043 3049

Beitrag des ELR zur Ermöglichung von Neubauten in den Ortskernen
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3579

Beitrag des ELR zur Nutzung innerörtlicher Brachen in den Ortskernen
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3777

Fortführung des ELR trotz der Sparzwänge
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4357

Anregung des RH zur Übertragung des ELR ins WM
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5553

Fortführung des ELR trotz der Sparzwänge
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6081 6090 6092

Bewertung des ELR als Strukturprogramm, Ablehnung einer Übertragung ins WM
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330 6332

Entwicklungszusammenarbeit

s. Entwicklungshilfe

Enzbahn

s. Enzthalbahn

Enzberg, Ortsteil

s. Mühlacker

Enzkreis

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Enzkreis
Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 338, 1134, 1135 und 1177

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/733

Zuweisungen im LKreises Calw, Freudenstadt und Enzkreis
Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2001

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/1285

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken
Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1880

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim
Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1971

Landesstraßenbau im Enzkreis, L 1177/Ausbau zwischen Mönsheim und Weissach
Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung der o.g. Maßnahme; Vergleich der beiden Trassenvarianten nach der jeweiligen Verträglichkeit mit FFH-Gebieten, den Gesamtkosten und der rechtlichen Durchsetzbarkeit

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/3174

Neuordnung des Berufsschulwesens in der Region Pforzheim/Enzkreis
Auswirkungen der Veränderungen von Berufsfeldern und Lerninhalten auf die räumliche und sachliche Ausstattung der Berufsschulen; Stand der Planung und Finanzierung eines Umbaus oder Neubaus der Alfons-Kern-Schule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/3254

Der Schulbesuch von körper- und geistigbehinderten Kindern in der Region Pforzheim/Enzkreis

Unterstützung einer Erweiterung des entsprechenden Schulangebots um eine Oberstufe und Werkstufe in Pforzheim

KlAnfr
s. *Sonderschule*
Drs 13/4169

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald
Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Pforzheim und dem Enzkreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Pforzheim mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/5118

Notwendigkeit einer Verkleinerung des Wahlkreises Enz zugunsten des Wahlkreises Pforzheim, Verweisung auf den erfolgreichen Widerstand des Abg Mappus

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5833

Enztalbahn

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 19) - Erhöhungsantrag für den Ausbau einer Schieneninfrastruktur

Prüfung des o.g. Antrags der Albtal-Verkehrsgesellschaft für den „stadtbahnrechtlichen“ Ausbau der Enzbahn zwischen Pforzheim und Bad Wildbad

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XVI. S. 7
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 19.08.2005 Drs 13/4611

Umsetzung der Vorschläge des RH aufgrund des Förderverfahrens zur Verbesserung des Verkehrsangebots auf der Enztalbahn zwischen Pforzheim und Bad Wildbad

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548 550 551

Enzweihingen, Ortsteil

s. *Vaihingen a.d. Enz*

EP

s. *Europäisches Parlament*

Epidemiologisches Krebsregister

s. *Krebsregister*

Eppingen

Ortsvorsteherwahlen nach der Gemeindeordnung

Rechtmäßigkeit der Wahl eines Ortsvorstehers gegen dessen Willen vom Gemeinderat der Gesamtgemeinde? Darlegung am Beispiel des Eppinger Teilorts Elsenz; Klärung der Frage einer kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben bis zur Wahl und Ernennung eines neuen Ortsvorstehers

Antr

s. *Ortsvorsteher*

Drs 13/1228

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbaivorhabens Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr

s. *Eisenbahnstrecke*

Drs 13/3890

Scheitern des Vorschlags einer Verkleinerung des Wahlkreises Eppingen zugunsten des Wahlkreises Heilbronn am Widerstand der FDP/DVP

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5829 5830 5832 5834 5835 5839 5842 5845 5846

EQUAL

Kofinanzierung der EQUAL-Mittel

KlAnfr Rudolf Hausmann SPD 29.10.2001 und Antw SM Drs 13/383

EQUAL - Grenzenlose Chancengleichheit

Bewertung der o.g. Gemeinschaftsinitiative der EU; Auflistung der geeigneten Schwerpunktbereiche für potenzielle Entwicklungspartnerschaften, von Projekten und Trägern sowie des Finanzierungsbedarfs; Höhe der finanziellen Beteiligung des Bundes und der Kommunen sowie des jeweiligen Eigenanteils; Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierung

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 26.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/486

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/997 S. 33 34

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Kofinanzierung von EQUAL-Projekten

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 504

Kofinanzierung von EQUAL-Projekten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 606

Erbach

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4644

Schienenverbindung Donautal-/Südbahn im Bereich Erbach

Beurteilung von Überlegungen und möglichen Umsetzungsschritten für eine Schienen-Queranbindung zwischen der Südbahn/Erbach und der Donautalbahn/Ehingen, Frage nach notwendigen Vorarbeiten, Kosten und Finanzierung des Projekts

KlAnfr

s. *Schienenverkehr*

Drs 13/4753

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21?

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/5178

Erbbaurecht

Besteuerung von Erbbaurechten und Gleichbehandlung zu Grundstücksverkäufen

Klärung bzw Beseitigung der Unterschiede zwischen Erbbaurechten und dem Verkauf von Grundstücken bei der ertragssteuerlichen Behandlung

Antr

s. *Grundstücksverkehr*

Drs 13/321

Verkauf landeseigener Wohngebäude und Erbbaugrundstücke

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/5209

Erbschaft

s.a. *Erbschaftsteuer*

Nachlasssachen beim Karlsruher Notariat

Schädigung von Erben durch die Nachlasspflegerin E. und Notariatsamtsinspektor E. seit 1985, Einräumung einer umfassenden Verfügungsvollmacht durch die zuständige Nachlassrichterin, Zeitpunkt der Information und Konsequenzen des Notariatsdirektors Prof. L., des Präsidenten des LG Karlsruhe und des Ministeriums; Stand des Strafverfahrens; Schadenersatzleistungen des Landes

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 20.03.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/866

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1109 S.

89

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 12) - Einnahmen im Nachlassbereich

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 IX. S. 4 5
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 17.10.2005 Drs 13/4726

Erbenermittlung im Zusammenhang mit der Veräußerung von Immobilienbesitz des Landes

Fiskalerbschaften des Landes in den letzten 30 Jahren, Auflistung der darunter fallenden o.g. Immobilien, Frage nach der jeweiligen Bestellung von Nachlass- oder Abwesenheitspflegern bzw Einschaltung von Erbenermittlungsinstituten

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 01.06.2005 und Antw FM Drs 13/4365

Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/5077

Erbschaftsteuer

Reform der Grundsteuer

Beurteilung des Vorschlags der Finanzministerkonferenz, Auswirkungen auf die Einnahmen der Kommunen, Bewertung von Immobilien durch die kommunalen Gutachterausschüsse auch für andere Steuerarten, insbes für die Erbschaftsteuer

Antr
s. *Grundsteuer*
Drs 13/2918

Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/5077

Zuerkennung einer Länderkompetenz zur Erhebung und Festsetzung der Erbschaftsteuer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2156

Notwendigkeit einer Reform der Erbschaftsteuer für den Mittelstand

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404

Forderung nach Konsequenzen aus der Beratenden Äußerung des RH zur Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7854 7855

Erdbeben

Atomkraftwerk Fessenheim

Informationen über neue Schäden im AKW Fessenheim, insbes infolge von Alterungsprozessen bzw Rissbildung; Zeitpunkt und

Kosten des Austauschs der Dampferzeuger; Beurteilung der Sicherheitsrisiken und evtl Folgeschäden, insbes wegen der nicht vorhandenen Auslegung sicherheitsrelevanter Teile gegen Erdbeben; Hinwirkung auf eine Verkürzung der Untersuchungsintervalle

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/92

Atomendlager Benken in der Schweiz/Beurteilung nach dem Erdbeben am Oberrhein

Intervention in Bern gegen den o.g. Standort wegen Erdbebengefährdung

KlAnfr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1851

Risiken bei Erdbeben am Oberrhein

Auslegung von Gebäuden, Gasleitungen, Chemieanlagen, des Rheinseitenkanals und des AKW Fessenheim gegen Erdbeben; Ergebnisse von Katastrophenszenarien; Effizienz des regulären Katastrophenplans; Bewertung und Konsequenzen einer Schweizer Risikostudie

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 06.03.2003 und Antw WM Drs 13/1858

Untergrund des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim GKN I und GKN II; hier: Konsequenzen aus dem Gutachten von Prof. Jentzsch

Zugrundegelegte Bodenklasse und Auslegung gegen Erdbeben in den bisherigen Gutachten und in der Genehmigung des KKW Neckarwestheim, Beurteilung der geforderten Nachmessungen aus der o.g. Untersuchung; Konsequenzen für die Atomaufsicht

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/4110

Kernkraftwerk Fessenheim/Elsass

Vergleich der Sicherheitsstandards deutscher und französischer Kernkraftwerke; Frage nach der gegenseitigen Unterrichtung über Störfälle, insbes über die jüngsten Störfälle im KKW Fessenheim; Beurteilung des Gefahrenpotenzials unter Berücksichtigung der Hochwasser- und Erdbebensituation im Rheingraben; Maßnahmen zur Minimierung einer Gefährdung der Bevölkerung

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3023

Sicherheitsmanagement und Pannen im Kernkraftwerk Philippsburg II und anderen Kernkraftwerken im Land

Funktion der Pumpen des Notkühlsystems; Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens der Sicherungsbolzen bei einem Störfall bzw Erdbeben in Philippsburg und bei anderen Kernkraftwerken; Zeitpunkt der Information und Reaktion der Atomaufsicht; Effizienz der Atomaufsicht bei der Verbesserung des Sicherheitsmanagements

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3038

Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraftwerke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckarwestheim (GKN II)

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Konsequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3044

Atomkraftwerk Fessenheim; hier: Erneuter Störfall

Beurteilung der Auslegung sicherheitsrelevanter Teile des AKW Fessenheim gegen Erdbeben

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3124

Atomkraftwerk Fessenheim

Risse im Reaktordruckbehälter, mangelhafte Kabelisolierung und Erdbebensicherheit; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen entsprechender Untersuchungen aufseiten der französischen Atomaufsichtsbehörde und der Betreiber; Hinwirkung auf eine Minimierung der Risiken für die Bevölkerung über die Deutsch-Französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3909

Erdbeeren

s. *Obst*

Erdgas

s. *Gas*

Erdgasleitung

s. *Gasleitung*

Erdkunde

s. *Geographie*

Erdwärme

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solarenergie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassenutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Entwicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/134

Genehmigungen von Erdwärmesonden

Gründe der hohen Ablehnungsquote von Anträgen und Differenzen in der Gebührenerhebung sowie der Einstufung einer mit Sole gefüllten Anlage als grundwassergefährdend

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 13/1262

Nutzung von Erdwärme

Nutzung von Erdwärme in Verbindung mit Wärmepumpen, Einsatz von Anlagen in öffentlichen Gebäuden

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 08.10.2002 und Antw WM Drs 13/1377

Änderungen im Leitfaden zur Nutzung von Erdwärme mit Erdwärmesonden

Gründe bzw Rücknahme der Erschwerung der Genehmigung im Bereich von Wasserschutz zonen IIIB, Verzicht auf den geforderten Glykolateil im Wärmetransportmittel der Erdwärmesonden

KlAnfr Thomas Knapp SPD 24.10.2002 und Antw UVM Drs 13/1427

Förderung von Forschung und Anwendung der Tiefengeothermie in BW

Einschätzung der o.g. Potenziale zur Strom- und Wärmeerzeugung; Förderung der laufenden und künftigen Projekte

Antr SPD 30.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2315
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5098-5104
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 15 16
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Aufgabe des Ziels der LReg, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010 - auch nach den Äußerungen des WM? Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie; Verstärkung der Anstrengungen um eine erhöhte Energieeffizienz

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2514

Regenerative Energiegewinnung durch Geothermie

Einschätzung der Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten der Geothermie, insbes im Oberrheingraben; Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene

KlAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 28.01.2004 und Antw WM Drs 13/2863

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Unterstützung des Landes zur Fortsetzung des Geothermie-Projekts in Bad Urach

Ursachen für die Einstellung der Bohrung; Aufnahme von Verhandlungen mit dem Bundesumweltministerium, der EnBW und der Stadt Bad Urach über eine Fortsetzung der Bohrung und Aufteilung der Mehrkosten; Einrichtung eines Förderprogramms zur Nutzung von Erdwärme nach den Vorgaben des Umweltplans

Antr GRÜNE 06.05.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3186
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 01.07.2004 Drs 13/3333
 PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5098-5104
 Mittlg LReg 25.01.2005 Drs 13/3974
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 15 16
 PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Entwicklung der Geothermie in BW und Erdwärmeprojekt in Bad Urach

Ursachen und Höhe der Mehrkosten für die Probleme bei der Bohrung; Aufnahme von Gesprächen mit den anderen Projektpartnern zur Fortsetzung der Bohrung und Aufteilung der Mehrkosten; Förderung der Nutzung der oberflächennahen Erdwärme durch Sonden zur Wärmegegewinnung

Antr SPD 19.05.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3227
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 01.07.2004 Drs 13/3333
 PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5098-5104
 Mittlg LReg 25.01.2005 Drs 13/3974
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 15 16
 PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr
s. Erneuerbare Energie
 Drs 13/3560

Förderung der Tiefengeothermie in BW durch das Land

Ergebnisse der Untersuchungen zu den Kostensteigerungen beim Erdwärmeprojekt in Bad Urach, Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung zur Fortsetzung des Projekts, Beurteilung der unterschiedlichen Technologien zur Nutzung der Geothermie; Förderung der geeigneten Projekte, insbes in Bad Urach und Karlsruhe

Antr SPD 08.10.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3645
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 63-68
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 07**Mittelbereitstellung für ein neues Programm zur Förderung der Geothermie*

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4007-18 S. 38 39
 ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4047-5 S. 6 7
 PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 10**Förderung der oberflächennahen Geothermie*

ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4010-21 S. 47 48
 PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufeuerung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr
s. Erneuerbare Energie
 Drs 13/4030

Bedeutung der oberflächennahen Geothermie für die Energieversorgung im Gebäudebereich

Nutzung von Erdwärme durch Erdwärmesonden in Verbindung mit Wärmepumpen seit 1998, geeignete Gebiete und Genehmigungssituation, Entwicklungsstand und Zuverlässigkeit dieser Art der Wärmegegewinnung, Vergleich der Investitions- und Betriebskosten mit der Beheizung von Wohngebäuden mit Erdgas und Heizöl; Darstellung der Effekte für den Klimaschutz, die Energieeinsparung und Gewinnung von Arbeitsplätzen

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 06.04.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4216
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 23.06.2005 Drs 13/4592 S. 29-32
 PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Entwicklung und Förderung der geothermischen Energiegewinnung in BW

Entwicklungschancen und Potenziale der verschiedenen Technologien, Nutzung der oberflächennahen Erdwärme durch Sonden zur Wärmegegewinnung, Zahl der gestellten und positiv beschiedenen Förderanträge; Erhöhung der Fördermittel für Projekte der Tiefengeothermie

Antr SPD 20.04.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4265
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 63-68
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Aufhebung der Haushaltssperre für das Förderprogramm Geothermie

Eingegangene und bewilligte Anträge, Höhe des Fördervolumens, Aussagen der Ministerin zur Förderunschädlichkeit für bereits begonnene Projekte bzw zur Aufhebung der Haushaltssperre für das Förderprogramm bereits im Juni oder Juli

Antr SPD 10.05.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4314
 PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6539

Situation und Perspektive des Tiefen-Geothermie-Projekts in Bad Urach

Stand und weitere Perspektiven des Projekts, Zeitrahmen für den erfolgreichen Abschluss der Bohrungen und Aufnahme der Strom- und Wärmeerzeugung

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 12.07.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4492
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 27.10.2005 Drs 13/4821 S. 43 44

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Vergabe der Fördermittel Geothermie

Art und Zeitpunkt der Vergabe der etatisierten Mittel zur Absicherung der Fündigkeitsrisiken bei Geothermieprojekten

KIAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 21.09.2005 und Antw WM Drs 13/4666

Förderung der Nutzung der oberflächennahen Geothermie

Zahl der landesweit sowie im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und in Freiburg geförderten Projekte, Höhe der jeweils geflossenen Mittel, Vereinfachung der Verwaltungsabwicklung des Programms?

KIAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 29.09.2005 und Antw UM Drs 13/4689

Förderung der oberflächennahen Geothermie

Zahl der gestellten und bewilligten Anträge iRd Klimaschutzprogramms, Umfang des Fördervolumens, der nutzbaren Energiemengen und eingesparten CO₂-Emissionen; Verstärkung der Förderung durch Mittelumschichtung im Haushalt

Antr SPD 21.10.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4759
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 63-68
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Abgleichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KIAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 09.11.2005 und Antw UM Drs 13/4813

Haushalt 2006; Nachtrag

Förderung der oberflächennahen Geothermie

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 64 S. 154-156
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Eintreten für einen zentralen Fonds zur finanziellen Absicherung des Bohrrisikos bei Geothermieprojekten

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Feststellung eines Defizits bei der Erdwärmenutzung in BW

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 97 98

Forcierung der Erdwärmenutzung in BW

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 431

Forcierung der Erdwärmenutzung in BW

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1385

Nutzung des Potenzials der Geothermie in BW

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1553 1559

Nutzung des Potenzials der Geothermie in BW

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3142 3145 3152 3182 3183

Nutzung des Potenzials der Geothermie in BW, Überwindung der aktuellen Finanzprobleme bei der Tiefenbohrung in Bad Urach, Verweisung auf die höhere Einspeisevergütung mit der Novellierung des EEG

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869 4871-4873 4877 4878

Förderung der Geothermie durch den MinPräs: Begründung des weiteren Verbleibs im Amt bis zum 19.04.2005

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5591 5592

Förderung von Grabungen zur Erdwärmenutzung im Oberrheingraben

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6022 6026 6028 6033

Einrichtung eines Förderprogramms für die oberflächennahe Geothermie

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054-6056 6066 6068 6123 6124 6127 6128

Einrichtung eines Förderprogramms Geothermie, Kritik an der mangelnden Mittelausstattung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6410 6437 6438 6440 6441 6443 6444 6454

Nutzung des Potenzials der Geothermie in BW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7019 7025-7027 7029

Erfolgsbewertung bzw Fortsetzung des Förderprogramms Geothermie

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7053 7054

Erdwärmesonde

s. *Wärmetechnik*

Erdwissenschaft

s. *Geowissenschaft*

Erfindung

s.a. *Vorschlagswesen*

Entwicklung der Patentanmeldungen

Rückläufigkeit o.g. Zahlen und damit Verlust der Spitzenposition unter den BLändern, Ursachen und Auswirkungen, insbes auf die technologische Leistungsfähigkeit der Unternehmen; Hinwirkung auf ein europäisches Gemeinschaftspatent, Einrichtung eines Dienstleistungszentrums für Erfinder, Förderung der wirtschaftsnahen Forschung

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 03.05.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/978

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S.

16 17

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Innovationsstandort BW

Bedeutende Innovationen für den Wirtschaftsstandort in den letzten fünf Jahren, Zahl der Patente, Stellenwert der Universitäten und wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, unterstützende Rolle von Veranstaltungen wie Messen oder Kongresse, geplante Maßnahmen für die nächsten Jahre

Antr

s. *Innovation*

Drs 13/4212

Gemeinsame Anzeige der LReg mit der EnBW

Höhe und Träger der Kosten der Anzeigenserie zum Thema Patente

MdlAnfr

s. *Anzeige (Bekanntmachung)*

Drs 13/5172

Spitzenposition des Landes bei den Patentanmeldungen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 851

Erinnerung an das frühe Wirken bedeutender Erfinder im badischen Landesteil; Feststellung einer ungünstigen Relation zwischen den Aufwendungen für die Forschung und Umsetzung der Resultate, Unterstützung der Vermarktung von Patenten und Lizenzen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1515 1516 1528

Zahl von Patentanmeldungen in BW u.a. BLändern

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4494 4497

Verlagerung der Patentberatung auf die Steinbeis-Zentren

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5450 5454

Bewertung der Informationszentren Patente und Technik als Aufgaben der Mittelstandsförderung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6022 6031 6032

Zahl von Patentanmeldungen in BW u.a. BLändern

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6406

Anteil von Patentanmeldungen in BW im bundes- und europäischen Vergleich

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7145

Anteil von Patentanmeldungen in BW im bundes- und europäischen Vergleich

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880 7882 7883 7891 7892

Ergänzungsschules. *Privatschule***Ergänzungszuweisung an Bundesländer**s. *Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern***Ergenzingen, Ortsteil**s. *Rottenburg***Erholungsgebiet**s.a. *Grünfläche*s.a. *Landschaftsschutzgebiet*s.a. *Schönbuch*s.a. *Schwäbische Alb*s.a. *Schwarzwald***Naturparkkonzeption des Landes**

Vorhandene und geplante Naturparke, Darstellung der Finanzierung, Vorleistungen der LKreise und Kommunen; Verwirklichung der Plenumansätze; Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung einschließlich des Fremdenverkehrs; Offenhaltung der Landschaft, insbes im Schwarzwald; Fortschreibung der Konzeption von 1976

Antr FDP/DVP 17.12.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/578

Geländewagen-Parcours Stühlingen-Lausheim

Beurteilung des o.g. Vorhabens; Vereinbarkeit mit dem seit 1999 ausgewiesenen Naturpark Südschwarzwald, dessen Satzung und einem in der Nähe angelegten Biotop; Bindung der Vergabe von Fördermitteln an die Naturparke an die Einhaltung der satzungsmäßigen Grundsätze

KlAnfr

s. *Motorsport*

Drs 13/641

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Initiativen für den Bereich „Familienfreundliches BW“; Förderung des Öko- und damit des Radtourismus, Umgestaltung stillgelegter Bahnstrecken zu Geh- und Radwegen, Stellenwert der Naturparke für die Tourismuswerbung

GrAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/1060

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Beherbergungskapazität der Unternehmen seit 1993; Rolle der Kur- und Bäderorte; Ausweisung von Naturparke zur Stärkung der touristischen Attraktivität

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Entwicklung der Zahl und Flächen von Landschafts- und Naturschutzgebieten, Naturdenkmälern, Bannwäldern und Naturparke seit 1998; Förderung der natürlichen Sukzession auf nicht genutzten Flächen über Aufforstungsprämien

GrAnfr

s. *Umwelt*

Drs 13/1821

Vergabe der Erträge aus der Glücksspirale

Verfahren und Kriterien der Mittelvergabe durch das UVM; Verwendung zur Sanierung von Wurftaubenschießanlagen, Anteil von Eigenmitteln der Vereine; Vergabe von Mitteln zur Förderung der Naturparke; Einsatz der Mittel für gemeinnützige Zwecke? Auszahlung der Erträge direkt an Verbände oder Stiftungen zur Förderung von Natur- und Umweltschutzprojekten

Antr

s. *Lotterie*

Drs 13/2341

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzrechtlichen Grundstücken; Aufnahme der Schutzgebietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/2538

Ges zur Änd des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

Erweiterung der Zuständigkeit des VRS auf die Trägerschaft eines Landschaftsparks unter finanzieller Beteiligung der betroffenen Kommunen; Streichung des 2/3-Quorums in der Regionalversammlung für die Trägerschaft und Koordinierung regionalbedeutsamer neuer Messen, Messebeteiligungen, Kongresse, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie für regionalbedeutsame Schienenpersonennahverkehre; Anpassung der Verweisungen auf Bestimmungen des Landesplanungsges an die Neufassung mit neuer Paragraphenfolge

GesEntw
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/3577

Erweiterung des Industriegebiets Gölshausen - Gemarkung Bretten; Umwandlung von Teilen des Rüdtdwaldes im Naturpark Stromberg-Heuchelberg

Vereinbarkeit der o.g. Planung mit dem erklärten Ziel der Eindämmung des Flächenverbrauchs bzw mit Alternativstandorten und erschlossenen Gewerbeflächen in und um Bretten, Beurteilung der vorgesehenen Ausgleichsflächen, Berücksichtigung der Stellungnahme der Naturpark-Verwaltung in den laufenden Verfahren

KlAnfr
s. *Gewerbegebiet*
Drs 13/3938

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“ im Vergleich zu anderen Naturparks; Förderung von Trendsportarten zur Erschließung neuer Zielgruppen im Fremdenverkehr

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Vorhandene und vorgesehene Naturparks in BW, Verweisung auf die Planungen auf der Ostalb, im mittleren und nördlichen Schwarzwald

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 282 283

Weiterentwicklung der Naturparkkonzeption

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1049

Zusammenführung der beiden Naturparke Nord- und Südschwarzwald

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1990 1993

Nutzung der Rückhalteräume am Oberrhein als Naherholungsgebiete

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2435-2437

Rückgewinnung des Neckars als Naherholungsgebiet nach den Plänen des Architekten Grub

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5459 5463

Angleichungsbedarf der Definition der Naturparke an das BNaturschutzGes

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7270

Angleichungsbedarf der Definition der Naturparke an das BNaturschutzGes, Verweisung auf 30 % als Naturpark ausgewiesene Landesfläche

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7425 7428

Erholungsurlaub

s. *Urlaub*

Erkennungsdienstliche Maßnahme

s.a. *Kriminalistik*

DNA-Analyse

Entwicklung der o.g. Analysen zur erkennungsdienstlichen Behandlung beim kriminaltechnischen Institut des LKA seit 1998; Möglichkeiten für eine kostenneutrale Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung und damit Beschleunigung von Ermittlungsverfahren; Modifikation der Rechtsgrundlagen für die Analysen und erweiterten Speichermöglichkeiten; Vergleich mit den entsprechenden Voraussetzungen in Großbritannien, Österreich und der Schweiz

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/1465

Ermöglichung der Abnahme und Speicherung von Fingerabdrücken von Asylbewerbern

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 353

Plädoyer für eine Ausweitung der DNA-Analyse als Mittel zur Aufklärung von Straftaten und damit auch zur Prävention, Erhebung zum Standard bei jeder erkennungsdienstlichen Behandlung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5902 5907 5910 5911

Einführung einer neuen Technologie zur elektronischen Abnahme von Finger- und Handflächenabdrücken, Ablehnung einer Anwendung der DNA-Analyse als obligatorische erkennungsdienstliche Maßnahme

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6250 6255 6258 6259

Plädoyer für eine Ausweitung der DNA-Analyse als Mittel zur Aufklärung von Straftaten und damit auch zur Prävention, Ablehnung einer Gleichstellung mit dem Fingerabdruck bei der erkennungsdienstlichen Behandlung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6490

Plädoyer für eine Ausweitung der DNA-Analyse zur Aufklärung von Straftaten und damit auch zur Prävention, Erhebung zum Standard bei jeder erkennungsdienstlichen Behandlung

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582

Erhebung des genetischen Fingerabdrucks zum Standard der erkennungsdienstlichen Behandlung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6744-6746

Plädoyer für eine Ausweitung der DNA-Analyse zur Aufklärung von Straftaten und damit auch zur Prävention, Erhebung zum Standard bei jeder erkennungsdienstlichen Behandlung

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918 7921

Erlenbach

Zuordnung der Gemeinde Erlenbach zum Wahlkreis Heilbronn

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5832-5835 5839-5842 5845 5846

Ermittlungskosten der Polizei

s. *Polizeikosten*

Ermittlungsverfahren

s. *Strafverfolgung*

Ermstalbahn

Zukunft der Bahnstrecke Schelklingen-Münsingen

Kriterien und Zeitpunkt einer Entscheidung über die Nutzung oder Stilllegung der o.g. Strecke, Gewichtung der Schülerbeförderung, Weiterführung der Strecke durch die Ermstal-Bahn-AG

KlAnfr

s. *Eisenbahnstrecke*

Drs 13/2743

Ernährung

s.a. *Ernährungsberatung*

s.a. *Ernährungswirtschaft*

s.a. *Lebensmittel*

s.a. *Verpflegung*

Regionale Geschmacksbildung fördern

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die Qualität heimischer Lebensmittel, Durchführung von Veranstaltungen an Schulen und Kindergärten, Orientierung am Projekt LebensART in Karlsruhe

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 10.07.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/57

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.10.2001 Drs 13/358 S. 23 24

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Ausmaß und Konsequenzen von Übergewicht bei Kindern, Programme und Maßnahmen von Land und Bund zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise in Kindergärten und Schulen; Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken, Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrer, Durchführung von Projekten und Wettbewerben

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 08.05.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2059 (16 S.)

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote

an Ganztageseinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr GRÜNE 20.11.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2647 (14 S.)

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4852-4860

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitsforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr

s. *Gesundheit*

Drs 13/2750

Verantwortung der LReg für die Qualitätssicherung der Ganztagschulen in BW

Evaluation einer nach gesundheitlichen und ökologischen Kriterien ausgerichteten Ernährung

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/3035

Lebensmittelspezialitäten aus BW

Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr

s. *Lebensmittel*

Drs 13/3834

Ernährung und Ernährungsinformation „Gesunde Ernährung“

Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern bzw zur Vermeidung von Übergewicht und Adipositas, Begleitung der Schulverpflegung, Koordination der Vielzahl von Projekten der verschiedenen Ministerien, Verankerung der Initiativen „Brennpunkt Lebensmittel - Blickpunkt Ernährung“ und „BeKi - Bewusste Kinderernährung“ im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsreform in den LKreisen

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU und Richard Drautz u.a. FDP/DVP 21.12.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3914 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.03.2005 Drs 13/4312 S. 48-50

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Wettbewerb „Besser essen. Mehr bewegen. Kinderleicht“

Kriterien und Zuständigkeiten für die Auswahl der lokalen und regionalen Initiativen zur Teilnahme am o.g. Bundeswettbewerb zur Vorbeugung gegen Übergewicht bei Kindern, Fördermöglichkeiten für die nicht berücksichtigten Initiativen

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 13/4451

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Stabstelle für Ernährungssicherheit

Erfahrungsbericht der o.g. Stabstelle beim RegPräs Tübingen, Frage nach der künftigen Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkten iRd Verbraucherschutzes

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4894
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 59-62
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die Ernährungssicherheit nach der BSE-Krise

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die Ernährungssicherheit nach der BSE-Krise, Bewertung der Ratschläge des Staatsrats für Lebens- und Gesundheitsschutz, Professor Dr. Beyreuther; Erinnerung an die Ernährungsengpässe vor 50 Jahren

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1865 1875

Übergewichtigkeit von Kindern, Stellenwert der Ernährungserziehung an den Schulen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4352 4358

Erziehung der Kinder zu einer gesunden Ernährungsweise

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6495

Aufklärung über gesunde Ernährung in der Schule, Plädoyer für die regionale Küche u.a. auch in der Landtagsgaststätte

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6646 6656-6658

Gewinnung von Erkenntnissen über den Zusammenhang zwischen Ernährung und Darmkrebs mit dem neuen Krebsregister

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7822

Gewinnung von Erkenntnissen über den Zusammenhang zwischen Ernährung und Darmkrebs mit dem neuen Krebsregister

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7910

Ernährungsberatung*s.a. Marketinggesellschaft BW**Regionale Geschmacksbildung fördern*

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die Qualität heimischer Lebensmittel, Durchführung von Veranstaltungen an Schulen und Kindergärten, Orientierung am Projekt LebensART in Karlsruhe

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/57

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Streichung der Etatansätze für die Ernährungszentren und Ernährungsinformationsstellen

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/658-3 S. 24 25
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Erhöhung von Qualität und Bürgernähe in der Agrarverwaltung
Auswirkungen der vorgesehenen Auflösung und Reduzierung der Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur; künftige Bedeutung der Ernährungszentren; Zuweisung der Antragsannahme und -beratung an die Kreisbehörden, Gewährleistung einer davon unabhängigen Beratung und Kontrolle der Betriebe durch die neu zu schaffenden Agrarbehörden

Antr
s. *Landwirtschaftsbehörde*
Drs 13/1792

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Kürzung der Mittel für die Ernährungszentren und Ernährungsinformationsstellen

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 17 S. 68
ÄAntr SPD 25.03.2003 Drs 13/1926-11 S. 22
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Ausmaß und Konsequenzen von Übergewicht bei Kindern, Programme und Maßnahmen von Land und Bund zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise in Kindergärten und Schulen; Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken, Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrer, Durchführung von Projekten und Wettbewerben

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2059

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsberatung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2070

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote an Ganztageseinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr

s. Ernährung
Drs 13/2647

Lebensmittelspezialitäten aus BW

Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr
s. Lebensmittel
Drs 13/3834

Situation der Verbraucherzentrale in BW

Struktur und Höhe der Gebühren für die einzelnen Dienstleistungen; Erreichbarkeit per Telefon und Internet; Umfang und Auswirkungen der geplanten Einsparungen auf die Beratungsbereiche Ernährung, private Verschuldung und Altersvorsorge

Antr
s. Verbraucherschutz
Drs 13/3877

Ernährung und Ernährungsinformation „Gesunde Ernährung“

Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern bzw zur Vermeidung von Übergewicht und Adipositas, Begleitung der Schulverpflegung, Koordination der Vielzahl von Projekten der verschiedenen Ministerien, Verankerung der Initiativen „Brennpunkt Lebensmittel - Blickpunkt Ernährung“ und „BeKi - Bewusste Kinderernährung“ im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsreform in den LKreisen

Antr
s. Ernährung
Drs 13/3914

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Mittelaufstockung für die Ernährungserziehung bei Kindern

Antr GRÜNE 19.01.2005 Drs 13/4008-13 S. 37
ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4048-9 S. 10
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung

GrAnfr
s. Ökologischer Landbau
Drs 13/4606

Ausbau der Verbraucherinformation durch die vier Ernährungszentren

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Verbraucherinformation durch die vier Ernährungszentren

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440 445

Verbraucherinformation durch die vier Ernährungszentren, Fortführung der Ernährungserziehung für Kinder

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1050 1059

Übergewichtigkeit von Kindern, Stellenwert der Ernährungsberatung an den Schulen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4352 4358

Ausbau der Ernährungszentren, Fortführung der Ernährungserziehung für Kinder, Bewertung der Bestellung einer Staatssekretärin für Ernährungsfragen als überflüssig

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5138 5140 5141

Übergewichtigkeit von Kindern, Stärkung der Ernährungserziehung in den Familien und Kinderbetreuungseinrichtungen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7936

Ernährungsindustrie

s. Ernährungswirtschaft

Ernährungssicherheit

s. Ernährung

Ernährungswirtschaft

s.a. Futtermittel
s.a. Grüne Woche
s.a. Schlachtbetrieb

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr
s. Lebensmittelkontrolle
Drs 13/1084

Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW

Bewertung der EU-Freisetzungsrichtlinie und des von der BReg beschlossenen GentechnikGes und deren Umsetzung; Ausgestaltung, Zuständigkeiten und Kosten der Überwachung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen; Beurteilung der Grenzwerte für gentechnische Verunreinigungen in Futter- und Lebensmitteln sowie Saatgut; Maßnahmen und Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen

Antr
s. Gentechnologie
Drs 13/2903

Hohenheimer Konsensusgespräche

Auftraggeber, Themen und Kostenträger der o.g. wissenschaftlichen Veranstaltungen; Beteiligung und Einfluss der Lebensmittelindustrie; Rolle von Prof. Biesalski bzw der Firma FEP-Science, Einforderung der Kosten für die Nutzung der Räumlichkeiten und Ressourcen der Universität Hohenheim

Antr
s. Universität Hohenheim
Drs 13/2940

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 14) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen
 Reduzierung des Engagements und der Beteiligung des Landes an dem o.g. Unternehmen zur Marktförderung für die bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Ernährungswirtschaft

Mittlg
 s. Landwirtschaft
 Drs 13/4103

Lebensmittelspezialitäten aus BW
 Umsetzung der EU-Normen Bio-VO, Geo-VO und Lebensmittelspezialitäten-VO; Bedeutung von gekennzeichneten regionaltypischen Lebensmitteln bzw Agrarprodukten für die Verbraucher, Land- und Ernährungswirtschaft; Bewertung von Projekten der Regionalvermarktung; Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr
 s. Lebensmittel
 Drs 13/3834

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW
 Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat, Aufnahme einer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Verstößen gegen Lebensmittelrecht mit Benennung der Firmennamen, Erhöhung der Mindeststrafen und Mindestbußgelder, Erleichterung des Lizenzzugs u.a.m.

Antr
 s. Lebensmittelkontrolle
 Drs 13/4935

Entwicklung des Konzepts für ein integriertes Qualitätssicherungssystem für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft
 PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440

Täglicher Bedarf der Nahrungsmittelindustrie an Eiern
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 632 633

Integration der Landwirtschaft in die Ernährungswirtschaft
 PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046

Qualität der industriellen Massenproduktion; Verbesserung der Lebensmittelsicherheit durch Kontrollen und Meldepflichten der Hersteller; Veröffentlichung der Namen von Firmen bei Lebensmittelverunreinigungen
 PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1654 1655 1657 1659 1662-1664 1667-1670 1674

Informationen und Kontrollen der Lebensmittelhersteller; Veröffentlichung der Namen von Firmen bei Lebensmittelverunreinigungen
 PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1864-1867 1876

Beteiligung von Unternehmen aus der Ernährungsindustrie an Projekten zur Ernährungserziehung an den Schulen
 PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4859

Informationen und Kontrollen der Lebensmittelhersteller; Veröffentlichung der Namen von Firmen bei Lebensmittelverunreinigungen
 PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5208-5210 5212-5215

Verweisung auf die ablehnende Haltung der Schweizer Lebensmittelhersteller zur Gentechnologie; Veröffentlichung der Namen der in die aktuellen Betrugsfälle mit verdorbenem Fleisch verwickelten Firmen, Verschärfung der Sanktionen
 PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7458 7460-7462 7467-7476

Ernährungszentrum

s. Ernährungsberatung

Ernennungsgesetz

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung
 Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart; Änd des StraßenGes, ErnennungsGes, LBesoldungsGes, LPersonalvertretungsGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BFernstraßenGes und dem EisenbahnkreuzungsGes sowie weiterer RechtsVO

GesEntw
 s. Straßenbauverwaltung
 Drs 13/1372

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw
 s. Verwaltungsreform
 Drs 13/3201

Ges zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Auflösung des Landesgewerbeamts, Aufhebung der entsprechenden VO; Änd des ErnennungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Ordnungswidrigkeiten

GesEntw
 s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/3491

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenstätigkeitsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw
 s. Hochschulrecht
 Drs 13/3640

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“;

Bildung von Übergangspersonalvertretungen; Änd des ErnennungsGes, des Landesbeamten- und -besoldungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. *Bauverwaltung*
Drs 13/3720

Ges zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz BW und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit BW

Bündelung der Umweltverwaltung mit der o.g. Vereinigung zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Fortführung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Regelung der Aufgaben, Organe, Aufsicht, des Dienstverhältnisses der Beamten sowie der Mitteleletisierung im Epl 10; Änd des ErnennungsGes, des LBesoldungsGes, LBeamtenGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO; Außerkrafttreten des Ges zur Errichtung der UMEG

GesEntw
s. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*
Drs 13/4523

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung beim Vor-Ort-RegPräs bzw L Vermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die mittleren Justizbeamten auf die JVA u.a. Vollzugseinrichtungen; entsprechende Verlagerung der Zuständigkeit für die Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes auf die FH für öffentliche Verwaltung sowie für die ehrenamtlichen Pharmazieräte auf die RegPräs; Änd des ErnennungsGes und der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Personalplanung*
Drs 13/4963

Erneuerbare Energie

s.a. *Biogas*
s.a. *Biomasse*
s.a. *Erdwärme*
s.a. *Solartechnik*
s.a. *Stromeinspeisung*
s.a. *Wasserkraft*
s.a. *Windkraftanlage*

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solarenergie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassennutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Entwicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und

NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr GRÜNE 26.07.2001 und Antw WM Drs 13/134 (16 S.)
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1377-1404

Förderung eines Energiezentrums alternativer Energieträger in Obringheim

Unterstützung des Baus einer Öl-Mühle für die Herstellung von rohgepresstem Rapsöl zur Erzeugung von Biodiesel

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 06.08.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/157
BeschlEmpf und Bericht LandWA 08.05.2002 Drs 13/1109 S. 71
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 14)

Förderung von Demonstrationsvorhaben der rationellen Energieverwendung und der Nutzung erneuerbarer Energieträger (Drs 12/5701 XI. S. 4)

Mittlg
s. *Energienutzung*
Drs 13/183

Verschlechterung der Förderkriterien für Bioenergieanlagen durch die BReg

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 15.08.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/184
BeschlEmpf und Bericht LandWA 05.12.2001 Drs 13/616 S. 28 29
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Neue Windkraftpolitik in BW?

Auswirkungen einer angekündigten restriktiven Genehmigungspraxis bzw Konzentration von Windkraftanlagen in Windkraftparks, Ausgestaltung einer Änd des LPlanungsGes, Festhalten an der in Drs 12/1234 erteilten Aussage zur Genehmigung von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten? Anstreben der Zielsetzung zur Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2010, Hinwirkung auf einen geordneten Ausbau der Windkraft auf der Grundlage der Privilegierung gemäß § 35 BauGB

Antr GRÜNE 27.09.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/269
ÄAntr CDU und FDP/DVP 18.04.2002 Drs 13/928
ÄAntr SPD 18.04.2002 Drs 13/932
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1377-1404
Mittlg LReg 27.09.2002 Drs 13/1336

Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Unterstützung der kommunalen Entwicklungspartnerschaften bzw der „Servicestelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und für die Einbindung globaler Aspekte in Prozesse der lokalen Agenda 21“, Stärkung des Einsatzes erneuerbarer Energien in den Partnerländern

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/370

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr

2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuern zur ausschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/542

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Einrichtung eines „Zukunftsprogramms Regenerative Energien 2010“

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/657-3 S. 26-29
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/684-3 S. 6-9
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Der Beitrag der Schulen

Stellenwert der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Lehrplänen und im Unterricht, Ergebnisse der Beteiligung von Schulen an Programmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, Vorbildcharakter der Staudinger-Gesamtschule in Freiburg und der Justus-von-Liebig-Schule im LKreiss Waldshut; Erarbeitung ergänzender Unterrichtsmodelle iR einer Arbeitsgruppe; Hinwirkung auf eine energetische Modernisierung bestehender Schulbauten unter Nutzung des Einspar-Contractings; Schaffung entsprechender Anreize bei Neubauten durch Umgestaltung der Richtlinie zur Schulbauförderung

Antr
s. *Energiennutzung*
Drs 13/626

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Windkraft, Biogas und Biomasse; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 15.01.2002 und Antw WM Drs 13/629

Entwicklung der Gewinnung von Windkraft in BW

Zahl, Standorte und Energieerzeugungsanteil der in den letzten fünf Jahren errichteten Windräder; Höhe der Subventionen über das Energieeinspeiseges; Entwicklung von Bürgerinitiativen für und gegen die Windkraftnutzung; Auflistung von geeigneten Standorten zur Erzielung marktgerechter Energiepreise ohne notwendige Subventionierung

KlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/825

Neubau Wasserkraftwerk Rheinfelden; hier: mögliche Förderung

Ausgestaltung der BRatsinitiative zur Aufnahme der Großen Wasserkraft ins Erneuerbare-Energien-Ges, Höhe der vorgeschlagenen Einspeisevergütung, Berücksichtigung der unterschiedlichen Investitionskosten großer Wasserkraftanlagen, Zulässigkeit einer Förderung in Rheinfelden aus Landesmitteln

Antr
s. *Wasserkraft*

Drs 13/1018

Bebauungspläne in Windkraft-Vorranggebieten

Verhinderung von Windkraftanlagen durch o.g. Vorgehensweise von Kommunen, Vereinbarkeit mit der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich sowie der angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/1094

Speicherung erneuerbarer Energie

Speicherung des mit großen Off-Shore-Windkraftanlagen erzeugten Stroms in Pump- und Luftspeicherwerken auch in BW, Auswirkungen auf das Stromnetzmanagement und die Vorhaltung von Kraftwerkskapazitäten

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 20.06.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1100
BeschlEmpf und Bericht WirtA 23.10.2002 Drs 13/1637 S. 12 13
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Blockadepolitik des Landes im Zusammenhang mit der Förderung der Photovoltaik über das Erneuerbare-Energien-Ges (EEG)

Begründung der Blockade der vom BTag beschlossenen Anhebung des im EEG festgelegten 350-Megawatt-Deckels für Photovoltaik auf 1000 Megawatt, Auswirkungen auf die Solarbranche, Vereinbarkeit mit der Förderung neuer Technologien und Exportchancen sowie mit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010, erwartete Auswirkungen der verhinderten Anhebung auf den Strompreis

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 26.06.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1107
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 18-20
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Merkmale des Prädikats „Öko-Hauptstadt“ für Freiburg und Umgebung, Entwicklung der Zahl von Arbeitsplätzen in der ökologisch relevanten Produktion seit 1993, Forcierung der Nutzung regenerativer Energiequellen

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Windkraftnutzung im Staatswald

Erschwerung o.g. Energienutzung durch Verweigerung von Baulasten und einer grundbuchmäßigen Absicherung sowie unverhältnismäßig hohe Gebühren für den Vorvertrag und den Betrieb der Anlagen; Abbau dieser von der Forstdirektion Freiburg gerichteten Hemmnisse

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/1289

Programm Rhein 2020 und Auswirkungen auf die Nutzung der Wasserkraft

Ziele, Maßnahmen, Kosten und Zeiträume der Umsetzung des o.g. Programms; Verringerung des Rechenabstands bei den Wasserkraftwerken mit dem Ziel einer Wiederansiedlung von Wanderfischarten, Vereinbarkeit mit der energetischen Nutzung der Wasserkraft und damit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/1672

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Art, Umfang und Wirkungen der eingesetzten Fördermittel; erzielte Leistungen der einzelnen Wasserkraft-, Windkraft-, Solar- u.a. Anlagen; erreichte Fortschritte gemessen am Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1686

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/1787

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Umsetzung der Ziele des Umweltplans, Steigerung der Ressourceneffizienz, Nutzung von Holz als Baustoff, dezentrale Nutzung von Biomasse zur Strom- und Wärmeenergiegewinnung

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Klimaschutz in BW

Unterstützung von Investitionen in regenerative Energien durch die einzelnen Förderprogramme

Antr
s. *Klima*
Drs 13/1923

Pachtverträge zur Nutzung von Windenergie auf Landesliegenschaften

Voraussetzungen, Verfahren und Höhe der Pachtzahlungen für o.g. Verträge; Bedingungen für Gestattungsverträge zur Nutzung von landeseigenen Forstwegen bzw Übernahme von Baulasten für Abstandsflächen bei Windkraftanlagen; Frage nach einer restriktiven Haltung der Forstverwaltung

KlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2252

Erwin Teufel und die Förderung der Windkraft

Förderung von Windkraftanlagen über staatliche Subventionen bzw das Erneuerbare-Energien-Gesetz, Klärung des Subventionsbegriffs des MinPräs bzw von früheren Aussagen zur Vergütung von Strom aus regenerativen Quellen, Frage nach dem Arbeitsmarkt- und Exportpotenzial von Windkraftanlagen sowie nach einer Kampagne gegen Hochspannungsleitungen

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2319

Rückzug der LReg aus der Förderung der erneuerbaren Energien

Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2010

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2376

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2454

Aufgabe des Ziels der LReg, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010 - auch nach den Äußerungen des WM? Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie; Verstärkung der Anstrengungen um eine erhöhte Energieeffizienz

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2514

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Ener-

gieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2537

Ausbau der Windkraftnutzung in BW; hier: Regionalplanung
Möglicher Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Beurteilung einer Entscheidung des VGH München zur Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussflächen in den Regionalplänen; Stand bzw Vereinbarkeit der Planungen der Regionalverbände bzw der Region Stuttgart; Bereitschaft der Forstverwaltung zum Abschluss von Pachtverträgen für ausgewiesene Vorrangstandorte im Bereich des Staatsforstes

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2997

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Zustimmung des Landes BW zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Bundesrat

DringlAntr SPD 28.04.2004 Drs 13/3146
ÄAntr CDU und FDP/DVP 06.05.2004 Drs 13/3180
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869-4881
Mittlg LReg 25.10.2004 Drs 13/3697

Zustimmung des Landes BW zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im BRat

Ausweisung von Mitnahmeeffekten durch den Bund in den nächsten Monitoringberichten sowie der Nettotransfers der EVU und Stromkunden aus BW in andere BLänder; Hinwirkung auf eine effizientere Förderung der erneuerbaren Energien und Ablösung des EEG

ÄAntr CDU und FDP/DVP 06.05.2004 Drs 13/3180
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869-4881
Mittlg LReg 25.10.2004 Drs 13/3697

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr SPD 17.09.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3560 (25 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 62
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW

Vorhandener und möglicher Anteil der Wasserkraft zur Erreichung des Ziels einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Auflistung der Anlagen differenziert nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge 2002/2003; Kriterien und Maßnahmen zum Ausbau der kleineren Anlagen, Investitionsanreize zur Ertüchtigung der bestehenden Wasserkraftwerke am Rhein, Voraussetzungen zur Realisierung der Projekte in Gamsheim (Elsaß) und Iffezheim, Darstellung der dort erreichbaren Stromproduktion

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/3616

Stromversorgung in BW

Eröffnung einer Option auf neue Kernkraftwerke, Verlängerung der Restlaufzeiten für die bestehenden Kernkraftwerke, Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/3620

Großflächige Photovoltaik-Anlagen im Freiland

Vergleich der o.g. Anlagen mit denen auf oder an Gebäuden unter ökonomischen und ökologischen Aspekten: Entwicklung seit 1998 nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge; Auswirkungen des novellierten EEG auf die Vergütung von Solarstrom; Notwendigkeit von Regelungen für die Genehmigung im LPlanungsGes?

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 13/3754

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Anteil der Emissionen von Kraftfahrzeugen, Heizungen und Kraftwerken an den Waldschäden; Entwicklung des Kraftstoff- und Heizölverbrauchs seit 1999; Aufstockung der Förderprogramme im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Altbaumodernisierung; Ausweitung des Pilotprojekts der Brennstoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg; Förderung des Anbaus und der Nutzung biogener Kraftstoffe; Forcierung der Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3865

Haushalt 2005 und 2006; Epl 07

Aufstockung der Mittel für das Demonstrationsprogramm erneuerbare Energien und rationelle Energieanwendungen

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4007-17 S. 37
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Mittel für erneuerbare Energien und Klimaschutz

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4010-2 S. 18
ÄAntr GRÜNE 25.01.2005 Drs 13/4010-10 S. 29 30
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4010-21 S. 47 48
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4050-2 S. 3
ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4050-9 S. 12-14
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004
Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zuführung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 11.02.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4030

BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 19 20

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Weg vom Öl; hier: Liegenschaften des Landes

Art und Kosten der Wärmeversorgung von Universitäten, Kliniken u.a. Landesgebäuden; Einsatz von Öl, Gas u.a. Energieträgern; Umstellung auf regenerative Brennstoffe, insbes auf Holz, bei turnusmäßigen Erneuerungen der Heizungsanlagen; Anstreben des Passivhausstandards bei Neubauten, generelle Prüfung der Nutzung regenerativer Energien, Verstärkung der Bemühungen um eine energetische Sanierung der Gebäude, ggf über Contracting-Modelle

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 13/4310

Regionalplanung zur Windkraftnutzung

Bisher geleisteter und noch notwendiger Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Stand der von den Trägern der Regionalplanung ausgewiesenen Vorrangflächen zur Windkraftnutzung, Vereinbarkeit mit dem vom Bund geforderten Ausbau, Beurteilung der Intervention des WM zur Herausnahme der Hochflächen des Kohlwasen bei Furtwangen aus der Planung des Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg, Möglichkeiten zur Ersetzung alter durch neue Anlagen in nicht ausgewiesenen Vorrangflächen sowie zur Korrektur der Windkraft-Sonderregelung im LandesplanungsGes

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/4526

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Derzeitiger und notwendiger Umfang der Nutzung von Biogas, Energiepflanzen, Holzhackschnitzel und -pellets zur Produktion von Strom, Wärme und Kraftstoffen bzw zur Erreichung der angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2010; Darstellung der jeweiligen Potenziale und Fördermöglichkeiten; Unterstützung der Erforschung und Entwicklung von Anlagen, Pflanzen und Verfahren; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr

s. *Biomasse*

Drs 13/4539

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl und Ölprodukten und dessen Kosten in den einzelnen Verbrauchssegmenten seit 1990, La-

ge und Perspektiven der Rohölmärkte und der davon besonders abhängigen Branchen, Darstellung der erzielbaren Einsparungen durch regenerative Energien, Spritsparkurse, Biokraftstoffe, verbrauchsarme Motoren, Tempolimits, Verkehrsverlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel, energetische Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden, Schulung von Architekten, Handwerkern, Bauherren u.a.; Beurteilung der von der Union angekündigten Ökosteuerkürzung um den Förderanteil für erneuerbare Energien; Frage nach konkreten Vorstößen zur Reduktion der Abhängigkeit von Ölimporten

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/4635

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung der Mittel für das Demonstrationsprogramm erneuerbare Energien und rationelle Energieanwendungen

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 40 S. 99

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-33 S. 52

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung der Fördermittel zur Energieeinsparung, zum Ausbau der regenerativen Energien sowie für Klimaschutzmaßnahmen

s. *Energieeinsparung*

Drs 13/4840

Zukunft des hochschulübergreifenden Masterstudiengangs SENCE

Bewertung des o.g. Modellstudiengangs für nachhaltige Energietechnik in Kooperation zwischen den FH Rottenburg, Stuttgart und Ulm; Beurteilung der Beschäftigungsperspektiven der Absolventen in den Bereichen der Nutzung von Holz u.a. regenerativen Energien; Zukunftssicherung des Studiengangs auch nach Wegfall der Bundesmittel 2006

Antr

s. *Energienutzung*

Drs 13/5009

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Ergebnisse von Prüfaufträgen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Landesgebäuden sowie zur Einführung bundesweiter Regelungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energien, insbes Nutzung von Holz; verfügbare Mittel zur Förderung von BHKW-Anlagen mit kleiner Leistung

Antr

s. *Klima*

Drs 13/5065

Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Ulm

Überlegungen und Finanzierungsmöglichkeiten zum Aufbau eines neuen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Frage nach Entwicklungsperspektiven für die Schwerpunkte Biotechnologie, Logistik und Fahrzeugsystemtechnik

KlAnfr

s. *Ulm*

Drs 13/5174

Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien; hier: Zwischenbilanz 2005

Höhe der Förderung und erzielten Leistung von Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien 2005, Abgleichung mit dem

Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 15.03.2006 und Antw WM Drs 13/5215

Förderung der regenerativen Energien, Anstreben einer Verdoppelung des Anteils an der Energieversorgung bis zum Jahr 2010

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Feststellung eines Defizits bei der Stromerzeugung aus Windenergie, Anstreben einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien an der Energieversorgung bis zum Jahr 2010

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 97 98

Investitionen und neue Arbeitsplätze ausgelöst durch das Erneuerbare-Energien-Ges

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 157 158

Anstreben einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien an der Energieversorgung bis zum Jahr 2010

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 426-434

Erinnerung an die Blockade des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durch die LReg im BRat

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 514 522

Aufnahme der Zielsetzung einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien an der Energieversorgung bis zum Jahr 2010 in den LEP

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 756

Kritik an der Kürzung der Fördermittel für die regenerativen Energien, Vergleich mit NRW

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 821 822

Anmahnung größerer Anstrengungen für den Bereich der erneuerbaren Energien

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 850

Anstreben einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien an der Energieversorgung bis zum Jahr 2010

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 951 952 955-957 961 962

Kritik an der Kürzung der Mittel für die regenerativen Energien durch WM Dr. Döring; Erinnerung an die Blockade des Erneuerbare-Energien-Ges durch die LReg im BRat

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1035 1051

Anmahnung größerer Anstrengungen für den Bereich der erneuerbaren Energien, Nutzung des Potenzials der Biomasse

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1552-1555 1557-1560

Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1707 1708 1721

Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, Kritik an der Reduzierung der Fördermittel sowie an der Blockade der Anhebung des im EEG festgelegten 350-Megawatt-Deckels für Photovoltaik auf 1000 Megawatt; Vorrang für regenerative vor fossilen Energien

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1820 1827-1829 1831-1835 1838 1868 1870 1890

Anmahnung größerer Anstrengungen für den Bereich der erneuerbaren Energien gemessen am Ziel der Verdoppelung bis 2010

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2801-2804

Bekräftigung der Anstrengungen um eine zunehmende Nutzung regenerativer Energien, Verweisung auf das Ausbaupotenzial der Großen Wasserkraft, Aufnahme in das EEG

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2871 2872 2874 2877-2879

Bekräftigung der Anstrengungen um eine zunehmende Nutzung regenerativer Energien, Verweisung auf das Ausbaupotenzial der Großen Wasserkraft, Aufnahme in das EEG

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2978 2980 2982-2989

Anmahnung größerer Anstrengungen für den Bereich der erneuerbaren Energien, Nutzung des Potenzials der Wind- und Wasserkraft, Förderung der energetischen Verwertung von Holz, Aussagen des Gutachtens zur Erreichung der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3141-3152 3181-3190

Förderung von Biomasse, Photovoltaik, Geothermie, Wind- und Wasserkraft nach Vorschlägen eines Gutachtens der LReg; Aufnahme der Großen Wasserkraft in das EEG

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3454 3456 3457 3459-3472 3476 3484 3491

Anmahnung größerer Anstrengungen für den Bereich der erneuerbaren Energien, Nutzung des Potenzials der Wind- und Wasserkraft, Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3626 3642 3643

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3778 3782 3784 3789 3795

Anmahnung größerer Anstrengungen für den Bereich der erneuerbaren Energien, Aufnahme der Großen Wasserkraft ins EEG

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4022-4024 4036

Energiegewinnung aus Biomasse, Wind- und Wasserkraft; Überlegungen zu einem Biomassekraftwerk am Standort Obrigheim

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4126-4130

Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4151 4158

Befürwortung der Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, Aufnahme der Großen Wasserkraft, Verstärkung der Anstrengungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4324-4326 4330 4337 4338 4345 4346 4353

Zweifel an der Ersetzung der Kernenergie durch regenerative Energien zu 50 %; Überprüfung der Vereinbarkeit des EEG mit dem Emissionshandel

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4737 4738 4745

Kritik an der Blockade der Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz im BRat; Ablehnung der Windkraft; Förderung von Biomasse, Geothermie und Sonnenenergie

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4965-4967 4975-4977

Zweifel an der Ersetzung der Kernenergie durch regenerative Energien, Plädoyer für einen Energiemix aus neuen Kraftwerkstypen und regenerativen Energien, Nutzung des Potenzials der Geothermie

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5055 5057 5061 5062 5064 5098-5104

Vorschlag einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke und Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5147 5152 5154 5155

Verweisung auf die Förderung der erneuerbaren Energien in Kalifornien über einen Aufschlag auf den Strompreis

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5478 5479

Förderung der erneuerbaren Energien durch den MinPräs: Begründung des weiteren Verbleibs im Amt bis zum 19.04.2005

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5591 5592

Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2010, Vorschlag einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke und Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5653 5654 5661

Zweifel an der Ersetzung der Kernenergie durch regenerative Energien; Anmahnung größerer Anstrengungen für den Bereich der erneuerbaren Energien

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5868 5869

Bemühungen zur Forcierung des Einsatzes regenerativer Energien, Festhalten am Verdoppelungsziel bis 2010

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054-6056 6066 6068-6070 6081 6083 6085 6096 6097 6123-6125 6127 6128 6131

Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2010, Vorschlag einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke und Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien, Nutzung des Potenzials der Geothermie

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6410 6436-6447 6450-6454

Zweifel an der Ersetzung der Kernenergie durch regenerative Energien, Vorschlag einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke und Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6465 6471 6472 6489 6493-6495 6499 6506 6509

Fortführung der Marktanreizprogramme für erneuerbare Energien, Festhalten am Verdoppelungsziel bis 2010

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7055

Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wertschöpfung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, Festhalten am Verdoppelungsziel bis 2010

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7293-7295 7297-7304

Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wertschöpfung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7400 7401 7452-7455

Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wertschöpfung mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, Beschleunigung der Entwicklung durch den Atomausstieg, Umsetzung eines Gutachtens zum Atomausstieg und Ausbau der regenerativen Energien

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698-7707 7709-7720

Erneuerbare-Energien-Gesetz

s. Erneuerbare Energie

Erosion des Bodens

s. Bodenerosion

Ersatzfreiheitsstrafe

s. Freiheitsstrafe

Ersatzschule

s. Privatschule

Erschließung von Bauland

Resolution des Gemeinderats der Stadt Tuttlingen zum Erschließungsbeitragsrecht

Antr Herbert Moser u.a. SPD, Franz Schuhmacher CDU und Ernst Pfister FDP/DVP 25.10.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/376

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 12
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Änd des Erschließungsbeitragsrechts zur Vermeidung von Härten durch Mehrfacherschließungen

Gründe für die Verzögerung der angekündigten Novellierung des Kommunalabgabenges bzw der dazu vorher notwendigen Überarbeitung des LandesgebührenGes

MdlAnfr 1) Herbert Moser SPD 11.11.2002 Drs 13/1475
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 20) - Förderung der Erschließung von neuem Gewerbegebiete

Mittlg
s. Gewerbegebiet
Drs 13/2700

Tatsächlicher Bedarf und Ausweisung von Gewerbegebieten in BW

Darlegung o.g. Daten seit 1990, Höhe der Erschließungskosten, Anteil der interkommunalen Gewerbegebiete sowie der gewährten Fördermittel; Nutzungsgrad der Flächen durch Neuansiedlungen; Verstärkung der Steuerungsmöglichkeiten

Antr
s. Gewerbegebiet
Drs 13/3881

Erweiterung des Industriegebiets Gölshausen - Gemarkung Bretten; Umwandlung von Teilen des Rüdtdwaldes im Naturpark Stromberg-Heuchelberg

Vereinbarkeit der o.g. Planung mit dem erklärten Ziel der Eindämmung des Flächenverbrauchs bzw mit Alternativstandorten und erschlossenen Gewerbeflächen in und um Bretten, Beurteilung der vorgesehenen Ausgleichsflächen, Berücksichtigung der

Stellungnahme der Naturpark-Verwaltung in den laufenden Verfahren

KlAnfr
s. *Gewerbegebiet*
Drs 13/3938

KommunalabgabenGes (KAG)

Neuregelung des Erschließungsbeitragsrechts; Einführung des Begriffs der öffentlichen Leistung im kommunalen Gebührenrecht; Vereinfachung der gerichtlichen Kontrolle von Abgabensätzen; Erhebung privatrechtlicher Entgelte; Gebührenfähigkeit von Gemeinkosten, Verzinsung des Anlagekapitals und Abschreibung bei geänderter Nutzungsdauer; Änd des LAbfallGes und des KindergartenGes: Übernahme gebührenrechtlicher Regelungen in das neue KommunalabgabenGes

GesEntw
s. *Kommunalabgaben*
Drs 13/3966

Erschließungsbeitrag

s. *Erschließung von Bauland*

Erstattung von Reisekosten

s. *Reisekosten*

Erstattungsinsen

s. *Zins*

Erste Hilfe

Frühdefibrillatoren in öffentlichen Gebäuden zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes

Beurteilung des Einsatzes o.g. Geräte durch Laien iRd Ersten Hilfe, strafrechtliche Wertung einer Fehlanwendung als Körperverletzung; Schulung des Personals in öffentlichen Gebäuden, Beteiligung an den Ausbildungskosten

Antr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/401

Erste-Hilfe-Ausbildung in allgemein bildenden Schulen

Vorhandenes und mögliches Angebot von Erste-Hilfe-Kursen, Kooperationen zwischen Schulen und Rettungsdiensten, Verankerung im Lehrplan

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU 28.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/498
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.03.2002 Drs 13/955 S. 9
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Katastrophenschutz

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 13/500

Ausbildung zur Frühdefibrillation

Handhabung o.g. Ausbildung zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes durch die Rettungsdienstorganisationen, Einhaltung der von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe“ erarbeiteten „Gemeinsamen Grundsätze zur Frühdefibrillation“

Antr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/620

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten; Ausbau der integrierten Leitstellen, Qualifizierung des Personals für Notrufe von Ausländern sowie Handlungsanweisungen für akute Notfälle wie Herzversagen, Schlaganfall, starke Blutungen etc

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Ertingen

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1614

Erwerbsobstbau

s. *Obstbau*

Erzberger, Matthias

Errichtung einer Gedenkstätte für Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen

MdlAnfr 4) Karl-Wilhelm Röhm CDU 17.02.2003 Drs 13/1778
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2661

Erzieher

s. *Erziehungskraft*

Erzieherin

s. *Erziehungskraft*

Erziehung

s.a. *Beratungslehrer*
s.a. *Bewegungsprävention*
s.a. *Erziehungskraft*
s.a. *Ethik*
s.a. *Jugendheim*

s.a. Landesinstitut für Erziehung und Unterricht
s.a. Ordnungsmittel im Schulwesen
s.a. Pädagogik
s.a. Umwelterziehung
s.a. Verkehrserziehung

Stärkung der Erziehungspartnerschaft

Tatsächliche und wünschenswerte Beteiligung von Eltern am Schulleben, Beteiligungsrechte und -pflichten im Vergleich mit anderen BLändern, Bewertung von Zielvereinbarungen und Fördervereinen von Schulen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen an Elternabenden, Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Hausbesuche von Lehrern

Antr
s. Mitwirkung im Schulwesen
 Drs 13/1758

RegErkl - Verantwortung fördern - Qualität entwickeln - Bildung und Erziehung stärken! und Aussprache

RegErkl
s. Bildungspolitik
 PIPr 13/42 S. 2807

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Familienpolitik - Ziele und Umsetzung

Gegenüberstellung der umgesetzten und noch vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung, gewaltfreie Erziehung, Erziehungskompetenz der Eltern und Leistungen für Familien; Auswirkungen der familienpolitischen Veränderungen auf Bundesebene

Antr
s. Familie
 Drs 13/2331

Auswirkungen der neuen VO der LReg für die Fachschulen des Fachbereichs Sozialwesen der Fachrichtungen Jugend- und Heimerziehung, Heilerziehungspflege und Heilpädagogik (Sozialwesen FachschulVO) vom 30. März 2004

Höhe und Träger der finanziellen Mehrkosten infolge der o.g. Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung

KIAnfr
s. Berufsbildende Schule
 Drs 13/3252

Stand der Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für den baden-württembergischen Kindergarten

Umsetzung o.g. Planung für die Elementarerziehung an Kindergärten u.a. Tageseinrichtungen; Beteiligung von Eltern, Erzieherinnen und Trägern in einem öffentlichen Dialogprozess nach dem Vorbild von RPF; Bündelung der Entwicklungen im vorschulischen Bereich mit Bayern und Hessen; Vorschaltung einer Praxis- und Evaluationsphase vor dem Inkrafttreten; finanzielle Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte

Antr
s. Bildung
 Drs 13/3364

Gewalt an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung o.g. Fallzahlen seit 1994, Erkenntnisse über Täter und Opfer, Anteil von und Umgang mit Wiederholungstätern, Unterstützung von Eltern bei Erziehungsproblemen, Einbindung in präventive Maßnahmen, Verankerung der Thematik

in der Lehrerausbildung; Zusammenfassung aller Projekte zur Gewaltprävention zu einer Handreichung für die Schulen

Antr
s. Gewaltanwendung
 Drs 13/3464

Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“

Antr
s. Grundschule
 Drs 13/4300

Stärkung der Erziehungskraft der Familien und Schulen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 48-50

Priorität der Erziehung im Elternhaus, Verbesserung der Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Familie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-738 743-746

Priorität der Erziehung im Elternhaus, Intensivierung der vorschulischen Erziehung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 994 998

Priorität der Erziehung im Elternhaus vor der Verantwortung von Kindergarten und Schule, Plädoyer für eine neue Erziehungspartnerschaft zwischen Schulen und Eltern

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1737 1743 1746 1747 1751 1755 1757 1758 1761 1767 1789 1790 1792 1793

Erzieherische Maßnahmen der Schule bei Fehlverhalten von Schülern, pädagogische Konzepte zum Abbau von Gewalt

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2178-2184

Erzieherische Maßnahmen der Schule bei Fehlverhalten von Schülern; musikalische Früherziehung im Kindergarten und in der Grundschule

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249-2256 2258 2260 2262-2264

Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern, Verbesserung der finanziellen Anerkennung von Erziehungsarbeit

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604

Hervorhebung des Erziehungsauftrags i.S.d. Landesverfassung im SchulGes, Ausgestaltung der Freiheitserziehung an der Schule

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699-4703 4708 4710 4713-4718 4724

Priorität der Erziehung im Elternhaus vor der Verantwortung der Schule

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4883

Priorität der Erziehung im Elternhaus vor der Verantwortung der Schule, Verweisung auf den Erziehungsauftrag der Kindergärten und Schulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6466 6474 6480-6482 6485 6501 6502 6504 6508 6512 6520

Bedeutung der Erziehung in und außerhalb der Familie

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6555-6558 6561 6562

Priorität der Erziehung im Elternhaus vor der Verantwortung der Schule, Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Kindergarten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6960 6961 6964 6965 6968

Erziehungsdefizite in den Familien als Ursache zunehmender Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7183-7187 7192

Entwicklung einer Konzeption zur begleitenden Unterstützung der Erziehung in und außerhalb der Familie, Erprobung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Kindergarten

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200-7203 7208 7209 7214 7216 7217 7221-7227 7233 7237 7243

Erprobung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Kindergarten, Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935-7937 7941 7950 7952

Erziehungs- und Ordnungsmittel im Schulwesen

s. Ordnungsmittel im Schulwesen

Erziehungsgeld

LErziehungsgeld für türkische Mitbürger

Verknüpfung o.g. Transferleistungen mit Integrationsbedingungen

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 23.07.2001 und Antw SM Drs 13/116

Einkommensgrenzen beim LErziehungsgeld bei Geburt eines weiteren Kindes nach der Antragstellung

Neuberechnung der Einkommensgrenzen bei Geburt eines weiteren Kindes, Änd der Richtlinien

KIAnfr Ulrich Maurer SPD 29.11.2001 und Antw SM Drs 13/508

Landeszuschüsse für Kinderbetreuungsprojekte

Höhe der o.g. Zuschüsse für Kinder unter und ab drei Jahren; Fördersituation in Heidelberg; Umfang der Leistungen aus Bundes- und Landeserziehungsgeld, Entwicklung der Aufwendungen für das Landeserziehungsgeld seit 1999

KIAnfr
s. Kinderbetreuung
Drs 13/1025

Haushalt 2004; Epl 09

Stufenweise Umwandlung des Landeserziehungsgelds zur Förderung der Kleinkindbetreuung

s. Kinderbetreuung
Drs 13/2809

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO zur Durchführung des MutterschutzGes sowie der VO über die Zuständigkeiten nach dem Bundeserziehungsgeld-Ges

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Landeserziehungsgeld: Bilanz und Zukunft

Entwicklung der Zahl von Anträgen in den letzten zehn Jahren, der Empfängerstruktur und eingestellten Haushaltsmittel; Gründe für die Mittelkürzung im Hj 2004; Bewertung der Eignung des LE als familienpolitisches Instrument nach neueren Studien, Vorschlag zur Umwidmung der Mittel zugunsten einer Auswei-

tung und qualitativen Verbesserung der Betreuungsstrukturen für Kinder unter drei Jahren

Antr GRÜNE 20.08.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3511
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322-5329

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Stufenweise Umwandlung des Landeserziehungsgelds zur Förderung der Kleinkindbetreuung

s. Kinderbetreuung
Drs 13/4009

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Stufenweise Umwandlung des Landeserziehungsgelds zur Förderung der Kleinkindbetreuung; Fortführung der Kontaktstellen Frau und Beruf

s. Finanzpolitik
Drs 13/4042

Haushalt 2006; Nachtrag

Verbesserung des Kleinkindbetreuungsangebots, Umwidmung von freien Mitteln aus dem Landeserziehungsgeld

s. Kinderbetreuung
Drs 13/4840

Eintreten für ein Familiengeld von 1 200 DM pro Kind

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 50 51

Eintreten für ein Familiengeld von 1 200 DM pro Kind

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 79 82 86 93 111

Verweisung auf die Gewährung von Landesfamiliengeld ausschließlich in CDU-regierten BLändern; Finanzierbarkeit eines Erziehungsgelds von 1200 DM pro Kind

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 861 865 900 904 905 909 910

Gewährung eines Familiengelds aus Bargeld und Gutscheinen zum Besuch von Familienbildungsstätten für den Erwerb von Elternkompetenz

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1737 1788

Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit im Osten, Senkung der Erwerbsquote der Frauen mithilfe des Familiengelds

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1825 1826

Umsetzung des Verfassungsgebots der Gleichstellung mit Familiengeldmodellen; Förderung der Entscheidung zur häuslichen Kinderbetreuung mithilfe des Landeserziehungsgelds, Anhebung der Einkommensgrenzen, Umwidmung des Erziehungsgelds für die Kinderbetreuung

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2033 2040 2057 2063 2070 2071

Erhaltung des Landeserziehungsgelds trotz der Sparzwänge, Konzentration auf die Bedürftigsten, Vorschlag einer teilweisen Umwidmung für die Kleinkinderbetreuung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604 3642

Verteidigung des Landeserziehungsgelds durch den MinPräs gegen den Widerstand in der CDU-Fraktion und der FDP

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4023

Umwidmung des Erziehungsgelds für die Kleinkindbetreuung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4160 4209 4210 4212 4213 4216 4218

Umwidmung des Erziehungsgelds für die Kleinkindbetreuung
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963

Umwidmung des Erziehungsgelds für die Kleinkindbetreuung
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5152 5163 5164

Erhaltung des Landeserziehungsgelds trotz der Sparzwänge, Vorschlag einer teilweisen Umwidmung für die Kleinkindbetreuung
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5808 5814 5822 5849-5853

Vorschlag einer stufenweisen Umwidmung des Landeserziehungsgelds zugunsten der Kleinkindbetreuung
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5874 5925 5927 5930 5932 5934 5940

Umwidmung des Erziehungsgelds zugunsten der Kinderbetreuung und Bildung
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6217 6220 6222

Stufenweise und sozial abgefederte Umwidmung des Erziehungsgelds für die Kleinkindbetreuung
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482 6492 6498 6512

Umwidmung des Erziehungsgelds für die Kleinkindbetreuung
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6558 6559

Erhaltung des Landeserziehungsgelds trotz der Sparzwänge, Vorschlag einer teilweisen Umwidmung für die Kleinkindbetreuung; Umbau des Bundeserziehungsgelds zu einem Elterngeld
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7206 7208 7223 7224

Bindung des Bundeserziehungsgelds an das zeitweilige Ausscheiden beider Elternteile aus dem Berufsleben, Bewertung als klassisches Umerziehungsprogramm
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7937

Erziehungsheim

s. *Jugendheim*

Erziehungskraft

Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung
Art und Zeitpunkt einer Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Ausbildung und Prüfung von Erzieherinnen

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 07.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/402

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 34 35

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Kinderbetreuung in BW

Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Ausbildung und Prüfung von Erzieherinnen, Anpassung der Ausbildung an EU-Normen sowie an die erhöhten Anforderungen

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Berücksichtigung des Integrationsgedankens bei der Reform der Erzieherinnenausbildung

Antr CDU und FDP/DVP 17.04.2002 Drs 13/925
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1364-1376

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Universitäten, PH und Fachschulen; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz in Schulen und Kindergärten; Erfahrungen mit Schulversuchen; Ausbildung und Einstellung von Migranten

GrAnfr

s. *Kultur*

Drs 13/1012

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1035

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung für fünfjährige Kinder

Vorlage einer Konzeption und eines entsprechenden GesEntw für die o.g. Maßnahmen: Verpflichtung des Kindes zur Teilnahme an einer individuellen Förderung bei diagnostisch festgestelltem Förderbedarf, Vermittlung von Sprachkompetenz bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrern

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/1220

Reform der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher

Vorlage einer Konzeption zur Neuordnung der Erzieherinnenausbildung, Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK

Antr SPD 08.10.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1380

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3555-3563

Sportpädagogik und Sportkindergärten

Körperliche Defizite von Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsmangel, Entwicklung der Zahl von bewegungsfreundlichen Kindergärten, Unterstützung der Einrichtung solcher Sportkindergärten, Verankerung der Sportpädagogik in der Ausbildung der Erzieherinnen

Antr

s. *Sport*

Drs 13/2261

Reform der Erzieherinnenausbildung

Inkraftsetzung der novellierten Prüfungsordnung

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 22.07.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2295

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 34

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Vermittlung der Fähigkeit zur Sprachstandsbeobachtung und entsprechender Förderung von Kindern iRd Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen

ÄAntr SPD 01.10.2003 Drs 13/2464
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3584-3590

Forcierung der Gesamtkonzeption zur Sprachförderung im Vorschulalter mit der Reform der Erzieherinnenausbildung

Antr CDU und FDP/DVP 02.10.2003 Drs 13/2472
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3584-3590

Haushalt 2004; Epl 09

Fort- und Weiterbildung für Erzieherinnen zur Verbesserung der Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-10 S. 47 48
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849-2 S. 4 5
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbildung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musik*
Drs 13/2862

Zulassung für berufserfahrene Erzieher/innen zum Bachelor-Studiengang „Pädagogik der frühen Kindheit“ an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg

Begründung der geltenden Zulassungsvoraussetzung zum o.g. Fachhochschulstudium; Aussetzung iR eines Pilotprojekts ab dem Wintersemester 2004/2005 für die Dauer von drei Jahren, Anerkennung einer dreijährigen Berufspraxis als Zulassungsvoraussetzung, externe Evaluation dieses Projekts

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 30.06.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3332
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.10.2004 Drs 13/3751 S. 79-81
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Stand der Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für den baden-württembergischen Kindergarten

Umsetzung o.g. Planung für die Elementarerbildung an Kindergärten u.a. Tageseinrichtungen; Beteiligung von Eltern, Erzieherinnen und Trägern in einem öffentlichen Dialogprozess nach dem Vorbild von RPF; Bündelung der Entwicklungen im vorschulischen Bereich mit Bayern und Hessen; Vorschaltung einer Praxis- und Evaluationsphase vor dem Inkrafttreten; finanzielle Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/3364

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des KindergartenfachkräfteGes

GesEntw
s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageseinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Entwicklung seit 2000 und Bedarf bis 2010/2015; Höhe der Betriebskosten und Finanzierungsanteil der Eltern, Kommunen u.a. Träger; Auswirkungen der Novelle des KindergartenGes auf (private) Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Regelung der Kostenerstattung mit einer erneuten Änd des KGaG? Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Einstieg in eine flächendeckende Sprachförderung im Kindergarten, Qualifikation der Erzieherinnen, Umsetzung der Vorschläge der interministeriellen Arbeitsgruppe

s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/4009

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Ausbau der frühkindlichen Bildung, Verankerung der Sprachförderung als Kernaufgabe des Kindergartens, Start einer Weiterbildungsoffensive für Erzieherinnen, enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, landesweite Ausweitung des Modellversuchs „Schulanfang auf neuen Wegen“

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Schuleingangsuntersuchungen

Gründe und Folgen des Verzichts auf die o.g. Pflichtuntersuchungen; Erreichbarkeit der Schüler, insbes aus sozial schwachen und Migrantenfamilien, und der schulrelevanten Informationen über Gesundheits-, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen mit evtl alternativen Untersuchungen; Vereinbarkeit mit dem neuen Schwerpunkt der frühkindlichen Sprachförderung und dem Konzept des „Schulreifen Kindes“; Frage nach der Grundlage für eine künftige prospektive regionale Gesundheitsplanung; Erwägung eines Untersuchungsangebots bereits im Kindergarten und einer entsprechenden Qualifizierung der Erzieherinnen

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4313

Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in BW

Umsetzungsstand und weitere Schritte, Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen unter Einbeziehung der Kindergartenträger, Fortbildung der Erzieherinnen, Abstimmung mit der beschlossenen Ausweitung der Sprachförderung, den Fördermaßnahmen der Landesstiftung und dem Projekt „Schulreifes Kind“

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/4322

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4528

Gemeinschaftskundeunterricht in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher

Stellenwert der politisch-gemeinschaftskundlichen Bildung und Erziehung, Vermittlung entsprechender Inhalte und Kompetenzen iRd Erzieherinnenausbildung

KlAnfr
s. *Politische Bildung*
Drs 13/4538

Kein gesetzliches Kopftuchverbot für Kindergärten

Beurteilung einer o.g. Gesetzgebungsbefugnis der Länder bzw der Übertragbarkeit des für Schulen geltenden Neutralitätsgebots auf den Bereich der Kindergärten; Bewertung des Verbots von religiösen und weltanschaulichen Symbolen im Kindergarten durch einen kommunalen Kindergartenträger sowie der Erfolgsaussichten der Kündigungsklage einer muslimischen Erziehungshilfskraft gegen die Stadt Ebersbach; Erfahrungen der Landeshauptstadt mit Kopftuch tragenden Erzieherinnen

Antr
s. *Textilien*
Drs 13/4658

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergarten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenträgern

GrAnfr
s. *Bildung*
Drs 13/4788

Ges zur Änd des KindergartenGes

Verbot des Tragens eines Kopftuchs in öffentlichen Kindergärten, Einräumung des Tragens im Einzelfall auf Antrag unter der Voraussetzung einer auf Neutralität und Friedenswahrung ausgerichteten Einstellung der Fachkraft

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4803

Haushalt 2006; Nachtrag

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für eine flächendeckende Sprachförderung sowie Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung im Kindergarten, Qualifikation der Erzieherinnen

s. *Bildung*
Drs 13/4840

Ges zur Änd des KindergartenGes

Schaffung der Grundlage für ein Kopftuchverbot für Erzieherinnen an Kindertagesstätten; Erweiterung des Fachkräftecatalogs

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4869

Ges zur Änd des KindergartenGes

Verbot des Tragens eines Kopftuchs in öffentlichen Kindergärten, Einräumung des Tragens im Einzelfall auf Antrag unter der Voraussetzung einer auf Neutralität und Friedenswahrung ausgerichteten Einstellung der Fachkraft

Antr
s. *Kindergarten*
Drs 13/5115

Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Reform der Erzieherinnenausbildung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 746

Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Reform der Erzieherinnenausbildung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 998 1005 1010

Stärkung der sprachlichen und pädagogischen Kompetenz bei der Reform der Erzieherinnenausbildung

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1366 1368 1369 1371 1372 1375 1376

Umsetzung der Reform der Erzieherinnenausbildung, Anhebung auf europäisches Niveau, Fortbildung im Bereich Bewegungserziehung

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1479 1483

Stärkung der sprachlichen und pädagogischen Kompetenz bei der Reform der Erzieherinnenausbildung; Umsetzung von Vorschlägen der Erzieherinnen bei der Novellierung des KindergartenGes; Angebot und Finanzierung der Fortbildung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1757 1774 1776 1779 1780 1784 1785 1788-1790 1793

Stärkung der sprachlichen und pädagogischen Kompetenz bei der Reform der Erzieherinnenausbildung, Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK, finanzielle Beteiligung an der Fort- und Weiterbildung

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1898-1901 1903 1906

Steigerung des Anteils männlicher Erziehungskräfte in den Kindergärten

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2032

Verbesserung der Kompetenz der Erzieherinnen zur musikalischen Früherziehung im Kindergarten, Bewertung der Reform der Erzieherinnenausbildung als halbherzig

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2256 2258 2260 2262 2264

Neuordnung der Erzieherinnenausbildung, Gewichtung der Sprachförderung, Notwendigkeit einer besseren Personalausstattung der Kindergärten, Zuweisung von Erzieherinnen an die Grundschulen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2558 2559 2570 2574 2583 2594-2598

Verbindung des Sprachförderkonzepts mit der Ausbildungsreform für Erzieherinnen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812 2833 2834 2841

Diagnosefähigkeit und Kompetenzen der Erzieherinnen zur Erkennung und Förderung von Hochbegabten bereits im Kindergarten

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4475

Verbindung des Sprachförderkonzepts mit der Ausbildungsreform für Erzieherinnen; Bündelung der Zuständigkeit für Erzieherinnen in einem Ressort; Ablehnung einer Akademisierung des Berufs der Erzieherin

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5421-5428

Kompetenz der Erzieherinnen zur Umsetzung des Bildungsauftrags und der Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5878 5927 5930 5933 5934

Notwendigkeit einer Fort- und Weiterbildungsinitiative für die Erzieherinnen, Qualifizierung zur Umsetzung der Bildungs- und Orientierungspläne

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213-6218 6220-6223

Umsetzung des Programms zur Sprachförderung im Kindergarten, entsprechende Qualifizierung der Erzieherinnen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6474 6475 6504

Würdigung von Motivation und Einsatzfreude der Erzieherinnen, Qualifizierung der Erzieherinnen zur Umsetzung des Projekts „Schulreifes Kind“, Steigerung der Attraktivität des Berufs mit der Novellierung der Ausbildung

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7203 7214 7222 7224 7233 7237 7238 7251

Qualifizierung der Erzieherinnen zur Umsetzung der Sprachförderung und des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung; Arbeitsbedingungen und Einkommen der Erzieherinnen an Kindergärten in freier Trägerschaft

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7341 7360 7361

Verbot des Tragens eines Kopftuchs durch Erzieherinnen in öffentlichen Kindergärten

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7656 7661 7662

Qualifizierung der Erzieherinnen zur Umsetzung der Sprachförderung und des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935 7941 7952

Erziehungsurlaub

s. Elternzeit

Erziehungswissenschaft

s. Pädagogik

ESF

s. Europäischer Sozialfonds

Esslingen

s.a. Esslingen, Landkreis

s.a. Fachhochschule für Technik Esslingen

s.a. Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen

Fluglärm

Nächtliche Kontrolle der Fernwärmeleitungen aus der Luft im Auftrag der NWS im Großraum Stuttgart ohne vorherige Information der betroffenen Bevölkerung, der Polizei oder des Stuttgarter Flughafens; eingesetzter Flugzeugtyp, Flughöhe und Fluglärm, insbes im Bereich Esslingen-Jägerhof; Gewährleistung der künftigen Information von Bürgerschaft und Behörden

KlAnfr

s. Lärmschutz

Drs 13/1814

Ges zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung (Name geändert in: Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen)

Zusammenführung der Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung in Calw, Donaueschingen, Esslingen und Schwäbisch Hall zu einer Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Esslingen; Regelung der Aufgaben, Zusammensetzung und rechtlichen Stellung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LandesbesoldungsGes

GesEntw

s. Lehrerbildung

Drs 13/2430

Arbeitsplätze beim Bildröhrenwerk Panasonic/Toshiba in Esslingen erhalten

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungspläne, Kenntnisse über die vorgesehenen Mittel zur Finanzierung des Sozialplans; Auftragsvergabe für eine Studie an ein geeignetes Forschungsinstitut zur Untersuchung der vorhandenen technischen Potenziale und Kompetenzen der Belegschaft zur Erschließung neuer Produktfelder und Kooperationspartner; Initiierung eines Lenkungsausschusses mit dem Betriebsrat, den Gesellschaftern, der IG Metall, der IHK, den beteiligten Banken sowie Stadt und Region

Antr

s. Unterhaltungselektronik

Drs 13/5013

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/5184

Aufbau elektronischer Bürgerdienste in Esslingen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632 1633

Esslingen, Landkreis*Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen*

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Berufsvorbereitungsjahr im LKreiss Esslingen

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2359

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Geplante Gaspipeline der Fa. Ruhrgas/Wingas - Trassenverlauf im LKreiss Esslingen

Stand der Planung und Stellungnahmen der betroffenen Behörden und Kommunen für die einzelnen Varianten, Verlegung zusätzlicher Leitungen? Ausschluss einer Gefährdung der Bevölkerung sowie Minimierung der Eingriffe in Natur und Landschaft

KlAnfr
s. *Gasleitung*
Drs 13/2822

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Unterrichtsversorgung im LKreiss Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4598

Neuabgrenzung der Wahlkreise im LKreiss Esslingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828

Ethik

s.a. *Sozialkompetenz*

Ges zur Änd des SchulGes

Gleichstellung von Ethik- und Religionsunterricht, Einführung einer Wahlpflicht zur Teilnahme am Unterricht in einem der beiden Fächer

GesEntw GRÜNE 10.12.2001 Drs 13/548
1. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1115-1124
BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.03.2002 Drs 13/868
Mittlg LtgPräs 09.04.2002 Drs 13/903
2. Beratung PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1353-1362 (Ablehnung)

Einführung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse

Einführung in der ersten Grundschulklasse sowie Klasse fünf der weiterführenden Schulen, insbes der Hauptschulen, für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schüler; Erstellung der Lehrpläne; Angebot der erforderlichen Lehreraus- und -fortbildung

Antr GRÜNE 10.12.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/549
EAntr GRÜNE 22.01.2003 Drs 13/1693
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2496-2502
BeschlEmpf und Bericht SchulA 09.04./15.10.2003 Drs 13/2582 S. 27-30
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 04**Ausbau des Ethikunterrichts an Grund- und Hauptschulen*

ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-8 S. 43 44
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/686-7 S. 14 15
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

„Weltkulturunterricht“ als Bestandteil des Gemeinschaftskundeunterrichts

Erfüllung der o.g. Forderung des „Jugendlandtags“ ab der ersten Klasse entsprechend der Bedeutung des interkulturellen Lernens; Ausbau des Ethikunterrichts, Umsetzungsstand der in Aussicht gestellten Pilotversuche

Antr
s. *Kultur*
Drs 13/2336

Förderung moralischer und demokratischer Kompetenzen an den Schulen

Verankerung in den Bildungsplänen sowie bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 16.02.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2921

BeschlEmpf und Bericht SchulA 21.04.2004 Drs 13/3200 S. 20 21

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Sozialethisches Profil am Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden - Genehmigung eines Schulversuchs

Stellenwert der ethischen und sozialen Bildung im neuen Bildungsplan des Gymnasiums, Bewertung des o.g. Profils als Alternative zum sprachlichen und naturwissenschaftlichen Profil, Frage nach Vorschlägen des Ministeriums und Reaktionen der Schulgremien zur Umsetzung der Konzeption iRd schuleigenen Curriculums bzw nach weiteren Anträgen von Gymnasien; Genehmigung eines auf zunächst drei Jahre befristeten Schulversuchs

Antr
s. *Sozialkompetenz*
Drs 13/3437

Sozialethisches Profil an Gymnasien in BW

Frage nach o.g. Gymnasien; Genehmigung eines „Sozialethischen Profils“ mit dem Kernfach Sozialethik am Georg-Büchner-Gymnasium in Winnenden

Antr
s. *Sozialkompetenz*
Drs 13/3468

Haltung des Nationalen Ethikrats zu Gesundheitstests für Arbeitsplatzbewerber

Zuerkennung des Rechts der Arbeitgeber auf Verlangen eines gentechnisch abgestützten Gesundheitsstatus unter bestimmten Voraussetzungen, Beurteilung unter Aspekten wie Versicherungsrecht, Datenschutz, Recht auf Unwissenheit über eigene unheilbare Krankheiten u.a.m.; Ablehnung eines evtl GesEntw der BReg nach den Vorstellungen des Nationalen Ethikrats im BRat

KlAnfr
s. *Gesundheitsuntersuchung*
Drs 13/4628

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und des VersorgungsanstaltsGes

Änd der Regelungen zur Ethikkommission

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/4902

Das Fach Ethik in der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen

Aufnahme der ethisch-philosophischen Grundausbildung für alle Lehramtsstudierende in die neuen Prüfungsordnungen der PH; Gleichstellung des Fachs Ethik mit den Fächern evangelische und katholische Theologie/Religionspädagogik durch Aufnahme in alle vier Fächerverbände

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 05.12.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4934
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 79 80
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ethische Grenzen der Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 58 59

Ethische Grenzen biologischer und medizinischer Forschung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 91 92 104

Ethische Grenzen der Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 168-179

Ausbau des Ethikunterrichts an den Schulen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 238

Personalmehrbedarf zur Einführung von Ethikunterricht ab Klasse 1

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987

Aufwertung von Ethikunterricht an den beruflichen Schulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6294

Forderung nach Ethikunterricht ab Klasse 1

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496

Ethikkommission

s. *Ethik*

Ethikrat

s. *Ethik*

Ethikunterricht

s. *Ethik*

Ethnische Minderheit

s. *Nationale Minderheit*

Ethylalkohol

s. *Alkohol*

EU-Antidiskriminierungsrichtlinie

s. *Diskriminierungsverbot*

EU-Binnenmarkt

s. *Gemeinsamer Markt der EU*

EU-Dienstleistungsrichtlinie

s. *Dienstleistung*

EU-Fernsehrichtlinie

s. *Fernsehen*

EuGH

s. *Europäischer Gerichtshof*

EU-Kommission

s. *Europäische Kommission*

EU-Recht

s. *Europarecht*

Euro

s. *Währung*

EuroAirport Basel-Mulhouse-Freiburg

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Euro-Institut

s.a. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr FDP/DVP 02.07.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3346

Europa

s.a. *Euro-Institut*

s.a. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

s.a. *Europäische Union*

s.a. *Europäischer Konvent*

s.a. *Europarecht*

s.a. *Europawahl*

s.a. *Kulturstadt Europas*

s.a. *Osteuropa*

Repräsentanz des Landes in Brüssel

Derzeitige und geplante Personalstruktur des Brüsseler Informationsbüros; Erwerb eines Gebäudes und Nutzung als „Haus BW“, Vorlage eines Finanzierungsplans; frühzeitige Information und Einbeziehung des Ltg in Fragen der Europapolitik

Antr
s. *Vertretung BW bei der Europäischen Union*
Drs 13/11

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2000/2001

Mittlg LReg 26.06.2001 Drs 13/39 (198 S.)
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 199
BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/399 (31 S.)
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 599-613

Positionen zur Zukunft der Europäischen Union; hier: Beschl der LReg vom 11.12.2001

Mittlg LReg 11.12.2001 Drs 13/580 (13 S.)
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453-1474

Begleitung des EU-Verfassungskonvents

Information und Beteiligung des Ltg und BRats an der Arbeit des Konvents, Beteiligung der Bürger an der Debatte um

die Zukunft Europas, Kooperation mit Regionen und europäischen regionalen Zusammenschlüssen, Koordination und Vorbereitung der drei deutschen Vertreter im Konvent, Schlüsselprojekte zur Gestaltung der Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU, Unterstützung des MinPräs durch Beamte aus den einzelnen Ressorts

Antr
s. *Verfassung*
Drs 13/823

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2001/2002

Mittlg LReg 04.07.2002 Drs 13/1141 (266 S.)
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1734
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1376 (24 S.)
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152-2166

Hochglanzbroschüre „Ein Stern in Europa“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation des StM mit Abbildungen von Staatsminister Palmer und des MinPräs

Antr
s. *Druckerzeugnis*
Drs 13/1592

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1685

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1789

RegErkl - Ergebnisse des Konvents für die Zukunft Europas

RegErkl
s. *Europäischer Konvent*
PIPr 13/48 S. 3305

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2002/2003

Mittlg LReg 10.09.2003 Drs 13/2400 (211 S.)
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2523 (34 S.)
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3811

Einrichtung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

Verbesserung der zeitnahen Unterrichtung und Einbeziehung des Ltg in Bundes- und EU-Angelegenheiten, Behandlung der europapolitischen Initiativen und EU-Vorhaben, Abgabe einer Stellungnahme vor Ablauf der Beratungsfristen des BRats, Durch-

führung europapolitischer Foren

Antr
s. Landtag, Ausschüsse
Drs 13/2648

Haushalt 2004; Epl 02

Streichung der Zuschüsse zur Förderung des Europäischen Gedankens

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2802-8 S. 26
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4181

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2003/2004

Mittlg LReg 27.07.2004 Drs 13/3430 (231 S.)
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.09.2004 Drs 13/3604 (43 S.)
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369-5380

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2004/2005

Mittlg LReg 15.08.2005 Drs 13/4540 (52 S.)
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877
BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2005 Drs 13/4679 (dazu Anlage 4.1 Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD und Anlage 5.1 Antr Helmut Göschel u.a. SPD) (35 S.)
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7139-7152

Veränderung des Gesichts von Europa mit dem Euro, der Erweiterung und einer neuen Verfassungsordnung der EU

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 44

Kritik an der Europapolitik der LReg, Erneuerung der Forderung nach einem Ausschuss für Europafragen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 95

Bedeutung des Themas Europa, Notwendigkeit einer europäischen Verfassung vor Verwirklichung der Osterweiterung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775-781

Mitgestaltung europäischer Rechtspolitik, Einrichtung eines Europaausschusses

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4852

Begründung der Notwendigkeit eines Ministers für Europapolitik, Zweifel an der Eignung des neuen Ministers Ulrich Müller; Ausmaß der von Europa initiierten nationalen Gesetzgebung, Mitwirkung der Länder an der europäischen Rechtsetzung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5489-5495 5499 5506 5509 5511 5557

Aktive Mitgestaltung der Europapolitik, Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips durch die EU, Stärkung der Vertretung in Brüssel

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Aktive Mitgestaltung der Europapolitik, Beiträge des Landtags und seines Präsidenten, Sensibilisierung der Bürger für Europaangelegenheiten

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Vorschlag einer VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer; Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änd der Richtlinie 77/799/EWG des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten und indirekten Steuern

Mittlg FM 21.08.2001 Drs 13/199
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/252
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 353

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine VO des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist

Mittlg IM 05.09.2001 Drs 13/219
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/236
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 353-357

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Weißbuch der Kommission „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ (KOM[2001]370)

Mittlg UVM 02.10.2001 Drs 13/285
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 08.11.2001 Drs 13/391
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 613-620

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Europäischen Kommission für eine VO des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Ethylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs (GMO-Agraralkohol)

Mittlg MLR 22.10.2001 Drs 13/379
BeschlEmpf und Bericht LandWA 05.12.2001 Drs 13/521
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 793

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen

Mittlg IM 21.12.2001 Drs 13/608
BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1351
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Gemeinsamer Standpunkt des Rates zum 6. Forschungsrahmenprogramm (2002-2006)

Mittlg MWK 05.03.2002 Drs 13/822
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.03.2002 Drs 13/874
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1376

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Umwelthaftung betreffend die Vermeidung von Umweltschäden und die Sanierung der Umwelt (KOM(2002)17)*

Mittlg UVM 13.03.2002 Drs 13/854

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 11.04.2002 Drs 13/902

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1376

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; Mittlg der Kommission „Besteuerung von Personenkraftwagen in der Europäischen Union - Handlungsmöglichkeiten auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene“ (KOM(2002)431)

Mittlg UVM 01.10.2002 Drs 13/1362

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1457

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2199

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; -Vorhaben von herausragender Bedeutung-

Geänderter Vorschlag für jeweils eine Richtlinie des Rates über a) das Recht auf Familienzusammenführung

b) Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft

Mittlg IM 14.11.2002 Drs 13/1530

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1571

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Mittlg der EU-Kommission „Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens“

Mittlg MWK 07.03.2003 Drs 13/1861

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.03.2003 Drs 13/1865

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik; EU-Kommissionsvorschläge zur Halbzeitbewertung der AGENDA 2000

Mittlg MLR 07.03.2003 Drs 13/1903 (48 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.04.2003 Drs 13/2029

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3063

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten;

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates zur Festlegung grundlegender Verpflichtungen und allgemeiner Grundsätze im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen (KOM(2003)32) und

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (KOM(2003)32)

Mittlg UVM 20.05.2003 Drs 13/2110

Stellungnahme des Ltg durch den Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2216

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM/2003/301)2)*

Mittlg UVM 29.07.2003 Drs 13/2318

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003 Drs 13/2448

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änd der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (KOM/2003/448)

Mittlg UVM 29.08.2003 Drs 13/2392

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003 Drs 13/2449

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änd der Richtlinie 77/388/EWG in Bezug auf den Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze

Mittlg FM 08.09.2003 Drs 13/2391

Stellungnahme des Ltg durch den FinA 18.09.2003 Drs 13/2407

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vorschlagspaket zur Neuausrichtung des europäischen Chemikalienrechts

Mittlg UVM 13.11.2003 Drs 13/2654 (165 S.)

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 04.03.2004 Drs 13/2971 (dazu Antr SPD 1, Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU, Heiderose Berroth FDP/DVP, Helmut Göschel u.a. SPD und Boris Palmer GRÜNE 2 3) (15 S.)

ÄAntr GRÜNE 09.03.2004 Drs 13/2991

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4568-4578

Mittlg LReg 16.09.2004 Drs 13/3550

BeschlEmpf und Bericht UVM 02.12.2004 Drs 13/3830

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6198

Einrichtung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

Verbesserung der zeitnahen Unterrichtung und Einbeziehung des Ltg in Bundes- und EU-Angelegenheiten, Behandlung der europapolitischen Initiativen und EU-Vorhaben, Abgabe einer Stellungnahme vor Ablauf der Beratungsfristen des BRats, Durchführung europapolitischer Foren

Antr

s. Landtag, Ausschüsse

Drs 13/2648

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union 2007 bis 2013

Mittlg FM 19.02.2004 Drs 13/2932

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3028

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4688

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss; Bilanz und Aktualisierung der Prioritäten der MwSt-Strategie

Mittlg FM 09.03.2004 Drs 13/2994

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3029

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4688

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

Mittlg LReg 14.07.2004 Drs 13/3382

BeschlEmpf und Bericht StändA 22.07.2004 Drs 13/3404

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5318

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Hochwasserrisikomanagement

Mittlg UVM 21.07.2004 Drs 13/3414

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 30.09.2004 Drs 13/3605

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5634

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik für die neue Förderperiode 2007 bis 2013

Mittlg LReg 28.12.2004 Drs 13/3929

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4127

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vereinfachung mehrwertsteuerlicher Pflichten und Regelungen zur Mehrwertsteuererstattung

Mittlg LReg 20.01.2005 Drs 13/3963

Stellungnahme FinA 28.01.2005 Drs 13/3970

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Verwirklichung des Binnenmarkts für Dienstleistungen

Mittlg LReg 31.01.2005 Drs 13/3988 (23 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5057 (31 S.)

ÄAntr SPD 31.01.2006 Drs 13/5103

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845-7851

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft

Mittlg MWK 19.05.2005 Drs 13/4348 (28 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 16.06.2005 Drs 13/4388

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Rolle der Universitäten iRd Lissabon-Prozesses

Mittlg MWK 19.05.2005 Drs 13/4349

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 16.06.2005 Drs 13/4389

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat und das Europäische Parlament zur Aufstellung eines Rahmenprogramms für Solidarität und Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007 bis 2013

Mittlg IM 10.08.2005 Drs 13/4597

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.09.2005 Drs 13/4650

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vorschlag für eine Richtlinie zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger

Mittlg IM 26.10.2005 Drs 13/4782

Stellungnahme InnenA 16.11.2005 Drs 13/4824

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Grünbuch der Kommission über Energieeffizienz oder Weniger ist mehr

Mittlg WM 26.10.2005 Drs 13/4783

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4826

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7451-7456

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Aktionsplan staatliche Beihilfen - Roadmap zur Reform des Beihilferechts 2005 bis 2009

Mittlg LReg 03.11.2005 Drs 13/4810

BeschlEmpf und Bericht StändA 14.12.2005 Drs 13/4961 (dazu Antr Winfried Mack u.a. CDU und Michael Theurer FDP/DVP)

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vorschlag der Kommission für eine Luftqualitätsrichtlinie und Mittlg der Kommission zur Luftinhaltestrategie

Mittlg UM 18.11.2005 Drs 13/4855

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs 13/4964

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7640-7644

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Spezifische Programme zum 7. Forschungsrahmenprogramm EG und zum 7. Rahmenprogramm Euratom

Mittlg MWK 15.12.2005 Drs 13/4989

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 19.01.2006 Drs 13/5071

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7858

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Geänderter Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (KOM(2005)319 endgültig)*

Mittlg IM 18.01.2006 Drs 13/5067
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 26.01.2006 Drs 13/5088
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7858 7859

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
a) Mittlg der Kommission zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung: Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM(2005)666)
b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Abfälle (KOM(2005)667)*

Mittlg UM 08.02.2006 Drs 13/5135
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 16.02.2006 Drs 13/5176
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8009

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: EU-Fernsehrichtlinie

Mittlg LReg 06.03.2006 Drs 13/5210
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/135
PIPr 14/8 27.07.2006 S. 271-277

Europaausschuss

s. Landtag, Ausschüsse

Europa-Distrikt

s. Europäische Regionen

Europäische Atomgemeinschaft

s. Kernforschung

Europäische Dienstleistungsrichtlinie

s. Dienstleistung

Europäische Kommission

Unstimmigkeiten zwischen Nationalstaaten und Kommission um die Frage der Kompetenzen in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 611

Stärkung der Kompetenzen der EU-Kommission, Unterbindung der Eingriffe in regionale Zuständigkeiten

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 776 777 779

Bescheinigung einer guten Verwaltungsarbeit der EU-Kommission, Verteidigung gegen pauschale Kritik, Bestrebungen um Marktöffnung für Bereiche der Daseinsvorsorge; Reduzierung der Zahl von Kommissionsmitgliedern, Wahl durch das EP

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1455-1457 1459 1464 1466 1471-1473

Stärkung der Kompetenzen der EU-Kommission

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2160 2161

Bewertung der Aktivitäten der Kommission in Wettbewerbsfragen; Stärkung der Kompetenzen der Kommission und ihres Präsidenten

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340 2346

Stärkung der Kompetenzen der Kommission, Verkleinerung auf 15 Kommissare

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057 3059-3062

Stärkung der Kompetenzen der Kommission und ihres Präsidenten mit dem EU-Verfassungsvertrag, Durchsetzung eines Kommissars für jedes Mitgliedsland, Reduzierung von 25 auf 15 ab 2009

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3308-3310 3317

Stärkung der Kompetenzen der Kommission und ihres Präsidenten mit dem EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801

Stärkung der Kompetenzen der Kommission und ihres Präsidenten mit dem EU-Verfassungsvertrag, Wahl durch das Europäische Parlament, Einigung auf eine Verkleinerung der Kommission, Überprüfung der GesEntw der Kommission durch die nationalen Parlamente

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120-5132

Überprüfung der GesEntw der Kommission durch die nationalen Parlamente, Wahl des Präsidenten durch das Europäische Parlament

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5371 5377

Begrüßung des Rückzugs von GesEntw durch die Europäische Kommission, Bewertung des von der Kommission vorgeschlagenen Finanzrahmens 2007-2013 als nicht verkraftbar, Verpflichtung der Kommission zu mehr Transparenz mit dem EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7144-7146 7149-7151

Europäische Kulturhauptstadt

s. Kulturstadt Europas

Europäische Medien- und Eventakademie Baden-Baden

s. Medien- und Eventakademie Baden-Baden

Europäische Regionen

s.a. Ausschuss der Regionen

Begleitung des EU-Verfassungskonvents

Information und Beteiligung des Ltg und BRats an der Arbeit des Konvents, Beteiligung der Bürger an der Debatte um die Zukunft Europas, Kooperation mit Regionen und europäischen regionalen Zusammenschlüssen, Koordination und Vorbereitung der drei deutschen Vertreter im Konvent, Schlüsselprojekte zur Gestaltung der Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU, Unterstützung des MinPräs durch Beamte aus den einzelnen Ressorts

Antr
s. Verfassung
Drs 13/823

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Bewertung von Vorschlägen zur Entwicklung eines Europas der Regionen

GrAnfr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1026

Europa-Distrikt

Bildung eines Europa-Distrikts am Oberrhein mit den Städten Straßburg, Kehl u.a. Kommunen im Ortenaukreis als Konsequenz aus der bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 12.02.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1776

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der europäischen Regionen im Verhältnis zur EU, Ausweitung der Kompetenzen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1796

Eurodistrikt Straßburg/Kehl

Beteiligung an der Ausgestaltung des Eurodistrikts am Oberrhein, Nutzung der Vorbildfunktion des grenzüberschreitenden kommunalen Zweckverbands

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 16.07.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2262
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2582 S. 3
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Stärkung der Eigenverantwortung der Länder*

Bisherige und noch vorgesehene Maßnahmen in dieser WP zur Stärkung der finanziellen und gesetzgeberischen Eigenverantwortung der Länder sowie zur Förderung des Subsidiaritätsgedankens und Stärkung der Regionen auf europäischer Ebene

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/2323

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Bildung eines Eurodistrikts, insbes. Kompetenzen, Rechtsform und Gremien; Beteiligung von Bürgergruppen und berufsständischen Organisationen; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Justiz und Schulen; Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den

einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes?

GrAnfr FDP/DVP 09.06.2004 und Antw LReg Drs 13/3251 (20 S.)
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7132-7139

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr
s. *Euro-Institut*
Drs 13/3346

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion

Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarketing GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr
s. *Unterer Neckar, Region*
Drs 13/4067

Europäische Metropolregion Oberrhein

Vereinbarkeit einer Anerkennung des Rhein-Neckar-Dreiecks als Europäische Metropolregion mit der Zielsetzung des Landesentwicklungsplans, den Europäischen Verflechtungsraum Oberrhein i.S. einer Europäischen Metropolregion zu behandeln; Frage nach einer Aufrechterhaltung dieser Option

KlAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/4215

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Erzielte Fortschritte seit Beantwortung der GrAnfr 13/3251 unter Einbeziehung von Bürgergruppen; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und Schulen iR von Gremien und Projekten: Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten, Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr FPD/DVP 13.04.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4245 (11 S.)
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7132-7139

Stärkung der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar

Begrüßung der mit dem Staatsvertrag geschaffenen Grundlagen für den Verband Region Rhein-Neckar, dessen Kompetenzerweiterung durch neue Entwicklungsaufgaben sowie der Direktwahl der Vertreter der Verbandsversammlung

Antr

s. *Unterer Neckar, Region*

Drs 13/4450

Teilnahme eines Vertreters des Landes an der „Konferenz zum Erhalt einer nachhaltigen europäischen Landwirtschaft“ am 17. Mai 2005 in Brüssel

Frage nach der Vertretung und inhaltlichen Positionierung des Landes in der o.g. Konferenz von 162 Regionen, Zustimmung zu den beschlossenen einheitlichen Standards für den Erhalt der Koexistenz einer Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik bzw zu dem Entscheidungsrecht der Regionen über ihre Entwicklungsstrategie einschließlich des Schutzes regionaler genetischer Ressourcen und des Verbots gentechnisch veränderter Pflanzen?

KlAnfr

s. *Agrarpolitik*

Drs 13/4462

Intensivierung der Kontakte des Ltg zu den europäischen Regionen

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 6 7

Eintreten für starke Regionen in Europa

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 44

Stärkung der Regionen im Zuge des europäischen Erweiterungsprozesses

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62

Stärkung der Regionen im Zuge des europäischen Reform- und Erweiterungsprozesses, Begrüßung des Wettbewerbs unter den Regionen, Ausdehnung der „Vier Motoren“ auf Osteuropa, Präsenz des Landes in den Institutionen der Regionen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 599-608 611 612

Ausweisung der Region Stuttgart als europäische Metropolregion, Gleichbehandlung des Oberrheinraums, Aufwertung der europäischen Regionen, Erweiterung der „Vier Motoren“ mit einer Region in Osteuropa

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 754 756 777 779 781

Verlagerung von Kompetenzen innerhalb der EU auf die europäischen Regionen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 937

Behandlung des Oberrheinraums als europäische Metropolregion, Vertretung der Interessen der Regionen im EU-Verfassungskonvent, Stärkung der Regionen in den Verträgen von Maastricht und Amsterdam

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452 1453 1465 1466 1470 1491 1493

Anstrebung einer grenzüberschreitenden Region mit der PAMINA-Region

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1516 1521 1522 1530

Wahrnehmung der Rechte der Regionen im Europäischen Konvent, Hinwirkung auf ein eigenes Klagerecht für die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis, Einflussmöglichkeiten des Landes im Ausschuss der Regionen, grenzüberschreitende Regionen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153 2154 2158-2161 2163

Stärkung der Regionen im Zuge des europäischen Verfassungsprozesses

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340 2341 2343 2346

Definition des europäischen Begriffs der Regionen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2728 2729 2734 2735

Hinwirkung auf ein eigenes Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof; Zusammenarbeit der Partnerregionen im Gesundheitswesen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895 2957

Hinwirkung auf ein eigenes Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057-3060 3062 3063

Zusammenarbeit der Hochschulen in den vier Partnerregionen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3105 3106

Stärkung der Regionen im europäischen Verfassungsvertrag, Scheitern eines eigenständigen Klagerechts vor dem EuGH; Zusammenarbeit der „Vier Motoren für Europa“

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3308 3309 3319 3321 3323

Feststellung einer Spitzenposition des Landes bei den Hightech-Arbeitsplätzen unter den europäischen Regionen; Stärkung der Kompetenzen der Länder und Regionen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3607

Stärkung der Regionen im europäischen Verfassungsvertrag, Zusammenarbeit der „Vier Motoren für Europa“, Ausdehnung auf Osteuropa

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3803

Stärkung der Regionen im europäischen Verfassungsvertrag

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5122

Wettbewerbsfähigkeit der Region Stuttgart im Vergleich zu anderen europäischen Regionen; Zusammenarbeit der „Vier Motoren für Europa“; Unterstützung der Entwicklung des Eurodistrikts

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5343 5344 5374

Belegung des Eurodistrikts Straßburg/Ortenau, Behandlung der Raumschaft zwischen Mannheim und Basel als „Europäischer Verflechtungsraum Oberrhein“, Ausweisung des Rhein-Neckar-Raums gemeinsam mit Südhessen und RPF als Europäische Metropolregion

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6352 6354-6357

Verankerung von zwei Metropolregionen auf europäischer Ebene, Verbesserung der Stellung im Standortwettbewerb zwischen vergleichbaren europäischen Regionen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6595-6602

Erfolgsplatzierung der Metropolregion Stuttgart im Ranking von 30 ausgewählten Metropolregionen in Europa, Bemühungen um einen höheren Dienstleistungsanteil; Stärkung der Rechte der Regionen mit dem EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7144 7145

Europäische Union

s.a. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 s.a. *Europäische Kommission*
 s.a. *Europäischer Gerichtshof*
 s.a. *Europäisches Parlament*
 s.a. *Europarecht*
 s.a. *Europol*
 s.a. *Gemeinsamer Markt der EU*
 s.a. *Vertretung BW bei der Europäischen Union*

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2000/2001

Mittlg
 s. *Europa*
 Drs 13/39

Wege zur Osterweiterung der Europäischen Union; Beschl der LReg zur EU-Osterweiterung vom 25.09.2001

Mittlg LReg 02.11.2001 Drs 13/385 (33 S.)
 PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499
 BeschlEmpf und Bericht StändA 06.12.2001 Drs 13/529
 PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775-781

Positionen zur Zukunft der Europäischen Union; hier: Beschl der LReg vom 11.12.2001

Mittlg
 s. *Europa*
 Drs 13/580

Begleitung des EU-Verfassungskonvents

Information und Beteiligung des Ltg und BRats an der Arbeit des Konvents, Beteiligung der Bürger an der Debatte um die Zukunft Europas, Kooperation mit Regionen und europäischen regionalen Zusammenschlüssen, Koordination und Vorbereitung der drei deutschen Vertreter im Konvent, Schlüsselprojekte zur Gestaltung der Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU, Unterstützung des MinPräs durch Beamte aus den einzelnen Ressorts

Antr
 s. *Verfassung*
 Drs 13/823

Innerstaatliche Umsetzbarkeit der Zusagen des BFinanzMin gegenüber der Europäischen Union

Zusage eines „nahezu“ ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalts für das Jahr 2004, Bewertung durch den Finanzplanungsrat

Antr
 s. *Finanzpolitik*
 Drs 13/877

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Stand und Entwicklungsperspektiven von Zuständigkeiten, Rechtssetzungs- und Finanzierungskompetenzen von Bund, Ländern und EU; Möglichkeiten zur Rückübertragung auf die Länder und Landesparlamente; Stärkung der Mitwirkungsrechte des BRats; Entflechtung bzw Abbau von Mischfinanzierungen, Fachministerkonferenzen, Arbeitsgruppen u.a. Gremien; Vorschläge zur Entwicklung eines Europas der Regionen

GrAnfr
 s. *Föderalismus*
 Drs 13/1026

Förderung der deutschen Sprache in der EU angesichts der EU-Erweiterung

Ergreifung o.g. Initiative zur Förderung der Sprachausbildung von Diplomaten und Beamten sowie deutschsprachigen Übersetzern insbes aus den Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa; Förderung der deutschen Sprache als Amts- und Arbeitssprache; Stärkung der Goethe-Institute

Antr
 s. *Deutsche Sprache*
 Drs 13/1081

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2001/2002

Mittlg
 s. *Europa*
 Drs 13/1141

Gesundheit in Europa

Bestrebungen der EU-Kommission zur Harmonisierung der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten; Auswirkungen des Verfahrens der „offenen Koordination“ auf die Kompetenzverteilung zwischen EU, Bund und Ländern; Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung; grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, insbes mit der Schweiz; gegenseitige Behandlung von Patienten, Unterstützung der Leistungsanbieter ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten; Beurteilung der geplanten europaweiten Krankenversicherungskarte sowie der gegenseitigen Anerkennung von Pflegeberufsabschlüssen und der ärztlichen Approbation

GrAnfr
 s. *Gesundheit*
 Drs 13/1163

Der Europäische Konvent nach seinem ersten Drittel - Zwischenbilanz und Ausblick

Mittlg
 s. *Europäischer Konvent*
 Drs 13/1278

EU-Migration

Entwicklung der Zahlen von Arbeitsmigranten aus EU- und Drittstaaten in den letzten zehn Jahren, Einschätzung der Auswirkungen der vom EP geplanten Rechtsänderungen

Antr
 s. *Zuwanderung*
 Drs 13/1786

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der europäischen Regionen im Verhältnis zur EU, Ausweitung der Kompetenzen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antr
 s. *Föderalismus*
 Drs 13/1796

Der Europäische Konvent bei Eintritt in die Phase der Formulierung

Mittlg
 s. *Europäischer Konvent*
 Drs 13/1854

RegErkl - Ergebnisse des Konvents für die Zukunft Europas

RegErkl
 s. *Europäischer Konvent*

PIPr 13/48 S. 3305

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2002/2003

Mittlg

s. *Europa*

Drs 13/2400

Einrichtung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

Verbesserung der zeitnahen Unterrichtung und Einbeziehung des Ltg in Bundes- und EU-Angelegenheiten, Behandlung der europapolitischen Initiativen und EU-Vorhaben, Abgabe einer Stellungnahme vor Ablauf der Beratungsfristen des BRats, Durchführung europapolitischer Foren

Antr

s. *Landtag, Ausschüsse*

Drs 13/2648

Scheitern der Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsentwurf
Auswirkungen auf den weiteren europäischen Prozess; Bewertung der Chancen für eine spätere Einigung

MdlAnfr

s. *Verfassung*

Drs 13/2691

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union 2007 bis 2013

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/2932

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Auswirkungen des Beitritts auf die innere Sicherheit, die Verkehrsbelastung und das Verkehrsgewerbe; Förderung des Verkehrswegeausbaus durch die EU; Chancen für eine Teilverlagerung auf Schienen- und Wasserwege; Einschätzung der Veränderungsprozesse und Angleichung der Lebensverhältnisse; Verhandlungsposition für die weitere Finanzierung der EU nach 2006; Aufnahmefähigkeit der möglichen nächsten Kandidaten Bulgarien, Rumänien und der Türkei

GrAnfr

s. *Osteuropa*

Drs 13/2975

Aktive Mitgestaltung europäischer Rechtspolitik durch das Land BW

Aktuelle Debatte

s. *Europarecht*

PIPr 13/69 S. 4841

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Beurteilung eines Eurodistrikts durch die EU, finanzielle Förderung von Modellvorhaben sowie der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit, Erarbeitung einer Konzeption zur Tourismusförderung unter Einbeziehung von berufsständi-

schen Organisationen

GrAnfr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/3251

Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Aktueller Kostenstand der o.g. Vorhaben, Verteilung auf die beteiligten Partner; Höhe der Gesamtkosten und der Kofinanzierung der EU in Bezug auf die vorrangigen Projekte der transeuropäischen Netze; erwartbare Zusagen und Fördervolumen der EU für Stuttgart 21 und die NBS Wendlingen-Ulm

KlAnfr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3359

RegErkl - Verfassungsvertrag der Europäischen Union - und Aussprache

RegErkl

s. *Verfassung*

PIPr 13/73 S. 5119

Die Entscheidung des EuGH zum Streit um das Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich - Auswirkungen auf den Europäischen Stabilitätspakt und die Finanzpolitik in Deutschland und BW

Antr

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/3386

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2003/2004

Mittlg

s. *Europa*

Drs 13/3430

Aufbau paralleler Verwaltungsstrukturen durch die Europäische Union im Land BW

Abruf von EU-Programmen bzw -Mitteln aus der direkten und geteilten Mittelverwaltung durch die EU unter Nutzung von Verwaltungsinstanzen des Landes, Aufbau neuer Verwaltungswege, Zahl der hierfür notwendigen Personalstellen, Höhe der jeweiligen Finanzierungsanteile der EU und des Landes

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 31.01.2005 und Antw FM

Drs 13/3992 (26 S.)

Reform des Beihilferegimes der EU

Beurteilung o.g. Vorschläge der neuen EU-Wettbewerbskommissarin Kroes, Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsförderung und Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik für die neue Förderperiode 2007 bis 2013

KlAnfr

s. *Subvention*

Drs 13/4065

Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze innerhalb der EU und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land

Definition und Angleichungsvereinbarungen der abgestuften MwSt-Sätze in der EU; Darlegung der Steuersätze in den 25 EU-Staaten und der Schweiz für Agrarprodukte, Lebensmittel, Arzneimittel, Tabakwaren, medizinische Leistungen, Verkehrstarife, Bücher, Fernsehgebühren, Eintrittsgebühren, Gastronomiepreise, Kraftstoffe, Fahrzeughandel, Reparaturen u.a. Güter und Dienstleistungen; Frage nach Vorgaben für die nationalen Regierungen bei der Anwendung von Nullsteuer- und Ermäßigungs-

sätzen; Initiativen zum Abbau der Wettbewerbsnachteile für den heimischen Tourismus im Vergleich zu den angrenzenden Nachbarregionen

Antr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/4276

Bericht über die Europapolitik der LReg im Jahre 2004/2005

Mittlg
s. *Europa*
Drs 13/4540

Nichtregierungsorganisationen bei der Europäischen Union

Interessenwahrnehmung der NRO im Vergleich zu Lobby-Vertretern des Privatsektors, Beurteilung der jeweiligen Funktionen und Effizienz, Höhe und Kriterien der Unterstützung der NRO mit Fördermitteln der EU

Antr
s. *Nichtregierungsorganisation*
Drs 13/4697

EU-Förderung für Stuttgart 21

Höhe der o.g. Kofinanzierung, Auswirkungen der Mittelkürzungen für die Projekte der transeuropäischen Netze, Frage nach dem Zeitpunkt einer evtl Förderzusage und dem Baubeginn

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/5160

Bedeutungsverlust der Länder im Zuge der Erweiterung der EU, Ankündigung einer Veranstaltungsreihe über die Osterweiterung im Ltg

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 6 7 9

Identifikation der Bürger mit Europa über den Euro, Vorauschau auf die Erweiterung und die neue Verfassungsordnung der EU

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 44

Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einem Sicherheitsraum, Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 371 372 375 383

Aufforderung der LReg an den BinnenMin zur Verhinderung des Mehrheitsprinzips in der EU

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1285

Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent und Abschluss der Erweiterungsverhandlungen als Schwerpunkte des Europaberichts der LReg; zentrale Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips für die EU

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152-2166

Feststellung eines Versagens der Europäer in der Irak-Krise und den Balkankriegen, Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2694-2700

Aufbau Europas von unten nach oben, Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips im europäischen Verfassungsvertrag; Gesundheitspolitik der EU

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2895 2908 2909 2951-2958

Vorstellung der einzelnen Elemente des europäischen Verfassungsvertrags, Aufbau Europas von unten nach oben; europäische Harmonisierung des Handwerksrechts

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305-3325 3354 3355 3357-3359

Konzentration der europäischen Aufgaben auf die großen Probleme, Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Verhältnis zwischen Europa und den nationalstaatlichen Ebenen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3607

Beklagung einer zu großen Regelungswut der EU, gleichzeitige Forderung nach europaeinheitlichen Regelungen vieler Bereiche

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4086

Ausmaß der von der EU initiierten nationalen Gesetzgebung, Mitwirkung der Länder in Angelegenheiten der EU

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5495 5499 5506 5509 5511

Würdigung der bisherigen Erweiterungspolitik, sorgfältige Prüfung der Auswirkungen vor der Aufnahme weiterer Länder in die EU

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Bewertung der europäischen Integration als Glücksfall, Sensibilisierung der Bürger für Europaangelegenheiten, Heranführung der neuen Beitrittsländer an Europa

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Europäische Verfassung

s. *Verfassung*

Europäischer Binnenmarkt

s. *Gemeinsamer Markt der EU*

Europäischer Gerichtshof

Die Entscheidung des EuGH zum Streit um das Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich - Auswirkungen auf den Europäischen Stabilitätspakt und die Finanzpolitik in Deutschland und BW

Antr
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/3386

Schaffung einer Kammer für Kompetenzfragen beim Europäischen Gerichtshof, Eröffnung des Klagewegs auch für die BLänder

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1457 1460 1470 1472 1473

Hinwirkung auf ein eigenes Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153 2159 2161 2163

Hinwirkung auf ein eigenständiges Klagerecht der Länderparlamente vor dem Europäischen Gerichtshof

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2341-2343 2346

Hinwirkung auf ein eigenes Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof; Urteile des EuGH zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen im Ausland

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895 2951-2953 2955-2957

Hinwirkung auf ein eigenes Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis vor dem Europäischen Gerichtshof

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057-3060 3062 3063

Verankerung eines Klagerechts der nationalen Parlamente vor dem EuGH im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3308 3311 3314 3316 3317 3321

Verankerung eines Klagerechts der nationalen Parlamente vor dem EuGH im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3801 3802 3809

Verankerung eines Klagerechts der nationalen Parlamente vor dem EuGH im EU-Verfassungsvertrag, Bewertung der Entscheidung des EuGH zum Stabilitätspakt

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120 5121 5123 5126 5127

Verankerung eines Klagerechts der nationalen Parlamente vor dem EuGH im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5377

Verankerung eines Klagerechts der nationalen Parlamente vor dem EuGH in der Europäischen Verfassung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5590

Europäischer Konvent

Der Europäische Konvent nach seinem ersten Drittel - Zwischenbilanz und Ausblick

Mittlg LReg 28.08.2002 Drs 13/1278 (12 S.)

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1572

Protokoll der öffentlichen Anhörung des StändA vom 15.11.2002 (48 S.)

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2339-2346

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der europäischen Regionen im Verhältnis zur EU, Ausweitung der Kompetenzen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1796

Der Europäische Konvent bei Eintritt in die Phase der Formulierung

Mittlg LReg 25.02.2003 Drs 13/1854 (29 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1910

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3056-3063

RegErkl - Ergebnisse des Konvents für die Zukunft Europas

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305-3325

Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent, Beteiligung der Länder und Länderparlamente

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152-2155 2160-2164 2166

Bestrebungen des MinPräs im Europäischen Konvent zur Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im Verfassungsvertrag

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895 2908 2909 2955

Würdigung der Bestrebungen und erreichten Ergebnisse der deutschen Länder bei der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3809

Übernahme von ca 90 % des Konventsentwurfs in eine europäische Verfassung durch die Regierungskonferenz, Dank für die engagierte Mitarbeit der Mitglieder aus BW

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5119-5133

Würdigung des erfolgreichen Einsatzes des scheidenden MinPräs im Europäischen Konvent zur Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im Verfassungsvertrag

PIPr 13/90 21.04.2005 S. 6395

Bemühungen um das Inkrafttreten des im Europäischen Konvent erarbeiteten Verfassungsvertrags, Dank an den ehemaligen MinPräs für dessen engagierte Mitarbeit im Konvent

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7139 7140 7144 7149

Europäischer Sozialfonds

Arbeitsmarktpolitik in BW

Programme und Maßnahmen für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose, Finanzierung über den Haushalt, die LStiftung sowie aus dem Europäischen Sozialfonds iRd Ziels 3; Höhe des Bedarfs und der tatsächlich etatisierten Mittel zur Kofinanzierung der Projekte, Anteile der LKreise, der BA, des Landes und der freien Träger; Vereinfachung der Antragsverfahren und Bündelung der Förderebenen im SM und WM; Projekte zur Frauenförderung, insbes Existenzgründung, Qualifizierung, Beratung zur Berufsrückkehr, Förderung von Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung; Begleitung der Übergänge von der Schule in den Beruf; Förderung von regionalen Beschäftigungsagenturen zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung; Erstellung eines Arbeitsmarktleitbilds für BW

GrAnfr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/248

Gender Mainstreaming konsequent umsetzen

Erfahrungen und Ausweitung des Mentorinnenprogramms; Bindung der Mittelvergabe iRd Europäischen Sozialfonds an das Gender-Mainstreaming-Prinzip

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/631

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei den Eingliederungshilfen; Entwicklung der Arbeitslosigkeit von Deutschen und Migranten, Projekte zur beruflichen Integration in der vergangenen und laufenden ESF-Förderperiode

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

Geplante Streichung der Kofinanzierungsmittel des Landes für ESF-Projekte

Höhe des o.g. Mittelzuflusses aus dem Europäischen Sozialfonds Ziel 3 für Projekte im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Zahl und Volumen der von einer Streichung betroffenen Anträge; Fortführung des Mittelabrufs und der Kofinanzierung

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 21.01.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1688
BeschlEmpf und Bericht WirtA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 18-20
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Fortsetzung der Kofinanzierung des europäischen Sozialfonds aus Landesmitteln

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 10 S. 55 56
ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 56 S. 118
ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-4 S. 10
ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-30 S. 49
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Einsatz und Kofinanzierung der ESF-Mittel nach Ziel 3 - Halbzeitbilanz und Konsequenzen bis zum Ende der laufenden Förderperiode 2006

Zahl und Bescheidung der gestellten Anträge in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen der Einstellung neuer Landeszuschüsse zur Abwicklung von beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen über das WM bzw Landesgewerbeamt sowie der Einstellung der Programme „Jugend-Arbeit-Zukunft“ und „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“; Erfahrungen mit dem Programm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 11.11.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2590 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 15-18
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen bei der ESF-Kofinanzierung

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-2 S. 32 33
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Abwicklung von Projekten iRd ESF-Ziel 3-Förderung

Halbzeitbilanz und Ausblick der o.g. Förderung bis 2006; Projekte, Träger, Schwerpunkte und beschäftigungspolitische Erfolge; Gestaltung der Finanzierung und Kofinanzierung bzw der Projektabwicklung bei der Landeskreditbank; Hinwirkung auf eine Vereinfachung der aufwendigen Verwaltungsabwicklung, insbes bei der Mittelabrufung und Erstellung von Verwendungsnachweisen; Prüfung einer Formularvereinfachung zur Einreichung an eine bei der Landeskreditbank angesiedelte Beratungs- und Begleitstelle

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 18.08.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3508 (20 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.10.2004 Drs 13/3991 S. 22 23
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik für die neue Förderperiode 2007 bis 2013

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/3929

Aufhebung der Regionalisierung im Rahmen der ESF-Ziel-3-Förderung

Höhe der verfügbaren, der gebundenen Mittel und Restmittel für o.g. Projekte in den Geschäftsbereichen des SM und WM differenziert nach Trägern, Politikbereichen und Regionen; Auswirkungen einer Aufhebung der regionalen Zuteilung auf den regionalen arbeitsmarkt- und beschäftigungsbezogenen Qualifizierungsbedarf; Möglichkeiten einer Sicherung der „Sprungbrett“-Projekte an Hauptschulen bis zum Ende der Förderperiode 2006; Fortführung der ESF-Ziel-3-Förderung entlang der regionalen Bedarfslagen unter Einbindung der regionalen ESF-Arbeitskreise

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 17.03.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4161
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 16-18
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel

GrAnfr
s. Alter Mensch
Drs 13/4213

ESF-Ziel-3-Förderung im Geschäftsbereich des Sozialministeriums

Antr Rudolf Hausmann u.a. SPD 28.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4443
BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 47 48
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Pforzheimer Hauptschulprojekt FIT - fördern - integrieren - trainieren; Zukunft der sozialpräventiven Maßnahme zur Sicherung des Hauptschulabschlusses

Auswirkungen des Projekts auf die Motivation, Stabilisierung und den Lernerfolg der Schüler; Möglichkeiten für eine Fortsetzung auch nach dem Auslaufen der ESF-Mittel - evtl über Mittel der Landesstiftung oder aus dem Lehrbeauftragtenprogramm

Antr
s. Schulabschluss
Drs 13/4497

Umsetzung bzw Kofinanzierung des Ziels 3 des Europäischen Sozialfonds

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201

Kofinanzierung von ESF-Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 504

Kofinanzierung der Projekte aus dem Europäischen Sozialfonds

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 774

Kofinanzierung der ESF-Mittel

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 893 902 910 911

Kofinanzierung der ESF-Mittel, Umsetzung des Gender Mainstreaming

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1690 1704 1711-1714

Kofinanzierung der ESF-Mittel

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2161

Kritik an der Kürzung der Kofinanzierung von Förderprojekten des Europäischen Sozialfonds

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292 2300 2302 2303

Kritik an der Kürzung der Kofinanzierung von Förderprojekten des Europäischen Sozialfonds

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2992 2993 2996-2999

Höhe bzw Kofinanzierung der ESF-Mittel

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3805

Höhe bzw Kofinanzierung der ESF-Mittel

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4215

Finanzierung von Projekten der Jugendhilfearbeit aus Mitteln des ESF

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5786 5788

Eintreten für den Erhalt der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7450

Qualifizierung älterer Arbeitnehmer aus Mitteln des ESF, Abwendung von Mittelkürzungen ab 2007

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7679 7680 7682

Europäisches Institut für Transurane*s. Kernforschung***Europäisches Parlament***Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments*

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 776 777 779

Einbeziehung des EP in die Entscheidung über einen europäischen Verfassungsvertrag, Stärkung der Rechte des EP, Einrichtung eines Kompetenzausschusses, volle Übertragung des Haushaltsrechts

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1454 1455 1460 1464-1466 1473 1474

Einräumung des Rechts zur Wahl der Kommission sowie des vollen Haushaltsrechts für das Europäische Parlament

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2346

Stärkung der Rechte des EP

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3059 3061 3062

Stärkung der Rechte des EP mit dem EU-Verfassungsvertrag, volle Beteiligung an der Gesetzgebung, Wahl des Kommissionspräsidenten

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3309 3314 3316 3317 3319

Stärkung der Rechte des EP mit dem EU-Verfassungsvertrag, Erhaltung und Stärkung des Standorts Straßburg

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801 3803

Stärkung der Rechte des EP mit dem EU-Verfassungsvertrag, Wahl des Kommissionspräsidenten, volle Beteiligung an der Gesetzgebung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120 5122 5124 5126-5128 5132

Stärkung der Rechte des EP mit dem EU-Verfassungsvertrag, volle Beteiligung an der Gesetzgebung, Wahl des Kommissionspräsidenten

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5371 5377

Stärkung der Rechte des EP mit dem EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7144 7145 7149 7150

Europäisches Recht*s. Europarecht***Europapark Rust***s. Freizeiteinrichtung***Europapolitik***s. Europa***Europarecht***Einrichtung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten*

Verbesserung der zeitnahen Unterrichtung und Einbeziehung des Ltg in Bundes- und EU-Angelegenheiten, Behandlung der europapolitischen Initiativen und EU-Vorhaben, Abgabe einer Stellungnahme vor Ablauf der Beratungsfristen des BRats, Durchführung europapolitischer Foren

Antr

s. Landtag, Ausschüsse

Drs 13/2648

Aktive Mitgestaltung europäischer Rechtspolitik durch das Land BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4852

Umsetzung von EU-Recht in Bundes- und Landesrecht

Verschärfung europäischer Vorgaben bei deren Umsetzung in nationales Recht, Frage nach konkreten Fällen und Auswirkungen auf Bundes- und Länderebene

Antr CDU 19.01.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/3958 (17 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 9 10

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Anpassung des Gebührenanteilsystems der Notare im Landesdienst an die Vorgaben des Europarechts

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6190-6193

Ablehnung einer Verschärfung europäischer Regelungen bei deren Umsetzung in nationales Recht, Verweisung auf das Beispiel des AntidiskriminierungsGes

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Anpassung des Gebührenanteilsystems der Notare im Landesdienst an die Vorgaben des Europarechts

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6920-6924

Anteil der auf EU-Vorgaben begründeten Vorschriften des deutschen Wirtschaftsrechts

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7449

Ablehnung einer Verschärfung europäischer Regelungen bei deren Umsetzung in nationales Recht

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7642-7644

Europawahl

Ges zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Festlegung des Ablaufs der Amtszeit o.g. Mandatsträger mit dem 31.08.2004 sowie des Beginns der neu Gewählten zum 01.09.2004 infolge der Zusammenlegung der Kommunalwahlen 2004 und der Europawahl

GesEntw
s. *Wahlperiode*
Drs 13/1894

Ges zur Änd des KommunalwahlGes

Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis unter bestimmten Voraussetzungen, Notwendigkeit der Anpassung an das entsprechend geänderte Bundeswahl- und Europawahlrecht noch vor der Kommunal- und Europawahl am 13.06.2004

GesEntw
s. *Kommunalwahlrecht*
Drs 13/2821

Beurteilung des Verhaltens des Landrats des LKreises Sigmaringen

Gemeinsame Einladung zu einer Europawahlveranstaltung mit einem CDU-Bundestagsabgeordneten unter Verwendung des Landkreiswappens, seiner Amtsbezeichnung und Unterschrift; rechtliche Prüfung dieser Vorgehensweise, ggf Einleitung rechtsaufsichtlicher Maßnahmen

Antr
s. *Landrat*
Drs 13/3231

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch ein Recht auf Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis; Anpassung an das geänderte Bundeswahl- und Europawahlrecht

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3680

Erwartung einer Europawahl im Sommer 2004 in 25 Staaten

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153 2154

Zusammenlegung der Europa- und Kommunalwahlen 2004

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3426

Hoffen auf eine gute Wahlbeteiligung bei der Europawahl

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4770

Enttäuschung über die geringe Wahlbeteiligung und Dominanz innenpolitischer Themen bei der Europawahl

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120 5123 5125 5127 5128 5130

Europol

Unterstützung des Ausbaus von Europol

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Ausbau der Kompetenzen von Europol

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 372

Verbesserung der inneren und äußeren Sicherheit auf europäischer Ebene, Verstärkung der Kooperation iR von Europol

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600

Ausbau der Kompetenzen von Europol

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340 2345

Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung in Europa, Ausbau von Europol, Anregung eines europäischen FBI

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842-4844

Eutingen, Ortsteil

s. *Pforzheim*

EU-Verfassungskonvent

s. *Verfassung*

EU-Vertrag

s. *Internationales Abkommen*

EU-Wasserrahmenrichtlinie

s. *Wasserrecht*

Evangelische Fachhochschule Freiburg

s. *Fachhochschule Freiburg*

EVU

s. *Energiewirtschaft*

Existenzgründung

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Verbesserung der Voraussetzungen zur Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. *Juden*
Drs 13/98

Neue Selbstständige - Freelancer

Beschäftigten- und Wachstumsanteil o.g. Unternehmen, Zahl jährlicher Neugründungen, durchschnittliche Existenzdauer, Regelungen zur Renten- und Krankenversicherung, Unterstützungsangebote

KlAnfr
s. *Selbstständiger*
Drs 13/180

Arbeitsmarktpolitik in BW

Kofinanzierung der Projekte über Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds iRd Ziels 3, Förderung von Unternehmensgründungen, Beratung und Hilfen für Frauen zur Existenzgründung

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/248

Bedeutung von Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Gründerzahlen seit 1996 im Vergleich zu anderen BLändern und im internationalen Vergleich, geschlechtsspezifische und regionale Verteilung, Branchenschwerpunkte, Beratung und finanzielle Hilfen, Vermittlung von Kenntnissen iR von Programmen, Studiengängen u.ä.; Erfahrungen mit Zentrallätern wie in Heidelberg; Abbau von Hemmnissen

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 19.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/585 (10 S.)
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 12-16
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Existenzgründer-Verbände in BW

Vorhandene und geplante Gründerverbände und Gründerlehrstühle an Universitäten und FH; Art, Umfang und Planungssicherheit der Finanzierung; Ausmaß der Initiierung von Existenzgründungen; Integration in regionale Aktionsnetzwerke; Einbeziehung von Unternehmen in Lehrveranstaltungen, Erkenntnisse aus einer Veranstaltung im Haus der Wirtschaft

Antr Veronika Netzhammer u.a. CDU 19.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/591
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 18-52
 PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Die Biotechnologie-Agentur des Landes und ihre Aufgaben

Gründe für die Auflösung des o.g. Förderapparats; Veränderung der Ziele, Aufgaben und Rechtsform seit 1996, insbes Beratung von Existenzgründern, Kapitalbeschaffung, Standortmarketing, Erschließung von Förderprogrammen; Übernahme der Aufgaben durch andere private und öffentliche Einrichtungen; Erhaltung der erworbenen Spitzenstellung der Bio-Regionen Freiburg, Ulm, Rhein-Neckar-Dreieck und Stuttgart/Neckar-Alb

Antr
s. Biotechnologie
 Drs 13/883

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Förderung der Beratung, Qualifizierung, Existenzgründung und Unternehmensnachfolge von ausländischen Inhabern; Evaluati-on der einzelnen Maßnahmen

GrAnfr
s. Ausländer
 Drs 13/1030

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1134

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten, der Zahl von Unternehmen, Unternehmensgründungen, -auflösungen und Konkursen seit 1996

GrAnfr
s. Heilbronn-Franken, Region
 Drs 13/1211

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKkreis Rottweil

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1318

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1387

Unternehmensgründungen von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und deren Auswirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt

Darlegung o.g. Daten seit 1995 in Relation zum Bevölkerungsanteil und Vergleich mit Gewerbeanmeldungen von Deutschen, Zahl der dadurch entstandenen Arbeitsplätze

Antr Inge Utz u.a. SPD 23.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1425

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1998

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKkreis Waldshut

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1998

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
 Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Förderprogramm „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“

Genehmigte und abgelehnte Anträge zur Qualifizierung, Existenzgründung und Netzwerkorganisation iRd von der EU mitfinanzierten Programms; Zahl und Art der neu begründeten Beschäftigungsverhältnisse; Information über die Fördermöglichkeiten und Unterstützung bei der Antragstellung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1660

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1998

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1733

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1880

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1886

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Anteil und Stellung in Berufs- und Umweltschutzverbänden, in der Landwirtschafts- und Forstverwaltung; Programme zur Unterstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1917

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1998

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1998

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1996

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2026

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen seit 1998

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2135

Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Zahl von Nebenerwerbs- und Vollerwerbsgründungen in den Bereichen Produktion und Dienstleistung in den letzten fünf Jahren, Vergleich mit anderen BLändern; Förderung über Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken; Aufstockung der Förderung von Betriebsübernahmen sowie der Ausfallbürgschaften bei der Bürgschaftsbank, L-Bank und beim Land

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 18.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2174
BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 13-15
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Fördermittel Mittelstand Unternehmensberatung

Art der Abwicklung, Höhe der eingesetzten Mittel und zuständige Stellen der Mittelvergabe für Existenzgründungs- und Unternehmensberatung iRd Mittelstandsförderung

KlAnfr
s. *Mittelstand*
Drs 13/2608

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen sowie des Bedarfs und Angebots von Gewerbeflächen seit 1993

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2667

Biotechnologie in BW

Position des Landes im nationalen und internationalen Vergleich nach Patentanmeldungen, Mitarbeiterzahlen, universitären u.a. Forschungseinrichtungen, Aktivitäten der BIOPRO, Förderung der Existenzgründung und Ausgründung aus Universitäten; Unterstützung der Bio-Regionen Rhein-Neckar, STERN, Freiburg und Ulm

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/2758

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/3975

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4152

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben

KlAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4291

Unternehmensnachfolge

Zahl und Art der seit 2002 getroffenen und in den nächsten Jahren anstehenden Nachfolgeregelungen differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen, Anteil von Neugründungen, Darlegung der Förderprogramme des Landes, der Kammern, Verbände, Banken u.a. Institutionen

KlAnfr
s. *Unternehmen*
Drs 13/4364

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr SPD 01.07.2005 und Antw WM Drs 13/4470 (36 S.)

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Mitteleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Status und weitere Förderung von Unternehmen in der TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH (TFU) der Grenzregion Ostwürttemberg/Ulm/Neu-Ulm

Höhe der gewährten Fördermittel an o.g. Existenzgründer u.a. Firmen in den letzten fünf Jahren, Anteil der am Markt erfolgreichen bzw gescheiterten Empfänger, Umfang und Gründe der Rückforderung von Fördermitteln, Darstellung der bearbeiteten Technologiefelder sowie der künftigen Unterstützung von Existenzgründungen

KlAnfr
s. *Technologieförderung*
Drs 13/4936

Förderung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 45

Bündelung der Förderprogramme für Existenzgründer; Zahl von Existenzgründungen im Bereich der Biotechnologie

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77 84 110

Förderung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 161 162

Förderung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 698 701 702

Förderung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 766 767 774

Förderung von Existenzgründungen und Betriebsübergaben

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942 943 948

Förderung von Ausländern mit der Existenzgründungsoffensive II und III

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1228 1229

Auszeichnung der Technologieregion Karlsruhe und der Region Stuttgart für die Unterstützung innovativer Existenzgründungen von der EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452

Erfolgsbewertung der Technologieregion Karlsruhe als Gründerregion, Begrüßung von Ausgründungen aus Universitäten und FH, Erhaltung der Verbindungen zur Wissenschaft

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518 1521 1528 1529

Kreditversorgung von Existenzgründern durch die öffentlich-rechtlichen Banken; Wachstumsrate von Unternehmensgründungen am Neuen Markt; Abbau von bürokratischen Hemmnissen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1611 1612 1634-1637

Verhinderung von Existenzgründungen durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1815 1823

Errichtung einer Popakademie in Verbindung mit einem Existenzgründerzentrum; Verweisung auf die Zahl der geförderten Existenzgründungen am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1973 1992 1994

Verhinderung von Existenzgründungen durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115

Minimalbesteuerung für Existenzgründer; Verhinderung von Existenzgründungen durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356 2357 2359-2361

Förderung von Existenzgründungen im Bereich der Biotechnologie

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3217 3218 3220-3223

Erleichterung von Existenzgründungen im Handwerk durch Abschaffung der Meisterprüfung

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3352-3354 3357 3358

Erfolgsbewertung der Förderprogramme für Existenzgründungen, Kritik an der Kürzung der Fördermittel

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3614

Engagement der Sparkassen und L-Bank bei der Existenzgründungsfinanzierung

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3913 3914 3919

Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensübernahmen, Entwicklung der Ausgründungen an wirtschaftsnahen Forschungsinstituten

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4495 4496 4499 4500 4517-4519

Abbau bürokratischer Hürden für Existenzgründer

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795

Verweisung auf die Spitzenstellung beim Gründungsgeschehen im Hochtechnologiebereich, Förderung von Existenzgründungen durch die L-Bank und Bürgschaftsbank

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5961 6014 6027 6029

Qualität der Wirtschaftsfördereinrichtungen bei der Beratung und Förderung von Existenzgründern

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330

Engagement der Sparkassen und L-Bank bei der Existenzgründungsfinanzierung, Förderung von Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich heraus

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405-6407

Hinweis auf die Möglichkeit von Existenzgründern zur Einstellung von Mitarbeitern ohne Kündigungsschutz

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479

Förderung von Existenzgründungen über Bürgschaften und Beteiligungen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7294

Förderung von Existenzgründungen durch die L-Bank und Bürgschaftsbank

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7446 7450

Förderung von Existenzgründungen aus dem Hochschulbereich heraus

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7885 7890

Exkrement

Hundekot

Aufnahme eines Verbots des Kotens von Hunden auf landwirtschaftlich genutzten Grün- und Ackerflächen in örtliche Polizei-

VO, Gründe für die Anordnung der Streichung dieses Verbots aus der PolizeiVO der Stadt Backnang, Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip

KIAnfr Reinhold Gall u.a. SPD 22.06.2005 und Antw MLR Drs 13/4434

Expertenkommission

s. Kommission

Explosionsverbrechen

Erklärung zu den Bombenanschlägen in Madrid

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4591

Fortführung des Antiterrorprogramms nach den Bombenanschlägen vom 11. März in Madrid, Erkenntnisse über den Aufenthalt mutmaßlicher Attentäter in Deutschland

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4606 4611 4615 4618 4621 4624 4625

Erwartung einer Verurteilung der Anschläge in Madrid durch muslimische geistliche Führer

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4721

Aufklärung der Bombenanschläge von Madrid mithilfe des Zugriffs auf gespeicherte Kommunikationsdaten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6255

Verurteilung der jüngsten Bombenanschläge in London und Scharm el Scheich, Anpassung der Sicherheitsinfrastruktur an die Entwicklung des internationalen Terrorismus, Befürchtung von Anschlägen auch in Deutschland

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7001-7003 7005 7007 7008

Anpassung der Sicherheitsarchitektur aufgrund der Anschläge vom 11. September 2001 sowie der Attentate von Madrid und London

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7081 7083 7085 7086

Expo 2000

s. Weltausstellung

Export

s. Außenwirtschaft

Exportantrag

s. Außenwirtschaft

Extremismus

s. Radikalismus

Extremisten-Beschluss

s. Sicherheitsüberprüfung von Personen

Facharbeiter

s. Arbeitnehmer

Facharzt

Qualitätssicherung bei Zahnärzten

Maßnahmen und Ziele zur Qualitätssicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Defizite im bestehenden System der zahnärztlichen Fortbildung, Erfahrungen mit Patientenberatungsstellen, Einführung des „Facharztes auf Zeit“?

Antr
s. Zahnarzt
Drs 13/1626

Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Entwicklung der Ärztedichte seit 1998 und bis 2010 nach Ärzten in Kliniken, niedergelassenen Ärzten, Fach- und Zahnärzten; Darlegung der Nachfolgeproblematik; Auswirkungen einer Unterversorgung; Anreize und Möglichkeiten zur Abmilderung des Negativtrends; Planungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhausträger

Antr
s. Arzt
Drs 13/1735

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr
s. Gesundheitswesen
Drs 13/1740

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und zur Aufhebung heilberufsrechtlicher Vorschriften

Anpassung an die Rechtsauffassung der EU-Kommission, Regelung der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin als Weiterbildung im Gebiet Allgemeinmedizin, Berechtigung der in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikation zur Führung der allgemeinmedizinischen Gebietsbezeichnung sowie der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin zur Facharztbezeichnung Arzt für Allgemeinmedizin

GesEntw
s. Kammer (Körperschaft)
Drs 13/3092

Ärztemangel

Entwicklung der Zahlen von Pensionierungen sowie des Bedarfs an Haus-, Fach- und Krankenhausärzten in den nächsten zehn Jahren; Gegenüberstellung der Zahlen von Studienanfängern, -abbrechern und -absolventen, Anteil der Mediziner ohne patientenbezogene ärztliche Tätigkeit; Kosten eines Medizinstudienplatzes pro Semester; Beschreibung der medizinischen Versorgung bzw des Mangels an Ärzten in den einzelnen Regionen und im europäischen Ausland

Antr
s. Arzt
Drs 13/3168

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Verbesserung der Koordination der geriatrischen Zentren sowie der geriatrischen Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Bewertung einschlägiger Studien zu geschlechtsspezifischen Aspekten der Geriatrie

GrAnfr
s. Alter Mensch
Drs 13/4213

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr
s. Arzt
Drs 13/4604

Honorarverteilung für ärztliche ambulante Leistungen - Auswirkungen des EBM 2000plus (Einheitlicher Bewertungsmaßstab) - Kassenärztliche Vereinigung BW

Veränderung der Vergütung bei den verschiedenen Haus- und Facharztgruppen im vierten Quartal 2005 als Folge des o.g. neuen Honorarverteilungsmaßstabs, Frage nach der Ausgestaltung und Inanspruchnahme der von der KV beschlossenen Härtefallregelung zur Abmilderung der von der Honorarreform verursachten Einkommensminderungen, Beurteilung der zur Entscheidung der KV über einen Härtefallantrag geforderten Wirtschaftsdaten

KIAnfr
s. Arzthonorar
Drs 13/5232

Fachgymnasium

Schulentwicklung im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen sowie der räumlichen Voraussetzungen an den beruflichen Schulen bzw Oberschulen und dem Technischen bzw Informationstechnischen Gymnasium Emmendingen; Zahl der abgewiesenen Bewerber sowie der bereitgestellten und notwendigen Lehrerstunden; Einrichtung einer ITG-Klasse als Alternative am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch?

Antr
s. Schule
Drs 13/119

Ausbau Technischer Gymnasien

Entwicklung seit Einführung zusätzlicher Profildzüge und Erweiterung des fachspezifischen Angebots; Darlegung der neuen Standorte, der zusätzlichen Deputate und Klassen für das Schuljahr 2002/03; Aufgabe des Prinzips der Deckelung des Vollzeitbereichs im beruflichen Schulwesen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 18.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/333
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 23
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Berufsorientierung an 6-jährigen beruflichen Gymnasien (Bogy)
Gründe für den Verzicht auf ein Praktikum zur Berufsorientierung

MdlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/530

Schulen in freier Trägerschaft

Entwicklung der Schülerzahlen und Träger der allgemein bildenden und beruflichen privaten Gymnasien, Auswirkungen der G 8-Züge und neuen Anforderungen im Abitur als Folge der neugestalteten gymnasialen Oberstufe, Erhaltung der Zuschüsse für die neunjährigen Bildungsgänge zum Abitur

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Berufliches und allgemein bildendes Gymnasium (Oberstufe) im Vergleich

Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen in den letzten sowie künftigen zehn Jahren, Differenzierung nach den beruflichen Gymnasialtypen sowie vorausgegangenen Bildungsgängen, Auswirkungen des G 8, Kosten pro Schüler, Schulerfolg, Klassen- und Kursgrößen sowie Arbeitsgemeinschaften; Zahl der eingesetzten Deputate und A 15-Stellen, Beförderungswartezeiten, Anteil von Studien- und Oberstudienräten

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 13.08.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1258
BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 29-31
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Ausbau der beruflichen Gymnasien

Einrichtung zusätzlicher Klassen entsprechend dem wohnortnahen Bedarf, Aufgabe des Prinzips der Deckelung des Vollzeitbereichs im beruflichen Schulwesen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 27.09.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1352
BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 31 32
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Pläne der LReg zur Weiterentwicklung des Berufskollegs

Entwicklung der Zahl von Klassen, Schülern und Absolventen in den Berufskollegs seit 1998; Erweiterung der Klassen an den technischen zulasten der kaufmännischen Berufskollegs; bundesweite Anerkennung des Fachhochschulreifeabschlusses durch Einführung eines 6-monatigen Betriebspraktikums? Abwanderung von Schülern in die beruflichen Gymnasien infolge der Praktikumshürde? Steigerung der Absolventenzahlen mit Fachhochschulreife über die Berufskollegs, Verankerung des Zusatzunterrichts im Stundenplan der Regelform

Antr
s. *Berufskolleg*
Drs 13/1714

Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2004/05

Erfahrungen mit den bisherigen G 8-Zügen, Vorbereitung der Schulen auf die Umstellung 2004, Gewährleistung des Übergangs und Raumbedarfs, Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien

Antr
s. *Gymnasium*

Drs 13/1877

Einrichtung zusätzlicher Klassen an den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs in Überlingen, Friedrichshafen und Ravensburg

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2003

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs
Bildung zusätzlicher Eingangsklassen an den o.g. beruflichen Vollzeitschulen entsprechend den Bewerberzahlen

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2008

Situation von Bewerberinnen und Bewerbern sowie Zahl der Klassen an beruflichen Gymnasien in der Region Neckar-Alb

Entwicklung der Zahlen und schulischen Herkunft von Bewerbern, des Erfolgs der Bewerbungen und Schulabschlüsse in der o.g. Region und landesweit seit 1998; Bildung zusätzlicher Eingangsklassen entsprechend den Bewerberzahlen

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 07.05.2003 und Antw KM Drs 13/2053

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Ges zur Änd des SchulGes

Allgemeine Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 zur Fortführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule, Ermöglichung von Übergängen auf die beruflichen Gymnasien schon nach Klasse 9

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien? Berücksichtigung aller Anmeldungen für berufliche Vollzeitschulen, bedarfsorientierte Einrichtung zusätzlicher Klassen für das Berufskolleg II, Ausbau der beruflichen Gymnasien

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3205

Bewerbung und Abgleich für berufliche Gymnasien und Berufskollegs

Zahl der Anmeldungen und ermittelten Mehrfachbewerbungen für die o.g. Schulen, Entwicklung der Zahlen von Schülern und Klassen sowie der Auslastung vorhandener Kapazitäten; Weiterentwicklung des Verfahrens zum Abgleich der Mehrfachbewerbungen

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/3797

Reform des Bildungswesens in BW

Ausbau des beruflichen Schulwesens einschließlich der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs, Abbau des strukturellen Unterrichtsausfalls

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums in Nagold bzw eines biotechnologischen Gymnasiums in Horb; Heranführung junger Menschen an naturwissenschaftlich-technische Fragestellungen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Chancen für Quereinsteiger: sechsjähriges Wirtschaftsgymnasium und siebenjähriges Aufbaugymnasium mit besonderem Profil
Verteilung, Erfolgsquote sowie Zahl von Schülern und Klassen der o.g. Schularten in staatlicher und freier Trägerschaft; Planung einer Ausweitung auf andere Standorte, Frage nach positiven Stellungnahmen der Fachgremien und -verbände

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.10.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4715
BeschlEmpf und Bericht SchulA 07.12.2005 Drs 13/5052 S. 21-23
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Aussagekraft von Noten an Haupt- und Werkrealschulen

Bevorzugung von Aufnahmeprüfungen anstelle der Noten für den Schülerwechsel auf ein berufliches Gymnasium, Begründung der Zweifel an der Notengebung der Lehrer, Beurteilung der Zukunftsfähigkeit dieses Beurteilungssystems; Zahl und Erfolg des Wechsels von Schülern aus Werkrealschulen auf berufliche Gymnasien in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4994

Abituranteil der beruflichen Gymnasien

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 741

Zulassung weiterer Klassen an den Fachgymnasien, Abmilderung einer sozialen Sonderung durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 991 1004 1010

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1368

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien, Aufhebung der Deckelung, Ermöglichung der Einrichtung weiterer Klassen
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1739-1741 1744 1758

Ausbau der beruflichen Gymnasien, Motivierung von mehr Mädchen für ein naturwissenschaftlich-technisches Studium, Lob für die Profilbildung
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855 1856 1860 1861

Würdigung der Einführung des beruflichen Gymnasiums in BW, Verbesserung der Abiturquote, Vergleich zwischen den beruflichen und allgemein bildenden Gymnasien, Bedarf an zusätzlichen Klassen
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809 2822 2829 2833

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3980

Steigerung der Abiturientenquote mit dem Ausbau der beruflichen Gymnasien, Verbesserung der Zugangschancen von Migrantenkindern
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4264 4269 4276

Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5050

Abiturientenanteil aus den beruflichen Gymnasien, Bewertung als Beitrag zur Durchlässigkeit des Schulsystems
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288

Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen, Verbesserung der Abiturquote durch die beruflichen Gymnasien
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6862 6864 6868

Erleichterung des Verfahrens zum Abgleich der Mehrfachbewerbungen an beruflichen Gymnasien mit der neuen Schulstatistik und dem Berichtswesen E-Stat
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6984 6985

Abiturientenanteil aus den beruflichen Gymnasien, Bewertung als Beitrag zur Durchlässigkeit des Schulsystems
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7230 7231 7240-7242

Entwicklung der Schülerzahlen und Neugründungen bei den beruflichen Gymnasien in privater Trägerschaft, Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7967 7997 8000

Fachhochschule

s.a. *Berufsakademie*
s.a. *Fachhochschule Aalen*
s.a. *Fachhochschule Albstadt-Sigmaringen*
s.a. *Fachhochschule Biberach*
s.a. *Fachhochschule Freiburg*
s.a. *Fachhochschule für Pflegeberufe*

s.a. *Fachhochschule für Sozialwesen*
 s.a. *Fachhochschule für Technik Esslingen*
 s.a. *Fachhochschule Heilbronn*
 s.a. *Fachhochschule Karlsruhe*
 s.a. *Fachhochschule Konstanz*
 s.a. *Fachhochschule Nürtingen*
 s.a. *Fachhochschule Pforzheim*
 s.a. *Fachhochschule Reutlingen*
 s.a. *Fachhochschule Riedlingen*
 s.a. *Fachhochschule Rottenburg*
 s.a. *Fachhochschule Schwäbisch Hall*
 s.a. *Fachhochschule Stuttgart - Hochschule der Medien*
 s.a. *Fachhochschule Ulm*
 s.a. *Fachhochschulreife*
 s.a. *Hochschule für Polizei*

Staatliche Mitfinanzierung an FH in privater Trägerschaft; hier: FH Schwäbisch Hall, Hochschule für Gestaltung

Anerkennung und Bezuschussung von nicht-staatlichen FH und Hochschulen, Kriterien und Voraussetzungen für den Erhalt von Zuschüssen, Möglichkeiten für die o.g. FH, Gewährung von Zuschüssen über die Landesstiftung BW?

Antr
 s. *Privathochschule*
 Drs 13/107

Vergütungen von Lehrbeauftragten

Aussage der Koalitionsvereinbarung zur Erhöhung o.g. Vergütungen an Hochschulen und Berufsakademien, Gründe und Folgen einer Ausklammerung der Fachhochschulen; einheitliche Festsetzung von Höchstsätzen für die Vergütung an allen Hochschularten, Belassung einer möglichen Ausdifferenzierung nach unten in der Eigenständigkeit der Hochschulen

Antr
 s. *Lehrbeauftragter an Hochschulen*
 Drs 13/177

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr
 s. *Wissenschaftler*
 Drs 13/210

Nichtstaatliche Fachhochschulen

Bedeutung und Studienplatzangebot der privaten FH, Darlegung wünschenswerter Ausbaupazitäten sowie der Anerkennungspraxis gemäß § 89 Abs 4 FachhochschulGes

Antr
 s. *Privathochschule*
 Drs 13/231

Integrierte Auslandsstudiengänge

Erweiterung des vorhandenen Angebots integrierter Studiengänge an Universitäten und FH, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Beitrag der Deutsch-Französischen Hochschule, Abbau von Hemmnissen, Bereitstellung besonderer Mittel für die Hochschulen sowie Fördermöglichkeiten für Studierende

Antr

s. *Studium*
 Drs 13/536

Konkurrenz des Master-Studiums zwischen Fachhochschulen und Universitäten

Vereinheitlichung o.g. Abschlüsse

Antr
 s. *Hochschulabschluss*
 Drs 13/571

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr
 s. *Hochschule*
 Drs 13/572

Existenzgründer-Verbünde in BW

Vorhandene und geplante Gründerverbünde und Gründerlehrstühle an Universitäten und FH; Art, Umfang und Planungssicherheit der Finanzierung; Ausmaß der Initiierung von Existenzgründungen; Integration in regionale Aktionsnetzwerke; Einbeziehung von Unternehmen in Lehrveranstaltungen, Erkenntnisse aus einer Veranstaltung im Haus der Wirtschaft

Antr
 s. *Existenzgründung*
 Drs 13/591

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1994 des RH zur LHR von BW für das Hj 1992 (Nr. 20) - Wirtschaftlichkeit kleinerer FH

Mittlg LReg 09.01.2002 Drs 13/613
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/801
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
 Mittlg LReg 03.11.2003 Drs 13/2570

Promotion von Absolventen der FH und Berufsakademien

Bewertung o.g. Zahlen im Vergleich zu anderen BLändern, Darlegung der Entwicklung bei den Absolventen der Berufsakademien und der Württembergischen Notarakademie

Antr
 s. *Promotion*
 Drs 13/635

Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Wahlen in Hochschulorganen, Wiedereinführung der Stellvertreterregelung für die Mitglieder der Kollegialorgane; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, KunsthochschulGes und FachhochschulGes

GesEntw
 s. *Hochschulrecht*
 Drs 13/644

Laufbahnrechtliche Einordnung von Master-Abschlüssen

Eröffnung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH

Antr
 s. *Hochschulabschluss*
 Drs 13/708

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr
s. Hochschule
Drs 13/1021

Akkreditierung und Evaluierung als Instrumente einer qualitätsorientierten Hochschulpolitik

Bewertung der o.g. Instrumente und nationalen und internationalen Systeme zur Qualitätssicherung, Zwischenbilanz der Evaluationsagentur in Mannheim, Ergebnisse der Anträge von Hochschulen auf Akkreditierung von Studiengängen, insbes des Master-Studiums an FH als Zulassungsvoraussetzung für den höheren Dienst

Antr
s. Studium
Drs 13/1208

Zukunft der Bodenseeregion

Beurteilung der Ansiedlung einer FH in Überlingen

Antr
s. Bodensee
Drs 13/1250

Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststellungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des FachhochschulGes und Hochschulzulassungsges

GesEntw
s. Hochschule
Drs 13/1345

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr
s. Student
Drs 13/1586

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 28) - Zusammenarbeit der FH mit der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung

Mittlg LReg 17.12.2002 Drs 13/1629 (13 S.)

Studiengänge für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspsychologie an den Fachhochschulen in BW

Perspektiven der o.g. Fächer nach dem positiven Erfahrungsbericht über die Absolventen der FH Pforzheim u.a. FH, Planungsstand für neue Studiengänge und -plätze, Ergänzungsfinanzie-

rung für entsprechend engagierte FH

Antr
s. Wirtschaftsrecht
Drs 13/1657

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 27) - Förderung der nichtstaatlichen Fachhochschulen

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XXIV. S. 9
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 13.11.2003 Drs 13/2620

Frauenanteil an Hochschulen

Entwicklung 2002 gegenüber 1992 und 1997 nach Berufsakademien, FH und Universitäten, nach Ebenen, Fakultäten, Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren; Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen; geschlechterspezifische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und Studierendenvertretungen; Möglichkeiten zur Erhöhung des jeweiligen Frauenanteils

KIAnfr
s. Frau
Drs 13/1863

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes und der HochschulGes

Einführung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Studierenden an den Hochschulen und Berufsakademien, Ersetzung der Regelungen über die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des KunsthochschulGes, FachhochschulGes und BerufsakademieGes

GesEntw
s. Hochschulgebühren
Drs 13/2030

Neue Aufgaben für die Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen in der Berufsschullehrerbildung?

Überlegungen zur Einrichtung von Studiengängen für die Ausbildung von Berufsschullehrern an PH und FH, Schaffung der notwendigen Lehrkapazitäten, Erfahrungen mit der zweijährigen Ausbildung für den Unterricht in Mangelfächern für Direktinstensteiger aus der Wirtschaft, Beurteilung der Kooperation zwischen FH und Staatlichen Seminaren für Schulpädagogik zur Ermöglichung der Eingangsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen

Antr
s. Berufsschullehrer
Drs 13/2035

Verwaltungsreform in BW; hier: Modernisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

Überlegungen zur Weiterentwicklung der Fachhochschullandschaft BW, Externalisierung nach dem Beispiel anderer BLänder, Höhe der Entgeltaufwendungen für die Studierenden, Anteil der in den Dienst des Landes und der Kommunen übernommenen bzw später wieder ausgeschiedenen Anwärter, Regelungen zur Rückzahlung und Höhe des Rückflusses der Anwärterbezüge seit 1993; Einrichtung externer Studiengänge und gestufter Studienabschlüsse an den FH in Ludwigsburg, Kehl und Schwetzingen

Antr
s. Hochschule für öffentliche Verwaltung
Drs 13/2042

Leistungsorientierte Mittelverteilung im Hochschulbereich

Bisherige Erfahrungen zur Erreichung der angestrebten Ziele, Beurteilung einer evtl Reduzierung, Ausgleich von Einbußen über Zuweisungen des Ministeriums; Information über die mit den Rektoren ausgehandelten neuen Modelle; Festhalten am System der leistungsorientierten Mittelverteilung auch für die FH und PH

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/2367

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Anteil der von Professoren und Lehrbeauftragten in den letzten fünf Jahren erbrachten Lehrleistungen; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung

GrAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/2499

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen bei den staatlichen und nichtstaatlichen FH

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2814-2 S. 35-37
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814 15 16 S. 50 51
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2854-2 S. 4-6
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854-6 S. 11
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich

Gründe für die Blockade des gemeinsamen Exzellenzwettbewerbs von Bund und Ländern, Bereitstellung der zusätzlichen Kofinanzierungsmittel und Gestaltungsspielräume für die mit

Erfolg teilnehmenden Hochschulen, Frage nach zusätzlichen Mitteln und Maßnahmen zur Exzellenzförderung in der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen, Selbstbestimmung der Studiengebühren durch die künftigen Spitzen-Universitäten nach einem Erfolg der Klage gegen Studiengebühren beim BVerfG?

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3372

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungs- und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des Landesreisekosten-Ges, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungsGes

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 13/3399

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/3560

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Überführung des FachhochschulGes in das neue LHochschulGes; Einführung einer gestuften Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen als Regelmodell; Außerkrafttreten der DiplomierungsVO FH, der VO über die Künstlerische Eignungsprüfung FH, der VO Sozial- und Pflegewesen an FH, der VO über die Ableistung eines Vorpraktikums an den FH sowie der VO zur Durchführung der Wahlen an den FH

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Berufungsverfahren an Fachhochschulen

Gründe für die Länge der o.g. Berufungsverfahren, Beeinträchtigung der Standortattraktivität durch Nichtbeantwortung von Bewerbungen um eine Fachhochschulprofessur bzw Verzicht auf einen Zwischenbescheid

Antr
s. *Berufung (Hochschulrecht)*
Drs 13/4303

Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur

Beurteilung der Forderungen von Kammern und Verbänden der Arbeitgeber nach Zulassung von besonders qualifizierten Berufstätigen auch ohne Abitur und Eignungsprüfung zum Studium an Fachhochschulen und Universitäten sowie der dazu angeführten Argumente; Gewährung eines grundsätzlichen Fachhochschulzugangs für Absolventen mit Gesellenbrief sowie ei-

nes uneingeschränkten Hochschulzugangs für Meister und Fachwirte

Antr
s. Hochschule
Drs 13/4336

Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

Vorlage einer Bestandsaufnahme zum Sanierungsbedarf an Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien

Antr
s. Sanierung
Drs 13/4369

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Studiengänge und Studienplätze an den staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien seit 1996; Ausbau der Hochschule Pforzheim und der Berufsakademie Außenstelle in Horb?

GrAnfr
s. Wirtschaft
Drs 13/4536

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw
s. Hochschule
Drs 13/4528

Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professorenamt

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ablehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr
s. Professor
Drs 13/4599

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium

Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/4603

Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Universitäten, FH und Berufsakademien

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzelnen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums ohne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr
s. Ausländischer Student
Drs 13/4612

Zahlen zu Studienanfängern und Studienberechtigten 2004 und 2005 in BW

Zahl von Studienberechtigten, von Studienanfängerplätzen und Studienanfängern an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien; Anteil von Bildungsausländern

KlAnfr
s. Studienbewerber
Drs 13/4657

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/4738

Anerkennung von Abschlüssen an privaten Berufsakademien

Möglichkeiten und Voraussetzungen zur staatlichen Anerkennung o.g. Abschlüsse und Berufsakademien; laufbahnrechtliche Bewertung der Abschlüsse bei Bewerbern für den Landesdienst im Vergleich zu Absolventen von Fachhochschulen

KlAnfr
s. Berufsakademie
Drs 13/4795

Personeller und räumlicher Ausbau der FH, Vermeidung von Besoldungsnachteilen der Professoren an FH nach Umsetzung der Dienstrechtsreform

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967 969 971 977 978

Ermöglichung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1505 1507 1509-1511

Kritik an den Haushaltskürzungen für die Fachhochschulen; Verweisung auf die Qualität der Fachhochschulen in BW

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152-4154 4159 4160 4165 4167 4171 4180

Ausbau der Fachhochschulen, Verhinderung der geplanten Kürzungen von 17 Millionen Euro, Fortsetzung des Solidarpakts mit den FH

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4242 4244-4246

Höhe und Auswirkungen der Haushaltskürzungen für die Fachhochschulen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4494 4498-4500

Korrektur der Haushaltskürzungen für die Fachhochschulen, Öffnung der FH für Spitzenprofessoren, Gewährung von Leistungszulagen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5201 5203 5227-5230 5232 5233

Kritik an den Haushaltskürzungen für die Fachhochschulen; Verbesserung des Technologietransfers aus den Fachhochschulen in die wirtschaftsnahe Forschung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5964 5972 6017

Fachhochschule Aalen

Bedeutung und Entwicklung der Verbundforschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in BW

Umfang und Zielprojekte der o.g. Förderung seit 1996, Vergleich mit Bayern und RPF, beteiligte Einrichtungen und Unternehmen, Beurteilung der Studiengänge an der FH Aalen und der BA Villingen-Schwenningen sowie des Programms „Innovationsassistent“, Ausgestaltung der Regelungen und Schutzrechte über die Verwertung der Forschungsergebnisse

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/584

Fachhochschule Albstadt-Sigmaringen

Hochschulbau im Rahmen der „Zukunftsoffensive III“

Scheitern einer Finanzierung aus Mitteln der LStiftung wegen der zweifelhaften Gemeinnützigkeitserfordernis? Auflistung der betroffenen Projekte, der Alternativen und Konsequenzen; Auswirkungen der Problematik für den geplanten zweiten Bauabschnitt der FH Albstadt-Sigmaringen am Standort Sigmaringen

KlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 13/627

Hinweis auf die neuen Ingenieurstudiengänge an der FH Albstadt-Sigmaringen mit einem hohen Frauenanteil

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1859

Fachhochschule Biberach

Die Hochschulinfrastruktur in der Region Bodensee/Oberschwaben am Beispiel der Versorgung mit Mensen

Geplante Mensen und verfügbare Landesmittel; Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus einer Mensa an der FH Biberach

KlAnfr
s. *Mensa*
Drs 13/1961

Absicherung des Rektors der FH Biberach

Wahl eines externen Bewerbers zum Rektor der o.g. Hochschule; Beurteilung des gewählten Verfahrens und der Finanzierung der für ihn geschaffenen Professorenstelle und Verbeamtung; Ausschreibung der Professur und Durchführung des üblichen Berufungsverfahrens mit Bewerberliste und Auswahlverfahren? Aufwendungen für die Stelle und Pensionsbezüge; Bewertung als Präzedenzfall für weitere Berufungen von externen Bewerbern als Rektoren

Antr
s. *Hochschulrektor*
Drs 13/2383

Fachhochschule Freiburg

Zulassung für berufserfahrene Erzieher/innen zum Bachelor-Studiengang „Pädagogik der frühen Kindheit“ an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg

Begründung der geltenden Zulassungsvoraussetzung zum o.g. Fachhochschulstudium; Aussetzung iR eines Pilotprojekts ab dem Wintersemester 2004/2005 für die Dauer von drei Jahren, Anerkennung einer dreijährigen Berufspraxis als Zulassungsvoraussetzung, externe Evaluation dieses Projekts

Antr
s. *Erziehungskraft*
Drs 13/3332

Fachhochschule für Bibliotheks- und Informationswesen

s. *Fachhochschule Stuttgart - Hochschule der Medien*

Fachhochschule für Druck und Medien

s. *Fachhochschule Stuttgart - Hochschule der Medien*

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung*

Fachhochschule für Pflegeberufe

Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe

Neugestaltung der Ausbildungsstellenfinanzierung mit Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhauswesen; Bündelung der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege bis hin zum FH-Studium für Pflegeberufe; Neuorganisation sämtlicher Ausbildungsschritte bzw. Alten- und Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/517

Sicherstellung des Berufsnachwuchses in der Pflege bei steigendem Bedarf

Zahl der vorhandenen, besetzten und bis 2010 benötigten Ausbildungsplätze; Vorschläge zur verstärkten Heranführung von Haupt- und Realschulabsolventen an die Pflegeberufe, Anrechnung einer Helferausbildung bei der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Optimierung der Fort- und Weiterbildungsmodule bis hin zum FH-Studium

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/1644

Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der Krankenpflege durch die Einrichtung von entsprechend qualifizierenden Studiengängen an Fachhochschulen

Einrichtung der notwendigen Studiengänge für Leitungs- und Lehrkräfte an Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2441

Bedarf an Studienplätzen für ein FH-Studium für Pflegeberufe, inhaltliche Vertiefung der Pflegewissenschaften

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1324 1331 1336

Ausbau der Studiengänge für Pflegemanagement und Pflegepädagogik

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2553

Ausweitung des Angebots an FH-Studiengängen für Pflegeberufe

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3887 3888

Fachhochschule für Polizei

s. Hochschule für Polizei

Fachhochschule für Sozialwesen

Zwangsfusion der Fachhochschulen für Technik und für Sozialwesen in Esslingen?

Vorlage des jüngsten Prüfberichts und aller übrigen Untersuchungen zur Begründung einer Zwangsfusion; Aussetzung aller vorbereitenden Maßnahmen bis zur Abgabe einer Stellungnahme des WissenschaftA auf der Grundlage einer umfassenden Information

Antr

s. Fachhochschule für Technik Esslingen

Drs 13/2440

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlassungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes

GesEntw

s. Haushaltsstrukturgesetz

Drs 13/2680

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Umsetzung des ErrichtungsGes für die neuen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim)

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 13/3640

Fachhochschule für Technik Esslingen

Zwangsfusion der Fachhochschulen für Technik und für Sozialwesen in Esslingen?

Vorlage des jüngsten Prüfberichts und aller übrigen Untersuchungen zur Begründung einer Zwangsfusion; Aussetzung aller vorbereitenden Maßnahmen bis zur Abgabe einer Stellungnahme des WissenschaftA auf der Grundlage einer umfassenden Information

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 24.09.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2440

BeschlEmpf und Bericht WissenschaftA 13.11.2003 Drs 13/2782 (dazu ÄAntr Wolfgang Drexler u.a. SPD) S. 43-45
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlas-

tungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes

GesEntw

s. Haushaltsstrukturgesetz

Drs 13/2680

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Umsetzung des ErrichtungsGes für die neuen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim)

GesEntw

s. Hochschulrecht

Drs 13/3640

Fachhochschule für Verwaltung

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung

Fachhochschule Heilbronn

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr

s. Hochschule

Drs 13/572

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Prüfung der Umsetzbarkeit einer modernen Patientenchipkarte, der elektronischen Patientenakte sowie von Dokumentations- und Spracherfassungssystemen iR eines Modellprojekts; Lösung der Datenschutzproblematik i.S.d. Patienten; Förderung des iRd Studiengangs „Medizinische Informatik“ der Universität Heidelberg und der FH Heilbronn projektierten Kompetenzzentrums Telemedizin in Heilbronn

Antr

s. Medizin

Drs 13/1144

Würdigung des Stiftungsbeitrags von Reinhold Würth in Höhe von 10 Mio Euro zur Stärkung der FH Heilbronn-Künzelsau

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Fachhochschule Karlsruhe

Größe und Ausrichtung der FH Karlsruhe, Stellenwert der Informatik und des Technologietransfers, Modernisierung des Studienangebots

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1521 1527 1528

Fachhochschule Kehl

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung

Fachhochschule Konstanz

Vorteilsnahme von Professoren an der Fachhochschule Konstanz
Bewertung o.g. Fälle i.S.d. Korruptionsbekämpfungsges zwischen 1997 und 2001, Höhe und Verbleib der von Studenten bei Firmen eingeworbenen Beträge, Anteil am gesamten Drittmittelaufkommen, Frage nach einer Mitverantwortung der Hochschulleitung und -verwaltung sowie weiteren Verdachtsfällen an Hochschulen in den letzten zehn Jahren, Konsequenzen für die Verantwortlichen, Ausschluss künftiger Fälle durch vorbeugende Maßnahmen

Antr
s. *Bestechung*
Drs 13/3278

Fachhochschule Nürtingen

Zusammenwirken der Fachhochschulen für Agrarwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Universitäten

Erwerb des Bachelor of Science an der Universität Hohenheim bereits nach sechs Semestern und an der FH Nürtingen erst nach sieben Semestern; Höhe der verfügbaren Mittel der FH Nürtingen im Fachbereich Agrarwirtschaft für angewandte Forschung im Vergleich zu anderen BLändern

Antr
s. *Agrarwirtschaft*
Drs 13/428

Fusion der Fachhochschulen Rottenburg und Nürtingen?

Begründung des o.g. Prüfauftrags; Gegenüberstellung der zu erwartenden Einsparungen und der zusätzlichen Kosten in Verwaltung, Forschung und Lehre; Beurteilung von kooperativen Organisationsstrukturen der FH als Alternative

KlAnfr
s. *Fachhochschule Rottenburg*
Drs 13/1746

Haftung für etwaige Schäden durch den Genversuch der Fachhochschule Nürtingen (FH Nürtingen)

KlAnfr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/4293

Stellenwert des ökologischen Landbaus an der FH Nürtingen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3087-3091

Fachhochschule Pforzheim

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 22)

Informations- und Kommunikationstechnik bei der FH Pforzheim

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/329

Studiengänge für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspsychologie an den Fachhochschulen in BW

Perspektiven der o.g. Fächer nach dem positiven Erfahrungsbericht über die Absolventen der FH Pforzheim u.a. FH, Planungsstand für neue Studiengänge und -plätze, Ergänzungsfinanzierung für entsprechend engagierte FH

Antr
s. *Wirtschaftsrecht*

Drs 13/1657

Aufrechterhaltung des Schmucktechnologischen Instituts an der Fachhochschule Pforzheim

Umsetzung der 1994 vereinbarten Finanzierungsmodalitäten zwischen dem Land, der Pforzheimer Wirtschaft und FH; Schaffung der finanziellen und personellen Voraussetzungen zur Weiterführung des Instituts

Antr
s. *Schmuckindustrie*
Drs 13/3671

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Frage nach Plänen zum weiteren Ausbau der FH Pforzheim

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Fachhochschule Reutlingen

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novellierung der HochschulGes

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1897

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Neufassung des LHochschulgebührenGes; Außerkrafttreten der VO über Gebühren im Fernstudiengang Internationales Marketing der FH Reutlingen

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Fachhochschule Riedlingen

Die „Deutsch-Ordens Fachhochschule Riedlingen - Hochschule für Wirtschaft - staatlich anerkannte Hochschule der Deutsch-Ordens Fachhochschule Riedlingen gGmbH“/University of applied sciences und ihre Zukunft

Finanzielle Probleme der o.g. Hochschule, Rechtsfolgen einer Veränderung der Bezeichnung, Auswirkungen einer Schließung für Studierende und Beschäftigte, Aufsichtspraxis des Landes, Kontakte mit der bayerischen Staatsregierung, Prüfung des Lehrangebots einschließlich des neuen Studiengangs „Praxenmanager“, Frage nach den Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung bzw Weiterführung der FH Riedlingen auf einer verlässlichen Grundlage

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 24.09.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/254
BeschlEmpf und Bericht WissenshA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 33
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Fachhochschule Rottenburg

s.a. Forstwirtschaft

Fusion der Fachhochschulen Rottenburg und Nürtingen?

Begründung des o.g. Prüfauftrags; Gegenüberstellung der zu erwartenden Einsparungen und der zusätzlichen Kosten in Verwaltung, Forschung und Lehre; Beurteilung von kooperativen Organisationsstrukturen der FH als Alternative

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 05.02.2003 und Antw MWK
Drs 13/1746

Zukunft des hochschulübergreifenden Masterstudiengangs SENCE

Bewertung des o.g. Modellstudiengangs für nachhaltige Energietechnik in Kooperation zwischen den FH Rottenburg, Stuttgart und Ulm; Beurteilung der Beschäftigungsperspektiven der Absolventen in den Bereichen der Nutzung von Holz u.a. regenerativen Energien; Zukunftssicherung des Studiengangs auch nach Wegfall der Bundesmittel 2006

Antr
s. Energienutzung
Drs 13/5009

Fachhochschule Schwäbisch Hall

Staatliche Mitfinanzierung an FH in privater Trägerschaft; hier: FH Schwäbisch Hall, Hochschule für Gestaltung

Anerkennung und Bezuschussung von nicht-staatlichen FH und Hochschulen, Kriterien und Voraussetzungen für den Erhalt von Zuschüssen, Möglichkeiten für die o.g. FH, Gewährung von Zuschüssen über die Landesstiftung BW?

Antr
s. Privathochschule
Drs 13/107

Fachhochschule Stuttgart - Hochschule der Medien

Zusammenlegung der FH für Bibliotheks- und Informationswesen sowie Druck und Medien zur FH Stuttgart - Hochschule der Medien, Bewertung als großen Schritt für den Medienstandort BW

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 643

Fachhochschule Ulm

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Mitteleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. Ulm
Drs 13/4584

Zukunft des hochschulübergreifenden Masterstudiengangs SENCE

Bewertung des o.g. Modellstudiengangs für nachhaltige Energietechnik in Kooperation zwischen den FH Rottenburg, Stuttgart und Ulm; Beurteilung der Beschäftigungsperspektiven der

Absolventen in den Bereichen der Nutzung von Holz u.a. regenerativen Energien; Zukunftssicherung des Studiengangs auch nach Wegfall der Bundesmittel 2006

Antr
s. Energienutzung
Drs 13/5009

Fachhochschulgesetz

s. Fachhochschule

Fachhochschulprofessor

s. Professor

Fachhochschulreife

Pläne der LReg zur Weiterentwicklung des Berufskollegs

Entwicklung der Zahl von Klassen, Schülern und Absolventen in den Berufskollegs seit 1998; Erweiterung der Klassen an den technischen zulasten der kaufmännischen Berufskollegs; bundesweite Anerkennung des Fachhochschulreifeabschlusses durch Einführung eines 6-monatigen Betriebspraktikums? Abwanderung von Schülern in die beruflichen Gymnasien infolge der Praktikumshürde? Steigerung der Absolventenzahlen mit Fachhochschulreife über die Berufskollegs, Verankerung des Zusatzunterrichts im Stundenplan der Regelform

Antr
s. Berufskolleg
Drs 13/1714

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 13/2136

Zugangsberechtigung für Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife zu den Berufsakademien

Regelung der Zulassung zum Studium an Berufsakademien in BW u.a. BLändern; Hinwirkung auf eine Öffnung auch für Bewerber mit Fachhochschulreife

Antr
s. Berufsakademie
Drs 13/2740

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. Weiterführende Schule

Drs 13/2968

Änderung des Notenschlüssels wegen zu schwerer Mathematikprüfung am Berufskolleg im Jahr 2004 zum Erwerb der Fachhochschulreife

Mangelnde Verständlichkeit und unerwartete Aufgabenstellungen bei der o.g. Prüfung als Gründe für das Absacken der Noten im Vergleich zu den Jahresleistungen; entsprechende Anpassung des Notenschlüssels oder Gewährung eines Punktezuschlags als Ausgleich für den unverhältnismäßig hohen Schwierigkeitsgrad

Antr

s. *Note (Bewertung)*

Drs 13/3319

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Entwicklung der Zahl von Berufsschülern mit der Doppelqualifikation Berufsabschluss und Fachhochschulreife sowie mit Fremdsprachenzertifikat in den letzten fünf Jahren differenziert nach Berufen, Zielvorgaben für die nächsten Jahre, Angebot von Fremdsprachenunterricht für alle Berufsschüler; Ermöglichung eines Studiums für Meister, Fachwirte u.a. qualifizierte Berufstätige ohne Eignungsprüfung nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3562

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufsschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen AltersjahrgangsgroÙe

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3908

Anerkennung der in BW erworbenen Fachhochschulreife in anderen BLändern

Stand und Bedingungen einer Anerkennung der in der gymnasialen Oberstufe erworbenen Fachhochschulreife in den einzelnen BLändern, u.a. auch des an Freien Waldorfschulen erworbenen Abschlusses

Antr Ursula Lazarus u.a. CDU 19.10.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4749

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 07.12.2005 Drs 13/5052 S. 23 24

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Erwerb der Fachhochschulreife mit der reformierten Erzieherinnenausbildung

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3556 3557 3561

Erhöhung der Zahl von Bildungsgängen zum gleichzeitigen Erwerb der Fachhochschulreife

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5052

Erwerb der Fachhochschulreife für Erzieherinnen mit dem Ausbildungsabschluss am Berufskolleg

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5427

Erwerb der Fachhochschulreife mit der reformierten Erzieherinnenausbildung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6218 6220-6223

Ermöglichung des Studiums an Berufsakademien auch mit Fachhochschulreife

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6530

Anerkennung eines qualifizierten Berufsabschlusses als Fachhochschulreife

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6949 6950

Erwerb der Fachhochschulreife außerhalb der allgemein bildenden Gymnasien

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7940 7997

Fachklasse

s.a. *Schulklasse*

Landesfachklasse für Uhrmacher

Gründe für die Verlegung von der Goldschmiedeschule Pforzheim nach Schwenningen, Darlegung der Einzugsbereiche der Fachklasse

KlAnfr

s. *Uhrmacher*

Drs 13/1216

Unterbringung von Jugendlichen in Ausbildung

Zahl, Herkunft und Altersstruktur der in Jugendwohnheimen untergebrachten Berufsschüler der Landesfachklassen in Stuttgart; Auswirkungen einer Streichung der Stellen für pädagogische Fachkräfte, Vereinbarkeit mit den Aussagen des SM zur notwendigen sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen bei auswärtiger Unterbringung

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 13/1653

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Hohenheim

Beurteilung des Erfolgs der o.g. Kombination von praxisnaher Versuchs- bzw Beratungstätigkeit und Fachunterricht und damit der Berufschancen der Absolventen; Vergleich der materiellen und personellen Ausstattung der Fachschulen in den neuen BLändern; Beseitigung der Rummängel und Sanierung des Schülerwohnheims

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 13/2273

Kritik an der Streichung der Zuschüsse für die Internatsunterbringung von Auszubildenden in Landesfachklassen

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3201

Kritik an der Streichung der sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen in Landesfachklassen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519

Fachklinik

s. *Fachkrankenhaus*

Fachkommission Frauenhandel

s. *Menschenhandel*

Fachkrankenhaus

s.a. Frauenklinik
 s.a. Kinderkrankenhaus
 s.a. Psychiatrie
 s.a. Universitätsklinik

Geriatrische Rehabilitation

Entwicklung der Pflegesätze in den o.g. Reha-Kliniken im Vergleich zur Finanzierung der Personalausstattung, insbes im nicht-ärztlichen Sektor, seit 1996; Anteil von eingewiesenen Patienten aus dem häuslichen Umfeld und aus Pflegeheimen; Einrichtung einer Schiedsstelle; Schaffung von ambulanten und teilstationären Plätzen nach der Resolution des Landesseniorenrats; Modelle der Alltagsrehabilitation und Übergangspflege; Berücksichtigung der Verlagerung von Pflegeanteilen in den ambulanten Sektor bei der Festlegung von Fallpauschalen

Antr
 s. Rehabilitation
 Drs 13/485

Beschulung von Kindern in Suchttherapie-Einrichtungen

Beurteilung des Angebots einer regulären Beschulung während einer Therapie der Eltern

KlAnfr
 s. Sonderunterricht
 Drs 13/1277

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 22)

Kostenvergleich bei den Kliniken für Mund-, Zahn- und Kiefer-Heilkunde

Mittlg
 s. Krankenbehandlungskosten
 Drs 13/1291

Belegungsverträge der Landesversicherungsanstalt

Kriterien für den Abschluss von Belegungsverträgen mit Fachkliniken, Überprüfung der Belegungspraxis durch die Aufsichtsbehörde, öffentliche Ausschreibung des Bedarfs an Rehabilitationsplätzen, Vorschlag der Selbstauswahl einer wohnortnahen Rehabilitation durch die Versicherten

KlAnfr
 s. Landesversicherungsanstalt
 Drs 13/1328

Ambulante Rehabilitation in BW nach Einführung des SGB IX

Zahl der vorhandenen und benötigten Reha-Kliniken und ambulanten und teilstationären Reha-Plätze zur Umsetzung des o.g. Vorrangprinzips; gestellte und bewilligte Zulassungsanträge der Versicherungsträger, Transparenz der Zulassungskriterien, Reduzierung der Verfahrensdauer

KlAnfr
 s. Rehabilitation
 Drs 13/1582

Klärung der Vorwürfe über Geschenke und Preisnachlässe der Federseeklinik Bad Buchau gegenüber dem Ersten Direktor der LVA, Jürgen Schneider

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1622 1623 1628-1630

Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die Rehakliniken und geriatrischen Krankenhäuser

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2077 2087

Fachlehrer

s.a. Kunsterzieher
 s.a. Musiklehrer
 s.a. Religionslehrer

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Lehrerversorgung der Hauptschulen; Entwicklung des Alteraufbaus, der krankheitsbedingten Fehlzeiten und Dienstunfähigkeit der GHS-Lehrer; Vergleich der zu erwartenden Pensionierungen mit der Zahl von Lehramtsstudenten, insbes in den naturwissenschaftlichen Fächern; Maßnahmen gegen den absehbaren Fachlehrermangel

GrAnfr
 s. Hauptschule
 Drs 13/590

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Sonderschulbereich

Entwicklung der Unterrichtsversorgung, der Schüler- und Lehrerzahlen differenziert nach wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern seit 1997; Anteil der Deputate für sonderpädagogische Dienste und Kooperation im Bereich Frühförderung; Umfang der Bedarfsdeckung durch abgeordnete Lehrkräfte aus Grund- und Hauptschulen; Entwicklung der Bewerbungen und Einstellungen von Sonderschullehrern sowie der Abwanderungen in andere BLänder und Privatschulen

Antr
 s. Sonderschullehrer
 Drs 13/1145

Einstellung von Sonderschullehrkräften zum Schuljahr 2002/2003

Verzicht auf die weitere Abordnung von Lehrkräften aus Grund- und Hauptschulen, Bedarfsdeckung durch Einstellung ausgebildeter Sonderschullehrer und qualifizierter Fachlehrer, Finanzierung über Sondermittel für die Grundversorgung

Antr
 s. Sonderschullehrer
 Drs 13/1147

Einstellung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern für musisch-technische Fächer

Zahl der o.g. Absolventen und Bewerber aus den Pädagogischen Fachseminaren, Umfang der Warteliste; Anhebung der Einstellungszahlen entsprechend der erhöhten Ausbildungskapazitäten an den Fachseminaren, Angebot einer Einstellungsperspektive für die geeigneten Fachlehrer

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 30.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1231
 Ergänzende Stellungnahme KM 18.11.2002 Drs 13/1526
 BeschlEmpf und Bericht Schula 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 31-34
 PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Einstellung von Fachlehrer/innen der Pädagogischen Fachseminare (PFS)

Entwicklung der Einstellungschancen für o.g. Lehrkräfte aus den Pädagogischen Fachseminaren in den musisch-technischen Fächern und dem Bereich Sonderpädagogik; Anhebung der Einstellungszahlen nach dem künftigen Bedarf und den entsprechend erhöhten Ausbildungskapazitäten an den Fachseminaren

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 04.09.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1295

Ergänzende Stellungnahme KM 18.11.2002 Drs 13/1525
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 23.10.2002 Drs 13/1637 S.
 31
 PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

*Planstellenbedarf für Fachlehrer/Technische Lehrer für Geistig-
 behinderte, Körperbehinderte und Kombinierte Schulen*

Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen sowie der vorhan-
 denen bzw benötigten Sonderschullehrer für die o.g. Sonder-
 schultypen, Überbrückung des Fehlbedarfs

Antr
s. Sonderschullehrer
 Drs 13/1350

*Durchschlüsselung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen
 und Fachlehrer sowie Technische Lehrerinnen und Lehrer*

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 06.11.2002 und Stellungnah-
 me FM Drs 13/1473
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.12.2002 Drs 13/1725 S.
 31-34
 PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

*FörderlehrerInnen an Grundschulen; erster Schritt zum Aufbau
 eines Unterstützungssystems an den allgemeinen Schulen*

Einrichtung eines Unterstützungssystems für schwächere, lern-
 behinderte und entwicklungsverzögerte Kinder an der Grund-
 schule; Bündelung von Stütz- und Förderstunden, Einstellung
 zusätzlicher Sonderschullehrkräfte und Fachlehrer

Antr
s. Förderunterricht
 Drs 13/3229

*Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen
 und Fachlehrern iRd neuen Bildungspläne*

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-
 , Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für
 das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Aus-
 bildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforde-
 rungen der neuen Bildungspläne

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 23.09.2004 und Stellung-
 nahme KM Drs 13/3576
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.11.2004 Drs 13/3932 S.
 34 35
 PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

*Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der son-
 derpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern*

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit
 sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonder-
 schultypen und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und
 Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in
 den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Ein-
 zelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlas-
 ses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen
 sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den
 Hochschulen und Fachseminaren

Antr
s. Sonderschullehrer
 Drs 13/3964

*Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogi-
 schen Hochschulen*

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerber-
 zahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirt-

schaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studi-
 enfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten
 Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die
 Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr
s. Lehrerbildung
 Drs 13/3998

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allge-
 mein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Be-
 stands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen
 sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unter-
 richts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und
 Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für
 den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel
 für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertre-
 tungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von
 Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unter-
 richtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufen-
 plan

Antr
s. Schulunterricht
 Drs 13/4800

*Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten
 Kindern -Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als regu-
 läres Schulprofil anerkennen-*

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf
 an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der
 eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integra-
 tiven Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen
 der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerken-
 nung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des An-
 spruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; In-
 formation der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung
 der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der
 personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Re-
 alschulen

Antr
s. Schulunterricht
 Drs 13/4970

Abkürzung der Wartezeit für die Beförderung der Fachlehrer

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1481

Feststellung eines Mangels an Fachlehrern

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1740

Fachschule

s. Berufsbildende Schule

Fachschule für Landwirtschaft

s. Landwirtschaftsschule

Fachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen

s. Bibliothek

Facilitated Communication

s. Kommunikation

Factory Outlet Center

s.a. Handel

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Factory-Outlet-Center (FOC) (Drs 12/5761 Nr. 4 Ziff. 1)

Mittlg LReg 20.06.2001 Drs 13/36

Landesrechtliche Vorgaben für die geplanten großflächigen Einzelhandelsvorhaben in Metzingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorhaben mit Fabrikverkauf mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans und des Einzelhandelserlasses; Durchsetzung dieser Vorgaben auch bei den Planungen in Metzingen

Antr Nils Schmid u.a. SPD 20.05.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4350

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 10 11

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Schaffung einer einheitlichen Rechtsgrundlage für die FOCs mit der Fortschreibung des LEPs

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70

Fortschreibung des LEntwicklungsplans, Beschränkung der Factory Outlet Center auf Oberzentren

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 751

Grenzüberschreitende Verhinderung von Factory Outlet Center auf der grünen Wiese

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1976 1978

Fahndung

s.a. Durchsuchung von Räumen und Personen

s.a. Erkennungsdienstliche Maßnahme

s.a. Festnahme

s.a. Haftbefehl

s.a. Polizeiliche Kontrolle

s.a. Steuerfahndung

s.a. Verkehrskontrolle

s.a. Videotechnik

Terrorismusbekämpfung in BW; Rasterfahndung und Datenschutz

Rechtsgrundlagen, Zeitperspektive und Kosten des o.g. Datenabgleichs in BW u.a. BLändern; Abgleich der erstellten Dateien unter den Ländern; Zeitpunkt der Löschung der erhobenen Daten; Frage nach Maßnahmen gegen die sich qualifizierenden Personen

Antr

s. Terrorismus

Drs 13/279

Angekündigte Verdoppelung der Fahndungsdienste auf den baden-württembergischen Autobahnen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung

Umsetzung der o.g. Ankündigung des Landespolizeipräsidenten, beteiligte Dienststellen und Beamte, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Stelleneinsparungen iRd Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Wahrnehmung anderer Aufgaben

Antr Günter Fischer u.a. SPD 05.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3177

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 15

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Datenschutzrechtliche Öffnung des Mautgesetzes

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen

Antr

s. Personenbezogene Daten

Drs 13/4884

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwerekriminalität

KlAnfr

s. Personenbezogene Daten

Drs 13/4911

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr

s. Personenbezogene Daten

Drs 13/4968

Suche nach Terroristen mithilfe der Rasterfahndung, Eintreten für differenzierte Kriterien, Einrichtung einer Sonderkommission beim LKA

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 364 377 380 424 425

Überprüfung der Belegschaften von KKW nach den Kriterien der Rasterfahndung

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 493

Bewertung der Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314

Bewertung der Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1729 1730

Bewertung der Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2783 2785-2787

Bewertung der Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3129 3132 3133

Bewertung der Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4189

Bewertung der Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4544 4545

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken, Befürchtung einer Aushöhlung des Datenschutzes

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7920

Fahrausweis

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/55

Weitergewährung von Zuschüssen nach § 45 a PBefG für Semestertickets an den Verkehrsverbund Rhein-Neckar

MdlAnfr 1) Theresia Bauer GRÜNE 19.10.2001 Drs 13/322
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 469 470

Zukunft des Schönes-Wochenende-Tickets und des Baden-Württemberg-Tickets

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG; Hinwirkung auf ein (ganztägiges) Angebot auch am Wochenende

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 11.12.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/559

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 53 54

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Fortbestand des Nahverkehrsfahrscheinangebotes „Schönes-Wochenende-Ticket“ der DB A.G.

Erhaltung des o.g. Angebots, Auswirkungen eines Wegfalls für den Freizeitverkehr am Wochenende bzw entsprechende Aktivitäten von Vereinen und Verbänden, Verhinderung der geplanten Preisanhebung

KlAnfr Regina Schmidt-Kühner SPD 19.12.2001 und Antw UVM Drs 13/594

Erhalt der 50-prozentigen Fahrpreismäßigung der BahnCard

Erhaltung der o.g. Rabattwirkung im DB-Nahverkehrstarif, Festschreibung über die Verkehrsverträge zwischen Land und Verkehrsunternehmen, Vermeidung einer massiven Verteuerung der Fahrpreise im SPNV durch die Fahrpreisreform der DB

Antr GRÜNE 21.02.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/768

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 35 36

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Berechtigung für Fahrten in der 1. Klasse der Deutschen Bahn AG für Behinderte mit über 70 % Behinderungsgrad

KlAnfr

s. *Behinderter*

Drs 13/1263

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn auf den Schienenpersonennahverkehr in BW

Beurteilung der entstehenden Preiserhöhungen im Nahverkehr, u.a. durch Reduzierung des BahnCard-Rabatts und Umstellung

von Interregio- auf Intercity-Züge; Schaffung eines eigenständigen Landestarifs für Fahrten im SPNV, Hinwirkung auf flächendeckende Tarifverbände; Vorlage eines Konzepts zur Revision der Fahrpreiserhöhungen im SPNV als Folge des neuen Tarifsystems

Antr

s. *Verkehrstarif*

Drs 13/1467

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in BW unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverbundförderung

Auswirkungen der Revision der Tarifreform der Bahn AG, Anerkennung der Bahn-Card in den Verkehrsverbänden? Höhe der Erstattungen für die kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV; Harmonisierung der Tarife und Anstrengung großräumiger Verkehrsverbände

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2405

Verbundförderung in BW

Zahl, jeweilige Gebietsgröße und Tarifbestimmungen der einzelnen Verkehrsverbände in BW und den alten BLändern; Darlegung der Unterschiede und Möglichkeiten zur Harmonisierung bei den Fahrpreisen, der Fahrradmitnahme, Anerkennung der BahnCard, bei den Job-Tickets, Schüler- und Studenten-Tickets u.a.

Antr

s. *Verkehrsverbund*

Drs 13/2541

Baden-Württemberg-Ticket

Entwicklung der Verkaufszahlen, der Zahl von Reisenden und zurückgelegten Entfernungen, Bewertung des Single-Tickets für 15 Euro in Bayern; Verknüpfung der Verbundförderung mit der Anerkennung des BW-Tickets, Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn AG zur Einführung eines Wochenendtickets sowie eines Tickets für Einzelreisende

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 21.01.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2825

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 23 24

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Schließung von Fahrkartenausgabestellen bei der Deutschen Bahn AG

Frage nach den von o.g. Plänen betroffenen Servicestellen, Vereinbarkeit mit der Gewinnung von mehr Fahrgästen, insbes im ländlichen Raum; Bemühungen um Ersatz-Verkaufsstellen

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 09.03.2004 und Antw UVM Drs 13/2988

Flächendeckende und auf alle Verkehrsträger sich erstreckende Anerkennung des Baden-Württemberg-Tickets im ÖPNV

Bisherige und künftige Nutzungsmöglichkeiten des BW-Tickets, Beurteilung der Vorschläge einer Arbeitsgruppe; Eintreten für eine rasche Regelung mit o.g. Zielsetzung zwischen den Verkehrsverbänden u.a. Verkehrsträgern sowie der DBAG

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 22.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3424

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 36 37

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Finanzierung von Jobtickets für unmittelbar und mittelbar Beschäftigte des Landes BW durch Einführung von Parkraumbewirtschaftung

Bewirtschaftung der landeseigenen Parkflächen, insbes im Bereich von Universitäten und Universitätskliniken; Nutzung der Erlöse zur ermäßigten Abgabe von Jobtickets der jeweiligen örtlichen Verkehrsverbände

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 28.09.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3588

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 11
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Fahrpreiserhöhungen der DBAG im Nah- und Fernverkehr

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG sowie der Veränderung des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tickets; Ablehnung im SPNV, Hinwirkung auf einen Verzicht im Fernverkehr, Eintreten für einen dort ermäßigten Mehrwertsteuersatz

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/3607

Universität Heidelberg: Parkraumbewirtschaftung und Jobticket

Beurteilung der von der Universität Heidelberg angekündigten Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die Beschäftigten und Studierenden, Abstimmung des Vorhabens mit dem MWK und FM? Frage nach einem Positionswechsel zur Finanzierung von Jobtickets durch Parkraumbewirtschaftung; Informationsstand der Universität über Aufwand und Kosten des Projekts

KlAnfr
s. *Universität Heidelberg*
Drs 13/3906

Verzögerung bei der Einführung von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket im Neuenheimer Feld in Heidelberg

Rechtfertigung der o.g. Blockade durch das MWK, Frage nach Veränderungen seit der geäußerten Befürwortung mit Drs 13/3906 und der erteilten Einwilligung des FM, Umfang der bisher getätigten Investitionen und Personalmaßnahmen, Aufrechterhaltung der Bedenken trotz der erfolgreich praktizierten Modelle an den Universitäten Freiburg und Göttingen?

KlAnfr
s. *Universität Heidelberg*
Drs 13/4690

Situation des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee - LKreis Konstanz

Entwicklung der vertraglichen Grundlagen und Zuschüsse für den VHB-Betrieb im LKreis Konstanz seit 1997, Grundlagen bzw mögliche Optimierung der Kalkulation für die beantragte Fahrpreiserhöhung im Bereich der Kinder- und Schülermonatskarten ohne eine Verschlechterung der Gesamtförderung von Bund und Land, Erhaltung der kostenfreien Fahrradmitnahme

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Hegau-Bodensee*
Drs 13/4748

Semestertickets im Öffentlichen Personen-Nahverkehr

Entwicklung der ÖPNV-Nutzung von Studenten nach Einführung des Semestertickets an den einzelnen Hochschulregionen und -standorten, Höhe der jeweils anfallenden Kosten für die Studenten und die Verkehrsverbände; Beurteilung der kleinräumigen Geltungsbereiche angesichts der zunehmenden Koopera-

tionen zwischen Hochschulen bzw der Möglichkeit zur Einführung eines landesweit geltenden Semestertickets

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 23.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/5017 (10 S.)

Hinwirkung auf Gültigkeit von Nahverkehrstickets im Interregionverkehr

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 218 222 223

Geplante Schließung von Fahrkartenschaltern der Bahn AG, Verkauf von Fahrkarten im Reisebüro oder Kiosk im Bahnhof

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2194

Forderung nach Abschaffung von extrem verbilligten Zwangstickets für Studierende, wie z.B. in Pforzheim; Unterschiede von Schülertickets einzelner Verkehrsverbände im Preis-Leistungsverhältnis

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6687 6691

Fahrbahn

s.a. Fahrbahnbegrenzung

Lärmentlastung auf den Fildern

Verwendung geräuschreduzierender Straßenbeläge bei notwendigen Sanierungsmaßnahmen auf der A 8 und B 27

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/939

Sicherheit im Straßenverkehr

Durchführung notwendiger Maßnahmen bei Bundes- und Landesstraßen auf Abschnitten mit hoher Unfallhäufigkeit und Fahrbahnschäden, Vermeidung potenzieller Gefahrenstellen, Anbringung von Schutzplanken statt Baumanpflanzungen, Realisierung des höchsten Sicherheitsniveaus in Tunnelabschnitten

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Durchsetzung des Rechtsfahrgebots

Maßnahmen gegen notorische Linksfahrer und Langsamüberholer auf Autobahnen, insbes Aufklärung, Kontrollen und Sanktionen der Autobahnpolizei

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/2880

Sicherheitsrelevante Aspekte bei der Verwendung von Flüsterasphalt im Verlauf der BAB 8 in Höhe der Anschlussstelle Karlsbad

Gründe für die Aufbringung des besonderen Flüsterasphalts und die Entwicklung der Unfälle auf dem o.g. Streckenabschnitt; Intensität, Methodik und Ergebnisse der Prüfungen des Belags, insbes auch der internen Untersuchungen des Autobahnbetriebsamts; Vergleich der Beschaffenheit, Bauausführung und Qualität des verwendeten Materials sowie des Unfallgeschehens mit Straßenabschnitten gleichartiger Bauausführung in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3676

Fahrbahnbegrenzung

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs

Entwicklung der Ursachen von Unfällen im motorisierten Zweiradverkehr seit 2000, Einsatz von neu konstruierten bzw ummantelten Leitplanken an Bundes- und Landesstraßen, Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit an den Motorrädern und Lkw, Entwicklung stationärer Messanlagen zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1136

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung des Vorschlags einer verstärkten Anbringung von Schutzplanken an Landesstraßen

GrAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1173

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 25) - Rad- und Gehwegbau im Zuge der Sonderprogramme Landesstraßenbau

Mittlg

s. *Radweg*

Drs 13/2700

Fahrbahnbelag

s. *Fahrbahn*

Fahrbahndecke

s. *Fahrbahn*

Fahrbahnschaden

s. *Bauschaden*

Fahrenbach

Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 13/3889

Fahrerlaubnisbehörde

s. *Straßenverkehrsbehörde*

Fahrgast

s.a. *Fluggast*

Schadenersatzleistungen bei Qualitätsmängeln im Schienenpersonennahverkehr

Höhe und Art der Verwendung der gegen die Bahn AG u.a. Unternehmen verhängten Vertragsstrafen, Anstreben einer flächendeckenden vertraglichen Vereinbarung von Qualitätsstandards sowie eines konkreten Ausgleichs für die von Mängeln betroffenen Fahrgäste

Antr

s. *Entschädigung*

Drs 13/1617

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Möglichkeiten zur Kostensenkung durch ein Controlling-System, Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Betrieb und Technik, Ermittlung und Sanktionierung von Qualitätsmängeln, Umsetzung der berechtigten Forderungen der Fahrgäste, Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verkehrsverbünde

GrAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/1680

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KlAnfr

s. *Verkehrstarif*

Drs 13/1684

Folgen der Preisreform der Bahn und der Fahrplanumstellungen in BW im Dezember 2002

Beurteilung der Preiserhöhungen bei gleichzeitiger Verknappung des Platzangebots, u.a. auf den Verbindungen Karlsruhe-Stuttgart sowie Freiburg-Basel; Frage nach Maßnahmen zugunsten der (abwandernden) Fahrgäste

Antr

s. *Verkehrstarif*

Drs 13/1965

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr

s. *Regionalverkehr*

Drs 13/2456

SPNV im Rhein-Neckar-Raum

Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRd Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2644

Baden-Württemberg-Ticket

Entwicklung der Verkaufszahlen, der Zahl von Reisenden und zurückgelegten Entfernungen, Bewertung des Single-Tickets für 15 Euro in Bayern; Verknüpfung der Verbundförderung mit der Anerkennung des BW-Tickets, Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn AG zur Einführung eines Wochenendtickets sowie eines Tickets für Einzelreisende

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/2825

Schließung von Fahrkartenausgabestellen bei der Deutschen Bahn AG

Frage nach den von o.g. Plänen betroffenen Servicestellen, Vereinbarkeit mit der Gewinnung von mehr Fahrgästen, insbes im ländlichen Raum; Bemühungen um Ersatz-Verkaufsstellen

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/2988

Fahrradmitnahme

Entwicklung der kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der hierfür geleisteten Erstattungen an die Verbände seit 2000; Analyse der (Mitnahme-)Effekte und Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen und den Radtourismus; Entwicklung eines neuen Fördermodells; Vermeidung finanzieller Mitnahmeeffekte, Stimulanz zusätzlicher Nachfrage, Gewährleistung einheitlicher Beförderungsbedingungen, Deckelung des Zuschussvolumens aus Regionalisierungsmitteln

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/3158

Geplante Angebotsreduzierungen im SPNV zum 12. Dezember 2004

Auflistung der vorgesehenen Streichung von Zügen zum o.g. Fahrplanwechsel bzw während der Sommer- und Weihnachtsferien differenziert nach Zugkilometern, Strecken, Fahrgastauslastung und jeweiligen Gründen

Antr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/3452

Reduzierung des Bahnverkehrs in den Ferienzeiten im Wahlkreis Bietigheim

Verzicht auf die Streichung von Zugverbindungen während der Hauptverkehrszeiten in den Ferien, Vermeidung einer Benachteiligung von berufstätigen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/3565

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/3683

Zugbegleiter

Belästigung von Fahrgästen und zunehmende Verschmutzung der Züge aufgrund fehlender Zugbegleiter im Nahverkehr; Möglichkeiten zur Erreichung des Lokführers oder von anderen Ver-

antwortlichen in Notfällen

MdlAnfr
s. *Eisenbahnpersonal*
Drs 13/3722

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/3820

Verbundförderkonzeption des Landes beim ÖPNV

Art und Auswirkungen der neuen Leistungsparameter bei der Verbundförderung, insbes Honorierung von Kooperationen und Zusammenschlüssen benachbarter Verbände; Ausschluss einer Benachteiligung von Verbänden mit bereits erreichten Leistungssteigerungen bei den Fahrgastzahlen und Betriebsergebnissen; Weiterführung der einheitlichen landesweiten Rufnummer für Fahrplanauskünfte unter Verzicht auf das Call Center bei der NVBW, Höhe der Kosten für den Aufbau und Betrieb bzw Abbau des Call Centers

Antr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 13/3853

Mobilfunkstrahlung in öffentlichen Verkehrsmitteln

Frage nach Grenzwerten und Ergebnissen von Untersuchungen über die Strahlenbelastung durch eingeschaltete Handys der Fahrgäste in Bussen und Bahnen, Beurteilung eines Verbots oder einer Beschränkung der Nutzung von Handys in den Fahrzeugen bzw von technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der Strahlung

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/3858

Nutzen und Kosten der landesweiten ÖPNV-Auskunft „Löwenlinie“

Zahl der Nutzer, (Warte-)Zeiten und Kosten der Auskunfterteilung über die o.g. landesweite Rufnummer; diesbezügliche Personalausstattung der Nahverkehrsgesellschaft BW; bisherige und künftige Aufteilung der Kosten zwischen dem Land und den Verkehrsverbänden; Frage nach Ergebnissen von Untersuchungen zum Nutzerverhalten

KlAnfr
s. *Auskunfterteilung*
Drs 13/4000

Modifikationen der Angebotsreduzierungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zum 12.06.2004; Erhebung von Fahrgastzahlen in den Sommerferien 2005

Rücknahme der zum 12.12.2004 vorgenommenen Streichung von Zugverbindungen während der Weihnachts- und Sommerferien; Feststellung der Auswirkungen der geplanten Angebotsreduzierungen mithilfe von Fahrgastzählungen in den Sommerferien

Antr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/4019

Zustand der wichtigsten Bahnhöfe in BW

Zustand und Fahrgastzahlen der zehn wichtigsten Bahnhöfe, Investitionen der Bahn AG seit 1994 und vorhandener Nachholbedarf, Frage nach der finanziellen Beteiligung des Landes und dem behindertengerechten Ausbau der Bahnhöfe

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/4069

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Auswirkungen der Angebotsreduzierungen auf der Bahnstrecke Aulendorf-Kißlegg-Memmingen

Fahrgastzahlen und Zugangebot 2005 und 2006, Begründung der Unterschreitung des landesweiten integralen Taktfahrplans bei gleichzeitiger Ausweitung auf vergleichbaren Strecken mit niedrigeren Fahrgastzahlen; notwendige Rahmenbedingungen zur Wiedereinführung des Stundentakts

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4634

Semestertickets im Öffentlichen Personen-Nahverkehr

Entwicklung der ÖPNV-Nutzung von Studenten nach Einführung des Semestertickets an den einzelnen Hochschulregionen und -standorten, Höhe der jeweils anfallenden Kosten für die Studenten und die Verkehrsverbände; Beurteilung der kleinräumigen Geltungsbereiche angesichts der zunehmenden Kooperationen zwischen Hochschulen bzw der Möglichkeit zur Einführung eines landesweit geltenden Semestertickets

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/5017

Entwicklung der Fahrgastzahlen im SPNV, Verbesserung der Attraktivität der Bahnhöfe

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2195

Auswirkungen des neuen Preissystems der Bahn AG für die Fahrgäste, insbes im Nahverkehr

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203-2215

Entwicklung der Fahrgastzahlen im ÖPNV, Gewinnung von älteren Menschen, Schaffung von mehr Barrierefreiheit

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4426 4427 4431 4432 4434-4436 4438

Entwicklung der Fahrgastzahlen im ÖPNV, Nutzung der Zahlen des Controllingsystems

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6075 6076

Feststellung einer Zunahme der Zahl von Fahrgästen im ÖPNV um 50 % seit 1996

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7873 7879

Beliebtheit der Höllentalbahn bei Gästen und Berufspendlern, Notwendigkeit einer Erhöhung der Fahrgastkapazität

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958

Fahrgemeinschaft*Bildung von Fahrgemeinschaften auf Parkplätzen an Bundesfernstraßen*

Entwicklung der o.g. Zahlen an der A 5 und A 8 im RegBez Karlsruhe; Stand der Planung, Finanzierung und Unterhaltung weiterer Pendlerparkplätze an Bundesfernstraßen; Kooperation mit den tangierten Kommunen beim Grunderwerb

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/3773

Fahrkarte*s. Fahrausweis***Fahrplan***Vorhaben der DB AG bei Fahrplanänderungen zum 15.12.2002 auf der Relation Stuttgart-Zürich (Gäubahnstrecke)*

Planung bzw Verhinderung des Wegfalls der Haltepunkte Böblingen und Herrenberg als Bestandteile des Integralen Taktfahrplans

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/935

Verbindungsoptimierung der Bahnstrecke Konstanz-Stuttgart (Gäubahn)

Verkürzung der Fahrzeiten, Erhöhung der Taktfrequenz, Verbesserung des Wagenmaterials; erwartete Auswirkungen von Stuttgart 21; Stellenwert der Gäubahn im Schienenverkehr zwischen Deutschland, der Schweiz und Italien

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 13/1131

Ausbau der Gäubahn Stuttgart-Singen

Dringlichkeit und Realisierungschancen des abschnittsweisen zweigleisigen Ausbaus, Beteiligung an der Finanzierung einer Machbarkeitsstudie, Einrichtung eines zusätzlichen Halts der Regionalexpresszüge in Stuttgart-Vaihingen, Beurteilung des Vorschlags einer Durchbindung der ICE-Züge bis Frankfurt, Entspannung der Fahrpläne und Beibehaltung des Haltepunkts Böblingen

Antr
s. *Gäubahn*
Drs 13/1247

Pünktlichkeit der RB 19307 Geislingen-Ulm

Feststellung täglicher Verspätungen sowie eines zu geringen Wagenangebots auf der o.g. Regionalbahn; Kürzung der Zuschüsse

an die Bahn AG aus Regionalisierungsmitteln u.a. Maßnahmen zur Durchsetzung eines sach- und vertragsgerechten Verkehrsangebots

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1479

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, insbes auch im ländlichen Raum; Zeitplan für die abschließende Umsetzung des Integralen Taktfahrplans

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Folgen der Preisreform der Bahn und der Fahrplanumstellungen in BW im Dezember 2002

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/1965

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/2456

Drohende Streichung von Schienenverkehrsleistungen in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken, erwartete Einsparungen, Verwendungszwecke der frei werdenden Regionalisierungsmittel? Einsatz für Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen und zur weiteren Umsetzung des integralen Taktfahrplans

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3258

Angebotsanpassungen beim Schienenpersonennahverkehr zum nächsten Fahrplanwechsel

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3338

Geplante Angebotsreduzierungen im SPNV zum 12. Dezember 2004

Auflistung der vorgesehenen Streichung von Zügen zum o.g. Fahrplanwechsel bzw während der Sommer- und Weihnachtsferien differenziert nach Zugkilometern, Strecken, Fahrgastauslastung und jeweiligen Gründen

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3452

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*

Drs 13/3683

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3820

Verbundförderkonzeption des Landes beim ÖPNV

Weiterführung der einheitlichen landesweiten Rufnummer für Fahrplanauskünfte unter Verzicht auf das Call Center bei der NVBW, Höhe der Kosten für den Aufbau und Betrieb bzw Abbau des Call Centers

Antr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 13/3853

Nutzen und Kosten der landesweiten ÖPNV-Auskunft „Löwenlinie“

Zahl der Nutzer, (Warte-)Zeiten und Kosten der Auskunfterteilung über die o.g. landesweite Rufnummer; diesbezügliche Personalausstattung der Nahverkehrsgesellschaft BW; bisherige und künftige Aufteilung der Kosten zwischen dem Land und den Verkehrsverbänden; Frage nach Ergebnissen von Untersuchungen zum Nutzerverhalten

KlAnfr
s. *Auskunfterteilung*
Drs 13/4000

Modifikationen der Angebotsreduzierungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zum 12.06.2004; Erhebung von Fahrgastzahlen in den Sommerferien 2005

Rücknahme der zum 12.12.2004 vorgenommenen Streichung von Zugverbindungen während der Weihnachts- und Sommerferien; Feststellung der Auswirkungen der geplanten Angebotsreduzierungen mithilfe von Fahrgastzählungen in den Sommerferien

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4019

Fahrplangestaltung und Zugmaterial auf der Gäubahn

Pläne der DBAG zur weiteren Ausdünnung der ICE-Verkehre bzw Ablehnung einer Ersetzung durch IC- oder EC-Züge; Zunahme von Betriebsstörungen mit daraus folgenden Verspätungen, Bemühungen um passende Anschlüsse in Stuttgart in beide Richtungen und Einbindung in das bundesweite ICE-Netz; Beurteilung der Interessen der Schweizer Bahnen am Erhalt, Ausbau und Betrieb der Gäubahn

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/4134

Auswirkungen der Angebotsreduzierungen auf der Bahnstrecke Aulendorf-Kißlegg-Memmingen

Fahrgastzahlen und Zugangebot 2005 und 2006, Begründung der Unterschreitung des landesweiten integralen Taktfahrplans bei gleichzeitiger Ausweitung auf vergleichbaren Strecken mit niedrigeren Fahrgastzahlen; notwendige Rahmenbedingungen zur Wiedereinführung des Studenttakts

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*

Drs 13/4634

Angebotskürzungen der DB im Fernverkehr Zürich-Singen-Stuttgart

Gründe und Auswirkungen der o.g. Kürzungen mit dem Fahrplanwechsel zum 11.12.2005; Zukunftsperspektiven der Gäubahnstrecke

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/4999

Notwendigkeit des Interregioverkehrs für den Integralen Taktfahrplan

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 449 457

Vorwurf einer Verschleppung der Einführung des Integralen Taktfahrplans

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1029

Erfolgsbewertung des Integralen Taktfahrplans

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7873

Fahrpreis

s. *Verkehrstarif*

Fahrrad

s.a. *Kraftrad*
s.a. *Radfahrer*
s.a. *Radweg*

Jahr des Ökotourismus der Vereinten Nationen 2002

Reaktivierung des Fahrradverleihs an Bahnhöfen

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/366

Kostenlose Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln

Eintreten für eine kostenlose Fahrradbeförderung in allen Nahverkehrszügen bzw im ÖPNV

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 08.01.2002 und Antw UVM
Drs 13/611

Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV

Hinwirkung auf die Umsetzung des o.g. Angebots bei allen Nahverkehrsanbietern in Bahnen und Bussen ohne Sperrzeiten, Schaffung von Planungssicherheit durch langfristige Übernahme der Einnahmeausfälle

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 06.06.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1051
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 81-83
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Förderung des Öko- und damit des Radtourismus, Umgestaltung stillgelegter Bahnstrecken zu Geh- und Radwegen

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Fahrradland BW

Bisherige und künftige Förderung des Fahrradverkehrs, Radwegebau und Radtourismus; Vergleich mit der Schweiz u.a. BLändern; Finanzierung eines landesweiten Radwegenetzes, einer einheitlichen Beschilderung und kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw Verkehrsverbänden; Förderung von kommunalen Maßnahmen über den Finanzausgleich; Einrichtung eines Referats für Fahrradverkehr im UVM sowie eines Haushaltstitels für den Radwegebau

Antr GRÜNE 12.06.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1078 (31 S.)

ÄAntr SPD und GRÜNE 27.05.2003 Drs 13/2104

ÄAntr CDU und FDP/DVP 28.05.2003 Drs 13/2111

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3106-3116

Mittlg LReg 16.10.2003 Drs 13/2511

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder

Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1135

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Radfahrer

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Radfahrern seit 2000, Anteil von Kindern unter 14 Jahren und von Senioren, Ursachen und Konsequenzen, Steigerung der Akzeptanz von Verkehrsregeln, Optimierung von Radwegen und Gefahrenstellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer sowie einer Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1137

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung des Vorschlags einer verstärkten Anbringung von Schutzplanken an Landesstraßen

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Kostenlose Fahrradmitnahme in Nahverkehrszügen in BW

Umsetzung des o.g. Angebots in Verkehrsverbänden sowie auf nicht in Verbundgebieten liegenden Strecken

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 30.10.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1448
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 13.02.2003 Drs 13/1855 S. 28-30 (dazu ÄAntr Helmut Göschel u.a. SPD)
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Wegweisungsstandards im Modellprojekt „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion“

Beschilderung nach den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen iRd Modellprojekts „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion Nordschwarzwald“ bzw Frage nach LKreisen mit abweichender Beschilderung

KlAnfr
s. *Wegweiser*
Drs 13/2373

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in BW unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverbundförderung

Auswirkungen der Revision der Tarifreform der Bahn AG, Anerkennung der Bahn-Card in den Verkehrsverbänden? Höhe der Erstattungen für die kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV; Harmonisierung der Tarife und Anstrengung großräumiger Verkehrsverbände

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2405

Verbundförderung in BW

Zahl, jeweilige Gebietsgröße und Tarifbestimmungen der einzelnen Verkehrsverbände in BW und den alten BLändern; Darlegung der Unterschiede und Möglichkeiten zur Harmonisierung bei den Fahrpreisen, der Fahrradmitnahme, Anerkennung der BahnCard, bei den Job-Tickets, Schüler- und Studenten-Tickets u.a.

Antr

s. *Verkehrsverbund*

Drs 13/2541

Förderung der kostenlosen Fahrradmitnahme im ÖPNV

Entwicklung des o.g. Angebots und der Nachfrage, Höhe der aufgewandten Mittel 2003 bzw im Falle eines flächendeckenden Angebots von allen Verkehrsanbietern, Fortsetzung der vollen Erstattung des Einnahmeausfalls auch in den nächsten Jahren

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 24.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3052

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 19.05.2004 Drs 13/3348 S. 20 21

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Fahrradmitnahme

Entwicklung der kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der hierfür geleisteten Erstattungen an die Verbände seit 2000; Analyse der (Mitnahme-)Effekte und Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen und den Radtourismus; Entwicklung eines neuen Fördermodells: Vermeidung finanzieller Mitnahmeeffekte, Stimulanz zusätzlicher Nachfrage, Gewährleistung einheitlicher Beförderungsbedingungen, Deckelung des Zuschussvolumens aus Regionalisierungsmitteln

Antr GRÜNE 29.04.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3158

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 24.06.2004 Drs 13/3492 S. 43-45

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten mit dem Fahrrad

Anhebung der Wegstreckenentschädigung nach dem LandesreisekostenGes für Dienstfahrten mit dem Fahrrad

KlAnfr

s. *Kilometerentschädigung*

Drs 13/3675

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 18) - Förderung einer Bike+Ride-Anlage

Ausschluss einer GVFG-Förderung für die geplante Fahrradständeranlage am Karlsruher Bahnhof

Mittlg

s. *Parkplatz*

Drs 13/4103

Sicherheit im Straßenverkehr / Beleuchtung an Fahrrädern

Anteil der ohne Beleuchtung fahrenden Radfahrer; Forcierung der entsprechenden Kontrollen durch die Polizei bzw den Gemeindevollzugsdienst sowie der Verkehrserziehung an den Schulen

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/4021

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Energiebedarf des Verkehrs seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch Verlagerung von Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder sowie durch Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/4635

Situation des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee - LKreis Konstanz

Entwicklung der vertraglichen Grundlagen und Zuschüsse für den VHB-Betrieb im LKreis Konstanz seit 1997, Grundlagen bzw mögliche Optimierung der Kalkulation für die beantragte Fahrpreiserhöhung im Bereich der Kinder- und Schülermohnatskarten ohne eine Verschlechterung der Gesamtförderung von Bund und Land, Erhaltung der kostenfreien Fahrradmitnahme

KlAnfr

s. *Verkehrsverbund Hegau-Bodensee*

Drs 13/4748

Anreise zu Plenarsitzungen mit dem Fahrrad; kostenlose Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1029 1030 1034 1036 1037

Feststellung eines Nachholbedarfs zur Förderung des Fahrradverkehrs

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1829

Höhe der Kosten für das Land zur Finanzierung der Fahrradmitnahme in Nahverkehrszügen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2211

Eintreten für die Fahrradmitnahme im ICE

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3300

Lob für die kostenlose Fahrradmitnahme im Nahverkehr

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3653

Fahrradbeleuchtung

s. *Beleuchtung*

Fahrradschutzhelm

s. *Schutzkleidung*

Fahrradweg

s. *Radweg*

Fahrschein

s. *Fahrausweis*

Fahrschüler*Einsatz von Computer-Fahrtrainern in der Führerscheinausbildung*

Darstellung möglicher Verbesserungen bei der Verkehrssicherheit, der Ausbildungskosten und Schadstoffemissionen durch Verlagerung eines Teils der Ausbildung an den Fahrsimulator; Erfahrungen aus anderen Ländern

Antr
s. *Fahrschule*
Drs 13/225

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Maßnahmen zur Verkehrserziehung, insbes bei Fahranfängern und Unfällen nach Alkoholkonsum; Festlegung von Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulausbildung

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Begleitetes Fahren ab 17 - Grünes Licht für Modellversuch in BW

Unterstützung der Initiative Niedersachsens im BRat, Beteiligung an dem Modellversuch zur Absenkung des Unfallrisikos junger Fahranfänger, Evaluation des Projekts zur Abklärung des weiteren Handlungsbedarfs

Antr
s. *Führerschein*
Drs 13/2652

Daueraufgabe Fahrerschulung - Bessere Fahrer für mehr Sicherheit

Bewertung des Ausbildungssystems und -niveaus sowie des o.g. Angebots und der Erweiterungsmöglichkeiten, insbes für Fahranfänger, Gelegenheitsfahrer, ältere Fahrer und Berufskraftfahrer; Schaffung von Anreizen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit; Überlegungen zu einem Beitrag des Ordnungswidrigkeiten- und des Strafrechts, z.B. Verzicht auf ein Bußgeld, Anordnung der Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/2859

Führerschein mit 17

Bewertung des Versuchsprojekts in Niedersachsen, Bedingungen für die Übernahme dieses Modells

KlAnfr
s. *Führerschein*
Drs 13/3915

Bundesweit grünes Licht für die Einführung von „Begleitetem Fahren ab 17“ - Einführung auch in BW überfällig

Bewertung der Ergebnisse des Modellprojekts in Niedersachsen, Schaffung der Voraussetzungen für das o.g. Führerscheinmodell in BW zur Absenkung des Unfallrisikos junger Fahranfänger, Hinwirkung auf bundeseinheitliche Regelungen

Antr
s. *Führerschein*
Drs 13/4548

Fahrschule*Einsatz von Computer-Fahrtrainern in der Führerscheinausbildung*

Darstellung möglicher Verbesserungen bei der Verkehrssicherheit, der Ausbildungskosten und Schadstoffemissionen durch Verlagerung eines Teils der Ausbildung an den Fahrsimulator; Erfahrungen aus anderen Ländern

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 10.09.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/225

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Maßnahmen zur Verkehrserziehung, insbes bei Fahranfängern und Unfällen nach Alkoholkonsum; Festlegung von Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulausbildung

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxid ausstoß

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/1595

Geplante Großanlage für Motorsport und Fahrsicherheitstraining „Motorpark Schwaben“

Planung einer Kartrennbahn bzw eines Motorsportzentrums für internationale Großveranstaltungen und Fahrsicherheitstraining für Bus- und Lkw-Fahrer in der Gemeinde Maselheim, Beurteilung von Fahrsimulatoren als Alternative

KlAnfr
s. *Motorsport*
Drs 13/2686

Daueraufgabe Fahrerschulung - Bessere Fahrer für mehr Sicherheit

Bewertung des Ausbildungssystems und -niveaus sowie des o.g. Angebots und der Erweiterungsmöglichkeiten, insbes für Fahranfänger, Gelegenheitsfahrer, ältere Fahrer und Berufskraftfahrer; Schaffung von Anreizen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit; Überlegungen zu einem Beitrag des Ordnungswidrigkeiten- und des Strafrechts, z.B. Verzicht auf ein Bußgeld, Anordnung der Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/2859

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Erfahrungen mit den von Fahrschulen, Automobilclubs und der Straßenverkehrswacht freiwillig angebotenen Spritsparkursen, Beurteilung einer Verpflichtung der Nutzer von landeseigenen

Fahrzeugen zur Teilnahme an Spritsparkursen bzw einer verbindlichen Fortbildung für alle Führerscheininhaber

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Fortbildung der Führerscheininhaber in energiesparender Fahrweise

Entwicklung der Teilnehmerzahlen an Spritsparkursen, bisherige Höhe der Zuschüsse, Neuauflage eines Förderprogramms verbunden mit einer Werbekampagne; Fortbildung aller Dienstwagennutzer des Landes; Hinwirkung auf verpflichtende Kurse für Fahrlehrer, Verankerung des energiesparenden Fahrens in der Fahrschülerausbildungsordnung, Einführung eines Bonus bei der Umstellung der Kfz-Steuer auf Kohlendioxid als Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4682

Verbesserung der Verkehrssicherheit durch das begleitende Fahren ab 17 und den Führerschein auf Probe, Hinweis auf die Förderung von Benzinsparfahrkursen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3899-3906

Fahrtkosten

s. *Reisekosten*

Fahrverbot

s.a. *Verkehrsvermeidung*

FerienreiseVO

Wettbewerbseinschränkung mittelständischer Transporteure durch o.g. Rechtsvorschrift und des damit zusammenhängenden Fahrverbots? Art und Umfang der Information der betroffenen Betriebe, insbes auch über die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung

KIAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 05.09.2001 und Antw UVM Drs 13/215

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Rußpartikelfilter auf breiter Front einführen

Zustimmung im BRat zur steuerlichen Förderung des Partikelfilters für Diesel-Pkw; Anweisung der Landesbehörden zur Beschaffung bzw Nachrüstung entsprechender Dienstfahrzeuge; Berücksichtigung von Fahrverboten für Fahrzeuge ohne Partikelfilter an immissionskritischen Tagen bei der Aufstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/4018

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Konsequenzen aus dem Feinstaub-Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart

Verzicht auf die vom RegPräs angekündigte Berufung; beschleunigte Inkraftsetzung von Aktionsplänen in den von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Gebieten, Einrichtung von Umweltzonen mit Fahrverbot für Fahrzeuge mit besonders hohem Rußausstoß, Ausweitung des Messprogramms auf Kommunen mit mutmaßlichen Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4395

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr

Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/5172

Beurteilung eines Durchfahrverbots für Lkw in Stuttgart bzw der geplanten Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6713 6718-6722

Effizienz von Lkw-Fahrverboten, Bewirkung von Verdrängungsverkehr und damit von Belastungen andernorts

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103 7110

Sperrung von Ortsdurchfahrten zur Verhinderung des Mautausweichverkehrs

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7386

Verbannung von Fahrzeugen ohne Partikelfilter aus den Problemgebieten

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7643

Fahrverbot für Lastkraftwagen

s. Fahrverbot

Falkensteig, Ortsteil

s. Buchenbach

Familie

s.a. Alleinerziehende

s.a. Eltern

s.a. Familienbildung

s.a. Familienerholung

s.a. Familienleistungsausgleich

s.a. Familienpass

s.a. Familienrecht

s.a. Familienzusammenführung

s.a. Haushalt (Lebensführung)

s.a. Hauspflege

Familienlehre als Schulfach

Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen in Nahrungszubereitung, Ernährungslehre, handwerklichen Kenntnissen, Textilarbeiten, Erziehungslehre, Psychologie, Säuglingspflege, Sozialkompetenz u.a. an den verschiedenen Schularten; Integration der Themen in den vorhandenen Fächern

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 16.08.2001 und Antw KM Drs 13/191

Familienunterstützende Angebote in BW

Umsetzung des von einer Arbeitsgruppe empfohlenen Ausbaus der Familien-, Mütter- und Nachbarschaftszentren; Vernetzung und Ausbau von Angeboten der Familienbildung; Entwicklung des Berechtigtenkreises und Höhe der Zuschüsse zur Familienerholung, Kofinanzierung der Fördermittel des Bundes, Durchführung von Sanierungen und Ersatzbaumaßnahmen bei den Familienferienstätten; Förderung der Familienpflege; Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von Betriebskindergärten sowie Teilzeitarbeitsplätzen, insbes auch für Führungskräfte; Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf, Auszeichnung vorbildlicher Betriebe

GrAnfr GRÜNE 28.01.2002 und Antw LReg Drs 13/681 (18 S.)

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2055-2074

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 18) - Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen (Drs 12/5701 XV. S. 6)

Mittlg

s. Schwangerschaftsberatung

Drs 13/863

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Initiativen für den Bereich „Familienfreundliches BW“; Förderung des Öko- und damit des Radtourismus, Umgestaltung stillgelegter Bahnstrecken zu Geh- und Radwegen, Stellenwert der Naturparks für die Tourismuswerbung

GrAnfr

s. Fremdenverkehr

Drs 13/1060

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 13/1240

Familienpolitik als Standortfaktor in BW

Art und Wirkungen der familienpolitischen Leistungen des Landes im Vergleich zum Bund; Anziehungskraft des Landes und Familienzuzug in den letzten zehn Jahren; Hinwirkung auf flexible Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen in der Wirtschaft, auf Familienfreundlichkeit der Kommunen und Stärkung der Erziehungskraft

Antr CDU 10.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1393 (14 S.)

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2055-2074

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Familienpolitik - Ziele und Umsetzung

Gegenüberstellung der umgesetzten und noch vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung, gewaltfreie Erziehung, Erziehungskompetenz der Eltern und Leistungen für Familien; Auswirkungen der familienpolitischen Veränderungen auf Bundesebene

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2331 (18 S.)

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5847-5854

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Landesbeamte / Arbeitszeitverordnung

Ermöglichung von mehr Flexibilität bei der Festlegung der Arbeitszeit für Eltern mit Kleinkindern durch eine Reform der AZ-VO

KlAnfr

s. Arbeitszeit

Drs 13/3546

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr

s. Baufinanzierung

Drs 13/3598

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2004 beim Epl 09 - SM sowie beim Kap 0705 Tit 681 01 - IM

Überplanmäßige Ausgabe bei der Förderung von Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen (Kap 0919 Tit 684 05)

Mittlg
s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*
Drs 13/3846

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei der Förderung der Familienverbände

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-8 S. 38 39
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste
09/2 S. 80-85
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Struktur und Ziele der angekündigten „Stiftung Kinderland“, Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt Familie“, Unterstützung des Projekts „Familienfreundliche Kommune“ sowie der Bundesinitiative „Bündnis für Familie“; Förderung des bedarfsgerechten Ausbaus der Kleinkindbetreuung; Bedeutung der Familienpflegedienste; Streichung bzw Kürzung von Fördermaßnahmen wie z.B. Familienerholung/Familienferienstätten, Mutter-Kind-Programm und Kontaktstellen „Frau und Beruf“; Auswirkungen für die Betroffenen

Antr GRÜNE 21.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4425 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 99 100
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Familienfreundliche Landesverwaltung und Landesministerien - Betreuungsangebot für Kleinkinder

Erarbeitung einer Betreuungskonzeption für die o.g. Kinder von Bediensteten; Darlegung der jeweils angebotenen Betreuungszeiten und anfallenden Elternbeiträge

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4568

Innovationspreis öffentliche Verwaltung

Initiierung eines Wettbewerbs Innovative Verwaltung ab 2006 im Turnus von zwei Jahren und jeweils unter einem Thema, Durchführung der ersten Ausschreibung mit dem Thema „Familienfreundliche Verwaltung“, Finanzierung der Preise aus Mitteln der Landesstiftung; Bildung der Jury aus Experten, Normalbürgern und Abgeordneten

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/4569

RegErkl - Kinderland BW - Eckpunkte für eine integrierte Bildungs- und Familienpolitik und Aussprache

RegErkl
s. *Kind*
PIPr 13/101 S. 7199

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Familien, Stärkung der Erziehungskraft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 47-51 54 55

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Familien

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 67 78 79 83 84 86 88 93 94 101 103 104 110-112 117-120 123 124

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202

Begleitung der Zuwanderung durch eine aktive Familienpolitik; Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259 312-314 316-320

Ausbau der Ganztagschulen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461-465 467 469

Entlastung von Familien mit Kindern bei der Fehlbelegungsabgabe, Bedarf an preiswertem Wohnraum für Familien

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 687 688 693

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 786 787 789-793

Gegenüberstellung von familienpolitischen Leistungen der Regierungen Kohl und Schröder; Bewertung der Offensive zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Ausweitung der Eigenheimförderung auf Familien mit einem Kind

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803-805 810-812 821-823

Entlastung der Familien durch mehr Kinderbetreuung; Zitate aus einem SPD-Papier zur Familienpolitik; Mitteleinsatz für die Stiftung „Familie in Not“; Umsetzung der Wahlversprechen zugunsten der Familien

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 839 840 845 854 861-866 868-870 897-906 908-910

Aufarbeitung von Defiziten in der Familienpolitik

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1100 1103 1108

Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1347-1353

Bedarf an preiswertem Wohnraum für Familien, Förderung des Eigentumserwerbs von einkommensschwachen Familien mit Kindern

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1429-1435 1438 1440

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Vorrang des besonderen Schutzes von Ehe und Familie vor gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1686 1697-1702 1712 1713 1717-1719

Stufenweise Anhebung der familienpolitischen Leistungen nach den Vorgaben des BVerfG, Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1737 1743 1744 1757 1760 1761 1764-1766 1772 1773 1775 1778-1793

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855-1857 1859

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Demonstration von Eltern für den Ausbau des Kinderbetreuungsangebots, Verpflichtung der Eltern zum Kindergartenbesuch der Kinder

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1896 1897 1908 1909

Stärkung der Pflegekraft der Familien, Unterstützung der Familien durch ein bedarfsgerechtes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2545-2552 2554 2556 2558-2564 2568-2570 2573 2574 2592

Bewertung des Familienbilds des MinPräs und der Kultusministerin, Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ganztagsangebote, Verweisung auf das Bildungsfundament der Familie; Umwandlung der Eigenheimzulage in eine Familienförderung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2607-2611 2614-2616 2619-2621 2654

Familienpolitische Leistungen des Landes, Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Zukunftswerkstatt Familie, steuerliche Verbesserungen für Familien mit Kindern

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3603-3605 3611 3615-3617 3624 3634 3641 3642 3649 3675 3676 3680 3681

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau des Angebots an Ganztagschulen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3834 3835 3839-3843 3845 3846

Fortführung der familienpolitischen Leistungen nach der Koalitionsvereinbarung, Kritik an den nun vorgenommenen Kürzungen; Bedeutung des Projekts „Zukunftswerkstatt Familie“; Überprüfung aller Rechtsvorschriften auf ihre Familienfreundlichkeit

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153 4180 4203-4205 4212 4213 4215-4222

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau des Angebots an Kleinkindbetreuung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322-5329

Bedeutung der Eigenheimzulage für viele junge Familien zum Erwerb von Wohnungseigentum, Aufwertung der Kinderbetreuung in den Familien

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562-5583

Instrumente einer familienfreundlichen Politik in BW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5800 5804-5806 5814-5816 5822 5847-5854

Umschichtung von Mitteln zugunsten der Familienförderung, Notwendigkeit eines flächendeckenden Angebots an ganztägiger Kinderbetreuung; Förderung von Wohnungseigentum auch für Familien mit nur zwei Kindern

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5874 5875 5883 5890 5895 5896 5898 5912 5913 5919 5924-5934 5936 5937 5940

Entwicklung BW zum familienfreundlichsten Land in Deutschland

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6410-6412 6429 6430

Hervorhebung der Erziehung von Kindern in intakten Familien; Entwicklung BW zum familienfreundlichsten Land in Deutschland

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465-6468 6472-6474 6480-6482 6498 6500-6503 6508 6509 6512 6520

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau des Angebots an Kleinkindbetreuung, steuerliche Besserstellung der Familien

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6544 6547 6548 6554-6565

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Novellierung des L Gleichberechtigungsges; Ablehnung einer Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit Ehen und Familien

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6934-6939 6942-6948

Entlastung der Familien bei der Lohn- und Einkommensteuer, Erhöhung der Freibeträge

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6975 6981

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Novellierung des L Gleichberechtigungsges

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7068 7070-7074 7112-7114 7116

Bewertung des Familienbilds von Teilen der CDU am Beispiel der Ablehnung von Ganztagschulen, Notwendigkeit von Ganztagschulen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Beklagung von Defiziten in der Erziehung von Kindern zur Gewaltfreiheit, Einforderung von mehr Werteerziehung in den Familien

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119-7122 7125 7127-7129 7183 7184 7186 7187 7192

Entwicklung BW zum familienfreundlichsten Land in Deutschland, Verweisung auf die Wandlung des Familienbilds innerhalb der CDU, Verantwortung der Eltern für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199-7229 7233 7237 7240 7241 7243 7247 7279-7282

Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau des Angebots an Kleinkindbetreuung; Befreiung der jungen Familien von Studiengebühren, Beklagung einer Verschlechterung der Bildungschancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien; Kompensation des Wegfalls der Eigenheimzulage für junge Familien

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7554 7555 7557 7558 7560 7562 7563 7587-7590 7593 7595 7597 7634-7638

Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom familiären Hintergrund, Ausbau der vorschulischen und schulischen Kinderbetreuungsangebote, Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Familien, Stärkung der Erziehungskraft der Familien; Werbung um Familien als Urlaubsgäste

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933-7938 7940 7943 7944 7950 7952 7956 7963 7996 7997

Familienbildung

Familienunterstützende Angebote in BW

Umsetzung des von einer Arbeitsgruppe empfohlenen Ausbaus der Familien-, Mütter- und Nachbarschaftszentren; Vernetzung und Ausbau von Angeboten der Familienbildung

GrAnfr

s. Familie
Drs 13/681

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW
Entwicklung der Landesförderung bei den kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung und Familienbildungsstätten

GrAnfr
s. Weiterbildung
Drs 13/4285

Stärkung der Elternvorbereitung iRd Familienbildung, Verpflichtung junger Eltern zur Wahrnehmung entsprechender Fortbildungsangebote der Familienbildungsstätten
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1737 1792

Förderung der Familienbildung
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812

Fortführung der Förderung der Familienbildungsstätten
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5422

Förderung von Familienbildungsprojekten über die Landesstiftung
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5853

Würdigung des Beitrags der Kirchen und Verbände zur Familienbildung, Bedeutung der Elternbildung
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7247

Familienerholung

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09
Rücknahme der Kürzungen bei der Familienerholung und den Familienferienstätten
ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-5 S. 30
ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-17 S. 47
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Familienunterstützende Angebote in BW
Entwicklung des Berechtigtenkreises und Höhe der Zuschüsse zur Familienerholung, Kofinanzierung der Fördermittel des Bundes, Durchführung von Sanierungen und Ersatzbaumaßnahmen bei den Familienferienstätten

GrAnfr
s. Familie
Drs 13/681

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW
Verzicht auf eine Kürzung der Zuschüsse für die Familienerholung

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 13/1493

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09
Rücknahme der Kürzungen bei der Familienerholung und den Familienferienstätten
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-28 S. 66 67
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Praxis der Krankenkassen bei der Genehmigung von Müttergenesungskuren und Mutter-Kind-Kuren

Ablehnungsquote und -gründe für die o.g. Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, Erfolgsquote der eingelegten Widersprüche, Umleitung von Anträgen an die Rentenversicherer und deren Ablehnungsgründe, Beeinträchtigung des Wahlrechts der Antragsteller durch die Verweisungspraxis der Kassen in vertragsgebundene (kostengünstige) Einrichtungen, Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen? Bewertung der Kooperation mit den Beratungs- und Vermittlungsstellen

KlAnfr
s. Mutter
Drs 13/4257

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Streichung bzw Kürzung von Fördermaßnahmen wie z.B. Familienerholung/Familienferienstätten, Mutter-Kind-Programm und Kontaktstellen „Frau und Beruf“; Auswirkungen für die Betroffenen

Antr
s. Familie
Drs 13/4425

Kritik an der Kürzung der Zuschüsse zur Familienerholung
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 840 841 861 862 898 904 905

Kritik an der Kürzung der Zuschüsse zur Familienerholung
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5806 5850

Familienferienstätte

s. Ferienstätte

Familiengeld

s. Erziehungsgeld

Familienhaushalt

s. Haushalt (Lebensführung)

Familienkrankpflege

s. Hauspflege

Familienlehre

s. Familie

Familienleistungsausgleich

s.a. Kindergeld

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Umfang von Kindergeldtransfers und Steuerfreibeträgen; Zahl und Aufwand von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten u.a. Betreuungseinrichtungen; Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler; Erwerbsquote der kindergeldberechtigten Mütter und Väter

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Familienpolitik als Standortfaktor in BW

Art und Wirkungen der familienpolitischen Leistungen des Landes im Vergleich zum Bund; Anziehungskraft des Landes und Familienzuzug in den letzten zehn Jahren; Hinwirkung auf flexible Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen in der Wirtschaft, auf Familienfreundlichkeit der Kommunen und Stärkung der Erziehungskraft

Antr
s. *Familie*
Drs 13/1393

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Familienpolitik - Ziele und Umsetzung

Gegenüberstellung der umgesetzten und noch vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung, gewaltfreie Erziehung, Erziehungskompetenz der Eltern und Leistungen für Familien; Auswirkungen der familienpolitischen Veränderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Familie*
Drs 13/2331

Notwendigkeit einer Verbesserung der Komponenten des Familienleistungsausgleichs

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 50 51

Umwandlung der familienpolitischen Leistungen in ein Familiengeld und stufenweise Anhebung auf 1 200 DM

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 79 93 103 111 112 118

Aufforderung an den Bund zur Auszahlung der den Ländern zustehenden Mittel aus dem Familienleistungsausgleich

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203

Erinnerung an das Urteil des BVerfG zur Verfassungswidrigkeit des Familienleistungsausgleichs

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1700

Stufenweise Anhebung der familienpolitischen Leistungen nach den Vorgaben des BVerfG

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1737 1788

Zunahme von Familienarmut, Verbesserung des Transfersystems zugunsten der Familien mit Kindern

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6473 6481 6482 6498 6512

Familiennachzug

s. *Familienzusammenführung*

Familienpass

Informationspolitik der LReg in Bezug auf den Familienpass

Umwandlung des bisher einmal pro Jahr kostenlosen Besuchs der Stuttgarter Wilhelma und des Blühenden Barocks in Ludwigsburg in einen ermäßigten Eintritt, Fehlen eines entsprechenden Hinweises in der Pressemitteilung des SM über die Leistungen des Landesfamilienpasses

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 14.01.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2797

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.03.2004 Drs 13/3492 S. 59 60
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Haushalt 2004; Epl 09

Erhaltung der Leistungen des Landesfamilienpasses

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-8 S. 44 45
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Rücknahme der Kürzungen beim Landesfamilienpass

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4180 4219

Anspruch von Familien mit drei und mehr Kindern sowie von Alleinerziehenden auf den Familienpass

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7206

Familienpflege

s. *Hauspflege*

Familienrecht

s.a. *Personenstandsrecht*

s.a. *Vaterschaftstest*

Empfehlen sich Änderungen im Familienrecht, um die anonyme Geburt in BW zu ermöglichen?

Aktuelle Debatte
s. *Geburt*
PIPr 13/23 S. 1336

Rechte geschiedener Väter

Umsetzung des gemeinsamen und alleinigen Sorgerechts seit 1999, Probleme bei der Durchsetzung des Besuchsrechts für Väter und der gemeinsamen Bestimmung des Aufenthaltsorts der Kinder; Vorschlag eines Eintrags des gemeinsamen Sorgerechts im Kinderausweis

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 03.03.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/2962

Anstreben einer Vereinheitlichung des Familienrechts in Europa

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4843 4847

Familienzusammenführung

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; -Vorhaben von herausragender Bedeutung-

Geänderter Vorschlag für jeweils eine Richtlinie des Rates über

a) *das Recht auf Familienzusammenführung*

b) *Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/1530

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Klärung der Standpunkte zu den Altersgrenzen für den Familiennachzug und zur humanitären Flüchtlingsaufnahme in Fällen nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1723

Kritik am Vorschlag der Zuwanderungskommission zur Erhöhung des Nachzugsalters für Kinder

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 264 265 272 273

Kritische Bewertung des Vorschlags der EU-Kommission zur Ausweitung der Möglichkeiten der Familienzusammenführung für Asylbewerber

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 353-355

Senkung der Altersgrenze beim Nachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 561 564 566-568 571

Forderung nach Absenkung des Nachzugsalters für Migrantenkinder

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877 879 880

Anstieg des Ausländeranteils durch Familiennachzug, Forderung nach Absenkung des Nachzugsalters für Migrantenkinder

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1227 1286 1287 1289 1292 1293

Erwartung eines faktischen Familiennachzugs bis zum 18. Lebensjahr mit dem neuen ZuwanderungsGes

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1844

Regelung der Familienzusammenführung auf europäischer Ebene nach dem Mehrheitsprinzip

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312

Erarbeitung einer Kompromisslösung für den Familiennachzug iRd neuen ZuwanderungsGes, Eintreten für eine möglichst niedrige Altersgrenze

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4620 4622-4624

Eintreten für eine möglichst niedrige Altersgrenze beim Familiennachzug ausländischer Kinder

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5888

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie

s. *Natura 2000*

Fauser, Beate MdL FDP/DVP

s.a. *Landtagsvizepräsident*

Ausstehende Saalmiete für Dodo-Preisverleihung

Anmietung des „Weißen Saals“ im Neuen Schloss durch das WM und Überlassung der Abg Beate Fauser zur Verleihung eines von ihr selbst gestifteten Preises; Einforderung der üblichen Saalmiete per Rechnung von WM Dr. Döring

Antr

s. *Miete*

Drs 13/1506

Misstrauensvotum

Aufforderung an Frau Beate Fauser zum Rücktritt von ihrem Amt als stellvertretende Landtagspräsidentin

Antr

s. *Landtagsvizepräsident*

Drs 13/2874

Kritik an einer generellen Äußerung von Frau Fauser über die Politik, Empfehlung des Rücktritts vom Amt als Landtagsvizepräsidentin

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4230 4231 4233 4299

FAW

s. *Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung*

Fax-Gerät

s. *Telefaxdienst*

F.D.P.

s. *Freie Demokratische Partei*

Federseeklinik Bad Buchau

s. *Fachkrankenhaus*

Fehlbelegungsabgabe

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Ges zur Änd des Ges über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für BW (Drs 12/5968)

Mittlg LReg 03.08.2001 Drs 13/153

Ges zur Ausführung wohnungsrechtlicher Ges

Regelung der Ausführung des WohnraumförderungsGes, Festlegung der zuständigen Stellen i.S.d. WohngeldGes, Änd des Ges über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

GesEntw

s. *Wohnungsrecht*

Drs 13/384

Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe in BW

Erwartete Einnahmen der Großstädte aus der Fehlbelegungsabgabe, Anwendung der o.g. Möglichkeit durch die Kommunen

Antr SPD 01.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1122

Ges über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

Außerkraftsetzung des o.g. Gesetzes

GesEntw SPD 02.07.2002 Drs 13/1126

1. Beratung PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1804-1808

Mittlg LtgPräs 09.09.2002 Drs 13/1304

BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1338

2. Beratung PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1921-1927 (Ablehnung)

Ankündigung des Wirtschaftsministers zur Überprüfung der Fehlbelegungsabgabe

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Überprüfung; Vorlage eines GesEntw zur Außerkraftsetzung des Gesetzes über die Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 12.11.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2606

BeschlEmpf und Bericht WirtA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 8-10

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe

Einnahmen und Verwaltungskostenanteil der Kommunen bei der Erhebung der Fehlbelegungsabgabe, Bewirkung von einseitigen sozialen Belegungsstrukturen in Gebieten des sozialen Wohnungsbaus; Vorlage eines GesEntw zur Außerkraftsetzung des Gesetzes über die Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

Antr SPD 09.11.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4814
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006/08.02.2006 Drs
13/5138 S. 43-47
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Feiertag

s. *Sonn- und Feiertage*

Feiertagsarbeit

s. *Sonntagsarbeit*

Feiertagsgesetz

s. *Sonn- und Feiertage*

Feinstaub

s. *Staub*

Feldberg

Skileistungszentrum am Ahornbühl (Feldberg)

Höhe der gewährten Fördermittel für das Leistungszentrum, Gründe und Auswirkungen des Rückzugs der Skiliftgesellschaft Fahl aus der Verpflichtung zur Pistenpflege und Beschneigung; Aussetzung der Förderung bis zur Vorlage eines Konzepts durch den Skiverband Schwarzwald als Träger des Leistungszentrums

KlAnfr
s. *Wintersport*
Drs 13/723

Umweltverträglichkeit einer geplanten Kabinenbahn am Herzogenhorn (Schwarzwald)

Planung einer Kabinenbahn zum Leistungszentrum Herzogenhorn: Bewertung als Eingriff in ein Naturschutzgebiet, Natura 2000-Gebiet und in das Naturschutzgroßprojekt des Bundes „Feldberg-Belchen-Oberes Wiesental“, Unvereinbarkeit mit einer Rahmenvereinbarung zwischen den Liftbetreibern und Naturschutzvertretern; Versagung der Genehmigung

Antr
s. *Seilbahn*
Drs 13/2664

Geplantes Parkhaus am Feldberg

Beurteilung der o.g. Planung der Gemeinde Feldberg am Rande des gleichnamigen Naturschutzgebiets, Frage nach den ökologischen und ökonomischen Auswirkungen bzw nach der Wirtschaftlichkeit des nur in der Wintersaison ausgelasteten Projekts und damit nach dem Bedarf an öffentlichen Zuschüssen; Lösung der Parkplatzprobleme durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/4802

Parkhaus Feldberg

Förderung des o.g. Projekts mit Mitteln aus dem Landessanierungsprogramm, Beurteilung des von der Gemeinde Feldberg vorgesehenen kostenlosen Parkens, Vereinbarkeit mit umwelt- und verkehrspolitischen Zielen sowie mit dem Fehlbedarf an Mitteln zur Sanierung der Hochschulgebäude

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/5205

Installation einer Holzheizung im Naturschutzzentrum Feldberg
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1378

Ablehnung des geplanten Parkhauses am Feldberg, Andeutung einer Bezuschussung aus Mitteln der Städtebauförderung
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7960 7961

Fellbach

Sicherung der Sparkassen-Informatik für den Standort BW

Nutzung der Einflussmöglichkeiten beim Sparkassenverband zur Sicherung der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe und Fellbach

Antr
s. *Informatik*
Drs 13/5170

Fensterbau

s. *Glasbau*

Ferien

s.a. *Ferien auf dem Bauernhof*

s.a. *Ferienstätte*

s.a. *Urlaub*

Geplante Angebotsreduzierungen im SPNV zum 12. Dezember 2004

Auffüstung der vorgesehenen Streichung von Zügen zum o.g. Fahrplanwechsel bzw während der Sommer- und Weihnachtsferien differenziert nach Zugkilometern, Strecken, Fahrgastauslastung und jeweiligen Gründen

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3452

Reduzierung des Bahnverkehrs in den Ferienzeiten im Wahlkreis Bietigheim

Verzicht auf die Streichung von Zugverbindungen während der Hauptverkehrszeiten in den Ferien, Vermeidung einer Benachteiligung von berufstätigen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3565

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bei Zeltlagern und Freizeiten der Jugendverbände und Jugendringe in BW

Kostenlose Erstbelehrung der Betreuer von Jugendfreizeiten durch die Gesundheitsämter nach dem InfektionsschutzGes, Ermöglichung des Bezugs von Frischmilch und Eiern von Bauernhöfen, entsprechende Anpassung der Hygienevorschriften an die Bedingungen bei Zeltlagern, Harmonisierung der Zuschüsse für die Teilnehmer mit den Kommunen; Überprüfung der bürokratischen Hürden in Abstimmung mit dem Landesjugendring

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3570

Versetzung auf Probe

Organisation einer individuellen Förderung während und nach den Sommerferien

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/3634

Spreizung der Sommerferienregelung

Bestehende Regelungen bis zum Jahr 2008; Auswirkungen auf die Tourismusbranche, die Reisebudgets der Familien und Verkehrsverhältnisse; Beurteilung des Vorschlags einer Zusammenlegung der Oster- und Pfingstferien zu einem Frühjahrsferienblock; Eintreten für eine Entzerrung der Sommerferienregelung über die KMK

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 14.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3654

BeschlEmpf und Bericht SchulA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 24 25

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr

s. *Schienenverkehr*

Drs 13/3683

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr

s. *Schienenverkehr*

Drs 13/3820

Modifikationen der Angebotsreduzierungen im Schienenpersonnenahverkehr (SPNV) zum 12.06.2004; Erhebung von Fahrgastzahlen in den Sommerferien 2005

Rücknahme der zum 12.12.2004 vorgenommenen Streichung von Zugverbindungen während der Weihnachts- und Sommerferien; Feststellung der Auswirkungen der geplanten Angebotsreduzierungen mithilfe von Fahrgastzählungen in den Sommerferien

Antr

s. *Schienenverkehr*

Drs 13/4019

Sommercamps zum Deutschlernen - Grammatik pauken und Theater spielen - Verbesserung der Sprachkompetenz von sozial und kulturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern

Beurteilung des Bremer Modells zur intensiven Sprachförderung von Grundschulern während der Sommerferien; Einrichtung der Camps für Grund- und Hauptschüler mit Migrationshintergrund, Ausgestaltung als wissenschaftliche Forschungsprojekte, Finanzierung über die Landesstiftung

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/4582

Neuordnung der Ferienlandschaft, insbes im zweiten Schulhalbjahr; Ferienbetreuung in den Kindergärten

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1745 1777

Lob für die von der KMK beschlossene Ferienregelung, Vereinbarkeit mit dem tatsächlichen Wetter im Sommer

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5429

Verweisung auf die Jugendlager der Kirchen und die dort praktizierte Medienerziehung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7067

Ferien auf dem Bauernhof*s.a. Ferienstätte**Jahr des Ökotourismus der Vereinten Nationen 2002*

Förderung des Ökotourismus im Bereich der Heilbäder, Luftkurorte, Ferien auf dem Bauernhof und des Tagestourismus; Unterstützung des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel, Werbung um Verständnis für Verkehrsbeschränkungen im Tagestourismus, Reaktivierung des Fahrradverleihs an Bahnhöfen; Erstellung einer Konzeption mit den Fremdenverkehrsverbänden, Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/366

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Gästezahlen beim „Urlaub auf dem Bauernhof“

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Einschätzung der Nachfolgesicherung, Förderung von Junglandwirten und der Nebenerwerbslandwirtschaftsschulen; Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“

GrAnfr

s. *Landwirt*

Drs 13/1731

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 19) - Urlaub auf dem Bauernhof

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XVI. S. 7

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 14.05.2004 Drs 13/3214

Haushalt 2004; Epl 08

Verstetigung der Bezuschussung des Vereins „Urlaub auf dem Bauernhof“

ÄAntr SPD 21.01.2004 Drs 13/2808-23 S. 47

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Gastronomiebetrieben, Übernachtungen, Gästen differenziert nach Nationalitäten und Aufenthaltsdauer seit 1994; Bedeutung der Kur- und Bäderorte; Gästezahlen beim „Urlaub auf dem Bauernhof“; Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Förderung von Urlaub auf dem Bauernhof aus dem Etat von Ministerin Künast

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1869

Bemerkungen des RH zur Förderung von Investitionen im Betriebszweig „Ferien auf dem Bauernhof“

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2674 2676 2678

*Verstetigung der Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft
„Urlaub auf dem Bauernhof“*

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4346

Feriendorf

s. Ferienstätte

Ferienreiseverordnung

s. Fahrverbot

Ferienstätte

s.a. Ferien auf dem Bauernhof

s.a. Freizeiteinrichtung

s.a. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen bei der Familienerholung und den Familienferienstätten

s. Familienerholung

Drs 13/659

Familienunterstützende Angebote in BW

Entwicklung des Berechtigtenkreises und Höhe der Zuschüsse zur Familienerholung, Kofinanzierung der Fördermittel des Bundes, Durchführung von Sanierungen und Ersatzbaumaßnahmen bei den Familienferienstätten

GrAnfr

s. Familie

Drs 13/681

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen bei der Familienerholung und den Familienferienstätten

s. Familienerholung

Drs 13/4009

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Streichung bzw Kürzung von Fördermaßnahmen wie z.B. Familienerholung/Familienferienstätten, Mutter-Kind-Programm und Kontaktstellen „Frau und Beruf“; Auswirkungen für die Betroffenen

Antr

s. Familie

Drs 13/4425

Fernmeldegeheimnis

s. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Fernreitweg

s. Reitweg

Fernsehen

s.a. Fernsehprogramm

s.a. Kabelrundfunk

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes durch die Telekom auf die Kabelkunden, Programmanbieter, LfK, Verbreitungstechnologien und Frequenzvergaben; Gewährleistung der

Gleichbehandlung der bisherigen Fernsehanbieter im Kabel sowie des ländlichen Raums bei einer weiteren Verkabelung und Modernisierung des Kabelnetzes; Einschätzung der Entwicklung von Pay-TV in BW

Antr

s. Kabelnetz

Drs 13/226

Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkulturkanal vom 19. November 1991 (GBl S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003

Mittlg

s. Rundfunk

Drs 13/736

Digitales terrestrisches Fernsehen DVB-T in BW

Beurteilung einer beschleunigten flächendeckenden Einführung o.g. Mediendienste und von „Überallfernsehen“, Umsetzung der bis 2010 vorgesehenen bundesweiten Abschaltung des analogen Fernsehnetzes, Auswahl der digitalen Startinseln und Programme, Auswirkungen auf den Ausbau des Kabelnetzes, Frage nach dem Geräteangebot und den Kosten für die Verbraucher

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 10.04.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/916

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1109 S. 9 10

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Ges zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änd des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Medienkonzentrationsrechts, Regelungen zum Umstieg auf die digitale terrestrische Rundfunkübertragung, Verbesserung der Information der Ltg über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Anstalten; Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag, Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr

GesEntw

s. Rundfunk

Drs 13/951

Unterstützung von B.TV durch die LReg?

Höhe der Finanzierung von Sendungen oder Programmteilen des o.g. Fernsehsenders

Antr

s. Fernsehprogramm

Drs 13/953

Die Situation des privaten Fernsehsenders B.TV und seine Perspektiven im Rahmen der baden-württembergischen Medienpolitik

Kenntnisse und Verhalten der LReg vor und nach Einleitung des Insolvenzverfahrens von B.TV, Absicherung von Krediten landesbeteiligter Banken durch Bürgschaften? Bemühungen des MinPräs um eine Beteiligung der EnBW an B.TV; Darlegung der medienpolitischen Zielsetzungen im Zusammenhang mit den Sanierungsbemühungen

Antr

s. Fernsehprogramm

Drs 13/1244

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1550

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1551

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/1568

Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag

Mittlg ZDF 02.12.2002 Drs 13/1579 (31 S.)
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1909 (35 S.)
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3063

Ansiedlung des Reisesenders „sonnenklar TV“ in BW

Verknüpfung o.g. Bemühungen mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz?

MdlAnfr 3) Jürgen Walter GRÜNE 05.12.2002 Drs 13/1580
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2324-2327

Ansiedlung eines Reiseverkaufsfernsehsenders in BW

Verknüpfung der Bemühungen um Ansiedlung des Reiseverkaufsfenders „sonnenklar TV“ mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz? Darlegung der Ausschreibung der LfK, der Bedingungen, der abgegebenen Angebote und mit den Bewerbern geführten Gespräche; Gewährleistung einer freien Vergabeentscheidung der LfK

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 06.12.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1590

BeschlEmpf und Bericht StändA 16.01.2003 Drs 13/1855 S. 10-12
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Rundfunkgebühren

Vorschläge der Kommission von ARD und ZDF; Entwicklung der Erträge aus Werbung und Sponsoring beim öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk; Auswirkungen und mögliche Kompensation des Verzichts auf Werbeeinnahmen; Vermeidung einer finanziellen Verschlechterung der Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Sender in der Ministerpräsidentenkonferenz

Antr
s. *Rundfunkgebühren*
Drs 13/1611

Der Investor bei B.TV und seine persönlichen und sachlichen Voraussetzungen nach dem LandesmedienGes

Aktivitäten zur Sicherung des Medienstandorts BW nach der Insolvenz des Fernsehsenders B.TV; Beurteilung der Eignung des o.g. Investors als Veranstalter von Rundfunkprogrammen; Verschärfung der medienrechtlichen Voraussetzungen zur Lizenzerteilung

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/1850

Änd des LMedienGes

Verschärfung der persönlichen und sachlichen Zulassungsvoraussetzungen für die Erteilung einer Lizenz an einen privaten Rundfunkveranstalter nach der unter Auflagen erteilten Lizenz an den neuen Betreiber von B.TV

Antr
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1984

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode
Medienpolitik in BW*

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender, der Printmedien und Zeitungsverlage, der MFG, Filmförderung und Filmakademie, der LfK und neuen Kommunikationsstrategie „doIT“; Entwicklung des ZKM und der gesetzlichen Rahmenbedingungen; Vermittlung von Medienkompetenz, Medienbildung und Stärkung des Jugendschutzes; Bewertung der SWR-Rundfunkfusion

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Siebten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung der EG-Richtlinie über den Universaldienst und die Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/2409

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2468

Entwicklung beim Fernsehsender BTV 4 U

Anteil von Glücksspielsendungen am Gesamtprogramm, Teilnahme nur über die im Besitz des Lizenznehmers befindlichen Serviceleitungen als kostenpflichtige Anrufe, Bewertung als Geldeinsatz und damit als Lotterie; Darlegung der Rolle des Senders iR eines landesweiten privaten Fernsehprogramms

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/2554

Zusammenarbeit des Tourismusverbandes mit BTV

Bereitstellung von Filmmaterial durch die Tourismus-Marketing GmbH, z.B. zur Lieferung von Wetterdaten mit entsprechenden werbewirksamen Bildern aus Städten und Regionen

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2581

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/2775

Verbraucherrechtliche Grundlagen für über telefonische Interaktion finanzierte Fernsehsender

Zulässigkeit o.g. Fernsehformate, die über Einnahmen aus kostenpflichtigen telefonischen Diensten während der Sendungen, bei Gewinnspielen u.a. Spielen finanziert werden; Vereinbarkeit mit dem Medienrecht des Bundes und der Länder; Berechtigung von Zuschauerbeschwerden bei der LfK; Erarbeitung von Regelungen zum Schutz der Verbraucher gemeinsam mit den anderen BLändern

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/2763

Französischer Sender TV 5

Hinwirkung auf Wiedereinstellung in das Kabelnetz

Antr
s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/2765

DVB-T für Stuttgart

Berliner Erfahrungen mit der o.g. Empfangstechnik und dem Nutzerverhalten; Zeitplan und Investitionen des SWR zur Einführung in Stuttgart; Gründe für das mangelnde finanzielle Engagement der Privatsender und der LfK

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 24.03.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3050
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.06.2004 Drs 13/3348 S. 3 4
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Die kulturwirtschaftlichen und industriepolitischen Impulse für den Standort BW durch gebührenfinanzierte Investitionen des Südwestrundfunks (SWR)

Wertschöpfungsbeitrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zum Bruttoinlandsprodukt; kulturwirtschaftliche Auswirkungen der Aktivitäten des SWR, insbes in den Bereichen Musik, Wort, Kunst, Film, Darstellende Künste und Publizistik sowie durch Festspiele u.a. Veranstaltungen, im Tourismus, in der Gastronomie und Musikwirtschaft; Beiträge des SWR zur medientechnologischen Entwicklung, insbes durch Investitionen in die Digitalisierung des Programmvermögens, die Senderstandorte, die DAB-T- und DVB-T-Technologie

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/3101

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ZDF 13.04.2004 Drs 13/3117 (43 S.)
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.06.2004 Drs 13/3284 (24 S.)
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5276

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3141

Entwicklung der Fernsehlandschaft in BW

Angebot, Situation und Perspektiven bundesweit empfangbarer privater Fernsehveranstalter; Auswirkungen von Umfang und Qualität der Landesberichterstattung auf eine weitere Lizenzerteilung; Entwicklung des Anteils landesbezogener Fernsehsendungen des SWR u.a. öffentlich-rechtlicher Sender; Beurteilung einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesmedienanstalten auf Bundesebene

Antr FDP/DVP 29.07.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3451

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Achten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3613

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienGes und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/3784

Zukunft von 3 Sat

Prüfung einer Übertragung der programmlichen Zuständigkeit für 3 Sat auf deutscher Seite auf das ZDF, Motive der anderen MinPräs für die Aufnahme dieser Protokollnotiz im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag; Festhalten am SWR als Koordinator von 3 Sat

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/3888

Regionalfernsehen im Bereich Ulm/Alb-Donau

Stand der o.g. Planung und des Genehmigungsverfahrens, Art der notwendigen grenzüberschreitenden Abstimmung mit dem Freistaat Bayern

KlAnfr Martin Rivoir SPD 25.01.2005 und Antw StM Drs 13/3973

DVB-T im Rhein-Neckar-Raum

Planungen und Kooperationen der Landesmedienanstalten, des SWR u.a. zur Einführung von DVB-T im Rhein-Neckar-Raum; beteiligte (private) Programmveranstalter, mögliche Standortorte, Zahl der erreichbaren Haushalte und jeweilige Kosten, Perspektiven für andere Ballungsräume, Nutzung von Erfahrungen aus dem Rhein-Main-Gebiet

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 31.01.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/3987
BeschlEmpf und Bericht StändA 14.04.2005 Drs 13/4312 S. 9-11
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Medienpolitische Forderungen des Justizministers

Beurteilung der Forderungen nach Privatisierung des ZDF, Auflösung oder Fusion des Saarländischen Rundfunks mit anderen ARD-Anstalten bzw zusätzliche Belastung der dortigen Gebührenzahler mit einem Solidarzuschlag sowie nach einer engeren Kooperation der öffentlich-rechtlichen Sender mit dem DRS und

ORF

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4084

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4288

Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen

Verbotene Schleichwerbung in Programmen, Sendungen und Produktionen des SWR und privater Rundfunkveranstalter: Darlegung der Fälle seit 2000, der vorhandenen, der tatsächlich gebotenen bzw verhängten Sanktionen vonseiten der Sender, des Rundfunkrats und der LfK; Beurteilung einer Verbesserung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der LfK unter Einschluss der Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/4535

Folgen des Urteils des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 6. September 2005 für das LMedienGes BW

Verwerfung des weitgehenden Ausschlusses politischer Parteien von der Veranstaltung privaten Rundfunks mit dem o.g. Urteil, Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der einschlägigen Regelungen des LMedienGes durch Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr
s. *Mediengesetz*
Drs 13/4652

Änderungen des Senderangebots im Kabelnetz der Kabel BW GmbH und Co. KG in der Region Ulm

Gründe für die Abschaltung des Senders ORF 2 im analogen Kabelnetz; Unterstützung einer Revision dieser Entscheidung

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/5188

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: EU-Fernsehrichtlinie

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/5210

DVB-T in der Region Ulm

Zeitpunkt und Art der Einführung, Frage nach Programmveranstaltern und der Zuweisung digitaler Kapazitäten

KlAnfr Martin Rivoir SPD 10.03.2006 und Antw StM Drs 13/5208

„Baby-TV“

Beurteilung des o.g. Programms bzw des Fernsehkonsums von Babys und Kleinkindern, Information der Öffentlichkeit über

die negativen Auswirkungen, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Eltern

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/5219

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/5229

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ZDF 10.05.2006 Drs 13/5241 (66 S.)
PIPr 14/4 21.06.2006 S. 35
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/132 (16 S.)
PIPr 14/8 27.07.2006 S. 262-271

Unterstützung eines privaten Fernsehangebots in BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Zu viel Fernsehkonsum von Kindern als Ursache von Übergewichtigkeit und mangelnder Fitness

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1476

Steigerung der Fernsehproduktion in BW infolge der Senderfusion

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1634

Eintreten für eine maßvolle Gebührenerhöhung, Sicherung der Qualität der Programme, Verzicht auf eine weitere Expansion

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627

Dauer und Qualität des Fernsehkonsums von Kindern und Jugendlichen, Beeinflussung der Steuerungsfähigkeit des Gehirns nach Erkenntnissen der modernen Hirnforschung, Einforderung der Elternverantwortung für den Fernsehkonsum ihrer Kinder

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055-7067

Zu viel Fernsehkonsum von Kindern als Ursache von Übergewichtigkeit und mangelnder Fitness; Begünstigung von Jugendkriminalität durch die Gewalt in den Programmen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7176 7178 7184

Kritik am Fernsehkonsum der Kinder, Bevorzugung der Erledigung von Hausaufgaben

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7373 7374

Fernsehgebühren

s. *Rundfunkgebühren*

Fernsehgerät

s. *Unterhaltungselektronik*

Fernsehprogramm

Maßnahmen gegen die schlechte Verbreitung des 3. Fernsehprogramms des SWR in Kabelnetzen anderer BLänder

Antr Herbert Moser u.a. SPD 31.07.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/137 (32 S.)

Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkulturkanal vom 19. November 1991 (GBl S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/736

B.TV

Erfüllung der Bitte des o.g. Privatsenders um finanzielle Unterstützung durch die LReg, Höhe der bisherigen Förderung aus Mitteln der Landesanstalt für Kommunikation? Darlegung der finanziellen Voraussetzungen zur flächendeckenden Einspeisung in das Kabelnetz

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 13.02.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/741
BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1109 S. 4-7
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Digitales terrestrisches Fernsehen DVB-T in BW

Beurteilung einer beschleunigten flächendeckenden Einführung o.g. Mediendienste und von „Überallfernsehen“, Umsetzung der bis 2010 vorgesehenen bundesweiten Abschaltung des analogen Fernsehnetzes, Auswahl der digitalen Startinseln und Programme, Auswirkungen auf den Ausbau des Kabelnetzes, Frage nach dem Geräteangebot und den Kosten für die Verbraucher

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/916

Unterstützung von B.TV durch die LReg?

Höhe der Finanzierung von Sendungen oder Programmteilen des o.g. Fernsehsenders

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 24.04.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/953
BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1109 S. 4-7
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Die Situation des privaten Fernsehsenders B.TV und seine Perspektiven im Rahmen der baden-württembergischen Medienpolitik

Kenntnisse und Verhalten der LReg vor und nach Einleitung des Insolvenzverfahrens von B.TV, Absicherung von Krediten landesbeteiligter Banken durch Bürgschaften? Bemühungen des MinPräs um eine Beteiligung der EnBW an B.TV; Darlegung der medienpolitischen Zielsetzungen im Zusammenhang mit den Sanierungsbemühungen

Antr SPD 06.08.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1244
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2855-2870
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2003 Drs 13/2069 S. 4 5
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Ansiedlung des Reisesenders „sonnenklar TV“ in BW
Verknüpfung o.g. Bemühungen mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz?

MdlAnfr
s. *Fernsehen*
Drs 13/1580

Ansiedlung eines Reiseverkaufsfernsehenders in BW
Verknüpfung der Bemühungen um Ansiedlung des Reiseverkaufsfenders „sonnenklar TV“ mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz? Darlegung der Ausschreibung der LfK, der Bedingungen, der abgegebenen Angebote und mit den Bewerbern geführten Gespräche; Gewährleistung einer freien Vergabeentscheidung der LfK

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/1590

Der Investor bei B.TV und seine persönlichen und sachlichen Voraussetzungen nach dem LandesmedienGes

Aktivitäten zur Sicherung des Medienstandorts BW nach der Insolvenz des Fernsehenders B.TV; Beurteilung der Eignung des o.g. Investors als Veranstalter von Rundfunkprogrammen; Verschärfung der medienrechtlichen Voraussetzungen zur Lizenzerteilung

Antr SPD 28.02.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1850
Antr SPD 25.03.2003 Drs 13/1931
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2855-2870
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2003 Drs 13/2069 S. 4 5
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Änd des LMedienGes

Verschärfung der persönlichen und sachlichen Zulassungsvoraussetzungen für die Erteilung einer Lizenz an einen privaten Rundfunkveranstalter nach der unter Auflagen erteilten Lizenz an den neuen Betreiber von B.TV

Antr
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1984

Entwicklung beim Fernsehender BTV 4 U

Anteil von Glücksspielsendungen am Gesamtprogramm, Teilnahme nur über die im Besitz des Lizenznehmers befindlichen Serviceleitungen als kostenpflichtige Anrufe, Bewertung als Geldeinsatz und damit als Lotterie; Darlegung der Rolle des Senders iR eines landesweiten privaten Fernsehprogramms

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 30.10.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2554
BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 6-8
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Zusammenarbeit des Tourismusverbandes mit BTV

Bereitstellung von Filmmaterial durch die Tourismus-Marketing GmbH, z.B. zur Lieferung von Wetterdaten mit entsprechenden werbewirksamen Bildern aus Städten und Regionen

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2581

Verbraucherrechtliche Grundlagen für über telefonische Interaktion finanzierte Fernsehender

Zulässigkeit o.g. Fernsehformate, die über Einnahmen aus kostenpflichtigen telefonischen Diensten während der Sendungen, bei Gewinnspielen u.a. Spielen finanziert werden; Vereinbarkeit mit dem Medienrecht des Bundes und der Länder; Berechtigung von Zuschauerbeschwerden bei der LfK; Erarbeitung von Regelungen zum Schutz der Verbraucher gemeinsam mit den anderen BLändern

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/2763

Französischer Sender TV 5

Hinwirkung auf Wiedereinstellung in das Kabelnetz

Antr Herbert Moser u.a. SPD 18.12.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2765

Entwicklung der Fernsehlandschaft in BW

Angebot, Situation und Perspektiven bundesweit empfangbarer privater Fernsehveranstalter; Auswirkungen von Umfang und Qualität der Landesberichterstattung auf eine weitere Lizenzerteilung; Entwicklung des Anteils landesbezogener Fernsehsendungen des SWR u.a. öffentlich-rechtlicher Sender; Beurteilung einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesmedienanstalten auf Bundesebene

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3451

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Achten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3613

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienGes und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/3784

Zukunft von 3 Sat

Prüfung einer Übertragung der programmlichen Zuständigkeit für 3 Sat auf deutscher Seite auf das ZDF, Motive der anderen MinPräs für die Aufnahme dieser Protokollnotiz im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag; Festhalten am SWR als Koordinator von 3 Sat

KlAnfr Birgit Kipfer SPD 15.12.2004 und Antw StM Drs 13/3888

Regionalfernsehen im Bereich Ulm/Alb-Donau

Stand der o.g. Planung und des Genehmigungsverfahrens, Art der notwendigen grenzüberschreitenden Abstimmung mit dem Freistaat Bayern

KlAnfr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3973

DVB-T im Rhein-Neckar-Raum

Planungen und Kooperationen der Landesmedienanstalten, des SWR u.a. zur Einführung von DVB-T im Rhein-Neckar-Raum; beteiligte (private) Programmveranstalter, mögliche Senderstandorte, Zahl der erreichbaren Haushalte und jeweilige Kosten, Perspektiven für andere Ballungsräume, Nutzung von Erfahrungen aus dem Rhein-Main-Gebiet

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3987

Medienpolitische Forderungen des Justizministers

Beurteilung der Forderungen nach Privatisierung des ZDF, Auflösung oder Fusion des Saarländischen Rundfunks mit anderen ARD-Anstalten bzw zusätzliche Belastung der dortigen Gebührenzahler mit einem Solidarzuschlag sowie nach einer engeren Kooperation der öffentlich-rechtlichen Sender mit dem DRS und ORF

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4084

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4288

Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen

Verbotene Schleichwerbung in Programmen, Sendungen und Produktionen des SWR und privater Rundfunkveranstalter: Darlegung der Fälle seit 2000, der vorhandenen, der tatsächlich gebotenen bzw verhängten Sanktionen vonseiten der Sender, des Rundfunkrats und der LfK; Beurteilung einer Verbesserung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der LfK unter Einschluss der Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/4535

Änderungen des Senderangebots im Kabelnetz der Kabel BW GmbH und Co. KG in der Region Ulm

Gründe für die Abschaltung des Senders ORF 2 im analogen Kabelnetz; Unterstützung einer Revision dieser Entscheidung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 22.02.2006 und Antw StM Drs 13/5188

DVB-T in der Region Ulm

Zeitpunkt und Art der Einführung, Frage nach Programmveranstaltern und der Zuweisung digitaler Kapazitäten

KlAnfr
s. *Fernsehen*
Drs 13/5208

„Baby-TV“

Beurteilung des o.g. Programms bzw des Fernsehkonsums von Babys und Kleinkindern, Information der Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Eltern

Antr Ulrich Müller u.a. CDU, Birgit Kipfer u.a. SPD, Michael Theurer FDP/DVP und Jürgen Walter GRÜNE 24.03.2006 und Stellungnahme StM Drs 13/5219

Verbesserung der Qualität und Abbildung des Landes in den Programmen des SWR, Notwendigkeit einer Reform des dritten Fernsehprogramms, Schärfung des Landesprofils in den Nachrichtensendungen der ARD

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 536-540

Schaffung der Voraussetzungen für die digitale Verbreitung der Programme bis 2010 sowie für eine verbesserte regionale und landesbezogene Berichterstattung des Privatfernsehens; Beklagung der Insolvenz von B.TV; Begrüßung der Ansiedlung des Reisesenders „sonnenklar TV“ in Ludwigsburg

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2316-2319 2321 2322 2324-2326

Eintreten für eine maßvolle Gebührenerhöhung, Sicherung der Qualität der Programme, Verzicht auf eine weitere Expansion

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627

Beschränkung der öffentlich-rechtlichen Programme auf Kernaufgaben, Festhalten am Primat der Bildung, Information und Kultur; Ablehnung von Glücksspielen nach dem Beispiel von BTV, 9Live und DSF

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4416-4422

Geschmacklosigkeiten und Verstöße gegen die Menschenwürde in privaten und öffentlich-rechtlichen Programmen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4535-4538

Anstreben einer digitalen Verbreitung der Programme bis 2010, verbesserte Durchsetzung des Jugendschutzes in den Programmen, Verbreitung des Ballungsraumfernsehens, Verstärkung der Präsenz des Landes in den Programmen der ARD

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5089-5091 5094 5097 5098

Eintreten für eine maßvolle Gebührenerhöhung, Sicherung der Qualität der Programme, Verzicht auf eine weitere Expansion

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5157 5158

Vorrang von qualitätsvollen, informativen Programmen der öffentlich-rechtlichen Sender vor der Quote; Verzicht auf eine weitere Expansion der Programme; Vorreiterrolle des SWR bei der Entwicklung neuer Übertragungstechniken, Bewertung des SWR als Kulturträger

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265 5266 5268-5275

Sparzwänge der Anstalten bei den Programmen im Falle einer Kürzung des Vorschlags der KEF zur Gebührenerhöhung durch die MinPräs, Wahrung der Programmautonomie der Sender

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5396-5400 5403-5407

Erfolgsbewertung des Fernsehprogramms des SWR, Beitrag der privaten Sender zur Stärkung der Medienvielfalt

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Dauer und Qualität des Fernsehkonsums von Kindern und Jugendlichen, Beeinflussung der Steuerungsfähigkeit des Gehirns nach Erkenntnissen der modernen Hirnforschung, Einforderung der Elternverantwortung für den Fernsehkonsum ihrer Kinder

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055-7067

Fernsehrichtlinie

s. *Fernsehen*

Fernsprecher

s. *Telefon*

Fernsprechgebühren

s. *Telefontarif*

Fernsprechgeheimnis

s. *Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis*

Fernstraße

s.a. *Autobahn*

s.a. *Bundesstraße*

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Zustand der Landesstraßen, Bundesfernstraßen und Autobahnen; derzeitige bzw dringlich notwendige Projekte; Darstellung des Finanzierungsbedarfs, Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölsteueraufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus; Umfang der Förderung des kommunalen Straßenbaus in der vergangenen und aktuellen WP

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/392

Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW

Mittelzuweisungen des Bundes seit 1994 und bis 2003 für Neubaumaßnahmen, Erhaltung und Unterhalt von Autobahnen, Bundesstraßen und den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Vergleich mit den ursprünglich vorgesehenen Investitionen für den BFernstraßenbau nach dem BVerkehrswegeplan; Darlegung der entsprechenden Investitionen des Landes für die Landesstraßen; Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/583

Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Aufstufung von Landesstraßen zu Bundesstraßen

Verhandlungsstand der o.g. Bereinigung in der Straßenklassifikation im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Darlegung der betroffenen Straßen und Abschnitte, der jeweiligen Bedingungen und Kostenwirkungen sowie Zeitperspektiven

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/1607

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturprojekten durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Darlegung der Entscheidungskriterien und Priorität der vorgeschlagenen Maßnahmen bzw der von der Straßenbauverwaltung den jeweils angemeldeten Fernstraßenbauprojekten zugeordneten Bewertungsziffern

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/1681

Berücksichtigung regionaler Besonderheiten im Straßenbau

Berücksichtigung der Mittelgebirgs-Topographie und Siedlungsstruktur bei Planung und Bau von Bundesfernstraßen und Landesstraßen

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/1916

Planfeststellungsverfahren im Bundesstraßenbau

Kriterien für die Auswahl von Fernstraßenprojekten zur Durchführung von Planfeststellungsverfahren, Blockade von Projekten mit einem günstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans durch die hohe Zahl planfestgestellter Vorhaben

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/2106

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003

Im BVerkehrswegeplan enthaltene BFernstraßenprojekte und Investitionssummen bzw vom Land angemeldete zusätzliche Projekte, notwendige und verfügbare Mittel für den Neu- und Ausbau von BFernstraßen von 1995-2012 bzw zur Fortführung begonnener Maßnahmen, Vermeidung des Außerkrafttretens von Planfeststellungsbeschlüssen durch mögliche Fristverlängerung sowie Baubeginn trotz Unterfinanzierung, Auflistung der entsprechenden Projekte

Antr

s. *Bundesverkehrswegeplan*

Drs 13/2114

Bundesfernstraßenbau

Höhe des Etatansatzes im Bundeshaushalt für die Mittelzuweisung an das Land zum Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen, Höhe der notwendigen Zuweisungen zur Realisierung des vordringlichen Bedarfs nach dem neuen Bundesverkehrswegeplan

MdlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/2447

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/2533

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

Finanzierungsprobleme im Bundesfernstraßenbau in BW durch die Verzögerung der Einführung der Maut

Höhe und Auswirkungen der Einnahmeausfälle, Darstellung der betroffenen begonnenen und vorgesehenen Projekte, Auswirkungen auf die Ausschreibungspraxis im Bundesfernstraßenbau und die Umsetzung des neuen Bundesverkehrswegeplans, Beurteilung des Überbrückungsvorschlags durch Kredite von der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2799

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2943

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3218

Ausgaben des Landes BW für Schiene und Straße

Höhe der Mittel für den SPNV, ÖPNV auf Schiene und Straße, den Schienengüterverkehr, die Schüler-/Behindertenbeförderung und NE-Bahnen sowie für Bundesfern- und Landesstraßen seit 1996; Höhe der Zuschüsse an die Kommunen und LKreise nach dem FinanzausgleichsGes und GVFG im selben Zeitraum; Anteile der Förderbereiche an der Verkehrsleistung

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3422

Bundesverkehrsprojekte im Bereich des Wahlkreises 21

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen seit 2001; Höhe der Gesamtkosten und Zuschüsse des Bundes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3429

Kapazität und Ausstattung von Park- und Rastanlagen (incl Autohöfen) an den Bundesfernstraßen in BW

Auflistung der Standorte zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ruhezeiten der Lkw-Fahrer im Güterfernverkehr, Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen technischen Ausstattung der Anlagen; Planung von Verbesserungen, Finanzierung über EU-Mittel aus dem Programm „Transeuropäische Netze“?

Antr
s. *Raststätte*
Drs 13/3767

Bildung von Fahrgemeinschaften auf Parkplätzen an Bundesfernstraßen

Entwicklung der o.g. Zahlen an der A 5 und A 8 im RegBez Karlsruhe; Stand der Planung, Finanzierung und Unterhaltung weiterer Pendlerparkplätze an Bundesfernstraßen; Kooperation mit den tangierten Kommunen beim Grunderwerb

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/3773

Sicherung von Aufträgen für die Bauwirtschaft

Höhe der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen, Anteil der blockierten Mittel bzw von nicht vergebenen Aufträgen an die Bauwirtschaft aufgrund fehlender Kapazitäten der Bauverwaltung; Maßnahmen zur Beseitigung der Fehlorganisation

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4162

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4269

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4323

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von

Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Alaubstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4435

Die rot-grüne BReg vernachlässigt die Verkehrswege-Infrastruktur des Bundes in BW

Aktuelle Debatte
s. *Verkehrsplanung*
PIPr 13/96 S. 6799

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Zustand und Ausbaubedarf der Straßeninfrastruktur, insbes Ausbau und bessere Anbindung der A 8, A 81 und A 5; Ausbau und Unterhaltung der Landesstraßen; Entlastung der Tourismusorte vom Durchgangsverkehr; schnellere Realisierung dringlicher Vorhaben durch private Finanzierungsmodelle

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Derzeit laufende Straßenbaumaßnahmen im Regierungsbezirk Freiburg

Art und Finanzierung o.g. Maßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen; Höhe der verfügbaren Bundes- und Landesmittel

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4532

Mittelausstattung im Bundesfernstraßenbau

Höhe der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Bundesfernstraßenprojekte in den Jahren seit 2001

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5172

Forderung nach Aufstockung der Mittel für den BFernstraßenbau

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46 47 60

Forderung nach Aufstockung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 98

Verwendung des Aufkommens aus Mautgebühren zur Finanzierung des Fernstraßenbaus

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 619

Mitteleinsatz der alten und neuen BReg für den Bundesfernstraßenbau

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1032 1039 1040

Abhängigkeit vom Bund beim Bundesfernstraßenbau, Auswirkungen des Scheiterns der Lkw-Maut

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4321 4325

Forderung nach Aufstockung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190 5199 5200 5202

Forderung nach Aufstockung der Mittel für den Bundesfernstraßenbau

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6058 6059

Mittelbedarf im Fernstraßenbau, Vorschlag von alternativen Finanzierungsmodellen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6409

Mittelbedarf im Fernstraßenbau, Vorschlag von alternativen Finanzierungsmodellen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463 6483 6494 6507 6511

Fernwärme

Ges zur Änd der Gemeindeordnung des Landes BW

Erweiterung der kommunalen Satzungsrechte, Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen als Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/3183

Freiburger Wärmeverbund

Förderung eines gemeinsamen Fernwärmenetzes der Wärmeverbundkraftwerk GmbH und Universitätsklinik Freiburg; Ergebnisse eines Gutachtens über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen

KlAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 21.10.2004 und Antw FM
Drs 13/3692

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichungen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/4232

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen; Änd der GemO

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 13/4385

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch verstärkte Umstellung auf regenerative Heizsysteme, energetische Sanierung von Altbauten, lokale Fernwärmenetze mit Biomasseblockheizkraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung u.a.

GrAnfr
s. *Energiepolitik*

Drs 13/4635

Erinnerung an den Vorschlag der Grünen zur Einführung eines Anschlusszwangs an Fernwärmenetze

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5253

Regelung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Fernwärmeanlagen

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5720 5721

Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen, Änd der GemeindeO

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Fernwärmeanlagen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Festmist

s. Düngemittel

Festnahme

s.a. Arrest

s.a. Erkennungsdienstliche Maßnahme

s.a. Haft

s.a. Haftbefehl

Die Ermittlungen und die Festnahmen wegen des Verdachts terroristischer Straftaten in Walldorf

Begründung des Zeitverzugs zwischen der Erhärtung des Verdachts und entsprechenden Festnahmen sowie der versäumten Ausweisung trotz vorliegender rechtlicher Voraussetzungen; Vermeidung künftiger Ermittlungsfehler und Verzögerungen

Antr

s. Terrorismus

Drs 13/1315

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttlingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr

s. Polizei

Drs 13/3153

Verhältnismäßigkeit beim Einsatz unmittelbaren Zwangs durch Polizeibeamte

Fesselung einer ohne Fahrschein im ÖPNV angetroffenen 15-Jährigen sowie Verletzung einer wegen Beamtenbeschimpfung abgeführten 72-Jährigen, Begründung der Durchsuchung der Minderjährigen auf Waffen mit dem Eigenschutz der Beamten, Beurteilung dieser nach Presseberichten angewandten Vorgehensweise von Polizeibeamten des Freiburger Polizeireviers Süd bzw deren Verhältnismäßigkeit; Frage nach Konsequenzen im Falle der Bewertung als Überschreitung der Ermessensgrenze

KlAnfr

s. Polizei

Drs 13/4587

Festspielhaus

Anmahnung der 5 Millionen DM pro Jahr aus der Spielbankabschöpfung für das Festspielhaus Baden-Baden

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 248

Anmahnung der 5 Millionen DM pro Jahr aus der Spielbankabschöpfung für das Festspielhaus Baden-Baden

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 348

Feuerbrand

s. Pflanzenkrankheit

Feuerlöschanlage

s. Feuerlöscheinrichtung

Feuerlöschboot

s. Feuerlöscheinrichtung

Feuerlöscheinrichtung

Verwendung von Druckluftschaumsystemen im Feuerwehrwesen
Beurteilung der Effizienz und Zuschussfähigkeit des o.g. Feuerlöschanlagen

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 18.10.2001 und Antw
IM Drs 13/334

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr

s. Gefahrenabwehr

Drs 13/3967

Feuerlöschgerät

s. Feuerlöscheinrichtung

Feuerschutz

s.a. Feuerlöscheinrichtung

s.a. Feuerschutzsteuer

s.a. Feuerwehr

s.a. Flammschutzmittel

s.a. Holzschutz

Sicherheit in den Straßentunneln in BW

Finanzielle und zeitliche Perspektiven zur Behebung der bei Überprüfungen festgestellten Mängel; Nachrüstung nach dem höchsten Sicherheitsstandard bzw mit der Brandschutztechnologie im so genannten Fogtec-System

KlAnfr

s. Tunnel

Drs 13/444

Brandschutz beim Projekt Stuttgart 21

Erhöhung des Bedarfs an Zugbegleitern durch brandschutzbedingte Vorgaben für die Züge in den Tunnelabschnitten von Stuttgart 21, Auswirkungen auf die Kosten, Berücksichtigung bei der Betriebskosten- bzw Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Projekt Stuttgart 21?

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/2444

Sicherheitskonzept des Forschungszentrums Karlsruhe

Übertragung der Einsatzleitung auf die Werksfeuerwehr, Beeinträchtigung der Sicherheit durch die gleichzeitige Zuständigkeit für atomrechtliche Gefahren und Störfälle sowie für den Brandfall; Erarbeitung und Vorlage einer neuen Sicherheitskonzeption im Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Antr
s. *Forschungszentrum Karlsruhe*
Drs 13/2737

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden zur Rettung von Menschenleben

Zahl der Wohnungsbrände mit Todesopfern in den letzten drei Jahren, Beurteilung von Rauchwarnmeldern durch die Feuerwehren; Aufnahme der o.g. Regelung in die geplante Novellierung der Landesbauordnung

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 05.02.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2894
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 16 17
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Verstärkte Nutzung von Holz als Baumaterial; hier: Umsetzung der Musterbauordnung

Erleichterung des Bauens mit Holz, Aufnahme der o.g. Neuregelungen zum Brandschutz von Holzbauten in die LBO, Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr
s. *Holz*
Drs 13/3301

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden, Einräumung einer Übergangsfrist für bestehende Wohnungen

GesEntw SPD 18.01.2006 Drs 13/5063
1. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7844 7845
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5143
EAntr CDU und FDP/DVP 14.02.2006 Drs 13/5157
2. Beratung PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7988-7994 (Ablehnung)

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5012

Beklagung von Verstößen der Hochschulen gegen Brandschutzbestimmungen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6695

Feuerschutzsteuer*Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit*

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Feuerwehren, Aufstockung der Mittel aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/339

Aufstockung der Mittel aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer zugunsten der Feuerwehren

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 879 882 885 888

Planungssicherheit für die Feuerwehren, Weitergabe von 46 Millionen Euro aus dem Feuerschutzsteueraufkommen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4182 4186 4192

Verzicht auf eine Abschöpfung von Mitteln aus dem Feuerschutzsteueraufkommen für den allgemeinen Haushalt

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5481-5484 5486

Entwicklung des Feuerschutzsteueraufkommens, Verzicht auf eine Abschöpfung von Mitteln für den allgemeinen Haushalt

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5917

Feuerungsanlage*s.a. Abfallbeseitigungsanlage**s.a. Heizung**s.a. Kehr- und Überprüfungsordnung**s.a. Wärmetechnik**Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO)*

Zustandekommen und Ausgestaltung o.g. Neuregelung, insbes der hohen Mess- und Kehrintervalle sowie Gebühren; Möglichkeiten der Behörden zur Missbrauchskontrolle; Reduzierung der Prüftermine und Wartungskosten bei Feuerstätten für flüssige Brennstoffe sowie schadstoffarmen Öfen

KlAnfr
s. *Kehr- und Überprüfungsordnung*
Drs 13/290

Stromerzeugung aus Biomasse/Altholz

Standorte und Betreiber von Anlagen zur Strom- und Wärmeerzeugung aus Altholz nach den verschiedenen Kategorien, Zahl und Rechtsgrundlagen der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen sowie von Abfallverbrennungsanlagen zur Verwertung und Entsorgung von Hausmüll, Auflistung der zur Entsorgung von Altholz aufgestellten Abfallwirtschaftspläne

KlAnfr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/1264

Energetische Nutzung von Getreide in Kleinf Feuerungsanlagen

KlAnfr
s. *Getreide*
Drs 13/1929

Entlastungsmöglichkeiten bei den Kaminkehrergebühren

Überprüfung der Gebührensätze durch das WM, Verlängerung der Inspektionsintervalle bei modernen Heizungsanlagen, Ermöglichung der Abgaswegeüberprüfung durch private Fachfirmen iRd Wartung, Einbringung einer Initiative im BRat

Antr
s. *Schornsteinfeger*

Drs 13/2535

Kleinf FeuerungsanlagenVO; hier: Auslaufen der Übergangsfrist
Austausch von Heizungsanlagen mit zu hohen Abgaswerten nach dem 31.10.2004; gezielte Information der betroffenen Hauseigentümer; Beurteilung einer in Freiburg gestarteten Aktion zur kostenlosen Solar- und Energieberatung der Hauseigentümer

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 29.01.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2868

Genehmigung des Kalkschachtofens in Blaustein-Herrlingen
Beantragung der Mitverbrennung von Abfällen bzw Sekundärbrennstoffen durch die Märker Holding GmbH, Umfang und Zusammensetzung der Stoffe, vorgeschriebene Grenzwerte, Abschluss einer gesundheitlichen Gefährdung der Beschäftigten und Anwohner

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 04.02.2004 und Antw UVM Drs 13/2885

Kalkschachtofen in Blaustein-Herrlingen

Einsatz eines chemischen Abfallprodukts aus Italien als Sekundärbrennstoff in dem von der Firma Märker in Blaustein-Herrlingen geplanten Kalkofen? Schließung eines Tiefbrunnens vom Zweckverband „Wasserversorgung Ulmer Alb“ wegen den vom Kalkabbau ausgehenden Gefahren für die Wasserversorgung?

MdlAnfr 1) Thomas Oelmayer GRÜNE 25.03.2004 Drs 13/3056
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4724 4725

Klärschlamm entsorgung

Kapazitäten, Auslastung und Energiebilanzen der Mitverbrennung von Trockenschlamm in Zementwerken, Kohlekraftwerken u.a. Verbrennungsanlagen

KlAnfr
s. *Klärschlamm*
Drs 13/5186

CO₂-Emissionen durch den privaten Hausbrand

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1830 1834

Feuerwehr

s.a. *Feuerschutzsteuer*
s.a. *Feuerwehrfahrzeug*

EU-Richtlinien für Berufsfeuerwehren - Auswirkungen für BW

KlAnfr Max Nagel SPD 19.06.2001 und Antw IM Drs 13/13

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sachlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/271

Verwendung von Druckluftschau msystemen im Feuerwehrewesen
Beurteilung der Effizienz und Zuschussfähigkeit des o.g. Feuerlöschsystems

KlAnfr
s. *Feuerlösch einrichtung*
Drs 13/334

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Feuerwehren, Aufstockung der Mittel aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/339

ABC-Erkundungskraftwagen - Standorte in BW

Zahl und Standorte der vom Bund bereitgestellten Fahrzeuge, Stationierung eines Wagens bei der Berufsfeuerwehr Mannheim

KlAnfr
s. *Katastrophenschutzfahrzeug*
Drs 13/568

Haushalt 2002 und 2003; Epl 03

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Feuerwehren

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/653-8 S. 27 28
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/682-4 S. 8 9
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876-891

Zuwendungen für das Feuerwehrewesen (Z-Feu)

Einleitung des Anhörungsverfahrens für die geplanten Änderungen der o.g. VwV, Auflistung der Freigabetermine für die veranschlagten VE-Mittel zur Förderung der Feuerwehren

KlAnfr Reinhold Gall SPD 18.04.2002 und Antw IM Drs 13/944

Mittelbereitstellung für die Feuerwehren

Freigabe der etatisierten Haushaltsmittel

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 18.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1203
ÄAntr CDU und FDP/DVP 12.11.2002 Drs 13/1487
BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 20-22
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201
Mittlg LReg 06.12.2002 Drs 13/1563

Zusammenführung des Feuerwehrges, des LandeskatastrophenschutzGes und des RettungsdienstGes zu einem „Gefahrenabwehrgesetz“

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/1818

Feuerwehrdienstvorschrift 7

Auswirkungen der von der IMK beschlossenen Vorschrift zur Reinigung und Desinfektion von Atemschutzgeräten auch nach reinen Übungen, Wahrnehmung dieser Aufgaben von den Stützpunktfeuerwehren, Zeitdauer der Wartungsarbeiten bzw Notwendigkeit zur Beschaffung und Vorhaltung einer Zweitausstattung für die Gemeindefeuerwehren; Höhe der Investitions-, Wartungs- und Unterhaltungskosten der Feuerwehren

KlAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 17.06.2003 und Antw IM Drs 13/2161

Dienstgradregelung für die Feuerwehren

Inkraftsetzung der von den Feuerwehren gewünschten neuen Dienstgradregelung

K1Anfr
s. *Dienstgrad*
Drs 13/2245

Haushaltsmittel für die Feuerwehren

Freigabe der im Hpl 2003 veranschlagten und noch nicht gebundenen Kassenmittel

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 10.07.2003 und Stellungnahme
IM Drs 13/2250

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Förderung der Feuerwehren*

Personelle und technische Ausstattung sowie Einsatzdaten der Berufs- und freiwilligen Feuerwehren in BW u.a. BLändern; aktuelle und künftige Förderung; Unterstützung der Nachwuchsgewinnung; Stellenwert der Ausbildung an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2330
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5480-5486

Novellierung der Zuwendungsrichtlinien Feuerwehr (Z-Feu)

Berücksichtigung der Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände und des Landesfeuerwehrverbands im Anhörungsverfahren

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 21.08.2003 und Stellungnahme
IM Drs 13/2368
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.12.2003 Drs 13/2703
(dazu ÄAntr Reinhold Gall u.a. SPD, ÄAntr Hans Heinz
CDU und Dr. Horst Glück FDP/DVP) S. 9-12
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Planung einer integrierten Leitstelle für Feuerwehr- und Rettungsdienste im Rhein-Neckar-Kreis bzw der Stadt Heidelberg

K1Anfr Reinhold Gall SPD 02.10.2003 und Antw IM Drs
13/2479

Sicherheitskonzept des Forschungszentrums Karlsruhe

Übertragung der Einsatzleitung auf die Werksfeuerwehr, Beeinträchtigung der Sicherheit durch die gleichzeitige Zuständigkeit für atomrechtliche Gefahren und Störfälle sowie für den Brandfall; Erarbeitung und Vorlage einer neuen Sicherheitskonzeption im Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Antr
s. *Forschungszentrum Karlsruhe*
Drs 13/2737

Hepatitis-B-Impfung für Feuerwehren

Antr
s. *Impfung*
Drs 13/2767

*Haushalt 2004; Epl 03**Rücknahme der Kürzungen für die Feuerwehren*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2803-1 S. 21 22
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2843-1 S. 2 3
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4181-4203

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden zur Rettung von Menschenleben

Zahl der Wohnungsbrände mit Todesopfern in den letzten drei Jahren, Beurteilung von Rauchwarnmeldern durch die Feuerwehren; Aufnahme der o.g. Regelung in die geplante Novellierung der Landesbauordnung

Antr
s. *Feuerschutz*
Drs 13/2894

*Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)**Änd des FeuerwehrGes*

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Feuerwehrmittel 2004

Freigabe der zugesagten Restmittel des Hj 2003 sowie der im Hpl 2004 veranschlagten und noch nicht gebundenen Kassenmittel

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 23.06.2004 und Stellungnahme
IM Drs 13/3303
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S.
18 19
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ausnahmegenehmigung für kombinierte Feuerwehrfahrzeuge zur Zulassungsrichtlinie der Feuerwehr

Ermöglichung der Förderung o.g. Fahrzeuge nach der Zulassungsrichtlinie der Feuerwehr

Antr
s. *Feuerwehrfahrzeug*
Drs 13/3345

Situation des Rettungsdienstes in BW

Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Feuerwehr und Rettungsdienst, Rahmenbedingungen zur weiteren Förderung integrierter Leitstellen mit einer kreis- und länderübergreifenden Vernetzung; Problematik der fehlenden digitalen Funktechnik von Feuerwehr und Polizei; Bewertung einer Zusammenfassung von Katastrophenschutz-, Rettungsdienst- und FeuerwehrGes zu einem GefahrenabwehrGes

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Aufgabenstellung, Organisation und Ausrüstung der o.g. Gefahrenabwehreinrichtung zum Gewässerschutz; Finanzierung der notwendigen Beschaffungen und Veränderungen; Aus- und Fortbildung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit der freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und dem Geräteeinsatz; Beurteilung von Wechselladerfahrzeugen als kostengünstige Alternativen zu den Rüstwagen See

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/4058

Würdigung der Feuerwehren, Wiederaufstockung der Zuschüsse
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 366 367 369 376

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Feuerwehren
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 643

Würdigung der Feuerwehren, Bereitstellung zusätzlicher Mittel
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876 879 882 885 888 889

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Feuerwehren nach dem 11. September 2001, Kritik an der Ablehnung eines GefahrenabwehrGes, Ankündigung einer Diskussion der Probleme iR eines Informationsbesuchs des InnenA bei der Landesfeuerweherschule in Bruchsal

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3129 3134 3137 3138

Umschichtung von Haushaltsmitteln zugunsten der Feuerwehren, Änderung der Zuwendungsrichtlinien, Lob für die Einsatzbereitschaft der Feuerwehrleute

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4182-4184 4186-4192

Würdigung der Feuerwehren, Bereitstellung zusätzlicher Mittel
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5905 5917 5919

Unterstützung der Forderung der Feuerwehren nach einem verpflichtenden Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden; Umsetzung der Empfehlungen des RH zur Bündelung von Ausstattung und Standorten der Feuerwehren

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7844 7856 7857

Unterstützung der Forderung der Feuerwehren nach einem verpflichtenden Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden, Verweisung auf die Informationskampagne des Landesfeuerwehrverbands

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7988-7993

Feuerwehrdienstvorschrift

s. Feuerwehr

Feuerwehrfahrzeug

s.a. Dienstkraftfahrzeug

s.a. Katastrophenschutzfahrzeug

Ausnahmegenehmigung für kombinierte Feuerwehrfahrzeuge zur Zulassungsrichtlinie der Feuerwehr

Ermöglichung der Förderung o.g. Fahrzeuge nach der Zulassungsrichtlinie der Feuerwehr

Antr Herbert Moser u.a. SPD 01.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3345

Ersetzung der 25 Jahre alten und älteren Feuerwehrfahrzeuge
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4184 4186 4187 4196

Notwendige bzw tatsächliche Förderung der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5480 5481 5486

Feuerwehrgesetz

s. Feuerwehr

Feuerweherschule

s. Feuerwehr

Feuerwehrwesen

s. Feuerwehr

FFH-Richtlinie

s. Natura 2000

Fichtenau

Bibermanagement

Strategien zur Lösung der Konflikte mit Bibern, Beurteilung der Biberproblematik und der Vorgehensweise im Konfliktfall „Ölmühle“, Gemeinde Fichtenau im LKreis Schwäbisch Hall

MdAnfr

s. Biber

Drs 13/4796

Filbinger, Hans Dr. MinPräs a.D. CDU

Empfang zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr

s. Geburtstagsfeier

Drs 13/2481

Kosten des Empfangs zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr

s. Geburtstagsfeier

Drs 13/2551

Inanspruchnahme des landeseigenen Fahrzeugpools; hier: Fahrzeugpool des RegPräs Freiburg

Inanspruchnahme durch den ehemaligen MinPräs Dr. Hans Filbinger

KlAnfr

s. Dienstkraftfahrzeug

Drs 13/2886

Filder (Landschaft)

Kosten der Messe auf den Fildern

Aufklärung von widersprüchlichen Kostenansätzen bzw -überschreitungen, Höhe der Mittelbereitstellung der Flughafen GmbH für den Bau von Parkplätzen, Bewertung der Zahlung von verschiedenen Beraterhonoraren

KlAnfr

s. Messe (Ausstellung)

Drs 13/64

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Stand und Zumutbarkeit der Belastungen im Filderraum durch Lärm, Schadstoffe, neue Messe u.a.; Frage nach Machbarkeitsstudien für eine zweite Landebahn in Stuttgart, nach einer Gesamtbeurteilung aller Einzelmaßnahmen sowie Vereinbarkeit mit den Zielen des Umweltplans

GrAnfr

s. Luftfahrt

Drs 13/545

Lärmentlastung auf den Fildern

Mitteinsatz und Zeitplan zur Umsetzung von Vorschlägen des Lärminderungsplans Filder, u.a. auch im Bereich des Luftverkehrs; Aufbau von Lärmschutzwänden an der A 8 auf der Talbrücke Denkendorf und beim Sulzbachviadukt; Tempolimits auf der A 8 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und Wendlingen sowie auf der B 27 zwischen Aichtal und Degerloch; Verwendung von Flüsterasphalt bei notwendigen Fahrbahnsanierungen

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 13/939

Unregelmäßigkeiten bei den Enteignungen für die Landesmesse auf den Fildern

Bewertung der Kritik des Landesdatenschutzbeauftragten am RegPräs Stuttgart wegen der Veröffentlichung von persönlichen Daten der betroffenen Grundstücksbesitzer; Beurteilung der (niedrigen) Bewertung der Grundstücke durch den beauftragten Gutachter; Zweifel an der gebotenen Neutralität der Enteignungskommission

KlAnfr

s. *Enteignung*

Drs 13/3175

Keine Bodenabtragung vor Abschluss der Rechtsstreitigkeiten um den geplanten Messeneubau auf den Fildern

Antr

s. *Messe (Ausstellung)*

Drs 13/3384

Widerstand der Bevölkerung auf den Fildern gegen die neue Landesmesse, Verweisung auf die bestehenden Belastungen durch den Flughafen und die Autobahn

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1142-1144 1146-1157

Widerstand der Bevölkerung auf den Fildern gegen die neue Landesmesse

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1641

Widerstand der Bevölkerung auf den Fildern gegen die neue Landesmesse, Feststellung der vorhandenen und künftigen Verkehrsbelastung, Aufnahme von Gesprächen mit den Betroffenen; Lärmbelastung der Anwohner durch Nachtflugverkehr

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3370-3385 3434-3438

Widerstand der Bevölkerung auf den Fildern gegen die neue Landesmesse, Verweisung auf die Verkehrsproblematik

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787 6798

Fildermesse

s. *Messe (Ausstellung)*

Filderraum

s. *Filder (Landschaft)*

Filderstadt

Bewertung des S-Bahn-Anschlusses Bernhausen als zu teures Prestigeprojekt

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1991

Eintreten des PetA für eine Verkehrsentslastung sowie einen verbesserten Lärmschutz der S-Bahn-Tunneltrasse in Filderstadt

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7796 7797

Film

s.a. *Filmakademie*

s.a. *Filmfestspiele*

s.a. *Medien- und Filmgesellschaft*

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/1047

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Medienpolitik in BW*

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der MFG, Filmförderung und Filmakademie sowie der Konzeption zur Förderung der Populärmusik

Antr

s. *Medien*

Drs 13/2324

Wir können alles - außer produzieren?

Produktion der Werbespots für die Imagekampagne BW außerhalb des Landes? Renommee der Filmakademie Ludwigsburg; Hinwirkung auf eine stärkere Kooperation der beauftragten Werbeagentur mit der Filmakademie Ludwigsburg bzw mit hiesigen Produzenten

KlAnfr

s. *Werbung*

Drs 13/3219

Image-Kampagne des Landes: „Wir können alles außer Hochdeutsch“; hier: Herstellung von T-Shirts in BW

Berücksichtigung von heimischen Produzenten bei der künftigen Beschaffung von Werbeartikeln und Werbefilmen

Antr

s. *Öffentlicher Auftrag*

Drs 13/3483

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Beurteilung der weiten Ermessensspielräume und unbestimmten Rechtsbegriffe der Vergabeordnung der Medien- und Filmgesellschaft sowie der Nachwuchsförderprogramme mit der Folge einer Umgehung von Autoren bzw von Absolventen badenwürttembergischer Studieneinrichtungen im Film- und Medienbereich; Interventionsmöglichkeiten des SWR bei der Mittelvergabe; finanzielle Sicherung des Europäischen Filmfestivals u.a. Festivals; Präzisierung der Fördervoraussetzungen in der Vergabeordnung und den Förderprogrammen zur verstärkten Berücksichtigung von heimischen Unternehmen, Nachwuchskräften sowie Absolventen der Filmakademie Ludwigsburg

Antr
s. *Medien*
Drs 13/3690

Bambi-Verleihung 2006 in Stuttgart

Beurteilung o.g. Presseberichte bzw der damit verbundenen Chancen für die Standortwerbung von Land und Stadt

MdlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/3827

Europäisches Filmfestival Stuttgart-Ludwigsburg

Akzeptanz und Ausstrahlung der o.g. Veranstaltung; bisherige Förderung mit Mitteln des Landes bzw der Medien- und Filmgesellschaft; Gründe und Auswirkungen der Streichung, insbes auf den Film-, Medien- und Wirtschaftsstandort Stuttgart-Ludwigsburg; Einflussnahme auf den Meinungsbildungsprozess bei der Stadt Stuttgart? Frage nach geplanten Alternativen

KlAnfr
s. *Filmfestspiele*
Drs 13/3869

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Vergabe von Produktionen durch den SWR und beteiligte Partner an Produzenten im Land, finanzielle Unterstützung durch die Medien- und Filmgesellschaft, (dauerhafte) Ansiedlung neuer Firmen und Arbeitsplätze bzw von Absolventen der Filmakademie seit 1996, Einbindung des öffentlichen Bankensektors in die Förderung, Fortschreibung der Filmkonzeption sowie der Konzeption für die Filmfestivals; Abstimmung der Strategie der Länder zur Notifizierung der Förderinstrumente durch die EU

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4087

Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen

Verbotene Schleichwerbung in Programmen, Sendungen und Produktionen des SWR und privater Rundfunkveranstalter: Darlegung der Fälle seit 2000, der vorhandenen, der tatsächlich gebotenen bzw verhängten Sanktionen vonseiten der Sender, des Rundfunkrats und der LfK; Beurteilung einer Verbesserung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der LfK unter Einschluss der Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/4535

Bambi-Preis-Verleihung in Stuttgart

Stand der o.g. Gespräche mit dem Burda-Verlag, Frage nach den damit verbundenen Erwartungen und finanziellen Konditionen

KlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/4702

Erhöhung der Filmfördermittel, Unterstützung der Ausbildung von Filmschauspielern über eine Akademie für darstellende Kunst

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56 57

Entwicklung und Wirkungen der Filmförderung in BW, Renommee der Filmakademie in Europa

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1972 1973

Vergabe von Filmproduktionen des SWR nach außen; Würdigung der jüngsten Oscar-Nominierung eines Films aus der Filmakademie Ludwigsburg

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2860 2861 2868 2869

Erhebung der Filmförderung zur Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Vergabe von Aufträgen an unabhängige Produzenten

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4417 4418 4422

Anstrengung einer stärkeren Vergabe von Aufträgen durch die öffentlich-rechtlichen Sender an unabhängige Produzenten

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4536 4538 4539

Anstrengung einer stärkeren Vergabe von Aufträgen durch die öffentlich-rechtlichen Sender an unabhängige Produzenten

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5271

Würdigung der Filmförderpolitik von Minister Palmer

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5885

Film- und Mediengesellschaft

s. *Medien- und Filmgesellschaft*

Filmakademie

Ges zur Änd des FilmakademieGes

Erweiterung des Geltungsbereichs auf die Popakademie BW; Angebot von dreijährigen grundständigen Studiengängen in Musikbusiness und Popmusikdesign mit dem Abschluss Bachelor; Regelung von Aufgaben, Zugangsvoraussetzungen und Strukturen; Erhebung von Studiengebühren

GesEntw
s. *Musikhochschule*
Drs 13/1893

Deutsch-Französische Filmakademie Ludwigsburg

Stand der Verhandlungen mit dem Bund um eine finanzielle Beteiligung

MdlAnfr 2) Klaus Herrmann CDU 23.06.2003 Drs 13/2176
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3263 3264

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der MFG, Filmförderung und Filmakademie sowie der Konzeption zur Förderung der Populärmusik

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Wir können alles - außer produzieren?

Produktion der Werbespots für die Imagekampagne BW außerhalb des Landes? Renommee der Filmakademie Ludwigsburg; Hinwirkung auf eine stärkere Kooperation der beauftragten Werbeagentur mit der Filmakademie Ludwigsburg bzw mit hiesigen Produzenten

KlAnfr
s. *Werbung*
Drs 13/3219

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Erweiterung des StudentenwerksGes auf die Film- und Popakademie, Änd des Film- und PopakademieGes sowie der Film- und Popakademie-Zuständigkeits- und GebührenVO; Außerkrafttreten der VO Künstlerische Eignungsprüfung FH sowie der KunstleistungsprüfungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Beurteilung der weiten Ermessensspielräume und unbestimmten Rechtsbegriffe der Vergabeordnung der Medien- und Filmgesellschaft sowie der Nachwuchsförderprogramme mit der Folge einer Umgehung von Autoren bzw von Absolventen badenwürttembergischer Studieneinrichtungen im Film- und Medienbereich; Interventionsmöglichkeiten des SWR bei der Mittelvergabe; finanzielle Sicherung des Europäischen Filmfestivals u.a. Festivals; Präzisierung der Fördervoraussetzungen in der Vergabeordnung und den Förderprogrammen zur verstärkten Berücksichtigung von heimischen Unternehmen, Nachwuchskräften sowie Absolventen der Filmakademie Ludwigsburg

Antr
s. *Medien*
Drs 13/3690

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Vergabe von Produktionen durch den SWR und beteiligte Partner an Produzenten im Land, finanzielle Unterstützung durch die Medien- und Filmgesellschaft, (dauerhafte) Ansiedlung neuer Firmen und Arbeitsplätze bzw von Absolventen der Filmakademie seit 1996, Einbindung des öffentlichen Bankensektors in die Förderung, Fortschreibung der Filmkonzeption sowie der Konzeption für die Filmfestivals; Abstimmung der Strategie der Länder zur Notifizierung der Förderinstrumente durch die EU

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4087

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank

GesEntw
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4858

Ausbau der Filmakademie in Ludwigsburg, Unterstützung der Ausbildung von Filmschauspielern in Zusammenarbeit mit der Filmakademie

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56 57

Ausbau der Filmakademie, Unterstützung der Kooperation mit der Deutsch-Französischen Filmakademie

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 643

Renommee der Filmakademie in Europa

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1972 1973

Würdigung der jüngsten Oscar-Nominierung eines Films aus der Filmakademie Ludwigsburg; Erinnerung an die Initiatoren der Filmakademie; Orientierung der Popakademie an der Filmakademie

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2861 2868 2869 2888

Eintreten für eine stärkere Vergabe von Produktionen des SWR an die Filmakademie in Ludwigsburg

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4538 4539

Bedeutung der Filmakademie bundesweit, Ansiedlung von Existenzgründern um die Filmakademie, Ausbau durch eine Akademie für darstellende Kunst

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5885

Bedeutung der Filmakademie bundesweit, Ausbau durch eine Akademie für Darstellende Kunst

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Filmakademiegesetz

s. *Filmakademie*

Filmfest Stuttgart-Ludwigsburg

s. *Filmfestspiele*

Filmfestspiele

Förderung von Filmfestspielen in BW durch das Land

Bewertung und Vergleich der finanziellen Förderung der Filmfestspiele Stuttgart-Ludwigsburg und des Internationalen Filmfestivals Mannheim-Heidelberg, Verbesserung der Bezuschussung sowie Auslobung eines Landesfilmpreises für Mannheim-Heidelberg

KIAnfr Max Nagel SPD 07.09.2001 und Antw StM Drs 13/222

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Beurteilung der weiten Ermessensspielräume und unbestimmten Rechtsbegriffe der Vergabeordnung der Medien- und Filmgesellschaft sowie der Nachwuchsförderprogramme mit der Folge einer Umgehung von Autoren bzw von Absolventen badenwürttembergischer Studieneinrichtungen im Film- und Medienbereich; Interventionsmöglichkeiten des SWR bei der Mittelvergabe; finanzielle Sicherung des Europäischen Filmfestivals u.a. Festivals; Präzisierung der Fördervoraussetzungen in der Vergabeordnung und den Förderprogrammen zur verstärkten Berücksichtigung von heimischen Unternehmen, Nachwuchskräften sowie Absolventen der Filmakademie Ludwigsburg

Antr
s. *Medien*
Drs 13/3690

Europäisches Filmfestival Stuttgart-Ludwigsburg

Akzeptanz und Ausstrahlung der o.g. Veranstaltung; bisherige Förderung mit Mitteln des Landes bzw der Medien- und Film-

gesellschaft; Gründe und Auswirkungen der Streichung, insbes auf den Film-, Medien- und Wirtschaftsstandort Stuttgart-Ludwigsburg; Einflussnahme auf den Meinungsbildungsprozess bei der Stadt Stuttgart? Frage nach geplanten Alternativen

KlAnfr Birgit Kipfer SPD 09.12.2004 und Antw StM Drs 13/3869

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Vergabe von Produktionen durch den SWR und beteiligte Partner an Produzenten im Land, finanzielle Unterstützung durch die Medien- und Filmgesellschaft, (dauerhafte) Ansiedlung neuer Firmen und Arbeitsplätze bzw von Absolventen der Filmakademie seit 1996, Einbindung des öffentlichen Bankensektors in die Förderung, Fortschreibung der Filmkonzeption sowie der Konzeption für die Filmfestivals; Abstimmung der Strategie der Länder zur Notifizierung der Förderinstrumente durch die EU

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4087

Filterstaub

s. *Staub*

Finanzamt

s. *Finanzverwaltung*

Finanzausgleich

s.a. *Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern*

s.a. *Kommunaler Finanzausgleich*

s.a. *Konnexitätsprinzip*

s.a. *Länderfinanzausgleich*

s.a. *Schullastenausgleich*

Krankenkassen-Risikostrukturausgleich

Positionsbestimmung zum RSA, Anstreben einer stärkeren Regionalisierung mit regionalisierten Beitragssätzen, einem regionalen Risikostrukturausgleich und der Solidaritätskomponente eines bundesweiten Ausgleichs? Bewertung des GesEntw der BReg zur Aufnahme einer „Morbiditykomponente“ sowie der Äußerungen des MinPräs

Antr
s. *Krankenversicherung*
Drs 13/114

Umsetzung der Disease Management Programme (DMPs) in BW

Umsetzung der Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Auswirkungen der Verknüpfung mit dem Risikostrukturausgleich auf die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung, Verhinderung von Manipulationen bei der Umsetzung durch Personalaufstockung der Aufsichtsbehörde entsprechend dem Bundesversicherungsamt; Auswirkungen der RSA-Reformgesetzgebung auf die vom Land eingereichte Klage gegen den Risikostrukturausgleich

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1283

Beitragserhöhungen der Krankenkassen hierzulande als Folge des Risikostrukturausgleichs

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 52 57

Beitragserhöhungen der Krankenkassen hierzulande als Folge des Risikostrukturausgleichs

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 113 114 123

Ankündigung einer Klage gegen den Krankenkassen-Risikostrukturausgleich beim BVerfG; Verteidigung des Systems des RSA

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 126 127 129-131 134-136

Abfluss von Mitteln aus BW in den Risikostrukturausgleich im Gesundheitswesen und in weitere länderübergreifende Ausgleichssysteme

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 639

Leistungsfeindlichkeit der Finanzausgleichssysteme auf Bundesebene, Hinwirkung auf mehr Wettbewerbsföderalismus

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1165 1173 1174 1176

Ausgleich unter den Krankenkassen für die Behandlung chronisch Kranker; Vorwurf der Anstreben einer Einheitskrankenkasse über den Risikostrukturausgleich, Abschaffung des RSA zugunsten eines funktionierenden Wettbewerbs

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405 1406 1408 1411 1412 1416 1417 1424 1425

Abfluss von Mitteln aus BW in den Risikostrukturausgleich der Krankenkassen, Ermöglichung von Beitragssatzsenkungen bei den Empfängerstellen, Leistungsfeindlichkeit der Finanzausgleichssysteme auf Bundesebene

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2541

Befürchtungen der neuen BLänder um den Abbau von Ausgleichszahlungen im Zuge einer Föderalismusreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2913

Leistungsfeindlichkeit der Finanzausgleichssysteme auf Bundesebene, Hinwirkung auf mehr Wettbewerbsföderalismus

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3608-3611 3631 3632 3649

Leistungsfeindlichkeit der Finanzausgleichssysteme auf Bundesebene, Abfluss von Mitteln aus BW in den Risikostrukturausgleich der Krankenkassen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136 5142 5143

Zahlungen des Landes in die Finanzausgleichssysteme zwischen den Ländern

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5882 5902 5903

Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Entwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, Entflechtung von Mischfinanzierungen, Neuordnung der Gesetzgebungskompetenz im Steuerrecht

GrAnfr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1026

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Abbau von Mischfinanzierungen und Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben, Überprüfung der Bundesergänzungszuweisungen, Notwendigkeit einer Reform der Finanzverfassung

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1796

Notwendigkeit einer Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, Kritik an den Bundesergänzungszuweisungen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1173 1174 1177

Streichung der Bundesergänzungszuweisungen, Erhöhung des Drucks auf eine Länderneugliederung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2159

Finanzausgleich zwischen den Ländern

s. Länderfinanzausgleich

Finanzausgleichsgesetz

s. Kommunalen Finanzausgleich

Finanzbeamter

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmehäufigkeiten im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen

Antr

s. Finanzverwaltung

Drs 13/202

Befragung von Beamten im Betrugsfall FlowTex

Einholung dienstlicher Äußerungen über die Gespräche von o.g. Beamten mit thüringischen Kollegen mit dem Ziel, diese von geplanten Maßnahmen im Fall FlowTex abzubringen; Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/316

Vorschlagswesen in der Finanzverwaltung

Zahl und Prämierung der von Mitarbeitern seit 1996 eingereichten Verbesserungsvorschläge; Anteil der abgelehnten, anerkannten und noch offenen Vorschläge; Zeitdauer der Verfahren

KlAnfr

s. Vorschlagswesen

Drs 13/889

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/1031

Gleichbehandlung bei der Anwendung der Rechtsschutz-Richtlinien

Anwendungspraxis der o.g. Richtlinien seit 1997, Darlegung der Bewilligung und Ablehnung von Anträgen von Lehrern, Poli-

zisten, Steuerbeamten u.a. Bediensteten in Strafverfahren, Zivilprozessen und sonstigen Verfahren; Gegenstände und Ergebnisse der Verhandlungen; Höhe der als Vorschuss oder Darlehen gewährten Rechtsschutzhilfen bzw der von der Staatskasse übernommenen Beträge

Antr

s. Rechtsschutz

Drs 13/1146

Personalausstattung der Finanzämter im Ländervergleich

Vergleich der Steuer- und Finanzverwaltung mit den anderen BLändern, Auswirkungen einer Einbeziehung des Personalbestands des FM

KlAnfr

s. Finanzverwaltung

Drs 13/1698

Anwendung der Rechtsschutzrichtlinien in „FlowTex-Fällen“

Auflistung der für Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Komplex FlowTex übernommenen Fälle im Verwaltungsbereich der Steuerverwaltung, Gründe für die hohen Erstattungsbeiträge, Abdeckung durch die Rechtsschutzrichtlinien? Stand und Auswirkungen der angekündigten Verschärfung dieser Richtlinien

KlAnfr

s. Rechtsschutz

Drs 13/1868

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Standorte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätigten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung; Fortführung des Stellenabbaus trotz der vom RH festgestellten Defizite? Darlegung der Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der Stellenobergrenzen? Entwicklung der Einstellungszahlen von Anwärtern und Bewerbern in den einzelnen Laufbahnen sowie der Altersstruktur und Konsequenzen für die Personalgewinnung

Antr

s. Finanzverwaltung

Drs 13/2025

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Änd der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw

s. Bauverwaltung

Drs 13/3720

Umsatzsteuerbetrug und die Finanzverwaltung in BW

Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen von Bund und Ländern, Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene, Stand der Einführung eines bundeseinheitlichen EDV-Risiko-Management-Systems; Entwicklung der Mehreinnahmen aus der Tätigkeit der Steuerfahndung seit 2000 bzw der Zahl von Fahndern, Prüfern, Vollstreckungsbeamten

und Finanzermittlern; angestrebte Personalentwicklung der Finanzverwaltung bis 2009; Verbesserung der (EDV-)technischen Ausstattung, Einrichtung eigener Internet-Adressen der Bediensteten; Änderung der Vertrauensschutzregelung im UStG über den BRat?

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/4966

Stellenhebungen im mittleren Dienst der Steuerverwaltung
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641

Aufdeckung der FlowTex-Affäre durch Finanzbeamte, Ermittlungen gegen Betriebsprüfer wegen des Verdachts der Bestechlichkeit

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719-734

Steuermindereinnahmen aufgrund des Stellenabbaus bzw mangelnder Personalausstattung der Finanzämter nach Feststellungen des RH, Verbesserung der Situation und Motivation der Mitarbeiter durch ein Strukturprogramm, Werbung um Akzeptanz der neuen Steuerungsinstrumente

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1885-1888

Warnung vor der geplanten Konzentration von Finanzämtern, Befürchtung einer verstärkten Abwanderung von guten Finanzbeamten in die freie Wirtschaft; Vorschläge zur Einsparung von Steuerbeamten

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2726 2760 2765 2766

Forderung einer Personalaufstockung in den Finanzämtern, Arbeitsbelastung der Finanzbeamten, Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362 4366 4370 4371 4377 4379

Finanzbürgermeister

s. *Bürgermeister*

Finanzgericht

Schreiben des JuM vom 22.04.2002 - Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht BW in Karlsruhe; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den LtG (§ 23 Abs 2 FGO)

s. *Finanzrichter*
PIPr 13/25 S. 1453

Finanzgericht Freiburg

Auswirkungen einer evtl Verlegung der Freiburger Außenstelle nach Karlsruhe sowie eines Abzugs weiterer Behörden und Dienststellen aus Freiburg bzw der Region Südlicher Oberrhein, Verwendung der frei werdenden Liegenschaften, erzielbare Einsparungen bzw Unterbringungskosten bei Zentralisierungen

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 12.11.2002 und Antw JuM
Drs 13/1490

Geplante Reduzierung der Gerichtsstandorte in BW

Gründe und Auswirkungen der geplanten Reduzierung bzw Zusammenlegung von Amtsgerichten und der drei Finanzgerichte, Darlegung der erwarteten Einsparungen bzw Folgekosten durch Errichtung von Außenstellen, Gewährleistung eines bürgernahen Rechtsschutzes

Antr

s. *Gericht*
Drs 13/1522

Finanzgericht Freiburg

Befürwortung der Verlegung der Außensenate des Finanzgerichts von Freiburg nach Karlsruhe durch „fachkundige Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ aus der Region Freiburg?

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 17.01.2003 Drs
13/1678
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2480

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Personalsituation am Finanzgericht BW; Außenstelle Karlsruhe und Freiburg

Pendelverkehr von Richtern zwischen der Hauptstelle Stuttgart und den Außenstellen Freiburg und Karlsruhe, Höhe der Kosten nach dem LReisekostenGes und der LTrennungsgeldVO 2004 und 2005, Frage nach organisatorischen Maßnahmen zur Beschränkung der Reisetätigkeit auf die Notwendigkeit des dienstlichen Interesses

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 07.02.2006 und Antw JuM
Drs 13/5146

Teilweise Neumöblierung in der Außenstelle Freiburg des Finanzgerichts BW

Beschaffung von Schreibtischen und Stühlen trotz des im Keller der Freiburger Gerichtsdependance vorhandenen funktionsfähigen Büromobiliars; Maßnahmen zur Verhinderung des so genannten Dezember-Ausgabe-Fiebers

KlAnfr
s. *Möbel*
Drs 13/5147

Erhaltung der Finanzgerichtsbarkeit am Standort Karlsruhe

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5026

Finanzgerichtsordnung

s. *Finanzgericht*

Finanzhilfe

s. *Subvention*

Finanzhoheit

s. *Finanzverfassung*

Finanzkasse

s. *Finanzverwaltung*

Finanzkonglomerat

s. *Finanzmarkt*

Finanzmarkt

s.a. *Derivatehandel*

s.a. *Finanzpolitik*

s.a. *Kapital*

s.a. *Kreditgewerbe*

s.a. *Versicherung*

s.a. *Wertpapier*

Auswirkungen der neuen Aufsichtsregeln der EU für Finanzkonglomerate auf die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Genossenschaftsbanken

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 10.02.2003 und Antw IM
Drs 13/1764

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnismobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4647

Leistungsfähigkeit des Bankenwesens und der Bausparkassen in BW

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626 3645

Erzielung günstiger Zinssätze durch entsprechende Bonitätsbewertung und Kreditaufnahmen des Landes

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013

Überprüfung der Bankaufsicht, insbes durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7449

Finanzminister

Berufung und Vereidigung von Gerhard Stratthaus zum/als Finanzminister

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 39

Innerstaatliche Umsetzbarkeit der Zusagen des BFinanzMin gegenüber der Europäischen Union
Zusage eines „nahezu“ ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalts für das Jahr 2004, Bewertung durch den Finanzplanungsrat

Antr
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/877

Personalausstattung der Finanzämter im Ländervergleich

Vergleich der Steuer- und Finanzverwaltung mit den anderen BLändern, Auswirkungen einer Einbeziehung des Personalbestands des FM

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/1698

Berufung und Vereidigung von Gerhard Stratthaus zum/als Finanzminister

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Vorwurf der wiederholten Überschreitung der Defizitobergrenze des europäischen Stabilitätspakts durch Bundesfinanzminister Eichel

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3800 3802-3804 3807 3810

Finanzplanung

s. *Finanzpolitik*

Finanzpolitik

s.a. *Derivatehandel*

s.a. *Finanzmarkt*

s.a. *Finanzverfassung*

Mittelfristige Finanzplanung 2001 bis 2005

Mittlg FM 15.01.2002 Drs 13/624

BeschlEmpf und Bericht FinA 14.01.2002 Drs 13/665

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1084

Verantwortung der BReg für die aktuellen Finanzdaten des Landes und der Kommunen in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1167-1178

Innerstaatliche Umsetzbarkeit der Zusagen des BFinanzMin gegenüber der Europäischen Union

Zusage eines „nahezu“ ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalts für das Jahr 2004, Bewertung durch den Finanzplanungsrat

Antr CDU 21.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/877

Haushaltsentwicklung bei Land und Kommunen aufgrund verfehlter Rahmendaten der Bundespolitik

Aktuelle Debatte
s. *Haushalt (Finanzen)*
PIPr 13/34 S. 2137

Schuldenmanagement des Landes

Organisation des Schuldenmanagements; Umfang, Risiken, Ergebnismessung bei Derivatgeschäften und Kontrolle des Einsatzes derivativer Finanzinstrumente; regelmäßige Unterrichtung des Ltg

Antr
s. *Schulden*
Drs 13/1542

Ursachen und Wege aus der schwersten Finanzkrise der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215-2234

Erreichen des Ziels der Rückführung der Netto-Neuverschuldung bis 2006

Notwendige Höhe des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zur Erreichung der o.g. Zielsetzung in den einzelnen Jahren bis 2006 bei einer Ausgabenentwicklung analog zur mittelfristigen Finanzplanung, Höhe der zu erwartenden Netto-Neuverschuldung bei einem Wachstum von 0 und 1 %

KlAnfr
s. *Schulden*
Drs 13/1697

Mittelfristiger Finanzplan des Landes BW für die Jahre 2002 bis 2006

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2657
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1875
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Gemeindefinanzreform rasch zum Abschluss bringen - Wege zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen

Aktuelle Debatte
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
PIPr 13/41 S. 2757

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Daten bei den Gemeinden, großen Kreisstädten, LKreisen und Landeswohlfahrtsverbänden seit 1993, Einnahmen aus Steuern und allgemeinen sowie Zuweisungen nach dem FAG, Leistungen nach dem BSHG und KJHG u.a. Sozialleistungen, Zuführungen und Ausgaben der Vermögenshaushalte, Genehmigungsfähigkeit der Haushalte 2002/03; Beurteilung von Vorschlägen zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage, zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer, zur Initiierung eines kommunalen Zinsinvestitionsprogramms vonseiten des Bundes, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG, Abbau von Mischfinanzierungen u.a.

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Pensionslasten und nachhaltige Finanzpolitik des Landes BW

Aktuelle Debatte
s. *Versorgung der Beamten*
PIPr 13/43 S. 2939

Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2003 bis 2007

Mittlg FM 13.01.2004 Drs 13/2790
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2004 Drs 13/2815
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Zinsänderungsrisiko für den Landeshaushalt

Annahmen für die Entwicklung der Zinsstruktur und Zinsausgaben bis 2007 nach dem mittelfristigen Finanzplan, Vorkehrungen im Entwurf des Landeshaushalts 2005 bzw iRd Schuldenmana-

gements

KlAnfr
s. *Zins*
Drs 13/3268

Die Entscheidung des EuGH zum Streit um das Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich - Auswirkungen auf den Europäischen Stabilitätspakt und die Finanzpolitik in Deutschland und BW

Antr CDU 15.07.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3386

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Bereiche und Höhe der Deckungslücken für die Hj 2004-2006, Umfang der vorgesehenen Neuverschuldung, Erreichung eines verfassungsgemäßen Haushalts 2004/05? Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission, insbes Verkauf von Vermögen, Grundstücken, Forderungen, Kürzungen bei den Kommunen und Personaleinsparungen; Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Einlage bei der LBBW, Höhe und Verwendung des Bankbeitrags der L-Bank; Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/3465

Mittelfristiger Finanzplan 2004 bis 2008

Mittlg FM 20.01.2005 Drs 13/3940
BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4015
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6137 6138

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

EAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4042-2
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863-5900
EAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-21 S. 28-36
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ges zur Änd der Landesverfassung

Verhinderung des weiteren Anstiegs der Verschuldung bzw der Überschreitung der erwarteten Einnahmen durch die geplanten Ausgaben, Einführung eines laufenden Haushalts-Monitorings zur Einhaltung dieser Ausgabenregel durch eine mittelfristige Nachhaltigkeitsplanung, Kompensation evtl Überschreitungen des laufenden Jahres in den Folgejahren, Regelung von Einzelheiten in der LHO

GesEntw GRÜNE 17.02.2005 Drs 13/4070
1. Beratung PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6308-6316
BeschlEmpf und Bericht FinA 07.04.2005 Drs 13/4198
2. Beratung PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6366-6371 (Ablehnung)

Instrumentarien zur Beurteilung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte

Bewertung der Generationenbilanzierung aus Sicht der LReg, der „Wirtschaftsweisen“ u.a. Sachverständiger; Zeitperspektive für eine erstmalige Vorlage mit dem Haushaltsplanentwurf; Entwicklung von Standards zur Anwendung auch bei den Kommunen und LKreisen; Eignung der Anwendung kaufmännischer Methoden für die Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des Haushalts zur Vorlage einer Vermögensrechnung; Frage nach Vorarbeiten und Übergangsfristen bis zum Inkraft-

treten eines derart neugestalteten Haushaltsrechts

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/4244

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Fortschreibung der Antwort auf die GrAnfr 13/1945, Entwicklung der Anteile des Landes und der Kommunen am Nettosteuererwerb bzw Einschätzung nach der letzten Steuerschätzung, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4367

Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2005 bis 2009

Mittlg FM 15.11.2005 Drs 13/4793
BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2005 Drs 13/4842
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 48 51

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 64 65 81 82 88 89 93 102 103 118 124

Fortsetzung der Konsolidierungspolitik, Umfang und Zielbereiche von Einsparungen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636 640 641 645

Fortsetzung der Konsolidierungspolitik, Umfang und Zielbereiche von Einsparungen, Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006 iRd mittelfristigen Finanzplanung, Vergleich der MiFrifi von Bayern, Hessen und Sachsen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 796 798-830

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006, Erarbeitung von Sparvorschlägen durch die Haushaltsstrukturkommission

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 836 837 843-848 850 853 857 871 876 891 895 896 907 908

Finanzpolitische Rahmendaten im Ländervergleich, gegenseitige Schuldzuweisungen von Bund und Ländern wegen des gesamtstaatlichen Defizits

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1081 1089

Fortsetzung der Konsolidierungspolitik, Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006, Notwendigkeit eines Stabilitätspakts von Bund, Ländern und Kommunen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1113

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006; Notwendigkeit eines Stabilitätspakts von Bund, Ländern und Gemeinden

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1730 1731

Vermeidung neuer Personalkosten angesichts der Finanzlage, Fortsetzung der Sparanstrengungen mit dem Nachtrag für 2003, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung 2006

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2611 2621 2625-2657 2662 2671 2672 2674 2679 2680

Benotung der Finanzpolitik der BReg, Rückwirkungen auf das Land, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung 2006, Fortsetzung der strukturellen Sparanstrengungen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2739 2764

Vorwurf der wiederholten Überschreitung der Defizitobergrenze des europäischen Stabilitätspakts durch Bundesfinanzminister Eichel

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3800 3802-3804 3807 3810

Finanzpolitische Rahmendaten für den Haushalt 2004, Einstufung des Landes durch die Ratingagentur Standard & Poor's; Kritik an der erneuten Verletzung des europäischen Stabilitätspakts durch die BReg

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941-3947

Unterschreitung der Neuverschuldungsobergrenze der Landesverfassung und des europäischen Stabilitätspakts, Bewertung der notwendigen Kürzungen und Schwerpunkte des Haushalts 2004

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4181 4210

Gewährleistung der Stabilität des Euro mit dem Stabilitätspakt; Ankündigung eines harten Sparhaushalts 2005/06; Begrüßung des Urteils des EuGH zur Verletzung des europäischen Stabilitätspakts durch Frankreich und Deutschland

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5121 5126 5128-5130 5132 5139 5150 5158-5162 5166

Haushaltssituation von Bund und Ländern, Befürchtung einer erneuten Verletzung des europäischen Stabilitätspakts, Notwendigkeit einer Reform der föderalen Finanzverfassung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5498 5502

Darstellung der notwendigen Kürzungen und Schwerpunkte des Haushalts 2005/2006; Neuordnung der Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637-5646

Kritik an der erneuten Verletzung des europäischen Stabilitätspakts durch die BReg, Verweisung auf einen verfassungskonformen Haushalt des Landes, Frage nach Vorschlägen zur Sanierung des Haushalts 2005/06, Rückstufung des Landes durch die Ratingagentur Standard & Poor's

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5796 5799-5827

Einhaltung der Verfassung und der Kriterien des europäischen Stabilitätspakts mit der Neuverschuldung; Analyse und Vorschläge zur Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5872 5876 5878-5882 5887-5889 5893-5896 5900 5902 5903 5905 5915 5922

Abschließende Bewertung der Zahlen des Hpl 2005/2006, Erreichung eines verfassungsgemäßen Haushalts, Vorwurf der wiederholten Überschreitung der Defizitobergrenze des europäischen Stabilitätspakts durch Bundesfinanzminister Eichel, Abstufung des Landes beim Kreditrating

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6158

Notwendigkeit einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen; Kritik an der Ausgestaltung des nationalen Stabilitätspakts zur Einhaltung der Defizitobergrenze des europäischen Stabilitätspakts; konsequente Fortführung der Haushaltskonsolidierung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285-7289 7291 7292 7332-7350

Finanzrichter

Schreiben des JuM vom 22.04.2002 - Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht BW in Karlsruhe; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Ltg (§ 23 Abs 2 FGO)

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453

Personalsituation am Finanzgericht BW; Außenstelle Karlsruhe und Freiburg

Pendelverkehr von Richtern zwischen der Hauptstelle Stuttgart und den Außenstellen Freiburg und Karlsruhe, Höhe der Kosten nach dem LReisekostenGes und der LTrennungsgeldVO 2004 und 2005, Frage nach organisatorischen Maßnahmen zur Beschränkung der Reisetätigkeit auf die Notwendigkeit des dienstlichen Interesses

KlAnfr

s. *Finanzgericht*

Drs 13/5146

Finanzverfassung

s.a. *Finanzausgleich*

s.a. *Haushaltsrecht*

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Abbau von Mischfinanzierungen und Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben, Überprüfung der Bundesergänzungszuweisungen, Notwendigkeit einer Reform der Finanzverfassung

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1796

Notwendigkeit einer Reform der föderalen Finanzverfassung

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942

Notwendigkeit einer Reform der föderalen Finanzverfassung, Entflechtung der Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5498

Notwendigkeit einer Reform der föderalen Finanzverfassung, Entflechtung der Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern, Einrichtung eines Konvents

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285-7289 7291 7292 7343 7346

Notwendigkeit einer Reform der föderalen Finanzverfassung, Entflechtung der Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Finanzverteilungskommission

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Finanzverwaltung

s.a. *FISCUS*

s.a. *Steuerveranlagung*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

EAntr GRÜNE 21.01.2001 Drs 13/656-1 S. 11 12

ÄAntr CDU und FDP/DVP 23.01.2002 Drs 13/656-5 S. 18-21

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1084

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/656-2 S. 13 14

ÄAntr CDU und FDP/DVP 23.01.2002 Drs 13/656-5 S. 18-21

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/689-1 S. 2 3

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1084

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 23) - Rationalisierungsmöglichkeiten im Bereich der Finanzkassen (Drs 12/5701 XIX. S. 7 8)

Mittlg LReg 17.07.2001 Drs 13/89

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/267

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497

Mittlg LReg 18.03.2003 Drs 13/1914

Behördenstandort Freiburg: Neuorganisation der Badischen Oberfinanzdirektionen

Stand der o.g. Neuorganisation an den Standorten Freiburg und Karlsruhe, Zahl und Beschäftigungsverhältnis der Mitarbeiter in den einzelnen Abteilungen vor bzw nach dem politischen Kompromiss, personelle Auswirkungen für den Standort Freiburg im Falle der Gründung eines Landesbetriebs

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 18.07.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/99

BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 7 8

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Entwicklungsstand des FISCUS-Projektes für die Steuerverwaltung

Gewährleistung des Finanz- und Zeitrahmens sowie der übernommenen Qualitätssicherung für alle beteiligten BLänder? Kritische Begleitung des Projekts durch die RH; Höhe der Schäden und mögliche Alternativen zur Ausstattung der Steuerverwaltung mit entsprechenden Datenverarbeitungsprogrammen im Falle des Scheiterns des Projekts

Antr

s. *FISCUS*

Drs 13/108

Organisation der OFD Karlsruhe und Auswirkungen auf den Standort Freiburg

Stand und Auswirkungen o.g. Neuorganisation an den beiden Standorten Karlsruhe und Freiburg, insbes der Umstrukturierung der Bundesabteilung der OFD in Freiburg

Antr Dr. Klaus Schüle u.a. CDU 19.07.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/110

Drohender Verlust von Steuernachforderungen durch Verjährung

Zeitgerechte Bearbeitung der seit 1994 anstehenden Fälle von Steuerhinterziehung und Beihilfe dazu durch die Finanzbehörden, Darstellung des zusätzlichen Personalbedarfs und der möglichen Steuernehmeinnahmen

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 13/128

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und des FM

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/154

Kontrollmitteilungen des Bundesamtes für Finanzen über Immobilienbesitz in Spanien

Umfang, Art, Aufwand und Konsequenzen der Bearbeitung o.g. Mitteilungen beim FM bzw nachgeordneten Behörden; Relevanz von Verjährungsfristen

Antr
s. *Immobilie*
Drs 13/173

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/179

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die ver-

schiedenen Laufbahngruppen

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 28.08.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/202
BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 11
12
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Die Rolle baden-württembergischer Justiz- und Finanzorgane in der FlowTex-Affäre

Aktuelle Debatte
s. *Flowtex-Gruppe*
PIPr 13/15 S. 719

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgen Morlok

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/607

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der EDV-Ausstattung in der Finanzverwaltung
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/656

Haushalt 2002 und 2003; Epl 12

Veranschlagung von Steuernehmeinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung
s. *Steueraufkommen*
Drs 13/662

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 19) - Zum Stand der DV-Unterstützung in der Steuerverwaltung

Mittlg
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/673

Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 18.03.2002 Drs 13/853 (30 S.)
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1323

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1114
 PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1884-1888
 Mittlg LReg 14.01.2004 Drs 13/2792 (16 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3032
 PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4893
 Mittlg LReg 08.12.2005 Drs 13/4947
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/364

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Klärungsbedarf weiterer Fragen nach Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/751, Ergebnis der Prüfungen des Landesamts für Besoldung und Versorgung, Einstufung des VfB Stuttgart als Betrieb gewerblicher Art nach Äußerung des VfB-Präsidenten Haas, Vereinbarkeit dieser Äußerung mit der gezahlten Aufwandsentschädigung an Mayer-Vorfelder für seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Präsident, Handhabung der Verhängung von Zwangsgeld und der beantragten Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung im Regelfall sowie im o.g. Fall, Übereinstimmung der Abgabe von Umsatzsteuererklärungen mit dem MinisterGes, Gründe für die Änd der GO der Finanzämter

Antr
 s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*
 Drs 13/856

Vorschlagswesen in der Finanzverwaltung

Zahl und Prämierung der von Mitarbeitern seit 1996 eingereichten Verbesserungsvorschläge; Anteil der abgelehnten, anerkannten und noch offenen Vorschläge; Zeitdauer der Verfahren

KlAnfr
 s. *Vorschlagswesen*
 Drs 13/889

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Art und Umsetzungsstand von Maßnahmen auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung; Relevanz der novellierten EU-Geldwäscherichtlinie

Antr
 s. *Umsatzsteuer*
 Drs 13/1128

Personalausstattung der Finanzämter im Ländervergleich

Vergleich der Steuer- und Finanzverwaltung mit den anderen BLändern, Auswirkungen einer Einbeziehung des Personalbestands des FM

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 22.01.2003 und Antw FM
 Drs 13/1698

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 23)

Auswirkungen der Neuregelung der so genannten 630-DM-Arbeitsverhältnisse auf die Arbeit der Finanzämter

Mittlg
 s. *Geringfügige Beschäftigung*
 Drs 13/1748

Anwendung der Rechtsschutzrichtlinien in „FlowTex-Fällen“

Auflistung der für Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Komplex FlowTex übernommenen Fälle im Verwaltungsbereich der Steuerverwaltung, Gründe für die hohen Erstattungsbeiträge, Abdeckung durch die Rechtsschutzrichtlinien? Stand und Auswirkungen der angekündigten Verschärfung dieser Richtli-

nien

KlAnfr
 s. *Rechtsschutz*
 Drs 13/1868

Entwicklung der Umsatzsteuer und des Umsatzsteuerbetrugs

Gründe für die Auseinanderentwicklung von Wirtschaftswachstum und Umsatzsteueraufkommen; personelle und organisatorische Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel bei der Umsetzung des Steuerverkürzungsbekämpfungsges; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung; Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung, Handhabung der Inanspruchnahme des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung

Antr
 s. *Umsatzsteuer*
 Drs 13/1867

Prüfauftrag „Finanzämter: Strukturuntersuchung“

Stand, Ziele und Konsequenzen des o.g. Prüfauftrags; Kriterien der Untersuchung der Arbeits- und Verwaltungsstrukturen der Finanzverwaltung, Einbeziehung der Personalvertretungen

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 12.03.2003 und Antw FM
 Drs 13/1882

Finanzbehörden „in der Fläche“

Versorgung der Fläche mit Dienstleistungen der Finanzbehörden, Bestandssicherung des Finanzamts Crailsheim

MdlAnfr 2) Nikolaos Sakellariou SPD 20.03.2003 Drs
 13/1906
 PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2843 2844

Organisatorische Veränderungen bei den Finanzämtern im Rems-Murr-Kreis

Frage nach Plänen zu einer Schließung des Finanzamts Backnang bzw Verkleinerung und Abstufung zu einer Nebenstelle des Finanzamts Waiblingen

KlAnfr Katrin Altpeter SPD 24.03.2003 und Antw FM Drs
 13/1924

Stellungnahmen von Landesbehörden zu Schuldenbereinigungsplänen

Einführung einheitlicher Regelungen für Landesbehörden, insbes für die Landesoberkasse, zur Zustimmung bzw Ablehnung von außergerichtlichen und gerichtlichen Schuldenbereinigungsplänen iRd Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung

KlAnfr
 s. *Schulden*
 Drs 13/2011

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Standorte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätigten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung; Fortführung des Stellenabbaus trotz der vom RH festgestellten Defizite? Darlegung der Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der Stellenobergrenzen? Entwicklung der Einstellungszahlen von Anwärtern und Bewerbern in den einzelnen Laufbahnen sowie der Altersstruktur und Konsequenzen für die Personalgewinnung

Antr Nils Schmid u.a. SPD 25.04.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2025 (10 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 74-76
 PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Kosten und Nutzen der geplanten Strukturänderung bei den Finanzämtern im Land

Entscheidungsgrundlagen zur Schließung von 21 kleineren Finanzämtern bzw Fortführung als Außenstellen von größeren Ämtern, erwartete Einsparungen und Umstellungskosten, Vergleich der Effizienz in kleinen und großen Bezirken, Anregung einer personellen und organisatorischen Stärkung der kleinen Einheiten; Gründe für das Scheitern der langjährigen Bemühungen zur Fusion der Finanzkassen der Ämter Bühl und Baden-Baden

Antr Herbert Moser u.a. SPD 13.05.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2072
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.04.2004 Drs 13/3200 S. 8-11
 PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

„Außenstellenlösung“ für das Finanzamt Müllheim

Argumente für und gegen eine Angliederung an das Finanzamt Freiburg Land, u.a. Ausbluten des ländlichen Raums durch den Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Gewichtung der regionalen Besonderheiten zur Erhaltung des Standorts

KIAnfr Christoph Bayer SPD 15.07.2003 und Antw FM Drs 13/2258

Personalausstattung der Oberfinanzdirektionen im Ländervergleich

Darlegung o.g. Daten sowie deren Relation zu den Finanzämtern, Begründung der Disparitäten mit unterschiedlichen Organisationsstrukturen?

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 04.09.2003 und Antw FM Drs 13/2385

Drohende Verjährung der „Bankenfälle“

Zahl und Volumina der o.g. Vorgänge, Höhe der drohenden Steuerausfälle, Frage nach Anweisungen der Steuerverwaltung zur beschleunigten Abarbeitung bzw steuer- und strafrechtlichen Verfolgung dieser Fälle

KIAnfr
s. Steuerdelikt
 Drs 13/2398

Besteuerung von Prostituierten

Darlegung der von der Finanzverwaltung angewandten Verfahren unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Formen von Prostitution, Gewährleistung der Recht- und Zweckmäßigkeit sowie der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, Wahrung der datenschutzrechtlichen Belange sowie des Freiwilligkeitsprinzips bei der Teilnahme von Prostituierten am Verfahren

Antr
s. Prostitution
 Drs 13/2539

Verschweigen von Einkünften des ehemaligen Finanzministers beim Bezug höherer Übergangsgelder

Strafrechtliche Relevanz des o.g. Vorgangs nach Auffassung der Staatsanwaltschaft; Ansehensverlust der Finanzverwaltung durch die unvollständige und verspätete Abgabe von Steuerklärungen durch Gerhard Mayer-Vorfelder sowie die nicht er-

folgte Angabe von Einkünften bzw Aufwandsentschädigungen gegenüber dem Landesamt für Besoldung?

MdIANfr
s. Mayer-Vorfelder, Gerhard
 Drs 13/2480

Auswirkungen der Pläne des Bundes im Bereich der Oberfinanzdirektionen und deren Auswirkungen auf die Standorte in BW

Neuorganisation der beiden früheren OFD Karlsruhe und Freiburg zu einer Mittelbehörde, Auswirkungen an den beiden Standorten Karlsruhe und Freiburg

KIAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 26.11.2003 und Antw FM Drs 13/2661

Haushalt 2004; Epl 06

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2806-1 S. 9 10
 ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2846
 PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Haushalt 2004; Epl 12

Veranschlagung von Steuermehreinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung

s. Steueraufkommen
 Drs 13/2812

Untersuchung der Strukturen der Finanzämter des Landes

Eingliederung des Finanzamts Titisee-Neustadt in das Finanzamt Freiburg unter Beibehaltung als Außenstelle in Titisee-Neustadt?

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 23.01.2004 und Antw FM Drs 13/2855

Veränderungen in der Struktur der Finanzverwaltung

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen bzw der Eingliederung der OFD Stuttgart in die OFD Karlsruhe; Auswirkungen bei der Außenstelle Freiburg; Frage nach Zusagen gegenüber den abgestuften Finanzämtern und den betroffenen Gemeinden; Berechnungsgrundlagen und Höhe der erwarteten Einsparpotenziale bzw des Mehraufwands der Strukturreform; Prüfung des Alternativmodells der Beschäftigten der beiden OFD-Standorte

Antr SPD 05.02.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/2893
 BeschlEmpf und Bericht FinA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 8-10
 PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Veränderungen in den Zuständigkeiten innerhalb der Finanzverwaltung der Region Ulm

Darlegung o.g. Umstrukturierungen und Kriterien, Höhe des Mehraufwands innerhalb der Finanzverwaltung und bei den betroffenen Bürgern und Unternehmen, Umfang der Personalverlagerung nach Ehingen

KIAnfr Martin Rivoir SPD 02.03.2004 und Antw FM Drs 13/2950

Neustrukturierung der Finanzämter in BW

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Zusammenlegung bzw Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen, erwartete Einsparungen und Umstellungskosten, insbes durch die Personalaufstockung bei den Finanzämtern Ehingen und Müllheim zu deren Erhaltung als

selbstständige Finanzämter und durch die notwendigen neuen Steuernummern infolge der Gebietsarrondierungen; Beteiligung der Personalvertretungen an den Entscheidungen? Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme bzw zur Entscheidung des Ltg über die Strukturreform

Antr GRÜNE 03.03.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/2966

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.04.2004 Drs 13/3200 S. 8-11

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg im Zuge der Neuorganisation der Finanzämter in BW

Zusätzliche Kosten einer Aufgabenverlagerung vom Finanzamt Freiburg ins Finanzamt Müllheim im Zuge der Verwaltungsreform, Frage nach den Grundlagen für das berechnete Einsparpotenzial

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 05.03.2004 und Antw FM Drs 13/2984

Steuerliche Behandlung von Kunstwerken

Anwendung des regulären Steuersatzes von 16 %, Kriterien zur Unterscheidung von Kunstwerken und Handelsware, Frage nach einer unterschiedlichen Praxis der Finanzbehörden in den einzelnen BLändern

KlAnfr

s. *Kunst*

Drs 13/3011

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg; hier: Verlegung von Aufgaben aus dem Finanzamt Freiburg in das Finanzamt Müllheim

Wiederholung der auf Drs 13/2984 gestellten Fragen nach den zusätzlichen Kosten und dem verfehlten Einsparpotenzial der o.g. Aufgabenverlagerung

MdlAnfr 4) Gustav-Adolf Haas SPD 29.03.2004 Drs 13/3056

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4731 4732

Kostenlose Abgabe von CD-ROMs für das ELSTER-Formular 2003 durch die Finanzämter in BW

Neuaufgabe der inzwischen vergriffenen CD-ROM; Akzeptanz der Möglichkeit zur elektronischen Einkommensteuererklärung bei den Steuerpflichtigen via ELSTER und Internet

KlAnfr

s. *Steuerveranlagung*

Drs 13/3135

Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs in der Steuerverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Ablehnung der unterhältigen Teilzeitarbeit in der Steuerverwaltung entgegen der bisherigen Praxis; Frage nach entsprechenden Plänen in anderen Verwaltungsbereichen

KlAnfr

s. *Teilzeitarbeit*

Drs 13/3248

Status der Umsetzung der Verwaltungsreform in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Zahl der Versetzungen und Kooperationen in den einzelnen Verwaltungsbereichen, Aufgabe bzw Neuanmietung von Räumlichkeiten, Auswirkungen auf die Kostensituation, Stand der Um-

strukturierung der Finanzverwaltung in der Region Ulm

KlAnfr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3639

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 22) - Arbeitsweise der Lohnsteuer-Außenprüfung

Mittlg

s. *Steuerprüfung*

Drs 13/4103

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Änd der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw

s. *Bauverwaltung*

Drs 13/3720

Status der Umsetzung der Verwaltungsreform in der Stadt Freiburg und dem LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der Versetzungen und Kooperationen in den einzelnen Verwaltungsbereichen, Aufgabe bzw Neuanmietung von Räumlichkeiten, Auswirkungen auf die Kostensituation, Stand der Umstrukturierung der Finanzverwaltung in der Region Freiburg

KlAnfr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3815

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbsmäßigen oder bandenmäßigen Steuerhinterziehung

Antr

s. *Steuerstrafverfahren*

Drs 13/3933

Steuerstrafsachen in BW

Entwicklung der Steuerstrafataten und Bußgeldverfahren sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Gegenüberstellung der entsprechenden Personalentwicklung in der Steuerverwaltung im Vergleich zu anderen BLändern; Konsequenzen in der personellen und sächlichen Ausstattung der Steuerprüfung

KlAnfr

s. *Steuerstrafverfahren*

Drs 13/3954

Haushalt 2005 und 2006; Epl 06

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4006-1 S. 15 16

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4046

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Veranschlagung von Steuermehreinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung

s. Steueraufkommen
Drs 13/4012

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Forcierung der Zusammenlegung der OFD in Stuttgart und Karlsruhe

s. Finanzpolitik
Drs 13/4042

Maßnahmen zur Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität

Effizienz der beschlossenen Maßnahmen und Instrumente auf EU-, Bundes- und Landesebene; Bewertung der zentralen Koordinierungsstellen und Datenbank beim Bundesamt für Finanzen, Stand der Einführung eines bundesweiten EDV-Risiko-Management-Systems zur Bekämpfung von betrügerischen Umsatzsteuerkarussell-Geschäften, Untersuchungsergebnisse zu möglichen Systemänderungen; Organisation der Umsatzsteuer-Sonderprüfgruppen nach der Zusammenlegung der OFD; Personaleinsatz, Intensität und Ergebnisse der Umsatzsteuerprüfung; Erfahrungen mit der Zusammenarbeit der Finanzverwaltung mit anderen Behörden

Antr
s. Umsatzsteuer
Drs 13/4302

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendeGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr
s. Arbeitsschutz
Drs 13/4325

Finanzamt Müllheim

Nutzung der beiden landeseigenen Gebäude am Markgräfler Platz zur Erweiterung des Finanzamts

MdlAnfr 2) Dr. Walter Witzel GRÜNE 24.06.2005 Drs 13/4413
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6828

Haushalt 2006; Nachtrag

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 8 S. 61 62
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-9 S. 14 15
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Haushalt 2006; Nachtrag

Veranschlagung von Steuermehreinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung

s. Steueraufkommen
Drs 13/4840

Besteuerung nach dem AlterseinkünfteGes

Umsetzung der stufenweise nachgelagerten Besteuerung der Renten; personelle und organisatorische Maßnahmen der Finanzverwaltung zur Bewältigung des zusätzlichen Arbeitsaufwands

Antr
s. Steuerveranlagung
Drs 13/4907

Umsatzsteuerbetrug und die Finanzverwaltung in BW

Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen von Bund und Ländern, Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene, Stand der Einführung eines bundeseinheitlichen EDV-Risiko-Management-Systems; Entwicklung der Mehreinnahmen aus der Tätigkeit der Steuerfahndung seit 2000 bzw der Zahl von Fahndern, Prüfern, Vollstreckungsbeamten und Finanzermittlern; angestrebte Personalentwicklung der Finanzverwaltung bis 2009; Verbesserung der (EDV-)technischen Ausstattung, Einrichtung eigener Internet-Adressen der Bediensteten; Änderung der Vertrauensschutzregelung im UStG über den BRat?

Antr
s. Umsatzsteuer
Drs 13/4966

Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 16.12.2005 Drs 13/4987 (35 S.)
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645
BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5148
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8009

Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. Steuerveranlagung
Drs 13/5077

Stellenhebungen im mittleren Dienst der Steuerverwaltung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641

Stellenhebungen im mittleren und gehobenen Dienst der Steuerverwaltung, Schaffung zusätzlicher Stellen, Ausstattung mit moderner Technik

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1065 1066 1069-1071 1074 1078

Forderung von mehr Steuerbeamten, Stellenhebungen im mittleren Dienst, Untersuchung der Finanzverwaltung durch den RH

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1102 1108 1111 1112

Aufklärung der Rolle nachgeordneter Finanzorgane in der FlowTex-Affäre

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1268-1283

Verbesserung der Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern nach den Vorschlägen des RH

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2672

Warnung vor der geplanten Konzentration von Finanzämtern in den Städten, Befürchtung einer verstärkten Abwanderung von guten Finanzbeamten in die freie Wirtschaft

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2726

Steuermindereinnahmen aufgrund der Personaldefizite in der Finanzverwaltung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2941 2944

Verschlinkung der Finanzverwaltung im Zuge der Verwaltungsreform, Verhinderung einer Schwächung des ländlichen Raums

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3333

Mindereinnahmen durch mangelhafte Bearbeitung der Anträge bei den Veranlagungsstellen, Bereitstellung des notwendigen Personals

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037

Steuermindereinnahmen aufgrund der Personaldefizite in der Finanzverwaltung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4238

Forderung einer Personalaufstockung in den Finanzämtern, Kritik an der Auflösung bzw. Zusammenführung von Finanzämtern, Konzentration der IuK-Bereiche bei den OFD

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362 4366 4370 4371 4377 4379

Ablehnung der Forderung nach einer Personalaufstockung in den Finanzämtern; Ermöglichung eines weiteren Stellenabbaus durch eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444 4447 4451 4459 4460

Auflösung bzw. Zusammenführung von Finanzämtern, Erhaltung einiger kleinerer Einheiten aus strukturpolitischen Gründen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4931

Ablehnung der Forderung nach einer Personalaufstockung bei der Steuerprüfung; Erzielung von Personaleinsparungen mit der Streichung von Steuerarten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6106 6108 6111 6116 6117

Kritik an der Personalaufstockung beim Bundesamt für das Finanzwesen zur Umsetzung der Kreditvergaberichtlinien nach Basel II

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462

Beklagung eines Verlusts an Effizienz der Finanzverwaltung als Ergebnis der Verwaltungsreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6665

Aufklärung der Rolle nachgeordneter Finanzorgane in der FlowTex-Affäre, Verweisung auf Bearbeitungsfehler der Betriebsprüfung, Verbesserung der strafprozessualen Sachkunde der Finanzbehörden

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567-7572 7574-7576 7579-7583

Hinweise des RH zur Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen in der Steuerverwaltung, Schaffung der personellen und sachlichen Voraussetzungen zur tatsächlichen Vereinnahmung der dem Staat zustehenden Steuern und Abgaben

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7854 7855

Unterstützung der Kritik des Datenschutzbeauftragten an den bundesweit möglichen Zugriffen der Finanzämter auf Lohnsteuerbescheinigungen

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7920

Fingerabdruck

s. Erkennungsdienstliche Maßnahme

Finnland

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 642

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 736 737 743 745 749

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA, Höhe der Bildungsausgaben sowie Ausgestaltung der Ganztagschulen in Finnland

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1740 1748 1750 1756 1763 1764 1769 1770 1794

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA, Beurteilung des finnischen Schulsystems, Hinweis auf den Informationsbesuch des Schulausschusses im Mai 2003

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2506 2507 2509 2511 2514-2516

Individuelle Förderung der Schüler in Finnland, Erkenntnisse aus der PISA-Studie

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2583 2585 2587 2589 2591 2599 2600

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2607 2608

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA, Verweisung auf die individuelle Förderung der Kinder in Ganztagschulen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2817 2824 2826 2841

Verweisung auf die Reise des Schulausschusses nach Finnland bzw. auf die lange gemeinsame Lernzeit der Schüler in Gemeinschaftsschulen; Planung eines neuen Kernkraftwerks in Finnland

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3168 3171 3175 3179 3180 3184

Renommee des Lehrerberufs in Finnland

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3256 3259

Abiturquote und Studierendenanteil in Finnland

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3561

Abiturquote und Studierendenanteil in Finnland

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3871

Erkenntnisse aus der Reise des Schulausschusses nach Finnland

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4834 4836 4837

Planung eines neuen Kernkraftwerks in Finnland
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5332 5333 5335

Vergleich der Geburtenrate in Deutschland und Finnland
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5848

Abschneiden der Schüler in Finnland bei der Schulleistungsstudie PISA, Erkenntnisse aus der Reise des Schulausschusses nach Finnland
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5988 5993 5997 5998

Bau eines neuen Kernkraftwerks in Finnland
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6131

Klassenteiler und Unterrichtsorganisation in Finnland
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6846

Abschneiden des Freistaats Bayern bei der PISA-E-Studie 2003, Orientierung an den Ergebnissen von Finnland, Erfolgsbewertung der Gemeinschaftsschulen in Finnland
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955-6957 6963 6967

Individuelle Förderung jedes Schülers und längere gemeinsame Lernzeiten nach dem Vorbild Finnlands; Verweisung auf die Jugendarbeitslosigkeit in Finnland
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7230 7232-7235 7239 7246-7248

Erfolgsbewertung der langen gemeinsamen Lernzeit in Finnland, Organisation des Unterrichts und der Hausaufgabenerledigung in Finnland
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7372 7374

Bau eines neuen Kernkraftwerks in Finnland; Erfolgsbewertung der Gemeinschaftsschulen in Finnland
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7699 7707 7756 7758

Verweisung auf die unterschiedlichen Angebote innerhalb der Gemeinschaftsschulen in Finnland, Unterrichtung der Rückkehrer aus Karelien in der Landessprache vor der Aufnahme in die Regelschule
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7994 7995 7997 8000

Firma Flowtex

s. *Flowtex-Gruppe*

Firmenberatung

s. *Unternehmensberatung*

Fisch

s.a. *Krebstier*

Programm Rhein 2020 und Auswirkungen auf die Nutzung der Wasserkraft

Ziele, Maßnahmen, Kosten und Zeiträume der Umsetzung des o.g. Programms; Verringerung des Rechenabstands bei den Wasserkraftwerken mit dem Ziel einer Wiederansiedlung von Wanderfischarten, Vereinbarkeit mit der energetischen Nutzung der Wasserkraft und damit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr
s. *Wasserkraft*

Drs 13/1672

Kormoranpopulation und damit verbundene Auswirkungen auf das Ökosystem

Entwicklung der Verbreitung des Kormoran seit 1977 sowie der von ihm verursachten Schäden, Frage nach der Gefährdung heimischer Fischarten; Unterstützung von Maßnahmen zur Vergrämung und Bestandskontrolle

Antr
s. *Kormoran*
Drs 13/2731

Vergrämung von Kormoranen in BW

Zahl der erlegten Kormorane pro Jahr und Region; Frage nach wirtschaftlichen Schäden von Berufsfischern und Teichwirten; Verzicht auf eine Bejagung über die offizielle Jagdzeit auf andere Wasservögel hinaus, Begrenzung künftiger Verordnungen auf maximal fünf Jahre, Einbeziehung der Vogelwarte Radolfzell bei der Erarbeitung der Begleituntersuchungen, Anregung und Moderation von „Totholzprojekten“ durch das MLR

Antr
s. *Kormoran*
Drs 13/2907

Neufassung der Kormoran-VO in BW; Nachweise für „erhebliche fischereiwirtschaftliche Schäden“ und „Eingriffe in die Artenvielfalt“ durch den Kormoran

Belegbarkeit der o.g. Schäden? Betroffene Berufsfischer, Fischarten und Gewässer; Bewertung der Bejagung als Mittel zur Schadensabwehr; Expertenaussagen über die Ursachen des Äschenrückgangs; Verbesserung des Schutzes der heimischen Fischarten mit ökologischen Maßnahmen

KlAnfr
s. *Kormoran*
Drs 13/2987

Ökologische Bewertung von kleinen Wasserkraftanlagen

Benennung positiver Auswirkungen der kleinen Wasserkraft iR einer Studie, u.a. Verbesserung des (kleinräumigen) Klimas, Verminderung des Stoffaustrags und strukturelle Verbesserung von Laich-, Nähr- und Schutzbiotopen für Fische; Berücksichtigung bei künftigen Genehmigungsverfahren

KlAnfr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/3339

Fischersterben an der Würm und deren Nebengewässern

Auftreten o.g. Schadensereignisse in den letzten fünf Jahren; Art und Konzentration von eingeleiteten Schadstoffen sowie der eingetretenen ökologischen Folgewirkungen; Frage nach der Feststellung von Verantwortlichen, Schadensbeseitigern und Kostenträgern; Bedeutung der Fischereivereine

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 13.08.2004 und Antw UVM Drs 13/3501

Entwicklung der Wasserqualität und Gewässergüte des Neckars
Entwicklung der wichtigsten Kenndaten seit 1990, Ursachen der Temperaturerhöhung und stofflichen Belastung, Anteil der häuslichen Abwässer, Entwicklung der (verzehraren) Fischarten, ergriffene und geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/4466

Fischer, Günter MdL SPD*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Günter Fischer durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8015

Fischerei*s.a. Fischereiabgabe**s.a. Fischereirecht**Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)*

Änd des FischereiGes, insbes der Regelungen zum Erwerb von Fischereischeinen; Änd des Ges zur UnterseefischereiO sowie der VO zur Festsetzung der Fischereiabgabe nach der UnterseefischereiO; Änd der LFischereiVO

GesEntw

s. Währung

Drs 13/313

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung auf die Fischereiwirtschaft, Veränderung des Artenspektrums in den Oberflächengewässern als Folge verstärkter Sonneneinstrahlung

GrAnfr

s. Klima

Drs 13/734

Kormoranpopulation und damit verbundene Auswirkungen auf das Ökosystem

Entwicklung der Verbreitung des Kormoran seit 1977 sowie der von ihm verursachten Schäden, Frage nach der Gefährdung heimischer Fischarten; Unterstützung von Maßnahmen zur Vergrämung und Bestandskontrolle

Antr

s. Kormoran

Drs 13/2731

Vergrämung von Kormoranen in BW

Zahl der erlegten Kormorane pro Jahr und Region; Frage nach wirtschaftlichen Schäden von Berufsfischern und Teichwirten; Verzicht auf eine Bejagung über die offizielle Jagdzeit auf andere Wasservögel hinaus, Begrenzung künftiger Verordnungen auf maximal fünf Jahre, Einbeziehung der Vogelwarte Radolfzell bei der Erarbeitung der Begleituntersuchungen, Anregung und Moderation von „Totholzprojekten“ durch das MLR

Antr

s. Kormoran

Drs 13/2907

Neufassung der Kormoran-VO in BW; Nachweise für „erhebliche fischereiwirtschaftliche Schäden“ und „Eingriffe in die Artenvielfalt“ durch den Kormoran

Belegbarkeit der o.g. Schäden? Betroffene Berufsfischer, Fischarten und Gewässer; Bewertung der Bejagung als Mittel zur Schadensabwehr; Expertenaussagen über die Ursachen des Äschenrückgangs; Verbesserung des Schutzes der heimischen Fischarten mit ökologischen Maßnahmen

KlAnfr

s. Kormoran

Drs 13/2987

Fischsterben an der Würm und deren Nebengewässern

Auftreten o.g. Schadensereignisse in den letzten fünf Jahren; Art und Konzentration von eingeleiteten Schadstoffen sowie der eingetretenen ökologischen Folgewirkungen; Frage nach der Feststellung von Verantwortlichen, Schadensbeseitigern und Kostenträgern; Bedeutung der Fischereivereine

KlAnfr

s. Fisch

Drs 13/3501

Fischereiabgabe*Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)*

Änd des FischereiGes, insbes der Regelungen zum Erwerb von Fischereischeinen; Änd des Ges zur UnterseefischereiO sowie der VO zur Festsetzung der Fischereiabgabe nach der UnterseefischereiO; Änd der LFischereiVO

GesEntw

s. Währung

Drs 13/313

Fischereigesetz*s. Fischereirecht***Fischereirecht***Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)*

Änd des FischereiGes, insbes der Regelungen zum Erwerb von Fischereischeinen; Änd des Ges zur UnterseefischereiO sowie der VO zur Festsetzung der Fischereiabgabe nach der UnterseefischereiO; Änd der LFischereiVO

GesEntw

s. Währung

Drs 13/313

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des FischereiGes sowie der LandesfischereiVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Fischereischein

s. *Fischereirecht*

Fischereiwirtschaft

s. *Fischerei*

Fischfang

s. *Fischerei*

Fischsterben

s. *Fisch*

FISCUS

Entwicklungsstand des FISCUS-Projektes für die Steuerverwaltung

Gewährleistung des Finanz- und Zeitrahmens sowie der übernommenen Qualitätssicherung für alle beteiligten BLänder? Kritische Begleitung des Projekts durch die RH; Höhe der Schäden und mögliche Alternativen zur Ausstattung der Steuerverwaltung mit entsprechenden Datenverarbeitungsprogrammen im Falle des Scheiterns des Projekts

Antr Herbert Moser u.a. SPD 19.07.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/108
BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 9
10
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Haushalt 2006; Nachtrag

Ausstieg aus dem FISCUS-Projekt für die Steuerverwaltung
ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 35 S. 94
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Flächennutzungsplan

s. *Bauleitplanung*

Flächenverbrauch

s. *Landschaftsveränderung*

Flammschutzmittel

s.a. *Asbest*

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/1029

Fleisch

s.a. *Fleischhygiene*

Rindfleisch mit zweifelhaften BSE-Tests

Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Behörden, Frage nach Mengen des in den Verkauf gelangten Fleisches sowie von beschlagnahmten Partien, Überprüfung der Tests von zugelassenen privaten und staatlichen Labors

KIAnfr Jürgen Walter GRÜNE 06.02.2002 und Antw MLR Drs 13/726

Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl, Ergebnisse und Kosten o.g. Tests in staatlichen und privaten Labors; Zeitpunkt und Art der Feststellung von Pannen und Fehlern in den privaten Labors; Beurteilung des Verkaufs von nicht vorschriftsmäßig getestetem Rindfleisch; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der LReg, von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther und nachgeordneten Behörden; Ausbau der staatlichen Laborkapazitäten

Antr
s. *BSE*
Drs 13/746

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr
s. *BSE*
Drs 13/786

Entwicklung und Bedeutung der Putenwirtschaft in BW

Marktentwicklung für Putenfleisch landes-, bundes- und europaweit; Problematik der Importe aus Übersee, Darlegung der dortigen Haltungsformen und rechtlichen Bedingungen, Situation der lebensmittelrechtlichen Überwachung von Importfleisch

Antr
s. *Geflügelwirtschaft*
Drs 13/942

Auswirkungen der EU-Richtlinien zu Fleischuntersuchungen und der Entscheidung des EuGH auf die Schlachthofstruktur in BW

Auswirkungen auf die Gebührenhöhe und den evtl Zuschussbedarf durch Gebietskörperschaften; Überprüfung der Schlachthofstruktur auf ihre betriebswirtschaftliche Perspektive im europäischen Markt

Antr
s. *Schlachtbetrieb*
Drs 13/1955

Umsetzung und Kontrolle der Rindfleischetikettierung in BW

Gründe und Konsequenzen der durch die Verbraucherzentrale festgestellten Mängel, insbes bei der Auszeichnung von HQZ-Rindfleisch

KIAnfr Jürgen Walter GRÜNE 16.12.2003 und Antw MLR Drs 13/2736

Zuverlässigkeit von BSE-Tests in BW

Gewährleistung des vollen Testprogramms bei allen Tieren und Schlachtungen, Ausschluss von Übertragungsfehlern in Schlachthöfen, Entwicklung der Testkosten in den letzten drei Jahren

KlAnfr
s. BSE
Drs 13/2783

Gentechnik in HQZ-Produkten

Reduzierung von Importfuttermitteln, Steigerung des heimischen Anbaus; Wiederaufnahme der Kontrolle von Futtermitteln auf gentechnische Veränderungen; Beschränkung des HQZ auf nachweislich gentechnikfreie Produkte; Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3328

BSE-Tests

Zahl, Ergebnisse und Aufwand o.g. Untersuchungen an gesunden Schlachttieren; Anteil der Kontrolle von Privatlaboratorien; rechtliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze bzw zur vollständigen Abschaffung der Tests bei gesunden Schlachttieren, Ermöglichung der kontrollierten Herstellung und Verfütterung von Tiermehl aus dem Fleisch von erkrankten Tieren, Intensivierung der Lebenduntersuchung

Antr
s. BSE
Drs 13/3532

Altersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests an Schlachtrindern

Bemühungen um Anhebung der Schlachtagersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests auf 30 Monate

Antr
s. BSE
Drs 13/3559

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr
s. BSE
Drs 13/3646

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3980

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der

umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Fleischskandal in Bayern - Auswirkungen auf BW

Mit verdorbenem Fleisch belieferte Firmen in BW, u.a. von der Firma „Rottaler Geflügelprodukte GmbH“; Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden

MdlAnfr 2) Birgit Kipfer SPD 03.11.2005 Drs 13/4796
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7327 7328

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Entwicklung der Struktur der Betriebe seit 1995, Auswirkungen der Agrarreform bis 2013 auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Formen der Grünlandnutzung, Unterstützung der Direktvermarktung von Fleisch und Wolle, Einsatzmöglichkeiten der neuen Haarschafrasse „Nolana“, Stand der Anmeldung der geschützten geographischen Angabe „Württembergischer Lamm“, Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. *Schaf*
Drs 13/4944

Umetikettiertes und verdorbenes Wildfleisch in BW

Belieferung von Firmen in BW mit verdorbenem Wildfleisch durch den Passauer Wildfleischproduzenten Berger, Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Zeitpunkt der Information sowie Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden in Bayern und BW; Frage nach weiter gehenden Kontrollmaßnahmen im Bereich der Fleischverarbeitung

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 31.01.2006 und Stellungnahme MLR Drs 13/5104

Vergabe und Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl und Kosten der ausgeschrieben und vergebenen Tests seit 2004, Qualität und Unabhängigkeit der zum Zuge gekommenen Testlabors, Frage nach der Berücksichtigung eines von der Ehefrau eines Schlachthofbesitzers betriebenen Labors, Entwicklung der BSE-Verdachtsfälle in der Region Schwaben bis Oktober 2004 und danach

Antr
s. *BSE*
Drs 13/5212

Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Rindfleisch nach der BSE-Krise, Einführung flächendeckender BSE-Tests

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043 1044 1048 1059

Einführung eines eigenen Qualitätssiegels der Fleischerzeuger, Bewertung des Appells von Ministerin Künast an die Verbraucher zum Verzicht auf Fleisch

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1864 1872 1875 1876

Verweigerung des HQZ beim Einsatz von Gentechnik in der Fleischproduktion; Verweisung auf die aktuellen Betrugsfälle mit verdorbenem Fleisch; Notwendigkeit schärferer Sanktionen sowie einer verbesserten Verbraucherinformation

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7458 7460-7462 7467-7473 7475 7476

Fleischbeschau*s. Lebensmittelkontrolle***Fleischhygiene***Änd des Ges zur Ausführung des TierseuchenGes und anderer Gesetze*

Regelung der Zuständigkeiten und Kostenerstattung für die Durchführung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, Schaffung einer Grundlage für die Datenverarbeitung der zuständigen Behörden; Änd der Gesetze zur Ausführung des Fleischhygiene- und GeflügelfleischhygieneGes, Änd des AusführungsGes zum TierkörperbeseitigungsGes, des LandeskatastrophenschutzGes und GesundheitsdienstGes

GesEntw
s. *Tierkrankheit*
Drs 13/2779

*Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)**Änd des Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes*

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Bürokratieabbau; hier: Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 08.06.2001 gemäß der Richtlinie 64/433/EWG zur Überwachung der Hygienebedingungen in registrierten Schlachthäusern

Zusätzlicher Aufwand der Kommunen zur Umsetzung der o.g. Richtlinie, Maßnahmen zur Reduzierung des Aufwands, Übertragung der Aufgaben auf die Veterinärämter der LKreise

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3209

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Fleischhygiene-Gebühren

Höhe der von den einzelnen LKreisen erhobenen Gebühren im Vergleich zum Jahr 2000, Gründe für die Unterschiede und Veränderungen

Antr
s. *Gebühren*
Drs 13/4651

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Fleischhygienegesetz*s. Fleischhygiene***Fleischuntersuchung***s. Lebensmittelkontrolle***Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie***s. Natura 2000***Florist**

Auswirkungen der von der BReg beabsichtigten Steueränderung auf die Absetzbarkeit von Weinpräsenten und Blumengeschenken
Auswirkungen auf Betriebe im Geschenkegeschäft, auf die Kartonagenindustrie sowie Weinbaubetriebe und Floristikgeschäfte

Antr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/1472

Flowtex-Gruppe*Ermittlungen im Betrugsfall FlowTex*

Ermittlungen und Erkenntnisse von Steuerfahndern 1996 wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, Einstellung des Strafverfahrens durch Selbstanzeige und Begleichung der Steuerschuld; Anstöße und Ergebnisse von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Fortschreibung der Stellungnahme zu Drs 12/5929; Beurteilung der von der Staatsanwaltschaft Mannheim veranlassten Prüfung der Schuldunfähigkeit von Herrn Schmider wegen Größenwahns

Antr SPD 13.07.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/86 (19 S.)

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und des FM

Antr GRÜNE 06.08.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/154 (10 S.)

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr SPD 13.08.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr GRÜNE 14.08.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/179 (22 S.)

Befragung von Beamten im Betrugsfall FlowTex

Einholung dienstlicher Äußerungen über die Gespräche von o.g. Beamten mit thüringischen Kollegen mit dem Ziel, diese von geplanten Maßnahmen im Fall FlowTex abzubringen; Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex

Antr SPD 26.10.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/316

Absprachen im FlowTex-Verfahren

Frage nach Zugeständnissen im Strafvollzug und für eine frühzeitige Haftentlassung gegenüber Herrn Schmider

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 07.11.2001 und Antw JuM Drs 13/403

Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens in Sachen FlowTex

Außenkontakte, Ausführungen u.a. Vollzugslockerungen für den Hauptverdächtigen in Untersuchungshaft, Schmider; Art der Überwachung; Erlangung von Zutritt zu den Räumen der Sonderkommission durch den Anwalt, Frage nach Manipulationen an Schriftstücken und Akten, Einholung von dienstlichen Äußerungen von allen beteiligten Beamten; Überprüfung der sachlichen Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Mannheim im Ermittlungsverfahren gegen Beamte

Antr GRÜNE 04.12.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/537

Die Rolle baden-württembergischer Justiz- und Finanzorgane in der FlowTex-Affäre

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719-734

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgen Morlok

Antr SPD 21.12.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr GRÜNE 21.12.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/607 (14 S.)

Ermittlungsverfahren in Sachen FlowTex

Ermittlungsverfahren unter Federführung der Staatsanwaltschaft Mannheim, Prüfung von Fällen möglicher Interessenkollisionen bei beteiligten Staatsanwälten, Zuweisung von Ermittlungsverfahren an eine andere Staatsanwaltschaft durch die Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe, Konkretisierung von Berichtspflichten der Staatsanwaltschaften durch die LJustizverwaltung

Antr SPD 05.02.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/720 (26 S.)

Nutzung der Firmenjets der Fa. FlowTex

Frage nach neuen Erkenntnissen auf die Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex nach der Stellungnahme auf Drs 13/316, insbes Nutzung der Firmenjets durch WM Dr. Döring

Antr SPD 05.02.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/721

FlowTex-Verfahrensgestaltung - Prozessökonomie oder Ermittlungsfehler?

Gründe für die getrennte Verhandlung der Tatkomplexe und Verfahren von Manfred und Matthias Schmider, Vorbehalte gegen

die Einstellung des Verfahrens gegen den verurteilten Hauptangeklagten bezüglich seiner Beteiligung am Tatkomplex seines Bruders

Antr GRÜNE 19.02.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/755

Einsetzung und Auftrag des UA „Verhalten von LReg und Landesbehörden im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten von Manfred Schmider und Matthias Schmider, insbes bei der Firmengruppe FlowTex“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 13/808

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 31.05.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1031
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1401 S. 70
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Stand des Ermittlungsverfahrens im FlowTex-Komplex

Stand der in Drs 13/720 aufgeführten Verfahren; Ausstieg bzw Entbindung von Staatsanwälten von diesen Verfahren; Übertragung der Prüfung von Vorgängen innerhalb der Justiz von der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe auf die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart

Antr Ulrich Maurer u.a. SPD und Heike Dederer GRÜNE 29.07.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1230
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1637 S. 5
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Anwendung der Rechtsschutzrichtlinien in „FlowTex-Fällen“

Auflistung der für Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Komplex FlowTex übernommenen Fälle im Verwaltungsbereich der Steuerverwaltung, Gründe für die hohen Erstattungsbeiträge, Abdeckung durch die Rechtsschutzrichtlinien? Stand und Auswirkungen der angekündigten Verschärfung dieser Richtlinien

KlAnfr
s. *Rechtsschutz*
Drs 13/1868

Anwaltskosten aus Landesmitteln in den FlowTex-Verfahren

Höhe und Nutznießer einer Kostenerstattung, Frage nach Fällen von Rückforderungen des Landes

Antr
s. *Rechtsanwaltsgebühren*
Drs 13/3819

Vorgänge um den Hafturlaub des Ex-FlowTex-Chefs und die Konsequenzen

Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Schmider, Verdeutlichung der Äußerung des Justizministers über den Vertrauensbruch des Häftlings, Darlegung der zwischen dem JuM und der Justizvollzugsanstalt Freiburg vereinbarten verschärften Anfor-

derungen sowie deren Geltungsbereich

Antr
s. *Urlaub*
Drs 13/5039

Forderung nach mehr Staatsanwälten für den FlowTex-Prozess

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 331

Bewertung der Kreditwürdigkeit von FlowTex durch die Ratingagentur Standard & Poor's mit Bestnoten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 820 823

Beantragung eines UA zum Thema Atomaufsicht vonseiten der SPD, Bewertung als taktisches Manöver um den Vorsitz im nächsten UA, dem FlowTex-Ausschuss

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 931-935

Beantragung eines UA zum Thema Atomaufsicht vonseiten der SPD, Bewertung als taktisches Manöver um den Vorsitz im nächsten UA, dem FlowTex-Ausschuss

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3737

Klärung der Frage möglicher Aktivitäten von Wirtschaftsminister Dr. Döring zugunsten der Firmen FlowTex und FlowWaste

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4779-4797

Flüchtling

s.a. *Ausländer*
s.a. *Familienzusammenführung*
s.a. *Rückführung*
s.a. *Vertriebener*

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Umfang, Zusammensetzung und Verteilung der russisch-jüdischen Immigranten seit 1991; soziale, schulische und berufliche Integration; Veränderungsbedarf der angebotenen Sprachkurse; alters- und bildungsgemäße Einschulung der Kinder; Förderung der Beschäftigung entsprechend den erworbenen Qualifikationen bzw Bildungsabschlüssen; Quote und Dauer von Arbeitslosigkeit; Nutzung des Potenzials im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften mit Maßnahmen nach dem Vorbild Israels; Unterstützung von Existenzgründungen; Anpassung der Verteilung nach den Wünschen der jüdischen Gemeinden, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für deren Integrationsarbeit

GrAnfr
s. *Juden*
Drs 13/98

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine VO des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaates, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen in einem Mitgliedstaat gestellten Asylantrags zuständig ist

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/219

Abschiebungs-Moratorium für arbeitende Flüchtlinge

Regelungen für ein Bleiberecht von Ausländern in einem unbefristeten, anderweitig nicht vermittelbaren Arbeitsverhältnis einschließlich ihrer Angehörigen, wenn eine Mindestaufenthaltsdauer besteht, keine Leistungen nach dem BSHG oder dem

AsylbewerberleistungsGes bezogen werden und keine Ausweisunggründe vorliegen; Eintreten für ein solches Moratorium auf Bundesebene bis zum Inkrafttreten eines ZuwanderungsGes

Antr FDP/DVP 19.09.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/242

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Verteilung jüdischer Kontingentflüchtlinge (Drs 12/6010 Nr. 19 Ziff. 2)

Mittlg
s. *Juden*
Drs 13/390

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Erfüllung nationaler und internationaler Bestimmungen zum Schutz o.g. Flüchtlinge, Einrichtung der von Fachleuten geforderten zentralen Clearingstelle

Antr Inge Utzt u.a. SPD 30.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/515
BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 20-22
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/608

Rückführung nach Ex-Jugoslawien

Zahlen zum Stand der Rückführung seit Ende des Bürgerkriegs, Einräumung eines Bleiberechts mit Rücksicht auf Arbeitgeberinteressen, Anteil von Arbeitsplatzwechseln nach Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsrechts

Antr Ernst Behringer u.a. CDU 18.04.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/933

Abschiebeschutz bei Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo
Voraussetzungen und Gegebenheiten für die zwangsweise Rückführung der o.g. Flüchtlingsgruppe noch in diesem Jahr; Stellenwert der Arbeitsplatzsicherung hierzulande

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 29.07.2002 und Antw IM Drs 13/1229

Zuweisung jüdischer Neuzuwanderer in Regionen mit jüdischen Gemeinden

Ermöglichung einer gemeindenahen Unterbringung der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion, Hinwirkung auf einen Finanzausgleich zwischen den Kommunen entsprechend der bayerischen Regelung

Antr
s. *Juden*
Drs 13/1256

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; -Vorhaben von herausragender Bedeutung-

Geänderter Vorschlag für jeweils eine Richtlinie des Rates über a) das Recht auf Familienzusammenführung

b) Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung oder Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/1530

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Klärung der Standpunkte zu den Altersgrenzen für den Familiennachzug und zur humanitären Flüchtlingsaufnahme in Fällen nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1723

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 11)

Erstattung der Kosten für Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 VIII. S. 4
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 25.06.2003 Drs 13/2158

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehäft; Zahlen zum Stand der Rückführung von Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo nach Serbien und Montenegro

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

Schutz von Minderheitsgruppen aus dem Kosovo

Ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesinnenminister und dem UNMIK-Sonderbeauftragten, Zulassung einer begrenzten zwangsweisen Rückführung von Angehörigen bestimmter Minderheitsgruppen; Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für die von der Rückführung nicht betroffenen Volksgruppen der Serben und Roma

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 23.04.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2023
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 17 18
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Anschlussunterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Unterbringungszahlen und Höhe der Ausgabenerstattung an die Gemeinden nach dem FlüchtlingsaufnahmeGes 2001/2002

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 11.08.2003 und Antw IM Drs 13/2354

Ges zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änd des EingliederungsGes

Vereinfachung der Ausgabenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler, Regelungen über den aufzunehmenden Personenkreis sowie zur Nutzung staatlicher Gemeinschaftsunter-

künfte, Zuständigkeit der Aufnahmebehörden für die Bearbeitung von Widersprüchen nach dem Asylbewerberleistungsges und der Aufnahme- und EingliederungsgebührenVO, Bestimmungen zur Verarbeitung personenbezogener Daten

GesEntw LReg 09.12.2003 Drs 13/2711 (35 S.)
1. Beratung PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4047-4054
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2908 (dazu ÄAntr SPD und ÄAntr GRÜNE) (15 S.)
ÄAntr SPD 09.03.2004 Drs 13/2989-1
ÄAntr GRÜNE 09.03.2004 Drs 13/2989-2
EAntr CDU und FDP/DVP 10.03.2004 Drs 13/2989-3
2. Beratung PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4523-4533
GesBeschl 10.03.2004 Drs 13/3017
GBI 2004 Nr. 4 S. 99-104 (Ges vom 11.03.2004)

Kosten der Unterkunft - Änderung in der Kostenträgerschaft
Pauschalierung der Kostenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler seit Jahresbeginn, finanzielle Auswirkungen aufseiten der Kommunen und des Landes

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 13/2935

Abschiebungen in BW

Zahl von Abschiebungen heranwachsender Flüchtlinge kurz vor ihrem Schul- oder Ausbildungsabschluss in den letzten fünf Jahren, Gestattung des Aufenthalts bis zur Erreichung des Abschlusses; Verzicht auf Abschiebung von beruflich und sozial integrierten Flüchtlingsfamilien mit einem langjährigen Aufenthalt bis zur Verabschiedung des ZuwanderungsGes

Antr SPD 02.03.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2955

Unterrichtung über die Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben bei den Kap 0330 und 0331 (Ausgabenerstattungen an die Stadt- und LKreise für die Unterbringung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen)

Mittlg
s. *Unterkunft*
Drs 13/3199

Beurkundung von Geburten

Anforderungen im Falle der Geburt eines Kindes für die Ausstellung der Geburtsurkunde an Eingebürgerte und Flüchtlinge, Verlangen nach Beibringung einer Geburtsurkunde aus dem Herkunftsland bzw hilfsweise einer notariellen Beglaubigung und Versicherung von drei Zeugen; Frage nach den angewandten Rechtsvorschriften, den Kosten und der Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989; Auswirkungen der Kontaktaufnahme mit den Heimatbehörden auf das laufende Asylverfahren; Anwendung einer einheitlichen Verfahrenspraxis der Kommunen?

Antr
s. *Geburt*
Drs 13/3277

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO,

der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Zuweisungspauschale an die Land- und Stadtkreise zur Kostendeckung bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Spätaussiedlern und Asylbewerbern

Bewirkung einer Kostenüber- oder -unterdeckung bei den einzelnen Stadt- und LKreisen; Frage nach dem Zeitplan für die vorgesehene Umfrage und der daraus zu entwickelnden Neukonzeption der Pauschale

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 13/3859

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Vorlage einer RechtsVO zur Einrichtung der o.g. Kommission nach dem AufenthaltsGes: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl, der kommunalen Spitzenverbände, der Stabstelle des Ausländerbeauftragten u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3978

Erlass einer RechtsVO über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23 a AufenthaltsGes

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung der Einrichtung des o.g. Gremiums, Zahl und spätere Abarbeitung der zurückgestellten ausländerrechtlichen Petitionen und Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsrechten, Erfahrungen aus anderen BLändern; unverzügliche Einrichtung der Kommission: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen; jährliche Berichtsvorlage

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4130

Veränderungen des Vorschlags des Innenministers und des Ausländerbeauftragten zur Einrichtung einer Härtefallkommission

Gründe für die Abweichungen beim Quorum für Beschlussfassungen und der Besetzung, insbes bei den vorgeschlagenen Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, der kommunalen Spitzenverbände und Flüchtlingsverbände; Haltung des MinPräs zur Einrichtung der Kommission; Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4145

Vorübergehendes Verlassen des Geltungsbereichs der Aufenthaltsgestattung nach dem AsylverfahrensGes (AsylVfG)

Rechtsslage, Gründe und Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Asylbewerber von der Residenzpflicht, Berücksichtigung psy-

chischer Gründe, posttraumatischer Belastungszustände, der Nähe von engen Verwandten, Freunden etc; Beachtung der Vorgaben der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten

KlAnfr
s. Asyl
Drs 13/4172

Humanitäres Aufenthaltsrecht nach dem Zuwanderungs-Ges/Abschaffung der Kettenduldungen

Zahl und Dauer von Duldungen differenziert nach Herkunftsländern der Betroffenen, Anteil von Abschiebungen in den letzten fünf Jahren, Umfang der Erteilung eines humanitären Aufenthaltsrechts seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes; Erlass von Anwendungshinweisen an die Ausländerbehörden zu den humanitären Regelungen des AufenthaltsGes mit Ermessensspielräumen zugunsten der Migranten

Antr
s. Aufenthaltsrecht
Drs 13/4339

Schulbesuch von Flüchtlingskindern in BW

Zahlen über den Schulbesuch der berechtigten Kinder von Asylbewerbern; Frage nach Fällen der Abweisung, des Fernbleibens sowie des Schulausschlusses und den dafür relevanten Kriterien; Übernahme der Kosten für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, für eine sonderpädagogische Betreuung in Sondereinrichtungen sowie für die intensive schulische Betreuung von (schwerst-)behinderten Kindern?

KlAnfr
s. Ausländisches Kind
Drs 13/4445

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat und das Europäische Parlament zur Aufstellung eines Rahmenprogramms für Solidarität und Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007 bis 2013

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/4597

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Umsetzung der mit dem Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsges geänderten Rechtslage zur Inobhutnahme und Unterbringung o.g. Flüchtlinge, Einrichtung der von Fachleuten geforderten zentralen Clearingstelle?

Antr Inge Utzt u.a. SPD 17.10.2005 und Stellungnahme SM
Drs 13/4728
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 24
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach dem ZuwanderungsGes

Zahl der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge von bisher geduldeten Flüchtlingen; Anteil und Art der Bescheidung von Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen; Zahlen und jeweilige Begründung zum Entzug der Arbeitsgenehmigung, zur Verweigerung einer Berufsausbildung bzw der Zustimmung zur Aufnahme einer Beschäftigung

KlAnfr

s. Aufenthaltsrecht
Drs 13/4754

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/4782

Schulpflicht für Flüchtlingskinder

Festschreibung einer Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern, Vorlage eines GesEntw zur Änd des SchulGes

Antr
s. Schulpflicht
Drs 13/4784

Humanitäre Bleiberechtsregelung für so genannte Altfälle

Eintreten für die o.g. Regelung auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe, Knüpfung an die Voraussetzung eines sechsjährigen Mindestaufenthalts, des eigenständigen Bestreitens des Lebensunterhalts, hier geborene und mittlerweile schulpflichtige Kinder sowie Strafunauffälligkeit

Antr
s. Aufenthaltsrecht
Drs 13/4864

Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge

Beurteilung der Antragsflut bei der Härtefallkommission bzw des hohen Anteils von Empfehlungen für ein Bleiberecht an den IM sowie der diesbezüglichen Vorschläge des Vorsitzenden der Kommission; Hinwirkung auf eine Altfallregelung für wirtschaftlich und sozial integrierte Flüchtlinge, insbes für Familien mit minderjährigen Kindern und unbegleitete Minderjährige, auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe

Antr
s. Aufenthaltsrecht
Drs 13/4866

Abschiebung um jeden Preis

Abschiebung von Roma-Flüchtlingsen in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppe vor und während der Aktion, Verbleib eines Teils der nicht akzeptierten Abgeschobenen im Kosovo, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

Antr
s. Ausweisung
Drs 13/4896

Abschiebeversuch in den Kosovo

Abschiebung von Flüchtlingen aus der Volksgruppe der Roma und Ashkali in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppen vor und während der Aktion, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

KlAnfr
s. Ausweisung

Drs 13/4922

*Ersuchen der Härtefallkommission an das Innenministerium
Zahl und Art der Bescheidung der Härtefallersuchen seit Erstat-
tung des Berichts über die Anwendung des § 23 a des Aufent-
haltsGes*

K1Anfr
s. Aufenthaltsrecht
Drs 13/5244

Befristete Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53 54

*Lockerung des Bleiberechts für die als Arbeitskräfte bewährten
Bürgerkriegsflüchtlinge*
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77

*Bezeichnung von Bürgerkriegsflüchtlingen als Gäste auf Zeit,
Bedeutung der bosnischen Flüchtlinge für das Handwerk und
die Gastronomie, Ausmaß der Armutsmigration weltweit, Kritik
an der Erhöhung des Nachzugesalters für Kinder*
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260-262 264-266 268 271-273

*Lockerung des Bleiberechts für die als Arbeitskräfte bewährten
Bürgerkriegsflüchtlinge, Legalisierung der unrechtmäßigen Auf-
enthalte, Gewährung von Asyl bei geschlechtsspezifischer Ver-
folgung*
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 564-566 568 570 571 573-576 607

*Kritik an der Aufnahme von geschlechtsspezifischer und nicht-
staatlicher Verfolgung in das Asylrecht*
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877

*Gewährung von Asyl bei geschlechtsspezifischer und nichtstaat-
licher Verfolgung; Bleiberecht für ausländische Flüchtlinge in
Mangelberufen*
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1286 1289 1290 1294 1295

*Umsetzung der Vorschläge des RH zur Vereinfachung des Ver-
fahrens der Kostenerstattung für die Flüchtlingsaufnahme*
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2672 2679

*Kritik an den Einschnitten bei der Flüchtlingsbetreuung mit
der Novellierung des Flüchtlingsaufnahme- und Eingliederungs-
Ges; Forderung einer Einbeziehung von Vertretern der Flücht-
linge in den Landesarbeitskreis Integration*
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3770-3773

*Rückgang der Zugangszahlen, konsequente Rückführung abge-
lehnter Asylbewerber, insbes von Straftätern; Vorschlag einer
Härtefallregelung für Flüchtlinge mit einem langjährigen Auf-
enthalt*
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4192-4195 4198 4199 4201

*Höhergewichtung von Sicherheitsaspekten iRd neuen Zuwan-
derungsGes, konsequente Ausweisung von gewaltbereiten Isla-
misten; Bleiberecht für integrierte Flüchtlingsfamilien; Aner-
kennung der nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfol-
gung als Asylgründe; Bürokratieabbau mit dem neuen FlüAG*
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618-4629 4660

*Rückgang der Zugangszahlen, konsequente Rückführung abge-
lehnter Asylbewerber, insbes von Straftätern; Bürokratieabbau
mit dem neuen FlüAG; Einrichtung einer Härtefallkommission
nach dem neuen ZuwanderungsGes*

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5902 5904 5908 5909 5918

*Erinnerung an die erfolgreiche Integration der Flüchtlinge nach
Kriegsende in BW; Beurteilung des Zusammenwirkens der Här-
tefallkommission und des IM, Beklagung des erneuten Verschie-
bens einer Altfallregelung für sozial und wirtschaftlich integrier-
te Flüchtlinge*

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7654 7660 7662 7663

*Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen Zuwan-
derungsGes, Kritik an der Ausgrenzung der Vertreter von Flücht-
lingsorganisationen, Eintreten für eine Altfallregelung*

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8008

Flüchtlingsaufnahmegesetz

s. Flüchtling

Flüssiggas

s. Gas

Flüssigmist

s. Düngemittel

Flüster-Asphalt

s. Fahrbahn

Flugbenzin

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004
Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheits-
gründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bo-
denseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Ge-
fährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirt-
schaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik von-
seiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten,
Anstrengung eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer
Vereinbarung?

K1Anfr Norbert Zeller SPD 29.09.2004 und Antw UVM Drs
13/3599

*Ablassen von Treibstoff aus Sicherheitsgründen über dem Gebiet
des Landes*

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheits-
gründen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Auswirkun-
gen auf Natur, Umwelt und Gesundheit sowie der Entschei-
dungsabläufe und Informationspolitik vonseiten der Schweiz

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 05.10.2004 und Stellung-
nahme UVM Drs 13/3618

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 02.12.2004 Drs
13/3991 S. 10 11

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr
Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung einer europä-
weiten Kerosinsteuer

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/4138

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Energiebedarf des Verkehrs seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch Verlagerung von Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder sowie durch Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für innereuropäische Flüge

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Unterstützung der europaweiten Einführung einer Kerosinsteuer
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 614-616 619

Hinwirkung auf eine globale Besteuerung von Flugbenzin
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1199 1200 1202

Unterstützung der europaweiten Einführung einer Kerosinsteuer
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2419 2423 2427 2428

Unterstützung der europaweiten Einführung einer Kerosinsteuer, Verwendung der Einnahmen für die Dritte Welt
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6059 6062 6070

Verzicht auf einen nationalen Alleingang zur Besteuerung von Flugbenzin
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6894

Bekräftigung der Notwendigkeit einer Kerosinsteuer im Luftverkehr
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Fluggast

s.a. *Fahrgast*

Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 13/326

Rückgang von Fluggastreisenden in Deutschland und BW

Werbung um das o.g. Gästepotenzial für die Tourismusgebiete des Landes

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 07.11.2001 Drs 13/419
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 597 598

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in Stuttgart, Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen; Abwanderung von Fluggästen und -gesellschaften aufgrund der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich; Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei den Ausbauplanungen

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Benutzerfreundlichkeit des Flughafens Stuttgart

Unentgeltliche Bereitstellung von Transporthilfen für Reisegepäck, Beseitigung von Engpässen bei der Fluggastlenkung durch die unterschiedlichen Stationen bei Abflug und Ankunft

KlAnfr Dr. Dieter Puchta SPD 16.07.2002 und Antw UVM
Drs 13/1194

Luftverkehrskonzeption für BW

Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den einzelnen Standorten und der Verlagerung von Anteilen zwischen Flughäfen in BW und angrenzenden Ländern; Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz des Regionalflughafens Söllingen sowie des Baden Airparks mit der Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH; Perspektiven für einen Verkehrslandeplatz im Wirtschaftsraum Heilbronn; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1505

Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden

Bisherige und evtl künftig notwendige Mittelbereitstellung des Landes und der regionalen Gebietskörperschaften infolge der Übernahme des Regionalflughafens Söllingen und des Baden-Airparks; Entwicklung der Fluggastzahlen und des Frachtaufkommens, benötigte Schwellenwerte für einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb, Entwicklungschancen für den Gewerbetrieb und den geforderten direkten Autobahnanschluss

Antr
s. *Flughafen Söllingen*
Drs 13/1508

Weitergabe von Fluggastdaten an die USA

Zustimmung der EU-Kommission zum o.g. Begehren von US-Behörden bzw Zugriff auf die entsprechenden Datenbanken der Fluggesellschaften, Vereinbarkeit mit der EU-Datenschutzrichtlinie und internationalen Wirtschafts- und Handelsabkommen, Konsequenzen einer Weigerung vonseiten der Fluggäste und -unternehmen

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 18.03.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1904
BeschlEmpf und Bericht InnenA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 17 18
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Interessenkonflikte von Herrn Verkehrsminister Ulrich Müller in seiner Doppelfunktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Airpark GmbH und zuständiger Minister für den Flugverkehr

Darlegung der o.g. Interessenskollision an der Entscheidungskompetenz des Ministers bzw des nachgeordneten RegPräs Freiburg für die vom Mitkonkurrenten Black-Forest-Airport beantragte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bzw Passagierfluggenehmigung für Lahr und die vom Baden-Airport dagegen erhobene Einrede; Verweisung auf die Niederlegung der Aufsichtsratsmandate durch den früheren MinPräs Filbinger und den hessischen MinPräs Koch bei ähnlichen Konstellationen; Frage nach entsprechenden Konsequenzen von Minister Müller

Antr

s. *Minister für Umwelt und Verkehr*

Drs 13/2442

Flughafen Lahr

Bewertung der Unternehmensumfrage zur Nutzung eines möglichen Passagierflughafens Lahr durch die Wirtschaft; Konsequenzen für die beantragte Genehmigung von Passagierflügen

MdlAnfr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/2480

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Beurteilung der von Regierungs- und Koalitionsvertretern geäußerten juristischen und ordnungspolitischen Argumente gegen eine Ablehnung des o.g. Antrags; Umsetzung des Vorschlags des MinPräs zur Abgabe der Flugplätze Lahr und Söllingen an einen privaten Betreiber; rasche Erteilung der Passagierfluggenehmigung für Lahr; Appell an Verkehrsminister Müller zur Niederlegung seines Aufsichtsratsmandats beim Baden-Airport zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/3065

Wirtschaftliche Risiken bei der Baden-Airpark GmbH

Erwartete Passagierzahlen und Anteile von Billigfluggesellschaften in den nächsten fünf Jahren, Auswirkungen der angekündigten kostenlosen Flugtickets bei Ryan Air auf die Bilanzen der Flughafengesellschaft; Information des WirtA über die wirtschaftlichen Daten und Prognosen als Grundlagen zur Entscheidung über den Bau des neuen Terminals

Antr

s. *Flughafen Söllingen*

Drs 13/3523

Ausbauvorhaben der Flughafen Stuttgart GmbH

Prognosen zum Fluggastaufkommen u.a. Kriterien für die Entscheidung zur Westerweiterung; Planungsstand, Finanzierung und Realisierungsperspektive des Projekts; Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte für Lärm- und Schadstoffemissionen?

KlAnfr

s. *Flughafen Stuttgart*

Drs 13/3791

Flughafen Lahr

Beurteilung und Konsequenzen der Entscheidung des VGH Mannheim zur Erteilung einer Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Festhalten an den luftverkehrspolitischen Zielsetzungen; Schaffung der Voraussetzungen für eine rechtskonforme Versagung der o.a. Passagierfluglizenz; Einstellung der Schuldendiensthilfe für den Flughafen Söllingen über die Flughafen

Stuttgart GmbH; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Luftverkehr

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/4132

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Verzicht auf eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Anweisung des RegPräs Freiburg zu einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung; Ausstieg aus der weiteren Subventionierung der Flughafeninfrastruktur im Land; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/4138

Vorrang für Arbeitsplätze in BW - Rücknahme juristischer Schritte gegen das VGH-Urteil zum Genehmigungsverfahren der Passagierfluglizenz für Lahr

Verzicht auf eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Anweisung des RegPräs Freiburg zu einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/4315

Ermittlungen nach dem LuftsicherheitsGes

Vereinbarkeit des LuftsicherheitsGes mit dem Gebot der Normenklarheit bzw der Zugänglichkeit und Verständlichkeit des aufgeführten Katalogs von strafrechtlichen Tatbestandsmerkmalen; Darlegung der Fälle des Aufgriffs von Fluggästen mit verbotenen Gegenständen im Sicherheitsbereich von Flughäfen, der jeweiligen Konsequenzen bis zur Datenspeicherung im Polas-System selbst nach Verfahrenseinstellungen

KlAnfr

s. *Luftverkehrssicherheit*

Drs 13/4375

Vorrang für Arbeitsplätze in BW - Rücknahme juristischer Schritte gegen das VGH-Urteil zum Genehmigungsverfahren der Passagierfluglizenz für Lahr

Rücknahme der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Ermöglichung des wirtschaftlichen Engagements für den neu gewonnenen Investor mit einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/4691

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber

dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Ablehnung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5043

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5206

Prognostizierte Zunahme des Passagieraufkommens bis zum Jahr 2015, entsprechende Anpassung der Flughafeninfrastruktur

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1190-1199

Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit des Flughafens Stuttgart, insbes unentgeltliche Bereitstellung von Kofferkulis sowie Verflüssigung der Fluggastlenkung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1798

Kritik an der Weitergabe von Passagierdaten an die USA

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6585

Entwicklung der Passagierzahlen in Stuttgart und Söllingen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6894-6896

Fluggesellschaft

s. *Luftverkehrsunternehmen*

Flughafen

s.a. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

s.a. *Flughafen Friedrichshafen*

s.a. *Flughafen Söllingen*

s.a. *Flughafen Stuttgart*

s.a. *Flughafen Zürich*

s.a. *Flughafengebühren*

s.a. *Flugplatz*

s.a. *Flugplatz Karlsruhe*

s.a. *Flugplatz Lahr*

s.a. *Flugplatz Mannheim-Neustadt*

Luftverkehrskonzeption für BW

Darstellung der Entwicklung des Flugverkehrs der letzten fünf Jahre, Berücksichtigung des Anstiegs der Lärmbelastung, Beurteilung der Ausbaupläne der Flughafen Stuttgart GmbH; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/76

Zusammenhang zwischen Flughafen Stuttgart und Neuer Landesmesse

Verzicht auf den Flughafen ausbau als Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens für die Messe; Prüfung der Auslastung aller Flughäfen im Land; Zukunftsperspektiven der einzelnen Standorte

Antr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 13/142

Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 13/326

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in BW, Auswirkungen der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich; Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei den Ausbauplanungen; Anreize für eine Verlagerung von Luftfracht nach Karlsruhe/Baden-Baden und Lahr; Stand und Zumutbarkeit der Belastungen im Filderraum durch Lärm, Schadstoffe, neue Messe u.a.; Frage nach Machbarkeitsstudien für eine zweite Landebahn in Stuttgart, nach einer Gesamtbeurteilung aller Einzelmaßnahmen sowie Vereinbarkeit mit den Zielen des Umweltplans

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Beurteilung der Notwendigkeit eines Regionalflughafens, Förderung eines Verkehrslandeplatzes nordwestlich von Lauffen

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen Basel-Mulhouse-Freiburg, Lahr, Karlsruhe-Söllingen und Straßburg; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotzeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Söllingen, Anstreben einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der

Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1284

Luftverkehrskonzeption für BW

Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den einzelnen Standorten und der Verlagerung von Anteilen zwischen Flughäfen in BW und angrenzenden Ländern; Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz des Regionalflughafens Söllingen sowie des Baden Airparks mit der Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH; Perspektiven für einen Verkehrslandeplatz im Wirtschaftsraum Heilbronn; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1505

Keine Zuschüsse des Landes für die Baden-Airpark GmbH

Verzicht auf eine weitere Subventionierung über die Beteiligung an der Flughafen Stuttgart GmbH; Erarbeitung einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze sowie der grenznahen Flughäfen in Frankreich und der Schweiz; Drängen auf Vorlage eines tragfähigen Geschäftskonzepts für den Flughafenstandort Karlsruhe-Söllingen

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/2287

*Haushalt 2004; Epl 10**Streichung der Zuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810-4 S. 22 23
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-14 S. 37
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 10**Streichung der Zuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4010-5 S. 22 23
ÄAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4010-12 S. 32
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4050-5 S. 7 8
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Beschränkung auf Kernaufgaben, Verzicht auf die Förderung von Messen, Regionalflughäfen, Heilbädern sowie den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen durch Kommunen, LKreise oder deren Zweckverbände

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Mitwirkung bei der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Verzicht auf eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Anweisung des RegPräs Freiburg zu einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung; Ausstieg aus der weiteren Subventionierung der Flughafeninfrastruktur im Land; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/4138

Ermittlungen nach dem LuftsicherheitsGes

Vereinbarkeit des LuftsicherheitsGes mit dem Gebot der Normenklarheit bzw der Zugänglichkeit und Verständlichkeit des aufgeführten Katalogs von strafrechtlichen Tatbestandsmerkmalen; Darlegung der Fälle des Aufgriffs von Fluggästen mit verbotenen Gegenständen im Sicherheitsbereich von Flughäfen, der jeweiligen Konsequenzen bis zur Datenspeicherung im Polas-System selbst nach Verfahrenseinstellungen

KIAnfr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 13/4375

*Haushalt 2006; Nachtrag**Streichung der Zuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen*

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 5 S. 56
ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 29 S. 85
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-6 S. 9
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-25 S. 40
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Ablehnung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5043

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Erteilung der beantragten beschränkten Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Hinwirkung auf eine sinnvolle Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Flughafenstandorten Stuttgart und Söllingen; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/5110

Beteiligungsofferte des MinPräs zur Finanzierung des EuroAirports Basel-Mulhouse-Freiburg - und an anderen Verkehrsflughäfen?

MdAnfr
s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
Drs 13/5172

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5206

Weiterentwicklung des Flugverkehrskonzepts mit den vier Flughäfen in BW

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69

Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen an den Flughäfen nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364

Anregung eines Rückzugs aus den Beteiligungen an Landesflughäfen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5803 5827

Ablehnung der Subventionierung von Flughäfen, Vergleich der Größe der Flughäfen in NRW und BW

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5896 5897

Kritik an der staatlichen Subventionierung von Flughäfen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535-6539

Streichung der Schuldendiensthilfe für die Flughäfen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7340 7348

Streichung der Zuschüsse zum Bau und Ausbau von Regionalflughäfen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394 7401

Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in BW, Auswirkungen der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen Basel-Mulhouse-Freiburg, Lahr, Karlsruhe-Söllingen und Straßburg; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotszeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Söllingen, Anstrengung einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1284

Beteiligungsofferte des MinPräs zur Finanzierung des EuroAirports Basel-Mulhouse-Freiburg - und an anderen Verkehrsflughäfen?

MdAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 16.02.2006 Drs 13/5172
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7978 7979

Flughafen Friedrichshafen

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in Stuttgart, Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen; Abwanderung von Fluggästen und -gesellschaften aufgrund der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich; Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei den Ausbauplanungen

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Entwicklung der Bodenseeregion

Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Erhöhung des Landesanteils am Flughafen Friedrichshafen

Begründung und Finanzierung der o.g. Kapitalaufstockung, Art und Höhe der dadurch entstehenden zusätzlichen Verpflichtungen, Beteiligungsanteil an künftigen Investitionen bzw am Zuschussbedarf für den laufenden Betrieb, Frage nach dem Engagement der anderen Anteilseigner und den Beteiligungsinteressen kommunaler Körperschaften

Antr Nils Schmid u.a. SPD 14.06.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3261
BeschlEmpf und Bericht FinA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 6
7
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Entwicklungspotenzial des Flughafens Friedrichshafen
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69

Ausbau des Flughafens Friedrichshafen, Abwicklung von mehr Charterflügen
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1191 1199 1200

Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden

s. *Flughafen Söllingen*

Flughafen Söllingen

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Stand des land- und luftseitigen Ausbaus der Regionalflughäfen Baden-Airpark, Friedrichshafen sowie des Verkehrslandeplatzes Lahr; Anreize für eine Verlagerung von Luftfracht nach Karlsruhe/Baden-Baden und Lahr

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen Basel-Mulhouse-Freiburg, Lahr, Karlsruhe-Söllingen und Straßburg; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotszeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Söllingen, Anstreben einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1284

Luftverkehrskonzeption für BW

Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz des Regionalflughafens Söllingen sowie des Baden Airparks mit der Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1505

Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden

Bisherige und evtl künftig notwendige Mittelbereitstellung des Landes und der regionalen Gebietskörperschaften infolge der Übernahme des Regionalflughafens Söllingen und des Baden-Airparks; Entwicklung der Fluggastzahlen und des Frachtaufkommens, benötigte Schwellenwerte für einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb, Entwicklungschancen für den Gewerbetrieb und den geforderten direkten Autobahnanschluss

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 14.11.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1508
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.03.2003 Drs

13/1968 S. 29 30
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Keine Zuschüsse des Landes für die Baden-Airpark GmbH

Verzicht auf eine weitere Subventionierung über die Beteiligung an der Flughafen Stuttgart GmbH; Erarbeitung einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze sowie der grenznahen Flughäfen in Frankreich und der Schweiz; Drängen auf Vorlage eines tragfähigen Geschäftskonzepts für den Flughafenstandort Karlsruhe-Söllingen

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/2287

Interessenkonflikte von Herrn Verkehrsminister Ulrich Müller in seiner Doppelfunktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Airpark GmbH und zuständiger Minister für den Flugverkehr

Darlegung der o.g. Interessenkollision an der Entscheidungskompetenz des Ministers bzw des nachgeordneten RegPräs Freiburg für die vom Mitkonkurrenten Black-Forest-Airport beantragte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bzw Passagierfluggenehmigung für Lahr und die vom Baden-Airport dagegen erhobene Einrede; Verweisung auf die Niederlegung der Aufsichtsratsmandate durch den früheren MinPräs Filbinger und den hessischen MinPräs Koch bei ähnlichen Konstellationen; Frage nach entsprechenden Konsequenzen von Minister Müller

Antr
s. *Minister für Umwelt und Verkehr*
Drs 13/2442

Subventionierung von Flugverkehrsaniemern am Standort Baden Airport

Subventionierung der Luftsicherheitsgebühren für die Billigfluglinie Ryanair unter Inanspruchnahme der u.a. vom Land gewährten Investitionszuschüsse? Auswirkungen auf den Wettbewerb zwischen den einzelnen Flughafenstandorten

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 26.09.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2457
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.11.2003 Drs 13/2703 S. 45 46
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Haushalt 2004; Epl 10

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH für den Ausbau des Flughafens Söllingen

s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 13/2810

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Beurteilung der von Regierungs- und Koalitionsvertretern geäußerten juristischen und ordnungspolitischen Argumente gegen eine Ablehnung des o.g. Antrags; Umsetzung des Vorschlags des MinPräs zur Abgabe der Flugplätze Lahr und Söllingen an einen privaten Betreiber; rasche Erteilung der Passagierfluggenehmigung für Lahr; Appell an Verkehrsminister Müller zur Niederlegung seines Aufsichtsratsmandats beim Baden-Airport zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/3065

Wirtschaftliche Risiken bei der Baden-Airpark GmbH

Erwartete Passagierzahlen und Anteile von Billigfluggesellschaften in den nächsten fünf Jahren, Auswirkungen der angekündigten kostenlosen Flugtickets bei Ryan Air auf die Bilanzen der Flughafengesellschaft; Information des WirtA über die wirtschaftlichen Daten und Prognosen als Grundlagen zur Entscheidung über den Bau des neuen Terminals

Antr GRÜNE 31.08.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3523

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.06./22.09.2005 Drs 13/4745 S. 5-8

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Mittlg FM 06.09.2006 Drs 14/311

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH für den Ausbau des Flughafens Söllingen

s. *Flughafen Stuttgart*

Drs 13/4010

Flughafen Lahr

Beurteilung und Konsequenzen der Entscheidung des VGH Mannheim zur Erteilung einer Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Festhalten an den luftverkehrspolitischen Zielsetzungen; Schaffung der Voraussetzungen für eine rechtskonforme Versagung der o.a. Passagierfluglizenz; Einstellung der Schuldendiensthilfe für den Flughafen Söllingen über die Flughafen Stuttgart GmbH; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Luftverkehr

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/4132

„Alternative Entgeltvereinbarung“ für den Linienflugverkehr beim Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (FKB)

Ausgestaltung der o.g. Vereinbarung, einbezogene Fluggesellschaften und Fluglinien

MdlAnfr 2) Edith Sitzmann GRÜNE 21.07.2005 Drs 13/4532

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6990

Haushalt 2006; Nachtrag

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH für den Ausbau des Flughafens Söllingen

s. *Flughafen Stuttgart*

Drs 13/4840

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Ablehnung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/5043

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Erteilung der beantragten beschränkten Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Hinwirkung auf eine sinnvolle Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Flughafenstandorten Stuttgart und Söllingen; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr

s. *Luftfahrt*

Drs 13/5110

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/5206

Entwicklungspotenzial des Baden-Airparks Söllingen, Begrüßung der Beteiligung des Stuttgarter Flughafens

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 70

Begrüßung der Beteiligung des Stuttgarter Flughafens in Söllingen, Steigerung des Passagieraufkommens

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1191 1192 1199 1200

Erfolgsbewertung des Projekts Baden-Airpark Söllingen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514 1518 1521 1530

Frage nach der Finanzierung einer weiteren Subventionierung des Flughafenstandorts Karlsruhe-Söllingen; Befürchtung einer Zunahme des Fluglärms am Oberrhein

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3379 3380 3434

Ablehnung einer weiteren Subventionierung des Flughafenstandorts Karlsruhe-Söllingen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4034 4035 4067

Vorwurf einer Subventionierung von Billigfluglinien am Flughafen Söllingen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4329-4332 4338 4340

Ablehnung einer weiteren Subventionierung des Flughafenstandorts Karlsruhe-Söllingen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6062 6070

Ablehnung einer weiteren Subventionierung des Flughafenstandorts Karlsruhe-Söllingen, Erteilung der Passagierfluglizenz für Lahr

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6536 6538

Ablehnung einer weiteren Subventionierung des Flughafenstandorts Karlsruhe-Söllingen, Entwicklung der Passagierzahlen und Ertragskraft des Baden-Airparks

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6887 6889 6890 6892-6897 6928 6929

Flughafen Stuttgart

Luftverkehrskonzeption für BW

Darstellung der Entwicklung des Flugverkehrs der letzten fünf Jahre, Berücksichtigung des Anstiegs der Lärmbelastung, Beurteilung der Ausbaupläne der Flughafen Stuttgart GmbH; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/76

Unterschiedliches Verhalten zur weiteren Entwicklung des Flughafens Stuttgart

Abstimmung des WM mit seinem Vertreter im Aufsichtsrat der Flughafen GmbH über eine Erweiterungsstudie?

MdlAnfr 4) Claus Schmiedel SPD 13.07.2001 Drs 13/62
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 300 301

Zusammenhang zwischen Flughafen Stuttgart und Neuer Landesmesse

Verzicht auf den Flughafenausbau als Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens für die Messe; Prüfung der Auslastung aller Flughäfen im Land; Zukunftsperspektiven der einzelnen Standorte

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 01.08.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/142
BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.10.2001 Drs 13/358 S. 6 7
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Die Entwicklung des Stuttgarter Landesflughafens und die gegenwärtigen Aktivitäten in der Geschäftsführung der Flughafen Stuttgart GmbH

Mittlg LReg 03.08.2001 Drs 13/161

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in BW, Auswirkungen der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich; Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei den Ausbauplanungen; Anreize für eine Verlagerung von Luftfracht nach Karlsruhe/Baden-Baden und Lahr; Stand und Zumutbarkeit der Belastungen im Filderraum durch Lärm, Schadstoffe, neue Messe u.a.; Frage nach Machbarkeitsstudien für eine zweite Landebahn in Stuttgart, nach einer Gesamtbeurteilung aller Einzelmaßnahmen sowie Vereinbarkeit mit den Zielen des Umweltplans

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/660-3 S. 22 23
ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-8 S. 30
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-5 S. 8 9
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-6 S. 10
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Lärmentlastung auf den Fildern

Mitteinsatz und Zeitplan zur Umsetzung von Vorschlägen des Lärminderungsplans Filder, u.a. auch im Bereich des Luftverkehrs; Tempolimits auf der A 8 zwischen Stuttgarter Kreuz und Anschlussstelle Flughafen sowie auf der B 27 zwischen Flughafen und Aichtalbrücke

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/939

Benutzerfreundlichkeit des Flughafens Stuttgart

Unentgeltliche Bereitstellung von Transporthilfen für Reisegepäck, Beseitigung von Engpässen bei der Fluggastlenkung durch die unterschiedlichen Stationen bei Abflug und Ankunft

KlAnfr
s. *Fluggast*
Drs 13/1194

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotszeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Söllingen, Anstreben einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1284

Luftverkehrskonzeption für BW

Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den einzelnen Standorten und der Verlagerung von Anteilen zwischen Flughäfen in BW und angrenzenden Ländern; Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz des Regionalflughafens Söllingen sowie des Baden Airparks mit der Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH; Perspektiven für einen Verkehrslandeplatz im Wirtschaftsraum Heilbronn; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1505

Keine Zuschüsse des Landes für die Baden-Airpark GmbH

Verzicht auf eine weitere Subventionierung über die Beteiligung an der Flughafen Stuttgart GmbH; Erarbeitung einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze sowie der grenznahen Flughäfen in Frankreich und der Schweiz; Drängen auf Vorlage eines tragfähigen Geschäftskonzepts für den Flughafenstandort Karlsruhe-Söllingen

Antr
s. *Luftfahrt*

Drs 13/2287

Haushalt 2004; Epl 10

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH für den Ausbau des Flughafens Söllingen

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810-3 S. 20 21

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-13 S. 36

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2850-3 S. 4 5

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Ausbauvorhaben der Flughafen Stuttgart GmbH

Prognosen zum Fluggastaufkommen u.a. Kriterien für die Entscheidung zur Westerweiterung; Planungsstand, Finanzierung und Realisierungsperspektive des Projekts; Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte für Lärm- und Schadstoffemissionen?

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 24.11.2004 und Antw UVM Drs 13/3791

Gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr am Stuttgarter Flughafen

Rechtsgrundlage, Zielsetzung und Ablauf der o.g. Übung (mit einer simulierten Geiselnahme); Zahl und Vorbereitung der eingesetzten Beamten des Sondereinsatzkommandos und der Bereitschaftspolizei; Darlegung der Vorfälle und Konsequenzen; Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel? Frage nach Videoaufnahmen und Forderungen von Beteiligten nach Löschung der Aufnahmen

Antr

s. *Polizei*

Drs 13/3838

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH für den Ausbau des Flughafens Söllingen

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4010-4 S. 21

ÄAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4010-11 S. 31

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4050-4 S. 6

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Lärmschutzpolitik und -maßnahmen in BW

Auswirkungen der Novelle des FluglärmGes insbes im Bereich des Flughafens Stuttgart

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 13/4557

Haushalt 2006; Nachtrag

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH für den Ausbau des Flughafens Söllingen

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 4 S. 55

ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-5 S. 8

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Erteilung der beantragten beschränkten Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Hinwirkung auf eine sinnvolle Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Flughafenstandorten Stuttgart und Söllingen; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr

s. *Luftfahrt*

Drs 13/5110

Entwicklungspotenzial des Stuttgarter Flughafens, Begrüßung der Beteiligung in Söllingen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 70

Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen am Flughafen Stuttgart nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH, Erhöhung der Start- und Landegebühen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 617

Eintreten für den Ausbau des Stuttgarter Flughafens

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 845

Forderung nach einem Luftverkehrskonzept, Verbindung mit der Frage nach einer zweiten Start- und Landebahn auf dem Flughafen Stuttgart, Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1024 1030 1034 1035 1038

Streichung der Schuldendiensthilfe an die Flughafen Stuttgart GmbH; Beteiligung an der Messefinanzierung; Belastung der Bevölkerung auf den Fildern durch den Flughafen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1095 1142 1144 1145 1148 1149 1151 1152 1154-1156

Verbesserung der Benutzerfreundlichkeit des Flughafens Stuttgart, insbes unentgeltliche Bereitstellung von Kofferkulis sowie Verflüssigung der Fluggastlenkung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1798

Verknüpfung des Stuttgarter Flughafens mit der neuen Landesmesse, Annahme einer Verdoppelung des Flugverkehrs bis 2015, Überlegungen zum Ausbau des Flughafens, Lärmbelastung der Bevölkerung durch Nachtflugverkehr

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3374 3376 3377 3379 3382 3383 3434-3438

Vorschlag einer Veräußerung der Anteile an der Flughafen GmbH

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4020

Vorwurf einer Subventionierung von Billigfluglinien am Flughafen Söllingen mit der Schuldendiensthilfe für den Flughafen Stuttgart

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4329-4332 4338 4340

Verbleib von Ulrich Müller als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen Stuttgart GmbH auch nach seinem Ausscheiden aus der LReg, Vorbereitung der landseitigen Baumaßnahmen

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5307 5308

Verkehrsproblematik bei der neuen Messe aus Sicht der Flughafenbetreiber

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6798

Zuwachsraten des Stuttgarter Flughafens, Entlastungswirkung durch den Baden-Airpark Söllingen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6894-6896

Vorschlag einer Verlagerung von Flügen von Stuttgart nach Söllingen, Ablehnung einer zweiten Start- und Landebahn am Flughafen Stuttgart

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7761-7767

Flughafen Zürich*Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW*

Regelung o.g. Verbotszeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Sölingen, Anstreben einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1284

Die Übernahme der Fluggesellschaft Swiss durch die Deutsche Lufthansa und mögliche Auswirkungen auf die Fluglärmproblematik am Hochrhein

Überlegungen zur Veränderung des Anflugregimes für den Flughafen Zürich? Verhinderung einer Aufweichung der bisherigen und künftigen Entlastungsschritte

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/4183

Lärmbelastung der Anwohner durch die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich über dem südlichen Landesteil, Klärung der Verantwortung der Züricher Fluglotsen an der Flugzeugkollision über dem Bodensee

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1797 1799-1804

Lärmbelastung der Anwohner durch die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich über dem südlichen Landesteil

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2420 2426

Anmahnung einer Einigung im Streit um die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3298

Forderung nach einer gerechten Verteilung der Umgebungsbelastung des Flughafens Zürich-Kloten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420

Flughafengebühren*Subventionierung von Flugverkehrsaniern am Standort Baden Airport*

Subventionierung der Luftsicherheitsgebühren für die Billigfluglinie Ryanair unter Inanspruchnahme der u.a. vom Land gewährten Investitionszuschüsse? Auswirkungen auf den Wettbewerb zwischen den einzelnen Flughafenstandorten

Antr
s. *Flughafen Sölingen*
Drs 13/2457

Fragen zu den Kosten des Betriebs des Flughafens Lahr als Verkehrsflughafen

Höhe der Kosten für Luftsicherheitskontrolltechnik und -maßnahmen, Deckungsanteil über Einnahmen aus Luftsicherheitsgebühren

KlAnfr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/4154

„Alternative Entgeltvereinbarung“ für den Linienflugverkehr beim Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (FKB)

Ausgestaltung der o.g. Vereinbarung, einbezogene Fluggesellschaften und Fluglinien

MdlAnfr
s. *Flughafen Sölingen*
Drs 13/4532

Erfüllung der Forderung der EU nach höheren Start- und Landegebühen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 617

Orientierung der Start- und Landegebühen des Stuttgarter Flughafens an den Lärmemissionen der Flugzeuge

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3435 3436

Flugpassagier

s. *Fluggast*

Flugpersonal*Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW*

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 13/326

Antrag auf Durchführung einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Luftsicherheitsbehörde nach § 7 Abs 1 Nummer 4 LuftsicherheitsGes

Verpflichtung der Piloten und Flugschüler zur Einreichung des o.g. Antrags als Voraussetzung für den Erhalt ihrer Fluglizenz; Beurteilung des Aufwands zur Abgabe und Überprüfung der geforderten persönlichen Angaben, u.a. Nachweis der Wohnorte der letzten zehn Jahre, sowie des evtl Sicherheitsgewinns; Eintreten für eine unbürokratische Regelung?

KlAnfr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 13/4714

Flugplatz

s.a. *Flugplatz Karlsruhe*

s.a. *Flugplatz Lahr*

s.a. *Flugplatz Mannheim-Neuostheim*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 26) - Fehlerhafte Planung für einen Hubschrauberlandeplatz (Drs 12/5701 XXII. S. 8)

Mittlg LReg 12.07.2001 Drs 13/80
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/268
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497
Mittlg LReg 13.08.2003 Drs 13/2362

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Beurteilung der Notwendigkeit eines Regionalflughafens, Förderung eines Verkehrslandeplatzes nordwestlich von Lauffen

GrAnfr
s. Heilbronn-Franken, Region
Drs 13/1211

Luftverkehrskonzeption für BW

Perspektiven für einen Verkehrslandeplatz im Wirtschaftsraum Heilbronn

Antr
s. Luftfahrt
Drs 13/1505

Keine Zuschüsse des Landes für die Baden-Airpark GmbH

Verzicht auf eine weitere Subventionierung über die Beteiligung an der Flughafen Stuttgart GmbH; Erarbeitung einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze sowie der grenznahen Flughäfen in Frankreich und der Schweiz; Drängen auf Vorlage eines tragfähigen Geschäftskonzepts für den Flughafenstandort Karlsruhe-Söllingen

Antr
s. Luftfahrt
Drs 13/2287

Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbepark Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr
s. Naturschutzgebiet
Drs 13/3589

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Mitwirkung bei der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/4066

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Verzicht auf eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Anweisung des RegPräs Freiburg zu einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung; Ausstieg aus der weiteren Subventionierung der Flughafeninfrastruktur im Land; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze

Antr
s. Flugplatz Lahr
Drs 13/4138

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Erteilung der beantragten beschränkten Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Hinwirkung auf eine sinnvolle Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Flughafenstandorten Stuttgart und Söllingen; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in

Grenznähe
Antr
s. Luftfahrt
Drs 13/5110

Flugplatz Karlsruhe

Pflegemaßnahmen für das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet 6916-302 (Alter Flugplatz Karlsruhe)

MdlAnfr
s. Natura 2000
Drs 13/62

Kritik an der Verhinderung einer Bebauung des ehemaligen Flugplatzes in Karlsruhe durch die FFH- und Vogelschutzrichtlinie der EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3313 3319 3320 3322

Flugplatz Lahr

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Stand des land- und luftseitigen Ausbaus der Regionalflughäfen Baden-Airpark, Friedrichshafen sowie des Verkehrslandeplatzes Lahr; Anreize für eine Verlagerung von Luftfracht nach Karlsruhe/Baden-Baden und Lahr

GrAnfr
s. Luftfahrt
Drs 13/545

Luftverkehrskonzeption BW

Prüfung des Antrags der Black Forest Airport Lahr GmbH auf Genehmigung von Passagierflügen vom bisherigen Verkehrslandeplatz Lahr

Antr CDU und FDP/DVP 21.01.2003 Drs 13/1692
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2410-2434
Mittlg LReg 30.07.2003 Drs 13/2316

Luftverkehrskonzeption BW

Prüfung des Antrags der Black Forest Airport Lahr GmbH auf Genehmigung von Passagierflügen vom bisherigen Verkehrslandeplatz Lahr

ÄAntr SPD 22.01.2003 Drs 13/1689
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2410-2434

Interessenkonflikte von Herrn Verkehrsminister Ulrich Müller in seiner Doppelfunktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Airpark GmbH und zuständiger Minister für den Flugverkehr

Darlegung der o.g. Interessenkollision an der Entscheidungskompetenz des Ministers bzw des nachgeordneten RegPräs Freiburg für die vom Mitkonkurrenten Black-Forest-Airport beantragte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bzw Passagierfluggenehmigung für Lahr und die vom Baden-Airport dagegen erhobene Einrede; Verweisung auf die Niederlegung der Aufsichtsratsmandate durch den früheren MinPräs Filbinger und den hessischen MinPräs Koch bei ähnlichen Konstellationen; Frage nach entsprechenden Konsequenzen von Minister Müller

Antr
s. Minister für Umwelt und Verkehr
Drs 13/2442

Flughafen Lahr

Bewertung der Unternehmensumfrage zur Nutzung eines möglichen Passagierflughafens Lahr durch die Wirtschaft; Konsequenzen

zen für die beantragte Genehmigung von Passagierflügen

MdlAnfr 7) Boris Palmer GRÜNE 27.10.2003 Drs 13/2480
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3749 3750

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Beurteilung der von Regierungs- und Koalitionsvertretern geäußerten juristischen und ordnungspolitischen Argumente gegen eine Ablehnung des o.g. Antrags; Umsetzung des Vorschlags des MinPräs zur Abgabe der Flugplätze Lahr und Söllingen an einen privaten Betreiber; rasche Erteilung der Passagierfluggenehmigung für Lahr; Appell an Verkehrsminister Müller zur Niederlegung seines Aufsichtsratsmandats beim Baden-Airport zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 25.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3065
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.07.2004 Drs 13/3492 S. 40-42
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Flughafen Lahr

Beurteilung und Konsequenzen der Entscheidung des VGH Mannheim zur Erteilung einer Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Festhalten an den luftverkehrspolitischen Zielsetzungen; Schaffung der Voraussetzungen für eine rechtskonforme Versagung der o.a. Passagierfluglizenz; Einstellung der Schuldendiensthilfe für den Flughafen Söllingen über die Flughafen Stuttgart GmbH; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Luftverkehr

Antr GRÜNE 09.03.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4132
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 27.10.2005/26.01.2006/16.02.2006 Drs 13/5138 S. 88-91
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Verzicht auf eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Anweisung des RegPräs Freiburg zu einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung; Ausstieg aus der weiteren Subventionierung der Flughafeninfrastruktur im Land; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 10.03.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4138
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 27.10.2005/26.01.2006/16.02.2006 Drs 13/5138 S. 88-91
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Fragen zu den Kosten des Betriebs des Flughafens Lahr als Verkehrsflughafen

Höhe der Kosten für Luftsicherheitskontrolltechnik und -maßnahmen, Deckungsanteil über Einnahmen aus Luftsicherheitsgebühren

KlAnfr Ursula Lazarus u.a. CDU 16.03.2005 und Antw IM Drs 13/4154

Vorrang für Arbeitsplätze in BW - Rücknahme juristischer Schritte gegen das VGH-Urteil zum Genehmigungsverfahren der Passagierfluglizenz für Lahr

Verzicht auf eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Anweisung des RegPräs Freiburg zu einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung

Antr SPD 10.05.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4315
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535-6539

Vorrang für Arbeitsplätze in BW - Rücknahme juristischer Schritte gegen das VGH-Urteil zum Genehmigungsverfahren der Passagierfluglizenz für Lahr

Rücknahme der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Ermöglichung des wirtschaftlichen Engagements für den neu gewonnenen Investor mit einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung

Antr SPD 04.10.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4691
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 27.10.2005/26.01.2006/16.02.2006 Drs 13/5138 S. 88-91
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflyghäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflyghafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Ablehnung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

DringlAntr GRÜNE 13.01.2006 Drs 13/5043
ÄAntr CDU und FDP/DVP 01.02.2006 Drs 13/5108
ÄAntr SPD 01.02.2006 Drs 13/5110
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7760-7769

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Rechtsgrundlagen und entscheidungsrelevante Fakten für den beim RegPräs Freiburg anhängigen Antrag auf Erteilung einer beschränkten Passagierfluglizenz für den Flugplatz Lahr; Ermöglichung einer Meinungsbildung und Mitberatung des Ltg vor einer Entscheidung der LVerwaltung

ÄAntr CDU und FDP/DVP 01.02.2006 Drs 13/5108
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7760-7769

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Erteilung der beantragten beschränkten Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Hinwirkung auf eine sinnvolle Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Flughafenstandorten Stuttgart und Söllingen; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/5110

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KIAnfr Boris Palmer GRÜNE 06.03.2006 und Antw IM Drs 13/5206

Erinnerung an ablehnende Stimmen zum Ausbau des Verkehrslandeplatzes Lahr

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1198 1200

Aufgabe des Widerstands gegen die Erteilung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Erinnerung an die ablehnende Haltung der Bürger zu einem Ausbau des Flugplatzes Lahr

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6895 6896

Aufgabe des Widerstands gegen die Erteilung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Ermöglichung des Engagements für den neu gewonnenen australischen Investor

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7293 7295

Verweisung auf die unterschiedlichen Stimmen innerhalb der CDU zur Erteilung einer beschränkten Passagierfluglizenz für den Flugplatz Lahr; Bewertung als unvereinbar mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Landesentwicklungsplans

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7690 7691 7693 7696 7760-7769

Flugplatz Mannheim-Neustheim

Ausbau des Verkehrslandeplatzes Mannheim, Abwicklung von mehr Charterflügen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1191 1199

Flugsicherheit

s. Luftverkehrssicherheit

Flugunfall

Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe

Sicherheitstechnische Auslegung gegen bewusst herbeigeführte Flugzeugabstürze

Antr
s. Kernkraftwerk
Drs 13/282

Gedenken an die Opfer der Flugzeugkatastrophe am 01.07.2002 über dem Bodensee

s. Gedenken
PIPr 13/29 S. 1733

Freistellungsregelung und Kostenerstattung für die Einsatzkräfte des Einsatzes nach dem Flugzeugabsturz am Bodensee

Begründung des Verzichts auf Auslösung von Katastrophenalarm; Gewährleistung der o.g. Regelungen und Regulierungen für künftige Fälle; Hinwirkung auf unbürokratische Erstattung der noch offenen Einsatzkosten

Antr
s. Sonderurlaub
Drs 13/1464

Rettungseinsatz bei dem Flugzeugunglück bei Überlingen am 01.07.2002

Aufarbeitung der organisatorischen Schwachstellen und Koordinierungsprobleme der beteiligten Organisationen und Polizei; Vorlage des Erfahrungsberichts der LPD Tübingen

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 26.06.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2203
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 26
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Sicherheit der Atomkraftwerke vor Flugzeugabstürzen

Konsequenzen aus den Ergebnissen des Gutachtens der Gesellschaft für Reaktorsicherheit; Gespräche mit dem Betreiber und dem Bundesumweltministerium; Nachrüstung oder Stilllegung der besonders bedrohten KKW Obrigheim und Philippsburg I

Antr
s. Kernkraftwerk
Drs 13/2996

Vorsorge gegen Terroranschläge auf Atomkraftwerke

Sicherheitstechnische Auslegung der Atomkraftwerke gegen gezielte Flugzeugabstürze, Beurteilung der von den Betreibern erarbeiteten Konzepte; Hinwirkung auf eine Übertragung der Reststrommengen von den besonders gefährdeten Atomkraftwerken Obrigheim und Philippsburg I auf neuere Kraftwerke

Antr
s. Kernkraftwerk
Drs 13/3601

Bedrohung von KKW durch Selbstmordattentate mit großen Verkehrsflugzeugen, bisherige Auslegung gegen Abstürze von schnell fliegenden Militärmaschinen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 484-495

Schutz von KKW gegen bewusst herbeigeführte Flugzeugabstürze

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 581 582 592

Beurteilung der Flugsicherheit nach den Terroranschlägen in den USA und der Flugzeugkollision über dem Bodensee, Einstufung der Gefährdung des in der Einfugschneise des Züricher Flughafens gelegenen AKW Leibstadt

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796-1802

Erinnerung an die große Gefahr für den Trinkwasserspeicher Bodensee durch den Flugzeugabsturz bei Überlingen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3441

Koordinationsprobleme der Rettungsdienste und Polizei nach dem Flugzeugunglück bei Überlingen, Dank an die beteiligten Einsatzkräfte

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5482 5486

Flugverkehr

s. Luftfahrt

Flugzeug

s.a. Flugunfall

s.a. *Hubschrauber*
s.a. *Militärflugzeug*

Landesförderung für einen weiteren Hagelflieger

Erkenntnisse über die Effektivität der Hagelabwehr durch Hagelflieger; Rückkehr zu der 1996 eingestellten Kofinanzierung

Antr
s. *Hagel*
Drs 13/113

Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe

Sicherheitstechnische Auslegung gegen Selbstmordattentate mit großen Verkehrsflugzeugen, Gefährdung der Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafeld und La Hague durch Abstürze kleinerer Maschinen; Unterstützung der Vereinbarung zwischen BReg und EVU zum Ausstieg aus der Atomenergie, Hinwirkung auf eine Konzeption als Antwort auf die genannten Terrorszenarien, Anordnung der vorübergehenden Stilllegung der Anlagen bis zur Umsetzung einer solchen Konzeption, Verzicht auf die Nutzung der Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/282

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Auswirkungen der Tendenz zu kleineren Maschinen auf die Zahl der gewerblichen Flugbewegungen

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Nutzung der Firmenjets der Fa. FlowTex

Frage nach neuen Erkenntnissen auf die Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex nach der Stellungnahme auf Drs 13/316, insbes Nutzung der Firmenjets durch WM Dr. Döring

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/721

Fluglärm in Stuttgart

Entwicklung der zusätzlichen Flugbewegungen und Lärmbelastung von Hubschraubern und Kleinflugzeugen über dem Stadtgebiet seit 1999; Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm durch Freizeitflüge

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1503

Lärmgrenzwerte für Kleinflugzeuge

Grenzwerte und Flugbeschränkungen für Kleinflugzeuge

MdlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1580

Fluglärm

Nächtliche Kontrolle der Fernwärmeleitungen aus der Luft im Auftrag der NWS im Großraum Stuttgart ohne vorherige Information der betroffenen Bevölkerung, der Polizei oder des Stuttgarter Flughafens; eingesetzter Flugzeugtyp, Flughöhe und Fluglärm, insbes im Bereich Esslingen-Jägerhof; Gewährleistung der künftigen Information von Bürgerschaft und Behörden

KlAnfr

s. *Lärmschutz*
Drs 13/1814

Haushalt 2004; Epl 08

Aufstockung der Zuschüsse für Hagelflieger

s. *Hagel*
Drs 13/2808

Sicherheit der Atomkraftwerke vor Flugzeugabstürzen

Sicherheitstechnische Auslegung gegen Selbstmordanschläge von Terroristen mit großen Verkehrsflugzeugen; Ergebnisse und Konsequenzen einer Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/2996

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bodenseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirtschaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik vonseiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten, Anstrengung eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer Vereinbarung?

KlAnfr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3599

Vorsorge gegen Terroranschläge auf Atomkraftwerke

Sicherheitstechnische Auslegung der Atomkraftwerke gegen gezielte Flugzeugabstürze, Beurteilung der von den Betreibern erarbeiteten Konzepte; Hinwirkung auf eine Übertragung der Reststrommengen von den besonders gefährdeten Atomkraftwerken Obrigheim und Philippsburg I auf neuere Kraftwerke

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/3601

Ablassen von Treibstoff aus Sicherheitsgründen über dem Gebiet des Landes

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Gesundheit sowie der Entscheidungsabläufe und Informationspolitik vonseiten der Schweiz

Antr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3618

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Bezuschussung von zwei weiteren Hagelfliegern

s. *Hagel*
Drs 13/4008

Verstärkte Sicherheitsüberprüfungen bei Flugzeugvermietungen nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364

Umkehr des Trends zu immer kleineren Maschinen, Nutzung von Effizienzreserven durch größere Flugzeuge

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1194-1196

Orientierung der Start- und Landegebühren des Stuttgarter Flughafens an den Lärmemissionen der Flugzeuge, Lob für die Reduktionstechnik der modernen Flugzeuge

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3435-3437

Gefährdung von Kernkraftwerken durch Terroranschläge von Selbstmordattentätern mit Flugzeugen

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5335

Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Kernkraftwerken vor Selbstmordanschlägen mit Flugzeugen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697 7708 7709 7714 7716

Flugzeugabsturz

s. Flugunfall

Flugzeugführer

s. Flugpersonal

Flugzeugunglück

s. Flugunfall

Flurbereinigung

Umbenennung von Einrichtungen im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Umbenennung der Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in „Ämter für Landwirtschaft“ sowie des Landesamts für Flurneuordnung und Landentwicklung in „Landesamt für Entwicklung des Ländlichen Raumes“

Antr

s. Landwirtschaftsbehörde

Drs 13/438

Zukunft der Flurneuordnung in BW

Entwicklung der Arbeitsbelastung und Personalstruktur des Landesamts für Flurneuordnung und der nachgeordneten Ämter, Umfang der möglichen Arbeitsvereinfachung durch Internetsnutzung sowie von Synergieeffekten durch Kooperation mit den Vermessungsämtern, Art der abgeschlossenen und noch offenen Verfahren, Optimierung land- und weinwirtschaftlicher Flächen, Unterstützung der Kommunen bei den Agenda-21-Vorhaben, Durchführung von Biotopvernetzungsplanungen u.a.

Antr SPD 06.05.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/979

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3092-3099

Personalengpässe in Notariaten

Kosten und Einnahmen, Geschäftsanfall, Umfang und Folgen der Rückstände der Notariate; Reaktion auf den Nachwuchsmangel, Finanzierung des zusätzlich notwendigen Personals über Gebühreneinnahmen; Disparitäten zwischen dem ländlichen Raum und Ballungsgebieten; Aktualisierung der Grundbücher iR von Flurbereinigungsverfahren; Erfahrungen mit der Anwendung des elektronischen Grundbuchs, Tauglichkeit der eingesetzten Hard- und Software

KlAnfr

s. Notar

Drs 13/1280

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr

s. Verwaltung

Drs 13/1366

Situation der Flurneuordnung und der Vermessung in BW

Derzeitige und künftige Arbeitsbelastung sowie Verflechtungen der beiden Verwaltungen, Entwicklung des Anteils von hoheitlichen und nicht hoheitlichen Tätigkeiten seit 1997, Einspar-effekte von Verfahrensvereinfachungen unter Einsatz moderner Kommunikationsmittel und Messmethoden, Vorschläge iRd Organisationsuntersuchung der Unternehmensberatung Kienbaum, Umsetzung der beschlossenen Verlagerung von Katasterfortführungsvermessungen und Grenzfeststellungen zu den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren sowie der Integration von Dienststellen in die Hauptämter

Antr Peter Hauk u.a. CDU 12.12.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1615 (19 S.)

BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.03.2003 Drs 13/2069 S. 41-43

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/1722

Flurbereinigungsverfahren Hohenasperg

Priorität des Verfahrens aufgrund des Zustands der Trockenmauern; Bereitschaft des LKreises, der Stadt Asperg sowie privater Grundstückseigentümer zur Kostenbeteiligung; Entscheidung über das vom Landesamt für Flurneuordnung und Landentwicklung vor fast zwei Jahren vorgelegte Sanierungskonzept

KlAnfr

s. Hohenasperg

Drs 13/1788

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Reduzierung der Mittel für die Flurneuordnung

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 19 S. 71

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 64 S. 127

ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-32 S. 51

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Zukunft der Flurneuordnung im Weinbau

Zahl, Größenordnung, Kosten und Zeithorizont der laufenden und beantragten Verfahren; Einschätzung des künftigen Bedarfs; Verstärkung der Kapazitäten durch die geplante Zusammenlegung der Flurbereinigungsämter mit den Vermessungsämtern

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 28.03.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1957

BeschlEmpf und Bericht LandwA 21.05.2003 Drs 13/2222 S. 55 56

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsberatung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/2070

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/2256

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/2267

Reform der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Vorlage der Ergebnisse eines externen Rechtsgutachtens im LandwA

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 05.08.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2339

BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.09.2003 Drs 13/2583 S. 35 36

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Gutachten zur Zukunft der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Darlegung der Zielvorgaben bei der Vergabe des o.g. Rechtsgutachtens; Beteiligung des LandwA am Beschlussver-

fahren

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 16.09.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2404

BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.10.2003 Drs 13/2583 S. 36 37

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

*Haushalt 2004; Epl 08**Reduzierung der Zuschüsse zur Förderung der Flurneuordnung*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-9 S. 31

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-11 S. 33

ÄAntr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2808-20 S. 43

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2848-4 S. 5

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des FlurbereinigungsGes sowie der VO zur Durchführung des FlurbereinigungsGes

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Höhe der iRd MEKA sowie von Flurbereinigungen bereitgestellten Fördermittel; Kriterien, erklärende Hinweise und deren Kontrolle für die Verwendung von Qualitätszeichen

GrAnfr

s. *Obstbau*

Drs 13/3517

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 08**Reduzierung von Mitteln bei der Flurneuordnung*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4008-9 S. 33

ÄAntr GRÜNE 21.01.2005 Drs 13/4008-17 S. 41

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4048-6 S. 7

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Flurbereinigung Hohenasperg

Intensität und Ergebnisse der Kartierung des Hohenaspergs, Erfassung der unverfugten Trockenmauern als § 24a-Biotope, Vorkommen von Mauereidechsen u.a. streng geschützten Arten, Konsequenzen für die Flurbereinigung; Beurteilung der Einstufung und Handhabung des Verfahrens durch das Landratsamt Ludwigsburg; Zustand und Erhaltungsmöglichkeiten der vorhandenen Mauern; Nutzung einer insektenfreundlichen Beleuchtung iRd Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Hohenasperg*

Drs 13/4025

Änderungsbedarf im Rahmen der Verwaltungsreform bei der Flurneuordnung

Beurteilung der Kritik des neuen Präsidenten des Landkreistags, Chancen und Zeitpunkt einer Einigung über die Kosten der EDV-Systeme, Realisierung des weiteren Nachbesserungsbedarfs

Antr SPD 09.03.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4129

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6659-6673

Umsetzung der GAP-Reform bei Flurneuordnungsverfahren

Aufwand der Flurbereinigungsämter für die Herausrechnung der Kulturart 2003 und Neuzuteilung iRd o.g. Verfahren; finan-

zielle Nachteile, Widersprüche und Schadenersatzforderungen der Landwirte in Fällen von vorhandenen Teilflächen Grünland 2003; Hinwirkung auf Abweichung von der Stichtagsregelung zugunsten des Datums der Zuteilung von Flurstücken

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 05.04.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4207
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.06.2005 Drs 13/4480 S. 21
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den einzelnen Anbausegmenten; Verringerung des Anteils der Flurneuordnung iRd GAK-Finanzierung, Finanzierung größerer Teile des MEKA über die Gemeinschaftsaufgabe

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Flurbereinigung in BW

Auflistung der o.g. Verfahren, der Kosten und finanziellen Beteiligung von Bund, Land, EU und Landwirten seit 2000; Umfang der bereinigten landwirtschaftlichen Nutzflächen seit 1952; Entschädigung von ökologisch wirtschaftenden Betrieben für die Zuteilung von konventionell bewirtschafteten Flächen? Darlegung der ökologischen und naturschutzfachlichen Problematik von Flurbereinigungen, Konzentration auf beschleunigte Verfahren unter Einbeziehung der anerkannten Umweltverbände? Umfang und Kosten des Personaleinsatzes vor und nach der Verlagerung auf die LKreise und RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 19.09.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4645
BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.12.2005 Drs 13/5137 S. 47-49
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung von Mitteln bei der Flurneuordnung

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 42 S. 101
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Optimierung der Landwirtschaftsverwaltung in BW

Verlagerung von Aufgaben und Abbau von Stellen der Agrar- und Flurneuordnungsverwaltung nach der Eingliederung in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Beratung der Landwirte und Durchführung von Flurneuordnungsmaßnahmen; Prüfung notwendiger Korrekturen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der beiden Fachverwaltungen

Antr
s. *Landwirtschaftsbehörde*
Drs 13/5117

Ablehnung des Vorschlags der SPD zur Einsparung des Landesamts für Flurneuordnung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1049 1050

Prüfung einer Zusammenlegung der Flurneuordnungs- und Vermessungsverwaltung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2635 2639 2649

Prüfung einer Zusammenlegung der Flurneuordnungs- und Vermessungsverwaltung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4291

Eingliederung der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Ablehnung einer Mittelkürzung für die Flurneuordnung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4346 4348 4353 4356

Eingliederung der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4911 4935 4936 4938 4940

Eingliederung der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4992 5011 5016 5018 5028

Verneinung einer staatlichen Zuständigkeit für Maßnahmen der Flurbereinigung, Vorschlag einer Einsparung der Stellen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5823

Verneinung einer staatlichen Zuständigkeit für Maßnahmen der Flurbereinigung, Vorschlag einer Einsparung der Stellen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5894

Zusammenführung der Flurneuordnung und Agrarverwaltung in landwirtschaftlichen Kompetenzzentren, Auswirkungen einer Abschaffung der Flurneuordnungsverwaltung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6082 6084 6085 6090 6092

Verneinung einer staatlichen Zuständigkeit für Maßnahmen der Flurbereinigung, Vorschlag einer Einsparung der Stellen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6499

Flurbereinigungsbehörde

s. *Flurbereinigung*

Flurbereinigungsgesetz

s. *Flurbereinigung*

Flurneuordnung

s. *Flurbereinigung*

FMPA

s. *Materialprüfung*

FOC

s. *Factory Outlet Center*

Föderalismus

s.a. *Länder der Bundesrepublik Deutschland*

s.a. *Subsidiaritätsprinzip*

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Stand und Entwicklungsperspektiven von Zuständigkeiten, Rechtssetzungs- und Finanzierungs Kompetenzen von Bund, Ländern und EU; Möglichkeiten zur Rückübertragung auf die Länder und Landesparlamente; Stärkung der Mitwirkungsrechte des BRats; Entflechtung bzw Abbau von Mischfinanzierungen, Fachministerkonferenzen, Arbeitsgruppen u.a. Gremien; Vorschläge zur Entwicklung eines Europas der Regionen

GrAnfr CDU 21.05.2002 und Antw StM Drs 13/1026 (30 S.)
Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 18.02.2003 Drs
13/1796
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2525-2543

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips; Neuordnung der Kompetenzen und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen; Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der Landesparlamente, Regionen und Gebietskörperschaften; Rückholung von Gesetzgebungskompetenzen und Steuerautonomie, Abbau von Mischfinanzierungen und Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben, Überprüfung der Bundesergänzungszuweisungen, Abschätzung von Gesetzesfolgen und Regelung der Kostenträgerschaft bei Übertragung von Aufgaben; Unterstützung der Einberufung eines Föderalismuskonvents

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 18.02.2003 Drs
13/1796
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2525-2543

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Stärkung der Eigenverantwortung der Länder

Bisherige und noch vorgesehene Maßnahmen in dieser WP zur Stärkung der finanziellen und gesetzgeberischen Eigenverantwortung der Länder sowie zur Förderung des Subsidiaritätsgedankens und Stärkung der Regionen auf europäischer Ebene

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2323
(10 S.)
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955 7015 (für erledigt erklärt)

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3310

Konnexitätsprinzip als Grundlage politischen Handelns

Übernahme der Kostenträgerschaft bei der Übertragung von Aufgaben auf nachgeordnete Ebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip, Verankerung des Konnexitätsprinzips in den Verfassungen der Länder und beim Bund, Erörterung der Thematik iRd Föderalismuskommission, Einbringung einer BRatsinitiative zur Verankerung im Grundgesetz, Entflechtung von Mischfinanzierungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie iRd FinanzausgleichsGes

Antr
s. *Konnexitätsprinzip*
Drs 13/3428

Beurteilung der Reformansätze in der Kultusministerkonferenz vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte

Diskussionsstand und Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe zur Reform der KMK, insbes zur verbesserten Koordination, zum Aufgabenabbau, zur Standardsetzung und Qualitätssicherung; Aufgaben, Rechtsform, Finanzierung und Umsetzung der Arbeitsergebnisse des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen; Koordinationsbedarf zwischen den BLändern in der Hochschulpolitik nach einem Wegfall der Rahmenkompetenz, Gewährleistung einer kontinuierlichen Vertretung deutscher Bildungspolitik auf europäischer Ebene, Einbeziehung der Länderparlamente in die Entscheidungsprozesse

Antr

s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3711

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 08.11.2004 Drs
13/3727
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5495-5512
Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4417

RegErkl - Stand der Beratungen in der Föderalismuskommission - und Aussprache

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5495-5512

Kein Föderalismusstreit zum Schaden der Akademie der Künste!

Verzicht auf eine Klage gegen das Gesetz zur Errichtung der Akademie der Künste beim BVerfG

Antr
s. *Akademie der Künste*
Drs 13/4137

Neue Chancen für die Föderalismusreform

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285-7292

Föderalismusreform

Gewinnung neuer Handlungsspielräume mit der vereinbarten Föderalismusreform, Maßnahmen und Zeitplan zur Umsetzung der notwendigen Schritte auf Bundes- und Landesebene

Antr Winfried Mack u.a. CDU 22.12.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/5012
BeschlEmpf und Bericht StändA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 7 8
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Bemühungen der Länderparlamente zur Stärkung und Weiterentwicklung des Föderalismus

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 6-9

Anstöße des MinPräs zu einer Debatte über den Föderalismus auf Bundesebene

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 52 53 56

Anstöße des MinPräs zu einer Debatte über den Föderalismus auf Bundesebene, Rückverlagerung von Kompetenzen an die Länder und Ltg

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62 63 80 89 94 95 103 119

Feststellung einer Weiterentwicklung des Föderalismus mit dem neuen Länderfinanzausgleich

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203

Verteidigung der Interessen des Föderalismus gegenüber der EU, Rückerlangung von Kompetenzen aus Brüssel, Einrichtung einer Föderalismusenquête

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600 602-607 609-612

Stärkung des Föderalismus im Zuge des europäischen Verfassungsprozesses

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 777 781

Rückverlagerung von Kompetenzen aus der Bundespolitik, Stärkung der Länder und Länderparlamente, Verteidigung der Kulturhoheit der Länder

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936 937 941 978 981 982 1007

Infragestellung des Föderalismus mit den hohen Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1112

Eintreten für eine Reform des Föderalismus i.S.v. Wettbewerbsföderalismus; Rückverlagerung von mehr Autonomie, Aufgaben und Finanzverantwortung auf die Länder; Anstöße zu einer Länderneugliederung

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1160-1166 1168 1173 1174 1176 1177

Verteidigung der Interessen des Föderalismus gegenüber Brüssel und Berlin, Werbung um einen Wettbewerbsföderalismus, Einrichtung einer Enquetekommission zum Thema Föderalismus

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453-1457 1459-1466 1469-1474

Eintreten für ein Europa der Regionen, Rückübertragung von Zuständigkeiten auf den Bund und die Länder; Zuweisung von Aufgaben an die Kommunen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1521

Verlust von Kompetenzen gegenüber dem Bund, Kritik an der Nachahmung von Berliner Debatten im Ltg, Plädoyer für einen Gestaltungsföderalismus

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1617-1619 1621 1622

Absichten und Hoffnungen der Mütter und Väter des Grundgesetzes beim föderalen Staatsaufbau, Vergleich mit dem heutigen Zustand, Eintreten für eine Renaissance des Wettbewerbsföderalismus

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1742 1743 1746

Wahrnehmung föderaler Interessen bei der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent, zentrale Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips für die EU; Anstöße für eine Föderalismusreform in Deutschland; Entwicklung der EU zu einem föderalen Bundesstaat

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153-2163

Notwendigkeit einer Reform des Föderalismus, Einrichtung einer Enquetekommission

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2223 2232

Korrektur von Fehlentwicklungen in Deutschland iR einer Föderalismusreform aus Anlass des europäischen Verfassungsprozesses; Abbau von Mischkompetenzen zwischen der EU, den Nationalstaaten und Regionen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340-2343

Rückübertragung der Zuständigkeit für die Telemedien vom Bund auf die Länder; Bewertung als Geländegewinn für den Föderalismus

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2486

Mittelbereitstellung des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen, Ablehnung dieser Form von Mischfinanzierung, Bewertung als föderalismusfeindlich, Erinnerung an die einstimmige Forderung nach einer Föderalismusreform

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2609 2611-2618 2621 2622 2624 2625

Notwendigkeit einer Reform des Föderalismus, Hindernisse auf dem Weg zu einem Wettbewerbsföderalismus, Aufbau Europas von unten nach oben, Kritik an den Reformvorstellungen der Bundesjustizministerin

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894-2897 2903 2905 2908 2909 2912 2913 2926 2930 2959 2962 2967

Plädoyer für einen neuen Bildungsföderalismus, Begrüßung der Entscheidung zur Klage gegen das HochschulrahmenGes beim BVerfG; Aufbau Europas von unten nach oben

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3026 3029 3050 3051 3054 3056-3063

Plädoyer für einen neuen Bildungsföderalismus, Begrüßung der Entscheidung zur Klage gegen das HochschulrahmenGes beim BVerfG; Einforderung von mehr Kompetenzen für die Lebensmittelkontrolle vom Bund

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3069 3118 3122

Aufbau Europas nach den Prinzipien des Föderalismus und der Subsidiarität, Anstreben einer Föderalismusreform in Deutschland

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305 3312 3321 3325

Eintreten für einen Wettbewerbs- und Bildungsföderalismus, Abschaffung der Rahmengesetzgebung des Bundes

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3531 3532 3537 3538 3541 3553

Permanente Vereinnahmung von Zuständigkeiten und Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch den Bund; Rückerlangung mit der neu gebildeten Föderalismuskommission und notwendigen Zentralismusreform; Plädoyer für einen Wettbewerbsföderalismus

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3607 3608 3613 3629 3631 3632 3637 3641 3653 3663-3665 3667-3669 3673 3684

Bemühungen um Rückerlangung von Gesetzgebungskompetenzen der Landesparlamente iR Föderalismuskommission; Vorschläge zur demokratischen Legitimation des BRats

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4083 4084 4086 4087 4089 4096 4097

Neuordnung der Kompetenzen und Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern im Zuge der anstehenden Föderalismusreform

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4146 4149 4163 4175

Eintreten für eine Stärkung der Länderparlamente in der Föderalismuskommission

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4232

Eintreten für eine Stärkung der Länderparlamente in der Föderalismuskommission, Befürchtungen der neuen BLänder um den Abbau von Ausgleichszahlungen im Zuge einer Föderalismusreform

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136 5142 5143 5156

Erhaltung des Bildungsföderalismus und damit der KMK
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5429-5437

Einsatz des MinPräs in der Föderalismuskommission, Begründung der Weiterarbeit und damit des Verbleibs im Amt bis zum 19.04.2005; Chancen und Problematik des Föderalismus am Beispiel der konkurrierenden Gesetzgebung
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5589-5591 5614 5615 5618

Rückerlangung von Kompetenzen der Länder und Länderparlamente mit der Föderalismusreform, Plädoyer für einen Wettbewerbsföderalismus
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5641

Beklagung des Scheiterns der Föderalismusreform, Vorschlag für einen neuen Anlauf iR eines Föderalismuskonvents, Verteidigung des Bildungsföderalismus, Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den Ländern
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5873 5894 5906 5947

Bekräftigung der Kompetenz der Länder für Bildung und Hochschulpolitik
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5961 5969 5977

Vorwurf des Missbrauchs von Bildungsföderalismus am Beispiel der Blockade der Exzellenzinitiative des Bundes durch CDU-geführte Länder; Schuldzuweisungen für das Scheitern der Föderalismusreform
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6265-6268

Bekräftigung der ausschließlichen Kompetenz der Länder für die Bildung, Beklagung des Scheiterns der Föderalismuskommission
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6299 6302 6309 6311 6314

Würdigung des Einsatzes des scheidenden MinPräs zur Stärkung der Länderparlamente iRd Föderalismuskommission
PIPr 13/90 21.04.2005 S. 6395

Zuweisung der Verantwortung für die Bildung an den Bund im Zusammenhang mit dem Programm zum Ausbau der Ganztagschulen, Ankündigung erneuter Anstrengungen um eine Föderalismusreform, Beanspruchung der Kulturkompetenz für die Länder
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6413 6418 6419 6423-6426 6432

Zuweisung der Verantwortung für die Bildung an den Bund im Zusammenhang mit dem Programm zum Ausbau der Ganztagschulen, Beanspruchung der Kulturkompetenz für die Länder
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476 6477 6486-6488 6503

Entflechtung der Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich, Bekräftigung der Kompetenz der Länder für die Bildungspolitik, Notwendigkeit eines erneuten Anlaufs zur Modernisierung der föderalen Staatsordnung
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6734-6742

Bewertung der Einigung von Bund und Ländern über die Exzellenzinitiative als Erfolg für den Föderalismus
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6878 6881 6885

Erfolgsbewertung des föderalen Wettbewerbs nach den Ergebnissen der PISA-E-Studie 2003, Bekräftigung der ausschließlichen Länderkompetenz für die Bildungspolitik; Anstrengung von mehr Autonomie der Länder in der Tarifpolitik; Lob für die föderale Sicherheitsstruktur
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955 6957 6987 7007 7008

Nutzung der IZBB-Mittel des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen bei gleichzeitiger Betonung der Bildungskompetenz der Länder; Notwendigkeit erneuter Anstrengungen um eine Föderalismusreform
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7120 7144 7151

Begrüßung der in Berlin verabredeten Föderalisierung der Wohnungsbauförderung
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7635 7638

Rückerlangung von Gesetzgebungskompetenzen der Länder im Zuge der Föderalismusreform, Warnung vor einem Aufschneiden des Reformpakets
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Föderalismusreform

s. Föderalismus

FöJ

s. Freiwilliges ökologisches Jahr

Föll, Michael CDU

Änd der GemO: Verzicht auf die in § 116 vorgesehene Ausbildung eines Finanzbürgermeisters als Beigeordneter bzw Ermöglichung der Wahl des CDU-Fraktionsvorsitzenden Föll zum Finanzbürgermeister in Stuttgart, Bezeichnung als „Lex Föll“
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3076-3085

Bezeichnung der von der FDP/DVP gewünschten Änderung des Kreistagswahlrechts als Kompensationsgeschäft für die „Lex Föll“
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3430

Ermöglichung der Wahl des CDU-Fraktionsvorsitzenden Föll zum Finanzbürgermeister in Stuttgart, Änderung der Gemeindeordnung, Bezeichnung als „Lex Föll“
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3767-3769

Förderbescheid

Übergabe von Förderbescheiden auf Parteiveranstaltungen
KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 22.06.2004 und Antw FM Drs 13/3290

Förderrichtlinie Wasserwirtschaft

s. Wasserwirtschaft

Förderschule

s. Sonderschule

Förderunterricht

s.a. Begabtenförderung
s.a. Sonderunterricht

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehrerbildung und -fortbildung

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/503

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Angebote von Arbeitsgemeinschaften und des Erweiterten Bildungsangebots sowie von Förder- und Stützunterricht, Kürzung zugunsten des Pflichtunterrichts? Ausgestaltung der Sprachkurse für ausländische Kinder und Aussiedler, Vorbereitung der Lehrkräfte auf die Förderung sprachbenachteiligter ausländischer Jugendlicher

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, Ausbau der Kooperationsstunden der sonderpädagogischen Dienste, Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Integration von Rechenschwäche in die VwV zur Förderung von Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, Bereitstellung von Schulsozialarbeit und Angebote für besonders leistungsfähige Schüler, Integration von behinderten Kindern, Lehrerfortbildung für das Lernen mit dem Computer, Verdoppelung der Springerreserve, Absenkung des Klassenteilers

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/636

Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr
s. *Lernbehinderung*
Drs 13/927

Bedarf an Lehrerstunden im Schuljahr 2002/2003

Angemeldeter Bedarf und tatsächliche Zuweisung von Lehrerstunden im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, für Arbeitsgemeinschaften, bei Stütz- und Förderunterricht, Kursen u.a. an den einzelnen Schularten

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1177

Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und Rechtschreibens

Überarbeitung der Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Legasthenie von 1978, Aufnahme der Lehrerbildung und -fortbildung sowie anderer Teilleistungsstörungen, entsprechende Ausrichtung der Diagnose und Unterrichtsmethoden

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/1187

Modellprojekt LIPSA (Lern-, Interessen-, persönlichkeitsbildende Schüler-Angebote)

Zahl der am o.g. Projekt sowie am Reformvorhaben „Guter Start in der Hauptschule“ beteiligten Schulen, Klassen und Unterrichtsstunden; Bewertung der erzielten Ergebnisse

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 13/1426

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KIAnfr

s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Unterrichtsversorgung im LKreiss Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Individuelle Förderung anstelle von Klassenwiederholungen

Entwicklung der Zahlen von Nichtversetzungen nach Ursachen, Schularten, Fächern, Regionen und Geschlecht seit 1993; Höhe der Kosten für das Land und die Kommunen; individuelle Förderung leistungsschwächerer Schüler in Ganztagschulen nach dem Vorbild der bei der PISA-Studie erfolgreich positionierten Länder; Verringerung der Quote von Klassenwiederholungen, Umleitung der dadurch eingesparten Mittel in ein System der individuellen Förderung

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2351

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Geplante Änderung der Versetzungsordnung

Gründe, Ausgestaltung und Auswirkungen der o.g. Novellierung; betroffene Schüler, Schularten, Klassenstufen und Fächer; Reduzierung der Klassenarbeiten, Zulassung anderer Formen der Leistungsbeurteilung; Art und mögliche Vorbereitung einer Nachprüfung zur Vermeidung der Nichtversetzung; Abschaffung des Versetzungssystems zugunsten einer individuellen Förderung der Schüler

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2920

Kontingenzstundentafel und Chancengleichheit auf Bildung

Zustehende und zugewiesene Wochenstunden für Hauptschüler, Werkrealschüler, Realschüler und Gymnasiasten bzw für den Kernbereich, Wahlpflichtbereich, Erweiterungs- und Ergänzungsbereich; Beeinträchtigung der Stütz- und Fördermaßnahmen in den Klassen 5-7? Gleichbehandlung der Schüler aller allgemein bildenden Schulen bei der Unterrichtsversorgung

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3089

FörderlehrerInnen an Grundschulen; erster Schritt zum Aufbau eines Unterstützungssystems an den allgemeinen Schulen

Einrichtung eines Unterstützungssystems für schwächere, lernbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder an der Grundschule; Bündelung von Stütz- und Förderstunden, Einstellung zusätzlicher Sonderschullehrkräfte und Fachlehrer

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 19.05.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3229
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 28-30
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Verfügbare Stundenzahl an den allgemein bildenden Schularten für Lehrerreserve/Krankheitsvertretung, Stütz- und Förderunterricht, Förderunterricht für ausländische und rechenschwache Kinder sowie Legastheniker, für Arbeitsgemeinschaften, zusätzliche Klassen u.a. Maßnahmen; Vergleich der Daten des abgelaufenen Schuljahres mit denen der Schuljahre zuvor

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3473

Pforzheimer Hauptschulprojekt FIT - fördern - integrieren - trainieren; Zukunft der sozialpräventiven Maßnahme zur Sicherung des Hauptschulabschlusses

Auswirkungen des Projekts auf die Motivation, Stabilisierung und den Lernerfolg der Schüler; Möglichkeiten für eine Fortsetzung auch nach dem Auslaufen der ESF-Mittel - evtl über Mittel der Landesstiftung oder aus dem Lehrbeauftragtenprogramm

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/4497

Unterrichtsversorgung im LKreiss Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4598

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*

Drs 13/4746

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4800

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Leserechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4819

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4912

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/5002

Stütz- und Förderunterricht iRd „offenen Schule am Nachmittag“

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461

Investitionen in Fördermaßnahmen an Hauptschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1004

Kritik an der Streichung von Stütz- und Förderunterricht

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1760 1761

Kritik an der Streichung von Stütz- und Förderunterricht

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6842

Notwendigkeit von Förderunterricht für schwache Schüler am Nachmittag, Verweisung auf die Kürzung des Förderunterrichts

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7215 7231 7236 7243

Verweisung auf die Kürzung des Förderunterrichts, Verbesserung der Deutschkenntnisse von jugendlichen Migranten durch Stütz- und Ergänzungsunterricht an der Berufsschule

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7654 7655

Kritik an der Kürzung von Stütz- und Förderunterricht, Beklagung einer mangelnden Förderung schwächerer Schüler

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7951 7996

Folsäure*Folsäureanreicherung von Grundnahrungsmitteln*

Einschätzung der o.g. Möglichkeit zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und der erwarteten Effekte, insbes zur Vermeidung von Missbildungen in der Schwangerschaft; Frage nach internationalen Erfahrungen und der Bewertung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung; Art und Auswirkungen einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Jod und Fluor

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 19.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3667

BeschlEmpf und Bericht SozA 25.11.2004 Drs 13/4187 S. 44 45

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Fonds „Deutsche Einheit“s. *Deutsche Einheit***Forchheim***Konzeption für ein zukunftsorientiertes „Grünes Zentrum Boxberg“*

Vorlage der o.g. Konzeption, ausschließliche Etatisierung von Planungskosten für die Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg nach dem Hpl 2002/03?

MdlAnfr

s. *Grünes Zentrum Boxberg*

Drs 13/912

Mehrkosten einer Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg, Eintreten für den Erhalt des Standorts Forchheim

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1520

Forensische Kliniks. *Psychiatrie***Forensische Medizin**s. *Rechtsmedizin*

Formel 1

s. *Motorsport*

Formular

s. *Vordruck*

Forschung

s.a. *Agrarforschung*
 s.a. *Akademie der Wissenschaften*
 s.a. *Altersforschung*
 s.a. *Astronomie*
 s.a. *Bildungsforschung*
 s.a. *Biotechnologie*
 s.a. *Brennstoffzelle*
 s.a. *Drittmittelförderung*
 s.a. *Energieforschung*
 s.a. *Erfindung*
 s.a. *Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissenschaftenverarbeitung*
 s.a. *Forschungszentrum Karlsruhe*
 s.a. *Fraunhofer-Gesellschaft*
 s.a. *Gentechnologie*
 s.a. *Innovation*
 s.a. *Kernforschung*
 s.a. *Materialprüfung*
 s.a. *Max-Planck-Gesellschaft*
 s.a. *Medizinische Forschung*
 s.a. *Technologietransfer*
 s.a. *Umweltforschung*

Handwerkspolitik in BW

Unterstützung von Verbundforschungsprojekten iRd Zukunftsoffensive III, Förderung der Bildungs- und Technologiezentren

Antr
 s. *Handwerk*
 Drs 13/46

Memorandum der LReg zum 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union

Vorstellungen zu den Vorschlägen der EU-Kommission für ein 6. Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration sowie für den EURATOM-Bereich für die Jahre 2002-2006

Mittlg MWK 16.10.2001 Drs 13/323
 BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/399 (31 S.)
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 599-613

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 23)

Landesinteresse bei Zuwendungen an außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 XVIII. S. 6
 PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
 Mittlg LReg 06.09.2002 Drs 13/1303

Forschungsfinanzierung durch die Landesstiftung BW

Darlegung der gestellten, abgelehnten und bewilligten Anträge aus den Hochschulen differenziert nach thematischen Korridoren, Bewilligungssummen und -zeiträumen, nach evtl Komplementär- und Folgefinanzierung; Ergebnis der jeweiligen

Prüfung der Gemeinnützigkeits-Voraussetzungen; Einbeziehung von bewährten Institutionen, Verfahren und Standards zur Bewertung der Projekte, Konsequenzen aus den Ergebnissen

Antr SPD 28.11.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/492
 PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2265-2272

Bedeutung und Entwicklung der Verbundforschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in BW

Umfang und Zielprojekte der o.g. Förderung seit 1996, Vergleich mit Bayern und RPF, beteiligte Einrichtungen und Unternehmen, Beurteilung der Studiengänge an der FH Aalen und der BA Villingen-Schwenningen sowie des Programms „Innovationsassistent“, Ausgestaltung der Regelungen und Schutzrechte über die Verwertung der Forschungsergebnisse

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 19.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/584 (12 S.)
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 20 21
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Neue Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Hochschulen

Auswirkungen der Neuregelung der Professorenbesoldung auf den Landeshaushalt; Einrichtung der neuen Stellen an den Hochschulen; Ausgestaltung und Kriterien der Leistungszulagen in Forschung und Lehre, zeitliche Beschränkung der Zulagen und Evaluation der Leistungen; Einführung eines Systems der Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Vergleichbarkeit

Antr
 s. *Hochschule*
 Drs 13/634

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Gemeinsamer Standpunkt des Rates zum 6. Forschungsrahmenprogramm (2002-2006)

Mittlg
 s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
 Drs 13/822

Forschung und Innovationen im Bereich des Verkehrs

Anmeldung und Aufnahme von Projekten des Straßen- und Schienenverkehrs im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU, Zeitplan und Effizienz des Mitteleinsatzes und Umsetzung der Ergebnisse

KIAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 20.03.2002 und Antw MWK Drs 13/876

Entwicklung der Patentanmeldungen

Rückläufigkeit o.g. Zahlen und damit Verlust der Spitzenposition unter den BLändern, Ursachen und Auswirkungen, insbes auf die technologische Leistungsfähigkeit der Unternehmen; Hinwirkung auf ein europäisches Gemeinschaftspatent, Einrichtung eines Dienstleistungszentrums für Erfinder, Förderung der wirtschaftsnahen Forschung

Antr
 s. *Erfindung*
 Drs 13/978

Privat finanzierte Drittmittelforschung an den Universitäten und ihre Bedingungen nach dem jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofs

Darlegung der Einwerbungs- und Abwicklungswege von Drittmitteln und Spenden an den einzelnen Universitäten, Gründung von Fördervereinen zur Umgehung der Universitätsverwaltungen, Anzeige sämtlicher Zuflüsse und Berücksichtigung bei der leistungsbezogenen Ressourcenzuweisung; Novellierung der Drittmittelrichtlinien als Konsequenz auf die o.g. Rechtsprechung, Verschärfung der Transparenz- und Kontrollvorgaben, Reduzierung des Verwaltungsaufwands, Vermeidung der Umgehungsstrukturen von Geldgebern und Wissenschaftlern

Antr

s. *Drittmittelförderung*

Drs 13/1055

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/1093

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten - sog. An-Institute - und der Institute der Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e.V.

Mittlg LReg 19.07.2002 Drs 13/1212 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 24.10.2002 Drs 13/1405 (15 S.)

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200

Mittlg LReg 26.09.2003 Drs 13/2459 (21 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3030 (10 S.)

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4893

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Weiterentwicklung der Städtelandschaft am Oberrhein zu einer grenzüberschreitenden Wissenschafts- und Bioregion, Kooperation zwischen den Hochschulen u.a. Forschungseinrichtungen

GrAnfr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1226

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelinwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr

s. *Freiburg*

Drs 13/1288

Technologieförderung in BW

Verzicht auf globale Kürzungen der Mittel für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung und technischen Entwicklung

Antr

s. *Technologieförderung*

Drs 13/1299

Struktur und Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie in BW

Schwerpunkte und Wachstumsperspektiven o.g. Unternehmen, Impulse für die Forschungsinfrastruktur, Kooperation mit Hochschulen sowie den Raumfahrtbehörden NASA und ESA, Auswirkungen eines möglichen Verkaufs der Anteile von Daimler-Chrysler an der EADS auf den Standort BW, Förderung des Aufbaus eines Kompetenz- und Kooperationsnetzwerks

Antr

s. *Luft- und Raumfahrtindustrie*

Drs 13/1348

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1387

Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik - Aktiv kooperieren, Chancen nutzen!

Konzeption zur Annahme der Beteiligung des Bundes am Ausbau der Ganztagschulen, Unterstützung der Einrichtung einer internationalen Expertenkommission zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens, Beteiligung an den Offensiven zur Verbesserung des Unterrichts an Schulen sowie von Forschung und Lehre an Hochschulen

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/1409

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufen und Drittmittelförderung

GrAnfr

s. *Hochschule*

Drs 13/1489

Ges zur Umwandlung von fünf öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts

Gewährleistung einer einheitlichen steuerrechtlichen Behandlung der anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen im Ressortbereich des WM; Rechtsformwechsel der Deutschen Institute für Textil- und Faserforschung, des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, des Forschungszentrums Informatik an der Universität Karlsruhe, des Instituts für Mikroelektronik und Zentrums für Fertigungstechnik Stuttgart

GesEntw
s. *Stiftung*
Drs 13/1738

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Verzicht auf die Kürzung der Förderung der anwendungsorientierten Forschung und technischen Entwicklung

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 8 S. 51 52
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Mischfinanzierung Hochschule und Forschung; hier: Hochschulbauförderung

Antr
s. *Hochschulbau*
Drs 13/2132

Mischfinanzierung Hochschule und Forschung; hier: Forschungsförderung

Bisherige Finanzierung der Forschungseinrichtungen iRd Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung von Bund und Ländern, Beurteilung der diskutierten Modelle zur Entflechtung der Mischfinanzierung und deren Auswirkungen, Darlegung der Vorstellungen für die angekündigten Verhandlungen mit dem Bundeskanzler

Antr GRÜNE 03.06.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2133
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6734-6742

Forschungskapazitäten im Bereich der Elementarbildung und Frühpädagogik in BW

Vorhandene und notwendige Einrichtungen zur Entwicklung von Hilfen zur pädagogischen Praxis für die Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, interdisziplinäre Kooperationsformen unter Einbeziehung der Didaktik, der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie; Vorlage eines Konzepts zum Ausbau der Kapazitäten

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/2236

Förderung des Tabakanbaus durch die LReg

Förderung der Züchtung von Tabaksamen bzw der Erforschung nikotinärmerer Tabaksorten, Gegenüberstellung der Fördermittel zur Suchtprävention gegen das Rauchen; Frage nach einem neuen Versuch zur Privatisierung der Tabakforschung

KlAnfr
s. *Tabak*
Drs 13/2253

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Baden-Württemberg - Motor für ein modernes Hochschulwesen
Ergriffene und noch notwendige Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Lan-

des, insbes Modernisierung der Strukturen, Verbesserung der Lehre, Flexibilisierung der Professorenarbeitszeit, wissenschaftliche Weiterbildung, international anerkannte Studiengänge, Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft; Transparenz durch Evaluation; Sicherstellung eines ausgewogenen Angebots an Forschung und Lehre

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/2332

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Modernes Hochschulwesen in BW im Spannungsfeld bundespolitischer Rahmenbedingungen

Ergriffene und noch notwendige Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs und der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Landes, insbes Selbstauswahlrecht, neue Finanzierungswege, Deregulierung des Arbeits- und Dienstrechts, Optimierung der Rahmenbedingungen für die Forschung

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/2333

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

„PISA für die Forschung“ - Hervorragende Ergebnisse Baden-Württembergs beim Hochschulranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Ursachenanalyse des guten Abschneidens der süddeutschen Universitäten, Abgleichung mit den landesweiten Evaluationen, Beurteilung der Schaffung eines Instituts für Forschungsbewertung, künftige Rolle der Evaluationsagentur BW; Förderung der Einwerbung von Drittmitteln sowie der Vernetzung der Wissenschaftsbereiche

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2334 (11 S.)
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260-6270

Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Bündelung der Zuständigkeiten für Auslandsaktivitäten und des Standortmarketings für den Hochschul- und Forschungsstandort BW bei der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 13/2676

Haushalt 2004; Epl 07

Genereller Umstieg von der institutionellen Förderung der wirtschaftsnahen Forschung auf eine Projektförderung

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807 13 14 S. 43 44
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen im Forschungsbereich bzw bei der Forschung und Lehre an den Hochschulen; Ausschluss einer Verletzung des Solidarpakts

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2814-1 S. 33 34
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-8 S. 46
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-10 S. 48
EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-12 S. 64 65
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2854-1 S. 2 3
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854-4 S. 8
EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854-5 S. 9 10
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Standort- und Zukunftssicherung des Landes BW durch wirtschaftsnahe Forschungsinstitute

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489-4501

Haushaltsnachschnitte für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

Forschungskosten in BW

Kosten eines Forschungsarbeitsplatzes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen im Vergleich zu den USA differenziert nach Universitäten und Privatwirtschaft, Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung; Entwicklung der Zahlen dieser Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren; Anteile, Zielländer und Gründe für die Abwanderung von Wissenschaftlern aus BW

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 16.06.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3266
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 48 49
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungszuordnungen und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des Landesreisekosten-Ges, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungsGes

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 13/3399

Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen der Region Stuttgart ins Ausland

Verlagerung von Wissenschaftlern und Fachkräften ins Ausland in den letzten Jahren, Einschätzung der weiteren Entwicklung und Auswirkungen, Höhe der Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute seit 2000; stärkere Ausrichtung der Technologieförderung auf kleine und mittlere Unternehmen, Abstimmung der Studiengänge an den Fachhochschulen mit den Bedürfnissen der heimischen Technologie-Unternehmen

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 13.08.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3502 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 20-23
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindertagespflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der

Erzieherinnenausbildung

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Die Zukunftsoffensive IV

Entscheidende Impulse, Konzepte und Personen der o.g. Forschungsoffensive bzw der Entscheidungsvorlage für den Aufsichtsrat der Landesstiftung; Darlegung des Verfahrens, der Kriterien und Beteiligten für die (offene) Ausschreibung und Vergabe der Projekte; Einbeziehung der PH sowie der zuständigen Hochschulgremien angesichts der künftigen Bindungs- und Folgewirkungen der Antragstellungen; Verwendung von Restmitteln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersforschung? Art und Ergebnisse der Evaluation von „Erwin I-IV“ und deren Transparenz; Information des WissA vor der Entscheidung über das Ausschreibungsverfahren

Antr SPD 10.03.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4136
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7331-7350
BeschlEmpf FinA 17.11.2005 Drs 13/4839 II. S. 26
BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2005 Drs 13/4840 S. 45 49
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ausgestaltung der Zukunftsoffensive IV

Thematische und institutionelle Ausgestaltung der o.g. Forschungsoffensive; Kriterien, Konzepte, Entscheider und Zeiträume der Mittelvergabe; Abstimmung mit der Clusterbildung der Forschungsleitlinien; Förderung von (weiblichen) Nachwuchswissenschaftlern sowie der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten mit kleinen und mittelständischen Unternehmen; Partizipation der Geistes- und Sozialwissenschaften; Förderung von internationalen Kooperationen zwischen Universitäten; Einbindung des MWK sowie der Hochschulrektoren

Antr GRÜNE 24.03.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4181

Innovationsstandort BW

Bedeutende Innovationen für den Wirtschaftsstandort in den letzten fünf Jahren, Zahl der Patente, Stellenwert der Universitäten und wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, unterstützende Rolle von Veranstaltungen wie Messen oder Kongresse, geplante Maßnahmen für die nächsten Jahre

Antr
s. *Innovation*
Drs 13/4212

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
7. *Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4348

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Mitteinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region,

Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. Ulm
Drs 13/4584

Neuorientierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Landesakademie)

Umsetzbarkeit der vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen zum Akademienprogramm und ihre jeweiligen Auswirkungen, insbes der Konzentration auf langfristig angelegte geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung, der vorzeitigen Beendigung von Vorhaben wie des Projekts „Wörterbuch des Spanischen des Mittelalters“, Beeinflussung von Synergieeffekten im Lexikographiezentrum Rhein-Neckar, Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen, insbes in der Ausbildung und Lehrbeteiligung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Entwicklung der Finanzausstattung und Zuwendungen des Landes im Vergleich zu anderen Landesakademien, Rückfluss von Mitteln durch vorzeitige Beendigung von Projekten?

GrAnfr
s. Akademie der Wissenschaften
Drs 13/4762

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten -Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Spezifische Programme zum 7. Forschungsrahmenprogramm EG und zum 7. Rahmenprogramm Euratom

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/4989

Forschung als Motor für Arbeit und Wirtschaft

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880-7892

Niveau der Forschungsinvestitionen in BW und bundesweit

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44-46 48 49 58

Forschungsinvestitionen und -infrastruktur im Land, Erringung renommierter Forschungspreise durch Forscher aus BW, Neuorientierung der Forschungsförderung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 406-408 410 411

Untersuchung der Förderung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch den RH

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 548 549

Forschungsfinanzierung durch die LStiftung BW

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 702 703

Mittelbereitstellung zur Förderung der neuen Technologien, für Verbundforschung und Forschungseinrichtungen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 844 856

Forschungsfinanzierung durch die LStiftung BW, Forschungsinvestitionen und -infrastruktur im Land

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 948 954 966 968 969 971 974 975 977-980

Forschungsfinanzierung durch die LStiftung BW

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1101

Kompetenz der EU für Großforschungsprojekte

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1471

Forschungslandschaft im Raum Karlsruhe, Beratung und Finanzierung von Existenzgründern, Aufwendungen der öffentlichen Hand für Forschung und Entwicklung

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518 1521-1524 1526-1529 1555 1556

Forschungsfinanzierung durch die LStiftung BW, Bezeichnung des Landes als forschungsintensivste Region in Europa

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1575-1579 1583 1634 1639

Kritik an der Rücknahme der angekündigten Erhöhung der Forschungsmittel durch die BReg; Mehrausgaben zur Forschungsförderung in BW

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625 2628 2629 2631 2655 2656

Wahrnehmung der Großforschungspolitik durch die EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3311

Ausbau der Forschungsinfrastruktur als Fundament des Wohlstands in BW, internationaler Vergleich der Forschungsinvestitionen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600-3603 3622 3632 3633

Verzicht auf die Kürzungen im Forschungsbereich, Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4018 4022 4025 4031 4039 4041

Forschungsfinanzierung durch die LStiftung BW; Verzicht auf die Kürzungen im Forschungsbereich; Kritik an der Mittelkürzung des Bundes für die Großforschungseinrichtungen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152-4154 4156 4157 4159 4163-4170

Feststellung einer Spitzenposition des Landes im Forschungs- und Wissenschaftsbereich, Höhe des Mitteleinsatzes im Vergleich zum Bund, Anregung einer Stiftung für Spitzenforschung auf Bundesebene

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4235-4247 4283 4286 4288 4292 4294 4296-4298

Verzicht auf die Kürzungen im Forschungsbereich, internationaler Vergleich der Forschungsinvestitionen

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4444 4460

Niveau der Forschung in Osteuropa; Forschungsfinanzierung durch die LStiftung BW

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4774 4777 4816 4818 4819

Kritik an den Kürzungen im Forschungsbereich, internationaler Vergleich der Forschungsinvestitionen; bessere Zusammenführung von Forschung und Produktion

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4975 4976 5021

Feststellung einer Spitzenposition im Forschungs- und Wissenschaftsbereich, Höhe des Mitteleinsatzes im Vergleich zum Bund

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5135 5137 5140 5142 5161

Feststellung einer Spitzenposition des Landes im Forschungs- und Wissenschaftsbereich, Höhe des Mitteleinsatzes im Vergleich zum Bund; Einführung einer Forschungszulage

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190-5192 5195 5197 5198 5200-5204 5227 5229 5260

Internationale Konkurrenzfähigkeit der Forschung in Deutschland, Notwendigkeit eines Gestaltungs-föderalismus, Festhalten an der Zuständigkeit des Bundes für die Forschungsförderung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5498 5504 5506 5508 5536 5538 5540-5543

Verhinderung einer Streichung der Eigenheimzulage zugunsten der Forschung, Förderung beider Bereiche; Ankündigung eines neuen Forschungsprogramms durch den MinPräs

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5573 5590-5592

Investitionen in die Forschung und Entwicklung

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643-5645

Vergleich des Mitteleinsatzes für die Forschung mit anderen BLändern, Abwendung der vorgesehenen Kürzungen für die wirtschaftsnahe Forschung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5799 5806 5807 5811-5813 5818 5819 5824 5827

Positionsbestimmung zur Forschungsentwicklung in Deutschland; Abwendung der vorgesehenen Kürzungen für die wirtschaftsnahe Forschung; Vergleich der Forschungsausgaben mit dem Bundesdurchschnitt

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5868 5869 5882 5883 5896

Bedeutung des Landes als Forschungsstandort, Beurteilung der angekündigten Forschungs-offensive „Erwin IV“; Anstrengung einer vollen Kostendeckung bei der Forschungsförderung der Hochschulen; Stimulanz der Kooperation von Wirtschaft und Forschung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5964 5966 5968 5969 5971 5972 5976 5977 6014 6015 6017 6018 6021 6022 6025 6029 6033

Investitionen in die Forschung und Entwicklung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6146 6149 6158

Spitzenstellung des Landes in der Forschung, Ausbau der Vernetzung von Forschung und Wirtschaft, Ausstattung und Ziele der neuen Forschungs-offensive

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6402 6406-6408 6436 6439 6451

Bedeutung des Technologietransfers in die Betriebe, Kritik an der Kürzung der Fördermittel für die wirtschaftsnahe Forschung, Höhe der Forschungsinvestitionen, Fortsetzung mit der Zukunfts-offensive IV

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6470 6487 6489 6494

Verständigung von Bund und Ländern über die Exzellenzinitiative zur Förderung von Spitzenforschung an den Universitäten, Höhe der Forschungsausgaben des Landes im internationalen Vergleich

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6878-6885

Beibehaltung der gemeinsamen Zuständigkeit von Bund und Ländern für die Forschungsförderung; Dichte des Netzes an Forschungseinrichtungen in BW; Förderung der Grundlagenforschung über die Zukunfts-offensive IV sowie der anwendungsorientierten Fraunhofer-Institute; Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Forschungsstandort BW

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7286 7293 7294 7297 7299 7316 7319 7324 7335 7337 7340-7344 7346

Förderung der Grundlagenforschung über die Zukunfts-offensive IV; Unterstützung der wirtschaftsnahen Forschung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7399 7450

Verweisung auf die Initiative des Bundes zur Förderung der Spitzenforschung bzw zur Vollkostenfinanzierung der Forschung; Erfolgsbewertung der Regelung zur Einwerbung von Drittmitteln im Forschungsbereich

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7598 7599 7631 7632

Forschungs- und Materialprüfungsanstalt

s. *Materialprüfung*

Forschungsfinanzierung

s. *Forschung*

Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung

Ges zur Umwandlung von fünf öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts

Gewährleistung einer einheitlichen steuerrechtlichen Behandlung der anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen im Ressortbereich des WM; Rechtsformwechsel der Deutschen Institute für Textil- und Faserforschung, des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, des Forschungszentrums Informatik an der Universität Karlsruhe, des Instituts für Mikroelektronik und Zentrums für Fertigungstechnik Stuttgart

GesEntw

s. *Stiftung*

Drs 13/1738

Zukunft des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) an der Universität Ulm

Umwandlung des FAW in eine Stiftung bürgerlichen Rechts, Ermöglichung des Fortbestands über den 31.12.2004 hinaus, Finanzierung über die Landesstiftung

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 18.02.2003 und Antw WM Drs 13/1798

Umwandlung des FAW in eine Stiftung bürgerlichen Rechts, Ermöglichung des Fortbestands über den 31.12.2004 hinaus

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2788-2791

Forschungsprojekt

s. *Forschung*

Forschungsrahmenprogramm

s. *Forschung*

Forschungszentrum Karlsruhe

Sicherheitskonzept des Forschungszentrums Karlsruhe

Übertragung der Einsatzleitung auf die Werksfeuerwehr, Beeinträchtigung der Sicherheit durch die gleichzeitige Zuständigkeit für atomrechtliche Gefahren und Störfälle sowie für den Brandfall; Erarbeitung und Vorlage einer neuen Sicherheitskonzeption im Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 16.12.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2737
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 40 41
 PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Risiken durch den Rückbau der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung (HAWC)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Ergebnisse entsprechender Verhandlungen des WM mit der Energiewirtschaft, Beurteilung der Anlagensicherheit gegen Einwirkungen von außen

Antr
 s. *Entsorgung*
 Drs 13/4163

Planungen und Kostenentwicklung des weiteren Rückbaus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans für den Rückbau und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Beeinflussung des Zeitplans durch die Kostensteigerungen sowie Trennung des Forschungszentrums Karlsruhe von einer durchführenden Firma

Antr
 s. *Entsorgung*
 Drs 13/4189

Neustrukturierung der Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) einschließlich HAWC-Lagerbetrieb

Mittlg
 s. *Entsorgung*
 Drs 13/4581

Zusammenarbeit des Forschungszentrums mit der Technologieregion Karlsruhe

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490

Forst

s. *Wald*

Forstamt

s. *Forstverwaltung*

Forstbediensteter

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungGes BW -EurUG-)
 Änd der VO über die Dienstkleidung für den Forstdienst

GesEntw
 s. *Währung*
 Drs 13/313

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 10) - Wirtschaftlichkeit von Revierleitergebäuden (Drs 12/5701 VII. S. 3)

Mittlg
 s. *Forstgebäude*
 Drs 13/599

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 11) - Werksmietwohnungen für Waldarbeiter (Drs 12/5701 VIII. S. 3 4)

Mittlg
 s. *Dienstwohnung*
 Drs 13/623

Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Holzeinschlag aufgrund des tödlichen Unfalls durch einen herabstürzenden Ast bzw nach der Androhung strafrechtlicher Verfolgung der verantwortlichen Forstbeamten durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Minderung des erhöhten Berufsrisikos der Forstbediensteten iRd Fürsorgepflicht

KIAnfr Rolf Gaßmann SPD 13.02.2002 und Antw MLR Drs 13/738

Personalentwicklung innerhalb der Landesforstverwaltung BW

Umsetzung des vorgesehenen Personalabbaus, Vorgaben für den Umfang von Neueinstellungen, Kriterien für die Einstellung im gehobenen und höheren Dienst, Vergleich mit anderen BLändern, Anerkennung des Forstdienstes als technischer Dienst, Anstreben einer Anstellung in der privaten Wirtschaft durch FH-Absolventen mit überdurchschnittlichen Prüfungsleistungen

Antr
 s. *Forstverwaltung*
 Drs 13/791

Einsparabsichten und Anwendung der NSI in der Forstverwaltung

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Forstverwaltung seit 1997, geplanter weiterer Personalabbau durch Zusammenlegung von Abteilungen und Referaten im Ministerium sowie Einführung der NSI, Festhalten am Einheitsforstamt oder Fortführung der Privatisierung?

Antr
 s. *Forstverwaltung*
 Drs 13/1480

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr
 s. *Forstverwaltung*
 Drs 13/2602

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkswohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/3658

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung beim Vor-Ort-RegPräs bzw L Vermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die ehrenamtlichen Pharmazieräte auf die RegPräs; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Personalplanung*

Drs 13/4963

Forstbehörde

s. *Forstverwaltung*

Forstdienst

s. *Forstbediensteter*

Forstdirektion

s. *Forstverwaltung*

Forstgebäude

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 10) - Wirtschaftlichkeit von Revierleitergebäuden (Drs 12/5701 VII. S. 3)

Mittlg LReg 20.12.2001 Drs 13/599

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.03.2002 Drs 13/875

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Mittlg LReg 10.12.2003 Drs 13/2728

BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2929

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Mittlg LReg 19.09.2005 Drs 13/4642

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 11) - Werksmietwohnungen für Waldarbeiter (Drs 12/5701 VIII. S. 3 4)

Mittlg

s. *Dienstwohnung*

Drs 13/623

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung

von Werkswohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/3658

Installation einer Holzheizung im Forstamt Sankt Märgen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1378

Forstgesetz

s. *Waldgesetz*

Forsthaus

s. *Forstgebäude*

Forstlicher Hauptstützpunkt

s. *Forstverwaltung*

Forstmaschine

s. *Landmaschine*

Forstschaden

Wirtschaftliche und technische Folgewirkung des Orkans Lothar vom Dezember 1999

Angefallene Holzmengen durch die Sturmkatastrophe und Folgeschäden durch Borkenkäfer, Auswirkungen auf die forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen, Unterstützung durch die Landesforstverwaltung bei der Bewältigung der Sturmschäden, Darlegung der ausgelösten technischen und organisatorischen Entwicklungen bei der Holzernte

Antr

s. *Unwetter*

Drs 13/740

Sondergenehmigung für Transport von Holz aus Nasslagern

Darstellung o.g. Holzmengen aus der Sturmkatastrophe Lothar sowie der Zeitperspektive für den Abtransport zur verarbeitenden Industrie

Antr

s. *Holz*

Drs 13/990

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Schwarzwald; Auswirkungen auf den Hochwasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/1027

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Situation der Waldschäden, Auswirkungen auf den Tourismus, Verbesserungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1243

Waldschäden durch Jahrhundertsommer 2003

Auswirkungen des trockenen Sommers und der geringen Winterniederschläge auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Holzarten und unter Berücksichtigung der Sturmfolgen; Unterstützung der Waldbauern durch Maßnahmen der Forstverwaltung u.a.

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 16.03.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3024

Dürreschäden in den Wäldern des LKreises Schwäbisch Hall

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und der geringen Winterniederschläge, Bewirkung verstärkter Holzeinschläge, Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Bewältigung der Schadensaufarbeitung durch die Forstverwaltung?

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 08.04.2004 und Antw MLR Drs 13/3109

„Sahelzone in BW?“ - Dürreschäden im Wald und Auswirkungen

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und des seither anhaltenden Niederschlagsmangels auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Baumarten und LKreisen; Folgen der verstärkten Holzeinschläge auf dem Holzmarkt; Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Hilfen vonseiten des Landes, des Bundes und der EU

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 21.04.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3127

Anhaltende Waldschäden durch den Jahrhundertsommer 2003

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054-5066

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Anteil der Emissionen von Kraftfahrzeugen, Heizungen und Kraftwerken an den Waldschäden; Entwicklung des Kraftstoff- und Heizölverbrauchs seit 1999; Aufstockung der Förderprogramme im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Altbaumodernisierung; Ausweitung des Pilotprojekts der Brennstoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg; Förderung des Anbaus und der Nutzung biogener Kraftstoffe; Forcierung der Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3865

Waldzustandsbericht 2004 - Maßnahmen zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Wälder

Aufwand und Effizienz der Waldkalkung zur Kompensation der Schadstoffeinträge, Höhe der finanziellen Förderung der Kalkung des Kommunal- und Privatwaldes durch den Bund und die EU, Gründe und Folgen der Anweisung an die Forstverwaltung zum Verzicht auf die Kalkung im Staatsforst

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 13/3959

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Ausmaß und Auswirkungen der Orkanschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4484

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Ausmaß und Auswirkungen der Orkanschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Ausmaß und Auswirkungen der Orkanschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

Bereitstellung weiterer Mittel zum Ausgleich der Schäden durch den Sturm Lothar

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 207

Folgeschäden des Orkans Lothar vom Dezember 1999, Auswirkungen auf die Forst- und Holzwirtschaft, Erhaltung der Ausgleichszulage Wald

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1048

Sturmschäden in den Wäldern infolge der Klimaveränderungen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1833

Entwicklung der Waldschäden; Lob für die Holzlagerung nach dem Orkan Lothar

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4136 4138

Forstverwaltung

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-) Änd des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Ges

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Holz einschlag aufgrund des tödlichen Unfalls durch einen herabstürzenden Ast bzw nach der Androhung strafrechtlicher Verfolgung der verantwortlichen Forstbeamten durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Minderung des erhöhten Berufsrisikos der Forstbediensteten iRd Fürsorgepflicht

KlAnfr
s. *Forstbediensteter*
Drs 13/738

Wirtschaftliche und technische Folgewirkung des Orkans Lothar vom Dezember 1999

Angefallene Holzmen gen durch die Sturmkatastrophe und Folgeschäden durch Borkenkäfer, Auswirkungen auf die forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen, Unterstützung durch die Landesforstverwaltung bei der Bewältigung der Sturmschäden, Darlegung der ausgelösten technischen und organisatorischen Entwicklungen bei der Holzerte

Antr
s. *Unwetter*
Drs 13/740

Personalentwicklung innerhalb der Landesforstverwaltung BW

Umsetzung des vorgesehenen Personalabbaus, Vorgaben für den Umfang von Neueinstellungen, Kriterien für die Einstellung im gehobenen und höheren Dienst, Vergleich mit anderen BLändern, Anerkennung des Forstdienstes als technischer Dienst, Anstrengung einer Anstellung in der privaten Wirtschaft durch FH-Absolventen mit überdurchschnittlichen Prüfungsleistungen

Antr FDP/DVP 27.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/791

Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings BW“; hier: Grundstückstausch zwischen dem Land (Staatsforstverwaltung) und der Stadt Hockenheim

Antr
s. *Motorsport*
Drs 13/995

Erhebung von Gebühren für umweltpädagogische Veranstaltungen von Bildungseinrichtungen durch die Forstverwaltung

Hinwirkung auf gebührenfreie Genehmigung von Waldexkursionen bzw Erteilung einer Pauschalgenehmigung für die o.g. Einrichtungen

Antr
s. *Umwelterziehung*
Drs 13/1140

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1996 des RH zur LHR von BW für das Hj 1994 (Nr. 20) - Neuordnung der Inventur im öffentlichen Wald (Drs 12/1756 Ziff 1 und 2)

Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1189

Windkraftnutzung im Staatswald

Erschwerung o.g. Energienutzung durch Verweigerung von Baulasten und einer grundbuchmäßigen Absicherung sowie unverhältnismäßig hohe Gebühren für den Vorvertrag und den Betrieb der Anlagen; Abbau dieser von der Forstdirektion Freiburg gerichteten Hemmnisse

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/1289

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneueordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Einsparabsichten und Anwendung der NSI in der Forstverwaltung

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Forstverwaltung seit 1997, geplanter weiterer Personalabbau durch Zusammenlegung von Abteilungen und Referaten im Ministerium sowie Einführung der NSI, Festhalten am Einheitsforstamt oder Fortführung der Privatisierung?

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 08.11.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1480
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.01.2003 Drs 13/1855 S. 52-54
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Ges sowie des FinanzausgleichsGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Anteil und Stellung in Berufs- und Umweltschutzverbänden, in der Landwirtschafts- und Forstverwaltung; Programme zur Unterstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1917

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneueordnung, Ernährungsberatung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für

Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2070

Verwaltungsreform und Forstwirtschaft

Zuständigkeit für Bewirtschaftung, Wegebau und Holzvermarktung im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald nach Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2077

Pachtverträge zur Nutzung von Windenergie auf Landesliegenschaften

Voraussetzungen, Verfahren und Höhe der Pachtzahlungen für o.g. Verträge; Bedingungen für Gestattungsverträge zur Nutzung von landeseigenen Forstwegen bzw Übernahme von Baulasten für Abstandsflächen bei Windkraftanlagen; Frage nach einer restriktiven Haltung der Forstverwaltung

KlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2252

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2267

Subsidiaritätsprinzip in der Forstwirtschaft

Anschaffung und Einsatz eines neuen Hochleistungsharvesters durch die Forstverwaltung, Auswirkungen auf die Auftragsvergabe und Überlebensfähigkeit der forstwirtschaftlichen Privatunternehmen; Stilllegung und Veräußerung der alten Regiemaschine, vorrangige Nutzung der neuen Maschine zu Ausbildungszwecken

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/2321

Zukunft der Forstlichen Hauptstützpunkte

Bewertung als eigenständige Einheiten aufgrund des überregionalen Aus- und Weiterbildungsangebots, Eingliederung in die RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform?

MdlAnfr 2) Gerd Teßmer SPD 22.10.2003 Drs 13/2480
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3746

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr SPD 12.11.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2602
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Neuerliche breitflächige Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Begründung bzw Begutachtung der Notwendigkeit der erneuten massiven Fällungen; Überschreitung der beim Verkehrssicherungshieb maßgeblichen Grenze? Vorschaltung einer Einzelbaumpfückung, Untersuchung des Untergrunds und Hinzuziehung externer Sachverständiger vor künftigen Aktionen

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/2656

Neuanschaffung von Forstmaschinen durch das Land

Anweisung der Forstämter zur Anschaffung und zum Einsatz von Regiemaschinen ohne Nachweis der Wirtschaftlichkeit

MdlAnfr
s. *Landmaschine*
Drs 13/2691

Waldpädagogik in BW - Auswirkungen der Verwaltungsreform

Verankerung der Waldpädagogik als Bestandteil der Umweltpädagogik in den neuen Bildungsplänen; Kooperation und Miteinsatz der Forstverwaltung und des KM; Auswirkungen der Verwaltungsreform auf das Haus des Waldes in Stuttgart, auf die Waldklassenzimmer in Karlsruhe und Mannheim, die vier Waldschulheime u.a. Einrichtungen; Verhinderung eines Abbaus der Kapazitäten

Antr
s. *Wald*
Drs 13/2798

Ausbau der Windkraftnutzung in BW; hier: Regionalplanung

Bereitschaft der Forstverwaltung zum Abschluss von Pachtverträgen für ausgewiesene Vorrangstandorte im Bereich des Staatsforstes

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2997

Waldschäden durch Jahrhundertssommer 2003

Auswirkungen des trockenen Sommers und der geringen Winterniederschläge auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Holzarten und unter Berücksichtigung der Sturmfolgen; Unterstützung der Waldbauern durch Maßnahmen der Forstverwaltung u.a.

Antr
s. *Forstschaden*
Drs 13/3024

Nutzung von staatlichen Waldwegen durch Betreiber von Windkraftanlagen

Generelle Untersagung der o.g. Nutzung durch die Forstdirektion Freiburg und das Landratsamt Rastatt auf Weisung des MLR

MdlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3056

Verbot der Nutzung staatlicher Waldwege durch Windkraftbetreiber

Rechtsgrundlage, Ziele und Auswirkungen o.g. Weisung an die Forstbehörden; Vertrauensschutz für im Bau befindliche Anlagen bzw bei der Ersetzung alter durch neue Anlagen; umgehende Rücknahme der Weisung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3099

Dürreschäden in den Wäldern des LKreises Schwäbisch Hall

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und der geringen Winterniederschläge, Bewirkung verstärkter Holzeinschläge, Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Bewältigung der Schadensaufarbeitung durch die Forstverwaltung?

KlAnfr
s. *Forstschaden*
Drs 13/3109

Ausbauperspektive und Potenziale der Windkraftnutzung auf den ausgewiesenen Vorrangflächen der Regionalverbände

Auflistung o.g. Flächen auf der Grundlage des alten und neuen Landesplanungsges; Attraktivität, Besitzverhältnisse und Erreichbarkeit dieser Standorte; möglicher Beitrag zur Stromerzeugung, insbes auch bei Ersetzung alter durch neue Anlagen; Rücknahme der Weisung an die Forstbehörden auf Untersagung der Nutzung von staatlichen Waldwegen

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3226

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkwohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3658

Waldzustandsbericht 2004 - Maßnahmen zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Wälder

Aufwand und Effizienz der Waldkalkulation zur Kompensation der Schadstoffeinträge, Höhe der finanziellen Förderung der Kalkulation des Kommunal- und Privatwaldes durch den Bund und die EU, Gründe und Folgen der Anweisung an die Forstverwaltung zum Verzicht auf die Kalkulation im Staatsforst

KlAnfr
s. *Wald*
Drs 13/3959

Betreuung der Privatwaldbesitzer durch die in die Landratsämter eingegliederten Forstverwaltungen

Fortführung der kostenlosen forstwirtschaftlichen Beratung der Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften?

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/4034

Maschinenkonzeption der Landesforstverwaltung BW

Umfang und jeweilige Kosten der Holzaufarbeitung durch die Forstverwaltung und Privatunternehmen seit 1998; Zahl, Stützpunkte und Einsatz der staatlichen Regiemaschinen; Kriterien der Auftragsvergabe an private Forstunternehmer; Auswirkungen der Neustrukturierung der Forstverwaltung iRd Verwaltungsreform

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/4344

Konkurrenz bei der Holzvermarktung zwischen den Forstbetriebsgemeinschaften und der Kreisforstverwaltung

Beurteilung der neuen Marktsituation infolge der Verwaltungsreform; Umsetzung der Bekenntnisse des MinPräs und MLR zur „Selbstvermarktung im Privatwald“

Antr
s. *Holz*
Drs 13/4717

Waldpädagogik als gesetzlicher Bildungsauftrag der Landesforstverwaltung

Personelle und organisatorische Struktur der Landesforstverwaltung zur Erfüllung des Bildungsauftrags, Entwicklung der Angebote und Teilnehmerzahlen, Sicherung der Qualität der Waldpädagogik als Bestandteil der Umweltpädagogik

Antr
s. *Umwelterziehung*
Drs 13/4891

Einbringung der Forstämter in neu zu schaffende Regionalämter bzw in einen Landesbetrieb

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2373 2379

Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter; Auswirkungen auf die Funktionalität und Einheitlichkeit der Forstverwaltung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2902 2905 2911 2924

Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die Waldbewirtschaftung, Notwendigkeit einer effektiven Forstverwaltung, Ablehnung einer Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3141 3191

Gefährdung einer naturnahen Waldbewirtschaftung nach einheitlichen Kriterien mit der Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3783 3784

Ablehnung einer Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4020 4035

Ablehnung einer Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs, Gefährdung einer naturnahen Waldbewirtschaftung nach einheitlichen Kriterien, Mittelbedarf für Aufforstungsmaßnahmen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4327 4346 4348 4349

Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs, Eintreten für einen Landesbetrieb Forst

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4900 4901 4908-4910 4914-4916 4919 4923 4927 4928 4930-4932 4934 4936 4938-4940

Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs, Eintreten für einen Landesbetrieb Forst

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5014-5017 5019 5028 5029

Würdigung der Leistungen der Forstverwaltung bei der Aufarbeitung der Waldschäden durch den Orkan Lothar und die Trockenheit 2003; Problematik der Eingliederung in die LKreise; zusätzlicher Personaleinsatz zur Wiederaufforstung

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054 5057-5066

Personaleinsparungen bei der Forstverwaltung nach den Empfehlungen des RH

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384 6386

Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Gesetz

s. Forstverwaltung

Forstweg

s. Weg

Forstwirtschaft

Zertifizierung in der Forstwirtschaft

Zertifizierung von kommunalem, privatem und staatlichem Waldbesitz; Gründe für die Information des MLR ausschließlich über das PEFC-Bewertungsverfahren; Beurteilung der Verknappung des von Großabnehmern in der Holzverwertung stärker nachgefragten FSC-Holzes und damit Verlegung auf Importe aus Drittländern; Bewertung des Praxisvergleichs zwischen FSC und PEFC iRd Modellprojekts Ostwestfalen-Lippe, Durchführung eines entsprechenden Projekts für BW

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 18.07.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/102

BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.10.2001 Drs 13/358 S. 26 27

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Novelle BNaturschutzGes

Auswirkungen o.g. Pläne auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Land- und Forstwirtschaft, auf die Kommunen u.a.

Antr

s. Naturschutzrecht

Drs 13/363

Heimische Christbäume

Datenentwicklung seit Beantwortung der KlAnfr 12/791; Entwicklung der Marktanteile heimischer und importierter Bäume,

Vergleich der Wettbewerbsbedingungen mit anderen BLändern und EU-Staaten wie Dänemark, Holland oder Frankreich, insbes der Genehmigungspraxis für neue Anbauflächen; Förderung umweltschonender Maßnahmen; Chancen für ein Herkunfts- und Qualitätszeichen bzw Förderung durch die Marketinggesellschaft BW

Antr

s. Weihnachtsbaum

Drs 13/381

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung auf Land- und Forstwirtschaft, Obst- und Gemüsebau

GrAnfr

s. Klima

Drs 13/734

Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Holzeinschlag aufgrund des tödlichen Unfalls durch einen herabstürzenden Ast bzw nach der Androhung strafrechtlicher Verfolgung der verantwortlichen Forstbeamten durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Minderung des erhöhten Berufsrisikos der Forstbediensteten iRd Fürsorgepflicht

KlAnfr

s. Forstbediensteter

Drs 13/738

Wirtschaftliche und technische Folgewirkung des Orkans Lothar vom Dezember 1999

Angefallene Holz mengen durch die Sturmkatastrophe und Folgeschäden durch Borkenkäfer, Auswirkungen auf die forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen, Unterstützung durch die Landesforstverwaltung bei der Bewältigung der Sturmschäden, Darlegung der ausgelösten technischen und organisatorischen Entwicklungen bei der Holzernte

Antr

s. Unwetter

Drs 13/740

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Schwarzwald; Auswirkungen auf den Hochwasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr Thomas Knapp SPD 22.05.2002 und Antw MLR Drs 13/1027

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1996 des RH zur LHR von BW für das Hj 1994 (Nr. 20) - Neuordnung der Inventur im öffentlichen Wald (Drs 12/1756 Ziff 1 und 2)

Mittlg

s. Forstverwaltung

Drs 13/1189

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhalte-

fähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 06.08.2002 und Antw MLR Drs 13/1243

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1451

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1507

SchALVO und MEKA II im Zollernalbkreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1674

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1718

SchALVO und MEKA II im Main-Tauber-Kreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1775

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Verwaltungsreform und Forstwirtschaft

Zuständigkeit für Bewirtschaftung, Wegebau und Holzvermarktung im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald nach Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2077

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2135

Subsidiaritätsprinzip in der Forstwirtschaft

Anschaffung und Einsatz eines neuen Hochleistungsharvesters durch die Forstverwaltung, Auswirkungen auf die Auftragsvergabe und Überlebensfähigkeit der forstwirtschaftlichen Privatunternehmen; Stilllegung und Veräußerung der alten Regiemaschine, vorrangige Nutzung der neuen Maschine zu Ausbildungszwecken

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 01.08.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2321
BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.09.2003 Drs 13/2583 S. 33-35
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/2602

Neuerliche breitflächige Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Begründung bzw Begutachtung der Notwendigkeit der erneuten massiven Fällungen; Überschreitung der beim Verkehrssicherungshieb maßgeblichen Grenze? Vorschaltung einer Einzelbaumprüfung, Untersuchung des Untergrunds und Hinzuziehung externer Sachverständiger vor künftigen Aktionen

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 24.11.2003 und Antw MLR Drs 13/2656

Neuanschaffung von Forstmaschinen durch das Land

Anweisung der Forstämter zur Anschaffung und zum Einsatz von Regiemaschinen ohne Nachweis der Wirtschaftlichkeit

MdlAnfr
s. *Landmaschine*
Drs 13/2691

Haushalt 2004; Epl 08

Streichung von Zuschüssen zur Wiederaufforstung

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-5 S. 26
ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-10 S. 32
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2848-3 S. 4
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Haushalt 2004; Epl 08

Verbesserungen beim Holzverkauf durch Schaffung eines Landesbetriebs Forst

s. *Holz*
Drs 13/2808

Betreuung der Privatwaldbesitzer durch die in die Landratsämter eingegliederten Forstverwaltungen

Fortführung der kostenlosen forstwirtschaftlichen Beratung der Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften?

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 11.02.2005 und Antw MLR Drs 13/4034

Maschinenkonzeption der Landesforstverwaltung BW

Umfang und jeweilige Kosten der Holzaufarbeitung durch die Forstverwaltung und Privatunternehmen seit 1998; Zahl, Stützpunkte und Einsatz der staatlichen Regiemaschinen; Kriterien der Auftragsvergabe an private Forstunternehmer; Auswirkungen der Neustrukturierung der Forstverwaltung iRd Verwaltungsreform

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 13.05.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4344
BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.10.2005 Drs 13/4821 S. 48-50
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4484

Forstwirtschaftliche Verarbeitung von Erdaushub und die steuerrechtlichen Konsequenzen

Gegenseitige Aufrechnung der Vergütungsansprüche aus der o.g. Praxis zwischen Gemeinde und Bauunternehmer, Beurteilung aus abfall- und steuerrechtlicher Sicht, insbes des Verzichts der Gemeinden auf Einnahmen aus der Umsatzsteuer

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 15.07.2005 und Antw MLR Drs 13/4522

Konkurrenz bei der Holzvermarktung zwischen den Forstbetriebsgemeinschaften und der Kreisforstverwaltung

Beurteilung der neuen Marktsituation infolge der Verwaltungsreform; Umsetzung der Bekenntnisse des MinPräs und MLR zur „Selbstvermarktung im Privatwald“

Antr
s. *Holz*
Drs 13/4717

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die badenwürttembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 13/4823

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Land-/Forstwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

EDV-Probleme bei der Antragstellung für europäische Förderprogramme in der Land- und Forstwirtschaft

Feststellung von Flächendifferenzen bei der GAP-Antragstellung aufgrund der Anwendung unterschiedlicher

EDV-Programme, Verwendung veralteter Programme bei der Vermessungsverwaltung in den Landratsämtern, Auswirkungen auf die Auszahlung der beantragten Mittel

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4870

Folgeschäden des Orkans Lothar vom Dezember 1999, Auswirkungen auf die Forst- und Holzwirtschaft, Erhaltung der Ausgleichszulage Wald

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1048

Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die Waldbewirtschaftung, Notwendigkeit einer effektiven Forstverwaltung, Ablehnung einer Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3141 3142

Gefährdung einer naturnahen Waldbewirtschaftung nach einheitlichen Kriterien mit der Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779

Notwendigkeit eines Landesbetriebs Forst

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4020

Gefährdung einer naturnahen Waldbewirtschaftung nach einheitlichen Kriterien mit der Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs; Mittelbedarf für Aufforstungsmaßnahmen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4327 4346 4348 4349 4354

Höhe der Verluste für die Forstwirtschaft aufgrund der Waldschäden, Hilfen für die Waldbesitzer bei der Wiederaufforstung, Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Forstwirtschaft

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5059-5066

Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für die Forstwirtschaft, Erhaltung der Ausgleichszulage Wald; Auswirkungen der Verwaltungsreform

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6083 6096

Forstwirtschaftlicher Weg

s. *Weg*

Fortbildung

s.a. *Führungsakademie*
s.a. *Volkshochschule*
s.a. *Weiterbildung*
s.a. *Zweiter Bildungsweg*

Qualifizierungspotenzial älterer Arbeitnehmer

Entwicklung des Anteils älterer Arbeitnehmer unter den Arbeitslosen und Erwerbstätigen bundes- und europaweit seit 1992, Auswirkungen auf die Sozialsysteme; Behebung des Fachkräftemangels durch Qualifizierung und Reintegration älterer Arbeitnehmer, Einrichtung von speziellen Vermittlungsagenturen

Antr
s. *Arbeitnehmer*
Drs 13/494

Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung

Berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote von privaten Trägern, Handwerkskammern, IHK, Berufsschulen und Volkshochschulen; Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsträgern, Zusammenschluss von überbetrieblichen Bildungsstätten

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/495

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Aufstockung der Mittel für Maßnahmen der beruflichen Bildung, insbes im Bereich der überbetrieblichen Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung

s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/657

Interkulturelle Kompetenz

Entwicklung und Akzeptanz der Fort- und Weiterbildungsangebote für Verwaltungsmitarbeiter, Lehrer und Erzieher; Gewährleistung der Information und finanziellen Ausstattung der Maßnahmen

GrAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/1012

Aufnahme der LDT Nagold in den Kreis der Ersatzschulen nach dem AufstiegsfortbildungsförderungsGes (AFBG)

Aufnahme der Lehranstalt des deutschen Textileinzelhandels in den Kreis der gleichgestellten Ersatzschulen, Hinwirkung auf Erlass der entsprechenden RechtsVO durch die BReg

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/1418

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der Bildungszentren des Handwerks, Beurteilung einer Rückübertragung hoheitlicher Aufgaben auf den Staat, Festhalten am gesetzlichen Auftrag der beruflichen Aus- und Weiterbildung?

GrAnfr
s. *Industrie- und Handelskammer*
Drs 13/1664

Geplante Streichung der Kofinanzierungsmittel des Landes für ESF-Projekte

Höhe des o.g. Mittelzuflusses aus dem Europäischen Sozialfonds Ziel 3 für Projekte im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Zahl und Volumen der von einer Streichung betroffenen Anträge; Fortführung des Mittelabrufs und der Kofinanzierung

Antr
s. *Europäischer Sozialfonds*
Drs 13/1688

Ges zur Ausführung des AltenpflegeGes und zur Änd des LandespflegeGes

Ermöglichung der zeitlich begrenzten Genehmigung von Modellversuchen zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe; Ermächtigung des KM und SM zur Bestimmung der das AltPflG ausführenden Behörden sowie zur Regelung der Ausbildung, Prüfung und Erlaubnis für Pflegehilfsberufe durch RechtsVO; Schaffung weiterer Ermächtigungsnormen zur Regelung gemeinsamer

Weiterbildungen in Pflegeberufen und pädagogischen Berufen

GesEntw
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2432

Haushaltsnachschräge für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

Zukunft der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung (ARGEN) in BW

Auswirkungen der Auflösung des Landesgewerbeamts; Höhe, Verteilerschlüssel und Verwendungszwecke der Fördermittel für die 38 ARGEN; Bewerbung des Internet-Auftritts „Marktplatz berufliche Fortbildung“, Verzicht auf eine Kostenpflicht für die Eintragung von Anbietern; Vergabe der Fördermittel ohne Zweckbindung und Gestaltungsvorschriften für die Broschüre „Fit durch Fortbildung“, Ermöglichung der Übertragung nicht aberufener Mittel auf das folgende Kalenderjahr

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 15.06.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3263
BeschlEmpf und Bericht WirtA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 14 15
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Bedeutung und Schwerpunkte der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung; Bewertung der Aufgaben, Angebote, Strukturen und Finanzierung der einzelnen Träger; Auswirkungen der Kürzungen im zweiten Bildungsweg, insbes bei Volkshochschulen und Eigenanteilen der Teilnehmer; Entwicklung der Landesförderung bei den kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung und Familienbildungsstätten; Anstöße zur Förderung der Weiterbildungsforschung, zur Nutzung der Potenziale von gering Qualifizierten, Alleinerziehenden, Älteren etc; Konsequenzen aus einem Kommissionsbericht zum lebenslangen Lernen; zweijährige Berichtsvorlage; Entwicklung und Finanzierung der Hochschulangebote zum Studium generale, Seniorenstudium und Kinderuniversitäten

GrAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4285

Bildungs- und Kompetenzentwicklungsberatung in Lernläden

Beurteilung der vorhandenen Angebote zur Ermittlung des Lern- und Weiterbildungsbedarfs, insbes von weiterbildungsfernen Zielgruppen; Finanzierung von Projekten der sechs Lernenden Regionen? Vorlage eines Konzepts zum Aufbau und Vernetzung von Angeboten für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen als Teil einer aktiven Weiterbildungspolitik, Nutzung der bisherigen Erfahrungen

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/4352

Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den RegPräs verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten

MdlAnfr
s. *Bediensteter*
Drs 13/4316

Sicherung der Arbeitsplätze älterer Arbeitnehmer durch ständige Fortbildung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 44 49 54

Notwendigkeit der ständigen beruflichen Fortbildung, Begründung des Weiterbildungstarifvertrags

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 76 86 87 101 103

Nachqualifizierung der berufsmäßigen Betreuer

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 416-420

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, Förderung der beruflichen Weiterbildung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 943

Notwendigkeit der ständigen Qualifizierung und Weiterbildung im Betrieb

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1679-1681 1683 1686 1688-1690 1710 1711

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2996-2998

Stellenwert der Fortbildung für Erzieherinnen, Neuauflage eines Fortbildungsprogramms

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3560 3561 3563 3587-3590

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5465

Erhebung der beruflichen Weiterbildung zu einer Gewährleistungsaufgabe des Landes

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496 6497

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, Bezeichnung der betrieblichen Fortbildung als Aufgabe der Wirtschaft

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7676-7680 7682-7686

Verantwortung der Unternehmen für die betriebliche Fortbildung älterer Arbeitnehmer, Verweisung auf die Programme des WM, Notwendigkeit des lebenslangen Lernens

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7774 7775 7785

Fortpflanzungsmedizin

s. *Reproduktionsmedizin*

Fotovoltaik

s. *Solartechnik*

Frachtverkehr

s. *Güterverkehr*

Fragebogen

s. *Vordruck*

Fraktion

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des Ges über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Ltg. Regelung der pauschalen Rücklagenbildung

BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/400 (da-
zu ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE) (11 S.)
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 527-530
GesBeschl 14.11.2001 Drs 13/466
GBI 2001 Nr. 17 S. 605-611 (Ges vom 20.11.2001)

Veröffentlichung der Rechnungen der Fraktionen im Ltg von BW

Bericht für die Jahre 2000/2001
Mittlg LtgPräs 07.12.2001 Drs 13/551 (21 S.)
Bericht für die Jahre 2001/2002
Mittlg LtgPräs 02.12.2002 Drs 13/1529 (16 S.)
Bericht für die Jahre 2002/2003
Mittlg LtgPräs 03.12.2003 Drs 13/2734 (16 S.)
Bericht für die Jahre 2003/2004
Mittlg LtgPräs 19.11.2004 Drs 13/3775 (16 S.)
Bericht für die Jahre 2004/2005
Mittlg LtgPräs 12.12.2005 Drs 13/5061 (16 S.)

Prüfung der Zuschüsse und sonstigen Leistungen an die Fraktionen des Ltg in der 12. WP

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO
Mittlg RH 11.06.2002 Drs 13/1061 (29 S.)
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571

Zählgemeinschaften in Kreistagen

Zählgemeinschaften von Fraktionen seit der Kommunalwahl 1999, Auswirkungen auf die Besetzung von Ausschüssen u.a. Gremien; Konsequenzen aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Leipzig

Antr
s. *Kreisvertretung*
Drs 13/2972

Fraktionsgesetz

s. *Fraktion*

Franken, Region

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Frankenberg, Peter Prof. Dr. CDU

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Peter Frankenberg zum/als Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst
s. *Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst*
PIPr 13/3 S. 37

Aufsichtsratsstätigkeit des Wissenschaftsministers Prof. Dr. Peter Frankenberg bei der Firma „Wild Projects AG“

Bewertung der Vorwürfe des Insolvenzverwalters, rechtliche Konsequenzen einer erfolgreichen Klage auf Nichtigkeit der Kapitalerhöhung

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 16.08.2001 und Antw StM
Drs 13/188

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Peter Frankenberg zum/als Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst
s. *Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst*
PIPr 13/91 S. 6399

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6742

Frankreich

s.a. *Deutsch-Französische Hochschule*
s.a. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
s.a. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein
Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr
s. *Salz*
Drs 13/48

Ausbau des Funknetzes der baden-württembergischen Polizei
Mittelaufwand für die Aufrüstung des analogen Funknetzes, Kompatibilität und Kosten der konkurrierenden digitalen Funk-systeme auch im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich, beschleunigte Einführung eines geeigneten Systems gemeinsam mit anderen BLändern

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/582

Zukunft Schiene am Oberrhein

Verknüpfung mit dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz, Anbindung des Euro-Airports Basel-Mulhouse, Einhaltung des Zeitplans zum Ausbau der Rheintalstrecke

KIAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/1024

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Kooperation beim Fremdsprachenunterricht, Tourismus, Katastrophenschutz, beim Schienen-, Straßen- und Luftverkehr

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Änderungen im Bereich der inneren Sicherheit in Frankreich

Art und Auswirkungen einer Verschärfung der Sicherheits-gesetze in Frankreich auf die grenzüberschreitende Zusammen-arbeit; Verdrängung von Schwermriminalität, insbes Terrorismus, auf die rechtsrheinische Seite; Überprüfung einer Übertragbar-keit der geplanten Änderungen

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/1494

§ 87 Abs 2 *AusländerGes (AuslG)*

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden

und Großbritannien

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1685

Europa-Distrikt

Bildung eines Europa-Distrikts am Oberrhein mit den Städten Straßburg, Kehl u.a. Kommunen im Ortenaukreis als Konsequenz aus der bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/1776

Anbindung des TGV-Est an das deutsche Hochgeschwindigkeitsnetz am Oberrhein

Konsequenzen einer Aufnahme der Hochgeschwindigkeitsverbindung bis Wien als prioritäre Maßnahme in das Transeuropäische Netz, Beschleunigung des Ausbaus des Streckenabschnitts zwischen Kehl-Appenweier-Karlsruhe iRd neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Hochgeschwindigkeitszug*
Drs 13/1827

Schienengüterverkehr am Hochrhein

Planung einer Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz über die Hochrheinbahn auf deutscher Seite, Auswirkungen auf die Anwohner und Kurorte am Ober- und Hochrhein bzw die Akzeptanz einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn; Vorlage aller bisherigen und notwendigen Vereinbarungen zwischen der Bahn AG, SNCF und SBB; Zusammensetzung und Transparenz der beteiligten Gremien; Frage nach Alternativen für den zunehmenden Schienengüterverkehr im Dreiländereck

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2071

Eurodistrikt Straßburg/Kehl

Beteiligung an der Ausgestaltung des Eurodistrikts am Oberrhein, Nutzung der Vorbildfunktion des grenzüberschreitenden kommunalen Zweckverbands

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/2262

Zusagen der EdF beim Kauf der Landesanteile an der EnBW

Aussagen des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, des Aufsichtsratsvorsitzenden und des MinPräs über finanzielle Zusagen der Electricite de France beim Kauf der Landesanteile an der EnBW; Grundlagen der Äußerungen des Finanzministers über eine Kapitalerhöhung bei der EnBW durch die EdF; Vorlage des Kaufvertrags einschließlich evtl Nebenabsprachen und zusätzlicher Vereinbarungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/2390

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen

Eingetretene und noch zu befürchtende Verunreinigungen; Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung; mögliche grenzüberschreitende Sanierungsmaßnahmen, -zeiträume und -kosten

Antr
s. *Salz*
Drs 13/2462

Digitales Sprech- und Datenfunksystem BOS

Grundlagen und Kriterien o.g. Systemwahl für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; Nutzung der Erfahrungen in Frankreich, Österreich und der Schweiz; Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Auswirkungen auf heimische Unternehmen bei der System-scheidung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/2483

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland

Beurteilung der Diskussion und Bürgerinitiative zur Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz, Gefährdung einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn? Hinwirkung auf eine Abwicklung des Güterverkehrsaufkommens in Frankreich über das dortige Gleis auf der linken Rheinseite

KIAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/2543

Französischer Sender TV 5

Hinwirkung auf Wiedereinstellung in das Kabelnetz

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/2765

Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms

Verfahrensstand für die Rückhalteräume Kulturwehr Breisach und Breisach/Burkheim sowie Weil-Breisach, Information und Beteiligung der französischen Gemeinden, Umgang mit den Vorbehalten in Frankreich

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/2823

Integriertes Rheinprogramm

Umsetzungsstand des IRP, Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und Bürger, Auswirkungen der veränderten Kompetenzen im Zuge der Verwaltungsreform, Ausmaß und Folgen

der vorgesehenen ökologischen Flutungen für den Hochwasserschutz, die Grundwassersituation, Ökologie, Industrie, Verkehrssicherheit, die französische Rheinseite, Land- und Forstwirtschaft; Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Flutungen durch die LReg und nachgeordneten Behörden; Ergebnisse und Konsequenzen eines Forschungsprojekts der Universität Freiburg

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3116

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Umsetzung der gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags; Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein; Halbzeitbilanz des Interregprogramms III A; gegenseitige Bedeutung der Länder als Wohnsitz und Reiseziel; Rolle des französischen Generalkonsulats in Stuttgart

GrAnfr CDU 26.05.2004 und Antw StM Drs 13/3236 (30 S.)
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351-6359

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Bildung eines Eurodistrikts, insbes Kompetenzen, Rechtsform und Gremien; Beteiligung von Bürgergruppen und berufsständischen Organisationen; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Justiz und Schulen; Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes?

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Restrheinrenaturierung - Rückhalteraum Weil-Breisach

Beurteilung der Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung einer naturnahen Au Landschaft mit verästelten Gewässerarmen (Furkationsaue) am Rhein zwischen Weil und Breisach auf beiden Rheinseiten, Aufnahme von Gesprächen mit Frankreich und der Schweiz, Initiierung eines trinationalen Workshops mit Fachleuten, Einschätzung der Impulse für den regionalen Tourismus

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3325

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr
s. *Euro-Institut*
Drs 13/3346

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Erzielte Fortschritte seit Beantwortung der GrAnfr 13/3251 unter Einbeziehung von Bürgergruppen; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und Schulen iR von Gremien und Projekten: Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten, Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Notwendigkeit und Kontrolle von Ohrmarken bei Kälbern im Falle von Transporten innerhalb der EU

Aufkauf von jungen Kälbern ohne Ohrmarken durch französische Landwirte in Polen, Transport durch Deutschland und Markung der Ohren erst in Frankreich, Beurteilung der Rechtmäßigkeit und Transparenz dieser Praxis gegenüber dem Verbraucher

Antr
s. *Rind*
Drs 13/4426

Würdigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich; Verknüpfung des deutschen und des französischen Hochgeschwindigkeitsnetzes

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 47

Forcierung der Schritte zu einem europäischen Bundesstaat gemeinsam mit Frankreich, Weiterentwicklung der deutsch-französischen Freundschaft

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 601 604 610 611

Qualität der deutsch-französischen Beziehungen am Oberrhein sowie auf nationaler Ebene; Bezeichnung von Frankreich als größtes Empfängerland von Agrarsubventionen der EU

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 757 776 780

Erfahrungen mit der anonymen Geburt in Frankreich, Bestrebungen um Einschränkungen

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1338-1342 1345

Qualität der deutsch-französischen Beziehungen am Oberrhein sowie auf nationaler Ebene, Erinnerung an die Begeisterung beim De-Gaulle-Besuch in Ludwigsburg, Notwendigkeit von mehr gemeinsamen Projekten, Einführung von Französisch als Grundschulfremdsprache am Oberrhein

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452 1458 1460 1461 1464 1465 1467 1468 1484-1497

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Technologieregion Karlsruhe mit Frankreich, Dringlichkeit der zweiten Rheinbrücke bei Kehl, Anbindung an den TGV

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1518 1521-1523 1525 1527 1530

Erinnerung an das Leben in der französischen Besatzungszone in Südbaden sowie an die Vorreiterrolle des Nachkriegslandes Baden für die deutsch-französische Aussöhnung

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894

Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland zur EU-Agrarpolitik, Bewertung als Niederlage des Bundeskanzlers, Höhergewichtung der deutsch-französischen Beziehungen als Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Einigungsprozesses

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2145 2152 2155 2158 2161 2163-2165

Abschneiden der Schüler in Frankreich bei der Schulleistungstudie PISA, Schwächen im französischen Schulsystem nach Meinung des Bildungsministers

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2515

Abschneiden der Schüler in Frankreich bei der Schulleistungstudie PISA, Schwächen im französischen Schulsystem nach Meinung des Bildungsministers

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2597 2598

Schwächen im französischen Schulsystem nach Meinung des Bildungsministers

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2620

Bezeichnung der wiedergefundenen deutsch-französischen Einigung als Motor für den europäischen Einigungsprozess

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3058 3062

Erinnerung an die deutsch-französische Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg; Bestrebungen Frankreichs zur Öffnung der kommunalen Daseinsvorsorge für den Wettbewerb; Stärkung der deutsch-französischen Beziehungen als Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Einigungsprozesses

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3312 3314 3315 3323 3324

Feststellung einer vollständigen Durchsetzung der Interessen Frankreichs bei der EU-Agrarreform, Wettbewerbsvorteile der französischen Landwirte

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399 3400 3402-3406 3408 3410 3412 3413

Befürchtung einer Abhängigkeit von Atomstrom und Nukleartechnologie aus Frankreich; Einforderung von finanziellen Zusagen der EdF beim Kauf der Landesanteile an der EnBW

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3463 3473-3495

Beklagung einer zu starken Bindung an Frankreich zulasten der kleineren Länder in Europa; Erhaltung und Stärkung von Straßburg als Sitz des EP

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3802 3803 3807 3808

Strompreise in Frankreich, Kooperation zwischen der EnBW und EdF in der Kernforschung, Verweisung auf den Import von Atomstrom aus Frankreich; Würdigung der grenzüberschreitenden Projekte; Sicherheit des Strafvollzugs in Frankreich

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5331-5333 5339 5340 5374 5376 5387 5393

Bestrebungen der EdF um den Erwerb der Mehrheitsanteile an der EnBW, Befürchtung einer Abhängigkeit von französischem Atomstrom

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646-5648 5650 5651 5657-5667 5669 5670

Wettbewerbsvorteile der französischen Bauern gegenüber den deutschen Kollegen; Erwägung einer Beteiligung am Flughafen Basel-Mulhouse

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5797 5798 5803 5804

Kosten von Agrardiesel in Frankreich; Bestrebungen der EdF um den Erwerb der Mehrheitsanteile an der EnBW, Befürchtung einer Abhängigkeit von französischem Atomstrom

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6086 6088 6092 6098 6122-6137

Befürchtung einer Abhängigkeit von französischem Atomstrom nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, Verhinderung einer Aktienmehrheit der EdF an der EnBW; Kinderbetreuungsangebot in Frankreich

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6465 6470 6505 6512

Bedeutung der Integration der Migrantenkinder, Verweisung auf die schweren Unruhen in den französischen Vorstädten

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7210 7212 7217 7218 7222

Bedeutung der Integration der Migrantenkinder, Verweisung auf die schweren Unruhen in den französischen Vorstädten; Bau eines neuen Kernkraftwerks in Frankreich

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7648 7661 7699

Französisch

s. Fremdsprache

Frau

s.a. Frauenbeauftragte

s.a. Frauenförderung

s.a. Frauenhaus

s.a. Frauenheilkunde

s.a. Frauenklinik

s.a. Gleichberechtigung

s.a. Kontaktstelle Frau und Beruf

s.a. Mädchen

s.a. Menschenhandel

s.a. Mutter

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr SPD 14.08.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/182 (20 S.)

ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.07.2002 Drs 13/1185

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1861

BeschlEmpf und Bericht SchulA 23.10.2002 Drs 13/1577 S. 5-7
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Projekten für Frauen aus ESF-Mitteln, Umsetzung des Gender Mainstreaming-Grundsatzes, spezifische Hilfen für Frauen zur Existenzgründung, Qualifikation, Berufsrückkehr, Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung; Einstellungszuschüsse für die Beschäftigung von älteren Frauen

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/248

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außerfamiliären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/449

Anrechnung der Schlüsselqualifikationen von Familienfrauen auf bestimmte Ausbildungen und eine damit verbundene Verkürzung von Ausbildungszeiten

Anrechnung der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie von ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen Bereich bei Ausbildungen nach der Familienphase, Gewinnung von Altenpflegerinnen und Hauswirtschafterinnen, Entwicklung der Ausbildungstätigkeit und der Chancen am Arbeitsmarkt für Hauswirtschafterinnen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/604

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt

Vergleich der demographischen Entwicklung mit dem Arbeitskräftebedarf; Darlegung der geforderten Qualifizierung, Aktivierung von Reservisten bei gut ausgebildeten jungen Frauen, Bedeutung der Zuwanderung

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Lebenserwartung und Erkrankungen von Frauen und Männern seit 1950, Erhebung und Auswertung geschlechtsdifferenzierter Daten; Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten im selben Zeitraum, Art und Akzeptanz von Vorsorgeuntersuchungen sowie Früherkennung von Krebs, Art und Erfolg der angebotenen Heilverfahren; Entwicklung des Suchtverhaltens; Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1240

Frauen im Strafvollzug in BW

Entwicklung der Kriminalität von Frauen im Vergleich zu Männern in den letzten zehn Jahren; Vollzugseinrichtungen für Frauen, Belegungsquote und Beschäftigungsmöglichkeiten; Zahl von Geburten und Versorgung der Kinder von Müttern im Strafvollzug

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.10.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1394
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1637 S. 6
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen

Vorlage eines aktuellen Berichts über die Entwicklung o.g. Daten, Fortschreibung in dreijährigem Turnus

Antr
s. *Gremium*
Drs 13/1408

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Verordnungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw. alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr
s. *Frauenheilkunde*
Drs 13/1446

LandesgleichberechtigungGes

Zahl der ganz oder teilweise freigestellten weiblichen Personalratsmitglieder in Landesbehörden vor Inkrafttreten des LandesgleichberechtigungGes sowie in den Jahren 1997 und 2002

KlAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1557

Gemeinderäte ohne Frauen

Auflistung der o.g. Kommunen und Wahlkreise, Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 13/1636

Förderprogramm „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“

Genehmigte und abgelehnte Anträge zur Qualifizierung, Existenzgründung und Netzwerkorganisation iRd von der EU mitfinanzierten Programms; Zahl und Art der neu begründeten Beschäftigungsverhältnisse; Information über die Fördermöglichkeiten und Unterstützung bei der Antragstellung

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 10.01.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1660
BeschlEmpf und Bericht LandwA 19.03.2003 Drs 13/2069 S. 43 44
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Würdigung von Leistungen von Frauen

Würdigung der besonderen Verdienste von Frauen auf öffentlichen Gedächtnis- und Hinweistafeln, Inanspruchnahme dieses Förderprogramms durch die Kommunen, bisherige Ausschöpfung der Mittel, eigene Aktivitäten des Landes an Gebäuden und in der Verwaltung

KlAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 07.03.2003 und Antw SM Drs 13/1862

Frauenanteil an Hochschulen

Entwicklung 2002 gegenüber 1992 und 1997 nach Berufsakademien, FH und Universitäten, nach Ebenen, Fakultäten, Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren; Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen; geschlechterspezifische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und Studierendenvertretungen; Möglichkeiten zur Erhöhung des jeweiligen Frauenanteils

KlAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 07.03.2003 und Antw MWK Drs 13/1863

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Entwicklung o.g. Zahlen in den einzelnen Berufen, der erreichten Abschlüsse, Stellungen und des Verbleibs seit 1993; Anteil von Frauen, die eine weiterführende Ausbildung oder ein Studium absolvieren, die promovieren, eine Lehrtätigkeit ausüben, den elterlichen Betrieb übernehmen, in Ämtern oder Verbänden Verantwortung tragen; Beteiligungs- und Erfolgsquote bei Berufswettkämpfen; Programme zur Unterstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 18.03.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1917 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.10.2003 Drs 13/2583 S. 16 17
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Beteiligung von Männern und Frauen in ausgewählten Geschäftsbereichen der LReg

Entwicklung der o.g. Repräsentanz in den Gremien der Geschäftsbereiche des StM, MWK und der Universitäten seit 1995; Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming; Teilnahme von Führungskräften des MWK an Fortbildungsmaßnahmen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1964

Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Auswirkung auf arbeitssuchende Frauen in BW

Entwicklung von Höhe und Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe differenziert nach Geschlechtern; Auswirkungen o.g. Pläne auf die Vermittlungsarbeit der Arbeitsämter und das Leistungsangebot für Berufsrückkehrerinnen; Definition des Kriteriums der Erwerbsfähigkeit für Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen

Antr
s. *Arbeitsvermittlung*
Drs 13/2117

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf Frauen

Ausschluss einer Verschlechterung der Frauenförderung und Chancengleichheit, Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Geltungsbereich des LandesgleichstellungGes

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/2344

Novellierung des L GleichberechtigungGes

Verstärkte Berücksichtigung von Frauen in unterrepräsentierten Bereichen bei Einstellungen und Beförderungen; Verbesserung der Rechte, der Kompetenzen und Freistellung der Frauenvertreterinnen; Regelung der Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs untereinander; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Geltungsbereich des Gesetzes

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/2593

Entwicklung der Kriminalität junger Frauen

Darlegung der o.g. Entwicklung, insbes bei Gewaltdelikten; Ursachen der hohen Rückfallquote; Wahrnehmung des Auftrags zur Resozialisierung, Bedeutung und evtl Ausweitung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 11.12.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2726
BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 8 9
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen Hochschul-Ges, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorge-sehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr GRÜNE 28.01.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2858 (10 S.)
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7111-7116

Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau in mittelfristiger Entwicklung

Altersstruktur und Erwerbsanteil von Frauen und Männern 2004, 2010, 2020 und 2030; Strukturveränderungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen durch den absehbaren Prozess der Überalterung; Entwicklung des Anteils der hochqualifizierten Erwerbsfähigen bei Fortschreibung bzw Anhebung des Bildungsniveaus; Maßnahmen zur Steigerung des Erwerbsanteils von Jugendlichen, Frauen und Älteren

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/3003

Haushaltsnachschnitte für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

Erfolg von Frauen bei der Kommunalwahl am 13.06.2004

Frauenanteil unter den Kandidaten und gewählten Mandatsträgern in den Gemeinderäten, Kreistagen und der Regionalversammlung im Vergleich zu 1999; Darlegung der Wahlergebnisse differenziert nach Regionen, LKreisen, Größenklassen und Parteien; Frage nach Gemeinderäten ohne Frauen sowie nach Daten über Alter, Berufsstand und Familiensituation der gewählten Frauen; Beurteilung der Maßnahmen zur Steigerung der Wahlchancen von Frauen im Vorfeld der Kommunalwahl

Antr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/3272

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterfüh-

rung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation; Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung von Frauen und Kindern als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilfrechts

Antr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3411

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von Miete und Unterkunft

KIAnfr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Auswirkungen der vorgenommenen und geplanten Kürzungen des Landes und der Kommunen auf die Existenz o.g. Häuser; Auszahlung der etatisierten Mittel in den Hj ab 2003; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien; Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktreform Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilfrechts; Kriterien für die Übernahme der Unterhaltskosten durch die Kommunen und Agenturen für Arbeit

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/3498

Erhalt der Kontaktstellen „Frau und Beruf“

Begründung des geplanten schrittweisen Ausstiegs aus der o.g. Förderung angesichts der bestehenden Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bzw der Notwendigkeit einer höheren Frauenerwerbsquote; Möglichkeiten zur Vermeidung der Kürzung

Antr
s. *Kontaktstelle Frau und Beruf*
Drs 13/3617

Situation und Behandlung HIV-positiver Frauen im Strafvollzug

Notwendige und tatsächliche Kontrolluntersuchungsdichte, Qualifizierung der Anstaltsärzte, Weiterreichung der von der Deutschen AIDS-Stiftung zur Verfügung gestellten Gelder für Zusatzernährung an die betroffenen Frauen

KIAnfr
s. *Aids*
Drs 13/3918

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzung der Fördermittel für den Landesfrauenrat bzw für Maßnahmen im Bereich der Frauenförderung

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009 12-13 S. 44-46
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-31 S. 71 72
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/2 S. 80-85
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstrengung einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/5084

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Finanzielle Probleme der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach dem Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze, Zuständigkeit der kommunalen Träger für Leistungen nach dem SGB II, Zahl der Frauenhausbewohnerinnen aus dem eigenen LKreis sowie aus anderen Stadt- und LKreisen oder BLändern, Hinwirkung auf ein einheitliches Verfahren der Kostenerstattung, ggf Nachbesserung der Rechtslage über eine BRatsinitiative

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/4074

Genitalverstümmelung verfolgen und abschaffen

Auswirkungen der verbesserten Rechtslage nach dem ZuwanderungsGes auf Entscheidungen von Behörden und Gerichten, Gewährung von Abschiebeschutz für die bedrohten Mädchen und Frauen, Darlegung der einzelnen Fälle bzw der Fälle von Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Kontext mit Genitalverstümmelung, der folgenden Ermittlungsverfahren und Gerichtsurteile; Informations- und Beratungsangebote für die potenziell Betroffenen sowie Aus- und Fortbildungsangebote für Ärzte, Hebammen, Psychologen und Sozialarbeiter; Umsetzung des gemeinsamen Konzepts von Bund und Ländern

Antr
s. *Beschneidung*
Drs 13/4381

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änd anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen L GleichberechtigungGes; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des L BeamtenGes und L PersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4483

Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe in Vorschriften

Anwendung der eigenen Vorgaben nach den Vorschriftenrichtlinien? Gründe für die ausschließliche Verwendung der männlichen Bezeichnung „Lehrer“ in der geänderten Lehrkräftezulagenverordnung, Revision dieser VO i.S.d. Vorschriftenrichtlinien

KlAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4500

Drogen- und Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Zahl der inhaftierten Frauen seit 2003, des Anteils der Drogenabhängigen sowie der Personalausweisungen

KlAnfr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/4579

Mehr Frauen in Gremien - Vierten Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen vorlegen

Umsetzungsstand des o.g. Projekts als Bestandteil des Aktionsprogramms der Frauenbeauftragten der LReg, Gründe für die Verzögerung des mit Drs 13/1408 angekündigten vierten Gremienberichts, Bewertung des Verzichts auf den Bericht iRd Entbürokratisierungsinitiative

Antr
s. *Gremium*
Drs 13/4596

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 12.10.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4727 (11 S.)

Umsetzung des Platzverweisverfahrens in den Kreisen

Entwicklung der Zahlen von o.g. Kriseninterventionen aufgrund häuslicher Gewalt in den einzelnen Stadt- und LKreisen, flankierende Maßnahmen der Jugendämter für die betroffenen Kinder, verbindliche Standards der einzelnen Kreise zur Vernetzung der beteiligten Stellen, Angebote zur Betreuung und Beratung der betroffenen Frauen und Kinder

Antr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/4904

Situation wohnungsloser Frauen in BW

Frage nach den o.g. Zahlen und Ursachen in den einzelnen Stadt- und LKreisen, verfügbare Hilfeeinrichtungen und Unterkünfte speziell für Frauen mit Kindern, flankierende Maßnahmen und Strategien zur Reduzierung der Obdachlosigkeit von Frauen

Antr
s. *Obdachlosigkeit*
Drs 13/4905

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen Opfer

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/5171

Erleichterung der Berufstätigkeit von Frauen durch mehr Teilzeitarbeit und flexiblere Arbeitszeiten

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Feststellung eines frauenpolitischen Defizits bei der Regierungsbildung und RegErkl des MinPräs

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 78 80 81 83 86 94 101

Aufwertung der Rolle der Frauen bei der Diskussion um Fragen der Präimplantationsdiagnostik

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 171 172 175-177 179

Frauenanteil im Ltg

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 251

Anerkennung der geschlechtsspezifischen Verfolgung von Frauen als Asylgrund

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 561 562 571 573 574 577 607

Erhöhung des Anteils und der Karrierechancen von Frauen in allen Bereichen und Ebenen der LVerwaltung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 786-793

Feststellung von Problemen im Umgang mit Frauen in der Politik, Notwendigkeit einer Erhöhung des Frauenanteils im Ltg; Anerkennung der geschlechtsspezifischen Verfolgung von Frauen als Asylgrund; Wahlfreiheit für Erziehung oder Beruf

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 864 872 873 877 898 905 906 908 909

Erhöhung des Anteils von Frauen unter den Studierenden und Professoren

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1215-1217 1219-1221

Anerkennung der gleichberechtigten Stellung der Frau auch von hier lebenden Menschen aus anderen Kulturkreisen, Aufnahme von geschlechtsspezifischer Verfolgung in das Asylrecht

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1231 1241 1243 1286 1294 1295

Hilfe für schwangere Frauen in Not durch Ermöglichung der anonymen Geburt

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336-1346

Aktivierung des Potenzials der gut ausgebildeten Frauen, Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1686 1712-1714 1717-1719

Erschließung des Potenzials der gut ausgebildeten Frauen, Ausbau der Kinderbetreuungsangebote

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1743 1744 1760 1761 1766 1772 1773 1775 1778-1783 1788-1793

Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit im Osten, Senkung der Erwerbsquote der Frauen mithilfe des Familiengelds; Nutzung des Begabungspotenzials von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1825 1826 1854-1861

Anerkennung der gleichberechtigten Stellung der Frau auch von hier lebenden Menschen aus anderen Kulturkreisen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2106 2107

Feststellung eines zu geringen Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen, Vorschlag einer entsprechenden Quotierung bei der Listenaufstellung zu Kommunalwahlen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2880-2887

Feststellung eines zu geringen Frauenanteils in den Gemeinderäten und Kreistagen, Vorschlag einer entsprechenden Quotierung bei der Listenaufstellung zu Kommunalwahlen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2968-2971

Berücksichtigung der besonderen Belange von behinderten Frauen, Verankerung im Landesgleichstellungsgesetz

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3547 3550

Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit der Frauenerwerbsquote

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604

Belastung der bisher mitversicherten Ehefrauen durch das CDU-Modell einer Kopfprämie in der Krankenversicherung; Verweisung auf die Grundsicherung für Frauen mit kleiner Rente

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3697 3698 3702 3703 3706 3707

Verbesserte Erschließung des Arbeitskräftepotenzials der Frauen, Ausbau des Angebots an Ganztagschulen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3834 3841 3846

Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen ins Berufsleben mit Qualifizierungsprogrammen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4293

Gewährung von Asylrecht für Frauen bei geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4468 4471 4472

Verschlechterung der Frauenförderung im Zuge der Verwaltungsreform; Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsges

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4639 4665 4666 4670 4674

Bewertung des Kopftuchs als mögliches Symbol zur Unterdrückung der Frau und damit als unvereinbar mit dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700 4701 4703 4706-4709 4714 4722 4724

Auswirkungen der Verwaltungsreform für Frauen, insbes für teilzeitbeschäftigte Frauen; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Anwendungsbereich des Landesgleichberechtigungsges

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4904 4905 4910-4912 4925 4941

Auswirkungen der Verwaltungsreform für Frauen, insbes für teilzeitbeschäftigte Frauen; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Anwendungsbereich des Landesgleichberechtigungsges

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4990 5032 5033

Stärkung der Rechte von Frauen mit dem neuen LHochschul-Ges, Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5540 5544 5545

Notwendigkeit einer Erhöhung des Frauenanteils im Ltg, Forderung nach einer Quote bei der Listenaufstellung der Parteien

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5595 5596 5599 5601 5602

Stärkung der Rechte von Frauen mit dem neuen LHochschul-Ges, Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5731 5734 5737 5738 5747

Rücknahme der Kürzungen für den Landesfrauenrat; Verweisung auf die hohe Frauenerwerbsquote in BW und Bayern; Notwendigkeit einer Erhöhung des Frauenanteils im Ltg

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5799 5801 5802 5815 5821 5831 5837 5838 5840 5851

Frauenerwerbsquote in BW und bundesweit, Beklagung eines Stillstands in der Frauenpolitik, Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5925 5933 5936 5937

Hilfen für in Flüchtlingslagern nach dem Seebeben in Südostasien vergewaltigte Frauen

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6197

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Frauen mit Behinderungen durch das Behindertengleichstellungsges

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6326

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Frauen mit Behinderungen durch das Behindertengleichstellungsges

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6372

Besetzung von 50 % der Führungspositionen in der Landesverwaltung mit Frauen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6500

Zahl von jährlichen Brustkrebs Erkrankungen, Einladung aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren zum Mammographie-Screening, Anwendung der Sonographie bei jüngeren Frauen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6730-6734

Nutzung des Potenzials der Frauen für den Arbeitsmarkt, Notwendigkeit von Erwerbsarbeit für viele Frauen, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201 7206 7207 7216 7217 7222 7223

Ermöglichung des Hochschulzugangs für Frauen nach Berufstätigkeit und Familienphase, Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen mit einem verbesserten Kinderbetreuungsangebot

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7357 7359 7360 7365

Beurteilung von Studiengebühren als familien- und frauenfeindlich; Bewertung des Kopftuchs als Teil der Unterdrückungsgeschichte der Frauen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7494 7495 7508 7510 7511 7521-7523 7525 7526

Beurteilung von Studiengebühren als familien- und frauenfeindlich; Verbesserung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7588-7590 7592 7593 7595 7597

Bewertung des Kopftuchs als mögliches Symbol zur Unterdrückung der Frau und damit als unvereinbar mit dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung, Prüfung der Einstellung von (muslimischen) Einbürgerungsbewerbern zum Thema Gleichberechtigung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646-7649 7652 7654 7656 7661 7662 7664 7665 7668 7670 7671

Entwicklung der Lebenserwartung von Frauen und Männern bis zum Jahr 2050; Bewertung des Kopftuchs als Teil der Unterdrückungsgeschichte der Frauen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771 7813 7817 7819

Frauenbeauftragte

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und LKreisordeung; Verbesserung der Freistellungsregelungen für die Frauenvertreterinnen

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 13/1493

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in BW

Vorlage des GesEntw zur Novellierung des LGleichberechtigungsges; Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und LKreisordeung

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 13/1499

Kommunale Frauenförderung in BW

Zahl, Beschäftigungsverhältnis und -umfang von kommunalen Frauenbeauftragten in den Kommunen und LKreisen im Vergleich zu anderen BLändern; jeweiliger Stand der Erstellung ei-

nes Frauenförderplans nach dem Landesgleichberechtigungsges

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/1772

Novellierung des L Gleichberechtigungsges

Verstärkte Berücksichtigung von Frauen in unterrepräsentierten Bereichen bei Einstellungen und Beförderungen; Verbesserung der Rechte, der Kompetenzen und Freistellung der Frauenvertreterinnen; Regelung der Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs untereinander; Einbeziehung der Kommunen und L Kreise in den Geltungsbereich des Gesetzes

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/2593

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2858

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstreben einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/5084

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änderung anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen L Gleichberechtigungsges; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des L BeamtenGes und L PersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4483

Mehr Frauen in Gremien - Vierten Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen vorlegen
Umsetzungsstand des o.g. Projekts als Bestandteil des Aktionsprogramms der Frauenbeauftragten der LReg, Gründe für die Verzögerung des mit Drs 13/1408 angekündigten vierten Gremienberichts, Bewertung des Verzichts auf den Bericht iRd Entbürokratisierungsinitiative

Antr
s. *Gremium*
Drs 13/4596

Beteiligung der Frauenvertreterinnen an den Leitungsbesprechungen der Dienststelle, Vereinfachung des Wahlverfahrens von Frauenbeauftragten, Verbesserung der Freistellung, Installation bei den Schülern

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 787-789 791-793

Organisation von Kinderbetreuung an den Hochschulen auf Initiativen von Frauenbeauftragten

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1216

Einbeziehung von Frauenbeauftragten in die regionalen ESF-Arbeitskreise bzw -Arbeitskreissitzungen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1712 1714

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Frauenförderung; Einbeziehung der Kommunen und L Kreise in den Anwendungsbereich des Landesgleichberechtigungsges

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4904 4911 4912 4925 4941

Ermöglichung einer Funktionszulage für Frauenbeauftragte an Hochschulen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5232

Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Frauenbeauftragten mit dem neuen LHochschulGes

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5540 5544 5545

Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Frauenbeauftragten mit dem neuen LHochschulGes

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5731 5734 5737 5738 5747

Frauenförderung

s.a. *Frauenbeauftragte*

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/182

Förderung der Gleichstellung von Frauen

Maßnahmen und Mitteleinsatz für frauen- und gleichstellungspolitische Maßnahmen seit 1996, Anteil und Fördervolumen sowie Kofinanzierung von EU-Programmen, Verwendung von Mitteln aus der Landesstiftung bzw der Zukunftsoffensive „Junge Generation“, Ziele der Frauenförderung in Funktionsstellen der Landesverwaltung, Bewertung der Initiativen als Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 15.08.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/185 (23 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 44 45

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Projekten für Frauen aus ESF-Mitteln, Umsetzung des Gender Mainstreaming-Grundsatzes, spezifische Hilfen für Frauen zur Existenzgründung, Qualifikation, Berufsrückkehr, Teilzeitarbeit und Kinderbetreuung; Einstellungszuschüsse für die Beschäftigung von älteren Frauen

GrAnfr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/248

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außerfamiliären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/449

Bilanzbericht 1996-2000 gemäß § 20 L Gleichberechtigungsges (LGIG)

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/512

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 786-793

Gender Mainstreaming konsequent umsetzen

Stand, Ziele und Instrumente der Implementierung der Gender-Mainstreaming-Strategie in allen Bereichen und Ebenen der Landesverwaltung; Bereitstellung der finanziellen und personellen Ressourcen sowie Schulungseinheiten; Erfahrungen und Ausweitung des Mentorinnenprogramms; Bindung der Mittelvergabe iRd Europäischen Sozialfonds an das Gender-Mainstreaming-Prinzip; Akzeptanz des Fortbildungsangebots des SM; Differenzierung von Statistiken nach Geschlechtern; Verankerung des Gender Mainstreaming bei der Novellierung des L Gleichstellungsges

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/631

Umsetzung Juniorprofessur

Festlegung von Kriterien der Ausschreibung und Evaluation von Juniorprofessuren, Verbesserung des Frauenanteils in der Professorenenschaft, Umgestaltung der Habilitationsförderprogramme, Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung, Umsetzung der Übergangsregelung iRd Dienstrechtsreform, Einrichtung eines Stellenpools für die Übergangsphase zwischen Qualifikation und Berufung auf eine Professur, Hinwirkung auf einen Wissenschaftstarifvertrag in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Antr

s. *Professor*

Drs 13/1014

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/1021

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Gesundheitsbereichs, Maßnahmen zur Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung

Beurteilung des o.g. Instruments zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, Umsetzung von Vorschlägen der interministeriellen Projektgruppe, Prüfung aller Kabinettsvorlagen und GesEntw auf ihre gleichstellungspolitischen Auswirkungen, Akzeptanz der entsprechenden Fort- und Weiterbildungsangebote, insbes von Führungskräften; Anwendung des Gender Mainstreamings bei der Personalauswahl und -planung, Verankerung als Leitprinzip im L Gleichberechtigungsges, Realisierung im Regierungshandeln

GrAnfr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1204

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/1205

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1240

Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen

Vorlage eines aktuellen Berichts über die Entwicklung o.g. Daten, Fortschreibung in dreijährigem Turnus

Antr

s. *Gremium*

Drs 13/1408

Landesgleichberechtigungsges

Zahl der ganz oder teilweise freigestellten weiblichen Personalratsmitglieder in Landesbehörden vor Inkrafttreten des Landesgleichberechtigungsges sowie in den Jahren 1997 und 2002

KlAnfr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1557

Förderprogramm „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“

Genehmigte und abgelehnte Anträge zur Qualifizierung, Existenzgründung und Netzwerkorganisation iRd von der EU mitfinanzierten Programms; Zahl und Art der neu begründeten Beschäftigungsverhältnisse; Information über die Fördermöglichkeiten und Unterstützung bei der Antragstellung

Antr

s. *Frau*

Drs 13/1660

Kommunale Frauenförderung in BW

Zahl, Beschäftigungsverhältnis und -umfang von kommunalen Frauenbeauftragten in den Kommunen und LKreisen im Vergleich zu anderen BLändern; jeweiliger Stand der Erstellung eines Frauenförderplans nach dem Landesgleichberechtigungsges

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 11.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1772

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.06.2003 Drs 13/2485 S. 19-21

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Ges zur Änd des KommunalwahlGes (KomWG) und des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS)

Gewährleistung eines Mindestanteils von 40 % Frauen und Männern bei der Listenaufstellung zu Kommunal- und Regionalwahlen

GesEntw

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1803

Frauenförderprogramm „Meduse ohne Grenzen“

Beurteilung des interkulturellen Mentorinnenprogramms zur Integration von Studentinnen mit Migrationshintergrund, Frage nach entsprechenden Frauenförderprogrammen an den Hochschulen des Landes

Antr Inge Utzt u.a. SPD 19.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1806

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 53 54

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Frauenanteil an Hochschulen

Entwicklung 2002 gegenüber 1992 und 1997 nach Berufsakademien, FH und Universitäten, nach Ebenen, Fakultäten, Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren; Anteil von Teilzeit-

arbeitsplätzen; geschlechterspezifische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und Studierendenvertretungen; Möglichkeiten zur Erhöhung des jeweiligen Frauenanteils

KlAnfr

s. *Frau*

Drs 13/1863

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Entwicklung o.g. Zahlen in den einzelnen Berufen, der erreichten Abschlüsse, Stellungen und des Verbleibs seit 1993; Anteil von Frauen, die eine weiterführende Ausbildung oder ein Studium absolvieren, die promovieren, eine Lehrtätigkeit ausüben, den elterlichen Betrieb übernehmen, in Ämtern oder Verbänden Verantwortung tragen; Beteiligungs- und Erfolgsquote bei Berufswettkämpfen; Programme zur Unterstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr

s. *Frau*

Drs 13/1917

Beteiligung von Männern und Frauen in ausgewählten Geschäftsbereichen der LReg

Entwicklung der o.g. Repräsentanz in den Gremien der Geschäftsbereiche des StM, MWK und der Universitäten seit 1995; Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming; Teilnahme von Führungskräften des MWK an Fortbildungsmaßnahmen

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1964

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf Frauen

Ausschluss einer Verschlechterung der Frauenförderung und Chancengleichheit, Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsges

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/2344

Novellierung des LGleichberechtigungsges

Verstärkte Berücksichtigung von Frauen in unterrepräsentierten Bereichen bei Einstellungen und Beförderungen; Verbesserung der Rechte, der Kompetenzen und Freistellung der Frauenvertreterinnen; Regelung der Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs untereinander; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Geltungsbereich des Gesetzes

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/2593

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorgesehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr

s. Frau

Drs 13/2858

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen und der Vereinbarung von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzung der Fördermittel für den Landesfrauenrat bzw für Maßnahmen im Bereich der Frauenförderung

s. Frau

Drs 13/4009

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstrengung einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 23.01.2006 und Stellungnahme MWK Drs 13/5084

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr

s. *Existenzgründung*

Drs 13/4470

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änd anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen LGleichberechtigungsges; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des LBeamtenGes und LPersonalvertretungsges

GesEntw

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/4483

Mehr Frauen in Gremien - Vierten Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen vorlegen

Umsetzungsstand des o.g. Projekts als Bestandteil des Aktionsprogramms der Frauenbeauftragten der LReg, Gründe für die Verzögerung des mit Drs 13/1408 angekündigten vierten Gremienberichts, Bewertung des Verzichts auf den Bericht iRd Entbürokratisierungsinitiative

Antr

s. *Gremium*

Drs 13/4596

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr

s. Frau

Drs 13/4727

Haushalt 2006; Nachtrag

Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/4840

Feststellung eines Frauendefizits an den Hochschulen, Frauenförderung mit der Juniorprofessur

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 409-411

Verstärkung der Frauenförderung an den Hochschulen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1215-1217 1219-1221

Kritik an der Haushaltssperre bei der Förderung von Frauenhilfeeinrichtungen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4221

Verschlechterung der Frauenförderung im Zuge der Verwaltungsreform; Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsges

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4639 4665 4666 4670 4674

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Frauenförderung; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Anwendungsbereich des Landesgleichberechtigungsges

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4904 4911 4912 4925 4941

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Frauenförderung; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Anwendungsbereich des Landesgleichberechtigungsges

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4990 5032 5033

Beklagung eines Stillstands bei der Frauenförderung, Anmahnung der Vorlage des Gleichstellungsges bzw von Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5933 5936 5937

Verstärkung der Frauenförderung an den Hochschulen
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Frauenhandel

s. Menschenhandel

Frauenhaus

Situation der Frauen- und Kinderschutzhäuser in BW

Entwicklung seit 1996 nach Trägerschaft, Größe, Ausstattung und Finanzierungsform der einzelnen Häuser; Förderanteile der Landes-, der LKreise und Kommunen; Erfahrungen mit der Bezuschussung der laufenden Betriebskosten

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 10.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/293

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/997 S. 30-32

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Modellversuch Platzverweis

Ergebnisse des o.g. Modellversuchs zum Platzverweis gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Verzahnung bzw Parallelität mit Frauenhäusern, Erfahrungen in Österreich; Entwicklung eines Konzepts für Prävention, Beratung, Nachsorge, Täter- und Opferarbeit

Antr

s. Wegweisungsrecht

Drs 13/294

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Aufstockung der Zuschüsse an Frauen- und Kinderschutzhäuser

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-9 S. 36

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Zuschüsse zur Förderung von Frauenhäusern

Höhe des Investitionsbedarfs sowie der für 2003 veranschlagten, bewilligten und ausgezahlten Haushaltsmittel

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 15.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2260

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 19 20

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Kürzung der Landeszuschüsse für Frauenhäuser

Begründung, Umfang und Auswirkungen der vorgesehenen Kürzungen; Entwicklung der Zahl der von Gewalt verfolgten Frauen und Kinder seit Einführung des Platzverweises sowie der erbetenen und tatsächlichen Aufnahme in Frauen- und Kinderschutzhäusern; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 25.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2300

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 19 20

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Richtlinien zur Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern

Erhöhung des Kofinanzierungsanteils, Verknüpfung der Förderung mit Beratungen iRd Platzverweisverfahrens u.a. im Zuge einer Veränderung der o.g. Richtlinien

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 21.11.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2651

BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 19 20

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Entwicklung der Zahlen der erbetenen und tatsächlichen Aufnahmen in Frauen- und Kinderschutzhäusern; Höhe des Investitionsbedarfs sowie der für 2004 veranschlagten, bewilligten und ausgezahlten Haushaltsmittel; Frage nach Höhe und Auswirkungen einer weiteren Absenkung der Zuschüsse

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 15.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3385

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 51-53

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation; Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung von Frauen und Kindern als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts

Antr

s. Lebenshilfe

Drs 13/3411

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von Miete und Unterkunft

KIAnfr

s. Lebenshilfe

Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Auswirkungen der vorgenommenen und geplanten Kürzungen des Landes und der Kommunen auf die Existenz o.g. Häuser; Auszahlung der etatisierten Mittel in den Hj ab 2003; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien; Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktreform Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts; Kriterien für die Übernahme der Unterhaltskosten durch die Kommunen und Agenturen für Arbeit

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 11.08.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3498

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 51-53

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei der Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-14 S. 47

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009 32-33 S. 73 74

ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4049-10 S. 16 17

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Finanzielle Probleme der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach dem Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze, Zuständigkeit der kommunalen Träger für Leistungen nach dem SGB II, Zahl der Frauenhausbewohnerinnen aus dem eigenen LKreis sowie aus anderen Stadt- und LKreisen oder BLändern, Hinwirkung auf ein einheitliches Verfahren der Kostenerstattung, ggf Nachbesserung der Rechtslage über eine BRatsinitiative

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 18.02.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4074

BeschlEmpf und Bericht SozA 07.04.2005 Drs 13/4745 S. 54 55

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Erhalt der Frauenhäuser sichern

Einschätzung der Folgen eines vom Städtetag empfohlenen Umstiegs auf pauschale Tagessatzfinanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser; Höhe der seit 2003 beantragten, bewilligten und ausgezahlten Mittel; Auswirkungen der weiteren Zuschusskürzungen und Erhöhung der Eigenbeiträge; gleichmäßige Kostenaufteilung zwischen Land, Kommunen und Trägern iR eines einheitlichen Finanzierungskonzepts

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 01.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4371

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/5052 S. 42 43

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Situation wohnungsloser Frauen in BW

Frage nach den o.g. Zahlen und Ursachen in den einzelnen Stadt- und LKreisen, verfügbare Hilfeeinrichtungen und Unterkünfte speziell für Frauen mit Kindern, flankierende Maßnahmen und Strategien zur Reduzierung der Obdachlosigkeit von Frauen

Antr

s. *Obdachlosigkeit*

Drs 13/4905

Finanzielle Absicherung der Frauenhäuser

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2040 2043

Beklagung der Kürzungen zulasten der Frauenhäuser, Erhaltung der Finanzierung auf bisherigem Niveau, Liquiditätsprobleme der Frauenhäuser infolge ungeklärter Zuständigkeiten bei der Umsetzung von Hartz IV

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5933-5935 5937 5942

Frauenheilkunde

s.a. Geburtshilfe

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Verordnungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 29.10.2002 und Stellung-

nahme SM Drs 13/1446

BeschlEmpf und Bericht SozA 10.04.2003 Drs 13/2222 S. 39 40

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen

Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG; Begründung, bauliche Maßnahmen und Kosten einer Verlagerung der Chirurgie und Gynäkologie von Kirchheim nach Nürtingen; Auswirkungen auf die von den Aidlinger Schwestern betriebenen Krankenpflegeschule am Kirchheimer Krankenhaus

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/1708

Zukunft des Kreiskrankenhauses Kirchheim/Teck

Beurteilung der vom LKreis Esslingen geplanten Schließung der neu gebauten Kirchheimer Gynäkologie, Bewirkung einer Rückzahlung von Landeszuschüssen? Auswirkungen der Sparbeschlüsse der LReg auf die Zuschüsse für den Nürtinger Krankenhausneubau; Konsequenzen des Urteils des EuGH zur Arbeitszeit der Ärzte für die Personal- und Kostenstruktur der Kreiskrankenhäuser Kirchheim und Nürtingen

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/2566

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbindung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr

s. *Ärztliche Behandlung*

Drs 13/4822

Frauenklinik

Frauenklinik am Zuckerberg in Ludwigsburg

Gründe und Auswirkungen einer Schließung der o.g. Klinik

MdIANfr 9) Jürgen Walter GRÜNE 16.07.2001 Drs 13/62

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 311

Geburtshilfe und Geburtsmedizin - Frauenklinik am Zuckerberg in Ludwigsburg

Ermöglichung der Parallelität bzw Kooperation mit dem Klinikum Ludwigsburg; Durchführung einer Anhörung zum Thema „Qualitätsorientierte und frauenfreundliche Geburtshilfe in BW“, Aussetzung der Schließung von kleinen Geburtshilfeeinrichtungen bis zur Vorlage des Ergebnisses dieser Anhörung

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 26.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/129

BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2001 Drs 13/358 S. 13 14

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Frauenkrankenhaus

s. *Frauenklinik*

Frauenschutzhaus

s. *Frauenhaus*

Fraunhofer-Gesellschaft

Förderung der anwendungsorientierten Fraunhofer-Institute in BW

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297

Freibad

s. *Schwimmbad*

Freiberg

Ausbau und Neubau der S 4/S 40 zwischen Freiberg und Backnang

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum geplanten Bau der S 40 zwischen Marbach und Backnang, Verknüpfung einer Förderzusage mit dem vertraglich fest vereinbarten zweigleisigen Ausbau der Strecke Freiberg-Benningen sowie mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Marbach?

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/3924

Ausbau der Stuttgarter S-Bahn-Linie 4 zwischen Freiberg und Benningen

Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4683

Ausbau der S-Bahn S 4 zwischen Freiberg und Benningen

Gründe für die Entscheidung gegen das o.g. Projekt trotz bestehender Vereinbarungen und der Bereitschaft aller übrigen Beteiligten zur Erbringung ihres Finanzierungsanteils, Höhe und Träger der Planungskosten für den Ausbau der S 4 und die Verlängerung der S 40 von Marbach nach Backnang, Frage nach anderen vorrangigen Projekten; Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4706

Förderung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Freiberg-Benningen und des S-Bahn-Ringschlusses Marbach-Backnang

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4806

Auswirkungen des Durchfahrverbots für Lkw in Pleidelsheim auf die Nachbarorte Freiberg und Benningen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103

Freiberufler

s. *Selbstständiger*

Freiburg

s.a. *Fachhochschule Freiburg*

s.a. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

s.a. *Regierungspräsidium Freiburg*

s.a. *Regio-Verkehrsverbund Freiburg*

s.a. *Universität Freiburg*

Behördenstandort Freiburg: Neuorganisation der Badischen Oberfinanzdirektionen

Stand der o.g. Neuorganisation an den Standorten Freiburg und Karlsruhe, Zahl und Beschäftigungsverhältnis der Mitarbeiter in den einzelnen Abteilungen vor bzw nach dem politischen Kompromiss, personelle Auswirkungen für den Standort Freiburg im Falle der Gründung eines Landesbetriebs

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/99

Organisation der OFD Karlsruhe und Auswirkungen auf den Standort Freiburg

Stand und Auswirkungen o.g. Neuorganisation an den beiden Standorten Karlsruhe und Freiburg, insbes der Umstrukturierung der Bundesabteilung der OFD in Freiburg

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/110

Messe Freiburg

Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Defizite und Verlusterwartungen, der geplanten Erweiterung, der Rechnungslegungspraxis und des (fehlenden) Controllings

KlAnfr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/172

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Merkmale des Prädikats „Öko-Hauptstadt“ für Freiburg und Umgebung, Entwicklung der Zahl von Arbeitsplätzen in der ökologisch relevanten Produktion seit 1993, Forcierung der Nutzung regenerativer Energiequellen

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Unterrichtsversorgung im Oberschulamtsbezirk Freiburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1238

Fertigstellung der Ost-West-Verbindung B 31 im Bereich Freiburg-Kirchzarten

Verzögerung der Verkehrsübergabe durch Wassereintrüche und Sanierungsarbeiten im neuen Straßentunnel, Art und Kosten der Nachbesserung von Sicherheitseinrichtungen, Frage nach der Verkehrsführung bei einem Ausfall des Tunnels, Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen im Freiburger Osten, insbes auch

durch Ausweichverkehr nach Einführung der Lkw-Maut

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/1252

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zustand der Eisenbahnquerverbindung zwischen Freiburg, Neuenburg und Mulhouse bzw Rastatt und Hagenau; Schließung der Lücke zwischen Freiburg und Colmar; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelinwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr Dr. Klaus Schüle u.a. CDU 03.09.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1288 (20 S.)

B 31-Ost (neu) zwischen Kirchzarten und Kirche Maria Hilf in Freiburg im Zusammenhang mit dem privat vorfinanzierten Straßenbau dieser Maßnahme

Verifikation bzw Finanzierung von Mehrkostenforderungen der am o.g. Projekt beteiligten Baufirmen und Arbeitsgemeinschaften

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/1369

Finanzgericht Freiburg

Auswirkungen einer evtl Verlegung der Freiburger Außensenate nach Karlsruhe sowie eines Abzugs weiterer Behörden und Dienststellen aus Freiburg bzw der Region Südlicher Oberrhein, Verwendung der frei werdenden Liegenschaften, erzielbare Einsparungen bzw Unterbringungskosten bei Zentralisierungen

KlAnfr
s. *Finanzgericht*
Drs 13/1490

Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein

Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollanlage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A 861 Rheinfelden

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1534

Finanzgericht Freiburg

Befürwortung der Verlegung der Außensenate des Finanzgerichts von Freiburg nach Karlsruhe durch „fachkundige Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ aus der Region Freiburg?

MdlAnfr

s. *Finanzgericht*
Drs 13/1678

Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg

Auflistung der für den vordringlichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr
s. *Bundesverkehrswegeplan*
Drs 13/1820

Zukunft des Amtes für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur, Freiburg

Auflösung der o.g. Behörde und Neuzuschnitt der südbadischen Ämter zwischen Offenburg und Lörrach, Auswirkungen auf die Bürgernähe in der Agrarverwaltung, Einbeziehung der Belegschaften und Personalvertretungen sowie des Landwirtschaftlichen Hauptverbands

KlAnfr
s. *Landwirtschaftsbehörde*
Drs 13/1889

OLG-Senate in Freiburg

Beschlusslage zur Verlegung o.g. Gerichte nach Karlsruhe

MdlAnfr
s. *Oberlandesgericht*
Drs 13/2037

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr; hier: am Beispiel der Stadt Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Mannheim und dem Bodenseekreis

Darlegung o.g. Daten nach Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Entwicklung der Klassengrößen, der Fehlstunden und der benötigten Deputate; Zahl der bis 2005 in den Ruhestand tretenden Lehrer; Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2094

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Vorschlag einer Einbeziehung des o.g. Abschnitts in das Maut-Netz im Falle einer Zunahme des Vermeidungsverkehrs

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/2247

„Außenstellenlösung“ für das Finanzamt Müllheim

Argumente für und gegen eine Angliederung an das Finanzamt Freiburg Land, u.a. Ausbluten des ländlichen Raums durch den Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Gewichtung der regionalen Besonderheiten zur Erhaltung des Standorts

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2258

Windkraftanlagen am Schauinsland (Freiburg)

Veranlassung des RegPräs Freiburg zur Unterlassung der Anforderung an die Stadt Freiburg zur Rücknahme der Baugenehmigung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2395

Situation der Staatsweingüter

Entwicklung der Personalstruktur, der Weinverkaufsmengen und -preise, Umsätze, Rebflächen und Außenstellen der Standorte in Freiburg, Meersburg und Weinsberg seit 1993; Gegenüberstellung der Investitionen in die Produktion und den Verkauf

Antr
s. *Weinwirtschaft*
Drs 13/2417

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Situation am Weinbauinstitut in Freiburg

Bedeutung und baulicher Zustand der o.g. Einrichtung; Frage nach einem Energieeinspargutachten; Höhe der notwendigen und erbringbaren Investitionen zur Modernisierung der Gebäude, Räume, Technik und Ausrüstung; Anregung der Finanzierung über den Verkauf eines Teils der Liegenschaften

Antr
s. *Weinwirtschaft*
Drs 13/2659

Auswirkungen der Pläne des Bundes im Bereich der Oberfinanzdirektionen und deren Auswirkungen auf die Standorte in BW

Neuorganisation der beiden früheren OFD Karlsruhe und Freiburg zu einer Mittelbehörde, Auswirkungen an den beiden Standorten Karlsruhe und Freiburg

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2661

Abschiebung der Familie Usta aus Freiburg

Umstände der o.g. Abschiebung, Gesundheitszustand und Reisefähigkeit der Familienmitglieder, insbes der Mutter; Gründe für die Ablehnung eines amtsärztlichen Gutachtens bzw des Gutachtens der Universitätsklinik Freiburg, geforderte Qualität von Amts- und Privatgutachten, fachliche Voraussetzungen der beauftragten Ärzte

KlAnfr
s. *Ausweisung*
Drs 13/2747

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzung beim Ensemble Recherche Freiburg
s. *Orchester*
Drs 13/2814

Untersuchung der Strukturen der Finanzämter des Landes

Eingliederung des Finanzamts Titisee-Neustadt in das Finanzamt Freiburg unter Beibehaltung als Außenstelle in Titisee-Neustadt?

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2855

Veränderungen in der Struktur der Finanzverwaltung

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen bzw der Eingliederung der OFD Stuttgart in die OFD Karlsruhe; Auswirkungen bei der Außenstelle Freiburg; Frage nach Zusagen gegenüber den abgestuften Finanzämtern und den betroffenen Gemeinden; Berechnungsgrundlagen und Höhe der erwarteten Einsparpotenziale bzw des Mehraufwands der Strukturreform; Prüfung des Alternativmodells der Beschäftigten der beiden OFD-Standorte

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2893

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg im Zuge der Neuorganisation der Finanzämter in BW

Zusätzliche Kosten einer Aufgabenverlagerung vom Finanzamt Freiburg ins Finanzamt Müllheim im Zuge der Verwaltungsreform. Frage nach den Grundlagen für das berechnete Einsparpotenzial

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2984

Lärmentwicklung entlang der B 31 Bereich Ebnet-Littenweiler-Waldsee und Kirchzarten-Bruckmühle

Verwirklichung der Lärmschutzmaßnahmen entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der B 31 Ost? Information der betroffenen Anwohner über die Ergebnisse der Lärm-messungen; Aufnahme und Konsequenzen der Beschwerden bei der Straßenbauverwaltung

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/3009

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg; hier: Verlegung von Aufgaben aus dem Finanzamt Freiburg in das Finanzamt Müllheim

Wiederholung der auf Drs 13/2984 gestellten Fragen nach den zusätzlichen Kosten und dem verfehlten Einsparpotenzial der o.g. Aufgabenverlagerung

MdlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/3056

s. Finanzgericht
Drs 13/5146

Teilweise Neumöblierung in der Außenstelle Freiburg des Finanzgerichts BW

Beschaffung von Schreibtischen und Stühlen trotz des im Keller der Freiburger Gerichtsdependance vorhandenen funktions-tüchtigen Büromobiliars; Maßnahmen zur Verhinderung des so genannten Dezember-Ausgabe-Fiebers

KlAnfr
s. Möbel
Drs 13/5147

Angebot der Stadt Freiburg zur Vorfinanzierung einer Straßenbauplanung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 671

Würdigung der Wahl des Abg Dr. Salomon zum OB der Stadt Freiburg, Stellenwert der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit für Freiburg

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453 1458 1464 1493

Unterstützung des Messestandorts Freiburg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1640 1642 1645

Befürwortung des Festhaltens an der Fehlbelegungsabgabe durch die Stadt Freiburg

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1806 1807

Würdigung der Wahl des Abg Dr. Salomon zum OB der Stadt Freiburg, Vorfreude auf die auswärtigen Plenarsitzungen des Ltg im Oktober in Freiburg; Hinweis auf die weltweit führende Stellung des Dioxinlabors in Freiburg

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1849 1877

Grußworte zu Beginn der auswärtigen Plenarsitzung des Ltg in Freiburg anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Landes; Aufwand und Ertrag der Fehlbelegungsabgabe in Freiburg

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1893 1894 1922 1925 1926

Bekundung von Interesse der Stadt Freiburg als Standort einer Popakademie, Verzahnung mit der Jazz- und Rockschnule; Annahme eines positiven Votums der Stadt zum Ausbau der A 5; Würdigung der ökologischen Profilbildung der Stadt Freiburg

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1967-1971 1976-1981 1984-1987 1989-1991 1993

Hinweis auf die weltweit führende Stellung des Dioxinlabors in Freiburg

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3123

Erteilung der Baugenehmigung für die Windkraftanlagen am Schauinsland durch die Stadt Freiburg, Aufforderung des Reg-Präs Freiburg zur Rücknahme; Unterstützung der Solarforschung in Freiburg

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3453-3460 3464 3465

Kosten der Stadt Freiburg zur Deckung des zusätzlichen Bedarfs an Kindergartenplätzen; Verweisung auf die Verschuldung Freiburgs

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3616 3650

Ankündigung der Förderung von großen Bauprojekten in Freiburg

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Verweisung auf die enge Verbindung der Ökomesse mit Freiburg
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6793 6795

Blockade der von der Stadt Freiburg geplanten PPP-Projekte durch die Aufsichtsbehörde

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306 7307 7309 7314

Verweisung auf das Renommee der Stadt Freiburg als Standort für die Erforschung und Entwicklung der Solartechnik; Erinnerung an die auswärtige Plenarsitzung des Landtags in Freiburg

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7965 8012

Freie Demokratische Partei

Änderung des Kreistagswahlrechts auf Wunsch und zum Vorteil der FDP/DVP, Ermöglichung der Kandidatur eines Bewerbers für den Kreistag in zwei Wahlkreisen innerhalb eines LKreises

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3425-3432

Klärung der Finanzierung einer Umfrage zur Wirtschaftspolitik von Minister Dr. Döring, Zurückweisung der Bewertung als Parteispende

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4779 4783 4788 4789 4791-4795

Verhinderung einer Verkleinerung des Wahlkreises Eppingen durch die FDP/DVP, Sicherung der Wiederwahl des Abg Drautz, Erinnerung an sachfremde Entscheidungen zugunsten der FDP/DVP, Aufruf der Wähler zur Wahl anderer Parteien bei der nächsten Landtagswahl; Bewertung der Umweltpolitik der FDP auf Bundesebene

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5846 5854 5855 5857 5862

Freie Wähler

s. Freie Wählergemeinschaft

Freie Wählergemeinschaft

Bedenken der Freien Wähler zur Zusammenlegung der Europa- und Kommunalwahlen, Ergebnisse der Freien Wähler bei den Kommunalwahlen 1994 und 1999

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3075 3076 3080-3082

Freie Waldorfschule

s. Privatschule

Freie Wohlfahrtspflege

s. Wohlfahrtspflege

Freies Radio

s. Rundfunk

Freies Theater

s. Theater

Freiheitsstrafe

s.a. Arrest

s.a. Geldstrafe

s.a. Haft

s.a. Maßregelvollzug

s.a. Strafaussetzung zur Bewährung

s.a. *Strafvollzug*

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit

Entwicklung von Zahlen der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Gefangenen seit 1993, Anteil der o.g. Fälle sowie der Gnaderlasse von restlichen Geldstrafen

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 14.10.2003 und Antw JuM Drs 13/2492

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/3949

Projekt „Schwitzen statt Sitzen“

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit bzw Erzielung von Einsparungen im Vergleich zur Strafvollstreckung, Bilanz des o.g. Projekts seit 2000 sowie Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung vom Kriminologischen Dienst, Umfang und Zeitpunkt einer Ausweitung des Projekts

Antr
s. *Arbeit*
Drs 13/3994

Forderung nach härteren Strafen für Sexual- und Gewaltverbrecher; Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1913 1914 1916 1921

Erweiterung des Strafrahmens für Sexualstraftäter; Verhängung entsprechender Freiheitsstrafen durch die Gerichte

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2404 2407 2409

Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht; Erhöhung des Strafrahmens beim Jugendstrafrecht auf 15 Jahre

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2458-2465 2468 2469

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit; Unterstützung des Projekts „Schwitzen statt Sitzen“

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6042 6047

Freileitung

s. *Elektrische Leitung*

Freilichtmuseum

s. *Museum*

Freistaat Bayern

s. *Bayern*

Freistaat Sachsen

s. *Sachsen*

Freistellung von der Arbeit

s. *Sonderurlaub*

Freistellungsjahr

s. *Sonderurlaub*

Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten

s. *Arbeitsförderung*

Freiwillige Gerichtsbarkeit

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-) Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Anpassung von Zuständigkeitsregelungen an Änderungen des Bundesrechts sowie an die Umwandlung des Amtsgerichts Heilbronn in ein Präsidenten-Amtsgericht; Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzsachen, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer); Anpassung des LJKG an bundesrechtliche Änderungen der Justizverwaltungskostenordnung

GesEntw LReg 08.10.2002 Drs 13/1373 (11 S.)
1. Beratung PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1569
2. Beratung PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2338 2339
GesBeschl 12.12.2002 Drs 13/1625
GBI 2002 Nr. 14 S. 477 478 (Ges vom 12.12.2002)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Änd des FinanzausgleichsGes sowie der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Justizreform in BW

Vorlage eines GesEntw zur Revision der mit dem VerwaltungsstrukturreformGes vorgenommenen Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

EAntr SPD 07.12.2004 Drs 13/3852
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5671-5681

Ges zur Änd des LandesjustizkostenGes und des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Anpassung des Gebührenanteilsystems der Notare im Landesdienst an die Vorgaben des Europarechts, Erweiterung bzw Einführung der Gläubigerschaft der Notare an sämtlichen Gebühren und Auslagen für Geschäfte i.S. von § 3 Abs 1 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, strukturelle und inhaltliche Neugestaltung der an das Land abzuführenden Gebührenanteile

GesEntw
s. *Notar*
Drs 13/3965

Freiwillige Schüler-Zusatzversicherung

s. *Unfallversicherung*

Freiwilliger Polizeidienst

s. *Polizeihelfer*

Freiwilliges ökologisches Jahr*Freiwilliges Ökologisches Jahr in BW*

Entwicklung der Teilnehmerzahlen und Einsatzstellen seit Beginn des Programms, Voraussetzungen und Kosten des Stellenangebots; Ermöglichung einer Ausweitung zur Überbrückung der Zeit zwischen Schule und Beruf für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 15.07.2003 und Antw UVM Drs 13/2257

Situation und Entwicklung der Freiwilligendienste in BW

Platzangebot und -nachfrage beim Zivildienst, FSJ, FöJ u.a. Diensten; Einschätzung der Situation und Ausbaumöglichkeiten mit finanzieller Unterstützung des Landes; Frage nach einem Gesamtkonzept sowie Initiativen zur Ableistung der Dienste auch im Ausland

Antr
s. *Zivildienst*
Drs 13/2397

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Zuschüsse an die Träger des freiwilligen ökologischen Jahres

ÄAntr CDU und FDP/DVP 25.01.2005 Drs 13/4010-20 S. 45 46
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Erhöhung der Zuschüsse für das FöJ

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6055

Erhöhung der Zuschüsse für das FöJ

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6154

Freiwilliges Soziales Jahr

s. *Soziales Jahr*

Freizeitanlage

s. *Freizeiteinrichtung*

Freizeiteinrichtung

s.a. *Diskotheek*
s.a. *Erholungsgebiet*
s.a. *Ferienstätte*
s.a. *Spielhalle*

Vereinbarkeit des geplanten Unterhaltungszentrums Ergenzingen Ost (Stadt Rottenburg) mit dem Landesentwicklungsplan (LEP)

Vereinbarkeit der o.g. Freizeiteinrichtung mit einer Großdisco und Gastronomiebetrieben mit dem LEP und den Festlegungen des Regionalplans Neckar-Alb, insbes durch den starken Besucherverkehr und den dafür notwendigen Flächenverbrauch für 880 ebenerdige Parkplätze; Bewertung der Planung in einem Kleinzentrum an der Autobahn ohne Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel; Frage nach Instrumenten zur Verhinderung derartiger Vorhaben

KIAnfr Boris Palmer GRÜNE 17.11.2004 und Antw WM Drs 13/3762

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflyghäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflyghafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Ablehnung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5043

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflyghäfen; Festhalten an

Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5206

Freizeitpark

s. *Freizeiteinrichtung*

Freizeitsport

s.a. *Spiel*

Verkehrsregelung für „Inlineskater“ als Verkehrsteilnehmer

Konsequenzen des BGH-Urteils zur Benutzung von Verkehrsflächen innerhalb und außerhalb von Ortschaften, Schutz der Fußgänger bei der künftigen Benutzung von Gehwegen, Möglichkeiten für Geschwindigkeitskontrollen der Polizei

KlAnfr Heiderose Bertho FDP/DVP 30.04.2002 und Antw UVM Drs 13/971

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“ im Vergleich zu anderen Naturparks; Förderung von Trendsportarten zur Erschließung neuer Zielgruppen im Fremdenverkehr

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Sport und Mobilität

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Studie, insbes Reduzierung der Pkw-Nutzung bei der Anfahrt zu Sportstätten und zur Ausübung von Freizeitsport; Verknüpfung der Sportstättenförderung mit Anforderungen an ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, Frage nach gegenteiligen Fällen, wie z.B. das Förderprojekt Großsporthalle Tübingen, in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 13/4946

Förderung von Freizeitsportarten wie Klettern und Inlineskating iRd Schulsports, Vorlage der Kletterkonzeption

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1477 1480 1481 1483

Regelung einer natur- und landschaftsverträglichen Ausübung von Freizeitsportarten mit dem neuen Naturschutzrecht

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7272

Freizeitzentrum

s. *Freizeiteinrichtung*

Fremdenverkehr

s.a. *Auslandsreise*
s.a. *Beherbergungsstatistik*
s.a. *Kurort*
s.a. *PLENUM-Projekt*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 15) - Förderung von Tourismusorganisationen (Drs 12/5701 XII. S. 5)

Mittlg LReg 02.07.2001 Drs 13/38
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/265
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497
Mittlg LReg 25.09.2002 Drs 13/1353

Jahr des Ökotourismus der Vereinten Nationen 2002

Förderung des Ökotourismus im Bereich der Heilbäder, Luftkurorte, Ferien auf dem Bauernhof und des Tagestourismus; Unterstützung des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel, Werbung um Verständnis für Verkehrsbeschränkungen im Tagestourismus, Reaktivierung des Fahrradverleihs an Bahnhöfen; Erstellung einer Konzeption mit den Fremdenverkehrsverbänden, Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 24.10.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/366
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 11 12
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Rückgang von Fluggastreisenden in Deutschland und BW

Werbung um das o.g. Gästepotenzial für die Tourismusgebiete des Landes

MdlAnfr
s. *Fluggast*
Drs 13/419

Beherbergungsstatistik

Auswirkungen der auf Bundesebene geplanten Änd im BeherbergungsstatistikGes auf das Fremdenverkehrsland BW, insbes auf Beherbergungsbetriebe, Kur- und Heilbäder

Antr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 13/425

Vermarktung BW als Reiseziel 2002

Werbung um das zu erwartende zusätzliche Gästepotenzial, Unterstützung der Tourismusverbände

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 14.11.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/447
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 6 7
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Naturparkkonzeption des Landes

Vorhandene und geplante Naturparke, Darstellung der Finanzierung, Vorleistungen der LKreise und Kommunen; Verwirklichung der Plenumsätze; Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung einschließlich des Fremdenverkehrs; Offenhaltung der Landschaft, insbes im Schwarzwald; Fortschreibung der Konzeption von 1976

Antr
s. *Erholungsgebiet*
Drs 13/578

Touristische Nutzung von Kreisverkehren

Ermöglichung von touristischen Werbetafeln auf Verkehrsinseln in Kreisverkehren

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 13/756

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September; Höhe und Verwendung der bereitgestellten Fördermittel, Erfahrungen mit der pauschalen Förderung und Zuwendungen für Einzelprojekte, Zuschüsse vom Bund und der EU; Umfang des Budgets, Art, Wirkungen und Ziele der Tourismuswerbung im In- und Ausland

GrAnfr CDU 12.03.2002 und Antw WM Drs 13/844 (55 S.)
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2681-2692

Golfplätze im Tourismus-Konzept

Werbung für o.g. Angebote iRd Tourismuskonzepts des Landes

Antr

s. *Golfsport*

Drs 13/943

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Förderung o.g. Bereiche seit 1996 bzw der Zahl von Vorsorge- und Rehabilitationskuren, Ausgleich der Leistungseingriffe der früheren BReg, Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms; Entwicklung der Zahlen sowie Qualifizierung in- und ausländischer Fachkräfte für die Gastronomie, Ausschreibung eines Innovationspreises, Marketingkonzepte und -maßnahmen für die einzelnen Regionen, Nutzung des Internet, Aufwertung des Ökotourismus und der Naturparks, Förderung des Radtourismus u.a.

GrAnfr SPD 06.06.2002 und Antw WM Drs 13/1060 (28 S.)
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2681-2692

Fahrradland BW

Bisherige und künftige Förderung des Fahrradverkehrs, Radwegbaus und Radtourismus; Vergleich mit der Schweiz u.a. BLändern; Finanzierung eines landesweiten Radwegenetzes, einer einheitlichen Beschilderung und kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw Verkehrsverbänden; Förderung von kommunalen Maßnahmen über den Finanzausgleich; Einrichtung eines Referats für Fahrradverkehr im UVM sowie eines Haushaltstitels für den Radwegbau

Antr

s. *Fahrrad*

Drs 13/1078

Stellungnahmen der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Zuleitung o.g. Stellungnahmen an den Ltg und die Mitglieder des Oberrheinrats ohne Abgeordnetenmandat; Bewertung der Beschlüsse zur Kooperation mit anderen Gremien, zur grenzüberschreitenden Tourismusförderung, zur Koordination regional bedeutsamer Verkehrsprojekte und Unterrichtung in der Sprache des Nachbarn an den Grundschulen

Antr

s. *Oberrheinrat*

Drs 13/1095

Präsentation BW auf der Grünen Woche in Berlin

Kosten-Nutzen-Analyse der letzten 20 Jahre; Entwicklung einer Konzeption zur Darbietung heimischer Erzeugnisse nach dem HQZ sowie Präsentation des Landes als Fremdenverkehrsland, Aufstellung der Kosten und möglichen Alternativen

Antr

s. *Grüne Woche*

Drs 13/1105

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1134

Präsentation des Landes BW im Ausland

Professionalität und Wirkungen der Auslandspräsentation des Landes, Bewertung der Doppelfunktion von Dr. Döring als Minister und Präsident des Tourismusverbands BW, Überlegungen zur Steigerung der Besucherzahlen aus Nordamerika sowie zu einer einprägsameren Gestaltung des Namens „Baden-Württemberg“ für den englischen Sprachraum

Antr

s. *Baden-Württemberg*

Drs 13/1168

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Beherbergungskapazität der Unternehmen seit 1993; Rolle der Kur- und Bäderorte; Ausweisung von Naturparks zur Stärkung der touristischen Attraktivität

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im Zuge der DM/Euro-Umstellung nach dem 1. Januar 2002

Angebot von Speisen und Getränken zum selben Preis in Euro wie vorher in DM, Maßnahmen gegen diese Art von Preiswucher in den Fremdenverkehrsgebieten, insbes gegenüber Tagestouristen; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr

s. *Preis*

Drs 13/1225

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Situation der Waldschäden, Auswirkungen auf den Tourismus, Verbesserungsmaßnahmen

GrAnfr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1226

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft; Förderung des Kooperationsraums Bodensee-Oberschwaben; Beurteilung einer Neustrukturierung der Verwaltung in der Region sowie der Ansiedlung einer FH in Überlingen; Entwicklung der Zahlen von Gästen und Betrieben im Fremdenverkehr, Vergleich bzw Zusam-

menarbeit mit den anderen Anrainerstaaten

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Entwicklung der Bodenseeregion

Umsetzung der Ergebnisse von Studien zur besonderen Belastung des Uferbereichs und des Umlands durch den Tourismus

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Tourismusinfrastrukturprogramm 2002

Verteilung der Förderanträge nach Regierungsbezirken, Darlegung der Entscheidungskriterien sowie der Zahl der zu erwartenden Arbeitsplätze bei den einzelnen Maßnahmen

KlAnfr Reinhold Gall SPD 12.08.2002 und Antw WM Drs 13/1255

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit der drei Länder beim Tourismus

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1318

Maßnahmen zur Verbesserung des Jugend-Tourismus in BW

Unterstützung eines eigenständigen Internet-Portals, von preiswerten Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-Angeboten; Förderung von kulturellen Events, von Sport- und Musikveranstaltungen; Absicherung von ausgewählten Großereignissen durch Bürgerschaftshilfen

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/1429

Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Verbesserung der Tourismus-Infrastruktur in BW

Beurteilung o.g. Vorschläge und Maßnahmen zur Optimierung der Infrastruktur-Instrumente und Verbesserung der Kooperation und Vernetzung zwischen den Akteuren, u.a. Unterstützung von Service-Paketen, Kombination von Tourismus- und Städtebauförderung, Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Tourismusverbände

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 24.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1430
BeschlEmpf und Bericht WirtA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 16-18
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Tourismusentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 05.11.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1461
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.01.2003 Drs 13/1855 S. 48-50
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Positive Impulse für den Schwarzwald-Tourismus durch eine Indoor-Skihalle in Sasbachwalden

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Genehmigung der geplanten Ganzjahresskihalle in Sasbachwalden

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/1561

Stärkung des Tourismus in der Region Heilbronn-Franken

Initiierung eines gemeinsamen Tourismusverbands; Unterstützung örtlicher Bemühungen für den Ausbau und die Vernetzung von Radwegen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 12.12.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1618
BeschlEmpf und Bericht WirtA 05.02.2003 Drs 13/1855 S. 21 22
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1733

Tourismusentwicklung in der Region Ostwürttemberg

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

KlAnfr Mario Capezuto SPD 17.02.2003 und Antw WM

Drs 13/1795

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Verzicht auf die Kürzung der Zuschüsse zur Tourismusinfrastrukturförderung

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 9 S. 53 54
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Gesundheit hat Zukunft

Verstärkung der Werbung um Gäste im Gesundheitstourismus im Wettbewerb mit anderen BLändern, Nutzung der Spitzenqualität in Gastronomie und Hotellerie als Konkurrenzvorteil

KlAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1871

Tourismuswerbung im Ausland

Auflistung der konkreten Einzelmaßnahmen und bereitgestellten Mittel

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 20.03.2003 Drs 13/1906
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2842 2843

Neues Marketingkonzept des Landes für den Dienstleistungsbereich Heilbäder und Tourismus

Ausgestaltung des neuen Konzepts durch die Tourismus-Marketing GmbH, Einbindung der regionalen Akteure vor Ort, Hervorhebung der einzelnen Regionen und des Ökotourismus? Bisherige und künftige Datenbasis für die Fremdenverkehrsstatistik; Bemessungskriterien der jährlichen Landeszuschüsse

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 25.03.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1934
BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 3 4
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr Beate Fauser u.a. FDP/DVP 20.05.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2091 (13 S.)

Wirtschaftliche Entwicklung im Landkreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/2135

Internationale Bodensee-Tourismus GmbH (IBT)

Bedeutung und bisherige Förderung der IBT vonseiten des Landes, der anderen Anrainerstaaten und des Tourismusverbands BW; Eintreten für eine bessere Finanzausstattung

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 04.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2231

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 16-18

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts mit den Akteuren vor Ort, insbes Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Schafbeweidung und Vermarktung der Produkte) sowie des regionalen Tourismus; Vernetzung mit dem PLENUM-Gebiet und dem Projekt „Nationaler GeoPark Schwäbische Alb“

Antr

s. *Militärische Anlage*

Drs 13/2299

Kündigung der Mitgliedschaft des Tourismusverbandes BW e.V. im Deutschen Tourismusverband, Bertha-von-Sutner-Platz 13, 53111 Bonn

Frage nach der Information und dem Einverständnis der LReg zu der von Minister Dr. Döring ausgesprochenen Kündigung, Auswirkungen auf die einzelnen regionalen Tourismusorganisationen

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 24.09.2003 Drs 13/2447

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3564

Wassertourismus in BW

Stand und Ausbau der o.g. Angebote, Höhe der öffentlichen Förderung, Befahrbarkeit der Gewässer mit motorisierten u.a. Booten

KlAnfr

s. *Binnengewässer*

Drs 13/2565

Konzept Kinder- und Jugendübernachtungsstätten

Erarbeitung eines Konzepts unter Beteiligung der (kleineren) Träger und mit Vorschlägen zur finanziellen Umsetzung, Steigerung der Attraktivität des Tourismusstandorts BW für Jugendliche aus dem In- und Ausland

Antr

s. *Jugendheim*

Drs 13/2567

Zusammenarbeit des Tourismusverbandes mit BTV

Bereitstellung von Filmmaterial durch die Tourismus-Marketing GmbH, z.B. zur Lieferung von Wetterdaten mit entsprechenden werbewirksamen Bildern aus Städten und Regionen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 06.11.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2581

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.05.2004 Drs 13/3239 S. 17 18

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Tourismus und Sport - Förderprogramme der EU

Bedeutung der Verbindung zwischen Tourismus und Sport, Entwicklung der Arbeitsplatzzahlen, Förderung von Projekten durch das Land; Programme und Vergabekriterien der EU für die beiden Bereiche, Initiierung und Förderung entsprechender Projekte

Antr

s. *Sport*

Drs 13/2597

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/2667

Haushalt 2004; Epl 07

Kürzung der Tourismusförderung

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807-12 S. 42

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Fußballweltmeisterschaft 2006 - Tourismus

Nutzung der WM zum Standortmarketing für Stuttgart und die einzelnen Regionen, Präsentation iRd Berichterstattung zur WM, Kooperation von Ministerien, Kommunen und Verbänden; Zahl der erwarteten Fußballtouristen und Übernachtungsgäste, Frage nach einem leistungsfähigen Buchungssystem im Internet, Bewerbung der Sommer- und Wintersaison für den Schwarzwald und Bodensee?

Antr

s. *Fußballweltmeisterschaft*

Drs 13/3149

Ökotourismus im Südlichen Schwarzwald in Verbindung mit der Schweiz

Aufgabe des o.g. Konzepts? Vereinbarkeit mit dem angestrebten Projekt „Freie Fahrt für freie Urlauber“ iR von KONUS (kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Schwarzwaldtouristen)

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 30.04.2004 Drs 13/3161
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4867-4869

Haushaltsnachschläge für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatsansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Gegenseitige Bedeutung der Länder als Wohnsitz und Reiseziel; Rolle des französischen Generalkonsulats in Stuttgart

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Beurteilung eines Eurodistrikts durch die EU, finanzielle Förderung von Modellvorhaben sowie der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit, Erarbeitung einer Konzeption zur Tourismusförderung unter Einbeziehung von berufsständischen Organisationen

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Situation der Tourismusbetriebe in BW

Entwicklung der Betriebsstätten, der Wertschöpfung, der Beschäftigten- und Ausbildungszahlen seit 2000; Darstellung der Förderinstrumente und deren Inanspruchnahme sowie der Restriktionen im JugendarbeitsschutzGes; Anpassung der Unterrichtseinheiten für die touristischen Berufe an die Belange der Ausbildungsbetriebe; Werbeaktivitäten für Familienurlaub sowie um Gäste in Verknüpfung mit der Fußball-WM 2006

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/3296

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/3975

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe

Antr
s. *Wirtschaft*

Drs 13/4152

Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze innerhalb der EU und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land

Definition und Angleichungsvereinbarungen der abgestuften MwSt-Sätze in der EU; Darlegung der Steuersätze in den 25 EU-Staaten und der Schweiz für Agrarprodukte, Lebensmittel, Arzneimittel, Tabakwaren, medizinische Leistungen, Verkehrstarife, Bücher, Fernsehgebühren, Eintrittsgebühren, Gastronomiepreise, Kraftstoffe, Fahrzeughandel, Reparaturen u.a. Güter und Dienstleistungen; Frage nach Vorgaben für die nationalen Regelungen bei der Anwendung von Nullsteuer- und Ermäßigungsätzen; Initiativen zum Abbau der Wettbewerbsnachteile für den heimischen Tourismus im Vergleich zu den angrenzenden Nachbarregionen

Antr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/4276

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe

KlAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4291

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Stärkung der Nutzung für den Fremdenverkehr bzw als Kultur- und Gedenkstätte unter Einbeziehung des Schiller Nationalmuseums und des Keltenmuseums bereits vor der Umsiedlung des Vollzugskrankenhauses nach Stuttgart-Stammheim; Beurteilung der Möglichkeiten für eine Verlagerung der vorhandenen Plätze der Sozialtherapeutischen Station ebenfalls auf andere JVA; Sanierung und Öffnung des Schubartturms sowie der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl privater Investoren

Antr
s. *Hohenasperg*
Drs 13/4356

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Gastronomiebetrieben, Übernachtungen, Gästen differenziert nach Nationalitäten und Aufenthaltsdauer seit 1994; Bedeutung der Kur- und Bäderorte; Gästezahlen beim „Urlaub auf dem Bauernhof“; Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Perspektiven der Messepolitik des Landes

Unterstützung der Verbindung des Messewesens und des Fremdenverkehrs

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/4655

Nachweismöglichkeiten der Beherbergungsstatistik nach dem Beschluss des Bundestages und der Zustimmung des Bundesrates zum „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“ im Juni 2005

Wegfall der Erhebung der Auslastung von Hotels, Privatpensionen, Jugendherbergen, Campingplätzen, Rehakliniken u.a.; Aus-

wirkungen auf Fördermaßnahmen im Fremdenverkehr und Heilbäderbereich

KlAnfr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 13/4670

Marketing für Schlösser und Gärten in BW

Bisherige bzw. wünschenswerte Vermarktung; Entwicklung der Besucherzahlen, der Einnahmen und Ausgaben in den letzten fünf Jahren; Kooperation mit den im kommunalen und privaten Besitz befindlichen Schlössern, Burgen und Gärten; Vorlage einer Gesamtkonzeption für die überregionale und internationale Vermarktung mit einem eigenen Schwerpunkt in der Tourismusförderung des Landes

Antr
s. *Schloss (Gebäude)*
Drs 13/4879

Das Tourismusland BW stärken

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954-7966

Erhalt der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt als Voraussetzung für einen funktionierenden Tourismus

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274 276

Stellenwert der Tourismusförderung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 505 506

Erinnerung an das Eintreten der FDP/DVP für Projektförderung im Fremdenverkehr

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775

Feststellung einer Stagnation im Tourismus bei gleichzeitiger Zunahme der Übernachtungszahlen in der Region Stuttgart, Aufstockung der Förderung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 946 948 949 954 958 964 983

Auswirkungen und Konsequenzen der Klimaveränderungen beim Tourismus

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1829 1837

Bedeutung kreativer Ideen im Tourismus, Notwendigkeit von wetterunabhängigen Angeboten, Ablehnung der geplanten Skihalle in Sasbachwalden in einer intakten Kulturlandschaft, Stellenwert des Tourismus am Bodensee

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3238-3244 3295-3301

Stellenwert des Tourismus im Schwarzwald, Erhaltung der Fördermittel für die landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4135 4136 4138 4140

Wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus, Aufstockung der Mittel für Werbung im In- und Ausland

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4289 4295

Festhalten an der Projektförderung im Fremdenverkehr

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5906

Festhalten an der Projektförderung im Fremdenverkehr; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Kurorte, Bedeutung des Campingtourismus

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015 6016 6021 6023

Umschichtungen im KIF zugunsten der Fremdenverkehrspauschale

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6109

Kooperation von BW International mit der Tourismus-Marketing GmbH, Ablehnung einer Übertragung von Aufgaben der Tourismus-Marketing GmbH auf die L-Bank, Sicherstellung einer effizienten Mittelverwendung bei der Tourismusförderung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6332-6335

Stimulanz des Fremdenverkehrs durch Biosphärengebiete, Stärkung des Tourismus, Erschließung neuer (junger) Zielgruppen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419 6420

Offensive touristische Vermarktung der Fußballweltmeisterschaft 2006, Aufhebung der Sperrzeit in der Gastronomie während dieser Zeit; Betrachtung der Natur als Grundlage des Tourismus

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491 6495

Fremdenverkehrsstatistik

s. *Beherbergungsstatistik*

Fremdsprache

s.a. *Griechisch*
s.a. *Latein*
s.a. *Rechtschreibung*
s.a. *Russisch*
s.a. *Slawistik*
s.a. *Spanisch*
s.a. *Sprachunterricht*
s.a. *Übersetzung*

Entwicklung der „alten Sprachen“ an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Nachfrage nach Latein und Altgriechisch in den letzten zehn Jahren; Auswirkungen der Einführung einer ersten Fremdsprache an Grundschulen

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 13.06.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/9 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 19 20
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse von Migrantenschülerinnen und -schülern und Anerkennung dieser Leistungen als Fremdsprachenkenntnisse im Zeugnis

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.07.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/78
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 14
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Entwicklung der Unterrichtsversorgung

Bereitstellung der zusätzlichen Stellen für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen, Vorlage der Prognosedaten für die Personalplanung bis 2006

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/371

Integration von Migranten in BW

Erstellung und Fortschreibung einer Gesamtkonzeption zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, gezielte Sprachförderung von Eltern und Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, Benotung der Mehrsprachigkeit von Schülern in Englisch, Französisch sowie der Sprache des Herkunftslandes

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/432

Zukunft der Staudinger-Gesamtschule als „Schule der besonderen Art“

Berücksichtigung der Besonderheiten der integrierten Gesamtschule bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie von Französisch als Grundfremdsprache

KlAnfr
s. *Gesamtschule*
Drs 13/436

Elterninformation zur Einführung der Grundschulfremdsprache Französisch

Art und Umfang der Einbeziehung von Eltern in die Diskussion und Entscheidungsfindung; Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung

KlAnfr Dieter Kleinmann FDP/DVP 04.12.2001 und Antw
KM Drs 13/532 (17 S.)

Französisch an Grundschulen im LKreis Karlsruhe

Nachvollziehbarkeit der Sprachgrenze Französisch-Englisch durch den o.g. LKreis und der Anschlussmöglichkeiten in den weiterführenden Schulen, Begründung der Ausnahme von Philippsburg und Oberhausen-Rheinhausen von Französisch, Erfahrungen mit dem Angebot „Lerne die Sprache des Nachbarn“; Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung, Bereitschaft zu Korrekturen, insbes Verzicht auf eine Benotung ab Klasse 3

KlAnfr Peter Wintruff SPD 11.12.2001 und Antw KM Drs
13/561 (14 S.)

Fremdsprachenunterricht an Förderschulen

Vorbereitung der Lehrkräfte und Lehrpläne sowie Auswirkungen der Einführung von Englisch bzw Französisch an Förderschulen, Einschätzung der beruflichen Werdegänge von Absolventen der Förderschulen, insbes im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 13.12.2001 und Stellungnahme
KM Drs 13/574
BeschlEmpf und Bericht Schula 20.02.2002 Drs 13/852 S.
37 38
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Fremdsprachenunterricht

Einführung von Englisch und Französisch an den Grundschulen, Weiterführung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, Auswirkungen bei den Abschlussprüfungen bzw im Abitur, Angebote für die Schüler in der Oberrheinschiene, Zahl und Qualifikation der notwendigen Lehrkräfte, Gewährleistung der Durchlässigkeit der Bildungswege in die weiterführenden Schulen, Aufnahme der Ausbildung zum Fremdsprachenunterricht in die Prüfungsordnungen, Organisation der Praxisphase an der PH Freiburg; Verzicht auf eine Benotung von Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 19.12.2001 und Stellungnahme
KM Drs 13/589 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht Schula 20.02.2002 Drs 13/852 S.

38-40

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Biberacher Modell für den Lateinunterricht

Erfahrungen mit dem o.g. Modell, Auswirkungen auf die Akzeptanz des Lateinunterrichts bei Schülern und Eltern, Einbindung in die Konzeption des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen, Folgerungen für die zukünftige Fremdsprachenkonzeption

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.12.2001 und Stellungnahme
KM Drs 13/603

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache am Oberrhein

Verlagerung der Entscheidung entlang der Rheinschiene auf die örtlichen Gremien, Sicherung der Anschlüsse in den weiterführenden Schulen; Ausbau von Französischangeboten im Kindergarten sowie von grenzüberschreitenden Schulpartnerschaften und des Jugendaustauschs, Weiterführung des Projekts „Lerne die Sprache des Nachbarn“; Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für Französisch an Hauptschulen im Einzugsgebiet von Grundschulenglisch

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 29.01.2002 und Stellungnahme
KM Drs 13/691 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht Schula 20.03.2002 Drs 13/955 S.
15-17
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003
Prüfung der Zuordnung für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen der Gemeinden Oberried, St. Peter und St. Märgen sowie der Gemeinden im Dreisamtal

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 11.04.2002 Drs 13/912
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1425 1426

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Universitäten, PH und Fachschulen; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz in Schulen und Kindergärten; Erfahrungen mit Schulversuchen; Ausbildung und Einstellung von Migranten

GrAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/1012

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache entlang der Rheinschiene

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1484-1497

Erhalt und Förderung des Spanischunterrichts an weiterführenden Schulen im Land BW

Künftiger Stellenwert an Gymnasien bzw in der reformierten Oberstufe, an beruflichen Schulen sowie Realschulen; Aufwertung als zweite Fremdsprache an Gymnasien

Antr
s. *Spanisch*
Drs 13/1080

Stellungnahmen der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Zuleitung o.g. Stellungnahmen an den Ltg und die Mitglieder des Oberrheinrats ohne Abgeordnetenmandat; Bewertung der Beschlüsse zur Kooperation mit anderen Gremien, zur grenzüberschreitenden Tourismusförderung, zur Koordination regio-

nal bedeutsamer Verkehrsprojekte und Unterrichtung in der Sprache des Nachbarn an den Grundschulen

Antr
s. *Oberrheinrat*
Drs 13/1095

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit bei der Einführung der Grundschulfremdsprache, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Umsetzung der Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse
Erfahrungen mit dem Pilotprojekt für italienischstämmige Schüler; Vorbereitungsstand für Französisch, Griechisch, Türkisch, Russisch und weitere Herkunftssprachen; Frage nach einheitlichen Leistungs- und Prüfungsstandards, nach Vorbereitungskursen unter Einbeziehung von Lehrbeauftragten sowie Ausweisung und Anrechnung der Note im Abschlusszeugnis; umfassende Information aller Beteiligten

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 18.12.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1634
BeschlEmpf und Bericht SchulA 05.02.2003 Drs 13/1855 S. 26 27
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1685

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkahrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1727

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr

s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

Unterrichtsversorgung im LKreis Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Zukunft und Entwicklung des Schulstandorts Haigerloch

Gründe und Auswirkungen der Abweisung auswärtiger Schüler an der Realschule sowie Genehmigung der Umstellung des Progymnasiums zu einem Vollgymnasium, Verweigerung eines sprachlichen Profils? Ermöglichung der Gewinnung einer Lehrkraft für Spanisch

Antr
s. *Haigerloch*
Drs 13/2052

Ges zur Änd des SchulGes

Allgemeine Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 zur Fortführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule, Ermöglichung von Übergängen auf die beruflichen Gymnasien schon nach Klasse 9

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Erfolgreiche Grundschulbildung weiterentwickeln

Effekte der neuen Bildungspläne, des Fremdsprachenunterrichts, des Reformprojekts „Schulanfang auf neuen Wegen“, des Konzepts der verlässlichen Grundschule, der Kooperation mit Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2167

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Werbung um die französische Sprache und Kultur, Unterstützung entsprechender Austauschmaßnahmen und Institutionen

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes? Ausweitung des Modells der Falkenhausenschule Kehl - Grundschule mit bilingualen deutsch-französischen Klassen

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Fremdsprachen in der Abiturprüfung an Waldorfschulen

Abweichungen in den letzten zehn Jahren vom (nicht abschließenden) Fächerkatalog der VO über die Abiturprüfung an Freien Waldorfschulen oder in anderen Prüfungen, Auflistung der einzelnen Schulen und Fächer, Anteil von nicht vorgesehenen Pflichtfächern; Frage nach Sonderregelungen für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS)

KlAnfr

s. *Abitur*

Drs 13/3482

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Entwicklung der Zahl von Berufsschülern mit der Doppelqualifikation Berufsabschluss und Fachhochschulreife sowie mit Fremdsprachenzertifikat in den letzten fünf Jahren differenziert nach Berufen, Zielvorgaben für die nächsten Jahre, Angebot von Fremdsprachenunterricht für alle Berufsschüler

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3562

Stellenwert und Weiterentwicklung des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in BW

Kritische Überprüfung des Konsulatsmodells in BW, Vergleich mit den Modellen in Bayern und NRW und deren Finanzierung; Überführung ins Regelschulsystem mit entsprechender Mittelschichtung, Gewinnung von Lehrkräften und Lehrbeauftragten mit Migrationshintergrund für den muttersprachlichen Unterricht im Regelunterricht und in den erweiterten Angeboten an Ganztagschulen, Förderung der Muttersprachen der wichtigsten Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen an allen weiterführenden Schularten

Antr

s. *Muttersprachlicher Unterricht*

Drs 13/3688

Stärkung der Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe?

Auswirkungen der Oberstufenreform auf das Wahlverhalten der Schüler, Entwicklung der Zahl von Schülern mit einer oder mehreren Fremdsprachen seit 2000, Feststellung eines Rückgangs der Kurszahlen im Fach Latein bzw einer Stärkung der Fremdsprachenkompetenz? Frage nach einer Korrektur der generell vierstündigen Kurse

KlAnfr Dr. Walter Witzel und Renate Rastätter u.a. GRÜNE
15.12.2004 und Antw KM Drs 13/3905

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Erzielte Fortschritte seit Beantwortung der GrAnfr 13/3251 unter Einbeziehung von Bürgergruppen; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und Schulen iR von Gremien und Projekten: Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten, Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/4245

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/5002

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Auswirkungen der hohen Belastung insbes für die Fünft- und Sechstklässler und deren Eltern, Bewirkung einer verstärkten Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht und damit einer Verschlechterung der Chancengleichheit; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals, Beginn mit der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse sechs, Angebot einer umfassenden Fortbildung für die Lehrkräfte und Schulleitungen

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 13/5014

Sprachentwicklung durch Immersion in Kindergarten und Grundschule

Erkenntnisse und Beispiele zur Förderung des Fremdspracherwerbs nach dem o.g. Verfahren in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen; Unterstützung entsprechender Pilotprojekte?

KlAnfr

s. *Sprachunterricht*

Drs 13/5023

Korrektur G 8; Reduktion der Stundenbelastung in der Sekundarstufe I und Erhöhung der Stundenanteile in der Oberstufe

Entnahme der o.g. Entlastung aus der Kontingenzstundentafel der Klassen 5-10 oder aus den Poolstunden? Einführung der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse 6, Auswirkungen auf die Gesamtstundenzahl, den Bildungsplan und die Bildungsstandards am Ende der 6. Klasse? Unterstützung von Überlegungen der KMK zur Abstufung des Mindeststundenvolumens von 265 Stunden für das G 8 zum Richtwert?

KlAnfr

s. *Gymnasium*

Drs 13/5204

Schaffung der Voraussetzungen für Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43

Zusätzlicher Lehrerberarf zur Einführung von Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 100 110 123

Zusätzliche Lehrerstellen zur Einführung der Fremdsprache an den Grundschulen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 228 233 238

Stopp des rückläufigen Trends für Französisch an den Schulen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 604

Zusätzliche Lehrerstellen zur Einführung der Fremdsprache an den Grundschulen, Verständnis für die Proteste von Eltern gegen die Einführung von Grundschulfremdsprache

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987 988 991 996 997 1004 1011

Zusätzliche Lehrerstellen zur Einführung der Fremdsprache an den Grundschulen

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1354 1357

Notwendigkeit des Erlernens der Sprache des Nachbarn auf beiden Seiten des Rheins, Einführung von Französisch als Grundschulfremdsprache in der Oberrheinregion

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1468 1484-1497

Stärkung der Sprachkompetenz durch Einführung der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1752

Erlernen der Sprache des Nachbarn iRd Lehreraustauschprojekts am Oberrhein, Umsetzung an den Grundschulen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2158 2163

Unterstützung der Einführung der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2583 2588 2589

Stärkung der Sprachkompetenz durch Einführung der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812 2829 2830 2834

Würdigung der Einführung von Französisch als Grundschulfremdsprache am Oberrhein

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3315 3323

Stärkung der Sprachkompetenz durch Einführung der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3633

Fortführung der Einführung der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260 4267

Würdigung der Einführung von Englisch und Französisch in der Grundschule

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5874

Bereitstellung der Lehrkräfte zur Einführung der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5992 5993 5995 6002

Würdigung der Einführung von Englisch und Französisch in der Grundschule, Bewertung als Element der Qualitätsverbesserung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6861

Flächendeckende Einführung der Grundschulfremdsprache im Einklang mit Erkenntnissen der frühkindlichen Pädagogik

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7211

Erinnerung an die Warnungen vor der Einführung der zweiten Fremdsprache bereits ab Klasse fünf, Ermöglichung des Beginns erst im sechsten oder siebten Schuljahr

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7370-7372 7375 7377 7380 7381

Einführung der zweiten Fremdsprache am G 8 erst ab Klasse 6; Lob für die Einführung von Französisch als erster Fremdsprache entlang der Rheinschiene

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934 7948 8012

Frequenzbereich

DeutschlandRadio in BW

UKW-Frequenzen und Empfangsbereiche der beiden o.g. Programme in BW u.a. BLändern, kultureller und informationspolitischer Wert der Sendungen, Anteil der Finanzierung über die Rundfunkgebühr; Hinwirkung auf eine flächendeckende Verbreitung auch in BW

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 13/1495

Situation der Freien Radios in BW

Qualitätsbeurteilung der nichtkommerziellen Radios durch die LfK, Verbesserung der finanziellen Ausstattung und frequenztechnischen Versorgung, Würdigung des Beitrags zur Medienkompetenz von Jugendlichen und Erwachsenen, Bewertung der Bewerbung der landeseigenen Hochschule für Druck und Medien Stuttgart auf Sendezeiten

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 13/2455

Verbesserung der Frequenzausstattung des Deutschlandradios in BW

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2488-2491 2494

Freudenstadt

s.a. Freudenstadt, Landkreis

B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen (mit Autobahnzubringer A 81)

Planungsstand, Kosten und Zeitpunkt der Realisierung der einzelnen Abschnitte; Mitwirkung bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Projekts B 28, Ortsumgehung Horb, sowie der Maßnahme B 32, Neckarübergang östlich von Horb; Einschätzung der Kosten, Vorlage des Ergebnisses der Bewertung

KlAnfr

s. *Bundesstraße 28*

Drs 13/724

Krankenhaussituation im LKreis Freudenstadt

Rechtliche Anforderungen einer Zusammenlegung von Häusern i.S.d. Krankenhausfinanzierungsrechts, Notwendigkeit einer Verringerung des Leistungsangebots? Frage nach entsprechenden Auflagen in Freudenstadt, Horb und benachbarten LKreisen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970; Auswirkungen auf die medizinische Versorgung am oberen Neckar, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/4178

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen zur Entlastung der Städte Calw und Freudenstadt sowie der Tourismusgemeinden Baiersbronn und Bad Liebenzell vom Durchgangsverkehr

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Realisierung der B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen

Stand der Planung und Realisierung der einzelnen Abschnitte (mit Autobahnzubringer A 81), Stand der Diskussion über eine Privatfinanzierung der Baumaßnahme B 32, Neckarquering Hochbrücke östlich von Horb

KlAnfr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 13/5181

Freudenstadt, Landkreis

Zuweisungen im LKreis Calw, Freudenstadt und Enzkreis

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2001

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/1285

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2091

Krankenhaussituation im LKreis Freudenstadt

Rechtliche Anforderungen einer Zusammenlegung von Häusern i.S.d. Krankenhausfinanzierungsrechts, Notwendigkeit einer Verringerung des Leistungsangebots? Frage nach entsprechenden Auflagen in Freudenstadt, Horb und benachbarten LKreisen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970; Auswirkungen auf die medizinische Versorgung am oberen Neckar, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4178

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Frickenhofen, Ortsteil

s. *Gschwend*

Frieden

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Einräumung der Befugnis des LfV zur Beobachtung von Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Bemühungen um weltweiten Frieden

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 365

Bezeichnung der EU als Friedens- und Schicksalsgemeinschaft, Bedeutung der Osterweiterung für die dauerhafte Friedenssicherung

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600 601 603 606

Beitrag der europäischen Demokratien zur Friedenssicherung in der Welt

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 776

Stabilisierung des Friedens in Europa mit der EU-Osterweiterung, Beitrag der EU zur Friedenssicherung, Erinnerung an die Opfer der deutsch-französischen Kriege

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453 1458 1461 1467 1468 1471

Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit als Friedenspolitik

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1940 1941 1943 1947

Stabilisierung des Friedens in Europa mit der EU-Osterweiterung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2159 2161 2164

Stabilisierung des Friedens in Europa mit der EU-Osterweiterung

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2342-2344

Hoffnung auf Frieden angesichts des Kriegs im Irak, Einschätzung der angewandten Mittel zur Entwaffnung von Saddam Hussein, Zuerkennung einer entscheidenden Rolle der Vereinten Nationen zur künftigen Friedenssicherung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693-2700

Dankbarkeit für die bisher längste Periode des Friedens in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, Bezeichnung der EU als Friedensgemeinschaft, Erinnerung an den Streit innerhalb der EU über Fragen von Krieg und Frieden

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305-3307 3314 3316 3317 3319 3322 3324

Bezeichnung der EU als neue, große Friedensgemeinschaft nach der Osterweiterung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3800 3805

Dauerhafte Friedenssicherung in Europa mit der EU-Osterweiterung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4770-4773 4776

Bewertung der europäischen Verfassung als Baustein zur Friedenssicherung in Europa

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5128

Beitrag Europas zur Friedenssicherung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369

Dankbarkeit für den dauerhaften Frieden in Europa seit 1945, Würdigung der Beteiligung deutscher Soldaten an Friedensmissionen in aller Welt

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Beitrag Europas zur Friedenssicherung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7139 7143 7146

Friedrichshafen

s.a. Bodenseekreis

s.a. Flughafen Friedrichshafen

Situation der DLRG-Boote am badischen und württembergischen Bodensee

Ausfall von Booten, insbes in Friedrichshafen und Überlingen, aufgrund von Finanzierungsproblemen; Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und Situation der Lebensrettung am Bodensee; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr

s. Rettungsdienst

Drs 13/50

Neubau der Polizeidirektion Friedrichshafen

Beurteilung der Dringlichkeit und voraussichtlichen Kosten des o.g. Vorhabens; Erteilung des erforderlichen Planungsauftrags

KlAnfr

s. Polizeigebäude

Drs 13/218

Interimslösungen für Interregio-Ersatzverkehre

Ausschreibung o.g. Ersatzverkehre auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn nach Klärung des Mittelausgleichs zwischen Bund und Ländern, Form der Finanzierung bis zu einer dauerhaften Vergabe, Verbesserung der Qualität der Züge, Beschleunigung der Ersatzzüge auf der Südbahn in der Interimszeit zur Erreichung wichtiger Anschlüsse in Ulm und Friedrichshafen

KlAnfr

s. Interregio-Verkehr

Drs 13/770

Neubau der Polizeidirektion Friedrichshafen

Dringlichkeit und Stand des o.g. Neubauprojekts, Prüfung einer Investorlösung, Höhe der Verkaufserlöse sowie der Einsparungen aus wegfallender Miete

Antr

s. Polizeigebäude

Drs 13/1101

Entwicklung der Bodenseeregion

Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort

Antr

s. Bodensee

Drs 13/1251

Einrichtung zusätzlicher Klassen an den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs in Überlingen, Friedrichshafen und Ravensburg

Antr

s. Schulklasse

Drs 13/2003

Verkehrsinfrastruktur in der Bodenseeregion; hier: Stand des Planfeststellungsverfahrens der B 31 neu, Ortsumfahrung Friedrichshafen, BA II B

Gründe für die große Verzögerung des Planfeststellungsbeschlusses; geplante Lärmschutzmaßnahmen und Anschlüsse in Immenstaad, Schnetzenhausen, Fischbach und Kluftern; Art und Kostenträger des Ausbaus des Riedleparktunnels in Friedrichshafen

KlAnfr

s. Bundesstraße 31

Drs 13/4340

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn und der Strecke zwischen Friedrichshafen und Lindau

Auswirkungen verspäteter Ankünfte in Ulm auf den dortigen Anschluss an den Fernverkehr, Darstellung der bisherigen und geplanten Verbesserungsmaßnahmen, Abschluss einer Vereinbarung über die Elektrifizierung Friedrichshafen-Lindau mit Bayern, Vermeidung einer konkurrierenden Elektrifizierung der Strecke über Memmingen, Aufnahme der Elektrifizierung der Südbahn in das GVFG-Förderprogramm

Antr

s. Südbahn

Drs 13/4571

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr

s. Polizei

Drs 13/4862

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/4939

Ausbau der Hochschulstandorte Ravensburg/Weingarten, Friedrichshafen und Konstanz

Umsetzung der o.g. Ankündigung des MinPräs, Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2012, Aufgabe des Studiengangs Jura an der Universität Konstanz nach dessen Bewertung als überflüssig durch den MinPräs?

KlAnfr

s. Hochschule
Drs 13/4975

Unterstützung der Realisierung der neuen Messe in Friedrichshafen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1641 1642 1645-1648

Unterstützung des Messestandorts Friedrichshafen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369 3379

Bedeutung des Wassersports als Teil der Messe in Friedrichshafen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6793 6795

Verweisung auf ein PPP-Projekt unter Einbindung des Mittelstands in Friedrichshafen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306 7310 7312

Verhinderung der Verlagerung von Messen von Friedrichshafen nach Stuttgart

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7732

Friedwald

s. Wald

Friseur

Kundenfreundliches BW - kostenlose Ausgabe von alkoholfreien Getränken zum Verzehr als Kundenservice

Rechtliche Beurteilung o.g. Geste von Friseurgeschäften, Kosmetikstudios u.a. Firmen; Bewertung als Zeichen der Gastfreundschaft oder als Wirtschaftskriminalität? Rechtslage in anderen BLändern und der EU; Einstufung der Vorgehensweise von Polizeibehörden bzw des WKD, insbes der Erfassung und des Verbleibs der Personalien von Kunden

Antr

s. Dienstleistung

Drs 13/1077

Abschaffung der Meisterprüfung im Friseurhandwerk

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3353 3354 3357 3359

Friseurhandwerk

s. Friseur

Fruchtsaft

Kontrolle von Birnensäften

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen o.g. Untersuchungen auf nicht zugelassene Spritzmittel

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 21.02.2002 und Antw MLR
Drs 13/772

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Entwicklung der Bestände von 1965-1990, Fortschreibung der Erhebungen; Art, finanzielle Ausstattung und Wirkungen der Förderprogramme des Landes und der Kommunen sowie der staatlichen Obstbauberatung; Kriterien, erklärende Hinweise und deren Kontrolle für die Verwendung von Qualitätszeichen, Entwicklung der Anteile und Preise von Fruchtsäften auf der Grundlage von importierten Konzentraten; Förderung rentabler Arbeitsweisen sowie der Entwicklung und Vermarktung neuer

Produktlinien; Initiierung einer Aufklärungskampagne für Verbraucher, Kantinen u.a.

GrAnfr

s. Obstbau

Drs 13/3517

Freistellung von Apfelsaft von der Pfandpflicht, Einbeziehung von Apfelsaftschorle

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5855 5858 5860

Frühdefibrillator

s. Medizinisches Gerät

Früherdbeeren

s. Obst

Frühgeburt

s. Geburt

Frühpensionierung

s. Beamter im Ruhestand

FSJ

s. Soziales Jahr

FSME

s. Hirnhautentzündung

Fuchsbandwurm

s. Bandwurm

Führerschein

s.a. Fahrverbot

Einsatz von Computer-Fahrtrainern in der Führerscheinausbildung

Darstellung möglicher Verbesserungen bei der Verkehrssicherheit, der Ausbildungskosten und Schadstoffemissionen durch Verlagerung eines Teils der Ausbildung an den Fahrsimulator; Erfahrungen aus anderen Ländern

Antr

s. Fahrschule

Drs 13/225

Auffälligkeiten im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Rauschmitteln

Entwicklung der Fallzahlen unter Einfluss von legalen und illegalen Drogen sowie daraus folgenden Unfällen mit Personenschäden in den letzten Jahren, Anwendung von Führerscheinentzug u.a. Sanktionsmitteln, Möglichkeiten der Strafverfolgung, Präventionsarbeit

Antr

s. Kraftfahrer

Drs 13/516

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Maßnahmen zur Verkehrserziehung, insbes bei Fahranfängern und Unfällen nach Alkoholkonsum; Festlegung von Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulungsbildung

GrAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1173

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidaußstoß

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/1595

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von Fahrern und Fahrzeugen; Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbes Einführung einer Gurtpflicht, flächendeckende und regelmäßige Schulung der Fahrer, Ausbildung zum Berufskraftfahrer zusätzlich zum Busführerschein; Rechtslage zur Gewährleistung der Fahrtauglichkeit der Fahrer bzw Sanktionen gegen Fahrer und Arbeitgeber bei Verstößen

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/2127

Internationaler Führerschein und Führerscheinumschreibung

Befristete Erteilung internationaler Führerscheine, Hinwirkung auf den Wegfall der Befristung; Beschränkung der Berechtigung für Führerscheinbesitzer der ehemaligen Klasse 3 und der neuen Klasse M zum Führen von Kleinkrafträdern mit einer Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 45 km/h

KlAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 02.10.2003 und Antw UVM Drs 13/2478

Begleitetes Fahren ab 17 - Grünes Licht für Modellversuch in BW

Unterstützung der Initiative Niedersachsens im BRat, Beteiligung an dem Modellversuch zur Absenkung des Unfallrisikos junger Fahranfänger, Evaluation des Projekts zur Abklärung des weiteren Handlungsbedarfs

DringlAntr SPD 21.11.2003 Drs 13/2652

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3899-3906

Anforderungen an das Berufsbild des Straßenwärters/der Straßenwärtlerin

Angebot und Bedarf an Ausbildungsplätzen für den o.g. Lehrberuf bei den unterschiedlichen Baulasträgern, Auswirkungen einer erneuten Reform der Straßenbauverwaltung sowie des Kostenanstiegs durch den vorgeschriebenen Erwerb der Führerscheine B und CE, Einsparung von Kosten durch Verlagerung dieser zusätzlichen Anforderung an die zentralen Ausbildungsstätten

Antr

s. *Straßenwärtler*

Drs 13/3068

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Definition verschiedener Konsummuster, wie z.B. gelegentlicher oder regelmäßiger Konsum von Cannabis u.a. Betäubungsmitteln, durch die Führerscheinbehörden; Darlegung der jeweils angeordneten Überprüfungen, wie z.B. ärztliches Gutachten, Drogenscreening oder MPU, sowie der verhängten Sanktionen bis hin zum sofortigen Entzug der Fahrerlaubnis; Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Rechtsprechung im Verwaltungsverfahren, Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltungspraxis? Umsetzung von Ergebnissen einer Befragung der Fahrerlaubnisbehörden?

Antr

s. *Kraftfahrer*

Drs 13/3340

Führerschein mit 17

Bewertung des Versuchsprojekts in Niedersachsen, Bedingungen für die Übernahme dieses Modells

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 21.12.2004 und Antw UVM Drs 13/3915

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKreisen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KlAnfr

s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

Drs 13/4147

Bundesweit grünes Licht für die Einführung von „Begleitetem Fahren ab 17“ - Einführung auch in BW überfällig

Bewertung der Ergebnisse des Modellprojekts in Niedersachsen, Schaffung der Voraussetzungen für das o.g. Führerscheinmodell in BW zur Absenkung des Unfallrisikos junger Fahranfänger, Hinwirkung auf bundeseinheitliche Regelungen

Antr SPD 27.07.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4548

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 71-74

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Erfahrungen mit den von Fahrschulen, Automobilclubs und der Straßenverkehrswacht freiwillig angebotenen Spritsparkursen, Beurteilung einer Verpflichtung der Nutzer von landeseigenen Fahrzeugen zur Teilnahme an Spritsparkursen bzw einer verbindlichen Fortbildung für alle Führerscheininhaber

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/4635

Fortbildung der Führerscheininhaber in energiesparender Fahrweise

Entwicklung der Teilnehmerzahlen an Spritsparkursen, bisherige Höhe der Zuschüsse, Neuaufgabe eines Förderprogramms verbunden mit einer Werbekampagne; Fortbildung aller Dienst-

wagennutzer des Landes; Hinwirkung auf verpflichtende Kurse für Fahrlehrer, Verankerung des energiesparenden Fahrens in der Fahrschülerausbildungsordnung, Einführung eines Bonus bei der Umstellung der Kfz-Steuer auf Kohlendioxid als Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4682

Erfolgsbewertung des Projekts Führerschein mit 17 in Niedersachsen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6059

Führerschein für Kraftfahrzeuge

s. *Führerschein*

Führerscheinbehörde

s. *Straßenverkehrsbehörde*

Führungsakademie

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Auflösung der Führungsakademie BW

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 42 S. 102
EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-25 S. 42
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Die Zukunft der Führungsakademie in Karlsruhe

MdlAnfr 4) Gustav-Adolf Haas SPD 25.05.2005 Drs 13/4316
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6676 6677

Führungsinformationssystem

s. *Informationssystem*

Führungskraft

s.a. *Höherer Dienst*

Familienunterstützende Angebote in BW

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von Betriebskindergärten sowie Teilzeitarbeitsplätzen, insbes auch für Führungskräfte; Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf, Auszeichnung vorbildlicher Betriebe

GrAnfr
s. *Familie*
Drs 13/681

Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung

Beurteilung des o.g. Instruments zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, Umsetzung von Vorschlägen der interministeriellen Projektgruppe, Prüfung aller Kabinettsvorlagen und GesEntw auf ihre gleichstellungspolitischen Auswirkungen, Akzeptanz der entsprechenden Fort- und Weiterbildungsangebote, insbes von Führungskräften; Anwendung des Gender Mainstreamings bei der Personalauswahl und -planung, Verankerung als Leitprinzip im L Gleichberechtigungsges, Realisierung im Regierungshandeln

GrAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1204

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1240

Das Profil der Schulleitungen stärken

Konsequenzen aus den neuen Bildungsstandards und -plänen in der Lehrer- und Schulleiterfortbildung, Orientierung an der Führungskräftefortbildung der Wirtschaft; Modellversuche zur Erprobung von Schulassistenten, zur Budgetierung und Personalsteuerung bei den Krankheitsvertretungen und der Lehrereinstellung; Maßnahmen zur Gewinnung geeigneter Schulleitungen

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 13/2068

Probezeit in einem Amt mit leitender Funktion

Zahl der seit 1998 im Beamtenverhältnis auf Probe übertragenen Ämter in den einzelnen Ressortbereichen, Anteil der vom Landespersonalausschuss zugelassenen Ausnahmen sowie einer Verkürzung der Probezeit

KIAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 06.02.2004 und Antw IM
Drs 13/2897

Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung

Stopp der Besetzung der jeweiligen Spitzenposition bei der staatlichen Toto-Lotto GmbH und Rothaus-Brauerei mit zwei ehemaligen Landesministern, Ausschreibung dieser und aller anderen o.g. Stellen

DringlAntr SPD 09.07.2004 Drs 13/3355
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5115-5118 5166-5179

Die Rothaus AG und die Personalpolitik der LReg

Wahl des ehemaligen Innenministers Dr. Schäuble vom Aufsichtsrat zum Vorstandsvorsitzenden der landeseigenen Rothaus-Brauerei zum 01.10.2004, Verbleib des derzeitigen Vorsitzenden bis Ende März 2005, Gründe und finanzielle Auswirkungen dieser Doppelbesetzung, Umgang mit den Protesten und Boykottaufrufen gegen das Unternehmen wegen der Art und Weise der Postenvergabe

Antr
s. *Bierbrauerei*
Drs 13/3433

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Geplante Höherbesoldungen für die Führungsebene der Reg-Präs

Begründung und Ziele der im BRat beantragten Änderung des BundesbesoldungsGes, Höhe der Mehrkosten, Rechtfertigung vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Ablehnung einer Höherbesoldung der Landräte; Rückzug der BRatsinitiative

Antr
s. *Besoldung*
Drs 13/3521

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absolventen des 2. Staatsexamens

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 13/3795

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen
Berufung von Schulleitern u.a. Führungskräften auf Zeit
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Ermöglichung von Teilzeitarbeit für Führungskräfte sowie der Wahl in Führungsfunktionen auf Zeit

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5815 5819

Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5937

Besetzung von 50 % der Führungspositionen in der Landesverwaltung mit Frauen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6500

Förderung von Frauen in Führungspositionen, Verweisung auf den Nachholbedarf in verschiedenen Ministerien

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6934 6936-6939

Förderung von Frauen in Führungspositionen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7068-7074

Führungsposition

s. *Führungskraft*

Fürstenbergische Kunstsammlung

s. *Kunstsammlung*

Fürstlich Fürstenbergische Kunstsammlung

s. *Kunstsammlung*

Fuhrunternehmen

s. *Verkehrsunternehmen*

Funknetz

s. *Funkverkehr*

Funktionalreform

s. *Verwaltungsreform*

Funkverkehr

s.a. *Telefon*
s.a. *UMTS*

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Einführung einer generellen Baugenehmigungspflicht für Antennenanlagen mit Ausnahme von Amateurfunkanlagen

GesEntw
s. *Antenne*
Drs 13/44

Kommunikationsprobleme der Rettungsdienste

Möglichkeiten zur Beseitigung von Unzulänglichkeiten bei Funkverbindungen im LKreis Heilbronn

KIAnfr Reinhold Gall SPD 01.08.2001 und Antw SM Drs 13/140

Digitales Sprech- und Datenfunksystem

Einführungszeitpunkt des o.g. Systems für die Polizei und die nichtpolizeilichen BOS-Teilnehmer

KIAnfr Reinhold Gall SPD 01.08.2001 und Antw IM Drs 13/141

Ausbau des Funknetzes der baden-württembergischen Polizei

Mittelaufwand für die Aufrüstung des analogen Funknetzes, Kompatibilität und Kosten der konkurrierenden digitalen Funk-systeme auch im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich, beschleunigte Einführung eines geeigneten Systems gemeinsam mit anderen BLändern

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 18.12.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/582

Mobilfunk und Schulen

Minimierung gesundheitlicher Risiken von elektromagnetischen Feldern, Ausschluss von Mobilfunkmasten auf Grundstücken mit Kindergärten und Schulen sowie deren Umfeld, Weiterempfehlung entsprechender Beschlüsse der Stadt Freiburg, Untersagung der Nutzung von Handys an Schulen

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 10.04.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/917
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 24 25
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Empfang mobiler Telefonnetze auf den Bahnstrecken der DB AG in BW

Netzabdeckung der Mobilfunkanbieter auf den einzelnen Strecken, Stand der Bemühungen um einen flächendeckenden Empfang

Antr Herbert Moser u.a. SPD 14.05.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1006
BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 12 13
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Stör- und Gefahrenpotenzial von Mobiltelefonen im ÖPNV

Gesundheits- und Unfallrisiken durch Handynutzung in Bussen und Bahnen, Frage nach Einschränkungen bzw durchgängigem Gebrauch bei unterirdischer Linienführung; Nutzen und Risiken von Mobiltelefonen als Speichermedien für Fahrpläne, elektronische Fahrkarten u.ä.

KIAnfr Regina Schmidt-Kühner SPD 23.05.2002 und Antw UVM Drs 13/1028

Mobilfunk in BW; Investitionen und Stand des Netzausbaus, insbes UMTS

Darlegung o.g. Daten im Vergleich mit anderen BLändern, Restriktionen und Zeitdauer der Genehmigungsverfahren für Antennenanlagen u.a. technische Einrichtungen, Zurückhaltung der Gemeinderäte bei der Erteilung des Einvernehmens für genehmigungsbedürftige Anlagen, Bewertung als Gründe für die Umorientierung der Mobilfunkwirtschaft in andere BLänder; Änd der LBO zur Beschleunigung der Verfahren

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 24.01.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1706
BeschlEmpf und Bericht WirtA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 20-23
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Forschung über Risiken des Elektrosmog

Vom Land bzw mit Landesbeteiligung vergebene Forschungsprojekte über die Auswirkungen von Funkwellen auf den menschlichen Organismus, Kosten und Ergebnisse der Projekte, Information der Öffentlichkeit, Begründung des geplanten Abbaus der Genehmigungspflicht für den Bau von UMTS-Sendeanlagen

KIAnfr
s. *Smog*
Drs 13/1941

Ges zur Änd der Landesbauordnung für BW

Genehmigungsfreiheit der Errichtung von Antennenanlagen in, auf oder an Gebäuden

GesEntw
s. *Antenne*
Drs 13/2283

Digitales Sprech- und Datenfunksystem BOS

Grundlagen und Kriterien o.g. Systemwahl für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; Nutzung der Erfahrungen in Frankreich, Österreich und der Schweiz; Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Auswirkungen auf heimische Unternehmen bei der Systementscheidung

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 06.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2483
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.12.2003 Drs 13/2782 S.

23 24

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Einführung des Digitalfunks für die Sicherheitsbehörden

Stand der Ausschreibung und bundesweiten Einführung des Digitalfunks für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Beteiligung des Bundes an den Kosten

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 25.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3309
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 19 20
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Empfang mobiler Telefonnetze auf den Bahnstrecken der DB AG in BW

Netzabdeckung der Mobilfunkanbieter auf den einzelnen Strecken, Stand der Bemühungen um einen flächendeckenden Empfang, Prüfung einer Verknüpfung des digitalen Betriebsfunks der Bahn mit dem digitalen Mobilfunk der Mobilfunkanbieter, Gestattung von Mobilfunkbasisstationen entlang des Bahnnetzes?

Antr Herbert Moser u.a. SPD 02.07.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3347

Situation des Rettungsdienstes in BW

Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Feuerwehr und Rettungsdienst, Rahmenbedingungen zur weiteren Förderung integrierter Leitstellen mit einer kreis- und länderübergreifenden Vernetzung; Problematik der fehlenden digitalen Funktechnik von Feuerwehr und Polizei; Bewertung einer Zusammenfassung von Katastrophenschutz-, Rettungsdienst- und FeuerwehrGes zu einem GefahrenabwehrGes

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Mobilfunkstrahlung in öffentlichen Verkehrsmitteln

Frage nach Grenzwerten und Ergebnissen von Untersuchungen über die Strahlenbelastung durch eingeschaltete Handys der Fahrgäste in Bussen und Bahnen, Beurteilung eines Verbots oder einer Beschränkung der Nutzung von Handys in den Fahrzeugen bzw von technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der Strahlung

KIAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 08.12.2004 und Antw UVM Drs 13/3858

Technik-Zukunftsprogramm Polizei

Umsetzungsstand seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/2329, Höhe der noch verfügbaren und bereits eingesetzten Mittel; Auswirkungen auf die Polizeiarbeit; Vergleich der Ausstattung mit anderen BLändern; Stand der Einführung des Digitalfunks

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3880

Innere Sicherheit in BW

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei, Zeitpunkt der Vernetzung aller Polizeidienststellen bzw der Einführung des Digitalfunks

GrAnfr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/4752

Bundesweite Einführung des digitalen Polizeifunks
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Bundesweite Einführung des digitalen Polizeifunks
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66

Absenkung der Strahlungsgrenzwerte beim Mobilfunk, Mitwirkung der Kommunen bei der Errichtung von Sendemasten, Kennzeichnung der Strahlungsleistung von Handys durch die Hersteller
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 241-246

Verzögerung der Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems bei der Polizei
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 643

Finanzierung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems bei der Polizei
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882 886 887

Verzögerung der Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems bei der Polizei
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1728

Drängen in der IMK auf bundesweite Einführung des digitalen Polizeifunks
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3130 3134 3136

Drängen auf Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems bei der Polizei
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4185 4186 4189 4191 4192

Haushaltsvorsorge für die Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems bei der Polizei
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5645

Situation beim Polizeifunk, Drängen auf Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5807 5808

Situation beim Polizeifunk, Drängen auf Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5904 5907 5916

Begrüßung des Einstiegs in die Einführung des Digitalfunks bei der Polizei, Verständigung mit dem Bund über die Ausschreibung und Vergabe der Aufträge sowie über die Aufteilung der Kosten
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249-6253 6259

Verweisung auf die Möglichkeiten zur Feststellung des Aufenthaltsorts von Personen über deren Mobiltelefon sowie Ortung von Fahrzeugen via Satellit und eingebautem Sender; Erstellung von Interessenprofilen aus Handyverbindungsdaten
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033 7034 7037

Fußball

s.a. Fußballweltmeisterschaft

Förderung von Fußball-Bundesligastadien in BW
Umfang der eingesetzten Mittel für Sanierungen, Aus- und Umbauten in den letzten 15 Jahren; Darlegung der jeweiligen Standorte, Vereine und Kommunen; Höhe der noch offenen Zusagen und der zu erwartenden Beträge; Gründe für die Differenzen

Antr

s. Sportstätte
Drs 13/163

Kosten für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen
Zeitaufwand und Kosten o.g. Einsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen, insbes iR von Spielen der 1. und 2. Fußballbundesliga; Vergleichszahlen anderer BLänder

KlAnfr
s. Polizeikosten
Drs 13/1828

Trainingslager für Nationalmannschaften zur Fußball-WM 2006
Finanzielle und organisatorische Unterstützung der interessierten Städte und Institutionen bei der Gestaltung der Standorte und notwendigen Einrichtungen sowie Kontaktherstellung mit den nationalen Verbänden

Antr
s. Fußballweltmeisterschaft
Drs 13/4175

Polizeieinsätze bei Fußballspielen
Art und Umfang o.g. Einsätze bei den Spielen im Profi- und Amateurfußball; Höhe der Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Darlegung am Beispiel des Oberligaspiels zwischen Ulm und Reutlingen am 06.05.2005 in Ulm; Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fan-Beauftragten der Vereine; Höhe der möglichen Einnahmen im Falle der Wiedereinführung einer Erstattungsregelung

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 24.05.2005 und Antw
IM Drs 13/4354

Förderung des Fußballsports in der Grundschule, Talentsichtung über die Partnerschulen der Olympiastützpunkte
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1479-1481

Nachwuchsförderung iRd Fußballweltmeisterschaft 2006, Lob für die Damen- und Herrenabteilung des SC Freiburg
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2099 2100

Kritische Betrachtung der Kosten für die Übernahme der Bundesligaaübertragungsrechte durch die ARD
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4417 4421

Kritische Betrachtung der Kosten für die Übernahme der Bundesligaaübertragungsrechte durch die ARD, Lob für die Präsentation der Fußballbundesliga in der Sportschau
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4535 4536 4538

Bewertung der Berichterstattung von ARD und ZDF über die Fußball-Europameisterschaft, Kritik an den jeweils zeitgleichen Kommentaren der Experten Netzer und Beckenbauer
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5157 5158

Kritische Betrachtung der Kosten für die Übernahme der Bundesligaaübertragungsrechte durch die ARD, Lob für die Präsentation der Fußballbundesliga in der Sportschau
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5267 5271

Lob für die Präsentation der Fußballbundesliga in der Sportschau, Vergleich mit der Berichterstattung im DSF
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5403

Lob für die Präsentation der Fußballbundesliga in der Sportchau, Vergleich mit der Berichterstattung in Sat 1

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6227

Würdigung der aktuellen Erfolge der weiblichen und männlichen Fußballnationalmannschaft, Erfolgserwartungen im Confederations Cup

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6751 6752

Fußballsport

s. Fußball

Fußballstadion

s. Sportstätte

Fußballverein

s. Sportverein

Fußballweltmeisterschaft

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Bericht über aktuelle Entwicklungen im Lotteriewesen

Bereitstellung von Erträgen aus der Oddset-Wette für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006

Mittlg

s. Lotterie

Drs 13/1039

Ges zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

GesEntw

s. Sportwette

Drs 13/1365

Fußballweltmeisterschaft 2006 - Tourismus

Nutzung der WM zum Standortmarketing für Stuttgart und die einzelnen Regionen, Präsentation iRd Berichterstattung zur WM, Kooperation von Ministerien, Kommunen und Verbänden; Zahl der erwarteten Fußballtouristen und Übernachtungsgäste, Frage nach einem leistungsfähigen Buchungssystem im Internet, Bewerbung der Sommer- und Wintersaison für den Schwarzwald und Bodensee?

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 28.04.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3149

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 17-20

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Situation der Tourismusbetriebe in BW

Werbeaktivitäten für Familienurlaub sowie um Gäste in Verknüpfung mit der Fußball-WM 2006

Antr

s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Drs 13/3296

Katastrophenschutzfahrzeuge

Ausstattung der einzelnen LKreise mit o.g. Fahrzeugen, Erhöhung der Einsatzfähigkeit des DRK im LKreis Rottweil, Beschaffung von Fahrzeugen im Zuge der Gefahrenabwehrplanung

für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Möglichkeiten für die spätere Nutzung

KlAnfr

s. Katastrophenschutzfahrzeug

Drs 13/3487

Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland; hier: Austragungsort Stuttgart

Stand der Planung und Realisierung notwendiger Maßnahmen zur Verkehrsinfrastruktur, Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für Logistikaufgaben, Konzentration der Bundesmittel zum Abbau der Engpässe im Bundesfernstraßennetz der Region, Vorkehrungen der Aufgabenträger beim ÖPNV bzw bei der störungsfreien Vernetzung öffentlicher Verkehrsmittel mit dem VVS

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 11.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4029

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 51 52

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Entbürokratisierung des Gastgewerbes

Bewertung der vom Hotel- und Gaststättenverband vorgelegten Vorschläge und deren Realisierbarkeit, Ausgestaltung der Sperrzeiten im Gastgewerbe in anderen BLändern, Beurteilung einer Einschränkung der Sperrzeiten und Freigabe der Ladenschlusszeiten zumindest während der Fußballweltmeisterschaft 2006

Antr

s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Drs 13/4153

Trainingslager für Nationalmannschaften zur Fußball-WM 2006

Finanzielle und organisatorische Unterstützung der interessierten Städte und Institutionen bei der Gestaltung der Standorte und notwendigen Einrichtungen sowie Kontaktherstellung mit den nationalen Verbänden

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 22.03.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4175

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 41 42

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Mittlg

s. Sportwette

Drs 13/4687

Genehmigung von Bordellen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006

Erwartung einer Zunahme von Zwangsprostitution und Menschenhandel, Umgang mit gezielten Anfragen zur Genehmigung von Bordellbetrieben in den Kommunen

KlAnfr

s. Prostitution

Drs 13/4698

Innere Sicherheit in BW

Umfang und Ausgleich der Überstunden, insbes auch der iRd Fußball-WM 2006 anfallenden Mehrstunden

GrAnfr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/4752

Ges zu dem Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Bereitstellung eines höheren Anteils für das Begleitprogramm

GesEntw
s. *Sportwette*
Drs 13/4764

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Zahl o.g. Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftung seit 1999; konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr
s. *Alkohol*
Drs 13/4789

HIV-Neuinfektionen und HIV-Prävention in BW

Geplante Projekte zur Fußball-WM 2006

Antr
s. *Aids*
Drs 13/4799

Hotellerie und Gastronomie entlasten!

Vergleich bzw Harmonisierungschancen der Mehrwertsteuersätze für die Gastronomie im europäischen Rahmen, Auswirkungen der geplanten Erhöhung im grenznahen Bereich; Übertragung von Zuständigkeiten und Bürokratieabbau mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform; Relevanz der TA-Lärm zur Bewertung der Geräuschimmissionen von Freiluftgaststätten, Ausschluss einer Beeinträchtigung gastronomischer und touristischer Angebote aufgrund immissionsschutzrechtlicher Regelungen zumindest während der Fußballweltmeisterschaft

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/4981

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen Opfer

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/5171

Erinnerung an die erfolgreiche Bewerbung des DFB als Außen-seiter um die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2006

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2749

Anstrengung des digitalen Polizeifunks bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006, Herausforderungen der WM für Polizei und Katastrophenschutz, Erarbeitung eines nationalen Sicherheitskonzepts

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5904 5907 5916 5917

Verfehlung der angestrebten Einführung des Digitalfunks bei der Polizei bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6253

Nutzung der vielfältigen Chancen zur Präsentation des Landes und der Stadt Stuttgart bei der Fußballweltmeisterschaft 2006, Einsetzung einer Steuerungsgruppe

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420

Offensive touristische Vermarktung der Fußballweltmeisterschaft 2006, Aufhebung der Sperrzeit in der Gastronomie während dieser Zeit

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491

Notwendigkeit der Sicherheitsüberprüfung von Betreuern u.a. Personal bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 durch den Verfassungsschutz

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7008

Umsetzung des Mottos der Fußballweltmeisterschaft „Die Welt zu Gast bei Freunden“

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7659 7760

Offensive touristische Vermarktung der Fußballweltmeisterschaft 2006, Nutzung der weltweiten Präsentation des Landes und Erschließung neuer Zielgruppen von Touristen, Aufhebung der Sperrzeit in der Gastronomie

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7955 7959 7961 7962 7966

Fußgänger

Verkehrsregelung für „Inlineskater“ als Verkehrsteilnehmer

Konsequenzen des BGH-Urteils zur Benutzung von Verkehrsflächen innerhalb und außerhalb von Ortschaften, Schutz der Fußgänger bei der künftigen Benutzung von Gehwegen, Möglichkeiten für Geschwindigkeitskontrollen der Polizei

KIAnfr
s. *Freizeitsport*
Drs 13/971

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung des Vorschlags einer verstärkten Anbringung von Schutzplanken an Landesstraßen

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 22)

Zuwendungen nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes für eine neue Rheinbrücke für Fußgänger und Radfahrer

Mittlg
s. *Brücke*
Drs 13/1748

Unfallgeschehen an Bahnübergängen

Entwicklung seit 2001 nach Art, Alter, Schäden und Folgekosten der betroffenen Verkehrsteilnehmer (Autofahrer, Motorradfahrer, Fußgänger etc) sowie nach Ursachen, Kausalitäten und Konsequenzen; Frage nach Besonderheiten im Rhein-Neckar-Raum; Unterstützung von Initiativen zur Minimierung der Gefahren

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1981

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 25) - Rad- und Gehwegbau im Zuge der Sonderprogramme Landesstraßenbau

Mittlg

s. *Radweg*

Drs 13/2700

Fußgängerverkehr

s. *Fußgänger*

Futtermittel*Entsorgung von Tiermehl*

Entsorgung von vorhandenem und künftig anfallendem Tiermehl: Maßnahmen, Kosten und deren Träger, haushaltsmäßige Voraussetzungen zur Auszahlung von Zuwendungen, Beteiligung des Bundes und der EU an den Folgekosten, Bewertung des zeitlich befristeten Verfütterungsverbots der EU sowie der Verarbeitung von Schlachtabfällen von für den menschlichen Verzehr freigegebenen Tieren zu Tiermehl

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 11.07.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/61

BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.10.2001 Drs 13/358 S. 25 26

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Hundekuchenherstellung

Forderung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach der Rechtsauffassung des UVM, Beseitigung dieser Ungleichbehandlung entsprechender Betriebe gegenüber denen in anderen BLändern

KlAnfr Reinhold Gall SPD 31.01.2002 und Antw UVM Drs 13/706

Sperrung von Schweinehaltungsbetrieben im Verdachtsfall der Verfütterung von möglicherweise verunreinigtem Futter - Vorsorgemaßnahmen für die Zukunft

Regulierung o.g. Schäden, Träger der Kosten, vorbeugende Kontrollen bei der Einfuhr und Herstellung von Futtermitteln

Antr

s. *Schweinezucht*

Drs 13/711

BSE-Folgen: Entsorgung von Tiermehl und tiermehlähnlichen Produkten

Bisher angefallene Entsorgungsmengen, -wege und -kosten; Abnahme der zur Verbrennung bestimmten Mengen; Darlegung alternativer Entsorgungswege, Auswirkungen des Ausbringens von Fleischknochenmehl und Blutmehl auf Feldern

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 26.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/781

BeschlEmpf und Bericht LandwA 08.05.2002 Drs 13/1109

S. 66 67

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Kostenbelastung von Schafzüchtern durch BSE-Bekämpfung

Verluste durch Wegfall der Vermarktung des aus den Tierkörpern gewonnenen Tiermehls, Umlegung durch die Zweckverbände für Tierkörperbeseitigung auf die Schafzüchter; Gewährung von Ausgleichsleistungen

KlAnfr

s. *Schäfer*

Drs 13/988

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Weiterentwicklung der Kontrollen und Sanktionen beim HQZ, Einbeziehung der Methoden des integrierten Pflanzenbaus, Ausbau der Futtermittelkontrollen

Antr

s. *Gütezeichen*

Drs 13/1196

Grünfuttertrocknung und Pelletspressung

Bewertung der o.g. Futteralternative für Landwirte u.a. Tierhalter; Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Fördermöglichkeiten einer kombinierten Pelletspresse zur Verarbeitung von Trocken grün im Sommer und Holz im Winter, z.B. Sägemehl

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 12.02.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1780

BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.04.2003 Drs 13/2139 S. 48

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Auflösung des WKD; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Skandalen um BSE und Nitrofen?

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/2682

Gentechnik in HQZ-Produkten

Reduzierung von Importfuttermitteln, Steigerung des heimischen Anbaus; Wiederaufnahme der Kontrolle von Futtermitteln auf gentechnische Veränderungen; Beschränkung des HQZ auf nachweislich gentechnikfreie Produkte; Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/3328

BSE-Tests

Zahl, Ergebnisse und Aufwand o.g. Untersuchungen an gesunden Schlachttieren; Anteil der Kontrolle von Privatlaboratorien; rechtliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze bzw zur vollständigen Abschaffung der Tests bei gesunden Schlachttieren, Ermöglichung der kontrollierten Herstellung und Verfütterung von Tiermehl aus dem Fleisch von erkrankten Tieren, Intensivierung der Lebenduntersuchung

Antr

s. *BSE*

Drs 13/3532

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr
s. BSE
Drs 13/3646

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr
s. Verbraucherschutz
Drs 13/3980

Verlängerung der Ausnahmeregelung für die Verfütterung von Speiseabfällen

Beurteilung der o.g. Speiseresteverwertung in der Schweinemast im Vergleich zur energetischen Verwertung; Beantragung einer Verlängerung der am 31.10.2006 auslaufenden Ausnahmegenehmigung bei der EU?

KIAnfr Thomas Knapp SPD 02.02.2006 und Antw MLR Drs 13/5119

Kritik am Tiermehlverwertungsverbot, wissenschaftliche Begleitung der Futtermittelüberwachung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1256 1263 1264

Rückstände von Nitrofen in Biobiosmitteln ausgelöst durch entsprechend belastete Futtermittel, Notwendigkeit einer qualifizierten Ausbildung der Kontrolleure sowie eines nationalen Futtermittelkontrollplans, Aufnahme von Gesprächen mit der Futtermittelindustrie

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651 1652 1654-1656 1658 1660-1662 1667-1669

Klärung der Positionen zum Verfütterungsverbot von Tiermehl, Kritik an der Beimischung von Antibiotika zu Futtermitteln, Notwendigkeit von mehr Eigenproduktion sowie eines Reinheitsgebots für Futtermittel

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1866 1867 1869 1870 1872 1873 1875-1877

Erinnerung an die landwirtschaftliche Beratung zur Verfütterung von Tiermehl an Milchkühe im Schwarzwald

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4136 4141

Erinnerung an den Vorstoß des Landes zur Verschärfung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuchs, Qualitätsbewertung von Fleisch zum Preis von Hundefutter

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7469 7471 7475

Futtermittelhersteller

s. Futtermittel

Gäubahn*Vorhaben der DB AG bei Fahrplanänderungen zum 15.12.2002 auf der Relation Stuttgart-Zürich (Gäubahnstrecke)*

Planung bzw Verhinderung des Wegfalls der Haltepunkte Böblingen und Herrenberg als Bestandteile des Integralen Taktfahrplans

KIAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 18.04.2002 und Antw UVM Drs 13/935

Verbindungsoptimierung der Bahnstrecke Konstanz-Stuttgart (Gäubahn)

Verkürzung der Fahrzeiten, Erhöhung der Taktfrequenz, Verbesserung des Wagenmaterials; erwartete Auswirkungen von Stuttgart 21; Stellenwert der Gäubahn im Schienenverkehr zwischen Deutschland, der Schweiz und Italien

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 03.07.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1131
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 39 40
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Ausbau der Gäubahn Stuttgart-Singen

Dringlichkeit und Realisierungschancen des abschnittswisen zweigleisigen Ausbaus, Beteiligung an der Finanzierung einer Machbarkeitsstudie, Einrichtung eines zusätzlichen Halts der Regionalexpresszüge in Stuttgart-Vaihingen, Beurteilung des Vorschlags einer Durchbindung der ICE-Züge bis Frankfurt, Entspannung der Fahrpläne und Beibehaltung des Haltepunkts Böblingen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 06.08.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1247
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 39 40
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Fahrradmitnahme in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn AG

Wiedereinführung der Fahrradmitnahme auf der Linie Stuttgart-Zürich bzw Einrichtung eines entsprechenden IC- und ICE-Netzes

Antr
s. Intercity-Verkehr
Drs 13/2104

Fahrradmitnahme in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn AG

Wiedereinführung der Fahrradmitnahme auf der Linie Stuttgart-Zürich bzw Einrichtung eines entsprechenden IC- und ICE-Netzes

Antr
s. Intercity-Verkehr
Drs 13/2111

Zukunft der Gäubahnstrecke

Auswirkungen der Rückstufung des Streckenausbaus Zürich-Schaffhausen durch den Schweizer Bundesrat auf den Ausbau der Gäubahnstrecke; Eintreten für einen zeitgerechten Ausbau der Strecke

KIAnfr Andreas Hoffmann CDU 24.09.2003 und Antw UVM Drs 13/2445

Fahrplangestaltung und Zugmaterial auf der Gäubahn

Pläne der DBAG zur weiteren Ausdünnung der ICE-Verkehre bzw Ablehnung einer Ersetzung durch IC- oder EC-Züge; Zunahme von Betriebsstörungen mit daraus folgenden Verspätungen, Bemühungen um passende Anschlüsse in Stuttgart in beide Richtungen und Einbindung in das bundesweite ICE-Netz; Beurteilung der Interessen der Schweizer Bahnen am Erhalt, Ausbau und Betrieb der Gäubahn

KlAnfr Herbert Moser SPD 10.03.2005 und Antw UVM Drs 13/4134

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4269

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen seit 1996 zur Verbesserung des Angebots im SPNV, Unterstützung des Ausbaus der Gäubahn bzw deren Anbindung an den Stuttgarter Flughafen, Verbesserung der Anbindung Pforzheims an das Fernverkehrsnetz der DB, Führung der Magistrale Paris-Stuttgart-Budapest über Karlsruhe und Pforzheim

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Angebotskürzungen der DB im Fernverkehr Zürich-Singen-Stuttgart

Gründe und Auswirkungen der o.g. Kürzungen mit dem Fahrplanwechsel zum 11.12.2005; Zukunftsperspektiven der Gäubahnstrecke

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 19.12.2005 und Antw IM Drs 13/4999

Führung der Gäubahn über die S-Bahnstrecke durch Leinfelden-Echterdingen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3376 3382

Beklagung des Rückstands beim Ausbau der Gäubahn

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6802 6803 6809 6811

Gaggenau

Kriterienkatalog des baden-württembergischen Sozialministeriums für die Heimaufsichtsbehörden in BW vom 19.03.2003; hier: Zusammenlegung von Leiterstellen in Heimen

Vorgaben und Effekte einer Zusammenlegung von Leitungsfunktionen in Pflegeheimen; Scheitern eines entsprechenden Antrags des Gaggenauer Altenhilfevereins für zwei dortige Einrichtungen beim zuständigen Landratsamt Rastatt

MdlAnfr
s. *Heimaufsicht*
Drs 13/3722

Gaildorf

Stau, Ruß und Dreck - kein Thema für die BReg? Ausbau der BAB A 6 und Umgehungsstraße Gaildorf

Anmeldung o.g. Maßnahmen für den vordringlichen Bedarf zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/1943

Nebenbahn Gaildorf-Untergröningen (Kochertalbahn)

Gründe für die Übernahme und Stilllegung der Kochertalbahn durch die WEG, Höhe und Bedingungen der bisher gewährten Förderung bzw der notwendigen Investitionen und Betriebszuschüsse zum Weiterbetrieb für die nächsten zehn Jahre, Bemühungen des LKreises Schwäbisch Hall, Möglichkeiten und Konditionen für einen Weiterbetrieb

KlAnfr
s. *Kochertalbahn*
Drs 13/4730

Baumaßnahmen und Verwendung von Fördermitteln des Landes BW an der Kochertalbahn (Gaildorf-Untergröningen) 1995 bis 2003

Zeitpunkt der Antragstellung und -bewilligung, der Durchführung, Überprüfung und Abrechnung der einzelnen Maßnahmen sowie der Auszahlung der Fördermittel; Frage nach Änderungsanträgen und tatsächlich vorgenommenen Änderungen oder der anderweitigen Verwendung von Bauelementen, insbes bei der Sanierung der Eisbachbrücke in Sulzbach

KlAnfr
s. *Kochertalbahn*
Drs 13/4977

Galerie

s.a. *Kunstsammlung*
s.a. *Staatsgalerie*

Galerien und Kunsthandel in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Galerien und des Kunstmarkts sowie seines Umfelds, Entwicklung der Umsätze und Beschäftigtenzahlen seit 1997; Hinwirkung auf den Abbau nachteiliger Bedingungen im internationalen Wettbewerb; Berücksichtigung iRd Kunstförderung bzw durch Ankäufe von Werken über die RegPräs

Antr
s. *Kunst*
Drs 13/1371

Kunstgebäude am Schlossplatz

Pläne für eine Anschlussnutzung nach dem Auszug der Galerie der Stadt Stuttgart

KlAnfr
s. *Kunstgebäude*
Drs 13/2635

Ganztagsschule

s.a. *Halbtagschule*

Ganztagesangebote an Schulen

Förderung o.g. Angebote an allen Schulen, Erarbeitung einer Konzeption der „offenen Schule am Nachmittag“, Entwicklung

von Konzepten einer Ganztagschulpädagogik iR einer Arbeitsgruppe und Einbringung in die Lehreraus- und -fortbildung

Antr GRÜNE 13.06.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/10
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 460-469

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Umfang und Akzeptanz von Hauptschulen als Ganztagschulen, Einrichtung variabler Betreuungsbausteine, Ausbau des BVJ zum Ganztagsangebot

GrAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/124

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Ausbau von Ganztagsangeboten und Sprachförderung an Kindergärten und Schulen, insbes an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/168

Integration von Migranten in BW

Ausbau von Ganztagschulen mit Sprach-, Lern- und Hausaufgabenhilfen

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/432

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Konzeption und Kosten der flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen, Förderung der zusätzlich notwendigen Räume durch Änd der Schulbauförderrichtlinien

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Ausbau von Ganztagschulen und ganztägigen Betreuungsangeboten

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/654-1 S. 30 31
ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-11 S. 48 49
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/686-1 S. 2 3
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/686-10 S. 19 20
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Die Grundschule stärken; hier: Einführung der Halbtagsgrundschule und Ausbau von Nachmittagsangeboten

Einführung mit einer täglichen Unterrichts- und Betreuungszeit von fünf Zeitstunden; Ausgestaltung mit Unterrichts-, Lern-, Spiel- und Bewegungsphasen; Zuweisung von Erzieherinnen; Ausbau der Schulen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten bzw ausländischen Familien zu Ganztagsgrundschulen; Ausgestaltung mit Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung u.a. (gebührenfreien) Angeboten; Einbeziehung von außerschulischen Experten und Lernorten

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/637

Kinderbetreuung in BW

Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für die verlässliche Halbtagsgrundschule; Förderung von offenen Nachmittagsangeboten an allen Schularten; Ausbau der Ganztagschulen

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/680

Schulen in freier Trägerschaft

Modelle des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern, Umfang und Förderung von Ganztagsangeboten

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Ausbau von Ganztagschulen

Ergebnisse von Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden; Einrichtung von jährlich 100 Ganztagschulen bzw von zwei in jedem LKkreis bis 2006, Schaffung der zusätzlich notwendigen Personalstellen, verbesserte Förderung von Betreuungsangeboten durch Kooperationen von Vereinen u.a. Einrichtungen, Bereitstellung von Personalkostenzuschüssen, Gebührenfreiheit der Ganztagschulen

Antr SPD 07.03.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/831
EAntr SPD 17.07.2002 Drs 13/1181
ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.07.2002 Drs 13/1183
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1759-1772

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKkreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb

Angebot von Ganztagschulen und Horten sowie Angebot und Finanzierung von Schulsozialarbeit

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/1139

Ausbau von Ganztagschulen

Begrüßung des Programms der BReg zur Förderung von bundesweit 10.000 neuen Ganztagschulen, Schaffung der Voraussetzungen zur Einrichtung von 500 weiteren Ganztagschulen aller Schularten, insbes auch an Grundschulen

EAntr SPD 17.07.2002 Drs 13/1181
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1759-1772

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKkreis Böblingen

Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik - Aktiv kooperieren, Chancen nutzen!

Konzeption zur Annahme der Beteiligung des Bundes am Ausbau der Ganztagschulen, Unterstützung der Einrichtung einer

internationalen Expertenkommission zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens, Beteiligung an den Offensiven zur Verbesserung des Unterrichts an Schulen sowie von Forschung und Lehre an Hochschulen

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/1409

Übungsleiter in schulischen Ganztagsangeboten

Möglichkeiten zur Optimierung o.g. Angebote durch den Einsatz qualifizierter Übungsleiter der Sportvereine, Bewertung als Beitrag zur Betreuung sowie zur Förderung des Sports in Schule und Verein

KlAnfr
s. *Sportleiter*
Drs 13/1482

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in BW

Vorlage des GesEntw zur Novellierung des L Gleichberechtigungsges; jährliche Berichtsvorlage zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung; Ausbau der Kinderbetreuung nach dem Konzept „Kinderfreundliches BW“; Annahme des Angebots der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1486

(Was sind) Ganztagschulen in BW?

Kriterien zur Definition von Schulen als Ganztagschulen; abschließliche Verwendung der verbindlich vereinbarten Kriterien der KMK zur Kategorisierung von Ganztagschulen als Grundlage der Bildungs- und Schulpolitik

Antr SPD 12.11.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1498 (11 S.)
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3848
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Vorlage eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Beteiligung am Angebot des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen; Stärkung des Bildungsauftrags und der Sprachförderung im Kindergarten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1493

Bundesmittel für den Ausbau des Angebots von Ganztagschulen und Kriterien ihres Einsatzes in BW

Höhe und Verteilungskriterien der o.g. Mittel für die Länder, Art und Abdeckungsanteil der Kosten des Landes und der Gemeinden, Ermittlung und Anstreben eines bedarfsgerechten Angebots, Annahme der Mittel unter Zugrundelegung einer eigenen Förderkonzeption

Antr FDP/DVP 20.11.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1544
Berichtigung KM 08.01.2003 Drs 13/1645
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3848

Ganztagschulen in BW - Anträge der Schulen und Schulträger
Gestellte, abgelehnte und genehmigte Anträge

Antr SPD 14.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1793
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3848

Verschiebung der generellen Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Auswirkungen der Einführung auf die Bereitstellung von Lehrerressourcen und Räumlichkeiten, Angebot von Mahlzeiten infolge des vermehrten Nachmittagsunterrichts, Umwandlung von Gymnasien in Ganztagschulen, Hinweis auf Zuschüsse iRd Investitionsprogramms der BReg, Beurteilung der breiten Ablehnungsfront von Lehrer-, Elternverbänden und Kommunen; Verschiebung der Einführung auf das Schuljahr 2007/2008

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1807

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 4 S. 42-44
ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-3 S. 7-9
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1988

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1989

Stärkung und Ausbau der Grundschulen - Gemeinsame Lernzeiten verbessern

Novellierung des SchulGes: Einführung einer sechsjährigen Grundschulzeit, von Richtlinien zur Kooperation von Grundschule und Kindergarten, der individuellen Förderung sowie einer maximalen Klassengröße von 25 Kindern; Ausbau von mindestens 20 % zu Ganztagschulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2007

Zukunft und Entwicklung des Schulstandorts Haigerloch

Gründe und Auswirkungen der Abweisung auswärtiger Schüler an der Realschule sowie Genehmigung der Umstellung des

Progymnasiums zu einem Vollgymnasium, Verweigerung eines sprachlichen Profils? Ermöglichung der Gewinnung einer Lehrkraft für Spanisch; Ausbau zu Ganztagschulen mit Mittagstisch als Konsequenz aus der Oberstufenreform und Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Antr

s. *Haigerloch*

Drs 13/2052

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2059

Unterrichtsversorgung im LKreisdienst Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/2136

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Aufnahme von Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Inanspruchnahme der Bundesmittel für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen an allen Schularten bis 2008, Förderung von offenen Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept unter Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen, Naturschutzverbänden und den Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Finanzhilfen für Neu- und Erweiterungsbauten; Gewährleistung der Qualitätssicherung sowie zusätzlicher Lehrerstunden und Mittel für Lehrbeauftragte; Bereitstellung der Ressourcen durch Mittelumschichtung

Antr GRÜNE 08.07.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2235

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3848

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Schulentwicklung von Förderschulen zu Ganztagschulen

Gestellte, abgelehnte und genehmigte Anträge; Gleichstellung der Förderschulen mit schwierigen pädagogischen Aufgaben mit der Weiterentwicklung von Hauptschulen zu Ganztagschulen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 09.07.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2249

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 35 36

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Ausgestaltung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern; Kriterien der Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden; Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen sowie der Träger außerschulischer Jugendbildung; Bewertung des Förderprogramms „Jugendarbeit und Schule“, Kooperation als gleichrangige Partner

Antr SPD 17.07.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2279

Ergänzende Stellungnahme KM 16.10.2003 Drs 13/2496

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3848

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Individuelle Förderung anstelle von Klassenwiederholungen

Entwicklung der Zahlen von Nichtversetzungen nach Ursachen, Schularten, Fächern, Regionen und Geschlecht seit 1993; Höhe der Kosten für das Land und die Kommunen; individuelle Förderung leistungsschwächerer Schüler in Ganztagschulen nach dem Vorbild der bei der PISA-Studie erfolgreich positionierten Länder; Verringerung der Quote von Klassenwiederholungen, Umleitung der dadurch eingesparten Mittel in ein System der individuellen Förderung

Antr

s. *Schulklasse*

Drs 13/2351

Partnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen und Verbänden/Vereinen iRd Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (IZBB)

Gestellte und genehmigte Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen an den einzelnen Schularten im Sinne des IZBB bzw der Bekanntmachung des KM; Ausgestaltung, Organisation und Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote; Beurteilung der Eignung von Soziokulturellen Zentren, Theatern, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Organisationen der geeigneten Kooperationspartner

Antr FDP/DVP 17.09.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2410

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Geplantes Ganztagsgymnasium und -internat für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Aufnahmekapazität und Nachfrage des o.g. Projekts, Beurteilung durch den Landesverband Hochbegabung und das Christliche Jugenddorfwerk Braunschweig, Höhe und Träger der Kosten, Beantragung von Mitteln aus dem Investitionsprogramm der BReg, Vergleich mit dem bayerischen Konzept; Erarbeitung einer flächendeckenden Konzeption mit Fortbildungsangeboten für Grundschullehrkräfte, mit Schwerpunktschulen und Leistungszentren, einer universitären Forschungsstelle und einer zentralen unabhängigen Beratungsstelle

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 13/2509

Weitere Umsetzung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Information und Beratung über das Programm; bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schul-

trägern; Kriterien der Bearbeitung und Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden; Ermöglichung der gemeinsamen Nutzung einer Einrichtung von mehreren Schulen; bisheriger Mittelabruf durch die LReg u.a. BLänder; Evaluation von Ganztagschulen; Konsequenzen der Abkehr von CDU-Fraktionschef Oettinger vom Begriff des „sozialen Brennpunkts“ als Maßstab für Ganztagschulen

Antr SPD 16.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2510 (10 S.)

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3848

BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2647

Sachstand und Perspektiven für einen umfangreichen Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Beurteilung der Vorschläge des Bundesjugendkuratoriums und des Landesjugendrings; Ausstattung der Schulämter mit Kooperationsbeauftragten vor und nach der Verwaltungsreform; Anstreben von Rahmenvereinbarungen mit landesweit operierenden Trägern außerschulischer Jugendarbeit und Jugendbildung; Förderung der Schulsozialarbeit sowie der Eltern- und Familienbildung; Evaluation der Konzepte beim Ausbau der Ganztagschulen mithilfe des Investitionsprogramms der BReg; Verankerung einer Kooperationsverpflichtung der Schule mit der Jugendhilfe im SchulGes

Antr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 13/2695

So genannte „Brennpunkt-Hauptschulen“

Zahl der mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden als Ganztagschulen geführten „Hauptschulen in sozialen Brennpunkten“; Anteil und Finanzierung von Schulsozialarbeit

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 13/2762

Zuschuss nach dem IZBB-Ganztagschulprogramm für Schulen in Freier Trägerschaft

Gleichbehandlung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft beim Aufbau neuer Ganztagschulen, Frage nach vorliegenden Anträgen bei den Oberschulämtern sowie nach der Handhabung der Bezuschussung in anderen BLändern

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 18.12.2003 und Antw KM Drs 13/2769

Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ganztagschulen in BW mithilfe des Investitionsprogramms der BReg IZBB

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern sowie von der LReg abgerufene und weitergeleitete Mittel; Teilnahme an Koordinierungsgesprächen des Bundesbildungsministeriums; Berücksichtigung aller Regionen;

Einbeziehung von Jugendverbänden, Sportvereinen, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Evaluation von Ganztagschulen

Antr SPD 05.01.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2781
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5522-5534

Haushalt 2004; Epl 04

Ausbau von Ganztagschulen und ganztägigen Betreuungsangeboten

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2804-3 S. 39 40

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-12 S. 56

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-14 S. 58

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-17 S. 61

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-19 S. 63

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2844-2 S. 4 5

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2844 8-11 S. 16-19

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Einrichtung von Ganztagschulen in BW im Jahr 2004: Bestandsaufnahme über die Anzahl der Anträge auf Bundesmittel und den Stand des Ausbaus von Ganztagschulen in BW

Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Zahl der eingerichteten Ganztagschulen und -plätze an Hauptschulen, Privatschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen; Bezuschussung der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung; Anstreben von Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Schaffung eines flächendeckenden Angebots von Ganztagschulen an allen Schularten bis 2007; Beteiligung am Eigenanteil der Kommunen für die Investitionsmaßnahmen

Antr GRÜNE 18.03.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3034 (14 S.)

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5522-5534

Verantwortung der LReg für die Qualitätssicherung der Ganztagschulen in BW

Prüfung der pädagogischen Konzepte der Schulen, Einsatz von qualifizierten Kräften bei den Nachmittagsangeboten, Evaluation der Verpflegungsangebote, Gewährleistung der generellen Schulgeldfreiheit, Mittelbereitstellung aus dem Lehrbeauftragtenprogramm sowie für Kooperationen mit außerschulischen Partnern

Antr GRÜNE 18.03.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3035

ÄAntr GRÜNE 10.11.2004 Drs 13/3736

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5522-5534

Beabsichtigte Änderung der Fördersätze durch die LReg beim Investitionsprogramm der BReg „Zukunft, Bildung und Betreuung“

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern sowie von der LReg abgerufene und weitergeleitete Mittel; Ausschöpfung der Mittel für 2003 und 2004? Berücksichtigung aller Regionen; Chancen für die noch nicht zum Zuge gekommenen Schulen; Eigenbeiträge des Landes; Verzicht auf eine Änderung der Umsetzungsrichtlinie; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden an allen Schularten

Antr SPD 25.03.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3063 (14 S.)

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5522-5534

Schulhausbau und Ganztagsschulen im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der o.g. Projekte und dafür gewährten Zuschüsse seit 1999, Beteiligung von Schulen an dem Projekt „Kooperation Schule und Sport“, Höhe der aus dem Investitionsprogramm des Bundes erwarteten Mittel bzw der Folgekosten für die Schulträger und das Land

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 01.04.2004 und Antw KM Drs 13/3098

Novellierung des PrivatschulGes

Übernahme von Erfahrungen der Schulen in freier Trägerschaft in das öffentliche Schulwesen in den letzten zehn Jahren; Einbeziehung in das Evaluierungssystem zur Sicherung der Bildungsstandards; Beteiligung an dem IZBB-Ganztagsschulprogramm des Bundes, Höhe der Bezuschussung der Ganztagsschulen; Erhaltung bzw Gewinnung von Lehrkräften; Vorlage des Berichts über die im öffentlichen Schulwesen entstehenden Kosten pro Schüler, Novellierung des PrivatschulGes unter Zugrundelegung des von der Arbeitsgruppe Privatschulfinanzierung erarbeiteten Berechnungsmodells

Antr
s. *Privatschule*
Drs 13/3165

Schulhausbau und Ganztagsschulen im Bereich des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Darlegung der o.g. Projekte und dafür gewährten Zuschüsse seit 1999, Beteiligung von Schulen an dem Projekt „Kooperation Schule und Sport“, Höhe der aus dem Investitionsprogramm des Bundes erwarteten Mittel, gestellte und genehmigte Anträge auf Förderung aus diesem Programm

KlAnfr Mario Capezuto SPD 17.06.2004 und Antw KM Drs 13/3275 (52 S.)

Förderung von Ganztages-Grundschulen

Höhe der für 2004 bereitgestellten Mittel zur Förderung von Grundschulen als Ganztagsschulen, Auflistung des Anteils und der geförderten Standorte im Oberschulamtsbezirk Karlsruhe, Kriterien zur Anerkennung einer Grundschule als Brennpunktschule, Gründe für die Ablehnung der Grundschule Emmertsgrund in Heidelberg

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 13/3358

Beitrag der außerschulischen Jugendbildung für die Ganztags-schulen

Mittelbereitstellung für Lehraufträge bzw kostendeckende Honorare entsprechend dem Ausbau der Ganztagsschulen nach dem Bundesprogramm; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Trägern der außerschulischen Jugendbildung über eine dauerhafte Kooperation

Antr
s. *Jugendbildung*
Drs 13/3367

Ges zur Änd des Ges für die Schulen in freier Trägerschaft (PrivatschulGes)

Anpassung der Zuschüsse für Ganztagsschulen und integrativen Unterricht an die Regelungen für staatliche Schulen

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/3410

Umsetzung des Investitionsprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“ (IZBB) in BW

Umsetzungsstand der dem Bund ab 2003 bis 30.06.2004 als förderfähig gemeldeten Projekte, Zeitpunkt der jeweiligen Bewilligung und Höhe der Kosten bzw der Mittelzuteilung, Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden

Antr SPD 21.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3420 (46 S.)
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6297-6308

Schaffung eines flächendeckenden Angebots von Ganztagsschulen an allen Schularten bis 2007

ÄAntr GRÜNE 10.11.2004 Drs 13/3736
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5522-5534

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 04**Ausbau von Ganztagsschulen und -betreuung, Bereitstellung des pädagogischen Personals und von Lehrbeauftragten*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4004-2 S. 50 51
ÄAntr GRÜNE 20.01.2005 Drs 13/4004-5 S. 55
ÄAntr GRÜNE 20.01.2005 Drs 13/4004-10 S. 63
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4044-2 S. 4 5
ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4044-4 S. 7 8
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Ganztagsschulen in BW - Investitionsprogramm der BReg „Zukunft, Bildung und Betreuung“

Bisher gestellte Anträge von Schulen und Schulträgern, Art der geplanten Maßnahmen und Höhe der beantragten Fördermittel; Berücksichtigung aller Regionen; Chancen für die noch nicht zum Zuge gekommenen Schulen; Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Lehrkräfte; Vorlage eines Konzepts für ein flächendeckendes Netz an Ganztagsschulen nach dem Auslaufen des IZBB

Antr SPD 27.01.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/3979
Ergänzende Stellungnahme KM 04.04.2005 Drs 13/4197
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6423-6436

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Verankerung der Ganztagsschulen als besonders förderungswürdige Schulform bzw des Anspruchs auf Mittel für zusätzliches pädagogisches Personal im SchulGes

GesEntw SPD 15.02.2005 Drs 13/4040
1. Beratung PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6297-6308
Mittlg LtgPräs 23.03.2005 Drs 13/4176
BeschlEmpf und Bericht Schula 13.07.2005 Drs 13/4482 (dazu Antr SPD)
2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6925-6932 (Ablehnung)

Ganztagsschulen in BW - Umsetzung des Investitionsprogramms der BReg (IZBB) und des Begleitprogramms „Ganztätig lernen“ in BW

Bisher gestellte Anträge von Schulen und Schulträgern, Art der geplanten Maßnahmen und Höhe der beantragten Fördermittel; Ausschöpfung der Mittel für 2005? Berücksichtigung aller Regionen; Chancen für die noch nicht zum Zuge gekommenen Schulen; Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Lehrkräfte; Vorlage eines Konzepts für ein flächendeckendes Netz an Ganztagsschulen nach dem Auslaufen des IZBB; Teilnahme am o.g. Begleitprogramm des Bundes und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 01.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4194

BeschlEmpf und Bericht SchulA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 15-18
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Verteilung der 528 Millionen Euro aus dem IZBB-Programm des Bundes

Bisher gestellte und bewilligte Anträge differenziert nach Oberschulämtern und Fördervolumen, Trägerschaft und Schularten; Zahl der damit neu eingerichteten und qualitativ verbesserten Ganztagsplätze; Handhabung der Annahmepaxis in den einzelnen Oberschulämtern; Verhinderung einer ausgewogenen Entwicklung durch das praktizierte Windhundverfahren, Gründe für die Benachteiligung des badischen Landesteils und der großen Städte

Antr GRÜNE 18.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4251 (17 S.)
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119-7131

Initiative des Landes für einen gerechten und flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen

Auflage eines eigenen Programms, Umwidmung von 100 Mio Euro aus der Zukunftsoffensive IV, Gewährleistung der notwendigen Schulbaufördermittel, der zusätzlichen pädagogischen Kräfte und Konzepte

Antr GRÜNE 18.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4252
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119-7132

Zuweisung zusätzlicher Lehrerdeputate für Stuttgarter Brennpunktschulen

Versäumung der Frist zur Antragstellung für Lehrerstunden zur Ganztagsbetreuung an drei Brennpunktschulen durch die Schul- und Kulturbürgermeisterin?

MdlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/4204

Finanzierungskonzept für den Ausbau von Ganztagschulen

Vorlage eines Nachtragshaushalts mit der o.g. Finanzierungskonzeption

Antr SPD 28.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4284
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119-7132

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer qualifizierten Beratung, flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen für alle Schularten, Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an den Ganztagschulen

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Reform des Bildungswesens in BW

Verankerung der Ganztagschulen als Regelschulen im SchulGes, Bereitstellung der Mittel für pädagogisches Personal sowie für ein Ausbauprogramm

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Bisherige und weitere Maßnahmen bzw Konzepte zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erreichung der Schulreife im

Kindergarten, zur Stärkung der Kooperation mit der Grundschule, zur Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht, Ausbau von Ganztagschulen und Betreuungsangeboten unter Einbeziehung von Eltern, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Trägern außerschulischer Jugendarbeit; Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung sowie des beruflichen Schulwesens, insbes des Übergangs aus beruflichen Vollzeitschulen in das duale System und den Arbeitsmarkt

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4382

Besuch des Herrn Ministerpräsidenten in Wangen im Allgäu

Erteilung einer Förderzusage für die beim Ganztagschulprogramm des Bundes nicht zum Zuge gekommenen Schulen

MdlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 13/4532

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Ganztagschulen im Schuljahr 2005/2006 in BW; „Zusätzliche Lehrerstellen für ausgereifte pädagogische Konzepte“

Zahl der o.g. Ganztagschulen und Schüler nach Schularten, Ganztagsform und Trägerschaft; Höhe der von den Kommunen erhobenen Elterngebühren für Ganztagschulen ohne zusätzliche Lehrerstunden; Bereitstellung dieser Lehrerdeputate für alle Ganztagschulen; Kriterien zur Auswahl der Kommunen für die vorgesehenen ehrenamtlichen Jugendbegleiter, Qualifizierung und Finanzierung dieser Jugendbegleiter

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 21.09.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4659
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 19 20
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Sonderprogramm des Landes für die aufgrund zu später Antragstellung beim IZBB-Programm nicht zum Zuge gekommenen Stuttgarter Schulen

Berücksichtigung der noch auf der Warteliste stehenden 19 Schulen

MdlAnfr 3) Rolf Gaßmann SPD 07.11.2005 Drs 13/4796
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7328 7329

Konsequenzen aus dem achtjährigen Gymnasium

Umfang der Unterrichtsbelastung sowie des Zeitaufwands für Hausaufgaben und Vorbereitung auf Klassenarbeiten für die Fünft- und Sechstklässler; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Verkürzung der gymnasialen Schulzeit am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals

Antr
s. *Gymnasium*

Drs 13/4827

Haushalt 2006; Nachtrag

Ausbau von Ganztagsschulen und -betreuung, Bereitstellung des pädagogischen Personals und von Lehrbeauftragten, Qualifizierung von Jugendbegleitern

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 6 S. 57 58

ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 33 S. 91 92

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 54 S. 119-135

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 55 S. 136 137

ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-7 S. 10 11

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-29 S. 46 47

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Umsetzung des Landesbauprogramms „Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagsschule“

Art, Zeitpunkt und Kriterien des Verfahrens zur Vergabe der o.g. Mittel; Berücksichtigung der beim Ganztagsschulprogramm des Bundes nicht zum Zuge gekommenen 349 Schulen; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bzw der Ressourcen für zusätzliches pädagogisches Personal

Antr SPD 18.11.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4852
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138
(dazu Antr Georg Wacker CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP) S. 76-79

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

„Investitionsoffensive Ganztagsschulen“; Einbeziehung der Schulen in Freier Trägerschaft

Gleichbehandlung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft beim Aufbau neuer Ganztagsschulen, Einbeziehung in das o.g. neue Landesprogramm, vorrangige Berücksichtigung der beim IZBB-Bundesprogramm nicht zum Zuge gekommenen Schulen

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 05.12.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4933

BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 76-79

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Auswirkungen der hohen Belastung insbes für die Fünft- und Sechstklässler und deren Eltern, Bewirkung einer verstärkten Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht und damit einer Verschlechterung der Chancengleichheit; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals, Beginn mit der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse sechs, Angebot einer umfassenden Fortbildung für die Lehrkräfte und Schulleitungen

Antr

s. *Gymnasium*

Drs 13/5014

Tierschutz im Unterricht

Verankerung des Tierschutzes in den neuen Bildungsplänen, Fortbildung der Lehrer und Multiplikatoren, Kooperationen mit den anerkannten Tierschutzverbänden zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter für Tierschutzprojekte iR von Ganztagsangeboten und -schulen, Ausweitung der Angebote an

Schulbauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung, Öffnung und jährliche Auslobung des Tierschutzpreises für Schüler aller Jahrgangsstufen, flächendeckende Zusammenarbeit mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden

Antr

s. *Tierschutz*

Drs 13/5042

Ausbau der Ganztagsschulen

Umsetzung des vom Kultusminister angekündigten Ausbaus der Ganztagsschulen, flächendeckende Berücksichtigung aller Schularten, Frage nach einer pädagogischen Konzeption mit/ohne Erhebung von Elterngebühren zur Finanzierung der Angebote, Finanzierung der notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen und pädagogischen Kräfte

Antr SPD 16.01.2006 und Stellungnahme KM Drs 13/5050

Flächendeckender Ausbau von Ganztagsschulen - Investitionen, Lehrerstellen, ehrenamtliche Jugendbegleiter -

Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes und der Kommunen beim Programm „Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagsschule“, vorrangige Berücksichtigung der beim IZBB-Programm des Bundes nicht zum Zuge gekommenen Schulträger, Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bzw der Ressourcen für zusätzliches pädagogisches Personal, angemessene Honorierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter und Lehrbeauftragten, Anstreben einer Ausbaquote von 25 %, Vereinbarung des Verzichts auf Elterngebühren mit den Kommunen

Antr GRÜNE 30.01.2006 und Stellungnahme KM Drs 13/5093

Hochbegabtgymnasium Schwäbisch Gmünd

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel sowie des weiteren Bedarfs für Um-, Neu- und Ausbauten; Frage nach dem Erhalt von Mitteln aus dem Ganztagsschulprogramm des Bundes

KlAnfr

s. *Begabtenförderung*

Drs 13/5187

Landesprogramm „Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“ (GTS)

Antragstellung der Stadt Stuttgart zur Aufnahme der Carl-Benz-Schule und der Elise-von-König-Schule in das o.g. Programm, Kriterien des KM für die Auswahl der Schulen bzw Ablehnung der genannten Schulen; Aufnahme dieser Schulen in das Programm und Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 03.05.2006 und Stellungnahme KM Drs 13/5237

Ausbau des Angebots an Ganztagsschulen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 50

Ausbau des Angebots an Ganztagsschulen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 67 75 76 86 94 101 111 112 117 120

Ausbau des Angebots an Ganztagsschulen als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 737 745 748 749

Ausbau des Angebots an Ganztagschulen, Konsequenzen aus der PISA-Studie

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 805 811 812 822 823

Veräußerung von Anteilen an der Landesbank, Verwendung der Erlöse zum Ausbau von Ganztagschulen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 839 850 865

Bedarf und Finanzierbarkeit des Ausbaus von Ganztagschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987-990 994 995 997 998 1005-1008 1010

Ausbau der Ganztagsbetreuung, Einrichtung von jährlich 100 Ganztagschulen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1100 1101 1103 1119 1120

Ausbau des Angebots an Ganztagschulen als Konsequenz auf die PISA-Studie, Verweisung auf das Abschneiden der Länder mit ausschließlicher Ganztagsbetreuung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1740 1741 1743 1744 1747 1748 1755-1772 1786

Begrüßung bzw. Annahme des Angebots der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen, verstärkte Zuweisung von Lehrerwochenstunden an Ganztagschulen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1951 1955 1960 1961

Veräußerung von Anteilen an der Landesbank, Verwendung der Erlöse zum Ausbau von Ganztagschulen; Annahme des Angebots der BReg; Frage nach Kriterien zur Definition von Ganztagschulen und entsprechenden Statistiken

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2067-2074

Kritik an der Finanzierung des Angebots der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen durch Erhöhung der Gewerbesteuerumlage und damit über Mittel der Länder und Kommunen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115

Annahme des Angebots der BReg zur Mitfinanzierung des Ausbaus der Ganztagschulen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2219 2228 2229 2231 2232

Annahme des Angebots der BReg zur Mitfinanzierung des Ausbaus der Ganztagschulen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2704 2740

Einrichtung von Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten, Verhandlungen über die Nutzung des Ausbauprogramms der BReg

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2816 2823-2825 2831-2834 2841

Ausbau der Schulen zu offenen Ganztagschulen

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3255

Befürwortung der Anträge zur Nutzung des Investitionsprogramms der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen, Bedarf an Ganztagschulen im Grundschulbereich

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3619 3624 3625 3634 3641 3642 3648 3652 3653

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunktschulen

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3976

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in sozialen Brennpunkten, Ausstattung mit zusätzlichen Lehrern

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4021 4029 4035 4036

Bewertung des Programms der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen als Einmischung in Länderkompetenzen, Nutzung der angebotenen Mittel, Ausstattung mit zusätzlichen Lehrern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4149 4160 4161 4175 4218

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen, Errichtung von Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4236 4239 4260-4265 4267 4270

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4967 4977

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen, Entwicklung der Zahl von Ganztagschulen seit 1992

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5043 5048

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen, Anstreben eines flächendeckenden Angebots

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5145 5146 5155 5156 5164

Erzielung einer gemeinsamen Verwaltungsvereinbarung in der KMK zur Umsetzung des Programms der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5431 5432

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen, Bereitstellung des pädagogischen Personals; Zahl von Ganztagschulen in Italien

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5804 5805 5814 5822 5848

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen, Bereitstellung des pädagogischen Personals

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5871 5872 5874 5887

Nutzung der Mittel des Bundes zum bedarfsgerechten bzw. flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen; Kooperation mit den Trägern der außerschulischen Jugendbildung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5987-5989 5991 5992 5995-5997 6008 6009

Erinnerung an den Ausbau schulischer Ganztagsangebote vor dem IZBB-Programm des Bundes

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6149

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunktschulen, pädagogische Qualität der offenen Ganztagschule, Bemühungen um zusätzliche Bundesmittel zur Bedienung der nicht zum Zuge gekommenen Anträge, ggf. Umschichtung von Mitteln innerhalb des KIF

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6412-6414 6423-6435

Anstreben eines bedarfsorientierten Ausbaus der Ganztagschulen, Bemühungen um zusätzliche Bundesmittel zur Bedienung der nicht zum Zuge gekommenen Anträge, Forderung eines Investitionsprogramms für diese Gemeinden, Kritik am praktizierten Windhundverfahren

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6466 6468 6475-6478 6486 6487 6497 6501-6505 6508 6509 6512 6513

Forderung nach einem eigenen Programm des Landes zum weiteren Ausbau der Ganztagschulen, Fortsetzung des bedarfsge- rechten Ausbaus von Ganztagschulen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6893 6894 6926-6932 6946

Kritik an der Konzentration der Ganztagschulen auf Brennpunkthauptschulen, an der Verweigerung des notwendigen Personals sowie der Teilnahme am Bundeskongress der Ganztags- schulen in Berlin; Verhandlungen über eine Landesförderung von Baumaßnahmen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6957 6958 6994 6995

Bewertung der Ganztagschule als Alternative zum Medienkon- sum

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7057-7061 7063-7065

Anstrebung eines bedarfsorientierten flächendeckenden Ausbaus der Ganztagschulen, Schaffung der baulichen und inhaltlichen Voraussetzungen, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7203-7211 7213-7221 7223-7229 7231 7234-7236 7240 7241 7248 7249 7257

Ausstattung der Ganztagschulen mit pädagogischem Personal, Aufstockung des Landesprogramms

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7341 7348

Etatisierung des mit den Kommunen vereinbarten Programms zum bedarfsorientierten Ausbau der Ganztagschulen, Bereit- stellung des pädagogischen Personals

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7396 7399-7401 7404

Anstrebung eines bedarfsorientierten flächendeckenden Ausbaus der Ganztagschulen, Bereitstellung des notwendigen zusätzli- chen pädagogischen Personals

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7689-7691 7695 7696

Bestandsaufnahme der Ganztagschulen und ihrer Kosten durch den RH, Übernahme der Feststellungen des RH

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7852 7853 7855 7857 7858

Abmilderung der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der so- zialen Herkunft mit einem flächendeckenden Angebot an Ganz- tagsschulen, Ausbau von Gymnasien zu Ganztagschulen, Be- reitstellung des pädagogischen Personals, Ablehnung einer Ver- ankerung der Ganztagschulen im SchulGes

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933-7938 7941-7948 7950-7953 7968-7970 7995-7997 8000

Garnele

s. *Krebstier*

Garten

s.a. *Gartenakademie*

s.a. *Gartenbau*

s.a. *Gartenschau*

s.a. *Grünfläche*

s.a. *Obstbau*

s.a. *Zoologischer Garten*

Schloss Heiligenberg/Wiedereröffnung des Schlosses und des Blumengartens

Höhe und Zwecke der Bezuschussung o.g. Anlagen, Gründe und Dauer der Sperrung, Hinwirkung auf Zugänglichkeit für die Öff- entlichkeit

KlAnfr

s. *Schloss Heiligenberg*

Drs 13/54

Wiedereröffnung des Schlosses Heiligenberg mit Blumengarten für die Öffentlichkeit

Höhe der gewährten Zuschüsse für o.g. Anlagen; Einwirkung auf das Haus Fürstenberg zur Wiedereröffnung

MdlAnfr

s. *Schloss Heiligenberg*

Drs 13/1002

Einrichtung der Gartenakademie BW

Ziele und Inhalte, Personalausstattung und Finanzierung der o.g. Einrichtung zur Förderung der Kleingärtner und des Gartenbaus während und nach der Anschubfinanzierung in den ersten drei Jahren

Antr

s. *Gartenakademie*

Drs 13/1361

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauver- waltung

Gründe für den Verzicht auf Einbeziehung der forst- und land- wirtschaftlichen Liegenschaften sowie der Schlösser und Gärten

Antr

s. *Öffentliches Vermögen*

Drs 13/1509

Ges zur Aufhebung landesrechtlicher Vorschriften über Pflan- zenschutzmittel

Aufhebung des Gesetzes über die Einschränkung der Anwen- dung von Pflanzenschutzmitteln und der Pflanzenschutzmittel- AusnahmeVO, Zulassung in Haus- und Kleingärten mit der Um- setzung einer EU-Richtlinie

GesEntw

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/2497

Nutzung von Pflanzenschutzmitteln durch Kleingärtner

Benötigung eines Sachkundenachweises? Vereinbarkeit dieser erforderlichen Qualifikation für Erwerbsgärtner, Landwirte und Weingärtner mit dem EU-Recht

MdlAnfr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/2589

Informationspolitik der LReg in Bezug auf den Familienpass

Umwandlung des bisher einmal pro Jahr kostenlosen Besuchs der Stuttgarter Wilhelma und des Blühenden Barocks in Lud- wigsburg in einen ermäßigten Eintritt, Fehlen eines entsprechen- den Hinweises in der Pressemitteilung des SM über die Leistun- gen des Landesfamilienpasses

Antr

s. *Familienpass*

Drs 13/2797

Marketing für Schlösser und Gärten in BW

Bisherige bzw. wünschenswerte Vermarktung; Entwicklung der Besucherzahlen, der Einnahmen und Ausgaben in den letzten fünf Jahren; Kooperation mit den im kommunalen und privaten Besitz befindlichen Schlössern, Burgen und Gärten; Vorlage einer Gesamtkonzeption für die überregionale und internationale Vermarktung mit einem eigenen Schwerpunkt in der Tourismusförderung des Landes

Antr
s. *Schloss (Gebäude)*
Drs 13/4879

Verantwortung des Landes für die Schlösser und Gärten, Übertragung der Aufgaben auf einen eigenständigen Landesbetrieb

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5630 5632

Verantwortung des Landes für die Schlösser und Gärten, Übertragung der Aufgaben auf einen eigenständigen Landesbetrieb

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5696

Gartenakademie*Einrichtung der Gartenakademie BW*

Ziele und Inhalte, Personalausstattung und Finanzierung der o.g. Einrichtung zur Förderung der Kleingärtner und des Gartenbaus während und nach der Anschubfinanzierung in den ersten drei Jahren

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 01.10.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1361
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.01.2003 Drs 13/1855 S. 45 46
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

*Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag**Streichung der Startfinanzierung der Gartenakademie*

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 63 S. 126
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Umwidmung der Mittel für die Gartenakademie zur Vermeidung von Kürzungen im Sozialetat

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2293 2301 2306

Unverständnis über die Einrichtung einer Gartenakademie BW angesichts der Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2472

Streichung der Anschubfinanzierung für die Gartenakademie

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2709 2720

Gartenbau*Einrichtung der Gartenakademie BW*

Ziele und Inhalte, Personalausstattung und Finanzierung der o.g. Einrichtung zur Förderung der Kleingärtner und des Gartenbaus während und nach der Anschubfinanzierung in den ersten drei Jahren

Antr
s. *Gartenakademie*
Drs 13/1361

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 25) - Aufwändiger Neubau eines Gewächshauses

Mittlg
s. *Öffentliches Bauvorhaben*
Drs 13/1748

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Hohenheim

Beurteilung des Erfolgs der o.g. Kombination von praxisnaher Versuchs- bzw. Beratungstätigkeit und Fachunterricht und damit der Berufschancen der Absolventen; Vergleich der materiellen und personellen Ausstattung der Fachschulen in den neuen BLändern; Beseitigung der Raummängel und Sanierung des Schülerwohnheims

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2273

Novellierung der Landesbauordnung

Ermöglichung der genehmigungsfreien Errichtung von Gewächshäusern bis zu einer Höhe von 5 m

KIAnfr Richard Drautz FDP/DVP 16.10.2003 und Antw WM Drs 13/2507

Nutzung von Pflanzenschutzmitteln durch Kleingärtner

Benötigung eines Sachkundenachweises? Vereinbarkeit dieser erforderlichen Qualifikation für Erwerbsgärtner, Landwirte und Weingärtner mit dem EU-Recht

MdIANfr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/2589

Belastung der Gartenbaubetriebe durch die Ökosteuer

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862

Kritik an den gartenbaulichen Aktivitäten der Stadt Offenburg in Konkurrenz zu privaten Anbietern

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2313

Qualifikationsniveau der Inhaber von Gartenbaubetrieben

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3356

Gefährdung von Arbeitsplätzen bei Gartenbaubetrieben durch Lohndumping mit Arbeitskräften aus Osteuropa; Kooperation des Ausbildungsbereichs Sonderkulturen mit der Landesanstalt für Gartenbau

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6710 6780

Gartenschau*Anerkennung der Gemeinnützigkeit bei „kleinen Gartenschauen“*

Finanzielle Auswirkungen einer Nichtanerkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit für die Realisierung der laufenden Gartenschauprojekte durch so genannte Betriebe gewerblicher Art

KIAnfr
s. *Gemeinnützigkeit*
Drs 13/244

Landesgartenschau BW/Grünprojekte „Natur in Stadt und Land“

Auflistung der ausrichtenden Städte seit 1980 und in den kommenden Jahren, Kriterien für die Auswahl und Finanzierung,

Höhe und städtebauliche Wirkungen der Investitionen, Impulse für die örtliche Wirtschaft, die Sicherung von Naturressourcen und für das kulturelle Leben; Einführung einer Aufzeichnungspflicht über die Folgewirkungen; jährliche Veranstaltung einer Landesgartenschau ab 2008

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 07.05.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2051
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 02.07.2003 Drs 13/2313 S. 35-39
 PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Realisierung der Fußgänger- und Radfahrerbrücke zwischen Kehl und Straßburg für die rheinübergreifende Gartenschau

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671 2674

Gas

s.a. Abgasreinigung
s.a. Biogas
s.a. Gasleitung

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Aufnahme von Verhandlungen mit den EVU über den Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland

Antr
s. Landesbeteiligung
 Drs 13/693

Einbeziehung der Rückzahlung von Erdgasförderzins durch das Land Niedersachsen in den Länderfinanzausgleich

Begründung der o.g. Entscheidung des BFinanzMin, finanzielle Auswirkungen für das Land und die Kommunen

Antr
s. Länderfinanzausgleich
 Drs 13/845

Energiepolitische Konzeption für BW

Forcierung der Verhandlungen über den Verkauf der Landesanteile an der Gasversorgung Süddeutschland; Darlegung o.g. Konzeption, Stellenwert und Wettbewerbssituation der Gaswirtschaft

Antr
s. Energiepolitik
 Drs 13/914

Erdgasautos

Vergleich von Erdgasautos mit diesel- und benzinangetriebenen Fahrzeugen, Umfang des tatsächlichen und möglichen Einsatzes entsprechend ausgerüsteter Dienstfahrzeuge, Umsetzung der Empfehlung der Umweltministerkonferenz zur bevorzugten Beschaffung solcher Fahrzeuge

Antr
s. Dienstkraftfahrzeug
 Drs 13/1019

Auflösung der Landesstiftung

Auflösung vor dem Verkauf der Landesanteile an der GVS

Antr
s. Stiftung
 Drs 13/1085

Freier Flüssiggasmarkt?

Behinderung eines freien Markts durch frühere Monopolanbieter bzw große, an Mineralölkonzerne angeschlossene Anbieter; Fra-

ge nach Zusammenschlüssen von Flüssiggasverbrauchern zur Durchsetzung freier Marktbedingungen

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 20.06.2002 und Antw WM Drs 13/1098

Planungen für Gasfernleitungen in BW

Bedarfsanalysen für o.g. Planungen; Zurückstellung bis zur Vorlage des Berichts einer neuen, vom BWirtschaftsMin angekündigten Regulierungsbehörde; Maßnahmen zur Bündelung der von unterschiedlichen Energieversorgern geplanten separaten Trassen bzw zum schonenden Umgang mit sensiblen Flächen

KlAnfr
s. Gasleitung
 Drs 13/1152

Vermögen und Projekte der Landesstiftung BW

Zuführung des gesamten Erlöses aus dem Verkauf der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland?

Antr
s. Stiftung
 Drs 13/1219

Geplante Gaspipeline der Fa. Ruhrgas/Wingas - Trassenverlauf im LKreis Esslingen

Stand der Planung und Stellungnahmen der betroffenen Behörden und Kommunen für die einzelnen Varianten, Verlegung zusätzlicher Leitungen? Ausschluss einer Gefährdung der Bevölkerung sowie Minimierung der Eingriffe in Natur und Landschaft

KlAnfr
s. Gasleitung
 Drs 13/2822

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. Energiepolitik
 Drs 13/3104

Gaspreise in BW

Darstellung der Höhe und Ursachen von Preisunterschieden zwischen den einzelnen Anbietern in BW u.a. BLändern, Bewertung des Vorschlags der Einrichtung einer Regulierungsbehörde zur Preisaufsicht; Bilanz einer Schwerpunktaktion der Eichbehörden zur Überprüfung der Abrechnungen von Gasversorgungsunternehmen, Ausmaß der verordneten Korrekturen, Maßnahmen zur Vermeidung fehlerhafter Abrechnungen zulasten der Verbraucher

Antr
s. Energiepreis
 Drs 13/3867

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Antr
s. Energiepreis
 Drs 13/3884

Missbrauchsverdacht gegen Gasversorger in BW

KlAnfr
s. Energiepreis

Drs 13/3944

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichungen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr

s. *Energiepreis*

Drs 13/4232

Weg vom Öl; hier: Liegenschaften des Landes

Art und Kosten der Wärmeversorgung von Universitäten, Kliniken u.a. Landesgebäuden; Einsatz von Öl, Gas u.a. Energieträgern; Umstellung auf regenerative Brennstoffe, insbes auf Holz, bei turnusmäßigen Erneuerungen der Heizungsanlagen; Anstrengung des Passivhausstandards bei Neubauten, generelle Prüfung der Nutzung regenerativer Energien, Verstärkung der Bemühungen um eine energetische Sanierung der Gebäude, ggf über Contracting-Modelle

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 13/4310

Entwicklung alternativer Flüssigkraftstoffe

Entwicklung der Rohöl- und Erdgaspreise, der Fördermengen und Abnahmequoten der 20 wichtigsten Abnehmerstaaten seit 1995; Frage nach den noch vorhandenen Ressourcen; Stand der Forschungen um alternative Antriebsstoffe neben der Brennstoffzelle, Entwicklungs- und Marktchancen von neuartigen Verfahren zur Gasverflüssigung bzw des Biomass-to-Liquid-Verfahrens, Beurteilung der damit gegebenen Chancen für die Landwirtschaft sowie der Möglichkeiten zur Vermeidung von CO₂-Emissionen

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/4328

Aktives Einschreiten der LReg gegen Gaspreiserhöhungen in BW

Entwicklung der Gaspreise der einzelnen Versorgungsunternehmen für Privathaushalte seit 2000, angekündigte und bereits umgesetzte Erhöhungen 2005 und 2006, Frage nach Rücknahmen von Preiserhöhungen aufgrund der Intervention von Landesbehörden in BW u.a. BLändern; Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, insbes iR eines Missbrauchsverfahrens der Landeskartellbehörde sowie iRd Regulierung der Netzentgelte durch die neue Regulierungsbehörde

Antr

s. *Energiepreis*

Drs 13/4742

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Ableichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KlAnfr

s. *Erdwärme*

Drs 13/4813

Neuordnung der Beteiligungen an der Gasversorgung Süddeutschland

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65 66

Prüfung einer Veräußerung der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 645

Erwartung eines Vorschlags der Investmentbank zur Veräußerung der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801 808

Dringlichkeit einer Neuordnung der Beteiligungen an der Gasversorgung Süddeutschland

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 841 849 852 865 874

Neuordnung der Beteiligungen an der Gasversorgung Süddeutschland

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1069 1070 1073

Vergleich von Gas und Kohle als Energieträger; Veräußerung der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3469 3470 3491

Notwendigkeit einer weiteren Ferngasleitung, Ausbau der Kapazität zur Stromgewinnung; Veräußerung der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626

Kritik an der Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis; Ablehnung einer Ersetzung der Kernkraft durch Kohle und Gas

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5330 5332-5334 5336

Warnung vor einer zu starken Fixierung auf Gaskraftwerke wegen der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6449-6453 6455 6457-6459

Bewertung von Gas als Brennstoff für neue Kraftwerke nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, Ablehnung des Standorts Obrigheim für ein neues Gaskraftwerk wegen der nicht vorhandenen Erdgasleitung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6493 6506 6512

Kritik an der Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis, Vermeidung einer zu großen Abhängigkeit von den Lieferländern, Ablehnung einer Ersetzung der Kernkraft durch Kohle und Gas

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026 7028 7029 7031 7032

Warnung vor einer zu starken Fixierung auf Gaskraftwerke wegen der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452

Reduzierung der Abhängigkeit von Gasimporten durch energetische Gebäudesanierung; Plädoyer für ein modernes Gaskraftwerk am Standort Obrigheim

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7700 7702-7705 7710 7713-7715

Gas- und Dampfturbinenkraftwerk

s. *Wärmeleistung*

Gasanbieter

s. *Gas*

Gasfernleitung

s. *Gasleitung*

Gaskraftwerk

s. *Wärmeleistung*

Gasleitung

Planungen für Gasfernleitungen in BW

Bedarfsanalysen für o.g. Planungen; Zurückstellung bis zur Vorlage des Berichts einer neuen, vom BWirtschaftsMin angekündigten Regulierungsbehörde; Maßnahmen zur Bündelung der von unterschiedlichen Energieversorgern geplanten separaten Trassen bzw zum schonenden Umgang mit sensiblen Flächen

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 09.07.2002 und Antw WM Drs 13/1152

Risiken bei Erdbeben am Oberrhein

Auslegung von Gebäuden, Gasleitungen, Chemieanlagen, des Rheinseitenkanals und des AKW Fessenheim gegen Erdbeben; Ergebnisse von Katastrophenszenarien; Effizienz des regulären Katastrophenplans; Bewertung und Konsequenzen einer Schweizer Risikostudie

KlAnfr
s. *Erdbeben*
Drs 13/1858

Geplante Gaspipeline der Fa. Ruhrgas/Wingas - Trassenverlauf im LKreis Esslingen

Stand der Planung und Stellungnahmen der betroffenen Behörden und Kommunen für die einzelnen Varianten, Verlegung zusätzlicher Leitungen? Ausschluss einer Gefährdung der Bevölkerung sowie Minimierung der Eingriffe in Natur und Landschaft

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 20.01.2004 und Antw WM Drs 13/2822

Notwendigkeit einer weiteren Ferngasleitung, Ausbau der Kapazität zur Stromgewinnung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626

Notwendigkeit einer Erdgasleitung als Voraussetzung für den Bau eines Gaskraftwerks in Obrigheim

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6446 6455

Notwendigkeit einer Erdgasleitung als Voraussetzung für den Bau eines Gaskraftwerks in Obrigheim

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6507 6512

Forcierung der Süddeutschen Erdgasleitung als Voraussetzung für den Bau von Gaskraftwerken

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7032

Notwendigkeit einer Erdgasleitung als Voraussetzung für den Bau eines Gaskraftwerks in Obrigheim

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698

Gaspreis

s. *Energiepreis*

Gaßmann, Rolf MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4083

Gastarif

s. *Energiepreis*

Gastronomie

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Gastronomieberuf

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Anteil von Gästen des Kur- und Rehabilitationsbereichs; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/844

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms; Entwicklung der Zahlen sowie Qualifizierung in- und ausländischer Fachkräfte für die Gastronomie, Ausschreibung eines Innovationspreises, Marketingkonzepte und -maßnahmen für die einzelnen Regionen, Nutzung des Internet

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Tourismusentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1461

Tourismusentwicklung in der Region Ostwürttemberg

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

KlAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1795

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der

Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2091

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Bessere Qualifizierung

Erweiterung der Ausbildung von Nachwuchskräften über die hauswirtschaftlichen Schulen hinaus, Ausdehnung der Unterrichtung zur Führung einer Gaststätte von vier Stunden der IHK auf mehrere Tage

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 31.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2568
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.05.2004 Drs 13/3239 S. 15-17
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Situation der Tourismusbetriebe in BW

Entwicklung der Betriebsstätten, der Wertschöpfung, der Beschäftigten- und Ausbildungszahlen seit 2000; Darstellung der Förderinstrumente und deren Inanspruchnahme sowie der Restriktionen im JugendarbeitsschutzGes; Anpassung der Unterrichtseinheiten für die touristischen Berufe an die Belange der Ausbildungsbetriebe; Werbeaktivitäten für Familienurlaub sowie um Gäste in Verknüpfung mit der Fußball-WM 2006

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/3296

Ausmaß des Defizits an Fach- und Aushilfskräften in der Gastronomie, Bedeutung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260 265

Unterstützung einer Werbekampagne um Auszubildende in der Gastronomie

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2850 2851

Abbau von arbeitsrechtlichen Hürden bei der Ausbildung zum Koch

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3865

Unterstützung einer Werbekampagne um Auszubildende in der Gastronomie

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5471

Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

s.a. *Beherbergungsstatistik*

s.a. *Besenwirtschaft*

s.a. *Ferienstätte*

s.a. *Gastronomieberuf*

s.a. *Kantine*

s.a. *Raststätte*

s.a. *Sperrzeit im Gaststättengewerbe*

Umsatzsteuerbelastung für die Gastronomie im europäischen Vergleich

Unterstützung von Bestrebungen zur Senkung des Umsatzsteuersatzes für die Gastronomie bzw bestimmte Dienstleistungen? Auswirkungen einer Harmonisierung der Steuersätze innerhalb der EU

KlAnfr

s. *Umsatzsteuer*

Drs 13/4

Gaststätten- und Lebensmittelkontrollen durch den Wirtschaftskontrolldienst

Personalstärke des WKD, Organisation, Kosten, Kontrolldichte und Beanstandungsquote im Vergleich zu anderen BLändern

KlAnfr

s. *Wirtschaftskontrolldienst*

Drs 13/375

Beherbergungsstatistik

Auswirkungen der auf Bundesebene geplanten Änd im BeherbergungsstatistikGes auf das Fremdenverkehrsland BW, insbes auf Beherbergungsbetriebe, Kur- und Heilbäder

Antr

s. *Beherbergungsstatistik*

Drs 13/425

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1995 des RH zur LHR von BW für das Hj 1993 (Nr. 9) - Beherbergungs- und Bewirtungsbetrieb der FH

Stand der noch ausstehenden Neukonzeption des Verpflegungsbetriebs an der Hochschule für Polizei

Mittlg LReg 04.02.2002 Drs 13/717

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/803

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Mittlg LReg 31.03.2003 Drs 13/1959

BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/1991

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Mittlg LReg 01.04.2004 Drs 13/3079

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Anteil von Gästen des Kur- und Rehabilitationsbereichs; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September

GrAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/844

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms; Entwicklung der Zahlen sowie Qualifizierung in- und ausländischer Fachkräfte für die Gastronomie, Ausschreibung eines Innovationspreises, Marketingkonzepte und -maßnahmen für die einzelnen Regionen, Nutzung des Internet

GrAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/1060

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Beherbergungskapazität der Unternehmen seit 1993; Rolle der Kur- und Bäderorte; Ausweisung von Naturparks zur Stärkung der touristischen Attraktivität

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im Zuge der DM/Euro-Umstellung nach dem 1. Januar 2002

Angebot von Speisen und Getränken zum selben Preis in Euro wie vorher in DM, Maßnahmen gegen diese Art von Preiswucher in den Fremdenverkehrsgebieten, insbes gegenüber Tagestouristen; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr

s. *Preis*

Drs 13/1225

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1451

Tourismusentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/1461

Tourismusentwicklung in der Region Ostwürttemberg

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

KlAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/1795

Gesundheit hat Zukunft

Verstärkung der Werbung um Gäste im Gesundheitstourismus im Wettbewerb mit anderen BLändern, Nutzung der Spitzenqualität in Gastronomie und Hotellerie als Konkurrenzvorteil

KlAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1871

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1987

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/2091

Wirtschaftliche Entwicklung im LKkreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/2135

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Sonderregelung für Sitzplätze in Besenwirtschaften

Beibehaltung der Beschränkung auf 40 Sitzplätze

Antr

s. *Besenwirtschaft*

Drs 13/2559

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Bessere Qualifizierung

Erweiterung der Ausbildung von Nachwuchskräften über die hauswirtschaftlichen Schulen hinaus, Ausdehnung der Unterrichtung zur Führung einer Gaststätte von vier Stunden der IHK auf mehrere Tage

Antr

s. *Gastronomieberuf*

Drs 13/2568

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Belebung unserer Innenstädte

Ermöglichung einer Verkürzung der Sperrzeit für die Außengastronomie

Antr

s. *Sperrzeit im Gaststättengewerbe*

Drs 13/2576

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Verbraucherfreundlichkeit

Frage nach einer Ausnahmeregelung im KAG zur Erhebung von Kurtaxe von ortsfremden Tagungsteilnehmern; Ermöglichung einer gelockerten Handhabung der Sperrzeitenregelung für Musik- und Tanzveranstaltungen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 11.11.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2592

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.05.2004 Drs 13/3239 S. 15-17

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/2667

Situation der Tourismusbetriebe in BW

Entwicklung der Betriebsstätten, der Wertschöpfung, der Beschäftigten- und Ausbildungszahlen seit 2000; Darstellung der Förderinstrumente und deren Inanspruchnahme sowie der Restriktionen im JugendarbeitsschutzGes; Anpassung der Unterrichtseinheiten für die touristischen Berufe an die Belange der Ausbildungsbetriebe; Werbeaktivitäten für Familienurlaub sowie um Gäste in Verknüpfung mit der Fußball-WM 2006

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 23.06.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3296 (17 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 15 16

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Klassifizierung von Übernachtungsstätten

Darlegung o.g. Systeme, der Anbieter, Kosten und Evaluationsintervalle; Stellenwert für Privatreisende und Reiseveranstalter; Überlegungen zu einer Verpflichtung der Betriebe zur Klassifizierung; Förderung einer verkehrsführenden Beschilderung iR eines Modellprojekts?

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 23.06.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3297

BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 16 17

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Verdopplung der Fernsehgebühr für Hotels und Pensionen

Verhinderung von o.g. Plänen zur Erhöhung der Rundfunkgebühren für Hotels und Pensionen

KlAnfr

s. *Rundfunkgebühren*

Drs 13/3458

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Ver-

waltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw

s. *Gebühren*

Drs 13/3477

Unterstützung der Resolution des SWR-Rundfunkrats vom 24.09.2004 durch die LReg

Erhaltung der ermäßigten Rundfunkgebühren für die Gastronomie

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 13/3612

Vereinbarkeit des geplanten Unterhaltungszentrums Ergenzingen Ost (Stadt Rottenburg) mit dem Landesentwicklungsplan (LEP)

Vereinbarkeit der o.g. Freizeiteinrichtung mit einer Großdisko und Gastronomiebetrieben mit dem LEP und den Festlegungen des Regionalplans Neckar-Alb, insbes durch den starken Besucherverkehr und den dafür notwendigen Flächenverbrauch für 880 ebenerdige Parkplätze; Bewertung der Planung in einem Kleinzentrum an der Autobahn ohne Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel; Frage nach Instrumenten zur Verhinderung derartiger Vorhaben

KlAnfr

s. *Freizeiteinrichtung*

Drs 13/3762

Maßnahmen zur Stärkung der baden-württembergischen Gastronomie

Initiierung von Gesprächen zwischen den Trägern von mit Landesmitteln finanzierten Kantinen und der örtlichen Gastronomie über mögliche Kooperationen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 26.11.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3803

BeschlEmpf und Bericht WirtA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 23

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe

Antr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/3975

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe

Antr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4152

Entbürokratisierung des Gastgewerbes

Bewertung der vom Hotel- und Gaststättenverband vorgelegten Vorschläge und deren Realisierbarkeit, Ausgestaltung der Sperr-

zeiten im Gastgewerbe in anderen BLändern, Beurteilung einer Einschränkung der Sperrzeiten und Freigabe der Ladenschlusszeiten zumindest während der Fußballweltmeisterschaft 2006

Antr FDP/DVP 16.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4153 (21 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 16 17

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform

Entwicklung der Zahl der Kontrolleure, der Kontrolldichte und Anzeigen bei Gaststätten und im Lebensmittelhandel; Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Polizei zur Ahndung von Verstößen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4233

Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze innerhalb der EU und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land

Definition und Angleichungsvereinbarungen der abgestuften MwSt-Sätze in der EU; Darlegung der Steuersätze in den 25 EU-Staaten und der Schweiz für Agrarprodukte, Lebensmittel, Arzneimittel, Tabakwaren, medizinische Leistungen, Verkehrstarife, Bücher, Fernsehgebühren, Eintrittsgebühren, Gastronomiepreise, Kraftstoffe, Fahrzeughandel, Reparaturen u.a. Güter und Dienstleistungen; Frage nach Vorgaben für die nationalen Regierungen bei der Anwendung von Nullsteuer- und Ermäßigungssätzen; Initiativen zum Abbau der Wettbewerbsnachteile für den heimischen Tourismus im Vergleich zu den angrenzenden Nachbarregionen

Antr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/4276

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe

KlAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4291

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Sanierung und Weiterführung der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl privater Investoren

Antr
s. *Hohenasperg*
Drs 13/4356

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Gastronomiebetrieben, Übernachtungen, Gästen differenziert nach Nationalitäten und Aufenthaltsdauer seit 1994; Bedeutung der Kur- und Bäderorte; Gästezahlen beim „Urlaub auf dem Bauernhof“; Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Nachweismöglichkeiten der Beherbergungsstatistik nach dem Beschluss des Bundestages und der Zustimmung des Bundesrates zum „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“ im Juni 2005

Wegfall der Erhebung der Auslastung von Hotels, Privatpensionen, Jugendherbergen, Campingplätzen, Rehakliniken u.a.; Auswirkungen auf Fördermaßnahmen im Fremdenverkehr und Heilbäderbereich

KlAnfr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 13/4670

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr
s. *Alkohol*
Drs 13/4789

Hotellerie und Gastronomie entlasten!

Vergleich bzw Harmonisierungschancen der Mehrwertsteuersätze für die Gastronomie im europäischen Rahmen, Auswirkungen der geplanten Erhöhung im grenznahen Bereich; Übertragung von Zuständigkeiten und Bürokratieabbau mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform; Relevanz der TA-Lärm zur Bewertung der Geräuschimmissionen von Freiluftgaststätten, Ausschluss einer Beeinträchtigung gastronomischer und touristischer Angebote aufgrund immissionsschutzrechtlicher Regelungen zumindest während der Fußballweltmeisterschaft

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 15.12.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4981
BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 33 34
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ausmaß des Defizits an Fach- und Aushilfskräften in der Gastronomie, Bedeutung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260 265

Förderung der multimedialen Weiterbildung im Hotel- und Gaststättenwesen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 774

Unterstützung einer Werbekampagne um Auszubildende in der Gastronomie

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2850 2851

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie, Beibehaltung der Beschränkung der Zahl von Sitzplätzen in Besenwirtschaften

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3628

Ablehnung einer Verdoppelung der Rundfunkgebühr für Hotels und Pensionen

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5266 5267 5273 5274

Ablehnung einer Verdoppelung der Fernsehgebühr für Hotels und Pensionen

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5405

Unterstützung einer Werbekampagne um Auszubildende in der Gastronomie

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5471

Kritik an der Beschneidung des Hotelprivilegs bei der Rundfunkgebühr

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6224 6226 6230

Werbung um ein ausschließlich regionales Produktangebot in der Landtagsgaststätte

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6657

Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung im Hotel- und Gaststättengewerbe

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969 6972 6977

Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung im Hotel- und Gaststättengewerbe; Förderung der Imagekampagne für die Gastronomie

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7399 7447 7450

Begrüßung von Rauchverboten in Gaststätten, Verweisung auf das Rauchverbot in allen Gaststätten Italiens

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7615

Wirtschaftliche Bedeutung der Gastronomie in BW, Bewertung als Kulinaristikland Nummer 1 in Deutschland, Verweisung auf die INTERGASTRA in Stuttgart, Beklagung der Betriebschließungen aufgrund fehlender Nachfolger bzw Bereitschaft der Banken zur notwendigen Kreditversorgung, Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954-7966

Gaststättengesetz

s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Gaststättengewerbe

s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Gasversorgung

s. Gas

Gasversorgungsunternehmen

s. Gas

Gebärmutterhalskrebs

s. Krebs (Krankheit)

Gebäude

s.a. Abbruch von Gebäuden

s.a. Arbeitsstätte

s.a. Aufzugsanlage

s.a. Bauschaden

s.a. Eigenheimzulage

s.a. Erbbaurecht

s.a. Frauenhaus

s.a. Gebäudereinigung

s.a. Gebäudeversicherung

s.a. Hochschulbau

s.a. Kulturdenkmal

s.a. Kunstgebäude

s.a. Landtagsgebäude

s.a. Landwirtschaftliches Gebäude

s.a. Öffentliches Gebäude

s.a. Polizeigebäude

s.a. Schloss (Gebäude)

s.a. Schulgebäude

s.a. Unterkunft

s.a. Wärmeschutz

s.a. Wohnungseigentum

Energetische Modernisierung im Wohnungsbestand

Höhe der bereitgestellten und beanspruchten Mittel 2000/2001 im Vergleich zu Hessen und NRW; Aufstockung der Mittel zur Stimulanz des Bauhandwerks und zugunsten des Klimaschutzes; Ausbildung und flächendeckende Präsenz von Energieberatern aus dem Handwerk; Abruf von Fördermitteln für Energie-Spar-Checks für Ein- und Mehrfamilienhäuser

Antr

s. Energieeinsparung

Drs 13/93

Impulsprogramm Altbau und Energieeinsparprogramm Altbau

Evaluation und Verbesserungsmöglichkeiten o.g. Programme, Behebung von Informationsdefiziten, Umstellung auf attraktive Direktzuschüsse

KlAnfr

s. Energieeinsparung

Drs 13/175

Energieeinsparprogramm Altbau 2001

Aufzehrung der Haushaltsmittel bereits zur Jahresmitte, Rechtfertigung aufwändiger Werbemaßnahmen für dieses Programm

MdlAnfr

s. Energieeinsparung

Drs 13/530

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

CO₂-Minderung durch Aufstockung des „Energieeinsparprogramms Altbau“

s. Energieeinsparung

Drs 13/657

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KlAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/629

Bekämpfung der Mauerspinnen an Hausfassaden

Ausbreitung der Mauerspinne in BW, Bekämpfungsmöglichkeiten

KlAnfr

s. Spinnentier

Drs 13/1276

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr

s. *Energiepolitik*
Drs 13/1686

Förderung der Wohnungsmodernisierung durch das Land
Einschätzung der Zahl renovierungsbedürftiger Mietwohnungen, bisheriger Mitteleinsatz iRd Energiesparprogramms Altbau im Vergleich zu Bayern und NRW, beschäftigungs- und steuerpolitische Auswirkungen der Kürzung des Programms

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1845

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 31) - Beihilfsbauten für Spätaussiedler

Mittlg
s. *Unterkunft*
Drs 13/2700

Haushalt 2004; Epl 07

Wiederaufnahme des „Energieeinsparprogramms Altbau“, energetische Modernisierung des Wohnungsbestands

s. *Energieeinsparung*
Drs 13/2807

Haushalt 2004; Epl 07

Einarbeitung der vorrangigen Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden in die anstehende Neubekanntmachung der Städtebauförderungsrichtlinien

s. *Energieeinsparung*
Drs 13/2807

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden zur Rettung von Menschenleben

Zahl der Wohnungsbrände mit Todesopfern in den letzten drei Jahren, Beurteilung von Rauchwarnmeldern durch die Feuerwehren; Aufnahme der o.g. Regelung in die geplante Novellierung der Landesbauordnung

Antr
s. *Feuerschutz*
Drs 13/2894

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - Ausstellung von Gebäudeenergiepässen

Umsetzung der o.g. Richtlinie der EU, wirtschaftliche Folgewirkungen für die im Energieberatungsgeschäft tätigen Berufsgruppen, Wahrung der Interessen des mittelständischen Handwerks, Erfahrungen mit dem Energie-Spar-Check, Einschätzung der Zahl und Art der in Frage kommenden Gebäude

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/3389

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr
s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3598

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Energiesparprogramm Altbau

s. *Energieeinsparung*
Drs 13/4003

Bedeutung der oberflächennahen Geothermie für die Energieversorgung im Gebäudebereich

Nutzung von Erdwärme durch Erdwärmesonden in Verbindung mit Wärmepumpen seit 1998, geeignete Gebiete und Genehmigungssituation, Entwicklungsstand und Zuverlässigkeit dieser Art der Wärmegewinnung, Vergleich der Investitions- und Betriebskosten mit der Beheizung von Wohngebäuden mit Erdgas und Heizöl; Darstellung der Effekte für den Klimaschutz, die Energieeinsparung und Gewinnung von Arbeitsplätzen

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4216

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Weg vom Öl; hier: Landeswohnungsbauprogramm

Mehrkosten eines erhöhten Wärmeschutzes bei Neubauten gegenüber dem Mindestwärmeschutz nach der EnergieeinsparVO, Umfang der möglichen Einsparung an Heizenergie bzw an Kosten angesichts der hohen Heizölpreise; Festschreibung erhöhter Wärmedämmstandards als Fördervoraussetzung im neuen Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/4773

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung des Energiesparprogramms Altbau

s. *Energieeinsparung*
Drs 13/4840

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden, Einräumung einer Übergangsfrist für bestehende Wohnungen

GesEntw
s. *Feuerschutz*
Drs 13/5063

Verkauf landeseigener Wohngebäude und Erbbaugrundstücke

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/5209

Kritik am Auslaufen des Altbau modernisierungsprogramms, Neuauflage des Programms mit dem Haushalt 2002/03

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 429 430 435 436

Aufstockung des Altbaumodernisierungsprogramms
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 503-507 510

Kritik an der Reduzierung der Fördermittel für das Energiesparprogramm Altbau
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 822

Kofinanzierung des 100.000-Dächer-Programms der BReg, Förderung von Solarkollektoren bei landeseigenen Gebäuden und im Geschosswohnungsbau, energetische Sanierung im Altbaubestand, Rückgang der Genehmigungszahlen im Geschosswohnungsbau
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1377 1378 1385 1386 1388 1389 1391 1392 1396 1398 1430-1437

Lob für das Altbausanierungsprogramm, Kritik an der Aufzehrung der Mittel bereits zur Jahresmitte, Stimulanz der Solarbranche durch das 100.000-Dächer-Programm
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827-1831 1834 1838

Effizienz der Förderung der energetischen Sanierung im Altbaubestand, Kritik an der unzureichenden Mittelausstattung des Altbausanierungsprogramms
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3140-3142 3144 3146-3151

Kritik an der Kürzung des Reihenhauses- und Altbaumodernisierungsprogramms
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3615

Fortführung des Energieeinsparprogramms Altbau
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4300 4301

Fortführung des Energiesparprogramms Altbau
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4325 4326

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4738 4739

Ursachen der hohen Baukosten in Deutschland, Vergleich der Größe und Ausstattung von Neubauten mit Häusern in Großbritannien und Holland
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5571 5578 5579 5581 5583

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5913 5914

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7028 7030 7031

Schaffung von Anreizen für Null-Energie-Häuser, Aufstockung des Programms zur Altbausanierung
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043-7045 7053 7054

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand, Verknüpfung der Vergabe von Baufördermitteln mit der Auflage eines verbesserten Wärmeschutzes
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7302-7304

Steigerung der Energieeffizienz mit einer verbesserten Wärmedämmung und Sanierung der Gebäude, Erwartungen an die EU-Gebäuderichtlinie
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452 7453 7455 7456

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7703

Gebäudebrandversicherung

s. Gebäudeversicherung

Gebäudereinigung

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2004 (Nr. 6) - Organisation und Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 III. S. 2
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 31.05.2006 Drs 13/5248

Einsparungen bei der Gebäudereinigung nach den Empfehlungen des RH
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384 6386 6388 6393

Gebäudeversicherung

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)
Änd des Ges zur Neuordnung der Gebäudeversicherung sowie der VO über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen
GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Erinnerung an den Zwang vonseiten der EU zur Auflösung der Gebäudebrandversicherungsanstalten
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3312

Gebratzhofen, Ortsteil

s. Leutkirch im Allgäu

Gebrüder Bruch GmbH

s. Bruch GmbH, Asperg

Gebühren

s.a. Abwasserabgabe
s.a. Flughafengebühren
s.a. Hochschulgebühren
s.a. Justizkosten
s.a. Kindergartengebühren
s.a. Nahverkehrsabgabe
s.a. Parkgebühren
s.a. Polizeikosten
s.a. Rechtsanwaltsgebühren
s.a. Rundfunkgebühren
s.a. Schulgeld
s.a. Straßenbenutzungsgebühren
s.a. Telefentarif
s.a. Verkehrstarif
s.a. Wassertarif

Gebühren für wasserrechtliche Genehmigungen

Gebührenerhebung der Stadt- und LKreise in unterschiedlicher Höhe bei grundsätzlich gleichen Sachverhalten, Hinwirkung auf eine gleichmäßige Erhebungspraxis

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 19.09.2001 und Antw UVM Drs 13/245

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 15) - Beschaffungswesen und Gebühren

Neuordnung des Beschaffungswesens der Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter, Novellierung der dort geltenden Gebührenordnungen

Mittlg
s. *Chemisches Untersuchungsamt*
Drs 13/329

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Einführung des Kostendeckungsprinzips iRd Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Gewerbeaufsicht, Novellierung des LGebührenGes

s. *Gewerbeaufsicht*
Drs 13/660

Erhebung von Gebühren für umweltpädagogische Veranstaltungen von Bildungseinrichtungen durch die Forstverwaltung

Hinwirkung auf gebührenfreie Genehmigung von Waldexkursionen bzw Erteilung einer Pauschalgenehmigung für die o.g. Einrichtungen

Antr
s. *Umwelterziehung*
Drs 13/1140

Genehmigungen von Erdwärmesonden

Gründe der hohen Ablehnungsquote von Anträgen und Differenzen in der Gebührenerhebung sowie der Einstufung einer mit Sole gefüllten Anlage als grundwassergefährdend

KlAnfr
s. *Wärmetechnik*
Drs 13/1262

Personalengpässe in Notariaten

Kosten und Einnahmen, Geschäftsanfall, Umfang und Folgen der Rückstände der Notariate; Reaktion auf den Nachwuchsmangel, Finanzierung des zusätzlich notwendigen Personals über Gebühreneinnahmen; Disparitäten zwischen dem ländlichen Raum und Ballungsgebieten; Aktualisierung der Grundbücher iR von Flurbereinigungsverfahren; Erfahrungen mit der Anwendung des elektronischen Grundbuchs, Tauglichkeit der eingesetzten Hard- und Software

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 13/1280

Änd des Erschließungsbeitragsrechts zur Vermeidung von Härten durch Mehrfacherschließungen

Gründe für die Verzögerung der angekündigten Novellierung des KommunalabgabenGes bzw der dazu vorher notwendigen Überarbeitung des LandesgebührenGes

MdlAnfr
s. *Erschließung von Bauland*
Drs 13/1475

Besucherandrang in den Staatlichen Museen der Landeshauptstadt

Entwicklung der Besucherzahlen und der verbleibenden Nettoerträge von Eintrittsgeldern in der Staatsgalerie, dem Landes- und Naturkundemuseum sowie dem Haus der Geschichte; Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgebühren

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1658

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, Streichung der Prüfungsvergütungen für Professoren, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Änd der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Mittelstandsfreundliche Verwaltungsgebühren für Ausnahmen nach dem ArbeitszeitGes

Herabsetzung und Flexibilisierung der Gebührenregelung zur Erteilung von Ausnahmen für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen für Unternehmen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern

MdlAnfr 2) Thomas Blenke CDU 13.02.2003 Drs 13/1778
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2658 2659

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Einführung des Kostendeckungsprinzips iRd Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Gewerbeaufsicht, Novellierung des LGebührenGes

s. *Gewerbeaufsicht*
Drs 13/1873

Auswirkungen der EU-Richtlinien zu Fleischuntersuchungen und der Entscheidung des EuGH auf die Schlachthofstruktur in BW

Auswirkungen auf die Gebührenhöhe und den evtl Zuschussbedarf durch Gebietskörperschaften; Überprüfung der Schlachthofstruktur auf ihre betriebswirtschaftliche Perspektive im europäischen Markt

Antr
s. *Schlachtbetrieb*
Drs 13/1955

Privatisierung des Notariatswesens

Gegenüberstellung der Einnahmen und Aufwendungen vor und nach einer Privatisierung bzw nach Angleichung der Gebührenordnung an das EU-Recht, notwendige Rechtsänderungen, Erhaltung der Bürgernähe, insbes im ländlichen Raum; Auswirkungen einer Verschiebung bis 2008

Antr
s. *Notar*
Drs 13/2185

Zählergebühren bei Stromeinspeisung durch private Stromproduzenten

Beurteilung des von einzelnen Netzbetreibern ausgeübten Zwangs zur Nutzung ihrer eigenen (gebührenpflichtigen) Zähler durch die o.g. Produzenten; Darlegung der Rechtslage

KlAnfr
s. *Stromeinspeisung*
Drs 13/2277

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB)
Ergebnisse der Erprobung der dezentralen Budgetverantwortung seit 1993, Erschließung und Umsetzung weiterer Effizienzpotenziale, z.B. Privatisierung von Aufgaben zur Erstellung des geologischen Kartenwerks, Umstellung auf einen größeren Maßstab, Einführung einer Gebührenpflicht für Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange sowie für Beratungen in überwiegend öffentlichem Interesse

Antr
s. *Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau*
Drs 13/2469

Fragen der Praxisgebühr
Entrichtung der 10 Euro bei jeder ersten Konsultation eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten im Quartal; Umgang mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern u.a. Patienten, die nicht im Voraus bezahlen; Verfahren bei einer telefonischen Beratung; Abgeltung des bürokratischen Aufwands der Ärzte; Position des Sozialministers in den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 21.10.2003 und Antw SM
Drs 13/2520

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen
Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außensenaten bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenauffälle und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Haushalt 2004; Epl 10
Einführung des Kostendeckungsprinzips iRd Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Gewerbeaufsicht, Novellierung des LGebührenGes
s. *Gewerbeaufsicht*
Drs 13/2810

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik
Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschalen

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/3086

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts
Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührensatzsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, Flüchtlingsaufnahmeges und des EingliederungsGes

GesEntw LReg 03.08.2004 Drs 13/3477 (63 S.)
1. Beratung PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5444-5449 5474
BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2004 Drs 13/3785 (dazu ÄAntr CDU, FDP/DVP, SPD und GRÜNE)
2. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5769 5770
GesBeschl 09.12.2004 Drs 13/3896 (10 S.)
GBI 2004 Nr. 17 S. 895-903 (Ges vom 14.12.2004)

Ges zur Änd des LandesjustizkostenGes und des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Anpassung des Gebührenanteilsystems der Notare im Landesdienst an die Vorgaben des Europarechts, Erweiterung bzw Einführung der Gläubigerschaft der Notare an sämtlichen Gebühren und Auslagen für Geschäfte i.S. von § 3 Abs 1 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, strukturelle und inhaltliche Neugestaltung der an das Land abzuführenden Gebührenanteile

GesEntw
s. *Notar*
Drs 13/3965

KommunalabgabenGes (KAG)
Neuregelung des Erschließungsbeitragsrechts; Einführung des Begriffs der öffentlichen Leistung im kommunalen Gebührenrecht; Vereinfachung der gerichtlichen Kontrolle von Abgabensätzen; Erhebung privatrechtlicher Entgelte; Gebührenfähigkeit von Gemeinkosten, Verzinsung des Anlagekapitals und Abschreibung bei geänderter Nutzungsdauer; Änd des LAbfallGes und des KindergartenGes; Übernahme gebührenrechtlicher Regelungen in das neue KommunalabgabenGes

GesEntw
s. *Kommunalabgaben*
Drs 13/3966

Lizenzgebühren für Webradios
Gebührenerhöhung und Veränderung der Lizenzbedingungen durch die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten für kleine und unkommerzielle Internetradios, Vergleich der Gebührenmodelle in den USA und der Schweiz, Bewertung der geforderten Bedingungen für das Abspielen von Titeln, der Meldungen von Titeln und Hörschaft bzw deren Begrenzung u.a.m.; Beurteilung von Podcasting aus rechtlicher Sicht sowie im Hinblick auf die Gebührenforderung der GVL, GEMA und Gebühreinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; Wertung der Restriktionen als Eingriff in die Rundfunkfreiheit?

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4148

Rückerstattung der an unseren Hochschulen verfassungswidrig erhobenen Verwaltungsgebühr

KlAnfr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/4168

Leistungen für landwirtschaftliche Betriebe nach dem „Gemeinsamen Antrag“ im Jahr 2005

Gebührenerhebung von den Landwirten für die Beratung und Größenangaben der Einzelnutzflächen innerhalb eines Flurstücks durch die in die Landratsämter eingegliederte Vermessungsverwaltung, Verweigerung der Gewähr für die Richtigkeit der Angaben trotz der Gebührenerhebung, Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung im Falle unrichtiger Flächengrößen im gemeinsamen Antrag des Landwirts und daraus folgenden Überzahlungen der Ausgleichsbeträge

KlAnfr
s. Vermessung
Drs 13/4338

Situation und Perspektive der Schlachthöfe in BW

Entwicklung der Ertragslage in den letzten Jahren, insbes seit der Umsetzung des Urteils des EuGH zur Einbeziehung der Gebühren für die Trichinenuntersuchung und der bakteriologischen Untersuchung in die Gemeinschaftsgebühr; Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schlachthofstruktur

Antr
s. Schlachtbetrieb
Drs 13/4558

Fleischhygiene-Gebühren

Höhe der von den einzelnen LKreisen erhobenen Gebühren im Vergleich zum Jahr 2000, Gründe für die Unterschiede und Veränderungen

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 20.09.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4651 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.12.2005 Drs 13/5137 S. 49 50
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Stand der Umsetzung des Mammographie-Screenings in BW

Erhebung deutlich höherer als die im GesEntw 13/4384 eingeschätzten Gebühren durch die Einwohnermeldeämter für die Lieferung des zur Einladung erforderlichen Adressmaterials; Beteiligung an den Kosten des Mammographie-Screenings für die iRd freien Heilfürsorge versicherten Frauen

Antr
s. Gesundheitsvorsorge
Drs 13/4807

Gebührenerhebung bei Heimbegehung nach dem LGebührenGes (LGebG)

Erhebung o.g. Gebühren von gebührenbefreiten Heimen, Erfolgsaussichten von Widersprüchen; Ausräumung von Ermessensspielräumen zugunsten einer landesweit einheitlichen Regelung

KlAnfr Roland Weiß SPD 01.12.2005 und Antw SM Drs 13/4919

Privatisierung der Notariate, Höhe der Gebührenauffälle

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2918 2921 2925 2926

Verweisung auf die Durchsetzung der Praxisgebühr durch die Union im Vermittlungsausschuss

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162 4171 4172 4174 4177 4179

Zusatzbelastung der Versicherten durch die neue Praxisgebühr; Beurteilung der Forderung nach Senkung der Gebühren, Erläuterung des Äquivalenzprinzips im Gebührenrecht; Erhöhung der Gebühren an Musikschulen

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443 4445 4449 4455 4457 4461

Gebührengesetz

s. Gebühren

Geburt

s.a. Adoption

Anonym durchgeführte Entbindungen

Entwicklung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen aus sozialer Indikation sowie von Auslandsadoptionen seit 1996; Reduzierung der Zahlen mithilfe des o.g. Angebots und anschließender Adoptionsfreigabe; Erfahrungen aus anderen Ländern, z.B. Frankreich

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 06.08.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/155
BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 42 43
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Früh- und risikogeborene Kinder

Zahl und Versorgung o.g. Kinder, finanzielle Förderung der Selbsthilfeinitiativen von Eltern

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 24.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/368
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 27 28
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Bestattung für Tod- und Fehlgeborene mit wenig Gewicht

Umgang mit vorgeburtlich verstorbenen Föten und Embryonen mit bis zu 500g Gewicht, Ausschluss von gewinnorientierten Rechtsgeschäften, Verpflichtung der Krankenhäuser zu einer würdigen Trauerfeier und Beisetzung, Änd des Bestattungsrechts?

Antr
s. Bestattung
Drs 13/393

Empfehlen sich Änderungen im Familienrecht, um die anonyme Geburt in BW zu ermöglichen?

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336-1346

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten seit 1950, Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere

GrAnfr
s. Gesundheit
Drs 13/1123

Frauen im Strafvollzug in BW

Zahl von Geburten und Versorgung der Kinder von Müttern im Strafvollzug

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1394

Schwangerschaft bei minderjährigen Mädchen

Entwicklung o.g. Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche in den letzten zehn Jahren, Gründe für die Zunahme und den Wunsch nach einem Abbruch; Vermeidung ungewollter Schwangerschaften durch Aufklärungsarbeit der Schulen und Beratungsstellen; Angebote für Mädchen aus Problemfamilien zum Austragen des Kindes, Ermöglichung der anonymen Geburt durch die Einrichtung von Babyklappen

Antr
s. *Schwangerschaft*
Drs 13/2118

Erneute Initiative zur Einführung der anonymen Entbindung

Ergreifung einer erneuten Initiative im BRat, Hinwirkung auf ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen zur Durchführung der Entbindungen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.06.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2171
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 55 56
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Bestattung von Fehlgeburten

Einräumung der o.g. Möglichkeit, Information der betroffenen Eltern in den Krankenhäusern

MdlAnfr
s. *Bestattung*
Drs 13/2589

Beurkundung von Geburten

Anforderungen im Falle der Geburt eines Kindes für die Ausstellung der Geburtsurkunde an Eingebürgerte und Flüchtlinge, Verlangen nach Beibringung einer Geburtsurkunde aus dem Herkunftsland bzw hilfsweise einer notariellen Beglaubigung und Versicherung von drei Zeugen; Frage nach den angewandten Rechtsvorschriften, den Kosten und der Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989; Auswirkungen der Kontaktaufnahme mit den Heimatbehörden auf das laufende Asylverfahren; Anwendung einer einheitlichen Verfahrenspraxis der Kommunen?

Antr Inge Utz u.a. SPD 18.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3277
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 22 23
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Situation der Hebammen in BW

Entwicklung der Zahl der niedergelassenen sowie an Krankenhäusern tätigen Hebammen sowie der mit und ohne Kaiserschnitt geborenen Kinder seit 1999, Höhe der jeweiligen Vergütung bzw erhobenen Eigenanteile der Krankenkassen, Gründe und Folgen der Ausgrenzung der Hebammen von der Leistungsabrechnung mittels der elektronischen Gesundheitskarte sowie beim PräventionsGes des Bundes, Höhe der Mindestmengen an Entbindungen im Krankenhaus für dessen Verbleib im System der neuen Fallpauschalenregelung, Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung

Antr
s. *Hebamme*
Drs 13/4151

Babyklappen in BW

Zahl der bisher in den o.g. Einrichtungen in Stuttgart, Karlsruhe und Pforzheim abgegebenen Neugeborenen im Vergleich zu den Fällen von strafbaren Kindesaussetzungen, Anteil der die Meldeoption nutzenden Mütter und Rückerlangung ihrer Kinder bzw der zur Adoption freigegebenen Kinder, Planung weiterer Babyklappen?

KlAnfr
s. *Kind*
Drs 13/4230

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbindung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr
s. *Ärztliche Behandlung*
Drs 13/4822

Entwicklung der Kinderlosigkeit von Paaren in Deutschland, Vergleich mit der Geburtenrate anderer Länder

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1766 1773 1776 1781 1782 1793

Feststellung einer Abnahme der Geburtenrate im Zusammenhang mit höheren Bildungsabschlüssen; Verweisung auf das Mehrlingsgeburtenprogramm in BW

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2049-2051 2057-2060 2071

Notwendigkeit einer höheren Geburtenrate in Deutschland

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604 3605 3616 3617 3639 3640

Verweisung auf das Mehrlingsgeburtenprogramm sowie auf eine höhere Geburten- als Sterberate in BW

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4215-4217 4219 4220

Feststellung eines Tiefstands der Geburtenrate in Deutschland, Vergleich mit Frankreich

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4631-4633

Notwendigkeit einer höheren Geburtenrate in Deutschland, Verweisung auf den Geburtenüberschuss in BW, Eignung des Landesziehungsgelds zur Steigerung der Geburtenzahl

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322-5325 5327-5329

Feststellung eines Tiefstands der Geburtenrate in Deutschland, Vergleich mit Frankreich und Italien, Verweisung auf das Mehrlingsgeburtenprogramm in BW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5816 5822 5847 5848 5850

Bewertung der Ganztagschule als Voraussetzung für eine höhere Geburtenrate in Deutschland

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7122

Verweisung auf den Geburtenüberschuss bzw auf das Mehrlingsgeburtenprogramm in BW

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199 7206

Schaffung von Rahmenbedingungen für eine höhere Geburtenrate, Verweisung auf eine höhere Geburten- als Sterberate in BW

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7554 7555 7557 7558 7560 7562 7563

Feststellung von Geburtenzahlen von etwa einem Drittel unter dem Bestandserhaltungsniveau seit über 30 Jahren

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771 7772 7780

Geburtshilfe

s.a. Frauenheilkunde

s.a. Hebamme

Geburtshilfe und Geburtsmedizin - Frauenklinik am Zuckerberg in Ludwigsburg

Ermöglichung der Parallelität bzw Kooperation mit dem Klinikum Ludwigsburg; Durchführung einer Anhörung zum Thema „Qualitätsorientierte und frauenfreundliche Geburtshilfe in BW“, Aussetzung der Schließung von kleinen Geburtshilfeeinrichtungen bis zur Vorlage des Ergebnisses dieser Anhörung

Antr

s. Frauenklinik

Drs 13/129

Situation der Hebammen in BW

Entwicklung der Zahl der niedergelassenen sowie an Krankenhäusern tätigen Hebammen sowie der mit und ohne Kaiserschnitt geborenen Kinder seit 1999, Höhe der jeweiligen Vergütung bzw erhobenen Eigenanteile der Krankenkassen, Gründe und Folgen der Ausgrenzung der Hebammen von der Leistungsabrechnung mittels der elektronischen Gesundheitskarte sowie beim PräventionsGes des Bundes, Höhe der Mindestmengen an Entbindungen im Krankenhaus für dessen Verbleib im System der neuen Fallpauschalenregelung, Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung

Antr

s. Hebamme

Drs 13/4151

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbindung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr

s. Ärztliche Behandlung

Drs 13/4822

Geburtstagsempfang

s. Geburtstagsfeier

Geburtstagsfeier

Empfang zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 06.10.2003 und Antw StM

Drs 13/2481

Kosten des Empfangs zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 29.10.2003 und Antw StM

Drs 13/2551

Mögliche Einflussnahme bei den Ermittlungen gegen den SWR-Intendanten und weitere Angehörige des SWR

Klärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß; Frage nach Maßnahmen des Justizministeriums bzw der Staatsanwaltschaft; Anordnung und Vollzug von Durchsuchungsbeschlüssen

Antr

s. Strafverfolgung

Drs 13/4853

Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel beim SWR; hier: Verquickung von öffentlichen und privaten Interessen bei Geburtstagsfeier?

Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß, Höhe und Aufschlüsselung der jeweiligen Kosten, Art der Finanzierung, der Vertragsgestaltung, Rechnungslegung und Buchführung; Ausgestaltung der Kontrolle von Ausgaben für repräsentative u.a. Zwecke, Trennung von privaten Kosten und Kosten im dienstlichen Interesse? Darstellung der Untersuchungsgegenstände und -ziele der ermittelnden Staatsanwaltschaft

Antr

s. Rundfunk

Drs 13/4876

Bewertung von Äußerungen des MinPräs bei der Geburtstagsfeier eines Freundes als geschmacklos, u.a. der Bezeichnung des Jubilars als „Meister des Seitensprungs“

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7688 7692

Gedenken

s.a. Gedenkstätte

s.a. Gedenktag

Gedenken an die Geschehnisse vom 26.04.2002 am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451

Gedenken an die Opfer der Flugzeugkatastrophe am 01.07.2002 über dem Bodensee

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1733

Würdigung von Leistungen von Frauen

Würdigung der besonderen Verdienste von Frauen auf öffentlichen Gedächtnis- und Hinweistafeln, Inanspruchnahme dieses Förderprogramms durch die Kommunen, bisherige Ausschöpfung der Mittel, eigene Aktivitäten des Landes an Gebäuden und in der Verwaltung

KlAnfr

s. Frau

Drs 13/1862

Gedenkworte zum 50. Jahrestag des Volksaufstands in der ehemaligen DDR

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3139

Erklärung des Präsidenten zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar)

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4143

Stauffenberg Erinnerung

Unwürdige Präsentation der 2004 im Württembergischen Landesmuseum angebrachten Erinnerungstafeln und Plastik der Brüder Stauffenberg nach einem Pressebericht; Abhilfemöglichkeiten

MdlAnfr

s. *Stauffenberg, Claus Schenk Graf von*

Drs 13/4532

Dank an die Schüler und Lehrkräfte der Hansjakob-Realschule in Haslach für die Mitgestaltung der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2002 in Haslach

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2043

Gedenkstätte

s.a. *Denkmalpflege*

s.a. *Kulturdenkmal*

Errichtung einer Gedenkstätte für Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen

MdlAnfr

s. *Erzberger, Matthias*

Drs 13/1778

Würdigung von Leistungen von Frauen

Würdigung der besonderen Verdienste von Frauen auf öffentlichen Gedächtnis- und Hinweistafeln, Inanspruchnahme dieses Förderprogramms durch die Kommunen, bisherige Ausschöpfung der Mittel, eigene Aktivitäten des Landes an Gebäuden und in der Verwaltung

KlAnfr

s. *Frau*

Drs 13/1862

Geschichtsunterricht an Gedenkstätten in BW

Besuch von Gedenkstätten zum Nationalsozialismus, Frage nach geeigneten Lehrkräften und Unterrichtsmaterialien in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, entsprechende Ausbildung von Lehrkräften und Einsatz als Multiplikatoren

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 05.01.2005 und Antw KM Drs 13/3935

Historisch bedeutende Gedenkstätten in BW nach dem neuen Versammlungsrecht

Vorlage eines GesEntw mit der Liste der zu schützenden Orte, Darlegung der Kriterien für die Aufnahme der einzelnen Gedenkstätten

Antr SPD 15.03.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4144

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 10 11

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Stärkung der Nutzung für den Fremdenverkehr bzw als Kultur- und Gedenkstätte unter Einbeziehung des Schiller Nationalmuseums und des Keltenmuseums bereits vor der Umsiedlung des Vollzugskrankenhauses nach Stuttgart-Stammheim; Beurteilung der Möglichkeiten für eine Verlagerung der vorhandenen Plätze der Sozialtherapeutischen Station ebenfalls auf andere JVA; Sanierung und Öffnung des Schubartturms sowie der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl privater Investoren

Antr

s. *Hohenasperg*

Drs 13/4356

Stauffenberg Erinnerung

Unwürdige Präsentation der 2004 im Württembergischen Landesmuseum angebrachten Erinnerungstafeln und Plastik der Brüder Stauffenberg nach einem Pressebericht; Abhilfemöglichkeiten

MdlAnfr

s. *Stauffenberg, Claus Schenk Graf von*

Drs 13/4532

Gedenktag

s.a. *Gedenken*

s.a. *Jubiläum*

s.a. *Sonn- und Feiertage*

s.a. *Veranstaltung*

Festsitzung des Ltg aus Anlass der Wahl und der konstituierenden Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung vor 50 Jahren; Festvortrag: Zwischen Geschichte und Reißbrett - Über die Zukunft der deutschen Länder

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1159-1166

Gedenkworte zum 50. Jahrestag des Volksaufstands in der ehemaligen DDR

s. *Gedenken*

PIPr 13/46 S. 3139

Erklärung des Präsidenten zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar)

s. *Gedenken*

PIPr 13/49 S. 4143

Dank an die Schüler und Lehrkräfte der Hansjakob-Realschule in Haslach für die Mitgestaltung der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2002 in Haslach

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2043

Gefährlicher Stoff

s.a. *Altlasten*

s.a. *Chemikalie*

s.a. *Gefahrenabwehr*

s.a. *Radioaktiver Abfall*

s.a. *Schadstoff*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EouroumstellungsGes BW -EurUG-) Änd des WasserGes sowie der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw

s. Währung
Drs 13/313

Ges zum Abkommen zur Änd des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts

GesEntw
s. Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik
Drs 13/2129

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften
Vorbeugender Schutz gegen Wasserverunreinigungen, Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. Wasserrecht
Drs 13/2619

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gefahrgut-ZuständigkeitsVO sowie der Druckluft- und Sprengstoff-ZuständigkeitsVO

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Erkenntnisse über den Eintrag o.g. Schadstoffe in Kläranlagen, insbes halogenorganische Verbindungen, Schwermetalle, Röntgenkontrastmittel, Medikamentenrückstände, Desinfektionsmittel, Keime und Viren; Leistungsfähigkeit der Kläranlagen zur Elimination der Verschmutzungen, Anteil nicht entfernbarer Rückstände im Oberflächenwasser bzw im Wasserkreislauf; Regelungen und Fördermittel zum Bau entsprechender spezieller Anlagen

Antr
s. Wasserverunreinigung
Drs 13/3631

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr
s. Gefahrenabwehr
Drs 13/3967

Schaffung zusätzlicher Stellen zur Überprüfung von Industrieanlagen mit sicherheitsgefährdenden Stoffen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364

Risikobewertung von chemischen Alt- und Neustoffen

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4568-4578

Gefängnis

s. Justizvollzugsanstalt

Gefahrenabwehr

s.a. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

s.a. Sicherheitsüberprüfung von Personen

Zusammenführung des FeuerwehrGes, des LandeskatastrophenschutzGes und des RettungsdienstGes zu einem „Gefahrenabwehrgesetz“

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 19.02.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1818
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 28 29
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Situation des Rettungsdienstes in BW

Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Feuerwehr und Rettungsdienst, Rahmenbedingungen zur weiteren Förderung integrierter Leitstellen mit einer kreis- und länderübergreifenden Vernetzung; Problematik der fehlenden digitalen Funktechnik von Feuerwehr und Polizei; Bewertung einer Zusammenfassung von Katastrophenschutz-, Rettungsdienst- und FeuerwehrGes zu einem GefahrenabwehrGes

GrAnfr
s. Rettungsdienst
Drs 13/3606

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr Roland Weiß u.a. SPD 25.01.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/3967
BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 25-27
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Aufgabenstellung, Organisation und Ausrüstung der o.g. Gefahrenabwehreinrichtung zum Gewässerschutz; Finanzierung der notwendigen Beschaffungen und Veränderungen; Aus- und Fortbildung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit der freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und dem Geräteeinsatz; Beurteilung von Wechselladerfahrzeugen als kostengünstige Alternativen zu den Rüstwagen See

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 15.02.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4058
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.04.2005 Drs 13/4277 S. 44
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Befugnisse des LfV mit der Anpassung o.g. Gesetze an die Rechtsänderungen des Bundes, insbes zur Terrorismusbekämpfung; Verknüpfung mit den Kontrollrechten der parlamentarischen Gremien; Erweiterung der Rechte zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Optimie-

rung der Zusammenarbeit mit dem BfV u.a. Sicherheitsbehörden

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Kritik an der Ablehnung des vorgeschlagenen Gefahrenabwehr-Ges

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3134

Kritik an der Ablehnung des vorgeschlagenen Gefahrenabwehr-Ges

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5482

Gefahrenabwehrgesetz

s. *Gefahrenabwehr*

Gefahrstoff

s. *Gefährlicher Stoff*

Gefangenausbruch

s. *Gefangener*

Gefangener

s.a. *Resozialisierung*

Ausbrüche bei der Justizvollzugsanstalt Adelsheim

Darlegung o.g. Zahlen der letzten zehn Jahre im Vergleich zu anderen Anstalten, Auflistung der Übergriffe gegen Vollzugsbeamte sowie der ergriffenen Sanktionen und Sicherheitsvorkehrungen

KlAnfr Peter Hauk CDU 26.09.2001 und Antw JuM Drs 13/270

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 12)

Gefangenenentlohnung in den Justizvollzugsanstalten

Mittlg
s. *Vergütung*
Drs 13/329

Belegungssituation und Abschiebung in baden-württembergischen Haftanstalten

Entwicklung der Zahlen insgesamt sowie in der JVA Mannheim seit 1996, Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr Klaus Dieter Reichardt CDU 07.11.2001 und Antw JuM Drs 13/426

Erfahrungen mit dem Straftäter-UnterbringungsGes

Zahl und Ergebnisse der von den JVA gemachten Vorschläge bzw gestellten Anträge für eine nachträgliche Sicherungsverwahrung nach dem StrUBG, Begründung von Ablehnungen durch das JuM, Frage nach bereits entlassenen und erneut rückfällig gewordenen Tätern bzw nach beantragten und durchgeführten Therapien; Überprüfung aller in Betracht kommenden Häftlinge, deren Entlassung in zwei Jahren bevorsteht, im Hinblick auf eine mögliche anschließende Unterbringung

Antr
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/448

Entlohnungspraxis in den Justizvollzugsanstalten

Eingruppierung in Vergütungsstufen beim Grundlohn in den einzelnen JVA nach Inkrafttreten der Neuregelung des Gefangenenentgelts, Umsetzung der Empfehlung des RH; Höhe der gezahlten Leistungszulagen, Steigerung der Arbeitsmotivation i.S.d. Resozialisierung; Umfang der zu etatisierenden Kosten

Antr
s. *Vergütung*
Drs 13/501

Situation des Strafvollzugs in BW

Entwicklung der Personalausstattung und Beförderungsmöglichkeiten, der Überstunden und Krankheitszeiten seit 1992 im Vergleich zu anderen BLändern; Stellenwert und Motivation der Verwaltungsmitarbeiter; vorhandene und notwendige EDV-Ausstattung; Entwicklung der Belegungs- und Rückfallquote, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Russlanddeutschen; Verwirklichung des Schnellbauprogramms, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/566

Situation und Behandlung HIV-positiver bzw an Hepatitis-B und -C erkrankter Häftlinge

Zahlen von o.g. Häftlingen bei Strafantritt bzw Strafverbüßung; Möglichkeiten zur Desinfektion und zum Austausch von Spritzen sowie zur anonymen Beschaffung von Kondomen; Art und Intensität der Betreuung der drogenabhängigen und kranken Gefangenen; Schulung der Bediensteten

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 26.02.2002 und Antw JuM Drs 13/787

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr
s. *Straftäter*
Drs 13/888

Zur Situation im Strafvollzug

Unterbringungssituation von Gefangenen im geschlossenen Vollzug, Grad der Mehrfachbelegung von Einzelzellen, Vergleich mit anderen BLändern; Vorlage eines Konzepts zum Abbau der Überbelegung in den einzelnen JVA

Antr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/984

Verfahren über die Fortsetzung einer Therapie im Fall eines therapiebedürftigen Straftäters

Gründe des Abbruchs der Therapie eines im Sommer 2001 entlassenen Straftäters im LKkreis Ludwigsburg mit der Folge der erneuten Straffälligkeit; Bereitstellung der notwendigen Zahl von

Therapieplätzen; angemessene Opferentschädigung

Antr
s. *Straftäter*
Drs 13/1202

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/1323

Drogenberatung an den Justizvollzugsanstalten

Entwicklung der Förderung der externen Drogenberatung an den einzelnen JVA seit 1998, Zusammensetzung der Klientel in U-Haft und im Strafvollzug, Umfang der jeweiligen Wartezeiten und des Erfolgs von Therapien, Anteil von Rückfällen und erneuter Straffälligkeit nach der Entlassung; Prüfung einer Aufstockung bzw Zusammenführung der Etatansätze

Antr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/1340

Frauen im Strafvollzug in BW

Entwicklung der Kriminalität von Frauen im Vergleich zu Männern in den letzten zehn Jahren; Vollzugseinrichtungen für Frauen, Belegungsquote und Beschäftigungsmöglichkeiten; Zahl von Geburten und Versorgung der Kinder von Müttern im Strafvollzug

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1394

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehäft; Anteil von Inhaftierten wegen Verstößen gegen aufenthaltsrechtliche Bestimmungen nach dem AusländerGes; Behebung der vom RH beanstandeten Kommunikationsdefizite zwischen Ausländerbehörden und vollziehenden Dienststellen

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

Psychotherapie im Vollzug

Umsetzung des PsychotherapeutenGes im Strafvollzug und Maßregelvollzug bzw des Erwerbs einer Approbation der im Strafvollzug tätigen Psychologen, Berücksichtigung dieses Qualitätsmerkmals bei Einstellungen und Beförderungen? Gleichstellung von Gefangenen und versicherten Arbeitnehmern beim Anspruch auf Krankenpflege

KlAnfr
s. *Psychotherapie*
Drs 13/1797

Insolvenzverfahren bei Gefangenen

Möglichkeiten von Gefangenen in Strafhaft und U-Haft zur Schuldnerberatung, zur Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens, eines Schuldbereinigungsversuchs mit anschließender Restschuldbefreiung; Einräumung der erforderlichen Besuchs- und Ausgangsrechte; Beurteilung der Möglichkeiten in Hamburg; Frage nach VwV des JuM

Antr
s. *Schuldnerberatung*
Drs 13/1918

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten

Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten, anhängige Klagen von Gefangenen wegen Mehrfachbelegung bei den Strafvollstreckungskammern und Zivilgerichten, Konsequenzen aus Beschlüssen des BVerfG und des OLG Celle

KlAnfr
s. *Haft*
Drs 13/2402

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit

Entwicklung von Zahlen der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Gefangenen seit 1993, Anteil der o.g. Fälle sowie der Gnaderlasse von restlichen Geldstrafen

KlAnfr
s. *Freiheitsstrafe*
Drs 13/2492

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten im geschlossenen Vollzug

Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten

KlAnfr
s. *Haft*
Drs 13/2558

Ausbruch in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Zustandekommen und Konsequenzen des Ausbruchs trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen, Zahl und jeweilige Vollzugsart der einsitzenden Gefangenen, Gegenüberstellung der verfügbaren Vollzugsbeamten, Höhe und Zeitdauer der Differenz zur Sollstärke

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 24.08.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3515
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.10.2004 Drs 13/3751 S. 7 8
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Strafvollzug in BW

Entwicklung der Personal- und Beförderungssituation sowie der Überstunden seit 1994 im Vergleich zu anderen BLändern; Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offenburg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Einzelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen; Bereiche und Auswirkungen der geplanten Privatisierung; Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr

s. Strafvollzug
Drs 13/3624

Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Aufklärung der Umstände einer Selbsttötung und der Flucht eines Gefangenen trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen; Ankündigung disziplinarrechtlicher Maßnahmen für die zuständigen Vollzugsbeamten nach Untersuchung der Vorfälle; Eignung der JVA Mannheim für die Unterbringung von stark ausbruchsgefährlichen Gefangenen? Umsetzung der auf Drs 13/3515 angekündigten Maßnahmen?

Antr Rainer Stichelberger u.a. SPD 12.10.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3648
BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 7-9
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hechingen

Aufklärung der Umstände des Ausbruchs von vier Gefangenen; Frage nach personellen und baulichen Mängeln in Hechingen u.a. JVA im Land bzw nach Abhilfemaßnahmen; Verpflichtung privater Sicherheitsdienste als Reaktion auf den Ausbruch?

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 13.10.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3653
BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 10
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr
s. Aids
Drs 13/3817

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Auflistung der Ausbrüche, Fluchtversuche und Entweichungen seit den Vorfällen im August und Oktober; Aufgaben und Befugnisse des in der JVA Mannheim eingesetzten Sicherheitsbeauftragten; Durchführung der o.g. Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr
s. Justizvollzugsanstalt
Drs 13/3818

Situation und Behandlung HIV-positiver Frauen im Strafvollzug
Notwendige und tatsächliche Kontrolluntersuchungsdichte, Qualifizierung der Anstaltsärzte, Weiterreichung der von der Deutschen AIDS-Stiftung zur Verfügung gestellten Gelder für Zusatzernährung an die betroffenen Frauen

KlAnfr
s. Aids
Drs 13/3918

Vorgänge um den Hafturlaub des Ex-FlowTex-Chefs und die Konsequenzen

Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Schmider, Verdeutlichung der Äußerung des Justizministers über den Vertrauensbruch des Häftlings, Darlegung der zwischen dem JuM und der Justizvollzugsanstalt Freiburg vereinbarten verschärften Anforderungen sowie deren Geltungsbereich

Antr
s. Urlaub
Drs 13/5039

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr
s. Kriminalität
Drs 13/3949

Aushändigung von Kopien der medizinischen Datenblätter an HIV-positive Strafgefangene in BW

KlAnfr
s. Krankenunterlagen
Drs 13/4170

Schulische Bildung im Strafvollzug nach der Kürzung der Mittel für Träger des Zweiten Bildungswegs

Auswirkungen des Wegfalls von Realschulkursen auf die darauf aufbauenden Berufsausbildungsmöglichkeiten, betroffene Anstalten und Kurse; Erhaltung der Bildungsangebote und Wege zum Erreichen von Bildungsabschlüssen im Strafvollzug

Antr
s. Schulabschluss
Drs 13/4173

Die Verhältnisse in den Besuchertrakten der Justizvollzugsanstalten und insbesondere in der Justizvollzugsanstalt Mannheim
Vergleich der Besuchertrakte der JVA nach ihrem Zustand, dem jeweiligen Sicherheitsniveau und ihrer Ausstattung in Relation zur Gesamtzahl der Inhaftierten

KlAnfr
s. Justizvollzugsanstalt
Drs 13/4224

Besuchszeiten und Besuchsregelungen in den Justizvollzugsanstalten (JVAs) des Landes

Begründung der unterschiedlichen Regelungen sowie der Differenz zwischen möglichen und tatsächlichen Besuchen getrennt nach U-Haft und Strafhaft und einzelnen JVA

KlAnfr
s. Justizvollzugsanstalt
Drs 13/4476

Haftverbüßung in der Heimat

Zahl und Herkunft der hier einsitzenden verurteilten Ausländer, Maßnahmen und Rechtssetzungsschritte (des Bundes) zur Haftverbüßung im Heimatland auch gegen den Willen der Betroffenen, Möglichkeiten des Landes zum Bau und Betrieb von Haftplätzen im Ausland

Antr Karl Zimmermann u.a. CDU 13.07.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4499

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2005 Drs 13/4821 S. 5 6
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Überbelegung der Justizvollzugsanstalt Freiburg
Verringerung der Zahl der in Freiburg einsitzenden Gefangenen aufgrund eines entsprechenden Hinweises des Beirats der JVA

MdlAnfr 4) Gustav-Adolf Haas SPD 25.07.2005 Drs 13/4532
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6991-6993

Drogen- und Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Zahl der inhaftierten Frauen seit 2003, des Anteils der Drogenabhängigen sowie der Personalzuweisungen

KlAnfr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/4579

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/4583

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Festschreibung von zeitlich abgestuften Höchstgrenzen für Urlaub und Vollzugslockerungen zur Vorbereitung der Entlassung sowie sonstige Verfahrensregelungen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern im Maßregelvollzug; Schaffung einer Beileihungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/5051

Sachgerechte Gewährung von Leistungszulagen bei der Gefangenenentlohnung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 550

Überbelegung der JVA, Anspruch der Gefangenen auf Einzelunterbringung, Schaffung neuer Hafträume

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4307 4308 4310 4312 4314 4315

Zustandekommen und Konsequenzen des Ausbruchs aus der JVA Mannheim, Erwartung weiterer Aufklärungen

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386 5392 5393 5395 5396

Feststellung einer Entspannung der Belegungssituation im Strafvollzug sowie eines Rückgangs der Zahl von Ausbrüchen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6046 6047

Geflügel

s.a. *Vogel*

Zustimmung der baden-württembergischen LReg zum Entw der neuen „VO zum Schutz von Legehennen“ (HennenhaltungsVO - HhVO) im BRat

Antr
s. *Geflügelwirtschaft*
Drs 13/20

Puten- und Entenmast in BW

Marktentwicklung, Zahl und Haltungsbedingungen o.g. Betriebe; Anteil der Haltungsformen nach der EU-Öko-VO und nach HQZ-Auflagen; Anstreben einer Neuregelung der HaltungsVO im Zusammenwirken mit dem Bund

Antr
s. *Geflügelwirtschaft*
Drs 13/824

Entwicklung und Bedeutung der Putenwirtschaft in BW

Marktentwicklung für Putenfleisch landes-, bundes- und europa-weit; Problematik der Importe aus Übersee, Darlegung der dortigen Haltungsformen und rechtlichen Bedingungen, Situation der lebensmittelrechtlichen Überwachung von Importfleisch

Antr
s. *Geflügelwirtschaft*
Drs 13/942

Förderung der Eierproduktion in BW

Gründe für den Rückgang der Eigenversorgung mit Eiern seit 1990, Bemühungen um Fördermittel des Bundes zur Umstellung auf eine Produktion aus Boden- und Freilandhaltung, entsprechende Bewerbung durch die MBW und Vergabe des Herkunfts- und Qualitätszeichens an solche Betriebe

Antr
s. *Eier*
Drs 13/2005

Gesundheit und Leistung von Legehennen in Boden- und Volierenhaltung

Umsetzung der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen der o.g. Haltungsformen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.10.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2536
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.12.2003 Drs 13/2934 S. 33 34
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Durchsetzung statt Rücknahme des Käfighaltungsverbots für Legehennen

Festhalten an dem im Herbst 2001 einstimmig gefassten Beschluss zur HennenhaltungsVO bei der erneuten Behandlung im BRat

Antr
s. *Geflügelwirtschaft*
Drs 13/2643

Förderung der Umstellung von der Käfighaltung auf Bodenhaltung durch die LReg

Bereitschaft der Geflügelhalter zur Umstellung, Inanspruchnahme der vom Bund zugesagten Förderung; Empfehlungen für Haltungsformen in Deutschland; Perspektiven der Eierproduzenten bis 2012 bzw ab 2007 mit dem dann vorgezogenen nationalen Verbot der Käfighaltung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 06.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3184
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.06.2004 Drs 13/3492

S. 74

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Verstöße gegen das TierschutzGes im Zuge des Transports und der Anlieferung von Schlachtgeflügel zur Schlachthanlage der Firma Schloss Stetten GmbH & Co KG im LKreisschwäbisch Hall

Art und Folgen o.g. Verstöße, insbes Verenden von Tieren infolge langer Standzeiten in den Lkw bei warmer Witterung und fehlender Zwangsbelüftung; Art, Intensität und Konsequenzen von Kontrollen; Aufforderung der zuständigen Veterinäre zu einer zurückhaltenden Überwachung durch das RegPräs Stuttgart?

Antr

s. *Tierschutz*

Drs 13/3204

Schwarzkopfkrankheit bei Puten

Tötung erkrankter Tiere aufgrund fehlender zugelassener Behandlungsmöglichkeiten, Zahl der betroffenen Betriebe und Tiere; Bereitschaft der EU-Kommission zu einem beschleunigten Zulassungsverfahren für Mittel zur Behandlung und Prophylaxe; Einwirkung auf die BReg zur Antragstellung

Antr

s. *Tierkrankheit*

Drs 13/3670

Sicherung der Eierproduktion in BW

Zahl und Art von registrierten Legehennenhaltungen sowie von hier produzierten und verbrauchten Eiern; Verfahren, Anforderungen und Fördermöglichkeiten zur Umstellung von Käfighaltung auf Boden- oder Freilandhaltung; Beurteilung der innerstaatlichen Umsetzung der EU-Richtlinie zur Legehennenhaltung

Antr

s. *Eier*

Drs 13/4393

Fleischskandal in Bayern - Auswirkungen auf BW

Mit verdorbenem Fleisch belieferte Firmen in BW, u.a. von der Firma „Rottaler Geflügelprodukte GmbH“; Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden

MdlAnfr

s. *Fleisch*

Drs 13/4796

Ablehnung der HennenhaltungsVO; Forderung eines Importstopps für nitrofurantelastetes Geflügelfleisch aus Brasilien und Thailand

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1658 1659 1661

Wettbewerbsvor- und -nachteile der deutschen Geflügelhalter durch den Ausstieg aus der Käfighennenhaltung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1866 1868

Bewertung der Batteriekäfighaltung von Legehennen als Verstoß gegen das TierschutzGes und damit als verfassungswidrig durch das BVerfG; Chancen für die Freilandhaltung und Eierzeugung durch die bäuerliche Landwirtschaft aufgrund der neuen VO des Bundes

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6832 6833 6836 6839

Bewertung der Batteriehaltung von Legehennen als Tierquälerei, Feststellung einer Abwanderung von Betrieben schon vor Inkrafttreten des Käfighaltungsverbots

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7088 7089 7091 7092

Geflügelfleischhygienegesetz

s. *Fleischhygiene*

Geflügelhaltung

s. *Geflügelwirtschaft*

Geflügelwirtschaft

Zustimmung der baden-württembergischen LReg zum Entw der neuen „VO zum Schutz von Legehennen“ (HennenhaltungsVO - HhVO) im BRat

Antr GRÜNE 20.06.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/20

EAntr GRÜNE 13.11.2001 Drs 13/440

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 626-634

Puten- und Entenmast in BW

Marktentwicklung, Zahl und Haltungsbedingungen o.g. Betriebe; Anteil der Haltungsformen nach der EU-Öko-VO und nach HQZ-Auflagen; Anstreben einer Neuregelung der HaltungsVO im Zusammenwirken mit dem Bund

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 06.03.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/824

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2002 Drs 13/1232 S. 86 87

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Entwicklung und Bedeutung der Putenwirtschaft in BW

Marktentwicklung für Putenfleisch landes-, bundes- und europaweit; Problematik der Importe aus Übersee, Darlegung der dortigen Haltungsformen und rechtlichen Bedingungen, Situation der lebensmittelrechtlichen Überwachung von Importfleisch

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 19.04.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/942

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.06.2002 Drs 13/1232 S. 86 87

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr

s. *Tierhaltung*

Drs 13/1543

Förderung der Eierproduktion in BW

Gründe für den Rückgang der Eigenversorgung mit Eiern seit 1990, Bemühungen um Fördermittel des Bundes zur Umstellung auf eine Produktion aus Boden- und Freilandhaltung, entsprechende Bewerbung durch die MBW und Vergabe des Herkunfts- und Qualitätszeichens an solche Betriebe

Antr
s. Eier
Drs 13/2005

Gesundheit und Leistung von Legehennen in Boden- und Volierenhaltung

Umsetzung der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen der o.g. Haltungsformen

Antr
s. Geflügel
Drs 13/2536

Durchsetzung statt Rücknahme des Käfighaltungsverbots für Legehennen

Festhalten an dem im Herbst 2001 einstimmig gefassten Beschluss zur HennenhaltungsVO bei der erneuten Behandlung im BRat

DringlAntr GRÜNE 20.11.2003 Drs 13/2643
Antr CDU und FDP/DVP 26.11.2003 Drs 13/2662
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3823-3833

Förderung der Umstellung von der Käfighaltung auf Bodenhaltung durch die LReg

Bereitschaft der Geflügelhalter zur Umstellung, Inanspruchnahme der vom Bund zugesagten Förderung; Empfehlungen für Haltungsformen in Deutschland; Perspektiven der Eierproduzenten bis 2012 bzw ab 2007 mit dem dann vorgezogenen nationalen Verbot der Käfighaltung

Antr
s. Geflügel
Drs 13/3184

Verstöße gegen das TierschutzGes im Zuge des Transports und der Anlieferung von Schlachtgeflügel zur Schlachthanlage der Firma Schloss Stetten GmbH & Co KG im LKreisschwäbisch Hall

Art und Folgen o.g. Verstöße, insbes Verenden von Tieren infolge langer Standzeiten in den Lkw bei warmer Witterung und fehlender Zwangsbelüftung; Art, Intensität und Konsequenzen von Kontrollen; Aufforderung der zuständigen Veterinäre zu einer zurückhaltenden Überwachung durch das RegPräs Stuttgart?

Antr
s. Tierschutz
Drs 13/3204

Schwarzkopfkrankeheit bei Puten

Tötung erkrankter Tiere aufgrund fehlender zugelassener Behandlungsmöglichkeiten, Zahl der betroffenen Betriebe und Tiere; Bereitschaft der EU-Kommission zu einem beschleunigten Zulassungsverfahren für Mittel zur Behandlung und Prophylaxe; Einwirkung auf die BReg zur Antragstellung

Antr
s. Tierkrankheit
Drs 13/3670

Sicherung der Eierproduktion in BW

Zahl und Art von registrierten Legehennenhaltungen sowie von hier produzierten und verbrauchten Eiern; Verfahren, Anforderungen und Fördermöglichkeiten zur Umstellung von Käfighaltung auf Boden- oder Freilandhaltung; Beurteilung der innerstaatlichen Umsetzung der EU-Richtlinie zur Legehennenhaltung

Antr
s. Eier

Drs 13/4393

Fleischskandal in Bayern - Auswirkungen auf BW

Mit verdorbenem Fleisch belieferte Firmen in BW, u.a. von der Firma „Rottaler Geflügelprodukte GmbH“; Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden

MdlAnfr
s. Fleisch
Drs 13/4796

Wettbewerbsnachteile der deutschen Geflügelhalter durch die HennenhaltungsVO

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1052

Wettbewerbsvor- und -nachteile der deutschen Geflügelhalter durch den Ausstieg aus der Käfighennenhaltung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1866 1868

Durchsetzung des Käfighaltungsverbots für Legehennen, Untersuchung neuer Haltungsformen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4350 4351 4354 4355

Plädoyer für die Boden- und Freilandhaltung von Legehennen, Inanspruchnahme der Umstellungshilfen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6087 6095

Bewertung der Batteriekäfighaltung von Legehennen als Verstoß gegen das TierschutzGes und damit als verfassungswidrig durch das BVerfG; Chancen für die Freilandhaltung und Eierzeugung durch die bäuerliche Landwirtschaft aufgrund der neuen VO des Bundes

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6832 6833 6836 6839

Bewertung der Batteriehaltung von Legehennen als Tierquälerei, Feststellung einer Abwanderung von Betrieben schon vor Inkrafttreten des Käfighaltungsverbots

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7088 7089 7091 7092

Gehaltszulage

s. Zulage zum Arbeitsentgelt

Geheimdienst

s.a. Verfassungsschutz

Informationsgewinnung aus dem islamistischen Milieu durch den nachrichtendienstlichen Bereich des LfV

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7008

Gehirnkrankheit

s.a. Hirnhautentzündung

s.a. Verhaltensstörung

Niederschwellige Betreuungsangebote und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für demenzkranke Pflegebedürftige

Förderung o.g. Betreuungsgruppen seit 1998 sowie iRd Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung durch das Pflegeleistungs-ErgänzungsGes, Kofinanzierung der auf das Land entfallenden Mittel der Pflegeversicherung

Antr
s. Pflegebedürftiger

Drs 13/556

Demenzerkrankungen - eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung

Entwicklung der Formen und Verbreitung o.g. Krankheitsbilder; vorhandene Verfahren zur Früherkennung, Prävention und Therapie; Versorgung der Erkrankten durch Angehörige, ambulante und stationäre Einrichtungen; Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Modellprojekten

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 10.08.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1259 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.11.2002 Drs 13/1855 S. 38 39

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, insbes auch auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr

s. *Arzneimittel*

Drs 13/3649

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Herausforderungen der demographischen Entwicklung und damit auch der Zunahme von Demenzerkrankungen, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege

GrAnfr

s. *Alter Mensch*

Drs 13/4213

Suche nach Therapiemöglichkeiten für Alzheimererkrankungen mithilfe der embryonalen Stammzellenforschung

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 179

Zunahme der Zahl von Demenzkranken

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 892

Nachbesserung der Pflegeversicherung, adäquate Einstufung der demenzkranken Pflegebedürftigen, Notwendigkeit einer qualifizierten Betreuung

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1325 1326 1328 1329 1333-1336

Zunahme der Zahl von Demenzkranken, Schaffung ambulanter Versorgungsstrukturen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2545 2549 2555

Verbesserung der Personalausstattung in den Pflegeheimen, Berücksichtigung des Mehraufwands für die Pflege von Demenzkranken

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3886

Zunahme der Zahl von Demenzkranken, Schaffung entsprechender Wohngruppen und Raumkonzepte in den Pflegeheimen

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4682 4687

Zunahme der Zahl von Demenzkranken, Schaffung entsprechender Wohngruppen und Raumkonzepte in den Pflegeheimen

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4802 4804 4807 4808

Zunahme der Zahl von Demenzkranken, Schaffung der notwendigen ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7775 7779 7781

Gehobener Dienst

s.a. *Verwaltungsfachwirt*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/656

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen

Antr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/202

Personalentwicklung innerhalb der Landesforstverwaltung BW

Umsetzung des vorgesehenen Personalabbaus, Vorgaben für den Umfang von Neueinstellungen, Kriterien für die Einstellung im gehobenen und höheren Dienst, Vergleich mit anderen BLändern, Anerkennung des Forstdienstes als technischer Dienst, Anstreben einer Anstellung in der privaten Wirtschaft durch FH-Absolventen mit überdurchschnittlichen Prüfungsleistungen

Antr

s. *Forstverwaltung*

Drs 13/791

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Änd der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen bautechnischen Verwaltungsdienst sowie für den Straßenmeisterdienst

GesEntw

s. *Straßenbauverwaltung*

Drs 13/1372

Personalführungs- und Personalentwicklungskonzeption für die Polizei in BW

Frage nach der o.g. Konzeption bzw der Personalsteuerung für den gehobenen und höheren Polizeidienst

Antr

s. *Polizei*

Drs 13/1581

Zukunft der Steuerverwaltung

Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der jeweiligen Stellenobergrenzen? Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst seit 1996

Antr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/2025

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Änd der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. *Bauverwaltung*
Drs 13/3720

Rückzahlung von Anwärterbezügen der Laufbahn des gehobenen Dienstes

Begründung und Fallzahlen zur o.g. Rückzahlungsverpflichtung; Heranziehung auch von Anwärtern, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Stelle im Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst annehmen

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/4446

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Übertragung der Personalverwaltung für die Beamtenanwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes auf die FH für öffentliche Verwaltung; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Personalplanung*
Drs 13/4963

Verbesserung des Anteils von Polizeibeamten im gehobenen Dienst

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66

Frauenanteil im gehobenen Dienst der LVerwaltung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 792

Verbesserung des Anteils von Polizeibeamten im gehobenen Dienst

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Verbesserung des Anteils von Polizeibeamten im gehobenen Dienst, Stellenhebungen im gehobenen Justizdienst

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882 886 916 917 924

Verbesserung des Anteils von Polizeibeamten im gehobenen Dienst

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1724 1725 1727

Verbesserung des Anteils von Polizeibeamten im gehobenen Dienst

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126 3128 3130

Prüfung einer Strukturveränderung der Ausbildung zum gehobenen Verwaltungsdienst

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3961 3964

Reformbedarf der Ausbildung zum gehobenen Verwaltungsdienst

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4887-4893

Gehörgeschädigter

Hörschäden bei Jugendlichen

Entwicklung o.g. Zahlen; gesetzliche Regelung der Lärmgrenzwerte in Diskotheken, bei Walkmans und Musikanlagen in Kraftfahrzeugen; Darlegung der möglichen Kostenersparnis im Gesundheitswesen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 12.06.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1074

Ges zur Änd des SchulGes

Zusammenfassung der beiden Schultypen für Hörgeschädigte zu einem einheitlichen Schultyp

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Hörbehinderten mit dem BehindertengleichstellungsGes, Einräumung des Rechts auf Inanspruchnahme und Finanzierung eines Gebärdendolmetschers

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6324 6326 6328

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Hörbehinderten mit dem BehindertengleichstellungsGes, Einräumung des Rechts auf Inanspruchnahme und Finanzierung eines Gebärdendolmetschers

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6372 6375 6376

Gehörlosenschule

s. *Sonderschule*

Geiselnahme

s. *Menschenraub*

Geislingen

Einsatz von Raps zur Gebäudebeheizung

Beurteilung der Wärmeversorgung der Grundschule in Geislingen-Binsdorf mit örtlich erzeugtem Raps; Einstufung als umweltfreundlich, rentabel und damit als nachahmens- und förderfähig?

Antr
s. *Raps*
Drs 13/1445

Pünktlichkeit der RB 19307 Geislingen-Ulm

Feststellung täglicher Verspätungen sowie eines zu geringen Wagenangebots auf der o.g. Regionalbahn; Kürzung der Zuschüsse an die Bahn AG aus Regionalisierungsmitteln u.a. Maßnahmen zur Durchsetzung eines sach- und vertragsgerechten Verkehrsangebots

KIAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1479

Notwendigkeit einer Vergrößerung des Wahlkreises Geislingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5832 5834 5842 5847 5848 5850

Geisteswissenschaft

s.a. *Geschichte*

Geisteswissenschaften an der Universität Stuttgart

Umsetzung der Empfehlungen einer internen Kommission zur Zukunftsfähigkeit der Philosophisch-Historischen Fakultät? Auswirkungen auf den Fortbestand der Lehramtsstudiengänge; Beurteilung eines Rückzugs auf die technischen Fächer; Gewährleistung einer Abstimmung mit den Profilen und Strukturentscheidungen der benachbarten Universitäten

KlAnfr
s. *Universität Stuttgart*
Drs 13/4057

Ausgestaltung der Zukunftsoffensive IV

Partizipation der Geistes- und Sozialwissenschaften an der o.g. Forschungsoffensive

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/4181

Neuorientierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Landesakademie)

Umsetzbarkeit der vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen zum Akademienprogramm und ihre jeweiligen Auswirkungen, insbes der Konzentration auf langfristig angelegte geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung, der vorzeitigen Beendigung von Vorhaben wie des Projekts „Wörterbuch des Spanischen des Mittelalters“, Beeinflussung von Synergieeffekten im Lexikographiezentrum Rhein-Neckar, Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen, insbes in der Ausbildung und Lehrbeteiligung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Entwicklung der Finanzausstattung und Zuwendungen des Landes im Vergleich zu anderen Landesakademien, Rückfluss von Mitteln durch vorzeitige Beendigung von Projekten?

GrAnfr
s. *Akademie der Wissenschaften*
Drs 13/4762

Geistig behindertes Kind

s. *Behindertes Kind*

Geländewagen-Parcours

s. *Motorsport*

Gelbsucht

s. *Leberkrankheit*

Geldbuße

s.a. *Geldstrafe*

Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Verletzung der Schulpflicht

Zahl und Zeitdauer o.g. Verfahren in den letzten fünf Jahren, Höhe der verhängten Bußgelder

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/931

Umgang mit Schulschwänzern

Größenordnung der o.g. Ordnungswidrigkeiten, Beurteilung des Erfolgs von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen; Empfehlung von pädagogischen Maßnahmen bzw einer praktikableren Anwendung des Bußgeldverfahrens

Antr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/1533

Einführung eines Kreditkartenverfahrens („Cash-Quick-Verfahren“) für die Erhebung von Verwarnungen und Sicherheitsleistungen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren bei der Polizei

Erfahrungen anderer BLänder mit dem o.g. Verfahren; umgehende Einführung in BW

Antr
s. *Zahlungsverkehr*
Drs 13/1824

Steuerstrafsachen in BW

Entwicklung der Steuerstraftaten und Bußgeldverfahren sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Gegenüberstellung der entsprechenden Personalentwicklung in der Steuerverwaltung im Vergleich zu anderen BLändern; Konsequenzen in der personellen und sächlichen Ausstattung der Steuerprüfung

KlAnfr
s. *Steuerstrafverfahren*
Drs 13/3954

Geldstrafe

s.a. *Geldbuße*

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit

Entwicklung von Zahlen der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Gefangenen seit 1993, Anteil der o.g. Fälle sowie der Gnädenerlasse von restlichen Geldstrafen

KlAnfr
s. *Freiheitsstrafe*
Drs 13/2492

Geldwäsche

s.a. *Beschlagnahme*

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/179

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Art und Umsetzungsstand von Maßnahmen auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung; Relevanz der novellierten EU-Geldwäscherichtlinie

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1128

Erleichterung der Bekämpfung von Geldwäsche, Unterstützung der Pläne des BFinanzMin; Vollzugsdefizit bei der Geldwäschaufsicht in Berlin

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 366 373 376 378 379

Gemäldegalerie

s. *Galerie*

Gemeinde

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Gemeindeabgaben

s. *Kommunalabgaben*

Gemeindeordnung

Ortsvorsteherwahlen nach der Gemeindeordnung

Rechtmäßigkeit der Wahl eines Ortsvorstehers gegen dessen Willen vom Gemeinderat der Gesamtgemeinde? Darlegung am Beispiel des Eppinger Teilorts Elsenz; Klärung der Frage einer kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben bis zur Wahl und Ernennung eines neuen Ortsvorstehers

Antr
s. *Ortsvorsteher*
Drs 13/1228

Ges zur Änd der Gemeindeordnung

Vereinfachung der Voraussetzungen und Verfahren für Bürgerbegehren und -entscheid, Erweiterung der möglichen Themen durch Wegfall des Positivkatalogs, Absenkung des Entscheidungsquorums auf 25 vom Hundert der Stimmberechtigten

GesEntw
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/1245

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Entwicklung der o.g. Betätigung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen seit 1992, Frage nach einer dritt-schützenden Wirkung des § 102 GemO sowie nach Eingriffsmöglichkeiten und -handlungen der Rechtsaufsicht in den letzten fünf Jahren, Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, Beschränkung auf Ausnahmen, Normierung eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs Dritter gegenüber den Kommunen? Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegründeten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau sowie eines Kreisplanungsamts bei Leistungen der Bauwerksplanung und Grünplanung

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1367

Auswirkungen des MittelstandsförderungsGes auf mittelständische Unternehmen

Zahl und Betätigungsfelder von Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft bzw Mitträgerschaft in Konkurrenz zu privaten Betrieben, Erfahrungen in anderen BLändern bzw in BW nach Änd

des Gemeindegewirtschaftsrechts und des MittelstandsförderungsGes im Bereich des öffentlichen Vergabewesens

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/1386

Ortsvorsteher/innen in BW - § 71 der GemO

Entwicklung des Aufwands, der Zahl und Vergütung von Ortsvorsteherstellen seit 1996, Novellierung der §§ 67-73 der GemO, Unterstützung der Wahl durch den Ortschaftsrat anstelle des Gemeinderats?

KlAnfr
s. *Ortsvorsteher*
Drs 13/1483

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und LKreisordnung; Verbesserung der Freistellungsregelungen für die Frauenvertreterinnen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1493

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in BW

Vorlage des GesEntw zur Novellierung des L Gleichberechtigungsges; Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und LKreisordnung

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1499

Änd der GemO: Verzicht auf die in § 116 vorgesehene Ausbildung eines Finanzbürgermeisters als Beigeordneter

s. *Bürgermeister*
Drs 13/2075

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Entwicklung der Zahl, Themen und des Schicksals von Bürgerbegehren seit 1975; Anteil und Gründe der für unzulässig erklärten bzw der vom Gemeinderat angenommenen Begehren; Absenkung des Zustimmungsquorums und der Themenbeschränkung für Bürgerentscheide, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, bei der Reform der Gemeindeordnung; Vergleich der Rechtslage und Praxis in Bayern

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Ges zur Änd der Gemeindeordnung für BW

Verbot von Rechtsgeschäften der Kommunen mit hohen finanziellen Risiken wie z.B. US-Cross-Border-Leasing; Versagung der Genehmigung solcher Transaktionen mit Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge unter Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Ausland

GesEntw GRÜNE 17.07.2003 Drs 13/2282
1. Beratung PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3495-3501
Mittlg LtgPräs 07.11.2003 Drs 13/2580
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.12.2003 Drs 13/2692
2. Beratung PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3965-3970 (Ablehnung)

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung
Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw
s. Inkompatibilität
Drs 13/2453

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW
Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung: Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr
s. Bürgerbeteiligung
Drs 13/2577

Hinderungsgründe bei Gemeinderatswahlen nach § 29 Abs 2 Satz 1 2.Alt. GemO

Reduzierung der normierten Einwohnerzahl für o.g. Hinderungsgründe für die Mandatsausübung aufgrund zu enger Verwandtschaftsbeziehungen?

KlAnfr
s. Gemeinderat
Drs 13/2768

Ges zur Änd der Gemeindeordnung

Vereinfachung der Voraussetzungen und Verfahren für Bürgerbegehren und -entscheid, Erweiterung der möglichen Themen durch Wegfall des Positivkatalogs, Absenkung des Entscheidungsquorums auf 25 vom Hundert der Stimmberechtigten

GesEntw
s. Bürgerbeteiligung
Drs 13/2964

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr
s. Inkompatibilität
Drs 13/2993

Ges zur Änd der Gemeindeordnung des Landes BW

Erweiterung der kommunalen Satzungsrechte, Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Nah- und Fernwärmanlagen als Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene

GesEntw GRÜNE 06.05.2004 Drs 13/3183
Mittlg LtgPräs 08.06.2004 Drs 13/3242
1. Beratung PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4947-4952
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4495 (18 S.)
2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6910-6920 (für erledigt erklärt)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gemeindeordnung und Landkreisordnung

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Gemeindegewirtschaftsrecht

Verstöße gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Auflistung bzw Abfrage konkreter Fälle, u.a. Durchführung von Speditionsaufträgen, Reisediensten, Gartenbauarbeiten, Bestatungen, von städtischen Betrieben und Versorgungsunternehmen in Mannheim, Heidelberg, Ulm, Offenburg, Singen, Lörrach, Nussloch, Tübingen und Bruchsal; Frage nach Maßnahmen gegen die Verstöße

Antr
s. Gemeindegewirtschaftsrecht
Drs 13/3222

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. Gebühren
Drs 13/3477

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. Verwaltungsverfahren
Drs 13/3661

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw

s. Inkompatibilität

Drs 13/3723

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKreisordnung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr

s. Inkompatibilität

Drs 13/3738

Wahl der Mitglieder von beschließenden und beratenden Ausschüssen in der Verbandsversammlung der Regionalverbände und ihrer Stellvertreter nach dem LPlanungsGes (LplG)

Begründung der unterschiedlichen Verfahren für die Besetzung der o.g. Ausschüsse sowie der Ausschüsse der Gemeinderäte und Kreistage nach der GemO; Änd des LplG; Anwendung der Grundsätze der Verhältniswahl entsprechend § 40 Abs 2 der GemO

KlAnfr

s. Wahl

Drs 13/3948

Ges zur Änd kommunalrechtlicher Vorschriften

Erweiterung des Anwendungsbereichs für Bürgerbegehren und -entscheid, Ermöglichung auf Landkreis-, Gemeindebezirks- und Ortschaftsebene, Streichung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse, Absenkung des Unterschriften- und Zustimmungsquorums, Gleichstellung beider Seiten bei der Information der Bürger; Verkürzung des Bestandsschutzes auf ein Jahr als Ausgleich für die Erleichterungen; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. Bürgerbeteiligung

Drs 13/4263

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw

s. Jugendlicher

Drs 13/4264

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Bürgerbeteiligung durch Abschaffung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums und Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse; Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen; Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen; Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Aus-

schluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. Kommunalrecht

Drs 13/4385

Ges zur Änd des Gemeindegewirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des AufwandsentschädigungsGes

GesEntw

s. Gemeindegewirtschaftsrecht

Drs 13/4767

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der LKreisordnung

Einwerbung und Annahme von Zuwendungen Privater zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, Regelung des vom Bürgermeister und Gemeinderat einzuhaltenden Verfahrens, insbes der Entscheidungskompetenz des Gemeinderats über die Annahme der Spende, Schenkung o.ä. Zuwendung

GesEntw CDU und FDP/DVP 08.12.2005 Drs 13/4948

1. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7629-7633

Mittlg LtgPräs 11.01.2006 Drs 13/5037

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006 Drs 13/5076

2. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7751

GesBeschl 01.02.2006 Drs 13/5127

GBI 2006 Nr. 2 S. 20 21 (Ges vom 14.02.2006)

Ankündigung einer Novellierung der Gemeindeordnung zum Gemeindegewirtschaftsrecht und zur Volkswahl der Landräte

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1934-1939

Ankündigung einer umfassenden Novellierung der Gemeindeordnung nach der Kommunalwahl, Absenkung des Quorums und Abschaffung des Positivkatalogs für Bürgerbegehren

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4182 4184 4187 4192 4195 4199

Verstöße von Kommunen gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Ergänzung der GemO um eine Privatisierungsklausel mit drittschützender Wirkung

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5105-5108

Verankerung der Seniorenräte in der Gemeindeordnung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7776 7777

Gemeindeprüfungsanstalt*s. Gemeindegewirtschaftsrecht***Gemeindeprüfungsordnung***s. Rechnungsprüfung***Gemeinderat***s.a. Jugendgemeinderat*

s.a. Ortsvorsteher

Steuerfreigrenzen bei Entschädigungen ehrenamtlicher kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Erhöhung der o.g. Freigrenzen im Kontext zu den Regelungen anderer Flächenländer, Umfang der dadurch entstehenden Steuerausfälle

Antr
s. *Entschädigung*
Drs 13/133

Ortsvorsteher/innen in BW - § 71 der GemO

Entwicklung des Aufwands, der Zahl und Vergütung von Ortsvorsteherstellen seit 1996, Novellierung der §§ 67-73 der GemO, Unterstützung der Wahl durch den Ortschaftsrat anstelle des Gemeinderats?

KlAnfr
s. *Ortsvorsteher*
Drs 13/1483

Gemeinderäte ohne Frauen

Auflistung der o.g. Kommunen und Wahlkreise, Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils

KlAnfr Dr. Inge Gräßle 18.12.2002 und Antw SM Drs 13/1636

Ges zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Festlegung des Ablaufs der Amtszeit o.g. Mandatsträger mit dem 31.08.2004 sowie des Beginns der neu Gewählten zum 01.09.2004 infolge der Zusammenlegung der Kommunalwahlen 2004 und der Europawahl

GesEntw
s. *Wahlperiode*
Drs 13/1894

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Entwicklung der Zahl, Themen und des Schicksals von Bürgerbegehren seit 1975; Anteil und Gründe der für unzulässig erklärten bzw der vom Gemeinderat angenommenen Begehren; Absenkung des Zustimmungsquorums und der Themenbeschränkung für Bürgerentscheide, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, bei der Reform der Gemeindeordnung; Vergleich der Rechtslage und Praxis in Bayern

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2453

Hinderungsgründe bei Gemeinderatswahlen nach § 29 Abs 2 Satz 1 2.Alt. GemO

Reduzierung der normierten Einwohnerzahl für o.g. Hinderungsgründe für die Mandatsausübung aufgrund zu enger Verwandtschaftsbeziehungen?

KlAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 18.12.2003 und Antw IM Drs 13/2768

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2993

Veröffentlichung einer Namensliste mit möglichen Kandidaten für die Gemeinderatswahl durch den Bürgermeister der Stadt Riedlingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorgehensweise mit dem Amt des Bürgermeisters, Frage nach Schritten der Rechtsaufsicht

Antr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/3131

Erfolg von Frauen bei der Kommunalwahl am 13.06.2004

Frauenanteil unter den Kandidaten und gewählten Mandatsträgern in den Gemeinderäten, Kreistagen und der Regionalversammlung im Vergleich zu 1999; Darlegung der Wahlergebnisse differenziert nach Regionen, LKreisen, Größenklassen und Parteien; Frage nach Gemeinderäten ohne Frauen sowie nach Daten über Alter, Berufsstand und Familiensituation der gewählten Frauen; Beurteilung der Maßnahmen zur Steigerung der Wahlchancen von Frauen im Vorfeld der Kommunalwahl

Antr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/3272

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetz

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3723

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandatsträger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKkreisordnung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3738

Wahl der Mitglieder von beschließenden und beratenden Ausschüssen in der Verbandsversammlung der Regionalverbände und ihrer Stellvertreter nach dem LPlanungsGes (LplG)

Begründung der unterschiedlichen Verfahren für die Besetzung der o.g. Ausschüsse sowie der Ausschüsse der Gemeinderäte und Kreistage nach der GemO; Änd des LplG: Anwendung der Grundsätze der Verhältniswahl entsprechend § 40 Abs 2 der GemO

KlAnfr
s. Wahl
Drs 13/3948

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Bürgerbeteiligung durch Abschaffung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums und Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse; Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen; Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen; Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Abschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. Kommunalrecht
Drs 13/4385

Freistellung durch Arbeitgeber für die ehrenamtliche Wahrnehmung eines Gemeinderatsmandats

Nachweispflichten von Gemeinderäten über ihre ehrenamtliche Tätigkeit gegenüber dem Arbeitgeber, Vereinbarkeit von Einzelnachweisen über mandatsbedingte Verpflichtungen und deren Zustimmung- oder Ablehnungsfähigkeit durch den Arbeitgeber mit dem Wahlmandat eines Gemeinderats, Verpflichtung der Arbeitnehmer zur Nacharbeit von mandatsbedingten Fehlzeiten?

KlAnfr Martin Rivoir SPD 28.07.2005 und Antw IM Drs 13/4577

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der LKreisordnung

Einwerbung und Annahme von Zuwendungen Privater zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, Regelung des vom Bürgermeister und Gemeinderat einzuhaltenden Verfahrens, insbes der Entscheidungskompetenz des Gemeinderats über die Annahme der Spende, Schenkung o.ä. Zuwendung

GesEntw
s. Gemeindeordnung
Drs 13/4948

Erleichterung von Bürgerbegehren gegen Entscheidungen des Gemeinderats, Festhalten am Gemeinderat als Hauptorgan der Gemeinde

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1934 1939

Feststellung einer Zunahme des Frauenanteils in den Gemeinderäten - abgesehen von 72 Gemeinderäten ohne Frauen, Sensibilität von Gemeinderäten zum Thema Kinderbetreuung

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2033 2046

Feststellung eines zu geringen Frauenanteils in den Gemeinderäten, Vorschlag einer entsprechenden Quotierung bei der Listenaufstellung zu Kommunalwahlen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2880-2887

Feststellung eines zu geringen Frauenanteils in den Gemeinderäten, Vorschlag einer entsprechenden Quotierung bei der Listenaufstellung zu Kommunalwahlen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2968-2970

Wahl von EU-Bürgern in Gemeinderäte, Ermöglichung auch der Entsendung in Regionalverbandsversammlungen, Änd des LandesplanungGes

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6183 6186 6188

Wahl von EU-Bürgern in Gemeinderäte, Ermöglichung auch der Entsendung in Regionalverbandsversammlungen, Änd des LandesplanungGes

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7276-7278

Gemeinderatswahl

s. Kommunalwahl

Gemeindestraße

Förderung des Straßenbaus nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungGes (GVFG) in den Gemeinden des LKreises Böblingen
Höhe der beantragten und genehmigten Mittel nach dem GVFG seit 1999; Stand der Realisierung der einzelnen Maßnahmen, insbes von Ortsumgehungen von Bundes- und Landesstraßen als Gemeindeverbindungsstraßen; Auswirkungen der geplanten Absenkung der Fördersatzes

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 13/2942

Gemeindeunfallversicherung

s. Unfallversicherung

Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Umschichtung von Fördermitteln nach dem GVFG vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV

s. Personenverkehr
Drs 13/660

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 20) - Zuwendungen nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungGes für Betriebshöfe im Schienenpersonennahverkehr (Drs 12/5701 XVII. S. 6 7)

Mittlg
s. Bahnanlage
Drs 13/675

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Förderung von ÖPNV-Projekten nach dem GVFG oder mit Regionalisierungsmitteln in den zurückliegenden und künftigen fünf Jahren

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Sicherung des Schienengüterverkehrs in BW
Initiierung einer Einbeziehung von Umschlaganlagen und Gleisanschlüssen in den Förderkatalog des GVFG

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1294

Subventionen und Fördermittel im Wahlkreis Schwäbisch Hall
Entwicklung der Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren; Möglichkeiten zur Bündelung und Effizienzsteigerung; Einsatz der noch nicht ausbezahlten Ressourcen für umsetzungsfähige Projekte; Darlegung der geplanten Verkehrsprojekte von Bund, Land, Kreisen und Gemeinden; Höhe des Antragstaus für GVFG-Maßnahmen

KlAnfr
s. *Subvention*
Drs 13/1547

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 22)
Zuwendungen nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes für eine neue Rheinbrücke für Fußgänger und Radfahrer

Mittlg
s. *Brücke*
Drs 13/1748

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 21) - Förderung von Maßnahmen zur Beschleunigung des Busverkehrs nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes

Mittlg
s. *Omnibus*
Drs 13/1748

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 24) - Förderung von Omnibusbetriebshöfen und Werkstätten nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes

Mittlg
s. *Omnibus*
Drs 13/2700

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2533

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

Fördersätze nach dem GVFG
Auswirkungen der Kürzungen für den öffentlichen Verkehr und den kommunalen Straßenbau

MdlAnfr 2) Boris Palmer GRÜNE 12.12.2003 Drs 13/2691
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4121

Haushalt 2004; Epl 10
Umschichtung von Fördermitteln nach dem GVFG vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2810

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG
Entwicklung der Zuschüsse für den öffentlichen Verkehr und Straßenbau, Höhe der beantragten Förderung sowie der geplanten Absenkung der Fördersätze und Auswirkungen, insbes der Umwandlung der Bagatellgrenze für ÖPNV-Projekte im ländlichen Raum; Verzicht auf einseitige Kürzungen beim ÖPNV, Fortführung der Förderung des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus im Verhältnis 50:50

Antr GRÜNE 29.01.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2869

Förderung des Straßenbaus nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes (GVFG) in den Gemeinden des LKreises Böblingen
Höhe der beantragten und genehmigten Mittel nach dem GVFG seit 1999; Stand der Realisierung der einzelnen Maßnahmen, insbes von Ortsumgehungen von Bundes- und Landesstraßen als Gemeindeverbindungsstraßen; Auswirkungen der geplanten Absenkung der Fördersätze

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2942

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2943

Stichtagsregelung bei der Neufassung der GVFG-Förderrichtlinie

MdlAnfr 1) Boris Palmer GRÜNE 04.03.2004 Drs 13/2976
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4584

Straßenbahnförderung
Vereinbarkeit einer GVFG-Förderung von ÖPNV-Vorhaben sowie einer Quersubventionierung zwischen öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit dem durch Urteil des EuGH in Sachen Altmark Trans konkretisierten Gemeinschaftsrecht?

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2995

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Förderung

Eingegangene Anträge auf Förderung von ÖPNV-Investitionen nach dem GVFG im November/Dezember 2003, Bezuschussung nach den alten oder neuen Förderrichtlinien?

KIAnfr Boris Palmer GRÜNE 12.03.2004 und Antw UVM Drs 13/3007

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Finanzierung auf Projekte der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) und der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG)

Genehmigte und zur Genehmigung anstehende Projekte, Höhe der beantragten und bewilligten Mittel nach dem Landes- und Bundesprogramm bzw der Vorfinanzierung und der zu erwartenden Mittel, Bewertung des Projekts „U-Strab“ der Stadt Karlsruhe

KIAnfr Boris Palmer und Renate Rastätter GRÜNE 25.03.2004 und Antw UVM Drs 13/3058

Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kommunen bei den Fördersätzen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsges (GVFG)

Vergleich der Fördersätze mit Bayern, Hessen und RPF für Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV differenziert nach Bundesprogramm und Länderprogrammen; Berücksichtigung der individuellen Finanzkraft der jeweiligen Kommune, Verzicht auf die Einführung eines Selbstbehalts

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 25.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3066

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 19.05.2004 Drs 13/3348 S. 21-24

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Änderung der Förderung von ÖPNV-Investitionen nach dem GVFG - Kontingentierung

Begründung, Bereiche, Ausgangsbasis und Kriterien der Festlegung von Kontingenten nach dem Bundes- und Landesprogramm; Umgang mit neuen Anträgen ohne vorliegende Vergleichsmaßstäbe

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 31.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3083

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.07.2004 Drs 13/3492 S. 45 46

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

GVFG-Finanzierung der Verlängerung der S 1 von Plochingen nach Kirchheim

Verweigerung der Anerkennung o.g. Rahmenvereinbarung als Vertrag, Auswirkungen auf die Aufteilung der Baukosten zwischen den einzelnen Kostenträgern; Bezuschussung nach den alten Förderrichtlinien mit 85 %

Antr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/3085

GVFG-Förderung des „Stadtbahn rings Mannheim-Ost“

Planungsstand, Baubeginn, Kosten-Nutzen-Analyse, kalkulierte Fahrgastzahlen und Kosten des o.g. Projekts der MVV Verkehr AG; Betriebskonzept für die Neubaustrecken; Aufnahme in ein GVFG-Förderprogramm; Auflistung der konkurrierenden ÖPNV-Projekte in der Region Unterer Neckar

KIAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 13/3145

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG

Ausgestaltung des Selbstbehalts nach der Wurzelformel, Gewichtung der Faktoren Einwohnerzahl, Straßentyp und Bausumme bei der Höhe der Förderung von Projekten nach dem ÖPNV-Landes- und -Bundesprogramm bzw des kommunalen Straßenbaus; Klärung von widersprüchlichen Aussagen in der Stellungnahme zu Drs 13/2869

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 29.04.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3159

Änderung der Förderung von ÖPNV-Investitionen nach dem GVFG; Einführung einer bedarfsorientierten Mittelzuweisung

Begründung, Bereiche, Ausgangsbasis und Kriterien der Festlegung von Kontingenten nach dem Bundes- und Landesprogramm; Umgang mit neuen Anträgen ohne vorliegende Vergleichsmaßstäbe; Verzicht auf eine Budgetierung

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 07.05.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3188

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.07.2004 Drs 13/3492 S. 45 46

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Bearbeitung von Anträgen auf GVFG-Förderung, die vor dem 30.11.2003 gestellt wurden

Zeitpunkt einer Entscheidung über den Antrag für das Projekt „Straßenbahn Kirchheim“ der Stadt Heidelberg, Bescheidung aller o.g. Anträge vor dem 30.06.2004

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 12.05.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3206

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.07.2004 Drs 13/3492 S. 45 46

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Verkehrsjahr im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KIAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/3218

GVFG-Förderung der Beschilderung von Radwegen

Antr

s. *Radweg*

Drs 13/3302

Ausgaben des Landes BW für Schiene und Straße

Höhe der Mittel für den SPNV, ÖPNV auf Schiene und Straße, den Schienengüterverkehr, die Schüler-/Behindertenbeförderung und NE-Bahnen sowie für Bundesfern- und Landesstraßen seit 1996; Höhe der Zuschüsse an die Kommunen und LKreise nach dem Finanzausgleichsges und GVFG im selben Zeitraum; Anteile der Förderbereiche an der Verkehrsleistung

Antr

s. *Schienerverkehr*

Drs 13/3422

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten in der Region Ulm

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; Stand der Planung und Bearbeitung eines Förderantrags für die Verlängerung

der Straßenbahnlinie 1 nach Ulm-Böfingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3513

Straßenbau-Unterhalt und -Investitionen in den Jahren 2004 bis 2007

Höhe der o.g. Haushaltsmittel für den Unterhalt, Aus- und Neubau von Landesstraßen; Höhe des Finanzierungsanteils über die Sonderprogramme sowie der Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Höhe des angemeldeten Mittelbedarfs der Straßenbauämter sowie der bereits durch Verpflichtungsermächtigungen gebundenen Mittel

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/3516

Zuwendungsaufgaben zur Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen nach dem GVFG

Verpflichtung der Betreiber von geförderten Bussen und Bahnen zur Anbringung von vorgegebenen Werbefolien, Bezifferung der Einnahmeverluste durch den Wegfall von bisher kommerziell genutzten Werbeflächen; Harmonisierung der Werbung für den ÖPNV mit den wirtschaftlichen Interessen der Fahrzeugbetreiber

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/3586

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten im Landtagswahlkreis 59

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; jeweiliger Mittelanteil des Bundes und Landes; Stand der Bearbeitung der noch anhängigen Förderanträge

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3627

Radfernwegebeschilderung

Mittelbereitstellung für o.g. Zwecke ohne die Erhebung von Vorbedingungen vonseiten des Umwelt- und Verkehrsministers gegenüber den Radverbänden, Förderung der Aufwendungen von Kommunen und LKreisen nach dem GVFG, Einführung eines reduzierten Selbstbehalts

Antr
s. *Radweg*
Drs 13/3715

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Umschichtung von Fördermitteln nach dem GVFG vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV

s. *Personenverkehr*
Drs 13/4010

Finanzierung der Verlängerung der S 1 nach Kirchheim/Teck

Finanzierung der Verlängerung von Plochingen nach Kirchheim über das GVFG erst ab 2008, Frage nach einem Zusammenhang mit der Bindung der GVFG-Mittel zur Finanzierung von Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4133

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems der DB auf die Stationspreise von Haltepunkten, deren Bau durch GVFG-Mittel finanziert wurde

Auswirkungen o.g. Verteuerung auf die Halte der DBAG u.a. vom Land beauftragten Eisenbahnunternehmen trotz der Mitfinanzierung solcher Haltepunkte durch das Land und Kommunen, Frage nach einer Absicherung gegen diese Kostensteigerungen im landesweiten Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und evtl anderen Verkehrsverträgen; Abwehrmaßnahmen gegen die Vorgehensweise der DBAG

KlAnfr
s. *Stationspreis*
Drs 13/4731

Umfang der von der LReg geplanten Investitionsförderung für Schienenverkehr und ÖPNV in den nächsten Jahren

Höhe der Förderung von Anlagen und Fahrzeugen des SPNV und ÖPNV differenziert nach der GVFG-Fahrzeugförderung, dem GVFG-Landes- und -Bundesprogramm, dem BundesschienenwegeausbauGes u.a. Finanzierungswegen; Darstellung der einzelnen Jahre ab 1996 sowie der jeweiligen Zusagen und Planungen für die Jahre bis 2010; Verteilung der Einzelprojekte mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von mehr als 10 Mio Euro

GrAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4846

GVFG-Förderung für die Beschaffung von Bussen und den Bau von Betriebshöfen

Höhe der o.g. Förderung in den einzelnen Jahren seit 1998, Art und Zahl der beschafften Busse sowie von gekürzten und ungekürzten Förderungen von Busbetriebshöfen

GrAnfr
s. *Omnibus*
Drs 13/4847

GVFG-Mittel für den RegBez Tübingen

Höhe der o.g. Zuweisungen an Verkehrsunternehmen und Gebietskörperschaften für ÖPNV-Projekte seit 2001, Vergleich des Antragstaus mit der Situation landesweit; Befriedigung des Nachholbedarfs im RegBez Tübingen durch eine verstärkte Förderung bzw Bedienung von Anträgen, insbes für kleinere, effiziente Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV wie z.B. den Haltepunkt Behördenzentrum/Sportzentrum in Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5024

Vorbereitungen auf Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Höhe der erwarteten Kürzungen und Maßnahmen zur Kompensation ab 2007; Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung, u.a. auch für das Projekt Stuttgart 21; Chancen für Mittelrückflüsse durch Zugabbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio; Umfang der eingeplanten Fördermittel nach dem GVFG für Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur und das Projekt Stuttgart 21 bis 2010; Bezifferung der Höhe einer angemessenen Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5102

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

Radwegebau mit GVFG-Mitteln

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3108 3109 3111 3113

Auswirkungen der Kürzung von GVFG-Mitteln auf ÖPNV-Projekte

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4428-4433 4436 4437

Vorschlag des Bundes zum Einsatz der Mittel nach dem GVFG bei einer Übertragung der Zuständigkeit für die Bundesstraßen auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5509-5512

Vorschlag einer stärkeren Umwidmung der GVFG-Mittel auf die Schiene

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Gemeindewahl

s. *Kommunalwahl*

Gemeindewirtschaftsrecht

s.a. *Betriebswirtschaft*

s.a. *Kosten- und Leistungsrechnung*

s.a. *Rechnungsprüfung*

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Entwicklung der o.g. Betätigung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen seit 1992, Frage nach einer drittschützenden Wirkung des § 102 GemO sowie nach Eingriffsmöglichkeiten und -handlungen der Rechtsaufsicht in den letzten fünf Jahren, Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, Beschränkung auf Ausnahmen, Normierung eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs Dritter gegenüber den Kommunen? Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegründeten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau sowie eines Kreisplanungsamts bei Leistungen der Bauwerksplanung und Grünplanung

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1367

Auswirkungen des MittelstandsförderungsGes auf mittelständische Unternehmen

Zahl und Betätigungsfelder von Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft bzw Mitträgerschaft in Konkurrenz zu privaten Betrieben, Erfahrungen in anderen BLändern bzw in BW nach Änd des Gemeindewirtschaftsrechts und des Mittelstandsförderungs-Ges im Bereich des öffentlichen Vergabewesens

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/1386

Gemeindewirtschaftsrecht

Verstöße gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Auflistung bzw Abfrage konkreter Fälle, u.a. Durchführung von Speditionsaufträgen, Reisediensten, Gartenbauarbeiten, Bestatungen, von städtischen Betrieben und Versorgungsunternehmen in Mannheim, Heidelberg, Ulm, Offenburg, Singen, Lörrach, Nussloch, Tübingen und Bruchsal; Frage nach Maßnahmen gegen die Verstöße

Antr FDP/DVP 19.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3222

Situation und Perspektiven für baden-württembergische Amts- und Mitteilungsblätter

Auflistung o.g. Blätter differenziert nach Auflagen, Herausgebern, Anzeigen- und Werbeumsätzen; Beurteilung der Konkurrenzsituation zu lokalen und regionalen Zeitungen und Zeitungsverlagen; Frage nach einer beabsichtigten Novellierung des Gemeindewirtschaftsrechts zur Einschränkung der amtlichen Publizistik

Antr
s. *Veröffentlichung*
Drs 13/3864

Ges zur Änd des Gemeindewirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des AufwandsentschädigungsGes

GesEntw LReg 25.10.2005 Drs 13/4767 (13 S.)
1. Beratung PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7259-7266
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.11.2005 Drs 13/4835 (dazu ÄAntr GRÜNE Nr. 1 und ÄAntr Hans Georg Junginger u.a. SPD Nr. 2) (41 S.)
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4874-1
ÄAntr SPD 29.11.2005 Drs 13/4874-2
2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7413-7423
GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4929
GBI 2005 Nr. 17 S. 705 706 (Ges vom 01.12.2005)

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2361

Erinnerung an die letzte Novellierung sowie anstehende Reform des Gemeindewirtschaftsrechts

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3082 3083

Berücksichtigung der Vorgaben aus Brüssel bei der Novellierung des Gemeindewirtschaftsrechts

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4850

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5105-5109

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5192 5194

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482 6483

Einführung der Doppik im Gemeindegewirtschaftsrecht
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6572

Anmahnung der Vorlage zur Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6817 6822 6823

Anmahnung der Vorlage zur Änderung des Gemeindegewirtschaftsrechts, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6912

Gemeindegewirtschaftssteuer

Gemeindegewirtschaftssteuer

Verfassungsmäßigkeit des geplanten Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer; Ausgangshebesatz bei der Anrechenbarkeit der Gemeindegewirtschaftssteuer auf die Einkommenssteuer, Erwartung höherer Steuern für viele Freiberufler

MdlAnfr 5) Thomas Blenke CDU 27.10.2003 Drs 13/2480
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3748

Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewirtschaftssteuer
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3613 3623 3634 3640 3641 3646 3647 3652

Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewirtschaftssteuer
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037

Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindegewirtschaftssteuer
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4094-4096

Gemeinnützige Arbeit

s. Arbeit

Gemeinnütziger Zweck

s. Gemeinnützigkeit

Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen

s. Wohnungsunternehmen

Gemeinnützigkeit

Anerkennung der Gemeinnützigkeit bei „kleinen Gartenschauen“

Finanzielle Auswirkungen einer Nichtanerkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit für die Realisierung der laufenden Gartenschauprojekte durch so genannte Betriebe gewerblicher Art

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 19.09.2001 und Antw FM Drs 13/244

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose über Mittel der LStiftung BW; Vorlage eines Programms zur gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung zur Integration von Langzeitarbeitslosen und Behinderten in den Arbeitsmarkt; Kofinanzierung von ESF-Mitteln für Job-Rotationsprojekte

GrAnfr
s. Arbeitsmarkt
Drs 13/248

Forschungsfinanzierung durch die Landesstiftung BW

Darlegung der gestellten, abgelehnten und bewilligten Anträge aus den Hochschulen differenziert nach thematischen Korridoren, Bewilligungssummen und -zeiträumen, nach evtl Komplementär- und Folgefinanzierung; Ergebnis der jeweiligen Prüfung der Gemeinnützigkeits-Voraussetzungen; Einbeziehung von bewährten Institutionen, Verfahren und Standards zur Bewertung der Projekte, Konsequenzen aus den Ergebnissen

Antr
s. Forschung
Drs 13/492

Hochschulbau im Rahmen der „Zukunftsoffensive III“

Scheitern einer Finanzierung aus Mitteln der LStiftung wegen der zweifelhaften Gemeinnützigkeitserfordernis? Auflistung der betroffenen Projekte, der Alternativen und Konsequenzen; Auswirkungen der Problematik für den geplanten zweiten Bauabschnitt der FH Albstadt-Sigmaringen am Standort Sigmaringen

KlAnfr
s. Hochschulbau
Drs 13/627

Vermögen und Projekte der Landesstiftung BW

Entwicklung des Vermögens und der einzelnen Projekte der Landesstiftung, Höhe der jeweiligen Förderung, Zuständigkeit und Kosten der Prüfung auf Gemeinnützigkeit, Auflistung der aus steuerlichen Gründen abgelehnten Förderanträge, Umfang von Folgekosten für den Landeshaushalt nach Ablauf der geförderten Projektphasen; Zuführung des gesamten Erlöses aus dem Verkauf der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland?

Antr
s. Stiftung
Drs 13/1219

Lex Landesstiftung BW? Angekündigte BRatsinitiative zur Änd der Abgabenordnung

Zuerkennung der Gemeinnützigkeit der Schuldentilgung von Gebietskörperschaften und damit aus Mitteln der Landesstiftung BW, Realisierungschancen o.g. Ankündigung des WM, rechtliche Bewertung des FM

Antr
s. Stiftung
Drs 13/1241

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit

Entwicklung von Zahlen der eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßenden Gefangenen seit 1993, Anteil der o.g. Fälle sowie der Gnaderlasse von restlichen Geldstrafen

KlAnfr
s. *Freiheitsstrafe*
Drs 13/2492

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepaxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2882

Haushaltsnachschnläge für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

Projekt „Schwitzen statt Sitzen“

Abwendung von Ersatzfreiheitsstrafen durch gemeinnützige Arbeit bzw Erzielung von Einsparungen im Vergleich zur Strafvollstreckung, Bilanz des o.g. Projekts seit 2000 sowie Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung vom Kriminologischen Dienst, Umfang und Zeitpunkt einer Ausweitung des Projekts

Antr
s. *Arbeit*
Drs 13/3994

Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 210 214

Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 339

Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 644 702 703

Bevorzugung der Forschungsfinanzierung zulasten der Gewerbeförderung durch die LStiftung und Bindung der Mittelvergabe an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 767

Scheitern einer Förderung von nicht gemeinnützigen Projekten aus Mitteln der LStiftung

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805 806 808 809 820 821 827

Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 848 849 855 865 896

Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1068 1069 1073

Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1573-1575 1577 1580-1587

Problematik der Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3201 3203-3208

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

s. *Außenpolitik*

Gemeinsamer Binnenmarkt

s. *Gemeinsamer Markt der EU*

Gemeinsamer Markt der EU*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Verwirklichung des Binnenmarkts für Dienstleistungen

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/3988

Dienstleistungsfreiheit im Europäischen Binnenmarkt

Auswirkungen der Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie durch das ArbeitnehmerentsendGes, Ahndung von Verstößen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern; Berücksichtigung der Schutzinteressen der Mitgliedstaaten durch die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag für eine Dienstleistungsrichtlinie? Bewertung der Kritik am Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Schlacht- bzw Fleischbranche, Feststellung von Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug durch den bisherigen Austausch von Dienstleistungen?

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/4149

Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im gemeinsamen Binnenmarkt, Perspektiven der EU-Osterweiterung

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1457 1459 1468 1471 1472

Skizzierung des Wegs bis zur Vereinigung des europäischen Kontinents mit zwölf weiteren Mitgliedstaaten der EU, Verwirklichung eines Binnenmarkts mit 500 Millionen Verbrauchern

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152-2155 2158-2162 2164

Zuständigkeit der europäischen Gremien für Wettbewerbsfragen im gemeinsamen Binnenmarkt

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3311 3312

Begrüßung der neuen Länder im gemeinsamen Binnenmarkt, Chancen der EU-Osterweiterung für den Mittelstand

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769-4778

Anstrengung eines einheitlichen Rechtssystems im gemeinsamen Binnenmarkt

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4852

Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2002

Mittlg LReg 05.03.2002 Drs 13/816

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1225

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.03.2002 Drs 13/861

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1376

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; Anmeldungen des Landes zum 32. Rahmenplan nach dem HFBG

Mittlg MWK 04.04.2002 Drs 13/896 (13 S.)

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1323

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1113

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1888

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Entwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, Entflechtung von Mischfinanzierungen, Neuordnung der Gesetzgebungskompetenz im Steuerrecht

GrAnfr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1026

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2003 bis 2006

Mittlg LReg 25.09.2002 Drs 13/1346

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895

BeschlEmpf und Bericht FinA 24.10.2002 Drs 13/1419

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Abbau von Mischfinanzierungen und Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben, Überprüfung der Bundesergänzungszuweisungen, Notwendigkeit einer Reform der Finanzverfassung

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1796

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 33. Rahmenplan nach dem HochschulbauförderungsGes (HFBG)

Mittlg MWK 24.02.2003 Drs 13/1837

BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1876

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Schutz der Kommunen vor einer Überforderung durch Leistungsgesetze des Bundes, Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz, Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

GrAnfr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1945

Mischfinanzierung Hochschule und Forschung; hier: Hochschulbauförderung

Entwicklung der Zuweisungen des Bundes nach dem HochschulbauförderungsGes und der Komplementärfinanzierung des Landes seit 1983; Auswirkungen des Wegfalls als Gemeinschaftsaufgabe und Überführung in die alleinige Zuständigkeit der Länder, Kompensation der Bundesmittel sowie der bundesweiten Sicht des Hochschulausbaus; Erwartung von Kosteneinsparungen, einer Beschleunigung der Verfahren sowie einer Stärkung der Kompetenz des Ltg und der Hochschulen in Bauangelegenheiten

Antr

s. *Hochschulbau*

Drs 13/2132

Mischfinanzierung Hochschule und Forschung; hier: Forschungsförderung

Bisherige Finanzierung der Forschungseinrichtungen iRd Gemeinschaftsaufgabe Forschungsförderung von Bund und Ländern, Beurteilung der diskutierten Modelle zur Entflechtung der Mischfinanzierung und deren Auswirkungen, Darlegung der Vorstellungen für die angekündigten Verhandlungen mit dem Bundeskanzler

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/2133

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)“; hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2003

Mittlg LReg 03.07.2003 Drs 13/2230

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10.2003 Drs 13/2489

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3773

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2004 bis 2007

Mittlg LReg 26.11.2003 Drs 13/2660

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3775

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.01.2004 Drs 13/2808 II. S. 4

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 34. Rahmenplan nach dem HochschulbauförderungsGes

Mittlg MWK 05.02.2004 Drs 13/2898 (16 S.)

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3033

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4893

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2004

Mittlg LReg 25.05.2004 Drs 13/3234

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4895

BeschlEmpf und Bericht FinA 15.07.2004 Drs 13/3381

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5318

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2005 bis 2008

Mittlg LReg 27.07.2004 Drs 13/3457
 PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004 Drs 13/3674
 PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5634

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 35. Rahmenplan nach dem HochschulbauförderungsGes (HBFGe)

Mittlg MWK 16.02.2005 Drs 13/4063 (11 S.)
 PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139
 BeschlEmpf und Bericht FinA 03.03.2005 Drs 13/4107
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2005

Mittlg LReg 06.07.2005 Drs 13/4472
 BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4479
 PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877
 PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2006 bis 2009

Mittlg LReg 27.07.2005 Drs 13/4586
 PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041
 BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2005 Drs 13/4735
 PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Verbesserungen für den ökologischen Landbau iRd Gemeinschaftsaufgabe, Finanzierung größerer Teile des MEKA über die Gemeinschaftsaufgabe

GrAnfr
s. Ökologischer Landbau
 Drs 13/4606

Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62 89 119

Vorschlag einer Aufstockung der Mittel der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 515 518

Notwendigkeit einer Entflechtung der Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1164 1174 1177

Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1460

Verhinderung der geplanten Kürzung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1660-1662

Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2157

Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896

Plädoyer für eine Beendigung der Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145

Plädoyer für eine Auflösung der Gemeinschaftsaufgaben

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497 5498 5501 5504 5506 5508

Plädoyer für eine Auflösung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5894

Gemeinschaftsinitiative EQUAL

s. EQUAL

Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim

s. Kernkraftwerk Neckarwestheim

Gemeinschaftskunde

s. Politische Bildung

Gemeinschaftsverpflegung

s. Verpflegung

Gemüse

s.a. Gemüsebau

Verbrauchertäuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der LReg

Verwendung unerlaubter Pflanzenschutz- und ertragssteigernder Spritzmittel, Falschdeklaration von Obst und Gemüse: Auflistung der Betriebe, Anteil der Produzenten nach dem HQZ, Zeitpunkt der Information und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden

Antr
s. Obstbau
 Drs 13/476

Zulassung und Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln

Wettbewerbsnachteile der Landwirtschaft durch die fehlende bzw restriktive Zulassung notwendiger Pflanzenschutzmittel im Obst- und Gemüsebau im Vergleich zu anderen EU-Staaten sowie durch Import und Vermarktung von mit hier verbotenen Mitteln behandelten Produkten aus diesen Ländern; Unterstützung der heimischen Erzeuger

Antr
s. Pflanzenbehandlungsmittel
 Drs 13/499

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnelleres Verbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3062

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Gentechnik durch die Hintertür - verbotene Einführung von genveränderten Organismen?

Ungenehmigte Einfuhr von o.g. ZucchiniSaatgut durch die niedersächsische Tochterfirma des US-Unternehmens Monsanto, Reaktionen der zuständigen Länderbehörden, Erfolgskontrolle der Rückrufaktion; vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung des Imports und Einsatzes von entsprechendem Saatgut

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/4686

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der Untersuchungen von Obst und Gemüse auf Pestizidrückstände

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Gemüsebau

Zulassung und Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln

Wettbewerbsnachteile der Landwirtschaft durch die fehlende bzw restriktive Zulassung notwendiger Pflanzenschutzmittel im Obst- und Gemüsebau im Vergleich zu anderen EU-Staaten sowie durch Import und Vermarktung von mit hier verbotenen Mitteln behandelten Produkten aus diesen Ländern; Unterstützung der heimischen Erzeuger

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/499

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung auf Land- und Forstwirtschaft, Obst- und Gemüsebau

GrAnfr
s. *Klima*
Drs 13/734

Gentechnik durch die Hintertür - verbotene Einführung von genveränderten Organismen?

Ungenehmigte Einfuhr von o.g. ZucchiniSaatgut durch die niedersächsische Tochterfirma des US-Unternehmens Monsanto,

Reaktionen der zuständigen Länderbehörden, Erfolgskontrolle der Rückrufaktion; vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung des Imports und Einsatzes von entsprechendem Saatgut

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/4686

Gender Mainstreaming

s. *Gleichberechtigung*

Generalbundesanwalt

Wechsel im Personenschutz beim Generalbundesanwalt

Beantwortung der Vorwürfe zu dem o.g. Vorgang wegen „unüberbrückbarer Differenzen“ zwischen der Familie des Generalbundesanwalts und seinen bisherigen Leibwächtern in der nächsten Sitzung des InnenA

Antr
s. *Personenschutz*
Drs 13/200

Geplatzter Prozess wegen mangelnder Kooperation der LReg in einem Strafverfahren gegen einen Terrorverdächtigen

Scheitern des o.g. Verfahrens gegen einen islamistischen Terrorverdächtigen vor dem Bayerischen Oberlandesgericht wegen Zurückhaltung von Ermittlungsergebnissen und Akten durch das Stuttgarter Justizministerium, Aufklärung der entsprechenden Vorwürfe des Vorsitzenden Richters, Gründe für die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt

Antr
s. *Gerichtsverfahren*
Drs 13/4268

Generallandesarchiv

s. *Archiv*

Generalverkehrsplan

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Anteil der Mittel aus dem Investitionsprogramm nach dem BVerkehrswegeplan; Umsetzung von planfestgestellten Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/716

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr SPD 20.02.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1825
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4065-4076

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen zulasten der (mittelständischen) Transportunternehmen hierzulande, insbes. ausgelöst/verstärkt durch die EU-Osterweiterung, unlautere Praktiken von (halb-)staatlichen Verkehrskonzernen, Nachholbedarf im Straßenbau u.a. Faktoren; Handlungsbedarf der BReg; Position zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut; Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterverkehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar und dem „Regionalen Schienenverkehrskonzept der Metropolregion Rhein-Neckar“

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/4498

Feststellung einer Diskrepanz zwischen Zielen und Umsetzung des Generalverkehrsplans

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 615 618

Ausbau und Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger nach dem Generalverkehrsplan des Landes, Forderung nach Überarbeitung des Generalverkehrsplans

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 661-663 665 667

Feststellung einer Unterschreitung der Vorgaben des Generalverkehrsplans beim Erhalt und Ausbau der Landesstraßen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 840 841

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplans

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1031

Vorlage einer Luftverkehrskonzeption nach dem Generalverkehrsplan des Landes

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1190 1191

Umsetzung des Güterverkehrskonzepts im Generalverkehrsplan von 1995

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243 1245 1246 1251 1252

Bewertung der Aussagen des Generalverkehrsplans von 1995 zum Luftverkehr als veraltet

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2413-2415 2421 2425 2428 2430

Verweisung auf die Verankerung des Fahrradverkehrs im Generalverkehrsplan des Landes

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3112 3113

Umsetzung des Güterverkehrskonzepts im Generalverkehrsplan von 1995

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103 7104 7107 7108

Bewertung einer Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr als unvereinbar mit den Zielen des Generalverkehrsplans

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7760 7761 7767

Genitalverstümmelung

s. Beschneidung

Genossenschaftsbank

s. Kreditgenossenschaft

Gentechnik

s. Gentechnologie

Gentechnikgesetz

s. Gentechnologie

Gentechnologie

s.a. Biotechnologie
s.a. Erkennungsdienstliche Maßnahme
s.a. Reproduktionsmedizin
s.a. Vaterschaftstest

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Förderung der Grundlagenforschung und der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Bio- und Gentechnik, Attraktivität des Standorts BW für global operierende Pharmaunternehmen, Entwicklung der Patentanmeldungen für entsprechende Arzneimittel seit 1996, Unterstützung des Aufbaus von klinischen Forschungseinrichtungen; Vereinfachung der Fördermodalitäten bei der L-Bank, Förderung risikobehafteter Projekte kleinerer Unternehmen; Auflösung der Biotechnologie-Agentur, Aufstockung und Institutionalisierung der Förderung von Biotechnologie-Parks

Antr
s. Biotechnologie
Drs 13/1159

DNA-Analyse

Entwicklung der o.g. Analysen zur erkennungsdienstlichen Behandlung beim kriminaltechnischen Institut des LKA seit 1998; Möglichkeiten für eine kostenneutrale Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung und damit Beschleunigung von Ermittlungsverfahren; Modifikation der Rechtsgrundlagen für die Analysen und erweiterten Speichermöglichkeiten; Vergleich mit den entsprechenden Voraussetzungen in Großbritannien, Österreich und der Schweiz

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 06.11.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1465
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 28
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Grüne Gentechnik in BW

Bedeutung und internationale Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Gentechnik; Forschungseinrichtungen, -ziele und -projekte, u.a. auch auf dem Gebiet des Weinbaus; gen- bzw. biotechnische Orientierung von Gymnasien, Personal- und Sachausstattung iRd Oberstufenunterrichts; Öffentlichkeitsarbeit

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 22.01.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1690 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 19.03.2003 Drs 13/2069 S. 46-48
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW

Bewertung der EU-Freisetzungsrichtlinie und des von der BReg beschlossenen GentechnikGes und deren Umsetzung; Ausgestaltung, Zuständigkeiten und Kosten der Überwachung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen; Beurteilung der Grenzwerte für gentechnische Verunreinigungen in Futter- und Lebensmitteln sowie Saatgut; Maßnahmen und Empfehlungen

zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen

Antr SPD 10.02.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2903
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6645-6659
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.06.2005 Drs 13/4592
S. 33-37
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Umweltschutz durch Fortschritt - Biotechnologie in BW

Zahl, Ziele und Ergebnisse sowie Überwachung der Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen in den letzten zehn Jahren; Abwägung der Chancen und Risiken; Hinwirkung auf Umsetzung der Freisetzung-Richtlinie der EU in deutsches Recht

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/1848

Gentechnik-Aufsicht in BW - Positiver Beitrag zum Standort

Entwicklung der gentechnischen Anlagen/Arbeiten nach Sicherheitsstufen sowie der Personalsituation und Überwachungspraxis der Gentechnikaufsicht in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen BLändern; Beurteilung der Funktion des Reg-Präs Tübingen; Stand der Forschung und des Technologietransfers der Biotechnologie im produktionsintegrierten Umweltschutz; Information der Öffentlichkeit über die Chancen der (Umwelt-)Biotechnologie

Antr CDU 27.02.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1849 (11 S.)
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4598-4603
Mittlg LReg 16.09.2004 Drs 13/3553

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Bedeutung der USA als Handelspartner für die Automobilindustrie, Elektroindustrie, den Maschinenbau, die Mikrosystemtechnik, die Bio- und Gentechnologie

Antr
s. *Wirtschaftliche Kooperation*
Drs 13/2269

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Überprüfung von Produktangeboten aus dem Internet sowie von kennzeichnungspflichtigen gentechnisch veränderten Lebensmitteln

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Förderung der Gentechnik durch die LReg

Bewertung einer britischen Studie zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzensorten; Stellenwert der genetischen Veränderung von Lebensmitteln in verschiedenen Programmen; Kosten und Finanzierungsanteil der LStiftung und der chemischen Industrie beim Projekt „BioLab“; Art der Projekte und Kostenträger der Landesgesellschaft BIOPRO und der Biotechnologie-Offensive; ausgewogene Darstellung der Chancen und Risiken der Gentechnik im Projekt „BioLab“; Verzicht auf den Mitteleinsatz der LStiftung für versteckte Nachwuchswerbung bestimmter Industriezweige sowie auf die weitere Förderung der Erforschung gentechnisch veränderter Mikroorganismen

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 11.12.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2723
BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093
S. 52-54
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Umgang mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Anstreben eines Verzichts auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in Gesprächen mit den Bauernverbänden und der Agrarwirtschaft, Berücksichtigung als Kriterium bei der Bewerbung des HQZ, Ausbau der Untersuchungen auf Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen für Importware und heimische Produkte

Antr GRÜNE 21.01.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2826
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4560-4568
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239
S. 39-43
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Zukunft der Imkerei bei Verwendung gentechnologisch veränderter Saatguts und Pflanzenmaterials in der Landwirtschaft

Entwicklung der haupt- und nebenberuflich betriebenen Imkerei, Anteil der in ökologisch orientierten Anbauverbänden organisierten Imker mit einer Vermarktung entsprechend qualitativer Produkte; Konsequenzen der Anwendung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft; Höhe und Träger der Kosten für zusätzliche Untersuchungen auf Verunreinigungen; Anstreben eines freiwilligen Verzichts auf den Einsatz von GVO in Gesprächen mit den Landwirten

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/2876

Genmais-Erprobungsfelder in BW

Standorte der beiden Versuchsfelder, Information der benachbarten Landwirte und Bevölkerung; sofortige Einstellung des Versuchs

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 07.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3189
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.06.2004 Drs 13/3492
S. 75-77
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Gentechnik in HQZ-Produkten

Reduzierung von Importfuttermitteln, Steigerung des heimischen Anbaus; Wiederaufnahme der Kontrolle von Futtermitteln auf gentechnische Veränderungen; Beschränkung des HQZ auf nachweislich gentechnikfreie Produkte; Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr GRÜNE 30.06.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3328
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6645-6659
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.06.2005 Drs 13/4592
S. 33-37
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Frage nach o.g. Vorsorgemaßnahmen; Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen auf Umwelt, Artenvielfalt und Menschen; Initiierung eines

gesellschaftlichen Dialogs über Methoden und Risiken der grünen Gentechnik; objektive Information und Beratung der Landwirte und Verbraucher, entsprechende finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen; Feststellung von Verunreinigungen bei Importwaren und heimischen Produkten durch effiziente Kontrollen

Antr
s. Verbraucherschutz
Drs 13/3329

Freiwilliger Verzicht auf Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in BW

Unterstützung der Landwirte und deren Verbände mit o.g. Zielsetzung; Erarbeitung von Vorschlägen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft bzw. Erhaltung des HQZ als Gütesiegel für gentechnikfreie Produkte

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3472
BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.09.2004 Drs 13/3751 S. 69-72
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Gentechnisch veränderte Impfviren und Medikamente in der Veterinärmedizin

Art, Ziele und Erkenntnisse des Einsatzes o.g. Produkte; Frage nach Ergebnissen der Risikoforschung sowie der Nachweisbarkeit entsprechend veränderter Gene in Lebensmitteln; Planung einer Anwendung gentechnisch veränderter Impfstoffe zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche?

Antr
s. Tierheilkunde
Drs 13/3544

Schülerinformation zur Gentechnik durch das BioLab BW

Zahl, Qualifikation und Finanzierung der Mitarbeiter des o.g. Informationsprojekts an den Schulen; Gewährleistung einer ausgewogenen Information über Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 21.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3916
BeschlEmpf und Bericht Schula 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 9 10
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw. der Kapazitäten zum Nachweis von GMO, insbes. bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr
s. Verbraucherschutz
Drs 13/3980

Zustimmung zum GentechnikGes II

DringlAntr GRÜNE 08.03.2005 Drs 13/4122
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340 (zurückgezogen)

Haftung für etwaige Schäden durch den Genversuch der Fachhochschule Nürtingen (FH Nürtingen)

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 02.05.2005 und Antw MLR Drs 13/4293

Ges zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse

Zustimmung zu dem o.g. GesEntw im BRat

DringlAntr SPD 21.06.2005 Drs 13/4419
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6742-6748

Teilnahme eines Vertreters des Landes an der „Konferenz zum Erhalt einer nachhaltigen europäischen Landwirtschaft“ am 17. Mai 2005 in Brüssel

Frage nach der Vertretung und inhaltlichen Positionierung des Landes in der o.g. Konferenz von 162 Regionen, Zustimmung zu den beschlossenen einheitlichen Standards für den Erhalt der Koexistenz einer Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik bzw. zu dem Entscheidungsrecht der Regionen über ihre Entwicklungsstrategie einschließlich des Schutzes regionaler genetischer Ressourcen und des Verbots gentechnisch veränderter Pflanzen?

KlAnfr
s. Agrarpolitik
Drs 13/4462

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. Ökologischer Landbau
Drs 13/4606

Haltung des Nationalen Ethikrats zu Gesundheitstests für Arbeitsplatzbewerber

Zuerkennung des Rechts der Arbeitgeber auf Verlangen eines gentechnisch abgestützten Gesundheitsstatus unter bestimmten Voraussetzungen, Beurteilung unter Aspekten wie Versicherungsrecht, Datenschutz, Recht auf Unwissenheit über eigene unheilbare Krankheiten u.a.m.; Ablehnung eines evtl GesEntw der BReg nach den Vorstellungen des Nationalen Ethikrats im BRat

KlAnfr
s. Gesundheitsuntersuchung
Drs 13/4628

Gentechnik durch die Hintertür - verbotene Einführung von gentechnisch veränderten Organismen?

Ungenehmigte Einfuhr von o.g. ZucchiniSaatgut durch die niedersächsische Tochterfirma des US-Unternehmens Monsanto, Reaktionen der zuständigen Länderbehörden, Erfolgskontrolle der Rückrufaktion; vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung des Imports und Einsatzes von entsprechendem Saatgut

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 30.09.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4686
BeschlEmpf und Bericht LandwA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 57 58
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Gentechnische Experimente mit Tieren; Tierversuche am neuen Universitätslabor „Theoretikum“ der Universität Freiburg

Zahl, Art und Haltungsbedingungen von Versuchstieren bisher und nach Vollendung des o.g. Neubaus; Darlegung der geplanten Forschungsprojekte, -ziele und -ergebnisse; Ausschluss von Doppelversuchen bzw. Erreichung der angestrebten Ziele mit an-

deren Methoden? Höhe des Mitteleinsatzes und Ergebnisse der tierversuchsfreien Forschung in den letzten Jahren; Umfang des Aufwands an öffentlichen Mitteln für den Neubau, die Haltung und Pflege der Labortiere und die geplanten Forschungsvorhaben; Einhaltung der Vorgaben der EU-Tierversuchsrichtlinie und des TierschutzGes

Antr
s. *Tierversuch*
Drs 13/4696

Anwendung der Grünen Gentechnik - Gentechnikfreie Landwirtschaft in BW

Auflistung der (staatlicherseits unterstützten) gentechnikfreien Zonen und Regionen in BW, bundes- und europaweit sowie der Voten von Bauernverbänden, Verbraucherschützern u.a. gegen die Nutzung der grünen Gentechnik; Förderung bzw Vernetzung der gentechnikfreien Regionen; Einstellung der Unterstützung des (einseitigen) Informationsprojekts „BioLab“

Antr SPD 06.10.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4704

Gesunde Lebensmittel als Markenzeichen BW oder die Gentechnikpolitik der großen Koalition?

Aktuelle Debatte
s. *Lebensmittel*
PIPr 13/104 S. 7457

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Haltung der LReg zur Agro-Gentechnik

Frage nach dem Stand der (bisher als noch offen bezeichneten) Meinungsbildung des MinPräs bzw der möglichen Vereinbarkeit mit der zur Agrogentechnik positiven Haltung des Landwirtschaftsministers; Unterstützung der Bestrebungen um freiwillige Vereinbarungen von Landwirten zum Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen? Konsequenzen aus dem zu erwartenden Scheitern der Koexistenz von konventioneller/ökologischer Landwirtschaft und Gentechnik; Festhalten am bestehenden GentechnikGes im BRat, insbes an der Haftungsregelung; Verzicht auf Werbung für die Agrogentechnik bis zur Klärung der Haltung des MinPräs

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 18.01.2006 und Stellungnahme MLR Drs 13/5064
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 116 117
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Entschlüsselung der Bausteine des Lebens mithilfe der Gentechnologie, Chancen und ethische Grenzen der Gentechnologie

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 58

Entschlüsselung der Bausteine des Lebens mithilfe der Gentechnologie, Chancen und ethische Grenzen der Gentechnologie

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 170 172 174 178 179

Bewertung der Laborkapazitäten in BW als europaweit führend beim Nachweis von gentechnischen Veränderungen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1877

Speicherung der DNA-Daten von Sexualstraftätern

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2404

Plädoyer für eine Ausweitung der Speicherung der DNA-Daten von Straftätern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4183

Eintreten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, Bemühungen um eine freiwillige Vereinbarung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4350 4353 4354 4359

Plädoyer für eine Ausweitung der Speicherung der DNA-Daten von Straftätern, Erfolgsbewertung des genetischen Fingerabdrucks zur Aufklärung von Straftaten und damit auch zur Prävention

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5907 5910 5911

Abwägung zwischen Bürgerrechten und einer Ausweitung der Speicherung der DNA-Daten von Straftätern, Bewertung als Mittel zur Prävention von Straftaten

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6045 6049

Eintreten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6087 6094 6098

Verhinderung einer Einführung der Strafbarkeit von heimlichen Vaterschaftstests über das GendiagnostikGes der BReg; Darlegung der Unterschiede zwischen dem Vaterschaftstest (gentechnischem Fingerabdruck) und Gentest

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201 6203 6205-6213 6255 6258

Abwägung von Risiken und Chancen der grünen Gentechnik

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407

Plädoyer für eine Ausweitung der Speicherung der DNA-Daten von Straftätern, Ablehnung einer Gleichstellung der DNA-Analyse mit dem Fingerabdruck bei der erkennungsdienstlichen Behandlung; Eintreten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6490 6495

Plädoyer für eine Ausweitung der Speicherung der DNA-Daten von Straftätern, Erfolgsbewertung des genetischen Fingerabdrucks zur Aufklärung von Straftaten und damit auch zur Prävention

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582 6586

Erfolgsbewertung der Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik in der Region Donau-Iller

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7298

Vorwurf der Technikfeindlichkeit der Grünen, Bekräftigung des Forschungsbedarfs in der grünen Gentechnik; Plädoyer für eine Ausweitung der Speicherung der DNA-Daten von Straftätern, Erfolgsbewertung des genetischen Fingerabdrucks zur Aufklärung von Straftaten und damit auch zur Prävention

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7883 7886 7887 7889 7918 7921

Werbung um ein regionales, gentechnikfreies Speiseangebot in der Gastronomie

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958

Geodäsie

s. *Geowissenschaft*

Geographie

s.a. *Geowissenschaft*

Gemeinschaftskunde/geplanter Fächerverband Erdkunde, Politik, Wirtschaft (EPW) an allgemein bildenden Gymnasien

Begründung, Ziele und Auswirkungen der Zusammenlegung o.g. Fächer; Ausbildung der Lehrer und Vermittlung des Lehrstoffs; Aussagekraft der Notengebung auf die Studierfähigkeit des Fachs Gemeinschaftskunde

Antr

s. *Politische Bildung*

Drs 13/1743

Geologie

s.a. *Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau*

Unsicherer Untergrund des Atomkraftwerks GKN

Untersuchungen, Ergebnisse und Konsequenzen der Hohlräumbildungen seit 1999; Sicherungsmaßnahmen für die im Boden verlegten Leitungen und Kabelkanäle

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*

Drs 13/1857

Hohlraumeinsturz in Besigheim

Beurteilung des o.g. Vorfalles auf einem Acker in der Nähe des Kernkraftwerks Neckarwestheim, Frage nach Konsequenzen des UVM angesichts der gleichen geologischen Verhältnisse unter dem GKN

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*

Drs 13/1866

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB)

Ergebnisse der Erprobung der dezentralen Budgetverantwortung seit 1993, Erschließung und Umsetzung weiterer Effizienzpotenziale, z.B. Privatisierung von Aufgaben zur Erstellung des geologischen Kartenwerks, Umstellung auf einen größeren Maßstab, Einführung einer Gebührenpflicht für Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange sowie für Beratungen in überwiegend öffentlichem Interesse

Antr

s. *Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau*

Drs 13/2469

Untergrund des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim GKN I und GKN II; hier: Konsequenzen aus dem Gutachten von Prof. Jentzsch

Zugrundegelegte Bodenklasse und Auslegung gegen Erdbeben in den bisherigen Gutachten und in der Genehmigung des KKW Neckarwestheim, Beurteilung der geforderten Nachmessungen aus der o.g. Untersuchung; Konsequenzen für die Atomaufsicht

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*

Drs 13/4110

Geologisches Landesamt

s. *Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau*

Georg-Büchner-Gymnasium

s. *Gymnasium*

Geothermische Energie

s. *Erdwärme*

Geowissenschaft

s.a. *Geographie*

s.a. *Geologie*

s.a. *Vermessung*

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform im Vermessungsbereich

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes im Hinblick auf das Liegenschaftskataster und die Kartographie, den Zugriff auf das Datenetz für die Dreiecksnetze, das Höhen- und Schwerenet, die Organisation der örtlichen Messtrupps zur Erkundung und Vermessung der Erdoberfläche sowie Herausgabe der topographischen Kartenwerke; Eingliederung der Karlsruher Abteilung Geodäsie?

Antr

s. *Vermessung*

Drs 13/2100

Die „Zukunftsinitiative der Universität Stuttgart“

Zusammensetzung und Objektivität der Senatskommission, Grundlagen und Kriterien zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der zur Schließung vorgeschlagenen Fakultäten und Institute, Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen, Auswirkungen des Abbaus der Geowissenschaften und Lehramtsstudiengänge bzw des Rückzugs auf die technischen Fächer, Kompensation der wegfallenden Studienplätze in Lehramtsstudiengängen, Akzeptanz und Legitimation der Beschlussvorschläge, Bestätigung einer landespolitischen Sichtweise als Begründung der Entscheidungen?

Antr

s. *Universität Stuttgart*

Drs 13/2163

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB)

Ergebnisse der Erprobung der dezentralen Budgetverantwortung seit 1993, Erschließung und Umsetzung weiterer Effizienzpotenziale, z.B. Privatisierung von Aufgaben zur Erstellung des geologischen Kartenwerks, Umstellung auf einen größeren Maßstab, Einführung einer Gebührenpflicht für Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange sowie für Beratungen in überwiegend öffentlichem Interesse

Antr

s. *Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau*

Drs 13/2469

Gerät

s.a. *Atemschutzgerät*

s.a. *Elektrogerät*

s.a. *Kopiergerät*

s.a. *Maschine*

s.a. *Medizinisches Gerät*
s.a. *Nachtsichtgerät*

Auswirkungen der Geräte- und MaschinenlärmVO des Bundes vom 12.09.2001 auf die Wirtschaft und die privaten Haushalte in BW

Überschreitung der EU-Vorgaben mit der o.g. VO, Auswirkungen auf den Einsatz von Straßenfertigern, Garten- und Heimwerkergeräten in Wohn- und Kurgebieten bzw auf die Gerätehersteller, Bauwirtschaft u.a.; Verteuerung der Herstellungskosten für den Straßenbau und Straßenbelagsarbeiten

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/592

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gerätesicherheits-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Sachverständige für Schleppaufzüge; Änd der Produktsicherheits-ZuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ausführungsbestimmungen des Landes zur Geräte- und MaschinenlärmVO als Anhang zur BundesimmissionsschutzVO (BImSchV) mit dem Ziel, die Ruhe der Mittagszeit zu erhalten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/3460

Stärkung des Verbraucherschutzes bei der Produkt- und Gerätesicherheit - Defizite bei der Marktüberwachung von Motorsägen in BW

Beurteilung der Mängel von aus Taiwan importierten und bei Großfilialisten und Baumärkten angebotenen Motorsägen sowie des daraus folgenden Verletzungsrisikos; Frage nach Schritten zur Verbraucherinformation, Entfernung der Produkte aus dem Handel u.a. Vorkehrungen

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/4444

Lärmschutzpolitik und -maßnahmen in BW

Darlegung der o.g. Maßnahmen und rechtlichen Verbesserungen, Umsetzung der EG-Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, der BImmissionsschutzVO über Höchstwerte bei Geräten und Maschinen sowie der zu erstellenden Lärminderungspläne; Ausmaß von Kontrollen, der festgestellten Verstöße und deren Sanktionierung; Auswirkungen der Novelle des FluglärmGes insbes im Bereich des Flughafens Stuttgart; Nutzung des Regelungsspielraums der Geräte- und MaschinenlärmVO, Ermöglichung eines jeweils angepassten Lärmschutzes für die Kommunen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/4557

Geriatric

s. *Altersheilkunde*

Gericht

s.a. *Amtsgericht*
s.a. *Arbeitsgericht*
s.a. *Außergerichtliche Streitschlichtung*
s.a. *Berufsgericht*
s.a. *Bundesverfassungsgericht*
s.a. *Europäischer Gerichtshof*
s.a. *Finanzgericht*
s.a. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*
s.a. *Gerichtsentscheidung*
s.a. *Gerichtsorganisationsgesetz*
s.a. *Gerichtsverfahren*
s.a. *Landgericht*
s.a. *Oberlandesgericht*
s.a. *Rechtspflege*
s.a. *Richter*
s.a. *Sozialgericht*
s.a. *Verwaltungsgericht*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 6)

Dolmetscherkosten bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten (Drs 12/5701 III. S. 2)

Mittlg
s. *Übersetzung*
Drs 13/53

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Personalausstattung bei Polizei und Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaften und Gerichten; Bereitstellung von Experten für das neue terroristische Bedrohungsszenario

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/339

Geplante Reduzierung der Gerichtsstandorte in BW

Gründe und Auswirkungen der geplanten Reduzierung bzw Zusammenlegung von Amtsgerichten und der drei Finanzgerichte, Darlegung der erwarteten Einsparungen bzw Folgekosten durch Errichtung von Außenstellen, Gewährleistung eines bürgernahen Rechtsschutzes

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 15.11.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1522
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2003 Drs 13/2069 S. 5-8
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 5) - Geschäftsstellenautomation bei Gerichten und Notariaten

Berücksichtigung der Empfehlungen des RH bei künftigen Programmentwicklungen

Mittlg
s. *Automation*
Drs 13/2700

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen
Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außensenaten bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenauffälle und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Überplanmäßige Ausgabe bei den Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten), Kap 0503 Tit 536 01 im Hj 2003

Mittlg
s. *Rechtspflege*
Drs 13/2657

Strukturreform der baden-württembergischen Justiz; hier: Ordentliche Gerichtsbarkeit

Zahl der Richterstellen, Unterbringungssituation, technische Ausstattung, Miet-, Sach- und Unterhaltungskosten der einzelnen Amts- und Landgerichte; Möglichkeiten und Einsparpotenziale einer Konzentration auf eine verringerte Zahl von Standorten; Umbau der Justizstruktur nach den gemeinsamen Eckpunkten der Justizminister von Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen; Höhe der Eingangszahlen pro Richter in den Jahren 1990 und 2003

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/3796

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr
s. *Richter*
Drs 13/4605

Verbesserung der Personal- und Sachausstattung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364

Erhaltung der dezentralen Struktur der Gerichtsbarkeit, Forcierung des elektronischen Gerichtsverkehrs, Ausstattung mit moderner Technik

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917 918 922-924

Befürwortung der Zusammenlegung von Fachgerichtsbarkeiten, Überprüfung des dreigliedrigen Instanzenzugs

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037-6041 6043 6044 6047

Gerichtsentscheidung

s.a. *Freiheitsstrafe*
s.a. *Geldstrafe*
s.a. *Haft*
s.a. *Strafausetzung zur Bewährung*
s.a. *Strafvollzug*

Gleichbehandlung bei der Anwendung der Rechtsschutz-Richtlinien

Anwendungspraxis der o.g. Richtlinien seit 1997, Darlegung der Bewilligung und Ablehnung von Anträgen von Lehrern, Polizisten, Steuerbeamten u.a. Bediensteten in Strafverfahren, Zivilprozessen und sonstigen Verfahren; Gegenstände und Ergebnisse der Verhandlungen; Höhe der als Vorschuss oder Darlehen gewährten Rechtsschutzhilfen bzw der von der Staatskasse übernommenen Beträge

Antr
s. *Rechtsschutz*
Drs 13/1146

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/3949

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr
s. *Richter*
Drs 13/4605

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften

s. *Europäischer Gerichtshof*

Gerichtsmedizin

s. *Rechtsmedizin*

Gerichtsorganisationsgesetz*Justizreform in BW*

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Gerichtsurteil

s. *Gerichtsentscheidung*

Gerichtsverfahren

s.a. *Außergerichtliche Streitschlichtung*
s.a. *Gerichtsentscheidung*
s.a. *Mahnverfahren*
s.a. *Prozesskostenhilfe*
s.a. *Strafverfahren*
s.a. *Verfahrensrecht*

Gleichbehandlung bei der Anwendung der Rechtsschutz-Richtlinien

Anwendungspraxis der o.g. Richtlinien seit 1997, Darlegung der Bewilligung und Ablehnung von Anträgen von Lehrern, Polizisten, Steuerbeamten u.a. Bediensteten in Strafverfahren, Zivilprozessen und sonstigen Verfahren; Gegenstände und Ergebnisse der Verhandlungen; Höhe der als Vorschuss oder Darlehen gewährten Rechtsschutzhilfen bzw der von der Staatskasse übernommenen Beträge

Antr
s. *Rechtsschutz*
Drs 13/1146

Überplanmäßige Ausgabe bei den Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten), Kap 0503 Tit 536 01 im Hj 2003

Mittlg
s. *Rechtspflege*
Drs 13/2657

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des Ges über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 8) - Vertretung der Dienststellen und Behörden des Landes bei Rechtsstreitigkeiten

Beachtung der Vorschläge des RH bei der Beauftragung von Rechtsanwälten

Mittlg
s. *Rechtsanwalt*
Drs 13/4103

Strukturreform der baden-württembergischen Justiz; hier: Ordentliche Gerichtsbarkeit

Zahl der Richterstellen, Unterbringungssituation, technische Ausstattung, Miet-, Sach- und Unterhaltungskosten der einzelnen Amts- und Landgerichte; Möglichkeiten und Einsparpotenziale einer Konzentration auf eine verringerte Zahl von Standorten; Umbau der Justizstruktur nach den gemeinsamen Eckpunkten der Justizminister von Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen; Höhe der Eingangszahlen pro Richter in den Jahren 1990 und 2003

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/3796

Geplatzter Prozess wegen mangelnder Kooperation der LReg in einem Strafverfahren gegen einen Terrorverdächtigen

Scheitern des o.g. Verfahrens gegen einen islamistischen Terrorverdächtigen vor dem Bayerischen Oberlandesgericht wegen Zurückhaltung von Ermittlungsergebnissen und Akten durch das Stuttgarter Justizministerium, Aufklärung der entsprechenden Vorwürfe des Vorsitzenden Richters, Gründe für die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt

Antr SPD 21.04.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4268

Personalsituation am Landgericht in Ravensburg

Beurteilung des Fehlbedarfs an Stellen und der dadurch bedingten zeitlichen Verzögerung der Verfahrensabwicklung, Gewährleistung der Qualitätsstandards in der Rechtsprechung, Zeitrahmen für eine Verbesserung der personellen Situation am o.g. Landgericht

KIAnfr
s. *Landgericht*
Drs 13/5213

Vergleich der Richterdichte und Verfahrensdauer in BW u.a. BLändern

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Vergleich der Richterdichte und Verfahrensdauer in BW u.a. BLändern

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3875-3877

Vergleich der Richterdichte und Verfahrensdauer in BW u.a. BLändern

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4303 4305 4307-4309 4313

Vergleich der Richterdichte und Verfahrensdauer in BW u.a. BLändern

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4954

Vergleich der Richterdichte und Verfahrensdauer in BW u.a. BLändern, Befürchtung einer Prozessflut infolge des AntidiskriminierungsGes

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037 6038 6041 6049

Befürchtung einer Prozessflut im Falle einer Umsetzung des AntidiskriminierungsGes der BReg

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280 6281 6284 6286

Plädoyer des RH zur eigenen Wahrnehmung der Prozessvertretung des Landes, Verzicht auf die wiederholte Vergabe an die gleichen Anwaltskanzleien

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6386

Gerichtsverfassung

s.a. *Gerichtsorganisationsgesetz*
s.a. *Verfahrensrecht*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungGes BW -EurUG-)
Änd des Ges zur Ausführung des GerichtsverfassungGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Ges zur Änd des LBankGes

Umsetzung der Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie Schlussfolgerungen für den Bereich der Landesbank BW; Änd des Ges zur Ausführung des GerichtsverfassungGes und von VerfahrensGes der ordentlichen Gerichtsbarkeit

GesEntw
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 13/1068

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des GerichtsverfassungGes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Anpassung von Zuständigkeitsregelungen an Änderungen des Bundesrechts sowie an die Umwandlung des Amtsgerichts Heilbronn in ein Präsidenten-Amtsgericht; Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzsachen, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer); Anpassung des LJKG an bundesrechtliche Änderungen der Justizverwaltungskostenordnung

GesEntw
s. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*
Drs 13/1373

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des GerichtsverfassungGes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Ermächtigung des Justizministeriums zur Bestimmung eines Amtsgerichts zur Wahrnehmung der Aufgaben des richterlichen Bereitschaftsdienstes in einem Landgerichtsbezirk

GesEntw
s. *Amtsgericht*
Drs 13/5005

Möglichkeiten zur Deregulierung in der Gerichtsverfassung und im Verfahrensrecht

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5671 5674-5677 5679-5681

Gerichtsverfassungsgesetz

s. *Gerichtsverfassung*

Gerichtsverhandlung

s. *Gerichtsverfahren*

Gerichtsvollzieher

Überplanmäßige Ausgaben bei den Entschädigungen an Vollstreckungsbeamte (Kap. 0503 Tit. 459 53) im Hj 2001

Mittlg FM 14.03.2002 Drs 13/850

Justizreform in BW

Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate; Klärung verfassungsrechtlicher Fragen und notwendiger Rechtsänderungen auf Bundesebene für eine Privatisierung der mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Bewährungshelfer und Gerichtsvollzieher

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens

Gegenüberstellung der Einnahmen und Aufwendungen vor und nach einer Privatisierung, verfassungsrechtliche Prüfung einer Privatisierung hoheitlicher Aufgaben und notwendige Rechtsänderungen auf Bundes- und Landesebene, Auswirkungen auf die Erfolgsquote bei Zwangsvollstreckungen, den Schuldner- und Gläubigerschutz, die Ausbildung sowie Alterssicherung der ehemaligen Beamten

Antr SPD 25.06.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2184
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386-5396

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außensenaten bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenauffälle und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Ablehnung einer Privatisierung der Gerichtsvollzieher und damit des Vollzugs staatlicher Hoheitsrechte

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2918 2919

Ablehnung einer Privatisierung der Gerichtsvollzieher und damit des Vollzugs staatlicher Hoheitsrechte

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4020 4027

Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155

Ablehnung einer Privatisierung der Gerichtsvollzieher und damit des Vollzugs staatlicher Hoheitsrechte

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4304-4307 4310-4312 4314

Ablehnung einer Privatisierung der Gerichtsvollzieher und damit des Vollzugs staatlicher Hoheitsrechte

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802

Ablehnung einer Privatisierung der Gerichtsvollzieher und damit des Vollzugs staatlicher Hoheitsrechte

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6039 6041

Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Überführung des Amtes des Gerichtsvollziehers in einen privaten Beruf

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482 6489

Geringfügige Beschäftigung

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/327

Musikland BW

Auswirkungen der 630-DM-Regelung bei den Musikvereinen

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Wunsch und Wirklichkeit; hier: Erkenntnisse der LReg über Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Widerspruch zu offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamts

Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des MinPräs und SM sowie des Statistischen Landesamts über den Rückgang bzw die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten nach der Reform des 630-DM-Gesetzes; Darlegung der jeweiligen Datengrundlagen

KIAnfr Jürgen Walter GRÜNE 24.01.2002 und Antw SM
Drs 13/669

325-Euro-Arbeitsverhältnisse

Zunahme der Zahl o.g. Arbeitsverhältnisse, insbes in kleinen Betrieben; Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben der LReg und des Statistischen Landesamts über den Rückgang bzw die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten nach der Reform des 630-DM-Gesetzes; Beurteilung der sozialen Absicherung dieser Arbeitsverhältnisse

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 20.03.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/870
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 53-56
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

Entwicklung der Zahl von geringfügig Beschäftigten und des bürokratischen Aufwands der Betriebe nach der Reform des 630-DM-Gesetzes, Auswirkungen auf die Schwarzarbeit, Darlegung des Nachbesserungsbedarfs

Antr Veronika Netzhammer u.a. CDU 18.04.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/940
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 53-56
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Verlust von Arbeitsplätzen durch den Wegfall der 630-DM-Beschäftigungsverhältnisse

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 23)

Auswirkungen der Neuregelung der so genannten 630-DM-Arbeitsverhältnisse auf die Arbeit der Finanzämter

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XX.
S. 8
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 15.04.2003 Drs 13/2004

Auswirkungen der Neuregelung der Mini-Jobs auf die Personalsituation bei den Krankenkassen

Entrichtung der pauschalen Sozialabgaben und Lohnsteuer nur noch an eine zentrale Einzugsstelle, Auswirkungen auf die einzelnen gesetzlichen Krankenkassen

KIAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 29.04.2003 und Antw SM
Drs 13/2031

Forderung nach Streichung des 630-DM-Gesetzes

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 115

Belastung der Wirtschaft durch das 630-DM-Gesetz

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 507

Auswirkungen der 630-DM-Jobs auf die Wirtschaft, Feststellung einer unveränderten Zahl solcher Arbeitsverhältnisse, Eintreten für einen Niedriglohnsektor

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 639 698 705 706

Feststellung einer Zunahme der Beschäftigtenzahlen infolge des 630-DM-Gesetzes, Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des MinPräs und SM sowie des Statistischen Landesamts

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 840

Einführung von einfach gestalteten 630-Euro-Verträgen; Auswirkungen der 630-DM-Regelung bei den Sportvereinen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 947 964 1001

Belastung der Wirtschaft und der Vereine durch das 630-DM-Gesetz; Feststellung einer Zunahme der Beschäftigtenzahlen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678 1682 1707 1714 1715 1718 1720-1722

Zunahme von Schwarzarbeit und Verlust an Arbeitsplätzen infolge des 630-DM-Gesetzes, Verfehlung der angestrebten Senkung der Lohnzusatzkosten, Rücknahme des Gesetzes

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813-1816 1823 1825 1884

Kritik von Altbundeskanzler Helmut Schmidt an der Abschaffung der 630-DM-Jobs, Verzicht auf eine Beschränkung auf Haushaltsdienstleistungen bei der Wiedereinführung, Notwendigkeit eines Niedriglohnsektors

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115

Begrüßung der ab 01.01.2003 möglichen 400-Euro-Jobs für haushaltsnahe Dienstleistungen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2220

Belastung des Mittelstands durch das 325-Euro-Gesetz, Beurteilung der neu eingeführten Minijobs

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2356 2358-2360 2362 2363 2366 2368 2370 2371

Verhinderung einer Verteuerung der Minijobs mit höheren Sozialversicherungsbeiträgen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7961

Gerlingen

Würdigung der Seniorenarbeit der Stadt Gerlingen
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2552

Gerontologie

s. Altersforschung

Gesamtschule

Zukunft der Staudinger-Gesamtschule als „Schule der besonderen Art“

Berücksichtigung der Besonderheiten der integrierten Gesamtschule bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie von Französisch als Grundfremdsprache

KlAnfr Margot Queitsch SPD 12.11.2001 und Antw KM Drs 13/436

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr
s. Weiterführende Schule
Drs 13/3552

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangsquoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 07.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3633 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 22-24
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Ermöglichung der Weiterentwicklung selbstständiger Schulen zu Basisschulen bis zum Ende der Sekundarstufe I, Verankerung der gemeinsamen Basisschule (Regionale Schule) als Regelschule, Ermöglichung unterschiedlicher mittlerer Abschlüsse an allen bestehenden Schularten am Ende der Sekundarstufe I, Orientierung des Schulwesens am gemeinsamen Lernen aller Schüler mit individueller und differenzierter Förderung

GesEntw
s. Schule
Drs 13/5083

Bekräftigung des Verzichts auf Gesamtschulen in BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48

Verweisung auf das Scheitern von Gesamtschulexperimenten in anderen BLändern

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 341 342

Beschränkung von Ganztagsangeboten in NRW auf die Gesamtschulen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 468 469

Ergebnisse und Konsequenzen der PISA-Studie für die Gesamtschulen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 738 741 748

Abkehr von den Gesamtschulen nach den Ergebnissen der PISA-Studie

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1746 1747 1754 1769

Ablehnung der Forderung nach Regionalschulen, Bewertung als Gesamtschulen unter anderem Namen, Ergebnisse der PISA-Studie für die Gesamtschulen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2505-2507 2511-2513

Feststellung einer Verfehlung der angestrebten Ziele der Gesamtschulen, Hinweise auf eine mangelnde Übereinstimmung der erbrachten Leistungen mit der Notengebung an hessischen Gesamtschulen, Ablehnung einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu einer neuen Mittelschule, Verweisung auf die Stärken integrativer Schulsysteme

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2808-2810 2813 2822 2823 2825-2827 2830 2837 2839

Ergebnisse der PISA-Studie für die Gesamtschulen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3845

Bezeichnung einer sechsjährigen Grundschule als Schule mit Gesamtschulcharakter

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4178

Ergebnisse der PISA-Studie für die Gesamtschulen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5498

Vorbehalte gegen die Gesamtschulen, Verweisung auf das Scheitern des Gesamtschulkonzepts in Niedersachsen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5887

Ergebnisse der PISA-Studie für die Gesamtschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6300

Ermöglichung des gemeinsamen Unterrichts für Haupt- und Realschüler an Verbundschulen, Ablehnung der Bestrebungen um eine Einheitsschule

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6841-6844 6846 6849-6851 6862-6865

Erfolg der Gemeinschaftsschulen in Finnland bei den PISA-Studien, Leistungsfähigkeit der aus Haupt- und Realschule bestehenden Regionalschulen in Thüringen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6956 6959 6963

Verweisung auf das Scheitern des Gesamtschulkonzepts in NRW bzw auf die entsprechenden Ergebnisse des aktuellen PISA-Ländervergleichs; Plädoyer für eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7207 7213 7232 7234 7235 7238 7239 7241 7242 7246

Erfolgsbewertung der Gemeinschaftsschulen in Finnland; Ablehnung der Bestrebungen um eine Einheitsschule, Verweisung auf das Scheitern des Gesamtschulkonzepts in NRW

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7372 7374 7375 7456

Gesang

s. *Musik*

Geschäftsbereich

Entw einer Bekanntmachung der LReg über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr

s. *Ministerium*

Drs 13/127

Streichung des Geschäftsbereichs des Staatsrats für Lebensschutz

Antr

s. *Staatsrat*

Drs 13/752

Änd der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr

s. *Ministerium*

Drs 13/2892

Änd der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr

s. *Ministerium*

Drs 13/4294

Geschäftsführender Schulleiter

s. *Schulleiter*

Geschäftsordnung des Ltg

s. *Landtag, Geschäftsordnung*

Geschäftsstellenautomation

s. *Automation*

Geschenk

s.a. *Spende*

s.a. *Spiel*

Auswirkungen der von der BReg beabsichtigten Steueränderung auf die Absatzbarkeit von Weinpräsenen und Blumengeschenken

Auswirkungen auf Betriebe im Geschenkegeschäft, auf die Kartonenindustrie sowie Weinbaubetriebe und Floristikgeschäfte

Antr

s. *Steuerrecht*

Drs 13/1472

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der LKreisordnung

Einwerbung und Annahme von Zuwendungen Privater zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, Regelung des vom Bürgermeister und Gemeinderat einzuhaltenden Verfahrens, insbes der Entscheidungskompetenz des Gemeinderats über die Annahme der Spende, Schenkung o.ä. Zuwendung

GesEntw

s. *Gemeindeordnung*

Drs 13/4948

Klärung der Vorwürfe über die Annahme von Geschenken, insbes von der Federseeklinik Bad Buchau, durch den Ersten Direktor der LVA, Jürgen Schneider

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1622 1623 1627-1629

Geschichte

s.a. *Archäologie*

s.a. *Haus der Geschichte*

s.a. *Militärgeschichte*

Keine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschulen bei der Wahl des 4. schriftlichen Prüfungsfachs im Abitur

Pflicht zur Belegung des Fachs Geschichte als viertes schriftliches Prüfungsfach; Eintreten in der KMK für eine Gleichstellung der Waldorfschüler bei der Wahl des vierten schriftlichen Abiturprüfungsfachs mit den Schülern der staatlichen Gymnasien

Antr

s. *Abitur*

Drs 13/558

Geplante Streichung von zwei Professuren am Historischen Institut der Universität Stuttgart

Auswirkungen auf das Lehrangebot in den entsprechenden Studiengängen

KlAnfr Inge Utzt SPD 18.06.2002 und Antw MWK Drs 13/1091

Geschichtsunterricht an Gedenkstätten in BW

Besuch von Gedenkstätten zum Nationalsozialismus, Frage nach geeigneten Lehrkräften und Unterrichtsmaterialien in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, entsprechende Ausbildung von Lehrkräften und Einsatz als Multiplikatoren

KlAnfr

s. *Gedenkstätte*

Drs 13/3935

Imperium Romanum - auch in Stuttgart

Thematisierung der römischen Vergangenheit der Landeshauptstadt iRd Landesausstellung „Imperium Romanum - Roms Provinzen an Neckar, Rhein und Donau“; Planung weiterer Veranstaltungen sowie einer Einbindung der Schulen?

KlAnfr

s. *Ausstellung*

Drs 13/3264

Geisteswissenschaften an der Universität Stuttgart

Umsetzung der Empfehlungen einer internen Kommission zur Zukunftsfähigkeit der Philosophisch-Historischen Fakultät? Auswirkungen auf den Fortbestand der Lehramtsstudiengänge; Beurteilung eines Rückzugs auf die technischen Fächer; Gewährleistung einer Abstimmung mit den Profilen und Strukturentscheidungen der benachbarten Universitäten

KlAnfr

s. *Universität Stuttgart*

Drs 13/4057

Einige ausgewählte Umstände der Evaluation des Fachs Geschichte an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen durch die Evaluationsagentur BW

Frage nach den untersuchten Hochschulen u.a. Einrichtungen, der Inanspruchnahme von wissenschaftlichen Mitarbeitern, den verfügbaren Mitteln und angefallenen Kosten bei den Einrichtungen und der eingesetzten Expertengruppe

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 15.12.2005 und Antw MWK Drs 13/4983

200 Jahre Baden und Württemberg - Landesveranstaltungen im Jubiläumsjahr

Geplante Veranstaltungen und Publikationen sowie veranschlagte Mittel für die beiden Jubiläen, Veranstaltung einer großen Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs, Gründe für den Verzicht auf eine entsprechende Darstellung der badischen Landesgeschichte, Beurteilung der geplanten gemeinsamen Aktivitäten der Wirkstatt e.V. und der Landesvereinigung Baden in Europa, Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe für beide Landesteile unter Einbeziehung von Mitteln der Landesstiftung

KlAnfr
s. *Jubiläum*
Drs 13/5025

Ankündigung eines gemeinsamen deutsch-französischen Geschichtsbuchs

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6357

Ablehnung jeglicher Form von Geschichtsvergessenheit, Eintreten für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Geschichtsunterricht

s. *Geschichte*

Geschlechtskrankheit

Ges über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose

Regelung der Kostenträgerschaft durch die Landeswohlfahrtsverbände; Außerkrafttreten des Ges zur Ausführung des § 24 des Ges zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

GesEntw LReg 12.12.2002 Drs 13/1620
1. Beratung PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2403
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/1752
2. Beratung PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2577 2578
GesBeschl 19.02.2003 Drs 13/1831
GBI 2003 Nr. 3 S. 118 (Ges vom 25.02.2003)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Geschwindigkeitsbegrenzung

s.a. *Messgerät*
s.a. *Verkehrskontrolle*

Tempolimit zur Lärminderung auf der BAB 8 zwischen Wendlingen und Flughafen

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 27.08.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/201

Geschwindigkeitsmessanlage und Verkehrsleitsystem auf der A 8 zwischen Hohenstadt und Ulm/West

Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten sowie Ausfallzeiten der o.g. Einrichtungen; angezeigte Verstöße und erhobene Bußgelder seit Inbetriebnahme; Entwicklung des Verkehrs- und Unfallaufkommens; vergleichbare Anlagen auf anderen Autobahnabschnitten; Prüfung eines generellen Tempolimits und Überholverbots für Lkw

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 13/713

Geschwindigkeitsbeschränkung auf Bundesautobahnen in BW

Auflistung der geltenden Tempolimits und deren Begründung, Ergebnisse regelmäßiger Überprüfungen, Frage nach Änderungen seit 1996 bzw nach Unfällen aufgrund von Geschwindigkeitsübertretungen

KlAnfr Werner Pfisterer CDU 11.03.2002 und Antw UVM Drs 13/841

Lärmentlastung auf den Fildern

Mitteinsatz und Zeitplan zur Umsetzung von Vorschlägen des Lärminderungsplans Filder, u.a. auch im Bereich des Luftverkehrs; Aufbau von Lärmschutzwänden an der A 8 auf der Talbrücke Denkendorf und beim Sulzbachviadukt; Tempolimits auf der A 8 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und Wendlingen sowie auf der B 27 zwischen Aichtal und Degerloch; Verwendung von Flüsterasphalt bei notwendigen Fahrbahnsanierungen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/939

Sicherheit im Straßenverkehr

Errichtung von Streckenbeeinflussungsanlagen auf weiteren Autobahnabschnitten; Fortschreibung der Kriterien für die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Internationaler Führerschein und Führerscheinumschreibung
Befristete Erteilung internationaler Führerscheine, Hinwirkung auf den Wegfall der Befristung; Beschränkung der Berechtigung für Führerscheinbesitzer der ehemaligen Klasse 3 und der neuen Klasse M zum Führen von Kleinkrafträdern mit einer Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 45 km/h

KlAnfr
s. *Führerschein*
Drs 13/2478

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern
Art, Schwere, Ursachen und Folgen von Unfällen mit Kleintransportern seit 1998; Einbringung einer Gesetzesinitiative im BRat mit Empfehlungen des Verkehrsgerichtstags, u.a. verbesserte Fahrerqualifikation, Fahrzeug- und Ladungstechnik, verstärkte Kontrollen und Sanktionen sowie eines generellen Tempolimits

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2931

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen
Perspektiven des Automobilstandorts BW bei weiterhin steigenden Ölpreisen; Beurteilung einer gesetzlichen Flottenverbrauchsbegrenzung für Neufahrzeuge, Ersetzung von Mineralöl durch Biokraftstoffe, von (verpflichtenden) Spritsparkursen für alle Führerscheininhaber, eines generellen Tempolimits 130 auf Autobahnen u.a.

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Tempolimit auf der A 5 zwischen Freiburg-Süd und Neuenburg
Gründe für die Einführung bzw. Aufhebung der o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Darstellung der Unfallursachen und -statistik vor und nach Einführung des Tempolimits

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 09.11.2005 und Antw IM
Drs 13/4812

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw. auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Regelmäßige Überprüfung der eingerichteten Tempolimits
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2277

Ablehnung überzogener Beschränkungen, Notwendigkeit einer Streckenbeeinflussungsanlage zwischen Leonberger Dreieck und Anschlussstelle Esslingen, Kritik an der Aufhebung von Tempolimits; Reduzierung der Geschwindigkeit von Motorsportbooten auf dem Bodensee

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3284-3286 3288 3290-3293

Einführung und ständige Überprüfung von Tempolimits aus Gründen der Verkehrssicherheit

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4072

Befürwortung eines Tempolimits für Kleintransporter

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4336 4338

Geschwindigkeitsbeschränkung

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Geschwindigkeitskontrolle

s. *Verkehrskontrolle*

Gesellschaft

RegErkl - Integration fördern, Zusammenhalt stärken - Für eine offene und wertebewusste Gesellschaft - und Aussprache

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645-7675

Zunahme der Zahl von älteren und pflegebedürftigen Menschen, Darlegung der Herausforderungen dieser Entwicklung für die Gesellschaft, Ermöglichung einer gerechten Teilhabe der Generationen an der Gesellschaft

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771-7782

Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

s. *Außenwirtschaft*

Gesellschaft für Umweltmessungen und Umwelterhebungen

s. *Umweltmessung*

Gesetz

s.a. *Deregulierung*

Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung

Prüfung aller Kabinettsvorlagen und GesEntw auf ihre gleichstellungspolitischen Auswirkungen

GrAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1204

Maßnahmen zur Verringerung der Bürokratiebelastung in BW

Bisherige und zu erwartende Bürokratiebelastung vonseiten des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen sowie daraus folgende Wertschöpfungsverluste; Effizienz der Einrichtungen des Landes, z.B. Bürokratiekosten-TÜV und Standardpranger, im Vergleich zu anderen BLändern; Wirkungen von Experimentierklauseln und der Gesetzesfolgenabschätzung; Einbindung der Wirtschaftsorganisationen und Kammern

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/1521

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Rückübertragung von Gesetzgebungskompetenzen auf die Länder und Länderparlamente, Abschätzung von Gesetzesfolgen und Regelung der Kostenträgerschaft bei Übertragung von Aufgaben, Stärkung der Steuerautonomie

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1796

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben sowie von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Stärkung der Eigenverantwortung der Länder

Bisherige und noch vorgesehene Maßnahmen in dieser WP zur Stärkung der finanziellen und gesetzgeberischen Eigenverantwortung der Länder sowie zur Förderung des Subsidiaritätsgedankens und Stärkung der Regionen auf europäischer Ebene

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/2323

Ankündigung gesetzwidrigen Verhaltens des Biberacher Landrats

Beurteilung der angedrohten Nichtbeachtung von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften, wenn keine Aufgabenreduzierung im Zuge der Verwaltungsreform erfolgt; Vereinbarkeit mit dem Amt und den Pflichten eines Landrats; Maßnahmen zur Unterbindung eines solchen Verhaltens

Antr
s. *Schneider, Peter MdL CDU*
Drs 13/2636

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw. Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/3727

Feststellung eines Rückgangs der Zahl von Gesetzen und Verordnungen um 25 % seit 1982

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2381 2385 2389

Begründung der Prinzipien der Nachhaltigkeit, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in jedem GesEntw der EU-Kommission; Zuleitung an die nationalen Parlamente mit der Gelegenheit zur Stellungnahme; Beteiligung des Europäischen Parlaments an der Gesetzgebung

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3308-3310 3316 3317 3321

Zahl von Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften auf Bundesebene; Abbau von überflüssigen Standards; Vorschläge der LReg zu Entbürokratisierung; Einführung eines Verfallsdatums von fünf Jahren für Gesetze

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606-3610 3628 3629 3686

Ermöglichung der Überprüfung jedes GesEntw der EU-Kommission durch die nationalen Parlamente auf Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801 3809

Verlust von Gesetzgebungskompetenzen an Berlin und Brüssel, Bemühungen um Rückgabe an die Landesparlamente iRd Föderalismuskommission; Aufforderung des Parlaments zu mehr Eingriffsbereitschaft in GesEntw der LReg

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4083-4092

Einführung eines Verfallsdatums für Gesetze; Kritik an schlammigen Gesetzesberatungen unter Zeitdruck auf Bundesebene

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4965 5010 5011

Ermöglichung der Überprüfung jedes GesEntw der EU-Kommission durch die nationalen Parlamente auf Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip, Herstellung von Transparenz in den Rechtssetzungsverfahren der EU

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120-5132

Ermöglichung der Überprüfung jedes GesEntw der EU-Kommission durch die nationalen Parlamente auf Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip, Herstellung von Transparenz in den Rechtssetzungsverfahren der EU

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5377-5379

Rückgabe gesetzgeberischer Spielräume vom Bund an die Landtage, Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Ausmaß der von der EU initiierten Gesetzgebung, Mitwirkung der Länder an der europäischen Rechtssetzung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5495-5511

Ermöglichung der Überprüfung jedes GesEntw der EU-Kommission durch die nationalen Parlamente auf Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5590

Rückgewinnung von Gesetzgebungskompetenzen der Landesparlamente

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5641

Anpassung der großen Gesetzeswerke an die gesellschaftlichen Veränderungen, Bedenken wegen einer zu großzügigen Übertragung von Regelungskompetenz auf die Exekutive mit den RechtsVO in den Gesetzen, Rückholung von Gestaltungsrechten des Gesetzgebers

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5947

Anregung einer synoptischen Gegenüberstellung des alten und neuen Rechts in Gesetzgebungsverfahren

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6246 6247

Überprüfung von Gesetzen mit dem Ziel einer Rückübertragung von Verordnungsermächtigungen in die Regelungskompetenz des Landtags

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419

Überprüfung von Gesetzen mit dem Ziel einer Rückübertragung von Verordnungsermächtigungen in die Regelungskompetenz des Landtags

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491

Rückgabe gesetzgeberischer Spielräume an die Landtage, Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7287-7291

Bewertung der Gesetzgebungsarbeit des Landtags am Ende der 13. WP, Verweisung auf die Rekordzahl von 132 verabschiedeten Gesetzen, Rückerlangung von Gesetzgebungskompetenzen im Zuge der Föderalismusreform
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011 8012

Gesetz über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

s. Fehlbelegungsabgabe

Gesetz über den Freiwilligen Polizeidienst

s. Polizeihelfer

Gesetz über den Kommunalen Versorgungsverband

s. Kommunalen Versorgungsverband

Gesetz über den Kommunalverband für Jugend und Soziales

s. Kommunalverband für Jugend und Soziales

Gesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Anpassungen im Bereich des JuM, Landesgesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Gesetz über die Einschränkung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln

s. Pflanzenbehandlungsmittel

Gesetz über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

s. Region Stuttgart

Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit

s. Freiwillige Gerichtsbarkeit

Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit

s. Kommunale Zusammenarbeit

Gesetz über die Landeskreditbank

s. Landeskreditbank

Gesetz über die Organisation der ordentlichen Gerichte

s. Gerichtsorganisationsgesetz

Gesetz über die Pädagogischen Hochschulen

s. Pädagogische Hochschule

Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

s. Personenverkehr

Gesetz über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen

s. Fraktion

Gesetz über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der automatisierten Datenverarbeitung

s. Datenverarbeitung

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

s. Ordnungswidrigkeit

Gesetz über staatliche Lotterien

s. Lotterie

Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz

s. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Gesetz zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

s. Agrarstruktur

Gesetz zur Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

s. Wohlfahrtspflege

Gesetz zur Ausführung der Finanzgerichtsordnung

s. Finanzgericht

Gesetz zur Ausführung der Werkstättenverordnung

s. Werkstatt für Behinderte

Gesetz zur Ausführung des Bundesdisziplinargesetzes

s. Disziplinarrecht

Gesetz zur Ausführung des Fleischhygienegesetzes

s. Fleischhygiene

Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes

s. Gerichtsverfassung

Gesetz zur Ausführung des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes*s. Lebensmittelrecht***Gesetz zur Ausführung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch***s. Sozialrecht***Gesetz zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetzes***s. Tierkörperbeseitigung***Gesetz zur Ausführung des Tierseuchengesetzes***s. Tierkrankheit***Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch***s. Sozialrecht***Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch***s. Sozialrecht***Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten***s. Geschlechtskrankheit***Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit***s. Scheinselbstständigkeit***Gesetz zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie***s. Psychiatrie***Gesetz zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen***s. Frauenförderung***Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit***s. Steuermoral***Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen***s. Behinderter***Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen***s. Behinderter***Gesetz zur Neuordnung der Gebäudeversicherung***s. Gebäudeversicherung***Gesetz zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung***s. Wirtschaftsförderung***Gesetz zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen***s. Zulage zum Arbeitsentgelt***Gesetz zur Unterseefischereiordnung***s. Fischereirecht***Gesetzesfolgenabschätzung***s. Gesetz***Gesetzliche Pflegeversicherung***s. Pflegeversicherung***Gesetzliche Rentenversicherung***s. Rentenversicherung***Gesetzliche Unfallversicherung***s. Unfallversicherung***Gestüt Marbach***s. Pferdezucht***Gestützte Kommunikation***s. Kommunikation***Gesundheit***s.a. Gesundheitsgefährdung**s.a. Gesundheitsvorsorge**s.a. Gesundheitswesen**s.a. Heilverfahren**Gesundheitliche Situation von Frauen in BW*

Entwicklung der Lebenserwartung und Erkrankungen von Frauen und Männern seit 1950, Erhebung und Auswertung geschlechtsdifferenzierter Daten; Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten im selben Zeitraum, Art und Akzeptanz von Vorsorgeuntersuchungen sowie Früherkennung von Krebs, Art und Erfolg der angebotenen Heilverfahren; Entwicklung des Suchtverhaltens; Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr CDU 27.06.2002 und Antw SM Drs 13/1123 (41 S.)
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3209-3217

Gesundheit in Europa

Bestrebungen der EU-Kommission zur Harmonisierung der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten; Auswirkungen des Verfahrens der „offenen Koordination“ auf die Kompetenzverteilung zwischen EU, Bund und Ländern; Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung; grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, insbes mit der Schweiz; gegenseitige Behandlung von Patienten, Unterstützung der Leistungsanbieter ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten; Beurteilung der geplanten europaweiten Krankenversicherungskarte sowie der gegenseitigen Anerkennung von Pflegeberufsabschlüssen und der ärztlichen Approbation

GrAnfr CDU 10.07.2002 und Antw SM Drs 13/1163 (27 S.)
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2950-2958

Gesundheit hat Zukunft

Verstärkung der Werbung um Gäste im Gesundheitstourismus im Wettbewerb mit anderen BLändern, Nutzung der Spitzenqualität in Gastronomie und Hotellerie als Konkurrenzvorteil

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 12.03.2003 und Antw WM Drs 13/1871

Genehmigung des Gesundheitsbonusmodells der BKK Fahr durch die LReg

Frage nach einer unabhängigen wissenschaftlichen Evaluation des o.g. Beitragsmodells, Beurteilung der Wartezeit von sechs Monaten für die Teilnahme der Versicherten

Antr
s. *Krankenversicherung*
Drs 13/1888

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechter-spezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 17.12.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2750 (25 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.04.2004 Drs 13/3492 S. 56 57
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Haltung des Nationalen Ethikrats zu Gesundheitstests für Arbeitsplatzbewerber

Zuerkennung des Rechts der Arbeitgeber auf Verlangen eines gentechnisch abgestützten Gesundheitsstatus unter bestimmten Voraussetzungen, Beurteilung unter Aspekten wie Versicherungsrecht, Datenschutz, Recht auf Unwissenheit über eigene unheilbare Krankheiten u.a.m.; Ablehnung eines evtl GesEntw der BReg nach den Vorstellungen des Nationalen Ethikrats im BRat

KIAnfr
s. *Gesundheitsuntersuchung*
Drs 13/4628

Gesundheitsamt

s. *Gesundheitsbehörde*

Gesundheitsbehörde

s.a. *Heimaufsicht*

Aids-Prävention und Aids-Krankenversorgung in BW - Zwischenbilanz

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Vergleich mit anderen BLändern; Mitteleinsatz der Krankenkassen in BW; Inanspruchnahme der ärztlichen Betreuung und Behandlung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/847

Behandlung von meldepflichtigen Vorgängen wie z.B. Hepatitis Zwingende Maßnahmen der Gesundheitsbehörden bei meldepflichtigen Erkrankungen

KIAnfr Reinhold Gall SPD 31.05.2002 und Antw SM Drs 13/1032

Neubesetzung der Leitung des Landesgesundheitsamtes

Neubesetzung der o.g. Position ohne öffentliche Ausschreibung?

KIAnfr Ursula Haußmann SPD 22.10.2002 und Antw SM Drs 13/1415

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des GesundheitsdienstGes
GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Aufgaben der Gesundheitsämter - Verwaltungsreform

Aufgaben vor und nach dem 01.01.2005; Eingliederung von Ärzten der Versorgungsämter in die Gesundheitsämter der LKreise zur Erstellung von Gutachten, Beschleunigung der Bearbeitung entsprechender Anträge; Prüfung einer Übertragbarkeit von Aufgaben auf niedergelassene Ärzte o.a. Stellen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3655
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.11.2004 Drs 13/4187 S. 42
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Situation der AIDS-Hilfegruppen in BW

Aufgabenwahrnehmung, räumliche Verteilung und Finanzierung o.g. Gruppen seit 1999; Beteiligung der Krankenkassen und Gesundheitsämter; Vergleich der Kosten und Wartezeiten der Tests bei niedergelassenen Ärzten/Labormedizinern und den Gesundheitsämtern, Empfehlung einer Eigenbeteiligung der Testpersonen an den Testkosten der Gesundheitsämter sowie einer Übertragung der Schulprävention gegen einen finanziellen Ausgleich von den Gesundheitsämtern an die Aids-Hilfegruppen

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3656

Nationaler Influenzapandemieplan

Umsetzung der Bund-Länder-Empfehlungen für einen nationalen Pandemieplan, Vorkehrungen zur Verteilung des Impfstoffs und Durchführung der Impfungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, vorhandene und notwendige Krankenhauskapazitäten

Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4068

HIV-Neuinfektionen und HIV-Prävention in BW

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen seit 2000; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Ziele, Ergebnisse und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „AIDS-Prävention“; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern

und sonstigen Trägern; Umfang und Ausgestaltung der Prävention und Sexualkunde im Schulunterricht; geplante Projekte zur Fußball-WM 2006

Antr
s. *Aids*
Drs 13/4799

Vorbereitung der Abwehr von terroristischen Angriffen mit biologischen Waffen, Verstärkung der Kapazitäten beim LGSundheitsamt

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364

Erinnerung an die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Landratsämter 1995; Übertragung der Aufgaben des Landesgesundheitsamts auf das RegPräs Stuttgart

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4916 4919 4926 4928

Erinnerung an die Eingliederung der Gesundheitsämter in die Landratsämter 1995

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4997 4998

Gesundheitsbereich

s. *Gesundheitswesen*

Gesundheitsdienstgesetz

s. *Gesundheitswesen*

Gesundheitsgefährdung

s.a. *Krankheit*

Verharmlosende Gesundheitsgefahren durch Cannabis-Konsum
Beurteilung der „Weihnachtsaktion“ der Jungliberalen in Heilbronn bzw des Gefahrenpotenzials von Haschischkonsum

Antr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 13/619

Gesundheitliche Schäden durch Absinth

Gesundheitliche Gefahren durch Getränke mit ätherischen Ölen der Wermutpflanze; Unterbindung des Verkaufs mittels einer Gesetzesinitiative

Antr
s. *Getränk*
Drs 13/621

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/1029

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhal tung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und

Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/3631

Unerwünschte Arzneimittelwirkungen (UAW)

Art und Schwere sowie Bewertung o.g. gemeldeten Fälle in der Vermarktungsphase des Medikaments Vioxx; Einstufung der Sicherheit des Medikaments im Vergleich zu anderen alternativen Arzneimitteln; Einführung weiterer Systeme der Intensivfassung seit 2001; Stand der Vorlage eines Konzepts für ein Netzwerk von klinikbasierten Pharmakovigilanzzentren

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3668

Gesundheitsrisiko durch Radon in BW

Auftreten und Gefahrenpotenzial von erhöhten Radonkonzentrationen in BW; Beurteilung eines erhöhten Krebsrisikos; Unterstützung der Betroffenen; Frage nach Untersuchungen und Programmen zur Messung und Sanierung von Wohnungen und Gebäuden

Antr
s. *Radon*
Drs 13/4208

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Ursachen und gesundheitsgefährdende Wirkungen der Feinstäube; Standortwahl und Ergebnisse der Messstationen; vorhandene Luftreinhaltepläne, Vergleich mit anderen EU-Ländern, Vorbereitung auf die nächste Verschärfung der Grenzwerte

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4262

Vogelgrippeviren und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit

Einschätzung der o.g. Gefahren durch Einschleppung über den Vogelzug und (Flug-)Reisende, insbes einer Influenzapandemie durch Verbindung des Vogelgrippevirus mit dem menschlichen Grippevirus; Vorkehrungen der LReg und Bürger, Verstärkung der Kontrollen an den Flughäfen und Außengrenzen

Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4721

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Standorte der einzelnen Messstellen, gemessene Werte bzw Grenzwertüberschreitungen, gesundheitliche Auswirkungen, Effizienz der erlassenen und geplanten Luftreinhalte- und Aktionspläne, notwendige zusätzliche Maßnahmen; Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf

den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Beurteilung möglicher Gesundheitsrisiken des Mobilfunks, Verweisung auf Hinweise vorliegender Studien, Aufstockung der Forschungsmittel

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 241-245

Warnung der Verbraucher vor Lebensmitteln in Fällen einer konkreten Gesundheitsgefährdung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 652 657-659 661

Warnung der Verbraucher vor Lebensmitteln in Fällen einer konkreten Gesundheitsgefährdung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1867

Beurteilung möglicher Gesundheitsrisiken des Mobilfunks, Verweisung auf Hinweise vorliegender Studien

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3689-3694

Beurteilung der Gesundheitsrisiken von Chemikalien bzw von gentechnisch veränderten Lebensmitteln

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4570 4572-4574 4592-4595 4598

Ursachen und gesundheitsgefährdende Wirkungen der Feinstäube

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6343 6346 6348

Befürchtungen um gesundheitliche Risiken der grünen Gentechnik

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6647 6648 6657 6658

Beurteilung der gesundheitlichen Gefahren durch erhöhte Feinstaubkonzentrationen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6712 6713 6717 6719 6720 6722

Erkenntnisse über die gesundheitlichen Gefahren des Rauchens, Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen; Beurteilung der gesundheitlichen Gefahren durch erhöhte Feinstaubkonzentrationen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7615-7619 7621 7622 7640-7644

Erkenntnisse über die gesundheitlichen Gefahren des Rauchens, Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7747-7751

Gesundheitskarte

s. *Versicherungsunterlagen*

Gesundheitspolitik

s. *Gesundheitswesen*

Gesundheitsprävention

s. *Gesundheitsvorsorge*

Gesundheitsreform

s. *Gesundheitswesen*

Gesundheitstest

s. *Gesundheitsuntersuchung*

Gesundheitsuntersuchung

s.a. *Frauenheilkunde*
s.a. *Heilverfahren*
s.a. *Krankenunterlagen*
s.a. *Medizinisches Gerät*
s.a. *Rechtsmedizin*
s.a. *Röntgen*
s.a. *Tomographie*

Magnetresonanztomografie zur Brustkrebsvorsorge

Entwicklung der Zahlen von Erkrankungen und Todesfällen von Frauen durch Brustkrebs in BW, bundesweit und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA; Initiativen zur Aufnahme des o.g. Untersuchungsverfahrens in den Leistungskatalog der Krankenkassen

Antr
s. *Tomographie*
Drs 13/95

Einsatz der Positronen-Emissions-Tomographie (PET)

Bewertung des o.g. Diagnoseverfahrens, Gründe für die regional und nach Kassenart unterschiedliche Handhabung der Kostenübernahme

KlAnfr
s. *Tomographie*
Drs 13/162

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere sowie der Früherkennung bei den frauenspezifischen Krebserkrankungen, Darlegung der Erkrankungs- und Mortalitätsrate bei Krebserkrankungen, Qualität und Erfolg der zugänglichen Heilverfahren

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Gebärmutterhalskrebsvorsorge

Entwicklung der Zahl o.g. Erkrankungen und Todesfälle in den letzten zehn Jahren, Einschätzung einer vergleichenden Studie der Universität Tübingen zur bisherigen Vorsorgeuntersuchung und einer neuen Untersuchungsmethode; Eintreten für die Einführung dieser neuen Methode

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/2284

Ärztliche/Zahnärztliche Gutachten in Sozialgerichtsverfahren

Zahl und Kosten der von den Sozialgerichten in Auftrag gegebenen Gutachten seit 1998, Entscheidungsbefugnis der Richter für die Gutachterausswahl und Auftragsvergabe; Beurteilung des Vorschlags zur Bildung eines Gutachterpools mit verbindlichen Bearbeitungszeiten und einer klaren Honorarordnung, Verfügbarkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für entsprechende Gutachten

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2599

Rechtsstaatlicher Umgang mit Restblutproben beim Neugeborenen-Screening

Rechtsgrundlagen der o.g. Früherkennungsuntersuchung, der Aufbewahrung und evtl späteren Nutzung der Teststreifen; Notwendigkeit einer Einwilligungserklärung der Eltern und der Einrichtung einer Gendatei? Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 26.11.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2665

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.03.2004 Drs 13/3492 S. 52-54

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Abschiebung der Familie Usta aus Freiburg

Umstände der o.g. Abschiebung, Gesundheitszustand und Reisefähigkeit der Familienmitglieder, insbes der Mutter; Gründe für die Ablehnung eines amtsärztlichen Gutachtens bzw des Gutachtens der Universitätsklinik Freiburg, geforderte Qualität von Amts- und Privatgutachten, fachliche Voraussetzungen der beauftragten Ärzte

KlAnfr

s. *Ausweisung*

Drs 13/2747

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechtsspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr

s. *Gesundheit*

Drs 13/2750

Brustkrebsbehandlung und Mammographie-Screening

Auflistung der an Krankenhäusern angesiedelten Brustzentren, Art der Zertifizierung nach deutschem oder EU-Recht, Stand der flächendeckenden Einführung des Mammographie-Screenings, Gründe für das Unterschreiten europäischer Qualitätsvorgaben, Art der Benachrichtigung der Frauen, Position der Landesärztekammer und des Datenschutzbeauftragten

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 13/3934

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Definition verschiedener Konsummuster, wie z.B. gelegentlicher oder regelmäßiger Konsum von Cannabis u.a. Betäubungsmittel, durch die Führerscheinebehörden; Darlegung der jeweils angeordneten Überprüfungen, wie z.B. ärztliches Gutachten, Drogenscreening oder MPU, sowie der verhängten Sanktionen bis hin zum sofortigen Entzug der Fahrerlaubnis

Antr

s. *Kraftfahrer*

Drs 13/3340

Mammographie-Screening in BW

Stand der Umsetzung der vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen beschlossenen Richtlinien zur Früherkennung

von Brustkrebs; regelmäßige persönliche Einladung aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren zu den o.g. Vorsorgeuntersuchungen, entsprechende Anpassung des MeldeGes und der Meldeverordnung

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 13/3353

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in BW

Rechtsgrundlagen, Kosten sowie vorgesehene Daten zur Dokumentation und Speicherung auf einer eGK; Auswahl der Regionen zur modellhaften Erprobung; Weiterentwicklung zur freiwilligen Einführung einer elektronischen Patientenakte zur Verhinderung von Mehrfach- und Fehluntersuchungen; Auswirkungen einer Europäischen Gesundheitskarte für die Versicherten, Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch

Antr

s. *Versicherungsunterlagen*

Drs 13/3694

Situation und Behandlung HIV-positiver Frauen im Strafvollzug

Notwendige und tatsächliche Kontrolluntersuchungsdichte, Qualifizierung der Anstaltsärzte, Weiterreichung der von der Deutschen AIDS-Stiftung zur Verfügung gestellten Gelder für Zusatzernährung an die betroffenen Frauen

KlAnfr

s. *Aids*

Drs 13/3918

Schuleingangsuntersuchung

Beibehaltung der Schuleingangsuntersuchung für Schulanfänger

Antr

s. *Schulanfänger*

Drs 13/4301

Schuleingangsuntersuchungen

Gründe und Folgen des Verzichts auf die o.g. Pflichtuntersuchungen; Erreichbarkeit der Schüler, insbes aus sozial schwachen und Migrantenfamilien, und der schulrelevanten Informationen über Gesundheits-, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen mit evtl alternativen Untersuchungen; Vereinbarkeit mit dem neuen Schwerpunkt der frühkindlichen Sprachförderung und dem Konzept des „Schulreifen Kindes“; Frage nach der Grundlage für eine künftige prospektive regionale Gesundheitsplanung; Erwägung eines Untersuchungsangebots bereits im Kindergarten und einer entsprechenden Qualifizierung der Erzieherinnen

Antr

s. *Schulanfänger*

Drs 13/4313

HIV-Untersuchungen in der Schwangerschaft

Senkung der Mutter-Kind-Übertragungsrate durch die frühzeitige Information von Schwangeren und qualifizierte HIV-Diagnostik; Verbreiterung der Basis für HIV-Vorsorgeuntersuchungen, Höhe der hierfür anfallenden und von den Ärzten mit den Krankenkassen abrechenbaren Kosten, Gegenüberstellung der Behandlungskosten für ein infiziertes Kind

Antr

s. *Aids*

Drs 13/4329

Schuleingangstest

Qualitätsbeurteilung der o.g. Untersuchungen, Gewährleistung des aktuellen Standards der Entwicklungs-, Schul- und Neuropsychologie sowie der bei den erfolgreichen „PISA-Ländern“ Finnland und Kanada angewandten Testformen

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4335

Beibehaltung der Schuleingangsuntersuchung für Schulanfänger

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4361

Ges über die Zentrale Stelle zur Durchführung des Einladungswesens iRd Mammographie-Screenings

Bestimmung als öffentliche Stelle; Regelungen zur Anforderung, Speicherung und Verarbeitung der Daten aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren von den Meldebehörden

GesEntw
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4384

Haltung des Nationalen Ethikrats zu Gesundheitstests für Arbeitsplatzbewerber

Zuerkennung des Rechts der Arbeitgeber auf Verlangen eines gentechnisch abgestützten Gesundheitsstatus unter bestimmten Voraussetzungen, Beurteilung unter Aspekten wie Versicherungsrecht, Datenschutz, Recht auf Unwissenheit über eigene unheilbare Krankheiten u.a.m.; Ablehnung eines evtl GesEntw der BRag nach den Vorstellungen des Nationalen Ethikrats im BRat

KlAnfr Ulrich Müller CDU 02.09.2005 und Antw SM Drs 13/4628

Stand der Umsetzung des Mammographie-Screenings in BW

Erhebung deutlich höherer als die im GesEntw 13/4384 eingeschätzten Gebühren durch die Einwohnermeldeämter für die Lieferung des zur Einladung erforderlichen Adressmaterials; Beteiligung an den Kosten des Mammographie-Screenings für die iRd freien Heilfürsorge versicherten Frauen

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4807

Ergebnisse von Schuleingangsuntersuchungen, Verbesserung der Kooperation von Schulen und Kinderärzten

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1374

Einführung regelmäßiger Gesundheitsuntersuchungen für Kraftfahrer ab dem 50. Lebensjahr

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3286

Entwicklungsdefizite bei einem Fünftel aller Kinder nach den Ergebnissen von Schuleingangsuntersuchungen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7203

Verbesserung der Qualitätskontrolle beim Mammographie-Screening mit dem neuen Krebsregister; Notwendigkeit eines Zweitgutachtens vor der Gewährung von Urlaub und Vollzugslockerungen für Patienten im Maßregelvollzug

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7823 7826-7830

Gesundheitsvorsorge

s.a. *Agenda 21*
s.a. *Arbeitsmedizin*
s.a. *Betriebsarzt*
s.a. *Ernährung*
s.a. *Gesundheitsuntersuchung*
s.a. *Immissionsschutz*
s.a. *Impfung*
s.a. *Krebsregister*
s.a. *Kur*
s.a. *Strahlenschutz*
s.a. *Tomographie*

Magnetresonanztomografie zur Brustkrebsvorsorge

Entwicklung der Zahlen von Erkrankungen und Todesfällen von Frauen durch Brustkrebs in BW, bundesweit und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA; Initiativen zur Aufnahme des o.g. Untersuchungsverfahrens in den Leistungskatalog der Krankenkassen

Antr
s. *Tomographie*
Drs 13/95

Gesundheitsprävention in BW

Einflussnahme auf die Präventions- und Therapieangebote der Kostenträger im Bereich von Herz-Kreislaufkrankungen, Schlaganfällen, Rückenleiden, Lungenerkrankungen und Sturzprophylaxe für ältere Menschen; ökonomische Wirkungen eines Ausbaus der Prävention; Evaluation der Angebote mit wissenschaftlichen Methoden, Entwicklung von Leitlinien

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 17.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/320 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.03.2002 Drs 13/997 S. 28 29
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Lymphdrainage zur Ödemvermeidung nach einer Brustkrebsoperation

Steigerung der Überlebenschance und Vermeidung neuer Ödeme durch o.g. Behandlung als Dauerprophylaxe, Beurteilung der Minimalforderung bzw einer BRatsinitiative zur Einstufung als Regelfall-Langfrist-Verordnung nach dem Heilmittelkatalog

Antr
s. *Heilverfahren*
Drs 13/446

Aids-Prävention und Aids-Krankenversorgung in BW - Zwischenbilanz

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Vergleich mit anderen BLändern; Mitteleinsatz der Krankenkassen in BW; Inanspruchnahme der ärztlichen Betreuung und Behandlung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/847

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Vorsorge- und Rehabilitationskuren sowie der Heilverfahren bei den Rentenversicherungsträgern seit 1997,

Ausgleich der Leistungseingriffe der früheren BReg, Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere sowie der Früherkennung bei den frauenspezifischen Krebserkrankungen, Darlegung der Erkrankungs- und Mortalitätsrate bei Krebserkrankungen, Qualität und Erfolg der zugänglichen Heilverfahren

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Demenzerkrankungen - eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung

Entwicklung der Formen und Verbreitung o.g. Krankheitsbilder; vorhandene Verfahren zur Früherkennung, Prävention und Therapie; Versorgung der Erkrankten durch Angehörige, ambulante und stationäre Einrichtungen; Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Modellprojekten

Antr
s. *Gehirnkrankheit*
Drs 13/1259

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Zahlen und Gründe für Frühpensionierungen in den vergangenen zehn Schuljahren; Maßnahmen zur Umsetzung des ArbeitsschutzGes an Schulen; Beteiligung von Schulen, Schulkindergärten und Lehrkräften an der Testphase 2002; Vorlage, Interpretation und Konsequenzen der Ergebnisse; Ausbau der Stelle des Betriebsarztes als Anlaufstelle und weisungsfreie Zuordnung als Stabstelle der Ministerin bzw dem Ministerialdirektor; Anstreben einer Einigung mit den Kommunen über die Finanzierung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/1933

Gebärmutterhalskrebsvorsorge

Entwicklung der Zahl o.g. Erkrankungen und Todesfälle in den letzten zehn Jahren, Einschätzung einer vergleichenden Studie der Universität Tübingen zur bisherigen Vorsorgeuntersuchung und einer neuen Untersuchungsmethode; Eintreten für die Einführung dieser neuen Methode

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 18.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2284
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 10
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Hitzetote und Folgen der Hitzewelle in BW

Frage nach der Zahl o.g. Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen; Konsequenzen aus der Problematik des Flüssigkeitsmangels von alten, kranken und behinderten Menschen in Heimen; Vorlage eines neuen Gesamtkonzepts zur Vorsorge und zum Schutz von Risikogruppen; Beteiligung an einem Vorhersageprojekt des Deutschen Wetterdienstes

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2374

Situation der Sportvereine in BW

Projekte von Sportverbänden und -vereinen zur Gewaltprävention, Gesundheitsförderung, Integration von Ausländern und Behinderten

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Rechtsstaatlicher Umgang mit Restblutproben beim Neugeborenen-Screening

Rechtsgrundlagen der o.g. Früherkennungsuntersuchung, der Aufbewahrung und evtl späteren Nutzung der Teststreifen; Notwendigkeit einer Einwilligungserklärung der Eltern und der Einrichtung einer Gendatei? Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte

Antr
s. *Gesundheitsuntersuchung*
Drs 13/2665

Gesundheitsprävention als Länderaufgabe

Frage nach Plänen und Auswirkungen einer Ansiedlung o.g. Aufgaben auf Bundesebene, bisherige Organisation und Mitgestaltungsmöglichkeiten des Landes; Sicherstellung der Zuständigkeit der Länder

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 12.12.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2732
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 29 30
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Rehabilitationssport als wichtiger Bestandteil der Prävention

Art und Höhe der Bezuschussung o.g. Angebote durch die gesetzlichen Leistungsträger, Kreis der Anspruchsberechtigten und Zeitdauer der Förderung, Übertragung der notwendigen Übungen von chronisch Kranken in deren eigene Verantwortung

KIAnfr
s. *Sport*
Drs 13/2744

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Brustkrebsbehandlung und Mammographie-Screening

Auflistung der an Krankenhäusern angesiedelten Brustzentren, Art der Zertifizierung nach deutschem oder EU-Recht, Stand der flächendeckenden Einführung des Mammographie-Screenings, Gründe für das Unterschreiten europäischer Qualitätsvorgaben, Art der Benachrichtigung der Frauen, Position der Landesärztekammer und des Datenschutzbeauftragten

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 05.01.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/3934
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.03.2005 Drs 13/4379 S.

57-59

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Mammographie-Screening in BW

Stand der Umsetzung der vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen beschlossenen Richtlinien zur Früherkennung von Brustkrebs; regelmäßige persönliche Einladung aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren zu den o.g. Vorsorgeuntersuchungen, entsprechende Anpassung des MeldeGes und der Meldeverordnung

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 07.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3353

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 47-49

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Versetzungen von Lehrkräften in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den letzten fünf Jahren im Vergleich mit anderen BLändern und mit dem gesamten öffentlichen Dienst; Auswirkungen der Teildienstfähigkeit und der Verwaltungsreform; Ergebnisse und Konsequenzen der in einem Pilotprojekt 2002 erstellten Gefährdungsanalysen an Arbeitsplätzen; Umsetzung eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Schulen und Schulkindergärten; Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel

Antr

s. *Arbeitsschutz*

Drs 13/3442

Situation der AIDS-Hilfegruppen in BW

Aufgabenwahrnehmung, räumliche Verteilung und Finanzierung o.g. Gruppen seit 1999; Beteiligung der Krankenkassen und Gesundheitsämter; Vergleich der Kosten und Wartezeiten der Tests bei niedergelassenen Ärzten/Labormedizinern und den Gesundheitsämtern, Empfehlung einer Eigenbeteiligung der Testpersonen an den Testkosten der Gesundheitsämter sowie einer Übertragung der Schulprävention gegen einen finanziellen Ausgleich von den Gesundheitsämtern an die Aids-Hilfegruppen

Antr

s. *Aids*

Drs 13/3656

Folsäureanreicherung von Grundnahrungsmitteln

Einschätzung der o.g. Möglichkeit zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und der erwarteten Effekte, insbes zur Vermeidung von Missbildungen in der Schwangerschaft; Frage nach internationalen Erfahrungen und der Bewertung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung; Art und Auswirkungen einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Jod und Fluor

Antr

s. *Folsäure*

Drs 13/3667

Ernährung und Ernährungsinformation „Gesunde Ernährung“

Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern bzw zur Vermeidung von Übergewicht und Adipositas, Begleitung der Schulverpflegung, Koordination der Vielzahl von Projekten der verschiedenen Ministerien, Verankerung der Initiativen „Brennpunkt Lebensmittel - Blickpunkt Ernährung“ und „BeKi - Bewusste Kinderernährung“ im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsreform in den LKreisen

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/3914

Nationaler Influenzapandemieplan

Umsetzung der Bund-Länder-Empfehlungen für einen nationalen Pandemieplan, Vorkehrungen zur Verteilung des Impfstoffs und Durchführung der Impfungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, vorhandene und notwendige Krankenhauskapazitäten

Antr

s. *Infektionskrankheit*

Drs 13/4068

Auswirkungen des PräventionsGes auf BW

Höhe der verfügbaren Mittel und Träger zur Umsetzung des PräventionsGes, Beteiligung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit; Auflistung der zu Projektmitelanträgen berechtigten Organisationen auf Landes- und Regionalebene; Bevorzugung von Sportvereinen mit qualifizierten Übungsleitern bei der Durchführung von bewegungsorientierten Präventionsangeboten gegenüber Volkshochschulen u.a. mit öffentlichen Mitteln geförderten Trägern

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 23.02.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4088

BeschlEmpf und Bericht SozA 07.04.2005 Drs 13/4745 S. 55-57

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordination nach der Baustellenverordnung

Ausmaß der Einhaltung der VO von öffentlichen und privaten Auftraggebern durch Bestellung von geeigneten Koordinatoren; Frage nach Verbesserungen bzw Bestrebungen zur Abschaffung der VO

KIAnfr

s. *Arbeitsschutz*

Drs 13/4124

Praxis der Krankenkassen bei der Genehmigung von Müttergenesungskuren und Mutter-Kind-Kuren

Ablehnungsquote und -gründe für die o.g. Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, Erfolgsquote der eingelegten Widersprüche, Umleitung von Anträgen an die Rentenversicherer und deren Ablehnungsgründe, Beeinträchtigung des Wahlrechts der Antragsteller durch die Verweisungspraxis der Kassen in vertragsgebundene (kostengünstige) Einrichtungen, Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen? Bewertung der Kooperation mit den Beratungs- und Vermittlungsstellen

KIAnfr

s. *Mutter*

Drs 13/4257

HIV-Untersuchungen in der Schwangerschaft

Senkung der Mutter-Kind-Übertragungsrate durch die frühzeitige Information von Schwangeren und qualifizierte HIV-Diagnostik; Verbreiterung der Basis für HIV-Vorsorgeuntersuchungen, Höhe der hierfür anfallenden und von den Ärzten mit den Krankenkassen abrechenbaren Kosten, Gegenüberstellung der Behandlungskosten für ein infiziertes Kind

Antr

s. *Aids*

Drs 13/4329

*Ges über die Zentrale Stelle zur Durchführung des Einladungs-
wesens iRd Mammographie-Screenings*

Bestimmung als öffentliche Stelle; Regelungen zur Anforderung, Speicherung und Verarbeitung der Daten aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren von den Meldebehörden

GesEntw LReg 10.06.2005 Drs 13/4384
1. Beratung PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6730-6734
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/4517 (da-
zu ÄAntr Ursula Haußmann u.a. SPD)
2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6933
GesBeschl 27.07.2005 Drs 13/4564
GBI 2005 Nr. 12 S. 584 (Ges vom 28.07.2005)

Wettbewerb „Besser essen. Mehr bewegen. Kinderleicht“

Kriterien und Zuständigkeiten für die Auswahl der lokalen und regionalen Initiativen zur Teilnahme am o.g. Bundeswettbewerb zur Vorbeugung gegen Übergewicht bei Kindern, Fördermöglichkeiten für die nicht berücksichtigten Initiativen

Antr Gundolf Fleischer u.a. CDU 29.06.2005 und Stellung-
nahme MLR Drs 13/4451

Umsetzung des nationalen Influenzapandemieplans

Mittlg
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4473

*Vogelgrippeviren und deren Auswirkungen auf die menschliche
Gesundheit*

Einschätzung der o.g. Gefahren durch Einschleppung über den Vogelzug und (Flug-)Reisende, insbes einer Influenzapandemie durch Verbindung des Vogelgrippevirus mit dem menschlichen Grippevirus; Vorkehrungen der LReg und Bürger, Verstärkung der Kontrollen an den Flughäfen und Außengrenzen

Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4721

HIV-Neuinfektionen und HIV-Prävention in BW

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen seit 2000; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Ziele, Ergebnisse und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „AIDS-Prävention“; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Umfang und Ausgestaltung der Prävention und Sexualkunde im Schulunterricht; geplante Projekte zur Fußball-WM 2006

Antr
s. *Aids*
Drs 13/4799

Stand der Umsetzung des Mammographie-Screenings in BW

Erhebung deutlich höherer als die im GesEntw 13/4384 eingeschätzten Gebühren durch die Einwohnermeldeämter für die Lieferung des zur Einladung erforderlichen Adressmaterials; Beteiligung an den Kosten des Mammographie-Screenings für die iRd freien Heilfürsorge versicherten Frauen

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 04.11.2005 und Stellung-
nahme SM Drs 13/4807
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5137 S.
44 45
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vogelgrippe-Notfallplanung

Vorbereitungsstand für den Ausbruch einer Pandemie nach Presseberichten und Aussagen des Landesapothekerverbands, Zeitpunkt der Fertigstellung des Landespandemieplans, Definition der Zielgruppen für die Ausgabe von antiviralen Medikamenten

KIAnfr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/5214

Stärkung der Prävention mit dem Hausarzt als Lotse

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1409

*Notwendigkeit einer Verbesserung der Früherkennung von Os-
teoporose und Brustkrebs; Beitragsrückerstattung für aktive Ge-
sundheitsvorsorge; Einführung der Prävention als dritte Säule
im Gesundheitswesen*

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2034 2078 2088 2089

*Schutz vor Strahlenbelastung von Mobilfunkanlagen, Nachweis
der notwendigen Sicherheitsabstände von Sendeanlagen durch
die Betreiber*

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3502-3507

Schutz vor Strahlenbelastung von Mobilfunkanlagen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3689-3694

*Bewertung eines generellen Rauchverbots an Schulen als Wer-
tentscheidung für die Gesundheit und Suchtprävention bei Kin-
dern und Jugendlichen; Überarbeitung der europäischen Nor-
men zur Luftreinhaltung aus Gründen des Gesundheitsschutzes*

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7615-7626 7640-7644

*Aufklärung der Schüler über die gesundheitlichen Gefahren des
Rauchens, Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen*

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7748-7751

*Verstärkung der Anstrengungen zur Gesundheitsprävention, Ver-
weisung auf zwei Projekte der Sturzprophylaxe im stationären
und ambulanten Bereich; Gewinnung von Erkenntnissen zur
Prävention mit dem neuen Krebsregister*

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7781 7782 7822 7823 7825

*Stärkung der Ernährungserziehung und Bewegungsprävention
in den Familien und Kinderbetreuungseinrichtungen; Vorschlag
von Präventionsangeboten für die Bediensteten des Landes*

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7936 7963

Gesundheitswesen

s.a. *Drogenpolitik*
s.a. *Gesundheitsbehörde*
s.a. *Gesundheitsvorsorge*
s.a. *Veterinärwesen*

*Gesundheitspolitik der BReg am Scheideweg - Kassendefizite
und Beitragserhöhungen belasten die Beitragszahler in BW und
verstärken die konjunkturellen Risiken*

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 125-137

*Kranke Kassen statt Krankenkassen - Verfehlte Gesundheitspo-
litik der BReg zulasten der Bürgerinnen und Bürger*

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1404-1425

Unterwanderung des Gesundheitsbereiches durch Sekten und Psychogruppen

Darlegung o.g. Angebote, insbes von Scientology und Tarnorganisationen, auf Messen, Symposien, im Internet u.a.; Beurteilung der Wirksamkeit von Schutzklärungen für Anbieter und Kunden im Gesundheitsbereich bzw Internet

Antr
s. *Sekte*
Drs 13/992

Selbstorganisiertes Lernen (SOL)

Aufnahme des o.g. Fachs in die neue Studentafel des Berufskollegs Gesundheit und Pflege ohne Inhalte und Deputatzuweisung

Antr
s. *Lerntechnik*
Drs 13/1011

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung des Angebots der Gesundheitsdienste im Bereich der Pflege, bei der Altenhilfe, bei der stationären Behandlung und Versorgung von Migranten

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Lebenserwartung und Erkrankungen von Frauen und Männern seit 1950, Erhebung und Auswertung geschlechtsdifferenzierter Daten; Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten im selben Zeitraum, Art und Akzeptanz von Vorsorgeuntersuchungen sowie Früherkennung von Krebs, Art und Erfolg der angebotenen Heilverfahren; Entwicklung des Suchtverhaltens; Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Gesundheit in Europa

Bestrebungen der EU-Kommission zur Harmonisierung der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten; Auswirkungen des Verfahrens der „offenen Koordination“ auf die Kompetenzverteilung zwischen EU, Bund und Ländern; Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung; grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, insbes mit der Schweiz; gegenseitige Behandlung von Patienten, Unterstützung der Leistungsanbieter ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten; Beurteilung der geplanten europaweiten Krankenversicherungskarte sowie der gegenseitigen Anerkennung von Pflegeberufsabschlüssen und der ärztlichen Approbation

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Konsequente Patientenorientierung im Gesundheitswesen in BW

Umsetzung der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz und Landesärztekammer, insbes Einrichtung unabhängiger Patienteninformationssysteme, -beratungsstellen und -vertretungen in Krankenhäusern; Benennung eines Landesbeauftragten für

Patienten; Verankerung der Qualitätssicherung in den Gremien des Gesundheitswesens

Antr
s. *Kranker*
Drs 13/1322

Auswirkungen der Gesetzgebungsvorhaben der BReg auf die Patientenversorgung in BW

Aktuelle Debatte
s. *Krankenversorgung*
PIPr 13/33 S. 2074

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 05.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1740
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2003 Drs 13/2222 S. 36 37
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Belastung der Bürgerinnen und Bürger in BW durch das ungleiche und unsolidarische CDU-Konzept zur Kopfpauschale in der Krankenversicherung

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3697-3712

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/2598

Änd des Ges zur Ausführung des TierseuchenGes und anderer Gesetze

Regelung der Zuständigkeiten und Kostenerstattung für die Durchführung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, Schaffung einer Grundlage für die Datenverarbeitung der zuständigen Behörden; Änd der Gesetze zur Ausführung des Fleischhygiene- und GeflügelfleischhygieneGes, Änd des AusführungGes zum TierkörperbeseitigungGes, des LandeskatastrophenschutzGes und GesundheitsdienstGes

GesEntw
s. *Tierkrankheit*
Drs 13/2779

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik

Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der

Krankenhausfallpauschalen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 01.04.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3086
 BeschLEmpf und Bericht SozA 17.06.2004 Drs 13/3652 S. 40 41
 PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des GesundheitsdienstGes

GesEntw
 s. *Verwaltungsreform*
 Drs 13/3201

Arzneimittelversorgung in BW

Eckdatenentwicklung seit 1998 getrennt nach Pharmaproduzenten, Großhändlern und (Internet-)Apotheken bzw Beschäftigtenzahlen, Umsätzen, Steuerkraft etc; Wirkungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbes der Gesundheitsgesetzgebung, der Kosten, Zeiträume und Verfahren von der Forschung bis zur Markteinführung eines neuen Medikaments im Vergleich zur europäischen Konkurrenz; Umfang und Gründe der Verlagerung von Forschungskapazitäten ins Ausland; Bedeutung, Verordnungs- und Erstattungsfähigkeit von Reimporten, Generika und Naturheilmitteln; Auswirkungen der neuen Regelungen auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
 s. *Arzneimittel*
 Drs 13/3649

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzung der Zuschüsse für Selbsthilfegruppen und Verbände im Gesundheitswesen

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009 15-16 S. 48-50
 ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-22 S. 57 58
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/2 S. 80-85
 PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Verhalten der LReg im BRat bei der Abstimmung zum Ges zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung

Planung eines Preisabschlags bei Generika sowie einer Bonus-Malus-Regelung für das Verordnungsverhalten der Ärzte mit dem o.g. GesEntw, Hintergründe und Zielsetzung des Antrags der LReg sowie der Beschlussempfehlung des Gesundheitsausschusses im BRat zur Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der Festbetragsregelungen und Bonus-Malus-Regelung, Gründe für die (fälschliche) Aussage über die Zielsetzung und den Erfolg der (abgelehnten) Intervention

KlAnfr
 s. *Arzneimittel*
 Drs 13/5217

Permanente Verbesserung der Qualität im Gesundheitswesen, Vorwurf einer Verschleppung der notwendigen Gesundheitsreform durch die BReg

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 57 59

Vorwurf einer Verschleppung der notwendigen Gesundheitsreform durch die BReg

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 84 85 103 122

Frage nach der künftigen Finanzierbarkeit des Gesundheitssystems

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200 204

Dringlichkeit der Gesundheitsreform

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259

Feststellung eines Stillstands bei der Gesundheitsreform

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329

Vorwurf einer Verschleppung der notwendigen Gesundheitsreform bis nach der BTagswahl

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499 501

Feststellung einer Verschleppung der notwendigen Reform des Gesundheitswesens, Erinnerung an die Reform unter der Regierung Kohl

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 815 825

Dringlichkeit der Gesundheitsreform

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 843 858 892 897 912

Rücknahme der Gesundheitsreform unter der Regierung Kohl durch die neue BReg

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1112

Vorwurf einer fehlenden Konzeption zur Reform des Gesundheitswesens, Bemühung um Gemeinsamkeiten

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2122 2126 2127 2130

Befürchtete Arbeitsplatzverluste im Gesundheitswesen im Zuge der Sparmaßnahmen in der Gesundheitspolitik

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2295 2305

Notwendigkeit einer Gesundheitsreform; Einschnitte früherer Reformen im Heilbäderwesen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626 2682 2683 2691 2692

Notwendigkeit einer Gesundheitsreform

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3016 3018 3020

Bewertung einer von der Herzog-Kommission vorgeschlagenen Kopfpauschale im Gesundheitswesen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3624 3636

Erhaltung einer optimalen Versorgung psychisch Kranker in den Zentren für Psychiatrie unter den sich verändernden Bedingungen im Gesundheitswesen, Suche nach einer Lösung für eine längerfristig tragfähige Gesundheitsreform

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3925-3929

Korrekturbedarf des GesundheitsreformGes kurz nach Inkrafttreten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162 4171 4172 4174 4177 4179 4216 4217

Nachbesserungsbedarf der Gesundheitsreform, Belastung der Versicherten durch die Zuzahlungen und Praxisgebühr, Verweigerung auf das Schweizer System

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441 4443 4445 4447 4459

Bewertung einer von der Herzog-Kommission vorgeschlagenen Kopfpauschale im Gesundheitswesen; Wahrung der Belange des Datenschutzes im Gesundheitswesen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4507 4542 4543

Uneinigkeiten innerhalb und unter den Parteien über eine Bürgerversicherung und Kopfpauschale; Anmahnung einer abgestimmten Krankenhausplanung in BW; Arbeitsplatzpotenzial im Gesundheitswesen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5143 5144 5149 5158 5161

Ablehnung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen; Gefährdung der Arbeit von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich durch die Kürzungen mit dem Rasenmäher

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5813 5821

Ausweitung der Zuzahlung und Eigenbeteiligung der Patienten zur Finanzierung des Gesundheitswesens, Kritik an der Wahrnehmung der Aufsicht über Selbstverwaltungsorgane im Gesundheitswesen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5935 5942 5943

Notwendigkeit einer Gesundheitsreform, Bewertung der vorgeschlagenen Kopfpauschale

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6142

Ablehnung der Bürgerversicherung zugunsten eines Gesundheitsprämienmodells; Verweisung auf die Spitzenstellung des Landes im Gesundheitsbereich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404 6407

Verweisung auf die ungeklärte Finanzierung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen; Verbesserung der Qualität im Gesundheitswesen mit der Patientenchipkarte

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6541 6542 6544 6548 6553 6582

Notwendigkeit einer Gesundheitsreform, Frage nach der Gegenfinanzierung der von der Union vorgeschlagenen Kopfpauschale

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6970 6971 6974

Wachstumspotenzial der Unternehmen im Gesundheitswesen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7446 7450

Herausnahme des Gesundheitssektors aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845 7846 7848-7850

Getränk

s.a. Alkohol

s.a. Bier

s.a. Fruchtsaft

s.a. Getränkeindustrie

s.a. Milch

s.a. Mineralwasser

s.a. Trinkwasser

s.a. Wein

Erhöhung des Anteils der Mehrwegverpackungen von Getränken

Antr

s. Verpackung

Drs 13/15

Novellierung der VerpackungsVO - Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen

Antr

s. Verpackung

Drs 13/325

Gesundheitliche Schäden durch Absinth

Gesundheitliche Gefahren durch Getränke mit ätherischen Ölen der Wermutpflanze; Unterbindung des Verkaufs mittels einer Gesetzesinitiative

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.01.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/621

BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.03.2002 Drs 13/997 S. 26
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Novellierung der VerpackungsVO - Stopp des dramatischen Absinkens der Mehrwegquote durch Einführung einer Pfandpflicht
Hinwirkung auf eine Verpflichtung zur Erhebung von Pfandgeld auf alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen (außer für Wein)

Antr

s. Verpackung

Drs 13/813

Kundenfreundliches BW - kostenlose Ausgabe von alkoholfreien Getränken zum Verzehr als Kundenservice

Rechtliche Beurteilung o.g. Geste von Friseurgeschäften, Kosmetikstudios u.a. Firmen; Bewertung als Zeichen der Gastfreundschaft oder als Wirtschaftskriminalität? Rechtslage in anderen BLändern und der EU; Einstufung der Vorgehensweise von Polizeibehörden bzw des WKD, insbes der Erfassung und des Verbleibs der Personalien von Kunden

Antr

s. Dienstleistung

Drs 13/1077

Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im Zuge der DM/Euro-Umstellung nach dem 1. Januar 2002

Angebot von Speisen und Getränken zum selben Preis in Euro wie vorher in DM, Maßnahmen gegen diese Art von Preiswucher in den Fremdenverkehrsgebieten, insbes gegenüber Tagestouristen; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr

s. Preis

Drs 13/1225

Umsetzung der VerpackungsVO

Frage nach einer ersten Bilanz zur flächendeckenden Einführung der Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen, Auswirkungen der firmeninternen Zwischenlösungen im Handel; Überlegungen zur Novellierung der VO

Antr

s. Verpackung

Drs 13/1676

Novellierung der VerpackungsVO - Vereinfachung des „Dosenpfandes“

Hinwirkung auf eine Verpflichtung zur Erhebung von Pfandgeld auf alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen außer auf Wein- und Spirituosenflecken sowie PVC-Schläuche und Getränkekartons

Antr

s. Verpackung

Drs 13/1732

Auswirkungen des Dosenpfands auf den Getränkemarkt in BW
Entwicklung der Nachfrage und Rücklaufquote; Reaktionen der Produzenten, Verbraucher und des Handels; Erkennung einer Tendenz zu Mehrwegflaschen? Entwicklung des Verbrauchs von Mineralwasser und Bier, Auswirkungen auf das Aufkommen der Biersteuer

Antr
s. *Verpackung*
Drs 13/2033

Erhöhung des Anteils der Mehrwegverpackungen von Getränken
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1026 1027

Auswirkungen des Dosenpfands auf dem Getränkemarkt, Umstellung des Handels auf ein verbraucherfreundliches System nach dem Urteil des EuGH gegen die Insellösungen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5854-5862

Getränkeindustrie

s.a. *Bierbrauerei*

Auswirkungen des Dosenpfands auf den Getränkemarkt in BW
Entwicklung der Nachfrage und Rücklaufquote; Reaktionen der Produzenten, Verbraucher und des Handels; Erkennung einer Tendenz zu Mehrwegflaschen? Entwicklung des Verbrauchs von Mineralwasser und Bier, Auswirkungen auf das Aufkommen der Biersteuer

Antr
s. *Verpackung*
Drs 13/2033

Akzeptanz von Mehrwegsystemen bei den Großabfüllern und mittelständischen Betrieben
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 137-149

Akzeptanz von Mehrwegsystemen bei den Großabfüllern und mittelständischen Betrieben
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1307-1313

Novellierung der VerpackungsVO nach dem bayerischen Pfandvereinfachungsmodell, Bewertung als Unterstützung der mittelständischen Getränkehersteller
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5854 5855 5858-5862

Getreide

s.a. *Soja*
s.a. *Stroh*

Förderung des Anbaus von Energiegetreide
Arten und Anbaumengen o.g. nachwachsender Rohstoffe zur Sicherung der Energieversorgung; Förderung von Projekten für Anbau und energetische Verwertung solcher Getreidearten aus Mitteln des MLR

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 19.06.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/17
BeschlEmpf und Bericht LandWA 08.05.2002 Drs 13/1109 S. 71 72
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Neue Perspektive für die Nutzung von Energiegetreide
Bisherige und mögliche Mengen des Anbaus und der Nutzung von Energiegetreide

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 17.06.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1087
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1638 S. 13 14
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Energetische Nutzung von Getreide in Kleinf Feuerungsanlagen
KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 25.03.2003 und Antw MLR Drs 13/1929

Genmais-Erprobungsfelder in BW
Standorte der beiden Versuchsfelder, Information der benachbarten Landwirte und Bevölkerung; sofortige Einstellung des Versuchs

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3189

Gentechnik in HQZ-Produkten
Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3328

Energetische Nutzung von Biomasse in BW
Darstellung des Potenzials zum Anbau und zur energetischen Nutzung von Energiegetreide

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW
Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Möglichkeiten der alternativen Getreideverwertung in BW
Qualitäten und Mengen der diesjährigen Getreideernte, Auswirkungen auf die Preise; Nutzung der Möglichkeiten zur Freigabe bestimmter Getreidemengen für die thermische Verwertung zur Energieerzeugung

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 29.08.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4620
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 110 111
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Bioethanolherstellung zur teilweisen Kompensation der Einnahmeausfälle der Zuckerrübenbauern

Unterstützung des Angebots der Südzucker AG zum Abschluss langfristiger Verträge mit den o.g. Landwirten über die Lieferung von Getreide und Rüben zur Erzeugung von Energie bzw. Biokraftstoff

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4636

Feststellung einer Verunreinigung von Ökofuttergetreide mit dem Pflanzenschutzmittel Nitrofen in Mecklenburg-Vorpommern

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1655 1656 1661

Vergleich der Einbußen infolge der EU-Agrarreform bei Getreide und Milchviehhaltung

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3401 3404 3407 3408

Förderung der Verstromung von Energiegetreide

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345

Förderung des Anbaus und der Nutzung von Energiegetreide

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6096 6097

Erwartung weiterer Forschungsergebnisse zum Anbau von Genmais bzw. zur Koexistenz mit konventionellem Saatgut, Untersuchungskapazitäten zum Nachweis von gentechnischen Verunreinigungen, Verweisung auf die unbemerkte weltweite Verbreitung eines genmanipulierten Saatguts

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6649-6656 6658

Gewächshaus

s. *Gartenbau*

Gewährleistungsbürgschaft

s. *Bürgschaft*

Gewässerdirektion

s. *Wasserverwaltung*

Gewässergüte

s.a. *Gewässerschutz*

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in BW

Vorbereitungsstand, Zeitplan und Schritte zur Umsetzung der Richtlinie; Konsequenzen für sauberes Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie für die Genehmigungspraxis für Wasserkraftwerke

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/534

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/1602

Öffentliche Freibäder in BW

Auflistung o.g. Badeanstalten und der jeweiligen Schließungen seit 1993; Art, Träger und Erfahrungen einer neuen Nutzung; Vergleich der Daten mit der Alternative biologisch reinigender Naturbäder, insbes. der Kosten sowie der hygienischen und technischen Betriebssicherheit, vor allem vor dem Hintergrund der zu erwartenden VO über die Qualität von Schwimm- und Badebeckenwasser

KIAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 13/2358

Ges. zur Änd. wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd. der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/2619

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, insbes. am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KIAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/3349

Entwicklung der Wasserqualität und Gewässergüte des Neckars

Entwicklung der wichtigsten Kenndaten seit 1990, Ursachen der Temperaturerhöhung und stofflichen Belastung, Anteil der häuslichen Abwässer, Entwicklung der (verzehraren) Fischarten, er-

griffene und geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität

Antr
s. Neckar
Drs 13/4466

Gewässerschutz

s.a. *Abwasserreinigung*
s.a. *Gewässergüte*
s.a. *Wasserschutzpolizei*
s.a. *Wasserwirtschaft*

Auswirkungen der neuen SchALVO

Kriterien der Abgrenzung von Problem- und Sanierungsgebieten bzw der Reduktion des Pauschalausgleichs, Ermittlung des Einzelausgleichs von entstandenen Nachteilen, Stand der Einrichtung und Kompetenzen der regionalen Arbeitskreise, Umsetzung der dabei erzielten Ergebnisse, Begründung und Auswirkungen von Beschränkungen des Umbruchs sowie der Ausbringung von Festmist und Gülle, insbes für Betriebe des ökologischen Landbaus; Zumutbarkeit des völligen Verzichts auf den Anbau von Kulturpflanzen

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/544

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Rücknahme der Kürzungen beim Grundwasserschutz und der Grundwasseranierung
s. *Grundwasser*
Drs 13/660

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Entwicklung der Bodenseeregion

Umsetzung der Ergebnisse von Studien zur besonderen Belastung des Uferbereichs und des Umlands durch den Tourismus

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Erkennung und Beseitigung von Belastungsschwerpunkten im Ufer- und Flachwasserzonenbereich des Bodensees

Frage nach o.g. Untersuchungen der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee; Höhe der Kosten, Art und Zeitpunkt der Umsetzung der Ergebnisse

KIAnfr
s. *Bodensee*
Drs 13/1253

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/1602

Vollzug der Schutzgebiets- und AusgleichsVO vom 20.02.2001 - Basisgrundwasserschutz in OGL-, Problem- und Sanierungsgebieten

Art und Intensität o.g. Grundwasserbelastungen; Funktion des Nitratinformationsdienstes, Ergebnisse der Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten; Aufgaben, Zusammensetzung und Initiativen der regionalen Arbeitsgruppen; Maßnahmen zur Trendumkehr innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1679

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Ziele und Zwischenergebnisse in den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Flächenverbrauch und -recycling, Schadstoffreduktion, Luftreinhaltung, rationelle Energieverwendung, Boden-, Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz; Auswirkungen der Änd rechtlicher Rahmenbedingungen vonseiten der EU und BReg, insbes des Atomrechts; Anstrebung von Verbesserungen über den BRat; Bewertung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW; Fortschreibung des Umweltplans

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Bilanz der Novellierung der SchALVO

Veränderungen für die anstehende Neueinstufung der Wasserschutzgebiete bei den Normal-, Problem- und Sanierungsgebieten; vorhandene Sanierungspläne und Beratungssysteme vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen; Prüfung alternativer Lösungen für die Trinkwasserbereitstellung und Methoden zur Feststellung des Nitratgehalts; Entwicklung der Hofter- bzw Feld-Stallbilanzen von Marktfrucht- und Veredelungsbetrieben; Auswirkungen der Kosten des Landes auf den Wasserpfeffig; Gewährleistung eines flächendeckenden Gewässerschutzes seit der Deckelung des MEKA

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/2382

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Was-

serrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/2619

Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe

Gründe für die o.g. Abordnung, Abstimmung der von den Gewässerdirektionen vollzogenen Gewässerschutz- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit der LReg?

MdlAnfr
s. *Abordnung von Beamten*
Drs 13/2691

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Chemiefälle am Oberrhein

Maßnahmen und Investitionen der Chemieindustrie seit 1986 zur Verhinderung neuer Unfälle am Rhein und seinem Einzugsgebiet, Maßnahmen iRd Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins und iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. *Chemieunfall*
Drs 13/2904

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, insbes am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/3349

Umsetzung und Änderungen an der SchALVO (Schutzgebiets- und AusgleichsVO)

Entwicklung der Boden- und Grundwasserbelastung mit Nitrat, Auswirkungen der vorgenommenen Änderungen bei der Messung und Bewertung von Bodennitrat und den daraus abgeleiteten Auflagen und Entschädigungszahlungen, Höhe der bewilligten Zahlungen und der verfügbaren Mittel 2005 und 2006, Beurteilung der von den Wasserversorgern befürchteten Verringerung der Einstufung von Problemgebieten infolge der geänderten Praxis

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/3763

Übernahme der Präsidentschaft in der Internationalen Bodenseekonferenz durch das Land BW

Ziele, Schwerpunkte und konkrete Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit iRd Präsidentschaft 2005, insbes in den Bereichen Gewässerschutz und Eindämmung der Flächenversiegelung im seenahen Uferbereich; Art der Finanzierung und Umsetzung der Projekte

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/3874

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/3967

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Aufgabenstellung, Organisation und Ausrüstung der o.g. Gefahrenabwehreinrichtung zum Gewässerschutz; Finanzierung der notwendigen Beschaffungen und Veränderungen; Aus- und Fortbildung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit der freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und dem Geräteeinsatz; Beurteilung von Wechselladerfahrzeugen als kostengünstige Alternativen zu den Rüstwagen See

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/4058

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/4324

Entwicklung der Wasserqualität und Gewässergüte des Neckars

Entwicklung der wichtigsten Kenndaten seit 1990, Ursachen der Temperaturerhöhung und stofflichen Belastung, Anteil der häuslichen Abwässer, Entwicklung der (verzehraren) Fischarten, ergriffene und geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/4466

Grundwasserschutz in den Nitrat-Sanierungsgebieten

Gründe für die geringe Zahl der erarbeiteten Sanierungspläne für die festgelegten Sanierungsgebiete, Darlegung der geforderten Auflagen und deren Überwachung nach der SchALVO; Schaffung und Umsetzung der Sanierungspläne für alle Nitratsanierungsgebiete

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 17.08.2005 und Stellung-

nahme UM Drs 13/4608
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.09.2005 Drs
 13/4745 S. 44 45
 PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

*Informationsfluss iRd jüngsten Anschläge auf die Bodensee-
 Wasserversorgung*

Art und Weise sowie Zeitpunkt der Information der zuständigen
 Behörden sowie der Stadt Überlingen über den o.g. Vorgang und
 der damit verbundenen Verunreinigung des Trinkwassers; Zeit-
 punkt der erstmaligen Untersuchung des von der Stadt Überlin-
 gen direkt entnommenen Trinkwassers

MdlAnfr
s. Wasserverunreinigung
 Drs 13/4870

*Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee gegen Gefahren und
 Anschläge*

Darstellung der ergriffenen, notwendigen und geplanten Maß-
 nahmen sowie des Personaleinsatzes beim jüngsten Giftanschlag
 und evtl künftigen Ereignissen; Bedeutung einer engen Zusam-
 menarbeit mit den Anrainerländern

Antr
s. Bodensee
 Drs 13/4980

*Erfolg der technischen Maßnahmen zum Gewässerschutz, Kritik
 an der Kürzung der Mittel für den Grundwasserschutz*

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1022 1027 1035 1036 1038

Gewässerverunreinigung

s. Wasserverunreinigung

Gewalt gegen Personen

s. Gewaltanwendung

Gewalt gegen Sachen

s. Gewaltanwendung

Gewaltanwendung

s.a. Beschneidung
s.a. Graffiti
s.a. Hooligan
s.a. Krieg
s.a. Menschenraub
s.a. Menschliches Verhalten
s.a. Rocker
s.a. Sexualstraftat
s.a. Skinhead
s.a. Terrorismus
s.a. Verbrechensopfer

Modellversuch „Platzverweis“

Ergebnisse des o.g. Modellversuchs zum Platzverweis gegen ge-
 walttätige Ehemänner und Partner, Gegenüberstellung mit der
 Praxis des österreichischen Wegweisungsrechts, Handlungsbe-
 darf aus einer Entscheidung des VG Stuttgart für die Gesetzge-
 bung auf Bundes- und Landesebene?

Antr
s. Wegweisungsrecht
 Drs 13/43

Platzverweis

Konsequenzen aus dem Urteil des VG Stuttgart zum o.g. Modell-
 versuch gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Frage nach
 einer Änd des PolizeiGes

Antr
s. Wegweisungsrecht
 Drs 13/49

BW einig im Kampf gegen Gewalt

*Unser Land vor dem Terror schützen - unsere wehrhafte Demo-
 kratie offensiv verteidigen*

Antr
s. Terrorismus
 Drs 13/257

Modellversuch Platzverweis

Ergebnisse des o.g. Modellversuchs zum Platzverweis gegen ge-
 walttätige Ehemänner und Partner, Verzahnung bzw Parallelität
 mit Frauenhäusern, Erfahrungen in Österreich; Entwicklung ei-
 nes Konzepts für Prävention, Beratung, Nachsorge, Täter- und
 Opferarbeit

Antr
s. Wegweisungsrecht
 Drs 13/294

Heimaufsicht in BW

Personalausstattung, Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen
 von Kontrollen der Aufsichtsbehörden; Entwicklung der Da-
 ten seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3220; Auf-
 listung von Beratungen, Beschäftigungs- und Betriebsverboten
 aufgrund von Gewalt gegen Pflegebedürftige; Auswirkungen der
 Novelle des HeimG; Kooperation mit dem Medizinischen Dienst
 der Krankenversicherung; Vorlage eines LHeimaufsichtsberichts
 alle zwei Jahre

Antr
s. Heimaufsicht
 Drs 13/560

Situation des Strafvollzugs in BW

Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltaus-
 übung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete,
 insbes von Russlanddeutschen

GrAnfr
s. Strafvollzug
 Drs 13/566

*Flächendeckender Abbau von Telefonzellen im Ländlichen Raum
 und Vandalismus an Telefonzellen*

Aufgabe o.g. Standorte wegen mutwilligen Beschädigungen;
 Hinwirkung auf Erhaltung eines flächendeckenden Netzes von
 öffentlichen Telefonzellen

Antr
s. Telefon
 Drs 13/569

Überlanges Strafverfahren

Erlass eines internationalen Haftbefehls gegen einen in Öster-
 reich lebenden Menschenrechtsaktivisten wegen Beteiligung an
 einer Schlägerei mit Polizeibeamten in Mannheim vor 17 Jahren,
 Frage nach den beteiligten Behörden sowie den Gründen für die
 lange Verfahrensdauer

KlAnfr
s. Strafverfahren
 Drs 13/595

Strafrechtliche Folgen von Platzverweisen bei häuslicher Gewalt
Bilanz der bisher ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner; Anteil, Dauer und Ergebnisse von anschließenden Strafverfahren, Benachrichtigung der Koordinierungsstellen der Kommunen und LKreise vom Ausgang der Strafverfahren

Antr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/833

Gewaltprävention an baden-württembergischen Schulen
Entwicklung der Gewalt an Schulen differenziert nach Schularten und Klassenstufen in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, Einflüsse von Gewalt in den Medien, Bewertung von Projekten wie „Netzwerk gegen Gewalt“, „Faustlos“, Streitschlichtung, Jugendsozialarbeit u.a.; Auswirkungen von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, der Aus- und Fortbildung von Lehrern, von privaten Initiativen sowie der Zusammenarbeit mit Eltern

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.05.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/987
BeschlEmpf und Bericht SchulA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 29-31
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 05.06.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1047 (13 S.)

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMSStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Gewalt an Schulen des Rems-Murr-Kreises

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr Hans Heinz CDU 23.10.2002 und Antw KM Drs 13/1417

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMSStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw

s. *Jugendschutz*
Drs 13/1551

Konsequenzen für die Rechtspolitik aus der wachsenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen

Aktuelle Debatte
s. *Rechtspflege*
PIPr 13/38 S. 2457

Gewalt an Schulen im Schulamtsbereich Schwäbisch Gmünd

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 27.01.2003 und Antw KM Drs 13/1719

Jugendschutz im Internet

Stand der Bekämpfung und Ahndung jugendgefährdender Internetangebote differenziert nach extremistischen, pornografischen, gewaltverherrlichenden u.a. Inhalten; Ausstattung und Arbeitsbilanz der beim RegPräs Tübingen angesiedelten Stelle im Vergleich zu anderen BLändern; Abgabe von Verfahren an das BKA, Umfang und Abschluss von Verfahren wegen Kinderpornographie durch Operationen in den USA und Großbritannien; Nutzung der medienpädagogischen Angebote der Aktion Jugendschutz von Eltern; Stand der Erstellung und Pflege einer Ausschlussliste; europäische Zusammenarbeit von Jugendschutz und Polizei

Antr
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1811

Zwischenbilanz über Platzverweise bei häuslicher Gewalt

Zahl und Dauer der verhängten polizeilichen Platzverweise, Beratungs- und Hilfsangebote für die betroffenen Frauen und Kinder sowie Sozialtraining für Männer

Antr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/2168

Kürzung der Landeszuschüsse für Frauenhäuser

Begründung, Umfang und Auswirkungen der vorgesehenen Kürzungen; Entwicklung der Zahl der von Gewalt verfolgten Frauen und Kinder seit Einführung des Platzverweises sowie der erbetenen und tatsächlichen Aufnahme in Frauen- und Kinderschutzhäusern; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/2300

Situation der Sportvereine in BW

Projekte von Sportverbänden und -vereinen zur Gewaltprävention, Gesundheitsförderung, Integration von Ausländern und Behinderten

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Entwicklung der Kriminalität junger Frauen

Darlegung der o.g. Entwicklung, insbes bei Gewaltdelikten; Ursachen der hohen Rückfallquote; Wahrnehmung des Auftrags zur Resozialisierung, Bedeutung und evtl Ausweitung des Pro-

jekts „Haus des Jugendrechts“

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2726

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Opferschutz - Erfahrungen mit dem Verfahren nach dem Opfer-EntschädigungsGes (OEG)

Entwicklung der Fallzahlen, Verfahrensdauer und jeweils festgelegten Entschädigung seit 1998; Altersstruktur und Frauenanteil der Opfer, Anteil von Beziehungstaten bzw von sexueller Gewalt; Anstrengung eines schonenden Umgangs mit den Opfern, insbes Vermeidung von Doppelbefragungen innerhalb der Verfahren

Antr
s. *Opferschutz*
Drs 13/2961

Videokameras in Streifenwagen der Polizei

Umsetzung der o.g. Empfehlung der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Polizisten“ an die Innenministerkonferenz zur Eigensicherung in den einzelnen BLändern; Höhe der jeweiligen Kosten; Durchführung der Nachrüstung auch in BW unter Einbeziehung in das Leasingpaket?

Antr
s. *Videotechnik*
Drs 13/3224

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation; Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung von Frauen und Kindern als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts

Antr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3411

Gewalt an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung o.g. Fallzahlen seit 1994, Erkenntnisse über Täter und Opfer, Anteil von und Umgang mit Wiederholungstätern, Unterstützung von Eltern bei Erziehungsproblemen, Einbindung in präventive Maßnahmen, Verankerung der Thematik in der Lehrerbildung; Zusammenfassung aller Projekte zur Gewaltprävention zu einer Handreichung für die Schulen

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3464 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 31-33
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem

neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von Miete und Unterkunft

KlAnfr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Auswirkungen der vorgenommenen und geplanten Kürzungen des Landes und der Kommunen auf die Existenz o.g. Häuser; Auszahlung der etatisierten Mittel in den Hj ab 2003; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien; Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktförderung Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts; Kriterien für die Übernahme der Unterhaltskosten durch die Kommunen und Agenturen für Arbeit

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/3498

Strafvollzug in BW

Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Präventionsarbeit gegen Rechts an baden-württembergischen Schulen

Pädagogische Konzepte zur Vorbereitung der Lehrkräfte auf rechte und rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unter den Schülern, Art und Akzeptanz von Fortbildungsangeboten, Projekte an den einzelnen Schulen und Schularten, Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen, Gedenkstätten u.a.; Frage nach einer flächendeckenden Umsetzung des bisher modellhaft durchgeführten Civic-Modells zur Förderung der Demokratiefähigkeit von Schülern

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/3882

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten Stalkingbekämpfungsges; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallerhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr
s. *Menschliches Verhalten*

Drs 13/4177

Situation zum Umgang mit dem Thema „häusliche Gewalt“ im LKreis Konstanz

Auflistung der o.g. Fälle und ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner in den einzelnen Kommunen seit 2000, Bestätigung eines Platzverweises vom zuständigen Ordnungsamt, regelmäßige Information der Ordnungsämter über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten, Darstellung des Beratungsangebots für die von häuslicher Gewalt Betroffenen

KlAnfr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/4547

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Zahl o.g. Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftung seit 1999; konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr
s. *Alkohol*
Drs 13/4789

Umsetzung des Platzverweisverfahrens in den Kreisen

Entwicklung der Zahlen von o.g. Kriseninterventionen aufgrund häuslicher Gewalt in den einzelnen Stadt- und LKreisen, flankierende Maßnahmen der Jugendämter für die betroffenen Kinder, verbindliche Standards der einzelnen Kreise zur Vernetzung der beteiligten Stellen, Angebote zur Betreuung und Beratung der betroffenen Frauen und Kinder

Antr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/4904

Feststellung einer zunehmenden Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen, Verstärkung der Schulsozialarbeit

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 79

Gewaltprävention durch eine sport- und bewegungsfreundliche Schule

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1477 1479 1482

Verschärfung des WaffenGes nach dem Amoklauf von Erfurt, Zurückdrängung von gewaltverherrlichenden Spielen und Spielautomaten, Ablehnung einer Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1530-1539

Pädagogische Konzepte zum Abbau von Gewalt an den Schulen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2181

Feststellung einer geringen Gewaltbereitschaft unter den Schülern in BW

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810

Verletzungen und psychische Schäden von Frauen als Opfer von Gewalt und Misshandlungen

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3211

Konzepte der Schüler zur Gewaltprävention an den Schulen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4886

Zielgenaue Einsetzung der Mittel zur Gewaltprävention

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5423

Beklagung der Gewalt gegen Frauen und Kinder, Erhaltung der Finanzierung der Frauenhäuser auf bisherigem Niveau

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5933 5937

Handlungsbedarf gegen Gewalt verherrlichende Fernsehprogramme und Computerspiele, Vermittlung von Medienkompetenz weit vor dem Schuleintritt

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056 7058 7062 7065-7067

Gewalttätigkeit

s. *Gewaltanwendung*

Gewerbeansiedlung

s. *Unternehmensansiedlung*

Gewerbeaufsicht

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Einführung des Kostendeckungsprinzips iRd Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Gewerbeaufsicht, Novellierung des LGebührenGes

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-17 S. 43

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Intensität und Ergebnisse von Kontrollen auf Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften 2001, Anteil der diesbezüglichen Inanspruchnahme der Bediensteten bei der Gewerbeaufsicht

KlAnfr Ulrich Maurer SPD 19.02.2002 und Antw UVM Drs 13/753

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr Ulrich Maurer SPD 09.09.2002 und Antw IM Drs 13/1306

Die Praxis des ArbeitszeitGes in den Universitätskliniken

Umgehung des ArbeitszeitGes durch Erhebung von Ober- und Fachärzten zu leitenden Angestellten i.S.d. Betriebsverfassungsges, Zahl der entsprechend abgeschlossenen Verträge; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von tatsächlicher und dokumentierter Arbeit durch die Gewerbeaufsichtsämter

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/1319

Versorgung mit Krankenhausärzten

Auswirkungen der Arbeitsbedingungen und Personalengpässe auf die Patientenversorgung; Ergebnisse der angekündigten verstärkten Überwachung der Arbeitszeiten durch die Gewerbeaufsichtsämter

Antr
s. Arzt
Drs 13/1460

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW
Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag
Einführung des Kostendeckungsprinzips iRd Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Gewerbeaufsicht, Novellierung des LGebührenGes

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 79 S. 146
EAntr und ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-43 S. 68
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Gewerbeaufsichtsämter

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Gewerbeaufsicht nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Verzicht auf die Eingliederungspläne

Antr SPD 30.10.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2562
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Freier Zugang zu DIN-Normen

Monopolstellung eines Verlags zur Veröffentlichung von DIN-Normen im vollständigen Wortlaut gegen Entgelt, Frage nach einer freien Zugangsmöglichkeit der Gewerbeaufsichtsämter; Ermöglichung eines einfachen und kostengünstigen Zugangs für Kommunen, LKreise und Unternehmen über das Internet; Festlegung bzw Auslegung des Begriffs „Stand der Technik“ bei öffentlichen Ausschreibungen und Angeboten

Antr
s. *Normung*
Drs 13/2668

Haushalt 2004; Epl 10

Einführung des Kostendeckungsprinzips iRd Überwachungs- und Kontrolltätigkeit der Gewerbeaufsicht, Novellierung des LGebührenGes

ÄAntr Boris Palmer u.a. GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-20 S. 47
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industriebetriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emissionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil

der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes- oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr
s. *Umweltzertifikat*
Drs 13/2895

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendeGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4325

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinik in BW

Einleitung von Strukturreformen bzw Verbesserung der Vergütung, der Vertragslaufzeiten und Abbau der Arbeitszeitbelastung als Konsequenzen aus dem Streik der Assistenzärzte, Überprüfung des Umgangs der Klinika mit dem ArbeitszeitGes durch die Gewerbeaufsichtsämter

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4604

Wahrnehmung des technischen Verbraucherschutzes durch die Gewerbeaufsicht

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440

Eingliederung der Gewerbeaufsichtsämter in die Landratsämter im Zuge der geplanten Verwaltungsreform

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3336 3338 3341-3343

Übertragung der Aufgaben der Gewerbeaufsichtsämter auf die RegPräs sowie Stadt- und LKreise

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4911 4928

Übertragung der Aufgaben der Gewerbeaufsichtsämter auf die RegPräs sowie Stadt- und LKreise

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5002 5003 5016 5019

Kritik an der Eingliederung der Gewerbeaufsicht in die Landratsämter statt in die Kompetenz der Region Stuttgart
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5346 5347

Gewerbeaufsichtsamt

s. Gewerbeaufsicht

Gewerbegebiet

Erschließung Gewerbegebiet Ulm-Nord

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer direkten Anbindung an die B 10; Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost; Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz

KlAnfr Martin Rivoir SPD 29.11.2001 und Antw UVM Drs 13/510

Ansiedlung einer Photovoltaik-Fertigung im Technologiepark Neckar-Odenwald

Unterstützung o.g. Pläne der Stadt Mosbach u.a. Gemeinden im interkommunalen Gewerbegebiet „TECH-NO“

KlAnfr
s. Solartechnik
Drs 13/671

Geplantes Containerterminal im Ulmer Norden

Stand und Zeitrahmen des Genehmigungsverfahrens für den Containerbahnhof am Gewerbegebiet „Ulm-Nord“, Förderung iRd Güterverkehrskonzepts BW

KlAnfr
s. Bahnanlage
Drs 13/1023

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung des Angebots an Gewerbeflächen in den letzten zehn Jahren, Unterstützung der Ansiedlung innovativer Unternehmen

GrAnfr
s. Heilbronn-Franken, Region
Drs 13/1211

Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden

Bisherige und evtl künftig notwendige Mittelbereitstellung des Landes und der regionalen Gebietskörperschaften infolge der Übernahme des Regionalflughafens Söllingen und des Baden-Airparks; Entwicklung der Fluggastzahlen und des Frachtaufkommens, benötigte Schwellenwerte für einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb, Entwicklungschancen für den Gewerbebereich und den geforderten direkten Autobahnanschluss

Antr
s. Flughafen Söllingen
Drs 13/1508

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 20) - Förderung der Erschließung von neuem Gewerbegebiet

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XVII. S. 6
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 20.08.2004 Drs 13/3510

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen sowie des Bedarfs und Angebots von Gewerbeflächen seit 1993

Antr
s. Wirtschaft
Drs 13/2667

Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbebereich Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr
s. Naturschutzgebiet
Drs 13/3589

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg

Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/3868

Tatsächlicher Bedarf und Ausweisung von Gewerbegebieten in BW

Darlegung o.g. Daten seit 1990, Höhe der Erschließungskosten, Anteil der interkommunalen Gewerbegebiete sowie der gewährten Fördermittel; Nutzungsgrad der Flächen durch Neuansiedlungen; Verstärkung der Steuerungsmöglichkeiten

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 14.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3881
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.04.2005 Drs 13/4277 S. 27 28
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Erweiterung des Industriegebiets Gölshausen - Gemarkung Bretten; Umwandlung von Teilen des Rüdtdwaldes im Naturpark Stromberg-Heuchelberg

Vereinbarkeit der o.g. Planung mit dem erklärten Ziel der Eindämmung des Flächenverbrauchs bzw mit Alternativstandorten und erschlossenen Gewerbeflächen in und um Bretten, Beurteilung der vorgesehenen Ausgleichsflächen, Berücksichtigung der Stellungnahme der Naturpark-Verwaltung in den laufenden Verfahren

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 05.01.2005 und Antw MLR Drs 13/3938

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung des Angebots an Gewerbeflächen in den letzten zehn Jahren, Unterstützung der Ansiedlung innovativer Unternehmen

GrAnfr
s. Wirtschaft
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

10 Jahre Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Berücksichtigung der Verringerung des Landschaftsverbrauchs bei der Ausweisung von Gewerbegebieten bzw Vorrang der Innenentwicklung mit dem Projekt MELAP

Antr
s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*
Drs 13/4890

Konversionsstandorte - Umwandlung von Darlehen in Zuschüsse

Höhe der einzelnen vergebenen Darlehen aus dem Konversionsstandortprogramm, Erfolg der jeweiligen Vermarktung der Gewerbeflächen; Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge auf Umwandlung des Darlehens in einen Zuschuss; Beurteilung der Zusage an Baden-Baden, Gleichbehandlung der anderen Konversionsstandorte

KIAnfr
s. *Konversion*
Drs 13/5189

Wiedernutzbarmachung von Industrie- und Gewerbebrachen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1026 1036 1039

Bemängelung der fehlenden Vorgabe eines Gleisanschlusses für jedes Gewerbegebiet

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1245

Entwicklungsperspektiven am Oberrhein durch die verfügbaren Gewerbegebiete

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1977

Verweisung auf das interkommunale Gewerbegebiet in Oberrhein

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4127 4133

Bewertung der Förderung von interkommunalen Gewerbegebieten als kontraproduktiv, Verweisung auf die Leerstände

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5614 5615

Gewerbelehrer

s. *Berufsschullehrer*

Gewerbeordnung

s. *Gewerberecht*

Gewerberecht

s.a. *Handwerksordnung*

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Gewerbesteuer

s.a. *Gemeindegewerbesteuer*

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Einnahmen der Kommunen aus Steuern seit 1993 differenziert nach Gewerbe- und Grundsteuer sowie nach dem Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer; Beurteilung der Vorschläge zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage und Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Zukunft der Gewerbesteuer

Ausgestaltung und Auswirkungen des vorgeschlagenen Modells zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch Gemeindezuschlagsrechte bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, insbes Verlagerung der steuerlichen Belastung auf die Arbeitnehmer und damit Verschiebung des Steueraufkommens von den Gewerbestandorten auf die Pendlerwohnorte, Steuerausfälle für das Land infolge der notwendigen zusätzlichen Senkung der Einkommensteuersätze

Antr Hans Georg Junginger u.a. SPD 27.03.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1948
BeschlEmpf und Bericht FinA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 69-71
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch die geplante Steuerreform der BReg

Ausweitung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe: Abwendung einer Verminderung des Einkommensteueraufkommens der Gemeinden, die Wohnort, aber nicht Arbeitsort sind

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 17.09.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2414

BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 12 13
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Gemeindefinanzierungssteuer

Verfassungsmäßigkeit des geplanten Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer; Ausgangshebesatz bei der Anrechenbarkeit der Gemeindefinanzierungssteuer auf die Einkommenssteuer, Erwartung höherer Steuern für viele Freiberufler

MdlAnfr
s. *Gemeindefinanzierungssteuer*
Drs 13/2480

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4367

Entlastung der Mittelständler durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 205

Untersuchung von Modellen zur Abschaffung der Gewerbesteuer

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 640

Kompensation der Steuerausfälle bei den Kommunen nach Abschaffung der Gewerbesteuer

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 870 871

Kompensation der Ausfälle der Gemeinden bei der Gewerbesteuer

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1087 1091

Kompensation des Wegfalls der Gewerbesteuer für die Gemeinden

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1174

Verlust an Gewerbesteuereinnahmen der Stadt Karlsruhe infolge der Bankenfusion

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1519 1525

Kritik an der Finanzierung des Angebots der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen durch Erhöhung der Gewerbesteuerumlage und damit über Mittel der Länder und Kommunen; Entlastung des Mittelstands durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115 2116 2135

Rückgang des Gewerbesteueraufkommens der Kommunen, Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, Erarbeitung von Vorschlägen zur Modernisierung der Gewerbesteuer

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215 2216 2218 2219 2221-2223 2225 2226 2230 2233

Entlastung von Handwerk und Mittelstand durch die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2358

Belastung der kommunalen Haushalte durch das Wegbrechen der Gewerbesteuer; Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzierungsrecht auf die Einkommensteuer; Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2757-2768

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzierungsrecht bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer; Werbung für den Vorschlag einer Verbreiterung der Gewerbesteuer

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896 2909 2913 2914 2930 2936

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzierungsrecht auf die Einkommensteuer bzw Umwandlung in eine Gemeindefinanzierungssteuer; Reduzierung der Gewerbesteuerumlage

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3613 3623 3628 3634-3637 3640 3641 3646 3647 3652

Verhinderung einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige; Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzierungsrecht auf die Einkommensteuer

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4009 4016 4026 4037 4040

Bekämpfung des Scheiterns einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige und damit der Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzierungssteuer; Reduzierung der Gewerbesteuerumlage

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4094-4096 4098-4102

Verhinderung einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer und damit einer Einbeziehung der Selbstständigen und Freiberufler; Absenkung der Gewerbesteuerumlage

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4150 4156 4159 4175 4183

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzierungsrecht auf die Einkommensteuer; Reduzierung der Gewerbesteuerumlage

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4366 4369

Feststellung steigender Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer; Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzierungsrecht auf die Einkommensteuer

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443 4445 4446 4452

Feststellung steigender Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643

Feststellung steigender Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5796 5811 5812 5852

Eintreten für eine Verpflichtung der Kommunen zur Erhebung eines Mindestsatzes bei der Gewerbesteuer

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6245

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzierungsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419

Feststellung steigender Einnahmen der Kommunen aus der Gewerbesteuer; Suche nach einer Lösung zur Ersetzung der Gewerbesteuer

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7340 7341 7349

Gewerbesteuerumlage

s. *Gewerbesteuer*

Gewerbliche Schule

s. *Berufsbildende Schule*

Gewerkschaft

s.a. *Streik*

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie in den Unternehmen und Betrieben des Landes
Bereitstellung der iRd Ausbildungsplakts auf Bundesebene verabredeten neuen Ausbildungsplätze durch die Unternehmen in BW, Einbeziehung der Gewerkschaften

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3326

Aufforderung an die LReg zur Aufnahme des Dialogs mit den Gewerkschaften

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 76

Bestärkung der Gewerkschaften im Bestreben um akzeptable Tarifabschlüsse; Kooperation bei der Bereitstellung von Lehrstellen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 154 160 161

Anmahnung größerer Anstrengungen der Gewerkschaften zur Frauenförderung, insbes zur Angleichung des Gehaltsniveaus zwischen den Geschlechtern; Kritik an der Blockade notwendiger Reformen im Gesundheitswesen durch die Gewerkschaften, Auswirkungen von 3 % mehr Lohn im Krankenhausbereich

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2032 2033 2049 2077-2079 2083 2084 2087 2088

Beklagung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Regierungspolitik; Begrüßung einer Verwaltungsreform in BW durch den DGB

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2357 2361 2376 2377 2386

Kritik an dem von der Gewerkschaft ver.di durchgesetzten Tarifabschluss bzw an der Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld für die eigenen Mitarbeiter; Beklagung eines zu großen Einflusses des DGB auf die Regierungspolitik

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2714 2730 2734 2739 2763 2764

Lösung des Lehrstellenproblems gemeinsam mit den Gewerkschaften, Anmahnung von mehr Flexibilität bei der Ausbildungsvergütung und den Berufsbildern; Einwände der Gewerkschaften gegen die Studiengebühren an der Popakademie BW

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2845 2846 2848-2851 2853 2854 2888 2890

Bekämpfung der Agenda 2010 des Bundeskanzlers durch die Gewerkschaften; Verdienste der Gewerkschaften um den sozialen Frieden

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014-3018 3021 3023 3024

Feststellung einer mangelnden Ausbildungsbereitschaft der Gewerkschaften, Überwindung des Widerstands der Gewerkschaften gegen zweijährige Ausbildungsgänge

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855 3858 3862 3869

Feststellung einer mangelnden Ausbildungsbereitschaft beim DGB, Anmahnung von mehr Flexibilität bei der Ausbildungsvergütung

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5468

Würdigung des Beitrags der Gewerkschaften zur wirtschaftlichen Spitzenposition des Landes; Überarbeitung des Tarifvertragsrechts mit den Gewerkschaften

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6405 6406 6418 6423

Würdigung des Eintretens der Gewerkschaften für die Interessen der Familien, Einbindung der Gewerkschaften in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7204 7205 7226

Gewinnabschöpfung (Strafrecht)

s. *Vermögen*

Giftmülldeponie

s. *Sondermüllentsorgung*

Girokonto

s. *Konto*

GKV

s. *Krankenversicherung*

Glasbau

Insolvenz eines Fensterbauers im Schwarzwald-Baar-Kreis
Kündigung des Vertrags zur Lieferung von Glasfronten für den Neubau der Stuttgarter Musikhochschule, Dauer und Auswirkungen des Rechtsstreits um die ausgebliebenen Zahlungen des Landes an die o.g. Firma

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 11.07.2002 Drs 13/1153

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1852 1853

Arbeitsplatzverluste in der Glasindustrie durch das Zwangspfand auf Einwegglasflaschen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5859

Glaserei

s. *Glasbau*

Glasfasernetz

s. *Kabelnetz*

Glasindustrie

s. *Glasbau*

Glasunternehmen

s. *Glasbau*

Gleichberechtigung

s.a. *Diskriminierungsverbot*

s.a. *Frauenbeauftragte*

s.a. *Frauenförderung*

Förderung der Gleichstellung von Frauen

Maßnahmen und Mitteleinsatz für frauen- und gleichstellungspolitische Maßnahmen seit 1996, Anteil und Fördervolumen sowie Kofinanzierung von EU-Programmen, Verwendung von Mitteln aus der Landesstiftung bzw der Zukunftsoffensive „Junge Generation“, Ziele der Frauenförderung in Funktionsstellen der Landesverwaltung, Bewertung der Initiativen als Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Antr

s. *Frauenförderung*

Drs 13/185

Bilanzbericht 1996-2000 gemäß § 20 L Gleichberechtigungsges (LGIG)

s. *Frauenförderung*

Drs 13/512

Gender Mainstreaming konsequent umsetzen

Stand, Ziele und Instrumente der Implementierung der Gender-Mainstreaming-Strategie in allen Bereichen und Ebenen der Landesverwaltung; Bereitstellung der finanziellen und personellen Ressourcen sowie Schulungseinheiten; Erfahrungen und Ausweitung des Mentorinnenprogramms; Bindung der Mittelvergabe iRd Europäischen Sozialfonds an das Gender-Mainstreaming-Prinzip; Akzeptanz des Fortbildungsangebots des SM; Differenzierung von Statistiken nach Geschlechtern; Verankerung des Gender Mainstreaming bei der Novellierung des L Gleichstellungsges

Antr GRÜNE 16.01.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/631

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031-2055

BeschlEmpf und Bericht SoZA 06.02.2003 Drs 13/2222 S. 28 29

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/1021

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Gesundheitsbereichs, Maßnahmen zur Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung

Beurteilung des o.g. Instruments zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, Umsetzung von Vorschlägen der interministeriellen Projektgruppe, Prüfung aller Kabinettsvorlagen und GesEntw auf ihre gleichstellungspolitischen Auswirkungen, Akzeptanz der entsprechenden Fort- und Weiterbildungsangebote, insbes von Führungskräften; Anwendung des Gender Mainstreamings bei der Personalauswahl und -planung, Verankerung als Leitprinzip im L Gleichberechtigungsges, Rea-

lisierung im Regierungshandeln

GrAnfr SPD 18.07.2002 und Antw SM Drs 13/1204 (15 S.)

Antr SPD 13.11.2002 Drs 13/1488

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031-2055

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr CDU 05.08.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1240

Antr CDU und FDP/DVP 12.11.2002 Drs 13/1486

ÄAntr SPD 13.11.2002 Drs 13/1493

Antr GRÜNE 13.11.2002 Drs 13/1499

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031-2055

Mittlg LReg 08.05.2003 Drs 13/2060

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in BW

Vorlage des GesEntw zur Novellierung des L Gleichberechtigungsges; jährliche Berichtsvorlage zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung; Ausbau der Kinderbetreuung nach dem Konzept „Kinderfreundliches BW“; Annahme des Angebots der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen

Antr CDU und FDP/DVP 12.11.2002 Drs 13/1486

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031-2055

Mittlg LReg 08.05.2003 Drs 13/2060

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Vorlage eines GesEntw zur Novellierung des L Gleichberechtigungsges sowie eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und L Kreisordnung; Verbesserung der Freistellungsregelungen für die Frauenvertreterinnen; Beteiligung am Angebot des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen; Stärkung des Bildungsauftrags der Kindergärten; Verzicht auf eine Kürzung der Zuschüsse für die Familienerholung

ÄAntr SPD 13.11.2002 Drs 13/1493

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031-2055

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in BW

Vorlage des GesEntw zur Novellierung des L Gleichberechtigungsges; Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und L Kreisordnung

Antr GRÜNE 13.11.2002 Drs 13/1499

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031-2055

Landesgleichberechtigungsges

Zahl der ganz oder teilweise freigestellten weiblichen Personalratsmitglieder in Landesbehörden vor Inkrafttreten des Landesgleichberechtigungsges sowie in den Jahren 1997 und 2002

KIAnfr Klaus Dieter Reichardt CDU 27.11.2002 und Antw SM Drs 13/1557

Kommunale Frauenförderung in BW

Zahl, Beschäftigungsverhältnis und -umfang von kommunalen Frauenbeauftragten in den Kommunen und LKreisen im Vergleich zu anderen BLändern; jeweiliger Stand der Erstellung eines Frauenförderplans nach dem Landesgleichberechtigungsges

Antr

s. *Frauenförderung*

Drs 13/1772

Ges zur Änd des KommunalwahlGes (KomWG) und des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS)

Gewährleistung eines Mindestanteils von 40 % Frauen und Männern bei der Listenaufstellung zu Kommunal- und Regionalwahlen

GesEntw SPD 19.02.2003 Drs 13/1803

1. Beratung PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2880-2887

Mittlg LtgPräs 31.03.2003 Drs 13/1950

BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.04.2003 Drs 13/1976 (dazu ÄAntr GRÜNE)

ÄAntr GRÜNE 06.05.2003 Drs 13/2041

2. Beratung PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2968-2972 (Ablehnung)

Beteiligung von Männern und Frauen in ausgewählten Geschäftsbereichen der LReg

Entwicklung der o.g. Repräsentanz in den Gremien der Geschäftsbereiche des StM, MWK und der Universitäten seit 1995; Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming; Teilnahme von Führungskräften des MWK an Fortbildungsmaßnahmen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 02.04.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1964 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2703 S. 65

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf Frauen

Ausschluss einer Verschlechterung der Frauenförderung und Chancengleichheit, Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsges

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 06.08.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2344

BeschlEmpf und Bericht SoZA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 24 25

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Novellierung des L Gleichberechtigungsges

Verstärkte Berücksichtigung von Frauen in unterrepräsentierten Bereichen bei Einstellungen und Beförderungen; Verbesserung der Rechte, der Kompetenzen und Freistellung der Frauenvertreterinnen; Regelung der Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs untereinander; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Geltungsbereich des Gesetzes

Antr SPD 11.11.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2593

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6622

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von

Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorgesehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr

s. *Frau*

Drs 13/2858

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstrengung einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr

s. *Frauenförderung*

Drs 13/5084

Zweiter Bilanzbericht der LReg zum L Gleichberechtigungsges

Mittlg LReg 14.06.2005 Drs 13/4391 (43 S.)

BeschlEmpf und Bericht SoZA 14.07.2005 Drs 13/4519

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6934-6941

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änd anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen L Gleichberechtigungsges; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des L BeamtenGes und L PersonalvertretungsGes

GesEntw LReg 12.07.2005 Drs 13/4483 (53 S.)

1. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6934-6941

BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.09.2005 Drs 13/4668 (dazu Antr Rita Haller-Haid SPD und Brigitte Lösch GRÜNE, ÄAntr Nr. 1 Rita Haller-Haid u.a. SPD, ÄAntr GRÜNE Nr. 2-11 und ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 12 13) (28 S.)

ÄAntr SPD 04.10.2005 Drs 13/4692-1

ÄAntr GRÜNE 04.10.2005 Drs 13/4692 2-6

2. Beratung PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7068-7077

GesBeschl 05.10.2005 Drs 13/4713

GBl 2005 Nr. 15 S. 649-658 (Ges vom 11.10.2005)

Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe in Vorschriften

Anwendung der eigenen Vorgaben nach den Vorschriftenrichtlinien? Gründe für die ausschließliche Verwendung der männlichen Bezeichnung „Lehrer“ in der geänderten Lehrkräftezulagenverordnung, Revision dieser VO i.S.d. Vorschriftenrichtlinien

KIAnfr Norbert Zeller SPD 13.07.2005 und Antw FM Drs

13/4500

*Haushalt 2006; Nachtrag**Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt*

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 62 S. 150 151

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Novellierung des LGleichberechtigungsges

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 81 101

Erhöhung des Anteils und der Karrierechancen von Frauen in allen Bereichen und Ebenen der LVerwaltung, Novellierung des LGleichberechtigungsges

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 786-793

Einforderung der Akzeptanz der gleichberechtigten Stellung der Frau auch von hier lebenden Menschen aus anderen Kulturkreisen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1231 1241 1243

Kritik an der Ablehnung geschlechtsneutraler Formulierungen in der GO des Ltg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1619

Umsetzung des Gender Mainstreaming bei beschäftigungspolitischen Programmen und Maßnahmen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1712 1714

Umsetzung des Gleichstellungsges des Bundes für Behinderte im Land, Erwirkung der gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gesellschaft, Vorlage eines Landesgleichstellungsges

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3544 3546 3547 3549 3550 3553 3554

Verlust der Relevanz des Landesgleichberechtigungsges für weite Teile der Landesverwaltung im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3923

Bewertung des Kopftuchs als mögliches Symbol zur Unterdrückung der Frau und damit als unvereinbar mit dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4387 4388 4391-4395 4399-4402 4405

Verschlechterung der Frauenförderung im Zuge der Verwaltungsreform; Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsges

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4639 4665 4666 4670 4674

Bewertung des Kopftuchs als mögliches Symbol zur Unterdrückung der Frau und damit als unvereinbar mit dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700 4701 4703 4706-4709 4714 4724

Verlust der Relevanz des Landesgleichberechtigungsges für weite Teile der Landesverwaltung im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4904 4911 4912 4925 4941

Verlust der Relevanz des Landesgleichberechtigungsges für weite Teile der Landesverwaltung im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4990 5032 5033

Maßnahmen und Instrumente zur Verwirklichung der Chancengleichheit für Frauen und Männer im Wissenschaftsbereich, Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Gleichstellungsbeauftragten

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7112-7116

Bewertung des Kopftuchs als mögliches Symbol zur Unterdrückung der Frau und damit als unvereinbar mit dem Verfassungsgebot der Gleichberechtigung, Prüfung der Einstellung von (muslimischen) Einbürgerungsbewerbern zum Thema Gleichberechtigung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646-7649 7652 7654 7656 7661 7662 7664 7668 7670 7671

Gleichberechtigung von Mann und Frau*s. Gleichberechtigung***Gleichberechtigungsgesetz***s. Gleichberechtigung***Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft***s. Lebenspartnerschaft***Gleichgeschlechtlichkeit***s. Homosexualität***Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen***s. Behinderter***Globale Minderausgabe***s. Haushaltsausgaben***Globalisierung***s.a. Außenpolitik**s.a. Außenwirtschaft**Entwicklungszusammenarbeit im Wandel*

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/1093

Unumkehrbarkeit des weltweiten Wettbewerbs im Zuge der Globalisierung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 47 54

Rückерlangung von Kompetenzen auf der regionalen Ebene in Zeiten der Globalisierung; Beitrag der Forschung im globalen Wettbewerb Europas

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600 605 608

Internationalisierung der Wissenschaften als Antwort auf die Globalisierung

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1504-1511

Existenzsorgen der Bürger aufgrund der Globalisierung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5577 5579-5581

Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen aufgrund der Globalisierung, Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6146 6151 6156 6157

Existenzängste der Bürger aufgrund der Globalisierung, soziale Abfederung des Anpassungsdrucks

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6704 6774

Notwendigkeit gemeinsamer Strategien in Europa zur Bewältigung der Herausforderungen in der globalisierten Welt

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7143-7145

Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen für den Mittelstand durch die fortschreitende Globalisierung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7446 7447

Verschärfung der Wettbewerbsbedingungen aufgrund der Globalisierung, Notwendigkeit der Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Verankerung eines Ziellandprinzips

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845-7851

Bewältigung der Herausforderungen in einer globalisierten Welt mit der Verzahnung von Forschung und Arbeit, Notwendigkeit eines permanenten Vorsprungs an Innovation vor der Konkurrenz auf dem Weltmarkt

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881-7892 7924

Globe-Theater

s. Theater

Glück, Horst Dr. MdL FDP/DVP

Nachruf auf den verstorbenen Abg Dr. Horst Glück

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5321

Glücksspiel

s. Spiel

Glücksspielsucht

s. Spielsucht

Glücksspirale

s. Lotterie

Gönner, Tanja CDU

Berufung und Vereidigung von Tanja Gönner zur/als Sozialministerin

s. Sozialministerin

PIPr 13/73 S. 5133

Berufung und Vereidigung von Tanja Gönner zur/als Umweltministerin

s. Umweltministerin

PIPr 13/91 S. 6399

Göppingen

s.a. Göppingen, Landkreis

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KIAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1729

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KIAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/5184

Neuabgrenzung des Wahlkreises Göppingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828 5834 5842

Göppingen, Landkreis

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KIAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1729

Neuabgrenzung der Wahlkreise im LKreises Göppingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828 5834 5842

Göschel, Helmut MdL SPD

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Helmut Göschel durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Götting, Renate MdL FDP/DVP

Eintritt der Abg Renate Götting zum 06.09.2004 als Nachfolgerin des verstorbenen Abg Dr. Horst Glück
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5321

Götz, Leonhard

Dank an Ministerialrat Götz für die geleistete Arbeit in 31 Jahren im Plenar- und Ausschussdienst des Landtags
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461

Goldschmiedeschule

s. Berufsbildende Schule

Golfplatz

s. Golfsport

Golfsport

Golfplätze im Tourismus-Konzept
Werbung für o.g. Angebote iRd Tourismuskonzepts des Landes
Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 19.04.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/943

Goll, Ulrich Prof. Dr. FDP/DVP

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Ulrich Goll zum/als Justizminister
s. Justizminister
PIPr 13/3 S. 37

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Ulrich Goll zum/als Justizminister
s. Justizminister
PIPr 13/74 S. 5187

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Ulrich Goll zum/als Justizminister
s. Justizminister
PIPr 13/91 S. 6399

Gomadingen

Nutzung der Einrichtung des Landgestüts Marbach
Personalausstattung und Auslastung des Gestüts, Entwicklung der Einnahmen aus der Hengstparade u.a. Veranstaltungen sowie der Pferdezucht in den letzten drei Jahren; Öffnung für die Jugendarbeit der Reitsportvereine, Ermöglichung von Turnieren und Freizeiten
Antr
s. Pferdezucht
Drs 13/1805

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag
Prüfung von Alternativen für die zukünftige Bewirtschaftungsform des Haupt- und Landgestüts Marbach
s. Pferdezucht
Drs 13/1873

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08
Verbesserung der Einnahmen und Reduzierung des Zuschussbedarfs beim Haupt- und Landgestüt Marbach
s. Pferdezucht
Drs 13/4008

Wirtschaftliche Perspektive für das Haupt- und Landgestüt Marbach
Überführung in eine Gesellschaft privaten Rechts, Übertragung der vollen unternehmerischen Verantwortung auf die Geschäftsführung, Budgetierung und Reduzierung der Zuschüsse, Hinwirkung auf eine Kapitalbeteiligung des Pferdezuchtverbands und benachbarter Gemeinden sowie auf ein Tourismus- und Marketingkonzept, Übertragung der nicht selbst genutzten Liegenschaften an die Landes-Immobilien-Gesellschaft

Antr
s. Pferdezucht
Drs 13/4439

Sparvorgaben für das Haupt- und Landgestüt Marbach
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6088

Graduiertenförderung

s.a. Habilitation
s.a. Promotion
s.a. Stipendium

Wissenschaftliche Nachwuchsförderung nach dem LandesgraduiertenförderungsGes (LGFG)
Entwicklung der Zahl von Promotionsstipendien nach dem LGFG seit 2000, Höhe der dafür im laufenden Haushalt eingestellten und verausgabten Mittel; Frage nach Plänen zur Neugestaltung der Graduiertenförderung
Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 17.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2278 (33 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 30
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Graduiertenförderungsgesetz

s. Graduiertenförderung

Gräble, Inge Dr. MdL CDU

Würdigung und Verabschiedung der Abg Dr. Inge Gräble nach deren Wahl ins Europäische Parlament
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5118 5119

Graffiti

Graffiti-Bekämpfung
Umfang der jährlichen Schäden durch Graffiti-Schmierereien, Anteil der ermittelten und verurteilten Täter, Reaktivierung des vom BRat beschlossenen, aber vom BTag nicht mehr behandelten GesEntw nach der Bundestagswahl?
Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 06.08.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1248
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.01.2003 Drs 13/1725 S. 6 7
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Graffitibekämpfung

Stand des o.g. Gesetzgebungsverfahrens im BRat

MdIANfr 3) Thomas Blenke CDU 23.10.2003 Drs 13/2480
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3746 3747

Unterstützung der Graffitibekämpfung im BRat

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305 4315

Gras

s.a. Stroh

Nutzung von Gras für die Energiegewinnung

Wirtschaftlichkeit eines mit Gras betriebenen Kraftwerks, Beurteilung der energetischen Verwertung von Gras als neue Einkommensquelle für Landwirte, Einschätzung der Marktchancen von „Graswolle“ als Dämmstoff sowie der Nutzung abgeschiedener Proteine als Tierfutter

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 28.11.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/497

BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 46

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Grünfütterrocknung und Pelletspressung

Bewertung der o.g. Futteralternative für Landwirte u.a. Tierhalter; Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Fördermöglichkeiten einer kombinierten Pelletspresse zur Verarbeitung von Trockengrün im Sommer und Holz im Winter, z.B. Sägemehl

Antr
s. Futtermittel
Drs 13/1780

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landestraßen

Anfallende Mengen und Art der Verwertung von Häckselgut bei der Randstreifenpflege durch die Straßenbauverwaltung, Anstieg der Nitratwerte im Boden bei der Verwertung als Düngemittel an Ort und Stelle; Vorschlag einer energetischen Nutzung dieses Materials und sonst noch anfallender Biomasse

Antr
s. Energieerzeugung
Drs 13/3337

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klärschlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des Anbaus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr
s. Biomasse
Drs 13/4539

Greencard

s. Arbeitserlaubnis

Greifvogel

s. Vogel

Gremium*Beratungsgremien, Beiräte u.ä. Gremien bei den RegPräs*

Aufgaben, Berufung, Sitzungsintervalle und Kosten der o.g. Gremien

Antr Herbert Moser u.a. SPD 25.09.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/258

Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen

Vorlage eines aktuellen Berichts über die Entwicklung o.g. Daten, Fortschreibung in dreijährigem Turnus

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 16.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1408

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 32 33

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Frauenanteil an Hochschulen

Entwicklung 2002 gegenüber 1992 und 1997 nach Berufsakademien, FH und Universitäten, nach Ebenen, Fakultäten, Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren; Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen; geschlechterspezifische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und Studierendenvertretungen; Möglichkeiten zur Erhöhung des jeweiligen Frauenanteils

KIANfr
s. Frau
Drs 13/1863

Beteiligung von Männern und Frauen in ausgewählten Geschäftsbereichen der LReg

Entwicklung der o.g. Repräsentanz in den Gremien der Geschäftsbereiche des StM, MWK und der Universitäten seit 1995; Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming; Teilnahme von Führungskräften des MWK an Fortbildungsmaßnahmen

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 13/1964

Übersicht über Aktionsbündnisse, Netzwerke, Kooperationen, Runde Tische, Kommissionen, Zukunftsinitiativen, Offensiven und Allianzen

Auflistung der bestehenden und in dieser WP neu berufenen Gremien, Beurteilung der Arbeit und des Finanzbedarfs dieser Einrichtungen

KIANfr Heike Dederer GRÜNE 17.09.2003 und Antw IM Drs 13/2408 (24 S.)

Wahl der Mitglieder von beschließenden und beratenden Ausschüssen in der Verbandsversammlung der Regionalverbände und ihrer Stellvertreter nach dem LPlanungsGes (LplG)

KIANfr
s. Wahl
Drs 13/3948

Mehr Frauen in Gremien - Vierten Gremienbericht über Berufung von Frauen in Gremien, Ämter und Funktionen vorlegen

Umsetzungsstand des o.g. Projekts als Bestandteil des Aktionsprogramms der Frauenbeauftragten der LReg, Gründe für die Verzögerung des mit Drs 13/1408 angekündigten vierten Gremienberichts, Bewertung des Verzichts auf den Bericht iRd Entbürokratisierungsinitiative

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 10.08.2005 und Stellung-

nahme SM Drs 13/4596
 BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 53
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Mitwirkung von Frauen in Gremien, Vorlage des vierten Gremienberichts

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 791

Verbesserung des Frauenanteils in Gremien

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2040 2052

Beklagung von zu vielen Gremien zwischen Bund und Ländern; Reduzierung der Sitzungen von Hochschulgremien

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5538

Verbesserung des Frauenanteils in Gremien

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7114 7115

Gremium nach Artikel 10 GG

Wahl der Mitglieder des Gremiums nach Artikel 10 GG

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 180 181 195

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium

Drs 13/2

Grenze

s.a. Bundesgrenzschutz

s.a. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/3223

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorstauräumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/4621

Notwendigkeit eines gemeinsamen Grenzregimes in Europa

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3314 3322

Zusammenarbeit des Grenzschutzes an den Außengrenzen der EU

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5371

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

s.a. Euro-Institut

s.a. INTERREG

s.a. Jugendaustausch

s.a. Kommunale Zusammenarbeit

s.a. Oberrheinrat

Ausbau des Funknetzes der baden-württembergischen Polizei

Mittelaufwand für die Aufrüstung des analogen Funknetzes, Kompatibilität und Kosten der konkurrierenden digitalen Funk-systeme auch im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich, beschleunigte Einführung eines geeigneten Systems gemeinsam mit anderen BLändern

Antr

s. Funkverkehr

Drs 13/582

Grenzüberschreitende Notfallversorgung

Abweisung eines neurochirurgischen Notfallpatienten aus Waldshut in neun Kliniken, Konsequenzen aus diesem Vorfall für die Krankenhausplanung sowie für die grenzüberschreitende Notfallversorgung

Antr

s. Krankenversorgung

Drs 13/785

Stellungnahmen der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Zuleitung o.g. Stellungnahmen an den Ltg und die Mitglieder des Oberrheinrats ohne Abgeordnetenmandat; Bewertung der Beschlüsse zur Kooperation mit anderen Gremien, zur grenzüberschreitenden Tourismusförderung, zur Koordination regional bedeutsamer Verkehrsprojekte und Unterrichtung in der Sprache des Nachbarn an den Grundschulen

Antr

s. Oberrheinrat

Drs 13/1095

Gesundheit in Europa

Bestrebungen der EU-Kommission zur Harmonisierung der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten; Auswirkungen des Verfahrens der „offenen Koordination“ auf die Kompetenzverteilung zwischen EU, Bund und Ländern; Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung; grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, insbes mit der Schweiz; gegenseitige Behandlung von Patienten, Unterstützung der Leistungsanbieter ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten; Beurteilung der geplanten europaweiten Krankenversicherungskarte sowie der gegenseitigen Anerkennung von Pflegeberufsabschlüssen und der ärztlichen Approbation

GrAnfr

s. Gesundheit

Drs 13/1163

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der Rahmendaten, Unterstützung der Region zum Ausbau als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, grenzüberschreitende Kooperation von Hochschulen u.a. Forschungseinrichtungen; zurückliegende und künftige Förderung von Verkehrsprojekten, Umwelt- und Konversionsmaßnahmen sowie von Maßnahmen und Schwerpunkten im Wohnungsbau

GrAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/1226

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft; Förderung des Kooperationsraums Bodensee-Oberschwaben; Beurteilung einer Neustrukturierung der Verwaltung in der Region sowie der Ansiedlung einer FH in Überlingen; Entwicklung der Zahlen von Gästen und Betrieben im Fremdenverkehr, Vergleich bzw Zusammenarbeit mit den anderen Anrainerstaaten

Antr

s. *Bodensee*

Drs 13/1250

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region; Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild, Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr

s. *Bodensee*

Drs 13/1251

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Kooperation beim Fremdsprachenunterricht, Tourismus, Katastrophenschutz, beim Schienen-, Straßen- und Luftverkehr

Antr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1269

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmiteleinwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr

s. *Freiburg*

Drs 13/1288

Europa-Distrikt

Bildung eines Europa-Distrikts am Oberrhein mit den Städten Straßburg, Kehl u.a. Kommunen im Ortenaukreis als Konsequenz aus der bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/1776

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der europäischen Regionen im Verhältnis zur EU, Ausweitung der Kompetenzen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1796

Eurodistrikt Straßburg/Kehl

Beteiligung an der Ausgestaltung des Eurodistrikts am Oberrhein, Nutzung der Vorbildfunktion des grenzüberschreitenden kommunalen Zweckverbands

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/2262

Digitales Sprech- und Datenfunksystem BOS

Grundlagen und Kriterien o.g. Systemwahl für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; Nutzung der Erfahrungen in Frankreich, Österreich und der Schweiz; Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Auswirkungen auf heimische Unternehmen bei der Systementscheidung

Antr

s. *Funkverkehr*

Drs 13/2483

Die Stärke BW: Die Regionen

Entwicklung der regionalen Strukturen; Ergebnisse und Konsequenzen der Prüfung des Rechts der Regionalverbände, Weiterentwicklung des Profils der Regionen und der Zusammenarbeit mit angrenzenden BLändern und Staaten, Zahl der vorhandenen und wieder aufgelösten Zweckverbände; Gleichstellung der Regionen bei der Übertragung weiterer Zuständigkeiten mit dem Verband Region Stuttgart

Antr

s. *Region*

Drs 13/2527

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Frage nach einem schnellen und regelmäßigen Datenaustausch zwischen Vollzugsbehörden und übergeordneten Behörden sowie Bundes- und EU-Behörden, Art der eingesetzten Software und Datenbanken, Effizienz der länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Kontrolle zulassungspflichtiger Stoffe aus anderen Ländern

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/2682

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Umsetzung der gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags; Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein; Halbjahresbilanz des Interregprogramms III A; gegenseitige Bedeutung der Länder als Wohnsitz und Reiseziel; Rolle des französischen Generalkonsulats in Stuttgart

GrAnfr

s. *Frankreich*

Drs 13/3236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Bildung eines Eurodistrikts, insbes Kompetenzen, Rechtsform und Gremien; Beteiligung von Bürgergruppen und berufsständischen Organisationen; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Justiz und Schulen; Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes?

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr
s. *Euro-Institut*
Drs 13/3346

Verhandlungen der baden-württembergischen LReg mit der Schweizer BReg über nachbarschaftliche Problemlagen?

Teilnehmer, Themen und Ergebnisse o.g. Gespräche in Bern
KlAnfr
s. *Schweiz*
Drs 13/3561

Übernahme der Präsidentschaft in der Internationalen Bodenseekonferenz durch das Land BW

Ziele, Schwerpunkte und konkrete Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit iRd Präsidentschaft 2005, insbes in den Bereichen Gewässerschutz und Eindämmung der Flächenversiegelung im seenahen Uferbereich; Art der Finanzierung und Umsetzung der Projekte

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/3874

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Aufgabenstellung, Organisation und Ausrüstung der o.g. Gefahrenabwehrereinrichtung zum Gewässerschutz; Finanzierung der notwendigen Beschaffungen und Veränderungen; Aus- und Fortbildung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit der freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und dem Geräteeinsatz; Beurteilung von Wechselladerfahrzeugen als kostengünstige Alternativen zu den Rüstwagen See

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/4058

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion

Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarke-

ting GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr
s. *Unterer Neckar, Region*
Drs 13/4067

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Erzielte Fortschritte seit Beantwortung der GrAnfr 13/3251 unter Einbeziehung von Bürgergruppen; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und Schulen iR von Gremien und Projekten: Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten, Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4288

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zwischen den Ländern BW, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet

Mittlg LReg 17.05.2005 Drs 13/4346 (22 S.)
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535
BeschlEmpf und Bericht WirtA 15.06.2005 Drs 13/4387 (dazu Antr CDU, FDP/DVP und SPD)
EAntr GRÜNE 29.06.2005 Drs 13/4450
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6868-6874

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der grenzüberschreitenden Kooperation mit Bayern, Darlegung der verbesserungsbedürftigen Bereiche

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Donau-Iller

Durchgeführte und geplante Maßnahmen sowie deren Finanzierung seit dem letzten großen Hochwasser 1999; grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Behörden, THW u.a. Rettungsorganisationen mit der bayerischen Seite; Förderzusagen für einzelne Projekte sowie Möglichkeiten zu deren raschen Verwirklichung

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/4616

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw LReg 19.10.2005 Drs 13/4741
1. Beratung PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7254-7259
BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4825
2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7450 7451
GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4927
GBI 2005 Nr. 17 S. 710-716 (Ges vom 01.12.2005)

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4862

Intensivierung der grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit von Ltg und LReg

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 6 7

Würdigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich, der Schweiz und Österreich; Verbesserung der internationalen Kooperation der Polizei

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 53

Würdigung der Zusammenarbeit in den grenzüberschreitenden Institutionen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 611 612

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein sowie mit den EU-Beitrittsländern in Osteuropa

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 757 776 781

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am mittleren Oberrhein und im Rhein-Neckar-Raum

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452 1458 1460 1461 1464 1467 1468 1484 1489 1491 1494

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit iRd Technologieregion Karlsruhe, Belegung der Vision einer grenzüberschreitenden Region durch die PAMINA, Realisierung von grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514 1516-1518 1521 1522 1525 1527 1530

Anmahnung von mehr Aktivitäten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Frankreich

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2158 2163 2164

Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Bekämpfung der Kriminalität

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340 2343 2345

Verankerung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im europäischen Verfassungsvertrag, Verweisung auf grenzübergreifende Regionen; grenzüberschreitende Gesundheitspolitik

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895 2907 2910 2951-2958

Erinnerung an die Passage zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Landesverfassung; Vertiefung der Projekte mit französischen Grenzregionen

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305 3315 3323

Beschreibung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Europabericht, Unterstützung der Entwicklung des Eurodistrikts

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3803

Beschreibung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Europabericht, Unterstützung der Entwicklung des Eurodistrikts, Eintreten für die Fortführung der INTERREG-Programme

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5370 5371 5374 5376 5377 5379

Würdigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Bodensee und Oberrhein

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Grenzwert

s. *Messwert*

Griechenland

s.a. *Griechisch*

AusländerGes § 87, Abs 2

Verzicht auf die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit bei vorhandener Gegenseitigkeit, Frage nach einer vom BinnenMin abweichenden Rechtsauffassung bei der Einbürgerung von EU-Bürgern aus Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal

KlAnfr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/382

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft für Unionsbürger aus Griechenland

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340

Griechisch

Entwicklung der „alten Sprachen“ an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Nachfrage nach Latein und Altgriechisch in den letzten zehn Jahren; Auswirkungen der Einführung einer ersten Fremdsprache an Grundschulen

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/9

Umsetzung der Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse
Vorbereitungsstand für die Zertifizierung der Herkunftssprache
Griechisch

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/1634

Grippe

s. *Infektionskrankheit*

Großbritannien

Verschreibungsberechtigung für Apotheker
Beurteilung der o.g. Modellprojekte in Großbritannien

KlAnfr
s. *Apotheker*
Drs 13/247

AusländerGes § 87, Abs 2

Verzicht auf die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit bei vorhandener Gegenseitigkeit, Frage nach einer vom BinnenMin abweichenden Rechtsauffassung bei der Einbürgerung von EU-Bürgern aus Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal

KlAnfr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/382

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Vergleich der Bankenlandschaft mit England, Zahl von Menschen ohne Girokonto in Großbritannien

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1609 1612

Anmahnung von Verhandlungen um den Abbau des britischen EU-Beitragsrabatts

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2164

Anmahnung von Verhandlungen um den Abbau des britischen EU-Beitragsrabatts

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3199

Verurteilung der jüngsten Bombenanschläge in London, Anpassung der Sicherheitsinfrastruktur an die Entwicklung des internationalen Terrorismus, Verfeinerung der Videoüberwachung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7001-7003 7005 7007 7008 7034

Aussagen des britischen Spitzenpolitikers David Cameron zum öffentlichen und privaten Schulsystem in England

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7833

Großveranstaltung

s. *Veranstaltung*

Grünanlage

s. *Grünfläche*

GRÜNE

s. *Bündnis 90/Die Grünen*

Grüne Gentechnik

s. *Gentechnologie*

Grüne Woche

Präsentation BW auf der Grünen Woche in Berlin

Kosten-Nutzen-Analyse der letzten 20 Jahre; Entwicklung einer Konzeption zur Darbietung heimischer Erzeugnisse nach dem HQZ sowie Präsentation des Landes als Fremdenverkehrsland, Aufstellung der Kosten und möglichen Alternativen

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 24.06.2002 und Stellungnahme
MLR Drs 13/1105
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1638
S. 14 15
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Kritik an der Präsentation der HQZ-Produkte auf der Grünen Woche in Berlin

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1865 1866

Grünes Zentrum Boxberg

Konzeption für ein zukunftsorientiertes „Grünes Zentrum Boxberg“

Vorlage der o.g. Konzeption, ausschließliche Etatisierung von Planungskosten für die Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg nach dem Hpl 2002/03?

MdlAnfr 3) Gerd Teßmer SPD 15.04.2002 Drs 13/912
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1428 1429

Bau und Baubeginn des Grünen Zentrums in Boxberg

Realisierung des für 2003 zugesagten Neubaus der Landesanstalt für Schweinezucht, Höhe der finanziellen Vorleistungen der Gemeinde Boxberg, Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Gesamtkonzeption des o.g. Zentrums

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 26.05.2003 und Stellungnahme
MLR Drs 13/2103
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.10.2003 Drs 13/2583
S. 20-22
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Landwirtschaftliche Weiter- und Berufsausbildung im Bereich der Schweinezucht

Berufsbildungsangebot im neuen Grünen Zentrum in Boxberg, Frage nach Überschneidungen mit der Akademie in Kupferzell bzw nach Synergieeffekten bei einer Zusammenlegung dieser Angebote

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/3178

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung

von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obrigheim und Buchen

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3734

Das Projekt „Grünes Zentrum Boxberg“ und die Funktion der landeseigenen Liegenschaft Seehof

Derzeitige bzw mögliche Nutzung der o.g. Domäne, Frage nach der Bedeutung des Areals iRd Konzeption für ein „Grünes Zentrum Boxberg“

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 12.07.2005 und Antw FM Drs 13/4494

Realisierung des grünen Zentrums Boxberg

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046 1047 1050

Realisierung des grünen Zentrums Boxberg

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4348 4354

Anstrengung einer Konzentration von Forschung und Lehre im Grünen Zentrum in Boxberg

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6781-6783

Grünfläche

s.a. *Grünland*

Landesgartenschau BW/Grünprojekte „Natur in Stadt und Land“

Auflistung der ausrichtenden Städte seit 1980 und in den kommenden Jahren, Kriterien für die Auswahl und Finanzierung, Höhe und städtebauliche Wirkungen der Investitionen, Impulse für die örtliche Wirtschaft, die Sicherung von Naturressourcen und für das kulturelle Leben; Einführung einer Aufzeichnungspflicht über die Folgewirkungen; jährliche Veranstaltung einer Landesgartenschau ab 2008

Antr
s. *Gartenschau*
Drs 13/2051

Grünland

s.a. *Gras*

s.a. *Grünfläche*

s.a. *Stilllegungsprämie*

Mahdtermine im Grünlandprogramm und Tierschutz

Gefährdung von Jungwild durch die vorgegebenen Mahdtermine, Ermöglichung der zeitlichen Verschiebung der Mahd auf Streifen im Waldrandbereich

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 12.07.2001 und Antw MLR Drs 13/81

Offenhaltung der Landschaft durch Grünlandnutzung sichern

Ökonomische Anreize zur Grünlandnutzung durch die Grünlandprämie u.a. Programme im Agrarbereich bzw über den Vertragsnaturschutz

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 12.07.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1175
BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.10.2002 Drs 13/1638 S. 16-18
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Ausgestaltung der Milchquotenregelung ab 2008

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Zukunft der Milchwirtschaft

Beurteilung der veränderten Position des BLHV zu den Folgen der vorgezogenen EU-Agrarreform auf die Milch- und Grünlandwirtschaft

MdlAnfr
s. *Milchwirtschaft*
Drs 13/2480

Umsetzung der GAP-Reform bei Flurneuordnungsverfahren

Aufwand der Flurbereinigungsämter für die Herausrechnung der Kulturart 2003 und Neuzuteilung iRd o.g. Verfahren; finanzielle Nachteile, Widersprüche und Schadenersatzforderungen der Landwirte in Fällen von vorhandenen Teilflächen Grünland 2003; Hinwirkung auf Abweichung von der Stichtagsregelung zugunsten des Datums der Zuteilung von Flurstücken

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/4207

Hundekot

Aufnahme eines Verbots des Kotens von Hunden auf landwirtschaftlich genutzten Grün- und Ackerflächen in örtliche Polizeiverordnungen, Gründe für die Anordnung der Streichung dieses Verbots aus der Polizeiverordnung der Stadt Backnang, Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip

KlAnfr
s. *Exkrement*
Drs 13/4434

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkuhe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4468

Strukturwandel bei Milchbauern in BW

Stand und Prognosen zur Zahl von Milchbauern im Voll- und Nebenerwerb, von Molkereien und Milchanlieferungsmengen; Auswirkungen der von der EU geplanten Kürzung bzw Streichung der Exportbeihilfen; flankierende Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls, u.a. aufgrund des Drucks der Großfilialisten

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4527

Rückgang des Grünlands infolge der Klimaveränderungen, Auswirkungen auf das Landschaftsbild in Oberschwaben und im Allgäu

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827

Schutz der traditionell genutzten Heuwiesen mit dem MEKA II

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2016 2019

Entkopplung der Prämien bei der Tierhaltung, Schaffung einer Grünlandprämie

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3196 3198

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung, Begrüßung der Grünlandprämie, Verbot des Umbruchs von Grünland

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400-3402 3404-3408 3410-3413 3445 3447

Beschränkung des Umbruchverbots von hochwassergefährdetem Grünland auf Überschwemmungskernbereiche; Verstärkung der Grünlandförderung iRd MEKA, Erhaltung der Grünlandprämie

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4103-4108 4137-4141

Umschichtungen im Haushalt zur Stabilisierung der Grünlandbewirtschaftung, Abmilderung der EU-Agrarreform für die heimische Milchwirtschaft

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4353 4357

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung, Begrüßung der Grünlandprämie

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4550-4555 4559

Grünlandbetrieb

s. Weidewirtschaft

Grund- und Hauptschullehrer

s.a. Klassenlehrer

Zukünftiger Bedarf an Hauptschullehrerinnen und -lehrern

Vorlage von Prognosedaten zum Ausscheiden und Bedarf o.g. Lehrkräfte in dieser WP, Zahl von Studierenden mit Stufenschwerpunkt Hauptschule an den PH, Abordnung von Realschullehrern an Hauptschulen? Verbesserung der Vergütung, Schaffung eines einheitlichen Ausbildungsgangs für Lehrer in der Sekundarstufe an Haupt- und Realschulen, Verbreiterung des Einstellungskorridors beim nächsten Einstellungsverfahren

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 24.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/369 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 32-34

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Entwicklung der Unterrichtsversorgung

Aufgelaufene Unterrichtsstunden und Lehrerdeputate iRd Vorgriffsstundenmodells sowie dessen Rückabwicklung an den einzelnen Schularten; zusätzliche Lehrerstellen und Verteilung der Vergütungen zur Verbesserung der Unterrichtssituation sowie der Mittel für Krankheitsstellvertretungen, Fortführung der Springerreserve; Bereitstellung der zusätzlichen Stellen für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen, Vorlage der Prognosedaten für die Personalplanung bis 2006

Antr

s. Schulunterricht

Drs 13/371

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Lehrerversorgung der Hauptschulen; Entwicklung des Alteraufbaus, der krankheitsbedingten Fehlzeiten und Dienstunfähigkeit der GHS-Lehrer; Vergleich der zu erwartenden Pensionierungen mit der Zahl von Lehramtsstudenten, insbes in den naturwissenschaftlichen Fächern; Maßnahmen gegen den absehbaren Fachlehrermangel

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/590

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Fortbildung von Grundschullehrkräften für das Lernen mit dem Computer, Verdoppelung der Springerreserve

Antr

s. Grundschule

Drs 13/636

Schulanfang auf neuen Wegen; Weiterführung des Reformprojekts nach der Erprobungsphase

Ergebnisse und Konsequenzen der erprobten drei Modelle, Akzeptanz bei den Eltern, Umfang der eingesetzten Deputate, Empfehlungen der Projektgremien, Öffnung der jahrgangsübergreifenden Klassen für alle interessierten Grundschulen, Ersetzung des Halbjahresberichts in der zweiten Klasse durch ein Elterngespräch, Konsequenzen in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. Schulanfänger

Drs 13/919

Erste Erfahrungen mit der novellierten Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung (GHPO II)

Ursachen der Verschlechterung der Ergebnisse, Auswirkungen der Beteiligung fachfremder Mitglieder in der Prüfungskommission; Revision der GHPO II angesichts der Erfahrungen aus der ersten Prüfungskampagne

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 12.06.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1079

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 31 32

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb

Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation der einzelnen Schulen; Einschätzung der Unterrichtsversorgung und des Ergänzungsangebots in einzügig geführten Hauptschulen

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/1139

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Sonderschulbereich

Entwicklung der Unterrichtsversorgung, der Schüler- und Lehrerzahlen differenziert nach wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern seit 1997; Anteil der Deputate für sonderpädagogische Dienste und Kooperation im Bereich Frühförderung; Umfang der Bedarfsdeckung durch abgeordnete Lehrkräfte aus Grund- und Hauptschulen; Entwicklung der Bewerbungen und Einstellungen von Sonderschullehrern sowie der Abwanderungen in andere BLänder und Privatschulen

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1145

Einstellung von Sonderschullehrkräften zum Schuljahr 2002/2003

Verzicht auf die weitere Abordnung von Lehrkräften aus Grund- und Hauptschulen, Bedarfsdeckung durch Einstellung ausgebildeter Sonderschullehrer und qualifizierter Fachlehrer, Finanzierung über Sondermittel für die Grundversorgung

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1147

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung für fünfjährige Kinder

Vorlage einer Konzeption und eines entsprechenden GesEntw für die o.g. Maßnahmen: Verpflichtung des Kindes zur Teilnahme an einer individuellen Förderung bei diagnostisch festgestelltem Förderbedarf, Vermittlung von Sprachkompetenz bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrern

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/1220

Entwurf der Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung vom 10.09.02; Bedeutung der Politikwissenschaft bzw Gemeinschaftskunde

Auswirkungen einer Streichung des Studienfachs Politikwissenschaft als Hauptfach für das Grund- und Hauptschullehramt, Stellenwert des Schulfachs Gemeinschaftskunde

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 13/1742

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1789

Die Grundschule stärken; hier: Neukonzeption des Grundschulstudiums in der neuen GHPO I (Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung)

Bewertung und Konsequenzen der Stellungnahmen iRd Anhörungsverfahrens zu dem o.g. Entwurf; Berücksichtigung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Grundschule u.a. durch den Schulanfang auf neuen Wegen und die pädagogische Verzahnung mit dem Kindergarten; Kombinierbarkeit der zu einem Fächerverbund zusammenschlossenen Fächer Musik, Kunst und Sport mit einem anderen Nebenfach; Zahl der Studierenden für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an den PH

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/1919

Neue Schule, neue Lehrer - Ein Konzept für die Reform der Lehrerbildung

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungs-

phasen; Regelungen zur Gliederung und Dauer des Hochschulstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Weiterqualifikation; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/2322

FörderlehrerInnen an Grundschulen; erster Schritt zum Aufbau eines Unterstützungssystems an den allgemeinen Schulen

Einrichtung eines Unterstützungssystems für schwächere, lernbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder an der Grundschule; Bündelung von Stütz- und Förderstunden, Einstellung zusätzlicher Sonderschullehrkräfte und Fachlehrer

Antr
s. *Förderunterricht*
Drs 13/3229

Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern iRd neuen Bildungspläne

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-, Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforderungen der neuen Bildungspläne

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/3576

Einführung eines Studiengangs für das Lehramt an der Primarstufe und eines Studiengangs für das Lehramt an der Sekundarstufe I

Vergleich der Leistungsprofile der Hauptschule mit den anderen weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie der jeweiligen Übergangsquote von der Grundschule; Orientierung der Zahl von Studierenden für das Lehramt an Grundschulen, Haupt- und Realschulen am Bedarf? Ersetzung des einheitlichen Lehramts an Grund- und Hauptschulen durch ein Lehramt Primarstufe (Grundschule) und ein Lehramt Sekundarstufe I (Hauptschule und Realschule)

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3731

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemein bildenden Schulen, Berufs- und Sonderschulen; Umfang und Auswirkungen des Abbaus von Lehrerstellen und Schulstandorten im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen; Veränderung des Bedarfs an GHS-Lehrern mit der Schließung von Grund- und Hauptschulen; Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserten Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr
s. *Schule*
Drs 13/3835

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Zahl von Grund- und Hauptschullehrern auf Sonderschulstellen

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3964

Schulanfang auf neuen Wegen - jahrgangsübergreifende Eingangsstufe, pädagogische Rahmenbedingungen und Weiterführung des Projekts in der dritten und vierten Klasse

Zahl und Klassengrößen der o.g. Grundschulen, Erkenntnisse über die Entwicklung des sozialen und selbstständigen Lernens der Kinder sowie ihre Leistungsentwicklung in den Kompetenzen Lesen und Mathematik, Leistungsbewertung durch die Lehrkräfte und Eltern; Ermöglichung des Klassenteilers für kombinierte Klassen auch für die jahrgangsübergreifenden Klassen, Förderung der Weiterführung in Klasse drei und vier, Forcierung der Ausweitung jahrgangsübergreifender Klassen durch die Bereitstellung von Team- und Differenzierungsstunden

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4236

Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“

Einräumung eines Elternwahlrechts über die weiterführende Schule, entsprechende Stärkung der Diagnose- und Beratungskompetenz der Grundschullehrkräfte, Entwicklung motivierender Formen der Leistungsbewertung unter Verzicht auf die Notengebung, Einsatz der frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten, Ausbau der horizontalen Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen, Ermöglichung der Weiterentwicklung von Schulen zu neunjährigen Basisschulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/4300

Problematik der Gewinnung qualifizierter Hauptschullehrer
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 100

Versetzung von Grund- und Hauptschullehrern an die Sonderschulen, zusätzliche Lehrerstellen zur Einführung der Fremdsprache und der verlässlichen Grundschule

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 228 231-235 238 239

Steigerung des Anteils männlicher Lehrkräfte an den Grundschulen, Verbesserung der Besoldung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 790

Einführung eines Beförderungsamts auch für Hauptschullehrer
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816

Einführung eines eigenständigen Studiengangs Ethik für Grund- und Hauptschullehrer an den PH

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1116 1119-1121 1123

Zahl notwendiger Deputate an GHS zur Einführung von Ethik- und Fremdsprachenunterricht ab der ersten Klasse, Ausbildungsmöglichkeiten für Ethiklehrer; Gewinnung von Migranten für die Lehrerbildung

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1353-1357 1359-1362 1368 1369

Qualifizierung der Lehrer und zusätzliche Stellen zur Einführung der Grundschulfremdsprache ab der ersten Klasse

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1484 1488 1490 1491 1494 1495 1497

Einführung eines Beförderungsamts auch für Hauptschullehrer
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1744

Einführung von Französisch als Grundschulfremdsprache am Oberrhein, Ausbildung bilingualer Lehrkräfte und Einrichtung eines Lehreraustauschpools

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1975 1976 1987 1988

Steigerung des Anteils männlicher Lehrkräfte an den Grundschulen; Werbung unter jungen Ausländern für den Lehrerberuf

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2032 2104-2106

Musikalische Grundausbildung der Grund- und Hauptschullehrer

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2257-2260 2262-2264

Qualifizierung der Lehrer zur Einführung der Fremdsprache in der Grundschule

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3513

Würdigung des Engagements der Grund- und Hauptschullehrer, Verweisung auf die Problemlagen und die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung, Notwendigkeit zusätzlicher Lehrerstunden für den Ganztagsbetrieb an Hauptschulen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6840-6845 6848 6860 6861 6865 6866

Qualifizierung der Grundschullehrkräfte für Französisch und Sport in der Grundschule

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7136 7175 7177 7178

Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*

Grundbuch

s.a. *Grundbuchamt*

Realistisches Finanzierungskonzept für ein Elektronisches Grundbuch

Vorlage eines neuen Realisierungs- und Finanzierungskonzepts; Durchführung einer analytischen Personalbedarfsplanung; Optimierung der Ablauforganisation bei den elf Grundbuchämtern mit staatlichem Personal im badischen Rechtsgebiet; Intensivierung der Bemühungen um die zeitnahe DV-Einführung bei den Grundbuchämtern mit kommunalem Personal

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 23.07.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/118

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.10.2001 Drs 13/488 S. 4-6

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Einführung des elektronischen Grundbuchs

Einhaltung des Zeitplans? Bewertung der Grundbuchsoftware „Folia“; Kooperation mit den staatlichen Vermessungsämtern

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 16.08.2001 und Antw JuM Drs 13/189

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 11)

Einführung des Elektronischen Grundbuchs

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 VII. S. 3

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 21.08.2002 Drs 13/1267

Elektronisches Grundbuch (EGB)

Frage nach Vereinbarungen zwischen dem IM und WM über die Datenerfassung für das EGB, Gründe und Kosten der nochmaligen Erfassung per Hand, Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeiten

KlAnfr Reinhold Gall SPD 15.08.2002 und Antw JuM Drs 13/1261

Personalengpässe in Notariaten

Kosten und Einnahmen, Geschäftsanfall, Umfang und Folgen der Rückstände der Notariate; Reaktion auf den Nachwuchsmangel, Finanzierung des zusätzlich notwendigen Personals über Gebühreneinnahmen; Disparitäten zwischen dem ländlichen Raum und Ballungsgebieten; Aktualisierung der Grundbücher iR von Flurbereinigungsverfahren; Erfahrungen mit der Anwendung des elektronischen Grundbuchs, Tauglichkeit der eingesetzten Hard- und Software

KlAnfr
s. *Notar*
Drs 13/1280

Reduzierung der Anzahl der Grundbuchämter und deren Verlagerung zu den Amtsgerichten

Folgen und erwartete Einsparungen der o.g. Reduzierung, Auswirkungen auf die Bürgernähe; bisherige Aufwendungen auf kommunaler Ebene für die Einrichtung des elektronischen Grundbuchs, mögliche Schadenersatzforderungen, Zeitpunkt des Abschlusses der elektronischen Umstellung aller Grundbuchämter

Antr
s. *Grundbuchamt*
Drs 13/2183

Ausschreibungsverfahren - Erfassungsdienstleistungen für das Elektronische Grundbuch

Darlegung der Abwicklung des o.g. Verfahrens, insbes teilnehmende Bieter, Art und Kriterien der Angebotsprüfung und Auftragsvergabe, Prüfung der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers bzw der Subunternehmer, Überwachung der Verbringung und des Rücktransports von Grundbüchern u.a. amtlichen Unterlagen oder Daten ins Ausland, Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit, Beurteilung des Vorhabens durch den LDatenschutzbeauftragten

Antr SPD 25.06.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2186
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2675 S. 7 8
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Grundbuchadministrative Versorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Mehrbelastung des Grundbuchamts Freiburg durch Auflösung der Außenstellen im Zuge der Verwaltungsreform und Eingliederung der Grundbuchämter von Umlandgemeinden; Beurteilung der negativen Auswirkungen der entstehenden Verzögerungen für die Bürger und Wirtschaft; Genehmigung der beantragten notwendigen Personalverstärkung

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 12.11.2004 und Antw JuM Drs 13/3745

Verlagerung der Erfassung von Daten ins Ausland

Übertragung der Erfassung weiterer Daten aus dem Bereich des JuM - außer der für das elektronische Grundbuch - auf ausländische Unternehmen oder deutsche Unternehmen mit Subunternehmen im Ausland

MdlAnfr

s. Datenverarbeitung

Drs 13/4133

Mittelbereitstellung zur Finanzierung des elektronischen Grundbuchs, Herausnahme aus dem IuK-Pool und Etatisierung im Nachtragshaushalt wegen den überproportionalen Kostensteigerungen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 204 208 213 214

Erstellung eines realistischen Finanzierungs- und Handlungskonzepts für die Einführung des elektronischen Grundbuchs auf Initiative des RH

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548 549 551

Flächendeckende Einführung des elektronischen Grundbuchs, Beanstandung der Mehrkosten für die Erstdatenerfassung durch den RH

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916 918-921 923 924

Fehlen eines Sach- und Finanzierungskonzepts für die Einführung des elektronischen Grundbuchs nach Feststellungen des RH

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1016 1018

Kritische Anmerkungen des Datenschutzbeauftragten zur Datenerfassung für das elektronische Grundbuch in Rumänien

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4543 4544

Grundbuchamt

Realistisches Finanzierungskonzept für ein Elektronisches Grundbuch

Vorlage eines neuen Realisierungs- und Finanzierungskonzepts; Durchführung einer analytischen Personalbedarfsplanung; Optimierung der Ablauforganisation bei den elf Grundbuchämtern mit staatlichem Personal im badischen Rechtsgebiet; Intensivierung der Bemühungen um die zeitnahe DV-Einführung bei den Grundbuchämtern mit kommunalem Personal

Antr
s. *Grundbuch*
Drs 13/118

Einführung des elektronischen Grundbuchs

Einhaltung des Zeitplans? Bewertung der Grundbuchsoftware „Folia“; Kooperation mit den staatlichen Vermessungsämtern

KlAnfr
s. *Grundbuch*
Drs 13/189

Justizreform in BW

Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate; Auswirkungen einer Eingliederung der Grundbuchämter in die (reduzierten) Amtsgerichte, Auflösung von Außenstellen der Amtsgerichte

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Reduzierung der Anzahl der Grundbuchämter und deren Verlagerung zu den Amtsgerichten

Folgen und erwartete Einsparungen der o.g. Reduzierung, Auswirkungen auf die Bürgernähe; bisherige Aufwendungen auf kommunaler Ebene für die Einrichtung des elektronischen Grundbuchs, mögliche Schadenersatzforderungen, Zeitpunkt des Abschlusses der elektronischen Umstellung aller Grund-

buchämter

Antr SPD 25.06.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2183
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4952-4960

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/2632

Grundbuchadministrative Versorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Mehrbelastung des Grundbuchamts Freiburg durch Auflösung der Außenstellen im Zuge der Verwaltungsreform und Eingliederung der Grundbuchämter von Umlandgemeinden; Beurteilung der negativen Auswirkungen der entstehenden Verzögerungen für die Bürger und Wirtschaft; Genehmigung der beantragten notwendigen Personalverstärkung

KlAnfr

s. *Grundbuch*

Drs 13/3745

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Änd des FinanzausgleichsGes sowie der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/3832

Grunderwerbsteuer

Kritik an der Erhöhung der Grunderwerbsteuer von 2 auf 3,5 %
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1437

Zuständigkeit der Länder für die Bestimmung des Grunderwerbsteuersatzes

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7287 7289

Grundgesetz

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Schutz der Kommunen vor einer Überforderung durch Leistungsgesetze des Bundes, Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz, Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

GrAnfr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1945

Konnexitätsprinzip als Grundlage politischen Handelns

Übernahme der Kostenträgerschaft bei der Übertragung von Aufgaben auf nachgeordnete Ebenen nach dem Subsidiaritäts-

prinzip, Verankerung des Konnexitätsprinzips in den Verfassungen der Länder und beim Bund, Erörterung der Thematik iRd Föderalismuskommission, Einbringung einer BRatsinitiative zur Verankerung im Grundgesetz, Entflechtung von Mischfinanzierungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie iRd FinanzausgleichsGes

Antr

s. *Konnexitätsprinzip*

Drs 13/3428

Wahlrecht für EU-Bürger zur Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Einbringung eines GesEntw zur Änd des GG im BRat: Erweiterung des passiven und aktiven Wahlrechts von EU-Bürgern für unmittelbare Wahlen zur Regionalversammlung

Antr

s. *Wahlrecht*

Drs 13/3863

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes

Antr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/4367

Äußerungen des Staatsministers Stächele

Aussagen zum Anteil von hier lebenden Muslimen, für die der Koran nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, verbunden mit der Aufforderung zu deren Ausreise; Bewertung und Konsequenzen dieser Äußerungen des Ministers iR eines Wahlkampfauftritts in Eningen im Kontext zum eingeführten Gesprächsleitfaden für muslimische Einbürgerungsbewerber

Antr

s. *Minister im Staatsministerium*

Drs 13/5141

Vornahme von Korrekturen am Grundgesetz, Rückübertragung von Kompetenzen vom Bund auf die Länder

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2526 2527 2530-2534 2537-2539 2541-2543

Plädoyer für eine Aufnahme der Kriterien des europäischen Stabilitätspakts ins Grundgesetz

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3802

Feststellung der Unvereinbarkeit des Tragens eines Kopftuchs im Unterricht durch muslimische Lehrerinnen mit den Werten des Grundgesetzes

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385-4408

Feststellung der Unvereinbarkeit des Tragens eines Kopftuchs im Unterricht durch muslimische Lehrerinnen mit den Werten des Grundgesetzes

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700 4701-4724

Erarbeitung von Vorschlägen in der Föderalismuskommission zur Änderung des Grundgesetzes

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5497

Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber; Prüfung des Bekenntnisses zu den Grundwerten des Grundgesetzes

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7647-7649 7651 7652 7654 7656-7658 7662-7664 7667-7675

Grundnahrungsmittel

s. Lebensmittel

Grundrecht

s.a. Menschenrechte

Entwicklung einer europäischen Verfassung aus der Grundrechtecharta

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 605 610-612

Einforderung der Beachtung der Grundrechte von Deutschen und Ausländern, Anerkennung der deutschen Rechts- und Wertordnung mit der „Islamischen Charta“ vom Zentralrat der Muslime; Aufnahme des Grundrechts auf Datenschutz in die LV und das GG

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1231 1241 1243 1316-1318

Entwicklung einer europäischen Verfassung aus der Grundrechtecharta

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1454 1460 1462 1463 1469 1491

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung für nicht therapierbare Sexualstraftäter; Abwägung zwischen dem Schutzbedürfnis der Allgemeinheit und dem Grundrecht auf Freiheit der Person

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1911-1917 1919-1921

Einforderung der Beachtung der Grundrechte von Deutschen und Ausländern

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2106 2107

Entwicklung einer europäischen Verfassung aus der Grundrechtecharta, Verhinderung einer Ableitung individueller Anspruchsrechte

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2341-2343 2345

Verteidigung des Grundrechts auf Meinungsfreiheit am Beispiel einer Ausstellung zum Neofaschismus in den Fraktionsräumen der Grünen im LtG

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441-2444 2446 2451-2457

Entwicklung einer europäischen Verfassung aus der Grundrechtecharta

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057

Entwicklung einer europäischen Verfassung aus der Grundrechtecharta

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307 3312 3316

Entwicklung einer europäischen Verfassung aus der Grundrechtecharta

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3804 3810

Bezeichnung der Grundrechtecharta als Herzstück des EU-Verfassungsvertrags

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120 5124 5132

Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber; Prüfung des Bekenntnisses zu den Grundrechten der Verfassung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646-7649 7651 7652 7654 7656-7658 7662 7664 7667-7673

Grundschule

s.a. Grund- und Hauptschullehrer

s.a. Weiterführende Schule

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Beeinflussung der Zurückstellung und vorzeitigen Einschulung durch den Schulanfang auf neuen Wegen; Akzeptanz der Betreuung iRd verlässlichen Grundschule; Anteil von Aufnahmeprüfungen und Beratungen beim Übergang auf eine weiterführende Schule

GrAnfr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/124

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Bestandsaufnahme der Sprachkenntnisse ausländischer und ausgesiedelter Kindergartenkinder und Schüler; Ausbau von Ganztagsangeboten und Sprachförderung an Kindergärten und Schulen, insbes an Grund- und Hauptschulen; Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts und von Schulsozialarbeit, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse und Aufnahme als Zeugnisnote; Einführung von Islamunterricht iR von Modellprojekten; Gewinnung von Migranten für die Lehrerbildung; Verbesserung der Beratung ausländischer Eltern; Unterstützung der Eigeninitiativen von Migrantenorganisationen

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/168

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr

s. Kind

Drs 13/298

Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie flexibler Ganztagsangebote für Kindergarten- und Grundschulkinder

Ausbau der o.g. Angebote, verstärkte Förderung der Tagespflege, Aufnahme der Kinderkrippen in das KindergartenGes, verstärkte Kombination von Kindergarten, Tagespflege und Grundschule

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/345

Schulentwicklung

Auflistung der einzügigen Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie der Klassen mit bis zu 8, 12 und 17 Schülern; Darlegung des Angebots und der Abschlüsse von Verbundschu-

len

Antr
s. *Schule*
Drs 13/354

Entwicklung der Unterrichtsversorgung

Bereitstellung der zusätzlichen Stellen für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen, Vorlage der Prognosedaten für die Personalplanung bis 2006

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/371

Sicherung der kommunalen Betreuungsangebote für Grundschulen

Fortführung der hälftigen Übernahme der Personalkosten für o.g. Betreuungsangebote iRd verlässlichen Grundschule

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/423

Musikland BW

Bedeutung der musikalischen Bewegungserziehung, Ausweitung der Stundentafel und der Gewinnung ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen, Beitrag der Musikschulen iRd verlässlichen Grundschule

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Einrichtung von Pilotprojekten für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2002/2003

Ermittlung geeigneter Grundschulen und Lehrkräfte für die Einrichtung o.g. Pilotprojekte, Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die eingereichten Lehrpläne, Erstellung eines Weiterbildungskonzepts der PH Karlsruhe und Ludwigsburg und der Universität Tübingen gemeinsam mit den antragstellenden islamischen Religionsgemeinschaften, Installation eines wissenschaftlichen Beirats zur Begleitung und Evaluation der Projekte

Antr
s. *Islam*
Drs 13/490

Elterninformation zur Einführung der Grundschulfremdsprache Französisch

Art und Umfang der Einbeziehung von Eltern in die Diskussion und Entscheidungsfindung; Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/532

Einführung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse

Einführung in der ersten Grundschulklasse sowie Klasse fünf der weiterführenden Schulen, insbes der Hauptschulen, für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schüler; Erstellung der Lehrpläne; Angebot der erforderlichen Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/549

Französisch an Grundschulen im LKreiss Karlsruhe

Nachvollziehbarkeit der Sprachgrenze Französisch-Englisch durch den o.g. LKreiss und der Anschlussmöglichkeiten in den weiterführenden Schulen, Begründung der Ausnahme von Philippsburg und Oberhausen-Rheinhausen von Französisch, Erfahrungen mit dem Angebot „Lerne die Sprache des Nachbarn“; Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung, Bereitschaft zu Korrekturen, insbes Verzicht auf eine Benotung ab Klasse 3

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/561

Fremdsprachenunterricht

Einführung von Englisch und Französisch an den Grundschulen, Weiterführung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, Auswirkungen bei den Abschlussprüfungen bzw im Abitur, Angebote für die Schüler in der Oberrheinschiene, Zahl und Qualifikation der notwendigen Lehrkräfte, Gewährleistung der Durchlässigkeit der Bildungswege in die weiterführenden Schulen, Aufnahme der Ausbildung zum Fremdsprachenunterricht in die Prüfungsordnungen, Organisation der Praxisphase an der PH Freiburg; Verzicht auf eine Benotung von Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/589

Situation und künftige Entwicklung des Schulsports in BW

Umsetzungsstand der Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“, Anstreben des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 13/601

Biberacher Modell für den Lateinunterricht

Erfahrungen mit dem o.g. Modell, Auswirkungen auf die Akzeptanz des Lateinunterrichts bei Schülern und Eltern, Einbindung in die Konzeption des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen, Folgerungen für die zukünftige Fremdsprachenkonzeption

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/603

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, Ausbau der Kooperationsstunden der sonderpädagogischen Dienste, Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Integration von Rechenschwäche in die VwV zur Förderung von Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, Bereitstellung von Schulsozialarbeit und Angebote für besonders leistungsfähige Schüler, Integration von behinderten Kindern, Lehrerfortbildung für das Lernen mit dem Computer, Verdoppelung der Springerreserve, Absenkung des Klassenteilers

Antr GRÜNE 16.01.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/636 (10 S.)
Antr CDU und FDP/DVP 19.02.2003 Drs 13/1799
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2582-2593
BeschlEmpf und Bericht Schula 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 30-32
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Die Grundschule stärken; hier: Einführung der Halbtagsgrundschule und Ausbau von Nachmittagsangeboten

Einführung mit einer täglichen Unterrichts- und Betreuungszeit von fünf Zeitstunden; Ausgestaltung mit Unterrichts-, Lern-, Spiel- und Bewegungsphasen; Zuweisung von Erzieherinnen; Ausbau der Schulen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten bzw ausländischen Familien zu Ganztagsgrundschulen; Ausgestaltung mit Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung u.a. (gebührenfreien) Angeboten; Einbeziehung von außerschulischen Experten und Lernorten

Antr GRÜNE 16.01.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/637

Antr CDU und FDP/DVP 19.02.2003 Drs 13/1800

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2582-2593

BeschlEmpf und Bericht SchulA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 30-32

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Kinderbetreuung in BW

Aufnahme von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder in das KindergartenGes, Vorstellungen zur künftigen Zuschussregelung und Finanzierungssystematik; Festlegung von Qualitätskriterien; Förderung des Spracherwerbs der Migrantenkinder in Kindergärten und Grundschulen; Verbesserung der Beratung und Mitbestimmung der Eltern; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen; Vernetzung der Betreuungsangebote von Kindergärten, Grundschulen und Tagesmüttern; Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für die verlässliche Halbtagsgrundschule; Ausbau der Ganztagsgrundschulen; Ermittlung der Zusatzkosten für Familien an den verschiedenen Schularten; Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Ausbildung und Prüfung von Erzieherinnen

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache am Oberrhein

Verlagerung der Entscheidung entlang der Rheinschiene auf die örtlichen Gremien, Sicherung der Anschlüsse in den weiterführenden Schulen; Ausbau von Französischangeboten im Kindergarten sowie von grenzüberschreitenden Schulpartnerschaften und des Jugendaustauschs, Weiterführung des Projekts „Lerne die Sprache des Nachbarn“; Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für Französisch an Hauptschulen im Einzugsgebiet von Grundschulenglisch

Antr

s. *Fremdsprache*

Drs 13/691

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/865

Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003

Prüfung der Zuordnung für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen der Gemeinden Oberried, St. Peter und St. Märgen sowie der Gemeinden im Dreisamtal

MdlAnfr

s. *Fremdsprache*

Drs 13/912

Schulanfang auf neuen Wegen; Weiterführung des Reformprojekts nach der Erprobungsphase

Ergebnisse und Konsequenzen der erprobten drei Modelle, Akzeptanz bei den Eltern, Umfang der eingesetzten Deputate, Empfehlungen der Projektgremien, Öffnung der jahrgangsübergreifenden Klassen für alle interessierten Grundschulen, Ersetzung des Halbjahresberichts in der zweiten Klasse durch ein Elterngespräch, Konsequenzen in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Schulanfänger*

Drs 13/919

Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr

s. *Lernbehinderung*

Drs 13/927

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache entlang der Rheinschiene

Aktuelle Debatte

s. *Fremdsprache*

PIPr 13/25 S. 1484

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1035

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1040

Stellungnahmen der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats
Zuleitung o.g. Stellungnahmen an den Ltg und die Mitglieder des Oberrheinrats ohne Abgeordnetenmandat; Bewertung der Beschlüsse zur Kooperation mit anderen Gremien, zur grenzüberschreitenden Tourismusförderung, zur Koordination regional bedeutsamer Verkehrsprojekte und Unterrichtung in der Sprache des Nachbarn an den Grundschulen

Antr
s. *Oberrheinrat*
Drs 13/1095

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Schwäbisch Hall
Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1158

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis
Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1169

Ausbau von Ganztagschulen

Begrüßung des Programms der BReg zur Förderung von bundesweit 10.000 neuen Ganztagschulen, Schaffung der Voraussetzungen zur Einrichtung von 500 weiteren Ganztagschulen aller Schularten, insbes auch an Grundschulen

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/1181

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit bei der Einführung der Grundschulfremdsprache, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Einsatz von Sprachheilpädagogen in Kindergärten

Entwicklung der Zahl und des künftigen Bedarfs von Sprachheilpädagogen in Kindergärten und Grundschulen

KlAnfr
s. *Heilpädagogie*
Drs 13/1298

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtun-

terrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Einsatz von Raps zur Gebäudebeheizung

Beurteilung der Wärmeversorgung der Grundschule in Geislingen-Binsdorf mit örtlich erzeugtem Raps; Einstufung als umweltfreundlich, rentabel und damit als nachahmens- und förderfähig?

Antr
s. *Raps*
Drs 13/1445

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ermöglichung der Weiterentwicklung einer vierjährigen Grundschule mit Hauptschule zu einer sechsjährigen GHS

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1614

Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule

Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in der Grundschule

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/1665

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1789

Die Grundschule stärken; hier: Neukonzeption des Grundschulstudiums in der neuen GHPO I (Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung)

Bewertung und Konsequenzen der Stellungnahmen iRd Anhörungsverfahrens zu dem o.g. Entwurf; Berücksichtigung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Grundschule u.a. durch den Schulanfang auf neuen Wegen und die pädagogische Verzahnung mit dem Kindergarten; Kombinierbarkeit der zu einem Fächerverbund zusammengeschlossenen Fächer Musik, Kunst und Sport mit einem anderen Nebenfach; Zahl der Studierenden für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an den PH

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 20.03.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1919

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 15

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Unterrichtsversorgung im LKreiss Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1921

Ausländerquoten an Kindergärten und Schulen

Ablehnung des o.g. Vorstoßes von WM Dr. Döring als Konsequenz auf die Ergebnisse der PISA-Studie; Vorlage eines Konzepts zur Sprachförderung ab Eintritt in den Kindergarten bis in die Grundschule; Herstellung von Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten sowie Familien mit Migrationshintergrund durch eine individuelle Förderung

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1947

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 13/1971

Stärkung und Ausbau der Grundschulen - Gemeinsame Lernzeiten verbessern

Novellierung des SchulGes: Einführung einer sechsjährigen Grundschulzeit, von Richtlinien zur Kooperation von Grundschule und Kindergarten, der individuellen Förderung sowie einer maximalen Klassengröße von 25 Kindern; Ausbau von mindestens 20 % zu Ganztagschulen

Antr SPD 15.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2007

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 15

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Ges zur Änd des SchulGes

Ermöglichung einer zweiten Fremdsprache im Gymnasium ab Klasse 5 zur Fortführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule; Herabsetzung des Einschulungsalters durch Verschiebung der Stichtage in mehreren Jahresschritten

GesEntw

s. *Schulgesetz*

Drs 13/2160

Erfolgreiche Grundschulbildung weiterentwickeln

Effekte der neuen Bildungspläne, des Fremdsprachenunterrichts, des Reformprojekts „Schulanfang auf neuen Wegen“, des Konzepts der verlässlichen Grundschule, der Kooperation mit Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen

Antr Georg Wacker u.a. CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP 17.06.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2167 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 15

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Klassenverhältnisse in Ballungsraum-Schulen

Bildung größerer Grundschulklassen als in weniger dicht besiedelten Schulbezirken, Zusammenlegung von vier zu drei Klassen an der Vogelsang-Grundschule im Stuttgarter Westen

MdlAnfr 1) Rolf Gaßmann SPD 20.06.2003 Drs 13/2176

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3262 3263

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau von Ganztagschulen für Sport- und Bewegungsstätten, Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter gemeinsam mit den Landessportbünden, Zahl von bewegungsfreundlichen Grundschulen, Verankerung der Sportpädagogik in den Lehrplänen der Fachschulen für Sozialpädagogik, zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette, Erfahrungen mit dem Projekt „BVJ-Sportassistent“

Antr

s. *Sport*

Drs 13/2281

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 13/2493

Schulsportoffensive Baden-Württemberg - Weiterentwicklung einer „Sport- und bewegungsfreundlichen Schule“

Bilanz und Perspektiven des o.g. Projekts, Zahl der teilnehmenden Schulen, Einbeziehung von Kindergärten, Abbau von Gewalt und Aggression, Förderung von sportlichen Talenten u.a. künftige Schwerpunktsetzungen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2503

Teilnahme Baden-Württembergs an Vergleichsstudien im Bildungsbereich

Auflistung der an nationalen und internationalen Vergleichsstudien teilnehmenden Schulen, des jeweiligen Aufwands, der Untersuchungsgegenstände und Zielsetzungen; Frage nach den an der Studie „Vergleichsarbeiten in der Grundschule“ teilnehmenden BLändern, Gründe für die Verweigerung der Teilnahme durch das KM

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/2749

Reform der Grundschule vor dem Hintergrund der Länderauswertung der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU und IGLU-E)

Auflistung der beteiligten BLänder, der Untersuchungsgegenstände und -ergebnisse der o.g. Vergleichsstudie; Rückschlüsse auf das Schulsystem in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Konsequenzen für die Reformprojekte im Kindergarten- und Grundschulbereich

Antr CDU 26.01.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2835 (10 S.)
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6860-6868

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Realisierung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schulsports

Darstellung der weiteren Bemühungen nach Beantwortung der GrAnfr 13/601, insbes iRd Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“; Erfolg der Fortbildungsreihen des Landesinstituts für Schulsport für nicht ausgebildete Lehrkräfte im Fach Sport, Anstreben des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule sowie einer Haupt- und Realschule mit Sportprofil in jedem Schulamtsbezirk; Entwicklung einer Konzeption „Bewegungsfreundlicher Kindergarten“; Folgerungen aus einer Studie der Universitäten Heidelberg und Karlsruhe zum Nachwuchsleistungssport

Antr
s. *Sport*
Drs 13/3022

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien?

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3205

FörderlehrerInnen an Grundschulen; erster Schritt zum Aufbau eines Unterstützungssystems an den allgemeinen Schulen

Einrichtung eines Unterstützungssystems für schwächere, lernbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder an der Grundschule; Bündelung von Stütz- und Förderstunden, Einstellung zusätzlicher Sonderschullehrkräfte und Fachlehrer

Antr
s. *Förderunterricht*
Drs 13/3229

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes? Ausweitung des Modells der Falkenhausenschule Kehl - Grundschule mit bilingualen deutsch-französischen Klassen

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Vermittlung von Lesekompetenz - Rolle der Bibliotheken

Bedeutung und Form der Vermittlung von Lesekompetenz in den neuen Bildungsplänen und in der Lehrerausbildung unter Einbeziehung des Umgangs mit Bibliotheken, Förderung von Recherchekompetenz der angehenden Lehrer und Schüler in gedruckten und elektronischen Medien, Ausstattung und Nutzung von Bibliotheken an den Grund- und Hauptschulen, Unterstützung der Kooperationen von Schulen und öffentlichen Bibliotheken

Antr
s. *Lesen*
Drs 13/3298

Förderung von Ganztages-Grundschulen

Höhe der für 2004 bereitgestellten Mittel zur Förderung von Grundschulen als Ganztagschulen, Auflistung des Anteils und der geförderten Standorte im Oberschulamtsbezirk Karlsruhe, Kriterien zur Anerkennung einer Grundschule als Brennpunktschule, Gründe für die Ablehnung der Grundschule Emmertsgrund in Heidelberg

KIAnfr Theresia Bauer GRÜNE 12.07.2004 und Antw KM
Drs 13/3358

Schwimmunterricht an Grundschulen

Entwicklung der Zahl von Schwimmstunden bzw von Nichtschwimmern nach Verlassen der Grundschule seit 1995, Qualifikation der Lehrkräfte und Zweitkräfte ab einer bestimmten Zahl von Schülern, Gründe für den Ausfall von Schwimmunterricht an Grundschulen im Bodenseekreis und LKreis Konstanz, Beurteilung des Angebots von DLRG-Ortsgruppen im Landesverband Baden zur Bereitstellung ausgebildeter Kräfte

KIAnfr
s. *Schwimmen*
Drs 13/3504

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulan-

fangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3552

Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern iRd neuen Bildungspläne

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-, Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforderungen der neuen Bildungspläne

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/3576

Kommunale Schwimmbäder als Infrastruktur für den Schwimmunterricht

Bedeutung des Schwimmunterrichts an Grundschulen; Zahl von Schließungen der notwendigen Schwimmbäder seit 1999; Frage nach der Umsetzung des im neuen Bildungsplan vorgeschriebenen Lernziels Schwimmen

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 13/3593

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangsquoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr
s. *Gesamtschule*
Drs 13/3633

Einführung eines Studiengangs für das Lehramt an der Primarstufe und eines Studiengangs für das Lehramt an der Sekundarstufe I

Vergleich der Leistungsprofile der Hauptschule mit den anderen weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie der jeweiligen Übergangsquote von der Grundschule; Orientierung der Zahl von Studierenden für das Lehramt an Grundschulen, Haupt- und Realschulen am Bedarf? Ersetzung des einheitlichen Lehramts an Grund- und Hauptschulen durch ein Lehramt Primarstufe (Grundschule) und ein Lehramt Sekundarstufe I (Hauptschule und Realschule)

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3731

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageeinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Anteil der integrativ betreuten behinderten und nicht behinderten Kinder sowie der iRd verlässlichen Grundschule unterrichteten Kinder

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemein bildenden Schulen, Berufs- und Sonderschulen; Umfang und Auswirkungen des Abbaus von Lehrerstellen und Schulstandorten im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen; Veränderung des Bedarfs an GHS-Lehrern mit der Schließung von Grund- und Hauptschulen; Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserter Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr
s. *Schule*
Drs 13/3835

Einführung des islamischen Religionsunterrichts nach Art 7 Abs 3 GG in BW -Einrichtung von Pilotprojekten zum Schuljahr 2005/2006-

Verweisung auf die von der Steuerungsgruppe geschaffenen Voraussetzungen zum Einstieg in Pilotprojekte an Grundschulen, insbes Lehrpläne für den Unterricht in deutscher Sprache, Qualifikation der Lehrkräfte an den PH, Gewinnung geeigneter Pilotschulen, Lehrkräfte u.a.

Antr
s. *Islam*
Drs 13/3861

Schulanfang auf neuen Wegen - jahrgangsübergreifende Eingangsstufe, pädagogische Rahmenbedingungen und Weiterführung des Projekts in der dritten und vierten Klasse

Zahl und Klassengrößen der o.g. Grundschulen, Erkenntnisse über die Entwicklung des sozialen und selbstständigen Lernens der Kinder sowie ihre Leistungsentwicklung in den Kompetenzen Lesen und Mathematik, Leistungsbewertung durch die Lehrkräfte und Eltern; Ermöglichung des Klassenteilers für kombinierte Klassen auch für die jahrgangsübergreifenden Klassen, Förderung der Weiterführung in Klasse drei und vier, Forcierung der Ausweitung jahrgangsübergreifender Klassen durch die Bereitstellung von Team- und Differenzierungsstunden

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Zahl der an der Einrichtung eines deutsch-französischen bilingualen Zuges interessierten Grundschulen

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Stundenausfall an den Schulen im Hohenlohekreis

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4253

Stundenausfall an den Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4254

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern
Ausbau der frühkindlichen Bildung, Verankerung der Sprachförderung im Kindergarten, Start einer Weiterbildungsinitiative für Erzieherinnen, enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, landesweite Ausweitung des Modellversuchs Schulanfang auf neuen Wegen, Einsatz von frei werdenden Lehrerstellen an den Grundschulen, Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer Beratung, flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen, Fortentwicklung der weiterführenden Schulen, Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master mit einer gemeinsamen Studienphase für alle Lehrämter, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an Ganztagschulen, Ausbau der pädagogischen Eigenverantwortung der Einrichtungen

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“

Einräumung eines Elternwahlrechts über die weiterführende Schule, entsprechende Stärkung der Diagnose- und Beratungskompetenz der Grundschullehrkräfte, Entwicklung motivierender Formen der Leistungsbewertung unter Verzicht auf die Notengebung, Einsatz der frei werdenden Lehrstellen zur Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten, Ausbau der horizontalen Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen, Ermöglichung der Weiterentwicklung von Schulen zu neunjährigen Basisschulen

Antr GRÜNE 03.05.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4300
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6860-6868

Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Neckar-Odenwald
Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Förderschulen, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr; Ermöglichung von Förderstunden an den Grundschulen durch Klassenteilungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4337

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung; Verbesserung der Verknüpfung von Kindergarten und Grundschule, Einführung der sechsjährigen Grundschule, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Bisherige und weitere Maßnahmen bzw Konzepte zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erreichung der Schulreife im Kindergarten, zur Stärkung der Kooperation mit der Grundschule, zur Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht, Ausbau von Ganztagschulen und Betreuungsangeboten unter Einbeziehung von Eltern, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Trägern außerschulischer Jugendarbeit; Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung sowie des beruflichen Schulwesens, insbes des Übergangs aus beruflichen Vollzeitschulen in das duale System und den Arbeitsmarkt

Antr
s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4382

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/4781

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergarten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenträgern

GrAnfr
s. *Bildung*
Drs 13/4788

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Leserechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4819

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4912

Förderung des Landes für behinderte Kinder in der Grundschule
Rechtslage bzw finanzielle Zuständigkeit für die o.g. integrative Beschulung von Grundschulern

KlAnfr
s. *Behindertes Kind*
Drs 13/4962

Sprachentwicklung durch Immersion in Kindergarten und Grundschule

Erkenntnisse und Beispiele zur Förderung des Fremdspracherwerbs nach dem o.g. Verfahren in Kinderbetreuungseinrichtungen

gen und Schulen; Unterstützung entsprechender Pilotprojekte?

KlAnfr
s. Sprachunterricht
Drs 13/5023

Schaffung der Voraussetzungen für Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen, Ausbau der verlässlichen Grundschule

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 50

Ausbau der verlässlichen Grundschule, Einführung von Fremdsprachenunterricht

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 86 87 94 100 110 120 123

Unterrichtsversorgung der Grundschulen, zusätzliche Lehrstellen zur Einführung der Fremdsprache und der verlässlichen Grundschule

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 228 231-235 238 239

Feststellung eines Defizits an Ganztagsgrundschulen, Ausbau der Grundschule zu einer echten Halbtagsschule

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 460 461 465-467

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Grundschulen als Konsequenz auf die PISA-Studie, Bedeutung von Fremdsprachenunterricht an Grundschulen; verbesserte Besoldung von GHS-Lehrern

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735-738 745 790

Betreuungsangebote an der Grundschule iRd verlässlichen Halbtagsschule

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805 811 812

Ausbau der verlässlichen Halbtagsschule sowie von Fremdsprachenunterricht an den Grundschulen, Verstärkung des Stellenwerts der Bildung im Grundschulbereich

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 850 902 905

Zusätzliche Lehrstellen zur Einführung der Fremdsprache und der verlässlichen Grundschule, Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Grundschulen als Konsequenz auf die PISA-Studie, Senkung des Klassenteilers

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987-989 991 994-997 1003-1006 1008 1010 1011

Einführung von Ethikunterricht ab der ersten Grundschulklasse, Gleichstellung mit Religionsunterricht

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1116-1118 1121 1123

Einführung von Ethikunterricht ab der ersten Grundschulklasse, Gleichstellung mit Religionsunterricht, Zahl notwendiger Deputate für Ethik- und Fremdsprachenunterricht

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1353-1362

Abschneiden der Länder mit einer längeren Grundschulzeit bei der PISA-Studie; Verzahnung der Sprachförderung zwischen Kindergarten und Grundschule; Einführung der Fremdsprache und verlässlichen Grundschulzeit

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1740 1741 1745 1748 1752 1754 1757 1768 1769 1779-1781 1788 1789 1791 1792

Entwicklung der Übergangsquoten von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen, Eintreten für eine sechsjährige Grundschule, Verzicht auf die Notengebung

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2502-2504 2506 2508 2510 2511 2517

Stärkung der Verbindungen zwischen Kindergarten und Grundschule, Ablehnung einer sechsjährigen Grundschulzeit, Hinweis auf die Einführung der Fremdsprache und die bewegungsfreundliche Grundschule, Trefferquote der Grundschulempfehlung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2808 2811 2812 2820 2822-2827 2829-2831 2834 2835 2839 2841

Hinweis auf die Koalitionsvereinbarung in Bremen zur Fortführung der Modelle einer sechsjährigen Grundschule

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3257 3260

Erfolgsbewertung der früheren Einschulung, Stärkung der Verbindungen zwischen Kindergarten und Grundschule, Sprachförderung in der Grundschule

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3558-3562 3585 3586 3589

Stärkung der Sprachkompetenz durch Einführung der Grundschulfremdsprache, Bedarf an Ganztagsgrundschulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3624 3633 3634

Abschneiden des Landes bei der IGLU-Studie, Plädoyer für eine sechsjährige Grundschule

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4167 4168 4170 4171 4178

Fortführung der Einführung der Grundschulfremdsprache, Abschneiden der Schüler bei der IGLU-Studie, Eintreten für eine längere Grundschulzeit, Ausbau der Bewegungserziehung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260-4263 4265-4269 4272 4275 4276

Zweifel an der Erkennung und Förderung von hoch begabten Kindern bereits im Kindergarten und in der Grundschule nach den Ergebnissen der IGLU-Studie

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4475 4477 4478 4480 4481

Würdigung der Einführung von Englisch und Französisch in der Grundschule; Einführung besserer Qualitätsstandards an den Grundschulen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5874 5878 5891 5892

Plädoyer für die sechsjährige Grundschule, Bereitstellung der Lehrkräfte zur Einführung der Grundschulfremdsprache, Abschneiden der Schüler bei der IGLU-Studie, Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5989 5990 5992-5995 5997 6001 6002 6005 6007 6009

Flächendeckende Einführung der Grundschulfremdsprache

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6149

Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Kindergarten, Abschneiden der Schüler bei der IGLU-Grundschulstudie

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6218-6222

Anteil von Ganztagssschulen unter den Grundschulen, Beklagung des Fehlens von Ganztagsgrundschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6298 6299 6302 6305 6307

Umsetzung des Konzepts „Schulreifes Kind“ in Kooperation von Kindergarten und Grundschule, Abschneiden der Schüler bei der IGLU-Studie, Würdigung der Einführung der Grundschulfremdsprache, Ganztagsbetreuung an Grundschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6411-6414 6427 6432 6433

Vorrangiger Ausbau der Grundschulen zu Ganztagschulen, Verweisung auf die stärkere Vernetzung von Kindergarten und Grundschule; Zahl von Außenklassen an Grundschulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6475 6485 6486 6504 6521 6525

Anteil des fachfremd erteilten Sportunterrichts an den Grundschulen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6752 6756 6757

Plädoyer für die sechsjährige Grundschule und darauf aufbauend eine vierjährige Regionalschule, Entwicklung der Betreuungsangebote iRd verlässlichen Grundschule, Verweisung auf die Ablehnungsquote der Grundschulempfehlung, Eintreten für landesweite Innovationen an den Grundschulen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6841 6843 6844 6848 6850 6860-6868

Übergangsquote zur Hauptschule in Bayern, Plädoyer für die sechsjährige Grundschule, Abschneiden des Landes bei der IGLU-Grundschulstudie, Verzicht auf Ziffernnoten in der Grundschule

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6956 6962 6966-6968

Anteil von Grundschulen unter den Ganztagschulen, Forderung eines Ausbaus von 600 Grundschulen zu Ganztagschulen in den nächsten zwei Jahren; Partnerschaften zwischen Grundschulen auf deutscher und französischer Seite, Weiterführung der bilingualen Züge

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7122 7123 7125 7132 7133 7136

Umsetzung des Konzepts „Schulreifes Kind“ in Kooperation von Kindergarten und Grundschule, Abschneiden der Schüler bei der IGLU-Studie, Würdigung der Einführung der Grundschulfremdsprache, Plädoyer für eine längere Grundschulzeit

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7203 7207 7210-7212 7227 7230-7239 7241-7244 7248 7249 7251

Notwendigkeit einer Abmilderung des Übergangs von der Grundschule auf das Gymnasium, insbes nach Einführung des G 8

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7372 7381

Plädoyer für die sechsjährige Grundschule und darauf aufbauend eine vierjährige Regionalschule

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7995 7996 7998-8000

Grundschulempfehlung

s. Weiterführende Schule

Grundsicherung

s. Sozialeistung

Grundsteuer

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 18) - Die Einheitsbewertung des Grundbesitzes

Eintreten für das bayerische Modell bzw eine bundeseinheitliche Übertragung der Verwaltung der Grundsteuer auf die Gemeinden

Mittlg LReg 09.01.2002 Drs 13/612

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/800

Mittlg LReg 01.04.2004 Drs 13/3082

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.04.2004 Drs 13/3119

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Mittlg LReg 09.01.2006 Drs 13/5029

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8009

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Einnahmen der Kommunen aus Steuern seit 1993 differenziert nach Gewerbe- und Grundsteuer sowie nach dem Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer; Beurteilung der Vorschläge zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage und Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer

GrAnfr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1945

Reform der Grundsteuer

Beurteilung des Vorschlags der Finanzministerkonferenz, Auswirkungen auf die Einnahmen der Kommunen, Bewertung von Immobilien durch die kommunalen Gutachterausschüsse auch für andere Steuerarten, insbes für die Erbschaftsteuer

Antr Nils Schmid u.a. SPD 13.02.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/2918

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.04.2004 Drs 13/3119

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Ökologische Orientierung der Grundsteuer

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2766

Orientierung der Grundsteuer am Flächenverbrauch

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3047 3049 3050

Grundstück

s.a. *Enteignung*

s.a. *Erschließung von Bauland*

s.a. *Grunderwerbsteuer*

s.a. *Grundstücksverkehr*

s.a. *Kataster*

s.a. *Landwirtschaftliche Betriebsfläche*

s.a. *Nachbarrecht*

s.a. *Pacht*

Problematik der hohen Baulandpreise, Vermittlung von bebaubaren Grundstücken an Investoren in Stuttgart

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1434 1435 1437

Verweisung auf die ständigen Appelle des Landes an die Kommunen zur Ausweisung von mehr Bauland, Vergleich der Baulandpreise zwischen Stadt und Land

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3045 3047

Begünstigung der Landschaftszersiedelung aufgrund der hohen Grundstückspreise in den Städten, Erwartung eines weiteren Rückgangs der Immobilienpreise im ländlichen Raum

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5571 5578 5581 5583

Grundstückskauf

s. *Grundstücksverkehr*

Grundstücksverkauf

s. *Grundstücksverkehr*

Grundstücksverkehr

s.a. Grunderwerbsteuer
s.a. Landeseigene Immobilien
s.a. Pacht
s.a. Reichssiedlungsgesetz

Besteuerung von Erbbaurechten und Gleichbehandlung zu Grundstücksverkäufen

Klärung bzw Beseitigung der Unterschiede zwischen Erbbaurechten und dem Verkauf von Grundstücken bei der ertragssteuerlichen Behandlung

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 17.10.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/321
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.03.2002 Drs 13/885 S. 6
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Umwandlung in je einen Landesbetrieb „Land“ und „Bund“, u.a. auf die Beteiligung des Ltg beim An- und Verkauf von Grundstücken

Antr
s. Öffentliches Vermögen
 Drs 13/1509

Wirtschaftliches Gebaren der Universität Tübingen

Beurteilung des Erwerbs von Weinbergen in Hirschau und Tübingen und der dafür angegebenen Gründe; Ahndung der Zweckentfremdung von Steuergeldern durch Kürzung der Mittelzuweisung an die Universität um die Erwerbskosten

Antr
s. Universität Tübingen
 Drs 13/1578

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Entwicklung des Erwerbs naturschutzwichtiger Grundstücke durch das Land, die Kommunen und Naturschutzverbände

GrAnfr
s. Umwelt
 Drs 13/1821

Kauf von Grundstücken zur Verhinderung von Windkraftanlagen
Frage nach o.g. Vorgängen nach dem Beispiel der Gemeinde Waldachtal

KlAnfr
s. Windkraftanlage
 Drs 13/1835

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW im LKreis Heilbronn
Zustand und Veräußerungschancen der o.g. Gebäude, Ursachen und laufende Kosten des Verzichts auf eine Nutzung, Einschätzung der erzielbaren Gesamtverkaufssumme

KlAnfr
s. Landeseigene Immobilien
 Drs 13/1942

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW im Altkreis Schwäbisch Gmünd

Zustand und Veräußerungschancen der o.g. Gebäude, laufende Kosten des Verzichts auf eine Nutzung

KlAnfr
s. Landeseigene Immobilien

Drs 13/2107

Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken an der Schweizer Grenze

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1985; Darlegung der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite sowie der Bemühungen um Ausgleich auf Landes- und Bundesebene

Antr Ernst Pfister u.a. FDP/DVP 06.06.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2148
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.09.2003 Drs 13/2583 S. 22-24
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzwichtigen Grundstücken; Aufnahme der Schutzgebietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr
s. Naturschutz
 Drs 13/2538

Existenzbedrohung für baden-württembergische Landwirte durch den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an Schweizer Landwirte

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1994; Gründe und Auswirkungen der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite, Frage nach ähnlichen Problemen zwischen Schweizer und französischen Bauern, Verhinderung eines Abflusses künftiger Flächenprämien ins Ausland; Herstellung von Chancengleichheit zur Existenzsicherung der badischen Haupterwerbslandwirte in den betroffenen Gebieten, ggf Prüfung einer Kündigung von Zollabkommen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 20.01.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2824
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239 S. 35-39
 PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Grundstücksverkäufe

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken nur in einem bauplanungsrechtlich entwickelten Zustand, Erreichung dieses Zustands durch die Ausweisung von Wohngebieten, Konsequenzen der Verkaufspolitik des Landes für die Innenentwicklung und Nutzung von Gewerbebrachen der betroffenen Kommunen, Vereinbarkeit mit der im Umweltplan geforderten Reduktion des Flächenverbrauchs; Abkehr vom o.g. Grundsatz, Abgabe von Verkaufsangeboten gegenüber den Kommunen nach dem jeweiligen Verkehrswert

Antr
s. Landeseigene Immobilien
 Drs 13/3150

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des Reichssiedlungsges sowie des Ausführungsges zum Grundstücksverkehrsges, Änd der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem Landpachtver-

kehrsges

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Stand der Verhandlungen zum Landerwerb Schweizer Bauern in BW

Auflistung o.g. Verhandlungen zwischen der LReg und Schweizer Seite, Darlegung der angestrebten Ziele und erreichten Ergebnisse, Planung weiterer Verhandlungen?

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3467
BeschlEmpf und Bericht LandWA 29.09.2004 Drs 13/3751 S. 67-69
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Immobilienverkäufe durch das Land BW

Darlegung o.g. Verkaufsabsichten zur Haushaltssanierung 2005/06, insbes der avisierten Liegenschaften im Stadtbezirk der Stadt Stuttgart

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3503

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkwohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3658

Abwicklung von Finanzierungen durch die Bausparkasse Badenia mit Sitz in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der landeseigenen L-Bank

Art und Umfang der Beteiligung der L-Bank an der Finanzierung von Immobiliengeschäften der Badenia, Einflussnahme auf die Verzinsung der Darlehen zwischen Immobilienerwerber und Darlehensgeber, Ausgestaltung der jeweiligen Kredit- und Kaufverträge

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/4270

Erbenermittlung im Zusammenhang mit der Veräußerung von Immobilienbesitz des Landes

Fiskalerbschaften des Landes in den letzten 30 Jahren, Auflistung der darunter fallenden o.g. Immobilien, Frage nach der jeweiligen Bestellung von Nachlass- oder Abwesenheitspflegern bzw Einschaltung von Erbenermittlungsinstituten

KlAnfr
s. *Erbschaft*
Drs 13/4365

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Vergabung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-

Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum Grundstücksverkehrsges, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem Landpachtverkehrsges; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

Einnahmeausfälle bei den Justizgebühren infolge des Rückgangs von Grundstücksgeschäften

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 208

Stand des Grunderwerbs für den Bau der neuen Landesmesse, Werbung um den Verkauf der fehlenden Grundstücke, Vermeidung von Enteignungen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3373 3375 3376 3378

Zukauf und Pacht von grenznahen Grundstücken durch Schweizer Landwirte, Hinwirkung auf eine bilaterale Problemlösung zwischen Bern und Berlin

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4355 4356

Problematik der grenznahen Landkäufe durch Schweizer Landwirte, Kritik an der Ablehnung einer Problemlösung durch die BReg

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6093 6094

Ablehnung der vom Gemeindetag begehrten Aufnahme von Grundstücksgeschäften der Gemeinden in den Negativkatalog zu Bürgerbegehren

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6820

Grundstücksverkehrsgesetz

s. *Grundstücksverkehr*

Grundwasser

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein
Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr
s. *Salz*
Drs 13/48

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in BW

Vorbereitungsstand, Zeitplan und Schritte zur Umsetzung der Richtlinie; Konsequenzen für sauberes Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie für die Genehmigungspraxis für Wasserkraftwerke

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/534

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Rücknahme der Kürzungen beim Grundwasserschutz und der Grundwasseranierung

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-15 S. 39 40
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/972

Grundwasseranstieg in Kommunen der Region Karlsruhe - Heidelberg/Mannheim

Untersuchung der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des o.g. Phänomens in Nordbaden bzw der Region Unterer Neckar durch Vergabe eines Gutachterauftrags; Frage nach einem Ausgleich der Schäden durch Wassereintritt in Privatgebäuden

KlAnfr Peter Wintruff SPD 24.06.2002 und Antw UVM Drs 13/1104

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Ostalbkreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1242

Vollzug der Schutzgebiets- und AusgleichsVO vom 20.02.2001 - Basisgrundwasserschutz in OGL-, Problem- und Sanierungsgebieten

Art und Intensität o.g. Grundwasserbelastungen; Funktion des Nitratinformationsdienstes, Ergebnisse der Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten; Aufgaben, Zusammensetzung und Initiativen der regionalen Arbeitsgruppen; Maßnahmen zur Trendumkehr innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1679

Vorkommen von und Gefährdungen durch Methyltertiärbutylether

Ausmaß und Auswirkungen der Grundwasserkontamination durch das o.g. Benzinadditiv; Eigenschaften und biologische Abbaubarkeit; Erkenntnisse über MTBE in anderen europäischen Ländern; Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen

Antr
s. *Methyltertiärbutylether*
Drs 13/2372

Bilanz der Novellierung der SchALVO

Veränderungen für die anstehende Neueinstufung der Wasserschutzgebiete bei den Normal-, Problem- und Sanierungsgebieten; vorhandene Sanierungspläne und Beratungssysteme vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen; Prüfung alternativer Lösungen für die Trinkwasserbereitstellung und Methoden zur Feststellung des Nitratgehalts; Entwicklung der Hof- bzw Feld-Stallbilanzen von Marktfrucht- und Veredelungsbetrieben; Auswirkungen der Kosten des Landes auf den Wasserpfennig; Gewährleistung eines flächendeckenden Gewässerschutzes seit der Deckelung des MEKA

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/2382

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen

Eingetretene und noch zu befürchtende Verunreinigungen; Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung; mögliche grenzüberschreitende Sanierungsmaßnahmen, -zeiträume und -kosten

Antr
s. *Salz*
Drs 13/2462

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Haushalt 2004; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten

s. *Wassertarif*
Drs 13/2810

Umsetzung und Änderungen an der SchALVO (Schutzgebiets- und AusgleichsVO)

Entwicklung der Boden- und Grundwasserbelastung mit Nitrat, Auswirkungen der vorgenommenen Änderungen bei der Messung und Bewertung von Bodennitrat und den daraus abgeleiteten Auflagen und Entschädigungszahlungen, Höhe der bewilligten Zahlungen und der verfügbaren Mittel 2005 und 2006, Beurteilung der von den Wasserversorgern befürchteten Verringerung der Einstufung von Problemgebieten infolge der geänderten Pra-

xis

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/3763

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten
s. *Wassertarif*
Drs 13/4010

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/4324

Grundwasserschutz in den Nitrat-Sanierungsgebieten

Gründe für die geringe Zahl der erarbeiteten Sanierungspläne für die festgelegten Sanierungsgebiete, Darlegung der geforderten Auflagen und deren Überwachung nach der SchALVO; Schaffung und Umsetzung der Sanierungspläne für alle Nitratsanierungsgebiete

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 13/4608

Schließung von 800 Brunnen wegen zu hoher Nitratbelastung seit 1980, Verbesserung der Situation mit Einführung von SchALVO und MEKA

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275 277

Schonung von Grundwasservorkommen in großer Tiefe, Kritik an der Kürzung der Mittel für den Grundwasserschutz

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1035 1036

Anmahnung verstärkter Anstrengungen im Grundwasserschutz, Erarbeitung von Sanierungsplänen für die Wasserschutzgebiete

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3780 3786

Verbesserung des Grundwasserschutzes mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie; Kritik an der nur teilweisen Verwendung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig für den Grundwasserschutz

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3897-3899

Verbesserung des Grundwasserschutzes mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4103 4108

Grundwasserverseuchung

s. *Wasserverunreinigung*

Gruppenauskunft

s. *Auskunfterteilung*

Gruppenfreistellungsverordnung

s. *Kraftfahrzeughandel*

Grußwort

Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Karlsruhe
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451 1452

Grußwort des Präsidenten anlässlich der Plenarsitzung in Karlsruhe
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452

Grußwort des Präsidenten anlässlich der Plenarsitzung in Freiburg
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1893 1894

Gschwend

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rotenhar bis Ortsausgang Frickenhofen
Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2108

Gülle

s. *Düngemittel*

Güterverkehr

s.a. *Luftfrachtverkehr*
s.a. *Verkehrsunternehmen*

Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt

Umsetzungsstand der im Generalverkehrsplan 1995 formulierten Verlagerungsziele, Darlegung von Hemmnissen im KLV sowie Wirkungen des vom Land finanzierten Förderprogramms, Auflistung der vom Rückzug der Bahn AG aus der Fläche betroffenen Strecken und Standorte; Chancen, Unterstützungsmöglichkeiten und Auswirkungen einer Übernahme dieser Verkehre durch NE-Bahnen, Gestaltung des Modal-Splits im grenzüberschreitenden Güterverkehr in den letzten drei Jahren, Einschätzung der vom Entwurf eines neuen LEntwicklungsplans ausgehenden Impulse

Antr FDP/DVP 19.09.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/241
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243-1253

Bundeswasserstraße Neckar

Abwurf der Mittel des Bundes für Infrastrukturmaßnahmen, Bewertung des angemeldeten Vorhabens einer Verlängerung der Neckarschleusen, Förderung der Verlagerung von Güterverkehr, insbes auch Großraum- und Schwerguttransporte, vom Lkw auf das Binnenschiff; Ergebnisse eines entsprechenden Modellversuchs; Stand der Realisierung eines überregionalen Güterverkehrszentrums in Heilbronn

KlAnfr
s. *Neckar*
Drs 13/451

Erschließung Gewerbegebiet Ulm-Nord

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer direkten Anbindung an die B 10; Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost; Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz

KlAnfr
s. *Gewerbegebiet*
Drs 13/510

Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs

Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsbahnhöfe, Vorlage der o.g. Konzeption mit einem Finanzierungskonzept, Übernahme der Trassenkosten für die Feinverteilung im Schienengüterverkehr, Hinwirkung auf Zurückstellung der Stilllegungspläne bis zur Übernahme der betroffenen Verkehre durch andere Betreiber

Antr GRÜNE 15.01.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/625 (19 S.)
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243-1253

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 10**Investitionszuschüsse zur Umsetzung des Güterverkehrskonzepts*

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/660-4 S. 24 25
ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-11 S. 34 35
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-8 S. 13 14
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Geplantes Containerterminal im Ulmer Norden

Stand und Zeitrahmen des Genehmigungsverfahrens für den Containerbahnhof am Gewerbegebiet „Ulm-Nord“, Förderung iRd Güterverkehrskonzepts BW

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/1023

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, insbes des grenzüberschreitenden Lkw-Verkehrs; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter; Verschärfung der Bußgeld- und Strafvorschriften

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Verkehrsfluss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1215

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entlastung der Rheintalautobahn vom starken Lkw-Verkehr durch Verlagerung auf die Schiene, Einrichtung weiterer stand-

ortnaher KLV-Umschlagplätze

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Auswirkungen voller Stau- und Warteräume entlang der A 2 auf Schweizer Seite bzw des Schweizer Schwerverkehrsmanagements auf den Verkehr auf der Rheintalautobahn und den Grenzübergang Weil am Rhein

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Sicherung des Schienengüterverkehrs in BW

Fortsetzung des Rückzugs der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsstellen und Schienenstrecken; flankierende Unterstützung der Übernahme durch andere Betreiber; Förderung von Modellvorhaben im ländlichen Raum, Initiierung einer Einbeziehung von Umschlaganlagen und Gleisanschlüssen in den Förderkatalog des GVFG

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 04.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1294
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 42-45
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. *Gewerbeaufsicht*
Drs 13/1306

Güterverkehrsverlagerungen auf der Schiene am Hochrhein von der Schweiz nach Deutschland

Vergabe eines Planungsauftrags durch die Schweizerischen Bundesbahnen zur Untersuchung einer Bypasslösung für den Transitgüterverkehr auf der Hochrheinbahn zwischen Basel und Waldshut und damit einer Verkehrsverlagerung auf die deutsche Seite; Auswirkungen auf die Anwohner der Strecke; Vereinbarkeit mit der Verkehrsvereinbarung von Lugano 1996; Frage nach einer Einbeziehung deutscher Institutionen und der Bahn AG

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 24.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1333
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 42-45
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein

Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollanlage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A 861 Rheinfelden

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 19.11.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1534
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 13.02.2003 Drs

13/1855 S. 34
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Schienerverkehr im Raum Sigmaringen

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meißkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpen transit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/1778

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr
s. *Generalverkehrsplan*
Drs 13/1825

Schienengüterverkehr am Hochrhein

Planung einer Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz über die Hochrheinbahn auf deutscher Seite, Auswirkungen auf die Anwohner und Kurorte am Ober- und Hochrhein bzw die Akzeptanz einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahnen; Vorlage aller bisherigen und notwendigen Vereinbarungen zwischen der Bahn AG, SNCF und SBB; Zusammensetzung und Transparenz der beteiligten Gremien; Frage nach Alternativen für den zunehmenden Schienengüterverkehr im Dreiländereck

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 13.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2071 (29 S.)
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 6 7
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Drohende Stilllegung der Schienenstrecke Stockach-Schwackenreute

Bedeutung der Strecke als Bindeglied zwischen der Region Ulm/Oberschwaben und dem Bodenseeraum für künftige Güterverkehre; Stand des Stilllegungsverfahrens der DB Netz AG; Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Strecke

Antr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/2073

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarken und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/2102

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Entwicklung der Eckdaten auf den Wasserstraßen Oberrhein, Main und Neckar im Vergleich zum Güterverkehr auf Straße und Schiene; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Wiedereinführung der steuerfreien Übertragung des Gewinns aus der Veräußerung von Schiffen auf ein Ersatzwirtschaftsgut, durch Modernisierung und Erweiterung der Schleusen am Neckar, Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarken und damit Reduktion der Hochwassersperre u.a. Maßnahmen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 13/2243

Schleusenausbau an der Bundeswasserstraße Neckar

Beurteilung der weiteren Entwicklung des Güterverkehrs auf dem Neckar im Falle einer Verweigerung der Modernisierung und Verlängerung der Schleusen durch den Bund, Grundlage der Berechnung des Projektnutzens, Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle, zeitgleiche Durchführung der von der Schifffahrtsdirektion Südwest angekündigten Instandhaltungsmaßnahmen

KIAnfr
s. *Neckar*
Drs 13/2377

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen LEP; vollzogene und geplante Schließungen von Güterverladestellen durch die DB Cargo, Förderung von KV-Terminals sowie der Übernahme stillgelegter Anschlüsse und Strecken durch NE-Bahnen, insbes im ländlichen Raum, Erleichterung des Zugangs dieser Unternehmen, Kooperation mit den Spediteuren; Stand und Effizienz von Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahnmaut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Abgleichung der im neuen BVerkehrswegeplan avisierten Straßen- und Schienenprojekte mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr FDP/DVP 17.09.2003 und Antw UVM Drs 13/2413 (11 S.)
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 (abgesetzt)
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103-7111

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland

Beurteilung der Diskussion und Bürgerinitiative zur Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz, Gefährdung einer zeitnahen Realisierung des vierspurigen Ausbaus der Rheintalbahn? Hinwirkung auf eine Abwicklung des Güterverkehrsaufkommens in Frankreich über das dortige Gleis auf der linken Rheinseite

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/2543

Haushalt 2004; Epl 10

Investitionszuschüsse zur Umsetzung des Güterverkehrskonzepts
ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810-6 S. 26
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Verdrängung deutscher Lkw von deutschen Straßen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens und der Transportleistungen deutscher und ausländischer Lkw bzw Speditionen im Binnenverkehr und im grenzüberschreitenden Verkehr, Einschätzung der Zukunftschancen der deutschen Transportwirtschaft im europäischen Wettbewerb

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 28.01.2004 und Antw UVM Drs 13/2851

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Auswirkungen im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr bzw im Verkehrsgewerbe; Ausbau der Verkehrswegeinfrastruktur mithilfe der EU; Teilverlagerung des zusätzlichen Güterverkehrs auf Schienen- und Wasserwege

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Transport von Siedlungsabfällen zu Entsorgungsstandorten

Beurteilung einer Ausweitung o.g. Straßentransporte nach den Planungen der Aufgabenträger in Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab 01.06.2005, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Landesentwicklungsplans? Ausgleich der Preisdifferenzen zwischen Straßen- und Schienentransporten durch ein Programm zur Förderung von Investitionen in Müll-Umschlaganlagen Straße/Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3006

Stauration-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfeldern bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 19.05.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3223
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 25 26
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Personelle und finanzielle Unterstützung von Konzepten und konkreten Maßnahmen mit o.g. Zielsetzung in den letzten drei Jahren, u.a. Schaffung von technisch einfachen Umlademöglichkeiten für Container und Wechselbehälter in der Fläche, Anmeldungen zum Bundesprogramm zur Reaktivierung von Gleisanschlüssen zur Wiederaufnahme von Abfalltransporten, Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Speditionen, der Attraktivität von Bahntransporten sowie der Containerschifffahrt auf dem Neckar; Beurteilung der sich abzeichnenden Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Antr FDP/DVP 29.06.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3321
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 (abgesetzt)
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103-7111

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Auflistung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3371

Gleisanschlussförderung

Entwicklung des Wagenladungsverkehrs in den letzten drei Jahren und mittelfristig, Auflistung der mithilfe der neuen Fördermaßnahme des Bundes reaktivierbaren privaten Gleisanschlüsse, Möglichkeiten einer beschleunigten Anwendung der neuen Förderrichtlinie

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/3742

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg

Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/3967

Auswirkungen des geplanten Gleisabbaus der DB Netz AG auf den Schienenverkehr in BW

Auswirkungen des o.g. Rückbaus für die betroffenen Strecken, Verhinderung einer Ausweitung des Leistungsangebots bzw der Wiederaufnahme des von der DBAG eingestellten Güterverkehrs

durch andere Betreiber

KIAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4024

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreisschwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KIAnfr Helmut W. Rüeck CDU 11.02.2005 und Antw UVM
Drs 13/4036

Unterbindung von Lkw-Maut-Ausweichverkehr auf dem mautfreien Straßennetz

Auflistung der vom o.g. Ausweichverkehr betroffenen Kommunen und (Bundes-)Straßenabschnitte, Eignung bzw Ergreifung von Gegenmaßnahmen nach dem AutobahnmautGes und der StVO, insbes Benutzungsbeschränkungen für den Schwerlastverkehr; Frage nach entsprechenden Absichten der Straßenverkehrsbehörden; Unterstützung einer BRatsinitiative zur Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw unter 12 t zulässigem Gesamtgewicht

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4246

Verlagerung von Verkehren nach Einführung der Lkw-Maut auf Bundesautobahnen in das nachgeordnete Straßennetz

Ausgewählte Streckenabschnitte und gemessene Verkehrsbelastungen vor und nach Einführung der Lkw-Maut; Hinwirkung auf Ausdehnung der Mautpflicht auf die entsprechend belasteten (Bundes-)Straßenabschnitte, Freistellung der Binnenverkehrs, Handlungsmöglichkeiten der Straßenverkehrsbehörden für Verkehrsbeschränkungen auf Mautausweichstrecken

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4259

Infrastrukturrückbau durch die DB-Netz AG

Zunahme von Verspätungen auf den betroffenen Strecken bzw Beeinträchtigung des Weiterbetriebs oder der Wiederaufnahme des Güterverkehrs durch den o.g. Rückbau, Vereinbarkeit mit der Gleisanschlussförderrichtlinie des Bundes; Beurteilung der Forderung nach einer schrittweisen Regionalisierung der Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung für die regionale Eisenbahninfrastruktur sowie der Ergebnisse des Gutachtens der Initiative „Zukunft Rhein-Neckar-Dreieck“ zur Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4374

Verlagerung von Abfalltransporten von der Straße auf die Schiene

Vorhandene und mögliche Abwicklung o.g. Transporte über die Schiene durch die einzelnen Aufgabenträger, Beurteilung einer Zunahme von Straßentransporten, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Umweltplans? Berücksichtigung aller Faktoren bei Kostenvergleichen; Einrichtung eines Programms zur Förderung von Güterumschlaganlagen für den Mülltransport auf der Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4412

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen zulasten der (mittelständischen) Transportunternehmen hierzulande, insbes ausgelöst/verstärkt durch die EU-Osterweiterung, unlautere Praktiken von (halb-)staatlichen Verkehrskonzernen, Nachholbedarf im Straßenbau u.a. Faktoren; Handlungsbedarf der BReg; Position zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut; Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterverkehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar und dem „Regionalen Schienenverkehrskonzept der Metropolregion Rhein-Neckar“

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 13.07.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4498
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 27.10.2005 Drs 13/4821 S. 44 45
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorkraumbereitungen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 29.08.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4621
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 36 37
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vermeidung von Mautschleichverkehr im Verlauf der B 292/Ortsdurchfahrt Östringen durch den Erlass von Verkehrsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild benachbarter BLänder

KIAnfr
s. *Bundesstraße 292*
Drs 13/4639

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4828

Verkehrsanbindung des Container-Bahnhofs Ulm-Nord an die Autobahn

Hinwirkung auf die Zustimmung der BReg zu einem von Gutachtern empfohlenen Doppelanschluss an der A 8

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4870

Schienen Güterverkehr in Neckarsulm

Ursachen und Auswirkungen der rückläufigen Entwicklung am Nordanschluss bzw der dort angebundenen Firma Audi, Frage nach einer Landesförderung des Gleisanschlusses und weiteren Planungen der Bahn AG, Ausmaß der zusätzlichen Straßenbelastung; Moderation der Übernahme wegfallender Angebote durch andere Eisenbahnunternehmen?

KlAnfr Dr. Bernhard Lasotta CDU 07.12.2005 und Antw IM
Drs 13/4945

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4995

Bahnstrecke Neckarbischofsheim/Nord-Hüffenhardt

Auswirkungen der geplanten Einführung der Rhein-Neckar-S-Bahn auf der Strecke Meckesheim-Aglasterhausen, Beurteilung des technischen Zustands der o.g. Strecke sowie der Möglichkeiten zur Weiternutzung im Schülerverkehr, Güterverkehr, Tourismus- oder Museumsverkehr; Frage nach Nutzungsmöglichkeiten für die Werkstatanlagen in Neckarbischofsheim/Nord

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/5131

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr

Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/5172

Weiterentwicklung des Container-Terminals zum Güterverkehrszentrum (GVZ) am Standort Kornwestheim

Realisierungsstand und -problematik der o.g. Umschlaganlage, Entwicklung des Umschlagvolumens und der Fördermittel des Landes und der EU seit 2003 sowie der Perspektiven bis 2007, notwendige ökologische Ausgleichsmaßnahmen, Auswirkungen der Erweiterung auf den Wirtschaftsraum Ludwigsburg bzw die Region Stuttgart

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 16.02.2006 und Antw IM
Drs 13/5180

Unterstützung der Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 613-620

Belastung des Transportgewerbes mit der Lkw-Maut, Kritik an der Schließung von Güterverkehrszentren der Bahn AG und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Straße

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 663 664 667 672 673 675 676 697

Förderung der Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Wasserstraße und Schiene, Kritik am Rückzug der Bahn aus der Fläche

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1027 1032-1934 1037 1039 1040

Prognostizierte Zuwächse im Straßengüterverkehr, Verlagerung auf Schiene und Wasserstraße, Zustimmung zur Lkw-Maut im BRat

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243-1252 1297-1306

Umfahrung des Mannheimer Hauptbahnhofs durch den Güterzugverkehr

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1598 1600

Kritik am Rückzug der Bahn vom Güterverkehr in der Fläche, Anmahnung von mehr Engagement der Bahn AG für den Güterverkehr; Reduktion des Güterverkehrs durch moderne Citylogistik

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2210 2211 2273 2276 2279

Umweltbelastungen durch den Straßengüterverkehr, Verteuerung von ökonomisch fragwürdigen Fahrten

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3780 3781

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057

Anteil des Straßengüterverkehrs an der Feinstaubproblematik, Bewertung eines Durchfahrverbots für Lkw in Stuttgart, Verschärfung der Abgasgrenzwerte für Lkw

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6713 6716 6717 6720-6722

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße, Problematik der Lkw-Ausweichverkehre auf Bundes- und Landesstraßen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6801 6807-6811 6814

Güterverkehrszentrum

s. *Güterverkehr*

Gütezeichen

s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*

s.a. *Marketinggesellschaft BW*

s.a. *Umweltzertifikat*

Zertifizierung in der Forstwirtschaft

Zertifizierung von kommunalem, privatem und staatlichem Waldbesitz; Gründe für die Information des MLR ausschließlich über das PEFC-Bewertungsverfahren; Beurteilung der Verknappung des von Großabnehmern in der Holzverwertung stärker nachgefragten FSC-Holzes und damit Verlegung auf Importe aus Drittländern; Bewertung des Praxisvergleichs zwischen FSC und PEFC iRd Modellprojekts Ostwestfalen-Lippe, Durchführung eines entsprechenden Projekts für BW

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/102

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Überarbeitung und Erhöhung der Qualitätskriterien des Herkunfts- und Qualitätszeichens HQZ (Drs 12/6010 Nr. 50)

Mittlg LReg 04.10.2001 Drs 13/284

Verwendung von in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Obstbau

Herkunft, Zusammensetzung und Einsatzregionen o.g. Mittel und Wirkstoffe; Auswirkungen auf die Marktfähigkeit der Produkte und das HQZ; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden; Vermarktung von entsprechend behandeltem Obst, u.a. auch mit dem hier verbotenen Wirkstoff Plantomycin, aus anderen EU-Ländern in Deutschland; Hinwirkung auf besondere Kennzeichnungspflichten bzw Harmonisierung des EU-weiten Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/469

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee
Zeitpunkt der Information über o.g. Praktiken und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden; Verschärfung der Vergabe- und Anwendungskriterien des HQZ und Verstärkung der Kontrollen; Bewertung des Vertriebs illegaler Spritzmittel über WLZ-Verkaufsstellen, Erkenntnisse über solche Mittel aus Nicht-EU-Ländern; Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern; Änd des Ausführungsges zum Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes zur Erleichterung von Verbraucherwarnungen

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/474

Verbrauchertäuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der LReg

Verwendung unerlaubter Pflanzenschutz- und ertragssteigernder Spritzmittel, Falschdeklaration von Obst und Gemüse: Auflistung der Betriebe, Anteil der Produzenten nach dem HQZ, Zeitpunkt der Information und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden

Antr

s. *Obstbau*

Drs 13/476

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr SPD 05.12.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/543

ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.07.2002 Drs 13/1196

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1861-1879

BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.10.2002 Drs 13/1577 S. 11 12

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Verzicht auf die Fördermaßnahmen für das HQZ

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/658-2 S. 22 23

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/688-1 S. 2 3

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Präsentation BW auf der Grünen Woche in Berlin

Kosten-Nutzen-Analyse der letzten 20 Jahre; Entwicklung einer Konzeption zur Darbietung heimischer Erzeugnisse nach dem HQZ sowie Präsentation des Landes als Fremdenverkehrsland, Aufstellung der Kosten und möglichen Alternativen

Antr

s. *Grüne Woche*

Drs 13/1105

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Weiterentwicklung der Kontrollen und Sanktionen beim HQZ, Einbeziehung der Methoden des integrierten Pflanzenbaus, Ausbau der Futtermittelkontrollen

Antr CDU und FDP/DVP 15.07.2002 Drs 13/1196

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1861-1879

BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.10.2002 Drs 13/1577 S. 11 12

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW

Maßnahmen und Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/2903

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Kürzung der Mittel für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit mit dem HQZ

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 16 S. 66 67

ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-10 S. 20 21

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Förderung der Eierproduktion in BW

Gründe für den Rückgang der Eigenversorgung mit Eiern seit 1990, Bemühungen um Fördermittel des Bundes zur Umstellung auf eine Produktion aus Boden- und Freilandhaltung, entsprechende Bewerbung durch die MBW und Vergabe des Herkunfts- und Qualitätszeichens an solche Betriebe

Antr

s. *Eier*

Drs 13/2005

Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange ausgerichteten Landwirtschaft in BW

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW bzw die Entwicklung der Marktanteile landwirtschaftlicher Produkte in den letzten fünf Jahren, Förderung der Eigenvermarktung und regionalen Vermarktungseinrichtungen, Integration des HQZ, Einflussnahme auf die Marktentscheidungen großer Handelsketten, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit heimischer Erzeugnisse vor dem Hintergrund der veränderten EU-Agrarpolitik, Beratungsangebot der Landwirtschaftsämter nach Umsetzung der geplanten Verwaltungsreform

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/2204

Umsetzung und Kontrolle der Rindfleischetikettierung in BW
Gründe und Konsequenzen der durch die Verbraucherzentrale festgestellten Mängel, insbes bei der Auszeichnung von HQZ-Rindfleisch

KlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/2736

Umgang mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Anstreben eines Verzichts auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in Gesprächen mit den Bauernverbänden und der Agrarwirtschaft, Berücksichtigung als Kriterium bei der Bewerbung des HQZ, Ausbau der Untersuchungen auf Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen für Importware und heimische Produkte

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/2826

Klassifizierung von Übernachtungsstätten

Darlegung o.g. Systeme, der Anbieter, Kosten und Evaluationsintervalle; Stellenwert für Privatreisende und Reiseveranstalter; Überlegungen zu einer Verpflichtung der Betriebe zur Klassifizierung; Förderung einer verkehrsführenden Beschilderung iR eines Modellprojekts?

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/3297

Gentechnik in HQZ-Produkten

Reduzierung von Importfuttermitteln, Steigerung des heimischen Anbaus; Wiederaufnahme der Kontrolle von Futtermitteln auf gentechnische Veränderungen; Beschränkung des HQZ auf nachweislich gentechnikfreie Produkte; Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3328

Förderung der Vermarktung von heimischen Lebensmitteln

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW, Frage nach einer Erfolgskontrolle der Absatzförderung, Darlegung der Gesellschafterstruktur, Umfang von Aufträgen und Fördermitteln des Landes seit 1999; Frage nach Markenzeichen mit Hinweisen auf die Herkunft und Qualitätsmerkmale der Produkte sowie deren Überprüfung

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 13/3441

Freiwilliger Verzicht auf Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in BW

Unterstützung der Landwirte und deren Verbände mit o.g. Zielsetzung; Erarbeitung von Vorschlägen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft bzw Erhaltung des HQZ als Gütesiegel für gentechnikfreie Produkte

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3472

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Höhe der iRd MEKA sowie von Flurbereinigungen bereitgestellten Fördermittel; Kriterien, erklärende Hinweise und deren Kontrolle für die Verwendung von Qualitätszeichen

GrAnfr
s. *Obstbau*
Drs 13/3517

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3980

Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen unterstützen

Hinwirkung auf Mindeststandards, Vereinheitlichung und größere Transparenz der o.g. Qualitätssicherung; Verzicht auf regelmäßige Prüfungen der zertifizierten Einrichtungen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen; Eintreten für eine bessere Honorierung der nachgewiesenen Pflegequalität

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 13/3997

Umsetzung der EU-Agrarreform in BW

Zeitraumen, inhaltliche Spielräume, Zusatzaufwand und -kosten einer Umsetzung der GAP-Reform; Auswirkungen auf die konventionelle Landwirtschaft, den Bio-Landbau, das HQZ und Biozeichen, die Exportchancen und Umweltprogramme MEKA und SchALVO; Notwendigkeit einer Vereinfachung des Fördersystems

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4359

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Steigerung der Zahl von lizenzierten Betrieben für das Ökosiegel mit der Herkunftsbezeichnung BW

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. Holz
Drs 13/4823

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Nahrungsmittel nach der BSE-Krise, Aufbau eines Qualitätssicherungssystems unter Einbeziehung des HQZ
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Nahrungsmittel nach der BSE-Krise, Verschärfung der Kriterien des HQZ
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80

Fortentwicklung des HQZ, Verschärfung der Kriterien
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 284

Verschärfung der Kriterien des HQZ
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440 444 448

Art und Kriterien der Kennzeichnung sowie Kontrolle von Eiern unter dem Siegel des HQZ
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 630 633

Ansehensverlust des HQZ durch die Verwendung unerlaubter Spritzmittel im Obstbau, Angebot von HQZ-Produkten in öffentlichen Kantinen, Vergleich des HQZ mit dem Ökosiegel als verlässliche Kennzeichnung
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1052 1058 1059

Beeinträchtigung des Vertrauens der Verbraucher in das HQZ infolge lückenhafter Kontrollen, Verschärfung der Richtlinien
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1259 1262

Kritik am Umgang mit dem HQZ-Skandal am Bodensee, verstärkte Prüfung von Produkten mit den weichen Biosiegeln
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1652 1654 1658 1663 1667-1669 1673

Einführung des Biozeichens in BW, Würdigung des HQZ
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3086 3089 3091 3119

Eintreten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, Konsequenzen für das Qualitätszeichen
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6087

Eintreten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft, Konsequenzen für das HQZ
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7458

Verweisung auf die bundesweit am höchsten mit Sternen dekorierte Gastronomie in BW bzw auf verschiedene Qualitätszeichen für regionale, gentechnikfreie Speiseangebote, Verbesserung der Gästeinformation über die Marke „Schmeck den Süden“
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954 7955 7957 7958

Gundelfingen

Scheitern einer Ausweisung von Gundelfingen als Kleinzentrum im LEntwicklungsplan
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 757 759

Gurr-Hirsch, Friedlinde MdL CDU

Ernennung zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133

Ernennung zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Gurtpflicht

s. Kraftfahrzeugausrüstung

Gutachten

s.a. Gesundheitsuntersuchung
s.a. Organisationsuntersuchung
s.a. Sachverständiger

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Auftragserteilung des WM an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Erstellung einer Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Beurteilung der Aussagekraft des Gutachtens und der entstandenen Kosten, Frage nach einer Einbeziehung des zuständigen FM sowie Autorisierung des WM für die öffentliche Präsentation der ausschließlich für interne Zwecke erstellten Studie; Aufnahme von Verhandlungen mit den EVU über den Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland; Vorbereitung einer Neuordnung der Beteiligungen an der BW-Bank und der Landesbank

Antr
s. Landesbeteiligung
Drs 13/693

Begutachtung der Veräußerbarkeit von Landesbeteiligungen

Aussagekraft und Kosten einer im Auftrag des WM erstellten Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Frage nach einem höheren Kenntnisstand des FM über die einzelnen Beteiligungsverhältnisse sowie nach Bemühungen um eine bessere Kooperation zwischen beiden Ministerien

Antr
s. Landesbeteiligung
Drs 13/811

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der externen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr GRÜNE 07.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/832
Ergänzende Stellungnahme FM 11.09.2002 Drs 13/1310
BeschIEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 5 6
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Gutachterausschüsse nach § 192 Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgaben und Personalausstattung der Gutachterausschüsse und ihrer Geschäftsstellen, Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Bodenrichtwerte

KlAnfr
s. *Sachverständiger*
Drs 13/1478

Neue gutachterliche Stellungnahme zur Eignung des Standorts Benken für eine Atomendlagerstätte

Auswirkungen des o.g. Standorts für die Bevölkerung am Hochrhein nach den Ergebnissen der neuesten Gutachten; Ablehnung des Standorts Benken gegenüber den politisch Verantwortlichen in der Schweiz

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1946

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Untersuchung der Frage der Zweckmäßigkeit einer Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

Vergabe des o.g. Gutachterauftrags zur Prüfung der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2513

Ärztliche/Zahnärztliche Gutachten in Sozialgerichtsverfahren

Zahl und Kosten der von den Sozialgerichten in Auftrag gegebenen Gutachten seit 1998, Entscheidungsbefugnis der Richter für die Gutachterausswahl und Auftragsvergabe; Beurteilung des Vorschlags zur Bildung eines Gutachterpools mit verbindlichen Bearbeitungszeiten und einer klaren Honorarordnung, Verfügbarkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für entsprechende Gutachten

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 12.11.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2599 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 18 19
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Abschiebung der Familie Usta aus Freiburg

Umstände der o.g. Abschiebung, Gesundheitszustand und Reisefähigkeit der Familienmitglieder, insbes der Mutter; Gründe für die Ablehnung eines amtsärztlichen Gutachtens bzw des Gutachtens der Universitätsklinik Freiburg, geforderte Qualität von Amts- und Privatgutachten, fachliche Voraussetzungen der beauftragten Ärzte

KlAnfr
s. *Ausweisung*
Drs 13/2747

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepaxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr SPD 04.02.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/2882 (329 S.)
Berichtigung 25.08.2004 Drs 13/3530
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004/07.04.2005 Drs

13/4200
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6589-6594

Haltung der LReg zu einem Rechtsgutachten über das neue KindergartenGes

Feststellung von rechtlichen Mängeln und Verstößen gegen Bundesrecht mit dem von den kommunalen Landesverbänden in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten; Korrektur durch Novellierung des KindergartenGes

Antr
s. *Kindergarten*
Drs 13/2899

Reform der Grundsteuer

Beurteilung des Vorschlags der Finanzministerkonferenz, Auswirkungen auf die Einnahmen der Kommunen, Bewertung von Immobilien durch die kommunalen Gutachterausschüsse auch für andere Steuerarten, insbes für die Erbschaftsteuer

Antr
s. *Grundsteuer*
Drs 13/2918

Konsequenzen aus der Praxis des Landes bei der Vergabe von Gutachten, Studien und sonstigen externen Dienstleistungen

Nachbesserung der Stellungnahme zu Drs 13/2882, Benennung der Auftragnehmer, deutliche Reduzierung der Kosten und der freihändigen Vergaben, Einhaltung der Beschaffungsordnung und der Verdingungsordnung, Anlage eines Aktenvermerks mit Begründung einer Abweichung von einer öffentlichen oder beschränkten Ausschreibung in jedem Einzelfall

Antr SPD 22.06.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3291
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004/07.04.2005 Drs 13/4200
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6589-6594

Aufgaben der Gesundheitsämter - Verwaltungsreform

Aufgaben vor und nach dem 01.01.2005; Eingliederung von Ärzten der Versorgungsämter in die Gesundheitsämter der LKreise zur Erstellung von Gutachten, Beschleunigung der Bearbeitung entsprechender Anträge; Prüfung einer Übertragbarkeit von Aufgaben auf niedergelassene Ärzte o.a. Stellen

Antr
s. *Gesundheitsbehörde*
Drs 13/3655

Vergabe von Gutachten durch die Ministerien
Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 21.01.2005 Drs 13/3960 (23 S.)
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004/07.04.2005 Drs 13/4200 (dazu Anlage Anregung des RH)
Berichtigung 01.06.2005 Drs 13/4366
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6589-6594
Mittlg LReg 30.05.2006 Drs 13/5246 (59 S.)

Aussagekraft und Kosten des Gutachtens über die Privatisierung von Landesbeteiligungen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 841

Aussagekraft und Kosten des Gutachtens über die Privatisierung von Landesbeteiligungen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1179 1187

Bewertung des Gutachtens der Bull-Kommission zur Reform der öffentlichen Verwaltung in NRW

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2662-2670

Zahl und Kosten von Expertengremien, externen Beratern und Gutachten auf Bundesebene; Frage nach den Kompetenzen der Ministerien; Umsetzung der vom Land vergebenen Gutachten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162 4172

Kritik an Zahl und Kosten der vom Land vergebenen Gutachten sowie an der mangelnden Umsetzung der Vorschläge, Erinnerung an das Kienbaum-Gutachten zur Schulverwaltung 1995

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4913 4939 4940

Kritik an der freihändigen Vergabe von Gutachten ohne Ausschreibung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5144

Kritik an der freihändigen Vergabe von Gutachten ohne Ausschreibung

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6390

Gutachter

s. Sachverständiger

GVFG

s. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz

GWZ

s. Außenwirtschaft

Gymnasiale Oberstufe

s. Gymnasium

Gymnasiallehrer

Ausbau Technischer Gymnasien

Entwicklung seit Einführung zusätzlicher Profildzüge und Erweiterung des fachspezifischen Angebots; Darlegung der neuen Standorte, der zusätzlichen Deputate und Klassen für das Schuljahr 2002/03; Aufgabe des Prinzips der Deckelung des Vollzeitbereichs im beruflichen Schulwesen

Antr

s. Fachgymnasium

Drs 13/333

Unterrichtssituation an den Gymnasien; hier: Kirchheim/Teck, Plochingen, Wendlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Gymnasien in den letzten Jahren; Umfang von Kürzungen im Pflichtstundenbereich und im ergänzenden Bildungsangebot; Konsequenzen einer Unterschriftenaktion von Elternvertretern des Kirchheimer Schlossgymnasiums

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/427

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr

s. Lehrerbildung

Drs 13/692

Berufliches und allgemein bildendes Gymnasium (Oberstufe) im Vergleich

Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen in den letzten sowie künftigen zehn Jahren, Differenzierung nach den beruflichen Gymnasialtypen sowie vorausgegangenen Bildungsgängen, Auswirkungen des G 8, Kosten pro Schüler, Schulerfolg, Klassen- und Kursgrößen sowie Arbeitsgemeinschaften; Zahl der eingesetzten Deputate und A 15-Stellen, Beförderungswartezeiten, Anteil von Studien- und Oberstudienräten

Antr

s. Fachgymnasium

Drs 13/1258

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkehrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr

s. Gymnasium

Drs 13/1727

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 12) - Einsatz der Lehrerdeputate an Gymnasien

Mittlg

s. Lehrer

Drs 13/1748

Neue gymnasiale Oberstufe

Erstellung einer ersten Bilanz nach Einführung der NGO, Vorbereitungsstand der Lehrer, Entwicklung der Kursgrößen und Notendurchschnitte, Befürchtung einer Benachteiligung der Schüler bei der Vergabe von Studienplätzen, Beurteilung der von Verbänden und Gremien geforderten Veränderungen

Antr

s. Gymnasium

Drs 13/1759

Reformierte Oberstufe

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf die Schüler der Klasse 12, Entwicklung der Notendurchschnitte, Rückmeldungen von Lehrkräften

Antr

s. *Gymnasium*
Drs 13/1781

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1988

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1989

Neue Arbeitszeitmodelle statt Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Ergebnisse von Studien über die jährliche Arbeitszeit der Lehrer an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Berücksichtigung der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, der Oberstufenreform und neuer Unterrichtsformen? Vergleich der Entwicklung der Jahresarbeitszeit der Landesbeamten und der genannten Lehrergruppen seit 1975; Gründe und Auswirkungen einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Streichung der Altersermäßigung; Aussetzung dieser Maßnahmen und Aufnahme von Verhandlungen mit den Lehrerverbänden über neue Arbeitszeitmodelle

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2038

Auswirkungen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und beruflichen Schulen auf die Lehrereinstellung im Schuljahr 2003/2004 und 2004/2005

Umfang der Gewinnung von Deputaten mit der o.g. Arbeitszeiterhöhung und damit Reduzierung der beschlossenen 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen?

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2054

Erneute Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer

Arbeitszeitveränderungen der Lehrer seit 1990; Erhöhung der Deputate für Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen sowie Streichung der Altersermäßigung, Verwendungszwecke dieser zusätzlichen Deputate, Auswirkungen auf die Einstellungs-chancen von Junglehrern; Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr

s. *Lehrer*
Drs 13/2098

Einstellungsrunde 2003 und G 8-Innovationspool

Mögliche und tatsächliche Besetzung frei gewordener Stellen an Gymnasien, Verteilung der durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung gewonnenen Stellen auf die Schulen, vorgesehener Zeitrahmen für diesen Innovationspool

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2314

Krankheitsvertretungen an Gymnasien

Abbau des hohen Unterrichtsausfalls, Realisierung der vorgegebenen Stundentafel für alle Jahrgangsstufen; Bereitstellung der notwendigen Mittel für Vertretungslehrkräfte, Schaffung eines Vertretungspools; Umsetzung der Sollbestimmung zu Schulandheimaufenthalt nach der Kürzung des Reisekostenetats für Lehrkräfte

Antr
s. *Krankheitsvertretung*
Drs 13/4292

Bedarf an neuen Lehrerstellen an den Gymnasien aufgrund steigender Schülerzahlen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75

Defizit an Deputaten im Pflichtstundenbereich der Gymnasien, Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 231 233 235 236

Feststellung einer Kopflastigkeit des Stellenkegels an den Gymnasien

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816

Vorschläge des RH zum Einsatz der Lehrerdeputate an Gymnasien, Gewinnung personeller Reserven

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2672 2674-2676

Proteste von Gymnasiallehrern gegen die Oberstufenreform, Einführung der Praxissemester und Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten, Kritik an der Deputatserhöhung für Gymnasiallehrer

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2814 2815 2818 2819 2821 2834

Forderung nach einer bilingualen Ausbildung auch für angehende Gymnasiallehrer

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7136

Warnungen der Lehrer und deren Verbände vor der Einführung des G 8, Probleme mit der Umsetzung der neuen Bildungspläne, Anmahnung von Korrekturen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369-7381

Vorbereitung und Fortbildung der Gymnasiallehrer für das G 8

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7786-7789

Gymnasium

s.a. *Fachgymnasium*
s.a. *Gymnasiallehrer*

Folgekosten der Einführung grafikfähiger Taschenrechner im Mathematikunterricht der gymnasialen Oberstufe

Höhe und Träger der o.g. Kosten; Aufnahme von Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine angemessene Beteiligung des Landes an der Erstausrüstung

Antr
s. *Taschenrechner*
Drs 13/6

Bildungschancen von Ausländerkindern

Übergangszahlen von deutschen und ausländischen Kindern von der Grundschule ins Gymnasium in Stuttgart und landesweit; Maßnahmen und Mittel zur Herstellung von Chancengerechtigkeit auch für Kinder ausländischer Herkunft

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/158

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Schulentwicklung

Auflistung der einzügigen Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie der Klassen mit bis zu 8, 12 und 17 Schülern; Darlegung des Angebots und der Abschlüsse von Verbundschulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/354

Gemeinschaftskunde-politische Bildung

Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde, Einführung an Gymnasien ab Klasse 8 und Zulassung als Prüfungsfach

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 13/355

Unterrichtssituation an den Gymnasien; hier: Kirchheim/Teck, Plochingen, Wendlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Gymnasien in den letzten Jahren; Umfang von Kürzungen im Pflichtstundenbereich und im ergänzenden Bildungsangebot; Konsequenzen einer Unterschriftenaktion von Elternvertretern des Kirchheimer Schlossgymnasiums

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/427

Musikland BW

Auswirkungen der Reform der gymnasialen Oberstufe auf die Grund- und Leistungskurse im Fach Musik, Förderung der Schüler an Gymnasien mit Musikprofil

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Zukunft der Staudinger-Gesamtschule als „Schule der besonderen Art“

Berücksichtigung der Besonderheiten der integrierten Gesamtschule bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie von Französisch als Grundfremdsprache

KlAnfr
s. *Gesamtschule*
Drs 13/436

Keine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschulen bei der Wahl des 4. schriftlichen Prüfungsfachs im Abitur

Pflicht zur Belegung des Fachs Geschichte als viertes schriftliches Prüfungsfach; Eintreten in der KMK für eine Gleichstellung der Waldorfschüler bei der Wahl des vierten schriftlichen Abiturprüfungsfachs mit den Schülern der staatlichen Gymnasien

Antr
s. *Abitur*
Drs 13/558

Fremdsprachenunterricht

Einführung von Englisch und Französisch an den Grundschulen, Weiterführung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, Auswirkungen bei den Abschlussprüfungen bzw im Abitur, Angebote für die Schüler in der Oberrheinschiene, Zahl und Qualifikation der notwendigen Lehrkräfte, Gewährleistung der Durchlässigkeit der Bildungswege in die weiterführenden Schulen, Aufnahme der Ausbildung zum Fremdsprachenunterricht in die Prüfungsordnungen, Organisation der Praxisphase an der PH Freiburg; Verzicht auf eine Benotung von Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/589

Erhebung zum Unterrichtsausfall

Ursächliche Faktoren und Daten der o.g. Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2001 im Vergleich zum Vorjahr, Bewertung der Ergebnisse an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Begründung des beabsichtigten Verzichts auf Veröffentlichung der Daten

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/639

Schulen in freier Trägerschaft

Entwicklung der Schülerzahlen und Träger der allgemein bildenden und beruflichen privaten Gymnasien, Auswirkungen der G 8-Züge und neuen Anforderungen im Abitur als Folge der neugestalteten gymnasialen Oberstufe, Erhaltung der Zuschüsse für die neunjährigen Bildungsgänge zum Abitur

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreiss Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums; hier: Konsequenzen für die Raumausstattung

Raumbedarf durch Zunahme des Nachmittagsunterrichts, Einrichtung eines Mittagstischs sowie von Arbeitsplätzen für Lehrer; Erhebung der zusätzlichen Anforderungen für naturwissenschaftliche Fachräume; Neufassung der Schulbaulichkeiten; Klärung der Finanzierungsfragen mit der kommunalen Ebene

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 21.03.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/879
BeschlEmpf und Bericht SchulA 05.06.2002 Drs 13/1109 S. 43
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Hochbegabtenförderung nach Wegfall des bisherigen G 8-Zuges und Einführung des allgemeinen G 8

Erkenntnisse aus der modellhaften Erprobung der G 8-Züge, Förderung der Hochbegabten nach Einführung des allgemeinen G 8, Berücksichtigung der durch Überspringen von Klassen sehr jungen Schüler in den Gymnasien, Ausbau der Kurssysteme?

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/924

Entwicklung der Progymnasien nach Einführung des generell achtjährigen allgemeinbildenden Gymnasiums

Standorte und Schließungsabsichten für o.g. Gymnasien, Umwandlung in Vollgymnasien, Zeitperspektive der zu treffenden Entscheidungen

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 16.05.2002 und Antw KM Drs 13/1016

Beschulungsangebote für Hochbegabte in BW

Darlegung der schulischen Situation von Hochbegabten, Anteil der Abwanderung in englische Internate, Möglichkeiten einer besonderen Förderung von befähigten Gymnasiasten durch Universitäten

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/1057

Erhalt und Förderung des Spanischunterrichts an weiterführenden Schulen im Land BW

Künftiger Stellenwert an Gymnasien bzw in der reformierten Oberstufe, an beruflichen Schulen sowie Realschulen; Aufwertung als zweite Fremdsprache an Gymnasien

Antr
s. *Spanisch*
Drs 13/1080

Entw einer Änd der VO über die Schultypen des Gymnasiums
Erweiterung der Untergliederung um einen biotechnologischen Schultyp

Mittlg KM 29.07.2002 Drs 13/1234
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895
BeschlEmpf und Bericht SchulA 23.10.2002 Drs 13/1400
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2199

Berufliches und allgemein bildendes Gymnasium (Oberstufe) im Vergleich

Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen in den letzten sowie künftigen zehn Jahren, Differenzierung nach den beruflichen Gymnasialtypen sowie vorausgegangenen Bildungsgängen, Auswirkungen des G 8, Kosten pro Schüler, Schulerfolg, Klassen- und Kursgrößen sowie Arbeitsgemeinschaften; Zahl der eingesetzten Deputate und A 15-Stellen, Beförderungswartezeiten, Anteil von Studien- und Oberstudienräten

Antr
s. *Fachgymnasium*
Drs 13/1258

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreiß Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Grüne Gentechnik in BW

Bedeutung und internationale Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Gentechnik; Forschungseinrichtungen, -ziele und -projekte, u.a. auch auf dem Gebiet des Weinbaus; gen- bzw biotechnische Orientierung von Gymnasien, Personal- und Sachausstattung iRd Oberstufenunterrichts; Öffentlichkeitsarbeit

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/1690

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkahrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 29.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1727
BeschlEmpf und Bericht SchulA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 33-37
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Gemeinschaftskunde/geplanter Fächerverband Erdkunde, Politik, Wirtschaft (EPW) an allgemein bildenden Gymnasien

Begründung, Ziele und Auswirkungen der Zusammenlegung o.g. Fächer; Ausbildung der Lehrer und Vermittlung des Lehrstoffs; Aussagekraft der Notegebung auf die Studierfähigkeit des Fachs Gemeinschaftskunde

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 13/1743

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 12) - Einsatz der Lehrerdeputate an Gymnasien

Mittlg
s. *Lehrer*
Drs 13/1748

Neue gymnasiale Oberstufe

Erstellung einer ersten Bilanz nach Einführung der NGO, Vorbereitungsstand der Lehrer, Entwicklung der Kursgrößen und Notendurchschnitte, Befürchtung einer Benachteiligung der Schüler bei der Vergabe von Studienplätzen, Beurteilung der von Verbänden und Gremien geforderten Veränderungen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1759
BeschlEmpf und Bericht SchulA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 33-37
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

Reformierte Oberstufe

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf die Schüler der Klasse 12, Entwicklung der Notendurchschnitte, Rückmeldungen von Lehrkräften

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 12.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1781
BeschlEmpf und Bericht SchulA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 33-37
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Verschiebung der generellen Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Auswirkungen der Einführung auf die Bereitstellung von Lehrerressourcen und Räumlichkeiten, Angebot von Mahlzeiten infolge des vermehrten Nachmittagsunterrichts, Umwandlung von Gymnasien in Ganztagschulen, Hinweis auf Zuschüsse iRd Investitionsprogramms der BReg, Beurteilung der breiten Ablehnungsfront von Lehrer-, Elternverbänden und Kommunen; Verschiebung der Einführung auf das Schuljahr 2007/2008

Antr SPD 19.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1807
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3163-3180
BeschlEmpf und Bericht SchulA 04.07.2003 Drs 13/2226 (15 S.)
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3413-3424

Hochbegabtenförderung und -beratung

Gründe und Auswirkungen einer Schließung der Beratungs- und Forschungsstelle für Hochbegabte am Pädagogikseminar an der Universität Ulm, Vergleich mit der Situation in Bayern, Ausstattung und Finanzierung eines geplanten Gymnasialinternats in Schwäbisch Gmünd; Erhaltung der Einrichtung in Ulm, Vorlage

eines flächendeckenden Konzepts für Beratung und Förderung von Hochbegabten

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/1808

Stärkung der Naturwissenschaften in baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Akzeptanz der naturwissenschaftlichen Fächer in den allgemein bildenden und beruflichen Schulen sowie im Lehramtsstudium in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Beeinflussung des Wahlverhaltens; Empfehlungen der internationalen Vergleichsstudien TIMSS und PISA; Berücksichtigung iRd Einführung der Neuen Gymnasialen Oberstufe, der Lehrerbildung und -fortbildung sowie der Lehrplanrevision

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/1836

Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2004/05

Erfahrungen mit den bisherigen G 8-Zügen, Vorbereitung der Schulen auf die Umstellung 2004, Gewährleistung des Übergangs und Raumbedarfs, Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien

Antr CDU 12.03.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1877 (11 S.)
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3163-3180
BeschlEmpf und Bericht SchulA 04.07.2003 Drs 13/2226 (15 S.)
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3413-3424

Einführung und Konzeption des achtjährigen Gymnasiums

Verschiebung der Einführung auf das Schuljahr 2007/2008; Erhaltung der Orientierungsstufe in Klasse fünf und sechs; Gewährleistung der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen bis Klasse neun

Antr GRÜNE 09.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1978
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3163-3180
BeschlEmpf und Bericht SchulA 04.07.2003 Drs 13/2226 (15 S.)
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3413-3424

Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft

Auswirkungen der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, Vorlage der Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe, Zeitpunkt einer Novellierung des PrivatschulGes

Antr
s. *Privatschule*
Drs 13/1999

Pilotprojekt drahtloser Internetempfang

Angebot von Laptops mit netzungebundenem Funkmodem zur Einwahl ins Internet: Höhe der Kosten für den Haushalt, die beteiligten Firmen und Schüler, Vorbereitung und technische Unterstützung der Lehrkräfte, Einbeziehung aller Schüler der Klassenstufe 11 an Stuttgarter Gymnasien in das Multimediaprojekt?

Antr
s. *Internet*
Drs 13/2001

Neue Arbeitszeitmodelle statt Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Ergebnisse von Studien über die jährliche Arbeitszeit der Lehrer an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Berücksichtigung der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, der Oberstufenreform und neuer Unterrichtsformen? Vergleich der Entwicklung der Jahresarbeitszeit der Landesbeamten und der genannten Lehrergruppen seit 1975; Gründe und Auswirkungen einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Streichung der Altersermäßigung; Aussetzung dieser Maßnahmen und Aufnahme von Verhandlungen mit den Lehrerverbänden über neue Arbeitszeitmodelle

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2038

Zukunft der Progymnasien in BW

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Standorten, Zahl und Bescheidung von Anträgen auf Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe, Auswirkungen sinkender Schülerzahlen sowie der generellen Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 06.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2049
BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 24 25
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Zukunft und Entwicklung des Schulstandorts Haigerloch

Gründe und Auswirkungen der Abweisung auswärtiger Schüler an der Realschule sowie Genehmigung der Umstellung des Progymnasiums zu einem Vollgymnasium, Verweigerung eines sprachlichen Profils? Ermöglichung der Gewinnung einer Lehrkraft für Spanisch; Ausbau zu Ganztagschulen mit Mittagstisch als Konsequenz aus der Oberstufenreform und Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Antr
s. *Haigerloch*
Drs 13/2052

Auswirkungen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und beruflichen Schulen auf die Lehrereinstellung im Schuljahr 2003/2004 und 2004/2005

Umfang der Gewinnung von Deputaten mit der o.g. Arbeitszeiterhöhung und damit Reduzierung der beschlossenen 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen?

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2054

Erneute Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer

Arbeitszeitveränderungen der Lehrer seit 1990; Erhöhung der Deputate für Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen sowie Streichung der Altersermäßigung, Verwendungszwecke dieser zusätzlichen Deputate, Auswirkungen auf die Einstellungschancen von Junglehrern; Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/2098

Schulfach Ökonomie im Lichtenstern-Gymnasium Sachsenheim
Ziele und Inhalte des ab Klasse 5 eingerichteten Ökonomieprofils; Bewertung als Modell für die allgemein bildenden öffentlichen Gymnasien

Antr

s. *Wirtschaft*
Drs 13/2109

Ges zur Änd des SchulGes

Allgemeine Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 zur Fortführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule, Ermöglichung von Übergängen auf die beruflichen Gymnasien schon nach Klasse 9

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Einstellungsrunde 2003 und G 8-Innovationspool

Mögliche und tatsächliche Besetzung frei gewordener Stellen an Gymnasien, Verteilung der durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung gewonnenen Stellen auf die Schulen, vorgesehener Zeitrahmen für diesen Innovationspool

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2314

Überführung der weiterführenden Schulen in ein zweigliedriges Schulsystem

Schaffung wohnortnaher Gemeinschaftsschulen für den Hauptschulabschluss und die mittlere Reife sowie Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe I und II ab Klasse 7, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2320

Geplantes Ganztagsgymnasium und -internat für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Aufnahmekapazität und Nachfrage des o.g. Projekts, Beurteilung durch den Landesverband Hochbegabung und das Christliche Jugenddorfwerk Braunschweig, Höhe und Träger der Kosten, Beantragung von Mitteln aus dem Investitionsprogramm der BReg, Vergleich mit dem bayerischen Konzept; Erarbeitung einer flächendeckenden Konzeption mit Fortbildungsangeboten für Grundschullehrkräfte, mit Schwerpunktschulen und Leistungszentren, einer universitären Forschungsstelle und einer zentralen unabhängigen Beratungsstelle

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/2509

Haushalt 2004; Epl 04

Förderung des drahtlosen Internetzugangs von Schülern der Klassenstufe 11 an Stuttgarter Gymnasien iR eines Modellversuchs

s. *Internet*
Drs 13/2804

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien? Berücksichtigung aller Anmeldungen für berufliche Vollzeitschulen, bedarfsorientierte Einrichtung zusätzlicher Klassen für das Berufskolleg II, Ausbau der beruflichen Gymnasien

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/3205

Sozialethisches Profil am Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden - Genehmigung eines Schulversuchs

Stellenwert der ethischen und sozialen Bildung im neuen Bildungsplan des Gymnasiums, Bewertung des o.g. Profils als Alternative zum sprachlichen und naturwissenschaftlichen Profil, Frage nach Vorschlägen des Ministeriums und Reaktionen der Schulgremien zur Umsetzung der Konzeption iRd schuleigenen Curriculums bzw nach weiteren Anträgen von Gymnasien; Genehmigung eines auf zunächst drei Jahre befristeten Schulversuchs

Antr

s. *Sozialkompetenz*

Drs 13/3437

Sozialethisches Profil an Gymnasien in BW

Frage nach o.g. Gymnasien; Genehmigung eines „Sozialethischen Profils“ mit dem Kernfach Sozialethik am Georg-Büchner-Gymnasium in Winnenden

Antr

s. *Sozialkompetenz*

Drs 13/3468

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/3552

Ges zur Änd des PrivatschulGes

Rückführung der Zuschüsse an die Gymnasien und Klassen 13 der Freien Waldorfschulen

GesEntw

s. *Privatschule*

Drs 13/3608

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirtschaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr

s. *Abiturient*

Drs 13/3635

Novellierung des PrivatschulGes

Finanzielle Auswirkungen der jüngsten Novellierung auf die einzelnen Freien Waldorfschulen und Gymnasien in freier Trägerschaft; Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen in den letzten zehn Jahren; Frage nach einer erneuten Novellierung in dieser Legislaturperiode, insbes zur Verankerung des Bruttokostenmodells als Grundlage für die Berechnung des Landesanteils an der Privatschulfinanzierung

Antr

s. *Privatschule*

Drs 13/3706

Zukunft der Progymnasien und zweizügigen Gymnasien in BW

Auflistung o.g. Standorte, der Zahl und Stärke von Klassen sowie der angebotenen Profile; Auswirkungen des ab 2012/2013 erwarteten Schülerrückgangs auf die einzelnen Standorte

KlAnfr Veronika Netzhammer CDU 27.10.2004 und Antw KM Drs 13/3707 (10 S.)

Einsparungen beim 2. Bildungsweg; Kürzungen bei den Abendrealschulen und Abendgymnasien im Doppelhaushalt 2005/06

Auflistung der o.g. Bildungseinrichtungen, der Träger, Teilnehmerzahlen und erworbenen Abschlüsse in den letzten fünf Jahren; Anteil von Teilnehmern mit Migrationshintergrund; Höhe und Kostendeckungsgrad der Landeszuschüsse bzw der Schul- und Prüfungsgebühren; Umfang und Auswirkungen von geplanten Kürzungen, Erwartung eines Abschreckungseffekts infolge der dann notwendigen Erhöhung der Schulgebühren

KlAnfr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/3713

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Begrenzung der Zuschüsse an Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs in freier Trägerschaft; Änd des PrivatschulGes

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/3832

Stärkung der Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe?

Auswirkungen der Oberstufenreform auf das Wahlverhalten der Schüler, Entwicklung der Zahl von Schülern mit einer oder mehreren Fremdsprachen seit 2000, Feststellung eines Rückgangs der Kurszahlen im Fach Latein bzw einer Stärkung der Fremdsprachenkompetenz? Frage nach einer Korrektur der generell vierstündigen Kurse

KlAnfr

s. *Fremdsprache*

Drs 13/3905

Zukunft des 2. Bildungswegs in BW

Auflistung der 1947 an private Träger übergebenen Abendrealschulen und Abendgymnasien; Darlegung der vereinbarten Finanzierungsregelung, der Schülerzahlen und Gebührenerhebung im Vergleich zu anderen BLändern; Einsparung von Verwaltungskosten durch die Privatisierung; Auswirkungen der be-

absichtigten Kürzungen auf die Höhe der Schulgebühren bzw der vom Trägerverein Volkshochschule Stuttgart beschlossenen Auftragsrückgabe, Befürchtung des Rückzugs weiterer Träger; vollständige Rücknahme der iRd HaushaltsstrukturGes vorgesehenen Kürzungen

Antr
s. *Zweiter Bildungsweg*
Drs 13/3981

Schulleiterbesetzungen

Auflistung der laufenden sowie der Besetzungsverfahren 2004 an Gymnasien, Zahl der jeweiligen Bewerbungen, Anteil aus dem Schulverwaltungsbereich

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 13/4037

Reduzierung des Landessachkostenbeitrags für Realschulen, Progymnasien und weitere Schularten

Gründe und Auswirkungen der Kürzung o.g. Sachkostenbeiträge über eine Änd der SchullastenVO, insbes für kleine Gemeinden im ländlichen Raum

MdlAnfr
s. *Schullastenausgleich*
Drs 13/4133

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der unterrichtenden Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Krankheitsvertretungen an Gymnasien

Abbau des hohen Unterrichtsausfalls, Realisierung der vorgegebenen Stundentafel für alle Jahrgangsstufen; Bereitstellung der notwendigen Mittel für Vertretungslehrkräfte, Schaffung eines Vertretungspools; Umsetzung der Sollbestimmung zu Schullandheimaufenthalten nach der Kürzung des Reisekostenetats für Lehrkräfte

Antr
s. *Krankheitsvertretung*
Drs 13/4292

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/4326

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung der sechsjährigen Grundschule, der vierjährigen Regional- und des sechsjährigen Gymnasiums, Verankerung einer Kooperationspflicht von Jugendhilfe und Schule sowie der Ganztagschule als Regelschule, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf die Stelle der Schulleitung am Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/4431

Ablösung der Leiterin des Kompetenzzentrums für Hochbegabte (KH) am Landesgymnasium für Hochbegabte (LGH) iR einer Umstrukturierung

Begründung der o.g. Entscheidung nach relativ kurzer Amtszeit, Planung einer Neubestimmung der landesweiten Zuständigkeit und Aufgabenstellung des KH als Anlaufstelle für Schüler, als Beratungsinstanz für Eltern und Lehrkräfte sowie der Zusammenarbeit mit schulischen, außerschulischen und universitären Einrichtungen? Frage nach einer Neuausschreibung der Stelle und dem Anforderungsprofil der Bewerber

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/4573

Ausbau der schulischen Hochbegabtenförderung in BW

Stellenwert der Hochbegabtenförderung nach der Gründung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd, Kriterien und Schwerpunkte für den Ausbau der dezentralen Förderung, wissenschaftliche Begleitung und Evaluation dieser Maßnahmen, Ausrichtung der Lehreraus- und -fortbildung auf die spezifischen Anforderungen eines Unterrichts für hochbegabte Schüler

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/4627

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4746

Anerkennung der in BW erworbenen Fachhochschulreife in anderen BLändern

Stand und Bedingungen einer Anerkennung der in der gymnasialen Oberstufe erworbenen Fachhochschulreife in den einzelnen BLändern, u.a. auch des an Freien Waldorfschulen erworbenen Abschlusses

Antr
s. *Fachhochschulreife*
Drs 13/4749

Korrektur G 8 (achtjähriges Gymnasium)

Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne, Abbau der Hausaufgabenbelastung, Wiedereinführung der Orientierungsstufe bis zum Ende der Klasse sechs sowie der Durchlässigkeit zwischen den Schularten, Verkürzung der gymnasialen Schulzeit am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe

Antr GRÜNE 25.10.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4772

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369-7382

BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.01.2006 Drs 13/5137
(dazu ÄAntr GRÜNE) S. 29-34

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Räumliche Voraussetzungen für die Einführung des Unterrichtsfachs Naturwissenschaft-Technik

Notwendigkeit baulicher Veränderungen durch die Einführung des neuen Schulfachs an den Gymnasien, Ablehnung entsprechender Anträge der Schulen durch die Kommunen mit dem Verweis auf die von der LReg zugesicherte Kostenneutralität

Antr

s. *Schulgebäude*

Drs 13/4791

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Lese-Recht Schreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4819

Konsequenzen aus dem achtjährigen Gymnasium

Umfang der Unterrichtsbelastung sowie des Zeitaufwands für Hausaufgaben und Vorbereitung auf Klassenarbeiten für die Fünft- und Sechstklässler; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Verkürzung der gymnasialen Schulzeit am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals

Antr SPD 15.11.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4827

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369-7382

BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 29-33

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Auswirkungen der Kürzungen bei Abendrealschulen und Abendgymnasien

Zahl der Schüler an den o.g. Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, Höhe der Kostensteigerung an den einzelnen Schulen seit der Zuschusskürzung sowie der erhobenen Gebühren pro Semester, Frage nach der Lernmittelfreiheit an diesen Schulen und etwaigen Zuschüssen

GrAnfr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/4856

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4912

Erhöhung der Anforderungen an Gymnasiasten

Aufstockung der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen im Schuljahr 2002/2003 um je eine Prüfung; Begründung der drei großen zentral gestellten Arbeiten innerhalb einer Woche für Schüler der Klassenstufe 6 bzw des wesentlich längeren Zeitrahmens für Schüler der Klassenstufe 10

KlAnfr Roland Weiß SPD 01.12.2005 und Antw KM Drs 13/4920

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr

s. *Naturwissenschaft*

Drs 13/4951

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/5002

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Auswirkungen der hohen Belastung insbes für die Fünft- und Sechstklässler und deren Eltern, Bewirkung einer verstärkten Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht und damit einer Verschlechterung der Chancengleichheit; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals, Beginn mit der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse sechs, Angebot einer umfassenden Fortbildung für die Lehrkräfte und Schulleitungen

Antr SPD 22.12.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/5014

ÄAntr GRÜNE 01.02.2006 Drs 13/5111

ÄAntr CDU und FDP/DVP 02.02.2006 Drs 13/5113

ÄAntr SPD 02.02.2006 Drs 13/5114

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7782-7793

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Verzicht auf die Benotung der Vergleichsarbeiten als Klassenarbeiten, Einsatz als Mittel der Selbstevaluation; Vorlage eines Konzepts für das Jahr 2012 mit zwei Abiturjahrgängen

ÄAntr SPD 02.02.2006 Drs 13/5114

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7782-7793

Hochbegabtgymnasium Schwäbisch Gmünd

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel sowie des weiteren Bedarfs für Um-, Neu- und Ausbauten; Frage nach dem Erhalt von Mitteln aus dem Ganztagschulprogramm des Bundes

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/5187

Korrektur G 8; Reduktion der Stundenbelastung in der Sekundarstufe I und Erhöhung der Stundenanteile in der Oberstufe

Entnahme der o.g. Entlastung aus der Kontingenzstundentafel der Klassen 5-10 oder aus den Poolstunden? Einführung der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse 6, Auswirkungen auf die Gesamtstundenzahl, den Bildungsplan und die Bildungsstandards am Ende der 6. Klasse? Unterstützung von Überlegungen der KMK zur Abstufung des Mindeststundenvolumens von 265 Stunden für das G 8 zum Richtwert?

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 28.02.2006 und Antw KM
Drs 13/5204

Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums ab dem Schuljahr 2004/2005

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49

Bedarf an neuen Lehrerstellen an den Gymnasien aufgrund steigender Schülerzahlen; flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums ab dem Schuljahr 2004/2005

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75 87 100

Unterrichtsversorgung der Gymnasien, flächendeckende Einführung des G 8

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 231 233 235 236

Feststellung einer weiteren Zunahme der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien; Kopflastigkeit des Stellenkengels an den Gymnasien

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 806 816

Vorreiterrolle des Landes bei der Einführung des G 8 und der Oberstufenreform, Unterrichtsversorgung der Gymnasien, Entwicklung eines Gesamtkonzepts

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 988 990 991 995 997 1003-1005 1010 1011

Stellenwert des Informatikunterrichts am Gymnasium

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1638 1639

Feststellung der geringsten sozialen Disparitäten unter den Schülern am Gymnasium in BW; Vorreiterrolle des Landes bei der Einführung des G 8 und der Oberstufenreform; Nachmittagsbetreuung an den Gymnasien

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735 1736 1744 1745 1747 1750 1752-1754 1767

Schulerfolg und Studienfachwahl der Absolventinnen von Mädchen gymnasien, Lob für die Einführung des Fachs „Naturphänomene“ sowie eines biotechnologischen Schultyps

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1857 1860

Entwicklung der Übergangsquoten auf die Gymnasien, Ergebnisse der Gymnasien bei der PISA-Studie, Feststellung von geringen sozialen Ungleichheiten in der Schülerstruktur

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2502 2503 2507 2508 2510 2513 2516 2517

Vorschläge des RH zum Einsatz der Lehrerdeputate an Gymnasien, Gewinnung personeller Reserven

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2672 2674-2676

Feststellung der geringsten sozialen Disparitäten beim Zugang zum Gymnasium in BW, Vergleich zwischen den beruflichen und allgemein bildenden Gymnasien, flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums, Bewertung der Proteste gegen die Oberstufenreform

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809 2813 2814 2818 2819 2822 2824 2830 2831 2833-2835 2841

Vorreiterrolle des Landes bei der Einführung des G 8 und der Oberstufenreform, Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums mit Internat in Schwäbisch Gmünd

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3603 3619 3624 3625 3633 3634

Einführung des G 8, Bereitstellung der zusätzlichen Lehrer, Berechnung der Kosten eines Schülers an einem staatlichen Gymnasium

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259 4260 4267 4268

Rücknahme der Kürzungen für die Abendgymnasien; Verkürzung der Erstausbildungszeiten mit dem G 8

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5987 5988 5990 5992 5994 5996

Anteil von Gymnasien unter den Ganztagschulen, Zunahme des Nachmittagsunterrichts infolge der Umstellung von G 9 auf G 8; Partnerschaften zwischen Gymnasien auf deutscher und französischer Seite, Weiterführung der bilingualen Züge; Erhaltung des Sportunterrichts an der Oberstufe

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7122 7126 7132 7133 7174 7176 7179 7181

Feststellung eines Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nach den Ergebnissen der jüngsten PISA-Studie; Überforderung der Schüler mit dem G 8 ohne Kürzung des Unterrichtsstoffs; Anteil von Ganztagsgymnasien

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201 7202 7209-7211 7229-7232 7234 7236 7240-7242 7245 7248

Feststellung eines Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nach Aussagen internationaler Studien; Überforderung der Schüler mit dem G 8, Reduktion der Stundenbelastung und Stofffülle in der Unterstufe, Einführung der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse 6; Entwicklung der Schülerzahlen und Förderung der Gymnasien in freier Trägerschaft

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933-7935 7937 7939 7940 7948 7967 7972 7974 7995 7996

Gynäkologie

s. *Frauenheilkunde*

Haas, Alfred MdL CDU

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Alfred Haas durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Haas, Gustav-Adolf MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 41

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651

Habilitation

s.a. Professor

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr

s. Wissenschaftler

Drs 13/210

Umsetzung Juniorprofessur

Festlegung von Kriterien der Ausschreibung und Evaluation von Juniorprofessuren, Verbesserung des Frauenanteils in der Professorenenschaft, Umgestaltung der Habilitationsförderprogramme, Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung, Umsetzung der Übergangsregelung iRd Dienstrechtsreform, Einrichtung eines Stellenpools für die Übergangsphase zwischen Qualifikation und Berufung auf eine Professur, Hinwirkung auf einen Wissenschaftstarifvertrag in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Antr

s. Professor

Drs 13/1014

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms

Antr

s. Frau

Drs 13/2858

Initiativen und Programme zur Unterstützung der Habilitation von Frauen, Auswirkungen der Juniorprofessur nach dem Wegfall der Habilitation

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855 1860

Häftling

s. Gefangener

Härtefallkommission

s. Kommission

Hafengesellschaft

s. Schifffahrt

Haft

s.a. Arrest

s.a. Freiheitsstrafe

s.a. Gefangener

s.a. Hafibefehl

s.a. Strafvollzug

Absprachen im FlowTex-Verfahren

Frage nach Zugeständnissen im Strafvollzug und für eine frühzeitige Haftentlassung gegenüber Herrn Schmider

KlAnfr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/403

Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens in Sachen FlowTex

Außenkontakte, Ausführungen u.a. Vollzugslockerungen für den Hauptverdächtigen in Untersuchungshaft, Schmider; Art der Überwachung; Erlangung von Zutritt zu den Räumen der Sonderkommission durch den Anwalt, Frage nach Manipulationen an Schriftstücken und Akten, Einholung von dienstlichen Äußerungen von allen beteiligten Beamten; Überprüfung der sachlichen Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Mannheim im Ermittlungsverfahren gegen Beamte

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/537

Situation des Strafvollzugs in BW

Entwicklung der Personalausstattung und Beförderungsmöglichkeiten, der Überstunden und Krankheitszeiten seit 1992 im Vergleich zu anderen BLändern; Stellenwert und Motivation der Verwaltungsmitarbeiter; vorhandene und notwendige EDV-Ausstattung; Entwicklung der Belegungs- und Rückfallquote, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Russlanddeutschen; Verwirklichung des Schnellbauprogramms, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr

s. Strafvollzug

Drs 13/566

Zur Situation im Strafvollzug

Unterbringungssituation von Gefangenen im geschlossenen Vollzug, Grad der Mehrfachbelegung von Einzelzellen, Vergleich mit anderen BLändern; Vorlage eines Konzepts zum Abbau der Überbelegung in den einzelnen JVA

Antr

s. Strafvollzug

Drs 13/984

Abschiebep Praxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaft; Anteil von Inhaftierten wegen Verstößen gegen aufenthaltsrechtliche Bestimmungen nach dem AusländerGes; Behebung der vom RH beanstandeten Kommunikationsdefizite zwischen Ausländerbehörden und vollziehenden Dienststellen

Antr

s. Ausweisung

Drs 13/1762

Insolvenzverfahren bei Gefangenen

Möglichkeiten von Gefangenen in Strafhaft und U-Haft zur Schuldnerberatung, zur Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens, eines Schuldenbereinigungsversuchs mit anschließender Restschuldbefreiung; Einräumung der erforderlichen Besuchs- und Ausgangsrechte; Beurteilung der Möglichkeiten in Hamburg; Frage nach VwV des JuM

Antr
s. *Schuldnerberatung*
Drs 13/1918

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten
Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten, anhängige Klagen von Gefangenen wegen Mehrfachbelegung bei den Strafvollstreckungskammern und Zivilgerichten, Konsequenzen aus Beschlüssen des BVerfG und des OLG Celle

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 16.09.2003 und Antw JuM Drs 13/2402

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten im geschlossenen Vollzug

Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 30.10.2003 und Antw JuM Drs 13/2558

Strafvollzug in BW

Entwicklung der Personal- und Beförderungssituation sowie der Überstunden seit 1994 im Vergleich zu anderen BLändern; Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offenburg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Einzelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen; Bereiche und Auswirkungen der geplanten Privatisierung; Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Vorgänge um den Hafturlaub des Ex-FlowTex-Chefs und die Konsequenzen

Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Schmider, Verdeutlichung der Äußerung des Justizministers über den Vertrauensbruch des Häftlings, Darlegung der zwischen dem JuM und der Justizvollzugsanstalt Freiburg vereinbarten verschärften Anforderungen sowie deren Geltungsbereich

Antr
s. *Urlaub*
Drs 13/5039

Besuchszeiten und Besuchsregelungen in den Justizvollzugsanstalten (JVAs) des Landes

Begründung der unterschiedlichen Regelungen sowie der Differenz zwischen möglichen und tatsächlichen Besuchen getrennt nach U-Haft und Strafhaft und einzelnen JVA

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/4476

Haftverbüßung in der Heimat

Zahl und Herkunft der hier einsitzenden verurteilten Ausländer, Maßnahmen und Rechtssetzungsschritte (des Bundes) zur Strafverbüßung im Heimatland auch gegen den Willen der Betroffenen, Möglichkeiten des Landes zum Bau und Betrieb von Haftplätzen im Ausland

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/4499

Überbelegung der Justizvollzugsanstalt Freiburg

Verringerung der Zahl der in Freiburg einsitzenden Gefangenen aufgrund eines entsprechenden Hinweises des Beirats der JVA

MdlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/4532

Ausmaß der Mehrfachbelegung von Einzelzellen im Ländervergleich, Umsetzung des Rechtsanspruchs der Strafgefangenen auf Einzelunterbringung, Schaffung neuer Haftplätze mit dem Haftraum-Schnellbauprogramm, Möglichkeiten zur Haftvermeidung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2138 2142 2143 2145 2147 2149-2151

Schaffung der benötigten Haftplätze; Verbesserung der Sicherheit in den Gefängnissen, insbes in Mannheim

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5674 5675 5681

Schaffung der benötigten Haftplätze; Verbesserung der Sicherheit in den Gefängnissen, insbes in Mannheim

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6038 6039 6041-6047

Überlegungen zur Einführung einer Beugehaft oder Sicherungshaft für nicht abschiebbare gefährliche Extremisten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6416

Haftbefehl

s.a. *Fahndung*

Anstrebung bzw Umsetzung eines europäischen Haftbefehls

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842-4844 4846 4848-4850

Haftpflichtversicherung

s. *Versicherung*

Haftung

s.a. *Entschädigung*
s.a. *Regress*
s.a. *Rücklage*
s.a. *Unterhaltsleistung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Umwelthaftung betreffend die Vermeidung von Umweltschäden und die Sanierung der Umwelt (KOM(2002)17)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/854

Auftragsvergabe an freiberuflich Tätige fair regeln

Erfahrungen und Reaktionen bei Architekten und Ingenieuren durch die neu vorgesehene Haftung für Baukostenobergrenzen bei Landesbauvorhaben; Streichung der Haftungsregelung aus der entsprechenden Richtlinie

Antr
s. *Selbstständiger*
Drs 13/3871

Haftung für etwaige Schäden durch den Genversuch der Fachhochschule Nürtingen (FH Nürtingen)

KlAnfr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/4293

Verweisung auf die unbefriedigende Haftungsregelung des GentechnikGes

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6647 6651 6652 6654 6655 6658 6659

Veränderung der Haftungsregelung im GentechnikGes, Abkehr vom Verursacherprinzip beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen, Einführung eines Haftungsfonds

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457 7458 7460 7464-7467 7473-7475

Hafturlaub

s. *Urlaub*

Haftzelle

s. *Haft*

Hagel*Landesförderung für einen weiteren Hagelflieger*

Erkenntnisse über die Effektivität der Hagelabwehr durch Hagelflieger; Rückkehr zu der 1996 eingestellten Kofinanzierung

Antr Karin Altpeter u.a. SPD 20.07.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/113
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1577 (dazu ÄAntr) S. 8 9
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353
Mittlg LReg 05.08.2003 Drs 13/2350

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 13.06.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1083
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1577 S. 8 9
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

*Haushalt 2004; Epl 08**Aufstockung der Zuschüsse für Hagelflieger*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-6 S. 27 28
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 08**Bezuschussung von zwei weiteren Hagelfliegern*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4008-7 S. 31
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 08**Fortführung der Zuschüsse zu den Hagelversicherungsprämien*

ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4008-24 S. 54 55
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Hagelschäden

Höhe des Regulierungsaufwands für Hagelschäden an Gebäuden, Fahrzeugen, in der Landwirtschaft u.a. Bereichen seit 1995; Feststellung einer Tendenz der Schadensereignisse nach den Erfahrungen aus anderen BLändern?

KlAnfr Hans Heinz CDU 05.04.2005 und Antw MLR Drs 13/4221

Einführung einer Hagelversicherung als Pflichtversicherung

Frage nach o.g. Plänen, Unterstützung der Landwirte präventiv sowie nach Hagel- u.a. Unwetterschäden in anderen BLändern, Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die aktuellen Rebschäden durch eine Mengengrenzung bei der Traubenanlieferung?

GrAnfr
s. *Versicherung*
Drs 13/4844

Hagelversicherung

s. *Versicherung*

Haigerloch*Zukunft und Entwicklung des Schulstandorts Haigerloch*

Gründe und Auswirkungen der Abweisung auswärtiger Schüler an der Realschule sowie Genehmigung der Umstellung des Progymnasiums zu einem Vollgymnasium, Verweigerung eines sprachlichen Profils? Ermöglichung der Gewinnung einer Lehrkraft für Spanisch; Ausbau zu Ganztagschulen mit Mittagstisch als Konsequenz aus der Oberstufenreform und Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 07.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2052
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 24 25
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Halbtagschule*Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern*

Aufnahme des Reformprojekts Schulanfang auf Neuen Wegen, insbes der altersgemischten Jahrgangsstufe, in pädagogische Konzepte der vollen Halbtagsgrundschule; Absenkung des Klassenteilers

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/636

Die Grundschule stärken; hier: Einführung der Halbtagsgrundschule und Ausbau von Nachmittagsangeboten

Einführung mit einer täglichen Unterrichts- und Betreuungszeit von fünf Zeitstunden; Ausgestaltung mit Unterrichts-, Lern-, Spiel- und Bewegungsphasen; Zuweisung von Erzieherinnen; Ausbau der Schulen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten bzw ausländischen Familien zu Ganztagsgrundschulen; Ausgestaltung mit Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung u.a. (gebührenfreien) Angeboten; Einbeziehung von außerschulischen Experten und Lernorten

Antr

s. *Grundschule*

Drs 13/637

Kinderbetreuung in BW

Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für die verlässliche Halbtagsgrundschule; Förderung von offenen Nachmittagsangeboten an allen Schularten; Ausbau der Ganztagschulen

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Erhöhung der Mittel für die Halbtagsgrundschule

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 47 S. 109

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Ausbau der Grundschule zu einer echten Halbtagschule

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461 465 466 468

Betreuungsangebote an der Grundschule iRd verlässlichen Halbtagschule

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805 811 812

Ausbau der Grundschule zu einer echten Halbtagschule

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 997 1006

Haller-Haid, Rita MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637

Hamburg

Fortführung des Praxistests von Brennstoffzellenbussen in Hamburg statt in Stuttgart

Gründe für den Verkauf der Versuchsfahrzeuge nach Hamburg angesichts der gravierenden Feinstaubbelastung bzw der Entwicklung und Herstellung der Busse in Stuttgart

MdAnfr

s. *Brennstoffzelle*

Drs 13/4683

Gründe für den Wahlerfolg der Schill-Partei in Hamburg

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 376

Verweisung auf den Versuch zur Neuregelung der Lehrerarbeitszeit in Hamburg

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3260

Handel

s.a. *Agrarhandel*

s.a. *Außenwirtschaft*

s.a. *Buchhandel*

s.a. *Business Improvement Districts*

s.a. *Factory Outlet Center*

s.a. *Kraftfahrzeughandel*

s.a. *Kunsthandel*

s.a. *Ladenschluss*

s.a. *Marktveranstaltung*

s.a. *Tierhandel*

s.a. *Versandhandel*

Praxis der Rabattgewährung im Bereich des Einzelhandels

Auswirkungen der Aufhebung des RabattGes auf den Preiswettbewerb, Voraussetzungen für die Gewährung von Sonderrabatten, wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der EU, Notwendigkeit einer Novellierung des Ges gegen den unlauteren Wettbewerb

KlAnfr

s. *Preisnachlass*

Drs 13/615

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/1084

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1134

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit

1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1318

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiede-

nen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Umsetzung der VerpackungsVO

Frage nach einer ersten Bilanz zur flächendeckenden Einführung der Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen, Auswirkungen der firmeninternen Zwischenlösungen im Handel; Überlegungen zur Novellierung der VO

Antr
s. *Verpackung*
Drs 13/1676

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1733

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1886

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1987

Auswirkungen des Dosenpfands auf den Getränkemarkt in BW

Entwicklung der Nachfrage und Rücklaufquote; Reaktionen der Produzenten, Verbraucher und des Handels; Erkennung einer Tendenz zu Mehrwegflaschen? Entwicklung des Verbrauchs von Mineralwasser und Bier, Auswirkungen auf das Aufkommen der Biersteuer

Antr

s. *Verpackung*

Drs 13/2033

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/2135

Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange ausgerichteten Landwirtschaft in BW

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW bzw die Entwicklung der Marktanteile landwirtschaftlicher Produkte in den letzten fünf Jahren, Förderung der Eigenvermarktung und regionalen Vermarktungseinrichtungen, Integration des HQZ, Einflussnahme auf die Marktentscheidungen großer Handelsketten, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit heimischer Erzeugnisse vor dem Hintergrund der veränderten EU-Agrarpolitik, Beratungsangebot der Landwirtschaftsämtler nach Umsetzung der geplanten Verwaltungsreform

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/2204

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/2667

Perspektiven der zentrumsnahen Grundversorgung in Städten und Gemeinden BW

Förderung der innerörtlichen Zentralität von Einzelhandel und Dienstleistungen, Einflussmöglichkeiten über die Landesplanung, Regionalplanung und kommunale Planung; Zielsetzungen der Städtebauförderung; Unterstützung kommunaler Marketingmaßnahmen

Antr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/2760

„Business Improvement Districts“ (BID)

Förderung der aus den USA kommenden Methode zur Revitalisierung und Stärkung von innerstädtischen Geschäftsbereichen, Initiierung und Begleitung entsprechender Modellprojekte in den Städten und Gemeinden des Landes

KlAnfr

s. *Business Improvement Districts*

Drs 13/3005

City-Privileg bei Regelung zum Ladenschluss

Beurteilung einer räumlichen Differenzierung der Öffnungszeiten; Ermöglichung einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten durch die Kommunen für innerstädtische Einzelhandelsstandorte an Werktagen

Antr

s. *Ladenschluss*

Drs 13/3362

Zukunft des Einzelhandels in BW

Entwicklung o.g. Unternehmen seit 1994 differenziert nach Branchen, Größen, Umsätzen, Vertriebsformen, Zahl von Beschäftigten und Auszubildenden; Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots von Einzelhandel und Dienstleistungen für die Verbraucher; Hinwirkung auf gemeinsame Aktionen sowie Vorgaben für den großflächigen Einzelhandel durch die Regionen; Bewertung des örtlichen Lebensmitteleinzelhandels als kommunale Daseinsvorsorge; Erarbeitung von Vorschlägen zur Einbeziehung von Kunst und Kultur gemeinsam mit den Kommunen; Einbeziehung der örtlichen Einzelhändler bei wichtigen Entscheidungen, wie z.B. Bauleitplanung, der Kommunen

Antr SPD 06.08.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3488 (15 S.)

Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahversorgung)

Ursachen und Folgen der rückläufigen Entwicklung; Beurteilung der von Kommunen sowie Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen entwickelten Konzepte zur Trendumkehr, insbes Förderung von Arbeitsplätzen für Behinderte, der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte sowie von Serviceleistungen der Gemeinden, Energieversorger, Banken, Post u.a.; Entwicklung einer entsprechenden Strategie sowie von Empfehlungen an die Kommunen zur Nutzung der Möglichkeiten des Planungsrechts

Antr

s. *Dienstleistung*

Drs 13/3779

Landesrechtliche Vorgaben für die geplanten großflächigen Einzelhandelsvorhaben in Metzgingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorhaben mit Fabrikverkauf mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans und des Einzelhandelserlasses; Durchsetzung dieser Vorgaben auch bei den Planungen in Metzgingen

Antr
s. *Factory Outlet Center*
Drs 13/4350

Stärkung des Verbraucherschutzes bei der Produkt- und Gerätesicherheit - Defizite bei der Marktüberwachung von Motorsägen in BW

Beurteilung der Mängel von aus Taiwan importierten und bei Großfilialisten und Baumärkten angebotenen Motorsägen sowie des daraus folgenden Verletzungsrisikos; Frage nach Schritten zur Verbraucherinformation, Entfernung der Produkte aus dem Handel u.a. Vorkehrungen

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/4444

Lottoverkauf in Supermärkten

Entwicklung des durch die Novellierung des Lotteriestaatsvertrags möglichen Verkaufs von Lotteriescheinen in Supermärkten, Auswirkungen auf die wirtschaftliche Existenz der Einzelhandelsgeschäfte mit Lotto-Annahmestellen, Frage nach möglichen Konsequenzen

Antr
s. *Lotterie*
Drs 13/4643

Fleischskandal in Bayern - Auswirkungen auf BW

Mit verdorbenem Fleisch belieferte Firmen in BW, u.a. von der Firma „Rottaler Geflügelprodukte GmbH“; Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden

MdlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/4796

Ladenöffnungszeiten

Auswirkungen einer völligen Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen für Ballungszentren und ländliche Räume, insbes für die inhabergeführten Geschäfte und die vorwiegend weiblichen Beschäftigten dieser Einzelhandelsgeschäfte; Ausmaß einer Gefährdung der Nahversorgung im ländlichen Raum

Antr
s. *Ladenschluss*
Drs 13/4909

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Umetikettiertes und verdorbenes Wildfleisch in BW

Belieferung von Firmen in BW mit verdorbenem Wildfleisch durch den Passauer Wildfleischproduzenten Berger, Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Zeitpunkt der Information sowie Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden in Bayern und BW; Frage nach weiter gehenden Kontrollmaßnahmen im Bereich der Fleischverarbeitung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 13/5104

Akzeptanz von Mehrwegsystemen beim Groß- und Einzelhandel

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 137-142 144 146-149

Festhalten am Prinzip der Zentralörtlichkeit bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe, Ermöglichung von Ausnahmen in Verdichtungsräumen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 753 755

Akzeptanz von Mehrwegsystemen beim Groß- und Einzelhandel, Kosten eines Rücknahmesystems für Dosen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1307 1309 1310

Vorgaben von Großfilialisten für die Abnahme von Ökoprodukten

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1668 1669

Angebot von Ökoprodukten bei den großen Handelsketten

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1870 1871

Unterstützung des Projekts „Fairer Handel“

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1941

Schwächung der regionalen Steuerung einer gebietsscharfen Ausweisung von Vorrangflächen für großflächigen Einzelhandel mit dem neuen LandesplanungsGes

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2874-2876 2879

Schwächung der regionalen Steuerung einer gebietsscharfen Ausweisung von Vorrangflächen für großflächigen Einzelhandel mit dem neuen LandesplanungsGes

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2978

Vorschläge zur Flächen sparenden Errichtung von Einzelhandelsgroßprojekten

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3043 3045

Preisdictat der Großfilialisten gegenüber den landwirtschaftlichen Erzeugern, Vermarktung der Produkte mit exakten Herkunftsbezeichnungen

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3191 3192 3199 3200

Schaffung eines verbraucherfreundlichen Pfandrückgabesystems im Groß- und Einzelhandel nach dem Urteil des EuGH gegen die Insellösungen, Bewertung der Forderung nach einer längeren Übergangsfrist

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5854-5862

Verbesserung der Attraktivität der Innenstädte für den Einzelhandel mit dem Instrument der Städtebauförderung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015

Zunahme des Angebots von Ökoprodukten bei den großen Handelsketten

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6646 6656

Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung im Einzelhandel; Bedeutung des Datenschutzes angesichts der Zugriffsmöglichkeiten der privaten Wirtschaft auf Kundendaten und Konsumprofile

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969 6972 6977 7034-7038

Frage nach Lebensmittelkontrollen bei Fleischhändlern und Großfilialisten

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7467 7468 7472 7473

Handelsregister*Neuordnung der Handelsregister*

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern, Konzentration auf Amtsgerichte, in deren Bezirk auch ein Landgericht seinen Sitz hat?

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 02.10.2001 und Antw JuM Drs 13/278

Konzentration der baden-württembergischen Handelsregister

Einrichtung eines zentralen Handelsregisters und gleichzeitige Konzentration der Registergerichte auf nur einen oder wenige Standorte; Anhörung der Industrie- und Handelskammern und Rechtsanwaltskammern, Information des Ltg vor einer Entscheidung

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 17.05.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1022
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 11 12
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern

Überprüfung der Einsparungserwartungen sowie der Auswirkungen o.g. Aufgabenübertragung auf die Bürgernähe und Gebührenstruktur, Sicherstellung der bisherigen Aufgabenerledigung durch qualifizierte Rechtspfleger sowie des bundesweiten Registerportals, fristgerechte Umsetzung des elektronischen Handelsregisters zum 01.01.2007?

Antr SPD 17.06.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2172
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4952-4960

Justizreform in BW

Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK, mögliche Einsparungen und Gebührenverluste, Stand und Kosten der Einführung des elektronischen Handelsregisters

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Gegenüberstellung der Einsparungen und des Verlusts an Einnahmeüberschüssen nach Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Online-Einsichtnahme in das Handelsregister

Ermöglichung einer allgemeinen elektronischen Einsichtsmöglichkeit in das Handelsregister via Internet

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 05.03.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/2977
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.05.2004 Drs 13/3239 S. 6
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Konzentration der baden-württembergischen Handels- und Genossenschaftsregister

Gründe und Auswirkungen einer Konzentration auf wenige Standorte, insbes auf die Nähe des Dienstleistungsangebots zu den Verfahrensbeteiligten und Rechtspflegern; Vereinbarkeit mit der ursprünglich geplanten Übertragung auf die Industrie- und Handelskammern; Frage nach finanziellen Einsparungen und zusätzlichen Kosten sowie nach Stellungnahmen der betroffenen Verbände und Organisationen; Stand der Einführung des elektronischen Handelsregisters

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 05.03.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/2979
BeschlEmpf und Bericht StändA 19.05.2004 Drs 13/3239 S. 7 8
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Neustrukturierung der Handelsregister

Konzentration der Handelsregister auf wenige Standorte, Einrichtung von Außenstellen bei den Amtsgerichten; Frage nach finanziellen Einsparungen und zusätzlichen Kosten sowie den betroffenen Beschäftigten und Standorten

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 12.10.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3647
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 7 8
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Bedeutung des Projekts „Elektronisches Handelsregister“, Start der Arbeiten im Jahr 2002

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916 924

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2925 2926

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155

Übertragung der Handelsregister auf die IHK

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4303 4304 4312 4314

Ablehnung einer Privatisierung der Handelsregister

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5110

Handwerk

s.a. *Friseur*
s.a. *Glasbau*
s.a. *Handwerkskammer*
s.a. *Handwerksordnung*
s.a. *Meister*
s.a. *Uhrmacher*
s.a. *Unternehmen*
s.a. *Werkstatt für Behinderte*

s.a. *Zahntechniker*

Handwerkspolitik in BW

Entwicklung der überbetrieblichen Gewerbeförderung seit 1991, Bewertung der Reduktion des Handwerkeranteils, Unterstützung von Verbundforschungsprojekten iRd Zukunftsoffensive III, Förderung der Bildungs- und Technologiezentren, Weiterentwicklung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie der Kooperation von Firmen, Stand und Ergebnisse der LMedieninitiative in Zusammenarbeit mit dem Handwerk, Maßnahmen gegen die drohende Meisterlücke und den Mangel an Betriebsnachfolgern, insbes Förderung von Frauen als Übernehmerinnen

Antr GRÜNE 04.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/46 (21 S.)

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 765-775

Schwarzarbeit im Handwerksbereich

Zahl und Höhe von verhängten Bußgeldbescheiden in den einzelnen Branchen seit 1996; Schutzmaßnahmen der Handwerkskammern; Handlungsbedarf auf Landes- und Bundesebene

Antr

s. *Schattenwirtschaft*

Drs 13/456

Fehlende Haushaltsmittel zur Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks

Kürzung der Haushaltsmittel, Bereitstellung von 15 Mio Euro iRd Zukunftsoffensive III für gemeinnützige Vorhaben, Stellungnahmen der Handwerkskammern und des Handwerkstags, Vergleich des Angebots an Werkstatt- und Theorieplätzen mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel in einem Nachtrag zum Hpl 2002/03

Antr

s. *Ausbildungsstätte*

Drs 13/1120

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1134

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der

Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1318

Insolvenzen im Mittelstand durch schlechte Zahlungsmoral

Daten zur Zahlungsmoral öffentlicher und privater Auftraggeber, Bewirkung von Insolvenzen von Bau- und Handwerksbetrieben und Verlust von Arbeitsplätzen, Instrumentarien und Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs

Antr

s. *Zahlungsunfähigkeit*

Drs 13/1423

Wettbewerbliche Konkurrenz durch den zweiten Arbeitsmarkt

Wirtschaftliche Betätigung von subventionierten gemeinnützigen Werkstätten u.a. Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarkts in Konkurrenz zu privaten Unternehmen, Behandlung dieser Betriebe durch Kommunen und LKreise, Vereinbarkeit mit dem MittelstandsförderungsGes? Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbs zulasten von Handwerk und Mittelstand

KlAnfr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/1437

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1501

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1516

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der Bildungszentren des Handwerks, Beurteilung einer Rückübertragung hoheitlicher Aufgaben auf den Staat, Festhalten am gesetzlichen Auftrag der beruflichen Aus- und Weiterbildung?

GrAnfr
s. *Industrie- und Handelskammer*
Drs 13/1664

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1733

Berücksichtigung von Mittelstand und Handwerk bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/1843

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Novellierung der Handwerksordnung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Ermöglichung der Selbstständigkeit in den verbleibenden Bereichen nach zehnjähriger Berufserfahrung; Auswirkungen auf die Zahl der Unternehmen, Beschäftigten und Auszubildenden und das Prüfungsgeschehen; Kompensation der infolge der Reform abnehmenden Wirtschafts- und Ausbildungsleistung des Handwerks

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 28.05.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2119
BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 5-8
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den

verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2135

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung auf die berufliche Bildung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe: Auswirkungen auf die Aufgabenstruktur der Handwerkskammern sowie auf die Bildungs- und Technologiezentren; Umfang der Förderung der BTZ vonseiten der EU, des Bundes und Landes seit 1988

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 10.06.2003 und Antw WM Drs 13/2151

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2179

Sicherheitstechnische Überprüfungen von Handwerksbetrieben
Zuständige Einrichtungen für die o.g. Überprüfungen; Möglichkeiten zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung

KlAnfr
s. *Technische Überwachung*
Drs 13/2378

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2667

Bagatellgrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Frage nach Wertgrenzen für die freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung beim Land und den Kommunen, Zulässigkeit nach der Gemeindeordnung? Auswirkungen beim örtlichen Handwerk und Mittelstand

KlAnfr

s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/3121

Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden - Ausstellung von Gebäudeenergiepässen

Umsetzung der o.g. Richtlinie der EU, wirtschaftliche Folgewirkungen für die im Energieberatungsgeschäft tätigen Berufsgruppen, Wahrung der Interessen des mittelständischen Handwerks, Erfahrungen mit dem Energie-Spar-Check, Einschätzung der Zahl und Art der in Frage kommenden Gebäude

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/3389

Prüfungen bei öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen in BW

Rechtsgrundlagen, Zahl, Ergebnisse, Personal- und Zeitaufwand der o.g. Prüfungen; Ausschreibung oder anderweitige Vergabe der Prüfaufträge; Frage nach einem Zusammenhang zwischen den zunehmenden Prüfungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und einer sinkenden Kreditvergabebereitschaft, insbes gegenüber dem Mittelstand und Handwerk

Antr
s. *Kreditgewerbe*
Drs 13/4210

Auswirkungen der novellierten Handwerksordnung

Auswirkungen der Abschaffung der Meisterprüfung auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität und Ausbildungsbereitschaft in den einzelnen Branchen und Betrieben; Bewirkung von mehr Existenzgründungen, Schwarzarbeit und Insolvenzen?

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 20.10.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4755 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 28 29
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Reduzierung der Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks; zielorientierte Förderung des Handwerks

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 158 162 163 166 167

Forderung nach mehr Engagement der LReg für das Handwerk, Aufstockung der Fördermittel zur Altbausanierung

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333 335 338

Rücknahme der Kürzung für die überbetriebliche Förderung im Handwerk, Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Handwerk

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 700-706

Rücknahme der Kürzung für die überbetriebliche Förderung im Handwerk; steuerliche Verbesserungen für das Handwerk

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 799 802 807 811

Leistungsfähigkeit des Handwerks, Beeinträchtigung durch die Rahmenbedingungen auf Bundesebene, Rücknahme der Kürzungen für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942-945 948 950 953 954

Forderungen des Handwerks nach Konsequenzen aus der PISA-Studie, Beklagung der mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1753 1754 1756

Leistungsfähigkeit des Handwerks, Reduzierung der Mehrwertsteuer für Handwerkerleistungen, Feststellung einer Benachteiligung des Handwerks mit der Steuerreform

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1816 1820 1828 1829

Anmahnung von Hilfen und besseren Rahmenbedingungen für das Handwerk, Lockerung der Handwerksordnung, Erleichterung von Existenzgründungen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355-2358 2360 2361 2364 2366-2368

Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage im Handwerk, Rückgang der Zahl von Ausbildungsplätzen, Vorschläge aus dem Handwerk zur Reform des Schulsystems, Kofinanzierung einer Imagekampagne des Handwerks für Ausbildung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2845-2855

Forderungen des Handwerks nach Konsequenzen aus der PISA-Studie, Beklagung der mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger, Unterstützung der Imagekampagne des Handwerks

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2992 2998

Würdigung der Ausbildungsbereitschaft des Handwerks, Erhaltung der Meisterprüfung, Alternativen zur Lockerung der Handwerksordnung, Verweisung auf die qualifizierte Struktur im Handwerk

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3349-3361

Unterstützung der Imagekampagne des Handwerks, Beklagung der mangelnden Ausbildungsreife vieler Schulabgänger

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3524 3528

Abmilderung von Schadenswirkungen der Bundespolitik für das Handwerk; Plädoyer für eine handwerksfreundliche Energiepolitik

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3628 3629 3643

Förderung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks; Erwartung eines Aufschwungs im Handwerk; Lockerung der Handwerksordnung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4284 4286 4288 4289 4291-4293 4297 4301

Beklagung der Betriebsaufgaben und Arbeitsplatzverluste im Handwerk

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5880

Förderung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6016 6025

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen, Vergabe der Aufträge an das örtliche Handwerk; Forderungen aus dem Handwerk nach einer neunjährigen Basisschule

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482 6483 6496

Gefährdung von Arbeitsplätzen im Handwerk durch zunehmende Billigkonkurrenz und Scheinselbstständige aus Osteuropa, Verschärfung der Problematik durch die teilweise Aufhebung des Meisterzwangs; Kombination einer landwirtschaftlichen mit einer handwerklichen Ausbildung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6702-6705 6707 6783

Beklagung unfairer Wettbewerbsbedingungen im Handwerk, Vorschlag einer Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Auftragsvergaben, Vorteile von PPP-Projekten für das Handwerk, Förderung der Energieberatung durch das Handwerk

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444 7445 7447-7450 7452

Beklagung der Abschaffung des Meisterbriefs im Handwerk, Forderung nach einem Regierungsbeauftragten für Mittelstand und Handwerk, Lob für die Ausbildungsbereitschaft des Handwerks

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7883-7886

Handwerksförderung

s. *Handwerk*

Handwerkskammer

Schwarzarbeit im Handwerksbereich

Zahl und Höhe von verhängten Bußgeldbescheiden in den einzelnen Branchen seit 1996; Schutzmaßnahmen der Handwerkskammern; Handlungsbedarf auf Landes- und Bundesebene

Antr

s. *Schattenwirtschaft*

Drs 13/456

Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung

Berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote von privaten Trägern, Handwerkskammern, IHK, Berufsschulen und Volkshochschulen; Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsträgern, Zusammenschluss von überbetrieblichen Bildungsstätten

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/495

Fehlende Haushaltsmittel zur Modernisierung der Bildungsstätten des Handwerks

Kürzung der Haushaltsmittel, Bereitstellung von 15 Mio Euro iRd Zukunftsoffensive III für gemeinnützige Vorhaben, Stellungnahmen der Handwerkskammern und des Handwerkstags, Vergleich des Angebots an Werkstatt- und Theorieplätzen mit anderen BLändern; Etatisierung der notwendigen Mittel in einem Nachtrag zum Hpl 2002/03

Antr

s. *Ausbildungsstätte*

Drs 13/1120

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der eingeleiteten Reformprozesse; Erfahrungen mit dem kaufmännischen Rechnungswesen; Darstellung weiterer Effizienzpotenziale iR einer kritischen Aufgabenüberprüfung und Reduzierung der Kammerbezirke; Beurteilung der wirtschaftlichen Betätigung und Höhe der Pflichtbeiträge; internationaler Vergleich und Alternativen zum vorhandenen System, Einrichtung einer einheitlichen Wirtschaftskammer; Festhalten am gesetzlichen Auftrag der beruflichen Aus- und Weiterbildung?

GrAnfr

s. *Industrie- und Handelskammer*

Drs 13/1664

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung auf die berufliche Bildung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Auswirkungen auf die Aufgabenstruktur der Handwerkskammern sowie auf die Bildungs- und Technologiezentren; Umfang der Förderung der BTZ vonseiten der EU, des Bundes und Landes seit 1988

KlAnfr
s. *Handwerk*
Drs 13/2151

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Beiträge der Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern auf deutscher und französischer Seite zur Entwicklung eines Eurodistrikts

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Handhabung der Prüfpflicht auf Scheinselbstständigkeit durch die Handwerkskammern

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6702 6703 6705 6707

Forderungen der Handwerkskammern zur Anerkennung der Meisterprüfung als Zulassungsvoraussetzung für ein Studium

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6948 6950 6952

Handwerksordnung*Novellierung der Handwerksordnung*

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Ermöglichung der Selbstständigkeit in den verbleibenden Bereichen nach zehnjähriger Berufserfahrung; Auswirkungen auf die Zahl der Unternehmen, Beschäftigten und Auszubildenden und das Prüfungsgeschehen; Kompensation der infolge der Reform abnehmenden Wirtschafts- und Ausbildungsleistung des Handwerks

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/2119

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung auf die berufliche Bildung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Auswirkungen auf die Aufgabenstruktur der Handwerkskammern sowie auf die Bildungs- und Technologiezentren; Umfang der Förderung der BTZ vonseiten der EU, des Bundes und Landes seit 1988

KlAnfr
s. *Handwerk*
Drs 13/2151

Auswirkungen der novellierten Handwerksordnung

Auswirkungen der Abschaffung der Meisterprüfung auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität und Ausbildungsbereitschaft in den einzelnen Branchen und Betrieben; Bewirkung von mehr Existenzgründungen, Schwarzarbeit und Insolvenzen?

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/4755

Vorstoß von Wirtschaftsminister Clement zur Lockerung der Handwerksordnung, Plädoyer für die Erhaltung der Meisterprüfung

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2357 2361

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung mit der Abschaffung der Meisterprüfung für 65 Handwerksgewerke

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3201 3202

Alternative Vorschläge zum Vorstoß von Wirtschaftsminister Clement zur Lockerung der Handwerksordnung, Erhaltung der Meisterprüfung, Verhinderung der vorgesehenen Abschaffung in 65 Berufsbildern

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3349-3361

Lockerung der Handwerksordnung mit der Abschaffung der Meisterprüfung für 65 Handwerksgewerke

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3910 3911

Lockerung der Handwerksordnung mit der Abschaffung der Meisterprüfung für 65 Handwerksgewerke

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4293

Evaluation der Reform der Handwerksordnung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7447-7449

Handwerkspolitik

s. *Handwerk*

Hartheim*Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz*

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbepark Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/3589

Berücksichtigung der Interessen der Gemeinde Hartheim bei der Auskiesung von Flächen im Zuge des Integrierten Rheinprogramms

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2437 2438

Hartz-Gesetze

s. *Arbeitsmarkt*

Hartz-Kommission

s. *Arbeitsmarkt*

Haslach

Dank an die Schüler und Lehrkräfte der Hansjakob-Realschule in Haslach für die Mitgestaltung der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2002 in Haslach

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2043

Haubersbronn

s. Schorndorf

Hauk, Peter MdL CDU

Berufung und Vereidigung von Peter Hauk zum/als Minister für Ernährung und Ländlichen Raum

s. Minister für Ernährung und Ländlichen Raum

PIPr 13/91 S. 6399

Haupt- und Landgestüt Marbach

s. Pferdezucht

Hauptschulabschluss

s. Schulabschluss

Hauptschule

s.a. Grund- und Hauptschullehrer

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der o.g. Schüleranteile nach Schularten, Nationalitäten und Geschlecht in den letzten zehn Jahren; Art, Intensität und Erfolg der Sprachförderung; Beeinflussung der Zurückstellung und vorzeitigen Einschulung durch den Schulanfang auf neuen Wegen; Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt und interkulturellen Erziehung in den Bildungsplänen von Grund- und Hauptschule; Auswirkungen der Kooperationsklassen „Hauptschule-BVJ“ auf die Erlangung eines Hauptschulabschlusses und eines Ausbildungsverhältnisses; Umfang und Akzeptanz von Ganztags Hauptschulen; Anteil und Förderung von ausländischen Schülern an Sonderschulen und beruflichen Schulen

GrAnfr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/124

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Bestandsaufnahme der Sprachkenntnisse ausländischer und ausgesiedelter Kindergartenkinder und Schüler; Ausbau von Ganztagsangeboten und Sprachförderung an Kindergärten und Schulen, insbes an Grund- und Hauptschulen; Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts und von Schulsozialarbeit, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse und Aufnahme als Zeugnisnote; Einführung von Islamunterricht iR von Modellprojekten; Gewinnung von Migranten für die Lehrerbildung; Verbesserung der Beratung ausländischer Eltern; Unterstützung der Eigeninitiativen von Migrantenorganisationen

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/168

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr

s. Kind

Drs 13/298

Schulentwicklung

Auflistung der einzügigen Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie der Klassen mit bis zu 8, 12 und 17 Schülern; Darlegung des Angebots und der Abschlüsse von Verbundschulen

Antr

s. Schule

Drs 13/354

Zukünftiger Bedarf an Hauptschullehrerinnen und -lehrern

Vorlage von Prognosedaten zum Ausscheiden und Bedarf o.g. Lehrkräfte in dieser WP, Zahl von Studierenden mit Stufen-schwerpunkt Hauptschule an den PH, Abordnung von Realschullehrern an Hauptschulen? Verbesserung der Vergütung, Schaffung eines einheitlichen Ausbildungsgangs für Lehrer in der Sekundarstufe an Haupt- und Realschulen, Verbreiterung des Einstellungskorridors beim nächsten Einstellungsverfahren

Antr

s. Grund- und Hauptschullehrer

Drs 13/369

Einführung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse

Einführung in der ersten Grundschulklasse sowie Klasse fünf der weiterführenden Schulen, insbes der Hauptschulen, für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schüler; Erstellung der Lehrpläne; Angebot der erforderlichen Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. Ethik

Drs 13/549

Fremdsprachenunterricht

Einführung von Englisch und Französisch an den Grundschulen, Weiterführung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, Auswirkungen bei den Abschlussprüfungen bzw im Abitur, Angebote für die Schüler in der Oberrheinschiene, Zahl und Qualifikation der notwendigen Lehrkräfte, Gewährleistung der Durchlässigkeit der Bildungswege in die weiterführenden Schulen, Aufnahme der Ausbildung zum Fremdsprachenunterricht in die Prüfungsordnungen, Organisation der Praxisphase an der PH Freiburg; Verzicht auf eine Benotung von Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Antr

s. Fremdsprache

Drs 13/589

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Übergangsquoten von Absolventen mit/ohne Abschluss in berufliche Schulen und Ausbildungsverhältnisse; Ausstattung der Hauptschulen mit Lehrerdeputaten, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Sprachunterricht für Aussiedler und Migranten, Räumlichkeiten, PC etc; Kooperation mit Betrieben; Aufwand und Ertrag der Projektprüfung; Novellierung des Bildungsplans; Entwicklung des Fachlehrerbedarfs, des Altersaufbaus und der Dienstunfähigkeit von Lehrkräften; Förderung ausländischer Kinder; Konzeption und Kosten der flächendeckenden Einführung von Ganztags-schulen

GrAnfr SPD 19.12.2001 und Antw KM Drs 13/590 (18 S.)

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2502-2518

Kooperation von Hauptschulen mit Musikschulen; Einrichtung von Musikhauptschulen in BW

Darlegung o.g. Kooperationen, Beurteilung der Ausweitung von Instrumentalunterricht für Hauptschüler, Unterstützung der Profilbildung zu Musikhauptschulen nach österreichischem Vorbild, Klärung der Fragen zu Kosten und Trägerschaft der Einbeziehung von Lehrkräften der Musikschulen, Entwicklung eines Modells von Geld statt Stellen für Grund- und Hauptschulen

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 23.01.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/667

BeschlEmpf und Bericht Schula 20.03.2002 Drs 13/955 S. 14 15

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Hauswirtschaft an den Schulen

Verankerung der o.g. Thematik an den einzelnen Schularten, regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Fächerwahl im Wahlpflichtfach Mensch und Umwelt in der Realschule, Ausstattung und Nutzung von Schullehrküchen, Qualifikation der Lehrkräfte an der Hauptschule, Vergleich des Lehrbedarfs mit der Situation an den Hochschulen

Antr

s. *Haushalt (Lebensführung)*

Drs 13/698

Bedeutung der Hauptschulen im ländlichen Raum

Stellenwert der kleineren, einzügigen Hauptschulen bzw Werkrealschulen im ländlichen Raum; Beteiligung an innovativen Schulprojekten; Begründung der unterschiedlichen Übergangsquoten im Vergleich zu städtischen Räumen; Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hauptschulen

Antr Helmut Kiefl u.a. CDU 06.03.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/820

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/865

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1035

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogi-

sche Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1040

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb

Größe der einzelnen Schulen, Klassen und Einzugsbereiche sowie der Schüler-Lehrer-Relation; Angebot von Werkrealschulen und Zusatzunterricht, von Ganztagschulen, Horten und Schulsozialarbeit; Entwicklung der Übergangsquoten und Größen der Eingangsklassen, der Abschlüsse und Übergänge in die zweijährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung; Einschätzung der Unterrichtsversorgung und des Ergänzungsangebots in einzügig geführten Hauptschulen

GrAnfr FDP/DVP 03.07.2002 und Antw KM Drs 13/1139 (44 S.)

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1158

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1169

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1326

Modellprojekt LIPSA (Lern-, Interessen-, persönlichkeitsbildende Schüler-Angebote)

Zahl der am o.g. Projekt sowie am Reformvorhaben „Guter Start in der Hauptschule“ beteiligten Schulen, Klassen und Unterrichtsstunden; Bewertung der erzielten Ergebnisse

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 23.10.2002 und Stellungnah-

me KM Drs 13/1426
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.12.2002 Drs 13/1725 S.
 34-37
 PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

*Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“
 in BW*

Ermöglichung der Weiterentwicklung einer vierjährigen Grund-
 schule mit Hauptschule zu einer sechsjährigen GHS

Antr
 s. *Schule*
 Drs 13/1476

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Aus-
 gleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretun-
 gen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der
 Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des An-
 trags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf
 zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen
 von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
 s. *Lehrer*
 Drs 13/1614

*Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und
 Hauptschulen und Realschulen*

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -
 fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidun-
 gen

Antr
 s. *Lehrer*
 Drs 13/1789

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Verringerung der Zahl der sehr kleinen Hauptschulen
 EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 44 S. 105
 PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstun-
 den an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß
 des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule
 Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungs-
 lehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim
 beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen
 der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
 s. *Lehrer*
 Drs 13/1971

Ausbildungsfähigkeit von Hauptschulabsolventen

Zahl der Schüler ohne Abschluss seit 1998, Förderprogramme
 von Unternehmen für Absolventen mit mangelnder Qualifikati-
 on, Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hauptschulen

KlAnfr
 s. *Berufliche Bildung*
 Drs 13/2020

Offenburger Modell

Beurteilung des o.g. Modells zur betrieblichen Ausbildung von
 schwächeren Jugendlichen, Zahl der Abschlüsse als Fachwer-
 ker und Geselle sowie von vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen,
 Vergleich mit anderen Modellen; Förderung der Übergänge in

die duale Ausbildung durch flächendeckende Schulsozialarbeit
 an den Hauptschulen

Antr
 s. *Ausbildungsförderung*
 Drs 13/2141

*Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 ange-
 sichts des Lehrstellenmangels*

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von
 lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehr-
 stelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an berufli-
 chen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklas-
 sen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendi-
 gen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte;
 Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Be-
 rufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und
 dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze;
 Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere
 Auszubildende

Antr
 s. *Berufsbildende Schule*
 Drs 13/2146

Ges zur Änd des SchulGes

Schaffung von zweijährigen Bildungsgängen für Hauptschüler,
 deren Abschluss gefährdet ist, durch Verknüpfung von Klasse 9
 mit dem Berufsvorbereitungsjahr; Verstärkung der Kooperation
 von Hauptschule und Berufsschule

GesEntw
 s. *Schulgesetz*
 Drs 13/2160

*Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der
 Länder und des Bundes in BW*

Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden für Hauptschulen in
 sozialen Brennpunkten

Antr
 s. *Ganztagschule*
 Drs 13/2235

*Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss aus der Haupt-
 schule*

Höhe und Konsequenzen o.g. Zahlen in BW u.a. BLändern

Antr
 s. *Schulabschluss*
 Drs 13/2502

So genannte „Brennpunkt-Hauptschulen“

Gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge auf Anerkennung
 als „Hauptschule in sozialen Brennpunkten“; Kriterien der Aner-
 kennung und Unterstützung mit geeigneten Lehrkräften, pädago-
 gischem Personal und Schulsozialarbeitern; Finanzierung dies-
 er zusätzlichen und besonders geschulten Kräfte; Entwicklung
 der Schülerzahlen differenziert nach Geschlechtern und Schul-
 abgängern mit und ohne Abschluss

Antr SPD 18.12.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2762
 (17 S.)
 PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6840-6851

Haushalt 2004; Epl 04

Restrukturierung kleiner Hauptschulen

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-15 S. 59
 PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/2968

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Heilbronn

Auflistung o.g. Schulen bzw der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme u.a. auch der Johannes-Häußler-Hauptschule in Neckarsulm

KlAnfr Reinhold Gall SPD 17.03.2004 und Antw KM Drs 13/3012

Einrichtung von Ganztagschulen in BW im Jahr 2004: Bestandsaufnahme über die Anzahl der Anträge auf Bundesmittel und den Stand des Ausbaus von Ganztagschulen in BW

Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Zahl der eingerichteten Ganztagschulen und -plätze an Hauptschulen, Privatschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen; Bezuschussung der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/3034

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Schwäbisch Gmünd

Auflistung o.g. Hauptschulen bzw der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme

KlAnfr Mario Capezuto SPD 08.06.2004 und Antw KM Drs 13/3247

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/3552

Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern iRd neuen Bildungspläne

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-, Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforderungen der neuen Bildungspläne

Antr

s. *Fachlehrer*

Drs 13/3576

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangsquoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr

s. *Gesamtschule*

Drs 13/3633

Einführung eines Studiengangs für das Lehramt an der Primarstufe und eines Studiengangs für das Lehramt an der Sekundarstufe I

Vergleich der Leistungsprofile der Hauptschule mit den anderen weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie der jeweiligen Übergangsquote von der Grundschule; Orientierung der Zahl von Studierenden für das Lehramt an Grundschulen, Haupt- und Realschulen am Bedarf? Ersetzung des einheitlichen Lehramts an Grund- und Hauptschulen durch ein Lehramt Primarstufe (Grundschule) und ein Lehramt Sekundarstufe I (Hauptschule und Realschule)

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3731

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemein bildenden Schulen, Berufs- und Sonderschulen; Umfang und Auswirkungen des Abbaus von Lehrerstellen und Schulstandorten im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen; Veränderung des Bedarfs an GHS-Lehrern mit der Schließung von Grund- und Hauptschulen; Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserten Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr

s. *Schule*

Drs 13/3835

Projekt „Sprungbrett“

Standorte, Träger, Finanzierung und Erfolg des o.g. Projekts zur Förderung der Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; finanzielle Perspektiven nach Ausschöpfung der Fördermittel

Antr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/4095

Aufhebung der Regionalisierung im Rahmen der ESF-Ziel-3-Förderung

Möglichkeiten einer Sicherung der „Sprungbrett“-Projekte an Hauptschulen bis zum Ende der Förderperiode 2006

Antr

s. *Europäischer Sozialfonds*

Drs 13/4161

Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife von Schülern an Hauptschulen in der 8. und 9. Klasse

Erschöpfung der Mittel des o.g. Programms bereits nach einem Jahr, Bewertung des Erfolgs bzw der Möglichkeiten zur Weiterführung der Projekte

KlAnfr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/4186

Kooperationsklassen Hauptschule-BVJ

Bewertung der o.g. Förderung von schwächeren Schülern ab Klasse 5 der Hauptschule, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2000, Einbeziehung von außerschulischen Partnern, Frage nach Aussagen über den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang der Schüler; Einrichtung weiterer Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/4188

Pforzheimer Hauptschulprojekt FIT - fördern - integrieren - trainieren; Zukunft der sozialpräventiven Maßnahme zur Sicherung des Hauptschulabschlusses

Auswirkungen des Projekts auf die Motivation, Stabilisierung und den Lernerfolg der Schüler; Möglichkeiten für eine Fortsetzung auch nach dem Auslaufen der ESF-Mittel - evtl über Mittel der Landesstiftung oder aus dem Lehrbeauftragtenprogramm

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 13/4497

Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gymnasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr

s. *Note (Bewertung)*

Drs 13/4552

Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsvorbereitungsjahr

Darlegung des o.g. Angebots an den Standorten beruflicher Schulen, Zahl der Schüler je Klasse, Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine duale Berufsausbildung in den letzten drei Schuljahren, Gewährleistung eines Betriebstages sowie der Teilnahme des von freien Trägern angebotenen BVJ an den Kooperationsklassen

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/4656

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr

s. *Sport*

Drs 13/4781

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und

Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Leserechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4819

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KIAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4912

Aussagekraft von Noten an Haupt- und Werkrealschulen

Bevorzugung von Aufnahmeprüfungen anstelle der Noten für den Schülerwechsel auf ein berufliches Gymnasium, Begründung der Zweifel an der Notengebung der Lehrer, Beurteilung der Zukunftsfähigkeit dieses Beurteilungssystems; Zahl und Erfolg des Wechsels von Schülern aus Werkrealschulen auf berufliche Gymnasien in den letzten fünf Jahren

Antr

s. *Note (Bewertung)*

Drs 13/4994

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/5002

Schaffung von mehr Ganztagsangeboten an den Hauptschulen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75 86 111

Kritik am Abzug von Lehrerdeputaten aus den Hauptschulen zur Gewährleistung der verlässlichen Grundschule; Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 231 232 234 235 238 239

Vorrangige Einrichtung von Ganztagsangeboten an Hauptschulen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 465-467

Schaffung von mehr Ganztagsangeboten an Hauptschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 749

Einrichtung von mehr Ganztagschulen nicht nur an Hauptschulen in sozialen Brennpunkten; Weiterentwicklung der Hauptschule; Entwicklung des Unterrichtsausfalls

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 989 990 995 1004 1010 1011

Einführung von Ethikunterricht in der fünften Klasse der Hauptschule, Gleichstellung mit Religionsunterricht

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1116 1117 1119

Vorbereitungs- und Förderkurse für ausländische Schüler an Hauptschulen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1228 1229 1237

Einführung von Ethikunterricht in der fünften Klasse der Hauptschule, Gleichstellung mit Religionsunterricht; Berufsperspektiven von Hauptschulabsolventen, Anteil von Migrantenkindern an der Hauptschule

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1354-1362 1364-1368 1373 1375

Ermöglichung des Erlernens einer zweiten Fremdsprache an der Hauptschule

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1490 1492 1495-1497

Leistungsfähigkeit und gesellschaftspolitische Kompetenz der Hauptschule in BW; Einrichtung von Ganztagschulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1739 1744 1753-1756 1760 1762 1764-1766 1769 1771 1772

Stellenwert des Musikunterrichts an der Hauptschule, Einrichtung von Musikhauptschulen nach österreichischem Vorbild

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2256 2260-2262 2264

Einrichtung von mehr Ganztagschulen nicht nur an Hauptschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2607-2610 2613 2615 2621 2623

Berufsperspektiven von Hauptschulabsolventen, Ermöglichung des mittleren Bildungsabschlusses mit dem zehnten Schuljahr, Erfolgsbewertung der individuellen Förderung und des Praxisbezugs, Einrichtung von Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809-2813 2816 2818 2823-2825 2830-2832 2834 2835 2838 2850

Berufsreife und -perspektiven von Hauptschulabsolventen, Kritik an der Mittelkürzung für die Schulsozialarbeit, Suche nach geeigneten Berufen für Hauptschulabgänger, Lob für die Innovationen der Hauptschulen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519-3528

Ausbau der Ganztagsangebote an den Hauptschulen, Aufhebung der Beschränkung auf Brennpunktschulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3634 3652

Vorschlag einer Auflösung von Kleinsthauptschulen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035 4036 4056

Ablehnung des Vorschlags einer Schließung kleiner Hauptschulen; Einrichtung von Ganztagsangeboten nicht nur an Brennpunkthauptschulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260 4261 4263 4264 4266 4267 4269 4270 4276 4277

Ablehnung des Fächerverbands Musik, Kunst und Sport an der Hauptschule; Forderung einer Einzelbenotung dieser Fächer; Aufwertung der Hauptschule; Erhaltung der kleinen Hauptschulen im ländlichen Raum

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4830 4831 4837 4839

Vorschlag einer Auflösung von Kleinsthauptschulen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5822

Stärkung des Profils der Hauptschule bzw des Berufsbilds der Hauptschullehrer, Einrichtung von Ganztagschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6413 6427

Stärkung des Profils der Hauptschule, Ausbau von Minihauptschulen zu integrativen Schulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496

Bedarfsgerechter Ausbau von Hauptschulen zu Ganztagschulen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6926 6927

Verweisung auf die Übergangsquote und Leistungsstärke der Hauptschulen in Bayern, Vorwurf einer Vernachlässigung der Hauptschulen hierzulande, Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthauptschulen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6956-6960 6963 6967

Einrichtung von Ganztagsangeboten nicht nur an Brennpunkthauptschulen, Verbesserung der Berufsreife und Perspektiven der Hauptschüler; Partnerschaften zwischen Hauptschulen auf deutscher und französischer Seite, Weiterführung der bilingualen Züge; Situation des Sportunterrichts an der Hauptschule

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7120-7122 7125-7128 7132 7133 7175-7178 7181

Ausbau der Hauptschulen in Brennpunkten zu Ganztagschulen; Plädoyer für eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen; Beurteilung des Stellenwerts der Hauptschule bei den Eltern, Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7204 7207 7210 7227 7229-7232 7234 7235 7239 7242 7243

Ermöglichung einer Weiterentwicklung der Hauptschulen zu neunjährigen Basisschulen; Plädoyer für die Erhaltung der kleinen Hauptschulen im ländlichen Raum

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7753-7755 7757 7758

Ausbau der Hauptschulen in Brennpunkten zu Ganztagschulen, Ausstattung mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden; Beklagung der rückläufigen Ausbildungsplatzchancen von Hauptschülern; Zusammenführung von Minihauptschulen zu integrativen Schulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934-7936 7938 7941-7944 7948-7951 7994 7995 7999 8000

Hauptschullehrer

s. Grund- und Hauptschullehrer

Haus der Geschichte

Zukünftige Nutzung des Alten Landtags, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird

Finanzieller Aufwand des Landes bei der Sanierung des Gebäudes in den achtziger Jahren, derzeitiger Zustand; Überlegungen zu eigenen Nutzungsmöglichkeiten und Bereitstellung von Er-

satzräumen für die staatliche Akademie für Bildende Künste, Verhandlungen mit dem Haus der Geschichte über Ausstellungen oder Veranstaltungen, Einbeziehung in die Veranstaltungen zum 50-jährigen Landesjubiläum

KlAnfr
s. *Landtag von Baden-Württemberg*
Drs 13/547

Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim
Konzeption, Betreuung und bisherige Finanzierung der o.g. Ausstellung; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1213

Neubewertung der Stellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Staatssekretär Sieber, dem Biberacher Landrat und der Laupheimer Bürgermeisterin; Erarbeitung einer Konzeption zur dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1587

Aufwertung des Geburtsortes unserer Landesverfassung anlässlich ihres 50. Geburtstages

Einbeziehung des Alten Landtags in der Stuttgarter Heusteigstraße in die Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich des Verfassungsjubiläums, Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Kunstakademie und dem Haus der Geschichte

KlAnfr
s. *Landesverfassung*
Drs 13/1613

Besucherandrang in den Staatlichen Museen der Landeshauptstadt

Entwicklung der Besucherzahlen und der verbleibenden Nettoerträge von Eintrittsgeldern in der Staatsgalerie, dem Landes- und Naturkundemuseum sowie dem Haus der Geschichte; Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgebühren

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1658

Werbung für Psychogruppen im Haus der Geschichte

Darstellung der Psychogruppen Bhagwan und Scientology in gleichwertiger Präsentation neben den drei großen Weltreligionen; Unterbindung dieser unreflektierten Darstellung

Antr
s. *Sekte*
Drs 13/1826

Landesausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“

Thematisierung der Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen seit Kriegsende in BW, Vorschlag einer eigenen Ausstellung im Haus der Geschichte

Antr
s. *Vertriebener*
Drs 13/5123

Präsentation einer Landesausstellung des Hauses der Geschichte durch den Ltg

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Haus der Heimat

s.a. *Vertriebener*

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 12) - Haushalts- und Wirtschaftsführung beim Haus der Heimat in Stuttgart

Umsetzung der Einsparvorschläge des RH zum Haus der Heimat

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 IX. S. 4
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 02.09.2004 Drs 13/3529

Haushalt 2004; Epl 03

Umsetzung der Vorschläge des RH zum Haus der Heimat

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2803-7 S. 28
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2843-6 S. 8
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4181-4203

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Umsetzung der Vorschläge des RH zum Haus der Heimat

ÄAntr GRÜNE 13.01.2005 Drs 13/4003-13 S. 52
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Umsetzung der Feststellungen des RH zum Haus der Heimat, Erschließung weiterer Einsparpotenziale im Personal- und Sachbereich

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035 4056-4058 4060 4061

Umsetzung der Feststellungen des RH zum Haus der Heimat

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4185 4195

Haus des Jugendrechts

Projekt „Haus des Jugendrechts“ - wie geht es weiter?

Fortführung bzw Ausdehnung des Projekts auf weitere Stuttgarter Stadtteile

Antr Inge Utzt u.a. SPD 15.11.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1524
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.01.2003 Drs 13/1725 S. 8 9
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Entwicklung der Kriminalität junger Frauen

Darlegung der o.g. Entwicklung, insbes bei Gewaltdelikten; Ursachen der hohen Rückfallquote; Wahrnehmung des Auftrags zur Resozialisierung, Bedeutung und evtl Ausweitung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2726

„Haus des Jugendrechts“

Bewertung der Aussage der Staatsanwaltschaft über einen evtl Ausstieg aus dem gemeinsamen Projekt „Haus des Jugendrechts“; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung

Antr Inge Utzt u.a. SPD 10.02.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/2905
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.03.2004 Drs 13/3200 S.

6 7

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Weiterentwicklung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 814

Übernahme des Projekts Haus des Jugendrechts im badischen Landesteil sowie in Sachsen-Anhalt

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 919 920 922

Fortführung bzw Ausdehnung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457 2458 2461 2465 2469

Fortführung bzw Ausdehnung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3131

Erfolgsbewertung bzw Ausbau des Projekts „Haus des Jugendrechts“

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7185 7186 7191

Hausarzt*s. Arzt***Hausaufgaben***Integration von Migranten in BW*

Ausbau von Ganztagschulen mit Sprach-, Lern- und Hausaufgabenhilfen

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Miteinsatz und Erfolg der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/1035

Korrektur G 8 (achtjähriges Gymnasium)

Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne, Abbau der Hausaufgabenbelastung, Wiedereinführung der Orientierungsstufe bis zum Ende der Klasse sechs sowie der Durchlässigkeit zwischen den Schularten, Verkürzung der gymnasialen Schulzeit am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe

Antr

s. Gymnasium

Drs 13/4772

Konsequenzen aus dem achtjährigen Gymnasium

Umfang der Unterrichtsbelastung sowie des Zeitaufwands für Hausaufgaben und Vorbereitung auf Klassenarbeiten für die Fünft- und Sechstklässler; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Verkürzung der gymnasialen Schulzeit am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals

Antr

s. Gymnasium

Drs 13/4827

Feststellung eines Defizits an Hausaufgabenbetreuung an den Schulen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461

Bemängelung einer Hausaufgabenstellung für Grundschüler in zu geringem Umfang; Hinweis auf die außerschulische Hausaufgabenhilfe

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2586 2594 2597

Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund über die Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5421 5424

Beklagung der zusätzlichen Hausaufgabenbelastung der Schüler am G 8, Abstimmung der Hausaufgaben mit der Studententafel

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7783 7785 7789

Hausaufgabenbelastung der Schüler im G 8; Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund über die Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; professionelle Hausaufgabenbetreuung an Ganztagschulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935 7937 7941 7953 7996

Hausdurchsuchung*s. Durchsuchung von Räumen und Personen***Haushalt 2000 und 2001***Ges über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für das Hj 2001*

GesEntw LReg 10.07.2001 Drs 13/56

1. Beratung PIPr 13/7 18.07.2001 S. 199-215

BeschlEmpf FinA 20.09.2001 Drs 13/237 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/238 (dazu ÄAntr GRÜNE N 1-9, ÄAntr SPD N 10-15 und ÄAntr CDU und FDP/DVP N 16-17) (49 S.)

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255-1 S. 2 3

ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/255-2 S. 4 5

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255 3 4 S. 6 7

ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/255-5 S. 8 9

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255 6-8 S. 10-12

ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/255 9-12 S. 13-16

ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.09.2001 Drs 13/255-13 S. 17 18

2. und 3. Beratung PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

GesBeschl 26.09.2001 Drs 13/280

GBI 2001 Nr. 14 S. 546-550 (Ges vom 01.10.2001)

Haushalt 2002 und 2003*Ges über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von BW für die Hj 2002 und 2003 (StaatshaushaltsGes 2002/2003)*

GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)

1. Beratung (Etatrede) PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635-645 (s.a. Anlagen 1-12 S. 707-718)

1. Beratung (Aussprache) PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795-830
BeschlEmpf und Bericht FinA 24.01.2002 Drs 13/663 (dazu ÄAntr StHG/1) (18 S.)

2. Beratung PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833-927 (Epl 02, 03, 05, 09)

- 2. Beratung PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936-1019 (Epl 01, 04, 07, 11, 14)
- 2. Beratung PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1084 (Epl 06, 08, 10, 12, Ges)
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 (37 S.)
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/701 (14 S.)
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115
- GesBeschl 06.02.2002 Drs 13/714 (14 S.)
- GBI 2002 Nr. 2 S. 77-90 (Ges vom 06.02.2002)

Beratungen über den Epl 01: Landtag

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 16.01./23.01.2002 Drs 13/651 (dazu ÄAntr 01/1-01/2, ÄAntr Reste 1) (15 S.)
- 2. Beratung PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936-941
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 1
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 02: Staatsministerium

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 16.01.2002 Drs 13/652 (dazu ÄAntr 12/1) (19 S.)
- 2. Beratung PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833-876
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 2
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 03: Innenministerium

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 30.01.2002 Drs 13/653 (dazu ÄAntr 03/1, 03/3-03/11, ÄAntr, EAntr 03/2, ÄAntr Reste 1) (41 S.)
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/682 1-7 S. 2-13
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/682-8 S. 14
- 2. Beratung PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876-891
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 3-5
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 31.01.2002 Drs 13/654 (dazu ÄAntr 04/1-04/15) (79 S.)
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/686 1-5 S. 2-13
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/686 6-10 S. 13-20
- 2. Beratung PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 6-11
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 05: Justizministerium

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 30.01.2002 Drs 13/655 (dazu ÄAntr 05/1-05/3) (21 S.)
- 2. Beratung PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916-927
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 12 13
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 06: Finanzministerium

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 01.02.2002 Drs 13/656 (dazu EAntr 06/1, ÄAntr 06/2-06/5) (21 S.)
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/689 1-3 S. 2-6
- 2. Beratung PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1084
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 14-16
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 07: Wirtschaftsministerium

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 31.01.2002 Drs 13/657 (dazu ÄAntr 07/1-07/18, 07/20, Antr 07/19) (61 S.)
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/684-1 S. 2 3
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/684-2 S. 4 5
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/684 3-4 S. 6-11
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/684 5-9 S. 12-21
- ÄAntr SPD 05.02.2002 Drs 13/718
- 2. Beratung PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 17 18
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 01.02.2002 Drs 13/658 (dazu ÄAntr 08/1-08/11) (37 S.)
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/688-1 S. 2 3
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/688-2 S. 4
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/688 3-5 S. 6-9
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/688-6 S. 10 11
- 2. Beratung PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 19-21
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 09: Sozialministerium

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 17.01./23.01.2002 Drs 13/659 (dazu ÄAntr 09/1-09/17, 09/19-09/26, EAntr 09/18, ÄAntr Reste 1) (67 S.)
- ÄAntr SPD 30.01.2002 Drs 13/683 1-5 S. 2-13
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/683 6-10 S. 14-21
- 2. Beratung PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 22-24
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 23.01.2002 Drs 13/660 (dazu ÄAntr 10/1-10/18) (44 S.)
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-1 S. 2 3
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-2 S. 4
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-3 S. 5
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-4 S. 6 7
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-5 S. 8 9
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687 6-7 S. 10-12
- ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-8 S. 13 14
- ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687 9-10 S. 15 16
- 2. Beratung PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 25
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 11: Rechnungshof

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2002 Drs 13/661
- 2. Beratung PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1015-1019
- Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 26
- 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 12: Allgemeine Finanzverwaltung

- GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
- BeschlEmpf und Bericht FinA 24.01.2002 Drs 13/662 (dazu

ÄAntr 12/1-12/13) (40 S.)
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/690 1-8 S. 2-11
 2. Beratung PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1084
 Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 27-30
 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115

Beratungen über den Epl 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

GesEntw LReg 12.12.2001 Drs 13/550 (20 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA
 16.01.2002/22.01.2002/23.01.2002 Drs 13/664 (dazu
 ÄAntr 14/1-14/8, 14/10-14/12, EAntr 14/9) (54 S.)
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/685 1-3 S. 2-6
 ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/685-4 S. 7
 2. Beratung PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986
 Beschl 2. Beratung 01.02.2002 Drs 13/700 S. 31-37
 3. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1115
 Mittlg LReg 27.05.2002 Drs 13/1001
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 26.09.2002 Drs
 13/1339
 PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200

Die kulturellen Einrichtungen im Land unter dem Druck von Haushaltskürzungen

Höhe und Auswirkungen o.g. Kürzungen im Epl 14 infolge der globalen Minderausgabe, Auswirkungen auf die kommunale Kofinanzierung und Finanzierungsbeiträge anderer Dritter

Antr
 s. *Kultur*
 Drs 13/882

Haushaltsklarheit, restriktiver Haushaltsvollzug und globale Minderausgaben

Verfügung bzw Erbringung der globalen Minderausgaben u.a. Bewirtschaftungsmaßnahmen im Haushalt 2002, erwartete Mehreinnahmen gegenüber den Planansätzen zur teilweisen Schließung der Deckungslücke, Auswirkungen bei den Einzelplänen und Etatansätzen, Umfang der Beeinträchtigung des Polizeibereichs und Landesstraßenbaus durch die Einsparauflagen

Antr
 s. *Haushalt (Finanzen)*
 Drs 13/1214

Einsparliste für den Landeshaushalt 2003

Darlegung der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission und der ergangenen Prüfaufträge, Klärung von widersprüchlichen Aussagen der Kommissionsmitglieder, insbes zu den notwendigen Strukturveränderungen und erwarteten Steuereingängen 2003; Gründe für die Zurückstellung der vorgesehenen Personaleinsparungen; Frage nach der geplanten Kürzung bei der Imagekampagne des Landes sowie Einführung allgemeiner Studiengebühren; Vereinbarkeit eines Nachtragshaushalts im März mit der Steuerschätzung im Mai 2003

Antr
 s. *Haushalt (Finanzen)*
 Drs 13/1560

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, des ADV-ZusammenarbeitsGes, EingliederungsGes, Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Ges, Versorgungsrückla-

geGes, FinanzausgleichsGes, der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Aufhebung der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst

GesEntw
 s. *Haushaltsstrukturgesetz*
 Drs 13/1763

Ges über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für das Hj 2003

GesEntw LReg 12.02.2003 Drs 13/1791
 1. Beratung PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2657
 BeschlEmpf FinA 13.03.2003 Drs 13/1872
 BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1873 (dazu ÄAntr SPD N 1-N 34, EAntr GRÜNE N 35-N 37, N 42-N 46, N 50, N 60, N 72-N 73, N 78, N 81, N 87-N 88, N 90, ÄAntr GRÜNE N 36, N 38-N 41, N 47-N 49, N 51-N 59, N 61-N 71, N 74-N 77, N 79-N 80, N 82-N 86, N 89, N 91, ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE N 92, N 98, ÄAntr CDU und FDP/DVP N 93-N 97, N 99)(177 S.)
 EAntr und ÄAntr 24.03.2003 Drs 13/1926 (74 S.)
 ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926 1-24
 EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-25, 29, 33, 38, 45
 EAntr und ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-26, 42, 43
 ÄAntr und EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-27
 ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-28, 30-32, 34-37, 39-41, 44
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.03.2003 Drs 13/1926-46
 2. und 3. Beratung PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747
 GesBeschl 26.03.2003 Drs 13/1954
 GBI 2003 Nr. 4 S. 154-158 (Ges vom 08.04.2003)

Haushaltsvollzug bei den Förderprogrammen zum Klimaschutz

Real verfügbare Mittel und Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2003 für die Förderprogramme Klimaschutz, Energieholz, Energiesparcheck und -sparprogramm Altbau; bisherige Ausschöpfung der verfügbaren Mittel bzw Ablehnung von Anträgen aufgrund fehlender und nicht freigegebener Mittel

Antr
 s. *Klima*
 Drs 13/2115

Kürzungen gegenüber dem verabschiedeten Haushaltsplan des Kultusministeriums für 2003

Höhe und Bereiche der o.g. Kürzungen im Epl 04 in den Hj 2003 und 2004; Zahl der verfügbaren Krankheitsvertretungen für die einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren

Antr
 s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
 Drs 13/3705

„Verfügungsmittel“ bei Haushaltsberatungen

Höhe der den Regierungsfractionen in der laufenden WP zur freien Verfügung gestellten Mittel zur Finanzierung bestimmter Vorhaben, Art der Deckung der dadurch bewirkten Mehrausgaben in den einzelnen Haushaltsjahren

Antr
 s. *Haushalt (Finanzen)*
 Drs 13/3743

Haushalt 2004*Haushaltsstrukturgesetz 2004*

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbeamtenGes, EingliederungsGes, des Gesetzes zur Durchführung des UnterhaltsvorschussGes, des FinanzausgleichsGes, UniversitätsklinikGes, des Gesetzes zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie, Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes, des PflichtexemplareGes und der BeihilfeVO

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Ges über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von BW für das Hj 2004 (StaatshaushaltsGes 2004)

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
1. Beratung (Etatrede) PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941-3947 (s.a. Anlagen 1-12 S. 3995-4006)
1. Beratung (Aussprache) PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007-4043
BeschlEmpf und Bericht FinA 30.01.2004 Drs 13/2813 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP StHG/1) (20 S.)
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2853
2. Beratung PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4228 (Epl 02, 03, 09, 11)
2. Beratung PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4229-4317 (Epl 01, 14, 04, 07, 05)
2. Beratung PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4383 (Epl 10, 08, 06, 12, Ges)
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 (42 S.)
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2861 (14 S.)
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463
GesBeschl 05.02.2004 Drs 13/2916 (12 S.)
GBI 2004 Nr. 3 S. 69-80 (Ges vom 17.02.2004)

Beratungen über den Epl 01: Landtag

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 14.01./21.01.2004 Drs 13/2801 (dazu ÄAntr Reste 01/1-01/2)
2. Beratung PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4229-4234
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 1 2
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 02: Staatsministerium

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 14.01./21.01.2004 Drs 13/2802 (dazu ÄAntr 02/1-02/11, EAntr Reste 02/1) (32 S.)
2. Beratung PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4181
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 3
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 03: Innenministerium

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 14.01./21.01.2004 Drs 13/2803 (dazu ÄAntr 03/1-03/8, ÄAntr Reste 03/1) (32 S.)
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2843 1-3 S. 2-5
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2843 4-6 S. 6-8
2. Beratung PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4181-4203
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 4-6

3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 04: Ministerium für Kultur, Jugend und Sport

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.01./21.01.2004 Drs 13/2804 (dazu ÄAntr 04/1-04/8, 04/11-04/15, 04/17-04/26, EAntr 04/9-04/10, 04/16, ÄAntr Reste 04/1) (82 S.)
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2844 1-6 S. 2-13
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2844 7-16 S. 14-24
2. Beratung PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 7-11
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 05: Justizministerium

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.01./21.01.2004 Drs 13/2805 (dazu ÄAntr 05/1-05/3, EAntr 05/4, ÄAntr Reste 05/1) (25 S.)
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2845
2. Beratung PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4302-4317
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 12-14
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 06: Finanzministerium

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2004 Drs 13/2806 (dazu ÄAntr 06/1-06/6) (17 S.)
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2846
2. Beratung PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 15 16
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 07: Wirtschaftsministerium

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 15.01.2004 Drs 13/2807 (dazu ÄAntr 07/1-07/28, EAntr 07/29) (65 S.)
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2847 1-6 S. 2-12
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2847 7-10 S. 13-17
2. Beratung PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 17 18
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.01.2004 Drs 13/2808 (dazu ÄAntr 08/1-08/23) (47 S.)
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2848 1-7 S. 2-8
2. Beratung PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 19-21
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 09: Sozialministerium

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 15.01./21.01.2004 Drs 13/2809 (dazu ÄAntr 09/1-09/18, 09/20-09/26, 09/28-09/33, EAntr 09/19, 09/27, ÄAntr Reste 09/1-09/2) (87 S.)
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849 1-6 S. 2-13
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2849 7-10 S. 14-17
2. Beratung PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224
Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 22-25
3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.01.2004 Drs 13/2810 (dazu ÄAntr 10/1-10/16, 10/18, 10/20-10/21, EAntr 10/17, 10/19) (53 S.)
 ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2850 1-7 S. 2-10
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2850-8 S. 12 13
 EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2850 9 10 S. 14-18
 2. Beratung PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342
 Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 26-28
 3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 11: Rechnungshof

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 20.01.2004 Drs 13/2811
 2. Beratung PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4224-4228
 Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 29
 3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 12: Allgemeine Finanzverwaltung

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2004 Drs 13/2812 (dazu ÄAntr 12/1-12/10, 12/14-12/19, EAntr 12/11-12/13) (60 S.)
 ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852 1-9 S. 2-16
 EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2852-10 S. 17 18
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2852-11 S. 19
 EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2852-12 S. 20 21
 2. Beratung PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383
 Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 30-34
 EAntr SPD 03.02.2004 Drs 13/2878
 3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Beratungen über den Epl 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

GesEntw LReg 16.12.2003 Drs 13/2706 (18 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 14.01./20.01./21.01.2004 Drs 13/2814 (dazu ÄAntr 14/1-14/5, 14/7-14/10, 14/13, 14/15-14/23, EAntr 14/6, 14/11-14/12, 14/14, ÄAntr Reste 14/1) (69 S.)
 ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2854 1-3 S. 2-7
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854-4 S. 8
 EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854-5 S. 9 10
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854 6-8 S. 11-14
 EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854-9 S. 15 16
 2. Beratung PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4245-4259
 Beschl 2. Beratung 30.01.2004 Drs 13/2860 S. 35-42
 3. Beratung PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Haushaltsnachschnitte für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
 s. *Wirtschaftsminister*
 Drs 13/3172

Globale Minderausgaben 2004 im Haushaltsvollzug

Höhe der im Haushaltsvollzug 2004 durch Einsparungen bereits erbrachten und noch zu erbringenden globalen Minderausgaben differenziert nach Einzelplänen, Maßnahmen und den angewandten Kategorien; Fortführung der Kürzungsmaßnahmen auch in den kommenden Haushaltsjahren?

KlAnfr
 s. *Haushalt (Finanzen)*
 Drs 13/3197

Kürzungen gegenüber dem verabschiedeten Haushaltsplan des Kultusministeriums für 2003

Höhe und Bereiche der o.g. Kürzungen im Epl 04 in den Hj 2003 und 2004; Zahl der verfügbaren Krankheitsvertretungen für die einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren

Antr
 s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
 Drs 13/3705

„Verfügungsmittel“ bei Haushaltsberatungen

Höhe der den Regierungsfractionen in der laufenden WP zur freien Verfügung gestellten Mittel zur Finanzierung bestimmter Vorhaben, Art der Deckung der dadurch bewirkten Mehrausgaben in den einzelnen Haushaltsjahren

Antr
 s. *Haushalt (Finanzen)*
 Drs 13/3743

Haushalt 2005 und 2006*Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt*

Bereiche und Höhe der Deckungslücken für die Hj 2004-2006, Umfang der vorgesehenen Neuverschuldung, Erreichung eines verfassungsgemäßen Haushalts 2004/05? Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission, insbes Verkauf von Vermögen, Grundstücken, Forderungen, Kürzungen bei den Kommunen und Personaleinsparungen; Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Einlage bei der LBBW, Höhe und Verwendung des Bankbeitrags der L-Bank; Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr
 s. *Haushalt (Finanzen)*
 Drs 13/3465

Neuwahl des MinPräs

Ersuchen um Rücktritt des MinPräs und Neuwahl am 08.12.2004 und damit vor Beginn der Beratungen zum Haushalt 2005 und 2006

Antr
 s. *Ministerpräsident*
 Drs 13/3703

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Streichung der Sonderzahlung für (höhere) Beamte als Berufsanfänger; Erhebung eines Pflegebeitrags der Pensionäre; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Begrenzung der Zuschüsse an private Abendrealschulen, -

gymnasien und Kollegs; Verringerung der Bekleidungskontogutschriften für die Polizeibeamten; Änd des L SonderzahlungsGes, des FinanzausgleichsGes, PrivatschulGes, der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie der PolizeidienstkleidungsVO

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Ges über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von BW für die Hj 2005 und 2006 (StaatshaushaltsGes 2005/06)

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
1. Beratung (Etatrede) PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637-5646 (s.a. Anlagen 2-13 S. 5707-5718)
1. Beratung (Aussprache) PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5793-5827
BeschlEmpf und Bericht FinA 18.02.2005 Drs 13/4013 (dazu ÄAntr StHG/1, ÄAntr 12/15) (25 S.)
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4053
2. Beratung PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863-5953 (Epl 01, 02, 03, 09)
2. Beratung PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5955-6051 (Epl 04, 05, 07, 11, 14)
2. Beratung PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6121 (Epl 06, 08, 10, 12, Ges)
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 (45 S.)
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4061 (16 S.)
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160
GesBeschl 23.02.2005 Drs 13/4099 (16 S.)
GBI 2005 Nr. 4 S. 147-158 (Ges vom 01.03.2005)

Beratungen über den Epl 01: Landtag

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2005 Drs 13/4001 (dazu ÄAntr 01/1)
2. Beratung PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5946-5953
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 1-3
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 02: Staatsministerium

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01./28.01.2005 Drs 13/4002 (dazu ÄAntr 02/1-02/2, ÄAntr 12/1-12/2, ÄAntr Reste 02/1) (28 S.)
ÄAntr SPD 15.02.2005 Drs 13/4042-1 S. 2
EAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4042-2 S. 3-10
2. Beratung PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863-5900
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 4-5
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 03: Innenministerium

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2005 Drs 13/4003 (dazu ÄAntr 03/1-03/11, 03/13-03/14, EAntr 03/12) (54 S.)
ÄAntr SPD 15.02.2005 Drs 13/4043 1-5 S. 2-9
ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4043-6 S. 10
EAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4043-7 S. 11
ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.02.2005 Drs 13/4043-8 S. 12-14
2. Beratung PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 6-8
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 04: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.01./27.01.2005 Drs 13/4004 (dazu ÄAntr 04/1-04/5, 04/7-04/10, 04/12-04/19, EAntr 04/6, 04/11, 04/20, ÄAntr HStrG/1, ÄAntr Reste 04/1-04/3) (90 S.)
ÄAntr SPD 16.02.2005 Drs 13/4044 1-3 S. 2-6
ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4044 4-7 S. 7-13
EAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4044-8 S. 14 15
2. Beratung PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 9-14
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160
Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4438

Beratungen über den Epl 05: Justizministerium

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.01./27.01.2005 Drs 13/4005 (dazu EAntr 05/1, ÄAntr 05/2, ÄAntr Reste 05/1-05/2) (27 S.)
EAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4045
2. Beratung PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6036-6051
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 15-17
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 06: Finanzministerium

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4006 (dazu ÄAntr 06/1-06/6) (29 S.)
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4046
2. Beratung PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 18-20
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 07: Wirtschaftsministerium

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.01./27.01.2005 Drs 13/4007 (dazu ÄAntr 07/1-07/3, 07/5-07/20, EAntr 07/4, ÄAntr Reste 07/1, 07/3) (50 S.)
ÄAntr SPD 16.02.2005 Drs 13/4047 1-3 S. 2-4
ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4047 4-5 S. 5-7
2. Beratung PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 21 22
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 27.01.2005 Drs 13/4008 (dazu ÄAntr 08/1-08/12, 08/14, 08/15, 08/17, 08/21-08/27, Antr 08/13, EAntr 08/16, 08/18-08/20, ÄAntr Reste 08/1) (62 S.)
ÄAntr SPD 16.02.2005 Drs 13/4048 1-8 S. 2-9
ÄAntr GRÜNE 17.02.2005 Drs 13/4048 10-11 S. 11-17
EAntr GRÜNE 17.02.2005 Drs 13/4048 10-11 S. 11-17
2. Beratung PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101
Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 23-25
3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 09: Sozialministerium

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.01./27.01.2005 Drs 13/4009 (dazu ÄAntr 09/1-09/25, 09/27-09/29, 09/31-09/35, ÄAntr 09/26 Neu, 09/30 Neu, ÄAntr Reste 09/1-09/2, EAntr Reste 09/3, ÄAntr Reste 04/3)

(92 S.)

ÄAntr SPD 15.02.2005 Drs 13/4049 1-7 S. 2-11
 ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4049 8-10 S. 12-17
 2. Beratung PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946
 Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 26-29
 3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160
 Mittlg LReg 17.10.2005 Drs 13/4751 (12 S.)

Beratungen über den Epl 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 26.01./27.01.2005 Drs 13/4010 (dazu ÄAntr 10/1-10/14, 10/18-10/21, EAntr 10/15-10/17, ÄAntr Reste 04/3) (54 S.)
 ÄAntr SPD 16.02.2005 Drs 13/4050 1-8 S. 2-11
 ÄAntr GRÜNE 17.02.2005 Drs 13/4050 9-11 S. 12-17
 EAntr GRÜNE 17.02.2005 Drs 13/4050-12 S. 18 19
 2. Beratung PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079
 Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 30 31
 3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 11: Rechnungshof

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 26.01.2005 Drs 13/4011
 2. Beratung PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5955-5959
 Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 32
 3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Beratungen über den Epl 12: Allgemeine Finanzverwaltung

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4012 (dazu ÄAntr 12/1-12/13, 12/15-12/17, EAntr 12/14, ÄAntr Reste 09/1) (45 S.)
 ÄAntr SPD 16.02.2005 Drs 13/4052 1-3 S. 2-4, S. 5-10, S. 6-12
 EAntr SPD 16.02.2005 Drs 13/4052-4 S. 5
 ÄAntr GRÜNE 17.02.2005 Drs 13/4052-11 S. 13 14
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.02.2005 Drs 13/4052-12 S. 15 16
 2. Beratung PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121
 Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 33-36
 EAntr SPD 22.02.2005 Drs 13/4086
 3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160
 Mittlg LReg 04.08.2005 Drs 13/4591

Beratungen über den Epl 14: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

GesEntw LReg 07.12.2004 Drs 13/3850 (22 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01./27.01.2005 Drs 13/4014 (dazu ÄAntr 14/1-14/16) (57 S.)
 ÄAntr SPD 16.02.2005 Drs 13/4054 1-3 S. 2-5
 ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4054-4 S. 6 7
 2. Beratung PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986
 Beschl 2. Beratung 18.02.2005 Drs 13/4060 S. 37-45
 3. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6160

Übersicht über die Mittel des Landes für integrationsfördernde Maßnahmen im Staatshaushaltsplan 2005/2006

Vorlage einer nach Ressorts gegliederten Übersicht

Antr
 s. *Ausländer*
 Drs 13/3923

Einsparungen der Ressorts iRd Ausgabensperre

Vorlage der o.g. Einsparvorschläge iRd Nachtragshaushalts 2005 zur Beschlussfassung

Antr
 s. *Sparen*
 Drs 13/4411

Ges über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von BW für das Hj 2006

GesEntw LReg 28.10.2005 Drs 13/4792 (13 S.)
 1. Beratung PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7331-7350
 BeschlEmpf FinA 17.11.2005 Drs 13/4839 (26 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2005 Drs 13/4840 (dazu ÄAntr N 1-N 33, N 35-N 40, N 42-N 51, N 53-N 64, EAntr N 34, N 41, N 52) (156 S.)
 ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873 1-19 S. 2-26
 ÄAntr SPD 29.11.2005 Drs 13/4873-20 S. 27
 EAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-21 S. 28-36
 ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873 22-30 S. 37-48
 ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4873-31 S. 49 50
 ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873 32 33 S. 51 52
 EAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-34 S. 53
 ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873 35-38 S. 54-61
 EAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-39 S. 62
 ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873 40 41 S. 63-65
 2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413
 GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4932
 GBl 2005 Nr. 17 S. 697-703 (Ges vom 01.12.2005)

Ankündigung eines harten Sparhaushalts 2005/2006, Anstrengung eines verfassungskonformen Haushalts

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5139 5150 5158-5162 5166

Beurteilung der vorgelegten Eckdaten für den Hpl 2005/2006, Vorschlag zur Wahl des neuen MinPräs vor Beginn der Haushaltsberatungen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5585-5592 5618 5619

Haushalt (Finanzen)

s.a. *Finanzverfassung*
 s.a. *Gemeindefinanzrecht*
 s.a. *Haushaltsausgaben*
 s.a. *Haushaltseinnahmen*
 s.a. *Haushaltsrechnung*
 s.a. *Haushaltsrecht*
 s.a. *Haushaltsstrukturgesetz*
 s.a. *Neues Steuerungsmodell*
 s.a. *Rechnungsprüfung*
 s.a. *Stellenplan*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Einführung von Globalhaushalten und neuen Steuerungsinstrumenten im Zuge der Novelle der HochschulGes, Entwicklung neuer Verfahren zur Wahrnehmung der Haushaltsverantwortung und Steuerungsfunktion in der Hochschulpolitik

s. *Hochschule*
 Drs 13/664

Innerstaatliche Umsetzbarkeit der Zusagen des BFinanzMin gegenüber der Europäischen Union

Zusage eines „nahezu“ ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalts für das Jahr 2004, Bewertung durch den Finanzplanungsrat

Antr
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/877

Haushaltsklarheit, restriktiver Haushaltsvollzug und globale Minderausgaben

Verfügung bzw Erbringung der globalen Minderausgaben u.a. Bewirtschaftungsmaßnahmen im Haushalt 2002, erwartete Mehreinnahmen gegenüber den Planansätzen zur teilweisen Schließung der Deckungslücke, Auswirkungen bei den Einzelplänen und Etatansätzen, Umfang der Beeinträchtigung des Polizeibereichs und Landesstraßenbaus durch die Einsparauflagen

Antr SPD 19.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1214 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 11
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Einführung der leistungsbezogenen Mittelzuweisung, der neuen Steuerungsinstrumente mit Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung; Zuweisung der Verantwortung der Hochschulen für die Erhebung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren

GrAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1471

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Zuweisung globalisierter und übertragbarer Haushalte sowie Personalbudgets, flexible Bewirtschaftung eigener Stellenpläne, Ausschreibung und Besetzung freier Stellen durch die teilnehmenden Schulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen

Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidaripakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vorgaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1497

Haushaltsentwicklung bei Land und Kommunen aufgrund verfehlter Rahmendaten der Bundespolitik

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111-2137

Wertentwicklung des Pensionsfonds und die Pensionslasten des Landes

Darlegung der Entwicklung des o.g. aus der Versorgungsrücklage gespeisten Fonds und der Versorgungsausgaben in den nächsten zwanzig Jahren, Einsatz zur Abmilderung der Pensionslasten für den Landeshaushalt

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/1541

Einsparliste für den Landeshaushalt 2003

Darlegung der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission und der ergangenen Prüfaufträge, Klärung von widersprüchlichen Aussagen der Kommissionsmitglieder, insbes zu den notwendigen Strukturveränderungen und erwarteten Steuereingängen 2003; Gründe für die Zurückstellung der vorgesehenen Personaleinsparungen; Frage nach der geplanten Kürzung bei der Imagekampagne des Landes sowie Einführung allgemeiner Studiengebühren; Vereinbarkeit eines Nachtragshaushalts im März mit der Steuerschätzung im Mai 2003

Antr Nils Schmid u.a. SPD 27.11.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1560 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1873 S. 2
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Entwicklung der Versorgungsausgaben und Strategie der LReg

Darlegung der Entwicklung bis 2030 und der dabei angelegten gesamtwirtschaftlichen Annahmen, Anteil der Versorgungsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben bei einem realen Wirtschaftswachstum von 0 und 1 %, Maßnahmen zur Kompensation der Steigerungsraten, Anteil der Versorgungsrücklage

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/1694

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 8)

Haushalts- und Wirtschaftsführung beim Polizeipräsidium Mannheim

Mittlg
s. *Polizeibehörde*
Drs 13/1748

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Daten bei den Gemeinden, großen Kreisstädten, LKreisen und Landeswohlfahrtsverbänden seit 1993, Einnahmen aus Steuern und allgemeinen sowie Zuweisungen nach dem FAG, Leistungen nach dem BSHG und KJHG u.a. Sozialeistungen, Zuführungen und Ausgaben der Vermögenshaushalte, Genehmigungsfähigkeit der Haushalte 2002/03; Beurteilung von Vorschlägen zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage, zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer, zur Initiierung eines kommunalen Zinsinvestitionsprogramms vonseiten des Bundes, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG, Abbau von Mischfinanzierungen u.a.

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Auflistung der von Abbau, Zusammenlegung und Eingliederung betroffenen Behörden sowie des Personalstands vor/nach der Reform; Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips; erzielbare Effizienzrendite, Vergleich mit der Eingliederung von Sonderbehörden 1995; mögliche Kollisionen mit laufenden Reformvorhaben und der Stellung der Regionen; Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben und Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Zwischenbericht zur Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente

Umstellung der Haushaltsplanung, -beratung, -kontrolle und des -vollzugs; Steuerung der dezentralen Budgetverantwortung innerhalb von Globaltiteln; Notwendigkeit einer Änderungskündigung und Anpassung des NSI-Vertrags mit dem Systemdienstleister aufgrund der geplanten Verwaltungsreform

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2019

Leistungsorientierte Mittelverteilung im Hochschulbereich

Bisherige Erfahrungen zur Erreichung der angestrebten Ziele, Beurteilung einer evtl Reduzierung, Ausgleich von Einbußen über Zuweisungen des Ministeriums; Information über die mit den Rektoren ausgehandelten neuen Modelle; Festhalten am System der leistungsorientierten Mittelverteilung auch für die FH und PH

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/2367

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 8) - Verлагerte Verpflichtungen des Landes bei der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW mbH - Auswirkungen auf den Landeshaushalt

Prüfung einer Haushaltsfinanzierung der über die Baufinanz abgewickelten Straßen- und Hochbaumaßnahmen

Mittlg
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/2700

Aktuelle Reformentscheidungen im Vermittlungsausschuss und im BRat: Entscheidende Weichenstellungen für Wachstum, Beschäftigung und öffentliche Haushalte in BW

Aktuelle Debatte
s. *Agenda 2010*
PIPr 13/58 S. 4093

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union 2007 bis 2013

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegen-*

heiten

Drs 13/2932

Umsetzung der Einsparungen an Hochschulen

Umsetzung der im Epl 14 ausgewiesenen globalen Minderausgaben und allgemeinen Einsparauflagen an den einzelnen Hochschulen im Haushalt 2004 und seit 1996, Höhe der Einsparungen in Relation zum Gesamthaushalt der jeweiligen Hochschule

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3100

Globale Minderausgaben 2004 im Haushaltsvollzug

Höhe der im Haushaltsvollzug 2004 durch Einsparungen bereits erbrachten und noch zu erbringenden globalen Minderausgaben differenziert nach Einzelplänen, Maßnahmen und den angewandten Kategorien; Fortführung der Kürzungsmaßnahmen auch in den kommenden Haushaltsjahren?

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 10.05.2004 und Antw FM
Drs 13/3197

Die Entscheidung des EuGH zum Streit um das Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich - Auswirkungen auf den Europäischen Stabilitätspakt und die Finanzpolitik in Deutschland und BW

Antr
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/3386

Aufhebung der Haushaltssperre bei der Städtebauförderung

Antr
s. *Städtebau*
Drs 13/3387

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Bereiche und Höhe der Deckungslücken für die Hj 2004-2006, Umfang der vorgesehenen Neuverschuldung, Erreichung eines verfassungsgemäßen Haushalts 2004/05? Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission, insbes Verkauf von Vermögen, Grundstücken, Forderungen, Kürzungen bei den Kommunen und Personaleinsparungen; Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Einlage bei der LBBW, Höhe und Verwendung des Bankbeitrags der L-Bank; Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr Nils Schmid u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme
FM Drs 13/3465

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004 Drs 13/3751 S. 9
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

„Verfüugungsmittel“ bei Haushaltsberatungen

Höhe der den Regierungsfractionen in der laufenden WP zur freien Verfügung gestellten Mittel zur Finanzierung bestimmter Vorhaben, Art der Deckung der dadurch bewirkten Mehrausgaben in den einzelnen Haushaltsjahren

Antr Nils Schmid u.a. SPD 12.11.2004 und Stellungnahme
FM Drs 13/3743

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 12
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Prüfaufträge der Haushaltsstrukturkommission

Umsetzungsstand der in Drs 13/1560 aufgelisteten Prüfaufträge, Gründe für die noch nicht erfolgte Erledigung einzelner Aufträge

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 29.11.2004 und Antw FM Drs 13/3808 (11 S.)

Ges zur Änd der Landesverfassung

Verhinderung des weiteren Anstiegs der Verschuldung bzw der Überschreitung der erwarteten Einnahmen durch die geplanten Ausgaben, Einführung eines laufenden Haushalts-Monitorings zur Einhaltung dieser Ausgabenregel durch eine mittelfristige Nachhaltigkeitsplanung, Kompensation evtl Überschreitungen des laufenden Jahres in den Folgejahren, Regelung von Einzelheiten in der LHO

GesEntw
s. Finanzpolitik
Drs 13/4070

Instrumentarien zur Beurteilung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte

Bewertung der Generationenbilanzierung aus Sicht der LReg, der „Wirtschaftsweisen“ u.a. Sachverständiger; Zeitperspektive für eine erstmalige Vorlage mit dem Haushaltsplanentwurf; Entwicklung von Standards zur Anwendung auch bei den Kommunen und LKreisen; Eignung der Anwendung kaufmännischer Methoden für die Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des Haushalts zur Vorlage einer Vermögensrechnung; Frage nach Vorarbeiten und Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten eines derart neugestalteten Haushaltsrechts

Antr FDP/DVP 13.04.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4244

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 48 51

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006; Einführung neuer Steuerungsinstrumente

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 64 65 81 82 88-90 93 94 102 103 118 122 124

Fortführung einer nachhaltigen Haushaltspolitik

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 199-215

Fortführung einer nachhaltigen Haushaltspolitik, Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-343

Fortsetzung der Konsolidierungspolitik, Umfang und Zielbereiche von Einsparungen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636 640 641 645

Fortsetzung der Konsolidierungspolitik, Umfang und Zielbereiche von Einsparungen, Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 796 798-830

Schwerpunkte des Doppelhaushalts 2002/03, Beschreibung der Gratwanderung zwischen notwendigen Investitionen und der Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel der Nullverschuldung ab 2006

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833-911

Würdigung der Einführung von Globalhaushalten an den Hochschulen; Erfahrungen des RH mit der Budgetierung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-968 970 972 974 975 977 1015

Haushaltsvergleich zwischen den BLändern, gegenseitige Schuldenzuweisungen von Bund und Ländern wegen des gesamtstaatlichen Defizits, Unterstützung der Einführung von Globalhaushalten

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1081 1089

Fortsetzung der Konsolidierungspolitik, Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1113

Zugeständnisse des BFinanzMin gegenüber der EU zur Erreichung ausgeglichener öffentlicher Haushalte bis 2004, Notwendigkeit einer restriktiven Haushaltspolitik bzw eines Stabilitätspakts von Bund, Ländern und Kommunen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1167-1178 1189

Haushaltseinbrüche bei den Kommunen, Scheitern eines Haushaltsausgleichs bei über 50 % der Gemeinden und LKreise; Feststellung einer weltweiten Krise aller öffentlichen Haushalte; Aushöhlung des Budgetrechts des Ltg mit dem Instrument der Landesstiftung

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215-2233 2265-2272

Prüfung der Verwaltungsstruktur des Landes iRd Haushaltstrukturkommission; Überprüfung der Standards beim Integrierten Rheinprogramm nach Aussagen der Haushaltsstrukturkommission

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2378 2438

Langfristige und strukturelle Konsolidierung des Haushalts mit der Haushaltsstrukturkommission, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung 2006

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2627-2657 2671 2672 2674 2679 2680

Notwendigkeit eines Nachtrags aufgrund der Steuerausfälle, Fortsetzung der strukturellen Sparanstrengungen, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung 2006; Situation der kommunalen Haushalte

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2739 2757-2768

Vorlage von Sparhaushalten seit 1991, Einsparziele im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verwaltungsreform; Würdigung der Einführung von Globalhaushalten an den Hochschulen; Verweisung auf die Schattenhaushalte

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3605 3606 3622 3623 3629 3630 3632 3635 3637 3638 3640 3654 3655 3659

Bemühungen um eine Unterschreitung der verfassungsrechtlichen Obergrenze für die Neuverschuldung im Haushalt 2004; Kritik an der erneuten Verletzung des europäischen Stabilitätspakts durch die BReg

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941-3947

Abmilderung der Risiken für den Haushalt 2004 im Vermittlungsausschuss, Fortsetzung einer sparsamen Haushaltsführung, Bewertung der Haushaltsstrukturkommission als nicht demokratisch legitimiert, Anstrebung einer mittelfristigen Haushaltskonsolidierung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007-4043 4055-4065

Beklagung des geringen Gestaltungsspielraums des Parlaments bei Haushaltsberatungen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4084 4090 4101

Vorlage eines verfassungskonformen Haushalts 2004, Bewertung der notwendigen Kürzungen und Schwerpunkte

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4181 4210

Veränderung der Steuerung des Haushalts mit den neuen Steuerungsinstrumenten; Zuwachs an Informationen über Produkte, Kosten und Leistungen; Ermöglichung eines Online-Zugriffs auf den Haushalt; Ablehnung einer Vorberatung des Haushalts in den Fachausschüssen

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309 5310 5312-5317

Bereitstellung von Globalhaushalten für die Hochschulen, Gewährleistung der Finanzierung über eine Wahlperiode über Hochschulverträge

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5538 5539 5542

Umsetzung der neuen Hochschulfinanzierung mit Hochschulverträgen, Zielvereinbarungen und leistungsbezogener Mittelvergabe

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5728 5740-5742

Frage nach Vorschlägen zur Sanierung des Haushalts 2005/06, Kritik am Verkauf von Vermögenswerten zur Deckung des Haushalts, Beurteilung der Verfassungskonformität des Haushalts, Bilanz der Haushaltsstrukturkommission

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5800-5827

Abschließende Bewertung der Zahlen des Hpl 2005/2006, Verweisung auf die Einsparungen zur Reduzierung der Deckungslücken und Erreichung eines verfassungsgemäßen Haushalts

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6158

Haushaltsslage der Kommunen, des Landes und Bundes; Finanzierung von Investitionen über öffentlich-private Partnerschaften; notwendige Kürzungen und Schwerpunkte im Nachtrag zum Hpl 2006

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306-7314 7332-7350

Bezeichnung der Haushaltskonsolidierung als Schwerpunktthema der Landespolitik, Notwendigkeit des Abbaus von Subventionen zur Sanierung des Bundeshaushalts

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7556 7561 7563 7633 7634 7638-7640

Haushalt (Lebensführung)

Familienlehre als Schulfach

Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen in Nahrungszubereitung, Ernährungslehre, handwerklichen Kenntnissen, Textilarbeiten, Erziehungslehre, Psychologie, Säuglingspflege, Sozialkompetenz u.a. an den verschiedenen Schularten; Integration der Themen in den vorhandenen Fächern

KlAnfr

s. *Familie*

Drs 13/191

Au-pairs von der Sozialversicherungspflicht freihalten

Auswirkungen einer Einstufung von Au-pair-Aufenthalten als sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse; Eintreten für eine generelle Freistellung

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 19.12.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/587

Anrechnung der Schlüsselqualifikationen von Familienfrauen auf bestimmte Ausbildungen und eine damit verbundene Verkürzung von Ausbildungszeiten

Anrechnung der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie von ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen Bereich bei Ausbildungen nach der Familienphase, Gewinnung von Altenpflegerinnen und Hauswirtschafterinnen, Entwicklung der Ausbildungstätigkeit und der Chancen am Arbeitsmarkt für Hauswirtschafterinnen

KlAnfr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/604

Hauswirtschaft an den Schulen

Verankerung der o.g. Thematik an den einzelnen Schularten, regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Fächerwahl im Wahlpflichtfach Mensch und Umwelt in der Realschule, Ausstattung und Nutzung von Schullehrküchen, Qualifikation der Lehrkräfte an der Hauptschule, Vergleich des Lehrbedarfs mit der Situation an den Hochschulen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 30.01.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/698 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 14 15

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Zukünftige Entwicklung der Staatlichen Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

Trägerschaft der Fachschulen im Geschäftsbereich des MLR, geplante Veränderungen im Zuge der Verwaltungsreform; Einzugsbereiche und Berufsperspektiven für die Absolventen der Fachschulen für Landwirtschaft und Hauswirtschaft in Kupferzell, Auslastung des Wohnheims, Organisation der Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Wahrnehmung überregionaler Aufgaben in der Aus- und Fortbildung

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 13/2607

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirtschaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3998

Wiedereinführung der steuerlichen Absetzbarkeit der Aufwendungen für Beschäftigungsverhältnisse in Privathaushalten

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1823 1824

Forderung der steuerlichen Absetzbarkeit von Ausgaben für Haushaltsdienstleistungen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2038 2050 2051

Wiedereinführung der früheren 630-DM-Jobs und Beschränkung auf Haushaltsdienstleistungen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115

Ermöglichung des Erwerbs eines Haushaltsführerscheins an allen Schularten

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4859

Haushaltsausgaben

s.a. Personalkosten

s.a. Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben

Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschl des Ltg vom 15.03.1973 - Drs 6/1993 und vom 20.12.1973 Drs 6/3910 Ziff II Nr. 6)

s. Steueraufkommen

PIPr 13/4 S. 41

Die kulturellen Einrichtungen im Land unter dem Druck von Haushaltskürzungen

Höhe und Auswirkungen o.g. Kürzungen im Epl 14 infolge der globalen Minderausgabe, Auswirkungen auf die kommunale Kofinanzierung und Finanzierungsbeiträge anderer Dritter

Antr

s. Kultur

Drs 13/882

Haushaltsklarheit, restriktiver Haushaltsvollzug und globale Minderausgaben

Verfügung bzw Erbringung der globalen Minderausgaben u.a. Bewirtschaftungsmaßnahmen im Haushalt 2002, erwartete Mehreinnahmen gegenüber den Planansätzen zur teilweisen Schließung der Deckungslücke, Auswirkungen bei den Einzelplänen und Etatansätzen, Umfang der Beeinträchtigung des Polizeibereichs und Landesstraßenbaus durch die Einsparauflagen

Antr

s. Haushalt (Finanzen)

Drs 13/1214

Kürzungen der Landesmittel für Entwicklungszusammenarbeit

Umfang und Bereiche der zu erbringenden Einsparungen im Zuge der Erhöhung der globalen Minderausgaben; Auswirkungen auf Maßnahmen und Projekte im Inland, der Außenwirtschaft und Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Einsparauflagen der anderen mit Entwicklungspolitik befassten Ressorts

KlAnfr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/1236

Einsparliste für den Landeshaushalt 2003

Darlegung der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission und der ergangenen Prüfaufträge, Klärung von widersprüchlichen Aussagen der Kommissionsmitglieder, insbes zu den notwendigen Strukturveränderungen und erwarteten Steuereingängen 2003; Gründe für die Zurückstellung der vorgesehenen Personaleinsparungen; Frage nach der geplanten Kürzung bei der Imagekampagne des Landes sowie Einführung allgemeiner Studiengebühren; Vereinbarkeit eines Nachtragshaushalts im März mit der Steuerschätzung im Mai 2003

Antr

s. Haushalt (Finanzen)

Drs 13/1560

Erreichen des Ziels der Rückführung der Netto-Neuverschuldung bis 2006

Notwendige Höhe des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zur Erreichung der o.g. Zielsetzung in den einzelnen Jahren bis 2006 bei einer Ausgabenentwicklung analog zur mittelfristigen Finanzplanung, Höhe der zu erwartenden Netto-Neuverschuldung bei einem Wachstum von 0 und 1 %

KlAnfr

s. Schulden

Drs 13/1697

Umsetzung der Einsparungen an Hochschulen

Umsetzung der im Epl 14 ausgewiesenen globalen Minderausgaben und allgemeinen Einsparauflagen an den einzelnen Hochschulen im Haushalt 2004 und seit 1996, Höhe der Einsparungen in Relation zum Gesamthaushalt der jeweiligen Hochschule

Antr

s. Hochschule

Drs 13/3100

Globale Minderausgaben 2004 im Haushaltsvollzug

Höhe der im Haushaltsvollzug 2004 durch Einsparungen bereits erbrachten und noch zu erbringenden globalen Minderausgaben differenziert nach Einzelplänen, Maßnahmen und den angewandten Kategorien; Fortführung der Kürzungsmaßnahmen auch in den kommenden Haushaltsjahren?

KlAnfr

s. Haushalt (Finanzen)

Drs 13/3197

Kürzungen gegenüber dem verabschiedeten Haushaltsplan des Kultusministeriums für 2003

Höhe und Bereiche der o.g. Kürzungen im Epl 04 in den Hj 2003 und 2004; Zahl der verfügbaren Krankheitsvertretungen für die einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren

Antr

s. Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

Drs 13/3705

„Verfüngungsmittel“ bei Haushaltsberatungen

Höhe der den Regierungsfractionen in der laufenden WP zur freien Verfügung gestellten Mittel zur Finanzierung bestimmter Vorhaben, Art der Deckung der dadurch bewirkten Mehrausgaben in den einzelnen Haushaltsjahren

Antr

s. Haushalt (Finanzen)

Drs 13/3743

Ges zur Änd der Landesverfassung

Verhinderung des weiteren Anstiegs der Verschuldung bzw der Überschreitung der erwarteten Einnahmen durch die geplanten Ausgaben, Einführung eines laufenden Haushalts-Monitorings zur Einhaltung dieser Ausgabenregel durch eine mittelfristige Nachhaltigkeitsplanung, Kompensation evtl Überschreitungen des laufenden Jahres in den Folgejahren, Regelung von Einzelheiten in der LHO

GesEntw

s. Finanzpolitik

Drs 13/4070

Folgen der Haushaltssperre für das Sozialressort

Umfang und Auswirkungen der zu erbringenden Einsparungen, insbes für kleine Einrichtungen und Selbsthilfegruppen; Vermeidung von unnötigen Härten und Schließungen

Antr
s. Sozialminister
Drs 13/4383

Einsparungen der Ressorts iRd Ausgabenperre
Vorlage der o.g. Einsparvorschläge iRd Nachtragshaushalts 2005 zur Beschlussfassung

Antr
s. Sparen
Drs 13/4411

Haushalt 2006; Nachtrag
Erhöhung der globalen Minderausgabe für die einzelnen Ressorts zur Deckung der Mehrausgaben für Bildung und Betreuung

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 58 S. 142 143
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Erhöhung der globalen Minderausgaben, Deckelung der Ausgabenwüchse bei 2 %

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 64 65

Erbringung einer zusätzlichen globalen Minderausgabe durch die einzelnen Ressorts

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200 202 208 212

Erbringung einer zusätzlichen globalen Minderausgabe durch die einzelnen Ressorts

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 334 336 340

Erbringung einer zusätzlichen globalen Minderausgabe durch die einzelnen Ressorts

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 645

Umfang und Zielbereiche der Abstriche bei den Ausgaben, Erbringung einer zusätzlichen globalen Minderausgabe durch die einzelnen Ressorts, Ersetzung der globalen Minderausgabe durch konkrete Sparvorschläge einer Haushaltsstrukturkommission

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 796 799 800 815 816 818 819

Plädoyer für einen Korridor steigender Ausgaben in der Finanzplanung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1076

Entlastung der Ausgabenseite durch geringere Personal- und Zinsausgaben sowie eine Haushaltssperre; Volumen und Bereiche der zwangsläufigen Mehrausgaben; Begrenzung der Ausgabensteigerung auf 1 %

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2638 2639 2649 2653 2679 2680

Vorschläge zur Entlastung der Ausgabenseite, Anregung von Investitionsimpulsen, Notwendigkeit struktureller Einsparungen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2703-2720

Notwendigkeit von Einsparungen durch den jährlichen Anstieg der Ausgaben um 2 bis 3 %

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3622 3645

Beschränkung der Staatstätigkeit und damit der Ausgaben

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3944 3945 3947

Beeinträchtigung der Haushaltsklarheit und -wahrheit mit dem Instrument der globalen Minderausgaben

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4159 4181 4184

Einschränkung der Gestaltungsfreiheit des Parlaments durch die Höhe der globalen Minderausgaben, Erbringung der globalen Minderausgabe durch die Fachhochschulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4233 4242 4246 4247

Höhe der globalen Minderausgaben, Vereinbarkeit mit der gebotenen Haushaltsklarheit und -wahrheit

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4364 4365 4373 4375

Erhöhung der globalen Minderausgaben, Entzug von Gestaltungsspielräumen des Parlaments; Verweisung auf ein Ausgabenproblem

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4447 4450 4453 4455 4456

Entwicklung der Ausgabenstruktur, Beklagung mangelnder Flexibilität und Spielräume, Notwendigkeit der Ausgabenkonsolidierung, Höhe der Einsparauflagen für die Ressorts

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639 5640 5642 5643 5646

Jährliche Steigerungsraten der Haushaltsausgaben, Höhe der erbrachten Einsparungen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5880 5900 5902 5903 5919

Erbringung einer globalen Minderausgabe durch die Universitäten, Kompensation der globalen Minderausgabe im Kunsthauhalt

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5964 5966 5979

Notwendigkeit einer Ausgabenreduzierung bei sinkenden Steuereinnahmen, Bevorzugung gezielter Einsparungen statt der globalen Minderausgabe

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6144 6145

Wirksamkeit der Ausgabenperre vom Frühjahr 2005, Notwendigkeit einer Veränderung der Ausgabenstrukturen, Bewilligung zusätzlicher Ausgaben nur in wichtigen Einzelfällen, Erhöhung der allgemeinen globalen Minderausgabe

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7332-7338 7340-7344 7348 7349

Haushaltseinnahmen

s.a. *Steueraufkommen*

Haushaltsklarheit, restriktiver Haushaltsvollzug und globale Minderausgaben

Verfügung bzw Erbringung der globalen Minderausgaben u.a. Bewirtschaftungsmaßnahmen im Haushalt 2002, erwartete Mehreinnahmen gegenüber den Planansätzen zur teilweisen Schließung der Deckungslücke, Auswirkungen bei den Einzelplänen und Etatansätzen, Umfang der Beeinträchtigung des Polizeibereichs und Landesstraßenbaus durch die Einsparauflagen

Antr
s. Haushalt (Finanzen)
Drs 13/1214

Einsparliste für den Landeshaushalt 2003

Darlegung der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission und der ergangenen Prüfaufträge, Klärung von widersprüchlichen Aussagen der Kommissionsmitglieder, insbes zu den notwendigen Strukturveränderungen und erwarteten Steuereingängen 2003; Gründe für die Zurückstellung der vorgesehenen Per-

sonaleinsparungen; Frage nach der geplanten Kürzung bei der Imagekampagne des Landes sowie Einführung allgemeiner Studiengebühren; Vereinbarkeit eines Nachtragshaushalts im März mit der Steuerschätzung im Mai 2003

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/1560

Ges zur Änd der Landesverfassung

Verhinderung des weiteren Anstiegs der Verschuldung bzw der Überschreitung der erwarteten Einnahmen durch die geplanten Ausgaben, Einführung eines laufenden Haushalts-Monitorings zur Einhaltung dieser Ausgabenregel durch eine mittelfristige Nachhaltigkeitsplanung, Kompensation evtl Überschreitungen des laufenden Jahres in den Folgejahren, Regelung von Einzelheiten in der LHO

GesEntw
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4070

Haushaltseinbrüche bei den Kommunen und Ländern, Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Hand mit dem SteuervergünstigungsabbauGes

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215-2233

Verbesserung der Einnahmeseite mit dem SteuervergünstigungsabbauGes

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2296

Hinweis auf Fehleinschätzungen von Gebühreneinnahmen, Verbesserung der Einnahmeseite mit dem SteuervergünstigungsabbauGes, Erwartung von zurückgehenden Einnahmen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2638 2649

Verbesserung der Einnahmeseite mit dem SteuervergünstigungsabbauGes u.a. Vorschlägen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2703 2704 2758 2764

Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmeseite, Gründe für den Zusammenbruch der Einnahmen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6106 6110 6111 6113 6116

Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmeseite

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6142 6145-6148 6152 6157

Abfluss eines Teils der Mehreinnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung in die Haushalte der Länder; Hoffnung auf mehr Beschäftigung und damit auf mehr Einnahmen durch die Senkung der Lohnnebenkosten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6970-6972 6976 6978 6979 6982

Ausgleich der fehlenden Einnahmen im Haushalt 2005/2006 durch Einsparungen; Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmeseite

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7332-7334 7342 7347

Verwendung der durch Steuererhöhungen zu erwartenden Mehreinnahmen zur Senkung der Nettoneuverschuldung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7396 7397 7404

Umsetzung der Vorschläge des RH zur Verbesserung der Einnahmeseite

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7854

Haushaltsgesetz

s. *Haushaltsrecht*

Haushaltsordnung

s. *Haushaltsrecht*

Haushaltsrechnung

s.a. *Haushaltsrecht*

s.a. *Rechnungsprüfung*

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999

Mittlg RH 03.07.2001 Drs 13/42

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 199

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.11.2001 Drs 13/329 (34 S.)

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 10.04.2002 Drs 13/904

Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1191

Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1193

Mittlg LReg 12.08.2002 Drs 13/1257

Mittlg LReg 21.08.2002 Drs 13/1267

Mittlg LReg 21.08.2002 Drs 13/1268

Mittlg LReg 28.08.2002 Drs 13/1279

Mittlg LReg 06.09.2002 Drs 13/1302

Mittlg LReg 06.09.2002 Drs 13/1303

Mittlg LReg 27.11.2002 Drs 13/1556

Mittlg LReg 27.11.2002 Drs 13/1558

Mittlg LReg 11.12.2002 Drs 13/1596

Mittlg LReg 10.12.2002 Drs 13/1597

Mittlg LReg 18.12.2002 Drs 13/1631

Mittlg LReg 23.12.2002 Drs 13/1652 (45 S.)

Mittlg LReg 28.08.2003 Drs 13/2375

Mittlg LReg 09.12.2003 Drs 13/2712

Mittlg LReg 20.04.2004 Drs 13/3120

Mittlg LReg 28.05.2004 Drs 13/3238 (35 S.)

Mittlg LReg 15.03.2005 Drs 13/4141

BeschlEmpf und Bericht FinA 07.04.2005 Drs 13/4203

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699

Mittlg LReg 08.02.2006 Drs 13/5136

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Drs 12/5701)

Mittlg LReg 17.07.2001 Drs 13/89

Mittlg LReg 07.08.2001 Drs 13/167

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/266

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/267

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/268

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497

Mittlg LReg 30.11.2001 Drs 13/531

Mittlg LReg 20.12.2001 Drs 13/599

Mittlg LReg 15.01.2002 Drs 13/623

Mittlg LReg 22.01.2002 Drs 13/674

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/802

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Mittlg LReg 22.01.2002 Drs 13/675

Mittlg LReg 20.03.2002 Drs 13/863

Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1190

Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1192

BeschlEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1335

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Mittlg LReg 05.11.2002 Drs 13/1455

BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/1990 (11 S.)
 PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064
 Mittlg LReg 17.12.2002 Drs 13/1629
 Mittlg LReg 18.03.2003 Drs 13/1914
 Mittlg LReg 18.03.2003 Drs 13/1915
 Mittlg LReg 31.03.2003 Drs 13/1960 (11 S.)
 Mittlg LReg 13.08.2003 Drs 13/2362
 Mittlg LReg 10.12.2003 Drs 13/2728
 BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2929
 PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
 Mittlg LReg 22.12.2003 Drs 13/2778
 Mittlg LReg 19.09.2005 Drs 13/4642

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 1999 durch den Ltg

Mittlg
 s. Rechnungshof
 Drs 13/243

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1997 des RH zur LHR von BW für das Hj 1995 (Drs 12/6023)

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/262
 PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497
 Mittlg LReg 05.06.2003 Drs 13/2145

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Drs 12/6051)

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/264
 PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497
 Mittlg LReg 05.09.2002 Drs 13/1292

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg
 s. Rundfunk
 Drs 13/312

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 1999

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/330 (zu Antr FM 25.01.2001 Drs 12/5969)
 PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Drs 12/5886)

Mittlg LReg 09.01.2002 Drs 13/612
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/800
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1449 1450
 Mittlg LReg 01.04.2004 Drs 13/3082
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.04.2004 Drs 13/3119
 PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960
 Mittlg LReg 09.01.2006 Drs 13/5029
 BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5153
 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8009

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1994 des RH zur LHR von BW für das Hj 1992 (Drs 12/5035)

Mittlg LReg 09.01.2002 Drs 13/613
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/801
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
 Mittlg LReg 03.11.2003 Drs 13/2570

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Drs 12/5924)
 Mittlg LReg 23.01.2002 Drs 13/673

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2000

Antr FM 25.01.2002 Drs 13/676
 PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833
 BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1749
 PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1995 des RH zur LHR von BW für das Hj 1993 (Drs 11/7080)

Mittlg LReg 04.02.2002 Drs 13/717
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/803
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
 Mittlg LReg 31.03.2003 Drs 13/1959
 BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/1991
 PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064
 Mittlg LReg 01.04.2004 Drs 13/3079

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000

Mittlg RH 12.07.2002 Drs 13/1174
 PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735
 BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 (80 S.)
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.02.2003 Drs 13/1816
 PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
 Mittlg LReg 15.04.2003 Drs 13/2004
 Mittlg LReg 25.06.2003 Drs 13/2158
 Mittlg LReg 16.06.2003 Drs 13/2159
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2206
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2207
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2208
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2209
 BeschlEmpf und Bericht FinA 18.09.2003 Drs 13/2452
 PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3773
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2210
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2211 (21 S.)
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2212
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2213
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2214 (18 S.)
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2221
 Mittlg LReg 21.08.2003 Drs 13/2366
 Mittlg LReg 09.09.2003 Drs 13/2393
 Mittlg LReg 22.10.2003 Drs 13/2525
 BeschlEmpf und Bericht FinA 04.12.2003 Drs 13/2697 (47 S.)
 PIPr 13/57 12.12.2003 S. 4076-4082
 Mittlg LReg 27.10.2003 Drs 13/2540
 Mittlg LReg 13.11.2003 Drs 13/2620
 Mittlg LReg 04.12.2003 Drs 13/2705 (12 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2911
 PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
 Mittlg LReg 10.12.2003 Drs 13/2713
 Mittlg LReg 15.12.2003 Drs 13/2729
 BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3036
 PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4893
 Mittlg LReg 16.12.2003 Drs 13/2735 (10 S.)
 Mittlg LReg 28.01.2004 Drs 13/2865
 Mittlg LReg 18.02.2004 Drs 13/2924
 BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2930
 PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
 Mittlg LReg 03.05.2004 Drs 13/3160 (32 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3276
 PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319
 Mittlg LReg 14.05.2004 Drs 13/3214
 Mittlg LReg 31.08.2004 Drs 13/3522
 Mittlg LReg 21.12.2004 Drs 13/3912
 BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4297
 PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699 6700
 Mittlg LReg 01.07.2005 Drs 13/4461 (37 S.)
 Mittlg LReg 30.08.2005 Drs 13/4622
 Mittlg LReg 29.12.2005 Drs 13/5018

*Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift
 1996 des RH zur LHR von BW für das Hj 1994 (Drs 12/1756)*

Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1189

*Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2000 durch
 den Ltg*

Mittlg
s. Rechnungshof
 Drs 13/1282

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2001

Antr FM 23.01.2003 Drs 13/1656
 PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2525
 BeschlEmpf und Bericht FinA 04.12.2003 Drs 13/2702
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

*Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
 des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001*

Mittlg RH 10.07.2003 Drs 13/2246
 PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305
 BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs
 13/2700 (69 S.)
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
 Mittlg LReg 11.03.2004 Drs 13/3008
 Mittlg LReg 13.04.2004 Drs 13/3113
 Mittlg LReg 29.04.2004 Drs 13/3144
 Mittlg LReg 14.06.2004 Drs 13/3260
 Mittlg LReg 15.06.2004 Drs 13/3262
 Mittlg LReg 23.06.2004 Drs 13/3292 (22 S.)
 Mittlg LReg 22.06.2004 Drs 13/3293
 Mittlg LReg 24.06.2004 Drs 13/3295
 Mittlg LReg 30.06.2004 Drs 13/3311
 Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3312
 Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3313
 Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3314
 Mittlg LReg 30.06.2004 Drs 13/3315
 Mittlg LReg 29.09.2004 Drs 13/3335 (10 S.)
 Mittlg LReg 21.07.2004 Drs 13/3415
 Mittlg LReg 05.08.2004 Drs 13/3484
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004 Drs 13/3699
 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791
 Mittlg LReg 20.08.2004 Drs 13/3510
 Mittlg LReg 02.09.2004 Drs 13/3529
 Mittlg LReg 20.09.2004 Drs 13/3555
 Mittlg LReg 05.10.2004 Drs 13/3610 (14 S.)
 Mittlg LReg 05.10.2004 Drs 13/3611
 Mittlg LReg 11.11.2004 Drs 13/3741
 Mittlg LReg 02.12.2004 Drs 13/3831
 Mittlg LReg 16.12.2004 Drs 13/3848
 Mittlg LReg 16.12.2004 Drs 13/3849
 Mittlg LReg 13.12.2004 Drs 13/3875
 Mittlg LReg 22.12.2004 Drs 13/3913
 BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5155

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8009
 Mittlg LReg 30.12.2004 Drs 13/3930
 Mittlg LReg 30.03.2005 Drs 13/4196
 BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4295
 PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699
 Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4402
 BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4507
 PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7192 7193
 Mittlg LReg 31.05.2006 Drs 13/5247

*Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2001 durch
 den Ltg*

Mittlg
s. Rechnungshof
 Drs 13/2384

Haushaltsrechnung für das Hj 2002

Antr FM 23.01.2004 Drs 13/2833
 PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144
 BeschlEmpf und Bericht FinA 03.03.2005 Drs 13/4104
 PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

*Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
 des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002*

Mittlg RH 01.07.2004 Drs 13/3330
 PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5115
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
 03.03.2005 Drs 13/4103 (dazu Anlage 1-4 Anregung
 des RH) (61 S.)
 PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
 Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4403
 Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4404
 Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4405
 Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4415
 Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4416
 Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4440
 BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4514
 PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7193
 Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4441
 BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4515
 PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040
 Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4442
 Mittlg LReg 01.07.2005 Drs 13/4459
 Mittlg LReg 01.07.2005 Drs 13/4460
 Mittlg LReg 19.08.2005 Drs 13/4611
 Mittlg LReg 12.09.2005 Drs 13/4638
 Mittlg LReg 22.09.2005 Drs 13/4653
 Mittlg LReg 17.10.2005 Drs 13/4726
 Mittlg LReg 22.11.2005 Drs 13/4863
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/367
 Mittlg LReg 01.12.2005 Drs 13/4914
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/368
 Mittlg LReg 27.12.2005 Drs 13/4923
 Mittlg LReg 12.12.2005 Drs 13/4956
 Mittlg LReg 19.12.2005 Drs 13/4991
 Mittlg LReg 22.12.2005 Drs 13/5006
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/367
 Mittlg LReg 22.12.2005 Drs 13/5007
 Mittlg LReg 03.01.2006 Drs 13/5022
 Mittlg LReg 15.02.2006 Drs 13/5173
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/365
 Mittlg LReg 31.03.2006 Drs 13/5222
 Mittlg LReg 04.04.2006 Drs 13/5226
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/370

Mittlg LReg 31.05.2006 Drs 13/5248
 Mittlg LReg 20.06.2006 Drs 14/33
 Mittlg LReg 23.06.2006 Drs 14/47
 Mittlg LReg 21.07.2006 Drs 14/164

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2002 durch den Ltg

Mittlg
s. Rechnungshof
 Drs 13/3535

Haushaltsrechnung des Landes BW für das Hj 2003

Antr FM 27.01.2005 Drs 13/3986
 PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863
 BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5070
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7851-7858

Instrumentarien zur Beurteilung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte

Bewertung der Generationenbilanzierung aus Sicht der LReg, der „Wirtschaftsweisen“ u.a. Sachverständiger; Zeitperspektive für eine erstmalige Vorlage mit dem Haushaltsplanentwurf; Entwicklung von Standards zur Anwendung auch bei den Kommunen und LKreisen; Eignung der Anwendung kaufmännischer Methoden für die Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des Haushalts zur Vorlage einer Vermögensrechnung; Frage nach Vorarbeiten und Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten eines derart neugestalteten Haushaltsrechts

Antr
s. Haushalt (Finanzen)
 Drs 13/4244

Denkschrift 2005 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2003

Mittlg RH 30.06.2005 Drs 13/4453
 PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877
 BeschlEmpf und Bericht FinA 16.02.2006 Drs 13/5068 (dazu Anlage 1-3 Anregung des RH) (85 S.)
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7851-7858
 Mittlg LReg 20.03.2006 Drs 13/5211
 Mittlg LReg 20.06.2006 Drs 14/24
 Mittlg LReg 20.06.2006 Drs 14/25
 Mittlg LReg 20.06.2006 Drs 14/26
 Mittlg LReg 23.06.2006 Drs 14/46
 Mittlg LReg 27.06.2006 Drs 14/55
 Mittlg LReg 27.06.2006 Drs 14/56
 Mittlg LReg 10.07.2006 Drs 14/97
 Mittlg LReg 10.07.2006 Drs 14/98
 Mittlg LReg 17.07.2006 Drs 14/118
 Mittlg LReg 30.08.2006 Drs 14/269

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2003 durch den Ltg

Mittlg
s. Rechnungshof
 Drs 13/4672

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks 2003 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg
s. Rundfunk
 Drs 13/4865

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 24) - Kreisbeschreibungen der Staatlichen Archivverwaltung

Mittlg LReg 01.12.2005 Drs 13/4899

Haushaltsrechnung für das Hj 2004

Antr FM 21.12.2005 Drs 13/5003
 PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645

Haushaltsrecht

s.a. Haushaltsrechnung
s.a. Haushaltsstrukturgesetz

Ges zur Änd des Landesplanungsges u.a. Ges

Umsetzung des Raumordnungsges des Bundes, Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die RegPräs, Aufhebung von Richtwerten zur Siedlungsstruktur in den Regionalplänen, Vorgaben für regionalplanerische Festlegungen zu Windkraftanlagen, Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verfahren der Aufstellung und Fortschreibung von Regionalplänen; Änd der LHO sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. Landesplanung
 Drs 13/1883

Schreiben des BVerfG vom 08.09.2004 - Normenkontrollverfahren auf Antrag von 33 Abg des schleswig-holsteinischen Ltg gegen das schleswig-holsteinische HaushaltsGes 2003

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322
 BeschlEmpf und Bericht StändA 28.10.2004 Drs 13/3710
 PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Ges zur Änd der Landesverfassung

Verhinderung des weiteren Anstiegs der Verschuldung bzw der Überschreitung der erwarteten Einnahmen durch die geplanten Ausgaben, Einführung eines laufenden Haushalts-Monitorings zur Einhaltung dieser Ausgabenregel durch eine mittelfristige Nachhaltigkeitsplanung, Kompensation evtl Überschreitungen des laufenden Jahres in den Folgejahren, Regelung von Einzelheiten in der LHO

GesEntw
s. Finanzpolitik
 Drs 13/4070

Immobilienverkäufe des Landes, die Gründung einer öffentlich-privaten Partnerschaft und die Haushaltsordnung des Landes
 Höhe der im Haushalt veranschlagten und getätigten Verkäufe, Form und erwartete Gegenleistung der Einbringung und Verwertung weiterer Liegenschaften iRd o.g. Partnerschaft, Vereinbarkeit der Beteiligung an einer gemeinsamen Verwertungsgesellschaft mit Privaten sowie der Aufteilung der Erlöse mit der Haushaltsordnung, Wahrung der Beteiligungsrechte des Parlaments bei der Veräußerung von Grundstücken; Konsequenzen der Aufgabenverlagerung für die Hochbauverwaltung

Antr
s. Landeseigene Immobilien
 Drs 13/4156

Instrumentarien zur Beurteilung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte

Bewertung der Generationenbilanzierung aus Sicht der LReg, der „Wirtschaftsweisen“ u.a. Sachverständiger; Zeitperspektive für eine erstmalige Vorlage mit dem Haushaltsplanentwurf; Ent-

wicklung von Standards zur Anwendung auch bei den Kommunen und LKreisen; Eignung der Anwendung kaufmännischer Methoden für die Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des Haushalts zur Vorlage einer Vermögensrechnung; Frage nach Vorarbeiten und Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten eines derart neugestalteten Haushaltsrechts

Antr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/4244

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw

s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*

Drs 13/4741

Ges zur Änd des Gemeindefortschrittsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des Aufwandsentschädigungsges

GesEntw

s. *Gemeindefortschrittsrecht*

Drs 13/4767

Einräumung einer weitgehenden Zuständigkeit des Europäischen Parlaments für das Haushaltsrecht

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3309

Haushaltsstrukturgesetz

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, des ADV-ZusammenarbeitsGes, EingliederungsGes, Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Ges, VersorgungsrücklageGes, FinanzausgleichsGes, der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Aufhebung der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst

GesEntw LReg 10.02.2003 Drs 13/1763 (17 S.)

1. Beratung PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2657

BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1874

2. und 3. Beratung PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

GesBeschl 26.03.2003 Drs 13/1953

GBI 2003 Nr. 4 S. 159-161 (Ges vom 08.04.2003)

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbeamtenGes, EingliederungsGes, des Gesetzes zur Durchführung des UnterhaltsvorschussGes, des FinanzausgleichsGes, UniversitätsklinikGes, des Gesetzes zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie, Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes, des PflichtexemplareGes und der BeihilfeVO

GesEntw LReg 26.11.2003 Drs 13/2680 (17 S.)

1. Beratung PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941-3947

1. Beratung PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007-4043

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2004 Drs 13/2816 (dazu EAntr CDU und FDP/DVP HStrG/1, ÄAntr CDU und FDP/DVP HStrG/2 und ÄAntr GRÜNE HStrG/3) (22 S.)

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2842

2. Beratung PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

GesBeschl 30.01.2004 Drs 13/2915

GBI 2004 Nr. 3 S. 66-69 (Ges vom 17.02.2004)

Mittlg LReg 13.05.2004 Drs 13/3202

Fortbestand der garantierten Tarifsicherheit für die Beschäftigten an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Bewertung der Garantieerklärungen und rechtlichen Bindung zur Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder, Auswirkungen eines möglichen Ausstiegs infolge der Änderung des UniversitätsklinikGes durch das HaushaltsstrukturGes 2004 auf die Beschäftigten, die Patientenversorgung, Forschung und Lehre; erwartete Einsparungen, Hinweis auf die entsprechende Gehälterabsenkung an den Universitätskliniken in Dresden und Leipzig; Erneuerung der einstimmigen Beschlusslage des Ltg von 1996, Verzicht auf die im HaushaltsstrukturGes 2004 vorgesehene Möglichkeit des Ausstiegs aus der TdL

Antr

s. *Tarifvertrag*

Drs 13/2678

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Streichung der Sonderzahlung für (höhere) Beamte als Berufsanfänger; Erhebung eines Pflegebeitrags der Pensionäre; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Begrenzung der Zuschüsse an private Abendrealschulen, -gymnasien und Kollegs; Verringerung der Bekleidungskontogutschriften für die Polizeibeamten; Änd des LSonderzahlungsGes, des FinanzausgleichsGes, PrivatschulGes, der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie der PolizeidienstkleidungsVO

GesEntw LReg 02.12.2004 Drs 13/3832 (50 S.)

1. Beratung PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637-5646

1. Beratung PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5793-5827

ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.01.2005 Drs 13/4004-HStG/1 S. 72 73

BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4016 (dazu ÄAntr HStG/1-HStG/2, ÄAntr 12/11) (13 S.)

2. Beratung PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6137 6138

GesBeschl 18.02.2005 Drs 13/4083

GBI 2005 Nr. 4 S. 145-147 (Ges vom 01.03.2005)

Haushaltsstrukturkommission

s. Haushalt (Finanzen)

Hausmann, Rudolf MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201

Hausmüllverbrennungsanlage

s. Abfallbeseitigungsanlage

Hauspflege

Zukunft der stationären Altenpflege in BW

Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege trotz veränderter Lebensformen und demographischer Bedingungen, Entlastung der pflegenden Angehörigen

GrAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/233

Familienunterstützende Angebote in BW

Förderung der Familienpflege, Anhebung der Förderung auf das alte Niveau

GrAnfr

s. Familie

Drs 13/681

Demenzerkrankungen - eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung

Entwicklung der Formen und Verbreitung o.g. Krankheitsbilder; vorhandene Verfahren zur Früherkennung, Prävention und Therapie; Versorgung der Erkrankten durch Angehörige, ambulante und stationäre Einrichtungen; Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Modellprojekten

Antr

s. Gehirnkrankheit

Drs 13/1259

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Auswirkungen der vom Bund geplanten Kürzungen im Zivildienstbereich im Main-Tauber-Kreis und landesweit

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/1908

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/2027

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl von behinderten alten Menschen seit 1993, jeweiliger Anteil der von Angehörigen betreuten, ambulant und in Heimen versorgten Pflegebedürftigen, Beurteilung von Modellen zur Versorgungsqualität und Integration

GrAnfr

s. Behinderter

Drs 13/2021

Ausnahmegenehmigungen nach § 48 StraßenverkehrsO (StVO) für Pflegedienste

Ermöglichung o.g. Ausnahmegenehmigungen vom Parkverbot für ambulante Pflegedienste und damit der Gleichstellung mit Handwerkernotdiensten und Fahrzeugen des Südwestrundfunks

MdLAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/2447

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 21

Darlegung der Entwicklung seit 2001 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage, Auswirkungen der vom Bund eingeführten Kürzungen im Zivildienstbereich im Wahlkreis 21 und landesweit

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/3097

Pflegekräfte aus den MOE-Staaten bzw Schwarzarbeit in der häuslichen Pflege

Ausmaß, Rechtsgrundlage und Auswirkungen o.g. Arbeitsverhältnisse; Kontrolle durch die Arbeitsverwaltung? Bezahlung der osteuropäischen Pflegekräfte durch die Angehörigen mit bezogenem Pflegegeld? Behandlung der Problematik in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungs-Ges

KlAnfr

s. Pflegeberuf

Drs 13/3142

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Ostalbkreis

Darlegung der Entwicklung im Ostalbkreis und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/3249

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Darlegung der Entwicklung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/3448

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/3650

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger sowie bei Sonderpflegediensten

- ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009 5-6 S. 34 35
- ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009 21-22 S. 56-58
- ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-24 S. 60
- ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4049 2-3 S. 4 5
- PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Herausforderungen der demographischen Entwicklung und damit auch der Zunahme von Demenzerkrankungen, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege

- GrAnfr
- s. *Alter Mensch*
- Drs 13/4213

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Bedeutung der Familienpflegedienste

- Antr
- s. *Familie*
- Drs 13/4425

Häusliche Krankenpflege für psychisch kranke Menschen

Ausgestaltung, Kosten, Träger und Qualitätsmerkmale der o.g. neuen GKV-Leistung; Verzahnung mit den vorhandenen Angeboten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich; Leistungsanspruch von Sozialhilfeempfängern und voraussichtliche Kosten der Träger; geeignete Institutionen für eine sinnvolle Patientensteuerung unter Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten sowie des Konzepts der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung

- Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 28.07.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4562
- BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 50
- PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Haushalt 2006; Nachtrag

Rücknahme der Kürzungen von Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger sowie bei Familienpflegediensten

- ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 15 S. 69
- ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 44 S. 103 104
- ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-36 S. 55 56
- PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Anteil der von Angehörigen versorgten Pflegebedürftigen, Aufbau von Unterstützungsnetzen und Hilfen für pflegende Angehörige

- PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1323 1328-1330 1332-1334

Flankierende Unterstützung der häuslichen Pflege von Angehörigen durch ambulante und stationäre Dienste

- PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544-2552

Förderung der häuslichen Pflege von Angehörigen, Kritik an den Kürzungen für die ambulanten Dienste

- PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4206 4208 4211

Vorrang der häuslichen Krankenpflege für psychisch Kranke

- PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6774 6779

Förderung der häuslichen Pflege von Angehörigen, Kritik an den Kürzungen für die ambulanten Dienste

- PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7401

Unterstützung der häuslichen Pflege von Schwerstkranken durch die ambulanten Hospizdienste

- PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7481

Begleitung und Entlastung von Angehörigen bei der häuslichen Pflege von alten und kranken Menschen

- PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7559 7565

Flankierende Unterstützung der pflegenden Angehörigen

- PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7775 7777-7779

Haustier

s. *Tier*

Haustierhandel

s. *Tierhandel*

Haustierzucht

s. *Tierzucht*

Hauswirtschaft

s. *Haushalt (Lebensführung)*

Hebamme

Situation der Hebammen in BW

Entwicklung der Zahl der niedergelassenen sowie an Krankenhäusern tätigen Hebammen sowie der mit und ohne Kaiserschnitt geborenen Kinder seit 1999, Höhe der jeweiligen Vergütung bzw. erhobenen Eigenanteile der Krankenkassen, Gründe und Folgen der Ausgrenzung der Hebammen von der Leistungsabrechnung mittels der elektronischen Gesundheitskarte sowie beim PräventionsGes des Bundes, Höhe der Mindestmengen an Entbindungen im Krankenhaus für dessen Verbleib im System der neuen Fallpauschalenregelung, Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung

- Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 16.03.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4151 (14 S.)
- BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/5052 S. 25-30
- PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Hinwirkung auf einen Heilberufsausweis auch für Hebammen

- PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7752

Hechingen

Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hechingen

Aufklärung der Umstände des Ausbruchs von vier Gefangenen; Frage nach personellen und baulichen Mängeln in Hechingen u.a. JVA im Land bzw. nach Abhilfemaßnahmen; Verpflichtung privater Sicherheitsdienste als Reaktion auf den Ausbruch?

- Antr
- s. *Gefangener*
- Drs 13/3653

Auswirkungen auf die Region Zollernalb durch die Krankenhausschließung in Hechingen

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Klinik Hechingen, Auswirkungen einer Schließung auf die Patientenversorgung in der Region bzw auf die um den Klinikbetrieb angesiedelten Medizintechnik-Unternehmen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern im Zollernalbkreis mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4223

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/4860

Demonstration von Eltern in Hechingen auf dem Schulhof gegen die Einführung des G 8

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3416 3417

Hegeschau

s. *Wild*

Heidelberg

s.a. *Thorax-Klinik Heidelberg*

Nachtverkehr im Raum Mannheim/Heidelberg

Beurteilung des o.g. ÖPNV-Angebots an Wochenenden; Unterstützung einer Verbesserung durch Bestellung von Nahverkehrsleistungen zwischen den Hauptbahnhöfen Mannheim und Heidelberg

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/739

Landeszuschüsse für Kinderbetreuungsprojekte

Höhe der o.g. Zuschüsse für Kinder unter und ab drei Jahren; Fördersituation in Heidelberg; Umfang der Leistungen aus Bundes- und Landeserziehungsgeld, Entwicklung der Aufwendungen für das Landeserziehungsgeld seit 1999

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1025

Notaufnahme der Kinderklinik Heidelberg

Entwicklung der Organisation und Personalausstattung in den letzten fünf Jahren, Gewährleistung einer optimalen Versorgung der Patienten

KlAnfr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1045

Grundwasseranstieg in Kommunen der Region Karlsruhe - Heidelberg/Mannheim

Untersuchung der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des o.g. Phänomens in Nordbaden bzw der Region Unterer Neckar durch Vergabe eines Gutachterauftrags; Frage nach einem Ausgleich der Schäden durch Wassereintritt in Privatgebäuden

KlAnfr
s. *Grundwasser*
Drs 13/1104

Rechtsextreme Tendenzen bei der Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg

Aktivitäten und Beziehungen der o.g. Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Vereinen, Parteien und Organisationen

Antr
s. *Studentische Verbindung*
Drs 13/1172

Fragwürdiges Führen akademischer Titel durch einen Heidelberger Doktor der Philosophie

Frage nach der Berechtigung zur Führung des Titels „Professor Dr. med. Universität Belgrad“ durch einen Heidelberger Wissenschaftler sowie nach der Legitimation einer „Universität für Frieden in Heidelberg“, Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität von medizinischen Büchern des Herrn G-M sowie deren Verbreitung durch das unberechtigte Führen der akademischen Titel

KlAnfr
s. *Akademiker*
Drs 13/1311

Planung einer integrierten Leitstelle für Feuerwehr- und Rettungsdienste im Rhein-Neckar-Kreis bzw der Stadt Heidelberg

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 13/2479

SPNV im Rhein-Neckar-Raum

Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRd Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2644

Bearbeitung von Anträgen auf GVFG-Förderung, die vor dem 30.11.2003 gestellt wurden

Zeitpunkt einer Entscheidung über den Antrag für das Projekt „Straßenbahn Kirchheim“ der Stadt Heidelberg, Bescheidung aller o.g. Anträge vor dem 30.06.2004

Antr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/3206

Förderung von Ganztages-Grundschulen

Höhe der für 2004 bereitgestellten Mittel zur Förderung von Grundschulen als Ganztagsgrundschulen, Auflistung des Anteils und der geförderten Standorte im Oberschulamtsbezirk Karlsruhe, Kriterien zur Anerkennung einer Grundschule als Brennpunktschule, Gründe für die Ablehnung der Grundschule Emmertsgrund in Heidelberg

KlAnfr
s. *Grundschule*

Drs 13/3358

Geplante Umstrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte in BW, insbes in Heidelberg

KlAnfr

s. *US-Streitkräfte*

Drs 13/3507

Ablehnung eines Lehramtsanwärters wegen „Mitarbeit in extremistischer Gruppierung“

Ablehnung der Einstellung als Realschullehrer wegen Zweifeln an der Verfassungstreue: Frage nach Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ sowie nach Verstößen des Lehramtsanwärters gegen Rechtsvorschriften bzw die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Beurteilung einer Einstellung im Beamten- oder Angestelltenstatus zu einem späteren Zeitpunkt

Antr

s. *Beamtenanwärter*

Drs 13/3537

Berufsverbot für den Heidelberger Studienassessor M.C.

Ablehnung der Einstellung des o.g. Lehramtsanwärters als Realschullehrer wegen Mitgliedschaft in einer als linksextrem eingestuften Vereinigung: Rechtsgrundlage, Art und Inhalte der Erkenntnisgewinnung und -weitergabe durch den Verfassungsschutz, Frage nach Inhalten und Ergebnissen des „vertieften Einstellungsgesprächs“ beim Oberschulamt Karlsruhe sowie nach Gesprächen mit den Beteiligten an der Heidelberger Theodor-Heuss-Realschule

KlAnfr

s. *Beamtenanwärter*

Drs 13/3545

Umstrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte, insbes in Heidelberg; Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern

KlAnfr

s. *US-Streitkräfte*

Drs 13/3778

Neustrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte, insbes in Heidelberg und Stuttgart; Beurteilung der Konkurrenzsituation zwischen Heidelberg und Wiesbaden; Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der hessischen LReg und der BReg

KlAnfr

s. *US-Streitkräfte*

Drs 13/4026

Geplanter Abzug der US-Streitkräfte aus BW

Verlegung des US-Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden, Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der BReg und der Stadt Heidelberg; Unterstützung der vom Abzug betroffenen Städte mit einem Konversionsprogramm oder über Mittel aus bestehenden Programmen

KlAnfr

s. *US-Streitkräfte*

Drs 13/4290

Neuorientierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Landesakademie)

Umsetzbarkeit der vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen zum Akademienprogramm und ihre jeweiligen Auswirkungen, insbes der Konzentration auf langfristige angelegte geisteswissenschaftliche Grundlagenforschung, der vorzeitigen Beendigung von Vorhaben wie des Projekts „Wörterbuch des Spanischen des Mittelalters“, Beeinflussung von Synergieeffekten im Lexikographiezentrum Rhein-Neckar, Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen, insbes in der Ausbildung und Lehrbeteiligung des wissenschaftlichen Nachwuchses; Entwicklung der Finanzausstattung und Zuwendungen des Landes im Vergleich zu anderen Landesakademien, Rückfluss von Mitteln durch vorzeitige Beendigung von Projekten?

GrAnfr

s. *Akademie der Wissenschaften*

Drs 13/4762

Befürchtung einer Abkopplung Heidelbergs vom Fernverkehr im Falle eines Bypass-Bahnhofs zwischen Mannheim und Heidelberg auf der grünen Wiese

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1593

Hochwassergefährdung der Heidelberger Altstadt, Positionsbestimmung von Heidelberg am Neckar und nicht am Rhein

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6998 7000

Aufforderung der Stadt Heidelberg zur Anwendung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7649 7652 7653 7659 7665 7671 7672

Heidenheim

Zukunft der Autobahnmeisterei Heidenheim

Ergebnisse und Konsequenzen des Gutachtens zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Autobahnmeistereien Heidenheim/Oggenhausen und Ellwangen, Kosten und Finanzierung eines Neubaus in Aalen/Ebnat; Erhaltung der Autobahnmeisterei Heidenheim/Oggenhausen

Antr

s. *Straßenmeisterei*

Drs 13/274

Folgen der Verschärfung der Anrechnung bei der Abwasserabgabe

Angestrebte Ziele und Folgen der Reduzierung des erlaubten Fremdwasseranteils im Abwasser im Zuge der Novellierung des WasserGes, Mehrbelastung der Stadt Heidenheim infolge geologisch bedingter höherer Grundwasserzuflüsse in die Abwasser- netze; Verankerung einer Ausnahmeregelung im Gesetz

KlAnfr

s. *Abwasserabgabe*

Drs 13/2617

Heidenheim, Landkreis

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreis Heidenheim

Zeitrahen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/249

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1716

Situation der Landwirtschaft im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Zahl, Einkommenslage, Liquidität und Investitionsbereitschaft der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe seit 1996; Anteil und Mittelzufluss der teilnehmenden Betriebe aus den Programmen SchALVO und MEKA

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1769

Pauschalierung der Mittel für die Kindergartenförderung im LKreis Heidenheim

Höhe der o.g. Zuschüsse aus dem FAG für die einzelnen Kommunen nach dem neuen KindergartenGes ab 01.01.2004, Höhe der jeweiligen Zuweisungen 2002, Stichtag für die Ermittlung der Kopfzahl der Kinder für die neue Förderpraxis

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/2379

EU-Strukturförderung für den LKreis Heidenheim

Veränderung der Kriterien und Bedingungen für die Aufnahme in die neue Förderkulisse ab 2006? Gründe für die Ablehnung der Aufnahme des LKreises Heidenheim in die Gebietskulisse nach Ziel 2 im Jahr 1999; Frage nach Vorbereitungen für den neuen Förderzeitraum

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 13/3212

Heidschnucke

s. *Schaf*

Heilbad

s. *Kurort*

Heilberufe-Kammergesetz

s. *Kammer (Körperschaft)*

Heilbronn

s.a. *Fachhochschule Heilbronn*
s.a. *Heilbronn, Landkreis*
s.a. *Heilbronn-Franken, Region*

Bundeswasserstraße Neckar

Stand der Realisierung eines überregionalen Güterverkehrszentrums in Heilbronn

KlAnfr
s. *Neckar*
Drs 13/451

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/572

IR-Zugverbindung Heilbronn-Würzburg

Planungsstand der Bahn AG zur o.g. Relation, Bereitschaft des Landes zur Übernahme entsprechender Ersatzverkehre bzw. Einsatz von Nahverkehrszügen wie z.B. des Regionalexpress

KlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/921

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Prüfung der Umsetzbarkeit einer modernen Patientenchipkarte, der elektronischen Patientenakte sowie von Dokumentations- und Spracherfassungssystemen iR eines Modellprojekts; Lösung der Datenschutzproblematik i.S.d. Patienten; Förderung des iRD Studiengangs „Medizinische Informatik“ der Universität Heidelberg und der FH Heilbronn projektierten Kompetenzzentrums Telemedizin in Heilbronn

Antr
s. *Medizin*
Drs 13/1144

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Rahmendaten, Standortdefizite und -chancen in Heilbronn und den vier LKreisen der Region; modifizierte Fortschreibung der GrAnfr und Antw von 1998 auf Drs 12/1976: Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- bzw Wirtschaftsdaten, Verkehrsinfrastruktur, Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Wohnplätze für behinderte Menschen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Maßnahmen zur Deckung des o.g. Bedarfs

KlAnfr
s. *Wohnheim für Behinderte*
Drs 13/1701

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Heilbronn

Auflistung o.g. Schulen bzw der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme u.a. auch der Johannes-Häußler-Hauptschule in Neckarsulm

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/3012

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3218

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3683

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbauprojekts Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/3890

Kindergärten im LKreis und Stadtkreis Heilbronn

Zahl der Kindertagesstätten, Kindergärten und Kindergarten- gruppen von Gemeinden und freien Trägern sowie Höhe der Zuschüsse 2003, 2004 und 2005; Begründung evtl Schließungen sowie Abweichungen in der Höhe der Zuweisungen

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3953

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Kommunale Mittel

Entwicklung der Zuweisungen an die Kommunen des LKreises Heilbronn für die Jahre 1996 bis 2004

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/4091

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme

auf die Arbeitsmarkt- und Bereitstellungs- und Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4152

Bahnverbindung Würzburg-Heilbronn

Stand der o.g. Ausbauplanung der Bahn AG, Begründung des Abbruchs trotz der ursprünglichen Zusage 2002

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/4267

Notwendigkeit einer Vergrößerung des Wahlkreises Heilbronn, Zuordnung von Gemeinden aus dem LKreis Heilbronn

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5835 5839-5842 5845 5846

Heilbronn, Landkreis

Kommunikationsprobleme der Rettungsdienste

Möglichkeiten zur Beseitigung von Unzulänglichkeiten bei Funkverbindungen im LKreis Heilbronn

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/140

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/572

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Rahmendaten, Standortdefizite und -chancen in Heilbronn und den vier LKreisen der Region; modifizierte Fortschreibung der GrAnfr und Antw von 1998 auf Drs 12/1976: Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- bzw Wirtschaftsdaten, Verkehrsinfrastruktur, Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Wohnplätze für behinderte Menschen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Maßnahmen zur Deckung des o.g. Bedarfs

KlAnfr
s. *Wohnheim für Behinderte*
Drs 13/1701

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW im LKreis Heilbronn

Zustand und Veräußerungschancen der o.g. Gebäude, Ursachen und laufende Kosten des Verzichts auf eine Nutzung, Einschätzung der erzielbaren Gesamtverkaufssumme

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/1942

Zuschüsse für die Gemeinden im Wahlkreis 20 aus dem Ausgleichsstock in den Jahren 1998-2003

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/2232

Pauschalierung der Mittel für die Kindergartenförderung und Auswirkung des KindergartenGes im LKreis Heilbronn

Höhe der o.g. Zuschüsse aus dem FAG für die einzelnen Kommunen nach dem neuen KindergartenGes ab 01.01.2004, Höhe der jeweiligen Zuweisungen 2002, Stichtag für die Ermittlung der Kopfzahl der Kinder für die neue Förderpraxis, Einrichtung zusätzlicher Gruppen aufgrund der Zahl der angemeldeten Kinder, Erfahrungen mit der Aufnahme der Angebote freier Träger in den Bedarfsplan der Kommunen

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/2745

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Heilbronn

Auflistung o.g. Schulen bzw der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme u.a. auch der Johannes-Häußler-Hauptschule in Neckarsulm

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/3012

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3218

Kindergärten im LKreis und Stadtkreis Heilbronn

Zahl der Kindertagesstätten, Kindergärten und Kindergarten- gruppen von Gemeinden und freien Trägern sowie Höhe der Zuschüsse 2003, 2004 und 2005; Begründung evtl Schließungen sowie Abweichungen in der Höhe der Zuweisungen

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3953

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4066

Kommunale Mittel

Entwicklung der Zuweisungen an die Kommunen des LKreises Heilbronn für die Jahre 1996 bis 2004

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/4091

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4152

Notwendigkeit einer Vergrößerung des Wahlkreises Heilbronn, Zuordnung von Gemeinden aus dem LKreis Heilbronn

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5835 5839-5842 5845 5846

Heilbronn-Franken, Region

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/572

Bevölkerungsentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Entwicklung der Altersstruktur, der Erwerbs- und Zuwanderungsquote seit 1995; Höhe der Mieten, Wohnraumsituation und -förderung in der Region

Antr
s. *Bevölkerungsentwicklung*
Drs 13/1207

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Rahmendaten, Standortdefizite und -chancen in Heilbronn und den vier LKreisen der Region; modifizierte Fortschreibung der GrAnfr und Antw von 1998 auf Drs 12/1976: Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- bzw Wirtschaftsdaten, Verkehrsinfrastruktur, Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft

GrAnfr FDP/DVP 19.07.2002 und Antw WM Drs 13/1211 (30 S.)

Tourismusentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Ga-

stronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1461

Stärkung des Tourismus in der Region Heilbronn-Franken

Initiierung eines gemeinsamen Tourismusverbands; Unterstützung örtlicher Bemühungen für den Ausbau und die Vernetzung von Radwegen

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1618

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Ausweisung von Windparks und Einzelanlagen in der Region Franken

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1390

Stärkung des Tourismus in der Region Heilbronn-Franken, Initiierung eines gemeinsamen Tourismusverbands

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7964 7965

Heiligenberg

Schloss Heiligenberg/Wiedereröffnung des Schlosses und des Blumengartens

Höhe und Zwecke der Bezuschussung o.g. Anlagen, Gründe und Dauer der Sperrung, Hinwirkung auf Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit

KlAnfr
s. *Schloss Heiligenberg*
Drs 13/54

Wiedereröffnung des Schlosses Heiligenberg mit Blumengarten für die Öffentlichkeit

Höhe der gewährten Zuschüsse für o.g. Anlagen; Einwirkung auf das Haus Fürstenberg zur Wiedereröffnung

MdlAnfr
s. *Schloss Heiligenberg*
Drs 13/1002

Heilkunde

s. *Medizin*

Heilkur

s. *Kur*

Heilpädagoge

s.a. *Heilpraktiker*

Einsatz von Sprachheilpädagogen in Kindergärten

Entwicklung der Zahl und des künftigen Bedarfs von Sprachheilpädagogen in Kindergärten und Grundschulen

KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 05.09.2002 und Antw KM Drs 13/1298

Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule

Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in der Grundschule

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/1665

Auswirkungen der neuen VO der LReg für die Fachschulen des Fachbereichs Sozialwesen der Fachrichtungen Jugend- und Heimerziehung, Heilerziehungspflege und Heilpädagogik (Sozialwesen FachschulVO) vom 30. März 2004

Höhe und Träger der finanziellen Mehrkosten infolge der o.g. Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/3252

Heilpraktiker

s.a. *Heilpädagoge*

Maßnahmenkatalog im Hinblick auf das Wirken der Scientology-Organisation

Beurteilung der Maßnahmen aufgrund der bayerischen Expertise, insbes Intensivierung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie der Öffentlichkeitsarbeit durch die interministerielle Arbeitsgruppe, Schulung von Ansprechpartnern bei den Polizeipräsidien; Unterstützung des bayerischen GesEntw für die gewerbliche Lebensbewältigungshilfe im BRat; Fortführung der Förderung des Projekts „Odenwälder Wohnhof“ für die Opfer von Psychogruppen; Prüfung von Maßnahmen nach dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb nach dem Heilpraktiker-Ges

Antr
s. *Sekte*
Drs 13/1552

Heilpraktiker

Zahl und Berufsbild der Heilpraktiker in BW, Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, Vereinheitlichung der Überprüfung von Kenntnissen und Fähigkeiten vor Aufnahme der Berufstätigkeit, Einbeziehung der Heilpraktiker in die Prüfungen durch die Gesundheitsämter, Rezeptierrecht der Heilpraktiker und Beihilfefähigkeit der Leistungen, Beurteilung der eingeschränkten Heilerlaubnis auf den Bereich Psychotherapie nach Inkrafttreten des PsychotherapeutenGes

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 16.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2268

BeschlEmpf und Bericht SozA 04.12.2003 Drs 13/2985 S.

37-39

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Mehrwertsteuerbefreiung von Heilpraktikerschulen

Umsatzsteuerliche Behandlung von privaten Heilpraktikerschulen, Auswirkungen der neuen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs auf die bisher gängige Praxis? Frage nach einer bundeseinheitlichen Vorgabe

KlAnfr Nils Schmid SPD 25.05.2004 und Antw FM Drs 13/3235

Heilpraktikerschule

s. *Heilpraktiker*

Heilverfahren

s.a. *Frauenheilkunde*

s.a. *Krankenversorgung*

s.a. *Kur*

s.a. *Naturheilkunde*

s.a. *Psychotherapie*

s.a. *Schmerztherapie*

s.a. *Suchtbekämpfung*

s.a. *Transplantation (Medizin)*

Lymphdrainage zur Ödemvermeidung nach einer Brustkrebsoperation

Steigerung der Überlebenschance und Vermeidung neuer Ödeme durch o.g. Behandlung als Dauerprophylaxe, Beurteilung der Minimalforderung bzw einer BRatsinitiative zur Einstufung als Regelfall-Langfrist-Verordnung nach dem Heilmittelkatalog

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 14.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/446

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 31
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr

s. *Straftäter*

Drs 13/888

Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste

Gewährleistung der Finanzierungsgrundlagen, Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften und Landeswohlfahrtsverbände an dem Umstrukturierungsprozess, Stand der Verhandlungen zum Rahmenvertrag über die Versorgung mit Soziotherapie durch die Sozialpsychiatrischen Dienste

Antr

s. *Psychiatrie*

Drs 13/906

Errichtung einer forensischen Klinik in Heppenheim

Beurteilung o.g. Planung zur Durchführung des Maßregelvollzugs in Hessen sowie der damit verbundenen Konzeption der

Unterbringung, Therapie und Nachsorge forensischer Patienten; Darstellung der Möglichkeiten zur Einflussnahme sowie Anstrengungen zur Verstärkung der öffentlichen Sicherheit im grenznahen Bereich zu Hessen

Antr

s. *Psychiatrie*

Drs 13/922

Bau eines Radonbades in BW

Frage nach o.g. Planungen und deren Kostenträger, Bewertung der medizinischen Heilwirkung von Radonwässern bzw des Lungenkrebsrisikos von Radon für die Patienten und Beschäftigten

KlAnfr

s. *Radon*

Drs 13/1053

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Vorsorge- und Rehabilitationskuren sowie der Heilverfahren bei den Rentenversicherungsträgern seit 1997, Ausgleich der Leistungseingriffe der früheren BReg, Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms

GrAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/1060

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere sowie der Früherkennung bei den frauenspezifischen Krebserkrankungen, Darlegung der Erkrankungs- und Mortalitätsrate bei Krebserkrankungen, Qualität und Erfolg der zugänglichen Heilverfahren

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Verfahren über die Fortsetzung einer Therapie im Fall eines therapiebedürftigen Straftäters

Gründe des Abbruchs der Therapie eines im Sommer 2001 entlassenen Straftäters im LKkreis Ludwigsburg mit der Folge der erneuten Straffälligkeit; Bereitstellung der notwendigen Zahl von Therapieplätzen; angemessene Opferentschädigung

Antr

s. *Straftäter*

Drs 13/1202

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr

s. *Maßregelvollzug*

Drs 13/1323

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Verordnungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw. alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr
s. *Frauenheilkunde*
Drs 13/1446

Behandlungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Justiz und Drogenhilfe

Erhöhung der Erfolgsquote der Therapien und Senkung der Rückfallquoten in die Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss durch o.g. Kooperation von Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Drogenhilfe; Erfahrungen anderer BLänder; Initiierung geeigneter Modellprojekte

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/1462

Maßregelvollzug nach § 63 StGB in Weinsberg

Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt sowie in einem psychiatrischen Krankenhaus in Wiesloch und Weinsberg, Vergleich mit der Bildung von Kompetenzzentren, Beurteilung der vorgesehenen Erweiterung unter der Vorgabe einer wohnortnahen Therapie?

KlAnfr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/2306

Chronisch psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen in BW

Entwicklung o.g. Zahlen und der Versorgungsangebote, insbes. der ambulanten und gemeindenahen Versorgung; Frage nach Schritten zur Umsetzung des Psychiatrieplans und der Vorschläge des Landesarbeitskreises Psychiatrie zu einem LandespsychiatrieGes; Aufgaben, Personalausstattung und Leistungsspektrum der sozialpsychiatrischen Dienste, der psychiatrischen Institutsambulanzen an Krankenhäusern und der Soziotherapie; Anteil des Landes und der Kommunen an der Förderung der sozialpsychiatrischen Dienste, Notwendigkeit einer kontinuierlichen Fortführung bzw. einer Gesundheitsberichterstattung

GrAnfr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/2787

Situation HIV-infizierter Kinder in BW

Zahlen über o.g. Kinder, die Lebenserwartung und Sterberate seit 1985; Erkenntnisse über Infektionswege, die Entwicklung und Wirksamkeit der angewandten Therapien; Höhe der Therapiekosten und Übernahme durch die Krankenversicherungen und Beihilfeträger; Auswirkungen auf die Lebenssituation der betroffenen Familien; Einschätzung der Chancen für eine Impfung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3454

Sicherheit am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weinsberg

Zahl von Entweichungen und Straftaten von Straftätern im Maßregelvollzug seit 1994; vorausgegangene Verurteilungen, Erkrankungen und Sicherheitseinstufung der jeweiligen Patienten; Zielgenauigkeit der Einschätzungen vor der Gewährung von Lockerungen; begangene Straftaten auf der Flucht und Konsequenzen für die Unterbringung der Entwichenen nach ihrer Festnahme; Vergleich der Sicherheit in Weinsberg mit anderen Einrichtungen, Entwicklung von Konzepten für eine zielgenauere Erfolgsbewertung der Therapie, Verbesserung des baulichen Sicherheitsniveaus mit dem geplanten Neubau

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3823

Beratungs- und Behandlungsangebote für Spielsüchtige in BW

Entwicklung der Zahl von Spielsüchtigen in den letzten fünf Jahren; Darstellung der vorhandenen bzw. notwendigen Beratungs- und Therapieangebote, finanzielle Unterstützung dieser Angebote vom Land und von den Spielbanken im Vergleich zu anderen BLändern

Antr
s. *Spielsucht*
Drs 13/3855

Umsetzung von Soziotherapieleistungen durch die Sozialpsychiatrischen Dienste

Art und Umfang der von den Sozialpsychiatrischen Diensten angebotenen und erbrachten Leistungen, Behandlungszeiträume bei den bisher therapierten Patienten, Praxis der Leistungserbringung und -abrechnung, Entwicklung der Einnahmeanteile aus der Soziotherapie an den Haushalten der einzelnen Dienste

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3873

Psychiatrische Versorgung in BW

Einweisungszahlen und Verweildauer der Patienten in den Zentren für Psychiatrie u.a. stationären Einrichtungen seit 1999 differenziert nach den zehn häufigsten Diagnosen; Anteil von Wiederholungseinweisungen; Bewirkung von vermehrten Krankeneinweisungen durch die Soziotherapie? Beurteilung der Versorgungssituation mit niedergelassenen Ärzten und Therapeuten; Ausbau der teilstationären und ambulanten Einrichtungen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/4261

Entwicklung neuer Heilmethoden mithilfe der Bio- und Gentechnologie, Förderung der Zelltherapie, Ausbau der Schmerzbehandlung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 58 59

Entwicklung neuer Heilmethoden mithilfe der Bio- und Gentechnologie

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 91 92

Förderung der Erforschung der Zelltherapie

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 174 176-179

Signalisierung von Offenheit für neue Verfahren zur Drogentherapie, Ermöglichung der stationären Verabreichung von Heroin zur Therapie, Eintreten für abstinenzorientierte Therapien

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 473 476-482

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung für nicht therapierbare Sexualstraftäter, Bereitstellung der notwendigen Zahl von Psychotherapeuten und Therapieplätzen im Strafvollzug, Treffsicherheit der Therapien und Prognosen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1911 1912 1914 1916 1917 1920

Anteil von Drogenabhängigen im Strafvollzug, Ausmaß der Wartezeiten für eine Therapie; Ausbau des Behandlungsangebots für Sexualstraftäter, Schaffung weiterer Therapieplätze auf dem Höhenasperg

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2139-2142 2149 2150

Erbringung der Soziotherapie durch die Sozialpsychiatrischen Dienste und Abrechnung über die Krankenkassen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2298-2304

Gewinnung von Erkenntnissen über erfolgreiche Therapieformen zur Krebsbehandlung mit dem neuen Krebsregister; Notwendigkeit der Therapie von Straftätern im Maßregelvollzug

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7822-7830

Gewinnung von Erkenntnissen über erfolgreiche Therapieformen zur Krebsbehandlung mit dem neuen Krebsregister

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7910-7912 7918

Heimarbeit

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Heimarbeits-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Förderung von Teleheimarbeit als Maßnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6935 6936

Förderung von Teleheimarbeit als Maßnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7068 7070 7071 7073

Ermöglichung von mehr Heimarbeit im Landesdienst

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7206

Heimarbeits-Zuständigkeitsverordnung

s. *Heimarbeit*

Heimatvertriebener

s. *Vertriebener*

Heimaufsicht

Heimaufsicht in BW

Personalausstattung, Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen der Aufsichtsbehörden; Entwicklung der Da-

ten seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3220; Auflistung von Beratungen, Beschäftigungs- und Betriebsverboten aufgrund von Gewalt gegen Pflegebedürftige; Auswirkungen der Novelle des HeimG; Kooperation mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung; Vorlage eines LHeimaufsichtsberichts alle zwei Jahre

Antr SPD 11.12.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/560

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2518-2524

Kriterienkatalog des baden-württembergischen Sozialministeriums für die Heimaufsichtsbehörden in BW vom 19.03.2003; hier: Zusammenlegung von Leiterstellen in Heimen

Vorgaben und Effekte einer Zusammenlegung von Leitungsfunktionen in Pflegeheimen; Scheitern eines entsprechenden Antrags des Gaggenauer Altenhilfevereins für zwei dortige Einrichtungen beim zuständigen Landratsamt Rastatt

MdLANfr 3) Gunter Kaufmann SPD 08.11.2004 Drs 13/3722

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5606-5608

Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen unterstützen

Hinwirkung auf Mindeststandards, Vereinheitlichung und größere Transparenz der o.g. Qualitätssicherung; Verzicht auf regelmäßige Prüfungen der zertifizierten Einrichtungen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen; Eintreten für eine bessere Honorierung der nachgewiesenen Pflegequalität

Antr

s. *Pflegeheim*

Drs 13/3997

Mehr Schutz und Mitbestimmung von Altenheimbewohnern durch das neue HeimGes, Personalausstattung der Heimaufsicht in BW

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1324 1328 1336

Verbesserte Wahrnehmung der Selbstbestimmungsrechte von Altenheimbewohnern durch das neue HeimGes

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2553

Behinderung neuer Wohnformen für Senioren durch ein zu starres Heimgesetz

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7775

Heimgesetz

s. *Heimaufsicht*

Heimlicher Vaterschaftstest

s. *Vaterschaftstest*

Heimpersonalverordnung

s. *Pflegeberuf*

Heimschule

s.a. *Jugendheim*

Beschulungsangebote für Hochbegabte in BW

Darlegung der schulischen Situation von Hochbegabten, Anteil der Abwanderung in englische Internate, Möglichkeiten einer besonderen Förderung von befähigten Gymnasiasten durch Universitäten

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/1057

Schülerforschungszentrum

Erfahrungen mit dem Schülerforschungszentrum in Bad Saulgau, Unterstützung der Einrichtung eines Internats; Bereitstellung der personellen und finanziellen Mittel; Initiierung eines SFZ in jedem Oberschulamtbereich

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/1757

Hochbegabtenförderung und -beratung

Gründe und Auswirkungen einer Schließung der Beratungs- und Forschungsstelle für Hochbegabte am Pädagogikseminar an der Universität Ulm, Vergleich mit der Situation in Bayern, Ausstattung und Finanzierung eines geplanten Gymnasialinternats in Schwäbisch Gmünd; Erhaltung der Einrichtung in Ulm, Vorlage eines flächendeckenden Konzepts für Beratung und Förderung von Hochbegabten

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/1808

Geplantes Ganztagsgymnasium und -internat für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Aufnahmekapazität und Nachfrage des o.g. Projekts, Beurteilung durch den Landesverband Hochbegabung und das Christliche Jugenddorfwerk Braunschweig, Höhe und Träger der Kosten, Beantragung von Mitteln aus dem Investitionsprogramm der BReg, Vergleich mit dem bayerischen Konzept; Erarbeitung einer flächendeckenden Konzeption mit Fortbildungsangeboten für Grundschullehrkräfte, mit Schwerpunktschulen und Leistungszentren, einer universitären Forschungsstelle und einer zentralen unabhängigen Beratungsstelle

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/2509

Verband Islamischer Kulturzentren in BW -Betreibung von Internaten-

Erkenntnisse über den o.g. Verband und die von ihm betriebenen Internate, Unterziehung der Schüler einer Gehirnwäsche?

KlAnfr
s. *Islam*
Drs 13/2655

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2003 für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89 d SGB VIII (Kap 0911 Tit 671 01), bei Zuschüssen zu den Kosten der Schulen an anerkannten Heimen für Minderjährige (Kap 0918 Tit 684 01) sowie bei Unterhaltsvorschüssen und Ausfallleistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes (Kap 0919 Tit 681 01)

Mittlg
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/2777

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf die Stelle der Schulleitung am Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw

s. *Schulgesetz*
Drs 13/4431

Internatskosten für behinderte Kinder und Jugendliche

Höhe der Kosten für die einzelnen Stadt- und LKreise nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände im Zuge der Gewährung von Eingliederungshilfe für die o.g. Unterbringung in Heimschulen mit Internat; Neuregelung der Finanzierung unter Berücksichtigung der Aufgabe des Landes zur Umsetzung der Schulpflicht?

Antr
s. *Behindertes Kind*
Drs 13/4971

Hochbegabtgymnasium Schwäbisch Gmünd

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel sowie des weiteren Bedarfs für Um-, Neu- und Ausbauten; Frage nach dem Erhalt von Mitteln aus dem Ganztagsschulprogramm des Bundes

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/5187

Heimsheim

Leitung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Pforzheim

Wahrnehmung der o.g. Funktion vom Leiter der JVA Heimsheim in Personalunion, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Schwerpunkten Jugendstrafvollzug in Pforzheim und Erwachsenenstrafvollzug in Heimsheim, Praktikabilität der jeweiligen Präsenz angesichts der räumlichen Entfernung und der unterschiedlichen Wirtschaftsbetriebe

KlAnfr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3917

Heizkraftwerk

s. *Wärmeleistung*

Heizöl

s. *Öl*

Heizung

s.a. *Elektroheizung*
s.a. *Fernwärme*
s.a. *Feuerungsanlage*
s.a. *Kehr- und Überprüfungsordnung*

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Ausbau der dezentralen Biomassennutzung, Förderung von Holzhackschnitzelheizungen

GrAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/134

Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO)

Zustandekommen und Ausgestaltung o.g. Neuregelung, insbes der hohen Mess- und Kehrintervalle sowie Gebühren; Möglichkeiten der Behörden zur Missbrauchskontrolle; Reduzierung der Prüftermine und Wartungskosten bei Feuerstätten für flüssige Brennstoffe sowie schadstoffarmen Öfen

KlAnfr
s. *Kehr- und Prüfungsordnung*
Drs 13/290

Einsparen von Heizenergie durch den Einsatz keramischer Nachbrenner

Umfang des Einsatzes keramischer Nachbrenner in Öl- und Gasheizungen und erzielbare Energieeinsparungen, Beurteilung der Einsatzmöglichkeiten in Landesgebäuden

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/1363

Einsatz von Raps zur Gebäudebeheizung

Beurteilung der Wärmeversorgung der Grundschule in Geislingen-Binsdorf mit örtlich erzeugtem Raps; Einstufung als umweltfreundlich, rentabel und damit als nachahmens- und förderfähig?

Antr
s. *Raps*
Drs 13/1445

Energiesparen und Einspar-Contracting bei Landesgebäuden

Entwicklung des Wärme- und Stromverbrauchs der Universitäten und Universitätskliniken u.a. Landesgebäude, der Kosten hierfür und erzielten Einsparungen an CO₂-Emissionen seit 1990; Bilanz und Ausbaumöglichkeiten der Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden, Schaffung entsprechender Anreize für die Nutzer landeseigener Liegenschaften

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/1671

Wettbewerbsfähigkeit der Holzenergie

Konkurrenzfähigkeit gegenüber fossilen Energieträgern, Auswirkungen der im SteuervergünstigungsabbauGes vorgesehenen Aufhebung der Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf Brennholz und Holzabfälle, insbes auf die geförderten Holzhackschnitzelanlagen; Perspektiven der Holzenergie für die Energieproduktion

Antr
s. *Holz*
Drs 13/1675

Entlastungsmöglichkeiten bei den Kaminkehrergebühren

Überprüfung der Gebührensätze durch das WM, Verlängerung der Inspektionsintervalle bei modernen Heizungsanlagen, Ermöglichung der Abgaswegeüberprüfung durch private Fachfirmen iRd Wartung, Einbringung einer Initiative im BRat

Antr
s. *Schornsteinfeger*
Drs 13/2535

KleinfeuerungsanlagenVO; hier: Auslaufen der Übergangsfrist

Austausch von Heizungsanlagen mit zu hohen Abgaswerten nach dem 31.10.2004; gezielte Information der betroffenen Hauseigentümer; Beurteilung einer in Freiburg gestarteten Aktion zur kostenlosen Solar- und Energieberatung der Hauseigentümer

Antr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 13/2868

Ges zur Änd der Gemeindeordnung des Landes BW

Erweiterung der kommunalen Satzungsrechte, Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Nah- und Fernwärmanlagen als Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/3183

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Heizkostenabrechnung

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Freiburger Wärmeverbund

Förderung eines gemeinsamen Fernwärmenetzes der Wärmeverbundkraftwerk GmbH und Universitätsklinik Freiburg; Ergebnisse eines Gutachtens über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen

KlAnfr
s. *Fernwärme*
Drs 13/3692

Energieversorgung für die Messe Stuttgart

Einflussnahme als Gesellschafter der Neuen Messe GmbH auf eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Energieversorgung; Erstellung einer neuen Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Heizsystem, insbes Prüfung der Versorgungsoption Biomasse mit der energetischen Verwertung von Holz; Einstellung des entsprechenden Teils der Ausschreibung

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 13/3824

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Nutzung von Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung, Förderung von Holzhackschnitzelanlagen

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/4030

Bedeutung der oberflächennahen Geothermie für die Energieversorgung im Gebäudebereich

Nutzung von Erdwärme durch Erdwärmesonden in Verbindung mit Wärmepumpen seit 1998, geeignete Gebiete und Genehmigungssituation, Entwicklungsstand und Zuverlässigkeit dieser Art der Wärmegewinnung, Vergleich der Investitions- und Betriebskosten mit der Beheizung von Wohngebäuden mit Erdgas und Heizöl; Darstellung der Effekte für den Klimaschutz, die Energieeinsparung und Gewinnung von Arbeitsplätzen

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4216

Weg vom Öl; hier: Liegenschaften des Landes

Art und Kosten der Wärmeversorgung von Universitäten, Kliniken u.a. Landesgebäuden; Einsatz von Öl, Gas u.a. Energieträgern; Umstellung auf regenerative Brennstoffe, insbes auf Holz, bei turnusmäßigen Erneuerungen der Heizungsanlagen; Anstreben des Passivhausstandards bei Neubauten, generelle Prüfung der Nutzung regenerativer Energien, Verstärkung der Bemü-

hungen um eine energetische Sanierung der Gebäude, ggf über Contracting-Modelle

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/4310

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Zuwachsraten im Bereich der Holzpellettheizungen, Bedarf und Fördermöglichkeiten zur Herstellung von Holzpellets

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch verstärkte Umstellung auf regenerative Heizsysteme, energetische Sanierung von Altbauten, lokale Fernwärmenetze mit Biomasseblockheizkraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung u.a.

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Weg vom Öl; hier: Landeswohnungsbauprogramm

Mehrkosten eines erhöhten Wärmeschutzes bei Neubauten gegenüber dem Mindestwärmeschutz nach der EnergieeinsparVO, Umfang der möglichen Einsparung an Heizenergie bzw an Kosten angesichts der hohen Heizölpreise; Festschreibung erhöhter Wärmedämmstandards als Fördervoraussetzung im neuen Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/4773

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Abgleichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4813

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Ergebnisse von Prüfaufträgen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Landesgebäuden sowie zur Einführung bundesweiter Regelungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energien, insbes Nutzung von Holz; verfügbare Mittel zur Förderung von BHKW-Anlagen mit kleiner Leistung

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Effizienter Energieeinsatz im staatlichen Hochbau

Bewertung der Verfahren zur Überwachung des Wärme- und Stromverbrauchs der Landesgebäude, Vergleich des Energiebedarfs mit öffentlichen Gebäuden in anderen BLändern und der Schweiz, Beurteilung des Potenzials für Energiespar-Contracting sowie der herangezogenen Daten für den Energiepass, Entwicklung praktikabler Modelle zur Erhebung des Ener-

gieverbrauchs und der Einsparmöglichkeiten im Bereich der Nicht-Wohngebäude

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/5101

Förderung von Holzhackschnitzelheizungen seit 1995

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1555

Fortführung der Förderung von Holzhackschnitzelheizungen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4325 4345 4353

Umstellung der Gebäudeheizungen auf regenerative Brennstoffe, Ersetzung von Ölheizungen durch Pelletsheizungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436 6438-6441 6443

Infragestellung des Schornsteinfegermonopols, Ermöglichung der Abgasuntersuchung auch ausschließlich durch private Fachfirmen; Ablösung der klassischen Heizung durch Kleinkraftwerke

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6494

Anteil von Biomasse bei der Wärmebereitstellung, Potenzial zum Ausbau der Pellettheizungen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7020 7027 7028

Förderung der Umstellung von Ölheizungen auf Pellettheizungen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7045 7052 7053

Umsetzung der Empfehlung des RH zur Umstellung der Gebäude des Landes auf Holzhackschnitzelheizanlagen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7853-7856

Hennenhaltungsverordnung

s. *Geflügelwirtschaft*

Hepatitis

s. *Leberkrankheit*

Herbeirufung von Regierungsmitgliedern

s. *Landtag, Anwesenheit*

Herkunfts- und Qualitätszeichen

s. *Gütezeichen*

Heroldstatt

Ausbau der Landesstraße 230 zwischen Münsingen und Heroldstatt

Zeitperspektive für den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, des Baubeginns und der Realisierung des Ausbaus der L 230 und der Ortsumgehungen der Münsinger Teilorte Auingen, Böttingen, Magolsheim und Breithülen; Einbeziehung der Panzerringstraße des Truppenübungsplatzes Münsingen; Kosten der einzelnen Bauabschnitte

KlAnfr
s. *Landesstraße 230*
Drs 13/2047

Herrenberg

Vorhaben der DB AG bei Fahrplanänderungen zum 15.12.2002 auf der Relation Stuttgart-Zürich (Gäubahnstrecke)

Planung bzw Verhinderung des Wegfalls der Haltepunkte Böblingen und Herrenberg als Bestandteile des Integralen Taktfahrplans

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/935

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerezuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Ermittlungen des Staatsschutzes nach öffentlichen Auftritten von Mitgliedern der LReg

Demonstration und Unmutsäußerungen von Bürgern gegen die Kultusministerin bei einem Auftritt in Herrenberg, Auslösung bzw Verhältnismäßigkeit von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen eines möglichen Verstoßes gegen das VersammlungsGes; Frage nach dem generellen Umgang mit Bürgern, die ihre von der Regierungspolitik abweichende Meinung äußern

KlAnfr
s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
Drs 13/2549

Kritik an der Trassenführung der Umgehungsstraße in Herrenberg-Affstätt entlang des Neubaugebiets

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7802

Herzchirurgie

s. *Kardiologie*

Herzinfarkt

s. *Herzschlag (Herzversagen)*

Herzklinik

s. *Kardiologie*

Herzschlag (Herzversagen)

s.a. *Kardiologie*

Frühdefibrillatoren in öffentlichen Gebäuden zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes

Beurteilung des Einsatzes o.g. Geräte durch Laien iRd Ersten Hilfe, strafrechtliche Wertung einer Fehlanwendung als Körper-

verletzung; Schulung des Personals in öffentlichen Gebäuden, Beteiligung an den Ausbildungskosten

Antr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/401

Ausbildung zur Frühdefibrillation

Handhabung o.g. Ausbildung zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes durch die Rettungsdienstorganisationen, Einhaltung der von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe“ erarbeiteten „Gemeinsamen Grundsätze zur Frühdefibrillation“

Antr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/620

Links-Herzkatheter-Messplätze in BW

Gewährleistung der landesweiten Versorgung von Herzinfarktpatienten mit o.g. Geräten bzw der PTCA-Therapie, Situation im LKreis Reutlingen

KlAnfr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/2345

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten; Ausbau der integrierten Leitstellen, Qualifizierung des Personals für Notrufe von Ausländern sowie Handlungsanweisungen für akute Notfälle wie Herzversagen, Schlaganfall, starke Blutungen etc

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Herzkatheter-Messplatz am Kreiskrankenhaus Calw

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer Kostenübernahme o.g. Untersuchungen durch die Krankenkassen; Hinwirkung auf eine Übernahme der Kosten

KlAnfr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/5202

Sterblichkeitsrate bei Frauen nach einem Herzinfarkt

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3210 3211

Hessen

Errichtung einer forensischen Klinik in Heppenheim

Beurteilung o.g. Planung zur Durchführung des Maßregelvollzugs in Hessen sowie der damit verbundenen Konzeption der Unterbringung, Therapie und Nachsorge forensischer Patienten; Darstellung der Möglichkeiten zur Einflussnahme sowie Anstrengungen zur Verstärkung der öffentlichen Sicherheit im grenznahen Bereich zu Hessen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/922

Neustrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte, insbes in Heidelberg und Stuttgart; Beurteilung der Konkurrenzsituation zwi-

schen Heidelberg und Wiesbaden; Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der hessischen LReg und der BReg

KIAnfr
s. *US-Streitkräfte*
Drs 13/4026

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion
Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarketing GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr
s. *Unterer Neckar, Region*
Drs 13/4067

Geplanter Abzug der US-Streitkräfte aus BW
Verlegung des US-Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden, Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der BReg und der Stadt Heidelberg; Unterstützung der vom Abzug betroffenen Städte mit einem Konversionsprogramm oder über Mittel aus bestehenden Programmen

KIAnfr
s. *US-Streitkräfte*
Drs 13/4290

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zwischen den Ländern BW, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet

Mittlg
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4346

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Scheitern von Gesamtschulexperimenten in Hessen; Wachstumswahlen in Hessen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 341 342

Anstieg der Neuverschuldung in Hessen infolge des Einbruchs der Körperschaftsteuereinnahmen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1172 1176

Förderung der Windkraftnutzung und des sozialen Wohnungsbaus in Hessen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1401 1433 1440

Einflussmöglichkeiten und Initiativen der Tierschutzbeauftragten in Hessen

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2011 2012

Lob für die flächendeckenden Verkehrsverbände in Hessen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203 2204 2208 2213 2214

Vorschlag einer Anhörung der Tierschutzbeauftragten des Landes Hessen im Landwirtschaftsausschuss

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2399-2401 2403

Intensität und Effizienz der Lebensmittelüberwachung in Hessen, Verweisung auf eine höhere Zahl von Strafanzeigen im LKreis Ludwigsburg im Jahr 2002

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4644 4664

Personaleinsparungen in Hessen mit der Überführung der Vermögens- und Hochbauverwaltung in einen Landesbetrieb

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5633

Personaleinsparungen in Hessen mit der Überführung der Vermögens- und Hochbauverwaltung in einen Landesbetrieb

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5697 5698

Personaleinsparungen in Hessen mit der Überführung der Vermögens- und Hochbauverwaltung in einen Landesbetrieb, Verschuldung und Kreditrating des Landes Hessen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5821 5824

Erinnerung an die Rücknahme der Senkung des Wahlalters in Hessen; Verlagerung von Kraftwerksneubauten nach Hessen wegen des dort nicht vorhandenen Wasserpfeffnigs

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6727 6728 6765-6768

Hillebrand, Dieter MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 929

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Verkehr

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Finanzministerium

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Hinterlegungsordnung

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-) Änd der HinterlegungsO

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Hirnhautentzündung

Epidemiologische Entwicklung der FSME- und Borreliose-Erkrankungen durch Zeckenbisse (Schildzecke Ixodes ricinus „Holzbock“)

Entwicklung der Zeckenbelastung und der Zahl o.g. Erkrankungen seit 1996; Stand der Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Thema Borreliose an der Universität Konstanz mit dem Ziel der Herstellung eines Impfstoffes

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1411
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 34
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Borreliose

Verbreitung der von Zecken übertragenen Borreliose; Häufigkeit, Verläufe und Folgen von Erkrankungen; Art, Aufwand und Erfolg der Vorsorge, Früherkennung, Diagnostik und Therapie; Qualifikation der Ärzte; Frage nach Finanzierungsproblemen infolge der Arzneimittelbudgetierung

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 08.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2240 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 15 16
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Biologische Bekämpfung der Schildzecke (Ixodes ricinus „Holzbock“) zur Verhinderung von FSME- und Borreliose-Erkrankungen

Gebotene Maßnahmen zur Eindämmung der Zeckenpopulation, Erarbeitung von Bekämpfungsstrategien iR eines Forschungsauftrags sowie einer Arbeitsgruppe des Landesgesundheitsamts

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 31.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2317
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 15 16
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Historisches Institut der Universität Stuttgart

s. Geschichte

Hitzewelle

s. Klima

Hitzler, Bernd MdL CDU

Eintritt des Abg Bernd Hitzler zum 23.07.2004 als Nachfolger der ausgeschiedenen Abg Dr. Inge Gräßle

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181

Wahl des Abg Hitzler in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561

HIV-Infektion

s. Aids

Hochbau

s.a. Bauverwaltung

s.a. Hochschulbau

s.a. Städtebau

s.a. Wohnungsbau

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Prüfung der Nutzung erneuerbarer Energieträger bei Neubau- und Umbaumaßnahmen des staatlichen Hochbaus

GrAnfr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/134

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 13)

Alternative Ausschreibungs- und Finanzierungsmodelle für Hochbaumaßnahmen (Drs 12/5701 X. S. 4)

Mittlg LReg 01.08.2001 Drs 13/151

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 6)

Nutzungskosten im Hochbau

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 III. S. 2

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 27.11.2002 Drs 13/1556

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 8) - Verlangte Verpflichtungen des Landes bei der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW mbH - Auswirkungen auf den Landeshaushalt

Prüfung einer Haushaltsfinanzierung der über die Baufinanz abgewickelten Straßen- und Hochbaumaßnahmen

Mittlg

s. Baufinanzierung

Drs 13/2700

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr

s. Baufinanzierung

Drs 13/3495

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbaugewerken; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Markts durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeförderten Bewerber u.a.m.

Antr

s. Öffentlicher Auftrag

Drs 13/4916

Effizienter Energieeinsatz im staatlichen Hochbau

Bewertung der Verfahren zur Überwachung des Wärme- und Stromverbrauchs der Landesgebäude, Vergleich des Energiebedarfs mit öffentlichen Gebäuden in anderen BLändern und der Schweiz, Beurteilung des Potenzials für Energiespar-Contracting sowie der herangezogenen Daten für den Energiepass, Entwicklung praktikabler Modelle zur Erhebung des Energieverbrauchs und der Einsparmöglichkeiten im Bereich der Nicht-Wohngebäude

KIAnfr

s. Energieeinsparung

Drs 13/5101

Notwendigkeit einer sparsamen Bewirtschaftung im staatlichen Hochbau

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65

Notwendigkeit von Kürzungen im staatlichen Hochbau

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796

Entwicklung der Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau, Vorschlag einer Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444 7445

Hochbauverwaltung

s. Bauverwaltung

Hochbegabtenförderung

s. Begabtenförderung

Hochberg, Ortsteil

s. Remseck

Hochdorf

Ausbau und Sanierung der B 30 zwischen Biberach und Ravensburg und Regelungen des Umleitungsverkehrs

Begründung und Entscheidungsträger für die Durchleitung des Umleitungsverkehrs in beiden Richtungen durch Ortschaften wie z.B. infolge der o.g. Maßnahmen durch Hochdorf im Sommer 2005, weitere geplante Ausbauabschnitte und deren Umleitungen an der B 30, Art der Finanzierung sowie Mittelbereitstellung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

KlAnfr

s. Bundesstraße 30

Drs 13/4617

Hochgeschwindigkeitszug

s.a. Magnetschwebebahn

Zukunft Schiene am Oberrhein

Verknüpfung mit dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz, Anbindung des Euro-Airports Basel-Mulhouse, Einhaltung des Zeitplans zum Ausbau der Rheintalstrecke

KlAnfr

s. Schienenverkehr

Drs 13/1024

Anbindung des TGV-Est an das deutsche Hochgeschwindigkeitsnetz am Oberrhein

Konsequenzen einer Aufnahme der Hochgeschwindigkeitsverbindung bis Wien als prioritäre Maßnahme in das Transeuropäische Netz, Beschleunigung des Ausbaus des Streckenabschnitts zwischen Kehl-Appenweier-Karlsruhe iRd neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 21.02.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1827

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 22 23

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Einbindung des Landes in nationale und internationale Hochgeschwindigkeitsnetze

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Verbesserung der Schienenverbindung entlang der Rheinschiene, Anbindung an das französische Hochgeschwindigkeitsnetz

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 756 757

Verbesserung der Schienenverbindung entlang der Rheinschiene, Anbindung an den TGV

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1521 1525

Verbesserung der Schienenverbindung entlang der Rheinschiene, Anbindung an den TGV

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1975 1976 1987 1989

Hochglanzbroschüre

s. Druckerzeugnis

Hochrheinbahn

Güterverkehrsverlagerungen auf der Schiene am Hochrhein von der Schweiz nach Deutschland

Vergabe eines Planungsauftrags durch die Schweizerischen Bundesbahnen zur Untersuchung einer Bypasslösung für den Transitgüterverkehr auf der Hochrheinbahn zwischen Basel und Waldshut und damit einer Verkehrsverlagerung auf die deutsche Seite; Auswirkungen auf die Anwohner der Strecke; Vereinbarkeit mit der Verkehrsvereinbarung von Lugano 1996; Frage nach einer Einbeziehung deutscher Institutionen und der Bahn AG

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/1333

Schienengüterverkehr am Hochrhein

Planung einer Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz über die Hochrheinbahn auf deutscher Seite, Auswirkungen auf die Anwohner und Kurorte am Ober- und Hochrhein bzw die Akzeptanz einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn; Vorlage aller bisherigen und notwendigen Vereinbarungen zwischen der Bahn AG, SNCF und SBB; Zusammensetzung und Transparenz der beteiligten Gremien; Frage nach Alternativen für den zunehmenden Schienengüterverkehr im Dreiländereck

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/2071

Hochrhein-Bodensee, Region

s.a. Hochrheinbahn

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotszeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Sölingen, Anstreben einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr

s. Luftfahrt

Drs 13/1284

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bodenseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirtschaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik vonseiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten, Anstrengung eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer Vereinbarung?

KlAnfr

s. *Flugbenzin*

Drs 13/3599

Die Übernahme der Fluggesellschaft Swiss durch die Deutsche Lufthansa und mögliche Auswirkungen auf die Fluglärmproblematik am Hochrhein

Überlegungen zur Veränderung des Anflugregimes für den Flughafen Zürich? Verhinderung einer Aufweichung der bisherigen und künftigen Entlastungsschritte

Antr

s. *Lärmschutz*

Drs 13/4183

Lärmbelastung der Anwohner in der Hochrheinregion durch die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich über dem südlichen Landesteil

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796-1802

Erinnerung an den Strukturwandel in der Aluminiumindustrie im Dreiländereck

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3916

Lösung der Nachbarschaftsprobleme in der Grenzregion am Hochrhein

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7602-7606

Hochschulabschluss

s.a. *Akademiker*

s.a. *Diplom*

s.a. *Hochschulprüfung*

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Quote und Dauer von Arbeitslosigkeit der jüdischen Kontingentflüchtlinge im erwerbsfähigen Alter; Verbesserung der Voraussetzungen für die Anerkennung von Berufs- und akademischen Abschlüssen

GrAnfr

s. *Juden*

Drs 13/98

Autonomie statt Staatsdirigismus - auch bei der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge

Beurteilung der abqualifizierenden Äußerungen des MWK zu den Magister- und Diplomabschlüssen bzw der Ankündigung einer generellen Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Vereinbarkeit mit der Autonomie der Hochschulen und ihrer Gremien; Verzicht auf eine angeordnete Zwangsstruktur, Belassung der Kompetenz für Studiengänge, ihre Graduierungen und Inhalte im Entscheidungsbereich der Hochschulen, Entwicklung eines Programms für umstellungsbereite Hochschulen und Fakultäten, Ausklammerung des Parameters „Reformbereitschaft“ bei der leistungsbezogenen Mittelzuweisung

Antr SPD 01.08.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/144

(11 S.)

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1504-1511

Zusammenwirken der Fachhochschulen für Agrarwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Universitäten

Erwerb des Bachelor of Science an der Universität Hohenheim bereits nach sechs Semestern und an der FH Nürtingen erst nach sieben Semestern; Höhe der verfügbaren Mittel der FH Nürtingen im Fachbereich Agrarwirtschaft für angewandte Forschung im Vergleich zu anderen BLändern

Antr

s. *Agrarwirtschaft*

Drs 13/428

Konkurrenz des Master-Studiums zwischen Fachhochschulen und Universitäten

Vereinheitlichung o.g. Abschlüsse

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 12.12.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/571

Promotion von Absolventen der FH und Berufsakademien

Bewertung o.g. Zahlen im Vergleich zu anderen BLändern, Darlegung der Entwicklung bei den Absolventen der Berufsakademien und der Württembergischen Notarakademie

Antr

s. *Promotion*

Drs 13/635

Laufbahnrechtliche Einordnung von Master-Abschlüssen

Eröffnung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH

Antr GRÜNE 31.01.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/708

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1232 (dazu ÄAntr Theresia Bauer GRÜNE und ÄAntr Dr. Monika Stolz CDU und Ernst Pfister FDP/DVP) S. 88-94

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Master of Business Administration

Erwerb des MBA an den verschiedenen Hochschulen und Hochschularten in BW, Kennzeichnung der unterschiedlichen Anforderungen an das jeweilige Studieniveau? Ermöglichung des Abschlusses in Kooperation mit ausländischen Hochschulen? Voraussetzungen, Anerkennungsverfahren und Überwachungsmechanismen für einen im Ausland erworbenen Titel des MBA

Antr Dr. Eugen Klunzinger u.a. CDU 11.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/735

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1109 S. 73 74

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Wirtschafts- und Verwaltungsakademie VWA; VWA-Abschlüsse Anerkennung als Diplom

Zuerkennung des staatlichen Diploms für o.g. Abschlüsse der Betriebswirtschaft, Änd der PrüfungsVO der VWA, Voraussetzungen für die Anerkennung früherer Abschlüsse

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 20.02.2002 und Antw WM Drs 13/754

Akkreditierung und Evaluierung als Instrumente einer qualitätsorientierten Hochschulpolitik

Bewertung der o.g. Instrumente und nationalen und internationalen Systeme zur Qualitätssicherung, Zwischenbilanz der

Evaluationsagentur in Mannheim, Ergebnisse der Anträge von Hochschulen auf Akkreditierung von Studiengängen, insbes des Master-Studiums an FH als Zulassungsvoraussetzung für den höheren Dienst

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1208

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1685

Bachelor-Studiengänge

Akzeptanz der neuen Bachelor- und Master-Abschlüsse aufseiten der Absolventen und Abnehmer, Beeinträchtigung der internationalen Anerkennung durch die entsprechende Einstufung der britischen NARIC; Frage nach Zugangsbeschränkungen, Eignungsfeststellungsverfahren und Veränderungen der Studieninhalte; Bewertung der Aussagen der Gutachtergruppe Architektur der Evaluationsagentur BW; Schaffung eines international vergleichbaren Bewertungssystems vor einer flächendeckenden Einführung von Bachelor-Studiengängen

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 11.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1774
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2139 S. 55-57
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Ges zur Änd des FilmakademieGes

Erweiterung des Geltungsbereichs auf die Popakademie BW; Angebot von dreijährigen grundständigen Studiengängen in Musikbusiness und Popmusikdesign mit dem Abschluss Bachelor; Regelung von Aufgaben, Zugangsvoraussetzungen und Strukturen; Erhebung von Studiengebühren

GesEntw
s. *Musikhochschule*
Drs 13/1893

Popakademie - wie geht es weiter?

Einrichtung von Außenstellen an der Jazz- und Rockscheule in Freiburg u.a. Standorten; Begründung der Höhe der Studiengebühren, Anteil am Gesamtetat, Umfang und Herkunft anderer Mittelzuflüsse, Höhe der verbleibenden Haushaltsmittel zur Förderung der Popmusik; Stellenwert des Bachelorabschlusses, insbes als Zugangsvoraussetzung für die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes; Einbeziehung der Popakademie in die Aus- und Fortbildung der Musiklehrer

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 13/2044

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Stand und Bedingungen der nationalen

und internationalen Anerkennung des Abschlusses, Art und Erfolg von Bemühungen der Absolventen um ein Anschlussstudium oder eine Promotion an einer Hochschule; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung, Beurteilung der generellen Einführung und Anerkennung von Bachelor-Abschlüssen, Chancen für den Ausbau der Berufsakademien zur „Dualen Hochschule“ und damit zur Gleichwertigkeit mit den anderen Hochschularten

GrAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/2499

Wertigkeit des Bachelor-Abschlusses

Gleichstellung der Studierenden mit Bachelor-Abschluss mit denen mit anderen Hochschulabschlüssen bei der Vergütung als wissenschaftliche Hilfskräfte

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 24.02.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2937
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 22.04.2004 Drs 13/3200 S. 35
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Zukünftige Qualität der Pädagogischen Hochschulen

Auswirkungen der Einführung von Trimestern auf die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und Fachhochschulen, insbes bei der Gewerbelehrausbildung und gymnasialen Lehrerbildung, auf die Forschung und Erwerbsmöglichkeiten der Studenten; Umsetzung der errechneten Ressourcengewinne; Abmilderung der Überlast durch eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Lehrverpflichtung; Entwicklung einer Neukonzeption der Lehrerbildung, insbes mit einer schulartübergreifenden Lehrerbildung, einer Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sowie Aufgabe des Staatsexamens; Abstimmung mit allen Beteiligten und Schulpraktikern

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/3080

Verwaltungsreform in BW; hier: Modernisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

Prüfung einer Erweiterung der Studienangebote sowie Umstellung der Diplomstudiengänge auf Bachelor und Master, Klärung der rechtlichen Implikationen einer Externalisierung innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren, Entscheidungsvorlage der Ergebnisse im Ltg

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung*
Drs 13/3179

Reform der Lehrerbildung im Zuge des Bologna-Prozesses

Entwicklung einer Konzeption zur Umstellung auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master, Abschaffung des Staatsexamens, Reform des Referendariats, inhaltliche Neuorientierung des Studiums, Vermittlung von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz, Übernahme von Aufgaben der Bildungsforschung, Schulentwicklung und Fortbildung durch die Hochschulen, Evaluation der Studiengänge und Qualitätsverbesserung an den PH

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3232

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studierverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3418

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Ermöglichung eines flexiblen Personaleinsatzes nach dem derzeitigen Laufbahnrecht? Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen aufgrund der neuen Studienstrukturen und -abschlüsse

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Bologna-Prozess und weitere Entwicklung der Berufsakademien in BW

Bemühungen zur Verankerung der Berufsakademien als Hochschulen eigener Art sowie um nationale und internationale Anerkennung der Abschlüsse im Zuge der o.g. Entwicklung, modellhafte Erprobung von Master-Studiengängen, Umfang der Nutzung des Zugangs zu weiterführenden Hochschulstudiengängen durch parallele Einschreibung im letzten Ausbildungsjahr an der Open University London, Entwicklung der beruflichen Perspektiven der Absolventen, Anteil der von hauptamtlichem Personal erbrachten Lehrleistungen

Antr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/3619

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Überführung des FachhochschulGes in das neue L-HochschulGes; Einführung einer gestuften Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen als Regelmodell; Außerkrafttreten der DiplomierungsVO FH, der VO über die Künstlerische Eignungsprüfung FH, der VO Sozial- und Pflegewesen an FH, der VO über die Ableistung eines Vorpraktikums an den FH sowie der VO zur Durchführung der Wahlen an den FH

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen für Verwaltung und Finanzen, Einführung der Studienabschlüsse Bachelor und Master, Erweiterung des Spektrums der Studiengänge mit Blick auf die private Wirtschaft, Förderung internationaler Partnerschaften mit dem Austausch von Studierenden und Lehrenden

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Ges zur Änd des Architekten- und des IngenieurGes und zur Ausführung des Baugesetzbuchs

Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, insbes zur Anerkennung von Abschlüssen und Befähigungsnachweisen; Regelung der Niederlassungsfreiheit von Architekten, Garten- und Landschaftsplanern, Stadtpla-

nern und Ingenieuren; Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden im Außenbereich

GesEntw
s. *Architekt*
Drs 13/4115

Leitbild des neuen LandeshochschulGes bei der Umstellung der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen auf das gestufte Studiensystem

Verfolgte Ziele und Maßgaben zur Unterstützung der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Akzeptanz der Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt, Überprüfung und Qualitätssicherung der angebotenen Studiengänge, Wertigkeit des Bachelorabschlusses an den Fachhochschulen und Universitäten, Zugangsvoraussetzungen für die Aufnahme eines Masterstudiums

Antr
s. *Studium*
Drs 13/4150

Bauvorhaben an Berufsakademien

Auswirkungen der mit der Akkreditierung der Bachelor-Studiengänge notwendigen Anpassungsmaßnahmen auf die räumliche Infrastruktur, Darlegung der vorgesehenen Ausbau- und Sanierungsvorhaben

Antr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/4182

Äquivalenzen bei der Akkreditierung von Studiengängen

Klarstellung des unterschiedlichen Qualifikationsniveaus von Absolventen bzw Abschlüssen nach einem weiterbildenden Masterstudiengang und einem konsekutiven Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre; Hinwirkung auf eine entsprechende Modifikation der länder einheitlichen Strukturvorgaben nach dem HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Betriebswirtschaftslehre

KlAnfr
s. *Studium*
Drs 13/4464

Externenprüfungen an Hochschulen

Durchführung der Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfungen für nicht immatrikulierte Studierende als Blockprüfungen und nicht als studienbegleitende Prüfungen? Angebot der o.g. Prüfungen für einen offenen, nicht einschränkbaren Kreis potenzieller Prüflinge? Anerkennung der Prüfungen bzw deren Benotungen, die inner- oder außerhalb eines Kontaktstudiums einer Hochschule abgelegt werden, lediglich als Zulassungsvoraussetzung zur Externenprüfung?

KlAnfr
s. *Hochschulprüfung*
Drs 13/4537

Anerkennung von Abschlüssen an privaten Berufsakademien

Möglichkeiten und Voraussetzungen zur staatlichen Anerkennung o.g. Abschlüsse und Berufsakademien; laufbahnrechtliche Bewertung der Abschlüsse bei Bewerbern für den Landesdienst im Vergleich zu Absolventen von Fachhochschulen

KlAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/4795

Ausweitung der Bachelor-Angebote an den Hochschulen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49

Einführung weiterer internationaler Abschlüsse

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 410

Angebot von Bachelor- und Master-Abschlüssen in BW

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 970 977

Einrichtung von Bachelor- und Master-Studiengängen an der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Karlsruhe, weitere Einrichtung solcher Studiengänge

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1528 1541 1542

Mangel an Absolventen mit einem naturwissenschaftlichen Studienabschluss, Vergleich des Frauenanteils in anderen europäischen Ländern

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1859

Feststellung einer Angleichung der Geschlechter bei der Zahl von Hochschulabschlüssen, Abnahme der Geburtenrate im Zusammenhang mit höheren Bildungsabschlüssen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2049 2051 2058

Attraktivität der Bachelor- und Masterabschlüsse für ausländische Studierende, Einrichtung integrierter europäischer Studiengänge

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3102 3105

Hinwirkung auf europaweit kompatible Abschlüsse

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3533

Umstellung der Studiengänge an den Universitäten auf Bachelor und Master

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4236 4238

Umstellung der Studiengänge an den Universitäten auf Bachelor und Master, Prüfung von Zwischenabschlüssen an den verwaltungsinternen Fachhochschulen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4887-4892

Flächendeckende Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260 6266 6267

Hochschulbau

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 21) - Baumaßnahmen der Universitätsklinik

Mittlg

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/329

Instandsetzungs- bzw Erhaltungsmaßnahmen von Gebäuden an der Universität Tübingen

Mittelbereitstellung für die notwendigen Maßnahmen, insbes zur Sanierung der PCB-belasteten Gebäude

KlAnfr

s. *Universität Tübingen*

Drs 13/514

Hochschulbau im Rahmen der „Zukunftsoffensive III“

Scheitern einer Finanzierung aus Mitteln der LStiftung wegen der zweifelhaften Gemeinnützigkeitserfordernis? Auflistung der betroffenen Projekte, der Alternativen und Konsequenzen; Auswirkungen der Problematik für den geplanten zweiten Bauabschnitt der FH Albstadt-Sigmaringen am Standort Sigmaringen

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 15.01.2002 und Antw FM Drs 13/627

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; Anmeldungen des Landes zum 32. Rahmenplan nach dem HBF

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*

Drs 13/896

Investitionen in den Erhalt und Ausbau von Räumlichkeiten und Gebäuden der Universität Karlsruhe

Mittelbereitstellung für o.g. Maßnahmen bis 2007, Finanzierung des Mehraufwands für Auflagen des Denkmalschutzes; Darlegung der Beschränkungen und Mehrkosten durch das Verschieben von notwendigen Sanierungsmaßnahmen

Antr

s. *Universität Karlsruhe*

Drs 13/1221

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KlAnfr

s. *Öffentliches Bauvorhaben*

Drs 13/1745

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 33. Rahmenplan nach dem HochschulbauförderungsGes (HBF)

Mittlg

s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*

Drs 13/1837

Die Hochschulinfrastruktur in der Region Bodensee/Oberschwaben am Beispiel der Versorgung mit Mensen

Geplante Mensen und verfügbare Landesmittel; Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus einer Mensa an der FH Biberach

KlAnfr

s. *Mensa*

Drs 13/1961

Mischfinanzierung Hochschule und Forschung; hier: Hochschulbauförderung

Entwicklung der Zuweisungen des Bundes nach dem HochschulbauförderungsGes und der Komplementärfinanzierung des Landes seit 1983; Auswirkungen des Wegfalls als Gemeinschaftsaufgabe und Überführung in die alleinige Zuständigkeit der Länder, Kompensation der Bundesmittel sowie der bundesweiten Sicht des Hochschulbaus; Erwartung von Kosteneinsparungen, einer Beschleunigung der Verfahren sowie einer Stärkung der Kompetenz des Ltg und der Hochschulen in Bauangelegenheiten

Antr GRÜNE 03.06.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2132

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6734-6742

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Häuser aus der medizinischen Versorgung und Forschung seit 1998, Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens? Entwicklung der

Mitarbeiterzahlen nach Wissenschaftlern, Ärzten, Pflégern u.a.; Darlegung des Änderungsbedarfs beim BAT, den Chefarztverträgen einschließlich der Privatliquidation, bei den Leitungsstrukturen, den Bau- und Ausstattungsmaßnahmen; Ausschluss einer Schließung von Abteilungen, die für die Versorgung im Land notwendig sind, durch die Kliniken aus Kostengründen

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Haushalt 2004; Epl 14

Verzicht auf den Erweiterungsbau für die Musikhochschule Trossingen

s. *Musikhochschule*
Drs 13/2814

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 34. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsges

Mittlg
s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/2898

Finanzielle und terminliche Verbindlichkeit für den Neubau der Chirurgischen Klinik an der Universität Ulm

Übereinstimmung der am 22.07.2004 in Ulm dargestellten o.g. Eckpunkte mit der Beschlusslage im Ministerrat? Bestätigung als Arbeits- und Orientierungsgrundlage der LReg für die weiteren Planungsschritte? Frage nach der Schließung der vorhandenen Finanzierungslücke

Antr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3427

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3495

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 24) - Doppelvergütung von Planungsleistungen

Gewährleistung der ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Mittel bei der Abwicklung der Baumaßnahmen der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg

Mittlg
s. *Bauplanung*
Drs 13/4103

Bauunterhaltung und Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

- *Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO -*

Mittlg RH 05.11.2004 Drs 13/3725 (50 S.)
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5489
BeschlEmpf und Bericht FinA 07.04.2005 Drs 13/4201 (dazu Anlage Anregung des RH)
ÄAntr SPD 02.06.2005 Drs 13/4369
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6694-6699

Mittlg LReg 22.12.2005 Drs 13/5008

Neubau der Chirurgie des Universitätsklinikums Ulm am Obereisenberg

Gründe des MinPräs für den Stopp des o.g. Projekts im Kabinett, Ergebnisse der beauftragten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Chirurgie der Universität und dem Bundeswehrkrankenhaus

MdlAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3827

Aufhebung des Kabinettsbeschlusses zum Stopp des Neubaus der Chirurgie im Universitätsklinikum Ulm

Herbeiführung einer neuen, positiven Entscheidung auf der Grundlage der damaligen Kabinettsvorlage

Antr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3828

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Mittelbereitstellung für ein Notprogramm zur Hochschulbausanierung

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4012-6 S. 23
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4052-5 S. 6
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Verzicht auf den Erweiterungsbau der Musikhochschule Trossingen

s. *Musikhochschule*
Drs 13/4014

Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Gebäuden

Installierte Anlagen und deren Leistungsvermögen auf den Gebäudedächern der Universität Heidelberg u.a. Hochschulen, Konditionen zur Überlassung der Dachflächen an private Betreiber

KlAnfr
s. *Solartechnik*
Drs 13/4033

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren in einem Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherreneigenschaft an die Universitäten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen; hier: Anmeldungen des Landes zum 35. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsges (HBFg)

Mittlg
s. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*
Drs 13/4063

Bauvorhaben an Berufsakademien

Auswirkungen der mit der Akkreditierung der Bachelor-Studiengänge notwendigen Anpassungsmaßnahmen auf die räumliche Infrastruktur, Darlegung der vorgesehenen Ausbau- und Sanierungsvorhaben

Antr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/4182

*Haushalt 2006; Nachtrag**Einrichtung eines Notprogramms zur Hochschulbausanierung*

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 22 S. 78
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-18 S. 25
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Flächenbedarf bei Studienplätzen

Gründe für die Differenzierung der Bedarfsgrößen bei den Bau- und Entwicklungsplanungen für die Hochschulen und Berufsakademien

GrAnfr
s. *Studienplatz*
Drs 13/4843

Parkhaus Feldberg

Förderung des o.g. Projekts mit Mitteln aus dem Landessanierungsprogramm, Beurteilung des von der Gemeinde Feldberg vorgesehenen kostenlosen Parkens, Vereinbarkeit mit umwelt- und verkehrspolitischen Zielen sowie mit dem Fehlbedarf an Mitteln zur Sanierung der Hochschulgebäude

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/5205

Neubau der Chirurgie am Universitätsklinikum Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des o.g. Vorhabens

KlAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/5235

Erinnerung an die Nutzung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau durch das Land in den Neunzigerjahren

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 119

Erneuerung und Unterhaltung der Universitätsklinik, Beteiligung des Bundes nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1184

Übertragung des Gebäudemanagements auf die Hochschulen, Kritik an der Mittelkürzung des Bundes für die Hochschulbauförderung

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3530 3534 3541 3591 3593

Mittelkürzungen des Bundes beim Hochschulbau, Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die Hochschulen, zeitliche Streckung von Baumaßnahmen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4235 4241 4242 4245 4248 4249

Renovierungsbedarf der Hochschulgebäude aus den siebziger Jahren, Berücksichtigung der Abschreibungen

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5317

Forderung nach Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497 5498 5501 5504 5506

Anregung einer Einsparung von zwei Universitätsbauämtern

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5633

Nutzung des Leasingkorridors des Bundes insbes für den Hochschulbau

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5699

Übertragung der Bauherreneigenschaft auf die Hochschulen

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5731 5742

Baulicher Zustand der Hochschulgebäude, Höhe des Grundsanierungsbedarfs

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5827

Sanierungsbedarf der Hochschulgebäude

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5890

Bemühungen um Übertragung der Zuständigkeit für den Hochschulbau auf die Länder, Auswirkungen der Mittelkürzung der BReg

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5961 5963 5976

Sanierungsbedarf der Hochschulgebäude nach den Feststellungen des RH

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6390-6392

Sanierungsbedarf der Hochschulgebäude, Beschreibung am Beispiel Konstanz

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6478 6499 6527 6532

Rückzug des Bundes aus der Gemeinschaftsaufgabe für den Hochschulbau, Höhe des Sanierungsbedarfs bei den Hochschulgebäuden

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6878 6881 6882 6892

Sanierung und Neubau von Hochschulgebäuden über PPP-Projekte

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7309 7310

Höhe des Sanierungsbedarfs bei den Hochschulgebäuden

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7729

Höhe des Sanierungsbedarfs bei den Hochschulgebäuden, Frage nach der Finanzierung in den nächsten zehn Jahren

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7887

Hochschulbauförderungsgesetz

s. *Hochschulbau*

Hochschulbibliothek

s. *Bibliothek*

Hochschule

s.a. *Akademischer Mittelbau*

s.a. *Bibliothek*

s.a. *Deutsch-Französische Hochschule*

s.a. *Fachhochschule*

s.a. *Hochschulbau*

s.a. *Hochschule für Druck und Medien*

s.a. Hochschule für öffentliche Verwaltung
 s.a. Hochschule für Polizei
 s.a. Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen
 Mannheim
 s.a. Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen
 s.a. Hochschule Ravensburg-Weingarten
 s.a. Hochschulgebühren
 s.a. Hochschullehre
 s.a. Hochschulprüfung
 s.a. Hochschulrahmengesetz
 s.a. Hochschulrat
 s.a. Hochschulrecht
 s.a. Hochschulreform
 s.a. Hochschulrektor
 s.a. Hochschulzulassungsgesetz
 s.a. Immatrikulation
 s.a. Kunsthochschule
 s.a. Lehrbeauftragter an Hochschulen
 s.a. Mensa
 s.a. Musikhochschule
 s.a. Pädagogische Hochschule
 s.a. Privathochschule
 s.a. Studienberatung
 s.a. Universität Freiburg
 s.a. Universität Hohenheim
 s.a. Universität Karlsruhe
 s.a. Universität Konstanz
 s.a. Universität Mannheim
 s.a. Universität Stuttgart
 s.a. Universität Tübingen
 s.a. Universität Ulm
 s.a. Universitätsklinik
 s.a. Wissenschaftliche Kooperation

Kinderbetreuung an Hochschulen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Studierenden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Professoren sowie der Betreuungsangebote an Universitäten, Kunst-/Musikhochschulen, Klinika, PH, FH und Berufsakademien in den letzten drei Jahren; Gründe für die Ablehnung von Modellanträgen, Vereinbarkeit mit den Aussagen in der RegErkl zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; erneute Prüfung und Bescheidung der Anträge; entsprechende Novellierung der HochschulGes

Antr
 s. *Kinderbetreuung*
 Drs 13/97

Autonomie statt Staatsdirigismus - auch bei der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge

Beurteilung der abqualifizierenden Äußerungen des MWK zu den Magister- und Diplomabschlüssen bzw der Ankündigung einer generellen Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Vereinbarkeit mit der Autonomie der Hochschulen und ihrer Gremien; Verzicht auf eine angeordnete Zwangsstruktur, Belassung der Kompetenz für Studiengänge, ihre Graduierungen und Inhalte im Entscheidungsbereich der Hochschulen, Entwicklung eines Programms für umstellungsbereite Hochschulen und Fakultäten, Ausklammerung des Parameters „Reformbereitschaft“ bei der leistungsbezogenen Mittelzuweisung

Antr
 s. *Hochschulabschluss*
 Drs 13/144

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
 s. *Frau*
 Drs 13/182

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr
 s. *Wissenschaftler*
 Drs 13/210

Wissenschaftliche Weiterbildung

Ausgestaltung, Mitteleinsatz, Erfahrungen und Änderungsbedarf der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen; Maßnahmen und Zuschüsse zur Stärkung der Position am Weiterbildungsmarkt, u.a. Förderung von Online-Angeboten; Unterstützung der Zusammenarbeit mit Unternehmen in der betrieblichen Weiterbildung

Antr
 s. *Weiterbildung*
 Drs 13/211

Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger sowie mit privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Einrichtung zusätzlicher Studiengänge und Studienplätze, Ausmaß der Abwanderung von Studierenden infolge von Wohnungsnot; Entwicklung eines Akutprogramms des MWK gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken

Antr
 s. *Wohnung*
 Drs 13/272

Wohnraumsituation ausländischer Studierender in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen sowie privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Darlegung der Kriterien für den Bau von Studentenwohnungen, Ausmaß der Abwanderung von ausländischen Studierenden infolge von Wohnungsnot; Förderung des Ausbaus von studentischem Wohnraum zur Steigerung des Anteils von ausländischen Studierenden um 50 %

Antr
 s. *Wohnung*
 Drs 13/343

Weiterbildung des nichtwissenschaftlichen Personals an Hochschulen

Antr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/462

Forschungsfinanzierung durch die Landesstiftung BW

Darlegung der gestellten, abgelehnten und bewilligten Anträge aus den Hochschulen differenziert nach thematischen Korridoren, Bewilligungssummen und -zeiträumen, nach evtl Komplementär- und Folgefinanzierung; Ergebnis der jeweiligen Prüfung der Gemeinnützigkeits-Voraussetzungen; Einbeziehung von bewährten Institutionen, Verfahren und Standards zur Bewertung der Projekte, Konsequenzen aus den Ergebnissen

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/492

Integrierte Auslandsstudiengänge

Erweiterung des vorhandenen Angebots integrierter Studiengänge an Universitäten und FH, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Beitrag der Deutsch-Französischen Hochschule, Abbau von Hemmnissen, Bereitstellung besonderer Mittel für die Hochschulen sowie Fördermöglichkeiten für Studierende

Antr
s. *Studium*
Drs 13/536

Konkurrenz des Master-Studiums zwischen Fachhochschulen und Universitäten

Vereinheitlichung o.g. Abschlüsse

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/571

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.12.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/572
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.02.2002 Drs 13/852 S. 62 63
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Existenzgründer-Verbände in BW

Vorhandene und geplante Gründerverbände und Gründerlehrstühle an Universitäten und FH; Art, Umfang und Planungssicherheit der Finanzierung; Ausmaß der Initiierung von Existenzgründungen; Integration in regionale Aktionsnetzwerke; Einbeziehung von Unternehmen in Lehrveranstaltungen, Erkenntnisse aus einer Veranstaltung im Haus der Wirtschaft

Antr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/591

Neue Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Hochschulen

Auswirkungen der Neuregelung der Professorenbesoldung auf den Landshaushalt; Einrichtung der neuen Stellen an den Hochschulen; Ausgestaltung und Kriterien der Leistungszulagen in Forschung und Lehre, zeitliche Beschränkung der Zulagen und

Evaluation der Leistungen; Einführung eines Systems der Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Vergleichbarkeit

Antr Dr. Eugen Klunzinger u.a. CDU 16.01.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/634
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 25.04.2002 Drs 13/997 S. 57 58
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Einführung von Globalhaushalten und neuen Steuerungsinstrumenten im Zuge der Novelle der HochschulGes, Entwicklung neuer Verfahren zur Wahrnehmung der Haushaltsverantwortung und Steuerungsfunktion in der Hochschulpolitik

EAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/664-9 S. 48 49
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Wahlen in Hochschulorganen, Wiedereinführung der Stellvertreterregelung für die Mitglieder der Kollegialorgane; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, KunsthochschulGes und FachhochschulGes

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/644

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/692

Zielvereinbarungen mit Hochschulen

Stand, Zielvorgaben und Zeitplan von Verhandlungen des Ministeriums mit den Hochschulen über das o.g. Steuerungsinstrument; regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem Ltg

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 30.01.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/695
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.03.2002 Drs 13/955 S. 27-31
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Islamwissenschaften an den baden-württembergischen Hochschulen

Verankerung o.g. Thematik an Hochschulen bzw in Lehramtsstudiengängen, Perspektiven iRd Entwicklungsplanungen, Schaffung entsprechender Voraussetzungen im Hinblick auf die Einführung des islamischen Religionsunterrichts

Antr
s. *Islam*
Drs 13/696

Master of Business Administration

Erwerb des MBA an den verschiedenen Hochschulen und Hochschularten in BW, Kennzeichnung der unterschiedlichen Anfor-

derungen an das jeweilige Studienniveau? Ermöglichung des Abschlusses in Kooperation mit ausländischen Hochschulen? Voraussetzungen, Anerkennungsverfahren und Überwachungsmechanismen für einen im Ausland erworbenen Titel des MBA

Antr
s. Hochschulabschluss
Drs 13/735

Struktur- und Entwicklungsplanung und Zielvereinbarungen als Instrumente einer strategisch ausgerichteten Hochschulpolitik
Umgang der Hochschulen mit den o.g. Steuerungsinstrumenten, Bewertung der bislang vorliegenden Struktur- und Entwicklungspläne, Einfluss der Ergebnisse in die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 20.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/760
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.03.2002 Drs 13/955 S. 27-31
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Angebotene und notwendige Zahl von Studienplätzen in den einzelnen Technologiebereichen; Ausbaupläne der Hochschulen

GrAnfr
s. Arbeitsmarkt
Drs 13/834

Die Neuordnung der Fakultäten an den Universitäten nach § 21 Abs 2 UniversitätsGes

Zusammenlegung von Fakultäten mit gleichen und verwandten Fachgebieten, Begründung von erteilten Ausnahmegenehmigungen für Fakultäten mit weniger als den vorgeschriebenen 20 Planstellen für Professoren, insbes an den Universitäten Karlsruhe und Mannheim sowie den theologischen Fakultäten; Evaluation der Wirksamkeit dieses Reformelements

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 21.03.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/881
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1109 S. 74 75
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 17.05.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1021
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 62
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Privat finanzierte Drittmittelforschung an den Universitäten und ihre Bedingungen nach dem jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofs

Darlegung der Einwerbungs- und Abwicklungswege von Drittmitteln und Spenden an den einzelnen Universitäten, Gründung von Fördervereinen zur Umgehung der Universitätsverwaltungen, Anzeige sämtlicher Zuflüsse und Berücksichtigung bei der leistungsbezogenen Ressourcenzuweisung; Novellierung der Drittmittelrichtlinien als Konsequenz auf die o.g. Rechtspre-

chung, Verschärfung der Transparenz- und Kontrollvorgaben, Reduzierung des Verwaltungsaufwands, Vermeidung der Umgehungsstrukturen von Geldgebern und Wissenschaftlern

Antr
s. Drittmittelförderung
Drs 13/1055

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte
Handlungsbedarf bei den Zulassungsvoraussetzungen zum Studium wie ausländer- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, finanzielle Absicherung des Studienaufenthalts, Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse einschließlich der Kosten für die vorbereitenden Sprachkurse; Bereitstellung von geeignetem Wohnraum; Kooperation zwischen den Hochschulverwaltungen, Ausländerbehörden und Studentenwerken

GrAnfr
s. Ausländischer Student
Drs 13/1072

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr
s. Entwicklungshilfe
Drs 13/1093

Akkreditierung und Evaluierung als Instrumente einer qualitätsorientierten Hochschulpolitik

Bewertung der o.g. Instrumente und nationalen und internationalen Systeme zur Qualitätssicherung, Zwischenbilanz der Evaluationsagentur in Mannheim, Ergebnisse der Anträge von Hochschulen auf Akkreditierung von Studiengängen, insbes des Master-Studiums an FH als Zulassungsvoraussetzung für den höheren Dienst

Antr
s. Studium
Drs 13/1208

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Förderung der Vertragsforschungseinrichtungen an Universitäten - sog. An-Institute - und der Institute der Hahn-Schickard-Gesellschaft für angewandte Forschung e.V.

Mittlg
s. Forschung
Drs 13/1212

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Weiterentwicklung der Städtelandschaft am Oberrhein zu einer grenzüberschreitenden Wissenschafts- und Bioregion, Kooperation zwischen den Hochschulen u.a. Forschungseinrichtungen

GrAnfr
s. Oberrhein, Region
Drs 13/1226

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr
s. Freiburg
Drs 13/1288

Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststellungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des FachhochschulGes und Hochschulzulassungsges

GesEntw LReg 25.09.2002 Drs 13/1345
1. Beratung PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2022-2026
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.12.2002 Drs 13/1540 (dazu ÄAntr GRÜNE Nr. 1-25, ÄAntr SPD Nr. 26, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 27) (52 S.)
ÄAntr GRÜNE 10.12.2002 Drs 13/1598
ÄAntr GRÜNE 10.12.2002 Drs 13/1599
ÄAntr SPD 11.12.2002 Drs 13/1604
2. Beratung PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2240-2249
GesBeschl 11.12.2002 Drs 13/1623
GBI 2002 Nr. 14 S. 471-476 (Ges vom 11.12.2002)

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Unterlaufen der rechtlich normierten erweiterten Autonomie durch die Ministerialbürokratie nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Festhalten an den Einwirkungsmöglichkeiten über die Struktur- und Entwicklungspläne, Lehrberichte sowie den Bereich von Studium und Lehre; Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe; Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren; Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bzw des dann möglichen Personalabbaus im MWK

Antr SPD 08.10.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1379
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 29 30
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hochschulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Personalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Bewertung der vergleichenden Untersuchung der LandeshochschulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Bewertung der Studie und der dabei formulierten o.g. Leitbilder, Einbeziehung der Ergebnisse in die anstehende Evaluation der HochschulGes des Landes, Anstreben einer Qualitätsverbesserung durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung der

Hochschulen

GrAnfr FDP/DVP 06.11.2002 und Antw MWK Drs 13/1470 (24 S.)
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3529-3544

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Einführung der leistungsbezogenen Mittelzuweisung, der neuen Steuerungsinstrumente mit Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung; Zuweisung der Verantwortung der Hochschulen für die Erhebung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren

GrAnfr FDP/DVP 06.11.2002 und Antw MWK Drs 13/1471 (17 S.)
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3529-3544

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr FDP/DVP 12.11.2002 und Antw MWK Drs 13/1489 (20 S.)
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3529-3544

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen

Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidar-pakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vorgaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr SPD 12.11.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1497
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3590-3597

Kosten für Studierende durch Auswahlverfahren

Erhebung von finanziellen Beiträgen der Hochschulen von Studienbewerbern für die Teilnahme an o.g. Eignungsfeststellungsverfahren, Frage nach einer entsprechenden Novellierung des LandeshochschulgebührenGes sowie nach einem Ausgleich für bedürftige Studierende

Antr
s. Studienbewerber
Drs 13/1519

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen,

PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr
s. *Student*
Drs 13/1586

Solidarpakt II

Ausgestaltung einer Verlängerung des Solidarpakts bzw der Hochschulfinanzierung mittels neuer Steuerungsinstrumente über eine Rahmenvereinbarung unter Einbeziehung aller Hochschularten, Entwicklung der einzelnen Komponenten wie Grundzuweisung, leistungsorientierte Mittelvergabe, Innovationspool und Stellenfinanzierung; Ausschluss eines Abbaus von Studienplätzen und Stellen

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 17.12.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1632
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.03.2003 Drs 13/1968 S. 42-43
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Kooperationen zwischen Kommunen und Hochschulen an den Hochschulstandorten BW

Auflistung und Fördermöglichkeiten der o.g. Zusammenarbeit, Frage nach Vertretern der Kommunen oder Regionen in den Hochschulräten

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 19.12.2002 und Antw MWK Drs 13/1643

Struktur- und Entwicklungspläne der Universitäten

Vorlage der rechtsverbindlichen Struktur- und Entwicklungspläne, Information über den Planungsstand bei den anderen Hochschulen; Darlegung der Fälle, Gründe und Auswirkungen von Beanstandungen des Ministeriums und Verweigerung der Zustimmung

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 27.01.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1715
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.03.2003 Drs 13/1968 S. 45-47
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) - Auswirkungen auf die Hochschul- und Kulturlandschaft in BW

Auflistung bzw Abwehr von möglichen nachteiligen Konsequenzen für die Hochschulen u.a. Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie deren Finanzierung, Wahrung der Länderinteressen iRd o.g. Verhandlungen

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/1734

Bachelor-Studiengänge

Akzeptanz der neuen Bachelor- und Master-Abschlüsse aufseiten der Absolventen und Abnehmer, Beeinträchtigung der internationalen Anerkennung durch die entsprechende Einstufung der britischen NARIC; Frage nach Zugangsbeschränkungen, Eignungsfeststellungsverfahren und Veränderungen der Studieninhalte; Bewertung der Aussagen der Gutachtergruppe Architektur der Evaluationsagentur BW; Schaffung eines international vergleichbaren Bewertungssystems vor einer flächendeckenden Einführung von Bachelor-Studiengängen

Antr

s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/1774

Frauenförderprogramm „Meduse ohne Grenzen“

Beurteilung des interkulturellen Mentorinnenprogramms zur Integration von Studentinnen mit Migrationshintergrund, Frage nach entsprechenden Frauenförderprogrammen an den Hochschulen des Landes

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/1806

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; hier: Mittlg der EU-Kommission „Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens“

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/1861

Frauenanteil an Hochschulen

Entwicklung 2002 gegenüber 1992 und 1997 nach Berufsakademien, FH und Universitäten, nach Ebenen, Fakultäten, Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren; Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen; geschlechterspezifische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und Studierendenvertretungen; Möglichkeiten zur Erhöhung des jeweiligen Frauenanteils

KlAnfr
s. *Frau*
Drs 13/1863

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novelisierung der HochschulGes

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1897

Verzögerte Ausstellung von Studienausweisen u.a. administrativ-organisatorische Defizite an den Universitäten BW

Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen o.g. Missstände an der Universität Stuttgart u.a. Universitäten; Prüfung einer Entschädigung für entgangene geldwerte Vorteile; Einführung von Chipkarten; Umsetzung von Ergebnissen der an der Universität Stuttgart eingerichteten „Arbeitsgruppe Studiensekretariat“

Antr
s. *Studienausweis*
Drs 13/1925

Beteiligung von Männern und Frauen in ausgewählten Geschäftsbereichen der LReg

Entwicklung der o.g. Repräsentanz in den Gremien der Geschäftsbereiche des StM, MWK und der Universitäten seit 1995; Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming; Teilnahme von Führungskräften des MWK an Fortbildungsmaßnahmen

Antr
s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1964

Hochschulräte

Erfahrungen mit den o.g. Gremien und der damit bewirkten Kompetenzverteilung zwischen dem Ministerium und den Hochschulen, Darlegung der jeweiligen Zusammensetzung nach internen und externen Mitgliedern, Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik, nach der Altersstruktur, nach Ausländern, Frauen und Studierenden; Bewertung der Transparenz der Tätigkeit gegenüber der Öffentlichkeit sowie der Unabhängigkeit von Mitgliedern, die gleichzeitig Sponsoren sind

Antr

s. *Hochschulrat*

Drs 13/1974

Studentische Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Zahl, arbeitsvertragliche Situation, Beschäftigungsumfang und -dauer, Dotierung und personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte; Entwicklung der Stundensätze in den letzten 15 Jahren; Vergleich mit den aus Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnissen; Einhaltung der Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder? Beteiligung an den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts

Antr

s. *Student*

Drs 13/1996

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes und der Hochschul-Ges

Einführung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Studierenden an den Hochschulen und Berufsakademien, Ersetzung der Regelungen über die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des KunsthochschulGes, FachhochschulGes und BerufsakademieGes

GesEntw

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/2030

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl der Studienplätze und -fächer mit einem lokalen und bundesweiten NC, Anteil und Art der Vergabe durch hochschuleigene Auswahlverfahren, (zeitliche) Auswirkungen der Auswahltests und -gespräche vor Ort, insbes für auswärtige und ausländische Studienbewerber; Bewertung der im europäischen Ausland erbrachten schulischen Leistungen; Evaluation der neuen Verfahren; Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/2134

Administration des Verwaltungskostenbeitrags und der Rückabwicklung der verfassungswidrigen Immatrikulations- und Rückmeldegebühren an den Hochschulen

Frage nach einer Kollision zwischen bereits angelaufenen Rückmeldeverfahren und dem Inkrafttreten der Rechtsgrundlage für die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags; vorhandene und tatsächlich notwendige Verwaltungskapazitäten und anfallende Kosten an den Hochschulen, Berufsakademien und PH; rechtliche Bewertung der vom Minister angedrohten Exmatrikulation in Fällen der Zahlungsverweigerung; aktuelle Information der Betroffenen über die Homepage des MWK

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/2191

Selbstständigkeit der Hochschulen

Übertragung von Kernkompetenzen iRd bisherigen und künftigen Reformen, Frage nach Grenzen der Autonomie von staatlich finanzierten Hochschulen auch im Vergleich zu anderen BLändern und Staaten

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 16.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2263

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 29 30

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Die „Neuen Steuerungsinstrumente“ an den Hochschulen

Bisheriger Stand und Kosten der Implementierung von NSI an den einzelnen Hochschulen, Zahl und Funktionen der geschuldeten Mitarbeiter, Einbeziehung von Leitungsebenen, entwickelte Produkte und Kennzahlen zur Umsetzung von Controlling sowie der Kosten- und Leistungsrechnung, Darstellung des Zugewinns an Planung und Steuerung im Vergleich zur bisherigen Kostenstellenrechnung

Antr

s. *Neues Steuerungsmodell*

Drs 13/2272

Kräfte zur Selbstorganisation selbstständiger Hochschulen stärken

Auswirkungen bisheriger und künftiger Reformen auf die Autonomie und Transparenz der Hochschulen; Wirksamkeit der Instrumente Globalhaushalte, leistungsorientierte Mittelvergabe, Zielvereinbarungen, Solidarpakt, Struktur- und Entwicklungspläne; Entwicklung der Genehmigungsvorbehalte vonseiten des Ministeriums und der Berufungsverfahren; Beteiligung der Hochschulangehörigen, Information der Öffentlichkeit und Rechenschaftslegung gegenüber dem Ltg

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 17.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2274

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 29 30

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Mittlg LReg 21.02.2005 Drs 13/4041

Verwaltungskostenbeitrag für Doktorandinnen und Doktoranden?

Zahl der zur Promotion angenommenen und Anteil der immatrikulierten Doktoranden an den einzelnen Universitäten; Verzicht auf die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags nach dem LandeshochschulgebührenGes für diese Gruppe wegen fehlender Inanspruchnahme der Leistungen, die Grundlage der Beitragserhebung sind; entsprechende Änderung des UniversitätsGes iRd angekündigten nächsten Hochschulgesetznovelle

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/2288

Neue Schule, neue Lehrer - Ein Konzept für die Reform der Lehrerbildung

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten und PH; Regelungen zur Gliederung und Dauer des Hochschulstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Weiter-

qualifikation; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen; Koordination der Weiterbildungsangebote von Schulen, Akademien, Hochschulen und den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/2322

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Baden-Württemberg - Motor für ein modernes Hochschulwesen
Ergriffene und noch notwendige Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Landes, insbes Modernisierung der Strukturen, Verbesserung der Lehre, Flexibilisierung der Professorenarbeitszeit, wissenschaftliche Weiterbildung, international anerkannte Studiengänge, Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft; Transparenz durch Evaluation; Sicherstellung eines ausgewogenen Angebots an Forschung und Lehre

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2332 (17 S.)
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260-6270

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Modernes Hochschulwesen in BW im Spannungsfeld bundespolitischer Rahmenbedingungen

Ergriffene und noch notwendige Maßnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs und der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Landes, insbes Selbstauswahlrecht, neue Finanzierungswege, Deregulierung des Arbeits- und Dienstrechts, Optimierung der Rahmenbedingungen für die Forschung

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2333 (12 S.)
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260-6270

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

„PISA für die Forschung“ - Hervorragende Ergebnisse Baden-Württembergs beim Hochschulranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Ursachenanalyse des guten Abschneidens der süddeutschen Universitäten, Abgleichung mit den landesweiten Evaluationen, Beurteilung der Schaffung eines Instituts für Forschungsbewertung, künftige Rolle der Evaluationsagentur BW; Förderung der Einwerbung von Drittmitteln sowie der Vernetzung der Wissenschaftsbereiche

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/2334

Stand und Zukunft der Weiterbildung an Hochschulen

Entwicklung der Weiterbildung an Hochschulen und von ihnen geschaffenen Einrichtungen seit 1998 nach Angeboten, Teilnehmerzahlen und Einnahmen; Rahmenbedingungen und Anteil der beteiligten Professoren u.a. Dozenten; Weiterfinanzierung der Koordinierungsstellen; Evaluation der Angebote und Einrichtungen; notwendige zusätzliche Anreize

Antr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/2360

Leistungsorientierte Mittelverteilung im Hochschulbereich

Bisherige Erfahrungen zur Erreichung der angestrebten Ziele, Beurteilung einer evtl Reduzierung, Ausgleich von Einbußen über Zuweisungen des Ministeriums; Information über die mit den Rektoren ausgehandelten neuen Modelle; Festhalten am System der leistungsorientierten Mittelverteilung auch für die FH und PH

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 21.08.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2367
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 47-49
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Stand und Bedingungen der nationalen und internationalen Anerkennung des Abschlusses, Art und Erfolg von Bemühungen der Absolventen um ein Anschlussstudium oder eine Promotion an einer Hochschule; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung, Beurteilung der generellen Einführung und Anerkennung von Bachelor-Abschlüssen, Chancen für den Ausbau der Berufsakademien zur „Dualen Hochschule“ und damit zur Gleichwertigkeit mit den anderen Hochschularten

GrAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/2499

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2553

Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Bündelung der Zuständigkeiten für Auslandsaktivitäten und des Standortmarketings für den Hochschul- und Forschungsstandort BW bei der Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 13/2676

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

Bildungsangebote für ältere Menschen

Unterstützung von Initiativen zur Erschließung neuer Aufgaben nach der Erwerbstätigkeit; Angebot eines Seniorenstudiums sowie von Lehrstühlen für Geragogik an den Hochschulen; Er-

leichterung des Zugangs zu den neuen Informationstechnologien

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2746

Schaffung integrierter Studiengänge an Hochschulen in BW und China

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten zur weiteren Intensivierung der bestehenden Partnerschaften und Austauschbeziehungen, Frage nach vorhandenen grundsätzlichen Voraussetzungen und geeigneten inhaltlichen Bereichen

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2757

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen im Forschungsbereich bzw bei der Forschung und Lehre an den Hochschulen; Ausschluss einer Verletzung des Solidarpakts

s. *Forschung*
Drs 13/2814

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorge-sehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2858

Stiftungsprofessuren an den Hochschulen in BW

Darlegung der zum Jahresbeginn eingerichteten, beendeten sowie avisierten Stiftungsprofessuren an den einzelnen Hochschulen; Ausgestaltung und Evaluation dieser Professuren; Kompensation der auslaufenden, positiv evaluierten Professuren mit zusätzlichen Stellen aus dem Landeshaushalt?

Antr
s. *Professor*
Drs 13/2967

Vermögen der Hochschulen

Höhe des jeweiligen Körperschaftsvermögens der Hochschulen, Anteil des von den Hochschulen genutzten Grundvermögens des Landes, Buch- und Verkehrswert der von den Universitätskliniken übernommenen Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, Frage nach den immateriellen Vermögenswerten der Hochschulen bzw nach Art und Ergebnissen der wirtschaftlichen Verwertung

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/3004

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Leistungsfähigkeit der Hochschulen im nationalen und im internationalen Vergleich, Bewertung der vom Bund vorgeschlagene-

nen Elite-Universitäten, Stimulanz des Wettbewerbs zwischen Fakultäten und Instituten, Ausbau vorhandener Schwerpunkte durch Förderung von Zentren wissenschaftlicher Exzellenz, Gewinnung zusätzlicher Mittel über Stiftungskapital und Spenden, Anreize durch Änderung des Stiftungssteuerrechts, Abbau von Hemmnissen wie zentrale Studienplatzvergabe und Verbot von Studiengebühren, Abschaffung des Hochschulrahmenges, Bleibemöglichkeiten für ausländische Studenten nach Studienabschluss durch Verbesserung des ZuwanderungsGes, Bereitstellung von Räumlichkeiten für etablierte Unternehmen neben Existenzgründern

Antr FDP/DVP 17.03.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3021
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877-6885

Umsetzung der Einsparungen an Hochschulen

Umsetzung der im Epl 14 ausgewiesenen globalen Minderausgaben und allgemeinen Einsparauflagen an den einzelnen Hochschulen im Haushalt 2004 und seit 1996, Höhe der Einsparungen in Relation zum Gesamthaushalt der jeweiligen Hochschule

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 02.04.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3100 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.05.2004 Drs 13/3282 S. 35 36
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Mittelkürzungen an den Universitäten und ihre Auswirkungen auf ein ordnungsgemäßes Studium am Beispiel des NC-Studiengangs Zahnmedizin

Umfang und Auswirkungen der Einsparungen für die zahnmedizinischen Studiengänge, Reduzierung der materiellen Ausstattung und damit Erhöhung der Eigenbelastung der Studierenden, Ausweitung der Lehrverpflichtung der Professoren auf Kosten der Krankenversorgung und Forschung, Erwartung eines Rückgangs der Zulassungszahlen aufgrund der Eingriffe in die Ausstattung?

Antr
s. *Zahnheilkunde*
Drs 13/3207

Reform der Lehrerbildung im Zuge des Bologna-Prozesses

Entwicklung einer Konzeption zur Umstellung auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master, Abschaffung des Staatsexamens, Reform des Referendariats, inhaltliche Neuorientierung des Studiums, Vermittlung von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz, Übernahme von Aufgaben der Bildungsforschung, Schulentwicklung und Fortbildung durch die Hochschulen, Evaluation der Studiengänge und Qualitätsverbesserung an den PH

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3232

Forschungskosten in BW

Kosten eines Forschungsarbeitsplatzes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen im Vergleich zu den USA differenziert nach Universitäten und Privatwirtschaft, Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung; Entwicklung der Zahlen dieser Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren; Anteile, Zielländer und Gründe für die Abwanderung von Wissenschaftlern aus BW

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/3266

Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich

Gründe für die Blockade des gemeinsamen Exzellenzwettbewerbs von Bund und Ländern, Bereitstellung der zusätzlichen Kofinanzierungsmittel und Gestaltungsspielräume für die mit Erfolg teilnehmenden Hochschulen, Frage nach zusätzlichen Mitteln und Maßnahmen zur Exzellenzförderung in der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen, Selbstbestimmung der Studiengebühren durch die künftigen Spitzen-Universitäten nach einem Erfolg der Klage gegen Studiengebühren beim BVerfG?

Antr GRÜNE 14.07.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3372

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877-6885

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungs- und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des LandesreisekostenGes, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungenGes

GesEntw

s. *Besoldung*

Drs 13/3399

Ges zur Änd des Hochschulzulassungsges

Umsetzung der Änderungen des HochschulrahmenGes des Bundes, direkte Vergabe von 60 Prozent der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen, Weiterentwicklung der Regelungen für die Auswahlverfahren in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen

GesEntw

s. *Hochschulzulassungsgesetz*

Drs 13/3408

Initiative zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für alle Hochschulangehörigen

Aufgreifen der Initiative der Sozialministerin zur Vereinbarkeit von Studium und Familie, Vorlage eines Konzepts zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für Kinder aller Statusgruppen an den Hochschulen, Schaffung der notwendigen Voraussetzungen im Zuge der Novellierung der Hochschulgesetze

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/3417

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studierverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr SPD 21.07.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3418

Die Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen für das Selbstauswahlrecht in Numerus-clausus-Fächern

Zahl von Studienplätzen, -bewerbern und -anfängern in den einzelnen bundesweit und örtlich beschränkten Studienfächern und Hochschulen; jeweiliger Anteil der von der ZVS bzw nach dem Selbstauswahlrecht der Hochschulen vergebenen Studienanfängerplätze; Darlegung der Auswahlverfahren und der dazu durchgeführten wissenschaftlichen Begleitforschung, Umfang der In-

anspruchnahme der dafür etatisierten Mittel sowie der Mitfinanzierung der ZVS, Erwartung einer Reduzierung dieses Beitrags mit dem Rückgang der ZVS-Vergabevolumina

Antr

s. *Studienplatz*

Drs 13/3489

Bündnis für Lehre

Auflistung der o.g. Modellprojekte differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen sowie eingereichten und abgelehnten Projektanträgen, Zusammensetzung des für die Projektauswahl zuständigen Gremiums, Entwicklung des Fördervolumens in den vergangenen fünf Förderrunden sowie der dabei eingesetzten Einnahmen aus Langzeitstudiengebühren

KIAnfr

s. *Hochschullehre*

Drs 13/3536

Unterstützung von Studierendenauswahlverfahren aus Mitteln des Landeshaushalts, der Landesstiftung und des Stifterverbands

Höhe und Laufzeit der o.g. Förderung differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen, Anteil der jeweiligen Eigenmittel, Auflistung der beantragten und abgelehnten Forschungsprojekte

KIAnfr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/3541

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 13/3560

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung der bisherigen Hochschulgesetze zu einem deregulierten LHochschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs; Regelung der Zusammensetzung, Wahl und Kompetenzen von Aufsichtsrat und Vorstand; Einführung einer gestuften Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen; Neufassung des LHochschulgebührenGes; Änd des UniversitätsklinikGes; Umsetzung des ErrichtungGes für die neuen FH in Esslingen und Mannheim; Erweiterung des StudentenwerksGes auf die Film- und Popakademie; Änd des AusführungsGes zum BAföG; Änd bzw Außerkrafttreten von weiteren Rechtsvorschriften

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirt-

schaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr
s. *Abiturient*
Drs 13/3635

Bauunterhaltung und Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

- *Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO -*

Mittlg
s. *Hochschulbau*
Drs 13/3725

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Erleichterung des Hochschulzugangs für besonders qualifizierte Berufstätige

EAntr CDU und FDP/DVP 24.11.2004 Drs 13/3790 Nr. 71 S. 116
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5726-5762
Mittlg LReg 17.10.2005 Drs 13/4724 (41 S.)

Beraterkreis Hochschulentwicklung

Aufgaben, Zusammensetzung und Wirkungsweise des o.g. Gremiums; Mitwirkungsmöglichkeiten der Hochschulen; Vereinbarkeit mit dem Autonomiezuwachs infolge des neuen HochschulGes? Vorlage des Kabinettsbeschlusses zur Einrichtung des Gremiums, des Schreibens zur Berufung der Mitglieder, des Protokolls über die konstituierende Sitzung sowie einer Aufgaben- und Zeitplanung

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 19.01.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/3957
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 03.03.2005 Drs 13/4277 S. 49 50
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstreben einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/5084

Ministerzugriff auf die Universitätshaushalte zur Finanzierung einer Anzeigenserie in einer amerikanischen Wissenschaftszeitung?

Präsentation der einzelnen Hochschulen auf Initiative des MWK unter Inanspruchnahme der Hochschuletats, Höhe der jeweiligen Budgets für Öffentlichkeitsarbeit sowie der Kosten für die geplante Anzeigenserie; Ablehnung einer Beteiligung durch den Senat der Universität Karlsruhe und evtl weitere Senate; Beurteilung der Initiative unter dem Aspekt der Hochschulautonomie

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 11.02.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4031

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 07.04.2005 Drs 13/4277 S. 53 54
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren iR eines Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherrengenschaft an die Universitäten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Immatrikulation von Doktoranden mit 50 %-Beschäftigungsverhältnissen an Universitäten

Verweigerung der Immatrikulation von o.g. Doktoranden mit dem Hinweis auf das neue LandeshochschulGes, Auswirkungen auf die materielle Situation der Doktoranden und die Zahl der Promotionen, insbes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen; Eintreten für die Immatrikulation gegenüber den Universitäten

KIAnfr
s. *Immatrikulation*
Drs 13/4055

Der Wettbewerb Exzellenzinitiative der BReg als Chance für unsere baden-württembergischen Universitäten

Gründe und Auswirkungen der Abkehr vom o.g. Förderprogramm des Bundes gemeinsam mit Bayern bzw der geforderten Zuweisung der gesamten Programmsumme an die Deutsche Forschungsgemeinschaft; Vorbereitungsstand der Universitäten zur Teilnahme an dem nun blockierten Wettbewerb; Beurteilung der Kritik von führenden Wissenschaftsorganisationen an der Position der beiden Länder; Aufgabe der Blockadehaltung

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 25.02.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4097
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 07.04.2005 Drs 13/4277 S. 54 55
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission „Evaluation der Erziehungswissenschaft an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes BW“

Konsequenzen aus der o.g. Studie: Abbau von Defiziten der empirischen Bildungsforschung mithilfe eines Förderprogramms, Optimierung der Lehrerausbildung durch eine verbesserte Personalplanung sowie Verbindung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, psychologischen und berufspraktischen Studien, Modularisierung der Studiengänge, Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Auslobung eines Landespreises, Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der PH

Antr
s. *Pädagogik*
Drs 13/4098

Die Zukunftsoffensive IV

Entscheidende Impulse, Konzepte und Personen der o.g. Forschungsoffensive bzw der Entscheidungsvorlage für den Aufsichtsrat der Landesstiftung; Darlegung des Verfahrens, der Kriterien und Beteiligten für die (offene) Ausschreibung und Vergabe der Projekte; Einbeziehung der PH sowie der zuständigen Hochschulgremien angesichts der künftigen Bindungs- und Folgewirkungen der Antragstellungen; Verwendung von Restmitteln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersforschung? Art und Ergebnisse der Evaluation von „Erwin I-IV“ und deren Transparenz; Information des WissA vor der Entscheidung über das Ausschreibungsverfahren

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/4136

Leitbild des neuen LandeshochschulGes bei der Umstellung der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen auf das gestufte Studiensystem

Verfolgte Ziele und Maßgaben zur Unterstützung der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Akzeptanz der Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt, Überprüfung und Qualitätssicherung der angebotenen Studiengänge, Wertigkeit des Bachelorabschlusses an den Fachhochschulen und Universitäten, Zugangsvoraussetzungen für die Aufnahme eines Masterstudiums

Antr

s. *Studium*

Drs 13/4150

Ausgestaltung der Zukunftsoffensive IV

Thematische und institutionelle Ausgestaltung der o.g. Forschungsoffensive; Kriterien, Konzepte, Entscheider und Zeiträume der Mittelvergabe; Abstimmung mit der Clusterbildung der Forschungsleitlinien; Förderung von (weiblichen) Nachwuchswissenschaftlern sowie der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten mit kleinen und mittelständischen Unternehmen; Partizipation der Geistes- und Sozialwissenschaften; Förderung von internationalen Kooperationen zwischen Universitäten; Einbindung des MWK sowie der Hochschulrektoren

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/4181

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Zeitraumen und inhaltliche Ausgestaltung o.g. Pläne, gutachtliche Klärung der Probleme, Auflösung der widersprüchlichen Aussagen zum BAföG, Befreiung der BAföG-Bezieher von Studiengebühren, Orientierung an den verabredeten Eckpunkten der unionsregierten Länder? Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Beteiligung der Studenten an der Mittelvergabe, Auflage eines neuen Solidarpakts ab 2007, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW, Sicherung der Sozialverträglichkeit, Ausbau des Stipendienwesens in Kooperation mit Wirtschaft und Stiftungen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4250

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Entwicklung und Finanzierung der Hochschulangebote zum Studium generale, Seniorenstudium und Kinderuniversitäten

GrAnfr

s. *Weiterbildung*

Drs 13/4285

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Frage nach Lösungsvorschlägen der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Hochschulen und Berufsakademien, Umgang mit der verstärkten Nachfrage nach Studienplätzen aus Bayern bereits 2011, Studienmöglichkeiten in anderen BLändern, vorübergehende Kürzung der Quote von Studienbewerbern aus Nicht-EU-Staaten, befristete Bereitstellung eines neuen Typs von Hochschullehrern, Nutzung der kompensierenden Instrumente einer verminderten Abbrecherquote und von verkürzten Studienzeiten, Aufnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen in ein Dringlichkeitsprogramm u.a.m.

Antr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4326

Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur

Beurteilung der Forderungen von Kammern und Verbänden der Arbeitgeber nach Zulassung von besonders qualifizierten Berufstätigen auch ohne Abitur und Eignungsprüfung zum Studium an Fachhochschulen und Universitäten sowie der dazu angeführten Argumente; Gewährung eines grundsätzlichen Fachhochschulzugangs für Absolventen mit Gesellenbrief sowie eines uneingeschränkten Hochschulzugangs für Meister und Fachwirte

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.05.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4336

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung - Rolle der Universitäten iRd Lissabon-Prozesses

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/4349

Künftiger Mangel an Studienplätzen in BW

Entwicklung der Zahlen von Studienberechtigten und -anfängern seit 1995 und bis 2014, Abgleichung mit den vorhandenen und benötigten Studienplätzen; Auswirkungen der zulassungsbeschränkten Studiengänge, der Eignungsfeststellungsprüfungen, des neuen Doktorandenstatus und der Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studienplatzkapazitäten; Bereitstellung der am Bedarf orientierten Kapazitäten

Antr

s. *Studienplatz*

Drs 13/4394

Die Rechtsauffassung der LReg über die Kompetenzkonkurrenz zwischen Aufsichtsrat/Hochschulrat/Universitätsrat und Senat an Hochschulen

Darlegung des letztendlich zuständigen Hochschulgremiums für die Entscheidung über die Bildung, Veränderung, Aufhebung und Zuordnung von Hochschuleinrichtungen; Verbindlichkeit des jüngsten Beschlusses des Senats der Universität Heidelberg über das Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die Vollzugskompetenz des Vorstands bzw Rektorats?

KIAnfr Claus Wichmann SPD 30.06.2005 und Antw MWK

Drs 13/4463

Äquivalenzen bei der Akkreditierung von Studiengängen

Klarstellung des unterschiedlichen Qualifikationsniveaus von Absolventen bzw Abschlüssen nach einem weiterbildenden Masterstudiengang und einem konsekutiven Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre; Hinwirkung auf eine entsprechende Modifikation der länder einheitlichen Strukturvorgaben nach dem HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Betriebswirtschaftslehre

KlAnfr

s. *Studium*

Drs 13/4464

Kooperationsvereinbarungen nach § 31 Abs 4 LHochschulGes (LHG)

Weiterbildungsangebote in Form von Kontaktstudien außerhalb des Hochschulbereichs; Ausgestaltung o.g. Vereinbarungen mit den kooperierenden Einrichtungen, Höhe der zu entrichtenden Entgelte, Regelung der Zulassungsvoraussetzungen zum Kontaktstudium, des Lehrangebots und der Prüfungsabnahme durch die Hochschulen

KlAnfr

s. *Weiterbildung*

Drs 13/4477

Ges zur Änd des LHochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses

GesEntw SPD 12.07.2005 Drs 13/4486

1. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6948-6953

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.11.2005 Drs 13/4836

2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7440 7441 (Ablehnung)

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Studiengänge und Studienplätze an den staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien seit 1996; Ausbau der Hochschule Pforzheim und der Berufsakademie Außenstelle in Horb?

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Externenprüfungen an Hochschulen

Durchführung der Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfungen für nicht immatrikulierte Studierende als Blockprüfungen und nicht als studienbegleitende Prüfungen? Angebot der o.g. Prüfungen für einen offenen, nicht einschränkbaren Kreis potenzieller Prüflinge? Anerkennung der Prüfungen bzw deren Benotungen, die inner- oder außerhalb eines Kontaktstudiums einer Hochschule abgelegt werden, lediglich als Zulassungsvoraussetzung zur Externenprüfung?

KlAnfr

s. *Hochschulprüfung*

Drs 13/4537

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das

Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw GRÜNE 21.07.2005 Drs 13/4528

1. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6948-6953

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.11.2005 Drs 13/4836

2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7440 7441 (Ablehnung)

Studiengebühren; hier: Risikofonds zulasten der Hochschulen?

Verlagerung des Risikos ausbleibender Darlehensrückflüsse von den Banken auf den o.g. Fonds bzw auf die Hochschulen als dessen Mitglieder, Einrichtungs- und Betriebskosten sowie Rechtsform eines solchen Gemeinschaftsfonds, Höhe der Finanzierungsanteile der einzelnen Hochschularten und Hochschulen, Gewichtung unterschiedlicher Größen und Risiken, Finanzierung aus der landesfinanzierten Grundausrüstung?

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4572

Studiengebühren; hier: BundesausbildungsförderungsGes (BAföG)

Entwicklung der Zahl von BAföG-Empfängern vor und nach der Umstellung auf Darlehen bzw nach der Wiedereinführung der Förderung und Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenze der Eltern; Gründe für die Streichung der Gebührenbefreiung für BAföG-Höchstempfänger; Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den einzelnen Hochschularten und -standorten; Darlegung der Daten zur Entwicklung des Stipendienwesens seit 1995

Antr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/4588

Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professorenamt

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ablehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr

s. *Professor*

Drs 13/4599

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium

Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4603

Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Universitäten, FH und Berufsakademien

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzelnen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums ohne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -

verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr

s. *Ausländischer Student*

Drs 13/4612

Zahlen zu Studienanfängern und Studienberechtigten 2004 und 2005 in BW

Zahl von Studienberechtigten, von Studienanfängerplätzen und Studienanfängern an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien; Anteil von Bildungsausländern

KlAnfr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4657

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr

s. *Frau*

Drs 13/4727

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4738

Studiengebühren; hier: Verwaltungskosten

Ergebnisse der Erhebung der zusätzlichen Personal- und sonstigen Verwaltungskosten bei der Administration der Studiengebühren unter Heranziehung der neuen Steuerungsinstrumente, Vergleich mit dem Aufwand zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen, Anteil der uneinbringlichen rückzahlbaren BAföG-Darlehen, Auswirkungen der Privatinsolvenz, erwartete Ausfallquote bei den Studienkrediten bzw Höhe des Gesamtausfalls der Studiengebühren für die Hochschulen; Umsetzung des Versprechens zur vollen Verwendung des Studiengebührenaufkommens zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4739

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw CDU und FDP/DVP 19.10.2005 Drs 13/4732

1. Beratung PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7355-7359

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.11.2005 Drs 13/4836

2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7440 7441

GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4926

GBl 2005 Nr. 17 S. 706 707 (Ges vom 01.12.2005)

Die vorschulische Betreuung der Kinder von Hochschulangehörigen in der Region Freiburg

Zahl und Art der von den Hochschulen und dem Studentenwerk eingerichteten und noch geplanten Betreuungsplätze; Frage nach Wartelisten, Wartezeiten und der Zeitperspektive für ein zusätzliches Angebot

KlAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/4787

Flächenbedarf bei Studienplätzen

Gründe für die Differenzierung der Bedarfsgrößen bei den Bau- und Entwicklungsplanungen für die Hochschulen und Berufsakademien

GrAnfr

s. *Studienplatz*

Drs 13/4843

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank

GesEntw

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4858

Überlastprogramm für die Hochschulen

Entwicklung eines Überlastprogramms zur Vorbereitung auf die steigenden Studierendenzahlen bzw den doppelten Abiturientenjahrgang 2012, Gewährleistung einer auf zehn Jahre befristeten Parallelbesetzung von Professoren-/Wissenschaftlerstellen ab dem Jahr 2008

Antr SPD 14.12.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4967

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 124-126

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ausbau der Hochschulstandorte Ravensburg/Weingarten, Friedrichshafen und Konstanz

Umsetzung der o.g. Ankündigung des MinPräs, Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2012, Aufgabe des Studiengangs Jura an der Universität Konstanz nach dessen Bewertung als überflüssig durch den MinPräs?

KlAnfr Norbert Zeller SPD 14.12.2005 und Antw MWK Drs 13/4975

Einige ausgewählte Umstände der Evaluation des Fachs Geschichte an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen durch die Evaluationsagentur BW

Frage nach den untersuchten Hochschulen u.a. Einrichtungen, der Inanspruchnahme von wissenschaftlichen Mitarbeitern, den

verfügbaren Mitteln und angefallenen Kosten bei den Einrichtungen und der eingesetzten Expertengruppe

KIAnfr
s. *Geschichte*
Drs 13/4983

Vorbereitung eines Solidarpakts II

Ausgestaltung und Laufzeit des neuen Solidarpakts ab 2006, Einbeziehung aller Hochschularten einschließlich der Berufsakademien bzw der Einnahmen, Verwaltungskosten und Ausfallsicherung von Studiengebühren; Berücksichtigung der Gebäudewirtschaftungskosten; Umsetzung des angekündigten Ausbaus von 16.000 Studienplätzen; Darlegung der Relation von Grundfinanzierung, leistungsorientierter Mittelvergabe und Finanzierung anhand von Zielvereinbarungen; Einberechnung des Landesanteils zur Finanzierung der Exzellenzinitiative?

Antr GRÜNE 13.01.2006 und Stellungnahme MWK Drs 13/5044
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 124-126
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Dauer der Berufungsverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Gestaltung und Dauer der Verfahren nach Übertragung der Zuständigkeit für die Ruferteilung auf die Hochschulen zum Jahresbeginn 2005

Antr
s. *Berufung (Hochschulrecht)*
Drs 13/5074

Baden-württembergische Wissenschaftsbeziehungen nach Ägypten und die Perspektiven für die German University in Cairo (GUC)

Darlegung der beteiligten Hochschulen, Berufsakademien und Unternehmen; Umfang des Austauschs von Wissenschaftlern und Studierenden sowie des finanziellen Engagements von Bund, Land und Privatpersonen; Frage nach den bearbeiteten Themen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie nach den mittelfristigen Perspektiven

KIAnfr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/5075

Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen, Zuerkennung des Rechts auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49

Qualitätsverbesserung der Hochschulen durch Studiengebühren, Erreichung von mehr Wettbewerb und Leistungsorientierung durch die Reformgesetzgebung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 87 88 101 104 110

Strategisches Management bei den Beschaffungen der Universitäten

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 548

Hochschuldichte in BW, Bedeutung der Hochschulen als Zentren für die Nachwuchsförderung

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 607-609

Schaffung neuer Studiengänge und -abschlüsse an den Hochschulen, Ausbau der Informatik

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 642 644

Fortsetzung des Solidarpakts mit den Hochschulen, Eintreten für nachlaufende Studiengebühren als dritte Finanzierungssäule der Hochschulen, internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 806 812 813 816 819 827

Fortführung des Solidarpakts mit den Hochschulen, Finanzierung von Stellen über die LStiftung BW, Fortsetzung der Hochschulreform

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834-836 845 849 853

Investitionen in den Hochschulbereich, Fortführung des Solidarpakts, Einführung neuer Steuerungsinstrumente, Internationalisierung von Angeboten und Abschlüssen, Stimulierung des Wettbewerbs unter den Hochschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-980

Hochschullandschaft im Raum Karlsruhe, Begrüßung von Ausgründungen aus Universitäten und FH, Erhaltung der Verbindungen zur Wissenschaft; wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518 1521 1522 1526-1529 1539-1544

Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2815 2837 2840

Beurteilung der Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Hochschulen am Beispiel der „International University in Germany“, Bewertung der IU Bruchsal als Bereicherung der Hochschullandschaft; Plädoyer für allgemeine Studiengebühren; Begrüßung der Juniorprofessur

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3001-3013 3025-3035 3050-3056

Verweisung auf die flächendeckende Versorgung des Landes mit Hochschulen und Universitäten; Stand, bisher erreichte und weitere Ziele der Hochschulreformen; Attraktivität der Hochschulen nach dem Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft; Mittelbereitstellung über Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601-3603 3624 3625 3632 3633 3651 3660-3675

Sparbeitrag der Hochschulen, Kritik an der Umgehung des Solidarpakts durch Stellenkürzungen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4018 4036

Spitzenstellung der Universitäten des Landes nach dem Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Beurteilung der vom Bund vorgeschlagenen Eliteunis, Stärkung der Autonomie und des Selbstauswahlrechts mit dem neuen HochschulGes, Notwendigkeit von Studiengebühren

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4146 4150 4153 4154 4156 4157 4159-4162 4165-4167 4171 4173 4175 4180

Hochschullandschaft in BW, Position nach dem jüngsten Ranking, Fortführung des Solidarpakts, Teilnahme am Wettbewerb um Elitehochschulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4249

Position der Universitäten des Landes im Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Investitionsbedarf der Hochschulen, Förderung von hoch begabten Studenten an den Hochschulen

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4448 4479-4481

Ausgaben für die Hochschulen im Vergleich zu anderen BLändern, Spitzenstellung der Universitäten des Landes nach den neuesten Rankings

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5645

Notwendigkeit von Eliteuniversitäten, Schaffung eines Solidarpakts II als stabile Finanzierungsgrundlage der Hochschulen, Sanierungsbedarf der Hochschulgebäude

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5865 5872 5873 5883 5889 5890

Abschneiden der Hochschulen des Landes in nationalen und internationalen Rankings, Zusammensetzung der Hochschulfinanzierung nach dem neuen HochschulGes, Ablehnung des Eliteprogramms der BReg; Verbesserung des Technologietransfers aus den Hochschulen in die Wirtschaft

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5978 6015 6017

Spitzenstellung der Universitäten des Landes nach den jüngsten Rankings, Ausbau der Vernetzung von Hochschulen und Wirtschaft, Leitbilder und Finanzierung der Hochschule von morgen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6402 6406-6408

Spitzenstellung der Hochschulen des Landes in Deutschland, Weiterentwicklung mit der Einführung von Studiengebühren, Dringlichkeit und Mittelbedarf der baulichen Sanierung, Erleichterung des Zugangs für qualifizierte Berufstätige, Stellenwert der Berufsakademien in der umgebenden Hochschullandschaft

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6466 6467 6477 6478 6487 6488 6496 6497 6499 6526-6532

Entflechtung der Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern im Hochschulbereich, Qualitätswettbewerb der Hochschulen um die Mittel iRd Exzellenzinitiative des Bundes

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6734-6742

Übertragung der Zuständigkeit für den Hochschulbereich auf die Länder iRd Einigung auf eine Föderalismusreform; Auswirkungen der geplanten Hochschulgebühren; Verweisung auf die Umsetzung des Solidarpakts; Förderung der Hochschullandschaft mit der Exzellenzinitiative für Spitzenforschung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285-7287 7289 7290 7314-7325 7335 7343 7344

Abschneiden der Universitäten des Landes bei der ersten Runde der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880-7882 7884-7891

Hochschule für Druck und Medien

Situation der Freien Radios in BW

Qualitätsbeurteilung der nichtkommerziellen Radios durch die LfK, Verbesserung der finanziellen Ausstattung und frequenztechnischen Versorgung, Würdigung des Beitrags zur Medienkompetenz von Jugendlichen und Erwachsenen, Bewertung der Bewerbung der landeseigenen Hochschule für Druck und Medien Stuttgart auf Sendezeiten

Antr
s. Rundfunk
Drs 13/2455

Hochschule für Gestaltung

s. Kunsthochschule

Hochschule für öffentliche Verwaltung

s.a. Euro-Institut

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Polizei, der Fachschulen und Berufsakademien

GrAnfr
s. Kultur
Drs 13/1012

Verwaltungsreform in BW; hier: Modernisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

Überlegungen zur Weiterentwicklung der Fachhochschullandschaft BW, Externalisierung nach dem Beispiel anderer BLänder, Höhe der Entgeltaufwendungen für die Studierenden, Anteil der in den Dienst des Landes und der Kommunen übernommenen bzw später wieder ausgeschiedenen Anwärter, Regelungen zur Rückzahlung und Höhe des Rückflusses der Anwärterbezüge seit 1993; Einrichtung externer Studiengänge und gestufter Studienabschlüsse an den FH in Ludwigsburg, Kehl und Schwetzingen

Antr GRÜNE 06.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2042 (11 S.)
ÄAntr SPD 06.05.2004 Drs 13/3179
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4887-4893
BeschEmpf und Bericht InnenA 24.06.2004 Drs 13/3492 S. 37-39
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Haushalt 2004; Epl 03

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2803-4 S. 25
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4181-4203

Haushalt 2004; Epl 05

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2805-2 S. 21
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4302-4317

Haushalt 2004; Epl 06

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2806-3 S. 12
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Haushalt 2004; Epl 14

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-14 S. 66
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Verwaltungsreform in BW; hier: Modernisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

Prüfung einer Erweiterung der Studienangebote sowie Umstellung der Diplomstudiengänge auf Bachelor und Master, Klärung der rechtlichen Implikationen einer Externalisierung innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren, Entscheidungsvorlage der Ergebnisse im Ltg

ÄAntr SPD 05.05.2004 Drs 13/3179
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4887-4893

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

ÄAntr GRÜNE 19.01.2005 Drs 13/4003-9 S. 48

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Haushalt 2005 und 2006; Epl 06

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

ÄAntr GRÜNE 27.01.2005 Drs 13/4006-3 S. 18

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen für Verwaltung und Finanzen, Einführung der Studienabschlüsse Bachelor und Master, Erweiterung des Spektrums der Studiengänge mit Blick auf die private Wirtschaft, Förderung internationaler Partnerschaften mit dem Austausch von Studierenden und Lehrenden

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Haushalt 2006; Nachtrag

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 27 S. 83

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 36 S. 95

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-23 S. 38

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4873-31 S. 49 50

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Übertragung der Personalverwaltung für die Beamtenanwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes auf die FH für öffentliche Verwaltung; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Personalplanung*

Drs 13/4963

Externalisierung der internen Verwaltungsfachhochschulen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4036

Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4187

Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4242

Ablehnung des Vorschlags zur Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394 7395

Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7595

Hochschule für Polizei

s.a. *Akademie der Polizei*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1995 des RH zur LHR von BW für das Hj 1993 (Nr. 9) - Beherbergungs- und Bewirtungsbetrieb der FH

Stand der noch ausstehenden Neukonzeption des Verpflegungsbetriebs an der Hochschule für Polizei

Mittlg

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Drs 13/717

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung und Polizei, der Fachschulen und Berufsakademien

GrAnfr

s. *Kultur*

Drs 13/1012

Verzicht auf eine Externalisierung der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4888

Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/2680

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Umsetzung des ErrichtungsGes für die neuen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim)

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/2680

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Umsetzung des ErrichtungsGes für die neuen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim)

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Hochschule Ravensburg-Weingarten

Ausbau der Hochschulstandorte Ravensburg/Weingarten, Friedrichshafen und Konstanz

Umsetzung der o.g. Ankündigung des MinPräs, Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2012, Aufgabe des Studiengangs Jura an der Universität Konstanz nach dessen Bewertung als überflüssig durch den MinPräs?

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 13/4975

Hochschulentwicklung

s. Hochschule

Hochschulgebäude

s. Hochschulbau

Hochschulgebühren

Die Verlosung von Teilnehmerplätzen in Lehrveranstaltungen an Hochschulen

Gründe und Auswirkungen o.g. Selektionsverfahren, Kostenwirkungen eines zusätzlichen Semesters; Herausrechnung unverschuldeter Zeitverluste an den Bildungsguthaben durch entsprechende Bescheinigungen bei der Berechnung der Langzeitstudiengebühren

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 05.07.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1142
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 63 64
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Zuweisung der Verantwortung der Hochschulen für die Erhebung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1471

Kosten für Studierende durch Auswahlverfahren

Erhebung von finanziellen Beiträgen der Hochschulen von Studienbewerbern für die Teilnahme an o.g. Eignungsfeststellungsverfahren, Frage nach einer entsprechenden Novellierung des LandeshochschulgebührenGes sowie nach einem Ausgleich für bedürftige Studierende

Antr
s. Studienbewerber
Drs 13/1519

Ges zur Änd des FilmakademieGes

Erweiterung des Geltungsbereichs auf die Popakademie BW; Angebot von dreijährigen grundständigen Studiengängen in Musikbusiness und Popmusikdesign mit dem Abschluss Bachelor; Regelung von Aufgaben, Zugangsvoraussetzungen und Strukturen; Erhebung von Studiengebühren

GesEntw
s. Musikhochschule
Drs 13/1893

Rückmeldegebühren

Rückerstattung o.g. Gebühren an alle Studierende nach dem Urteil des BVerfG, Art des Verfahrens und der Finanzierung der Rückzahlung

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 25.03.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1927
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2139 S. 61 62
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Rückzahlung der Immatrikulations- und Rückmeldegebühren nach dem Urteil des BVerfG

Rückerstattung an alle Studierende in voller Höhe

Antr SPD 26.03.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1937

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes und der HochschulGes

Einführung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Studierenden an den Hochschulen und Berufsakademien, Ersetzung der Regelungen über die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des KunsthochschulGes, FachhochschulGes und BerufsakademieGes

GesEntw CDU und FDP/DVP 29.04.2003 Drs 13/2030 (13 S.)
1. Beratung PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3024-3035
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2076
2. Beratung PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3065-3074
GesBeschl 28.05.2003 Drs 13/2126
GBI 2003 Nr. 6 S. 269 (Ges vom 28.05.2003)

Popakademie - wie geht es weiter?

Einrichtung von Außenstellen an der Jazz- und Rockscheule in Freiburg u.a. Standorten; Begründung der Höhe der Studiengebühren, Anteil am Gesamtetat, Umfang und Herkunft anderer Mittelzuflüsse, Höhe der verbleibenden Haushaltsmittel zur Förderung der Popmusik; Stellenwert des Bachelorabschlusses, insbes als Zugangsvoraussetzung für die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes; Einbeziehung der Popakademie in die Aus- und Fortbildung der Musiklehrer

Antr
s. Musikhochschule
Drs 13/2044

Administration des Verwaltungskostenbeitrags und der Rückabwicklung der verfassungswidrigen Immatrikulations- und Rückmeldegebühren an den Hochschulen

Frage nach einer Kollision zwischen bereits angelaufenen Rückmeldeverfahren und dem Inkrafttreten der Rechtsgrundlage für die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags; vorhandene und tatsächlich notwendige Verwaltungskapazitäten und anfallende Kosten an den Hochschulen, Berufsakademien und PH; rechtliche Bewertung der vom Minister angedrohten Exmatrikulation in Fällen der Zahlungsverweigerung; aktuelle Information der Betroffenen über die Homepage des MWK

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 25.06.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2191
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2703 S. 67 68
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Verwaltungskostenbeitrag für Doktorandinnen und Doktoranden?

Zahl der zur Promotion angenommenen und Anteil der immatrikulierten Doktoranden an den einzelnen Universitäten; Verzicht auf die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags nach dem LandeshochschulgebührenGes für diese Gruppe wegen fehlender Inanspruchnahme der Leistungen, die Grundlage der Beitragserhebung sind; entsprechende Änderung des UniversitätsGes iRd angekündigten nächsten Hochschulgesetznovelle

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 18.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2288

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2703 S. 67 68

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Sozial verträgliche Studiengebühren

Schaffung der organisatorischen, rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zur Einführung sozialverträglicher nachlaufender Studiengebühren im Hinblick auf den zu erwartenden Wegfall des bundesrechtlichen Verbots von Studiengebühren

Antr CDU und FDP/DVP 21.10.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2519

Antr SPD 29.10.2003 Drs 13/2548

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3661-3675

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Autonomie der Hochschulen, Abbau von Hemmnissen wie zentrale Studienplatzvergabe und Verbot von Studiengebühren, Abschaffung des HochschulrahmenGes

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/3021

Langzeitstudierende

Zahl der Langzeitstudenten vor und nach Einführung der Gebühren, Entwicklung der Exmatrikulationen und Höhe der Gebühreneinnahmen, Anteil der aufgrund von Ausnahmetatbeständen befreiten Langzeitstudierenden

KlAnfr

s. *Student*

Drs 13/3059

Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich

Gründe für die Blockade des gemeinsamen Exzellenzwettbewerbs von Bund und Ländern, Bereitstellung der zusätzlichen Kofinanzierungsmittel und Gestaltungsspielräume für die mit Erfolg teilnehmenden Hochschulen, Frage nach zusätzlichen Mitteln und Maßnahmen zur Exzellenzförderung in der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen, Selbstbestimmung der Studiengebühren durch die künftigen Spitzen-Universitäten nach einem Erfolg der Klage gegen Studiengebühren beim BVerfG?

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/3372

Bündnis für Lehre

Auflistung der o.g. Modellprojekte differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen sowie eingereichten und abgelehnten Projektanträgen, Zusammensetzung des für die Projektauswahl zuständigen Gremiums, Entwicklung des Fördervolumens in den vergangenen fünf Förderrunden sowie der dabei eingesetzten Einnahmen aus Langzeitstudiengebühren

KlAnfr

s. Hochschullehre

Drs 13/3536

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Neufassung des LHochschulgebührenGes; Außerkrafttreten der VO über Gebühren im Fernstudiengang Internationales Marketing der FH Reutlingen

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Einführung von StudienCredits für die Studenten

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Rückerstattung der an unseren Hochschulen verfassungswidrig erhobenen Verwaltungsgebühr

KlAnfr Claus Wichmann SPD 17.03.2005 und Antw MWK Drs 13/4168

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an badenwürttembergischen Hochschulen

Zeitraumen und inhaltliche Ausgestaltung o.g. Pläne, gutachtliche Klärung der Probleme, Auflösung der widersprüchlichen Aussagen zum BAföG, Befreiung der BAföG-Bezieher von Studiengebühren, Orientierung an den verabredeten Eckpunkten der unionsregierten Länder? Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Beteiligung der Studenten an der Mittelvergabe, Auflage eines neuen Solidarpakts ab 2007, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW, Sicherung der Sozialverträglichkeit, Ausbau des Stipendienwesens in Kooperation mit Wirtschaft und Stiftungen

Antr GRÜNE 15.04.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4250

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7314-7325

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 08.12.2005 Drs 13/4940 S. 2

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7601

Studiengebühren; hier: Risikofonds zulasten der Hochschulen?

Verlagerung des Risikos ausbleibender Darlehensrückflüsse von den Banken auf den o.g. Fonds bzw auf die Hochschulen als dessen Mitglieder, Einrichtungs- und Betriebskosten sowie Rechtsform eines solchen Gemeinschaftsfonds, Höhe der Finanzierungsanteile der einzelnen Hochschularten und Hochschulen, Gewichtung unterschiedlicher Größen und Risiken, Finanzierung aus der landesfinanzierten Grundausstattung?

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 28.07.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4572

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 62-65

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Studiengebühren; hier: BundesausbildungsförderungsGes (BAföG)

Entwicklung der Zahl von BAföG-Empfängern vor und nach der Umstellung auf Darlehen bzw nach der Wiedereinführung der Förderung und Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenze der Eltern; Gründe für die Streichung der Gebührenbe-

freierung für BAföG-Höchstempfänger; Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den einzelnen Hochschularten und -standorten; Darlegung der Daten zur Entwicklung des Stipendienwesens seit 1995

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/4588

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium
Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 12.08.2005 und Antw MWK
Drs 13/4603

Studiengebühren; hier: Gebührenpflicht auch für betriebliche Ausbildungsphasen in den Studiengängen an Berufsakademien?
Begründung der o.g. Gebührenpflicht im Gegensatz zu Praxissemestern an FH und bei den Studiengängen für das Lehramt am Gymnasium, Vereinbarkeit mit dem gebührenrechtlich geforderten Äquivalenzprinzip, Frage nach einer Prüfung iRd beiden Gutachten zur Einführung von Studiengebühren, Betrachtung der Darlehensrückflüsse von Absolventen der Berufsakademien als Absicherung des Studienfonds vor den Ausfallrisiken der Absolventen anderer Hochschularten?

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 27.09.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4676
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.11.2005 Drs 13/5052 S. 61
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 18.10.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4738
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 08.12.2005 Drs 13/4940 S. 2
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7601

Studiengebühren; hier: Verwaltungskosten

Ergebnisse der Erhebung der zusätzlichen Personal- und sonstigen Verwaltungskosten bei der Administration der Studiengebühren unter Heranziehung der neuen Steuerungsinstrumente, Vergleich mit dem Aufwand zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen, Anteil der uneinbringlichen rückzahlbaren BAföG-Darlehen, Auswirkungen der Privatinsolvenz, erwartete Ausfallquote bei den Studienkrediten bzw Höhe des Gesamtausfalls der Studiengebühren für die Hochschulen; Umsetzung des Versprechens zur vollen Verwendung des Studiengebührenaufkommens zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 18.10.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4739
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 08.12.2005 Drs

13/4940 S. 2
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7601

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landes kreditbank BW - Förderbank

GesEntw LReg 22.11.2005 Drs 13/4858 (73 S.)

1. Beratung PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7484-7513

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 08.12.2005 Drs 13/4940 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1, ÄAntr GRÜNE Nr. 2-14, Antr Carla Bregenzer u.a. SPD Nr. 15, ÄAntr Carla Bregenzer u.a. SPD Nr. 16-19)(34 S.)

ÄAntr GRÜNE 14.12.2005 Drs 13/4965

2. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7584-7601

GesBeschl 15.12.2005 Drs 13/4997

GBI 2005 Nr. 19 S. 794-799 (Ges vom 19.12.2005)

Berichtigung GBI 2006 Nr. 1 S. 15

Studiengebührenerlass für Wehr- und Zivildienstleistende und Vergleichbare

Veranlassung der Hochschulen zur o.g. Vorgehensweise; Gebührenfreistellung für die Semester, um die sich die Aufnahme eines Studiums durch diese Dienste verzögert hat

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 10.01.2006 und Stellungnahme MWK Drs 13/5034

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 129

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vorbereitung eines Solidarpakts II

Ausgestaltung und Laufzeit des neuen Solidarpakts ab 2006, Einbeziehung aller Hochschularten einschließlich der Berufsakademien bzw der Einnahmen, Verwaltungskosten und Ausfallsicherung von Studiengebühren; Berücksichtigung der Gebäudewirtschaftungskosten; Umsetzung des angekündigten Ausbaus von 16.000 Studienplätzen; Darlegung der Relation von Grundfinanzierung, leistungsorientierter Mittelvergabe und Finanzierung anhand von Zielvereinbarungen; Einberechnung des Landesanteils zur Finanzierung der Exzellenzinitiative?

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/5044

Eintreten für nachlaufende Studiengebühren, Verbleib des Mitteleinkommens an den Hochschulen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 87 88

Wirkungen der Langzeitstudiengebühren, Eintreten für eine nachlaufende Studiengebühr

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 410

Eintreten für eine nachlaufende Studiengebühr als dritte Finanzierungssäule der Hochschulen, Beibehaltung der Langzeitstudiengebühr als Lenkungsinstrument

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798

Nachahmung der Studiengebühren für Langzeitstudenten durch SPD-regierte Länder; Verwendung des Gebührenaufkommens für Hochschulzwecke, Einführung von allgemeinen, nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967 968 970 978

Eintreten für eine sozial gestaffelte, nachlaufende Studiengebühr

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1738 1758

Gebührenerhebung der Hochschulen für die Durchführung der Eignungsfeststellungsverfahren bei der Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2023 2024

Androhung neuer Immatrikulations- und Rückmeldegebühren, Verweisung auf den Auftrag der Haushaltsstrukturkommission zur Prüfung von allgemeinen Studiengebühren

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2241

Ablehnung von Vorschriften des Bundes über Hochschulgebühren

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2532 2542

Prüfung der Einführung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2636 2646

Kompensation des Fehlbetrags für die vom BVerfG für verfassungswidrig erklärten Rückmeldegebühren, Aufforderung zu einem offenen Bekenntnis zu Studiengebühren

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2704

Plädoyer für allgemeine nachlaufende Studiengebühren, Kompensation des Fehlbetrags für die vom BVerfG für verfassungswidrig erklärten Rückmeldegebühren mit der Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrags

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3025-3035

Plädoyer für allgemeine nachlaufende Studiengebühren, Kompensation des Fehlbetrags für die vom BVerfG für verfassungswidrig erklärten Rückmeldegebühren mit der Erhebung eines Verwaltungskostenbeitrags

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3065-3073 3101 3106

Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren, Rücknahme des im Hochschulrahmengesetz enthaltenen Verbots, Verteidigung der Verwaltungsgebühren

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3530-3533 3536-3539 3542 3543 3592

Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren, Rücknahme des im Hochschulrahmengesetz enthaltenen Verbots

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602 3625 3633 3661-3675

Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren, Rücknahme des im Hochschulrahmengesetz enthaltenen Verbots

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4146 4157

Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren; Erhöhung der Gebühren für Kurse; Verkürzung der Studienzeiten mit der Langzeitstudiengebühr

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4235 4237-4241 4245 4247 4249

Aufforderung an den Bund zur Rücknahme des Verbots von Studiengebühren über das Hochschulrahmengesetz; Notwendigkeit von Studiengebühren als Teil der Hochschulfinanzierung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5504 5508 5539 5542

Begründung der Klage beim BVerfG gegen das Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz des Bundes

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641

Notwendigkeit von Studiengebühren als Teil der Hochschulfinanzierung

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5742 5743

Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5813

Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5865 5872 5873 5883 5889 5890

Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren, Befürchtung der abschreckenden Wirkung bzw von Hochschulabgängern mit hohen Schulden, Verwendung der Studiengebühren zur Verbesserung der Lehre

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5961 5962 5964-5970 5973-5978

Einführung von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren, Verwendung zur Verbesserung der Lehre

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6149

Notwendigkeit von Studiengebühren als Teil der Hochschulfinanzierung, zweckgebundene Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260-6262 6264-6267 6269 6270

Ankündigung einer Konzeption zur Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407

Anstreben eines einvernehmlichen Modells zur Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6466-6469 6478 6484 6487 6488 6497

Zusätzliche Belastung der ohne Unterstützung studierenden Mittelschicht durch die drohenden Studiengebühren; Begründung der Notwendigkeit von sozialverträglichen nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6736 6738 6740-6742

Hochschulgebührengesetz

s. Hochschulgebühren

Hochschulgesetz

s. Hochschulrecht

Hochschulkantine

s. Mensa

Hochschullehre

s.a. Lehrbeauftragter an Hochschulen

Existenzgründer-Verbände in BW

Vorhandene und geplante Gründerverbände und Gründerlehrstühle an Universitäten und FH; Art, Umfang und Planungssicherheit der Finanzierung; Ausmaß der Initiierung von Existenzgründungen; Integration in regionale Aktionsnetzwerke; Einbeziehung von Unternehmen in Lehrveranstaltungen, Erkenntnisse aus einer Veranstaltung im Haus der Wirtschaft

Antr

s. Existenzgründung

Drs 13/591

Neue Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Hochschulen

Auswirkungen der Neuregelung der Professorenbesoldung auf den Landeshaushalt; Einrichtung der neuen Stellen an den Hochschulen; Ausgestaltung und Kriterien der Leistungszulagen in Forschung und Lehre, zeitliche Beschränkung der Zulagen und Evaluation der Leistungen; Einführung eines Systems der Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Vergleichbarkeit

Antr

s. Hochschule

Drs 13/634

Die Verlosung von Teilnehmerplätzen in Lehrveranstaltungen an Hochschulen

Gründe und Auswirkungen o.g. Selektionsverfahren, Kostenwirkungen eines zusätzlichen Semesters; Herausrechnung unverschuldeter Zeitverluste an den Bildungsguthaben durch entsprechende Bescheinigungen bei der Berechnung der Langzeitstudiengebühren

Antr

s. Hochschulgebühren

Drs 13/1142

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Unterlaufen der rechtlich normierten erweiterten Autonomie durch die Ministerialbürokratie nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Festhalten an den Einwirkungsmöglichkeiten über die Struktur- und Entwicklungspläne, Lehrberichte sowie den Bereich von Studium und Lehre; Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe; Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren; Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bzw des dann möglichen Personalabbaus im MWK

Antr

s. Hochschule

Drs 13/1379

Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik - Aktiv kooperieren, Chancen nutzen!

Konzeption zur Annahme der Beteiligung des Bundes am Ausbau der Ganztagschulen, Unterstützung der Einrichtung einer internationalen Expertenkommission zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens, Beteiligung an den Offensiven zur Verbesserung des Unterrichts an Schulen sowie von Forschung und Lehre an Hochschulen

Antr

s. Bildungspolitik

Drs 13/1409

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr

s. Hochschule

Drs 13/1489

Stopp des Überlastprogramms an Pädagogischen Hochschulen

Frage nach Zeitpunkt und Zusammenhängen der Beschlüsse zur Deputatserhöhung für Professoren u.a. Lehrkräfte, zum Schreiben des MWK an den Ltg und Stopp des Überlastprogramms; Stand der Umsetzung des zugesagten Programms, Verbleib der zusätzlichen Mittel und Stellen in den am meisten nachgefragten Fächern? Frage nach einer Revision bzw Kompensation der o.g. Beschlusslage

Antr

s. Pädagogische Hochschule

Drs 13/2301

Planungssicherheit an den Pädagogischen Hochschulen vor dem Hintergrund der angeordneten Verrechnung von Deputatserhöhungen mit dem beschlossenen Überlastprogramm

Bisherige Wirkungen des Überlastprogramms in Bezug auf zusätzliche Professorenstellen, Studienplätze, Abordnung von Lehrern und Lehrbeauftragten; Auswirkungen der o.g. Vorgehensweise auf Umfang und Qualität des Lehrangebots an den einzelnen PH und Fächern; Erarbeitung eines Programms gemeinsam mit der Rektorenkonferenz der PH zur Vermeidung der Folgen der Ministerentscheidung zum Überlastprogramm

Antr

s. Pädagogische Hochschule

Drs 13/2312

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Baden-Württemberg - Motor für ein modernes Hochschulwesen
Ergriffene und noch notwendige Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Hochschulen des Landes, insbes Modernisierung der Strukturen, Verbesserung der Lehre, Flexibilisierung der Professorenarbeitszeit, wissenschaftliche Weiterbildung, international anerkannte Studiengänge, Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft; Transparenz durch Evaluation; Sicherstellung eines ausgewogenen Angebots an Forschung und Lehre

Antr

s. Hochschule

Drs 13/2332

Zukünftige Qualität der Pädagogischen Hochschulen

Umsetzung der mit Einführung von Trimestern errechneten Ressourcengewinne; Einschränkung der Forschungsmöglichkeiten durch die Ausweitung der Lehrverpflichtung; Abmilderung der

Überlast durch eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Lehrverpflichtung

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/3080

Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich

Gründe für die Blockade des gemeinsamen Exzellenzwettbewerbs von Bund und Ländern, Bereitstellung der zusätzlichen Kofinanzierungsmittel und Gestaltungsspielräume für die mit Erfolg teilnehmenden Hochschulen, Frage nach zusätzlichen Mitteln und Maßnahmen zur Exzellenzförderung in der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen, Selbstbestimmung der Studiengebühren durch die künftigen Spitzen-Universitäten nach einem Erfolg der Klage gegen Studiengebühren beim BVerfG?

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3372

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungsanordnungen und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des LandesreisekostenGes, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungsGes

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 13/3399

Bündnis für Lehre

Auffistung der o.g. Modellprojekte differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen sowie eingereichten und abgelehnten Projektanträgen, Zusammensetzung des für die Projektauswahl zuständigen Gremiums, Entwicklung des Fördervolumens in den vergangenen fünf Förderrunden sowie der dabei eingesetzten Einnahmen aus Langzeitstudiengebühren

KIAnfr Theresia Bauer GRÜNE 08.09.2004 und Antw
MWK Drs 13/3536

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd der LehrverpflichtungsVO für Universitäten, Kunsthochschulen, FH und PH

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Erhöhung der Zulassungszahlen in den numerus clausus-Studiengängen an den Pädagogischen Hochschulen durch die Neueinteilung des Studienjahres?

Art der Errechnung und Verwendung der mit der erhöhten Lehrverpflichtung und Vorlesungszeit der Professoren gewonnenen 100 Stellenäquivalente, Auswirkungen auf die Zulassungszahlen in den einzelnen Lehramtsstudiengängen und PH

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/3920

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4250

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4738

Studiengebühren; hier: Verwaltungskosten

Ergebnisse der Erhebung der zusätzlichen Personal- und sonstigen Verwaltungskosten bei der Administration der Studiengebühren unter Heranziehung der neuen Steuerungsinstrumente, Vergleich mit dem Aufwand zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen, Anteil der uneinbringlichen rückzahlbaren BAföG-Darlehen, Auswirkungen der Privatinsolvenz, erwartete Ausfallquote bei den Studienkrediten bzw Höhe des Gesamtausfalls der Studiengebühren für die Hochschulen; Umsetzung des Versprechens zur vollen Verwendung des Studiengebührenaufkommens zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4739

Neuorientierung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Landesakademie)

Umsetzbarkeit der vom Wissenschaftsrat vorgelegten Empfehlungen zum Akademienprogramm und ihre jeweiligen Auswirkungen, Kooperation mit Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen, insbes in der Ausbildung und Lehrbeteiligung des wissenschaftlichen Nachwuchses

GrAnfr
s. *Akademie der Wissenschaften*
Drs 13/4762

Evaluation der Lehre an den Hochschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 977 978

Einrichtung von Stiftungsprofessuren und Modernisierung des Studienangebots an den Hochschulen in Karlsruhe, Einsatz virtueller Medien in der Lehre

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1528 1540-1542 1544

Verbesserung der Lehre mit dem Selbstauswahlrecht der Hochschulen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2240 2242 2243 2245

Verbesserung des Lehrangebots durch die Erhebung von Studiengebühren, Plädoyer für Bildungsgutscheine

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3661 3662 3668 3669 3671 3672

Verbesserung des Lehrangebots durch die Erhebung von Studiengebühren

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5865 5872

Verbesserung des Lehrangebots durch die Erhebung von Studiengebühren

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5966 5967 5972 5973 5975 5976

Zweckgebundene verstärkte Förderung der Lehre mit dem Aufkommen aus Studiengebühren

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407

Zweckgebundene verstärkte Förderung der Lehre mit dem Aufkommen aus Studiengebühren; Aufstockung des hauptamtlichen Lehrpersonals an den Berufsakademien

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6488 6497 6527 6530

Zweckgebundene verstärkte Förderung der Lehre mit dem Aufkommen aus Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7486 7488-7491 7498 7500 7502 7503 7510 7513

Zweckgebundene verstärkte Förderung der Lehre mit dem Aufkommen aus Studiengebühren, Notwendigkeit einer Qualitätssicherung der Lehre

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7584 7585 7599 7600

Hochschulprüfung

s.a. *Diplom*

s.a. *Habilitation*

s.a. *Hochschulabschluss*

s.a. *Promotion*

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Aufhebung der PrüfungsvergütungsVO Medizin sowie der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/1763

Ges über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (JAG)

Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung mit dem JAG bzw der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung, Aufteilung der Ersten juristischen Prüfung in eine universitäre Schwerpunktbereichs- und staatliche Pflichtfachprüfung

GesEntw

s. *Jurist*

Drs 13/2086

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung; Außerkräfttreten der FeststellungsprüfungsVO und der SporteingangsprüfungsVO

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Kooperationsvereinbarungen nach § 31 Abs 4 LHochschulGes (LHG)

Weiterbildungsangebote in Form von Kontaktstudien außerhalb des Hochschulbereichs; Ausgestaltung o.g. Vereinbarungen mit den kooperierenden Einrichtungen, Höhe der zu entrichtenden Entgelte, Regelung der Zulassungsvoraussetzungen zum Kontaktstudium, des Lehrangebots und der Prüfungsabnahme durch die Hochschulen

KIAnfr

s. *Weiterbildung*

Drs 13/4477

Externenprüfungen an Hochschulen

Durchführung der Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfungen für nicht immatrikulierte Studierende als Blockprüfungen und nicht als studienbegleitende Prüfungen? Angebot der o.g. Prüfungen für einen offenen, nicht einschränkbaren Kreis potenzieller Prüflinge? Anerkennung der Prüfungen bzw deren Benotungen, die inner- oder außerhalb eines Kontaktstudiums einer Hochschule abgelegt werden, lediglich als Zulassungsvoraussetzung zur Externenprüfung?

KIAnfr Carla Bregenzer SPD 20.07.2005 und Antw MWK

Drs 13/4537

Hochschulrahmengesetz

Schreiben des BVerfG vom 15.10.2002, Az.: 2 BvF 2/02 - Normenkontrollantrag der Länder Thüringen, Bayern und Sachsen betr Fünftes Ges zur Änd des HochschulrahmenGes und anderer Vorschriften

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1570

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Einführung der Verfassten Studierendenschaft an unseren Hochschulen im Zuge der Umsetzung des novellierten Hochschulrahmengesetzes (HRG)

Zeitpunkt, inhaltliche Ausgestaltung und Einbindung der Betroffenen zur Umsetzung der o.g. Rechtsvorgabe

Antr

s. *Mitbestimmung*

Drs 13/1823

Schreiben des BVerfG vom 02.09.2003, Az.: 2 BvF 1/03 - Normenkontrollantrag der Länder BW, Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt betreffend Sechstes Ges zur Änd des Hochschulrahmengesetzes

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451

BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2524

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3661-3675

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Autonomie der Hochschulen, Abbau von Hemmnissen wie zentrale Studienplatzvergabe und Verbot von Studiengebühren, Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/3021

Ges zur Änd des Hochschulzulassungsges

Umsetzung der Änderungen des HochschulrahmenGes des Bundes, direkte Vergabe von 60 Prozent der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen, Weiterentwicklung der Regelungen für die Auswahlverfahren in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen

GesEntw
s. Hochschulzulassungsgesetz
Drs 13/3408

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Umsetzung des Sechsten Gesetzes zur Änd des HochschulrahmenGes; Änd des Hochschulzulassungsges

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Äquivalenzen bei der Akkreditierung von Studiengängen

Klarstellung des unterschiedlichen Qualifikationsniveaus von Absolventen bzw Abschlüssen nach einem weiterbildenden Masterstudiengang und einem konsekutiven Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre; Hinwirkung auf eine entsprechende Modifikation der ländereinheitlichen Strukturvorgaben nach dem HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Betriebswirtschaftslehre

KlAnfr
s. Studium
Drs 13/4464

Zweifel an der Notwendigkeit eines HochschulrahmenGes des Bundes, Ablehnung von Vorschriften über Hochschulgebühren

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2532 2538 2542

Aufforderung an den Bund zur Rücknahme des Verbots von Studiengebühren über das Hochschulrahmengesetz

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2646

Aufforderung an den Bund zur Rücknahme des Verbots von Studiengebühren über das Hochschulrahmengesetz

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2704

Aufforderung an den Bund zur Rücknahme des Verbots von Studiengebühren über das HochschulrahmenGes, Abschaffung des HochschulrahmenGes, Klage gegen das Gesetz beim BVerfG

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3025-3029 3032 3035 3050-3056

Aufforderung anderer Länder zur Unterstützung der Verfassungsklage gegen das HochschulrahmenGes beim BVerfG

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3066 3068-3070 3073

Aufforderung an den Bund zur Rücknahme des Verbots von Studiengebühren über das HochschulrahmenGes, Abschaffung dieses Gesetzes

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3531 3532 3536-3538 3542

Aufforderung an den Bund zur Rücknahme des Verbots von Studiengebühren über das HochschulrahmenGes

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602 3625 3633 3662-3670 3672 3673

Abschaffung des HochschulrahmenGes, Ermöglichung von Studiengebühren

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4239 4249

Aufforderung an den Bund zur Rücknahme des Verbots von Studiengebühren über das HochschulrahmenGes

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5504

Erinnerung an die Verwerfung des Verbots von Studiengebühren im HochschulrahmenGes durch das BVerfG

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7485

Erinnerung an das Verbot von Studiengebühren im HochschulrahmenGes als Umsetzung eines internationalen Abkommens zur Gebührenfreiheit im Bildungsbereich

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7592 7599

Hochschulrat*Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung*

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1489

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen

Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidar-pakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vorgaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr
s. Hochschule
Drs 13/1497

Kooperationen zwischen Kommunen und Hochschulen an den Hochschulstandorten BW

Auflistung und Fördermöglichkeiten der o.g. Zusammenarbeit, Frage nach Vertretern der Kommunen oder Regionen in den Hochschulräten

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1643

Hochschulräte

Erfahrungen mit den o.g. Gremien und der damit bewirkten Kompetenzverteilung zwischen dem Ministerium und den Hochschulen, Darlegung der jeweiligen Zusammensetzung nach internen und externen Mitgliedern, Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik, nach der Altersstruktur, nach Ausländern, Frauen und Studierenden; Bewertung der Transparenz der Tätigkeit gegenüber der Öffentlichkeit sowie der Unabhängigkeit von Mitgliedern, die gleichzeitig Sponsoren sind

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 08.04.2003 und Stellung-

nahme MWK Drs 13/1974
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs
13/2222 S. 64
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

*Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissen-
schaftsstandortes BW*

Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neu-
en HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne,
der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mit-
telvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat
mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofes-
sur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habili-
tationsprogramms

Antr
s. Frau
Drs 13/2858

*Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites
HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)*

Zusammensetzung, Wahl und Kompetenzen von Aufsichtsrat
und Vorstand; Wahrnehmung der Funktion des Aufsichtsrats
durch den bisherigen Hochschulrat

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

*Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstel-
lungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-
württembergischen Hochschulen*

Anstreben einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den
Hochschulräten

Antr
s. Frauenförderung
Drs 13/5084

*Die Rechtsauffassung der LReg über die Kompetenzkonkurrenz
zwischen Aufsichtsrat/Hochschulrat/Universitätsrat und Senat
an Hochschulen*

Darlegung des letztendlich zuständigen Hochschulgremiums für
die Entscheidung über die Bildung, Veränderung, Aufhebung
und Zuordnung von Hochschuleinrichtungen; Verbindlichkeit
des jüngsten Beschlusses des Senats der Universität Heidelberg
über das Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften für die Vollzugskompetenz des Vorstands
bzw Rektorats?

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 13/4463

*Nagelprobe auf die Hochschulautonomie - Rektoratswahl an der
Universität Tübingen*

Ablehnung des vom Universitätsrat vorgeschlagenen Kandida-
ten durch den Senat, Zuweisung der Handlungspriorität an den
Universitätsrat nach einer Erklärung des MWK, Vereinbarkeit
mit der verfassungsrechtlich gebotenen Hochschulautonomie?
Bescheidung des Antrags über eine Verlängerung der Amtszeit
des amtierenden Rektors; Suche nach einer Lösung für den Tü-
binger Dissensfall bzw für evtl weitere, im neuen Landeshoch-
schulGes nicht vorgesehene Konflikte

Antr
s. Hochschulrektor
Drs 13/5021

*Beklagung von Eingriffen des Ministeriums in die den Hoch-
schulräten zustehende Struktur- und Entwicklungsplanung, Zu-
erkennung der Kompetenz zur Regelung der inneren Strukturen*
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3530 3533 3536 3543

Hochschulrecht

s.a. Berufung (Hochschulrecht)
s.a. Hochschulrahmengesetz
s.a. Hochschulreform
s.a. Hochschulzulassungsgesetz

Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Wahlen in Hochschulorganen, Wiedereinfüh-
rung der Stellvertreterregelung für die Mitglieder der Kollegial-
organe; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, Kunst-
hochschulGes und FachhochschulGes

GesEntw Frieder Birzele u.a. SPD 22.01.2002 Drs 13/644
1. Beratung PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1136-1141
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 25.04.2002 Drs
13/950
2. Beratung PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1500-1504 (Ableh-
nung)

*Die Neuordnung der Fakultäten an den Universitäten nach § 21
Abs 2 UniversitätsGes*

Zusammenlegung von Fakultäten mit gleichen und verwandten
Fachgebieten, Begründung von erteilten Ausnahmegenehmigun-
gen für Fakultäten mit weniger als den vorgeschriebenen 20
Planstellen für Professoren, insbes an den Universitäten Karls-
ruhe und Mannheim sowie den theologischen Fakultäten; Eva-
luations der Wirksamkeit dieses Reformelements

Antr
s. Hochschule
Drs 13/881

*Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbe-
reich*

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Stu-
denten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren
der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststel-
lungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH,
des FachhochschulGes und Hochschulzulassungsges

GesEntw
s. Hochschule
Drs 13/1345

*Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hoch-
schulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Perso-
nalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Be-
wertung der vergleichenden Untersuchung der Landeshoch-
schulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissen-
schaft*

Bewertung der Studie und der dabei formulierten o.g. Leitbil-
der, Einbeziehung der Ergebnisse in die anstehende Evaluation
der HochschulGes des Landes, Anstreben einer Qualitätsver-
besserung durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung der
Hochschulen

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1470

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Einführung der leistungsbezogenen Mittelzuweisung, der neuen Steuerungsinstrumente mit Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung; Zuweisung der Verantwortung der Hochschulen für die Erhebung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1471

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1489

Rektorwahlen an den Hochschulen in BW

Generelle Überprüfung des Wahlverfahrens aufgrund des Verhaltens des Auswahlausschusses für die Rektorwahl in Freiburg, Vergleich der vom Vorsitzenden der Auswahlkommission angeführten Eignungskriterien mit denen im UniversitätsGes, Frage nach Fällen der Aufnahme von externen Bewerbern und Frauen in Wahlvorschläge und nach dem Erfolg dieser Bewerber; Änderung der Verfahren iRd anstehenden Novellierung der HochschulGes

Antr
s. Hochschulrektor
Drs 13/1779

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes und der HochschulGes

Einführung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Studierenden an den Hochschulen und Berufsakademien, Ersetzung der Regelungen über die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des KunsthochschulGes, FachhochschulGes und BerufsakademieGes

GesEntw
s. Hochschulgebühren
Drs 13/2030

Verwaltungskostenbeitrag für Doktorandinnen und Doktoranden?

Zahl der zur Promotion angenommenen und Anteil der immatrikulierten Doktoranden an den einzelnen Universitäten; Verzicht auf die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags nach dem LandeshochschulgebührenGes für diese Gruppe wegen fehlender Inanspruchnahme der Leistungen, die Grundlage der Beitragserhebung sind; entsprechende Änderung des UniversitätsGes iRd angekündigten nächsten Hochschulgesetznovelle

Antr

s. Hochschulgebühren
Drs 13/2288

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen HochschulGes, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms

Antr
s. Frau
Drs 13/2858

LHochschulGes

Vorlage des GesEntw für ein LHochschulGes

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 18.02.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2926
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.03.2004 Drs 13/3093 S. 57 58
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Stellungnahmen zur Hochschulgesetznovelle

Bereitstellung aller eingegangenen Stellungnahmen zum o.g. GesEntw für die Mitglieder des WissenschA

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 16.07.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3390
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 50
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung der bisherigen Hochschulgesetze zu einem deregulierten LHochschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs; Regelung der Zusammensetzung, Wahl und Kompetenzen von Aufsichtsrat und Vorstand; Einführung einer gestuften Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen; Neufassung des LHochschulgebührenGes; Änd des UniversitätsklinikaGes; Umsetzung des ErrichtungsGes für die neuen FH in Esslingen und Mannheim; Erweiterung des StudentenwerksGes auf die Film- und Popakademie; Änd des AusführungsGes zum BAföG; Änd bzw Außerkrafttreten von weiteren Rechtsvorschriften

GesEntw LReg 06.10.2004 Drs 13/3640 (380 S.)
1. Beratung PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5534-5548
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 25.11.2004 Drs 13/3790 (dazu ÄAntr SPD Nr. 1-32, Nr. 72, ÄAntr GRÜNE Nr. 33-63, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 64-71) (117 S.)
ÄAntr SPD 08.12.2004 Drs 13/3856 1-20
ÄAntr GRÜNE 08.12.2004 Drs 13/3856 21-30
EAntr CDU und FDP/DVP 08.12.2004 Drs 13/3856-31
2. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5726-5762
GesBeschl 09.12.2004 Drs 13/3900 (81 S.)
GBI 2005 Nr. 1 S. 1-75 (Ges vom 01.01.2005)
Bekanntmachung der NF des StudentenwerksGes, Universitätsklinika-Ges und HochschulzulassungsGes
GBI 2005 Nr. 14 S. 621-641

Immatrikulation von Doktoranden mit 50 %-Beschäftigungsverhältnissen an Universitäten

Verweigerung der Immatrikulation von o.g. Doktoranden mit dem Hinweis auf das neue LandeshochschulGes, Auswirkungen auf die materielle Situation der Doktoranden und die Zahl der Promotionen, insbes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen; Eintreten für die Immatrikulation gegenüber den Universitäten

KlAnfr
s. *Immatrikulation*
Drs 13/4055

Kooperationsvereinbarungen nach § 31 Abs 4 LHochschulGes (LHG)

Weiterbildungsangebote in Form von Kontaktstudien außerhalb des Hochschulbereichs; Ausgestaltung o.g. Vereinbarungen mit den kooperierenden Einrichtungen, Höhe der zu entrichtenden Entgelte, Regelung der Zulassungsvoraussetzungen zum Kontaktstudium, des Lehrangebots und der Prüfungsabnahme durch die Hochschulen

KlAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4477

Ges zur Änd des LHochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4486

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4528

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4732

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förder-

bank

GesEntw
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4858

Zusammenfassung der einzelnen Gesetze zu einem einzigen HochschulGes, Abschaffung zahlreicher Vorschriften

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603

Kritik an der Nicht-Zuleitung des GesEntw zur Änderung des UniversitätsGes an die Oppositionsfraktionen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4088

Zusammenfassung der einzelnen Gesetze zu einem einzigen HochschulGes, Abschaffung zahlreicher Vorschriften

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4235 4236 4238-4240 4244 4245 4247 4249

Zusammenfassung der einzelnen Gesetze zu einem einzigen HochschulGes, Reduzierung der 554 auf 97 Paragraphen, Stärkung der Hochschulautonomie

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5967 5972

Zusammenfassung der einzelnen Gesetze zu einem HochschulGes, Abschaffung zahlreicher Vorschriften, Stimulanz des Wettbewerbs mit dem neuen Hochschulrecht

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260 6262 6263 6266

Übertragung der vollständigen Zuständigkeit für das Hochschulrecht auf die Länder iRd Einigung auf eine Föderalismusreform

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7286 7290 7321 7322

Hochschulreform*s.a. Hochschulrecht**Autonomie statt Staatsdirigismus - auch bei der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge*

Beurteilung der abqualifizierenden Äußerungen des MWK zu den Magister- und Diplomabschlüssen bzw der Ankündigung einer generellen Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Vereinbarkeit mit der Autonomie der Hochschulen und ihrer Gremien; Verzicht auf eine angeordnete Zwangsstruktur, Belassung der Kompetenz für Studiengänge, ihre Graduierungen und Inhalte im Entscheidungsbereich der Hochschulen, Entwicklung eines Programms für umstellungsbereite Hochschulen und Fakultäten, Ausklammerung des Parameters „Reformbereitschaft“ bei der leistungsbezogenen Mittelzuweisung

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/144

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr
s. *Wissenschaftler*
Drs 13/210

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Unterlaufen der rechtlich normierten erweiterten Autonomie durch die Ministerialbürokratie nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Festhalten an den Einwirkungsmöglichkeiten über die Struktur- und Entwicklungspläne, Lehrberichte sowie den Bereich von Studium und Lehre; Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe; Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren; Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bzw des dann möglichen Personalabbaus im MWK

Antr
s. Hochschule
Drs 13/1379

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hochschulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Personalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Bewertung der vergleichenden Untersuchung der LandeshochschulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Bewertung der Studie und der dabei formulierten o.g. Leitbilder, Einbeziehung der Ergebnisse in die anstehende Evaluation der HochschulGes des Landes, Anstrengung einer Qualitätsverbesserung durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung der Hochschulen

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1470

Selbstständigkeit der Hochschulen

Übertragung von Kernkompetenzen iRd bisherigen und künftigen Reformen, Frage nach Grenzen der Autonomie von staatlich finanzierten Hochschulen auch im Vergleich zu anderen BLändern und Staaten

Antr
s. Hochschule
Drs 13/2263

Kräfte zur Selbstorganisation selbstständiger Hochschulen stärken

Auswirkungen bisheriger und künftiger Reformen auf die Autonomie und Transparenz der Hochschulen; Wirksamkeit der Instrumente Globalhaushalte, leistungsorientierte Mittelvergabe, Zielvereinbarungen, Solidarpakt, Struktur- und Entwicklungspläne; Entwicklung der Genehmigungsvorbehalte vonseiten des Ministeriums und der Berufungsverfahren; Beteiligung der Hochschulangehörigen, Information der Öffentlichkeit und Rechenschaftslegung gegenüber dem Ltg

Antr
s. Hochschule
Drs 13/2274

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung der bisherigen Hochschulgesetze zu einem deregulierten LHochschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs; Regelung der Zusammensetzung, Wahl und Kompetenzen von Aufsichtsrat und Vorstand; Einführung einer gestuften Studienstruktur mit

Bachelor- und Masterstudiengängen; Neufassung des LHochschulgebührenGes; Änd des UniversitätsklinikGes; Umsetzung des ErrichtungsGes für die neuen FH in Esslingen und Mannheim; Erweiterung des StudentenwerksGes auf die Film- und Popakademie; Änd des AusführungsGes zum BAföG; Änd bzw Außerkrafttreten von weiteren Rechtsvorschriften

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Fortsetzung der Hochschulreform auch mit dem neuen Wissenschaftsminister

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49

Stärkung der Autonomie und Leistungsorientierung der Hochschulen, Fortsetzung der Hochschulreform

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 88 101 104

Fortsetzung der Hochschulreform auch mit dem neuen Wissenschaftsminister

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 853

Stärkung der Autonomie und Leistungsorientierung der Hochschulen, Fortsetzung der Hochschulreform

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-979

Ankündigung einer vierten Stufe der Hochschulreform, Einführung der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge i.V.m. einer inhaltlichen Studienreform

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1503 1508-1511

Erinnerung an die Hochschulreformen unter Minister von Trotha, Einführung der Juniorprofessur, Ankündigung weiterer Reformen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3050-3056

Stand, bisher erreichte und weitere Ziele der Hochschulreformen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602 3603 3624 3625 3632 3633

Umsetzung der vierten Stufe der Hochschulreform durch den MinPräs: Begründung des Verbleibs im Amt bis zum 19.04.2005; Beklagung einer zu starken Einflussnahme des Ministeriums auf die Hochschulen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5591 5623

Hochschulrektor

Rektorwahl an der Universität Karlsruhe

Rechtliche Bedenken des MWK an der o.g. Wahl, Votum der Universität Karlsruhe für eine qualifizierte Mehrheit; grundsätzliche Klärung von Verfahrensfragen für Wahlen zum Rektorenamt

Antr Dr. Eugen Klunzinger u.a. CDU 20.09.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1327
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 24.10.2002 Drs 13/1638 S. 29 30
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Unterlaufen der rechtlich normierten erweiterten Autonomie durch die Ministerialbürokratie nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Festhalten an den Einwirkungsmöglichkeiten über die Struktur- und Entwicklungspläne,

Lehrberichte sowie den Bereich von Studium und Lehre; Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe; Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren; Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bzw des dann möglichen Personalabbaus im MWK

Antr
s. Hochschule
Drs 13/1379

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr
s. Hochschule
Drs 13/1489

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen
Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidar-pakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vorgaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr
s. Hochschule
Drs 13/1497

Rektorwahlen an den Hochschulen in BW

Generelle Überprüfung des Wahlverfahrens aufgrund des Verhaltens des Auswahlausschusses für die Rektorwahl in Freiburg, Vergleich der vom Vorsitzenden der Auswahlkommission angeführten Eignungskriterien mit denen im UniversitätsGes, Frage nach Fällen der Aufnahme von externen Bewerbern und Frauen in Wahlvorschläge und nach dem Erfolg dieser Bewerber; Änderung der Verfahren iRd anstehenden Novellierung der HochschulGes

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 12.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1779
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2139 S. 57 58
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Absicherung des Rektors der FH Biberach

Wahl eines externen Bewerbers zum Rektor der o.g. Hochschule; Beurteilung des gewählten Verfahrens und der Finanzierung der für ihn geschaffenen Professorenstelle und Verbeamtung; Ausschreibung der Professur und Durchführung des üblichen Berufungsverfahren mit Bewerberliste und Auswahlverfahren? Aufwendungen für die Stelle und Pensionsbezüge; Bewertung als Präzedenzfall für weitere Berufungen von externen Bewerbern

als Rektoren

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 02.09.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2383
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2782 S. 42 43
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Die Rechtsauffassung der LReg über die Kompetenzkonkurrenz zwischen Aufsichtsrat/Hochschulrat/Universitätsrat und Senat an Hochschulen

Darlegung des letztendlich zuständigen Hochschulgremiums für die Entscheidung über die Bildung, Veränderung, Aufhebung und Zuordnung von Hochschuleinrichtungen; Verbindlichkeit des jüngsten Beschlusses des Senats der Universität Heidelberg über das Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die Vollzugskompetenz des Vorstands bzw Rektorats?

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 13/4463

Nagelprobe auf die Hochschulautonomie - Rektoratswahl an der Universität Tübingen

Ablehnung des vom Universitätsrat vorgeschlagenen Kandidaten durch den Senat, Zuweisung der Handlungspriorität an den Universitätsrat nach einer Erklärung des MWK, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlich gebotenen Hochschulautonomie? Bescheidung des Antrags über eine Verlängerung der Amtszeit des amtierenden Rektors; Suche nach einer Lösung für den Tübinger Dissensfall bzw für evtl weitere, im neuen LandeshochschulGes nicht vorgesehene Konflikte

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 30.12.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/5021
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 127-129
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Plädoyer für die Anwendung des allgemeinen Wahlprinzips bei den Wahlen zum Rektorenamt im Hochschulsenat

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1136-1138 1140 1141

Plädoyer für die Anwendung des allgemeinen Wahlprinzips bei den Wahlen zum Rektorenamt im Hochschulsenat

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1500-1504

Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe; Kritik der Hochschulrektoren am Dirigismus des MWK

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2241 2242 2246-2248

Stärkung der Hochschulrektoren, unternehmerische Orientierung der Rektorate

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602 3603

Besoldungszuordnung der Hochschulrektoren, Leistungsbezüge für die Wahrnehmung besonderer Funktionen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5227-5229 5231 5233

Wahl des Hochschulrektors vom Aufsichtsrat, Kritik an der Bevorzugung von Externen als Rektoren

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5538 5540 5542 5543 5546 5547

Kritikpunkte der Rektoren am neuen LHochschulGes; Wahl des Hochschulrektors vom Aufsichtsrat, Kritik an der Bevorzugung von Externen als Rektoren

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5727 5733 5735-5737 5739-5742 5744-5746

Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Hochschulrektoren und dem Wissenschaftsminister

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5964 5972

Hochschulzulassungsgesetz

Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststellungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des FachhochschulGes und Hochschulzulassungsges

GesEntw
s. Hochschule
Drs 13/1345

Ges zur Änd des Hochschulzulassungsges

Umsetzung der Änderungen des HochschulrahmenGes des Bundes, direkte Vergabe von 60 Prozent der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen, Weiterentwicklung der Regelungen für die Auswahlverfahren in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen

GesEntw CDU und FDP/DVP 21.07.2004 Drs 13/3408
1. Beratung PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5234-5242
Mittlg LtGPräs 07.10.2004 Drs 13/3638 (21 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.10.2004 Drs 13/3681
2. Beratung PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5548-5552
GesBeschl 10.11.2004 Drs 13/3757
GBI 2004 Nr. 15 S. 798 799 (Ges vom 23.11.2004)
Bekanntmachung der NF des Hochschulzulassungsges GBI 2005 Nr. 14 S. 629-641

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites Hochschulrechtsänderungsges - 2. HRÄG)

Umsetzung des Sechsten Gesetzes zur Änd des HochschulrahmenGes; Änd des Hochschulzulassungsges

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Hochspannungsleitung

s. Elektrische Leitung

Hochtechnologie

s. Technologie

Hochwasser

Hochwasserschutz am südlichen Oberrhein

MdlAnfr 1) Dr. Walter Witzel GRÜNE 19.06.2001 Drs 13/24
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 151 152

Hochwasserschutzmaßnahmen im Ortenaukreis

Darlegung der in den letzten 15 Jahren durchgeführten, der geplanten und erforderlichen Maßnahmen; Höhe der vorhandenen und benötigten Mittel

KIAnfr Dr. Walter Caroli SPD 10.09.2001 und Antw UVM
Drs 13/223

Stand der Planung und Durchführung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Ergebnisse und Konsequenzen von Gutachten zur Prüfung einer Wehrlösung bei Flusskilometer 207,2 und zur Kiesgewinnung; Verfahrensschritte, Zeitrahmen und Kosten für die Durchführung der Maßnahmen des IRP u.a. Hochwasserschutzmaßnahmen

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU, Helmut Göschel u.a. SPD, Heiderose Berroth FDP/DVP und Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 24.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/359 (34 S.)
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 44-46
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Hochwasserschutzmaßnahmen im LKreis Schwäbisch Hall

Erforderliche bzw vorhandene Untersuchungen und Planungen sowie finanzielle Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen bzw Deichsanierungen

KIAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 04.12.2001 und Antw UVM Drs 13/526

Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Rems

Gründe, Ausmaß und Auswirkungen der Kostensteigerungen für die drei Rückhaltebecken der 1. Stufe des Hochwasserschutzes im Remstal; Beeinträchtigung des Zeitplans der Realisierung? Stand des Grunderwerbs und Flurbereinigungsverfahrens

KIAnfr Hans Heinz CDU 07.01.2002 und Antw UVM Drs 13/609

Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein

Forcierung und regelmäßige Bewertung der geplanten Rückhaltemaßnahmen des Integrierten Rheinprogramms, Entwicklung von Naherholungskonzepten für die einzelnen Retentionsräume gemeinsam mit den betroffenen Kommunen

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU, Helmut Göschel u.a. SPD, Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP und Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 22.01.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/646
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 44-46
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
Mittlg LReg 30.10.2002 Drs 13/1449
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 05.12.2002 Drs 13/1565
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2434-2439

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung mit zunehmender Niederschlagsmenge auf Hochwasserereignisse am Rhein, an der Donau und Nebenflüssen; Mittelbereitstellung zum Hochwasserschutz; Konsequenzen für den Wasserhaushalt der Flüsse im Südwesten; Erhöhung der Eutrophierung von Oberflächengewässern als Folge verstärkter Sonneneinstrahlung

GrAnfr

s. *Klima*

Drs 13/734

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Schwarzwald; Auswirkungen auf den Hochwasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/1027

Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Integrierte Rheinprogramm zwischen Weil und Breisach

Zeitraumen, Kosten und Belastungen der notwendigen Auskiesungsmaßnahmen; Gewinnung früherer und zusätzlicher Rückhalteräume durch die Alternativen zwischen Flusskilometer 204 und 219, Einbeziehung in das Raumordnungsverfahren; Bedeutung des Kernkraftwerks Fessenheim und des Kalibeckens auf der Fessenheimer Insel für die Realisierung des Integrierten Rheinprogramms

KlAnfr Christoph Bayer SPD 03.07.2002 und Antw UVM Drs 13/1133

Technischer Hochwasserschutz und entsprechende Maßnahmen am Beispiel von Fließgewässern im Bereich der Stadt Donaueschingen

Darlegung o.g. Vorsorgemaßnahmen am Beispiel der Breg und insbes im Ortsteil Wolterdingen, Berücksichtigung von Untersuchungsergebnissen, Schadensanalysen und Erfahrungen; Beurteilung der Situation nach Herausnahme des geplanten Gewerbegebiets aus der festgelegten Überflutungsfläche; Freistellung der Anlieger von den finanziellen Folgen planungsbedingter Überschwemmungen

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 25.07.2002 und Antw UVM Drs 13/1235

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/1243

Integriertes Rheinprogramm: Hochwasserschutz unterhalb der Staustufe Iffezheim

Konsequenzen aus den Extremwetterlagen in immer kürzeren Abständen, Aktualisierung der Datengrundlage aufgrund der meteorologischen Veränderungen seit 1977, Steuerung der ökologischen Flutungen bei dem Polder Altenheim, sicherheitstechnischer Zustand der Deiche, Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 04.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1296

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 47-50

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Hochwasserschutz und Hochwasservorsorge in BW

Entwicklung der Gefahrenschwerpunkte, der bisherigen und notwendigen Maßnahmen; Regelung der Zuständigkeiten und Finanzierungsgrundsätze; Möglichkeiten des Versicherungsschutzes für Bürger und Wirtschaft

Antr Peter Hauk u.a. CDU 06.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1300

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 47-50

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Hochwasserschutz in BW

Art und Wirkungen von Anstrengungen in den vergangenen Jahren an Deichen, Retentionsflächen u.a. Vorsorgemaßnahmen an Rhein, Main, Donau und Neckar; vorliegende Szenarien und Katastropheneinsatzpläne für Hochwasserereignisse; Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beschleunigung der Hochwasserschutzprogramme, insbes Vollzug des Integrierten Rheinprogramms

Antr SPD 13.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1316
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3443-3449

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 4 5

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Hochwasserschutz durch die verstärkte Förderung konservierender und extensiver Bodenbearbeitung

Verbesserung der Wasserrückhaltekapazität potenzieller Überflutungsflächen durch nichtwendende Bodenbearbeitung u.a. Formen extensiver Bodenbewirtschaftung; gezielte Förderung durch entsprechende Modifikation der Agrarprogramme, insbes von SchALVO und MEKA

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 24.09.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1331

BeschlEmpf und Bericht LandWA 06.11.2002 Drs 13/1638 S. 20-22

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Der gegenwärtige Zustand kommunaler Infrastruktur in BW am Beispiel der Kanalnetze und ihrer Leistungsfähigkeit in Hochwasserfällen

Darlegung des Bedarfs und der notwendigen Investitionsmittel für die Sanierung schadhafter und den Ausbau zu gering dimensionierter Kanalnetze und abwassertechnischer Anlagen, Aktualisierung der technischen und rechtlichen Normen entsprechend den Folgen des Klimawandels

Antr

s. *Abwasserbeseitigung*

Drs 13/1344

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur beschleunigten Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten in BW

Anhebung des Wasserpfennigs zur Umsetzung o.g. Maßnahmen an den Gewässern 1. Ordnung sowie der für die Einzugsgebiete von Rhein, Donau und Neckar vorliegenden Hochwasserschutzprogramme, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Novellierung des WasserGes

Antr

s. *Wassertarif*

Drs 13/1347

Hochwasserschutz

Höhe und Art der Finanzierung des o.g. Investitionsbedarfs in den nächsten zehn Jahren

MdlAnfr 4) Jürgen Walter GRÜNE 17.10.2002 Drs 13/1369
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2009 2010

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Ziele und Zwischenergebnisse in den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Flächenverbrauch und -recycling, Schadstoffreduktion, Luftreinhaltung, rationelle Energieverwendung, Boden-, Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz; Auswirkungen der Änd rechtlicher Rahmenbedingungen vonseiten der EU und BReg, insbes des Atomrechts; Anstreben von Verbesserungen über den BRat; Bewertung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW; Fortschreibung des Umweltplans

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen

s. *Wassertarif*
Drs 13/1873

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Aufstockung der Mittel für den Hochwasserschutz

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 28 S. 85 86
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Beurteilung der vom Bundeskanzler angekündigten Befreiung der Gemeinden von ihrem Beitrag zur Finanzierung des Flutopferfonds

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarken und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/2102

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarken und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 13/2243

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und

Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/2619

Verbesserung des Hochwasserschutzes

Höhe der bereitgestellten und erforderlichen Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern I. Ordnung und Bundeswasserstraßen im Jahr 2003, Darlegung der erforderlichen Maßnahmen und Mittel bis 2006 sowie der Situation bei den Gewässern II. Ordnung

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 28.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2681
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 36-40
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe

Gründe für die o.g. Abordnung, Abstimmung der von den Gewässerdirektionen vollzogenen Gewässerschutz- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit der LReg?

MdlAnfr
s. *Abordnung von Beamten*
Drs 13/2691

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Haushalt 2004; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten

s. *Wassertarif*
Drs 13/2810

Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms

Verfahrensstand für die Rückhalteräume Kulturwehr Breisach und Breisach/Burkheim sowie Weil-Breisach, Information und Beteiligung der französischen Gemeinden, Umgang mit den Vorhalten in Frankreich

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/2823

Kernkraftwerk Fessenheim/Elsass

Vergleich der Sicherheitsstandards deutscher und französischer Kernkraftwerke; Frage nach der gegenseitigen Unterrichtung über Störfälle, insbes über die jüngsten Störfälle im KKW Fessenheim; Beurteilung des Gefahrenpotenzials unter Berücksichtigung der Hochwasser- und Erdbebensituation im Rheingraben; Maßnahmen zur Minimierung einer Gefährdung der Bevölkerung

Antr

s. Kernkraftwerk Fessenheim

Drs 13/3023

Integriertes Rheinprogramm

Umsetzungsstand des IRP, Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und Bürger, Auswirkungen der veränderten Kompetenzen im Zuge der Verwaltungsreform, Ausmaß und Folgen der vorgesehenen ökologischen Flutungen für den Hochwasserschutz, die Grundwassersituation, Ökologie, Industrie, Verkehrssicherheit, die französische Rheinseite, Land- und Forstwirtschaft; Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Flutungen durch die LReg und nachgeordneten Behörden; Ergebnisse und Konsequenzen eines Forschungsprojekts der Universität Freiburg

Antr

s. Rhein

Drs 13/3116

Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten

Umfang und Standorte o.g. Stilllegungsflächen nach den Vorstellungen der BReg, Höhe der Verluste für die betroffenen Landwirte, Frage nach Alternativen und nach dem Beitrag des MEKA I zur Verhinderung der Bodenerosion, Position der LReg in den zuständigen Ausschüssen im BRat

Antr

s. Landwirtschaft

Drs 13/3228

Restrheinrenaturierung - Rückhalteraum Weil-Breisach

Beurteilung der Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung einer naturnahen Auelandschaft mit verästelten Gewässerarmen (Furkationsaue) am Rhein zwischen Weil und Breisach auf beiden Rheinseiten, Aufnahme von Gesprächen mit Frankreich und der Schweiz, Initiierung eines trinationalen Workshops mit Fachleuten, Einschätzung der Impulse für den regionalen Tourismus

Antr

s. Rhein

Drs 13/3325

Hochwasserschutz und Auflagen an die landwirtschaftliche Nutzung in Überschwemmungsgebieten

Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft mit dem Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes, Art und Umfang der betroffenen Flächen, Zeitplan zur Ausweisung der Überschwemmungsgebiete; Zustimmung zu dem Gesetz im BRat

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 14.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3378

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 31-35

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-Hochwasserrisikomanagement

Mittlg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 13/3414

Integriertes Rheinprogramm (IRP) - erreichtes Retentionsvolumen und weitere Planungen

Bisher durchgeführte und bis 2006 abgewickelte Baumaßnahmen und Projekte, Höhe der Kosten und des erreichten Retentionsvolumens

Antr

s. Rhein

Drs 13/3426

Aufgaben des Hochwasserschutzes am Standort Lahr

Kündigung der Räumlichkeiten der Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein in Lahr unmittelbar nach Verabschiedung des Verwaltungsstruktur-ReformGes, Fortführung des Integrierten Rheinprogramms durch eine Dienststelle der bisherigen Gewässerdirektion in Lahr?

MdlAnfr 3) Dr. Walter Caroli SPD 26.07.2004 Drs 13/3425

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5300 5301

Situation des Rettungsdienstes in BW

Erarbeitung eines neuen Hochwassersystems als Konsequenz aus dem „Kirchbach-Bericht“ zur Flut in Sachsen 2002

GrAnfr

s. Rettungsdienst

Drs 13/3606

Integriertes Rheinprogramm (IRP) - Planungskosten und Baumaßnahmen in 2004 und 2005/06

Bisher durchgeführte und bis 2006 abgewickelte Baumaßnahmen und Projekte, Höhe der Kosten und des erreichten Retentionsvolumens, Auswirkungen der geplanten Kürzungen und globalen Minderausgabe

Antr

s. Rhein

Drs 13/3726

BW als Partner für eine Katastrophenregion in Südasiens

Unterbreitung eines Vorschlags für eine Partnerschaft zum Wiederaufbau einer von der Flutkatastrophe stark betroffenen Region in Abstimmung mit der BReg, anderen BLändern und Kommunen in BW; Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle

Antr

s. Katastrophenhilfe

Drs 13/3950

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Umwidmung von Mitteln der SchALVO für den Hochwasserschutz

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4008-8 S. 32

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4048-5 S. 6

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Mittel für den Hochwasserschutz; Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms

- ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4010-8 S. 26
- ÄAntr GRÜNE 25.01.2005 Drs 13/4010-19 S. 43 44
- ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4050-8 S. 11
- PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten

- s. *Wassertarif*
- Drs 13/4010

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

- Antr
- s. *Katastrophenhilfe*
- Drs 13/4085

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

- Antr
- s. *Wassertarif*
- Drs 13/4324

Ges zur Änd des WasserGes für BW

Verlängerung der Frist für das Außerkrafttreten von Planfeststellungsbeschlüssen nach dem LVerwVG für Gewässerausbauvorhaben, insbes für Hochwasserschutzmaßnahmen, auf acht Jahre nach Eintritt der Unanfechtbarkeit; Ermöglichung der Verlängerung dieser Frist um höchstens fünf Jahre auf Antrag des Bau- lastträgers

- GesEntw
- s. *Wasserrecht*
- Drs 13/4489

Fortführung der Erneuerung der Dammverteidigungswege am Rhein und Vollzug des Investitionsprojekts Rheinschanzinsel

Vollzogene und noch ausstehende Sanierung und Neuanlage o.g. Hochwasserdämme, Umsetzungsstand des Polders Rheinschanzinsel bei Philippsburg, Bereitstellung der notwendigen Mittel

- Antr
- s. *Rhein*
- Drs 13/4501

Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Donau-Ilser

Durchgeführte und geplante Maßnahmen sowie deren Finanzierung seit dem letzten großen Hochwasser 1999; grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Behörden, THW u.a. Rettungsorganisationen mit der bayerischen Seite; Förderzusagen für einzelne Projekte sowie Möglichkeiten zu deren raschen Verwirklichung

- KlAnfr Martin Rivoir SPD 24.08.2005 und Antw UM Drs 13/4616

Kürzung bei Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Karlsruhe

Auswirkungen der jüngsten Kürzungen auf die Einzelprojekte des Integrierten Rheinprogramms u.a. Vorhaben in der Region

Mittlerer Oberrhein bzw im Falle größerer Hochwasserereignisse, Höhe der erforderlichen zusätzlichen Mittel für eine bis 2015 angestrebte komplette Realisierung des IRP, Möglichkeiten zur Aufbringung dieser Mittel durch eine moderate Anhebung des Wasserpfeennigs

- Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 01.09.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4624
- BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 37 38
- PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen im Raum Donau/Ilser

Rechts- und Berechnungsgrundlagen für die Förderung der o.g. Maßnahmen, Höhe der Gemeindeanteile im Vergleich zur bayerischen Seite; Prüfung der Realisierung von Maßnahmen auch ohne eine Mitfinanzierung finanzschwacher Gemeinden

- Antr Martin Rivoir u.a. SPD 21.12.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/5010
- BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 39 40
- PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Anpassung der Hochwasserschutzplanungen an den Klimawandel

Anpassung der vorliegenden Planungen und bestehenden Hochwasserschutzanlagen an die aktuellen Modellrechnungen des Max-Planck-Instituts für Meteorologie

- Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 27.04.2006 und Stellungnahme UM Drs 13/5233

Fortführung der Hochwasserschutzprogramme an Rhein, Donau und Neckar

- PIPr 13/8 19.07.2001 S. 278

Forcierung der Maßnahmen im Hochwasserschutz, Mittelaufstockung für das Integrierte Rheinprogramm

- PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1025-1027 1037-1039

Notwendigkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beim Hochwasserschutz am Oberrhein

- PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1991

Finanzierung der Beseitigung der Hochwasserschäden im Osten mit einer Erhöhung der Verschuldung bzw mit dem Bundesbankgewinn

- PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2127 2130 2131 2134

Finanzierung der Flutkosten in den neuen Ländern; Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein

- PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2358 2361 2434-2439

Zwangsläufige Mehrausgaben für den Hochwasserschutz

- PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2634 2654

Hinweis auf die Befreiung der Gemeinden von ihrem Beitrag zur Finanzierung des Flutopferfonds

- PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2758 2763

Hinweis auf die Befreiung der Gemeinden von ihrem Beitrag zur Finanzierung des Flutopferfonds

- PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2913

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen; Erinnerung an den Vorschlag zur Finanzierung der Fluthilfe im Osten mit dem Bundesbankgewinn

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037 4042 4043

Ökonomische Kosten und Umweltwirkungen von Hochwasserschutzmaßnahmen iRd Integrierten Rheinprogramms, Etatisierung zusätzlicher Mittel für den Hochwasserschutz, Finanzierung aus Mitteln des Wasserpfennigs

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4324-4327 4331 4332 4338

Fortführung des Integrierten Rheinprogramms für den Hochwasserschutz

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054 6056 6057 6067 6072

Festhalten an der Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen aus Mitteln des Wasserpfennigs, Fortführung des Integrierten Rheinprogramms

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7300 7301 7335 7343

Hochwasserrückhaltebecken

s. Wasserspeicher

Hochwasserschutz

s. Hochwasser

Hockenheim

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Reduzierung bzw Streichung des Zuschusses an die Stadt Hockenheim zur Zukunftssicherung des Hockenheimrings

s. Motorsport

Drs 13/238

Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings BW“; hier: Grundstückstausch zwischen dem Land (Staatsforstverwaltung) und der Stadt Hockenheim

Antr

s. Motorsport

Drs 13/995

Unregelmäßigkeiten bei den Baukosten des Hockenheimrings

Untersuchung von Unregelmäßigkeiten in der Abrechnung der Baukosten für den Umbau des Hockenheimrings, Klärung der Schuldfrage und eines möglichen Vorgehens gegen die Verantwortlichen sowie einer Rückforderung von Zuschüssen; Abschluss künftiger Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von Landeszuschüssen zu baulichen Großprojekten

KlAnfr

s. Motorsport

Drs 13/3037

Mittelbereitstellung zum Ausbau des Hockenheimrings

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 214

Mittelbereitstellung zum Ausbau des Hockenheimrings

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 338 339 342

Kritik am Vorschlag zur Streichung der Fördermittel für den Hockenheimring

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 508

Kritik an der Subventionierung des Hockenheimrings und der Formel-1-Rennen, Verweisung auf das Renommee der Veranstaltungen und die Wertschöpfung für die Region sowie auf das finanzielle Engagement der Stadt Hockenheim

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6886-6892 6895 6896

Hockenheimring

s. Motorsport

Höhenlandwirtschaft

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Situation und Perspektiven der Schwarzwaldhöfe, Anteil der Ökobetriebe, Beitrag für die kulturelle Identität und den Tourismus, vorhandene und künftige Förderprogramme von Land, Bund und EU; Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Einschätzung der Nachfolgesicherung, verstärkte Unterstützung von Junglandwirten, Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“; bevorzugte Förderung der energetischen Verwertung von Holz vor dem Ausbau der Windkraft

GrAnfr

s. Landwirt

Drs 13/1731

Berücksichtigung der Höhenlandwirtschaft im LEntwicklungsplan

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 759

Höherer Dienst

s.a. Führungskraft

s.a. Ministerialdirektor

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen

Antr

s. Finanzverwaltung

Drs 13/202

Laufbahnrechtliche Einordnung von Master-Abschlüssen

Eröffnung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH

Antr

s. Hochschulabschluss

Drs 13/708

Personalentwicklung innerhalb der Landesforstverwaltung BW

Umsetzung des vorgesehenen Personalabbaus, Vorgaben für den Umfang von Neueinstellungen, Kriterien für die Einstellung im gehobenen und höheren Dienst, Vergleich mit anderen BLändern, Anerkennung des Forstdienstes als technischer Dienst, Anstreben einer Anstellung in der privaten Wirtschaft durch FH-Absolventen mit überdurchschnittlichen Prüfungsleistungen

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/791

Funktionsaufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst
Vereinbarkeit des Auslaufens o.g. Regelungen in der Polizei-AufstiegsVO Ende 2002 mit der Zusage zur Fortführung des Besoldungsstrukturprogramms

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/1050

Akkreditierung und Evaluierung als Instrumente einer qualitätsorientierten Hochschulpolitik
Bewertung der o.g. Instrumente und nationalen und internationalen Systeme zur Qualitätssicherung, Zwischenbilanz der Evaluationsagentur in Mannheim, Ergebnisse der Anträge von Hochschulen auf Akkreditierung von Studiengängen, insbes des Master-Studiums an FH als Zulassungsvoraussetzung für den höheren Dienst

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1208

Personalführungs- und Personalentwicklungskonzeption für die Polizei in BW
Frage nach der o.g. Konzeption bzw der Personalsteuerung für den gehobenen und höheren Polizeidienst

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/1581

HaushaltsstrukturGes 2003
Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Aufhebung der PrüfungsvergütungsVO Medizin sowie der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Zukunft der Steuerverwaltung
Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der jeweiligen Stellenobergrenzen? Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst seit 1996

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Probezeit in einem Amt mit leitender Funktion
Zahl der seit 1998 im Beamtenverhältnis auf Probe übertragenen Ämter in den einzelnen Ressortbereichen, Anteil der vom Landespersonalausschuss zugelassenen Ausnahmen sowie einer Verkürzung der Probezeit

KlAnfr
s. *Führungskraft*
Drs 13/2897

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts
Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Verbesserung der Karrierechancen von Frauen im höheren Dienst, Ermöglichung der Teilbarkeit von Führungspositionen
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 786-788 790 792 793

Ermöglichung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1505 1507 1509-1511

Beibehaltung der Regelungen zum Aufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst in der Polizei-AufstiegsVO
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1724

Entwicklung des Frauenanteils im höheren Dienst
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6934 6938 6939

Entwicklung des Frauenanteils im höheren Dienst
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7069 7070 7072 7073

Hörgeschädigter

s. *Gehörgeschädigter*

Hörschaden

s. *Gehörgeschädigter*

Hofer, Jürgen MdL FDP/DVP

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5719

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Jürgen Hofer durch den Präsidenten iRd Schlussansprache
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8015

Hoffmann, Andreas MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

Hofkäserei

s. *Milchwirtschaft*

Hofnachfolger

s. *Landwirt*

Hohenasperg

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg
Konkretisierung der Pläne zur Verlegung des Vollzugskrankenhauses und Erweiterung der sozialtherapeutischen Anstalt, kulturelle Nutzung des Kellereigebäudes; Darstellung des Sanierungsbedarfs und der damit verbundenen Kosten; Gründe und

Folgen der Schließung des nach dem Stand der Technik ausgestatteten Operationssaals zum 01.10.2001, Zahl der seit 1990 vorgenommenen operativen Eingriffe, Übernahme von den nun zuständigen Krankenhäusern, Art der Verwendung des freigesetzten Personals

Antr
s. *Vollzugskrankenhaus*
Drs 13/575

Flurbereinigungsverfahren Hohenasperg

Priorität des Verfahrens aufgrund des Zustands der Trockenmauern; Bereitschaft des LKreises, der Stadt Asperg sowie privater Grundstückseigentümer zur Kostenbeteiligung; Entscheidung über das vom Landesamt für Flurneuordnung und Landentwicklung vor fast zwei Jahren vorgelegte Sanierungskonzept

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 13.02.2003 und Antw MLR
Drs 13/1788

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg

Stand der Planung für die o.g. Verlegung, den Ausbau der Plätze für Sozialtherapie auf dem Hohenasperg und den Neubau der JVA Offenburg; Gesamtkonzept für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Sozialtherapie; Integration des Vollzugskrankenhauses in eine bestehende JVA

Antr
s. *Vollzugskrankenhaus*
Drs 13/1940

Flurbereinigung Hohenasperg

Intensität und Ergebnisse der Kartierung des Hohenaspergs, Erfassung der unverfügbaren Trockenmauern als § 24a-Biotop, Vorkommen von Mauereidechsen u.a. streng geschützten Arten, Konsequenzen für die Flurbereinigung; Beurteilung der Einstufung und Handhabung des Verfahrens durch das Landratsamt Ludwigsburg; Zustand und Erhaltungsmöglichkeiten der vorhandenen Mauern; Nutzung einer insektenfreundlichen Beleuchtung iRd Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 08.02.2005 und Antw MLR
Drs 13/4025

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Stärkung der Nutzung für den Fremdenverkehr bzw als Kultur- und Gedenkstätte unter Einbeziehung des Schiller Nationalmuseums und des Keltenmuseums bereits vor der Umsiedlung des Vollzugskrankenhauses nach Stuttgart-Stammheim; Beurteilung der Möglichkeiten für eine Verlagerung der vorhandenen Plätze der Sozialtherapeutischen Station ebenfalls auf andere JVA; Sanierung und Öffnung des Schubartturms sowie der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl privater Investoren

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 24.05.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4356
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 11
12
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Erweiterung der Sozialtherapeutischen Anstalt auf dem Hohenasperg

Höhe des Mittelaufwands für Sanierungsmaßnahmen der Sozialtherapeutischen Anstalt und des Vollzugskrankenhauses seit 1990 bzw für die geplanten Ausbaumaßnahmen; Art und Kosten der vorgesehenen Nutzung des Kellereigebäudes; Zahl der insgesamt vorhandenen Therapieplätze; Prüfung einer Eingliederung der Sozialtherapeutischen Anstalt in das neue Justizvoll-

zugskrankenhaus in Stuttgart-Stammheim

KlAnfr
s. *Sozialtherapeutische Anstalt*
Drs 13/4554

Schaffung weiterer Therapieplätze im Vollzugskrankenhaus Hohenasperg

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2142 2149

Hohenheimer Konsensusgespräche

s. *Universität Hohenheim*

Hohenlohekreis

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1134

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1169

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1507

Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock für die Gemeinden im Wahlkreis 21 in den Jahren 1998-2003

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/1977

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 21

Darlegung der Entwicklung seit 2001 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage, Auswirkungen der vom Bund eingeführten Kürzungen im Zivildienstbereich im Wahlkreis 21 und landesweit

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3097

Bundesverkehrsprojekte im Bereich des Wahlkreises 21

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen seit 2001; Höhe der Gesamtkosten und Zuschüsse des Bundes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3429

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Stundenausfall an den Schulen im Hohenlohekreis

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4253

Zuweisungen des Landes für den Wahlkreis 21 im kommunalen Bereich

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 2001 bis 2005

GrAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/4817

Hohenstadt*Geschwindigkeitsmessanlage und Verkehrsleitsystem auf der A 8 zwischen Hohenstadt und Ulm/West*

Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten sowie Ausfallzeiten der o.g. Einrichtungen; angezeigte Verstöße und erhobene Bußgelder seit Inbetriebnahme; Entwicklung des Verkehrs- und Unfallaufkommens; vergleichbare Anlagen auf anderen Autobahnabschnitten; Prüfung eines generellen Tempolimits und Überholverbots für Lkw

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 13/713

Ausbau der A 8 auf der Albhochfläche

Ausbau zwischen Hohenstadt und der Landesgrenze zu Bayern; Beurteilung der Vorschläge des Bundes zu Planung, Bau und Finanzierung

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/788

Holland

s. *Niederlande*

Hollay, Edeltraud MdL SPD

Eintritt der Abg Edeltraud Hollay als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Abg Ulrich Maurer

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199

Hollenbach, Manfred MdL CDU

Eintritt des Abg Manfred Hollenbach zum 01.10.2005 als Nachfolger der ausgeschiedenen Abg Dr. Annette Schavan

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

Holz

s.a. *Holzbau*
s.a. *Holzschutz*
s.a. *Holzwirtschaft*
s.a. *Spanplatte*

Zertifizierung in der Forstwirtschaft

Zertifizierung von kommunalem, privatem und staatlichem Waldbesitz; Gründe für die Information des MLR ausschließlich über das PEFC-Bewertungsverfahren; Beurteilung der Verknappung des von Großabnehmern in der Holzverwertung stärker nachgefragten FSC-Holzes und damit Verlegung auf Importe aus Drittländern; Bewertung des Praxisvergleichs zwischen FSC und PEFC iRd Modellprojekts Ostwestfalen-Lippe, Durchführung eines entsprechenden Projekts für BW

Antr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/102

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Ausbau der dezentralen Biomassennutzung, Förderung von Holzhackschnitzelheizungen

GrAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/134

Planung des Holzinnovationsparks in Titisee-Neustadt

Verzögerung des Projekts durch die abwartende Haltung der LReg - nach den Aussagen eines Mitarbeiters der LEG

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 04.12.2001 Drs 13/530
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 762-764

Wirtschaftliche und technische Folgewirkung des Orkans Lothar vom Dezember 1999

Angefallene Holzmengen durch die Sturmkatastrophe und Folgeschäden durch Borkenkäfer, Auswirkungen auf die forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen, Unterstützung durch die Landesforstverwaltung bei der Bewältigung der Sturmschäden, Darlegung der ausgelösten technischen und organisatorischen Entwicklungen bei der Holzerte

Antr
s. *Unwetter*
Drs 13/740

Sondergenehmigung für Transport von Holz aus Nasslagern

Darstellung o.g. Holzmengen aus der Sturmkatastrophe Lothar sowie der Zeitperspektive für den Abtransport zur verarbeiten-

den Industrie; Wettbewerbsnachteile der betroffenen Waldbesitzer, Sägebetriebe und Fuhrunternehmen gegenüber den Kollegen in Frankreich infolge der dort geltenden Ausnahmegenehmigungen von Gewichtsbeschränkungen; Prüfung einer Verlängerung der befristeten Ausnahmen von Beschränkungen für die Holztransporte hierzulande

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 10.05.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/990
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2002 Drs 13/1401 S. 59 60
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Einsatz von Holzkonstruktionen beim Neubau der Landesmesse
Prüfung o.g. Alternativplanung im Vergleich zur Stahlkonstruktion, insbes hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsauflagen zum Brandschutz; Vergleichbarkeit des Neubaus der Messehalle 6 in Sinsheim, Beeinflussung der Baukosten durch die Werkstoffwahl

Antr
s. *Holzbau*
Drs 13/1124

Stromerzeugung aus Biomasse/Altholz

Standorte und Betreiber von Anlagen zur Strom- und Wärmeenergieerzeugung aus Altholz nach den verschiedenen Kategorien, Zahl und Rechtsgrundlagen der gestellten Anträge und erteilten Genehmigungen sowie von Abfallverbrennungsanlagen zur Verwertung und Entsorgung von Hausmüll, Auflistung der zur Entsorgung von Altholz aufgestellten Abfallwirtschaftspläne

KlAnfr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/1264

Wettbewerbsfähigkeit der Holzenergie

Konkurrenzfähigkeit gegenüber fossilen Energieträgern, Auswirkungen der im SteuervergünstigungsabbauGes vorgesehenen Aufhebung der Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf Brennholz und Holzabfälle, insbes auf die geförderten Holzhackschnitzelanlagen; Perspektiven der Holzenergie für die Energieproduktion

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 15.01.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1675
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.02.2003 Drs 13/1855 S. 55 56
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Bevorzugte Förderung der energetischen Verwertung von Holz vor dem Ausbau der Windkraft

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Grünfütteretrocknung und Pelletspressung

Bewertung der o.g. Futteralternative für Landwirte u.a. Tierhalter; Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Fördermöglichkeiten einer kombinierten Pelletspresse zur Verarbeitung von Trockengrün im Sommer und Holz im Winter, z.B. Sägemehl

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 13/1780

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Nutzung von Holz als Baustoff und zur Energieerzeugung, Nutzung der Kraftwärmekopplung in landeseigenen Gebäuden

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Zukunft des Baustoffs Holz

Anteil der Holzenergieerzeugung, -verarbeitung und -vermarktung an der Gesamtwirtschaft; Förderung des Einsatzes bei öffentlichen Bauten; Verhinderung negativer Auswirkungen einer Übernahme der Musterverordnung des Bundes zur VersammlungsstättenVO

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 26.03.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1932
BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.05.2003 Drs 13/2222 S. 52-55
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Verwaltungsreform und Forstwirtschaft

Zuständigkeit für Bewirtschaftung, Wegebau und Holzvermarktung im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald nach Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2077

Haushaltsvollzug bei den Förderprogrammen zum Klimaschutz

Real verfügbare Mittel und Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2003 für die Förderprogramme Klimaschutz, Energieholz, Energiesparcheck und -sparprogramm Altbau; bisherige Ausschöpfung der verfügbaren Mittel bzw Ablehnung von Anträgen aufgrund fehlender und nicht freigegebener Mittel

Antr
s. *Klima*
Drs 13/2115

Novellierung der VersammlungsstättenVO

Inhalte und Auswirkungen o.g. Neuregelung, insbes auf die Kosten der Veranstalter und den Einsatz des Baustoffs Holz; Orientierung an der Muster-VersammlungsstättenVO der Bauministerkonferenz? Unterrichtung des WirtA

Antr
s. *Versammlungsstätte*
Drs 13/2128

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/2602

Haushalt 2004; Epl 08

Aufstockung der Zuschüsse zur Förderung der energetischen Holzverwertung

- ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-13 S. 35
- ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2808-21 S. 44
- ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2848-6 S. 7
- PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Haushalt 2004; Epl 08

Verbesserungen beim Holzverkauf durch Schaffung eines Landesbetriebs Forst

- ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-14 S. 36
- ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2848-7 S. 8
- PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Waldschäden durch Jahrhundertssommer 2003

Auswirkungen des trockenen Sommers und der geringen Winterniederschläge auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Holzarten und unter Berücksichtigung der Sturmfolgen; Unterstützung der Waldbauern durch Maßnahmen der Forstverwaltung u.a.

- Antr
- s. *Forstschaden*
- Drs 13/3024

Dürreschäden in den Wäldern des LKreises Schwäbisch Hall

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und der geringen Winterniederschläge, Bewirkung verstärkter Holzeinschläge, Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Bewältigung der Schadensaufarbeitung durch die Forstverwaltung?

- KlAnfr
- s. *Forstschaden*
- Drs 13/3109

„Sahelzone in BW?“ - Dürreschäden im Wald und Auswirkungen

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und des seither anhaltenden Niederschlagsmangels auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Baumarten und LKreisen; Folgen der verstärkten Holzeinschläge auf dem Holzmarkt; Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Hilfen vonseiten des Landes, des Bundes und der EU

- Antr
- s. *Forstschaden*
- Drs 13/3127

Verstärkte Nutzung von Holz als Baumaterial; hier: Umsetzung der Musterbauordnung

Erleichterung des Bauens mit Holz, Aufnahme der o.g. Neuregelungen zum Brandschutz von Holzbauten in die LBO, Vorlage eines entsprechenden GesEntw

- Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 23.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3301

Energieversorgung für die Messe Stuttgart

Einflussnahme als Gesellschafter der Neuen Messe GmbH auf eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Energieversorgung; Erstellung einer neuen Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Heizsystem, insbes Prüfung der Versorgungsoption Biomasse mit der energetischen Verwertung von Holz; Einstellung des entsprechenden Teils der Ausschreibung

- Antr
- s. *Energieversorgung*

Drs 13/3824

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Verbesserungen beim Holzverkauf durch Schaffung eines Landesbetriebs Forst

- ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4008-12 S. 36
- ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4048-8 S. 9
- PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufeuerung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

- Antr
- s. *Erneuerbare Energie*
- Drs 13/4030

Maschinenkonzeption der Landesforstverwaltung BW

Umfang und jeweilige Kosten der Holzaufarbeitung durch die Forstverwaltung und Privatunternehmen seit 1998; Zahl, Stützpunkte und Einsatz der staatlichen Regiemaschinen; Kriterien der Auftragsvergabe an private Forstunternehmer; Auswirkungen der Neustrukturierung der Forstverwaltung iRd Verwaltungsreform

- Antr
- s. *Forstwirtschaft*
- Drs 13/4344

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Zuwachsraten im Bereich der Holzpellettheizungen, Bedarf und Fördermöglichkeiten zur Herstellung von Holzpellets

- GrAnfr
- s. *Biomasse*
- Drs 13/4539

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

- GrAnfr
- s. *Energiepolitik*
- Drs 13/4635

Konkurrenz bei der Holzvermarktung zwischen den Forstbetriebsgemeinschaften und der Kreisforstverwaltung

Beurteilung der neuen Marktsituation infolge der Verwaltungsreform; Umsetzung der Bekenntnisse des MinPräs und MLR zur „Selbstvermarktung im Privatwald“

- Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 12.10.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4717
- BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 59
- PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Abgleichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4813

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 14.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4823
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 54 55
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Zukunft des hochschulübergreifenden Masterstudiengangs SENCE

Bewertung des o.g. Modellstudiengangs für nachhaltige Energietechnik in Kooperation zwischen den FH Rottenburg, Stuttgart und Ulm; Beurteilung der Beschäftigungsperspektiven der Absolventen in den Bereichen der Nutzung von Holz u.a. regenerativen Energien; Zukunftssicherung des Studiengangs auch nach Wegfall der Bundesmittel 2006

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 13/5009

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Ergebnisse von Prüfaufträgen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Landesgebäuden sowie zur Einführung bundesweiter Regelungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energien, insbes Nutzung von Holz; verfügbare Mittel zur Förderung von BHKW-Anlagen mit kleiner Leistung

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Anfall von Sturmholz aufgrund des Orkans Lothar, energetische Verwertung von Holz, Förderung von Holzhackschnitzelheizungen seit 1995

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1553 1555

Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1832

Nutzung des Potenzials von Holzbiomasse in Südbaden

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1990

Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3142 3143 3145 3150 3186 3188 3189

Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3465 3467

Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618

Beklagung einer einseitigen Empfehlung von PEFC-Holz durch das MLR, Forderung einer Aufwertung von FSC-Holz

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4136

Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4325 4345 4353

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf eine einheitliche Holzvermarktung; Eintreten für einen Landesbetrieb Forst; Anschluss neuer Wohngebiete an Holzhackschnitzelanlagen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4914 4940 4947

Holzanfall durch den Orkan Lothar, durch Trockenheit und Käferbefall; Notwendigkeit einer raschen Aufarbeitung bzw Ankurbelung der Holzvermarktung; Förderung der energetischen Verwertung und des Bauens mit Holz

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054 5056-5066

Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5336 5337

Erzielung von Mehreinnahmen durch verstärktes Marketing beim Holzverkauf

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6106

Förderung der energetischen Verwertung von Holz, Aufarbeitung und Nutzung des heimischen Rohmaterials

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436 6438 6439 6441 6443 6450 6452

Förderung der energetischen Verwertung von Holz mit dem Anschluss- und Benutzungszwang für gemeindliche Nah- und Fernwärmanlagen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6827

Förderung der energetischen Verwertung von Holz

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7019-7021 7023 7027

Förderung der energetischen Verwertung von Holz angesichts des hohen Ölpreises, Steigerung der Pelletproduktion im Land

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7046 7052 7053

Umsetzung der Empfehlung des RH zur Umstellung der landeseigenen Gebäude auf Holzhackschnitzelheizungen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7853-7856

Holzbau

Einsatz von Holzkonstruktionen beim Neubau der Landesmesse
Prüfung o.g. Alternativplanung im Vergleich zur Stahlkonstruktion, insbes hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsauflagen zum Brandschutz; Vergleichbarkeit des Neubaus der Messehalle 6 in Sinsheim, Beeinflussung der Baukosten durch die Werkstoffwahl

Antr Günther H. Oettinger u.a. CDU 02.07.2002 und Stel-

lungnahme WM Drs 13/1124
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 23.10.2002 Drs 13/1577 S.
 3 4
 PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Nutzung von Holz als Baustoff

GrAnfr
s. Umwelt
 Drs 13/1821

Zukunft des Baustoffs Holz

Anteil der Holzherzeugung, -verarbeitung und -vermarktung an der Gesamtwirtschaft; Förderung des Einsatzes bei öffentlichen Bauten; Verhinderung negativer Auswirkungen einer Übernahme der Musterverordnung des Bundes zur Versammlungsstätten-VO

Antr
s. Holz
 Drs 13/1932

Novellierung der VersammlungsstättenVO

Inhalte und Auswirkungen o.g. Neuregelung, insbes auf die Kosten der Veranstalter und den Einsatz des Baustoffs Holz; Orientierung an der Muster-VersammlungsstättenVO der Bauministerkonferenz? Unterrichtung des WirtA

Antr
s. Versammlungsstätte
 Drs 13/2128

Verstärkte Nutzung von Holz als Baumaterial; hier: Umsetzung der Musterbauordnung

Erleichterung des Bauens mit Holz, Aufnahme der o.g. Neuregelungen zum Brandschutz von Holzbauten in die LBO, Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr
s. Holz
 Drs 13/3301

Erleichterung des Bauens mit Holz, Umsetzung der Musterbauordnung des Bundes durch Aufnahme in die LBO

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5058

Holzerntemaschine

s. Landmaschine

Holzgewerbe

s. Holzwirtschaft

Holzschutz

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr
s. Schulgebäude
 Drs 13/1029

Holzschutzmittel

s. Holzschutz

Holzspanplatte

s. Spanplatte

Holzwirtschaft

s.a. Holzbau
s.a. Möbelindustrie
s.a. Papierindustrie

Zertifizierung in der Forstwirtschaft

Zertifizierung von kommunalem, privatem und staatlichem Waldbesitz; Gründe für die Information des MLR ausschließlich über das PEFC-Bewertungsverfahren; Beurteilung der Verknappung des von Großabnehmern in der Holzverwertung stärker nachgefragten FSC-Holzes und damit Verlegung auf Importe aus Drittländern; Bewertung des Praxisvergleichs zwischen FSC und PEFC iRd Modellprojekts Ostwestfalen-Lippe, Durchführung eines entsprechenden Projekts für BW

Antr
s. Forstwirtschaft
 Drs 13/102

Wirtschaftliche und technische Folgewirkung des Orkans Lothar vom Dezember 1999

Angefallene Holzmengen durch die Sturmkatastrophe und Folgeschäden durch Borkenkäfer, Auswirkungen auf die forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen, Unterstützung durch die Landesforstverwaltung bei der Bewältigung der Sturmschäden, Darlegung der ausgelösten technischen und organisatorischen Entwicklungen bei der Holzerte

Antr
s. Unwetter
 Drs 13/740

Sondergenehmigung für Transport von Holz aus Nasslagern

Darstellung o.g. Holzmengen aus der Sturmkatastrophe Lothar sowie der Zeitperspektive für den Abtransport zur verarbeitenden Industrie; Wettbewerbsnachteile der betroffenen Waldbesitzer, Sägebetriebe und Fuhrunternehmen gegenüber den Kollegen in Frankreich infolge der dort geltenden Ausnahmegenehmigungen von Gewichtsbeschränkungen; Prüfung einer Verlängerung der befristeten Ausnahmen von Beschränkungen für die Holztransporte hierzulande

Antr
s. Holz
 Drs 13/990

Zukunft des Baustoffs Holz

Anteil der Holzherzeugung, -verarbeitung und -vermarktung an der Gesamtwirtschaft; Förderung des Einsatzes bei öffentlichen Bauten; Verhinderung negativer Auswirkungen einer Übernahme der Musterverordnung des Bundes zur Versammlungsstätten-VO

Antr
s. Holz
 Drs 13/1932

Verwaltungsreform und Forstwirtschaft

Zuständigkeit für Bewirtschaftung, Wegebau und Holzvermarktung im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald nach Eingliederung

nung der Forstämter in die Landratsämter

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2077

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/2602

„Sahelzone in BW?“ - *Dürreschäden im Wald und Auswirkungen*

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und des seither anhaltenden Niederschlagsmangels auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Baumarten und LKreisen; Folgen der verstärkten Holzeinschläge auf dem Holzmarkt; Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Hilfen vonseiten des Landes, des Bundes und der EU

Antr
s. *Forstschaden*
Drs 13/3127

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Verbesserungen beim Holzverkauf durch Schaffung eines Landesbetriebs Forst

s. *Holz*
Drs 13/4008

Konkurrenz bei der Holzvermarktung zwischen den Forstbetriebsgemeinschaften und der Kreisforstverwaltung

Beurteilung der neuen Marktsituation infolge der Verwaltungsreform; Umsetzung der Bekenntnisse des MinPräs und MLR zur „Selbstvermarktung im Privatwald“

Antr
s. *Holz*
Drs 13/4717

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 13/4823

Folgeschäden des Orkans Lothar vom Dezember 1999, Auswirkungen auf die Forst- und Holzwirtschaft, Erhaltung der Ausgleichszulage Wald

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1048

Auswirkungen der vorgesehenen Verwaltungsreform auf die Holzwirtschaft, Plädoyer für einen einheitlichen Landesbetrieb beim Forst

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3329 3332 3335 3339 3340

Verbleib der Zuständigkeit für die Holzvermarktung bei den Forstdirektionen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3332

Schäden für die Holzwirtschaft aufgrund des Orkans Lothar, des Jahrhundertssommers 2003 und durch Käferbefall; Erschöpfung der Aufnahmekapazitäten der Sägewerke; Verbringung des Schadholzes in Nasslager

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054-5066

Homosexualität

s.a. *Lebenspartnerschaft*

Umgang mit Gleichgeschlechtlichkeit in den Schulen

Sensibilisierung der Lehrer und Schüler zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Entwicklung geeigneter Unterrichtsmaterialien und Verankerung in den Bildungsplänen; Frage nach physischer und psychischer Gewalt gegen Schüler aufgrund ihrer Homosexualität in den letzten fünf Jahren

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 10.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1997

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 27

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Abbau der Diskriminierung von Homosexualität mit dem LebenspartnerschaftsGes

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 311-320

Ablehnung einer Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit Ehen und Familien, Anteil von homosexuell veranlagten Menschen in der Gesellschaft

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1348 1351 1352

Ablehnung einer Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit Ehen und Familien

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1697-1702

Grußwort des MinPräs zum Christopher Street Day in Stuttgart, Verweisung auf die konträren Positionen innerhalb der CDU zum Thema Homosexualität, Ablehnung einer Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit Ehen und Familien

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6941-6948

Grußwort von Minister Renner zum Christopher Street Day in Stuttgart; Ablehnung einer Gleichstellung von homosexuellen Lebenspartnerschaften mit Ehen und Familien

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7279-7282

Beurteilung der Fragen zur Homosexualität im Gesprächsleitfaden für (muslimische) Einbürgerungsbewerber; Schirmherrschaft von Minister Renner über die Schwulenparade in Stuttgart, Verweisung auf die konträren Positionen innerhalb der CDU zum Thema Homosexualität

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7653 7657 7662 7663 7665 7666 7668 7670-7672 7675 7689

Honig

Qualitätsgarantie für heimischen Honig

Verlust einer Herkunfts- und Qualitätsbestimmung durch die von der EU-Kommission beabsichtigte Zulassung von „gefiltertem Honig“; Hinwirkung auf eine kontrollierbare Herkunftsanalyse

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 04.12.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/533

Gefahr durch Feuerbrand im Obstbau

Darlegung o.g. Gefahren und Existenzbedrohung von Obstbauern in BW, insbes in der Bodenseeregion; Begründung des Verbots von Plantomycin, Stand der Forschung um Alternativpräparate, Eintreten für eine Modifikation der Höchststückstandsmengen VO beim Honiggrenzwert

Antr
s. *Pflanzenkrankheit*
Drs 13/743

Situation der Imkerei in BW

Ausmaß und Auswirkungen des Befalls der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe auf die Imkerei und damit auf die Honigproduktion und den Obstbau, Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sowie Gewinnung junger Menschen für die Imkerei

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/1982

Vorwarnsystem gegen Varroamilbe

Ausmaß der Schäden durch o.g. Parasiten unter den Bienenvölkern, bei der Honigproduktion und Obsternte; Frage nach Schadenersatz, Schulung und frühzeitiger Information der Imker; Beratung und Unterstützung durch die Landesanstalt für Bienenkunde in Hohenheim

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/2067

Zukunft der Imkerei bei Verwendung gentechnologisch veränderter Saatguts und Pflanzenmaterials in der Landwirtschaft

Entwicklung der haupt- und nebenberuflich betriebenen Imkerei, Anteil der in ökologisch orientierten Anbauverbänden organisierten Imker mit einer Vermarktung entsprechend qualitativer Produkte; Konsequenzen der Anwendung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft; Höhe und Träger der Kosten für zusätzliche Untersuchungen auf Verunreinigungen; Anstreben eines freiwilligen Verzichts auf den Einsatz von GVO in Gesprächen mit den Landwirten

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/2876

Auswirkungen des Einsatzes gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft auf die Imkerei, Erwartung entsprechender Verunreinigungen im Honig

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4560

Hooligan

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivisten, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1535

Hopfen

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO zur Durchführung des HopfenGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Hopfengesetz

s. *Hopfen*

Horb

B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen (mit Autobahnzubringer A 81)

Planungsstand, Kosten und Zeitpunkt der Realisierung der einzelnen Abschnitte; Mitwirkung bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Projekts B 28, Ortsumgehung Horb, sowie der Maßnahme B 32, Neckarübergang östlich von Horb; Einschätzung der Kosten, Vorlage des Ergebnisses der Bewertung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 13/724

Neubau von Haltepunkten an der DB-Strecke Tübingen-Rottenburg-Horb

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/3171

Krankenhaussituation im LKreiss Freudenstadt

Rechtliche Anforderungen einer Zusammenlegung von Häusern i.S.d. Krankenhausfinanzierungsrechts, Notwendigkeit einer Verringerung des Leistungsangebots? Frage nach entsprechenden Auflagen in Freudenstadt, Horb und benachbarten LKreisen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970; Auswirkungen auf die medizinische Versorgung am oberen Neckar, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4178

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entlastung der Stadt Horb vom Durchgangsverkehr; Einrichtung eines Studiengangs Wirtschaft an der Berufsakademie Horb so-

wie eines biotechnologischen Gymnasiums in Horb

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. *Bauplanung*
Drs 13/5172

Realisierung der B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen

Stand der Planung und Realisierung der einzelnen Abschnitte (mit Autobahnzubringer A 81), Stand der Diskussion über eine Privatfinanzierung der Baumaßnahme B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

KlAnfr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 13/5181

Bewertung der Qualität der Rede des Kollegen Theurer als Horber Niveau

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6282 6283

Horben

Lauschangriff auf die Familie R. aus Horben

Begründung, Rechtsgrundlage, Verhältnismäßigkeit, Dauer und Ergebnisse der Abhörung durch verdeckten Einsatz technischer Mittel; Beurteilung der Schadenersatzforderung der Familie R.; Konsequenzen aus der jüngsten Rechtsprechung des BVerfG zum „Großen Lauschangriff“ in der Praxis der präventivpolizeilichen und strafprozessualen Wohnraumüberwachung

KlAnfr
s. *Technische Observation*
Drs 13/3046

Praxis der Wohnraumüberwachung in BW

Zahl, Dauer, Rechtsgrundlage und Ergebnisse o.g. Anordnungen in den letzten zehn Jahren; Zahl der von Gerichten für rechtswidrig erklärten Überwachungsmaßnahmen, Zuerkennung von Schadenersatz für die Betroffenen, Umgang mit dem einschlägigen Urteil des Landgerichts Freiburg zugunsten der Familie R. aus Horben; Vorlage eines jährlichen Berichts über Umfang und Erfolge des Einsatzes besonderer Mittel der Datenerhebung nach dem PolizeiGes sowie des Einsatzes technischer Mittel zur Strafverfolgung

Antr
s. *Technische Observation*
Drs 13/3518

Hort

s. *Kindertagesstätte*

Hospizbewegung

s. *Sterbebegleitung*

Hotel- und Gaststättengewerbe

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

HQZ

s. *Gütezeichen*

HRG

s. *Hochschulrahmengesetz*

Hubschrauber

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 26) - Fehlerhafte Planung für einen Hubschrauberlandeplatz (Drs 12/5701 XXII. S. 8)

Mittlg
s. *Flugplatz*
Drs 13/80

Fluglärm in Stuttgart

Entwicklung der zusätzlichen Flugbewegungen und Lärmbelastung von Hubschraubern und Kleinflugzeugen über dem Stadtgebiet seit 1999; Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm durch Freizeitflüge

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1503

Erneuerung der Hubschrauberflotte der Polizei

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900 5916

Modernisierung der Hubschrauberflotte der Polizei

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249 6257 6258

Hubschrauberlandeplatz

s. *Flugplatz*

Hüffenhardt

Bahnstrecke Neckarbischofsheim/Nord-Hüffenhardt

Auswirkungen der geplanten Einführung der Rhein-Neckar-S-Bahn auf der Strecke Meckesheim-Aglasterhausen, Beurteilung des technischen Zustands der o.g. Strecke sowie der Möglichkeiten zur Weiternutzung im Schülerverkehr, Güterverkehr, Tourismus- oder Museumsverkehr; Frage nach Nutzungsmöglichkeiten für die Werkstatthanlagen in Neckarbischofsheim/Nord

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/5131

Hühnerrei

s. *Eier*

Huhn

s. *Geflügel*

Humanitäres Aufenthaltsrecht

s. *Aufenthaltsrecht*

Hund*Hundekot*

Aufnahme eines Verbots des Kotens von Hunden auf landwirtschaftlich genutzten Grün- und Ackerflächen in örtliche Polizei-VO, Gründe für die Anordnung der Streichung dieses Verbots aus der PolizeiVO der Stadt Backnang, Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip

KlAnfr
s. *Exkrement*
Drs 13/4434

Erinnerung an das Scheitern von KampfhundeVO vor Verwaltungsgerichten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 375

Hundefutter

s. *Futtermittel*

Hundekot

s. *Exkrement*

Hundekuchen

s. *Futtermittel*

Hungersnot*Ausmaß des Hungers in der Welt, Bewertung als Nährboden für Konflikte und Terrorismus*

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 365

Ausmaß des Hungers in der Welt, Bewertung als Nährboden für Konflikte und Terrorismus

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1939 1941

Bekämpfung des Hungers weltweit mithilfe der grünen Gentechnik

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4561 4562 4592 4595 4596

Zahl der täglich weltweit verhungern den Menschen, Vergleich mit der Zahl von Opfern des Seebebens in Südostasien, Bekämpfung des Hungers in Afrika

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6195

Bezweiflung einer wirksamen Bekämpfung des Hungers in der Welt mithilfe der grünen Gentechnik

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6647

Bekämpfung des Hungers weltweit mithilfe der grünen Gentechnik

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7463

Hygiene

s.a. *Fleischhygiene*

Umsetzung der EU-Richtlinie 93/43 EWG über Lebensmittelhygiene in BW

Umsetzung der Richtlinie in den erfassten Betrieben, Art und Intensität der Kontrollen des WKD

MdlAnfr 3) Gerd Teßmer SPD 10.05.2002 Drs 13/980
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1546 1547

Bürokratieabbau; hier: Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 08.06.2001 gemäß der Richtlinie 64/433/EWG zur Überwachung der Hygienebedingungen in registrierten Schlachthäusern

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3209

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bei Zeltlagern und Freizeiten der Jugendverbände und Jugendringe in BW

Kostenlose Erstbelehrung der Betreuer von Jugendfreizeiten durch die Gesundheitsämter nach dem InfektionsschutzGes, Ermöglichung des Bezugs von Frischmilch und Eiern von Bauernhöfen, entsprechende Anpassung der Hygienevorschriften an die Bedingungen bei Zeltlagern, Harmonisierung der Zuschüsse für die Teilnehmer mit den Kommunen; Überprüfung der bürokratischen Hürden in Abstimmung mit dem Landesjugendring

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3570

ICE

s. *Intercity-Verkehr*

Ideen- und Beschwerdemanagement

s. *Bürgerbeteiligung*

Iffezheim*Integriertes Rheinprogramm: Hochwasserschutz unterhalb der Staustufe Iffezheim*

Konsequenzen aus den Extremwetterlagen in immer kürzeren Abständen, Aktualisierung der Datengrundlage aufgrund der meteorologischen Veränderungen seit 1977, Steuerung der ökologischen Flutungen bei dem Polder Altenheim, sicherheitstechnischer Zustand der Deiche, Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1296

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW

Voraussetzungen zur Realisierung der Projekte in Gambenheim (Elsaß) und Iffezheim, Darstellung der dort erreichbaren Stromproduktion

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/3616

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Pferderennsports in Iffezheim, Erhöhung der Rückerstattung der Rennwettsteuer

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331

Berücksichtigung der Interessen der Anlieger bei den Hochwasserschutzmaßnahmen südlich von Iffezheim

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2434-2436

IGW

s. *Grüne Woche*

IHK

s. Industrie- und Handelskammer

IKEA

s. Möbelindustrie

ILK

s. Nukleare Sicherheit

Illegale Müllbeseitigung

s. Abfallbeseitigung

Ilshofen

Bau und Förderung eines regionalen Vermarktungszentrums in Ilshofen

Konzeption, Investoren und Betreiber der zentralen Rindervermarktungshalle; verfügbare Fördermittel der EU, des Bundes und Landes; Auswirkungen evtl Kürzungen

Antr
s. Rind
Drs 13/1630

Zentrale Rindervermarktungshalle Ilshofen

Höhe der vorgesehenen Förderung der o.g. Einrichtung; Verzicht auf die finanzielle Unterstützung aufgrund vorhandener Vermarktungshallen und knapper öffentlicher Mittel

Antr
s. Rind
Drs 13/1683

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Streichung der Mittel zum Bau einer Rindervermarktungshalle in Ilshofen

s. Rind
Drs 13/1873

Mittelfreigabe für den Neubau des Autobahnpolizeireviers Ilshofen

Verfügbarkeit und Abruf der o.g. Haushaltsmittel, Zeitpunkt des Baubeginns

MdlAnfr
s. Polizeigebäude
Drs 13/3827

Autobahnpolizeirevier Ilshofen

Auswirkungen der Haushaltssperre auf die vor den Sommerferien geplante Ausschreibung der Gewerke bzw den Baubeginn

MdlAnfr
s. Polizeigebäude
Drs 13/4413

Verzicht auf die Förderung einer zentralen Rindervermarktungshalle in Ilshofen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2656

Imker

s. Bienenzucht

Immatrikulation

Immatrikulation von Doktoranden mit 50 %-Beschäftigungsverhältnissen an Universitäten

Verweigerung der Immatrikulation von o.g. Doktoranden mit dem Hinweis auf das neue LandeshochschulGes, Auswirkungen auf die materielle Situation der Doktoranden und die Zahl der Promotionen, insbes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen; Eintreten für die Immatrikulation gegenüber den Universitäten

KlAnfr Regina Schmidt-Kühner SPD 24.02.2005 und Antw MWK Drs 13/4055

Immatrikulations- und Rückmeldegebühren

s. Hochschulgebühren

Immissionsschutz

s.a. Abgasreinigung
s.a. Abwasserreinigung
s.a. Energieeinsparung
s.a. Lärmschutz
s.a. Smog
s.a. Umweltmessung
s.a. Umwelttechnik
s.a. Umweltzertifikat

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsengpässen und erhöhten CO2-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr
s. Kernenergie
Drs 13/633

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr
s. Oberrhein, Region
Drs 13/1226

Hausmüllverbrennungsanlagen in BW

Investitions- und Betriebskosten sowie Luftreinhaltetechnik für bestehende sowie in Planung und im Bau befindliche Anlagen; Trägerschaft dieser Anlagen bzw Kooperationsgemeinschaften zwischen Gebietskörperschaften auch über die Landesgrenze hinaus; Mengen und Art der Entsorgung der exportierten Abfälle

KlAnfr
s. Abfallbeseitigungsanlage
Drs 13/1608

Erstellung eines neuen Luftreinhaltplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in

der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 12.12.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1619
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 13.02.2003 Drs 13/1855 S. 35-37
 PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs

GrAnfr
 s. *Umwelt*
 Drs 13/1821

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Auswirkungen der Atomrechtsnovelle des Bundes auf die Zielsetzungen in den Maßnahmenfeldern Klimaschutz und Luftreinhaltung bis 2010; Zwischenergebnisse der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW

GrAnfr
 s. *Umweltplan*
 Drs 13/1853

Konsequenzen aus der Überschreitung von Luftreinhaltungsgrenzwerten der 22. BImSchV

Umfang der Grenzwertüberschreitung der Schadstoffe Stickstoffdioxid und Partikel, betroffene Gebiete und Konsequenzen, Erlass von Luftreinhalteplänen, Information der Öffentlichkeit

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 02.07.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2223
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 10
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Abfallbehandlung in der Karlsruher Thermoselectanlage

Auslastung der o.g. Anlage, Umfang der Beschickung von den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften; Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen? Sicherstellung der Abfallbehandlung für den Fall des angekündigten Rückzugs der EnBW aus der Betreibergesellschaft zum Jahresende

Antr
 s. *Abfallbeseitigung*
 Drs 13/2298

Genehmigung des Kalkschachtofens in Blaustein-Herrlingen

Beantragung der Mitverbrennung von Abfällen bzw Sekundärbrennstoffen durch die Märker Holding GmbH, Umfang und Zusammensetzung der Stoffe, vorgeschriebene Grenzwerte, Ausschluss einer gesundheitlichen Gefährdung der Beschäftigten und Anwohner

KlAnfr
 s. *Feuerungsanlage*
 Drs 13/2885

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industriebetriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emis-

sionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes- oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr
 s. *Umweltzertifikat*
 Drs 13/2895

Abbau von Messstationen entlang von Straßen in BW

Standorte und Gründe der o.g. Reduzierung, bisher dort gemessene Werte von Partikeln und Stickstoffdioxiden und notwendige Konsequenzen, Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zur ständigen Beurteilung der Luftqualität entlang von Autobahnen bzw stark befahrenen Bundes- und Landesstraßen sowie der daraus folgenden Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
 s. *Messgerät*
 Drs 13/2969

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Immissionsschutz-ZuständigkeitsVO sowie der VO zur Durchführung des Ges zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen

GesEntw
 s. *Verwaltungsreform*
 Drs 13/3201

Sofortprogramm zur Einführung des Rußpartikelfilters; Spitzenstellung des Landes durch moderne Automobiltechnik sichern

Einbau o.g. Filter als Voraussetzung für die Förderung von Linienbussen nach dem GVFG; Beschaffung erdgasbetriebener Dienstfahrzeuge bzw Fahrzeuge mit Rußfilter, Nachrüstung der vorhandenen Flotte; Abschluss der Aufstellung von Luftreinhalteplänen bis zum Jahresende; Eintreten für ein Konzept zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw im BRat sowie für eine Euro-5-Abgasnorm bei der EU-Kommission; Hinwirkung auf Abfalltransporte im Schienenverkehr bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften; Rückeroberung der Spitzenstellung bei der Umwelttechnik im Auto im Dialog mit der Fahrzeugindustrie

Antr
 s. *Abgasreinigung*
 Drs 13/3274

ÖPNV- und SPNV-Investitionen in den Jahren 2000 bis 2007

Höhe der o.g. Investitionen, Vereinbarkeit mit der im Generalverkehrsplan angestrebten Verlagerung von Autoverkehr auf den öffentlichen Verkehr sowie Verkehrsvermeidung und damit Reduktion der Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen

KlAnfr
 s. *Personenverkehr*
 Drs 13/3320

Ausführungsbestimmungen des Landes zur Geräte- und MaschinenschallVO als Anhang zur BundesimmissionschutzVO (BlmSchV) mit dem Ziel, die Ruhe der Mittagszeit zu erhalten

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/3460

Klimaschutzprogramm des Landes

Vergleich der Ziele im Umweltplan mit der Entwicklung der CO₂-Emissionen, Anteil der verkehrsbedingten Emissionen, Auswirkungen der Kürzungen des „Energiesparprogramms Altbau“ und des „Demonstrationsprogramms zur rationellen Energienutzung“; Vorlage eines Klimaschutzprogramms zur Umsetzung der im Umweltplan verankerten Ziele

Antr
s. *Klima*
Drs 13/3462

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterleitung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 24.09.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3571
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 28.10.2004 Drs 13/3751 S. 38-39
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Anteil der Emissionen von Kraftfahrzeugen, Heizungen und Kraftwerken an den Waldschäden; Entwicklung des Kraftstoff- und Heizölverbrauchs seit 1999; Aufstockung der Förderprogramme im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Altbaumodernisierung; Ausweitung des Pilotprojekts der Brennstoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg; Förderung des Anbaus und der Nutzung biogener Kraftstoffe; Forcierung der Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 08.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3865
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.04.2005 Drs 13/4277 S. 17-21
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Überschreitung der ab 01.01.2005 geltenden Grenzwerte, insbes für Feinstaub; Darlegung der betroffenen Gebiete; Konsequenzen des individuell einklagbaren Rechtsanspruchs; Durchsetzung der notwendigen Luftreinhaltepläne bzw von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Pkw und Lkw ohne Rußpartikelfilter; gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat; Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr GRÜNE 22.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3922
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341-6351

Rußpartikelfilter auf breiter Front einführen

Zustimmung im BRat zur steuerlichen Förderung des Partikelfilters für Diesel-Pkw; Anweisung der Landesbehörden zur Beschaffung bzw Nachrüstung entsprechender Dienstfahrzeuge; Berücksichtigung von Fahrverboten für Fahrzeuge ohne Partikelfilter an immissionskritischen Tagen bei der Aufstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/4018

Rußfilter für Dieselfahrzeuge - Förderung der Nachrüstung von Bussen mit Rußfiltern

Anteil der Busse an der Luftbelastung mit Dieselruß und Feinstäuben in Ballungsräumen, Verbreitung des Rußfilters in den Fahrzeugen von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Verkehrsverbänden; Förderung der entsprechenden Beschaffung neuer Busse sowie des nachträglichen Einbaus der Filter

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/4032

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 18.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4075
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.04.2005 Drs 13/4277 S. 17-21
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

„City-Maut“ als wirksames Instrument zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung in den baden-württembergischen Städten

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage zur Schaffung einer Regelung auf Landesebene; Vorlage eines GesEntw zur Ermächtigung der Kommunen zur Einführung einer City-Maut und Verwendung der Einnahmen für den Ausbau des ÖPNV

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4139

Feinstaubbelastung im Bereich Konstanz

Überschreitung des EU-Grenzwerts seit 2003: Art und Intensität der Messungen, Verursacher und lokale Besonderheiten, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Wasserqualität des Bodensees, Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung, Gewinnung aussagekräftiger Daten auch nach dem Abbau der bisher vorhandenen Luftmessstation bzw mit dem neu strukturierten Landesluftmessnetz?

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 30.03.2005 und Antw UVM Drs 13/4191

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub

staub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw. Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 05.04.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4211

Transport von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennung

Beschleunigung der Vorlage der Untersuchungsergebnisse des Lehrstuhls für Verkehrsplanung und -leittechnik an der Universität Stuttgart über die Chancen des Schienentransports von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennungsanlage in Stuttgart-Münster, insbes. als Entscheidungsgrundlagen für die Verkehrsträgerwahl der Entsorgungsträger; Bewertung als Beitrag zur Senkung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidimmissionen; Höhe der möglichen Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4220

Aufstellung von Luftreinhalteplänen und Maßnahmen in 2005 in BW

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw. der Rechtslage für Maßnahmen der Kommunen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte; mögliche Folgen von Klagen von Verbänden und betroffenen Bürgern gegen die Kommunen auf Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte; Entwicklung der Einnahmen aus der Kfz-Steuer seit 1998; Hinwirkung auf eine Steuerbegünstigung für Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter, entsprechende Nach- und Umrüstung des Fuhrparks der LReg und nachgeordneten Behörden

Antr SPD 06.04.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4219
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6712-6724
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 34-36
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Verbesserung der Qualität und der Aussagefähigkeit des Luftschadstoffmessprogramms in BW

Darlegung der Standorte der Messstationen, der Kriterien für die Standortwahl sowie der gemessenen Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Auflistung der Orte mit beidseitig bebauten Straßen und mit einer durchschnittlichen Belastung von mehr als 25.000 Kfz und einem Lkw-Anteil von über 4 % und der dort gemessenen bzw. als wahrscheinlich anzunehmenden Werte; Ermittlung des Bedarfs bzw. der Standorte für zusätzliche Messungen gemeinsam mit den Kommunen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 12.04.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4235
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 16 17
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Ursachen und (gesundheitliche) Auswirkungen der Problematik, Anteile des Straßen-/Schienenverkehrs, von Industrie, Haushalten, Kraftwerken u.a.; Standortwahl und Ergebnisse von Messungen; bisherige und notwendige Maßnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und der EU; Strategie der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter; Verschärfung der Situation durch fehlende Umgehungsstraßen, Stau- und Mautflüchtlinge von Autobahnen; vorhandene Luftreinhaltepläne, Vergleich mit anderen EU-Ländern, Vorbereitung auf die nächste Verschärfung der Grenzwerte

GrAnfr FDP/DVP 13.04.2005 und Antw UM Drs 13/4262 (18 S.)
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6712-6724

Konsequenzen aus dem Feinstaub-Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart

Verzicht auf die vom RegPräs angekündigte Berufung; beschleunigte Inkraftsetzung von Aktionsplänen in den von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Gebieten, Einrichtung von Umweltzonen mit Fahrverbot für Fahrzeuge mit besonders hohem Rußausstoß, Ausweitung des Messprogramms auf Kommunen mit mutmaßlichen Grenzwertüberschreitungen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 15.06.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4395
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 34-36
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Lärmschutzpolitik und -maßnahmen in BW

Darlegung der o.g. Maßnahmen und rechtlichen Verbesserungen, Umsetzung der EG-Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, der BImmissionsschutzVO über Höchstwerte bei Geräten und Maschinen sowie der zu erstellenden Lärminderungspläne; Ausmaß von Kontrollen, der festgestellten Verstöße und deren Sanktionierung; Auswirkungen der Novelle des FluglärmGes insbes. im Bereich des Flughafens Stuttgart; Nutzung des Regelungsspielraums der Geräte- und MaschinenlärmVO, Ermöglichung eines jeweils angepassten Lärmschutzes für die Kommunen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/4557

Konsequenzen von Luftreinhalteplänen in BW

Art und Zeitrahmen, Höhe und Träger der Kosten der ergriffenen Maßnahmen zur Erstellung von Luftreinhalteplänen; angestrebte Effekte; zusätzlicher Aufwand und Kosten für die Wirtschaft; Anwendbarkeit der von der EU angekündigten Erleichterungen in Bezug auf die Feinstaubrichtlinie

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 15.11.2005 und Antw UM Drs 13/4829

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung -Vorschlag der Kommission für eine Luftqualitätsrichtlinie und Mittlg der Kommission zur Luftreinhaltestrategie

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4855

Luftqualitätsrichtlinie und Luftreinhaltestrategie der Europäischen Kommission

Hinwirkung auf eine Verbindung evtl Vorfestlegungen über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe mit Vorschlägen der Kommission zu Maßnahmen für die Einhaltung dieser Werte bzw Beschränkung eines neuen Grenzwerts für Feinstaub auf kleinere Partikel

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU, Helmut Göschel u.a. SPD, Heiderose Bertho FDP/DVP und Boris Palmer GRÜ-NE 22.12.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/5011
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 75 76
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für innereuropäische Flüge

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Offenlegung der Messwerte für Feinstaubkonzentrationen und Stickoxide

Offenlegung der gemessenen Werte bzw Grenzwertüberschreitungen an den Messstationen in Stuttgart und landesweit, Darlegung der Informationsmöglichkeiten der Bürger sowie der notwendigen Modifikation der Luftreinhalte- und Aktionspläne

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 14.02.2006 und Antw UM Drs 13/5161

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Standorte der einzelnen Messstellen, gemessene Werte bzw Grenzwertüberschreitungen, gesundheitliche Auswirkungen, Effizienz der erlassenen und geplanten Luftreinhalte- und Aktionspläne, notwendige zusätzliche Maßnahmen; Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr GRÜNE 14.02.2006 und Stellungnahme UM Drs 13/5162

Absenkung der Strahlungsgrenzwerte beim Mobilfunk durch Novellierung der 26. BImmissionsschutzVO

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 241 242 244-246

Beitrag des ÖPNV und schadstoffarmer Kraftstoffe zur Luftreinhaltung, Reduktion der klimarelevanten Gase

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021 1035 1037

Notwendige Maßnahmen und Instrumente zum Immissionsschutz als Konsequenzen zur Klimaveränderung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827-1839

Umsetzung der europäischen Luftreinhaltarahmenrichtlinie, Erstellung eines grenzüberschreitenden Luftreinhalteplans am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1990

Vorgaben und Zwischenbilanz zur Rückführung der Schadstoffemissionen, Ergebnisse und Konsequenzen der flächen-deckenden Luftqualitätsbeurteilungen nach der 22. Bundes-ImmissionsschutzVO

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776-3782 3785 3787-3791

Reduzierung der Feinstäube an Brennpunkten des Straßenverkehrs, steuerliche Förderung der Dieselrußfilter; Erstellung von Luftreinhalteplänen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6063 6067 6072 6073

Technische Möglichkeiten zur Lösung der Feinstaubproblematik

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420 6439

Rückführung der Emissionen von Treibhausgasen und Schadstoffen, Zukunftsperspektiven der Umwelttechnologien

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6471 6493 6494

Immobilie*s.a. Gebäude**s.a. Grundstück**s.a. Grundstücksverkehr**s.a. Landeseigene Immobilien**Kontrollmitteilungen des Bundesamtes für Finanzen über Immobilienbesitz in Spanien*

Umfang, Art, Aufwand und Konsequenzen der Bearbeitung o.g. Mitteilungen beim FM bzw nachgeordneten Behörden; Relevanz von Verjährungsfristen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 09.08.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/173

BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 10 11

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 18) - Die Einheitsbewertung des Grundbesitzes

Eintreten für das bayerische Modell bzw eine bundeseinheitliche Übertragung der Verwaltung der Grundsteuer auf die Gemeinden

Mittlg
s. *Grundsteuer*
Drs 13/612

Abwicklung von Finanzierungen durch die Bausparkasse Badenia mit Sitz in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der landeseigenen L-Bank

Art und Umfang der Beteiligung der L-Bank an der Finanzierung von Immobiliengeschäften der Badenia, Einflussnahme auf die Verzinsung der Darlehen zwischen Immobilienerwerber und Darlehensgeber, Ausgestaltung der jeweiligen Kredit- und Kaufverträge

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/4270

Beeinträchtigung der Attraktivität von Investitionen in Immobilien durch die Mietrechtsreform, Feststellung eines Rückzugs von Großinvestoren in Immobilien

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430 1431 1436 1437

Erinnerung an die steuerlich geförderten Fehlinvestitionen in Immobilien in Ostdeutschland

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4509

Erinnerung an die steuerlich geförderten Fehlinvestitionen in Immobilien in Ostdeutschland, Feststellung eines Rückgangs der Immobilienpreise hierzulande trotz der Eigenheimzulage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5563 5569 5571 5578 5579 5581

Immunität der Abgeordneten

Beschlussfassung über das Genehmigungsverfahren in Immunitätsangelegenheiten

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 17
GBI 2002 Nr. 8 S. 270 271

Immunitätsaufhebung - zu den Schreiben des JuM vom 15.07.2004, Az.: E.1044.2004/2 und vom 27.07.2004, Az.: E-410-.2004/71

BeschlEmpf StändA 28.07.2004 Drs 13/3413
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5215

Immunitätsaufhebung

BeschlEmpf StändA 17.02.2005 Drs 13/4064
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6051

Impfung

Unterschiedliche Leistungsgewährung der GKV bei Schutzimpfungen aus Anlass von Auslandsreisen

Beendigung der unterschiedlichen Handhabung o.g. Kostenübernahme durch die Krankenkassen

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 18.09.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/234

Schutzimpfungen in BW

Höhe und Träger der Kosten für die Schutzimpfungen, Auflistung der nicht im Leistungskatalog der GKV enthaltenen Impfungen, Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 12.06.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1073
BeschlEmpf und Bericht SozA 26.09.2002 Drs 13/1638 S. 6 7
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Epidemiologische Entwicklung der FSME- und Borreliose-Erkrankungen durch Zeckenbisse (Schildzecke Ixodes ricinus „Holzbock“)

Entwicklung der Zeckenbelastung und der Zahl o.g. Erkrankungen seit 1996; Stand der Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Thema Borreliose an der Universität Konstanz mit dem Ziel der Herstellung eines Impfstoffes

Antr
s. *Hirnhautentzündung*
Drs 13/1411

Umsetzung der bundesweiten Rahmenkonzeption zur Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren in BW

Kostenanteil des Landes und mögliche Nebenwirkungen einer staatlich verordneten Pflichtimpfung, Abwägung mit dem im Grundgesetz verbürgten Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen, Hinwirkung auf die Entwicklung nebenwirkungsarmer Impfstoffe

Antr
s. *Pocken*
Drs 13/1812

Vor-Impfung mit MVA-Impfstoff

Reduzierung der Nebenwirkungen von Pockenimpfungen als Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren durch o.g. Vor-Impfung von Ärzten, Rettungskräften u.a. Schlüsselpersonen; Vermeidung des Ausfalls dieser Personen

KIAnfr Wilfried Klenk CDU 10.04.2003 und Antw SM Drs 13/1985

Hepatitis-B-Impfung für Feuerwehren

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 18.12.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2767
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 22 23
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Situation HIV-infizierter Kinder in BW

Zahlen über o.g. Kinder, die Lebenserwartung und Sterberate seit 1985; Erkenntnisse über Infektionswege, die Entwicklung und Wirksamkeit der angewandten Therapien; Höhe der Therapiekosten und Übernahme durch die Krankenversicherungen und Beihilfeträger; Auswirkungen auf die Lebenssituation der betroffenen Familien; Einschätzung der Chancen für eine Impfung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3454

Gentechnisch veränderte Impfviren und Medikamente in der Veterinärmedizin

Art, Ziele und Erkenntnisse des Einsatzes o.g. Produkte; Frage nach Ergebnissen der Risikoforschung sowie der Nachweisbarkeit entsprechend veränderter Gene in Lebensmitteln; Planung einer Anwendung gentechnisch veränderter Impfstoffe zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche?

Antr
s. *Tierheilkunde*
Drs 13/3544

Nationaler Influenzapandemieplan

Umsetzung der Bund-Länder-Empfehlungen für einen nationalen Pandemieplan, Vorkehrungen zur Verteilung des Impfstoffs und Durchführung der Impfungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, vorhandene und notwendige Krankenhauskapazitäten

Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4068

Umsetzung des nationalen Influenzapandemieplans

Mittlg
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4473

Beschaffung von Impfstoffen für eine Influenzapandemie

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7343

Indien

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Bewertung des Konfliktpotenzials der Trinkwasserversorgung, Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Umweltakademie mit dem indischen Bundesstaat Gujarat

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Zusammenarbeit mit Bangalore in der Informationstechnologie, Ankündigung der Reise des WM mit einer Wirtschaftsdelegation nach Indien im Herbst

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1636 1637 1640

Bewertung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen in Indien

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3184

Ankündigung der Einrichtung des größten Produktionsstandorts der Firma SAP in Indien

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3809

Feststellung des Scheiterns der grünen Gentechnik in Indien

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6647

Verweisung auf eine Wachstumsrate von 9 % in Indien

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7144

Abhängigkeit Indiens von der Kernenergie, Verweisung auf die Verlagerung von Innovationen und Produktionen nach Indien

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7886 7889

Industrie

s.a. *Datenverarbeitungsindustrie*

s.a. *Elektrotechnische Industrie*

s.a. *Luft- und Raumfahrtindustrie*

s.a. *Maschinenbau*

s.a. *Möbelindustrie*

s.a. *Papierindustrie*

s.a. *Textilindustrie*

Dauer der Bearbeitung von Exportanträgen mit „dual use“-Gefahr

Gründe und Auswirkungen der langen Dauer o.g. Prüfverfahren, u.a. Auftragsverluste für die betroffenen Maschinenbauunternehmen; Herstellung von Konkurrenzfähigkeit durch Beschleunigung der Verfahren

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 13/2605

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industriebetriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emissionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes-

oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr
s. *Umweltzertifikat*
Drs 13/2895

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Energiebedarf der (chemischen) Industrie seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen über die stoffliche Verwertung von Biomasse zur Ersetzung von Rohöl als Grundsubstanz der chemischen Industrie

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Verlust der industriellen Kerne im Osten im Prozess der deutschen Einheit, Vermeidung einer ähnlichen Entwicklung bei der EU-Osterweiterung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 777 778 780

Höhe des Strompreises für die Industrie, Anteil von Steuern und Abgaben; Senkung des Wasserpreises für die Industrie mit höherem Wasserverbrauch

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054 6055 6126 6136

Beschäftigtenentwicklung in der Industrie seit 1994, Sicherung von Arbeitsplätzen durch eine aktive Industriepolitik

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6470 6478 6480 6492-6494

Messung der Feinstaubkonzentrationen im Umfeld von Industrieanlagen, Hinweis auf das Absaugen von Emissionen bei Fertigungsbetrieben

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6713 6716 6720 6724

Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für die baden-württembergische Industrie

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969 6970

Energieeinsparpotenzial der Industrie

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7718 7719

Anpassungsdruck der Industrie aufgrund der Globalisierung, Beklagung der Verlagerung von Arbeitsplätzen in der Produktion sowie in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881-7891

Industrie- und Handelskammer

Neuordnung der Handelsregister

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern, Konzentration auf Amtsgerichte, in deren Bezirk auch ein Landgericht seinen Sitz hat?

KIAnfr
s. *Handelsregister*
Drs 13/278

Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung

Berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote von privaten Trägern, Handwerkskammern, IHK, Berufsschulen und Volkshochschulen; Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsträgern, Zusammenschluss von überbetrieblichen Bildungsstätten

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/495

Konzentration der baden-württembergischen Handelsregister
Einrichtung eines zentralen Handelsregisters und gleichzeitige Konzentration der Registergerichte auf nur einen oder wenige Standorte; Anhörung der Industrie- und Handelskammern und Rechtsanwaltskammern, Information des Ltg vor einer Entscheidung

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/1022

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der eingeleiteten Reformprozesse; Erfahrungen mit dem kaufmännischen Rechnungswesen; Darstellung weiterer Effizienzpotenziale iR einer kritischen Aufgabenüberprüfung und Reduzierung der Kammerbezirke; Beurteilung der wirtschaftlichen Betätigung und Höhe der Pflichtbeiträge; internationaler Vergleich und Alternativen zum vorhandenen System, Einrichtung einer einheitlichen Wirtschaftskammer; Festhalten am gesetzlichen Auftrag der beruflichen Aus- und Weiterbildung?

GrAnfr FDP/DVP 10.01.2003 und Antw WM Drs 13/1664 (60 S.)

Unterrichtssituation an Beruflichen Schulen im IHK-Bezirk Reutlingen

Konsequenzen aus den Klagen der IHK Reutlingen und der Ausbildungsbetriebe über den massiven Unterrichtsausfall; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Unterrichtssituation, Annahme des Vorschlags eines flexiblen Einsatzes von Lehrbeauftragten aus der Wirtschaft

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2062

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern

Überprüfung der Einsparungserwartungen sowie der Auswirkungen o.g. Aufgabenübertragung auf die Bürgernähe und Gebührenstruktur, Sicherstellung der bisherigen Aufgabenerledigung durch qualifizierte Rechtspfleger sowie des bundesweiten Registerportals, fristgerechte Umsetzung des elektronischen Handelsregisters zum 01.01.2007?

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/2172

Justizreform in BW

Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK, mögliche Einsparungen und Gebührenverluste, Stand und Kosten der Einführung des elektronischen Handelsregisters

Antr

s. *Justiz*
Drs 13/2177

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs
Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2179

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Bessere Qualifizierung

Erweiterung der Ausbildung von Nachwuchskräften über die hauswirtschaftlichen Schulen hinaus, Ausdehnung der Unter- richtung zur Führung einer Gaststätte von vier Stunden der IHK auf mehrere Tage

Antr
s. *Gastronomieberuf*
Drs 13/2568

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Gegenüberstellung der Einsparungen und des Verlusts an Ein- nahmeüberschüssen nach Übertragung der Handels- und Genos- schenschaftsregister auf die IHK

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Konzentration der baden-württembergischen Handels- und Ge- nossenschaftsregister

Gründe und Auswirkungen einer Konzentration auf wenige Standorte, insbes auf die Nähe des Dienstleistungsangebots zu den Verfahrensbeteiligten und Rechtspflegern; Vereinbarkeit mit der ursprünglich geplanten Übertragung auf die Industrie- und Handelskammern; Frage nach finanziellen Einsparungen und zu- sätzlichen Kosten sowie nach Stellungnahmen der betroffenen Verbände und Organisationen; Stand der Einführung des elek- tronischen Handelsregisters

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/2979

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Beiträge der Industrie- und Handelskammern sowie Handwerks- kammern auf deutscher und französischer Seite zur Entwicklung eines Eurodistrikts

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Erprobung von Teilqualifikationen im BVJ in Kooperation mit der IHK Region Stuttgart, Aktivitäten der IHK zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2845-2849

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Han- delskammern; verstärkter Einsatz von Mitarbeitern der IHK zur Akquisition von Lehrstellen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2925 2926 2998

Würdigung der Anstrengungen der IHK zur Aquisition von Lehrstellen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3522 3524 3525

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155

Übertragung der Handelsregister auf die IHK

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4303 4304 4312 4314

Infragestellung der Zwangsgliedschaft bei den Kammern

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462

Industriegebiet

s. Gewerbegebiet

Infektionskrankheit

s.a. Aids

s.a. BSE

s.a. Geschlechtskrankheit

s.a. Hirnhautentzündung

s.a. Pocken

s.a. Salmonellen

Ges über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose

Regelung der Kostenträgerschaft durch die Landeswohlfahrtsverbände; Außerkrafttreten des Ges zur Ausführung des § 24 des Ges zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

GesEntw

s. Geschlechtskrankheit

Drs 13/1620

Bekämpfung des Fuchsbandwurms

Aufwand, Ergebnisse, Konsequenzen und Ausweitung der Bekämpfung des Fuchsbandwurms; Daten über die Zahl der an Echinokokkose Erkrankten, Beurteilung des Fehlens einer Meldepflicht; Erfolgskontrolle einer verstärkten Bejagung des Bissams

KlAnfr

s. Bandwurm

Drs 13/1627

Infektionsschutz

Frage nach einer bedarfsgerechten Ausstattung von Krankenhäusern mit Betten für Patienten mit infektiösen Erkrankungen; Ausarbeitung eines in Aussicht gestellten Seuchenalarmplans

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 10.04.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1995

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.06.2003 Drs 13/2485 S. 25

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Maßnahmen gegen den Fuchsbandwurm in der Region Stuttgart
Darlegung des o.g. Infektionsrisikos, insbes für Kinder, in Stuttgart und Umgebung; Vergabe einer wissenschaftlichen Untersuchung zu der Gesundheitsgefährdung in städtischen Verdichtungsräumen; Durchführung einer auf mindestens fünf Jahre angelegten Beköderungsaktion rund um Stuttgart

Antr

s. Bandwurm

Drs 13/3225

Nationaler Influenzapandemieplan

Umsetzung der Bund-Länder-Empfehlungen für einen nationalen Pandemieplan, Vorkehrungen zur Verteilung des Impfstoffs und Durchführung der Impfungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, vorhandene und notwendige Krankenhauskapazitäten

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 16.02.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4068

BeschlEmpf und Bericht SozA 07.04.2005 Drs 13/4379 S. 61

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Umsetzung des nationalen Influenzapandemieplans

Mittlg FM 08.07.2005 Drs 13/4473

Vogelgrippeviren und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit

Einschätzung der o.g. Gefahren durch Einschleppung über den Vogelzug und (Flug-)Reisende, insbes einer Influenzapandemie durch Verbindung des Vogelgrippevirus mit dem menschlichen Grippevirus; Vorkehrungen der LReg und Bürger, Verstärkung der Kontrollen an den Flughäfen und Außengrenzen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 13.10.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4721

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5138 S. 100 101

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vogelgrippe-Notfallplanung

Vorbereitungsstand für den Ausbruch einer Pandemie nach Presseberichten und Aussagen des Landesapothekerverbands, Zeitpunkt der Fertigstellung des Landes Pandemieplans, Definition der Zielgruppen für die Ausgabe von antiviralen Medikamenten

KlAnfr Ursula Haußmann SPD 13.03.2006 und Antw SM Drs 13/5214

Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten, Verhinderung einer Ausbreitung der Lungenkrankheit SARS

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2951 2953 2954

Beschaffung von Impfstoffen für eine Influenzapandemie

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7343

Inflation

Feststellung einer Zunahme der Inflation

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45 50

Feststellung einer Zunahme der Inflation

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 71 84 112 121 122

Anteil der Ökosteuern und der Euroschwäche an der Inflationsrate; Erwartung von Tarifabschlüssen in Höhe der Inflationsrate
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 153 154 164 165 167

Feststellung eines Rückgangs der Inflation
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 504

Feststellung einer Zunahme der Inflation
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795

Anstreben eines Inflationsausgleichs für die unteren Gehaltsgruppen in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2121

Influenza

s. Infektionskrankheit

Informatik

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. Frau
Drs 13/182

Unterrichtsausfall wg. Lehrermangel in IT-Bereichen an den Berufsschulen in BW

Unterrichtsausfall an der Werner-von-Siemens-Berufsschule in Mannheim in den Fachrichtungen Fachinformatiker u.a. Berufsschulen landesweit; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr
s. Berufsschulunterricht
Drs 13/491

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Prüfung der Umsetzbarkeit einer modernen Patientenchipkarte, der elektronischen Patientenakte sowie von Dokumentations- und Spracherfassungssystemen iR eines Modellprojekts; Lösung der Datenschutzproblematik i.S.d. Patienten; Förderung des iRd Studiengangs „Medizinische Informatik“ der Universität Heidelberg und der FH Heilbronn projektierten Kompetenzzentrums Telemedizin in Heilbronn

Antr
s. Medizin
Drs 13/1144

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen,

Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr
s. Frau
Drs 13/4727

Sicherung der Sparkassen-Informatik für den Standort BW
Nutzung der Einflussmöglichkeiten beim Sparkassenverband zur Sicherung der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe und Fellbach

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 14.02.2006 Drs 13/5170
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7922-7927
Mittlg LReg 11.08.2006 Drs 14/272

Schaffung neuer Studiengänge für Informatik an Hochschulen und Berufsakademien

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 642

Ausbau der Informatik an Hochschulen und Berufsakademien, Finanzierung über die Zukunftsoffensive III

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 827

Finanzierung neuer Studiengänge für Informatik über die LStiftung BW

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 968 977

Verstärkung der Informatikkompetenz in der öffentlichen Verwaltung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1316-1318

Bezeichnung der Region Karlsruhe als führend im Informatikbereich; Größe und Qualität der Fakultät für Informatik an der Universität Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514 1521 1527 1528

Ausbau der Informatik an Hochschulen und Schulen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1634 1638-1640

Information

s.a. Anzeige (Bekanntmachung)

s.a. Auskunfterteilung

s.a. Bildung

s.a. Datenübertragung

s.a. Dokumentation

s.a. Informations- und Kommunikationstechnik

s.a. Informationssystem

s.a. Kommunikation

s.a. Landesausschuss für Information

s.a. Öffentlichkeitsarbeit

Anbieterunabhängige Verbraucherinformation in einem deregulierten Markt

Professionelle Entscheidungshilfen auf den liberalisierten Märkten der Energiewirtschaft, Ernährungswirtschaft, Telekommunikation, im Finanz- und Versicherungssektor; Entwicklung der Personal- und Finanzausstattung der Verbraucherzentrale BW in den letzten zehn Jahren, Anteil der jeweils erwirtschafteten Eigeneinnahmen; Umsetzung der Ankündigung von WM Dr. Döring vom Februar zur Aufstockung der Zuschüsse

Antr
s. Verbraucherschutz
Drs 13/239

Informationen über Anreisemöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Informationen von Veranstaltern publikumswirksamer Ereignisse über die o.g. Möglichkeiten; einseitige Information von Autofahrern über Anfahrt- und Parkmöglichkeiten zum Neujahrsempfang des Landes in Mannheim, Erwartung von mehr Ausgewogenheit bei künftigen Einladungen

KlAnfr

s. *Öffentliches Verkehrsmittel*

Drs 13/628

Auswirkungen des Urteils des BVerfG über die Zulässigkeit staatlicher Verbraucherinformation auf die Informationspolitik der LReg

Konsequenzen aus der o.g. Entscheidung für eine Verbesserung des vorsorgenden Verbraucherschutzes, Novellierung des Ges zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes, Ermöglichung einer Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/1515

Zeitgleiche Information aller Abg des Ltg von BW durch Vertreter der LReg

Vorabinformation der Abg der Regierungsfractionen? Gewährleistung der zeitgleichen Versendung von Wahlkreisinformationen und Mitteilungen

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 04.12.2002 Drs 13/1580

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2323 2324

Informationsfluss von der ministerialen Ebene zur Regierungspräsidiumsebene

Beschluss der IMK zur Winterabschiebung von Minderheitenfamilien, Gründe und Folgen der verspäteten Übermittlung an die zuständigen Stellen beim RegPräs Tübingen

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 28.01.2003 und Antw IM Drs 13/1721

Informationspolitik der LReg in Bezug auf den Familienpass

Umwandlung des bisher einmal pro Jahr kostenlosen Besuchs der Stuttgarter Wilhelma und des Blühenden Barocks in Ludwigsburg in einen ermäßigten Eintritt, Fehlen eines entsprechenden Hinweises in der Pressemitteilung des SM über die Leistungen des Landesfamilienpasses

Antr

s. *Familienpass*

Drs 13/2797

Situation der Verbraucherzentrale in BW

Struktur und Höhe der Gebühren für die einzelnen Dienstleistungen; Erreichbarkeit per Telefon und Internet; Umfang und Auswirkungen der geplanten Einsparungen auf die Beratungsbereiche Ernährung, private Verschuldung und Altersvorsorge

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/3877

Schülerinformation zur Gentechnik durch das BioLab BW

Zahl, Qualifikation und Finanzierung der Mitarbeiter des o.g. Informationsprojekts an den Schulen; Gewährleistung einer ausgewogenen Information über Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/3916

Stärkung des Verbraucherschutzes bei der Produkt- und Gerätesicherheit - Defizite bei der Marktüberwachung von Motorsägen in BW

Beurteilung der Mängel von aus Taiwan importierten und bei Großfilialisten und Baumärkten angebotenen Motorsägen sowie des daraus folgenden Verletzungsrisikos; Frage nach Schritten zur Verbraucherinformation, Entfernung der Produkte aus dem Handel u.a. Vorkehrungen

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/4444

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw

s. *Verfassungsschutz*

Drs 13/4524

Ges über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land BW (InformationsfreiheitsGes BW - IFG B-W)

Eröffnung eines umfassenden Zugangsanspruchs für Bürger und Medien zu den bei Behörden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts vorhandenen Informationen bzw Akten, Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte unter Berücksichtigung des Datenschutzes

GesEntw GRÜNE 26.10.2005 Drs 13/4785 (16 S.)

1. Beratung PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7537-7543

Mittlg LtgPräs 09.12.2005 Drs 13/4949

BeschlEmpf und Bericht StändA 14.12.2005 Drs 13/4960

2. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7607-7612 (Ablehnung)

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat, Aufnahme einer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Verstößen gegen Lebensmittelrecht mit Benennung der Firmennamen, Erhöhung der Mindeststrafen und Mindestbußgelder, Erleichterung des Lizenzentzugs u.a.m.

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/4935

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebens-

mittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw LReg 14.12.2005 Drs 13/4988 (20 S.)

1. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7759

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 16.02.2006 Drs 13/5175

2. Beratung PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7904-7907

GesBeschl 21.02.2006 Drs 13/5191

GBI 2006 Nr. 3 S. 50-52 (Ges vom 07.03.2006)

Ermöglichung des weltweiten Zugangs zu Informationen für Jedermann, Stärkung der Fähigkeiten zur sinnvollen Nutzung des Internet

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47 48 56

Feststellung einer Wissensexplosion bzw eines ständigen Rückgangs der Halbwertszeit des Wissens, Probleme von Schulabgängern im Erfassen von Informationen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735 737

Feststellung einer Wissensexplosion bzw eines ständigen Rückgangs der Halbwertszeit des Wissens, Notwendigkeit des lebenslangen Lernens

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1539 1541 1542

Probleme von Schülern bei der Aufnahme und Anwendung von Wissen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1740 1741

Öffnung der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406

Hinwirkung auf die Verabschiedung des Verbrauchersinformationengesetzes im BRat, Einrichtung eines bundesweiten Informationensystems zur Unterbindung der Betrugsfälle mit verdorbenen Lebensmittel

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7461 7472 7475

Informations- und Kommunikationstechnik

s.a. *Computer*

s.a. *Datenübertragung*

s.a. *Datenverarbeitung*

s.a. *Digitale Signatur*

s.a. *Funkverkehr*

s.a. *Kabelnetz*

s.a. *Mikrosystemtechnik*

s.a. *Technische Observation*

s.a. *Telefaxdienst*

s.a. *Telefon*

s.a. *UMTS*

s.a. *Verkehrslenkung*

s.a. *Videotechnik*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 9)

Sonderfonds Informations- und Kommunikationspool

Mittlg LReg 01.08.2001 Drs 13/146

Arbeitsmarktpolitik in BW

Erfahrungen mit Umsetzung des neugestalteten Förderziels 3 des Europäischen Sozialfonds, Berücksichtigung der modernen IuK-

Technologien sowie innovativer Maßnahmen und Methoden

GrAnfr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/248

Bündelung der Zuständigkeiten im Bereich der Informations-, Kommunikations- und Medientechnologie

Bündelung der auf verschiedene Ressorts aufgeteilten Zuständigkeiten bei einer zentralen Anlaufstelle der LReg

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 02.10.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/276

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 4
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 22)

Informations- und Kommunikationstechnik bei der FH Pforzheim

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 XVII. S. 5

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 06.09.2002 Drs 13/1302

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 5)

Informations- und Kommunikationstechnik; Bestandsmanagement, Softwarebeschaffung und -nutzung bei verschiedenen Behörden des Landes

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 II. S. 1

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 27.11.2002 Drs 13/1558

Sicherung des Wohlstandes im Land durch Ausbau des Wirtschaftsstandortes BW im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie

Stimulanz der vollen Ausbildung eines Clusters „Unternehmenssoftware und Unternehmensdienste“, Vernetzung der verschiedenen privaten und öffentlichen Akteure, Einrichtung einer von der Wirtschaft, der LReg und dem Ltg gemeinsam getragenen Stelle; Zusammenarbeit mit den weltweit führenden Clustern in Silicon Valley und Bangalore; Bereitstellung von Gewerbeflächen für Unternehmen der IT-Branche; Verbesserung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten; Transparenz der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Hochschulen

Antr SPD 19.10.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/341 (11 S.)

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632-1640

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 12-16

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Multimediaoffensive für die Schulen

Mittelbereitstellung für IuK-Technologien an Schulen iRd Haushalte und Zukunftsoffensiven II und III, Aufwendungen der Schulträger für Ausstattung und Unterhalt, Einsatz von UMTS-Zinersparnissen des Bundes für zusätzliche IuK-Investitionen an beruflichen Schulen, Vorlage einer landesweiten Konzeption; Fortsetzung der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine faire Lastenverteilung

Antr

s. *Medien*

Drs 13/372

Unterrichtsausfall wg. Lehrermangel in IT-Bereichen an den Berufsschulen in BW

Unterrichtsausfall an der Werner-von-Siemens-Berufsschule in Mannheim in den Fachrichtungen Fachinformatiker u.a. Berufsschulen landesweit; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/491

Ausstattung des Landesdenkmalamts in Stuttgart und der Außenstellen in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen mit intranetfähigen und internetfähigen Computern im Rahmen eines Gesamtkonzepts

Arbeitsrückstände wegen fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten mit Antragstellern und nachgeordneten Dienststellen; finanzieller Aufwand und Zeitrahmen einer Ausstattung mit geeigneter IuK-Technik

Antr
s. *Denkmalbehörde*
Drs 13/538

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2001/02

Unterrichtsausfall in den IT-Fächern im Landesdurchschnitt und in den Oberschulamtsbezirken

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/614

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Zahl, Aufgaben und Aufwand o.g. Lehrkräfte; Anpassung der Fortbildung an den ständigen Wechsel der Systemanforderungen; Umfang der Aufgabe der Tätigkeit wegen Arbeitsüberlastung; Integration des PC in den Unterricht; Hilfen zur Erkennung problematischer Inhalte im Internet; Kompensation der nicht verfügbaren Mittel der LStiftung für die Lehrerfortbildung im IT-Bereich; Unterstützung der Schulträger bei der Anschaffung und Wartung schulischer Netzwerke

Antr
s. *Medien*
Drs 13/783

Medienausstattung an Schulen

Auswirkungen der Verwendung von PC auf die Leistungen der Schüler nach einer Studie der Organisation Educational Testing Service von 1998 in den USA

KlAnfr
s. *Medien*
Drs 13/976

Datenverarbeitung und EDV-Ausstattung bei der Polizei

Stand der IuK-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen sowie der Einführung eines integrierten Vorgangsbearbeitungssystems, Konsequenzen aus dem Bund-/Länderprojekt „INPOL-neu“

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/1042

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 6)

Kosten der IuK in Ministerien - Eigenbesorgung oder Outsourcing

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 III. S. 2
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 21.08.2003 Drs 13/2366

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 9)

Information und Kommunikation bei der Landespolizei

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 VI. S. 3
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 15.12.2003 Drs 13/2729
BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3036
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4893
Mittlg LReg 29.12.2005 Drs 13/5018

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 14) - Information und Kommunikation beim Statistischen Landesamt

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XI. S. 5
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 18.02.2004 Drs 13/2924

Neue Medien im Ländlichen Raum

Flächendeckende Versorgung mit den Dienstleistungen der Neuen Medien, Verbesserung der Medienakzeptanz und -kompetenz im ländlichen Raum

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2036

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender, der Printmedien und Zeitungsverlage, der MFG, Filmförderung und Filmakademie, der LfK und neuen Kommunikationsstrategie „doIT“; Entwicklung des ZKM und der gesetzlichen Rahmenbedingungen; Vermittlung von Medienkompetenz, Medienbildung und Stärkung des Jugendschutzes; Bewertung der SWR-Rundfunkfusion

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Siebten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung der EG-Richtlinie über den Universaldienst und die Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/2409

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 6) - Beschaffung von IuK-Geräten

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 III. S. 2
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
 Mittlg LReg 15.06.2004 Drs 13/3262
 Mittlg LReg 05.08.2004 Drs 13/3484
 BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10.2004 Drs 13/3699
 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791
 Mittlg LReg 30.03.2005 Drs 13/4196
 BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4295
 PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 7) - Organisation und Wirtschaftlichkeit der IuK-Aus- und -Fortbildung sowie Personaleinsatz für IuK-Aufgaben

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 IV. S. 2
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
 Mittlg LReg 30.12.2004 Drs 13/3930

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabep Praxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr
 s. *Gutachten*
 Drs 13/2882

Chancengleichheit bei der Nutzung von Informationstechnologie in den Schulen

Ausstattung der Schulen und Klassen mit PC und Internetzugang, außerschulische Möglichkeiten der Schüler, insbes auch zur Bewältigung bestimmter Hausaufgaben; Einräumung von Nutzungsmöglichkeiten durch die Schulen auch außerhalb des Unterrichts, Anrechnung der Lehreraufsicht auf deren Unterrichtsverpflichtung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 28.04.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3148
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.12.2004 Drs 13/3991 S. 4 5
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der wei-

teren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr SPD 16.07.2004 und Antw IM Drs 13/3388 (42 S.)

Kampagne zur Reduzierung von Stand-by-Verlusten und Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Haushalten, in der öffentlichen Verwaltung sowie gewerblich genutzten Elektro- und Elektronikgeräten in BW

Durchführung einer Informationskampagne mit o.g. Zielsetzung, insbes bei der Nutzung von IuK-Technik, Computern u.a. Geräten; Herausgabe eines Runderlasses an alle Landesbehörden zur Beschaffung einer zertifizierten, energieeffizienten Bürokommunikationstechnik, Einsatz von schaltbaren Steckerleisten als Erstmaßnahme

Antr
 s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/3438

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
 s. *Verwaltungsverfahren*
 Drs 13/3661

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 9) - Büro- kommunikation in der Innenverwaltung

Zuweisung der IuK-Aufgaben der in die RegPräs eingegliederten Behörden dem Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung; Verschärfung der Prüfung des Bedarfs externer Unterstützung bei der Realisierung von IuK-Projekten; Prüfung der Ausfallvorsorge für die EDV-Systeme der Innenverwaltung

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 VI. S. 3
 PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
 Mittlg LReg 27.12.2005 Drs 13/4923

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei

Auflistung der Projekte, Ziele und Kosten in den letzten zehn Jahren; Umfang und Kosten des Personaleinsatzes in den Polizeidirektionen und vergleichbaren Dienststellen; Auswirkungen des Kooperationsvertrags mit Hamburg und Hessen, des Projekts Inpol-Neu sowie der zentralen Gerätebeschaffung; Umsetzung der Bemerkungen des RH zum Einsatz von DV-Personal in den Polizeidirektionen

Antr
 s. *Datenverarbeitung*
 Drs 13/3739

Flächendeckende Ausstattung des ländlichen Raums mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien

Stand und (technische) Ausbaumöglichkeiten der o.g. Infrastruktur im ländlichen Raum, Darstellung der besonderen Probleme und EU-wettbewerbsrechtlichen Restriktionen gegen eine finanzielle Beteiligung der Kommunen, Bewertung der ergriffenen und geplanten Maßnahmen des Landes

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 02.02.2006 und Stellungnahme StM Drs 13/5116

Beschleunigung globaler Veränderungsprozesse durch die modernen IuK-Technologien; Nutzung des Internet als Medium zwischen Abg und Bürgern

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 2 3

Erneuerung der Kommunikationstechnik in den Polizeifahrzeugen und -revieren; Umfang der Förderung der IuK-Technologien

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797 827

Ausstattung der Polizei mit moderner IuK-Technik

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3130 3134 3136

Ausschöpfung von Wachstumspotenzialen bei der IT-Branche und Unternehmenssoftware; Einrichtung eines Beschwerdemanagements über das Internet

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3607

Verweisung auf die Spitzenstellung der FH Furtwangen im Bereich der IuK-Technik; Nachholbedarf der Polizei bei der Ausstattung mit IuK-Technik

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4167 4189 4191 4192

Aufbau einer neuen IuK-Infrastruktur bei der Polizei; Werbung um das Interesse von Mädchen für IT-Berufe

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5916 5937

Förderung von Telearbeit als Maßnahme zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6935 6936

Bedeutung des Datenschutzes angesichts der Möglichkeiten moderner IuK-Technik, Beklagung einer überzogenen Überwachung von Arbeitnehmern

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033-7039

Nutzung der Möglichkeiten moderner IuK-Technik im Datenaustausch zwischen Bürgern und Verwaltung, u.a. elektronische An- oder Abmeldung über das Internet

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7840-7843

Bedeutung des Datenschutzes angesichts der Möglichkeiten moderner IuK-Technik, Beklagung einer überzogenen Überwachung von Arbeitnehmern, Ablehnung der geplanten Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten, Sicherung der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe und Fellbach

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918-7927

Informationsbüro BW bei der EU

s. Vertretung BW bei der Europäischen Union

Informationsfreiheitsgesetz

s. Information

Informationssystem

Krankenhausstrukturdateninformation des MDK BW (BIOS)

Beurteilung des o.g. Analysesystems im Hinblick auf die Einführung der neuen DRG-Fallpauschalen und Krankenhausplanung, Bereitstellung der Strukturdaten aller Krankenhäuser?

Antr

s. Krankenhaus

Drs 13/966

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Förderung krankenhaushübergreifender Erfassungs-, Dokumentations- und Informationssysteme

Antr

s. Medizin

Drs 13/1144

Konsequente Patientenorientierung im Gesundheitswesen in BW

Umsetzung der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz und Landesärztekammer, insbes Einrichtung unabhängiger Patienteninformationssysteme, -beratungsstellen und -vertretungen in Krankenhäusern; Benennung eines Landesbeauftragten für Patienten; Verankerung der Qualitätssicherung in den Gremien des Gesundheitswesens

Antr

s. Kranker

Drs 13/1322

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; vorgesehene Instrumente für die Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling sowie das Führungs- und Informationssystem

Antr

s. Hochschule

Drs 13/1379

Veränderungen durch private Beteiligungen und Rechtsformänderungen im öffentlichen Krankenhausbereich

Strukturdateninformation des MDK auch von teil- oder vollprivatisierten Häusern

Antr

s. Krankenhaus

Drs 13/1496

Verkehrs-/Mobilitätsmanagement und Verkehrssteuerung

Zuständigkeitsregelungen zur Erhebung, Verarbeitung und Verbreitung von Verkehrsinformationen; Unterstützung des Aufbaus von öffentlichen und privaten Informationssystemen; Verstärkung der Moderatorenrolle zur Kooperation von öffentlichen und privaten Telematikdienstleistern, Schaffung von mehr Rechtssicherheit für die Produzenten, Förderung der Realisierung der in Stuttgart geplanten Integrierten Verkehrsleitzentrale sowie der Ludwigsburger Leitzentrale

Antr

s. Verkehrslenkung

Drs 13/3322

Unerwünschte Arzneimittelwirkungen (UAW)

Art und Schwere sowie Bewertung o.g. gemeldeten Fälle in der Vermarktungsphase des Medikaments Vioxx; Einstufung der Sicherheit des Medikaments im Vergleich zu anderen alternativen

Arzneimitteln; Einführung weiterer Systeme der Intensivversorgung seit 2001; Stand der Vorlage eines Konzepts für ein Netzwerk von klinikbasierten Pharmakovigilanzzentren

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3668

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw
s. *Bodenschutz*
Drs 13/3677

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 5) - Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal

Mittlg
s. *Personalplanung*
Drs 13/4103

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Datenbank „Studieren in BW“ als Informationsquelle für Studieninteressierte

Notwendigkeit der o.g. Informationsmöglichkeit angesichts komplexer Zulassungsmodalitäten mit hochschuleigenen Tests, den Übergängen von der Diplom- in die Bachelor/Master-Struktur etc sowie einer richtigen Studienfach- und Studienortentscheidung; Gründe für die Nicht-Erreichbarkeit der vom Landesinstitut für Schulentwicklung betriebenen Online-Datenbank mit den von Hochschulen, FH und Berufsakademien angebotenen Studiengängen; Gewährleistung des Betriebs und der Pflege dieser Datenbank

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 25.11.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4871
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 123

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems sowie einer zentralen Meldestelle

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Umsetzung der Vorschläge des Datenschutzbeauftragten zur Speicherpraxis in der Personalauskunftsdatei der Polizei

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2785 2787

Umfang der Speicherung von personenbezogenen Daten in privaten Informationssystemen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033-7035

Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems zur Unterbindung der Betrugsfälle mit verdorbenen Lebensmitteln

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7461

Abrufbarkeit der Informationen aus dem Umweltinformationssystem über das Verwaltungsportal BW

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7906

Informationstechnik

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Ingenieur

s.a. *Ingenieurkammer*
s.a. *Mechatronik*
s.a. *Vermessungsingenieur*

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Nutzung des Potenzials im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften mit Maßnahmen nach dem Vorbild Israels

GrAnfr
s. *Juden*
Drs 13/98

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/182

Wettbewerbsvorteil der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt BW (FMPA) durch Erbringen normaler Ingenieurleistungen ohne Berechnung der Mehrwertsteuer

Umgehung der Umsatzsteuerpflicht durch die FMPA zulasten von gewerblichen Anbietern, Frage nach einem Handlungsbedarf seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3606

Antr
s. *Materialprüfung*
Drs 13/275

Einbeziehung baden-württembergischer Architekten und Ingenieure bei beschränkten Wettbewerben

Angemessene Berücksichtigung heimischer Architekten und Ingenieure bei der Ausschreibung beschränkter Wettbewerbe für Bauvorhaben des Landes und der Kommunen

Antr
s. *Architekt*
Drs 13/1224

Sozial verträgliche Studiengebühren

Vorlage einer Konzeption zur Gewinnung von mehr Studierenden in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/2548

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure u.a. Fachkräfte für Arbeitssicherheit; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem JugendarbeitsschutzGes und der nach diesem Ges ergangenen RechtsVO; Änd der ArbeitsschutzGes-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Zuständigkeiten nach der VO über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Auftragsvergabe an freiberuflich Tätige fair regeln

Erfahrungen und Reaktionen bei Architekten und Ingenieuren durch die neu vorgesehene Haftung für Baukostenobergrenzen bei Landesbauvorhaben; Streichung der Haftungsregelung aus der entsprechenden Richtlinie

Antr
s. *Selbstständiger*
Drs 13/3871

Ges zur Änd des Architekten- und des IngenieurGes und zur Ausführung des Baugesetzbuchs

Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, insbes zur Anerkennung von Abschlüssen und Befähigungsnachweisen; Regelung der Niederlassungsfreiheit von Architekten, Garten- und Landschaftsplanern, Stadtplanern und Ingenieuren; Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden im Außenbereich

GesEntw
s. *Architekt*
Drs 13/4115

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und ju-

ristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4323

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr
s. *Frau*
Drs 13/4727

Mangel an Ingenieuren auf dem Arbeitsmarkt, Nutzung des Begabungspotenzials junger Frauen für ingenieurwissenschaftliche Studiengänge, Abbau hinderlicher Vorschriften bei der Ausbildung von weiblichen Bauingenieuren

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1859 1861

Öffnung der Handwerksrolle für Ingenieure

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3349 3350 3358

Mangel an Ingenieuren auf dem Arbeitsmarkt

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3964

Befürchtung einer Verschärfung des Ingenieurmangels infolge der Einführung von Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7494

Mangel an Ingenieuren auf dem Arbeitsmarkt, Beurteilung der Chancen von arbeitslosen älteren Ingenieuren auf einen Arbeitsplatz

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7886 7924

Ingenieurbüro

s. *Ingenieur*

Ingenieurgesetz

s. *Ingenieur*

Ingenieurkammer

Fusion zwischen Architekten- und Ingenieurkammer

Vorlage eines GesEntw als Grundlage für die angestrebte Fusion

Antr
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/3563

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, In-

genieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Ingenieurkammergesetz

s. *Ingenieurkammer*

Inkompatibilität

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in der Gewährträgerversammlung und im Verwaltungsrat der Landesbank BW

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/12

Inkompatibilität von Regierungsmitgliedern

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/28

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/29

Offenlegung der beruflichen, vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten und Funktionen der Mitglieder der LReg

Vorlage der o.g. Aufstellung, Bericht über entsprechende Funktionen von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther, Ausschluss von Interessenkollisionen zwischen den einzelnen Tätigkeiten und dem Regierungsamt?

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/232

Ges zur Änd der LKreisO des Landes BW

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw
s. *Landkreisordnung*
Drs 13/471

Ges zur Änd der LKreisO des Landes BW

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw
s. *Landkreisordnung*
Drs 13/472

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung des MinPräs in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Antr
s. *Ministerpräsident*
Drs 13/552

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Minister Rudolf Köberle in den Beirat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie in den Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr
s. *Köberle, Rudolf MdL CDU*
Drs 13/893

Berufung von Frau Corinna Werwig-Hertneck zur Justizministerin; hier: Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 LV

Antr
s. *Wewigk-Hertneck, Corinna FDP/DVP*
Drs 13/1594

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung der Justizministerin in den Aufsichtsrat der Landesstiftung

Antr
s. *Justizministerin*
Drs 13/1891

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Übernahme des Vorsitzes im Aufsichtsrat der neu zu gründenden Popakademie durch Minister Palmer

Antr
s. *Minister im Staatsministerium*
Drs 13/1892

Interessenkonflikte von Herrn Verkehrsminister Ulrich Müller in seiner Doppelfunktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Airpark GmbH und zuständiger Minister für den Flugverkehr

Darlegung der o.g. Interessenkollision an der Entscheidungskompetenz des Ministers bzw des nachgeordneten RegPräs Freiburg für die vom Mitkonkurrenten Black-Forest-Airport beantragte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bzw Passagierfluggenehmigung für Lahr und die vom Baden-Airport dagegen erhobene Einrede; Verweisung auf die Niederlegung der Aufsichtsratsmandate durch den früheren MinPräs Filbinger und den hessischen MinPräs Koch bei ähnlichen Konstellationen; Frage nach entsprechenden Konsequenzen von Minister Müller

Antr
s. *Minister für Umwelt und Verkehr*
Drs 13/2442

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw SPD 26.09.2003 Drs 13/2453
1. Beratung PlPr 13/53 30.10.2003 S. 3765-3769
Mittlg LtgPräs 05.11.2003 Drs 13/2578
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.11.2003 Drs 13/2600

2. Beratung PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3812-3814 (Ablehnung)

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr Frieder Birzele u.a. SPD 09.03.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2993

BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.04.2004 Drs 13/3239 S. 26

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Appell an Verkehrsminister Müller zur Niederlegung seines Aufsichtsratsmandats beim Baden-Airport zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/3065

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. *Landesregierung*

Drs 13/3401

Zugehörigkeit von Herrn Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung in den Aufsichtsrat der Landesstiftung und der SWR-Holding GmbH

Antr

s. *Justizminister*

Drs 13/3475

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw CDU und FDP/DVP 05.11.2004 Drs 13/3723

1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5625-5629

Mittlg LtGPräs 23.11.2004 Drs 13/3764 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3782

ÄAntr SPD 07.12.2004 Drs 13/3851

2. Beratung PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5681-5688

GesBeschl 08.12.2004 Drs 13/3898

GBI 2004 Nr. 17 S. 882 883 (Ges vom 14.12.2004)

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKkreisordnung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr Hans Georg Junginger u.a. SPD 10.11.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3738

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S.

16

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Zugehörigkeit von Herrn Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Ulrich Müller zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. *Müller, Ulrich MdL CDU*

Drs 13/3766

Partnerschaft des Justizministers in einer Rechtsanwaltskanzlei

Fortbestand der Partnerschaft in einer Heidelberger Rechtsanwaltskanzlei auch nach dem Amtsantritt des Ministers? Vereinbarkeit mit der Rechtslage, Notwendigkeit einer Ausnahmegenehmigung nach Art 53 der Landesverfassung?

Antr

s. *Justizminister*

Drs 13/3962

Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 der Landesverfassung

Festhalten an der Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht durch die ehemalige Justizministerin Werwigk-Hertneck als Begründung der beantragten Ausnahmegenehmigung nach Aussage des derzeitigen Justizministers, Vereinbarkeit mit der im Antr 13/1594 dargelegten Übertragung dieser Rechte auf einen Vertreter für die Zeit des Ruhens der Anwaltszulassung der Ministerin

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 03.02.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/3999

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. *Landesregierung*

Drs 13/4320

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. *Kommunalrecht*

Drs 13/4385

Zugehörigkeit von Herrn Staatssekretär Dr. Horst Mehrländer zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Staatssekretär Dr. Mehrländer als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Landeskreditbank BW - Förderbank

Antr

s. *Mehrländer, Horst Dr. FDP/DVP*

Drs 13/4530

Zugehörigkeit von Herrn Minister Helmut Rau zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. *Minister für Kultur, Jugend und Sport*

Drs 13/4766

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4954

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Einführung einer strikten Inkompatibilität zwischen Amt und Mandat; Ausschluss eines Mandats für die Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen o.a. Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist

GesEntw SPD 24.01.2006 Drs 13/5086
1. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7733-7742
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5164
EAntr GRÜNE 14.02.2006 Drs 13/5169-1
ÄAntr SPD 21.02.2006 Drs 13/5169-2
EAntr SPD 21.02.2006 Drs 13/5169-3
2. Beratung PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7898-7904 (Ablehnung)

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/5167

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit einem Mandat im Kreistag und Ltg, Änd der LKreisO bzw des AbgeordnetenGes

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 938 939

Regelung der Inkompatibilität von Bürgermeistern in Kreistagen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1936

Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen dem Abgeordnetenmandat und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5950

Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen Abgeordnetenmandat und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst, Überprüfung der Inkompatibilitätsregelungen des AbgeordnetenGes

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7011 7012

Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen Abgeordnetenmandat und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst, Überprüfung der Inkompatibilitätsregelung des AbgeordnetenGes

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7095

Überprüfung von Fällen des Verwaltungshandelns durch den PetA, Notwendigkeit einer Unvereinbarkeit zwischen Abgeordnetenmandat und dem Amt eines Bürgermeisters oder Landrats

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7801 7802

Inlineskating

s. *Freizeitsport*

Innenminister*Berufung und Vereidigung von Dr. Thomas Schäuble zum/als Innenminister*

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 38

Erster Tätigkeitsbericht des IM zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 13/40

Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes

Mittlg
s. *Ministerium*
Drs 13/386

Zweiter Tätigkeitsbericht des IM zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 13/2200

Berufung und Vereidigung von Heribert Rech zum/als Innenminister

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134

Veränderungen des Vorschlags des Innenministers und des Ausländerbeauftragten zur Einrichtung einer Härtefallkommission
Gründe für die Abweichungen beim Quorum für Beschlussfassungen und der Besetzung, insbes bei den vorgeschlagenen Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, der kommunalen Spitzenverbände und Flüchtlingsverbände; Haltung des MinPräs zur Einrichtung der Kommission; Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4145

Berufung und Vereidigung von Heribert Rech zum/als Innenminister

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Dritter Tätigkeitsbericht des IM zum Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich

Mittlg
s. *Datenschutzbericht*
Drs 13/4469

Humanitäre Bleiberechtsregelung für so genannte Altfälle

Eintreten für die o.g. Regelung auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe, Knüpfung an die Voraussetzung eines sechsjährigen Mindestaufenthalts, des eigenständigen Bestreitens des Lebensunterhalts, hier geborene und mittlerweile schulpflichtige Kinder sowie Strafunauffälligkeit

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/4864

Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge

Beurteilung der Antragsflut bei der Härtefallkommission bzw des hohen Anteils von Empfehlungen für ein Bleiberecht an den IM sowie der diesbezüglichen Vorschläge des Vorsitzenden der Kommission; Hinwirkung auf eine Altfallregelung für wirtschaftlich und sozial integrierte Flüchtlinge, insbes für Familien mit minderjährigen Kindern und unbegleitete Minderjährige, auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/4866

Bewertung des Betriebsklimas im IM iRd Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen der Ministerien, Konsequenzen aus dieser Studie, Frauenanteil im Zuständigkeitsbereich des IM

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 783-786 788 789

Rückführung der Zuständigkeit für das Bau- und Wohnungswesen vom WM ins IM

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4579-4581

Amtsmüdigkeit von Minister Schäuble, Anstrengung des Vorstandsvorsitzes bei der Rothaus-Brauerei

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961

Dank an IM Dr. Schäuble für die geleistete Arbeit, Rückerstattung des Dankes an die Fraktionen für die kollegiale Zusammenarbeit

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5107 5109 5112

Umressortierung des Verkehrs- und Straßenbereichs zum IM

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6678-6683

Bezeichnung der Eingliederung des Verkehrsbereichs ins IM als konsequent

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6813

Innenministerkonferenz

s. Innenminister

Innere Sicherheit

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Innovation

s.a. Erfindung

s.a. Technologietransfer

s.a. Vorschlagswesen

Arbeitsmarktpolitik in BW

Erfahrungen mit Umsetzung des neugestalteten Förderziels 3 des Europäischen Sozialfonds, Berücksichtigung der modernen IuK-Technologien sowie innovativer Maßnahmen und Methoden

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/248

Planung des Holzinnovationsparks in Titisee-Neustadt

Verzögerung des Projekts durch die abwartende Haltung der LReg - nach den Aussagen eines Mitarbeiters der LEG

MdlAnfr

s. Holz

Drs 13/530

Bedeutung und Entwicklung der Verbundforschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in BW

Umfang und Zielprojekte der o.g. Förderung seit 1996, Vergleich mit Bayern und RPF, beteiligte Einrichtungen und Unternehmen, Beurteilung der Studiengänge an der FH Aalen und der BA Villingen-Schwenningen sowie des Programms „Innovationsassistent“, Ausgestaltung der Regelungen und Schutzrechte über die Verwertung der Forschungsergebnisse

Antr

s. Forschung

Drs 13/584

Forschung und Innovationen im Bereich des Verkehrs

Anmeldung und Aufnahme von Projekten des Straßen- und Schienenverkehrs im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU, Zeitplan und Effizienz des Mitteleinsatzes und Umsetzung der Ergebnisse

KlAnfr

s. Forschung

Drs 13/876

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Ausschreibung eines Innovationspreises, Werbung um in- und ausländische Gäste in den einzelnen Regionen, Nutzung des Internet

GrAnfr

s. Fremdenverkehr

Drs 13/1060

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung des Angebots an Gewerbeflächen in den letzten zehn Jahren, Unterstützung der Ansiedlung innovativer Unternehmen

GrAnfr

s. Heilbronn-Franken, Region

Drs 13/1211

Förderprogramm „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“

Genehmigte und abgelehnte Anträge zur Qualifizierung, Existenzgründung und Netzwerkorganisation iRd von der EU mitfinanzierten Programms; Zahl und Art der neu begründeten Beschäftigungsverhältnisse; Information über die Fördermöglichkeiten und Unterstützung bei der Antragstellung

Antr

s. Frau

Drs 13/1660

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Möglichkeiten zur Kostensenkung durch ein Controlling-System, Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Betrieb und Technik, Ermittlung und Sanktionierung von Qualitätsmängeln, Umsetzung der berechtigten Forderungen der Fahrgäste, Harmonisierung der Tarife und Anstrengung großräumiger Verkehrsverbünde

GrAnfr

s. Personenverkehr

Drs 13/1680

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 16) - Förderung der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren nach dem Innovationsförderungsprogramm (C1-Programm)

Mittlg

s. Technologieförderung

Drs 13/1748

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen

zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen Hochschul-Ges., insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorge-sehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2858

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw
Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/3975

Innovationsstandort BW

Bedeutende Innovationen für den Wirtschaftsstandort in den letzten fünf Jahren, Zahl der Patente, Stellenwert der Universitäten und wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, unterstützende Rolle von Veranstaltungen wie Messen oder Kongresse, geplante Maßnahmen für die nächsten Jahre

Antr Jürgen Hofer u.a. FDP/DVP 05.04.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4212 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 23 24
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben
KlAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4291

Konzept „Ideen- und Beschwerdemanagement (Bürgerforum)“

Antr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/4465

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Frage nach innovativen Konzepten zur Gründungsförderung für Frauen im Dienstleistungsbereich

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung des Angebots an Gewerbeflächen in den letzten zehn Jahren, Unterstützung der Ansiedlung innovativer Unternehmen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Innovationspreis öffentliche Verwaltung

Initiierung eines Wettbewerbs Innovative Verwaltung ab 2006 im Turnus von zwei Jahren und jeweils unter einem Thema, Durchführung der ersten Ausschreibung mit dem Thema „Familienfreundliche Verwaltung“, Finanzierung der Preise aus Mitteln der Landesstiftung; Bildung der Jury aus Experten, Normalbürgern und Abgeordneten

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/4569

Stimulanz von wirtschaftlichen Innovationen
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 60

Würdigung der Technologieregion Karlsruhe als Innovationsverbund; Erinnerung an das Wirken von Daimler, Benz, Drais und Hertz im badischen Landesteil; Anreize und Hilfen zur Verwertung von Innovationen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1523 1527 1528

Förderung innovativer Projekte über die LStiftung BW, Innovationskraft des Landes im europäischen Vergleich

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1575-1579 1583 1632-1636

Stimulanz von Innovationen durch Abbau von Vorschriften und Bürokratie, Auslobung von Preisen für junge Erfinder und Unternehmer

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3603

Innovationskraft der mittelständischen Unternehmen, Schwächung des Technologietransfers durch die Haushaltskürzungen bei den Fachhochschulen; Bewertung der Initiative des Bundeskanzlers zu Innovation und Eliteuniversitäten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153 4154 4165

Innovationskraft der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, Bündelung der Innovationsförderung des Mittelstands

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489-4501

Auslobung eines Innovationspreises für vorbildliches Verwaltungshandeln; Finanzierung innovativer Entwicklungen an den Hochschulen; Umwandlung der Sparschwämme in Innovation

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5958-5960 5967 5968 5971 5979 5983 6017 6031 6032

Förderung von innovativen Existenzgründern und Projekten an den Hochschulen, Aufgabe der Blockade der Mittel für den Pakt für Innovation und Forschung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260 6261 6263 6265 6267 6268

Wettbewerbsfähigkeit des Landes mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, Verbesserung der Verzahnung von Forschung und Wirtschaft

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6406 6421-6423 6436 6446 6453 6454

Einrichtung eines Struktur- und Innovationsfonds zur Rückholung bzw Bindung von Spitzenwissenschaftlern an die Hochschulen des Landes

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7344

Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung mit einem Vorsprung durch Innovation, Erfolgsbewertung des Förderprogramms „Junge Innovatoren“

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880-7892

Insolvenz

s. *Zahlungsunfähigkeit*

Institut für Bautechnik

s. *Deutsches Institut für Bautechnik*

Institut für Schmucktechnik

s. *Schmuckindustrie*

Institut für Transurane

s. *Kernforschung*

Integraler Taktfahrplan

s. *Fahrplan*

Integration von Ausländern

s. *Ausländer*

Integrative Beschulung

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Ausländeranteil an den verschiedenen Sonderschultypen, Art und Umfang der sprachlichen Förderung, Wunsch von ausländischen Eltern behinderter Kinder für eine Beschulung an Regelschulen

GrAnfr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/124

Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft mit öffentlichen Schulen bei der Einrichtung von Integrativen Schulentwicklungsprojekten (ISEP)

Gleichbehandlung bei Vorgaben und Voraussetzungen für o.g. Projekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern; Darlegung der bisher genehmigten und abgelehnten Anträge sowie der eingesetzten und benötigten Lehrkräfte

KlAnfr

s. *Privatschule*

Drs 13/196

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Schüler*

Drs 13/503

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

s. *Schulunterricht*

Drs 13/654

Gestützte Kommunikation - Facilitated Communication (FC) bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Autismus

Darlegung o.g. Zahlen von Menschen in Kindergärten, Schulen, Heimen und Werkstätten; Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Eltern; Möglichkeiten der integrativen Beschulung für Kinder mit Autismus; Erfahrungen mit dem Einsatz von FC in allen Lebensbereichen; Umsetzung der Landes-Kommunikationshilfe-VO mit der Aufnahme der FC zum Einsatz bei Behörden und Gerichten

Antr

s. *Kommunikation*

Drs 13/1771

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw. Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts als Konsequenz aus den elfjährigen Erfahrungen, Stärkung der Elternrechte und ziendifferente Integration durch eine entsprechende Änderung des SchulGes

GrAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/2471

Haushalt 2004; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

s. *Schulunterricht*

Drs 13/2804

Neuer Organisationserlass „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2004/2005“; hier: Lehrerversorgung für Sonderschulen

Gründe und Auswirkungen der o.g. Änderung bei den einzelnen Sonder- und Förderschulen, Bewirkung einer Umverteilung der zu geringen Anzahl an Förderstunden? Beibehaltung der Regelung zur Lehrerversorgung auf der Basis von Schüler- und Klassenzahl sowie bestehender Schulsituation, Behebung der Personalmängel zur Bewältigung künftiger Aufgaben wie Kooperationen, Außenklassen und integrative Schulentwicklungsprojekte

Antr

s. *Sonderschullehrer*

Drs 13/3105

Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP)

Vorhandene und beantragte Projekte der gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Ergebnisse früherer und aktueller Schulversuche; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden, Verankerung eines Anspruchs auf ISEP und ziendifferente Unterrichtsorganisation an den Regelschulen im SchulGes, entsprechende Schwerpunktsetzung in der Lehrerbildung

Antr SPD 01.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3343

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6518-6526

Ges zur Änd des Ges für die Schulen in freier Trägerschaft (PrivatschulGes)

Anpassung der Zuschüsse für Ganztagschulen und integrativen Unterricht an die Regelungen für staatliche Schulen

GesEntw

s. *Privatschule*

Drs 13/3410

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageeinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Anteil der integrativ betreuten behinderten und nicht behinderten Kinder sowie der iRd verlässlichen Grundschule unterrichteten Kinder

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/3770

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonderschultypen und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Einzelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlasses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr

s. *Sonderschullehrer*

Drs 13/3964

Reform des Bildungswesens in BW

Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung, flächendeckende Integrative Schulentwicklungsprojekte mit ziel-differentem Unterricht

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4376

Förderung des Landes für behinderte Kinder in der Grundschule

Rechtslage bzw finanzielle Zuständigkeit für die o.g. integrative Beschulung von Grundschulern

KlAnfr

s. *Behindertes Kind*

Drs 13/4962

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern -Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4970

Kinder und Jugendliche mit autistischem Verhalten

Entwicklung der o.g. Zahlen sowie der Unterstützungs-, Therapie- und Förderangebote und deren Wahrnehmung seit 1999; Entwicklung der integrativen Beschulung sowie der Aufgaben, Inanspruchnahme und Fortbildung der Ansprechpartner für Autismus in den Schulamtsbezirken im selben Zeitraum; Fortschreibung und Verbindlichkeit der Empfehlungen des KM hinsichtlich integrativer Beschulung, gestützter Kommunikation u.a. Fördermaßnahmen

Antr

s. *Autismus*

Drs 13/5073

Verbesserung der schulischen Integration, gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in Kindergärten und Schulen, Verweisung auf das Netz von interdisziplinären Frühförderstellen und sozialpädiatrischen Zentren

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3547 3549 3552

Erfolgsbewertung der integrativen Schulmodelle

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4263

Erfolgsbewertung der integrativen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6324 6325 6327

Beklagung einer mangelnden Integration von behinderten Kindern in Regelschulen, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6966

Verweisung auf die Hindernisse bei der Integration von Kindern mit Behinderungen in das Regelschulwesen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7236 7244

Integratives Schulentwicklungsprojekt

s. *Integrative Beschulung*

Integriertes Rheinprogramm

s. *Rhein*

Intercity-Verkehr

s.a. *Interregio-Verkehr*

Stellung der LReg zur Aufnahme einer alternativen Trassenführung der ICE-Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar in das anhängige Raumordnungsverfahren

MdlAnfr

s. *Eisenbahnstrecke*

Drs 13/62

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrlage, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr

s. *Schienenverkehr*

Drs 13/771

Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft abhängen

Verhinderung einer Vorbeiführung der geplanten ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Rhein-Neckar-Raum am Verkehrsknoten Mannheim; Wahrung der Interessen von BLändern und Regionen bei der Mittelbereitstellung des Bundes für die Bahn AG

Antr

s. Mannheim

Drs 13/974

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim - Mannheim einbinden/Bypass verhindern

Aktuelle Debatte

s. Mannheim

PIPr 13/27 S. 1588

Ausbau der Gäubahn Stuttgart-Singen

Dringlichkeit und Realisierungschancen des abschnittswisen zweigleisigen Ausbaus, Beteiligung an der Finanzierung einer Machbarkeitsstudie, Einrichtung eines zusätzlichen Halts der Regionalexpresszüge in Stuttgart-Vaihingen, Beurteilung des Vorschlags einer Durchbindung der ICE-Züge bis Frankfurt, Entspannung der Fahrpläne und Beibehaltung des Haltepunkts Böblingen

Antr

s. Gäubahn

Drs 13/1247

Aufgabe der „Bypass“-Variante für die künftige ICE-Trassenführung im Bereich Mannheim

Hinwirkung auf Rechtsverbindlichkeit des Verzichts auf eine Umfahrung des neuen Mannheimer Hauptbahnhofs mit einem Bahnhof auf der grünen Wiese

KlAnfr

s. Mannheim

Drs 13/1481

Fahrradmitnahme in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn AG

Wiedereinführung der Fahrradmitnahme auf der Linie Stuttgart-Zürich bzw Einrichtung eines entsprechenden IC- und ICE-Netzes

ÄAntr SPD und GRÜNE 27.05.2003 Drs 13/2104

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3106-3116

Fahrradmitnahme in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn AG

Wiedereinführung der Fahrradmitnahme auf der Linie Stuttgart-Zürich bzw Einrichtung eines entsprechenden IC- und ICE-Netzes

Antr CDU und FDP/DVP 28.05.2003 Drs 13/2111

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3106-3116

Mittlg LReg 16.10.2003 Drs 13/2511

Fahrplangestaltung und Zugmaterial auf der Gäubahn

Pläne der DBAG zur weiteren Ausdünnung der ICE-Verkehre bzw Ablehnung einer Ersetzung durch IC- oder EC-Züge; Zunahme von Betriebsstörungen mit daraus folgenden Verspätungen, Bemühungen um passende Anschlüsse in Stuttgart in beide Richtungen und Einbindung in das bundesweite ICE-Netz; Beurteilung der Interessen der Schweizer Bahnen am Erhalt, Ausbau und Betrieb der Gäubahn

KlAnfr

s. Gäubahn

Drs 13/4134

Drohender Wegfall von Fernzughalten wegen zu niedriger Bahnsteige

Bisher erfolgte und von der DBAG geplante Umstellung von lokbespannten IC-Zügen auf ICE-Triebzugarnituren, Auflistung der davon betroffenen o.g. Bahnhöfe, Frage nach konkreten und finanziell abgesicherten Planungen zur entsprechenden Anhebung der Bahnsteige

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 22.09.2005 und Antw IM Drs 13/4671

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim ohne Bypass

Festhalten an dem einstimmigen Beschluss nach Drs 13/1089 zur Umsetzung des o.g. Lückenschlusses mit Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs; Frage nach entsprechenden Initiativen der LReg bzw Gesprächen des MinPräs mit Bahnchef Mehdorn zur Umsetzung dieser Beschlusslage

KlAnfr

s. Mannheim

Drs 13/5177

ICE-Bahnhof Mannheim

Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs in die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim, Intensität des Eintretens der LReg für diese von der Region Rhein-Neckar geforderte Lösung

MdlAnfr

s. Mannheim

Drs 13/5172

Eintreten für eine ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Eintreten für die Fahrradmitnahme im ICE

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3300

Interkommunales Gewerbegebiet*s. Gewerbegebiet***Interkulturelle Kompetenz***s. Kultur***Internat***s. Heimschule***International University in Germany Bruchsal***s. Privathochschule***Internationale Bodenseekonferenz***s. Bodensee***Internationale Grüne Woche***s. Grüne Woche***Internationale Länderkommission Kerntechnik***s. Nukleare Sicherheit*

Internationale Schule Ulm*s. Privatschule***Internationaler Führerschein***s. Führerschein***Internationaler Vertrag***s. Internationales Abkommen***Internationales Abkommen***s.a. Agenda 21**s.a. Staatsvertrag**s.a. Vertrag**Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) - Auswirkungen auf die Hochschul- und Kulturlandschaft in BW*

Auflistung bzw Abwehr von möglichen nachteiligen Konsequenzen für die Hochschulen u.a. Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie deren Finanzierung, Wahrung der Länderinteressen iRd o.g. Verhandlungen

Antr

s. Dienstleistung

Drs 13/1734

Erarbeitung eines Verfassungsvertrags in verständlicher Sprache durch den EU-Verfassungskonvent, Zugeständnisse an die Länder und Regionen mit den Verträgen von Maastricht und Amsterdam

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453-1474

Ermöglichung grenzüberschreitender Zweckverbände nach dem Karlsruher Vertrag, Nutzung der Möglichkeiten am Oberrhein; Befürchtung des Scheiterns des Staatsvertrags mit der Schweiz gegen Fluglärm, Vorlage eines neuen Vertragsentwurfs

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1987 1989

Bewertung von Studiengebühren als unvereinbar mit dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1974; Verweisung auf das gegenteilige Ergebnis eines Gutachtens; Anmahnung einer Änderung des Zollabkommens mit der Schweiz im Agrarbereich

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7588 7591 7592 7599 7602-7606

Internationales Filmfestival Mannheim-Heidelberg*s. Filmfestspiele***Internationales Übereinkommen***s. Internationales Abkommen***Internet***Elektronische Stimmabgabe*

Beurteilung des Einsatzes von elektronischen Wahlgeräten bzw der Stimmabgabe per Internet, Frage nach Erfahrungswerten anderer Länder

Antr

s. Wahl

Drs 13/88

Versandhandel von Medikamenten über das Internet

Darlegung möglicher Gefahren für die Verbraucher durch die Freigabe des Versandhandels von Medikamenten über das Internet

Antr

s. Arzneimittel

Drs 13/296

Sicherung des Wohlstandes im Land durch Ausbau des Wirtschaftsstandortes BW im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologie

Stimulanz der vollen Ausbildung eines Clusters „Unternehmenssoftware und Unternehmensdienste“, Bereitstellung entsprechender Branchenplattformen im Internet

Antr

s. Informations- und Kommunikationstechnik

Drs 13/341

Ausstattung des Landesdenkmalamts in Stuttgart und der Außenstellen in Freiburg, Karlsruhe und Tübingen mit intranetfähigen und internetfähigen Computern im Rahmen eines Gesamtkonzepts

Arbeitsrückstände wegen fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten mit Antragstellern und nachgeordneten Dienststellen; finanzieller Aufwand und Zeitrahmen einer Ausstattung mit geeigneter IuK-Technik

Antr

s. Denkmalbehörde

Drs 13/538

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Zahl, Aufgaben und Aufwand o.g. Lehrkräfte; Anpassung der Fortbildung an den ständigen Wechsel der Systemanforderungen; Umfang der Aufgabe der Tätigkeit wegen Arbeitsüberlastung; Integration des PC in den Unterricht; Hilfen zur Erkennung problematischer Inhalte im Internet; Kompensation der nicht verfügbaren Mittel der LStiftung für die Lehrerfortbildung im IT-Bereich; Unterstützung der Schulträger bei der Anschaffung und Wartung schulischer Netzwerke

Antr

s. Medien

Drs 13/783

Unterwanderung des Gesundheitsbereiches durch Sekten und Psychogruppen

Darlegung o.g. Angebote, insbes von Scientology und Tarnorganisationen, auf Messen, Symposien, im Internet u.a.; Beurteilung der Wirksamkeit von Schutzklärungen für Anbieter und Kunden im Gesundheitsbereich bzw Internet

Antr

s. Sekte

Drs 13/992

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Ausschreibung eines Innovationspreises, Werbung um in- und ausländische Gäste in den einzelnen Regionen, Nutzung des Internet

GrAnfr

s. Fremdenverkehr

Drs 13/1060

Steuervordrucke aus dem Internet

Ermöglichung des Ausdrucks der Steuervordrucke zur Abgabe der Einkommensteuererklärung auch in BW

Antr
s. *Vordruck*
Drs 13/1058

Erschließung des ländlichen Raums mit schnellen Internet-Zugängen und mit Anschlüssen an Breitbandkabel

Ablehnung von DSL-Anträgen von Internet-Nutzern im ländlichen Raum durch die Deutsche Telekom; Verhinderung einer Benachteiligung des ländlichen Raums bei der Erschließung mit neuen Technologien

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/1157

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzverfahren, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer)

GesEntw
s. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*
Drs 13/1373

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1551

Jugendschutz im Internet

Stand der Bekämpfung und Ahndung jugendgefährdender Internetangebote differenziert nach extremistischen, pornografischen, gewaltverherrlichenden u.a. Inhalten; Ausstattung und Arbeitsbilanz der beim RegPräs Tübingen angesiedelten Stelle im Vergleich zu anderen BLändern; Abgabe von Verfahren an das BKA, Umfang und Abschluss von Verfahren wegen Kinderpornographie durch Operationen in den USA und Großbritannien; Nutzung der medienpädagogischen Angebote der Aktion Jugendschutz von Eltern; Stand der Erstellung und Pflege einer Ausschlussliste; europäische Zusammenarbeit von Jugendschutz und Polizei

Antr
s. *Jugendschutz*

Drs 13/1811

Pilotprojekt drahtloser Internetempfang

Angebot von Laptops mit netzungebundenem Funkmodem zur Einwahl ins Internet: Höhe der Kosten für den Haushalt, die beteiligten Firmen und Schüler, Vorbereitung und technische Unterstützung der Lehrkräfte, Einbeziehung aller Schüler der Klassenstufe 11 an Stuttgarter Gymnasien in das Multimediaprojekt?

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 11.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2001
BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003/16.12.2004 Drs 13/3991 S. 3 4
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Konzentration im Pressewesen

Präsentationen von Zeitungen im Internet

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2468

Live-Übertragung der Plenarsitzungen im Internet

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451

Erhebung von Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen - Starttermin und Kosten des Projekts „Schulverwaltung am Netz“

Einhaltung des Starttermins und der kalkulierten Kosten beim Projekt SVN? Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform; Schulung der Schulleitungen und -sekretariate, Verfügbarkeit eines uneingeschränkten Zugangs zum Internet; stichprobenhafte Ermittlung o.g. Daten für das laufende Schuljahr und Veröffentlichung

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2563

Freier Zugang zu DIN-Normen

Monopolstellung eines Verlags zur Veröffentlichung von DIN-Normen im vollständigen Wortlaut gegen Entgelt, Frage nach einer freien Zugangsmöglichkeit der Gewerbeaufsichtsämter; Ermöglichung eines einfachen und kostengünstigen Zugangs für Kommunen, LKreise und Unternehmen über das Internet; Festlegung bzw Auslegung des Begriffs „Stand der Technik“ bei öffentlichen Ausschreibungen und Angeboten

Antr
s. *Normung*
Drs 13/2668

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Überprüfung von Produktangeboten aus dem Internet sowie von kennzeichnungspflichtigen gentechnisch veränderten Lebensmitteln

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Ges zur Änd des MeldeGes

Austausch von Meldedaten über das Internet, Ergebnisse des Testbetriebs zwischen Kommunen in BW, Hessen und Bayern; Vorlage des o.g. GesEntw

Antr
s. *Meldewesen*
Drs 13/2738

Haushalt 2004; Epl 04

Förderung des drahtlosen Internetzugangs von Schülern der Klassenstufe 11 an Stuttgarter Gymnasien iR eines Modellversuchs

ÄAntr CDU und FDP/DVP 21.01.2004 Drs 13/2804-Reste 1 S. 73 74

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Kabel in BW

Auswirkungen einer Übernahme des regionalen Netzbetreibers Kabel BW durch die Kabel Deutschland (KDG), Stand der technischen Aufrüstung der Kabelnetze in Deutschland bzw Zahl der Haushalte mit Zugang zu digitalen Rundfunkprogrammen, schnellem Internet und Kabeltelefonie; Bedeutung der kommunikationstechnischen Infrastruktur als Standortfaktor für die Wirtschaft

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/2879

Online-Einsichtnahme in das Handelsregister

Ermöglichung einer allgemeinen elektronischen Einsichtsmöglichkeit in das Handelsregister via Internet

Antr

s. *Handelsregister*

Drs 13/2977

Staatliche Wetten und Lotterien in BW

Entwicklung der jeweiligen Umsätze und Einnahmen des Landes, Beurteilung der Perspektiven vor dem Hintergrund elektronischer Spielmöglichkeiten und des Internet

Antr

s. *Lotterie*

Drs 13/3047

Kostenlose Abgabe von CD-ROMs für das ELSTER-Formular 2003 durch die Finanzämter in BW

Neuaufgabe der inzwischen vergriffenen CD-ROM; Akzeptanz der Möglichkeit zur elektronischen Einkommensteuererklärung bei den Steuerpflichtigen via ELSTER und Internet

KIAnfr

s. *Steuerveranlagung*

Drs 13/3135

Chancengleichheit bei der Nutzung von Informationstechnologie in den Schulen

Ausstattung der Schulen und Klassen mit PC und Internetzugang, außerschulische Möglichkeiten der Schüler, insbes auch zur Bewältigung bestimmter Hausaufgaben; Einräumung von Nutzungsmöglichkeiten durch die Schulen auch außerhalb des Unterrichts, Anrechnung der Lehreraufsicht auf deren Unterrichtsverpflichtung

Antr

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Drs 13/3148

Zukunft der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung (ARGEN) in BW

Bewerbung des Internet-Auftritts „Marktplatz berufliche Fortbildung“, Verzicht auf eine Kostenpflicht für die Eintragung von Anbietern

Antr

s. *Fortbildung*

Drs 13/3263

Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität; Bewertung des Pilotprojekts „Business-Keeper-Monitoring-System“

Entwicklung der o.g. Fallzahlen und Gegenmaßnahmen seit 1996, Zahl und Konsequenzen der Tipps von anonymen Hinweisgebern aus dem Umfeld der korruptiven Beziehungen, Bewertung bzw Übernahme des o.g. vom LKA Niedersachsen erprobten webbasierten Informationssystems

Antr

s. *Wirtschaftskriminalität*

Drs 13/3317

Die Zukunft des Kabelnetzes in BW

Bewertung des Scheiterns der Fusion von Kabel BW und Kabel Deutschland, Fortführung der flächendeckenden Netzmodernisierung, Beurteilung der Marktchancen des Breitbandkabelnetzes als Übertragungsweg für Telefonie und Internet, Zahl der Nutzer in den bereits versorgten Regionen, Unterstützung einer verstärkten Kooperation der Regionalgesellschaften

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/3597

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf die Großhändler, den Versandhandel und die Apotheken; Entwicklung der Zahl von Apotheken, Beschäftigten und Auszubildenden sowie der Umsätze seit 1998; Bedeutung und Konkurrenzsituation der Internetapotheken

GrAnfr

s. *Arzneimittel*

Drs 13/3649

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. *Verwaltungsverfahren*

Drs 13/3661

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKreisen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KIAnfr

s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

Drs 13/4147

Lizenzgebühren für Webradios

Gebührenerhöhung und Veränderung der Lizenzbedingungen durch die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten für kleine und unkommerzielle Internetradios, Vergleich der Gebührenmodelle in den USA und der Schweiz, Bewertung der geforderten Bedingungen für das Abspielen von Titeln, der Meldungen von Titeln und Hörerschaft bzw deren Begrenzung u.a.m.; Beurteilung von Podcasting aus rechtlicher Sicht sowie im Hinblick auf die Gebührenforderung der GVL, GEMA und Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; Wertung der Restriktionen als Eingriff in die Rundfunkfreiheit?

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 13/4148

Kriminalität im Internet

Umsetzung des IMK-Beschlusses zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität, insbes der Gefahr des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Internet; Aufklärung der Öffentlichkeit, Verankerung des Themas an den Schulen und in der Lehrerfortbildung

Antr

s. *Kriminalität*

Drs 13/4272

Genehmigungsverfahren für den Internetzugang für die Beschäftigten der RegPräs

Beurteilung des o.g. Verfahrens mit jeweils schriftlichem Antrag und detaillierter Begründung

MdlAnfr 3) Norbert Zeller SPD 22.04.2005 Drs 13/4204

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6514 6515

Neutralitätspflicht bei Veröffentlichungen durch Landesministerien

Gewährleistung der parteipolitischen Neutralitätspflicht bei Druckschriften, Internetauftritten etc; Beurteilung einer Veröffentlichung mit dem Titel „Goll verbindet Gratulation an Günther Oettinger und Stefan Mappus mit Warnungen vor schwarzgrünen Gedankenspielen“ auf der Homepage des Justizministeriums, Veranlassung der Löschung bzw Unterbindung künftiger Verstöße

KlAnfr

s. *Veröffentlichung*

Drs 13/4281

Lückenschluss bei der Versorgung mit DSL-Anschlüssen im ländlichen Raum

Bemühungen um schnelle und kostengünstige Internetzugänge in allen Landesteilen und Orten, Hinwirkung auf den Ausbau der Glasfaserverbindungen durch die Telekom u.a. Netzbetreiber, ggf Unterstützung über das ELR-Programm oder andere Förderprogramme

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/4703

Internet-Betrug und Möglichkeiten zu dessen strafrechtlicher Verfolgung

Darstellung der Betrugsvarianten, der Möglichkeiten der Geschädigten (Käufer, Verkäufer, Opfer von Identitätsmissbrauch) sowie der Polizei und Justiz zur Ermittlung bzw Bestrafung der Täter; Prüfungs- und Offenbarungspflichten der Plattform-Anbieter; präventive Maßnahmen der Polizei; gewerbe- und

steuerrechtliche Überprüfung von „Power-Sellern“; strafrechtliche Sanktionierung der Fälle von Umsatzsteuerhinterziehung

Antr

s. *Betrug*

Drs 13/4898

Nutzung des Internet als Medium zwischen Abg und Bürgern

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 3 7

Ermöglichung des weltweiten Zugangs zu Informationen für Jedermann, Stärkung der Fähigkeiten zur sinnvollen Nutzung des Internet, Förderung eines Internet-Führerscheins

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47 48 56

Bewertung des Internet als permanente Herausforderung für den Datenschutz

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 422

Ermöglichung der Einreichung und Bearbeitung von Beihilfeanträgen per Internet; Bewertung der E-Commerce-Richtlinie der EU als Handhabe gegen Missbrauch im Internet

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 532 534 542-544

Förderung der Kooperation von Handwerksbetrieben über das Internet

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 766 775

Förderung des Internet-Führerscheins aus Mitteln der LStiftung BW

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 856

Förderung der Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen durch Gewalt verherrlichende Computerspiele per Internet; wissenschaftliches Weiterbildungsangebot der Hochschulen über das Internet

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1532 1534 1537 1540-1542 1544

Förderung des Internet-Führerscheins aus Mitteln der LStiftung BW; Aufbau elektronischer Bürgerdienste als Internetplattform für die gesamte Verwaltung, Präsentation von Kommunen und Regionen im Internet

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1575 1583 1632-1636

Bewertung der Kompetenz der älteren Generation in Sachen EDV und Internet

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1680

Versandhandel von Medikamenten über das Internet, Gefährdung der Apotheken und der Versorgungssicherheit

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2085 2086

Nutzung von Computer und Internet von Lehrern und Schülern privat und in der Schule

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2189 2191 2192

Angebot und Abwicklung von Verwaltungsleistungen und -verfahren über das Internet

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2938

Beurteilung der Akzeptanz virtueller Messen per Computer und Internet

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3372 3375-3377 3382

Einrichtung eines elektronischen Ideen- und Beschwerdemangements über das Internet

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3607

Aufbau elektronischer Bürgerdienste als Internetportal für die gesamte Verwaltung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4182 4188

Beschränkung der Teilnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Internet, Verlängerung der Gebührenfreiheit für Internet-PC bis Ende 2006; Lob für den Internetauftritt der Nahverkehrsgesellschaft BW

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4417-4420 4427

Beschränkung der Teilnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Internet

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4534 4535

Heranführung einer breiten Bevölkerungsschicht ans Internet mit Hilfe der Landesstiftung; Beschränkung der Teilnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter am Internet; Anteil der Internetnutzung über Kabel

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5089-5091 5096

Beschränkung der Teilnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Internet

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5266 5267 5273-5275

Beschränkung der Teilnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten am Internet, Gebührenerhebung für den Rundfunkempfang über das Internet; Verlängerung der Speicherdauer von Verbindungsdaten; Konkurrenz des Internets für den Zeitungswerbemarkt

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6224-6226 6254-6256 6258 6271

Bedeutung des Internet für Menschen mit Behinderungen, Regelung des barrierefreien Zugangs zu behördlichen Internetangeboten mit dem Behindertengleichstellungsgesetz

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6324 6328

Ausstattung der Schüler mit Laptops für einen drahtlosen Internetzugang

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476

Verweisung auf die Möglichkeit zur Erstellung von Interessenprofilen aus den Surfgewohnheiten von Internetnutzern für Dritte, Beklagung der nachfolgenden Werbeflut; Verbesserung der Sicherheit von Onlinebanking und E-Mail-Diensten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7034-7037

Verweisung auf den gemeinsamen Internetauftritt der Messen in BW

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7732

Schaffung der Rahmenbedingungen zur Nutzung elektronischer Bürgerdienste im Meldewesen, Angebot und Abwicklung von Verwaltungsleistungen und -verfahren über das Internet

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7840 7841

Verbreitung von behördlich gespeicherten Umweltinformationen über das Internet, u.a. der Ergebnisse von Feinstaubmessungen; Ermöglichung der elektronischen An- und Abmeldung bei den Meldeämtern per Internet

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7904-7906 7916 7917

Live-Übertragung der Plenarsitzungen im Internet, Feststellung einer zunehmenden Zahl interessierter Bürger

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

Internet-Betrug

s. Betrug

INTERREG

*BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich
Halbzeitbilanz des Interregprogramms III A*

GrAnfr

s. Frankreich

Drs 13/3236

Einbeziehung von Verbänden u.a. zivilgesellschaftlichen Kräften in die Planung und Durchführung von INTERREG-Maßnahmen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2161

Eintreten für die Fortführung der INTERREG-Programme

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5370 5371 5376 5377

Bilanz und Perspektiven der INTERREG-Programme, Eintreten für die Fortführung im deutsch-französischen Grenzraum

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351 6352 6355-6357

Interregio-Verkehr

s.a. Regionalverkehr

s.a. Schwarzwaldbahn

s.a. Südbahn

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw. Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr

s. Personenverkehr

Drs 13/55

Gefährdung des Interregioverkehrs in BW durch die BReg

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 215-226

Ausschreibung der Ersatzleistungen für IR- und IRE-Verbindungen auf der Schwarzwaldbahn zum nächsten Fahrplanwechsel

Zeitpunkt der Ausschreibung für o.g. Verkehrsleistungen nach dem nächsten Fahrplanwechsel, Auswirkungen des Vertrags mit der DBAG zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit von Stuttgart 21, Beurteilung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn

Antr

s. Schwarzwaldbahn

Drs 13/165

Zukunft des Interregios

Unterstützung der Übertragung der Verantwortung und Mittel für die Interregioverkehre auf die Länder sowie der Festlegung auf Höhe und Dynamisierung der Regionalisierungsmittel, ausschließlicher Einsatz für Verbesserungen des ÖPNV, insbes. des SPNV; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr GRÜNE 22.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/346
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 43 44
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Zukunft der Interregio-Zugverbindungen? Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Interregiopolitik am Ende der Regierung Schröder

Stand der Verhandlungen zur Revision der Regionalisierungsmittel nach dem Regionalisierungsges, Berücksichtigung der Forderungen aller Landesverkehrsminister sowie der Beschlüsse des Ltg gegenüber dem Bund, Auswirkungen einer Festschreibung der Regionalisierungsmittel bis 2007 auf die Interregio-Zugverkehre, -ersatzverkehre und den SPNV

DringlAntr CDU 22.01.2002 Drs 13/645
 EAntr CDU, FDP/DVP, SPD und GRÜNE 06.02.2002 Drs 13/719
 PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1124-1136

Interimslösungen für Interregio-Ersatzverkehre

Ausschreibung o.g. Ersatzverkehre auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn nach Klärung des Mittelausgleichs zwischen Bund und Ländern, Form der Finanzierung bis zu einer dauerhaften Vergabe, Verbesserung der Qualität der Züge, Beschleunigung der Ersatzzüge auf der Südbahn in der Interimszeit zur Erreichung wichtiger Anschlüsse in Ulm und Friedrichshafen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 21.02.2002 und Antw UVM Drs 13/770

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrlage, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr
s. Schienenverkehr
 Drs 13/771

IR-Zugverbindung Heilbronn-Würzburg

Planungsstand der Bahn AG zur o.g. Relation, Bereitschaft des Landes zur Übernahme entsprechender Ersatzverkehre bzw Einsatz von Nahverkehrszügen wie z.B. des Regionalexpress

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 12.04.2002 und Antw UVM Drs 13/921

Ersatz rollenden Materials im Schienenpersonenverkehr

Einwirkung auf die Bahn AG zur Ersetzung des alten Wagenmaterials im SPNV und Interregio-Verkehr

KlAnfr
s. Schienenfahrzeug
 Drs 13/934

Verbesserung statt Stillstand

Festhalten an der Zielsetzung zur Revision des Regionalisierungsges bzw der notwendigen Finanzausstattung für den Wegfall von Interregio-Zugverbindungen sowie der Dynamisierung nach der Umsatzsteuerentwicklung

Antr CDU und FDP/DVP 15.05.2002 Drs 13/994
 PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1560-1570

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2001 und 2002 nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung; zeitnahe Verwendung der Überschüsse und zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. Regionalverkehr
 Drs 13/1054

Interregio Höllental Nr. 2216 und 2217

Einstellung o.g. Interregiolinien auf der Schwarzwaldbahn zum nächsten Fahrplanwechsel?

MdlAnfr 3) Gustav-Adolf Haas SPD 12.06.2002 Drs 13/1002
 PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1693

Interregio Höllental 2216/17; hier: Antw der LReg in der Landtagssitzung vom 20.06.2002 zur Einstellung des Interregios zum Fahrplanwechsel 15.12.2002 - Drs 13/1002 Nr. 3

MdlAnfr 3) Gustav-Adolf Haas SPD 15.07.2002 Drs 13/1153
 PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1853 1854

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Ausschreibung von Regionalverkehren und Interregiostrecken, Ermöglichung des Betriebs von NE-Bahnen, Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen als Leistungsanbieter im ÖPNV und insbes im Busverkehr

GrAnfr
s. Heilbronn-Franken, Region
 Drs 13/1211

Wiederaufnahme des Neigetriebbetriebs in BW

Umsetzung des o.g. Betriebskonzepts im IRE-Verkehr auf den Strecken Stuttgart-Tübingen-Sigmaringen-Ehingen-Ulm sowie Basel-Singen-Friedrichshafen-Lindau zum Fahrplanwechsel im Dezember 2006?

KlAnfr
s. Schienenverkehr
 Drs 13/5159

Eintreten für den Erhalt der Interregio-Verbindungen im Land

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Übernahme der Zuständigkeit und Geldmittel vom Bund für die Interregio-Ersatzverkehre

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1023 1032 1033 1039

Übernahme der Zuständigkeit und Geldmittel vom Bund für die Interregio-Ersatzverkehre

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1561-1566

Übernahme der Zuständigkeit und Geldmittel vom Bund für die Interregio-Ersatzverkehre

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3302

Übernahme der Zuständigkeit für die Interregioverkehre vom Bund, Feststellung von finanziellen Mehrbelastungen

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4428 4432

Investition

s.a. *Baufinanzierung*
s.a. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
s.a. *Kommunaler Investitionsfonds*

Forschungsfinanzierung durch die Landesstiftung BW

Darlegung der gestellten, abgelehnten und bewilligten Anträge aus den Hochschulen differenziert nach thematischen Korridoren, Bewilligungssummen und -zeiträumen, nach evtl Komplementär- und Folgefinanzierung; Ergebnis der jeweiligen Prüfung der Gemeinnützigkeits-Voraussetzungen; Einbeziehung von bewährten Institutionen, Verfahren und Standards zur Bewertung der Projekte, Konsequenzen aus den Ergebnissen

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/492

Hochschulbau im Rahmen der „Zukunftsoffensive III“

Scheitern einer Finanzierung aus Mitteln der LStiftung wegen der zweifelhaften Gemeinnützigkeitserfordernis? Auflistung der betroffenen Projekte, der Alternativen und Konsequenzen; Auswirkungen der Problematik für den geplanten zweiten Bauabschnitt der FH Albstadt-Sigmaringen am Standort Sigmaringen

KlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 13/627

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Jährliche Zuweisungen des Bundes seit 1995 nach BW bzw an die DBAG für Investitionen in den ÖPNV, SPNV und Schienenfernverkehr; Anteil der Mittel aus den Investitionsprogrammen des Bundes; Verteilung der Regionalisierungsmittel auf Verkehrsleistungen der Bahn AG u.a. Unternehmen sowie den nicht schienengebundenen ÖPNV; Umsetzung von planfestgestellten Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995; Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/716

Vermögen und Projekte der Landesstiftung BW

Entwicklung des Vermögens und der einzelnen Projekte der Landesstiftung, Höhe der jeweiligen Förderung, Zuständigkeit und Kosten der Prüfung auf Gemeinnützigkeit, Auflistung der aus steuerlichen Gründen abgelehnten Förderanträge, Umfang von Folgekosten für den Landeshaushalt nach Ablauf der geförderten Projektphasen; Zuführung des gesamten Erlöses aus dem Verkauf der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland?

Antr
s. *Stiftung*
Drs 13/1219

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Daten bei den Gemeinden, großen Kreisstädten, LKreisen und Landeswohlfahrtsverbänden seit 1993, Einnahmen aus Steuern und allgemeinen sowie Zuweisungen nach dem FAG, Leistungen nach dem BSHG und KJHG u.a. Sozialleistungen, Zuführungen und Ausgaben der Vermögenshaushalte, Genehmigungsfähigkeit der Haushalte 2002/03; Beurteilung von Vorschlägen zur Rückführung der Gewerbesteuerum-

lage, zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer, zur Initiierung eines kommunalen Zinsinvestitionsprogramms vonseiten des Bundes, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG, Abbau von Mischfinanzierungen u.a.

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Die Verschuldung des Landes - Versteckte und Grenzen

Höhe des Barwerts der künftigen Pensionsansprüche der Landesbeamten, Entwicklung der ausgelagerten Verpflichtungen in den letzten zehn Jahren, Vergleich der Zinsbelastung zur Finanzierung dieser Verpflichtungen mit der Zinsbelastung bei Kreditaufnahme im regulären Haushalt, Höhe der veranschlagten und tatsächlich getätigten Investitionen 1997 und 2002

Antr
s. *Schulden*
Drs 13/2193

Investitionsförderung für den ÖPNV sichern

Entwicklung o.g. Förderung aus GVFG-Mitteln und Regionalisierungsmitteln seit 1996; Beibehaltung des Fördersatzes von 85 Prozent und der Bagatellgrenze für ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2470

Investitionsförderung im Bereich des ÖPNV

Auflistung der geförderten Projekte aus GVFG- und Landesmitteln sowie freien Regionalisierungsmitteln in den letzten zehn Jahren und einzelnen Regionen

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2646

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze; Zahl von arbeitenden Wochenendpendlern aus Tschechien, Polen und Ungarn; kurz- und mittelfristige Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Die Zukunftsoffensive IV

Entscheidende Impulse, Konzepte und Personen der o.g. Forschungsoffensive bzw der Entscheidungsvorlage für den Aufsichtsrat der Landesstiftung; Darlegung des Verfahrens, der Kriterien und Beteiligten für die (offene) Ausschreibung und Vergabe der Projekte; Einbeziehung der PH sowie der zuständigen Hochschulgremien angesichts der künftigen Bindungs- und Folgewirkungen der Antragstellungen; Verwendung von Restmitteln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersforschung? Art und Ergebnisse der Evaluation von „Erwin I-IV“ und deren Transparenz; Information des WissA vor der Entscheidung über das Ausschreibungsverfahren

Antr

s. *Forschung*
Drs 13/4136

Ausgestaltung der Zukunftsoffensive IV

Thematische und institutionelle Ausgestaltung der o.g. Forschungsoffensive; Kriterien, Konzepte, Entscheider und Zeiträume der Mittelvergabe; Abstimmung mit der Clusterbildung der Forschungsleitlinien; Förderung von (weiblichen) Nachwuchswissenschaftlern sowie der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten mit kleinen und mittelständischen Unternehmen; Partizipation der Geistes- und Sozialwissenschaften; Förderung von internationalen Kooperationen zwischen Universitäten; Einbindung des MWK sowie der Hochschulrektoren

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/4181

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 16.06.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4400 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 18 19
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Städtebauförderung und ihre Auswirkung auf Beschäftigung und Investitionen in BW

Bisherige und künftige Mittelbereitstellung iRd Bund-Länder-Programme, Darstellung der Impulse für das Baugewerbe sowie der zurückfließenden Steuereinnahmen, Höhe des Antragsstaus bei der Städtebauförderung und beim Landessanierungsprogramm bzw der möglichen Investitionsvolumina durch die Bedienung der Anträge

Antr
s. *Städtebau*
Drs 13/4504

Die Wirtschaftspolitik der LReg verhindert Investitionen und neue Arbeitsplätze in BW

Aktuelle Debatte
s. *Wirtschaft*
PIPr 13/102 S. 7292

Haushalt 2006; Nachtrag

Zuwendungen der Landesstiftung iRd Zukunftsoffensive IV, u.a. zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen, zur Unterstützung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Beruf, zur Förderung der Energieforschung u.a.m.

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 61-N 64 S. 148-156
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Investitionsschwerpunkte der neuen WP, Ausgestaltung und Zielbereiche der Zukunftsoffensive Junge Generation

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44-60

Veräußerung von Landesbeteiligungen, Verwendung der Erlöse für Zukunftsinvestitionen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 90 91 103

Bedeutung von Einsparungen und Investitionen an den jeweils richtigen Stellen, Umsetzung der Zukunftsoffensive III

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200-202 206 208-214

Investitionen in die Wissenschafts- und Technologiepolitik iRd Zukunftsoffensive III

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259

Vorlage eines Haushalts mit Einsparungen und Investitionen an den jeweils richtigen Stellen, Umfang und Zielbereiche der Zukunftsoffensive III, Entwicklung der Investitionsquote im Haushalt

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330-343

Rückläufigkeit der Konsum- und Investitionsnachfrage, Eintreten für begrenzte Abschreibungsmöglichkeiten für gewerbliche Investitionen, Vorziehen von Investitionen der öffentlichen Hand, Steigerung der Investitionsquote im Haushalt

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 503-507 510 511 546 554

Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen und der Investitionsquote der öffentlichen Hand, Prioritäten für Einsparungen und Investitionen an den jeweils richtigen Stellen, Mitteleinsatz iRd Zukunftsoffensive III; Investitionsprogramm des Bundes für den Fernstraßenbau; Rahmenbedingungen für Wohnbauinvestitionen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636 637 640-645 661-676 685-688 698 702 703

Einsparungen zur Gegenfinanzierung der notwendigen Investitionen, Schwerpunkte iRd Zukunftsoffensive III, Bindung der Projekte aus der LStiftung an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796-830

Mangelnder Spielraum für Investitionen aufgrund des Konjunkturrückgangs, Finanzierung von Zukunftsinvestitionen aus Privatisierungserlösen, Kritik an der Konstruktion der LStiftung BW

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 839 841-856 868 881 895 896

Investitionsbereitschaft der Landwirte, Umstellung der Investitionsförderung; Verzicht auf Kürzungen bei tatsächlichen Investitionen im Haushalt, Forderung nach einem Investitionsprogramm, Verwendung von Veräußerungserlösen für Zukunftsinvestitionen, Kritik an der Konstruktion der LStiftung, Investitionsquote der Kommunen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1048 1051-1053 1056 1063-1065 1067-1069 1073 1079 1085

Bemühungen um Einsparungen und Investitionen mit dem Haushalt 2002/03, Schwerpunkte der Zukunftsoffensive III, Definition des Investitionsbegriffs

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093 1094 1096-1103 1105-1108 1110 1111 1113

Verwendung der UMTS-Erlöse zur Schuldentilgung, Finanzierung eines Investitionsprogramms aus den Zinsersparnissen; Auflösung des Investitionsstaus bei den Universitätskliniken

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1171 1177 1182-1189

Finanzierung von Zukunftsinvestitionen aus Privatisierungserlösen, Kritik an der Konstruktion der LStiftung BW, Investitionen in den Medien- und Messestandort BW

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571-1588 1632-1649

Verbesserung der Investitionsbedingungen, Einsatz von Mitteln aus der Zukunftsoffensive III zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1706-1719

Investitionsbereitschaft der Unternehmer vor dem Hintergrund rasch wechselnder Rahmenbedingungen; Feststellung höherer Investitionen als Schuldneuaufnahmen in BW; Nutzung der Goldreserven der Bundesbank für Investitionen; Investitionen der Bahn AG in BW

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2120 2121 2129 2131-2133 2136 2195

Entwicklung der Direktinvestitionen in Deutschland seit dem Regierungswechsel 1998, Stimulanz von Investitionen durch Abbau bürokratischer Hürden

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2357-2359 2367-2370

Investitionsbereitschaft der Unternehmer angesichts unklarer Absichten der Regierung; Volumen und Schwerpunktbereiche der zusätzlichen Investitionen des Landes, Verfassungskonformität des Haushalts

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626-2634 2642-2645 2647 2648 2654-2656

Vorschläge für Investitionsimpulse, Verhinderung von Steuererhöhungen; Investitionsfähigkeit der Kommunen, Hinweis auf das kommunale Investitionsprogramm der BReg

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2706 2714 2730 2757-2760 2762-2765

Investitionsfähigkeit der Kommunen, Ablehnung von Strohfeuer-Investitionsprogrammen, Hinweis auf das kommunale Investitionsprogramm der BReg, Investitionsbereitschaft der Unternehmen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896 2897 2913 2930 2949 2993 2999

Ablehnung der weiteren Verschuldung für Investitionsprogramme, Stärkung der Investitionsfähigkeit der Kommunen, Stimulanz privater und öffentlicher Investitionen in Deutschland

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014 3017-3019 3021-3023

Gewinnung von Spielräumen für Investitionen durch Subventionsabbau; Anregung von Investitionen in moderne Technologien; Höhe der notwendigen und tatsächlichen Investitionen für den Hochwasserschutz

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386 3389 3390 3443-3449

Investitionsbereitschaft der Unternehmer angesichts unklarer Absichten der Regierung; Zielbereiche der drei Zukunftsoffensiven; Abbau von Vorschriften, Bürokratie und Steuertarifen; Ko-finanzierung der Bildungsinvestitionen des Bundes

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3601 3603 3610 3623 3628 3642-3644 3652

Abwendung einer Überschreitung der eigenfinanzierten Investitionen durch die Neuverschuldung

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942 3945 3947

Kritik an der Kürzung der Investitionsmittel iRd Kommunalen Investitionsfonds; Gewinnung von Investitionsspielräumen mit der Veräußerung von Landesbeteiligungen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4018-4021 4038

Rückführung der Investitionsquote im Haushalt; Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung; Investitionsimpulse durch das Energieeinsparprogramm Altbau

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4236 4243 4259 4266 4270 4274 4283 4284 4292

Anteile und Zielbereiche der Investitionen im Haushalt 2004, Vermeidung der Verfassungswidrigkeit, Gewinnung von Investitionsspielräumen mit der Veräußerung von Landesbeteiligungen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4367 4374 4378 4379

Investitionen in Bildung und Wissenschaft, Beklagung der niedrigen Investitionsquote im Haushalt

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4444 4448 4449 4460

Ablehnung von schuldenfinanzierten Investitionsprogrammen, Abwendung einer Überschreitung der eigenfinanzierten Investitionen durch die Neuverschuldung, Investitionen in Bildung und Wissenschaft

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641-5645

Feststellung höherer Investitionen im Vergleich zu neuen Schuld-aufnahmen; Investitionsfähigkeit des Landes und des Freistaats Bayern; Vorrang von Investitionen in Zukunftsbereiche, Ankündigung einer Zukunftsoffensive IV; Beklagung der Abwanderung von Investitionen nach Osteuropa

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5868 5872 5878-5880 5882 5883 5886-5892 5896-5898

Investitionen in die Forschungs- und Wissenschaftspolitik, Beurteilung der angekündigten Forschungsoffensive „Erwin IV“

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5977 6015-6017 6021 6022 6033

Investitionen in Bildung und Wissenschaft, Ankündigung einer weiteren Zukunftsoffensive

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6146 6149 6150 6152 6158

Erhöhung der Nettoneuverschuldung zur Finanzierung von Investitionen, Bereinigung der Summe der Bruttoinvestitionen um den Wert der veräußerten Vermögen, Verweisung auf die Vorgabe eines verfassungskonformen Haushalts

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6366-6370 6386

Ausgestaltung und Ziele der Zukunftsoffensive IV; Beratung der Unternehmen bei Investitionsentscheidungen zugunsten von Standorten im Land; Auflistung der Investitionen iRd Landesplanung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407 6408 6421 6430 6439 6451

Finanzierung eines Sofortprogramms zum Ausbau der Ganztags-schulen aus Mitteln der Zukunftsoffensive IV

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7123

Abbau des Investitionsstaus bei der öffentlichen Infrastruktur über öffentlich-private Partnerschaften; Investitionsschwerpunkte im Nachtrag zum Hpl 2006

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306-7314 7332 7335 7337-7346 7348-7350

Investitionsschwerpunkte im Nachtrag zum Hpl 2006, Etatisierung der Mittel für die Zukunftsoffensive IV
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393-7404

Investitionsrücklage

s. Rücklage

Investmentfonds

s. Wertpapier

In-vitro-Fertilisation

s. Reproduktionsmedizin

Irak

Erklärungen der Fraktionen zum Irak-Krieg
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693-2700

Demonstrationen von Schülern gegen den Krieg im Irak, Verzicht auf Sanktionen wegen der Teilnahme in der Unterrichtszeit
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2836 2837

Bewertung der Haltung der BReg zum Irak-Krieg, Belastbarkeit der Beziehungen zu den USA und innerhalb der EU
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801 3807

Bewertung der Haltung der BReg und der Union zum Irak-Krieg
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5372 5374-5376

Stabilität der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen trotz der ablehnenden Haltung der BReg zum Irak-Krieg, Erinnerung an Aussagen von Unionsseite über Massenvernichtungswaffen im Irak
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5474-5478

Lob der BReg für die Verweigerung der Beteiligung am Irak-Krieg, Feststellung einer geringeren Bedrohung Deutschlands vom Terrorismus als andere Länder
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7006

Bewertung der Haltung der Union zum Irak-Krieg
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7147

Iran

Erdöl- und Erdgasvorräte des Iran, Beurteilung der dortigen Energiepolitik
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7029

Irland

AusländerGes § 87, Abs 2

Verzicht auf die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit bei vorhandener Gegenseitigkeit, Frage nach einer vom BinnenMin abweichenden Rechtsauffassung bei der Einbürgerung von EU-Bürgern aus Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal

K1Anfr

s. Ausländerrecht

Drs 13/382

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr

s. Ausländerrecht

Drs 13/1648

ISEP

s. Integrative Beschulung

Islam

s.a. Beschneidung

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit
Umsetzung von Modellprojekten zur Einführung eines bekenntnisgebundenen Islamunterrichts

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/168

Personalüberprüfung am Karlsruher Institut für Transurane

Tätigkeit eines Mitbegründers einer vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft islamistischen Vereinigung am o.g. Institut, Gründe für die Zustimmung zur Arbeitsaufnahme trotz der noch nicht abgeschlossenen Sicherheitsüberprüfung des Verfassungsschutzes; Konsequenzen

Antr

s. Sicherheitsüberprüfung von Personen

Drs 13/288

Integration von Migranten in BW

Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache, Einrichtung von Professuren für islamische Religionspädagogik an Universitäten und PH

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

Einrichtung von Pilotprojekten für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2002/2003

Ermittlung geeigneter Grundschulen und Lehrkräfte für die Einrichtung o.g. Pilotprojekte, Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die eingereichten Lehrpläne, Erstellung eines Weiterbildungskonzepts der PH Karlsruhe und Ludwigsburg und der Universität Tübingen gemeinsam mit den antragstellenden islamischen Religionsgemeinschaften, Installation eines wissenschaftlichen Beirats zur Begleitung und Evaluation der Projekte

Antr GRÜNE 27.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/490

Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache

Vorlage des Sachstandsberichts der Steuerungsgruppe „Islamunterricht“ beim KM, Vorbereitungsstand entsprechender Lehrplänentwürfe, Darlegung der Kooperationspartner, Zeitpunkt und Ausgestaltung eines Modellversuchs, Gewinnung geeigneter Lehrkräfte, finanzielle Voraussetzungen, Auswirkungen von Verwaltungsgerichtsurteilen in Berlin und Düsseldorf

Antr Georg Wacker u.a. CDU, Norbert Zeller u.a. SPD, Dieter Kleinmann FDP/DVP und Renate Rastätter GRÜNE 28.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/493

BeschlEmpf und Bericht Schula
20.11.2002/21.04.2004/18.01.2006 Drs 13/5138 (dazu
Antr Norbert Zeller u.a. SPD) S. 53-61
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Islamwissenschaften an den baden-württembergischen Hochschulen

Verankerung o.g. Thematik an Hochschulen bzw in Lehramtsstudiengängen, Perspektiven iRd Entwicklungsplanungen, Schaffung entsprechender Voraussetzungen im Hinblick auf die Einführung des islamischen Religionsunterrichts

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 30.01.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/696

BeschlEmpf und Bericht WissensA 21.03.2002 Drs 13/955 S. 31 32

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Die LReg und der Fall Michael B. - Nach welchen Kriterien fördert die LReg den interreligiösen Dialog?

Prämissen, Kriterien und Zielvorstellungen zur Förderung eines interreligiösen Dialogs zwischen Muslimen und Christen; Einflussnahme des Islam-Beraters Michael B. seit seiner Anstellung im StM durch Initiativen, Stellungnahmen u.ä.; Bewertung der vom Landesamt für Verfassungsschutz geäußerten Bedenken

Antr

s. Religion

Drs 13/2434

Verband Islamischer Kulturzentren in BW -Betreibung von Internaten-

Erkenntnisse über den o.g. Verband und die von ihm betriebenen Internate, Unterziehung der Schüler einer Gehirnwäsche?

KlAnfr Max Nagel SPD 24.11.2003 und Antw IM Drs 13/2655

Pragmatische Schritte zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts in BW; Einrichtung von Schulversuchen islamkundlichen Unterrichts zum Schuljahr 2004/2005

Beginn mit islamkundlichem Unterricht als Zwischenform zum Religionsunterricht, Ausrichtung der Schulversuche auf muslimische Schüler unterschiedlicher nationaler Herkunft und Glaubensrichtung; Erarbeitung eines Rahmenlehrplans an einem Runden Tisch mit maßgeblichen Repräsentanten der muslimischen Organisationen und Verbände, mit Religionspädagogen der Hochschulen und Islamwissenschaftlern; Berücksichtigung der Erfahrungen in Bayern, Niedersachsen und NRW

Antr GRÜNE 05.05.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3173

Schulbesuchsverordnung

Aufnahme der Mitglieder bisher nicht aufgeführter Religionsgemeinschaften bzw deren Feiertage in die Anlage zu § 4 Abs 2 Nr. 1 und 2 der o.g. VO, Ersetzung von verwirrenden Formulierungen, Anerkennung einer mündlichen Erklärung der Erziehungsberechtigten zur konfessionellen Zugehörigkeit von Muslimen u.a. Glaubensmitgliedern ohne Kirchenbehörden

KlAnfr

s. Schulpflicht

Drs 13/3556

Bestandsaufnahme des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in BW

Entwicklung o.g. Angebote und Schülerzahlen der jeweiligen Herkunftsländer; Vorgaben hinsichtlich der Qualifizierung

und des Aufenthaltsstatus der Lehrkräfte, der Lehrpläne und Schulaufsicht; Integration von Religionsunterricht für muslimische Schüler; Harmonisierung mit dem normalen Unterricht sowie mit der Zunahme von Ganztagschulen; Höhe und Kostendeckungsgrad der Zuschüsse in den letzten zehn Jahren

Antr

s. Muttersprachlicher Unterricht

Drs 13/3687

Angekündigte Deutschpflicht für Predigten in Moscheen

Zeitpunkt der Einbringung und inhaltliche Ausgestaltung der von der Kultusministerin angekündigten Gesetzesinitiative im BRat, Frage nach einem ausschließlichen Bezug auf islamische oder auf alle Religionsgemeinschaften bzw nach einer Abstimmung mit anderen BLändern

Antr

s. Predigt

Drs 13/3777

Einführung des islamischen Religionsunterrichts nach Art 7 Abs 3 GG in BW -Einrichtung von Pilotprojekten zum Schuljahr 2005/2006-

Verweisung auf die von der Steuerungsgruppe geschaffenen Voraussetzungen zum Einstieg in Pilotprojekte an Grundschulen, insbes Lehrpläne für den Unterricht in deutscher Sprache, Qualifikation der Lehrkräfte an den PH, Gewinnung geeigneter Pilotschulen, Lehrkräfte u.a.

Antr GRÜNE 08.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3861

BeschlEmpf und Bericht Schula 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 29-31

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Einbürgerungsfragen für Muslime

Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die Einbürgerungsbehörden mithilfe eines vom IM entwickelten Gesprächsleitfadens, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, Form der Dokumentation und Speicherung der aus den Einbürgerungsgesprächen gewonnenen Daten, Frage nach der Dauer der Speicherung und den Zugriffsberechtigten

KlAnfr

s. Einbürgerung

Drs 13/5015

Gesprächsleitfaden für islamische Einbürgerungsbewerber

Ausgestaltung und Zielsetzung des o.g. Gesprächsleitfadens, Verbindlichkeit für die Anwendung und Auswertung der gewonnenen Daten durch die Einbürgerungsbehörden, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, bisherige Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr

s. Einbürgerung

Drs 13/5016

Verfassungswidrigkeit der Verwaltungsvorschrift?

Gesprächsleitfadens bei Einbürgerungen von Muslimen

Begründung der o.g. Gesinnungsprüfung über das schon verlangte Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und die vorgegebene Regelanfrage beim Verfassungsschutz nach dem StaatsangehörigkeitsGes hinaus, Vereinbarkeit der Fokussierung auf Muslime mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Persönlichkeitsrecht nach dem Grundgesetz, Frage

nach objektiven Kriterien der Einbürgerungsbehörden zur Begründung der Zweifel an der inneren Hinwendung und Verfassungstreue der Einbürgerungsbewerber sowie nach Konsequenzen einer Nichtbeantwortung der Fragen; Zurückziehung der VwV mit sofortiger Wirkung

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5041

Äußerungen des Staatsministers Stächele

Aussagen zum Anteil von hier lebenden Muslimen, für die der Koran nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, verbunden mit der Aufforderung zu deren Ausreise; Bewertung und Konsequenzen dieser Äußerungen des Ministers iR eines Wahlkampfauftritts in Enningen im Kontext zum eingeführten Gesprächsleitfaden für muslimische Einbürgerungsbewerber

Antr
s. *Minister im Staatsministerium*
Drs 13/5141

Geänderte Einbürgerungspraxis bei Muslimen

Aufklärung der Widersprüche zwischen internen Auslegungshinweisen des IM zum Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen (generelle Anwendung bei Muslimen) und offiziellen Verlautbarungen der LReg (religionsneutrale Ausrichtung des Leitfadens); Überprüfung der Fragen auf ihre Verfassungskonformität; Frage nach einer Beteiligung des Ausländerbeauftragten und von Religionsgemeinschaften an der Erarbeitung des Leitfadens; Qualifikation der befassten Mitarbeiter in den Einbürgerungsbehörden, Konsequenzen einer negativen Bewertung des Bewerbers, Voraussetzungen für eine Rücknahme der Einbürgerung nach dem LVerwVG, datenschutzrechtliche Bewertung der Aufbewahrungsfrist; Rücknahme der VwV und des zugehörigen Gesprächsleitfadens

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5179

Missbrauch des Islam durch Terroristen, Einbindung der friedliebenden Mehrheit von Mitbürgern islamischen Glaubens in die Bekämpfung des Terrorismus

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328

Missbrauch des Islam durch Terroristen, Einbindung der friedliebenden Mehrheit von Mitbürgern islamischen Glaubens in die Bekämpfung des Terrorismus, Einrichtung eines Referats Islamismus beim LKA

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 362 364 371 374-377 380

Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 577 578

Anteil von Kindern muslimischen Glaubens an Grund- und Hauptschulen, Einführung von islamischem Religionsunterricht

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1117 1120

Begrüßung der Anerkennung der deutschen Rechts- und Werteordnung mit der „Islamischen Charta“ vom Zentralrat der Muslime; Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache an den Schulen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1231 1233 1243

Einstellung von Islamexperten beim Verfassungsschutz

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1727

Verneinung einer Beitrittsfähigkeit von islamischen Ländern zur EU

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2165 2166

Stellung des Islam in der Türkei, Einstufung als Staatsreligion, Ablehnung religiöser Gründe als Ausschlusskriterien für einen Beitritt zur EU

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2344 2346

Bevölkerungsanteil von Muslimen in den Ländern Europas, Bejahung einer Zugehörigkeit zur europäischen Kultur

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3802 3803 3811

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Verbot des Tragens für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen, Verweisung auf die Auseinandersetzungen innerhalb des Islam, Einführung eines islamischen Religionsunterrichts

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385-4397 4399-4402 4405-4408

Unterdrückung von Frauen in islamischen Staaten durch Symbole und das Recht der Scharia, Gewährung von Asylrecht bei geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4468 4471

Feststellung einer globalen Gefährdung der Sicherheit durch den islamistisch geprägten Terrorismus, Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4612 4618 4625-4627

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Verbot des Tragens für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen, Einführung eines islamischen Religionsunterrichts

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700-4724

Bedeutung der EU-Beitrittsperspektive der Türkei für den gemäßigten Islam, Befürchtung einer Stärkung fundamentalistischer Kräfte im Fall der Ablehnung von Beitrittsverhandlungen

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5370 5373 5375

Umsetzung des Modellversuchs eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Vertretern des Islam; Bekämpfung des islamistischen Terrorismus

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6403 6414 6416

Unterstützung des Modellversuchs eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496

Bekämpfung des islamistisch geprägten Terrorismus, Ausstattung des Verfassungsschutzes mit zusätzlichen Mitteln und Instrumenten, Einrichtung der Kompetenzgruppe „Islamismus“ beim LfV, Anstöße zu einem interreligiösen Dialog mit dem Islam

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7001-7009

Bekämpfung des islamistisch geprägten Terrorismus, Ausstattung des Verfassungsschutzes mit zusätzlichen Mitteln und Instrumenten

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7081-7087

Bedeutung der EU-Beitrittsperspektive der Türkei für den gemäßigten Islam im gesamten Nahen Osten

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7143 7147

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Verbot des Tragens für muslimische Erzieherinnen im Kindergarten, Ermöglichung der Einrichtung islamischer Kindergärten

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7518-7526 7530

Muslimischer Bevölkerungsanteil in BW, Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber, Verweisung auf das Angebot von islamischem Religionsunterricht

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646-7654 7656 7657 7659-7665 7667-7675

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Verbot des Tragens für muslimische Erzieherinnen im Kindergarten, Ermöglichung der Einrichtung islamischer Kindergärten

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7813-7820

Beklagung einer Blockadehaltung bei der Erteilung von Niederlassungserlaubnissen für Muslime

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8004

Islamwissenschaft

s. *Islam*

Island

Beteiligung der Landesbank BW an der Finanzierung eines umweltzerstörenden Staudamms

Beurteilung o.g. Kreditvergabe an die isländische Energiegesellschaft Landsvirkjun vor dem Hintergrund der Umweltverträglichkeit und Rentabilität des Bauwerks zum Betrieb einer Aluminiumschmelze, Vereinbarkeit mit der Aufgabenstellung und Gewährträgerhaftung der LBBW; Hinwirkung auf einen Rückzug aus diesem Geschäft und Ausschluss künftiger Beteiligungen an umweltzerstörenden Projekten

Antr

s. *Landesbank Baden-Württemberg*

Drs 13/2349

Israel

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Nutzung des Potenzials im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften mit Maßnahmen nach dem Vorbild Israels

GrAnfr

s. *Juden*

Drs 13/98

Beurteilung der Bestrebungen Israels um eine Vollmitgliedschaft in der EU

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2166

Ablehnung einer Mitgliedschaft Israels in der EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3324

Ablehnung einer Mitgliedschaft Israels in der EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3810

Abwehr antisemitischer Tendenzen im Zuge einer pauschalierenden Kritik an der Politik Israels

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4143

Italien

§ 87 Abs 2 *AusländerGes (AuslG)*

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr

s. *Ausländerrecht*

Drs 13/1648

Zurückstellung von Einbürgerungsanträgen

Erteilung des o.g. Ratschlags durch das RegPräs Freiburg gegenüber Italienern bis zur Klärung der Frage einer evtl vorübergehenden Doppelstaatigkeit, Frage nach ähnlichen Vorgehensweisen anderer RegPräs

MdlAnfr

s. *Einbürgerung*

Drs 13/2247

Bildungsabschlüsse von Schülerinnen und Schülern italienischer Abstammung und italienischer Staatsangehörigkeit

Entwicklung der Zahlen von Absolventen mit Abitur, mittlerer Reife, Hauptschulabschluss und ohne Abschluss in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Steigerung der Zahl höherer Bildungsabschlüsse

KlAnfr

s. *Schulabschluss*

Drs 13/2308

Tanktourismus gefährdet Steuereinnahmen und Tankstellen in BW

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, der Schweiz und den EU-Nachbarländern seit 1999; Auswirkungen der Ökosteuer; erzielbare Einsparungen für die Autofahrer und entgangene Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Beurteilung staatlicher Hilfen für Tankstellenbetreiber in Ländern mit vergleichsweise höheren Kraftstoffpreisen; Hinwirkung auf eine Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/2596

Feststellung eines höheren Wirtschaftswachstums in Italien als in Deutschland

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 553

Illegaler Einsatz von in Italien zugelassenen Pflanzenschutzmitteln durch Obstbauern in der Bodenseeregion

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 653

Erwartung eines mit Norditalien vergleichbaren Klimas hierzulande; Frauenanteil bei den informationstechnischen Berufen und naturwissenschaftlichen Studienabschlüssen in Italien

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1833 1836 1854 1856

Bewertung der Konzentration von Regierungs- und Medienmacht in den Händen des italienischen Regierungschefs Berlusconi sowie der Schaffung von Sondergesetzen und Blockade europäischer Entscheidungen; Hinweis auf die Abschaffung des Meisterzwangs in Südtirol

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3313 3314 3354 3360

Erwartung eines mit Norditalien vergleichbaren Klimas hierzulande

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3782

Verweisung auf die weltweit niedrigste Geburtenrate in Italien trotz der gut ausgebauten Kinderbetreuung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5848

Bewertung der Konzentration von Regierungs- und Medienmacht in den Händen des italienischen Regierungschefs Berlusconi

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6227

Bewertung der Politik des italienischen Regierungschefs Berlusconi als vorbildlich durch die damalige Kanzlerkandidatin Merkel; Verweisung auf die ablehnende Haltung der Italiener zur Gentechnik

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7458 7459 7470

Verweisung auf das Rauchverbot in allen Gaststätten Italiens

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7615

Abschneiden der Schüler in Südtirol bei der PISA-Studie

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7997

IT-Unternehmen

s. Datenverarbeitungsindustrie

IU Bruchsal

s. Privathochschule

IuK-Technik

s. Informations- und Kommunikationstechnik

IVU-Anlagen

s. Wasserrecht

IVU-Richtlinie im Wasserrecht

s. Wasserrecht

IZBB-Programm

s. Ganztagschule

Jäger, Karl-Wolfgang MdL CDU

Eintritt des Abg Karl-Wolfgang Jäger zum 01.10.2004 als Nachfolger des ausgeschiedenen Abg Dr. Thomas Schäuble

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5321

Jäger

s.a. Jagdschein

Bezuschussung einer Schießanlage aus Lotteriemitteln

Förderung von Baumaßnahmen an der Schießanlage der Kreisjägersvereinigung Heilbronn aus Mitteln der Glücksspirale, Begründung der Notwendigkeit des Tontaubenschießens als Training für die Jagdausübung

KlAnfr

s. Schießstand

Drs 13/1822

Staatswald BW

Stand und Ausweitung der Verpachtung von Staatswaldflächen, bisherige und künftig mögliche Einnahmen, Art und Umfang der Beteiligung privater Jäger an der Jagdausübung in den staatlichen Eigenjagdbezirken, Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Kirrungen zum Abbau der Überpopulation von Schwarzwild

Antr

s. Jagd

Drs 13/2412

Verpachtung der staatlichen Jagden in BW

Erwirtschaftung zusätzlicher Einnahmen mit der Verpachtung der Staatsjagden an Private nach dem Vorbild Österreichs

Antr

s. Jagd

Drs 13/2764

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Schaffung einer Beleihungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw

s. Unterbringungsgesetz

Drs 13/5051

Jagd

s.a. Jäger

s.a. Jagdabgabe

s.a. Jagdrecht

s.a. Jagdschein

s.a. Kataster

Angeordnete Hegeschauen

Zahl, Kosten und Nutzen der pro Jahr angeordneten Hegeschauen - über die Erkenntnisse der jährlichen Wildabschusslisten hinaus

Antr

s. Wild

Drs 13/579

Einsatz von Nachtsichtgeräten bei der Schwarzwildjagd

Schäden in Weinbergen verursacht durch Schwarzwild; Möglichkeiten einer effektiven Bejagung in Weinbaugebieten, insbes durch Ausnahmen vom Verbot des Einsatzes von Nachtsichtgeräten

KlAnfr Reinhold Gall SPD 31.01.2002 und Antw MLR Drs 13/705

Reduzierung der Wildschweine und effektivere Bejagung in der Staatsforstverwaltung

Entwicklung der Abschusszahlen landes- und bundesweit sowie im LKreis Schwäbisch Hall, Erleichterung der Bejagung durch forstliche und administrative Maßnahmen, Aufhebung des Sonntagsjagdverbots u.a. Möglichkeiten

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 20.02.2002 und Antw MLR Drs 13/759

Jagdszenen aus dem LKreis Biberach

Verstöße gegen das JagdGes und Fütterungsmissbräuche, Verzicht des Landratsamts auf Verfolgung und Ahndung mit der Begründung eines zu hohen bürokratischen Aufwands; Darlegung der ergriffenen Aufsichtsmaßnahmen u.a. Bemühungen zur Unterbindung der festgestellten Rechtsverstöße

Antr GRÜNE 20.03.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/871

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1638 S. 11 12

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Schäden durch Rabenvögel

Entwicklung des Bestands und der Regulierung von Rabenvögeln, Zulässigkeit der Bejagung der Saatkrähe in Frankreich und Großbritannien, Änd der Vogelschutzrichtlinie u.a. Maßnahmen zum Stopp der ungebremsten Population von Saatkrähen zur Verhinderung von Schäden in der Landwirtschaft; mögliche Entschädigungsregelungen

Antr

s. *Vogel*

Drs 13/991

Jagd in der Wilhelma

Einstellung der Bejagung von einwechselnden Tieren mit der Schusswaffe, Beschränkung der Vergrämung von Rabenkrähen und Staren auf pyrotechnische Mittel

Antr Winfried Kretschmann u.a. GRÜNE 16.07.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1186

BeschlEmpf und Bericht LandWA 06.11.2002 Drs 13/1638 S. 19 20

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Bekämpfung des Fuchsbandwurms

Aufwand, Ergebnisse, Konsequenzen und Ausweitung der Bekämpfung des Fuchsbandwurms; Daten über die Zahl der an Echinokokkose Erkrankten, Beurteilung des Fehlens einer Meldepflicht; Erfolgskontrolle einer verstärkten Bejagung des Bissams

KlAnfr

s. *Bandwurm*

Drs 13/1627

Bezuschussung einer Schießanlage aus Lotteriemitteln

Förderung von Baumaßnahmen an der Schießanlage der Kreisjägersvereinigung Heilbronn aus Mitteln der Glücksspirale, Begründung der Notwendigkeit des Tontaubenschießens als Training für die Jagdausübung

KlAnfr

s. *Schießstand*

Drs 13/1822

Verkehrsgefährdung und Verkehrsunfälle durch Wildschweine

Entwicklung der o.g. Zahlen und daraus folgenden Kosten seit 1993; Schlüsse aus dem im Bereich Böblingen-Herrenberg durchgeführten Versuch zur Erfassung und Überwachung der Schwarzwildbestände für eine effektivere Bekämpfung der Wildschweinplage, u.a. Einführung von Abschussprämien und Nachtsichtgeräten

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 16.07.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2266

BeschlEmpf und Bericht LandWA 24.09.2003 Drs 13/2583 S. 32 33

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Sanierung von Wurftaubenschießanlagen

Vorhandene und notwendige Zahl o.g. Anlagen; Umfang und Kosten des Sanierungsbedarfs; Bezuschussung aus Mitteln der Glücksspirale, aus Sportfördermitteln und dem Aufkommen der Jagdabgabe; Bildung und Einsatz von Eigenmitteln der Sportvereine und des Landesjagdverbands; Frage nach Problemen im Genehmigungsverfahren

Antr

s. *Schießstand*

Drs 13/2348

Staatswald BW

Stand und Ausweitung der Verpachtung von Staatswaldflächen, bisherige und künftig mögliche Einnahmen, Art und Umfang der Beteiligung privater Jäger an der Jagdausübung in den staatlichen Eigenjagdbezirken, Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Kirrungen zum Abbau der Überpopulation von Schwarzwild

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 17.09.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2412

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.12.2003 Drs 13/2934 S. 28

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Verpachtung der staatlichen Jagden in BW

Erwirtschaftung zusätzlicher Einnahmen mit der Verpachtung der Staatsjagden an Private nach dem Vorbild Österreichs

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 18.12.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2764

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239 S. 34 35

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Überfütterung von Wildschweinen in der Bittelbrunner Jagd

KlAnfr

s. *Wildschwein*

Drs 13/2820

Vergrämung von Kormoranen in BW

Zahl der erlegten Kormorane pro Jahr und Region; Frage nach wirtschaftlichen Schäden von Berufsfischern und Teichwirten; Verzicht auf eine Bejagung über die offizielle Jagdzeit auf andere Wasservögel hinaus, Begrenzung künftiger Verordnungen auf maximal fünf Jahre, Einbeziehung der Vogelwarte Radolfzell bei der Erarbeitung der Begleituntersuchungen, Anregung und Moderation von „Totholzprojekten“ durch das MLR

Antr

s. *Kormoran*

Drs 13/2907

Neufassung der Kormoran-VO in BW; Nachweise für „erhebliche fischereiwirtschaftliche Schäden“ und „Eingriffe in die Artenvielfalt“ durch den Kormoran

Belegbarkeit der o.g. Schäden? Betroffene Berufsfischer, Fischarten und Gewässer; Bewertung der Bejagung als Mittel zur Schadensabwehr; Expertenaussagen über die Ursachen des Äschenrückgangs; Verbesserung des Schutzes der heimischen Fischarten mit ökologischen Maßnahmen

KlAnfr

s. *Kormoran*

Drs 13/2987

Gesetzgebungskompetenz im Jagdrecht, bei der Jagdsteuer und der Jägerprüfung

Auswirkungen der geplanten Veränderung der Rahmenbedingungen für die Jagdausübung, Bewertung der Einwände des Landesjagdverbands zu einer neuen Verordnung über die Durchführung der Jägerprüfung, Prüfung der vorgeschlagenen Abschaffung der Jagdsteuer

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 09.11.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3730

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.03.2005 Drs 13/4312 S. 41 42

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Jagdabgabe*Abschaffung der Jagdsteuer*

Höhe des Aufkommens und Verwaltungsaufwands der Jagdsteuer für die einzelnen LKreise, Planung einer Abschaffung und Kompensation der Einnahmeausfälle?

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 13.09.2004 und Antw FM Drs 13/3547

Kommunalisierung der Jagdscheinegebühr

Höhe des Aufkommens und Verwaltungsaufwands o.g. Gebühren zur Erteilung des Jagdscheins und zur Teilnahme an der Jagdprüfung für die einzelnen LKreise, Erwartung eines „Jagdscheintourismus“ aufgrund der unterschiedlich hohen Gebühren nach der Kommunalisierung?

KlAnfr

s. *Jagdschein*

Drs 13/3590

Jagdsteuer und Gebührenrecht im Jagdwesen

Höhe des Aufkommens und Verwaltungsaufwands o.g. Gebühren zur Erteilung des Jagdscheins und zur Teilnahme an der Jagdprüfung für die einzelnen LKreise, Erwartung eines „Jagdscheintourismus“ aufgrund der unterschiedlichen Gebührenhöhe nach der Kommunalisierung? Prüfung einer Abschaffung der Jagdsteuer

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 08.10.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3644

BeschlEmpf und Bericht LandWA 01.12.2004 Drs 13/3932 S. 46 47

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Gesetzgebungskompetenz im Jagdrecht, bei der Jagdsteuer und der Jägerprüfung

Auswirkungen der geplanten Veränderung der Rahmenbedingungen für die Jagdausübung, Bewertung der Einwände des Landesjagdverbands zu einer neuen Verordnung über die Durchführung der Jägerprüfung, Prüfung der vorgeschlagenen Abschaffung der Jagdsteuer

Antr

s. *Jagd*

Drs 13/3730

Aufkommen und Abschaffung der Jagdsteuer

Höhe des Aufkommens und Verwaltungsaufwands der Jagdsteuer für die LKreise, Planung einer Abschaffung als Beitrag zum Bürokratieabbau?

MdlAnfr 2) Gerd Teßmer SPD 25.11.2005 Drs 13/4870

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7515 7516

Verpflichtung der Kommunen zur Erhebung eines Höchstsatzes bei der Jagdsteuer

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6245

Erinnerung an das Versprechen des MinPräs zur Abschaffung der Jagdsteuer

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7828

Jagdgesetz

s. *Jagdrecht*

Jagdprüfung

s. *Jagdschein*

Jagdrecht

s.a. *Jagdabgabe*

s.a. *Jagdschein*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd des LJagdGes

GesEntw

s. *Währung*

Drs 13/313

Jagdszenen aus dem LKreis Biberach

Verstöße gegen das JagdGes und Fütterungsmisbräuche, Verzicht des Landratsamts auf Verfolgung und Ahndung mit der Begründung eines zu hohen bürokratischen Aufwands; Darlegung der ergriffenen Aufsichtsmaßnahmen u.a. Bemühungen zur Unterbindung der festgestellten Rechtsverstöße

Antr

s. *Jagd*

Drs 13/871

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesjagdGes und der DurchführungsVO zum LandesjagdGes

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührensatzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw

s. *Gebühren*

Drs 13/3477

Gesetzgebungskompetenz im Jagdrecht, bei der Jagdsteuer und der Jägerprüfung

Auswirkungen der geplanten Veränderung der Rahmenbedingungen für die Jagdausübung, Bewertung der Einwände des Landesjagdverbands zu einer neuen Verordnung über die Durchführung der Jägerprüfung, Prüfung der vorgeschlagenen Abschaffung der Jagdsteuer

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/3730

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung des SicherheitsüberprüfungsGes des Landes in Anlehnung an die Rechtslage des Bundes um den vorbeugenden personellen Sabotageschutz, Ermöglichung der Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Mitwirkung des LfV bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen nach dem Waffen-, Sprengstoff- oder Jagdrecht sowie bei ausländerrechtlichen Verfahren

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Schaffung einer Beleihungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/5051

Expertenkritik an der DurchführungsVO zum LJagdGes

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1055

Jagdschein*Kommunalisierung der Jagdscheingebühr*

Höhe des Aufkommens und Verwaltungsaufwands o.g. Gebühren zur Erteilung des Jagdscheins und zur Teilnahme an der Jagdprüfung für die einzelnen LKreise, Erwartung eines „Jagdscheintourismus“ aufgrund der unterschiedlich hohen Gebühren nach der Kommunalisierung?

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 28.09.2004 und Antw MLR
Drs 13/3590

Jagdsteuer und Gebührenrecht im Jagdwesen

Höhe des Aufkommens und Verwaltungsaufwands o.g. Gebühren zur Erteilung des Jagdscheins und zur Teilnahme an der Jagdprüfung für die einzelnen LKreise, Erwartung eines „Jagdscheintourismus“ aufgrund der unterschiedlichen Gebührenhöhe nach der Kommunalisierung? Prüfung einer Abschaffung der Jagdsteuer

Antr
s. *Jagdabgabe*
Drs 13/3644

Gesetzgebungskompetenz im Jagdrecht, bei der Jagdsteuer und der Jägerprüfung

Auswirkungen der geplanten Veränderung der Rahmenbedingungen für die Jagdausübung, Bewertung der Einwände des Landesjagdverbands zu einer neuen Verordnung über die Durch-

führung der Jägerprüfung, Prüfung der vorgeschlagenen Abschaffung der Jagdsteuer

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/3730

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Schaffung einer Beleihungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/5051

Jagdscheingebühr

s. *Jagdschein*

Jagdsteuer

s. *Jagdabgabe*

Jagsttalbahn*Jagsttalbahn*

Überwindung der Hindernisse zur Wiederinbetriebnahme der Jagsttalbahn zwischen Krauthem und Dörzbach

KIAnfr Boris Palmer GRÜNE 05.11.2002 und Antw UVM
Drs 13/1458

Jagsttalbahn

Überwindung der Hindernisse zur Wiederinbetriebnahme der Jagsttalbahn zwischen Widdern und Dörzbach, Übergabe der hierfür erforderlichen Liegenschaften von der landeseigenen SWEG an die anliegenden Gemeinden

KIAnfr Reinhold Gall SPD 10.06.2003 und Antw UVM Drs
13/2149

Japan

Feststellung einer internationalen Schlusslichtposition Japans beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329

Jauche

s. *Düngemittel*

Jazz

s. *Musik*

Jobticket

s. *Fahrausweis*

Jod

Bereitstellung von Tabletten mit hochdosiertem Jod als Vorsorgemaßnahme für einen Atomunfall

Zahl der zur Beschaffung vorgesehenen Jodtabletten und der Empfänger, Art der Vorhaltung und Zeitpunkt der Verteilung, Beurteilung der Aufforderung nach geltenden Katastrophenschutzplänen, bei einem Atomunfall im sicheren Haus zu bleiben

und gleichzeitig die Jodtabletten von den zentralen Sammelstellen abzuholen; Prüfung einer „ereignisunabhängigen Vorverteilung“ nach dem Beispiel Österreichs; Höhe und Träger der Kosten für Vorsorgemaßnahmen im Umkreis ausländischer Atomkraftwerke

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 22.01.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2829
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 16 17
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Jodtablettenversorgung in BW

Abgrenzung der Gebiete im Umkreis von kerntechnischen Anlagen in BW und in Grenznähe zur Vorhaltung und Verteilung von Kalium-Jodtabletten im Katastrophenfall, Vorschriften zum Verhalten und zur Information der Bevölkerung nach den Katastrophenschutzplänen

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 10.02.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2900
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 16 17
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Folsäureanreicherung von Grundnahrungsmitteln

Einschätzung der o.g. Möglichkeit zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und der erwarteten Effekte, insbes zur Vermeidung von Missbildungen in der Schwangerschaft; Frage nach internationalen Erfahrungen und der Bewertung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung; Art und Auswirkungen einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Jod und Fluor

Antr
s. *Folsäure*
Drs 13/3667

Jodtablette

s. *Jod*

Journalist

Übernahme von Reisekosten für Journalisten

Auflistung der Reisen von Regierungsmitgliedern seit Beginn der 13. WP und der begleitenden Journalisten, Frage nach vorhandenen Regelungen zur Kostenübernahme bzw der jeweils tatsächlich erfolgten Kostenerstattung

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 28.03.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1958
BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 7 8
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr
s. *Medien*

Drs 13/2468

Würdigung der sachlichen Berichterstattung der Journalisten als Mittler zwischen Parlament und Bürger

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 3 4

Würdigung der sachlichen Berichterstattung des SWR über die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten und die nachfolgenden Ereignisse

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 539

Bekräftigung der Notwendigkeit von seriösem Journalismus als Grundlage von Rundfunkprogrammen, Festlegung von Redaktionsstatuten als Voraussetzung zur Lizenzerteilung an private Rundfunkveranstalter

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2857 2866-2870

Vergleich der Einkommen von Landtagsabgeordneten und Journalisten

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3362 3363

Vergleich der Einkommen von Landtagsabgeordneten und Journalisten

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5302

Jubiläum

s.a. *Geburtstagsfeier*

s.a. *Gedenktag*

s.a. *Grußwort*

Zukünftige Nutzung des Alten Landtags, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird

Finanzieller Aufwand des Landes bei der Sanierung des Gebäudes in den achtziger Jahren, derzeitiger Zustand; Überlegungen zu eigenen Nutzungsmöglichkeiten und Bereitstellung von Ersatzräumen für die staatliche Akademie für Bildende Künste, Verhandlungen mit dem Haus der Geschichte über Ausstellungen oder Veranstaltungen, Einbeziehung in die Veranstaltungen zum 50-jährigen Landesjubiläum

KlAnfr
s. *Landtag von Baden-Württemberg*
Drs 13/547

Haushalt 2002 und 2003; Epl 01

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Veranstaltungen des Ltg zum 50-jährigen Jubiläum des Landes

ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 16.01.2002 Drs 13/651-2 S. 12 13
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936-941

Festsitzung des Ltg aus Anlass der Wahl und der konstituierenden Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung vor 50 Jahren; Festvortrag: Zwischen Geschichte und Reißbrett - Über die Zukunft der deutschen Länder

s. *Gedenktag*
PIPr 13/21 S. 1159

Aufwertung des Geburtsortes unserer Landesverfassung anlässlich ihres 50. Geburtstages

Einbeziehung des Alten Landtags in der Stuttgarter Heusteigstraße in die Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich des Verfassungsjubiläums, Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Kunstakademie und dem Haus der Geschichte

KlAnfr

s. *Landesverfassung*
Drs 13/1613

Wiedereinführung der so genannten 183-Tage-Regelung auch für die Zeit ab Wiedereinführung der Jubiläumsgabe

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1747 (da-
zu ÄAntr CDU und FDP/DVP)
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2574-2577
GesBeschl 19.02.2003 Drs 13/1830
GBI 2003 Nr. 3 S. 117 118 (Ges vom 25.02.2003)

Schiller-Jubiläumjahr an den Schulen BW

Berücksichtigung an den Schulen und iRd Lehrerfortbildung,
angebotene Arbeitshilfen

MdlAnfr
s. *Schiller, Friedrich von*
Drs 13/4204

200 Jahre Baden und Württemberg - Landesveranstaltungen im Jubiläumjahr

Geplante Veranstaltungen und Publikationen sowie veranschlag-
te Mittel für die beiden Jubiläen, Veranstaltung einer großen
Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs,
Gründe für den Verzicht auf eine entsprechende Darstellung der
badischen Landesgeschichte, Beurteilung der geplanten gemein-
samen Aktivitäten der Wirkstatt e.V. und der Landesvereinigung
Baden in Europa, Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe
für beide Landesteile unter Einbeziehung von Mitteln der Lan-
desstiftung

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 04.01.2006 und Antw StM
Drs 13/5025

*Das Stadttheater Konstanz und seine theaterhistorische Bedeu-
tung für Südwestdeutschland und insbes den Bodenseeraum*

Unterstützung der Veranstaltungen u.a. Aktivitäten zum 400-
jährigen Jubiläum des Stadttheaters Konstanz

KlAnfr
s. *Theater*
Drs 13/5049

*Beteiligung des Ltg an den Veranstaltungen zum 50-jährigen Ju-
biläum des Landes*

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

*Geplante Veranstaltungen der LReg zum 50-jährigen Jubiläum
des Landes*

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56 60

*Mittelbereitstellung für die Veranstaltungen zum 50-jährigen Ju-
biläum des Landes; Wiedereinführung der Jubiläumsgabe*

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202

*Erwartung eines arbeitsreichen Jahres mit vielen Veranstaltungen
zum 50-jährigen Jubiläum des Landes; Wiedereinführung
der Jubiläumsgabe*

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833 834 847 851 852 864 880

*Mitgestaltung des 50-jährigen Landesjubiläums durch den Ltg,
Ausstellungen iRd Jubiläums*

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936 938 940 941 979 982 983 992

*Finanzierung einer Ausstellung über Nachhaltigkeit in der Tech-
nologieentwicklung zum Landesjubiläum*

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1037

*Grußworte zu Beginn der ersten auswärtigen Plenarsitzung des
Ltg in Karlsruhe anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Lan-
des*

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451 1452

*Grußworte zu Beginn der auswärtigen Plenarsitzung des Ltg im
Kloster Bebenhausen anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des
Landes*

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1733 1734

*Grußworte zu Beginn der auswärtigen Plenarsitzung des Ltg in
Freiburg anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Landes*

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1893 1894

Juden

s.a. *Beschneidung*

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Umfang, Zusammensetzung und Verteilung der russisch-
jüdischen Immigranten seit 1991; soziale, schulische und beruf-
liche Integration; Veränderungsbedarf der angebotenen Sprach-
kurse; alters- und bildungsgemäße Einschulung der Kinder; För-
derung der Beschäftigung entsprechend den erworbenen Quali-
fikationen bzw Bildungsabschlüssen; Quote und Dauer von Ar-
beitslosigkeit; Nutzung des Potenzials im Bereich der Ingenieur-
und Naturwissenschaften mit Maßnahmen nach dem Vorbild Is-
raels; Unterstützung von Existenzgründungen; Anpassung der
Verteilung nach den Wünschen der jüdischen Gemeinden, Be-
reitstellung zusätzlicher Mittel für deren Integrationsarbeit

GrAnfr FDP/DVP 18.07.2001 und Antw IM Drs 13/98 (13
S.)

*Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Verteilung jüdi-
scher Kontingentflüchtlinge (Drs 12/6010 Nr. 19 Ziff. 2)*

Mittlg LReg 02.11.2001 Drs 13/390

*Zentrale Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit in
Karlsruhe am 03.03.2002; Verleihung der Buber-Rosenzweig-
Medaille; Abwesenheit der LReg*

Begründung der Abwesenheit des MinPräs, von Kabinettsmit-
gliedern und parlamentarischen Repräsentanten der Regierungs-
fraktionen; Beurteilung der Gefahr der Brückierung von Veran-
staltern und Gästen der christlich-jüdischen Woche

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 13/815

Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim
Konzeption, Betreuung und bisherige Finanzierung der o.g. Aus-
stellung; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung und wis-
senschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1213

*Zuweisung jüdischer Neuzuwanderer in Regionen mit jüdischen
Gemeinden*

Ermöglichung einer gemeindenahen Unterbringung der jüdi-
schen Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion,
Hinwirkung auf einen Finanzausgleich zwischen den Kommu-
nen entsprechend der bayerischen Regelung

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 13.08.2002 und Stellung-
nahme IM Drs 13/1256

BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 14 15
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Neubewertung der Stellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Staatssekretär Sieber, dem Biberacher Landrat und der Laupheimer Bürgermeisterin; Erarbeitung einer Konzeption zur dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1587

Fachliche und pädagogische Befähigung von Lehrkräften für jüdischen Religionsunterricht

Bisherige und künftige Praxis für den Erwerb der o.g. Qualifikation, Zahl der befähigten Lehrkräfte, Zeitpunkt einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz

Antr
s. *Religionslehrer*
Drs 13/2436

Feststellung eines Rückgangs der Zahl jüdischer Einwanderer; Ermöglichung einer längeren Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften durch jüdische Emigranten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4019 4048 4054

Gedenken an die Verfolgung und Ermordung der Juden durch die Nationalsozialisten, Abwehr antisemitischer Tendenzen im Zuge einer pauschalierenden Kritik an der Politik Israels

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4143

Unterbringung der jüdischen Zuwanderer aus Russland, Unterstützung der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4267

Judentum

s. *Juden*

Jüdische Gemeinde

s. *Juden*

Jugend trainiert für Olympia

Teilnahme von baden-württembergischen Schulen am Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“

Entwicklung der Teilnahme von Schulen und Schülern in den angebotenen Sportarten seit 1998; Beurteilung durch Sportvereine und -verbände; Träger, Organisatoren, Durchführende und Finanzierung der Wettbewerbe; anteiliger Aufwand der Schulleitungen und Kollegien, Anerkennung der Mitwirkung von Lehrern als Teil der Deputatsstunden

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 03.11.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2569
BeschlEmpf und Bericht SchulA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 31
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Jugendagentur

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquête eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Erleichterung des Übergangs von der Schule in den Beruf durch die Jugendagenturen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 738

Jugendakademie

s. *Akademie*

Jugendamt

Beratung und Unterstützung von Pflegefamilien

Zahl von Kindern in Pflegefamilien, Personalausstattung und Organisation der Jugendämter zur Wahrnehmung o.g. Aufgaben, Weiterbildung der Mitarbeiter, Kooperation mit Zusammenschlüssen von Pflegeeltern u.a. Einrichtungen, Anregung von Weiterentwicklungen, gleichmäßiger Ausbau der Angebote

Antr
s. *Pflegeeltern*
Drs 13/894

Erteilung der Betriebslaubnis für Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder

Hinwirkung auf Verzicht der Landeswohlfahrtsverbände und der Landesjugendämter auf die Vorgabe unverhältnismäßig belastender Mindeststandards als Voraussetzung zur Erteilung einer Betriebslaubnis nach § 45 KJHG für die o.g. Träger

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/930

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3153

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse

der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/4022

Situation von Pflegekindern in BW

Zahl von Kindern in Pflegefamilien und Heimen nach dem KJHG, Umfang der jeweiligen finanziellen Unterstützung, Frage nach Kooperationsmodellen zwischen Heimbetreuung und der Betreuung in Pflegefamilien sowie nach Verbänden und deren Vertretung in den einschlägigen Gremien, Art der Vorbereitung und Begleitung von Pflegeeltern, Organisation und Kompetenzen der Pflegekinderdienste bei den Jugendämtern sowie deren Fachaufsicht

Antr
s. *Pflegekind*
Drs 13/4363

Umsetzung des Platzverweisverfahrens in den Kreisen

Entwicklung der Zahlen von o.g. Kriseninterventionen aufgrund häuslicher Gewalt in den einzelnen Stadt- und LKreisen, flankierende Maßnahmen der Jugendämter für die betroffenen Kinder, verbindliche Standards der einzelnen Kreise zur Vernetzung der beteiligten Stellen, Angebote zur Betreuung und Beratung der betroffenen Frauen und Kinder

Antr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/4904

Beteiligung der Jugendämter bei Fehlverhalten von Schülern mit ernsthaften Konsequenzen wie Ausschluss vom Unterricht und von der Schule

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249-2251 2253

Aufforderung der Jugendämter zu einer Verstärkung ihres Engagements bei den Projekten zur kommunalen Kriminalprävention

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7186

Jugendarbeit

s.a. *Haus des Jugendrechts*

s.a. *Jugendagentur*

s.a. *Jugendbildung*

s.a. *Jugendleiter*

s.a. *Jugendplan*

s.a. *Kinder- und Jugendhilfe*

Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/125

Entwicklung der Jugendpolitik

Entwicklung der letzten fünf Jahre, Bedeutung der außerschulischen Jugendbildung, der beruflichen Zukunftssicherung, Kooperation von Schule und Jugendarbeit, der Medienkompetenz und Integration

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/737

Programm „Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten“

Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Trägern, Ersetzung der ausfallenden Betreuungspersonen bei Jugendfarmen, mobiler Jugendarbeit, Aktivspielplätzen etc, insbes vor Beginn der Sommerferien; Klärung der Zuständigkeit für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 13/949

Sonderurlaub für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter

Freistellung von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit; Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung von Verdienstaussfällen an Arbeitgeber; Änd des Ges über die Erteilung von Sonderurlaub an Mitarbeiter in der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt, Senkung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre

Antr
s. *Sonderurlaub*
Drs 13/962

Sonderprogramm Jugend-Arbeit-Zukunft; Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten

Ergebnisse des o.g. Programms für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Initiativen und Organisationen

Antr
s. *Arbeitsförderung*
Drs 13/963

Durchführung und Finanzierung von überörtlich bedeutsamen regionalen Veranstaltungen im Bereich der Jugendarbeit

Darlegung der o.g. Veranstaltungen und der Höhe der jeweiligen Bezuschussung in den letzten vier Jahren, Höhe der Förder summe für das zentral in Stuttgart mit dem SWR durchgeführte Festival, Sicherung der Finanzierung für die auf ehrenamtlicher Basis organisierten Veranstaltungen

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 16.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1180
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 37
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Maßnahmen zur Verbesserung des Jugend-Tourismus in BW

Unterstützung eines eigenständigen Internet-Portals, von preiswerten Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-Angeboten; Förderung von kulturellen Events, von Sport- und Musikveranstaltungen; Absicherung von ausgewählten Großereignissen durch Bürgerschaftshilfen

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/1429

Ausgestaltung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern; Kriterien der Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden; Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen sowie der Träger außerschulischer Jugendbildung; Bewertung des Förderprogramms „Jugendarbeit und Schule“, Kooperation als gleichrangige Partner

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2279

Sachstand und Perspektiven für einen umfangreichen Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Beurteilung der Vorschläge des Bundesjugendkuratoriums und des Landesjugendrings; Ausstattung der Schulämter mit Kooperationsbeauftragten vor und nach der Verwaltungsreform; Anstreben von Rahmenvereinbarungen mit landesweit operierenden Trägern außerschulischer Jugendarbeit und Jugendbildung; Förderung der Schulsozialarbeit sowie der Eltern- und Familienbildung; Evaluation der Konzepte beim Ausbau der Ganztagschulen mithilfe des Investitionsprogramms der BReg; Verankerung einer Kooperationsverpflichtung der Schule mit der Jugendhilfe im SchulGes

Antr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 13/2695

*Haushalt 2004; Epl 04**Rücknahme von Kürzungen beim L Jugendplan für die Jugendarbeit*

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804 23-25 S. 67-69

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2844-15 S. 23

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Außerschulische Jugendbildung - wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen

Definition und Stellenwert, Bedingungen und Akteure, Ziele und Perspektiven der außerschulischen Jugendbildung; Akzeptanz und Nutzen der Jugendlichen; Einbindung der Wirtschaft; Rolle der Jugendagenturen

Antr

s. *Jugendbildung*

Drs 13/3365

Chancen und Möglichkeiten der Kooperation von Jugendarbeit und Schule für die Jugendbildung

Bewertung des o.g. Förderprogramms; Akzeptanz und Nutzen der Träger, Schulen und der teilnehmenden Jugendlichen; Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Evaluation des Programms, insbes Ausweitung der Fördermodalitäten und Modifikation der Öffentlichkeitsarbeit

Antr

s. *Jugendbildung*

Drs 13/3366

Bedeutung der (inter-)kulturellen Jugendbildung in BW

Rahmenbedingungen und Ziele der Träger interkultureller Jugendbildung; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderprogramme „Integration ausländischer Jugendlicher“ und „Kreativ mit Medien“; Qualifizierung von Erzieherinnen, Sozialpädagogen, außerschulischen Lehrkräften etc für die Arbeit mit multikulturellen Gruppen von Jugendlichen

Antr

s. Jugendbildung

Drs 13/3368

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bei Zeltlagern und Freizeiten der Jugendverbände und Jugendringe in BW

Kostenlose Erstbelehrung der Betreuer von Jugendfreizeiten durch die Gesundheitsämter nach dem InfektionsschutzGes, Ermöglichung des Bezugs von Frischmilch und Eiern von Bauernhöfen, entsprechende Anpassung der Hygienevorschriften an die Bedingungen bei Zeltlagern, Harmonisierung der Zuschüsse für die Teilnehmer mit den Kommunen; Überprüfung der bürokratischen Hürden in Abstimmung mit dem Landesjugendring

Antr

s. *Ehrenamt*

Drs 13/3570

Verlässliche Verankerung von psychosozialen Unterstützungsstrukturen und Schulsozialarbeit an baden-württembergischen Schulen

Zahl der Schulpsychologen, Betreuungsrelation zu den Schülern im Vergleich mit anderen BLändern, Rahmenvereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendverbänden; langfristige Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit an den bisherigen und neu beantragten Standorten; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen der angekündigten wissenschaftlichen Begleituntersuchung

Antr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 13/3636

Konsequenzen aus dem Landesjugendbericht

Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und erhobenen Forderungen des o.g. Berichts unter Einbeziehung der Fachorganisationen; Beurteilung der Forderung nach einer einheitlich gestalteten Förderpolitik sowie Klärung des Verhältnisses von Regelfinanzierung, Sonderprogrammen und Projektfinanzierung; Anteil der Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtmitteln für die Kinder- und Jugendhilfe

Antr

s. *Jugendbericht*

Drs 13/3712

Kooperation Jugendarbeit und Schule

Entwicklung der Zuschüsse für das o.g. Förderprogramm, Umfang und Auswirkungen von Kürzungen für die betroffenen Einrichtungen und Projekte, u.a. des DRK und des Badischen Sportbunds

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 03.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3717

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 33 34

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquête eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft; Gründe und Auswirkungen der Mittelkürzungen u.a. für Jugendorganisationen, Jugenderholung, Gruppenleiterschulung und Eingliederung junger Aussiedler; Absicherung von Maßnahmen über Spielbankerträ-

ge? Systematische Evaluation und Auswertung aller Förderbereiche; Verbesserung der Effizienz, Nachhaltigkeit und Transparenz der Jugendhilfe mit einem neuen Konzept für die gesamte Förderstruktur

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Vernetzung von Jugendarbeit, Schule und Wirtschaft
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48 55

Würdigung des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 992 1002 1008 1009

Bedeutung der außerschulischen Jugendarbeit, Verhinderung von Kürzungen für die Jugendbildungsreferenten
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4261 4265 4268 4270 4271 4274

Förderung von Kooperationsprojekten zwischen Schule und außerschulischer Jugendarbeit
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6154

Umsetzung eines Leitbilds für das Kinderland BW gemeinsam mit den Verbänden der Jugendarbeit, Einbindung von ehrenamtlichen Kräften aus der Jugendarbeit in die Ganztagsbetreuung an Schulen
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7204-7206 7226 7227

Jugendarbeitsschutzgesetz

s. *Arbeitsschutz*

Jugendaustausch

s.a. *Kulturaustausch*

Auslandsaufenthalte von SchülerInnen

Art, Umfang, Qualität, Organisation, Kosten und finanzielle Unterstützung o.g. Austauschprogramme, Sprachreisen und Praktika; Beurteilung der Möglichkeiten einer internationalen Zertifizierung der Angebote und Veranstalter

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 25.09.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/259
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.03.2002 Drs 13/955 S. 7
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache am Oberrhein

Ausbau von grenzüberschreitenden Schulpartnerschaften und des Jugendaustauschs

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/691

Lernen für Verantwortung und Toleranz

Vermittlung und Bewertung sozialer Kompetenzen mit Einführung der neuen Bildungsgänge; Bescheinigung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, im Jugendgemeinderat, der SMV usw in einem „Quali-Pass“; Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde; Unterstützung des Schüleraustauschs und von Praktika im Ausland sowie grenzüberschreitender Jugendparlamente in den Grenzregionen

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/2099

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der unterrichtenden Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Mögliche Kürzungen der finanziellen Förderung aus dem Landesjugendplan für Schülerbegegnungen mit Russland

Bedeutung der Schülerbegegnungen mit osteuropäischen Partnerschulen; Gründe und Auswirkungen o.g. Rückzugspläne, insbes für das Fach Russisch an den hiesigen Schulen

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 13.07.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4505
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 35
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Anregung eines deutsch-polnischen Jugendwerks

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 604 612

Intensität des Schüler- und Studentenaustauschs mit Frankreich

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1468 1486 1492 1506

Intensität des Studentenaustauschs mit den Vereinigten Staaten

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3105 3106

Intensivierung des Schüler- und Studentenaustauschs mit Frankreich

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3315 3323

Jugendbehörde

s. *Jugendamt*

Jugendbericht

Landesjugendbericht der 13. Legislaturperiode

Mittlg LReg 27.07.2004 Drs 13/3435 (248 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 23.09.2004 Drs 13/3575
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5784-5790

Konsequenzen aus dem Landesjugendbericht

Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und erhobenen Forderungen des o.g. Berichts unter Einbeziehung der Fachorganisa-

tionen; Beurteilung der Forderung nach einer einheitlich gestalteten Förderpolitik sowie Klärung des Verhältnisses von Regelfinanzierung, Sonderprogrammen und Projektfinanzierung; Anteil der Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtmitteln für die Kinder- und Jugendhilfe

Antr SPD 27.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3712
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5784-5790

Jugendberufshelfer

Jugendberufshelfer und -helferinnen

Effizienz der Jugendberufshelfer zur Unterstützung von Jugendlichen aus den Haupt- und Förderschulen bei der beruflichen Integration; Entwicklung der Finanzierungsanteile des Landes und der anderen Träger seit Einführung im Jahr 2000; Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit Kammern und Betrieben

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3737
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 34 35
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/4022

Projekt „Sprungbrett“

Standorte, Träger, Finanzierung und Erfolg des o.g. Projekts zur Förderung der Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; finanzielle Perspektiven nach Ausschöpfung der Fördermittel

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/4095

Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife von Schülern an Hauptschulen in der 8. und 9. Klasse

Erschöpfung der Mittel des o.g. Programms bereits nach einem Jahr, Bewertung des Erfolgs bzw der Möglichkeiten zur Weiterführung der Projekte

KlAnfr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/4186

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquête eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Verdoppelung der Zahl von Jugendberufshelfern
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 893 910

Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf durch Jugendberufshelfer
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1365

Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf durch Jugendberufshelfer
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1754

Fortführung des Projekts „Jugendberufshelfer“
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811

Kritik an der Rückführung der Mittel für Jugendberufshelfer bzw am Ausstieg des Landesarbeitsamts aus der Förderung
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519 3521 3526 3527

Kritik an der Rückführung der Mittel für Jugendberufshelfer
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3859 3868

Kritik an der Rückführung der Mittel für Jugendberufshelfer
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5049 5053

Jugendbildung

s.a. *Freiwilliges ökologisches Jahr*
s.a. *Jugendplan*
s.a. *Museumspädagogik*

Bildungsreferentinnen und -referenten

Zustimmung zu den vom LJugendring verabschiedeten Kriterien zur Förderung der Personalkosten von Jugendbildungsreferenten, Aufstockung der Zahl der geförderten Referenten, Etatisierung der erforderlichen Mittel

Antr Stephan Braun u.a. SPD 18.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/338
BeschlEmpf und Bericht SchulA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 23 24
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Entwicklung der Jugendpolitik

Entwicklung der letzten fünf Jahre, Bedeutung der außerschulischen Jugendbildung, der beruflichen Zukunftssicherung, Kooperation von Schule und Jugendarbeit, der Medienkompetenz und Integration

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/737

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Verbesserte Förderung von Integrationsbemühungen bei der Ehrenamtskonzeption und der außerschulischen Bildungsarbeit

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/925

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Förderung von offenen Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept unter Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen, Naturschutzverbänden und den Trägern der außerschulischen Jugendbildung

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2235

Ausgestaltung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern; Kriterien der Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden; Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen sowie der Träger außerschulischer Jugendbildung; Bewertung des Förderprogramms „Jugendarbeit und Schule“, Kooperation als gleichrangige Partner

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2279

Partnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen und Verbänden/Vereinen iRd Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (IZBB)

Gestellte und genehmigte Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen an den einzelnen Schularten im Sinne des IZBB bzw der Bekanntmachung des KM; Ausgestaltung, Organisation und Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote; Beurteilung der Eignung von Soziokulturellen Zentren, Theatern, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Organisationen der geeigneten Kooperationspartner

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2410

Sachstand und Perspektiven für einen umfangreichen Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Beurteilung der Vorschläge des Bundesjugendkuratoriums und des Landesjugendrings; Ausstattung der Schulämter mit Kooperationsbeauftragten vor und nach der Verwaltungsreform; Anstreben von Rahmenvereinbarungen mit landesweit operierenden Trägern außerschulischer Jugendarbeit und Jugendbildung; Förderung der Schulsozialarbeit sowie der Eltern- und Familienbildung; Evaluation der Konzepte beim Ausbau der Ganztagschulen mithilfe des Investitionsprogramms der BReg; Verankerung einer Kooperationsverpflichtung der Schule mit der Jugendhilfe im SchulGes

Antr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 13/2695

Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ganztagschulen in BW mithilfe des Investitionsprogramms der BReg IZBB

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern sowie von der LReg abgerufene und weitergeleitete Mittel; Teilnahme an Koordinierungsgesprächen des Bundesbildungsministeriums; Berücksichtigung aller Regionen; Einbeziehung von Jugendverbänden, Sportvereinen, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Evaluation von Ganztagschulen

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2781

*Haushalt 2004; Epl 04**Rücknahme von Kürzungen bei der Jugendbildung*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2804-6 S. 45 46

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2844-5 S. 10 11

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

*Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)**Änd des Jugendbildungsges*

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Außerschulische Jugendbildung - wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen

Definition und Stellenwert, Bedingungen und Akteure, Ziele und Perspektiven der außerschulischen Jugendbildung; Akzeptanz und Nutzen der Jugendlichen; Einbindung der Wirtschaft; Rolle der Jugendagenturen

Antr Volker Schebesta u.a. CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP 14.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3365 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 16 17

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Chancen und Möglichkeiten der Kooperation von Jugendarbeit und Schule für die Jugendbildung

Bewertung des o.g. Förderprogramms; Akzeptanz und Nutzen der Träger, Schulen und der teilnehmenden Jugendlichen; Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Evaluation des Programms, insbes Ausweitung der Fördermodalitäten und Modifikation der Öffentlichkeitsarbeit

Antr Volker Schebesta u.a. CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP 14.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3366 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 16 17

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Beitrag der außerschulischen Jugendbildung für die Ganztagschulen

Mittelbereitstellung für Lehraufträge bzw kostendeckende Honorare entsprechend dem Ausbau der Ganztagschulen nach dem Bundesprogramm; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Trägern der außerschulischen Jugendbildung über eine dauerhafte Kooperation

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 14.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3367

BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 16 17

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Bedeutung der (inter-)kulturellen Jugendbildung in BW

Rahmenbedingungen und Ziele der Träger interkultureller Jugendbildung; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderprogramme „Integration ausländischer Jugendlicher“ und „Kreativ mit Medien“; Qualifizierung von Erzieherinnen, Sozialpädagogen, außerschulischen Lehrkräften etc für die Arbeit mit multikulturellen Gruppen von Jugendlichen

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 14.07.2004 und Stellung-

nahme KM Drs 13/3368
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S.
16 17
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr
s. *Kultur*
Drs 13/3479

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer qualifizierten Beratung, flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen für alle Schularten, Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an den Ganztagschulen

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Bedeutung der außerschulischen Jugendbildung; Würdigung des Engagements von Schülermentoren in Zusammenarbeit mit der Jugendbildung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2811 2815 2816

Bedeutung der außerschulischen Jugendbildung, Verhinderung von Kürzungen für die Jugendbildungsreferenten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4261 4265 4268 4270 4274

Jugendbildungsgesetz

s. *Jugendbildung*

Jugendbildungsreferent

s. *Jugendbildung*

Jugendgemeinderat

Jugendgemeinderäte

Darlegung der Gemeinden mit einem Jugendgemeinderat, der jeweiligen Ausstattung mit Rechten, finanziellen und sächlichen Mitteln; Höhe der Wahlbeteiligungen; Einschätzungen der kommunalen Spitzenverbände; Bedeutung anderer Partizipationsformen

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 25.04.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/964 (23 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 28
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Politische Bildung an Schulen

Stellenwert im Gemeinschaftskundeunterricht sowie iRd fächerübergreifenden Unterrichts; Einbeziehung von kommunalpoli-

tischen Themen, Vereinen, Parteien, Jugendgemeinderäten u.a. Trägern politischer Bildungsarbeit in den Unterricht

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 13/1649

Lernen für Verantwortung und Toleranz

Vermittlung und Bewertung sozialer Kompetenzen mit Einführung der neuen Bildungsgänge; Bescheinigung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, im Jugendgemeinderat, der SMV usw in einem „Quali-Pass“; Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde; Unterstützung des Schüleraustauschs und von Praktika im Ausland sowie grenzüberschreitender Jugendparlamente in den Grenzregionen

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/2099

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4264

Beteiligung der Jugendlichen auf kommunaler Ebene über den Jugendgemeinderat hinaus, Bekräftigung der Forderung nach einer Sollvorschrift zur Einrichtung von Jugendgemeinderäten

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6817 6822 6824 6825

Beteiligung der Jugendlichen auf kommunaler Ebene über den Jugendgemeinderat hinaus

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6911

Jugendgruppenleiter

s. *Jugendleiter*

Jugendheim

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Schließung des Jugendheims Schönbühl

Auswirkungen auf die Versorgung mit stationären Heimplätzen für schwer erziehbare und verhaltensauffällige Jugendliche

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 05.07.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1143
BeschlEmpf und Bericht SozA 24.10.2002 Drs 13/1725 S. 41 42
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Unterbringung von Jugendlichen in Ausbildung

Zahl, Herkunft und Altersstruktur der in Jugendwohnheimen untergebrachten Berufsschüler der Landesfachklassen in Stuttgart; Auswirkungen einer Streichung der Stellen für pädagogische Fachkräfte, Vereinbarkeit mit den Aussagen des SM zur notwendigen sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen bei auswärtiger Unterbringung

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/1653

*Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag**Förderung der Erziehungsarbeit in Jugendwohnheimen*

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 22 S. 75
ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 68 S. 131
ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 69 S. 132
ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-15 S. 28
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Hohenheim

Beurteilung des Erfolgs der o.g. Kombination von praxisnaher Versuchs- bzw Beratungstätigkeit und Fachunterricht und damit der Berufschancen der Absolventen; Vergleich der materiellen und personellen Ausstattung der Fachschulen in den neuen BLändern; Beseitigung der Raummängel und Sanierung des Schülerwohnheims

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2273

Freiwilliges Soziales Jahr vor dem Hintergrund der Lehrstellen-situation 2003

Platzangebot und -nachfrage beim FSJ, Zahl von Absolventen und Mädchenanteil, Formen und Träger des FSJ, Beeinflussung der Berufswahl, Ermöglichung der Ableistung auch in Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendherbergen

KlAnfr
s. *Soziales Jahr*
Drs 13/2461

Konzept Kinder- und Jugendübernachtungsstätten

Erarbeitung eines Konzepts unter Beteiligung der (kleineren) Träger und mit Vorschlägen zur finanziellen Umsetzung, Steigerung der Attraktivität des Tourismusstandorts BW für Jugendliche aus dem In- und Ausland

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 31.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2567
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.04.2004 Drs 13/3200 S. 16
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Modernisierungszuschüsse für Jugendherbergen

Verweigerung o.g. Zuschüsse für kleinere, weniger gut ausgestattete Jugendherbergen wie z.B. in Alpirsbach

MdlAnfr 2) Michael Theurer FDP/DVP 09.03.2005 Drs 13/4133
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6317 6318

Situation von Pflegekindern in BW

Zahl von Kindern in Pflegefamilien und Heimen nach dem KJHG, Umfang der jeweiligen finanziellen Unterstützung, Frage nach Kooperationsmodellen zwischen Heimbetreuung und der Betreuung in Pflegefamilien sowie nach Verbänden und deren

Vertretung in den einschlägigen Gremien, Art der Vorbereitung und Begleitung von Pflegeeltern, Organisation und Kompetenzen der Pflegekinderdienste bei den Jugendämtern sowie deren Fachaufsicht

Antr
s. *Pflegekind*
Drs 13/4363

Kritik an den Kürzungen bei den Jugendwohnheimen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2639 2641

Jugendherberge

s. *Jugendheim*

Jugendhilfe

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Jugendhilfeausschuss

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Jugendkriminalität

s. *Kriminalität*

Jugendkunstschule

s. *Kunstschule*

Jugendleiter

s.a. *Sportleiter*

Sonderurlaub für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter

Freistellung von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit; Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung von Verdienstaussfällen an Arbeitgeber; Änd des Ges über die Erteilung von Sonderurlaub an Mitarbeiter in der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt, Senkung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre

Antr
s. *Sonderurlaub*
Drs 13/962

Konsequenzen aus den Ehrenamtskonferenzen der Stadt- und Kreisjugendringe

Themen und Ergebnisse o.g. Veranstaltungen zur Aufwertung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen; Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Absenkung der Altersgrenze für Sonderurlaub von Jugendgruppenleitern auf 16 Jahre

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3053

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bei Zeltlagern und Freizeiten der Jugendverbände und Jugendringe in BW

Kostenlose Erstbelehrung der Betreuer von Jugendfreizeiten durch die Gesundheitsämter nach dem InfektionsschutzGes, Ermöglichung des Bezugs von Frischmilch und Eiern von Bauernhöfen, entsprechende Anpassung der Hygienevorschriften an die Bedingungen bei Zeltlagern, Harmonisierung der Zuschüsse für die Teilnehmer mit den Kommunen; Überprüfung der bürokratischen Hürden in Abstimmung mit dem Landesjugendring

Antr
s. Ehrenamt
Drs 13/3570

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Gründe und Auswirkungen der Mittelkürzungen u.a. für Jugendorganisationen, Jugendberufshilfe, Gruppenleiterschulung und Eingliederung junger Aussiedler

Antr
s. Jugendlicher
Drs 13/4559

Senkung der Altersgrenze beim Sonderurlaub für Jugendgruppenleiter

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5520

Einsatz von ehrenamtlichen Jugendbegleitern an Ganztagschulen, Betrachtung als Ergänzung der pädagogischen Kräfte iRd Nachmittagsbetreuung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119 7121 7123-7125 7128

Einbindung von Jugendleitern als Jugendbegleiter in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7204-7206 7210 7214 7215 7218 7219 7223 7226-7228

Mittelbereitstellung für das Projekt Jugendbegleiter an Ganztagschulen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7396

Kritik am Abbau von Lehrerstellen zur Finanzierung des Projekts Jugendbegleiter an Ganztagschulen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7792 7857

Kritik am Abbau von Lehrerstellen zur Finanzierung des Projekts Jugendbegleiter an Ganztagschulen, Betrachtung als Ergänzung der pädagogischen Kräfte iRd Nachmittagsbetreuung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934 7938 7941-7948 7950

Jugendlicher

s.a. Ausländisches Kind
s.a. Auszubildender
s.a. Haus des Jugendrechts
s.a. Hooligan
s.a. Jugend trainiert für Olympia
s.a. Jugendagentur
s.a. Jugendarbeit
s.a. Jugendaustausch
s.a. Jugendbericht
s.a. Jugendberufshelfer
s.a. Jugendbildung
s.a. Jugendgemeinderat
s.a. Jugendheim
s.a. Jugendleiter
s.a. Jugendplan
s.a. Jugendschutz
s.a. Kinder- und Jugendhilfe
s.a. Rocker
s.a. Skinhead

Arbeitslose Jugendliche - Anwerbungsaktion des WM

MdlAnfr 1) Rolf Gaßmann SPD 10.07.2001 Drs 13/62
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 296-298

Entwicklung der Jugendpolitik

Entwicklung der letzten fünf Jahre, Bedeutung der außerschulischen Jugendbildung, der beruflichen Zukunftssicherung, Kooperation von Schule und Jugendarbeit, der Medienkompetenz und Integration

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 12.02.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/737 (13 S.)

Programm „Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten“

Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Trägern, Ersetzung der ausfallenden Betreuungspersonen bei Jugendfarmen, mobiler Jugendarbeit, Aktivspielplätzen etc, insbes vor Beginn der Sommerferien; Klärung der Zuständigkeit für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Antr
s. Arbeitsförderung
Drs 13/949

Sonderprogramm Jugend-Arbeit-Zukunft; Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten

Ergebnisse des o.g. Programms für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Initiativen und Organisationen

Antr
s. Arbeitsförderung
Drs 13/963

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr
s. Gewaltanwendung
Drs 13/1047

Hörschäden bei Jugendlichen

Entwicklung o.g. Zahlen; gesetzliche Regelung der Lärmgrenzwerte in Diskotheken, bei Walkmans und Musikanlagen in Kraftfahrzeugen; Darlegung der möglichen Kostenersparnis im Gesundheitswesen

Antr
s. Gehörgeschädigter
Drs 13/1074

Schließung des Jugendheims Schönbühl

Auswirkungen auf die Versorgung mit stationären Heimplätzen für schwer erziehbare und verhaltensauffällige Jugendliche

Antr
s. Jugendheim
Drs 13/1143

Maßnahmen zur Verbesserung des Jugend-Tourismus in BW

Unterstützung eines eigenständigen Internet-Portals, von preiswerten Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-Angeboten; Förderung von kulturellen Events, von Sport- und Musikveranstaltungen; Absicherung von ausgewählten Großereignissen durch Bürgerschaftshilfen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 24.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1429
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 14-15
 PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Tourismusentwicklung in der Region Heilbronn-Franken

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

Antr
 s. *Fremdenverkehr*
 Drs 13/1461

Unterbringung von Jugendlichen in Ausbildung

Zahl, Herkunft und Altersstruktur der in Jugendwohnheimen untergebrachten Berufsschüler der Landesfachklassen in Stuttgart; Auswirkungen einer Streichung der Stellen für pädagogische Fachkräfte, Vereinbarkeit mit den Aussagen des SM zur notwendigen sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen bei auswärtiger Unterbringung

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 03.01.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1653
 BeschlEmpf und Bericht SozA 18.06.2003 Drs 13/2485 S. 16-18
 PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Konsequenzen für die Rechtspolitik aus der wachsenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen

Aktuelle Debatte
 s. *Rechtspflege*
 PIPr 13/38 S. 2457

Tourismusentwicklung in der Region Ostwürttemberg

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

KlAnfr
 s. *Fremdenverkehr*
 Drs 13/1795

Lernen für Verantwortung und Toleranz

Vermittlung und Bewertung sozialer Kompetenzen mit Einführung der neuen Bildungsgänge; Bescheinigung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, im Jugendgemeinderat, der SMV usw in einem „Quali-Pass“; Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde; Unterstützung des Schüleraustauschs und von Praktika im Ausland sowie grenzüberschreitender Jugendparlamente in den Grenzregionen

Antr
 s. *Schüler*
 Drs 13/2099

Offenburger Modell

Beurteilung des o.g. Modells zur betrieblichen Ausbildung von schwächeren Jugendlichen, Zahl der Abschlüsse als Fachwerker und Geselle sowie von vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen, Vergleich mit anderen Modellen; Förderung der Übergänge in die duale Ausbildung durch flächendeckende Schulsozialarbeit an den Hauptschulen

Antr
 s. *Ausbildungsförderung*
 Drs 13/2141

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
 s. *Berufsbildende Schule*
 Drs 13/2146

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

Antr
 s. *Ausbildungsplatz*
 Drs 13/2179

Freiwilliges Ökologisches Jahr in BW

Entwicklung der Teilnehmerzahlen und Einsatzstellen seit Beginn des Programms, Voraussetzungen und Kosten des Stellenangebots; Ermöglichung einer Ausweitung zur Überbrückung der Zeit zwischen Schule und Beruf für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

KlAnfr
 s. *Freiwilliges ökologisches Jahr*
 Drs 13/2257

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW*

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nachgefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr
 s. *Ausbildungsplatz*
 Drs 13/2327

Ausbildungsabbrecher

Zahl, Ursachen und Zeitpunkt von Ausbildungsabbrüchen bzw von Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss in den Jahren 1990, 1995, 2000 und 2001

Antr
s. *Auszubildender*
Drs 13/2335

Berufsvorbereitungsjahr im LKreis Esslingen

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2359

Konsequenzen der zentralen Ausschreibung berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen durch das Landesarbeitsamt für Jugendliche in BW

Auswirkungen des o.g. Modellprojekts, Einhaltung der Vorgaben des EU-Vergaberechts; Entwicklung der Mittelvergabe und Teilnehmerzahlen, Auswirkungen der Verkürzung von Fördermaßnahmen; Fortsetzung der Förderung bedarfsgerechter Angebote für Jugendliche

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2439

Berufsvorbereitungsjahr im LKreis Böblingen

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2446

Berufsvorbereitungsjahr im Ostalbkreis und Wahlkreis Schwäbisch Gmünd speziell

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2451

Erfahrungen mit dem Qualipass

Bewertung und Dokumentation des außerschulischen ehrenamtlichen Engagements von Schülern und Jugendlichen mit dem Qualipass, Erkenntnisse über eine förderliche Wirkung bei Bewerbungen um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, Beurteilung von weiteren unterstützenden Maßnahmen

Antr
s. *Qualipass*
Drs 13/2561

Konzept Kinder- und Jugendübernachtungsstätten

Erarbeitung eines Konzepts unter Beteiligung der (kleineren) Träger und mit Vorschlägen zur finanziellen Umsetzung, Steigerung der Attraktivität des Tourismusstandorts BW für Jugendliche aus dem In- und Ausland

Antr
s. *Jugendheim*
Drs 13/2567

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Konsequenzen aus den Ehrenamtskonferenzen der Stadt- und Kreisjugendringe

Themen und Ergebnisse o.g. Veranstaltungen zur Aufwertung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen; Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Absenkung der Altersgrenze für Sonderurlaub von Jugendgruppenleitern auf 16 Jahre

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3053

Mehrfachbewerbungen an beruflichen Vollzeitschularten

Einrichtung zusätzlicher Eingangsklassen zur Bewältigung des Bewerberandrangs; Einführung eines Systems zum Abgleich von Mehrfachbewerbungen und zur rechtzeitigen Information der Schulleitungen und Bewerber

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/3191

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugendliche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3300

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie in den Unternehmen und Betrieben des Landes

Bereitstellung der iRd Ausbildungspakts auf Bundesebene verabredeten neuen Ausbildungsplätze durch die Unternehmen in BW, Einbeziehung der Gewerkschaften, Ermittlung des spezifischen regionalen Bedarfs, Erhöhung der Fördermittel für die überbetriebliche Ausbildung und Verbundausbildung, Ausbau der schulischen Ausbildungsangebote entsprechend der Nachfrage, Förderung von benachteiligten Jugendlichen nach dem „Offenburger Modell“

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3326

Außerschulische Jugendbildung - wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen

Definition und Stellenwert, Bedingungen und Akteure, Ziele und Perspektiven der außerschulischen Jugendbildung; Akzeptanz

und Nutzen der Jugendlichen; Einbindung der Wirtschaft; Rolle der Jugendagenturen

Antr
s. *Jugendbildung*
Drs 13/3365

Chancen und Möglichkeiten der Kooperation von Jugendarbeit und Schule für die Jugendbildung

Bewertung des o.g. Förderprogramms; Akzeptanz und Nutzen der Träger, Schulen und der teilnehmenden Jugendlichen; Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Evaluation des Programms, insbes Ausweitung der Fördermodalitäten und Modifikation der Öffentlichkeitsarbeit

Antr
s. *Jugendbildung*
Drs 13/3366

Bedeutung der (inter-)kulturellen Jugendbildung in BW

Rahmenbedingungen und Ziele der Träger interkultureller Jugendbildung; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderprogramme „Integration ausländischer Jugendlicher“ und „Kreativ mit Medien“; Qualifizierung von Erzieherinnen, Sozialpädagogen, außerschulischen Lehrkräften etc für die Arbeit mit multikulturellen Gruppen von Jugendlichen

Antr
s. *Jugendbildung*
Drs 13/3368

Entwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) in den LKreisen Reutlingen, Biberach und Zollernalb

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss bzw im BVJ in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag im Anschluss an das BVJ, Einrichtung weiterer Klassen mit steigendem Bedarf? Beurteilung der Forderung des Landesschülerbeirats nach Ersetzung des BVJ durch eine früh einsetzende individuelle Förderung von leistungsschwächeren Schülern

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/3459

Versorgung mit Kinderpsychotherapeuten im LKkreis Schwäbisch Hall

Zahl von Kindern und Jugendlichen in psychotherapeutischer Behandlung, Gegenüberstellung der Zahl zugelassener Ärzte, Darlegung der angewandten bzw abgelehnten Behandlungsmethoden und der Wartezeiten, Frage nach Folgeschäden infolge der langen Wartezeiten sowie nach zusätzlichen Möglichkeiten zur Zulassung von Kinderpsychotherapeuten im LKkreis Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Psychotherapeut*
Drs 13/3505

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Schulversuche „Teilqualifikation im Berufsvorbereitungsjahr“ und „Praktikantenklasse Einstiegsqualifizierung“

Verfügbare personelle und räumliche Ressourcen zur Einrichtung der beiden Schulversuche zusätzlich zu den bestehenden BVJ-Klassen, Voraussetzungen für die Teilnahme und Bezuschussung durch den Bund; Frage nach Schwerpunkten und Abschlüssen sowie Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses an die teilnehmenden Praktikumsbetriebe und Jugendlichen

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/3685

Konsequenzen aus dem Landesjugendbericht

Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und erhobenen Forderungen des o.g. Berichts unter Einbeziehung der Fachorganisationen; Beurteilung der Forderung nach einer einheitlich gestalteten Förderpolitik sowie Klärung des Verhältnisses von Regelfinanzierung, Sonderprogrammen und Projektfinanzierung; Anteil der Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtmitteln für die Kinder- und Jugendhilfe

Antr
s. *Jugendbericht*
Drs 13/3712

Jugendberufshelfer und -helferinnen

Effizienz der Jugendberufshelfer zur Unterstützung von Jugendlichen aus den Haupt- und Förderschulen bei der beruflichen Integration; Entwicklung der Finanzierungsanteile des Landes und der anderen Träger seit Einführung im Jahr 2000; Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit Kammern und Betrieben

Antr
s. *Jugendberufshelfer*
Drs 13/3737

Aussagekraft der Ausbildungsstatistik

Zahl der von den Unternehmen iRd Ausbildungspakts zusätzlich angebotenen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Anteil von Jugendlichen ohne Interesse an einer betrieblichen Ausbildung oder alternativ angebotenen Einstiegsqualifizierung, Auswirkungen der fehlenden Meldepflicht einer erfolgreichen Lehrstellensuche auf anderem Wege bei den Arbeitsagenturen; Möglichkeiten einer Präzisierung der o.g. Statistik

GrAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3776

Rauchfreie Schulen

Entwicklung des Rauchens von Kindern und Jugendlichen in den letzten zehn Jahren; Bewertung der bisherigen Maßnahmen sowie des Vorgehens anderer BLänder; Erlass eines generellen Rauchverbots für Schüler und Lehrer sowie Ausbau der Aufklärungs- und Vorbeugungsmaßnahmen

Antr
s. *Rauchen*
Drs 13/3926

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufs-

vorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/4022

Zweijährige kooperative Berufsfachschule (BFS)

Entwicklung des Schulversuchs nach Schülerzahlen, Schulstandorten, Berufsfeldern und Übergängen in die duale Ausbildung; Ausbau des Projekts angesichts der ständig wachsenden Zahlen von Jugendlichen im Berufsvorbereitungsjahr

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 13/4076

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/4089

Generelles Rauchverbot an Schulen in BW

Gesundheitsgefahren durch das Rauchen für Kinder und Jugendliche, präventive Maßnahmen der LReg im Vergleich zu anderen BLändern und europäischen Ländern; Entwicklung der Zahlen von rauchenden Kindern, der Gründe und des Einstiegsalters seit 1995; Vorlage eines GesEntw zu einem generellen Rauchverbot an Schulen

Antr

s. *Rauchen*

Drs 13/4093

Projekt „Sprungbrett“

Standorte, Träger, Finanzierung und Erfolg des o.g. Projekts zur Förderung der Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; finanzielle Perspektiven nach Ausschöpfung der Fördermittel

Antr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/4095

Schul- und Lebenssituation schwer integrierbarer Jugendlicher

Modelle von Jugendhilfeeinrichtungen zur stützenden Begleitung o.g. Jugendlicher in einer Pflege- bzw Gastfamilie, Frage nach integrierten Schulen für Erziehungshilfe an Regelschulen und deren Ausstattung mit entsprechenden Lehrkräften und Deputaten, Ausgestaltung der Praxis zur Überprüfung der Aufhebung einer E-Schulbedürftigkeit

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 04.03.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4113

BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 39 40

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Bestand und Bewertung betrieblicher Einstiegsqualifikationen

Zahl der geschaffenen und besetzten Plätze iRd Bündnisses zur Stärkung der beruflichen Ausbildung in BW, Anforderungen des Programms und der Unternehmen gegenüber den Jugendlichen, Zahl der zu erwartenden Abschlüsse eines Ausbildungsvertrags; Gleichstellung des Jahres in der betrieblichen Einstiegsqualifikation und der damit verbundenen Vorbereitung auf einen anerkannten Ausbildungsberuf mit dem Besuch des BVJ

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/4184

Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife von Schülern an Hauptschulen in der 8. und 9. Klasse

Erschöpfung der Mittel des o.g. Programms bereits nach einem Jahr, Bewertung des Erfolgs bzw der Möglichkeiten zur Weiterführung der Projekte

KlAnfr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/4186

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw SPD 20.04.2005 Drs 13/4264

1. Beratung PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6574-6582

Mittlg LtGPräs 06.06.2005 Drs 13/4378

BeschlEmpf und Bericht StändA 23.06.2005 Drs 13/4428

2. Beratung PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6724-6730 (Ablehnung)

Kriminalität im Internet

Umsetzung des IMK-Beschlusses zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität, insbes der Gefahr des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Internet; Aufklärung der Öffentlichkeit, Verankerung des Themas an den Schulen und in der Lehrerfortbildung

Antr

s. *Kriminalität*

Drs 13/4272

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw

s. *Verfassungsschutz*

Drs 13/4524

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquête eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft; Gründe und Auswir-

kungen der Mittelkürzungen u.a. für Jugendorganisationen, Jugendherholung, Gruppenleiterschulung und Eingliederung junger Aussiedler; Absicherung von Maßnahmen über Spielbankerträge? Systematische Evaluation und Auswertung aller Förderbereiche; Verbesserung der Effizienz, Nachhaltigkeit und Transparenz der Jugendhilfe mit einem neuen Konzept für die gesamte Förderstruktur

Antr GRÜNE 27.07.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4559 (13 S.)

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr
s. Richter
Drs 13/4605

Für ein Nebeneinander von vollzeitschulischer und dualer Ausbildung

Zulassung der Absolventen vollzeitschulischer Ausbildungsgänge zur Kammerprüfung, Erlass einer entsprechenden RechtsVO im Einvernehmen mit dem Landesauschuss für Berufsbildung, Abschluss einer zweijährigen vollzeitschulischen Ausbildung mit der Kammerprüfung sowie Anbindung eines Praxisjahres, Gleichwertigkeit des erzielten Abschlusses mit einer dreijährigen dualen Ausbildung, Beschränkung der Angebote auf Berufe und Regionen mit Ausbildungsplatzmangel im Einvernehmen mit Arbeitgebern, beruflichen Schulen und der Arbeitsagentur

Antr
s. Berufliche Bildung
Drs 13/4607

Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen

Aktuelle Debatte
s. Medien
PIPr 13/99 S. 7055

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Zahl o.g. Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftung seit 1999; konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr
s. Alkohol
Drs 13/4789

Prävention bei der Kriminalität jugendlicher Aussiedler

Darlegung o.g. Ansätze der Polizei, inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der Fortbildung der Jugendsachbearbeiter, vorgesehene Einsatzbereiche und Verteilung dieser Kräfte bei den örtlichen Dienststellen

Antr
s. Kriminalität
Drs 13/4915

Internatskosten für behinderte Kinder und Jugendliche

Höhe der Kosten für die einzelnen Stadt- und LKreise nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände im Zuge der Gewährung von Eingliederungshilfe für die o.g. Unterbringung in Heimschulen mit Internat; Neuregelung der Finanzierung unter Berücksichtigung der Aufgabe des Landes zur Umsetzung der Schulpflicht?

Antr
s. Behindertes Kind
Drs 13/4971

Berufsvorbereitung

Entwicklung der Schülerzahlen im BVJ an öffentlichen und privaten Berufsfachschulen und Sonderberufsfachschulen in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss bzw mit unzureichenden Deutschkenntnissen, Beurteilung der Chancen auf eine berufliche Eingliederung durch Verbesserung des Hauptschulabschlusses, Praktika o.a. Maßnahmen im BVJ

Antr
s. Berufsvorbereitung
Drs 13/5227

Zukunftsperspektiven junger Menschen in BW und bundesweit

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47-49 51

Förderung von jugendlichen Arbeitslosen iRd Programme von Land und Bund

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 808 817 818

Kritik an der Kürzung des Programms „Jugend-Arbeit-Zukunft“, Aufstockung der Zahl von Jugendberufshelfern

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 842 844 850 868 892 893 902 910 911

Verweisung auf das Programm „Jugend-Arbeit-Zukunft“, Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1709-1713 1716-1719

Effizienz der Programme auf Landes- und Bundesebene zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Ermöglichung von Ausbildungsabschlüssen für eher praktisch begabte junge Menschen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1817 1818 1820 1822 1824

Wirksamkeit einer härteren Gangart zur Bekämpfung von Jugendkriminalität, Aussagen einer Studie in den USA; Verbesserung der Situation in der Jugendstrafanstalt Adelsheim bzw der Integration von Aussiedlerjugendlichen; Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1913 1914 1917-1921

Sinnhaftigkeit und Akzeptanz der Popmusik unter Jugendlichen

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1967-1969 1971 1972

Sozialtherapeutisches Behandlungsangebot für Jugendstrafgefangene; Lob für das „Projekt Chance“ für straffällig gewordene Jugendliche

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2140 2143 2145 2150

Effizienz der Programme auf Bundes- und Landesebene zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit; Verbreitung des Jugendprogramms des SWR über Kabel

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2299 2300 2302 2317 2319

Verbesserung der Ausbildungsreife von leistungsschwächeren Schulabgängern, Erprobung von Teilqualifikationen im BVJ, Vermittlung von persönlichkeitsstärkender Bildung, Würdigung des ehrenamtlichen Engagements der Jugendlichen, Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2811 2815 2816 2821 2845-2855

Ausbildungsreife von Hauptschulabgängern, Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen, Fortführung der Förderung von Projekten für jugendliche Arbeitslose, Abwendung einer Lehrstellenkatastrophe

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2992 2993 2995 2996 2998 2999

Anteil von Schulabgängern ohne Ausbildungsplatz, Verbesserung der Ausbildungsreife von leistungsschwächeren Jugendlichen

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3200-3203 3205-3209

Internationaler Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsperspektiven auch für schwächere Jugendliche im Handwerk

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3348 3349 3351-3353 3358 3359

Bereitstellung eines Ausbildungsplatzes für jeden ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen, Verbesserung der Berufsreife der Schulabgänger, Steigerung der Interessen für technische Berufe

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3518-3528

Versorgung eines jeden ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen mit einer Lehrstelle, Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger, Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855-3871

Versorgung eines jeden ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen mit einer Lehrstelle, Ermöglichung von gestuften Ausbildungsabschlüssen; präventive Bekämpfung von Jugendkriminalität

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4277 4297 4298 4305 4315

Lob für das „Projekt Chance“ für straffällig gewordene Jugendliche

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6047

Ausbildungsreife von Hauptschulabgängern, Zahl und Ausbildungsanschlüsse der Jugendlichen im BVJ und in der einjährigen Berufsfachschule

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288-6297

Einbindung von Jugendleitern als Jugendbegleiter in die Ganztagsbetreuung an Schulen, Bedeutung der musischen Bildung; konsequente Bekämpfung der Jugendkriminalität

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6412 6413 6415 6431

Einbindung von Jugendleitern als Jugendbegleiter in die Ganztagsbetreuung an Schulen; Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476 6477 6486 6496 6504 6505 6509 6513

Beteiligung der Jugendlichen auf kommunaler Ebene über den Jugendgemeinderat hinaus, Ermöglichung von offenen Formen der Jugendvertretung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6817 6822 6824 6825

Beteiligung der Jugendlichen auf kommunaler Ebene über den Jugendgemeinderat hinaus, Ermöglichung von offenen Formen der Jugendvertretung

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6911

Orientierung der Politik an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Jugendlichen, Einbindung von Jugendleitern als Jugendbegleiter in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200-7207 7209-7212 7214 7215 7217-7219 7223 7226-7228 7240 7246 7247

Mittelbereitstellung für das Projekt Jugendbegleiter sowie für benachteiligte Jugendliche über die Zukunftsoffensive IV

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7396 7399

Werbung um junge Menschen als Zielgruppe für Reisen und Urlaub in BW

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7963 7964

Jugendmusik

s. Musik

Jugendmusikschule

s. Musikschule

Jugendorganisation

s.a. Jugendgemeinderat

s.a. Jugendleiter

s.a. Jugendplan

Bildungsreferentinnen und -referenten

Zustimmung zu den vom LJugendring verabschiedeten Kriterien zur Förderung der Personalkosten von Jugendbildungsreferenten, Aufstockung der Zahl der geförderten Referenten, Etatisierung der erforderlichen Mittel

Antr

s. Jugendbildung

Drs 13/338

Sachstand und Perspektiven für einen umfangreichen Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Beurteilung der Vorschläge des Bundesjugendkuratoriums und des Landesjugendrings; Ausstattung der Schulämter mit Kooperationsbeauftragten vor und nach der Verwaltungsreform; Anstreben von Rahmenvereinbarungen mit landesweit operierenden Trägern außerschulischer Jugendarbeit und Jugendbildung; Förderung der Schulsozialarbeit sowie der Eltern- und Familienbildung; Evaluation der Konzepte beim Ausbau der Ganztagschulen mithilfe des Investitionsprogramms der BReg; Verankerung einer Kooperationsverpflichtung der Schule mit der Jugendhilfe im SchulGes

Antr

s. Kinder- und Jugendhilfe

Drs 13/2695

Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ganztagschulen in BW mithilfe des Investitionsprogramms der BReg IZBB

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern sowie von der LReg abgerufene und weitergeleitete Mittel; Teilnahme an Koordinierungsgesprächen des Bundesbildungsministeriums; Berücksichtigung aller Regionen; Einbeziehung von Jugendverbänden, Sportvereinen, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Evaluation von Ganztagschulen

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2781

Konsequenzen aus den Ehrenamtskonferenzen der Stadt- und Kreisjugendringe

Themen und Ergebnisse o.g. Veranstaltungen zur Aufwertung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen; Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Absenkung der Altersgrenze für Sonderurlaub von Jugendgruppenleitern auf 16 Jahre

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3053

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit bei Zeltlagern und Freizeiten der Jugendverbände und Jugendringe in BW

Kostenlose Erstbelehrung der Betreuer von Jugendfreizeiten durch die Gesundheitsämter nach dem InfektionsschutzGes, Ermöglichung des Bezugs von Frischmilch und Eiern von Bauernhöfen, entsprechende Anpassung der Hygienevorschriften an die Bedingungen bei Zeltlagern, Harmonisierung der Zuschüsse für die Teilnehmer mit den Kommunen; Überprüfung der bürokratischen Hürden in Abstimmung mit dem Landesjugendring

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3570

Verlässliche Verankerung von psychosozialen Unterstützungsstrukturen und Schulsozialarbeit an baden-württembergischen Schulen

Zahl der Schulpsychologen, Betreuungsrelation zu den Schülern im Vergleich mit anderen BLändern, Rahmenvereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendverbänden; langfristige Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit an den bisherigen und neu beantragten Standorten; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen der angekündigten wissenschaftlichen Begleituntersuchung

Antr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/3636

Konsequenzen aus dem Landesjugendbericht

Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und erhobenen Forderungen des o.g. Berichts unter Einbeziehung der Fachorganisationen; Beurteilung der Forderung nach einer einheitlich gestalteten Förderpolitik sowie Klärung des Verhältnisses von Regelfinanzierung, Sonderprogrammen und Projektfinanzierung; Anteil der Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtmitteln für die Kinder- und Jugendhilfe

Antr
s. *Jugendbericht*
Drs 13/3712

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Gründe und Auswirkungen der Mittelkürzungen u.a. für Jugendorganisationen, Jugenderholung, Gruppenleiterschulung und Eingliederung junger Aussiedler

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Jugendplan

38. Ljugendplan für die Hj 2002/2003

Mittlg LReg 05.12.2001 Drs 13/524 (71 S.)
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635

39. Ljugendplan für das Hj 2004

Mittlg LReg 27.11.2003 Drs 13/2673 (68 S.)
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.01./21.01.2004 Drs 13/2804 III. S. 6
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Haushalt 2004; Epl 04

Rücknahme von Kürzungen beim Ljugendplan für die Jugendarbeit

s. *Jugendarbeit*
Drs 13/2804

40. Landesjugendplan für die Hj 2005/2006

Mittlg LReg 25.11.2004 Drs 13/3792 (72 S.)
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.01./27.01.2005 Drs 13/4004 III. S. 6
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Mögliche Kürzungen der finanziellen Förderung aus dem Landesjugendplan für Schülerbegegnungen mit Russland

Bedeutung der Schülerbegegnungen mit osteuropäischen Partnerschulen; Gründe und Auswirkungen o.g. Rückzugspläne, insbes für das Fach Russisch an den hiesigen Schulen

Antr
s. *Jugendaustausch*
Drs 13/4505

Jugendpolitik

s. *Jugendlicher*

Jugendring

s. *Jugendorganisation*

Jugendsachbearbeiter der Polizei

s. *Polizeibeamter*

Jugendschöffengerichter

s. *Richter*

Jugendschutz

s.a. *Kinderschutz*

Aspekte des Schutzes junger Menschen und der Sicherheit vor dem Hintergrund der geplanten Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1530-1539

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg LReg 16.09.2002 Drs 13/1320 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1375
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895 1963

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1550

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw LReg 21.11.2002 Drs 13/1551 (52 S.)
1. Beratung PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2327
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.01.2003 Drs 13/1666
2. Beratung PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2482-2487
GesBeschl 23.01.2003 Drs 13/1704 (16 S.)
GBI 2003 Nr. 2 S. 93-107 (Ges vom 04.02.2003)

Jugendschutz im Internet

Stand der Bekämpfung und Ahndung jugendgefährdender Internetangebote differenziert nach extremistischen, pornografischen, gewaltverherrlichenden u.a. Inhalten; Ausstattung und Arbeitsbilanz der beim RegPräs Tübingen angesiedelten Stelle im Vergleich zu anderen BLändern; Abgabe von Verfahren an das BKA, Umfang und Abschluss von Verfahren wegen Kinderpornographie durch Operationen in den USA und Großbritannien; Nutzung der medienpädagogischen Angebote der Aktion Jugendschutz von Eltern; Stand der Erstellung und Pflege einer Ausschlussliste; europäische Zusammenarbeit von Jugendschutz und Polizei

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 19.02.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1811 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 4
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Jugendschutznovelle mit Nebenwirkungen

Auswirkungen des neuen JugendschutzGes für Käufer und Verkäufer von PC, Computerspielen u.a. Unterhaltungssoftware mit

und ohne Altersfreigabe; Möglichkeiten zur Verifikation der Altersangaben von Kindern und Jugendlichen, insbes im Versandhandel; Zeitdauer, Kriterien und Kosten der Verfahren zur Prüfung der Altersfreigabe; Notwendigkeit einer Altersfreigabe auch für Heft-CD von Zeitschriften, Aussetzung des Gesetzesvollzugs?

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 20.05.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2089
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 54
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Vermittlung von Medienkompetenz, Medienbildung und Stärkung des Jugendschutzes

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/2775

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienGes und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/3784

Kriminalität im Internet

Umsetzung des IMK-Beschlusses zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität, insbes der Gefahr des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Internet; Aufklärung der Öffentlichkeit, Verankerung des Themas an den Schulen und in der Lehrerfortbildung

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/4272

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Zahl o.g. Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftung seit 1999; konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention

iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr
s. *Alkohol*
Drs 13/4789

Verschärfung des Jugendschutzes in den Medien, Verdoppelung der Bußgelder für Verstöße; Anforderungen an private Rundfunkveranstalter zur Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2858 2864 2865

Herausforderungen der Inhalte von Fernsehprogrammen und Computerspielen für den Kinder- und Jugendschutz, Umsetzung des neuen Staatsvertrags, u.a. mit der gemeinsamen Stelle „jugendschutz.net“

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055-7067

Ermöglichung von mehr Ausbildungsplätzen in der Gastronomie durch Abbau überholter Jugendschutzvorschriften

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7962

Jugendschutzgesetz

s. *Jugendschutz*

Jugendstrafrecht

s. *Strafrecht*

Jugendübernachtungsstätte

s. *Jugendheim*

Jugendverband

s. *Jugendorganisation*

Jugendwohlfahrt

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Jugoslawien

s.a. *Kroatien*
s.a. *Serbien und Montenegro*

Rückführung nach Ex-Jugoslawien

Zahlen zum Stand der Rückführung seit Ende des Bürgerkriegs, Einräumung eines Bleiberechts mit Rücksicht auf Arbeitgeberinteressen, Anteil von Arbeitsplatzwechseln nach Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsrechts

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/933

Abschiebeschutz bei Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo
Voraussetzungen und Gegebenheiten für die zwangsweise Rückführung der o.g. Flüchtlingsgruppe noch in diesem Jahr; Stellenwert der Arbeitsplatzsicherung hierzulande

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 13/1229

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaft; Zahlen zum Stand der Rückführung von Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo nach Serbien und Montenegro

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

Schutz von Minderheitsgruppen aus dem Kosovo

Ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesinnenminister und dem UNMIK-Sonderbeauftragten, Zulassung einer begrenzten zwangsweisen Rückführung von Angehörigen bestimmter Minderheitsgruppen; Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für die von der Rückführung nicht betroffenen Volksgruppen der Serben und Roma

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/2023

Abschiebung um jeden Preis

Abschiebung von Roma-Flüchtlings in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppe vor und während der Aktion, Verbleib eines Teils der nicht akzeptierten Abgeschobenen im Kosovo, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/4896

Abschiebeversuch in den Kosovo

Abschiebung von Flüchtlingen aus der Volksgruppe der Roma und Ashkali in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppen vor und während der Aktion, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

KlAnfr
s. *Ausweisung*
Drs 13/4922

Feststellung eines Versagens der Europäer bei der Krise im ehemaligen Jugoslawien

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1471

Eintreten für eine Altfallregelung für Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, Feststellung einer gelungenen Integration von Kosovo-Albanern

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8005

Juniorprofessur

s. *Professor*

Jura

s. *Rechtswissenschaft*

Jurist

s.a. Rechtsanwalt
s.a. Rechtswissenschaft
s.a. Richter
s.a. Staatsanwaltschaft

*Einsparpotenziale durch Einführung öffentlich-rechtlicher Aus-
 bildungsverhältnisse bei staatlichen Monopolausbildungsgän-
 gen*

Darlegung der für die öffentliche Hand per Saldo erzielten
 Einsparungen durch Umwandlung des juristischen Vorberei-
 tungsdienstes in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhält-
 nis sowie der weiteren Potenziale bei Übertragung der Re-
 form auf andere staatliche Ausbildungsgänge im Bibliotheks-,
 Vermessungs-, Forst- und Verwaltungsdienst sowie beim Vorbe-
 reitungsdienst zum Lehramt; Auswirkungen auf die Betroffenen

Antr
s. Ausbildung
 Drs 13/1606

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag
 zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende
 Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Aufhebung der
 PrüfungsvergütungsVO Medizin sowie der Ausbildungs- und
 PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst, Er-
 höhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten
 juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung

GesEntw
s. Haushaltsstrukturgesetz
 Drs 13/1763

*Ges über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbe-
 reitungsdienst (JAG)*

Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung mit
 dem JAG bzw der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung,
 Aufteilung der Ersten juristischen Prüfung in eine universitäre
 Schwerpunktbereichs- und staatliche Pflichtfachprüfung

GesEntw LReg 20.05.2003 Drs 13/2086 (12 S.)
 1. Beratung PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3085 3086
 BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2225
 2. Beratung PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3366 3367
 GesBeschl 16.07.2003 Drs 13/2289
 GBl 2003 Nr. 9 S. 354-356 (Ges vom 16.07.2003)

*Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites
 HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)*

Änd des JuristenausbildungsGes sowie der Juristenausbildungs-
 und Prüfungsordnung

GesEntw
s. Hochschulrecht
 Drs 13/3640

*Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und
 Staatsanwälte*

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von
 freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei de-
 ren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungs-
 prüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von
 Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absol-
 venten des 2. Staatsexamens

Antr
s. Personalplanung

Drs 13/3795

*Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW, dem Freistaat
 Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Bildung eines Ge-
 meinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung
 für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft*

GesEntw
s. Rechtsanwalt
 Drs 13/4386

Reform der Juristenausbildung
 PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917

*Unterschiedliche Meinungen von Juristen zu einem Thema, Ver-
 weisung auf drei Meinungen bei zwei Juristen, Bewertung als
 Beleidigung der Juristen*

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7817 7847 7850

Justiz

s.a. Justizkosten
s.a. Justizminister
s.a. Justizministerin
s.a. Rechtspflege
s.a. Staatsanwaltschaft

*Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im
 Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten
 im Betrugsfall FlowTex*

Antr
s. Flowtex-Gruppe
 Drs 13/154

*Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der
 Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugs-
 delikten im Fall FlowTex*

Antr
s. Flowtex-Gruppe
 Drs 13/179

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren
 Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staa-
 ten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sächli-
 chen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Ver-
 fassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastro-
 phenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfs-
 werk

Antr
s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
 Drs 13/271

*Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
 des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 10)*

Personalbewirtschaftung in der Justiz

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 VI. S.
 3
 PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
 Mittlg LReg 09.12.2003 Drs 13/2712

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Personal- und Sachausstattung bei Polizei, Jus-
 tiz und Verfassungsschutz, stufenweise Einführung der zwei-
 geteilten Laufbahn, Abschmelzen der Überstunden, Sondertar-
 ifprogramm für Polizeiangehörige, Vorziehen des Technikzu-

kunftsprogramms; Aufstockung der Mittel aus dem Feuerschutzsteueraufkommen für die Feuerwehren; Erarbeitung eines Zivil- und Katastrophenschutzkonzepts, Wiedereinrichtung der Katastrophenschutzstellen im IM und bei den RegPräs; Reaktivierung der BRatsinitiative von 1995 zur Abschöpfung von Verbrechenngewinnen, ausschließliche Verwendung dieser Mittel für Zwecke der Polizei und Justiz

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/339

Die Rolle baden-württembergischer Justiz- und Finanzorgane in der FlowTex-Affäre

Aktuelle Debatte

s. *Flowtex-Gruppe*

PIPr 13/15 S. 719

Konzept zur Verbesserung der Situation der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Katastrophenschutzes und der Justiz in BW

Vorlage einer Konzeption in Fortschreibung des Sicherheitsplans II von 1978: Darlegung personeller, struktureller, sozialer und sächlicher Maßnahmen

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/1090

Behandlungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Justiz und Drogenhilfe

Erhöhung der Erfolgsquote der Therapien und Senkung der Rückfallquoten in die Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss durch o.g. Kooperation von Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Drogenhilfe; Erfahrungen anderer BLänder; Initiierung geeigneter Modellprojekte

Antr

s. *Süchtiger*

Drs 13/1462

Justizreform in BW

Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate und Übertragung der Handelsregister auf die IHK; Klärung verfassungsrechtlicher Fragen und notwendiger Rechtsänderungen auf Bundesebene für eine Privatisierung der mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Bewährungshelfer und Gerichtsvollzieher; Auswirkungen einer Eingliederung der Grundbuchämter in die (reduzierten) Amtsgerichte; Konzentration von Außensenaten des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart; Abbau von Standorten der Amts-, Land- und Sozialgerichte sowie Staatsanwaltschaften; Übertragung der Zuständigkeit für die Arbeitsgerichte auf das JuM; Schließung von Außenstellen im Strafvollzug nach Realisierung der Neubauten in Offenburg und Rottweil

Antr GRÜNE 20.06.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2177 (15 S.)

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3871-3880

BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 5

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Justizreform

Vergleich eines GesEntw der BReg und eines von Bayern und Hessen initiierten GesEntw im BRat zur Vereinfachung und Beschleunigung von Justizverfahren, Darlegung der jeweils positiv und negativ bewerteten Inhalte

KIAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 25.09.2003 und Antw JuM

Drs 13/2450

Stellenabbauprogramm im Justizbereich

Planung weiterer Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche der Justiz und Auswirkungen auf die Rechtspflege, Vereinbarkeit mit der Koalitionsvereinbarung und den Aussagen der Justizministerin

Antr SPD 12.11.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2603

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6659-6673

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außensenaten bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenauffälle und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr GRÜNE 19.11.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2632

EAntr SPD 07.12.2004 Drs 13/3852

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5671-5681

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Anpassungen im Bereich des JuM, Landesgesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Weiterentwicklung der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft bzw der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz

GrAnfr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/3251

Eingriff der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz - Strafverfahren gegen den Mannheimer Jugendschöffengericht H.-G. S.

Begründung und Ergebnis der o.g. Strafverfolgung wegen Strafreitelung im Amt durch zu langsame Verfahrenserledigung; Beurteilung vor dem Hintergrund der richterlichen Unabhängigkeit, steigender Fallzahlen bei gleichzeitigem Personalabbau; Billigung der Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Heidelberg mit dem Ziel höherer Erledigungszahlen bzw Effizienzsteigerung der Justiz? Frage nach weiteren Ermittlungsverfahren in den letzten zehn Jahren sowie disziplinarrechtlichen Maßnahmen

Antr

s. *Richter*

Drs 13/3629

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absolventen des 2. Staatsexamens

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 13/3795

Strukturreform der baden-württembergischen Justiz; hier: Ordentliche Gerichtsbarkeit

Zahl der Richterstellen, Unterbringungssituation, technische Ausstattung, Miet-, Sach- und Unterhaltungskosten der einzelnen Amts- und Landgerichte; Möglichkeiten und Einsparpotenziale einer Konzentration auf eine verringerte Zahl von Standorten; Umbau der Justizstruktur nach den gemeinsamen Eckpunkten der Justizminister von Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen; Höhe der Eingangszahlen pro Richter in den Jahren 1990 und 2003

Antr GRÜNE 25.11.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3796 (11 S.)
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5671-5681

Justizreform - Steigerung der Effizienz in den Kernaufgaben der baden-württembergischen Justiz

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5671-5681

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr
s. *Richter*
Drs 13/4605

Verbesserung der Personal- und Sachausstattung bei der Justiz

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 371 372 374 376 377

Fortsetzung der Reformpolitik im Justizbereich

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 813 814

Würdigung der Arbeit einer funktionierenden Justiz, Stellenhebungen und Modernisierung der technischen Ausstattung im Justizdienst, Beklagung einer Personalauszahlung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 881 916-926

Fortsetzung der Reformpolitik im Justizbereich

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1101 1102

Einbeziehung des Justizbereichs in die Kontrollkompetenz des LDatenschutzbeauftragten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1317 1319

Einbeziehung des Justizbereichs in die Kontrollkompetenz des LDatenschutzbeauftragten

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2785

Prüfung der Vorschläge der Ministerin zur Justizreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2902 2912 2918 2925 2926

Ankündigung einer zeitgleichen parlamentarischen Beratung der Justiz- und Verwaltungsreform

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3333

Begründung und Ausgestaltung der geplanten Justizreform, zeitgleiche Umsetzung mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3632

Privatisierung von Leistungen mit der Justizreform, Konzentration auf die Kernaufgaben, Verzicht auf Stellenabbau im Strafvollzug, Übertragung der Arbeitsgerichtsbarkeit auf das JuM im Zuge der Justizreform

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4154 4155 4178 4213 4214

Leistungsfähigkeit der Justiz in BW, Beschränkung auf Kernaufgaben im Zuge der Justizreform, Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Privatisierungen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4303-4317

Wahrung der Belange des Datenschutzes bei den vorgesehenen Privatisierungen im Zuge der Justizreform; kritische Anmerkungen des Datenschutzbeauftragten zum Strafvollzug sowie zur Datenerfassung für das elektronische Grundbuch

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4541 4543 4544

Grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung in Europa, Ausbau von Eurojust, Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842-4844 4846-4851

Privatisierung von Leistungen mit der Justizreform, Bündelung der Zuständigkeit für sämtliche Gerichtszweige beim JuM

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4920 4923 4928 4930 4931 4952-4960

Privatisierung von Leistungen mit der Justizreform; Würdigung einer zeitnahen Arbeit der Justiz hierzulande

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4972 5000 5026

Beklagung einer Verunsicherung in der Justiz vor dem Hintergrund der Gefangenenausbrüche und Überlegungen zur Privatisierung von Leistungen; Bewertung des Kompromisses zur vorgelegten Justizreform

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386-5396

Würdigung der Arbeit einer funktionierenden Justiz, Umsetzung der Vorschläge zur Justizreform

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037-6050

Privatisierung von Leistungen mit der Justizreform; Würdigung einer zeitnahen Arbeit der Justiz hierzulande

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Privatisierung von Leistungen mit der Justizreform und weiteren Reformschritten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482 6483 6489

Vorwurf mangelnder Unterstützung des Datenschutzbeauftragten durch die Justiz

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7920 7921

Justizbediensteter*s.a. Gerichtsvollzieher**Situation des Strafvollzugs in BW*

Entwicklung der Personalausstattung und Beförderungsmöglichkeiten, der Überstunden und Krankheitszeiten seit 1992 im Vergleich zu anderen BLändern; Stellenwert und Motivation der Verwaltungsmitarbeiter; vorhandene und notwendige EDV-Ausstattung; Entwicklung der Belegungs- und Rückfallquote, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Russlanddeutschen; Verwirklichung des Schnellbauprogramms, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/566

Haushalt 2002 und 2003; Epl 05

Verbesserung der Beförderungssituation im mittleren und gehobenen Justizvollzugsdienst

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.01.2002 Drs 13/655-3 S. 19-21
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916-927

Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen auf die Dienstpläne der Beamten im Strafvollzug

Auswirkungen der 41-Stunden-Woche auf die Tages-, Wochen- und Monatsarbeitszeit im Wechselschichtdienst in den einzelnen Vollzugsanstalten; Frage nach einer unterschiedlichen Handhabung im Vergleich zur Polizei

KlAnfr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2421

Ausbruch in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Zustandekommen und Konsequenzen des Ausbruchs trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen, Zahl und jeweilige Vollzugsart der einsitzenden Gefangenen, Gegenüberstellung der verfügbaren Vollzugsbeamten, Höhe und Zeitdauer der Differenz zur Sollstärke

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3515

Strafvollzug in BW

Entwicklung der Personal- und Beförderungssituation sowie der Überstunden seit 1994 im Vergleich zu anderen BLändern; Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offenburg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Einzelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen; Bereiche und Auswirkungen der geplanten Privatisierung; Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Aufklärung der Umstände einer Selbsttötung und der Flucht eines Gefangenen trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen; Ankündigung disziplinarrechtlicher Maßnahmen für die zuständigen Vollzugsbeamten nach Untersuchung der Vorfälle; Eignung der JVA Mannheim für die Unterbringung von stark ausbruchsgefährlichen Gefangenen? Umsetzung der auf Drs 13/3515 angekündigten Maßnahmen?

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3648

Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hechingen

Aufklärung der Umstände des Ausbruchs von vier Gefangenen; Frage nach personellen und baulichen Mängeln in Hechingen u.a. JVA im Land bzw nach Abhilfemaßnahmen; Verpflichtung privater Sicherheitsdienste als Reaktion auf den Ausbruch?

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3653

Umgang mit einem Justizvollzugsbeamten

Zeitraum und Einsatzbereiche des wegen Mordes angeklagten Beamten im Justizvollzugsdienst des Landes, begangene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie Verurteilungen dieses Mitarbeiters während und im Zusammenhang der Dienstzeit, Interventionen von Vorgesetzten beim Justizministerium verbunden mit der Bitte um Suspendierung des Beschuldigten, Reaktionen der Justizverwaltung insbes nach Feststellung der Dienstfähigkeit mittels eines amtsärztlichen Gutachtens; Frage nach konkreten Schlussfolgerungen aus diesem Fall

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 29.11.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3807
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4312 S. 7 8
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Umgang der Justizverwaltung mit dem straffälligen und untragbaren Justizvollzugsbeamten A.H.

Einstellungszeitpunkt und Beurteilung des wegen Mordes angeklagten Beamten; Art und Zeitpunkt der Information des Justizministeriums von Vorgesetzten über die Straftaten, Auffälligkeiten und Verurteilungen dieses Mitarbeiters verbunden mit der Bitte um dessen Suspendierung; Zahl der Fehltag im Vergleich zum Durchschnitt der Justizvollzugsbeamten in BW; Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach Einschätzung des Beamtenbundes bzw im Grundsatz bei straffälligen Vollzugsbeamten, Beurteilung der Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts im Hinblick auf diesen Fall

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 02.12.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3833
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4312 S. 7 8
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Leitung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Pforzheim

Wahrnehmung der o.g. Funktion vom Leiter der JVA Heimsheim in Personalunion, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Schwerpunkten Jugendstrafvollzug in Pforzheim und Erwachsenenstrafvollzug in Heimsheim, Praktikabilität der jeweiligen Präsenz angesichts der räumlichen Entfernung und der unterschiedlichen Wirtschaftsbetriebe

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 21.12.2004 und Antw JuM Drs 13/3917

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften
Übertragung der Personalverwaltung für die mittleren Justizbeamten auf die JVA u.a. Vollzugseinrichtungen; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Personalplanung*
Drs 13/4963

Stellenhebungen im mittleren Justizvollzugsdienst
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641

Stellenhebungen im mittleren und gehobenen Justizvollzugsdienst, Würdigung der Arbeit der Bediensteten im Strafvollzug
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916 917 919 921 922 924 926

Würdigung der Arbeit der Justizbediensteten, Verbesserung der Personalsituation im Strafvollzug und in der Strafverfolgung
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305-4315

Würdigung der Arbeit der Justizbediensteten, Beklagung der Personaleinsparungen, Verbesserung der Sicherheit im Strafvollzug durch Personalaufstockung
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037-6050

Justizkosten

s.a. *Prozesskostenhilfe*
s.a. *Rechtsanwaltsgebühren*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des LJustizkostenGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1031

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Anpassung von Zuständigkeitsregelungen an Änderungen des Bundesrechts sowie an die Umwandlung des Amtsgerichts Heilbronn in ein Präsidenten-Amtsgericht; Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzsachen, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer); Anpassung des LJKG an bundesrechtliche Änderungen der Justizverwaltungs-kostenordnung

GesEntw
s. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*
Drs 13/1373

Stundung der Verfahrenskosten im Insolvenzverfahren
Entwicklung der Fallzahlen und Kosten o.g. Verfahren differenziert nach Verfahrenskosten, Gerichtskosten, Aufwendungen für Insolvenzverwalter und für die Beordnung eines Rechtsanwalts; Anteil und Kosten der Gewährung von Beratungshilfe zur Durchführung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs; Einschätzung der Zahlen für 2003

KlAnfr
s. *Zahlungsunfähigkeit*
Drs 13/2012

Ges zur Änd des LandesjustizkostenGes und des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Anpassung des Gebührenanteilsystems der Notare im Landesdienst an die Vorgaben des Europarechts, Erweiterung bzw Einführung der Gläubigerschaft der Notare an sämtlichen Gebühren und Auslagen für Geschäfte i.S. von § 3 Abs 1 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, strukturelle und inhaltliche Neugestaltung der an das Land abzuführenden Gebührenanteile

GesEntw
s. *Notar*
Drs 13/3965

Gebührendeckung des Justizhaushalts, Erhebung bzw Anpassung der Gebühren für Leistungen der Justiz

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4309-4312

Einführung von Gerichtsgebühren im sozialgerichtlichen Verfahren, Anregung einer Kostenstellenrechnung für die Handelsregister

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4955-4957

Justizkostengesetz

s. *Justizkosten*

Justizminister

s.a. *Beauftragter für Ausländer*
s.a. *Justizministerin*

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Ulrich Goll zum/als Justizminister

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 38

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Ulrich Goll zum/als Justizminister

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5187 5188

Zugehörigkeit von Herrn Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung in den Aufsichtsrat der Landesstiftung und der SWR-Holding GmbH

Antr LReg 03.08.2004 Drs 13/3475

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322

BeschlEmpf und Bericht StändA 30.09.2004 Drs 13/3603

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Umgang mit einem Justizvollzugsbeamten

Zeitraum und Einsatzbereiche des wegen Mordes angeklagten Beamten im Justizvollzugsdienst des Landes, begangene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie Verurteilungen dieses Mitarbeiters während und im Zusammenhang der Dienstzeit, Interventionen von Vorgesetzten beim Justizministerium verbunden

mit der Bitte um Suspendierung des Beschuldigten, Reaktionen der Justizverwaltung insbes nach Feststellung der Dienstfähigkeit mittels eines amtsärztlichen Gutachtens; Frage nach konkreten Schlussfolgerungen aus diesem Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3807

Umgang der Justizverwaltung mit dem straffälligen und untragbaren Justizvollzugsbeamten A.H.

Einstellungszeitpunkt und Beurteilung des wegen Mordes angeklagten Beamten; Art und Zeitpunkt der Information des Justizministeriums von Vorgesetzten über die Straftaten, Auffälligkeiten und Verurteilungen dieses Mitarbeiters verbunden mit der Bitte um dessen Suspendierung; Zahl der Fehltag im Vergleich zum Durchschnitt der Justizvollzugsbeamten in BW; Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach Einschätzung des Beamtenbundes bzw im Grundsatz bei straffälligen Vollzugsbeamten, Beurteilung der Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts im Hinblick auf diesen Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3833

Vorgänge um den Hafturlaub des Ex-FlowTex-Chefs und die Konsequenzen

Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Schmider, Verdeutlichung der Äußerung des Justizministers über den Vertrauensbruch des Häftlings, Darlegung der zwischen dem JuM und der Justizvollzugsanstalt Freiburg vereinbarten verschärften Anforderungen sowie deren Geltungsbereich

Antr
s. *Urlaub*
Drs 13/5039

Partnerschaft des Justizministers in einer Rechtsanwaltskanzlei

Fortbestand der Partnerschaft in einer Heidelberger Rechtsanwaltskanzlei auch nach dem Amtsantritt des Ministers? Vereinbarkeit mit der Rechtslage, Notwendigkeit einer Ausnahmegenehmigung nach Art 53 der Landesverfassung?

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 21.01.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/3962

Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 der Landesverfassung

Festhalten an der Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht durch die ehemalige Justizministerin Werwigk-Hertneck als Begründung der beantragten Ausnahmegenehmigung nach Aussage des derzeitigen Justizministers, Vereinbarkeit mit der im Antr 13/1594 dargelegten Übertragung dieser Rechte auf einen Vertreter für die Zeit des Ruhens der Anwaltszulassung der Ministerin

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3999

Medienpolitische Forderungen des Justizministers

Beurteilung der Forderungen nach Privatisierung des ZDF, Auflösung oder Fusion des Saarländischen Rundfunks mit anderen ARD-Anstalten bzw zusätzliche Belastung der dortigen Gebührenzahler mit einem Solidarzuschlag sowie nach einer engeren Kooperation der öffentlich-rechtlichen Sender mit dem DRS und ORF

Antr

s. *Medien*
Drs 13/4084

Verlagerung der Erfassung von Daten ins Ausland

Übertragung der Erfassung weiterer Daten aus dem Bereich des JuM - außer der für das elektronische Grundbuch - auf ausländische Unternehmen oder deutsche Unternehmen mit Subunternehmen im Ausland

MdIANfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4133

Geplatzter Prozess wegen mangelnder Kooperation der LReg in einem Strafverfahren gegen einen Terrorverdächtigen

Scheitern des o.g. Verfahrens gegen einen islamistischen Terrorverdächtigen vor dem Bayerischen Oberlandesgericht wegen Zurückhaltung von Ermittlungsergebnissen und Akten durch das Stuttgarter Justizministerium, Aufklärung der entsprechenden Vorwürfe des Vorsitzenden Richters, Gründe für die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt

Antr
s. *Gerichtsverfahren*
Drs 13/4268

Neutralitätspflicht bei Veröffentlichungen durch Landesministerien

Gewährleistung der parteipolitischen Neutralitätspflicht bei Druckschriften, Internetauftritten etc; Beurteilung einer Veröffentlichung mit dem Titel „Goll verbindet Gratulation an Günther Oettinger und Stefan Mappus mit Warnungen vor schwarzgrünen Gedankenspielen“ auf der Homepage des Justizministeriums, Veranlassung der Löschung bzw Unterbindung künftiger Verstöße

KIANfr
s. *Veröffentlichung*
Drs 13/4281

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Ulrich Goll zum/als Justizminister

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Gegen die schleichende Aushöhlung der Bürgerrechte durch Rot-Grün - der Vorstoß des baden-württembergischen Justizministers zur Wiederherstellung des Bankgeheimnisses

Aktuelle Debatte
s. *Bankgeheimnis*
PIPr 13/94 S. 6625

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr
s. *Richter*
Drs 13/4605

Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit der EnBW

Ursachen, Verantwortliche und Konsequenzen der Pannen im o.g. Ermittlungsverfahren; Art und Rechtsgrundlage der Berichterstattung der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Justizminister, Beurteilung der Maßnahmen des Ministers

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4820

Mögliche Einflussnahme bei den Ermittlungen gegen den SWR-Intendanten und weitere Angehörige des SWR

Klärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß; Frage nach Maßnahmen des Justizministeriums bzw der Staatsanwaltschaft; Anordnung und Vollzug von Durchsuchungsbeschlüssen

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4853

Anregung von Erziehungsurlaub für den Justizminister und Berufung seiner Frau in das Amt während dieser Zeit

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1847 1848 1858

Dank an die Mitarbeiter bzw an den Justizminister für die geleistete Arbeit am Ende seiner Abschiedsrede

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2150 2151

Frage nach dem Fortbestand der Partnerschaft des Justizministers in einer Heidelberger Rechtsanwaltskanzlei

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6162

Kritik des Justizministers am AntidiskriminierungsGes der BReg

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6281 6282 6284-6288

Beantragung der Herbeirufung des JuM, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte um ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7543-7548 7551

Justizministerin

s.a. *Justizminister*

Berufung von Frau Corinna Werwigk-Hertneck zur Justizministerin; hier: Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 LV

Antr
s. *Wewigk-Hertneck, Corinna FDP/DVP*
Drs 13/1594

Berufung und Vereidigung von Corinna Werwigk-Hertneck zur/als Justizministerin

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2291 2292

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung der Justizministerin in den Aufsichtsrat der Landesstiftung

Antr LReg 17.03.2003 Drs 13/1891
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1912
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Kosten der Büroeinrichtung und -einrichtungsberatung der Justizministerin

KlAnfr
s. *Arbeitsstätte*
Drs 13/2039

Entlassung von Frau Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck

DringlAntr SPD 20.07.2004 Drs 13/3407
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181 (zurückgezogen)

Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 der Landesverfassung

Festhalten an der Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht durch die ehemalige Justizministerin Werwigk-Hertneck als Begründung der beantragten Ausnahmegenehmigung nach Aussage des derzeitigen Justizministers, Vereinbarkeit mit der im Antr 13/1594 dargelegten Übertragung dieser Rechte auf einen Vertreter für die Zeit des Ruhens der Anwaltszulassung der Ministerin

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3999

Feststellung einer Verdoppelung des Frauenanteils im Kabinett mit dem Eintritt der neuen Justizministerin

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2035-2037 2040

Übertragung der Arbeitsgerichtsbarkeit auf das JuM, Vereinigung aller Gerichtszweige unter einem Dach

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4578 4579 4581

Vorabinformation des Wirtschaftsministers durch die Justizministerin über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, Forderung nach Entlassung der Ministerin, Dank an Corinna Werwigk-Hertneck für die geleistete Arbeit

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5147 5153 5159 5166 5171

Forderung nach einer Debatte über die Gründe für den Rücktritt der Justizministerin im Parlament; Lob für die Amtsführung der scheidenden Ministerin

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5182 5183 5185-5187

Erinnerung an den Rücktritt der Justizministerin im Zusammenhang mit der „Umfrageaffäre“

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7573 7574 7576-7579

Justizvollzugsanstalt

s.a. *Haft*
s.a. *Sozialtherapeutische Anstalt*
s.a. *Vollzugskrankenhaus*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 6)

Dolmetscherkosten bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten (Drs 12/5701 III. S. 2)

Mittlg
s. *Übersetzung*
Drs 13/53

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 9) - Datenverarbeitung bei den Justizvollzugsanstalten (Drs 12/6051)

s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/264

Ausbrüche bei der Justizvollzugsanstalt Adelsheim

Darlegung o.g. Zahlen der letzten zehn Jahre im Vergleich zu anderen Anstalten, Auflistung der Übergriffe gegen Vollzugsbeamte sowie der ergriffenen Sanktionen und Sicherheitsvorkehrungen

rungen

KlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/270

Gefängnisneubau in Rottweil

Zeitpunkt, Standort und Kosten des o.g. Vorhabens

KlAnfr Herbert Moser SPD 16.10.2001 und Antw FM Drs 13/318

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 12)

Gefangenenentlohnung in den Justizvollzugsanstalten

Mittlg
s. *Vergütung*
Drs 13/329

Belegungssituation und Abschiebung in baden-württembergischen Haftanstalten

Entwicklung der Zahlen insgesamt sowie in der JVA Mannheim seit 1996, Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/426

Entlohnungspraxis in den Justizvollzugsanstalten

Eingruppierung in Vergütungsstufen beim Grundlohn in den einzelnen JVA nach Inkrafttreten der Neuregelung des Gefangenenentgelts, Umsetzung der Empfehlung des RH; Höhe der gezahlten Leistungszulagen, Steigerung der Arbeitsmotivation i.S.d. Resozialisierung; Umfang der zu etatisierenden Kosten

Antr
s. *Vergütung*
Drs 13/501

Situation des Strafvollzugs in BW

Entwicklung der Personalausstattung und Beförderungsmöglichkeiten, der Überstunden und Krankheitszeiten seit 1992 im Vergleich zu anderen BLändern; Stellenwert und Motivation der Verwaltungsmitarbeiter; vorhandene und notwendige EDV-Ausstattung; Entwicklung der Belegungs- und Rückfallquote, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Russlanddeutschen; Verwirklichung des Schnellbauprogramms, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/566

Situation und Behandlung HIV-positiver bzw an Hepatitis-B und -C erkrankter Häftlinge

Zahlen von o.g. Häftlingen bei Strafantritt bzw Strafverbüßung; Möglichkeiten zur Desinfektion und zum Austausch von Spritzen sowie zur anonymen Beschaffung von Kondomen; Art und Intensität der Betreuung der drogenabhängigen und kranken Gefangenen; Schulung der Bediensteten

KlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/787

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr
s. *Straftäter*
Drs 13/888

Zur Situation im Strafvollzug

Unterbringungssituation von Gefangenen im geschlossenen Vollzug, Grad der Mehrfachbelegung von Einzelzellen, Vergleich mit anderen BLändern; Vorlage eines Konzepts zum Abbau der Überbelegung in den einzelnen JVA

Antr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/984

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/1323

Drogenberatung an den Justizvollzugsanstalten

Entwicklung der Förderung der externen Drogenberatung an den einzelnen JVA seit 1998, Zusammensetzung der Klientel in U-Haft und im Strafvollzug, Umfang der jeweiligen Wartezeiten und des Erfolgs von Therapien, Anteil von Rückfällen und erneuter Straffälligkeit nach der Entlassung; Prüfung einer Aufstockung bzw Zusammenführung der Etatansätze

Antr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/1340

Frauen im Strafvollzug in BW

Entwicklung der Kriminalität von Frauen im Vergleich zu Männern in den letzten zehn Jahren; Vollzugseinrichtungen für Frauen, Belegungsquote und Beschäftigungsmöglichkeiten; Zahl von Geburten und Versorgung der Kinder von Müttern im Strafvollzug

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1394

Videospiele in Justizvollzugsanstalten

Frage nach einem grundsätzlichen Verbot von Videospielekonsolen in den JVA

KlAnfr
s. *Spiel*
Drs 13/1869

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg

Stand der Planung für die o.g. Verlegung, den Ausbau der Plätze für Sozialtherapie auf dem Hohenasperg und den Neubau der JVA Offenburg; Gesamtkonzept für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Sozialtherapie; Integration des Vollzugskrankenhauses in eine bestehende JVA

Antr
s. *Vollzugskrankenhauser*
Drs 13/1940

Justizreform in BW

Schließung von Außenstellen im Strafvollzug nach Realisierung der Neubauten in Offenburg und Rottweil

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten

Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten, anhängige Klagen von Gefangenen wegen Mehrfachbelegung bei den Strafvollstreckungskammern und Zivilgerichten, Konsequenzen aus Beschlüssen des BVerfG und des OLG Celle

KlAnfr
s. *Haft*
Drs 13/2402

Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen auf die Dienstpläne der Beamten im Strafvollzug

Auswirkungen der 41-Stunden-Woche auf die Tages-, Wochen- und Monatsarbeitszeit im Wechselschichtdienst in den einzelnen Vollzugsanstalten; Frage nach einer unterschiedlichen Handhabung im Vergleich zur Polizei

KlAnfr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2421

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 14) - Einweisungskommission bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart

Erarbeitung einer Konzeption für die Auflösung der Einweisungskommission bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart

Mittlg
s. *Strafvollzug*
Drs 13/2700

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten im geschlossenen Vollzug

Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten

KlAnfr
s. *Haft*
Drs 13/2558

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außenstellen bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenaufwände und Mehrkosten; Zustandekommen

der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Neubau der Justizvollzugsanstalt Offenburg

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung des Neubaus der JVA Offenburg, Frage nach Parallelplanungen bzw nach dem Stand der Suche nach einem Ersatzstandort

Antr SPD 24.03.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3054
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 3
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Ausbruch in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Zustandekommen und Konsequenzen des Ausbruchs trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen, Zahl und jeweilige Vollzugsart der einsitzenden Gefangenen, Gegenüberstellung der verfügbaren Vollzugsbeamten, Höhe und Zeitdauer der Differenz zur Sollstärke

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3515

Strafvollzug in BW

Entwicklung der Personal- und Beförderungssituation sowie der Überstunden seit 1994 im Vergleich zu anderen BLändern; Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offenburg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Einzelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen; Bereiche und Auswirkungen der geplanten Privatisierung; Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Aufklärung der Umstände einer Selbsttötung und der Flucht eines Gefangenen trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen; Ankündigung disziplinarrechtlicher Maßnahmen für die zuständigen Vollzugsbeamten nach Untersuchung der Vorfälle; Eignung der JVA Mannheim für die Unterbringung von stark ausbruchsgefährlichen Gefangenen? Umsetzung der auf Drs 13/3515 angekündigten Maßnahmen?

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3648

Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hechingen

Aufklärung der Umstände des Ausbruchs von vier Gefangenen; Frage nach personellen und baulichen Mängeln in Hechingen u.a. JVA im Land bzw nach Abhilfemaßnahmen; Verpflichtung privater Sicherheitsdienste als Reaktion auf den Ausbruch?

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3653

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr

s. *Aids*

Drs 13/3817

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Auflistung der Ausbrüche, Fluchtversuche und Entweichungen seit den Vorfällen im August und Oktober; Aufgaben und Befugnisse des in der JVA Mannheim eingesetzten Sicherheitsbeauftragten; Durchführung der o.g. Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr SPD 30.11.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3818

BeschlEmpf und Bericht StändA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 3-5

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Leitung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Pforzheim

Wahrnehmung der o.g. Funktion vom Leiter der JVA Heimsheim in Personalunion, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Schwerpunkten Jugendstrafvollzug in Pforzheim und Erwachsenenstrafvollzug in Heimsheim, Praktikabilität der jeweiligen Präsenz angesichts der räumlichen Entfernung und der unterschiedlichen Wirtschaftsbetriebe

KlAnfr

s. *Justizbediensteter*

Drs 13/3917

Situation und Behandlung HIV-positiver Frauen im Strafvollzug

Notwendige und tatsächliche Kontrolluntersuchungsdichte, Qualifizierung der Anstaltsärzte, Weiterreichung der von der Deutschen AIDS-Stiftung zur Verfügung gestellten Gelder für Zusatzernährung an die betroffenen Frauen

KlAnfr

s. *Aids*

Drs 13/3918

Vorgänge um den Hafturlaub des Ex-FlowTex-Chefs und die Konsequenzen

Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Schmider, Verdeutlichung der Äußerung des Justizministers über den Vertrauensbruch des Häftlings, Darlegung der zwischen dem JuM und der Justizvollzugsanstalt Freiburg vereinbarten verschärften Anforderungen sowie deren Geltungsbereich

Antr

s. *Urlaub*

Drs 13/5039

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr

s. *Kriminalität*

Drs 13/3949

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Verbesserung der baulichen Sicherheit bei einzelnen Justizvollzugsanstalten

EAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4012-14 S. 36 37

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Mittlg LReg 04.08.2005 Drs 13/4591

Schulische Bildung im Strafvollzug nach der Kürzung der Mittel für Träger des Zweiten Bildungswegs

Auswirkungen des Wegfalls von Realschulkursen auf die darauf aufbauenden Berufsausbildungsmöglichkeiten, betroffene Anstalten und Kurse; Erhaltung der Bildungsangebote und Wege zum Erreichen von Bildungsabschlüssen im Strafvollzug

Antr

s. *Schulabschluss*

Drs 13/4173

Die Verhältnisse in den Besuchertrakten der Justizvollzugsanstalten und insbesondere in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Vergleich der Besuchertrakte der JVA nach ihrem Zustand, dem jeweiligen Sicherheitsniveau und ihrer Ausstattung in Relation zur Gesamtzahl der Inhaftierten

KlAnfr Roland Weiß SPD 06.04.2005 und Antw JuM Drs

13/4224

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Stärkung der Nutzung für den Fremdenverkehr bzw als Kultur- und Gedenkstätte unter Einbeziehung des Schiller Nationalmuseums und des Keltenmuseums bereits vor der Umsiedlung des Vollzugskrankenhauses nach Stuttgart-Stammheim; Beurteilung der Möglichkeiten für eine Verlagerung der vorhandenen Plätze der Sozialtherapeutischen Station ebenfalls auf andere JVA; Sanierung und Öffnung des Schubartturms sowie der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl privater Investoren

Antr

s. *Hohenasperg*

Drs 13/4356

Besuchszeiten und Besuchsregelungen in den Justizvollzugsanstalten (JVAs) des Landes

Begründung der unterschiedlichen Regelungen sowie der Differenz zwischen möglichen und tatsächlichen Besuchen getrennt nach U-Haft und Strafhaf und einzelnen JVA

KlAnfr Roland Weiß SPD 06.07.2005 und Antw JuM Drs

13/4476

Haftverbüßung in der Heimat

Zahl und Herkunft der hier einsitzenden verurteilten Ausländer, Maßnahmen und Rechtssetzungsschritte (des Bundes) zur Strafverbüßung im Heimatland auch gegen den Willen der Betroffenen, Möglichkeiten des Landes zum Bau und Betrieb von Haftplätzen im Ausland

Antr

s. *Gefangener*

Drs 13/4499

Überbelegung der Justizvollzugsanstalt Freiburg

Verringerung der Zahl der in Freiburg einsitzenden Gefangenen aufgrund eines entsprechenden Hinweises des Beirats der JVA

MdlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/4532

Drogen- und Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Zahl der inhaftierten Frauen seit 2003, des Anteils der Drogenabhängigen sowie der Personalzuweisungen

KlAnfr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/4579

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/4583

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Übertragung der Personalverwaltung für die mittleren Justizbeamten auf die JVA u.a. Vollzugseinrichtungen; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Personalplanung*
Drs 13/4963

Bemerkungen des RH zur Datenverarbeitung bei den JVA; Stellenhebungen im Justizvollzugsdienst; Qualität der Arbeit und Resozialisierung im Justizvollzug

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917 919 921 922 924

Notwendigkeit einer Verbesserung der personellen und räumlichen Situation in der Jugendstrafanstalt Adelsheim

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1914 1920

Überbelegung der Justizvollzugsanstalten, Verbesserung der Personalsituation, Umsetzung des Haftraum-Schnellbauprogramms, Realisierung des Neubaus der JVA Offenburg

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4307 4308 4310 4312-4315

Beklagung von Sicherheitsmängeln in den Justizvollzugsanstalten vor dem Hintergrund der Ausbrüche in Mannheim und Hechingen; Überlegungen zur Verpflichtung privater Sicherheitsdienste

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386 5392-5396

Schaffung der benötigten Haftplätze; Verbesserung der Sicherheit in den Gefängnissen, insbes in Mannheim

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5674 5675 5681

Verbesserung der Sicherheit in den Gefängnissen, insbes in Mannheim; Schaffung der benötigten Haftplätze; Überlegungen zur Verpflichtung privater Sicherheitsdienste

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6038 6039 6041-6043 6045-6047

Übertragung der nichthoheitlichen Bereiche der neuen Justizvollzugsanstalt in Offenburg auf einen privaten Betreiber
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482 6483 6489

Justizvollzugskrankenhaus

s. *Vollzugskrankenhaus*

JVA

s. *Justizvollzugsanstalt*

Kabelnetz

s.a. *Elektrische Leitung*
s.a. *Kabelrundfunk*

Maßnahmen gegen die schlechte Verbreitung des 3. Fernsehprogramms des SWR in Kabelnetzen anderer BLänder

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/137

Verkauf des Breitbandkabelnetzes

Beurteilung o.g. Verkaufsabsichten der Telekom an die Callahan-Gruppe, Einschätzung von Befürchtungen über eine Benachteiligung ländlicher Räume beim Netzausbau sowie von verschiedenen Anbieter- und Nutzergruppen beim Netzzugang, Bewertung künftiger Einflussmöglichkeiten der LfK sowie von Aufgaben und bisherigen Ergebnissen des Zukunftsforums Kabel 21

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 09.08.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/171
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.10.2001 Drs 13/488 S. 6-8
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes durch die Telekom auf die Kabelkunden, Programmanbieter, LfK, Verbreitungstechnologien und Frequenzvergaben; Gewährleistung der Gleichbehandlung der bisherigen Fernsehanbieter im Kabel sowie des ländlichen Raums bei einer weiteren Verkabelung und Modernisierung des Kabelnetzes; Einschätzung der Entwicklung von Pay-TV in BW

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 13.09.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/226
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.10.2001 Drs 13/488 S. 6-8
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

B.TV

Erfüllung der Bitte des o.g. Privatsenders um finanzielle Unterstützung durch die LReg, Höhe der bisherigen Förderung aus Mitteln der Landesanstalt für Kommunikation? Darlegung der finanziellen Voraussetzungen zur flächendeckenden Einspeisung in das Kabelnetz

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/741

Digitales terrestrisches Fernsehen DVB-T in BW

Beurteilung einer beschleunigten flächendeckenden Einführung o.g. Mediendienste und von „Überallfernsehen“, Umsetzung der bis 2010 vorgesehenen bundesweiten Abschaltung des analogen

Fernsehnetzes, Auswahl der digitalen Startinseln und Programme, Auswirkungen auf den Ausbau des Kabelnetzes, Frage nach dem Geräteangebot und den Kosten für die Verbraucher

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/916

Erschließung des ländlichen Raums mit schnellen Internet-Zugängen und mit Anschlüssen an Breitbandkabel

Ablehnung von DSL-Anträgen von Internet-Nutzern im ländlichen Raum durch die Deutsche Telekom; Verhinderung einer Benachteiligung des ländlichen Raums bei der Erschließung mit neuen Technologien

Antr Herbert Moser u.a. SPD 09.07.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1157

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1550

Ansiedlung des Reisesenders „sonnenklar TV“ in BW

Verknüpfung o.g. Bemühungen mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz?

MdlAnfr
s. *Fernsehen*
Drs 13/1580

Ansiedlung eines Reiseverkaufsfernsehsenders in BW

Verknüpfung der Bemühungen um Ansiedlung des Reiseverkaufssenders „sonnenklar TV“ mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz? Darlegung der Ausschreibung der LfK, der Bedingungen, der abgegebenen Angebote und mit den Bewerbern geführten Gespräche; Gewährleistung einer freien Vergabeentscheidung der LfK

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/1590

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Siebten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung der EG-Richtlinie über den Universaldienst und die Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/2409

Französischer Sender TV 5

Hinwirkung auf Wiedereinstellung in das Kabelnetz

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/2765

Kabel in BW

Auswirkungen einer Übernahme des regionalen Netzbetreibers Kabel BW durch die Kabel Deutschland (KDG), Stand der technischen Aufrüstung der Kabelnetze in Deutschland bzw Zahl der Haushalte mit Zugang zu digitalen Rundfunkprogrammen, schnellem Internet und Kabeltelefonie; Bedeutung der kommunikationstechnischen Infrastruktur als Standortfaktor für die Wirtschaft

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 03.02.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/2879

BeschlEmpf und Bericht StändA 19.05.2004 Drs 13/3239 S. 4 5

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der weiteren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3388

Die Zukunft des Kabelnetzes in BW

Bewertung des Scheiterns der Fusion von Kabel BW und Kabel Deutschland, Fortführung der flächendeckenden Netzmodernisierung, Beurteilung der Marktchancen des Breitbandkabelnetzes als Übertragungsweg für Telefonie und Internet, Zahl der Nutzer in den bereits versorgten Regionen, Unterstützung einer verstärkten Kooperation der Regionalgesellschaften

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 29.09.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3597

BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 5 6

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Lückenschluss bei der Versorgung mit DSL-Anschlüssen im ländlichen Raum

Bemühungen um schnelle und kostengünstige Internetzugänge in allen Landesteilen und Orten, Hinwirkung auf den Ausbau der Glasfaserverbindungen durch die Telekom u.a. Netzbetreiber, ggf Unterstützung über das ELR-Programm oder andere Förderprogramme

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 06.10.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4703

BeschlEmpf und Bericht LandWA 14.12.2005 Drs 13/5137 (dazu ÄAntr Helmut W. Rüeck u.a. CDU, Richard Drautz FDP/DVP, Klaus Käppeler u.a. SPD und Jürgen Walter GRÜNE) S. 50-53

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Änderungen des Senderangebots im Kabelnetz der Kabel BW GmbH und Co. KG in der Region Ulm

Gründe für die Abschaltung des Senders ORF 2 im analogen Kabelnetz; Unterstützung einer Revision dieser Entscheidung

KlAnfr

s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/5188

Regelung des diskriminierungsfreien Zugangs von Diensteanbietern in private Kabelnetze

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 542-545

Vergabe des Kabelplatzes Baden an die neue Gesellschaft „Fernsehen in Baden“; Hinweis auf landesweites Fernsehen von B.TV durch Einkauf in die Kabelnetze

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2864 2866

Ausbau breitbandiger rückkanalfähiger Kabelnetze, Verlust an Einflussnahme durch den Verkauf von Kabel BW an Kabel Deutschland

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5091 5095 5096

Kritik an der starken Erhöhung der Kabelgebühren

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5267 5268

Kabelrundfunk

s.a. *Kabelnetz*

Verkauf des Breitbandkabelnetzes

Beurteilung o.g. Verkaufsabsichten der Telekom an die Callahan-Gruppe, Einschätzung von Befürchtungen über eine Benachteiligung ländlicher Räume beim Netzausbau sowie von verschiedenen Anbieter- und Nutzergruppen beim Netzzugang, Bewertung künftiger Einflussmöglichkeiten der LfK sowie von Aufgaben und bisherigen Ergebnissen des Zukunftsforums Kabel 21

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/171

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes durch die Telekom auf die Kabelkunden, Programmanbieter, LfK, Verbreitungstechnologien und Frequenzvergaben; Gewährleistung der Gleichbehandlung der bisherigen Fernsehanbieter im Kabel sowie des ländlichen Raums bei einer weiteren Verkabelung und Modernisierung des Kabelnetzes; Einschätzung der Entwicklung von Pay-TV in BW

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/226

Digitales terrestrisches Fernsehen DVB-T in BW

Beurteilung einer beschleunigten flächendeckenden Einführung o.g. Mediendienste und von „Überallfernsehen“, Umsetzung der bis 2010 vorgesehenen bundesweiten Abschaltung des analogen Fernsehnetzes, Auswahl der digitalen Startinseln und Programme, Auswirkungen auf den Ausbau des Kabelnetzes, Frage nach dem Geräteangebot und den Kosten für die Verbraucher

Antr

s. *Fernsehen*

Drs 13/916

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw

s. *Mediengesetz*

Drs 13/1550

Kabel in BW

Auswirkungen einer Übernahme des regionalen Netzbetreibers Kabel BW durch die Kabel Deutschland (KDG), Stand der technischen Aufrüstung der Kabelnetze in Deutschland bzw Zahl der Haushalte mit Zugang zu digitalen Rundfunkprogrammen, schnellem Internet und Kabeltelefonie; Bedeutung der kommunikationstechnischen Infrastruktur als Standortfaktor für die Wirtschaft

Antr

s. *Kabelnetz*

Drs 13/2879

Vergabe des Kabelplatzes Baden an die neue Gesellschaft „Fernsehen in Baden“; Hinweis auf landesweites Fernsehen von B.TV durch Einkauf in die Kabelnetze

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2864 2866

Kritik an der starken Erhöhung der Kabelgebühren

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5267 5268

Kritik an der ständigen Erhöhung der Kabelgebühren

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5401 5406

Käppeler, Klaus MdL SPD*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

Käserei

s. *Milchwirtschaft*

KAG

s. *Kommunalabgaben*

Kalb*s. Rind***Kalibergwerk***s. Bergwerk***Kalium-Jodtablette***s. Jod***Kalk***Waldzustandsbericht 2004 - Maßnahmen zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Wälder*

Aufwand und Effizienz der Waldkalkung zur Kompensation der Schadstoffeinträge, Höhe der finanziellen Förderung der Kalkung des Kommunal- und Privatwaldes durch den Bund und die EU, Gründe und Folgen der Anweisung an die Forstverwaltung zum Verzicht auf die Kalkung im Staatsforst

KlAnfr

s. Wald

Drs 13/3959

Kalkschachtofen*s. Feuerungsanlage***Kalkung***s. Kalk***Kaltblutpferd***s. Pferd***Kameradschaft Karlsruhe***s. Karlsruher Kameradschaft***Kaminkehrer***s. Schornsteinfeger***Kammer (Körperschaft)***s.a. Architektenkammer**s.a. Handwerkskammer**s.a. Industrie- und Handelskammer**s.a. Ingenieurkammer**s.a. Verband (Zusammenschluss)*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-) Änd des Heilberufe-KammerGes sowie der BerufsgerichtsO

GesEntw

s. Währung

Drs 13/313

Organisation und Tätigkeiten von Kammern

Art und Rechtsgrundlagen von wirtschaftlichen Aktivitäten der Kammern direkt über eigene Unternehmen oder indirekt über Beteiligungen und Tochterunternehmen; jeweilige Rechtsform, Umsätze, Bilanzen und Kontrollen, insbes bei Tochterunternehmen und Minderheitsbeteiligungen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 27.11.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/489 (21 S.)

Ges zur Änd heilberufsrechtlicher Vorschriften - Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.05.2001 (ABl. EG L 206 S. 1)

Umsetzung der Richtlinie im Heilberufe-KammerGes und im Gesetz zur Ausführung der EG-Richtlinie über eine spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin, Prüfung der Berücksichtigung von in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikationen von Ärzten und Zahnärzten, Aufnahme von Regelungen in die Weiterbildungsordnungen der Kammern

GesEntw LReg 12.12.2002 Drs 13/1621 (11 S.)

1. Beratung PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2403

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/1753 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP)

2. Beratung PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2578-2580

GesBeschl 19.02.2003 Drs 13/1832

GBI 2003 Nr. 3 S. 119 120 (Ges vom 25.02.2003)

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und zur Aufhebung heilberufsrechtlicher Vorschriften

Anpassung an die Rechtsauffassung der EU-Kommission, Regelung der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin als Weiterbildung im Gebiet Allgemeinmedizin, Berechtigung der in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikation zur Führung der allgemeinmedizinischen Gebietsbezeichnung sowie der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin zur Facharztbezeichnung Arzt für Allgemeinmedizin

GesEntw LReg 01.04.2004 Drs 13/3092 (12 S.)

1. Beratung PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4866 4867

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.05.2004 Drs 13/3208

2. Beratung PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4946 4947

GesBeschl 09.06.2004 Drs 13/3255

GBI 2004 Nr. 8 S. 279 280 (Ges vom 09.06.2004)

Fusion zwischen Architekten- und Ingenieurkammer

Vorlage eines GesEntw als Grundlage für die angestrebte Fusion

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 21.09.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3563

BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 13 14

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und des VersorgungsanstaltsGes

Übertragung der Ausgabe von elektronischen Heilberufsausweisen auf die Kammern; Änd der Regelungen zur Ethikkommission; Schaffung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung der Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten; Weiterentwicklung der Muster-Weiterbildungsordnung der Ärzte

GesEntw LReg 30.11.2005 Drs 13/4902 (39 S.)

1. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7628 7629

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5082

2. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7752 7753

GesBeschl 01.02.2006 Drs 13/5129

GBI 2006 Nr. 2 S. 23-30 (Ges vom 14.02.2006)

Schutz des deutschen Kammerwesens vor den Liberalisierungsbestrebungen der EU-Kommission

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1457

Kampfhund*s. Hund***Kanada***Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW**Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada*

GrAnfr

s. Ökologischer Landbau

Drs 13/4606

Erkenntnisse einer Reise des Schulausschusses nach Kanada über die Förderung der Kinder im Vorschulbereich

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3557-3560

Erkenntnisse einer Reise des Schulausschusses nach Kanada über die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6519

Verweisung auf das Scheitern einer Koexistenz zwischen Gentechnik und konventioneller Landwirtschaft selbst in Kanada mit seinen riesigen Anbauflächen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6645 6646 6655 6656 6659

Organisation des Unterrichts und der Hausaufgabenerledigung in Kanada

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7374

Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada; Feststellung einer hohen Studierquote trotz Studiengebühren in Kanada

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7464 7470 7488

Hinweis auf die Einbürgerungsvoraussetzungen in Kanada

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7649 7662

Kanalisation*s. Abwasserbeseitigung***Kantine***s.a. Mensa**Verwendung regionaler Agrarprodukte in öffentlichen Einrichtungen**Anreize und Fördermöglichkeiten für o.g. Produkte in Krankenhäusern, Kinderbetreuungseinrichtungen, Kantinen u.a.*

Antr

s. Agrarprodukt

Drs 13/586

*Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftsverpflegung**Förderung der Umstellung von öffentlichen und privat organisierten Kantinen auf biologisch und/oder regional erzeugte Lebensmittel, Wahrnehmung der Vorbildfunktion beim MLR und Landtagsrestaurant PLENUM, Ausschreibung eines Wettbewerbs, Werbung über die MBW*

Antr

s. Verpflegung

Drs 13/606

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 08**Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau, Förderung von Absatz- und Ernährungsaufklärungsmaßnahmen für entsprechende Produkte**s. Ökologischer Landbau*

Drs 13/658

*Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1995 des RH zur LHR von BW für das Hj 1993 (Nr. 9) - Beherbergungs- und Bewirtungsbetrieb der FH**Stand der noch ausstehenden Neukonzeption des Verpflegungsbetriebs an der Hochschule für Polizei*

Mittlg

s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Drs 13/717

*Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW**Maßnahmen und Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelerstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen*

Antr

s. Gentechnologie

Drs 13/2903

*Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW**Entwicklung der Erzeugerpreise im Streuobstbau seit 1984; Unterstützung der Streuobst-Aufpreisvermarkter und Landwirte zur Sicherstellung betriebswirtschaftlich rentabler Arbeitsweisen; Förderung der Entwicklung und Vermarktung neuer Produktlinien; Initiierung einer Aufklärungskampagne für Verbraucher, Kantinen u.a.*

GrAnfr

s. Obstbau

Drs 13/3517

*Maßnahmen zur Stärkung der baden-württembergischen Gastronomie**Initiierung von Gesprächen zwischen den Trägern von mit Landesmitteln finanzierten Kantinen und der örtlichen Gastronomie über mögliche Kooperationen*

Antr

s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Drs 13/3803

*Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW**Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung*

GrAnfr

s. Ökologischer Landbau

Drs 13/4606

Anmahnung der Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 99

Anmahnung der Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1052 1061

Förderung der Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6495

Kapital

s.a. Kapitalgesellschaft

s.a. Rücklage

s.a. Vermögen

s.a. Wertpapier

s.a. Zinsbesteuerung

Auswirkungen von Basel II auf Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Anwendung der neuen Kreditvergaberichtlinien durch Banken und Sparkassen schon heute? Eigenkapitalausstattung bei Bauträgern und Bauunternehmen; Verweigerung von Krediten bzw Vergabe zu erhöhten Konditionen; Hinwirkung auf eine Rückkehr zu den derzeit geltenden Vergaberegeln bzw zu einer mittelstandsfreundlichen Veränderung von Basel II

Antr

s. Kredit

Drs 13/965

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode

Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmethode der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie, u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unternehmen in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigenkapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steueraufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanzbesteuerung

Antr

s. Bilanz

Drs 13/1601

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr

s. Zinsbesteuerung

Drs 13/2166

Auswirkungen von Basel II und MaK auf die Wirtschaft und das Kreditgewerbe in BW

Stand und Auswirkungen der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft und der neuen internationalen Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute, zusätzlicher Aufwand und Verteuerung der Kreditvergabe insbes an die mittelständische Wirtschaft, Darlegung der unterschiedlichen Positionen der einzelnen Sparkassen- und Bankenverbände

Antr

s. Kredit

Drs 13/2309

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr

s. Kredit

Drs 13/2598

Ratingverfahren bei Krediten

Gestaltung, Intervalle und Rechtsgrundlagen o.g. Verfahren der Kreditinstitute; Darlegung der zu gewichtenden Faktoren und der Relevanz der erteilten Benotung für die Kreditvergabe bzw -verlängerung, Berücksichtigung der mittel- bis langfristigen Entwicklungen eines Unternehmens?

Antr

s. Kredit

Drs 13/4467

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnismobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/4647

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr

s. Konto

Drs 13/5053

Bereitstellung von Risikokapital für Ausgründungen aus Universitäten und FH, Förderung von Existenzgründern in der Technologieregion Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1516

Kapitalbeschaffung der Landesbank und Sparkassen im Wettbewerb mit den anderen Banken, Auswirkungen der neuen Eigenkapitalanforderungen von Basel II; Bereitstellung von Risikokapital für Existenzgründer

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1606-1615 1635 1637

Frage nach der geplanten Besteuerung von Kapitalerträgen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2632

Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Kapitalbeschaffung, Bereitstellung von Risikokapital; Erinnerung an die Fehlleitung von Kapital nach Ostdeutschland, Erwartung von Rückflüssen bei einem einheitlichen Steuersatz von 25 %

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4500 4509 4510 4517-4520

Gegensteuerung zur Kapitalflucht ins Ausland mit international konkurrenzfähigen Steuersätzen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625-6645

Bewertung der Einführung der Kontenabfrage als faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses mit der Folge einer verstärkten Kapitalflucht

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7919

Beurteilung der Möglichkeiten von Gastronomiebetrieben zur Kapitalbeschaffung und Eigenkapitalbildung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7956 7957

Kapitalertragsteuer

s. Zinsbesteuerung

Kapitalgesellschaft

s.a. Öffentliches Unternehmen

s.a. Vorstand

Kommunale Krankenhäuser als Aktiengesellschaft

Ermöglichung der Organisation als Aktiengesellschaft - evtl im Zuge der Verwaltungsreform; Notwendigkeit einer Anpassung der Gemeindeordnung?

KlAnfr

s. Krankenhaus

Drs 13/2399

Steuervergünstigungsabbaugesetz / Neuregelung Gesellschafter-Fremdfinanzierung

Konsequenzen der o.g. Neuregelung des § 8a KStG zum Jahresbeginn bzw rückwirkend für ausländische Investoren beim Erwerb eines deutschen Unternehmens, Frage nach steuerrechtlichen Beispielen, die zuvor legale Vorgänge nachträglich als Missbrauch definieren; allgemeine Auswirkungen des Steuervergünstigungsabbauges auf die Finanzierung mittelständischer Kapitalgesellschaften

KlAnfr

s. Steuerrecht

Drs 13/2841

Auswirkungen der Steuerreform auf Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 104 115

Steuertentlastung der Kapitalgesellschaften iRd Steuerreform, Bevorzugung von Kapitalgesellschaften gegenüber Personenunternehmen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 508 512

Steuertentlastung der Kapitalgesellschaften iRd Steuerreform, Bevorzugung von Kapitalgesellschaften gegenüber Personenunternehmen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 873 875

Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die Steuerreform, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1064 1071 1076 1080 1086 1091

Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die Steuerreform

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1109 1113

Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die Steuerreform, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1175 1176

Kritik an einer von der Hartz-Kommission vorgeschlagenen „Ich-AG“ und damit Reduzierung des Einzelnen auf eine Funktion als Wirtschaftsunternehmen; Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die Steuerreform

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812 1813 1815 1816 1818 1820

Ablehnung einer von der Hartz-Kommission vorgeschlagenen Ich-AG; Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die Steuerreform, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115 2117 2118 2120 2123 2124 2126 2129 2131 2135

Befreiung der Konzerne von der Körperschaftsteuer, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2295

Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die Steuerreform

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2358

Erinnerung an die Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die erste Stufe der Steuerreform mit der Folge eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4177

Kardiologie

s.a. Operation (Heilverfahren)

Links-Herzkatheter-Messplätze in BW

Gewährleistung der landesweiten Versorgung von Herzinfarktpatienten mit o.g. Geräten bzw der PTCA-Therapie, Situation im LKreis Reutlingen

KlAnfr

s. Medizinisches Gerät

Drs 13/2345

Herzkatheter-Messplatz am Kreiskrankenhaus Calw

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer Kostenübernahme o.g. Untersuchungen durch die Krankenkassen; Hinwirkung auf eine Übernahme der Kosten

KlAnfr

s. Medizinisches Gerät

Drs 13/5202

Verweisung auf das Beispiel einer gelungenen Privatisierung am Herzzentrum in Leipzig

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1182 1184

Wartelisten für Herzoperationen aufgrund von Budgetzwängen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1422

Karlsbad

Sicherheitsrelevante Aspekte bei der Verwendung von Flüsterasphalt im Verlauf der BAB 8 in Höhe der Anschlussstelle Karlsbad
Gründe für die Aufbringung des besonderen Flüsterasphalts und die Entwicklung der Unfälle auf dem o.g. Streckenabschnitt; Intensität, Methodik und Ergebnisse der Prüfungen des Belags, insbes auch der internen Untersuchungen des Autobahnbetriebsamts; Vergleich der Beschaffenheit, Bauausführung und Qualität des verwendeten Materials sowie des Unfallgeschehens mit Straßenabschnitten gleichartiger Bauausführung in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3676

Karlsruhe

s.a. *Fachhochschule Karlsruhe*
s.a. *Flugplatz Karlsruhe*
s.a. *Forschungszentrum Karlsruhe*
s.a. *Karlsruhe, Landkreis*
s.a. *Karlsruher Bücherschau*
s.a. *Karlsruher Freitagsgespräche*
s.a. *Karlsruher Kameradschaft*
s.a. *Kulturstadt Europas*
s.a. *Landesanstalt für Umweltschutz*
s.a. *Regierungspräsidium Karlsruhe*
s.a. *Universität Karlsruhe*
s.a. *Verkehrsbetriebe Karlsruhe*
s.a. *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*

Behördenstandort Freiburg: Neuorganisation der Badischen Oberfinanzdirektionen

Stand der o.g. Neuorganisation an den Standorten Freiburg und Karlsruhe, Zahl und Beschäftigungsverhältnis der Mitarbeiter in den einzelnen Abteilungen vor bzw nach dem politischen Kompromiss, personelle Auswirkungen für den Standort Freiburg im Falle der Gründung eines Landesbetriebs

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/99

Organisation der OFD Karlsruhe und Auswirkungen auf den Standort Freiburg

Stand und Auswirkungen o.g. Neuorganisation an den beiden Standorten Karlsruhe und Freiburg, insbes der Umstrukturierung der Bundesabteilung der OFD in Freiburg

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/110

Personalüberprüfung am Karlsruher Institut für Transurane

Tätigkeit eines Mitbegründers einer vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft islamistischen Vereinigung am o.g. Institut, Gründe für die Zustimmung zur Arbeitsaufnahme trotz der noch nicht abgeschlossenen Sicherheitsüberprüfung des Verfassungsschutzes; Konsequenzen

Antr
s. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*
Drs 13/288

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrpläne, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/771

Zentrale Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit in Karlsruhe am 03.03.2002; Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille; Abwesenheit der LReg

Begründung der Abwesenheit des MinPräs, von Kabinettsmitgliedern und parlamentarischen Repräsentanten der Regierungsfractionen; Beurteilung der Gefahr der Brüskierung von Veranstaltern und Gästen der christlich-jüdischen Woche

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 13/815

Unterbringung des Generallandesarchivs Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Situation seit 1997; Höhe der vorgesehenen und bereitstehenden Mittel für Planung und Neubau des Archivs; Zeitpunkt des Baubeginns

Antr
s. *Archiv*
Drs 13/941

Das Schicksal der Karlsruher Musiktage unter dem jüngsten Streichungsdiktat

Entwicklung der Zuschüsse für o.g. Veranstaltungen seit 1990, Entscheidungsgrundlagen und Auswirkungen der Streichung ab 2003; Eintreten in Verhandlungen über eine existenzsichernde Lösung

Antr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 13/967

Die Technologieregion Karlsruhe - Bilanz und Perspektive

Aktuelle Debatte
s. *Technologie*
PIPr 13/26 S. 1513

Grundwasseranstieg in Kommunen der Region Karlsruhe - Heidelberg/Mannheim

Untersuchung der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des o.g. Phänomens in Nordbaden bzw der Region Unterer Neckar durch Vergabe eines Gutachterauftrags; Frage nach einem Ausgleich der Schäden durch Wassereintritt in Privatgebäuden

KlAnfr
s. *Grundwasser*
Drs 13/1104

Finanzgericht Freiburg

Auswirkungen einer evtl Verlegung der Freiburger Außensenate nach Karlsruhe sowie eines Abzugs weiterer Behörden und Dienststellen aus Freiburg bzw der Region Südlicher Oberrhein, Verwendung der frei werdenden Liegenschaften, erzielbare Einsparungen bzw Unterbringungskosten bei Zentralisierungen

KlAnfr
s. *Finanzgericht*
Drs 13/1490

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Karlsruhe

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relationen Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1502

Finanzgericht Freiburg

Befürwortung der Verlegung der Außensenate des Finanzgerichts von Freiburg nach Karlsruhe durch „fachkundige Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ aus der Region Freiburg?

MdlAnfr
s. *Finanzgericht*
Drs 13/1678

Förderung der „Kulturhauptstadt Europas 2010“

Frage nach Ergebnissen von Sondierungsgesprächen, Unterstützung der Bewerbung von Karlsruhe im Gegensatz zur Landeshauptstadt?

KlAnfr
s. *Kulturstadt Europas*
Drs 13/1709

Bewerbung zur „Kulturhauptstadt Europas 2010“

Gründe für den Ausschluss eines Wettbewerbs zwischen Kommunen in dem o.g. Bewerbungsverfahren - im Gegensatz zu anderen BLändern; Kriterien für die Vorfestlegung auf Karlsruhe/Straßburg schon in der Koalitionsvereinbarung

Antr
s. *Kulturstadt Europas*
Drs 13/1896

OLG-Senate in Freiburg

Beschlusslage zur Verlegung o.g. Gerichte nach Karlsruhe

MdlAnfr
s. *Oberlandesgericht*
Drs 13/2037

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Messestandort Karlsruhe

Rücknahme der Zusage der EnBW zur finanziellen Beteiligung an der Neuen Messe Karlsruhe; Maßnahmen zur Schließung der entstandenen Finanzierungslücke

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/2251

Abfallbehandlung in der Karlsruher Thermoselectanlage

Auslastung der o.g. Anlage, Umfang der Beschickung von den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften; Einhaltung der immissionsschutzrechtlichen Anforderungen? Sicherstellung der Abfallbehandlung für den Fall des angekündigten Rückzugs der EnBW aus der Betreibergesellschaft zum Jahresende

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/2298

Erhalt und Ausbau des Generallandesarchivs in Karlsruhe

Finanzielle und personelle Ausstattung bis 2012, Etatisierung des Erweiterungsbaus im Hpl 2004; Entscheidung über Veränderungen in der Struktur und Ressourcenausstattung der Archive nach einer umfassenden Aufgabeanalyse

Antr
s. *Archiv*
Drs 13/2311

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Auswirkungen der Pläne des Bundes im Bereich der Oberfinanzdirektionen und deren Auswirkungen auf die Standorte in BW

Neuorganisation der beiden früheren OFD Karlsruhe und Freiburg zu einer Mittelbehörde, Auswirkungen an den beiden Standorten Karlsruhe und Freiburg

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2661

Veränderungen in der Struktur der Finanzverwaltung

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen bzw der Eingliederung der OFD Stuttgart in die OFD Karlsruhe; Auswirkungen bei der Außenstelle Freiburg; Frage nach Zusagen gegenüber den abgestuften Finanzämtern und den betroffenen Gemeinden; Berechnungsgrundlagen und Höhe der erwarteten Einsparpotenziale bzw des Mehraufwands der Strukturreform; Prüfung des Alternativmodells der Beschäftigten der beiden OFD-Standorte

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2893

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Finanzierung auf Projekte der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) und der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG)

Genehmigte und zur Genehmigung anstehende Projekte, Höhe der beantragten und bewilligten Mittel nach dem Landes- und Bundesprogramm bzw der Vorfinanzierung und der zu erwartenden Mittel, Bewertung des Projekts „U-Strab“ der Stadt Karlsruhe

KlAnfr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/3058

Einrichtung von Servicezentren für die staatlichen Museen

Frage nach o.g. Planungen für die Landesmuseen in Karlsruhe und Stuttgart; Ausgestaltung, Organisation und Zeitrahmen des Vorhabens; Höhe der erwarteten Einsparungen

Antr
s. *Museum*
Drs 13/3151

Förderung der Tiefengeothermie in BW durch das Land

Ergebnisse der Untersuchungen zu den Kostensteigerungen beim Erdwärmeprojekt in Bad Urach, Möglichkeiten einer finanziellen Beteiligung zur Fortsetzung des Projekts, Beurteilung der unterschiedlichen Technologien zur Nutzung der Geothermie; Förderung der geeigneten Projekte, insbes in Bad Urach und Karlsruhe

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/3645

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 18) - Förderung einer Bike+Ride-Anlage

Ausschluss einer GVFG-Förderung für die geplante Fahrradständeranlage am Karlsruher Bahnhof

Mittlg
s. *Parkplatz*
Drs 13/4103

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 26) - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe

Mittlg
s. *Kunsthochschule*
Drs 13/4103

Landesanstalt für Pflanzenbau und Bodenkultur Augustenberg, Karlsruhe

Stand der 1997 beschlossenen Zusammenführung der Landesanstalten für Pflanzenbau und Pflanzenschutz sowie der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt zur o.g. Einrichtung, Frage nach dem zeitlichen Ablauf und der Etatisierung der notwendigen Mittel

KlAnfr
s. *Agrarforschung*
Drs 13/3972

Verkehrsbelastung und Sanierungsbedarf der Rheinbrücke Karlsruhe

Entwicklung und Prognosen der Verkehrsmengen nach Fahrzeugarten und Zielgebieten, Möglichkeiten einer Kapazitätserhöhung durch intelligente Verkehrslenkung, Zeitpunkt und Ausmaß der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten, Frage nach Zwischenergebnissen der noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung, Berücksichtigung der Belange der Natura 2000-Gebiete in den Rheinauen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4073

Die Zukunft der Führungsakademie in Karlsruhe

MdlAnfr
s. *Führungsakademie*

Drs 13/4316

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr
s. *Frau*
Drs 13/4727

Personalsituation am Finanzgericht BW; Außenstelle Karlsruhe und Freiburg

Pendelverkehr von Richtern zwischen der Hauptstelle Stuttgart und den Außenstellen Freiburg und Karlsruhe, Höhe der Kosten nach dem LReisekostenGes und der LTrennungsgeldVO 2004 und 2005, Frage nach organisatorischen Maßnahmen zur Beschränkung der Reisetätigkeit auf die Notwendigkeit des dienstlichen Interesses

KlAnfr
s. *Finanzgericht*
Drs 13/5146

Sicherung der Sparkassen-Informatik für den Standort BW

Nutzung der Einflussmöglichkeiten beim Sparkassenverband zur Sicherung der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe und Fellbach

Antr
s. *Informatik*
Drs 13/5170

Unterstützung der gemeinsamen Bewerbung von Karlsruhe und Straßburg als „Europäische Kulturhauptstadt“

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43

Unterstützung der Realisierung der neuen Karlsruher Messe

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 70

Grußworte zu Beginn der ersten auswärtigen Plenarsitzung des Ltg in Karlsruhe anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Landes, Auszeichnung der Technologieregion Karlsruhe von der EU, Begrüßung der Debatte über die Zukunft Europas am Standort Karlsruhe

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451 1452 1458 1461 1464 1467

Unterstützung der Realisierung der neuen Karlsruher Messe

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1641 1642 1645 1646 1648

Unterstützung der gemeinsamen Bewerbung von Karlsruhe und Straßburg als „Europäische Kulturhauptstadt“

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2163

Lob für die Zusammenarbeit in der Technologieregion Karlsruhe

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2379

Unterstützung der Realisierung der neuen Karlsruher Messe

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369 3379

Perspektiven der neuen Karlsruher Messe für die Technologieregion Karlsruhe; Erinnerung an den unterschiedlichen Ausgang der Bürgerentscheide zum Karlsruher Stadtbahntunnel

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627 3683

Erinnerung an die Gründung und den Sitz des RH in Karlsruhe
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4224 4225

Erhaltung der Finanzgerichtsbarkeit am Standort Karlsruhe
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5026

Übertragbarkeit des Modells Region Stuttgart auf die Region Karlsruhe, Lob für die Zusammenarbeit in der Technologieregion Karlsruhe
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5556-5558

Ankündigung der Erweiterung des Generallandesarchivs und der Musikhochschule in Karlsruhe
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Verweisung auf das internationale Renommee der Mobilitätskonzepte in Karlsruhe; Erinnerung an die auswärtige Plenarsitzung des Landtags in Karlsruhe
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966 8012

Karlsruhe, Landkreis

Französisch an Grundschulen im LK Kreis Karlsruhe
Nachvollziehbarkeit der Sprachgrenze Französisch-Englisch durch den o.g. LK Kreis und der Anschlussmöglichkeiten in den weiterführenden Schulen, Begründung der Ausnahme von Philippsburg und Oberhausen-Rheinhausen von Französisch, Erfahrungen mit dem Angebot „Lerne die Sprache des Nachbarn“; Maßnahmen zur Akzeptanzsteigerung, Bereitschaft zu Korrekturen, insbes Verzicht auf eine Benotung ab Klasse 3

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/561

Die Technologieregion Karlsruhe - Bilanz und Perspektive
Aktuelle Debatte
s. *Technologie*
PIPr 13/26 S. 1513

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Karlsruhe
Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1502

Korrekturen an der Sprachgrenze Französisch-Englisch an Grundschulen im LK Kreis Karlsruhe
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1492

Karlsruher Bücherschau

Erhalt der Stuttgarter Buchwochen und der Karlsruher Bücherschau
Gefährdung der o.g. Buchausstellungen durch Sparmaßnahmen und Umorganisation des Landesgewerbeamts im Zuge der Verwaltungsreform; Erhaltung durch nachhaltige Unterstützung iRd Wirtschaftsförderung

Antr

s. *Stuttgarter Buchwoche*
Drs 13/2435

Karlsruher Freitagsgespräche

„*Karlsruher Freitagsgespräche*“
Aktivitäten, Referenten und Finanzierung des o.g. Forums seit 1993; Frage nach Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen und dem ehemaligen Literaturkreis Baden e.V.

Antr Stephan Braun u.a. SPD 11.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1170
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1401 S. 73 74
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Karlsruher Kameradschaft

Neonazismus in BW - Kameradschaft Karlsruhe
Frage nach Kontakten und Kooperationen zwischen der „Kameradschaft Karlsruhe“, der „Kameradschaft Süd“, der NPD u.a. Gruppierungen vor dem Hintergrund der vereitelten Sprengstoffanschläge und dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Beurteilung von Anzeichen einer rechtsterroristischen Gefahr bei der Karlsruher Kameradschaft; Reaktionen auf die Neuformierung der rechten Szene bzw die Verflechtungen zwischen Neonazis und Skinheads

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/2419

Karlsruher Musiktage

s. *Musikveranstaltung*

Kartellrecht

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/5218

Kassenärztliche Vereinigung

Strafverfahren gegen leitende Mitarbeiter der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordbaden

Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen den ehemaligen Vorsitzenden und zwei leitende Angestellte der KV Nordbaden wegen Verdachts auf Untreue und Beihilfe zur Untreue, Regelungen und Sanktionsmöglichkeiten beim Prüf- und Regressverfahren für Ärzteabrechnungen, Konsequenzen aus dem Schuldenerlass zum Schaden der GKV, Handlungsbedarf des SM iRd Rechtsaufsicht

Antr
s. Arzt
Drs 13/670

Anzeigen der Kassenärztlichen Vereinigungen

Rechtsaufsichtliche Maßnahmen gegen die Anzeigenkampagne über die neu eingeführten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 19.09.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1325
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.11.2002 Drs 13/1855 S. 42-44
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Der Diabetes-Vertrag der AOK Baden-Württemberg im Rahmen der Disease-Management-Programme

Vereinbarung von Fangprämien für chronisch Kranke zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung, Genehmigung bzw Auswirkungen dieses Vertrags, insbes Auslösung eines Wettbewerbs um die höchsten Betreuungspauschalen und damit von zusätzlichen Ausgaben für die DMP, Rechtfertigung dieser erhöhten Kosten?

Antr
s. Krankenversorgung
Drs 13/2189

Umsetzung § 95 SGB V Medizinische Versorgungszentren

Begründung und erwartete Auswirkungen der o.g. Einrichtungen; Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigungen an der Zulassung der dort tätigen Ärzte; Ausschluss einer Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hand zulasten der Leistungsanbieter in freien Praxen; Unterstützung durch öffentliche Krankenhausträger nur zum Ausgleich einer Unterversorgung im ambulanten Bereich

KlAnfr
s. Arzt
Drs 13/3486

Gehälter der Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV)

Beurteilung der Höhe der Vorstandsbezüge im Vergleich zu den früheren Vorstandsgehältern der vier KV und denen in anderen BLändern; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme des SM als Aufsichtsbehörde; Umfang der zugestandenen Nebentätigkeit in der Arztpraxis und daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen

Antr
s. Arzt
Drs 13/4062

Honorarverteilung für ärztliche ambulante Leistungen - Auswirkungen des EBM 2000plus (Einheitlicher Bewertungsmaßstab) - Kassenärztliche Vereinigung BW

Veränderung der Vergütung bei den verschiedenen Haus- und Facharztgruppen im vierten Quartal 2005 als Folge des o.g. neuen Honorarverteilungsmaßstabs, Frage nach der Ausgestaltung und Inanspruchnahme der von der KV beschlossenen Härtefallregelung zur Abmilderung der von der Honorarreform verursachten Einkommensminderungen, Beurteilung der zur Entscheidung der KV über einen Härtefallantrag geforderten Wirtschaftsdaten

KlAnfr
s. Arzthonorar
Drs 13/5232

Kritik an den hohen Gehältern der Vorstandsmitglieder der Kassenärztlichen Vereinigung, Zunahme der Proteste aus der Ärzteschaft, Möglichkeiten der Einflussnahme des SM als Aufsichtsbehörde

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5935 5942 5943

Ansiedlung der Zentralen Stelle zur Durchführung des Einladungswesens iRd Mammographie-Screenings bei der Kassenärztlichen Vereinigung BW

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6731 6732

Kastanienbaum

s. Baum

Kastanienminiermotte

s. Pflanzenschädling

Katalysator

s. Abgasreinigung

Kataster

Erstellung des Jagdkatasters

Zwänge, Notwendigkeiten und Aufwand zur Erstellung des Jagdkatasters; Rückgriff der Gemeinden auf die Basisdaten der Vermessungsämter?

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 16.08.2001 und Antw MLR Drs 13/190

Verwaltungsinterner Umgang mit den § 24a-Kartierdaten

Umgang der Naturschutzverwaltung mit o.g. Daten zur Biotopkartierung, insbes bei Veränderungen gegenüber den Ersterhebungen; Meldung von Änderungen an die LfU

Antr
s. Ökosystem
Drs 13/324

Situation der Flurneordnung und der Vermessung in BW

Derzeitige und künftige Arbeitsbelastung sowie Verflechtungen der beiden Verwaltungen, Entwicklung des Anteils von hoheitlichen und nicht hoheitlichen Tätigkeiten seit 1997, Einspar-effekte von Verfahrensvereinfachungen unter Einsatz moderner Kommunikationsmittel und Messmethoden, Vorschläge iRd Organisationsuntersuchung der Unternehmensberatung Kienbaum, Umsetzung der beschlossenen Verlagerung von Katasterfortführungsvermessungen und Grenzfeststellungen zu den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren sowie der Integration von Dienststellen in die Hauptämter

Antr
s. Flurbereinigung
Drs 13/1615

Carports im Liegenschaftskataster

Entwicklung der Zahl o.g. Bauwerke; Notwendigkeit, Praktikabilität und Rechtsgrundlagen einer Baugenehmigung, Vermessung und Aufnahme im Liegenschaftskataster

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 20.12.2002 und Antw WM Drs 13/1646

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform im Vermessungsbereich

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes im Hinblick auf das Liegenschaftskataster und die Kartographie, den Zugriff auf das Datenetz für die Dreiecksnetze, das Höhen- und Schwerenet, die Organisation der örtlichen Messtrupps zur Erkundung und Vermessung der Erdoberfläche sowie Herausgabe der topographischen Kartenwerke; Eingliederung der Karlsruher Abteilung Geodäsie?

Antr
s. *Vermessung*
Drs 13/2100

Positivkartierung zur Wasserkraftnutzung

Erstellte und geplante Positivkartierungen von Gewässerstandorten; Einbeziehung von Vertretern der Wasserkraftnutzung; Einräumung einer höheren Verbindlichkeit für die Genehmigungsfähigkeit dieser Standorte

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/2477

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw
s. *Bodenschutz*
Drs 13/3677

Zugangsvoraussetzungen zum Lehrberuf Vermessungstechniker/in

Geforderte Kenntnisse und Fertigkeiten im Fachgebiet Liegenschaftskataster in anderen BLändern, Möglichkeiten der Vermittlung dieser Kenntnisse in der Berufsschule und damit eines Ausbildungsangebots auch von freien Vermessungsbüros, Ergebnisse der vom WM in der Stellungnahme zur Petition 13/5540 angekündigten Überprüfung der Ausbildung, Konsequenzen für das Landesvermessungsamt bzw das Ministerium

Antr
s. *Vermessungstechniker*
Drs 13/4848

Katastrophenhilfe*BW als Partner für eine Katastrophenregion in Südasiens*

Unterbreitung eines Vorschlags für eine Partnerschaft zum Wiederaufbau einer von der Flutkatastrophe stark betroffenen Region in Abstimmung mit der BReg, anderen BLändern und Kommunen in BW; Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle

Antr SPD 14.01.2005 Drs 13/3950 (Die Fraktion der SPD hat

im Hinblick auf den interfraktionellen Antrag Drs 13/4085 auf die Beantwortung des Antrags verzichtet)

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Mittelbereitstellung für humanitäre Hilfsmaßnahmen für die von der Flutkatastrophe in Asien betroffenen Menschen aus BW bzw deren Angehörige

ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/1
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Dank für die große Solidarität, Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bürger und den Einsatz der Polizeibeamten; Eintreten für eine effektive Verwendung der Spenden für langfristig wirksame Projekte und Aufbaumaßnahmen; Ansiedlung der Koordinierungsstelle im WM, Bestimmung als Anlaufstelle zusammen mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit für die Hilfsorganisationen; Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 23.02.2005 Drs 13/4085
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6194-6198
Mittlg WM 21.12.2005 Drs 13/5004

Befürchtung einer humanitären Katastrophe durch den Krieg im Irak, Notwendigkeit gemeinsamer Hilfen unter der Verantwortung der Vereinten Nationen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2696 2700

Katastrophenschutz

s.a. *Feuerwehr*
s.a. *Katastrophenhilfe*
s.a. *Katastrophenschutzfahrzeug*
s.a. *Rettungsdienst*
s.a. *Zivilschutz*

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sachlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/271

Gefährdung der Atomkraftwerke in BW durch Terroranschläge

Personelle und technische Sicherheitsmaßnahmen und deren Kosten, vorhandene Katastrophen- und Evakuierungspläne; Hinwirkung auf eine frühere Abschaltung älterer AKW, insbes in Obrigheim, sowie auf einen angemessenen Außenschutz und Versicherungsschutz

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/309

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Erarbeitung eines Zivil- und Katastrophenschutzkonzepts unter Berücksichtigung neuartiger Bedrohungsszenarien, Wiedereinrichtung der Katastrophenschutzstellen im IM und bei den Reg-Präs

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/339

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Berücksichtigung von Terroranschlägen mit Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke, Chemieanlagen u.a. Infrastruktureinrichtungen, der Verbreitung infektiöser, giftiger oder radioaktiver Substanzen im Katastrophenschutz, LRetungsdienstplan und in der Krankenhausplanung; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Mittel; Bericht über die eingeleiteten Schritte bis 30.11.2001

Antr

s. *Rettungsdienst*

Drs 13/342

Katastrophenschutz

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr Hans Heinz u.a. CDU 28.11.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/500

BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 19 20

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke

Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001; Aktualisierung der Katastrophenschutzpläne für die Standorte Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, insbes hinsichtlich der Sperrzonen, Evakuierungspläne, der medizinischen Versorgung sowie administrativen und technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstsches; Information der Bevölkerung

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/679

Mittelverwendung im Katastrophenschutz und Abstimmung der Maßnahmen mit den im Katastrophenschutz tätigen Organisationen

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 18.04.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/936

BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 62

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Konzept zur Verbesserung der Situation der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Katastrophenschutzes und der Justiz in BW

Vorlage einer Konzeption in Fortschreibung des Sicherheitsplans II von 1978: Darlegung personeller, struktureller, sozialer und sächlicher Maßnahmen

Antr

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Drs 13/1090

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit beim Katastrophenschutz

Antr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1269

Hochwasserschutz in BW

Art und Wirkungen von Anstrengungen in den vergangenen Jahren an Deichen, Retentionsflächen u.a. Vorsorgemaßnahmen an Rhein, Main, Donau und Neckar; vorliegende Szenarien und Katastropheneinsatzpläne für Hochwasserereignisse; Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beschleunigung der Hochwasserschutzprogramme, insbes Vollzug des Integrierten Rheinprogramms

Antr

s. *Hochwasser*

Drs 13/1316

Ärztmangel und Notfallrettung

Auswirkungen des Ärztemangels in den verschiedenen Fach- und Rettungsdienstbereichen, Stand der krankenhaus-eigenen Pläne für Katastrophenlagen und Notsituationen

KlAnfr

s. *Krankenversorgung*

Drs 13/1421

Freistellungsregelung und Kostenerstattung für die Einsatzkräfte des Einsatzes nach dem Flugzeugabsturz am Bodensee

Begründung des Verzichts auf Auslösung von Katastrophenalarm; Gewährleistung der o.g. Regelungen und Regulierungen für künftige Fälle; Hinwirkung auf unbürokratische Erstattung der noch offenen Einsatzkosten

Antr

s. *Sonderurlaub*

Drs 13/1464

Zusammenführung des FeuerwehrGes, des LandeskatastrophenschutzGes und des RettungsdienstGes zu einem „Gefahrenabwehrgesetz“

Antr

s. *Gefahrenabwehr*

Drs 13/1818

Risiken bei Erdbeben am Oberrhein

Auslegung von Gebäuden, Gasleitungen, Chemieanlagen, des Rheinseitenkanals und des AKW Fessenheim gegen Erdbeben; Ergebnisse von Katastrophenszenarien; Effizienz des regulären Katastrophenplans; Bewertung und Konsequenzen einer Schweizer Risikostudie

KlAnfr

s. *Erdbeben*

Drs 13/1858

Rettungseinsatz bei dem Flugzeugunglück bei Überlingen am 01.07.2002

Aufarbeitung der organisatorischen Schwachstellen und Koordinierungsprobleme der beteiligten Organisationen und Polizei; Vorlage des Erfahrungsberichts der LPD Tübingen

Antr

s. *Flugunfall*

Drs 13/2203

Ausstattung des Katastrophenschutzes

Ausstattung mit Fahrzeugen für die ABC-Abwehr und den erforderlichen Einsatzkräften, Stand der Beschaffungsmaßnahmen für den Sanitäts- und Betreuungsdienst

KlAnfr Reinhold Gall SPD 18.12.2003 und Antw IM Drs 13/2770

Änd des Ges zur Ausführung des TierseuchenGes und anderer Gesetze

Regelung der Zuständigkeiten und Kostenerstattung für die Durchführung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, Schaffung einer Grundlage für die Datenverarbeitung der zuständigen Behörden; Änd der Gesetze zur Ausführung des Fleischhygiene- und GeflügelfleischhygieneGes, Änd des AusführungsGes zum TierkörperbeseitigungsGes, des LandeskatastrophenschutzGes und GesundheitsdienstGes

GesEntw

s. *Tierkrankheit*

Drs 13/2779

Bereitstellung von Tabletten mit hochdosiertem Jod als Vorsorgemaßnahme für einen Atomunfall

Zahl der zur Beschaffung vorgesehenen Jodtabletten und der Empfänger, Art der Vorhaltung und Zeitpunkt der Verteilung, Beurteilung der Aufforderung nach geltenden Katastrophenschutzplänen, bei einem Atomunfall im sicheren Haus zu bleiben und gleichzeitig die Jodtabletten von den zentralen Sammelstellen abzuholen; Prüfung einer „ereignisunabhängigen Vorverteilung“ nach dem Beispiel Österreichs; Höhe und Träger der Kosten für Vorsorgemaßnahmen im Umkreis ausländischer Atomkraftwerke

Antr

s. *Jod*

Drs 13/2829

Jodtablettenversorgung in BW

Abgrenzung der Gebiete im Umkreis von kerntechnischen Anlagen in BW und in Grenznähe zur Vorhaltung und Verteilung von Kalium-Jodtabletten im Katastrophenfall, Vorschriften zum Verhalten und zur Information der Bevölkerung nach den Katastrophenschutzplänen

Antr

s. *Jod*

Drs 13/2900

Katastrophenschutzfahrzeuge

Ausstattung der einzelnen LKreise mit o.g. Fahrzeugen, Erhöhung der Einsatzfähigkeit des DRK im LKreis Rottweil, Beschaffung von Fahrzeugen im Zuge der Gefahrenabwehrplanung für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Möglichkeiten für die spätere Nutzung

KlAnfr

s. *Katastrophenschutzfahrzeug*

Drs 13/3487

Situation des Rettungsdienstes in BW

Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Feuerwehr und Rettungsdienst, Rahmenbedingungen zur weiteren Förderung integrierter Leitstellen mit einer kreis- und länderübergreifenden Vernetzung; Problematik der fehlenden digitalen Funktechnik von Feuerwehr und Polizei; Bewertung einer Zusammenfassung von Katastrophenschutz-, Rettungsdienst- und FeuerwehrGes zu

einem GefahrenabwehrGes

GrAnfr

s. *Rettungsdienst*

Drs 13/3606

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Aufgabenstellung, Organisation und Ausrüstung der o.g. Gefahrenabwehreinrichtung zum Gewässerschutz; Finanzierung der notwendigen Beschaffungen und Veränderungen; Aus- und Fortbildung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit der freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und dem Geräteeinsatz; Beurteilung von Wechselladerfahrzeugen als kostengünstige Alternativen zu den Rüstwagen See

Antr

s. *Gefahrenabwehr*

Drs 13/4058

Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Donau-Ilter

Durchgeführte und geplante Maßnahmen sowie deren Finanzierung seit dem letzten großen Hochwasser 1999; grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Behörden, THW u.a. Rettungsorganisationen mit der bayerischen Seite; Förderzusagen für einzelne Projekte sowie Möglichkeiten zu deren raschen Verwirklichung

KlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 13/4616

Innere Sicherheit in BW

Überlegungen zu einer Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes

GrAnfr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/4752

Ges zur Änd des MeldeGes u.a. Gesetze

Angleichung des MeldeGes an die rahmenrechtlichen Änderungen, Schaffung der Voraussetzungen für einen verstärkten Einsatz elektronischer Dienste, Vereinfachung von Adressauskünften für Behörden, Erleichterung des Meldeverfahrens bei Umzügen, Abschaffung unnötiger Meldepflichten u.a.; Änd des Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes sowie des LKatastrophenschutzGes

GesEntw

s. *Meldewesen*

Drs 13/5060

Würdigung der Katastrophenschutzdienste, Aktualisierung der Alarmpläne nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Verbesserung der personellen und technischen Ausstattung
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 364 366 367 369 372 376 377

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Katastrophenschutz

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 643

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Katastrophenschutz

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 877 879 885 888

Mittelbereitstellung für den Katastrophenschutz, Vernetzung der Katastrophenschutzaufgaben des Bundes und der Länder

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4182-4184 4186 4187

Mittelbereitstellung für den Katastrophenschutz, Vernetzung der Aufgaben des Bundes und der Länder, Vorbereitung des Katastrophenschutzes auf die Fußballweltmeisterschaft 2006

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5904 5916 5917

Katastrophenschutzfahrzeug

s.a. Feuerwehrfahrzeug

Beschaffung von Katastrophenschutzfahrzeugen

Zahl, Ausstattung und Standorte o.g. Fahrzeuge; Höhe und Zweckbindung von Zuschüssen an private Träger

KlAnfr Reinhold Gall SPD 25.10.2001 und Antw IM Drs 13/374

ABC-Erkundungskraftwagen - Standorte in BW

Zahl und Standorte der vom Bund bereitgestellten Fahrzeuge, Stationierung eines Wagens bei der Berufsfeuerwehr Mannheim

KlAnfr Max Nagel SPD 12.12.2001 und Antw IM Drs 13/568

Ausstattung des Katastrophenschutzes

Ausstattung mit Fahrzeugen für die ABC-Abwehr und den erforderlichen Einsatzkräften, Stand der Beschaffungsmaßnahmen für den Sanitäts- und Betreuungsdienst

KlAnfr
s. Katastrophenschutz
Drs 13/2770

Katastrophenschutzfahrzeuge

Ausstattung der einzelnen LKreise mit o.g. Fahrzeugen, Erhöhung der Einsatzfähigkeit des DRK im LKreise Rottweil, Beschaffung von Fahrzeugen im Zuge der Gefahrenabwehrplanung für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Möglichkeiten für die spätere Nutzung

KlAnfr Dr. Hans-Jochem Steim CDU 06.08.2004 und Antw IM Drs 13/3487

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Aufgabenstellung, Organisation und Ausrüstung der o.g. Gefahrenabwehrereinrichtung zum Gewässerschutz; Finanzierung der notwendigen Beschaffungen und Veränderungen; Aus- und Fortbildung sowie grenzüberschreitende Zusammenarbeit der freiwilligen Feuerwehren bei der Beschaffung und dem Geräteeinsatz; Beurteilung von Wechselladerfahrzeugen als kostengünstige Alternativen zu den Rüstwagen See

Antr
s. Gefahrenabwehr
Drs 13/4058

Bereitstellung der erforderlichen Katastrophenschutzfahrzeuge

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4183

Katastrophenschutzgesetz

s. Katastrophenschutz

Kaufmännische Buchführung

s. Buchführung

KEF

s. Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Kehl

s.a. Euro-Institut

Europa-Distrikt

Bildung eines Europa-Distrikts am Oberrhein mit den Städten Straßburg, Kehl u.a. Kommunen im Ortenaukreis als Konsequenz aus der bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags

Antr
s. Europäische Regionen
Drs 13/1776

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes? Ausweitung des Modells der Falkenhausenschule Kehl - Grundschule mit bilingualen deutsch-französischen Klassen

GrAnfr
s. Europäische Regionen
Drs 13/3251

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr
s. Euro-Institut
Drs 13/3346

Erhaltung der grenzüberschreitenden Verbraucherberatungsstelle in Kehl

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 441-443 446

Kehr- und Überprüfungsordnung

Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO)

Zustandekommen und Ausgestaltung o.g. Neuregelung, insbes der hohen Mess- und Kehrintervalle sowie Gebühren; Möglichkeiten der Behörden zur Missbrauchskontrolle; Reduzierung der Prüftermine und Wartungskosten bei Feuerstätten für flüssige Brennstoffe sowie schadstoffarmen Öfen

KlAnfr Birgit Kipfer SPD 09.10.2001 und Antw WM Drs 13/290 (14 S.)

KENO

s. Lotterie

Kernenergie

s.a. Atomaufsicht
s.a. Atomrecht
s.a. Kernforschung
s.a. Kernkraftwerk

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsengpässen und erhöhten CO₂-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr FDP/DVP 16.01.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/633

BeschlEmpf und Bericht WirtA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 8-10

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Energiewende und Atomausstieg in BW

Energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/1118

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Obrigheim und die Region

Konversionspläne des Bundes und Landes zur Kompensation der o.g. Beschlüsse, Mitwirkung an Strategiegelgesprächen zur wirtschaftlichen Stärkung des Elz-Mündungsraumes und des Neckar-Odenwald-Kreises, Investitionen der EnBW in Obrigheim und Mosbach, Zahl der Ein- und Auspendler im Neckar-Odenwald-Kreis

Antr

s. *Strukturpolitik*

Drs 13/1804

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Auswirkungen der Atomrechtsnovelle des Bundes auf die Zielsetzungen in den Maßnahmefeldern Klimaschutz und Luftreinhaltung bis 2010; Zwischenergebnisse der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW

GrAnfr

s. *Umweltplan*

Drs 13/1853

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/2537

Ein Ausstieg ohne Einstieg - wo bleibt das Konversionsprogramm des Bundes?

Kompensation des Atomausstiegs durch ein Konversionsprogramm des Bundes; Unterstützung möglicher Investoren am Standort Obrigheim

ÄAntr CDU und FDP/DVP 18.12.2003 Drs 13/2756

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4125-4134

Mittlg LReg 15.07./16.09.2004 Drs 13/3554

Stromversorgung in BW

Entwicklung der erzeugten Strommengen aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken; Bewertung der Chancen und Technologien für neue Standorte bzw Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Förderung von Einrichtungen und Projekten zur Kernforschung und Entwicklung neuer Technologien, Beurteilung der neuen Generation von Kernkraftwerken

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/3104

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Beurteilung der Leistung des KWO, des technischen Sicherheitsniveaus und der Wirtschaftlichkeit während der gesamten Laufzeit sowie der anstehenden Abschaltung angesichts der Laufzeiten anderer Druckwasserreaktoren in Europa; erwarteter Verlust an Kompetenz in der Kerntechnik, von Arbeitsplätzen sowie Anstieg von CO₂-Emissionen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente; Bewertung der Entsorgungspolitik des Bundes mit dem Verbot der Atommülltransporte und der damit notwendigen Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten; Anforderungen an eine nachhaltige, zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung ohne Kernenergienutzung

Antr

s. *Kernkraftwerk Obrigheim*

Drs 13/4247

Bezeichnung des Ausstiegs aus der Kernenergie als schädlich für den Klimaschutz und die Versorgungssicherheit

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Unterstützung der Standortkommunen von Kernkraftwerken während und nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 74 105 118

Bewertung des Anteils der Kernenergie an der Stromerzeugung als zu hoch; Zweifel an der Zuverlässigkeit der Betreiber von KKW

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 428-431 433

Beschleunigung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgrund der neuen Risiken von Terroranschlägen auf KKW

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 484-495

Bezeichnung der Aktivitäten der ILK als Lobbyistenarbeit für die Kernenergie, Plädoyer der Vizepräsidentin der EU-Kommission für die friedliche Nutzung der Kernenergie, Umgang mit der Sicherheit in kerntechnischen Anlagen landes- und bundesweit

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 579-597

Umorientierung der Energiepolitik nach dem Konsens zum Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 752 756

Bezeichnung der Atomkraft als Risikotechnologie bzw des Ausstiegs als notwendige Konsequenz

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1212 1213

Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in BW und bundesweit, Ableitung eines unterschiedlichen Bedarfs zur Umorientierung auf regenerative Energien

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1381 1388 1396 1397 1401

Kompensation des Ausstiegs aus der Kernenergie mit einer verstärkten Förderung der regenerativen Energien

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1552-1554 1556-1559

Kompensation der Arbeitsplatzverluste infolge des Ausstiegs aus der Kernenergie

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1707 1708

Bezeichnung der Kernenergie als Auslaufmodell, Bedeutung der Kernkraft für den Klimaschutz

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1829 1831 1833 1834 1837 1838

Veranschlagung eines Zeitraums von 20 Jahren zur Kompensation eines Ausstiegs aus der Kernenergie

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2802-2804

Bezeichnung des Ausstiegs aus der Kernenergie als schädlich für den Klimaschutz; energie- und strukturpolitische Begleitung des Atomausstiegs

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3145 3148 3149 3152 3181-3190

Kritik an der von Unionspolitikern angestoßenen Debatte zur Wiederbelebung der Atomkraft; Beitrag der Kernenergie zum Klimaschutz; Erinnerung an eine Aussage des damaligen Fraktionschefs Teufel zur Zukunft der Kernkraft 1986

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3453 3456 3458-3460 3462-3470

Kritik an der von Unionspolitikern angestoßenen Debatte zur Wiederbelebung der Atomkraft; Perspektiven für eine neue Generation von Kerntechnologie in Europa; Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3625 3626 3642 3643

Vorwurf des Festklammers der Koalition an der Kernkraft; Bedeutung der Kernenergie für den Klimaschutz

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3778 3780 3784 3788 3789

Kritik am Festhalten des MinPräs an der Kernenergie

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4022 4023

Erhaltung einer Option auf neue Kernenergie in BW, strukturpolitische Begleitung des Atomausstiegs

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4151

Notwendigkeit eines Energiewirtschaftskonzepts für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4285 4286

Verweisung auf eine Studie des WM zur Bewältigung des Umstiegs von der Kernenergie auf alternative Energieträger

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4326 4345

Kompensation der zusätzlichen CO₂-Emissionen infolge des Ausstiegs aus der Kernenergie, Schaffung neuer Kraftwerkskapazitäten, Vorwurf des Festklammers der Koalition an der Kernkraft

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735 4737 4738 4740 4743-4746

Begrenzung der Endlagerproblematik durch den Atomausstieg, Bewertung der neuen Entsorgungsstrategie der BReg

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4820-4829

Verweisung auf die Studie des WM zur Bewältigung des Umstiegs von der Kernenergie auf alternative Energieträger, Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten der KKW

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5146 5147 5152 5154 5155

Vergleich des Ausstiegs aus der Kernenergie hierzulande mit dem Verbot neuer Atomkraftwerke in Kalifornien

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5479

Notwendigkeit neuer Kraftwerkskapazitäten für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie; Bewertung der neuen Entsorgungsstrategie der BReg; Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in BW

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5647 5648 5653 5654 5660 5661

Unverzichtbarkeit der Kernenergie auf absehbare Zeit

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6033 6034

Forderung nach einer energiepolitischen Begleitung des Ausstiegs aus der Kernenergie, Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung und an der Reduzierung der CO₂-Emissionen; Festhalten am Energiemix mit der Kernenergie

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6055 6069-6072 6076 6077 6124 6125 6131 6132

Belastung der Wirtschaft und Umwelt durch den Atomausstieg, Bewertung des Einflusses auf die EnBW zur Umwidmung von Mitteln in erneuerbare Energien als Gegenleistung für längere Laufzeiten der KKW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6410 6437 6438 6442 6444 6448-6458

Ökonomische und ökologische Folgekosten des Ausstiegs aus der Kernenergie, Wahrung der Unabhängigkeit vor französischem Atomstrom, Annäherung von Ersatzinvestitionen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463-6465 6470-6472 6475 6489 6493 6494 6505-6507 6509 6512

Kritik am mangelnden Einsatz der Landes-SPD zur Verhinderung des Ausstiegs aus der Kernenergie

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6760-6762 6769

Bedeutung der Kernenergie als Grundlastträger sowie für den Klimaschutz; Verweisung auf den Bau des neuen Forschungsreaktors zur Erprobung der Kernfusion in Südfrankreich

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7024 7026 7029-7032

Verweisung auf eine mehrheitlich ablehnende Haltung der Bevölkerung zur Kernenergie, Bekräftigung des Festhaltens am Atomausstieg

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7167-7173

Kritik am Festhalten an der Atomenergie bzw am Ausstieg ohne Aussagen zur Kompensation, Verweisung auf den Neubau von 60 Kernkraftwerken weltweit, Umsetzung eines Gutachtens zum Atomausstieg

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7689 7697-7720

Befremden über das Sammeln von Unterschriften der SPD zum Festhalten am Atomausstieg, Kritik an der Forderung des MinPräs zur Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7877 7884 7886 7887

Kernforschung*s.a. Forschungszentrum Karlsruhe**Personalüberprüfung am Karlsruher Institut für Transurane*

Tätigkeit eines Mitbegründers einer vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuftem islamistischen Vereinigung am o.g. Institut, Gründe für die Zustimmung zur Arbeitsaufnahme trotz der noch nicht abgeschlossenen Sicherheitsüberprüfung des Verfassungsschutzes; Konsequenzen

Antr

s. Sicherheitsüberprüfung von Personen

Drs 13/288

Memorandum der LReg zum 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union

Vorstellungen zu den Vorschlägen der EU-Kommission für ein 6. Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration sowie für den EURATOM-Bereich für die Jahre 2002-2006

Mittlg

s. Forschung

Drs 13/323

Sicherheitskonzept des Forschungszentrums Karlsruhe

Übertragung der Einsatzleitung auf die Werksfeuerwehr, Beeinträchtigung der Sicherheit durch die gleichzeitige Zuständigkeit für atomrechtliche Gefahren und Störfälle sowie für den Brandfall; Erarbeitung und Vorlage einer neuen Sicherheitskonzeption im Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Antr

s. Forschungszentrum Karlsruhe

Drs 13/2737

Stromversorgung in BW

Entwicklung der erzeugten Strommengen aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken; Bewertung der Chancen und Technologien für neue Standorte bzw. Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Förderung von Einrichtungen und Projekten zur Kernforschung und Entwicklung neuer Technologien, Beurteilung der neuen Generation von Kernkraftwerken

GrAnfr

s. Energiepolitik

Drs 13/3104

Risiken durch den Rückbau der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung (HAWC)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Ergebnisse entsprechender Verhandlungen des WM mit der Energiewirtschaft, Beurteilung der Anlagensicherheit gegen Einwirkungen von außen

Antr

s. Entsorgung

Drs 13/4163

Planungen und Kostenentwicklung des weiteren Rückbaus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans für den Rückbau und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Be-

einflussung des Zeitplans durch die Kostensteigerungen sowie Trennung des Forschungszentrums Karlsruhe von einer durchführenden Firma

Antr

s. Entsorgung

Drs 13/4189

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-**7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft*

Mittlg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 13/4348

Neustrukturierung der Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) einschließlich HAWC-Lagerbetrieb

Mittlg

s. Entsorgung

Drs 13/4581

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten**-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-**Spezifische Programme zum 7. Forschungsrahmenprogramm EG und zum 7. Rahmenprogramm Euratom*

Mittlg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 13/4989

Bestätigung einer Sicherheitspanne bei der Beschäftigung eines Pakistani am Karlsruher Institut für Transurane

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 398 403

Sicherheitsüberprüfung der Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Transurane

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 493

Sicherheitsüberprüfung der Mitarbeiter am Karlsruher Institut für Transurane

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1212

Personalausstattung und Stand der Kernforschung in Deutschland, Erhaltung des Know-hows über einen Ausstieg aus der Kernenergie hinaus

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3183-3185

Befürchtung einer Abwanderung von Kapazitäten der Kernforschung nach Frankreich, Hinweis auf die Erforschung einer neuen Technologie zur Reduzierung der Strahlungsdauer von Atom- müll

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3463 3464 3466 3467

Anteil der radioaktiven Abfälle aus der Kernforschung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4822

Kritik an der Verweigerungshaltung der BReg zur Kernforschung, Aufforderung zur Beteiligung am Forschungsprojekt ITER

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6450

Verweisung auf den Bau des neuen Forschungsreaktors zur Erprobung der Kernfusion in Südfrankreich

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026

Kostenexplosion des Rückbaus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, Beklagung des Verlusts an technologischer Kompetenz in der Kernforschung mit dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7883 7884 7886 7887

Kernforschungseinrichtung

s. Kernforschung

Kernfusion

s. Kernenergie

Kernkraftwerk

s.a. Kernkraftwerk Fessenheim

s.a. Kernkraftwerk Leibstadt

s.a. Kernkraftwerk Neckarwestheim

s.a. Kernkraftwerk Obrigheim

s.a. Kernkraftwerk Philippsburg

s.a. Nukleare Sicherheit

s.a. Reaktorunfall

s.a. Wärmekraftwerk

Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe

Sicherheitstechnische Auslegung gegen Selbstmordattentate mit großen Verkehrsflugzeugen, Gefährdung der Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield und La Hague durch Abstürze kleinerer Maschinen; Unterstützung der Vereinbarung zwischen BReg und EVU zum Ausstieg aus der Atomenergie, Hinwirkung auf eine Konzeption als Antwort auf die genannten Terrorszenarien, Anordnung der vorübergehenden Stilllegung der Anlagen bis zur Umsetzung einer solchen Konzeption, Verzicht auf die Nutzung der Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England

DringlAntr GRÜNE 05.10.2001 und Stellungnahme UVM
Drs 13/282

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 484-496

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 08.11.2001 Drs
13/488 S. 15-18

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Gefährdung der Atomkraftwerke in BW durch Terroranschläge

Personelle und technische Sicherheitsmaßnahmen und deren Kosten, vorhandene Katastrophen- und Evakuierungspläne; Hinwirkung auf eine frühere Abschaltung älterer AKW, insbes in Obrigheim, sowie auf einen angemessenen Außenschutz und Versicherungsschutz

Antr SPD 11.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/309

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 484-496

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 08.11.2001 Drs
13/488 S. 15-18

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Berücksichtigung von Terroranschlägen mit Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke, Chemieanlagen u.a. Infrastruktureinrichtungen, der Verbreitung infektiöser, giftiger oder radioaktiver Substanzen im Katastrophenschutz, LRettungsdienstplan und in der Krankenhausplanung; Bereitstellung der zusätzlich

notwendigen Mittel; Bericht über die eingeleiteten Schritte bis 30.11.2001

Antr

s. Rettungsdienst

Drs 13/342

Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und Qualität der Atomaufsicht in BW

Aktuelle Debatte

s. Nukleare Sicherheit

PIPr 13/13 S. 578

Reduzierung der für die Stilllegung und den Rückbau von Atomkraftwerken in BW vorgesehenen Rückstellungen

Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen für die fünf KKW in BW; Umfang von Entnahmen der EnBW oder ihrer Tochterunternehmen, Beurteilung der Verwendung für Firmenzukäufe, Unternehmensbeteiligungen und Abdeckung von Verlusten iRd operativen Geschäfts; jährliche Berichtsvorlage über den Stand der Rückstellungen

Antr

s. Rücklage

Drs 13/511

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsengpässen und erhöhten CO₂-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr

s. Kernenergie

Drs 13/633

Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke

Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001; Aktualisierung der Katastrophenschutzpläne für die Standorte Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, insbes hinsichtlich der Sperrzonen, Evakuierungspläne, der medizinischen Versorgung sowie administrativen und technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstsches; Information der Bevölkerung

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 28.01.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/679

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.04.2002 Drs
13/955 S. 21 22

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolgutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterausschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterabrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr

s. Atomaufsicht

Drs 13/1381

Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken

Darlegung o.g. Erkenntnisse unter Einbeziehung der Studie von Dr. Alfred Köberlein; Frage nach der Art der Belüftung der Castorbehälter im Zwischenlager des AKW Gundremmingen

MdlAnfr

s. *Krebs (Krankheit)*

Drs 13/1778

Endlagerung atomarer Abfälle

Bisheriger Mitteleinsatz für das Endlagerprojekt in Gorleben, Gründe für die Einstellung der weiteren Erkundung; Rechtsgrundlagen, Verfahrensschritte und Zeitrahmen für die Suche nach einer Alternativlösung; Beurteilung der Sicherheit der Zwischenlagerung bei den AKW sowie des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/1922

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/2454

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/2537

Bereitstellung von Tabletten mit hochdosiertem Jod als Vorsorgemaßnahme für einen Atomunfall

Zahl der zur Beschaffung vorgesehenen Jodtabletten und der Empfänger, Art der Vorhaltung und Zeitpunkt der Verteilung, Beurteilung der Aufforderung nach geltenden Katastrophenschutzplänen, bei einem Atomunfall im sicheren Haus zu bleiben und gleichzeitig die Jodtabletten von den zentralen Sammelstellen abzuholen; Prüfung einer „ereignisunabhängigen Vorverteilung“ nach dem Beispiel Österreichs; Höhe und Träger der Kosten für Vorsorgemaßnahmen im Umkreis ausländischer Atomkraftwerke

Antr

s. *Jod*

Drs 13/2829

Fehler im Notkühlsystem von Druckwasserreaktoren

Beurteilung der o.g. Aussage der Pariser Atomaufsichtsbehörde ASN, Einschätzung des Risikos für die Druckwasserreaktoren hierzulande, Maßnahmen der Atomaufsicht des UVM

KlAnfr

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 13/2830

Jodtablettenversorgung in BW

Abgrenzung der Gebiete im Umkreis von kerntechnischen Anlagen in BW und in Grenznähe zur Vorhaltung und Verteilung von Kalium-Jodtabletten im Katastrophenfall, Vorschriften zum Verhalten und zur Information der Bevölkerung nach den Katastrophenschutzplänen

Antr

s. *Jod*

Drs 13/2900

Sicherheit der Atomkraftwerke vor Flugzeugabstürzen

Konsequenzen aus den Ergebnissen des Gutachtens der Gesellschaft für Reaktorsicherheit; Gespräche mit dem Betreiber und dem Bundesumweltministerium; Nachrüstung oder Stilllegung der besonders bedrohten KKW Obrigheim und Philippsburg I

Antr SPD 10.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2996

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7166-7174

Sicherheitsmanagement und Pannen im Kernkraftwerk Philippsburg II und anderen Kernkraftwerken im Land

Funktion der Pumpen des Notkühlsystems; Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens der Sicherungsbolzen bei einem Störfall bzw Erdbeben in Philippsburg und bei anderen Kernkraftwerken; Zeitpunkt der Information und Reaktion der Atomaufsicht; Effizienz der Atomaufsicht bei der Verbesserung des Sicherheitsmanagements

Antr

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 13/3038

Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraftwerke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckarwestheim (GKN II)

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Konsequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 13/3044

Stromversorgung in BW

Entwicklung der erzeugten Strommengen aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken; Bewertung der Chancen und Technologien für neue Standorte bzw Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Förderung von Einrichtungen und Projekten zur Kernforschung und Entwicklung neuer Technologien, Beurteilung der neuen Generation von Kernkraftwerken

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/3104

Vorsorge gegen Terroranschläge auf Atomkraftwerke

Sicherheitstechnische Auslegung der Atomkraftwerke gegen gezielte Flugzeugabstürze, Beurteilung der von den Betreibern er-

arbeiteten Konzepte; Hinwirkung auf eine Übertragung der Reststrommengen von den besonders gefährdeten Atomkraftwerken Obrigheim und Philippsburg I auf neuere Kraftwerke

Antr GRÜNE 29.09.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3601
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7166-7174

Stromversorgung in BW

Eröffnung einer Option auf neue Kernkraftwerke, Verlängerung der Restlaufzeiten für die bestehenden Kernkraftwerke, Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

Antr CDU und FDP/DVP 06.10.2004 Drs 13/3620
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5329-5341

Nachhaltige Schädigung des Energiewirtschaftsstandorts BW

Klärung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der LReg zu der „Null-Toleranz-Strategie“ der EnBW in Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken, Frage nach Gesprächen zwischen den zuständigen Referenten und Ministern und deren Ergebnissen, Begründung des vom Wirtschaftsminister gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW erhobenen Vorwurfs der Aufstellung unwahrer Behauptungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/3740

Durchführung von so genannten Zufriedenheitsanalysen unter den Belegschaften von GKN und anderen Kernkraftwerken

Gründe für die o.g. Mitarbeiterbefragung der Atomaufsichtsbehörde, Frage nach Problemen innerhalb der Belegschaften und möglichen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit sowie nach Widerständen der Anlagen- bzw Konzernleitung gegen das Vorhaben

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3862

Konsequenzen einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697-7720

Äußerung des Ministers für Ernährung und Ländlichen Raum zu Biogasanlagen

Richtigstellung der Äußerung zur Leistungsfähigkeit heutiger Biogasanlagen bzw zur notwendigen Anzahl von Anlagen, die ein Kernkraftwerk mit der Stromerzeugungskapazität von Obrigheim oder Neckarwestheim I ersetzen können

MdlAnfr
s. *Biogas*
Drs 13/5172

Unterstützung der Standortkommunen von Kernkraftwerken während und nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 74 105 118

Verstärkte Sicherheitsmaßnahmen für die Kernkraftwerke nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten; Umgang der EnBW, des TÜV und der Atomaufsicht mit Sicherheitsvorschriften; Ersetzung der KKW durch die Brennstoffzellentechnik

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 383-404 427-431 433

Schutz von Kernkraftwerken gegen bewusst herbeigeführte Flugzeugabstürze

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 581 582 592

Kritik an der Fortschreibung der KKW nach dem LEntwicklungsplan

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 756

Sicherung von Kernkraftwerken gegen kriminelle Inrentäter; Ausweitung der Personalüberwachung

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1210-1212 1214 1215

Verhinderung einer Übertragung von Strommengen von neueren auf ältere Kernkraftwerke, Bewertung als Verlust an Sicherheitskultur

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1552 1553 1559

Kompensation der Arbeitsplatzverluste nach Abschaltung der Kernkraftwerke, Ertüchtigung der unsicheren Kernkraftwerke in Russland mit Geldern aus den Rücklagen der Kernkraftindustrie hierzulande

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1707 1708

Einstufung der Gefährdung von Kernkraftwerken durch Flugzeugabstürze am Beispiel des Schweizer AKW Leibstadt

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796

Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion in BW, Kompensation der Auswirkungen eines Komplettausstiegs, Bewertung der Sicherheit der deutschen KKW im internationalen Vergleich

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3181 3183-3185

Kritik an der von Frau Schavan angeregten Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk, Ablehnung einer Debatte über ein neues Kernkraftwerk in BW, Erinnerung an die Störfälle im KKW Philippsburg, Hinweis auf die Planung neuer Kernkraftwerke weltweit

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3453 3456 3458-3460 3463-3466 3470

Kritik an der von Frau Schavan angeregten Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk; Perspektiven für eine neue Generation von Kernkraftwerken in Europa; Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3625 3626 3642 3643

Ablehnung einer Debatte über ein neues Kernkraftwerk in BW; Bedeutung der Kernkraft für den Klimaschutz

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3778 3780 3788 3789

Kritik an der von Frau Schavan angeregten Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4022

Strukturpolitische Begleitung des Rückbaus von Kernkraftwerken, Ablehnung einer Debatte über ein neues Kernkraftwerk in BW

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4125-4133

Fahrplan zur Stilllegung der Kernkraftwerke in BW, Bewahrung der Option für eine neue Generation von Kernkraftwerken

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147

Beurteilung der Gefährdung von Kernkraftwerken durch den Terrorismus; Ersetzung der vom Netz gehenden Kernkraftwerke durch alternative Energieträger

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4337 4345

Vergabe von Ausgleichszertifikaten für abgeschaltete Kernkraftwerke, Zurückweisung der Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4738 4740 4743-4746

Zurückweisung der Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4965 4967 4976

Plädoyer für Kernkraftwerke aus Gründen des Klimaschutzes, Ermunterung der Koalition zur Ausweisung neuer Standorte; Ersetzung der Kernkraftwerke durch Nutzung des Potenzials der Geothermie

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5055 5061 5062 5098

Zurückweisung der Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5146 5147 5152 5154 5155

Pannenserie in den Kernkraftwerken, Reaktionen des Betreibers und der Atomaufsicht; Zurückweisung der Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke; Bewertung der neuen Entsorgungsstrategie der BReg

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646-5650 5653-5656 5660 5661 5663 5664 5667-5671

Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866

Zurückweisung der Forderung nach Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke; Reaktionen der EnBW und Atomaufsicht auf die Pannenserie in den Kernkraftwerken; Verweisung auf den Bau neuer Kernkraftwerke weltweit; Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in BW

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6055 6056 6061 6062 6069-6072 6076 6077 6124 6125 6131 6132

Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke und Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6410 6437 6438 6442 6448-6455 6458

Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke und Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6465 6470 6471 6479 6489 6493 6494 6505 6506 6509

Bewertung der Vorstöße der neuen Umweltministerin zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke als Profilierungsversuche

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6681 6682

Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke, Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung in BW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7029 7032

Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke und Einsatz der zusätzlichen Mittel zum Ausbau der erneuerbaren Energien

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7047 7048 7051

Vorhersage der Überschreitung von angenommenen Kosten für den Rückbau von Kernkraftwerken

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7196 7197

Eintreten für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297

Eintreten für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke, Verweisung auf den Bau neuer Kernkraftwerke weltweit

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7877 7884 7886 7887

Kernkraftwerk Fessenheim

Atomkraftwerk Fessenheim

Informationen über neue Schäden im AKW Fessenheim, insbes infolge von Alterungsprozessen bzw Rissbildung; Zeitpunkt und Kosten des Austauschs der Dampferzeuger; Beurteilung der Sicherheitsrisiken und evtl Folgeschäden, insbes wegen der nicht vorhandenen Auslegung sicherheitsrelevanter Teile gegen Erdbeben; Hinwirkung auf eine Verkürzung der Untersuchungsintervalle

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 18.07.2001 und Antw UVM Drs 13/92

Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Integrierte Rheinprogramm zwischen Weil und Breisach

Zeitraumen, Kosten und Belastungen der notwendigen Auskiesungsmaßnahmen; Gewinnung früherer und zusätzlicher Rückhalteräume durch die Alternativen zwischen Flusskilometer 204 und 219, Einbeziehung in das Raumordnungsverfahren; Bedeutung des Kernkraftwerks Fessenheim und des Kalibeckens auf der Fessenheimer Insel für die Realisierung des Integrierten Rheinprogramms

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1133

Risiken bei Erdbeben am Oberrhein

Auslegung von Gebäuden, Gasleitungen, Chemieanlagen, des Rheinseitenkanals und des AKW Fessenheim gegen Erdbeben; Ergebnisse von Katastrophenszenarien; Effizienz des regulären Katastrophenplans; Bewertung und Konsequenzen einer Schweizer Risikostudie

KlAnfr
s. *Erdbeben*
Drs 13/1858

Kernkraftwerk Fessenheim/Elsass

Vergleich der Sicherheitsstandards deutscher und französischer Kernkraftwerke; Frage nach der gegenseitigen Unterrichtung über Störfälle, insbes über die jüngsten Störfälle im KKW Fessenheim; Beurteilung des Gefahrenpotenzials unter Berücksichtigung der Hochwasser- und Erdbebensituation im Rheingraben; Maßnahmen zur Minimierung einer Gefährdung der Bevölkerung

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 17.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3023
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.04.2004 Drs 13/3239 S. 30-32
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Atomkraftwerk Fessenheim; hier: Erneuter Störfall

Mangelhafte Kabelisolierung als Auslöser des jüngsten Störfalls, Frage nach den aktuellen und generellen Risiken des AKW Fes-

senheim; Maßnahmen der französischen Atomaufsicht; Hinwirkung auf eine umgehende und dauerhafte Abschaltung

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 20.04.2004 und Antw UVM Drs 13/3124

Atomkraftwerk Fessenheim

Risse im Reaktordruckbehälter, mangelhafte Kabelisolierung und Erdbebensicherheit; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen entsprechender Untersuchungen aufseiten der französischen Atomaufsichtsbehörde und der Betreiber; Hinwirkung auf eine Minimierung der Risiken für die Bevölkerung über die Deutsch-Französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen

Antr GRÜNE 20.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3909

Kernkraftwerk Leibstadt

Einstufung der Gefährdung des in der Einflugschneise zum Flughafen Zürich gelegenen Kernkraftwerks Leibstadt, Forderung nach Abschaltung des KKW

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796

Kernkraftwerk Neckarwestheim

Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke

Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001; Aktualisierung der Katastrophenschutzpläne für die Standorte Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, insbes hinsichtlich der Sperrzonen, Evakuierungspläne, der medizinischen Versorgung sowie administrativen und technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstschutzes; Information der Bevölkerung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/679

Unsicherer Untergrund des Atomkraftwerks GKN

Untersuchungen, Ergebnisse und Konsequenzen der Hohlräumbildungen seit 1999; Sicherungsmaßnahmen für die im Boden verlegten Leitungen und Kabelkanäle

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 06.03.2003 und Antw UVM Drs 13/1857

Hohlraumeinsturz in Besigheim

Beurteilung des o.g. Vorfalles auf einem Acker in der Nähe des Kernkraftwerks Neckarwestheim, Frage nach Konsequenzen des UVM angesichts der gleichen geologischen Verhältnisse unter dem GKN

KlAnfr Christine Rudolf SPD 06.03.2003 und Antw UVM Drs 13/1866

Untergrund des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim GKN I und GKN II; hier: Konsequenzen aus dem Gutachten von Prof. Jentzsch

Zugrundegelegte Bodenklasse und Auslegung gegen Erdbeben in den bisherigen Gutachten und in der Genehmigung des KKW Neckarwestheim, Beurteilung der geforderten Nachmessungen aus der o.g. Untersuchung; Konsequenzen für die Atomaufsicht

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 01.03.2005 und Antw UVM Drs 13/4110

Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraftwerke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckarwestheim (GKN II)

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Konsequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3044

Hintergründe zur Ablösung des Kraftwerksleiters im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim

Berührung sicherheitsrelevanter Fragen durch das unter dem Namen „Top-Fit“ aufgelegte Kosteneinsparungsprogramm der EnBW, Frage nach einem Zusammenhang mit der o.g. Entlassung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 19.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3393
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 35 36
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim II (GKN II) im Zuge des meldepflichtigen Ereignisses im Juli 2004

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen der schadhafte Bauteile; Zeitpunkt der Feststellungen und Mängelbehebungen des Betreibers und der Informationsweitergabe an die Atomaufsicht, Informationsfluss und Reaktionen innerhalb des Ministeriums, Gründe und Auswirkungen der Kommunikationsmängel zwischen den Beteiligten trotz der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr SPD 01.09.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3526
BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 7-12
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Atomaufsicht beim meldepflichtigen Ereignis vom 27.07.2004 im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim

Art und Zeitpunkt der Information des Ministeriums vom Betreiber über den Austritt von schwach radioaktiv verseuchtem Wasser in den Neckar, jeweilige Einstufung des Vorfalles, Art und Zeitpunkt der eingeleiteten Maßnahmen gegenüber dem Betreiber

Antr GRÜNE 09.09.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3539
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 15
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Abweichungen vom genehmigten Zustand des Atomkraftwerks Neckarwestheim II (GKN II)

Feststellung o.g. Abweichungen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der jüngsten Störfälle, sicherheitsrelevante Funktionen dieser Anlagenkomponenten, Konsequenzen für die Betreiber und Aufsichtsbehörde

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 28.09.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3587
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 02.12.2004 Drs 13/3991 S. 8 9
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Hintergründe der Entlassung des Anlagenleiters von GKN II und die Rolle des baden-württembergischen Umweltministeriums
Ablösung des Anlagenleiters aufgrund von Differenzen mit der EnBW-Führungsebene in sicherheitsrelevanten Fragen? Begründung der gegenteiligen Verlautbarungen des UVM; Umgang der Atomaufsicht bzw des Ministers mit dem Vorwurf von „Zweifeln an der Zuverlässigkeit“ von Herrn Dr. G.; Zuleitung der Gesprächsprotokolle über die Befragung des Betroffenen u.a. leitender GKN- bzw EnBW-Mitarbeiter an die Mitglieder des Umweltausschusses

Antr GRÜNE 29.11.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3806

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03./14.04.2005 Drs 13/4277 S. 25

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Durchführung von so genannten Zufriedenheitsanalysen unter den Belegschaften von GKN und anderen Kernkraftwerken

Gründe für die o.g. Mitarbeiterbefragung der Atomaufsichtsbehörde, Frage nach Problemen innerhalb der Belegschaften und möglichen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit sowie nach Widerständen der Anlagen- bzw Konzernleitung gegen das Vorhaben

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 08.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3862

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03./14.04.2005 Drs 13/4277 S. 25

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Äußerung des Ministers für Ernährung und Ländlichen Raum zu Biogasanlagen

Richtigstellung der Äußerung zur Leistungsfähigkeit heutiger Biogasanlagen bzw zur notwendigen Anzahl von Anlagen, die ein Kernkraftwerk mit der Stromerzeugungskapazität von Obrigheim oder Neckarwestheim I ersetzen können

MdlAnfr

s. *Biogas*

Drs 13/5172

Beurteilung der Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente beim Kernkraftwerk Neckarwestheim

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4821 4822 4825 4829

Pannen im Kernkraftwerk Neckarwestheim, Reaktionen des Betreibers und der Atomaufsicht, Ablösung des Anlagenleiters aufgrund unterschiedlicher Auffassungen in sicherheitsrelevanten Fragen?

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646 5649 5650 5654-5658 5661 5663 5664 5667-5671

Hinweis auf die Möglichkeit einer Übertragung von Strommen gen vom GKN II auf GKN I bzw einer Stilllegung von GKN II und der daraus folgenden Laufzeitverlängerung von GKN I bis 2038

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7708-7710 7712

Kernkraftwerk Obrigheim

Gefährdung der Atomkraftwerke in BW durch Terroranschläge
Personelle und technische Sicherheitsmaßnahmen und deren Kosten, vorhandene Katastrophen- und Evakuierungspläne; Hinwirkung auf eine frühere Abschaltung älterer AKW, insbes in Obrigheim, sowie auf einen angemessenen Außenschutz und Versicherungsschutz

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/309

Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke

Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001; Aktualisierung der Katastrophenschutzpläne für die Standorte Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, insbes hinsichtlich der Sperrzonen, Evakuierungspläne, der medizinischen Versorgung sowie administrativen und technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstschutzes; Information der Bevölkerung

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/679

Energiestandort Obrigheim

Verlängerung der Laufzeit des KWO

Antr CDU und FDP/DVP 15.05.2002 Drs 13/993

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1560

Befüllung der Flutbehälter des Notkühlsystems im AKW Obrigheim

Konsequenzen aus den erst jetzt bekannt gewordenen Regelverstößen bei der Befüllung der Flutbehälter für die Atomaufsicht und Betreiber der Anlage

MdlAnfr 3) Winfried Kretschmann GRÜNE 14.10.2002 Drs 13/1369

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2003-2009

Strukturpolitische Begleitung des Rückbaus des Kernkraftwerks Obrigheim

Antr

s. *Strukturpolitik*

Drs 13/1647

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Obrigheim und die Region

Konversionspläne des Bundes und Landes zur Kompensation der o.g. Beschlüsse, Mitwirkung an Strategiegesprächen zur wirtschaftlichen Stärkung des Elz-Mündungsraumes und des Neckar-Odenwald-Kreises, Investitionen der EnBW in Obrigheim und Mosbach, Zahl der Ein- und Auspendler im Neckar-Odenwald-Kreis

Antr

s. *Strukturpolitik*

Drs 13/1804

Sicherheit der Atomkraftwerke vor Flugzeugabstürzen

Konsequenzen aus den Ergebnissen des Gutachtens der Gesellschaft für Reaktorsicherheit; Gespräche mit dem Betreiber und dem Bundesumweltministerium; Nachrüstung oder Stilllegung der besonders bedrohten KKW Obrigheim und Philippsburg I

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/2996

Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraftwerke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckarwestheim (GKN II)

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Konsequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung

der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3044

Vorsorge gegen Terroranschläge auf Atomkraftwerke

Sicherheitstechnische Auslegung der Atomkraftwerke gegen gezielte Flugzeugabstürze, Beurteilung der von den Betreibern erarbeiteten Konzepte; Hinwirkung auf eine Übertragung der Reststrommengen von den besonders gefährdeten Atomkraftwerken Obrigheim und Philippsburg I auf neuere Kraftwerke

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/3601

Sicherheitsmanagement und Personalpolitik im Kernkraftwerk Obrigheim im Zusammenhang mit der Entlassung eines Technikers

Frage nach Sicherheitsaspekten oder entsprechenden Äußerungen des Technikers als Grund für die Entlassung, Information bzw. Aufklärungsmaßnahmen der Atomaufsicht

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 08.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3866
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03.2005 Drs 13/4277 S. 25
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Beurteilung der Leistung des KWO, des technischen Sicherheitsniveaus und der Wirtschaftlichkeit während der gesamten Laufzeit sowie der anstehenden Abschaltung angesichts der Laufzeiten anderer Druckwasserreaktoren in Europa; erwarteter Verlust an Kompetenz in der Kerntechnik, von Arbeitsplätzen sowie Anstieg von CO₂-Emissionen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente; Bewertung der Entsorgungspolitik des Bundes mit dem Verbot der Atommülltransporte und der damit notwendigen Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten; Anforderungen an eine nachhaltige, zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung ohne Kernenergienutzung

Antr CDU 14.04.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4247 (11 S.)

Äußerung des Ministers für Ernährung und Ländlichen Raum zu Biogasanlagen

Richtigstellung der Äußerung zur Leistungsfähigkeit heutiger Biogasanlagen bzw. zur notwendigen Anzahl von Anlagen, die ein Kernkraftwerk mit der Stromerzeugungskapazität von Obrigheim oder Neckarwestheim I ersetzen können

MdlAnfr
s. *Biogas*
Drs 13/5172

Umgang mit der Sicherheit im KWO, Konsequenzen, Überarbeitung der Betriebshandbücher

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 590-592

Bekräftigung der Abschaltung des KWO Ende des Jahres 2002

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 756

Umsetzung des Zeitplans zur Abschaltung des AKW Obrigheim, Erhaltung als Standort zur Energieerzeugung

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4738 4743 4744

Arbeitsplatzverluste nach Abschaltung des Kernkraftwerks Obrigheim 2005, Bemühungen um Alternativen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5661

Kritik an der bevorstehenden Abschaltung des KWO bzw. am Fehlen einer Ersatzlösung vonseiten des Bundes

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5869 5876 5877

Abschaltung des KWO Anfang Mai 2005, Bezifferung des Verlusts an Stromerzeugung und Arbeitsplätzen, Bemühungen um Alternativen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6445-6447 6449-6452 6455

Stilllegungskosten und Arbeitsplatzverluste nach Abschaltung des KWO Anfang Mai 2005

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6493 6494 6506 6507

Stromerzeugungskapazität und Mitarbeiterzahl des KWO, Bewertung der Abschaltung als sinnvoll angesichts der mangelnden Wirtschaftlichkeit

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7710 7712 7716

Kernkraftwerk Philippsburg

KKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche Reaktion der Betreiber, Prüfung atomaufsichtsrechtlicher Maßnahmen

Antr CDU 08.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/283
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 383-406

Umgang mit schwerwiegenden sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im AKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche Reaktion bzw. Konsequenzen vonseiten der Atomaufsichtsbehörde und Betreiber, Beurteilung der Zuverlässigkeit nach dem AtomGes

Antr GRÜNE 08.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/287
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 383-406

Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II (KKP II)

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, Umgang mit Informationen und Einstufung der Vorkommnisse durch die Atomaufsichtsbehörde, Bewertung des Berichts der Betreiber und des als Gutachter zugezogenen TÜV, Einlassungen in der Sitzung der Reaktorsicherheitskommission; personelle und organisatorische Konsequenzen

Antr GRÜNE 17.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/314 (10 S.)

Antr GRÜNE 23.10.2001 Drs 13/350
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 383-406

Schwerwiegende Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unterschreitung der vorgeschriebenen Füllstände mit Reaktor-kühlmittel vor dem Wiederanfahren der Anlage, Gründe und Auswirkungen dieser vom Betreiber über Jahre hinweg regelwidrig praktizierten Vorgehensweise, Konsequenzen aufseiten der Atomaufsichtsbehörde und Gutachter

Antr GRÜNE 23.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/352
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 578-597

Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beurteilung von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung o.g. Gutachtergruppe; Konsequenzen in der Abteilung 7 des UVM, insbes Entbindung des Leiters von seinen Aufgaben wegen Fehlentscheidungen im Umgang mit den Störfällen im Atomkraftwerk Philippsburg II

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/388

Aufarbeitung gravierender sicherheitstechnischer Defizite im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unzureichende Befüllung der Flutbehälter beim Wiederanfahren seit 1985, Erfassung der entsprechenden Messdaten von Prozessrechnern, Überprüfung der Protokolle durch Sachverständige des TÜV, Ergebnisse dieser Überprüfungen sowie der Periodischen Sicherheitsüberprüfung der Betriebsführung; nochmalige Begutachtung dieser Vorgänge durch unabhängige Gutachter, Beachtung der Unabhängigkeit von Betreiberinteressen bei der künftigen Auswahl von Gutachtern der Aufsichtsbehörde, Verzicht auf die Dienste des TÜV

Antr GRÜNE 14.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/445
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3728-3743

Unzureichende fachliche Qualifikation auf der Leitungsebene des Atomkraftwerks Philippsburg

Bewertung des o.g. Verstoßes gegen die entsprechende Richtlinie, Gründe und Konsequenzen der Akzeptanz vonseiten der Atomaufsicht im UVM - auch nach den Verstößen gegen sicherheitstechnische Vorschriften, Beurteilung der Bedenken des BUmweltMin zu der vorgenommenen Zuweisung von Verantwortlichkeiten; Sicherstellung der Anwendung des Atomrechts durch die Atomaufsicht

Antr GRÜNE 26.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/483
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3728-3743

Kraftwerksleitung im Kernkraftwerk Philippsburg

Leitung des KKW Philippsburg ohne die erforderliche Lizenz, Billigung vonseiten der Atomaufsicht bzw des Ministers? Relevanz des Sachverhalts bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit des Betreibers EnBW durch das WM

Antr SPD 29.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/504
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.11.2003 Drs 13/2703 S. 35
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Qualitätssicherung bei der Atomaufsicht

Maßnahmen seit Bekanntwerden der Störfälle im KKW Philippsburg; Zeitpunkt der Einsetzung, Zusammensetzung und Auftrag der Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/553

Einsetzung und Auftrag des UA „Fehler der Atomaufsicht in BW im Zusammenhang mit den meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 13/630

Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke

Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001; Aktualisierung der Katastrophenschutzpläne für die Standorte Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, insbes hinsichtlich der Sperrzonen, Evakuierungspläne, der medizinischen Versorgung sowie administrativen und technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstschutzes; Information der Bevölkerung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/679

Konsequenzen aus dem schweren Störfall im AKW Brunsbüttel für das Atomkraftwerk Philippsburg I

Bewertung und Konsequenzen des Störfalles auf Landes- und Bundesebene; Maßnahmen der Atomaufsichtsbehörde, Prüfung einer vorübergehenden Stilllegung des KKW Philippsburg I?

Antr
s. *Störfall*
Drs 13/839

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolgutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterausschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterabrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/1381

Kernkraftwerk Philippsburg

Grenzwerte für die maximale und temperaturabhängige Wassertemperatur zur Kühlung des Kernkraftwerks, ökologische Auswirkungen der erteilten Ausnahmegenehmigung im Sommer für den betroffenen Flussabschnitt, Frage nach technischen Problemen für die Kraftwerkskühlung bei der Entnahme und Einleitung von Kühlwasser mit zu hohen Temperaturen

KIAnfr Rosa Grünstein SPD 15.10.2003 und Antw UVM Drs 13/2498

Sicherheit der Atomkraftwerke vor Flugzeugabstürzen

Konsequenzen aus den Ergebnissen des Gutachtens der Gesellschaft für Reaktorsicherheit; Gespräche mit dem Betreiber und dem Bundesumweltministerium; Nachrüstung oder Stilllegung der besonders bedrohten KKW Obrigheim und Philippsburg I

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/2996

Sicherheitsmanagement und Pannen im Kernkraftwerk Philippsburg II und anderen Kernkraftwerken im Land

Funktion der Pumpen des Notkühlsystems; Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens der Sicherungsbolzen bei einem Störfall bzw Erdbeben in Philippsburg und bei anderen Kernkraftwerken; Zeitpunkt der Information und Reaktion der Atomaufsicht; Effizienz der Atomaufsicht bei der Verbesserung des Sicherheitsmanagements

Antr

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 13/3038

Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraftwerke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckarwestheim (GKN II)

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Konsequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr

s. *Nukleare Sicherheit*

Drs 13/3044

Vorsorge gegen Terroranschläge auf Atomkraftwerke

Sicherheitstechnische Auslegung der Atomkraftwerke gegen gezielte Flugzeugabstürze, Beurteilung der von den Betreibern erarbeiteten Konzepte; Hinwirkung auf eine Übertragung der Reststrommengen von den besonders gefährdeten Atomkraftwerken Obrigheim und Philippsburg I auf neuere Kraftwerke

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/3601

Nachweislücken bei der Beherrschung des Kühlmittelverluststörfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II

Gründe für die Erkennung o.g. Defizite erst zum jetzigen Zeitpunkt und nicht bei der Aufarbeitung früherer Störfälle vonseiten der Gutachter, Betreiber und Aufsichtsbehörde; Bewertung des Sachverhalts von Vertretern des Bundesumweltministeriums und des UVM unter dem Gesichtspunkt eines funktionierenden Sicherheitsmanagements

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 17.01.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/3951

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03.2005 Drs 13/4277 S. 28-43

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Mängel im Sicherheitsmanagement des Atomkraftwerks Philippsburg II (KKP II)

Zeitpunkt der Kenntnisnahme und Maßnahmen der Betreiberin zu den Nachweislücken bei der Beherrschung eines Kühlmittelverluststörfalls, Einholung externer Gutachten oder Stellungnahmen des Anlagenherstellers, Art und Zeitpunkt der Zusammenarbeit mit der Atomaufsichtsbehörde, Vereinbarkeit mit der an-

gekündigten „neuen Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001, Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen gegenüber der EnBW

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 18.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4081

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03./14.04.2005 Drs 13/4312 S. 29-33

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Kernkraftwerk Philippsburg II (KKP II) im Zusammenhang mit neuerlichen Sicherheitslücken

Kenntnisse des Anlagenleiters über die Beherrschbarkeit eines Kühlmittelverluststörfalls bereits im August 2004? Begründung und Rechtsgrundlage der Verweigerung von Auskünften gegenüber der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Bewertung der Internationalen Atomenergiebehörde, Heranziehung dieser Bewertung als Beleg für das korrekte Verhalten der EnBW durch den Minister im Plenum; Effizienz der Bemühungen um eine zeitnahe und vollständige Übermittlung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse zwischen Betreiber und Atomaufsicht sowie innerhalb des UVM

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 24.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4096

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03./14.04.2005 Drs 13/4312 S. 29-33

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Bundesaufsichtliches Gespräch zu Sicherheitsfragen im Kernkraftwerk Philippsburg

Anweisung des BUmwltministeriums an das UVM zur Abschaltung des o.g. Kernkraftwerks aufgrund schwerer Sicherheitsmängel? Verweisung von Minister Mappus auf diese gestellte Frage vonseiten der Landesvertreter und die verneinende Antwort iRd o.g. Besprechung; Verneinung einer Aufbringung dieser Frage nach schriftlicher Aussage von Bundesumweltminister Trittin; Beurteilung bzw Konsequenzen dieser widersprüchlichen Darstellung der beiden Minister

KIAnfr Boris Palmer GRÜNE 07.03.2005 und Antw UVM Drs 13/4123

Schlüsselverlust im Kernkraftwerk Philippsburg und Informationspolitik von Betreiber und LReg

Art und Zeitpunkt des o.g. Verlusts, der Information und Reaktion der Betreiber und Atomaufsicht bzw der zuständigen Ministerien; Gründe für die Ausklammerung der Schlüsselsicherheit im Zuge der Überprüfung der Sicherheitsstandards und Informationsweitergabe im Nachgang der Vorfälle vom Sommer 2002

Antr SPD 30.03.2006 und Stellungnahme UM Drs 13/5223

Objektsicherungsmaßnahmen im KKW Philippsburg, Kritik an der Nutzung der Kühltürme als Orientierungspunkte durch Bundeswehrflugzeuge

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 493-495

Klärung der Vorfälle im Kernkraftwerk Philippsburg durch einen UA

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1209 1212

Reaktionen der EnBW und der Atomaufsicht auf die Störfälle im Kernkraftwerk Philippsburg, Begutachtung durch die internationale Atomaufsicht

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6061 6062 6070-6072 6076 6077

Kerosin

s. *Flugbenzin*

KfW

s. *Kreditanstalt für Wiederaufbau*

Kfz

s. *Kraftfahrzeug*

Kfz-Steuer

s. *Kraftfahrzeugsteuer*

Kidnapping

s. *Menschenraub*

Kiefl, Helmut MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Helmut Kiefl durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8015

Kies

s. *Steine und Erden*

KIF

s. *Kommunaler Investitionsfonds*

Killerspielautomat

s. *Unterhaltungsautomat*

Killesberg

s.a. *Messe (Ausstellung)*

Die Interessen des Landes im Zusammenhang mit der Nachnutzung des Stuttgarter Killesbergs

Beurteilung von Nutzungsmöglichkeiten des bisherigen Messengeländes für die Staatliche Akademie der Bildenden Künste, für ein Design-Museum sowie für Depotflächen des Württembergischen Landesmuseums und des Lindenmuseums

KlAnfr Inge Utzt SPD 12.10.2005 und Antw MWK Drs 13/4719

Kilometerentschädigung

Subventionsabbau und Beendigung der Blockadepolitik im BRat
Hinwirkung auf Abschaffung der Kohlesubventionen, Rückführung der Eigenheimzulage auf die energetische Sanierung und den Erwerb von Altbauten, Abbau der Entfernungspauschale sowie der Subventionierung innereuropäischer Flüge durch Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes; Bericht über die Verhandlungsposition auf Bundesebene im FinA

Antr

s. *Subvention*

Drs 13/2190

Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten mit dem Fahrrad
Anhebung der Wegstreckenentschädigung nach dem LandesreisekostenGes für Dienstfahrten mit dem Fahrrad

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 19.10.2004 und Antw FM Drs 13/3675

Umwandlung der Kilometerpauschale in eine verkehrsmittelunabhängige, höhere Entfernungspauschale

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203

Einführung der Entfernungspauschale auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1113 1125

Einführung der Entfernungspauschale auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1176

Einführung der Entfernungspauschale auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2225

Rückführung der Entfernungspauschale, Erinnerung an die Einführung auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385 3391 3392 3394

Rückführung der Pendlerpauschale, Erinnerung an die Einführung auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3611 3640 3642 3645 3646 3651

Kürzung der Pendlerpauschale auf 30 Cent, Erinnerung an die Anhebung auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4008 4009 4014 4015 4039

Kürzung der Pendlerpauschale auf 30 Cent

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4102 4103

Verzicht auf die Pendlerpauschale zur Gegenfinanzierung einer großen Steuerreform und Steuervereinfachung nach den Vorschlägen von Prof. Kirchhof und Friedrich Merz

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4174

Rückführung der Pendlerpauschale, Erinnerung an die Einführung auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4509 4511

Zusätzliche Belastung der Autofahrer im Falle einer Streichung der Pendlerpauschale

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6511

Feststellung einer Abkehr der CDU von der Position zur Erhaltung der Pendlerpauschale

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6973 6974

Forderung nach einer Abschaffung der Pendlerpauschale

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Kilometergeld

s. *Kilometerentschädigung*

Kind

s.a. *Adoption*

s.a. *Behindertes Kind*

s.a. *Geburt*

s.a. *Kinder- und Jugendhilfe*

s.a. *Kinderbetreuung*

s.a. *Kinderkrankenhaus*

s.a. *Kindernahrung*

s.a. *Kinderschutz*

s.a. *Pflegekind*

s.a. *Vaterschaftstest*

s.a. *Verhaltensstörung*

Vorschulische Kinderbetreuung

Entwicklung der Geburtenrate, der Zahl von Kindern nach Alter und Betreuungssituation bundes- und landesweit; Entwicklung der Zahl und personellen Ausstattung von Kindergärten sowie der Art und Größe von Betreuungsgruppen; Auswirkungen des geänderten KindergartenGes auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, Integration ausländischer Kinder sowie gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder; Vorstellungen zur vorschulischen Betreuung unter Mitwirkung der Vereine sowie zur künftigen Zuschussregelung und Finanzierungssystematik des KindergartenGes

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/131

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Umfang von Kindergeldtransfers und Steuerfreibeträgen; Zahl und Aufwand von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten u.a. Betreuungseinrichtungen; Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler; Erwerbsquote der kindergeldberechtigten Mütter und Väter

Antr Franz Wieser u.a. CDU 10.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/298 (17 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/997 S. 32 33

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie flexibler Ganztagsangebote für Kindergarten- und Grundschulkinder

Ausbau der o.g. Angebote, verstärkte Förderung der Tagespflege, Aufnahme der Kinderkrippen in das KindergartenGes, verstärkte Kombination von Kindergarten, Tagespflege und Grundschule

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/345

Früh- und risikobehaftete Kinder

Zahl und Versorgung o.g. Kinder, finanzielle Förderung der Selbsthilfeinitiativen von Eltern

Antr

s. *Geburt*

Drs 13/368

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen, Erarbeitung eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Entwicklung der Zahlen von Kindern nach Altersstufen sowie des Bedarfs an Krippen, Horten, Kindergärten und Tageseinrichtungen bis 2005 bzw 2010, entsprechende Fortentwicklung der Angebotsstruktur; Höhe und Träger der Betriebskosten für die verschiedenen Einrichtungen, Unterstützung der Kommunen mit eigenen Haushaltsmitteln zur Verbesserung des Betreuungsangebots

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/435

Kinderbetreuung in BW

Aufnahme von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder in das KindergartenGes, Vorstellungen zur künftigen Zuschussregelung und Finanzierungssystematik; Festlegung von Qualitätskriterien; Förderung des Spracherwerbs der Migrantenkinder in Kindergärten und Grundschulen; Verbesserung der Beratung und Mitbestimmung der Eltern; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen; Vernetzung der Betreuungsangebote von Kindergärten, Grundschulen und Tagesmüttern; Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für die verlässliche Halbtagsgrundschule; Ausbau der Ganztagschulen; Ermittlung der Zusatzkosten für Familien an den verschiedenen Schularten; Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Ausbildung und Prüfung von Erzieherinnen

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

Ges zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in BW

Regelung der Kinderbetreuung bis zum Alter von 14 Jahren durch das o.g. KindertagesbetreuungsGes bzw der Aufgaben und Finanzierung der Einrichtungen; integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Gewährung eines erhöhten Zuschusses bei einem entsprechenden Kinderanteil mit besonderem Sprachförderungsbedarf; Änd des FinanzausgleichsGes sowie des Kinder- und JugendhilfeGes

GesEntw

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/1106

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Kindern seit 1999; Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit im Schulbusverkehr und in Pkw, Kontrollen der Polizei an Gefahrenstellen, u.a. an Bushaltestellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren, Berücksichtigung der Sicherheit von Kindern bei Verkehrsplanungen des Landes

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1135

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung für fünfjährige Kinder

Vorlage einer Konzeption und eines entsprechenden GesEntw für die o.g. Maßnahmen: Verpflichtung des Kindes zur Teilnahme an einer individuellen Förderung bei diagnostisch fest-

gestelltem Förderbedarf, Vermittlung von Sprachkompetenz bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrern

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/1220

Ungleichbehandlung Verheirateter und Unverheirateter bei künstlicher Befruchtung (IVF)

Gründe, Rechtsgrundlagen und Auswirkungen o.g. Ungleichbehandlung bei der Erfüllung des Kinderwunsches durch In vitro-Fertilisation; Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes; Konsequenzen für das Verfahren der IVF und die Kostenerstattung durch die Krankenkassen

Antr
s. *Reproduktionsmedizin*
Drs 13/1223

Beschulung von Kindern in Suchttherapie-Einrichtungen

Beurteilung des Angebots einer regulären Beschulung während einer Therapie der Eltern

KlAnfr
s. *Sonderunterricht*
Drs 13/1277

Frauen im Strafvollzug in BW

Zahl von Geburten und Versorgung der Kinder von Müttern im Strafvollzug

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1394

Finanzierung des Sprachförderkonzepts der LReg

Flächendeckende und dauerhafte Einführung des o.g. Konzepts als Teil des Bildungsauftrags der Kindergärten nach Auffassung der Kultusministerin, rechtliche Beurteilung der vorgesehenen Sprachstandsdiagnose für Fünfjährige sowie der Finanzierung über die Landesstiftung

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 13/1447

Kleinkindbetreuung und Konnexitätsprinzip

Zahl der zu schaffenden Plätze für mindestens 20 % der Kinder unter drei Jahren in Kindergärten, Kinderkrippen und bei Tagesmüttern zur Umsetzung der rotgrünen Koalitionsvereinbarung; Höhe der dafür von den Kommunen benötigten Mittel des Bundes in Anwendung des Konnexitätsprinzips

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1504

Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule

Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in der Grundschule

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/1665

Konsequenzen für die Rechtspolitik aus der wachsenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen

Aktuelle Debatte
s. *Rechtspflege*
PIPr 13/38 S. 2457

Ges zur Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes
Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Pauschalierung der Zuschüsse, Regelung der Förderansprüche der Einrichtungsträger, ergänzende Angebote für die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und Tagespflege, Definition des Bildungsauftrags aller Einrichtungen sowie der integrativen Erziehung behinderter Kinder in gemeinsamen Gruppen

GesEntw
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1739

Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken

Darlegung o.g. Erkenntnisse unter Einbeziehung der Studie von Dr. Alfred Köberlein; Frage nach der Art der Belüftung der Castorbehälter im Zwischenlager des AKW Gundremmingen

MdlAnfr
s. *Krebs (Krankheit)*
Drs 13/1778

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Ausmaß und Konsequenzen von Übergewicht bei Kindern, Programme und Maßnahmen von Land und Bund zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise in Kindergärten und Schulen; Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken, Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrer, Durchführung von Projekten und Wettbewerben

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2059

Schwangerschaft bei minderjährigen Mädchen

Entwicklung o.g. Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche in den letzten zehn Jahren, Gründe für die Zunahme und den Wunsch nach einem Abbruch; Vermeidung ungewollter Schwangerschaften durch Aufklärungsarbeit der Schulen und Beratungsstellen; Angebote für Mädchen aus Problemfamilien zum Austragen des Kindes, Ermöglichung der anonymen Geburt durch die Einrichtung von Babyklappen

Antr
s. *Schwangerschaft*
Drs 13/2118

Kinderfreundliches BW - Nachfrage nach Betreuung von Kleinkindern

Zahl und Volumen der gestellten und bewilligten Anträge auf Förderung von Krippenplätzen und Strukturen der Tagespflege, Verteilung nach Trägern und Regionen sowie Gruppenformen und -größen, Höhe der kommunalen Kofinanzierung, vorhandene und neu gegründete Tagesmüttervereine

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/2202

Forschungskapazitäten im Bereich der Elementarbildung und Frühpädagogik in BW

Vorhandene und notwendige Einrichtungen zur Entwicklung von Hilfen zur pädagogischen Praxis für die Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, interdisziplinäre Kooperationsformen unter Einbeziehung der Didaktik, der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie; Vorlage eines Konzepts zum Ausbau der Kapazitäten

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/2236

Sportpädagogik und Sportkindergärten

Körperliche Defizite von Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsmangel, Entwicklung der Zahl von bewegungsfreundlichen Kindergärten, Unterstützung der Einrichtung solcher Sportkindergärten, Verankerung der Sportpädagogik in der Ausbildung der Erzieherinnen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2261

Broschüre: „Kinder sind das Beste, was wir haben“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 25.07.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2304
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 21-23
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote an Ganztageseinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2647

Rechtsstaatlicher Umgang mit Restblutproben beim Neugeborenen-Screening

Rechtsgrundlagen der o.g. Früherkennungsuntersuchung, der Aufbewahrung und evtl späteren Nutzung der Teststreifen; Notwendigkeit einer Einwilligungserklärung der Eltern und der Einrichtung einer Gendatei? Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte

Antr
s. *Gesundheitsuntersuchung*
Drs 13/2665

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbil-

dung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musik*
Drs 13/2862

Sprachförderung im Vorschulalter

Vorlage des angekündigten Sprachförderkonzepts der interministeriellen Arbeitsgruppe auf der Grundlage eines Erziehungs- und Bildungsplans, Einlösung der Zusage zur finanziellen Unterstützung der Sprachförderung, kontinuierliche Sprachstandserfassung und -förderung mit Beginn des Kindergartenbesuchs sowie Fortbildung der Erzieherinnen, Einbeziehung der Eltern, Vernetzung mit anderen Angeboten, Bewertung des Projekts der Landesstiftung als zeitlich befristete Ergänzung

GrAnfr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/2883

Rechte geschiedener Väter

Umsetzung des gemeinsamen und alleinigen Sorgerechts seit 1999, Probleme bei der Durchsetzung des Besuchsrechts für Väter und der gemeinsamen Bestimmung des Aufenthaltsorts der Kinder; Vorschlag eines Eintrags des gemeinsamen Sorgerechts im Kinderausweis

Antr
s. *Familienrecht*
Drs 13/2962

Kindergartenpflicht für Fünfjährige bis zur Einschulung

Vorlage einer Konzeption zur Umsetzung der o.g. Ankündigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden

Antr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3245

Beurkundung von Geburten

Anforderungen im Falle der Geburt eines Kindes für die Ausstellung der Geburtsurkunde an Eingebürgerte und Flüchtlinge, Verlangen nach Beibringung einer Geburtsurkunde aus dem Herkunftsland bzw hilfsweise einer notariellen Beglaubigung und Versicherung von drei Zeugen; Frage nach den angewandten Rechtsvorschriften, den Kosten und der Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989; Auswirkungen der Kontaktaufnahme mit den Heimatbehörden auf das laufende Asylverfahren; Anwendung einer einheitlichen Verfahrenspraxis der Kommunen?

Antr
s. *Geburt*
Drs 13/3277

Stand der Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für den baden-württembergischen Kindergarten

Umsetzung o.g. Planung für die Elementarerziehung an Kindergärten u.a. Tageseinrichtungen

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/3364

Situation HIV-infizierter Kinder in BW

Zahlen über o.g. Kinder, die Lebenserwartung und Sterberate seit 1985; Erkenntnisse über Infektionswege, die Entwicklung und Wirksamkeit der angewandten Therapien; Höhe der Therapiekosten und Übernahme durch die Krankenversicherungen

und Beihilfeträger; Auswirkungen auf die Lebenssituation der betroffenen Familien; Einschätzung der Chancen für eine Impfung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3454

Neuausschreibung von Sprachfördermaßnahmen durch die Landesstiftung für das Kindergartenjahr 2004/2005

Ausschluss der Kinder, die bereits im Kindergartenjahr 2003/2004 an der Sprachförderung der Landesstiftung teilgenommen haben, von der weiteren Förderung; Bewertung als Benachteiligung der Kinder mit weiterem Förderbedarf

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/3469

Versorgung mit Kinderpsychotherapeuten im LKreise Schwäbisch Hall

Zahl von Kindern und Jugendlichen in psychotherapeutischer Behandlung, Gegenüberstellung der Zahl zugelassener Ärzte, Darlegung der angewandten bzw abgelehnten Behandlungsmethoden und der Wartezeiten, Frage nach Folgeschäden infolge der langen Wartezeiten sowie nach zusätzlichen Möglichkeiten zur Zulassung von Kinderpsychotherapeuten im LKreise Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Psychotherapeut*
Drs 13/3505

Umsetzung des Tagesbetreuungsbausbaus (TAG) in BW

Gründe für die Ablehnung des Gesetzes im BRat; Grundlagen der Einschätzung des Bedarfs und des weiteren Ausbaus der Kleinkindbetreuung in Kindertagesstätten und bei der Tagespflege; Gleichstellung der finanziellen Förderung von Pflegeplätzen bei Tagesmüttern und Tagesstätten; Umsetzung der pädagogischen Qualitätssicherung auch in der Schulung und Fortbildung des Betreuungspersonals; Darlegung der zu erwartenden Kosten und finanziellen Beteiligung des Landes

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3749

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageeinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Entwicklung seit 2000 und Bedarf bis 2010/2015; Höhe der Betriebskosten und Finanzierungsanteil der Eltern, Kommunen u.a. Träger; Auswirkungen der Novelle des KindergartenGes auf (private) Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Regelung der Kostenerstattung mit einer erneuten Änd des KGaG? Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Lebensmittelspezialitäten aus BW

Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 13/3834

Ernährung und Ernährungsinformation „Gesunde Ernährung“
Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern bzw zur Vermeidung von Übergewicht und Adipositas, Begleitung der Schulverpflegung, Koordination der Vielzahl von Projekten der verschiedenen Ministerien, Verankerung der Initiativen „Brennpunkt Lebensmittel - Blickpunkt Ernährung“ und „BeKi - Bewusste Kinderernährung“ im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsreform in den LKreisen

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/3914

Situation der Hebammen in BW

Entwicklung der Zahl der niedergelassenen sowie an Krankenhäusern tätigen Hebammen sowie der mit und ohne Kaiserschnitt geborenen Kinder seit 1999, Höhe der jeweiligen Vergütung bzw erhobenen Eigenanteile der Krankenkassen, Gründe und Folgen der Ausgrenzung der Hebammen von der Leistungsabrechnung mittels der elektronischen Gesundheitskarte sowie beim PräventionsGes des Bundes, Höhe der Mindestmengen an Entbindungen im Krankenhaus für dessen Verbleib im System der neuen Fallpauschalenregelung, Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung

Antr
s. *Hebamme*
Drs 13/4151

Babyklappen in BW

Zahl der bisher in den o.g. Einrichtungen in Stuttgart, Karlsruhe und Pforzheim abgegebenen Neugeborenen im Vergleich zu den Fällen von strafbaren Kindesaussetzungen, Anteil der die Meldeoption nutzenden Mütter und Rückerlangung ihrer Kinder bzw der zur Adoption freigegebenen Kinder, Planung weiterer Babyklappen?

KlAnfr Renate Götting FDP/DVP 07.04.2005 und Antw SM
Drs 13/4230

Kriminalität im Internet

Umsetzung des IMK-Beschlusses zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität, insbes der Gefahr des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Internet; Aufklärung der Öffentlichkeit, Verankerung des Themas an den Schulen und in der Lehrerfortbildung

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/4272

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Entwicklung und Finanzierung der Hochschulangebote zum Studium generale, Seniorenstudium und Kinderuniversitäten

GrAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4285

Schuleingangsuntersuchungen

Gründe und Folgen des Verzichts auf die o.g. Pflichtuntersuchungen; Erreichbarkeit der Schüler, insbes aus sozial schwachen und Migrantenfamilien, und der schulrelevanten Informationen über Gesundheits-, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen

gen mit evtl alternativen Untersuchungen; Vereinbarkeit mit dem neuen Schwerpunkt der frühkindlichen Sprachförderung und dem Konzept des „Schulreife Kindes“; Frage nach der Grundlage für eine künftige prospektive regionale Gesundheitsplanung; Erwägung eines Untersuchungsangebots bereits im Kindergarten und einer entsprechenden Qualifizierung der Erzieherinnen

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4313

Stand der Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Anpassung des KindergartenGes an die o.g. Vorgaben zur Kleinkindbetreuung, Weiterentwicklung zu einem KindertagesbetreuungsGes mit Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersgruppen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege; jährliche Ermittlung des erreichten Ausbaustands und aktuellen Bedarfs durch die örtlichen Jugendhilfeträger bzw kreisangehörigen Gemeinden

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4321

Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in BW

Umsetzungsstand und weitere Schritte, Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen unter Einbeziehung der Kindergartenträger, Fortbildung der Erzieherinnen, Abstimmung mit der beschlossenen Ausweitung der Sprachförderung, den Fördermaßnahmen der Landesstiftung und dem Projekt „Schulreifes Kind“

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/4322

HIV-Untersuchungen in der Schwangerschaft

Senkung der Mutter-Kind-Übertragungsrate durch die frühzeitige Information von Schwangeren und qualifizierte HIV-Diagnostik; Verbreiterung der Basis für HIV-Vorsorgeuntersuchungen, Höhe der hierfür anfallenden und von den Ärzten mit den Krankenkassen abrechenbaren Kosten, Gegenüberstellung der Behandlungskosten für ein infiziertes Kind

Antr
s. *Aids*
Drs 13/4329

Konzept „Schulreifes Kind“

Rechtsgrundlage, Zeitrahmen, Personalbedarf, Kosten und Finanzierung des o.g. achtstündigen pädagogischen Angebots im Kindergarten; Beteiligung der Kindergartenträger an der Erarbeitung und Umsetzung des Konzepts; Abstimmung mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“; Einbettung in ein Gesamtkonzept für frühkindliche Bildung

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4362

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Struktur und Ziele der angekündigten „Stiftung Kinderland“, Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Zukunftswerkstatt Familie“, Unterstützung des Projekts „Familienfreundliche Kommune“ sowie der Bundesinitiative „Bündnis für Familie“; Förderung des bedarfsgerechten Ausbaus der Kleinkindbetreuung; Bedeutung

der Familienpflegedienste; Streichung bzw Kürzung von Fördermaßnahmen wie z.B. Familienerholung/Familienferienstätten, Mutter-Kind-Programm und Kontaktstellen „Frau und Beruf“; Auswirkungen für die Betroffenen

Antr
s. *Familie*
Drs 13/4425

Wettbewerb „Besser essen. Mehr bewegen. Kinderleicht“

Kriterien und Zuständigkeiten für die Auswahl der lokalen und regionalen Initiativen zur Teilnahme am o.g. Bundeswettbewerb zur Vorbeugung gegen Übergewicht bei Kindern, Fördermöglichkeiten für die nicht berücksichtigten Initiativen

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4451

Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung (Krankenhauschulen)

Differenzierung der o.g. Schüler und Schulen nach den verschiedenen Unterrichtsformen und Bildungsgängen bzw der Höhe der jeweiligen Sachkostenzuschüsse, Umsetzung der Vorgaben der einzelnen Bildungspläne, Art der Verwendung der gewährten Zuschüsse durch die Schulträger

KlAnfr
s. *Sonderunterricht*
Drs 13/4525

Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen

Aktuelle Debatte
s. *Medien*
PIPr 13/99 S. 7055

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/4781

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergarten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenträgern

GrAnfr
s. *Bildung*
Drs 13/4788

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Zahl o.g. Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftung seit 1999; konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr
s. *Alkohol*
Drs 13/4789

Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung
Kostenregelung für die Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung von Kindern, Feststellung der medizinischen Notwendigkeit vor Abschluss der Aufnahmeformalitäten durch die Eltern, Gewährleistung der Elternbegleitung ohne zusätzliche finanzielle Belastung

Antr
s. *Eltern*
Drs 13/4794

RegErkl - Kinderland BW - Eckpunkte für eine integrierte Bildungs- und Familienpolitik und Aussprache
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199-7229

Umsetzung des Platzverweisverfahrens in den Kreisen

Entwicklung der Zahlen von o.g. Kriseninterventionen aufgrund häuslicher Gewalt in den einzelnen Stadt- und LKreisen, flankierende Maßnahmen der Jugendämter für die betroffenen Kinder, verbindliche Standards der einzelnen Kreise zur Vernetzung der beteiligten Stellen, Angebote zur Betreuung und Beratung der betroffenen Frauen und Kinder

Antr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/4904

Situation wohnungsloser Frauen in BW

Frage nach den o.g. Zahlen und Ursachen in den einzelnen Stadt- und LKreisen, verfügbare Hilfeeinrichtungen und Unterkünfte speziell für Frauen mit Kindern, flankierende Maßnahmen und Strategien zur Reduzierung der Obdachlosigkeit von Frauen

Antr
s. *Obdachlosigkeit*
Drs 13/4905

„Baby-TV“

Beurteilung des o.g. Programms bzw des Fernsehkonsums von Babys und Kleinkindern, Information der Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Eltern

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/5219

Haltung der LReg zur Kindergartenpflicht

Umsetzung des o.g. Vorschlags des MinPräs i.V. mit einer Beitragsfreistellung der Eltern, Ersetzung der Beitragsausfälle der Kommunen?

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/5224

Verbesserung der Vereinbarkeit des Wunsches nach einem Kind und der Berufsausübung; Perspektiven der Kinder in BW; Auswirkungen der Präimplantationsdiagnostik auf die gesellschaftliche Azeptanz von behinderten Kindern

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 48-51 58 59

Verbesserung der Vereinbarkeit des Wunsches nach einem Kind und der Berufsausübung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 67 78 79 86 93 94 101 103 110 111 119 120 123 124

Fälle von Kindstötungen und Aussetzungen mit Todesfolge unmittelbar nach der Entbindung, Ermöglichung der anonymen Geburt, Notwendigkeit von mehr Kindern angesichts der demographischen Entwicklung

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336-1347 1349 1352

Feststellung einer mangelnden Fitness und Übergewichtigkeit von Kindern, Anteil der Freizeitgestaltung vor dem Fernseher oder Computer, Bedeutung des Schulsports

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1474-1484

Feststellung der geringsten Zahl von Verkehrsunfällen mit Kindern im bundesweiten Vergleich

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3291 3292

Verankerung der Rechte der Kinder im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312

Eintreten für eine kinderfreundliche Politik, Anstrebung einer höheren Geburtenquote

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603-3605 3609-3611 3616 3617 3619 3624 3634 3639-3642

Erkennung und Förderung von hoch begabten Kindern bereits im Kindergarten und in der Grundschule

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4475 4477-4481

Eintreten für eine kinderfreundliche Politik, Anstrebung einer höheren Geburtenquote

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5134 5135 5139 5145 5146 5148 5151 5152 5155 5156 5160 5163-5165

Eintreten für eine kinderfreundliche Politik, Anstrebung einer höheren Geburtenquote, Ausbau des Angebots an Kleinkindbetreuung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322-5329

Eintreten für eine kinderfreundliche Politik, Anstrebung einer höheren Geburtenquote

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5800 5804-5806 5814-5816 5822 5847-5854

Schätzungen über die Zahl von „Kuckuckskindern“, Beurteilung einer Einführung der Strafbarkeit von heimlichen Vaterschaftstests, Wahrung des Rechts der Kinder auf informationelle Selbstbestimmung; Bedeutung der frühkindlichen Bildung bzw Sprachförderung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201-6223

Entwicklung BW zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland, Anregung einer Stiftung „Kinderland BW“

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6408 6410-6414 6422 6423

Hervorhebung der Erziehung von Kindern in intakten Familien; Entwicklung BW zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland, Anregung einer Stiftung „Kinderland BW“; Bedeutung der Ernährungserziehung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465-6468 6472-6474 6480-6482 6484-6487 6489 6495-6505 6508 6509 6512 6513

Zunahme der Zahl übergewichtiger Kinder, Gegensteuerung mit Bewegungsangeboten in den Sportvereinen und Schulen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6750-6752 6756

Eintreten für eine kinderfreundliche Politik, Anstrebung einer höheren Geburtenquote, Ausbau des Angebots an Ganztagschulen und Bewegungsprävention; Beklagung der zunehmenden Gewaltbereitschaft von Kindern

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119-7131 7174-7181 7183-7185 7192

Etatisierung von Mitteln für das „Kinderland BW“ mit dem Nachtrag zum Hpl 2006, Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots, finanzielle Beteiligung der Wohnsitzgemeinden an der auswärtigen Unterbringung von Kindern in Betreuungseinrichtungen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7337 7340-7343 7346 7359-7366

Etatisierung von Mitteln für das „Kinderland BW“ mit dem Nachtrag zum Hpl 2006

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393-7396 7399-7401

Eintreten für eine kinderfreundliche Politik, Anstrebung einer höheren Geburtenquote, Bewertung des Projekts „Kinderland BW“; Beklagung der Zunahme des Tabakkonsums bei Kindern

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7554 7555 7557 7558 7560 7562-7564 7615 7616 7621 7622 7624-7626 7638

Beklagung der Zunahme des Tabakkonsums bei Kindern, Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen; individuelle Förderung aller Schüler mit der Einführung der neunjährigen Basisschule

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7747-7751 7753-7758

Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft; Anteil von Kindern mit Defiziten in der Sprachkompetenz, Ernährung und körperlichen Fitness; Gegensteuerung durch Sprachförderung und Präventionsangebote im Kindergarten; Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933-7941 7943-7954

Kinder- und Jugendakademie

s. Akademie

Kinder- und Jugendhilfe

s.a. Jugendarbeit

s.a. Jugendbericht

s.a. Kommunalverband für Jugend und Soziales

s.a. Sonderschule

Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvor-

bereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/125

Beratung und Unterstützung von Pflegefamilien

Zahl von Kindern in Pflegefamilien, Personalausstattung und Organisation der Jugendämter zur Wahrnehmung o.g. Aufgaben, Weiterbildung der Mitarbeiter, Kooperation mit Zusammenschlüssen von Pflegeeltern u.a. Einrichtungen, Anregung von Weiterentwicklungen, gleichmäßiger Ausbau der Angebote

Antr

s. *Pflegeeltern*

Drs 13/894

Erteilung der Betriebslaubnis für Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder

Hinwirkung auf Verzicht der Landeswohlfahrtsverbände und der Landesjugendämter auf die Vorgabe unverhältnismäßig belastender Mindeststandards als Voraussetzung zur Erteilung einer Betriebslaubnis nach § 45 KJHG für die o.g. Träger

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/930

Ges zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in BW

Regelung der Kinderbetreuung bis zum Alter von 14 Jahren durch das o.g. KindertagesbetreuungsGes bzw der Aufgaben und Finanzierung der Einrichtungen; integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Gewährung eines erhöhten Zuschusses bei einem entsprechenden Kinderanteil mit besonderem Sprachförderungsbedarf; Änd des FinanzausgleichsGes sowie des Kinder- und JugendhilfeGes

GesEntw

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/1106

Überplanmäßige Ausgaben für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89 d SGB VIII (Kap. 0911 Tit. 671 01)

Mittlg FM 05.12.2002 Drs 13/1566

Spendensammelaktion „Helge“ des Kreisverbands des Deutschen Kinderschutzbundes Böblingen (DKSB)

Begründung der Aufforderung des RegPräs Karlsruhe zur Einstellung der o.g. Aktion, Möglichkeiten zur Fortführung bzw zur finanziellen Absicherung des Lern- und Spielhauses in Maichingen

KlAnfr

s. *Spende*

Drs 13/1588

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuweisungen nach dem FAG an die Gemeinden, LKreise und Landeswohlfahrtsverbände seit 1993; Entwicklung der Leistungen der Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger sowie anderer Sozialleistungen im selben Zeitraum; Bezifferung

der jeweiligen Anteile des Aufkommens aus der Kreisumlage

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Geplante Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und zukünftige Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben

Gründe und Auswirkungen der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise bzw einer Fusionierung und Verschlingung; Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Jugendhilfe auf die Landratsämter, Gewährleistung der Gleichbehandlung und Qualität, Schaffung eines Sozialsenausgleichs? Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung des landesweiten Kompetenzzentrums, Zuständigkeit als überörtlicher Träger der Sozialhilfe? Höhe der angestrebten Effizienzrendite; erwartete Zahlen und Ausgaben für Behinderte und Jugendhilfe bis 2006

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2364

Sachstand und Perspektiven für einen umfangreichen Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Beurteilung der Vorschläge des Bundesjugendkuratoriums und des Landesjugendrings; Ausstattung der Schulämter mit Kooperationsbeauftragten vor und nach der Verwaltungsreform; Anstrengung von Rahmenvereinbarungen mit landesweit operierenden Trägern außerschulischer Jugendarbeit und Jugendbildung; Förderung der Schulsozialarbeit sowie der Eltern- und Familienbildung; Evaluation der Konzepte beim Ausbau der Ganztagschulen mithilfe des Investitionsprogramms der BReg; Verankerung einer Kooperationsverpflichtung der Schule mit der Jugendhilfe im SchulGes

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 03.12.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2695
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 16 17
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2003 für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89 d SGB VIII (Kap 0911 Tit 671 01), bei Zuschüssen zu den Kosten der Schulen an anerkannten Heimen für Minderjährige (Kap 0918 Tit 684 01) sowie bei Unterhaltsvorschüssen und Ausfallleistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes (Kap 0919 Tit 681 01)

Mittlg FM 23.12.2003 Drs 13/2777

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttlingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3153

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Kinder- und JugendhilfeGes sowie der VO über die Zuständigkeit für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Arbeit der Tagesmütter in BW

Entwicklung der Zahl von Tagesmüttern und betreuten Kindern seit 1999, geeignete Berufe und Qualifikationen, zuständige Stellen für die Aufsicht und Prüfung der persönlichen und fachlichen Voraussetzungen der Tagesmütter, Beauftragung der Tagesmüttervereine zur Vermittlung der wirtschaftlichen Jugendhilfe durch die Jugendhilfeträger, steuerliche Behandlung der Einkünfte aus Tagesbetreuungsfällen, finanzielle Auswirkungen einer Tätigkeit als Tagesmutter iR einer „Ich-AG“, Vorgaben für die Inanspruchnahme der Landeszuschüsse zur Altersversorgung sowie für die Höhe des Beitrags zur Krankenversicherung

Antr
s. *Tagesmutter*
Drs 13/3356

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsges sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KIAnfr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3400

Verlässliche Verankerung von psychosozialen Unterstützungsstrukturen und Schulsozialarbeit an baden-württembergischen Schulen

Zahl der Schulpsychologen, Betreuungsrelation zu den Schülern im Vergleich mit anderen BLändern, Rahmenvereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendverbänden; langfristige Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit an den bisherigen und neu beantragten Standorten; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen der angekündigten wissenschaftlichen Begleituntersuchung

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 07.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3636
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 39-41
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Konsequenzen aus dem Landesjugendbericht

Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und erhobenen Forderungen des o.g. Berichts unter Einbeziehung der Fachorganisationen; Beurteilung der Forderung nach einer einheitlich gestalteten Förderpolitik sowie Klärung des Verhältnisses von Regelfinanzierung, Sonderprogrammen und Projektfinanzierung; Anteil der Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtmitteln für die Kinder- und Jugendhilfe

Antr
s. *Jugendbericht*

Drs 13/3712

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2004 beim Epl 09 - SM sowie beim Kap 0705 Tit 681 01 - IM

Überplanmäßige Ausgabe für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89 d SGB VIII (Kap 0911 Tit 671 01)

Mittlg
s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*
Drs 13/3846

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzung der Förderung von Maßnahmen in der Jugendhilfe

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-25 S. 61
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Schul- und Lebenssituation schwer integrierbarer Jugendlicher
Modelle von Jugendhilfeeinrichtungen zur stützenden Begleitung o.g. Jugendlicher in einer Pflege- bzw Gastfamilie, Frage nach integrierten Schulen für Erziehungshilfe an Regelschulen und deren Ausstattung mit entsprechenden Lehrkräften und Deputaten, Ausgestaltung der Praxis zur Überprüfung der Aufhebung einer E-Schulbedürftigkeit

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4113

Stand der Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Anpassung des KindergartenGes an die o.g. Vorgaben zur Kleinkindbetreuung, Weiterentwicklung zu einem KindertagesbetreuungsGes mit Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersgruppen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege; jährliche Ermittlung des erreichten Ausbaustands und aktuellen Bedarfs durch die örtlichen Jugendhilfeträger bzw kreisangehörigen Gemeinden

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4321

Situation von Pflegekindern in BW

Zahl von Kindern in Pflegefamilien und Heimen nach dem KJHG, Umfang der jeweiligen finanziellen Unterstützung, Frage nach Kooperationsmodellen zwischen Heimbetreuung und der Betreuung in Pflegefamilien sowie nach Verbänden und deren Vertretung in den einschlägigen Gremien, Art der Vorbereitung und Begleitung von Pflegeeltern, Organisation und Kompetenzen der Pflegekinderdienste bei den Jugendämtern sowie deren Fachaufsicht

Antr
s. *Pflegekind*
Drs 13/4363

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung der sechsjährigen Grundschule, der vierjährigen Regionalschule und des sechsjährigen Gymnasiums, Verankerung einer Kooperationspflicht von Jugendhilfe und Schule sowie der Ganztagschule als Regelschule, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquête eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft; Gründe und Auswirkungen der Mittelkürzungen u.a. für Jugendorganisationen, Jugendberufshelfer, Gruppenleiterschulung und Eingliederung junger Aussiedler; Absicherung von Maßnahmen über Spielbankerträge? Systematische Evaluation und Auswertung aller Förderbereiche; Verbesserung der Effizienz, Nachhaltigkeit und Transparenz der Jugendhilfe mit einem neuen Konzept für die gesamte Förderstruktur

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Umsetzung der mit dem Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsges geänderten Rechtslage zur Inobhutnahme und Unterbringung o.g. Flüchtlinge, Einrichtung der von Fachleuten geforderten zentralen Clearingstelle?

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/4728

Ges zur Änd des KindergartenGes

Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes und des Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsges, Klarstellung der Aufgabenübertragung auf die Gemeinden, konkretisierende Regelungen für die Kindertagespflege

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4869

Abschaffung der Jugendhilfeausschüsse

Bewertung des o.g. Votums des Landkreistages bzw derselben Forderung iRd Entbürokratisierunginitiative der LReg

KIAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 07.12.2005 und Antw SM
Drs 13/4942

Einschaltung der Jugendhilfe bei Fehlverhalten von Schülern mit ernsthaften Konsequenzen wie Ausschluss vom Unterricht und von der Schule

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2179-2182

Kostenanstieg im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe; Stand der Jugendhilfeplanung im LKreis Biberach; Einschaltung der Jugendhilfe bei Fehlverhalten von Schülern mit ernsthaften Konsequenzen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216 2236 2239 2249-2251 2253

Eindämmung der Jugendkriminalität mit den Mitteln der Kinder- und Jugendhilfe

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457 2462 2465 2468 2469

Kooperation von Schule und Jugendhilfe, Verankerung im SchulGes

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3835 3837 3838

Übertragung der Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5499-5505

Anmahnung einer systematischen Verknüpfung von Schule und Jugendhilfe

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056

Kinder- und Jugendhilfegesetz

s. Kinder- und Jugendhilfe

Kinder- und Jugendübernachtungsstätte

s. Jugendheim

Kinderakademie

s. Akademie

Kinderbetreuung

s.a. Kindergartengebühren

s.a. Kindertagesstätte

s.a. Tagesmutter

Kinderbetreuung an Hochschulen

Entwicklung des Frauenanteils unter den Studierenden, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Professoren sowie der Betreuungsangebote an Universitäten, Kunst-/Musikhochschulen, Klinika, PH, FH und Berufsakademien in den letzten drei Jahren; Gründe für die Ablehnung von Modellanträgen, Vereinbarkeit mit den Aussagen in der RegErkl zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; erneute Prüfung und Bescheidung der Anträge; entsprechende Novellierung der HochschulGes

Antr SPD 18.07.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/97 (12 S.)

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1215-1222

Vorschulische Kinderbetreuung

Entwicklung der Geburtenrate, der Zahl von Kindern nach Alter und Betreuungssituation bundes- und landesweit; Entwicklung der Zahl und personellen Ausstattung von Kindergärten sowie der Art und Größe von Betreuungsgruppen; Auswirkungen des geänderten KindergartenGes auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, Integration ausländischer Kinder sowie gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder; Vorstellungen zur vorschulischen Betreuung unter Mitwirkung der Vereine sowie zur künftigen Zuschussregelung und Finanzierungssystematik des KindergartenGes

Antr CDU 26.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/131 (12 S.)

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1772-1794

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeitformen sowie von Kinderbetreuung für Frauen über Projekte aus ESF-Mitteln

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/248

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Umfang von Kindergeldtransfers und Steuerfreibeträgen; Zahl und Aufwand von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten u.a. Betreuungseinrichtungen; Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler; Erwerbsquote der kindergeldberechtigten Mütter und Väter

Antr

s. Kind

Drs 13/298

Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie flexibler Ganztagsangebote für Kindergarten- und Grundschul-kinder

Ausbau der o.g. Angebote, verstärkte Förderung der Tagespflege, Aufnahme der Kinderkrippen in das KindergartenGes, verstärkte Kombination von Kindergarten, Tagespflege und Grundschule

Antr GRÜNE 19.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/345

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1772-1794

Sicherung der kommunalen Betreuungsangebote für Grundschulen

Fortführung der hälftigen Übernahme der Personalkosten für o.g. Betreuungsangebote iRd verlässlichen Grundschule

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 07.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/423

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen, Erarbeitung eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Entwicklung der Zahlen von Kindern nach Altersstufen sowie des Bedarfs an Krippen, Horten, Kindergärten und Tageseinrichtungen bis 2005 bzw 2010, entsprechende Fortentwicklung der Angebotsstruktur; Höhe und Träger der Betriebskosten für die verschiedenen Einrichtungen, Unterstützung der Kommunen mit eigenen Haushaltsmitteln zur Verbesserung des Betreuungsangebots

GrAnfr SPD 09.11.2001 und Antw LReg Drs 13/435 (13 S.)

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1772-1794

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außerfamiliären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr SPD 14.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/449

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2055-2074

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-7 S. 32-33

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-20 S. 51-52

ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.01.2002 Drs 13/659-26 S. 60-65

ÄAntr SPD 30.01.2002 Drs 13/683-3 S. 6-9

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/683-10 S. 19-21

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Ausbau von Ganztagschulen und ganztägigen Betreuungsangeboten

s. Ganztagschule

Drs 13/654

Die Grundschule stärken; hier: Einführung der Halbtagsgrundschule und Ausbau von Nachmittagsangeboten

Einführung mit einer täglichen Unterrichts- und Betreuungszeit von fünf Zeitstunden; Ausgestaltung mit Unterrichts-, Lern-, Spiel- und Bewegungsphasen; Zuweisung von Erzieherinnen; Ausbau der Schulen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten bzw ausländischen Familien zu Ganztagsgrundschulen; Ausgestaltung mit Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung u.a. (gebührenfreien) Angeboten; Einbeziehung von außerschulischen Experten und Lernorten

Antr

s. Grundschule

Drs 13/637

Kinderbetreuung in BW

Aufnahme von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder in das KindergartenGes, Vorstellungen zur künftigen Zuschussregelung und Finanzierungssystematik; Festlegung von Qualitätskriterien; Förderung des Spracherwerbs der Migrantenkinder in Kindergärten und Grundschulen; Verbesserung der Beratung und Mitbestimmung der Eltern; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen; Vernetzung der Betreuungsangebote von Kindergärten, Grundschulen und Tagesmüttern; Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für die verlässliche Halbtagsgrundschule; Ausbau der Ganztagschulen; Ermittlung der Zusatzkosten für Familien an den verschiedenen Schularten; Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Ausbildung und Prüfung von Erzieherinnen

GrAnfr GRÜNE 28.01.2002 und Antw SM Drs 13/680 (17 S.)

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1772-1794

Familienunterstützende Angebote in BW

Ausbau von Angeboten der Familienbildung, Einbeziehung von Kinderbetreuungseinrichtungen; Förderung von Betriebskindergärten

GrAnfr

s. Familie

Drs 13/681

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt

Schaffung von mehr Kinderbetreuungsplätzen

GrAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/834

Ausbau von Ganztagschulen

Ergebnisse von Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden; Einrichtung von jährlich 100 Ganztagschulen bzw von zwei in jedem LKreis bis 2006, Schaffung der zusätzlich notwendigen Personalstellen, verbesserte Förderung von Betreuungsangeboten durch Kooperationen von Vereinen u.a. Einrichtungen, Bereitstellung von Personalkostenzuschüssen, Gebührenfreiheit der Ganztagschulen

Antr

s. Ganztagschule

Drs 13/831

Erteilung der Betriebserlaubnis für Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder

Hinwirkung auf Verzicht der Landeswohlfahrtsverbände und der Landesjugendämter auf die Vorgabe unverhältnismäßig belastender Mindeststandards als Voraussetzung zur Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 45 KJHG für die o.g. Träger

Antr Dieter Hillebrand u.a. CDU 17.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/930

BeschlEmpf und Bericht SozA 26.09.2002 Drs 13/1638 S. 34

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Landeszuschüsse für Kinderbetreuungsprojekte

Höhe der o.g. Zuschüsse für Kinder unter und ab drei Jahren; Fördersituation in Heidelberg; Umfang der Leistungen aus Bundes- und Landeserziehungsgeld, Entwicklung der Aufwendungen für das Landeserziehungsgeld seit 1999

KlAnfr Werner Pfisterer CDU 17.05.2002 und Antw SM Drs 13/1025

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/1035

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei der Sprachförderung mit und ohne Kinderbetreuung, Ausbau der vorschulischen Sprachförderung und des muttersprachlichen Unterrichts

GrAnfr

s. Ausländer

Drs 13/1030

Ges zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in BW

Regelung der Kinderbetreuung bis zum Alter von 14 Jahren durch das o.g. KindertagesbetreuungsGes bzw der Aufgaben und Finanzierung der Einrichtungen; integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Gewährung eines erhöhten Zuschusses bei einem entsprechenden Kinderanteil mit besonderem Sprachförderungsbedarf; Änd des FinanzausgleichsGes sowie des Kinder- und JugendhilfeGes

GesEntw SPD 24.06.2002 Drs 13/1106 (27 S.)

1. Beratung PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1772-1794

Mittlg LtgPräs 09.10.2002 Drs 13/1395

(zurückgezogen)

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vor-

handene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Kindergartenförderung in gemeindeübergreifenden Einrichtungen

Berücksichtigung unterschiedlicher Träger und pädagogischer Ausrichtungen bei der Kindergartenförderung durch die Gemeinden, Bewertung der Entscheidungen des BVerwG und VGH

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/1290

Übungsleiter in schulischen Ganztagsangeboten

Möglichkeiten zur Optimierung o.g. Angebote durch den Einsatz qualifizierter Übungsleiter der Sportvereine, Bewertung als Beitrag zur Betreuung sowie zur Förderung des Sports in Schule und Verein

KlAnfr
s. *Sportleiter*
Drs 13/1482

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in BW

Vorlage des GesEntw zur Novellierung des L Gleichberechtigungsges; jährliche Berichtsvorlage zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung; Ausbau der Kinderbetreuung nach dem Konzept „Kinderfreundliches BW“; Annahme des Angebots der BReg zum Ausbau der Ganztagschulen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1486

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Vorlage eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Beteiligung am Angebot des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen; Stärkung des Bildungsauftrags und der Sprachförderung im Kindergarten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1493

Kleinkindbetreuung und Konnexitätsprinzip

Zahl der zu schaffenden Plätze für mindestens 20 % der Kinder unter drei Jahren in Kindergärten, Kinderkrippen und bei Tagesmüttern zur Umsetzung der rotgrünen Koalitionsvereinbarung; Höhe der dafür von den Kommunen benötigten Mittel des Bundes in Anwendung des Konnexitätsprinzips

Antr FDP/DVP 13.11.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1504

Spendensammelaktion „Helge“ des Kreisverbands des Deutschen Kinderschutzbundes Böblingen (DKSB)

Begründung der Aufforderung des RegPräs Karlsruhe zur Einstellung der o.g. Aktion, Möglichkeiten zur Fortführung bzw zur finanziellen Absicherung des Lern- und Spielhauses in Maichingen

KlAnfr
s. *Spende*
Drs 13/1588

Ges zur Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes
Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Pauschalierung der Zuschüsse, Regelung der Förderansprüche der Einrichtungsträger, ergänzende Angebote für die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und Tagespflege, Definition des Bildungsauftrags aller Einrichtungen sowie der integrativen Erziehung behinderter Kinder in gemeinsamen Gruppen

GesEntw LReg 04.02.2003 Drs 13/1739 (21 S.)
1. Beratung PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2556-2574
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2003 Drs 13/1884 (14 S.)
ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1930-1
ÄAntr SPD 25.03.2003 Drs 13/1930-2
2. Beratung PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2791-2800
GesBeschl 26.03.2003 Drs 13/1952
GBI 2003 Nr. 4 S. 161-164 (Ges vom 08.04.2003)
Bekanntmachung der NF des KindergartenGes GBI 2003 Nr. 4 S. 164-166

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Ausbau des Kinderbetreuungsangebots

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 24 S. 78 79
ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-17 S. 30 31
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Förderung der Strukturen in der Tagespflege

Zahl der von örtlichen Trägern der Jugendhilfe gestellten, abgelehnten und bewilligten Förderanträge; Anteil der kommunalen Komplementärfinanzierung, Bewertung der Erfahrungen mit den Förderrichtlinien vonseiten der Stadt- und LKreise

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 10.04.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1994
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 56-58
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Kinderfreundliches BW - Nachfrage nach Betreuung von Kleinkindern

Zahl und Volumen der gestellten und bewilligten Anträge auf Förderung von Krippenplätzen und Strukturen der Tagespflege, Verteilung nach Trägern und Regionen sowie Gruppenformen und -größen, Höhe der kommunalen Kofinanzierung, vorhandene und neu gegründete Tagesmüttervereine

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 26.06.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2202
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 56-58
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Familienpolitik - Ziele und Umsetzung

Gegenüberstellung der umgesetzten und noch vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung, gewaltfreie Erziehung, Erziehungskompetenz der Eltern und Leistungen für Familien; Auswirkungen der familienpolitischen Veränderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Familie*
Drs 13/2331

Partnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen und Verbänden/Vereinen iRd Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (IZBB)

Gestellte und genehmigte Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen an den einzelnen Schularten im Sinne des IZBB bzw der Bekanntmachung des KM; Ausgestaltung, Organisation und Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote; Beurteilung der Eignung von Soziokulturellen Zentren, Theatern, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Organisationen der geeigneten Kooperationspartner

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2410

Haushalt 2004; Epl 04

Ausbau von Ganztagschulen und ganztägigen Betreuungsangeboten

s. *Ganztagschule*
Drs 13/2804

Haushalt 2004; Epl 09

Sonderprogramm zur Verbesserung des Kleinkind- und Ganztagsbetreuungsangebots

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-11 S. 49 50
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849-3 S. 6 7
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Haushalt 2004; Epl 09

Stufenweise Umwandlung des Landeserziehungsgelds zur Förderung der Kleinkindbetreuung

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-27 S. 81 82
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Arbeit der Tagesmütter in BW

Entwicklung der Zahl von Tagesmüttern und betreuten Kindern seit 1999, geeignete Berufe und Qualifikationen, zuständige Stellen für die Aufsicht und Prüfung der persönlichen und fachlichen Voraussetzungen der Tagesmütter, Beauftragung der Tagesmüttervereine zur Vermittlung der wirtschaftlichen Jugendhilfe durch die Jugendhilfeträger, steuerliche Behandlung der Einkünfte aus Tagesbetreuungsfällen, finanzielle Auswirkungen einer Tätigkeit als Tagesmutter iR einer „Ich-AG“, Vorgaben für die Inanspruchnahme der Landeszuschüsse zur Altersversorgung sowie für die Höhe des Beitrags zur Krankenversicherung

Antr
s. *Tagesmutter*
Drs 13/3356

Initiative zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für alle Hochschulangehörigen

Aufgreifen der Initiative der Sozialministerin zur Vereinbarkeit von Studium und Familie, Vorlage eines Konzepts zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für Kinder aller Statusgruppen an den Hochschulen, Schaffung der notwendigen Voraussetzungen im Zuge der Novellierung der Hochschulgesetze

Antr SPD 21.07.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3417
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 121 122
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Landeserziehungsgeld: Bilanz und Zukunft

Entwicklung der Zahl von Anträgen in den letzten zehn Jahren, der Empfängerstruktur und eingestellten Haushaltsmittel; Gründe für die Mittelkürzung im Hj 2004; Bewertung der Eignung des LE als familienpolitisches Instrument nach neueren Studien, Vorschlag zur Umwidmung der Mittel zugunsten einer Ausweitung und qualitativen Verbesserung der Betreuungsstrukturen für Kinder unter drei Jahren

Antr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 13/3511

Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Gründe für die Ablehnung des Gesetzes im BRat; Grundlagen der Einschätzung des Bedarfs und des weiteren Ausbaus der Kleinkindbetreuung in Kindertagesstätten und bei der Tagespflege; Gleichstellung der finanziellen Förderung von Pflegeplätzen bei Tagesmüttern und Tagesstätten; Umsetzung der pädagogischen Qualitätssicherung auch in der Schulung und Fortbildung des Betreuungspersonals; Darlegung der zu erwartenden Kosten und finanziellen Beteiligung des Landes

Antr GRÜNE 16.11.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3749
BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 98 99
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageeinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Entwicklung seit 2000 und Bedarf bis 2010/2015; Höhe der Betriebskosten und Finanzierungsanteil der Eltern, Kommunen u.a. Träger; Auswirkungen der Novelle des KindergartenGes auf (private) Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Regelung der Kostenerstattung mit einer erneuten Änd des KGaG? Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr SPD 23.11.2004 und Antw LReg Drs 13/3770 (22 S.)
Antr SPD 31.05.2005 Drs 13/4361
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6554-6566
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/5052 S. 33-39
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verbesserung des Kleinkindbetreuungsangebots

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-10 S. 41 42
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4049-6 S. 9 10
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Stufenweise Umwandlung des Landeserziehungsgelds zur Förderung der Kleinkindbetreuung

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-27 S. 64 65
ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4049-9 S. 14 15
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Stufenweise Umwandlung des Landeserziehungsgelds zur Förderung der Kleinkindbetreuung; Fortführung der Kontaktstellen Frau und Beruf

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

Kinderbetreuungsangebote für Regierungsmitarbeiter

Zahl und Betreuungssituation der Kinder von o.g. Bediensteten, Frage nach dem Bedarf für eine Einrichtung am Regierungssitz bzw nach vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst und entsprechenden Erfahrungen

KIAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 05.04.2005 und Antw SM Drs 13/4214

Stand der Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Anpassung des KindergartenGes an die o.g. Vorgaben zur Kleinkindbetreuung, Weiterentwicklung zu einem KindertagesbetreuungsGes mit Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersgruppen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege; jährliche Ermittlung des erreichten Ausbaustands und aktuellen Bedarfs durch die örtlichen Jugendhilfeträger bzw kreisangehörigen Gemeinden

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 10.05.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4321 (18 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/5052 S. 32 33

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Situation von Pflegekindern in BW

Zahl von Kindern in Pflegefamilien und Heimen nach dem KJHG, Umfang der jeweiligen finanziellen Unterstützung, Frage nach Kooperationsmodellen zwischen Heimbetreuung und der Betreuung in Pflegefamilien sowie nach Verbänden und deren Vertretung in den einschlägigen Gremien, Art der Vorbereitung und Begleitung von Pflegeeltern, Organisation und Kompetenzen der Pflegekinderdienste bei den Jugendämtern sowie deren Fachaufsicht

Antr

s. Pflegekind

Drs 13/4363

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Förderung des bedarfsgerechten Ausbaus der Kleinkindbetreuung

Antr

s. Familie

Drs 13/4425

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Berücksichtigung der Lebenssituation von Gründerinnen durch spezifische Kinderbetreuungsangebote

GrAnfr

s. Existenzgründung

Drs 13/4470

Familienfreundliche Landesverwaltung und Landesministerien - Betreuungsangebot für Kleinkinder

Erarbeitung einer Betreuungskonzeption für die o.g. Kinder von Bediensteten; Darlegung der jeweils angebotenen Betreuungszeiten und anfallenden Elternbeiträge

Antr CDU und FDP/DVP 28.07.2005 und Stellungnahme

SM Drs 13/4568

Ges zur Änd des KindergartenGes

Regelung der Förderung von Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden zur Kostenbeteiligung

GesEntw

s. Kindergarten

Drs 13/4770

Ges zur Änd des KindergartenGes

Regelung der Förderung von Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden zur Kostenbeteiligung

GesEntw

s. Kindergarten

Drs 13/4771

Die vorschulische Betreuung der Kinder von Hochschulangehörigen in der Region Freiburg

Zahl und Art der von den Hochschulen und dem Studentenwerk eingerichteten und noch geplanten Betreuungsplätze; Frage nach Wartelisten, Wartezeiten und der Zeitperspektive für ein zusätzliches Angebot

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 26.10.2005 und Antw MWK Drs 13/4787

Haushalt 2006; Nachtrag

Verbesserung des Kleinkindbetreuungsangebots, Umwidmung von freien Mitteln aus dem Landeserziehungsgeld

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 16 S. 70 71

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 46 S. 106 107

ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-14 S. 20 21

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-37 S. 57 58

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ges zur Änd des KindergartenGes

Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes und des Kinder- und JugendhilfweiterentwicklungGes, Klarstellung der Aufgabenübertragung auf die Gemeinden, konkretisierende Regelungen für die Kindertagespflege; Schaffung der Grundlage für ein Kopftuchverbot für Erzieherinnen an Kindertagesstätten; Erweiterung des Fachkräftecatalogs; Regelung der Beteiligung der Wohnsitzgemeinden an den Kosten für Kindergärten mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet

GesEntw

s. Kindergarten

Drs 13/4869

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KIAnfr Claus Schmiedel SPD 21.02.2006 und Antw KM Drs 13/5184

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung, Ausbau des Angebots an Ganztagschulen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 50

Ausbau des Angebots an Ganztagsbetreuung an den Schulen, Verbesserung der Betreuungsangebote für Kleinkinder

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 67 78 79 94 101 103 110 111 117 119 120 123 124

Feststellung eines Nachholbedarfs bei der Förderung der Kinderbetreuung

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 339 340

Feststellung eines Defizits an Ganztagsbetreuung an den Schulen, Erarbeitung einer Konzeption der „offenen Schule am Nachmittag“

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 460-469

Ausbau der Kinderbetreuung als Konsequenz auf die PISA-Studie, Unterstützung der Angebote der Kommunen zur Betreuung von Kleinkindern

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 737 744 786 787 790

Ausbau des Angebots an Ganztagsbetreuung an den Schulen, Verbesserung der Betreuungsangebote für die Drei- bis Sechsjährigen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 804 805 808 811 812 821-823 825

Schwerpunktbildung in der Kinderbetreuung, Ausbau der altersgemischten Gruppen und Kinderkrippen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 836 839 842 845 849 850 854 861 864 869 870 894 896 898 900-906 909 910

Ausbau des Angebots an Ganztagsbetreuung an den Schulen, Förderung von Betreuungsangeboten am Nachmittag

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987-989 994 995 997 1005-1008

Finanzierung der Kinderbetreuung über Zinsersparnisse aus der Schuldentilgung über Veräußerungserlöse; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz durch die Kommunen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1067 1074 1077 1078 1080 1081 1086-1088 1090

Aufarbeitung von Defiziten bei der Kinderbetreuung, Einstieg in die Förderung von Kinderkrippen und Tagespflegeverhältnissen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1100 1102 1103 1108

Förderung der Nachmittagsbetreuung an Ganztagschulen iRd neuen Betreuungskonzepts ab 2003, sprachliche und pädagogische Betreuung von Migrantenkindern

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1365 1366 1370-1372

Aufarbeitung von Defiziten bei der Kinderbetreuung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1686 1713 1717 1718 1726

Ausbau der Kinderbetreuung als Konsequenz auf die PISA-Studie, Verstärkung des Stellenwerts der Bildung und der Sprachkompetenz im Kindergarten, Änd des Kindertagesstätten-Ges, Übertragung der Verantwortung für die Kindergartenbetreuung auf die Kommunen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1738 1741 1743 1744 1752 1759-1761 1763-1768 1774-1794

Schaffung eines Angebots an qualifizierter Kinderbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855 1859 1890

Feststellung einer unzureichenden Bezuschussung der Kinderbetreuung auf kommunaler Ebene

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2219 2222 2228 2229 2231 2232

Miteinsatz des Bundes zum Ausbau des Angebots an Krippenplätzen für unter Dreijährige; Qualitätssicherung der Kinderbetreuung mit der Novellierung des KindergartenGes

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2764 2765 2791-2800

Einführung eines Konzepts zur Kinderbetreuung, Bereitstellung der zusätzlichen Mittel zur Kleinkinderbetreuung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2904 2919 2992 2993 2999

Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung, Förderung von Betreuungsangeboten in Kinderkrippen und Tagespflegestellen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3604 3616 3624 3634 3641 3642 3649 3652

Einforderung zusätzlicher Mittel zum Ausbau des Kinderbetreuungsangebots

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4018 4021 4029 4030

Ablehnung eines GesEntw der BReg zur Kleinkinderbetreuung, Ausbau der Betreuungsangebote vor Ort mit dem neuen KindergartenGes, Umwidmung des Erziehungsgelds für die Kleinkinderbetreuung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4149 4150 4175 4203 4204 4208-4210 4212 4213 4215-4218 4220-4222

Ausbau der Angebote von Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260 4261 4270

Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für flexible Formen der Kinderbetreuung

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4632

Feststellung eines Fehlbedarfs an Ganztagsangeboten für Kinder bis zum Alter von drei Jahren

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 4963 4965 4967 4977

Entwicklung der verschiedenen Kinderbetreuungsangebote mit dem Konzept „Kinderfreundliches BW“

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5134 5135 5138 5139 5145 5146 5148 5151 5152 5155 5156 5164 5165

Ablehnung der gesetzlichen Vorgaben des Bundes zum Ausbau der Kinderbetreuung; Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497-5499 5505 5544

Bereitstellung von Betreuungsangeboten in Tagesstätten, Stellenwert der Kinderbetreuung in den Familien

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5564 5573 5579 5618

Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5731 5737

Mittelbereitstellung zur Förderung der Kleinkinderbetreuung, Erhaltung der bisherigen Etatansätze, Förderung von Betreuungsangeboten an Grund- und Hauptschulen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5804 5814 5815 5822 5848-5853

Mittelbereitstellung zum Ausbau der Kinderbetreuung; Vermeidung einer reinen Betreuungssituation an Ganztagschulen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5871 5872 5874 5895 5896 5898 5924-5927 5929 5930 5932-5934 5937 5940 5941

Abgrenzung der Ganztagschulen von Halbtagschulen mit nachmittäglicher Betreuung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6298 6305 6306

Entwicklung BW zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland mit entsprechenden Betreuungsangeboten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6408 6410-6414 6422 6427 6429

Bedarfsorientierter Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung gemeinsam mit den Kommunen, Zuordnung der Kinderbetreuung in die Zuständigkeit des KM

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465-6468 6473 6474 6480-6482 6484-6487 6489 6497 6498 6500-6505 6508 6509 6512 6513

Entwicklung der Nachmittagsbetreuung an Grund- und Hauptschulen; Herbeiführung eines Ausgleichs für die Kinderbetreuung an Hochschulen und in Betrieben durch Novellierung des KindergartenGes

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6842-6844 6852-6857 6863

Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den Hochschulen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7113 7114 7116

Entwicklung BW zum kinderfreundlichsten Land in Deutschland mit entsprechenden Betreuungsangeboten

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200-7229

Aufstockung der Mittel für die Kleinkindbetreuung, Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes, finanzielle Beteiligung der Wohnsitzgemeinden an der auswärtigen Unterbringung von Kindern in Betreuungseinrichtungen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7337 7340-7343 7346 7354 7359-7366

Aufstockung der Mittel für die Kleinkindbetreuung, Schaffung von mehr Krippenplätzen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7396 7400

Kritik an der Verweigerung konkreter Beschlüsse der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ zur Finanzierung der Kleinkindbetreuung, Notwendigkeit von mehr und besseren Angeboten

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7557 7558 7560 7563 7564

Kinderbetreuung durch Senioren; Zuständigkeit der Kommunen für den bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7776 7777 7781 7807-7809

Bedarfsorientierter Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung gemeinsam mit den Kommunen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7936 7937 7946-7948 7952 7953

Kinderbetreuungsgesetz

s. *Kinderbetreuung*

Kindergarten

s.a. *Kindergartengebühren*

s.a. *Kindertagesstätte*

Regionale Geschmacksbildung fördern

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die Qualität heimischer Lebensmittel, Durchführung von Veranstaltungen an Schulen und Kindergärten, Orientierung am Projekt LebensART in Karlsruhe

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/57

Vorschulische Kinderbetreuung

Entwicklung der Geburtenrate, der Zahl von Kindern nach Alter und Betreuungssituation bundes- und landesweit; Entwicklung der Zahl und personellen Ausstattung von Kindergärten sowie der Art und Größe von Betreuungsgruppen; Auswirkungen des geänderten KindergartenGes auf die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit, Integration ausländischer Kinder sowie gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder; Vorstellungen zur vorschulischen Betreuung unter Mitwirkung der Vereine sowie zur künftigen Zuschussregelung und Finanzierungssystematik des KindergartenGes

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/131

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Aufwand von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten u.a. Betreuungseinrichtungen

Antr

s. *Kind*

Drs 13/298

Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie flexibler Ganztagsangebote für Kindergarten- und Grundschul-kinder

Ausbau der o.g. Angebote, verstärkte Förderung der Tagespflege, Aufnahme der Kinderkrippen in das KindergartenGes, verstärkte Kombination von Kindergarten, Tagespflege und Grundschule

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/345

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen, Erarbeitung eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Entwicklung der Zahlen von Kindern nach Altersstufen sowie des Bedarfs an Krippen, Horten, Kindergärten und Tageseinrichtungen bis 2005 bzw 2010, entsprechende Fortentwicklung der Angebotsstruktur; Höhe und Träger der Betriebskosten für die verschiedenen Einrichtungen, Unterstützung der Kommunen mit eigenen Haushaltsmitteln zur Verbesserung des Betreuungsangebots

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/435

Kinderbetreuung in BW

Aufnahme von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder in das KindergartenGes, Vorstellungen zur künftigen Zuschussregelung und Finanzierungssystematik; Festlegung von Qualitätskriterien; Förderung des Spracherwerbs der Migrantenkinder in Kindergärten und Grundschulen; Verbesserung der Beratung und Mitbestimmung der Eltern; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen; Vernetzung der Betreuungsangebote von Kindergärten, Grundschulen und Tagesmüttern; Notwendigkeit einer Gesamtkonzeption für die verlässliche Halbtagsgrundschule; Ausbau der Ganztagschulen; Ermittlung der Zusatzkosten für Familien an den verschiedenen Schularten; Umsetzung der Rahmenvereinbarung der KMK zur Ausbildung und Prüfung von Erzieherinnen

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/680

Familienunterstützende Angebote in BW

Ausbau von Angeboten der Familienbildung, Einbeziehung von Kinderbetreuungseinrichtungen; Förderung von Betriebskindergärten

GrAnfr
s. *Familie*
Drs 13/681

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache am Oberrhein

Ausbau von Französischangeboten im Kindergarten

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/691

Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr
s. *Lernbehinderung*
Drs 13/927

Erteilung der Betriebserlaubnis für Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder

Hinwirkung auf Verzicht der Landeswohlfahrtsverbände und der Landesjugendämter auf die Vorgabe unverhältnismäßig belastender Mindeststandards als Voraussetzung zur Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 45 KJHG für die o.g. Träger

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/930

Umweltbildung in BW

Vermittlung o.g. Kenntnisse und Erfahrungen bereits im Kindergarten, Frage nach entsprechenden Hilfestellungen für Erzieherinnen; Erweiterung des Kooperationsmodells Schule/Verein auf die Bereiche Natur und Umwelt

Antr
s. *Umwelterziehung*
Drs 13/986

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Universitäten, PH und Fachschulen; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz in Schulen und Kindergärten; Erfahrungen mit Schulversuchen; Ausbildung und Einstellung von Migranten

GrAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/1012

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1035

Ges zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in BW

Regelung der Kinderbetreuung bis zum Alter von 14 Jahren durch das o.g. KindertagesbetreuungsGes bzw der Aufgaben und Finanzierung der Einrichtungen; integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Gewährung eines erhöhten Zuschusses bei einem entsprechenden Kinderanteil mit besonderem Sprachförderungsbedarf; Änd des FinanzausgleichsGes sowie des Kinder- und JugendhilfeGes

GesEntw
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1106

Kindergartenförderung in gemeindeübergreifenden Einrichtungen

Berücksichtigung unterschiedlicher Träger und pädagogischer Ausrichtungen bei der Kindergartenförderung durch die Gemeinden, Bewertung der Entscheidungen des BVerwG und VGH

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 03.09.2002 und Antw SM
Drs 13/1290

Einsatz von Sprachheilpädagogen in Kindergärten

Entwicklung der Zahl und des künftigen Bedarfs von Sprachheilpädagogen in Kindergärten und Grundschulen

KlAnfr
s. *Heilpädagoge*
Drs 13/1298

Finanzierung des Sprachförderkonzepts der LReg

Flächendeckende und dauerhafte Einführung des o.g. Konzepts als Teil des Bildungsauftrags der Kindergärten nach Auffassung der Kultusministerin, rechtliche Beurteilung der vorgesehenen Sprachstandsdiagnose für Fünfjährige sowie der Finanzierung über die Landesstiftung

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 13/1447

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Vorlage eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Beteiligung am Angebot des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen; Stärkung des Bildungsauftrags und der Sprachförderung im Kindergarten

Antr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1493

Kleinkindbetreuung und Konnexitätsprinzip

Zahl der zu schaffenden Plätze für mindestens 20 % der Kinder unter drei Jahren in Kindergärten, Kinderkrippen und bei Tagesmüttern zur Umsetzung der rotgrünen Koalitionsvereinbarung; Höhe der dafür von den Kommunen benötigten Mittel des Bundes in Anwendung des Konnexitätsprinzips

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/1504

Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule

Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in der Grundschule

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/1665

Ges zur Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes

Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Pauschalierung der Zuschüsse, Regelung der Förderansprüche der Einrichtungsträger, ergänzende Angebote für die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und Tagespflege, Definition des Bildungsauftrags aller Einrichtungen sowie der integrativen Erziehung behinderter Kinder in gemeinsamen Gruppen

GesEntw

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/1739

Ausländerquoten an Kindergärten und Schulen

Ablehnung des o.g. Vorstoßes von WM Dr. Döring als Konsequenz auf die Ergebnisse der PISA-Studie; Vorlage eines Konzepts zur Sprachförderung ab Eintritt in den Kindergarten bis in die Grundschule; Herstellung von Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten sowie Familien mit Migrationshintergrund durch eine individuelle Förderung

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1947

Stärkung und Ausbau der Grundschulen - Gemeinsame Lernzeiten verbessern

Novellierung des SchulGes: Einführung einer sechsjährigen Grundschulzeit, von Richtlinien zur Kooperation von Grundschule und Kindergarten, der individuellen Förderung sowie einer maximalen Klassengröße von 25 Kindern; Ausbau von mindestens 20 % zu Ganztagschulen

Antr

s. *Grundschule*

Drs 13/2007

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Ausmaß und Konsequenzen von Übergewicht bei Kindern, Programme und Maßnahmen von Land und Bund zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise in Kindergärten und Schulen; Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken, Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrer, Durchführung von Projekten und Wettbewerben

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2059

Kinderfreundliches BW - Nachfrage nach Betreuung von Kleinkindern

Zahl und Volumen der gestellten und bewilligten Anträge auf Förderung von Krippenplätzen und Strukturen der Tagespflege, Verteilung nach Trägern und Regionen sowie Gruppenformen und -größen, Höhe der kommunalen Kofinanzierung, vorhandene und neu gegründete Tagesmüttervereine

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/2202

Forschungskapazitäten im Bereich der Elementarbildung und Frühpädagogik in BW

Vorhandene und notwendige Einrichtungen zur Entwicklung von Hilfen zur pädagogischen Praxis für die Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, interdisziplinäre Kooperationsformen unter Einbeziehung der Didaktik, der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie; Vorlage eines Konzepts zum Ausbau der Kapazitäten

Antr

s. *Bildung*

Drs 13/2236

Auswirkungen des KindergartenGes

Finanzierung der zusätzlich notwendigen Gruppen in den betroffenen Kommunen

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 15.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2259

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 16-19

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Sportpädagogik und Sportkindergärten

Körperliche Defizite von Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsmangel, Entwicklung der Zahl von bewegungsfreundlichen Kindergärten, Unterstützung der Einrichtung solcher Sportkindergärten, Verankerung der Sportpädagogik in der Ausbildung der Erzieherinnen

Antr

s. *Sport*

Drs 13/2261

Pauschalierung der Mittel für die Kindergartenförderung im LKreis Heidenheim

Höhe der o.g. Zuschüsse aus dem FAG für die einzelnen Kommunen nach dem neuen KindergartenGes ab 01.01.2004, Höhe der jeweiligen Zuweisungen 2002, Stichtag für die Ermittlung

der Kopfzahl der Kinder für die neue Förderpraxis

KlAnfr Dr. Inge Gräßle CDU 27.08.2003 und Antw FM Drs 13/2379

Schulsportoffensive Baden-Württemberg - Weiterentwicklung einer „Sport- und bewegungsfreundlichen Schule“

Einbeziehung von Kindergärten in die o.g. Gesamtkonzeption

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2503

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote an Ganztageseinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2647

Pauschalierung der Mittel für die Kindergartenförderung und Auswirkung des KindergartenGes im LKkreis Heilbronn

Höhe der o.g. Zuschüsse aus dem FAG für die einzelnen Kommunen nach dem neuen KindergartenGes ab 01.01.2004, Höhe der jeweiligen Zuweisungen 2002, Stichtag für die Ermittlung der Kopfzahl der Kinder für die neue Förderpraxis, Einrichtung zusätzlicher Gruppen aufgrund der Zahl der angemeldeten Kinder, Erfahrungen mit der Aufnahme der Angebote freier Träger in den Bedarfsplan der Kommunen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 17.12.2003 und Antw SM Drs 13/2745

Existenzgefährdung für Waldkindergärten durch das neue KindergartenGes

Verlust der Förderung bei Nichtaufnahme in den kommunalen Bedarfsplan; Wiederherstellung der vorherigen Förderbedingungen für Kindergärten mit besonderer pädagogischer Prägung und überörtlichem Einzugsgebiet durch Novellierung des KindergartenGes

Antr SPD 13.01.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2791
ÄAntr SPD 28.06.2005 Drs 13/4449
ÄAntr CDU und FDP/DVP 30.06.2005 Drs 13/4458
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6851-6860
Mittlg KM 01.02.2006 Drs 13/5133

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Entschließung zum HaushaltsstrukturGes 2004 - Kindergartenbedarfsplanung

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2004 Drs 13/2816 S. 7
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383
Mittlg LReg 13.05.2004 Drs 13/3202

HaushaltsstrukturGes 2004

Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes - Erste Erfahrungswerte zur Stichtagsregelung

EAntr CDU und FDP/DVP 21.01.2004 Drs 13/2816-HStrG/I S. 10 11
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Reform der Grundschule vor dem Hintergrund der Länderauswertung der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU und IGLU-E)

Auflistung der beteiligten BLänder, der Untersuchungsgegenstände und -ergebnisse der o.g. Vergleichsstudie; Rückschlüsse auf das Schulsystem in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Konsequenzen für die Reformprojekte im Kindergarten- und Grundschulbereich

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2835

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbildung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musik*
Drs 13/2862

Sprachförderung im Vorschulalter

Vorlage des angekündigten Sprachförderkonzepts der interministeriellen Arbeitsgruppe auf der Grundlage eines Erziehungs- und Bildungsplans, Einlösung der Zusage zur finanziellen Unterstützung der Sprachförderung, kontinuierliche Sprachstandserfassung und -förderung mit Beginn des Kindergartenbesuchs sowie Fortbildung der Erzieherinnen, Einbeziehung der Eltern, Vernetzung mit anderen Angeboten, Bewertung des Projekts der Landesstiftung als zeitlich befristete Ergänzung

GrAnfr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/2883

Haltung der LReg zu einem Rechtsgutachten über das neue KindergartenGes

Feststellung von rechtlichen Mängeln und Verstößen gegen Bundesrecht mit dem von den kommunalen Landesverbänden in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten; Korrektur durch Novellierung des KindergartenGes

Antr SPD 10.02.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2899
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6851-6860

Realisierung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schulsports

Entwicklung einer Konzeption „Bewegungsfreundlicher Kindergarten“

Antr
s. *Sport*
Drs 13/3022

Kindergartenpflicht für Fünfjährige bis zur Einschulung

Vorlage einer Konzeption zur Umsetzung der o.g. Ankündigung des CDU-Fraktionsvorsitzenden

Antr SPD 08.06.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3245

Stand der Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für den baden-württembergischen Kindergarten

Umsetzung o.g. Planung für die Elementarerziehung an Kindergärten u.a. Tageseinrichtungen; Beteiligung von Eltern, Erzie-

herinnen und Trägern in einem öffentlichen Dialogprozess nach dem Vorbild von RPF; Bündelung der Entwicklungen im vor- und nachschulischen Bereich mit Bayern und Hessen; Vorschaltung einer Praxis- und Evaluationsphase vor dem Inkrafttreten; finanzielle Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/3364

Kindergärten im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Zahl der o.g. Kindergärten und Gruppen sowie Höhe der Zuschüsse 2002 und ab 01.01.2004, Anteil der Weiterreichung von den Gemeinden an die einzelnen freien Kindergartenträger im selben Zeitraum

KIAnfr Helmut W. Rüeck CDU 14.07.2004 und Antw SM Drs 13/3370 (11 S.)

Neuausschreibung von Sprachfördermaßnahmen durch die Landesstiftung für das Kindergartenjahr 2004/2005

Ausschluss der Kinder, die bereits im Kindergartenjahr 2003/2004 an der Sprachförderung der Landesstiftung teilgenommen haben, von der weiteren Förderung; Bewertung als Benachteiligung der Kinder mit weiterem Förderbedarf

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/3469

Auswirkungen des neuen KindergartenGes auf Wald-, Natur- und Waldorfindergärten

Verlust der Förderung o.g. Einrichtungen freier Träger mit besonderer pädagogischer Prägung und überörtlichem Einzugsgebiet bei Nichtaufnahme in den kommunalen Bedarfsplan; Beurteilung einer Novellierung des KindergartenGes nach dem Vorbild des neuen KindertagesstättenGes in Bayern

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 08.11.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3728
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.03.2005 Drs 13/4379 S. 55-57
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Gründe für die Ablehnung des Gesetzes im BRat; Grundlagen der Einschätzung des Bedarfs und des weiteren Ausbaus der Kleinkindbetreuung in Kindertagesstätten und bei der Tagespflege; Gleichstellung der finanziellen Förderung von Pflegeplätzen bei Tagesmüttern und Tagesstätten; Umsetzung der pädagogischen Qualitätssicherung auch in der Schulung und Fortbildung des Betreuungspersonals; Darlegung der zu erwartenden Kosten und finanziellen Beteiligung des Landes

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3749

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageseinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Entwicklung seit 2000 und Bedarf bis 2010/2015; Höhe der Betriebskosten und Finanzierungsanteil der Eltern, Kommunen u.a. Träger; Auswirkungen der Novelle des KindergartenGes auf (private) Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Regelung der Kostenerstattung mit einer erneuten Änd des KGaG? Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden

Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Kindergärten im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zahl der o.g. Kindergärten und Gruppen sowie Höhe der Zuschüsse 2003 und ab 01.01.2004, Anteil der Weiterreichung von den Gemeinden an die einzelnen freien Kindergartenträger im selben Zeitraum

KIAnfr Mario Capezzuto SPD 13.12.2004 und Antw SM Drs 13/3878

Kindergärten im LKreis und Stadtkreis Heilbronn

Zahl der Kindertagesstätten, Kindergärten und Kindergarten-Gruppen von Gemeinden und freien Trägern sowie Höhe der Zuschüsse 2003, 2004 und 2005; Begründung evtl Schließungen sowie Abweichungen in der Höhe der Zuweisungen

KIAnfr Richard Drautz FDP/DVP 18.01.2005 und Antw SM Drs 13/3953

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Einstieg in eine flächendeckende Sprachförderung im Kindergarten, Qualifikation der Erzieherinnen, Umsetzung der Vorschläge der interministeriellen Arbeitsgruppe

s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/4009

KommunalabgabenGes (KAG)

Neuregelung des Erschließungsbeitragsrechts; Einführung des Begriffs der öffentlichen Leistung im kommunalen Gebührenrecht; Vereinfachung der gerichtlichen Kontrolle von Abgabensätzen; Erhebung privatrechtlicher Entgelte; Gebührenfähigkeit von Gemeinkosten, Verzinsung des Anlagekapitals und Abschreibung bei geänderter Nutzungsdauer; Änd des LAbfallGes und des KindergartenGes; Übernahme gebührenrechtlicher Regelungen in das neue KommunalabgabenGes

GesEntw
s. *Kommunalabgaben*
Drs 13/3966

Bildungsinitiative für die Kindergärten in BW

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 13/87 S. 6213

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Ausbau der frühkindlichen Bildung, Verankerung der Sprachförderung im Kindergarten, Start einer Weiterbildungsinitiative für Erzieherinnen, enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, landesweite Ausweitung des Modellversuchs Schulanfang auf neuen Wegen, Einsatz von frei werdenden Lehrerstellen an den Grundschulen, Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer Beratung, flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen, Fortentwicklung der weiterführenden Schulen, Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master mit einer gemeinsamen Studienphase für alle Lehrämter, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an Ganztagschulen, Ausbau der pädagogischen Eigenverantwortung der Einrichtungen

Antr

s. Bildungspolitik
Drs 13/4299

Schuleingangsuntersuchungen

Gründe und Folgen des Verzichts auf die o.g. Pflichtuntersuchungen; Erreichbarkeit der Schüler, insbes aus sozial schwachen und Migrantenfamilien, und der schulrelevanten Informationen über Gesundheits-, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen mit evtl alternativen Untersuchungen; Vereinbarkeit mit dem neuen Schwerpunkt der frühkindlichen Sprachförderung und dem Konzept des „Schulreifen Kindes“; Frage nach der Grundlage für eine künftige prospektive regionale Gesundheitsplanung; Erwägung eines Untersuchungsangebots bereits im Kindergarten und einer entsprechenden Qualifizierung der Erzieherinnen

Antr
s. Schulanfänger
Drs 13/4313

Stand der Umsetzung des TagesbetriebsausbauGes (TAG) in BW

Anpassung des KindergartenGes an die o.g. Vorgaben zur Kleinkindbetreuung, Weiterentwicklung zu einem KindertagesbetriebsGes mit Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersgruppen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege; jährliche Ermittlung des erreichten Ausbaustands und aktuellen Bedarfs durch die örtlichen Jugendhilfsträger bzw kreisangehörigen Gemeinden

Antr
s. Kinderbetreuung
Drs 13/4321

Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in BW

Umsetzungsstand und weitere Schritte, Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen unter Einbeziehung der Kindergartenträger, Fortbildung der Erzieherinnen, Abstimmung mit der beschlossenen Ausweitung der Sprachförderung, den Fördermaßnahmen der Landesstiftung und dem Projekt „Schulreifes Kind“

Antr
s. Bildung
Drs 13/4322

Konzept „Schulreifes Kind“

Rechtsgrundlage, Zeitrahmen, Personalbedarf, Kosten und Finanzierung des o.g. achtstündigen pädagogischen Angebots im Kindergarten; Beteiligung der Kindergartenträger an der Erarbeitung und Umsetzung des Konzepts; Abstimmung mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“; Einbettung in ein Gesamtkonzept für frühkindliche Bildung

Antr
s. Schulanfänger
Drs 13/4362

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung einer flächendeckenden Sprachförderung, eines Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten sowie eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/4376

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Bisherige und weitere Maßnahmen bzw Konzepte zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erreichung der Schulreife im Kindergarten, zur Stärkung der Kooperation mit der Grundschule, zur Verbesserung der Qualität von Schule und Unterricht, Ausbau von Ganztagschulen und Betreuungsangeboten unter Einbeziehung von Eltern, Kirchen, Vereinen, Verbänden und Trägern außerschulischer Jugendarbeit; Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung sowie des beruflichen Schulwesens, insbes des Übergangs aus beruflichen Vollzeitschulen in das duale System und den Arbeitsmarkt

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/4382

Kein gesetzliches Kopftuchverbot für Kindergärten

Beurteilung einer o.g. Gesetzgebungsbefugnis der Länder bzw der Übertragbarkeit des für Schulen geltenden Neutralitätsgebots auf den Bereich der Kindergärten; Bewertung des Verbots von religiösen und weltanschaulichen Symbolen im Kindergarten durch einen kommunalen Kindergartenträger sowie der Erfolgsaussichten der Kündigungsklage einer muslimischen Erziehungshilfskraft gegen die Stadt Ebersbach; Erfahrungen der Landeshauptstadt mit Kopftuch tragenden Erzieherinnen

Antr
s. Textilien
Drs 13/4658

Kindergärten und Kindertagesstätten im LKreiss Calw

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2004; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 28.09.2005 und Antw KM
Drs 13/4685

Ges zur Änd des KindergartenGes

Regelung der Förderung von Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden zur Kostenbeteiligung

GesEntw SPD 25.10.2005 Drs 13/4770
1. Beratung PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7359-7366
Mittlg LtgPräs 09.01.2006 Drs 13/5026
BeschlEmpf und Bericht SoZA 19.01.2006 Drs 13/5078 (40 S.)
2. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7806-7821 (Ablehnung)

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. Sport
Drs 13/4781

Ges zur Änd des KindergartenGes

Regelung der Förderung von Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden zur Kostenbeteiligung

GesEntw GRÜNE 26.10.2005 Drs 13/4771

1. Beratung PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7359-7366

Mittlg LtgPräs 09.01.2006 Drs 13/5027

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5078 (40 S.)

2. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7806-7821 (Ablehnung)

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergarten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenträgern

GrAnfr

s. *Bildung*

Drs 13/4788

Ges zur Änd des KindergartenGes

Verbot des Tragens eines Kopftuchs in öffentlichen Kindergärten, Einräumung des Tragens im Einzelfall auf Antrag unter der Voraussetzung einer auf Neutralität und Friedenswahrung ausgerichteten Einstellung der Fachkraft

GesEntw SPD 03.11.2005 Drs 13/4803

1. Beratung PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7518-7536

Mittlg LtgPräs 13.12.2005 Drs 13/4958

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5078 (40 S.)

2. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7806-7821 (Ablehnung)

Haushalt 2006; Nachtrag

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für eine flächendeckende Sprachförderung sowie Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung im Kindergarten, Qualifikation der Erzieherinnen

s. *Bildung*

Drs 13/4840

Ges zur Änd des KindergartenGes

Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes und des Kinder- und JugendhilfweiterentwicklungGes, Klarstellung der Aufgabenübertragung auf die Gemeinden, konkretisierende Regelungen für die Kindertagespflege; Schaffung der Grundlage für ein Kopftuchverbot für Erzieherinnen an Kindertagesstätten; Erweiterung des Fachkräftekatalogs; Regelung der Beteiligung der Wohnsitzgemeinden an den Kosten für Kindergärten mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet

GesEntw CDU und FDP/DVP 25.11.2005 Drs 13/4869 (14 S.)

1. Beratung PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7518-7536

Mittlg LtgPräs 09.01.2006 Drs 13/5028 (19 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5078 (dazu Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD Anlage 2.1, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1, ÄAntr Marianne Wonnay u.a. SPD Nr. 2, ÄAntr GRÜNE Nr. 3) (40 S.)

ÄAntr SPD 02.02.2006 Drs 13/5115

2. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7806-7821

GesBeschl 02.02.2006 Drs 13/5130

GBI 2006 Nr. 2 S. 30-32 (Ges vom 14.02.2006)

Sprachentwicklung durch Immersion in Kindergarten und Grundschule

Erkenntnisse und Beispiele zur Förderung des Fremdspracherwerbs nach dem o.g. Verfahren in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen; Unterstützung entsprechender Pilotprojekte?

KlAnfr

s. *Sprachunterricht*

Drs 13/5023

Kindergärten und Kindertagesstätten im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2005; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 26.01.2006 und Antw KM Drs 13/5090

Ges zur Änd des KindergartenGes

Verbot des Tragens eines Kopftuchs in öffentlichen Kindergärten, Einräumung des Tragens im Einzelfall auf Antrag unter der Voraussetzung einer auf Neutralität und Friedenswahrung ausgerichteten Einstellung der Fachkraft

ÄAntr SPD 02.02.2006 Drs 13/5115

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7806-7821

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/5184

Haltung der LReg zur Kindergartenpflicht

Umsetzung des o.g. Vorschlags des MinPräs i.V. mit einer Beitragsfreistellung der Eltern, Ersetzung der Beitragsausfälle der Kommunen?

KlAnfr Marianne Wonnay SPD 30.03.2006 und Antw KM Drs 13/5224

Förderung von Betreuungsangeboten für Kinder im Vorschulalter, Aufbau auf dem Angebot an altersgemischten Gruppen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 50

Ausbau der Ganztagsplätze in den Kindergärten, Fortschreibung des KindergartenGes

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 78 79 86 101 111 117 119 120

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735 738 744 746

Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen in BW; Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 804 805 811 812 823

Ausbau der altersgemischten Gruppen in den Kindergärten, Kritik an der mangelnden Unterstützung der Kommunen, Notwendigkeit der Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 849 850 854 861 869 870 898 901 902 905 909 910

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 989 1005

Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen in BW, Ausbau der altersgemischten Gruppen, Ansprüche an die Novellierung des KindergartenGes

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1216-1221

Sprach- und Lernhilfen für ausländische Kinder bereits im Kindergarten, Forderungen nach einer Kindergartenpflicht

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1228 1234 1236 1240-1243 1286

Förderung von Kindern mit Sprach- und Lerndefiziten im Kindergarten, Ausbau der Ganztagsbetreuung und der Kooperation mit Grundschulen, Novellierung des KindergartenGes

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1366 1368 1369 1371-1376

Festlegung von Mindeststandards im KindergartenGes, selbstständige Umsetzung durch die Kommunen, Bereitstellung der finanziellen Mittel; Bewegungserziehung im Kindergarten; Förderung von Waldkindergärten; Information über Grundschulfranzösisch in den Kindergärten

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1465 1476 1479 1483 1487 1488 1493 1495

Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen in BW; Verstärkung des Stellenwerts der Bildung an Kindergärten als Konsequenz auf die PISA-Studie, Änd des KindertagesstättenGes, Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735-1738 1741 1745 1748 1752 1757 1759 1760 1773-1793

Erwartung einer Verbesserung des Betreuungsangebots mit der Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen in BW, Sprachkurse für Vorschulkinder und Eltern

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2034 2054 2060 2062 2067 2068 2071 2072 2103-2106

Stärkung der Verbindungen zwischen Kindergarten und Grundschule bzw des Stellenwerts der Bildung im Kindergarten, Sprachförderung als Schwerpunkt nach dem neuen KindergartenGes, Erarbeitung eines Erziehungs- und Bildungsplans gemeinsam mit Bayern und Hessen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2808 2811 2812 2820 2821 2825 2828-2830 2833 2834 2840 2841

Einführung eines Bildungs- und Erziehungsplans für den Kindergarten

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3165 3176

Verstärkung des Stellenwerts der Bildung und Sprachkompetenz im Kindergarten, Konsequenzen für die Ausbildung der Erzieherinnen, Ausbau der Kooperation mit Grundschulen

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3555-3563 3584-3590

Versorgungsquote mit Kindergartenplätzen in BW, Abbau überflüssiger Vorschriften für den Bau von Kindergärten, Kritik an der pauschalen Förderung nach dem neuen KindergartenGes, verbindliche Regelung der Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3604 3606 3616 3619 3624 3634

Anmahnung einer verbindlichen Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4021 4022

Erfahrungen mit dem novellierten KindergartenGes, Verhinderung einer Schlechterstellung von Kindergärten in freier Trägerschaft; Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148 4164 4165 4170 4203 4209 4211-4213 4216 4218-4221

Einführung eines Bildungs- und Erziehungsplans sowie Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4274

Notwendigkeit der Sprachförderung im Kindergarten; Verteidigung der Abschaffung der Kindergartenrichtlinien

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4973 4977 4998 4999 5008

Sprachförderung im Kindergarten, Forderungen nach einer Kindergartenpflicht, Aufnahme eines Erziehungs- und Bildungsauftrags ins KindergartenGes

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5145 5146 5151 5152 5164 5165

Erhaltung des Niveaus der Kindergartenförderung; Anmahnung einer verbindlichen Sprachförderung im Kindergarten; Beurteilung einer Kindergartenpflicht

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5805 5814 5822 5848-5850 5853

Notwendigkeit der Sprachförderung im Kindergarten, Übertragung der vollständigen Zuständigkeit für die Kindergärten auf die Kommunen, Stärkung des Bildungsauftrags der Kindergärten, Vorschlag einer Kindergartenpflicht

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870-5872 5874 5878 5886 5888 5891 5892 5898 5925-5930 5932-5934 5940-5942

Ablehnung eines Pflichtkindergartenjahres, Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung im Kindergarten, Verlagerung der Zuständigkeit für die Kindergärten ins KM

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5992-5994 6004 6005

Vorstoß von CDU-Fraktionschef Oettinger zur Einführung einer Kindergartenpflicht, Forderung des Städtetagspräsidenten Gönner nach einer Einschulung mit fünf Jahren, Erarbeitung und Umsetzung der Bildungs- und Orientierungspläne, Anstreben einer klaren Zuordnung der Verantwortung für Kindergarten und Schule

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213-6223

Übertragung der Zuständigkeit für die Kindergärten und vorschulische Bildung auf das KM, Revision einer Schlechterstellung von Kindergärten mit ortsübergreifendem Einzugsgebiet durch eine Anpassung des KindergartenGes, Umsetzung des Programms zur Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6411 6414

Umsetzung des Programms zur Sprachförderung im Kindergarten, entsprechende Qualifizierung der Erzieherinnen; Revision einer Schlechterstellung von Kindergärten mit ortsübergreifendem Einzugsgebiet durch eine Anpassung des KindergartenGes; Ablehnung eines vollständigen Rückzugs des Landes aus der Verantwortung für die Kindergärten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6474 6475 6484-6486 6495 6496 6498 6504

Stärkung des Bildungsauftrags der Kindergärten, Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Kindergarten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6958 6964 6965

Verweisung auf die Zuständigkeit der Kommunen für die Kindergärten, Forcierung der frühkindlichen Bildung im Kindergarten mit dem Orientierungsplan für Bildung und Erziehung, Ausbau der Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201-7203 7208 7210-7212 7214 7217 7218 7220-7228 7231 7233 7237 7238 7240 7241 7243 7248-7251

Mittelbereitstellung für den Orientierungsplan für Bildung und Erziehung sowie für das Projekt „Schulreifes Kind“; Angebot eines kostenfreien Kindergartenplatzes für kinderreiche Familien

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7398-7400

Stärkung der Elementarbildung im Kindergarten, Anstreben eines generellen Verzichts auf Kindergartengebühren, Umsetzung des Orientierungsplans

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558 7562 7564

Umsetzung des Programms zur Sprachförderung im Kindergarten, Anbahnung einer Konzeption zur Sprachförderung ab dem dritten Lebensjahr; Einführung eines Kopftuchverbots in öffentlichen Kindergärten

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7654-7656 7661 7662 7757

Beteiligung der Wohnsitzgemeinden von auswärtig untergebrachten Kindern an den Kosten dieser Kindergärten; Verbot des Tragens eines Kopftuchs in öffentlichen Kindergärten

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7796 7806-7820

Vermittlung der deutschen Sprachkompetenz ab dem ersten Kindergartenjahr, Finanzierung und Umsetzung der Sprachförderung sowie des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung im Kindergarten

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933 7935-7937 7940 7941 7944 7952

Kindergartenfachkräftegesetz

s. Erziehungskraft

Kindergartengebühren

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageseinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Entwicklung seit 2000 und Bedarf bis 2010/2015; Höhe der Betriebskosten und Finanzierungsanteil der Eltern, Kommunen u.a. Träger; Auswirkungen der Novelle des KindergartenGes auf (private) Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Regelung der Kostenerstattung mit einer erneuten Änd des KGaG?

Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/3770

Familienfreundliche Landesverwaltung und Landesministerien - Betreuungsangebot für Kleinkinder

Erarbeitung einer Betreuungskonzeption für die o.g. Kinder von Bediensteten; Darlegung der jeweils angebotenen Betreuungszeiten und anfallenden Elternbeiträge

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/4568

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/5184

Haltung der LReg zur Kindergartenpflicht

Umsetzung des o.g. Vorschlags des MinPräs i.V. mit einer Beitragsfreistellung der Eltern, Ersetzung der Beitragsausfälle der Kommunen?

KlAnfr

s. Kindergarten

Drs 13/5224

Kritik an der geplanten Erhebung von Elternbeiträgen für Kindergärten und Betreuungsangebote

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1760 1789 1793 1794

Vorstoß von CDU-Fraktionschef Oettinger zur Einführung einer Kindergartenpflicht, Frage nach der Finanzierung des dann beitragsfreien Kindergartenbesuchs

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213-6215 6217 6219-6221

Höhe der Kindergartengebühren in gemeindeübergreifenden Einrichtungen der freien Träger

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7529 7532 7533

Anstreben eines generellen Verzichts auf Kindergartengebühren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558

Höhe der Kindergartengebühren in gemeindeübergreifenden Einrichtungen der freien Träger

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7809 7812

Kindertagesgesetz

s. Kindergarten

Kindergartenpflicht

s. Kindergarten

Kindergeld

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Umfang von Kindergeldtransfers und Steuerfreibeträgen; Erwerbsquote der kindergeldberechtigten Mütter und Väter

Antr

s. *Kind*

Drs 13/298

Kindergeldleistungen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger Schweiz/Deutschland

Rechtsgrundlagen und zuständige Stellen für die Ermittlung und Auszahlung des Kindergelds bzw für die Klärung von Zuständigkeitsfragen; detaillierte Darstellung der Ansprüche und des Kreises der anspruchsberechtigten Eltern/-teile

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 20.12.2004 und Antw SM
Drs 13/3910

Kritik an einer zu geringen Kindergelderhöhung von 30 DM nur für das erste und zweite Kind

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 50

Erinnerung an die Ablehnung von Kindergelderhöhungen durch die LReg im BRat

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 79 93 112 117

Feststellung einer exorbitanten Erhöhung des Kindergelds unter der Regierung Schröder

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803

Verweisung auf die Kindergelderhöhungen der BReg seit 1999

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 867

Verweisung auf die Kindergelderhöhungen seit 1999 sowie auf die versprochene Erhöhung vor der Wahl

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2068 2070

Erhöhung des Kindergelds nach dem Steuerreformmodell von Prof. Kirchhof

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4510 4511

Steigerung der Geburtenrate mit einer Erhöhung des Kindergelds

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5324

Verweisung auf die Kindergelderhöhungen seit 1999

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5800

Verweisung auf die Kindergelderhöhungen seit 1999

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6473 6481

Kritik an der Verkürzung der Bezugsdauer von Kindergeld auf das 25. Lebensjahr

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7501

Kinderhilfe

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Kinderhort

s. *Kindertagesstätte*

Kinderklinik

s. *Kinderkrankenhaus*

Kinderkrankenhaus

Notaufnahme der Kinderklinik Heidelberg

Entwicklung der Organisation und Personalausstattung in den letzten fünf Jahren, Gewährleistung einer optimalen Versorgung der Patienten

KlAnfr

s. *Krankenversorgung*

Drs 13/1045

Kinderkrippe

s. *Kindertagesstätte*

Kindernahrung

Erinnerung an Fälle der Pestizidbelastung von Babynahrung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1664 1667 1668

Kinderschutz

Situation der Frauen- und Kinderschutzhäuser in BW

Entwicklung seit 1996 nach Trägerschaft, Größe, Ausstattung und Finanzierungsform der einzelnen Häuser; Förderanteile der Landes-, der LKreise und Kommunen; Erfahrungen mit der Bezuschussung der laufenden Betriebskosten

Antr

s. *Frauenhaus*

Drs 13/293

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Aufstockung der Zuschüsse an Frauen- und Kinderschutzhäuser

s. *Frauenhaus*

Drs 13/659

Spendensammelaktion „Helge“ des Kreisverbands des Deutschen Kinderschutzbundes Böblingen (DKSB)

Begründung der Aufforderung des RegPräs Karlsruhe zur Einstellung der o.g. Aktion, Möglichkeiten zur Fortführung bzw zur finanziellen Absicherung des Lern- und Spielhauses in Maichingen

KlAnfr

s. *Spende*

Drs 13/1588

Kürzung der Landeszuschüsse für Frauenhäuser

Begründung, Umfang und Auswirkungen der vorgesehenen Kürzungen; Entwicklung der Zahl der von Gewalt verfolgten Frauen und Kinder seit Einführung des Platzverweises sowie der erbetenen und tatsächlichen Aufnahme in Frauen- und Kinderschutzhäusern; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien

Antr

s. *Frauenhaus*

Drs 13/2300

Richtlinien zur Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern

Erhöhung des Kofinanzierungsanteils, Verknüpfung der Förderung mit Beratungen iRd Platzverweisverfahrens u.a. im Zuge einer Veränderung der o.g. Richtlinien

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/2651

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Entwicklung der Zahlen der erbetenen und tatsächlichen Aufnahmen in Frauen- und Kinderschutzhäusern; Höhe des Investitionsbedarfs sowie der für 2004 veranschlagten, bewilligten und ausgezahlten Haushaltsmittel; Frage nach Höhe und Auswirkungen einer weiteren Absenkung der Zuschüsse

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/3385

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation; Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung von Frauen und Kindern als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts

Antr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3411

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von Miete und Unterkunft

KlAnfr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Auswirkungen der vorgenommenen und geplanten Kürzungen des Landes und der Kommunen auf die Existenz o.g. Häuser; Auszahlung der etatisierten Mittel in den Hj ab 2003; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien; Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktreform Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts; Kriterien für die Übernahme der Unterhaltskosten durch die Kommunen und Agenturen für Arbeit

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/3498

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei der Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern

s. *Frauenhaus*
Drs 13/4009

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Finanzielle Probleme der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach dem Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze, Zuständigkeit der kommunalen Träger für Leistungen nach dem SGB II

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/4074

Kriminalität im Internet

Umsetzung des IMK-Beschlusses zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität, insbes der Gefahr des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Internet; Aufklärung der Öffentlichkeit, Verankerung des Themas an den Schulen und in der Lehrerfortbildung

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/4272

Erhalt der Frauenhäuser sichern

Einschätzung der Folgen eines vom Städtetag empfohlenen Umstiegs auf pauschale Tagessatzfinanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser; Höhe der seit 2003 beantragten, bewilligten und ausgezahlten Mittel; Auswirkungen der weiteren Zuschusskürzungen und Erhöhung der Eigenbeiträge; gleichmäßige Kostenaufteilung zwischen Land, Kommunen und Trägern iR eines einheitlichen Finanzierungskonzepts

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/4371

„Baby-TV“

Beurteilung des o.g. Programms bzw des Fernsehkonsums von Babys und Kleinkindern, Information der Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Eltern

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/5219

Herausforderungen der Inhalte von Fernsehprogrammen und Computerspielen für den Kinder- und Jugendschutz, Umsetzung des neuen Staatsvertrags, u.a. mit der gemeinsamen Stelle „jugendschutz.net“

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055-7067

Kindertagesbetreuungsgesetz

s. *Kinderbetreuung*

Kindertagesstätte

s.a. *Kindergarten*

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Aufwand von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten u.a. Betreuungseinrichtungen

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren sowie flexibler Ganztagsangebote für Kindergarten- und Grundschulkinder

Ausbau der o.g. Angebote, verstärkte Förderung der Tagespflege, Aufnahme der Kinderkrippen in das KindergartenGes, verstärkte Kombination von Kindergarten, Tagespflege und Grundschule

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/345

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der Tageseinrichtungen, Erarbeitung eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Entwicklung der Zahlen von Kindern nach Altersstufen sowie des Bedarfs an Krippen, Horten, Kindergärten und Tageseinrichtungen bis 2005 bzw 2010, entsprechende Fortentwicklung der Angebotsstruktur; Höhe und Träger der Betriebskosten für die verschiedenen Einrichtungen, Unterstützung der Kommunen mit eigenen Haushaltsmitteln zur Verbesserung des Betreuungsangebots

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/435

Erteilung der Betriebserlaubnis für Kindergärten und Tageseinrichtungen für Kinder

Hinwirkung auf Verzicht der Landeswohlfahrtsverbände und der Landesjugendämter auf die Vorgabe unverhältnismäßig belastender Mindeststandards als Voraussetzung zur Erteilung einer Betriebserlaubnis nach § 45 KJHG für die o.g. Träger

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/930

Ges zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in BW

Regelung der Kinderbetreuung bis zum Alter von 14 Jahren durch das o.g. KindertagesbetreuungsGes bzw der Aufgaben und Finanzierung der Einrichtungen; integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Gewährung eines erhöhten Zuschusses bei einem entsprechenden Kinderanteil mit besonderem Sprachförderungsbedarf; Änd des FinanzausgleichsGes sowie des Kinder- und JugendhilfeGes

GesEntw
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1106

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Vorlage eines KindertagesstättenGes für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren; Beteiligung am Angebot des Bundes zum Ausbau der Ganztagschulen; Stärkung des Bildungsauftrags und der Sprachförderung im Kindergarten

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1493

Kleinkindbetreuung und Konnexitätsprinzip

Zahl der zu schaffenden Plätze für mindestens 20 % der Kinder unter drei Jahren in Kindergärten, Kinderkrippen und bei Tagesmüttern zur Umsetzung der rotgrünen Koalitionsvereinbarung; Höhe der dafür von den Kommunen benötigten Mittel des Bundes in Anwendung des Konnexitätsprinzips

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1504

Ges zur Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes
Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Pauschalierung der Zuschüsse, Regelung der För-

deransprüche der Einrichtungsträger, ergänzende Angebote für die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und Tagespflege, Definition des Bildungsauftrags aller Einrichtungen sowie der integrativen Erziehung behinderter Kinder in gemeinsamen Gruppen

GesEntw
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1739

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2059

Erfolgreiche Grundschulbildung weiterentwickeln

Effekte der neuen Bildungspläne, des Fremdsprachenunterrichts, des Reformprojekts „Schulanfang auf neuen Wegen“, des Konzepts der verlässlichen Grundschule, der Kooperation mit Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2167

Kinderfreundliches BW - Nachfrage nach Betreuung von Kleinkindern

Zahl und Volumen der gestellten und bewilligten Anträge auf Förderung von Krippenplätzen und Strukturen der Tagespflege, Verteilung nach Trägern und Regionen sowie Gruppenformen und -größen, Höhe der kommunalen Kofinanzierung, vorhandene und neu gegründete Tagesmüttervereine

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/2202

Forschungskapazitäten im Bereich der Elementarbildung und Frühpädagogik in BW

Vorhandene und notwendige Einrichtungen zur Entwicklung von Hilfen zur pädagogischen Praxis für die Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, interdisziplinäre Kooperationsformen unter Einbeziehung der Didaktik, der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie; Vorlage eines Konzepts zum Ausbau der Kapazitäten

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/2236

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2647

Stand der Entwicklung eines Erziehungs- und Bildungsplanes für den baden-württembergischen Kindergarten

Umsetzung o.g. Planung für die Elementarerziehung an Kindergärten u.a. Tageseinrichtungen; Beteiligung von Eltern, Erzieherinnen und Trägern in einem öffentlichen Dialogprozess nach dem Vorbild von RPF; Bündelung der Entwicklungen im vorschulischen Bereich mit Bayern und Hessen; Vorschaltung einer Praxis- und Evaluationsphase vor dem Inkrafttreten; finanzielle Unterstützung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Fachkräfte

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/3364

Umsetzung des TagesbetreuungsausbauGes (TAG) in BW

Gründe für die Ablehnung des Gesetzes im BRat; Grundlagen der Einschätzung des Bedarfs und des weiteren Ausbaus der Kleinkindbetreuung in Kindertagesstätten und bei der Tagespflege; Gleichstellung der finanziellen Förderung von Pflegeplätzen bei Tagesmüttern und Tagesstätten; Umsetzung der pädagogischen Qualitätssicherung auch in der Schulung und Fortbildung des Betreuungspersonals; Darlegung der zu erwartenden Kosten und finanziellen Beteiligung des Landes

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3749

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl der Kinder, Gruppen(-größen) und Fachkräfte an Krippen, Kindergärten, Ganztageeinrichtungen, bei Tagesmüttern und Schülerhorten differenziert nach Altersstufen; Entwicklung seit 2000 und Bedarf bis 2010/2015; Höhe der Betriebskosten und Finanzierungsanteil der Eltern, Kommunen u.a. Träger; Auswirkungen der Novelle des KindergartenGes auf (private) Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Regelung der Kostenerstattung mit einer erneuten Änd des KGaG? Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Kindergärten im LKreis und Stadtkreis Heilbronn

Zahl der Kindertagesstätten, Kindergärten und Kindergartengruppen von Gemeinden und freien Trägern sowie Höhe der Zuschüsse 2003, 2004 und 2005; Begründung evtl Schließungen sowie Abweichungen in der Höhe der Zuweisungen

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3953

Stand der Umsetzung des TagesbetreuungsausbauGes (TAG) in BW

Anpassung des KindergartenGes an die o.g. Vorgaben zur Kleinkindbetreuung, Weiterentwicklung zu einem KindertagesbetreuungsGes mit Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersgruppen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege; jährliche Ermittlung des erreichten Ausbaustands und aktuellen Bedarfs durch die örtlichen Jugendhilfeträger bzw kreisangehörigen Gemeinden

Antr

s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4321

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung einer flächendeckenden Sprachförderung, eines Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten sowie eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Kindergärten und Kindertagesstätten im LKreis Calw

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2004; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/4685

Ges zur Änd des KindergartenGes

Regelung der Förderung von Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden zur Kostenbeteiligung

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4770

Ges zur Änd des KindergartenGes

Regelung der Förderung von Kindertageseinrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet, Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden zur Kostenbeteiligung

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4771

Ges zur Änd des KindergartenGes

Umsetzung des TagesbetreuungsausbauGes und des Kinder- und JugendhilfeweiterentwicklungGes, Klarstellung der Aufgabenübertragung auf die Gemeinden, konkretisierende Regelungen für die Kindertagespflege; Schaffung der Grundlage für ein Kopftuchverbot für Erzieherinnen an Kindertagesstätten; Erweiterung des Fachkräftekatalogs; Regelung der Beteiligung der Wohnsitzgemeinden an den Kosten für Kindergärten mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4869

Kindergärten und Kindertagesstätten im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2005; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/5090

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/5184

Ausbau des Betreuungsangebots in Kindertagesstätten, Vorlage eines KindertagesstättenGes

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 78 79 86 101 111 119 120

Aufnahme der Förderung von Kinderkrippen und Tagespflegeplätzen in das KindergartenGes

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 812 823

Einstieg in die Förderung von Kinderkrippen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1100

Anpassung der Gruppengrößen und Personalausstattung der Kindertagesstätten an den Bedarf von Migrantenkindern

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1369

Änd des KindertagesstättenGes, Stärkung der Bildung und Sprachkompetenz, Verpflichtung aller Kinder ab dem fünften Lebensjahr zu einem Sprachtest; Anteil von Ganztagsplätzen in den Kindergärten

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1741 1774 1777 1779-1781 1783 1784 1786 1788-1790 1792 1793

Stärkung der Bildung und Sprachkompetenz in Kindertagesstätten als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1896 1903

Förderung von Betreuungsangeboten in Kinderkrippen und Tagespflegestellen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3604 3616 3624

Festhalten an der Mitfinanzierung der Kinderkrippen, Notwendigkeit einer Steigerung des Platzangebots in Kindertagesstätten

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201 7208 7211 7214 7217 7221 7222

Förderung von Betreuungsangeboten in Kinderkrippen und Tagespflegestellen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7341 7354

Kindertagesstättengesetz

s. *Kindertagesstätte*

Kirche

s.a. *Diakonisches Werk*

s.a. *Kloster*

s.a. *Kölner Dom*

s.a. *Moschee*

s.a. *Ulmer Münster*

Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Verstärkte Kooperation mit Kirchen und Nichtregierungsorganisationen

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/370

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Sicherung der entwicklungspolitischen Projekte der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen

s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/657

Abschiebep Praxis in BW

Zahlen von Abschiebungen aus vorangegangenen Kirchenasyl seit 2000

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

Naivität im Ministerinnenamt? - Kultusministerin Schavan und der „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“

Erkenntnisse über den ACP und dessen Verbindungen zu Sekten und Psychogruppen, Beurteilung der Einschätzung des Sektenbeauftragten der Evangelischen Landeskirche; Konsequenzen aus dem Interview und der Abbildung der Ministerin auf der Titelseite eines ACP-Mitteilungsblatts

Antr
s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
Drs 13/1790

Religionsunterricht

Zahl der evangelischen, katholischen u.a. Konfessionen angehörenden Schüler an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Anteil der Teilnahme am jeweiligen Religionsunterricht; Rechtsgrundlage der Unterrichtserteilung neben der evangelischen und katholischen Kirche

Antr
s. *Religion*
Drs 13/2057

Sicherung der Studentenwohnungen aus Kirchengrundbesitz

Zahl der von den Verkaufsabsichten der beiden großen Kirchen betroffenen Wohnheimplätze; Hinwirkung auf Erhalt der Wohnungen für den studentischen Wohnungsmarkt in Zusammenarbeit mit den Studentenwerken und evtl anderen Trägern

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/3478

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Entwicklung der Landesförderung bei den kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung und Familienbildungsstätten

GrAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4285

Drohender Wegfall von Wohnheimplätzen für Studierende

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger an den einzelnen Hochschulstandorten; Höhe des Sanierungsbedarfs im Bestand, Revision der Verweigerung von Sanierungszuschüssen an freie Träger bzw Abwendung ihrer Schließungsabsichten; Höhe der etatisierten Zuschüsse an Wohnheimträger seit 2003; weitere Maßnahmen zur Entschärfung der Wohnraumsituation für Studenten; Erhaltung der in privater, freier und kirchlicher Trägerschaft befindlichen Wohnungsbestände

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/4578

Unterstützung der Kirchen zur Wahrnehmung ihrer seelsorgerischen und sozialen Aufgaben

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55

Begrüßung des Berichts der Zuwanderungskommission vonseiten der Kirchen

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 262 263

Position der Kirchen zur Gleichstellung von Ethik- und Religionsunterricht, Feststellung eines Rückgangs kirchlicher Bindungen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1116-1123

Position der Kirchen zur Gewährung von Asyl bei geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung sowie zur Absenkung des Nachzugsalters für Kinder

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1286-1288 1290-1294

Position der Kirchen zur Gleichstellung von Ethik- und Religionsunterricht, Ausgestaltung und Organisation des Religionsunterrichts von Kirche und Staat

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1353 1356-1360

Ermöglichung der von Staatssekretär Mappus verhinderten Ausstellung zum Neofaschismus in der Pforzheimer Stadtkirche, Kritik an der von einer verfassungsfeindlichen Organisation veranstalteten Ausstellung; Unterstützung der Gewaltprävention durch die Kirchen; ablehnende Haltung der Kirchen zu einem Irakkrieg

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2446 2448 2449 2452-2455 2457 2458 2498 2499

Verbleib der Regelungskompetenz für das Verhältnis von Kirche und Staat bei den Mitgliedsstaaten der EU; Bedeutung der Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft, Bewertung der Finanzierungsvereinbarung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2541 2557 2558 2563-2565 2568 2573

Kritik an der Kürzung der Fördermittel für die kirchlichen Dienste

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2640-2642

Kritik der Kirchen an der Landessozialpolitik

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3614

Bewertung des Kopffuchs durch die Kirchen, Zulässigkeit der Unterrichtsverteilung durch eine Nonne in Ordenstracht an den Schulen, Ablehnung einer strikten Trennung von Staat und Kirche

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700 4704-4706 4710 4713-4717 4719 4722-4724

Einschätzung der Nähe des Abg Oelmayer zur Kirche, Anregung einer Spende für die Letzte Ölung

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5448 5449 5484

Verbesserung der Ersatzleistungen an die Kirchen für die Erteilung des Religionsunterrichts

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5994 5995

Festhalten an der Befreiung der Kirchen von Notargebühren

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6191-6194

Würdigung der Leistungen und Dienste der Kirchen, Fortsetzung der bewährten Partnerschaft

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6403 6406 6411-6413 6422 6423

Zurückweisung einer Abstufung der Kirchen zu Vereinen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6830 6831

Einbindung der Kirchen in das pädagogische Konzept der Ganztagschulen; Zulassung von Erwin Teufel zum Philosophie-Studium an der privaten Jesuitenhochschule in München

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6929 6949-6951

Umsetzung eines Leitbilds für das Kinderland BW gemeinsam mit den Kirchen, Abstimmung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung mit den Kirchen, Einbeziehung von Kindergärten in kirchlicher Trägerschaft in die Erprobungsphase

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200-7205 7210 7220 7225 7227 7237

Beurteilung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber durch die Kirchen; Debatte über den Rücktritt von Sozialminister Renner aufgrund seiner beleidigenden Äußerungen gegenüber Bischof Dr. Gebhard Fürst

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7653 7654 7665 7666 7675 7686-7689 7691 7692 7694-7697

Kirchheim u. Teck

Unterrichtssituation an den Gymnasien; hier: Kirchheim/Teck, Plochingen, Wendlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Gymnasien in den letzten Jahren; Umfang von Kürzungen im Pflichtstundenbereich und im ergänzenden Bildungsangebot; Konsequenzen einer Unterschriftenaktion von Elternvertretern des Kirchheimer Schlossgymnasiums

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/427

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen

Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG; Begründung, bauliche Maßnahmen und Kosten einer Verlagerung der Chirurgie und Gynäkologie von Kirchheim nach Nürtingen; Auswirkungen auf die von den Aidlinger Schwestern betriebenen Krankenpflegeschule am Kirchheimer Krankenhaus

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/1708

Zukunft des Kreiskrankenhauses Kirchheim/Teck

Beurteilung der vom LKreis Esslingen geplanten Schließung der neu gebauten Kirchheimer Gynäkologie, Bewirkung einer Rückzahlung von Landeszuschüssen? Auswirkungen der Sparbeschlüsse der LReg auf die Zuschüsse für den Nürtinger Krankenhausneubau; Konsequenzen des Urteils des EuGH zur Arbeitszeit der Ärzte für die Personal- und Kostenstruktur der Kreiskrankenhäuser Kirchheim und Nürtingen

KlAnfr
s. *Krankenhaus*

Drs 13/2566

GVFG-Finanzierung der Verlängerung der S 1 von Plochingen nach Kirchheim

Verweigerung der Anerkennung o.g. Rahmenvereinbarung als Vertrag, Auswirkungen auf die Aufteilung der Baukosten zwischen den einzelnen Kostenträgern; Bezuschussung nach den alten Förderrichtlinien mit 85 %

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/3085

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw. Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Finanzierung der Verlängerung der S 1 nach Kirchheim/Teck

Finanzierung der Verlängerung von Plochingen nach Kirchheim über das GVFG erst ab 2008, Frage nach einem Zusammenhang mit der Bindung der GVFG-Mittel zur Finanzierung von Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4133

Zukunft der Pädagogischen Fachseminare

Ergebnisse der Überprüfung der einzelnen Standorte zur Kostenreduzierung, Argumente und Kosten einer Zusammenlegung bzw. Erhaltung der Standorte Schwäbisch Gmünd und Kirchheim/Teck, Forcierung der zugesagten Sanierung der Räumlichkeiten in Kirchheim bzw. Bereitstellung anderer Unterbringungsmöglichkeiten

KlAnfr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/4623

Notwendigkeit einer Vergrößerung des Wahlkreises Kirchheim

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828 5832 5838 5842

Kirchzarten

Fertigstellung der Ost-West-Verbindung B 31 im Bereich Freiburg-Kirchzarten

Verzögerung der Verkehrsübergabe durch Wassereinbrüche und Sanierungsarbeiten im neuen Straßentunnel, Art und Kosten der Nachbesserung von Sicherheitseinrichtungen, Frage nach der Verkehrsführung bei einem Ausfall des Tunnels, Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen im Freiburger Osten, insbes auch durch Ausweichverkehr nach Einführung der Lkw-Maut

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/1252

B 31-Ost (neu) zwischen Kirchzarten und Kirche Maria Hilf in Freiburg im Zusammenhang mit dem privat vorfinanzierten Straßenbau dieser Maßnahme

Verifikation bzw. Finanzierung von Mehrkostenforderungen der am o.g. Projekt beteiligten Baufirmen und Arbeitsgemeinschaften

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/1369

Lärmentwicklung entlang der B 31 Bereich Ebnet-Littenweiler-Waldsee und Kirchzarten-Bruckmühle

Verwirklichung der Lärmschutzmaßnahmen entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der B 31 Ost? Information der betroffenen Anwohner über die Ergebnisse der Lärm-messungen; Aufnahme und Konsequenzen der Beschwerden bei der Straßenbauverwaltung

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/3009

Kirrlach, Ortsteil

s. *Waghäusel*

KiBlegg

Lückenschluss der A 96 zwischen Dürren und Gebrazhofen

Hinwirkung auf eine rasche Realisierung des o.g. Projekts unabhängig vom Bau der Tank- und Rastanlage bei Dürren

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/4455

Auswirkungen der Angebotsreduzierungen auf der Bahnstrecke Aulendorf-KiBlegg-Memmingen

Fahrgastzahlen und Zugangebot 2005 und 2006, Begründung der Unterschreitung des landesweiten integralen Taktfahrplans bei gleichzeitiger Ausweitung auf vergleichbaren Strecken mit niedrigeren Fahrgastzahlen; notwendige Rahmenbedingungen zur Wiedereinführung des Studenttakts

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4634

Kläranlage

s. *Abwasserreinigung*

Klärschlamm

Verwendung von Klärschlämmen und Biokompost in der Landwirtschaft

Verbot der Ausbringung o.g. Materialien auf landwirtschaftliche Flächen nach einem Beschluss der Agrarministerkonferenz: Darlegung der Risiken, Auswirkungen und Alternativen, insbes für die Betreiber der Anlagen und Entsorgungswirtschaft

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 11.07.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/60
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.10.2001 Drs 13/358 S. 24 25
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Verbrennungskapazitäten für Klärschlamm im Land BW

Darlegung der vorhandenen bzw benötigten Kapazitäten in privater und öffentlicher Trägerschaft

Antr Dieter Hillebrand u.a. CDU 25.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1341
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 05.12.2002 Drs 13/1637 S. 45-47
 PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Mitverbrennung von Klärschlamm aus BW in saarländischen Kohlekraftwerken und Müllverbrennungsanlagen (MVA)

Herkunft und Umfang der o.g. Entsorgung; Bewertung der Eignung der einzelnen Anlagen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 10.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1992
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 30 31
 PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Energiegewinnung aus organischen Abfällen

Stand und Einsatzreife der neuesten Verfahren zur Gewinnung von Öl aus Klärschlamm, Schlachtabfällen, Tiermehl u.a. organischen Abfällen; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Tierkörperbeseitigungsanlagen; Beschleunigung der Entwicklung über Forschungsförderung oder ein Pilotprojekt

Antr
 s. *Energieerzeugung*
 Drs 13/2388

Stand und Weiterentwicklung von Bau und Betrieb von Biogasanlagen in BW

Auflistung der vorhandenen und beantragten Anlagen und deren Leistung sowie der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Möglichkeiten der Zuführung von anderen energetisch nutzbaren Abfällen, Problematik der auftretenden Reststoffe und der Klärschlamm Entsorgung; Hinwirkung auf eine ökologisch verträgliche und rechtlich abgesicherte Betreibung und Entsorgung der Anlagen und ihrer Reststoffe

Antr
 s. *Biogas*
 Drs 13/4165

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klärschlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des Anbaus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr
 s. *Biomasse*
 Drs 13/4539

Klärschlamm Entsorgung

Gesamtanfall und Anteile der landwirtschaftlichen und thermischen Verwertung von Klärschlamm, Verknüpfung der Vergabe von Fördermitteln mit der Vorlage von positiven Energiebilanzen; Kapazitäten, Auslastung und Energiebilanzen der Mitverbrennung von Trockenschlamm in Zementwerken, Kohlekraftwerken u.a. Verbrennungsanlagen; Förderung von zwei Bandtrocknungs- und Vergasungsanlagen zur thermischen Entsorgung von Filterkuchen im Zollernalbkreis? Frage nach Bei-

spielen einer weitgehenden Rückgewinnung der landwirtschaftlich wertvollen Nährstoffe aus dem kommunalen Abwasser

KIAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 21.02.2006 und Antw UM Drs 13/5186

Trocknung von Klärschlamm und Energiegewinnung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4324

Klassenarbeit

s.a. *Note (Bewertung)*

s.a. *Schulabschluss*

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ermöglichung neuer Formen der Unterrichtsgestaltung und Unterrichtszeiten sowie der Leistungserbringung und -bewertung, Aufhebung der Noten- und Klassenarbeitserlasse, eigenverantwortliche Gestaltung der Lehrpläne, Bildung von Lerngruppen, interne und externe Evaluation

Antr
 s. *Schule*
 Drs 13/1476

Geplante Änderung der Versetzungsordnung

Gründe, Ausgestaltung und Auswirkungen der o.g. Novellierung; betroffene Schüler, Schularten, Klassenstufen und Fächer; Reduzierung der Klassenarbeiten, Zulassung anderer Formen der Leistungsbeurteilung; Art und mögliche Vorbereitung einer Nachprüfung zur Vermeidung der Nichtversetzung; Abschaffung des Versetzungssystems zugunsten einer individuellen Förderung der Schüler

Antr
 s. *Schulklasse*
 Drs 13/2920

Erhöhung der Anforderungen an Gymnasiasten

Aufstockung der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen im Schuljahr 2002/2003 um je eine Prüfung; Begründung der drei großen zentral gestellten Arbeiten innerhalb einer Woche für Schüler der Klassenstufe 6 bzw des wesentlich längeren Zeitrahmens für Schüler der Klassenstufe 10

KIAnfr
 s. *Gymnasium*
 Drs 13/4920

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8); hier: Keine Benotung von Vergleichsarbeiten

ÄAntr GRÜNE 01.02.2006 Drs 13/5111
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7782-7793

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Verzicht auf die Benotung der Vergleichsarbeiten als Klassenarbeiten, Einsatz als Mittel der Selbstevaluation; Vorlage eines Konzepts für das Jahr 2012 mit zwei Abiturjahrgängen

Antr
 s. *Gymnasium*
 Drs 13/5114

Infragestellung der (vielen) Klassenarbeiten zur Leistungsbeurteilung in der Schule

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1747 1748

Qualitätssicherung der Schulen über zentrale Klassenarbeiten; Aussagekraft der Klassenarbeiten über die Fähigkeiten der Schüler

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2821

Zusätzliche Belastung der Schüler am G 8 mit der Vorbereitung auf Klassenarbeiten, Problematik der gleichzeitigen Wertung der Vergleichsarbeiten als Klassenarbeiten, Verweisung auf die Absenkung der Zahl der verbindlichen Klassenarbeiten

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369 7370 7372 7378-7381

Klassenfahrt

s. Schulfahrt

Klassenfrequenz

s. Schulklasse

Klassenlehrer

Festhalten am Klassenlehrerprinzip an der Grundschule, musikalische Nachqualifizierung von Klassenlehrkräften

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2257 2258 2262 2264

Klassenversetzung

s. Schulklasse

Klassenwiederholung

s. Schulklasse

Kleine Gartenschau

s. Gartenschau

Kleinfeuerungsanlage

s. Feuerungsanlage

Kleinflugzeug

s. Flugzeug

Kleingarten

s. Garten

Kleinkraftrad

s. Kraftrad

Kleinmann, Dieter MdL FDP/DVP

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341

Kleintransporter

s. Nutzkraftfahrzeug

Klettersport

s. Freizeitsport

Klima

s.a. Unwetter

Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Der Beitrag der Schulen

Stellenwert der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Lehrplänen und im Unterricht, Ergebnisse der Beteiligung von Schulen an Programmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, Vorbildcharakter der Staudinger-Gesamtschule in Freiburg und der Justus-von-Liebig-Schule im LKreis Waldshut; Erarbeitung ergänzender Unterrichtsmodelle iR einer Arbeitsgruppe; Hinwirkung auf eine energetische Modernisierung bestehender Schulbauten unter Nutzung des Einspar-Contractings; Schaffung entsprechender Anreize bei Neubauten durch Umgestaltung der Richtlinie zur Schulbauförderung

Antr

s. Energienutzung

Drs 13/626

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Forschungsprojekte und -ergebnisse, bisherige und absehbare Auswirkungen der Klimaveränderung auf Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft; Zunahme von schweren Unwettern, Niederschlägen und Hochwasser, insbes auch durch frühere Schneeschmelze und Abtauen der Gletscher, Erhöhung der Bodenerosion und Eutrophierung der Oberflächengewässer durch verstärkte Sonneneinstrahlung, Auswirkungen auf das Artenspektrum und die Fischerei, Aussagen des renommierten Klimaforschers Prof. Grassl

GrAnfr GRÜNE 08.02.2002 und Antw UVM Drs 13/734 (28 S.)

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1826-1839

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes

Nutzung der KWK als Beitrag zur CO₂-Einsparung und damit zum Klimaschutz, Zielvorstellungen bis zum Jahr 2010, Umsetzung von Vorschlägen einer Studie des WM

Antr

s. Energienutzung

Drs 13/1222

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß

Antr

s. Kraftstoff

Drs 13/1595

Energiesparen und Einspar-Contracting bei Landesgebäuden

Entwicklung der Einsparungen an CO₂-Emissionen seit 1990 als Beitrag zum Klimaschutz

Antr

s. Energieeinsparung

Drs 13/1671

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen mit den Programmen „Impulsprogramm Altbau“ und „Energiesparprogramm Altbau“, Wärmedämmung und energetische Sanierung der Gebäude und Liegenschaften des Landes, Ergebnisse der konzertierten Aktionen „Klimaschutz durch Energiesparen“

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Auswirkungen der Atomrechtsnovelle des Bundes auf die Zielsetzungen in den Maßnahmenfeldern Klimaschutz und Luftreinhaltung bis 2010; Zwischenergebnisse der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Klimaschutz in BW

Erfahrungen, ausgelöste Investitionen und Effizienz der Anreizprogramme zur CO₂-Minderung bei kleinen und mittleren Unternehmen, Kommunen und LKreisen sowie im privaten Wohnungsbau im Vergleich mit Bundesprogrammen; Nachfrageentwicklung und Bilanz des EnergieSparCheck-Förderprogramms seit 1999

Antr CDU 21.03.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1923 (10 S.)
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3139-3152

Haushaltsvollzug bei den Förderprogrammen zum Klimaschutz

Real verfügbare Mittel und Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2003 für die Förderprogramme Klimaschutz, Energieholz, Energiesparcheck und -sparprogramm Altbau; bisherige Ausschöpfung der verfügbaren Mittel bzw Ablehnung von Anträgen aufgrund fehlender und nicht freigegebener Mittel

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 28.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2115
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 13 14
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Hitzetote und Folgen der Hitzewelle in BW

Frage nach der Zahl o.g. Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen; Konsequenzen aus der Problematik des Flüssigkeitsmangels von alten, kranken und behinderten Menschen in Heimen; Vorlage eines neuen Gesamtkonzepts zur Vorsorge und zum Schutz von Risikogruppen; Beteiligung an einem Vorhersageprojekt des Deutschen Wetterdienstes

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2374

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 16) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Bewirkung von Sparsamkeit und Effizienz bei der Klimaschutz- und Energieagentur BW

Mittlg
s. *Energieberatung*
Drs 13/2700

Haushalt 2004; Epl 10

Aufstockung der Zuschüsse an Kommunen für Maßnahmen des Klimaschutzes

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810-2 S. 19
ÄAntr Boris Palmer u.a. GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-12 S. 34 35
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2850-2 S. 3
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industrieertriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emissionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes- oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr
s. *Umweltzertifikat*
Drs 13/2895

Waldschäden durch Jahrhundertssommer 2003

Auswirkungen des trockenen Sommers und der geringen Winterniederschläge auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Holzarten und unter Berücksichtigung der Sturmfolgen; Unterstützung der Waldbauern durch Maßnahmen der Forstverwaltung u.a.

Antr
s. *Forstschaden*
Drs 13/3024

Dürreschäden in den Wäldern des LKreises Schwäbisch Hall

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und der geringen Winterniederschläge, Bewirkung verstärkter Holzeinschläge, Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Bewältigung der Schadensaufarbeitung durch die Forstverwaltung?

KlAnfr
s. *Forstschaden*
Drs 13/3109

„Sahelzone in BW?“ - Dürreschäden im Wald und Auswirkungen

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und des seither anhaltenden Niederschlagsmangels auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Baumarten und LKreisen; Folgen der verstärkten Holzeinschläge auf dem Holzmarkt; Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Hilfen vonseiten des Landes, des Bundes und der EU

Antr
s. *Forstschaden*
Drs 13/3127

Ges zur Änd der Gemeindeordnung des Landes BW

Erweiterung der kommunalen Satzungsrechte, Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Nah- und Fernwärmanlagen als Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/3183

Anhaltende Waldschäden durch den Jahrhundertsommer 2003

Aktuelle Debatte
s. *Forstschäden*
PIPr 13/72 S. 5054

Klimaschutzprogramm des Landes

Vergleich der Ziele im Umweltplan mit der Entwicklung der CO₂-Emissionen, Anteil der verkehrsbedingten Emissionen, Auswirkungen der Kürzungen des „Energiesparprogramms Altbau“ und des „Demonstrationsprogramms zur rationellen Energie Nutzung“; Vorlage eines Klimaschutzprogramms zur Umsetzung der im Umweltplan verankerten Ziele

Antr GRÜNE 29.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3462

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Anteil der Emissionen von Kraftfahrzeugen, Heizungen und Kraftwerken an den Waldschäden; Entwicklung des Kraftstoff- und Heizölverbrauchs seit 1999; Aufstockung der Förderprogramme im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Altbau modernisierung; Ausweitung des Pilotprojekts der Brennstoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg; Förderung des Anbaus und der Nutzung biogener Kraftstoffe; Forcierung der Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3865

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Mittel für erneuerbare Energien und Klimaschutz

s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/4010

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/4030

Förderung der oberflächennahen Geothermie

Zahl der gestellten und bewilligten Anträge iRd Klimaschutzprogramms, Umfang des Fördervolumens, der nutzbaren Energiemengen und eingesparten CO₂-Emissionen; Verstärkung der Förderung durch Mittelumschichtung im Haushalt

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4759

Haushalt 2006; Nachtrag

Aufstockung der Fördermittel zur Energieeinsparung, zum Ausbau der regenerativen Energien sowie für Klimaschutzmaßnahmen

s. *Energieeinsparung*
Drs 13/4840

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Einsatz für eine aktuelle Verbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten, Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für inhereuropäische Flüge, verbesserte Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, für Fonds zur finanziellen Absicherung des Bohrrisikos bei Geothermieprojekten und zu mehr Energieeffizienz; verstärkter Einsatz von Biokraftstoffen, Umrüstung des landeseigenen Fuhrparks; Unterstützung von regionalen Energieagenturen; Ergebnisse von Prüfaufträgen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Landesgebäuden sowie zur Einführung bundesweiter Regelungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energien; Ausschreibung des Hochschulwettbewerbs zu energietechnischen Innovationen

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 18.01.2006 und Stellungnahme UM Drs 13/5065 (10 S.)

Anpassung der Hochwasserschutzplanungen an den Klimawandel

Anpassung der vorliegenden Planungen und bestehenden Hochwasserschutzanlagen an die aktuellen Modellrechnungen des Max-Planck-Instituts für Meteorologie

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/5233

Förderung der regenerativen Energien mit einem Klimaschutzprogramm

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Bewertung der Ökosteuer als Beitrag zum Klimaschutz

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 97

Diskrepanz zwischen der Zielsetzung im Umweltplan und der Mittelbereitstellung für Maßnahmen zum Klimaschutz

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 821 822

Erhöhung der Fördermittel für den Klimaschutz, Auswirkungen des Flächenverbrauchs auf das Kleinklima

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1022 1025 1026 1035 1037 1039

Klimaschädigende Emissionen des Flugverkehrs, Erhebung einer Klimaschutzabgabe

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1195 1198 1202

Beitrag der Programme des Bundes zum Klimaschutz, Förderung der regenerativen Energien mit dem Klimaschutzprogramm, Senkung der Emissionen von Treibhausgasen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1379 1388 1396 1397 1401 1402 1404

Klimaschädigende Emissionen des Flugverkehrs; Zunahme der Hochwassergefährdung durch den Klimawandel

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2419 2427 2438

Bezeichnung des Ausstiegs aus der Kernenergie als schädlich für den Klimaschutz

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3145 3148 3149 3152 3183-3185

Intensivierung der Anstrengungen im Hochwasserschutz und damit für den Klimaschutz, Vorhersage einer Zunahme extremer Wetterereignisse

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3443-3449

Vorwurf einer Vernachlässigung des Klimaschutzes durch die LReg, Hinweis auf die sich häufenden extremen Wetterereignisse
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3453 3456-3459 3462 3463 3468-3472

Feststellung einer Vernachlässigung des Klimaschutzes durch die LReg
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035 4036

Verstärkung der Anstrengungen für den Klimaschutz
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4151 4158

Abwendung der geplanten Einsparungen beim Klimaschutzprogramm; Benotung der Klimaschutzpolitik des Bundes
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319 4323-4327 4330 4332 4336-4338 4345

Verlagerung von Pkw-Verkehr auf den ÖPNV, Bewertung als Beitrag zum Klimaschutz
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4430

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Klimaschutz
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444

Bekennnis zu den Klimaschutzziele der EU und zur Förderung der erneuerbaren Energien
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4871

Bewertung der Klimaschutzpolitik des Landes
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4976

Feststellung einer Zunahme extremer Wetterereignisse und eines globalen Temperaturanstiegs, anthropogene Ursachen und Folgen des Klimawandels, Einräumung einer Verfehlung der Ziele im Klimaschutz
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054-5066 5101

Bezeichnung des Ausstiegs aus der Kernenergie als schädlich für den Klimaschutz, Verweisung auf ein Gutachten des WM zum Ausbau der erneuerbaren Energien
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5330-5334 5337

Verfehlung der angestrebten Ziele im Klimaschutz, Reduzierung der CO₂-Emissionen nach den Vorgaben des Kyoto-Protokolls
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5869 5913 5914

Bewertung der Klimaschutzpolitik anhand der eingesparten CO₂-Emissionen
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6055 6062 6066 6068-6070 6076

Verweisung auf das „Klimaschutz-Plus“-Programm, Bezeichnung des Ausstiegs aus der Kernenergie als schädlich für den Klimaschutz
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6438 6439 6442 6443 6449 6450 6452 6454 6456

Bezeichnung des Ausstiegs aus der Kernenergie als schädlich für den Klimaschutz
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6465 6471 6506

Veränderung der Vegetation durch die Klimaveränderungen, Feststellung einer Verlängerung der Vegetationsperiode um zwei Wochen
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6609 6610

Erweiterung der kommunalen Satzungsrechte, Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen als Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6817 6819 6821 6824 6826 6827

Bewertung des Beitrags der Windenergie sowie der Kernenergie zur Erreichung der Klimaschutzziele, Verstärkung der Anstrengungen für den Klimaschutz
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7023 7024 7026 7030 7031

Ermöglichung eines Anschluss- und Benutzungszwangs für Nah- und Fernwärmeanlagen als Beitrag zum Klimaschutz auf lokaler Ebene; energetische Nutzung von Biomasse; Schwerpunkte der Klimaschutzkonzeption des Landes
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043 7044

Plädoyer für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke aus Gründen des Klimaschutzes, Vermeidung von CO₂-Emissionen durch Energieeinsparung
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697 7698 7700 7701 7703 7707 7709 7714 7716 7717 7719

Klimaforschung

s. Umweltforschung

Klimaschutz

s. Klima

Klimaschutz- und Energieagentur

s. Energieberatung

Kloster

s.a. Kirche

Neues Kloster Bad Schussenried

Überlegungen zur künftigen Nutzung des Klosters und deren Finanzierung

KlAnfr Inge Utzt SPD 22.03.2005 und Antw FM Drs 13/4174

Sachstand Oberschwäbisches Museum im Neuen Kloster Bad Schussenried

Stand der angekündigten wissenschaftlichen Konzeption, der Förderzusage sowie der Gründung eines regionalen Trägervereins unter der Federführung des LKreises Biberach

MdlAnfr
s. Museum
Drs 13/4532

Klunzinger, Eugen Dr. MdL CDU

Würdigung der politischen Lebensleistung von Dr. Eugen Klunzinger und Verabschiedung nach 27 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

KMK

s. Ständige Konferenz der Kultusminister

Knochenkrankheit

Notwendigkeit einer Verbesserung der Früherkennung von Osteoporose

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2034

Kochertalbahn

Nebenbahn Gaildorf-Untergröningen (Kochertalbahn)

Gründe für die Übernahme und Stilllegung der Kochertalbahn durch die WEG, Höhe und Bedingungen der bisher gewährten Förderung bzw der notwendigen Investitionen und Betriebszuschüsse zum Weiterbetrieb für die nächsten zehn Jahre, Bemühungen des LKreises Schwäbisch Hall, Möglichkeiten und Konditionen für einen Weiterbetrieb

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 14.10.2005 und Antw IM Drs 13/4730

Baumaßnahmen und Verwendung von Fördermitteln des Landes BW an der Kochertalbahn (Gaildorf-Untergröningen) 1995 bis 2003

Zeitpunkt der Antragstellung und -bewilligung, der Durchführung, Überprüfung und Abrechnung der einzelnen Maßnahmen sowie der Auszahlung der Fördermittel; Frage nach Änderungsanträgen und tatsächlich vorgenommenen Änderungen oder der anderweitigen Verwendung von Bauelementen, insbes bei der Sanierung der Eisbachbrücke in Sulzbach

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 15.12.2005 und Antw IM Drs 13/4977

Köberle, Rudolf MdL CDU

Berufung und Vereidigung von Rudolf Köberle zum/als Staatssekretär mit der Amtsbezeichnung „Minister“ und zum Bevollmächtigten des Landes BW beim Bund

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 39

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Minister Rudolf Köberle in den Beirat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie in den Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr LReg 02.04.2002 Drs 13/893
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.04.2002 Drs 13/899
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1323
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1441-1449

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Innenministerium

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Kölner Dom

Beurteilung der Folgen eines gezielt herbeigeführten Flugzeugabsturzes auf den Kölner Dom, Vergleich mit dem Absturz auf ein Kernkraftwerk

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7169 7172 7173

Königsbau Stuttgart

Zukunft des landeseigenen Königsbaus am Stuttgarter Schlossplatz

Umbaupläne und damit verbundene Eingriffe in die historische Substanz, Alternativen bzw Auswirkungen eines Teilverkaufs

auf die gewerblichen Mieter; Erhaltung des Gesamtbauwerks im Landesbesitz

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 18.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/857
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1232 S. 13 14
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Körperlich behindertes Kind

s. Behindertes Kind

Körperschaftsteuer

Zukunft der Gewerbesteuer

Ausgestaltung und Auswirkungen des vorgeschlagenen Modells zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch Gemeindefiskusrechte bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, insbes Verlagerung der steuerlichen Belastung auf die Arbeitnehmer und damit Verschiebung des Steueraufkommens von den Gewerbestandorten auf die Pendlerwohnorte, Steuerausfälle für das Land infolge der notwendigen zusätzlichen Senkung der Einkommensteuersätze

Antr
s. Gewerbesteuer
Drs 13/1948

Steuervergünstigungsabbaugesetz / Neuregelung Gesellschafter-Fremdfinanzierung

Konsequenzen der o.g. Neuregelung des § 8a KStG zum Jahresbeginn bzw rückwirkend für ausländische Investoren beim Erwerb eines deutschen Unternehmens, Frage nach steuerrechtlichen Beispielen, die zuvor legale Vorgänge nachträglich als Missbrauch definieren; allgemeine Auswirkungen des SteuervergünstigungsabbauGes auf die Finanzierung mittelständischer Kapitalgesellschaften

KlAnfr
s. Steuerrecht
Drs 13/2841

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. Föderalismus
Drs 13/3727

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts

Antr
s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft
Drs 13/4367

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 205 206 209

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform, Rückgang des Körperschaftsteueraufkommens auf null

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 873

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1064 1071 1076 1080 1086

Entlastung der großen und mittleren Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1109

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1175 1176

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1582

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer, Schließung der Schlupflöcher

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2117 2118 2120 2123 2124 2126 2129 2131 2135

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform, Schließung der Schlupflöcher

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215 2219 2222-2225 2230 2233

Befreiung der Konzerne von der Körperschaftsteuer, Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2295

Verweisung auf die Entlastung von großen und kleineren Unternehmen, die GmbHs sind, durch die Körperschaftsteuerreform

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2358

Korrektur der Fehlentwicklung bei der Körperschaftsteuer im Interesse der BLänder

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2529

Entlastung der großen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform, Feststellung von Rückzahlungen in Höhe von 400 Mio Euro im Jahr 2001, Schließung der Schlupflöcher

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626 2628 2630 2631 2637 2638 2647 2680

Schließung der Schlupflöcher für die Konzerne bei der Körperschaftsteuer, Erinnerung an die missglückte Körperschaftsteuerneuordnung des Bundesfinanzministers; Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefzuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701 2703 2708 2713 2729 2760 2762 2764-2766 2768

Feststellung eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer infolge der Steuerreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896 2930

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefzuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer; Erinnerung an die missglückte Körperschaftsteuerneuordnung des Bundesfinanzministers

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3226-3232 3234-3237

Erinnerung an die missglückte Reform der Körperschaftsteuer, Korrektur der Fehlentwicklung

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3391 3395

Eintreten für einen Körperschaftsteuersatz von 36 %, Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefzuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3613 3628 3630 3636

Erinnerung an die missglückte Reform der Körperschaftsteuer, Korrektur der Fehlentwicklung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4040 4041

Erinnerung an die Entlastung der Kapitalgesellschaften durch die erste Stufe der Steuerreform mit der Folge eines Zusammenbruchs der Körperschaftsteuer

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4177 4180

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefzuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer; Erinnerung an die missglückte Reform der Körperschaftsteuer

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4369 4377

Erinnerung an die mit der Körperschaftsteuersenkung verbundene Hoffnung auf Wachstumseffekte

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4515

Vergleich der Körperschaftsteuersätze in den neuen EU-Beitrittsländern und Deutschland

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4770

Erinnerung an die missglückte Reform der Körperschaftsteuer

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5794

Erinnerung an die missglückte Reform der Körperschaftsteuer

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6113

Rückgang des Steueraufkommens mit der geplanten Senkung der Körperschaftsteuer auf 19 %

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6313

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefzuschlagsrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419

Senkung der Körperschaftsteuer von 25 auf 19 %, Vorschläge zur Gegenfinanzierung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479 6492

Erinnerung an die missglückte Reform der Körperschaftsteuer, Erfolgsaussichten einer neuerlichen Senkung der Körperschaftsteuer

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6542 6543 6545 6550 6553

Erinnerung an die missglückte Reform der Körperschaftsteuer
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6975

Körsch

Zunahme der Hochwassergefahr an der Körsch durch den Zuwachs versiegelter Gebiete
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3446

Kohle

s.a. Torf

Subventionsabbau und Beendigung der Blockadepolitik im BRat
Hinwirkung auf Abschaffung der Kohlesubventionen, Rückführung der Eigenheimzulage auf die energetische Sanierung und den Erwerb von Altbauten, Abbau der Entfernungspauschale sowie der Subventionierung inhereuropäischer Flüge durch Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes; Bericht über die Verhandlungsposition auf Bundesebene im FinA

Antr
s. Subvention
Drs 13/2190

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. Energiepolitik
Drs 13/3104

Einsparung des Steinkohlebedarfs von Kraftwerken durch Windkraftnutzung, Forderung nach Beendigung der Kohlesubventionierung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1392 1397

Kritik am Festhalten an der Kohlesubventionierung
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1831 1835 1836 1838

Kritik am Festhalten an der Kohlesubventionierung
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3142 3145 3148 3149

Abschaffung der Kohlesubventionen
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385 3387 3389 3393 3395 3403

Kritik am Festhalten an der Kohlesubventionierung
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3468-3470

Zurückdrängung der Kohle als Energieträger
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3625 3626

Kritik am Festhalten an der Kohlesubventionierung
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4514

Ersetzung der Kernkraftwerke durch neue Kohlekraftwerke, Vorwurf einer Privilegierung der Energieträger Braunkohle und Steinkohle in NRW durch den von Minister Clement erreichten Kompromiss zum Emissionshandel
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4737 4740 4743-4746

Kritik am Festhalten an der Kohlesubventionierung
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4976

Eintreten für eine Abschaffung der Steinkohlesubventionierung
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561 5564 5565

Ablehnung einer Ersetzung der Kernkraftwerke durch neue Kohlekraftwerke, Zurückdrängung der Kohle als Energieträger
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7702-7705 7713 7715 7717

Kohlekraftwerk

s. Wärmekraftwerk

Kohlendioxid

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

CO₂-Minderung durch Aufstockung des „Energieeinsparprogramms Altbau“

s. Energieeinsparung
Drs 13/657

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsengpässen und erhöhten CO₂-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr
s. Kernenergie
Drs 13/633

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes
Nutzung der KWK als Beitrag zur CO₂-Einsparung und damit zum Klimaschutz, Zielvorstellungen bis zum Jahr 2010, Umsetzung von Vorschlägen einer Studie des WM

Antr
s. Energienutzung
Drs 13/1222

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß

Antr
s. Kraftstoff
Drs 13/1595

Energiesparen und Einspar-Contracting bei Landesgebäuden

Entwicklung der Einsparungen an CO₂-Emissionen seit 1990 als Beitrag zum Klimaschutz

Antr
s. Energieeinsparung
Drs 13/1671

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen mit den Programmen „Impulsprogramm Altbau“ und „Energie-sparprogramm Altbau“, Wärmedämmung und energetische Sa-

nierung der Gebäude und Liegenschaften des Landes, Ergebnisse der konzertierten Aktionen „Klimaschutz durch Energiesparen“

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Klimaschutz in BW

Erfahrungen, ausgelöste Investitionen und Effizienz der Anreizprogramme zur CO₂-Minderung bei kleinen und mittleren Unternehmen, Kommunen und LKreisen sowie im privaten Wohnungsbau im Vergleich mit Bundesprogrammen; Nachfrageentwicklung und Bilanz des EnergieSparCheck-Förderprogramms seit 1999

Antr
s. *Klima*
Drs 13/1923

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industriebetriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emissionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes- oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr
s. *Umweltzertifikat*
Drs 13/2895

Klimaschutzprogramm des Landes

Vergleich der Ziele im Umweltplan mit der Entwicklung der CO₂-Emissionen, Anteil der verkehrsbedingten Emissionen, Auswirkungen der Kürzungen des „Energiesparprogramms Altbau“ und des „Demonstrationsprogramms zur rationellen Energienutzung“; Vorlage eines Klimaschutzprogramms zur Umsetzung der im Umweltplan verankerten Ziele

Antr
s. *Klima*
Drs 13/3462

Stand und Weiterentwicklung von Bau und Betrieb von Biogasanlagen in BW

Auflistung der vorhandenen und beantragten Anlagen und deren Leistung sowie der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Möglichkeiten der Zuführung von anderen energetisch nutzbaren Abfällen, Problematik der auftretenden Reststoffe und der Klärschlamm Entsorgung; Hinwirkung auf eine ökologisch verträgliche und rechtlich abgesicherte Betreibung und Entsorgung der Anlagen und ihrer Reststoffe

Antr
s. *Biogas*
Drs 13/4165

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Umfang der eingesparten CO₂-Emissionen durch das KWO und die Kernenergie insgesamt; erwartete Arbeitsplatzverluste am Standort Obrigheim; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau

und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/4247

Fortbildung der Führerscheininhaber in energiesparender Fahrweise

Einführung eines Bonus für die Teilnahme an einem Spritsparkurs bei der Umstellung der Kfz-Steuer auf Kohlendioxid als Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4682

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Ableichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KIAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4813

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für innereuropäische Flüge

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Minderung der CO₂-Emissionen bis 2005

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 97

Feststellung einer nur geringfügigen Reduktion des CO₂-Ausstoßes gegenüber dem Wert von 1990

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 430 432

Diskrepanz zwischen der Zielsetzung im Umweltplan und der Mittelbereitstellung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 821

Reduzierung der CO₂-Emissionen nach den Vorgaben des Umweltplans

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1022 1023 1026 1035

Erfolgsbewertung der Initiativen des Bundes zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, Reduktionsanteil der Windkraftnutzung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1379 1383 1388 1396-1398 1401 1402

Reduktion von CO₂-Emissionen durch den Einsatz von Biodiesel; Beitrag der Kernenergie zum Klimaschutz

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547 1548 1551 1553-1555

CO₂-Emissionen der Industrieländer; Konsequenzen in der Energie- und Verkehrspolitik, konkrete Förderung eingesparter Emissionen mit dem Klimaschutzprogramm, Plädoyer für das Quotenhandelsmodell

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827 1830-1832 1834 1836-1839

Umfang der Vermeidung von CO₂-Emissionen durch die Kernenergienutzung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3183-3185

Feststellung einer anhaltenden Zunahme der CO₂-Emissionen, Anmahnung weiterer Maßnahmen zum Klimaschutz

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3446

Unvereinbarkeit des Ausstiegs aus der Atomenergie mit der beschlossenen Reduzierung der CO₂-Emissionen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3458 3463 3468 3470 3472

Feststellung einer Entkopplung der CO₂-Emissionen und des Wirtschaftswachstums, konkrete Förderung eingesparter Emissionen mit dem Klimaschutzprogramm, Zielmarken der Konferenz von Kioto zur Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776-3778 3780 3782 3788

CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4069 4073

Umfang der Vermeidung von CO₂-Emissionen durch die Kernenergienutzung

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4130

Verfehlung der angestrebten Ziele bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4976

Waldschäden durch den Anstieg der CO₂-Emissionen, Verweisung auf die Rückführung im Verkehrsbereich

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5055 5057 5058 5061 5063 5064 5100

Vermeidung von CO₂-Emissionen durch die Kernenergienutzung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5330 5332 5333

Bevorzugung der Kohle beim Emissionshandel, Verweisung auf die bundesweit niedrigsten CO₂-Emissionen in BW, Beitrag der Kernenergie zum Klimaschutz

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5648 5653 5654 5661

Verfehlung der angestrebten Ziele bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Verweisung auf die Programme zur Förderung der Verringerung der Emissionen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5869 5913 5914

Bewertung der Klimaschutzpolitik anhand der eingesparten CO₂-Emissionen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6055 6062 6068-6070 6076

CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs und von Kohlekraftwerken, Reduzierung der Emissionen durch Erdwärmennutzung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436 6438 6442 6443 6449 6450 6452 6454 6456

Verfehlung der angestrebten Ziele bei der Vermeidung von CO₂-Emissionen, Verschärfung der Problematik mit dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6471 6506

Vermeidung von CO₂-Emissionen durch die Kernenergienutzung; Verschlechterung der CO₂-Bilanz durch den weltweiten Energiebedarf und den Einsatz fossiler Energieträger

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7024 7026

Unterstützung der Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß, Feststellung eines Rückgangs der CO₂-Emissionen des Lkw-Verkehrs

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043 7104

Vermeidung von CO₂-Emissionen durch die Kernenergienutzung und Energieeinsparung, Erschließung weiterer Einnahmen der EVU durch den Verkauf von Emissionszertifikaten im Falle einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7700 7701 7703-7705 7709 7714 7716 7717

Kohlenwasserstoff

s.a. Dioxin

ÖPNV- und SPNV-Investitionen in den Jahren 2000 bis 2007

Höhe der o.g. Investitionen, Vereinbarkeit mit der im Generalverkehrsplan angestrebten Verlagerung von Autoverkehr auf den öffentlichen Verkehr sowie Verkehrsvermeidung und damit Reduktion der Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen

KIAnfr

s. Personenverkehr

Drs 13/320

Kombinierter Verkehr

s. Güterverkehr

Kommission

s.a. Enquete-Kommission

s.a. Kommission nach Artikel 10 GG

s.a. Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform des Landtagswahlrechts

Antr

s. Wahlrecht

Drs 13/25

Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform der Verwaltungsorganisation

Aufgaben und Zusammensetzung einer Kommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus, Erarbeitung von Reformvorschlägen

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/26

Verwaltungsreform

Berufung einer Expertenkommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus und Erarbeitung von Reformvorschlägen, insbes Prüfung von Möglichkeiten zur Aufgabenübertragung von den LKreisen auf die Gemeinden und von den RegPräs auf die Regionen, Ministerien o.a. Verwaltungsträger

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/27

Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform des Landtagswahlrechts

Antr

s. Wahlrecht

Drs 13/450

Bedeutung des Berichts der Bull-Kommission für BW
Übertragbarkeit auf BW, Verbindung einer grundlegenden Neuausrichtung des öffentlichen Dienstes mit einer Verwaltungsreform

Antr
s. *Öffentlicher Dienst*
Drs 13/1819

Übersicht über Aktionsbündnisse, Netzwerke, Kooperationen, Runde Tische, Kommissionen, Zukunftsinitiativen, Offensiven und Allianzen

Auflistung der bestehenden und in dieser WP neu berufenen Gremien, Beurteilung der Arbeit und des Finanzbedarfs dieser Einrichtungen

KlAnfr
s. *Gremium*
Drs 13/2408

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Ermöglichung von Lösungen über das AusländerGes hinaus in besonderen humanitären Härtefällen

Antr SPD 01.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3344
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Aufenthaltsgewährung in Härtefällen und Einrichtung einer Härtefallkommission

Vorlage einer Rechtsverordnung mit o.g. Zielsetzung; Ermöglichung von Lösungen über das AusländerGes hinaus in besonderen humanitären Härtefällen; Regelungen über die Struktur, Zusammensetzung, Zuständigkeit und Rechte einer HFK; jährliche Berichterstattung gegenüber dem Ltg; Aussetzung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen bis zur Einrichtung einer HFK bzw während eines Verfahrens

Antr GRÜNE 13.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3361
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Abgeordnetenentschädigung und -versorgung

Erhöhung der Mindestdauer für eine Versorgungsanwartschaft auf zehn Jahre sowie des Mindestalters für den Bezug der Abgeordnetenversorgung auf 63 Jahre, Kürzung der Hinterbliebenenversorgung sowie des Überbrückungsgeldes für Hinterbliebene von Abgeordneten; Anhebung der steuerpflichtigen Entschädigung um 1,8 % zum 01.02.2005; Anpassung der steuerfreien Kostenpauschalen an die allgemeine Kostenentwicklung zum 01.08.2004; Prüfung einer Übertragung der Entscheidung über die Höhe der Abgeordnetenentschädigung auf ein externes Gremium durch ein Rechtsgutachten; Berufung einer unabhängigen Diätenkommission mit dem Ziel einer Umstellung des Entschädigungssystems und des finanziell eigenständigen Aufbaus einer Altersversorgung der Abgeordneten

Antr
s. *Abgeordneter*
Drs 13/3406

Einsetzung einer Kommission zur Reform des Landtagswahlrechts

Einsetzung des o.g. interfraktionellen Gremiums vom Präsidium, Regelung der Einzelheiten über die Zusammensetzung und das Verfahren im Präsidium

Antr
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3594

Ergebnisse, Bewertung und Umsetzung der von der LReg eingesetzten Kommission zur Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern in BW

Mitwirkende, Ergebnisse und Weiterführung der o.g. Kommission? Beurteilung gemessen an der vorgegebenen Zielsetzung von mehr Realitätsnähe, Gerechtigkeit und Transparenz der Lehrerarbeitszeit; Art und Zeitpunkt einer Abkehr von der reinen Deputatsregelung

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/3642

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Vorlage einer RechtsVO zur Einrichtung der o.g. Kommission nach dem AufenthaltGes: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl, der kommunalen Spitzenverbände, der Stabstelle des Ausländerbeauftragten u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen

Antr SPD 27.01.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/3978
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Erlass einer RechtsVO über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23 a AufenthaltGes

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung der Einrichtung des o.g. Gremiums, Zahl und spätere Abarbeitung der zurückgestellten ausländerrechtlichen Petitionen und Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsrechten, Erfahrungen aus anderen BLändern; unverzügliche Einrichtung der Kommission: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen; jährliche Berichtsvorlage

Antr GRÜNE 09.03.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4130 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Veränderungen des Vorschlags des Innenministers und des Ausländerbeauftragten zur Einrichtung einer Härtefallkommission

Gründe für die Abweichungen beim Quorum für Beschlussfassungen und der Besetzung, insbes bei den vorgeschlagenen Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, der kommunalen Spitzenverbände und Flüchtlingsverbände; Haltung des MinPräs zur Einrichtung der Kommission; Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme

Antr SPD 15.03.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4145 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5142 (24 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8009

Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge

Beurteilung der Antragsflut bei der Härtefallkommission bzw. des hohen Anteils von Empfehlungen für ein Bleiberecht an den IM sowie der diesbezüglichen Vorschläge des Vorsitzenden der Kommission; Hinwirkung auf eine Altfallregelung für wirtschaftlich und sozial integrierte Flüchtlinge, insbes. für Familien mit minderjährigen Kindern und unbegleitete Minderjährige, auf der bevorstehenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe

Antr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 13/4866

Bericht der Diätenkommission

Mittlg

s. *Diäten*

Drs 13/4990

Entschl zu dem GesEntw zur Änd des AbgeordnetenGes; hier: Vorbereitung eines Systemwechsels zur Umstellung auf die Brutotdiät und Umsetzung der Vorschläge der Diätenkommission zu systemimmanenten Reformen der Abgeordnetendiäten

Antr

s. *Diäten*

Drs 13/5169

Ersuchen der Härtefallkommission an das Innenministerium

Zahl und Art der Bescheidung der Härtefallersuchen seit Erstattung des Berichts über die Anwendung des § 23 a des AufenthaltGes

KlAnfr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 13/5244

Vorschlag zur Einsetzung einer Expertenkommission Verwaltungsreform

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 68 80 89 90 95 96

Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform des Landtagswahlrechts

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1203 1206

Kritik an der Einsetzung ständig neuer Kommissionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1811-1826

Wiederholung des Vorschlags zur Einsetzung einer Expertenkommission Verwaltungsreform; Kritik an der Einsetzung ständig neuer Kommissionen und damit Verschleppung notwendiger Entscheidungen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2124 2132 2134 2135 2145

Einrichtung einer Kommission zur Reform der Kommunalfinanzen auf Bundesebene, Stand der Diskussion über die Gewerbesteuer in der Kommission

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2219 2222 2223 2226 2228 2230 2231

Beklagung der Zahl von Kommissionen auf Bund-Länder-Ebene, Reduzierung um ein Drittel auf etwa 700

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2534 2540

Wiederholung des Vorschlags zur Einsetzung einer Expertenkommission Verwaltungsreform; Kritik an der Einsetzung ständig neuer Kommissionen und Verschleppung notwendiger Reformen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2905 2926 2927 2934

Zahl und Kosten von Kommissionen, externen Beratern und Gutachten auf Bundesebene; Frage nach den Kompetenzen der Ministerien

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162

Berufung einer unabhängigen Diäten-Kommission zur Umstellung des Entschädigungssystems und zum Aufbau einer eigenständigen Altersversorgung der Abgeordneten

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5355-5358

Einsetzung einer Kommission zur Reform des Landtagswahlrechts

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5831 5836 5837

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes, Kritik an der Ausgrenzung der ehrenamtlichen Asyalarbeitskreise; Einrichtung einer unabhängigen Diätenkommission

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5904 5908 5909 5918 5952

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6045 6049

Berufung einer unabhängigen Diäten-Kommission zur Umstellung des Entschädigungssystems und zum Aufbau einer eigenständigen Altersversorgung der Abgeordneten

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6169

Verwerfung einer Übertragung der Anpassung der Abgeordnetenentschädigung auf ein externes Gremium aus verfassungsrechtlichen Gründen, Berufung einer unabhängigen Diäten-Kommission zur Umstellung des Entschädigungssystems und zum Aufbau einer eigenständigen Altersversorgung der Abgeordneten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7009-7013

Berufung einer unabhängigen Diäten-Kommission zur Umstellung des Entschädigungssystems und zum Aufbau einer eigenständigen Altersversorgung der Abgeordneten

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7094-7097

Empfehlungen der Härtefallkommission für ein Bleiberecht von Flüchtlingen, Beklagung der Ablehnung vieler Fälle durch das IM; Berufung einer Kommission zur Neuregelung des Abgeordneten- und Landtagswahlrechts, Kritik an der mangelnden Bereitschaft zur Umsetzung der Ergebnisse der Diätenkommission

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7654 7662 7663 7735-7738 7740-7742

Evaluation der Härtefallkommission, Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem PetA, Notwendigkeit einer Altfallregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7798 7802 7803

Ankündigung einer Befassung mit den Vorschlägen der Diätenkommission zur Neuregelung des Abgeordneten- und Landtagswahlrechts in der nächsten WP

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7898-7903

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes, Bewertung der Unabhängigkeit, Zusammensetzung und Arbeit dieses Gremiums; Kritik an der Ausgrenzung der Vertreter von Flüchtlingsorganisationen sowie an der zögerlichen Einsetzung der Kommission; Ankündigung von Konsequenzen aus dem Bericht der Diäten-Kommission in der nächsten WP

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003-8008 8013

Kommission der Europäischen Gemeinschaft

s. Europäische Kommission

Kommission Kerntechnik

s. Nukleare Sicherheit

Kommission nach Artikel 10 GG

Wahl der Mitglieder der Kommission nach Artikel 10 GG

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 181 196

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium

Drs 13/2

Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

s.a. Rundfunk

13. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Mittlg LReg 29.01.2002 Drs 13/710

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/773

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1313

14. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Mittlg LReg 27.01.2004 Drs 13/2836

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385

BeschlEmpf und Bericht StändA 24.06.2004 Drs 13/3284 (24 S.)

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5276

Unterstützung der Resolution des SWR-Rundfunkrats vom 24.09.2004 durch die LReg

Eintreten für die Beachtung des gesetzlich festgelegten Gebührenverfahrens und damit für die von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) empfohlene Erhöhung der Rundfunkgebühren um 1,09 Euro

Antr

s. Rundfunkgebühren

Drs 13/3595

15. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Mittlg LReg 09.02.2006 Drs 13/5154

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7869

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/132 (16

S.)

PIPr 14/8 27.07.2006 S. 262-271

Kritik am Abweichen der MinPräs vom Gebührenvorschlag der KEF, Feststellung einer Stärkung der künftigen Verantwortung der KEF

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6225 6227-6229

Kommunalabgaben

s.a. Abwasserabgabe

s.a. Erschließung von Bauland

s.a. Fischereiabgabe

s.a. Jagdabgabe

s.a. Kurtaxe

Änd des Erschließungsbeitragsrechts zur Vermeidung von Härten durch Mehrfacherschließungen

Gründe für die Verzögerung der angekündigten Novellierung des KommunalabgabenGes bzw der dazu vorher notwendigen Überarbeitung des LandesgebührenGes

MdlAnfr

s. Erschließung von Bauland

Drs 13/1475

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Verbraucherfreundlichkeit

Frage nach einer Ausnahmeregelung im KAG zur Erhebung von Kurtaxe von ortsfremden Tagungsteilnehmern; Ermöglichung einer gelockerten Handhabung der Sperrzeitenregelung für Musik- und Tanzveranstaltungen

Antr

s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe

Drs 13/2592

Novellierung des KommunalabgabenGes

Vorlage des zum ersten Quartal 2003 angekündigten GesEntw

MdlAnfr 2) Herbert Moser SPD 08.03.2004 Drs 13/2976

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4584 4585

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw

s. Gebühren

Drs 13/3477

KommunalabgabenGes (KAG)

Neuregelung des Erschließungsbeitragsrechts; Einführung des Begriffs der öffentlichen Leistung im kommunalen Gebührenrecht; Vereinfachung der gerichtlichen Kontrolle von Abgabensätzen; Erhebung privatrechtlicher Entgelte; Gebührenfähigkeit von Gemeinkosten, Verzinsung des Anlagekapitals und Ab-

s.a. *Kommunaler Umweltfonds*
s.a. *Kommunalwahl*
s.a. *Kreis (Gebietskörperschaft)*
s.a. *Kurort*

s.a. *Meldewesen*
s.a. *Öffentliches Unternehmen*
s.a. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*
s.a. *Städtebau*
s.a. *Wohngebiet*
s.a. *Zweckverband*

Gemeindegrenzen überschreitende Tätigkeit von Stadtwerken
Auswirkungen des Örtlichkeitsprinzips für Stadtwerke nach der Liberalisierung des Strommarkts, Beurteilung der unterschiedlichen Praxis der RegPräs bei der Umsetzung bzw der Ausnahmen in anderen BLändern, Hinwirkung auf eine einheitliche Rechtsaufsicht bzw eine bundesweit einheitliche Regelung iRd Beratungen der IMK

Antr
s. *Öffentliches Unternehmen*
Drs 13/535

Verantwortung der BReg für die aktuellen Finanzdaten des Landes und der Kommunen in BW

Aktuelle Debatte
s. *Finanzpolitik*
PIPr 13/21 S. 1167

Verteilung von Landesmitteln auf die einzelnen Regierungsbezirke

Höhe der jeweiligen Zuweisungen seit 1996 - auch an alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, Differenzierung nach Pro-Kopf-Zuweisungen, nach dem jeweiligen Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt

Antr
s. *Subventionsbericht*
Drs 13/975

Kindergartenförderung in gemeindeübergreifenden Einrichtungen

Berücksichtigung unterschiedlicher Träger und pädagogischer Ausrichtungen bei der Kindergartenförderung durch die Gemeinden, Bewertung der Entscheidungen des BVerwG und VGH

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/1290

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Entwicklung der o.g. Betätigung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen seit 1992, Frage nach einer drittschützenden Wirkung des § 102 GemO sowie nach Eingriffsmöglichkeiten und -handlungen der Rechtsaufsicht in den letzten fünf Jahren, Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, Beschränkung auf Ausnahmen, Normierung eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs Dritter gegenüber den Kommunen? Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegründeten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau sowie eines Kreisplanungsamts bei Leistungen der Bauwerksplanung und Grünplanung

Antr FDP/DVP 02.10.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1367
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2306-2315

Haushaltsentwicklung bei Land und Kommunen aufgrund verfehlter Rahmendaten der Bundespolitik

Aktuelle Debatte
s. *Haushalt (Finanzen)*
PIPr 13/34 S. 2137

Ursachen und Wege aus der schwersten Finanzkrise der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland

Aktuelle Debatte
s. *Finanzpolitik*
PIPr 13/35 S. 2215

Kooperationen zwischen Kommunen und Hochschulen an den Hochschulstandorten BW

Auflistung und Fördermöglichkeiten der o.g. Zusammenarbeit, Frage nach Vertretern der Kommunen oder Regionen in den Hochschulräten

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1643

Finanzverflechtungen zwischen Land und Kommunen

Gemeinsam finanzierte Aufgaben von Land, Kommunen, LKreisen und Stadtkreisen bei einem Finanzierungsanteil des Landes unter 10 %; zuständige Behörden und Mitarbeiter zur Verwaltung der jeweiligen Haushaltstitel

Antr
s. *Subvention*
Drs 13/1673

Anträge von Gemeinden auf Bezeichnung als Stadt

Frage nach abgelehnten Anträgen in den letzten fünf Jahren; Beurteilung einer erneuten „Restaurierung“ des Stadtprädikats der Gemeinde Langenargen bzw eines Rechtsanspruchs auf Wiederverleihung ihres historisch begründeten Stadtprädikats

Antr
s. *Langenargen*
Drs 13/1707

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Ges zur Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes
Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Pauschalierung der Zuschüsse, Regelung der Förderansprüche der Einrichtungsträger, ergänzende Angebote für die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und Tagespflege, Definition des Bildungsauftrags aller Einrichtungen sowie der integrativen Erziehung behinderter Kinder in gemeinsamen Gruppen

GesEntw
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/1739

Kommunale Frauenförderung in BW

Zahl, Beschäftigungsverhältnis und -umfang von kommunalen Frauenbeauftragten in den Kommunen und LKreisen im Vergleich zu anderen BLändern; jeweiliger Stand der Erstellung eines Frauenförderplans nach dem Landesgleichberechtigungsges

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/1772

Cross-Border-Leasing

Frage nach Kriterien und Möglichkeiten der kommunalaufsichtsrechtlichen Prüfung und Genehmigung o.g. Verträge von Kommunen mit US-Investoren, u.a. Prüfung der Vereinbarkeit mit dem EU-Vergaberecht, der Risiken einer Insolvenz des Investors, von Gerichtsverfahren und Schadenersatzforderungen; Verpflichtung der Kommunen zur Weitergabe des finanziellen Vorteils über die Gebühren? Haftungsrisiken des Landes; Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinderäte; Beurteilung des angestrebten Verbots in Bayern; Auflistung der bisher geschlossenen Verträge und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/1885

Gemeindefinanzreform rasch zum Abschluss bringen - Wege zur Konsolidierung der Kommunal Finanzen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2757-2768

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Daten bei den Gemeinden, großen Kreisstädten, LKreisen und Landeswohlfahrtsverbänden seit 1993, Einnahmen aus Steuern und allgemeinen sowie Zuweisungen nach dem FAG, Leistungen nach dem BSHG und KJHG u.a. Sozialleistungen, Zuführungen und Ausgaben der Vermögenshaushalte, Genehmigungsfähigkeit der Haushalte 2002/03; Beurteilung von Vorschlägen zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage, zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer, zur Initiierung eines kommunalen Zinsinvestitionsprogramms vonseiten des Bundes, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG, Abbau von Mischfinanzierungen u.a.

GrAnfr FDP/DVP 27.03.2003 und Antw FM Drs 13/1945 (23 S.)
Antr CDU und FDP/DVP 26.06.2003 Drs 13/2198
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3225-3237

Zukunft der Gewerbesteuer

Ausgestaltung und Auswirkungen des vorgeschlagenen Modells zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch Gemeindezuschlagsrechte bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, insbes Verlagerung der steuerlichen Belastung auf die Arbeitnehmer und damit Verschiebung des Steueraufkommens von den Gewerbestandorten auf die Pendlerwohnorte, Steuerausfälle für das Land infolge der notwendigen zusätzlichen Senkung der Einkommensteuersätze

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 13/1948

US-Cross-Border-Leasing und Kommunalverfassungsrecht

Vorlage und Prüfung von geplanten CBL-Geschäften bzw der zugrunde liegenden Verträge durch die Rechtsaufsichtsbehörden seit 1995, Auflistung der beteiligten Gemeinden und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, Art der avisierten Rechtsgeschäfte, Höhe der Transaktionsvolumina, Ergebnisse der Überprüfungen; Überführung des erzielten Barwertvorteils in den allgemeinen Haushalt bzw den Gebührenhaushalt, nachträgliche Erhöhung der Eigenmittel bei einer vom Land geförderten Investition, Auslösung von Rückerstattungsansprüchen des Landes?

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/2055

US-Cross-Border-Leasing im Lichte der Rechtsprechung des BGH

Beurteilung o.g. Entscheidung zu einem kommunalen Leasinggeschäft, Konsequenzen für die kommunale Rechtsaufsicht bzw die durchgeführten und noch geplanten CBL-Geschäfte, Begründung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinden gegenüber der Rechtsaufsicht bzw dem Land?

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/2124

US-Cross-Border-Leasing und Zuwendungsrecht

Höhe der Förderung der in Drs 13/2055 aufgelisteten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die zu Gegenständen von CBL-Geschäften wurden; Frage nach der Praxis, den rechtlichen Grundlagen und evtl Ermessensspielräumen zur Rückforderung der gewährten Zuschüsse bzw Abschöpfung des erzielten Barwertvorteils; Darlegung der Vorgehensweise bei dem für eine CBL-Transaktion vorgesehenen Kanalnetz der Stadt Ulm

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/2201

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Entwicklung der Zahl, Themen und des Schicksals von Bürgerbegehren seit 1975; Anteil und Gründe der für unzulässig erklärten bzw der vom Gemeinderat angenommenen Begehren; Vergleich der Rechtslage und Praxis mit Bayern; Ermöglichung der Bürgerbegehren und Direktwahl der obersten Repräsentanten auch in den LKreisen und Regionen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform; Absenkung des Quorums und der Themenbeschränkung für Bürgerentscheide, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Ges zur Änd der Gemeindeordnung für BW

Verbot von Rechtsgeschäften der Kommunen mit hohen finanziellen Risiken wie z.B. US-Cross-Border-Leasing; Versagung der Genehmigung solcher Transaktionen mit Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge unter Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Ausland

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/2282

Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch die geplante Steuerreform der BReg

Ausweitung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe: Abwendung einer Verminderung des Einkommensteueraufkommens der Gemeinden, die Wohnort, aber nicht Arbeitsort sind

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 13/2414

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung
Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2453

Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen iRd Verwaltungsreform

Antr SPD 15.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2505
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW
Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung: Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2577

Perspektiven der zentrumsnahen Grundversorgung in Städten und Gemeinden BW

Förderung der innerörtlichen Zentralität von Einzelhandel und Dienstleistungen, Einflussmöglichkeiten über die Landesplanung, Regionalplanung und kommunale Planung; Zielsetzungen der Städtebauförderung; Unterstützung kommunaler Marketingmaßnahmen

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 18.12.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2760 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.05.2004 Drs 13/3239 S. 20-23
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Reform der Grundsteuer

Beurteilung des Vorschlags der Finanzministerkonferenz, Auswirkungen auf die Einnahmen der Kommunen, Bewertung von Immobilien durch die kommunalen Gutachterausschüsse auch für andere Steuerarten, insbes für die Erbschaftsteuer

Antr
s. *Grundsteuer*
Drs 13/2918

Veranstaltungs- und Teilnahmeverbote für Kommunalbedienstete iRd bevorstehenden Kommunalwahlen

Beurteilung o.g. Verbote von LKreisen und Kommunen unter rechtlichen und demokratiepolitischen Aspekten

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/2992

„Business Improvement Districts“ (BID)

Förderung der aus den USA kommenden Methode zur Revitalisierung und Stärkung von innerstädtischen Geschäftsbereichen, Initiierung und Begleitung entsprechender Modellprojekte in den Städten und Gemeinden des Landes

KlAnfr
s. *Business Improvement Districts*
Drs 13/3005

Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kommunen bei den Fördersätzen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsges (GVFG)

Vergleich der Fördersätze mit Bayern, Hessen und RPF für Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV differenziert nach Bundesprogramm und Länderprogrammen; Berücksichtigung der individuellen Finanzkraft der jeweiligen Kommune, Verzicht auf die Einführung eines Selbstbehalts

Antr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/3066

Bagatellgrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Frage nach Wertgrenzen für die freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung beim Land und den Kommunen, Zulässigkeit nach der Gemeindeordnung? Auswirkungen beim örtlichen Handwerk und Mittelstand

KlAnfr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/3121

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG

Ausgestaltung des Selbstbehalts nach der Wurzelformel, Gewichtung der Faktoren Einwohnerzahl, Straßentyp und Bausumme bei der Höhe der Förderung von Projekten nach dem ÖPNV-Landes- und -Bundesprogramm bzw des kommunalen Straßenbaus; Klärung von widersprüchlichen Aussagen in der Stellungnahme zu Drs 13/2869

Antr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/3159

Zuweisungen des Landes an die Kommunen im Überblick

Entwicklung der Zuweisungen von 1995-2007, Begründung der Veränderungen, insbes des Rückgangs während der ersten neun Monate 2003 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum bei etwa gleich hohen Steuereinnahmen (nach Angabe des statistischen Landesamts)

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/3198

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weite-

ren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Gemeindegewirtschaftsrecht

Verstöße gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Auflistung bzw Abfrage konkreter Fälle, u.a. Durchführung von Speditionsaufträgen, Reisediensten, Gartenbauarbeiten, Bestatungen, von städtischen Betrieben und Versorgungsunternehmen in Mannheim, Heidelberg, Ulm, Offenburg, Singen, Lörrach, Nussloch, Tübingen und Bruchsal; Frage nach Maßnahmen gegen die Verstöße

Antr
s. *Gemeindegewirtschaftsrecht*
Drs 13/3222

City-Privileg bei Regelung zum Ladenschluss

Beurteilung einer räumlichen Differenzierung der Öffnungszeiten; Ermöglichung einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten durch die Kommunen für innerstädtische Einzelhandelsstandorte an Werktagen

Antr
s. *Ladenschluss*
Drs 13/3362

Zukunft des Einzelhandels in BW

Entwicklung o.g. Unternehmen seit 1994 differenziert nach Branchen, Größen, Umsätzen, Vertriebsformen, Zahl von Beschäftigten und Auszubildenden; Gewährleistung eines flächendeckenden Angebots von Einzelhandel und Dienstleistungen für die Verbraucher; Hinwirkung auf gemeinsame Aktionen sowie Vorgaben für den großflächigen Einzelhandel durch die Regionen; Bewertung des örtlichen Lebensmitteleinzelhandels als kommunale Daseinsvorsorge; Erarbeitung von Vorschlägen zur Einbeziehung von Kunst und Kultur gemeinsam mit den Kommunen; Einbeziehung der örtlichen Einzelhändler bei wichtigen Entscheidungen, wie z.B. Bauleitplanung, der Kommunen

Antr
s. *Handel*
Drs 13/3488

Privatisierung kommunaler Sozialaufgaben

Beispiele und Erfahrungen o.g. Privatisierungen unter Subsidiaritätsgesichtspunkten, Auswirkungen auf die Kontinuität und Qualität der geleisteten Arbeit, Erzielung von Einsparungen?

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 13/3568

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Entwicklung des Flächenverbrauchs seit 1994, Maßnahmen zur Umsetzung der mit dem Umweltplan BW angestrebten Reduzierung, Unterstützung der Gemeinden im Vorfeld der Fortschreibung der kommunalen Flächennutzungsplanung, Werbung um die Aufstellung von Baulückenkatastern, Anreize der Förderprogramme zur verstärkten Innenentwicklung der Kommunen in Ballungszentren und im ländlichen Raum

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/3755

Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahversorgung)

Ursachen und Folgen der rückläufigen Entwicklung; Beurteilung der von Kommunen sowie Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen entwickelten Konzepte zur Trendumkehr, insbes Förderung von Arbeitsplätzen für Behinderte, der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte sowie von Serviceleistungen der Gemeinden, Energieversorger, Banken, Post u.a.; Entwicklung einer entsprechenden Strategie sowie von Empfehlungen an die Kommunen zur Nutzung der Möglichkeiten des Planungsrechts

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/3779

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Änd des FinanzausgleichsGes sowie der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Kommunale Planungshoheit bei Identität von Baurechtsbehörde und Gemeinde

Konsequenzen aus einem Urteil des BVerwG, Wahrung der Belange der Planungshoheit der Gemeinden

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 25.01.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/3968
BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.04.2005 Drs 13/4312 S. 27
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Konsultationsvereinbarung des Landes mit den Kommunen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips

Anstreben einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Regelung der Finanzierung von übertragenen oder gemeinsamen Aufgaben und zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips, Übernahme der Regelung der österreichischen Vereinbarung sowie der Gutachter-Regelung nach bayerischem Vorbild

Antr
s. *Konnexitätsprinzip*
Drs 13/4079

Ausgleichsfonds zur Zwischenfinanzierung der Kürzung von Zuweisungen des Landes -Kommunalzwang-

Einrichtung einer neuen mittelfristigen Kreditfazilität bei der Landesbank BW zur zeitlich begrenzten Kompensation der Kürzungen iRd kommunalen Finanzausgleichs, Tilgung durch Abzug von künftigen Zuweisungen an die jeweilige Kommune und Zuführung an den Ausgleichsfonds

Antr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/4080

„City-Maut“ als wirksames Instrument zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung in den baden-württembergischen Städten

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage zur Schaffung einer Regelung auf Landesebene; Vorlage eines GesEntw zur Ermächtigung der Kommunen zur Einführung einer City-Maut und Verwendung der Einnahmen für den Ausbau des ÖPNV

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4139

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Fortschreibung der Antwort auf die GrAnfr 13/1945, Entwicklung der Anteile des Landes und der Kommunen am Nettosteueraufkommen bzw Einschätzung nach der letzten Steuerschätzung, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat

Antr FDP/DVP 01.06.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4367 (16 S.)

Abweichung der Gemeinden von kommunalbelastenden Standards

Bisherige Nutzung o.g. Möglichkeiten des Standardbefreiungsges, Begleitung der Entwicklung, Frage nach vorgelegten und von den Rechtsaufsichtsbehörden ausgewerteten Berichten sowie nach entsprechenden Erfahrungen in anderen BLändern

Antr Hans Heinz u.a. CDU 04.07.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4471
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 26 27
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Forstwirtschaftliche Verarbeitung von Erdaushub und die steuerrechtlichen Konsequenzen

Gegenseitige Aufrechnung der Vergütungsansprüche aus der o.g. Praxis zwischen Gemeinde und Bauunternehmer, Beurteilung aus abfall- und steuerrechtlicher Sicht, insbes des Verzichts der Gemeinden auf Einnahmen aus der Umsatzsteuer

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/4522

Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen iRd Bauleitplanung

Nutzung von Möglichkeiten zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen bereits vor einem Eingriffs-Bebauungsplan sowie von gemeinsamen Ausgleichsmaßnahmen und Ökokonten mehrerer Kommunen bzw der Handelbarkeit von Ökokonten zwischen Gemeinden; erwartete Änderungen iRd Novellierung des LandesnaturschutzGes

KlAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 13/4626

Verleihung der Bezeichnung „Stadt“ an Gemeinden

Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge auf o.g. Verleihung in den letzten zehn Jahren; Konkretisierung der zu erfüllenden Voraussetzungen nach § 5 Abs 2 der Gemeindeordnung bzw der dazu ergangenen Verwaltungsvorschrift; Einschätzung der mit einer Aufstufung verbundenen Vorteile und Kosten einer Gemeinde

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 21.09.2005 und Antw IM Drs 13/4665

Ges zur Änd des Gemeindegewirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des Aufwandsentschädigungsges

GesEntw
s. *Gemeindegewirtschaftsrecht*
Drs 13/4767

Situation des Bürgerschaftlichen Engagements in BW in Bezug auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung

Auflistung der am o.g. Netzwerk beteiligten Kommunen und deren Unterstützung, Höhe und Auswirkungen der Kürzungen des Landes, der Vereine und Verbände; Gefährdung von Initiativen durch diese Kürzungen und globalen Minderausgaben; Projekte von Corporate Citizenship im Jugend-, Senioren-, Umwelt- und Sportbereich; Art der Vermittlung des Engagements von Unternehmen bei Vereinen und Verbänden

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/4906

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbaugewerken; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Markts durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeforderten Bewerber u.a.m.

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/4916

Einräumung eines Mitwirkungsrechts der Kommunen bei finanziell relevanten Gesetzgebungsvorhaben in den Ausschüssen

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Vertretung der Interessen der Kommunen in den Verhandlungen um eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Beteiligung der Gemeinden an den Veranstaltungen zum 50-jährigen Jubiläum des Landes

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 52 53 55 60

Kritik an der erhöhten Einbeziehung der kommunalen Steuerkraft in den neuen Länderfinanzausgleich; Anstreben eines fairen Lastenausgleichs im Finanzverhältnis mit den Kommunen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 63-67 75 76 86 89 94 95 104 107 108 111 112 119

Kritik an der erhöhten Einbeziehung der kommunalen Steuerkraft in den neuen Länderfinanzausgleich; Mitwirkung der Kommunen bei der Errichtung von Mobilfunkanlagen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203 240-246

Forderung der Kommunen nach einer Reform der Verwaltungsorganisation des Landes; Zuständigkeit der Gemeinden für die Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 285-287 289 290 312-320

Suche nach einem fairen Ausgleich für die Kommunen im Falle der Abschaffung der Gewerbesteuer; Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden; Ablehnung einer kommunalen Vorfinanzierung von Straßenbauprojekten

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 640-642 672

Unterstützung der Gemeinden beim Ausbau der Kinderbetreuung und Ausstattung der Schulen mit PC; Abbau von Mischfinanzierungen, Übertragung von mehr Aufgaben und Mitteln auf die Kommunen; Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 804-806 816 818 819 822-825

Verbesserte Unterstützung der Kommunen bei der Kinderbetreuung und Schulausstattung mit PC, Kritik an der Abwälzung der Kosten auf die Kommunen; Notwendigkeit einer Gemeindefinanzreform

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 842 849 850 854 855 869-871 877-880 894 895 898 901-905 911 912

Finanzierung der Medienausstattung der Schulen gemeinsam mit den Kommunen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 988 992

Investitionsquote und Verschuldung der Kommunen, Qualität der Partnerschaft zwischen Land und Kommunen, Bereitstellung der finanziellen Mittel zur Übernahme neuer Aufgaben, Einrichtung einer Kommission auf Bundesebene

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1085-1092

Bereitstellung der finanziellen Mittel bei einer Aufgabenübertragung auf die Kommunen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1105 1110 1111

Unterstützung der Gemeinden beim Ausbau der Kinderbetreuung, Stärkung der kommunalen Kompetenz als Schulträger, Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen; Verzicht von Kommunen auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1738 1741 1747 1752 1759-1761 1763 1765-1767 1774-1776 1779 1782-1784 1786 1787 1789 1791-1794 1804-1807

Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Kritik an der Verweigerung zusätzlicher Mittel für die Kinderbetreuung; Verzicht von Kommunen auf die Erhebung der Fehlbelegungsabgabe; Erhaltung der kommunalen Bindung der Sparkassen; Stärkung der Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene; Engagement in der Dritten Welt

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1896 1897 1902 1903 1906 1924-1930 1933-1939 1944 1946

Notwendigkeit einer Verwaltungsreform, Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Vorwurf der Eröffnung von Nebenkriegsschauplätzen mit der Verbannung von Bürgermeistern aus Kreistagen und der Vereinfachung von Bürgerbegehren

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2372-2374 2376-2380 2383 2386 2387 2390 2391 2394 2395

Übertragung von Aufgaben und Finanzautonomie auf die Kommunen, Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung in Europa; Delegation der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Anmahnung eines stärkeren finanziellen Engagements des Landes

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2529-2531 2533 2534 2536 2537 2539 2541 2556-2574 2596 2597

Finanzlage der Kommunen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2636

Notwendigkeit einer Verwaltungsreform und Gemeindefinanzreform, Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen, Kommunalisierung der Schulen, Würdigung der kommunalen Selbstverwaltung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2721 2724 2727-2729 2731 2732 2736 2738 2739 2757-2768 2787

Zuweisung von Ämtern, Aufgaben und Personal an die Kommunen iRd vorgesehenen Verwaltungsreform; Bereitstellung der notwendigen Mittel; Dringlichkeit einer Gemeindefinanzreform, Einräumung eines Zuschlagsrechts bei der Einkommensteuer

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894-2898 2900-2903 2906-2917 2919-2921 2924 2930-2932 2938

Entlastung der Kommunen durch Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Verbesserung der Investitionsfähigkeit, Dringlichkeit der Gemeindefinanzreform; Reduzierung des Flächenverbrauchs mithilfe von Zielvereinbarungen zwischen den Regionalverbänden und Gemeinden

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3017 3018 3042-3050

Bedeutung der Kommunen als die den Bürgern nahe liegende Entscheidungsinstanz, Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im EU-Verfassungsvertrag; Stärkung der Bürgernähe durch Aufgabenverlagerung auf die Kommunen im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3308 3312 3313 3316 3319 3324 3330 3334-3341 3343-3347

Verschärfung der Finanznot der Gemeinden durch das Scheitern des SteuervergünstigungsabbauGes im BRat, Auswirkungen des Vorziehens der Steuerreform, Erwartung einer Kompensation der Steuerausfälle; Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge vor den Liberalisierungsbestrebungen der EU

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385 3386 3388 3389 3391 3395 3396 3439-3443

Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen, Eingliederung von Sonderbehörden in die Stadtkreise im Zuge der Verwaltungsreform, Abbau überflüssiger Standards; Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3605-3608 3612 3613 3623 3624 3631 3632 3634-3637 3640 3641 3646 3647 3652

Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch den erreichten Kompromiss im Vermittlungsausschuss; Fortsetzung der fairen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen; Kritik an der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007-4009 4011 4016 4018 4019 4026 4030 4031 4034 4036 4037 4040 4047-4054

Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung durch den erreichten Kompromiss im Vermittlungsausschuss, Begrüßung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei den Kommunen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4093-4095 4098-4102

Bekräftigung einer fairen Partnerschaft mit den Kommunen; Dringlichkeit einer Gemeindefinanzreform, Einräumung eines Zuschlagsrechts bei der Einkommensteuer; Übertragung von Aufgaben mit entsprechender Finanzausstattung auf die Kommunen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4148 4150 4154-4156 4159 4175 4176 4183 4188 4193-4196 4203-4205 4209-4213 4216 4220 4221

Würdigung der Partnerschaft zwischen Land und Kommunen bei der Kulturförderung; Verstärkung der Städtebauförderung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4250 4251 4254 4284 4288

Vorwurf des Sparens auf Kosten der Kommunen; Notwendigkeit einer Gemeindefinanzreform, Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindefinanzrecht auf die Einkommensteuer

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4325 4328-4335 4339 4366 4369 4370

Bewertung der Einsparungen zulasten der Kommunen, Feststellung steigender Einnahmen aus der Gewerbesteuer, Notwendigkeit einer Gemeindefinanzreform

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4443 4445 4446 4452 4454 4455 4460

Höhe der Steuerausfälle für die Kommunen im Falle der Umsetzung des Steuerreformmodells von Prof. Kirchhof

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4502

Verstöße von Kommunen gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Ergänzung der GemO um eine Privatisierungsklausel mit drittschützender Wirkung, Definition von Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5105-5112

Zuordnung von Aufgaben mit entsprechender Finanzausstattung an die Kommunen nach dem Subsidiaritätsprinzip; Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Gemeinden, Initiierung eines Netzwerks; Ausbau von Ganztagschulen durch die Kommunen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5497 5499 5500 5505-5507 5514 5518 5522-5527

Ermöglichung der Delegation der Abwicklung des neuen Arbeitslosengelds II von den LKreisen auf kreisangehörige Gemeinden, Beurteilung der Kostenerstattung vonseiten des Bundes, Kritik an den Kürzungen des Landes zulasten der Kommunen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5615-5619

Rückübertragung von Aufgaben mit entsprechender Finanzausstattung auf die Kommunen; Begründung der Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641 5643 5644

Bewertung der Aufteilung von Aufgaben und Ausgaben zwischen Land und Kommunen bzw der jeweiligen Investitionsspielräume, Kritik an den Einsparungen zulasten der Kommunen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5796 5797 5804 5810-5812 5814 5821 5822 5826 5847 5849-5853

Fortsetzung der fairen Partnerschaft mit den Kommunen, Bezeichnung der Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich als maßvoll; Verteidigung der kommunalen Daseinsvorsorge gegen Angriffe der EU

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5874 5878 5898 5902-5906 5919 5927-5929 5932 5934 5936 5938 5939 5941 5942

Rechtfertigung der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich, Anstreben eines zweiten Gesetzes zur Entlastung der Kommunen, Einrichtung eines kommunalen Ausgleichsfonds; Anstreben einer dezentralen Energieversorgung mit einem Bündnis von Kommunen und Stadtwerken

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6109 6112 6130 6131 6136

Rechtfertigung der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich mit der geringeren Verschuldung und besseren Einnahmesituation der Kommunen, Anstreben eines zweiten Gesetzes zur Entlastung der Kommunen; Förderung ehrenamtlicher Einrichtungen durch die Kommunen

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6146 6148 6153

Klärung strittiger Finanzierungsfragen mit den Kommunen, insbes bei Einführung einer Kindergartenpflicht, der Sprachförderung und Orientierungspläne; Anstreben einer klaren Zuordnung der Verantwortung für Kindergarten und Schule; Zubilligung von mehr Entscheidungsspielräumen der Kommunen mit dem neuen Erschließungsbeitragsrecht

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213-6223 6244-6248

Anstreben einer Vereinbarung mit den Kommunen über die Kosten- und Aufgabenteilung für Bildung und Betreuung; Fortführung der Finanzpartnerschaft mit den Kommunen; Neuordnung der Gemeindefinanzen auf Bundesebene

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6411 6412 6419 6421 6422 6425-6428 6430-6435

Reduzierung des Flächenverbrauchs gemeinsam mit den Kommunen, Ausbau des Kinderbetreuungsangebots, Unterstützung der Gemeinden beim Ausbau der Ganztagschulen, Anstreben einer Vereinbarung mit den Kommunen über die Kosten- und Aufgabenteilung für Bildung und Betreuung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6473-6476 6481 6482 6484-6487 6495 6502-6504 6509

Anstrebung einer Finanzierungslösung mit den Kommunen zur Umsetzung des Orientierungsplans und der Sprachförderung im Kindergarten; Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6555-6562 6565-6581

Erleichterung von Bürgerbegehren und -entscheid auf lokaler Ebene, Erhaltung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen direkter und repräsentativer Demokratie; Vergleich der Finanzlage der Gemeinden in BW und Bayern; Notwendigkeit eines finanziellen Ausgleichs für Kindergärten mit überörtlichem Einzugsgebiet zwischen Standort- und Wohnsitzgemeinde

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6817-6826 6851-6860

Erleichterung von Bürgerbegehren und -entscheid auf lokaler Ebene, Erhaltung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen direkter und repräsentativer Demokratie; Verpflichtung der Kommunen zur Frauenförderung mit der Novellierung des LGleichberechtigungsges

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6910-6919 6935-6937 6939

Verpflichtung der Kommunen zur Frauenförderung mit der Novellierung des LGleichberechtigungsges

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7069-7071 7074

Umsetzung eines Leitbilds für das Kinderland BW gemeinsam mit den Kommunen, Verweisung auf die Vereinbarung mit den kommunalen Verbänden über die Organisation und Finanzierung der Maßnahmen zur Bildung und Betreuung

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200-7206 7208 7209 7211 7214-7216 7219-7228 7235 7238 7249

Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen, Ausschluss einer mit Kosten verbundenen Aufgabenübertragung; Abbau des kommunalen Investitionsstaus über öffentlich-private Partnerschaften; Kürzung der Zuweisungen an die Kommunen; Zuständigkeit der Kommunen für die Umsetzung der Hartz-IV-Reform; Regelung der Kostenbeteiligung der Wohnsitzgemeinden bei auswärtiger Kindergartenunterbringung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7286 7291 7306-7314 7336 7339-7341 7349 7351-7355 7359-7366

Umsetzung der Vereinbarung mit den Kommunen zum weiteren Ausbau der Ganztagschulen; Anbahnung einer Konsultationsvereinbarung mit den Kommunen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips; finanzielle Situation der Kommunen in BW u.a. BLändern

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7402 7404 7405

Bedarfsorientierter Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung bzw -beschulung mit den Kommunen; Unterstützung der Fremdenverkehrsorte beim Aufbau der Tourismusinfrastruktur

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7937 7941 7947 7950 7952 7959 7960

Kommunale Zusammenarbeit

s.a. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
s.a. Kommunale Selbstverwaltung
s.a. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft
s.a. Zweckverband

Eurodistrikt Straßburg/Kehl

Beteiligung an der Ausgestaltung des Eurodistrikts am Oberrhein, Nutzung der Vorbildfunktion des grenzüberschreitenden kommunalen Zweckverbands

Antr

s. Europäische Regionen

Drs 13/2262

Die Stärke BW: Die Regionen

Entwicklung der regionalen Strukturen; Ergebnisse und Konsequenzen der Prüfung des Rechts der Regionalverbände, Weiterentwicklung des Profils der Regionen und der Zusammenarbeit mit angrenzenden BLändern und Staaten, Zahl der vorhandenen und wieder aufgelösten Zweckverbände; Gleichstellung der Regionen bei der Übertragung weiterer Zuständigkeiten mit dem Verband Region Stuttgart

Antr

s. Region

Drs 13/2527

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges über kommunale Zusammenarbeit

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein

GrAnfr

s. Frankreich

Drs 13/3236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Beurteilung eines Eurodistrikts durch die EU, finanzielle Förderung von Modellvorhaben sowie der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit, Erarbeitung einer Konzeption zur Tourismusförderung unter Einbeziehung von berufsständischen Organisationen

GrAnfr

s. Europäische Regionen

Drs 13/3251

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. Verwaltungsverfahren
Drs 13/3661

Nutzung der Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit in Zweckverbänden nach dem Karlsruher Vertrag

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1987

Kommunaler Eigenbetrieb

s. Öffentliches Unternehmen

Kommunaler Finanzausgleich

s.a. Kommunalen Investitionsfonds

s.a. Kommunalen Umweltfonds

s.a. Konnexitätsprinzip

Zuweisungen für Kommunen im LKreissigmaringen

Entwicklung o.g. Zuschüsse für die Jahre 1996 bis 2001

KlAnfr Ernst Behringer CDU 28.11.2001 und Antw FM Drs 13/509

Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes

Umstellung auf Euro; Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden; Erhöhung des Schullastenausgleichs zur Verbesserung der Medienausstattung der Schulen; Übernahme des finanziellen Ausgleichs für die den unteren Verwaltungsbehörden übertragenen Aufgaben

GesEntw LReg 03.12.2001 Drs 13/518 (18 S.)
1. Beratung PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635-645
1. Beratung PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795-830
BeschlEmpf und Bericht FinA 24.01.2002 Drs 13/666 (11 S.)
2. Beratung PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1084-1092
GesBeschl 01.02.2002 Drs 13/715
GBI 2002 Nr. 2 S. 91 92 (Ges vom 06.02.2002)

Ges zum Ausbau und zur qualitativen Weiterentwicklung des Betreuungsangebots für Kinder in BW

Regelung der Kinderbetreuung bis zum Alter von 14 Jahren durch das o.g. KindertagesbetreuungsGes bzw der Aufgaben und Finanzierung der Einrichtungen; integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen; Gewährung eines erhöhten Zuschusses bei einem entsprechenden Kinderanteil mit besonderem Sprachförderungsbedarf; Änd des FinanzausgleichsGes sowie des Kinder- und JugendhilfeGes

GesEntw
s. Kinderbetreuung
Drs 13/1106

Zuweisungen im LKreiss Calw, Freudenstadt und Enzkreis

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2001

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 30.08.2002 und Antw FM Drs 13/1285 (11 S.)

Ges zur Ausführung des GrundsicherungsGes und zur Änd des FinanzausgleichsGes

Anpassung der Zuständigkeiten für die Grundsicherung an die landesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen bei der Sozialhilfe, Verteilungsregelungen für die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Mehrausgaben der Kommunen, Einbeziehung der

Grundsicherung in den Soziallastenausgleich

GesEntw
s. Sozialleistung
Drs 13/1436

Zuweisungen im Ostalbkreis und Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2002

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 20.11.2002 und Antw FM Drs 13/1545

Subventionen und Fördermittel im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren; Möglichkeiten zur Bündelung und Effizienzsteigerung; Einsatz der noch nicht ausgezahlten Ressourcen für umsetzungsfähige Projekte; Darlegung der geplanten Verkehrsprojekte von Bund, Land, Kreisen und Gemeinden; Höhe des Antragstaus für GVFG-Maßnahmen

KlAnfr
s. Subvention
Drs 13/1547

Ges zur Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes

Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Pauschalierung der Zuschüsse, Regelung der Förderansprüche der Einrichtungsträger, ergänzende Angebote für die Kleinkindbetreuung in Kinderkrippen und Tagespflege, Definition des Bildungsauftrags aller Einrichtungen sowie der integrativen Erziehung behinderter Kinder in gemeinsamen Gruppen

GesEntw
s. Kinderbetreuung
Drs 13/1739

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Ges sowie des FinanzausgleichsGes

GesEntw
s. Haushaltsstrukturgesetz
Drs 13/1763

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuweisungen nach dem FAG an die Gemeinden, LKreise und Landeswohlfahrtsverbände seit 1993; Entwicklung der Leistungen der Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger sowie anderer Sozialleistungen im selben Zeitraum; Bezifferung der jeweiligen Anteile des Aufkommens aus der Kreisumlage

GrAnfr
s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft
Drs 13/1945

Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock für die Gemeinden im Wahlkreis 21 in den Jahren 1998-2003

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 09.04.2003 und Antw IM Drs 13/1977

Zuschüsse für die Gemeinden im Wahlkreis 20 aus dem Ausgleichsstock in den Jahren 1998-2003

KlAnfr Reinhold Gall SPD 04.07.2003 und Antw IM Drs 13/2232

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des Gesetzes zur Durchführung des UnterhaltsvorschussGes und des FinanzausgleichsGes

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/2680

Zwischenbericht der Finanzverteilungskommission

Vorlage des o.g. Berichts zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung

Mittlg FM 27.11.2003 Drs 13/2683 (21 S.)

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2004 Drs 13/2816

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

*Haushalt 2004; Epl 12**Rücknahme der Kürzungen im Kommunalen Finanzausgleich*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2812 4 5 S. 28-31

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2812-13 S. 44 45

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852 2 3 S. 4-7

EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2852-10 S. 17 18

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

HaushaltsstrukturGes 2004

Änd des KindergartenGes und des FinanzausgleichsGes - Erste Erfahrungswerte zur Stichtagsregelung

s. *Kindergarten*

Drs 13/2816

Zuweisungen des Landes an die Kommunen im Überblick

Entwicklung der Zuweisungen von 1995-2007, Begründung der Veränderungen, insbes des Rückgangs während der ersten neun Monate 2003 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum bei etwa gleich hohen Steuereinnahmen (nach Angabe des statistischen Landesamts)

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 10.05.2004 und Antw FM Drs 13/3198

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des FinanzausgleichsGes, Erhöhung und Neuverteilung des finanziellen Ausgleichs zugunsten der LKreise, Einbeziehung des Aufkommens an Vermessungsgebühren des Jahres 2003

ÄAntr CDU und FDP/DVP 30.06.2004 Drs 13/3316-27

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4986-5039

Ausgaben des Landes BW für Schiene und Straße

Höhe der Mittel für den SPNV, ÖPNV auf Schiene und Straße, den Schienengüterverkehr, die Schüler-/Behindertenbeförderung und NE-Bahnen sowie für Bundesfern- und Landesstraßen seit 1996; Höhe der Zuschüsse an die Kommunen und LKreise nach dem FinanzausgleichsGes und GVFG im selben Zeitraum; Anteile der Förderbereiche an der Verkehrsleistung

Antr

s. *Schieneverkehr*

Drs 13/3422

Konnexitätsprinzip als Grundlage politischen Handelns

Übernahme der Kostenträgerschaft bei der Übertragung von Aufgaben auf nachgeordnete Ebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip, Verankerung des Konnexitätsprinzips in den Verfassungen der Länder und beim Bund, Erörterung der Thematik iRD Föderalismuskommission, Einbringung einer BRatsinitiative zur Verankerung im Grundgesetz, Entflechtung von Mischfinanzierungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie iRD FinanzausgleichsGes

Antr

s. *Konnexitätsprinzip*

Drs 13/3428

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw

s. *Bodenschutz*

Drs 13/3677

Zuweisungen im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2004

KlAnfr Gunter Kaufmann SPD 25.11.2004 und Antw FM Drs 13/3794

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Änd des FinanzausgleichsGes sowie der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/3832

Zweiter Bericht der Finanzverteilungskommission zur Gewährleistung des prozeduralen Schutzes der kommunalen Selbstverwaltung

Mittlg FM 02.12.2004 Drs 13/3841 (25 S.)
 PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4016 (13 S.)
 PIPr 13/85 18.02.2005 S.

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Aufstockung der Finanzzuweisungen an die Kommunen, Einführung eines Konsultationsverfahrens mit den Kommunen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips, Einrichtung eines kommunalen Ausgleichsfonds

s. *Finanzpolitik*
 Drs 13/4042

Ausgleichsfonds zur Zwischenfinanzierung der Kürzung von Zuweisungen des Landes -Kommunalswing-

Einrichtung einer neuen mittelfristigen Kreditfazilität bei der Landesbank BW zur zeitlich begrenzten Kompensation der Kürzungen iRd kommunalen Finanzausgleichs, Tilgung durch Abzug von künftigen Zuweisungen an die jeweilige Kommune und Zuführung an den Ausgleichsfonds

Antr GRÜNE 18.02.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4080
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 23 24
 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Kommunale Mittel

Entwicklung der Zuweisungen an die Kommunen des LKreises Heilbronn für die Jahre 1996 bis 2004

KlAnfr Reinhold Gall u.a. SPD 23.02.2005 und Antw FM Drs 13/4091

Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes

Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden; Aktualisierung des finanziellen Ausgleichs für das Verwaltungsstruktur-ReformGes

GesEntw LReg 25.10.2005 Drs 13/4769
 1. Beratung PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7331-7350
 BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2005 Drs 13/4841 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP)
 2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413
 GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4931
 GB1 2005 Nr. 17 S. 704 705 (Ges vom 01.12.2005)

Zuweisungen des Landes für den Wahlkreis 21 im kommunalen Bereich

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 2001 bis 2005

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 10.11.2005 und Antw FM Drs 13/4817

Kommunale Zuweisungen des Landes für den Rems-Murr-Kreis

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 2001 bis 2005

KlAnfr Hans Heinz CDU 07.12.2005 und Antw FM Drs 13/4943

Amtliche Statistik - Abweichung bei Einwohnerzahlen

Ursachen und Auswirkungen, insbes im kommunalen Finanzausgleich, der o.g. Unterschiede zwischen den Zahlen des Statistischen Landesamts und der Einwohnermeldeämter; konkrete Auswirkungen im Fall der Stadt Stuttgart und der Gemeinde Zwiefalten; Umgang mit Widersprüchen von Kommunen gegen die als Bemessungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich verwendeten Zahlen

KlAnfr
 s. *Einwohner*
 Drs 13/5134

Zuweisungen und Zuschüsse an die Kommunen im LKreis Calw

Entwicklung o.g. Zuschüsse, Höhe der Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse A und B sowie aus dem Kommunalen Investitionsfonds jeweils differenziert nach Ressortzuständigkeit, Umfang der pauschalen Investitionszuweisungen

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 03.04.2006 und Antw FM Drs 13/5225

Anstrebung eines fairen Lastenausgleichs im Finanzverhältnis mit den Kommunen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65-67 75 76 89 94

Verfügbare Deckungsmittel durch die Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs; Umschichtung im Finanzausgleich zur Finanzierung der Schulcomputer

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 642

Abbau von Mischfinanzierungen, Erhöhung der kommunalen Finanzmasse, Übernahme von mehr Leistungen in die alleinige Verantwortung der Kommunen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816 824

Umschichtung im kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung der Schulcomputer

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 849 854 855

Verhinderung von Eingriffen in den kommunalen Finanzausgleich, Notwendigkeit einer Reform des FAG

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2221 2223 2232

Verhinderung von Eingriffen in den kommunalen Finanzausgleich

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2760 2766

Kritik an der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs, Bewertung der Systematik und Ausgleichswirkung des FAG

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3640 3649 3652

Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich, Umsetzung von Empfehlungen der Finanzverteilungskommission

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3946 3947

Kritik an der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4019 4036 4037

Werbung um Verständnis für die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155 4156 4159

Kritik an der Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs, Umsetzung von Empfehlungen der Finanzverteilungskommission

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4366 4369 4370

Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich, Umsetzung von Empfehlungen der Finanzausgleichskommission

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4443 4452 4454 4455

Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich, Umsetzung von Empfehlungen der Finanzverteilungskommission

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643 5644

Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich, Vorschläge zur Abmilderung der Eingriffe

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5796 5804 5810-5812 5821 5822 5826 5849 5851 5852

Abmilderung der Kürzungen beim kommunalen Finanzausgleich

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5902 5903 5905 5906 5919 5939

Rechtfertigung der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich, Einrichtung eines kommunalen Ausgleichsfonds

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6109 6112

Rechtfertigung der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6148

Ankündigung einer Änderung des FinanzausgleichsGes wegen der Aufgabenübertragung auf die LKreise im Zuge der Verwaltungsreform; Korrekturbedarf des Beziehungsgeflechts mit Umfragen und Ausgleichsstock

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6670 6688 6690

Verweisung auf eine gute Finanzausstattung der Gemeinden trotz der Eingriffe in die kommunale Finanzmasse; Erinnerung an die Ausgleichsregelung im FinanzausgleichsGes im Zuge der Novellierung des KindergartenGes

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6820 6853 6857

Mittelumschichtung im kommunalen Finanzausgleich zum weiteren Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393

Kommunaler Investitionsfonds

Sportstättenbauförderung

Umstellung auf Projektförderung, Umwidmung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds auf die Vereinsförderung? Mittelbereitstellung für Sportprojekte aus der „Zukunftsoffensive III“, Auswirkungen der erforderlichen Gemeinnützigkeit?

Antr

s. *Sportstätte*

Drs 13/588

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuweisungen aus dem Kommunalen Investitionsfonds seit 1993

GrAnfr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1945

Haushalt 2004; Epl 10

Rücknahme der Kürzung des Kommunalen Investitionsfonds für Straßenbau- und ÖPNV-Projekte

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810-5 S. 24 25

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810-7 S. 27

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2850 4 5 S. 6-8

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Haushalt 2004; Epl 12

Rücknahme der Kürzungen im Kommunalen Investitionsfonds

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2812-3 S. 26 27

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852-1 S. 2 3

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Zuweisungen und Zuschüsse an die Kommunen im LKreise Calw
Entwicklung o.g. Zuschüsse, Höhe der Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse A und B sowie aus dem Kommunalen Investitionsfonds jeweils differenziert nach Ressortzuständigkeit, Umfang der pauschalen Investitionszuweisungen

KIAnfr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 13/5225

Schwerpunktbildung im kommunalen Investitionsfonds, Ausbau der Kapazitäten in den Altenpflegeheimen, Finanzierung der Schulcomputer

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799 806 824

Kürzungen im kommunalen Investitionsfonds, Feststellung einer Sättigung des baulichen Bedarfs an Pflegeheimen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5812

Bedienung der beim Ganztagsschulprogramm der BReg nicht zum Zuge gekommenen Anträge durch Umschichtungen im kommunalen Investitionsfonds

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6845

Finanzierung des weiteren Ausbaus der Ganztagschulen durch Umschichtung von KIF-Mitteln

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7127

Finanzierung der Maßnahmen zur Bildung und Betreuung aus dem kommunalen Investitionsfonds

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7209 7215 7216 7228

Bedienung der beim Ganztagsschulprogramm der BReg nicht zum Zuge gekommenen Anträge durch Umschichtungen im kommunalen Investitionsfonds

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393

Kommunaler Landesverband

s. *Kommunaler Spitzenverband*

Kommunaler Spitzenverband

Zukunft der Schulen für Erziehungshilfe

Zahl und Kostenträgerschaft o.g. Schulen an den Jugendhilfeeinrichtungen des Landes, Gründe und Folgen des Ausstiegs der kommunalen Spitzenverbände aus der Finanzierung, Bestandsicherung durch Deckung der entstehenden Finanzierungslücke ab 2003

Antr

s. *Sonderschule*

Drs 13/1435

Konsultationsvereinbarung des Landes mit den Kommunen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips

Anstreben einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Regelung der Finanzierung von übertragenen oder

gemeinsamen Aufgaben und zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips, Übernahme der Regelung der österreichischen Vereinbarung sowie der Gutachter-Regelung nach bayerischem Vorbild

Antr
s. *Konnexitätsprinzip*
Drs 13/4079

Abschaffung der Jugendhilfeausschüsse

Bewertung des o.g. Votums des Landkreistages bzw derselben Forderung iRd Entbürokratisierunginitiative der LReg

KlAnfr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/4942

Einräumung eines Mitwirkungsrechts der kommunalen Landesverbände bei finanziell relevanten Gesetzgebungsvorhaben in den Ausschüssen, Aufnahme dieser Neuregelung in die GO des 13. Ltg

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Einräumung eines Mitwirkungsrechts der kommunalen Landesverbände bei finanziell relevanten Gesetzgebungsvorhaben in den Ausschüssen, Aufnahme dieser Neuregelung in die GO des 13. Ltg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1617 1620 1621

Kritik an der Einigung mit den kommunalen Landesverbänden zur Übertragung der Verantwortung für die Kindergärten auf die Kommunen, Lob der kommunalen Landesverbände für das neue KindergartenGes

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1759 1760 1775 1777 1779 1784 1787 1789 1791-1794

Kritik an der Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden, Befürchtung eines Stillstands bei der Bildung und Sprachförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen; Umsetzung der Vorschläge des Gemeindetags zur Stärkung der Bürgerbeteiligung auf Gemeindeebene

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1896 1933 1934

Würdigung der Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Organisation und Finanzierung der Maßnahmen zur Bildung und Betreuung

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201 7203-7205 7211 7214-7216 7220-7223 7226 7228 7238

Umsetzung der Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden zum weiteren Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393

Kommunaler Straßenbau

s. *Straßenbau*

Kommunaler Umweltfonds

Finanzierung von Umweltmaßnahmen aus dem KUF, Umschichtung von Mitteln für den Lärmschutz und Klimaschutz

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1022 1037 1039

Kommunaler Versorgungsverband

Ges zur Änd des Ges über den Kommunalen Versorgungsverband BW

Erweiterung des Kreises der freiwilligen Mitglieder, insbes der Unfallkasse; Übertragung der Entscheidung über die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltstfähige Dienstzeit; Änderung der Berechnung der Sicherheitsrücklage; Festsetzung der Umlagen in der Allgemeinen Satzung; paritätische Besetzung des Verwaltungsausschusses der Zusatzversorgungskasse; Ausgestaltung der Mitgliedschaft der AOK BW

GesEntw LReg 05.04.2004 Drs 13/3102 (22 S.)

1. Beratung PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4864-4866

BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.06.2004 Drs 13/3265

2. Beratung PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5039 5040

GesBeschl 30.06.2004 Drs 13/3351

GBI 2004 Nr. 10 S. 576-579 (Ges vom 01.07.2004)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges über den Kommunalen Versorgungsverband

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw

s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*

Drs 13/4741

Kommunales Wohnungsunternehmen

s. *Wohnungsunternehmen*

Kommunalspartnerschaft

s. *Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften*

Kommunalrecht

s.a. *Gemeindeordnung*

s.a. *Gemeindewirtschaftsrecht*

s.a. *Kommunale Selbstverwaltung*

s.a. *Kommunalwahlrecht*

s.a. *Landkreisordnung*

Ges zur Änd kommunalrechtlicher Vorschriften

Erweiterung des Anwendungsbereichs für Bürgerbegehren und -entscheid, Ermöglichung auf Landkreis-, Gemeindebezirks- und Ortschaftsebene, Streichung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse, Absenkung des Unterschriften- und Zustimmungsquorums, Gleichstellung beider Seiten bei der Information der Bürger; Verkürzung des Bestandsschutzes auf ein Jahr als Ausgleich für die Erleichterungen; Änd der GemO, LKreISO und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/4263

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften
Erweiterung der Bürgerbeteiligung durch Abschaffung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums und Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse; Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen; Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen; Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw LReg 13.06.2005 Drs 13/4385 (38 S.)
1. Beratung PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6817-6827
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4495 (18 S.)
2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6910-6920
GesBeschl 27.07.2005 Drs 13/4565
GBI 2005 Nr. 12 S. 578-580 (Ges vom 28.07.2005)

Kommunalverband für Jugend und Soziales

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Ges zur Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände sowie Ges über den Kommunalverband für Jugend und Soziales

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Umsetzung und Zwischenbilanz des Kommunalverbands für Jugend und Soziales (KVJS)

Verlauf und evtl Probleme der Auflösung der beiden Landeswohlfahrtsverbände und Schaffung des neuen KVJS, insbes bei den Entgeltverhandlungen für stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe, bei der Zuordnung der Beschäftigten zu den LKreisen oder zu dem neuen KVJS sowie im Umgang und der weiteren Verwaltung der jeweiligen Vermögenswerte der aufgelösten Verbände

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 11.05.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4330
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/4924 S. 27 28
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Investitionsmittel für Einrichtungen der Behindertenhilfe

Entwicklung der o.g. Förderung seit 2000, Anteil der Landesförderung am Gesamtfördervolumen, Gründe für das Ausbleiben der Verabschiedung der zusammen mit dem Kommunalverband für Jugend und Soziales vorgelegten Fördergrundsätze

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/4508

Anlaufstelle für Behinderte nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg

Verlust der o.g. Stelle zur Ermittlung der Betreuungszuständigkeit wegen der nicht erfolgten Übertragung aller Querschnittsaufgaben auf den Kommunalverband für Jugend und Soziales, Frage nach Abhilfemöglichkeiten

MdIANfr
s. *Behinderter*
Drs 13/4796

Ges zur Ausführung der Werkstättenverordnung und zur Änderung des Jugend- und SozialverbandsGes

Übertragung der Mitwirkung in den Fachausschüssen der Werkstätten für Behinderte auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe; Ermöglichung der Beauftragung des Kommunalverbands für Jugend und Soziales mit der Durchführung von Landesprogrammen

GesEntw
s. *Werkstatt für Behinderte*
Drs 13/5059

Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Stadt- und LKreise, Errichtung eines Kommunalverbands für Jugend und Soziales

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4901 4905 4925

Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Stadt- und LKreise, Errichtung eines Kommunalverbands für Jugend und Soziales

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4990 5000 5001 5037

Kommunalwahl

s.a. *Freie Wählergemeinschaft*
s.a. *Kommunalwahlrecht*

Ges zur Änd des KommunalwahlGes (KomWG) und des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS)

Gewährleistung eines Mindestanteils von 40 % Frauen und Männern bei der Listenaufstellung zu Kommunal- und Regionalwahlen

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1803

Ges zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Festlegung des Ablaufs der Amtszeit o.g. Mandatsträger mit dem 31.08.2004 sowie des Beginns der neu Gewählten zum 01.09.2004 infolge der Zusammenlegung der Kommunalwahlen 2004 und der Europawahl

GesEntw
s. *Wahlperiode*
Drs 13/1894

Ges zur Änd des Kreistagswahlrechts

Ermöglichung der Kandidatur eines Bewerbers für den Kreistag in zwei Wahlkreisen innerhalb eines LKreises; Änd der LKreisordnung und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. *Kommunalwahlrecht*
Drs 13/2175

Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen

Aktivitäten der o.g. Bürgerbewegung; Frage nach einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen, Publikationsorganen u.a. Initiativen mit dem Ziel der Teilnahme an den Kommunalwahlen 2004

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/2227

Hinderungsgründe bei Gemeinderatswahlen nach § 29 Abs 2 Satz 1 2.Alt. GemO

Reduzierung der normierten Einwohnerzahl für o.g. Hinderungsgründe für die Mandatsausübung aufgrund zu enger Verwandtschaftsbeziehungen?

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 13/2768

Ges zur Änd des KommunalwahlGes

Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis unter bestimmten Voraussetzungen, Notwendigkeit der Anpassung an das entsprechend geänderte Bundeswahl- und Europawahlrecht noch vor der Kommunal- und Europawahl am 13.06.2004

GesEntw
s. *Kommunalwahlrecht*
Drs 13/2821

Ges zur Änd des LPlanungsGes

Anpassung der Vorschriften zur Wahl der Mitglieder der Versammlungen der Regionalverbände an das Gesetz zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart und zur Änd der Gemeindeordnung; Gewährleistung einer ausreichenden Wahlzeit zur Versammlungsversammlung unabhängig von den Terminen der Kommunalwahl

GesEntw
s. *Landesplanung*
Drs 13/2925

Veranstaltungs- und Teilnahmeverbote für Kommunalbedienstete iRd bevorstehenden Kommunalwahlen

Beurteilung o.g. Verbote von LKreisen und Kommunen unter rechtlichen und demokratiepolitischen Aspekten

KlAnfr Herbert Moser SPD 09.03.2004 und Antw IM Drs 13/2992

Veröffentlichung einer Namensliste mit möglichen Kandidaten für die Gemeinderatswahl durch den Bürgermeister der Stadt Riedlingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorgehensweise mit dem Amt des Bürgermeisters, Frage nach Schritten der Rechtsaufsicht

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 22.04.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3131
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 17
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Erfolg von Frauen bei der Kommunalwahl am 13.06.2004

Frauenanteil unter den Kandidaten und gewählten Mandatsträgern in den Gemeinderäten, Kreistagen und der Regionalversammlung im Vergleich zu 1999; Darlegung der Wahlergebnisse differenziert nach Regionen, LKreisen, Größenklassen und Parteien; Frage nach Gemeinderäten ohne Frauen sowie nach Da-

ten über Alter, Berufsstand und Familiensituation der gewählten Frauen; Beurteilung der Maßnahmen zur Steigerung der Wahlchancen von Frauen im Vorfeld der Kommunalwahl

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 17.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3272 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 22 23
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Auswirkungen der Änderungen des Kreistagswahlrechts

Ergebnisse der Kreistagswahl in den einzelnen LKreisen; Nutzung der Möglichkeit zur Kandidatur eines Bewerbers in zwei Wahlkreisen, Ergebnisse dieser Kandidaturen im Wahlkreis mit Hauptwohnsitz sowie außerhalb des Hauptwohnsitzes

Antr
s. *Kommunalwahlrecht*
Drs 13/3273

Auszählung der Regionalwahl im LKreis Ludwigsburg

Zustandekommen der Auszählungspanne; Maßnahmen zur Vermeidung solcher Fehler im Vorfeld der Wahl und bei der Auszählung, z.B. durch Erfassung der Zahl der Wahlberechtigten vor der Wahl; Beurteilung der mangelhaften Information des Kreiswahlausschusses bei seiner Beratung des vorläufigen Endergebnisses

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 21.07.2004 und Antw IM Drs 13/3416

Mehrheitswahl bei der Kommunalwahl 2004

Auflistung der Gemeinden und Ortschaften mit nur einem oder keinem Wahlvorschlag

KlAnfr Klaus Herrmann CDU 28.07.2004 und Antw IM Drs 13/3444
Ergänzende Antw IM 21.12.2004 Drs 13/3911 (12 S.)

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Kreistagen

Entwicklung der Zahl und des jeweiligen Anteils von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern in den Kreistagen nach der letzten Kommunalwahl im Vergleich zur bisherigen Zusammensetzung der Kreistage differenziert nach der Parteizugehörigkeit

Antr
s. *Bürgermeister*
Drs 13/3499

Einfluss des Auszählverfahrens auf die Sitzverteilung bei den Kreistagswahlen 2004

Vergleich der tatsächlichen Mandatsverteilung in den einzelnen Kreistagen mit den erzielten Stimmresultaten der einzelnen Listen, Darstellung der möglichen Ergebnisse bei einem vollständigen Ausgleich der erzielten Direktmandate sowie bei einer Anwendung alternativer Zählverfahren, Erwartung einer möglichst proportionalen Abbildung des Wählerwillens?

Antr
s. *Kreisvertretung*
Drs 13/3729

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKreisordnung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Par-

teien vor der Kommunalwahl 2004

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3738

Ges zur Änd des LandesplanungGes

Erweiterung des passiven Wahlrechts für die Regionalversammlung auf EU-Bürger

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3860

Wahlrecht für EU-Bürger zur Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Einbringung eines GesEntw zur Änd des GG im BRat: Erweiterung des passiven und aktiven Wahlrechts von EU-Bürgern für unmittelbare Wahlen zur Regionalversammlung

Antr
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3863

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4264

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Bürgerbeteiligung durch Abschaffung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums und Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse; Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmeanlagen; Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen; Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreISO und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 13/4385

Ablehnung einer Erweiterung der Ausschlussgründe für die kommunale Mandatsausübung im Vorfeld der Kommunalwahl 2004

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3766-3769

Ablehnung einer Erweiterung der Ausschlussgründe für die kommunale Mandatsausübung im Vorfeld der Kommunalwahl 2004

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3812-3814

Ursachenanalyse für die schwache Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen, Verbesserung der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5252

Beschränkung der Hinderungsgründe für ein kommunales Mandat aufgrund der Verwaltungsreform auf die Rechtsaufsicht, Erinnerung an die Forderung nach dieser Rechtsänderung vor der Kommunalwahl am 13.06.2004

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5626-5629

Beschränkung der Hinderungsgründe für ein kommunales Mandat aufgrund der Verwaltungsreform auf die Rechtsaufsicht, Erinnerung an die Forderung nach dieser Rechtsänderung vor der Kommunalwahl am 13.06.2004

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5684-5686

Kommunalwahlgesetz

s. *Kommunalwahlrecht*

Kommunalwahlrecht

s.a. *Landkreisordnung*

Ges zur Änd des KommunalwahlGes (KomWG) und des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS)

Gewährleistung eines Mindestanteils von 40 % Frauen und Männern bei der Listenaufstellung zu Kommunal- und Regionalwahlen

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1803

Ges zur Änd des Kreistagswahlrechts

Ermöglichung der Kandidatur eines Bewerbers für den Kreistag in zwei Wahlkreisen innerhalb eines LKreises; Änd der Landkreisordnung und des KommunalwahlGes

GesEntw FDP/DVP 20.06.2003 Drs 13/2175
1. Beratung PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3245-3250
Mittlg LtgPräs 08.07.2003 Drs 13/2233
BeschlEmpf und Bericht InnenA 09.07.2003 Drs 13/2244
2. Beratung PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3425-3433
GesBeschl 17.07.2003 Drs 13/2291
GBI 2003 Nr. 9 S. 359 360 (Ges vom 17.07.2003)

Ges zur Änd des KommunalwahlGes

Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis unter bestimmten Voraussetzungen, Notwendigkeit der Anpassung an das entsprechend geänderte Bundeswahl- und Europawahlrecht noch vor der Kommunal- und Europawahl am 13.06.2004

GesEntw SPD 20.01.2004 Drs 13/2821
1. Beratung PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4422-4424
Mittlg LtgPräs 05.02.2004 Drs 13/2889
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2912 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP)
2. Beratung PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4520-4523
GesBeschl 10.03.2004 Drs 13/3016
GBI 2004 Nr. 4 S. 99 (Ges vom 11.03.2004)

Auswirkungen der Änderungen des Kreistagswahlrechts

Ergebnisse der Kreistagswahl in den einzelnen LKreisen; Nutzung der Möglichkeit zur Kandidatur eines Bewerbers in zwei Wahlkreisen, Ergebnisse dieser Kandidaturen im Wahlkreis mit Hauptwohnsitz sowie außerhalb des Hauptwohnsitzes

Antr Klaus Herrmann CDU u.a. 17.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3273
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S.

17 18

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Einfluss des Auszählverfahrens auf die Sitzverteilung bei den Kreistagswahlen 2004

Vergleich der tatsächlichen Mandatsverteilung in den einzelnen Kreistagen mit den erzielten Stimmerngebnissen der einzelnen Listen, Darstellung der möglichen Ergebnisse bei einem vollständigen Ausgleich der erzielten Direktmandate sowie bei einer Anwendung alternativer Zählverfahren, Erwartung einer möglichst proportionalen Abbildung des Wählerwillens?

Antr

s. *Kreisvertretung*

Drs 13/3729

Ges zur Änd des LandesplanungsGes

Erweiterung des passiven Wahlrechts für die Regionalversammlung auf EU-Bürger

GesEntw

s. *Wahlrecht*

Drs 13/3860

Wahlrecht für EU-Bürger zur Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Einbringung eines GesEntw zur Änd des GG im BRat: Erweiterung des passiven und aktiven Wahlrechts von EU-Bürgern für unmittelbare Wahlen zur Regionalversammlung

Antr

s. *Wahlrecht*

Drs 13/3863

Ges zur Änd kommunalrechtlicher Vorschriften

Erweiterung des Anwendungsbereichs für Bürgerbegehren und -entscheid, Ermöglichung auf Landkreis-, Gemeindebezirks- und Ortschaftsebene, Streichung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse, Absenkung des Unterschriften- und Zustimmungsquorums, Gleichstellung beider Seiten bei der Information der Bürger; Verkürzung des Bestandsschutzes auf ein Jahr als Ausgleich für die Erleichterungen; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. *Bürgerbeteiligung*

Drs 13/4263

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw

s. *Jugendlicher*

Drs 13/4264

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Bürgerbeteiligung durch Abschaffung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums und Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse; Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmanlagen; Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen; Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder

Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. *Kommunalrecht*

Drs 13/4385

Feststellung einer Abmilderung der Parteiendominanz durch das Kommunalwahlrecht in BW

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1163 1203

Kommune (Gebietskörperschaft)*s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft***Kommunikation***s.a. Information**s.a. Informations- und Kommunikationstechnik**Gestützte Kommunikation - Facilitated Communication (FC) bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Autismus*

Darlegung o.g. Zahlen von Menschen in Kindergärten, Schulen, Heimen und Werkstätten; Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Eltern; Möglichkeiten der integrativen Beschulung für Kinder mit Autismus; Erfahrungen mit dem Einsatz von FC in allen Lebensbereichen; Umsetzung der Landes-Kommunikationshilfe-VO mit der Aufnahme der FC zum Einsatz bei Behörden und Gerichten

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 11.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1771

BeschlEmpf und Bericht Schula 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 21-23

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

GesEntw

s. *Verwaltungsverfahren*

Drs 13/3661

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKreisen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KlAnfr

s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*

Drs 13/4147

Kinder und Jugendliche mit autistischem Verhalten

Entwicklung der o.g. Zahlen sowie der Unterstützungs-, Therapie- und Förderangebote und deren Wahrnehmung seit 1999; Entwicklung der integrativen Beschulung sowie der Aufgaben, Inanspruchnahme und Fortbildung der Ansprechpartner für Autismus in den Schulamtsbezirken im selben Zeitraum; Fortschreibung und Verbindlichkeit der Empfehlungen des KM hinsichtlich integrativer Beschulung, gestützter Kommunikation u.a. Fördermaßnahmen

Antr
s. *Autismus*
Drs 13/5073

Kommunikationstechnik

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Kompost

s. *Düngemittel*

Konjunktur

Konsequenzen aus der aktuellen Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung für die Wirtschaftspolitik in Bund und Land

Aktuelle Debatte
s. *Wirtschaft*
PIPr 13/12 S. 499

Dramatische Abschwächung des Wirtschaftswachstums in BW
Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des Statistischen Landesamts und des MinPräs und WM über die konjunkturelle Entwicklung in BW

Antr SPD 06.02.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/729
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1874
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2657
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2747

Entwicklung der Versorgungsausgaben und Strategie der LReg
Darlegung der Entwicklung bis 2030 und der dabei angelegten gesamtwirtschaftlichen Annahmen, Anteil der Versorgungsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben bei einem realen Wirtschaftswachstum von 0 und 1 %, Maßnahmen zur Kompensation der Steigerungsraten, Anteil der Versorgungsrücklage

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/1694

Erreichen des Ziels der Rückführung der Netto-Neuverschuldung bis 2006

Notwendige Höhe des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zur Erreichung der o.g. Zielsetzung in den einzelnen Jahren bis 2006 bei einer Ausgabenentwicklung analog zur mittelfristigen Finanzplanung, Höhe der zu erwartenden Netto-Neuverschuldung bei einem Wachstum von 0 und 1 %

KlAnfr
s. *Schulden*
Drs 13/1697

Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45 46

Notwendigkeit einer Korrektur des prognostizierten Wirtschaftswachstums 2001, Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 71 84 85 93 105 112-115 117 121 122

Unterschiedliche Einschätzungen von Ursachen, Ausmaß und Auswirkungen der Konjunkturabschwächung; Befürchtung einer Rezession

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 152-168

Nationale und internationale Ursachen des Konjunkturabschwungs, Notwendigkeit einer Korrektur des prognostizierten Wachstums, Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 204 206 207 209

Konjunkturpolitische Rahmenbedingungen und Konjunkturaussichten, Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum, Rezessionsrisiken in den USA und weltweit

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329 330 342

Feststellung einer weltweiten Abkühlung der Konjunktur bzw einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636-640 667 697

Vergleich des Wirtschaftswachstums vor und nach der letzten BTagswahl, Bezeichnung der gegenwärtigen Konjunkturschwäche als Rezession

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 768 770 778

Feststellung einer weltweiten Stagnation bis Rezession bzw einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 800 802 815-818

Feststellung einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung in BW als im Bund bzw einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 836 837 843 847 848 853 854 856-859 863 864

Feststellung einer Wachstumsschwäche in BW bzw einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941 943 946 947 967

Feststellung einer nationalen Schlusslichtposition des Landes beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1067 1071 1072 1075-1077 1079 1080 1086

Feststellung einer weltweiten Abkühlung der Konjunktur bzw einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum, Prognose des Statistischen Landesamts für BW

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1097-1099 1102 1106 1108-1113

Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum, Umfang der konjunkturbedingten Steuerausfälle

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1171 1174-1176

Abhängigkeit Deutschlands von der Konjunkturentwicklung in den USA

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1719

Ablehnung von Strohfeuerprogrammen zur Ankurbelung der Konjunktur, Feststellung einer Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum in Europa, notwendiges Wachstum für mehr Beschäftigung, Feststellung einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in Zeiten der Hochkonjunktur

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1814 1816 1817 1820 1826

Bewertung der Aussagen der Regierungskoalition zur konjunkturellen Lage und wirtschaftlichen Entwicklung vor der Bundestagswahl, Einschätzung der Wachstumsaussichten angesichts der Erhöhung von Steuern und Abgaben, Feststellung einer Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum in Europa

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111-2129 2132 2155 2158

Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum, Umfang der konjunkturbedingten Steuerausfälle, Rückkehr zu einer wachstumsorientierten Steuerpolitik

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215-2217 2220 2224-2227 2233

Darstellung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in den Dekaden seit dem Zweiten Weltkrieg; Feststellung einer nationalen Schlusslichtposition BW beim Wirtschaftswachstum; Stimulanz des Wachstums durch den Osthandel

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2296 2298 2344

Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum, Höhe der konjunkturell bedingten Steuerausfälle, Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Wachstum

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626 2629-2634 2636 2637 2642 2643 2645 2647 2650 2652 2653

Rücknahme der Wachstumserwartungen und damit auch der Steuerschätzungen, Befürchtung negativer Auswirkungen des Irak-Kriegs, Vorschläge für Investitionsimpulse

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701 2706 2708 2709 2711 2713-2715 2726 2729 2730 2764

Rückgang der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe aufgrund der konjunkturellen Situation, Einschätzung des Einflusses der Weltwirtschaft

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2845 2847-2849 2851 2853

Höhe der konjunkturbedingten Steuerausfälle, Ablehnung von Strohfeuer-Investitionsprogrammen; Notwendigkeit von Wachstum zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben; Wachstumsprognosen und -realität

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896 2921 2930 2942 2943 2946-2950 2992-2997 2999

Frage nach der Sozialverträglichkeit des geringsten Wachstums aller EU-Länder, Stimulanz des Wachstums mit der Agenda 2010

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3015 3016 3018 3019 3022 3023

Notwendigkeit von Wachstum zur Sanierung der öffentlichen Haushalte, Höhe der Erwartungen und des tatsächlichen Wachstums

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3226 3227 3231-3235 3256

Annahmen zur Konjunkturentwicklung in den USA; Ankurbelung der Binnenkonjunktur mit dem Vorziehen der Steuerreform

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386-3388 3390 3393 3405

Notwendigkeit von Wachstum zur Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519 3522 3524 3528

Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum; Stimulanz der Konjunktur durch Abbau von Vorschriften, Bürokratie und Steuersätzen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599 3600 3609 3612 3614 3622 3623 3630 3635 3637 3638 3645 3648 3651

Entkopplung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung vom wirtschaftlichen Wachstum; Erwartung von Wachstumschancen mit der EU-Osterweiterung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3775 3776 3780 3784-3786 3798 3809

Auswirkungen der Konjunkturschwäche auf die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Unternehmen, Verzicht auf eine Lehrstellenabgabe

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3856 3858 3860 3861 3869 3870

Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum, Erwartungen für das Jahr 2004

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942-3945

Feststellung einer Stagnation beim Wachstum und bei den Steuereinnahmen seit drei Jahren; Aufruf zu mehr Optimismus und damit zur Stimulanz der Binnennachfrage

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4014 4018 4021 4024-4026 4032 4033 4038 4040

Bewertung der Wachstumsimpulse durch das Vorziehen der Steuerreform als zu gering

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4095 4099-4102

Notwendigkeit von wirtschaftlichem Wachstum mit entsprechenden Steuereinnahmen zur Haushaltskonsolidierung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4154 4158 4160-4162

Verweisung auf das dritte Jahr der Wirtschaftsstagnation, Knüpfung verhaltener Erwartungen an die Konjunkturlokomotiven USA und Japan

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4282 4284 4292

Notwendigkeit weiterer Einsparungen aufgrund des mangelnden Wirtschaftswachstums

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362 4367-4369

Erwartung eines verbesserten Wachstums, Stimulanz durch öffentliche Investitionen

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4447-4451 4453 4459 4460

Auswirkungen der Konjunkturschwäche auf die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Unternehmen; Handlungsbedarf der BReg zur Stimulanz der Binnenkonjunktur

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5046 5047 5050 5052 5090

Divergenz von Binnen- und Auslandskonjunktur; Maßnahmen zur Stimulanz der Binnennachfrage

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5189 5190 5195

Bedeutung der amerikanischen Wirtschaft als Konjunkturlokomotive für die Wirtschaft hierzulande, Beeinträchtigung der Konjunktur durch die steigenden Ölpreise

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5474 5475 5477

Feststellung einer Stagnation beim Wachstum und bei den Steuereinnahmen seit drei Jahren, Erwartungen für das Jahr 2005, Stimulanz der Binnennachfrage

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5639 5643

Beklagung mangelnder Reformen auf Bundesebene für mehr Wachstum und Arbeitsplätze; Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5793-5795 5808 5812 5817

Verfehlung der Wachstumsprognosen bundesweit, Bemühungen um eine bessere Entwicklung in BW

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863 5864 5866 5868 5869 5879 5880 5893 5894 5896 5923

Notwendigkeit von mehr Wachstum zur Konsolidierung der Haushalte und zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6109 6113 6115 6116

Notwendigkeit von wirtschaftlichem Wachstum mit entsprechenden Steuereinnahmen zur Haushaltskonsolidierung, Vergleich der Wachstumsrate mit den EU-Beitrittsländern

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6142 6144 6150 6155 6156 6158

Abhängigkeit des Steueraufkommens von der wirtschaftlichen Entwicklung, Beklagung des ständigen Korrekturbedarfs der Steuerschätzungen nach unten, Festschreibung einer Rücklagenbildung in Zeiten einer guten Konjunktur, Bezeichnung einer neuen BReg als das beste Konjunkturprogramm

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6309-6316

Abbau der Wachstumsbremsen durch Reformen auf Bundes- und Landesebene; Beklagung der erneuten Korrektur der Wachstumsprognosen nach unten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402-6404 6416 6419 6453 6454

Notwendigkeit von mehr Wirtschaftswachstum, Vergleich der Wachstums- und Arbeitslosenquote landes- und bundesweit sowie mit Österreich und der Schweiz

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6479 6489 6492

Bezeichnung einer Mehrwertsteuererhöhung als Gift für die Konjunktur, Gegenüberstellung der Erwartung von Wirtschaftswachstum durch diese Maßnahme, Bedeutung einer eigenständigen Energieversorgung als Konjunkturfaktor

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969-6972 6974 6976 6977 6980-6982 7026 7032

Notwendigkeit einer gemeinsamen Wachstumsstrategie in Europa; Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum, Vergleich der Wachstumsraten Chinas und Indiens

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7144

Bewertung einer Mehrwertsteuererhöhung als schädlich für die Konjunktur; Vergleich des Wirtschaftswachstums im Land mit dem Bund; Stimulanz der Konjunktur durch Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung; Beklagung des ständigen Korrekturbedarfs der Wachstumsprognosen nach unten

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7294 7296 7297 7302 7303 7332 7334 7337 7341 7342 7348

Beklagung des ständigen Korrekturbedarfs der Wachstumsprognosen nach unten, Vornahme der Steuerschätzungen auf einer realistischeren Grundlage; Bewertung einer Mehrwertsteuererhöhung als schädlich für die Konjunktur; Bedeutung einer eigenständigen Energieversorgung als Konjunkturfaktor

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392 7399-7401 7403 7405 7447-7449 7453 7455

Bewertung einer Mehrwertsteuererhöhung als schädlich für die Konjunktur; Verwendung der zusätzlichen Einnahmen für ein Konjunkturprogramm

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7960 7962 7963

Konkurs

s. Zahlungsunfähigkeit

Konnexitätsprinzip

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Schutz der Kommunen vor einer Überforderung durch Leistungsgesetze des Bundes, Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz, Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben

GrAnfr

s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft

Drs 13/1945

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Eingliederung von Behörden in die Stadt- und LKreise, Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur umfassenden Übertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips

GrAnfr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/2013

Konnexitätsprinzip als Grundlage politischen Handelns

Übernahme der Kostenträgerschaft bei der Übertragung von Aufgaben auf nachgeordnete Ebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip, Verankerung des Konnexitätsprinzips in den Verfassungen der Länder und beim Bund, Erörterung der Thematik iRd Föderalismuskommission, Einbringung einer BRatsinitiative zur Verankerung im Grundgesetz, Entflechtung von Mischfinanzierungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie iRd FinanzausgleichsGes

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 22.07.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3428

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 (dazu Antr Reinhold Gall u.a. SPD) S. 37-43

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Aufstockung der Finanzzuweisungen an die Kommunen, Einführung eines Konsultationsverfahrens mit den Kommunen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips, Einrichtung eines kommunalen Ausgleichsfonds

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Konsultationsvereinbarung des Landes mit den Kommunen zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips

Anstreben einer Vereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden zur Regelung der Finanzierung von übertragenen oder gemeinsamen Aufgaben und zur Umsetzung des Konnexitätsprinzips, Übernahme der Regelung der österreichischen Vereinbarung sowie der Gutachter-Regelung nach bayerischem Vorbild

Antr GRÜNE 18.02.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4079

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 (dazu Antr Reinhold Gall u.a. SPD) S. 37-43
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat nach der Bundestagswahl

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4367

Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2218 2221 2222 2225 2229 2230

Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2380

Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2613 2614 2625

Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2763 2766

Schutz der Kommunen vor einer Überforderung durch Leistungsgesetze des Bundes, Anwendung des Konnexitätsprinzips
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3544-3550 3552-3554

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen, Verankerung im Grundgesetz
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3607 3608 3634 3635

Delegation von Leistungen mit entsprechender Finanzausstattung an die nachgeordnete Ebene, Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4154 4178 4179 4196

Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4452

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4902 4903 4918

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4990 4997 5008-5010

Anwendung des Konnexitätsprinzips im Land, Forderung nach Verankerung im Grundgesetz

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5164

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497-5502 5505

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen, Verankerung im Grundgesetz

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5811 5812

Anwendung des Konnexitätsprinzips im Land, Forderung nach Verankerung im Grundgesetz

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6109

Anwendung des Konnexitätsprinzips im Land, Forderung nach Verankerung im Grundgesetz

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6148

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6484-6486 6490

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben mit finanziellen Folgewirkungen auf nachgeordnete Ebenen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7221 7222

Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben des Bundes und Landes mit finanziellen Folgewirkungen auf die Kommunen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7286 7291 7349 7354 7355

Umsetzung des Konnexitätsprinzips durch eine Konsultationsvereinbarung mit den Kommunen nach bayerischem Vorbild

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7563

Bewertung der Verlagerung der Zuständigkeit für den SPNV auf die Länder als Paradebeispiel für die Anwendung des Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben auf die Gemeinden

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7870 7872 7873 7913-7916

Konstanz

s.a. *Fachhochschule Konstanz*

s.a. *Spielbank*

s.a. *Universität Konstanz*

Landeszuschüsse für die philharmonischen Orchester Konstanz und Reutlingen

Entwicklung der Kürzungen seit 1998; Umsetzung der Zusagen des MWK

Antr
s. *Orchester*
Drs 13/336

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Feinstaubbelastung im Bereich Konstanz

Überschreitung des EU-Grenzwerts seit 2003: Art und Intensität der Messungen, Verursacher und lokale Besonderheiten, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Wasserqualität des Bodensees, Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung, Gewinnung aussagekräftiger Daten auch nach dem Abbau der bisher vorhandenen Luftmessstation bzw mit dem neu strukturierten Landesluftmessnetz?

KlAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4191

Das Stadttheater Konstanz und seine theaterhistorische Bedeutung für Südwestdeutschland und insbes den Bodenseeraum

Unterstützung der Veranstaltungen u.a. Aktivitäten zum 400-jährigen Jubiläum des Stadttheaters Konstanz

KlAnfr
s. *Theater*
Drs 13/5049

Erinnerung an das Scheitern des Bürgerentscheids zur Bodenseefähre in Konstanz am Quorum von 30 %

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1936

Konstanz, Landkreis*Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)*

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Feinstaubbelastung im Bereich Konstanz

Überschreitung des EU-Grenzwerts seit 2003: Art und Intensität der Messungen, Verursacher und lokale Besonderheiten, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Wasserqualität des Bodensees, Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung, Gewinnung aussagekräftiger Daten auch nach dem Abbau der bisher vorhandenen Luftmessstation bzw mit dem neu strukturierten Landesluftmessnetz?

KlAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4191

Situation zum Umgang mit dem Thema „häusliche Gewalt“ im LKreis Konstanz

Auflistung der o.g. Fälle und ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner in den einzelnen Kommunen seit 2000, Bestätigung eines Platzverweises vom zuständigen Ordnungsamt, regelmäßige Information der Ordnungsämter über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten, Darstellung des Beratungsangebots für die von häuslicher Gewalt Betroffenen

KlAnfr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/4547

Situation des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee - LKreis Konstanz

Entwicklung der vertraglichen Grundlagen und Zuschüsse für den VHB-Betrieb im LKreis Konstanz seit 1997, Grundlagen bzw mögliche Optimierung der Kalkulation für die beantragte Fahrpreiserhöhung im Bereich der Kinder- und Schülermonatskarten ohne eine Verschlechterung der Gesamtförderung von Bund und Land, Erhaltung der kostenfreien Fahrradmitnahme

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Hegau-Bodensee*
Drs 13/4748

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

Kontaktstelle Frau und Beruf*Familienunterstützende Angebote in BW*

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von Betriebskindergärten sowie Teilzeitarbeitsplätzen, insbes auch für Führungskräfte; Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf, Auszeichnung vorbildlicher Betriebe

GrAnfr
s. *Familie*
Drs 13/681

Erhalt der Kontaktstellen „Frau und Beruf“

Begründung des geplanten schrittweisen Ausstiegs aus der o.g. Förderung angesichts der bestehenden Benachteiligungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt bzw der Notwendigkeit einer höheren Frauenerwerbsquote; Möglichkeiten zur Vermeidung der Kürzung

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 05.10.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3617

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 07**Fortführung der Kontaktstellen Frau und Beruf*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4007-2 S. 22

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4007-14 S. 34

ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.01.2005 Drs 13/4007-Reste 07/1 S. 42-44

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Stufenweise Umwandlung des Landeserziehungsgelds zur Förderung der Kleinkindbetreuung; Fortführung der Kontaktstellen Frau und Beruf

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Streichung bzw Kürzung von Fördermaßnahmen wie z.B. Familienerholung/Familienferienstätten, Mutter-Kind-Programm und Kontaktstellen „Frau und Beruf“; Auswirkungen für die Betroffenen

Antr

s. *Familie*

Drs 13/4425

*Haushalt 2006; Nachtrag**Aufstockung der Zuschüsse für die Kontaktstellen Frau und Beruf*

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 9 S. 63

ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-10 S. 16

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Finanzielle Absicherung der Kontaktstellen Frau und Beruf

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2040

Verhinderung der geplanten Einschnitte bei den Kontaktstellen Frau und Beruf

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5326

Abmilderung der geplanten Einschnitte bei den Kontaktstellen Frau und Beruf

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5815 5849

Abmilderung der geplanten Einschnitte bei den Kontaktstellen Frau und Beruf

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5875 5933

Abwendung der Kürzungen bei den Kontaktstellen Frau und Beruf

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6022 6026 6028

Abwendung der Kürzungen bei den Kontaktstellen Frau und Beruf

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7679

Kontingentflüchtling

s. *Flüchtling*

Kontingentstundentafel

s. *Schulunterricht*

Konto

s.a. *Zahlungsverkehr*

NPD-Konten

Hinwirkung auf Kündigung des Kontos des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ bei der Landesbank BW

Antr

s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

Drs 13/310

Konten extremistischer Parteien, Organisationen und Personen

Überprüfung o.g. Geschäftsbeziehungen zur Landesbank BW, Kündigung der Konten des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ sowie des im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Liedermachers Frank R., Dauer der Übergangsfristen bei einer ordentlichen Kündigung, Fälle einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund; Information aller Kreditinstitute über extremistische Aktivitäten von Vereinigungen und Personen im Verfassungsschutzbericht

Antr

s. *Landesbank Baden-Württemberg*

Drs 13/730

Provisionen für die Bereitstellung von Kontokorrentlinien

Hinwirkung auf einen Verzicht der Sparkassen und Volksbanken auf die Forderung von Kreditprovisionen für zugesagte Kontokorrentlinien

Antr

s. *Kredit*

Drs 13/3551

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr

s. *Steuerreform*

Drs 13/4164

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 17.01.2006 und Stellungnahme FM Drs 13/5053

Zahl von Menschen ohne Girokonto in Großbritannien; Anteil von Sozialhilfeempfängern mit einem Konto bei den Sparkassen; Einführung eines Kontrahierungszwangs in das SparkassenGes

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1612 1613 1615

Einführung eines Kontrahierungszwangs in das SparkassenGes

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1929 1930

Befürchtung einer Aushöhlung des Bankgeheimnisses mit der Einführung der Kontenabfrage

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625-6645

Ermöglichung der Informationsgewinnung des Verfassungsschutzes über Kontobewegungen von terrorismusverdächtigen Personen und Organisationen; Gefahr des Datenmissbrauchs durch die Nutzung von EC-Karten und Onlinebanking

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7001 7002 7033-7037

Ermöglichung der Informationsgewinnung des Verfassungsschutzes über Kontobewegungen von terrorismusverdächtigen Personen und Organisationen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7082 7083 7086

Unterstützung der Kritik des Datenschutzbeauftragten an den Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen, Bewertung als faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses mit der Folge einer verstärkten Kapitalflucht

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7919

Konversion

s.a. Abrüstung

s.a. Militärische Anlage

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmendaten, Ausbau der Region zu einem Wirtschaftsstandort mit europäischer Bedeutung, zurückliegende und künftige Förderung des Wohnungsbaus, Unterstützung von Konversionsmaßnahmen, Bau von Wohnungen und Ansiedlung von Gewerbe auf ehemals militärisch genutzten Flächen

GrAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/1226

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Oberrhein und die Region

Konversionspläne des Bundes und Landes zur Kompensation der o.g. Beschlüsse, Mitwirkung an Strategiegesprächen zur wirtschaftlichen Stärkung des Elz-Mündungsraumes und des Neckar-Odenwald-Kreises, Investitionen der EnBW in Oberrhein und Mosbach, Zahl der Ein- und Auspendler im Neckar-Odenwald-Kreis

Antr

s. Strukturpolitik

Drs 13/1804

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Ökologisches Potenzial und Eigentumsverhältnisse; Sanierungsbedarf durch Kampfmittelreste u.a. Altlasten; Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts mit den Akteuren vor Ort, insbes Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Schafbeweidung und Vermarktung der Produkte) sowie des re-

gionalen Tourismus, Integration eines von Hochschulen vorgeschlagenen interdisziplinären Lehr- und Forschungszentrums; Überlegungen zur Ausweisung von Schutzgebieten, eines Biosphärenreservats, Vernetzung mit dem PLENUM-Gebiet und dem Projekt „Nationaler GeoPark Schwäbische Alb“; Bemühungen um Bundesmittel und deren Kofinanzierung

Antr

s. Militärische Anlage

Drs 13/2299

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr

s. Energiepolitik

Drs 13/2537

Aktivitäten der LReg im Zuge der Konversion der zur Schließung anstehenden Bundeswehrstandorte im Land

Ergebnisse der Einbeziehung des MinPräs durch den BVerteidigungsminister in der Entscheidungsphase zur Schließung von Standorten; Einrichtung einer befristeten Konversionsstelle beim WM sowie eines Konversionsprogramms für die betroffenen Standortgemeinden; Förderung der Infrastruktur, der erneuerbaren Energien und des Mittelstands; Prüfung einer Aufnahme von besonders betroffenen Gemeinden in strukturschwachen Gebieten in die EFRE-Förderung der EU

Antr SPD 09.11.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3732

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Oberrhein und Buchen

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 09.11.2004 und Stellungnahme

MLR Drs 13/3734

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 22

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Geplanter Abzug der US-Streitkräfte aus BW

Verlegung des US-Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden, Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der BReg und der Stadt Heidelberg; Unterstützung der vom Abzug betroffenen Städte mit einem Konversionsprogramm oder über Mittel aus bestehenden Programmen

KIAnfr

s. US-Streitkräfte

Drs 13/4290

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Wirkungen der Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte

GrAnfr

s. Wirtschaft

Drs 13/4536

Geplantes Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Eignung der Alblandschaft um den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen zur Ausweisung als Biosphärengebiet nach den UNESCO-Kriterien? Darstellung der Auswirkungen finanzieller Art sowie für die beteiligten Gebietskörperschaften, die Land- und Forstwirtschaft; Erfahrungen in anderen BLändern; Wahrung der Interessen der Betroffenen

Antr

s. *Naturschutzgebiet*

Drs 13/4887

Konversionsstandorte - Umwandlung von Darlehen in Zuschüsse

Höhe der einzelnen vergebenen Darlehen aus dem Konversionsstandortprogramm, Erfolg der jeweiligen Vermarktung der Gewerbeflächen; Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge auf Umwandlung des Darlehens in einen Zuschuss; Beurteilung der Zusage an Baden-Baden, Gleichbehandlung der anderen Konversionsstandorte

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 22.02.2006 und Antw WM Drs 13/5189

Schließung von Bundeswehrstandorten in BW, Ruf nach Konversionsmaßnahmen des Bundes

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 105 106

Erfolgsbewertung der Konversion in Söllingen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514 1518 1530

Unterstützung der Umnutzung frei gewordener militärischer Liegenschaften, Perspektiven für die künftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3777 3779 3783

Schließung von Bundeswehrstandorten in BW, Ruf nach Konversionsmaßnahmen des Bundes

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Kopftuchs. *Textilien***Kopiergerät**

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 5)

Wirtschaftlichkeit des Kopiererereinsatzes

Umsetzung der Empfehlungen des RH bei der Beschaffung und dem Einsatz von Kopiergeräten

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 II. S. 2

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 27.10.2003 Drs 13/2540

Kormoran

Kormoranpopulation und damit verbundene Auswirkungen auf das Ökosystem

Entwicklung der Verbreitung des Kormoran seit 1977 sowie der von ihm verursachten Schäden, Frage nach der Gefährdung heimischer Fischarten; Unterstützung von Maßnahmen zur Vergrämung und Bestandskontrolle

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 12.12.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2731

BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 54 55

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Vergrämung von Kormoranen in BW

Zahl der erlegten Kormorane pro Jahr und Region; Frage nach wirtschaftlichen Schäden von Berufsfischern und Teichwirten; Verzicht auf eine Bejagung über die offizielle Jagdzeit auf andere Wasservögel hinaus, Begrenzung künftiger Verordnungen auf maximal fünf Jahre, Einbeziehung der Vogelwarte Radolfzell bei der Erarbeitung der Begleituntersuchungen, Anregung und Moderation von „Totholzprojekten“ durch das MLR

Antr GRÜNE 11.02.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2907

BeschlEmpf und Bericht LandWA 01.12.2004 Drs 13/3932 S. 44

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Neufassung der Kormoran-VO in BW; Nachweise für „erhebliche fischereiwirtschaftliche Schäden“ und „Eingriffe in die Artenvielfalt“ durch den Kormoran

Belegbarkeit der o.g. Schäden? Betroffene Berufsfischer, Fischarten und Gewässer; Bewertung der Bejagung als Mittel zur Schadensabwehr; Expertenaussagen über die Ursachen des Äschenrückgangs; Verbesserung des Schutzes der heimischen Fischarten mit ökologischen Maßnahmen

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 09.03.2004 und Antw MLR Drs 13/2987

Korntal-Münchingen*Zukunft der Strohäubahn Korntal-Weissach*

Abwendung einer Streckenstilllegung, Bereitstellung von Investitionshilfen nach dem GVFG sowie freien Regionalisierungsmitteln für den laufenden Betrieb, Unterstützung der Anliegerkommunen, LKreise und der Region Stuttgart zur Modernisierung der Strohäubahn

Antr

s. *Strohäubahn*

Drs 13/2631

Aufgabenträgerschaft bei der Strohäubahn

Klärung der Zuständigkeit für die Strohäubahn Korntal-Weissach und deren Finanzierung

Antr

s. *Strohäubahn*

Drs 13/2953

Kornwestheim*Weiterentwicklung des Container-Terminals zum Güterverkehrszentrum (GVZ) am Standort Kornwestheim*

Realisierungsstand und -problematik der o.g. Umschlaganlage, Entwicklung des Umschlagvolumens und der Fördermittel des Landes und der EU seit 2003 sowie der Perspektiven bis 2007, notwendige ökologische Ausgleichsmaßnahmen, Auswirkungen der Erweiterung auf den Wirtschaftsraum Ludwigsburg bzw die Region Stuttgart

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/5180

Notwendigkeit einer Modernisierung und Erweiterung des Güterverkehrszentrums in Kornwestheim

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7107

Korruption

s. Bestechung

Kosovo

s. Jugoslawien

Kosten- und Leistungsrechnung

s.a. Buchführung

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; vorgesehene Instrumente für die Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling sowie das Führungs- und Informationssystem

Antr

s. Hochschule

Drs 13/1379

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Einführung der leistungsbezogenen Mittelzuweisung, der neuen Steuerungsinstrumente mit Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung; Zuweisung der Verantwortung der Hochschulen für die Erhebung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengängen

GrAnfr

s. Hochschule

Drs 13/1471

Neuausrichtung des Projekts „Neue Steuerungsinstrumente“ (NSI)

Darlegung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und Vertragspartner, bisheriger Mittelabfluss und aktueller Finanzierungsplan; ressort- und aufgabenspezifische Evaluation der Einführungsphase mit dem Funktionsumfang I, Stopp der nächsten Phase, Durchführung einer besonderen Eignungsprüfung und Kosten-Nutzen-Rechnung vor Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung mit Controlling in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung, Erarbeitung einer Neukonzeption, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen

Antr

s. Neues Steuerungsmodell

Drs 13/1754

Verwaltungsreform der LReg und die Neuausrichtung von NSI

Verzicht auf eine flächendeckende und schnelle Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung, Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, Vorlage der abgeschlossenen Verträge und Überprüfung auf die Möglichkeit einer grundsätzlichen

Neuorientierung des NSI-Konzepts, ggf Herbeiführung der notwendigen Änderungskündigungen

Antr

s. Neues Steuerungsmodell

Drs 13/1962

Die „Neuen Steuerungsinstrumente“ an den Hochschulen

Bisheriger Stand und Kosten der Implementierung von NSI an den einzelnen Hochschulen, Zahl und Funktionen der geschuldeten Mitarbeiter, Einbeziehung von Leitungsebenen, entwickelte Produkte und Kennzahlen zur Umsetzung von Controlling sowie der Kosten- und Leistungsrechnung, Darstellung des Zugewinns an Planung und Steuerung im Vergleich zur bisherigen Kostenstellenrechnung

Antr

s. Neues Steuerungsmodell

Drs 13/2272

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI

Veränderungen an der bisherigen Konzeption, Herausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden vom Funktionsumfang II mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, insbes des Polizeibereichs; Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten, Anteil des Aufwands für Werbemittel; Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Systemdienstleister über eine mögliche Vertragsveränderung oder -kündigung

Antr

s. Neues Steuerungsmodell

Drs 13/2338

Erfahrungen mit NSI in der Landesverwaltung

Maßnahmen zur Lösung der durch die Verwaltungsreform entstandenen Schnittstellenproblematik der neuen Steuerungsinstrumente mit den unteren Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit der Koordination der Produktpläne und der Konzeption zur qualitativen Steuerung der Aufgabenerledigung bei den Stadt- und LKreisen, Stand der Übermittlung der hierfür erforderlichen Kennzahlen, Gründe und Konsequenzen der Mängel im Berichtswesen und Controlling, Auswirkungen der Vertragsanpassung mit T-Systems infolge der Verwaltungsreform auf die Verantwortung des Generalunternehmers für den Gesamterfolg

Antr

s. Neues Steuerungsmodell

Drs 13/4613

Bericht des Unterausschusses Neue Steuerungsinstrumente zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie des Controllings in der Landesverwaltung

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309 5310 5312 5317 5318

Kot

s. Exkrement

Kraftfahrer

s.a. Fahrgemeinschaft

Auffälligkeiten im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Rauschmitteln

Entwicklung der Fallzahlen unter Einfluss von legalen und illegalen Drogen sowie daraus folgenden Unfällen mit Personenschäden in den letzten Jahren, Anwendung von Führerscheinentzug u.a. Sanktionsmitteln, Möglichkeiten der Strafverfolgung, Präventionsarbeit

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 03.12.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/516
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 22 23
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Strukturen der kriminellen Drogenszene in BW

Maßnahmen gegen Verkehrsteilnehmer unter Drogeneinfluss

Antr
s. Rauschgiftkriminalität
 Drs 13/895

Drogen im Straßenverkehr - Mischkonsum, Grenzwerte und strafrechtliche Konsequenzen

Ausrichtung von Drogenkontrollen im Straßenverkehr auf Mischkonsum, Einführung von Grenzwerten, Verschärfung der strafrechtlichen Ahndung des Fahrens unter Drogeneinfluss

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 12.06.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1076

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs

Entwicklung der Ursachen von Unfällen im motorisierten Zweiradverkehr seit 2000, Einsatz von neu konstruierten bzw ummantelten Leitplanken an Bundes- und Landesstraßen, Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit an den Motorrädern und Lkw, Entwicklung stationärer Messanlagen zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen

Antr
s. Verkehrssicherheit
 Drs 13/1136

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung von Expertenvorschlägen, u.a. zum Einbau von Unfalldatenschreibern, Festlegung von Drogen-grenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis; administrative, bauliche und verkehrstechnische Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Tunnels; Verstärkung der Kontrollen, insbes von Kleintransportern und ausländischen Lkw; Verschärfung der Sanktionen; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulung

GrAnfr
s. Verkehrssicherheit
 Drs 13/1173

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. Gewerbeaufsicht
 Drs 13/1306

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landes-

bediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß

Antr
s. Kraftstoff
 Drs 13/1595

Unfallgeschehen an Bahnübergängen

Entwicklung seit 2001 nach Art, Alter, Schäden und Folgekosten der betroffenen Verkehrsteilnehmer (Autofahrer, Motorradfahrer, Fußgänger etc) sowie nach Ursachen, Kausalitäten und Konsequenzen; Frage nach Besonderheiten im Rhein-Neckar-Raum; Unterstützung von Initiativen zur Minimierung der Gefahren

Antr
s. Verkehrssicherheit
 Drs 13/1981

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von Fahrern und Fahrzeugen; Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbes Einführung einer Gurtpflicht, flächendeckende und regelmäßige Schulung der Fahrer, Ausbildung zum Berufskraftfahrer zusätzlich zum Busführerschein; Rechtslage zur Gewährleistung der Fahrtauglichkeit der Fahrer bzw Sanktionen gegen Fahrer und Arbeitgeber bei Verstößen

Antr
s. Verkehrssicherheit
 Drs 13/2127

Internationaler Führerschein und Führerscheinumschreibung

Befristete Erteilung internationaler Führerscheine, Hinwirkung auf den Wegfall der Befristung; Beschränkung der Berechtigung für Führerscheinbesitzer der ehemaligen Klasse 3 und der neuen Klasse M zum Führen von Kleinkraftträdern mit einer Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 45 km/h

KlAnfr
s. Führerschein
 Drs 13/2478

Tanktourismus gefährdet Steuereinnahmen und Tankstellen in BW

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, der Schweiz und den EU-Nachbarländern seit 1999; Auswirkungen der Ökosteuern; erzielbare Einsparungen für die Autofahrer und entgangene Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Beurteilung staatlicher Hilfen für Tankstellenbetreiber in Ländern mit vergleichsweise höheren Kraftstoffpreisen; Hinwirkung auf eine Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei

Antr
s. Kraftstoff
 Drs 13/2596

Begleitetes Fahren ab 17 - Grünes Licht für Modellversuch in BW

Unterstützung der Initiative Niedersachsens im BRat, Beteiligung an dem Modellversuch zur Absenkung des Unfallrisikos junger Fahranfänger, Evaluation des Projekts zur Abklärung des weiteren Handlungsbedarfs

Antr

s. *Führerschein*
Drs 13/2652

Geplante Großanlage für Motorsport und Fahrsicherheitstraining „Motorpark Schwaben“

Planung einer Kartrennbahn bzw eines Motorsportzentrums für internationale Großveranstaltungen und Fahrsicherheitstraining für Bus- und Lkw-Fahrer in der Gemeinde Maselheim, Beurteilung von Fahrsimulatoren als Alternative

KlAnfr
s. *Motorsport*
Drs 13/2686

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Daueraufgabe Fahrerschulung - Bessere Fahrer für mehr Sicherheit

Bewertung des Ausbildungssystems und -niveaus sowie des o.g. Angebots und der Erweiterungsmöglichkeiten, insbes für Fahranfänger, Gelegenheitsfahrer, ältere Fahrer und Berufskraftfahrer; Schaffung von Anreizen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit; Überlegungen zu einem Beitrag des Ordnungswidrigkeiten- und des Strafrechts, z.B. Verzicht auf ein Bußgeld, Anordnung der Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 28.01.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2859
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 25
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Durchsetzung des Rechtsfahrgebots

Maßnahmen gegen notorische Linksfahrer und Langsamüberholer auf Autobahnen, insbes Aufklärung, Kontrollen und Sanktionen der Autobahnpolizei

Antr Peter Hauk u.a. CDU 03.02.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2880
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 25 26
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960
Mittlg LReg 29.06.2005 Drs 13/4452

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern

Art, Schwere, Ursachen und Folgen von Unfällen mit Kleintransportern seit 1998; Einbringung einer Gesetzesinitiative im BRat mit Empfehlungen des Verkehrsgerichtstags, u.a. verbesserte Fahrerqualifikation, Fahrzeug- und Ladungstechnik, verstärkte Kontrollen und Sanktionen sowie eines generellen Tempolimits

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2931

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem FahrpersonalGes und der nach ihm ergangenen RechtsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Definition verschiedener Konsummuster, wie z.B. gelegentlicher oder regelmäßiger Konsum von Cannabis u.a. Betäubungsmitteln, durch die Führerscheinbehörden; Darlegung der jeweils angeordneten Überprüfungen, wie z.B. ärztliches Gutachten, Drogenscreening oder MPU, sowie der verhängten Sanktionen bis hin zum sofortigen Entzug der Fahrerlaubnis; Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Rechtsprechung im Verwaltungsverfahren, Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltungspraxis? Umsetzung von Ergebnissen einer Befragung der Fahrerlaubnisbehörden?

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 01.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3340
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 46 47
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Kapazität und Ausstattung von Park- und Rastanlagen (incl Autohöfen) an den Bundesfernstraßen in BW

Auflistung der Standorte zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ruhezeiten der Lkw-Fahrer im Güterfernverkehr, Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen technischen Ausstattung der Anlagen; Planung von Verbesserungen, Finanzierung über EU-Mittel aus dem Programm „Transeuropäische Netze“

Antr
s. *Raststätte*
Drs 13/3767

Führerschein mit 17

Bewertung des Versuchsprojekts in Niedersachsen, Bedingungen für die Übernahme dieses Modells

KlAnfr
s. *Führerschein*
Drs 13/3915

Rekordtreibstoffpreise und Tanktourismus

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit 2000 sowie der entgangenen Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Situation der Tankstellenbesitzer und -pächter in den Grenzregionen; Frage nach Vorstößen der Länder und BReg zum Stopp des Tanktourismus, evtl mit einer Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei; Bemühungen Österreichs um ein zusätzliches Klimakontingent für die durch Tankfahrten verursachten CO₂-Emissionen

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4273

Bundesweit grünes Licht für die Einführung von „Begleitetem Fahren ab 17“ - Einführung auch in BW überfällig

Bewertung der Ergebnisse des Modellprojekts in Niedersachsen, Schaffung der Voraussetzungen für das o.g. Führerscheinmodell in BW zur Absenkung des Unfallrisikos junger Fahranfänger,

Hinwirkung auf bundeseinheitliche Regelungen

Antr
s. *Führerschein*
Drs 13/4548

„Weg vom Öl“; hier: *Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen*

Perspektiven des Automobilstandorts BW bei weiterhin steigenden Ölpreisen; Beurteilung einer gesetzlichen Flottenverbrauchsbegrenzung für Neufahrzeuge, Ersetzung von Mineralöl durch Biokraftstoffe, von (verpflichtenden) Spritsparkursen für alle Führerscheininhaber, eines generellen Tempolimits 130 auf Autobahnen u.a.

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Fortbildung der Führerscheininhaber in energiesparender Fahrweise

Entwicklung der Teilnehmerzahlen an Spritsparkursen, bisherige Höhe der Zuschüsse, Neuaufgabe eines Förderprogramms verbunden mit einer Werbekampagne; Fortbildung aller Dienstwagenutzer des Landes; Hinwirkung auf verpflichtende Kurse für Fahrlehrer, Verankerung des energiesparenden Fahrens in der Fahrschulerausbildungsordnung, Einführung eines Bonus bei der Umstellung der Kfz-Steuer auf Kohlendioxid als Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4682

Datenschutzrechtliche Öffnung des Mautgesetzes

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen

Antr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4884

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwerekriminalität

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4911

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4968

Förderung des Kraftstoff sparenden Fahrens

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3781

Hinwirkung auf eine für die Betroffenen kostenneutrale Nutzerfinanzierung der Straßen, Befürchtung einer zusätzlichen Belastung der Autofahrer; Verbesserung des Verkehrsflusses mit optimierter Verkehrsleittechnik

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7382-7391

Kraftfahrzeug

s.a. *Autowaschanlage*
s.a. *Dienstkraftfahrzeug*
s.a. *Fahrgemeinschaft*
s.a. *Feuerwehrfahrzeug*
s.a. *Katastrophenschutzfahrzeug*
s.a. *Kraftfahrzeugausrüstung*
s.a. *Kraftfahrzeughandel*
s.a. *Kraftfahrzeugindustrie*
s.a. *Kraftfahrzeugsteuer*
s.a. *Kraftrad*
s.a. *Messgerät*
s.a. *Mietwagen*
s.a. *Motor*
s.a. *Nutzkraftfahrzeug*
s.a. *Polizeifahrzeug*
s.a. *Wohnmobil*

Biogas im Kfz-Antrieb

Beurteilung der technischen und wirtschaftlichen Aspekte zum Betrieb von biogasangetriebenen Fahrzeugen, Förderung von Modellprojekten

KlAnfr
s. *Biogas*
Drs 13/198

Erdgasautos

Vergleich von Erdgasautos mit diesel- und benzinangetriebenen Fahrzeugen, Umfang des tatsächlichen und möglichen Einsatzes entsprechend ausgerüsteter Dienstfahrzeuge, Umsetzung der Empfehlung der Umweltministerkonferenz zur bevorzugten Beschaffung solcher Fahrzeuge

Antr
s. *Dienstkraftfahrzeug*
Drs 13/1019

EU-weite Zusammenarbeit im Bereich der Straßenverkehrssicherheit

Geplante Maßnahmen iRd dritten Aktionsprogramms der EU-Kommission, Gemeinschaftsregelungen zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit im Pkw

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1125

Sicherheit im Straßenverkehr

Prüfung von Expertenvorschlägen zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit der Fahrzeuge, Einbau von elektronischen Sicherheitssystemen sowie Unfalldatenschreibern, Errichtung von Streckenbeeinflussungsanlagen auf weiteren Auto-

bahnabschnitten

GrAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1173

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Änd der VO über Zuständigkeiten zur Zulassung von Fahrzeugen

GesEntw

s. *Straßenbauverwaltung*

Drs 13/1372

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/1595

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Maßnahmen zur Senkung des Flottenverbrauchs der Kraftfahrzeuge

Antr

s. *Generalverkehrsplan*

Drs 13/1825

Europäische Gruppenfreistellungsverordnung für den Kfz-Sektor

Auswirkungen der neuen Regelungen für Hersteller und Händler, Zuerkennung von Kostenersatz für vom Hersteller verlangte markenspezifische Investitionen bei nicht erreichter Amortisation nach Vertragsbeendigung nach österreichischem Vorbild?

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 03.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2229

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.11.2003 Drs 13/2675 S. 20 21

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten zur Zulassung von Fahrzeugen

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Sofortprogramm zur Einführung des Rußpartikelfilters; Spitzenstellung des Landes durch moderne Automobiltechnik sichern

Einbau o.g. Filter als Voraussetzung für die Förderung von Linienbussen nach dem GVFG; Beschaffung erdgasbetriebener Dienstfahrzeuge bzw Fahrzeuge mit Rußfilter, Nachrüstung der vorhandenen Flotte; Abschluss der Aufstellung von Luftreinhalteplänen bis zum Jahresende; Eintreten für ein Konzept zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw im BRat sowie für eine Euro-5-Abgasnorm bei der EU-Kommission; Hinwirkung auf Abfalltransporte im Schienenverkehr bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften; Rückeroberung der Spitzenstellung

bei der Umwelttechnik im Auto im Dialog mit der Fahrzeugindustrie

Antr

s. *Abgasreinigung*

Drs 13/3274

Innovatives Mobilitätsangebot; hier: Kooperation ÖPNV/Car Sharing

Entwicklung der Kooperationen von Car Sharing und Nahverkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden; Ausweisung von Stellplätzen durch die Kommunen in Verdichtungsräumen; Teilhabe am Mobilitätsforschungsprogramm der BReg

KIAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/3509

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Überschreitung der ab 01.01.2005 geltenden Grenzwerte, insbes für Feinstaub; Darlegung der betroffenen Gebiete; Konsequenzen des individuell einklagbaren Rechtsanspruchs; Durchsetzung der notwendigen Luftreinhaltepläne bzw von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Pkw und Lkw ohne Rußpartikelfilter; gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat; Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/3922

Rußpartikelfilter auf breiter Front einführen

Zustimmung im BRat zur steuerlichen Förderung des Partikelfilters für Diesel-Pkw; Anweisung der Landesbehörden zur Beschaffung bzw Nachrüstung entsprechender Dienstfahrzeuge; Berücksichtigung von Fahrverboten für Fahrzeuge ohne Partikelfilter an immissionskritischen Tagen bei der Aufstellung von Luftreinhalteplänen

Antr

s. *Abgasreinigung*

Drs 13/4018

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4066

Anwendbarkeit der Brennstoffzellentechnologie

Nutzungsanwendungen im privaten, industriellen und öffentlichen Bereich; Umsetzungsstand derzeitiger Projekte im Land, insbes im Bereich der Antriebstechnik; Zeitperspektive einer Markteinführung bei in- und ausländischen Automobilherstellern; Verbreiterung der Forschungsgrundlagen für die Forschungseinrichtungen in BW

Antr

s. *Brennstoffzelle*

Drs 13/4114

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKrei-

sen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KlAnfr
s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*
Drs 13/4147

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw. Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Anteile von Pkw, Lkw und Bussen an der Feinstaubproblematik; Strategie und Lösungsansätze der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4262

Verwendung von Biodiesel in Kraftfahrzeugen

Bisherige und künftige Entwicklung bundes- und landesweit, Bedarfsdeckung der notwendigen Rohstoffe durch die Landwirtschaft? Förderung der Produktion und Verwendung von Biodiesel; Darlegung der Problematik von Biodiesel für den Rußfilter

KlAnfr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4625

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw. auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Plädoyer für das Auto, Förderung der Brennstoffzelle

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46

Vorgaben und Maßnahmen zur Ausrüstung von Alt- und Neufahrzeugen bzw. des landeseigenen Fuhrparks mit Dieseldieselfiltern

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3788 3790 3791

Stand der Entwicklung von Brennstoffzellen zum Fahrzeugantrieb

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4589 4590

Überlegungen zur Privatisierung der Kfz-Zulassung

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5107 5111

Perspektiven der Brennstoffzellentechnologie für den Fahrzeugantrieb, Entwicklung der Verkaufszahlen deutscher Fahrzeuge in den USA

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5475 5477 5479

Überlegungen zur Akquisition der Internationalen Automobilausstellung für die neue Landesmesse

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6789 6797

Abhängigkeit der Automobilindustrie von den weltweiten Branchenzyklen, Förderung der Clusterbildung im Automobilbereich, Nachholbedarf der Hersteller hierzulande bei Fahrzeugen mit niedrigem Verbrauch

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297 7298 7302

Vorschläge der EU-Kommission zur Beschleunigung der Entwicklung kraftstoffsparender Fahrzeuge

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452 7454-7456

Verringerung der Emissionen neuer Pkw und Lkw mit der Euro-5-Norm; Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Rußfiltern und Katalysatoren, u.a. Feststellung erhöhter Ammoniakkonzentrationen in den Städten

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7640-7643

Nachholbedarf der Hersteller hierzulande bei der Entwicklung umweltgerechter Fahrzeuge mit niedrigem Verbrauch

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7884

Kraftfahrzeugausrüstung

s.a. Abgasreinigung

s.a. Messgerät

s.a. Reifen

Sicherheit im Straßenverkehr

Prüfung von Expertenvorschlägen zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit der Fahrzeuge, Einbau von elektronischen Sicherheitssystemen sowie Unfalldatenschreibern, Errichtung von Streckenbeeinflussungsanlagen auf weiteren Autobahnabschnitten

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Verbesserung der Sicherheit an Bahnübergängen, Einführung einer Gurtpflicht

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2127

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern

Ausstattung mit einer stärkeren Bremsleistung, mit ABS, Fahrdynamikreglern und Airbags; Einführung des EG-Kontrollgeräts zur Überwachung vorgeschriebener Lenk- und

Ruhezeiten

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2931

Videokameras in Streifenwagen der Polizei

Umsetzung der o.g. Empfehlung der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Polizisten“ an die Innenministerkonferenz zur Eigensicherung in den einzelnen BLändern; Höhe der jeweiligen Kosten; Durchführung der Nachrüstung auch in BW unter Einbeziehung in das Leasingpaket?

Antr
s. *Videotechnik*
Drs 13/3224

Verweisung auf die Gurtpflicht in neuen Reisebussen

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3289

Produktion von Kraftfahrzeugzubehör in Moldawien und Rumänien wegen den dort günstigen Lohnkosten

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4776

Kraftfahrzeughandel*Europäische Gruppenfreistellungsverordnung für den Kfz-Sektor*

Auswirkungen der neuen Regelungen für Hersteller und Händler, Zuerkennung von Kostenersatz für vom Hersteller verlangte markenspezifische Investitionen bei nicht erreichter Amortisation nach Vertragsbeendigung nach österreichischem Vorbild?

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 13/2229

Kraftfahrzeugindustrie*s.a. Kraftfahrzeughandel**Struktur und Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie in BW*

Schwerpunkte und Wachstumsperspektiven o.g. Unternehmen, Impulse für die Forschungsinfrastruktur, Kooperation mit Hochschulen sowie den Raumfahrtbehörden NASA und ESA, Auswirkungen eines möglichen Verkaufs der Anteile von Daimler-Chrysler an der EADS auf den Standort BW, Förderung des Aufbaus eines Kompetenz- und Kooperationsnetzwerks

Antr
s. *Luft- und Raumfahrtindustrie*
Drs 13/1348

Europäische Gruppenfreistellungsverordnung für den Kfz-Sektor

Auswirkungen der neuen Regelungen für Hersteller und Händler, Zuerkennung von Kostenersatz für vom Hersteller verlangte markenspezifische Investitionen bei nicht erreichter Amortisation nach Vertragsbeendigung nach österreichischem Vorbild?

Antr
s. *Kraftfahrzeug*
Drs 13/2229

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Bedeutung der USA als Handelspartner für die Automobilindustrie, Elektroindustrie, den Maschinenbau, die Mikrosystemtech-

nik, die Bio- und Gentechnologie

Antr
s. *Wirtschaftliche Kooperation*
Drs 13/2269

Sofortprogramm zur Einführung des Rußpartikelfilters; Spitzenstellung des Landes durch moderne Automobiltechnik sichern

Einbau o.g. Filter als Voraussetzung für die Förderung von Linienbussen nach dem GVFG; Beschaffung erdgasbetriebener Dienstfahrzeuge bzw Fahrzeuge mit Rußfilter, Nachrüstung der vorhandenen Flotte; Abschluss der Aufstellung von Luftreinhalteplänen bis zum Jahresende; Eintreten für ein Konzept zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw im BRat sowie für eine Euro-5-Abgasnorm bei der EU-Kommission; Hinwirkung auf Abfalltransporte im Schienenverkehr bei den entsorgungspflichtigen Körperschaften; Rückeroberung der Spitzenstellung bei der Umwelttechnik im Auto im Dialog mit der Fahrzeugindustrie

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/3274

Verwendung von Sponsorengeldern für den Förderkreis „friends of pop“ der Pop-Akademie BW GmbH

Steuerrechtliche Überprüfung der Verwendung o.g. Spende der Daimler-Chrysler AG an den Mannheimer Abg Klaus Dieter R. zum Zwecke der Anschubfinanzierung des Fördervereins der Pop-Akademie Mannheim, Frage nach Ergebnissen dieser Prüfung sowie nach staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 13/4078

Anwendbarkeit der Brennstoffzellentechnologie

Nutzungsanwendungen im privaten, industriellen und öffentlichen Bereich; Umsetzungsstand derzeitiger Projekte im Land, insbes im Bereich der Antriebstechnik; Zeitperspektive einer Markteinführung bei in- und ausländischen Automobilherstellern; Verbreiterung der Forschungsgrundlagen für die Forschungseinrichtungen in BW

Antr
s. *Brennstoffzelle*
Drs 13/4114

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Anteile von Pkw, Lkw und Bussen an der Feinstaubproblematik; Strategie und Lösungsansätze der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4262

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Perspektiven des Automobilstandorts BW bei weiterhin steigenden Ölpreisen; Beurteilung einer gesetzlichen Flottenverbrauchsbegrenzung für Neufahrzeuge, Ersetzung von Mineralöl durch Biokraftstoffe, von (verpflichtenden) Sprintsparkursen für alle Führerscheininhaber, eines generellen Tempolimits 130 auf Autobahnen u.a.

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Schiengüterverkehr in Neckarsulm

Ursachen und Auswirkungen der rückläufigen Entwicklung am Nordanschluss bzw der dort angebandenen Firma Audi, Frage nach einer Landesförderung des Gleisanschlusses und weiteren Planungen der Bahn AG, Ausmaß der zusätzlichen Straßenbelastung; Moderation der Übernahme wegfallender Angebote durch andere Eisenbahnunternehmen?

KlAnfr
s. Güterverkehr
Drs 13/4945

Bewertung der Steuerreform der BReg aus Sicht von Porsche-Chef Wiedeking

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 104

Frage nach der letzten Gewerbesteuerzahlung der Firma Daimler-Chrysler; Standortbewertung von Porsche-Chef Wiedeking

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2230 2233

Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Dienstwagenbesteuerung für die Autohersteller; Verweisung auf die Entlastung durch die Körperschaftsteuerreform

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356 2358 2370

Auswirkungen der geplanten Erhöhung der Dienstwagenbesteuerung für die Autohersteller

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2632

Hinweis auf die Möglichkeit großer Veranstaltungen in der Hochhalle der neuen Landesmesse, Appell zur Rückkehr der Hauptversammlung von Daimler-Chrysler von Berlin nach Stuttgart

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3374

Scheitern der Firma Daimler-Chrysler als Konsortialführer von Toll Collect an der Einführung des Systems für die Lkw-Maut

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3714-3717 3722-3727

Aufforderung der Autohersteller zum serienmäßigen Einbau von Dieselpartikelfiltern

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3788 3790

Ersetzung von Stahl durch Aluminium im Automobilbau, Perspektiven der verarbeitenden Industrie im Dreiländereck als Zulieferer

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3916

Faktoren für die Leistungsfähigkeit der Automobilindustrie in BW, Bedeutung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute für die Automobilwirtschaft

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4491 4492 4515

Bemühungen um eine Lösung zwischen Betriebsrat und Konzernvorstand von Daimler-Chrysler zur Senkung der Personalkosten, Abbau der Kostennachteile im Vergleich zu BMW und den norddeutschen Standorten

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5153

Drohende Verlagerung von Arbeitsplätzen bei Daimler-Chrysler, Begrüßung der Einigung über die Einsparung von Personalkosten in Verbindung mit der Stellengarantie bis 2012

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5184 5188-5196 5200 5203

Beklagung der Verzögerungstaktik der Kraftfahrzeugindustrie zur Einführung des Dieselpartikelfilters; Entwicklung von Motoren für den Einsatz von Ethanol

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6067 6072 6083

Drängen auf rasche Einführung des Rußpartikelfilters durch die Automobilindustrie

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341 6344-6347

Entwicklung alternativer Antriebstoffe iR eines gemeinsamen Projekts von Daimler-Chrysler und VW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436

Versagen der Automobilindustrie bei der Einführung des Dieselpartikelfilters

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6494

Engagement der Automobilindustrie am Hockenheimring und im Formel-1-Rennsport, Bezeichnung des Landes als wichtigsten Automobilstandort der Welt neben Detroit

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6886 6887 6891 6892

Forcierung der Entwicklung sparsamer Antriebstechniken durch die Automobilindustrie; Begrüßung der verstärkten Nutzung der Binnenschifffahrt durch Daimler-Chrysler

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7045 7054 7055 7109

Abhängigkeit der Automobilindustrie von den weltweiten Branchenzyklen, Förderung der Clusterbildung im Automobilbereich, Nachholbedarf der Hersteller hierzulande bei Fahrzeugen mit niedrigem Verbrauch

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297 7298 7302

Vorschläge der EU-Kommission zur Beschleunigung der Entwicklung kraftstoffsparender Fahrzeuge, Betrachtung als Herausforderung für die Hersteller hierzulande

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452 7454-7456

Kritik an der massiven Frühverrentung von älteren Mitarbeitern bei Daimler-Chrysler, Verweisung auf die Einstellung von Arbeitnehmern über 50 bei BMW

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7678 7681 7682 7684

Kritik an der massiven Frühverrentung von älteren Mitarbeitern bei Daimler-Chrysler

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773

Leistungsfähigkeit der Automobilindustrie in BW, Nachholbedarf bei der Entwicklung umweltgerechter Fahrzeuge mit niedrigem Verbrauch

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880 7882 7884 7892

Kraftfahrzeugmotor

s. Motor

Kraftfahrzeugsteuer*Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW*

Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr
s. Straßenbau
Drs 13/583

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten; Mittlg der Kommission „Besteuerung von Personenkraftwagen in der Europäischen Union - Handlungsmöglichkeiten auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene“ (KOM(2002)431)

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/1362

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/1595

Entbürokratisierung; hier: Bereich der Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt)

Entwicklung des Aufkommens und der Verwaltungskosten bei der Festsetzung und Erhebung der Kfz-Steuer, Vergleich der Relation mit anderen Steuerarten; Art und Effekte von Maßnahmen zur Verfahrensvereinfachung; Stand der Überlegungen zur Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

Antr Beate Fauser u.a. FDP/DVP 20.05.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2090

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10.2003 Drs 13/2582 S. 4 5

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 28) - Die Festsetzung und Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer in BW

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XXIV. S. 8

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Mittlg LReg 05.10.2004 Drs 13/3610 (14 S.)

Sofortprogramm zur Einführung des Rußpartikelfilters; Spitzenstellung des Landes durch moderne Automobiltechnik sichern

Eintreten für ein Konzept zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw im BRat sowie für eine Euro-5-Abgasnorm bei der EU-Kommission

Antr

s. *Abgasreinigung*

Drs 13/3274

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/3922

Rußpartikelfilter auf breiter Front einführen

Zustimmung im BRat zur steuerlichen Förderung des Partikelfilters für Diesel-Pkw

Antr

s. *Abgasreinigung*

Drs 13/4018

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer, Einbringung einer entsprechenden Gesetzesinitiative im BRat

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Verbesserung der Luftsituation im Land

Hinwirkung auf eine aufkommensneutrale Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Fahrzeuge mit Partikelfilter

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4211

Aufstellung von Luftreinhalteplänen und Maßnahmen in 2005 in BW

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage für Maßnahmen der Kommunen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte; mögliche Folgen von Klagen von Verbänden und betroffenen Bürgern gegen die Kommunen auf Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte; Entwicklung der Einnahmen aus der Kfz-Steuer seit 1998; Hinwirkung auf eine Steuerbegünstigung für Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter, entsprechende Nach- und Umrüstung des Fuhrparks der LReg und nachgeordneten Behörden

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4219

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Anteile von Pkw, Lkw und Bussen an der Feinstaubproblematik; Strategie und Lösungsansätze der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter

GrAnfr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4262

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer

GrAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4435

Keine Steuererhöhung für Wohnmobile

Hinwirkung auf Beibehaltung der bisherigen Besteuerung von Wohnmobilen im BRat

Antr Nils Schmid u.a. SPD 09.08.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4593

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 11 12

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Fortbildung der Führerscheininhaber in energiesparender Fahrweise

Einführung eines Bonus für die Teilnahme an einem Spritsparkurs bei der Umstellung der Kfz-Steuer auf Kohlendioxid als Bemessungsgrundlage

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4682

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für inhereuropäische Flüge

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Ablehnung einer Senkung der Kraftfahrzeugsteuer zur Kompensation der Lkw-Maut

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 667

Senkung der Kraftfahrzeugsteuer zur Kompensation von Mautgebühren für Lkw und Pkw

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1298 1299 1303

Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2766

Nutzung der Kraftfahrzeugsteuer als Hebel zur Umrüstung von Fahrzeugen auf Dieseldieselrußfilter

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3788

Vorschläge des RH zur Verringerung des Personalaufwands für die Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4055 4063

Vorschlag des Bundesumweltministers zur Umstellung und Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4336

Kritik an der Forderung von Minister Mappus zur Abschaffung der Kfz-Steuer, Vorschlag einer Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5503 5510 5512

Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5807 5810 5822

Tausch der Kfz-Steuer mit der Versicherungssteuer und anschließende Umlegung auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Einführung einer Pkw-Maut, Abschaffung der Kfz-Steuer

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6075 6108

Einführung einer Pkw-Maut, Reduzierung der Mineralölsteuer, Abschaffung der Kfz-Steuer

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409

Einführung einer Pkw-Maut, Reduzierung der Mineralölsteuer, Abschaffung der Kfz-Steuer, Vorschlag eines Tauschs mit der Versicherungssteuer

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6483 6494 6507 6508 6512

Einführung einer Pkw-Maut, Abschaffung der Kfz-Steuer

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6549

Einführung einer Pkw-Maut, Abschaffung der Kfz-Steuer

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6810 6816

Unterstützung der Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxid ausstoß

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Anregung einer Abgabe der Kfz-Steuer an den Bund und Übernahme der Versicherungssteuer durch die Länder

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7289

Steuerliche Förderung des Rußpartikelfilters

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7643

Kraftfahrzeugzubehör

s. *Kraftfahrzeugausrüstung*

Kraftfahrzeugzulassung

s. *Kraftfahrzeug*

Kraftrad

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs

Entwicklung der Ursachen von Unfällen im motorisierten Zweiradverkehr seit 2000, Einsatz von neu konstruierten bzw ummantelten Leitplanken an Bundes- und Landesstraßen, Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit an den Motorrädern und Lkw, Entwicklung stationärer Messanlagen zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1136

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung des Vorschlags einer verstärkten Anbringung von Schutzplanken an Landesstraßen

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Internationaler Führerschein und Führerscheinumschreibung

Befristete Erteilung internationaler Führerscheine, Hinwirkung auf den Wegfall der Befristung; Beschränkung der Berechtigung für Führerscheinbesitzer der ehemaligen Klasse 3 und der neuen Klasse M zum Führen von Kleinkrafträdern mit einer Höchstgeschwindigkeit von nicht mehr als 45 km/h

KlAnfr
s. *Führerschein*
Drs 13/2478

Lärmbelästigung durch starken Motorradverkehr

Darlegung von stark frequentierten Strecken und Gebieten mit entsprechender Belastung der Bewohner, insbes im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb; Auswirkungen auf den Tourismus und Naturschutz; Erwägung von zeitlichen und räumlichen Fahrverboten? Vorlage eines Konzepts zur Vermeidung von Motorradlärm

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/2927

Krafttradfahrer

s. *Kraftfahrer*

Kraftstoff

s.a. *Benzol*
s.a. *Flugbenzin*
s.a. *Methyltertiärbutylether*

Förderung eines Energiezentrums alternativer Energieträger in Obrigheim

Unterstützung des Baus einer Öl-Mühle für die Herstellung von rohpresstem Rapsöl zur Erzeugung von Biodiesel

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/157

Bau einer Biodiesel-Anlage am Energiestandort Obrigheim

Entwicklung des Verbrauchs und Tankstellennetzes von Biodiesel seit 1996; Förderung des Baus einer eigenen Raffinerie zur Veresterung von Rapsöl zu Biodiesel am Standort Obrigheim

Antr SPD 06.08.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/159
Antr CDU und FDP/DVP 15.05.2002 Drs 13/993
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1560
Mittlg LReg 25.11.2002 Drs 13/1555

Flächendeckendes Biodiesel-Angebot in BW

Anstreben einer verstärkten Freigabe von Dieselfahrzeugen durch die Hersteller zur Verwendung von Raps-Methylester (RME), Initiativen zum Einsatz im Schwerlastverkehr, Gewährleistung der Herstellung von Biodiesel im Land sowie eines flächendeckenden Tankstellenangebots

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 08.05.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/985
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1638 S. 12 13
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Einsatz von Bio-Diesel in Polizeifahrzeugen

MdlAnfr 4) Gerd Teßmer SPD 17.06.2002 Drs 13/1002
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1693-1697

Spritsparland BW - mit Vollgas Sprit sparen

Bedeutung und bisherige Förderung einer Energie sparenden Fahrweise im Straßenverkehr als Beitrag zum Klimaschutz; Vorlage eines Gesamtkonzepts, u.a. Spritsparkurse für die Landesbediensteten, Durchführung eines Wettbewerbs mit Prominenten am Hockenheimring; Verankerung bei der Führerscheinausbildung und Fahrlehrerausbildung sowie bei der Fahrzeugtechnik; Unterstützung der geplanten Umstellung der Kfz-Steuer auf die Bemessungsgrundlage Kohlendioxidausstoß

Antr GRÜNE 05.12.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1595 (11 S.)
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3987-3994

Einsparungen beim Land durch Fahren mit Biodiesel

Umrüstung der Dieselfahrzeuge in der Fahrzeugflotte von Regierung, Landesbehörden und Polizei auf die Verwendung von Raps-Methylester; Leasing entsprechender Fahrzeuge; Gewährleistung eines flächendeckenden Tankstellenangebots durch öffentliche Ausschreibung und Vertragsabschlüsse

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 22.01.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1700
BeschlEmpf und Bericht FinA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 66 67
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Maßnahmen zur Senkung des Flottenverbrauchs der Kraftfahrzeuge

Antr
s. *Generalverkehrsplan*
Drs 13/1825

Chancen für Bioethanol am Biokraftstoffmarkt

Beurteilung der technischen und ökonomischen Chancen zur Herstellung und weltweiten Vermarktung von Bioethanol, Verbesserung der Wettbewerbschancen durch die Steuerbefreiung für Biokraftstoffe in Beimischungen zum herkömmlichen Kraftstoff

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 27.03.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1944
BeschlEmpf und Bericht LandWA 02.07.2003 Drs 13/2313 S. 33 34
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Agrardieselvergütung

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Gewährleistung einer persönlichen Beratung der Antragsteller

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 28.05.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2112
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.10.2003 Drs 13/2583 S. 29 30
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Bürokratieabbau beim AgrardieselGes

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Notwendigkeit einer persönlichen Beratung der Antragsteller; Hinwirkung auf Abschaffung des Verfahrens und Vereinheitlichung der Steuersätze innerhalb der EU

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU und Richard Drautz FDP/DVP 16.07.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2264
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.10.2003 Drs 13/2583 S. 29 30
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Tanktourismus gefährdet Steuereinnahmen und Tankstellen in BW

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, der Schweiz und den EU-Nachbarländern seit 1999; Auswirkungen der Öko-steuer; erzielbare Einsparungen für die Autofahrer und entgan-gene Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Beurteilung staatlicher Hilfen für Tankstellenbetreiber in Län-dern mit vergleichsweise höheren Kraftstoffpreisen; Hinwirkung auf eine Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Re-gion Lombardei

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 12.11.2003 und Stellung-nahme FM Drs 13/2596

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.03.2004 Drs 13/3093 (da-zu Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU und Jürgen Hofer FDP/DVP) S. 15-17

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Mittlg LReg 23.08.2004 Drs 13/3514

Zuckerrübenmarkt in BW

Beurteilung der Möglichkeiten zur Erzeugung von Bio-Ethanol

Antr

s. *Zuckerrüben*

Drs 13/3002

Förderung und Nutzung von biologischen Kraftstoffen durch die LReg

Nutzung von Rapsmethylester, Rapsöl oder Methanol durch Ver-kehrverbände sowie Fahrzeuge des Landes und seiner nachge-ordneten Behörden; Anreize zur Erhöhung des Anteils biologi-scher Schmieröle und Motoröle außerhalb der Forstwirtschaft

Antr SPD 14.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3379

BeschlEmpf und Bericht LandwA 14.12.2005 Drs 13/5137 S. 46 47

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Förderung der Herstellung und Nutzung von Bioethanol als Kraftstoff

Einschätzung des Potenzials an Rohstoffen für eine Bioethano-lanlage; Aufnahme von Gesprächen mit potenziellen Investoren für den Bau einer solchen Anlage, Beteiligung an der Suche nach einem geeigneten Standort, Bereitstellung von Fördermitteln

Antr SPD 28.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3439

BeschlEmpf und Bericht LandwA 14.12.2005 Drs 13/5137 S. 46 47

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehr-standorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Stand-orten Obrigheim und Buchen

Antr

s. *Konversion*

Drs 13/3734

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Anteil der Emissionen von Kraftfahrzeugen, Heizungen und Kraftwerken an den Waldschäden; Entwicklung des Kraftstoff-und Heizölverbrauchs seit 1999; Aufstockung der Förderpro-gramme im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Alt-baumodernisierung; Ausweitung des Pilotprojekts der Brenn-stoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und

Freiburg; Förderung des Anbaus und der Nutzung biogener Kraftstoffe; Forcierung der Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/3865

Rekordtreibstoffpreise und Tanktourismus

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit 2000 sowie der entgangenen Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Situation der Tankstel-lenbesitzer und -pächter in den Grenzregionen; Frage nach Vor-stößen der Länder und BReg zum Stopp des Tanktourismus, evtl mit einer Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Re-gion Lombardei; Bemühungen Österreichs um ein zusätzliches Klimakontingent für die durch Tankfahrten verursachten CO2-Emissionen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 21.04.2005 und Stellung-nahme FM Drs 13/4273

BeschlEmpf und Bericht WirtA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 19 20

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Entwicklung alternativer Flüssigkraftstoffe

Entwicklung der Rohöl- und Erdgaspreise, der Fördermengen und Abnahmequoten der 20 wichtigsten Abnehmerstaaten seit 1995; Frage nach den noch vorhandenen Ressourcen; Stand der Forschungen um alternative Antriebsstoffe neben der Brenn-stoffzelle, Entwicklungs- und Marktchancen von neuartigen Verfahren zur Gasverflüssigung bzw des Biomass-to-Liquid-Verfahrens, Beurteilung der damit gegebenen Chancen für die Landwirtschaft sowie der Möglichkeiten zur Vermeidung von CO2-Emissionen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 11.05.2005 und Stellung-nahme WM Drs 13/4328

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 9 10

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klär-schlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des An-baus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschät-zung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den An-bau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraft-stoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr

s. *Biomasse*

Drs 13/4539

Verwendung von Biodiesel in Kraftfahrzeugen

Bisherige und künftige Entwicklung bundes- und landesweit, Bedarfsdeckung der notwendigen Rohstoffe durch die Landwirt-schaft? Förderung der Produktion und Verwendung von Biodie-sel; Darlegung der Problematik von Biodiesel für den Rußfilter

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 01.09.2005 und Antw IM Drs 13/4625

„Weg vom Öl“; hier: *Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen*

Perspektiven des Automobilstandorts BW bei weiterhin stei-genden Ölpreisen; Beurteilung einer gesetzlichen Flottenver-brauchsbegrenzung für Neufahrzeuge, Ersetzung von Mineralöl

durch Biokraftstoffe, von (verpflichtenden) Spritsparkursen für alle Führerscheininhaber, eines generellen Tempolimits 130 auf Autobahnen u.a.

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Bioethanolherstellung zur teilweisen Kompensation der Einnahmeausfälle der Zuckerrübenbauern

Unterstützung des Angebots der Südzucker AG zum Abschluss langfristiger Verträge mit den o.g. Landwirten über die Lieferung von Getreide und Rüben zur Erzeugung von Energie bzw. Biokraftstoff

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 09.09.2005 und Stellungnahme
MLR Drs 13/4636
BeschlEmpf und Bericht LandwA 26.10.2005 Drs 13/4821
S. 57 58
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Fortbildung der Führerscheininhaber in energiesparender Fahrweise

Entwicklung der Teilnehmerzahlen an Spritsparkursen, bisherige Höhe der Zuschüsse, Neuaufgabe eines Förderprogramms verbunden mit einer Werbekampagne; Fortbildung aller Dienstwagennutzer des Landes; Hinwirkung auf verpflichtende Kurse für Fahrlehrer, Verankerung des energiesparenden Fahrens in der Fahrerschulerausbildungsordnung, Einführung eines Bonus bei der Umstellung der Kfz-Steuer auf Kohlendioxid als Bemessungsgrundlage

Antr GRÜNE 28.09.2005 und Stellungnahme IM Drs
13/4682

Nutzung von Pflanzenöl-Diesel-Gemischen im ÖPNV und SPNV
Beurteilung des o.g. auf die jeweiligen Typen von Bussen und Schienenfahrzeugen zugeschnittenen Verfahrens bzw der entsprechenden Mischtankanlagen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 19.10.2005 und Antw IM Drs
13/4747

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Verstärkter Einsatz von Biokraftstoffen, Umrüstung des landeseigenen Fuhrparks

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Belastung der Autofahrer durch die Ökosteuer, Nutzung technischer Möglichkeiten zur Reduzierung des Benzinverbrauchs

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46

Gründe für den Anstieg der Kraftstoffpreise

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 121

Verringerung des Kraftstoffverbrauchs trotz Zunahme des Fahrzeugbestands

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 430

Kompensation der hohen Kraftstoffpreise zulasten anderer Verkehrsträger; Verbesserung der Kraftstoffqualitäten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 617 620

Reduzierung der Schadstoffe im Benzin, Rückgang des Verbrauchs durch die Ökosteuer

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021 1022

Förderung des Anbaus von Raps bzw einer Anlage zur Veresterung von Rapsöl zu Biodiesel

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1381

Mehrbelastung der Bauern beim Agrardiesel

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1873

Unterstützung der Landwirte durch verstärkten Einsatz von Biodiesel, Mehrbelastung der Bauern im Falle der Abschaffung der Agrardieselerbilligung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3192-3195

Mehrbelastungen der Bauern beim Agrardiesel, Wettbewerbsvorteile der französischen Kollegen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3403 3409 3410

Förderung des Kraftstoff sparenden Fahrens sowie der Umstellung auf schwefelfreie Kraftstoffe

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3781 3787 3788

Förderung von Benzinsparfahrkursen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3904

Förderung des Anbaus von Raps bzw einer Anlage zur Veresterung von Rapsöl zu Biodiesel, Einsatz in den Fahrzeugen des MLR

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4346

Mehrbelastungen der Bauern beim Agrardiesel, Wettbewerbsvorteile der französischen Kollegen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5797 5798 5804

Mehrbelastungen der Bauern beim Agrardiesel, Einsatz von Biodiesel in den Fahrzeugen des MLR, Einnahmemöglichkeiten der Landwirte durch Anbau und Nutzung von Biopflanzen, Klage über die mangelnde Förderung der Herstellung von Bioethanol in BW

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6083 6085 6086 6088 6092 6096-6098

Entwicklung alternativer Antriebstoffe durch die Automobilhersteller, Erzeugung von Kraftstoff aus Biomasse

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436 6439 6440 6443 6451

Notwendigkeit einer Harmonisierung der Kraftstoffpreise in Europa

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6507 6508

Rückgang des Mineralölsteueraufkommens durch Tanktourismus ins benachbarte Ausland, Verweisung auf den Lenkungseffekt der Ökosteuer, Vorgaben der EU zum Anteil von biogenen Kraftstoffen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6978 6981 7028

Vorschlag zum Verzicht auf den Ökosteueranteil am Benzinpreis, verstärkte Nutzung von Biokraftstoffen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7045 7049-7051 7054 7055

Verbilligung der Kraftstoffe durch Absenkung der Mineralölsteuer, Eindämmung des Tanktourismus, Einführung einer Pkw-Maut, Beteiligung des Transitverkehrs an der Straßenfinanzierung; Vorschläge der EU-Kommission zur Begrenzung des Flottenverbrauchs

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7383 7389 7391 7452 7454-7456

Forcierung der Entwicklung von Fahrzeugen mit niedrigem Verbrauch, Kritik an der geplanten Besteuerung von Biokraftstoffen
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7884

Kraft-Wärme-Kopplung

s. Energienutzung

Kraftwerk

s.a. Energienutzung
s.a. Kernkraftwerk
s.a. Wärmekraftwerk
s.a. Wasserkraft
s.a. Windkraftanlage

Belastung der Industrie -insbes der Stromerzeuger- in BW durch den Wasserpfennig; Bedrohung von Arbeitsplätzen beim Großkraftwerk Mannheim

Beseitigung o.g. Wettbewerbsnachteile durch Erlass bzw Reduzierung des Wasserpfennigs

KlAnfr
s. Wassertarif
Drs 13/7

Nutzung von Gras für die Energiegewinnung

Wirtschaftlichkeit eines mit Gras betriebenen Kraftwerks, Beurteilung der energetischen Verwertung von Gras als neue Einkommensquelle für Landwirte, Einschätzung der Marktchancen von „Graswolle“ als Dämmstoff sowie der Nutzung abgechiedener Proteine als Tierfutter

Antr
s. Gras
Drs 13/497

Ausnahmegenehmigung für die Einleitung von Kühlwasser durch Kraftwerke in Rhein und Neckar im Sommer 2003

Antr
s. Wasser
Drs 13/2365

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstrengung von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr
s. Energiepolitik
Drs 13/2454

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW
Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr
s. Energiepolitik
Drs 13/2537

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industriebetriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emissionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes- oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr
s. Umweltzertifikat
Drs 13/2895

Stromversorgung in BW

Entwicklung der erzeugten Strommengen aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken; Bewertung der Chancen und Technologien für neue Standorte bzw Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Förderung von Einrichtungen und Projekten zur Kernforschung und Entwicklung neuer Technologien, Beurteilung der neuen Generation von Kernkraftwerken

GrAnfr
s. Energiepolitik
Drs 13/3104

Energieerzeugungsstandort BW: Investitionsverlagerung in andere BLänder verhindern!

Unterstützung der Stadtwerke bei Investitionen in eigene Energieerzeugungsanlagen, Angebot von baureifen Standorten für moderne und hocheffiziente Großkraftwerke bzw GuD-Kraftwerke, Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Antr
s. Energieerzeugung
Drs 13/4190

Industriestandort BW sichern: Gute Rahmenbedingungen für industrielle Arbeitsplätze in Mannheim

Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim vom 02.10.2001 zur Ermäßigung des Wasserentnahmeentgelts für das Großkraftwerk Mannheim, Unterbreitung eines Vorschlags zu den entsprechenden Anträgen für 1999-2001; Ausschluss der Wettbewerbsnachteile von wasserintensiv produzierenden Kraftwerken mit einer Novellierung des WasserGes

Antr
s. Wassertarif
Drs 13/4271

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

Antr
s. Wassertarif

Drs 13/4324

Kritik am Festhalten der EVU an der Großkraftwerkstechnologie; Plädoyer für neue kleinere Kraftwerke, Gas- und Dampfturbinenkraftwerke; Erhaltung der Kraftwerksstandorte in BW auch nach dem Verkauf der EnBW-Anteile an die EdF

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3457 3459 3470 3472 3475 3480 3483 3486 3490

Plädoyer für einen Energiemix aus Kernkraftwerken, Kohlekraftwerken und modernen Gas- und Dampfturbinenkraftwerken

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3625 3626 3642 3643

Entwicklung der Schadstoffemissionen bei den größeren Kraftwerken

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3780 3782 3786 3787

Kraftwerksplanungen der EnBW für die Zeit nach dem Atomausstieg, Überlegungen zum Energiestandort Obrigheim, Plädoyer für einen Energiemix aus konventionellen Kraftwerken, Biomassekraftwerken und GuD-Kraftwerken

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4126 4127 4130-4133

Notwendigkeit neuer Kraftwerkskapazitäten für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4285 4286

Beteiligung der Kraftwerksbetreiber am Emissionshandel, Ersatzbedarf an neuen Großkraftwerken für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735-4746

Notwendigkeit neuer Kraftwerkskapazitäten für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5146 5147

Notwendigkeit neuer Kraftwerkskapazitäten für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5647 5648 5650 5651 5653 5654 5660-5662

Notwendigkeit des Zubaus neuer Kraftwerke im Land

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6019-6021 6033 6034

Suche nach neuen Kraftwerksstandorten zwischen Mannheim und Karlsruhe, Investitionen der EnBW in neue Kraftwerke; Ablehnung des Antrags des Großkraftwerks Mannheim auf Reduzierung des Wasserpennings

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6122 6123 6125 6126 6130 6133 6135 6136

Zukunftssicherung des Landes als Kraftwerksstandort, Senkung des Wasserpennings für wasserintensiv produzierende Kraftwerke, Anstrengung emissionsfreier Kraftwerke

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6410 6439 6440 6442 6446-6460

Notwendigkeit neuer Kraftwerkskapazitäten für die Zeit nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, Beurteilung eines Biomassekraftwerks am Standort Obrigheim, Senkung des Wasserpennings für wasserintensiv produzierende Kraftwerke

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6465 6470-6472 6493 6494 6505-6507 6509 6512

Notwendigkeit des Zubaus neuer Kraftwerke im Land, Unterstützung der EVU, Überlegungen zur Reduzierung des Wasserpennings

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6759-6763 6765-6774

Vorhaltung von Reservekraftwerken wegen der stark differierenden Leistung von Windrädern, Produktion der Reserveleistung in Kohle- und Gaskraftwerken, Energieerzeugung mit Kleinkraftwerken, Neubaupläne der EnBW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7017 7018 7024 7026 7027 7029-7032

Notwendigkeit neuer Kraftwerkskapazitäten in BW, Unterstützung aller Wettbewerber bei der Standortsuche

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7700 7701 7709 7715 7716 7719

Krankenbehandlung

s. *Krankenversorgung*

Krankenbehandlungskosten

s.a. *Arzthonorar*

s.a. *Pflegekosten*

DRG-Krankenhausleistungsabrechnungsverfahren

Beurteilung der Umsetzung des Verfahrens zur generellen Umstellung aller Leistungen auf Fallpauschalen zum 01.01.2003, Auswirkungen auf die Krankenhausstrukturen und -kapazitäten, insbes Gewährleistung der flächendeckenden Versorgung?

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/94

Krankenhäuser in privater, freigemeinnütziger und öffentlicher Trägerschaft

Entwicklung des jeweiligen Anteils o.g. Krankenhäuser seit 1990, Gründe für die unterschiedlichen Ertragslagen und Investitionsquoten, Erwartung eines Privatisierungsschubs infolge des Investitionsstaus und der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/460

Geriatrische Rehabilitation

Entwicklung der Pflegesätze in den o.g. Reha-Kliniken im Vergleich zur Finanzierung der Personalausstattung, insbes im nicht-ärztlichen Sektor, seit 1996; Anteil von eingewiesenen Patienten aus dem häuslichen Umfeld und aus Pflegeheimen; Einrichtung einer Schiedsstelle; Schaffung von ambulanten und teilstationären Plätzen nach der Resolution des Landesseniorenrats; Modelle der Alltagsrehabilitation und Übergangspflege; Berücksichtigung der Verlagerung von Pflegeanteilen in den ambulanten Sektor bei der Festlegung von Fallpauschalen

Antr

s. *Rehabilitation*

Drs 13/485

Ambulante und stationäre Dienste

Verstärkte Inanspruchnahme ambulanter Dienste nach Einführung der Fallpauschalen, insbes von älteren Menschen; rechtzeitige Begutachtung und Einstufung in Pflegestufen durch den me-

dizinischen Dienst; Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflege und des Mangels an Fachkräften, Abhilfe durch Werbung für die Pflegeberufe; Träger der Kosten für die höheren Aufwendungen infolge des Pflege-QualitätssicherungsGes

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/864

Krankenhausstrukturdateninformation des MDK BW (BIOS)
Beurteilung des o.g. Analysesystems im Hinblick auf die Einführung der neuen DRG-Fallpauschalen und Krankenhausplanung, Bereitstellung der Strukturdaten aller Krankenhäuser?

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/966

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Höhe der Kosten von psychologischen Behandlungen, Übernahme durch die Krankenkassen; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Umsetzung der Disease Management Programme (DMPs) in BW

Umsetzung der Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Auswirkungen der Verknüpfung mit dem Risikostrukturausgleich auf die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung, Verhinderung von Manipulationen bei der Umsetzung durch Personalaufstockung der Aufsichtsbehörde entsprechend dem Bundesversicherungsamt; Auswirkungen der RSA-Reformgesetzgebung auf die vom Land eingereichte Klage gegen den Risikostrukturausgleich

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1283

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 22)

Kostenvergleich bei den Kliniken für Mund-, Zahn- und Kiefer-Heilkunde

Mittlg LReg 03.09.2002 Drs 13/1291

Zukunft länderspezifischer Versorgungsformen unter DRG-Bedingungen

Gefährdung der besonderen stationären Versorgungsstrukturen in den Krankenhäusern, z.B. in der Geriatrie, mit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems; Einflussnahme im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Erhaltung der Finanzierung dieser Strukturen und Leistungen

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1413

Einführung der DRG's (Fallpauschalen) - Behandlungsmindestmengen

Einführung von Mindestfallzahlen für bestimmte Behandlungen unter dem Aspekt der Qualitätssicherung, Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes, Auswirkungen auf einzelne Krankenhäuser bzw auf die flächendeckende Versorgung

Antr

s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1584

Ges über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose

Regelung der Kostenträgerschaft durch die Landeswohlfahrtsverbände; Außerkräfttreten des Ges zur Ausführung des § 24 des Ges zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

GesEntw
s. *Geschlechtskrankheit*
Drs 13/1620

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen

Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/1708

Krankenhausversorgung in BW

Entwicklung der Krankenhausstruktur und der Patientenversorgung, insbes auch im ländlichen Raum; Auswirkungen der neuen DRG-Fallpauschalen; Einflussmöglichkeiten des Landes, u.a. mit dem Krankenhausbauprogramm

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/1813

Einsparmöglichkeiten durch Angleichung der Beihilfe für Landesbeamte an das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung?

Vergleich o.g. Leistungen bzw Krankheitskosten für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst; Höhe der Einsparungen und notwendige Rechtsänderungen bei einer Angleichung der Systeme

Antr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 13/2123

Der Diabetes-Vertrag der AOK Baden-Württemberg im Rahmen der Disease-Management-Programme

Vereinbarung von Fangprämien für chronisch Kranke zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung, Genehmigung bzw Auswirkungen dieses Vertrags, insbes Auslösung eines Wettbewerbs um die höchsten Betreuungspauschalen und damit von zusätzlichen Ausgaben für die DMP, Rechtfertigung dieser erhöhten Kosten?

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/2189

Entwicklung der Beihilfeleistungen im Land BW für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Beihilfesituation von freiwillig versicherten Beamten und Ruhegehaltsempfängern

Entwicklung o.g. Ausgaben für Beihilfeleistungen im Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfall; Gegenüberstellung der Anteile von Beihilfeberechtigten mit einer privaten Restkostenversicherung sowie einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichbehandlung beider Gruppen in der ärztlichen Behandlung und entsprechenden

Gebührenabrechnung, Vorschlag eines Beitragszuschusses zur Krankenversicherung bzw Einbeziehung der Beamten in die GKV

KlAnfr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 13/2340

Rolle der Krankenhaussozialarbeit

Vorhandene Krankenhaussozialdienste, Berücksichtigung bei der Kalkulation der neuen Fallpauschalen? Bedeutung für die Patientensteuerung bei der integrierten Versorgung und teilstationären Behandlung, Gewährleistung einer fach- und zeitgerechten Organisation der Nachversorgung

Antr
s. *Sozialarbeit*
Drs 13/2415

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens?

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Maßnahmen der LReg zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen vertragszahnärztlichen Versorgung durch Kieferorthopäden
Beurteilung von Fällen der Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung; Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zur Unterbindung dieses rechtswidrigen Verhaltens einzelner Vertragszahnärzte bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen

Antr
s. *Zahnärztliche Behandlung*
Drs 13/2828

Privatabrechnung und Kostenerstattungsverfahren bei kieferorthopädischen Behandlungen in BW

Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung der Leistungen von Vertragszahnärzten, Beurteilung einer entsprechenden landesweiten Verbands-Kampagne, Klärung der Notwendigkeit einer Benachrichtigung der Krankenkasse in jedem Einzelfall und Aufklärung über die Folgen einer solchen Entscheidung für alle künftigen ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlungen für den Versicherungsnehmer und seine Familie, Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Patienten

Antr
s. *Zahnärztliche Behandlung*
Drs 13/2831

Zukunft der Krankenhäuser

Aussagen des Landkreistags zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser, Auswirkungen der neuen Fallpauschalen und der geplanten Änderung des ArbeitszeitGes

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2839

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik

Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung

länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschalen

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/3086

Auswirkung der Fallpauschalen im Krankenhaus (DRGs) auf Menschen mit Behinderung

Schaffung eines Ausgleichs für den erhöhten Pflege- und Betreuungsbedarf durch Zuschläge, Aufnahme in die DRG-Systematik, Kompensation der kürzeren Verweildauer durch eine angemessene ambulante Nachsorge

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/3167

Umsetzung von Soziotherapieleistungen durch die Sozialpsychiatrischen Dienste

Art und Umfang der von den Sozialpsychiatrischen Diensten angebotenen und erbrachten Leistungen, Behandlungszeiträume bei den bisher therapierten Patienten, Praxis der Leistungserbringung und -abrechnung, Entwicklung der Einnahmeanteile aus der Soziotherapie an den Haushalten der einzelnen Dienste

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3873

Krankenhausfinanzierung - DRGs

Auswirkungen des II. FallpauschalenänderungsGes auf die Kalkulationsbasis der Krankenhäuser, die Absicherung der Sonder Versorgungsstrukturen und Ausbildungskrankenhäuser für Säuglingspflege, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe sowie den Sicherstellungsauftrag für kleinere Häuser im ländlichen Raum; Definition und Auswirkungen des Basisfallwerts, des Landesbasisfallwerts und des Case-Mix-Index; errechnete Werte für die Universitätsklinik; Auswirkungen der Integrierten Versorgung; Bemessungsfaktoren und Anteil der Pauschalförderung des Landes am Gesamtbudget eines Krankenhauses

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4039

Ges zur Änd des LKrankenhausGes

Verpflichtung der Krankenhäuser mit Intensivtherapiebetten zur Bestellung eines Transplantationsbeauftragten, Regelung von Aufgaben und Stellung sowie der jährlichen Berichterstattung; Schaffung einer Verordnungsermächtigung für Festlegungen im Bereich der durch das FallpauschalenGes geschaffenen Vorschriften zur Krankenhausvergütung

GesEntw
s. *Krankenhausesgesetz*
Drs 13/4815

Kritik an der Übertragung von Behandlungskosten auf die Patienten, Kostenanstieg durch Abschaffung der Arzneimittelbudgets und der Kollektivhaftung, Auswirkungen eines Risikopools

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 127-137

Entgeltsätze von Privatkliniken, Erwirtschaftung der Krankheitsbehandlungskosten durch die Universitätskliniken, Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1182-1184 1188 1189

Kostenexplosion im Gesundheitswesen nach Abschaffung der Azneimittelbudgets, Ausgleich unter den Krankenkassen für die Behandlung chronisch Kranker, Beurteilung der Chronikerprogramme, Einführung von Wahlтарifen und Fallpauschalen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405-1425

Honorierung der Umsetzung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhaus; Schaffung von mehr Transparenz und Kostenbewusstsein durch Patientenquittungen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2079 2081 2084 2087 2090

Pauschale Erstattung der Krankenkosten von Asylbewerbern an die Stadt- und LKreise

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4048 4049 4051-4053

Pauschale Erstattung der Krankenkosten von Asylbewerbern an die Stadt- und LKreise

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4524 4526 4527 4529 4531 4532

Krankenchipkarte

s. *Versicherungsunterlagen*

Krankenhaus

s.a. *Bundeswehrkrankenhaus*

s.a. *Fachkrankenhaus*

s.a. *Frauenklinik*

s.a. *Kinderkrankenhaus*

s.a. *Krankenhausgesetz*

s.a. *Krankenpflegeschule*

s.a. *Neurologie*

s.a. *Pathologie*

s.a. *Privatkrankenhaus*

s.a. *Psychiatrie*

s.a. *Thorax-Klinik Heidelberg*

s.a. *Universitätsklinik*

s.a. *Vollzugskrankenhaus*

DRG-Krankenhausleistungsabrechnungsverfahren

Beurteilung der Umsetzung des Verfahrens zur generellen Umstellung aller Leistungen auf Fallpauschalen zum 01.01.2003, Auswirkungen auf die Krankenhausstrukturen und -kapazitäten, insbes Gewährleistung der flächendeckenden Versorgung?

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/94

Personelle Versorgung der Krankenhäuser mit Ärztinnen und Ärzten

Entwicklung o.g. Daten, Einhaltung der geltenden Arbeitszeitregelungen, Umfang und Abgeltung von Überstunden, Gegenüberstellung der Studienanfängerzahlen und des künftigen Personalbedarfs, Notwendigkeit einer Überarbeitung der Ausbildungs- und Approbationsordnungen

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/273

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Berücksichtigung von Terroranschlägen mit Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke, Chemieanlagen u.a. Infrastruktureinrichtungen, der Verbreitung infektiöser, giftiger oder radioaktiver Substanzen im Katastrophenschutz, LRettungsdienstplan

und in der Krankenhausplanung; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Mittel; Bericht über die eingeleiteten Schritte bis 30.11.2001

Antr

s. *Rettungsdienst*

Drs 13/342

Interkulturelle stationäre Pflege im Krankenhaus

Zahl und Nationalität ausländischer Patienten und Pflegekräfte, Berücksichtigung der jeweiligen Problemlagen, Beurteilung des o.g. Projekts an der Universitätsklinik Essen als Bestandteil der Mitarbeiterausbildung, Versorgung der Patienten mit Informationsmaterialien in deren Muttersprache

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/459

Krankenhäuser in privater, freigemeinnütziger und öffentlicher Trägerschaft

Entwicklung des jeweiligen Anteils o.g. Krankenhäuser seit 1990, Gründe für die unterschiedlichen Ertragslagen und Investitionsquoten, Erwartung eines Privatisierungsschubs infolge des Investitionsstaus und der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 16.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/460

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 31 32

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Katastrophenschutz

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 13/500

Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe

Neugestaltung der Ausbildungsstellenfinanzierung mit Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhauswesen; Bündelung der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege bis hin zum FH-Studium für Pflegeberufe; Neuorganisation sämtlicher Ausbildungsschritte bzw Alten- und Krankenpflegeschulen

Antr

s. *Pflegeberuf*

Drs 13/517

Grenzüberschreitende Notfallversorgung

Abweisung eines neurochirurgischen Notfallpatienten aus Waldshut in neun Kliniken, Konsequenzen aus diesem Vorfall für die Krankenhausplanung sowie für die grenzüberschreitende Notfallversorgung

Antr

s. *Krankenversorgung*

Drs 13/785

Krankenhausstrukturdateninformation des MDK BW (BIOS)

Beurteilung des o.g. Analysesystems im Hinblick auf die Einführung der neuen DRG-Fallpauschalen und Krankenhauspla-

nung, Bereitstellung der Strukturdaten aller Krankenhäuser?

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 26.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/966
BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2002 Drs 13/1401 S. 46-48
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Förderung krankenhausesübergreifender Erfassungs-, Dokumentations- und Informationssysteme

Antr
s. *Medizin*
Drs 13/1144

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Konsequente Patientenorientierung im Gesundheitswesen in BW

Umsetzung der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz und Landesärztekammer, insbes Einrichtung unabhängiger Patienteninformationssysteme, -beratungsstellen und -vertretungen in Krankenhäusern; Benennung eines Landesbeauftragten für Patienten; Verankerung der Qualitätssicherung in den Gremien des Gesundheitswesens

Antr
s. *Kranker*
Drs 13/1322

Zukunft länderspezifischer Versorgungsformen unter DRG-Bedingungen

Gefährdung der besonderen stationären Versorgungsstrukturen in den Krankenhäusern, z.B. in der Geriatrie, mit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems; Einflussnahme im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Erhaltung der Finanzierung dieser Strukturen und Leistungen

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1413

Ärztmangel und Notfallrettung

Auswirkungen des Ärztemangels in den verschiedenen Fach- und Rettungsdienstbereichen, Stand der krankeneigenen Pläne für Katastrophenlagen und Notsituationen

KlAnfr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1421

Versorgung mit Krankenhausärzten

Entwicklung der Zahl von Klinikärzten seit 1995 und der Arzt-Patienten-Relation; Auswirkungen der Arbeitsbedingungen und Personalengpässe auf die Patientenversorgung; Ergebnisse der angekündigten verstärkten Überwachung der Arbeitszeiten durch die Gewerbeaufsichtsamter; Ursachen und Abhil-

femöglichkeiten der mangelnden Attraktivität des Ärzteberufs, Hinwirkung auf Anpassung der Klinikbudgets an die aktuellen Lohnsteigerungen

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1460

Veränderungen durch private Beteiligungen und Rechtsformänderungen im öffentlichen Krankenhausbereich

Entwicklung der privaten Beteiligung bzw Trägerschaft sowie der Rechtsformänderungen öffentlicher Krankenhäuser seit 1996, Gründe und Auswirkungen der Veränderungen auf das Leistungsspektrum, die Behandlungsqualität, Organisation und Personalplanung; Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes; Strukturdateninformation des MDK auch von teil- oder vollprivatisierten Häusern

Antr Alfred Haas u.a. CDU 12.11.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1496
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 43 44
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Einführung der DRG's (Fallpauschalen) - Behandlungsmindestmengen

Einführung von Mindestfallzahlen für bestimmte Behandlungen unter dem Aspekt der Qualitätssicherung, Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes, Auswirkungen auf einzelne Krankenhäuser bzw auf die flächendeckende Versorgung

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1584

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen

Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG; Begründung, bauliche Maßnahmen und Kosten einer Verlagerung der Chirurgie und Gynäkologie von Kirchheim nach Nürtingen; Auswirkungen auf die von den Aidlinger Schwestern betriebenen Krankenpflegeschule am Kirchheimer Krankenhaus

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 27.01.2003 und Antw SM Drs 13/1708

Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Entwicklung der Ärztedichte seit 1998 und bis 2010 nach Ärzten in Kliniken, niedergelassenen Ärzten, Fach- und Zahnärzten; Darlegung der Nachfolgeproblematik; Auswirkungen einer Unterversorgung; Anreize und Möglichkeiten zur Abmilderung des Negativtrends; Planungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhaussträger

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1735

Krankenhausversorgung in BW

Entwicklung der Krankenhausstruktur und der Patientenversorgung, insbes auch im ländlichen Raum; Auswirkungen der neuen DRG-Fallpauschalen; Einflussmöglichkeiten des Landes, u.a. mit dem Krankenhausbauprogramm

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 19.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1813
BeschlEmpf und Bericht SozA 10.04.2003 Drs 13/2222 S. 47 48

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Infektionsschutz

Frage nach einer bedarfsgerechten Ausstattung von Krankenhäusern mit Betten für Patienten mit infektiösen Erkrankungen; Ausarbeitung eines in Aussicht gestellten Seuchenalarmplans

Antr

s. *Infektionskrankheit*

Drs 13/1995

Krankenhausstruktur in den einzelnen LKreisen, Landesförderung bei Baumaßnahmen

Entwicklung der Fördersatzte und des Antragstaus bei der Investitionsförderung für Krankenhausneubauten, Berücksichtigung der Grunderwerbskosten; Entwicklung des Bedarfs und der tatsächlichen Zahl von Krankenhausbetten im Rems-Murr-Kreis im Vergleich zu den anderen LKreisen der Region Stuttgart

KlAnfr Katrin Altpeter SPD 11.04.2003 und Antw SM Drs 13/2000

Transplantationsbeauftragte an Kliniken mit Intensivbetten

Entwicklung der Organspenden und Wartelisten in BW u.a. BLändern, Auswirkungen der o.g. Beauftragten in diesen Ländern, Gründe für die Ablehnung eines entsprechenden GesEntw des SM im Ministerrat; erneute Einbringung der gesetzlichen Normierung eines Transplantationsbeauftragten

Antr

s. *Transplantation (Medizin)*

Drs 13/2228

Zukunft des epidemiologischen Krebsregisters in BW

Begründung und Auswirkungen der Umstellung des bevölkerungsbezogenen Krebsregisters auf ein klinisches Register, insbes auf die Qualitätssicherung und Präventionsprogramme, die Bedarfsplanung im Gesundheitswesen und die Krebsursachenforschung; einbezogene Kliniken und Tumorzentren; erwartete Kosteneinsparungen; Gründe für die Ablehnung einer Meldepflicht nach dem Beispiel anderer BLänder

Antr

s. *Krebsregister*

Drs 13/2305

Kommunale Krankenhäuser als Aktiengesellschaft

Ermöglichung der Organisation als Aktiengesellschaft - evtl im Zuge der Verwaltungsreform; Notwendigkeit einer Anpassung der Gemeindeordnung?

KlAnfr Richard Drautz FDP/DVP 16.09.2003 und Antw SM Drs 13/2399

Rolle der Krankenhaussozialarbeit

Vorhandene Krankenhaussozialdienste, Berücksichtigung bei der Kalkulation der neuen Fallpauschalen? Bedeutung für die Patientensteuerung bei der integrierten Versorgung und teilstationären Behandlung, Gewährleistung einer fach- und zeitgerechten Organisation der Nachversorgung

Antr

s. *Sozialarbeit*

Drs 13/2415

Zukunft des Kreiskrankenhauses Kirchheim/Teck

Beurteilung der vom LKreis Esslingen geplanten Schließung der neu gebauten Kirchheimer Gynäkologie, Bewirkung einer Rückzahlung von Landeszuschüssen? Auswirkungen der Sparbeschlüsse der LReg auf die Zuschüsse für den Nürtinger Kran-

kenhausneubau; Konsequenzen des Urteils des EuGH zur Arbeitszeit der Ärzte für die Personal- und Kostenstruktur der Kreiskrankenhäuser Kirchheim und Nürtingen

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 31.10.2003 und Antw SM Drs 13/2566

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr

s. *Kredit*

Drs 13/2598

Notärztlicher Rettungsdienst

Vorhandene Versorgung mit Notärzten, Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen, der Ausbildungsanforderungen und Fallpauschalen im Krankenhaus; Erhaltung einer flächendeckenden qualifizierten notärztlichen Versorgung

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/2663

Brustkrebsbehandlung und Mammographie-Screening

Auflistung der an Krankenhäusern angesiedelten Brustzentren, Art der Zertifizierung nach deutschem oder EU-Recht, Stand der flächendeckenden Einführung des Mammographie-Screenings, Gründe für das Unterschreiten europäischer Qualitätsvorgaben, Art der Benachrichtigung der Frauen, Position der Landesärztekammer und des Datenschutzbeauftragten

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 13/3934

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen für die Krankenhausfinanzierung

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2809-18 S. 61 62

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-31 S. 73

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849-6 S. 12 13

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2849-10 S. 17

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Zukunft der Krankenhäuser

Aussagen des Landkreistags zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser, Auswirkungen der neuen Fallpauschalen und der geplanten Änderung des ArbeitszeitGes; Entwicklung der Investitionskostenförderung für die kommunalen Krankenhäuser und des Finanzierungsaufwands für die Universitätskliniken und Psychiatriezentren sowie des jeweiligen Investitionsstaus; Notwendigkeit und Einsparpotenziale einer Privatisierung oder Fusionierung von Krankenhäusern

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 28.01.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2839

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.05.2004 Drs 13/3492 S. 62-64

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Auswirkung der Fallpauschalen im Krankenhaus (DRGs) auf Menschen mit Behinderung

Schaffung eines Ausgleichs für den erhöhten Pflege- und Betreuungsbedarf durch Zuschläge, Aufnahme in die DRG-Systematik, Kompensation der kürzeren Verweildauer durch eine angemessene ambulante Nachsorge

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/3167

Ärztemangel

Entwicklung der Zahlen von Pensionierungen sowie des Bedarfs an Haus-, Fach- und Krankenhausärzten in den nächsten zehn Jahren; Gegenüberstellung der Zahlen von Studienanfängern, -abbrechern und -absolventen, Anteil der Mediziner ohne patientenbezogene ärztliche Tätigkeit; Kosten eines Medizinstudienplatzes pro Semester; Beschreibung der medizinischen Versorgung bzw des Mangels an Ärzten in den einzelnen Regionen und im europäischen Ausland

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/3168

Situation von Senioren mit Migrationshintergrund und von ausländischen Senioren

Datenentwicklung bis 2020 differenziert nach Geschlechtern, Herkunftsländern und regionaler Verteilung in BW; Schaffung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären Pflegeinfrastruktur, entsprechende Ausbildung bzw Anwerbung geeigneter Pflegefachkräfte, Frage nach spezialisierten Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/3412

Umsetzung § 95 SGB V Medizinische Versorgungszentren

Begründung und erwartete Auswirkungen der o.g. Einrichtungen; Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigungen an der Zulassung der dort tätigen Ärzte; Ausschluss einer Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hand zulasten der Leistungsanbieter in freien Praxen; Unterstützung durch öffentliche Krankenträger nur zum Ausgleich einer Unterversorgung im ambulanten Bereich

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/3486

Zukunft der Krankenhauslandschaft BW und Weiterentwicklung der Landeskrankenhausplanung

Umfang und Grundlagen der Annahmen für den Bettenabbau und die Schließung von Krankenhäusern in öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Trägerschaft in den nächsten Jahren; Bewertung der unterschiedlichen Belastungen der LKreise bzw einer landkreisübergreifenden, regionenbezogenen Planung; Bedeutung einer interdisziplinären Angebots- und Leistungsstruktur, Beurteilung des integrierten Versorgungsmodells im Alb-Donau-Kreis mit dem Verbund von drei Kreiskrankenhäusern und niedergelassenen Ärzten als modellhaft?

GrAnfr GRÜNE 20.08.2004 und Antw SM Drs 13/3512

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und

Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr
s. *Dokumentation*
Drs 13/3540

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Erkenntnisse über den Eintrag o.g. Schadstoffe in Kläranlagen, insbes halogenorganische Verbindungen, Schwermetalle, Röntgenkontrastmittel, Medikamentenrückstände, Desinfektionsmittel, Keime und Viren; Leistungsfähigkeit der Kläranlagen zur Elimination der Verschmutzungen, Anteil nicht entfernbarer Rückstände im Oberflächenwasser bzw im Wasserkreislauf; Regelungen und Fördermittel zum Bau entsprechender spezieller Anlagen

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/3631

*Krankenhausinfrastruktur in der Region Zoller-
nalb/Oberschwaben*

Aufüstung der von Schließung bedrohten Krankenhäuser, Höhe der dort für Modernisierungsmaßnahmen bereitgestellten Fördermittel, Prüfung von Förderanträgen auf damit einhergehende Effekte an anderer (vorher geförderter) Stelle?

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 23.12.2004 und Antw SM Drs 13/3925

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen der Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige öffentliche Krankenhäuser

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-35 S. 76
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Krankenhausfinanzierung - DRGs

Auswirkungen des II. FallpauschalenänderungsGes auf die Kalkulationsbasis der Krankenhäuser, die Absicherung der Sonderversorgungsstrukturen und Ausbildungskrankenhäuser für Säuglingspflege, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe sowie den Sicherstellungsauftrag für kleinere Häuser im ländlichen Raum; Definition und Auswirkungen des Basisfallwerts, des Landesbasisfallwerts und des Case-Mix-Index; errechnete Werte für die Universitätsklinik; Auswirkungen der Integrierten Versorgung; Bemessungsfaktoren und Anteil der Pauschalförderung des Landes am Gesamtbudget eines Krankenhauses

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 14.02.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4039
BeschlEmpf und Bericht SozA 16.06.2005 Drs 13/4745 S. 49-51
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Nationaler Influenzapandemieplan

Umsetzung der Bund-Länder-Empfehlungen für einen nationalen Pandemieplan, Vorkehrungen zur Verteilung des Impfstoffs und Durchführung der Impfungen durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, vorhandene und notwendige Krankenhauskapazitäten

Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4068

Situation der Hebammen in BW

Entwicklung der Zahl der niedergelassenen sowie an Krankenhäusern tätigen Hebammen sowie der mit und ohne Kaiserschnitt geborenen Kinder seit 1999, Höhe der jeweiligen Vergütung bzw. erhobenen Eigenanteile der Krankenkassen, Gründe und Folgen der Ausgrenzung der Hebammen von der Leistungsabrechnung mittels der elektronischen Gesundheitskarte sowie beim PräventionsGes des Bundes, Höhe der Mindestmengen an Entbindungen im Krankenhaus für dessen Verbleib im System der neuen Fallpauschalenregelung, Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung

Antr
s. *Hebamme*
Drs 13/4151

Krankenhaussituation im LKreiss Freudenstadt

Rechtliche Anforderungen einer Zusammenlegung von Häusern i.S.d. Krankenhausfinanzierungsrechts, Notwendigkeit einer Verringerung des Leistungsangebots? Frage nach entsprechenden Auflagen in Freudenstadt, Horb und benachbarten LKreisen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970; Auswirkungen auf die medizinische Versorgung am oberen Neckar, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 23.03.2005 und Antw SM Drs 13/4178

Auswirkungen auf die Region Zollernalb durch die Krankenhausschließung in Hechingen

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Klinik Hechingen, Auswirkungen einer Schließung auf die Patientenversorgung in der Region bzw. auf die um den Klinikbetrieb angesiedelten Medizintechnik-Unternehmen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern im Zollernalbkreis mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 06.04.2005 und Antw SM Drs 13/4223

Transplantationsbeauftragte

Vorlage eines AusführungsGes zum TransplantationsGes des Bundes, Regelung der Bestellung von Transplantationsbeauftragten an Krankenhäusern mit Intensivbetten

Antr
s. *Transplantation (Medizin)*
Drs 13/4228

Psychiatrische Versorgung in BW

Einweisungszahlen und Verweildauer der Patienten in den Zentren für Psychiatrie u.a. stationären Einrichtungen seit 1999 differenziert nach den zehn häufigsten Diagnosen; Anteil von Wiederholungseinweisungen; Bewirkung von vermehrten Krankeneinweisungen durch die Soziotherapie? Beurteilung der Versorgungssituation mit niedergelassenen Ärzten und Therapeuten; Ausbau der teilstationären und ambulanten Einrichtungen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/4261

Ungleichbehandlung von Ärzten an den Universitätsklinik in BW gegenüber Ärzten in kommunalen Krankenhäusern und Ärzten an Universitätsklinik in Bayern

Anwendung der neuen tarifrechtlichen Bestimmungen zu Arbeitszeit, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei Verlängerungen des Dienstverhältnisses iRd Weiterbildungszeit; Darlegung an einem typischen Fallbeispiel im Vergleich zu den o.g. Kollegen; Beurteilung als Wettbewerbsnachteil?

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/4474

Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung (Krankenhausschulen)

Differenzierung der o.g. Schüler und Schulen nach den verschiedenen Unterrichtsformen und Bildungsgängen bzw. der Höhe der jeweiligen Sachkostenzuschüsse, Umsetzung der Vorgaben der einzelnen Bildungspläne, Art der Verwendung der gewährten Zuschüsse durch die Schulträger

KlAnfr
s. *Sonderunterricht*
Drs 13/4525

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe: Ausgestaltung des neuen Vertrags, Zustimmungsbedarf des SM, Einflussmöglichkeiten des LKreises, Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Radiologie und Gynäkologie; Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region u.a.m.

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 21.10.2005 und Antw SM Drs 13/4761

Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung

Kostenregelung für die Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung von Kindern, Feststellung der medizinischen Notwendigkeit vor Abschluss der Aufnahmeformalitäten durch die Eltern, Gewährleistung der Elternbegleitung ohne zusätzliche finanzielle Belastung

Antr
s. *Eltern*
Drs 13/4794

Ges zur Änd des LKrankenhausGes

Verpflichtung der Krankenhäuser mit Intensivtherapiebetten zur Bestellung eines Transplantationsbeauftragten, Regelung von Aufgaben und Stellung sowie der jährlichen Berichterstattung; Schaffung einer Verordnungsermächtigung für Festlegungen im Bereich der durch das FallpauschalenGes geschaffenen Vorschriften zur Krankenhausvergütung

GesEntw
s. *Krankenhausgesetz*
Drs 13/4815

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbindung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw. Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr
s. *Ärztliche Behandlung*

Drs 13/4822

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

GrAnfr

s. *Rettungsdienst*

Drs 13/4860

Herzkatheter-Messplatz am Kreiskrankenhaus Calw

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer Kostenübernahme o.g. Untersuchungen durch die Krankenkassen; Hinwirkung auf eine Übernahme der Kosten

KlAnfr

s. *Medizinisches Gerät*

Drs 13/5202

Realisierung der notwendigen Krankenhausinvestitionen im Einvernehmen mit den Kommunen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65

Ermöglichung von privaten Beteiligungen im Krankenhausbau

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816

Bewertung der Krankenhausstrukturen im Land als bundesweit vorbildlich

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 912

Ermöglichung der anonymen Geburt im Krankenhaus, Übernahme der Kosten durch das Land

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1337 1341-1343 1346

Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhaus; Erinnerung an den Bettenabbau zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit; Erhöhung der Transparenz von Krankenhauskosten im Einzelfall; Maßnahmen gegen den Ärztemangel im Krankenhaus

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1409 1411 1417 1418 1421 1422 1424

Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die Krankenhäuser bzw die dort Beschäftigten, Notwendigkeit von Entlassungen aufgrund der Nullrunde bei gleichzeitig steigenden Personalkosten

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075-2090

Vergleich der Höhe der Mittelbereitstellung für die Krankenhäuser und Sozialpsychiatrischen Dienste

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2304

Vorschlag der Kürzung des Krankenhausförderprogramms um 2 Mio Euro zum Erhalt der Sozialpsychiatrischen Dienste

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2656 2657

Aufforderung zu Debatten über das Zukunftsthema Krankenhäuser im Parlament; Modernisierung des Kreiskrankenhauses Mosbach

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4990 4125 4128 4131 4133

Veränderung der Krankenhauslandschaft mit Einführung der neuen Fallpauschalen, Unterstützung von Kooperationen und Vernetzungsmodellen; Kürzung der Investitionsförderung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4204 4208 4210 4212

Verkauf eines kommunalen Krankenhauses an eine auswärtige Unternehmensgruppe, Anmahnung einer abgestimmten Krankenhausplanung in BW

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5158 5161 5162

Kritik an der Verschärfung der Kürzungen im Krankenhausbau

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5936 5939

Kritik an der zusätzlichen Mittelkürzung im Krankenhausbereich; Sanierung der Kreiskrankenhäuser in Oberschwaben

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6136

Notwendigkeit einer Palliativstation sowie eines Transplantationsbeauftragten an Krankenhäusern mit Intensivtherapiebetten

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7481 7482 7536

Krankenhausarzt

s. *Arzt*

Krankenhausbau

s. *Krankenhaus*

Krankenhausgesetz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd der VO über die Mitarbeiterbeteiligung nach dem LKrankenhausGes

GesEntw

s. *Währung*

Drs 13/313

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalAusweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. *Verwaltungsverfahren*

Drs 13/3661

Ges zur Änd des LKrankenhausGes

Verpflichtung der Krankenhäuser mit Intensivtherapiebetten zur Bestellung eines Transplantationsbeauftragten, Regelung von Aufgaben und Stellung sowie der jährlichen Berichterstattung; Schaffung einer Verordnungsermächtigung für Festlegungen im Bereich der durch das FallpauschalenGes geschaffenen Vorschriften zur Krankenhausvergütung

GesEntw LReg 09.11.2005 Drs 13/4815 (14 S.)
1. Beratung PlPr 13/104 01.12.2005 S. 7536 7537
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5080
2. Beratung PlPr 13/106 01.02.2006 S. 7743-7745
GesBeschl 01.02.2006 Drs 13/5125
GBI 2006 Nr. 2 S. 18 19 (Ges vom 14.02.2006)

Krankenhauschule

s. *Sonderschule*

Krankenhausunterricht

s. *Sonderunterricht*

Krankenkasse

s. *Krankenversicherung*

Krankenkassenbeitrag

s. *Versicherungsbeitrag*

Krankenpflege

s.a. *Altenpflege*
s.a. *Hauspflege*
s.a. *Krankenpflegeschule*
s.a. *Pflegeversicherung*

Maßnahmen gegen einen drohenden Personalnotstand in der Pflege

Entwicklung der Schülerzahlen und des Fachkräftebedarfs in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Konsequenzen der Blockade des BAltenpflegeGes aufgrund der Entscheidung des BVerfG für die Altenpflegeausbildung und Altenpflegeschulen; Umsetzung der Empfehlungen des Landesarbeitskreises Pflegeberufe

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/143

Interkulturelle stationäre Pflege im Krankenhaus

Zahl und Nationalität ausländischer Patienten und Pflegekräfte, Berücksichtigung der jeweiligen Problemlagen, Beurteilung des o.g. Projekts an der Universitätsklinik Essen als Bestandteil der Mitarbeiterausbildung, Versorgung der Patienten mit Informationsmaterialien in deren Muttersprache

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/459

Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe

Neugestaltung der Ausbildungsstellenfinanzierung mit Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhauswesen; Bündelung der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege bis hin zum FH-Studium für Pflegeberufe; Neuorganisation sämtlicher Ausbildungsschritte bzw Alten- und Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/517

Niederschwellige Betreuungsangebote und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für demenzkranke Pflegebedürftige

Förderung o.g. Betreuungsgruppen seit 1998 sowie iRd Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung durch das Pflegeleistungs-ErgänzungsGes, Kofinanzierung der auf das Land entfallenden Mittel der Pflegeversicherung

Antr
s. *Pflegebedürftiger*
Drs 13/556

Selbstorganisiertes Lernen (SOL)

Aufnahme des o.g. Fachs in die neue Studentafel des Berufskollegs Gesundheit und Pflege ohne Inhalte und Deputatszuweisung

Antr
s. *Lerntechnik*
Drs 13/1011

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung des Angebots der Gesundheitsdienste im Bereich der Pflege, bei der Altenhilfe, bei der stationären Behandlung und Versorgung von Migranten

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Demenzerkrankungen - eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung

Entwicklung der Formen und Verbreitung o.g. Krankheitsbilder; vorhandene Verfahren zur Früherkennung, Prävention und Therapie; Versorgung der Erkrankten durch Angehörige, ambulante und stationäre Einrichtungen; Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Modellprojekten

Antr
s. *Gehirnkrankheit*
Drs 13/1259

Sicherstellung des Berufsnachwuchses in der Pflege bei steigendem Bedarf

Zahl der vorhandenen, besetzten und bis 2010 benötigten Ausbildungsplätze; Vorschläge zur verstärkten Heranführung von Haupt- und Realschulabsolventen an die Pflegeberufe, Anrechnung einer Helferausbildung bei der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Optimierung der Fort- und Weiterbildungsmodule bis hin zum FH-Studium

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/1644

Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der Krankenpflege durch die Einrichtung von entsprechend qualifizierenden Studiengängen an Fachhochschulen

Einrichtung der notwendigen Studiengänge für Leitungs- und Lehrkräfte an Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2441

Ausnahmegenehmigungen nach § 48 StraßenverkehrsO (StVO) für Pflegedienste

Ermöglichung o.g. Ausnahmegenehmigungen vom Parkverbot für ambulante Pflegedienste und damit der Gleichstellung mit Handwerkernotdiensten und Fahrzeugen des Südwestrundfunks

MdlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/2447

Entwicklung der Pflegeausbildung im Land

Zahl der angebotenen und besetzten Ausbildungsplätze in der Kranken-, Kinderkranken-, Altenpflege und -pflegehilfe; Unterstützung von Modellprojekten zur integrierten Pflegeausbildung sowie von neuen Pflegeassistentenberufen; Fortbildungsangebote für Pflegefachlehrer zur Übernahme einer Leitungsfunktion in einer Pflegeschule

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2795

Abbau von Ausbildungsstellen an den Krankenpflegeschulen der Universitätsklinika?

Zahl der vorhandenen bzw künftig notwendigen Ausbildungsplätze für Pflegeberufe an den einzelnen Universitätskliniken, Anteil an der Gesamtzahl; Verhinderung eines Abbaus der Ausbildungskapazitäten

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3114

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger sowie bei Sonderpflegediensten

s. *Hauspflege*
Drs 13/4009

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Herausforderungen der demographischen Entwicklung und damit auch der Zunahme von Demenzerkrankungen, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Häusliche Krankenpflege für psychisch kranke Menschen

Ausgestaltung, Kosten, Träger und Qualitätsmerkmale der o.g. neuen GKV-Leistung; Verzahnung mit den vorhandenen Angeboten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich; Leistungsanspruch von Sozialhilfeempfängern und voraussichtliche Kosten der Träger; geeignete Institutionen für eine sinnvolle Patientensteuerung unter Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten sowie des Konzepts der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung

Antr
s. *Hauspflege*
Drs 13/4562

Haushalt 2006; Nachtrag

Rücknahme der Kürzungen von Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger sowie bei Familienpflegediensten

s. *Hauspflege*
Drs 13/4840

Vernetzung der ambulanten und stationären Versorgung von psychisch Kranken, Vorrang der häuslichen Krankenpflege

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6774-6779

Krankenpflegeberuf

s. *Pflegeberuf*

Krankenpflegehilfeausbildung

s. *Pflegeberuf*

Krankenpfleger

s. *Pflegeberuf*

Krankenpflegeschule

Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe

Neugestaltung der Ausbildungsstellenfinanzierung mit Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhauswesen; Bündelung der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege bis hin zum FH-Studium für Pflegeberufe; Neuorganisation sämtlicher Ausbildungsschritte bzw Alten- und Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/517

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen

Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG; Begründung, bauliche Maßnahmen und Kosten einer Verlagerung der Chirurgie und Gynäkologie von Kirchheim nach Nürtingen; Auswirkungen auf die von den Aidlinger Schwestern betriebenen Krankenpflegeschule am Kirchheimer Krankenhaus

KIAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/1708

Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der Krankenpflege durch die Einrichtung von entsprechend qualifizierenden Studiengängen an Fachhochschulen

Einrichtung der notwendigen Studiengänge für Leitungs- und Lehrkräfte an Krankenpflegeschulen

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2441

Entwicklung der Pflegeausbildung im Land

Zahl der angebotenen und besetzten Ausbildungsplätze in der Kranken-, Kinderkranken-, Altenpflege und -pflegehilfe; Unterstützung von Modellprojekten zur integrierten Pflegeausbildung sowie von neuen Pflegeassistentenberufen; Fortbildungsangebote für Pflegefachlehrer zur Übernahme einer Leitungsfunktion in einer Pflegeschule

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2795

Abbau von Ausbildungsstellen an den Krankenpflegeschulen der Universitätsklinika?

Zahl der vorhandenen bzw künftig notwendigen Ausbildungsplätze für Pflegeberufe an den einzelnen Universitätskliniken, Anteil an der Gesamtzahl; Verhinderung eines Abbaus der Ausbildungskapazitäten

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3114

Krankenhausfinanzierung - DRGs

Auswirkungen des II. FallpauschalenänderungsGes auf die Finanzierung der Ausbildungskrankenhäuser für Säuglingspflege, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4039

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Erhaltung der Krankenpflegeschulen auch nach dem Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4761

Vorschlag des RH zur Schließung der Krankenpflegeschule auf dem Hohenasperg

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7852

Krankenschein

s. *Versicherungsunterlagen*

Krankenschwester

s. *Pflegeberuf*

Krankenstellvertretung

s. *Krankheitsvertretung*

Krankentransport

s.a. *Krankenversorgung*

Auswirkungen einer Änd der StVZO auf die privaten Krankentransportunternehmer in BW

Beschränkung der Notfallhilfe unter Verwendung von Blaulicht auf Rettungstransportwagen, Auswirkungen auf die privaten Krankentransportunternehmer und die Kosten des Rettungsdienstes insgesamt

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 18.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/332

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten; Ausbau der integrierten Leitstellen, Qualifizierung des Personals für Notrufe von Ausländern sowie Handlungsanweisungen für akute Notfälle wie Herzversagen, Schlaganfall, starke Blutungen etc

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/4860

Krankenunterlagen

s.a. *Krebsregister*

s.a. *Schweigepflicht*

s.a. *Versicherungsunterlagen*

Überwachung von Arzneimitteln in der Vermarktungsphase

Darlegung des Meldegeschehens und der Erfassung unerwünschter Arzneimittelwirkungen aus BW u.a. BLändern in den letzten zehn Jahren aufgrund des zwischenzeitlich vom Markt genommenen Arzneimittels „Lipobay“; Schaffung einer regionalen Strukturierung der Erfassungszentren sowie einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Meldebehörden; Unterstützung einer über die Berufsordnung der Ärzte hinausgehenden gesetzlichen Meldepflicht; Einbeziehung der Krankenhauspapotheker in die Meldesysteme; Einführung wissenschaftlich definierter Standards

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/203

Krankenschein für Polizeiangehörige in der Freien Heilfürsorge

Einführung einer Chipkarte für Krankheitsbehandlungen, Erfahrungen in anderen BLändern

KlAnfr
s. *Versicherungsunterlagen*
Drs 13/804

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Lebenserwartung und Erkrankungen von Frauen und Männern seit 1950, Erhebung und Auswertung geschlechtsdifferenzierter Daten; Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten im selben Zeitraum, Art und Akzeptanz von Vorsorgeuntersuchungen sowie Früherkennung von Krebs, Art und Erfolg der angebotenen Heilverfahren; Entwicklung des Suchtverhaltens; Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Prüfung der Umsetzbarkeit einer modernen Patientenchipkarte, der elektronischen Patientenakte sowie von Dokumentations- und Spracherfassungssystemen iR eines Modellprojekts; Lösung der Datenschutzproblematik i.S.d. Patienten; Förderung des iRd Studiengangs „Medizinische Informatik“ der Universität Heidelberg und der FH Heilbronn projektierten Kompetenzzentrums Telemedizin in Heilbronn

Antr
s. *Medizin*
Drs 13/1144

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/1740

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr
s. *Dokumentation*
Drs 13/3540

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in BW
Rechtsgrundlagen, Kosten sowie vorgesehene Daten zur Dokumentation und Speicherung auf einer eGK; Auswahl der Regionen zur modellhaften Erprobung; Weiterentwicklung zur freiwilligen Einführung einer elektronischen Patientenakte zur Verhinderung von Mehrfach- und Fehluntersuchungen; Auswirkungen einer Europäischen Gesundheitskarte für die Versicherten, Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch

Antr
s. *Versicherungsunterlagen*
Drs 13/3694

Aushändigung von Kopien der medizinischen Datenblätter an HIV-positive Strafgefangene in BW

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 17.03.2005 und Antw JuM Drs 13/4170

Speicherung von Behandlungsdaten auf der Patientenchipkarte, Berücksichtigung der Vorschläge des Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314 1315 1319

Zahl der mitversicherten Familienangehörigen bei den Krankenkassen, Notwendigkeit einer Bereinigung der Datenlage

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1424 1425

Speicherung von Behandlungsdaten auf der Patientenchipkarte, Berücksichtigung der Vorschläge des Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2783

Wahrung der Belange des Datenschutzes im Umgang mit Patientendaten

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4542 4543

Beklagung von Fällen nicht sachgerechter Entsorgung von Patientenakten durch Ärzte, Gewährleistung der Rechte der Patienten auf Einsicht in ihre Unterlagen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7038

Regelung der Aufbewahrung und Einsichtnahme von Patientenunterlagen bei den Heilberufekammern

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7628

Krankenversicherung

s.a. *Kassenärztliche Vereinigung*
s.a. *Medizinischer Dienst der Krankenversicherung*
s.a. *Versicherungsunterlagen*

Gesundheitspolitik der BReg am Scheideweg - Kassendefizite und Beitragserhöhungen belasten die Beitragszahler in BW und verstärken die konjunkturellen Risiken

Aktuelle Debatte
s. *Gesundheitswesen*
PIPr 13/6 S. 125

Krankenkassen-Risikostrukturausgleich

Positionsbestimmung zum RSA, Anstreben einer stärkeren Regionalisierung mit regionalisierten Beitragsätzen, einem regionalen Risikostrukturausgleich und der Solidaritätskomponente eines bundesweiten Ausgleichs? Bewertung des GesEntw der BReg zur Aufnahme einer „Morbiditätskomponente“ sowie der Äußerungen des MinPräs

Antr SPD 20.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/114
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/1109 S. 45 46
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Konsequenzen aus dem Urteil des Amtsgerichts Mannheim für AOK und SM

Ausübung von Druck durch den Landesvorstand der AOK und die Bezirksdirektion Rhein-Neckar auf einzelne Mitarbeiter zur Mitgliedschaft in der AOK nach den Feststellungen des Amtsgerichts Mannheim, Wahrnehmung der aufsichtsrechtlichen Funktion durch die zuständige Abteilung beim SM

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 20.07.2001 und Antw SM Drs 13/115

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen

Probleme von Pflegebedürftigen mit ihren Krankenkassen bei der Abrechnung von ärztlich verordneten Hilfsmitteln; Sicherstellung des Versorgungsanspruchs der Versicherten; Rechtslage, Möglichkeiten und Kosten zur Bereitstellung der notwendigen Mittel durch die Heime

KlAnfr
s. *Medizinisches Hilfsmittel*
Drs 13/221

Unterschiedliche Leistungsgewährung der GKV bei Schutzimpfungen aus Anlass von Auslandsreisen

Beendigung der unterschiedlichen Handhabung o.g. Kostenübernahme durch die Krankenkassen

Antr
s. *Impfung*
Drs 13/234

Gesundheitsprävention in BW

Einflussnahme auf die Präventions- und Therapieangebote der Kostenträger im Bereich von Herz-Kreislaufkrankungen, Schlaganfällen, Rückenleiden, Lungenerkrankungen und Sturzprophylaxe für ältere Menschen; ökonomische Wirkungen eines Ausbaus der Prävention; Evaluation der Angebote mit wissenschaftlichen Methoden, Entwicklung von Leitlinien

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 13/320

Verschiebung von Finanzmitteln der Pflege- in die Krankenversicherung

Frage nach o.g. Finanzgebaren auch von Krankenkassen in BW, Beurteilung durch die BGesundheitsMin sowie durch die Kollegen in Bayern, Unterbindung dieser Verfahrensweise

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 19.12.2001 und Antw SM
Drs 13/593

Strafverfahren gegen leitende Mitarbeiter der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordbaden

Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen den ehemaligen Vorsitzenden und zwei leitende Angestellte der KV Nordbaden wegen Verdachts auf Untreue und Beihilfe zur Untreue, Regelungen und Sanktionsmöglichkeiten beim Prüf- und Regressverfahren für Ärzteabrechnungen, Konsequenzen aus dem Schuldenerlass zum Schaden der GKV, Handlungsbedarf des SM iRd Rechtsaufsicht

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/670

Kranke Kassen statt Krankenkassen - Verfehlte Gesundheitspolitik der BReg zulasten der Bürgerinnen und Bürger

Aktuelle Debatte

s. *Gesundheitswesen*

PIPr 13/24 S. 1404

Schutzimpfungen in BW

Höhe und Träger der Kosten für die Schutzimpfungen, Auflistung der nicht im Leistungskatalog der GKV enthaltenen Impfungen, Maßnahmen zur Erhöhung der Impfquote

Antr

s. *Impfung*

Drs 13/1073

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Höhe der Kosten von psychologischen Behandlungen, Übernahme durch die Krankenkassen; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Gesundheit in Europa

Thematisierung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Oberrheinrat; Auswirkungen und Chancen der gegenseitigen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen von Deutschen und Schweizern, insbes auch von gesetzlich Krankenversicherten; Unterstützung der Leistungsanbieter einschließlich der Rehabilitationseinrichtungen zur Gewinnung ausländischer Patienten ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1163

Ungleichbehandlung Verheirateter und Unverheirateter bei künstlicher Befruchtung (IVF)

Gründe, Rechtsgrundlagen und Auswirkungen o.g. Ungleichbehandlung bei der Erfüllung des Kinderwunsches durch In vitro-Fertilisation; Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes; Konsequenzen für das Verfahren der IVF und die Kostenerstattung durch die Krankenkassen

Antr

s. *Reproduktionsmedizin*

Drs 13/1223

Auswirkung des Streiks in der Metallindustrie auf die finanzielle Situation der Krankenkassen

Ausfall der Beiträge der Streikenden während des Arbeitskampfes unter Aufrechterhaltung der Leistungsansprüche, Unterschiede zwischen freiwillig und gesetzlich Versicherten, Höhe und Folgen der Beitragsausfälle beim letzten Streik

KlAnfr

s. *Streik*

Drs 13/1281

Umsetzung der Disease Management Programme (DMPs) in BW

Umsetzung der Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Auswirkungen der Verknüpfung mit dem Risikostrukturausgleich auf die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung, Verhinderung von Manipulationen bei der Umsetzung durch Personalaufstockung der Aufsichtsbehörde entsprechend dem Bundesversicherungsamt; Auswirkungen der RSA-Reformgesetzgebung auf die vom Land eingereichte Klage gegen den Risikostrukturausgleich

Antr

s. *Krankenversorgung*

Drs 13/1283

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen - ein Jahr später...

Verweigerung der Kostenübernahme von Pflegehilfsmitteln durch die Krankenkassen seit 1995 bzw Abwälzung der Kosten auf die Pflegeversicherung, Frage nach Aktivitäten des SM zur Umsetzung der Regressforderungen nach einer entsprechenden Aufforderung des Bundesversicherungsamts

KlAnfr

s. *Medizinisches Hilfsmittel*

Drs 13/1370

Selbsthilfeförderung durch die gesetzlichen Krankenkassen

Bereitstellung bzw Verfehlung der gesetzlich vorgeschriebenen Beträge pro Kopf der Versicherten durch die einzelnen Krankenkassen bundesweit, Hinwirkung auf Umsetzung der Verpflichtungen

Antr

s. *Selbsthilfe*

Drs 13/1741

Genehmigung des Gesundheitsbonusmodells der BKK Fahr durch die LReg

Frage nach einer unabhängigen wissenschaftlichen Evaluation des o.g. Beitragsmodells, Beurteilung der Wartezeit von sechs Monaten für die Teilnahme der Versicherten

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 13.03.2003 und Stellung-

nahme SM Drs 13/1888
 BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.06.2003 Drs 13/2485 S.
 23-25
 PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Auswirkungen der Neuregelung der Mini-Jobs auf die Personal-situation bei den Krankenkassen

Entrichtung der pauschalen Sozialabgaben und Lohnsteuer nur noch an eine zentrale Einzugsstelle, Auswirkungen auf die einzelnen gesetzlichen Krankenkassen

KlAnfr
s. Geringfügige Beschäftigung
 Drs 13/2031

Einsparmöglichkeiten durch Angleichung der Beihilfe für Landesbeamte an das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung?

Vergleich o.g. Leistungen bzw Krankheitskosten für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst; Höhe der Einsparungen und notwendige Rechtsänderungen bei einer Angleichung der Systeme

Antr
s. Beihilfe für Bedienstete
 Drs 13/2123

Der Diabetes-Vertrag der AOK Baden-Württemberg im Rahmen der Disease-Management-Programme

Vereinbarung von Fangprämien für chronisch Kranke zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung, Genehmigung bzw Auswirkungen dieses Vertrags, insbes Auslösung eines Wettbewerbs um die höchsten Betreuungspauschalen und damit von zusätzlichen Ausgaben für die DMP, Rechtfertigung dieser erhöhten Kosten?

Antr
s. Krankenversorgung
 Drs 13/2189

Entwicklung der Beihilfeleistungen im Land BW für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Beihilfesituation von freiwillig versicherten Beamten und Ruhegehaltsempfängern

Entwicklung o.g. Ausgaben für Beihilfeleistungen im Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfall; Gegenüberstellung der Anteile von Beihilfeberechtigten mit einer privaten Restkostenversicherung sowie einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichbehandlung beider Gruppen in der ärztlichen Behandlung und entsprechenden Gebührenabrechnung, Vorschlag eines Beitragszuschusses zur Krankenversicherung bzw Einbeziehung der Beamten in die GKV

KlAnfr
s. Beihilfe für Bedienstete
 Drs 13/2340

Belastung der Bürgerinnen und Bürger in BW durch das ungerichte und unsolidarische CDU-Konzept zur Kopfpauschale in der Krankenversicherung

Aktuelle Debatte
s. Gesundheitswesen
 PIPr 13/53 S. 3697

Verlagerung des Beitragseinzugs von Krankenkassen auf die Rentenversicherungsträger

Gründe und Auswirkungen o.g. Pläne der BReg, Beurteilung durch die Kammern, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Selbstverwaltung

Antr
s. Versicherungsbeitrag
 Drs 13/2881

Leistungen an die Krankenkassen nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen

Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen nach Beratungsregelung seit 1999, Anteil und Kosten der o.g. Fälle sowie Höhe der Erstattungen an die Krankenkassen, Vergleich der Zahlen sowie der Kostenübernahme-Anteile mit anderen BLändern, Analyse der Ursachen für die unterschiedlichen Kostenübernahme-Anteile, Frage nach Möglichkeiten zur Gegensteuerung

Antr
s. Schwangerschaftsabbruch
 Drs 13/3409

Verschuldung von Krankenkassen in BW

Höhe der Kredite für nicht-investive Zwecke bzw zur Deckung der laufenden Verwaltungsausgaben, Tilgung innerhalb des Zeitrahmens nach dem GesundheitsmodernisierungGes, Vorgaben der Landesaufsicht zum Abbau der Schulden, Grundlagen zur Festsetzung der Kassenbeiträge, Kostendeckungsgrad des Beitragsatzes der AOK BW

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 14.09.2004 und Antw SM
 Drs 13/3549

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, insbes auch auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
s. Arzneimittel
 Drs 13/3649

Auswirkungen des PräventionsGes auf BW

Höhe der verfügbaren Mittel und Träger zur Umsetzung des PräventionsGes, Beteiligung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit; Auflistung der zu Projektmitelanträgen berechtigten Organisationen auf Landes- und Regionalebene; Bevorzugung von Sportvereinen mit qualifizierten Übungsleitern bei der Durchführung von bewegungsorientierten Präventionsangeboten gegenüber Volkshochschulen u.a. mit öffentlichen Mitteln geförderten Trägern

Antr
s. Gesundheitsvorsorge
 Drs 13/4088

Praxis der Krankenkassen bei der Genehmigung von Müttergesundheitskuren und Mutter-Kind-Kuren

Ablehnungsquote und -gründe für die o.g. Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, Erfolgsquote der eingeleiteten Widersprüche, Umleitung von Anträgen an die Rentenversicherer und deren Ablehnungsgründe, Beeinträchtigung des Wahlrechts der Antragsteller durch die Verweisungspraxis der Kassen in vertragsgebundene (kostengünstige) Einrichtungen, Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen? Bewertung der Kooperation mit den

Beratungs- und Vermittlungsstellen

KlAnfr
s. Mutter
Drs 13/4257

Kritik an der angekündigten Erhöhung der Beiträge der AOK Hessen und AOK BW, Erhebung von Klage gegen den Risikostrukturausgleich beim BVerfG

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45 52 57

Kritik an der angekündigten Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge, Umfang der Zahlungen der Krankenkassen des Landes in den Risikostrukturausgleich

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 84 85 113 114 118 123

Notwendigkeit einer Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge wegen dem Ausbleiben der Gesundheitsreform

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 501 506

Anstieg der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, Feststellung einer Verschleppung der notwendigen Gesundheitsreform

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 815

Notwendigkeit einer Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge wegen dem Ausbleiben der Gesundheitsreform

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 912

Verweisung auf Fälle des Mobbing von leitenden Angestellten der AOK gegen Mitarbeiter

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1628

Auswirkungen des Sparpakets der BReg mit dem Verbot von Beitragssatzerhöhungen auf die Krankenkassen, notwendige Beitragserhöhungen wegen existenzieller Bedrohung

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075-2090

Notwendigkeit von Einschnitten bei den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2127 2130

Abfluss von Mitteln aus BW in den Risikostrukturausgleich der Krankenkassen, Ermöglichung von Beitragssatzsenkungen bei den Empfänger-kassen, Reformbedarf der Krankenversicherung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2541 2552

Kritik an der überproportionalen Steigerung der Krankenkassenbeiträge für Landwirte infolge der Kürzungen im Bundeshaushalt

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3401 3405 3409 3410 3413

Abfluss von Mitteln aus BW in den Risikostrukturausgleich der Krankenkassen; Uneinigkeit innerhalb und unter den Parteien über eine Bürgerversicherung und Kopfpauschale

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136 5143 5144 5149

Ablehnung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5813

Ablehnung der Bürgerversicherung zugunsten eines Gesundheitsprämienmodells

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404

Verweisung auf die ungeklärte Finanzierung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen, Kritik an der neuerlichen Erhöhung der Beitragssätze zur Krankenversicherung

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6541 6542 6544 6548 6553

Mehrkosten der Krankenkassen im Falle einer Mehrwertsteuererhöhung, Entwicklung der Beitragssätze in der GKV, Frage nach der Gegenfinanzierung der von der Union vorgeschlagenen Kopfpauschale; Prüfung einer eigenständigen Krankenvorsorge für die Abgeordneten; Umsetzung höherer Anforderungen an den Datenschutz beim Abschluss einer privaten Krankenversicherung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969 6971 6974 7011 7038 7039

Krankenversicherungsausweis

s. Versicherungsunterlagen

Krankenversicherungsbeitrag

s. Versicherungsbeitrag

Krankenversicherungskarte

s. Versicherungsunterlagen

Krankenversorgung

s.a. Ärztliche Behandlung

s.a. Krankenbehandlungskosten

s.a. Krankenpflege

s.a. Krankentransport

s.a. Medizinisches Hilfsmittel

DRG-Krankenhausleistungsabrechnungsverfahren

Beurteilung der Umsetzung des Verfahrens zur generellen Umstellung aller Leistungen auf Fallpauschalen zum 01.01.2003, Auswirkungen auf die Krankenhausstrukturen und -kapazitäten, insbes Gewährleistung der flächendeckenden Versorgung?

Antr

s. Krankenhaus

Drs 13/94

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Berücksichtigung von Terroranschlägen mit Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke, Chemieanlagen u.a. Infrastruktureinrichtungen, der Verbreitung infektiöser, giftiger oder radioaktiver Substanzen im Katastrophenschutz, LRetungsdienstplan und in der Krankenhausplanung; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Mittel; Bericht über die eingeleiteten Schritte bis 30.11.2001

Antr

s. Rettungsdienst

Drs 13/342

Interkulturelle stationäre Pflege im Krankenhaus

Zahl und Nationalität ausländischer Patienten und Pflegekräfte, Berücksichtigung der jeweiligen Problemlagen, Beurteilung des o.g. Projekts an der Universitätsklinik Essen als Bestandteil der Mitarbeiterausbildung, Versorgung der Patienten mit Informationsmaterialien in deren Muttersprache

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/459

Katastrophenschutz

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 13/500

Privatisierung der Universitätsklinik?

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM, Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben von Forschung, Lehre und Hochleistungsmedizin bzw deren Verbindung mit Krankenversorgung in Zusammenarbeit mit der Universität? Höhe und mögliche Verwendung von Veräußerungserlösen, Konzeption des angekündigten Modellprojekts, Positionen des MWK und der Klinika

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/546

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/643

Grenzüberschreitende Notfallversorgung

Abweisung eines neurochirurgischen Notfallpatienten aus Waldshut in neun Kliniken, Konsequenzen aus diesem Vorfall für die Krankenhausplanung sowie für die grenzüberschreitende Notfallversorgung

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 26.02.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/785
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.04.2002 Drs 13/1109 S. 62-64
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Krankenschein für Polizeiangehörige in der Freien Heilfürsorge

Einführung einer Chipkarte für Krankheitsbehandlungen, Erfahrungen in anderen BLändern

KlAnfr
s. *Versicherungsunterlagen*
Drs 13/804

Aids-Prävention und Aids-Krankenversorgung in BW - Zwischenbilanz

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei

den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Vergleich mit anderen BLändern; Mitteleinsatz der Krankenkassen in BW; Inanspruchnahme der ärztlichen Betreuung und Behandlung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/847

Notaufnahme der Kinderklinik Heidelberg

Entwicklung der Organisation und Personalausstattung in den letzten fünf Jahren, Gewährleistung einer optimalen Versorgung der Patienten

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 04.06.2002 und Antw MWK Drs 13/1045

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung des Angebots der Gesundheitsdienste im Bereich der Pflege, bei der Altenhilfe, bei der stationären Behandlung und Versorgung von Migranten

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Gesundheit in Europa

Bestrebungen der EU-Kommission zur Harmonisierung der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten; Auswirkungen des Verfahrens der „offenen Koordination“ auf die Kompetenzverteilung zwischen EU, Bund und Ländern; Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung; grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, insbes mit der Schweiz; gegenseitige Behandlung von Patienten, Unterstützung der Leistungsanbieter ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten; Beurteilung der geplanten europaweiten Krankenversicherungskarte sowie der gegenseitigen Anerkennung von Pflegeberufsabschlüssen und der ärztlichen Approbation

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Umsetzung der Disease Management Programme (DMPs) in BW

Umsetzung der Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Auswirkungen der Verknüpfung mit dem Risikostrukturausgleich auf die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung, Verhinderung von Manipulationen bei der Umsetzung durch Personalaufstockung der Aufsichtsbehörde entsprechend dem Bundesversicherungsamt; Auswirkungen der RSA-Reformgesetzgebung auf die vom Land eingereichte Klage gegen den Risikostrukturausgleich

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 29.08.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1283
BeschlEmpf und Bericht SozA 24.10.2002 Drs 13/1725 S. 44 45
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Anzeigen der Kassenärztlichen Vereinigungen

Rechtsaufsichtliche Maßnahmen gegen die Anzeigenkampagne über die neu eingeführten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke

Antr
s. *Kassenärztliche Vereinigung*
Drs 13/1325

Zukunft länderspezifischer Versorgungsformen unter DRG-Bedingungen

Gefährdung der besonderen stationären Versorgungsstrukturen in den Krankenhäusern, z.B. in der Geriatrie, mit der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems; Einflussnahme im laufenden Gesetzgebungsverfahren zur Erhaltung der Finanzierung dieser Strukturen und Leistungen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1413

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 34-36

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Ärztmangel und Notfallrettung

Auswirkungen des Ärztemangels in den verschiedenen Fach- und Rettungsdienstbereichen, Stand der krankenhauseigenen Pläne für Katastrophenlagen und Notsituationen

KIAntr Peter Hauk CDU 23.10.2002 und Antw SM Drs 13/1421

Versorgung mit Krankenhausärzten

Entwicklung der Zahl von Klinikärzten seit 1995 und der Arzt-Patienten-Relation; Auswirkungen der Arbeitsbedingungen und Personalengpässe auf die Patientenversorgung; Ergebnisse der angekündigten verstärkten Überwachung der Arbeitszeiten durch die Gewerbeaufsichtsämter; Ursachen und Abhilfemöglichkeiten der mangelnden Attraktivität des Ärzteberufs, Hinwirkung auf Anpassung der Klinikbudgets an die aktuellen Lohnsteigerungen

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/1460

Veränderungen durch private Beteiligungen und Rechtsformänderungen im öffentlichen Krankenhausbereich

Entwicklung der privaten Beteiligung bzw Trägerschaft sowie der Rechtsformänderungen öffentlicher Krankenhäuser seit 1996, Gründe und Auswirkungen der Veränderungen auf das Leistungsspektrum, die Behandlungsqualität, Organisation und Personalplanung; Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes; Strukturdateninformation des MDK auch von teil- oder vollprivatisierten Häusern

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/1496

Auswirkungen der Gesetzgebungsvorhaben der BReg auf die Patientenversorgung in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2074-2090

Einführung der DRG's (Fallpauschalen) - Behandlungsmindestmengen

Einführung von Mindestfallzahlen für bestimmte Behandlungen unter dem Aspekt der Qualitätssicherung, Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes, Auswirkungen auf einzelne Krankenhäuser bzw auf die flächendeckende Versorgung

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 04.12.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1584

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2003 Drs 13/2139 S. 45 46

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Entwicklung der Ärztedichte seit 1998 und bis 2010 nach Ärzten in Kliniken, niedergelassenen Ärzten, Fach- und Zahnärzten; Darlegung der Nachfolgeproblematik; Auswirkungen einer Unterversorgung; Anreize und Möglichkeiten zur Abmilderung des Negativtrends; Planungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhausträger

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/1735

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr

s. *Gesundheitswesen*

Drs 13/1740

Weiterentwicklung der Palliativmedizin in BW

Art, Stand und Perspektiven der schmerzmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken und Sterbenden in Krankenhäusern, durch niedergelassene Ärzte, Hospizeinrichtungen u.a. Dienste; Umfang der Unterstützung sowie Weiterentwicklung der Palliativmedizin; Verankerung in der Aus- und Fortbildung in der Medizin und Krankenpflege, Einrichtung von Zentren sowie eines Lehrstuhls für Palliativmedizin

Antr

s. *Schmerztherapie*

Drs 13/1777

Krankenhausversorgung in BW

Entwicklung der Krankenhausstruktur und der Patientenversorgung, insbes auch im ländlichen Raum; Auswirkungen der neuen DRG-Fallpauschalen; Einflussmöglichkeiten des Landes, u.a. mit dem Krankenhausbauprogramm

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/1813

Infektionsschutz

Frage nach einer bedarfsgerechten Ausstattung von Krankenhäusern mit Betten für Patienten mit infektiösen Erkrankungen; Ausarbeitung eines in Aussicht gestellten Seuchenalarmplans

Antr

s. *Infektionskrankheit*

Drs 13/1995

Der Diabetes-Vertrag der AOK Baden-Württemberg im Rahmen der Disease-Management-Programme

Vereinbarung von Fangprämien für chronisch Kranke zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung, Genehmigung bzw Auswirkungen dieses Vertrags, insbes Auslösung eines Wettbewerbs um die höchsten Betreuungspauschalen und damit von zusätzlichen Ausgaben für die DMP, Rechtfertigung dieser erhöhten Kosten?

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 25.06.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2189

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S.

14 15

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Teilprivatisierung der Universitätsklinik

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM bzw Bereitschaft zur Übernahme des kompletten Krankenversorgungsbetriebs? Ergebnisse und Konsequenzen einer Expertenanhörung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des WM und MWK; geplante Änderungen für die Universitätsklinik im Zuge der anstehenden Novellierung der Hochschulgesetze

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/2389

Rolle der Krankenhaussozialarbeit

Vorhandene Krankenhaussozialdienste, Berücksichtigung bei der Kalkulation der neuen Fallpauschalen? Bedeutung für die Patientensteuerung bei der integrierten Versorgung und teilstationären Behandlung, Gewährleistung einer fach- und zeitgerechten Organisation der Nachversorgung

Antr

s. *Sozialarbeit*

Drs 13/2415

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Häuser aus der medizinischen Versorgung und Forschung seit 1998, Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens? Entwicklung der Mitarbeiterzahlen nach Wissenschaftlern, Ärzten, Pflegern u.a.; Darlegung des Änderungsbedarfs beim BAT, den Chefarztverträgen einschließlich der Privatliquidation, bei den Leitungsstrukturen, den Bau- und Ausstattungsmaßnahmen; Ausschluss einer Schließung von Abteilungen, die für die Versorgung im Land notwendig sind, durch die Kliniken aus Kostengründen

GrAnfr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/2748

Auswirkung der Fallpauschalen im Krankenhaus (DRGs) auf Menschen mit Behinderung

Schaffung eines Ausgleichs für den erhöhten Pflege- und Betreuungsbedarf durch Zuschläge, Aufnahme in die DRG-Systematik, Kompensation der kürzeren Verweildauer durch eine angemessene ambulante Nachsorge

Antr

s. *Behinderter*

Drs 13/3167

Ärztmangel

Entwicklung der Zahlen von Pensionierungen sowie des Bedarfs an Haus-, Fach- und Krankenhausärzten in den nächsten zehn Jahren; Gegenüberstellung der Zahlen von Studienanfängern, -abbrechern und -absolventen, Anteil der Mediziner ohne patientenbezogene ärztliche Tätigkeit; Kosten eines Medizinstudienplatzes pro Semester; Beschreibung der medizinischen Versorgung bzw des Mangels an Ärzten in den einzelnen Regionen und im europäischen Ausland

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/3168

Umsetzung § 95 SGB V Medizinische Versorgungszentren

Begründung und erwartete Auswirkungen der o.g. Einrichtungen; Beteiligung der Kassenärztlichen Vereinigungen an der Zulassung der dort tätigen Ärzte; Ausschluss einer Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hand zulasten der Leistungsanbieter in freien Praxen; Unterstützung durch öffentliche Krankenhausträger nur zum Ausgleich einer Unterversorgung im ambulanten Bereich

KlAnfr

s. *Arzt*

Drs 13/3486

Zukunft der Krankenhauslandschaft BW und Weiterentwicklung der Landeskrankenhausplanung

Umfang und Grundlagen der Annahmen für den Bettenabbau und die Schließung von Krankenhäusern in öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Trägerschaft in den nächsten Jahren; Bewertung der unterschiedlichen Belastungen der LKreise bzw einer landkreisübergreifenden, regionenbezogenen Planung; Bedeutung einer interdisziplinären Angebots- und Leistungsstruktur, Beurteilung des integrierten Versorgungsmodells im Alb-Donau-Kreis mit dem Verbund von drei Kreiskrankenhäusern und niedergelassenen Ärzten als modellhaft?

GrAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/3512

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr

s. *Dokumentation*

Drs 13/3540

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten; Ausbau der integrierten Leitstellen, Qualifizierung des Personals für Notrufe von Ausländern sowie Handlungsanweisungen für akute Notfälle wie Herzversagen, Schlaganfall, starke Blutungen etc

GrAnfr

s. *Rettungsdienst*

Drs 13/3606

Krankenhausfinanzierung - DRGs

Auswirkungen des II. FallpauschalenänderungsGes auf die Kalkulationsbasis der Krankenhäuser, die Absicherung der Sonder Versorgungsstrukturen und Ausbildungskrankenhäuser für Säuglingspflege, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe sowie den Sicherstellungsauftrag für kleinere Häuser im ländlichen Raum; Definition und Auswirkungen des Basisfallwerts, des Landesbasisfallwerts und des Case-Mix-Index; errechnete Werte für die Universitätsklinik; Auswirkungen der Integrierten Versorgung; Bemessungsfaktoren und Anteil der Pauschalförderung des Lan-

des am Gesamtbudget eines Krankenhauses

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4039

Krankenhaussituation im LKreiss Freudenstadt

Rechtliche Anforderungen einer Zusammenlegung von Häusern i.S.d. Krankenhausfinanzierungsrechts, Notwendigkeit einer Verringerung des Leistungsangebots? Frage nach entsprechenden Auflagen in Freudenstadt, Horb und benachbarten LKreisen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970; Auswirkungen auf die medizinische Versorgung am oberen Neckar, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4178

Auswirkungen auf die Region Zollernalb durch die Krankenhausschließung in Hechingen

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Klinik Hechingen, Auswirkungen einer Schließung auf die Patientenversorgung in der Region bzw auf die um den Klinikbetrieb angesiedelten Medizintechnik-Unternehmen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern im Zollernalbkreis mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4223

Häusliche Krankenpflege für psychisch kranke Menschen

Ausgestaltung, Kosten, Träger und Qualitätsmerkmale der o.g. neuen GKV-Leistung; Verzahnung mit den vorhandenen Angeboten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich; Leistungsanspruch von Sozialhilfeempfängern und voraussichtliche Kosten der Träger; geeignete Institutionen für eine sinnvolle Patientensteuerung unter Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten sowie des Konzepts der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung

Antr
s. *Hauspflege*
Drs 13/4562

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4595

Die Forschungsaufgabe der baden-württembergischen Universitätskliniken vor dem Hintergrund der Tarifaueinandersetzungen für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst

Vorgesehene und tatsächlich erbrachte Forschungsleistungen der o.g. Beschäftigtengruppen, Auswirkungen getrennter Tarifverträge für die beiden Gruppen bzw von getrennten tariflichen Regelungen für Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, Überlegungen für die vom Minister angekündigte Strukturreform nach der Landtagswahl; Vorlage einer Problemanalyse zur Situation der Universitätskliniken und der Hochschulmedizin,

Stärkung der medizinischen Forschung trotz der strukturell verankerten Priorität der Krankenversorgung

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4740

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe: Ausgestaltung des neuen Vertrags, Zustimmungsbedarf des SM, Einflussmöglichkeiten des LKreises, Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Radiologie und Gynäkologie; Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region u.a.m.

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4761

Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung

Kostenregelung für die Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung von Kindern, Feststellung der medizinischen Notwendigkeit vor Abschluss der Aufnahmeformalitäten durch die Eltern, Gewährleistung der Elternbegleitung ohne zusätzliche finanzielle Belastung

Antr
s. *Eltern*
Drs 13/4794

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/4860

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinika Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/5218

Feststellung einer Verweigerung notwendiger Behandlungen bei Kassenpatienten aufgrund von Geldmangel, Kostenanstieg durch Abschaffung der Arzneimittelbudgets und der Kollektivhaftung

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 126 127 129-137

Kostenexplosion im Gesundheitswesen nach Abschaffung der Arzneimittelbudgets, Ausgleich unter den Krankenkassen für die Behandlung von chronisch Kranken, Beurteilung der Chronikerprogramme, Einführung von Wahltarifen und Fallpauschalen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405-1425

Versorgung und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden, Verbindlichkeit einer Patientenverfügung für den behandelnden Arzt, Ablehnung der aktiven Sterbehilfe

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7484

Kranker

s.a. *Krankenpflege*

s.a. *Krankentransport*

s.a. *Krankenunterlagen*

s.a. *Krankenversorgung*

s.a. *Patientenverfügung*

s.a. *Privatpatient*

s.a. *Süchtiger*

s.a. *Verletzter*

s.a. *Versicherungsunterlagen*

Interkulturelle stationäre Pflege im Krankenhaus

Zahl und Nationalität ausländischer Patienten und Pflegekräfte, Berücksichtigung der jeweiligen Problemlagen, Beurteilung des o.g. Projekts an der Universitätsklinik Essen als Bestandteil der Mitarbeiterausbildung, Versorgung der Patienten mit Informationsmaterialien in deren Muttersprache

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/459

Grenzüberschreitende Notfallversorgung

Abweisung eines neurochirurgischen Notfallpatienten aus Waldshut in neun Kliniken, Konsequenzen aus diesem Vorfall für die Krankenhausplanung sowie für die grenzüberschreitende Notfallversorgung

Antr

s. *Krankenversorgung*

Drs 13/785

Situation und Behandlung HIV-positiver bzw an Hepatitis-B und -C erkrankter Häftlinge

Zahlen von o.g. Häftlingen bei Strafantritt bzw Strafverbüßung; Möglichkeiten zur Desinfektion und zum Austausch von Spritzen sowie zur anonymen Beschaffung von Kondomen; Art und Intensität der Betreuung der drogenabhängigen und kranken Gefangenen; Schulung der Bediensteten

KlAnfr

s. *Gefangener*

Drs 13/787

Aids-Prävention und Aids-Krankenversorgung in BW - Zwischenbilanz

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Vergleich mit anderen BLändern; Mitteleinsatz der Krankenkassen in BW; Inanspruchnahme der ärztlichen Betreuung und Behandlung

Antr

s. *Aids*

Drs 13/847

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr

s. *Straftäter*

Drs 13/888

LPsychiatrieGes

Versorgung von psychisch erkrankten und seelisch behinderten Menschen, Vorlage eines GesEntw, Absicherung der Sozialpsychiatrischen Dienste

Antr

s. *Psychiatrie*

Drs 13/905

Errichtung einer forensischen Klinik in Heppenheim

Beurteilung o.g. Planung zur Durchführung des Maßregelvollzugs in Hessen sowie der damit verbundenen Konzeption der Unterbringung, Therapie und Nachsorge forensischer Patienten; Darstellung der Möglichkeiten zur Einflussnahme sowie Anstrengungen zur Verstärkung der öffentlichen Sicherheit im grenznahen Bereich zu Hessen

Antr

s. *Psychiatrie*

Drs 13/922

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Krankheitshäufigkeit von Frauen und Männern, Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf, Art der Befunde für die Verordnung von stationären Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen bzw von Kuren, Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei weiblichen und männlichen Versicherten

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Gesundheit in Europa

Bestrebungen der EU-Kommission zur Harmonisierung der Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten; Auswirkungen des Verfahrens der „offenen Koordination“ auf die Kompetenzverteilung zwischen EU, Bund und Ländern; Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung; grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, insbes mit der Schweiz; gegenseitige Behandlung von Patienten, Unterstützung der Leistungsanbieter ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten; Beurteilung der geplanten europaweiten Krankenversicherungskarte sowie der gegenseitigen Anerkennung von Pflegeberufsabschlüssen und der ärztlichen Approbation

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1163

Umsetzung der Disease Management Programme (DMPs) in BW

Umsetzung der Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Auswirkungen der Verknüpfung mit dem Risikostrukturausgleich auf die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung, Verhinderung von Manipulationen bei der Umsetzung durch Personalaufstockung der Aufsichtsbehörde entsprechend dem Bundesversicherungsamt; Auswirkungen der RSA-Reformgesetzgebung auf die vom Land eingereichte Klage gegen den Risikostrukturausgleich

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1283

Konsequente Patientorientierung im Gesundheitswesen in BW

Umsetzung der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz und Landesärztekammer, insbes Einrichtung unabhängiger Patienteninformationssysteme, -beratungsstellen und -vertretungen in Krankenhäusern; Benennung eines Landesbeauftragten für Patienten; Verankerung der Qualitätssicherung in den Gremien des Gesundheitswesens

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 17.09.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1322
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.11.2002 Drs 13/1855 S. 39 40
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/1323

Anzeigen der Kassenärztlichen Vereinigungen

Rechtsaufsichtliche Maßnahmen gegen die Anzeigenkampagne über die neu eingeführten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke

Antr
s. *Kassenärztliche Vereinigung*
Drs 13/1325

Qualitätssicherung bei Zahnärzten

Maßnahmen und Ziele zur Qualitätssicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Defizite im bestehenden System der zahnärztlichen Fortbildung, Erfahrungen mit Patientenberatungsstellen, Einführung des „Facharztes auf Zeit“?

Antr
s. *Zahnarzt*
Drs 13/1626

Infektionsschutz

Frage nach einer bedarfsgerechten Ausstattung von Krankenhäusern mit Betten für Patienten mit infektiösen Erkrankungen; Ausarbeitung eines in Aussicht gestellten Seuchenalarmplans

Antr
s. *Infektionskrankheit*

Drs 13/1995

Der Diabetes-Vertrag der AOK Baden-Württemberg im Rahmen der Disease-Management-Programme

Vereinbarung von Fangprämien für chronisch Kranke zwischen der AOK und der Kassenärztlichen Vereinigung, Genehmigung bzw Auswirkungen dieses Vertrags, insbes Auslösung eines Wettbewerbs um die höchsten Betreuungspauschalen und damit von zusätzlichen Ausgaben für die DMP, Rechtfertigung dieser erhöhten Kosten?

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/2189

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Voraussetzungen und Höhe der Aufwendungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe auch für psychisch Kranke sowie für Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen nach dem BS-HG, finanzielle Beteiligung der Pflegekassen

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Rolle der Krankenhaussozialarbeit

Vorhandene Krankenhaussozialdienste, Berücksichtigung bei der Kalkulation der neuen Fallpauschalen? Bedeutung für die Patientensteuerung bei der integrierten Versorgung und teilstationären Behandlung, Gewährleistung einer fach- und zeitgerechten Organisation der Nachversorgung

Antr
s. *Sozialarbeit*
Drs 13/2415

Fragen der Praxisgebühr

Entrichtung der 10 Euro bei jeder ersten Konsultation eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten im Quartal; Umgang mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern u.a. Patienten, die nicht im Voraus bezahlen; Verfahren bei einer telefonischen Beratung; Abgeltung des bürokratischen Aufwands der Ärzte; Position des Sozialministers in den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform

KlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/2520

Rehabilitationssport als wichtiger Bestandteil der Prävention

Art und Höhe der Bezuschussung o.g. Angebote durch die gesetzlichen Leistungsträger, Kreis der Anspruchsberechtigten und Zeitdauer der Förderung, Übertragung der notwendigen Übungen von chronisch Kranken in deren eigene Verantwortung

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 13/2744

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Aufstufung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Chronisch psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen in BW

Entwicklung o.g. Zahlen und der Versorgungsangebote, insbes der ambulanten und gemeindenahen Versorgung; Frage nach Schritten zur Umsetzung des Psychiatrieplans und der Vorschläge des Landesarbeitskreises Psychiatrie zu einem LandespsychiatrieGes; Aufgaben, Personalausstattung und Leistungsspektrum der sozialpsychiatrischen Dienste, der psychiatrischen Institutsambulanzen an Krankenhäusern und der Soziotherapie; Anteil des Landes und der Kommunen an der Förderung der sozialpsychiatrischen Dienste, Notwendigkeit einer kontinuierlichen Fortführung bzw einer Gesundheitsberichterstattung

GrAnfr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/2787

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik

Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschalen

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/3086

Die Rolle Psychiatrischer Institutsambulanzen (PIA) in der gemeindepsychiatrischen Versorgung

Auflistung der Standorte, Ausstattung, Träger, Finanzierung und Vernetzung der PIA; Patientenstruktur und Behandlungszeiträume, Verhältnis zu den Aufgaben niedergelassener Ärzte und Therapeuten; Umsetzung der Ziele des Landespsychiatrieplans zur Verbesserung der Patientenversorgung

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3087

Situation HIV-infizierter Kinder in BW

Zahlen über o.g. Kinder, die Lebenserwartung und Sterberate seit 1985; Erkenntnisse über Infektionswege, die Entwicklung und Wirksamkeit der angewandten Therapien; Höhe der Therapiekosten und Übernahme durch die Krankenversicherungen und Beihilfeträger; Auswirkungen auf die Lebenssituation der betroffenen Familien; Einschätzung der Chancen für eine Impfung

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3454

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, insbes auch auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in BW
Rechtsgrundlagen, Kosten sowie vorgesehene Daten zur Dokumentation und Speicherung auf einer eGK; Auswahl der Regionen zur modellhaften Erprobung; Weiterentwicklung zur freiwilligen Einführung einer elektronischen Patientenakte zur Verhinderung von Mehrfach- und Fehluntersuchungen; Auswirkungen einer Europäischen Gesundheitskarte für die Versicherten, Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch

Antr
s. *Versicherungsunterlagen*
Drs 13/3694

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3817

Sicherheit am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weinsberg

Zahl von Entweichungen und Straftaten von Straftätern im Maßregelvollzug seit 1994; vorausgegangene Verurteilungen, Erkrankungen und Sicherheitseinstufung der jeweiligen Patienten; Zielgenauigkeit der Einschätzungen vor der Gewährung von Lockerungen; begangene Straftaten auf der Flucht und Konsequenzen für die Unterbringung der Entwichenen nach ihrer Festnahme; Vergleich der Sicherheit in Weinsberg mit anderen Einrichtungen, Entwicklung von Konzepten für eine zielgenauere Erfolgsbewertung der Therapie, Verbesserung des baulichen Sicherheitsniveaus mit dem geplanten Neubau

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3823

Umsetzung von Soziotherapieleistungen durch die Sozialpsychiatrischen Dienste

Art und Umfang der von den Sozialpsychiatrischen Diensten angebotenen und erbrachten Leistungen, Behandlungszeiträume bei den bisher therapierten Patienten, Praxis der Leistungserbringung und -abrechnung, Entwicklung der Einnahmeanteile aus der Soziotherapie an den Haushalten der einzelnen Dienste

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3873

Psychiatrische Versorgung in BW

Einweisungszahlen und Verweildauer der Patienten in den Zentren für Psychiatrie u.a. stationären Einrichtungen seit 1999 differenziert nach den zehn häufigsten Diagnosen; Anteil von Wiederholungseinweisungen; Bewirkung von vermehrten Krankenhauseinweisungen durch die Soziotherapie? Beurteilung der Versorgungssituation mit niedergelassenen Ärzten und Therapeuten; Ausbau der teilstationären und ambulanten Einrichtungen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/4261

Organisierte Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen in BW

Aufgaben, Strukturen und Finanzierung der o.g. Gruppen und Verbände auf Orts-, Landes- und Bundesebene; Entwicklung der Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen; Anteil von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern; Hintergrund der Gründung sowie seitherige Entwicklung der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, Möglichkeiten zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Vernetzung

Antr
s. *Selbsthilfe*
Drs 13/4407

Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung (Krankenhauschulen)

Differenzierung der o.g. Schüler und Schulen nach den verschiedenen Unterrichtsformen und Bildungsgängen bzw der Höhe der jeweiligen Sachkostenzuschüsse, Umsetzung der Vorgaben der einzelnen Bildungspläne, Art der Verwendung der gewährten Zuschüsse durch die Schulträger

KlAnfr
s. *Sonderunterricht*
Drs 13/4525

Häusliche Krankenpflege für psychisch kranke Menschen

Ausgestaltung, Kosten, Träger und Qualitätsmerkmale der o.g. neuen GKV-Leistung; Verzahnung mit den vorhandenen Angeboten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich; Leistungsanspruch von Sozialhilfeempfängern und voraussichtliche Kosten der Träger; geeignete Institutionen für eine sinnvolle Patientensteuerung unter Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten sowie des Konzepts der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung

Antr
s. *Hauspflege*
Drs 13/4562

Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung
Kostenregelung für die Aufnahme von Begleitpersonen bei der Krankenhausbehandlung von Kindern, Feststellung der medizinischen Notwendigkeit vor Abschluss der Aufnahmeformalitäten durch die Eltern, Gewährleistung der Elternbegleitung ohne zusätzliche finanzielle Belastung

Antr
s. *Eltern*
Drs 13/4794

HIV-Neuinfektionen und HIV-Prävention in BW

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen seit 2000; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Ziele, Ergebnisse und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „AIDS-Prävention“; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Umfang und Ausgestaltung der Prävention und Sexualkunde im Schulunterricht; geplante Projekte zur Fußball-WM 2006

Antr
s. *Aids*
Drs 13/4799

Kritik an der Realität einer Zwei-Klassen-Medizin für die Patienten; Auswirkungen der Einführung eines Risikopools

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 126-137

Befürchtete Auswirkungen einer Privatisierung der Universitätskliniken auf die Patienten

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1182-1185 1188 1189

Ausgleich unter den Krankenkassen für die Behandlung chronisch Kranker; Beurteilung der Chronikerprogramme, Einführung von Wahlтарifen und Fallpauschalen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405-1425

Auswirkungen des Sparpakets der BReg im Gesundheitswesen auf die Patienten, Einführung von Patientenquittungen und eines Patientenbeauftragten auf Bundesebene

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075-2090

Kürzung der Fördermittel für die Sozialpsychiatrischen Dienste, Auswirkungen auf die ambulante Versorgung psychisch Kranker

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2293 2298-2306

Auswirkungen der Reformvorschläge der Herzog- und Rürup-Kommission für die Patienten, Erhaltung der Solidarität zwischen Gesunden und Kranken

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3697-3712

Bedeutung der Zentren für Psychiatrie als Teil der Versorgungsstruktur für psychisch Kranke

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3922-3930

Versorgung und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden, Verbindlichkeit einer Patientenverfügung für den behandelnden Arzt, Ablehnung der aktiven Sterbehilfe

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7484

Vorteile der elektronischen Gesundheitskarte für die Patienten, Verbesserung der Patientenrechte mit dem HeilberufekammerGes

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7628

Verbesserung der Behandlung von Krebspatienten mit dem neuen Krebsregister; Berücksichtigung der Patientenrechte; Verschärfung der Regelungen zur Gewährung von Urlaub und Vollzugslockerungen für Patienten im Maßregelvollzug

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7822-7830

Verbesserung der Behandlung von Krebspatienten mit dem neuen Krebsregister; Berücksichtigung der Patientenrechte

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7910-7912 7918 7922

Krankheit

s.a. *Aids*

s.a. *Diabetes*

s.a. *Dienstunfähigkeit*

s.a. *Gehirnkrankheit*

s.a. *Geschlechtskrankheit*

s.a. *Heilverfahren*

s.a. *Herzschlag (Herzversagen)*

s.a. *Hirnhautentzündung*

s.a. *Infektionskrankheit*

s.a. *Knochenkrankheit*

s.a. *Kranker*

s.a. *Krankheitsvertretung*

s.a. *Krebs (Krankheit)*

s.a. *Leberkrankheit*

s.a. *Pathologie*

s.a. *Schlaganfall*

*s.a. Verhaltensstörung**Gesundheitsprävention in BW*

Einflussnahme auf die Präventions- und Therapieangebote der Kostenträger im Bereich von Herz-Kreislaufkrankungen, Schlaganfällen, Rückenleiden, Lungenerkrankungen und Sturzprophylaxe für ältere Menschen; ökonomische Wirkungen eines Ausbaus der Prävention; Evaluation der Angebote mit wissenschaftlichen Methoden, Entwicklung von Leitlinien

Antr

s. Gesundheitsvorsorge

Drs 13/320

Behandlung von meldepflichtigen Vorgängen wie z.B. Hepatitis

Zwingende Maßnahmen der Gesundheitsbehörden bei meldepflichtigen Erkrankungen

KlAnfr

s. Gesundheitsbehörde

Drs 13/1032

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Krankheitshäufigkeit von Frauen und Männern, Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf, Art der Befunde für die Verordnung von stationären Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen bzw von Kuren, Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei weiblichen und männlichen Versicherten

GrAnfr

s. Gesundheit

Drs 13/1123

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechtsspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr

s. Gesundheit

Drs 13/2750

Haltung des Nationalen Ethikrats zu Gesundheitstests für Arbeitsplatzbewerber

Zuerkennung des Rechts der Arbeitgeber auf Verlangen eines gentechnisch abgestützten Gesundheitsstatus unter bestimmten Voraussetzungen, Beurteilung unter Aspekten wie Versicherungsrecht, Datenschutz, Recht auf Unwissenheit über eigene unheilbare Krankheiten u.a.m.; Ablehnung eines evtl GesEntw der BReg nach den Vorstellungen des Nationalen Ethikrats im BRat

KlAnfr

s. Gesundheitsuntersuchung

Drs 13/4628

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbindung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr

s. Ärztliche Behandlung

Drs 13/4822

Strukturelle Maßnahmen zur Dämpfung der Kosten der großen Volkskrankheiten; Erforschung der Zelltherapie zur Linderung bisher unheilbarer Krankheiten

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 131 174 176-179

Entwicklung des Krankenstands im öffentlichen Dienst

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 531 533 535

Sterblichkeitsraten bei den häufigsten Erkrankungen, Feststellung einer Veränderung von Krankheitsbildern

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1406-1408

Zunahme von Erkrankungen durch Bewegungsarmut, insbes bei Kindern; Bedeutung des Schulsports

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1475 1476 1479-1481

Zunahme von Erkrankungen bei Kindern infolge von Fehlernährung und Übergewicht

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4852 4853 4858

Zunahme der psychischen Erkrankungen wegen Überforderung im Beruf, in der Schule und Partnerschaft; Vernetzung der ambulanten und stationären Hilfen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6774-6779

Erkenntnisse über das Rauchen als häufigste Ursache der Zivilisationskrankheiten, Feststellung eines Zusammenhangs zwischen frühem Einstiegsalter und hohen Risiken, Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen; erhöhte Feinstaubkonzentrationen als Auslöser von Erkrankungen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7615-7619 7621 7622 7641

Krankheitsstellvertretung*s. Krankheitsvertretung***Krankheitsvertretung***s.a. Nebenlehrer**Haushalt 2001; 2. Nachtrag*

Verdoppelung der Springerreserve im Lehrerbereich

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 2 S. 25 26

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Entwicklung der Unterrichtsversorgung

Höhe und Verteilung der Mittel für Krankheitsstellvertretungen, Fortführung der Springerreserve

Antr

s. Schulunterricht

Drs 13/371

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2001/02

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Zuweisung eines höheren Anteils an neu geschaffenen Stellen und „Springer-Stellen“

Antr

s. Berufsschulunterricht

Drs 13/614

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Verdoppelung der Springerreserve, Bereitstellung der Hälfte der Springerstellen für die Grundschulen

Antr

s. *Grundschule*

Drs 13/636

Unterrichtsversorgung im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/855

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/865

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/945

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1099

Unterrichtsversorgung im LKreis Ludwigsburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1149

Unterrichtsversorgung im LKreis Reutlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1217

Unterrichtsversorgung im LKreis Biberach

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1218

Unterrichtsversorgung im Oberschulamtsbezirk Freiburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1238

Unterrichtsversorgung im LKreis Ortenaukreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1321

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1349

Unterrichtsversorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1389

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Karlsruhe

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1502

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen

von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1614

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Unterrichtsversorgung im LKreis Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1971

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1988

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1989

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2136

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Verfügbare Stundenzahl an den allgemein bildenden Schularten für Lehrerreserve/Krankheitsvertretung, Stütz- und Förderunterricht, Förderunterricht für ausländische und rechenschwache Kinder sowie Legastheniker, für Arbeitsgemeinschaften, zusätzliche Klassen u.a. Maßnahmen; Vergleich der Daten des ab-

gelaufenen Schuljahres mit denen der Schuljahre zuvor

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3473

Krankenstellvertretungen in Schulen

Darlegung des o.g. Bedarfs nach Schulamtsbezirken infolge Einrichtung zusätzlicher Klassen, Beurlaubungen wegen Mutterschutz, Pensionierungen oder langfristigen Ausfällen wegen Krankheit; verfügbare Personalreserven und Finanzmittel, z.B. für zeitlich befristete Einstellungen

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 07.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3632
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.12.2004 Drs 13/3991 S. 6 7
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Kürzungen gegenüber dem verabschiedeten Haushaltsplan des Kultusministeriums für 2003

Höhe und Bereiche der o.g. Kürzungen im Epl 04 in den Hj 2003 und 2004; Zahl der verfügbaren Krankheitsvertretungen für die einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
Drs 13/3705

Unterrichtsausfall an den Schulen in Stuttgart

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3886

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3995

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2009 ausscheidenden Lehrkräfte, Auflistung der davon besonders betroffenen Schulen und Fächer

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4249

Krankheitsvertretungen an Gymnasien

Abbau des hohen Unterrichtsausfalls, Realisierung der vorgegebenen Stundentafel für alle Jahrgangsstufen; Bereitstellung der notwendigen Mittel für Vertretungslehrkräfte, Schaffung eines Vertretungspools; Umsetzung der Sollbestimmung zu Schullandheimaufenthalt nach der Kürzung des Reisekostenetats für Lehrkräfte

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 28.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4292

BeschlEmpf und Bericht SchulA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 24-26

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Unterrichtsversorgung im LKreis Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4598

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4746

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4800

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen?

Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4912

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/5030

Unterrichtsversorgung im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/5182

Fortführung der Krankheitsvertretungsreserve für Lehrer mit 660 Verträgen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 87

Aufstockung der Krankheitsvertretungsreserve für Lehrer

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 206 227-231 233 235 237 239 240

Aufstockung der Krankheitsvertretungsreserve für Lehrer

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 335

Aufstockung der Krankheitsvertretungsreserve für Lehrer

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 642

Aufstockung der Krankheitsvertretungsreserve für Lehrer

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987 990 995

Kritik an der Streichung von Krankheitsstellvertretungen für Lehrer

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2819

Kreatives Lernen

s. *Lerntechnik*

Krebs (Krankheit)

s.a. *Krebsregister*

Magnetresonanztomografie zur Brustkrebsvorsorge

Entwicklung der Zahlen von Erkrankungen und Todesfällen von Frauen durch Brustkrebs in BW, bundesweit und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA; Initiativen zur Aufnahme des o.g. Untersuchungsverfahrens in den Leistungskatalog der Krankenkassen

Antr
s. *Tomographie*
Drs 13/95

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Brustkrebs (Mammakarzinom) (Drs 12/5645 und 12/5647)

Mittlg LReg 28.08.2001 Drs 13/204

Lymphdrainage zur Ödemvermeidung nach einer Brustkrebsoperation

Steigerung der Überlebenschance und Vermeidung neuer Ödeme durch o.g. Behandlung als Dauerprophylaxe, Beurteilung der Minimalforderung bzw einer BRatsinitiative zur Einstufung als Regelfall-Langfrist-Verordnung nach dem Heilmittelkatalog

Antr
s. *Heilverfahren*
Drs 13/446

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen beim Epidemiologischen Krebsregister

s. *Krebsregister*
Drs 13/659

Epidemiologisches Krebsregister in BW

Bedeutung und Quote der Erfassung von Krebserkrankungen in BW u.a. BLändern; Rücknahme der existenzbedrohenden Kürzungen im Hpl 2002/03

Antr
s. *Krebsregister*
Drs 13/758

Bau eines Radonbades in BW

Frage nach o.g. Planungen und deren Kostenträger, Bewertung der medizinischen Heilwirkung von Radonwässern bzw des Lungenkrebsrisikos von Radon für die Patienten und Beschäftigten

KlAnfr
s. *Radon*
Drs 13/1053

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere sowie der Früherkennung bei den frauenspezifischen Krebserkrankungen, Darlegung der Erkrankungs- und Mortalitätsrate bei Krebserkrankungen, Qualität und Erfolg der zugänglichen Heilverfahren

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken

Darlegung o.g. Erkenntnisse unter Einbeziehung der Studie von Dr. Alfred Köberlein; Frage nach der Art der Belüftung der Castorbehälter im Zwischenlager des AKW Gundremmingen

MdlAnfr 1) Dr. Inge Gräßle CDU 12.02.2003 Drs 13/1778
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2657 2658

Epidemiologisches Krebsregister in BW

Bedeutung der bevölkerungsbezogenen Erfassung von Krebserkrankungen; Verzicht auf eine Streichung der Mittel für das Landeskrebsregister

KlAnfr

s. *Krebsregister*
Drs 13/1879

Gebärmutterhalskrebsvorsorge

Entwicklung der Zahl o.g. Erkrankungen und Todesfälle in den letzten zehn Jahren, Einschätzung einer vergleichenden Studie der Universität Tübingen zur bisherigen Vorsorgeuntersuchung und einer neuen Untersuchungsmethode; Eintreten für die Einführung dieser neuen Methode

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/2284

Zukunft des epidemiologischen Krebsregisters in BW

Begründung und Auswirkungen der Umstellung des bevölkerungsbezogenen Krebsregisters auf ein klinisches Register, insbes auf die Qualitätssicherung und Präventionsprogramme, die Bedarfsplanung im Gesundheitswesen und die Krebsursachenforschung; einbezogene Kliniken und Tumorzentren; erwartete Kosteneinsparungen; Gründe für die Ablehnung einer Meldepflicht nach dem Beispiel anderer BLänder

Antr
s. *Krebsregister*
Drs 13/2305

Brustkrebsbehandlung und Mammographie-Screening

Auflistung der an Krankenhäusern angesiedelten Brustzentren, Art der Zertifizierung nach deutschem oder EU-Recht, Stand der flächendeckenden Einführung des Mammographie-Screenings, Gründe für das Unterschreiten europäischer Qualitätsvorgaben, Art der Benachrichtigung der Frauen, Position der Landesärztekammer und des Datenschutzbeauftragten

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/3934

Mammographie-Screening in BW

Stand der Umsetzung der vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen beschlossenen Richtlinien zur Früherkennung von Brustkrebs; regelmäßige persönliche Einladung aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren zu den o.g. Vorsorgeuntersuchungen, entsprechende Anpassung des MeldeGes und der Meldeverordnung

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/3353

Zukunft des Krebsregisters in BW

Einführung der beschlossenen Neukonzeption des Krebsregisters, entsprechende Änderung des LandeskrebsregisterGes, Einbeziehung der Erfahrungen der bisherigen Mitarbeiter, erwartete Kosteneinsparungen

Antr
s. *Krebsregister*
Drs 13/3542

Gesundheitsrisiko durch Radon in BW

Auftreten und Gefahrenpotenzial von erhöhten Radonkonzentrationen in BW; Beurteilung eines erhöhten Krebsrisikos; Unterstützung der Betroffenen; Frage nach Untersuchungen und Programmen zur Messung und Sanierung von Wohnungen und Gebäuden

Antr
s. *Radon*

Drs 13/4208

Neues Krebsregister in BW

Ausgestaltung des Datenschutzes, Kosten und Kostenträger des neuen Dokumentationssystems; Vorlage des konkreten Personal- und Sachkostenbedarfs bzw eines entsprechenden GesEntw; rückwirkende Meldung und Erfassung der Daten über Neuerkrankungen

Antr
s. *Krebsregister*
Drs 13/4370

Ges über die Zentrale Stelle zur Durchführung des Einladungs- wesens iRd Mammographie-Screenings

Bestimmung als öffentliche Stelle; Regelungen zur Anforderung, Speicherung und Verarbeitung der Daten aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren von den Meldebehörden

GesEntw
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4384

Stand der Umsetzung des Mammographie-Screenings in BW

Erhebung deutlich höherer als die im GesEntw 13/4384 eingeschätzten Gebühren durch die Einwohnermeldeämter für die Lieferung des zur Einladung erforderlichen Adressmaterials; Beteiligung an den Kosten des Mammographie-Screenings für die iRd freien Heilfürsorge versicherten Frauen

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4807

Ges über die Krebsregistrierung in BW (LKrebsregisterGes - LKrebsRG)

Verpflichtung der Ärzte und Zahnärzte zur Meldung von Krebsneuerkrankungen, Verarbeitung dieser Meldungen, organisatorische Regelungen zum Datenschutz, Erfassung und Auswertung der Daten über Krebserkrankungen in einem epidemiologischen Krebsregister, Rückmeldung dieser Daten an die behandelnden Ärzte zum Zwecke der Qualitätssicherung, Evaluation des Gesetzes

GesEntw
s. *Krebsregister*
Drs 13/5066

Notwendigkeit einer besseren Früherkennung von Brustkrebs

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2034

Verweisung auf das Krebsrisiko durch Tabakkonsum bzw auf den Zusammenhang zwischen frühem Einstiegsalter und hohem Risiko, Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen; Feststellung eines Zusammenhangs zwischen erhöhten Feinstaubkonzentrationen und Lungenkrebs

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7616 7622 7641

Verweisung auf das Krebsrisiko durch Rauchen und Passivrauchen, Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7747

Krebsregister

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen beim Epidemiologischen Krebsregister

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-24 S. 58
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Epidemiologisches Krebsregister in BW

Bedeutung und Quote der Erfassung von Krebserkrankungen in BW u.a. BLändern; Rücknahme der existenzbedrohenden Kürzungen im Hpl 2002/03

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 20.02.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/758
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.04.2002 Drs 13/1109 S. 61 62
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Epidemiologisches Krebsregister in BW

Bedeutung der bevölkerungsbezogenen Erfassung von Krebserkrankungen; Verzicht auf eine Streichung der Mittel für das Landeskrebsregister

KIAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 12.03.2003 und Antw SM Drs 13/1879

Zukunft des epidemiologischen Krebsregisters in BW

Begründung und Auswirkungen der Umstellung des bevölkerungsbezogenen Krebsregisters auf ein klinisches Register, insbes auf die Qualitätssicherung und Präventionsprogramme, die Bedarfsplanung im Gesundheitswesen und die Krebsursachenforschung; einbezogene Kliniken und Tumorzentren; erwartete Kosteneinsparungen; Gründe für die Ablehnung einer Meldepflicht nach dem Beispiel anderer BLänder

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 25.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2305
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 23 24
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen beim Epidemiologischen Krebsregister

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-15 S. 57
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Zukunft des Krebsregisters in BW

Einführung der beschlossenen Neukonzeption des Krebsregisters, entsprechende Änderung des LandeskrebsregisterGes, Einbeziehung der Erfahrungen der bisherigen Mitarbeiter, erwartete Kosteneinsparungen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 13.09.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3542
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.10.2004 Drs 13/3991 S. 24 25
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Neues Krebsregister in BW

Ausgestaltung des Datenschutzes, Kosten und Kostenträger des neuen Dokumentationssystems; Vorlage des konkreten Personal- und Sachkostenbedarfs bzw eines entsprechenden GesEntw; rückwirkende Meldung und Erfassung der Daten über Neuerkrankungen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 01.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4370

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/4924 S. 29 30
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Ges über die Krebsregistrierung in BW (LKrebsregisterGes - LKrebsRG)

Verpflichtung der Ärzte und Zahnärzte zur Meldung von Krebsneuerkrankungen, Verarbeitung dieser Meldungen, organisatorische Regelungen zum Datenschutz, Erfassung und Auswertung der Daten über Krebserkrankungen in einem epidemiologischen Krebsregister, Rückmeldung dieser Daten an die behandelnden Ärzte zum Zwecke der Qualitätssicherung, Evaluation des Gesetzes

GesEntw LReg 18.01.2006 Drs 13/5066 (42 S.)
1. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7821-7826
BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5152
2. Beratung PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7910-7913
GesBeschl 21.02.2006 Drs 13/5194
GBI 2006 Nr. 3 S. 54-60 (Ges vom 07.03.2006)

Verbesserung der Aussagekraft und Erhaltung des Landeskrebsregisters

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3210-3213 3215 3216

Berücksichtigung des Datenschutzes beim neuen Krebsregister

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6587

Behinderung der Neuordnung des Krebsregisters durch Doppelstrukturen beim Datenschutz

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7037

Krebsregistergesetz

s. *Krebsregister*

Krebstier

Information der Öffentlichkeit durch Ministerin Künast über verunreinigte Shrimps aus China

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1253 1254 1263

Kredit

s.a. *Baufinanzierung*
s.a. *Kreditgenossenschaft*
s.a. *Kreditgewerbe*
s.a. *Schulden*
s.a. *Schuldner*

Auswirkungen von Basel II auf Bauwirtschaft und Wohnungsbau
Anwendung der neuen Kreditvergaberichtlinien durch Banken und Sparkassen schon heute? Eigenkapitalausstattung bei Bauträgern und Bauunternehmen; Verweigerung von Krediten bzw Vergabe zu erhöhten Konditionen; Hinwirkung auf eine Rückkehr zu den derzeit geltenden Vergaberegeln bzw zu einer mittelstandsfreundlichen Veränderung von Basel II

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 25.04.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/965
BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 9-12
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1516

Die Verschuldung des Landes - Versteckte und Grenzen

Höhe des Barwerts der künftigen Pensionsansprüche der Landesbeamten, Entwicklung der ausgelagerten Verpflichtungen in den letzten zehn Jahren, Vergleich der Zinsbelastung zur Finanzierung dieser Verpflichtungen mit der Zinsbelastung bei Kreditaufnahme im regulären Haushalt, Höhe der veranschlagten und tatsächlich getätigten Investitionen 1997 und 2002

Antr
s. *Schulden*
Drs 13/2193

Auswirkungen von Basel II und MaK auf die Wirtschaft und das Kreditgewerbe in BW

Stand und Auswirkungen der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft und der neuen internationalen Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute, zusätzlicher Aufwand und Verteuerung der Kreditvergabe insbes an die mittelständische Wirtschaft, Darlegung der unterschiedlichen Positionen der einzelnen Sparkassen- und Bankenverbände

Antr Herbert Moser u.a. SPD 28.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2309
BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/3093 S. 13
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 12.11.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2598
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.03.2004 Drs 13/3492 S. 51 52
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Zukunft und Bedeutung der Sparkassen in BW

Bedeutung innerhalb der Bankenstruktur und für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft; Frage nach Kenntnissen über Neuerungen bei der Kreditgewährung und über Verkaufabsichten; Möglichkeiten zur Verhinderung des Verkaufs von Sparkassen an Privatbanken

Antr
s. *Sparkasse*
Drs 13/2751

Nutzung von Zerobonds zur Finanzierung der Landesschulden

Höhe, Zeitpunkt der Aufnahme und Rückzahlung o.g. Darlehen; Volumen der in die Zukunft verlagerten Zinsen und Zinseszinsen
KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 19.02.2004 und Antw FM

Drs 13/2933

Verschuldung von Krankenkassen in BW

Höhe der Kredite für nicht-investive Zwecke bzw zur Deckung der laufenden Verwaltungsausgaben, Tilgung innerhalb des Zeitrahmens nach dem GesundheitsmodernisierungGes, Vorgaben der Landesaufsicht zum Abbau der Schulden, Grundlagen zur Festsetzung der Kassenbeiträge, Kostendeckungsgrad des Beitragssatzes der AOK BW

KlAnfr

s. *Krankenversicherung*

Drs 13/3549

Provisionen für die Bereitstellung von Kontokorrentlinien

Hinwirkung auf einen Verzicht der Sparkassen und Volksbanken auf die Forderung von Kreditprovisionen für zugesagte Kontokorrentlinien

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 16.09.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3551

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3598

Bessere Kreditbedingungen für süddeutsche Mittelständler in Österreich

Vergleich bzw Überwindung der Unterschiede der Kreditbedingungen in Deutschland und Österreich

Antr Herbert Moser u.a. SPD 12.11.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3744

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 10 11

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Ausgleichsfonds zur Zwischenfinanzierung der Kürzung von Zuweisungen des Landes -Kommunalswing-

Einrichtung einer neuen mittelfristigen Kreditfazilität bei der Landesbank BW zur zeitlich begrenzten Kompensation der Kürzungen iRd kommunalen Finanzausgleichs, Tilgung durch Abzug von künftigen Zuweisungen an die jeweilige Kommune und Zuführung an den Ausgleichsfonds

Antr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 13/4080

Prüfungen bei öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen in BW

Rechtsgrundlagen, Zahl, Ergebnisse, Personal- und Zeitaufwand der o.g. Prüfungen; Ausschreibung oder anderweitige Vergabe der Prüfaufträge; Frage nach einem Zusammenhang zwischen den zunehmenden Prüfungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und einer sinkenden Kreditvergabebereitschaft, insbes gegenüber dem Mittelstand und Handwerk

Antr

s. *Kreditgewerbe*

Drs 13/4210

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4250

Abwicklung von Finanzierungen durch die Bausparkasse Badenia mit Sitz in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der landeseigenen L-Bank

Art und Umfang der Beteiligung der L-Bank an der Finanzierung von Immobiliengeschäften der Badenia, Einflussnahme auf die Verzinsung der Darlehen zwischen Immobilienerwerber und Darlehensgeber, Ausgestaltung der jeweiligen Kredit- und Kaufverträge

KlAnfr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/4270

Ratingverfahren bei Krediten

Gestaltung, Intervalle und Rechtsgrundlagen o.g. Verfahren der Kreditinstitute; Darlegung der zu gewichtenden Faktoren und der Relevanz der erteilten Benotung für die Kreditvergabe bzw -verlängerung, Berücksichtigung der mittel- bis langfristigen Entwicklungen eines Unternehmens?

Antr Herbert Moser u.a. SPD 30.06.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4467

BeschlEmpf und Bericht WirtA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 22 23

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Studiengebühren; hier: Risikofonds zulasten der Hochschulen?

Verlagerung des Risikos ausbleibender Darlehensrückflüsse von den Banken auf den o.g. Fonds bzw auf die Hochschulen als dessen Mitglieder, Einrichtungs- und Betriebskosten sowie Rechtsform eines solchen Gemeinschaftsfonds, Höhe der Finanzierungsanteile der einzelnen Hochschularten und Hochschulen, Gewichtung unterschiedlicher Größen und Risiken, Finanzierung aus der landesfinanzierten Grundausrüstung?

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4572

Studiengebühren; hier: BundesausbildungsförderungsGes (BAföG)

Entwicklung der Zahl von BAföG-Empfängern vor und nach der Umstellung auf Darlehen bzw nach der Wiedereinführung der Förderung und Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenze der Eltern; Gründe für die Streichung der Gebührenbefreiung für BAföG-Höchstempfänger sowie Erhöhung der möglichen Gesamtdarlehensbelastung um 50 %

Antr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/4588

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnismobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/4647

Studiengebühren; hier: Gebührenpflicht auch für betriebliche Ausbildungsphasen in den Studiengängen an Berufsakademien?

Begründung der o.g. Gebührenpflicht im Gegensatz zu Praxissemestern an FH und bei den Studiengängen für das Lehramt am Gymnasium, Vereinbarkeit mit dem gebührenrechtlich geforderten Äquivalenzprinzip, Frage nach einer Prüfung iRd beider Gutachten zur Einführung von Studiengebühren, Betrachtung der Darlehensrückflüsse von Absolventen der Berufsakademien als Absicherung des Studienfonds vor den Ausfallrisiken der Absolventen anderer Hochschularten?

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4676

Studiengebühren; hier: Verwaltungskosten

Ergebnisse der Erhebung der zusätzlichen Personal- und sonstigen Verwaltungskosten bei der Administration der Studiengebühren unter Heranziehung der neuen Steuerungsinstrumente, Vergleich mit dem Aufwand zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen, Anteil der uneinbringlichen rückzahlbaren BAföG-Darlehen, Auswirkungen der Privatinsolvenz, erwartete Ausfallquote bei den Studienkrediten bzw Höhe des Gesamtausfalls der Studiengebühren für die Hochschulen; Umsetzung des Versprechens zur vollen Verwendung des Studiengebührenaufkommens zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4739

Wohnungsbauförderung des Landes am Bedarf vorbei

Höhe der noch nicht abgerufenen Mittel des Wohnungsbauprogramms 2005 verteilt auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau, Vergleich mit der Inanspruchnahme des 1000-Dächer-Programms der L-Bank; Steigerung der Attraktivität der Programme nach den Vorschlägen der Verbände der im sozialen Wohnungsbau engagierten Wohnungsunternehmen; Erhöhung des Mietwohnungsanteils und des Subventionswerts der Landesbaudarlehen im Wohnungsbauprogramm 2006

Antr

s. *Wohnungsbau*

Drs 13/4780

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förder-

bank

GesEntw

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4858

Konversionsstandorte - Umwandlung von Darlehen in Zuschüsse

Höhe der einzelnen vergebenen Darlehen aus dem Konversionsstandortprogramm, Erfolg der jeweiligen Vermarktung der Gewerbeflächen; Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge auf Umwandlung des Darlehens in einen Zuschuss; Beurteilung der Zusage an Baden-Baden, Gleichbehandlung der anderen Konversionsstandorte

KIAufr

s. *Konversion*

Drs 13/5189

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 158 161 163

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 697 698

Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes durch die Ratingagentur Standard & Poors mit Bestnoten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 800 801 820 823 824

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942

Bewertung der Finanzierung von Sozialwohnungen über Forderungsverkäufe als Kreditfinanzierung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1434 1436 1439 1440

Bedeutung der Sparkassen für die flächendeckende Kreditversorgung der Bevölkerung, Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1605-1615

Bedeutung der Sparkassen für die flächendeckende Kreditversorgung der Bevölkerung, Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1928-1930

Würdigung der Entschärfung der mit Basel II geplanten neuen Kreditvergaberichtlinien für den Mittelstand, Festhalten am Hausbankenprinzip für die Kreditversorgung des Mittelstands

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2360 2367-2370

Problematik der Kreditversorgung privater Bauherren infolge der mit Basel II angewandten neuen Eigenkapitalrichtlinien der Banken; Ablehnung der Finanzierung von Sozialwohnungen über Rückflüsse aus öffentlichen Darlehen

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3573-3575 3577 3580-3583

Bedeutung der Landesbank und der Sparkassen für die Kreditversorgung der Bürger und der mittelständischen Wirtschaft

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5138 5144 5149 5157

Eintreten für ein Verbot der Kreditaufnahme der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5266 5268

Kreditversorgung des Mittelstands und von Existenzgründern, Bedeutung der L-Bank und Bürgschaftsbank

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014 6025 6027 6029

Verteuerung der Kredite des Landes durch das verschlechterte Rating

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6104 6110

Verteuerung der Kredite durch das verschlechterte Rating, Abbau von Hindernissen bei der Kreditvergabe an den Mittelstand

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6144 6146 6147 6156

Bedeutung der Landesbank, Sparkassen und Genossenschaftsbanken für die Kreditversorgung von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405 6408

Kritik an der Personalaufstockung beim Bundesamt für das Finanzwesen zur Umsetzung der Kreditvergaberichtlinien nach Basel II; Kreditversorgung des Mittelstands, Kritik an der Kürzung der Förderung mittelständischer Investitionen über die L-Bank

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6469 6470

Kritik an Plänen aus der CDU zur Abschaffung des BAföG zugunsten einer Studienfinanzierung über Bildungskredite

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6736-6738 6741

Beschränkung der Bonitätsprüfung der Banken bei der Kreditvergabe auf „harte Fakten“, Notwendigkeit von mehr Transparenz des Kredit-scoring-Verfahrens

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7035 7038

Erleichterung der Kreditversorgung für kleinere Unternehmen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7448 7450

Finanzierung von Wohnungsbauprogrammen über Forderungsverkäufe

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7636

Beklagung der mangelnden Bereitschaft von Banken zur Vergabe von Krediten an Gastronomiebetriebe

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7956 7957

Kreditanstalt für Wiederaufbau

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung des Min-Präs in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Antr

s. *Ministerpräsident*

Drs 13/552

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Minister Rudolf Köberle in den Beirat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie in den Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr

s. *Köberle, Rudolf MdL CDU*

Drs 13/893

Verhältnis zwischen L-Bank und neuer Mittelstandsbank

Bewertung der Zusammenlegung der Förderbereiche der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank, Auswirkungen der Überschneidungen und Attraktivität der angebotenen Darlehensprogramme, Beurteilung von sinnvollen Kooperationen

Antr

s. *Landeskreditbank*

Drs 13/2120

Politik für mittelständische Unternehmen

Abstimmung der Angebote der L-Bank und der KfW/DtA-Mittelstandsbank

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2677

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4250

Auswirkungen der Zusammenlegung der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau für Existenzgründer

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2361 2368

Beurteilung des Kreditangebots der KfW zur Finanzierung von Studiengebühren, Vergleich mit dem Angebot der L-Bank

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7488 7492 7496

Kreditaufnahme

s. *Kredit*

Kreditbürgschaft

s. *Bürgschaft*

Kreditgenossenschaft

Auswirkungen der neuen Aufsichtsregeln der EU für Finanzkonglomerate auf die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Genossenschaftsbanken

KlAnfr

s. *Finanzmarkt*

Drs 13/1764

Provisionen für die Bereitstellung von Kontokorrentlinien

Hinwirkung auf einen Verzicht der Sparkassen und Volksbanken auf die Forderung von Kreditprovisionen für zugesagte Kontokorrentlinien

Antr

s. *Kredit*

Drs 13/3551

Ausmaß der Kapitalflucht aufgrund der Kontenabfrage nach Angaben des Genossenschaftsverbands Bayern; Bedeutung der Volks- und Raiffeisenbanken für die Kreditversorgung des Mittelstands; Bündelung der Rechenzentren der Genossenschaftsbanken

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7919 7924 7926 7927

Kreditgewerbe

s.a. Baden-Württembergische Bank

s.a. Bankgeheimnis

s.a. Bausparkasse

s.a. Bundesbank

s.a. Deutsche Bank

s.a. Konto

s.a. Kreditanstalt für Wiederaufbau

s.a. Kreditgenossenschaft

s.a. Landesbank Baden-Württemberg

s.a. Landeskreditbank

s.a. Sparkasse

s.a. Zahlungsverkehr

Konten extremistischer Parteien, Organisationen und Personen
Überprüfung o.g. Geschäftsbeziehungen zur Landesbank BW, Kündigung der Konten des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ sowie des im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Liedermachers Frank R., Dauer der Übergangsfristen bei einer ordentlichen Kündigung, Fälle einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund; Information aller Kreditinstitute über extremistische Aktivitäten von Vereinigungen und Personen im Verfassungsschutzbericht

Antr

s. Landesbank Baden-Württemberg

Drs 13/730

Auswirkungen von Basel II auf Bauwirtschaft und Wohnungsbau
Anwendung der neuen Kreditvergaberichtlinien durch Banken und Sparkassen schon heute? Eigenkapitalausstattung bei Bauträgern und Bauunternehmen; Verweigerung von Krediten bzw Vergabe zu erhöhten Konditionen; Hinwirkung auf eine Rückkehr zu den derzeit geltenden Vergaberegeln bzw zu einer mittelstandsfreundlichen Veränderung von Basel II

Antr

s. Kredit

Drs 13/965

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1516

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplät-

zen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1520

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr

s. Zinsbesteuerung

Drs 13/2166

Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Zahl von Nebenerwerbs- und Vollerwerbsgründungen in den Bereichen Produktion und Dienstleistung in den letzten fünf Jahren, Vergleich mit anderen BLändern; Förderung über Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken; Aufstockung der Förderung von Betriebsübernahmen sowie der Ausfallbürgschaften bei der Bürgschaftsbank, L-Bank und beim Land

Antr

s. Existenzgründung

Drs 13/2174

Auswirkungen von Basel II und MaK auf die Wirtschaft und das Kreditgewerbe in BW

Stand und Auswirkungen der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft und der neuen internationalen Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute, zusätzlicher Aufwand und Verteuerung der Kreditvergabe insbes an die mittelständische Wirtschaft, Darlegung der unterschiedlichen Positionen der einzelnen Sparkassen- und Bankenverbände

Antr

s. Kredit

Drs 13/2309

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr

s. Kredit

Drs 13/2598

Zukunft und Bedeutung der Sparkassen in BW

Bedeutung innerhalb der Bankenstruktur und für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft; Frage nach Kenntnissen über Neuerungen bei der Kreditgewährung und über Verkaufsabsichten; Möglichkeiten zur Verhinderung des Verkaufs von Sparkassen an Privatbanken

Antr

s. Sparkasse

Drs 13/2751

Abbau von administrativen und regulatorischen Belastungen bei Kreditinstituten

Überprüfung von gesetzlichen Regelungen des Bundes, deren Anwendung einen hohen Personal- und Zeitaufwand bei den Kreditinstituten verursacht; Beurteilung der Erfolgchancen einer entsprechenden BRatsinitiative

Antr Beate Fauser u.a. FDP/DVP 29.07.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3453

Personalaufwand bei Banken und Sparkassen zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften

Entwicklung des o.g. Aufwands an Personal und Kosten in den letzten 20 Jahren; Maßnahmen zur Reduzierung dieses Aufwands

Antr Herbert Moser u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3471

BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 13-15

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Provisionen für die Bereitstellung von Kontokorrentlinien

Hinwirkung auf einen Verzicht der Sparkassen und Volksbanken auf die Forderung von Kreditprovisionen für zugesagte Kontokorrentlinien

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/3551

Ges zur Änd des SparkassenGes für BW

Ermöglichung der Beteiligung des Sparkassenverbands BW an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten in anderen BLändern sowie der Beteiligung weiterer Gewährträger am Stammkapital der Landesbausparkasse

GesEntw
s. *Sparkasse*
Drs 13/3724

Bessere Kreditbedingungen für süddeutsche Mittelständler in Österreich

Vergleich bzw Überwindung der Unterschiede der Kreditbedingungen in Deutschland und Österreich

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/3744

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzauftragten

Antr
s. *Steuermoral*
Drs 13/4164

Prüfungen bei öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen in BW

Rechtsgrundlagen, Zahl, Ergebnisse, Personal- und Zeitaufwand der o.g. Prüfungen; Ausschreibung oder anderweitige Verga-

be der Prüfaufträge; Frage nach einem Zusammenhang zwischen den zunehmenden Prüfungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und einer sinkenden Kreditvergabe-bereitschaft, insbes gegenüber dem Mittelstand und Handwerk

Antr Herbert Moser u.a. SPD 05.04.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4210

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 13
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Ratingverfahren bei Krediten

Gestaltung, Intervalle und Rechtsgrundlagen o.g. Verfahren der Kreditinstitute; Darlegung der zu gewichtenden Faktoren und der Relevanz der erteilten Benotung für die Kreditvergabe bzw -verlängerung, Berücksichtigung der mittel- bis langfristigen Entwicklungen eines Unternehmens?

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/4467

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Studiengebühren; hier: Risikofonds zulasten der Hochschulen?

Verlagerung des Risikos ausbleibender Darlehensrückflüsse von den Banken auf den o.g. Fonds bzw auf die Hochschulen als dessen Mitglieder, Einrichtungs- und Betriebskosten sowie Rechtsform eines solchen Gemeinschaftsfonds, Höhe der Finanzierungsanteile der einzelnen Hochschularten und Hochschulen, Gewichtung unterschiedlicher Größen und Risiken, Finanzierung aus der landesfinanzierten Grundausrüstung?

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4572

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnismobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4647

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW

bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr
s. *Konto*
Drs 13/5053

Unterschiedliche Rahmenbedingungen von Niederlassungen inländischer und ausländischer Kreditinstitute in BW
Zahl von ausländischen Niederlassungen in BW, Frage nach unterschiedlichen Rahmenbedingungen für das jeweilige Dienstleistungsangebot von in- und ausländischen Kreditinstituten sowie nach Möglichkeiten zur Gewährleistung von Chancengleichheit

KlAnfr Martin Rivoir SPD 02.02.2006 und Antw WM Drs 13/5121

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45

Sicherung der zum Verkauf stehenden Aktienpakete der BW-Bank, Kooperation zwischen Landesbank und BW-Bank, Verteidigung der öffentlich-rechtlichen Bankenstruktur gegenüber der EU
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65 66 77 91 103

Verbindung der stillen Einlage bei der Landesbank mit einem bankenpolitischen Konzept, Stärkung des privatwirtschaftlichen Bankenlagers
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 210 212

Erinnerung an den Verzicht der Banken auf Gebühren bei der Euroumstellung sowie an das von der Verbraucherzentrale erstrittene Wertstellungsurteil
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 445

Abbau von Arbeitsplätzen bei den Banken
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 697 698

Bewertung der Kreditwürdigkeit des Landes durch die Banken; Erhaltung eines starken, differenzierten Bankenstandorts BW
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 800 801

Erhaltung der Einflussmöglichkeiten auf den Bankenstandort BW
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 844

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942

Erhaltung des dreigliedrigen Systems der Bankenlandschaft
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1069 1070 1073 1074 1078 1079

Ablehnung einer Veräußerung der Landesanteile an der LBBW angesichts der gegenwärtigen Situation der Banken
PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1104

Betrachtung des öffentlich-rechtlichen Bankenwesens als Teil des Finanzmarkts durch die EU-Kommission, Einräumung einer Übergangsfrist für die Gewährträgerhaftung der Landesbanken und Sparkassen
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1457 1459

Verluste an Arbeitsplätzen und Gewerbesteuererinnahmen in Karlsruhe infolge der Bankenfusion
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1519 1520 1525 1530

Erhaltung eines starken, differenzierten Bankenstandorts BW; Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Kreditsektor; Stimulanz des Wettbewerbs durch die öffentlichen Banken
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1605-1615

Umsetzung der Verständigung mit der EU-Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, Erhaltung des dreigliedrigen Bankensystems, Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1927-1931

Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen, Auswirkungen der Zusammenlegung der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau für Existenzgründer
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2360 2361 2367-2370

Flächendeckende Versorgung der Kunden mit Bankdienstleistungen durch die Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor Ort
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306

Erhaltung eines starken, differenzierten Bankenstandorts BW; Leistungsfähigkeit der LBBW, der BW-Bank und Sparkassen für die Wirtschaft und Privatkunden
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626

Erhaltung der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Fördermaßnahmen der L-Bank, Gewährung von Darlehen an Gebietskörperschaften über die Hausbank, Ausschluss einer Wettbewerbsverzerrung zulasten der privaten Banken
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4043-4047

Erhaltung eines starken, differenzierten Bankenstandorts BW; Leistungsfähigkeit der LBBW, der BW-Bank und Sparkassen für die Wirtschaft und Privatkunden
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148

Erhaltung der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für Fördermaßnahmen der L-Bank, Gewährung von Darlehen an Gebietskörperschaften über die Hausbank, Ausschluss einer Wettbewerbsverzerrung zulasten der privaten Banken
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4517-4520

Qualität des Bankenstandorts BW, Bewältigung der Herausforderungen, Gewährleistung der Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5137 5138 5144 5149 5157

Qualität des Bankenstandorts BW, Erinnerung an die Fusionen im öffentlichen Bankenbereich
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5865 5884

Qualität des Bankenstandorts BW, unbürokratische Kreditversorgung von Existenzgründern, Auflage eines Mittelstandsfonds für Beteiligungen durch die MBG, Sparkassen und LBBW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405 6408

Beschränkung der Bonitätsprüfung der Banken bei der Kreditvergabe auf „harte Fakten“, Notwendigkeit von mehr Transparenz des Kredit scoring-Verfahrens

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7035 7038

Beklagung der mangelnden Bereitschaft von Banken zur Vergabe von Krediten an Gastronomiebetriebe

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7956 7957

Kreditinstitut

s. *Kreditgewerbe*

Kreis (Gebietskörperschaft)

s.a. *Kreisvertretung*

s.a. *Landkreisordnung*

Verwaltungsreform

Berufung einer Expertenkommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus und Erarbeitung von Reformvorschlägen, insbes Prüfung von Möglichkeiten zur Aufgabenübertragung von den LKreisen auf die Gemeinden und von den RegPräs auf die Regionen, Ministerien o.a. Verwaltungsträger

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/27

Konzept für die landesweite Kreisbeschreibung

Konzeption und Stand der Umsetzung o.g. Projekte der LArchivdirektion in den einzelnen LKreisen; digitale Erfassung und Fortschreibung als Alternative zur Drucklegung

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 21.09.2001 und Antw MWK Drs 13/253

Ausgaben für Grundsicherung und Auswirkungen auf Kommunalhaushalte

Höhe der Kosten für die Träger der Grundsicherung im Vergleich zu den Erstattungen des Bundes, Notwendigkeit zusätzlicher Personal- und Verwaltungsausgaben bzw Zwänge der LKreise zur Erhöhung der Kreisumlage

Antr

s. *Sozialleistung*

Drs 13/1407

Ges zur Ausführung des GrundsicherungsGes und zur Änd des FinanzausgleichsGes

Anpassung der Zuständigkeiten für die Grundsicherung an die landesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen bei der Sozialhilfe, Verteilungsregelungen für die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Mehrausgaben der Kommunen, Einbeziehung der Grundsicherung in den Soziallastenausgleich

GesEntw

s. *Sozialleistung*

Drs 13/1436

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Finanzielle Beteiligung der LKreise an der Gesamtfinanzierung des ÖPNV

GrAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/1680

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulleiter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/1722

Kommunale Frauenförderung in BW

Zahl, Beschäftigungsverhältnis und -umfang von kommunalen Frauenbeauftragten in den Kommunen und LKreisen im Vergleich zu anderen BLändern; jeweiliger Stand der Erstellung eines Frauenförderplans nach dem Landesgleichberechtigungsges

Antr

s. *Frauenförderung*

Drs 13/1772

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuweisungen nach dem FAG an die Gemeinden, LKreise und Landeswohlfahrtsverbände seit 1993; Entwicklung der Leistungen der Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger sowie anderer Sozialleistungen im selben Zeitraum; Bezifferung der jeweiligen Anteile des Aufkommens aus der Kreisumlage

GrAnfr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1945

Verwaltungsreform der LReg und die Neuausrichtung von NSI

Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente

Antr

s. *Neues Steuerungsmodell*

Drs 13/1962

Verwaltungsreform und Effizienzrendite

Begründung des Kostenabschlags von 20 Prozent bei der vorgesehenen Eingliederung von Behörden in die Landratsämter, Entwicklung der Personalkosten der 1995 in die Landratsämter eingegliederten früheren Sonderbehörden sowie der Kostenübernahme des Landes, Veranschlagung der Personalfluktuations- und des notwendigen Einstellungskorridors bei den zur Eingliederung bestimmten Behörden

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/1973

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Eingliederung von Behörden in die Stadt- und LKreise, Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur umfassenden Übertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der

Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsberatung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2070

Verwaltungsreform und Forstwirtschaft

Zuständigkeit für Bewirtschaftung, Wegebau und Holzvermarktung im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald nach Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2077

Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die RegPräs, Land- und Stadtkreise

Zeiträumen der Entscheidung und Umsetzung o.g. Neuordnung als Teil der geplanten Verwaltungsreform; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %; Ausschluss der Einflussnahme von Landräten und Oberbürgermeistern auf das operative Geschäft der Polizei

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2093

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform im Vermessungsbereich

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes im Hinblick auf das Liegenschaftskataster und die Kartographie, den Zugriff auf das Datenetz für die Dreiecksnetze, das Höhen- und Schwerenet, die Organisation der örtlichen Messtrupps zur Erkundung und Vermessung der Erdoberfläche sowie Herausgabe der topographischen Kartenwerke; Eingliederung der Karlsruher Abteilung Geodäsie?

Antr
s. *Vermessung*
Drs 13/2100

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Tätigkeit des Landesgewerbeamts (LGA)

Wahrnehmung der Aufgaben aus dem ArbeitsschutzGes; Eingliederung von Teilen des LGA in verschiedene Landratsämter, Verbleib von Restaufgaben bei einer möglichen Zentralstelle; Vereinbarkeit der Vorstellungen zur Verwaltungsreform und Wirtschaftsförderung

Antr
s. *Landesgewerbeamte*
Drs 13/2101

Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung

Gründe und Auswirkungen der Pläne des MinPräs, Gegenüberstellung eigener Pläne des KM, Art der Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise bzw Wahrnehmung der Befugnisse durch den Landrat und Kreistag, Relevanz der jeweiligen Finanzlage für die finanzielle und personelle Ausstattung der geplanten Schulabteilungen; erwartete Auswirkungen auf die Verwaltung der Berufsschulen, Real- und Sonderschulen sowie auf die Seminare für Lehrerbildung; Beurteilung der zweigegliederten regionalen Schulverwaltung in Hessen

Antr
s. *Schulbehörde*
Drs 13/2121

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Straßenbauverwaltung

Auswirkungen der Eingliederung in die RegPräs, Stadt- und LKreise; Personaleinsparungen iRd zurückliegenden und aktuellen Reform; Gültigkeit der Aussage des UVM zur Ausweitung auf 44 Straßenbauämter; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/2164

Zukunft der baden-württembergischen Versorgungsverwaltung

Entwicklung der Aufgaben und Personalausstattung seit 1992; Gründe und Auswirkungen der Eingliederung des Landesversorgungsamts in die RegPräs und der Versorgungsämter in die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit mit der nach Bundesrecht erforderlichen Fachkompetenz und Behördenstruktur, mit dem Recht des Datenschutzes und der Personalvertretungen; Umgestaltung zu modernen Landessozialbehörden nach der Forderung von Behindertenverbänden, Ansiedlung bei neu zu schaffenden Regionalkreisen

GrAnfr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/2170

Der Landesbetrieb Vermessung und die angekündigte Verwaltungsreform

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes Festhalten an der Führung des Landesbetriebs Vermessung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen? Einsparung von Personal und Zuführungsmitteln seit Gründung des Landesbetriebs 1996 und iRd aktuellen Reform, Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Vermessung*
Drs 13/2192

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Ermöglichung der Bürgerbegehren und Direktwahl der obersten Repräsentanten auch in den LKreisen und Regionen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2267

Vereinsregister

Zahl der in die Vereinsregister eingetragenen Vereine bei den einzelnen Amtsgerichten, Höhe der dafür anfallenden Personal- und Sachkosten; notwendige Rechtsänderungen zur Übertragung auf die Kommunen und LKreise

Antr
s. *Vereinsregister*
Drs 13/2275

Optimierung der Lebensmittelüberwachung bei Erhaltung des WKD

Aufbau einer Lebensmittelüberwachung bei den Stadt- und LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform, Versetzung von Polizeibeamten des WKD in die Landratsämter, persönliche Konsequenzen für die betroffenen Beamten; Gewährleistung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, der permanenten Bereitschaft sowie des Probenverkehrs zu den chemischen Untersuchungsämtern? Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/2280

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI

Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2338

Reform der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Vorlage der Ergebnisse eines externen Rechtsgutachtens im LandwA

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/2339

Geplante Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und zukünftige Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben

Gründe und Auswirkungen der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise bzw einer Fusionierung und Verschlingung; Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Jugendhilfe auf die Landratsämter, Gewährleistung der Gleichbehandlung und Qualität, Schaffung eines Soziallastenausgleichs? Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung des landesweiten Kompetenzzentrums, Zuständigkeit als überörtlicher Träger der Sozialhilfe? Höhe der angestrebten Effizienzrendite; erwartete Zahlen und Ausgaben für Behinderte und Jugendhilfe bis 2006

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2364

Gutachten zur Zukunft der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Darlegung der Zielvorgaben bei der Vergabe des o.g. Rechtsgutachtens; Beteiligung des LandwA am Beschlussverfahren

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/2404

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2453

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Untersuchung der Frage der Zweckmäßigkeit einer Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

Vergabe des o.g. Gutachterauftrags zur Prüfung der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2513

Verwaltungsreform - Wie realistisch ist die von der LReg vorgegebene zwanzigprozentige Effizienzrendite?

Beurteilung der vom Gemeindetag vorgelegten Netto-Aufwand/Kostensersatz-Analyse von 17 LKreisen bezogen auf das SonderbehördeneingliederungsGes I von 1995, Festhalten an der für die aktuelle Verwaltungsreform vorgegebenen Effizienzrendite von zwanzig Prozent? Folgen einer Verfehlung bzw von Mehrkosten der Stadt- und LKreise, Ausschluss höherer Kreisumlagen?

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2531

Verwaltungsreform - Zerschlagung des baden-württembergischen Wirtschaftskontrolldienstes

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt-

und LKreise, Bereitschaft und Konsequenzen der Versetzung der Polizeibeamten in die Landratsämter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr

s. *Wirtschaftskontrolldienst*

Drs 13/2532

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Gewerbeaufsichtsämter

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Gewerbeaufsicht nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Verzicht auf die Eingliederungspläne

Antr

s. *Gewerbeaufsicht*

Drs 13/2562

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW

Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung: Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr

s. *Bürgerbeteiligung*

Drs 13/2577

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr

s. *Forstverwaltung*

Drs 13/2602

Stellenausschreibung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum im Herbst 2003 für das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in Sigmaringen im Vorfeld der Eingliederung der Sonderbehörden in die LKreise und Stadtkreise zum 01.01.2005

Ausschreibung von Stellen der Amtsleitungsebene mit Beförderungsperspektive vor der Eingliederung der Ämter in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform

MdlAnfr

s. *Landwirtschaftsbehörde*

Drs 13/2589

Geplante Höhergruppierung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

Begründung und finanzielle Auswirkungen einer höheren Besoldungseinstufung der Landräte u.a. Bediensteter, Art des Ausgleichs der Mehrkosten, Ausschluss einer Erhöhung der Kreisumlage

KlAnfr

s. *Landrat*

Drs 13/2671

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Finanzierung von zusätzlichen Kosten; Entwicklung der Beanstandungen und Sanktionen, Durchführung künftiger strafrechtlicher Ermittlungsverfahren, Prüfung von Produktangeboten aus dem Internet, von gentechnisch veränderten und importierten Lebensmitteln; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Krisen um BSE und Nitrofen? Bewältigung der zusätzlichen rechtlichen Anforderungen aus Brüssel und Berlin, regelmäßiger und schneller Datenaustausch zwischen den Ebenen und Ländern, Art und Umfang des Technikeinsatzes und der Verbraucherinformation, Schaffung eines VerbraucherinformationsGes über den BRat

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/2682

Drohende Auflösung des Landesgewerbeamtes

Konkretisierung o.g. Pläne im Zuge der Verwaltungsreform, Übertragung der Aufgaben und des Personals auf die Stadt- und LKreise? Überlegungen zur zeitlichen Umsetzung und weiteren Nutzung des Gebäudes; Vorlage einer Konzeption für eine zukunftssträchtige Wirtschaftsförderung unter Beteiligung der Wirtschaft

Antr

s. *Landesgewerbeamt*

Drs 13/2724

Versendung von Fragebogen durch die Landratsämter

Abfrage personenbezogener Daten von Mitarbeitern der im Zuge der Verwaltungsreform evtl zu übernehmenden Sonderbehörden, Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte sowie der Notwendigkeit solcher Aktionen, Folgen einer Verweigerung der Angaben, Frage nach dem Kenntnisstand der LKreise über die für sie entstehenden Kosten der Verwaltungsreform

Antr

s. *Umfrage*

Drs 13/2741

Aufgaben und Bedeutung der landwirtschaftlichen beruflichen Schulen

Zahl der o.g. Schulen und Schüler, eingerichtete Schulen an den Landwirtschaftsämtern, Verbleib nach der Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter; Kooperation der Landwirtschaftsschulen mit den Fachschulen für Landwirtschaft

Antr

s. *Landwirtschaftsschule*

Drs 13/2766

Teufel'sche Verwaltungsreform - Verhinderung einer sinnvollen Schulverwaltungsreform

Gegenüberstellung der Pläne des MinPräs und des KM, Auswirkungen der Eingliederung der Schulverwaltung in die Landratsämter und RegPräs

Antr

s. *Schulbehörde*

Drs 13/2786

Veranstaltungs- und Teilnahmeverbote für Kommunalbedienstete iRd bevorstehenden Kommunalwahlen

Beurteilung o.g. Verbote von LKreisen und Kommunen unter rechtlichen und demokratiepolitischen Aspekten

KlAnfr

s. *Kommunalwahl*

Drs 13/2992

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr

s. *Inkompatibilität*

Drs 13/2993

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/3062

Verwaltungsreform; hier: Eingliederung der Fachbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise

Beurteilung der Neuorganisation von Kreisverwaltungen durch Landräte ohne Einbeziehung der Kreistage und Fachausschüsse in Vorwegnahme einer Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 26.03.2004 und Antw IM Drs 13/3069

Behindertenhilfe nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände
Verhandlung und Abrechnung der Heimträger über die Eingliederungshilfe mit mehreren Stadt- oder LKreisen, Fortbestand der Richtlinien zum betreuten Wohnen und zur Familienpflege, Regelung der Investitionsförderung und kreisüberschreitenden Kostenträgerschaft? Notwendigkeit einer landeseinheitlichen Versorgung von Behinderten

KlAnfr

s. *Behinderter*

Drs 13/3115

Kosten iRd Verwaltungsreform

Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten und Folgekosten für das Land und die Stadt- und LKreise mit der Umsetzung des VerwaltungsstrukturreformGes, Aufschlüsselung nach Personal-, Berater- und Sachkosten, Einbeziehung der Kosten für Liegenschaften und Umstellung der EDV-Systeme, Berücksichtigung dieser Aufwendungen bei der Erbringung der Effizienzrendite?

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3164

Gefährdung von Ausbildungsplätzen bei den Vermessungsämtern durch die Verwaltungsreform

Zahl der bisher und künftig angebotenen Ausbildungsplätze sowie der jährlichen Übernahmen in den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst; Hinwirkung auf Erhaltung des

Angebots und der Qualität der Ausbildung auch nach Übergang der Aufgaben auf die Stadt- und LKreise

Antr

s. *Vermessungswesen*

Drs 13/3182

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Das Landratsamt als Kreis- und Staatsbehörde

Auflistung der Aufgaben vor und nach der Verwaltungsreform, Anteil der staatlichen Aufgaben im Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 08.06.2004 und Antw IM Drs 13/3244

Veränderung der Aufgaben der Landratsämter nach Umsetzung des Verwaltungsstruktur-ReformGes

Auflistung der Aufgaben als untere Verwaltungsbehörden, der dafür benötigten Stellen und Finanzmittel vor und nach der Verwaltungsreform

Antr SPD 16.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3267
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6659-6673

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Fortführung der Landes- und Kreisbeschreibungen

EAntr SPD 29.06.2004 Drs 13/3316-7

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4986-5039

Uneingeschränkte und rasche Weitergabe der finanziellen Entlastung des Landes im Zusammenhang mit den Hartz IV-Reformen an die Stadt- und LKreise

Höhe der Entlastungswirkungen für die einzelnen Stadt- und LKreise infolge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II, Auswahl der Kommunen iRd Experimentierklausel, Information der Betroffenen und Weitergabe der Einsparungen in voller Höhe

Antr

s. *Sozialleistung*

Drs 13/3447

Aufgaben der Gesundheitsämter - Verwaltungsreform

Aufgaben vor und nach dem 01.01.2005; Eingliederung von Ärzten der Versorgungsämter in die Gesundheitsämter der LKreise zur Erstellung von Gutachten, Beschleunigung der Bearbeitung entsprechender Anträge; Prüfung einer Übertragbarkeit von Aufgaben auf niedergelassene Ärzte o.a. Stellen

Antr

s. *Gesundheitsbehörde*

Drs 13/3655

Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGS-GB II)

Schaffung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitssuchende, Ermöglichung der Delegation von den LKreisen auf kreisangehörige Gemeinden

GesEntw
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3698

Mehrwertsteuer-Nachentrichtung für Landesbetriebe, die im Zuge der Verwaltungsreform in die Landratsämter eingegliedert werden

Nachentrichtung von Mehrwertsteuer für frühere Anschaffungen beim Landesbetrieb Vermessung und evtl weiteren Landesbetrieben im Zuge der o.g. Eingliederung

MdlAnfr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/3722

Einhaltung der Absprache zwischen Innenministerium, Städte- und Landkreistag zur Übertragung der Lebensmittelüberwachung

Verweigerung der Teilnahme von Polizeibeamten des WKD am Einsatz- und Schießtraining sowie am Dienstsport durch Landräte

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/3837

Zuweisungspauschale an die Land- und Stadtkreise zur Kostendeckung bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Spätaussiedlern und Asylbewerbern

Bewirkung einer Kostenüber- oder -unterdeckung bei den einzelnen Stadt- und LKreisen; Frage nach dem Zeitplan für die vorgesehene Umfrage und der daraus zu entwickelnden Neukonzeption der Pauschale

KlAnfr
s. *Unterkunft*
Drs 13/3859

Betreuung der Privatwaldbesitzer durch die in die Landratsämter eingegliederten Forstverwaltungen

Fortführung der kostenlosen forstwirtschaftlichen Beratung der Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften?

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/4034

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Finanzielle Probleme der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach dem Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze, Zuständigkeit der kommunalen Träger für Leistungen nach dem SGB II, Zahl der Frauenhausbewohnerinnen aus dem eigenen LKkreis sowie aus anderen Stadt- und LKreisen oder BLändern, Hinwirkung auf ein einheitliches Verfahren der Kostenerstattung, ggf Nachbesserung der Rechtslage über eine BRatsinitiative

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/4074

Verwaltungsreform, „Aufgehen“ der Straßenbauämter in die jeweiligen Landkreisbehörden

Bewertung der Meinung des Baudirektors im RegPräs Freiburg über den Personalwegfall und die Auswirkungen auf die Arbeitsbewältigung, zusätzliche Kosten der Neuinstallation der Glasfaserverkabelung durch die Umstellung in Donaueschingen

MdlAnfr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/4133

Ablehnung der Übernahme von Beschäftigten der Vermessungsverwaltung durch verschiedene LKreise iRd Verwaltungsreform

Benennung der LKreise, die eine mit dem Verwaltungsstruktur-ReformGes garantierte Übernahme ablehnen; Beurteilung der Folgen für die Betroffenen und das Land; Ergreifung entsprechender Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten

Antr
s. *Bediensteter*
Drs 13/4206

Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform

Entwicklung der Zahl der Kontrolleure, der Kontrolldichte und Anzeigen bei Gaststätten und im Lebensmittelhandel; Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Polizei zur Ahndung von Verstößen; Zahlen zum Wechsel von Polizeibeamten des früheren WKD in den Polizeivollzugsdienst, von Abordnungen an die LKreise sowie von Anträgen auf Versetzung in den Polizeivollzugsdienst; Zeitrahmen zur Gewinnung und Ausbildung des neuen Personals

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4233

Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den RegPräs verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten

MdlAnfr
s. *Bediensteter*
Drs 13/4316

Umsetzung der Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Situation der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Schritte zur Erreichung der angestrebten 80 % der Vermessungsaufträge, Stand des Abschlusses entsprechender Zielvereinbarungen zwischen Landesvermessungsamt und unteren Verwaltungsbehörden, Maßnahmen zur Unterbindung der ausschließlichen Vergabe von Vermessungsarbeiten an die staatliche Vermessungsverwaltung durch Gemeinden und LKreise

Antr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/4399

Bilanz zur Umsetzung der Verwaltungsreform

Angemeldeter Korrekturbedarf der LKreise, Kommunen, Gewerkschaften, Verbände, Bediensteten u.a. Betroffenen; Haltung bzw Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/4427

Erfahrungen mit NSI in der Landesverwaltung

Maßnahmen zur Lösung der durch die Verwaltungsreform entstandenen Schnittstellenproblematik der neuen Steuerungsin-

strumente mit den unteren Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit der Koordination der Produktpläne und der Konzeption zur qualitativen Steuerung der Aufgabenerledigung bei den Stadt- und LKreisen, Stand der Übermittlung der hierfür erforderlichen Kennzahlen, Gründe und Konsequenzen der Mängel im Berichtswesen und Controlling, Auswirkungen der Vertragsanpassung mit T-Systems infolge der Verwaltungsreform auf die Verantwortung des Generalunternehmers für den Gesamterfolg

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/4613

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw
s. *Sozialrecht*
Drs 13/4716

Konkurrenz bei der Holzvermarktung zwischen den Forstbetriebsgemeinschaften und der Kreisforstverwaltung

Beurteilung der neuen Marktsituation infolge der Verwaltungsreform; Umsetzung der Bekenntnisse des MinPräs und MLR zur „Selbstvermarktung im Privatwald“

Antr
s. *Holz*
Drs 13/4717

Übertragung der Aufgaben der Lebensmittelüberwachung zurück auf die Polizei

Eingliederung des WKD in die Landratsämter mit dem VerwaltungsstrukturreformGes; Rückübertragung der Aufgaben auf die Polizei spätestens mit Wirkung zum 01.01.2006

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4880

Qualitätssicherung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Verfügbarkeit und Erreichbarkeit des Personals außerhalb der üblichen Dienstzeiten, Auswirkungen der zusätzlichen Aufgabenbelastung, wie z.B. Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben, Ausbildung neuer Kontrolleure, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems sowie Erfassung, Auswertung und Austausch von Daten mit anderen Behörden; Vorlage eines jährlichen Berichts; Prüfung einer Wiedereinrichtung des WKD mit der (erneuten) Zuordnung zu den Polizeidirektionen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4897

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 24) - Kreisbeschreibungen der Staatlichen Archivverwaltung

Mittlg LReg 01.12.2005 Drs 13/4899

Auswirkungen der Verlagerung der Lebensmittelkontrolle auf die Landratsämter

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen mit den Vorjahren; Art, Rechtsgrundlage und Häufigkeit der angewandten Zwangsmittel

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4908

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Internatskosten für behinderte Kinder und Jugendliche

Höhe der Kosten für die einzelnen Stadt- und LKreise nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände im Zuge der Gewährung von Eingliederungshilfe für die o.g. Unterbringung in Heimschulen mit Internat; Neuregelung der Finanzierung unter Berücksichtigung der Aufgabe des Landes zur Umsetzung der Schulpflicht?

Antr
s. *Behindertes Kind*
Drs 13/4971

Abstellung von 76 Lebensmittelkontrolleuren für die LKreise

Ursachen, Ausgestaltung, Kostenträger und Zeitrahmen des o.g. Angebots der LReg; Status und Qualifikation der eingesetzten Beamten, Auswirkungen auf deren Aufgabenerledigung, Rückgriff auf die beim Polizeivollzugsdienst tätigen ehemaligen WKD-Kontrolleure? Wiedereinrichtung des WKD als Teil der Polizei, Vorlage eines Konzepts zur Erhöhung der Zahl von Kontrolleuren bei erneut auftretenden Lebensmittelskandalen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/5047

Optimierung der Landwirtschaftsverwaltung in BW

Verlagerung von Aufgaben und Abbau von Stellen der Agrar- und Flurneuordnungsverwaltung nach der Eingliederung in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Beratung der Landwirte und Durchführung von Flurneuordnungsmaßnahmen; Prüfung notwendiger Korrekturen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der beiden Fachverwaltungen

Antr
s. *Landwirtschaftsbehörde*
Drs 13/5117

Höhe der Unterhaltungsmittel für das klassifizierte Straßennetz mit Ausnahme der Bundesautobahnen

Höhe der übertragenen bzw der benötigten Mittel zur Unterhaltung des klassifizierten Straßennetzes durch die LKreise

KIAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/5240

Plädoyer für die Erhaltung der LKreise

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 90

Zuständigkeit der Stadt- und LKreise für die Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1347-1352

Zuständigkeit der Stadt- und LKreise für die Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1697 1699-1702

Finanzieller Fehlbedarf der LKreise wegen steigender Umlagen der Wohlfahrtsverbände und Finanzierung der Kreiskrankenhäuser; Erhöhung der Kreisumlagen; Ablehnung einer Eingliederung der Straßenbauämter in die Landratsämter; Überforderung der LKreise mit dem GrundsicherungsGes

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2122 2125 2176 2185-2188

Notwendigkeit einer Erhöhung der Umlagen der LKreise an die Lwohlfahrtsverbände und damit der Kreisumlagen; Überforderung der LKreise mit dem GrundsicherungsGes

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216-2218 2220 2227-2229 2231 2234-2239

Verzicht auf die LKreise, Verlagerung der Aufgaben auf die Kommunen und die regionale Ebene, Erinnerung an die Eingliederung von Sonderbehörden in die LKreise

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2373-2380 2382 2383 2386 2388 2394

Festhalten an der Selbstverwaltungsebene LKreise

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2537

Verschlinkung der Landkreisbeschreibungen der Landesarchivdirektion

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2676 2677

Eingliederung von 350 Sonderbehörden in die Landratsämter; Stärkung der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben vor Ort durch die Kreisverwaltungen; finanzielle Überforderung der LKreise mit dem GrundsicherungsGes

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2716 2717 2719-2725 2727-2729 2732 2735 2736 2738 2739 2766

Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter iRd vorgesehener Verwaltungsreform, Erinnerung an die Kreisreform 1973 und die Eingliederung von Ämtern 1995, Überführung der LKreise in zwölf Regionalkreise, Vorbehalte gegen die Eingliederung der Polizeidirektionen und Forstämter

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894-2924 2927-2939

Eingliederung der Ämter für Flurneuordnung und des WKD in die LKreise im Zuge der geplanten Verwaltungsreform; Spannungsverhältnis zwischen der Arbeit des WKD und den Landratsämtern; Problematik der Eingliederung der Polizei

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3092-3099 3117-3123 3127 3129 3133 3135 3136

Ablehnung einer Eingliederung der Forstämter und Landwirtschaftsämter in die Landratsämter

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3141 3191 3199

Eingliederung von 350 Sonderbehörden in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Bereitstellung der finanziellen Mittel bei der Übertragung von Aufgaben; Problematik einer Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605-3608 3617 3620 3621 3628 3632 3634 3641

Ablehnung einer Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter sowie einer höheren Besoldungseinstufung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3783 3784 3797

Erwartete Einsparungen durch die Eingliederung von 350 Sonderbehörden in die Landratsämter, Vorbehalte gegen die Eingliederung der Polizei, der Forstämter und Schulverwaltung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013 4016 4019 4020 4034 4035

Eingliederung von 350 Sonderbehörden in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Erwirtschaftung der vorgegebenen Effizienzrendite, Belastung der LKreise durch Sozialhilfekosten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4155 4172 4175-4177 4188 4193-4196

Ablehnung einer Eingliederung der Straßenbauämter, der Forst- und Landwirtschaftsämter in die Stadt- und LKreise; Verzicht auf die Eingliederung des WKD

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4323 4327 4346 4348 4351 4352

Eingliederung von 350 Sonderbehörden in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Erwirtschaftung der vorgegebenen Effizienzrendite, Überlegungen zu einer Kreisreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4971 4972 4989-5039

Kreisbeschreibung

s. *Kreis (Gebietskörperschaft)*

Kreiskrankenhaus

s. *Krankenhaus*

Kreisrat

s. *Kreisvertretung*

Kreissparkasse

s. *Sparkasse*

Kreistag

s. *Kreisvertretung*

Kreistagswahl

s. *Kommunalwahl*

Kreistagswahlrecht

s. *Kommunalwahlrecht*

Kreisverkehr*Touristische Nutzung von Kreisverkehren*

Ermöglichung von touristischen Werbetafeln auf Verkehrsinseln in Kreisverkehren

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 20.02.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/756
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 10
 11
 PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Kreisvertretung*s.a. Landrat**Ges zur Änd der LKreisO des Landes BW*

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw
s. Landkreisordnung
 Drs 13/471

Ges zur Änd der LKreisO des Landes BW

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw
s. Landkreisordnung
 Drs 13/472

Bürgermeister in Kreistagen

Anteil und Fraktionszugehörigkeit der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Beigeordneten in den einzelnen Kreistagen; Übertragung der Rechtsaufsicht auf die Ersten Landesbeamten?

KlAnfr
s. Bürgermeister
 Drs 13/507

Ges zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Festlegung des Ablaufs der Amtszeit o.g. Mandatsträger mit dem 31.08.2004 sowie des Beginns der neu Gewählten zum 01.09.2004 infolge der Zusammenlegung der Kommunalwahlen 2004 und der Europawahl

GesEntw
s. Wahlperiode
 Drs 13/1894

Ges zur Änd des Kreistagswahlrechts

Ermöglichung der Kandidatur eines Bewerbers für den Kreistag in zwei Wahlkreisen innerhalb eines LKreises; Änd der LKreisordnung und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. Kommunalwahlrecht
 Drs 13/2175

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw
s. Inkompatibilität
 Drs 13/2453

Zählgemeinschaften in Kreistagen

Zählgemeinschaften von Fraktionen seit der Kommunalwahl 1999, Auswirkungen auf die Besetzung von Ausschüssen u.a. Gremien; Konsequenzen aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Leipzig

Antr Dr. Inge Gräble u.a. CDU 04.03.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2972

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr
s. Inkompatibilität
 Drs 13/2993

Verwaltungsreform; hier: Eingliederung der Fachbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise

Beurteilung der Neuorganisation von Kreisverwaltungen durch Landräte ohne Einbeziehung der Kreistage und Fachausschüsse in Vorwegnahme einer Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform

KlAnfr
s. Kreis (Gebietskörperschaft)
 Drs 13/3069

Erfolg von Frauen bei der Kommunalwahl am 13.06.2004

Frauenanteil unter den Kandidaten und gewählten Mandatsträgern in den Gemeinderäten, Kreistagen und der Regionalversammlung im Vergleich zu 1999; Darlegung der Wahlergebnisse differenziert nach Regionen, LKreisen, Größenklassen und Parteien; Frage nach Gemeinderäten ohne Frauen sowie nach Daten über Alter, Berufsstand und Familiensituation der gewählten Frauen; Beurteilung der Maßnahmen zur Steigerung der Wahlchancen von Frauen im Vorfeld der Kommunalwahl

Antr
s. Kommunalwahl
 Drs 13/3272

Auswirkungen der Änderungen des Kreistagswahlrechts

Ergebnisse der Kreistagswahl in den einzelnen LKreisen; Nutzung der Möglichkeit zur Kandidatur eines Bewerbers in zwei Wahlkreisen, Ergebnisse dieser Kandidaturen im Wahlkreis mit Hauptwohnsitz sowie außerhalb des Hauptwohnsitzes

Antr
s. Kommunalwahlrecht
 Drs 13/3273

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den Kreistagen

Entwicklung der Zahl und des jeweiligen Anteils von Bürgermeistern und Oberbürgermeistern in den Kreistagen nach der letzten Kommunalwahl im Vergleich zur bisherigen Zusammensetzung der Kreistage differenziert nach der Parteizugehörigkeit

Antr
s. Bürgermeister
 Drs 13/3499

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3723

Einfluss des Auszählverfahrens auf die Sitzverteilung bei den Kreistagswahlen 2004

Vergleich der tatsächlichen Mandatsverteilung in den einzelnen Kreistagen mit den erzielten Stimmerngebnissen der einzelnen Listen, Darstellung der möglichen Ergebnisse bei einem vollständigen Ausgleich der erzielten Direktmandate sowie bei einer Anwendung alternativer Zählverfahren, Erwartung einer möglichst proportionalen Abbildung des Wählerwillens?

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 09.11.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3729 (16 S.)

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKreisorndung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3738

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreiso und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. *Kommunalrecht*
Drs 13/4385

Lösung des Problems der Rechtsaufsicht über Bürgermeister in Kreistagen durch Volkswahl der Landräte

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1934-1936

Feststellung eines zu geringen Frauenanteils in den Kreistagen, Vorschlag einer entsprechenden Quotierung bei der Listenaufstellung zu Kommunalwahlen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2880 2881 2883

Feststellung eines zu geringen Frauenanteils in den Kreistagen, Vorschlag einer entsprechenden Quotierung bei der Listenaufstellung zu Kommunalwahlen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2968-2970

Ermöglichung von Kreistagskandidaturen in zwei Wahlkreisen eines Landkreises auf Wunsch der FDP/DVP

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3079 3080

Bedeutungsverlust der Kreistage im Zuge der Verwaltungsreform, Reduzierung auf die Entscheidungskompetenz für den Ausgleich der zusätzlichen Kosten

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4637 4640 4646 4654 4658 4659 4668 4669 4675

Beteiligung der Kreistage an der Umsetzung der Verwaltungsreform bzw an der Erarbeitung der Berichte über die Ergebnisse der Verwaltungsreform 2007

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4989 4996 4998 5001 5009 5013 5015

Kretschmann, Winfried MdL GRÜNE

Glückwünsche an den Abg Kretschmann zu seiner Wahl zum Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453 1458 1461

Krieg

s.a. *Kriegsopfer*

Erklärungen der Fraktionen zum Irak-Krieg

s. *Irak*
PIPr 13/41 S. 2693

Erinnerung an die Zeit und Opfer der deutsch-französischen Kriege, Würdigung der Kriegsverhinderung durch die europäische Einigung und das Bündnis mit den USA, Feststellung eines Versagens der Europäer bei der Krise auf dem Balkan

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1467 1468 1471

Ablehnende Haltung der Kirchen zu einem Irakkrieg

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2498

Demonstrationen von Schülern gegen den Krieg im Irak, Verzicht auf Sanktionen wegen der Teilnahme in der Unterrichtszeit

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2836 2837

Bewertung der Haltung der BReg zum Irak-Krieg, Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Befürwortung von Krieg als letztes Mittel

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057 3058 3060 3062

Dankbarkeit für die bisher längste Periode ohne Kriege in Europa, Bezeichnung der EU als Friedensgemeinschaft; Erinnerung an die unterschiedliche Beurteilung des Irak-Kriegs innerhalb der EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305-3307 3317 3319 3322 3324

Bewertung der Haltung der BReg zum Irak-Krieg, Belastbarkeit der Beziehungen zu den USA und innerhalb der EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801 3807

Bewertung der Haltung der BReg zum Irak-Krieg, Belastbarkeit der Beziehungen zu den USA

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5474-5478

Erinnerung an die langen Perioden von Kriegen zwischen Deutschland und Frankreich, Würdigung der maßgeblichen Politiker für die Aussöhnung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen nach 1945

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6352-6356 6358 6359

Erinnerung an Zerstörung und Leid des Zweiten Weltkriegs und die Aufbauarbeit in der Nachkriegszeit, Ablehnung jeglicher Form von Geschichtsvergessenheit

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Lob der BReg für die Verweigerung der Beteiligung am Irak-Krieg, Feststellung einer geringeren Bedrohung Deutschlands vom Terrorismus als andere Länder

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7006

Kriegsopfer

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des KriegsopferGes sowie der VO über die örtliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der Dienststellen der Kriegsopferversorgung für die Durchführung der Versorgung wegen Impfschäden

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Kriegsopfergesetz

s. *Kriegsopfer*

Kriminalistik

s.a. *Erkennungsdienstliche Maßnahme*

s.a. *Rechtsmedizin*

DNA-Analyse

Entwicklung der o.g. Analysen zur erkennungsdienstlichen Behandlung beim kriminaltechnischen Institut des LKA seit 1998; Möglichkeiten für eine kostenneutrale Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung und damit Beschleunigung von Ermittlungsverfahren; Modifikation der Rechtsgrundlagen für die Analysen und erweiterten Speicherungsmöglichkeiten; Vergleich mit den entsprechenden Voraussetzungen in Großbritannien, Österreich und der Schweiz

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/1465

Organisation und Aufgabenerledigung der Kriminaltechnik in BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 15.12.2004 Drs 13/3847 (33 S.)

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863

BeschlEmpf und Bericht FinA 07.04.2005 Drs 13/4202 (dazu Anlage Anregung des RH)

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699

Mittlg LReg 29.12.2005 Drs 13/5019 (14 S.)

Kriminaltechnische Untersuchungslabors

Gründe für die lange Zeitdauer von Analysen und die unterschiedliche Abrechnungspraxis o.g. Einrichtungen; organisatorische und personelle Konsequenzen nach dem Mängelbericht des RH iR einer beratenden Äußerung

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 25.01.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/3969

BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.04.2005 Drs 13/4312 S.

27 28

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Ges zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse

Zustimmung zu dem o.g. GesEntw im BRat

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/4419

Personalaufstockung und Effizienz der Kriminaltechnik beim LKA

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6258

Kriminalität

s.a. *Betrug*

s.a. *Computerkriminalität*

s.a. *Diebstahl*

s.a. *Explosionsverbrechen*

s.a. *Geldwäsche*

s.a. *Hooligan*

s.a. *Kriminalistik*

s.a. *Menschenhandel*

s.a. *Menschenraub*

s.a. *Opferschutz*

s.a. *Pornographie*

s.a. *Rauschgiftkriminalität*

s.a. *Rocker*

s.a. *Sexualstraftat*

s.a. *Skinhead*

s.a. *Straftat*

s.a. *Terrorismus*

s.a. *Wirtschaftskriminalität*

Videoüberwachung in Mannheim

Erfahrungen mit der seit Juli eingesetzten Überwachungstechnik, Auflistung der eingeleiteten Straf- und Bußgeldverfahren, Frage nach einer Verdrängung von Kriminalität, Löschung der Bildaufzeichnungen, Interesse von weiteren Kommunen

KlAnfr

s. *Videotechnik*

Drs 13/513

Frauen im Strafvollzug in BW

Entwicklung der Kriminalität von Frauen im Vergleich zu Männern in den letzten zehn Jahren; Vollzugseinrichtungen für Frauen, Belegungsquote und Beschäftigungsmöglichkeiten; Zahl von Geburten und Versorgung der Kinder von Müttern im Strafvollzug

Antr

s. *Frau*

Drs 13/1394

Änderungen im Bereich der inneren Sicherheit in Frankreich

Art und Auswirkungen einer Verschärfung der Sicherheitsgesetze in Frankreich auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Verdrängung von Schwerkriminalität, insbes Terrorismus, auf die rechtsrheinische Seite; Überprüfung einer Übertragbarkeit der geplanten Änderungen

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/1494

Sicherheit in Mannheim - wie steht es mit der Polizeipräsenz?

Anfall von Überstunden durch Personalmangel, Zuteilung von Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei und zusätzlichen Beamten iRd Sonderkontingents, Berücksichtigung der Kriminalitätsbelastung bei der Stellenzuteilung

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/1538

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Koordination zwischen den Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene und dem BKA; Erfolge der polizeilichen Präventionsarbeit u.a. iRd Kommunalen Kriminalprävention

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1898

Entwicklung der Kriminalität junger Frauen

Darlegung der o.g. Entwicklung, insbes bei Gewaltdelikten; Ursachen der hohen Rückfallquote; Wahrnehmung des Auftrags zur Resozialisierung, Bedeutung und evtl Ausweitung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2726

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr GRÜNE 29.01.2004 und Antw JuM Drs 13/2871 (28 S.)
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7181-7192

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Beurteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundesgrenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3310

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr Dr. Walter Döring u.a. FDP/DVP 14.01.2005 und Stel-

lungnahme IM Drs 13/3949

Polizeidichte in Abhängigkeit von Straftaten und Aufklärungsquote

Höhe der Polizeidichte insgesamt und in den einzelnen Polizeipräsidien, insbes in denen der Ballungsräume Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn; Gegenüberstellung der Zahl der gemeldeten Straftaten und der Aufklärungsquote; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4237

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei iR von Gremien und Projekten, Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Kriminalität im Internet

Umsetzung des IMK-Beschlusses zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität, insbes der Gefahr des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Internet; Aufklärung der Öffentlichkeit, Verankerung des Themas an den Schulen und in der Lehrerfortbildung

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 21.04.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4272
BeschIEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 11 12
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Stuttgart nicht mehr sicherste Großstadt in der Bundesrepublik

Ursachen für die Zunahme von Straftaten, insbes bei den Wohnungseinbrüchen, der Kinder- und Jugendkriminalität; Gegenmaßnahmen

MdlAnfr
s. *Stuttgart*
Drs 13/4316

Dichte des polizeilichen Betreuungsverhältnisses, der Straftaten und der Aufklärungsquote

Darlegung o.g. Daten in Ballungs- und ländlichen Räumen; Frage nach Zusammenhängen zwischen Zahl und Art der Delikte, der Personalausstattung und Aufklärungsquote; Maßnahmen zur Erreichung derselben hohen Aufklärungsquote von Stuttgart und Ulm in Mannheim, Freiburg und Heidelberg

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4475

Internet-Betrug und Möglichkeiten zu dessen strafrechtlicher Verfolgung

Darstellung der Betrugsvarianten, der Möglichkeiten der Geschädigten (Käufer, Verkäufer, Opfer von Identitätsmissbrauch) sowie der Polizei und Justiz zur Ermittlung bzw Bestrafung der Täter; Prüfungs- und Offenbarungspflichten der Plattform-Anbieter; präventive Maßnahmen der Polizei; gewerbe- und steuerrechtliche Überprüfung von „Power-Sellern“; strafrechtliche Sanktionierung der Fälle von Umsatzsteuerhinterziehung

Antr

s. *Betrug*
Drs 13/4898

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen
Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwerekriminalität

KIAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4911

Prävention bei der Kriminalität jugendlicher Aussiedler
Darlegung o.g. Ansätze der Polizei, inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der Fortbildung der Jugendsachbearbeiter, vorgesehene Einsatzbereiche und Verteilung dieser Kräfte bei den örtlichen Dienststellen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 01.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4915
BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 28
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken
Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KIAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4968

Polizeipräsenz in der Fläche - Erfahrungen mit der neuen Struktur der Polizeiposten

Zwischenbilanz der Polizeipostenreform, Entwicklung der Kriminalität und Polizeipräsenz an den aufgelösten Standorten, Annahme der Sprechstunden von den Bürgern, Darstellung der Synergieeffekte und weiteren Planungen für die Vernetzung der Dienststellen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/4984

Instrumente und Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Kriminalität

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Instrumente und Maßnahmen zur wirkungsvollen Bekämpfung von Kriminalität, Anmahnung von mehr Präventionsarbeit gegen die Jugendkriminalität

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 79

Stärkung der Polizei zur Kriminalitätsbekämpfung, Verteidigung der geringsten Kriminalitätsquote in Deutschland

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 365 371 374 379 380

Verteidigung der geringsten Kriminalitätsquote und der höchsten Aufklärungsquote in Deutschland, Würdigung der kommunalen Kriminalitätsprävention

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 844 852 876 881 884 885 888 925

Mangelnde Integration als Ursache von Ausländerkriminalität; Verweisung auf die hohe Aufklärungsquote in BW; Verhinderung von Hemmnissen des Datenschutzes zur Kriminalitätsbekämpfung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1236 1240 1242 1271 1274 1276 1314-1316

Verweisung auf die geringste Kriminalitätsquote und höchste Aufklärungsquote in Deutschland

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1723 1727

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung für Schwerekriminelle; Wirksamkeit einer härteren Gangart zur Bekämpfung von Jugendkriminalität, Aussagen einer Studie in den USA; Erfolgsbewertung der kommunalen Kriminalprävention

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1911-1921 1934

Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Bekämpfung der Kriminalität

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340 2343 2345

Anstieg der Gewaltkriminalität unter Jugendlichen, Ruf nach härteren Strafen, Ablehnung einer Entkriminalisierung von so genannten Bagatelldelikten; Erfolgsbewertung der kommunalen Kriminalprävention

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457-2471

Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Verweisung auf die niedrigste Kriminalitätsquote unter allen BLändern, Erfolgsbewertung der kommunalen Kriminalprävention

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3128-3131

Verweisung auf die niedrigste Kriminalitätsrate in BW und Bayern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4195

Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten, Abwägung zwischen dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der Kriminalitätsbekämpfung

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4540 4541 4543-4546

Grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung in Europa, Ausbau von Europol und Eurojust

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842-4844 4846-4851

Verweisung auf die niedrigste Kriminalitätsquote unter allen BLändern, Erfolgsbewertung der kommunalen Kriminalprävention

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5138

Grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung in Europa, Verweisung auf den europäischen Haftbefehl und die europäische Straftäterdatei

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5371

Verweisung auf die geringste Kriminalität und höchste Aufklärungsquote in BW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5799

Verweisung auf die geringste Kriminalität und höchste Aufklärungsquote in BW, Plädoyer für eine Ausweitung der DNA-Analyse

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5903 5907 5908 5910 5911 5915

Verweisung auf die geringste Kriminalität und höchste Aufklärungsquote in BW, Bewertung der DNA-Analyse als Instrument zur Prävention von Straftaten

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037 6049

Ausrüstung von Spezialeinheiten der Polizei mit Sondertechnik zur Bekämpfung der Schwermriminalität, Verweisung auf die niedrigste Kriminalitätsrate in BW und Bayern

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249 6252-6256 6258 6259

Konsequente Bekämpfung der Ausländer-, Jugend- und Straßenskriminalität

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414-6416 6421

Abwägung zwischen dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der Kriminalitätsbekämpfung, Plädoyer für eine Ausweitung der DNA-Analyse, Bekämpfung der Kriminalität im Umfeld der Fußballweltmeisterschaft

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918 7920-7922 7928-7932

Kriminalpolizei

s.a. Europol

s.a. Kriminalistik

s.a. Verdeckter Ermittler

Personalbelastung bei der Polizei

Entwicklung und Besetzung der Zahl von Planstellen in den einzelnen Laufbahnen bei der Schutz- und Kriminalpolizei sowie Angestellten und Arbeitern seit 1990; Entwicklung der Erziehungsbeurlaubungen und eingesetzten Vertretungen im selben Zeitraum; Gegenüberstellung von Pensionierungen und Ausbildungsplätzen bis 2010; Umfang und Art der Abgeltung der seit 1990 aufgelaufenen und künftigen Überstunden

Antr

s. Polizei

Drs 13/454

DNA-Analyse

Entwicklung der o.g. Analysen zur erkennungsdienstlichen Behandlung beim kriminaltechnischen Institut des LKA seit 1998; Möglichkeiten für eine kostenneutrale Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung und damit Beschleunigung von Ermittlungsverfahren; Modifikation der Rechtsgrundlagen für die Analysen und erweiterten Speicherungsmöglichkeiten; Vergleich mit den entsprechenden Voraussetzungen in Großbritannien, Österreich und der Schweiz

Antr

s. Gentechnologie

Drs 13/1465

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Koordination zwischen den Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene und dem BKA; Erfolge der polizeilichen Präventionsarbeit u.a. iRd Kommunalen Kriminalprävention

Antr

s. Radikalismus

Drs 13/1898

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr

s. Polizei

Drs 13/2923

Ermittlungen des Landeskriminalamtes in einem Mordfall

Stellungnahme zu den Bearbeitungsfehlern bei den Ermittlungen im Mordfall „Heidrun“

Antr

s. Strafverfolgung

Drs 13/3176

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Beurteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundesgrenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr

s. Polizei

Drs 13/3310

Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität; Bewertung des Pilotprojekts „Business-Keeper-Monitoring-System“

Entwicklung der o.g. Fallzahlen und Gegenmaßnahmen seit 1996, Zahl und Konsequenzen der Tipps von anonymen Hinweisgebern aus dem Umfeld der korruptiven Beziehungen, Bewertung bzw Übernahme des o.g. vom LKA Niedersachsen erprobten webbasierten Informationssystems

Antr

s. Wirtschaftskriminalität

Drs 13/3317

Ausbildung im Bereich der Polizei in BW

Entwicklung der Ausbildungszahlen von Polizeimeister- und -kommissaranwärtern bis 2012, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen; Einstellung von 400 Polizeimeisteranwärtern im September 2004 sowie von jährlich mindestens 500 ab dem Hj 2005; Vorlage eines mittel- und langfristigen Personalentwicklungskonzepts

Antr

s. Polizei

Drs 13/3336

Organisation und Aufgabenerledigung der Kriminaltechnik in BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg

s. Kriminalistik

Drs 13/3847

Kriminaltechnische Untersuchungslabors

Gründe für die lange Zeitdauer von Analysen und die unterschiedliche Abrechnungspraxis o.g. Einrichtungen; organisatorische und personelle Konsequenzen nach dem Mängelbericht des RH iR einer beratenden Äußerung

Antr

s. *Kriminalistik*

Drs 13/3969

Verlagerung der Kriminalaußenstelle Nürtingen

Grundlagen, Zeitpunkt und Kosten der o.g. Entscheidung; Art der Nutzung des vor kurzem erweiterten und sanierten Gebäudes des Polizeireviere Nürtingen; Frage nach der Größe und Ausstattung eines möglichen Alternativstandorts; Konsequenzen der Verlagerung für die Bürger bzw die Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Schutzpolizei

KlAnfr Nils Schmid SPD 15.11.2005 und Antw IM Drs 13/4833

Internet-Betrug und Möglichkeiten zu dessen strafrechtlicher Verfolgung

Darstellung der Betrugsvarianten, der Möglichkeiten der Geschädigten (Käufer, Verkäufer, Opfer von Identitätsmissbrauch) sowie der Polizei und Justiz zur Ermittlung bzw Bestrafung der Täter; Prüfungs- und Offenbarungspflichten der Plattform-Anbieter; präventive Maßnahmen der Polizei; gewerbe- und steuerrechtliche Überprüfung von „Power-Sellern“; strafrechtliche Sanktionierung der Fälle von Umsatzsteuerhinterziehung

Antr

s. *Betrug*

Drs 13/4898

Stärkung der Kriminalpolizei zur Bekämpfung des Terrorismus, Durchführung der Rasterfahndung beim LKA

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 377 379 380

Stärkung der Kriminalpolizei zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus, Erfolgsbewertung der Abschöpfung von Verbrechenengewinnen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1724-1726 1729

Kriminaltechnik

s. *Kriminalistik*

Kroatien

Einladung an Kroatien zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4778

Befürwortung eines raschen Beitritts von Kroatien zur EU

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7149

Kronzeuge

s. *Zeuge*

Krustentier

s. *Krebstier*

Kühlwasser

s. *Wasser*

Kündigungsschutz

s.a. *Mieterschutz*

Politik für mittelständische Unternehmen

Eintreten für eine radikale Vereinfachung der Steuergesetze, Senkung der Tarife, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts sowie Lockerung des Kündigungsschutzes

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2677

Prüfung des Abbaus überzogener Schutzvorschriften für ältere Arbeitnehmer, Bewertung als Einstellungshemmnis in kleinen Betrieben

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1677 1680 1682 1686 1690 1707 1718 1720

Rücknahme überzogener Vorschriften beim Kündigungsschutz, Bewertung als Einstellungshemmnis in kleinen Betrieben

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812 1816 1823 1824

Begrüßung des Vorschlags von Wirtschaftsminister Clement zur Lockerung des Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2357 2359 2361 2363 2365 2369

Lockerung des Kündigungsschutzes nach der Agenda 2010, Einführung einer Wahlmöglichkeit zwischen Kündigungsschutz und Abfindung bei Neueinstellungen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3015-3017

Lockerung des Kündigungsschutzes im Zuge einer Deregulierung des Arbeitsrechts

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3628-3630 3635 3650

Lockerung des Kündigungsschutzes für Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4009 4016 4026

Lockerung des Kündigungsschutzes für Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4093 4099 4100

Bewertung der Forderung von Friedrich Merz nach einer völligen Abschaffung des Kündigungsschutzes

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5193 5203

Erwartung von mehr Beschäftigung mit der Lockerung des Kündigungsschutzes

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639

Erwartung von mehr Beschäftigung mit der Lockerung des Kündigungsschutzes

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405

Lockerung des Kündigungsschutzes für Betriebe mit bis zu zehn Mitarbeitern sowie bei der Einstellung von älteren Arbeitnehmern

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6478 6479 6481 6492

Kündigungsschutz für Arbeitnehmer

s. *Kündigungsschutz*

Kündigungsschutz für Mieter

s. *Mieterschutz*

Künstliche Befruchtung

s. *Reproduktionsmedizin*

Künzelsau

Angebot eines Vor-Ort-Termins in Nitzenhausen, Empfehlung als Urlaubsort

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5616

Vorschlag einer Agrarklausur in Nitzenhausen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6090

Kuh

s. *Rind*

Kultur

s.a. *Brauchtum*

s.a. *Kulturaustausch*

s.a. *Kulturdenkmal*

s.a. *Kulturgut*

s.a. *Kulturmeile Stuttgart*

s.a. *Kulturstadt Europas*

s.a. *Soziokultur*

Integration von Migranten in BW

Förderung von Projekten zur Verbesserung des interkulturellen Dialogs, Unterstützung der Integration von Migranten in Sport- und Kulturvereinen

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/432

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Erhöhung der Förderung von Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/664-5 S. 43 44

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/664-11 S. 51

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/685-3 S. 5 6

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Die kulturellen Einrichtungen im Land unter dem Druck von Haushaltskürzungen

Höhe und Auswirkungen o.g. Kürzungen im Epl 14 infolge der globalen Minderausgabe, Auswirkungen auf die kommunale Kofinanzierung und Finanzierungsbeiträge anderer Dritter

Antr Inge Utzt u.a. SPD 21.03.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/882

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1109 S. 75 76

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Interkulturelle Kompetenz

Definition und Stellenwert der interkulturellen Kompetenz in den Verwaltungen von Land und Kommunen, in Schulen und

Kindergärten; Verankerung in den Ausbildungen der Mitarbeiter bzw Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter u.a.; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz, Ausbildung und Einstellung von Migranten; Entwicklung und Akzeptanz der Fort- und Weiterbildungsangebote, Gewährleistung der Information und finanziellen Ausstattung der Maßnahmen

GrAnfr FDP/DVP 15.05.2002 und Antw IM Drs 13/1012 (33 S.)

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Gesundheitsbereichs, Maßnahmen zur Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

Durchführung und Finanzierung von überörtlich bedeutsamen regionalen Veranstaltungen im Bereich der Jugendarbeit

Darlegung der o.g. Veranstaltungen und der Höhe der jeweiligen Bezuschussung in den letzten vier Jahren, Höhe der Förderungssumme für das zentral in Stuttgart mit dem SWR durchgeführte Festival, Sicherung der Finanzierung für die auf ehrenamtlicher Basis organisierten Veranstaltungen

Antr

s. *Jugendarbeit*

Drs 13/1180

Maßnahmen zur Verbesserung des Jugend-Tourismus in BW

Unterstützung eines eigenständigen Internet-Portals, von preiswerten Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-Angeboten; Förderung von kulturellen Events, von Sport- und Musikveranstaltungen; Absicherung von ausgewählten Großereignissen durch Bürgerschaftshilfen

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 13/1429

Förderung der Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren

Vorlage der angekündigten Förderrichtlinien, Beibehaltung des Finanzierungsschlüssels von 2:1 zwischen Kommunen und Land

Antr Inge Utzt u.a. SPD 27.01.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1710

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 50 51

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) - Auswirkungen auf die Hochschul- und Kulturlandschaft in BW

Auflistung bzw Abwehr von möglichen nachteiligen Konsequenzen für die Hochschulen u.a. Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie deren Finanzierung, Wahrung der Länderinteressen iRd o.g. Verhandlungen

Antr

s. *Dienstleistung*

Drs 13/1734

„Weltkulturunterricht“ als Bestandteil des Gemeinschaftskundeunterrichts

Erfüllung der o.g. Forderung des „Jugendlandtags“ ab der ersten Klasse entsprechend der Bedeutung des interkulturellen Lernens; Ausbau des Ethikunterrichts, Umsetzungsstand der in Aussicht gestellten Pilotversuche

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 05.08.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2336
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 32-35
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Kultur braucht Freiräume - das Streichkonzert der LReg im Kunst- und Kulturbereich in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
 PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3653-3661

Verband Islamischer Kulturzentren in BW -Betreibung von Internaten-

Erkenntnisse über den o.g. Verband und die von ihm betriebenen Internate, Unterziehung der Schüler einer Gehirnwäsche?

KlAnfr
 s. *Islam*
 Drs 13/2655

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen im Kunstbereich, bei den Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren; Vorlage eines Strukturkonzepts für die Kultureinrichtungen

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2814 3 4 S. 38 39
 ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-18 S. 53 54
 ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814 20 21 S. 56 57
 EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-6 S. 61 62
 ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2854-3 S. 7
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854 8 9 S. 13-16
 PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Die kulturwirtschaftlichen und industriepolitischen Impulse für den Standort BW durch gebührenfinanzierte Investitionen des Südwestrundfunks (SWR)

Wertschöpfungsbeitrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zum Bruttoinlandsprodukt; kulturwirtschaftliche Auswirkungen der Aktivitäten des SWR, insbes in den Bereichen Musik, Wort, Kunst, Film, Darstellende Künste und Publizistik sowie durch Festspiele u.a. Veranstaltungen, im Tourismus, in der Gastronomie und Musikwirtschaft; Beiträge des SWR zur medientechnologischen Entwicklung, insbes durch Investitionen in die Digitalisierung des Programmvermögens, die Senderstandorte, die DAB-T- und DVB-T-Technologie

Antr
 s. *Rundfunk*
 Drs 13/3101

Neue Steuerungsinstrumente im Kulturbereich

Berücksichtigung der Besonderheiten bei der Einführung von NSI im Kulturbereich, Frage nach einem Vergleich der erhobenen Daten zwischen den einzelnen Einrichtungen

KlAnfr
 s. *Neues Steuerungsmodell*
 Drs 13/3156

Kunstkäufe aus Privatsammlungen in BW

Art und Kosten der Ankäufe von Kunstgegenständen oder historischen Dokumenten seit 1989; Vereinbarkeit mit der Haushaltslage und den Zuschusskürzungen für Kultureinrichtungen

KlAnfr
 s. *Kunst*
 Drs 13/3213

Bedeutung der (inter-)kulturellen Jugendbildung in BW

Rahmenbedingungen und Ziele der Träger interkultureller Jugendbildung; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Förderprogramme „Integration ausländischer Jugendlicher“ und „Kreativ mit Medien“; Qualifizierung von Erzieherinnen, Sozialpädagogen, außerschulischen Lehrkräften etc für die Arbeit mit multikulturellen Gruppen von Jugendlichen

Antr
 s. *Jugendbildung*
 Drs 13/3368

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr GRÜNE 04.08.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3479 (11 S.)
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 122 123
 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Ausweitung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit; Beurteilung des Vorschlags für einen runden Tisch zur Förderung der interkulturellen Kompetenz

Antr
 s. *Entwicklungshilfe*
 Drs 13/3494

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 11) - Förderung der Kulturarbeit nach dem BundesvertriebenenGes

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 VIII. S. 4
 PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
 Mittlg LReg 12.12.2005 Drs 13/4956

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
 s. *Föderalismus*
 Drs 13/3727

Haushaltsentwurf 05/06; hier: Kürzungen im Bereich Kunst und Kultur

Höhe und Zielbereiche der Kürzungen, pauschalen Einsparauflagen und globalen Minderausgabe; Einbeziehung der Soziokulturellen Zentren und kommunalen Theater?

KlAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 15.12.2004 und Antw
MWK Drs 13/3891

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Vorlage einer neuen Kultur- und Kunstkonzeption mit abge-
stimmten Förderschwerpunkten, Zielvereinbarungen und Eva-
luation; Verstärkung der wirtschaftlichen Eigenverantwortung
der Akteure und Einrichtungen, Unterstützung bei der Mittelein-
werbung von Sponsoren

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

*Auswertung des Landesprogramms zur „Förderung der Kultur-
pflege im ländlichen Raum“*

Angestrebte und erreichte Ziele mit dem o.g. Programm zur
Kunst- und Kulturförderung, Umschichtung der frei werdenden
Mittel nach Einstellung des Programms, Erwägung einer Neu-
auflage?

KlAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 23.03.2005 und Antw KM
Drs 13/4180

*Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen kulturel-
len Projekten und Einrichtungen*

Beurteilung bzw Förderung o.g. Vorhaben, Untersuchungen über
die Nachhaltigkeit solcher Projekte

KlAnfr Inge Utzt SPD 03.11.2005 und Antw KM Drs
13/4804

*Begleitung der gemeinsamen Bewerbung von Karlsruhe und
Straßburg als „Europäische Kulturhauptstadt“; Unterstützung
der Kulturarbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler; Förde-
rung von Kunst und Kultur in der Breite und Spitze*

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 55 56

*Zurückweisung der These vom Kampf der Kulturen, Aufruf zu
einem gemeinsamen Kampf der westlichen und islamischen Welt
gegen den Terrorismus*

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 362 365 374

Eintreten für den Dialog zwischen den Kulturen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 567

*Förderung von Kunst und Kultur in der Breite und Spitze, Ver-
teidigung der Kulturhoheit der Länder*

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 971 978-984

Eintreten für den Dialog zwischen den Kulturen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1116

*Bezeichnung des Umgangs mit kultureller Verschiedenheit als
Schlüsselqualifikation, Gestaltung des Zusammenlebens von
Menschen verschiedener Herkunft*

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1232 1236 1238 1240 1241

*Historisch-kulturelle Wirkung der Erweiterung der Europä-
schen Union; Kulturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rund-
funks; Gefährdung des Weltfriedens durch den Kampf der Kul-
turen; Definition des Oberrheinraums als grenzüberschreitende
Kulturregion*

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453 1454 1456 1458 1464 1466
1472 1489 1491 1495

*Zusammenarbeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur iRd
Technologieregion Karlsruhe; Unterstützung der Bewerbung
von Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas; Bedeutung der
Kultur als Standortfaktor*

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1519 1523 1527-1529

Verteidigung der Kulturhoheit der Länder

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1742 1746 1749 1750

Bewahrung des reichhaltigen Kulturerbes am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1988

Verteidigung der Kulturhoheit der Länder

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2527 2529 2532 2533 2539 2540
2542

*Förderung von Kunst und Kultur in der Breite und Spitze, Ver-
teidigung der Kulturhoheit der Länder; Begründung von Einspa-
rungen nach dem Rasenmäherprinzip*

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3653-3661

*Kritik an der Kürzung der Zuschüsse für kulturelle Einrichtun-
gen nach dem Rasenmäherprinzip*

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4018 4022

*Zurückweisung von Eingriffen des Bundes in die Kulturhoheit
der Länder*

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4087

*Kritik an den Mittelkürzungen des Bundes für die auswärti-
ge Kulturpolitik, Auswirkungen der Schließung von Goethe-
Instituten weltweit*

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162 4163

*Verweisung auf die Zurückhaltung bei den vorgenommenen Kür-
zungen im Kulturbereich, Förderung von Kunst und Kultur in der
Breite und Spitze, Erhaltung der dezentralen Struktur*

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4244 4247 4249-4256

*Wahrnehmung des Kulturauftrags durch die öffentlich-
rechtlichen Rundfunkanstalten, Kritik am Vorschlag einer
Zusammenlegung der Kulturkanäle arte und 3sat*

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4417-4422

*Bekanntnis zu den christlichen Bildungs- und Kulturwerten i.S.d.
Landesverfassung, Bewertung des Kopftuchs als religiöses und
politisches Symbol bzw der Ordenstracht als Ausdruck der Zuge-
hörigkeit zu einem Stand, Konsequenzen im SchulGes, Eintreten
für den Dialog der Kulturen*

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699-4724

*Verweisung auf den Aufbaustudiengang Kulturmanagement an
der Verwaltungsfachhochschule in Ludwigsburg*

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4889

*Bewertung des SWR als Kulturträger, Kritik am Vorschlag einer
Zusammenlegung der Kulturkanäle arte und 3sat*

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5268 5270 5273 5274

*Bedeutung des SWR als Kulturveranstalter, Eintreten für die Zu-
ständigkeit des öffentlich-rechtlichen Systems für das Kulturpro-
gramm 3sat*

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5396 5403 5405

Zurückweisung von Eingriffen des Bundes in die Kulturhoheit der Länder, Erhaltung des Bildungsföderalismus

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5429-5437

Lob für die Neuordnung der Kulturförderung in Schleswig-Holstein

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Dichte der kulturellen Einrichtungen im Land, Verschonung der kleinen Einrichtungen vor Einsparungen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5978-5984

Kürzungen des SWR im Kulturbereich aufgrund der Sparzwänge; Festschreibung des kulturellen Auftrags der öffentlich-rechtlichen Sender

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6225 6227 6228

Einforderung von Respekt vor der Kultur des anderen, Zurückweisung einer Multikultieuphorie; Verteidigung der Kulturhoheit der Länder; Würdigung des Kultursponsorings der Wirtschaft

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414 6418 6419 6421 6422

Bezeichnung der Kulturförderung als staatliche Aufgabe

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6890 6891

Betonung der engen Verbindung von Bildung und Kultur, gesellschaftliche Anerkennung der Lehrer als Kulturschaffende; Dank der Kultusministerin an die Opposition für eine faire politische Streitkultur; Anstöße zu einem interkulturellen Dialog mit dem Islam

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6960 6961 6965 6966 7004

Anstöße zu einem interkulturellen Dialog mit dem Islam

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7083

Verteidigung der Kulturhoheit der Länder iRd Einigung auf eine Föderalismusreform; Befürchtung mangelnder Spielräume für die künftige Kulturförderung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7286 7346

Würdigung des Beitrags unterschiedlicher Kulturen zur Entwicklung des Landes, Einforderung von Respekt vor der Kultur des anderen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646-7648 7656 7660

Kulturaustausch

s.a. Jugendaustausch

s.a. Kulturstadt Europas

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Bedeutung und Förderung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur; Unterstützung des Austauschs von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden; Engagement von Unternehmen in China sowie von chinesischen Wirtschaftsunternehmen in BW

Antr

s. Wissenschaftliche Kooperation

Drs 13/2553

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur;

Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein

GrAnfr

s. Frankreich

Drs 13/3236

Kritik an den Mittelkürzungen des Bundes für die auswärtige Kulturpolitik, Auswirkungen der Schließung von Goethe-Instituten weltweit

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162 4163

Intensivierung der kulturellen Zusammenarbeit mit Osteuropa

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4777 4778

Kulturdenkmal

s.a. Archäologie

s.a. Denkmalpflege

s.a. Gedenkstätte

s.a. Kloster

s.a. Kölner Dom

s.a. Restaurierung

s.a. Schloss (Gebäude)

s.a. Ulmer Münster

s.a. Welterbe

Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten

Erhaltung des o.g. Kulturdenkmals und Einleitung baulicher Sicherungsmaßnahmen; Frage nach Gefahren durch die Bauarbeiten iR von Stuttgart 21 sowie nach Verhandlungen mit der DB ProjektBau GmbH, Vorlage der Stellungnahme des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts und des Landesdenkmalamts

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 17.06.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2162

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10.2003 Drs 13/2582 S. 6
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Stärkung der Nutzung für den Fremdenverkehr bzw als Kultur- und Gedenkstätte unter Einbeziehung des Schiller Nationalmuseums und des Keltenmuseums bereits vor der Umsiedlung des Vollzugskrankenhauses nach Stuttgart-Stammheim; Beurteilung der Möglichkeiten für eine Verlagerung der vorhandenen Plätze der Sozialtherapeutischen Station ebenfalls auf andere JVA; Sanierung und Öffnung des Schubartturms sowie der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl privater Investoren

Antr

s. Hohenasperg

Drs 13/4356

Pfahlbau- und Moorsiedlungen der Jungstein- und Bronzezeit am Bodensee

Bedeutung sowie Maßnahmen und Mitteleinsatz zur Sicherung der archäologischen Kulturdenkmale, u.a. in Unteruhldingen, Auflistung der zuständigen Institutionen, Ausstrahlungen für den Fremdenverkehr und die Bildung, Zustimmung zur Initiative der Schweiz für eine Aufnahme der Pfahlbauten rund um die Alpen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes

KIAnfr Norbert Zeller SPD 27.07.2005 und Antw IM Drs 13/4555

Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Kulturdenkmälern Ulmer Münster und Valentinskapelle

Art, Kosten und Kostenträger der o.g. Maßnahmen in den letzten fünf Jahren; Einschätzung des aktuellen und künftigen Bedarfs, Frage nach einem Zeit- und Finanzierungsplan der Denkmalbehörde

KlAnfr
s. *Restaurierung*
Drs 13/4982

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw. einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr
s. *Restaurator*
Drs 13/5045

Denkmalverträgliche Nutzung landeseigener Liegenschaften, Unterbringung von Behörden in Kulturdenkmälern

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5630 5632

Denkmalverträgliche Nutzung landeseigener Liegenschaften, Unterbringung von Behörden in Kulturdenkmälern

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5696

Kulturgut

s.a. *Buch*
s.a. *Denkmalpflege*
s.a. *Gedenkstätte*
s.a. *Kulturdenkmal*
s.a. *Kunstsammlung*
s.a. *Musik*
s.a. *Schriftgut*
s.a. *Welterbe*

Fortbestand der Fürstlich Fürstenbergischen Kunstsammlung

Hinwirkung auf den Erhalt und Verbleib der Sammlung in Donaueschingen

KlAnfr
s. *Kunstsammlung*
Drs 13/562

Kunstkäufe aus Privatsammlungen in BW

Art und Kosten der Ankäufe von Kunstgegenständen oder historischen Dokumenten seit 1989; Vereinbarkeit mit der Haushaltslage und den Zuschusskürzungen für Kultureinrichtungen

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 13/3213

Schutz von baden-württembergischen Kulturgütern

Bindung des Verkaufs von wertvollen Bibliotheken u.a. Kulturgütern in privatem Besitz an einen staatlichen Genehmigungsvorbehalt, Orientierung an einem entsprechenden Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts zum geplanten Verkauf der Bibliothek des Hauses Thurn und Taxis

KlAnfr Inge Utzt SPD 31.01.2005 und Antw IM Drs 13/3989

Auswertung des Landesprogramms zur „Förderung der Kulturpflege im ländlichen Raum“

Angestrebte und erreichte Ziele mit dem o.g. Programm zur Kunst- und Kulturförderung, Umschichtung der frei werdenden Mittel nach Einstellung des Programms, Erwägung einer Neuaufgabe?

KlAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/4180

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Vereinbarkeit des o.g. Vorschlags von Minister Dr. Frankenberg zur Finanzierung neuer Objekte mit dem Auftrag der öffentlichen Museen zur Akquisition, Bewahrung und Ausstellung ihrer Bestände; Befürwortung von Verbandsvorschlägen zur Abgabe von Sammlungsgut nur in begründeten Ausnahmefällen und iR eines mehrstufigen Verfahrens

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 13/4637

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Anforderung einer klärenden Stellungnahme auf die Antwort zur KlAnfr 13/4637: Anwendung der Grundsätze des International Council of Museums und des Deutschen Museumsbundes vor bzw. in jedem Einzelfall der Veräußerung von Sammlungsgut, ausschließliche Verwendung der Erlöse für Neuerwerbungen des jeweiligen Museums

Antr
s. *Kunst*
Drs 13/4718

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw. einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr
s. *Restaurator*
Drs 13/5045

Gefährdung von schriftlichem Kulturgut

Zahl und Zustand der zwischen 1850 und 1980 gedruckten historischen Dokumente und Bücher in den Archiven und Bibliotheken des Landes; Maßnahmen zur Erhaltung dieser Bestände

KlAnfr Inge Utzt SPD 17.03.2006 und Antw MWK Drs 13/5216

Kulturhauptstadt Europas

s. *Kulturstadt Europas*

Kulturlandschaft

s. *Landschaft*

Kulturmeile Stuttgart

Kulturmeile Stuttgart

Verkehrsbelastung und Erscheinungszustand der Kulturmeile; Unterstützung der Stadt Stuttgart bei der Planung und Ausfüh-

zung einer Anbindung an die Innenstadt

KlAnfr Rolf Gaßmann u.a. SPD 24.01.2002 und Antw FM
Drs 13/672

Mitfinanzierung der Teilüberdeckung der B 14/Konrad-Adenauer-Straße in Stuttgart durch das Land

Höhe, Herkunft und Zuweisungszeitpunkt der zugesagten Mittel für den ersten Bauabschnitt der Untertunnelung der B 14

MdlAnfr
s. Bundesstraße 14
Drs 13/4532

Kulturprojekt

s. Kultur

Kulturstadt Europas

s.a. Kulturaustausch

Förderung der „Kulturhauptstadt Europas 2010“

Frage nach Ergebnissen von Sondierungsgesprächen, Unterstützung der Bewerbung von Karlsruhe im Gegensatz zur Landeshauptstadt?

KlAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 27.01.2003 und Antw StM
Drs 13/1709

Bewerbung zur „Kulturhauptstadt Europas 2010“

Gründe für den Ausschluss eines Wettbewerbs zwischen Kommunen in dem o.g. Bewerbungsverfahren - im Gegensatz zu anderen BLändern; Kriterien für die Vorfestlegung auf Karlsruhe/Straßburg schon in der Koalitionsvereinbarung

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 18.03.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1896
BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 4 5
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Unterstützung der gemeinsamen Bewerbung von Karlsruhe und Straßburg als „Europäische Kulturhauptstadt“

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43

Unterstützung der Bewerbung von Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1516

Unterstützung der gemeinsamen Bewerbung von Karlsruhe und Straßburg als „Europäische Kulturhauptstadt“

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3323

Unterstützung der gemeinsamen Bewerbung von Karlsruhe und Straßburg als „Europäische Kulturhauptstadt“

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3803

Unterstützung der Bewerbung von Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5258

Unterstützung der Bewerbung von Karlsruhe als Kulturhauptstadt Europas

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5980 5982

Kultusminister

s. Minister für Kultus, Jugend und Sport

Kultusministerin

s. Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

Kultusministerkonferenz

s. Ständige Konferenz der Kultusminister

Kunst

s.a. Akademie der Künste

s.a. Bildende Kunst

s.a. Design

s.a. Galerie

s.a. Kulturaustausch

s.a. Kunsterzieher

s.a. Kunstgebäude

s.a. Kunsthandel

s.a. Kunstsammlung

s.a. Kunstschule

s.a. Restaurator

s.a. Restaurierung

s.a. Urheberrecht

s.a. Zentrum für Kunst und Medientechnologie

Galerien und Kunsthandel in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Galerien und des Kunstmarkts sowie seines Umfelds, Entwicklung der Umsätze und Beschäftigtenzahlen seit 1997; Hinwirkung auf den Abbau nachteiliger Bedingungen im internationalen Wettbewerb; Berücksichtigung iRd Kunstförderung bzw durch Ankäufe von Werken über die RegPräs

Antr FDP/DVP 07.10.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1371

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.03.2003 Drs 13/1968 S. 38-40

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Kunst am Bau in BW

Rechtsgrundlagen, Vorgaben und deren Umsetzung bzw Kosten für Kunst am Bau iR von Bauvorhaben des Landes und Bundes seit 1992; Darlegung der geplanten Änderungen

Antr

s. Baugestaltung

Drs 13/1794

Kultur braucht Freiräume - das Streichkonzert der LReg im Kunst- und Kulturbereich in BW

Aktuelle Debatte

s. Kultur

PIPr 13/52 S. 3653

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen im Kunstbereich, bei den Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren; Vorlage eines Strukturkonzepts für die Kultureinrichtungen

s. Kultur

Drs 13/2814

Steuerliche Behandlung von Kunstwerken

Anwendung des regulären Steuersatzes von 16 %, Kriterien zur Unterscheidung von Kunstwerken und Handelsware, Frage nach einer unterschiedlichen Praxis der Finanzbehörden in den einzelnen BLändern

KlAnfr Inge Utzt SPD 15.03.2004 und Antw FM Drs 13/3011

Kunstkäufe aus Privatsammlungen in BW

Art und Kosten der Ankäufe von Kunstgegenständen oder historischen Dokumenten seit 1989; Vereinbarkeit mit der Haushaltslage und den Zuschusskürzungen für Kultureinrichtungen

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 17.05.2004 und Antw MWK Drs 13/3213

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr
s. *Kultur*
Drs 13/3479

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Erweiterung des StudentenwerksGes auf die Film- und Popakademie, Änd des Film- und PopakademieGes sowie der Film- und Popakademie-Zuständigkeits- und GebührenVO; Außerkrafttreten der VO Künstlerische Eignungsprüfung FH sowie der KunstleistungsprüfungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Haushaltentwurf 05/06; hier: Kürzungen im Bereich Kunst und Kultur

Höhe und Zielbereiche der Kürzungen, pauschalen Einsparauflagen und globalen Minderausgabe; Einbeziehung der Soziokulturellen Zentren und kommunalen Theater?

KlAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/3891

Kunstgebäude am Schlossplatz in Stuttgart

Vereinbarungen mit dem Württembergischen Kunstverein über die Nutzung des Kunstgebäudes; Ausgestaltung des künstlerischen Programms und kulturellen Profils; Höhe und Etatisierung der Personal-, Sach- und Betriebskosten; Gründe für den Verzicht auf eine alleinige Nutzung durch Kooperationspartner

KlAnfr
s. *Kunstgebäude*
Drs 13/3892

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Reduzierung der pauschalen Einsparauflage im Kunstbereich

ÄAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4014-9 S. 42
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4014-14 S. 51 52
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Vorlage einer neuen Kultur- und Kunstkonzeption mit abgestimmten Förderschwerpunkten, Zielvereinbarungen und Evaluation; Verstärkung der wirtschaftlichen Eigenverantwortung der Akteure und Einrichtungen, Unterstützung bei der Mitteleinwerbung von Sponsoren
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Auswertung des Landesprogramms zur „Förderung der Kulturlpflege im ländlichen Raum“

Angestrebte und erreichte Ziele mit dem o.g. Programm zur Kunst- und Kulturförderung, Umschichtung der frei werdenden Mittel nach Einstellung des Programms, Erwägung einer Neuaufgabe?

KlAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/4180

Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gymnasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4552

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Vereinbarkeit des o.g. Vorschlags von Minister Dr. Frankenberg zur Finanzierung neuer Objekte mit dem Auftrag der öffentlichen Museen zur Akquisition, Bewahrung und Ausstellung ihrer Bestände; Befürwortung von Verbandsvorschlägen zur Abgabe von Sammlungsgut nur in begründeten Ausnahmefällen und iR eines mehrstufigen Verfahrens

KlAnfr Inge Utzt SPD 12.09.2005 und Antw MWK Drs 13/4637

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Anforderung einer klärenden Stellungnahme auf die Antwort zur KlAnfr 13/4637: Anwendung der Grundsätze des International Council of Museums und des Deutschen Museumsbundes vor bzw in jedem Einzelfall der Veräußerung von Sammlungsgut, ausschließliche Verwendung der Erlöse für Neuerwerbungen des jeweiligen Museums

Antr Inge Utzt u.a. SPD 12.10.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4718
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.11.2005 Drs 13/5052 S. 61 62
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung der pauschalen Einsparauflage im Kunstbereich

ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 50 S. 113
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-41 S. 65
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr

s. Restaurator

Drs 13/5045

Förderung von Kunst und Kultur in der Breite und Spitze

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Förderung von Kunst und Kultur in der Breite und Spitze

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 971 974 977 979-984

Förderung von Kunst und Kultur in der Breite und Spitze, Begründung von Einsparungen nach dem Rasenmäherprinzip

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3653-3661

Förderung von Kunst und Kultur in der Breite und Spitze, Begründung von Einsparungen nach dem Rasenmäherprinzip

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4244 4247 4249-4256

Sparzwänge im Kunstbereich, Abkehr von den traditionellen Verteilungsmustern bzw von den Kürzungen nach der Rasenmähermethode, Weiterentwicklung der Kunstkonzeption

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5977-5984

Rücknahme von Kürzungen für den Kunstbereich

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6154

Standbeine der Kunst in BW, Würdigung des Engagements privater Mäzene, Ankündigung eines Kunst- und Kulturkongresses der LReg

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6422

Kunst am Bau*s. Baugestaltung***Kunsterzieher***Situation des Schulfachs Bildende Kunst*

Anteil des fachfremd erteilten Unterrichts, Ersatzbedarf an ausgebildeten Lehrkräften in den kommenden Jahren; Kapazitäten, Bewerber, Anfänger und Absolventen an den PH, Kunstakademien und Pädagogischen Fachseminaren; Umfang der Übernahme von Absolventen in den Schuldienst; Möglichkeiten und Qualifizierungsangebote für Seiteneinsteiger

KlAnfr

s. Bildende Kunst

Drs 13/365

Situation des Schulfachs Bildende Kunst im Schuljahr 2001/2002 und in der Zukunft

Fortschreibung der Zahlen nach Beantwortung der KlAnfr 13/365; Vergleich der Zahl von Pensionierungen und des tatsächlichen Eintritts von ausgebildeten Kunsterziehern in den Schuldienst in den kommenden zehn Jahren; Anteil des fachfremd erteilten Unterrichts an Grund- und Hauptschulen, Fortbildung dieser Lehrkräfte; Verbesserung der Personallage an den Gymnasien

Antr

s. Bildende Kunst

Drs 13/617

Kunstgalerie*s. Galerie***Kunstgebäude***Kunstgebäude am Schlossplatz*

Pläne für eine Anschlussnutzung nach dem Auszug der Galerie der Stadt Stuttgart

KlAnfr Inge Utzt SPD 19.11.2003 und Antw MWK Drs 13/2635

Kunstgebäude am Schlossplatz in Stuttgart

Vereinbarungen mit dem Württembergischen Kunstverein über die Nutzung des Kunstgebäudes; Ausgestaltung des künstlerischen Programms und kulturellen Profils; Höhe und Etatisierung der Personal-, Sach- und Betriebskosten; Gründe für den Verzicht auf eine alleinige Nutzung durch Kooperationspartner

KlAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 15.12.2004 und Antw MWK Drs 13/3892

Ankündigung neuer Ausstellungen und Projekte im neuen Stuttgarter Kunstgebäude

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5983 5984

Kunsthandel*s.a. Kunstsammlung**Galerien und Kunsthandel in BW*

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Galerien und des Kunstmarkts sowie seines Umfelds, Entwicklung der Umsätze und Beschäftigtenzahlen seit 1997; Hinwirkung auf den Abbau nachteiliger Bedingungen im internationalen Wettbewerb; Berücksichtigung iRd Kunstförderung bzw durch Ankäufe von Werken über die RegPräs

Antr

s. Kunst

Drs 13/1371

Steuerliche Behandlung von Kunstwerken

Anwendung des regulären Steuersatzes von 16 %, Kriterien zur Unterscheidung von Kunstwerken und Handelsware, Frage nach einer unterschiedlichen Praxis der Finanzbehörden in den einzelnen BLändern

KlAnfr

s. Kunst

Drs 13/3011

Kunsthochschule*s.a. Akademie der Künste**s.a. Fachklasse**Staatliche Mitfinanzierung an FH in privater Trägerschaft; hier: FH Schwäbisch Hall, Hochschule für Gestaltung*

Anerkennung und Bezuschussung von nicht-staatlichen FH und Hochschulen, Kriterien und Voraussetzungen für den Erhalt von Zuschüssen, Möglichkeiten für die o.g. FH, Gewährung von Zuschüssen über die Landesstiftung BW?

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/107

Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Wahlen in Hochschulorganen, Wiedereinführung der Stellvertreterregelung für die Mitglieder der Kollegialorgane; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, KunsthochschulGes und FachhochschulGes

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/644

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr
s. *Student*
Drs 13/1586

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes und der HochschulGes

Einführung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Studierenden an den Hochschulen und Berufsakademien, Ersetzung der Regelungen über die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des KunsthochschulGes, FachhochschulGes und BerufsakademieGes

GesEntw
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/2030

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Überführung des KunsthochschulGes in das neue LHochschulGes; Änd der LehrverpflichtungsVO für Kunsthochschulen; Außerkrafttreten der PraktikumsVO Kunstakademie Stuttgart sowie der VO zur Durchführung der Wahlen an Kunsthochschulen

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 26) - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XXIII. S. 8 9
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 22.12.2005 Drs 13/5007

Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

Vorlage einer Bestandsaufnahme zum Sanierungsbedarf an Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien

Antr
s. *Sanierung*
Drs 13/4369

Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professorenamt

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ablehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr
s. *Professor*
Drs 13/4599

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium

Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4603

Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Universitäten, FH und Berufsakademien

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzelnen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums ohne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 13/4612

Kunsthochschulgesetz

s. *Kunsthochschule*

Kunstsammlung

s.a. *Galerie*
s.a. *Kunsthandel*
s.a. *Restaurierung*

Fortbestand der Fürstlich Fürstenbergischen Kunstsammlung

Hinwirkung auf den Erhalt und Verbleib der Sammlung in Donaueschingen

KlAnfr Herbert Moser SPD 11.12.2001 und Antw MWK Drs 13/562

Kunstkäufe aus Privatsammlungen in BW

Art und Kosten der Ankäufe von Kunstgegenständen oder historischen Dokumenten seit 1989; Vereinbarkeit mit der Haushaltslage und den Zuschusskürzungen für Kultureinrichtungen

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 13/3213

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Vereinbarkeit des o.g. Vorschlags von Minister Dr. Frankenberg zur Finanzierung neuer Objekte mit dem Auftrag der öffentlichen Museen zur Akquisition, Bewahrung und Ausstellung ihrer Bestände; Befürwortung von Verbandsvorschlägen zur Abgabe

von Sammlungsgut nur in begründeten Ausnahmefällen und iR eines mehrstufigen Verfahrens

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 13/4637

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Anforderung einer klärenden Stellungnahme auf die Antwort zur KlAnfr 13/4637: Anwendung der Grundsätze des International Council of Museums und des Deutschen Museumsbundes vor bzw in jedem Einzelfall der Veräußerung von Sammlungsgut, ausschließliche Verwendung der Erlöse für Neuerwerbungen des jeweiligen Museums

Antr
s. *Kunst*
Drs 13/4718

Würdigung der privaten Kunstsammlungen in BW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6422

Kunstschule

s.a. *Kunsthochschule*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Rücknahme der Kürzungen für die Jugendkunstschulen

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/654-4 S. 36 37
ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-14 S. 52 53
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/686-4 S. 9 10
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Jugendkunstschulen

Entwicklung der Zahl und finanziellen Förderung der Jugendkunstschulen seit 1988 sowie der Kooperation mit den Jugendmusikschulen, Beurteilung der sozial integrativen Arbeit sowie der Konzepte der Ästhetischen Frühbildung an den Jugendkunstschulen

KlAnfr Dr. Monika Stolz CDU 19.12.2002 und Antw KM
Drs 13/1642

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Förderung von offenen Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept unter Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen, Naturschutzverbänden und den Trägern der außerschulischen Jugendbildung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2235

Ausgestaltung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern; Kriterien der Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden; Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen sowie der Träger außerschulischer Jugendbildung; Bewertung des Förderprogramms „Jugendarbeit und Schule“, Kooperation als gleichrangige Partner

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2279

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

Rücknahme der Kürzungen für die Jugendkunstschulen

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4004-13 S. 67
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Aufstockung der Fördermittel für die Jugendkunstschulen, Gewinnung von Lehrkräften als Lehrbeauftragte an Schulen, Angebot der Jugendkunstschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 992 998 1008

Kunstwerk

s. *Kunst*

Kupferzell

Zukünftige Entwicklung der Staatlichen Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

Trägerschaft der Fachschulen im Geschäftsbereich des MLR, geplante Veränderungen im Zuge der Verwaltungsreform; Einzugsbereiche und Berufsperspektiven für die Absolventen der Fachschulen für Landwirtschaft und Hauswirtschaft in Kupferzell, Auslastung des Wohnheims, Organisation der Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Wahrnehmung überregionaler Aufgaben in der Aus- und Fortbildung

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2607

Lob der Ausbildungsqualität der Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6785

Kuppenheim

Weitere Planung für Straßenverkehrsprojekte im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht (WB)“ aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) in BW; hier: Planfeststellungsverfahren B 3 neu, Ortsumgehung (OU) Kuppenheim (LKreis Rastatt)*

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3827

Kur

s.a. *Kurort*

s.a. *Kurtaxe*

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Anteil von Gästen des Kur- und Rehabilitationsbereichs; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/844

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Vorsorge- und Rehabilitationskuren sowie der Heilverfahren bei den Rentenversicherungsträgern seit 1997, Ausgleich der Leistungseingriffe der früheren BReg, Stopp der

rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Krankheitshäufigkeit von Frauen und Männern, Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf, Art der Befunde für die Verordnung von stationären Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen bzw von Kuren, Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei weiblichen und männlichen Versicherten

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2091

Praxis der Krankenkassen bei der Genehmigung von Müttergesundungskuren und Mutter-Kind-Kuren

Ablehnungsquote und -gründe für die o.g. Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, Erfolgsquote der eingelegten Widersprüche, Umleitung von Anträgen an die Rentenversicherer und deren Ablehnungsgründe, Beeinträchtigung des Wahrechts der Antragsteller durch die Verweisungspraxis der Kassen in vertragsgebundene (kostengünstige) Einrichtungen, Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen? Bewertung der Kooperation mit den Beratungs- und Vermittlungsstellen

KlAnfr
s. *Mutter*
Drs 13/4257

Bezeichnung des Landes als Bäderland Nummer 1 in Deutschland, Beklagung einer zunehmenden Verweigerung von Rehabilitationskuren durch die Leistungsträger sowie der Konkurrenz von Billiganbietern in Osteuropa, Vorschlag von Präventionsangeboten für die Bediensteten des Landes

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954-7956 7958 7959 7961-7963

Kuratorium Bürgerarbeit

s. *Ehrenamt*

Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

s. *Landeszentrale für politische Bildung*

Kuratorium der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

s. *Toto-Lotto GmbH*

Kurort

s.a. *Kur*
s.a. *Kurtaxe*

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Situation und Neustrukturierung o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr FM 06.09.2001 Drs 13/214
Bericht FM 31.05.2002 Drs 13/1038
BeschlEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1334
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Jahr des Ökotourismus der Vereinten Nationen 2002

Förderung des Ökotourismus im Bereich der Heilbäder, Luftkurorte, Ferien auf dem Bauernhof und des Tagestourismus; Unterstützung des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel, Werbung um Verständnis für Verkehrsbeschränkungen im Tagestourismus, Reaktivierung des Fahrradverleihs an Bahnhöfen; Erstellung einer Konzeption mit den Fremdenverkehrsverbänden, Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/366

Beherbergungsstatistik

Auswirkungen der auf Bundesebene geplanten Änd im BeherbergungsstatistikGes auf das Fremdenverkehrsland BW, insbes auf Beherbergungsbetriebe, Kur- und Heilbäder

Antr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 13/425

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Anteil von Gästen des Kur- und Rehabilitationsbereichs; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/844

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Ergänzender Bericht über die Entwicklungen in Bad Wildbad

Bericht FM 31.05.2002 Drs 13/1038
BeschlEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1334
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Förderung o.g. Bereiche seit 1996 bzw der Zahl von Vorsorge- und Rehabilitationskuren, Ausgleich der Leistungseingriffe der früheren BReg, Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms; Entwicklung der Zahlen sowie Qualifizierung in- und ausländischer Fachkräfte für die Gastronomie, Ausschreibung eines Innovationspreises, Marketingkonzepte und -maßnahmen für die einzelnen Regionen, Nutzung des Internet, Aufwertung des Ökotourismus

mus und der Naturparks, Förderung des Radtourismus u.a.

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Beherbergungskapazität der Unternehmen seit 1993; Rolle der Kur- und Bäderorte; Ausweisung von Naturparks zur Stärkung der touristischen Attraktivität

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

*Neues Marketingkonzept des Landes für den Dienstleistungsbe-
reich Heilbäder und Tourismus*

Ausgestaltung des neuen Konzepts durch die Tourismus-Marketing GmbH, Einbindung der regionalen Akteure vor Ort, Hervorhebung der einzelnen Regionen und des Ökotourismus? Bisherige und künftige Datenbasis für die Fremdenverkehrsstatistik; Bemessungskriterien der jährlichen Landeszuschüsse

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1934

*Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKrei-
sen Calw und Freudenstadt*

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/2091

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2667

*Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weite-
re Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunterneh-
men*

Bericht über die o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr FM 14.07.2004 Drs 13/3374
BeschlEmpf und Bericht FinA 23.09.2004 Drs 13/3573
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

*Künftige Nutzung des Gebäudes der Versorgungskuranstalt Bad
Wildbad*

Schließungszeitpunkt der o.g. Einrichtung, geeignete Folgenutzungen, Überlegungen zur Nutzung für eine Fusion der Lehrerfortbildungsakademien in Donaueschingen und Calw, Bewirkung zusätzlicher Arbeitsplätze und Übernachtungszahlen, Möglichkeiten für die weitere Nutzung der bisherigen Akademiegebäude?

KIAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3480

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Beschränkung auf Kernaufgaben, Verzicht auf die Förderung von Messen, Regionalflughäfen, Heilbädern sowie den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen durch Kommunen, LKreise oder deren Zweckverbände

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Gastronomiebetrieben, Übernachtungen, Gästen differenziert nach Nationalitäten und Aufenthaltsdauer seit 1994; Bedeutung der Kur- und Bäderorte; Gästezahlen beim „Urlaub auf dem Bauernhof“; Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

*Nachweismöglichkeiten der Beherbergungsstatistik nach dem
Beschluss des Bundestages und der Zustimmung des Bundesra-
tes zum „Gesetz zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratie-
abbau und Deregulierung aus den Regionen“ im Juni 2005*

Wegfall der Erhebung der Auslastung von Hotels, Privatpensionen, Jugendherbergen, Campingplätzen, Rehakliniken u.a.; Auswirkungen auf Fördermaßnahmen im Fremdenverkehr und Heilbäderbereich

KIAnfr
s. *Beherbergungsstatistik*
Drs 13/4670

*Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Kurorte, Erhaltung
der Tourismuspauschale*

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015 6016 6021

*Vermeidung einer (neutralisierenden) Förderung von Maßnah-
men in nahe beieinander liegenden Kurorten*

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6334

*Bezeichnung des Landes als Bäderland Nummer 1 in Deutsch-
land, Beklagung einer zunehmenden Verweigerung von Rehabi-
litationskuren durch die Leistungsträger sowie der Konkurrenz
von Billiganbietern in Osteuropa*

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954-7959 7961-7965

Kurtaxe

*Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotel-
lerie in BW - Verbraucherfreundlichkeit*

Frage nach einer Ausnahmeregelung im KAG zur Erhebung von Kurtaxe von ortsfremden Tagungsteilnehmern; Ermöglichung einer gelockerten Handhabung der Sperrzeitenregelung

für Musik- und Tanzveranstaltungen

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/2592

Erweiterung des Gestaltungsspielraums der Gemeinden bei der Erhebung der Kurtaxe

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6246

Kurz, Rolf MdL CDU

Eröffnung des 13. Ltg von BW durch den Alterspräsidenten Rolf Kurz

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 1-5

Würdigung der politischen Arbeit von Rolf Kurz und Verabschiedung nach 22 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

KVJS

s. *Kommunalverband für Jugend und Soziales*

KWO

s. *Kernkraftwerk Obrigheim*

Laboratorium

s.a. *Zahntechniker*

Rindfleisch mit zweifelhaften BSE-Tests

Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Behörden, Frage nach Mengen des in den Verkauf gelangten Fleisches sowie von beschlagnahmten Partien, Überprüfung der Tests von zugelassenen privaten und staatlichen Labors

KlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/726

Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl, Ergebnisse und Kosten o.g. Tests in staatlichen und privaten Labors; Zeitpunkt und Art der Feststellung von Pannen und Fehlern in den privaten Labors; Beurteilung des Verkaufs von nicht vorschriftsmäßig getestetem Rindfleisch; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der LReg, von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther und nachgeordneten Behörden; Ausbau der staatlichen Laborkapazitäten

Antr
s. *BSE*
Drs 13/746

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr
s. *BSE*
Drs 13/786

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/1084

Schadensregulierung der Folgen fehlerhafter BSE-Tests am Ulmer Schlachthof

Verweigerung einer außergerichtlichen Schadensregulierung gegenüber der Stadt Ulm - im Gegensatz zu einem gleich gelagerten Fall in Oberschwaben? Gleichbehandlung der Betroffenen von fehlerhaften Tests der vom Land zertifizierten und kontrollierten Labors

MdlAnfr
s. *BSE*
Drs 13/2480

BSE-Tests

Zahl, Ergebnisse und Aufwand o.g. Untersuchungen an gesunden Schlachttieren; Anteil der Kontrolle von Privatlaboratorien; rechtliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze bzw zur vollständigen Abschaffung der Tests bei gesunden Schlachttieren, Ermöglichung der kontrollierten Herstellung und Verfütterung von Tiermehl aus dem Fleisch von erkrankten Tieren, Intensivierung der Lebenduntersuchung

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3532

Situation der AIDS-Hilfegruppen in BW

Aufgabenwahrnehmung, räumliche Verteilung und Finanzierung o.g. Gruppen seit 1999; Beteiligung der Krankenkassen und Gesundheitsämter; Vergleich der Kosten und Wartezeiten der Tests bei niedergelassenen Ärzten/Labormedizinern und den Gesundheitsämtern, Empfehlung einer Eigenbeteiligung der Testpersonen an den Testkosten der Gesundheitsämter sowie einer Übertragung der Schulprävention gegen einen finanziellen Ausgleich von den Gesundheitsämtern an die Aids-Hilfegruppen

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3656

Kriminaltechnische Untersuchungslabors

Gründe für die lange Zeitdauer von Analysen und die unterschiedliche Abrechnungspraxis o.g. Einrichtungen; organisatorische und personelle Konsequenzen nach dem Mängelbericht des RH iR einer beratenden Äußerung

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 13/3969

Gentechnische Experimente mit Tieren; Tierversuche am neuen Universitätslabor „Theoretikum“ der Universität Freiburg

Antr
s. *Tierversuch*

Drs 13/4696

Vergabe und Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl und Kosten der ausgeschriebenen und vergebenen Tests seit 2004, Qualität und Unabhängigkeit der zum Zuge gekommenen Testlabors, Frage nach der Berücksichtigung eines von der Ehefrau eines Schlachthofbesitzers betriebenen Labors, Entwicklung der BSE-Verdachtsfälle in der Region Schwaben bis Oktober 2004 und danach

Antr

s. *BSE*

Drs 13/5212

Einrichtung eines toxikologischen Labors

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 377

Überprüfung der zugelassenen Labors für BSE-Tests nach Aufdeckung der fehlerhaften Tests in Bayern

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1059 1060

Notwendigkeit des Ausbaus der Analysekapazitäten von privaten Lebensmittelabors

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1659 1671

Qualität der Analysekapazitäten in BW, Würdigung des weltweit führenden Dioxinlabors in Freiburg

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1877

Beklagung des technischen Zustands von Hochschullaboratorien

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6695

Ladendiebstahl

s. *Diebstahl*

Ladenöffnungszeit

s. *Ladenschluss*

Ladenschluss

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der ArbeitszeitzuständigkeitsVO sowie der Ladenschluss-VO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

City-Privileg bei Regelung zum Ladenschluss

Beurteilung einer räumlichen Differenzierung der Öffnungszeiten; Ermöglichung einer Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten durch die Kommunen für innerstädtische Einzelhandelsstandorte an Werktagen

Antr GRÜNE 13.07.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3362

BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 (dazu ÄAntr Claus Schmiedel u.a. SPD) S. 20-23

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Entbürokratisierung des Gastgewerbes

Bewertung der vom Hotel- und Gaststättenverband vorgelegten Vorschläge und deren Realisierbarkeit, Ausgestaltung der Sperrzeiten im Gastgewerbe in anderen BLändern, Beurteilung einer

Einschränkung der Sperrzeiten und Freigabe der Ladenschlusszeiten zumindest während der Fußballweltmeisterschaft 2006

Antr

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Drs 13/4153

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr

s. *Alkohol*

Drs 13/4789

Ladenöffnungszeiten

Auswirkungen einer völligen Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen für Ballungszentren und ländliche Räume, insbes für die inhabergeführten Geschäfte und die vorwiegend weiblichen Beschäftigten dieser Einzelhandelsgeschäfte; Ausmaß einer Gefährdung der Nahversorgung im ländlichen Raum

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 01.12.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4909

BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 103 104

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Forderung nach einer weitgehenden Freigabe der Ladenschlusszeiten

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2366 2367 2370 2371

Angebot des Bundes zur Übertragung der Zuständigkeit für den Ladenschluss auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497 5500

Übertragung der Zuständigkeit für den Ladenschluss auf die Länder iRd Einigung auf eine Föderalismusreform, Ankündigung einer Freigabe der Ladenöffnungszeiten

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7286-7288

Lockerung der Ladenschlusszeiten während der Fußballweltmeisterschaft

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966

Länder der Bundesrepublik Deutschland

s.a. *Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern*

s.a. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*

s.a. *Länderfinanzausgleich*

s.a. *Neue Bundesländer*

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Stand und Entwicklungsperspektiven von Zuständigkeiten, Rechtssetzungs- und Finanzierungskompetenzen von Bund, Ländern und EU; Möglichkeiten zur Rückübertragung auf die Länder und Landesparlamente; Stärkung der Mitwirkungsrechte des BRats; Entflechtung bzw Abbau von Mischfinanzierungen, Fachministerkonferenzen, Arbeitsgruppen u.a. Gremien; Vorschläge zur Entwicklung eines Europas der Regionen

GrAnfr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1026

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips; Neuordnung der Kompetenzen und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen; Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der Landesparlamente, Regionen und Gebietskörperschaften; Rückholung von Gesetzgebungskompetenzen und Steuerautonomie, Abbau von Mischfinanzierungen und Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben, Überprüfung der Bundesergänzungszuweisungen, Abschätzung von Gesetzesfolgen und Regelung der Kostenträgerschaft bei Übertragung von Aufgaben; Unterstützung der Einberufung eines Föderalismuskonvents

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1796

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Stärkung der Eigenverantwortung der Länder*

Bisherige und noch vorgesehene Maßnahmen in dieser WP zur Stärkung der finanziellen und gesetzgeberischen Eigenverantwortung der Länder sowie zur Förderung des Subsidiaritätsgedankens und Stärkung der Regionen auf europäischer Ebene

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/2323

Gesundheitsprävention als Länderaufgabe

Frage nach Plänen und Auswirkungen einer Ansiedlung o.g. Aufgaben auf Bundesebene, bisherige Organisation und Gestaltungsmöglichkeiten des Landes; Sicherstellung der Zuständigkeit der Länder

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/2732

Effizientes Zusammenwirken der Länder in der Bildungspolitik

Aktuelle Debatte
s. *Bildungspolitik*
PIPr 13/77 S. 5428

Beurteilung der Reformansätze in der Kultusministerkonferenz vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte

Diskussionsstand und Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe zur Reform der KMK, insbes zur verbesserten Koordination, zum Aufgabenabbau, zur Standardsetzung und Qualitätssicherung; Aufgaben, Rechtsform, Finanzierung und Umsetzung der Arbeitsergebnisse des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen; Koordinationsbedarf zwischen den BLändern in der Hochschulpolitik nach einem Wegfall der Rahmenkompetenz, Gewährleistung einer kontinuierlichen Vertretung deutscher Bildungspolitik auf europäischer Ebene, Einbeziehung der Länderparlamente in die Entscheidungsprozesse

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3711

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für

die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/3727

Feststellung eines schwindenden Einflusses der Länder gegenüber dem Bund und der EU

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 6 7

Kompetenzverluste der Länder gegenüber dem Bund, Anstöße des MinPräs zu einer Debatte über den Föderalismus auf Bundesebene

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 52 53 56

Anstöße des MinPräs zu einer Debatte über den Föderalismus auf Bundesebene, Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Länder

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62 63 80 89 93-95 103 119

Notwendigkeit einer Neugliederung der Länder, Erinnerung an die regelmäßig erhobene Forderung von WM Dr. Döring

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 294

Mitwirkung der Länder im EU-Reformprozess, Rückerlangung von Kompetenzen aus Brüssel

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 599 600 602-607 609-612

Rückverlagerung von Kompetenzen aus der Bundespolitik auf die Länder, Verteidigung der Kulturhoheit der Länder

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 937 941 978 981 982

Eintreten für eine Reform des Föderalismus i.S.v. Wettbewerbsföderalismus; Rückverlagerung von mehr Autonomie, Aufgaben und Finanzverantwortung auf die Länder; Festvortrag von Prof. Robert Leicht: Zwischen Geschichte und Reißbrett - über die Zukunft der deutschen Länder

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1160-1166 1173 1174 1176-1178

Mitwirkung der Länder im EU-Reformprozess, Rückerlangung von Kompetenzen aus Berlin und Brüssel

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453-1457 1459-1467 1469-1474

Forderung von Subsidiarität im EU-Verfassungskonvent, Rückübertragung von Zuständigkeiten auf die Länder

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1521

Mitwirkung der Länder im Europäischen Konvent, Rückerlangung von Kompetenzen aus Berlin und Brüssel, Begründung einer eigenen Steuerhoheit der Länder, Stimulanz des Wettbewerbs unter den Ländern, Notwendigkeit einer Länderneugliederung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153 2154 2156-2163

Notwendigkeit einer Neugliederung der Länder

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2232

Stärkung der Länder im Zuge des europäischen Verfassungsprozesses, Rückerlangung von Kompetenzen aus Berlin und Brüssel

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340-2343 2345 2346

Unterstützung der Initiative des WM zur Neugliederung der Länder, Verstärkung der Kooperation durch gemeinsame Einrichtungen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2376 2379

Notwendigkeit einer Neugliederung der Länder

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2528 2530 2543

Neuordnung der Beziehungen und Kompetenzen zwischen Bund und Ländern, Anregung einer Länderneugliederung nach dem Beispiel BW, Verankerung der Stellung der Länder im europäischen Verfassungsvertrag, Vorschlag von länderübergreifenden Kooperationen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894-2897 2907-2909 2913 2926 2929 2930 2949 2959

Erarbeitung einer neuen Kompetenzzuordnung in Europa auf Forderung der BLänder mit dem EU-Verfassungsvertrag, Scheitern eines eigenständigen Klagerechts der Länder vor dem EuGH, Ermöglichung der Klage über den BRat

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307-3309 3317-3319 3321 3325

Rückерlangung von Zuständigkeiten der Länder mit der neu gebildeten Föderalismuskommission und notwendigen Zentralismusreform, Anstrengung einer klaren Trennung von Aufgaben und Finanzverantwortung zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3607 3608 3613 3629 3631 3632 3637

Würdigung der Bestrebungen und erreichten Ergebnisse der deutschen Länder bei der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3809

Neuordnung der Kompetenzen und Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942

Neuordnung der Kompetenzen und Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4146 4149 4163 4175

Ausstieg aus der TdL, Anstrengung von Tarifabschlüssen auf der Ebene einzelner Länder

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4761-4767

Verhinderung weiterer Kompetenzverluste der Länder nach Berlin und Brüssel

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842 4843 4846

Innerstaatliche Umsetzung der mit dem EU-Verfassungsvertrag verbundenen Länderrechte, Verankerung eines Klagerechts vor dem Europäischen Gerichtshof, Würdigung des Beitrags der Länder zum EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120-5124 5127 5130-5132

Neuordnung der Kompetenzen und Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern im Zuge der Föderalismusreform; Notwendigkeit einer Länderneugliederung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5495-5512

Einsatz des MinPräs für die Länder in der Föderalismuskommission und im Europäischen Konvent, Begründung der Fortführung noch anstehender Aufgaben bis zum 19.04.2005

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5589 5590

Rückерlangung von Kompetenzen der Länder mit der Föderalismusreform, Plädoyer für einen Wettbewerbsföderalismus

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5641

Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den Ländern, Vorschlag eines Föderalismuskonvents

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5873

Rückерlangung von Kompetenzen der Länder iR eines erneuten Anlaufs zu einer Föderalismusreform, Verteidigung der Bildungs- und Kulturhoheit der Länder, Bezeichnung des Landes als Musterbeispiel für eine gelungene Länderneugliederung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418 6419 6421

Entflechtung der Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern im Wissenschaftsbereich, Bekräftigung der Kompetenz der Länder für die Bildungspolitik, Notwendigkeit eines erneuten Anlaufs zur Modernisierung der föderalen Staatsordnung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6734-6742

Bekräftigung der ausschließlichen Länderkompetenz für die Bildungspolitik; Beanspruchung eines Teils der Mehreinnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung durch die Länder; Anstrengung von mehr Autonomie der Länder in der Tarifpolitik; Erfolgsbewertung der föderalen Sicherheitsstruktur

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955 6957 6970 6972 6976 6978 6982 6987 7007 7008

Rückерlangung von Kompetenzen der Länder iR eines erneuten Anlaufs zu einer Föderalismusreform, Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, Erleichterung von Länderneugliederungen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285-7292 7338 7339 7342 7343 7346

Notwendigkeit einer Länderneugliederung, Verweisung auf das positive Beispiel des Landes BW

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7398

Rückерlangung von Kompetenzen der Länder im Zuge der Föderalismusreform, Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Länderfinanzausgleich

Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes

Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden

GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/518

Einbeziehung der Rückzahlung von Erdgasförderzins durch das Land Niedersachsen in den Länderfinanzausgleich

Begründung der o.g. Entscheidung des BFinanzMin, finanzielle Auswirkungen für das Land und die Kommunen

Antr Clemens Winckler u.a. CDU 13.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/845
BeschlEmpf und Bericht FinA 25.04.2002 Drs 13/997 S. 4 5
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes u.a. BLänder sowie des Bundes vor und nach Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs seit 1993

- GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945
- Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes*
Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden; Aktualisierung des finanziellen Ausgleichs für das Verwaltungsstruktur-ReformGes
GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/4769
- Hinweis auf höhere Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich im Vergleich zur Nettokreditaufnahme*
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51 52
- Bewertung der erzielten Einigung auf einen neuen Länderfinanzausgleich; Feststellung höherer Zahlungen in den Länderfinanzausgleich im Vergleich zur Gesamtverschuldung des Landes*
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 63 64 74 75 89 94 95 103 106-109 119 123
- Bewertung der erzielten Einigung auf einen neuen Länderfinanzausgleich; Reduzierung der in den Länderfinanzausgleich abfließenden Spielbankabgabe*
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203 204 247-249
- Reduzierung der in den Länderfinanzausgleich abfließenden Spielbankabgabe*
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 347 348 351
- Hinwirkung auf mehr Wettbewerbsföderalismus bei der Neufassung des Länderfinanzausgleichs*
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 603
- Beklagung eines weiterhin hohen Mittelabflusses aus BW in den Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 639 641
- Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 825 826
- Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 836 853 855
- Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich, Anstreben von Verbesserungen; Abmilderung der geplanten Anrechnung der kommunalen Finanzkraft im Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1063 1072 1086-1088 1090 1091
- Zahlungen in der 50-jährigen Landesgeschichte in den Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1112
- Leistungsfeindlichkeit des Länderfinanzausgleichs, Hinwirkung auf mehr Wettbewerbsföderalismus, Höhe der Zahlungen des Landes in den Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1165 1170 1173 1174 1176 1204
- Leistungsfeindlichkeit des Länderfinanzausgleichs, Hinwirkung auf mehr Wettbewerbsföderalismus, Höhe der Zahlungen seit 1950, Erinnerung an die Klage vor dem BVerfG*
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3608-3611 3631 3632 3637 3644 3649 3678 3680
- Feststellung einer höheren Besoldung von Regierungsmitgliedern in Nehmerländern beim Länderfinanzausgleich als in BW*
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3761
- Anstreben eines leistungsfördernden Länderfinanzausgleichs; Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden*
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942 3947
- Leistungsfeindlichkeit des Länderfinanzausgleichs, Verweisung auf die Spitzenstellung des Landes im Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4030 4038 4064
- Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden; Finanzbeitrag des Landes über den Länderfinanzausgleich zum Aufbau in den neuen Ländern*
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155 4169
- Höhe der Zahlungen 2004, Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden*
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4363 4366 4369 4370 4375 4377 4378
- Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden; Verweisung auf die Spitzenstellung des Landes im Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4443 4452 4458-4460
- Finanzierung der Sanierung der norddeutschen Stromnetze über den Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5330 5333
- Leistungsfeindlichkeit des Länderfinanzausgleichs, Ausklammerung des Länderfinanzausgleichs von den Beratungen der Föderalismusreformkommission, Anstrengungen zur Überwindung der Blockadehaltung der Empfängerländer*
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5502 5503 5506 5507
- Höhe der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, Vergleich der Zinsaufwendungen mit Empfängerländern, Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden*
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5642 5643
- Gleichstand der Neuverschuldung und der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, Abwendung der Überbeanspruchung des Landes*
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5794 5817 5824 5827
- Gleichstand der Neuverschuldung und der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, Abwendung der Überbeanspruchung des Landes*
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5873 5881 5882 5886 5893
- Inanspruchnahme des Landes im Länderfinanzausgleich*
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6104 6113 6114
- Feststellung eines Gleichstands der Nettoneuverschuldung und der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich 2005/2006*
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140 6142-6144 6151 6152 6155 6156

Zahlungsbilanz im Länderfinanzausgleich seit 1950, Prüfung einer erneuten Klage beim BVerfG

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6417

Höhe der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, Vergleich mit den errechneten Kosten einer Sanierung der Hochschulgebäude, Abwendung der Überbeanspruchung des Landes

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6694 6695

Ausscheiden des Landes als Zahler in den Länderfinanzausgleich im Falle eines weiteren Rückgangs der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit; besondere Belastung des Landes durch die Steuerkraft der Gemeinden

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6803 6820

Beklagung der Ausklammerung des Länderfinanzausgleichs beim erneuten Anlauf zu einer Föderalismusreform, Fortsetzung der Anstrengungen um eine Neuordnung der Finanzbeziehungen; Höhe der aktuellen Abführungen an andere Länder; Prüfung einer erneuten Klage beim BVerfG

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7286-7289 7335 7336 7338 7339 7343 7346

Bezeichnung des Länderfinanzausgleichs als nach wie vor leistungsfeindlich und ungerecht, Notwendigkeit einer Neuregelung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7398 7404

Länderkommission Kerntechnik

s. Nukleare Sicherheit

Ländliche Sozialberatung

s. Landwirtschaftliche Beratung

Ländlicher Raum

s. Strukturschwaches Gebiet

Lärmbekämpfung

s. Lärmschutz

Lärminderung

s. Lärmschutz

Lärmschutz

Tempolimit zur Lärminderung auf der BAB 8 zwischen Wendlingen und Flughafen

Antr

s. Geschwindigkeitsbegrenzung

Drs 13/201

Auswirkungen der Geräte- und MaschinenlärmVO des Bundes vom 12.09.2001 auf die Wirtschaft und die privaten Haushalte in BW

Überschreitung der EU-Vorgaben mit der o.g. VO, Auswirkungen auf den Einsatz von Straßenfertigern, Garten- und Heimwerkergeräten in Wohn- und Kurgebieten bzw auf die Gerätehersteller, Bauwirtschaft u.a.; Verteuerung der Herstellungskosten für den Straßenbau und Straßenbelagsarbeiten

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 19.12.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/592

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 16 17

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Mittlg LReg 30.10.2002 Drs 13/1450

Lärmentlastung auf den Fildern

Mitteinsatz und Zeitplan zur Umsetzung von Vorschlägen des Lärminderungsplans Filder, u.a. auch im Bereich des Luftverkehrs; Aufbau von Lärmschutzwänden an der A 8 auf der Talbrücke Denkendorf und beim Sulzbachviadukt; Tempolimits auf der A 8 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und Wendlingen sowie auf der B 27 zwischen Aichtal und Degerloch; Verwendung von Flüsterasphalt bei notwendigen Fahrbahnsanierungen

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 18.04.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/939

Hörschäden bei Jugendlichen

Entwicklung o.g. Zahlen; gesetzliche Regelung der Lärmgrenzwerte in Diskotheken, bei Walkmans und Musikanlagen in Kraftfahrzeugen; Darlegung der möglichen Kostenersparnis im Gesundheitswesen

Antr

s. Gehörgeschädigter

Drs 13/1074

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotszeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Söllingen, Anstrengung einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr

s. Luftfahrt

Drs 13/1284

Verwendung ökologischer Lärmschutzwände im Straßenbau

Erfahrungen mit Lärmschutz aus nachwachsenden Rohstoffen, Berücksichtigung bei Straßenbauplanungen und -ausschreibungen

KIAnfr Günther-Martin Pauli CDU 10.09.2002 und Antw UVM Drs 13/1309

Fluglärm in Stuttgart

Entwicklung der zusätzlichen Flugbewegungen und Lärmbelastung von Hubschraubern und Kleinflugzeugen über dem Stadtgebiet seit 1999; Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm durch Freizeitflüge

KIAnfr Ruth Weckenmann SPD 13.11.2002 und Antw UVM Drs 13/1503

Lärmgrenzwerte für Kleinflugzeuge

Grenzwerte und Flugbeschränkungen für Kleinflugzeuge

MdlAnfr 1) Thomas Blenke CDU 03.12.2002 Drs 13/1580
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2326 2327

Fluglärm

Nächtliche Kontrolle der Fernwärmeleitungen aus der Luft im Auftrag der NWS im Großraum Stuttgart ohne vorherige Information der betroffenen Bevölkerung, der Polizei oder des Stuttgarter Flughafens; eingesetzter Flugzeugtyp, Flughöhe und Fluglärm, insbes im Bereich Esslingen-Jägerhof; Gewährleistung der künftigen Information von Bürgerschaft und Behörden

KlAnfr Ruth Weckenmann SPD 19.02.2003 und Antw UVM
Drs 13/1814

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Einrichtung einer Datenbank für Lärmemissionen, bisherige Erfolge bei der Lärminderung

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Ziele und Zwischenergebnisse in den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Flächenverbrauch und -recycling, Schadstoffreduktion, Luftreinhaltung, rationelle Energieverwendung, Boden-, Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz; Auswirkungen der Änd rechtlicher Rahmenbedingungen vonseiten der EU und BReg, insbes des Atomrechts; Anstreben von Verbesserungen über den BRat; Bewertung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW; Fortschreibung des Umweltplans

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Lärmbelästigung durch starken Motorradverkehr

Darlegung von stark frequentierten Strecken und Gebieten mit entsprechender Belastung der Bewohner, insbes im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb; Auswirkungen auf den Tourismus und Naturschutz; Erwägung von zeitlichen und räumlichen Fahrverboten? Vorlage eines Konzepts zur Vermeidung von Motorradlärm

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 18.02.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2927
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 27 28
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Lärmentwicklung entlang der B 31 Bereich Ebnet-Littenweiler-Waldsee und Kirchzarten-Bruckmühle

Verwirklichung der Lärmschutzmaßnahmen entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der B 31 Ost? Information der betroffenen Anwohner über die Ergebnisse der Lärm-messungen; Aufnahme und Konsequenzen der Beschwerden bei der Straßenbauverwaltung

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 15.03.2004 und Antw UVM
Drs 13/3009

Ausführungsbestimmungen des Landes zur Geräte- und MaschinenlärmschutzVO als Anhang zur BundesimmissionsschutzVO (BImSchV) mit dem Ziel, die Ruhe der Mittagszeit zu erhalten

KlAnfr Herbert Moser SPD 29.07.2004 und Antw UVM Drs 13/3460

Ausbauvorhaben der Flughafen Stuttgart GmbH

Prognosen zum Fluggastaufkommen u.a. Kriterien für die Entscheidung zur Westerweiterung; Planungsstand, Finanzierung und Realisierungsperspektive des Projekts; Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte für Lärm- und Schadstoffemissionen?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 13/3791

Die Übernahme der Fluggesellschaft Swiss durch die Deutsche Lufthansa und mögliche Auswirkungen auf die Fluglärmproblematik am Hochrhein

Überlegungen zur Veränderung des Anflugregimes für den Flughafen Zürich? Verhinderung einer Aufweichung der bisherigen und künftigen Entlastungsschritte

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 24.03.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4183
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 54
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Lärmschutzpolitik und -maßnahmen in BW

Darlegung der o.g. Maßnahmen und rechtlichen Verbesserungen, Umsetzung der EG-Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, der BImmissionsschutzVO über Höchstwerte bei Geräten und Maschinen sowie der zu erstellenden Lärminderungspläne; Ausmaß von Kontrollen, der festgestellten Verstöße und deren Sanktionierung; Auswirkungen der Novelle des FluglärmGes insbes im Bereich des Flughafens Stuttgart; Nutzung des Regelungsspielraums der Geräte- und MaschinenlärmschutzVO, Ermöglichung eines jeweils angepassten Lärmschutzes für die Kommunen

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 27.07.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4557 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 27.10.2005 Drs 13/4924 S. 23-26
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Ausbau der A 8 zwischen dem Rasthof Pforzheim und Enzberg

Planungsstand und verfügbare Bundesmittel für den o.g. Ausbau, Realisierbarkeit bis zur Fußball-WM 2006; Bewertung der Kritik der Gemeinde Niefern-Öschelbronn an den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Vorbereitung einer Neuplanung des Rasthofs durch das RegPräs Karlsruhe, Ermöglichung einer Verlegung der Tankstelle?

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/4684

Planfeststellung für die Bundesfernstraßenmaßnahme BAB 8 Karlsruhe-Stuttgart, Streckenabschnitt Wurmberg-Pforzheim/Nord

Planungsstand und Datengrundlagen für den o.g. Ausbau, jeweilige Kosten und Akzeptanz der unterschiedlichen Planungsvarianten bei der betroffenen Bevölkerung, insbes auch der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Rolle der Tank- und Rastanlage bei den einzelnen Planungsvarianten, Vorbereitung einer Neuplanung? Frage nach dem Bestand der Absprachen zwischen Bund und Land aus den 90er Jahren

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/4750

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland; Ergänzung der Drs 13/2543 vom 24.10.2003

Favorisierung der alternativen „Bürgermeistertrasse“ von sechs Gemeinden für den Bau des dritten und vierten Gleises zwischen Mengen und Buggingen, Bewertung der finanziellen und zeitlichen Realisierbarkeit; Hinwirkung auf neue Lärmgrenzwerte mithilfe einer BRatsinitiative zur Novellierung der für die Planung von DB-Schienenwegen einschlägigen Gesetze und Rechtsverordnungen?

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/4917

Hotellerie und Gastronomie entlasten!

Vergleich bzw. Harmonisierungschancen der Mehrwertsteuersätze für die Gastronomie im europäischen Rahmen, Auswirkungen der geplanten Erhöhung im grenznahen Bereich; Übertragung von Zuständigkeiten und Bürokratieabbau mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform; Relevanz der TA-Lärm zur Bewertung der Geräuschimmissionen von Freiluftgaststätten, Ausschluss einer Beeinträchtigung gastronomischer und touristischer Angebote aufgrund immissionsschutzrechtlicher Regelungen zumindest während der Fußballweltmeisterschaft

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/4981

Ausbau der A 81 im Bereich Sindelfingen/Böblingen als exemplarisches Beispiel für dringend erforderlichen forcierten Lärmschutz

Planungsstand des o.g. Vorhabens, Berechnungsgrundlagen und Parameter für die vorgesehenen und evtl. alternativen Lärmschutzmaßnahmen, Prüfung einer partiellen oder vollständigen Überdeckung, Messung bzw. Berücksichtigung von Schadstoffemissionen in den Planungsszenarien, Vorabinformation der Vertreter der Anwohner im Vorfeld der Erörterungsverhandlung; zeitnahe und umfassende Information der betroffenen Gemeinden und Bürger sowie frühzeitige Einladung zu den Erörterungen und sonstigen Veranstaltungen

Antr Stephan Braun u.a. SPD 20.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/5001
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 96-97
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Unterstützung der Kommunen beim Lärmschutz, Lokalisierung des rätselhaften „Brummtons“

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1027-1039

Lärminderung des Flugverkehrs, Aussagen des Lärmgutachtens Filder

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1194-1199-1201

Lärmbelastung der Anwohner durch die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich über dem südlichen Landesteil, Reaktion auf die Ablehnung des neu ausgehandelten Luftverkehrsabkommens durch das Schweizer Parlament, Beklagung der Verhinderung des neuen FluglärmGes auf Bundesebene

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1797-1804

Befürchtung des Scheiterns des Staatsvertrags mit der Schweiz gegen Fluglärm, Vorlage eines neuen Vertragsentwurfs

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1989

Lärminderung des Flugverkehrs, Lärmkonzentration auf wenigen Flughäfen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2420-2427

Geschwindigkeitsbeschränkungen zur Lärmreduktion; Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3290-3298

Forderung nach einer gerechten Verteilung der Lärmbelastung durch den Flugverkehr vom Flughafen Zürich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420

Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Ablehnung eines Kompensationsgeschäfts mit dem Landkauf Schweizer Landwirte

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7603

Eintreten des PetA für einen verbesserten Lärmschutz der S-Bahn-Tunneltrasse in Filderstadt

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7796-7797

Lockerung des Lärmschutzes während der Fußballweltmeisterschaft

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7961-7962

Lärmschutzwand

s. *Lärmschutz*

Lahr

s.a. *Flugplatz Lahr*

Personelle Verstärkung der Polizei in Lahr als wichtige Sicherheitsmaßnahme für die Raumschaft Lahr

Entwicklung der Einwohnerzahlen und der Belastungsziffer als Grundlagen der Bedarfssollberechnung der Personalstärke; Personalaufstockung beim Polizeirevier und der Kriminalaußenstelle in Lahr

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/1108

Aufgaben des Hochwasserschutzes am Standort Lahr

Kündigung der Räumlichkeiten der Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein in Lahr unmittelbar nach Verabschiedung des Verwaltungsstruktur-ReformGes, Fortführung des integrierten Rheinprogramms durch eine Dienststelle der bisherigen Gewässerdirektion in Lahr?

MdlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/3425

Perspektiven für die Polizeischule in Lahr

Entwicklung der Ausbildungszahlen bis 2009, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen, insbes. den Standort Lahr; Grundlagen und Ziele der in Arbeit befindlichen Konzeption

KlAnfr
s. *Akademie der Polizei*
Drs 13/3696

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der unterrichtenden Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Notwendigkeit einer personellen Verstärkung der Polizei in Lahr
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1724

Erteilung der Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Verweisung auf die Arbeitsmarktsituation und Konversionslasten in Lahr

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535-6539 6551

Landbauwissenschaft

s. Agrarwissenschaft

Landegebühren

s. Flughafengebühren

Landeplatz

s. Flugplatz

Landesabfallgesetz

s. Abfallrecht

Landesakademie für Lehrkräftefortbildung

s. Lehrerbildung

Landesamt für Besoldung und Versorgung

s.a. Versorgungsverwaltung

Bearbeitung von Beihilfeanträgen

Zeitnahe Bearbeitung o.g. Anträge beim LBV

Antr

s. Beihilfe für Bedienstete

Drs 13/31

Berechnung des Ruhegehalts für Lehrer/innen

Zahl und Bearbeitungsaufwand von o.g. Anfragen an das LBV von Beamten vor Vollendung des 55. Lebensjahres; Einrichtung eines EDV-gestützten Informationsangebots über das LBV zur selbstständigen Abfrage und Errechnung von Ansprüchen

Antr

s. Versorgung der Beamten

Drs 13/96

Bearbeitungsdauer von Beihilfeanträgen durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung

Entwicklung der Aufgaben, der Beanspruchung und Personalausstattung des LBV seit 1990; Ursachen der Zunahme von Beihilfeanträgen und Bearbeitungszeiten; Darstellung der Möglichkeiten zur Verkürzung, u.a. durch Vereinfachung der relevanten Rechtsvorschriften

Antr

s. Beihilfe für Bedienstete

Drs 13/240

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Bearbeitungsdauer von Neufestsetzungen der Bezüge nach Lohnerhöhungen und Beförderungen, Erfolgsaussichten von Schadenersatzklagen, Möglichkeiten zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten

KIAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 26.11.2001 und Antw FM

Drs 13/477

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 4) - Pfändung und Abtretung von Bezügen bei Landesbediensteten

Regelung der Mitteilungspflichten des LBV bei eingehenden Pfändungen und Abtretungen gegenüber den personalverwaltenden Dienststellen

Mittlg

s. Vollstreckung von Forderungen

Drs 13/2700

Ortszuschläge bei Eingetragener Lebenspartnerschaft

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts für das Landesamt für Besoldung, Information der Betroffenen, Frage nach Auswirkungen des Urteils auf weitere tarifvertragliche Vereinbarungen

KIAnfr

s. Lebenspartnerschaft

Drs 13/3308

Gewährung eines Ortszuschlags bei Eingetragener Lebenspartnerschaft

Gewährung eines Ortszuschlags der Stufe 2 für Angestellte in einer Lebenspartnerschaft nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts, entsprechende Anweisung des Landesamts für Besoldung und Versorgung

Antr

s. Lebenspartnerschaft

Drs 13/3637

Landesamt für Denkmalschutz

s. Denkmalbehörde

Landesamt für Flurbereinigung

s. Flurbereinigung

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB)

Ergebnisse der Erprobung der dezentralen Budgetverantwortung seit 1993, Erschließung und Umsetzung weiterer Effizienzpotenziale, z.B. Privatisierung von Aufgaben zur Erstellung des geologischen Kartenwerks, Umstellung auf einen größeren Maßstab, Einführung einer Gebührenpflicht für Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange sowie für Beratungen in überwiegend öffentlichem Interesse

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 01.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2469

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 19 20

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Haushalt 2004; Epl 07

Reduzierung der Personalkosten beim LGRB

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807 26 27 S. 58 59

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die Gebühren des Geologischen Landesamts sowie der VO über die Zuständigkeit des Landesbergamts für stillgelegte Bergwerke u.a. künstliche Hohlräume

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Eingliederung des Landesamts für Geologie, Rohstoffe und Bergbau in das RegPräs Freiburg
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898

Landesamt für Verfassungsschutz

s. *Verfassungsschutz*

Landesanstalt für Kommunikation

Verkauf des Breitbandkabelnetzes

Beurteilung o.g. Verkaufsabsichten der Telekom an die Callahan-Gruppe, Einschätzung von Befürchtungen über eine Benachteiligung ländlicher Räume beim Netzausbau sowie von verschiedenen Anbieter- und Nutzergruppen beim Netzzugang, Bewertung künftiger Einflussmöglichkeiten der LfK sowie von Aufgaben und bisherigen Ergebnissen des Zukunftsforums Kabel 21

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/171

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes durch die Telekom auf die Kabelkunden, Programmanbieter, LfK, Verbreitungstechnologien und Frequenzvergaben; Gewährleistung der Gleichbehandlung der bisherigen Fernsehanbieter im Kabel sowie des ländlichen Raums bei einer weiteren Verkabelung und Modernisierung des Kabelnetzes; Einschätzung der Entwicklung von Pay-TV in BW

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/226

Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 523 527

B.TV

Erfüllung der Bitte des o.g. Privatsenders um finanzielle Unterstützung durch die LReg, Höhe der bisherigen Förderung aus Mitteln der Landesanstalt für Kommunikation? Darlegung der finanziellen Voraussetzungen zur flächendeckenden Einspeisung in das Kabelnetz

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/741

Ansiedlung eines Reiseverkaufsfernsehenders in BW

Verknüpfung der Bemühungen um Ansiedlung des Reiseverkaufsfenders „sonnenklar TV“ mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz? Darlegung der Ausschreibung der LfK, der Bedingungen, der abgegebenen Angebote und mit den Bewerbern geführten Gespräche; Gewährleistung einer freien Vergabeentscheidung der LfK

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/1590

Wahl von Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2315 2316

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven des ZKM und der LfK

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Situation der Freien Radios in BW

Qualitätsbeurteilung der nichtkommerziellen Radios durch die LfK, Verbesserung der finanziellen Ausstattung und frequenztechnischen Versorgung, Würdigung des Beitrags zur Medienkompetenz von Jugendlichen und Erwachsenen, Bewertung der Bewerbung der landeseigenen Hochschule für Druck und Medien Stuttgart auf Sendezeiten

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/2455

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 10) - Landesanstalt für Kommunikation

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 VII. S. 3
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 16.12.2004 Drs 13/3848

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/2775

Ges zur Änd des LMedienGes

Streichung von § 36 Abs 1 Satz 3, Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit für die Wahl der Mitglieder des Vorstands der LfK

GesEntw SPD 22.06.2004 Drs 13/3286
1. Beratung PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5066-5074
BeschlEmpf und Bericht StändA 22.07.2004 Drs 13/3403
2. Beratung PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5215-5221 (Ablehnung)

Wahl des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation

a) *des Vorsitzenden*

b) *des stellvertretenden Vorsitzenden und der übrigen Mitglieder und Stellvertreter*

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 4986 (abgesetzt)

Entwicklung der Fernsehlandschaft in BW

Angebot, Situation und Perspektiven bundesweit empfangbarer privater Fernsehveranstalter; Auswirkungen von Umfang und

Qualität der Landesberichterstattung auf eine weitere Lizenzerteilung; Entwicklung des Anteils landesbezogener Fernsehensendungen des SWR u.a. öffentlich-rechtlicher Sender; Beurteilung einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesmedienanstalten auf Bundesebene

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3451

Vorgehensweise des Staatsministeriums als Rechtsaufsichtsbehörde für die Landesanstalt für Kommunikation (LfK)

Mängel der Ausschreibung vom 15.03.2004 für die Stelle des Vorstandsvorsitzenden der LfK, Art und Zeitpunkt der Information des StM über diese Mängel, Gründe für die nicht frühzeitig erfolgte Intervention des StM bzw für die Aufforderung an die LfK zu einer erneuten Stellenausschreibung, Frage nach der rechtlichen Wirkung des neuen Ausschreibungstextes

Antr
s. *Staatsministerium*
Drs 13/3470

Wahl des Vorstands der Landesanstalt für Kommunikation

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5512 5513
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6160 6161 6182 6199 6200

DVB-T im Rhein-Neckar-Raum

Planungen und Kooperationen der Landesmedienanstalten, des SWR u.a. zur Einführung von DVB-T im Rhein-Neckar-Raum; beteiligte (private) Programmveranstalter, mögliche Senderstandorte, Zahl der erreichbaren Haushalte und jeweilige Kosten, Perspektiven für andere Ballungsräume, Nutzung von Erfahrungen aus dem Rhein-Main-Gebiet

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3987

Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen

Verbotene Schleichwerbung in Programmen, Sendungen und Produktionen des SWR und privater Rundfunkveranstalter: Darlegung der Fälle seit 2000, der vorhandenen, der tatsächlich gebotenen bzw verhängten Sanktionen vonseiten der Sender, des Rundfunkrats und der LfK; Beurteilung einer Verbesserung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der LfK unter Einschluss der Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/4535

Vorschlag für die künftige Gestaltung der Wahl der Mitglieder des Medienrats der LfK

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1795

Stärkung der Unabhängigkeit der LfK; Zusammensetzung des Medienrats der LfK

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2317 2320

Stärkung der Autonomie der Landesmedienanstalten, Einrichtung einer gemeinsamen Kommission; Bekräftigung der Funktion der LfK zur Stärkung des Medienstandorts BW; Zusammensetzung des Medienrats der LfK

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2483-2486 2488-2490 2492 2494

Unabhängigkeit der LfK bei Entscheidungen zur Lizenzvergabe, Klärung der Rolle von Minister Palmer bei der Ansiedlung des Reiseverkaufssenders „sonnenklar TV“ und der Übernahme des Fernsehsenders B.TV

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2856-2861 2863-2870

Aufhebung der Wiederwahlbeschränkung der Mitglieder des LfK-Vorstands, öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4418 4419 4422

Aufhebung der Wiederwahlbeschränkung der Mitglieder des LfK-Vorstands, öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4534 4536

Kritik an der vorgesehenen Besetzung der Stelle des Präsidenten der LfK mit dem Regierungssprecher; Wiederholung der Stellenausschreibung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5177

Landesanstalt für Pflanzenbau

s. *Agrarforschung*

Landesanstalt für Pflanzenschutz

s. *Agrarforschung*

Landesanstalt für Schweinezucht

s. *Schweinezucht*

Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

s.a. *Landesanstalt für Umweltschutz*

Ges zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz BW und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit BW

Bündelung der Umweltverwaltung mit der o.g. Vereinigung zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Fortführung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Regelung der Aufgaben, Organe, Aufsicht, des Dienstverhältnisses der Beamten sowie der Mitteleletisierung im Epl 10; Änd des ErnennungsGes, des LBesoldungsGes, LBeamtenGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO; Außerkrafttreten des Ges zur Errichtung der UMEG

GesEntw LReg 20.07.2005 Drs 13/4523 (19 S.)

1. Beratung PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7013-7015

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.09.2005 Drs 13/4680 (dazu ÄAntr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD)

Antr CDU und FDP/DVP 04.10.2005 Drs 13/4694-1

Antr GRÜNE 05.10.2005 Drs 13/4694-2

2. Beratung PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7160-7166

GesBeschl 06.10.2005 Drs 13/4712

GBI 2005 Nr. 15 S. 670-674 (Ges vom 11.10.2005)

Landesanstalt für Umweltschutz

s.a. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 27) - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Landesanstalt für Umweltschutz

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XXIII. S. 7 8
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
 Mittlg LReg 29.09.2004 Drs 13/3335 (10 S.)
 Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4402
 BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4507
 PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7192 7193
 Mittlg LReg 31.05.2006 Drs 13/5247

Eingliederung der UMEG in die Landesanstalt für Umweltschutz im Zuge der Verwaltungsreform

Ausgestaltung, Organisation und Auswirkungen der o.g. Eingliederung, insbes auf die Beschäftigten der UMEG; Zustandekommen der vorgegebenen Effizienzrendite von 20 %, Umfang und Bereiche von Stelleneinsparungen

Antr
s. Umweltmessung
 Drs 13/2653

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 17) - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Akademie für Natur- und Umweltschutz BW

Prüfung einer Integration der Akademie in die Landesanstalt für Umweltschutz, Einführung eines Qualitätssicherungssystems für die Veranstaltungen der Akademie

Mittlg
s. Umweltakademie
 Drs 13/4103

Ges zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz BW und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit BW

Bündelung der Umweltverwaltung mit der o.g. Vereinigung zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Fortführung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Regelung der Aufgaben, Organe, Aufsicht, des Dienstverhältnisses der Beamten sowie der Mitteletatisierung im Epl 10; Änd des Ernennungsges, des LBesoldungsges, LBeamtenGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO; Außerkrafttreten des Ges zur Errichtung der UMEG

GesEntw
s. Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz
 Drs 13/4523

Stelleneinsparung bei der LfU

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4055

Landesarbeitsamt

s. Arbeitsverwaltung

Landesarbeitskreis Integration

Transparenz und Öffnung der Arbeit des Landesarbeitskreises Integration

Aufgaben, Ziele und Zusammensetzung des o.g. Gremiums; Gründe für die fehlende Berücksichtigung von bleibeberechtigten Migranten; Einbeziehung der Förderung der interkulturellen

und interreligiösen Kompetenz in Verwaltung und Schule; jährliche Berichtsvorlage

Antr GRÜNE 14.11.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1510
 PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3769-3773
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 22
 PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Frage nach Aufgaben, Zielen und Zusammensetzung des LAK Integration

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2105

Landesarchivdirektion

s. Archiv

Landesarchivgesetz

s. Archiv

Landesausschuss für Information

Wahl der Vertreter des Ltg in den Landesausschuss für Information

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 181 197

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium
 Drs 13/2

Landesausstellung

s. Ausstellung

Landesbank Baden-Württemberg

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in der Gewährträgerversammlung und im Verwaltungsrat der Landesbank BW

Antr
s. Landesregierung
 Drs 13/12

Ausverkauf von LEG-Mietwohnungen in BW

Verhinderung der o.g. Transaktion über die Landesbank BW

Antr
s. Landesentwicklungsgesellschaft
 Drs 13/101

Zukunft der Sparkassen und der Landesbanken in BW

Auswirkungen der Abschaffung der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast, der Verschärfung der Eigenkapitalregeln nach Basel II sowie des technischen Wandels; Konsequenzen iRd Novellierung des SparkassenGes; Entwicklung der Zahl, Bilanzsummen, Ertragskraft und Eigenkapitalquoten der Sparkassen in Württemberg und Baden; Beurteilung des Plattformmodells für Landesbanken und Sparkassen nach der Einigung zwischen Bund, Ländern und EU-Kommission

Antr
s. Sparkasse
 Drs 13/150

NPD-Konten

Hinwirkung auf Kündigung des Kontos des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ bei der Landesbank BW

Antr

s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

Drs 13/310

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Vorbereitung einer Neuordnung der Beteiligungen an der BW-Bank und der Landesbank

Antr

s. *Landesbeteiligung*

Drs 13/693

Konten extremistischer Parteien, Organisationen und Personen
Überprüfung o.g. Geschäftsbeziehungen zur Landesbank BW, Kündigung der Konten des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ sowie des im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Liedermachers Frank R., Dauer der Übergangsfristen bei einer ordentlichen Kündigung, Fälle einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund; Information aller Kreditinstitute über extremistische Aktivitäten von Vereinigungen und Personen im Verfassungsschutzbericht

Antr Stephan Braun u.a. SPD 06.02.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/730

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 3

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Zukunft der landesbeteiligten BW-Bank

Beurteilung eines möglichen Zielkonflikts nach Übernahme der Anteilsmehrheit durch die LBBW, insbes durch die gesetzlich vorgegebene Aufgabe zur Förderung der Sparkassen als deren Zentralbank und der Wettbewerbslage zwischen LBBW und BW-Bank im mittelständischen Finanzierungsbereich

Antr

s. *Baden-Württembergische Bank*

Drs 13/960

Ges zur Änd des LBankGes

Umsetzung der Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie Schlussfolgerungen für den Bereich der Landesbank BW; Änd des Ges zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von VerfahrensGes der ordentlichen Gerichtsbarkeit

GesEntw LReg 11.06.2002 Drs 13/1068 (10 S.)

1. Beratung PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1605-1615

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1115

ÄAntr SPD 10.07.2002 Drs 13/1165

ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.10.2002 Drs 13/1397

2. Beratung PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1927-1932

GesBeschl 16.10.2002 Drs 13/1398

GBI 2002 Nr. 12 S. 385 386 (Ges vom 22.10.2002)

Übernahme einer stillen Beteiligung an der BW-Bank durch die LBBW

Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Hinwirkung auf eine Mitzeichnung der LBBW an der o.g. Beteiligung entsprechend ihrem Anteilsverhältnis

Antr Nils Schmid u.a. SPD 01.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1121

BeschlEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 7

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Spende der LBBW an die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit
Verknüpfung der o.g. Kapitalzuführung mit der Fortführung der Bezuschussung der Stiftung aus dem Landeshaushalt, Begründung der Spende mit Absprachen im Zuge der damaligen Fusionsverhandlungen zur LBBW, Frage nach einem persönlichen Drängen des MinPräs auf Einlösung dieser Zusagen

Antr Nils Schmid u.a. SPD 19.03.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1913

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 68 69

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Beteiligung der Landesbank BW an der Finanzierung eines umweltzerstörenden Staudamms

Beurteilung o.g. Kreditvergabe an die isländische Energiegesellschaft Landsvirkjun vor dem Hintergrund der Umweltverträglichkeit und Rentabilität des Bauwerks zum Betrieb einer Aluminiumschmelze, Vereinbarkeit mit der Aufgabenstellung und Gewährträgerhaftung der LBBW; Hinwirkung auf einen Rückzug aus diesem Geschäft und Ausschluss künftiger Beteiligungen an umweltzerstörenden Projekten

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 08.08.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2349

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Einlage bei der LBBW, Höhe und Verwendung des Bankbeitrags der L-Bank

Antr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/3465

Ausgleichsfonds zur Zwischenfinanzierung der Kürzung von Zuweisungen des Landes -Kommunalswing-

Einrichtung einer neuen mittelfristigen Kreditfazilität bei der Landesbank BW zur zeitlich begrenzten Kompensation der Kürzungen iRd kommunalen Finanzausgleichs, Tilgung durch Abzug von künftigen Zuweisungen an die jeweilige Kommune und Zuführung an den Ausgleichsfonds

Antr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 13/4080

Sicherung der zum Verkauf stehenden Aktienpakete der BW-Bank, Kooperation zwischen Landesbank und BW-Bank, Ausblick auf die Strukturentwicklung und öffentliche Trägerschaft der Landesbank

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65 66 77 103

Übernahme einer weiteren stillen Beteiligung an der Landesbank BW, Finanzierung des notwendigen Wachstums

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 208 210 212 213

Übernahme einer weiteren stillen Beteiligung an der LBBW

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 336

Stärkung des Bankenstandorts BW durch Übernahme einer weiteren stillen Beteiligung an der LBBW; Finanzierung des Sonderprogramms Straßenbau über die Landesbank

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801 820

Ablehnung einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 839 841 844

Veräußerung von 14 % der Landesanteile an der LBBW, Vorbereitung auf einen schärferen Wettbewerb, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1067-1070 1073 1074 1078-1080

Veräußerung von 14 % der Landesanteile an der LBBW, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1095 1099 1104

Veräußerung von 14 % der Landesanteile an der LBBW, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung und der frei werdenden Zinsen für Kinderbetreuungsangebote

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2067 2073

Ablehnung einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112 2114

Veräußerung von 14 % der Landesanteile an der LBBW, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung; Erhöhung der Verschuldung durch den Erwerb einer stillen Beteiligung an der LBBW

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2638 2671 2674 2680

Veräußerung von 14 % der Landesanteile an der LBBW, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702-2704 2707 2712 2714

Erhaltung der Leistungsfähigkeit der LBBW

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626

Ablehnung einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4011 4020 4021

Erhaltung der Leistungsfähigkeit der LBBW

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148

Ablehnung einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4365 4374

Leistungsfähigkeit und Position der LBBW innerhalb der deutschen Bankenlandschaft, Stand der Verhandlungen um eine Fusion mit der Landesbank RPF

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5137 5138 5144 5157

Abgrenzung der Aufgabenbereiche zwischen der LBBW und der Baden-Württembergischen Bank, Umsetzung der Eingliederung der Landesbank RPF

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5590

Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW, Verwendung der 550 Mio Euro zur Deckung des Haushalts; Entwicklung der LBBW seit der Fusion, Umsetzung der Eingliederung der Landesbank RPF

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643 5688-5691

Kritik am Verkauf der Zinsforderungen für die Einlage bei der Landesbank sowie an den erzwungenen Sonderausschüttungen, Ablehnung eines Verkaufs von Anteilen an der LBBW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802 5803 5808 5817 5825-5827

Leistungsfähigkeit und Position der LBBW innerhalb der deutschen Bankenlandschaft

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5865 5884

Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW, Verwendung der 550 Mio Euro zur Deckung des Haushalts; Ablehnung einer Veräußerung von Landesanteilen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102-6106 6110 6115

Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW, Verwendung der 550 Mio Euro zur Deckung des Haushalts; Ablehnung einer Veräußerung von Anteilen an der LBBW

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6144 6153 6156

Kritik am Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW zur Deckung des Haushalts

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6308

Kreditversorgung von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen durch die Landesbank BW, Leistungsfähigkeit und Position der LBBW innerhalb der deutschen Bankenlandschaft

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405 6408

Landesbankgesetz

s. Landesbank Baden-Württemberg

Landesbauernverband

s. Bauernverband

Landesbauordnung

s. Baurecht

Landesbausparkasse

s. Bausparkasse

Landesbeamtengesetz

s. Beamtenrecht

Landesbeamter

s. Beamter

Landesbeauftragter für den Datenschutz

s. Beauftragter für den Datenschutz

Landesbeauftragter für den Tierschutz

s. Tierschutzbeauftragter

Landesbediensteter

s. Bediensteter

Landesbehörde

s. Behörde

Landesbergamt

s. Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Landesbesoldungsgesetz

s. Besoldung

Landesbeteiligung

s.a. *Öffentliches Unternehmen*
s.a. *Öffentliches Vermögen*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1998 des RH zur LHR von BW für das Hj 1996 (Nr. 10) - Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich (Drs 12/5923)

Mittlg
s. *Eisenbahnunternehmen*
Drs 13/52

Einberufung einer „Lenkungsgruppe Landesvermögen“
Bestellung des o.g. Gremiums aus Mitgliedern der LReg und des Ltg zur geplanten Neuordnung der Landesbeteiligungen

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/164

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Situation und Neustrukturierung o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/214

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschl des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg LReg 24.01.2002 Drs 13/678 (Beteiligungsbericht 2001)
Mittlg LReg 11.12.2002 Drs 13/1612 (Beteiligungsbericht 2002)
Mittlg LReg 02.12.2003 Drs 13/2684 (Beteiligungsbericht 2003)
Mittlg LReg 15.11.2004 Drs 13/3747 (Beteiligungsbericht 2004)
Mittlg LReg 25.11.2005 Drs 13/4875 (Beteiligungsbericht 2005)

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Auftragserteilung des WM an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Erstellung einer Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Beurteilung der Aussagekraft des Gutachtens und der entstandenen Kosten, Frage nach einer Einbeziehung des zuständigen FM sowie Autorisierung des WM für die öffentliche Präsentation der ausschließlich für interne Zwecke erstellten Studie; Aufnahme von Verhandlungen mit den EVU über den Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland; Vorbereitung einer Neuordnung der Beteiligungen an der BW-Bank und der Landesbank

Antr SPD 29.01.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/693
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.03.2002 Drs 13/885 S. 6-8
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
Mittlg LReg 07.02.2003 Drs 13/1761

Begutachtung der Veräußerbarkeit von Landesbeteiligungen

Aussagekraft und Kosten einer im Auftrag des WM erstellten Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Frage nach einem höheren Kenntnisstand des FM über die einzelnen Beteiligungsverhältnisse sowie nach Bemühungen um eine bessere Kooperation zwischen beiden Minis-

terien

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 01.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/811

Energiepolitische Konzeption für BW

Forcierung der Verhandlungen über den Verkauf der Landesanteile an der Gasversorgung Süddeutschland; Darlegung o.g. Konzeption, Stellenwert und Wettbewerbssituation der Gaswirtschaft

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/914

Zukunft der landesbeteiligten BW-Bank

Beurteilung eines möglichen Zielkonflikts nach Übernahme der Anteilsmehrheit durch die LBBW, insbes durch die gesetzlich vorgegebene Aufgabe zur Förderung der Sparkassen als deren Zentralbank und der Wettbewerbslage zwischen LBBW und BW-Bank im mittelständischen Finanzierungsbereich

Antr
s. *Baden-Württembergische Bank*
Drs 13/960

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Ergänzender Bericht über die Entwicklungen in Bad Wildbad

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/1038

Auflösung der Landesstiftung

Auflösung vor dem Verkauf der Landesanteile an der GVS

Antr
s. *Stiftung*
Drs 13/1085

Übernahme einer stillen Beteiligung an der BW-Bank durch die LBBW

Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Hinwirkung auf eine Mitzeichnung der LBBW an der o.g. Beteiligung entsprechend ihrem Anteilsverhältnis

Antr
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 13/1121

Vermögen und Projekte der Landesstiftung BW

Zuführung des gesamten Erlöses aus dem Verkauf der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland?

Antr
s. *Stiftung*
Drs 13/1219

Zukunft der Landesanteile an der SWS AG

Höhe der Ausschüttungen seit 1993, Perspektiven für die wirtschaftliche Tätigkeit der Salzbergwerke in Bad Friedrichshall als Salzwerke sowie als Sondermülldeponie, Einschätzung des Zeitpunkts für einen Verkauf der Anteile

Antr
s. *Bergwerk*
Drs 13/1810

Zusagen der EdF beim Kauf der Landesanteile an der EnBW

Aussagen des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, des Aufsichtsratsvorsitzenden und des MinPräs über finanzielle Zusagen der Electricite de France beim Kauf der Landesanteile an der EnBW; Grundlagen der Äußerungen des Finanzministers über eine Kapitalerhöhung bei der EnBW durch die EdF; Vorlage des Kaufvertrags einschließlich evtl Nebenabsprachen und zusätzlicher Vereinbarungen

Antr

s. *Energiewirtschaft*

Drs 13/2390

*Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 15)**Betätigungsprüfung bei der früheren Landesholding*

Ausschluss einer weiteren Gewährung von Spenden durch die Beteiligungsgesellschaft des Landes

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XII. S. 4

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Mittlg LReg 11.03.2004 Drs 13/3008

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate von Ministern und Ministerialbeamten

Darlegung o.g. Mandate bei Firmen, Stiftungen, Landesbetrieben u.a. Einrichtungen mit Landesbeteiligung; Form und Höhe der jeweiligen Vergütung

KlAnfr

s. *Aufsichtsrat*

Drs 13/3196

Erhöhung des Landesanteils am Flughafen Friedrichshafen

Begründung und Finanzierung der o.g. Kapitalaufstockung, Art und Höhe der dadurch entstehenden zusätzlichen Verpflichtungen, Beteiligungsanteil an künftigen Investitionen bzw am Zuschussbedarf für den laufenden Betrieb, Frage nach dem Engagement der anderen Anteilseigner und den Beteiligungsinteressen kommunaler Körperschaften

Antr

s. *Flughafen Friedrichshafen*

Drs 13/3261

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Bericht über die o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr

s. *Kurort*

Drs 13/3374

Offenlegung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern in landeseigenen und landesbeteiligten Unternehmen

Veröffentlichung im jährlichen Bericht des FM über die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts

Antr

s. *Vorstand*

Drs 13/3496

Verkaufsverhandlungen bei der Porzellan-Manufaktur Ludwigsburg

Gründe und Ergebnisse von Verkaufsgesprächen über Anteile an dem landesbeteiligten Unternehmen, Darlegung der wirt-

schaftlichen Entwicklung im Vergleich mit anderen Porzellan-Manufakturen in Deutschland

Antr

s. *Porzellanmanufaktur*

Drs 13/3543

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 14) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Reduzierung des Engagements und der Beteiligung des Landes an dem o.g. Unternehmen zur Marktförderung für die bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Ernährungswirtschaft

Mittlg

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/4103

Verkauf des Landesanteils an der Porzellan-Manufaktur Ludwigsburg GmbH

Antr

s. *Porzellanmanufaktur*

Drs 13/3822

Offenlegung der Vorstandsvergütungen in Unternehmen mit Landesbeteiligung

Übertragung der auf Bundesebene beschlossenen Regelung für börsennotierte Unternehmen auf Unternehmen mit Landesbeteiligung

Antr

s. *Vorstand*

Drs 13/4560

Beteiligungsofferte des MinPräs zur Finanzierung des EuroAirports Basel-Mulhouse-Freiburg - und an anderen Verkehrsflughäfen?

MdlAnfr

s. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*

Drs 13/5172

Neuordnung der Landesbeteiligungen, Verwendung der Erlöse für Zukunftsinvestitionen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65 66 77 90 91 103

Übernahme einer stillen Beteiligung an der Landesbank BW; Verwendung der Erlöse aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen für Zukunftsinvestitionen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 208 210 212 213

Übernahme einer weiteren stillen Beteiligung an der Landesbank BW; Verwendung der Erlöse aus der Veräußerung von Landesbeteiligungen für Zukunftsinvestitionen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 333 336 341

Ablehnung einer Privatisierung von Landesbeteiligungen zum Ausgleich von Steuerausfällen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 645

Ablehnung einer Privatisierung von Landesbeteiligungen zum Ausgleich von Steuerausfällen; Übernahme einer weiteren stillen Beteiligung an der Landesbank BW; Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der EnBW-Anteile

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801 808 812 813 820 821 826-830

Ablehnung einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW, Aussagekraft und Kosten des Gutachtens über die Privatisierung von Landesbeteiligungen, Finanzierung von Zukunftsinvestitionen aus Privatisierungserlösen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 841 842 844-846 848 849 852 865 874 896

Neuordnung der Landesbeteiligungen, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung, Aussagekraft und Kosten einer im Auftrag des WM erstellten Studie über die Veräußerbarkeit von Landesbeteiligungen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1067-1070 1073 1074 1078-1080

Veräußerung von Landesbeteiligungen, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1095 1099 1101 1104

Ablehnung einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112 2114

Wiederholung des Vorschlags einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW, Festhalten am Ziel der Privatisierung von Landesbeteiligungen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2638 2651

Wiederholung des Vorschlags einer Veräußerung von 14 % Anteilen an der LBBW

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702-2704 2707 2712 2714

Veräußerung von Landesbeteiligungen, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5801-5803 5825-5827

Veräußerung von Landesbeteiligungen, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5872 5884

Forcierung der Privatisierung von Landesbeteiligungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6417 6418

Vorlage eines aktualisierten Berichts über Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Offenlegung von Managergehältern bei Unternehmen mit Landesbeteiligung, Überlegungen zur Privatisierung von Beteiligungen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6684-6686

Notwendigkeit einer Neuordnung bzw Privatisierung von Landesbeteiligungen, Einbringung der Erlöse in die Landesstiftung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7342 7344

Veräußerung von Landesbeteiligungen, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558

Landesbetrieb

s. Öffentliches Unternehmen

Landesbürgerschaft

s. Bürgerschaft

Landesdatenschutzbeauftragter

s. Beauftragter für den Datenschutz

Landesdatenschutzbericht

s. Datenschutzbericht

Landesdatenschutzgesetz

s. Datenschutzgesetz

Landesdenkmalamt

s. Denkmalbehörde

Landesdisziplinarordnung

s. Disziplinarrecht

Landeseigene Domäne

s.a. Weinwirtschaft

Bericht des FM zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 12)

Aufwendungen für einen Reiterhof (Drs 12/5701 Nr. IX)

Mittlg FM 02.07.2001 Drs 13/41

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung

Gründe für den Verzicht auf Einbeziehung der forst- und landwirtschaftlichen Liegenschaften sowie der Schlösser und Gärten

Antr

s. Öffentliches Vermögen

Drs 13/1509

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Verkauf des Islandpony-Hofs im Albtal

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 50 S. 112

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Haushalt 2004; Epl 12

Verkauf des Islandpony-Hofs im Albtal

ÄAntr GRÜNE 21.01.2004 Drs 13/2812-15 S. 47

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Das Projekt „Grünes Zentrum Boxberg“ und die Funktion der landeseigenen Liegenschaft Seehof

Derzeitige bzw mögliche Nutzung der o.g. Domäne, Frage nach der Bedeutung des Areals iRd Konzeption für ein „Grünes Zentrum Boxberg“

KlAnfr

s. Grünes Zentrum Boxberg

Drs 13/4494

Vorschlag zur Veräußerung eines an den Züchter von Islandpferden verpachteten Hofgrundstücks

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702

Landeseigene Immobilien

s.a. Forstgebäude

s.a. Hochschulbau

s.a. Kunstgebäude

s.a. Landeseigene Domäne

s.a. Neues Schloss, Baden-Baden

s.a. Öffentliches Gebäude

s.a. Polizeigebäude

s.a. Public Private Partnership

s.a. *Schloss Heiligenberg*
s.a. *Schloss (Gebäude)*

Vergabepaxis für die Nutzung landeseigener Flächen in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zuständige Behörden oder Mitarbeiter sowie Kriterien und Nachvollziehbarkeit von o.g. Entscheidungen; Erarbeitung von transparenten Vergaberegungen?

KlAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 04.09.2001 und Antw FM Drs 13/212

Veräußerung der ehemaligen Landesvertretung BW in Bonn

Antr FM 14.11.2001 Drs 13/220
BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/502
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 706

Tübingen

Veräußerung des landeseigenen Astronomiegeländes in Tübingen

Antr FM 14.03.2002 Drs 13/846
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.03.2002 Drs 13/860
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1449

Zukunft des landeseigenen Königsbaus am Stuttgarter Schlossplatz

Umbaupläne und damit verbundene Eingriffe in die historische Substanz, Alternativen bzw Auswirkungen eines Teilverkaufs auf die gewerblichen Mieter; Erhaltung des Gesamtbauwerks im Landesbesitz

Antr
s. *Königsbau Stuttgart*
Drs 13/857

Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings BW“; hier: Grundstückstausch zwischen dem Land (Staatsforstverwaltung) und der Stadt Hockenheim

Antr
s. *Motorsport*
Drs 13/995

Karlsruhe

Verkauf des Zirkelgrundstücks Flst.-Nr. 207, Gemarkung Karlsruhe

Antr FM 29.05.2002 Drs 13/1037
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1065
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung; hier: Beitrag des Landes

Prüfung der Möglichkeiten für KWK-Anlagen in den landeseigenen Liegenschaften

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 13/1222

Stadtbilderhaltung in der Landeshauptstadt und Gefährdung historischer Bausubstanz durch fortgesetzten Hausabbruch landeseigener Gebäude

Gefährdung einer historischen Häuserzeile an der Willy-Brandt-Straße durch Benötigung der Flächen im Zuge der Verwirklichung von Stuttgart 21, Bewertung der Kauf- bzw Sanierungsinteressen eines privaten Investors; Kontaktaufnahme mit der Stadt Stuttgart und der DB Projekte Süd GmbH mit dem Ziel einer neuerlichen Prüfung iRd Planfeststellungsverfahrens, Stopp eines möglichen Abbruchs bis zur Vorlage der Ergebnisse dieser

Prüfung

Antr
s. *Stuttgart*
Drs 13/1249

Einsparen von Heizenergie durch den Einsatz keramischer Nachbrenner

Umfang des Einsatzes keramischer Nachbrenner in Öl- und Gasheizungen und erzielbare Energieeinsparungen, Beurteilung der Einsatzmöglichkeiten in Landesgebäuden

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/1363

Metzingen

Tauschvertrag Polizeirevier Metzingen

Antr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/1385

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Umwandlung in je einen Landesbetrieb „Land“ und „Bund“, u.a. auf die Beteiligung des Ltg beim An- und Verkauf von Grundstücken, auf die Personalstruktur und -stärke, Erhebung von marktgerechten Mieten von den Dienststellen des Landes und Verwaltung der Liegenschaften des Ltg und der Hochschulen; Gründe für den Verzicht auf Einbeziehung der forst- und landwirtschaftlichen Liegenschaften sowie der Schlösser und Gärten

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/1509

Energiesparen und Einspar-Contracting bei Landesgebäuden

Entwicklung des Wärme- und Stromverbrauchs der Universitäten und Universitätskliniken u.a. Landesgebäude, der Kosten hierfür und erzielten Einsparungen an CO₂-Emissionen seit 1990; Bilanz und Ausbaumöglichkeiten der Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden, Schaffung entsprechender Anreize für die Nutzer landeseigener Liegenschaften

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/1671

Bad Wildbad

Verkauf der ehemaligen Trinkhalle an die Stadt

Antr FM 24.01.2003 Drs 13/1705
Antr FM 20.04.2005 Drs 13/4255
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4296
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen mit den Programmen „Impulsprogramm Altbau“ und „Energiesparprogramm Altbau“, Wärmedämmung und energetische Sanierung der Gebäude und Liegenschaften des Landes, Ergebnisse der konzertierten Aktionen „Klimaschutz durch Energiesparen“

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW im LKreis Heilbronn
Zustand und Veräußerungschancen der o.g. Gebäude, Ursachen und laufende Kosten des Verzichts auf eine Nutzung, Einschätzung der erzielbaren Gesamtverkaufssumme

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 27.03.2003 und Antw FM Drs 13/1942

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW im Altkreis Schwäbisch Gmünd

Zustand und Veräußerungschancen der o.g. Gebäude, laufende Kosten des Verzichts auf eine Nutzung

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 27.05.2003 und Antw FM Drs 13/2107

Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten

Erhaltung des o.g. Kulturdenkmals und Einleitung baulicher Sicherungsmaßnahmen; Frage nach Gefahren durch die Bauarbeiten iR von Stuttgart 21 sowie nach Verhandlungen mit der DB ProjektBau GmbH, Vorlage der Stellungnahme des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts und des Landesdenkmalamts

Antr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/2162

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW in der Landeshauptstadt Stuttgart

Umfang der o.g. Grundstücke und Gebäude; Möglichkeiten und Pläne zur Nutzung für den Wohnungsbau

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 22.07.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2294
BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 5 6
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Friedrichshafen

Veräußerung des landeseigenen Anwesens Allmandstraße 20 in Friedrichshafen

Antr FM 29.10.2003 Drs 13/2546
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.11.2003 Drs 13/2585
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3931

Haushalt 2004; Epl 12

Senkung der Kosten zur Gebäude- und Energiebewirtschaftung auf das realistische Niveau der Vorjahre

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2812-8 S. 35 36
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2812-14 S. 46
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2812 16 17 S. 48 49
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852-6 S. 11 12
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Fotovoltaik-Anlagen auf staatlichen Dachflächen

Verpachtung der Dachflächen landeseigener und kommunaler Gebäude zum o.g. Zweck, Höhe der damit jeweils erzielten bzw erzielbaren Einkünfte

KlAnfr
s. *Solartechnik*
Drs 13/2888

Vermögen der Hochschulen

Höhe des jeweiligen Körperschaftsvermögens der Hochschulen, Anteil des von den Hochschulen genutzten Grundvermögens des Landes, Buch- und Verkehrswert der von den Universitätskliniken übernommenen Grundstücke und grundstücksglei-

chen Rechte, Frage nach den immateriellen Vermögenswerten der Hochschulen bzw nach Art und Ergebnissen der wirtschaftlichen Verwertung

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/3004

Grundstücksverkäufe

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken nur in einem bauplanungsrechtlich entwickelten Zustand, Erreichung dieses Zustands durch die Ausweisung von Wohngebieten, Konsequenzen der Verkaufspolitik des Landes für die Innenentwicklung und Nutzung von Gewerbebrachen der betroffenen Kommunen, Vereinbarkeit mit der im Umweltplan geforderten Reduktion des Flächenverbrauchs; Abkehr vom o.g. Grundsatz, Abgabe von Verkaufsangeboten gegenüber den Kommunen nach dem jeweiligen Verkehrswert

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 28.04.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3150
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3652 S. 38 39
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Missachtung des Parlaments durch die staatliche Vermögensverwaltung

Begründung und Verantwortliche für den Abriss der denkmalgeschützten Häuser in der Willy-Brandt-Straße vor Behandlung des Antrags 13/1249 im Finanzausschuss; Höhe der Kosten für den Abbruch und die anschließende Sicherung der Grundstücke; Durchführung an einem verkehrsreichen Tag mit einer erforderlichen Fahrbahnspernung aufgrund von Hinweisen auf Protestaktionen? Erteilung einer Rüge gegenüber der Vermögensverwaltung, künftige Respektierung der Willensbildung des Parlaments und seiner Ausschüsse

Antr
s. *Bauverwaltung*
Drs 13/3163

Denkmalgeschützte Gebäude im Eigentum des Landes oder der Landesstiftung in Stuttgart

Auflistung der o.g. Gebäude, deren Nutzung und Sanierungsbedarf; Ausweisung der in den letzten drei Jahren verkauften und abgerissenen Gebäude mit der jeweiligen Begründung, Frage nach weiteren Planungen

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 16.07.2004 und Antw FM Drs 13/3391

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission, insbes Verkauf von Vermögen, Grundstücken, Forderungen

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/3465

Künftige Nutzung des Gebäudes der Versorgungskuranstalt Bad Wildbad

Schließungszeitpunkt der o.g. Einrichtung, geeignete Folgenutzungen, Überlegungen zur Nutzung für eine Fusion der Lehrerfortbildungsakademien in Donaueschingen und Calw, Bewirkung zusätzlicher Arbeitsplätze und Übernachtungszahlen, Möglichkeiten für die weitere Nutzung der bisherigen Akademiegebäude?

KlAnfr Thomas Blenke CDU 04.08.2004 und Antw FM Drs 13/3480

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3495

*Kaltenbronn**Veräußerung des Rasthauses Kaltenbronn*

Antr FM 11.08.2004 Drs 13/3525

BeschlEmpf und Bericht FinA 23.09.2004 Drs 13/3574

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Immobilienverkäufe durch das Land BW

Darlegung o.g. Verkaufsabsichten zur Haushaltssanierung 2005/06, insbes der avisierten Liegenschaften im Stadtbezirk der Stadt Stuttgart

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 13.08.2004 und Antw FM Drs 13/3503

Finanzierung von Jobtickets für unmittelbar und mittelbar Beschäftigte des Landes BW durch Einführung von Parkraumbewirtschaftung

Bewirtschaftung der landeseigenen Parkflächen, insbes im Bereich von Universitäten und Universitätskliniken; Nutzung der Erlöse zur ermäßigten Abgabe von Jobtickets der jeweiligen örtlichen Verkehrsverbände

Antr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/3588

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkwohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 18.10.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3658

BeschlEmpf und Bericht LandwA 01.12.2004 Drs 13/3932 S. 47 48

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Bildung von Übergangspersonalvertretungen; Änd des ErnennungsGes, des Landesbeamten- und -besoldungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw

s. *Bauverwaltung*

Drs 13/3720

*Waldshut-Tiengen**Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Gartenstraße 3 bis 9 in Waldshut-Tiengen*

Antr FM 16.11.2004 Drs 13/3748

BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2004 Drs 13/3788

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

*Tübingen**Verkauf des landeseigenen Grundstücks an der Correnstraße in Tübingen (Flst.-Nr. 1646/3)*

Antr FM 19.11.2004 Drs 13/3761

BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2004 Drs 13/3789

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

*Konstanz und Reichenau**Veräußerung von 13 landeseigenen Wohngebäuden auf den Gemarkungen Konstanz und Reichenau*

Antr FM 02.12.2004 Drs 13/3842

BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4012 IV. S. 5

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Stand der Bewirtschaftung von landeseigenen Pkw-Stellplätzen

Zahl der überdachten und nicht überdachten Stellplätze auf landeseigenen Liegenschaften, Höhe von derzeitigen bzw erzielbaren jährlichen Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung

Antr

s. *Parkplatz*

Drs 13/3883

Universität Heidelberg: Parkraumbewirtschaftung und Jobticket

Beurteilung der von der Universität Heidelberg angekündigten Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die Beschäftigten und Studierenden, Abstimmung des Vorhabens mit dem MWK und FM? Frage nach einem Positionswechsel zur Finanzierung von Jobtickets durch Parkraumbewirtschaftung; Informationsstand der Universität über Aufwand und Kosten des Projekts

KlAnfr

s. *Universität Heidelberg*

Drs 13/3906

Pilotprojekt - Public Private Partnership (PPP)

Erprobung des Betriebs eines landeseigenen Gebäudes durch Private, Beurteilung der bisher laufenden PPP-Projekte in Deutschland

KlAnfr

s. *Public Private Partnership*

Drs 13/3990

Regierungsviertel auf dem Gelände von Stuttgart 21

Befürwortung des o.g. Vorschlags von Justizminister Goll bzw von der gesamten LReg? Überlegungen zur künftigen Nutzung der dann frei werdenden Gebäude, Höhe und Finanzierung der zu erwartenden Kosten

KlAnfr

s. *Landesregierung*

Drs 13/4035

Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Gebäuden

Installierte Anlagen und deren Leistungsvermögen auf den Gebäudedächern der Universität Heidelberg u.a. Hochschulen,

Konditionen zur Überlassung der Dachflächen an private Betreiber

KIAnfr
s. *Solartechnik*
Drs 13/4033

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen
Forcierung von Maßnahmen zur rationellen Energienutzung in landeseigenen Liegenschaften durch den verstärkten Einsatz von PPP-Finanzierungen
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Die Haltung der LReg zu den Überlegungen „Regierungsviertel im Stuttgart 21-Areal“

Frage nach den rechnerischen Grundlagen für den o.g. Vorschlag von Justizminister Goll; Erteilung einer verbindlichen Absage zu den Überlegungen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4077

Karlsruhe

Veräußerung der landeseigenen Gebäude Kaiserstraße 229/Hirschstraße 7 in Karlsruhe

Antr FM 15.03.2005 Drs 13/4157
BeschlEmpf und Bericht FinA 07.04.2005 Drs 13/4199
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Immobilienverkäufe des Landes, die Gründung einer öffentlich-privaten Partnerschaft und die Haushaltsordnung des Landes

Höhe der im Haushalt veranschlagten und getätigten Verkäufe, Form und erwartete Gegenleistung der Einbringung und Verwertung weiterer Liegenschaften iRd o.g. Partnerschaft, Vereinbarkeit der Beteiligung an einer gemeinsamen Verwertungsgesellschaft mit Privaten sowie der Aufteilung der Erlöse mit der Haushaltsordnung, Wahrung der Beteiligungsrechte des Parlaments bei der Veräußerung von Grundstücken; Konsequenzen der Aufgabenverlagerung für die Hochbauverwaltung

Antr Nils Schmid u.a. SPD 16.03.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4156
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 9-11
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Freiburg

Verkauf des Grundstücks Flurstück-Nr. 3554/9 in Freiburg

Antr FM 30.03.2005 Drs 13/4195
BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4478
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7039

Erhalt der Lehrerfortbildungsakademie in Donaueschingen

Art und Umfang der getätigten und noch vorgesehenen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Gebäudeensemble in Donaueschingen, notwendige Investitionen bzw. zusätzliche Reisekosten im Falle einer Verlagerung, Frage nach den wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten für die dann aufgegebenen Liegenschaften

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/4227

Nutzung von Liegenschaften durch die LReg

Eingelegte Liegenschaften des Landes in der Landesstiftung, Abführung von möglichen Veräußerungserlösen dieser Liegenschaften an die Landesstiftung, Höhe der jährlichen Mietzahlungen der Ministerien für diese u.a. Liegenschaften

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4286

Weg vom Öl; hier: Liegenschaften des Landes

Art und Kosten der Wärmeversorgung von Universitäten, Kliniken u.a. Landesgebäuden; Einsatz von Öl, Gas u.a. Energieträgern; Umstellung auf regenerative Brennstoffe, insbes auf Holz, bei turnusmäßigen Erneuerungen der Heizungsanlagen; Anstreben des Passivhausstandards bei Neubauten, generelle Prüfung der Nutzung regenerativer Energien, Verstärkung der Bemühungen um eine energetische Sanierung der Gebäude, ggf über Contracting-Modelle

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/4310

Offenburg

Verkauf des landeseigenen Anwesens Badstraße 20 a/b

Antr FM 11.05.2005 Drs 13/4331
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.06.2005 Drs 13/4392
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Erbenermittlung im Zusammenhang mit der Veräußerung von Immobilienbesitz des Landes

Fiskalerbschaften des Landes in den letzten 30 Jahren, Auflistung der darunter fallenden o.g. Immobilien, Frage nach der jeweiligen Bestellung von Nachlass- oder Abwesenheitspflegern bzw Einschaltung von Erbenermittlungsinstituten

KIAnfr
s. *Erbschaft*
Drs 13/4365

Wirtschaftliche Perspektive für das Haupt- und Landgestüt Marbach

Überführung in eine Gesellschaft privaten Rechts, Übertragung der vollen unternehmerischen Verantwortung auf die Geschäftsführung, Budgetierung und Reduzierung der Zuschüsse, Hinwirkung auf eine Kapitalbeteiligung des Pferdezüchterverbands und benachbarter Gemeinden sowie auf ein Tourismus- und Marketingkonzept, Übertragung der nicht selbst genutzten Liegenschaften an die Landes-Immobilien-gesellschaft

Antr
s. *Pferdezucht*
Drs 13/4439

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken an die Schwäbische Hüttenwerke GmbH im Zusammenhang mit der Veräußerung des Anteils der Landesstiftung BW gGmbH an dem Automotivbereich der Schwäbische Hüttenwerke GmbH an Nordwind Capital

Antr
s. *Schwäbische Hüttenwerke GmbH*
Drs 13/4541

Sinn und Zweck der neu gegründeten Landesimmobilien-gesellschaft

Aufbau und Arbeitsweise der o.g. GmbH in privater Rechtsform zur Verwertung von landeseigenen Immobilien neben dem

Landesbetrieb Vermögen und Bau, Begründung der nachfolgenden Errichtung einer Kommanditgesellschaft mit direkter Beteiligung eines Privaten, Anwendung eines Public-Private-Partnership-Modells?

Antr Nils Schmid u.a. SPD 09.08.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4594
 BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 9-11
 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Heidelberg

Verkauf der ehemaligen Poliklinik

Antr FM 02.09.2005 Drs 13/4630
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.09.2005 Drs 13/4649
 PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen
 Einnahme einer Vorreiterrolle durch energetische Modernisierung und Nutzung erneuerbarer Energien bei staatlichen Liegenschaften

GrAnfr
 s. *Energiepolitik*
 Drs 13/4635

Verzögerung bei der Einführung von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket im Neuenheimer Feld in Heidelberg

KlAnfr
 s. *Universität Heidelberg*
 Drs 13/4690

Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21

Frage nach ernsthaften Erwägungen bzw Untersuchungen zum Bau eines neuen Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21

MdlAnfr
 s. *Landesregierung*
 Drs 13/4683

Karlsruhe

Verkauf von landeseigenen Erbbaugrundstücken an die Hardtwaldsiedlung Karlsruhe eG

Antr FM 06.10.2005 Drs 13/4699
 BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2005 Drs 13/4736
 PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Heidelberg

Verkauf einer Teilfläche des landeseigenen Grundstücks Flst.-Nr. 1856

Antr FM 28.10.2005 Drs 13/4797
 BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2005 Drs 13/4838
 PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Widersprüchliche Aussagen der LReg hinsichtlich der Kosten einer Untersuchung über den Neubau eines Regierungsviertels

Durchführung der o.g. Untersuchung zur Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21 mit eigenem Personal des Finanzministeriums; Gründe und Kosten der Ausschreibung und Vergabe an Fremdfirmen entgegen der genannten Ankündigung iRd Fragestunde vom 06.10.2005 im Landtag

Antr
 s. *Landesregierung*
 Drs 13/4993

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Ergebnisse von Prüfaufträgen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Landesgebäuden sowie zur Einführung bundesweiter Regelungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energien, insbes Nutzung von Holz; verfügbare Mittel zur Förderung von BHKW-Anlagen mit kleiner Leistung

Antr
 s. *Klima*
 Drs 13/5065

Effizienter Energieeinsatz im staatlichen Hochbau

Bewertung der Verfahren zur Überwachung des Wärme- und Stromverbrauchs der Landesgebäude, Vergleich des Energiebedarfs mit öffentlichen Gebäuden in anderen BLändern und der Schweiz, Beurteilung des Potenzials für Energiespar-Contracting sowie der herangezogenen Daten für den Energiepass, Entwicklung praktikabler Modelle zur Erhebung des Energieverbrauchs und der Einsparmöglichkeiten im Bereich der Nicht-Wohngebäude

KlAnfr
 s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/5101

Verkauf landeseigener Wohngebäude und Erbbaugrundstücke

Antr FM 02.03.2006 Drs 13/5209
 (Eingegangen nach Ablauf der Sitzungsperiode des FinA, Zustimmung wird unterstellt nach Ablauf der Einwendungsfrist)

Karlsruhe

Verkauf der landeseigenen Grundstücke, Flst.-Nrn. 3878 und 7071

Antr FM 13.04.2006 Drs 13/5230
 (Eingegangen nach Ablauf der Sitzungsperiode des FinA, Zustimmung wird unterstellt nach Ablauf der Einwendungsfrist)

Untersuchung der Bewirtschaftungs- und Energiekosten für die staatlichen Gebäude

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1073 1079

Einsparungen bei den Bewirtschaftungs- und Energiekosten für die staatlichen Gebäude

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1095

Nutzung der regenerativen Energien im Gebäudebestand des Landes

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1378

Energiesparmaßnahmen im Gebäudebestand des Landes

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3140 3147 3151

Erhaltung der Behelfsbauten zur Aufnahme von Spätaussiedlern

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4056

Veräußerung nicht benötigter Grundstücke

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443

Ablehnung einer pauschalierten Erstattung der Kosten für die landeseigenen Flüchtlingsunterkünfte auf die Stadt- und LKreise

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4524 4526 4527 4529 4531

Veräußerung nicht mehr benötigter Grundstücke, Erfolgsbewertung der angelaufenen Verkaufsoffensive

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643 5698

Veräußerung nicht benötigter Grundstücke zur Deckung des Haushalts

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802

Abmilderung der aktuellen Neuverschuldung durch Grundstücksverkäufe

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960

Veräußerung nicht mehr benötigter Grundstücke, Erfolgsbewertung der angelaufenen Verkaufsoffensive

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6104 6105

Veräußerung von Grundstücken zur Reduzierung der Deckungslücken im Haushalt

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141

Übertragung der Verwertung von landeseigenen Immobilien an private Gesellschaften, Verwendung der Erlöse zur Senkung der Nettoneuverschuldung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Verwendung der Erlöse aus Immobilienverkäufen zum Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476

Erhebung des Sanierungsbedarfs für die landeseigenen Immobilien, Steigerung der Effizienz im Immobilienmanagement an den Universitäten

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6694-6698

Energiebedarf der landeseigenen Liegenschaften, Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042

Kritik an der geplanten Übertragung der Verwertung von landeseigenen Immobilien an private Gesellschaften, Bekräftigung der Veräußerung von nicht mehr benötigten Landesimmobilien

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7313 7336 7337 7342 7344

Veräußerung von nicht mehr benötigten Landesimmobilien, Verwendung der Erlöse zur Absenkung der Neuverschuldung; Optimierung des Immobilienmanagements

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7398 7402

Umsetzung der Empfehlung des RH zur Umstellung der landeseigenen Gebäude auf Holzhackschnitzelheizanlagen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7853-7856

Landeseigenes Grundstück

s. *Landeseigene Immobilien*

Landeseisenbahngesetz

s. *Eisenbahngesetz*

Landesenteignungsgesetz

s. *Enteignung*

Landesentwicklungsbericht

Landesentwicklungsbericht BW 2005 (LEB 2005)

Mittlg WM 28.10.2005 Drs 13/4805

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.01.2006 Drs 13/5058

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7858

Landesentwicklungsgesellschaft

Ausverkauf von LEG-Mietwohnungen in BW

Verhinderung der o.g. Transaktion über die Landesbank BW

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 18.07.2001 und Stellungnahme

FM Drs 13/101

BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 8 9

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Situation der Landesentwicklungsgesellschaft

Entwicklung der Wirtschaftsdaten und Beteiligungsverhältnisse der LEG seit 1999; Zahl der privatisierten und weiterveräußerten Wohnungen, Reinvestition der Erlöse in den Wohnungsneubau, Umfang der Vergabe von Landesaufträgen, Eintreten für die struktur- und sozialpolitischen Ziele im Aufsichtsrat

Antr Günter Fischer u.a. SPD 28.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/891

Landesentwicklungsplan

s.a. *Landesentwicklungsbericht*

s.a. *Regionalplanung*

Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt

Einschätzung der vom Entw eines neuen LEntwicklungsplans ausgehenden Impulse

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/241

Fortschreibung des LEntwicklungsplans BW (LEP); hier: Anhebungsverfahren nach § 5 Abs 2 und 3 des LPlanungsGes

BeschlEmpf und Bericht WirtA 05.12.2001 Drs 13/527 (dazu Antr Nr. 1-5) (36 S.)

Antr SPD 13.12.2001 Drs 13/573

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 749-762

Mittlg LReg 28.05.2002 Drs 13/1036

Mittlg LReg 20.08.2002 Drs 13/1297

(Verbindlicher LEP 2002 BW als Broschüre mit Anhang und Begründung)

GBI 2002 Nr. 9 S. 301-341

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und Landesplanungsges sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr

s. Landschaftsveränderung

Drs 13/1010

Planung einer Skihalle in Sasbachwalden; hier: Zielabweichungsverfahren

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesentwicklungsplans, Berücksichtigung der Bedenken und Anregungen von Verbänden und Organisationen, Zeitpunkt für eine Entscheidung in der Sache

Antr

s. Sportstätte

Drs 13/1609

Berücksichtigung der nachzumeldenden FFH-Gebiete im Landesentwicklungsplan

Berücksichtigung o.g. Nachmeldungen im LEP 2002 bzw in den Anhörungen zum Rohstoffsicherungskonzept

KlAnfr

s. Natura 2000

Drs 13/1905

Skihalle Sasbachwalden

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesentwicklungsplans und des Landesumweltplans, Gewichtung und Konsequenzen der kritischen Haltung des UVM; Ablehnung der beantragten Zielabweichungen

Antr

s. Sportstätte

Drs 13/2043

Realisierung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 für den Bodenseeraum

Umsetzung o.g. Ziele in die Regionalplanung, Auswirkungen auf die Bauleitplanung und Weiterentwicklung des Bodensee-Uferbereichs, Notwendigkeit einer Raumbbeobachtung, z.B. zur Bevölkerungsentwicklung in den Seeufergemeinden oder zum Flächenversiegelungsgrad?

KlAnfr

s. Bodensee

Drs 13/2369

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Unterstützung der Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen Landesentwicklungsplans

GrAnfr

s. Güterverkehr

Drs 13/2413

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw

s. Bodenschutz

Drs 13/3677

Vereinbarkeit des geplanten Unterhaltungszentrums Ergenzingen Ost (Stadt Rottenburg) mit dem Landesentwicklungsplan (LEP)

Vereinbarkeit der o.g. Freizeiteinrichtung mit einer Großdisco und Gastronomiebetrieben mit dem LEP und den Festlegungen des Regionalplans Neckar-Alb, insbes durch den starken Besucherverkehr und den dafür notwendigen Flächenverbrauch für 880 ebenerdige Parkplätze; Bewertung der Planung in einem Kleinzentrum an der Autobahn ohne Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel; Frage nach Instrumenten zur Verhinderung derartiger Vorhaben

KlAnfr

s. Freizeiteinrichtung

Drs 13/3762

Energieerzeugungsstandort BW: Investitionsverlagerung in andere BLänder verhindern!

Unterstützung der Stadtwerke bei Investitionen in eigene Energieerzeugungsanlagen, Angebot von baureifen Standorten für moderne und hocheffiziente Großkraftwerke bzw GuD-Kraftwerke, Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Antr

s. Energieerzeugung

Drs 13/4190

Europäische Metropolregion Oberrhein

Vereinbarkeit einer Anerkennung des Rhein-Neckar-Dreiecks als Europäische Metropolregion mit der Zielsetzung des Landesentwicklungsplans, den Europäischen Verflechtungsraum Oberrhein i.S. einer Europäischen Metropolregion zu behandeln; Frage nach einer Aufrechterhaltung dieser Option

KlAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/4215

Landesrechtliche Vorgaben für die geplanten großflächigen Einzelhandelsvorhaben in Metzingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorhaben mit Fabrikverkauf mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans und des Einzelhandelsregulierungsgesetzes; Durchsetzung dieser Vorgaben auch bei den Planungen in Metzingen

Antr

s. Factory Outlet Center

Drs 13/4350

Fortschreibung des LEP, Bewertung des vorgelegten Entw als zu Stuttgart-lastig

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 77

Aufwertung der Regionen im Zuge der Fortschreibung des LEntwicklungsplans

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 292

Ausweisung der Region Karlsruhe als europäische Metropolregion im Landesentwicklungsplan

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1522

Ausweisung des Oberrheingebiets als ein europäischer Verdichtungsraum im Landesentwicklungsplan

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1978 1992

Bedeutungszuwachs der Regionen nach dem neuen Landesentwicklungsplan, Aussagen des LEP zur Weiterentwicklung des Luftverkehrs

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2381 2410 2411 2415 2418 2422 2425 2428 2430

Ausweisung der Bodenseeregion als Verdichtungsraum mit besonderer struktureller Prägung nach dem Landesentwicklungsplan

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3296 3298 3301

Umsetzung von Zielen im Umweltplan mit dem Landesentwicklungsplan 2002

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3777 3780 3785

Behandlung des Europäischen Verflechtungsraums Oberrhein i.S. einer Europäischen Metropolregion nach dem Landesentwicklungsplan

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6352

Aussagen des LEP zur Flughafendichte in BW; Verankerung der regionalen Entwicklungsplanung im LEP

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6536-6539 6595 6600

Bewertung einer Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr als unvereinbar mit den Zielen des Landesentwicklungsplans

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7760-7763

Landeserziehungsgeld

s. Erziehungsgeld

Landesfachklasse

s. Fachklasse

Landesfamilienpass

s. Familienpass

Landesfeuerweherschule

s. Feuerwehr

Landesfischereiverordnung

s. Fischereirecht

Landesforstverwaltung

s. Forstverwaltung

Landesgartenschau

s. Gartenschau

Landesgebührengesetz

s. Gebühren

Landesgeschichte

s. Geschichte

Landesgesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit

s. Freiwillige Gerichtsbarkeit

Landesgesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung

s. Umweltverträglichkeitsprüfung

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

s. Behinderter

Landesgestüt Marbach

s. Pferdezucht

Landesgesundheitsamt

s. Gesundheitsbehörde

Landesgewerbeamt

s.a. Wirtschaftsförderung

Informationen des Landesgewerbeamts

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten von Publikationen des LGA; Abstimmung mit der Standortwerbung des Landes?

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 11.07.2001 und Antw WM Drs 13/65

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1387

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Tätigkeit des Landesgewerbeamts (LGA)

Wahrnehmung der Aufgaben aus dem ArbeitsschutzGes; Eingliederung von Teilen des LGA in verschiedene Landratsämter, Verbleib von Restaufgaben bei einer möglichen Zentralstelle; Vereinbarkeit der Vorstellungen zur Verwaltungsreform und Wirtschaftsförderung

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 23.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2101

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 4 5

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Organisation und Rechtsform des Landesgewerbeamts

Ankündigung einer Organisationsuntersuchung durch den Präsidenten des LGA sowie Aussagen zum Interesse der L-Bank an der Wirtschaftsförderung, Frage nach dem Nutzen der angekündigten Studie vor dem Hintergrund der laufenden Untersuchungen des RH

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 13.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2156

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S.

4 5

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Regionale und kommunale Wirtschaftsförderung

Bestehende Einrichtungen, Aufgaben und Zusammenarbeit untereinander sowie mit dem WM und den landesweit tätigen Institutionen wie Landesgewerbeamt, L-Bank und GWZ; Maßnahmen zur Förderung und Koordination sowie zur Präsenz der Regionen auf europäischer Ebene; Auswirkungen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung des Landes

Antr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/2328

Erhalt der Stuttgarter Buchwochen und der Karlsruher Bücherschau

Gefährdung der o.g. Buchausstellungen durch Sparmaßnahmen und Umorganisation des Landesgewerbeamts im Zuge der Verwaltungsreform; Erhaltung durch nachhaltige Unterstützung iRd Wirtschaftsförderung

Antr

s. *Stuttgarter Buchwoche*

Drs 13/2435

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 19) - Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landesgewerbeamts

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XVI. S. 5

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Mittlg LReg 20.09.2004 Drs 13/3555

Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Prüfung einer Umwandlung des Aufgabenbereichs des Landesgewerbeamts in die Rechtsform einer GmbH

EAntr CDU und FDP/DVP 27.11.2003 Drs 13/2676

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3915-3922

Drohende Auflösung des Landesgewerbeamtes

Konkretisierung o.g. Pläne im Zuge der Verwaltungsreform, Übertragung der Aufgaben und des Personals auf die Stadt- und LKreise? Überlegungen zur zeitlichen Umsetzung und weiteren Nutzung des Gebäudes; Vorlage einer Konzeption für eine zukunftssträchtige Wirtschaftsförderung unter Beteiligung der Wirtschaft

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 11.12.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2724

BeschlEmpf und Bericht WirtA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 14-16

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Haushalt 2004; Epl 07

Reduzierung der Personal- und Sachkosten beim Landesgewerbeamt

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807 19 20 S. 50-52

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807-22 S. 54

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Design Center Stuttgart

Internationales Renommee der o.g. Einrichtung als Kompetenzzentrum des Landes für Design und kreative Dienstleistungen; Verzicht auf eine Namensänderung und Standortverlagerung im

Zuge der geplanten Auflösung des Landesgewerbeamts

Antr

s. *Design*

Drs 13/3040

Zukunft der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung (ARGEN) in BW

Auswirkungen der Auflösung des Landesgewerbeamts

Antr

s. *Fortbildung*

Drs 13/3263

Standortentscheidung für das Design Center Stuttgart

Begründung der o.g. Entscheidung nach der Auflösung des Landesgewerbeamts, Frage nach der künftigen Betriebsform und Finanzierung sowie Kooperation mit anderen Design-Standorten

KlAnfr

s. *Design*

Drs 13/3307

Ges zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Auflösung des Landesgewerbeamts, Aufhebung der entsprechenden VO; Änd des ErnennungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Ordnungswidrigkeiten

GesEntw

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/3491

Weiterentwicklung des LGA als Servicecenter; Umwandlung in eine Wirtschaftsfördergesellschaft BW

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 701-703 705

Weiterentwicklung des LGA als Servicecenter

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 948 951

Weiterentwicklung des LGA zu einem Haus der Wirtschaft

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4285 4290 4291 4293 4294 4296

Übertragung der Aufgaben des Landesgewerbeamts auf die Reg-Präs

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898

Verzicht auf eine Zerschlagung des Landesgewerbeamts, Bündelung der Wirtschaftsförderung

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5021

Einsparung der mit der Auflösung des Landesgewerbeamts wegfallenden Stellen, Bewertung der Eingliederung des Landesgewerbeamts ins WM

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6025 6030 6031

Bewertung der neuen Anlaufstelle „W-Punkt“ im umstrukturierten Landesgewerbeamt, Übertragung von Zuständigkeitsbereichen ins WM

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330 6332-6336

Landesgleichberechtigungsgesetz

s. *Gleichberechtigung*

Landesgraduiertenförderungsgesetz*s. Graduiertenförderung***Landeshaushaltsordnung***s. Haushaltsrecht***Landeshochschulgebührengesetz***s. Hochschulgebühren***Landesholding***s. Landesbeteiligung***Landesinstitut für Erziehung und Unterricht**

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung
Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und -fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw
s. Landesinstitut für Schulentwicklung
Drs 13/3678

Neustrukturierung bzw Aufwertung des LEU
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1751 1752 1771 1772

Zuweisung der Rolle eines Kompetenzzentrums an das LEU für den Bereich der Lehreraus- und -fortbildung
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2815 2837 2840

Landesinstitut für Schulentwicklung

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung
Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und -fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw LReg 19.10.2004 Drs 13/3678 (19 S.)
1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5620-5625
BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.11.2004 Drs 13/3768
ÄAntr GRÜNE 08.12.2004 Drs 13/3857 1-2
ÄAntr SPD 08.12.2004 Drs 13/3857-3
2. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5770-5777
GesBeschl 09.12.2004 Drs 13/3895
GB1 2004 Nr. 17 S. 903-907 (Ges vom 14.12.2004)

Datenbank „Studieren in BW“ als Informationsquelle für Studieninteressierte

Notwendigkeit der o.g. Informationsmöglichkeit angesichts komplexer Zulassungsmodalitäten mit hochschuleigenen Tests, den Übergängen von der Diplom- in die Bachelor/Master-Struktur etc sowie einer richtigen Studienfach- und Studienortentscheidung; Gründe für die Nicht-Erreichbarkeit der

vom Landesinstitut für Schulentwicklung betriebenen Online-Datenbank mit den von Hochschulen, FH und Berufsakademien angebotenen Studiengängen; Gewährleistung des Betriebs und der Pflege dieser Datenbank

Antr
s. Informationssystem
Drs 13/4871

Landesjagdgesetz*s. Jagdrecht***Landesjubiläum***s. Jubiläum***Landesjugendamt***s. Jugendamt***Landesjugendbericht***s. Jugendbericht***Landesjugendplan***s. Jugendplan***Landesjugendring***s. Jugendorganisation***Landesjustizkostengesetz***s. Justizkosten***Landeskatastrophenschutzgesetz***s. Katastrophenschutz***Landeskrankenhausgesetz***s. Krankenhausgesetz***Landeskrebsregistergesetz***s. Krebsregister***Landeskreditbank**

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW
Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1387

Verhältnis zwischen L-Bank und neuer Mittelstandsbank

Bewertung der Zusammenlegung der Förderbereiche der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank, Auswirkungen der Überschneidungen und Attraktivität der angebotenen Darlehensprogramme, Beurteilung von sinnvollen Kooperationen

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 28.05.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2120

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 8-10

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Organisation und Rechtsform des Landesgewerbeamts

Ankündigung einer Organisationsuntersuchung durch den Präsidenten des LGA sowie Aussagen zum Interesse der L-Bank an der Wirtschaftsförderung, Frage nach dem Nutzen der angekündigten Studie vor dem Hintergrund der laufenden Untersuchungen des RH

Antr

s. *Landesgewerbeamt*

Drs 13/2156

Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Zahl von Nebenerwerbs- und Vollerwerbsgründungen in den Bereichen Produktion und Dienstleistung in den letzten fünf Jahren, Vergleich mit anderen BLändern; Förderung über Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken; Aufstockung der Förderung von Betriebsübernahmen sowie der Ausfallbürgschaften bei der Bürgschaftsbank, L-Bank und beim Land

Antr

s. *Existenzgründung*

Drs 13/2174

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Regionale und kommunale Wirtschaftsförderung*

Bestehende Einrichtungen, Aufgaben und Zusammenarbeit untereinander sowie mit dem WM und den landesweit tätigen Institutionen wie Landesgewerbeamt, L-Bank und GWZ; Maßnahmen zur Förderung und Koordination sowie zur Präsenz der Regionen auf europäischer Ebene; Auswirkungen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung des Landes

Antr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/2328

Ges zur Änd des Ges über die Landeskreditbank BW - Förderbank

Umsetzung der Verständigung zwischen der Europäischen Kommission und der Bundesrepublik über die Ausrichtung rechtlich selbstständiger Förderinstitute für den Bereich der L-Bank

GesEntw LReg 26.11.2003 Drs 13/2672

1. Beratung PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4043-4047

BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2910

2. Beratung PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4517-4520

GesBeschl 10.03.2004 Drs 13/3019

GBI 2004 Nr. 4 S. 98 99 (Ges vom 11.03.2004)

Politik für mittelständische Unternehmen

Abstimmung der Angebote der L-Bank und der KfW/DtA-Mittelstandsbank

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2677

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zum Bürgschaftsfall Deyhle

Grundlagen und Bedingungen für das Zustandekommen der o.g. Bürgschaft, Zulässigkeit eines Verzichts auf die Zweckbindung bei der Gewährung von Landesbürgschaften bzw der Verwendung zur Tilgung von Privatschulden? Anlass, Gründe, Stand und Zeitpunkt des Abschlusses o.g. Ermittlungen gegen Herrn Deyhle wegen des Verdachts auf Betrug zulasten der L-Bank; Vorlage des Bürgschaftsvertrags zwischen dem Land und der L-Bank sowie des Vertrags zwischen der L-Bank und Herrn Deyhle über den Aktienverkauf der Stella AG im Wirtschaftsausschuss

Antr

s. *Bürgschaft*

Drs 13/2716

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Einlage bei der LBBW, Höhe und Verwendung des Bankbeitrags der L-Bank

Antr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/3465

Abwicklung von Projekten iRd ESF-Ziel 3-Förderung

Halbzeitbilanz und Ausblick der o.g. Förderung bis 2006; Projekte, Träger, Schwerpunkte und beschäftigungspolitische Erfolge; Gestaltung der Finanzierung und Kofinanzierung bzw der Projektabwicklung bei der Landeskreditbank; Hinwirkung auf eine Vereinfachung der aufwendigen Verwaltungsabwicklung, insbes bei der Mittelabrufung und Erstellung von Verwendungsnachweisen; Prüfung einer Formularvereinfachung zur Einreichung an eine bei der Landeskreditbank angesiedelte Beratungs- und Begleitstelle

Antr

s. *Europäischer Sozialfonds*

Drs 13/3508

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3598

Abwicklung von Finanzierungen durch die Bausparkasse Badenia mit Sitz in Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der landeseigenen L-Bank

Art und Umfang der Beteiligung der L-Bank an der Finanzierung von Immobiliengeschäften der Badenia, Einflussnahme auf die Verzinsung der Darlehen zwischen Immobilienerwerber und Darlehensgeber, Ausgestaltung der jeweiligen Kredit- und Kaufverträge

KIAnfr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/4270

Zugehörigkeit von Herrn Staatssekretär Dr. Horst Mehrländer zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Staatssekretär Dr. Mehrländer als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Landeskreditbank BW - Förderbank

Antr
s. *Mehrländer, Horst Dr. FDP/DVP*
Drs 13/4530

Wohnungsbauförderung des Landes am Bedarf vorbei

Höhe der noch nicht abgerufenen Mittel des Wohnungsbauprogramms 2005 verteilt auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau, Vergleich mit der Inanspruchnahme des 1000-Dächer-Programms der L-Bank; Steigerung der Attraktivität der Programme nach den Vorschlägen der Verbände der im sozialen Wohnungsbau engagierten Wohnungsunternehmen; Erhöhung des Mietwohnungsanteils und des Subventionswerts der Landesbaudarlehen im Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/4780

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank

GesEntw
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4858

Kreditfinanzierungsmöglichkeiten des Mittelstands über die L-Bank

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2367 2369

Kritik des RH an der L-Bank, Einbehaltung eines zu hohen Anteils der Fördergelder als Kreditbearbeitungsaufwand, Offenlegung der Kostenkalkulation; Zusammenarbeit mit den Sparkassen; Finanzierung des Landesstraßenbaus über die L-Bank

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3912-3915 3917 3918 3920

Ablehnung einer Veräußerung der Rothaus-Brauerei und des Staatsweinguts Weinsberg an die Landeskreditbank; Erhaltung der Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die Förderbank

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4011 4020 4021 4027 4034 4041 4043-4047

Ablehnung einer Veräußerung der Rothaus-Brauerei an die Landeskreditbank

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4365 4367 4374 4376

Lob für die Arbeit ehemaliger Landtagsabgeordneter im Vorstand der L-Bank

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5170 5172 5175-5177

Übertragung der operativen Mittelstandsförderung auf die L-Bank

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5552-5555

Verwendung von Sonderausschüttungen der L-Bank zur Deckung des Haushalts

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643

Ansiedlung der Wirtschaftsförderung bei der L-Bank; Ablehnung einer Veräußerung der Rothaus-Brauerei an die Landeskreditbank

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820 5827

Darlehensvergaben der L-Bank an den Mittelstand, Förderung von Existenzgründungen, Bündelung der Beratung und Finanzierung bei der L-Bank

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014 6025 6029 6031

Verwendung von Sonderausschüttungen der L-Bank zur Deckung des Haushalts; Zwischenfinanzierung des Aktienzukaufs der OEW an der EnBW über die L-Bank

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6105 6125-6127 6130 6131 6135 6137

Verwendung von Sonderausschüttungen der L-Bank zur Deckung des Haushalts

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141

Bewertung der Finanzierungsberatung und Abwicklung der Wirtschaftsförderprogramme bei der L-Bank, Belassung der fachspezifischen und technischen Beratung bei den dafür gegründeten Kompetenzzentren

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330 6332-6334

Bemühungen der LReg um eine Beteiligung der L-Bank an der Defizitabdeckung des Hockenheimrings

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6886 6887 6890

Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7321 7322

Plädoyer für eine bessere Förderung des Mittelstands mit Darlehen und Bürgschaften der L-Bank

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7892

Landeskreditbankgesetz

s. *Landeskreditbank*

Landeskriminalamt

s. *Kriminalpolizei*

Landeskuratorium Bürgerarbeit

s. *Ehrenamt*

Landesmediengesetz

s. *Mediengesetz*

Landesmesse

s. *Messe (Ausstellung)*

Landesmessegesetz

s. *Messe (Ausstellung)*

Landesmuseum

s. *Museum*

Landesmuseum für Technik und Arbeit

s. *Museum*

Landesnaturenschutzgesetz

s. *Naturschutzrecht*

Landesneben tätigkeitsverordnung

s. *Nebentätigkeit*

Landesoberkasse

s. *Finanzverwaltung*

Landespachtverkehrsgesetz

s. *Pacht*

Landespersonalausschuss

s.a. *Personalvertretung*

Geschäftsbericht des LPersonalA für das Jahr 2000 - Drs 12/6058 - Mittlg des LPersonalA vom 10.04.2001

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 41

Geschäftsbericht des LPersonalausschusses für die Jahre 2001 und 2002

Mittlg LPersonalausschuss 08.04.2003 Drs 13/1975 (21 S.)

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893

Geschäftsbericht des LPersonalausschusses für das Jahr 2003

Mittlg LPersonalA 18.03.2004 Drs 13/3094 (20 S.)

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769

Landespersonalausweisgesetz

s. *Ausweis*

Landespersonalvertretungsgesetz

s. *Personalvertretung*

Landespflegegesetz

s. *Pflegegesetz*

Landesplanung

s.a. *Landesentwicklungsbericht*

s.a. *Landesentwicklungsplan*

s.a. *Landschaftsveränderung*

s.a. *Regionalplanung*

s.a. *Strukturentwicklungsbericht*

Neue Windkraftpolitik in BW?

Auswirkungen einer angekündigten restriktiven Genehmigungspraxis bzw Konzentration von Windkraftanlagen in Windkraftparks, Ausgestaltung einer Änd des LPlanungsGes, Festhalten an der in Drs 12/1234 erteilten Aussage zur Genehmigung von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten? Anstreben der Zielsetzung zur Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2010, Hinwirkung auf einen geordneten Ausbau der Windkraft auf der Grundlage der Privilegierung gemäß § 35 BauGB

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 13/269

Fortschreibung des LEntwicklungsplans BW (LEP); hier: Anhörungsverfahren nach § 5 Abs 2 und 3 des LPlanungsGes

Mittlg

s. *Landesentwicklungsplan*

Drs 13/527

Genehmigung von Windkraftanlagen; hier: Raumbedeutsamkeit einzelner Anlagen

Beurteilung der Rechtsprechung zur o.g. Problematik in anderen BLändern; Vereinbarkeit der im LandesplanungsGes vorgesehenen Einstufung aller Windkraftanlagen über 50 m Höhe als raumbedeutsame Anlagen mit der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/806

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und LandesplanungsGes sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr

s. *Landschaftsveränderung*

Drs 13/1010

Verpflichtung der Regionalverbände zur Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen in den Regionalplänen

Auswirkungen der ausschließlichen Ausweisung von Vorranggebieten mit außergebietlicher Ausschlusswirkung, Bestandschutz für die bisherigen Planungen, Einbindung der Regionalverbände in das beabsichtigte Verfahren zur Änd des LandesplanungsGes; Bereitstellung von aussagekräftigen Winddaten; Ausräumung von Rechtsunsicherheiten durch einen Einführungserlass zur Fortschreibung der Regionalpläne

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/1033

LandesplanungsGes in anderen BLändern

Umsetzung des Raumordnungsges des Bundes in BW u.a. BLändern, Regelungen für die Ausweisung von Windkraftstand-

orten, Forcierung des vom Bundesgesetzgeber im Baugesetzbuch geforderten deutlichen Ausbaus der Windenergie

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 27.02.2003 und Antw WM Drs 13/1840

Ges zur Änd des LandesplanungsGes u.a. Ges

Umsetzung des RaumordnungsGes des Bundes, Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die RegPräs, Aufhebung von Richtwerten zur Siedlungsstruktur in den Regionalplänen, Vorgaben für regionalplanerische Festlegungen zu Windkraftanlagen, Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verfahren der Aufstellung und Fortschreibung von Regionalplänen; Änd der LHO sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw LReg 12.03.2003 Drs 13/1883 (44 S.)
1. Beratung PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2870-2880
BeschlEmpf und Bericht WirtA 09.04.2003 Drs 13/1970 (da- zu ÄAntr Nr. 1-9) (18 S.)
ÄAntr GRÜNE 06.05.2003 Drs 13/2040 1-5
ÄAntr SPD 06.05.2003 Drs 13/2040 6-9
2. Beratung PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2977-2991
GesBeschl 07.05.2003 Drs 13/2064 (10 S.)
GBI 2003 Nr. 5 S. 205-213 (Ges vom 08.05.2003)
Berichtigung GBI 2003 Nr. 7 S. 320
Bekanntmachung der NF des LPlanungsGes GBI 2003 Nr. 10 S. 385-399

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Freistaat Bayern zur Änd des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller

GesEntw LReg 01.04.2003 Drs 13/1963
1. Beratung PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2999-3000
2. Beratung PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3038-3041
GesBeschl 08.05.2003 Drs 13/2065
GBI 2003 Nr. 5 S. 213-215 (Ges vom 08.05.2003)

Perspektiven der zentrumsnahen Grundversorgung in Städten und Gemeinden BW

Förderung der innerörtlichen Zentralität von Einzelhandel und Dienstleistungen, Einflussmöglichkeiten über die Landesplanung, Regionalplanung und kommunale Planung; Zielsetzungen der Städtebauförderung; Unterstützung kommunaler Marketingmaßnahmen

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/2760

Ges zur Änd des LPlanungsGes

Anpassung der Vorschriften zur Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlungen der Regionalverbände an das Gesetz zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart und zur Änd der Gemeindeordnung; Gewährleistung einer ausreichenden Wahlzeit zur Verbandsversammlung unabhängig von den Terminen der Kommunalwahl

GesEntw LReg 18.02.2004 Drs 13/2925
1. Beratung PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4515-4517
BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.03.2004 Drs 13/3015
2. Beratung PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4679 4680
GesBeschl 31.03.2004 Drs 13/3090
GBI 2004 Nr. 6 S. 177 (Ges vom 01.04.2004)

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Umsetzung der vom Nachhaltigkeitsbeirat vorgeschlagenen quantitativen Ziele: Entwicklung eines Aktionsprogramms mit den kommunalen Spitzenverbänden und Regionalverbänden, Verankerung in den Regionalplänen über eine Novellierung des LandesplanungsGes

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/3084

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesplanungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ausbauperspektive und Potenziale der Windkraftnutzung auf den ausgewiesenen Vorrangflächen der Regionalverbände

Auflistung o.g. Flächen auf der Grundlage des alten und neuen LandesplanungsGes; Attraktivität, Besitzverhältnisse und Erreichbarkeit dieser Standorte; möglicher Beitrag zur Stromerzeugung, insbes auch bei Ersetzung alter durch neue Anlagen; Rücknahme der Weisung an die Forstbehörden auf Untersagung der Nutzung von staatlichen Waldwegen

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3226

Ges zur Änd des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

Erweiterung der Zuständigkeit des VRS auf die Trägerschaft eines Landschaftsparks unter finanzieller Beteiligung der betroffenen Kommunen; Streichung des 2/3-Quorums in der Regionalversammlung für die Trägerschaft und Koordinierung regionalbedeutsamer neuer Messen, Messebeteiligungen, Kongresse, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie für regionalbedeutsame Schienenpersonennahverkehre; Anpassung der Verweisungen auf Bestimmungen des LandesplanungsGes an die Neufassung mit neuer Paragraphenfolge

GesEntw
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/3577

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3723

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKreisordeung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Par-

teien vor der Kommunalwahl 2004

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3738

Ges zur Änd des Landesplanungsges

Erweiterung des passiven Wahlrechts für die Regionalversammlung auf EU-Bürger

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3860

Wahl der Mitglieder von beschließenden und beratenden Ausschüssen in der Verbandsversammlung der Regionalverbände und ihrer Stellvertreter nach dem LPlanungsGes (LplG)

Begründung der unterschiedlichen Verfahren für die Besetzung der o.g. Ausschüsse sowie der Ausschüsse der Gemeinderäte und Kreistage nach der GemO; Änd des LplG: Anwendung der Grundsätze der Verhältniswahl entsprechend § 40 Abs 2 der GemO

KlAnfr
s. *Wahl*
Drs 13/3948

Regionalplanung zur Windkraftnutzung

Bisher geleisteter und noch notwendiger Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Stand der von den Trägern der Regionalplanung ausgewiesenen Vorrangflächen zur Windkraftnutzung, Vereinbarkeit mit dem vom Bund geforderten Ausbau, Beurteilung der Intervention des WM zur Herausnahme der Hochflächen des Kohlwasen bei Furtwangen aus der Planung des Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg, Möglichkeiten zur Ersetzung alter durch neue Anlagen in nicht ausgewiesenen Vorrangflächen sowie zur Korrektur der Windkraft-Sonderregelung im Landesplanungsges

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/4526

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Novellierung des Landesplanungsges, Neuabgrenzung der Regionen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 755 760

Erschwerung der Genehmigung von Windkraftanlagen mit dem Landesplanungsges

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1833

Novellierung des Landesplanungsges, Nutzung der Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Zweckverbänden nach dem Karlsruher Vertrag

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1987

Erschwerung der Genehmigung von Windkraftanlagen mit dem Landesplanungsges

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Verankerung der Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen im Landesplanungsges

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3457 3461 3464

Verankerung verbindlicher Richtwerte für den Flächenverbrauch im Landesplanungsges

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7562

Landesplanungsgesetz

s. *Landesplanung*

Landespolizeischule

s. *Akademie der Polizei*

Landespressegesetz

s. *Presserecht*

Landespsychiatriegesetz

s. *Psychiatrie*

Landesregierung

s.a. *Landtag, Anwesenheit*
s.a. *Nichtregierungsorganisation*
s.a. *Staatsministerium*

Bekanntgabe der Ministerliste; Bestätigung der LReg; Vereidigung der Mitglieder der LReg

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37-39

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in der Gewährträgerversammlung und im Verwaltungsrat der Landesbank BW

Antr LReg 18.06.2001 Drs 13/12
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 41
BeschlEmpf und Bericht StändA 27.06.2001 Drs 13/30
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 180

Inkompatibilität von Regierungsmitgliedern

DringlAntr SPD 20.06.2001 Drs 13/28
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 125 (Dringlichkeit abgelehnt)

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr LReg 26.06.2001 Drs 13/29
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 61
BeschlEmpf und Bericht StändA 27.06.2001 Drs 13/30
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 180

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte - Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit (Drs 12/1148 Ziff. 3)

Mittlg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 13/213

Offenlegung der beruflichen, vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten und Funktionen der Mitglieder der LReg

Vorlage der o.g. Aufstellung, Bericht über entsprechende Funktionen von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther, Ausschluss von Interessenkollisionen zwischen den einzelnen Tätigkeiten und dem Regierungsamt?

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 17.09.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/232
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/885 S. 3
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Befragung von Beamten im Betrugsfall FlowTex

Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/316

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung des MinPräs in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Antr
s. *Ministerpräsident*
Drs 13/552

Nutzung der Firmenjets der Fa. FlowTex

Frage nach neuen Erkenntnissen auf die Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex nach der Stellungnahme auf Drs 13/316, insbes Nutzung der Firmenjets durch WM Dr. Döring

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/721

Zentrale Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit in Karlsruhe am 03.03.2002; Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille; Abwesenheit der LReg

Begründung der Abwesenheit des MinPräs, von Kabinettsmitgliedern und parlamentarischen Repräsentanten der Regierungsfractionen; Beurteilung der Gefahr der Brüskierung von Veranstaltern und Gästen der christlich-jüdischen Woche

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 13/815

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Minister Rudolf Köberle in den Beirat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie in den Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr
s. *Köberle, Rudolf Mdl CDU*
Drs 13/893

Die Folgen der Auszugsinszenierung der LReg im Bundesrat im Anschluss an die Abstimmung über das ZuwanderungsGes

Frage nach einer Abstimmung im Vorfeld o.g. Ereignisse zwischen den Kabinettsmitgliedern der Koalitionsfraktionen bzw Regierungsvetretern im BRat; Wahrnehmung der Interessen des Landes im weiteren, 63 Tagesordnungspunkte umfassenden Beratungs- und Abstimmungsprogramm des BRats am 22.03.2002; Darlegung der finanziellen Konsequenzen für BW aufgrund der Abwesenheit der Landesvertreter

Antr SPD 17.04.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/926

Zeitgleiche Information aller Abg des Ltg von BW durch Vertreter der LReg

Vorabinformation der Abg der Regierungsfractionen? Gewährleistung der zeitgleichen Versendung von Wahlkreisinformationen und Mitteilungen

MdlAnfr
s. *Information*
Drs 13/1580

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Klärung der Standpunkte der Koalitionspartner für die künftigen Beratungen im Bundesrat, insbes zu den Fragen genereller Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte, Jahreszuwanderungsquote, Altersgrenzen für den Familiennachzug, Integrationsangebote, Einrichtung eines Sachverständigenrats, humanitäre Flüchtlingsaufnahme in Fällen nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung

Antr
s. *Zuwanderung*
Drs 13/1723

Offenlegung von Umfrageergebnissen durch die LReg

Vorlage der Ergebnisse sämtlicher Meinungsumfragen der LReg gegenüber den Fraktionen des Ltg

Antr
s. *Umfrage*
Drs 13/1809

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung der Justizministerin in den Aufsichtsrat der Landesstiftung

Antr
s. *Justizministerin*
Drs 13/1891

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Übernahme des Vorsitzes im Aufsichtsrat der neu zu gründenden Popakademie durch Minister Palmer

Antr
s. *Minister im Staatsministerium*
Drs 13/1892

Berater Tätigkeit des Herrn Landrat a.D. Hans Volle für die LReg Art, Zeitdauer und Entschädigung o.g. Beraterdienste; Berufung als Ombudsmann für Bürokratieabbau?

Antr
s. *Volle, Hans CDU*
Drs 13/2544

Ermittlungen des Staatsschutzes nach öffentlichen Auftritten von Mitgliedern der LReg

Demonstration und Unmutsäußerungen von Bürgern gegen die Kultusministerin bei einem Auftritt in Herrenberg, Auslösung bzw. Verhältnismäßigkeit von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen eines möglichen Verstoßes gegen das VersammlungsGes; Frage nach dem generellen Umgang mit Bürgern, die ihre von der Regierungspolitik abweichende Meinung äußern

KlAnfr
s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
Drs 13/2549

Fremdfinanzierte demoskopische Erhebungen im Interesse der LReg?

Frage nach o.g. Kooperationen der LReg oder Ministerien seit der letzten WP, Überprüfung iRd Korruptionsprävention?

MdlAnfr
s. *Umfrage*
Drs 13/3056

Landespolitische Umfrage von Infas im Mai 1999

Zustandekommen, Finanzierung und Verwertung der o.g. Umfrage zur Wirtschaftspolitik der LReg, Offenlegung sämtlicher Unterlagen, Frage nach beteiligten Politikern und Bediensteten sowie Verantwortlichen für eine Pressemitteilung und deren Verteilung auf dem FDP-Bundesparteitag, Angabe des WM neben Infas auf den einzelnen Ergebnisbögen der Umfrage als Quelle

Antr
s. *Umfrage*
Drs 13/3143

Das Land braucht eine moderne Politik - eine moderne Politik braucht eine starke LReg

Aktuelle Debatte
s. *Politik*
PIPr 13/71 S. 4961

Zustimmung des Ltg zur Berufung von Mitgliedern der LReg und Vereidigung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr LReg 20.07.2004 Drs 13/3401
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181
BeschlEmpf und Bericht StändA 22.07.2004 Drs 13/3402
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5307-5309

Zugehörigkeit von Herrn Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung in den Aufsichtsrat der Landesstiftung und der SWR-Holding GmbH

Antr
s. *Justizminister*
Drs 13/3475

Offenlegung von Umfrageergebnissen durch die LReg

Vorlage der Ergebnisse der im Juni 2004 im Auftrag des StM durchgeführten Meinungsumfrage durch das Institut für Demoskopie Allensbach sowie aller künftigen Umfragen der LReg gegenüber den Fraktionen des Ltg

Antr
s. *Umfrage*

Drs 13/3493

Verhandlungen der baden-württembergischen LReg mit der Schweizer BReg über nachbarschaftliche Problemlagen?

Teilnehmer, Themen und Ergebnisse o.g. Gespräche in Bern

KlAnfr
s. *Schweiz*
Drs 13/3561

Zugehörigkeit von Herrn Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Ulrich Müller zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Müller, Ulrich MdL CDU*
Drs 13/3766

Regierungsviertel auf dem Gelände von Stuttgart 21

Befürwortung des o.g. Vorschlags von Justizminister Goll bzw. von der gesamten LReg? Überlegungen zur künftigen Nutzung der dann frei werdenden Gebäude, Höhe und Finanzierung der zu erwartenden Kosten

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 10.02.2005 und Antw FM Drs 13/4035

Die Haltung der LReg zu den Überlegungen „Regierungsviertel im Stuttgart 21-Areal“

Frage nach den rechnerischen Grundlagen für den o.g. Vorschlag von Justizminister Goll; Erteilung einer verbindlichen Absage zu den Überlegungen

Antr SPD 18.02.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4077
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 14
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Kinderbetreuungsangebote für Regierungsmitarbeiter

Zahl und Betreuungssituation der Kinder von o.g. Bediensteten, Frage nach dem Bedarf für eine Einrichtung am Regierungssitz bzw. nach vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst und entsprechenden Erfahrungen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4214

Bekanntgabe der Ministerliste; Bestätigung der LReg; Vereidigung der Mitglieder der LReg

s. *Minister*
PIPr 13/91 S. 6399

Nutzung von Liegenschaften durch die LReg

Eingelegte Liegenschaften des Landes in der Landesstiftung, Abführung von möglichen Veräußerungserlösen dieser Liegenschaften an die Landesstiftung, Höhe der jährlichen Mietzahlungen der Ministerien für diese u.a. Liegenschaften

Antr Nils Schmid u.a. SPD 28.04.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4286
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 13 14
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr LReg 11.05.2005 Drs 13/4320
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.05.2005 Drs 13/4332 (14 S.)

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6684-6686

129-Punkte-Arbeitsprogramm zur stufenweisen Umsetzung der Regierungserklärung

Themen und konkrete Vorhaben bzw Vorlage des Arbeitsprogramms

KlAnfr
s. Politik
Drs 13/4341

Zugehörigkeit von Herrn Staatssekretär Dr. Horst Mehrländer zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Staatssekretär Dr. Mehrländer als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Landeskreditbank BW - Förderbank

Antr
s. Mehrländer, Horst Dr. FDP/DVP
Drs 13/4530

Familienfreundliche Landesverwaltung und Landesministerien - Betreuungsangebot für Kleinkinder

Erarbeitung einer Betreuungskonzeption für die o.g. Kinder von Bediensteten; Darlegung der jeweils angebotenen Betreuungszeiten und anfallenden Elternbeiträge

Antr
s. Kinderbetreuung
Drs 13/4568

Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21

Frage nach ernsthaften Erwägungen bzw Untersuchungen zum Bau eines neuen Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21

MdlAnfr 2) Claus Schmiedel SPD 30.09.2005 Drs 13/4683
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7155-7158

Zugehörigkeit von Herrn Minister Helmut Rau zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. Minister für Kultus, Jugend und Sport
Drs 13/4766

Regierungsviertel oder Spielbank in Stuttgart?

Abwägung der Vorschläge und Argumente für eine zweite Spielbank und/oder eines Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21; Frage nach der Tragfähigkeit der Finanzierung des Projekts Stuttgart 21 über Grundstücksverkäufe und private Investoren

GrAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 13/4857

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr LReg 13.12.2005 Drs 13/4954
BeschlEmpf und Bericht StändA 14.12.2005 Drs 13/4955
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7553 7644

Widersprüchliche Aussagen der LReg hinsichtlich der Kosten einer Untersuchung über den Neubau eines Regierungsviertels

Durchführung der o.g. Untersuchung zur Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21 mit eigenem Personal des Finanzministeriums; Gründe und Kosten der Ausschreibung und Vergabe an Fremdfirmen entgegen der genannten Ankündigung iRd Fragestunde vom 06.10.2005 im Landtag

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 16.12.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4993

BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 18 19
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr LReg 14.02.2006 Drs 13/5167
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7869
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5168
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8009

Feststellung einer Verdoppelung des Frauenanteils im Kabinett mit dem Eintritt der neuen Justizministerin, Stellenwert der Frauenförderung in der LReg

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2035-2037 2040 2046

Nachvollziehbarkeit von Ausnahmegenehmigungen für die Tätigkeit von Regierungsmitgliedern in den Aufsichtsorganen landesbeteiligter Unternehmen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2347-2350

Bedarf der LReg an öffentlichen Meinungsumfragen, Forderung nach Ausschreibung der Aufträge und Offenlegung der Ergebnisse

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4482-4487

Vorwurf einer Verknüpfung der Regierungsumbildung und der Versorgung von ausscheidenden Ministern mit Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen, Kritik am Verzicht auf den Staatssekretär im IM, Forderung nach Entlassung der Justizministerin, Darlegung der Perspektiven der neuen Regierung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5115-5118 5140 5141 5147-5150 5152 5153 5159-5166 5168-5179

Erneute Berufung von Dr. Ulrich Goll zum Justizminister, Feststellung einer Dauerregierungsumbildung

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181-5188

Verweisung auf die Personalwechsel in der LReg, Forderung nach Auswechslung der gesamten LReg, Ablehnung einer Konzentration der Ministerien auf dem frei werdenden Gelände von Stuttgart 21

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5892 5893 5903 5905 5949-5951

Prüfung des Vorschlags einer zentralen Unterbringung der LReg iR eines PPP-Projekts; Kritik am Verzicht auf eine Verkleinerung des Kabinetts im Zuge der Regierungsneubildung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6483 6492

Prüfung einer zentralen Unterbringung der LReg auf dem Gelände von Stuttgart 21 iR eines PPP-Projekts

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7307 7309 7313

Verweisung auf das Ausscheiden von acht Mitgliedern der LReg in der 13. WP

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7688 7691 7697

Landesreisekostengesetz

s. Reisekosten

Landesrichtergesetz

s. *Richtergesetz*

Landesseilbahngesetz

s. *Seilbahn*

Landessicherheitsüberprüfungsgesetz

s. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*

Landessonderzulagengesetz

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Landessportplan

s. *Sportplan*

Landesstatistikgesetz

s. *Statistik*

Landesstiftung

s. *Stiftung*

Landesstraße*Landesstraßenbau-Sonderprogramm*

Darlegung der beabsichtigten Projekte, des evtl Anteils von Radwegen, der Finanzierungsabwicklung über die L-Bank, der Refinanzierungskosten und -zeiträume

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/217

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreis Heidenheim

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/249

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/389

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Zustand der Landesstraßen, Bundesfernstraßen und Autobahnen; derzeitige bzw dringlich notwendige Projekte; Darstellung des Finanzierungsbedarfs, Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölsteueraufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus; Um-

fang der Förderung des kommunalen Straßenbaus in der vergangenen und aktuellen WP

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/392

Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW

Mittelzuweisungen des Bundes seit 1994 und bis 2003 für Neu- baumaßnahmen, Erhaltung und Unterhalt von Autobahnen, Bundesstraßen und den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Vergleich mit den ursprünglich vorgesehenen Investitionen für den BFernstraßenbau nach dem BVerkehrswegeplan; Darlegung der entsprechenden Investitionen des Landes für die Landesstraßen; Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/583

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Sonderprogramms und Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

s. *Straßenbau*

Drs 13/660

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Enzkreis

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 338, 1134, 1135 und 1177

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/733

Fahrradland BW

Verdoppelung der Mittel für den Radwegebau im Zuge von Landesstraßen, Entwicklung eines einheitlichen Wegweisungs- und Beschilderungskonzepts

Antr

s. *Fahrrad*

Drs 13/1078

Sicherheit im Straßenverkehr

Durchführung notwendiger Maßnahmen bei Bundes- und Landesstraßen auf Abschnitten mit hoher Unfallhäufigkeit und Fahrbahnschäden, Vermeidung potenzieller Gefahrenstellen, Anbringung von Schutzplanken statt Baumanpflanzungen, Realisierung des höchsten Sicherheitsniveaus in Tunnelabschnitten

GrAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1173

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Vorrangige Verkehrsprojekte zur Anmeldung für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Realisierung von Vorhaben im Landesstraßenbau seit 1993 und bis 2007, Darlegung der dringlichen Infrastrukturprojekte im grenzüberschreitenden Verkehr

GrAnfr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1226

Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Aufstufung von Landesstraßen zu Bundesstraßen

Verhandlungsstand der o.g. Bereinigung in der Straßenklassifikation im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Darlegung der betroffenen Straßen und Abschnitte, der jeweiligen Bedingungen und Kostenwirkungen sowie Zeitperspektiven

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1607

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr
s. *Generalverkehrsplan*
Drs 13/1825

Berücksichtigung regionaler Besonderheiten im Straßenbau

Berücksichtigung der Mittelgebirgs-Topographie und Siedlungsstruktur bei Planung und Bau von Bundesfernstraßen und Landesstraßen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/1916

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KIAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2533

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

Haushalt 2004; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Sonderprogramms und Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

s. *Straßenbau*
Drs 13/2810

Sonderprogramme im Landesstraßenbau

Höhe der Kreditaufnahmen, der Zins- und Tilgungsleistungen für die o.g. Programme; Höhe und Laufzeit der Rückzahlungsraten bis zur vollständigen Tilgung der Kredite

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2870

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KIAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2943

Chancen für Formen der Mischfinanzierung im Straßenbau

Prüfung einer Finanzierung von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen über eine GVFG-Regelung sowie einer kommunalen oder privaten Vorfinanzierung von Vorhaben im Landesstraßenbau, Gründung einer Finanzierungsgesellschaft für den Aus- und Neubau von Landesstraßen sowie zur Abwicklung der laufenden Sonderprogramme

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/3088

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KIAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3218

Maßnahmen zur Erhaltung von Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der Etatansätze zur Beseitigung von erheblichen und verkehrsgefährdenden Schäden; Möglichkeiten zur Auflage eines Sofort-Programms durch Umschichtung von Mitteln für Aus- und Neubaumaßnahmen

KIAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 11.06.2004 und Antw UVM Drs 13/3253

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landesstraßen

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/3337

Ausgaben des Landes BW für Schiene und Straße

Höhe der Mittel für den SPNV, ÖPNV auf Schiene und Straße, den Schienengüterverkehr, die Schüler-/Behindertenbeförderung und NE-Bahnen sowie für Bundesfern- und Landesstraßen seit 1996; Höhe der Zuschüsse an die Kommunen und LKreise nach dem FinanzausgleichsGes und GVFG im selben Zeitraum; Anteile der Förderbereiche an der Verkehrsleistung

Antr
s. *Schieneverkehr*
Drs 13/3422

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/3465

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3495

Straßenbau-Unterhalt und -Investitionen in den Jahren 2004 bis 2007

Höhe der o.g. Haushaltsmittel für den Unterhalt, Aus- und Neubau von Landesstraßen; Höhe des Finanzierungsanteils über die Sonderprogramme sowie der Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Höhe des angemeldeten Mittelbedarfs der Straßenbauämter sowie der bereits durch Verpflichtungsermächtigungen gebundenen Mittel

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/3516

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Landesstraßenbaus und Auflösung der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW GmbH

s. *Straßenbau*

Drs 13/4010

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreisz Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/4036

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4066

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung

auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Alaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4435

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Zustand und Ausbaubedarf der Straßeninfrastruktur, insbes Ausbau und bessere Anbindung der A 8, A 81 und A 5; Ausbau und Unterhaltung der Landesstraßen; Entlastung der Tourismusorte vom Durchgangsverkehr; schnellere Realisierung dringlicher Vorhaben durch private Finanzierungsmodelle

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Derzeit laufende Straßenbaumaßnahmen im Regierungsbezirk Freiburg

Art und Finanzierung o.g. Maßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen; Höhe der verfügbaren Bundes- und Landesmittel

MdlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/4532

Höhe der Unterhaltsmittel für das klassifizierte Straßennetz mit Ausnahme der Bundesautobahnen

Höhe der übertragenen bzw der benötigten Mittel zur Unterhaltung des klassifizierten Straßennetzes durch die LKreise

KlAnfr

s. *Straßenbau*

Drs 13/5240

Einrichtung eines Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46 60

Einrichtung eines Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69

Zustand der Landesstraßen, Fortführung des Sonderprogramms Landesstraßenbau

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 644 661-663 665-668 673-676 697

Investitionen in den Landesstraßenbau, Finanzierung über den Haushalt, das Sonderprogramm und die L-Bank

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 814 830

Finanzierung des Landesstraßenbaus über die L-Bank, den Haushalt und das Sonderprogramm

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 836 840 841 844 845 848 855

Mittelumschichtung zum Erhalt der Landesstraßen, Vorwurf einer unseriösen Finanzierung der Programme zum Landesstraßenbau

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1028 1030-1032 1034

Mittelbedarf und -einsatz für den Erhalt und Neubau von Landesstraßen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2643 2644

Fortführung der Sonderprogramme im Landesstraßenbau, Kürzung der Unterhaltungsmittel für Landesstraßen, Forderung des RH nach einem Stopp der beiden Sonderprogramme

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4321 4328-4330 4335 4364

Fortführung der Sonderprogramme im Landesstraßenbau, Verbesserung des Zustands der Landesstraßen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053 6058 6060 6061 6063 6065 6066 6068 6077

Beklagung des Zustands der Landesstraßen, Verweisung auf Beispiele in den LKreisen Esslingen und Göppingen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6662

Beklagung des Zustands der Landesstraßen bzw der Unterfinanzierung des Landesstraßenbaus über die Sonderprogramme

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6801 6802 6806 6812-6814

Landesstraße 125

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KlAnfr
s. *Straßenverkehr*
Drs 13/1559

Verkehrsgerechter Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt

MdlAnfr 3) Christoph Bayer SPD 21.03.2003 Drs 13/1906
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2844

Ortsumfahrungen B 3/Ausbau L 125

Planungsstand und Verlagerungseffekte der o.g. Maßnahmen für die betroffenen Gemeinden Schallstadt, Bad Krozingen, Norsingen und Pfaffenweiler; Prüfung einer Verlegung der B 3 auf die Trasse der jetzigen L 125, Verbesserung des Anwohnerschutzes im Bereich Pfaffenweiler, Anstreben eines Moratoriums für die Planung der Ortsumfahrung Schallstadt im Zuge der B 3 und L 125

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/4437

Landesstraße 230

Ausbau der Landesstraße 230 zwischen Münsingen und Heroldstatt

Zeitperspektive für den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, des Baubeginns und der Realisierung des Ausbaus der L 230 und der Ortsumgehungen der Münsinger Teilorte Auingen, Böttingen, Magolsheim und Breithülen; Einbeziehung der Panzerringstraße des Truppenübungsplatzes Münsingen; Kosten der einzelnen Bauabschnitte

KlAnfr Klaus Käppler SPD 06.05.2003 und Antw UVM
Drs 13/2047

Ausbau der L 230 von Münsingen zur A 8

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5078-5080

Landesstraße 240

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4644

Landesstraße 338

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Enzkreis

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 338, 1134, 1135 und 1177

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/733

Landesstraße 536

Baumaßnahmen im Zuge der L 536 und ihre Verwirklichung durch neue Finanzierungsmethoden

Beurteilung von Finanzierungsmodellen wie Public Private Partnership oder private Vorfinanzierung zur Realisierung der Tunnelbauten im Zuge der L 536, Kontaktaufnahme mit einem auf PPP-Projekte im Bereich des Straßen- und Tunnelbaus spezialisierten Bauunternehmen

KlAnfr Hans Georg Junginger SPD 05.04.2005 und Antw UVM
Drs 13/4209

Finanzierung des Branichtunnels in Schriesheim durch ein Sonderfinanzierungsprogramm des Landes

Finanzielle Absicherung des o.g. Projekts im Zuge der L 536

MdlAnfr 7) Hans Georg Junginger SPD 17.02.2006 Drs 13/5172
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7986 7987

Landesstraße 555

Kompletierung der Ortsumfahrung Kirrlach - Neutrassierung der L 555

Verfahrensstand und Zeitpunkt des Baubeginns der o.g. Südwestspange, Konsequenzen der Bau- und Finanzierungszusage des UVM gegenüber der Stadt Waghäusel, Gründe für die Ablehnung der beantragten Waldumwandlungsentschädigung und Verfolgung der verworfenen Variante einer Nordumgehung durch die Forstverwaltung

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 22.04.2005 und Antw IM Drs 13/4275

Landesstraße 564

Bau einer Straßenbahnbrücke über die L 564 in Waldbronn-Busenbach

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel, Sicherstellung der Restfinanzierung zur Vollendung des Projekts

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4351

Landesstraße 1073

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitrahen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/389

Landesstraße 1075

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitrahen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/389

Landesstraße 1080

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitrahen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/389

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rotenhar bis Ortsausgang Frickenhofen

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2108

Landesstraße 1100

Entlastung des regionalen Straßennetzes durch den Bau einer zweiten Neckarbrücke im Zuge der L 1100 bei Hochberg

Beurteilung des o.g. Vorschlags, Erteilung eines entsprechenden Prüfungsauftrags, Kosten und Zeitperspektive einer Realisierung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/2642

Nord-Ost-Ring Stuttgart, neue Initiative von RegPräs Dr. Udo Andriof: Neckarquerung mit Anschluss an bestehende Straßen in den LKreisen Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis

Vorstoß des RegPräs zum Bau einer neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L

1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings: Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage, den bisherigen und Gesamtkosten sowie nach einer Abstimmung des Vorschlags mit dem Land und den betroffenen Behörden

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4493

Nordosttring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstreben einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5158

Landesstraße 1134

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Enzkreis

Zeitrahen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 338, 1134, 1135 und 1177

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/733

Landesstraße 1135

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Enzkreis

Zeitrahen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 338, 1134, 1135 und 1177

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/733

Landesstraße 1148

Ortsumfahrung Haubersbronn (L 1148, L 1150)

Planungsstand des o.g. Projekts, Chancen einer Finanzierung und Realisierung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/1591

Landesstraße 1150

Ortsumfahrung Haubersbronn (L 1148, L 1150)

Planungsstand des o.g. Projekts, Chancen einer Finanzierung und Realisierung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/1591

Landesstraße 1158

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/389

Landesstraße 1160

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/389

Landesstraße 1161

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/389

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rothenhar bis Ortsausgang Frickenhofen

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2108

Landesstraße 1164

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreiss Heidenheim

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/249

Landesstraße 1170

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreiss Heidenheim

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/249

Landesstraße 1177

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Enzkreis

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 338, 1134, 1135 und 1177

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/733

Landesstraßenbau im Enzkreis, L 1177/Ausbau zwischen Mönsheim und Weissach

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung der o.g. Maßnahme; Vergleich der beiden Trassenvarianten nach der jeweiligen Verträglichkeit mit FFH-Gebieten, den Gesamtkosten und der rechtlichen Durchsetzbarkeit

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/3174

Landesstraße 1182

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreiss Heidenheim

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/249

Darmsheimer Nordumfahrung (L 1182)

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehung

KlAnfr Stephan Braun SPD 25.06.2003 und Antw UVM Drs 13/2197

Landesstraße 1183

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreiss Heidenheim

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/249

Landesstraße 1191

Nordostring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom Reg-Präs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans

und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstrengung einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5158

Landesstraße 1197

Nord-Ost-Ring Stuttgart, neue Initiative von RegPräs Dr. Udo Andriof: Neckarquerung mit Anschluss an bestehende Straßen in den LKreisen Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis

Vorstoß des RegPräs zum Bau einer neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings; Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage, den bisherigen und Gesamtkosten sowie nach einer Abstimmung des Vorschlags mit dem Land und den betroffenen Behörden

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4493

Nordoststring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstrengung einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5158

Landesstraße 1361

Bau der Landesstraße 1361 Nagold-Ergenzingen als Autobahnzubringer

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Verbindung mit der B 28 neu OU Ergenzingen; Verzicht auf ein Vorziehen der L 1361 vor Baubeginn der B 28

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 04.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1967
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 27-29
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Straßenbaumaßnahmen an der B 28 und der L 1361 in Ergenzingen

Festhalten am Zeitplan für den Bau der L 1361 Nagold-Ergenzingen trotz absehbarer Verzögerungen beim Bau der B 28, Ortsumfahrung Ergenzingen?

MdIAnfr 5) Boris Palmer GRÜNE 29.03.2004 Drs 13/3056
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4733 4734

Landesstraße 2033

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreis Heidenheim

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/249

Landestheater

s. *Theater*

Landesumweltakademie

s. *Umweltakademie*

Landesumzugskostengesetz

s. *Umzugskosten*

Landesurlaubsgeldgesetz

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Landesverfassung

Festsitzung des Ltg aus Anlass der Wahl und der konstituierenden Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung vor 50 Jahren; Festvortrag: Zwischen Geschichte und Reißbrett - Über die Zukunft der deutschen Länder

s. *Gedenktag*
PIPr 13/21 S. 1159

Ges zur Änd der Verfassung des Landes BW

Einführung einer Volksinitiative; Reduzierung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren; Bestimmung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen bei Volksabstimmungen als entscheidendes Quorum

GesEntw
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/1246

Aufwertung des Geburtsortes unserer Landesverfassung anlässlich ihres 50. Geburtstages

Einbeziehung des Alten Landtags in der Stuttgarter Heusteigstraße in die Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich des Verfassungsjubiläums, Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Kunstakademie und dem Haus der Geschichte

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 12.12.2002 und Antw StM Drs 13/1613

Konnexitätsprinzip als Grundlage politischen Handelns

Übernahme der Kostenträgerschaft bei der Übertragung von Aufgaben auf nachgeordnete Ebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip, Verankerung des Konnexitätsprinzips in den Verfassungen der Länder und beim Bund, Erörterung der Thematik iRd Föderalismuskommission, Einbringung einer BRatsinitiative zur Verankerung im Grundgesetz, Entflechtung von Mischfinanzierungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie iRd FinanzausgleichsGes

Antr
s. *Konnexitätsprinzip*
Drs 13/3428

Ges zur Änd der Landesverfassung

Verhinderung des weiteren Anstiegs der Verschuldung bzw der Überschreitung der erwarteten Einnahmen durch die geplanten Ausgaben, Einführung eines laufenden Haushalts-Monitorings zur Einhaltung dieser Ausgabenregel durch eine mittelfristige Nachhaltigkeitsplanung, Kompensation evtl Überschreitungen des laufenden Jahres in den Folgejahren, Regelung von Einzelheiten in der LHO

GesEntw
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4070

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4264

Sozialverträgliche Beteiligung der Eltern an den Lernmittelkosten, Prüfung einer entsprechenden Verfassungsänderung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1738 1741 1759

Erinnerung an die Verankerung einer europapolitischen Zielsetzung in der Landesverfassung

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305 3307

Unvereinbarkeit des Tragens eines Kopftuchs im Unterricht durch muslimische Lehrerinnen mit den Werten der Landesverfassung

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385-4397 4399 4400 4407

Unvereinbarkeit des Tragens eines Kopftuchs im Unterricht durch muslimische Lehrerinnen mit den Werten der Landesverfassung, Hervorhebung des Erziehungsauftrags i.S.d. Landesverfassung im SchulGes

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699-4704 4710 4713-4719 4721

Aufnahme einer Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild in die Landesverfassung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6144 6145 6153 6155 6156

Eintreten für die Aufnahme des Datenschutzes in die Landesverfassung

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7920

Landesverfassungsschutzgesetz

s. *Verfassungsschutz*

Landesvermögen

s. *Öffentliches Vermögen*

Landesversicherungsanstalt

Landesversicherungsanstalt (LVA) BW - Selbstverwaltung in der Kritik

Bewertung der gegen die Geschäftsführung der LVA iR einer gutachterlichen Stellungnahme erhobenen Vorwürfe bzw des (entlastenden) Abschlussberichts des Korruptionsbeauftragten der LVA; Konsequenzen zur Aufklärung der Vorwürfe sowie Wahrnehmung einer effektiven und unabhängigen Rechtsaufsicht; Darlegung des Stands der Fusion der beiden Anstalten

Antr GRÜNE 30.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/138 (11 S.)

ÄAntr GRÜNE 18.06.2002 Drs 13/1088 (zurückgezogen)
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1622-1631

LVA BW schließt Pathologie der Thorax-Klinik Heidelberg

Gründe, Umstände und Folgen der plötzlichen Schließung o.g. Abteilung; Bewertung als Verlust für die nationale und internationale Forschung nach Einschätzung vieler Wissenschaftler; Beurteilung der Fähigkeit der Universität Heidelberg zur Übernahme der Aufgaben sowie der jährlichen Kosten der Stilllegung

Antr
s. *Pathologie*
Drs 13/745

Landesversicherungsanstalt (LVA) BW - Vorlage des Berichts des Prüfungsamts für die Sozialversicherung

ÄAntr GRÜNE 18.06.2002 Drs 13/1088
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1622-1631 (zurückgezogen)

Belegungsverträge der Landesversicherungsanstalt

Kriterien für den Abschluss von Belegungsverträgen mit Fachkliniken, Überprüfung der Belegungspraxis durch die Aufsichtsbehörde, öffentliche Ausschreibung des Bedarfs an Rehabilitationsplätzen, Vorschlag der Selbstauswahl einer wohnortnahen Rehabilitation durch die Versicherten

KIAnfr Ernst Pfister FDP/DVP 23.09.2002 und Antw SM Drs 13/1328

LVA BW - Konsequenzen nach Vorlage des Prüfberichts

Bewertung der Berichte des Prüfungsamts für die Sozialversicherung und des Bundesrechnungshofs sowie der Maßnahmen von Vorstand und Selbstverwaltung der LVA zur Verbesserung der Innenrevision, zur Korruptionsprävention und der Entscheidung im Umgang mit dem ehemaligen Ersten Direktor, Jürgen Schneider; Beurteilung der Überweisungen an das Ulmer Forschungsinstitut für Rehabilitationsmedizin zur Entwicklung einer Software und deren Vermarktung durch den Sohn des dortigen Geschäftsführers; ergriffene und geplante Maßnahmen der LReg zur Optimierung ihrer Aufsichtsfunktion

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 10.01.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1661

BeschlEmpf und Bericht SozA 10.04.2003 Drs 13/2222 S. 44-46

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Auswirkungen der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung auf Versicherte, Beschäftigte und Institutionen im Land BW

Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen, Auswirkungen auf die bisherige LVA und deren Gestaltungsfreiheit, auf die Zuordnung von Versicherten zu den einzelnen Regionalzentren und die Wahlfreiheit der Rehabilitationseinrichtung; Ausgestaltung der Mitbestimmung der Regionalzentren, Berücksichtigung der

bisherigen Größe der einzelnen LVA; Konkretisierung der Pläne der BReg zur Zentralisierung des Sozialversicherungsbeitrags-einzugs

Antr
s. *Rentenversicherung*
Drs 13/3455

Landesversorgungsamt

s. *Versorgungsverwaltung*

Landesvertretung bei der EU

s. *Vertretung BW bei der Europäischen Union*

Landesvertretung beim Bund

Veräußerung der ehemaligen Landesvertretung BW in Bonn

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/220

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 11) - Vertretungen des Landes BW beim Bund und bei der Europäischen Union

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 VIII. S. 3
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 21.07.2004 Drs 13/3415

Ministerialdirektoren im Wirtschaftsministerium und in der Landesvertretung

Neubesetzung der Stelle des Ministerialdirektors im WM mit dem derzeitigen Ministerialdirektor in der Landesvertretung Berlin, ersatzlose Streichung der dortigen Stelle

Antr
s. *Ministerialdirektor*
Drs 13/2641

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Abschaffung des Ministerialdirektors in der Landesvertretung Berlin

s. *Ministerialdirektor*
Drs 13/4002

Feststellungen des RH zur Personalausstattung der Landesvertretung und zu deren Umgang mit Haushaltsmitteln und -vorschriften

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4056-4061

Verzicht auf die Stelle des Ministerialdirektors bei der Berliner Landesvertretung, Anregung einer Betrauung von Minister Köberle mit Europaaufgaben, Feststellungen des RH zur Personalausstattung der Landesvertretung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5491-5494

Landesverwaltung

s. *Verwaltung*

Landesverwaltungsgesetz

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, Landesverwaltungsges, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw
s. *Bodenschutz*
Drs 13/3677

Landesverwaltungsverfahrensgesetz

s. *Verwaltungsverfahren*

Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz

s. *Vollstreckung von Forderungen*

Landesverwaltungszustellungsgesetz

s. *Verwaltungszustellungsgesetz*

Landeswaldgesetz

s. Waldgesetz

Landeswassergesetz

s. Wasserrecht

Landeswohlfahrtsverband

s. Wohlfahrtspflege

Landeszentrale für politische Bildung

Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 320 321

Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 523 524

Zustimmung zur Berufung eines Mitglieds in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Aktivitäten und Mitteleinsatz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit seit 2000 und insbes nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Koordination zwischen den beteiligten Ministerien und Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene; Erfolge der Präventionsarbeit der Polizei und der Landeszentrale für politische Bildung, der Lehrerfortbildung, Jugendsozialarbeit und Ausländerintegration; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der einzelnen Projekte; Effizienz der Kommunalen Kriminalprävention

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/1898

Geschichtsunterricht an Gedenkstätten in BW

Besuch von Gedenkstätten zum Nationalsozialismus, Frage nach geeigneten Lehrkräften und Unterrichtsmaterialien in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, entsprechende Ausbildung von Lehrkräften und Einsatz als Multiplikatoren

KlAnfr

s. *Gedenkstätte*

Drs 13/3935

Wahl des Abg Hitzler in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

s. *Hitzler, Bernd MdL CDU*

PIPr 13/79 S. 5561

Berufung von Herrn Werner Wild in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201

Lob für die Angebote und Projekte der Landeszentrale für politische Bildung trotz ständig gekürzter Sachmittel

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6729 6730

Landgericht

Ernennung eines CDU-Bundestagswahlkandidaten zum Vorsitzenden Richter - ohne Geschäftsbereich - am Landgericht Mannheim

Darlegung des o.g. Vorgangs und evtl weiterer Fälle sowie der generellen Praxis der Richterabordnung, -ernennung und -beförderung in BW; Prüfung der fachlichen und persönlichen Voraussetzungen eines Bewerbers anhand eines rechtlich verbindlichen Anforderungsprofils, entsprechende Änderung des LRichterGes

Antr

s. *Richter*

Drs 13/1532

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/2177

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/2632

Strukturreform der baden-württembergischen Justiz; hier: Ordentliche Gerichtsbarkeit

Zahl der Richterstellen, Unterbringungssituation, technische Ausstattung, Miet-, Sach- und Unterhaltungskosten der einzelnen Amts- und Landgerichte; Möglichkeiten und Einsparpotenziale einer Konzentration auf eine verringerte Zahl von Standorten; Umbau der Justizstruktur nach den gemeinsamen Eckpunkten der Justizminister von Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen; Höhe der Eingangszahlen pro Richter in den Jahren 1990 und 2003

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/3796

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Zusammenlegung von Amts- und Landgerichten

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Personalsituation am Landgericht in Ravensburg

Beurteilung des Fehlbedarfs an Stellen und der dadurch bedingten zeitlichen Verzögerung der Verfahrensabwicklung, Gewährleistung der Qualitätsstandards in der Rechtsprechung, Zeitrahmen für eine Verbesserung der personellen Situation am o.g. Landgericht

KlAnfr Norbert Zeller SPD 13.03.2006 und Antw JuM Drs

13/5213

Verfahrensdauer bei den Landgerichten im bundesweiten Vergleich

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4313

Landkreis

s. Kreis (Gebietskörperschaft)

Landkreisordnung

Ges zur Änd der LKreISO des Landes BW

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw GRÜNE 21.11.2001 Drs 13/471

1. Beratung PIPr 13/14 12.12.2001 S. 676-685

Mittlg LtgPräs 24.01.2002 Drs 13/649

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1639

2. Beratung PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2389-2394 (Ablehnung)

Ges zur Änd der LKreISO des Landes BW

Unvereinbarkeit des Bürgermeisteramts mit dem Kreistagsmandat

GesEntw SPD 23.11.2001 Drs 13/472

1. Beratung PIPr 13/14 12.12.2001 S. 676-685

Mittlg LtgPräs 24.01.2002 Drs 13/650

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1639

2. Beratung PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2389-2394 (Ablehnung)

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und LKreISO; Verbesserung der Freistellungsregelungen für die Frauenvertreterinnen

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 13/1493

Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frau und Mann in BW

Vorlage des GesEntw zur Novellierung des L Gleichberechtigungsges; Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und LKreISO

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 13/1499

Ges zur Änd des Kreistagswahlrechts

Ermöglichung der Kandidatur eines Bewerbers für den Kreistag in zwei Wahlkreisen innerhalb eines LKreises; Änd der LKreISO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. Kommunalwahlrecht

Drs 13/2175

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis

die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw

s. Inkompatibilität

Drs 13/2453

Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW

Vorlage eines GesEntw zur Änderung der Gemeindeordnung und Landkreisordnung: Erweiterung der möglichen Themen für Bürgerbegehren und -entscheid durch Wegfall des Positivkatalogs, u.a. Einbeziehung von Bebauungsplänen, Absenkung des Zustimmungsquorums entsprechend der bayerischen Regelung, Ermöglichung von Bürgerbegehren und -entscheid auch in den LKreisen

Antr

s. Bürgerbeteiligung

Drs 13/2577

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr

s. Inkompatibilität

Drs 13/2993

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gemeindeordnung und Landkreisordnung

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. Verwaltungsverfahren

Drs 13/3661

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw

s. Inkompatibilität

Drs 13/3723

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKreisordnung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr

s. Inkompatibilität

Drs 13/3738

Ges zur Änd kommunalrechtlicher Vorschriften

Erweiterung des Anwendungsbereichs für Bürgerbegehren und -entscheid, Ermöglichung auf Landkreis-, Gemeindebezirks- und Ortschaftsebene, Streichung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse, Absenkung des Unterschriften- und Zustimmungsquorums, Gleichstellung beider Seiten bei der Information der Bürger; Verkürzung des Bestandsschutzes auf ein Jahr als Ausgleich für die Erleichterungen; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. Bürgerbeteiligung

Drs 13/4263

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw

s. Jugendlicher

Drs 13/4264

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Bürgerbeteiligung durch Abschaffung des Positivkatalogs, Senkung des Zustimmungsquorums und Verlängerung der Frist für Bürgerbegehren gegen Ratsbeschlüsse; Ausbau der Möglichkeit für den Anschluss- und Benutzungszwang, insbes für gemeindliche Nah- und Fernwärmanlagen; Ermöglichung der Kombination von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen; Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw

s. Kommunalrecht

Drs 13/4385

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der LKreisordnung

Einwerbung und Annahme von Zuwendungen Privater zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, Regelung des vom Bürgermeister und Gemeinderat einzuhaltenden Verfahrens, insbes der Entscheidungskompetenz des Gemeinderats über die Annahme der Spende, Schenkung o.ä. Zuwendung

GesEntw

s. Gemeindeordnung

Drs 13/4948

Landkreistag*s. Kommunaler Spitzenverband***Landmaschine***Subsidiaritätsprinzip in der Forstwirtschaft*

Anschaffung und Einsatz eines neuen Hochleistungsharvesters durch die Forstverwaltung, Auswirkungen auf die Auftragsvergabe und Überlebensfähigkeit der forstwirtschaftlichen Privatunternehmen; Stilllegung und Veräußerung der alten Regiemaschine, vorrangige Nutzung der neuen Maschine zu Ausbildungszwecken

Antr

s. Forstwirtschaft

Drs 13/2321

Neuanschaffung von Forstmaschinen durch das Land

Anweisung der Forstämter zur Anschaffung und zum Einsatz von Regiemaschinen ohne Nachweis der Wirtschaftlichkeit

MdlAnfr 3) Gerd Teßmer SPD 15.12.2003 Drs 13/2691

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4122 4123

Zukunft des Praktikantenprogramms mit Russland

Beteiligung des Landes und des Vereins „Agrarkontakte International“ an dem o.g. Programm, Erfolgsbewertung durch die Praktikanten und bäuerlichen Gastgeberfamilien, Qualifizierung für den Einsatz deutscher Agrarmaschinen, Fortführung des Programms unter Einbeziehung auch von anderen europäischen ehemaligen GUS-Staaten

Antr

s. Landwirt

Drs 13/3843

Maschinenkonzeption der Landesforstverwaltung BW

Umfang und jeweilige Kosten der Holzaufarbeitung durch die Forstverwaltung und Privatunternehmen seit 1998; Zahl, Stützpunkte und Einsatz der staatlichen Regiemaschinen; Kriterien der Auftragsvergabe an private Forstunternehmer; Auswirkungen der Neustrukturierung der Forstverwaltung iRd Verwaltungsreform

Antr

s. Forstwirtschaft

Drs 13/4344

Existenzgefährdung von kleinen Familienbetrieben durch den Einsatz einer neuen Holzerntemaschine der Forstverwaltung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4346

Bewertung der europäischen Norm für Traktorsitze als überflüssig

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7146 7151

Landpacht*s. Pacht***Landpachtverkehrsgesetz***s. Pacht*

Landrat

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Eingliederung von Behörden in die Stadt- und LKreise, Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur umfassenden Übertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Ermöglichung der Bürgerbegehren und Direktwahl der obersten Repräsentanten auch in den LKreisen und Regionen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Ankündigung gesetzwidrigen Verhaltens des Biberacher Landrats

Beurteilung der angedrohten Nichtbeachtung von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften, wenn keine Aufgabenreduzierung im Zuge der Verwaltungsreform erfolgt; Vereinbarkeit mit dem Amt und den Pflichten eines Landrats; Maßnahmen zur Unterbindung eines solchen Verhaltens

Antr
s. *Schneider, Peter MdL CDU*
Drs 13/2636

Geplante Höhergruppierung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

Begründung und finanzielle Auswirkungen einer höheren Besoldungseinstufung der Landräte u.a. Bediensteter, Art des Ausgleichs der Mehrkosten, Ausschluss einer Erhöhung der Kreisumlage

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 26.11.2003 und Antw IM
Drs 13/2671

Künftige Besoldung der baden-württembergischen Landräte

Verzicht auf eine höhere Besoldungseinstufung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

Antr SPD 02.12.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2690
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Verwaltungsreform; hier: Eingliederung der Fachbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise

Beurteilung der Neuorganisation von Kreisverwaltungen durch Landräte ohne Einbeziehung der Kreistage und Fachausschüsse in Vorwegnahme einer Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Kreis (Gebietskörperschaft)*
Drs 13/3069

Beurteilung des Verhaltens des Landrats des LKreises Sigmaringen

Gemeinsame Einladung zu einer Europawahlveranstaltung mit einem CDU-Bundestagsabgeordneten unter Verwendung des Landkreiswappens, seiner Amtsbezeichnung und Unterschrift; rechtliche Prüfung dieser Vorgehensweise, ggf Einleitung rechtsaufsichtlicher Maßnahmen

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 21.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3231
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 21
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Interessenkonflikt zwischen Landräten und Bürgermeistern in Kreistagen, Eintreten für eine Volkswahl der Landräte

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 676-685

Lösung des Problems der Rechtsaufsicht über Bürgermeister in Kreistagen durch Volkswahl der Landräte

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1934 1935 1939

Eintreten für eine Direktwahl der Landräte, Lösung des Interessenkonflikts zwischen Landräten und Bürgermeistern in Kreistagen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2380 2390-2394

Begrüßung und Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform durch die Landräte; Erneuerung des Vorschlags zur Direktwahl der Landräte

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2901-2903 2906 2907 2911 2914-2917 2919 2924

Verzicht auf eine höhere Besoldungseinstufung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3797

Appell an die Landräte zur Kooperation der LKreise bei den großen Aufgaben nach Umsetzung der Verwaltungsreform, Veränderung des Amtsverständnisses der Landräte durch die Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4923 4924 4935 4938-4942

Begrüßung der Landräte im Plenum, Appell zur Kooperation der LKreise bei den großen Aufgaben nach Umsetzung der Verwaltungsreform, Veränderung des Amtsverständnisses der Landräte durch die Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4987 4991-4994 4998 5001-5005 5007 5028-5030 5032

Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise, Erwartungen an die Landräte bei der Wahrnehmung von Aufgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes; Informationspolitik der Landräte gegenüber den Bürgern

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5205-5213 5250 5252

Eintreten für eine Direktwahl der Landräte

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5722

Machtzuwachs der Landräte mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868

Feststellung einer Zunahme der Kritik von Landräten an der Verwaltungsreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6662-6664

Machtzuwachs der Landräte mit der Verwaltungsreform, Einführung einer Inkompatibilität zwischen dem Amt des Landrats und dem Abgeordnetenmandat

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7734 7735 7737 7738 7740-7742

Überprüfung von Fällen des Verwaltungshandelns durch den PetA, Notwendigkeit einer Unvereinbarkeit zwischen Abgeordnetenmandat und dem Amt eines Bürgermeisters oder Landrats

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7801 7802

Machtzuwachs der Landräte mit der Verwaltungsreform, Einführung einer Inkompatibilität zwischen dem Amt des Landrats und dem Abgeordnetenmandat

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7899-7903

Landratsamt

s. *Kreis (Gebietskörperschaft)*

Landschaft

s.a. *Erholungsgebiet*

s.a. *Landschaftspflege*

s.a. *Landschaftsschutz*

s.a. *Landschaftsveränderung*

s.a. *Region*

EU-Agrarreform - Auswirkungen auf Landwirte und Kulturlandschaft in BW

Aktuelle Debatte

s. *Agrarpolitik*

PIPr 13/49 S. 3399

Laufendes Konsultationsverfahren in BW entsprechend der Richtlinie 92/43 EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, derzeit laufendes Nachmeldeverfahren

Vereinbarkeit der Forderung von Landräten und Bürgermeistern nach Erhalt der Kulturlandschaft mit deren Kritik am o.g. Nachmeldeverfahren zur FFH-Richtlinie und der damit beabsichtigten Ausweitung der Gebietskulisse auf 12 % der Landesfläche

MdlAnfr

s. *Natura 2000*

Drs 13/3305

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung des Potenzials zur energetischen Nutzung von Landschaftspflegematerial, Mitfinanzierung der Kosten für die Offenhaltung der Kulturlandschaft

GrAnfr

s. *Biomasse*

Drs 13/4539

Agrarumweltmaßnahmen iRd MEPL 2007-2013

Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Maßnahmen- und Entwicklungsplan, geleistete Vorarbeiten für die neue Förderperiode 2007-2013, Gewährleistung der Offenhaltung der Landschaft mit dem MEKA, der Landschaftspflegerichtlinie sowie der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Antr

s. *Agrarpolitik*

Drs 13/4885

Bedrohung der Kulturlandschaft durch Zersiedlung und Verkehr, Ablehnung der geplanten Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3238 3239 3241

Bekämpfung von Windrädern durch den MinPräs mit der Begründung, eine Verschandelung der Landschaft zu verhindern

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3458 3461 3466 3468

Offenhaltung der Kulturlandschaft im Schwarzwald, Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4135-4140

Honorierung des Beitrags der Landwirte zur Erhaltung der Kulturlandschaft

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342 4345 4347-4349 4353 4355 4356

Offenhaltung der Kulturlandschaft, Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560

Offenhaltung der Kulturlandschaft, Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6081 6086 6090-6092

Bekanntnis zur Pflege und Nutzung der Kulturlandschaft in BW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419-6421

Beitrag einer flächendeckenden Landbewirtschaftung für den Erhalt der Kulturlandschaft

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6781

Offenhaltung der Kulturlandschaft, Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6888 6893 6894

Bekämpfung von Windrädern durch die LReg mit der Begründung, eine Verschandelung der Landschaft zu verhindern; Anmahnung von Sensibilität auch bei anderen Landschaftseingriffen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7016-7018 7021-7023

Ausgleich der Interessen- und Nutzungskonflikte in einer dicht besiedelten Kulturlandschaft mit dem neuen Naturschutzrecht

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266-7276

Ausgleich der Interessen- und Nutzungskonflikte in einer dicht besiedelten Kulturlandschaft mit dem neuen Naturschutzrecht

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7423-7432

Landschaftspark

s. *Erholungsgebiet*

Landschaftspflege

s.a. *Landschaftsschutz*

s.a. *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich*

s.a. *Naturschutz*

s.a. *Weidewirtschaft*

Landschaftspflegerichtlinie

Ausschluss von Zuwendungen an Gemeinden, Naturschutzverbände, Vereine u.a. Gruppierungen iRd Neufassung o.g. Richtlinie? Auswirkungen auf die Finanzierung notwendiger Pflege-

maßnahmen auf naturschutzwichtigen Grundstücken

KlAnfr Dr. Walter Caroli SPD 13.07.2001 und Antw MLR
Drs 13/87

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 17) - Förderung nach der Landschaftspflegeleitlinie (Drs 12/5701 XIV. S. 5)

Mittlg LReg 07.08.2001 Drs 13/167
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/266
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497
Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1192

Zukunft der Schäferei in BW

Entwicklung des Berufsstands und der Nachwuchsgewinnung seit 1992; Unterstützung des Fortbestands der für die Landschaftspflege unentbehrlichen Schäferei, Ausgleich der durch die veränderte Bewirtschaftung der Weideflächen entstehenden Nachteile durch Aufnahme in den Förderkatalog des MEKA

Antr
s. *Schäfer*
Drs 13/638

Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion

Rückführung der Agrarsubventionen, verbesserte Honorierung von Leistungen in der Natur- und Landschaftspflege, entsprechende Modifikation der EU-Agrarprogramme, Bewertung der Vorstellungen der Bauernverbände

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/1119

Landschaftspflegeverbände

Auflistung o.g. Verbände und deren Aufgaben, Organisation, Rechtsform und Förderung; Frage nach Fördermöglichkeiten aus EU-Programmen sowie alternativen Organisationsformen; Rolle bei der Umsetzung der Pflege- und Entwicklungspläne iR von Natura 2000

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 01.10.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2463

Antragsverfahren iRd Gemeinsamen Antrags und bisherige Ausgleichszahlungen von Kommunen und Gebietskörperschaften an Land- und Forstwirte

Gewährung ergänzender Zuschüsse zu MEKA u.a. Programmen durch Kommunen und LKreise für landschaftspflegerische Leistungen der Landwirte, jeweils getrennte Berücksichtigung aller landwirtschaftlich genutzten Flächen iRd o.g. Verfahrens, Abschluss weiterer Zuschüsse zu denselben Maßnahmen und Flächen nach EU-Recht, Beurteilung der Finanzlage der betroffenen Landwirte und Waldbesitzer, Möglichkeiten der künftigen Kofinanzierung von Landschaftspflege im Falle einer Versagung der Notifizierung der noch vorzulegenden Landesförderleitlinie durch die EU

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 20.07.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4533
BeschlEmpf und Bericht LandwA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 109 110
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung des Potenzials zur energetischen Nutzung von Landschaftspflegematerial, Mitfinanzierung der Kosten für die Offenhaltung der Kulturlandschaft

GrAnfr

s. *Biomasse*
Drs 13/4539

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Agrarumweltmaßnahmen iRd MEPL 2007-2013

Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Maßnahmen- und Entwicklungsplan, geleistete Vorarbeiten für die neue Förderperiode 2007-2013, Gewährleistung der Offenhaltung der Landschaft mit dem MEKA, der Landschaftspflegeleitlinie sowie der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4885

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Entwicklung der Struktur der Betriebe seit 1995, Auswirkungen der Agrarreform bis 2013 auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Formen der Grünlandnutzung, Unterstützung der Direktvermarktung von Fleisch und Wolle, Einsatzmöglichkeiten der neuen Haarschafrasse „Nolana“, Stand der Anmeldung der geschützten geographischen Angabe „Württembergischer Lamm“, Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. *Schaf*
Drs 13/4944

Organisation der Landschaftspflege, Erstellung von Pflege- und Entwicklungsplänen

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 277

Verbesserte Honorierung von Leistungen in der Landschaftspflege durch entsprechende Modifikation der EU-Agrarprogramme

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1866 1874 1878 1879

Organisation der Landschaftspflege, Erstellung und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen, Zeitdauer und Problematik der Erarbeitung eines Pflegehandbuchs beim MLR

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2016-2021

Umorientierung der EU-Agrarprogramme von der Produktion zugunsten der Landschaftspflege

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399-3402 3404 3409-3413

Erhaltung der Fördermittel für die landschaftspflegerischen Leistungen der Schwarzwaldbauern, Notwendigkeit der Offenhaltung der Landschaft

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4135-4140

Umorientierung der EU-Agrarprogramme von der Produktion zugunsten der Landschaftspflege, Umsetzung der Landschaftspflegegerichtlinie

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4347-4349 4353 4355 4356

Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte, Eintreten für eine Kulturlandschaftsprämie

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560

Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte, Aufwertung des Vertragsnaturschutzes

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6081 6086 6090-6092

Offenhaltung und Pflege der Kulturlandschaft durch die Landwirte, Gärtner und Winzer

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419-6421

Aufstockung der Zuschüsse für die Landschaftspflege, Honorierung der Leistungen der Landwirte zur Offenhaltung der Landschaft

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6888 6893 6894

Fortführung der Landschaftspflegeprogramme, Würdigung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte, Finanzierung der Pflege des künftigen Biosphärengebiets Münsingen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7269 7273-7275

Landschaftspflegegerichtlinie

s. Landschaftspflege

Landschaftspflegeverband

s. Landschaftspflege

Landschaftsschutz

s.a. Landschaftsschutzgebiet

s.a. Naturschutz

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Umsetzung der vom Nachhaltigkeitsbeirat vorgeschlagenen quantitativen Ziele: Entwicklung eines Aktionsprogramms mit den kommunalen Spitzenverbänden und Regionalverbänden, Verankerung in den Regionalplänen über eine Novellierung des Landesplanungsges, Erarbeitung eines Konzepts für ein System handelbarer Flächenzertifikate, Nutzung innerstädtischer Ressourcen über das Städtebauförder- und Wohnungsbauprogramm; Novellierung des LandesnaturschutzGes: Schutz der noch unzerschnittenen Landschaftsräume, Aufbau eines Biotopverbundsystems, Stärkung der Landschaftsplanung

Antr

s. Landschaftsveränderung

Drs 13/3084

Interessenausgleich zwischen Landschaftsschutz und Windkraftnutzung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1379 1383 1387 1388 1390 1391 1394 1398 1399

Interessenausgleich zwischen Landschaftsschutz und Windkraftnutzung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2871-2873 2876-2879

Interessenausgleich zwischen Landschaftsschutz und Windkraftnutzung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2981-2983 2985-2989

Interessenausgleich zwischen Landschaftsschutz und Windkraftnutzung; Honorierung der Leistungen der Landwirte zum Landschaftsschutz

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3143 3187 3188 3191-3198 3200

Interessenausgleich zwischen Landschaftsschutz und Windkraftnutzung

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3458 3461 3466 3468

Interessenausgleich zwischen Landschaftsschutz und Windkraftnutzung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3642

Interessenausgleich zwischen Landschaftsschutz und Windkraftnutzung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7016-7018 7021-7023

Attraktivität der Regionen des Landes für den Tourismus, Schutz der Landschaft nach einem ökologischen Leitbild

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957 7962 8010

Landschaftsschutzgebiet

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall
Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr

s. Landwirtschaft

Drs 13/1553

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Entwicklung der Zahl und Flächen von Landschafts- und Naturschutzgebieten, Naturdenkmälern, Bannwäldern und Naturparks seit 1998; Förderung der natürlichen Sukzession auf nicht genutzten Flächen über Aufforstungsprämien

GrAnfr

s. Umwelt

Drs 13/1821

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzrechtlichen Grundstücken; Aufnahme der Schutzgebietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr

s. Naturschutz

Drs 13/2538

Zahl von ausgewiesenen Landschaftsschutzgebieten in BW
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 282 283

Einbeziehung von Landschaftsschutzgebieten in das vom Bund vorgegebene Biotopverbundsystem
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7267 7270

Landschaftsveränderung

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10
Vergabe eines Gutachterauftrags zur Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Reduzierung des Landschaftsverbrauchs um 50 % bis zum Jahr 2010

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-6 S. 27 28

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-4 S. 6 7

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und Landesplanungsges sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr SPD 14.05.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1010 (17 S.)

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3041-3050

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Entwicklung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen, insbes des Flächenverbrauchs; Maßnahmen und Investitionen zum Flächenrecycling und zur rationellen Energieverwendung

GrAnfr

s. *Umweltplan*

Drs 13/1853

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Umsetzung der vom Nachhaltigkeitsbeirat vorgeschlagenen quantitativen Ziele: Entwicklung eines Aktionsprogramms mit den kommunalen Spitzenverbänden und Regionalverbänden, Verankerung in den Regionalplänen über eine Novellierung des Landesplanungsges, Erarbeitung eines Konzepts für ein System handelbarer Flächenzertifikate, Nutzung innerstädtischer Ressourcen über das Städtebauförder- und Wohnungsbauprogramm; Novellierung des LandesnaturschutzGes: Schutz der noch unzerschnittenen Landschaftsräume, Aufbau eines Biotopverbundsystems, Stärkung der Landschaftsplanung

Antr GRÜNE 31.03.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3084 (12 S.)

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung

des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw

s. *Bodenschutz*

Drs 13/3677

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Entwicklung des Flächenverbrauchs seit 1994, Maßnahmen zur Umsetzung der mit dem Umweltplan BW angestrebten Reduzierung, Unterstützung der Gemeinden im Vorfeld der Fortschreibung der kommunalen Flächennutzungsplanung, Werbung um die Aufstellung von Baulückenkatastern, Anreize der Förderprogramme zur verstärkten Innenentwicklung der Kommunen in Ballungszentren und im ländlichen Raum

Antr CDU 17.11.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3755 (70 S.)

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 84 85

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Erweiterung des Industriegebiets Gölshausen - Gemarkung Bretten; Umwandlung von Teilen des Rüdttalwäldes im Naturpark Stromberg-Heuchelberg

Vereinbarkeit der o.g. Planung mit dem erklärten Ziel der Eindämmung des Flächenverbrauchs bzw mit Alternativstandorten und erschlossenen Gewerbeflächen in und um Bretten, Beurteilung der vorgesehenen Ausgleichsflächen, Berücksichtigung der Stellungnahme der Naturpark-Verwaltung in den laufenden Verfahren

KlAnfr

s. *Gewerbegebiet*

Drs 13/3938

Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen iRd Bauleitplanung

Nutzung von Möglichkeiten zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen bereits vor einem Eingriffs-Bebauungsplan sowie von gemeinsamen Ausgleichsmaßnahmen und Ökokonten mehrerer Kommunen bzw der Handelbarkeit von Ökokonten zwischen Gemeinden; erwartete Änderungen iRd Novellierung des LandesnaturschutzGes

KlAnfr

s. *Naturschutz*

Drs 13/4626

10 Jahre Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Berücksichtigung der Verringerung des Landschaftsverbrauchs bei der Ausweisung von Gewerbegebieten bzw Vorrang der Innenentwicklung mit dem Projekt MELAP

Antr

s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*

Drs 13/4890

Kritik am täglichen Landschaftsverbrauch von 11 Hektar in BW
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 98

Reduzierung des Flächenverbrauchs von 11 Hektar pro Tag in BW, Gegensteuerung mit einem Biotopverbund
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 277 279 282

Reduzierung des Flächenverbrauchs von 11 Hektar pro Tag in BW, Aufnahme von Reduktionszielen in den LEntwicklungsplan
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 755 756 758 760

Reduzierung des Flächenverbrauchs von 11 Hektar pro Tag in BW, Möglichkeiten zur entsprechenden Einwirkung auf die Gemeinden
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1023 1025 1026 1030 1035 1036

Reduzierung des Flächenverbrauchs von 11 Hektar pro Tag in BW
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1523

Reduzierung des Flächenverbrauchs, Rückbau von nicht mehr benötigten Straßen
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2279 2284

Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Landschaftsversiegelung, entsprechende Orientierung der Grundsteuer
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2766

Reduzierung des Flächenverbrauchs von 11 Hektar pro Tag in BW, Notwendigkeit regionalplanerischer Steuerungsinstrumente für die Siedlungsentwicklung
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2878

Reduzierung des Flächenverbrauchs von 11 Hektar pro Tag in BW, Notwendigkeit regionalplanerischer Steuerungsinstrumente für die Siedlungsentwicklung
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2977 2978 2981 2983

Feststellung einer unverminderten Zunahme des Flächenverbrauchs am Beispiel der neuen Landesmesse auf den Fildern
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3376 3446 3449

Beklagung des Widerspruchs zwischen dem hohen Flächenverbrauch und der Bekämpfung von Windrädern aus Gründen des Landschaftsschutzes
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3454

Beklagung des Widerspruchs zwischen dem hohen Flächenverbrauch und der Bekämpfung von Windrädern aus Gründen des Landschaftsschutzes
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3642

Reduzierung des Flächenverbrauchs, Suche nach Lösungen iR einer Arbeitsgruppe
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4324 4326 4338

Feststellung einer unverminderten Zunahme des Flächenverbrauchs
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961

Feststellung einer unverminderten Zunahme des Flächenverbrauchs, Suche nach Problemlösungen gemeinsam mit den Kommunen
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6056 6063 6067 6073

Reduzierung des Flächenverbrauchs, Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden zu Wohnzwecken und gewerblichen Zwecken
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6338

Reduzierung des Flächenverbrauchs, Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden zu Wohnzwecken und gewerblichen Zwecken
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6380-6383

Reduzierung des Flächenverbrauchs gemeinsam mit den Kommunen
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6495

Instrumente zur Minimierung des Flächenverbrauchs, Verankerung eines Vorrangs der Innenentwicklung vor der Zersiedelung des Außenbereichs im neuen LandesnaturschutzGes
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6609 6610

Beklagung der Landschaftsverschandelung durch Windräder, Anmahnung von mehr Engagement zur Reduzierung des Flächenverbrauchs
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7016-7018 7021-7023

Instrumente zur Minimierung des Flächenverbrauchs, Verankerung eines Vorrangs der Innenentwicklung vor der Zersiedelung des Außenbereichs im neuen Naturschutzrecht
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7271

Instrumente zur Minimierung des Flächenverbrauchs, Verankerung eines Vorrangs der Innenentwicklung vor der Zersiedelung des Außenbereichs im neuen Naturschutzrecht
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7423 7424

Verankerung verbindlicher Richtwerte für den Flächenverbrauch im LandesplanungGes
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7562

Landschaftsverbrauch

s. *Landschaftsveränderung*

Landtag, Alterspräsident

s. *Kurz, Rolf MdL CDU*

Landtag, Anwesenheit

Beantragung der Herbeirufung des MinPräs, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Zuwanderungsdebatte
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1284 1285

Beantragung der Herbeirufung der Kultusministerin, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Debatte zur Änderung des SchulGes
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3413-3415 3417 3419 3420

Beantragung der Herbeirufung des MinPräs und der Regierungsmitglieder, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Debatte zur Änderung des MinisterGes
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3817 3818

Beantragung der Herbeirufung der Kultusministerin, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte über den Epl 03 des Haushalts

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4190

Kritik an Veranstaltungen der LReg parallel zu Landtagssitzungen, Auszug der SPD-Fraktion aus dem Plenarsaal zu Beginn einer Rede von Ministerin Schavan

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4273 4274 4277

Beantragung der Herbeirufung der Kultusministerin, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Debatte über den Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6423 6424

Beantragung der Herbeirufung des MinPräs, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte um die Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6679 6680 6682 6683

Beantragung der Herbeirufung des JuM, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte um ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7543-7548 7551

Landtag, Ausschüsse

s.a. Ausschuss nach Artikel 62 der Verfassung

s.a. Landtag, Präsidium

s.a. Petition

s.a. Untersuchungsausschuss

s.a. Wahlprüfung

Bestellung der Ausschüsse und Wahl der Ausschussmitglieder sowie deren Stellvertreter

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 17

Wahl stellvertretender Mitglieder des Präsidiums, des Wahlprüfungsausschusses, der Ausschüsse und des Notparlaments

s. Landtag, Präsidium

PIPr 13/6 S. 180

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium

Drs 13/2

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten

Drs 13/306 (22 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Drs 13/358 (27 S.) PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Drs 13/488 (18 S.) PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Drs 13/616 (49 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Drs 13/852 (65 S.) PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Drs 13/885 (34 S.) PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Drs 13/955 (32 S.) PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Drs 13/997 (58 S.) PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Drs 13/1109 (80 S.) PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Drs 13/1232 (100 S.) PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Drs 13/1401 (76 S.) PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Drs 13/1577 (12 S.) PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Drs 13/1637 (51 S.) PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Drs 13/1638 (30 S.) PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Drs 13/1725 (51 S.) PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Drs 13/1855 (62 S.) PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Drs 13/1968 (47 S.) PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Drs 13/2069 (56 S.) PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Drs 13/2139 (62 S.) PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Drs 13/2222 (76 S.) PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Drs 13/2313 (39 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Drs 13/2485 (31 S.) PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Drs 13/2582 (38 S.) PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Drs 13/2583 (41 S.) PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Drs 13/2675 (23 S.) PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Drs 13/2703 (70 S.) PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Drs 13/2782 (45 S.) PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Drs 13/2934 (34 S.) PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Drs 13/2985 (57 S.) PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Drs 13/3093 (58 S.) PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Drs 13/3200 (37 S.) PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Drs 13/3239 (49 S.) PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Drs 13/3282 (36 S.) PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Drs 13/3348 (28 S.) PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Drs 13/3492 (78 S.) PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Drs 13/3651 (17 S.) PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Drs 13/3652 (53 S.) PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Drs 13/3751 (82 S.) PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Drs 13/3932 (49 S.) PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Drs 13/3991 (25 S.) PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Drs 13/4187 (49 S.) PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Drs 13/4277 (56 S.) PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Drs 13/4312 (51 S.) PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Drs 13/4379 (64 S.) PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Drs 13/4480 (29 S.) PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Drs 13/4592 (37 S.) PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Drs 13/4633 (13 S.) PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Drs 13/4745 (72 S.) PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Drs 13/4821 (65 S.) PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Drs 13/4924 (30 S.) PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Drs 13/5052 (76 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Drs 13/5137 (70 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Drs 13/5138 (130 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 831 (InnenA, SchulA)

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1225 (StändA)

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894 1964 1965 (StändA, FinA, WirtA, InnenA, SchulA, Umwelt- u. VerkA, SozA, LandwA, WissenschA, PetA, WahlprüfungsA)

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693 2805 (WissenschA)

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893 3000 (StändA, FinA, InnenA, WissenschA, Art 10 GG, Unterausschuss NSI)

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489 4546 (InnenA)

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4605 4689 (StändA, PetA)

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699 4768 (InnenA, SozA, WissenschA, PetA)

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4895 4960 (InnenA)

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5321 5413-5415 (Schriftführer, StändA, FinA, WirtA, InnenA, SchulA, Umwelt- u. VerkA, SozA, LandwA, WissenschA, PetA)

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637 5706 (FinA, WirtA, SchulA, SozA, LandwA, WissenschA, PetA, WahlprüfungsA)

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863 5953 (FinA, InnenA, PetA)

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5955 6052 (Umwelt- u. VerkA, FinA, SchulA, PetA)

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535 6623 (StändA, FinA, WirtA, InnenA, SchulA, Umwelt- u. VerkA, SozA, LandwA, WissenschA, PetA, WahlprüfungsA)

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787 6876 (StändA, InnenA, WissenschA, PetA, WahlprüfungsA)

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041 7117 7118 (Schriftführer, StändA, FinA, WirtA, InnenA, SchulA, Umwelt- u. VerKA, SozA, LandwA, WissenschA, PetA)

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199 7283 7284 (StändA, FinA, SozA, WirtA, WissenschA, PetA)

Einrichtung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten

Verbesserung der zeitnahen Unterrichtung und Einbeziehung des Ltg in Bundes- und EU-Angelegenheiten, Behandlung der europapolitischen Initiativen und EU-Vorhaben, Abgabe einer Stellungnahme vor Ablauf der Beratungsfristen des BRats, Durchführung europapolitischer Foren

Antr GRÜNE 20.11.2003 Drs 13/2648

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799-3811

Bestellung eines Ausschusses für Europaangelegenheiten

Antr SPD 20.11.2003 Drs 13/2649

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799-3811

Einrichtung eines Europaausschusses

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 606

Verankerung europäischer Themen in den Sitzungen der Fachausschüsse, Einrichtung eines Europaausschusses

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1463 1464 1467

Forderung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten; Verweisung auf die bestehenden Ausschüsse

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798 3799 3801 3803 3805 3806 3809 3811

Anmahnung von mehr Sacharbeit in den Ausschüssen, Durchführung von öffentlichen Ausschusssitzungen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4088 4091

Mitgestaltung europäischer Rechtspolitik, Einrichtung eines Europaausschusses

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4845 4848 4849

Einrichtung eines Europaausschusses; Verweisung auf die bestehenden Ausschüsse

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5125 5127

Einbindung der Fachausschüsse bei der Einführung und Anwendung der neuen Steuerungsinstrumente, Ermöglichung einer jederzeitigen Information zur fachrelevanten Steuerung des Haushalts

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5310 5312 5313 5315 5316

Einrichtung eines Europaausschusses nach dem Vorbild anderer BLänder; Verweisung auf die bestehenden Ausschüsse

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7142 7147 7151

Befassung von Landtagsausschüssen mit Europaangelegenheiten, Unterstützung der Ausschussreisen nach Brüssel

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Landtag, Begrüßung

Begrüßung der zur konstituierenden Sitzung des neuen Ltg anwesenden Ehrengäste

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 1 2

Begrüßung einer Delegation des Parlaments der Region Apulien
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 199

Begrüßung der Preisträger des 43. Schülerwettbewerbs des Ltg
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 282

Begrüßung von Frau Konsulin Hall vom Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Frankfurt

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327

Begrüßung einer Delegation aus der Republik Angola

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 354

Begrüßung des Generalkonsuls von Griechenland, Dr. Dimitris Moschopoulos

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 405

Begrüßung des Generalkonsuls der Republik Slowenien, Dr. Matjaz Javnisek

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 411

Begrüßung der Generalkonsulin der Republik Bulgarien, Frau Veneta Momtcheva

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 482

Begrüßung des Umweltministers der Republik Rumänien, Herrn Aurel Constantin Ilie, und seiner Delegation

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 521

Begrüßung einer Delegation aus der Teilrepublik Serbien der Bundesrepublik Jugoslawien

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 538

Begrüßung des italienischen Generalkonsuls mit Sitz in Stuttgart, Herrn Dr. Mario Musella

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 768

Begrüßung des Befehlshabers im Wehrbereich IV, Herrn Generalmajor Kersten Lahl

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 883

Begrüßung einer Delegation der Südtiroler Volkspartei

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047

Begrüßung des Wirtschaftsministers der Republik Ghana, Dr. Kofi Konadu Apraku

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1592

Begrüßung des Oberbürgermeisters der Hauptstadt der Republik Madagaskar, Herrn Guy Rakotomaharo Rajemison, und seiner Begleitung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1697

Begrüßung der Gäste zur auswärtigen Plenarsitzung in Bebenhausen und historischer Rückblick

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1733 1734

Begrüßung einer Besuchergruppe aus Haslach im Kinzigtal

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2043

Begrüßung des Botschafters der Republik Ungarn und seiner Begleitung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2127

Begrüßung einer Delegation des Großen Rates des Kantons Aargau

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2137

Begrüßung einer Delegation des Großen Rates des Kantons Schaffhausen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2309

Begrüßung des Generalkonsuls der Republik Polen, Wacław Oleksy

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2422

Begrüßung einer Delegation der Stuttgart 2012 GmbH

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2747 2748

Begrüßung einer Delegation aus Nordirland

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2904

Begrüßung des Generalkonsuls der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Peter W. Bodde

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3001

Begrüßung einer Delegation der Deutsch-Französischen Brigade

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3052

Begrüßung einer Delegation des National Council of Provinces der Republik Südafrika

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3116

Begrüßung des Ministers für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen, Herrn Hans-Heinrich Ehlen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3499

Begrüßung einer Delegation des brasilianischen Bundesstaates Rio Grande do Sul

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3510 3511

Begrüßung des Generalkonsuls der Französischen Republik für das Land Baden-Württemberg, Herrn Dr. Henri Reynaud

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3515

Begrüßung einer Delegation aus Singapur

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3753

Begrüßung des Botschafters der Schweiz in der Bundesrepublik Deutschland und seiner Begleitung

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385

Begrüßung des Ministers für Landwirtschaft und Forsten der Republik Italien und seiner Begleitung

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4397

Begrüßung des Generalkonsuls der Slowakischen Republik für die Länder Bayern und BW, Herrn Peter Misik, und des Vizekonsuls für Wirtschaft und Handel, Herrn Dipl.-Ing. Jan Strbka

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4646

Begrüßung des Generalkonsuls der Französischen Republik für das Land BW, Herrn Dr. Henri Reynaud

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4646

Begrüßung einer Delegation aus den Kantonen Appenzell-Außerrhoden und Appenzell-Innerrhoden und ihrer Begleitung

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4721

Begrüßung von Vertretern der Konsulate von EU-Beitrittsländern

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4772 4773

Begrüßung des Kommandeurs der 10. Panzerdivision, Herrn Generalmajor Manfred Engelhardt

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4829

Begrüßung der Staatssekretärin im Ministerium für europäische Integration der Republik Kroatien, Frau Marija Pejcinovic-Buric, und ihrer Begleitung

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4978

Begrüßung des neuen spanischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Ricardo Zalakain

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5382

Begrüßung des neuen türkischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Nejat Akcal

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5392

Begrüßung einer Delegation des Ausschusses für Wirtschaft, Privatisierung und Unternehmen des Nationalrats der Slowakischen Republik

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5450 5451

Begrüßung des Erzbischofs von Freiburg, Herrn Dr. Robert Zollitsch, und des Bischofs von Rottenburg-Stuttgart, Herrn Dr. Gebhard Fürst, und ihrer Begleitung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5509

Begrüßung einer Delegation des Präsidiums des Großen Rates des Kantons Basel-Stadt

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5591

Begrüßung der Ministerin für Außenhandel des Königreichs der Niederlande, Frau Karien van Gennip, und ihrer Begleitung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6310 6311

Begrüßung des Generalkonsuls von Frankreich, Herrn Henri Reynaud

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351

Begrüßung des stellvertretenden MinPräs und Finanzministers der Slowakischen Republik, Herrn Ivan Miklos

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6826 6827

Begrüßung des Schweizerischen Botschafters, Herrn Dr. Werner Baumann, und seiner Begleitung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6851

Begrüßung einer Delegation des Präsidiums des Kantonsrats St. Gallen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6984

Begrüßung des griechischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Panagis Badounas

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7079

Begrüßung von Conseillers du Commerce exterieur de la France und ihrer Begleitung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119

Begrüßung des MinPräs der Republik Lettland, Herrn Aigars Kalvitis, und seiner Begleitung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7160

Begrüßung einer Delegation des Parlaments von Bosnien und Herzegowina

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7400

Begrüßung des Landesbischofs der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Herrn Frank O. July

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7423

Begrüßung einer Delegation des Ausschusses für Wirtschaft, Betriebe und Technologie des Abgeordnetenhauses von Berlin

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7658

Begrüßung des italienischen Generalkonsuls in Stuttgart, Herrn Dr. Faiti Salvadori

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7685

Begrüßung des Vorsitzenden des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina, Herrn Ivo Miro Jovic, und seiner Delegation

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7875

Begrüßung einer Delegation des Schaffhauser Kantonsrates

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954

Begrüßung des Oberbürgermeisters der Stadt Mannheim, Gerhard Widder

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1589 1590

Begrüßung der Gäste zur auswärtigen Plenarsitzung in Freiburg und historischer Rückblick

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1893 1909

Begrüßung der Gäste zum Frauenplenartag des Ltg

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031 2039 2043

Landtag, Geschäftsordnung

s.a. Landtag, Anwesenheit

*Vorschlag zur vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung
Wahl des Präsidenten aus den Reihen der größten Fraktion sowie je eines Stellvertreters aus den anderen drei Fraktionen*

Antr GRÜNE 12.06.2001 Drs 13/3

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 8-13

Antrag auf Erweiterung der TO

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 125

Erweiterung der TO

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 437

Erweiterung der TO

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 559

Erweiterung der TO

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719

Antrag, die Punkte 1 und 5 der TO zusammen zu beraten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1225 1226

Geschäftsordnung des 13. Ltg von BW

BeschlEmpf und Bericht Präsidium 10.06.2002 Drs 13/1004 (16 S.)

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1617-1622

GBI 2002 Nr. 8 S. 269 270

Umstellung bzw Vertagung von TOP

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1775 1796 1804 1808

Erweiterung der TO

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1811 1880

Absetzung des TOP 7

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1880

Erweiterung der TO

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4409

Absetzung des TOP 2

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4724

Absetzung der Punkte 3 sowie 6-8 der TO

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 5039

Erweiterung der TO

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5115-5118

Zurückziehung des DringlAntr Drs 13/3407, Erweiterung der TO und Antr auf Änd der TO, zusätzliche Erweiterung der TO

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181-5186 5215

Absetzung der TOP 9 und 10

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5298

Erweiterung der TO

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5417-5420

Erweiterung der TO

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5955

Absetzung des TOP 6

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399

Antrag, den Antrag der SPD - Vorrang für Arbeitsplätze - Rücknahme juristischer Schritte gegen das VGH-Urteil zum Genehmigungsverfahren der Passagierfluglizenz für Lahr, Drs 13/4315, und Antrag, den Antrag der SPD - Aufhebung der Haushaltssperre für das Förderprogramm Geothermie, Drs 13/4314, für dringlich zu erklären

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535-6539

Absetzung der TOP 8 und 9

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6686

Erweiterung der TO

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877

Absetzung des ursprünglichen TOP 12

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877 6953

Erledigterklärung des Antrags Drs 13/2323 (TOP 10)

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955 7015

Erweiterung der TO

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955

Vorläufige Übernahme der GO des 12. Ltg, Einrichtung einer interfraktionellen Kommission zur Überarbeitung der GO

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 4 7

Vorschläge zur Überarbeitung der GO in einer interfraktionellen Kommission

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 937-939 941

Anmahnung von mehr Selbstdisziplin bei der Nutzung der freien Redezeit im Plenum, Beurteilung der Neuregelung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1395 1402 1404

Kritik an der Ablehnung geschlechtsneutraler Formulierungen in der GO des Ltg

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2042

Redezeit der Regierung, Hinweis auf das verfassungsmäßig unbeschränkte Rederecht der Mitglieder der LReg

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2194 2195

Landtag, Hausrecht*Hinweis auf die Unzulässigkeit von Beifalls- und Missfallensbekundungen auf der Tribüne, Entfernung eines Demonstranten gegen Studiengebühren von der Tribüne*

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7484-7486

Hinweis auf die Unzulässigkeit von Kundgebungen auf der Tribüne, Androhung der Räumung der Tribüne, Verweisung von Störern aus dem Saal

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7584-7586 7593 7596 7598

Landtag, Mandatsniederlegung*Mandatsverzicht von Abgeordneten*

Puchta, Dieter Dr. SPD am 01.08.2002
 Nachfolger: Winkler, Alfred SPD ab 14.08.2002
 Salomon, Dieter Dr. GRÜNE am 15.08.2002
 Nachfolgerin: Sitzmann, Edith GRÜNE ab 30.08.2002
 Bebber, Wolfgang SPD am 30.04.2003
 Nachfolger: Rust, Ingo SPD ab 01.05.2003
 Gräßle, Inge Dr. CDU am 20.07.2004
 Nachfolger: Hitzler, Bernd CDU ab 23.07.2004
 Schäuble, Thomas Dr. CDU am 30.09.2004
 Nachfolger: Jägel, Karl-Wolfgang CDU ab 01.10.2004
 Schavan, Annette Dr. CDU am 30.09.2005
 Nachfolger: Hollenbach, Manfred CDU ab 01.10.2005
 Maurer, Ulrich fraktionslos am 18.10.2005
 Nachfolgerin: Hollay, Edeltraud SPD ab 18.10.2005

Landtag, Mitglieder*s.a. Abgeordneter**s.a. Landtag, Anwesenheit**s.a. Landtag, Mandatsniederlegung**s.a. Landtag, nachträglich eingetretene Abgeordnete**Verzeichnis der Mitglieder*

Erste Ausgabe 25.07.2001 Drs 13/1 (12 S.)
 Zweite Ausgabe 12.11.2001 Drs 13/356 (12 S.)
 Dritte Ausgabe 03.04.2002 Drs 13/872 (12 S.)
 Vierte Ausgabe 25.10.2002 Drs 13/1390 (12 S.)

Fünfte Ausgabe 12.12.2003 Drs 13/2612 (12 S.)

Sechste Ausgabe 31.01.2005 Drs 13/3942 (12 S.)

Siebte Ausgabe 10.08.2005 Drs 13/4590 (13 S.)

Achte Ausgabe 11.01.2006 Drs 13/4978 (13 S.)

Landtag, Mündliche Anfragen*s.a. Parlamentsmaterialien**Mündliche Anfragen*

MdlAnfr 28.06.2001 Drs 13/24
 MdlAnfr 19.07.2001 Drs 13/62
 MdlAnfr 26.09.2001 Drs 13/251
 MdlAnfr 25.10.2001 Drs 13/322
 MdlAnfr 15.11.2001 Drs 13/419
 MdlAnfr 13.12.2001 Drs 13/530
 MdlAnfr 07.03.2002 Drs 13/810
 MdlAnfr 18.04.2002 Drs 13/912
 MdlAnfr 16.05.2002 Drs 13/980
 MdlAnfr 20.06.2002 Drs 13/1002
 MdlAnfr 18.07.2002 Drs 13/1153
 MdlAnfr 17.10.2002 Drs 13/1369
 MdlAnfr 14.11.2002 Drs 13/1475
 MdlAnfr 12.12.2002 Drs 13/1580
 MdlAnfr 23.01.2003 Drs 13/1678
 MdlAnfr 20.02.2003 Drs 13/1778
 MdlAnfr 27.03.2003 Drs 13/1906
 MdlAnfr 08.05.2003 Drs 13/2037
 MdlAnfr 26.06.2003 Drs 13/2176
 MdlAnfr 17.07.2003 Drs 13/2247
 MdlAnfr 02.10.2003 Drs 13/2447
 MdlAnfr 30.10.2003 Drs 13/2480
 MdlAnfr 27.11.2003 Drs 13/2589
 MdlAnfr 18.12.2003 Drs 13/2691
 MdlAnfr 04.02.2004 Drs 13/2873
 MdlAnfr 11.03.2004 Drs 13/2976
 MdlAnfr 01.04.2004 Drs 13/3056
 MdlAnfr 06.05.2004 Drs 13/3161
 MdlAnfr 01.07.2004 Drs 13/3305
 MdlAnfr 29.07.2004 Drs 13/3425
 MdlAnfr 11.11.2004 Drs 13/3722
 MdlAnfr 09.12.2004 Drs 13/3827
 MdlAnfr 17.03.2005 Drs 13/4133
 MdlAnfr 28.04.2005 Drs 13/4204
 MdlAnfr 02.06.2005 Drs 13/4316
 MdlAnfr 30.06.2005 Drs 13/4413
 MdlAnfr 28.07.2005 Drs 13/4532
 MdlAnfr 06.10.2005 Drs 13/4683
 MdlAnfr 10.11.2005 Drs 13/4796
 MdlAnfr 01.12.2005 Drs 13/4870
 MdlAnfr 02.02.2006 Drs 13/5092
 MdlAnfr 22.02.2006 Drs 13/5172

Landtag, nachträglich eingetretene Abgeordnete*Nachträglich eingetretene Abgeordnete*

Winkler, Alfred SPD ab 14.08.2002
 Nachfolger für Puchta, Dieter Dr. SPD
 Sitzmann, Edith GRÜNE ab 30.08.2002
 Nachfolgerin für Salomon, Dieter Dr. GRÜNE
 Rust, Ingo SPD ab 01.05.2003
 Nachfolger für Bebber, Wolfgang SPD
 Weiß, Roland SPD ab 29.03.2004
 Nachfolger für Nagel, Max SPD

Hitzler, Bernd CDU ab 23.07.2004
 Nachfolger für Gräßle, Inge Dr. CDU
 Jägel, Karl-Wolfgang CDU ab 01.10.2004
 Nachfolger für Schäuble, Thomas Dr. CDU
 Götting, Renate FDP/DVP ab 06.09.2004
 Nachfolgerin für Glück, Horst Dr. FDP/DVP
 Hollenbach, Manfred CDU ab 01.10.2005
 Nachfolger für Schavan, Annette Dr. CDU
 Hollay, Edeltraud SPD ab 18.10.2005
 Nachfolgerin für Maurer, Ulrich fraktionslos

Landtag, Ordnungsruf bzw Ermahnung

Erteilung eines Ordnungsrufs bzw einer Ermahnung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 404 (Abg Oettinger CDU)
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1425 (Abg Dr. Gräßle CDU)
 PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2744 (Abg Haas CDU)
 PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3826 (Abg Palmer und Walter GRÜNE)
 PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4662 (Abg Haas CDU)
 PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7605 (Abg Walter GRÜNE)

Forderung nach Verhängung einer Rüge gegen den MinPräs sowie gegen den Abg Boris Palmer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2135 2194 2195

Landtag, Präsidium

Wahl der Mitglieder des Präsidiums

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 16

Wahl stellvertretender Mitglieder des Präsidiums, des Wahlausschusses, der Ausschüsse und des Notparlamentes

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 180-183

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

Erste Ausgabe 25.07.2001 Drs 13/2 (15 S.)
 Zweite Ausgabe 12.11.2001 Drs 13/357 (15 S.)
 Dritte Ausgabe 03.04.2002 Drs 13/873 (16 S.)
 Vierte Ausgabe 25.10.2002 Drs 13/1391 (16 S.)
 Fünfte Ausgabe 12.12.2003 Drs 13/2613 (16 S.)
 Sechste Ausgabe 11.01.2006 Drs 13/4979 (16 S.)

Umbesetzungen im Präsidium

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571 1650
 PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5043 5114
 PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181 5264
 PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461 6534
 PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535 6623
 PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041 7117

Kritik an der Aufblähung des Präsidiums zu Beginn der Wahlperiode

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605 3610 3631

Landtag, Redezeit

s. Landtag, Geschäftsordnung

Landtag, Schlussansprache

Schlussansprache des Präsidenten

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011-8015

Landtag, Schriftführer

Wahl der Schriftführer

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 16

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium

Drs 13/2

Landtag, Tag der offenen Tür

Ankündigung einer weiteren Veranstaltung „Tag der offenen Tür“ in der 13. WP

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Ankündigung der Premiere des „Landtagschors“ am Tag der offenen Tür

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5951

Erinnerung an den zum dritten Mal veranstalteten „Tag der offenen Tür“

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

Landtag, Tagesordnung

s. Landtag, Geschäftsordnung

Landtag, verstorbene Abgeordnete

Verstorbene Abgeordnete

Nagel, Max SPD am 20.03.2004
 Nachfolger: Weiß, Roland SPD ab 29.03.2004
 Glück, Horst Dr. FDP/DVP am 15.08.2004
 Nachfolgerin: Götting, Renate FDP/DVP ab 06.09.2004

Landtag von Baden-Württemberg

s.a. Landtagsgebäude

s.a. Parlamentsmaterialien

Zukünftige Nutzung des Alten Landtags, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird

Finanzieller Aufwand des Landes bei der Sanierung des Gebäudes in den achtziger Jahren, derzeitiger Zustand; Überlegungen zu eigenen Nutzungsmöglichkeiten und Bereitstellung von Ersatzräumen für die staatliche Akademie für Bildende Künste, Verhandlungen mit dem Haus der Geschichte über Ausstellungen oder Veranstaltungen, Einbeziehung in die Veranstaltungen zum 50-jährigen Landesjubiläum

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 06.12.2001 und Antw FM Drs 13/547

Festsitzung des Ltg aus Anlass der Wahl und der konstituierenden Sitzung der Verfassungsgebenden Landesversammlung vor 50 Jahren; Festvortrag: Zwischen Geschichte und Reißbrett - Über die Zukunft der deutschen Länder

s. Gedenktag

PIPr 13/21 S. 1159

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Stand und Entwicklungsperspektiven von Zuständigkeiten, Rechtssetzungs- und Finanzierungs Kompetenzen von Bund, Ländern und EU; Möglichkeiten zur Rückübertragung auf die Länder und Landesparlamente; Stärkung der Mitwirkungsrechte des BRats; Entflechtung bzw Abbau von Mischfinanzierungen,

Fachministerkonferenzen, Arbeitsgruppen u.a. Gremien; Vorschläge zur Entwicklung eines Europas der Regionen

GrAnfr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1026

Aufwertung des Geburtsortes unserer Landesverfassung anlässlich ihres 50. Geburtstages

Einbeziehung des Alten Landtags in der Stuttgarter Heusteigstraße in die Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich des Verfassungsjubiläums, Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Kunstakademie und dem Haus der Geschichte

KlAnfr
s. *Landesverfassung*
Drs 13/1613

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips; Neuordnung der Kompetenzen und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen; Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der Landesparlamente, Regionen und Gebietskörperschaften; Rückholung von Gesetzgebungskompetenzen und Steuerautonomie, Abbau von Mischfinanzierungen und Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben, Überprüfung der Bundesergänzungszuweisungen, Abschätzung von Gesetzesfolgen und Regelung der Kostenträgerschaft bei Übertragung von Aufgaben; Unterstützung der Einberufung eines Föderalismuskonvents

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1796

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie den Unternehmen und Betrieben des Landes

Angebot von Ausbildungsstellen in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis für bis zu fünf Jugendliche im Ltg sowie von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in den o.g. Bereichen

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2721

Das Selbstverständnis des baden-württembergischen Parlaments

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4083-4092

Die Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung und deren Auswirkung auf die Arbeit des Ltg und seine Rechte

s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/3240

Beurteilung der Reformansätze in der Kultusministerkonferenz vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte

Koordinationsbedarf zwischen den BLändern in der Hochschulpolitik nach einem Wegfall der Rahmenkompetenz, Gewährleistung einer kontinuierlichen Vertretung deutscher Bildungspolitik auf europäischer Ebene, Einbeziehung der Länderparlamente in die Entscheidungsprozesse

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3711

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/3727

Rauchverbot im Landtag

Rauchverbot in allen öffentlich zugänglichen Räumen im Haus des Landtags und im Haus der Abgeordneten

Antr
s. *Rauchen*
Drs 13/3952

Statistische Angaben über die Arbeit des 13. Landtags von Baden-Württemberg (Stand: 31. Mai 2006)

Mittlg
s. *Statistik*
Drs 13/5249

Eröffnungsrede des Präsidenten, Eintreten für die Rechte und das Gewicht des neuen Ltg, Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Abg infolge der Verkleinerung des Ltg, Steigerung der Transparenz nach außen, Anregung einer Parlamentsreform

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 5-15

Rückverlagerung von Kompetenzen aus BRat und Bundespolitik in die Länderparlamente; Erwartung von Impulsen der neuen Abg für die Arbeitsabläufe im Ltg und den Teilzeitparlamentarismus

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62 71 72

Größe und Zusammensetzung des Ltg, Herstellung von mehr Chancengleichheit bei der Wahl durch eine Neuabgrenzung bzw Reduzierung der Wahlkreise

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 250-257

Bedeutungsverlust der Landesparlamente, Bezeichnung der Kontrolle der Verwaltung als vornehmste Aufgabe des Ltg

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 291 294

Beteiligung der Länderparlamente an der Erarbeitung einer europäischen Verfassung, Ausbau der Kontakte zu Parlamenten in Osteuropa

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 602-607 610

Rückverlagerung von Kompetenzen aus BRat und Bundespolitik in die Länderparlamente; Bewahrung des Ltg als Teilzeitparlament; zeitgemäße Ausstattung der Abg und Verwaltung; Mitgestaltung des Landesjubiläums

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936-941

Beteiligung der Länderparlamente an der Erarbeitung einer europäischen Verfassung, Verstärkung der Diskussion über Eurothemen im Ltg, Rückverlangung von Kompetenzen aus Berlin und Brüssel; Anregung eines bewegungsfreundlichen Ltg

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1460 1463-1465 1467 1470 1472 1473 1475 1477

Rückverlagerung von Kompetenzen aus BRat und Bundespolitik in die Länderparlamente; Vorwurf der Umgehung des Ltg mit dem Instrument der LStiftung BW; Belebung der Debatten durch die unbegrenzten Redezeiten, Änd der GO, Verbesserung der Außenwirkung des Ltg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1579 1580 1582-1585 1587 1588 1617-1622

Neuregelung der Funktionszulagen für Abgeordnete, Klärung der Statusfrage Teilzeit- oder Vollzeitparlament

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1880 1881

Feststellung einer kontinuierlichen Zunahme des Frauenanteils im Ltg

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2033 2040 2042 2043

Beteiligung der Länderparlamente an der Erarbeitung einer europäischen Verfassung, Einfluss des Ltg im Ausschuss der Regionen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153 2154 2159 2161-2163

Hinwirkung auf ein eigenständiges Klagerecht der Länderparlamente vor dem Europäischen Gerichtshof, Rückübertragung von Zuständigkeiten auf die Länderparlamente

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2341-2343 2346

Umgehung des Parlaments durch den MinPräs bei seinem Überraschungscoup zur Verwaltungsreform

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2726 2727 2733 2739

Stärkung der Länderparlamente mit einer Reform des Föderalismus; Beteiligung des Ltg bei der Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894-2896 2905 2908 2909 2911-2913 2922 2926 2928-2930 2934

Würdigung des Eintretens des MinPräs für die Interessen des Ltg im Europäischen Konvent, Notwendigkeit einer Verfassungskammer zur Klärung von Streitfragen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3056 3057

Auswirkungen des NSI-Projekts auf die Rechte des Ltg bzw die Steuerung und Kontrolle des Haushalts

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3267-3274 3277 3280-3282

Stellungnahme und Anhörung der Länderparlamente zu GesEntw der EU-Kommission, Begleitung des Prozesses zur Erarbeitung des EU-Verfassungsvertrags

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3309 3311 3316 3318 3321 3325

Kritik an der Aufblähung des Präsidiums zu Beginn der Wahlperiode; Rückverlangung von Zuständigkeiten der Landtage mit der notwendigen Föderalismusreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605 3607 3608 3610 3613 3629 3631 3641

Einflussnahme der Länderparlamente im europäischen Gesetzgebungsverfahren, Einrichtung eines Europaausschusses

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801 3805 3806 3809 3811

Anstrebung einer Begrenzung des Ltg auf 120 Mitglieder

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4019

Rückverlangung von Zuständigkeiten der Landtage mit der notwendigen Föderalismusreform; Vorwurf der Überrumpelung des Parlaments durch den MinPräs mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4146 4175 4176

Kosten-Leistungs-Verhältnis des Ltg im Vergleich mit anderen Parlamenten, Festhalten am Teilzeitmandat sowie an der Regelgröße von 120 Abg; Eintreten für eine Stärkung der Länderparlamente in der Föderalismuskommission; Kritik am Parlamentsverständnis von Regierungsmitgliedern

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4229-4234 4273

Vorwurf der Überrumpelung des Parlaments durch den MinPräs mit der Verwaltungsreform, Befürchtung eines Verlusts an Zuständigkeiten

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4637 4641 4642 4659

Vorwurf des Durchpeitschens des Verwaltungsstruktur-ReformGes durch das Parlament

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4906 4907 4909-4914 4918 4925-4927 4932-4934 4941

Vorwurf des Durchpeitschens des Verwaltungsstruktur-ReformGes durch das Parlament, Vorwegnahme der Umsetzung des Gesetzes vor der abschließenden Beratung, Beklagung einer Selbstentmachtung des Parlaments

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4987-4989 5005 5010 5011 5013-5015

Einflussnahme der Länderparlamente im europäischen Gesetzgebungsverfahren, Einrichtung eines Europaausschusses, Weiterleitung der Berichte der Brüsseler Landesvertretung an das Parlament; Stärkung des Ltg mit der notwendigen Föderalismusreform

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5123-5125 5127 5136

Einflussnahme der Länderparlamente im europäischen Gesetzgebungsverfahren, Zusammenarbeit zwischen LReg und Ltg iR eines gemeinsamen Verfahrens

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5378 5379

Aufforderung an die Landtagsverwaltung zur Bereitstellung von fünf Ausbildungsplätzen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5469

Rückgabe gesetzgeberischer Spielräume vom Bund an die Landtage

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5495 5496 5500 5501 5503 5505 5507 5508 5511

Anstrebung einer Begrenzung des Ltg auf 120 Mitglieder, Notwendigkeit eines höheren Frauenanteils, Gewicht der einzelnen Stimme beim Landtagswahlrecht, Notwendigkeit einer Neugrenzung von Wahlkreisen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5595-5605

Neuabgrenzung von Wahlkreisen im Hinblick auf die Landtagswahl 2006, Anstrengung einer Begrenzung des Ltg auf 120 Mitglieder, Notwendigkeit eines höheren Frauenanteils, Gewicht der einzelnen Stimme beim Landtagswahlrecht

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5847

Kosten-Leistungs-Verhältnis des Ltg im Vergleich mit anderen Parlamenten, Vorteile eines Teilzeitparlaments, Intensivierung der Kontrolle der Regierung, Vorschläge zu einer Reform der Diäten und Altersversorgung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5946-5953

Würdigung des Einsatzes des scheidenden MinPräs zur Stärkung der Länderparlamente iRd Europäischen Verfassungskonvents und der Föderalismuskommission

PIPr 13/90 21.04.2005 S. 6395

Rückgewinnung von Kompetenzen der Länderparlamente iR eines erneuten Anlaufs zu einer Föderalismusreform; Rückübertragung von Verordnungsermächtigungen aus den Gesetzen in die Regelungskompetenz des Landtags

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418 6419

Rückübertragung von Verordnungsermächtigungen aus den Gesetzen in die Regelungskompetenz des Landtags

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491

Rückerlangung von Kompetenzen der Länderparlamente iR eines erneuten Anlaufs zu einer Föderalismusreform

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285-7292 7342

Bewertung der Gesetzgebungsarbeit des Landtags am Ende der 13. WP, Rückerlangung von Gesetzgebungskompetenzen im Zuge der Föderalismusreform, Erinnerung an die vielfältigen Veranstaltungen im Landtag, Würdigung der scheidenden Kollegen durch den Präsidenten iR seiner Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011-8015

Landtag, Wahlprüfungsausschuss

s. *Wahlprüfung*

Landtagsdirektor

s. *Ministerialdirektor*

Landtagsfraktion

s. *Fraktion*

Landtagsgebäude

Zukünftige Nutzung des Alten Landtags, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird

Finanzieller Aufwand des Landes bei der Sanierung des Gebäudes in den achtziger Jahren, derzeitiger Zustand; Überlegungen zu eigenen Nutzungsmöglichkeiten und Bereitstellung von Ersatzräumen für die staatliche Akademie für Bildende Künste, Verhandlungen mit dem Haus der Geschichte über Ausstellungen oder Veranstaltungen, Einbeziehung in die Veranstaltungen zum 50-jährigen Landesjubiläum

KlAnfr

s. *Landtag von Baden-Württemberg*

Drs 13/547

Haushalt 2002 und 2003; Epl 01

Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Haus der Abgeordneten/Haus des Ltg

s. *Solartechnik*

Drs 13/651

Aufwertung des Geburtsortes unserer Landesverfassung anlässlich ihres 50. Geburtstages

Einbeziehung des Alten Landtags in der Stuttgarter Heusteigstraße in die Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich des Verfassungsjubiläums, Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Kunstakademie und dem Haus der Geschichte

KlAnfr

s. *Landesverfassung*

Drs 13/1613

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Sicherungs-, Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an den Gebäuden des Ltg

ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 13.03.2003 Drs 13/1873-N 98 S. 173-175

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Rauchverbot im Landtag

Rauchverbot in allen öffentlich zugänglichen Räumen im Haus des Landtags und im Haus der Abgeordneten

Antr

s. *Rauchen*

Drs 13/3952

Modernisierungsbedarf des Landtags, Installation neuer Sicherheitseinrichtungen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4229 4230 4232

Modernisierungsbedarf in den beiden Landtagsgebäuden, Erinnerung an die Ablehnung der Vorschläge aus finanziellen Gründen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5949

Begrüßung eines Rauchverbots in den Gebäuden des Landtags

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7616 7619 7623 7624

Vermutung einer Erfassung der Daten von Besuchern des Landtags bei der Einlasskontrolle

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7921

Plädoyer für ein neues Landtagsgebäude mit einer Weltoffenheit und Toleranz symbolisierenden Architektur sowie besseren Arbeitsmöglichkeiten der einzelnen Abgeordneten

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7990

Landtagspräsident

Vorschlag zur vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung

Wahl des Präsidenten aus den Reihen der größten Fraktion sowie je eines Stellvertreters aus den anderen drei Fraktionen

Antr

s. *Landtag, Geschäftsordnung*

Drs 13/3

Wahl des Abg Peter Straub zum Präsidenten des 13. Ltg von BW am 12.06.2001

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 4 5

Landtagspräsidium*s. Landtag, Präsidium***Landtagsvizepräsident***s.a. Birzele, Frieder MdL SPD**s.a. Fauser, Beate MdL FDP/DVP*

Vorschlag zur vorläufigen Übernahme der Geschäftsordnung
Wahl des Präsidenten aus den Reihen der größten Fraktion sowie je eines Stellvertreters aus den anderen drei Fraktionen

Antr

s. Landtag, Geschäftsordnung

Drs 13/3

*Wahl der stellvertretenden Präsidenten und Präsidentinnen:**Stellvertretender Präsident Frieder Birzele SPD**Stellvertretende Präsidentin Christa Vosschulte CDU**Stellvertretende Präsidentin Beate Fauser FDP/DVP*

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 8-16

*Misstrauensvotum**Aufforderung an Frau Beate Fauser zum Rücktritt von ihrem Amt als stellvertretende Landtagspräsidentin*

Antr SPD 02.02.2004 Drs 13/2874

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4411-4416

Vorschlag zum Amtieren einer Vizepräsidentin in einer Plenarsitzung am Vormittag

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 789

Vorschlag zum Amtieren einer Vizepräsidentin in einer Plenarsitzung am Vormittag

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2037

Kritik an der Installation einer zusätzlichen Vizepräsidentin

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605 3610 3631

Kritik an einer generellen Äußerung von Landtagsvizepräsidentin Fauser über die Politik, Empfehlung des Rücktritts vom Amt als Vizepräsidentin

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4230 4231 4233

Vorwurf einer mangelhaften Wahrung der Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung durch Landtagsvizepräsidentin Fauser

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4665

Kritik an der Installation einer zusätzlichen Vizepräsidentin

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6678 6680

Landtagswahl

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen
Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw

s. Jugendlicher

Drs 13/4264

*Ges zur Änd des LandtagswahlGes**Umstellung des Berechnungsverfahrens für die Verteilung der Sitze von dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren auf das von Sainte-Lague/Schepers*

GesEntw

s. Wahlrecht

Drs 13/5046

*Ges zur Änd des LandtagswahlGes**Berechnung der Ausgleichsmandate auf Landesebene, Anwendung des neuen Berechnungsverfahrens bei der jetzt anstehenden Landtagswahl*

Antr

s. Wahlrecht

Drs 13/5183

Ablehnung einer Zusammenlegung der Landtagswahltermine nach dem Vorschlag des Bundeskanzlers

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2527

Vorschlag von vorzeitigen Neuwahlen durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Oettinger, Zustimmung der SPD-Fraktion sowie des MinPräs

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5167

Befürwortung von Neuwahlen durch den MinPräs, Forderung nach einer Debatte über Gründe und Auswirkungen dieses Vorschlags im Parlament

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5182-5187 5189

Neuabgrenzung von Wahlkreisen im Hinblick auf die Landtagswahl 2006, Ausschluss des Risikos einer erfolgreichen Wahlanfechtung, Notwendigkeit des gleichen Gewichts der Stimmen bei Landtagswahlen, Anwendung des Auszählverfahrens nach Hare/Niemeyer

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5847

Landtagswahlgesetz*s. Wahlrecht***Landtagswahlkreis***s. Wahlkreis***Landtagswahlrecht***s. Wahlrecht***Landwirt***s.a. Bauernverband**s.a. Ferien auf dem Bauernhof**s.a. Landwirtschaft**Landwirtschaftsmeister**Rechtsgrundlagen, Träger, Einrichtungen und Kosten der o.g. Ausbildung; Zahl der jeweiligen Absolventen pro Jahr, Anteil aus anderen BLändern; Zusammensetzung der „Arbeitsgemeinschaft ländliche Erwachsenenbildung“*

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 22.11.2001 und Antw MLR Drs 13/468

Bedeutung und Entwicklung der Hofnachfolge in der Landwirtschaft in BW

Entwicklung der Zahl von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben sowie von Hofnachfolgern in BW u.a. BLändern seit 1996, Auswirkungen einer Übergabe oder Aufgabe des Betriebs auf das Bewirtschaftungsverhalten, Anteil und Motive von Übernehmern mit einer außerlandwirtschaftlichen Ausbildung, Unterstützung der Hofnachfolger bei der Betriebsübernahme

Antr Helmut Kiefl u.a. CDU 07.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/731 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 39 40
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Ausgleichsleistungen über MEKA

Ermöglichung o.g. Leistungen auch für Bewirtschafter von kleinen Streuobstflächen bzw für Landwirte, die Altersgeld oder Produktionsaufgaberente beziehen

KlAnfr
s. *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich*
Drs 13/887

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Neckar-Odenwald-Kreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten

MdlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/912

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtpremien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/959

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/972

Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion

Rückführung der Agrarsubventionen, verbesserte Honorierung von Leistungen in der Natur- und Landschaftspflege, entsprechende Modifikation der EU-Agrarprogramme, Bewertung der Vorstellungen der Bauernverbände

Antr

s. *Agrarpolitik*
Drs 13/1119

Standardisierung von Biogasanlagen und Optimierung der Genehmigungsverfahren

Beschleunigung o.g. Verfahren durch Koordination der verschiedenen Genehmigungsbehörden, Schulung der Mitarbeiter, Information der Landwirte und Standardisierung der Anlagen

Antr
s. *Biogas*
Drs 13/1176

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte seit 1990; Fördermaßnahmen zur Abfederung des Strukturwandels; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Ostalbkreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1242

Einrichtung eines Studiengangs Diplom-Landwirt (BA) an der Berufsakademie Mosbach

Antr SPD 23.08.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1273
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 24.10.2002 Drs 13/1638 S. 27 28
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1507

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 13/1543

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall
Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1553

SchALVO und MEKA II im Zollernalbkreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1674

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1718

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Situation und Perspektiven der Schwarzwaldhöfe, Anteil der Ökobetriebe, Beitrag für die kulturelle Identität und den Tourismus, vorhandene und künftige Förderprogramme von Land, Bund und EU; Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Einschätzung der Nachfolgesicherung, verstärkte Unterstützung von Junglandwirten, Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“; bevorzugte Förderung der energetischen Verwertung von Holz vor dem Ausbau der Windkraft

GrAnfr CDU 03.02.2003 und Antw MLR Drs 13/1731 (13 S.)
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4134-4142

Situation der Landwirtschaft im LKkreis Heidenheim

Entwicklung der Zahl, Einkommenslage, Liquidität und Investitionsbereitschaft der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe seit 1996; Anteil und Mittelzufluss der teilnehmenden Betriebe aus den Programmen SchALVO und MEKA

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1769

SchALVO und MEKA II im Main-Tauber-Kreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1775

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Entwicklung o.g. Zahlen in den einzelnen Berufen, der erreichten Abschlüsse, Stellen und des Verbleibs seit 1993; Anteil von Frauen, die eine weiterführende Ausbildung oder ein Studium absolvieren, die promovieren, eine Lehrtätigkeit ausüben, den elterlichen Betrieb übernehmen, in Ämtern oder Verbänden Verantwortung tragen; Beteiligungs- und Erfolgsquote bei Berufswettkämpfen; Programme zur Unterstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1917

Folgen der Novellierung des Baugesetzbuches für die Landwirtschaft

Stand und Auswirkungen der geplanten Novellierung auf die landwirtschaftlichen Betriebe, Behinderung der Errichtung von Stallungen im Außenbereich bzw der Investitionsbereitschaft insgesamt?

Antr
s. *Baurecht*
Drs 13/2095

Agrardieselvergütung

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Gewährleistung einer persönlichen Beratung der Antragsteller

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/2112

Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken an der Schweizer Grenze

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1985; Darlegung der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite sowie der Bemühungen um Ausgleich auf Landes- und Bundesebene

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/2148

Bürokratieabbau beim AgrardieselGes

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Notwendigkeit einer persönlichen Beratung der Antragsteller; Hinwirkung auf Abschaffung des Verfahrens und Vereinheitlichung der Steuersätze innerhalb der EU

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/2264

EU-Agrarreform - Auswirkungen auf Landwirte und Kulturlandschaft in BW

Aktuelle Debatte
s. *Agrarpolitik*
PIPr 13/49 S. 3399

Prämien für Verpächter landwirtschaftlicher Nutzflächen

Höhe und Vertretbarkeit des o.g. Einsatzes von Steuermitteln; Fortführung der Stilllegungsprämie in gleicher Höhe für gepachtete Flächen und Flächen im Eigenbesitz; Maßnahmen gegen die Aufkündigung von Pachtverträgen zur Erzielung höherer Einnahmen für die dann stillgelegten Flächen

Antr
s. *Stilllegungsprämie*
Drs 13/2437

Modernisierung der Landwirtschaftsaus- und -weiterbildung

Stand der Meisterausbildung im Bereich Buchführung und Vermarktung, Fortbildung der Ausbilder, Modernisierungspläne für die Zeit nach der Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftsverwaltung in die Landratsämter, vorgesehene Bildungspläne in der neuen Schweinezuchtanstalt in Boxberg; Vorlage einer Ausbildungskonzeption, Zusammenfassung in wenigen Landwirtschaftszentren, Optimierung der Ausbildungsstätten bis hin zur Einrichtung einer Diplom-Landwirt-Ausbildung (BA) an einer geeigneten Berufsakademie wie etwa in Mosbach

Antr SPD 14.01.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2796
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6779-6786

Existenzbedrohung für baden-württembergische Landwirte durch den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an Schweizer Landwirte

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1994; Gründe und Auswirkungen der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite, Frage nach ähnlichen Problemen zwischen Schweizer und französischen Bauern, Verhinderung eines Abflusses künftiger Flächenprämien ins Ausland; Herstellung von Chancengleichheit zur Existenzsicherung der badischen Haupteinwerblandwirte in den betroffenen Gebieten, ggf Prüfung einer Kündigung von Zollabkommen

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/2824

Bessere finanzielle Ausstattung von MEKA II

Gestellte und abgelehnte Anträge auf Neuaufnahme bzw Ausdehnung bestehender Verpflichtungen innerhalb von MEKA II, Anteil von ökologisch wirtschaftenden Betrieben und Junglandwirten; Genehmigung aller Anträge durch Umschichtung und Kofinanzierung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe

Antr
s. *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich*
Drs 13/3057

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Frage nach o.g. Vorsorgemaßnahmen; Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen auf Umwelt, Artenvielfalt und Menschen; Initiierung eines gesellschaftlichen Dialogs über Methoden und Risiken der grünen Gentechnik; objektive Information und Beratung der Landwirte und Verbraucher, entsprechende finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen; Feststellung von Verunreinigungen bei Importwaren und heimischen Produkten durch effiziente Kontrollen

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3329

Stand der Verhandlungen zum Landerwerb Schweizer Bauern in BW

Auflistung o.g. Verhandlungen zwischen der LReg und Schweizer Seite, Darlegung der angestrebten Ziele und erreichten Ergebnisse, Planung weiterer Verhandlungen?

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/3467

Stromerzeugung mittels Photovoltaik durch landwirtschaftliche Betriebe

Zahl und regionale Verteilung o.g. Betriebe, Umfang der erzeugten bzw ins öffentliche Netz eingespeisten Strommenge, Zahl der auf dem Boden installierten Anlagen

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 13/3643

Zukunft des Praktikantenprogramms mit Russland

Beteiligung des Landes und des Vereins „Agrarkontakte International“ an dem o.g. Programm, Erfolgsbewertung durch die Praktikanten und bäuerlichen Gastgeberfamilien, Qualifizierung für den Einsatz deutscher Agrarmaschinen, Fortführung des Programms unter Einbeziehung auch von anderen europäischen ehemaligen GUS-Staaten

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 06.12.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3843
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.03.2005 Drs 13/4312 S. 44 45
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Übertragung von Brennrechten

Gründe und Auswirkungen einer Blockade der beantragten Übertragung eines Brennrechts von einem Landwirt auf einen anderen durch das zuständige Hauptzollamt Mannheim

Antr
s. *Brennerei*
Drs 13/4131

Verwaltungsreform, Antragstellung durch berechnigte Landwirte für MEKA und andere Programme

Problematik einer fristgerechten Antragsbearbeitung infolge der fehlenden Kompatibilität der EDV-Programme der eingegliederten Landwirtschaftsämter, z.B. beim Schwarzwald-Baar-Kreis

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4133

Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft BW

Berechnungsgrundlagen und Höhe der Beiträge und Leistungszahlungen für Haupt- und Nebenerwerblandwirte sowie Beitragspflichtige mit Kleinstflächen; Entwicklung der Fälle und Höhe der gezahlten Leistungen an Landwirte, die bereits Altersrente beziehen; Hinwirkung auf eine bundesweite Vereinigung der LBG

Antr
s. *Landwirtschaftliche Sozialversicherung*
Drs 13/4289

Leistungen für landwirtschaftliche Betriebe nach dem „Gemeinsamen Antrag“ im Jahr 2005

Gebührenerhebung von den Landwirten für die Beratung und Größenangaben der Einzelnutzflächen innerhalb eines Flur-

stücks durch die in die Landratsämter eingegliederte Vermessungsverwaltung, Verweigerung der Gewähr für die Richtigkeit der Angaben trotz der Gebührenerhebung, Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung im Falle unrichtiger Flächengrößen im gemeinsamen Antrag des Landwirts und daraus folgenden Überzahlungen der Ausgleichsbeträge

KlAnfr
s. *Vermessung*
Drs 13/4338

Notwendigkeit und Kontrolle von Ohrmarken bei Kälbern im Falle von Transporten innerhalb der EU

Aufkauf von jungen Kälbern ohne Ohrmarken durch französische Landwirte in Polen, Transport durch Deutschland und Markung der Ohren erst in Frankreich, Beurteilung der Rechtmäßigkeit und Transparenz dieser Praxis gegenüber dem Verbraucher

Antr
s. *Rind*
Drs 13/4426

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkühe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4468

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkans Schäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4484

Strukturwandel bei Milchbauern in BW

Stand und Prognosen zur Zahl von Milchbauern im Voll- und Nebenerwerb, von Molkereien und Milchlieferungen; Auswirkungen der von der EU geplanten Kürzung bzw. Streichung der Exportbeihilfen; flankierende Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls, u. a. aufgrund des Drucks der Großfilialisten

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4527

Antragsverfahren iRd Gemeinsamen Antrags und bisherige Ausgleichszahlungen von Kommunen und Gebietskörperschaften an Land- und Forstwirte

Gewährung ergänzender Zuschüsse zu MEKA u. a. Programmen durch Kommunen und LKreise für landschaftspflegerische Leistungen der Landwirte, jeweils getrennte Berücksichtigung aller landwirtschaftlich genutzten Flächen iRd o. g. Verfahrens, Abschluss weiterer Zuschüsse zu denselben Maßnahmen und Flä-

chen nach EU-Recht, Beurteilung der Finanzlage der betroffenen Landwirte und Waldbesitzer, Möglichkeiten der künftigen Kofinanzierung von Landschaftspflege im Falle einer Versagung der Notifizierung der noch vorzulegenden Landesförderrichtlinie durch die EU

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 13/4533

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o. g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Bioethanolherstellung zur teilweisen Kompensation der Einnahmeausfälle der Zuckerrübenbauern

Unterstützung des Angebots der Südzucker AG zum Abschluss langfristiger Verträge mit den o. g. Landwirten über die Lieferung von Getreide und Rüben zur Erzeugung von Energie bzw. Biokraftstoff

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4636

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkans Schäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Land-/Forstwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Ausmaß und Auswirkungen der Orkans Schäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwi-

schen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in BW
Auswirkungen auf die Landesagrarpolitik und Landwirte, Maßnahmen zur Einführung des neuen Verfahrens und Information der Landwirte, Ausgestaltung des Verfahrens zur Gewährung der Ausgleichszahlungen, Einhaltung und Kontrolle der Fachrechtsvorgaben, Auswirkungen der Strukturveränderungen infolge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4888

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszulage, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu einer moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/5048

Fortführung der Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59 60

Produktion gesunder und hochwertiger Lebensmittel als Alternative zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt; Verweisung auf den Interessenkonflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274-285

Einkommenszuwächse der Landwirte durch die Strukturprogramme für den ländlichen Raum, Erzielung eines zusätzlichen Einkommens durch Biogasnutzung

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799 814 822

Angebot verlässlicher Perspektiven für die bäuerlichen Familienbetriebe, sozialverträgliche Abfederung des Strukturwandels, Feststellung einer Verbesserung der Einkommenssituation, Hilfen zur Bewältigung der BSE-Krise

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1060

Schädigung der Landwirte durch die fehlerhaften BSE-Tests, Prüfung von Schadenersatzansprüchen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1255 1258 1259 1263 1266 1267

Erzielung eines zusätzlichen Einkommens als Energiewirt durch Nutzung von Biogas und Biomasse

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1380 1381 1384 1401

Erzielung eines zusätzlichen Einkommens als Energiewirt durch Rapsanbau, Lukrativität der Biogasnutzung für die Landwirtschaft

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1552 1554-1558

Feststellung einer erneuten Beeinträchtigung des Vertrauens der Verbraucher in die heimische Landwirtschaft durch den Nitrofen-Skandal, Notwendigkeit einer verstärkten Ökologisierung der Betriebe, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651-1674

Belastung der heimischen Landwirte durch Haushaltskürzungen und schlechtere Wettbewerbsbedingungen gegenüber der europäischen Konkurrenz, Erzielung höherer Preise für sicher kontrollierte und gekennzeichnete Produkte, Klage der Bauern über die ausufernde Bürokratie

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1861-1879

Vermeidung der Enteignung von Bauern auf den Fildern für den Bau der neuen Landesmesse, Angebote von alternativen Höfen in BW aus dem Höfepool; Auswirkungen der EU-Agrarreform

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3373 3375 3376 3378 3399-3413

Flankierende Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe, Bewältigung des Strukturwandels, Vorwurf einer pauschalen Verunglimpfung der Bauern durch den SPD-Abgeordneten Teßmer, Notwendigkeit eines Ausbildungszentrums für die jungen Landwirte

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4360

Auswirkungen der EU-Agrarreform, Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion, Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte, Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe; Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4567 4592-4598

Vermeidung der Enteignung von Bauern auf den Fildern für den Bau der neuen Landesmesse, Angebot von Ausgleichsflächen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5242-5249

Auswirkungen der EU-Agrarreform, Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion, Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte, Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, Lösung des Problems der Landkäufe durch Schweizer Landwirte am Hochrhein

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6099 6123

Bekanntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft mit zukunftsfähigen Familienbetrieben, Fortführung der Programme für die zweite Einkommenssäule

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420 6421

Perspektiven der Landwirte mit biologischen, gentechnikfreien Produkten sowie als Energiewirte

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6495

Honorierung der landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirte

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6888 6893 6894

Haltung der Landwirte zur Gentechnik, Verlust an Rechtssicherheit mit der Aufgabe des Verursacherprinzips, Bestärkung der Landwirte in der Erzeugung und Vermarktung von Premiumprodukten

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457-7460 7463-7467 7470-7475

Landwirtschaft

s.a. Agrarforschung

s.a. Agrarhandel

s.a. Agrarpolitik

s.a. Agrarprogramm

s.a. Agrarstruktur

s.a. Agrarwirtschaft

s.a. Agrarwissenschaft

s.a. Flurbereinigung

s.a. Gemüsebau

s.a. Grüne Woche

s.a. Höhenlandwirtschaft

s.a. Landmaschine

s.a. Landwirtschaftliche Beratung

s.a. Landwirtschaftliche Betriebsfläche

s.a. Landwirtschaftliche Sozialversicherung

s.a. Landwirtschaftliche Überproduktion

s.a. Landwirtschaftliches Gebäude

s.a. Landwirtschafts- und Landeskultugesetz

s.a. Landwirtschaftsbehörde

s.a. Landwirtschaftsschule

s.a. Nebenerwerbslandwirtschaft

s.a. Nutzungsbeschränkung

s.a. Obstbau

s.a. Ökologischer Landbau

s.a. PLENUM-Projekt

s.a. Weidewirtschaft

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Maßnahmen zur Zukunftssicherung der Landwirtschaft in BW (Drs 12/5878)

Mittlg LReg 22.08.2001 Drs 13/197

Anspruch und Wirklichkeit - Agrarwende der rot-grünen BReg

Auswirkungen der Bundespolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und Agrarprodukte, notwendige Schritte auf europäischer Ebene, Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die eigenen Erzeugnisse

Antr

s. Agrarpolitik

Drs 13/362

Novelle BNaturschutzGes

Auswirkungen o.g. Pläne auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Land- und Forstwirtschaft, auf die Kommunen u.a.

Antr

s. Naturschutzrecht

Drs 13/363

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung

Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr

s. Gütezeichen

Drs 13/543

Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftsverpflegung

Förderung der Umstellung von öffentlichen und privat organisierten Kantinen auf biologisch und/oder regional erzeugte Lebensmittel, Wahrnehmung der Vorbildfunktion beim MLR und Landtagsrestaurant PLENUM, Ausschreibung eines Wettbewerbs, Werbung über die MBW

Antr

s. Verpflegung

Drs 13/606

Bedeutung und Entwicklung der Hofnachfolge in der Landwirtschaft in BW

Entwicklung der Zahl von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben sowie von Hofnachfolgern in BW u.a. BLändern seit 1996, Auswirkungen einer Übergabe oder Aufgabe des Betriebs auf das Bewirtschaftungsverhalten, Anteil und Motive von Übernehmern mit einer außerlandwirtschaftlichen Ausbildung, Unterstützung der Hofnachfolger bei der Betriebsübernahme

Antr

s. Landwirt

Drs 13/731

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung auf Land- und Forstwirtschaft, Obst- und Gemüsebau

GrAnfr

s. Klima

Drs 13/734

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA und SchALVO, Frage nach Umsetzung des vorgeschriebenen Biotop-Verbunds sowie der dreijährigen Übergangsfrist

Antr

s. Naturschutzrecht

Drs 13/782

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW und Novellierung des LNaturschutzGes

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA, SchALVO und PLENUM; Überarbeitung dieser Programme; Vorlage des o.g. GesEntw sowie einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Naturschutzflächen und Umsetzung des vorgegebenen Biotop-Verbunds

Antr

s. Naturschutzrecht

Drs 13/869

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtpremien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr

s. *Bürokratie*
Drs 13/959

Schäden durch Rabenvögel

Entwicklung des Bestands und der Regulierung von Rabenvögeln, Zulässigkeit der Bejagung der Saatkrähe in Frankreich und Großbritannien, Änd der Vogelschutzrichtlinie u.a. Maßnahmen zum Stopp der ungebremsten Population von Saatkrähen zur Verhinderung von Schäden in der Landwirtschaft; mögliche Entschädigungsregelungen

Antr
s. *Vogel*
Drs 13/991

Mehr Marktwirtschaft in der Agrarproduktion

Rückführung der Agrarsubventionen, verbesserte Honorierung von Leistungen in der Natur- und Landschaftspflege, entsprechende Modifikation der EU-Agrarprogramme, Bewertung der Vorstellungen der Bauernverbände

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/1119

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1134

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte seit 1990; Fördermaßnahmen zur Abfederung des Strukturwandels; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Be-

reichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1318

Hochwasserschutz durch die verstärkte Förderung konservierender und extensiver Bodenbearbeitung

Verbesserung der Wasserrückhaltekapazität potenzieller Überflutungsflächen durch nichtwendende Bodenbearbeitung u.a. Formen extensiver Bodenbewirtschaftung; gezielte Förderung durch entsprechende Modifikation der Agrarprogramme, insbes von SchALVO und MEKA

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1331

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1520

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 22.11.2002 und Antw MLR Drs 13/1553 (10 S.)

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1716

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Situation und Perspektiven der Schwarzwaldhöfe, Anteil der Ökobetriebe, Beitrag für die kulturelle Identität und den Tourismus, vorhandene und künftige Förderprogramme von Land, Bund und EU; Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Einschätzung der Nachfolgesicherung, verstärkte Unterstützung von Junglandwirten, Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“; bevorzugte Förderung der energetischen Verwertung von Holz vor dem Ausbau der Windkraft

GrAnfr

s. *Landwirt*

Drs 13/1731

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1733

Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW

Bewertung der EU-Freisetzungsrichtlinie und des von der BReg beschlossenen GentechnikGes und deren Umsetzung; Ausgestaltung, Zuständigkeiten und Kosten der Überwachung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen; Beurteilung der Grenzwerte für gentechnische Verunreinigungen in Futter- und Lebensmitteln sowie Saatgut; Maßnahmen und Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/2903

Situation der Landwirtschaft im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Zahl, Einkommenslage, Liquidität und Investitionsbereitschaft der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe seit 1996; Anteil und Mittelzufluss der teilnehmenden Betriebe aus den Programmen SchALVO und MEKA

KlAnfr Dr. Inge Gräßle CDU 11.02.2003 und Antw MLR Drs 13/1769

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Entwicklung o.g. Zahlen in den einzelnen Berufen, der erreichten Abschlüsse, Stellungen und des Verbleibs seit 1993; Anteil von Frauen, die eine weiterführende Ausbildung oder ein Studium absolvieren, die promovieren, eine Lehrtätigkeit ausüben, den elterlichen Betrieb übernehmen, in Ämtern oder Verbänden Verantwortung tragen; Beteiligungs- und Erfolgsquote bei Berufswettkämpfen; Programme zur Unterstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr

s. *Frau*

Drs 13/1917

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1987

Folgen der Novellierung des Baugesetzbuches für die Landwirtschaft

Stand und Auswirkungen der geplanten Novellierung auf die landwirtschaftlichen Betriebe, Behinderung der Errichtung von Stallungen im Außenbereich bzw der Investitionsbereitschaft insgesamt?

Antr

s. *Baurecht*

Drs 13/2095

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/2135

Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange ausgerichteten Landwirtschaft in BW

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW bzw die Entwicklung der Marktanteile landwirtschaftlicher Produkte in den letzten fünf Jahren, Förderung der Eigenvermarktung und regionalen Vermarktungseinrichtungen, Integration des HQZ, Einflussnahme auf die Marktentscheidungen großer Handelsketten, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit heimischer Erzeugnisse vor dem Hintergrund der veränderten EU-Agrarpolitik, Beratungsangebot der Landwirtschaftsämter nach Umsetzung der geplanten Verwaltungsreform

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 26.06.2003 und Stellungnahme

MLR Drs 13/2204

BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.09.2003 Drs 13/2583 S. 24-26

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts mit den Akteuren vor Ort, insbes Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Schafbeweidung und Vermarktung der Produkte) sowie des regionalen Tourismus; Vernetzung mit dem PLENUM-Gebiet und dem Projekt „Nationaler GeoPark Schwäbische Alb“

Antr

s. *Militärische Anlage*

Drs 13/2299

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/2667

Förderung der Gentechnik durch die LReg

Bewertung einer britischen Studie zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzensorten; Stellenwert der genetischen Veränderung von Lebensmitteln in verschiedenen Programmen; Kosten und Finanzierungsanteil der LStiftung und der chemischen Industrie beim Projekt „BioLab“; Art der Projekte und Kostenträger der Landesgesellschaft BIOPRO und der Biotechnologie-Offensive; ausgewogene Darstellung der Chancen und Risiken der Gentechnik im Projekt „BioLab“; Verzicht auf den Mittelninsatz der LStiftung für versteckte Nachwuchswerbung bestimmter Industriezweige sowie auf die weitere Förderung der Erforschung gentechnisch veränderter Mikroorganismen

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/2723

Modernisierung der Landwirtschaftsaus- und -weiterbildung

Stand der Meisterausbildung im Bereich Buchführung und Vermarktung, Fortbildung der Ausbilder, Modernisierungspläne für die Zeit nach der Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftsverwaltung in die Landratsämter, vorgesehene Bildungspläne in der neuen Schweinezuchtanstalt in Boxberg; Vorlage einer Ausbildungskonzeption, Zusammenfassung in wenigen Landwirtschaftszentren, Optimierung der Ausbildungsstätten bis hin zur Einrichtung einer Diplom-Landwirt-Ausbildung (BA) an einer geeigneten Berufsakademie wie etwa in Mosbach

Antr

s. *Landwirt*

Drs 13/2796

Umgang mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Anstreben eines Verzichts auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in Gesprächen mit den Bauernverbänden und der Agrarwirtschaft, Berücksichtigung als Kriterium bei der Bewerbung des HQZ, Ausbau der Untersuchungen auf Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen für Importware und heimische Produkte

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/2826

Zukunft der Imkerei bei Verwendung gentechnologisch veränderter Saatguts und Pflanzenmaterials in der Landwirtschaft

Entwicklung der haupt- und nebenberuflich betriebenen Imkerei, Anteil der in ökologisch orientierten Anbauverbänden organisierten Imker mit einer Vermarktung entsprechend qualitativer Produkte; Konsequenzen der Anwendung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft; Höhe und Träger der Kosten für zusätzliche Untersuchungen auf Verunreinigungen; Anstreben eines freiwilligen Verzichts auf den Einsatz von GVO in Gesprächen mit den Landwirten

Antr

s. *Bienenzucht*

Drs 13/2876

Projekt zur „verdeckten Feldbeobachtung“; Kontrolle der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln

Rechtsgrundlage, inhaltliche Ausgestaltung, Ziele und Kosten des o.g. Projekts des Umweltbundesamts; Einbeziehung von Vertretern der Landwirtschaft und des MLR?

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/3147

Landwirtschaftliche Weiter- und Berufsausbildung im Bereich der Schweinezucht

Berufsbildungsangebot im neuen Grünen Zentrum in Boxberg, Frage nach Überschneidungen mit der Akademie in Kupferzell bzw nach Synergieeffekten bei einer Zusammenlegung dieser Angebote

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 05.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3178
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.06.2004 Drs 13/3492 S. 73 74
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Genmais-Erprobungsfelder in BW

Standorte der beiden Versuchsfelder, Information der benachbarten Landwirte und Bevölkerung; sofortige Einstellung des Versuchs

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3189

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des Ges über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten

Umfang und Standorte o.g. Stilllegungsflächen nach den Vorstellungen der BReg, Höhe der Verluste für die betroffenen Landwirte, Frage nach Alternativen und nach dem Beitrag des MEKA I zur Verhinderung der Bodenerosion, Position der LReg in den zuständigen Ausschüssen im BRat

Antr Friedlinda Gurr-Hirsch u.a. CDU 19.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3228
BeschlEmpf und Bericht LandWA 29.09.2004 Drs 13/3652 S. 44 45
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Landesanstalten, staatliche Lehr-, Forschungs- und Versuchsanstalten im Bereich Landwirtschaft in BW

Auflistung der o.g. Anstalten sowie von Instituten der Universität Hohenheim, Höhe der aufgewandten Mittel pro Jahr, Vereinbarkeit mit der Haushaltslage bzw mit der in benachbarten BLändern betriebenen Parallelforschung; Prüfung von Möglichkeiten einer engeren Kooperation in Gesprächen mit Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern

Antr
s. *Agrarforschung*
Drs 13/3230

Gentechnik in HQZ-Produkten

Reduzierung von Importfuttermitteln, Steigerung des heimischen Anbaus; Wiederaufnahme der Kontrolle von Futtermitteln auf gentechnische Veränderungen; Beschränkung des HQZ auf nachweislich gentechnikfreie Produkte; Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3328

Hochwasserschutz und Auflagen an die landwirtschaftliche Nutzung in Überschwemmungsgebieten

Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft mit dem Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes, Art und Umfang der betroffenen Flächen, Zeitplan zur Ausweisung der Überschwemmungsgebiete; Zustimmung zu dem Gesetz im BRat

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/3378

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Frage nach o.g. Vorsorgemaßnahmen; Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen auf Umwelt, Artenvielfalt und Menschen; Initiierung eines gesellschaftlichen Dialogs über Methoden und Risiken der grünen Gentechnik; objektive Information und Beratung der Landwirte und Verbraucher, entsprechende finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen; Feststellung von Verunreinigungen bei Importwaren und heimischen Produkten durch effiziente Kontrollen

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3329

Freiwilliger Verzicht auf Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in BW

Unterstützung der Landwirte und deren Verbände mit o.g. Zielsetzung; Erarbeitung von Vorschlägen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft bzw Erhaltung des HQZ als Gütesiegel für gentechnikfreie Produkte

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3472

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 14) - Betätigungsprüfung bei einem Dienstleistungsunternehmen

Reduzierung des Engagements und der Beteiligung des Landes an dem o.g. Unternehmen zur Marktförderung für die bäuerliche Landwirtschaft und die regionale Ernährungswirtschaft

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 XI. S. 5
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 31.03.2006 Drs 13/5222

Lebensmittelspezialitäten aus BW

Umsetzung der EU-Normen Bio-VO, Geo-VO und Lebensmittelspezialitäten-VO; Bedeutung von kennzeichnenden regionaltypischen Lebensmitteln bzw Agrarprodukten für die Verbraucher, Land- und Ernährungswirtschaft; Bewertung von Projekten der Regionalvermarktung; Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 13/3834

Landesanstalt für Pflanzenbau und Bodenkultur Augustenberg, Karlsruhe

Stand der 1997 beschlossenen Zusammenführung der Landesanstalten für Pflanzenbau und Pflanzenschutz sowie der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt zur o.g. Einrichtung, Frage nach dem zeitlichen Ablauf und der Etatisierung der notwendigen Mittel

KlAnfr
s. *Agrarforschung*
Drs 13/3972

Umsetzung der EU-Agrarreform in BW

Zeitrahmen, inhaltliche Spielräume, Zusatzaufwand und -kosten einer Umsetzung der GAP-Reform; Auswirkungen auf die konventionelle Landwirtschaft, den Bio-Landbau, das HQZ und Biozeichen, die Exportchancen und Umweltprogramme MEKA und SchALVO; Notwendigkeit einer Vereinfachung des Fördersystems

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4359

Teilnahme eines Vertreters des Landes an der „Konferenz zum Erhalt einer nachhaltigen europäischen Landwirtschaft“ am 17. Mai 2005 in Brüssel

Frage nach der Vertretung und inhaltlichen Positionierung des Landes in der o.g. Konferenz von 162 Regionen, Zustimmung zu den beschlossenen einheitlichen Standards für den Erhalt der Koexistenz einer Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik bzw zu dem Entscheidungsrecht der Regionen über ihre Entwicklungsstrategie einschließlich des Schutzes regionaler genetischer Ressourcen und des Verbots gentechnisch veränderter Pflanzen?

KlAnfr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4462

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 12.07.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4484
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.10.2005 Drs 13/4821 S. 52-54
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Anwendung der Grünen Gentechnik - Gentechnikfreie Landwirtschaft in BW

Auflistung der (staatlicherseits unterstützten) gentechnikfreien Zonen und Regionen in BW, bundes- und europaweit sowie der Voten von Bauernverbänden, Verbraucherschützern u.a. gegen die Nutzung der grünen Gentechnik; Förderung bzw Vernetzung der gentechnikfreien Regionen; Einstellung der Unterstützung des (einseitigen) Informationsprojekts „BioLab“

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/4704

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 09.11.2005 und Antw MLR Drs 13/4808

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Land-/Forstwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 17.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4851
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 55-57
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

EDV-Probleme bei der Antragstellung für europäische Förderprogramme in der Land- und Forstwirtschaft

Feststellung von Flächendifferenzen bei der GAP-Antragstellung aufgrund der Anwendung unterschiedlicher EDV-Programme, Verwendung veralteter Programme bei der Vermessungsverwaltung in den Landratsämtern, Auswirkungen auf die Auszahlung der beantragten Mittel

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4870

Agrarumweltmaßnahmen iRd MEPL 2007-2013

Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Maßnahmen- und Entwicklungsplan, geleistete Vorarbeiten für die neue Förderperiode 2007-2013, Gewährleistung der Offenhaltung der Landschaft mit dem MEKA, der Landschaftspflegeleitlinie sowie der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4885

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Anreize und Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf Ackerflächen, Grünland, im Wein- und Obstbau; Strategien zur Erhaltung und Mehrung des Bestands alter Obstsorten; Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutzierrassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr
s. *Artenschutz*
Drs 13/4886

Geplantes Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Eignung der Alblandschaft um den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen zur Ausweisung als Biosphärengebiet nach den UNESCO-Kriterien? Darstellung der Auswirkungen finanzieller Art sowie für die beteiligten Gebietskörperschaften, die Land-

und Forstwirtschaft; Erfahrungen in anderen BLändern; Wahrung der Interessen der Betroffenen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/4887

Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in BW
Auswirkungen auf die Landesagrarpolitik und Landwirte, Maßnahmen zur Einführung des neuen Verfahrens und Information der Landwirte, Ausgestaltung des Verfahrens zur Gewährung der Ausgleichszahlungen, Einhaltung und Kontrolle der Fachrechtsvorgaben, Auswirkungen der Strukturveränderungen infolge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4888

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszulage, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu einer moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/5048

Haltung der LReg zur Agro-Gentechnik

Frage nach dem Stand der (bisher als noch offen bezeichneten) Meinungsbildung des MinPräs bzw der möglichen Vereinbarkeit mit der zur Agrogentechnik positiven Haltung des Landwirtschaftsministers; Unterstützung der Bestrebungen um freiwillige Vereinbarungen von Landwirten zum Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen? Konsequenzen aus dem zu erwartenden Scheitern der Koexistenz von konventioneller/ökologischer Landwirtschaft und Gentechnik; Festhalten am bestehenden GentechnikGes im BRat, insbes an der Haftungsregelung; Verzicht auf Werbung für die Agrogentechnik bis zur Klärung der Haltung des MinPräs

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/5064

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die heimische Landwirtschaft nach der BSE-Krise, Festhalten an der Orientierung der Förderprogramme an der Fläche
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59 60

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die heimische Landwirtschaft nach der BSE-Krise
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80 99 100

Verweisung auf den Interessenkonflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz bzw auf deren Verknüpfung iRd PLENUM-Projekte, Notwendigkeit einer Ökologisierung der Landwirtschaft im Zuge der Agrarwende
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274-285

Entwicklung des Konzepts für ein integriertes Qualitätssicherungssystem für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440

Neue Perspektiven für die Landwirtschaft durch Regionalisierung und Produktion hochwertiger Lebensmittel iRd PLENUM-Projekte; Notwendigkeit der multifunktionellen Landwirtschaft
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 513-523

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Landwirtschaft, Umorientierung der Subventionspolitik
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775-777 780

Bilanzierung von Einkommenszuwächsen der Landwirtschaft trotz BSE und MKS im Jahr 2001, Verweisung auf die Strukturprogramme für den ländlichen Raum, Verknüpfung von Landwirtschaft und Naturschutz iRd PLENUM-Projekte
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799 814 822

Herausforderungen und Perspektiven für die Landwirtschaft in den nächsten Jahren
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1060

Zusätzliche Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft durch Nutzung von Biogas und Biomasse
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1380 1381 1384 1401

Zusätzliche Einkommensmöglichkeiten in der Landwirtschaft durch Rapsanbau, Lukrativität der Biogasnutzung
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1552 1554-1558

Feststellung einer erneuten Beeinträchtigung des Vertrauens der Verbraucher in die heimische Landwirtschaft durch den Nitrofen-Skandal, Notwendigkeit einer verstärkten Ökologisierung der Betriebe, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651-1674

Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die Landwirtschaft in BW
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399-3413

Flankierende Unterstützung der bäuerlichen Familienbetriebe, Bewältigung des Strukturwandels, Verweisung auf Einkommensalternativen, Honorierung der Landschaftspflege, Verzicht auf Gentechnik
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4360

Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die Landwirtschaft in BW, Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe; Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4567 4591-4598

Kürzungen des Bundes zulasten der Landwirtschaft, Fortführung der Programme auf Landesebene
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5797 5798

Festhalten an der Höhe der Zuschüsse für die Landwirtschaft, Forderung von Kürzungen angesichts des Rückgangs der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870 5894 5895 5897

Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft, Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6099

Feststellung eines anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft, Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden zu Wohnzwecken und gewerblichen Zwecken

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6337-6339

Feststellung eines anhaltenden Strukturwandels in der Landwirtschaft, Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden zu Wohnzwecken und gewerblichen Zwecken

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6380-6382

Bekanntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft mit zukunftsfähigen Familienbetrieben, Fortführung der Programme für die zweite Einkommensäule, Chancen für die Landwirtschaft durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420 6421 6451

Perspektiven der Landwirtschaft mit biologischen, gentechnik-freien Produkten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6495

Festhalten an der Höhe der Zuschüsse für die Landwirtschaft, Forderung von Kürzungen angesichts des Rückgangs der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7339 7340 7342

Auswirkungen der geplanten Veränderung des GentechnikGes für die Landwirtschaft, Erwartung einer unkontrollierten Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen, Verneinung einer möglichen Koexistenz von konventioneller Landwirtschaft und Gentechnik

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457-7460 7463-7467 7470-7475

Landwirtschaftliche Beratung

Zukünftige Förderung der Ländlichen Sozialberatung

Höhe der pauschalen Förderung o.g. Beratungstätigkeit der Bauernverbände

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 13.06.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/8

BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.10.2001 Drs 13/358 S. 20-22

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Ausreichung von Fördermitteln für die Ländliche Sozialberatung

Höhe der bewilligten und an die Bauernverbände ausgezahlten Förderbeträge, Gründe für die Überschreitung der vorgeschlagenen Beträge des RH

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 12.07.2001 und Antw MLR Drs 13/79

Tätigkeit der Ökologischen Beratungsdienste

Netz, Auslastung und Ausstattung o.g. Dienste zur Beratung des ökologischen Landbaus; Anhebung der Fördermittel bzw Änd der Fördermodalitäten iRd Hpl 2002/2003?

KlAnfr

s. *Ökologischer Landbau*

Drs 13/277

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Reduzierung der Zuschüsse für die ländliche Sozialberatung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/658-1 S. 20 21

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände

Mittlg LReg 25.01.2002 Drs 13/702 (18 S.)

Erhöhung von Qualität und Bürgernähe in der Agrarverwaltung
Auswirkungen der vorgesehenen Auflösung und Reduzierung der Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur; künftige Bedeutung der Ernährungszentren; Zuweisung der Antragsannahme und -beratung an die Kreisbehörden, Gewährleistung einer davon unabhängigen Beratung und Kontrolle der Betriebe durch die neu zu schaffenden Agrarbehörden

Antr

s. *Landwirtschaftsbehörde*

Drs 13/1792

Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange ausgerichteten Landwirtschaft in BW

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW bzw die Entwicklung der Marktanteile landwirtschaftlicher Produkte in den letzten fünf Jahren, Förderung der Eigenvermarktung und regionalen Vermarktungseinrichtungen, Integration des HQZ, Einflussnahme auf die Marktentscheidungen großer Handelsketten, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit heimischer Erzeugnisse vor dem Hintergrund der veränderten EU-Agrarpolitik, Beratungsangebot der Landwirtschaftsämter nach Umsetzung der geplanten Verwaltungsreform

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/2204

Haushalt 2004; Epl 08

Reduzierung der Zuschüsse für die ländliche Sozialberatung

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2808-4 S. 24 25

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Förderung und Durchführung der ländlichen Sozialberatung

Umfang und Höhe der Förderung o.g. Beratungstätigkeit der Bauernverbände seit 2000; Gründe und Auswirkungen einer Reduzierung der Zuschüsse ab 2004

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 28.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3445

BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.09.2004 Drs 13/3652 S. 46

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Reform der Agrarberatung als Beitrag zum Aufgabenabbau

EAntr GRÜNE 21.01.2005 Drs 13/4008-18 S. 42 43

EAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4048-10 S. 11-13

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Optimierung der Landwirtschaftsverwaltung in BW

Verlagerung von Aufgaben und Abbau von Stellen der Agrar- und Flurneuordnungsverwaltung nach der Eingliederung in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Beratung der Landwirte und Durchführung von Flurneuordnungsmaßnahmen; Prüfung notwendiger Korrekturen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der beiden Fachverwaltungen

Antr

s. *Landwirtschaftsbehörde*

Drs 13/5117

Umsetzung der Empfehlungen des RH zur Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1016

Umsetzung der Empfehlungen des RH zur Förderpraxis bei der ländlichen Sozialberatung der Bauernverbände

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1046 1047 1055

Übertragung der Beratung der Landwirte auf die Bauernverbände, Auflösung der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035

Beratungsbedarf der Landwirte infolge der EU-Agrarreform, Ablehnung einer Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4556

Übertragung der Beratung der Landwirte auf die Bauernverbände, Auflösung der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895 5897

Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter, Vorschlag von zwölf Kompetenzzentren für den ländlichen Raum, Übertragung der Sozialberatung auf die Bauernverbände

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6081 6082 6088

Übertragung der Beratung der Landwirte auf die Bauernverbände, Auflösung der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6499

Gewährleistung einer ausgewogenen Officialberatung über Gentechnik und konventionelle Landwirtschaft

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6649

Festhalten an der Officialberatung als Aufgabe der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6785

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft

s. Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Landwirtschaftliche Berufsschule

s. Landwirtschaftsschule

Landwirtschaftliche Betriebsfläche

s.a. Flurbereinigung

s.a. Grünland

s.a. Nutzungsbeschränkung

s.a. Stilllegungsprämie

Verwendung von Klärschlämmen und Biokompost in der Landwirtschaft

Verbot der Ausbringung o.g. Materialien auf landwirtschaftliche Flächen nach einem Beschluss der Agrarministerkonferenz: Darlegung der Risiken, Auswirkungen und Alternativen, insbes für die Betreiber der Anlagen und Entsorgungswirtschaft

Antr

s. Klärschlamm

Drs 13/60

Auswirkungen der neuen SchALVO

Kriterien der Abgrenzung von Problem- und Sanierungsgebieten bzw der Reduktion des Pauschalenausgleichs, Ermittlung des Einzelausgleichs von entstandenen Nachteilen, Stand der Einrichtung und Kompetenzen der regionalen Arbeitskreise, Umsetzung der dabei erzielten Ergebnisse, Begründung und Auswirkungen von Beschränkungen des Umbruchs sowie der Ausbringung von Festmist und Gülle, insbes für Betriebe des ökologischen Landbaus; Zumutbarkeit des völligen Verzichts auf den Anbau von Kulturpflanzen

Antr

s. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Drs 13/544

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Neckar-Odenwald-Kreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten

MdlAnfr

s. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Drs 13/912

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr

s. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Drs 13/972

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Ostalbkreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr

s. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Drs 13/1242

Hochwasserschutz durch die verstärkte Förderung konservierender und extensiver Bodenbearbeitung

Verbesserung der Wasserrückhaltekapazität potenzieller Überflutungsflächen durch nichtwendende Bodenbearbeitung u.a. Formen extensiver Bodenbewirtschaftung; gezielte Förderung durch entsprechende Modifikation der Agrarprogramme, insbes von SchALVO und MEKA

Antr

s. Hochwasser

Drs 13/1331

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1507

Vollzug der Schutzgebiets- und AusgleichsVO vom 20.02.2001 - Basisgrundwasserschutz in OGL-, Problem- und Sanierungsgebieten

Art und Intensität o.g. Grundwasserbelastungen; Funktion des Nitratinformationsdienstes, Ergebnisse der Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten; Aufgaben, Zusammensetzung und Initiativen der regionalen Arbeitsgruppen; Maßnahmen zur Trendumkehr innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1679

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1718

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Ersetzung des Flächenbezugs bei der Ausgleichszulage durch einen personenbezogenen Standortbeitrag

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken an der Schweizer Grenze

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1985; Darlegung der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite sowie der Bemühungen um Ausgleich auf Landes- und Bundesebene

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/2148

Prämien für Verpächter landwirtschaftlicher Nutzflächen

Höhe und Vertretbarkeit des o.g. Einsatzes von Steuermitteln; Fortführung der Stilllegungsprämie in gleicher Höhe für gepachtete Flächen und Flächen im Eigenbesitz; Maßnahmen gegen die Aufkündigung von Pachtverträgen zur Erzielung höherer Einnahmen für die dann stillgelegten Flächen

Antr
s. *Stilllegungsprämie*
Drs 13/2437

Existenzbedrohung für baden-württembergische Landwirte durch den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an Schweizer Landwirte

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1994; Gründe und Auswirkungen der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite, Frage nach ähnlichen Problemen zwischen Schweizer und französischen Bauern, Verhinderung eines Abflusses künftiger Flächenprämien ins Ausland; Herstellung von Chancengleichheit zur Existenzsicherung der badischen Haupterwerbslandwirte in den betroffenen Gebieten, ggf Prüfung einer Kündigung von Zollabkommen

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/2824

Projekt zur „verdeckten Feldbeobachtung“; Kontrolle der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln

Rechtsgrundlage, inhaltliche Ausgestaltung, Ziele und Kosten des o.g. Projekts des Umweltbundesamts; Einbeziehung von Vertretern der Landwirtschaft und des MLR?

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/3147

Genmais-Erprobungsfelder in BW

Standorte der beiden Versuchsfelder, Information der benachbarten Landwirte und Bevölkerung; sofortige Einstellung des Versuchs

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3189

Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten

Umfang und Standorte o.g. Stilllegungsflächen nach den Vorstellungen der BReg, Höhe der Verluste für die betroffenen Landwirte, Frage nach Alternativen und nach dem Beitrag des MEKA I zur Verhinderung der Bodenerosion, Position der LReg in den zuständigen Ausschüssen im BRat

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/3228

Hochwasserschutz und Auflagen an die landwirtschaftliche Nutzung in Überschwemmungsgebieten

Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft mit dem Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes, Art und Umfang der betroffenen Flächen, Zeitplan zur Ausweisung der Überschwemmungsgebiete; Zustimmung zu dem Gesetz im BRat

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/3378

Stand der Verhandlungen zum Landerwerb Schweizer Bauern in BW

Auffüstung o.g. Verhandlungen zwischen der LReg und Schweizer Seite, Darlegung der angestrebten Ziele und erreichten Ergebnisse, Planung weiterer Verhandlungen?

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/3467

Umsetzung der GAP-Reform bei Flurneuordnungsverfahren

Aufwand der Flurbereinigungsämter für die Herausrechnung der Kulturart 2003 und Neuzuteilung iRd o.g. Verfahren; finanzielle Nachteile, Widersprüche und Schadenersatzforderungen der Landwirte in Fällen von vorhandenen Teilflächen Grünland 2003; Hinwirkung auf Abweichung von der Stichtagsregelung zugunsten des Datums der Zuteilung von Flurstücken

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/4207

Leistungen für landwirtschaftliche Betriebe nach dem „Gemeinsamen Antrag“ im Jahr 2005

Gebührenerhebung von den Landwirten für die Beratung und Größenangaben der Einzelnutzflächen innerhalb eines Flurstücks durch die in die Landratsämter eingegliederte Vermessungsverwaltung, Verweigerung der Gewähr für die Richtigkeit der Angaben trotz der Gebührenerhebung, Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung im Falle unrichtiger Flächengrößen im gemeinsamen Antrag des Landwirts und daraus folgenden Überzahlungen der Ausgleichsbeträge

KlAnfr
s. *Vermessung*
Drs 13/4338

Hundekot

Aufnahme eines Verbots des Kotens von Hunden auf landwirtschaftlich genutzten Grün- und Ackerflächen in örtliche PolizeiVO, Gründe für die Anordnung der Streichung dieses Verbots aus der PolizeiVO der Stadt Backnang, Vereinbarkeit mit dem Subsidiaritätsprinzip

KlAnfr
s. *Exkrement*
Drs 13/4434

Antragsverfahren iRd Gemeinsamen Antrags und bisherige Ausgleichszahlungen von Kommunen und Gebietskörperschaften an Land- und Forstwirte

Gewährung ergänzender Zuschüsse zu MEKA u.a. Programmen durch Kommunen und LKreise für landschaftspflegerische Leistungen der Landwirte, jeweils getrennte Berücksichtigung aller landwirtschaftlich genutzten Flächen iRd o.g. Verfahrens, Ausschluss weiterer Zuschüsse zu denselben Maßnahmen und Flächen nach EU-Recht, Beurteilung der Finanzlage der betroffenen Landwirte und Waldbesitzer, Möglichkeiten der künftigen Kofinanzierung von Landschaftspflege im Falle einer Versagung der Notifizierung der noch vorzulegenden Landesförderrichtlinie durch die EU

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 13/4533

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klärschlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des Anbaus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den einzelnen Anbausegmenten; Verringerung des Anteils der Flurneuordnung iRd GAK-Finanzierung, Finanzierung größerer Teile des MEKA über die Gemeinschaftsaufgabe

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Flurbereinigung in BW

Auflistung der o.g. Verfahren, der Kosten und finanziellen Beteiligung von Bund, Land, EU und Landwirten seit 2000; Umfang der bereinigten landwirtschaftlichen Nutzflächen seit 1952; Entschädigung von ökologisch wirtschaftenden Betrieben für die Zuteilung von konventionell bewirtschafteten Flächen? Darlegung der ökologischen und naturschutzfachlichen Problematik von Flurbereinigungen, Konzentration auf beschleunigte Verfahren unter Einbeziehung der anerkannten Umweltverbände? Umfang und Kosten des Personaleinsatzes vor und nach der Verlagerung auf die LKreise und RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/4645

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des Ausführungsges zum Grundstücksverkehrsges, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem Ausführungsges sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem Landpachtverkehrsges; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

EDV-Probleme bei der Antragstellung für europäische Förderprogramme in der Land- und Forstwirtschaft

Feststellung von Flächendifferenzen bei der GAP-Antragstellung aufgrund der Anwendung unterschiedlicher EDV-Programme, Verwendung veralteter Programme bei der Vermessungsverwaltung in den Landratsämtern, Auswirkungen auf die Auszahlung der beantragten Mittel

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4870

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Anreize und Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf Ackerflächen, Grünland, im Wein- und Obstbau; Strategien zur Erhaltung und Mehrung des Bestands alter Obstsorten; Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutztierassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr

s. Artenschutz
Drs 13/4886

Entkopplung der Prämien von der konkreten Produktion, Entwicklung einer differenzierten Flächenprämie
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3196-3198

Beschränkung des Umbruchverbots von hochwassergefährdeten Flächen auf Überschwemmungskernbereiche
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4103-4108

Entkopplung der Prämien von der Produktion, Einführung einer kombinierten Flächenprämie; Zukauf und Pacht von grenznahen Grundstücken durch Schweizer Landwirte
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4347-4349 4353 4355-4357

Entkopplung der Prämien von der Produktion, Einführung einer kombinierten Flächenprämie
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560

Entkopplung der Prämien von der Produktion, Einführung einer kombinierten Flächenprämie
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7145

Landwirtschaftliche Buchführung

s. Buchführung

Landwirtschaftliche Domäne

s. Landeseigene Domäne

Landwirtschaftliche Gentechnik

s. Gentechnologie

Landwirtschaftliche Maschine

s. Landmaschine

Landwirtschaftliche Sozialversicherung

Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft BW

Berechnungsgrundlagen und Höhe der Beiträge und Leistungszahlungen für Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie Beitragspflichtige mit Kleinstflächen; Entwicklung der Fälle und Höhe der gezahlten Leistungen an Landwirte, die bereits Altersrente beziehen; Hinwirkung auf eine bundesweite Vereinigung der LBG

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 28.04.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4289

BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 65 66

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Kritik an der massiven Beitragserhöhung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6085 6093 6096

Landwirtschaftliche Überproduktion

Bemühungen der EU-Kommission zum Abbau der landwirtschaftlichen Überproduktion

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1869 1870 1874 1875 1878

Historische Ursachen und Folgen der landwirtschaftlichen Überproduktion

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3190-3192 3194 3196 3197

Entkopplung der Direktzahlungen der EU von der Produktion; Beendigung der Produktion von Milchseen, Butterbergen u.a. Überschüssen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399 3401 3403 3404 3411

Entkopplung der Direktzahlungen der EU von der Produktion, Beendigung der Produktion von überschüssigen Lagerbeständen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7145

Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt

s. Agrarforschung

Landwirtschaftliches Gebäude

Schweinehaltungsform in „Erdhöhlen-Ställen“

Beurteilung der Artgerechtigkeit und Kosten der o.g. Haltungsförm für Mastschweine und Zuchtsauen im Vergleich zu herkömmlichen Stallungen, Vereinbarkeit mit den neuen Standards der EU; Empfehlung bzw Förderung dieser Haltungsförm

Antr

s. Schwein

Drs 13/1416

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 25) - Aufwändiger Neubau eines Gewächshauses

Mittlg

s. Öffentliches Bauvorhaben

Drs 13/1748

Folgen der Novellierung des Baugesetzbuches für die Landwirtschaft

Stand und Auswirkungen der geplanten Novellierung auf die landwirtschaftlichen Betriebe, Behinderung der Errichtung von Stallungen im Außenbereich bzw der Investitionsbereitschaft insgesamt?

Antr

s. Baurecht

Drs 13/2095

Novellierung der Landesbauordnung

Ermöglichung der genehmigungsfreien Errichtung von Gewächshäusern bis zu einer Höhe von 5 m

KlAnfr

s. Gartenbau

Drs 13/2507

Ges zur Änd des Architekten- und des IngenieurGes und zur Ausführung des Baugesetzbuchs

Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, insbes zur Anerkennung von Abschlüssen und Befähigungsnachweisen; Regelung der Niederlassungsfreiheit von Architekten, Garten- und Landschaftsplanern, Stadtplanern und Ingenieuren; Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden im Außenbereich

GesEntw

s. Architekt

Drs 13/4115

Bewertung der Umweltverträglichkeitsprüfung für Stallbauten als überzogene zusätzliche Belastung der Landwirte

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1869

Auswirkungen des neuen Baurechts für die Landwirtschaft bzw den Bau von Stallungen im Außenbereich

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3193

Vergleich der Förderung von Stallbauten in Frankreich und Deutschland

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6088

Erleichterung der Umnutzung von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden zu Wohnzwecken und gewerblichen Zwecken

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330 6337-6339

Landwirtschaftliches Produkt

s. *Agrarprodukt*

Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)

Änd des Landwirtschafts- und LKulturGes

GesEntw

s. *Währung*

Drs 13/313

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LAbfallGes

GesEntw

s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*

Drs 13/1227

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Landwirtschafts- und LandeskulturGes

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Landwirtschaftsamt

s. *Landwirtschaftsbehörde*

Landwirtschaftsbehörde

Umbenennung von Einrichtungen im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Umbenennung der Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in „Ämter für Landwirtschaft“ sowie des Landesamts für Flurneuordnung und Landentwicklung in „Landesamt für Entwicklung des Ländlichen Raumes“

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 13.11.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/438

BeschlEmpf und Bericht LandwA 05.12.2001 Drs 13/616 S.

31 32

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtprämien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr

s. *Bürokratie*

Drs 13/959

Zukunft der Flurneuordnung in BW

Entwicklung der Arbeitsbelastung und Personalstruktur des Landesamts für Flurneuordnung und der nachgeordneten Ämter, Umfang der möglichen Arbeitsvereinfachung durch Internetnutzung sowie von Synergieeffekten durch Kooperation mit den Vermessungsämtern, Art der abgeschlossenen und noch offenen Verfahren, Optimierung land- und weinwirtschaftlicher Flächen, Unterstützung der Kommunen bei den Agenda-21-Vorhaben, Durchführung von Biotopvernetzungsplanungen u.a.

Antr

s. *Flurbereinigung*

Drs 13/979

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr

s. *Verwaltung*

Drs 13/1366

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/1722

Erhöhung von Qualität und Bürgernähe in der Agrarverwaltung

Auswirkungen der vorgesehenen Auflösung und Reduzierung der Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur; künftige Bedeutung der Ernährungszentren; Zuweisung der Antragsannahme und -beratung an die Kreisbehörden, Gewährleistung einer davon unabhängigen Beratung und Kontrolle der Betriebe durch die neu zu schaffenden Agrarbehörden

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 14.02.2003 und Stellungnahme
MLR Drs 13/1792
BeschlEmpf und Bericht LandwA 21.05.2003 Drs 13/2222
S. 49
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

*Zukunft des Amtes für Landwirtschaft, Landschafts- und Boden-
kultur, Freiburg*

Auflösung der o.g. Behörde und Neuzuschnitt der südbadischen
Ämter zwischen Offenburg und Lörrach, Auswirkungen auf die
Bürgernähe in der Agrarverwaltung, Einbeziehung der Beleg-
schaften und Personalvertretungen sowie des Landwirtschaftli-
chen Hauptverbands

KlAnfr Christoph Bayer SPD 17.03.2003 und Antw MLR
Drs 13/1889

Frauen in landwirtschaftlichen Berufen

Anteil und Stellung in Berufs- und Umweltschutzverbänden, in
der Landwirtschafts- und Forstverwaltung; Programme zur Un-
terstützung von Frauen bei innovativen Existenzgründungen

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1917

*Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Be-
reichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz*

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für
Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsbera-
tung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für
Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau
sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Lan-
desbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung
einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2070

Agrardieselvergütung

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forst-
wirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung
der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf
die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren
Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zolläm-
ter an der östlichen Bundesgrenze, Gewährleistung einer persön-
lichen Beratung der Antragsteller

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/2112

*Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange aus-
gerichteten Landwirtschaft in BW*

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft
BW bzw die Entwicklung der Marktanteile landwirtschaftli-
cher Produkte in den letzten fünf Jahren, Förderung der Eigen-
vermarktung und regionalen Vermarktungseinrichtungen, Inte-
gration des HQZ, Einflussnahme auf die Marktentscheidungen
großer Handelsketten, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit hei-
mischer Erzeugnisse vor dem Hintergrund der veränderten EU-
Agrarpolitik, Beratungsangebot der Landwirtschaftsämter nach
Umsetzung der geplanten Verwaltungsreform

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/2204

*Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige
Korrekturen*

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei,
der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die
Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-
, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-
Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt
für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von
zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Bürokratieabbau beim AgrardieselGes

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forst-
wirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung
der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf
die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren
Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zolläm-
ter an der östlichen Bundesgrenze, Notwendigkeit einer persön-
lichen Beratung der Antragsteller; Hinwirkung auf Abschaffung
des Verfahrens und Vereinheitlichung der Steuersätze innerhalb
der EU

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/2264

*Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwal-
tung*

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermes-
sungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der
Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-
, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-
Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2267

*Stellenausschreibung des Ministeriums für Ernährung und
Ländlichen Raum im Herbst 2003 für das Amt für Landwirt-
schaft, Landschafts- und Bodenkultur in Sigmaringen im Vorfeld
der Eingliederung der Sonderbehörden in die LKreise und Stadt-
kreise zum 01.01.2005*

Ausschreibung von Stellen der Amtsleitungsebene mit Beförde-
rungsperspektive vor der Eingliederung der Ämter in die Stadt-
und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform

MdlAnfr 4) Gustav-Adolf Haas SPD 21.11.2003 Drs
13/2589
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3892 3893

*Aufgaben und Bedeutung der landwirtschaftlichen beruflichen
Schulen*

Zahl der o.g. Schulen und Schüler, eingerichtete Schulen an
den Landwirtschaftsämtern, Verbleib nach der Eingliederung
der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter; Kooperation der
Landwirtschaftsschulen mit den Fachschulen für Landwirtschaft

Antr
s. *Landwirtschaftsschule*
Drs 13/2766

*Verwaltungsreform, Antragstellung durch berechtigte Landwirte
für MEKA und andere Programme*

Problematik einer fristgerechten Antragsbearbeitung infolge der
fehlenden Kompatibilität der EDV-Programme der eingeglieder-

ten Landwirtschaftsämter, z.B. beim Schwarzwald-Baar-Kreis

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4133

Optimierung der Landwirtschaftsverwaltung in BW

Verlagerung von Aufgaben und Abbau von Stellen der Agrar- und Flurneuordnungsverwaltung nach der Eingliederung in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Beratung der Landwirte und Durchführung von Flurneuordnungsmaßnahmen; Prüfung notwendiger Korrekturen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der beiden Fachverwaltungen

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 02.02.2006 und Stellungnahme MLR Drs 13/5117

Rückgang der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe, entsprechender Personalabbau in der Landwirtschaftsverwaltung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1109 1110

Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter, Vorschlag von zwölf Kompetenzzentren für den ländlichen Raum

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2902 2907 2915 2916 2918 2931 2938

Ablehnung einer Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3199

Übertragung der Beratung der Landwirte auf die Bauernverbände, Auflösung der Landwirtschaftsämter

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035

Auswirkungen der Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter, insbes auf die Landwirtschaftsschulen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4346 4348

Bürokratieabbau in der Landwirtschaftsverwaltung, Ablehnung einer Eingliederung in die Landratsämter

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4552 4554 4556

Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897

Reduzierung der Agrarverwaltung angesichts des Rückgangs der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe, Übertragung der Beratung auf die Bauernverbände

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870 5894 5895 5897

Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter, Vorschlag von zwölf Kompetenzzentren für den ländlichen Raum

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6081 6082 6106

Zusammenlegung von Landwirtschafts-, Flurneuordnungs- und Vermessungsämtern zu überregionalen Kompetenzzentren

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6779

Landwirtschaftsbetrieb

s. *Landwirt*

Landwirtschaftsfläche

s. *Landwirtschaftliche Betriebsfläche*

Landwirtschaftsmeister

s. *Landwirt*

Landwirtschaftsminister

s. *Minister für Ernährung und Ländlichen Raum*

Landwirtschaftsministerium

s. *Minister für Ernährung und Ländlichen Raum*

Landwirtschaftsschule

Ausbau von Forschung und Lehre zum Ökologischen Landbau
Einführung eines Pflichtfachs Ökolandbau an den landwirtschaftlichen Berufsbildungseinrichtungen in Anlehnung an die Entwicklung in der Schweiz

Antr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/929

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Förderung von Junglandwirten und der Nebenerwerbslandwirtschaftsschulen

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Hohenheim

Beurteilung des Erfolgs der o.g. Kombination von praxisnaher Versuchs- bzw Beratungstätigkeit und Fachunterricht und damit der Berufschancen der Absolventen; Vergleich der materiellen und personellen Ausstattung der Fachschulen in den neuen BLändern; Beseitigung der Räumängel und Sanierung des Schülerwohnheims

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2273

Zukünftige Entwicklung der Staatlichen Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

Trägerschaft der Fachschulen im Geschäftsbereich des MLR, geplante Veränderungen im Zuge der Verwaltungsreform; Einzugsbereiche und Berufsperspektiven für die Absolventen der Fachschulen für Landwirtschaft und Hauswirtschaft in Kupferzell, Auslastung des Wohnheims, Organisation der Vorbereitung auf die Meisterprüfung, Wahrnehmung überregionaler Aufgaben in der Aus- und Fortbildung

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2607

Situation und Zukunft der Fachschulen für Landwirtschaft

Zahl der o.g. Schulen und Schüler, Art und Konzepte der Fachkräfteausbildung, Beurteilung des Heilbronner Unterrichtsmodells zur Ermöglichung des Schulbesuchs in Teilzeit für Betriebsleiterhefrauen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 10.12.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2714
BeschIEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 50-52
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Aufgaben und Bedeutung der landwirtschaftlichen beruflichen Schulen

Zahl der o.g. Schulen und Schüler, eingerichtete Schulen an den Landwirtschaftsämtern, Verbleib nach der Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter; Kooperation der Landwirtschaftsschulen mit den Fachschulen für Landwirtschaft

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 18.12.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2766
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 50-52
 PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Modernisierung der Landwirtschaftsaus- und -weiterbildung

Stand der Meisterausbildung im Bereich Buchführung und Vermarktung, Fortbildung der Ausbilder, Modernisierungspläne für die Zeit nach der Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftsverwaltung in die Landratsämter, vorgesehene Bildungspläne in der neuen Schweinezuchtanstalt in Boxberg; Vorlage einer Ausbildungskonzeption, Zusammenfassung in wenigen Landwirtschaftszentren, Optimierung der Ausbildungsstätten bis hin zur Einrichtung einer Diplom-Landwirt-Ausbildung (BA) an einer geeigneten Berufsakademie wie etwa in Mosbach

Antr
 s. *Landwirt*
 Drs 13/2796

Landwirtschaftliche Weiter- und Berufsausbildung im Bereich der Schweinezucht

Berufsbildungsangebot im neuen Grünen Zentrum in Boxberg, Frage nach Überschneidungen mit der Akademie in Kupferzell bzw nach Synergieeffekten bei einer Zusammenlegung dieser Angebote

Antr
 s. *Landwirtschaft*
 Drs 13/3178

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Erweiterung des Lehrangebots im Bereich des ökologischen Landbaus an den Fachschulen

GrAnfr
 s. *Ökologischer Landbau*
 Drs 13/4606

Vorschlag einer Integration der landwirtschaftlichen Schulen in das berufliche Schulwesen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4020

Verbleib der landwirtschaftlichen Schulen nach Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landratsämter, Notwendigkeit eines Ausbildungszentrums

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4346 4348

Landwirtschaftsverband

s. *Bauernverband*

Langenargen*Anträge von Gemeinden auf Bezeichnung als Stadt*

Frage nach abgelehnten Anträgen in den letzten fünf Jahren; Beurteilung einer erneuten „Restaurierung“ des Stadtprädikats der Gemeinde Langenargen bzw eines Rechtsanspruchs auf Wiederverleihung ihres historisch begründeten Stadtprädikats

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 27.01.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1707

Langenau*Weiterentwicklung der Bahnstrecke Langenau-Laupheim Richtung Süden - so genannte Südkurve bei Laupheim*

Stand der Planung für den Ausbau der o.g. Strecke bzw des Planfeststellungsverfahrens für die Südkurve bei Laupheim, Höhe und Träger der Kosten für diese Südkurve und Zeitpunkt der Realisierung

KlAnfr
 s. *Eisenbahnstrecke*
 Drs 13/2687

Südkurve Laupheim

Stand und Zeitpunkt der Realisierung des o.g. Schienenprojekts, Darlegung evtl Hindernisse sowie der Vor- und Nachteile der Alternative einer Flügelung der Regionalbahn Langenau-Ulm in Laupheim/West mit Weiterführung nach Laupheim/Stadt und Biberach; Umsetzung der Zusage zum Bau der Südkurve

KlAnfr
 s. *Eisenbahnstrecke*
 Drs 13/5054

Kritik an der Zustimmung zum Antrag der LWasserversorgung auf Tiefenbohrungen im Langenauer Ried

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1035 1036

Langzeitarbeitslosigkeit

s. *Arbeitslosigkeit*

Langzeitstudiengebühren

s. *Hochschulgebühren*

Laptop

s. *Computer*

Lastenausgleich

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 8) - Lastenausgleich

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 IV. S. 2

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
 Mittlg LReg 20.04.2004 Drs 13/3120

Lastkraftwagen

s. *Nutzkraftfahrzeug*

Lastwagen

s. *Nutzkraftfahrzeug*

Latein

Entwicklung der „alten Sprachen“ an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Nachfrage nach Latein und Altgriechisch in den letzten zehn Jahren; Auswirkungen der Einführung einer

ersten Fremdsprache an Grundschulen

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/9

Biberacher Modell für den Lateinunterricht

Erfahrungen mit dem o.g. Modell, Auswirkungen auf die Akzeptanz des Lateinunterrichts bei Schülern und Eltern, Einbindung in die Konzeption des Fremdsprachenunterrichts an Grundschulen, Folgerungen für die zukünftige Fremdsprachenkonzeption

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/603

Stärkung der Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe?

Auswirkungen der Oberstufenreform auf das Wahlverhalten der Schüler, Entwicklung der Zahl von Schülern mit einer oder mehreren Fremdsprachen seit 2000, Feststellung eines Rückgangs der Kurszahlen im Fach Latein bzw einer Stärkung der Fremdsprachenkompetenz? Frage nach einer Korrektur der generell vierstündigen Kurse

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/3905

Lauda-Königshofen

Schließung des Bundeswehrstandorts in Lauda-Königshofen, Ruf nach Konversionsmaßnahmen des Bundes

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 105 106

Laufbahn

s.a. *Beförderung von Beamten, Richtern und Soldaten*
s.a. *Dienstgrad*
s.a. *Führungskraft*
s.a. *Gehobener Dienst*
s.a. *Höherer Dienst*
s.a. *Mittlerer Dienst*
s.a. *Stellenplan*

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn für Polizeibeamte

Antr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/339

Laufbahnrechtliche Einordnung von Master-Abschlüssen

Eröffnung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/708

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Ermöglichung eines flexiblen Personaleinsatzes nach dem derzeitigen Laufbahnrecht? Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen aufgrund der neuen Studienstrukturen und -abschlüsse

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenberufungsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Schritte zur Realisierung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66

Stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn für Polizeibeamte

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 367

Stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn für Polizeibeamte

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn für Polizeibeamte

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126

Laupheim

Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Konzeption, Betreuung und bisherige Finanzierung der o.g. Ausstellung; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1213

Neubewertung der Stellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Staatssekretär Sieber, dem Biberacher Landrat und der Laupheimer Bürgermeisterin; Erarbeitung einer Konzeption zur dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr
s. *Museum*
Drs 13/1587

Weiterentwicklung der Bahnstrecke Langenau-Laupheim Richtung Süden - so genannte Südkurve bei Laupheim

Stand der Planung für den Ausbau der o.g. Strecke bzw des Planfeststellungsverfahrens für die Südkurve bei Laupheim, Höhe und Träger der Kosten für diese Südkurve und Zeitpunkt der Realisierung

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/2687

Südkurve Laupheim

Stand und Zeitpunkt der Realisierung des o.g. Schienenprojekts, Darlegung evtl Hindernisse sowie der Vor- und Nachteile der Alternative einer Flügelführung der Regionalbahn Langenau-Ulm in Laupheim/West mit Weiterführung nach Laupheim/Stadt und Biberach; Umsetzung der Zusage zum Bau der Südkurve

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*

Drs 13/5054

Lauschangriff

s. Technische Observation

L-Bank

s. Landeskreditbank

LBBW

s. Landesbank Baden-Württemberg

LBO

s. Baurecht

LBV

s. Landesamt für Besoldung und Versorgung

Leasing

s.a. Arbeitnehmerüberlassung

Neubauten im Polizeibereich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Polizeidienst

Darlegung der Situation im Revier Buchen im Bereich der Polizeidirektion Mosbach; Beurteilung des Vorschlags von Neubauten finanziert durch Leasing

KlAnfr

s. Polizeigebäude

Drs 13/525

Zwischenbilanz des Leasing-Konzepts für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Beurteilung des Konzepts nach der ersten Umtauschphase, Erzielung von Einsparungen? Ausschreibung von Phase II, Bewertungskriterien für das wirtschaftlichste Angebot

Antr

s. Polizeifahrzeug

Drs 13/1330

Einsparungen beim Land durch Fahren mit Biodiesel

Umrüstung der Dieselfahrzeuge in der Fahrzeugflotte von Regierung, Landesbehörden und Polizei auf die Verwendung von Raps-Methylester; Leasing entsprechender Fahrzeuge; Gewährleistung eines flächendeckenden Tankstellenangebots durch öffentliche Ausschreibung und Vertragsabschlüsse

Antr

s. Kraftstoff

Drs 13/1700

Cross-Border-Leasing

Frage nach Kriterien und Möglichkeiten der kommunalaufsichtsrechtlichen Prüfung und Genehmigung o.g. Verträge von Kommunen mit US-Investoren, u.a. Prüfung der Vereinbarkeit mit dem EU-Vergaberecht, der Risiken einer Insolvenz des Investors, von Gerichtsverfahren und Schadenersatzforderungen; Verpflichtung der Kommunen zur Weitergabe des finanziellen Vorteils über die Gebühren? Haftungsrisiken des Landes; Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinderäte; Beurteilung des angestrebten Verbots in Bayern; Auflistung der bisher geschlossenen Verträge und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge

Antr GRÜNE 13.03.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1885

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3495-3501

Fuhrpark der Polizei

Überkapazitäten an Polizeifahrzeugen iRd Leasing-Konzepts nach einer Untersuchung des RH, Frage nach Berechnungsgrundlagen und Abhilfemöglichkeiten

Antr

s. Polizeifahrzeug

Drs 13/1907

US-Cross-Border-Leasing und Kommunalverfassungsrecht

Vorlage und Prüfung von geplanten CBL-Geschäften bzw der zugrunde liegenden Verträge durch die Rechtsaufsichtsbehörden seit 1995, Auflistung der beteiligten Gemeinden und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, Art der avisierten Rechtsgeschäfte, Höhe der Transaktionsvolumina, Ergebnisse der Überprüfungen; Überführung des erzielten Barwertvorteils in den allgemeinen Haushalt bzw den Gebührenhaushalt, nachträgliche Erhöhung der Eigenmittel bei einer vom Land geförderten Investition, Auslösung von Rückerstattungsansprüchen des Landes?

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 07.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2055

BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 9 10

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

US-Cross-Border-Leasing im Lichte der Rechtsprechung des BGH

Beurteilung o.g. Entscheidung zu einem kommunalen Leasinggeschäft, Konsequenzen für die kommunale Rechtsaufsicht bzw die durchgeführten und noch geplanten CBL-Geschäfte, Begründung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinden gegenüber der Rechtsaufsicht bzw dem Land?

Antr GRÜNE 28.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2124

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3495-3501

US-Cross-Border-Leasing und Zuwendungsrecht

Höhe der Förderung der in Drs 13/2055 aufgelisteten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die zu Gegenständen von CBL-Geschäften wurden; Frage nach der Praxis, den rechtlichen Grundlagen und evtl Ermessensspielräumen zur Rückforderung der gewährten Zuschüsse bzw Abschöpfung des erzielten Barwertvorteils; Darlegung der Vorgehensweise bei dem für eine CBL-Transaktion vorgesehenen Kanalnetz der Stadt Ulm

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 26.06.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2201

BeschlEmpf und Bericht InnenA 15.10.2003 Drs 13/2703 S. 7-9

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Ges zur Änd der Gemeindeordnung für BW

Verbot von Rechtsgeschäften der Kommunen mit hohen finanziellen Risiken wie z.B. US-Cross-Border-Leasing; Versagung der Genehmigung solcher Transaktionen mit Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge unter Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Ausland

GesEntw

s. Gemeindeordnung

Drs 13/2282

Zusätzliche Kosten bzw. Rückerstattungen beim Leasing-Konzept für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Entwicklung der o.g. Zahlen seit dem letzten Zwischenbericht auf Drs 13/1330, Begleichung evtl. Zusatzkosten aus den dezentralen Budgets der Dienststellen?

Antr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 13/3609

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Alaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw. Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4435

Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP) in BW

Auswirkungen des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften auf die PPP/Leasing-Konzeptionen der LReg und auf kommunale PPP-Projekte, Änderung der LHO entsprechend der Bundeshaushaltsordnung? Einschätzung der Risiken sowie der möglichen Kostensenkungen bei PPP-Modellen der zweiten Generation; Gründe für die Vertagung der vorgesehenen Beschlussfassung im Kabinett; Vorlage des Berichts der interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr
s. *Public Private Partnership*
Drs 13/4600

Innere Sicherheit in BW

Vorhandene und notwendige Fahrzeugausstattung der Polizei, Entwicklung der Kosten für das Leasing-Konzept

GrAnfr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/4752

Leasing von Polizeifahrzeugen, Einsparung von Wartungskosten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Bewertung des Leasingkonzepts bei der Polizei

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1724

Bewertung des Leasingkonzepts der Polizei bzw. der Feststellungen des RH über zu viel geleaste Fahrzeuge

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126-3128 3132 3136

Risiken der CBL-Geschäfte mit kommunalen Versorgungseinrichtungen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3442

Leasing von Polizeifahrzeugen, Einsparung von Wartungskosten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362 4363

Nutzung des Leasingkorridors des Bundes insbes. für den Hochschulbau

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5699

Leasing von Polizeifahrzeugen, Darlegung der Vorteile

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900 5916

Leasing von Polizeifahrzeugen, Finanzierungsprobleme der Dienststellen beim Fahrzeugumtausch

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249-6252 6256 6257

Lebensspende

s. *Organspende*

Lebensberatung

s. *Lebenshilfe*

Lebensbewältigungshilfe

s. *Lebenshilfe*

Lebenshilfe

s.a. *Kinder- und Jugendhilfe*

s.a. *Seelsorge*

s.a. *Selbsthilfe*

s.a. *Suchtberatung*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Ausbau der psychosozialen Beratungsstellen für Suchtgefährdete und -kranke

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-10 S. 37

ÄAntr CDU und FDP/DVP 23.01.2002 Drs 13/659-Reste 1 S. 66 67

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Bericht der LReg zu einem Beschl. des Ltg.; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 18) - Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen (Drs 12/5701 XV. S. 6)

Mittlg

s. *Schwangerschaftsberatung*

Drs 13/863

Maßnahmenkatalog im Hinblick auf das Wirken der Scientology-Organisation

Beurteilung der Maßnahmen aufgrund der bayerischen Expertise, insbes. Intensivierung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie der Öffentlichkeitsarbeit durch die interministerielle Arbeitsgruppe, Schulung von Ansprechpartnern bei den Polizeipräsidenten; Unterstützung des bayerischen GesEntw für die gewerbliche Lebensbewältigungshilfe im BRat; Fortführung der Förderung des Projekts „Odenwälder Wohnhof“ für die Opfer von Psychogruppen; Prüfung von Maßnahmen nach dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb nach dem Heilpraktiker-Ges

Antr

s. *Sekte*

Drs 13/1552

Verbraucherschutz auf dem Gebiet der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe

Unterstützung der o.g. bayerischen Initiative im BRat zum Schutz vor Scharlatanen, Psychogruppen und Sekten

KIAnfr Carla Bregenzer SPD 19.09.2003 und Antw KM Drs 13/2420

Auswirkungen von beruflichem Stress auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte

Fälle von Behandlungsbedürftigkeit und Selbsttötungen in den letzten fünf Jahren; Ergebnisse einer in Bayern eingesetzten Expertengruppe; Frage nach unterstützenden Maßnahmen der LReg

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/2739

*Haushalt 2004; Epl 09**Rücknahme der Kürzungen in der Suchtkranken- und Gefährdetenhilfe*

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-16 S. 58 59
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809 21 22 S. 64 65
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-30 S. 72
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849-1 S. 2 3
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849-5 S. 10 11
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2849-7 S. 14
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2849-9 S. 16
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Finanzierung der Schwangerenkonfliktberatung

Finanzierung von 80 % der notwendigen Personal- und Sachkosten nach dem Urteil des BVerwG, entsprechende Prüfung der neuen Förderrichtlinien, Finanzierung der Mehrkosten; Entwicklung der Zahl anerkannter Beratungsstellen der verschiedenen Träger, der Personalstruktur, der Beratungsangebote und deren Inanspruchnahme seit 2001; Zunahme von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen? Auswirkungen einer Kommunalisierung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen

Antr
s. *Schwangerschaftsberatung*
Drs 13/3243

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation; Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung von Frauen und Kindern als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 20.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3411
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 51-53
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von Miete und Unterkunft

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 06.08.2004 und Antw SM Drs

13/3485

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2004 beim Epl 09 - SM sowie beim Kap 0705 Tit 681 01 - IM

Überplanmäßige Ausgabe bei der Förderung von Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen (Kap 0919 Tit 684 05)

Mittlg
s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*
Drs 13/3846

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 09**Rücknahme der Kürzungen der Suchtkranken- und Gefährdetenhilfe*

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-17 S. 51
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-34 S. 75
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/2 S. 80-85
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten Stalkingbekämpfungsges; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 13/4177

*Haushalt 2006; Nachtrag**Rücknahme der Kürzungen in der Suchtkranken- und Gefährdetenhilfe*

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 17 S. 72 73
ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 47 S. 108
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Personalbedarf der psychosozialen Beratungsstellen, Betreuung von Drogenabhängigen während der Substitution

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 472 473 475 476 480 482

Personalaufstockung der psychosozialen Beratungsstellen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 907

Unterstützung der bayerischen Initiative im BRat zum Verbraucherschutz auf dem Gebiet der gewerblichen Lebenshilfe

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3982-3987

Psychosoziale Beratung und Betreuung der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7931

Lebensmittel

s.a. *Agrarpreis*
s.a. *Agrarprodukt*
s.a. *Ernährung*
s.a. *Ernährungswirtschaft*
s.a. *Gütezeichen*

s.a. *Kindernahrung*
s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*
s.a. *Lebensmittelkontrolle*
s.a. *Lebensmittelrecht*
s.a. *Verpflegung*

Regionale Geschmacksbildung fördern

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die Qualität heimischer Lebensmittel, Durchführung von Veranstaltungen an Schulen und Kindergärten, Orientierung am Projekt LebensART in Karlsruhe

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/57

Anspruch und Wirklichkeit - Agrarwende der rot-grünen BReg
Defizite in der Verbraucherschutzpolitik, Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die heimischen Lebensmittelprodukte

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/362

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 13/543

Verwendung regionaler Agrarprodukte in öffentlichen Einrichtungen

Anreize und Fördermöglichkeiten für o.g. Produkte in Krankenhäusern, Kinderbetreuungseinrichtungen, Kantinen u.a.

Antr
s. *Agrarprodukt*
Drs 13/586

Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftsverpflegung

Förderung der Umstellung von öffentlichen und privat organisierten Kantinen auf biologisch und/oder regional erzeugte Lebensmittel, Wahrnehmung der Vorbildfunktion beim MLR und Landtagsrestaurant PLENUM, Ausschreibung eines Wettbewerbs, Werbung über die MBW

Antr
s. *Verpflegung*
Drs 13/606

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/1084

Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW

Bewertung der EU-Freisetzungsrichtlinie und des von der BReg beschlossenen GentechnikGes und deren Umsetzung; Ausgestaltung, Zuständigkeiten und Kosten der Überwachung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen; Beurteilung der Grenzwerte für gentechnische Verunreinigungen in Futter- und Lebensmitteln sowie Saatgut; Maßnahmen und Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/2903

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Ausmaß und Konsequenzen von Übergewicht bei Kindern, Programme und Maßnahmen von Land und Bund zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise in Kindergärten und Schulen; Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken, Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrer, Durchführung von Projekten und Wettbewerben

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2059

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote an Ganztageeinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2647

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Überprüfung von Produktangeboten aus dem Internet sowie von kennzeichnungspflichtigen gentechnisch veränderten Lebensmitteln

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Förderung der Gentechnik durch die LReg

Bewertung einer britischen Studie zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzensorten; Stellenwert der genetischen Veränderung von Lebensmitteln in verschiedenen Programmen; Kosten und Finanzierungsanteil der LStiftung und der chemischen Industrie beim Projekt „BioLab“; Art der Projekte und Kosten-

träger der Landesgesellschaft BIOPRO und der Biotechnologie-Offensive; ausgewogene Darstellung der Chancen und Risiken der Gentechnik im Projekt „BioLab“, Verzicht auf den Mitteleinsatz der LStiftung für versteckte Nachwuchswerbung bestimmter Industriezweige sowie auf die weitere Förderung der Erforschung gentechnisch veränderter Mikroorganismen

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/2723

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3062

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Frage nach o.g. Vorsorgemaßnahmen; Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen auf Umwelt, Artenvielfalt und Menschen; Initiierung eines gesellschaftlichen Dialogs über Methoden und Risiken der grünen Gentechnik; objektive Information und Beratung der Landwirte und Verbraucher, entsprechende finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen; Feststellung von Verunreinigungen bei Importwaren und heimischen Produkten durch effiziente Kontrollen

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3329

Förderung der Vermarktung von heimischen Lebensmitteln

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW, Frage nach einer Erfolgskontrolle der Absatzförderung, Darlegung der Gesellschafterstruktur, Umfang von Aufträgen und Fördermitteln des Landes seit 1999; Frage nach Markenzeichen mit Hinweisen auf die Herkunft und Qualitätsmerkmale der Produkte sowie deren Überprüfung

Antr SPD 28.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3441
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 C. S. 9
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

Folsäureanreicherung von Grundnahrungsmitteln

Einschätzung der o.g. Möglichkeit zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und der erwarteten Effekte, insbes zur Vermeidung von Missbildungen in der Schwangerschaft; Frage nach internationalen Erfahrungen und der Bewertung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung; Art und Auswirkungen einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Jod und Fluor

Antr
s. *Folsäure*
Drs 13/3667

Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahversorgung)

Empfehlungen an die Kommunen zur Nutzung der Möglichkeiten des Planungsrechts sowie der Mittelstands-, Städtebau- und Regionalförderung bzw Förderung der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/3779

Lebensmittelspezialitäten aus BW

Umsetzung der EU-Normen Bio-VO, Geo-VO und Lebensmittelspezialitäten-VO; Bedeutung von gekennzeichneten regionaltypischen Lebensmitteln bzw Agrarprodukten für die Verbraucher, Land- und Ernährungswirtschaft; Bewertung von Projekten der Regionalvermarktung; Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 02.12.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3834
BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.03.2005 Drs 13/4312 S. 42-44
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Ernährung und Ernährungsinformation „Gesunde Ernährung“

Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern bzw zur Vermeidung von Übergewicht und Adipositas, Begleitung der Schulverpflegung, Koordination der Vielzahl von Projekten der verschiedenen Ministerien, Verankerung der Initiativen „Brennpunkt Lebensmittel - Blickpunkt Ernährung“ und „BeKi - Bewusste Kinderernährung“ im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsreform in den LKreisen

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/3914

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3980

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Gesunde Lebensmittel als Markenzeichen BW oder die Gentechnikpolitik der großen Koalition?

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457-7476

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Verlängerung der Ausnahmeregelung für die Verfütterung von Speiseabfällen

Beurteilung der o.g. Speiseresteverwertung in der Schweinemast im Vergleich zur energetischen Verwertung; Beantragung einer Verlängerung der am 31.10.2006 auslaufenden Ausnahmegenehmigung bei der EU?

KlAnfr
s. *Futtermittel*
Drs 13/5119

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise, Umstellung öffentlicher Kantinen auf ökologische Produkte

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80 99

Stärkung des Vertrauens der Verbraucher in heimische, qualitativ hochwertige und durchgängig kontrollierte Lebensmittel

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440 441 447

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise; Exportchancen für hochwertige Lebensmittel

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1046 1048 1051 1057-1059

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1253-1256 1263 1266 1267

Rückstände von Nitrofen in Biolebensmitteln, Verweisung auf schärfere Kontrollen dieser Produkte, Bedeutung des VerbraucherinformationsGes für die Lebensmittelsicherheit

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651-1674

Entwicklung der Marktchancen von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau; Effizienz der Lebensmittelkontrolle in BW

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3086-3091 3116-3125

Selbstversorgungsgrad, Standards und Preise der Lebensmittelproduktion; Hinwirkung auf Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in Europa; Bemühungen der Landwirte um eine Erzeugung hochwertiger Lebensmittel ohne Gentechnik

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342 4343 4348 4350 4352 4355 4357 4358

Auswirkungen der EU-Agrarreform, Wertschöpfung bzw Sicherung einer eigenständigen Produktion heimischer Nahrungsmittel, Verzicht auf gentechnisch manipulierte Ware

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547 4552 4553 4559-4567 4592-4594 4597 4598 4600-4602

Erhöhung der Steuern auf ungesunde Lebensmittel

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4970

Ermunterung der Landwirte zu einer Erzeugung und Vermarktung hochwertiger Lebensmittel ohne Gentechnik

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6495

Bezeichnung des Landes als Kulinaristikland Nummer 1 in Deutschland, Verweisung auf die INTERGASTRA in Stuttgart, Förderung von Initiativen für regionale, gentechnikfreie Lebensmittel in der Gastronomie, Verbesserung der Gästeinformation über die Marke „Schmeck den Süden“

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954 7955 7957 7958

Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz

s. *Lebensmittelrecht*

Lebensmittelbehörde

s. *Lebensmittelkontrolle*

Lebensmittelhersteller

s. *Ernährungswirtschaft*

Lebensmittelhygiene

s. *Hygiene*

Lebensmittelkennzeichnung

s.a. *Gütezeichen*

Qualitätsgarantie für heimischen Honig

Verlust einer Herkunfts- und Qualitätsbestimmung durch die von der EU-Kommission beabsichtigte Zulassung von „gefiltertem Honig“; Hinwirkung auf eine kontrollierbare Herkunftsanalyse

Antr
s. *Honig*
Drs 13/533

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 13/543

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW
Überprüfung von Produktangeboten aus dem Internet sowie von kennzeichnungspflichtigen gentechnisch veränderten Lebensmitteln

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Umsetzung und Kontrolle der Rindfleischetikettierung in BW
Gründe und Konsequenzen der durch die Verbraucherzentrale festgestellten Mängel, insbes bei der Auszeichnung von HQZ-Rindfleisch

KlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/2736

Kontrolle der Kennzeichnung von Hühnereiern
Kennzeichnung nach Haltungsform, Herkunftsland und Betriebsnummer seit Jahresbeginn; Umfang und Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen; Information der Verbraucher und des Handels

Antr
s. *Eier*
Drs 13/3154

Lebensmittelspezialitäten aus BW
Umsetzung der EU-Normen Bio-VO, Geo-VO und Lebensmittelspezialitäten-VO; Bedeutung von gekennzeichneten regionaltypischen Lebensmitteln bzw Agrarprodukten für die Verbraucher, Land- und Ernährungswirtschaft; Bewertung von Projekten der Regionalvermarktung; Verwendung regionaler Produkte iRd Ernährungsprogramme gegen Fehlernährung von Kindern

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 13/3834

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr
s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/3980

Kennzeichnung von Eiern aus Bodenhaltung, Art und Kriterien der Kennzeichnung unter dem Siegel des HQZ
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 627 629 630 633

Forderung einer umfassenden Lebensmittelkennzeichnung durch den Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz, Professor Dr. Beyreuther; Einführung eines Gütesiegels mit Herkunftsbezeichnung auf Bundesebene
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 649 655 659 660

Ansehensverlust des HQZ durch die Verwendung unerlaubter Spritzmittel im Obstbau, Angebot von HQZ-Produkten in öffentlichen Kantinen, Vergleich des HQZ mit dem Ökosiegel als verlässliche Kennzeichnung
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1052 1058 1059

Forderung nach Wiedereinführung einer verlässlichen Lebensmittelkennzeichnung
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1657

Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4564 4565 4567 4592 4598

Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln; Verweisung auf die aktuellen Betrugsfälle mit der Umetikettierung von verdorbener Ware
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7460 7466 7471 7474 7475

Lebensmittelkontrolle

s.a. *Chemisches Untersuchungsamt*
s.a. *Fleischhygiene*
s.a. *Lebensmittelkennzeichnung*

Gaststätten- und Lebensmittelkontrollen durch den Wirtschaftskontrolldienst
Personalstärke des WKD, Organisation, Kosten, Kontrolldichte und Beanstandungsquote im Vergleich zu anderen BLändern
KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/375

Verwendung von in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Obstbau
Herkunft, Zusammensetzung und Einsatzregionen o.g. Mittel und Wirkstoffe; Auswirkungen auf die Marktfähigkeit der Produkte und das HQZ; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden; Vermarktung von entsprechend behandeltem Obst, u.a. auch mit dem hier verbotenen Wirkstoff Plantomyzin, aus anderen EU-Ländern in Deutschland; Hinwirkung auf besondere Kennzeichnungspflichten bzw Harmonisierung des EU-weiten Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/469

Rindfleisch mit zweifelhaften BSE-Tests
Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Behörden, Frage nach Mengen des in den Verkauf gelangten Fleisches sowie von beschlagnahmten Partien, Überprüfung der Tests von zugelassenen privaten und staatlichen Labors
KlAnfr

s. *Fleisch*
Drs 13/726

Unerlaubter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Bodensee-region

Umfang und Zeitpunkt der Information des MLR und nachgeordneter Behörden, des Landesbauernverbands und Obstbauernverbands; angewandte Grenzwerte für Chlormequat bei Kernobst; Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung und zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Obst vom Bodensee, Beantragung einer Einstufung als Sonderregion

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/744

Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl, Ergebnisse und Kosten o.g. Tests in staatlichen und privaten Labors; Zeitpunkt und Art der Feststellung von Pannen und Fehlern in den privaten Labors; Beurteilung des Verkaufs von nicht vorschriftsmäßig getestetem Rindfleisch; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der LReg, von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther und nachgeordneten Behörden; Ausbau der staatlichen Laborkapazitäten

Antr
s. *BSE*
Drs 13/746

Kontrolle von Birnensäften

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen o.g. Untersuchungen auf nicht zugelassene Spritzmittel

KlAnfr
s. *Fruchtsaft*
Drs 13/772

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr
s. *BSE*
Drs 13/786

Stellenwert des Verbraucherschutzes in BW am Beispiel des Umgangs mit BSE-Tests

Aktuelle Debatte
s. *Verbraucherschutz*
PIPr 13/22 S. 1253

Entwicklung und Bedeutung der Putenwirtschaft in BW

Marktentwicklung für Putenfleisch landes-, bundes- und europaweit; Problematik der Importe aus Übersee, Darlegung der dortigen Haltungsformen und rechtlichen Bedingungen, Situation der lebensmittelrechtlichen Überwachung von Importfleisch

Antr
s. *Geflügelwirtschaft*
Drs 13/942

Umsetzung der EU-Richtlinie 93/43 EWG über Lebensmittelhygiene in BW

Umsetzung der Richtlinie in den erfassten Betrieben, Art und Intensität der Kontrollen des WKD

MdlAnfr
s. *Hygiene*
Drs 13/980

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr SPD 13.06.2002 und Antw MLR Drs 13/1084 (15 S.)
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3116-3125

Umgang mit Belastungen von Chlormequat in Birnenobst

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen der staatlichen Kontrollen; Umgang mit den auch in den nächsten Jahren zu erwartenden Rückständen; Zulässigkeit der Verarbeitung von belastetem Obst zu Obstbrand

Antr
s. *Obst*
Drs 13/1332

Auswirkungen der EU-Richtlinien zu Fleischuntersuchungen und der Entscheidung des EuGH auf die Schlachthofstruktur in BW

Auswirkungen auf die Gebührenhöhe und den evtl Zuschussbedarf durch Gebietskörperschaften; Überprüfung der Schlachthofstruktur auf ihre betriebswirtschaftliche Perspektive im europäischen Markt

Antr
s. *Schlachtbetrieb*
Drs 13/1955

Schadstoffbelastung von Früherdbeeren aus dem Mittelmeerraum

Untersuchung o.g. Importware auf Pestizidrückstände, Feststellung von verbotenen Pflanzenschutzmitteln? Beurteilung der Gesundheitsrisiken, Information der Verbraucher

Antr
s. *Obst*
Drs 13/2002

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsberatung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2070

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Optimierung der Lebensmittelüberwachung bei Erhaltung des WKD

Aufbau einer Lebensmittelüberwachung bei den Stadt- und LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform, Versetzung von Polizeibeamten des WKD in die Landratsämter, persönliche Konsequenzen für die betroffenen Beamten; Gewährleistung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, der permanenten Bereitschaft sowie des Probenverkehrs zu den chemischen Untersuchungsämtern? Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/2280

Gefährdung der Lebensmittelüberwachung in Stuttgart

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Verweigerung des Dienstherrenwechsels durch einen Großteil der Polizeibeamten in Stuttgart, zusätzliche Kosten der Landeshauptstadt zur Bereitstellung der Infrastruktur und Ausbildung von neuen Kräften, Problematik einer Bewältigung von größeren bzw. die Stadtgrenze überschreitenden Verstößen

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 16.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2508

Verwaltungsreform - Zerschlagung des baden-württembergischen Wirtschaftskontrolldienstes

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise, Bereitschaft und Konsequenzen der Versetzung der Polizeibeamten in die Landratsämter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/2532

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Finanzierung von zusätzlichen Kosten; Entwicklung der Beanstandungen und Sanktionen, Durchführung künftiger strafrechtlicher Ermittlungsverfahren, Prüfung von Produktangeboten aus dem Internet, von gentechnisch veränderten und importierten Lebensmitteln; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Krisen um BSE und Nitrofen? Bewältigung der zusätzlichen rechtlichen Anforderungen aus Brüssel und Berlin, regelmäßiger und schneller Datenaustausch zwischen den Ebenen und Ländern, Art und Umfang des Technikeinsatzes und der Verbraucherinformation, Schaffung eines VerbraucherinformationsGes über den BRat

GrAnfr GRÜNE 28.11.2003 und Antw MLR Drs 13/2682 (17 S.)
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5205-5215

Umsetzung und Kontrolle der Rindfleischetikettierung in BW

Gründe und Konsequenzen der durch die Verbraucherzentrale festgestellten Mängel, insbes bei der Auszeichnung von HQZ-Rindfleisch

KIAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/2736

Zuverlässigkeit von BSE-Tests in BW

Gewährleistung des vollen Testprogramms bei allen Tieren und Schlachtungen, Ausschluss von Übertragungsfehlern in Schlachthöfen, Entwicklung der Testkosten in den letzten drei Jahren

KIAnfr
s. *BSE*
Drs 13/2783

Umgang mit dem Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der baden-württembergischen Landwirtschaft

Anstreben eines Verzichts auf den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in Gesprächen mit den Bauernverbänden und der Agrarwirtschaft, Berücksichtigung als Kriterium bei der Bewerbung des HQZ, Ausbau der Untersuchungen auf Verunreinigungen durch gentechnisch veränderte Organismen für Importware und heimische Produkte

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/2826

Zukunft der Imkerei bei Verwendung gentechnologisch veränderten Saatguts und Pflanzenmaterials in der Landwirtschaft

Entwicklung der haupt- und nebenberuflich betriebenen Imkerei, Anteil der in ökologisch orientierten Anbauverbänden organisierten Imker mit einer Vermarktung entsprechend qualitativer Produkte; Konsequenzen der Anwendung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft; Höhe und Träger der Kosten für zusätzliche Untersuchungen auf Verunreinigungen; Anstreben eines freiwilligen Verzichts auf den Einsatz von GVO in Gesprächen mit den Landwirten

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/2876

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnelleres Verkehrsverbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 25.03.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3062 (48 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 18.05.2004 Drs 13/3282 S. 31-33
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Kontrolle der Kennzeichnung von Hühnereiern

Kennzeichnung nach Haltungsform, Herkunftsland und Betriebsnummer seit Jahresbeginn; Umfang und Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen; Information der Verbraucher und des Handels

Antr

s. *Eier*

Drs 13/3154

Bürokratieabbau; hier: Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 08.06.2001 gemäß der Richtlinie 64/433/EWG zur Überwachung der Hygienebedingungen in registrierten Schlachthäusern

Zusätzlicher Aufwand der Kommunen zur Umsetzung der o.g. Richtlinie, Maßnahmen zur Reduzierung des Aufwands, Übertragung der Aufgaben auf die Veterinärämter der LKreise

K1Anfr Beate Fauser FDP/DVP 13.05.2004 und Antw MLR Drs 13/3209

Gentechnik in HQZ-Produkten

Reduzierung von Importfuttermitteln, Steigerung des heimischen Anbaus; Wiederaufnahme der Kontrolle von Futtermitteln auf gentechnische Veränderungen; Beschränkung des HQZ auf nachweislich gentechnikfreie Produkte; Ausschluss der Verfütterung von GVO-Mais an Tiere, deren Fleisch mit dem HQZ ausgezeichnet wird

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/3328

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Frage nach o.g. Vorsorgemaßnahmen; Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen auf Umwelt, Artenvielfalt und Menschen; Initiierung eines gesellschaftlichen Dialogs über Methoden und Risiken der grünen Gentechnik; objektive Information und Beratung der Landwirte und Verbraucher, entsprechende finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen; Feststellung von Verunreinigungen bei Importwaren und heimischen Produkten durch effiziente Kontrollen

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/3329

BSE-Tests

Zahl, Ergebnisse und Aufwand o.g. Untersuchungen an gesunden Schlachttieren; Anteil der Kontrolle von Privatlaboratorien; rechtliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze bzw zur vollständigen Abschaffung der Tests bei gesunden Schlachttieren, Ermöglichung der kontrollierten Herstellung und Verfütterung von Tiermehl aus dem Fleisch von erkrankten Tieren, Intensivierung der Lebenduntersuchung

Antr

s. *BSE*

Drs 13/3532

Altersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests an Schlachtrindern

Bemühungen um Anhebung der Schlachaltersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests auf 30 Monate

Antr

s. *BSE*

Drs 13/3559

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr

s. *BSE*

Drs 13/3646

Ges zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsges und zur Änd lebensmittelrechtlicher Ausführungsvorschriften

Neuregelung der Tierkörperbeseitigung, insbes von Zuständigkeiten, Beseitigungspflichtigen, Einzugsbereichen, Gebühren und Entgelten; Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine Verordnung zur Ausbildung, Prüfung und Fortbildung von Lebensmittelkontrolleuren; Änd des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes; Aufhebung des Ausführungsges zum Tierkörperbeseitigungsges

GesEntw

s. *Tierkörperbeseitigung*

Drs 13/3721

Einhaltung der Absprache zwischen Innenministerium, Städte- und Landkreistag zur Übertragung der Lebensmittelüberwachung

Verweigerung der Teilnahme von Polizeibeamten des WKD am Einsatz- und Schießtraining sowie am Dienstsport durch Landräte

Antr

s. *Polizeibeamter*

Drs 13/3837

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/3980

Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform

Entwicklung der Zahl der Kontrolleure, der Kontrolldichte und Anzeigen bei Gaststätten und im Lebensmittelhandel; Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Polizei zur Ahndung von Verstößen; Zahlen zum Wechsel von Polizeibeamten des früheren WKD in den Polizeivollzugsdienst, von Abordnungen an die LKreise sowie von Anträgen auf Versetzung in den Polizeivollzugsdienst; Zeitrahmen zur Gewinnung und Ausbildung des neuen Personals

Antr SPD 08.04.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4233

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6659-6673

Situation und Perspektive der Schlachthöfe in BW

Entwicklung der Ertragslage in den letzten Jahren, insbes seit der Umsetzung des Urteils des EuGH zur Einbeziehung der Gebühren für die Trichinenuntersuchung und der bakteriologischen Untersuchung in die Gemeinschaftsgebühr; Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schlachthofstruktur

Antr
s. *Schlachtbetrieb*
Drs 13/4558

Lebensmittelkontrolle auf dem Cannstatter Volksfest

Intensität und Ergebnisse der o.g. Kontrollen im Vergleich zu den Vorjahren

KlAnfr Inge Utzt SPD 12.10.2005 und Antw MLR Drs 13/4720

Fleischskandal in Bayern - Auswirkungen auf BW

Mit verdorbenem Fleisch belieferte Firmen in BW, u.a. von der Firma „Rottaler Geflügelprodukte GmbH“; Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden

MdlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/4796

Übertragung der Aufgaben der Lebensmittelüberwachung zurück auf die Polizei

Eingliederung des WKD in die Landratsämter mit dem VerwaltungsstrukturreformGes; Rückübertragung der Aufgaben auf die Polizei spätestens mit Wirkung zum 01.01.2006

Antr SPD 29.11.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4880

Qualitätsmanagement im Verbraucherschutz

Beurteilung des Qualitätssicherungssystems und der eingebundenen Behörden im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung, Vergleich mit anderen BLändern, Anstreben einer bundeseinheitlichen Regelung?

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/4892

Lebensmittelüberwachung in BW

Organisation und Einrichtungen der Lebensmittelüberwachung, Bewertung der Zusammenarbeit der Überwachungsbehörden des Bundes und der Länder

Antr Karl-Wolfgang Jägel u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4893
BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 59-62
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Stabstelle für Ernährungssicherheit

Erfahrungsbericht der o.g. Stabstelle beim RegPräs Tübingen, Frage nach der künftigen Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkten iRd Verbraucherschutzes

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/4894

Qualitätssicherung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Verfügbarkeit und Erreichbarkeit des Personals außerhalb der üblichen Dienstzeiten, Auswirkungen der zusätzlichen Aufgabenbelastung, wie z.B. Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben, Ausbildung neuer Kontrolleure, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems sowie Erfassung, Auswertung und Austausch von Daten mit anderen Behörden; Vorlage eines jährlichen Berichts; Prüfung einer Wiedereinrichtung des WKD mit der (erneuten) Zuordnung zu den Polizeidirektionen

Antr GRÜNE 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4897

Auswirkungen der Verlagerung der Lebensmittelkontrolle auf die Landratsämter

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen mit den Vorjahren; Art, Rechtsgrundlage und Häufigkeit der angewandten Zwangsmittel

Antr Günter Fischer u.a. SPD 01.12.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4908
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 47
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Ulm mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/4918

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr SPD 06.12.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4935 (11 S.)

Abstellung von 76 Lebensmittelkontrolleuren für die LKreise

Ursachen, Ausgestaltung, Kostenträger und Zeitrahmen des o.g. Angebots der LReg; Status und Qualifikation der eingesetzten Beamten, Auswirkungen auf deren Aufgabenerledigung, Rückgriff auf die beim Polizeivollzugsdienst tätigen ehemaligen WKD-Kontrolleure? Wiedereinrichtung des WKD als Teil der Polizei, Vorlage eines Konzepts zur Erhöhung der Zahl von Kontrolleuren bei erneut auftretenden Lebensmittelskandalen

Antr GRÜNE 13.01.2006 und Stellungnahme MLR Drs 13/5047

Umetikettiertes und verdorbenes Wildfleisch in BW

Belieferung von Firmen in BW mit verdorbenem Wildfleisch durch den Passauer Wildfleischproduzenten Berger, Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Zeitpunkt der Information sowie Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden in Bayern und BW; Frage nach weiter gehenden Kontrollmaßnahmen im Bereich der Fleischverarbeitung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 13/5104

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Pforzheim und dem Enzkreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Pforzheim mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/5118

Vergabe und Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl und Kosten der ausgeschriebenen und vergebenen Tests seit 2004, Qualität und Unabhängigkeit der zum Zuge gekommenen Testlabors, Frage nach der Berücksichtigung eines von der Ehefrau eines Schlachthofbesitzers betriebenen Labors, Entwicklung der BSE-Verdachtsfälle in der Region Schwaben bis Oktober 2004 und danach

Antr
s. *BSE*
Drs 13/5212

Fortführung der Lebensmittelüberwachung auf hohem Niveau

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Struktur und Bedeutung der amtlichen Lebensmittelüberwachung

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440 441 447

Struktur und Effizienz der Lebensmittelüberwachung, Umfang und Verlässlichkeit der BSE-Tests

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1047 1048 1050 1058 1059

Zerwürfnis innerhalb der EU über die Ansiedlungsfrage einer europäischen Lebensmittelbehörde

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1464

Rückstände von Nitrofen in Biolebensmitteln, Verweisung auf schärfere Kontrollen dieser Produkte, Personalausstattung der Kontrollbehörden, Eigenkontrollen der Hersteller, Erinnerung an die Bündelung der Lebensmittelüberwachung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651 1652 1654-1657 1659-1667 1670-1674

Eigen- und Fremdkontrollen der Lebensmittelerzeuger, Bündelung der Lebensmittelüberwachung, Würdigung des WKD, Meldepflichten der Hersteller, Information der Verbraucher bei Lebensmittelverunreinigungen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1863-1867 1875-1877

Beeinträchtigung der Lebensmittelkontrolle durch die Eingliederung des WKD in die Landratsämter

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4352 4354 4357 4358

Übertragung der Lebensmittelüberwachung des WKD auf die Stadt- und LKreise, Befürchtung einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4901 4914 4915 4925 4931 4932

Übertragung der Lebensmittelüberwachung des WKD auf die Stadt- und LKreise, Befürchtung einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5030 5031

Erhebung kostendeckender Gebühren der LKreise für Fleischuntersuchungen nach dem neuen Gebührenrecht, Verhinderung einer rückwirkenden Gebührenerhöhung

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5446-5449

Erhaltung der Strukturen zur Lebensmittelüberwachung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6095 6096

Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen, Verweisung auf die aktuell aufgedeckten Betrugsfälle mit verdorbenem Fleisch, Forderung nach Rückübertragung der Lebensmittelkontrolle auf die Polizei

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7460-7463 7467-7472 7474-7476 7538

Lebensmittelrecht

s.a. *Weinrecht*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd des Ges zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee
Zeitpunkt der Information über o.g. Praktiken und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden; Verschärfung der Vergabe- und Anwendungskriterien des HQZ und Verstärkung der Kontrollen; Bewertung des Vertriebs illegaler Spritzmittel über WLZ-Verkaufsstellen, Erkenntnisse über solche Mittel aus Nicht-EU-Ländern; Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern; Änd des AusführungsGes zum Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes zur Erleichterung von Verbraucherwarnungen

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/474

Auswirkungen des Urteils des BVerfG über die Zulässigkeit staatlicher Verbraucherinformation auf die Informationspolitik der LReg

Konsequenzen aus der o.g. Entscheidung für eine Verbesserung des vorsorgenden Verbraucherschutzes, Novellierung des Ges zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes, Ermöglichung einer Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/1515

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Finanzierung von zusätzlichen Kosten; Entwicklung der Beanstandungen und Sanktionen, Durchführung künftiger strafrechtlicher Ermittlungsverfahren, Prüfung von Produktangeboten aus dem Internet, von gentechnisch veränderten und importierten Lebensmitteln; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Krisen um BSE und Nitrofen? Bewältigung der zusätzlichen rechtlichen Anforderungen aus Brüssel und Berlin, regelmäßiger und schneller Datenaustausch zwischen den Ebenen und Ländern, Art und Umfang des Technikeinsatzes und der Verbraucherinformation, Schaffung eines VerbraucherinformationsGes über den BRat

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/2682

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem LebensmittelpezialitätenGes, Änd der Handelsklassen-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ges zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-BeseitigungGes und zur Änd lebensmittelrechtlicher Ausführungsvorschriften

Neuregelung der Tierkörperbeseitigung, insbes von Zuständigkeiten, Beseitigungspflichtigen, Einzugsbereichen, Gebühren und Entgelten; Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine Verordnung zur Ausbildung, Prüfung und Fortbildung von Lebensmittelkontrolleuren; Änd des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes; Aufhebung des AusführungGes zum TierkörperbeseitigungGes

GesEntw

s. *Tierkörperbeseitigung*

Drs 13/3721

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat, Aufnahme einer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Verstößen gegen Lebensmittelrecht mit Benennung der Firmennamen, Erhöhung der Mindeststrafen und Mindestbußgelder, Erleichterung des Lizenzzugs u.a.m.

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/4935

Verweisung auf die aktuellen Verstöße gegen das Lebensmittelrecht, Veröffentlichung der Namen der in die Betrugsfälle mit verdorbenem Fleisch verwickelten Firmen, Verschärfung der Sanktionen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7460 7461 7468 7469 7475

Lebensmittelüberwachung

s. *Lebensmittelkontrolle*

Lebenspartnerschaft

Klärung des Verfahrens zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

Sicherstellung der Umsetzung des Gesetzes zum 01.08.2001, Vorlage eines GesEntw zur Ausführung bzw Regelung der Zuständigkeit der Standesämter

DringlAntr GRÜNE 04.07.2001 Drs 13/51

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 311-320

Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes

Festlegung der zuständigen Behörden und Verfahrensregelungen; Einführung besonderer Mitteilungspflichten gegenüber den Standesämtern und Meldebehörden über die Begründung und Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie über Namensänderungen

GesEntw LReg 26.02.2002 Drs 13/809 (20 S.)

1. Beratung PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1346-1353

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1066

2. Beratung PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1697-1702

GesBeschl 20.06.2002 Drs 13/1097

GBI 2002 Nr. 7 S. 205-207 (Ges vom 20.06.2002)

Ungleichbehandlung Verheirateter und Unverheirateter bei künstlicher Befruchtung (IVF)

Gründe, Rechtsgrundlagen und Auswirkungen o.g. Ungleichbehandlung bei der Erfüllung des Kinderwunsches durch In vitro-Fertilisation; Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes; Konsequenzen für das Verfahren der IVF und die Kostenerstattung durch die Krankenkassen

Antr

s. *Reproduktionsmedizin*

Drs 13/1223

Änderung zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes vom 20.06.2002

Übertragung der Zuständigkeit für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

Antr GRÜNE 28.07.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2307

BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 17

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Ortszuschläge bei Eingetragener Lebenspartnerschaft

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts für das Landesamt für Besoldung, Information der Betroffenen, Frage nach Auswirkungen des Urteils auf weitere tarifvertragliche Vereinbarungen

KIAnfr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 25.06.2004 Drs 13/3308

Gewährung eines Ortszuschlags bei Eingetragener Lebenspartnerschaft

Gewährung eines Ortszuschlags der Stufe 2 für Angestellte in einer Lebenspartnerschaft nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts, entsprechende Anweisung des Landesamts für Besoldung und Versorgung

Antr Rainer Stichelberger u.a. SPD 07.10.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3637
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 11 12
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Unterschiedliche Behandlung von Angestellten und Beamten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft beim Orts- bzw Familienzuschlag

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts und des VGH, Eintreten für eine vergleichbare Regelung bei Beamten und Angestellten, Frage nach einer Empfehlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und evtl Mehrkosten

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 22.10.2004 und Antw FM Drs 13/3695

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Lebenspartnerschafts-Ges (LPartAusfG)

Zuständigkeit des Standesamts für die Eintragung einer Lebenspartnerschaft

GesEntw SPD 12.07.2005 Drs 13/4485
1. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6941-6948
Mittlg LtgPräs 18.10.2005 Drs 13/4729
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2005 Drs 13/4744
2. Beratung PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7279-7283 (Ablehnung)

Ges zur Änd des MeldeGes u.a. Gesetze

Angleichung des MeldeGes an die rahmenrechtlichen Änderungen, Schaffung der Voraussetzungen für einen verstärkten Einsatz elektronischer Dienste, Vereinfachung von Adressauskünften für Behörden, Erleichterung des Meldeverfahrens bei Umzügen, Abschaffung unnötiger Meldepflichten u.a.; Änd des Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes sowie des LKatastrophenschutzGes

GesEntw
s. *Meldewesen*
Drs 13/5060

Hinweis auf die Begründung des BVerfG zur Verfassungsmäßigkeit des LebenspartnerschaftsGes

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1841 1847

Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe bei der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6821

Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit der Ehe bei der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben sowie von Ehe- und Partnerschaftsverträgen, Ausschluss der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, Zuständigkeit der Standesämter für die Eintragung einer Lebenspartnerschaft

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6912 6923 6941-6948

Lebenspartnerschaftsgesetz

s. *Lebenspartnerschaft*

Lebensversicherung

s.a. *Rentenversicherung*

Kritik an der Besteuerung von Lebensversicherungen, Halbierung der geplanten vollen Besteuerung im Vermittlungsausschuss

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5137

Kritik an der Streichung der Steuerbegünstigung für Lebensversicherungen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5574 5575

Leberkrankheit

Situation und Behandlung HIV-positiver bzw an Hepatitis-B und -C erkrankter Häftlinge

Zahlen von o.g. Häftlingen bei Strafantritt bzw Strafverbüßung; Möglichkeiten zur Desinfektion und zum Austausch von Spritzen sowie zur anonymen Beschaffung von Kondomen; Art und Intensität der Betreuung der drogenabhängigen und kranken Gefangenen; Schulung der Bediensteten

KlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/787

Behandlung von meldepflichtigen Vorgängen wie z.B. Hepatitis
Zwingende Maßnahmen der Gesundheitsbehörden bei meldepflichtigen Erkrankungen

KlAnfr
s. *Gesundheitsbehörde*
Drs 13/1032

Hepatitis-B-Impfung für Feuerwehren

Antr
s. *Impfung*
Drs 13/2767

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3817

LEG

s. *Landesentwicklungsgesellschaft*

Legasthenie

s. *Lernbehinderung*

Legehennenhaltung

s. *Geflügelwirtschaft*

Lehr- und Lernmittel

s.a. *Lerntechnik*

Bildung von Notebook-Klassen mit elternfinanzierten Laptops an öffentlichen Schulen in BW; Vereinbarkeit mit der verfassungsmäßig garantierten Lernmittelfreiheit?

Beurteilung des o.g. Vorgangs an einer Realschule, Intervention aus verfassungsrechtlich gebotenen Gründen

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 08.08.2001 und Antw IM Drs 13/169

Lernmittelfreiheit und Einsatz privater Laptops im Unterricht

Beurteilung der privat finanzierten Anschaffung tragbarer Computergeräte und Aufteilung der Schüler in unterschiedliche Klassen, Vereinbarkeit dieses Vorgangs an einer Realschule und evtl weiterer Fälle mit der verfassungsmäßig garantierten Lernmittelfreiheit; Gewährleistung der Lernmittelfreiheit durch die verbindliche Festlegung einer Bagatellgrenze im SchulGes

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 08.08.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/170

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 20-22

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Kinderbetreuung in BW

Ermittlung der Zusatzkosten für Familien für Lernmittel, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Schülerbeförderung u.a.; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

PISA 2003: Übung oder Manipulation im Vorfeld des Tests?

Auflistung der an o.g. Vergleichsstudie teilnehmenden Schulen und der Auswahlkriterien, Vorbereitung der Lehrkräfte und Schüler, Angebot von Lernmaterialien durch Schulbuchverlage, Beurteilung der in Bayern eingerichteten speziellen Lerngruppen

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 13/2048

Novellierung des Urheberrechts - Auswirkungen auf die Unterrichtspraxis

Information der Lehrer und Hochschullehrer über das neue Urheberrecht; Ermöglichung der Bereitstellung von Kopien aus Büchern, Zeitungen und Zeitschriften sowie Mitschnitten aus Radio- oder Fernsehsendungen zu Unterrichtszwecken auch ohne Einholung einer Einwilligung der Verlage und Sender

Antr

s. *Urheberrecht*

Drs 13/2346

Schutz einer intakten Buchhandelslandschaft; hier: Ausschreibungen für die Lieferung von Schulbüchern

Notwendigkeit der öffentlichen und europaweiten Ausschreibung von Schulbuchaufträgen nach der EU-Vergaberichtlinie, Gefährdung des Buchhandels hierzulande durch meist mehrere gleichwertige Angebote (aufgrund der Buchpreisbindung) und die dann folgende Angebotsauslosung; Möglichkeiten der Schulträger zur Umgehung von Ausschreibungen bzw Eintreten für eine Ausnahmeregelung auf europäischer Ebene

Antr

s. *Buchhandel*

Drs 13/3318

Lernmittelfreiheit in BW; Leben mit Kindern stärken statt Familien stärker belasten

Planung einer Veränderung bzw Abschaffung der Lernmittelfreiheit über eine Änderung der Landesverfassung? Bisherige und künftige Elternbelastung infolge der Bildungsplanreform, Kompensation im Falle einer Abschaffung durch Einführung einer sozialen Staffelung? Handhabung der Bagatellgrenze durch die Schulträger, Bewertung von Vorschlägen einer Anhebung der Bagatellgrenze

Antr GRÜNE 21.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3421

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 17 18

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Auswirkungen der Kürzungen bei Abendrealschulen und Abendgymnasien

Zahl der Schüler an den o.g. Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, Höhe der Kostensteigerung an den einzelnen Schulen seit der Zuschusskürzung sowie der erhobenen Gebühren pro Semester, Frage nach der Lernmittelfreiheit an diesen Schulen und etwaigen Zuschüssen

GrAnfr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/4856

Sozialverträgliche Beteiligung der Eltern an den Lernmittelkosten, Prüfung einer entsprechenden Verfassungsänderung, Verwendung des Aufkommens für Schule und Betreuung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1738 1741

Zurückweisung des Vorschlags der Kultusministerin zur Abschaffung der Lernmittelfreiheit, Überlegungen zur Anhebung der Bagatellgrenze

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5143 5146 5149 5156 5157 5162 5163

Kritik an der Infragestellung der Lernmittelfreiheit; Beibehaltung der Rechtschreibreform, Verweisung auf die geänderten Schulbücher

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5403 5408 5410-5412

Ausschluss der Schülerbeförderung von der Lernmittelfreiheit; Höhe der Zuzahlungen der Eltern in NRW zu den Lernmitteln

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6689 6693

Lehr- und Versuchsanstalt für Weinbau

s. *Weinwirtschaft*

Lehramtsanwärter

s. *Beamtenanwärter*

Lehramtsbewerber

s. *Beamtenanwärter*

Lehrbeauftragtenprogramm

s. *Lehrbeauftragter an Schulen*

Lehrbeauftragter an Hochschulen

s.a. *Hochschullehre*

Vergütungen von Lehrbeauftragten

Aussage der Koalitionsvereinbarung zur Erhöhung o.g. Vergütungen an Hochschulen und Berufsakademien, Gründe und Folgen einer Ausklammerung der Fachhochschulen; einheitliche Festsetzung von Höchstsätzen für die Vergütung an allen Hochschularten, Belassung einer möglichen Ausdifferenzierung nach unten in der Eigenständigkeit der Hochschulen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 13.08.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/177
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.10.2001 Drs 13/358 S. 17 18
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/692

Lehrbeauftragte an Musikhochschulen

Entwicklung der Zahl o.g. Beschäftigungsverhältnisse und der Unterrichtsanteile seit 1993; Qualifikation, Aufgaben, Stellung und Perspektiven der Lehrbeauftragten

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.01.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1662
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 50
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 28) - Außertariflich angestellte Lehrkräfte

Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Beschäftigung von Professurvertretern u.a. außertariflich angestellten Lehrkräften an den Musikhochschulen

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XXV. S. 9 10
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2214 (18 S.)

Planungssicherheit an den Pädagogischen Hochschulen vor dem Hintergrund der angeordneten Verrechnung von Deputatserhöhungen mit dem beschlossenen Überlastprogramm

Bisherige Wirkungen des Überlastprogramms in Bezug auf zusätzliche Professorenstellen, Studienplätze, Abordnung von Lehrern und Lehrbeauftragten; Auswirkungen der o.g. Vorgehensweise auf Umfang und Qualität des Lehrangebots an den einzelnen PH und Fächern; Erarbeitung eines Programms gemeinsam mit der Rektorenkonferenz der PH zur Vermeidung der Folgen der Ministerentscheidung zum Überlastprogramm

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/2312

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Anteil der von Professoren und Lehrbeauftragten in den letzten fünf Jahren erbrachten Lehrleistungen; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung

GrAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/2499

Erhöhung der Vergütung von Lehrbeauftragten an Berufsakademien

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967

Lehrbeauftragter an Schulen*Musikland BW*

Bedeutung des Lehrbeauftragtenprogramms für den Bereich der musikalischen Erziehung

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Kooperation von Hauptschulen mit Musikschulen; Einrichtung von Musikhauptschulen in BW

Darlegung o.g. Kooperationen, Beurteilung der Ausweitung von Instrumentalunterricht für Hauptschüler, Unterstützung der Profilbildung zu Musikhauptschulen nach österreichischem Vorbild, Klärung der Fragen zu Kosten und Trägerschaft der Einbeziehung von Lehrkräften der Musikschulen, Entwicklung eines Modells von Geld statt Stellen für Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 13/667

Lehrbeauftragtenprogramm

Inanspruchnahme des o.g. Programms nach der Umstellung auf Ehrenamtlichkeit; Einräumung der Möglichkeit zur Gewinnung von Lehrbeauftragten durch die Schulen auf Honorarbasis

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 21.02.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/766
BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 16-18
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Unterrichtssituation an Beruflichen Schulen im IHK-Bezirk Reutlingen

Konsequenzen aus den Klagen der IHK Reutlingen und der Ausbildungsbetriebe über den massiven Unterrichtsausfall; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Unterrichtssituation, Annahme des Vorschlags eines flexiblen Einsatzes von Lehrbeauftragten aus der Wirtschaft

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2062

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Finanzhilfen für Neu- und Erweiterungsbauten; Gewährleistung der Qualitätssicherung sowie zusätzlicher Lehrerstunden und Mittel für Lehrbeauftragte; Bereitstellung der Ressourcen durch Mittelum-schichtung

Antr
s. *Ganztagsschule*
Drs 13/2235

Verantwortung der LReg für die Qualitätssicherung der Ganztagsschulen in BW

Prüfung der pädagogischen Konzepte der Schulen, Einsatz von qualifizierten Kräften bei den Nachmittagsangeboten, Evaluation der Verpflegungsangebote, Gewährleistung der generellen Schulgeldfreiheit, Mittelbereitstellung aus dem Lehrbeauftragtenprogramm sowie für Kooperationen mit außerschulischen Partnern

Antr
s. *Ganztagsschule*
Drs 13/3035

Stellenwert und Weiterentwicklung des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in BW

Kritische Überprüfung des Konsultatsmodells in BW, Vergleich mit den Modellen in Bayern und NRW und deren Finanzierung; Überführung ins Regelschulsystem mit entsprechender Mittelschichtung, Gewinnung von Lehrkräften und Lehrbeauftragten mit Migrationshintergrund für den muttersprachlichen Unterricht im Regelunterricht und in den erweiterten Angeboten an Ganztagsschulen, Förderung der Muttersprachen der wichtigsten Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen an allen weiterführenden Schularten

Antr
s. *Muttersprachlicher Unterricht*
Drs 13/3688

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

Ausbau von Ganztagsschulen und -betreuung, Bereitstellung des pädagogischen Personals und von Lehrbeauftragten

s. *Ganztagsschule*
Drs 13/4004

Haushalt 2006; Nachtrag

Ausbau von Ganztagsschulen und -betreuung, Bereitstellung des pädagogischen Personals und von Lehrbeauftragten, Qualifizierung von Jugendbegleitern

s. *Ganztagsschule*
Drs 13/4840

Flächendeckender Ausbau von Ganztagsschulen - Investitionen, Lehrerstellen, ehrenamtliche Jugendbegleiter -

Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bzw der Ressourcen für zusätzliches pädagogisches Personal, angemessene Honorierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter und Lehrbeauftragten, Anstrengung einer Ausbauquote von 25 %, Vereinbarung des Verzichts auf Elterngebühren mit den Kommunen

Antr
s. *Ganztagsschule*
Drs 13/5093

Gewinnung von Lehrbeauftragten durch die Schulen auf Honorarbasis, Rücknahme der Umstellung auf Ehrenamtlichkeit

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 998

Mittelbereitstellung für Lehrbeauftragte zum Ausbau der Ganztagsschulen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7123

Mittelbereitstellung für Lehrbeauftragte an Ganztagsschulen
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7210 7227

Lehre (Hochschule)

s. *Hochschullehre*

Lehrer

s.a. *Ausbildungslehrer*
s.a. *Beamtenanwärter*
s.a. *Beratungslehrer*
s.a. *Berufsschullehrer*
s.a. *Fachlehrer*
s.a. *Grund- und Hauptschullehrer*
s.a. *Gymnasiallehrer*
s.a. *Klassenlehrer*
s.a. *Kunsterzieher*
s.a. *Lehrbeauftragter an Schulen*
s.a. *Lehrerbildung*
s.a. *Musiklehrer*
s.a. *Nebenlehrer*
s.a. *Realschullehrer*
s.a. *Religionslehrer*
s.a. *Schulleiter*
s.a. *Sonderschullehrer*
s.a. *Sportlehrer*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Steuerliche Anerkennung der PC von Lehrenden an Schulen und Hochschulen (Drs 12/5761 lfd Nr. 1.1)

Mittlg
s. *Computer*
Drs 13/23

Stundenzuweisung im Ergänzungsbereich

Entwicklung o.g. Zuweisungen und der Schülerzahlen im Bereich des Oberschulamts Stuttgart in den letzten drei Jahren und im kommenden Schuljahr; Zuweisung zusätzlicher Lehrerstellen

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/82

Berechnung des Ruhegehalts für Lehrer/innen

Zahl und Bearbeitungsaufwand von o.g. Anfragen an das LBV von Beamten vor Vollendung des 55. Lebensjahres; Einrichtung eines EDV-gestützten Informationsangebots über das LBV zur selbstständigen Abfrage und Errechnung von Ansprüchen

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/96

Situation der Unterrichtsversorgung, Lehrerneueinstellungen und Lehrermangel an den Schulen in BW

Aktuelle Debatte
s. *Schule*
PIPr 13/7 S. 226

Leistungsstufen und Leistungsprämien für Lehrerinnen und Lehrer

Umsetzungsprobleme und mangelnde Akzeptanz bei der Gewährung o.g. Leistungselemente in der Beamtenbesoldung, Hinwirkung auf größere Spielräume der Länder bei der Ausgestaltung, Berücksichtigung des mehrheitlichen Votums der Lehrer für „Zeit statt Geld“

Antr
s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*
Drs 13/109

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Abwerbung von Lehrkräften an Privatschulen (Drs 12/5984 Nr. 12)

Mittlg LReg 27.08.2001 Drs 13/205

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Vorgezogene Einstellung junger Lehrer

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 1 S. 23 24

ÄAntr SPD 18.09.2001 Drs 13/238-N 10 S. 35 36

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255-1 S. 2 3

ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/255-2 S. 4 5

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Entwicklung der Unterrichtsversorgung

Aufgelaufene Unterrichtsstunden und Lehrerdeputate iRd Vorrangsstundenmodells sowie dessen Rückabwicklung an den einzelnen Schularten; zusätzliche Lehrerstellen und Verteilung der Vergütungen zur Verbesserung der Unterrichtssituation sowie der Mittel für Krankheitsstellvertretungen, Fortführung der Springerreserve; Bereitstellung der zusätzlichen Stellen für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen, Vorlage der Prognosedaten für die Personalplanung bis 2006

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/371

Lehrereinstellung und Lehrgewinnung

Bisherige Erfahrungen und Verbesserungsmöglichkeiten des Einstellungsverfahrens, u.a. Bindung des noch vorhandenen Überhangs an qualifizierten Bewerbern an das Land, Gewährleistung der Unterrichtsversorgung auch in ländlichen Regionen; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs; Prüfung notwendiger Veränderungen im Beamtenrecht, Arbeits- und Tarifrecht

Antr Georg Wacker u.a. CDU 16.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/461 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht Schula 20.02.2002 Drs 13/852 S. 35-37

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Erhebung zum Unterrichtsausfall

Ursachen der Unterrichtsausfälle an den einzelnen Schularten trotz der geschaffenen zusätzlichen Lehrerstellen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/639

Studienerfolgsquote an den PH

Prognosen für den künftigen Lehrerberuf zur Festlegung der Kapazitäten an den einzelnen PH, Entwicklung der Zahlen von Studenten, Abbrechern, Absolventen, von Lehrern im Vorbereitungsdienst und künftigen Lehrern; Einschätzung der Lehrerversorgung vor dem Hintergrund des gefragten Zahlenmaterials

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 25.01.2002 und Antw MWK Drs 13/677

Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen

Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen seit 1997, Gegenüberstellung des künftigen Lehrerberufs und der Aufnahmekapazitäten der PH, Notwendigkeit eines Numerus clausus? Möglichkeiten für eine gleichmäßige

Auslastung der PH, Werbung um weniger nachgefragte Fächer, Änd der PrüfungsO?

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/762

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Zahl, Aufgaben und Aufwand o.g. Lehrkräfte; Anpassung der Fortbildung an den ständigen Wechsel der Systemanforderungen; Umfang der Aufgabe der Tätigkeit wegen Arbeitsüberlastung; Integration des PC in den Unterricht; Hilfen zur Erkennung problematischer Inhalte im Internet; Kompensation der nicht verfügbaren Mittel der LStiftung für die Lehrerfortbildung im IT-Bereich; Unterstützung der Schulträger bei der Anschaffung und Wartung schulischer Netzwerke

Antr
s. *Medien*
Drs 13/783

Unterrichtsversorgung im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/855

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/945

Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen

Ursachen der Unterrichtsausfälle an den einzelnen Schularten trotz der geschaffenen zusätzlichen Lehrerstellen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1017

Soziale Schulqualität und schulinterne Evaluation

Zahl und Aufwand der am o.g. wissenschaftlich begleiteten Projekt beteiligten Lehrkräfte, Kostenanteile von Bund und Land; Gewährung von mindestens zwei Anrechnungsstunden

pro Schuljahr für die beteiligten Lehrer

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1020

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1099

Unterrichtsversorgung im LKreisludwigsburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1149

Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte an den Schulen in BW

Flächendeckende Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle an einigen Schulen und allen Schularten unter Einbeziehung der Lehrerverbände; Berücksichtigung von Lehrerarbeitsplätzen in den Schulbaurichtlinien

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/1166

Bedarf an Lehrerstunden im Schuljahr 2002/2003

Angemeldeter Bedarf und tatsächliche Zuweisung von Lehrerstunden im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, für Arbeitsgemeinschaften, bei Stütz- und Förderunterricht, Kursen u.a. an den einzelnen Schularten

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1177

Unterrichtsversorgung im LKreislReutlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1217

Unterrichtsversorgung im LKreislBiberach

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichts-

ausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1218

Unterrichtsversorgung im Oberschulamtsbezirk Freiburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1238

Unterrichtsversorgung im LKreislOrtenaukreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1321

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreislBöblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Unterrichtsversorgung im StadtkreislUlm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1349

Unterrichtsversorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald
Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1389

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ausschreibung des o.g. Projekts für 400 Schulen und die Dauer von sechs Jahren, Gewinnung und Zuweisung zusätzlicher Lehrerstunden durch Reorganisation der Schulverwaltung, Einrichtung einer Steuerungsgruppe im KM, Übernahme der Personal- und Budgetverantwortung durch die Schulleiter, Delegation von Leitungsaufgaben, Bildung von Personalvertretungen, erweiterte Mitsprache von Eltern und Schülern, Übertragung der Verantwortung für die Lehrplan-, Unterrichts- und Arbeitszeitgestaltung sowie neue Formen der Leistungsmessung und -bewertung, Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen, Ermöglichung der Weiterentwicklung des Schultyps, interne und externe Evaluation u.a.

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Karlsruhe

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1502

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf

zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 12.12.2002 und Antw KM Drs 13/1614

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschriebenen und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 10.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1663 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 12.03.2003 Drs 13/1968 (dazu Antr Norbert Zeller u.a. SPD) S. 24-27
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 20.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1685
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 14-20
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr
s. *Beamter*
Drs 13/1737

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputat in der Schulverwaltung

Umfang des vorgesehenen und vollzogenen Stellenabbaus im Ministerium, in den Oberschul- und Schülern in den letzten zehn Jahren; Zahl, Aufgaben und Eingruppierung der im selben Zeitraum dort beschäftigten bzw abgeordneten Lehrkräfte; Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate; Frage nach den rechtlichen Grundlagen und Beschlüssen des Ltg zur Praxis der Abordnungen und Freistellungen

Antr GRÜNE 05.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1744

BeschlEmpf und Bericht SchulA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 27-29

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 12) - Einsatz der Lehrerdeputat an Gymnasien

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 IX. S. 4

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 31.08.2004 Drs 13/3522

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1784

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 13.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1789

BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 14-20

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Erhaltung der Deputatermäßigung und neues Arbeitszeitkonzept für Lehrkräfte

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 46 S. 107 108

ÄAntr und EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-27 S. 44 45

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Unterrichtsversorgung im LKreiss Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maß-

nahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1921

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Zahlen und Gründe für Frühpensionierungen in den vergangenen zehn Schuljahren; Maßnahmen zur Umsetzung des ArbeitsschutzGes an Schulen; Beteiligung von Schulen, Schulkindergärten und Lehrkräften an der Testphase 2002; Vorlage, Interpretation und Konsequenzen der Ergebnisse; Ausbau der Stelle des Betriebsarztes als Anlaufstelle und weisungsfreie Zuordnung als Stabstelle der Ministerin bzw dem Ministerialdirektor; Anstrengung einer Einigung mit den Kommunen über die Finanzierung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Antr

s. *Arbeitsschutz*

Drs 13/1933

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr Thomas Knapp SPD 08.04.2003 und Antw KM Drs 13/1971

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1988

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1989

Auswirkungen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und beruflichen Schulen auf die Lehrereinstellung im Schuljahr 2003/2004 und 2004/2005

Umfang der Gewinnung von Deputaten mit der o.g. Arbeitszeiterhöhung und damit Reduzierung der beschlossenen 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen?

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 07.05.2003 und Antw KM Drs 13/2054

Erneute Arbeitszeiterhöhung für Lehrerinnen und Lehrer

Arbeitszeitveränderungen der Lehrer seit 1990; Erhöhung der Deputate für Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen sowie Streichung der Altersermäßigung, Verwendungszwecke dieser zusätzlichen Deputate, Auswirkungen auf die Einstellungs-chancen von Junglehrern; Verzicht auf die geplante Erhöhung

Antr SPD 22.05.2003 und Stellungnahme KM Drs PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4753-4761

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2136

Einstellungsrunde 2003 und G 8-Innovationspool

Mögliche und tatsächliche Besetzung frei gewordener Stellen an Gymnasien, Verteilung der durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung gewonnenen Stellen auf die Schulen, vorgesehener Zeitrahmen für diesen Innovationspool

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 30.07.2003 und Antw KM Drs 13/2314

Lehrerstellen

Zahl und Art der zum neuen Schuljahr im LKreis Ludwigsburg eingestellten bzw nicht berücksichtigten Lehrer

KlAnfr Christine Rudolf SPD 15.08.2003 und Antw KM Drs 13/2361

Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Zahl der o.g. Lehrkräfte und deren Eingruppierung im Vergleich zu den beamteten Lehrern; Abbau der Ungleichbehandlung durch Abschluss eines Eingruppierungsvertrags in der Tarifgemeinschaft der Länder u.a. Maßnahmen

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 04.09.2003 und Antw KM Drs 13/2386

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grund-

schule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Elternsprechtage und Elternarbeit im Schuljahr 2003/04

Verweigerung von Elternsprechtagen und der Bildung von Elternbeiräten, u.a. an der Geschwister-Scholl-Schule in Konstanz; Aufwand der Schulleitungen und Kollegien für die Vorbereitung und Durchführung von Elternsprechtagen, Anerkennung als Teil der Deputatsstunden

Antr
s. *Eltern*
Drs 13/2610

Abordnung von Lehrkräften in die Schulverwaltung

Kriterien und Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schularten, Qualifikation und Aufgaben dieser Lehrkräfte, Maßnahmen zur Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 13.11.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2611
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 27-29
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2666

Reisekosten von Lehrkräften bei schulischen Veranstaltungen

Entwicklung o.g. Zuweisungen für Lehrkräfte und Begleitpersonen in den letzten drei Jahren, Rückläufigkeit von mehrtägigen schulischen Veranstaltungen durch die Kürzungen? Einräumung der Möglichkeit des Verzichts auf die Reisekostenvergütung in einem Antragsformular des Oberschulamts Stuttgart, Bewirkung eines Drucks von Schülern und Eltern zum Verzicht auf die zustehende Erstattung und damit des Zustandekommens von (mehr) Veranstaltungen

Antr
s. *Reisekosten*
Drs 13/2753

Ges zur Änd des SchulGes

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG; Untersagung von äußeren Bekundungen der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, soweit sie die Neutralität des Landes oder den Schulfrieden gefährden oder stören, vor allem grundlegende Verfassungswerte missachten können

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2793

Ges zur Änd des SchulGes

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG; Regelung der Erlaubnis zum Tragen von Bekleidungsstücken, durch die ein religiöses oder weltanschauliches Bekenntnis bekundet wird, mit dem Vorbehalt eines Verbots in Fällen, in denen dadurch der Schulfriede gefährdet oder gestört wird

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2837

Umfang des Reisekostenverzichts von Lehrkräften bei schulischen Veranstaltungen

KlAnfr
s. *Reisekosten*
Drs 13/2887

Auswirkungen des Freistellungsjahres, des so genannten Sabbatjahres

Inanspruchnahme des Freistellungsjahres durch Lehrer seit 1998, Umfang der daraus erfolgten Stellenbruchteile bzw der Verwendung zur Einstellung von Junglehrern

Antr
s. *Sonderurlaub*
Drs 13/3155

Beschäftigung dienstunfähiger Lehrer im öffentlichen Dienst außerhalb des Lehramts

Zahl von Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen unter den Lehrern der verschiedenen Schularten seit 2000 sowie von jeweils vorhandenen Stellen; Frage nach den rechtlichen Anforderungen der o.g. Beschäftigung - ggf auch in einer niedrigeren Besoldungsgruppe und im Angestelltenverhältnis

KlAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 21.06.2004 und Antw KM
Drs 13/3281 (11 S.)

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Versetzungen von Lehrkräften in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den letzten fünf Jahren im Vergleich mit anderen BLändern und mit dem gesamten öffentlichen Dienst; Auswirkungen der Teildienstfähigkeit und der Verwaltungsreform; Ergebnisse und Konsequenzen der in einem Pilotprojekt 2002 erstellten Gefährdungsanalysen an Arbeitsplätzen; Umsetzung eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Schulen und Schulkindergärten; Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/3442

Krankenstellvertretungen in Schulen

Darlegung des o.g. Bedarfs nach Schulumtsbezirken infolge Einrichtung zusätzlicher Klassen, Beurlaubungen wegen Mutterschutz, Pensionierungen oder langfristigen Ausfällen wegen Krankheit; verfügbare Personalreserven und Finanzmittel, z.B. für zeitlich befristete Einstellungen

Antr
s. *Krankheitsvertretung*
Drs 13/3632

Ergebnisse, Bewertung und Umsetzung der von der LReg eingesetzten Kommission zur Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern in BW

Mitwirkende, Ergebnisse und Weiterführung der o.g. Kommission? Beurteilung gemessen an der vorgegebenen Zielsetzung von

mehr Realitätsnähe, Gerechtigkeit und Transparenz der Lehrerarbeitszeit; Art und Zeitpunkt einer Abkehr von der reinen Deputatsregelung

Antr SPD 08.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3642

Bewertung der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts zur Sache F. L.

Wahrung der im Grundgesetz verbürgten weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates; Verbot der Bekundung eines individuellen, religiösen Bekenntnisses durch Lehrkräfte im Unterricht; Gleichbehandlung des Tragens religiös motivierter Kleidung wie Nonnenhabit, Kopftuch, Kippa oder das Kreuz am Revers als Konsequenz auf die o.g. Urteilsbegründung; Notwendigkeit einer erneuten Novellierung von § 38 SchulGes

Antr
s. *Textilien*
Drs 13/3679

Reisekosten bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Höhe und Art der Berechnung des pauschalen Verfügungs Betrags an Reisekosten für Lehrkräfte und Begleitpersonen für die einzelnen Schulen, Anteil der direkt zugewiesenen Mittel und der nicht ausgeschöpften Mittel, Unterbindung der Ausschöpfung dieser Mittel durch das KM im Zuge der Haushaltsrestriktionen; Rückkehr zur bisherigen Praxis der Befriedigung von Nachforderungen der aktiven Schulen aus den nicht abgerufenen bzw zunächst zurückgehaltenen Mitteln

Antr
s. *Reisekosten*
Drs 13/3691

Abordnungen von Lehrkräften im LKreis Ludwigsburg

Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schulen an das Ministerium, Schulämter, LEU u.a. Einrichtungen; Umfang der entzogenen Deputate in den letzten fünf Jahren

KlAnfr Christine Rudolf SPD 23.11.2004 und Antw KM Drs 13/3772

Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/3816

Adelsprädikat und Schuldienst

Gründe für die Aufnahme der Spalte „Adelsprädikat“ in den „Antrag auf Einstellung in den Schuldienst des Landes über die Allgemeine Bewerberliste 2004/2005“

MdlAnfr
s. *Adel*
Drs 13/3827

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemein bildenden Schulen, Berufs- und Sonderschulen; Umfang und Auswirkungen des Abbaus von Lehrerstellen und Schulstand-

orten im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen; Veränderung des Bedarfs an GHS-Lehrern mit der Schließung von Grund- und Hauptschulen; Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserter Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr
s. *Schule*
Drs 13/3835

Unterrichtsausfall an den Schulen in Stuttgart

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3886

Veränderungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung; Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Integration des Anfangsunterrichts in die Fächer Deutsch und Mathematik; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung; Anstrengung einer einvernehmlichen Lösung mit dem Hauptpersonalrat auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenbeschreibung

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/3941

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3995

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren iR eines Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherreneigenschaft an die Universitäten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der unterrichtenden Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Unterrichtsversorgung im LKreiss Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2009 ausscheidenden Lehrkräfte, Auflistung der davon besonders betroffenen Schulen und Fächer

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4249

Zuweisung zusätzlicher Lehrerdeputate für Stuttgarter Brennpunktschulen

Versäumung der Frist zur Antragstellung für Lehrerstunden zur Ganztagsbetreuung an drei Brennpunktschulen durch die Schul- und Kulturbürgermeisterin?

MdlAnfr 4) Rolf Gaßmann SPD 22.04.2005 Drs 13/4204
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6516 6517

Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe in Vorschriften

Anwendung der eigenen Vorgaben nach den Vorschriftenrichtlinien? Gründe für die ausschließliche Verwendung der männlichen Bezeichnung „Lehrer“ in der geänderten Lehrkräftezulassungsverordnung, Revision dieser VO i.S.d. Vorschriftenrichtlinien

KlAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4500

Unterrichtsversorgung im LKreiss Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4598

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr CDU 24.08.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4615 (15 S.)

Ganztagsschulen im Schuljahr 2005/2006 in BW; „Zusätzliche Lehrerstellen für ausgereifte pädagogische Konzepte“

Zahl der o.g. Ganztagsschulen und Schüler nach Schularten, Ganztagsform und Trägerschaft; Höhe der von den Kommunen erhobenen Elterngebühren für Ganztagsschulen ohne zusätzliche Lehrerstunden; Bereitstellung dieser Lehrerdeputate für alle Ganztagsschulen; Kriterien zur Auswahl der Kommunen für die vorgesehenen ehrenamtlichen Jugendbegleiter, Qualifizierung und Finanzierung dieser Jugendbegleiter

Antr
s. *Ganztagsschule*
Drs 13/4659

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4746

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4800

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Lese-Rechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teillungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4819

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4912

Häusliches Arbeitszimmer der Lehrerinnen und Lehrer; geplante Abschaffung der steuerlichen Anrechnung im Koalitionsvertrag der neuen BReg

Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf solche Räumlichkeiten, die den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellen; Auswirkungen für die Lehrkräfte angesichts der mangelnden Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Arbeitsplätzen, Einrichtung solcher Arbeitsplätze in Stufen durch eine Änderung der Schulbaurichtlinien? Einschätzung des jeweiligen Kostenaufwands für das Land und die Kommunen

KlAnfr
s. *Arbeitsstätte*
Drs 13/4969

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5030

Ausbau der Ganztagsschulen

Umsetzung des vom Kultusminister angekündigten Ausbaus der Ganztagsschulen, flächendeckende Berücksichtigung aller Schularten, Frage nach einer pädagogischen Konzeption mit/ohne Erhebung von Elterngebühren zur Finanzierung der Angebote, Finanzierung der notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen und pädagogischen Kräfte

Antr
s. *Ganztagsschule*
Drs 13/5050

Flächendeckender Ausbau von Ganztagsschulen - Investitionen, Lehrerstellen, ehrenamtliche Jugendbegleiter -

Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bzw der Ressourcen für zusätzliches pädagogisches Personal, angemessene Honorierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter und Lehrbeauftragten, Anstreben einer Ausbauquote von 25 %, Vereinbarung des Verzichts auf Elterngebühren mit den Kommunen

Antr
s. *Ganztagsschule*
Drs 13/5093

Unterrichtsversorgung im LKkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an

den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5182

Konkreter und verlagertes Unterrichtsausfall

Umfang und Gründe des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den einzelnen Schulen und Schularten, Maßnahmen zur pädagogisch und fachlich kompetenten Erteilung des vorgesehenen Unterrichts nach dem Bildungsplan

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5200

Landesprogramm „Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“ (GTS)

Antragstellung der Stadt Stuttgart zur Aufnahme der Carl-Benz-Schule und der Elise-von-König-Schule in das o.g. Programm, Kriterien des KM für die Auswahl der Schulen bzw Ablehnung der genannten Schulen; Aufnahme dieser Schulen in das Programm und Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen

Antr
s. *Ganztagsschule*
Drs 13/5237

Schaffung von 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen bis zum Jahr 2006, Aufstockung der Krankheitsreserve

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48 51

Schaffung von 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen bis zum Jahr 2006, stärkere Orientierung der Besoldung nach Leistung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 68 75 82 87 100 109 110 116 117 123

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen mit dem Nachtrag zum Hpl 2001, Aufstockung der Krankheitsreserve

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 206 207 210 211 214 226-240 242

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen mit dem Nachtrag zum Hpl 2001; Würdigung der Qualität der Lehrerschaft in BW

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 332-337 341

Zusätzliche Lehrerstellen zur Sicherung des Niveaus der Unterrichtsversorgung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 642

Nutzung der Erfahrungen und Fähigkeiten der älteren Lehrer, Anteil der Lehrer an den Ergebnissen der PISA-Studie, Autonomie der Schulen bei der Einstellung von Lehrkräften, Erinnerung an die Lehrerschelte von Politikern

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 736 739 742 744 746-748

Zusätzliche Lehrerstellen zur Sicherung des Niveaus der Unterrichtsversorgung, Selbstauswahl der Lehrer durch die Schulen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 797 806 812 815 816 818 819 822

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen zur Stabilisierung der Unterrichtsversorgung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 836 849 844 845 848 850 853 854

Ausbildungskapazitäten für den Lehrernachwuchs, Einrichtung eines Überlastprogramms an den PH; zusätzliche Lehrerstellen zur Sicherung des Niveaus der Unterrichtsversorgung; Würdigung der Einsatzbereitschaft der Lehrer

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 969 977 987 990-993 995 997-999 1002-1004 1008

Zusätzliche Lehrerstellen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1100 1101 1110 1111 1118

Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Ausbau von Lehrerarbeitsräumen und damit der Präsenz an der Schule, Personalgewinnung der Schulen in eigener Kompetenz, Würdigung des Engagements der Lehrerschaft, Bereitstellung der notwendigen Stellen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1738 1743 1744 1746 1748 1751 1755 1757 1758 1761 1763 1764 1766 1770 1771 1780 1781

Stärkung der pädagogischen Verantwortung der Lehrer; Multi-Mediakompetenz der Lehrer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2180-2184 2188-2191

Stärkung der pädagogischen Verantwortung der Lehrer, Forderung nach Mitbestimmung in Verfahren des Unterrichts- oder Schulausschlusses von Schülern; musikalische Grundausbildung der Lehrer

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249-2253 2257-2259 2262-2264

Bereitstellung zusätzlicher Lehrkräfte für Ganztagschulen, Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Arbeitszufriedenheit der Lehrer an Ganztagschulen; bedarfsorientierte Lehrerausbildung an den PH; Stellenabbau mit den zurückgehenden Schülerzahlen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2608 2609 2611 2618 2621 2623 2624 2628 2629 2634 2635 2655 2666 2670 2672 2674-2677 2679

Optimierung des Ressourceneinsatzes im Schulbereich durch modernes Personalmanagement, Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Erhöhung der Unterrichtsdeputate für Berufsschul- und Gymnasiallehrer

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2705 2718 2740

Engagement und pädagogische Kompetenz der Lehrer in BW, Bewertung der Proteste gegen die Oberstufenreform; eigenverantwortliche Lehrereinstellung der Schulen; Deputatserhöhung für ältere Lehrer sowie Berufsschul- und Gymnasiallehrer; Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2808 2814 2815 2818 2819 2821 2826-2829 2831 2832 2834-2836

Schaffung von 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen bis zum Jahr 2006, Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Lehrerzuweisung an Ganztagschulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3624 3633 3652

Schaffung der vor der Wahl versprochenen 5.500 neuen Lehrerstellen; Ausstattung von Ganztagschulen mit zusätzlichen Lehrern; Abbau von Lehrerstellen mit dem Rückgang der Schülerzahlen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4011 4012 4021 4028

Schaffung der versprochenen zusätzlichen Lehrerstellen, Zuweisung der notwendigen Lehrer an Ganztagschulen, Abbau von Lehrerstellen mit den zurückgehenden Schülerzahlen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148 4149 4155 4178

Schaffung der versprochenen zusätzlichen Lehrerstellen, Abbau von Lehrerstellen mit den zurückgehenden Schülerzahlen, Bereitstellung der zusätzlichen Lehrer für Ganztagschulen, Dank für die engagierte Arbeit der Lehrer

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259 4263 4264 4266-4268 4270 4276 4277

Entwicklung und rechtliche Festschreibung von Kriterien zur Beurteilung der Lehrerleistungen durch die Schüler, Würdigung des Engagements der Lehrer

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4882-4884

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen, Neuregelung der Lehrerarbeitszeit, Vorschläge zur Stärkung der Motivation und Verantwortung der Lehrerschaft

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5134 5141 5151 5165

Verweisung auf die zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639 5643 5644

Anteil der Lehrer an den Versorgungsaufwendungen; Verweisung auf die neu geschaffenen Lehrerstellen, Abbau dieser Stellen mit dem Rückgang der Schülerzahlen ab 2007, Bereitstellung zusätzlicher Lehrer an Ganztagschulen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795-5797 5803 5805 5809 5810 5813 5814 5819 5822 5824

Verweisung auf die neu geschaffenen Lehrerstellen, Reform der Lehrerarbeitszeit, Bereitstellung zusätzlicher Lehrer an Ganztagschulen, Abbau von Lehrerstellen mit dem Rückgang der Schülerzahlen ab 2007

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5871-5874 5878 5881

Schaffung der versprochenen 5.500 zusätzlichen Lehrerstellen bis 2006, Bereitstellung des pädagogischen Personals zum Ausbau der Ganztagschulen, Abordnung von Lehrern in die Schulverwaltung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-5992 5995 6001 6002 6006 6007 6009

Verweisung auf die zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen, Abbau dieser Stellen mit dem Rückgang der Schülerzahlen ab 2007

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6149

Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften für den Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6297-6308

Lob für das Engagement der Lehrer an allen Schularten, Verweisung auf die Zahl der neu geschaffenen Stellen, Abbau von Stellen mit dem Rückgang der Schülerzahlen ab 2007, Bereitstellung der zusätzlichen Lehrer zum Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414 6428-6431 6434

Lob der Lehrer für die Bewältigung schwieriger Aufgaben, Bereitstellung der zusätzlichen Lehrer zum Ausbau der Ganztagschulen, Abbau von Lehrerstellen mit dem Rückgang der Schülerzahlen ab 2007, Erhöhung der Zeitpräsenz in der Schule außerhalb des Unterrichts

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6466 6476-6478 6486 6499 6504

Würdigung des Engagements der Lehrer, Anerkennung als Kulturschaffende, Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen für den Ausbau der Ganztagschulen, Erleichterung der Lehrerbedarfsplanung mit der neuen Schulstatistik und dem Berichtswesen E-Stat

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955 6957 6958 6960-6963 6965 6966 6968 6983-6986

Bereitstellung der zusätzlichen Lehrer zum Ausbau der Ganztagschulen, Nutzung der mit dem Rückgang der Schülerzahlen frei werdenden Stellen; Lehreraustausch zwischen deutschen und französischen Schulen, Begrüßung der Ausbildung zum Europalehramt; Qualifizierung aller Lehrer für den Sportunterricht

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7121 7123 7125-7128 7131 7132 7136 7175 7177-7179

Würdigung der Motivation und Einsatzfreude der Lehrer, Bereitstellung der zusätzlichen Lehrer zum Ausbau der Ganztagschulen, Verweisung auf die Einstellung von Junglehrern in den letzten fünf Jahren

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7202 7204 7210 7211 7214 7215 7223 7224 7227-7229 7231 7233 7234 7240-7243 7248-7250 7252 7253

Einsatz aller aufgrund zurückgehender Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen für den Unterricht und den Ausbau der Ganztagschule, Vorbereitung und Fortbildung der Lehrer für das G 8

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7784-7789 7792 7857

Bereitstellung der zusätzlichen Lehrer zum Ausbau der Ganztagschulen, Nutzung der mit dem Rückgang der Schülerzahlen frei werdenden Stellen; Beklagung einer Überforderung der Lehrer mit den ständigen Reformen; Sparzwänge der Privatschulen zulasten der Lehrer

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934-7939 7941-7948 7950-7954 7971

Lehrerausbildung

s. *Lehrerbildung*

Lehrerbildung

s.a. *Ausbildungslehrer*

s.a. *Beamtenanwärter*

s.a. *Beratungslehrer*

s.a. *Landesinstitut für Erziehung und Unterricht*

s.a. *Landesinstitut für Schulentwicklung*

s.a. *Pädagogische Hochschule*

s.a. *Vorbereitungsdienst*

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 9)

Lehrerfortbildung an den Staatlichen Akademien

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 V. S. 2

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 10.12.2002 Drs 13/1597

Zukünftiger Bedarf an Hauptschullehrerinnen und -lehrern

Vorlage von Prognosedaten zum Ausscheiden und Bedarf o.g. Lehrkräfte in dieser WP, Zahl von Studierenden mit Stufen-schwerpunkt Hauptschule an den PH, Abordnung von Realschullehrern an Hauptschulen? Verbesserung der Vergütung, Schaffung eines einheitlichen Ausbildungsgangs für Lehrer in der Sekundarstufe an Haupt- und Realschulen, Verbreiterung des Einstellungskorridors beim nächsten Einstellungsverfahren

Antr

s. *Grund- und Hauptschullehrer*

Drs 13/369

Umwandlung der Staatlichen Seminare für Schulpraktische Ausbildung und der Studienseminare in Didaktische Zentren

Aufgaben, Ziele, personelle, sächliche und räumliche Voraussetzungen des o.g. Vorhabens; Zeitperspektive und finanzieller Aufwand gegenüber den herkömmlichen Seminaren

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 07.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/420

BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 35

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Lehrernachwuchs für Berufliche Schulen

Zahl von Lehramtsstudenten und Seiteneinsteigern für berufliche Schulen, Bedarf bis 2015, Unterschiede zwischen Referendaren und Seiteneinsteigern, Aufstiegsperspektiven für Fachhochschulabsolventen in den höheren Dienst; Zuteilung von mehr Neustellen aufgrund der Unterrichtsdefizite, Einstellung von Bildungslehrern

Antr

s. *Berufsschullehrer*

Drs 13/424

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerausbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Schüler*

Drs 13/503

Fremdsprachenunterricht

Einführung von Englisch und Französisch an den Grundschulen, Weiterführung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, Auswirkungen bei den Abschlussprüfungen bzw im Abitur, Angebote für die Schüler in der Oberrheinschiene, Zahl und Qualifikation der notwendigen Lehrkräfte, Gewährleistung der Durchlässigkeit der Bildungswege in die weiterführenden Schulen, Aufnahme der Ausbildung zum Fremdsprachenunterricht in die Prüfungsordnungen, Organisation der Praxisphase an der PH Freiburg; Verzicht auf eine Benotung von Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Antr

s. *Fremdsprache*

Drs 13/589

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Vergleich der zu erwartenden Pensionierungen mit der Zahl von Lehramtsstudenten, insbes in den naturwissenschaftlichen Fächern; Vorbereitung der Lehrkräfte in Aus- und Fortbildung auf die Förderung sprachbenachteiligter ausländischer Jugendlicher

GrAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 13/590

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Übertragung von Budgets an die Schulen zur Organisation der Lehrerfortbildung in eigener Verantwortung

ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-10 S. 47

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/686-9 S. 18

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Lehrtätigkeit von Rektoren und Rektorinnen von GHS an Lehrerseminaren

Art und Umfang der Ausübung o.g. Lehrtätigkeit, Auswirkungen dieser Doppelbelastung auf die Qualität der Schulleitung

KIAnfr

s. *Schulleiter*

Drs 13/648

Studienerfolgsquote an den PH

Prognosen für den künftigen Lehrerberaum zur Festlegung der Kapazitäten an den einzelnen PH, Entwicklung der Zahlen von Studenten, Abbrechern, Absolventen, von Lehrern im Vorbereitungsdienst und künftigen Lehrern; Einschätzung der Lehrerversorgung vor dem Hintergrund des gefragten Zahlenmaterials

KIAnfr

s. *Lehrer*

Drs 13/677

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr SPD 29.01.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/692

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2601-2606

Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen

Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen seit 1997, Gegenüberstellung des künftigen Lehrerberarfs und der Aufnahmekapazitäten der PH, Notwendigkeit eines Numerus clausus? Möglichkeiten für eine gleichmäßige Auslastung der PH, Werbung um weniger nachgefragte Fächer, Änd der PrüfungsO?

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/762

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Zahl, Aufgaben und Aufwand o.g. Lehrkräfte; Anpassung der Fortbildung an den ständigen Wechsel der Systemanforderungen; Umfang der Aufgabe der Tätigkeit wegen Arbeitsüberlas-

tung; Integration des PC in den Unterricht; Hilfen zur Erkennung problematischer Inhalte im Internet; Kompensation der nicht verfügbaren Mittel der LStiftung für die Lehrerfortbildung im IT-Bereich; Unterstützung der Schulträger bei der Anschaffung und Wartung schulischer Netzwerke

Antr

s. *Medien*

Drs 13/783

Zulassungsbeschränkungen (NC) für das Lehramtsstudium an den PH verhindern

Entwicklung der Studienanfängerzahlen und Auslastung der einzelnen PH nach Studiengängen und -fächern seit 1997; Einrichtung eines Überlastprogramms, kurzfristige Gewinnung zusätzlicher Lehrbeauftragter, Lösung von Raumproblemen; Ermöglichung neuer Fächerkombinationen; Steigerung der Attraktivität des Lehramts für Hauptschulen, Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Universitäten

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/784

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Universitäten, PH und Fachschulen; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz in Schulen und Kindergärten; Erfahrungen mit Schulversuchen; Ausbildung und Einstellung von Migranten

GrAnfr

s. *Kultur*

Drs 13/1012

Erste Erfahrungen mit der novellierten Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung (GHPO II)

Ursachen der Verschlechterung der Ergebnisse, Auswirkungen der Beteiligung fachfremder Mitglieder in der Prüfungskommission; Revision der GHPO II angesichts der Erfahrungen aus der ersten Prüfungskampagne

Antr

s. *Grund- und Hauptschullehrer*

Drs 13/1079

Empirische Bildungsforschung in BW

Entwicklung der personellen und sächlichen Ausstattung o.g. Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen seit 1993, Mittelbereitstellung für Projekte der Lehr-Lern-Forschung und Weiterentwicklung der Fachdidaktiken, Einfluss der Forschungsergebnisse in die Aus- und Weiterbildung der Lehrer und in die Schulentwicklung; Vorlage eines Konzepts zur Weiterentwicklung der empirischen Bildungsforschung

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 13/1160

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung für fünfjährige Kinder

Vorlage einer Konzeption und eines entsprechenden GesEntw für die o.g. Maßnahmen: Verpflichtung des Kindes zur Teilnahme an einer individuellen Förderung bei diagnostisch festgestelltem Förderbedarf, Vermittlung von Sprachkompetenz bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrern

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/1220

Einstellung von Fachlehrerinnen und Fachlehrern für musisch-technische Fächer

Zahl der o.g. Absolventen und Bewerber aus den Pädagogischen Fachseminaren, Umfang der Warteliste; Anhebung der Einstellungszahlen entsprechend der erhöhten Ausbildungskapazitäten an den Fachseminaren, Angebot einer Einstellungsperspektive für die geeigneten Fachlehrer

Antr

s. *Fachlehrer*

Drs 13/1231

Einstellung von Fachlehrer/innen der Pädagogischen Fachseminare (PFS)

Entwicklung der Einstellungschancen für o.g. Lehrkräfte aus den Pädagogischen Fachseminaren in den musisch-technischen Fächern und dem Bereich Sonderpädagogik; Anhebung der Einstellungszahlen nach dem künftigen Bedarf und den entsprechend erhöhten Ausbildungskapazitäten an den Fachseminaren

Antr

s. *Fachlehrer*

Drs 13/1295

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Zuweisung eigener Fortbildungsbudgets an die Projektsschulen

Antr

s. *Schule*

Drs 13/1476

Einsparpotenziale durch Einführung öffentlich-rechtlicher Ausbildungsverhältnisse bei staatlichen Monopolausbildungsgängen

Darlegung der für die öffentliche Hand per Saldo erzielten Einsparungen durch Umwandlung des juristischen Vorbereitungsdienstes in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis sowie der weiteren Potenziale bei Übertragung der Reform auf andere staatliche Ausbildungsgänge im Bibliotheks-, Vermessungs-, Forst- und Verwaltungsdienst sowie beim Vorbereitungsdienst zum Lehramt; Auswirkungen auf die Betroffenen

Antr

s. *Ausbildung*

Drs 13/1606

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/1685

Vergütung von Ausbildungslehrer/innen als Teilzeitkräfte

Fehlbedarf an o.g. Lehrkräften zur Begleitung des Fachpraktikums für Studierende der PH ab dem 3. Semester; Gleichstellung der Lehrkräfte mit vollem Deputat und Teilzeitdeputat bei der Stellenzulage u.a. Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten Ausbildungslehrer

Antr

s. *Ausbildungslehrer*
Drs 13/1711

Referendariat an beruflichen Schulen; hier: Attraktivitätssteigerung

Entwicklung der Zahl von Direkteinsteigern über den zweijährigen Vorbereitungsdienst sowie der Kosten für Direkteinsteiger im Angestelltenverhältnis und für Referendare; Anhebung der Anwärtersonderzuschläge, Erteilung einer Einstellungs-zusage bereits zu Beginn des Vorbereitungsdienstes, Angebot von zwei Einstellungsterminen, Verkürzung der Probezeit, Ausbau der zielgenauen Stellenausschreibung für berufliche Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/1712

Entwurf der Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung vom 10.09.02; Bedeutung der Politikwissenschaft bzw Gemeinschaftskunde

Auswirkungen einer Streichung des Studienfachs Politikwissenschaft als Hauptfach für das Grund- und Hauptschullehramt, Stellenwert des Schulfachs Gemeinschaftskunde

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 13/1742

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputat in der Schulverwaltung

Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1744

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1789

Unterricht mit Migrantenkindern

Zeitpunkt und Auswirkungen der Streichung der o.g. Pflichtveranstaltung in den Studienordnungen für die Studiengänge an den PH; Art der Vorbereitung künftiger Lehrer auf die spezifischen Anforderungen des Unterrichts mit Migrantenkindern

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1817

Stärkung der Naturwissenschaften in baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Akzeptanz der naturwissenschaftlichen Fächer in den allgemein bildenden und beruflichen Schulen sowie im Lehramtsstudium in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Beeinflussung des Wahlverhaltens; Empfehlungen der internationalen Vergleichsstudien TIMSS und PISA; Berücksichtigung iRd Einführung der Neuen Gymnasialen Oberstufe, der Lehrerbildung und -fortbildung sowie der Lehrplanrevision

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/1836

Die Grundschule stärken; hier: Neukonzeption des Grundschulstudiums in der neuen GHPO I (Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung)

Bewertung und Konsequenzen der Stellungnahmen iRd Anhörungsverfahrens zu dem o.g. Entwurf; Berücksichtigung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Grundschule u.a. durch den Schulanfang auf neuen Wegen und die pädagogische Verzahnung mit dem Kindergarten; Kombinierbarkeit der zu einem Fächerverbund zusammengeschlossenen Fächer Musik, Kunst und Sport mit einem anderen Nebenfach; Zahl der Studierenden für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an den PH

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/1919

Neue Aufgaben für die Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen in der Berufsschullehrerausbildung

Überlegungen zur Einrichtung von Studiengängen für die Ausbildung von Berufsschullehrern an PH und FH, Schaffung der notwendigen Lehrkapazitäten, Erfahrungen mit der zweijährigen Ausbildung für den Unterricht in Mangelfächern für Direkteinsteiger aus der Wirtschaft, Beurteilung der Kooperation zwischen FH und Staatlichen Seminaren für Schulpädagogik zur Ermöglichung der Eingangsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/2035

Das Profil der Schulleitungen stärken

Konsequenzen aus den neuen Bildungsstandards und -plänen in der Lehrer- und Schulleiterfortbildung, Orientierung an der Führungskräftefortbildung der Wirtschaft; Modellversuche zur Erprobung von Schulassistenten, zur Budgetierung und Personalsteuerung bei den Krankheitsvertretungen und der Lehrereinstellung; Maßnahmen zur Gewinnung geeigneter Schulleitungen

Antr
s. *Schulleiter*
Drs 13/2068

Die „Zukunftsoffensive der Universität Stuttgart“

Zusammensetzung und Objektivität der Senatskommission, Grundlagen und Kriterien zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der zur Schließung vorgeschlagenen Fakultäten und Institute, Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen, Auswirkungen des Abbaus der Geowissenschaften und Lehramtsstudiengänge bzw des Rückzugs auf die technischen Fächer, Kompensation

der wegfallenden Studienplätze in Lehramtsstudiengängen, Akzeptanz und Legitimation der Beschlussvorschläge, Bestätigung einer landespolitischen Sichtweise als Begründung der Entscheidungen?

Antr
s. *Universität Stuttgart*
Drs 13/2163

Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte an den Schulen in BW; neue Arbeitszeitmodelle statt Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Weiterentwicklung von Ansätzen im Bereich der Lehrerfortbildung zur Bekämpfung des Burn-Out-Syndroms und Vermeidung vorzeitiger Dienstunfähigkeit bei Lehrkräften

Antr CDU und FDP/DVP 26.06.2003 Drs 13/2199
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3254-3262

Neue Schule, neue Lehrer - Ein Konzept für die Reform der Lehrerbildung

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten und PH; Regelungen zur Gliederung und Dauer des Hochschulstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Weiterqualifikation; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen; Koordination der Weiterbildungsangebote von Schulen, Akademien, Hochschulen und den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Antr SPD 01.08.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2322 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 15 16
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Ges zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung (Name geändert in: Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen)

Zusammenführung der Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung in Calw, Donaueschingen, Esslingen und Schwäbisch Hall zu einer Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Esslingen; Regelung der Aufgaben, Zusammensetzung und rechtlichen Stellung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LandesbesoldungsGes

GesEntw LReg 23.09.2003 Drs 13/2430 (20 S.)
1. Beratung PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3512-3518
BeschlEmpf und Bericht SchulA 15.10.2003 Drs 13/2494 (dazu ÄAntr SPD Nr. 1 und ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 2)
ÄAntr SPD 30.10.2003 Drs 13/2552
2. Beratung PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3751-3755
GesBeschl 30.10.2003 Drs 13/2571
GBI 2003 Nr. 14 S. 702-705 (Ges vom 30.10.2003)

Weiterentwicklung der Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung und Evaluation - Qualität des Unterrichts verbessern

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2506

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schul-

konferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2666

Berufungen von Professoren an Pädagogischen Hochschulen - Schulpraxis

Anteil o.g. Berufungen von Professoren für Allgemeinpädagogik für die Wahrnehmung erziehungswissenschaftlicher oder fachdidaktischer Aufgaben in der Lehrerbildung ohne Berufspraxis; Maßnahmen zur Verbesserung der praxisbezogenen Ausbildung in der Lehrerbildung

KIAnfr Renate Rastätter GRÜNE 05.01.2005 und Antw MWK Drs 13/3936

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbildung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musik*
Drs 13/2862

Neue Studienstrukturen an Pädagogischen Hochschulen

Begründung, Ausgestaltung und Auswirkungen eines Trimestermodells, insbes auf die Qualität der Ausbildung, Studienzeiten, Lehrverpflichtung und überregionale Wettbewerbsfähigkeit; Vereinbarkeit der Erhöhung der Vorlesungszeit mit dem Forschungsauftrag und Charakter der PH als wissenschaftliche Hochschule; Bewertung als Modell für andere Hochschulen?

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/2917

Förderung moralischer und demokratischer Kompetenzen an den Schulen

Verankerung in den Bildungsplänen sowie bei der Lehrerausbildung und -fortbildung

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/2921

„Lions-Quest-Programm“ an Schulen in BW

Erfahrungen und Perspektiven des o.g. Programms zum sozialen Lernen, Ausbildung der Lehrer für dieses projekthafte Arbeiten, Weiterführung und Finanzierung durch die Lions-Clubs?

Antr
s. *Sozialkompetenz*
Drs 13/2922

Zukünftige Qualität der Pädagogischen Hochschulen

Auswirkungen der Einführung von Trimestern auf die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und Fachhochschulen, ins-

bes bei der Gewerbelehrausbildung und gymnasialen Lehrerbildung, auf die Forschung und Erwerbsmöglichkeiten der Studenten; Umsetzung der errechneten Ressourcengewinne; Abmilderung der Überlast durch eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Lehrverpflichtung; Entwicklung einer Neukonzeption der Lehrerbildung, insbes mit einer schulartübergreifenden Lehrerbildung, einer Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sowie Aufgabe des Staatsexamens; Abstimmung mit allen Beteiligten und Schulpraktikern

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/3080

Reform der Lehrerbildung im Zuge des Bologna-Prozesses

Entwicklung einer Konzeption zur Umstellung auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master, Abschaffung des Staatsexamens, Reform des Referendariats, inhaltliche Neuorientierung des Studiums, Vermittlung von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz, Übernahme von Aufgaben der Bildungsforschung, Schulentwicklung und Fortbildung durch die Hochschulen, Evaluation der Studiengänge und Qualitätsverbesserung an den PH

Antr GRÜNE 21.05.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3232 (11 S.)

Vermittlung von Lesekompetenz - Rolle der Bibliotheken

Bedeutung und Form der Vermittlung von Lesekompetenz in den neuen Bildungsplänen und in der Lehrerausbildung unter Einbeziehung des Umgangs mit Bibliotheken, Förderung von Recherchekompetenz der angehenden Lehrer und Schüler in gedruckten und elektronischen Medien, Ausstattung und Nutzung von Bibliotheken an den Grund- und Hauptschulen, Unterstützung der Kooperationen von Schulen und öffentlichen Bibliotheken

Antr

s. *Lesen*

Drs 13/3298

Künftige Nutzung des Gebäudes der Versorgungskuranstalt Bad Wildbad

Schließungszeitpunkt der o.g. Einrichtung, geeignete Folgenutzungen, Überlegungen zur Nutzung für eine Fusion der Lehrerfortbildungsakademien in Donaueschingen und Calw, Bewirkung zusätzlicher Arbeitsplätze und Übernachtungszahlen, Möglichkeiten für die weitere Nutzung der bisherigen Akademiegebäude?

KlAnfr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/3480

Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern iRd neuen Bildungspläne

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-, Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforderungen der neuen Bildungspläne

Antr

s. *Fachlehrer*

Drs 13/3576

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung

Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und

-fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw

s. *Landesinstitut für Schulentwicklung*

Drs 13/3678

Einführung eines Studiengangs für das Lehramt an der Primarstufe und eines Studiengangs für das Lehramt an der Sekundarstufe I

Vergleich der Leistungsprofile der Hauptschule mit den anderen weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie der jeweiligen Übergangsquote von der Grundschule; Orientierung der Zahl von Studierenden für das Lehramt an Grundschulen, Haupt- und Realschulen am Bedarf? Ersetzung des einheitlichen Lehramts an Grund- und Hauptschulen durch ein Lehramt Primarstufe (Grundschule) und ein Lehramt Sekundarstufe I (Hauptschule und Realschule)

Antr SPD 09.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3731

Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 13/3816

Erhöhung der Zulassungszahlen in den numerus clausus-Studiengängen an den Pädagogischen Hochschulen durch die Neueinteilung des Studienjahres?

Art der Errechnung und Verwendung der mit der erhöhten Lehrverpflichtung und Vorlesungszeit der Professoren gewonnenen 100 Stellenäquivalente, Auswirkungen auf die Zulassungszahlen in den einzelnen Lehramtsstudiengängen und PH

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/3920

Veränderungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung; Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Integration des Anfangsunterrichts in die Fächer Deutsch und Mathematik; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung; Anstreben einer einvernehmlichen Lösung mit dem Hauptpersonalrat auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenbeschreibung

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 13/3941

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirtschaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 03.02.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/3998

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 07.04.2005 Drs 13/4277 S. 51 52

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Geisteswissenschaften an der Universität Stuttgart

Umsetzung der Empfehlungen einer internen Kommission zur Zukunftsfähigkeit der Philosophisch-Historischen Fakultät? Auswirkungen auf den Fortbestand der Lehramtsstudiengänge; Beurteilung eines Rückzugs auf die technischen Fächer; Gewährleistung einer Abstimmung mit den Profilen und Strukturentscheidungen der benachbarten Universitäten

KlAnfr

s. *Universität Stuttgart*

Drs 13/4057

Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission „Evaluation der Erziehungswissenschaft an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes BW“

Konsequenzen aus der o.g. Studie: Abbau von Defiziten der empirischen Bildungsforschung mithilfe eines Förderprogramms, Optimierung der Lehrerausbildung durch eine verbesserte Personalplanung sowie Verbindung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, psychologischen und berufspraktischen Studien, Modularisierung der Studiengänge, Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Auslobung eines Landespreises, Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der PH

Antr

s. *Pädagogik*

Drs 13/4098

Europäisches Jahr der Demokratieerziehung 2005

Zielsetzungen, Organisation und Umsetzung des o.g. Projekts des Europarats; Stellenwert der Demokratieerziehung in den Schulen bzw in der Lehreraus- und -fortbildung; Art der Einbindung von außerschulischen Einrichtungen

Antr

s. *Demokratie*

Drs 13/4166

Erhalt der Lehrerfortbildungsakademie in Donaueschingen

Art und Umfang der getätigten und noch vorgesehenen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen am Gebäudeensemble in Donaueschingen, notwendige Investitionen bzw zusätzliche Reisekosten im Falle einer Verlagerung, Frage nach den wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten für die dann aufgegebenen Liegenschaften

Antr Herbert Moser u.a. SPD 07.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4227

Praxisjahr - Neues Modell der Lehrerausbildung

Beurteilung des Modellprojekts der PH Weingarten und des Seminars für Didaktik und Lehrerbildung Laupheim, Evaluation des Projekts, Einbeziehung der Ergebnisse in eine Neukonzeption

on der Lehrerbildung, generelle Einführung eines Praxisjahres

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 19.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4260

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 22 23

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Reform der Lehrerbildung, Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf Bachelor und Master mit einer gemeinsamen Studienphase für alle Lehrämter

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4299

Geplanter „Fächertausch“ zwischen den Universitäten Heidelberg und Mannheim

Darlegung o.g. Pläne, der betroffenen Professoren, Mitarbeiter, Studenten und Studiengänge; erwartete Einsparungen; Gründe der Forcierung einer Zusammenlegung der Wirtschaftswissenschaften; Pläne für die neu gegründete Heidelberger Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Gestaltung der Verlagerung der Gymnasiallehrausbildung unter Beteiligung der PH Heidelberg; Prüfung der Auswirkungen durch externe Evaluation vor Erteilung einer Zustimmung zu der geplanten Umstrukturierung

Antr

s. *Studium*

Drs 13/4353

Reform des Bildungswesens in BW

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten und PH; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschule und Sekundarstufe I und II

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4376

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Verbesserung der Lehreraus- und -fortbildung sowie des beruflichen Schulwesens, insbes des Übergangs aus beruflichen Vollzeitschulen in das duale System und den Arbeitsmarkt

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4382

Zukunft der Pädagogischen Fachseminare

Ergebnisse der Überprüfung der einzelnen Standorte zur Kostenreduzierung, Argumente und Kosten einer Zusammenlegung bzw Erhaltung der Standorte Schwäbisch Gmünd und Kirchheim/Teck, Forcierung der zugesagten Sanierung der Räumlichkeiten in Kirchheim bzw Bereitstellung anderer Unterbringungsmöglichkeiten

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 07.11.2005 und Antw FM Drs 13/4623

Das Fach Ethik in der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen

Aufnahme der ethisch-philosophischen Grundausbildung für alle Lehramtsstudierende in die neuen Prüfungsordnungen der PH; Gleichstellung des Fachs Ethik mit den Fächern evangelische und katholische Theologie/Religionspädagogik durch Aufnah-

me in alle vier Fächerverbünde

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/4934

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/4951

Ges zur Änd des PrivatschulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der in der Landesbesoldungsordnung ausgebrachten Ämter an die neue Personalstruktur und Bezeichnung der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie der Pädagogischen Fachseminare

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/5062

Pädagogische Qualifizierung von Quereinsteigern aus der Wirtschaft an den beruflichen Schulen, Lehrerausbildungskapazitäten in BW u.a. BLändern

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 230-232 239

Prüfung von Effizienz und Kosten der zentralen Lehrerfortbildung durch den RH

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548 549

Verstärkung des Praxisbezugs in der Lehrerausbildung als Konsequenz auf die PISA-Studie, Verankerung der Fortbildung als Pflichtveranstaltung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735 744 745

Lehrerfortbildung in Eigenverantwortung der Schule, Zuweisung entsprechender Budgets

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 819

Grundsätzliche Neuorientierung der Lehreraus- und -fortbildung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 991 992 997 999

Qualifizierung der Lehrer zur Einführung einer Grundschul-fremdsprache ab der ersten Klasse

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1484 1488 1494 1495

Umstrukturierung des Landesinstituts für Erziehung und Unterricht sowie der Lehrerbildungsseminare in didaktische Seminare, Bewertung der PH als Kernkompetenzzentren für die Lehrerbildung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1751 1752 1755

Motivation von Schülerinnen für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer, Verankerung in der Lehrerausbildung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855 1856

Verankerung der interkulturellen Pädagogik in der Lehrerfortbildung bzw der Verpflichtung zur Wahrnehmung dieser Angebote

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2104

Schulung der Lehrer im Umgang mit dem Computer, Nachfrage nach der entsprechenden Fortbildung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2189-2191

Installation des Landesinstituts für Erziehung und Unterricht als Kompetenzzentrum für die Lehreraus- und -fortbildung, Verlagerung der Fortbildung in die Schulen und unterrichtsfreie Zeit, Würdigung der Rolle der PH, Ausbildungsangebote der Universitäten

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2815 2821 2825 2831 2834 2837 2840

Abbau der Lehramtsstudiengänge iRd „Zukunftsoffensive der Universität Stuttgart“

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3536 3538 3540 3541

Neuordnung der Lehrerbildung mit Praxissemestern an den Schulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3602 3633

Lehrerfortbildung

s. *Lehrerbildung*

Lehrerseminar

s. *Lehrerbildung*

Lehrling

s. *Auszubildender*

Lehrplan

s.a. *Lerntechnik*

Neue Lehrpläne für die Sekundarstufe I; Stand der Planung

Gründe für die Verzögerung der Arbeitsaufnahme der Lehrplan-kommissionen, Vorschaltung einer schulartübergreifenden Debatte über Ziele und Inhalte der Bildung an den weiterführenden Schulen, Durchführung eines Kongresses im Frühjahr 2002, Auswirkungen auf den Zeitplan für die Erstellung der neuen Lehrpläne und Einführung zum Schuljahr 2004/2005

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 17.08.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/193

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 20-22

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Bewertung der Projektprüfung durch Lehrer und Schulleiter, Prüfung von Technik und HTW nicht mehr als eigenständige Fächer, Gründe der vorläufigen Aussetzung der Novellierung des Bildungsplans Hauptschule

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ermöglichung neuer Formen der Unterrichtsgestaltung und Unterrichtszeiten sowie der Leistungserbringung und -bewertung, Aufhebung der Noten- und Klassenarbeitsersätze, eigenverantwortliche Gestaltung der Lehrpläne, Bildung von Lerngruppen, interne und externe Evaluation

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Menschenrechte in den Lehrplänen

Umsetzung des o.g. Beschlusses der KMK von 1980 nur in NRW?

KlAnfr
s. *Menschenrechte*
Drs 13/1895

Förderung moralischer und demokratischer Kompetenzen an den Schulen

Verankerung in den Bildungsplänen sowie bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/2921

Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05

Stand und Ziele der Bildungsplanreform 2004, Einbeziehung der am Schulleben Beteiligten, Auswirkungen auf die Schule und Unterrichtskultur sowie den Raum- und Lernmittelbedarf, Begründung des Verzichts auf schulartübergreifende Bildungsstandards, Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3073

Bildungsstandards in BW - alter Wein in neuen Schläuchen?

Fachliche Grundlagen, Vorgaben und Ziele der von den Kommissionen erarbeiteten Bildungsstandards; Berücksichtigung der bestehenden Lehrpläne; Entwicklung von bundesweit vergleichbaren Evaluationsverfahren und Diagnosehilfen; Stellenwert der individuellen Förderung und der Kontingenzstudententafeln; Erweiterung der Qualitätssicherung auf das Gesamtsystem Schule; Abbau der sozialen Schieflage bei den Grundschulempfehlungen; Erarbeitung eines schulartübergreifenden Basisbildungsplans, schrittweise Einführung über einen längeren Zeitraum, Reduzierung des Kerncurriculums auf 50 %

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3133

Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern in den neuen Bildungsplänen

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-, Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforderungen der neuen Bildungspläne

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/3576

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung

Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und -fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw
s. *Landesinstitut für Schulentwicklung*
Drs 13/3678

Auswirkung der Bildungsplanung auf die Schulbaurichtlinien

Überarbeitung der Schulbaurichtlinien für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen aufgrund der in den neuen Bildungsplänen verankerten Anforderungen, insbes im Hinblick auf neue Medien und lernfeldbezogene Didaktik

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/3684

Einführung des islamischen Religionsunterrichts nach Art 7 Abs 3 GG in BW -Einrichtung von Pilotprojekten zum Schuljahr 2005/2006-

Verweisung auf die von der Steuerungsgruppe geschaffenen Voraussetzungen zum Einstieg in Pilotprojekte an Grundschulen, insbes Lehrpläne für den Unterricht in deutscher Sprache, Qualifikation der Lehrkräfte an den PH, Gewinnung geeigneter Pilot-schulen, Lehrkräfte u.a.

Antr
s. *Islam*
Drs 13/3861

Korrektur G 8 (achtjähriges Gymnasium)

Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne, Abbau der Hausaufgabenbelastung, Wiedereinführung der Orientierungsstufe bis zum Ende der Klasse sechs sowie der Durchlässigkeit zwischen den Schularten, Verkürzung der gymnasialen Schulzeit am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/4772

Konsequenzen aus dem achtjährigen Gymnasium

Umfang der Unterrichtsbelastung sowie des Zeitaufwands für Hausaufgaben und Vorbereitung auf Klassenarbeiten für die Fünft- und Sechstklässler; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Verkürzung der gymnasialen Schulzeit am Ende der Sekundarstufe I und in der Oberstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/4827

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Auswirkungen der hohen Belastung insbes für die Fünft- und Sechstklässler und deren Eltern, Bewirkung einer verstärkten Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht und damit einer Verschlechterung der Chancengleichheit; Revision der Lernzeitver-

kürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals, Beginn mit der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse sechs, Angebot einer umfassenden Fortbildung für die Lehrkräfte und Schulleitungen

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/5014

Tierschutz im Unterricht

Verankerung des Tierschutzes in den neuen Bildungsplänen, Fortbildung der Lehrer und Multiplikatoren, Kooperationen mit den anerkannten Tierschutzverbänden zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter für Tierschutzprojekte iR von Ganztagsangeboten und -schulen, Ausweitung der Angebote an Schulbauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung, Öffnung und jährliche Auslobung des Tierschutzpreises für Schüler aller Jahrgangsstufen, flächendeckende Zusammenarbeit mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/5042

Konkreter und verlagerter Unterrichtsausfall

Umfang und Gründe des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den einzelnen Schulen und Schularten, Maßnahmen zur pädagogisch und fachlich kompetenten Erteilung des vorgesehenen Unterrichts nach dem Bildungsplan

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5200

Korrektur G 8; Reduktion der Stundenbelastung in der Sekundarstufe I und Erhöhung der Stundenanteile in der Oberstufe
Entnahme der o.g. Entlastung aus der Kontingenzstundentafel der Klassen 5-10 oder aus den Poolstunden? Einführung der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse 6, Auswirkungen auf die Gesamtstundenzahl, den Bildungsplan und die Bildungsstandards am Ende der 6. Klasse? Unterstützung von Überlegungen der KMK zur Abstufung des Mindeststundenvolumens von 265 Stunden für das G 8 zum Richtwert?

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 13/5204

Ausrichtung der Lehrpläne zum Erwerb nachhaltigen Wissens bzw zur sinnvollen Nutzung des Internet

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48

*Überfrachtung der Lehrpläne, Notwendigkeit einer Verschlan-
kung iRd Lehrplanreform*

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735 736 744

Begrenzung der Kerncurricula auf 60 % der Lehrpläne

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1743 1751

Verankerung von Ethikunterricht in den Lehrplänen ab Klasse 5, Einbeziehung der Unterrichtseinheiten „Philosophieren mit Kindern“ in den Grundschullehrplan

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2498-2502

Reduzierung der Lehrpläne auf Fundamente und Grundlagen, Vertiefung der Allgemeinbildung, Einführung neuer Bildungsstandards

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3164 3165 3167 3169

Einbindung der Lehrkräfte in die Bildungsplanreform, Erarbeitung und Evaluation schuleigener Curricula

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3254

Einführung neuer Bildungsstandards und Bildungspläne, Begrenzung der Lehrpläne auf Kerncurricula

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601

Bewertung der Bildungsplanreform, Umsetzung ab Schuljahr 2004/2005, Umgang mit den noch geltenden Lehrplänen

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4830-4839

Forderung nach Kürzung der Lehrpläne beim G 8, Verweisung auf die Bildungsplanreform

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7209 7211 7247 7248 7252 7253

Forderung nach Kürzung der Lehrpläne beim G 8, Verweisung auf die Bildungsplanreform, Bezeichnung als Herzstück aller Schulreformen der letzten Jahre

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934-7936 7941 7949 7952

Lehrstelle

s. *Ausbildungsplatz*

Lehrstellenabgabe

s. *Ausbildungsabgabe*

Lehrveranstaltung an Hochschulen

s. *Hochschullehre*

Lehrverpflichtungsordnung

s. *Hochschullehre*

Leibesfrucht

s.a. *Adoption*
s.a. *Stammzelle*

Präimplantationsdiagnostik und Forschung an embryonalen Stammzellen in BW

Aktuelle Debatte
s. *Reproduktionsmedizin*

PIPr 13/6 S. 168

Bestattung für Tod- und Fehlgeborene mit wenig Gewicht

Umgang mit vorgeburtlich verstorbenen Föten und Embryonen mit bis zu 500g Gewicht, Ausschluss von gewinnorientierten Rechtsgeschäften, Verpflichtung der Krankenhäuser zu einer würdigen Trauerfeier und Beisetzung, Änd des Bestattungsrechts?

Antr
s. *Bestattung*
Drs 13/393

Forschung an menschlichen Stammzellen in BW

Bewertung des Gesetzes zum Import embryonaler Stammzellen; Projekte, Ziele und Förderpraxis der Forschung mit embryonalen und adulten Stammzellen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Stammzelle*
Drs 13/1161

Bestattung von Fehlgeburten

Einräumung der o.g. Möglichkeit, Information der betroffenen Eltern in den Krankenhäusern

MdlAnfr
s. *Bestattung*
Drs 13/2589

Ethische Grenzen der Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung, Ablehnung der verbrauchenden Embryonenforschung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 58 59

Ablehnung des therapeutischen Klonens und der verbrauchenden Embryonenforschung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 82 91 92 96 104

Ethische Grenzen der Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung, Ablehnung der verbrauchenden Embryonenforschung

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 168-179

Konsensfindung zur EU-Förderung der embryonalen Stammzellforschung

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 608

Verhinderung einer Förderung der verbrauchenden Embryonenforschung durch die EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3810

Leiche

s.a. *Bestattung*
s.a. *Obduktion*
s.a. *Organspende*
s.a. *Pathologie*
s.a. *Tod*
s.a. *Transplantation (Medizin)*

Handel mit Leichen und Leichenpräparaten

Aufklärung der o.g. Vorgänge an der Universität Heidelberg seit 1978, Offenlegung der Ergebnisse der Innenrevision sowie einer Dienstvereinbarung mit dem Leichenplastinator G. v. H., Herkunft und Verbleib der Körperspenden zum Zwecke wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung, Vermarktung durch Herrn v. H. oder eine seiner Firmen, Höhe der Drittmittelannahmen der Universität Heidelberg, Unterbindung einer unberechtigten Verwendung des Professorentitels durch Herrn v. H.?

Antr GRÜNE 02.03.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2951
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.06.2004 Drs 13/3348 S. 26 27
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Menschenwürdiger Umgang mit verstorbenen Patienten an den Uniklinika in BW

Rechtsgrundlagen zur o.g. Thematik und Kontrolle der Einhaltung an den Universitätskliniken, Übergabe von unversorgt Verstorbenen aus der Pathologie an die Bestatter, Frage nach entsprechenden Vorwürfen gegenüber Stationen des Uniklinikums Freiburg, nach den Gründen und einer umfassenden Aufklärung der einzelnen Fälle; Konsequenzen aus den Vorkommnissen

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 30.06.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3331
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 49 50
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Ungenehmigte Obduktion am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Wiesloch

Aufklärung der o.g. Obduktion ohne Zustimmung des Betreuers oder der Angehörigen, Frage nach weiteren Fällen und Konsequenzen für den durchführenden Arzt sowie nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen, Beeinträchtigung der allgemeinen Akzeptanz von Obduktionen?

Antr
s. *Obduktion*
Drs 13/3630

Leichenöffnung

s. *Obduktion*

Leichnam

s. *Leiche*

Leichtathletik*Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Stuttgart?*

Unterstützung der o.g. Bewerbung der Stadt Stuttgart, Bewertung der Pläne zum Umbau des Daimler-Stadions zu einer reinen Fußball-Arena

MdlAnfr 2) Rolf Gaßmann SPD 05.05.2003 Drs 13/2037
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3036-3038

Imagegewinn durch internationale Leichtathletikveranstaltungen

Chancen für den Umbau des Gottlieb-Daimler-Stadions zu einer reinen Fußball-Arena bzw für den Erhalt als Leichtathletik-Stadion und damit als eine der wenigen verbliebenen Wettkampfstätten in Deutschland für o.g. Veranstaltungen, Frage nach Auswirkungen auf den daneben liegenden Olympiastützpunkt

KIAnfr Rolf Gaßmann SPD 25.06.2003 und Antw KM Drs 13/2196

Feststellung eines Mangels an internationaler Klasse bei den deutschen Leichtathleten mit Ausnahme des Sprinters Tobias Unger von Salamander Kornwestheim

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6754

Leiharbeit

s. *Arbeitnehmerüberlassung*

Leimen

Bau eines Freizeitbads iR einer öffentlich-rechtlichen Partnerschaft in Leimen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306 7310 7312

Leinfelden-Echterdingen

Gesprächsangebot gegenüber der Stadt Leinfelden-Echterdingen über die neue Landesmesse, Hinweis auf die Vorteile eines Messestandorts; Führung der Gäubahn über die S-Bahnstrecke durch L-E

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3370 3371 3373 3374 3376 3378 3380-3384

Würdigung der Kompromissbereitschaft der Stadt Leinfelden-Echterdingen zur neuen Landesmesse

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627

Beklagung des ablehnenden Votums des Gemeinderats von Leinfelden-Echterdingen zur neuen Landesmesse

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4147 4156 4160

Beklagung des ablehnenden Votums des Gemeinderats von Leinfelden-Echterdingen zur neuen Landesmesse

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4282 4294 4295

Beklagung des ablehnenden Votums des Gemeinderats von Leinfelden-Echterdingen zur neuen Landesmesse, Verzicht auf die angebotenen 35 Millionen Euro

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5243 5246-5248

Erinnerung an die Durchsetzung der neuen Landesmesse gegen den Widerstand der Stadt Leinfelden-Echterdingen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787

Leistungsprämie

s. Zulage zum Arbeitsentgelt

Leistungsprinzip

s.a. Note (Bewertung)

s.a. Zulage zum Arbeitsentgelt

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr

s. Wissenschaftler

Drs 13/210

Leistungsorientierte Mittelverteilung im Hochschulbereich

Bisherige Erfahrungen zur Erreichung der angestrebten Ziele, Beurteilung einer evtl Reduzierung, Ausgleich von Einbußen über Zuweisungen des Ministeriums; Information über die mit den Rektoren ausgehandelten neuen Modelle; Festhalten am System der leistungsorientierten Mittelverteilung auch für die FH und PH

Antr

s. Hochschule

Drs 13/2367

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr

s. Dienstrecht

Drs 13/3431

Orientierung des Besoldungs- und Dienstrechts am Leistungsprinzip

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 69 88 101

Orientierung des Besoldungs- und Dienstrechts am Leistungsprinzip

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202 208 211-213

Orientierung des Besoldungs- und Dienstrechts am Leistungsprinzip

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 971

Bekanntnis zum Leistungsprinzip in der Schule, Notwendigkeit der ständigen Prüfung des Leistungsstands aller Schüler

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1747 1748

Honorierung der Frauenförderung an den Hochschulen iRd leistungsorientierten Mittelverteilung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1856 1860

Orientierung des Besoldungs- und Dienstrechts am Leistungsprinzip

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2663 2665-2667

Weiterentwicklung der leistungsbezogenen Mittelverteilung an die Hochschulen

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3529 3533-3535 3542 3543 3591 3592 3594 3595

Definition der Elite über die Leistung, Schaffung weiterer Leistungsanreize für die Hochschulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234 4238-4240 4242

Orientierung des Besoldungs- und Dienstrechts am Leistungsprinzip

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5156

Einführung der leistungsorientierten Professorenbesoldung, Vergabe von Studienplätzen nach Leistung

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5227-5235

Einführung des Leistungsprinzips im Landesbesoldungsrecht, Abschaffung der Dienstaltersstufen, Bedenken des RH zur Ruhehaltfähigkeit von Leistungsbezügigen der Professoren

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5348-5353

Ausbau der Leistungsorientierung der Hochschulen und Berufsakademien mit dem neuen LHochschulGes

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5539-5542

Ausbau der Leistungsorientierung der Hochschulen und Berufsakademien mit dem neuen LHochschulGes

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5728 5741 5742

Stärkung der leistungsbezogenen Elemente bei der Besoldung der Polizeibeamten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6252 6256

Schaffung von mehr Leistungsanreizen im öffentlichen Dienst, Umsetzung der rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung von Leistungsstufen und -zulagen

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6360 6361

Verbindung der hohen Leistungsanforderungen der Schule mit sozialer Gerechtigkeit; Verankerung von Leistungselementen im öffentlichen Dienstrecht

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6960-6968 6987

Verankerung von mehr Leistungselementen im öffentlichen Dienstrecht

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7078 7079

Leistungsstufenverordnung

s. Zulage zum Arbeitsentgelt

Leistungszulage

s. Zulage zum Arbeitsentgelt

Leiterplattenwerk STP

s. Datenverarbeitungsindustrie

Leitplanke

s. Fahrbahnbegrenzung

Lenkungsgruppe Landesvermögen

s. Öffentliches Vermögen

Leonberg

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreiss Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr

s. Schulunterricht

Drs 13/1326

Notwendigkeit einer Verkleinerung des Wahlkreises Leonberg, Abgabe von Gemeinden an den Wahlkreis Böblingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5831 5832 5840-5842

Bezifferung der jährlichen Belastung infolge der privaten Vorfiananzierung des Engelbergbasistunnels in Leonberg

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7308

Lernbehinderung

s.a. Analphabetismus

s.a. Autismus

s.a. Verhaltensstörung

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, Ausbau der Kooperationsstunden der sonderpädagogischen Dienste, Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Integration von Rechenschwäche in die VwV zur Förderung von Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, Bereitstellung von Schulsozialarbeit und Angebote für besonders leistungsfähige Schüler, Integration von behinderten Kindern, Lehrerfortbildung für das Lernen mit dem Computer, Verdoppelung der Springerreserve, Absenkung des Klassenteilers

Antr

s. Grundschule

Drs 13/636

Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 17.04.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/927

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 05.06.2002 Drs 13/1109 S. 44

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und Rechtschreibens

Überarbeitung der Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Legasthenie von 1978, Aufnahme der Lehreraus- und -fortbildung sowie anderer Teilleistungsstörungen, entsprechende Ausrichtung der Diagnose und Unterrichtsmethoden

Antr

s. Schüler

Drs 13/1187

Beengte Platzverhältnisse in Schulbussen und ggf. negative Auswirkungen auf das Lern- und Leistungsverhalten von Schülern

KlAnfr

s. Ausbildungsverkehr

Drs 13/1206

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Unterrichtsversorgung im LKreis Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2179

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

FörderlehrerInnen an Grundschulen; erster Schritt zum Aufbau eines Unterstützungssystems an den allgemeinen Schulen

Einrichtung eines Unterstützungssystems für schwächere, lernbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder an der Grundschule; Bündelung von Stütz- und Förderstunden, Einstellung zusätzlicher Sonderschullehrkräfte und Fachlehrer

Antr
s. *Förderunterricht*
Drs 13/3229

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Verfügbare Stundenzahl an den allgemein bildenden Schularten für Lehrerreserve/Krankheitsvertretung, Stütz- und Förderunterricht, Förderunterricht für ausländische und rechenschwache Kinder sowie Legastheniker, für Arbeitsgemeinschaften, zusätzliche Klassen u.a. Maßnahmen; Vergleich der Daten des abgelaufenen Schuljahres mit denen der Schuljahre zuvor

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3473

Unterrichtsversorgung im LKreis Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4598

Vorwurf der Streichung von Stunden im Ergänzungsbereich für Schüler mit Lese-Rechtschreib-Schwäche

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 235 238

Zunahme der Zahl von Kindern mit Lese-/Rechtschreibschwäche und Rechenschwäche

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1479

Lernmittels. *Lehr- und Lernmittel***Lerntechnik***Selbstorganisiertes Lernen (SOL)*

Aufnahme des o.g. Fachs in die neue Studentafel des Berufskollegs Gesundheit und Pflege ohne Inhalte und Deputatszuweisung

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 14.05.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1011

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 74

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Modellprojekt LIPSA (Lern-, Interessen-, persönlichkeitsbildende Schüler-Angebote)

Zahl der am o.g. Projekt sowie am Reformvorhaben „Guter Start in der Hauptschule“ beteiligten Schulen, Klassen und Unterrichtsstunden; Bewertung der erzielten Ergebnisse

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 13/1426

Selbstorganisiertes Lernen an beruflichen Schulen

Stellenwert selbstorganisierter Lernformen an beruflichen Schulen, Auswirkungen auf den Unterrichtserfolg, Akzeptanz bei den Lehrkräften, Berücksichtigung iRd Lehreraus- und -fortbildung

Antr Georg Wacker u.a. CDU 21.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4274

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 23 24

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Leseförderungs. *Lesen***Lesekultur**s. *Lesen***Lesen***Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz*

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr

s. *Lernbehinderung*

Drs 13/927

Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und Rechtschreibens

Überarbeitung der Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Legasthenie von 1978, Aufnahme der Lehreraus- und -fortbildung sowie anderer Teilleistungsstörungen, entsprechende Ausrichtung der Diagnose und Unterrichtsmethoden

Antr

s. *Schüler*

Drs 13/1187

Reform der Grundschule vor dem Hintergrund der Länderauswertung der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung (IGLU und IGLU-E)

Auflistung der beteiligten BLänder, der Untersuchungsgegenstände und -ergebnisse der o.g. Vergleichsstudie; Rückschlüsse auf das Schulsystem in BW im nationalen und internationalen Vergleich; Konsequenzen für die Reformprojekte im Kindergarten- und Grundschulbereich

Antr

s. *Grundschule*

Drs 13/2835

Vermittlung von Lesekompetenz - Rolle der Bibliotheken

Bedeutung und Form der Vermittlung von Lesekompetenz in den neuen Bildungsplänen und in der Lehrerbildung unter Einbeziehung des Umgangs mit Bibliotheken, Förderung von Recherchekompetenz der angehenden Lehrer und Schüler in gedruckten und elektronischen Medien, Ausstattung und Nutzung von Bibliotheken an den Grund- und Hauptschulen, Unterstützung der Kooperationen von Schulen und öffentlichen Bibliotheken

Antr Georg Wacker u.a. CDU 23.06.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3298 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.12.2004 Drs 13/3991 S. 5

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Entwicklung einer neuen Lesekultur als Konsequenz auf die PISA-Studie, Initiativen zur Förderung der Lesekompetenz

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-736 739 741 743 744

Feststellungen der PISA-Studie zur Leseschwäche deutscher Schüler; Stärkung der Sprachkompetenz

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 993 994 1004

Probleme der Schüler in Deutschland beim Lesen und Rechnen nach den Feststellungen der PISA-Studie

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1366 1367

Feststellungen der PISA-Studie zur Leseschwäche deutscher Schüler; Stärkung der Sprachkompetenz bereits im Kindergarten

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1739-1741 1746 1749 1750

Feststellungen der PISA-Studie zur Leseschwäche deutscher Schüler; Stärkung der Sprachkompetenz

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1905 1906

Feststellungen der PISA-Studie zur Leseschwäche deutscher Schüler; Lesekompetenz der Schüler in Frankreich

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2608 2620

Feststellungen der PISA-Studie zur Leseschwäche deutscher Schüler; Stärkung der Sprachkompetenz

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2820 2821 2825 2827

Feststellungen der PISA-Studie zur Leseschwäche deutscher Schüler; Stärkung der Sprachkompetenz

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3619 3651

Abschneiden der Schüler des Landes bei der Internationalen Grundschul-Leseuntersuchung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4167 4168 4170

Lesekompetenz der Grundschüler nach der IGLU-Studie

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4261 4262 4275 4276

Bedeutung der Gemeindebüchereien für den Erwerb von Lesekompetenz der Kinder; Konsequenzen von Mittelkürzungen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5821

Feststellungen der PISA-Studie zur Leseschwäche deutscher Schüler

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288

Feststellungen der PISA-E-Studie 2003 zur Leseschwäche deutscher Schüler; Verweisung auf eine Verbesserung der Lesekompetenz im internationalen Vergleich

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6957-6962

Ermunterung der Eltern zum Vorlesen statt Fernsehen, Heranführung der Schüler an das Lesen der Tageszeitung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7057 7062 7064 7065

Feststellung einer geringfügigen Leistungssteigerung der Schüler im Lesen nach dem neuen PISA-Ländervergleich; Bedeutung der Leseförderung im Elternhaus

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7232 7233 7237 7243

Feststellungen der PISA-Studie 2000 zur Lesekompetenz deutscher Schüler

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935 7939 7998

Lese-Rechtschreib-Schwäche

s. *Lernbehinderung*

Leutkirch

Probleme der Firma KaVo in Leutkirch, Frage nach Hilfen der LReg

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6510

Leutkirch im Allgäu

Lückenschluss der A 96 zwischen Dürren und Gebrazhofen

Hinwirkung auf eine rasche Realisierung des o.g. Projekts unabhängig vom Bau der Tank- und Rastanlage bei Dürren

Antr

s. *Autobahn*

Drs 13/4455

LfK

s. *Landesanstalt für Kommunikation*

LfU

s. *Landesanstalt für Umweltschutz*

LfV

s. *Verfassungsschutz*

LGA

s. *Landesgewerbeamt*

Lichtenstern-Gymnasium

s. *Gymnasium*

Lichtsignalanlage

Optimierung der Steuerung im Straßenverkehr

Stand der Technik bei Lichtsignalanlagen zur Vermeidung von Staus an Verkehrsknotenpunkten, Hinwirkung auf kompatible Datenetze zur Optimierung der Abstimmung der Lichtsignale bei den Kommunen, Erstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung über eine flächendeckende Modernisierung der Telematik und digitalen Netzsteuerung

KlAnfr

s. *Verkehrslenkung*

Drs 13/1751

Senkung des Kraftstoffverbrauchs durch eine bessere Koordination von Ampelschaltungen

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3994

Lichy, Johanna MdL CDU

Ernennung zur politischen Staatssekretärin im Sozialministerium

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 38

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3001

Ernennung zur politischen Staatssekretärin im Sozialministerium

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133

Ernennung zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit und Soziales

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Ernennung zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit und Soziales

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7686

Liegenschaftskataster

s. Kataster

Limbach

Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr

s. Polizei

Drs 13/3889

Limpurger Rind

s. Rind

Linden-Museum

s. Museum

Linksextremismus

s. Radikalismus

Links-Herzkatheter-Messplatz

s. Medizinisches Gerät

Lions-Club

„Lions-Quest-Programm“ an Schulen in BW

Erfahrungen und Perspektiven des o.g. Programms zum sozialen Lernen, Ausbildung der Lehrer für dieses projekthafte Arbeiten, Weiterführung und Finanzierung durch die Lions-Clubs?

Antr

s. Sozialkompetenz

Drs 13/2922

Litauen

Begründung der Reise des WM mit einer Wirtschaftsdelegation nach Litauen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7143

Literaturarchiv

Erweiterung des Literaturarchivs in Marbach mit dem Neubau eines Museums der Literatur der Moderne

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Littenweiler, Ortsteil

s. Freiburg

LKA

s. Kriminalpolizei

Lkw

s. Nutzkraftfahrzeug

Lkw-Maut

s. Straßenbenutzungsgebühren

Lörrach

Gemeindefirtschaftsrecht

Beurteilung der Betätigung der Lörracher Stadtbau-GmbH und der kommunalen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft Nussloch im frei finanzierten Wohnungsbau

Antr

s. Gemeindefirtschaftsrecht

Drs 13/3222

Lörrach, Landkreis

Entwicklung und Förderung von Pflegeheimen in den LKreisen Lörrach und Waldshut

Zahl und Kategorien der beantragten zusätzlichen Pflegeplätze, Einschätzung des künftigen Bedarfs, Höhe des aktuellen und beantragten Fördervolumens

KlAnfr

s. Pflegeheim

Drs 13/2633

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten im Landtagswahlkreis 59

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; jeweiliger Mittelanteil des Bundes und Landes; Stand der Bearbeitung der noch anhängigen Förderanträge

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/3627

Loffenau

Verhinderung der geplanten Windkraftanlagen in Loffenau durch Untersagung der Nutzung der staatlichen Waldwege

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7022 7023

Lohnkosten

s.a. Personalkosten

Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland

Umfang, Ursachen und Auswirkungen der o.g. Entwicklung differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen; Einschätzung der weiteren Entwicklung nach dem EU-Beitritt der MOE-Staaten, Vergleich der dortigen Arbeitskosten mit denen in der EU; Strategien der Unternehmen zur Vermeidung einer Verlagerung bzw zur Rückverlagerung; Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verhinderung weiterer Arbeitsplatzverluste hierzulande

Antr

s. Betriebsänderung

Drs 13/3096

Feststellung eines Anstiegs der Lohnnebenkosten als Folge von Versäumnissen der BReg; Reduzierung des Rentenbeitrags mit dem Aufkommen aus der Ökosteuer

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 71 84 85 93 113 122

Anstieg der Lohnnebenkosten durch Beitragserhöhungen der Krankenkassen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 125-127 130 154 157 159 165 166

Zunahme der Lohnnebenkosten entgegen dem angekündigten Abbau durch die BReg

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499 501 502 504 506 507

Feststellung eines Rückgangs der Lohnnebenkosten seit 1998, Verfehlung der versprochenen Absenkung unter 40 %

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803 815

Senkung der Lohnnebenkosten mit Hilfe der Ökosteuer; Feststellung eines Anstiegs der Sozialquoten

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 866-868 875 912

Anstieg der Lohnnebenkosten durch Beitragserhöhungen der Krankenkassen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1420

Senkung der Lohnkosten durch eine höhere Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1676 1682 1686 1714 1721

Verfehlung der mit dem 630-DM-Gesetz angestrebten Senkung der Lohnzusatzkosten

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813

Anstieg der Lohnnebenkosten trotz der Ökosteuer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2117 2122 2134

Senkung der Lohnnebenkosten mit der Agenda 2010, Erinnerung an die Finanzierung der deutschen Einheit über die Lohnnebenkosten

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3018 3020-3023

Anmahnung von Anstrengungen zur Senkung der Lohnnebenkosten

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386 3391

Verhinderung höherer Rentenversicherungsbeiträge und damit höherer Lohnnebenkosten, Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3630 3638

Arbeitskosten in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern, Produktionsverlagerungen nach Moldawien und Rumänien wegen den dort noch niedrigeren Lohnkosten

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769 4771 4776 4778

Höhe der Arbeitskosten in BW u.a. BLändern, Plädoyer für eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190 5192 5195-5197 5201

Notwendigkeit einer Senkung der Lohnnebenkosten, Feststellung eines Rückgangs der Lohnstückkosten seit 1999

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6142 6150 6156

Bezeichnung der Lohnnebenkosten als Wachstumsbremse, Vorschläge zur Senkung der Lohnnebenkosten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6404 6406

Entwicklung der Lohnnebenkosten seit 1982

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6547

Senkung der Lohnnebenkosten mit den Mehreinnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969-6982

Nutzung einer Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Lohnnebenkosten

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7294 7296 7347 7354

Lohnnebenkosten

s. *Lohnkosten*

Lohnsteuer-Außenprüfung

s. *Steuerprüfung*

Lokale Agenda 21

s. *Agenda 21*

Lokomotive

s. *Schienefahrzeug*

Lorch

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rotenhar bis Ortsausgang Frickenhofen

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 13/2108

Losbrieflotterie

s. *Lotterie*

Lotterie

s.a. *Spiel*

s.a. *Toto-Lotto GmbH*

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Bericht über aktuelle Entwicklungen im Lotteriewesen

Mittlg FM 29.05.2002 Drs 13/1039

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1116

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1888

Bezuschussung einer Schießanlage aus Lotteriemitteln

Förderung von Baumaßnahmen an der Schießanlage der Kreisjägersvereinigung Heilbronn aus Mitteln der Glücksspirale, Begründung der Notwendigkeit des Tontaubenschießens als Training für die Jagdausübung

KlAnfr

s. *Schießstand*

Drs 13/1822

Privatlotterie Glücksspirale - Erträge für Natur- und Umweltschutz

Frage nach dem Auswahlgremium und den bisher geförderten Projekten; Beteiligung des LandwirtA und des Umwelt- und VerkA sowie des Landesnaturschutzbeirats an der Projektauswahl

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 09.07.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2248
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 11 12
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Vergabe der Erträge aus der Glücksspirale

Verfahren und Kriterien der Mittelvergabe durch das UVM; Verwendung zur Sanierung von Wurftaubenschießanlagen, Anteil von Eigenmitteln der Vereine; Vergabe von Mitteln zur Förderung der Naturparke; Einsatz der Mittel für gemeinnützige Zwecke? Auszahlung der Erträge direkt an Verbände oder Stiftungen zur Förderung von Natur- und Umweltschutzprojekten

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 05.08.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2341
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 11 12
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Sanierung von Wurftaubenschießanlagen

Vorhandene und notwendige Zahl o.g. Anlagen; Umfang und Kosten des Sanierungsbedarfs; Bezuschussung aus Mitteln der Glücksspirale, aus Sportfördermitteln und dem Aufkommen der Jagdabgabe; Bildung und Einsatz von Eigenmitteln der Sportvereine und des Landesjagdverbands; Frage nach Problemen im Genehmigungsverfahren

Antr
 s. *Schießstand*
 Drs 13/2348

Entwicklung beim Fernsehsender BTV 4 U

Anteil von Glücksspielsendungen am Gesamtprogramm, Teilnahme nur über die im Besitz des Lizenznehmers befindlichen Serviceleitungen als kostenpflichtige Anrufe, Bewertung als Geldeinsatz und damit als Lotterie; Darlegung der Rolle des Senders iR eines landesweiten privaten Fernsehprogramms

Antr
 s. *Fernsehprogramm*
 Drs 13/2554

Mittlg der LReg vom 19.12.2003 - Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Staatsvertrags über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Mittlg LReg 22.12.2003 Drs 13/2776
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.01.2004 Drs 13/2827
 PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144
 PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland

Mittlg LReg 17.02.2004 Drs 13/2936 (23 S.)
 PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.03.2004 Drs 13/3025
 PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4688

Ges zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

GesEntw LReg 08.03.2004 Drs 13/3000 (12 S.)
 1. Beratung PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4680-4682
 BeschlEmpf und Bericht FinA 22.04.2004 Drs 13/3118
 2. Beratung PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4809-4813
 GesBeschl 05.05.2004 Drs 13/3194
 GBI 2004 Nr. 7 S. 211-213 (Ges vom 11.05.2004)
 Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2004 Nr. 10 S. 582

Staatliche Wetten und Lotterien in BW

Entwicklung der jeweiligen Umsätze und Einnahmen des Landes, Beurteilung der Perspektiven vor dem Hintergrund elektronischer Spielmöglichkeiten und des Internet; Gründe und Folgen der Ablehnung der mit Hessen, RPF und dem Saarland entwickelten KENO-Lotterie durch den MinPräs; Bewertung des staatlichen Monopols auf Lotterien und Sportwetten als Verstoß gegen europäisches Recht durch den hessischen Verwaltungsgerichtshof; Begründung der Wirksamkeit des staatlichen Monopols mit dem neuen Staatsvertrag der Länder zum Lotteriewesen? Einführung der KENO-Lotterie auch in BW

Antr SPD 23.03.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3047
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 05.05.2004 Drs 13/3169
 PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4809-4813
 Mittlg LReg 30.12.2004 Drs 13/3931

Ges zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland

GesEntw LReg 27.04.2004 Drs 13/3140 (30 S.)
 1. Beratung PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4860-4864
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 06.05.2004 Drs 13/3170
 2. Beratung PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4943-4946
 GesBeschl 09.06.2004 Drs 13/3256
 GBI 2004 Nr. 8 S. 274-279 (Ges vom 09.06.2004)
 Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2004 Nr. 10 S. 582

Ges über staatliche Lotterien, Wetten und Ausspielungen (StaatslotterieGes - StLG)

Zusammenfassung der bisher in verschiedenen Gesetzen geregelten Materie; Regelung der Befugnis des Landes sowie der ordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Veranstaltung staatlicher Glücksspiele; Bestimmung der Höhe der Gewinnausschüttungen und Verwendung der Reinerträge; Außerkrafttreten der bisherigen Gesetze über Sportwetten, Pferdewetten, Zahlenlotto, Zusatzlotterien und die Losbrieflotterie

GesEntw LReg 04.11.2004 Drs 13/3719 (12 S.)
 1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5634
 BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2004 Drs 13/3786
 ÄAntr GRÜNE 01.12.2004 Drs 13/3845
 2. Beratung PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5699-5705
 GesBeschl 08.12.2004 Drs 13/3899
 GBI 2004 Nr. 17 S. 894 895 (Ges vom 14.12.2004)

Einführung einer Zahlenlotterie KENO und einer Zusatzlotterie Plus 5

Antr FM 17.01.2005 Drs 13/3947
 BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4012 V. S. 5
 PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Ges zur Ausführung des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (AusführungsGes zum Lotteriestaatsvertrag - AG-LottStV)

Ermöglichung der Erteilung einer allgemeinen Erlaubnis für ordnungsrechtlich weniger bedeutsame Veranstaltungen, Regelung der Zuständigkeiten für den Vollzug des Staatsvertrags und dieses Gesetzes sowie der Ordnungswidrigkeitentatbestände

GesEntw LReg 21.06.2005 Drs 13/4410 (12 S.)

1. Beratung PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6828-6832

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4496

2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6933 6934

GesBeschl 27.07.2005 Drs 13/4567

GBI 2005 Nr. 12 S. 586 587 (Ges vom 28.07.2005)

Lottoverkauf in Supermärkten

Entwicklung des durch die Novellierung des Lotteriestaatsvertrags möglichen Verkaufs von Lotteriescheinen in Supermärkten, Auswirkungen auf die wirtschaftliche Existenz der Einzelhandelsgeschäfte mit Lotto-Annahmestellen, Frage nach möglichen Konsequenzen

Antr Nils Schmid u.a. SPD 15.09.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4643

BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 14
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vereinbarkeit des staatlichen Monopols auf Lotterien und Sportwetten mit europäischem Recht, Verweisung auf Entscheidungen des EuGH und des hessischen Verwaltungsgerichtshofs

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4680

Frage nach der künftigen Partizipation des Sports an den Wettmitteln, Ablehnung einer vom DFB angekündigten eigenen Sportwette

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6749 6756

Durchsetzung der Datenschutzrechte bei der Werbung für die Teilnahme an Lotteriespielen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7038 7039

Lotteriewesen

s. Lotterie

Lotto

s. Lotterie

LPVG

s. Personalvertretung

Luchs

Vorkommen und Schutz des Luchses in BW

Verbreitung des Luchses in BW, Bemühungen zur Sicherung und zum Ausbau der Bestände in Zusammenarbeit mit dem benachbarten Ausland, Meldung der Vorkommen für das europäische Schutzgebietsnetz

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 17.09.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3557

BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 75 76

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Ludwigsburg

s.a. Filmakademie

s.a. Filmfestspiele

s.a. Hochschule für öffentliche Verwaltung

s.a. Medien- und Filmgesellschaft

s.a. Pädagogische Hochschule

s.a. Porzellanmanufaktur

Frauenklinik am Zuckerberg in Ludwigsburg

Gründe und Auswirkungen einer Schließung der o.g. Klinik

MdlAnfr

s. Frauenklinik

Drs 13/62

Geburtshilfe und Geburtsmedizin - Frauenklinik am Zuckerberg in Ludwigsburg

Ermöglichung der Parallelität bzw Kooperation mit dem Klinikum Ludwigsburg; Durchführung einer Anhörung zum Thema „Qualitätsorientierte und frauenfreundliche Geburtshilfe in BW“, Aussetzung der Schließung von kleinen Geburtshilfeeinrichtungen bis zur Vorlage des Ergebnisses dieser Anhörung

Antr

s. Frauenklinik

Drs 13/129

Empfang zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr

s. Geburtstagsfeier

Drs 13/2481

Kosten des Empfangs zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr

s. Geburtstagsfeier

Drs 13/2551

Verkaufsverhandlungen bei der Porzellan-Manufaktur Ludwigsburg

Gründe und Ergebnisse von Verkaufsgesprächen über Anteile an dem landesbeteiligten Unternehmen, Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich mit anderen Porzellan-Manufakturen in Deutschland

Antr

s. Porzellanmanufaktur

Drs 13/3543

Verkauf des Landesanteils an der Porzellan-Manufaktur Ludwigsburg GmbH

Antr

s. Porzellanmanufaktur

Drs 13/3822

Europäisches Filmfestival Stuttgart-Ludwigsburg

Akzeptanz und Ausstrahlung der o.g. Veranstaltung; bisherige Förderung mit Mitteln des Landes bzw der Medien- und Filmgesellschaft; Gründe und Auswirkungen der Streichung, insbes auf den Film-, Medien- und Wirtschaftsstandort Stuttgart-Ludwigsburg; Einflussnahme auf den Meinungsbildungsprozess bei der Stadt Stuttgart? Frage nach geplanten Alternativen

KlAnfr
s. *Filmfestspiele*
Drs 13/3869

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/5184

Ausbau der Filmakademie in Ludwigsburg
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56 57

Ausbau der Filmakademie in Ludwigsburg
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 643

Begrüßung der neuen Verkehrsrechnerzentrale in Ludwigsburg
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2277 2283

Auswirkungen der Insolvenz von B.TV für den Medienstandort Ludwigsburg; Ansiedlung des Reisesenders „sonnenklar TV“ in Ludwigsburg
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2317 2322 2325

Bedeutung der Filmakademie sowie der Fernsehsender B.TV und „sonnenklar TV“ für den Medienstandort Ludwigsburg
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2861 2863 2868 2869

Erinnerung an die Rede von Charles de Gaulle an die deutsche Jugend auf dem Schlosshof in Ludwigsburg; Würdigung der Deutsch-Französischen Filmakademie in Ludwigsburg
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6356 6358

Verweisung auf den Ausbau der Schulsozialarbeit in Ludwigsburg
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7184

Ludwigsburg, Landkreis

Unterrichtsversorgung im LKkreis Ludwigsburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1149

Lehrerstellen

Zahl und Art der zum neuen Schuljahr im LKkreis Ludwigsburg eingestellten bzw nicht berücksichtigten Lehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2361

Auszählung der Regionalwahl im LKkreis Ludwigsburg

Zustandekommen der Auszählungspanne; Maßnahmen zur Vermeidung solcher Fehler im Vorfeld der Wahl und bei der Aus-

zählung, z.B. durch Erfassung der Zahl der Wahlberechtigten vor der Wahl; Beurteilung der mangelhaften Information des Kreiswahlausschusses bei seiner Beratung des vorläufigen Endergebnisses

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/3416

Abordnungen von Lehrkräften im LKkreis Ludwigsburg

Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schulen an das Ministerium, Schulämter, LEU u.a. Einrichtungen; Umfang der entzogenen Deputate in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/3772

Intensität und Effizienz von Lebensmittelkontrollen im LKkreis Ludwigsburg; Frage nach der Ausprägung eines Kreisgefühls im LKkreis Ludwigsburg

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4644 4663 4670 4671

Luft- und Raumfahrtindustrie

Struktur und Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie in BW

Schwerpunkte und Wachstumsperspektiven o.g. Unternehmen, Impulse für die Forschungsinfrastruktur, Kooperation mit Hochschulen sowie den Raumfahrtbehörden NASA und ESA, Auswirkungen eines möglichen Verkaufs der Anteile von Daimler-Chrysler an der EADS auf den Standort BW, Förderung des Aufbaus eines Kompetenz- und Kooperationsnetzwerks

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 26.09.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1348 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 23 24
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Bedeutung der Luft- und Raumfahrtindustrie in BW

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4292

Luftfahrt

s.a. *Fluggast*
s.a. *Flughafen*
s.a. *Flughafengebühren*
s.a. *Flugpersonal*
s.a. *Flugplatz*
s.a. *Flugunfall*
s.a. *Flugzeug*
s.a. *Luft- und Raumfahrtindustrie*
s.a. *Luftfrachtverkehr*
s.a. *Luftverkehrssicherheit*

Lufttraumstruktur in BW

Art, Rechtsgrundlagen und Erfahrungen der Entwicklungen seit 1999; Beteiligung des Landes, der Kommunen und der vom Fluglärm Betroffenen

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 12.06.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/5
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 08.11.2001 Drs 13/488 S. 9
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Luftverkehrskonzeption für BW

Darstellung der Entwicklung des Flugverkehrs der letzten fünf Jahre, Berücksichtigung des Anstiegs der Lärmbelastung, Beurteilung der Ausbaupläne der Flughafen Stuttgart GmbH; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr SPD 11.07.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/76
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1189-1203

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 18 19

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 13/326

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in BW, Auswirkungen der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich; Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei den Ausbauplanungen; Anreize für eine Verlagerung von Luftfracht nach Karlsruhe/Baden-Baden und Lahr; Stand und Zumutbarkeit der Belastungen im Filderraum durch Lärm, Schadstoffe, neue Messe u.a.; Frage nach Machbarkeitsstudien für eine zweite Landebahn in Stuttgart, nach einer Gesamtbeurteilung aller Einzelmaßnahmen sowie Vereinbarkeit mit den Zielen des Umweltplans

GrAnfr FDP/DVP 05.12.2001 und Antw UVM Drs 13/545 (15 S.)

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2410-2434

Lärmentlastung auf den Fildern

Mitteinsatz und Zeitplan zur Umsetzung von Vorschlägen des Lärminderungsplans Filder, u.a. auch im Bereich des Luftverkehrs; Tempolimits auf der A 8 zwischen Stuttgarter Kreuz und Anschlussstelle Flughafen sowie auf der B 27 zwischen Flughafen und Aichtalbrücke

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/939

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zusammenarbeit zwischen den Flughäfen Basel-Mulhouse-Freiburg, Lahr, Karlsruhe-Söllingen und Straßburg; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotzeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Söllingen, An-

strebung einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr GRÜNE 30.08.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1284

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3433-3438

Fluglärm in Stuttgart

Entwicklung der zusätzlichen Flugbewegungen und Lärmbelastung von Hubschraubern und Kleinflugzeugen über dem Stadtgebiet seit 1999; Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm durch Freizeitflüge

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1503

Luftverkehrskonzeption für BW

Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den einzelnen Standorten und der Verlagerung von Anteilen zwischen Flughäfen in BW und angrenzenden Ländern; Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz des Regionalflughafens Söllingen sowie des Baden Airparks mit der Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH; Perspektiven für einen Verkehrslandeplatz im Wirtschaftsraum Heilbronn; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr SPD 13.11.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1505
ÄAntr SPD 22.01.2003 Drs 13/1689

ÄAntr CDU und FDP/DVP 21.01.2003 Drs 13/1692
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2410-2434

Mittlg LReg 30.07.2003 Drs 13/2316

Lärmgrenzwerte für Kleinflugzeuge

Grenzwerte und Flugbeschränkungen für Kleinflugzeuge

MdlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1580

Fluglärm

Nächtliche Kontrolle der Fernwärmeleitungen aus der Luft im Auftrag der NWS im Großraum Stuttgart ohne vorherige Information der betroffenen Bevölkerung, der Polizei oder des Stuttgarter Flughafens; eingesetzter Flugzeugtyp, Flughöhe und Fluglärm, insbes im Bereich Esslingen-Jägerhof; Gewährleistung der künftigen Information von Bürgerschaft und Behörden

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1814

Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr; Zustimmung der LReg im BRat bzw Vermittlungsausschuss

Zustimmung bei der Beratung des Steuervergünstigungsabbau-Ges

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1935

Subventionsabbau und Beendigung der Blockadepolitik im BRat

Hinwirkung auf Abschaffung der Kohlesubventionen, Rückführung der Eigenheimzulage auf die energetische Sanierung und den Erwerb von Altbauten, Abbau der Entfernungspauschale sowie der Subventionierung innereuropäischer Flüge durch Er-

hebung des vollen Mehrwertsteuersatzes; Bericht über die Verhandlungsposition auf Bundesebene im FinA

Antr
s. *Subvention*
Drs 13/2190

Keine Zuschüsse des Landes für die Baden-Airpark GmbH

Verzicht auf eine weitere Subventionierung über die Beteiligung an der Flughafen Stuttgart GmbH; Erarbeitung einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze sowie der grenznahen Flughäfen in Frankreich und der Schweiz; Drängen auf Vorlage eines tragfähigen Geschäftskonzepts für den Flughafenstandort Karlsruhe-Söllingen

Antr SPD 18.07.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2287

Interessenkonflikte von Herrn Verkehrsminister Ulrich Müller in seiner Doppelfunktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Airpark GmbH und zuständiger Minister für den Flugverkehr

Darlegung der o.g. Interessenkollision an der Entscheidungskompetenz des Ministers bzw des nachgeordneten RegPräs Freiburg für die vom Mitkonkurrenten Black-Forest-Airport beantragte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bzw Passagierfluggenehmigung für Lahr und die vom Baden-Airport dagegen erhobene Einrede; Verweisung auf die Niederlegung der Aufsichtsratsmandate durch den früheren MinPräs Filbinger und den hessischen MinPräs Koch bei ähnlichen Konstellationen; Frage nach entsprechenden Konsequenzen von Minister Müller

Antr
s. *Minister für Umwelt und Verkehr*
Drs 13/2442

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Beurteilung der von Regierungs- und Koalitionsvertretern geäußerten juristischen und ordnungspolitischen Argumente gegen eine Ablehnung des o.g. Antrags; Umsetzung des Vorschlags des MinPräs zur Abgabe der Flugplätze Lahr und Söllingen an einen privaten Betreiber; rasche Erteilung der Passagierfluggenehmigung für Lahr; Appell an Verkehrsminister Müller zur Niederlegung seines Aufsichtsratsmandats beim Baden-Airport zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/3065

Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbepark Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/3589

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bodenseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirtschaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik von-

seiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten, Anstrengung eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer Vereinbarung?

KlAnfr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3599

Ablassen von Treibstoff aus Sicherheitsgründen über dem Gebiet des Landes

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Gesundheit sowie der Entscheidungsabläufe und Informationspolitik vonseiten der Schweiz

Antr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3618

Steuerliche Benachteiligung des Schienenverkehrs gegenüber dem Luftverkehr korrigieren

Mitwirkung im BRat an einer Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Fahrpreise im Schienenfernverkehr auf 7 % sowie anteilige Einführung der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge im deutschen Luftraum

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4017

Flughafen Lahr

Beurteilung und Konsequenzen der Entscheidung des VGH Mannheim zur Erteilung einer Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Festhalten an den luftverkehrspolitischen Zielsetzungen; Schaffung der Voraussetzungen für eine rechtskonforme Versagung der o.a. Passagierfluglizenz; Einstellung der Schuldendiensthilfe für den Flughafen Söllingen über die Flughafen Stuttgart GmbH; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Luftverkehr

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/4132

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Verzicht auf eine Beschwerde gegen die Nicht-Zulassung der Revision gegen das Urteil des VGH Mannheim; Anweisung des RegPräs Freiburg zu einer positiven Bescheidung des Antrags auf Erteilung der o.g. Genehmigung; Ausstieg aus der weiteren Subventionierung der Flughafeninfrastruktur im Land; Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/4138

„Alternative Entgeltvereinbarung“ für den Linienflugverkehr beim Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (FKB)

Ausgestaltung der o.g. Vereinbarung, einbezogene Fluggesellschaften und Fluglinien

MdlAnfr
s. *Flughafen Söllingen*
Drs 13/4532

Antrag auf Durchführung einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Luftsicherheitsbehörde nach § 7 Abs 1 Nummer 4 LuftsicherheitsGes

Verpflichtung der Piloten und Flugschüler zur Einreichung des o.g. Antrags als Voraussetzung für den Erhalt ihrer Fluglizenz; Beurteilung des Aufwands zur Abgabe und Überprüfung der geforderten persönlichen Angaben, u.a. Nachweis der Wohnorte der letzten zehn Jahre, sowie des evtl Sicherheitsgewinns; Eintreten für eine unbürokratische Regelung?

KlAnfr

s. *Luftverkehrssicherheit*

Drs 13/4714

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Ablehnung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/5043

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für innereuropäische Flüge

Antr

s. *Klima*

Drs 13/5065

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Erteilung der beantragten beschränkten Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr; Hinwirkung auf eine sinnvolle Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Flughafenstandorten Stuttgart und Söllingen; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

ÄAntr SPD 01.02.2006 Drs 13/5110

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7760-7769

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr

s. *Flugplatz Lahr*

Drs 13/5206

Weiterentwicklung des Flugverkehrskonzepts mit den vier Flughäfen in BW

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69

Einbrüche im Luftverkehr nach dem 11. September; Unterstützung der europaweiten Einführung einer Kerosinsteuer; Annahmung des Luftverkehrskonzepts BW

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 613-616 619

Forderung nach einem Luftverkehrskonzept, Verbindung mit der Frage nach einer zweiten Start- und Landebahn auf dem Flughafen Stuttgart

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1024 1030 1034 1037

Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des Schienenverkehrs gegenüber der Luftfahrt

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1589 1594 1600 1604

Klärung der Verantwortung der Schweizer Skyguide an der Flugzeugkollision über dem Bodensee; Lärmbelastung der Anwohner durch die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich über dem südlichen Landesteil, Reaktion auf die Ablehnung des neu ausgehandelten Luftverkehrsabkommens durch das Schweizer Parlament

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796-1804

Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit des Schienenverkehrs gegenüber der Luftfahrt

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2205

Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2654

Verknüpfung des Stuttgarter Flughafens mit der neuen Landesmesse, Annahme einer Verdoppelung des Flugverkehrs bis 2015; Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr; verbesserter Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3374 3376 3377 3385 3433-3438

Annahmung des Luftverkehrskonzepts BW

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4067

Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr; Notwendigkeit einer Kerosinsteuer

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Luftfahrtindustrie

s. *Luft- und Raumfahrtindustrie*

Luftfahrtunternehmen

s. *Luftverkehrsunternehmen*

Luftfrachtverkehr

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in BW, Auswirkungen der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich; Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei den Ausbauplanungen; Anreize für eine Verlagerung

von Luftfracht nach Karlsruhe/Baden-Baden und Lahr; Stand und Zumutbarkeit der Belastungen im Filderraum durch Lärm, Schadstoffe, neue Messe u.a.; Frage nach Machbarkeitsstudien für eine zweite Landebahn in Stuttgart, nach einer Gesamtbeurteilung aller Einzelmaßnahmen sowie Vereinbarkeit mit den Zielen des Umweltplans

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Luftverkehrskonzeption für BW

Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den einzelnen Standorten und der Verlagerung von Anteilen zwischen Flughäfen in BW und angrenzenden Ländern; Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz des Regionalflughafens Söllingen sowie des Baden Airparks mit der Beteiligung der Flughafen Stuttgart GmbH; Perspektiven für einen Verkehrslandeplatz im Wirtschaftsraum Heilbronn; Vorlage einer umfassenden Luftverkehrskonzeption unter Einbeziehung aller Flughäfen und Verkehrslandeplätze im Land sowie unter Berücksichtigung der Flughäfen in Grenznähe

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1505

Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden

Bisherige und evtl künftig notwendige Mittelbereitstellung des Landes und der regionalen Gebietskörperschaften infolge der Übernahme des Regionalflughafens Söllingen und des Baden-Airparks; Entwicklung der Fluggastzahlen und des Frachtaufkommens, benötigte Schwellenwerte für einen wirtschaftlich tragfähigen Betrieb, Entwicklungschancen für den Gewerbetrieb und den geforderten direkten Autobahnanschluss

Antr
s. *Flughafen Söllingen*
Drs 13/1508

Prognostizierte Zunahme des Luftfrachtaufkommens bis zum Jahr 2010, entsprechende Anpassung der Flughafeninfrastruktur

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1190 1191 1199

Lufthansa

s. *Luftverkehrsunternehmen*

Luftkurort

s. *Kurort*

Luftmessstation

s. *Messgerät*

Luftqualitätsrichtlinie

s. *Immissionsschutz*

Luftraum

s. *Luftfahrt*

Luftreinhalteplan

s. *Immissionsschutz*

Luftreinhaltung

s. *Immissionsschutz*

Luftsicherheit

s. *Luftverkehrssicherheit*

Luftsicherheitsgebühren

s. *Flughafengebühren*

Luftverkehr

s. *Luftfahrt*

Luftverkehrsgesellschaft

s. *Luftverkehrsunternehmen*

Luftverkehrssicherheit

Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr SPD 17.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/326
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796-1804

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bodenseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirtschaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik vonseiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten, Anstreben eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer Vereinbarung?

KIAnfr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3599

Ablassen von Treibstoff aus Sicherheitsgründen über dem Gebiet des Landes

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Gesundheit sowie der Entscheidungsabläufe und Informationspolitik vonseiten der Schweiz

Antr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3618

Fragen zu den Kosten des Betriebs des Flughafens Lahr als Verkehrsflughafen

Höhe der Kosten für Luftsicherheitskontrolltechnik und -maßnahmen, Deckungsanteil über Einnahmen aus Luftsicherheitsgebühren

KIAnfr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/4154

Ermittlungen nach dem LuftsicherheitsGes

Vereinbarkeit des LuftsicherheitsGes mit dem Gebot der Normenklarheit bzw der Zugänglichkeit und Verständlichkeit des aufgeführten Katalogs von strafrechtlichen Tatbestandsmerkmalen; Darlegung der Fälle des Aufgriffs von Fluggästen mit verbotenen Gegenständen im Sicherheitsbereich von Flughäfen, der jeweiligen Konsequenzen bis zur Datenspeicherung im Polas-System selbst nach Verfahrenseinstellungen

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 02.06.2005 und Antw IM Drs 13/4375

Antrag auf Durchführung einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Luftsicherheitsbehörde nach § 7 Abs 1 Nummer 4 LuftsicherheitsGes

Verpflichtung der Piloten und Flugschüler zur Einreichung des o.g. Antrags als Voraussetzung für den Erhalt ihrer Fluglizenz: Beurteilung des Aufwands zur Abgabe und Überprüfung der geforderten persönlichen Angaben, u.a. Nachweis der Wohnorte der letzten zehn Jahre, sowie des evtl Sicherheitsgewinns; Eintreten für eine unbürokratische Regelung?

KlAnfr Dr. Walter Döring FDP/DVP 11.10.2005 und Antw IM Drs 13/4714

Maßnahmen zur Verstärkung der Luftverkehrssicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364

Sicherheitsmaßnahmen im Flugverkehr aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Erwägung von Flugverbotszonen über KKW

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 484 486-488 491 493-495

Beurteilung der Flugsicherheit nach den Terroranschlägen in den USA und der Flugzeugkollision über dem Bodensee, Beklagung von Organisationsdefiziten bei der Schweizer Skyguide, Anstrengung eines einheitlichen europäischen Luftraums, Einrichtung einer gemeinsamen Luftverkehrskontrollgruppe von Skyguide und DFS

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1733 1796-1804

Maßnahmen zur Verstärkung der Luftverkehrssicherheit nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7171

Maßnahmen zur Verbesserung der Luftsicherheit zum Schutz von Kernkraftwerken vor Selbstmordanschlägen mit Flugzeugen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7708 7709 7716

Luftverkehrsunternehmen*Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW*

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr
s. *Luftverkehrssicherheit*
Drs 13/326

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Faktoren und Daten zur Entwicklung des Passagier- und Frachtaufkommens an den Standorten in Stuttgart,

Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen; Abwanderung von Fluggästen und -gesellschaften aufgrund der Investitionen in Frankfurt, München, Basel-Mulhouse, Straßburg und Zürich; Berücksichtigung der prognostizierten Zuwächse bei den Ausbauplanungen

GrAnfr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/545

Weitergabe von Fluggastdaten an die USA

Zustimmung der EU-Kommission zum o.g. Begehren von US-Behörden bzw Zugriff auf die entsprechenden Datenbanken der Fluggesellschaften, Vereinbarkeit mit der EU-Datenschutzrichtlinie und internationalen Wirtschafts- und Handelsabkommen, Konsequenzen einer Weigerung vonseiten der Fluggäste und -unternehmen

Antr
s. *Fluggast*
Drs 13/1904

Subventionierung von Flugverkehrsangebietern am Standort Baden Airport

Subventionierung der Luftsicherheitsgebühren für die Billigfluglinie Ryanair unter Inanspruchnahme der u.a. vom Land gewährten Investitionszuschüsse? Auswirkungen auf den Wettbewerb zwischen den einzelnen Flughafenstandorten

Antr
s. *Flughafen Söllingen*
Drs 13/2457

Wirtschaftliche Risiken bei der Baden-Airpark GmbH

Erwartete Passagierzahlen und Anteile von Billigfluggesellschaften in den nächsten fünf Jahren, Auswirkungen der angekündigten kostenlosen Flugtickets bei Ryan Air auf die Bilanzen der Flughafengesellschaft; Information des WirtA über die wirtschaftlichen Daten und Prognosen als Grundlagen zur Entscheidung über den Bau des neuen Terminals

Antr
s. *Flughafen Söllingen*
Drs 13/3523

Die Übernahme der Fluggesellschaft Swiss durch die Deutsche Lufthansa und mögliche Auswirkungen auf die Fluglärmpolitik am Hochrhein

Überlegungen zur Veränderung des Anflugregimes für den Flughafen Zürich? Verhinderung einer Aufweichung der bisherigen und künftigen Entlastungsschritte

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/4183

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw

s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

„Alternative Entgeltvereinbarung“ für den Linienflugverkehr beim Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden (FKB)

Ausgestaltung der o.g. Vereinbarung, einbezogene Fluggesellschaften und Fluglinien

MdlAnfr
s. *Flughafen Söllingen*
Drs 13/4532

Krise der Luftverkehrsgesellschaften nach den Terroranschlägen in den USA

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1197

Vergleich der Streckennetzplanung der Lufthansa und der Bahn AG

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1589 1594

Vorwurf einer Subventionierung von Billigfluglinien am Flughafen Söllingen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4329-4332 4338 4340

Kritik an der Subventionierung von Billigfluglinien am Flughafen Söllingen, Entwicklung der Passagierzahlen in Stuttgart und Söllingen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6892-6897 6928 6929

Lungenkrebs

s. *Krebs (Krankheit)*

Lusthausruine

s. *Kulturdenkmal*

LUVPG

s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*

LVA

s. *Landesversicherungsanstalt*

Lymphdrainage

s. *Heilverfahren*

Mädchen

s.a. *Kinderschutz*

Arbeitslose Jugendliche - Anwerbungsaktion des WM

MdlAnfr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/62

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen

des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/182

Schwangerschaft bei minderjährigen Mädchen

Entwicklung o.g. Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche in den letzten zehn Jahren, Gründe für die Zunahme und den Wunsch nach einem Abbruch; Vermeidung ungewollter Schwangerschaften durch Aufklärungsarbeit der Schulen und Beratungsstellen; Angebote für Mädchen aus Problemfamilien zum Austragen des Kindes, Ermöglichung der anonymen Geburt durch die Einrichtung von Babyklappen

Antr
s. *Schwangerschaft*
Drs 13/2118

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für die Finanzierung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Zunahme der Zahl von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen aufgrund von Beratungsdefiziten? Bisherige Beteiligung des Landes an den Personal- und Sachkosten der Beratungsstellen; Vorlage eines Konzepts zur Anpassung der Landesförderung an die Vorgaben des BVerwG

Antr
s. *Schwangerschaftsberatung*
Drs 13/2237

Entwicklung der Kriminalität junger Frauen

Darlegung der o.g. Entwicklung, insbes bei Gewaltdelikten; Ursachen der hohen Rückfallquote; Wahrnehmung des Auftrags zur Resozialisierung, Bedeutung und evtl Ausweitung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2726

Finanzierung der Schwangerenkonfliktberatung

Finanzierung von 80 % der notwendigen Personal- und Sachkosten nach dem Urteil des BVerwG, entsprechende Prüfung der neuen Förderrichtlinien, Finanzierung der Mehrkosten; Entwicklung der Zahl anerkannter Beratungsstellen der verschiedenen Träger, der Personalstruktur, der Beratungsangebote und deren Inanspruchnahme seit 2001; Zunahme von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen? Auswirkungen einer Kommunalisierung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen

Antr
s. *Schwangerschaftsberatung*
Drs 13/3243

Genitalverstümmelung verfolgen und abschaffen

Auswirkungen der verbesserten Rechtslage nach dem ZuwanderungsGes auf Entscheidungen von Behörden und Gerichten, Gewährung von Abschiebeschutz für die bedrohten Mädchen und Frauen, Darlegung der einzelnen Fälle bzw der Fälle von Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Kontext mit Genitalverstümmelung, der folgenden Ermittlungsverfahren und Gerichtsurteile; Informations- und Beratungsangebote für die potenzi-

ell Betroffenen sowie Aus- und Fortbildungsangebote für Ärzte, Hebammen, Psychologen und Sozialarbeiter; Umsetzung des gemeinsamen Konzepts von Bund und Ländern

Antr
s. *Beschneidung*
Drs 13/4381

Chancen für Existenzgründerinnen in BW
Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Information von Mädchen in der Schule über die Möglichkeit der anonymen Geburt, Beratung und Hilfen im Krankenhaus

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1339 1340 1344 1346

Probleme bei der Lehrerversorgung im Mädchensport

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1483

Werbung um das Interesse von Mädchen für naturwissenschaftliche Fächer und IT-Berufe

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2049 2058

Berücksichtigung der besonderen Belange von behinderten Mädchen, Verankerung im Landesgleichstellungsgesetz

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3550

Schutz von muslimischen Mädchen vor einem Missbrauch der Neutralitätspflicht der Lehrer, Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen, Eindämmung der Abmeldungen muslimischer Mädchen vom Schwimm-, Sport- und Biologieunterricht

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700 4701 4703 4708 4709 4712 4718 4720 4724

Werbung um das Interesse von Mädchen für naturwissenschaftliche Fächer und IT-Berufe

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5937

Schutz von muslimischen Mädchen vor einem Missbrauch der Neutralitätspflicht der Erzieherinnen, Verbot des Tragens eines Kopftuchs im Kindergarten, Verweisung auf die Erzwingung des Tragens eines Kopftuchs in vielen Familien sowie auf die so genannten Ehrenmorde

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7519-7526

Schutz von muslimischen Mädchen vor der Zwangsheirat, Bemühungen um einen eigenen Straftatbestand; Bezeichnung der Abmeldungen muslimischer Mädchen vom Schwimm-, Sport- und Biologieunterricht als nicht akzeptabel; Beklagung einer Zunahme des Tabakkonsums bei Mädchen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7649 7656 7657 7661 7667 7673 7748

Verurteilung von Menschenhandel und Zwangsprostitution als unmenschliche Verbrechen an oft noch minderjährigen Mädchen

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7928-7932

Magnetbahn

s. *Magnetschwebebahn*

Magnetresonanztomographie

s. *Tomographie*

Magnetschwebebahn

s.a. *Hochgeschwindigkeitszug*

Verweisung auf den Transrapid als Musterbeispiel einer verhinderten Innovation im eigenen Land, Beklagung des (Nach-)Baus durch die Chinesen

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7888 7889

Magstadt

Verkehrssituation in Magstadt, Dringlichkeit der S 60 als Verbindung im S-Bahn-Ring um Stuttgart

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4340

Mahnbescheid

s. *Mahnverfahren*

Mahnverfahren

s.a. *Vollstreckung von Forderungen*

Anstrengung eines einheitlichen Mahnverfahrens in Europa, Vorbildfunktion des elektronischen Mahnverfahrens in BW

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4843 4847

Maichingen

s. *Sindelfingen*

Maikäfer

s. *Pflanzenschädling*

Main

Hochwasserschutz in BW

Art und Wirkungen von Anstrengungen in den vergangenen Jahren an Deichen, Retentionsflächen u.a. Vorsorgemaßnahmen an Rhein, Main, Donau und Neckar; vorliegende Szenarien und Katastropheneinsatzpläne für Hochwasserereignisse; Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beschleunigung der Hochwasserschutzprogramme, insbes. Vollzug des Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1316

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Entwicklung der Eckdaten auf den Wasserstraßen Oberrhein, Main und Neckar im Vergleich zum Güterverkehr auf Straße und Schiene; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Wiedereinführung der steuerfreien Übertragung des Gewinns aus der Veräußerung von Schiffen auf ein Ersatzwirtschaftsgut, durch Modernisierung und Erweiterung der Schleusen am Neckar, Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarke und damit Reduktion der Hochwassersperre u.a. Maßnahmen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 13/2243

Main-Tauber-Kreis*SchALVO und MEKA II im Main-Tauber-Kreis*

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Drs 13/1775

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Auswirkungen der vom Bund geplanten Kürzungen im Zivildienstbereich im Main-Tauber-Kreis und landesweit

KlAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/1908

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1986

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1988

Schulhausbau und Ganztagschulen im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der o.g. Projekte und dafür gewährten Zuschüsse seit 1999, Beteiligung von Schulen an dem Projekt „Kooperation Schule und Sport“, Höhe der aus dem Investitionsprogramm des Bundes erwarteten Mittel bzw der Folgekosten für die Schulträger und das Land

KlAnfr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/3098

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obrigheim und Buchen

Antr

s. *Konversion*

Drs 13/3734

Mais

s. *Getreide*

Mammographie-Screening

s. *Gesundheitsuntersuchung*

Mann

s.a. *Gleichberechtigung*

s.a. *Vaterschaftstest*

Modellversuch „Platzverweis“

Ergebnisse des o.g. Modellversuchs zum Platzverweis gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Gegenüberstellung mit der Praxis des österreichischen Wegweisungsrechts, Handlungsbedarf aus einer Entscheidung des VG Stuttgart für die Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene?

Antr

s. *Wegweisungsrecht*

Drs 13/43

Platzverweis

Konsequenzen aus dem Urteil des VG Stuttgart zum o.g. Modellversuch gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Frage nach einer Änd des PolizeiGes

Antr

s. *Wegweisungsrecht*

Drs 13/49

Modellversuch Platzverweis

Ergebnisse des o.g. Modellversuchs zum Platzverweis gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Verzahnung bzw Parallelität mit Frauenhäusern, Erfahrungen in Österreich; Entwicklung eines Konzepts für Prävention, Beratung, Nachsorge, Täter- und Opferarbeit

Antr

s. *Wegweisungsrecht*

Drs 13/294

Strafrechtliche Folgen von Platzverweisen bei häuslicher Gewalt

Bilanz der bisher ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner; Anteil, Dauer und Ergebnisse von anschließenden Strafverfahren, Benachrichtigung der Koordinierungsstellen der Kommunen und LKreise vom Ausgang der Strafverfahren

Antr

s. *Wegweisungsrecht*

Drs 13/833

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Lebenserwartung und Erkrankungen von Frauen und Männern seit 1950, Erhebung und Auswertung geschlechtsdifferenzierter Daten; Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten im selben Zeitraum, Art und Akzeptanz von Vorsorgeuntersuchungen sowie Früherkennung von Krebs, Art und Erfolg der angebotenen Heilverfahren; Entwicklung des Suchtverhaltens; Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Genehmigungspraxis der

Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1240

Zwischenbilanz über Platzverweise bei häuslicher Gewalt

Zahl und Dauer der verhängten polizeilichen Platzverweise, Beratungs- und Hilfsangebote für die betroffenen Frauen und Kinder sowie Sozialtraining für Männer

Antr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/2168

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Rechte geschiedener Väter

Umsetzung des gemeinsamen und alleinigen Sorgerechts seit 1999, Probleme bei der Durchsetzung des Besuchsrechts für Väter und der gemeinsamen Bestimmung des Aufenthaltsorts der Kinder; Vorschlag eines Eintrags des gemeinsamen Sorgerechts im Kinderausweis

Antr
s. *Familienrecht*
Drs 13/2962

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Art, Umfang und Ergebnisse der Förderung von Gründungen von Frauen und Männern differenziert nach Branchen in den letzten fünf Jahren

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe in Vorschriften

Anwendung der eigenen Vorgaben nach den Vorschriftenrichtlinien? Gründe für die ausschließliche Verwendung der männlichen Bezeichnung „Lehrer“ in der geänderten Lehrkräftezula-

genverordnung, Revision dieser VO i.S.d. Vorschriftenrichtlinien

KIAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4500

Situation zum Umgang mit dem Thema „häusliche Gewalt“ im LKreises Konstanz

Auflistung der o.g. Fälle und ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner in den einzelnen Kommunen seit 2000, Bestätigung eines Platzverweises vom zuständigen Ordnungsamt, regelmäßige Information der Ordnungsämter über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten, Darstellung des Beratungsangebots für die von häuslicher Gewalt Betroffenen

KIAnfr
s. *Wegweisungsrecht*
Drs 13/4547

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 78 86 94

Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verankerung des Gender Mainstreaming als Leitprinzip im LGleichberechtigungsges

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 786-793

Überwindung der Trennung in so genannte Frauen- und Männerberufe bzw der ausschließlichen männlichen Zuordnung von Technikkompetenz

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1861

Gewinnung von mehr Männern für den Beruf als Erzieher an Kindergärten

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3556 3557 3559 3587

Schätzungen über die Zahl von „Kuckuckskindern“, Beurteilung einer Einführung der Strafbarkeit von heimlichen Vaterschaftstests, Abwägung zwischen den Rechten der Väter, Kinder und Mütter

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201-6213

Entwicklung der Lebenserwartung von Frauen und Männern bis zum Jahr 2050

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771

Mannheim

s.a. *Filmfestspiele*

s.a. *Flugplatz Mannheim-Neuostheim*

s.a. *Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim*

s.a. *Universität Mannheim*

Belastung der Industrie -insbes der Stromerzeuger- in BW durch den Wasserpfeffennig; Bedrohung von Arbeitsplätzen beim Großkraftwerk Mannheim

Beseitigung o.g. Wettbewerbsnachteile durch Erlass bzw Reduzierung des Wasserpfeffennigs

KIAnfr
s. *Wassertarif*
Drs 13/7

Sicherheit für Mieter - Erweiterter Kündigungsschutz bei umgewandelten Mietwohnungen

Wiederaufnahme der Stadt Mannheim in den Geltungsbereich des erweiterten Kündigungsschutzes

KlAnfr
s. *Mieter*
Drs 13/14

Unterrichtsausfall wg. Lehrermangel in IT-Bereichen an den Berufsschulen in BW

Unterrichtsausfall an der Werner-von-Siemens-Berufsschule in Mannheim in den Fachrichtungen Fachinformatiker u.a. Berufsschulen landesweit; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/491

Videüberwachung in Mannheim

Erfahrungen mit der seit Juli eingesetzten Überwachungstechnik, Auflistung der eingeleiteten Straf- und Bußgeldverfahren, Frage nach einer Verdrängung von Kriminalität, Löschung der Bildaufzeichnungen, Interesse von weiteren Kommunen

KlAnfr
s. *Videotechnik*
Drs 13/513

ABC-Erkundungskraftwagen - Standorte in BW

Zahl und Standorte der vom Bund bereitgestellten Fahrzeuge, Stationierung eines Wagens bei der Berufsfeuerwehr Mannheim

KlAnfr
s. *Katastrophenschutzfahrzeug*
Drs 13/568

Nachtverkehr im Raum Mannheim/Heidelberg

Beurteilung des o.g. ÖPNV-Angebots an Wochenenden; Unterstützung einer Verbesserung durch Bestellung von Nahverkehrsleistungen zwischen den Hauptbahnhöfen Mannheim und Heidelberg

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/739

Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft abhängen

Verhinderung einer Vorbeiführung der geplanten ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Rhein-Neckar-Raum am Verkehrsknoten Mannheim; Wahrung der Interessen von BLändern und Regionen bei der Mittelbereitstellung des Bundes für die Bahn AG

Antr GRÜNE 30.04.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/974
EAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 17.06.2002 Drs 13/1089
ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 19.06.2002 Drs 13/1092
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1588-1604
Mittlg LReg 13.12.2002 Drs 13/1628

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim - Mannheim einbinden/Bypass verhindern

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1588-1604

Grundwasseranstieg in Kommunen der Region Karlsruhe - Heidelberg/Mannheim

Untersuchung der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des o.g. Phänomens in Nordbaden bzw der Region Unterer Neckar durch Vergabe eines Gutachterauftrags; Frage nach einem Ausgleich der Schäden durch Wassereintritt in Privatgebäuden

KlAnfr
s. *Grundwasser*
Drs 13/1104

Aufgabe der „Bypass“-Variante für die künftige ICE-Trassenführung im Bereich Mannheim

Hinwirkung auf Rechtsverbindlichkeit des Verzichts auf eine Umfahrung des neuen Mannheimer Hauptbahnhofs mit einem Bahnhof auf der grünen Wiese

KlAnfr Klaus Dieter Reichardt CDU 11.11.2002 und Antw UVM Drs 13/1481

Schießanlage des Polizeipräsidiums Mannheim

Sanierung bzw Neubau der o.g. Anlage

KlAnfr
s. *Schießstand*
Drs 13/1536

Erweiterungsbau beim Polizeipräsidium Mannheim auf dem Grundstück L 6, 5-9

Frage nach Herstellung des Einvernehmens zwischen dem FM und IM über die Notwendigkeit des Erweiterungsbaus

KlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/1537

Sicherheit in Mannheim - wie steht es mit der Polizeipräsenz?

Anfall von Überstunden durch Personalmangel, Zuteilung von Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei und zusätzlichen Beamten iRd Sonderkontingents, Berücksichtigung der Kriminalitätsbelastung bei der Stellenzuteilung

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/1538

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivisten, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1535

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 8)

Haushalts- und Wirtschaftsführung beim Polizeipräsidium Mannheim

Mittlg
s. *Polizeibehörde*
Drs 13/1748

Unterrichtsvorsorgung an beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr; hier: am Beispiel der Stadt Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Mannheim und dem Bodenseekreis

Darlegung o.g. Daten nach Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Entwicklung der Klassengrößen, der Fehlstunden und der benötigten Deputate; Zahl der bis 2005 in den Ruhestand tretenden Lehrer; Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2094

SPNV im Rhein-Neckar-Raum

Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRD Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2644

GVFG-Förderung des „Stadtbahnring Mannheim-Ost“

Planungsstand, Baubeginn, Kosten-Nutzen-Analyse, kalkulierte Fahrgastzahlen und Kosten des o.g. Projekts der MVV Verkehr AG; Betriebskonzept für die Neubaustrecken; Aufnahme in ein GVFG-Förderprogramm; Auflistung der konkurrierenden ÖPNV-Projekte in der Region Unterer Neckar

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 13/3145

Ausbruch in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Zustandekommen und Konsequenzen des Ausbruchs trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen, Zahl und jeweilige Vollzugsart der einsitzenden Gefangenen, Gegenüberstellung der verfügbaren Vollzugsbeamten, Höhe und Zeitdauer der Differenz zur Sollstärke

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3515

Eingriff der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz - Strafverfahren gegen den Mannheimer Jugendrichter H.-G. S.

Antr
s. *Richter*
Drs 13/3629

Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Aufklärung der Umstände einer Selbsttötung und der Flucht eines Gefangenen trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen; Ankündigung disziplinarrechtlicher Maßnahmen für die zuständigen Vollzugsbeamten nach Untersuchung der Vorfälle; Eignung der JVA Mannheim für die Unterbringung von stark ausbruchsgefährlichen Gefangenen? Umsetzung der auf Drs 13/3515 angekündigten Maßnahmen?

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/3648

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 13) - Betätigungsprüfung bei einer Hafengesellschaft

Rückführung der Kapitalausstattung der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim mbH auf das betrieblich erforderliche Maß, Übernahme der Verantwortung für die Investitionen

Mittlg
s. *Schifffahrt*
Drs 13/4103

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Auflistung der Ausbrüche, Fluchtversuche und Entweichungen seit den Vorfällen im August und Oktober; Aufgaben und Befugnisse des in der JVA Mannheim eingesetzten Sicherheitsbeauftragten; Durchführung der o.g. Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/3818

Bauangelegenheiten des Landesmuseums für Technik und Arbeit (LTA) in Mannheim

Stand der Finanzierungskonzeption und Bereitstellung von Haushaltsmitteln, insbes zur notwendigen Sanierung und Planung eines Anbaus für Sonderausstellungen; Frage nach der Stellenausschreibung für den Nachfolger des derzeitigen Direktors sowie einer evtl Übernahme von Beschäftigten durch das Land

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 13/4192

Die Verhältnisse in den Besuchertrakten der Justizvollzugsanstalten und insbesondere in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Vergleich der Besuchertrakte der JVA nach ihrem Zustand, dem jeweiligen Sicherheitsniveau und ihrer Ausstattung in Relation zur Gesamtzahl der Inhaftierten

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/4224

Industriestandort BW sichern: Gute Rahmenbedingungen für industrielle Arbeitsplätze in Mannheim

Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim vom 02.10.2001 zur Ermäßigung des Wasserentnahmeentgelts für das Großkraftwerk Mannheim, Unterbreitung eines Vorschlags zu den entsprechenden Anträgen für 1999-2001; Ausschluss der Wettbewerbsnachteile von wasserintensiv produzierenden Kraftwerken mit einer Novellierung des WasserGes

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/4271

Die Aktion „Aus 1 mach 3“ am Mannheimer Nationaltheater

Höhe der eingeworbenen Spenden nach der Verdoppelungs-Zusage des damaligen CDU-Fraktionschefs, Höhe der danach errechneten bzw der tatsächlich vom MWK bereitgestellten Summe; Erfüllung der getroffenen Vereinbarung in vollem Umfang

KlAnfr
s. *Theater*

Drs 13/4602

Personalabbau und Sanierungsmaßnahmen im Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

Vereinbarkeit von Stellenabbau und Neukonzeption des Museums; Art, Umfang, Trägerschaft und Amortisation der Vor- und Zwischenfinanzierung; Realisierung der vom MinPräs angekündigten Erhöhung der Zuschüsse

KlAnfr

s. *Museum*

Drs 13/4618

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4912

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim ohne Bypass

Festhalten an dem einstimmigen Beschluss nach Drs 13/1089 zur Umsetzung des o.g. Lückenschlusses mit Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs; Frage nach entsprechenden Initiativen der LReg bzw Gesprächen des MinPräs mit Bahnchef Mehdorn zur Umsetzung dieser Beschlusslage

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 15.02.2006 und Antw IM
Drs 13/5177

ICE-Bahnhof Mannheim

Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs in die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim, Intensität des Eintretens der LReg für diese von der Region Rhein-Neckar geforderte Lösung

MdlAnfr 8) Hans Georg Junginger SPD 17.02.2006 Drs
13/5172

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7987 7988

Aufnahme der Stadt Mannheim in die Gebietskulisse des Zweckentfremdungsverbots

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 689 691-695

Anbindung Mannheims an die neue Schnellbahnstrecke Frankfurt-Stuttgart; Ausbau der Mannheimer Messe

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1024 1032 1063

Anbindung Mannheims an die neue Schnellbahnstrecke Frankfurt-Stuttgart

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1128

Videoüberwachung in Mannheim, Behebung der anfänglichen Softwareprobleme

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314-1316 1318 1319

Errichtung der Popakademie BW in Mannheim, Dank für die Unterstützung der Stadt bzw der politisch Verantwortlichen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2887-2890

Errichtung der Popakademie BW in Mannheim, Dank für die Unterstützung der Stadt bzw der politisch Verantwortlichen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2972-2976

Zustandekommen und Konsequenzen des Ausbruchs aus der JVA Mannheim, Erwartung weiterer Aufklärungen

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386 5392 5393 5395 5396

Förderung der Stadt Mannheim bei der Stadtsanierung und beim Stadtjubiläum 2007; Ermäßigung des Wasserpfeunnigs für das Großkraftwerk Mannheim

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421 6448 6449 6457 6458

Ermäßigung des Wasserpfeunnigs für das Großkraftwerk Mannheim, Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6471 6509

Neubaupläne des Großkraftwerks Mannheim, Erwartung einer Reduzierung des Wasserpfeunnigs

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6762 6765 6770 6771 6773 6774

Hinweis auf die Querelen innerhalb der Mannheimer CDU; grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Städte in der Region Rhein-Neckar auf der Basis des neuen Staatsvertrags

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6869-6872

Ermäßigung des Wasserentnahmeentgelts für das Großkraftwerk Mannheim

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7032

Mappus, Stefan MdL CDU

Ernenennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Umwelt und Verkehr

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 38

Zuständigkeitsfremde Zensuraktivitäten eines Mitglieds der LReg

Intervention von Staatssekretär Mappus wegen Verunglimpfung von CDU-Politikern bzw -Aussagen unter Androhung von Konsequenzen gegen eine Wanderausstellung zum Neofaschismus im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim, Frage nach einer Konkretisierung der angedrohten Konsequenzen bzw Zurückweisung und Erteilung einer förmlichen Rüge

Antr Inge Utzt u.a. SPD 16.01.2003 und Stellungnahme StM
Drs 13/1682

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1968 S.
5 6

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Interessenkonflikte eines Regierungsmitglieds bei der Ausschreibung von Schienennahverkehrsleistungen

Frage nach möglichen Interessenkonflikten von Staatssekretär Mappus als Aufsichtsratsmitglied in der über die Auftragsvergabe entscheidenden Nahverkehrsgesellschaft BW und der sich um Leistungen im SPNV, u.a. auf der Schwarzwaldbahn, bewerbenden SWEG und HzL sowie bei einer für das UVM und gleichzeitig die NVBW tätigen Werbeagentur; Beurteilung von Aussagen zur Nichtbefassung des (zuständigen) Staatssekretärs mit Ausschreibungsvorgängen im Nahverkehr; Ausschluss der genannten Interessenkonflikte

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 12.06.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2153

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003 Drs
13/2583 S. 10

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Wahrheitsbegriff des Staatssekretärs im Umwelt- und Verkehrsministerium

Umfang der geplanten Abbestellungen von Verkehrsleistungen im SPNV iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, Vereinigung dieser Pläne durch Staatssekretär Mappus im SWR-Fernsehen sowie im Plenum des Ltg, Vereinbarkeit von Aussagen zur Ablehnung einer Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln mit dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem VRS über eine Beteiligung an diesen Mitteln

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 08.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3357

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 28-31

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Berufung und Vereidigung von Stefan Mappus zum/als Minister für Umwelt und Verkehr

s. *Minister für Umwelt und Verkehr*

PIPr 13/73 S. 5133

Intervention von Staatssekretär Mappus wegen Verunglimpfung von CDU-Politikern unter Androhung von Konsequenzen gegen eine Ausstellung zum Neofaschismus im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441 2442 2444 2448-2457

Verschaffung von Zugang des Abg Mappus ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren, Zurückweisung dieser Anschuldigung als falsch; Beurteilung der Profilierungsversuche von CDU-Fraktionschef Mappus gegenüber dem neuen MinPräs und Parteivorsitzenden Oettinger

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7666 7667 7689-7691 7693

Marbach a.N.

s.a. *Literaturarchiv*

s.a. *Schiller, Friedrich von*

Ausbau und Neubau der S 4/S 40 zwischen Freiberg und Backnang

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum geplanten Bau der S 40 zwischen Marbach und Backnang, Verknüpfung einer Förderzusage mit dem vertraglich fest vereinbarten zweigleisigen Ausbau der Strecke Freiberg-Benningen sowie mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Marbach?

KlAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/3924

Verbesserung des Zugangebots auf der Strecke Marbach-Backnang

Gründe für die Verweigerungshaltung zur o.g. Streckenertüchtigung und Ausbau des S-Bahn-Verkehrs zwischen Ludwigsburg, Marbach und Backnang; Mitfinanzierung der vom Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart beschlossenen Angebotsverbesserung iRd bestehenden Vereinbarung mit dem VRS

Antr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/4553

Ausbau der S-Bahn S 4 zwischen Freiberg und Benningen

Gründe für die Entscheidung gegen das o.g. Projekt trotz bestehender Vereinbarungen und der Bereitschaft aller übrigen Be-

teiligten zur Erbringung ihres Finanzierungsanteils, Höhe und Träger der Planungskosten für den Ausbau der S 4 und die Verlängerung der S 40 von Marbach nach Backnang, Frage nach anderen vorrangigen Projekten; Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

Antr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/4706

Förderung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Freiberg-Benningen und des S-Bahn-Ringschlusses Marbach-Backnang

KlAnfr

s. *Schnellbahn*

Drs 13/4806

Erweiterung des Literaturarchivs in Marbach mit dem Neubau eines Museums der Literatur der Moderne

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Verweisung auf die weltweit größte Solarfabrik in Marbach

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 431

Marbach, Ortsteil

s. *Gomadingen*

Markdorf

Übernahme der Finanzierung des kommunalen Anteils an der Südumfahrung Markdorf und der Umfahrung Bermatingen aus Landesmitteln

KlAnfr

s. *Ortsumgehung*

Drs 13/539

Marketinggesellschaft BW

s.a. *Ernährungsberatung*

s.a. *Gütezeichen*

Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftsverpflegung

Förderung der Umstellung von öffentlichen und privat organisierten Kantinen auf biologisch und/oder regional erzeugte Lebensmittel, Wahrnehmung der Vorbildfunktion beim MLR und Landtagsrestaurant PLENUM, Ausschreibung eines Wettbewerbs, Werbung über die MBW

Antr

s. *Verpflegung*

Drs 13/606

Förderung einer stärker auf marktwirtschaftliche Belange ausgerichteten Landwirtschaft in BW

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW bzw die Entwicklung der Marktanteile landwirtschaftlicher Produkte in den letzten fünf Jahren, Förderung der Eigenvermarktung und regionalen Vermarktungseinrichtungen, Integration des HQZ, Einflussnahme auf die Marktentscheidungen großer Handelsketten, Sicherung der Konkurrenzfähigkeit heimischer Erzeugnisse vor dem Hintergrund der veränderten EU-Agrarpolitik, Beratungsangebot der Landwirtschaftsämter nach Umsetzung der geplanten Verwaltungsreform

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/2204

Förderung der Vermarktung von heimischen Lebensmitteln

Bericht über die Tätigkeit und Bilanz der Marketinggesellschaft BW, Frage nach einer Erfolgskontrolle der Absatzförderung, Darlegung der Gesellschafterstruktur, Umfang von Aufträgen und Fördermitteln des Landes seit 1999; Frage nach Markenzeichen mit Hinweisen auf die Herkunft und Qualitätsmerkmale der Produkte sowie deren Überprüfung

Antr
s. *Lebensmittel*
Drs 13/3441

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Marscheidergesetz

s. *Vermessungswesen*

Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung

Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 13/543

Zukunft der Schäferei in BW

Entwicklung des Berufsstands und der Nachwuchsgewinnung seit 1992; Unterstützung des Fortbestands der für die Landschaftspflege unentbehrlichen Schäferei, Ausgleich der durch die veränderte Bewirtschaftung der Weideflächen entstehenden Nachteile durch Aufnahme in den Förderkatalog des MEKA

Antr
s. *Schäfer*
Drs 13/638

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA und SchALVO, Frage nach Umsetzung des vorgeschriebenen Biotop-Verbunds sowie der dreijährigen Übergangsfrist

Antr
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/782

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW und Novellierung des LNaturschutzGes

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA, SchALVO und PLENUM; Überarbeitung dieser Programme; Vorlage des o.g. GesEntw sowie einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Naturschutzflächen und Umsetzung des vorgegebenen Biotop-Verbunds

Antr
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/869

Ausgleichsleistungen über MEKA

Ermöglichung o.g. Leistungen auch für Bewirtschafter von kleinen Streuobstflächen bzw für Landwirte, die Altersgeld oder Produktionsaufgaberechte beziehen

KlAnfr Wilfried Klenk CDU 22.03.2002 und Antw MLR
Drs 13/887

Hochwasserschutz durch die verstärkte Förderung konservierender und extensiver Bodenbearbeitung

Verbesserung der Wasserrückhaltekapazität potenzieller Überflutungsflächen durch nichtwendende Bodenbearbeitung u.a. Formen extensiver Bodenbewirtschaftung; gezielte Förderung durch entsprechende Modifikation der Agrarprogramme, insbes von SchALVO und MEKA

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1331

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1507

SchALVO und MEKA II im Zollernalbkreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1674

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1718

Situation der Landwirtschaft im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Zahl, Einkommenslage, Liquidität und Investitionsbereitschaft der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe seit 1996; Anteil und Mittelzufluss der teilnehmenden Betriebe aus den Programmen SchALVO und MEKA

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1769

SchALVO und MEKA II im Main-Tauber-Kreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1775

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW
Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Bessere finanzielle Ausstattung von MEKA II

Gestellte und abgelehnte Anträge auf Neuaufnahme bzw. Ausdehnung bestehender Verpflichtungen innerhalb von MEKA II, Anteil von ökologisch wirtschaftenden Betrieben und Junglandwirten; Genehmigung aller Anträge durch Umschichtung und Kofinanzierung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 25.03.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3057
BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.06.2004 Drs 13/3492 S. 70-72
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten

Umfang und Standorte o.g. Stilllegungsflächen nach den Vorstellungen der BReg, Höhe der Verluste für die betroffenen Landwirte, Frage nach Alternativen und nach dem Beitrag des MEKA I zur Verhinderung der Bodenerosion, Position der LReg in den zuständigen Ausschüssen im BRat

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/3228

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Höhe der iRd MEKA sowie von Flurbereinigungen bereitgestellten Fördermittel; Kriterien, erklärende Hinweise und deren Kontrolle für die Verwendung von Qualitätszeichen

GrAnfr
s. *Obstbau*
Drs 13/3517

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Verringerung der globalen Minderausgabe, Ermöglichung des Umstiegs von MEKA I auf II für Teilnehmer im MEKA-Programm

ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4008-23 S. 52 53
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Verwaltungsreform, Antragstellung durch berechtigte Landwirte für MEKA und andere Programme

Problematik einer fristgerechten Antragsbearbeitung infolge der fehlenden Kompatibilität der EDV-Programme der eingegliederten Landwirtschaftsämter, z.B. beim Schwarzwald-Baar-Kreis

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4133

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/4324

Umsetzung der EU-Agrarreform in BW

Zeitraumen, inhaltliche Spielräume, Zusatzaufwand und -kosten einer Umsetzung der GAP-Reform; Auswirkungen auf die konventionelle Landwirtschaft, den Bio-Landbau, das HQZ und Biozeichen, die Exportchancen und Umweltprogramme MEKA und SchALVO; Notwendigkeit einer Vereinfachung des Fördersystems

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4359

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Finanzierung größerer Teile des MEKA über die Gemeinschaftsaufgabe, verstärkte Förderung ökologisch wirtschaftender Betriebe iRd neuen MEKA, u.a. Anreize zur Umstellung sowie zum Erhalt von Streuobstwiesen, Förderung von umwelt- und tiergerechten Haltungsformen

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Agrarumweltmaßnahmen iRd MEPL 2007-2013

Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Maßnahmen- und Entwicklungsplan, geleistete Vorarbeiten für die neue Förderperiode 2007-2013, Gewährleistung der Offenhaltung der Landschaft mit dem MEKA, der Landschaftspflegelinie sowie der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4885

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszulage, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu einer moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr
s. *Agrarpolitik*

Drs 13/5048

Fortführung des MEKA

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59 60

Förderung des ökologischen Landbaus mit dem MEKA

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 99

Integrierte und ökologische Landbewirtschaftung mit Einführung des MEKA

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275 276 278

Bewertung des MEKA als beispielgebend in Europa, Verstärkung der Förderung des ökologischen Landbaus im MEKA

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 514 519 520 522

Einkommenszuwächse der Landwirte mit dem MEKA

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799

Bewertung des MEKA als beispielgebend in Europa, Verstärkung der Förderung des ökologischen Landbaus im MEKA

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1048 1049 1051 1053 1056 1057 1060

Verwaltungsaufwand bei der Inanspruchnahme des MEKA; Bewertung des MEKA als beispielgebend in Europa

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1868 1874 1878

Schutz der traditionell genutzten Heuwiesen mit dem MEKA II

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2016

Auswirkungen der EU-Agrarreform auf den MEKA, Nutzung des neuen Spielraums

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3409 3412

Erhaltung und Aufstockung des MEKA, Verstärkung der Grünlandförderung

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4135 4137 4138

Bewertung des MEKA als beispielgebend in Europa

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4348 4356

Lob für den MEKA, Auswirkungen der EU-Agrarreform

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4554-4556 4558-4560

Verlängerung des MEKA I bis 2007, WTO-Tauglichkeit von MEKA II

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6085 6086 6090 6091 6097 6098

Bezeichnung der Einführung des MEKA als Vision für die Landwirtschaft, Frage nach der Bedienung von Neuanträgen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6646 6656

Marktveranstaltung

s.a. Brauchtum

s.a. Handel

s.a. Messe (Ausstellung)

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligato-

rischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw

s. Gebühren

Drs 13/3477

Marktwirtschaft

s. Wirtschaftssystem

Marokko

Ablehnung einer Mitgliedschaft Marokkos in der EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3809 3810

Erkenntnisse über die Beteiligung marokkanischer Terroristen an den Anschlägen in den USA und Spanien bzw über deren Aufenthalt in Deutschland

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618

Maschine

s.a. Baumaschine

s.a. Gerät

s.a. Kopiergerät

s.a. Landmaschine

s.a. Maschinenbau

Auswirkungen der Geräte- und MaschinenlärmVO des Bundes vom 12.09.2001 auf die Wirtschaft und die privaten Haushalte in BW

Überschreitung der EU-Vorgaben mit der o.g. VO, Auswirkungen auf den Einsatz von Straßenfertigern, Garten- und Heimwerkergeräten in Wohn- und Kurgebieten bzw auf die Gerätehersteller, Bauwirtschaft u.a.; Verteuerung der Herstellungskosten für den Straßenbau und Straßenbelagsarbeiten

Antr

s. Lärmschutz

Drs 13/592

Dauer der Bearbeitung von Exportanträgen mit „dual use“-Gefahr

Gründe und Auswirkungen der langen Dauer o.g. Prüfverfahren, u.a. Auftragsverluste für die betroffenen Maschinenbauunternehmen; Herstellung von Konkurrenzfähigkeit durch Beschleunigung der Verfahren

Antr

s. Außenwirtschaft

Drs 13/2605

Ausführungsbestimmungen des Landes zur Geräte- und MaschinenlärmVO als Anhang zur BundesimmissionsschutzVO (BlmSchV) mit dem Ziel, die Ruhe der Mittagszeit zu erhalten

KIAnfr

s. Lärmschutz

Drs 13/3460

Stärkung des Verbraucherschutzes bei der Produkt- und Gerätesicherheit - Defizite bei der Marktüberwachung von Motorsägen in BW

Beurteilung der Mängel von aus Taiwan importierten und bei Großfilialisten und Baumärkten angebotenen Motorsägen sowie des daraus folgenden Verletzungsrisikos; Frage nach Schritten zur Verbraucherinformation, Entfernung der Produkte aus dem Handel u.a. Vorkehrungen

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/4444

Lärmschutzpolitik und -maßnahmen in BW

Darlegung der o.g. Maßnahmen und rechtlichen Verbesserungen, Umsetzung der EG-Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, der BImmissionsschutzVO über Höchstwerte bei Geräten und Maschinen sowie der zu erstellenden Lärminderungspläne; Ausmaß von Kontrollen, der festgestellten Verstöße und deren Sanktionierung; Auswirkungen der Novelle des FluglärmGes insbes im Bereich des Flughafens Stuttgart; Nutzung des Regelungsspielraums der Geräte- und MaschinenlärmVO, Ermöglichung eines jeweils angepassten Lärmschutzes für die Kommunen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/4557

Maschinenbau

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/182

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Bedeutung der USA als Handelspartner für die Automobilindustrie, Elektroindustrie, den Maschinenbau, die Mikrosystemtechnik, die Bio- und Gentechnologie

Antr
s. *Wirtschaftliche Kooperation*
Drs 13/2269

Dauer der Bearbeitung von Exportanträgen mit „dual use“-Gefahr

Gründe und Auswirkungen der langen Dauer o.g. Prüfverfahren, u.a. Auftragsverluste für die betroffenen Maschinenbauunternehmen; Herstellung von Konkurrenzfähigkeit durch Beschleunigung der Verfahren

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 13/2605

Erinnerung an die Ausbildung von Gottlieb Daimler in der Karlsruher Maschinenfabrik; Bedeutung des Maschinenbaus an der Universität Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1515 1527

Begleitung des Strukturwandels im Maschinenbau zu Zeiten der großen Koalition 1992-1996

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1706 1713

Erwartung neuer Produktionsrekorde im Maschinenbau

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6016

Abhängigkeit des Maschinenbaus von den weltweiten Branchenzyklen, Gefahr der Abwanderung von Unternehmen aufgrund des Kostendrucks und der Erschließung ausländischer Märkte; Ermöglichung eines Maschinenbaustudiums für einen Schlossermeister ohne Eignungsprüfung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297 7298 7357

Forderung der Firma Trumpf in Ditzingen zur Verlagerung von Leitmessern von Sinsheim an einen größeren Messestandort

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7721

Maselheim

Geplante Großanlage für Motorsport und Fahrsicherheitstraining „Motorpark Schwaben“

Planung einer Kartrennbahn bzw eines Motorsportzentrums für internationale Großveranstaltungen und Fahrsicherheitstraining für Bus- und Lkw-Fahrer in der Gemeinde Maselheim: Wirtschaftlichkeit und ökologische Verträglichkeit des Projekts, Frage nach Lärm- und Verkehrsgutachten, Beurteilung der Vorgehensweise und Einschätzungen der Gemeindeverwaltung und des Landratsamts Biberach

KIAnfr
s. *Motorsport*
Drs 13/2686

Massentierhaltung

s. *Tierhaltung*

Maßregelvollzug

s.a. *Unterbringungsgesetz*

Erfahrungen mit dem Straftäter-UnterbringungsGes

Zahl und Ergebnisse der von den JVA gemachten Vorschläge bzw gestellten Anträge für eine nachträgliche Sicherungsverwahrung nach dem StrUBG, Begründung von Ablehnungen durch das JuM, Frage nach bereits entlassenen und erneut rückfällig gewordenen Tätern bzw nach beantragten und durchgeführten Therapien; Überprüfung aller in Betracht kommenden Häftlinge, deren Entlassung in zwei Jahren bevorsteht, im Hinblick auf eine mögliche anschließende Unterbringung

Antr
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/448

Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie

Erfahrungen mit der Umwandlung zu rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts; Gründe, Inhalte und Auswirkungen einer erneuten Rechtsformänderung, insbes Organisation des Maßregelvollzugs als hoheitliche Aufgabe, Erhaltung der tarif-

vertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten im Falle der Veräußerung an Dritte

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/470

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr
s. *Straftäter*
Drs 13/888

Errichtung einer forensischen Klinik in Heppenheim

Beurteilung o.g. Planung zur Durchführung des Maßregelvollzugs in Hessen sowie der damit verbundenen Konzeption der Unterbringung, Therapie und Nachsorge forensischer Patienten; Darstellung der Möglichkeiten zur Einflussnahme sowie Anstrengungen zur Verstärkung der öffentlichen Sicherheit im grenznahen Bereich zu Hessen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/922

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 18.09.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1323
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.11.2002 Drs 13/1855 S. 40-42
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Psychotherapie im Vollzug

Umsetzung des PsychotherapeutenGes im Strafvollzug und Maßregelvollzug bzw des Erwerbs einer Approbation der im Strafvollzug tätigen Psychologen, Berücksichtigung dieses Qualitätsmerkmals bei Einstellungen und Beförderungen? Gleichstellung von Gefangenen und versicherten Arbeitnehmern beim Anspruch auf Krankenpflege

KlAnfr
s. *Psychotherapie*
Drs 13/1797

Maßregelvollzug nach § 63 StGB in Weinsberg

Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt sowie in einem psychiatrischen Krankenhaus in Wiesloch und Weinsberg, Vergleich mit der Bildung von Kompetenzzentren, Beurteilung der vorgesehenen Erweiterung unter der Vorgabe einer wohnortnahen Therapie?

KlAnfr Richard Drautz FDP/DVP 28.07.2003 und Antw SM Drs 13/2306

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Einbeziehung der psychiatrischen Kliniken bzw des Maßregelvollzugs in die Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/3818

Sicherheit am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weinsberg

Zahl von Entweichungen und Straftaten von Straftätern im Maßregelvollzug seit 1994; vorausgegangene Verurteilungen, Erkrankungen und Sicherheitseinstufung der jeweiligen Patienten; Zielgenauigkeit der Einschätzungen vor der Gewährung von Lockerungen; begangene Straftaten auf der Flucht und Konsequenzen für die Unterbringung der Entwichenen nach ihrer Festnahme; Vergleich der Sicherheit in Weinsberg mit anderen Einrichtungen, Entwicklung von Konzepten für eine zielgenauere Erfolgsbewertung der Therapie, Verbesserung des baulichen Sicherheitsniveaus mit dem geplanten Neubau

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3823

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Festschreibung von zeitlich abgestuften Höchstgrenzen für Urlaub und Vollzugslockerungen zur Vorbereitung der Entlassung sowie sonstige Verfahrensregelungen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern im Maßregelvollzug; Schaffung einer Beleihungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/5051

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 922 925 926

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung auch für besonders rückfallgefährdete Ersttäter, Erfahrungen mit dem StraftäterunterbringungsGes in BW

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1911-1921

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2144

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung bei Heranwachsenden, auf die das allgemeine Strafrecht angewandt wird

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2458

Ausschluss einer Privatisierung des Maßregelvollzugs

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3930

Master-Abschluss

s. Hochschulabschluss

Materialprüfung

s.a. Technische Überwachung

Wettbewerbsvorteil der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt BW (FMPA) durch Erbringen normaler Ingenieurleistungen ohne Berechnung der Mehrwertsteuer

Umgehung der Umsatzsteuerpflicht durch die FMPA zulasten von gewerblichen Anbietern, Frage nach einem Handlungsbedarf seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3606

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 28.09.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/275

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.03.2002 Drs 13/955 S. 26

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 16) - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt BW (Otto-Graf-Institut)

Mittlg LReg 05.11.2002 Drs 13/1455

BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/1990 (11 S.)

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Mittlg LReg 22.12.2003 Drs 13/2778

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gerätesicherheits-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Sachverständige für Schleppaufzüge; Änd der Produktsicherheits-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Sicherheitsmängel bei Strommasten des baden-württembergischen Freilandleitungsnetzes

Zahl, Alter, technischer Zustand und Eigentümer der Hochspannungsmasten im Land; Art und Ergebnisse von durchgeführten Untersuchungen; festgestellte Sicherheitsmängel und davon ausgehende Gefahren; Kenntnisstand und Maßnahmen der Aufsichtsbehörden; Investitionen der Eigentümer in die Leitungsinfrastruktur; Anforderung eines detaillierten Zustandsberichts von der EnBW; Verpflichtung der Eigentümer zu einer raschen Sanierung bzw Erneuerung der schadhafte Masten

Antr

s. Elektrische Leitung

Drs 13/4937

Mathematik

s.a. Statistik

Folgekosten der Einführung grafikfähiger Taschenrechner im Mathematikunterricht der gymnasialen Oberstufe

Höhe und Träger der o.g. Kosten; Aufnahme von Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine angemessene Beteiligung des Landes an der Erstausrüstung

Antr

s. Taschenrechner

Drs 13/6

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. Frau

Drs 13/182

Aufnahmeprüfungen für weiterführende Schulen

Entwicklung der Ergebnisse o.g. Prüfungen differenziert nach Geschlecht, Fächern und Regionen in den letzten fünf Jahren; Beurteilung der Schwere der Prüfungen 2002, insbes in Mathematik, und einer diesbezüglichen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Sigmaringen; Schaffung von altersgerechten Leistungskriterien und Bewertungsformen, Gewährleistung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten in der Sekundarstufe I

Antr

s. Weiterführende Schule

Drs 13/1388

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkehrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr

s. Gymnasium

Drs 13/1727

Änderung des Notenschlüssels wegen zu schwerer Mathematikprüfung am Berufskolleg im Jahr 2004 zum Erwerb der Fachhochschulreife

Mangelnde Verständlichkeit und unerwartete Aufgabenstellungen bei der o.g. Prüfung als Gründe für das Absacken der Noten im Vergleich zu den Jahresleistungen; entsprechende Anpassung des Notenschlüssels oder Gewährung eines Punktezuschlags als Ausgleich für den unverhältnismäßig hohen Schwierigkeitsgrad

Antr

s. Note (Bewertung)

Drs 13/3319

Unterrichtsausfall an den Schulen in Stuttgart

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antr

s. Schulunterricht
Drs 13/3886

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schular-ten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 13/3995

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allge-mein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Be-stands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unter-richts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertre-tungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unter-richtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufen-plan

Antr
s. Schulunterricht
Drs 13/4800

Defizite der Schüler in Mathematik nach der PISA-Studie
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735-737 739 741

Probleme der Schüler in Deutschland beim Lesen und Rechnen nach den Feststellungen der PISA-Studie
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1366 1367

Defizite der Schüler in Mathematik nach der PISA-Studie
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1749 1750

Leistungsfähigkeit der Grundschüler im Fach Mathematik
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6860

Feststellung eines Zusammenhangs zwischen den Mathematik-leistungen der 15-Jährigen und der sozialen Herkunft nach der PISA-E-Studie 2003, Verweisung auf die Stärkung des Fachs Mathematik vor den PISA-Untersuchungen
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6957-6963 6967

Feststellung einer Stagnation der Schülerleistungen in Mathe-matik nach dem neuen PISA-Ländervergleich
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7232 7234 7243 7245

Feststellung eines Zusammenhangs zwischen den Mathematik-leistungen der 15-Jährigen und der sozialen Herkunft nach der PISA-E-Studie
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935 7939

Mauerspinne

s. Spinnentier

Maul- und Klauenseuche

s. Tierkrankheit

Maulbronn

Umstrittene Vollsömmerung des Rossweihers auf Gemarkung der Stadt Maulbronn

Konsensfindung zwischen Befürwortern und Gegnern einer Vollsömmerung in den kommenden Jahren, Vorschlag einer Teil-sömmerung

KlAnfr
s. Binnengewässer
Drs 13/364

Maurer, Ulrich MdL

Ausscheiden des Abg Maurer aus der Fraktion der SPD
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6701

Bestellung des Abg Maurer zum beratenden Mitglied im Petiti-onsausschuss
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877

Mautgebühren

s. Straßenbenutzungsgebühren

Max-Planck-Gesellschaft

Anpassung der Hochwasserschutzplanungen an den Klimawan-del

Anpassung der vorliegenden Planungen und bestehenden Hoch-wasserschutzanlagen an die aktuellen Modellrechnungen des Max-Planck-Instituts für Meteorologie

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/5233

Festhalten an der Erhöhung der Förderung der Max-Planck-Gesellschaft - im Gegensatz zum Bund
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2478

Kritik an der Kürzung der Förderbeträge für die Max-Planck-Gesellschaft durch den Bund
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4163

Kritik an der Kürzung der Förderbeträge für die Max-Planck-Gesellschaft durch den Bund
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4246

Werbung um Karlsruhe als Standort des neuen Max-Planck-Instituts für Software
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5097

Kompensation der Kürzungen des Bundes für die Max-Planck-Gesellschaft mit dem Pakt für Forschung und Innovation
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6739 6740

Aufhebung der Kürzung für die Max-Planck-Gesellschaft mit dem Pakt für Forschung und Innovation
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6878

Mayer-Vorfelder, Gerhard

Einhaltung des MinGes durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Bezug eines Darlehens bzw einer Aufwandsentschädigung vom VfB Stuttgart als Präsident, zeitliche Überschneidung mit der Tätigkeit als FM, Vereinbarkeit einer Aufwandsentschädigung von DM 25 000 pro Monat mit dem Begriff des Ehrenamts, Frage nach steuer- und strafrechtlichen Konsequenzen

Antr SPD 19.02.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/751

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Klärungsbedarf weiterer Fragen nach Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/751, Ergebnis der Prüfungen des Landesamts für Besoldung und Versorgung, Einstufung des VfB Stuttgart als Betrieb gewerblicher Art nach Äußerung des VfB-Präsidenten Haas, Vereinbarkeit dieser Äußerung mit der gezahlten Aufwandsentschädigung an Mayer-Vorfelder für seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Präsident, Handhabung der Verhängung von Zwangsgeld und der beantragten Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung im Regelfall sowie im o.g. Fall, Übereinstimmung der Abgabe von Umsatzsteuererklärungen mit dem MinisterGes, Gründe für die Änd der GO der Finanzämter

Antr Rudolf Hausmann u.a. SPD 18.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/856 (47 S.)

Mayer-Vorfelder und der Aufsichtsrat der BW-Bank

Verzicht auf eine erneute Bestellung als Aufsichtsrat der BW-Bank

Antr Nils Schmid u.a. SPD 22.03.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/884

Hat der ehemalige Finanzminister Mayer-Vorfelder gegen das MinisterGes verstoßen?

Einstufung eines Jahreseinkommens von DM 100.000,- durch Ausübung einer regelmäßigen ehrenamtlichen Tätigkeit als steuerpflichtiges Einkommen bzw Verstoß gegen das MinisterGes?

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 25.04.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/958
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 6-8
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Verschweigen von Einkünften des ehemaligen Finanzministers beim Bezug höherer Übergangsgelder

Strafrechtliche Relevanz des o.g. Vorgangs nach Auffassung der Staatsanwaltschaft; Ansehensverlust der Finanzverwaltung durch die unvollständige und verspätete Abgabe von Steuererklärungen durch Gerhard Mayer-Vorfelder sowie die nicht erfolgte Angabe von Einkünften bzw Aufwandsentschädigungen gegenüber dem Landesamt für Besoldung?

MdlAnfr 4) Rolf Gaßmann SPD 24.10.2003 Drs 13/2480
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3747 3748

Begrüßung des Verzichts des ehemaligen Finanzministers Mayer-Vorfelder auf ein Aufsichtsratsmandat der BW-Bank, Hinweis auf laufende Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Minister

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1441-1445 1447-1449

MBW

s. Marketinggesellschaft BW

MDK

s. Medizinischer Dienst der Krankenversicherung

Mechatronik

s.a. Mikrosystemtechnik

Chancen und Perspektiven der Mechatronik in BW

Bedeutung der Mechatronik insbes für die Leitbranchen Automobil-, Anlagen- und Maschinenbau; Bedarf an Forschung und Wissenstransfer aus den Hochschulen, Maßnahmen zur Koordination und Förderung; Angebot der Mechatronik als interdisziplinäres Gebiet der Ingenieurwissenschaften an den Hochschulen, Zahl von Auszubildenden, Studierenden und Absolventen; Einsatzbereiche und berufliche Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 20.10.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4756 (13 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 29

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Mecklenburg-Vorpommern

Vergleich der Förderung des Verbraucherschutzes in BW und Mecklenburg-Vorpommern

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 437 443

Diskrepanz zwischen den Ausgaben pro Schüler und dem Abschneiden Mecklenburg-Vorpommerns bei der PISA-Studie

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1751

Wohnungsleerstände in Mecklenburg-Vorpommern, Vorschlag einer Regionalisierung der Eigenheimzulage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5563 5564 5566 5569 5573

Verweisung auf den wirtschaftlichen Erfolg des Nationalparks Müritz in Mecklenburg-Vorpommern

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6603 6606 6607

Medien

s.a. Fachhochschule Stuttgart - Hochschule der Medien

s.a. Fernsehen

s.a. Film

s.a. Hochschule für Druck und Medien

s.a. Informations- und Kommunikationstechnik

s.a. Kabelrundfunk

s.a. Landesanstalt für Kommunikation

s.a. Medien- und Eventakademie Baden-Baden

s.a. Medien- und Filmgesellschaft

s.a. Mediengesetz

s.a. Medienpädagogik

s.a. Presse

s.a. Rundfunk

s.a. Urheberrecht

s.a. Verlag

s.a. Videotechnik

s.a. Zeitung

s.a. Zentrum für Kunst und Medientechnologie

Handwerkspolitik in BW

Stand und Ergebnisse der LMedieninitiative in Zusammenarbeit mit dem Handwerk

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/46

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zur Änd des Mediendienste-Staatsvertrags (Mediendiensteänderungsstaatsvertrag)

Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr, Regelung des Herkunftsprinzips, Modifizierung der Regeln über die Verantwortlichkeit und Informationspflichten von Diensteanbietern, Anpassung der Datenschutzbestimmungen an das Teledienste-DatenschutzGes sowie Änd im Bereich der Ordnungswidrigkeiten

Mittlg LReg 23.07.2001 Drs 13/120 (18 S.)
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327
BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/398
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 541-545

Bündelung der Zuständigkeiten im Bereich der Informations-, Kommunikations- und Medientechnologie

Bündelung der auf verschiedene Ressorts aufgeteilten Zuständigkeiten bei einer zentralen Anlaufstelle der LReg

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/276

Berufskolleg Technik und Medien in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

Lehrer- und Unterrichtsversorgung in Furtwangen, Donaueschingen und Spaichingen; Ausgleich der Nachteile für Spaichingen

KlAnfr
s. *Berufskolleg*
Drs 13/311

Multimediaoffensive für die Schulen

Mittelbereitstellung für IuK-Technologien an Schulen iRd Haushalte und Zukunftsoffensiven II und III, Aufwendungen der Schulträger für Ausstattung und Unterhalt, Einsatz von UMTS-Zinsersparnissen des Bundes für zusätzliche IuK-Investitionen an beruflichen Schulen, Vorlage einer landesweiten Konzeption; Fortsetzung der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine faire Lastenverteilung

Antr SPD 25.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/372 (12 S.)
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2188-2193

Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes

Erhöhung des Schullastenausgleichs zur Verbesserung der Medienausstattung der Schulen

GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/518

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Sechsten Staatsvertrages zur Änd des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/577

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Zahl, Aufgaben und Aufwand o.g. Lehrkräfte; Anpassung der Fortbildung an den ständigen Wechsel der Systemanforderungen; Umfang der Aufgabe der Tätigkeit wegen Arbeitsüberlastung; Integration des PC in den Unterricht; Hilfen zur Erkennung problematischer Inhalte im Internet; Kompensation der nicht verfügbaren Mittel der LStiftung für die Lehrerfortbildung im IT-Bereich; Unterstützung der Schulträger bei der Anschaffung und Wartung schulischer Netzwerke

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 26.02.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/783
BeschlEmpf und Bericht Schula 24.04.2002 Drs 13/997 S. 18-21
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Schulen in freier Trägerschaft

Höhe der Gebühren und Kosten je Schüler, Heranführung an die Förderung von 80 % der Kosten eines vergleichbaren staatlichen Schülers, Unterstützung des Schulhausbaus sowie der Medienausstattung, Partizipation an den Sonderprogrammen, Novellierung des PrivatschulGes

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Digitales terrestrisches Fernsehen DVB-T in BW

Beurteilung einer beschleunigten flächendeckenden Einführung o.g. Mediendienste und von „Überallfernsehen“, Umsetzung der bis 2010 vorgesehenen bundesweiten Abschaltung des analogen Fernsehnetzes, Auswahl der digitalen Startinseln und Programme, Auswirkungen auf den Ausbau des Kabelnetzes, Frage nach dem Geräteangebot und den Kosten für die Verbraucher

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/916

Ges zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änd des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Medienkonzentrationsrechts, Regelungen zum Umstieg auf die digitale terrestrische Rundfunkübertragung, Verbesserung der Information der Ltg über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Anstalten; Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag, Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/951

Medienausstattung an Schulen

Auswirkungen der Verwendung von PC auf die Leistungen der Schüler nach einer Studie der Organisation Educational Testing Service von 1998 in den USA

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 30.04.2002 und Antw KM Drs 13/976

Gewaltprävention an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Gewalt an Schulen differenziert nach Schularten und Klassenstufen in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, Einflüsse von Gewalt in den Medien, Bewertung von Projekten wie „Netzwerk gegen Gewalt“, „Faustlos“, Streitschlichtung, Jugendsozialarbeit u.a.; Auswirkungen von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, der Aus- und Fortbildung von Leh-

ren, von privaten Initiativen sowie der Zusammenarbeit mit Eltern

Antr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/987

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/1047

Die Situation des privaten Fernsehsenders B.TV und seine Perspektiven im Rahmen der baden-württembergischen Medienpolitik

Kenntnisse und Verhalten der LReg vor und nach Einleitung des Insolvenzverfahrens von B.TV, Absicherung von Krediten landesbeteiligter Banken durch Bürgschaften? Bemühungen des MinPräs um eine Beteiligung der EnBW an B.TV; Darlegung der medienpolitischen Zielsetzungen im Zusammenhang mit den Sanierungsbemühungen

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/1244

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMSStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1550

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMSStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw
s. *Jugendschutz*

Drs 13/1551

Thin-client-Netzwerke an Schulen

Kostenvergleich der o.g. Lösung mit der bisher üblichen Ausstattung von PC-Räumen und Multimediarechnern, insbes bei Verwaltung, Wartung, Nutzung und Ersatzbeschaffung; Information der Schulen und Kommunen über die Thin-client-Technologie

Antr
s. *Computer*
Drs 13/1785

Jugendschutz im Internet

Stand der Bekämpfung und Ahndung jugendgefährdender Internetangebote differenziert nach extremistischen, pornografischen, gewaltverherrlichenden u.a. Inhalten; Ausstattung und Arbeitsbilanz der beim RegPräs Tübingen angesiedelten Stelle im Vergleich zu anderen BLändern; Abgabe von Verfahren an das BKA, Umfang und Abschluss von Verfahren wegen Kinderpornographie durch Operationen in den USA und Großbritannien; Nutzung der medienpädagogischen Angebote der Aktion Jugendschutz von Eltern; Stand der Erstellung und Pflege einer Ausschlussliste; europäische Zusammenarbeit von Jugendschutz und Polizei

Antr
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1811

Der Investor bei B.TV und seine persönlichen und sachlichen Voraussetzungen nach dem LandesmedienGes

Aktivitäten zur Sicherung des Medienstandorts BW nach der Insolvenz des Fernsehsenders B.TV; Beurteilung der Eignung des o.g. Investors als Veranstalter von Rundfunkprogrammen; Verschärfung der medienrechtlichen Voraussetzungen zur Lizenzerteilung

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/1850

Pilotprojekt drahtloser Internetempfang

Angebot von Laptops mit netzungebundenem Funkmodem zur Einwahl ins Internet: Höhe der Kosten für den Haushalt, die beteiligten Firmen und Schüler, Vorbereitung und technische Unterstützung der Lehrkräfte, Einbeziehung aller Schüler der Klassenstufe 11 an Stuttgarter Gymnasien in das Multimediaprojekt?

Antr
s. *Internet*
Drs 13/2001

Neue Medien im Ländlichen Raum

Flächendeckende Versorgung mit den Dienstleistungen der Neuen Medien, Verbesserung der Medienakzeptanz und -kompetenz im ländlichen Raum

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 30.04.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2036
BeschlEmpf und Bericht LandwA 02.07.2003 Drs 13/2313 S. 34 35
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Jugendschutznovelle mit Nebenwirkungen

Auswirkungen des neuen JugendschutzGes für Käufer und Verkäufer von PC, Computerspielen u.a. Unterhaltungssoftware mit und ohne Altersfreigabe; Möglichkeiten zur Verifikation der Altersangaben von Kindern und Jugendlichen, insbes im Versandhandel; Zeitdauer, Kriterien und Kosten der Verfahren zur

Prüfung der Altersfreigabe; Notwendigkeit einer Altersfreigabe auch für Heft-CD von Zeitschriften, Aussetzung des Gesetzesvollzugs?

Antr
s. *Jugendschutz*
Drs 13/2089

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender, der Printmedien und Zeitungsverlage, der MFG, Filmförderung und Filmakademie, der LfK und neuen Kommunikationsstrategie „doIT“; Entwicklung des ZKM und der gesetzlichen Rahmenbedingungen; Vermittlung von Medienkompetenz, Medienbildung und Stärkung des Jugendschutzes; Bewertung der SWR-Rundfunkfusion

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2324 (29 S.)
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5088-5098

Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnissen im Rundfunk- und Pressewesen

Schaffung der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung o.g. Beteiligungsverhältnisse der in BW lizenzierten privaten Rundfunksender durch die LfK bzw der im Land erscheinenden Presseorgane im Impressum

Antr SPD 22.08.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2371
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6270-6278
BeschlEmpf und Bericht StändA 14.04.2005 Drs 13/4312 S. 4 5
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr SPD 01.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2468
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6270-6278
BeschlEmpf und Bericht StändA 14.04.2005 Drs 13/4312 S. 4 5
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/2775

Die kulturwirtschaftlichen und industriepolitischen Impulse für den Standort BW durch gebührenfinanzierte Investitionen des Südwestrundfunks (SWR)

Wertschöpfungsbeitrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zum Bruttoinlandsprodukt; kulturwirtschaftliche Auswirkungen der Aktivitäten des SWR, insbes in den Bereichen Musik, Wort, Kunst, Film, Darstellende Künste und Publizistik sowie durch Festspiele u.a. Veranstaltungen, im Tourismus, in der Gastronomie und Musikwirtschaft; Beiträge des SWR zur medientechnologischen Entwicklung, insbes durch Investitionen in die Digitalisierung des Programmvermögens, die Senderstandorte, die DAB-T- und DVB-T-Technologie

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/3101

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des MedienzentrenGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Rundfunkgebühren und Medienpolitik - ordnungspolitische Zielsetzungen aus der Position des Ltg von BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5276

Auswirkung der Bildungsplanung auf die Schulbaurichtlinien

Überarbeitung der Schulbaurichtlinien für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen aufgrund der in den neuen Bildungsplänen verankerten Anforderungen, insbes im Hinblick auf neue Medien und lernfeldbezogene Didaktik

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/3684

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Beurteilung der weiten Ermessensspielräume und unbestimmten Rechtsbegriffe der Vergabeordnung der Medien- und Filmgesellschaft sowie der Nachwuchsförderprogramme mit der Folge einer Umgehung von Autoren bzw von Absolventen baden-württembergischer Studieneinrichtungen im Film- und Medienbereich; Interventionsmöglichkeiten des SWR bei der Mittelvergabe; finanzielle Sicherung des Europäischen Filmfestivals u.a. Festivals; Präzisierung der Fördervoraussetzungen in der Vergabeordnung und den Förderprogrammen zur verstärkten Berücksichtigung von heimischen Unternehmen, Nachwuchskräften sowie Absolventen der Filmakademie Ludwigsburg

Antr GRÜNE 21.10.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3690
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 8 9
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienGes und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und

des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/3784

Bambi-Verleihung 2006 in Stuttgart

Beurteilung o.g. Presseberichte bzw der damit verbundenen Chancen für die Standortwerbung von Land und Stadt

MdlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/3827

Europäisches Filmfestival Stuttgart-Ludwigsburg

Akzeptanz und Ausstrahlung der o.g. Veranstaltung; bisherige Förderung mit Mitteln des Landes bzw der Medien- und Filmgesellschaft; Gründe und Auswirkungen der Streichung, insbes auf den Film-, Medien- und Wirtschaftsstandort Stuttgart-Ludwigsburg; Einflussnahme auf den Meinungsbildungsprozess bei der Stadt Stuttgart? Frage nach geplanten Alternativen

KlAnfr
s. *Filmfestspiele*
Drs 13/3869

Medienpolitische Forderungen des Justizministers

Beurteilung der Forderungen nach Privatisierung des ZDF, Auflösung oder Fusion des Saarländischen Rundfunks mit anderen ARD-Anstalten bzw zusätzliche Belastung der dortigen Gebührenzahler mit einem Solidarzuschlag sowie nach einer engeren Kooperation der öffentlich-rechtlichen Sender mit dem DRS und ORF

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 22.02.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4084
BeschlEmpf und Bericht StändA 14.04.2005 Drs 13/4312 S. 13
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Vergabe von Produktionen durch den SWR und beteiligte Partner an Produzenten im Land, finanzielle Unterstützung durch die Medien- und Filmgesellschaft, (dauerhafte) Ansiedlung neuer Firmen und Arbeitsplätze bzw von Absolventen der Filmakademie seit 1996, Einbindung des öffentlichen Bankensektors in die Förderung, Fortschreibung der Filmkonzeption sowie der Konzeption für die Filmfestivals; Abstimmung der Strategie der Länder zur Notifizierung der Förderinstrumente durch die EU

Antr GRÜNE 22.02.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4087
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 8 9
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr
s. *Rundfunk*

Drs 13/4288

Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055-7067

Bambi-Preis-Verleihung in Stuttgart

Stand der o.g. Gespräche mit dem Burda-Verlag, Frage nach den damit verbundenen Erwartungen und finanziellen Konditionen

KlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/4702

Flächendeckende Ausstattung des ländlichen Raums mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien

Stand und (technische) Ausbaumöglichkeiten der o.g. Infrastruktur im ländlichen Raum, Darstellung der besonderen Probleme und EU-wettbewerbsrechtlichen Restriktionen gegen eine finanzielle Beteiligung der Kommunen, Bewertung der ergriffenen und geplanten Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/5116

„Baby-TV“

Beurteilung des o.g. Programms bzw des Fernsehkonsums von Babys und Kleinkindern, Information der Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Eltern

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/5219

Bezeichnung des Landes als bundesweit führendes Medienland, Fortsetzung der LMedieninitiative

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56 57

Ankündigung von Entscheidungen in der Medienpolitik, Weiterentwicklung der privaten und öffentlich-rechtlichen Sender, Finanzierung der Multimedia-Offensive an den Schulen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 75 76 89 94 104

Investitionen in das Medienland BW, Finanzierung der Medienausstattung der Schulen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 336 339 342

Umschichtung im kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung der Medienausstattung an den Schulen; Bedeutung der Medienhochschule in Stuttgart

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641-644

Umschichtung im kommunalen Finanzausgleich zur Finanzierung der Medienausstattung an den Schulen, Mittelbereitstellung des Bundes zur Multimediaausstattung der beruflichen Schulen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805 806 823

Finanzierung der Medienausstattung der Schulen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 849 850 855

Einsatz neuer Medien an den Hochschulen; Finanzierung der Medienausstattung der Schulen sowie der Lehrerfortbildung im Multimediabereich

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 978 988 992 999

Lob für die Rolle der Medien iRd Aufklärung der FlowTex-Affäre; Wahrung des Datenschutzes im Umgang mit den neuen Medien

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1269 1314

Betrachtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Teil der Medienwirtschaft durch die EU-Kommission

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1457 1472

Einsatz neuer Medien in der Lehre und Weiterbildung an der Universität Karlsruhe; Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1528 1534 1540-1542 1544

Investitionen iRd IT- und Medienoffensive, Gestaltung der Rahmenbedingungen für multimediale Anwendungen in der Telemedizin und Verkehrstelematik

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632-1640

Höhe und Nachhaltigkeit des Mitteleinsatzes zur Medienförderung im Vergleich zu NRW

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1972 1973

Auswirkungen und Konsequenzen der Gewaltverherrlichung in den Medien, Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Medien, Stärkung der Medienpädagogik an den Schulen; Reduzierung des medienpolitischen Einflusses der Parteien

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2459 2482-2494

Vorwurf einer Vernachlässigung der Medienpolitik; Eintreten für eine maßvolle Erhöhung der Rundfunkgebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3627 3648

Fortsetzung der Medienpolitik von Minister Dr. Palmer durch seinen Nachfolger Ulrich Müller; Zweifel an der Eignung des neuen Ministers

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5490-5492 5494

Stärkung der Medienlandschaft durch den SWR; Verlagerung der Medienwirtschaft vom WM zum StM; Würdigung der Medienpolitik von Minister Palmer

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5868 5885 5886

Verweisung auf die Spitzenstellung des Landes im Medienbereich, Weiterentwicklung der Film- und Popakademie

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407 6408

Medien- und Eventakademie Baden-Baden

Die Europäische Medien- und Event-Akademie Baden-Baden und die Landesstiftung BW als gemeinsame Versorgungsanstalt?

Bisherige und künftige Finanzierung der o.g. Einrichtung über die Landesstiftung und den Landeshaushalt, Defizitabdeckung durch die Stadt Baden-Baden, Beanstandungen des dortigen Rechnungsprüfungsamts, Zahl und Finanzierungsanteil der Studierenden, Gründe für die Bestellung eines „kostenneutralen“ zweiten Geschäftsführers ohne vorherige Ausschreibung aus der CDU-Landtagsfraktion

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 13.03.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1887

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2139 S. 60

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Angebot von grundständigen Studiengängen an der Medien- und Eventakademie Baden-Baden, Einbeziehung in das FilmakademieGes

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2973

Medien- und Filmgesellschaft

Förderung der Popular- und Jugendmusik und die Einrichtung einer Popakademie in BW

Vorschläge einer Arbeitsgruppe des StM, mögliche Standorte und Trägerschaften, Verzahnung mit bestehenden Einrichtungen, u.a. mit der Rockstiftung Baden-Baden, der Medien- und Filmgesellschaft und der Jazz & Rock Schule Freiburg; Förderung dieser Schule als Ersatzschule?

Antr

s. *Musik*

Drs 13/149

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der MFG, Filmförderung und Filmakademie sowie der Konzeption zur Förderung der Populärmusik

Antr

s. *Medien*

Drs 13/2324

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Beurteilung der weiten Ermessensspielräume und unbestimmten Rechtsbegriffe der Vergabeordnung der Medien- und Filmgesellschaft sowie der Nachwuchsförderprogramme mit der Folge einer Umgehung von Autoren bzw von Absolventen badenwürttembergischer Studieneinrichtungen im Film- und Medienbereich; Interventionsmöglichkeiten des SWR bei der Mittelvergabe; finanzielle Sicherung des Europäischen Filmfestivals u.a. Festivals; Präzisierung der Fördervoraussetzungen in der Vergabeordnung und den Förderprogrammen zur verstärkten Berücksichtigung von heimischen Unternehmen, Nachwuchskräften sowie Absolventen der Filmakademie Ludwigsburg

Antr

s. *Medien*

Drs 13/3690

Europäisches Filmfestival Stuttgart-Ludwigsburg

Akzeptanz und Ausstrahlung der o.g. Veranstaltung; bisherige Förderung mit Mitteln des Landes bzw der Medien- und Filmgesellschaft; Gründe und Auswirkungen der Streichung, insbes auf den Film-, Medien- und Wirtschaftsstandort Stuttgart-Ludwigsburg; Einflussnahme auf den Meinungsbildungsprozess bei der Stadt Stuttgart? Frage nach geplanten Alternativen

KIAnfr

s. *Filmfestspiele*

Drs 13/3869

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Vergabe von Produktionen durch den SWR und beteiligte Partner an Produzenten im Land, finanzielle Unterstützung durch die Medien- und Filmgesellschaft, (dauerhafte) Ansiedlung neuer Firmen und Arbeitsplätze bzw von Absolventen der Filmakademie seit 1996, Einbindung des öffentlichen Bankensektors in die

Förderung, Fortschreibung der Filmkonzeption sowie der Konzeption für die Filmfestivals; Abstimmung der Strategie der Länder zur Notifizierung der Förderinstrumente durch die EU

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4087

Bündelung der IT- und Medienprojekte des Landes bei der MFG
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1635 1639

Bewertung der MFG als beratendes Kompetenzzentrum, Ablehnung einer Übertragung auf die L-Bank
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330-6333 6335

Medienerziehung

s. *Medienpädagogik*

Mediengesetz

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw LReg 21.11.2002 Drs 13/1550 (16 S.)
1. Beratung PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2316-2322
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.01.2003 Drs 13/1667 (dazu ÄAntr Nr. 1 und 2) (31 S.)
ÄAntr CDU und FDP/DVP 21.01.2003 Drs 13/1687-1
ÄAntr SPD 22.01.2003 Drs 13/1687 2-3
2. Beratung PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2487-2495
GesBeschl 23.01.2003 Drs 13/1703
GBI 2003 Nr. 2 S. 108-110 (Ges vom 04.02.2003)

Der Investor bei B.TV und seine persönlichen und sachlichen Voraussetzungen nach dem LandesmedienGes

Aktivitäten zur Sicherung des Medienstandorts BW nach der Insolvenz des Fernsehsenders B.TV; Beurteilung der Eignung des o.g. Investors als Veranstalter von Rundfunkprogrammen; Verschärfung der medienrechtlichen Voraussetzungen zur Lizenzerteilung

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/1850

Änd des LandesmedienGes

Verschärfung der persönlichen und sachlichen Voraussetzungen zur Lizenzerteilung für private Veranstalter von Hörfunk- oder Fernsehprogrammen, Einführung eines Redaktionsstatuts

Antr SPD 25.03.2003 Drs 13/1931
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2855-2870

Änd des LMedienGes

Verschärfung der persönlichen und sachlichen Zulassungsvoraussetzungen für die Erteilung einer Lizenz an einen privaten Rundfunkveranstalter nach der unter Auflagen erteilten Lizenz an den neuen Betreiber von B.TV

Antr GRÜNE 10.04.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1984

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/2775

Ges zur Änd des LMedienGes

Streichung von § 36 Abs 1 Satz 3, Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit für die Wahl der Mitglieder des Vorstands der LfK

GesEntw
s. *Landesanstalt für Kommunikation*
Drs 13/3286

Schreiben des Staatsgerichtshofs für das Land BW vom 04.10.2004, Az.: GR 2/04 - Normenkontrollverfahren auf Antrag von 44 Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion betr § 36 Abs 1 Satz 3 LMedienG

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5489
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.10.2004 Drs 13/3709
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienGes und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/3784

Folgen des Urteils des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 6. September 2005 für das LMedienGes BW

Verwerfung des weitgehenden Ausschlusses politischer Parteien von der Veranstaltung privaten Rundfunks mit dem o.g. Urteil, Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der einschlägigen Regelungen des LMedienGes durch Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr SPD 20.09.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4652

Medienhochschule

s. *Fachhochschule Stuttgart - Hochschule der Medien*

Medienoffensive

s. *Medien*

Medienpädagogik*Jugendschutz im Internet*

Stand der Bekämpfung und Ahndung jugendgefährdender Internetangebote differenziert nach extremistischen, pornografischen, gewaltverherrlichenden u.a. Inhalten; Ausstattung und Arbeitsbilanz der beim RegPräs Tübingen angesiedelten Stelle im Vergleich zu anderen BLändern; Abgabe von Verfahren an das BKA, Umfang und Abschluss von Verfahren wegen Kinderpornographie durch Operationen in den USA und Großbritannien; Nutzung der medienpädagogischen Angebote der Aktion Jugendschutz von Eltern; Stand der Erstellung und Pflege einer Ausschlussliste; europäische Zusammenarbeit von Jugendschutz und Polizei

Antr

s. *Jugendschutz*

Drs 13/1811

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Medienpolitik in BW*

Vermittlung von Medienkompetenz, Medienbildung und Stärkung des Jugendschutzes

Antr

s. *Medien*

Drs 13/2324

„Baby-TV“

Beurteilung des o.g. Programms bzw des Fernsehkonsums von Babys und Kleinkindern, Information der Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen, Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Kindern und Eltern

Antr

s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/5219

Stärkung der Medienpädagogik an den Schulen und Kindergärten

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2484-2486

Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch Medienkonsum; Vermittlung von Medienkompetenz im Elternhaus, in Kindergärten und Schulen; Erfolgswertung des Landesnetzwerks für medienpädagogische Erziehung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056-7067

Medienrat der Landesanstalt für Kommunikations. *Landesanstalt für Kommunikation***Medienzentrengesetz**s. *Medien***Medikament**s. *Arzneimittel***Medizin**s.a. *Ärztliche Behandlung*s.a. *Altersheilkunde*s.a. *Arbeitsmedizin*s.a. *Chirurgie*s.a. *Frauenheilkunde*s.a. *Heilverfahren*s.a. *Kardiologie*s.a. *Medizinische Ausbildung*s.a. *Medizinische Forschung*s.a. *Naturheilkunde*s.a. *Neurologie*s.a. *Operation (Heilverfahren)*s.a. *Pathologie*s.a. *Psychiatrie*s.a. *Rechtsmedizin*s.a. *Reproduktionsmedizin*s.a. *Tierheilkunde*s.a. *Transplantation (Medizin)*s.a. *Zahnheilkunde**Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken*

Einrichtung eines Studiengangs Telemedizin an der FH Heilbronn

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/572

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Prüfung der Umsetzbarkeit einer modernen Patientenchipkarte, der elektronischen Patientenakte sowie von Dokumentations- und Spracherfassungssystemen iR eines Modellprojekts; Lösung der Datenschutzproblematik i.S.d. Patienten; Förderung des iRd Studiengangs „Medizinische Informatik“ der Universität Heidelberg und der FH Heilbronn projektierten Kompetenzzentrums Telemedizin in Heilbronn

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 05.07.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1144

BeschlEmpf und Bericht SozA 26.09.2002 Drs 13/1638 S. 9 10

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Geplante Fusion der Medizinischen Fakultäten in Heidelberg und Mannheim

Stand der o.g. Bemühungen, Berücksichtigung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land, der Universität Heidelberg und der Klinikum Mannheim gGmbH; Eingliederung der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim in die Universität Mannheim bei einem Scheitern der Verhandlungen?

KlAnfr Max Nagel SPD 06.11.2002 und Antw MWK Drs 13/1463

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Aufhebung der PrüfungsvergütungsVO Medizin sowie der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/1763

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Pharmazie- und Medizinprodukte-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr

s. *Dokumentation*

Drs 13/3540

Die jüngste Stellungnahme des Wissenschaftsrats zu den Universitätskliniken im Land

Bewertung und Konsequenzen der o.g. Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Hochschulmedizin, insbes der Ausführungen zum Klinikum Mannheim bzw der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim der Universitätsklinik Heidelberg; Frage nach eingeleiteten und geplanten Maßnahmen bzw der Einsetzung einer extern besetzten Expertengruppe

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/3578

Vergabe von Studienplätzen im Studiengang Humanmedizin

Entwicklung der Zahl der verfügbaren und nachgefragten Studienplätze an den einzelnen Universitäten in den letzten Jahren, Darlegung der Vergabeverfahren und -regelungen, Anteil und Erfolg der bei den Verwaltungsgerichten klagenden abgelehnten Bewerber, Zahl der dadurch zusätzlich vergebenen Studienplätze, Maßnahmen zur Wahrung der berechneten Kapazitätsgrenzen auch nach Anrufung der Verwaltungsgerichte, Planung einer Erweiterung der Kapazitäten zur Abwendung eines drohenden Ärztemangels

KlAnfr

s. *Medizinische Ausbildung*

Drs 13/4867

Niveau der Hochschulmedizin an den vier Universitätskliniken

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1182-1188

Kostenwirkungen des medizinischen Fortschritts im Gesundheitswesen, Ablehnung einer Zweiklassenmedizin

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1408-1410 1414 1415 1417 1423

Förderung von multimedialen Anwendungen in der Telemedizin

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1633

Kritik am Weg in eine planwirtschaftliche Staatsmedizin, Vorwurf einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen für eine Abkehr von der Apparatemedizin, Förderung der Alternativmedizin

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075 2076 2078 2081 2085 2086 2089

Frage nach der Qualitätsentwicklung der Medizin im Zuge einer Vereinheitlichung des Gesundheitswesens in der EU

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2951 2954-2957

Anwendung der optischen Technologien in der Medizin

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603

Schwerpunkt der regenerativen Medizin bei wirtschaftsnahen Forschungsinstituten in der Region Neckar-Alb

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4491

Medizinische Ausbildung*Personelle Versorgung der Krankenhäuser mit Ärztinnen und Ärzten*

Entwicklung o.g. Daten, Einhaltung der geltenden Arbeitszeitregelungen, Umfang und Abgeltung von Überstunden, Gegenüberstellung der Studienanfängerzahlen und des künftigen Personalbedarfs, Notwendigkeit einer Überarbeitung der Ausbildungs- und Approbationsordnungen

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/273

Privatisierung der Universitätsklinik?

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM, Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben von Forschung, Lehre und Hochleistungsmedizin bzw deren Verbindung mit Krankenversorgung in Zusammenarbeit mit der Universität? Höhe und mögliche Verwendung von Veräußerungserlösen, Konzeption des angekündigten Modellprojekts, Positionen des MWK und der Klinik

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/546

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/643

Gesundheit in Europa

Harmonisierung der Aus- und Fortbildung der ärztlichen Berufe und der Pflegeberufe, gegenseitige Anerkennung der Approbationen bzw der Pflegeberufsabschlüsse in den Mitgliedstaaten

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1163

Ges zur Änd heilberufsrechtlicher Vorschriften - Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.05.2001 (ABl. EG L 206 S. 1)

Umsetzung der Richtlinie im Heilberufe-KammerGes und im Gesetz zur Ausführung der EG-Richtlinie über eine spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin, Prüfung der Berücksichtigung von in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikationen von Ärzten und Zahnärzten, Aufnahme von Regelungen in die Weiterbildungsordnungen der Kammern

GesEntw

s. *Kammer (Körperschaft)*

Drs 13/1621

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr
s. *Gesundheitswesen*
Drs 13/1740

Weiterentwicklung der Palliativmedizin in BW

Art, Stand und Perspektiven der schmerzmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken und Sterbenden in Krankenhäusern, durch niedergelassene Ärzte, Hospizeinrichtungen u.a. Dienste; Umfang der Unterstützung sowie Weiterentwicklung der Palliativmedizin; Verankerung in der Aus- und Fortbildung in der Medizin und Krankenpflege, Einrichtung von Zentren sowie eines Lehrstuhls für Palliativmedizin

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 13/1777

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und zur Aufhebung heilberufsrechtlicher Vorschriften

Anpassung an die Rechtsauffassung der EU-Kommission, Regelung der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin als Weiterbildung im Gebiet Allgemeinmedizin, Berechtigung der in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikation zur Führung der allgemeinmedizinischen Gebietsbezeichnung sowie der spezifischen Ausbildung in der Allgemeinmedizin zur Facharztbezeichnung Arzt für Allgemeinmedizin

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/3092

Ärztemangel

Entwicklung der Zahlen von Pensionierungen sowie des Bedarfs an Haus-, Fach- und Krankenhausärzten in den nächsten zehn Jahren; Gegenüberstellung der Zahlen von Studienanfängern, -abbrechern und -absolventen, Anteil der Mediziner ohne patientenbezogene ärztliche Tätigkeit; Kosten eines Medizinstudienplatzes pro Semester; Beschreibung der medizinischen Versorgung bzw des Mangels an Ärzten in den einzelnen Regionen und im europäischen Ausland

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/3168

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinik

Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4595

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinik in BW

Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4604

Die Forschungsaufgabe der baden-württembergischen Universitätsklinik vor dem Hintergrund der Tarifaueinandersetzungen für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst

Vorgesehene und tatsächlich erbrachte Forschungsleistungen der o.g. Beschäftigtengruppen, Auswirkungen getrennter Tarifverträge für die beiden Gruppen bzw von getrennten tariflichen Regelungen für Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, Überlegungen für die vom Minister angekündigte Strukturreform nach der Landtagswahl; Vorlage einer Problemanalyse zur Situation der Universitätsklinik und der Hochschulmedizin, Stärkung der medizinischen Forschung trotz der strukturell verankerten Priorität der Krankenversorgung

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4740

Vergabe von Studienplätzen im Studiengang Humanmedizin

Entwicklung der Zahl der verfügbaren und nachgefragten Studienplätze an den einzelnen Universitäten in den letzten Jahren, Darlegung der Vergabeverfahren und -regelungen, Anteil und Erfolg der bei den Verwaltungsgerichten klagenden abgelehnten Bewerber, Zahl der dadurch zusätzlich vergebenen Studienplätze, Maßnahmen zur Wahrung der berechneten Kapazitätsgrenzen auch nach Anrufung der Verwaltungsgerichte, Planung einer Erweiterung der Kapazitäten zur Abwendung eines drohenden Ärztemangels

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 23.11.2005 und Antw
MWK Drs 13/4867

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und des VersorgungsanstaltsGes

Übertragung der Ausgabe von elektronischen Heilberufsausweisen auf die Kammern; Änd der Regelungen zur Ethikkommission; Schaffung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung der Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten; Weiterentwicklung der Muster-Weiterbildungsordnung der Ärzte

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/4902

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in

beiden Einrichtungen

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/5218

Ermöglichung der fachärztlichen Weiterbildung für teilzeitbeschäftigte Ärztinnen, Anteil von jungen Frauen im Medizinstudium

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2044 2052

Aus- und Weiterbildung der Ärzte im Bereich der Palliativmedizin, Prüfung der Einrichtung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7484

Medizinische Forschung

s.a. *Biotechnologie*
s.a. *Gentechnologie*
s.a. *Heilverfahren*
s.a. *Krebsregister*
s.a. *Reproduktionsmedizin*

Präimplantationsdiagnostik und Forschung an embryonalen Stammzellen in BW

Aktuelle Debatte
s. *Reproduktionsmedizin*
PIPr 13/6 S. 168

Deutsches Cochrane Zentrum an der Universitätsklinik Freiburg
Aufbereitung der Ergebnisse von kontrollierten Studien zu Übersichtsarbeiten zur Bewertung von Therapien, Beurteilung der Bedeutung und Finanzierung des o.g. internationalen Netzwerks von Wissenschaftlern und Ärzten, notwendige Veränderungen für einen besseren Transfer der Forschungsergebnisse in die Praxis, Erarbeitung einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage für das Freiburger Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Bund

Antr
s. *Cochrane Collaboration*
Drs 13/75

Privatisierung der Universitätsklinik

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM, Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben von Forschung, Lehre und Hochleistungsmedizin bzw deren Verbindung mit Krankenversorgung in Zusammenarbeit mit der Universität? Höhe und mögliche Verwendung von Veräußerungserlösen, Konzeption des angekündigten Modellprojekts, Positionen des MWK und der Klinika

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/546

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr

s. *Universitätsklinik*
Drs 13/643

LVA BW schließt Pathologie der Thorax-Klinik Heidelberg

Gründe, Umstände und Folgen der plötzlichen Schließung o.g. Abteilung; Bewertung als Verlust für die nationale und internationale Forschung nach Einschätzung vieler Wissenschaftler; Beurteilung der Fähigkeit der Universität Heidelberg zur Übernahme der Aufgaben sowie der jährlichen Kosten der Stilllegung

Antr
s. *Pathologie*
Drs 13/745

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Förderung der Grundlagenforschung und der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Bio- und Gentechnik, Attraktivität des Standorts BW für global operierende Pharmaunternehmen, Entwicklung der Patentanmeldungen für entsprechende Arzneimittel seit 1996, Unterstützung des Aufbaus von klinischen Forschungseinrichtungen; Vereinfachung der Fördermodalitäten bei der L-Bank, Förderung risikobehafteter Projekte kleinerer Unternehmen; Auflösung der Biotechnologie-Agentur, Aufstockung und Institutionalisierung der Förderung von Biotechnologie-Parks

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/1159

Forschung an menschlichen Stammzellen in BW

Bewertung des Gesetzes zum Import embryonaler Stammzellen; Projekte, Ziele und Förderpraxis der Forschung mit embryonalen und adulten Stammzellen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr
s. *Stammzelle*
Drs 13/1161

Epidemiologische Entwicklung der FSME- und Borreliose-Erkrankungen durch Zeckenbisse (Schildzecke Ixodes ricinus „Holzbock“)

Entwicklung der Zeckenbelastung und der Zahl o.g. Erkrankungen seit 1996; Stand der Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Thema Borreliose an der Universität Konstanz mit dem Ziel der Herstellung eines Impfstoffes

Antr
s. *Hirnhautentzündung*
Drs 13/1411

Forschungskapazitäten im Bereich der Elementarbildung und Frühpädagogik in BW

Vorhandene und notwendige Einrichtungen zur Entwicklung von Hilfen zur pädagogischen Praxis für die Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, interdisziplinäre Kooperationsformen unter Einbeziehung der Didaktik, der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie; Vorlage eines Konzepts zum Ausbau der Kapazitäten

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/2236

Zukunft des epidemiologischen Krebsregisters in BW

Begründung und Auswirkungen der Umstellung des bevölkerungsbezogenen Krebsregisters auf ein klinisches Register, insbes auf die Qualitätssicherung und Präventionsprogramme, die Bedarfsplanung im Gesundheitswesen und die Krebsursachen-

forschung; einbezogene Kliniken und Tumorzentren; erwartete Kosteneinsparungen; Gründe für die Ablehnung einer Meldepflicht nach dem Beispiel anderer BLänder

Antr
s. *Krebsregister*
Drs 13/2305

Biologische Bekämpfung der Schildzecke (Ixodes ricinus „Holzbock“) zur Verhinderung von FSME- und Borreliose-Erkrankungen

Gebotene Maßnahmen zur Eindämmung der Zeckenpopulation, Erarbeitung von Bekämpfungsstrategien iR eines Forschungsauftrags sowie einer Arbeitsgruppe des Landesgesundheitsamts

Antr
s. *Hirnhautentzündung*
Drs 13/2317

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Häuser aus der medizinischen Versorgung und Forschung seit 1998, Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens? Entwicklung der Mitarbeiterzahlen nach Wissenschaftlern, Ärzten, Pflegern u.a.; Darlegung des Änderungsbedarfs beim BAT, den Chefarztverträgen einschließlich der Privatliquidation, bei den Leitungsstrukturen, den Bau- und Ausstattungsmaßnahmen; Ausschluss einer Schließung von Abteilungen, die für die Versorgung im Land notwendig sind, durch die Kliniken aus Kostengründen

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Haushalt 2004; Epl 14

Förderung alternativer Forschungsmethoden ohne Tierversuche

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-11 S. 63
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Blutspendezentrale des Universitätsklinikums Tübingen

Beurteilung von Plänen der Klinikleitung zur Schließung oder Privatisierung der Blutspendezentrale, Konsequenzen für die Mitarbeiter und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, Auswirkungen des Wegfalls eines Spenderpools und damit bestimmter Nebenprodukte der Blutkonservenproduktion für die transplantationsmedizinische Forschung, Verlust von EU-Fördermitteln?

KIAnfr
s. *Blut*
Drs 13/3324

Arzneimittelversorgung in BW

Zahl und Umsatzentwicklung der produzierenden und forschenden Unternehmen; Wirkung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbes der Gesundheitsgesetzgebung, der Kosten, Zeiträume und Verfahren von der Forschung bis zur Markteinführung eines neuen Medikaments im Vergleich zur europäischen Konkurrenz; Umfang und Gründe der Verlagerung von

Forschungskapazitäten ins Ausland

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4595

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4604

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit (Reproduktionstoxikologie)

Bedeutung, Schwerpunkte, Ziele, Ergebnisse und Finanzierung der beiden reproduktionstoxikologischen Beratungs- und Forschungszentren in Berlin und Ravensburg; Darlegung der anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa; Frage nach Zahlen über vermiedene Schwangerschaftsabbrüche durch qualifizierte Medikamentenberatung; Übernahme einer Koordinierungsfunktion zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen, Pharmaindustrie und Kirchen zur finanziellen Absicherung der Reproduktionstoxikologie

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 15.09.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4641
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2005 Drs 13/5052 S. 54
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Gentechnische Experimente mit Tieren; Tierversuche am neuen Universitätslabor „Theoretikum“ der Universität Freiburg

Zahl, Art und Haltungsbedingungen von Versuchstieren bisher und nach Vollendung des o.g. Neubaus; Darlegung der geplanten Forschungsprojekte, -ziele und -ergebnisse; Ausschluss von Doppelversuchen bzw Erreichung der angestrebten Ziele mit anderen Methoden? Höhe des Mitteleinsatzes und Ergebnisse der tierversuchsfreien Forschung in den letzten Jahren; Umfang des Aufwands an öffentlichen Mitteln für den Neubau, die Haltung und Pflege der Labortiere und die geplanten Forschungsvorhaben; Einhaltung der Vorgaben der EU-Tierversuchsrichtlinie und des TierschutzGes

Antr
s. *Tierversuch*
Drs 13/4696

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit

Möglichkeiten zur Verbindung des Instituts für Reproduktionstoxikologie in Ravensburg mit der Berliner Beratungsstelle für Embryonaltoxikologie zu einem einheitlichen nationalen Referenzzentrum bzw Installation als zweites, gleichberechtigtes Referenzzentrum

KlAnfr Ulrich Müller CDU 13.10.2005 und Antw SM Drs 13/4723

Die Forschungsaufgabe der baden-württembergischen Universitätskliniken vor dem Hintergrund der Tarifauseinandersetzungen für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst

Vorgesehene und tatsächlich erbrachte Forschungsleistungen der o.g. Beschäftigten Gruppen, Auswirkungen getrennter Tarifverträge für die beiden Gruppen bzw von getrennten tariflichen Regelungen für Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, Überlegungen für die vom Minister angekündigte Strukturreform nach der Landtagswahl; Vorlage einer Problemanalyse zur Situation der Universitätskliniken und der Hochschulmedizin, Stärkung der medizinischen Forschung trotz der strukturell verankerten Priorität der Krankenversorgung

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4740

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr Rita Haller-Haid u.a. SPD 21.03.2006 und Antw MWK Drs 13/5218

Feststellung einer Spitzenposition des Landes in der medizinischen Forschung, ethische Grenzen der Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 57-59

Ablehnung des therapeutischen Klonens und der verbrauchenden Embryonenforschung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 82 91 92 96 104

Aufstockung der Mittel zur Erforschung möglicher Gesundheitsrisiken des Mobilfunks

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 241 244 245

Förderung der medizinischen Forschung mit dem Forschungsrahmenprogramm der EU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 608

Förderung der adulten Stammzellenforschung, der Resistenz- und Allergieforschung über die LStiftung BW

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1575 1583

Prüfung der Einrichtung eines interdisziplinären Instituts an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm zur Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2812

Notwendigkeit einer geschlechtsspezifischen Gesundheitsforschung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3210 3211 3213-3215

Errichtung eines interdisziplinären Instituts an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm zur Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung; Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Biotechnologie

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601-3603

Verhinderung einer Förderung der verbrauchenden Embryonenforschung durch die EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3810

Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4562 4566 4598 4599 4601 4602

Ermöglichung der Verbandsklage für Tierschutzverbände gegen Tierversuche, Anteil der Tierversuche in der biomedizinischen Forschung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6833-6836

Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7459

Medizinische Fortbildung

s. *Medizinische Ausbildung*

Medizinische Rehabilitation

s. *Rehabilitation*

Medizinische Weiterbildung

s. *Medizinische Ausbildung*

Medizinischer Dienst der Krankenversicherung*Heimaufsicht in BW*

Personalausstattung, Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen der Aufsichtsbehörden; Entwicklung der Daten seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3220; Auflistung von Beratungen, Beschäftigungs- und Betriebsverboten aufgrund von Gewalt gegen Pflegebedürftige; Auswirkungen der Novelle des HeimG; Kooperation mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung; Vorlage eines LHeimaufsichtsberichts alle zwei Jahre

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 13/560

Ambulante und stationäre Dienste

Verstärkte Inanspruchnahme ambulanter Dienste nach Einführung der Fallpauschalen, insbes von älteren Menschen; rechtzeitige Begutachtung und Einstufung in Pflegestufen durch den medizinischen Dienst; Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflege und des Mangels an Fachkräften, Abhilfe durch Werbung für die Pflegeberufe; Träger der Kosten für die höheren Aufwendungen infolge des Pflege-QualitätssicherungsGes

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/864

Krankenhausstrukturdateninformation des MDK BW (BIOS)

Beurteilung des o.g. Analysesystems im Hinblick auf die Einführung der neuen DRG-Fallpauschalen und Krankenhausplanung, Bereitstellung der Strukturdaten aller Krankenhäuser?

Antr
s. Krankenhaus
Drs 13/966

Veränderungen durch private Beteiligungen und Rechtsformänderungen im öffentlichen Krankenhausbereich

Strukturdateninformation des MDK auch von teil- oder vollprivatisierten Häusern

Antr
s. Krankenhaus
Drs 13/1496

Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen unterstützen

Hinwirkung auf Mindeststandards, Vereinheitlichung und größere Transparenz der o.g. Qualitätssicherung; Verzicht auf regelmäßige Prüfungen der zertifizierten Einrichtungen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen; Eintreten für eine bessere Honorierung der nachgewiesenen Pflegequalität

Antr
s. Pflegeheim
Drs 13/3997

Medizinisches Gerät

s.a. Gesundheitsuntersuchung

s.a. Medizinisches Hilfsmittel

Frühdefibrillatoren in öffentlichen Gebäuden zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes

Beurteilung des Einsatzes o.g. Geräte durch Laien iRd Ersten Hilfe, strafrechtliche Wertung einer Fehlanwendung als Körperverletzung; Schulung des Personals in öffentlichen Gebäuden, Beteiligung an den Ausbildungskosten

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 07.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/401
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 29 30
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Ausbildung zur Frühdefibrillation

Handhabung o.g. Ausbildung zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes durch die Rettungsdienstorganisationen, Einhaltung der von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe“ erarbeiteten „Gemeinsamen Grundsätze zur Frühdefibrillation“

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.01.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/620
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/1109 S. 55 56
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Links-Herzkatheter-Messplätze in BW

Gewährleistung der landesweiten Versorgung von Herzinfarktpatienten mit o.g. Geräten bzw der PTCA-Therapie, Situation im LKreis Reutlingen

KIAnfr Dieter Hillebrand CDU 07.08.2003 und Antw SM Drs 13/2345

Herzkatheter-Messplatz am Kreiskrankenhaus Calw

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer Kostenübernahme o.g. Untersuchungen durch die Krankenkassen; Hinwirkung auf eine Übernahme der Kosten

KIAnfr Thomas Blenke CDU 28.02.2006 und Antw SM Drs 13/5202

Ausstattung von Krankenhäusern mit Computertomographen und Magnetresonanztomographen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1424

Medizinisches Hilfsmittel

s.a. Medizinisches Gerät

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen

Probleme von Pflegebedürftigen mit ihren Krankenkassen bei der Abrechnung von ärztlich verordneten Hilfsmitteln; Sicherstellung des Versorgungsanspruchs der Versicherten; Rechtslage, Möglichkeiten und Kosten zur Bereitstellung der notwendigen Mittel durch die Heime

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 07.09.2001 und Antw SM Drs 13/221

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen - ein Jahr später..

Verweigerung der Kostenübernahme von Pflegehilfsmitteln durch die Krankenkassen seit 1995 bzw Abwälzung der Kosten auf die Pflegeversicherung, Frage nach Aktivitäten des SM zur Umsetzung der Regressforderungen nach einer entsprechenden Aufforderung des Bundesversicherungsamts

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 07.10.2002 und Antw SM Drs 13/1370

Medizinstudium

s. Medizinische Ausbildung

Meersburg*Situation der Staatsweingüter*

Entwicklung der Personalstruktur, der Weinverkaufsmengen und -preise, Umsätze, Rebflächen und Außenstellen der Standorte in Freiburg, Meersburg und Weinsberg seit 1993; Gegenüberstellung der Investitionen in die Produktion und den Verkauf

Antr
s. Weinwirtschaft
Drs 13/2417

Haushalt 2005 und 2006; Epl 06

Streichung des Zuschusses an das Staatsweingut Meersburg ab 2006

s. Weinwirtschaft
Drs 13/4006

Bewertung des Thermalbads in Meersburg als Bereicherung der Bodenseeregion

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7962

Mehrländer, Horst Dr. FDP/DVP

Berufung und Vereidigung von Dr. Horst Mehrländer zum/als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 39

Berufung und Vereidigung von Dr. Horst Mehrländer zum/als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Zugehörigkeit von Herrn Staatssekretär Dr. Horst Mehrländer zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung von Staatssekretär Dr. Mehrländer als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Landeskreditbank BW - Förderbank

Antr LReg 19.07.2005 Drs 13/4530
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.07.2005 Drs 13/4531
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7039

Mehrwegverpackung

s. Verpackung

Mehrwertsteuer

s.a. Umsatzsteuer

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag einer VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer; Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änd der Richtlinie 77/799/EWG des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten und indirekten Steuern

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/199

Wettbewerbsvorteil der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt BW (FMPA) durch Erbringen normaler Ingenieurleistungen ohne Berechnung der Mehrwertsteuer

Umgehung der Umsatzsteuerpflicht durch die FMPA zulasten von gewerblichen Anbietern, Frage nach einem Handlungsbedarf seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3606

Antr
s. Materialprüfung
Drs 13/275

Wettbewerbsfähigkeit der Holzenergie

Konkurrenzfähigkeit gegenüber fossilen Energieträgern, Auswirkungen der im SteuervergünstigungsabbauGes vorgesehenen Aufhebung der Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes auf Brennholz und Holzabfälle, insbes auf die geförderten Holzhackschnitzelanlagen; Perspektiven der Holzenergie für die Energieproduktion

Antr
s. Holz
Drs 13/1675

Subventionsabbau und Beendigung der Blockadepolitik im BRat
Hinwirkung auf Abschaffung der Kohlesubventionen, Rückführung der Eigenheimzulage auf die energetische Sanierung und den Erwerb von Altbauten, Abbau der Entfernungspauschale sowie der Subventionierung innereuropäischer Flüge durch Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes; Bericht über die Verhandlungsposition auf Bundesebene im FinA

Antr
s. Subvention
Drs 13/2190

Reduzierte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen

Bewertung der unterschiedlichen Ergebnisse eines Erfahrungsberichts der EU und einer Studie des Mannheimer Instituts für Mittelstandsforschung, insbes hinsichtlich der Arbeitsplatzeffekte o.g. Steuerentlastung; Ergreifung der entsprechenden Initiativen?

Antr Nils Schmid u.a. SPD 05.08.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2342
BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 6
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änd der Richtlinie 77/388/EWG in Bezug auf den Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuersätze

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/2391

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat, das Europäische Parlament und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss; Bilanz und Aktualisierung der Prioritäten der MwSt-Strategie

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/2994

Mehrwertsteuerbefreiung von Heilpraktikerschulen

Umsatzsteuerliche Behandlung von privaten Heilpraktikerschulen, Auswirkungen der neuen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs auf die bisher gängige Praxis? Frage nach einer bundeseinheitlichen Vorgabe

KlAnfr
s. Heilpraktiker
Drs 13/3235

Fahrpreiserhöhungen der DBAG im Nah- und Fernverkehr

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG sowie der Veränderung des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tickets; Ablehnung im SPNV, Hinwirkung auf einen Verzicht im Fernverkehr, Eintreten für einen dort ermäßigten Mehrwertsteuersatz

Antr
s. Verkehrstarif
Drs 13/3607

Mehrwertsteuer-Nachentrichtung für Landesbetriebe, die im Zuge der Verwaltungsreform in die Landratsämter eingegliedert werden

Nachentrichtung von Mehrwertsteuer für frühere Anschaffungen beim Landesbetrieb Vermessung und evtl weiteren Landesbetrieben im Zuge der o.g. Eingliederung

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 04.11.2004 Drs 13/3722

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5605 5606 5608-5610

*Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vereinfachung mehrwertsteuerlicher Pflichten und Regelungen
zur Mehrwertsteuererstattung*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/3963

Steuerliche Benachteiligung des Schienenverkehrs gegenüber dem Luftverkehr korrigieren

Mitwirkung im BRat an einer Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Fahrpreise im Schienenfernverkehr auf 7 % sowie anteilige Einführung der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge im deutschen Luftraum

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4017

Flughafen Lahr

Einbringung einer BRatsinitiative zur Einführung der Mehrwertsteuer im grenzüberschreitenden Luftverkehr

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/4132

Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze innerhalb der EU und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land

Definition und Angleichungsvereinbarungen der abgestuften MwSt-Sätze in der EU; Darlegung der Steuersätze in den 25 EU-Staaten und der Schweiz für Agrarprodukte, Lebensmittel, Arzneimittel, Tabakwaren, medizinische Leistungen, Verkehrstarife, Bücher, Fernsehgebühren, Eintrittsgebühren, Gastronomiepreise, Kraftstoffe, Fahrzeughandel, Reparaturen u.a. Güter und Dienstleistungen; Frage nach Vorgaben für die nationalen Regierungen bei der Anwendung von Nullsteuer- und Ermäßigungssätzen; Initiativen zum Abbau der Wettbewerbsnachteile für den heimischen Tourismus im Vergleich zu den angrenzenden Nachbarregionen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 21.04.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4276 (49 S.)

Planungen der CDU zur Erhöhung der Mehrwertsteuer - Konsequenzen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Konsumenten in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969-6982

Hotellerie und Gastronomie entlasten!

Vergleich bzw Harmonisierungschancen der Mehrwertsteuersätze für die Gastronomie im europäischen Rahmen, Auswirkungen der geplanten Erhöhung im grenznahen Bereich; Übertragung von Zuständigkeiten und Bürokratieabbau mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe zur Föderalismusreform; Relevanz der TÄ-Lärm zur Bewertung der Geräuschimmissionen von Freiluftgaststätten, Ausschluss einer Beeinträchtigung gastronomischer und touristischer Angebote aufgrund immissionsschutzrechtlicher Regelungen zumindest während der Fußballweltmeisterschaft

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/4981

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5043

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Orientierung der Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß, Aufhebung der Mehrwertsteuer- und Mineralölsteuerbefreiung für inhereuropäische Flüge

Antr
s. *Klima*
Drs 13/5065

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5206

Reduzierung der Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Dienstleistungen des Handwerks

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 158 163 166 167

Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung zur Personalaufstockung in der Lebensmittelüberwachung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1659 1670 1672

Reduzierung der Mehrwertsteuer für Handwerkerleistungen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813

Belastung der Krankenkassen und Versicherten mit der Mehrwertsteuererhöhung für Zahnersatz, Notwendigkeit einer Reduzierung der Mehrwertsteuer für Medikamente

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2076

Vermutung einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen im Februar 2003, Erinnerung an die Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung des Rentenversicherungsbeitrags

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112-2114 2134

Absenkung der Mehrwertsteuer für den Schienenverkehr, Erhöhung im Flugverkehr

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2205

Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung für einzelne Produkte und Dienstleistungen des Handwerks, Forderung einer Halbierung der Mehrwertsteuer für Handwerkerleistungen; Beurteilung der Belastung von innerdeutschen Flügen mit der Mehrwertsteuer

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356 2361 2366 2371 2411 2412 2419 2420 2423 2427 2428 2430-2432

Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr, europäische Harmonisierung der Mehrwertsteuer

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2654 2690 2691

Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385

Verweisung auf die widersprüchlichen Äußerungen aus allen Parteien zu einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nach der Bundestagswahl

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6541 6543-6546 6552 6553

Erinnerung an die Mehrwertsteuererhöhung 1998 zur Finanzierung der Renten

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6764

Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung bei grenzüberschreitenden Flügen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Bewertung einer Mehrwertsteuererhöhung als schädlich für die Konjunktur; Verwendung der Mehreinnahmen zur Senkung der Nettoneuverschuldung bzw der Lohnnebenkosten

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7294 7296 7301 7319 7332-7334 7336 7341 7342 7347 7348 7350 7354

Verwendung der zusätzlichen Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Nettoneuverschuldung, Anmahnung eines zustimmenden Votums der Koalition im BRat; Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung für den Mittelstand

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7396 7397 7399 7405 7406 7447 7450

Ablehnung der von der großen Koalition beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung, Sanierung des Haushalts mit einem radikalen Subventionsabbau

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7633 7639

Abwendung der geplanten Mehrwertsteuererhöhung, Verweisung auf die Gefährdung von Existenzen in der Tourismuswirtschaft, Forderung eines reduzierten Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7960-7964

Meinungsumfrage

s. *Umfrage*

Meister

Unterstützung der großen Reform des Meister-BAföG der BReg durch die LReg

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/130

Förderung der Meisterausbildung

Entwicklung der Zahl von Meister-BAföG-Anträgen seit 1998

MdlAnfr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/1369

Novellierung der Handwerksordnung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe; Ermöglichung der Selbstständigkeit in den verbleibenden Bereichen nach zehnjähriger Berufserfahrung; Auswirkungen auf die Zahl der Unternehmen, Beschäftigten und Auszubildenden und das Prüfungsgeschehen; Kompensation der infolge der Reform abnehmenden Wirtschafts- und

Ausbildungsleistung des Handwerks

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/2119

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung auf die berufliche Bildung

Abschaffung der Meisterprüfung für rund zwei Drittel der meisterpflichtigen Gewerbe: Auswirkungen auf die Aufgabenstruktur der Handwerkskammern sowie auf die Bildungs- und Technologiezentren; Umfang der Förderung der BTZ vonseiten der EU, des Bundes und Landes seit 1988

KlAnfr
s. *Handwerk*
Drs 13/2151

Der deutsche Meisterbrief - Qualitätssicherung für Ausbildung

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3348-3361

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studierverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3418

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Ermöglichung eines Studiums für Meister, Fachwirte u.a. qualifizierte Berufstätige ohne Eignungsprüfung nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3562

Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur

Beurteilung der Forderungen von Kammern und Verbänden der Arbeitgeber nach Zulassung von besonders qualifizierten Berufstätigen auch ohne Abitur und Eignungsprüfung zum Studium an Fachhochschulen und Universitäten sowie der dazu angeführten Argumente; Gewährung eines grundsätzlichen Fachhochschulzugangs für Absolventen mit Gesellenbrief sowie eines uneingeschränkten Hochschulzugangs für Meister und Fachwirte

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4336

Ges zur Änd des LHochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4486

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten

Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4528

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4732

Auswirkungen der novellierten Handwerksordnung

Auswirkungen der Abschaffung der Meisterprüfung auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Qualität und Ausbildungsbereitschaft in den einzelnen Branchen und Betrieben; Bewirkung von mehr Existenzgründungen, Schwarzarbeit und Insolvenzen?

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/4755

Feststellung eines Rückgangs der Zahl bestandener Meisterprüfungen trotz des Meister-BAföG, Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit für das novellierte Meister-BAföG

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 767 768 771-773

Entwicklung der Zahl von Meister-BAföG-Förderungen am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1992 1994 2001 2002

Vorstoß von Wirtschaftsminister Clement zur Lockerung der Handwerksordnung, Plädoyer für die Erhaltung der Meisterprüfung

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2357

Auswirkungen der Reform der Handwerksordnung mit der Abschaffung der Meisterprüfung für 65 Handwerksgewerke

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3201 3202

Inanspruchnahme des Förderinstruments Meister-BAföG, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3666 3670

Lockerung der Handwerksordnung mit der Abschaffung der Meisterprüfung für 65 Handwerksgewerke

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3910 3911

Lockerung der Handwerksordnung mit der Abschaffung der Meisterprüfung für 65 Handwerksgewerke

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4293

Verweisung auf die Eigenfinanzierung der Meisterprüfung, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5967

Kosten einer Meisterausbildung, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6264

Beklagung der Verlagerung der Meisterausbildung für Landwirte nach Bayern

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6780 6782 6784

Verweisung auf die Eigenfinanzierung der Meisterprüfung, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren, Ermöglichung des Hochschulzugangs mit dem Meisterabschluss

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7319 7355-7358

Kosten einer Meisterausbildung, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7491 7493 7497 7510 7512

Kosten einer Meisterausbildung, Herstellung von Gleichwertigkeit der akademischen und beruflichen Bildung durch die Erhebung von nachlaufenden Studiengebühren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7586 7587 7596

Bewertung der Abschaffung des Meisterbriefs als Bedrohung des dualen Ausbildungssystems

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7883

Meister-BAföG

s. *Ausbildungsförderung*

MEKA

s. *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich*

Meldeamt

s. *Meldewesen*

Meldebehörde

s. *Meldewesen*

Meldegesetz

s. *Meldewesen*

Melderecht

s. *Meldewesen*

Melderechtsrahmengesetz

s. *Meldewesen*

Meldeverordnung

s. *Meldewesen*

Meldewesen

s.a. *Personenstandsrecht*

Gruppenauskunft nach dem MeldeGes

Verpflichtung der zuständigen Meldebehörden per Erlass zu dem Hinweis der öffentlichen Bekanntmachung als Voraussetzung für Gruppenauskünfte an Parteien und Wählervereinigungen i.S.d. § 34 MeldeGes vor anstehenden Wahlen, Abstimmungen, Volks- oder Bürgerbegehren

Antr
s. *Auskunfterteilung*
Drs 13/181

Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes

Festlegung der zuständigen Behörden und Verfahrensregelungen; Einführung besonderer Mitteilungspflichten gegenüber den Standesämtern und Meldebehörden über die Begründung und Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie über Namensänderungen

GesEntw
s. *Lebenspartnerschaft*
Drs 13/809

Umsetzung des MelderechtsrahmenGes

Intensität der behördlichen Auskunftersuchen an die Meldebehörden, Umsetzung o.g. Rahmengesetzgebung im MeldeGes und der MeldeVO, Ermöglichung eines beschränkten Direktzugriffs von Behörden auf die Einwohnermeldedaten

KlAnfr Günter Fischer SPD 05.06.2002 und Antw IM Drs 13/1046

Ges zur Änd des MeldeGes

Austausch von Meldedaten über das Internet, Ergebnisse des Testbetriebs zwischen Kommunen in BW, Hessen und Bayern; Vorlage des o.g. GesEntw

Antr Günter Fischer u.a. SPD 16.12.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2738
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 19 20
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO zur Durchführung des PersonenstandsGes und der MeldeVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Mammographie-Screening in BW

Stand der Umsetzung der vom Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen beschlossenen Richtlinien zur Früherkennung von Brustkrebs; regelmäßige persönliche Einladung aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren zu den o.g. Vorsorgeuntersuchungen, entsprechende Anpassung des MeldeGes und der Meldeverordnung

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/3353

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikati-

on der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Ges über die Zentrale Stelle zur Durchführung des Einladungs- wesens iRd Mammographie-Screenings

Bestimmung als öffentliche Stelle; Regelungen zur Anforderung, Speicherung und Verarbeitung der Daten aller Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren von den Meldebehörden

GesEntw
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4384

Stand der Umsetzung des Mammographie-Screenings in BW

Erhebung deutlich höherer als die im GesEntw 13/4384 eingeschätzten Gebühren durch die Einwohnermeldeämter für die Lieferung des zur Einladung erforderlichen Adressmaterials; Beteiligung an den Kosten des Mammographie-Screenings für die iRd freien Heilfürsorge versicherten Frauen

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4807

Ges zur Änd des MeldeGes u.a. Gesetze

Angleichung des MeldeGes an die rahmenrechtlichen Änderungen, Schaffung der Voraussetzungen für einen verstärkten Einsatz elektronischer Dienste, Vereinfachung von Adressauskünften für Behörden, Erleichterung des Meldeverfahrens bei Umzügen, Abschaffung unnötiger Meldepflichten u.a.; Änd des Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes sowie des LKatastrophenschutzGes

GesEntw LReg 18.01.2006 Drs 13/5060 (68 S.)
1. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7840-7844
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5144
2. Beratung PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7913-7917
GesBeschl 21.02.2006 Drs 13/5195 (12 S.)
GBI 2006 Nr. 3 S. 60-70 (Ges vom 07.03.2006)

Amtliche Statistik - Abweichung bei Einwohnerzahlen

Ursachen und Auswirkungen, insbes im kommunalen Finanzausgleich, der o.g. Unterschiede zwischen den Zahlen des Statistischen Landesamts und der Einwohnermeldeämter; konkrete Auswirkungen im Fall der Stadt Stuttgart und der Gemeinde Zwiefalten; Umgang mit Widersprüchen von Kommunen gegen die als Bemessungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich verwendeten Zahlen

KlAnfr
s. *Einwohner*
Drs 13/5134

Mengen, Ortsteil

s. *Schallstadt*

Meningitis

s. *Hirnhautentzündung*

Mensa

s.a. *Kantine*

Die Hochschulinfrastruktur in der Region Bodensee/Oberschwaben am Beispiel der Versorgung mit Mensen

Geplante Mensen und verfügbare Landesmittel; Stand der Planung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus einer Mensa an der FH Biberach

KlAnfr Martin Rivoir SPD 31.03.2003 und Antw FM Drs 13/1961

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Lob für die Mitarbeit älterer Menschen in Schulmensen; Förderung des Baus von Mensen an Gymnasien

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7774 7789 7790 7792

Menschenhandel

s.a. *Menschenraub*

s.a. *Prostitution*

Frauenhandel in BW - Bilanz und Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission Frauenhandel und des Beschlusses der GFMK

Entwicklung des o.g. Deliktbereichs und der strafrechtlichen Verfolgung seit 1996, Umsetzungsstand der Empfehlungen der Fachkommission, Änderungsbedarf des angepassten Ausländerrechts i.S.e. verbesserten Zeugenschutzes? Höhe und Verwendung der eingezogenen Verbrechenngewinne, Unterstützung von Einrichtungen zur Betreuung der Opfer

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 18.02.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/748
BeschlEmpf und Bericht SozA 25.04.2002 Drs 13/1109 S. 58-61
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei, Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 24.11.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2658

BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 20-22

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem Opferentschädigungsges; Bilanz der Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz bzw der Gerichtsverfahren, Erfahrungen mit dem Zeugenschutzprogramm, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Bewährung der Regelungen zur Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden; Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 29.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3463

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 57-59

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Visa-Praxis und Auswirkungen auf BW

Erkenntnisse über die Einreise von Terroristen, insbes aus der Kaukasus-Region und Zentralasien, und Zunahme der Zwangsprostitution aufgrund der freizügigen Visaerteilung des Auswärtigen Amts; Frage nach Aktivitäten der „Reiseschutz AG“ in BW

KlAnfr
s. *Sichtvermerk*
Drs 13/4082

Genehmigung von Bordellen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006

Erwartung einer Zunahme von Zwangsprostitution und Menschenhandel, Umgang mit gezielten Anfragen zur Genehmigung von Bordellbetrieben in den Kommunen

KlAnfr
s. *Prostitution*
Drs 13/4698

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen Opfer

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/5171

Menschenraub

s.a. *Menschenhandel*

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttlingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach

dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3153

Gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr am Stuttgarter Flughafen

Rechtsgrundlage, Zielsetzung und Ablauf der o.g. Übung (mit einer simulierten Geiselnahme); Zahl und Vorbereitung der eingesetzten Beamten des Sondereinsatzkommandos und der Bereitschaftspolizei; Darlegung der Vorfälle und Konsequenzen; Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel? Frage nach Videoaufnahmen und Forderungen von Beteiligten nach Löschung der Aufnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3838

Menschenrechte

Menschenrechte in den Lehrplänen

Umsetzung des o.g. Beschlusses der KMK von 1980 nur in NRW?

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 18.03.2003 und Antw KM Drs 13/1895

Menschenrechtsverletzungen in Burundi - Friedliche demokratische Entwicklung des Partnerlandes stärken

Entwicklung der Sicherheitslage zwischen den verfeindeten Ethnien der Hutu und Tutsi nach Unterzeichnung des Friedensabkommens von Arusha/Tansania im August 2000, Situation der Flüchtlinge, Unterstützung von humanitären Projekten, Einflussnahme auf die Übergangsregierungen; Wiederbelebung der Partnerschaft zwischen Burundi und BW

Antr
s. *Burundi*
Drs 13/2116

Situation der Menschenrechte in der Türkei

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2344

Verankerung der Menschenrechte im EU-Verfassungsvertrag; Appell zur Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307 3312 3320 3324

Verankerung der Menschenrechte im EU-Verfassungsvertrag, Verbesserung der Situation der Menschenrechte in der Türkei

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3803 3804

Eröffnung einer EU-Beitrittsperspektive für die Türkei bei Erfüllung der Menschenrechtskriterien

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4773 4774

Eröffnung einer EU-Beitrittsperspektive für die Türkei bei Erfüllung der Menschenrechtskriterien

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5370 5375

Achtung der Menschenrechte als Voraussetzung für das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414

Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber; Prüfung des Bekenntnisses zu den Menschenrechten der Verfassung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7647 7652 7654 7657 7670 7671

Verurteilung von Menschenhandel und Zwangsprostitution als schwere Verstöße gegen die Menschenrechte

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7928-7932

Menschenwürde

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMSStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMSStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1551

Menschenwürdiger Umgang mit verstorbenen Patienten an den Uniklinika in BW

Antr
s. *Leiche*
Drs 13/3331

Unantastbarkeit der Würde des Menschen als Vorgabe zur Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 58 59

Unantastbarkeit der Würde des Menschen als Vorgabe zur Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 168-179

Unvereinbarkeit bestimmter Fernsehsendungen mit der Menschenwürde; Bewertung des aktuellen Urteils des BVerfG zum großen Lauschangriff

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4535-4538 4542

Unvereinbarkeit bestimmter Fernsehsendungen mit der Menschenwürde

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5090

Menschliches Verhalten

s.a. *Gewaltanwendung*
s.a. *Kriminalität*
s.a. *Lebenshilfe*
s.a. *Menschenwürde*
s.a. *Radikalismus*

„Stalking“ in BW

Frage nach der Erfassung o.g. Fälle von Belästigung, Bedrohung und Verfolgung von Menschen bzw der Anträge auf zivilrechtliche Schutzanordnungen nach dem GewaltschutzGes seit 2000; Beurteilung der Einrichtung eines „Stalking-Beauftragten“ bei der Polizei

KlAnfr Ruth Weckenmann SPD 15.03.2004 und Antw IM Drs 13/3010

Statistische Erfassung von so genannten Fällen des Stalkings

Gesonderte Erfassung o.g. Fälle in den Statistiken der Polizei und Justiz nach dem PolizeiGes bzw dem GewaltschutzGes

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 06.10.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3626
BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 7
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten Stalkingbekämpfungsges; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 23.03.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4177
BeschlEmpf und Bericht SoZA 16.06.2005 Drs 13/4745 S. 55-57
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Mentor*Musikland BW*

Erfahrungen mit der Ausbildung von Schülern zu Musikmentoren

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Situation und künftige Entwicklung des Schulsports in BW

Fortentwicklung der Kooperation Schule/Verein sowie des Mentorenprogramms

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 13/601

Gender Mainstreaming konsequent umsetzen

Erfahrungen und Ausweitung des Mentorinnenprogramms; Bindung der Mittelvergabe iRd Europäischen Sozialfonds an das Gender-Mainstreaming-Prinzip

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/631

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Ar-

beitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Frauenförderprogramm „Meduse ohne Grenzen“

Beurteilung des interkulturellen Mentorinnenprogramms zur Integration von Studentinnen mit Migrationshintergrund, Frage nach entsprechenden Frauenförderprogrammen an den Hochschulen des Landes

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/1806

Singen mit Kindern

Erfahrungen mit der Ausbildung von Schülern zu Singmentoren

Antr
s. *Musik*
Drs 13/2862

Musikmentorenausbildung

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Musikmentoren an den verschiedenen Schularten; Anteil der Bereiche Chor, Orchester, Big Band oder Individualmusik; Nutzung der erworbenen Qualifikationen auch von Jugendmusikschulen, Kirchen, Vereinen und sonstigen Gruppen; Frage nach Einsatzmöglichkeiten iRd offenen Ganztagschule

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 13/3250

Mentorinnen- und Mentorenprogramm in der Schule

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Mentoren an den verschiedenen Schularten in den letzten fünf Jahren; Art der Finanzierung und Inhalte der Ausbildung; Einbeziehung von Verbänden u.a. Einrichtungen; Einsatzmöglichkeiten iRd offenen Ganztagschule; Vorbereitung der Lehrer auf Mentoren in ihrer Ausbildung

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 10.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3872 (19 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 35
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Würdigung des Engagements von Schülermentoren in Zusammenarbeit mit Vereinen; Notwendigkeit von Mentoren zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2815 2816 2882 2884

Erfolgsbewertung der Schülermentorenprogramme

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5519

Erfolgsbewertung des Schülermentorenprogramms im Sport

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7180

Mess- und Eich-Zuständigkeitsverordnung

s. *Messwesen*

Messe (Ausstellung)

s.a. Grüne Woche
s.a. Killesberg
s.a. Marktveranstaltung
s.a. Weltausstellung

Kosten der Messe auf den Fildern

Aufklärung von widersprüchlichen Kostenansätzen bzw. -überschreitungen, Höhe der Mittelbereitstellung der Flughafen GmbH für den Bau von Parkplätzen, Bewertung der Zahlung von verschiedenen Beraterhonoraren

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 11.07.2001 und Antw WM Drs 13/64

Zusammenhang zwischen Flughafen Stuttgart und Neuer Landesmesse

Verzicht auf den Flughafenausbau als Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens für die Messe; Prüfung der Auslastung aller Flughäfen im Land; Zukunftsperspektiven der einzelnen Standorte

Antr
s. Flughafen Stuttgart
Drs 13/142

Messe Freiburg

Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung, der Defizite und Verlussterwartungen, der geplanten Erweiterung, der Rechnungslegungspraxis und des (fehlenden) Controllings

KlAnfr Dr. Dieter Salomon GRÜNE 09.08.2001 und Antw WM Drs 13/172

Regionalmessekonzept

Bisherige und künftige Förderung der einzelnen Standorte, Bewertung der jeweiligen Pläne und Investitionskosten, Einhaltung der in der Koalitionsvereinbarung getroffenen Förderzusagen; Vorlage eines aktualisierten Regionalmessekonzepts

Antr GRÜNE 14.09.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/228
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1640-1649
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 15-17 (dazu Antr Claus Schmiedel u.a. SPD)
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Messen in BW

Ausstellungs- und Verkehrsflächen, geschaffene Arbeitsplätze, Rechtsform, Investitionen, Gewinn- und Verlustrechnungen der einzelnen Standorte seit 1990; Herkunft und Höhe der jeweiligen Zuschüsse, Förderquoten der öffentlichen Hand bzw. von landeseigenen Betrieben

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 26.09.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/261

Gesamtfinanzierungskonzept für die Fildermesse

Darlegung der Gesamtkosten für die Messe einschließlich der Verkehrsmaßnahmen und der Finanzierungsträger

KlAnfr Nils Schmid SPD 25.10.2001 und Antw WM Drs 13/380

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Stand und Zumutbarkeit der Belastungen im Filderraum durch Lärm, Schadstoffe, neue Messe u.a.; Frage nach Machbarkeitsstudien für eine zweite Landebahn in Stuttgart, nach einer

Gesamtbeurteilung aller Einzelmaßnahmen sowie Vereinbarkeit mit den Zielen des Umweltplans

GrAnfr
s. Luftfahrt
Drs 13/545

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 07**Förderung der Regionalmessen in BW*

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-18 S. 55 56
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/684-2 S. 4 5
ÄAntr SPD 05.02.2002 Drs 13/718
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Kostenexplosion bei der geplanten neuen Messe

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1142-1157

Kosten-Monitoring für die Neue Landesmesse

Fortlaufende Berichterstattung über die geplanten Sollkosten in der Ausgangskalkulation, die jeweils bereits aufgelaufenen Kosten und aktualisierten prognostizierten Kosten der Landesmesse

Antr CDU und FDP/DVP 20.02.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/761
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 53
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
Mittlg LReg 06.11.2002 Drs 13/1474
Mittlg LReg 26.09.2003 Drs 13/2458
Mittlg LReg 08.04.2004 Drs 13/3110
Mittlg LReg 03.11.2004 Drs 13/3718
Mittlg LReg 12.07.2005 Drs 13/4506
Mittlg LReg 24.01.2006 Drs 13/5085
Mittlg LReg 08.08.2006 Drs 14/252

Unterwanderung des Gesundheitsbereiches durch Sekten und Psychogruppen

Darlegung o.g. Angebote, insbes. von Scientology und Tarnorganisationen, auf Messen, Symposien, im Internet u.a.; Beurteilung der Wirksamkeit von Schutzserklarungen für Anbieter und Kunden im Gesundheitsbereich bzw. Internet

Antr
s. Sekte
Drs 13/992

Einsatz von Holzkonstruktionen beim Neubau der Landesmesse

Prüfung o.g. Alternativplanung im Vergleich zur Stahlkonstruktion, insbes. hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsauflagen zum Brandschutz; Vergleichbarkeit des Neubaus der Messehalle 6 in Sinsheim, Beeinflussung der Baukosten durch die Werkstoffwahl

Antr
s. Holzbau
Drs 13/1124

Ges zur änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LABfallGes

GesEntw
s. Umweltverträglichkeitsprüfung
Drs 13/1227

Entwicklung der Bodenseeregion

Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes

Erteilung o.g. Genehmigung zur Veranstaltung der Internationalen Waffenbörse (IWB) in Stuttgart, Anziehungskraft des angebotenen Sortiments aus der NS-Zeit auf Rechtsextremisten, Gründe für die Absage entsprechender Messen in anderen Städten bundesweit, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen; Hinwirkung auf eine Beschränkung des Zugangs auf Inhaber von Waffenbesitzkarten

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/1724

Überlegungen zur Bauvergabe an einen privaten Generalübernehmer beim Bau der Neuen Landesmesse

Abstimmung des o.g. Vorstoßes des WM verbunden mit weiteren Einsparvorschlägen innerhalb der LReg sowie mit den anderen Gesellschaftern; Vereinbarkeit mit den Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft bzw dem MittelstandsförderungsGes; Auswirkungen der neuen Überlegungen auf das laufende Planfeststellungsverfahren bzw auf die bisherige Terminplanung

Antr SPD 26.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1839

Schreiben des Wirtschaftsministers an die Koalitionsspitzen in Sachen Baukosten der Neuen Landesmesse

Vorlage des Schreibens und seiner Adressaten

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 27.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1844
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 11-13
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

*Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag**Förderung der Regionalmessen in BW*

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 6 S. 47 48
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Nachhaltigkeit beim Neubau der Neuen Messe Stuttgart

Berücksichtigung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit bei der Ausschreibung und Realisierung des o.g. Projekts, insbes Einsatz erneuerbarer Energien, intensive Wärmedämmung, Regenwassernutzung u.a. Maßnahmen

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 09.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2242
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.11.2003 Drs 13/2675 S. 21 22
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Messestandort Karlsruhe

Rücknahme der Zusage der EnBW zur finanziellen Beteiligung an der Neuen Messe Karlsruhe; Maßnahmen zur Schließung der entstandenen Finanzierungslücke

Antr SPD 10.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2251
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5039 (abgesetzt)
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5256-5263

RegErkl - Landesmesse BW - und Aussprache

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369-3385

Rückzug der LReg aus der Messförderung

Rückzug aus der regionalen Messförderung mit dem nächsten Doppelhaushalt? Vorlage eines aktualisierten Regionalmessekonzpts

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 13.08.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2357
BeschlEmpf und Bericht WirtA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 11 12
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Förderung von Regionalmessen

Vorliegende und verschiedene Anträge im WM, Höhe der eingegangenen Verpflichtungen und rechtlich nicht bindenden Zusagen; Zeitpunkt und Kriterien der Entscheidungen; Auslastung der Standorte seit dem Jahr 2000, Einschätzung der weiteren Entwicklung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 06.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2482
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 21
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

*Haushalt 2004; Epl 07**Streichung der Schuldendiensthilfe an die Projektgesellschaft Neue Messe sowie der Förderung von Regionalmessen*

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807 8 9 S. 38 39
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2847-7 S. 13
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Internationale Waffenbörse IWB in Stuttgart 2004 - Zutrittsverbot für Minderjährige statt Schießen für Kinder

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen, Einsatz eines zum Schießstand umgebauten amerikanischen Schulbusses; Hinwirkung auf eine generelle Untersagung des Besuchs Minderjähriger auf der IWB sowie des Verkaufs von NS-Devotionalien

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/2817

Unregelmäßigkeiten bei den Enteignungen für die Landesmesse auf den Fildern

Bewertung der Kritik des Landesdatenschutzbeauftragten am RegPräs Stuttgart wegen der Veröffentlichung von persönlichen Daten der betroffenen Grundstücksbesitzer; Beurteilung der (niedrigen) Bewertung der Grundstücke durch den beauftragten Gutachter; Zweifel an der gebotenen Neutralität der Enteignungskommission

KlAnfr
s. *Enteignung*
Drs 13/3175

Verbindungen zwischen dem Land BW und der Kanzlei C.

Frage nach der Beauftragung o.g. Anwaltskanzlei oder einer mit ihr assoziierten Kanzlei in Sachen neue Stuttgarter Fildermesse bzw Mandatserteilung durch ein Unternehmen mit Landesbeteiligung, Art und Umfang der erbrachten Leistungen und gezahlten Honorare

KlAnfr
s. *Rechtsanwalt*
Drs 13/3334

Keine Bodenabtragung vor Abschluss der Rechtsstreitigkeiten um den geplanten Messeneubau auf den Fildern

DringlAntr GRÜNE 15.07.2004 Drs 13/3384
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5242-5249

Ges zur Änd des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

Erweiterung der Zuständigkeit des VRS auf die Trägerschaft eines Landschaftsparks unter finanzieller Beteiligung der betroffenen Kommunen; Streichung des 2/3-Quorums in der Regionalversammlung für die Trägerschaft und Koordinierung regionalbedeutsamer neuer Messen, Messebeteiligungen, Kongresse, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie für regionalbedeutsame Schienenpersonennahverkehre; Anpassung der Verweisungen auf Bestimmungen des LandesplanungsGes an die Neufassung mit neuer Paragrafenfolge

GesEntw
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/3577

Energieversorgung für die Messe Stuttgart

Einflussnahme als Gesellschafter der Neuen Messe GmbH auf eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Energieversorgung; Erstellung einer neuen Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Heizsystem, insbes Prüfung der Versorgungsoption Biomasse mit der energetischen Verwertung von Holz; Einstellung des entsprechenden Teils der Ausschreibung

Antr
s. *Energieversorgung*
Drs 13/3824

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 07**Streichung der Förderung von Regionalmessen*

ÄAntr GRÜNE 19.01.2005 Drs 13/4007-11 S. 31
ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4047-4 S. 5
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Beschränkung auf Kernaufgaben, Verzicht auf die Förderung von Messen, Regionalflughäfen, Heilbädern sowie den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen durch Kommunen, LKreise oder deren Zweckverbände

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Ächtung von Anscheinswaffen oder Zurschaustellung von Anscheinswaffen für Kinder und Jugendliche auf der Internationalen Waffenbörse IWB in Stuttgart

Anziehungskraft von Softair-Spielzeugwaffen sowie Nachbauten von Kriegswaffen auf der IWB; Maßnahmen zur Ächtung von Anscheinswaffen; Durchsetzung eines Zugangsverbots für Kinder und Jugendliche auf der IWB

KlAnfr

s. Waffe

Drs 13/4179

Türkei

Entwicklung und Perspektiven des Waren- und Dienstleistungsaustauschs zwischen Deutschland bzw BW und der Türkei, Auflistung der Firmen mit Niederlassungen in der Türkei sowie von Messen, Tagungen u.a. Veranstaltungen zur Intensivierung der Kontakte

KlAnfr
s. *Türkei*
Drs 13/4282

Abwerbung von Messen aus Sinsheim durch die Messe Stuttgart

Bewertung des Umzugs der Messen der Schall-Gruppe und evtl weiterer regionaler Messen zur neuen Fildermesse; Höhe der seit 1989 gewährten öffentlichen Förderung, der Einnahmeverluste für die Stadt Sinsheim, des Schadens für die regionale Wirtschaft sowie von Rückforderungen und Vertragsstrafen; Beteiligung des Landes als Gesellschafter der SMK an der Begleichung dieser Ansprüche gegenüber der Schall-Gruppe? Verzicht auf weitere Abwerbungsverhandlungen sowie auf jegliche Subventionierung von Messen

Antr GRÜNE 14.06.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4390
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787-6799

Kooperation statt Konfrontation: Ein strategisches Konzept der LReg für die baden-württembergischen Messen ist überfällig

Höhe der dem Messeveranstalter Schall gewährten Fördermittel sowie der möglichen Rückforderungen des Landes bzw der Stadt Sinsheim für ein zinsloses Darlehen; Verpflichtungen der Schall-Gruppe gegenüber dem Vermieter der Sinsheimer Messehallen; Darlegung der dem Umzug zur neuen Fildermesse zugrunde liegenden Modalitäten des Vertrags zwischen der SMK und der Schall-Gruppe; Vorlage eines Gesamtkonzepts für das Messeland BW

Antr SPD 17.06.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4409
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787-6799

Aufklärung über die Verlagerung der Sinsheimer Messen nach Stuttgart

Einsicht des Wirtschaftsausschusses in die Akten des StM, FM und WM; Ersuchen des RH um ein Gutachten über die Verträge und sonstigen Vereinbarungen der Stuttgarter Messe- und Kongressgesellschaft mit dem Sinsheimer Messeveranstalter Schall

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 12.07.2005 Drs 13/4490
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6953 (abgesetzt)

Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Die Rolle der LReg bei der Verlagerung Sinsheimer Messen nach Stuttgart (Sinsheimer Messeraub)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 13/4545

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen

Chancenlosigkeit von mittelständischen Unternehmen und hiesigen Bauarbeitern bei der Auftragsvergabe zum Bau der neuen Landesmesse und für Verkehrsinfrastrukturprojekte durch zu große Lose und Missachtung der 70:30-Relation von eigenen Bauarbeitern zu solchen von Subunternehmen; Verhinderung

von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping beim weiteren Ausbau der Messe; Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4546

Perspektiven der Messepolitik des Landes

Entwicklung der Eckdaten und Perspektiven der einzelnen Messestandorte seit 2000, Förderung von Kooperationen und Vermarktungsaktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene, Erstellung einer gemeinsamen Internet-Plattform und Broschüre zur Messelandschaft, Unterstützung der Verbindung des Messewesens und des Fremdenverkehrs

Antr SPD 21.09.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4655

Haushalt 2006; Nachtrag

Streichung der Förderung von Regionalmessen

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 38 S. 97
ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-32 S. 51
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Realisierung der neuen Landesmesse

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Unterstützung der Realisierung der Fildermesse sowie der Messen in Karlsruhe und Freiburg

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 70 82

Befürchtung einer Kompensation hoher Kostensteigerungen für die Fildermesse zulasten anderer Standorte

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333

Förderung von Messebeteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 701

Berücksichtigung der Regionalmessen im LEntwicklungsplan

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 756 757

Vorbereitungsstand der Landesmesse auf den Fildern, Förderung der regionalen Messen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 814

Bedeutung der Landesmesse und der Regionalmessen, Finanzierung der Landesmesse trotz der Kostensteigerung, Einhaltung des neuen Kostenrahmens, Dezentralisierung der Messesförderung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 836 841 842 853

Unterstützung von Messebeteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen, Förderung der Landesmesse und Regionalmessen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942 943 945-949 953 954 957

Förderung der Regionalmessen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1063 1065 1066

Finanzierung der Fildermesse und der Regionalmessen, Begründung der hohen Kostensteigerung bei der neuen Messe, Notwendigkeit eines Landesmessekonzepts

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1095 1096 1098 1110 1142-1157

Präsentation der regenerativen Energien als Schwerpunkt der Hannover Messe

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1381

Hinwirkung auf eine Kompromisslösung zur Förderung der Karlsruher Messe, Kritik an der Kostensteigerung der Fildermesse, Eintreten für eine höhere Bezuschussung der Regionalmessen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1519 1522 1524 1525 1529 1530

Erfolgsbewertung diesjähriger Technologiemesen auf dem Killesberg, Förderung der Regionalmessen sowie der Fildermesse mit 15 %, Umwidmung von Mitteln der Landesmesseförderung

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1635-1637 1640-1649

Würdigung der Entwicklung der Freiburger Solarmesse seit 1993

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1979 1985

Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei Auslandsmessen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2357 2361 2368

Bedeutung einer neuen Landesmesse als internationales Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft, Vergleich der Messekapazitäten in BW u.a. BLändern, Fortführung der (zugesagten) Förderung der Regionalmessen, Akzeptanz virtueller Messen, Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft, Dringlichkeit einer Landesmessekonzeption

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369-3385 3445 3446

Bedeutung einer neuen Landesmesse als internationales Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft, Perspektiven der neuen Karlsruher Messe für die Technologieregion Karlsruhe

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627

Zurückweisung des Vorstoßes von WM Dr. Döring zur Vergabe der Aufträge für den Bau der neuen Landesmesse an einen Generalübernehmer; Förderung von Auslandsmessen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3906 3908 3914 3915 3917 3918 3920

Finanzierung der neuen Landesmesse, Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4034 4035

Beklagung des ablehnenden Votums des Gemeinderats von Leinfelden-Echterdingen zur neuen Landesmesse, Notwendigkeit und Finanzierung der neuen Messe, Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4147 4156 4159 4160

Beklagung des ablehnenden Votums des Gemeinderats von Leinfelden-Echterdingen zur neuen Landesmesse; Bekräftigung der Zusagen zur Regionalmesseförderung; Förderung der Beteiligung an Auslandsmessen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4282 4286 4288-4290 4294-4296

Bekanntnis zur neuen Fildermesse

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5162

Begrüßung des jüngsten Gerichtsurteils zur neuen Fildermesse, Notwendigkeit eines attraktiven Schaufensters für die exportorientierte Wirtschaft, Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft, Einlösung der Zusage zur finanziellen Unterstützung der Karlsruher Messe

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190 5197 5198 5200 5202-5204 5242-5249 5256-5263

Beklagung eines ruinösen Subventionswettbewerbs im Messewesen, Einsparung des Landesanteils an der neuen Fildermesse, Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Bau der neuen Landesmesse, Bedeutung als Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft, Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5865 5878 5883 5896 5897

Unterstützung der zeitgerechten Fertigstellung der neuen Landesmesse, Förderung des Ausbaus der Regionalmessen, Beklagung eines ruinösen Subventionswettkampfs im Messewesen, Notwendigkeit eines attraktiven Schaufensters für die exportorientierte Wirtschaft

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014 6019 6022 6024 6025 6031

Beklagung eines ruinösen Subventionswettbewerbs im Messewesen, Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft, Untersuchung der Hintergründe und Rolle der LReg bei der Verlagerung der Messen der Schall-Gruppe von Sinsheim nach Stuttgart, Förderung der Regionalmessen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6886-6890 6893 6894 6896-6908

Beklagung eines ruinösen Subventionswettbewerbs im Messewesen, insbes durch die Förderung der neuen Landesmesse; Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7296 7348

Streichung der Förderung von Regionalmessen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394 7401

Aufarbeitung der Rolle der LReg bei der Verlagerung von Sinsheimer Messen nach Stuttgart; Beklagung eines ruinösen Subventionswettkampfs im Messewesen; Bewertung von Messen als Aufgabe der Wirtschaft; Förderung der Regionalmessen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7720-7733 7761

Bemerkungen des RH zur Förderung von Messen, Beklagung eines ruinösen Subventionswettbewerbs, Forderung eines Ausstiegs aus der Messförderung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7856

Messegesetz

s. Messe (Ausstellung)

Messgerät

s.a. Kraftfahrzeugausrüstung

s.a. Umweltmessung

Überwachungsgeräte zur Abstandsmessung

Mangelhafte Einsatzfähigkeit o.g. Geräte der Autobahnpolizei infolge technischer Probleme und personeller Defizite

MdlAnfr 1) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 12.09.2001 Drs 13/251

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 357 358

Geschwindigkeitsmessanlage und Verkehrsleitsystem auf der A 8 zwischen Hohenstadt und Ulm/West

Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten sowie Ausfallzeiten der o.g. Einrichtungen; angezeigte Verstöße und erhobene Bußgelder seit Inbetriebnahme; Entwicklung des Verkehrs- und Unfallaufkommens; vergleichbare Anlagen auf anderen Autobahn-

abschnitten; Prüfung eines generellen Tempolimits und Überholverbots für Lkw

KlAnfr

s. Verkehrslenkung

Drs 13/713

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs

Entwicklung der Ursachen von Unfällen im motorisierten Zweiradverkehr seit 2000, Einsatz von neu konstruierten bzw ummantelten Leitplanken an Bundes- und Landesstraßen, Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit an den Motorrädern und Lkw, Entwicklung stationärer Messanlagen zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen

Antr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1136

Sicherheit im Straßenverkehr

Prüfung von Expertenvorschlägen zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit der Fahrzeuge, Einbau von elektronischen Sicherheitssystemen sowie Unfalldatenschreibern, Errichtung von Streckenbeeinflussungsanlagen auf weiteren Autobahnabschnitten

GrAnfr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1173

Zählergebühren bei Stromeinspeisung durch private Stromproduzenten

Beurteilung des von einzelnen Netzbetreibern ausgeübten Zwangs zur Nutzung ihrer eigenen (gebührenpflichtigen) Zähler durch die o.g. Produzenten; Darlegung der Rechtslage

KlAnfr

s. Stromeinspeisung

Drs 13/2277

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Stand und Effizienz von installierten Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, erwartete Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahnmaut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Abgleichung der mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Aus- und Neubauvorhaben bei Straße und Schiene mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr

s. Güterverkehr

Drs 13/2413

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern

Ausstattung mit einer stärkeren Bremsleistung, mit ABS, Fahrdynamikreglern und Airbags; Einführung des EG-Kontrollgeräts zur Überwachung vorgeschriebener Lenk- und Ruhezeiten

Antr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/2931

Abbau von Messstationen entlang von Straßen in BW

Standorte und Gründe der o.g. Reduzierung, bisher dort gemessene Werte von Partikeln und Stickstoffdioxiden und notwendige Konsequenzen, Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zur ständigen Beurteilung der Luftqualität entlang von Autobahn-

nen bzw stark befahrenen Bundes- und Landesstraßen sowie der daraus folgenden Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 03.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2969
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 21 22
 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Fachaufsichtliche Maßnahmen gegen betrügerische Manipulationen an geeichten Messanlagen in Heizöl-Tankfahrzeugen

Intensivierung der Überprüfungen o.g. Anlagen, Verzicht auf eine Privatisierung der Eichung von Messanlagen in Tankfahrzeugen

MdlAnfr
 s. *Messwesen*
 Drs 13/3827

Feinstaubbelastung im Bereich Konstanz

Überschreitung des EU-Grenzwerts seit 2003: Art und Intensität der Messungen, Verursacher und lokale Besonderheiten, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Wasserqualität des Bodensees, Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung, Gewinnung aussagekräftiger Daten auch nach dem Abbau der bisher vorhandenen Luftmessstation bzw mit dem neu strukturierten Landesluftmessnetz?

KlAnfr
 s. *Immissionsschutz*
 Drs 13/4191

Verbesserung der Qualität und der Aussagefähigkeit des Luftschadstoffmessprogramms in BW

Darlegung der Standorte der Messstationen, der Kriterien für die Standortwahl sowie der gemessenen Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Auflistung der Orte mit beidseitig bebauten Straßen und mit einer durchschnittlichen Belastung von mehr als 25.000 Kfz und einem Lkw-Anteil von über 4 % und der dort gemessenen bzw als wahrscheinlich anzunehmenden Werte; Ermittlung des Bedarfs bzw der Standorte für zusätzliche Messungen gemeinsam mit den Kommunen

Antr
 s. *Immissionsschutz*
 Drs 13/4235

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Ursachen und gesundheitsgefährdende Wirkungen der Feinstäube; Standortwahl und Ergebnisse der Messstationen; vorhandene Luftreinhaltepläne, Vergleich mit anderen EU-Ländern, Vorbereitung auf die nächste Verschärfung der Grenzwerte

GrAnfr
 s. *Immissionsschutz*
 Drs 13/4262

Offenlegung der Messwerte für Feinstaubkonzentrationen und Stickoxide

Offenlegung der gemessenen Werte bzw Grenzwertüberschreitungen an den Messstationen in Stuttgart und landesweit, Darlegung der Informationsmöglichkeiten der Bürger sowie der notwendigen Modifikation der Luftreinhalte- und Aktionspläne

KlAnfr
 s. *Immissionsschutz*
 Drs 13/5161

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Standorte der einzelnen Messstellen, gemessene Werte bzw Grenzwertüberschreitungen, gesundheitliche Auswirkungen, Effizienz der erlassenen und geplanten Luftreinhalte- und Aktionspläne, notwendige zusätzliche Maßnahmen; Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
 s. *Immissionsschutz*
 Drs 13/5162

Zweifel an der Auslegung der Luftmessstationen auf den neuen EU-Grenzwert für Feinstaub

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7642 7643

Messstation

s. *Messgerät*

Meßstetten

„Natura 2000“-Schutzgebiete auf dem Großen Heuberg

Auswirkungen der Umsetzung der FFH-Richtlinie auf die bauliche Entwicklung von Gemeinden wie Meßstetten, Nusplingen, Schwenningen und Stetten a.k.M.; Beeinträchtigung der Erweiterungspläne von Unternehmen sowie einer Verlegung der L 440 auf Meßstetter Gemarkung durch die vorgesehene Ausweisung von Schutzflächen? Möglichkeiten zur Erhaltung der Entwicklungspotenziale der o.g. Kommunen

KlAnfr
 s. *Natura 2000*
 Drs 13/3192

Messwert

Hörschäden bei Jugendlichen

Entwicklung o.g. Zahlen; gesetzliche Regelung der Lärmgrenzwerte in Diskotheken, bei Walkmans und Musikanlagen in Kraftfahrzeugen; Darlegung der möglichen Kostenersparnis im Gesundheitswesen

Antr
 s. *Gehörgeschädigter*
 Drs 13/1074

Drogen im Straßenverkehr - Mischkonsum, Grenzwerte und strafrechtliche Konsequenzen

Ausrichtung von Drogenkontrollen im Straßenverkehr auf Mischkonsum, Einführung von Grenzwerten, Verschärfung der strafrechtlichen Ahndung des Fahrens unter Drogeneinfluss

Antr
 s. *Kraftfahrer*
 Drs 13/1076

Sicherheit im Straßenverkehr

Beurteilung von Expertenvorschlägen zur Festlegung von Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Lärmgrenzwerte für Kleinflugzeuge
Grenzwerte und Flugbeschränkungen für Kleinflugzeuge

MdlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1580

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/1602

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Konsequenzen aus der Überschreitung von Luftreinhalte-Grenzwerten der 22. BImSchV

Umfang der Grenzwertüberschreitung der Schadstoffe Stickstoffdioxid und Partikel, betroffene Gebiete und Konsequenzen, Erlass von Luftreinhalteplänen, Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/2223

Abbau von Messstationen entlang von Straßen in BW

Standorte und Gründe der o.g. Reduzierung, bisher dort gemessene Werte von Partikeln und Stickstoffdioxiden und notwendige Konsequenzen, Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zur ständigen Beurteilung der Luftqualität entlang von Autobahnen bzw stark befahrenen Bundes- und Landesstraßen sowie der daraus folgenden Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Messgerät*
Drs 13/2969

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Frage nach relevanten Grenzwerten zur Festlegung der Konsummuster

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/3340

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, insbes am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/3349

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterleitung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3571

Ausbauvorhaben der Flughafen Stuttgart GmbH

Prognosen zum Fluggastaufkommen u.a. Kriterien für die Entscheidung zur Westerweiterung; Planungsstand, Finanzierung und Realisierungsperspektive des Projekts; Einhaltung der vorgegebenen Grenzwerte für Lärm- und Schadstoffemissionen?

KlAnfr
s. *Flughafen Stuttgart*
Drs 13/3791

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Überschreitung der ab 01.01.2005 geltenden Grenzwerte, insbes für Feinstaub; Darlegung der betroffenen Gebiete; Konsequenzen des individuell einklagbaren Rechtsanspruchs; Durchsetzung der notwendigen Luftreinhaltepläne bzw von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Pkw und Lkw ohne Rußpartikelfilter; gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat; Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3922

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4075

Feinstaubbelastung im Bereich Konstanz

Überschreitung des EU-Grenzwerts seit 2003: Art und Intensität der Messungen, Verursacher und lokale Besonderheiten, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Wasserqualität des Bodensees, Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung, Gewinnung aussagekräftiger Daten auch nach dem Abbau der bisher vorhandenen Luftmessstation bzw mit dem neu strukturierten Landesluftmessnetz?

KlAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4191

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Aufstellung von Luftreinhalteplänen und Maßnahmen in 2005 in BW

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage für Maßnahmen der Kommunen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte; mögliche Folgen von Klagen von Verbänden und betroffenen Bürgern gegen die Kommunen auf Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte; Entwicklung der Einnahmen aus der Kfz-Steuer seit 1998; Hinwirkung auf eine Steuerbegünstigung für Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter, entsprechende Nach- und Umrüstung des Fuhrparks der LReg und nachgeordneten Behörden

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4219

Verbesserung der Qualität und der Aussagefähigkeit des Luftschadstoffmessprogramms in BW

Darlegung der Standorte der Messstationen, der Kriterien für die Standortwahl sowie der gemessenen Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Auflistung der Orte mit beidseitig bebauten Straßen und mit einer durchschnittlichen Belastung von mehr als 25.000 Kfz und einem Lkw-Anteil von über 4 % und der dort gemessenen bzw als wahrscheinlich anzunehmenden Werte; Ermittlung des Bedarfs bzw der Standorte für zusätzliche Messungen gemeinsam mit den Kommunen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4235

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Ursachen und gesundheitsgefährdende Wirkungen der Feinstäube; Standortwahl und Ergebnisse der Messstationen; vorhandene Luftreinhaltepläne, Vergleich mit anderen EU-Ländern, Vorbe-

reitung auf die nächste Verschärfung der Grenzwerte

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4262

Konsequenzen aus dem Feinstaub-Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart

Verzicht auf die vom RegPräs angekündigte Berufung; beschleunigte Inkraftsetzung von Aktionsplänen in den von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Gebieten, Einrichtung von Umweltzonen mit Fahrverbot für Fahrzeuge mit besonders hohem Rußausstoß, Ausweitung des Messprogramms auf Kommunen mit mutmaßlichen Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4395

Luftqualitätsrichtlinie und Luftreinhaltestrategie der Europäischen Kommission

Hinwirkung auf eine Verbindung evtl Vorfestlegungen über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe mit Vorschlägen der Kommission zu Maßnahmen für die Einhaltung dieser Werte bzw Beschränkung eines neuen Grenzwerts für Feinstaub auf kleinere Partikel

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5011

Offenlegung der Messwerte für Feinstaubkonzentrationen und Stickoxide

Offenlegung der gemessenen Werte bzw Grenzwertüberschreitungen an den Messstationen in Stuttgart und landesweit, Darlegung der Informationsmöglichkeiten der Bürger sowie der notwendigen Modifikation der Luftreinhalte- und Aktionspläne

KlAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5161

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Standorte der einzelnen Messstellen, gemessene Werte bzw Grenzwertüberschreitungen, gesundheitliche Auswirkungen, Effizienz der erlassenen und geplanten Luftreinhalte- und Aktionspläne, notwendige zusätzliche Maßnahmen; Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Umgang mit Fällen der Überschreitung zulässiger Grenzwerte von Pflanzenschutzmittelrückständen in Lebensmitteln, Überprüfung der festgelegten Grenzwerte, Darlegung des Unterschieds zwischen Grenzwert und Höchstwert

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1656 1657 1660 1661 1664 1666 1669

Plädoyer für bundeseinheitliche Lärmgrenzwerte für Flugzeuge

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3437

Überarbeitung der europäischen Normen zur Luftreinhaltung, Anstreben harmonisierter Grenzwerte für Feinstaub u.a. Luftschadstoffe, Beschränkung eines neuen Grenzwerts für Feinstaub auf kleinere Partikel

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7640-7644

Verbreitung der Ergebnisse von Feinstaubmessungen über das Internet

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7904 7906

Messwesen

s.a. Messwert

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Mess- und Eich-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Fachaufsichtliche Maßnahmen gegen betrügerische Manipulationen an geeichten Messanlagen in Heizöl-Tankfahrzeugen

Intensivierung der Überprüfungen o.g. Anlagen, Verzicht auf eine Privatisierung der Eichung von Messanlagen in Tankfahrzeugen

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 03.12.2004 Drs 13/3827

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5763 5764

Gaspreise in BW

Darstellung der Höhe und Ursachen von Preisunterschieden zwischen den einzelnen Anbietern in BW u.a. BLändern, Bewertung des Vorschlags der Einrichtung einer Regulierungsbehörde zur Preisaufsicht; Bilanz einer Schwerpunktaktion der Eichbehörden zur Überprüfung der Abrechnungen von Gasversorgungsunternehmen, Ausmaß der verordneten Korrekturen, Maßnahmen zur Vermeidung fehlerhafter Abrechnungen zulasten der Verbraucher

Antr

s. Energiepreis

Drs 13/3867

Metallindustrie

s.a. Bruch GmbH, Asperg

Auswirkung des Streiks in der Metallindustrie auf die finanzielle Situation der Krankenkassen

Ausfall der Beiträge der Streikenden während des Arbeitskampfes unter Aufrechterhaltung der Leistungsansprüche, Unterschiede zwischen freiwillig und gesetzlich Versicherten, Höhe und Folgen der Beitragsausfälle beim letzten Streik

KlAnfr

s. Streik

Drs 13/1281

Erinnerung an den Strukturwandel in der Aluminiumindustrie im Dreiländereck, Ersetzung von Stahl durch Aluminium im Automobilbau, Perspektiven der verarbeitenden Industrie als Zulieferer

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3916

Methadon

s. Betäubungsmittel

Methyltertiärbutylether

Vorkommen von und Gefährdungen durch Methyltertiärbutylether

Ausmaß und Auswirkungen der Grundwasserkontamination durch das o.g. Benzinadditiv; Eigenschaften und biologische Abbaubarkeit; Erkenntnisse über MTBE in anderen europäischen Ländern; Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 22.08.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2372

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 14 15

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Metzingen

Metzingen

Tauschvertrag Polizeirevier Metzingen

Antr

s. Polizeigebäude

Drs 13/1385

Landesrechtliche Vorgaben für die geplanten großflächigen Einzelhandelsvorhaben in Metzingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorhaben mit Fabrikverkauf mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans und des Einzelhandelserlasses; Durchsetzung dieser Vorgaben auch bei den Planungen in Metzingen

Antr

s. Factory Outlet Center

Drs 13/4350

MFG

s. Medien- und Filmgesellschaft

Miete

s.a. Leasing

s.a. Mieter

s.a. Mieterschutz

s.a. Mietrecht

s.a. Wohngeld

Wohnungsprobleme in den Groß- und Universitätsstädten des Landes

Entwicklung der Haushalts- und Einwohnerzahlen, der erstellten Wohnungen, Wartelisten und Mietpreise in den o.g. Kommunen seit 1999; Anteil der geförderten Wohnungen und Eigentumsmaßnahmen; Zunahme des Problems der Obdachlosigkeit; Ausrichtung des LWohnungsbauprogramms entsprechend dem besonderen Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum

Antr

s. Wohnung

Drs 13/1117

Unbezahlbare Mietpreise nach Auslaufen der 10jährigen Sozialbindung bei Mietwohnungen?

Zahl der seit 1992 von Bund und Land geförderten, jetzt aus der Sozialbindung fallenden Mietwohnungen; Auswirkungen des

Wegfalls der Zinsvergünstigungen bei Krediten auf die Miethöhe bzw die davon betroffenen einkommensschwachen Mieter; Frage nach kompensierenden Maßnahmen vonseiten des Bundes und der Kommunen

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/1428

Ausstehende Saalmiete für Dodo-Preisverleihung

Anmietung des „Weißen Saals“ im Neuen Schloss durch das WM und Überlassung der Abg Beate Fauser zur Verleihung eines von ihr selbst gestifteten Preises; Einforderung der üblichen Saalmiete per Rechnung von WM Dr. Döring

Antr Nils Schmid u.a. SPD 13.11.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1506
BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 11 12
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Einschneidender Katalog des Wirtschaftsministers zum radikalen Abbau des Mieterschutzes und für drastische Mietpreissteigerungen

Abstandnahme von den o.g. Vorschlägen bzw von der Einbringung einer entsprechenden BRatsinitiative

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/3107

Nutzung von Liegenschaften durch die LReg

Eingelegte Liegenschaften des Landes in der Landesstiftung, Abführung von möglichen Veräußerungserlösen dieser Liegenschaften an die Landesstiftung, Höhe der jährlichen Mietzahlungen der Ministerien für diese u.a. Liegenschaften

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4286

Erwerb von Belegungsrechten für soziale Randgruppen

Zahl der o.g. mit Instrumenten des Landeswohnraumförderungsprogramms geförderten Wohnungen, Anteil der in den kommenden fünf Jahren auslaufenden Förderung, Zweifel an der Lukrativität einer Vermietung angesichts einer von der L-Bank geforderten Miethöhe von maximal 4,60 Euro in Ballungsräumen

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/4305

Angemessenheit der Wohnkosten von Beziehern von Arbeitslosengeld II

Überschreitung der von den Job-Centern bzw Sozialämtern errechneten Obergrenzen für Miete und Nebenkosten durch die am Markt geforderten Wohnkosten; Bewirkung von Mietschulden, Räumungsklagen und Obdachlosigkeit für die Betroffenen; Anstreben sozialverträglicher Lösungen ab 01.07.2005

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 04.05.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4306
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 31 32
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Befürchtung eines Anstiegs der Mieten infolge der Wohnungsbaupolitik des Bundes

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1923

Verweisung auf die Nicht-Belastung der Wohnungsmieten mit der Mehrwertsteuer

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6975 6978

Mieter

s.a. *Vermieter*

Sicherheit für Mieter - Erweiterter Kündigungsschutz bei umgewandelten Mietwohnungen

Wiederaufnahme der Stadt Mannheim in den Geltungsbereich des erweiterten Kündigungsschutzes

KlAnfr Max Nagel SPD 19.06.2001 und Antw WM Drs 13/14

Zweckentfremdungsverbot und erweiterter Kündigungsschutz für baden-württembergische Großstädte

Erhebungen und Datenbasis für die Einschätzung und Feststellung des Wohnungsversorgungsgrads, Auswirkungen der Aufhebung o.g. Instrumente bei gleichzeitigem Rückgang der Neubauzahlen im Wohnungsbau in den Großstädten; Überprüfung der Wohnungsversorgung durch ein unabhängiges Institut; Wiederherstellung o.g. Instrumente im Falle von Umwandlungen in Stuttgart

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/85

VO zum Schutz der Mieter vor Umwandlungsspekulation und zum Erhalt von Wohnraum in Groß- und Universitätsstädten des Landes

Aufnahme in die Gebietskulisse für das Zweckentfremdungsverbot und für den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

DringlAntr SPD 16.11.2001 Drs 13/463
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 689-696

Unbezahlbare Mietpreise nach Auslaufen der 10jährigen Sozialbindung bei Mietwohnungen?

Zahl der seit 1992 von Bund und Land geförderten, jetzt aus der Sozialbindung fallenden Mietwohnungen; Auswirkungen des Wegfalls der Zinsvergünstigungen bei Krediten auf die Miethöhe bzw die davon betroffenen einkommensschwachen Mieter; Frage nach kompensierenden Maßnahmen vonseiten des Bundes und der Kommunen

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 23.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1428
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 15 16
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus nicht nur an Kleinstverdiener vergeben

Geltende Einkommensgrenzen für den Bezug einer mit der Objektförderung gebauten Sozialwohnung, Vergleich mit den (erhöhten) Einkommensgrenzen anderer BLänder und der damit erzielten verbesserten Mieterstruktur in Sozialwohnungsquartieren; Nutzung der Möglichkeit des WohnraumförderungsGes zur Erhöhung der Einkommensgrenzen per RechtsVO

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 11.12.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2725
BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 11
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Einschneidender Katalog des Wirtschaftsministers zum radikalen Abbau des Mieterschutzes und für drastische Mietpreiserhöhungen

Abstandnahme von den o.g. Vorschlägen bzw von der Einbringung einer entsprechenden BRatsinitiative

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 08.04.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3107

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 14 15

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Schutz vor Mietverdrängung und Sicherung des Wohnungsbestands in den baden-württembergischen Groß- und Universitätsstädten

Entwicklung von Wohnungsangebot und -nachfrage in den o.g. Städten; Erlass der notwendigen Verordnungen für das Zweckentfremdungsverbot und den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

Antr SPD 05.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3166

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 36

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkwohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/3658

Erwerb von Belegungsrechten für soziale Randgruppen

Zahl der o.g. mit Instrumenten des Landeswohnraumförderungsprogramms geförderten Wohnungen, Anteil der in den kommenden fünf Jahren auslaufenden Förderung, Zweifel an der Lukrativität einer Vermietung angesichts einer von der L-Bank geforderten Miethöhe von maximal 4,60 Euro in Ballungsräumen

Antr

s. *Wohnung*

Drs 13/4305

Angemessenheit der Wohnkosten von Beziehern von Arbeitslosengeld II

Überschreitung der von den Job-Centern bzw Sozialämtern errechneten Obergrenzen für Miete und Nebenkosten durch die am Markt geforderten Wohnkosten; Bewirkung von Mietschulden, Räumungsklagen und Obdachlosigkeit für die Betroffenen; Anstrengung sozialverträglicher Lösungen ab 01.07.2005

Antr

s. *Miete*

Drs 13/4306

Wiedereinführung des Zweckentfremdungsverbots von Wohnraum in Gemeinden mit erhöhtem Wohnraumbedarf

Zahl der beantragten Zweckentfremdungen in Freiburg, Heidelberg und Mannheim in den letzten vier Jahren; Wirksamkeit des Zweckentfremdungsverbots zur Erhaltung von (dringend benötigtem) Wohnraum

Antr

s. *Wohnung*

Drs 13/4307

Wohnen unter einer Mobilfunkantenne, Zuerkennung eines Rechts auf Minderung der Miete

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 243

Feststellung einer einseitigen Stärkung der Rechte von Mietern zulasten der Vermieter durch die Mietrechtsreform, Erwerb von Wohnungen durch die Mieter

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430 1431 1437 1439 1440

Anstrengung einer sozial heterogenen Mieterschaft in den Wohngebieten mit ehemals geförderten Wohnungen mit Belegungsbindung, Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1804-1807

Auswirkungen einer Umsetzung des AntidiskriminierungsGes der BReg auf das Verhalten der Vermieter bei der Auswahl ihrer Mieter

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280 6285 6286

Verweisung auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Mieter, Unvereinbarkeit der Solvenzprüfung potenzieller Mieter durch Auskunfteien mit dem Datenschutz

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7036-7038

Mieterschutz

s.a. *Kündigungsschutz*

Sicherheit für Mieter - Erweiterter Kündigungsschutz bei umgewandelten Mietwohnungen

Wiederaufnahme der Stadt Mannheim in den Geltungsbereich des erweiterten Kündigungsschutzes

KlAnfr

s. *Mieter*

Drs 13/14

Zweckentfremdungsverbot und erweiterter Kündigungsschutz für baden-württembergische Großstädte

Erhebungen und Datenbasis für die Einschätzung und Feststellung des Wohnungsversorgungsgrads, Auswirkungen der Aufhebung o.g. Instrumente bei gleichzeitigem Rückgang der Neubauzahlen im Wohnungsbau in den Großstädten; Überprüfung der Wohnungsversorgung durch ein unabhängiges Institut; Wiederherstellung o.g. Instrumente im Falle von Umwandlungen in Stuttgart

Antr

s. *Wohnung*

Drs 13/85

VO zum Schutz der Mieter vor Umwandlungsspekulation und zum Erhalt von Wohnraum in Groß- und Universitätsstädten des Landes

Aufnahme in die Gebietskulisse für das Zweckentfremdungsverbot und für den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

Antr

s. *Mieter*

Drs 13/463

Unbezahlbare Mietpreise nach Auslaufen der 10jährigen Sozialbindung bei Mietwohnungen?

Zahl der seit 1992 von Bund und Land geförderten, jetzt aus der Sozialbindung fallenden Mietwohnungen; Auswirkungen des Wegfalls der Zinsvergünstigungen bei Krediten auf die Miethöhe bzw die davon betroffenen einkommensschwachen Mieter; Frage nach kompensierenden Maßnahmen vonseiten des Bundes und der Kommunen

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/1428

Einschneidender Katalog des Wirtschaftsministers zum radikalen Abbau des Mieterschutzes und für drastische Mietpreissteigerungen

Abstandnahme von den o.g. Vorschlägen bzw von der Einbringung einer entsprechenden BRatsinitiative

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/3107

Schutz vor Mieterverdrängung und Sicherung des Wohnungsbestands in den baden-württembergischen Groß- und Universitätsstädten

Entwicklung von Wohnungsangebot und -nachfrage in den o.g. Städten; Erlass der notwendigen Verordnungen für das Zweckentfremdungsverbot und den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/3166

Wiedereinführung des Zweckentfremdungsverbots von Wohnraum in Gemeinden mit erhöhtem Wohnraumbedarf

Zahl der beantragten Zweckentfremdungen in Freiburg, Heidelberg und Mannheim in den letzten vier Jahren; Wirksamkeit des Zweckentfremdungsverbots zur Erhaltung von (dringend benötigtem) Wohnraum

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/4307

Verbesserung des Mieterschutzes durch die Reform des Mietrechts; Mieterschutz bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen oder Gewerberäume

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 686 687 689-694

Verbesserung des Mieterschutzes durch die Reform des Mietrechts; Revision der ungleichen Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430 1431 1437 1439 1440

Mietkosten

s. *Miete*

Mietpreis

s. *Miete*

Mietrecht

s.a. *Mieterschutz*

Aufforderung an die BReg zur Rücknahme der Reform des Mietrechts

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 686 687

Beeinträchtigung der Attraktivität von Investitionen in Immobilien durch die Mietrechtsreform

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430 1431 1437 1439 1440

Beeinträchtigung der Attraktivität von Investitionen in Immobilien durch die Mietrechtsreform

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3571 3580 3581 3583

Revision des Mietrechts, Schaffung von Anreizen für den Bau von Wohnungen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4025

Einschränkung der Vertragsfreiheit im Mietrecht im Falle einer Umsetzung des AntidiskriminierungsGes der BReg

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280 6285 6286

Mietwagen

s.a. *Taxi*

Position und Situation des Taxen-Gewerbes im Öffentlichen Personennahverkehr

Beurteilung der gesetzlich definierten Rolle des Taxen-Gewerbes, der vorhandenen Rahmenbedingungen und Wettbewerbssituation insbes im Vergleich zu den Mietwagen-Betreibern; Möglichkeiten für ein eigenes Berufsbild mit entsprechender Höherqualifikation; Gewährleistung der Nutzung von Bus- und Sonderspuren; Ausschluss von Wettbewerbsnachteilen bei Schüler- und Krankenfahrten

Antr
s. *Taxi*
Drs 13/1939

Innovatives Mobilitätsangebot; hier: Kooperation ÖPNV/Car Sharing

Entwicklung der Kooperationen von Car Sharing und Nahverkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden; Ausweisung von Stellplätzen durch die Kommunen in Verdichtungsräumen; Teilhabe am Mobilitätsforschungsprogramm der BReg

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3509

Mietwohnung

s. *Wohnung*

Mietwohnungsbau

s. *Wohnungsbau*

Migrantenschüler

s. *Ausländisches Kind*

Mikrosystemtechnik

s.a. *Mechatronik*

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Bedeutung der USA als Handelspartner für die Automobilindustrie, Elektroindustrie, den Maschinenbau, die Mikrosystemtechnik, die Bio- und Gentechnologie

Antr

s. *Wirtschaftliche Kooperation*

Drs 13/2269

Bezeichnung der Region Karlsruhe als führend im Bereich der Mikrosystemtechnik, Nutzung der Synchrotronquelle durch kleine und mittlere Unternehmen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514

Zusammenarbeit des Instituts für Mikro- und Informationstechnik in Villingen-Schwenningen mit europäischen Kompetenzzentren

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4491 4497

Milch

s.a. *Milchwirtschaft*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)

Änd der Milch-GüteVO sowie der VO über die Erhebung von milchwirtschaftlichen Umlagen

GesEntw

s. *Währung*

Drs 13/313

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Ausgestaltung der Milchquotenregelung ab 2008

GrAnfr

s. *Landwirt*

Drs 13/1731

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2059

Schulmilch an Baden-Württembergs Schulen

Aktionen zum Verkauf von Milchprodukten an Schulen, Vergleich mit anderen BLändern, Interesse der Milchwirtschaft

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 11.11.2003 und Antw MLR Drs 13/2591

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung

von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2647

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkühe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr

s. *Weidewirtschaft*

Drs 13/4468

Strukturwandel bei Milchbauern in BW

Stand und Prognosen zur Zahl von Milchbauern im Voll- und Nebenerwerb, von Molkereien und Milchlieferungsmengen; Auswirkungen der von der EU geplanten Kürzung bzw Streichung der Exportbeihilfen; flankierende Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls, u.a. aufgrund des Drucks der Großfilialisten

Antr

s. *Weidewirtschaft*

Drs 13/4527

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr

s. *Ökologischer Landbau*

Drs 13/4606

Akzeptanz von Milch in Flaschen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 144

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung; Verlängerung der Milchquote bis 2015

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3401 3404-3408 3410-3413

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung; Verlängerung der Milchquote bis 2015

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560

Angebot von gentechnikfreier Milch bei Spar in Österreich; Beklagung des niedrigen Preises für Biomilch

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6646 6650

Milch-Güteverordnung

s. *Milch*

Milchwirtschaft*Zulassungsvoraussetzungen für Hofkäsereien*

Entwicklung der Zulassungszahlen und der Rechtslage innerhalb der EU und der einzelnen BLänder; Förderung von Neueinrichtungen über ein Agrarförderprogramm? Eintreten für einheitliche Richtlinien in Deutschland

Antr Dr. Klaus Schüle u.a. CDU 13.07.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/84

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (Euroumstellungsges BW -EurUG-)

Änd der Milch-GüteVO sowie der VO über die Erhebung von milchwirtschaftlichen Umlagen

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Ausgestaltung der Milchquotenregelung ab 2008

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Zukunft der Milchwirtschaft

Beurteilung der veränderten Position des BLHV zu den Folgen der vorgezogenen EU-Agrarreform auf die Milch- und Grünlandwirtschaft

MdlAnfr 1) Alfred Winkler SPD 29.09.2003 Drs 13/2480
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3743-3746

Schulmilch an Baden-Württembergs Schulen

Aktionen zum Verkauf von Milchprodukten an Schulen, Vergleich mit anderen BLändern, Interesse der Milchwirtschaft

KlAnfr
s. *Milch*
Drs 13/2591

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkuhe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4468

Strukturwandel bei Milchbauern in BW

Stand und Prognosen zur Zahl von Milchbauern im Voll- und Nebenerwerb, von Molkereien und Milchlieferungsmengen; Auswirkungen der von der EU geplanten Kürzung bzw Streichung der Exportbeihilfen; flankierende Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung ange-

sichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls, u.a. aufgrund des Drucks der Großfilialisten

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4527

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung; Verlängerung der Milchquote bis 2015

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3401 3404-3408 3410-3413

Abmilderung der EU-Agrarreform für die heimische Milchwirtschaft

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4353 4357

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung; Verlängerung der Milchquote bis 2015; Eintreten für eine Molkereiquote

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560

Militärdienst

s. *Wehrdienst*

Militärflugzeug

Sicherheitstechnische Auslegung von KKW gegen Abstürze von schnell fliegenden Militärmaschinen, Kritik an der Nutzung der Kühltürme von Philippsburg als Orientierungspunkte durch Bundeswehrflugzeuge

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 485 487 491 494 495

Erzwingung einer seriösen Finanzierung der Airbus-Transporter über den Bundeshaushalt durch den Gang vor das BVerfG

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 844

Sicherheitstechnische Auslegung von KKW gegen Abstürze von schnell fliegenden Militärmaschinen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7171

Militärgeschichte

Die künftige Finanzierung des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt GmbH

Annahme des Mitfinanzierungsangebots der Stadt Rastatt bzw Aufrechterhaltung der Beteiligung an der weiteren Finanzierung des Museums

MdlAnfr 3) Gunter Kaufmann SPD 25.06.2004 Drs 13/3305
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5087 5088

Militärische Anlage

s.a. *Konversion*
s.a. *Schießstand*

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmendaten, Ausbau der Region zu einem Wirtschaftsstandort mit europäischer Bedeutung, zurückliegende und künftige Förderung des Wohnungsbaus, Unterstützung von Konversionsmaßnahmen, Bau von Wohnungen und Ansiedlung von Gewerbe auf ehemals militärisch genutzten Flächen

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Ausbau der Landesstraße 230 zwischen Münsingen und Heroldstatt

Zeitperspektive für den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, des Baubeginns und der Realisierung des Ausbaus der L 230 und der Ortsumgehungen der Münsinger Teilorte Auingen, Böttingen, Magolsheim und Breithülen; Einbeziehung der Panzerringstraße des Truppenübungsplatzes Münsingen; Kosten der einzelnen Bauabschnitte

KlAnfr
s. *Landesstraße 230*
Drs 13/2047

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Ökologisches Potenzial und Eigentumsverhältnisse; Sanierungsbedarf durch Kampfmittelreste u.a. Altlasten; Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts mit den Akteuren vor Ort, insbes Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Schafbeweidung und Vermarktung der Produkte) sowie des regionalen Tourismus, Integration eines von Hochschulen vorgeschlagenen interdisziplinären Lehr- und Forschungszentrums; Überlegungen zur Ausweisung von Schutzgebieten, eines Biosphärenreservats, Vernetzung mit dem PLENUM-Gebiet und dem Projekt „Nationaler GeoPark Schwäbische Alb“; Bemühungen um Bundesmittel und deren Kofinanzierung

Antr GRÜNE 22.07.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2299
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5074-5083
BeschlEmpf und Bericht LandwA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 60-62
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Naturschutz im Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen

Schlüsse aus der naturschutzfachlichen Bewertung der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Tübingen; Vorlage einer konkreten Planung zur Unterschutzstellung innerhalb eines größeren Schutzgebiets, z.B. eines Nationalparks oder Biosphärenreservats

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/3123

Geplante Umstrukturierung der US-Streitkräfte in BW
Auswirkungen auf die US-Militärstandorte in BW, insbes in Heidelberg

KlAnfr
s. *US-Streitkräfte*
Drs 13/3507

Umstrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte, insbes in Heidelberg; Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern

KlAnfr
s. *US-Streitkräfte*
Drs 13/3778

Neustrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte, insbes in Heidelberg und Stuttgart; Beurteilung der Konkurrenzsituation zwischen Heidelberg und Wiesbaden; Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der hessischen LReg und der BReg

KlAnfr
s. *US-Streitkräfte*
Drs 13/4026

Geplanter Abzug der US-Streitkräfte aus BW

Verlegung des US-Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden, Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der BReg und der Stadt Heidelberg; Unterstützung der vom Abzug betroffenen Städte mit einem Konversionsprogramm oder über Mittel aus bestehenden Programmen

KlAnfr
s. *US-Streitkräfte*
Drs 13/4290

Geplantes Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Eignung der Alblandschaft um den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen zur Ausweisung als Biosphärengebiet nach den UNESCO-Kriterien? Darstellung der Auswirkungen finanzieller Art sowie für die beteiligten Gebietskörperschaften, die Land- und Forstwirtschaft; Erfahrungen in anderen BLändern; Wahrung der Interessen der Betroffenen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/4887

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. *Schaf*
Drs 13/4944

Eintreten für das alleinige Entscheidungsrecht der Gemeinden im Raum Münsingen über die künftige Nutzung des Truppenübungsplatzes

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3322

Unterstützung der Umnutzung frei gewordener militärischer Liegenschaften, Perspektiven für die künftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3777 3779 3783

Eintreten für ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4351 4354

Eintreten für ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6082 6083 6088 6089

Hinwirkung auf ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen, Unterstützung der vom Rückzug der Bundeswehr betroffenen Standortgemeinden

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419-6421

Hinwirkung auf ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491 6495

Einrichtung eines Biosphärengebiets auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6603-6605 6607-6612

Einrichtung eines Biosphärengebiets auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7267 7270-7272 7274-7276

Einrichtung eines Biosphärengebiets auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7424 7427 7428 7430 7431

Mineralöl

s. Öl

Mineralölgesellschaft

s. Mineralölunternehmen

Mineralölsteuer

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölaufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus

Antr

s. Straßenbau

Drs 13/392

Entbürokratisierung; hier: Bereich der Kraftfahrzeugsteuer (KraftSt)

Entwicklung des Aufkommens und der Verwaltungskosten bei der Festsetzung und Erhebung der Kfz-Steuer, Vergleich der Relation mit anderen Steuerarten; Art und Effekte von Maßnahmen zur Verfahrensvereinfachung; Stand der Überlegungen zur Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

Antr

s. Kraftfahrzeugsteuer

Drs 13/2090

Bürokratieabbau beim AgrardieselGes

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Notwendigkeit einer persönlichen Beratung der Antragsteller; Hinwirkung auf Abschaffung des Verfahrens und Vereinheitlichung der Steuersätze innerhalb der EU

Antr

s. Kraftstoff

Drs 13/2264

Tanktourismus gefährdet Steuereinnahmen und Tankstellen in BW

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, der Schweiz und den EU-Nachbarländern seit 1999; Auswirkungen der Ökosteuer; erzielbare Einsparungen für die Autofahrer und entgangene Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Beurteilung staatlicher Hilfen für Tankstellenbetreiber in Ländern mit vergleichsweise höheren Kraftstoffpreisen; Hinwirkung auf eine Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei

Antr

s. Kraftstoff

Drs 13/2596

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer, Einbringung einer entsprechenden Gesetzesinitiative im BRat

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

Rekordtreibstoffpreise und Tanktourismus

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit 2000 sowie der entgangenen Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Situation der Tankstellenbesitzer und -pächter in den Grenzregionen; Frage nach Vorstößen der Länder und BReg zum Stopp des Tanktourismus, evtl mit einer Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei; Bemühungen Österreichs um ein zusätzliches Klimakontingent für die durch Tankfahrten verursachten CO₂-Emissionen

Antr

s. Kraftstoff

Drs 13/4273

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer

GrAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/4435

Lenkungseffekte einer höheren Mineralölsteuer

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1301

Verzicht auf die Mineralölsteuer für biogene Kraftstoffe; Ringen der Länder um einen höheren Anteil am Mineralölaufkommen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547 1550-1552 1563

Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2766

Vergleich der Mineralölbesteuerung in Deutschland u.a. EU-Ländern

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4775

Forderung eines Anteils aus dem Mineralölaufkommen für eine Übernahme der Bundesstraßen in die Zuständigkeit der Länder; Vorschlag einer Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5510 5512

Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5807 5822

Tausch der Kfz-Steuer mit der Versicherungssteuer und anschließende Umlegung auf die Mineralölsteuer

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Einführung einer Pkw-Maut, Reduzierung der Mineralölsteuer, Abschaffung der Kfz-Steuer

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409

Einführung einer Pkw-Maut, Reduzierung der Mineralölsteuer, Abschaffung der Kfz-Steuer

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6483 6494 6507 6508 6511

Einführung einer Pkw-Maut, Absenkung der Mineralölsteuer

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6810 6816

Rückgang des Mineralölaufkommens durch Tanktourismus ins benachbarte Ausland

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6978 6981

Mineralölunternehmen

s.a. Tankstelle

Freier Flüssiggasmarkt?

Behinderung eines freien Markts durch frühere Monopolanbieter bzw große, an Mineralölkonzerne angeschlossene Anbieter; Frage nach Zusammenschlüssen von Flüssiggasverbrauchern zur Durchsetzung freier Marktbedingungen

KlAnfr

s. Gas

Drs 13/1098

Mineralwasser

Auswirkungen des Dosenpfands auf den Getränkemarkt in BW

Entwicklung der Nachfrage und Rücklaufquote; Reaktionen der Produzenten, Verbraucher und des Handels; Erkennung einer Tendenz zu Mehrwegflaschen? Entwicklung des Verbrauchs von Mineralwasser und Bier, Auswirkungen auf das Aufkommen der Biersteuer

Antr

s. Verpackung

Drs 13/2033

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. Ernährung

Drs 13/2059

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. Ernährung

Drs 13/2647

Mineralwasserbrunnen

s. Getränkeindustrie

Miniermotte

s. Pflanzenschädling

Minister

s.a. Entlassung eines Ministers

s.a. Landtag, Anwesenheit

s.a. Ministergesetz

s.a. Ministerium

Bekanntgabe der Ministerliste; Bestätigung der LReg; Vereidigung der Mitglieder der LReg

s. Landesregierung

PIPr 13/3 S. 37

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Mitgliedschaft von Regierungsmitgliedern in der Gewährträgerversammlung und im Verwaltungsrat der Landesbank BW

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/12

Inkompatibilität von Regierungsmitgliedern

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/28

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/29

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte - Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit (Drs 12/1148 Ziff. 3)

Mittlg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 13/213

Offenlegung der beruflichen, vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten und Funktionen der Mitglieder der LReg

Vorlage der o.g. Aufstellung, Bericht über entsprechende Funktionen von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther, Ausschluss von Interessenkollisionen zwischen den einzelnen Tätigkeiten und dem Regierungsamt?

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/232

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/1567

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/2422

Ges zur Änd des MinisterGes

Schrittweise Abflachung des Anstiegs der Versorgungsbezüge ab 2004; amtszeitbezogene Regelung der Altersgrenze für das Ruhen der Versorgungsbezüge; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 38,27 % sowie des Höchstsatzes auf 71,75 %

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/2542

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate von Ministern und Ministerialbeamten

Darlegung o.g. Mandate bei Firmen, Stiftungen, Landesbetrieben u.a. Einrichtungen mit Landesbeteiligung; Form und Höhe der jeweiligen Vergütung

KlAnfr
s. *Aufsichtsrat*
Drs 13/3196

Zustimmung des Ltg zur Berufung von Mitgliedern der LReg und Vereidigung

s. *Landesregierung*
PIPr 13/73 S. 5133

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*

Drs 13/3401

Ruhegehaltszahlungen an ehemalige Minister

Höhe und Zeitpunkt des Bezugs von Ruhegehalt durch die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbssatzeinkommen auf die Versorgungsbezüge nach § 53 BeamtenversorgungGes, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Änd des MinisterGes

Antr
s. *Altersversorgung*
Drs 13/3769

Ges zur Änd des MinisterGes

Kürzung des Anspruchszeitraums für das Übergangsgeld; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 29 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre; Streichung des Altersehensoldes

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3839

Novellierung des MinisterGes

Auszahlung von Ruhegehalt an ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre nach Vollendung des 55. Lebensjahres, Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt der aktuellen und künftigen Mitglieder der LReg auf 65 Jahre, Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbssatzeinkommen nach § 53 BeamtenversorgungGes auch bei ehemaligen Ministern und politischen Staatssekretären

Antr
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3945

Bekanntgabe der Ministerliste; Bestätigung der LReg; Vereidigung der Mitglieder der LReg

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4320

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4954

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/5167

Reduzierung der Ministerpensionen, Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2639

Bewertung der Kürzungen bei den Ministerpensionen als zu niedrig; Reduzierung der Zahl von Ministern; Feststellung einer inneren Distanz der Minister zur Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3620 3621

Anregung eines ehrenamtlichen Engagements der ausgeschiedenen Minister

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5516 5519

Verweisung auf die Ministerwechsel in der 13. WP

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5892 5893

Überlegungen zu einer Erhöhung der aktiven Bezüge und Absenkung der Ruhegehälter der Minister

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6417

Verweisung auf die Ministerwechsel in der 13. WP

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7688 7691 7697

Minister für Arbeit und Soziales

s. Sozialminister

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum

Berufung und Vereidigung von Willi Stächele zum/als Minister für Ernährung und Ländlichen Raum

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 39

Umbenennung von Einrichtungen im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Umbenennung der Ämter für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in „Ämter für Landwirtschaft“ sowie des Landesamts für Flurneuordnung und Landentwicklung in „Landesamt für Entwicklung des Ländlichen Raumes“

Antr

s. Landwirtschaftsbehörde

Drs 13/438

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Einsparung des Landwirtschaftsministers nach der Regierungsneubildung

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4008-1 S. 25

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4048-1 S. 2

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Berufung und Vereidigung von Peter Hauk zum/als Minister für Ernährung und Ländlichen Raum

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Äußerung des Ministers für Ernährung und Ländlichen Raum zu Biogasanlagen

Richtigstellung der Äußerung zur Leistungsfähigkeit heutiger Biogasanlagen bzw zur notwendigen Anzahl von Anlagen, die ein Kernkraftwerk mit der Stromerzeugungskapazität von Obrigheim oder Neckarwestheim I ersetzen können

MdlAnfr

s. Biogas

Drs 13/5172

Einrichtung einer Abteilung „Verbraucherschutz“ im MLR

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 439 444

Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2374 2382

Aufteilung des MLR auf andere Ressorts

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2915

Anmahnung weiterer Strukturbereinigungen im Zuständigkeitsbereich des MLR

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4019 4020

Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4964 4968

Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5804

Bezeichnung des MLR als überflüssig

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870

Gewicht des MLR, Ablehnung einer Aufteilung auf andere Ressorts, Kritik an der zusätzlich geschaffenen Position einer Staatssekretärin und eines Staatsrats

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6082 6086 6095 6096 6099

Ablehnung einer Auflösung des MLR, Beibehaltung der Zuständigkeit für das ELR

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330 6332

Bezeichnung des MLR als überflüssig seit dem Wegfall des Unterbaus im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6678 6679 6681 6683

Minister für Kultus, Jugend und Sport

Berufung und Vereidigung von Helmut Rau zum/als Minister für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7067 7068

Zugehörigkeit von Herrn Minister Helmut Rau zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr LReg 25.10.2005 Drs 13/4766

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199

BeschlEmpf und Bericht StändA 09.11.2005 Drs 13/4809

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Minister für Umwelt und Verkehr

s.a. Atomaufsicht

s.a. Umweltministerin

Berufung und Vereidigung von Ulrich Müller zum/als Minister für Umwelt und Verkehr

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 39

Entlassung des Ministers für Umwelt und Verkehr

DringlAntr SPD 18.10.2001 Drs 13/328

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 383-406

Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beurteilung von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung o.g. Gutachtergruppe; Konsequenzen in der Abteilung 7 des UVM, insbes Entbindung des Leiters von seinen Aufgaben wegen Fehlentscheidungen im Umgang mit den Störfällen im Atomkraftwerk Philippsburg II

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/388

Arbeit der Atomaufsicht in BW

Überprüfung der Einhaltung rechtlich vorgegebener Sicherheitsstandards; rasche und sachgerechte Entscheidungen bei Mängeln, Vorfällen und Störfällen bzw Weiterleitung von Meldungen an die zuständigen Ministerien, Ämter und Gremien; ggf Einschaltung von Gutachtern; Beurteilung der Unabhängigkeit sowie von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Frage nach Aktivitäten und Ergebnissen der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Einbeziehung von Experten des TÜV, Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der ILK

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/422

Überprüfung der Atomaufsicht in BW durch unabhängige Gremien

Rücknahme der Betrauung des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/437

Qualitätssicherung bei der Atomaufsicht

Maßnahmen seit Bekanntwerden der Störfälle im KKW Philippsburg; Zeitpunkt der Einsetzung, Zusammensetzung und Auftrag der Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/553

Zusammenlegung der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde

Bündelung der beiden Aufgabengebiete im UVM

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/632

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolgutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterausschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterabrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/1381

Beanspruchung des Umwelt- und Verkehrsministeriums durch das Großprojekt Stuttgart 21

Umfang, Art und Kosten der Inanspruchnahme des Ministeriums, der Stadt Stuttgart, des RegPräs und der Region Stuttgart bzw von externen Beratungskapazitäten, insbes des ehemaligen Ministerialdirektors im UVM

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/1589

Interessenkonflikte von Herrn Verkehrsminister Ulrich Müller in seiner Doppelfunktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Airpark GmbH und zuständiger Minister für den Flugverkehr

Darlegung der o.g. Interessenkollision an der Entscheidungskompetenz des Ministers bzw des nachgeordneten RegPräs Freiburg für die vom Mitkonkurrenten Black-Forest-Airport beantragte Fortschreibung des Landesentwicklungsplans bzw Passagierfluggenehmigung für Lahr und die vom Baden-Airport dagegen erhobene Einrede; Verweisung auf die Niederlegung der Aufsichtsratsmandate durch den früheren MinPräs Filbinger und den hessischen MinPräs Koch bei ähnlichen Konstellationen; Frage nach entsprechenden Konsequenzen von Minister Müller

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 24.09.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2442
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.11.2003 Drs 13/2782 S. 35 36
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Erteilung einer Passagierfluggenehmigung für Lahr

Appell an Verkehrsminister Müller zur Niederlegung seines Aufsichtsratsmandats beim Baden-Airport zur Vermeidung von Interessenkonflikten

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/3065

Berufung und Vereidigung von Stefan Mappus zum/als Minister für Umwelt und Verkehr

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134

Nachhaltige Schädigung des Energiewirtschaftsstandorts BW

Klärung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der LReg zu der „Null-Toleranz-Strategie“ der EnBW in Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken, Frage nach Gesprächen zwischen den zuständigen Referenten und Ministern und deren Ergebnissen, Begründung des vom Wirtschaftsminister gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW erhobenen Vorwurfs der Aufstellung unwahrer Behauptungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/3740

Hintergründe der Entlassung des Anlagenleiters von GKN II und die Rolle des baden-württembergischen Umweltministeriums

Ablösung des Anlagenleiters aufgrund von Differenzen mit der EnBW-Führungsebene in sicherheitsrelevanten Fragen? Begründung der gegenteiligen Verlautbarungen des UVM; Umgang der Atomaufsicht bzw des Ministers mit dem Vorwurf von „Zweifeln an der Zuverlässigkeit“ von Herrn Dr. G.; Zuleitung der Gesprächsprotokolle über die Befragung des Betroffenen u.a. leitender GKN- bzw EnBW-Mitarbeiter an die Mitglieder des Umweltausschusses

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*

Drs 13/3806

Bundesaufsichtliches Gespräch zu Sicherheitsfragen im Kernkraftwerk Philippsburg

Anweisung des BUMweltministeriums an das UVM zur Abschaltung des o.g. Kernkraftwerks aufgrund schwerer Sicherheitsmängel? Verweisung von Minister Mappus auf diese gestellte Frage vonseiten der Landesvertreter und die verneinende Antwort iRd o.g. Besprechung; Verneinung einer Aufbringung dieser Frage nach schriftlicher Aussage von Bundesumweltminister Trittin; Beurteilung bzw Konsequenzen dieser widersprüchlichen Darstellung der beiden Minister

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/4123

Zusammenlegung der Atomaufsicht (Genehmigung und Aufsicht) in einem Ministerium

Zusammenlegung der bisherigen Zuständigkeiten im WM und UVM im Zuge der Regierungsneubildung

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 13/4171

Aufforderung des Umweltministers zum Rücktritt, Verteidigung der Informationspolitik und Position des Ministers

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 579-597

Verhalten des UVM zu den Vorfällen im KKW Philippsburg, Frage nach personellen Konsequenzen auf politischer und fachlicher Ebene

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 929-935 963

Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM, Erinnerung an die Zusammenlegung des Verkehrs- mit dem Umweltministerium sowie an Forderungen zur Revision dieser Reform

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2374 2384

Unterschiedliche Bewertung der Null-Toleranz-Politik der EnBW durch den UVM und WM, Klärung der Gründe für die Ablösung des Anlagenleiters von GKN II durch die Atomaufsicht

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646 5649 5655-5658 5661 5663 5664 5667-5671

Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5804

Minister für Wirtschaft

s. *Wirtschaftsminister*

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Peter Frankenberg zum/als Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 38

Aufsichtsratsstätigkeit des Wissenschaftsministers Prof. Dr. Peter Frankenberg bei der Firma „Wild Projects AG“

Bewertung der Vorwürfe des Insolvenzverwalters, rechtliche Konsequenzen einer erfolgreichen Klage auf Nichtigkeit der Kapitalerhöhung

KlAnfr

s. *Frankenberg, Peter Prof. Dr. CDU*

Drs 13/188

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Personaleinsparungen im MWK im Zuge der Aufgabenverlagerung an die Hochschulen

s. *Personalplanung*

Drs 13/664

Die kulturellen Einrichtungen im Land unter dem Druck von Haushaltskürzungen

Höhe und Auswirkungen o.g. Kürzungen im Epl 14 infolge der globalen Minderausgabe, Auswirkungen auf die kommunale Kofinanzierung und Finanzierungsbeiträge anderer Dritter

Antr

s. *Kultur*

Drs 13/882

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Unterlaufen der rechtlich normierten erweiterten Autonomie durch die Ministerialbürokratie nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Festhalten an den Einwirkungsmöglichkeiten über die Struktur- und Entwicklungspläne, Lehrberichte sowie den Bereich von Studium und Lehre; Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe; Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren; Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bzw des dann möglichen Personalabbaus im MWK

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/1379

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw Berufenen und Drittmittelförderung

GrAnfr

s. *Hochschule*

Drs 13/1489

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen

Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidar-pakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vorgaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/1497

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Personaleinsparungen im MWK im Zuge der Aufgabenverlagerung an die Hochschulen

s. Personalplanung

Drs 13/1873

Beteiligung von Männern und Frauen in ausgewählten Geschäftsbereichen der LReg

Entwicklung der o.g. Repräsentanz in den Gremien der Geschäftsbereiche des StM, MWK und der Universitäten seit 1995; Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming; Teilnahme von Führungskräften des MWK an Fortbildungsmaßnahmen

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 13/1964

Hochschulräte

Erfahrungen mit den o.g. Gremien und der damit bewirkten Kompetenzverteilung zwischen dem Ministerium und den Hochschulen, Darlegung der jeweiligen Zusammensetzung nach internen und externen Mitgliedern, Führungspersönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik, nach der Altersstruktur, nach Ausländern, Frauen und Studierenden; Bewertung der Transparenz der Tätigkeit gegenüber der Öffentlichkeit sowie der Unabhängigkeit von Mitgliedern, die gleichzeitig Sponsoren sind

Antr

s. Hochschulrat

Drs 13/1974

Administration des Verwaltungskostenbeitrags und der Rückabwicklung der verfassungswidrigen Immatrikulations- und Rückmeldegebühren an den Hochschulen

Frage nach einer Kollision zwischen bereits angelaufenen Rückmeldeverfahren und dem Inkrafttreten der Rechtsgrundlage für die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags; vorhandene und tatsächlich notwendige Verwaltungskapazitäten und anfallende Kosten an den Hochschulen, Berufsakademien und PH; rechtliche Bewertung der vom Minister angedrohten Exmatrikulation in Fällen der Zahlungsverweigerung; aktuelle Information der Betroffenen über die Homepage des MWK

Antr

s. Hochschulgebühren

Drs 13/2191

Haushalt 2004; Epl 14

Personaleinsparungen im MWK im Zuge der Aufgabenverlagerung an die Hochschulen

s. Personalplanung

Drs 13/2814

Haushaltsentwurf 05/06; hier: Kürzungen im Bereich Kunst und Kultur

Höhe und Zielbereiche der Kürzungen, pauschalen Einsparauflagen und globalen Minderausgabe; Einbeziehung der Soziokulturellen Zentren und kommunalen Theater?

K1Anfr

s. Kultur

Drs 13/3891

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Personaleinsparungen beim MWK im Zuge der Aufgabenverlagerungen an die Hochschulen

s. Personalplanung

Drs 13/4014

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Peter Frankenberg zum/als Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Ermöglichung des Abbaus von Stellen im MWK durch die Gewährung von mehr Autonomie der Hochschulen, Zusammenlegung des MWK und KM

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816 819

Nutzung der Verlagerung von Aufgaben und Kompetenzen auf die Hochschulen zum Stellenabbau im Ministerium

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 968-971 973 974 977

Beklagung des Dirigismus und der nach wie vor vorhandenen Regelungswut des MWK, Unterstützung der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen durch den Minister und die Hochschulen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1505-1511

Beklagung des Dirigismus und der nach wie vor vorhandenen Regelungswut des MWK, Kritik der Hochschulrektoren am Minister

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2241-2248

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2374

Umsetzung der vorgegebenen Stelleneinsparung im Geschäftsbereich des MWK

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2634

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2908 2915

Stärkung der Autonomie der Hochschulen, Ermöglichung einer Verschlankung der Wissenschaftsbürokratie, Einsparungen im Etat des MWK, Kritik an der Informationspolitik des Ministeriums

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3632 3633 3654-3659

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4582

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4964 4968

Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Hochschulrektoren und dem Wissenschaftsminister; Personalabbau im MWK durch Aufgabenübertragung auf die Hochschulen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5964 5972

Minister im Staatsministerium

Berufung und Vereidigung von Dr. Christoph Palmer zum/als Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 38

Hochglanzbroschüre „Ein Stern in Europa“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation des StM mit Abbildungen von Staatsminister Palmer und des MinPräs

Antr

s. *Druckerzeugnis*

Drs 13/1592

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Übernahme des Vorsitzes im Aufsichtsrat der neu zu gründenden Popakademie durch Minister Palmer

Antr LReg 18.03.2003 Drs 13/1892

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1912

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Berufung und Vereidigung von Ulrich Müller zum/als Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5489-5495

Zugehörigkeit von Herrn Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Ulrich Müller zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. *Müller, Ulrich MdL CDU*

Drs 13/3766

Berufung und Vereidigung von Willi Stächele zum/als Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Äußerungen des Staatsministers Stächele

Aussagen zum Anteil von hier lebenden Muslimen, für die der Koran nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, verbunden mit der Aufforderung zu deren Ausreise; Bewertung und Konsequenzen dieser Äußerungen des Ministers iR eines Wahlkampfauftritts in Enningen im Kontext zum eingeführten Gesprächsleitfaden für muslimische Einbürgerungsbewerber

Antr GRÜNE 08.02.2006 und Stellungnahme StM Drs 13/5141

Lob für die Arbeit der Europaminister; Abbildung von Minister Stächele auf dem neuesten Europabericht

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7141 7147 7148

Ministerentlassung

s. *Entlassung eines Ministers*

Ministergesetz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungGes BW -EurUG-)

Änd des MinisterGes

GesEntw

s. *Währung*

Drs 13/313

Einhaltung des MinGes durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Bezug eines Darlehens bzw einer Aufwandsentschädigung vom VfB Stuttgart als Präsident, zeitliche Überschneidung mit der Tätigkeit als FM, Vereinbarkeit einer Aufwandsentschädigung von DM 25 000 pro Monat mit dem Begriff des Ehrenamts, Frage nach steuer- und strafrechtlichen Konsequenzen

Antr

s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*

Drs 13/751

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Klärungsbedarf weiterer Fragen nach Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/751, Ergebnis der Prüfungen des Landesamts für Besoldung und Versorgung, Einstufung des VfB Stuttgart als Betrieb gewerblicher Art nach Äußerung des VfB-Präsidenten Haas, Vereinbarkeit dieser Äußerung mit der gezahlten Aufwandsentschädigung an Mayer-Vorfelder für seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Präsident, Handhabung der Verhängung von Zwangsgeld und der beantragten Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung im Regelfall sowie im o.g. Fall, Übereinstimmung der Abgabe von Umsatzsteuererklärungen mit dem MinisterGes, Gründe für die Änd der GO der Finanzämter

Antr

s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*

Drs 13/856

Hat der ehemalige Finanzminister Mayer-Vorfelder gegen das MinisterGes verstoßen?

Einstufung eines Jahreseinkommens von DM 100.000,- durch Ausübung einer regelmäßigen ehrenamtlichen Tätigkeit als steuerpflichtiges Einkommen bzw Verstoß gegen das MinisterGes?

Antr

s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*

Drs 13/958

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre

GesEntw SPD 02.12.2002 Drs 13/1567

1. Beratung PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2327-2338

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1911

2. Beratung PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2958-2967 (Ablehnung)

Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in BW

Streichung des Urlaubsgelds für Beamte ab 2004, Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung ab 2003, Umbenennung in Sonderzahlung und Umlegung auf die monatlichen Bezüge, Teilhabe an künftigen linearen Besoldungsanpassungen und Ruhegehaltsfähigkeit; Änd des MinisterGes und der UrlaubsVO

GesEntw

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Drs 13/2396

Ges zur Änd des MinisterGes

Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 30 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65

Jahre

GesEntw SPD 22.09.2003 Drs 13/2422
 1. Beratung PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3758-3764
 BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2638
 2. Beratung PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3814-3823 (Ablehnung)

Ges zur Änd des MinisterGes

Schrittweise Abflachung des Anstiegs der Versorgungsbezüge ab 2004; amtszeitbezogene Regelung der Altersgrenze für das Ruhen der Versorgungsbezüge; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 38,27 % sowie des Höchstsatzes auf 71,75 %

GesEntw CDU und FDP/DVP 24.10.2003 Drs 13/2542
 1. Beratung PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3758-3764
 BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2638
 2. Beratung PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3814-3823
 GesBeschl 26.11.2003 Drs 13/2689
 GBl 2003 Nr. 15 S. 718 (Ges vom 09.12.2003)

Ruhegehaltszahlungen an ehemalige Minister

Höhe und Zeitpunkt des Bezugs von Ruhegehalt durch die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbsersatz Einkommen auf die Versorgungsbezüge nach § 53 BeamtenversorgungGes, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Änd des MinisterGes

Antr
s. Altersversorgung
 Drs 13/3769

Ges zur Änd des MinisterGes

Kürzung des Anspruchszeitraums für das Übergangsgeld; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 29 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre; Streichung des Altersehensoldes

GesEntw GRÜNE 03.12.2004 Drs 13/3839
 1. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6161-6183
 BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4126
 EAntr SPD 15.03.2005 Drs 13/4143
 2. Beratung PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6231-6243 (Ablehnung)

Novellierung des MinisterGes

Auszahlung von Ruhegehalt an ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre nach Vollendung des 55. Lebensjahres, Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt der aktuellen und künftigen Mitglieder der LReg auf 65 Jahre, Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbsersatz Einkommen nach § 53 BeamtenversorgungGes auch bei ehemaligen Ministern und politischen Staatssekretären

Antr SPD 13.01.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/3945
 PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6161-6183
 BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4126
 EAntr SPD 15.03.2005 Drs 13/4143
 PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6231-6243

Erinnerung an den Vorschlag zur Änderung des MinisterGes mit einer Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt
 PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5492 5494 5495

Ministerialdirektor

Ministerialdirektoren im Wirtschaftsministerium und in der Landesvertretung

Neubesetzung der Stelle des Ministerialdirektors im WM mit dem derzeitigen Ministerialdirektor in der Landesvertretung Berlin, ersatzlose Streichung der dortigen Stelle

DringlAntr SPD 20.11.2003 Drs 13/2641
 PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3791-3798

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Abschaffung des Ministerialdirektors in der Landesvertretung Berlin

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4002-2 S. 22
 ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4042-1 S. 2
 PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863-5900

Verzicht auf die Stelle des Ministerialdirektors bei der Berliner Landesvertretung, Anregung einer Betrauung von Dr. Freudenberg mit der Koordination der Europa- und Bundesaufgaben

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5491 5493 5494

Ermunterung des Landtagsdirektors zur Nutzung der neuen rechtlichen Möglichkeit einer Verschiebung seiner Pensionierung

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6363

Ministerin für Arbeit und Soziales

s. Sozialministerin

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

s.a. Ständige Konferenz der Kultusminister

Berufung und Vereidigung von Dr. Annette Schavan zur/als Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 38

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Umfang des vorgesehenen und vollzogenen Stellenabbaus im Ministerium, in den Oberschul- und Schulämtern in den letzten zehn Jahren; Zahl, Aufgaben und Eingruppierung der im selben Zeitraum dort beschäftigten bzw abgeordneten Lehrkräfte; Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate; Frage nach den rechtlichen Grundlagen und Beschlüssen des Ltg zur Praxis der Abordnungen und Freistellungen

Antr
s. Lehrer
 Drs 13/1744

Naivität im Ministerinnenamt? - Kultusministerin Schavan und der „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“

Erkenntnisse über den ACP und dessen Verbindungen zu Sekten und Psychogruppen, Beurteilung der Einschätzung des Sektenbeauftragten der Evangelischen Landeskirche; Konsequenzen aus dem Interview und der Abbildung der Ministerin auf der Titelseite eines ACP-Mitteilungsblatts

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 13.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1790

Ermittlungen des Staatsschutzes nach öffentlichen Auftritten von Mitgliedern der LReg

Demonstration und Unmutsäußerungen von Bürgern gegen die Kultusministerin bei einem Auftritt in Herrenberg, Auslösung bzw. Verhältnismäßigkeit von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen eines möglichen Verstoßes gegen das VersammlungsGes; Frage nach dem generellen Umgang mit Bürgern, die ihre von der Regierungspolitik abweichende Meinung äußern

KlAnfr Birgit Kipfer SPD 29.10.2003 und Antw IM Drs 13/2549

Veröffentlichungen des Kultusministeriums

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der Publikationen des KM; Entwicklung des Etats und der Zahl von Mitarbeitern für die Öffentlichkeitsarbeit; Frage nach Optimierungsmöglichkeiten und Einsparpotenzialen

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 22.12.2003 und Antw KM Drs 13/2774 (14 S.)

Kürzungen gegenüber dem verabschiedeten Haushaltsplan des Kultusministeriums für 2003

Höhe und Bereiche der o.g. Kürzungen im Epl 04 in den Hj 2003 und 2004; Zahl der verfügbaren Krankheitsvertretungen für die einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 27.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3705
BeschlEmpf und Bericht SchulA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 27
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Berufung und Vereidigung von Dr. Annette Schavan zur/als Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Außerkräfttreten von Vorschriften des Kultusministeriums

Auflistung o.g. Vorschriften bzw. deren Neuregelung und Bekanntmachung, u.a. zu den Themen Durchführung der GefahrsstoffVO, Freistellung vom Dienst nach dem LBeamtenGes, Unterrichtsplanung, Unterrichtsbesuche der Schulaufsicht, Durchsetzung der Schulpflicht, Unfallversicherung und Gesundheitsschutz für Schüler

Antr
s. Rechtsvorschrift
Drs 13/4503

Zusammenlegung des MWK und KM

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 819

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2374

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2908 2915

Beantragung der Herbeirufung der Kultusministerin, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Debatte zur Änderung des SchulGes

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3413-3415 3417 3419 3420

Beantragung der Herbeirufung der Kultusministerin, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte über den Epl 03 des Haushalts

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4190

Kritik an einer Pressekonferenz im KM parallel zu einer Landtagssitzung, Auszug der SPD-Fraktion aus dem Plenarsaal zu Beginn einer Rede von Ministerin Schavan

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4273 4274 4277

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4582

Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4964 4968

Kritik an der Verleihung von Urkunden durch die Kultusministerin parallel zu einer Privatschuldebatte im Landtag

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5367

Beantragung der Herbeirufung der Kultusministerin, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Debatte über den Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6423 6424

Umressortierung des Bereichs „Kindergarten und vorschulische Bildung“ vom SM zum KM

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6678-6681

Ministerium

s.a. Ministerialdirektor

Organisationsuntersuchung der Ministerien durch den RH

Vorlage und Konsequenzen der o.g. Studie, Einbeziehung des StM in eine entsprechende Untersuchung

Antr SPD 18.07.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/100

Entw einer Bekanntmachung der LReg über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 25.07.2001 Drs 13/127 (22 S.)

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.10.2001 Drs 13/291

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 460

GBl 2001 Nr. 16 S. 590-594 (Bekanntmachung der LReg)

Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes

Mittlg RH und IM 30.10.2001 Drs 13/386 (21 S.)

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499

BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/505 (44 S.)

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 781-786

Mittlg LReg 20.12.2002 Drs 13/1651

BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1874

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2657

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2747

Mittlg LReg 31.03.2005 Drs 13/4217 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4298

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Mittlg LReg 31.07.2006 Drs 14/219 (19 S.)

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der externen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/832

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 6)

Kosten der IuK in Ministerien - Eigenbesorgung oder Outsourcing

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/1748

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Gründe für die Erhaltung aller Ministerien und Beschränkung der Bündelungsfunktion der Reform auf die nachgeordneten Behörden

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Einsparungen bei den Ministerien im Zuge der Verwaltungsreform

Zusammenlegung von Ministerien, Auflösung von Referaten, weitere strukturelle Veränderungen im organisatorischen Aufbau, Erwirtschaftung einer Effizienzrendite

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 02.10.2003 und Antw IM
Drs 13/2473

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepaxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-

Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2882

Änd der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 05.02.2004 Drs 13/2892
BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/2959
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4578-4583
GBI 2004 Nr. 5 S. 142 (Bekanntmachung der LReg)

Äußerungen eines leitenden Beamten aus dem WM zur Verwaltungsreform anlässlich eines Gedankenaustauschs in Radolfzell

Bewertung der Äußerung des Abteilungsleiters für Verwaltung und Recht zur Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht, Art der Veranstaltung, Höhe und Träger der Kosten, Umsetzung der Bedenken und Kritik einer ebenfalls dort anwesenden FDP-Bundestagsabgeordneten?

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2998

Organisatorische Veränderungen bei den RegPräs und Einsparungen bei den Ministerien im Zuge der Verwaltungsreform

Einrichtung neuer oder Auflösung bestehender Referate, Auswirkungen auf die Stellenpläne bzw Erzielung von Einsparungen, Erwirtschaftung einer Effizienzrendite von 20 Prozent?

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3195

Einsparung von Ministerien

Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht iRD angekündigten Kabinettsumbildung

DringlAntr SPD 23.06.2004 Drs 13/3285
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961-4978

Vergabe von Gutachten durch die Ministerien

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Gutachten*
Drs 13/3960

Regierungsviertel auf dem Gelände von Stuttgart 21

Befürwortung des o.g. Vorschlags von Justizminister Goll bzw von der gesamten LReg? Überlegungen zur künftigen Nutzung der dann frei werdenden Gebäude, Höhe und Finanzierung der zu erwartenden Kosten

KlAnfr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4035

Die Haltung der LReg zu den Überlegungen „Regierungsviertel im Stuttgart 21-Areal“

Frage nach den rechnerischen Grundlagen für den o.g. Vorschlag von Justizminister Goll; Erteilung einer verbindlichen Absage zu den Überlegungen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4077

Neutralitätspflicht bei Veröffentlichungen durch Landesministerien

Gewährleistung der parteipolitischen Neutralitätspflicht bei Druckschriften, Internetauftritten etc; Beurteilung einer Veröffentlichung mit dem Titel „Goll verbindet Gratulation an Günther Oettinger und Stefan Mappus mit Warnungen vor schwarzgrünen Gedankenspielen“ auf der Homepage des Justizministeriums, Veranlassung der Löschung bzw Unterbindung künftiger Verstöße

KlAnfr
s. *Veröffentlichung*
Drs 13/4281

Nutzung von Liegenschaften durch die LReg

Eingelegte Liegenschaften des Landes in der Landesstiftung, Abführung von möglichen Veräußerungserlösen dieser Liegenschaften an die Landesstiftung, Höhe der jährlichen Mietzahlungen der Ministerien für diese u.a. Liegenschaften

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4286

Änd der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

Antr LReg 03.05.2005 Drs 13/4294 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.05.2005 Drs 13/4333
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6677-6683
GBI 2005 Nr. 9 S. 410 411 (Bekanntmachung der LReg)

Einsparungen der Ressorts iRd Ausgabensperre

Vorlage der o.g. Einsparvorschläge iRd Nachtragshaushalts 2005 zur Beschlussfassung

Antr
s. *Sparen*
Drs 13/4411

Familienfreundliche Landesverwaltung und Landesministerien - Betreuungsangebot für Kleinkinder

Erarbeitung einer Betreuungskonzeption für die o.g. Kinder von Bediensteten; Darlegung der jeweils angebotenen Betreuungszeiten und anfallenden Elternbeiträge

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4568

Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21

Frage nach ernsthaften Erwägungen bzw Untersuchungen zum Bau eines neuen Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4683

Widersprüchliche Aussagen der LReg hinsichtlich der Kosten einer Untersuchung über den Neubau eines Regierungsviertels

Durchführung der o.g. Untersuchung zur Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21 mit eigenem Personal des Finanzministeriums; Gründe und Kosten der Ausschreibung und Vergabe an Fremdfirmen entgegen der genannten Ankündigung iRd Fragestunde vom 06.10.2005 im Landtag

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4993

Organisationsuntersuchung der Ministerien durch den RH, Darlegung von Personaleinsparmöglichkeiten, Anmahnung eines effizienten Personaleinsatzes

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 213

Auswertung der Untersuchung über die Steuerungs- und Unterstützungsleistungen der Ministerien

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 550 551

Bewertung der Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen der Ministerien; Kritik an der Unterrepräsentanz von Frauen in den meisten Ressorts

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 781-786 788 789

Zuordnung der Pensionskosten und Beihilfen an die einzelnen Ressorts; Konzentration auf Kernbereiche und Reduzierung der Zahl von Ministerien

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 818 819

Umsetzung der Organisationsuntersuchung des RH bei den Ministerien

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1016

Verzicht auf zwei Ministerien, Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM, Zusammenlegung des MWK und KM zu einem Bildungsministerium

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2374 2378 2379 2382 2384 2388

Zuordnung der Pensionskosten an die einzelnen Ressorts

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2677

Zusammenlegung von Ministerien durch Aufgabenverlagerung nach unten, Einsparung von Abteilungen und Referaten

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2721 2723

Verweisung auf die Reduzierung der Ministerien von elf auf neun und den Abbau von Abteilungen und Referaten, Zusammenlegung von Ministerien

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2899 2908 2914 2915 2924 2925 2931 2936 2960 2965

Reduzierung bzw Zusammenlegung von Ministerien

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3620 3621

Verzicht auf zwei Ministerien

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4019

Aufgabenverlagerung zwischen Ministerien, Reduzierung bzw Zusammenlegung von Ministerien, Einsparung von Abteilungen

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4578-4583

Werbung um mehr Vertrauen der Ministerialbürokratie in die nachgeordneten Dienststellen; Vorwurf des Verzichts auf den Sachverstand der Ministerien bei der Erarbeitung des GesEntw zur Verwaltungsstrukturreform; Reduzierung der Ministerien, Einsparung von Abteilungen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4896 4911 4915 4920

Einsparung von Abteilungen und Referaten in den Ministerien; Vorwurf des Verzichts auf den Sachverstand der Ministerien bei der Erarbeitung des GesEntw zur Verwaltungsstrukturreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4989 4994-4997 5016

Stellenabbau bei den Ministerien, Reduzierung bzw Zusammenlegung von Ministerien

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5796 5804 5810

Bezweiflung der erwarteten Personaleinsparung mit der Abschaffung von Ministerien

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141

Prüfung des Vorschlags einer zentralen Unterbringung der Ministerien iR eines PPP-Projekts; Kritik am Verzicht auf eine Verkleinerung des Kabinetts im Zuge der Regierungsneubildung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6483 6492

Aufgabenverlagerung zwischen Ministerien, Reduzierung bzw Zusammenlegung von Ministerien

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6678-6683

Prüfung einer Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21 iR eines PPP-Projekts; Erinnerung an den Personalabbau sowie an Vorschläge zur Zusammenlegung von Ministerien

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7307 7309 7313 7338 7342 7345

Verweisung auf den Personalabbau und die globalen Minderausgaben bei den Ministerien

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394 7395 7397 7398

Ministerpräsident

Wahl von Erwin Teufel zum MinPräs des Landes BW am 13.06.2001 und Vereidigung des MinPräs

PIPr 13/2 13.06.2001 S. 35 36

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung des MinPräs in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Antr LReg 11.12.2001 Drs 13/552

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.12.2001 Drs 13/563

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Begleitung des EU-Verfassungskonvents

Information und Beteiligung des Ltg und BRats an der Arbeit des Konvents, Beteiligung der Bürger an der Debatte um die Zukunft Europas, Kooperation mit Regionen und europäischen regionalen Zusammenschlüssen, Koordination und Vorbereitung der drei deutschen Vertreter im Konvent, Schlüsselprojekte zur Gestaltung der Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU, Unterstützung des MinPräs durch Beamte aus den einzelnen Ressorts

Antr

s. *Verfassung*

Drs 13/823

Erwin Teufel und die Förderung der Windkraft

Förderung von Windkraftanlagen über staatliche Subventionen bzw das Erneuerbare-Energien-Gesetz, Klärung des Subventionsbegriffs des MinPräs bzw von früheren Aussagen zur Vergütung von Strom aus regenerativen Quellen, Frage nach dem Arbeitsmarkt- und Exportpotenzial von Windkraftanlagen sowie nach einer Kampagne gegen Hochspannungsleitungen

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/2319

Neuwahl des MinPräs

Ersuchen um Rücktritt des MinPräs und Neuwahl am 08.12.2004 und damit vor Beginn der Beratungen zum Haushalt 2005 und 2006

Antr SPD 26.10.2004 Drs 13/3703

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5585-5593

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Bereitstellung von Personal sowie eines Dienstwagens für den ausscheidenden MinPräs zur Wahrnehmung nachwirkender Aufgaben

ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 28.01.2005 Drs 13/4002-Reste 02/1 S. 25-28

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863-5900

Empfang des MinPräs für Delegationsmitglieder seiner Auslandsreisen

Versand von Spendenbriefen an die zur o.g. Veranstaltung im Neuen Schloss eingeladenen Teilnehmer: Höhe der eingegangenen Spenden, der veranschlagten sowie tatsächlichen Kosten des Empfangs, verfügbare Haushaltsmittel des StM, Zahl der vorgesehenen Abschiedsveranstaltungen des MinPräs

KlAnfr Nils Schmid SPD 24.02.2005 und Antw StM Drs 13/4051

Ernennung von Ehrenprofessorinnen und Ehrenprofessoren durch Ministerpräsident Teufel

Auflistung der erfolgten und noch geplanten Ernennungen in der Amtszeit des MinPräs, Darlegung der Entscheidungskriterien und der Fälle von erbetenen Stellungnahmen des MWK, Vergleich mit anderen BLändern und dem dortigen Frauenanteil

KlAnfr

s. *Professor*

Drs 13/4185

Wahl von Günther H. Oettinger zum MinPräs des Landes BW am 21.04.2005 und Vereidigung des MinPräs

PIPr 13/90 21.04.2005 S. 6395-6397

Rechtsgrundlage zur Verleihung von Ehrenprofessuren in BW

Verleihung durch den MinPräs auf der Grundlage des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen von 1937; Bewertung durch den Justizminister; Vorlage eines GesEntw mit einer neuen Rechtsgrundlage

Antr

s. *Professor*

Drs 13/4287

Vergabe von Professorentiteln in akademischer Selbstverantwortung

Verzicht auf die Vergabe von Ehrenprofessuren durch den MinPräs

Antr

s. *Professor*

Drs 13/4309

Besuch des Herrn Ministerpräsidenten in Wangen im Allgäu

Erteilung einer Förderzusage für die beim Ganztagschulprogramm des Bundes nicht zum Zuge gekommenen Schulen

MdlAnfr 7) Norbert Zeller SPD 25.07.2005 Drs 13/4532

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6994 6995

Ausbau der Hochschulstandorte Ravensburg/Weingarten, Friedrichshafen und Konstanz

Umsetzung der o.g. Anündigung des MinPräs, Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2012, Aufgabe des Studiengangs Jura an der Universität Konstanz nach dessen Bewertung als überflüssig durch den MinPräs?

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 13/4975

Haltung der LReg zur Agro-Gentechnik

Frage nach dem Stand der (bisher als noch offen bezeichneten) Meinungsbildung des MinPräs bzw der möglichen Vereinbarkeit mit der zur Agrogentechnik positiven Haltung des Landwirtschaftsministers; Unterstützung der Bestrebungen um freiwillige Vereinbarungen von Landwirten zum Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen? Konsequenzen aus dem zu erwartenden Scheitern der Koexistenz von konventioneller/ökologischer Landwirtschaft und Gentechnik; Festhalten am bestehenden GentechnikGes im BRat, insbes an der Haftungsregelung; Verzicht auf Werbung für die Agrogentechnik bis zur Klärung der Haltung des MinPräs

Antr
s. Gentechnologie
Drs 13/5064

Beteiligungsofferte des MinPräs zur Finanzierung des EuroAirports Basel-Mulhouse-Freiburg - und an anderen Verkehrsflughäfen?

MdlAnfr
s. Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg
Drs 13/5172

Beantragung der Herbeirufung des MinPräs, Notwendigkeit der Präsenz bei einer Zuwanderungsdebatte

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1284 1285

Vorschlag der Schulung des MinPräs in Gender Mainstreaming, Beurteilung des Frauenbilds des MinPräs

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2040 2059 2068 2071

Quittierung einer Rede von SPD-Fraktionschef Drexler mit abwertenden Gesten, Forderung einer Rüge durch den LtGPräs; Würdigung der Rolle des MinPräs als Vertreter des BRats im Europäischen Konvent

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2135 2153-2156 2160-2163

Bewertung der Rolle des MinPräs als Vertreter des BRats im Europäischen Konvent

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2339-2341 2343 2345 2346

Bezeichnung des MinPräs als Reformhindernis, Verweisung auf Aussagen zum Behördenabbau

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2374 2381

Würdigung des Einsatzes des MinPräs im Europäischen Konvent

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3056-3060 3063

Schreiben des MinPräs als Privatmann an den Bürokratieabbauausschuss mit der Bitte um Nichtanwendung einer EU-Richtlinie zum Arbeitsschutz im StM

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3330

Beklagung einer energiepolitischen Orientierungslosigkeit des MinPräs bzw seiner Bekämpfung von Windkraftträdern mit missionarischem Eifer; Erinnerung an die Versprechungen des MinPräs anlässlich des Verkaufs der Landesanteile an der EnBW an die EdF

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3469 3473 3474 3478 3480-3482 3486-3495

Benotung der Umweltpolitik des MinPräs, Beklagung der Bekämpfung von Windkraftträdern mit missionarischem Eifer; Würdigung des Einsatzes des MinPräs im Europäischen Konvent; Bewertung von Äußerungen des MinPräs zur deutschen Außenpolitik

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3781 3782 3798-3802 3804 3808

Kritik an der Zurückhaltung von Umfrageergebnissen durch den MinPräs, Vermutung einer gezielten Beeinflussung der ungelösten Nachfolgefrage

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4482 4483 4485

Debatte um das Verwaltungsstruktur-ReformGes des MinPräs, Überlagerung von der ungelösten Nachfolgefrage, Bewertung als Überrumpelung und Brüskierung des Parlaments und der eigenen Fraktion

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4910 4911 4913-4916 4918 4919 4921 4923 4926 4927 4929 4932

Bewertung des Alleingangs des MinPräs zur Verwaltungsreform, Beklagung eines Stillstands in der Landespolitik infolge der ungelösten Nachfolgefrage und der von außen erzwungenen Kabinettsumbildung

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961-4966 4970 5001-5003 5024

Interpretation der Kabinettsumbildung als Anspruch des MinPräs zur Weiterregierung und erneuten Kandidatur, Unmut über die Versorgung ausscheidender Minister mit Spitzenpositionen in landeseigenen Unternehmen, Befürwortung von Neuwahlen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5147-5150 5152 5167-5179

Forderung nach einer Debatte über die Gründe des MinPräs für das Festhalten an der Justizministerin und die nachfolgende Entlassung sowie für den Vorschlag von Neuwahlen, Aufforderung des MinPräs zu einem klärenden Wort über seine politischen Zukunftspläne; Einlösung von Zusagen des MinPräs

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5182-5187 5256-5263

Aussagen von CDU-Fraktionschef Teufel zur Kernenergie nach dem Tschernobyl-GAU; Beklagung eines Stillstands der Region Stuttgart infolge der ungelösten Nachfolgefrage des MinPräs

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5333 5344 5346 5347

Würdigung des Einsatzes des MinPräs in der Föderalismuskommission; Bezeichnung von Erwin Teufel als Bremser bei der Entwicklung der Region Stuttgart, Erwartung von Impulsen des Nachfolgers

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5504 5507 5558 5559

Dank an den MinPräs für die geleistete Arbeit für das Land und auf europäischer Ebene, Bereitstellung von Personal und Sachmitteln nach seinem Ausscheiden aus dem Amt

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5875 5876 5947

Engagement des scheidenden MinPräs für die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6353-6359

Dank an den scheidenden MinPräs für sein 14-jähriges Wirken an der Spitze der LReg

PIPr 13/90 21.04.2005 S. 6395

Dank des neuen Ministerpräsidenten an den ehemaligen MinPräs für dessen 14-jähriges Wirken an der Spitze der LReg, Erinnerung an dessen Leistungen sowie an die der Vorgänger

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402

Beantragung der Herbeirufung des MinPräs, Notwendigkeit der Präsenz bei der Debatte um die Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6679 6680 6682 6683

Untersuchung der Kenntnisse und des Agierens von MinPräs Oettinger und seines Vorgängers zur Verlagerung der Sinsheimer Messen nach Stuttgart; Grußworte des MinPräs zum Christopher Street Day in Stuttgart; Zulassung von Erwin Teufel zum Philosophie-Studium an der privaten Jesuitenhochschule in München

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6898 6899 6901 6904-6906 6941 6946 6949-6951 6953

Erwartung von mehr Sympathie des neuen MinPräs für die Windkraftnutzung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7016 7017 7027

Würdigung des Einsatzes des ehemaligen MinPräs in der Föderalismuskommission; Kritik an den Versprechungen des MinPräs bei Vor-Ort-Terminen mit finanziellen Folgewirkungen; Zulassung von Erwin Teufel zum Philosophie-Studium an der privaten Jesuitenhochschule in München

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7290 7347 7358

Beurteilung der (zögerlichen) Reaktion des MinPräs nach Kenntnisnahme der beleidigenden Äußerungen von Minister Renner gegenüber Bischof Dr. Gebhard Fürst; Bezeichnung eines Freundes an dessen Geburtstagsfeier als „Meister des Seitensprungs“; Eintreten des MinPräs für längere Laufzeiten der Kernkraftwerke; Rolle des MinPräs bei der Verlagerung von Sinsheimer Messen nach Stuttgart

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7686-7698 7709 7712 7722-7726 7731

Mitarbeiterbefragung

s. Umfrage

Mitbestimmung

s.a. Betriebsverfassung

s.a. Bürgerbeteiligung

s.a. Mitwirkung im Schulwesen

s.a. Personalvertretung

Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie

Erfahrungen mit der Umwandlung zu rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts; Gründe, Inhalte und Auswirkungen einer erneuten Rechtsformänderung, insbes. Organisation des Maßregelvollzugs als hoheitliche Aufgabe, Erhaltung der tarifvertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten im Falle der Veräußerung an Dritte

Antr

s. Psychiatrie

Drs 13/470

Planungen der LReg zur Umstrukturierung der Zentren für Psychiatrie (ZfP)

Zusammenfassung unter dem Dach einer gemeinnützigen Holding, Ergebnisse und Konsequenzen des Anhörungsverfahrens zu den vom SM vorgelegten Eckpunkten; Klärung der Unstimmigkeiten zwischen dem SM und WM; Auswirkungen des Wechsels der Rechtsform und Rechtsgrundlagen auf die tarifvertraglichen Bedingungen, Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten; Darstellung möglicher Alternativen; rechtzeitige Information des Ltg vor einer Beschlussfassung im Kabinett

Antr

s. Psychiatrie

Drs 13/1009

Einführung der Verfassten Studierendenschaft an unseren Hochschulen im Zuge der Umsetzung des novellierten Hochschulrahmenges (HRG)

Zeitpunkt, inhaltliche Ausgestaltung und Einbindung der Betroffenen zur Umsetzung der o.g. Rechtsvorgabe

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 20.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1823

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 55 56

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Klarheit über die Psychiatrieholding-Pläne der LReg

Pläne für evtl Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie, Auswirkungen auf die tarifvertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten; Verzicht auf eine Veräußerung an private Betreiber

Antr

s. Psychiatrie

Drs 13/2238

Verbesserung der Mitbestimmung von Studierenden und Beschäftigten an den Hochschulen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 101

Ausweitung der Mitbestimmung durch das novellierte Betriebsverfassungsges

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329

Auswirkungen evtl Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie auf die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3923-3925

Einführung der verfassten Studierendenschaft

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5732 5757

Überarbeitung des Betriebsverfassungsges, Rücknahme überzogener Mitbestimmungsrechte

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405

Zweifel an der Gewinnung zusätzlicher Arbeitsplätze mit dem Abbau von Mitbestimmungsrechten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6478 6479 6510

Einräumung von mehr Mitspracherechten der Studierenden im Zuge der Einführung von Studiengebühren, Vorwurf des Bruchs dieses Versprechens, Erinnerung an das bestehende Verbot der verfassten Studierendenschaft

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7314 7315 7317 7318 7323 7325

Verbesserung der Mitbestimmung der Studierenden über die Verwendung der Mittel aus Studiengebühren, Beteiligung von Studierenden im Gremium zur Gesetzesfolgenabschätzung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7595 7600

Mitgliederverzeichnis

s. Landtag, Mitglieder

Mitteilungsblatt

s. Veröffentlichung

Mittelfristige Finanzplanung

s. Finanzpolitik

Mittelstand

Enquete-Kommission Mittelstand des Ltg; Umsetzung der Empfehlungen des 10-Punkte-Katalogs

Mittlg

s. Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen“

Drs 13/18

Mittelstand und Beschäftigung in BW

Einrichtung eines Schwerpunktprogramms zur Förderung von (mittelständischen) Unternehmen des Landes auf den Märkten der ost- und südeuropäischen Beitrittsländer

Antr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/77

Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts als Chance zur Kurskorrektur

Beurteilung der Vorschläge des BFinanzMin sowie der finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Reform für Körperschaften und Personenunternehmen, notwendige Änd zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbes der mittelständischen Wirtschaft

Antr

s. Steuerrecht

Drs 13/123

Bedeutung und Entwicklung der Verbundforschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in BW

Umfang und Zielprojekte der o.g. Förderung seit 1996, Vergleich mit Bayern und RPF, beteiligte Einrichtungen und Unternehmen, Beurteilung der Studiengänge an der FH Aalen und der BA Villingen-Schwenningen sowie des Programms „Innovationsassistent“, Ausgestaltung der Regelungen und Schutzrechte über die Verwertung der Forschungsergebnisse

Antr

s. Forschung

Drs 13/584

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Umsetzung der Empfehlungen der Mittelstandsenquete

s. Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen“

Drs 13/657

Förderung von mittelständischen Unternehmenskooperationen
Unterstützung von Unternehmenskooperationen und Verbundsystemen als Alternative und Ergänzung der einzelbetrieblichen Förderung

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 21.03.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/878

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 56 57

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Auswirkungen des MittelstandsförderungsGes auf mittelständische Unternehmen

Zahl und Betätigungsfelder von Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft bzw Mitträgerschaft in Konkurrenz zu privaten Betrieben, Auswirkungen auf den jeweiligen Märkten, Erfahrungen in anderen BLändern bzw in BW nach Änd des Gemeindeförderungswirtschaftsrechts und des MittelstandsförderungsGes im Bereich des öffentlichen Vergabewesens, Frage nach Kooperationen und Quersubventionierungen, Einschätzung von Ergebnissen der auf EU-Ebene geführten Diskussion der Grenzen zwischen öffentlicher Daseinsvorsorge und Marktliberalisierung

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 09.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1386 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 8-11

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Insolvenzen im Mittelstand durch schlechte Zahlungsmoral

Daten zur Zahlungsmoral öffentlicher und privater Auftraggeber, Bewirkung von Insolvenzen von Bau- und Handwerksbetrieben und Verlust von Arbeitsplätzen, Instrumentarien und Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs

Antr

s. Zahlungsunfähigkeit

Drs 13/1423

Wettbewerbliche Konkurrenz durch den zweiten Arbeitsmarkt

Wirtschaftliche Betätigung von subventionierten gemeinnützigen Werkstätten u.a. Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarkts in Konkurrenz zu privaten Unternehmen, Behandlung dieser Betriebe durch Kommunen und LKreise, Vereinbarkeit mit dem MittelstandsförderungsGes? Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbs zulasten von Handwerk und Mittelstand

KlAnfr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/1437

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1516

Maßnahmen zur Verringerung der Bürokratiebelastung in BW

Bisherige und zu erwartende Bürokratiebelastung vonseiten des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen sowie daraus folgende Wertschöpfungsverluste; Effizienz der Einrichtungen des

Landes, z.B. Bürokratiekosten-TÜV und Standardpranger, im Vergleich zu anderen BLändern; Wirkungen von Experimentierklauseln und der Gesetzesfolgenabschätzung; Einbindung der Wirtschaftsorganisationen und Kammern

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/1521

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode

Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmethode der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie, u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unternehmen in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigenkapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steueraufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanzbesteuerung

Antr
s. *Bilanz*
Drs 13/1601

Die so genannte Offensive für den Mittelstand der BReg - Erwartungen und Enttäuschungen der mittelständischen Betriebe und deren Beschäftigten in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355-2372

Mittelstandsfreundliche Verwaltungsgebühren für Ausnahmen nach dem ArbeitszeitGes

Herabsetzung und Flexibilisierung der Gebührenregelung zur Erteilung von Ausnahmen für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen für Unternehmen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern

MdlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/1778

Berücksichtigung von Mittelstand und Handwerk bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/1843

Verhältnis zwischen L-Bank und neuer Mittelstandsbank

Bewertung der Zusammenlegung der Förderbereiche der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank, Auswirkungen der Überschneidungen und Attraktivität der angebotenen Darlehensprogramme, Beurteilung von sinnvollen Kooperationen

Antr
s. *Landeskreditbank*
Drs 13/2120

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr
s. *Zinsbesteuerung*
Drs 13/2166

Auswirkungen von Basel II und MaK auf die Wirtschaft und das Kreditgewerbe in BW

Stand und Auswirkungen der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft und der neuen internationalen Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute, zusätzlicher Aufwand und Verteuerung der Kreditvergabe insbes an die mittelständische Wirtschaft, Darlegung der unterschiedlichen Positionen der einzelnen Sparkassen- und Bankenverbände

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/2309

Mittelstand und Blasmusik in BW

Aussagen des WM zur Höhe der Förderung von Trachtengruppen, Blaskapellen, des Mittelstands und der überbetrieblichen Ausbildung; Darstellung der jeweiligen Etatansätze; Maßnahmen zur Behebung des kritisierten Missverhältnisses

Antr Mario Capezzuto u.a. SPD 19.09.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2418

Fördermittel Mittelstand Unternehmensberatung

Art der Abwicklung, Höhe der eingesetzten Mittel und zuständige Stellen der Mittelvergabe für Existenzgründungs- und Unternehmensberatung iRd Mittelstandsförderung

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 12.11.2003 und Antw WM Drs 13/2608

Politik für mittelständische Unternehmen

Abstimmung der Angebote der L-Bank und der KfW/DtA-Mittelstandsbank; Eintreten für eine radikale Vereinfachung der Steuergesetze, Senkung der Tarife, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts sowie Lockerung des Kündigungsschutzes

EAntr CDU und FDP/DVP 27.11.2003 Drs 13/2677
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3906-3915
Mittlg LReg 05.04.2004 Drs 13/3103

Zukunft und Bedeutung der Sparkassen in BW

Bedeutung innerhalb der Bankenstruktur und für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft; Frage nach Kenntnissen über Neuerungen bei der Kreditgewährung und über Verkaufsabsichten; Möglichkeiten zur Verhinderung des Verkaufs von Sparkassen an Privatbanken

Antr
s. *Sparkasse*
Drs 13/2751

Mittelstandsfreundliche Auftragsvergabe

Mehrkosten durch die Zusammenfassung von Fachlosen bei öffentlichen Ausschreibungen und eine daraus folgende Generalunternehmervergabe, Beurteilung der Beanstandungen des Bundesrechnungshofs und der Gemeindeprüfungsanstalt sowie der eigenen Vergabepraxis; Bewertung der Regelungen der Vergabegesetze in Bayern und Sachsen, Einführung einer entsprechenden Aufsichtsprüfung iRd MittelstandsförderungsGes?

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/2789

Steuervergünstigungsabbaugesetz/Neuregelung Gesellschafter-Fremdfinanzierung

Konsequenzen der o.g. Neuregelung des § 8a KStG zum Jahresbeginn bzw rückwirkend für ausländische Investoren beim Erwerb eines deutschen Unternehmens, Frage nach steuerrecht-

lichen Beispielen, die zuvor legale Vorgänge nachträglich als Missbrauch definieren; allgemeine Auswirkungen des SteuerbegünstigungsabbauGes auf die Finanzierung mittelständischer Kapitalgesellschaften

KlAnfr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/2841

Außenwirtschaftsförderung

Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Erschließung neuer Märkte im Ausland; Standorte, Träger, Konzeption, Auslastung und Förderung der German Centers; Stand der Verhandlungen zur Aufnahme neuer Gesellschafter bei der GWZ; Einbeziehung weiterer Träger und Institutionen in die Außenwirtschaftsförderung

Antr
s. *Außenwirtschaft*
Drs 13/3070

Bagatellgrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Frage nach Wertgrenzen für die freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung beim Land und den Kommunen, Zulässigkeit nach der Gemeindeordnung? Auswirkungen beim örtlichen Handwerk und Mittelstand

KlAnfr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/3121

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Einbeziehung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in die Projekte der Public-Privat-Partnership, Evaluation dieser Projekte und Beteiligung des Mittelstands

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Bessere Kreditbedingungen für süddeutsche Mittelständler in Österreich

Vergleich bzw Überwindung der Unterschiede der Kreditbedingungen in Deutschland und Österreich

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/3744

Prüfungen bei öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen in BW

Rechtsgrundlagen, Zahl, Ergebnisse, Personal- und Zeitaufwand der o.g. Prüfungen; Ausschreibung oder anderweitige Vergabe der Prüfaufträge; Frage nach einem Zusammenhang zwischen den zunehmenden Prüfungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und einer sinkenden Kreditvergabebereitschaft, insbes gegenüber dem Mittelstand und Handwerk

Antr
s. *Kreditgewerbe*
Drs 13/4210

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmi-

gungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. *Investition*
Drs 13/4400

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen
Chancenlosigkeit von mittelständischen Unternehmen und hiesigen Bauarbeitern bei der Auftragsvergabe zum Bau der neuen Landesmesse und für Verkehrsinfrastrukturprojekte durch zu große Lose und Missachtung der 70:30-Relation von eigenen Bauarbeitern zu solchen von Subunternehmen; Verhinderung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping beim weiteren Ausbau der Messe; Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4546

Mittelstandsbericht 2005

Mittlg WM 01.08.2005 Drs 13/4580
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041
BeschlEmpf und Bericht WirtA 19.10.2005 Drs 13/4733 (11 S.)
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444-7450

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbaugewerken; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Markts durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeförderten Bewerber u.a.m.

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/4916

Schwerpunktmäßige Förderung der mittelständischen Unternehmen, Verbesserung der steuerlichen Entlastung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44-46 54

Auswirkungen der Steuerreform auf die mittelständischen Unternehmen in BW, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 77 85 103-105 115-118

Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für den Mittelstand, Anerkennung des bankinternen Ratings bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 154 158 161-163 167

Feststellung einer zu geringen Entlastung der mittelständischen Unternehmen durch die Körperschaftsteuerreform; Impulse staatlicher Förderprogramme für den Mittelstand; Stellenwert der beruflichen Bildung

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 205 206 209 214 231

Schwerpunktmäßige Förderung der mittelständischen Unternehmen, Erleichterung von Betriebsübernahmen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500-505 509 510

Anmahnung notwendiger Reformen zugunsten des Mittelstands, Umsetzung von Empfehlungen der Mittelstandsenquete

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 638 639 642 643 697-706

Umsetzung von Empfehlungen der Mittelstandsenquete; Erhaltung der Partnerschaft einer differenzierten Bankenlandschaft in BW zum Mittelstand; steuerliche Verbesserungen für den Mittelstand

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 799 801-803 807 808 814 815 825

Bezeichnung der Steuerreform als mittelstandsfeindlich, Feststellung eines Negativrekords bei den Insolvenzen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 843 858 859 865 867

Leistungsfähigkeit des Mittelstands, Beeinträchtigung durch die Rahmenbedingungen auf Bundesebene

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942-945 947-951 956

Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch den Mittelstand, Umsetzung von Empfehlungen der Mittelstandsenquete, Neuordnung der Mittelstandspolitik

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1102 1109 1113 1143

Optimierung des Technologietransfers von Wissenschaft und Forschung zum Mittelstand

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1516

Bedeutung der Sparkassen für den Mittelstand, Nachbesserung von Basel II für die Mittelstandsfinanzierung; Verbesserung der Rahmenbedingungen auf Bundesebene; Stellenwert der Messförderung

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1607-1615 1635 1643

Leistungsfähigkeit des Mittelstands, Befreiung von belastenden Vorschriften und der steuerlichen Benachteiligung gegenüber Großunternehmen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812 1813 1816 1820 1823 1828-1831

Bedeutung der Sparkassen für die Kreditversorgung des Mittelstands, Anerkennung der bankinternen Ratingverfahren

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1929 1930

Notwendigkeit einer Steuerreform zur Entlastung des Mittelstands, Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer; Chancen der EU-Erweiterung für den Mittelstand

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2123 2129 2131 2133 2135 2153

Verbesserung des Schutzes der örtlichen mittelständischen Unternehmen vor wirtschaftlichen Aktivitäten der Kommunen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2306-2315

Bezeichnung der Steuerreform als mittelstandsfeindlich, Feststellung eines Negativrekords bei den Insolvenzen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626 2627 2630 2631 2643 2647

Benotung der Mittelstandspolitik der BReg, Verschonung des Mittelstands vor weiteren Belastungen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701 2730 2757 2765 2766

Rückgang der Ausbildungsbereitschaft im Mittelstand aufgrund der konjunkturellen Situation, Erwartung einer Rekordzahl von Insolvenzen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2845 2849

Kreditversorgung des Mittelstands durch die Sparkassen und Genossenschaftsbanken vor Ort, Belastung des Mittelstands durch die Regulierungswut der EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306

Kritik am Kampf des MinPräs gegen Windkraftanlagen, Bewertung als Anschlag auf den Mittelstand; Beklagung der hohen Zahl von Insolvenzen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3453 3461 3462 3524

Anmahnung eines mittelstandsfreundlichen VergabeGes; Kritik an der Kürzung der überbetrieblichen Mittelstandsförderung; Plädoyer für eine mittelstandsfreundliche Bildungs-, Energie- und Steuerpolitik

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3615 3643 3644 3650 3651

Eigenkapitalquote und Ertragskraft der mittelständischen Unternehmen, Berücksichtigung des Mittelstands bei der Vergabe öffentlicher Aufträge; Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch die mittelständische Wirtschaft

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3857 3906-3915 3917 3918 3921

Optimierung des Technologietransfers von Wissenschaft und Forschung zum Mittelstand, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand, Definition des Mittelstandsbegriffs

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489-4501 4517-4520

Erschließung der Brennstoffzellentechnologie für den Mittelstand

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4586-4590

Chancen der EU-Erweiterung für den Mittelstand

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769 4773 4774 4777

Kürzung der Förderung von Mittelstandsdarlehen sowie der wirtschaftsnahen Forschung, Ankündigung des besonderen Einsatzes für den Mittelstand durch den designierten MinPräs Oettinger, neue Tätigkeitsfelder für den Mittelstand durch Privatisierung staatlicher Aufgaben, Aufbau einer mittelständischen Energieversorgung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5806 5807 5816 5820 5854-5856 5858-5860

Kürzung der Förderung von Mittelstandsdarlehen sowie der wirtschaftsnahen Forschung, neue Tätigkeitsfelder für den Mittelstand durch Privatisierung staatlicher Aufgaben, Beklagung der Unternehmensverlagerung nach Osten, Senkung der Steuern für den Mittelstand

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5869 5875 5880 5893 5897

Darlehensvergaben der L-Bank an den Mittelstand, Bündelung der Beratung und Finanzierung bei der L-Bank, Forderung nach mittelstandsgerechten Steuersätzen, Entwicklung der Ausgaben des Landes für die Mittelstandsförderung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014 6025 6027 6029 6032 6035

Plädoyer für eine mittelstandsfreundliche Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, Initiierung eines Mittelstandsfonds für Beteiligungen, verbesserter Schutz des Mittelstands vor der Konkurrenz von öffentlichen Betrieben, Einrichtung eines neuen „Innovationsprogramms Mittelstand“

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403-6408

Analyse der Effizienz von Instrumenten zur Mittelstandsförderung nach Unternehmensgrößen, Entlastung durch Steuervereinfachung und Bürokratieabbau, neue Tätigkeitsfelder für den Mittelstand durch Privatisierung staatlicher Aufgaben

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6470 6480-6482 6509 6510

Plädoyer für eine bessere Orientierung der Forschungsförderung am Mittelstand, Schaffung eines Regierungsbeauftragten für den Mittelstand, Bedeutung der Sparkassen und Volksbanken für die Kreditversorgung des Mittelstands

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881 7882 7884-7888 7891 7892 7924

Mittelstandsbericht

s. Mittelstand

Mittelstandsförderungsgesetz

s. Mittelstand

Mittlere Reife

s. Schulabschluss

Mittlerer Dienst

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

s. Finanzverwaltung
Drs 13/656

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmehzahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen

Antr
s. Finanzverwaltung
Drs 13/202

Verwirklichung der Strukturmaßnahmen im mittleren Dienst der Vermessungsverwaltung

Umsetzung der im Haushalt etatisierten Stellenhebungen in Beförderungen

Antr
s. Vermessungswesen
Drs 13/1056

Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Erfolgte und geplante Zusammenführungen von Dienststellen, Vergleich der Anteile des mittleren Dienstes sowie der Angestellten und Arbeiter des Vermessungsamts Balingen mit den anderen Ämtern landesweit, Verbesserung der Beförderungsperspektiven von Beamten im mittleren Dienst

KlAnfr
s. Vermessungswesen
Drs 13/1528

Zukunft der Steuerverwaltung

Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der jeweiligen Stellenobergrenzen? Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmehzahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst seit 1996

Antr
s. Finanzverwaltung
Drs 13/2025

Gefährdung von Ausbildungsplätzen bei den Vermessungsämtern durch die Verwaltungsreform

Zahl der bisher und künftig angebotenen Ausbildungsplätze sowie der jährlichen Übernahmen in den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst; Hinwirkung auf Erhaltung des Angebots und der Qualität der Ausbildung auch nach Übergang der Aufgaben auf die Stadt- und LKreise

Antr
s. Vermessungswesen
Drs 13/3182

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Änd der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. Bauverwaltung
Drs 13/3720

Besoldungsverbesserungen im mittleren Dienst der Justiz und Steuerverwaltung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641

Stellenhebungen im mittleren Dienst der Steuerverwaltung und Justiz

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1065 1066 1070 1074

Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten im mittleren Polizeidienst, Verschonung der Beamten des mittleren Dienstes von den geplanten Kürzungen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126 3128 3136 3137

Mittlerer Oberrhein, Region

s. Oberrhein, Region

Mitwirkung im Schulwesen

Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit des Landeselternbeirats und der Elternbeiräte der Schulen in BW

Verbesserung der Unterstützung o.g. Gremien; Frage nach der Bedeutung und inhaltlichen Konzeption der angekündigten Eltern-Akademie

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/307

BeschlEmpf und Bericht SchulA 28.11.2001/20.02.2002 Drs 13/852 S. 24-27

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Förderung der Elternarbeit

Unterstützung des privaten Elternvereins BW der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Heinisch im Vergleich zur ehrenamtlichen Arbeit des LEltternbeirats und der Gesamtelternbeiräte, Art und Umfang der Förderung von Bildungsforen des Elternvereins

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 24.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/349

BeschlEmpf und Bericht SchulA 28.11.2001/20.02.2002 Drs 13/852 (dazu Antr Norbert Zeller u.a. SPD) S. 24-27

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Anhebung der Zuschüsse für die Eltern- und Schülervertretungen

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/654-2 S. 32 33

ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-6 S. 40 41

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/686-2 S. 4-6

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Kinderbetreuung in BW

Verbesserung der Beratung und Mitbestimmung der Eltern in Kindergärten und Schulen; Ermittlung der Zusatzkosten für Familien für Lernmittel, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Schülerbeförderung u.a.

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ausbau der Mitsprache und Verantwortung von Eltern und Schülern, Übernahme der Personal- und Budgetverantwortung durch die Schulleiter, Bildung von Personalvertretungen an den Projektschulen

Antr

s. *Schule*

Drs 13/1476

Stärkung der Erziehungspartnerschaft

Tatsächliche und wünschenswerte Beteiligung von Eltern am Schulleben, Beteiligungsrechte und -pflichten im Vergleich mit anderen BLändern, Bewertung von Zielvereinbarungen und Fördervereinen von Schulen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen an Elternabenden, Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Hausbesuche von Lehrern

Antr Georg Wacker u.a. CDU 07.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1758

BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 17 18

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Neue Beteiligungsformen für Schülerinnen und Schüler

Erweiterung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte iRd Bildungsplanreform, Beteiligung bei der Erstellung des Schulprogramms sowie schulinterner Curricula, bei der Erarbeitung neuer Unterrichtsformen und Stundenpläne sowie deren Evaluation; Bewertung der Unterrichts- und Lehrqualität; Fortbildungsangebote für die Schülervertreter und SMV

Antr GRÜNE 06.06.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2147

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4881-4887

Elternsprechtage und Elternarbeit im Schuljahr 2003/04

Verweigerung von Elternsprechtagen und der Bildung von Elternbeiräten, u.a. an der Geschwister-Scholl-Schule in Konstanz; Aufwand der Schulleitungen und Kollegien für die Vorbereitung und Durchführung von Elternsprechtagen, Anerkennung als Teil der Deputatsstunden

Antr

s. *Eltern*

Drs 13/2610

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr

s. *Schule*

Drs 13/2666

Unterstützung des privaten Elternvereins der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Heinisch aus Mitteln der LStiftung, Vergleich mit der ehrenamtlichen Arbeit des LEltternbeirats und der Gesamtelternbeiräte

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 809

Vorwurf der mangelhaften Förderung des Landeseltern- und Landesschülerbeirats

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 991

Vorwurf einer mangelhaften Einbeziehung der Elternbeiräte bei der Einführung der Grundschulfremdsprache Französisch am Oberrhein

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1485 1486 1490 1492 1495

Proteste des Landeselternbeirats gegen die Oberstufenreform und das achtjährige Gymnasium

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2818 2819 2833 2841

Proteste der Elternschaft bzw des Landeselternbeirats gegen das achtjährige Gymnasium

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369-7371 7373 7376-7378

Erinnerung an den Vorschlag des Landeselternbeirats zur stufenweisen Einführung des G 8, Zurückweisung einer Vereinnahmung von Elternbeiräten für den Wahlkampf

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7782-7784 7786 7787 7789 7791 7792

Mobilfunk

s. Funkverkehr

Mochenwangen, Ortsteil

s. Wolpertswende

Modellregion

s. Region

Modellversuch Platzverweis

s. Wegweisungsrecht

Modeschule

s. Textilien

Möbel

s.a. Möbelindustrie

Teilweise Neumöblierung in der Außenstelle Freiburg des Finanzgerichts BW

Beschaffung von Schreibtischen und Stühlen trotz des im Keller der Freiburger Gerichtsdependance vorhandenen funktions-tüchtigen Büromobiliars; Maßnahmen zur Verhinderung des so genannten Dezember-Ausgabe-Fiebers

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 07.02.2006 und Antw JuM Drs 13/5147

Möbelhaus

s. Möbelindustrie

Möbelindustrie

s.a. Möbel

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. Holz
Drs 13/4823

Einstieg von IKEA in den Schienen- und Güterverkehr

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 619

Beklagung der Schließung einer Anlage für den kombinierten Verkehr in Pfullendorf, Produktion des Küchenherstellers ALNO in den Container hinein und anschließende Verteilung auf der Schiene

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7105-7108

Mönsheim

Landesstraßenbau im Enzkreis, L 1177/Ausbau zwischen Mönsheim und Weissach

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung der o.g. Maßnahme; Vergleich der beiden Trassenvarianten nach der jeweiligen Verträglichkeit mit FFH-Gebieten, den Gesamtkosten und der rechtlichen Durchsetzbarkeit

KlAnfr
s. Straßenbau
Drs 13/3174

Mössingen

Greifvogelstation Bad Friedrichshall

Auflistung der Anlaufstellen und Pflegestationen für verletzte, konfiszierte und verwaarloste Greifvögel u.a. geschützte heimische Vögel sowie der jeweiligen Höhe und Kriterien der Bezuschussung; Gründe für die Unterschiede zwischen Mössingen und Bad Friedrichshall; Korrektur der Benachteiligung von Bad Friedrichshall

Antr
s. Vogel
Drs 13/4430

Molkerei

s. Milchwirtschaft

Montenegro

s. Serbien und Montenegro

Moorheilbad GmbH Bad Buchau

s. Fachkrankenhaus

Moralerziehung

s. Ethik

Mosbach

Ansiedlung einer Photovoltaik-Fertigung im Technologiepark Neckar-Odenwald

Unterstützung o.g. Pläne der Stadt Mosbach u.a. Gemeinden im interkommunalen Gewerbegebiet „TECH-NO“

KlAnfr
s. Solartechnik
Drs 13/671

Einrichtung eines Studiengangs Diplom-Landwirt (BA) an der Berufsakademie Mosbach

Antr
s. Landwirt
Drs 13/1273

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Obrigheim und die Region

Konversionspläne des Bundes und Landes zur Kompensation der o.g. Beschlüsse, Mitwirkung an Strategiegesprächen zur wirtschaftlichen Stärkung des Elz-Mündungsraumes und des Neckar-Odenwald-Kreises, Investitionen der EnBW in Obrigheim und Mosbach, Zahl der Ein- und Auspendler im Neckar-Odenwald-Kreis

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 13/1804

Modernisierung der Landwirtschaftsaus- und -weiterbildung

Stand der Meisterausbildung im Bereich Buchführung und Vermarktung, Fortbildung der Ausbilder, Modernisierungspläne für die Zeit nach der Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftsverwaltung in die Landratsämter, vorgesehene Bildungspläne in der neuen Schweinezuchtanstalt in Boxberg; Vorlage einer Ausbildungskonzeption, Zusammenfassung in wenigen Landwirtschaftszentren, Optimierung der Ausbildungsstätten bis hin zur Einrichtung einer Diplom-Landwirt-Ausbildung (BA) an einer geeigneten Berufsakademie wie etwa in Mosbach

Antr
s. *Landwirt*
Drs 13/2796

Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/3889

Neue Aktivitäten der baden-württembergischen Rechtsrock-Szene

Erkenntnisse über die Bands „Blue Max“ und „NoieWerte“, deren Konzertaktivitäten, u.a. in Mosbach, und der Verbreitung über das Internet im Zuge des rechtsextremistischen Musikprojekts „Aktion Schulhof“; Gegenmaßnahmen

KlAnfr
s. *Radikalismus*
Drs 13/4342

Modernisierung des Kreiskrankenhauses Mosbach

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4125 4128 4131 4133

Moschee

Angekündigte Deutschpflicht für Predigten in Moscheen

Zeitpunkt der Einbringung und inhaltliche Ausgestaltung der von der Kultusministerin angekündigten Gesetzesinitiative im BRat, Frage nach einem ausschließlichen Bezug auf islamische oder auf alle Religionsgemeinschaften bzw nach einer Abstimmung mit anderen BLändern

Antr
s. *Predigt*
Drs 13/3777

Moser, Herbert MdL SPD

Würdigung der politischen Arbeit von Herbert Moser und Verabschiedung nach 26 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

Moslem

s. *Islam*

Motor

s.a. *Motorsport*

„Weg vom Öl“; hier: *Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen*

Entwicklung des Anteils von Öl und Ölprodukten und dessen Kosten in den einzelnen Verbrauchssegmenten seit 1990, Lage und Perspektiven der Rohölmärkte und der davon besonders abhängigen Branchen; Perspektiven des Automobilstandorts BW bei weiterhin steigenden Ölpreisen; Verschärfung der Verpflichtung der Automobilindustrie zur Entwicklung und Ausrüstung von Neuwagen mit verbrauchsärmeren Motoren

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Geeignete Motoren für Biodiesel, Förderung der Umrüstung von Motoren auf Rapsöl

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1549 1550 1552 1556 1557

Einwirkung auf die Automobilindustrie zur Entwicklung sparsamer Motoren, Verweisung auf die Herstellung von energiesparenden Aufzugsmotoren durch eine Firma in Hohenlohe

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7045 7054 7055

Bedarf an energieeffizienten Motoren, Verweisung auf die Herstellung von energiesparenden Aufzugsmotoren durch eine Firma in Hohenlohe

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7706 7707 7718 7719

Motorisiertes Zweirad

s. *Kraftrad*

Motorrad

s. *Kraftrad*

Motorradfahrer

s. *Kraftfahrer*

Motorsäge

s. *Maschine*

Motorsport

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Reduzierung bzw Streichung des Zuschusses an die Stadt Hockenheim zur Zukunftssicherung des Hockenheimrings

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 4 S. 28

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255-4 S. 7

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Geländewagen-Parcours Stühlingen-Lausheim

Beurteilung des o.g. Vorhabens; Vereinbarkeit mit dem seit 1999 ausgewiesenen Naturpark Südschwarzwald, dessen Satzung und einem in der Nähe angelegten Biotop; Bindung der Vergabe von Fördermitteln an die Naturparks an die Einhaltung der satzungsmäßigen Grundsätze

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 18.01.2002 und Antw MLR Drs 13/641

Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings BW“; hier: Grundstückstausch zwischen dem Land (Staatsforstverwaltung) und der Stadt Hockenheim

Antr FM 13.05.2002 Drs 13/995
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1064
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1888-1892

Geplante Großanlage für Motorsport und Fahrsicherheitstraining „Motorpark Schwaben“

Planung einer Kartrennbahn bzw eines Motorsportzentrums für internationale Großveranstaltungen und Fahrsicherheitstraining für Bus- und Lkw-Fahrer in der Gemeinde Maselheim: Wirtschaftlichkeit und ökologische Verträglichkeit des Projekts, Frage nach Lärm- und Verkehrsgutachten, Beurteilung der Vorgehensweise und Einschätzungen der Gemeindeverwaltung und des Landratsamts Biberach

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 02.12.2003 und Antw WM Drs 13/2686

Unregelmäßigkeiten bei den Baukosten des Hockenheimrings

Untersuchung von Unregelmäßigkeiten in der Abrechnung der Baukosten für den Umbau des Hockenheimrings, Klärung der Schuldfrage und eines möglichen Vorgehens gegen die Verantwortlichen sowie einer Rückforderung von Zuschüssen; Abschluss künftiger Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von Landeszuschüssen zu baulichen Großprojekten

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 19.03.2004 und Antw WM Drs 13/3037

Mittelbereitstellung zum Ausbau des Hockenheimrings

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 214

Mittelbereitstellung zum Ausbau des Hockenheimrings

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 338 339 342

Kritik am Vorschlag zur Streichung der Fördermittel für den Hockenheimring

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 508

Äußerung von Unverständnis an einer Bezuschussung von Formel-1-Rennen angesichts der Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2472 2474 2479

Vergleich des Mitteleinsatzes für den Hockenheimring und den Klimaschutz

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3144

Kritik an der Subventionierung des Hockenheimrings und der Formel-1-Rennen, Verweisung auf das Renommee der Veranstaltungen und die Wertschöpfung für die Region, Stärkung der Ertragskraft mit mehr Veranstaltungen außerhalb der Formel 1

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6886-6892 6895 6896

Kritik an der Subventionierung des Hockenheimrings und der Formel-1-Rennen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7729

MTBE

s. *Methyltertiärbutylether*

Mudau*Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis*

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/3889

Mühlacker

Ausbau der A 8 zwischen dem Rasthof Pforzheim und Enzberg
Planungsstand und verfügbare Bundesmittel für den o.g. Ausbau, Realisierbarkeit bis zur Fußball-WM 2006; Bewertung der Kritik der Gemeinde Niefern-Öschelbronn an den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Vorbereitung einer Neuplanung des Rasthofs durch das RegPräs Karlsruhe, Ermöglichung einer Verlegung der Tankstelle?

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/4684

Mühlingen*Drohende Stilllegung der Schienenstrecke Stockach-Schwackenreute*

Bedeutung der Strecke als Bindeglied zwischen der Region Ulm/Oberschwaben und dem Bodenseeraum für künftige Güterverkehre; Stand des Stilllegungsverfahrens der DB Netz AG; Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Strecke

Antr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/2073

Müllbeseitigung

s. *Abfallbeseitigung*

Müller, Ulrich MdL CDU*Berufung und Vereidigung von Ulrich Müller zum/als Minister für Umwelt und Verkehr*

s. *Minister für Umwelt und Verkehr*
PIPr 13/3 S. 37

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2205 2206

Berufung und Vereidigung von Ulrich Müller zum/als Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten

s. *Minister im Staatsministerium*
PIPr 13/78 S. 5489

Zugehörigkeit von Herrn Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Ulrich Müller zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr LReg 23.11.2004 Drs 13/3766
 PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637
 BeschLEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3826
 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Dank an Ulrich Müller für die geleistete Arbeit als Umwelt- und Verkehrsminister

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134 5149 5152 5159

Wahrnehmung der Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden der Flughafengesellschaften Stuttgart und Sölingen durch Ulrich Müller auch nach seinem Ausscheiden aus der LReg

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5307 5308

Müllheim

„Außenstellenlösung“ für das Finanzamt Müllheim

Argumente für und gegen eine Angliederung an das Finanzamt Freiburg Land, u.a. Ausbluten des ländlichen Raums durch den Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Gewichtung der regionalen Besonderheiten zur Erhaltung des Standorts

KlAnfr
s. Finanzverwaltung
 Drs 13/2258

Neustrukturierung der Finanzämter in BW

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Zusammenlegung bzw Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen, erwartete Einsparungen und Umstellungskosten, insbes durch die Personalaufstockung bei den Finanzämtern Ehingen und Müllheim zu deren Erhaltung als selbstständige Finanzämter und durch die notwendigen neuen Steuernummern infolge der Gebietsarrondierungen; Beteiligung der Personalvertretungen an den Entscheidungen? Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme bzw zur Entscheidung des Ltg über die Strukturreform

Antr
s. Finanzverwaltung
 Drs 13/2966

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg im Zuge der Neuorganisation der Finanzämter in BW

Zusätzliche Kosten einer Aufgabenverlagerung vom Finanzamt Freiburg ins Finanzamt Müllheim im Zuge der Verwaltungsreform, Frage nach den Grundlagen für das berechnete Einsparpotenzial

KlAnfr
s. Finanzverwaltung
 Drs 13/2984

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg; hier: Verlegung von Aufgaben aus dem Finanzamt Freiburg in das Finanzamt Müllheim

Wiederholung der auf Drs 13/2984 gestellten Fragen nach den zusätzlichen Kosten und dem verfehlten Einsparpotenzial der o.g. Aufgabenverlagerung

MdlAnfr
s. Finanzverwaltung
 Drs 13/3056

Finanzamt Müllheim

Nutzung der beiden landeseigenen Gebäude am Markgräfler Platz zur Erweiterung des Finanzamts

MdlAnfr
s. Finanzverwaltung
 Drs 13/4413

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe: Ausgestaltung des neuen Vertrags, Zustimmungsbedarf des SM, Einflussmöglichkeiten des LKreises, Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Radiologie und Gynäkologie; Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region u.a.m.

KlAnfr
s. Krankenhaus
 Drs 13/4761

Müllverbrennung

s. Abfallbeseitigung

Müllverbrennungsanlage

s. Abfallbeseitigungsanlage

Mündliche Anfrage

s. Landtag, Mündliche Anfragen

Münsingen

Errichtung einer Gedenkstätte für Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen

MdlAnfr
s. Erzberger, Matthias
 Drs 13/1778

Ausbau der Landesstraße 230 zwischen Münsingen und Heroldstatt

Zeitperspektive für den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, des Baubeginns und der Realisierung des Ausbaus der L 230 und der Ortsumgehungen der Münsinger Teilorte Auingen, Böttingen, Magolsheim und Breithülen; Einbeziehung der Panzerringstraße des Truppenübungsplatzes Münsingen; Kosten der einzelnen Bauabschnitte

KlAnfr
s. Landesstraße 230
 Drs 13/2047

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Ökologisches Potenzial und Eigentumsverhältnisse; Sanierungsbedarf durch Kampfmittelreste u.a. Altlasten; Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts mit den Akteuren vor Ort, insbes Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Schafbeweidung und Vermarktung der Produkte) sowie des regionalen Tourismus, Integration eines von Hochschulen vorgeschlagenen interdisziplinären Lehr- und Forschungszentrums; Überlegungen zur Ausweisung von Schutzgebieten, eines Biosphärenreservats, Vernetzung mit dem PLENUM-Gebiet und dem Projekt „Nationaler GeoPark Schwäbische Alb“; Bemühungen um Bundesmittel und deren Kofinanzierung

Antr
s. *Militärische Anlage*
Drs 13/2299

Zukunft der Bahnstrecke Schelklingen-Münsingen
Kriterien und Zeitpunkt einer Entscheidung über die Nutzung oder Stilllegung der o.g. Strecke, Gewichtung der Schülerbeförderung, Weiterführung der Strecke durch die Ermstal-Bahn-AG

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/2743

Naturschutz im Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen

Schlüsse aus der naturschutzfachlichen Bewertung der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Tübingen; Vorlage einer konkreten Planung zur Unterschutzstellung innerhalb eines größeren Schutzgebiets, z.B. eines Nationalparks oder Biosphärenreservats

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/3123

Geplantes Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Eignung der Alplandschaft um den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen zur Ausweisung als Biosphärengebiet nach den UNESCO-Kriterien? Darstellung der Auswirkungen finanzieller Art sowie für die beteiligten Gebietskörperschaften, die Land- und Forstwirtschaft; Erfahrungen in anderen BLändern; Wahrung der Interessen der Betroffenen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/4887

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. *Schaf*
Drs 13/4944

Eintreten für das alleinige Entscheidungsrecht der Gemeinden im Raum Münsingen über die künftige Nutzung des Truppenübungsplatzes

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3322

Perspektiven für die künftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3777 3779 3783

Eintreten für ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4351 4354

Eintreten für ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6082 6083 6088 6089

Hinwirkung auf ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419 6420

Hinwirkung auf ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491 6495

Einrichtung eines Biosphärengebiets auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6603-6605 6607-6612

Einrichtung eines Biosphärengebiets auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7267 7270-7272 7274-7276

Einrichtung eines Biosphärengebiets auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7424 7427 7428 7430 7431

Multimedia

s. *Medien*

Murrbahn

s. *Murraltbahn*

Murraltbahn

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/1684

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw. Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3820

Museum

s.a. *Galerie*
s.a. *Kunstsammlung*
s.a. *Militärgeschichte*
s.a. *Museumspädagogik*
s.a. *Naturkundemuseum*
s.a. *Wutachtalbahn*
s.a. *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Erhöhung der Förderung für die Freilichtmuseen

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/664-6 S. 45
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Konzeption, Betreuung und bisherige Finanzierung der o.g. Ausstellung; Sicherstellung einer dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr Inge Utzt u.a. SPD 19.07.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1213

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 26.09.2002 Drs

13/1401 S. 68 69

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Neubewertung der Stellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim

Ergebnisse eines Gesprächs zwischen Staatssekretär Sieber, dem Biberacher Landrat und der Laupheimer Bürgermeisterin; Erarbeitung einer Konzeption zur dauerhaften Finanzierung und wissenschaftlichen Begleitung durch das Haus der Geschichte

Antr Inge Utzt u.a. SPD 04.12.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1587

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 06.02.2003 Drs 13/1855 S. 58 59

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Besucherandrang in den Staatlichen Museen der Landeshauptstadt

Entwicklung der Besucherzahlen und der verbleibenden Nettoerträge von Eintrittsgeldern in der Staatsgalerie, dem Landes- und Naturkundemuseum sowie dem Haus der Geschichte; Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgebühren

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 10.01.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1658

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 13.03.2003 Drs 13/1968 S. 43-45

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Zukunft des Linden-Museums

Finanzierungs- und Zeitplan für den Erweiterungsbau, finanzielle Beteiligung der Stadt Stuttgart, Vorziehen einer Anbindung auf Kellerebene iRd anstehenden Erweiterung des Katharinen-Hospitals

KlAnfr Inge Utzt SPD 19.11.2003 und Antw FM Drs 13/2634

Museen im Land BW

Darlegung der Situation und Perspektiven der einzelnen kommunalen, kirchlichen und privaten Museen sowie der Landesmuseen; Entwicklung des Interesses der Bevölkerung; Stärkung der Museumsbetreuung und der ehrenamtlichen Ressourcen

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 04.03.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2973 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 22.04.2004 Drs 13/3200 S. 35 36

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Einrichtung von Servicezentren für die staatlichen Museen

Frage nach o.g. Planungen für die Landesmuseen in Karlsruhe und Stuttgart; Ausgestaltung, Organisation und Zeitrahmen des Vorhabens; Höhe der erwarteten Einsparungen

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 29.04.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3151

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 17.06.2004 Drs 13/3348 S. 28

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Mu-

seen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr

s. Kultur

Drs 13/3479

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen für die Freilichtmuseen

ÄAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4014-10 S. 43

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Stellenwert und Zukunft der Museumspädagogik in BW

Vorhandene Stellen in den Museen und Konzepte einer Kooperation mit den Schulen und Kindergärten, Verankerung des Lernorts Museum in den Bildungsplänen, Schaffung von Angeboten für ein Studium der Museumspädagogik, Thematisierung der Kooperation Museum/Schule in den PH-Studiengängen

Antr

s. Museumspädagogik

Drs 13/4112

Bauangelegenheiten des Landesmuseums für Technik und Arbeit (LTA) in Mannheim

Stand der Finanzierungskonzeption und Bereitstellung von Haushaltsmitteln, insbes zur notwendigen Sanierung und Planung eines Anbaus für Sonderausstellungen; Frage nach der Stellenausschreibung für den Nachfolger des derzeitigen Direktors sowie einer evtl Übernahme von Beschäftigten durch das Land

KlAnfr Roland Weiß SPD 24.03.2005 und Antw MWK Drs 13/4192

Sachstand Oberschwäbisches Museum im Neuen Kloster Bad Schussenried

Stand der angekündigten wissenschaftlichen Konzeption, der Förderzusage sowie der Gründung eines regionalen Trägervereins unter der Federführung des LKreises Biberach

MdlAnfr 5) Inge Utzt SPD 25.07.2005 Drs 13/4532

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6993

Stauffenberg Erinnerung

Unwürdige Präsentation der 2004 im Württembergischen Landesmuseum angebrachten Erinnerungstafeln und Plastik der Brüder Stauffenberg nach einem Pressebericht; Abhilfemöglichkeiten

MdlAnfr

s. Stauffenberg, Claus Schenk Graf von

Drs 13/4532

Personalabbau und Sanierungsmaßnahmen im Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

Vereinbarkeit von Stellenabbau und Neukonzeption des Museums; Art, Umfang, Trägerschaft und Amortisation der Vor- und Zwischenfinanzierung; Realisierung der vom MinPräs angekündigten Erhöhung der Zuschüsse

KlAnfr Roland Weiß u.a. SPD 25.08.2005 und Antw MWK Drs 13/4618

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Vereinbarkeit des o.g. Vorschlags von Minister Dr. Frankenberg zur Finanzierung neuer Objekte mit dem Auftrag der öffentlichen Museen zur Akquisition, Bewahrung und Ausstellung ihrer Bestände; Befürwortung von Verbandsvorschlägen zur Abgabe

von Sammlungsgut nur in begründeten Ausnahmefällen und iR eines mehrstufigen Verfahrens

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 13/4637

Verkauf von Kunstobjekten aus Museen

Anforderung einer klärenden Stellungnahme auf die Antwort zur KlAnfr 13/4637: Anwendung der Grundsätze des International Council of Museums und des Deutschen Museumsbundes vor bzw in jedem Einzelfall der Veräußerung von Sammlungsgut, ausschließliche Verwendung der Erlöse für Neuerwerbungen des jeweiligen Museums

Antr
s. *Kunst*
Drs 13/4718

Die Interessen des Landes im Zusammenhang mit der Nachnutzung des Stuttgarter Killesbergs

Beurteilung von Nutzungsmöglichkeiten des bisherigen Messengeländes für die Staatliche Akademie der Bildenden Künste, für ein Design-Museum sowie für Depotflächen des Württembergischen Landesmuseums und des Lindenmuseums

KlAnfr
s. *Killesberg*
Drs 13/4719

Vielfalt der Museumslandschaft in BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Einsparungen zulasten der Museen, Ausgleich der Kürzungen für die Freilichtmuseen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 981-984

Ausstattung der erweiterten Ausstellungsräume des Württembergischen Landesmuseums

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5984

Museum für Technik und Arbeit

s. *Museum*

Museumsbahn Wutachtal

s. *Wutachtalbahn*

Museumspädagogik

Stellenwert und Zukunft der Museumspädagogik in BW

Vorhandene Stellen in den Museen und Konzepte einer Kooperation mit den Schulen und Kindergärten, Verankerung des Lernorts Museum in den Bildungsplänen, Schaffung von Angeboten für ein Studium der Museumspädagogik, Thematisierung der Kooperation Museum/Schule in den PH-Studiengängen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 04.03.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4112
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 38
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Musik

s.a. *Musiker*
s.a. *Musikhochschule*

s.a. *Musiklehrer*
s.a. *Musikschule*
s.a. *Musikveranstaltung*
s.a. *Musikverein*
s.a. *Orchester*

Förderung der Popular- und Jugendmusik und die Einrichtung einer Popakademie in BW

Vorschläge einer Arbeitsgruppe des StM, mögliche Standorte und Trägerschaften, Verzahnung mit bestehenden Einrichtungen, u.a. mit der Rockstiftung Baden-Baden, der Medien- und Filmgesellschaft und der Jazz & Rock Schule Freiburg; Förderung dieser Schule als Ersatzschule?

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 02.08.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/149

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.10.2001 Drs 13/358 S. 16 17

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Musikland BW

Art und Umfang der Schulmusikerziehung an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Chöre, Orchester, Bands, Tanzgruppen u.a. an Grund-, Haupt- und Realschulen; Bedeutung des Lehrbeauftragtenprogramms, Veranstaltungen der Schulmusik; Ausweitung der Studentafel und der Gewinnung ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen, Beitrag der Musikschulen iRd verlässlichen Grundschule; Auswirkungen der Gymnasialreform, Gymnasien mit Musikprofil, Erfahrungen mit Musikmentoren; Förderung der Musikschulen und Amateurmusik, Beteiligung an Wettbewerben; Entwicklung der Studentenzahlen und Umsetzung von Empfehlungen der Kulturstrukturkommission an den Musikhochschulen; Werbung um Interessenten für das PH-Studienfach Musik; Stimulanz der Musik auf höchstem Niveau durch Breitenarbeit

GrAnfr CDU 09.11.2001 und Antw KM Drs 13/434 (38 S.)

Berichtigung KM 17.06.2002 Drs 13/1034

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2256-2265

Kooperation von Hauptschulen mit Musikschulen; Einrichtung von Musikhauptschulen in BW

Darlegung o.g. Kooperationen, Beurteilung der Ausweitung von Instrumentalunterricht für Hauptschüler, Unterstützung der Profilbildung zu Musikhauptschulen nach österreichischem Vorbild, Klärung der Fragen zu Kosten und Trägerschaft der Einbeziehung von Lehrkräften der Musikschulen, Entwicklung eines Modells von Geld statt Stellen für Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 13/667

Populärmusik in BW

Stellenwert einer eigenständigen Pop-Akademie bzw der Popular- und Jugendmusik, Verzahnung mit vorhandenen Studienangeboten an Musikhochschulen, Konservatorien und PH, Voraussetzungen für die Errichtung als grundständigen Studiengang oder als Aufbaustudium

Antr Georg Wacker u.a. CDU 22.03.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/886

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1232 S. 96 97

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Gesamtförderkonzept für den Bereich Popular- und Jugendmusik in BW auf Grundlage der Ergebnisse der von der LReg eingesetzten Arbeitsgruppe

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 16.04.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/923
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1232 S. 96 97
 PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr
 s. *Gewaltanwendung*
 Drs 13/1047

Hörschäden bei Jugendlichen

Entwicklung o.g. Zahlen; gesetzliche Regelung der Lärmgrenzwerte in Diskotheken, bei Walkmans und Musikanlagen in Kraftfahrzeugen; Darlegung der möglichen Kostenersparnis im Gesundheitswesen

Antr
 s. *Gehörgeschädigter*
 Drs 13/1074

Rechtsrock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Gruppen und Aktivitäten seit 1993, Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene, Begründung des Verzichts auf die Erwähnung der Band „Siegnum“ im Verfassungsschutzbericht; Maßnahmen zur Eindämmung der Szene

Antr
 s. *Musiker*
 Drs 13/1127

Konsequenzen aus den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Förderung der Popular- und Jugendmusik in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
 PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1967-1974

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivisten, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr
 s. *Radikalismus*
 Drs 13/1535

Ges zur Änd des FilmakademieGes

Erweiterung des Geltungsbereichs auf die Popakademie BW; Angebot von dreijährigen grundständigen Studiengängen in Musikbusiness und Popmusikdesign mit dem Abschluss Bachelor; Regelung von Aufgaben, Zugangsvoraussetzungen und Strukturen; Erhebung von Studiengebühren

GesEntw
 s. *Musikhochschule*
 Drs 13/1893

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Verhinderung von Skinheadkonzerten u.a. Veranstaltungen rechtsextremistischer Liedermacher, Parteien und Vereine durch die polizeiliche Präventionsarbeit

Antr
 s. *Radikalismus*
 Drs 13/1898

Popakademie - wie geht es weiter?

Einrichtung von Außenstellen an der Jazz- und Rockschule in Freiburg u.a. Standorten; Begründung der Höhe der Studiengebühren, Anteil am Gesamtetat, Umfang und Herkunft anderer Mittelzuflüsse, Höhe der verbleibenden Haushaltsmittel zur Förderung der Popmusik; Stellenwert des Bachelorabschlusses, insbes als Zugangsvoraussetzung für die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes; Einbeziehung der Popakademie in die Aus- und Fortbildung der Musiklehrer

Antr
 s. *Musikhochschule*
 Drs 13/2044

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der MFG, Filmförderung und Filmakademie sowie der Konzeption zur Förderung der Populärmusik

Antr
 s. *Medien*
 Drs 13/2324

Mittelstand und Blasmusik in BW

Aussagen des WM zur Höhe der Förderung von Trachtengruppen, Blaskapellen, des Mittelstands und der überbetrieblichen Ausbildung; Darstellung der jeweiligen Etatansätze; Maßnahmen zur Behebung des kritisierten Missverhältnisses

Antr
 s. *Mittelstand*
 Drs 13/2418

Aktuelle Entwicklungen der Rechts-Rock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Bands und deren Auftritte in England, Frankreich und dem benachbarten deutschsprachigen Ausland; Zusammenarbeit des Sängers Steffen H. mit der NPD u.a. rechtsextremistischen Organisationen sowie Gruppen im In- und Ausland; Maßnahmen zur Eindämmung der internationalen Verflechtungen und Kooperationen

Antr
 s. *Musiker*
 Drs 13/2491

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbildung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 28.01.2004 und
Stellungnahme KM Drs 13/2862 (23 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.11.2004 Drs 13/3932 S.
30-32
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

*„Quereinstieg“ für eine musikalisch-berufliche Tätigkeit im
Schulbereich*

Umsetzung des o.g. Vorschlags des Deutschen Musikrats für Ab-
solventen der Musikhochschulen; Auswirkungen der Initiative
des Bundespräsidenten zur Stärkung der musikalischen Bildung
in der Gesellschaft

KlAnfr Dieter Kleinmann FDP/DVP 09.03.2004 und Antw
KM Drs 13/2986

*Die kulturwirtschaftlichen und industriepolitischen Impulse für
den Standort BW durch gebührenfinanzierte Investitionen des
Südwestrundfunks (SWR)*

Wertschöpfungsbeitrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkan-
stalten zum Bruttoinlandsprodukt; kulturwirtschaftliche Auswir-
kungen der Aktivitäten des SWR, insbes in den Bereichen Mus-
sik, Wort, Kunst, Film, Darstellende Künste und Publizistik so-
wie durch Festspiele u.a. Veranstaltungen, im Tourismus, in der
Gastronomie und Musikwirtschaft; Beiträge des SWR zur me-
dientechnologischen Entwicklung, insbes durch Investitionen in
die Digitalisierung des Programmvermögens, die Senderstand-
orte, die DAB-T- und DVB-T-Technologie

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/3101

Musikmentorenausbildung

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Musikmentoren an den
verschiedenen Schularten; Anteil der Bereiche Chor, Orchester,
Big Band oder Individualmusik; Nutzung der erworbenen Quali-
fikationen auch von Jugendmusikschulen, Kirchen, Vereinen
und sonstigen Gruppen; Frage nach Einsatzmöglichkeiten in
offenen Ganztagschule

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 09.06.2004 und Antw
KM Drs 13/3250

Aktivitäten der rechtsextremen Musikszene in BW

Erkenntnisse über die Verbreitung von Tonträgern mit rechts-
extremistischen Inhalten an Schulen bzw über die Zunah-
me von rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten; Maßnahmen
zur Prävention und Bekämpfung

KlAnfr
s. *Radikalismus*
Drs 13/3564

Lizenzgebühren für Webradios

Gebührenerhöhung und Veränderung der Lizenzbedingungen
durch die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutz-
rechten für kleine und unkommerzielle Internetradios, Vergleich
der Gebührenmodelle in den USA und der Schweiz, Bewertung
der geforderten Bedingungen für das Abspielen von Titeln, der
Meldungen von Titeln und Hörerschaft bzw deren Begrenzung
u.a.m.; Beurteilung von Podcasting aus rechtlicher Sicht sowie
im Hinblick auf die Gebührensicherung der GVL, GEMA und
Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunk-
anstalten; Wertung der Restriktionen als Eingriff in die Rund-
funkfreiheit?

Antr
s. *Rundfunk*

Drs 13/4148

*Neue Aktivitäten der baden-württembergischen Rechtsrock-
Szene*

Erkenntnisse über die Bands „Blue Max“ und „NoieWerte“, de-
ren Konzertaktivitäten, u.a. in Mosbach, und der Verbreitung
über das Internet im Zuge des rechtsextremistischen Musikpro-
jekts „Aktion Schulhof“; Gegenmaßnahmen

KlAnfr
s. *Radikalismus*
Drs 13/4342

*Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt
Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern
gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten*

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer
an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gym-
nasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen
und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und
damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung
von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4552

*Fördermittel für musische Ausbildung im außerschulischen Be-
reich*

Begründung der unterschiedlichen Gewichtung der Förderung
des musischen und sportlichen Bereichs, Erklärung der Unter-
schiede angesichts der kostenintensiven Ausbildungsarbeit der
Musikvereine im Verhältnis zu den Sportvereinen, Beurteilung
der nach Studien belegten Steigerung der Intelligenz und Förde-
rung von Schlüsselkompetenzen wie Ausdauer, Zuverlässigkeit
und Konzentration durch aktives Musizieren

KlAnfr Christoph Bayer SPD 28.07.2005 und Antw KM Drs
13/4576

*Vorschlag zur Förderung einer Singestiftung aus Mitteln der
LStiftung, Motivation junger Eltern zum vorgeburtlichen Singen*

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 809 810 827 828

Ausbau der musikalischen Früherziehung im Kindergarten

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3558

*Bedeutung des Singens und Musizierens, Konsequenzen der Mit-
telkürzung für die Musikschulen*

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4264 4265

*Bedeutung des Singens und Musizierens, Konsequenzen der Mit-
telkürzung für die Musikschulen*

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5821

*Bedeutung des Singens für die Entwicklung von Kleinkindern,
Ermunterung der Eltern zum Vorsingen*

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7057 7064

*Eröffnung von Möglichkeiten an Ganztagschulen zum Erlernen
eines Musikinstruments für alle Kinder*

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7122

Musikakademie

s. *Musikhochschule*

Musikband

s. *Musiker*

Musiker

s.a. *Musiklehrer*

s.a. *Musikverein*

s.a. *Orchester*

Musikland BW

Art und Umfang der Schulmusikerziehung an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Chöre, Orchester, Bands, Tanzgruppen u.a. an Grund-, Haupt- und Realschulen; Bedeutung des Lehrbeauftragtenprogramms, Veranstaltungen der Schulmusik; Ausweitung der Studentafel und der Gewinnung ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen, Beitrag der Musikschulen iRd verlässlichen Grundschule; Auswirkungen der Gymnasialreform, Gymnasien mit Musikprofil, Erfahrungen mit Musikmentoren; Förderung der Musikschulen und Amateurmusik, Beteiligung an Wettbewerben; Entwicklung der Studentenzahlen und Umsetzung von Empfehlungen der Kulturstrukturkommission an den Musikhochschulen; Werbung um Interessenten für das PH-Studienfach Musik; Stimulanz der Musik auf höchstem Niveau durch Breitenarbeit

GrAnfr

s. *Musik*

Drs 13/434

Rechtsrock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Gruppen und Aktivitäten seit 1993, Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene, Begründung des Verzichts auf die Erwähnung der Band „Siegnum“ im Verfassungsschutzbericht; Maßnahmen zur Eindämmung der Szene

Antr Stephan Braun u.a. SPD 02.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1127

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1401 S. 71-73

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivistinnen, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/1535

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Verhinderung von Skinheadkonzerten u.a. Veranstaltungen rechtsextremistischer Liedermacher, Parteien und Vereine durch die polizeiliche Präventionsarbeit

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/1898

Mittelstand und Blasmusik in BW

Aussagen des WM zur Höhe der Förderung von Trachtengruppen, Blaskapellen, des Mittelstands und der überbetrieblichen

Ausbildung; Darstellung der jeweiligen Etatsansätze; Maßnahmen zur Behebung des kritisierten Missverhältnisses

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2418

Aktuelle Entwicklungen der Rechts-Rock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Bands und deren Auftritte in England, Frankreich und dem benachbarten deutschsprachigen Ausland; Zusammenarbeit des Sängers Steffen H. mit der NPD u.a. rechtsextremistischen Organisationen sowie Gruppen im In- und Ausland; Maßnahmen zur Eindämmung der internationalen Verflechtungen und Kooperationen

Antr Stephan Braun u.a. SPD 14.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2491

BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 6

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbildung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr

s. *Musik*

Drs 13/2862

Musikmentorenausbildung

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Musikmentoren an den verschiedenen Schularten; Anteil der Bereiche Chor, Orchester, Big Band oder Individualmusik; Nutzung der erworbenen Qualifikationen auch von Jugendmusikschulen, Kirchen, Vereinen und sonstigen Gruppen; Frage nach Einsatzmöglichkeiten iRd offenen Ganztagschule

KlAnfr

s. *Musik*

Drs 13/3250

Aktivitäten der rechtsextremen Musikszene in BW

Erkenntnisse über die Verbreitung von Tonträgern mit rechtsextremistischen Inhalten an Schulen bzw über die Zunahme von rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten; Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung

KlAnfr

s. *Radikalismus*

Drs 13/3564

Neue Aktivitäten der baden-württembergischen Rechtsrock-Szene

Erkenntnisse über die Bands „Blue Max“ und „NoieWerte“, deren Konzertaktivitäten, u.a. in Mosbach, und der Verbreitung über das Internet im Zuge des rechtsextremistischen Musikprojekts „Aktion Schulhof“; Gegenmaßnahmen

KlAnfr

s. *Radikalismus*

Drs 13/4342

Fördermittel für musische Ausbildung im außerschulischen Bereich

Begründung der unterschiedlichen Gewichtung der Förderung des musischen und sportlichen Bereichs, Erklärung der Unterschiede angesichts der kostenintensiven Ausbildungsarbeit der Musikvereine im Verhältnis zu den Sportvereinen, Beurteilung der nach Studien belegten Steigerung der Intelligenz und Förderung von Schlüsselkompetenzen wie Ausdauer, Zuverlässigkeit und Konzentration durch aktives Musizieren

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 13/4576

Einrichtung einer Popakademie, Förderung von Nachwuchs- und Spitzenmusikern, Einbeziehung der Popmusik in die Musiklehrausbildung, Würdigung der Entwicklung von Amateurbands zu Profimusikern, Zahl und Erfolg von Popmusikbands aus BW

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1967-1972

Errichtung der Popakademie BW in Mannheim, Zahl und Erfolg von heimischen Spitzen- und Amateurbands sowie von Musikvereinen, Musikschulen und Orchestern

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2887-2890

Ankündigung der Premiere des „Landtagschors“ am Tag der offenen Tür

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5951

Musikfestival

s. *Musikveranstaltung*

Musikgruppe

s. *Musiker*

Musikhochschule*Förderung der Popular- und Jugendmusik und die Einrichtung einer Popakademie in BW*

Vorschläge einer Arbeitsgruppe des StM, mögliche Standorte und Trägerschaften, Verzahnung mit bestehenden Einrichtungen, u.a. mit der Rockstiftung Baden-Baden, der Medien- und Filmgesellschaft und der Jazz & Rock Schule Freiburg; Förderung dieser Schule als Ersatzschule?

Antr
s. *Musik*
Drs 13/149

Musikland BW

Entwicklung der Studentenzahlen und Umsetzung von Empfehlungen der Kulturstrukturkommission an den Musikhochschulen; Werbung um Interessenten für das PH-Studienfach Musik; Stimulanz der Musik auf höchstem Niveau durch die Breitenarbeit

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Populärmusik in BW

Stellenwert einer eigenständigen Pop-Akademie bzw der Popular- und Jugendmusik, Verzahnung mit vorhandenen Studienangeboten an Musikhochschulen, Konservatorien und PH,

Voraussetzungen für die Errichtung als grundständigen Studiengang oder als Aufbaustudium

Antr
s. *Musik*
Drs 13/886

Insolvenz eines Fensterbauers im Schwarzwald-Baar-Kreis

Kündigung des Vertrags zur Lieferung von Glasfronten für den Neubau der Stuttgarter Musikhochschule, Dauer und Auswirkungen des Rechtsstreits um die ausgebliebenen Zahlungen des Landes an die o.g. Firma

MdlAnfr
s. *Glasbau*
Drs 13/1153

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr
s. *Student*
Drs 13/1586

Lehrbeauftragte an Musikhochschulen

Entwicklung der Zahl o.g. Beschäftigungsverhältnisse und der Unterrichtsanteile seit 1993; Qualifikation, Aufgaben, Stellung und Perspektiven der Lehrbeauftragten

Antr
s. *Lehrbeauftragter an Hochschulen*
Drs 13/1662

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 28) - Außer tariflich angestellte Lehrkräfte

Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Beschäftigung von Professurvertretern u.a. außertariflich angestellten Lehrkräften an den Musikhochschulen

Mittlg
s. *Lehrbeauftragter an Hochschulen*
Drs 13/1748

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Übernahme des Vorsitzes im Aufsichtsrat der neu zu gründenden Popakademie durch Minister Palmer

Antr
s. *Minister im Staatsministerium*
Drs 13/1892

Ges zur Änd des FilmakademieGes

Erweiterung des Geltungsbereichs auf die Popakademie BW; Angebot von dreijährigen grundständigen Studiengängen in Musikbusiness und Popmusikdesign mit dem Abschluss Bachelor; Regelung von Aufgaben, Zugangsvoraussetzungen und Strukturen; Erhebung von Studiengebühren

GesEntw LReg 18.03.2003 Drs 13/1893 (17 S.)
1. Beratung PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2887-2890
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2003 Drs 13/2034
2. Beratung PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2972-2977

GesBeschl 07.05.2003 Drs 13/2063
 GBl 2003 Nr. 5 S. 202-205 (Ges vom 08.05.2003)

Popakademie - wie geht es weiter?

Einrichtung von Außenstellen an der Jazz- und Rockschiule in Freiburg u.a. Standorten; Begründung der Höhe der Studiengebühren, Anteil am Gesamtetat, Umfang und Herkunft anderer Mittelzuflüsse, Höhe der verbleibenden Haushaltsmittel zur Förderung der Popmusik; Stellenwert des Bachelorabschlusses, insbes als Zugangsvoraussetzung für die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes; Einbeziehung der Popakademie in die Aus- und Fortbildung der Musiklehrer

Antr Inge Utzt u.a. SPD 06.05.2003 und Stellungnahme StM
 Drs 13/2044
 BeschlEmpf und Bericht Wissenscha 04.12.2003 Drs
 13/2985 S. 45
 PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Haushalt 2004; Epl 14

Verzicht auf den Erweiterungsbau für die Musikhochschule Trossingen

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-17 S. 52
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2854-7 S. 12
 PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Neustrukturierung der Musikhochschullandschaft in BW

Umsetzung und Evaluation der Empfehlungen der Kulturstrukturkommission und des Kabinettsbeschlusses von 1998, insbes im Hinblick auf die Profilbildung, Nutzung von Synergieeffekten, Reduzierung der Personalstellen, Sachmittel und Studienplätze; Bereitstellung der notwendigen Lehrkapazität zur Bedarfsdeckung der Musiklehrer an Gymnasien; Beantwortung der Frage nach Angemessenheit der fünf Hochschulstandorte

Antr GRÜNE 16.02.2004 und Stellungnahme MWK Drs
 13/2919
 BeschlEmpf und Bericht Wissenscha 16.06.2005 Drs
 13/4480 S. 22 23
 PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

„Quereinstieg“ für eine musikalisch-berufliche Tätigkeit im Schulbereich

Umsetzung des o.g. Vorschlags des Deutschen Musikrats für Absolventen der Musikhochschulen; Auswirkungen der Initiative des Bundespräsidenten zur Stärkung der musikalischen Bildung in der Gesellschaft

KlAnfr
 s. *Musik*
 Drs 13/2986

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Erweiterung des StudentenwerksGes auf die Film- und Popakademie, Änd des Film- und PopakademieGes sowie der Film- und Popakademie-Zuständigkeits- und GebührenVO; Außerkrafttreten der VO Künstlerische Eignungsprüfung FH sowie der KunststeignungsprüfungsVO

GesEntw
 s. *Hochschulrecht*
 Drs 13/3640

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Verzicht auf den Erweiterungsbau der Musikhochschule Trossingen

ÄAntr GRÜNE 25.01.2005 Drs 13/4014-7 S. 39
 PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Verwendung von Sponsorengeldern für den Förderkreis „friends of pop“ der Pop-Akademie BW GmbH

Steuerrechtliche Überprüfung der Verwendung o.g. Spende der Daimler-Chrysler AG an den Mannheimer Abg Klaus Dieter R. zum Zwecke der Anschubfinanzierung des Fördervereins der Pop-Akademie Mannheim, Frage nach Ergebnissen dieser Prüfung sowie nach staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen

Antr Roland Weiß u.a. SPD 18.02.2005 und Stellungnahme
 FM Drs 13/4078
 BeschlEmpf und Bericht FinA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 11
 12
 PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

Vorlage einer Bestandsaufnahme zum Sanierungsbedarf an Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien

Antr
 s. *Sanierung*
 Drs 13/4369

Städtische Musikschule als GmbH einer Musikhochschule

Einbindung des Lehrkörpers und von Studierenden der Musikhochschule Trossingen in Lehraufgaben u.a. Tätigkeiten der o.g. GmbH zum Zweck der Weiterführung der Musikschule Villingen-Schwenningen, Beteiligung der Musikhochschule Trossingen an dieser GmbH, Frage nach dem damit verbundenen wirtschaftlichen Risiko

KlAnfr
 s. *Musikschule*
 Drs 13/4589

Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professorenamt

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ablehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr
 s. *Professor*
 Drs 13/4599

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium

Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr
 s. *Hochschulgebühren*
 Drs 13/4603

Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Universitäten, FH und Berufsakademien

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzelnen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums ohne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr

s. *Ausländischer Student*

Drs 13/4612

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank

GesEntw

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4858

Personeller Ausbau der Musikhochschulen; Erhöhung der globalen Minderausgabe zulasten der Musikhochschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 978 982

Inhaltliche Konzeption und Standortsuche für eine Popakademie in BW, Abstimmung mit den Musikhochschulen bzw der Musiklehrerausbildung und der Jazz- und Rockscheule in Freiburg, angebotene Studiengänge und -abschlüsse

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1967-1973

Förderung der Lehrgewinnung durch die Musikhochschulen; Erwartungen an die neue Popakademie in Mannheim

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2257 2258 2261

Ablehnung des Antrags auf Streichung des Erweiterungsbaus der Musikhochschule Trossingen, Empfehlungen der Kulturstrukturkommission zum Abbau von Kapazitäten an den Musikhochschulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4251 4254

Bewertung der neuen Popakademie in Mannheim als Pioniereinrichtung, Vernetzung mit anderen Kreativeinrichtungen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5089 5097 5103

Ausbau der Musikhochschule in Karlsruhe

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Musiklehrer

Musikland BW

Art und Umfang der Schulmusikerziehung an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Chöre, Orchester, Bands, Tanzgruppen u.a. an Grund-, Haupt- und Realschulen; Bedeutung des Lehrbeauftragtenprogramms, Veranstaltungen der Schulmusik; Ausweitung der Stundentafel und der Gewinnung ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen, Beitrag der Musikschulen iRd verlässlichen Grundschule; Auswirkungen der Gymnasial-

reform, Gymnasien mit Musikprofil, Erfahrungen mit Musikmentoren; Förderung der Musikschulen und Amateurmusik, Beteiligung an Wettbewerben; Entwicklung der Studentenzahlen und Umsetzung von Empfehlungen der Kulturstrukturkommission an den Musikhochschulen; Werbung um Interessenten für das PH-Studienfach Musik; Stimulanz der Musik auf höchstem Niveau durch Breitenarbeit

GrAnfr

s. *Musik*

Drs 13/434

Kooperation von Hauptschulen mit Musikschulen; Einrichtung von Musikhauptschulen in BW

Darlegung o.g. Kooperationen, Beurteilung der Ausweitung von Instrumentalunterricht für Hauptschüler, Unterstützung der Profilbildung zu Musikhauptschulen nach österreichischem Vorbild, Klärung der Fragen zu Kosten und Trägerschaft der Einbeziehung von Lehrkräften der Musikschulen, Entwicklung eines Modells von Geld statt Stellen für Grund- und Hauptschulen

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 13/667

Popakademie - wie geht es weiter?

Einrichtung von Außenstellen an der Jazz- und Rockscheule in Freiburg u.a. Standorten; Begründung der Höhe der Studiengebühren, Anteil am Gesamtetat, Umfang und Herkunft anderer Mittelzuflüsse, Höhe der verbleibenden Haushaltsmittel zur Förderung der Popmusik; Stellenwert des Bachelorabschlusses, insbes als Zugangsvoraussetzung für die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes; Einbeziehung der Popakademie in die Aus- und Fortbildung der Musiklehrer

Antr

s. *Musikhochschule*

Drs 13/2044

Neustrukturierung der Musikhochschullandschaft in BW

Umsetzung und Evaluation der Empfehlungen der Kulturstrukturkommission und des Kabinettsbeschlusses von 1998, insbes im Hinblick auf die Profilbildung, Nutzung von Synergieeffekten, Reduzierung der Personalstellen, Sachmittel und Studienplätze; Bereitstellung der notwendigen Lehrkapazität zur Bedarfsdeckung der Musiklehrer an Gymnasien; Beantwortung der Frage nach Angemessenheit der fünf Hochschulstandorte

Antr

s. *Musikhochschule*

Drs 13/2919

„Quereinstieg“ für eine musikalisch-berufliche Tätigkeit im Schulbereich

Umsetzung des o.g. Vorschlags des Deutschen Musikrats für Absolventen der Musikhochschulen; Auswirkungen der Initiative des Bundespräsidenten zur Stärkung der musikalischen Bildung in der Gesellschaft

KIAnfr

s. *Musik*

Drs 13/2986

Einbeziehung der Popmusik in die Aus- und Fortbildung der Musiklehrer

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1967-1970

Einsatz der Absolventen der Popakademie im Musikunterricht, Kooperation bei der Ausbildung von Musiklehrern

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2890

Musikschule

Förderung von Musikschulen durch das Land

Entwicklung der prozentualen Förderung seit 1980, Art der Errechnung und Verteilung dieser Mittel, flankierende Maßnahmen; Zusage von festen Fördersätzen, Anstreben einer Quote von 15 % der Personalkosten

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 18.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/340

Ergänzende Stellungnahme KM 27.12.2001 Drs 13/602

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 24 25

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Musikland BW

Art und Umfang der Schulmusikerziehung an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Chöre, Orchester, Bands, Tanzgruppen u.a. an Grund-, Haupt- und Realschulen; Bedeutung des Lehrbeauftragtenprogramms, Veranstaltungen der Schulmusik; Ausweitung der Studentafel und der Gewinnung ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen, Beitrag der Musikschulen iRd verlässlichen Grundschule; Auswirkungen der Gymnasialreform, Gymnasien mit Musikprofil, Erfahrungen mit Musikmentoren; Förderung der Musikschulen und Amateurmusik, Beteiligung an Wettbewerben; Entwicklung der Studentenzahlen und Umsetzung von Empfehlungen der Kulturstrukturkommission an den Musikhochschulen; Werbung um Interessenten für das PH-Studienfach Musik; Stimulanz der Musik auf höchstem Niveau durch Breitenarbeit

GrAnfr

s. *Musik*

Drs 13/434

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Aufstockung der Zuschüsse für die Musikschulen

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/654-5 S. 38 39

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/686-5 S. 11 12

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Kooperation von Hauptschulen mit Musikschulen; Einrichtung von Musikhauptschulen in BW

Darlegung o.g. Kooperationen, Beurteilung der Ausweitung von Instrumentalunterricht für Hauptschüler, Unterstützung der Profilbildung zu Musikhauptschulen nach österreichischem Vorbild, Klärung der Fragen zu Kosten und Trägerschaft der Einbeziehung von Lehrkräften der Musikschulen, Entwicklung eines Modells von Geld statt Stellen für Grund- und Hauptschulen

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 13/667

Jugendkunstschulen

Entwicklung der Zahl und finanziellen Förderung der Jugendkunstschulen seit 1988 sowie der Kooperation mit den Jugendmusikschulen, Beurteilung der sozial integrativen Arbeit sowie der Konzepte der Ästhetischen Frühbildung an den Jugendkunstschulen

KlAnfr

s. *Kunstschule*

Drs 13/1642

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Förderung von offenen Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept unter Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen, Naturschutzverbänden und den Trägern der außerschulischen Jugendbildung

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2235

Ausgestaltung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern; Kriterien der Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden; Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen sowie der Träger außerschulischer Jugendbildung; Bewertung des Förderprogramms „Jugendarbeit und Schule“, Kooperation als gleichrangige Partner

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2279

Partnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen und Verbänden/Vereinen iRd Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (IZBB)

Gestellte und genehmigte Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen an den einzelnen Schularten im Sinne des IZBB bzw der Bekanntmachung des KM; Ausgestaltung, Organisation und Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote; Beurteilung der Eignung von Soziokulturellen Zentren, Theatern, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Organisationen der geeigneten Kooperationspartner

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2410

Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ganztagschulen in BW mithilfe des Investitionsprogramms der BReg IZBB

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern sowie von der LReg abgerufene und weitergeleitete Mittel; Teilnahme an Koordinierungsgesprächen des Bundesbildungsministeriums; Berücksichtigung aller Regionen; Einbeziehung von Jugendverbänden, Sportvereinen, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Evaluation von Ganztagschulen

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2781

Haushalt 2004; Epl 04

Rücknahme von Kürzungen für die Musikschulen

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2804-7 S. 47 48

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-26 S. 70

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2844-6 S. 12 13

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2844-16 S. 24

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung

u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes. Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr
s. *Kultur*
Drs 13/3479

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

Rücknahme der Kürzungen für die Musikschulen

ÄAntr GRÜNE 20.01.2005 Drs 13/4004-14 S. 68
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4004-15 S. 69
ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4044-7 S. 13
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Städtische Musikschule als GmbH einer Musikhochschule

Einbindung des Lehrkörpers und von Studierenden der Musikhochschule Trossingen in Lehraufgaben u.a. Tätigkeiten der o.g. GmbH zum Zweck der Weiterführung der Musikschule Villingen-Schwenningen, Beteiligung der Musikhochschule Trossingen an dieser GmbH, Frage nach dem damit verbundenen wirtschaftlichen Risiko

KlAnfr Inge Utzt SPD 04.08.2005 und Antw MWK Drs 13/4589

Aufstockung der Fördermittel für die Musikschulen, Gewinnung von Lehrkräften der Musikschulen als Lehrbeauftragte an Schulen, Angebot der Jugendmusikschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 992 995 996 998 1002 1008

Engagement der Musikschulen in der außerschulischen Kinderbetreuung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1765 1767 1768 1771

Verzahnung der Jazz- und Rockschule in Freiburg mit der geplanten Popakademie; Bedeutung der Jugendmusikschulen

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1967 1968 1970 1972

Zahl und Zulauf der Musikschulen in BW

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2887

Einbeziehung der Musikschulen bei der musikalischen Früherziehung an Kindergärten

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3558

Kürzung der Zuschüsse für die Musikschulen, Befürchtung sozialer Barrieren durch die notwendige Erhöhung der Elternbeiträge

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3654 3658

Bedeutung des Singens und Musizierens, Konsequenzen der Mittelkürzung für die Musikschulen, Beteiligung der Musikschulen an der Ganztagsbetreuung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4264 4265 4270 4274

Beklagung einer Kürzung des Landeszuschusses für die Musikschule in Bietigheim-Bissingen, Höhe der Zuschüsse in BW u.a. BLändern

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4455-4457 4461

Bedeutung des Singens und Musizierens, Konsequenzen der Mittelkürzung für die Musikschulen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5821

Konsequenzen der Mittelkürzung für die Musikschulen, Plädoyer für eine Erhöhung der Mittel

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5997 6008

Unterstützung von Ganztagschulen durch die Musikschulen, Lob für das Engagement der Musikschulen iRd Nachmittagsbetreuung, Beklagung einer sozialen Auslese infolge steigender Gebühren

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6298 6301 6302 6304 6305

Musiktage

s. *Musikveranstaltung*

Musikunterricht

s. *Musik*

Musikveranstaltung

Musikland BW

Chöre, Orchester, Bands, Tanzgruppen u.a. an Grund-, Haupt- und Realschulen, Veranstaltungen der Schulmusik

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Das Schicksal der Karlsruher Musiktage unter dem jüngsten Streichungsdiktat

Entwicklung der Zuschüsse für o.g. Veranstaltungen seit 1990, Entscheidungsgrundlagen und Auswirkungen der Streichung ab 2003; Eintreten in Verhandlungen über eine existenzsichernde Lösung

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 26.04.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/967
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.07.2002 Drs 13/1232 S. 99 100
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Durchführung und Finanzierung von überörtlich bedeutsamen regionalen Veranstaltungen im Bereich der Jugendarbeit

Darlegung der o.g. Veranstaltungen und der Höhe der jeweiligen Bezuschussung in den letzten vier Jahren, Höhe der Förderungssumme für das zentral in Stuttgart mit dem SWR durchgeführte Festival, Sicherung der Finanzierung für die auf ehrenamtlicher Basis organisierten Veranstaltungen

Antr
s. *Jugendarbeit*
Drs 13/1180

Maßnahmen zur Verbesserung des Jugend-Tourismus in BW

Unterstützung eines eigenständigen Internet-Portals, von preiswerten Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-Angeboten; Förderung von kulturellen Events, von Sport- und Musikveranstaltungen; Absicherung von ausgewählten Großereignissen durch Bürgerschaftshilfen

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/1429

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewer-

tung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivist*innen, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1535

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Verhinderung von Skinheadkonzerten u.a. Veranstaltungen rechtsextremistischer Liedermacher, Parteien und Vereine durch die polizeiliche Präventionsarbeit

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1898

Aktuelle Entwicklungen der Rechts-Rock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Bands und deren Auftritte in England, Frankreich und dem benachbarten deutschsprachigen Ausland; Zusammenarbeit des Sängers Steffen H. mit der NPD u.a. rechtsextremistischen Organisationen sowie Gruppen im In- und Ausland; Maßnahmen zur Eindämmung der internationalen Verflechtungen und Kooperationen

Antr
s. *Musiker*
Drs 13/2491

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Verbraucherfreundlichkeit

Frage nach einer Ausnahmeregelung im KAG zur Erhebung von Kurtaxe von ortsfremden Tagungsteilnehmern; Ermöglichung einer gelockerten Handhabung der Sperrzeitenregelung für Musik- und Tanzveranstaltungen

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/2592

Aktivitäten der rechtsextremen Musikszene in BW

Erkenntnisse über die Verbreitung von Tonträgern mit rechtsextremistischen Inhalten an Schulen bzw über die Zunahme von rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten; Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung

KlAnfr
s. *Radikalismus*
Drs 13/3564

Arena of Sound 2005

Fortführung des Popfestivals unter der Regie des Landes und der Stadt Stuttgart ggf mithilfe von Sponsorengeldern nach dem Ausstieg des SWR?

KlAnfr Dr. Christoph Palmer CDU 23.11.2004 und Antw StM Drs 13/3771

Neue Aktivitäten der baden-württembergischen Rechtsrock-Szene

Erkenntnisse über die Bands „Blue Max“ und „NoieWerte“, deren Konzertaktivitäten, u.a. in Mosbach, und der Verbreitung über das Internet im Zuge des rechtsextremistischen Musikprojekts „Aktion Schulhof“; Gegenmaßnahmen

KlAnfr
s. *Radikalismus*
Drs 13/4342

Musikverein

s.a. *Musiker*

Musikland BW

Förderung der Musikvereine, Auswirkungen der 630-DM-Regelung, Ergebnisse der Beteiligung an jugendmusikalischen Wettbewerben auf Landes- und Bundesebene

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Musikvereinen

Etatansätze zur Förderung der Zusammenarbeit Schule/Verein bzw der Kooperation mit Musikvereinen im Hpl 2002/03, Zahl und Fördervolumen der gestellten und bewilligten Anträge insgesamt bzw im Rems-Murr-Kreis in den letzten drei Jahren

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/1564

Mittelstand und Blasmusik in BW

Aussagen des WM zur Höhe der Förderung von Trachtengruppen, Blaskapellen, des Mittelstands und der überbetrieblichen Ausbildung; Darstellung der jeweiligen Etatansätze; Maßnahmen zur Behebung des kritisierten Missverhältnisses

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/2418

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbildung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musik*
Drs 13/2862

Fördermittel für musische Ausbildung im außerschulischen Bereich

Begründung der unterschiedlichen Gewichtung der Förderung des musischen und sportlichen Bereichs, Erklärung der Unterschiede angesichts der kostenintensiven Ausbildungsarbeit der Musikvereine im Verhältnis zu den Sportvereinen, Beurteilung der nach Studien belegten Steigerung der Intelligenz und Förderung von Schlüsselkompetenzen wie Ausdauer, Zuverlässigkeit und Konzentration durch aktives Musizieren

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 13/4576

Zahl von Musikvereinen und Mitgliedern in BW

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2887

Muslime

s. *Islam*

Musterbauordnung*s. Baurecht***Mutter***s.a. Alleinerziehende**s.a. Mutterschutz**s.a. Tagesmutter**Familienunterstützende Angebote in BW*

Umsetzung des von einer Arbeitsgruppe empfohlenen Ausbaus der Familien-, Mütter- und Nachbarschaftszentren; Vernetzung und Ausbau von Angeboten der Familienbildung

GrAnfr

s. Familie

Drs 13/681

*Haushalt 2004; Epl 09**Rücknahme der Kürzungen für das Programm Mutter und Kind*

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-9 S. 46

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Babyklappen in BW

Zahl der bisher in den o.g. Einrichtungen in Stuttgart, Karlsruhe und Pforzheim abgegebenen Neugeborenen im Vergleich zu den Fällen von strafbaren Kindesaussetzungen, Anteil der die Meldeoption nutzenden Mütter und Rückerlangung ihrer Kinder bzw der zur Adoption freigegebenen Kinder, Planung weiterer Babyklappen?

KlAnfr

s. Kind

Drs 13/4230

Praxis der Krankenkassen bei der Genehmigung von Müttergenesungskuren und Mutter-Kind-Kuren

Ablehnungsquote und -gründe für die o.g. Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, Erfolgsquote der eingelegten Widersprüche, Umleitung von Anträgen an die Rentenversicherer und deren Ablehnungsgründe, Beeinträchtigung des Wahlrechts der Antragsteller durch die Verweisungspraxis der Kassen in vertragsgebundene (kostengünstige) Einrichtungen, Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen? Bewertung der Kooperation mit den Beratungs- und Vermittlungsstellen

KlAnfr Renate Götting FDP/DVP 19.04.2005 und Antw SM

Drs 13/4257

Familienunterstützende Maßnahmen in BW

Streichung bzw Kürzung von Fördermaßnahmen wie z.B. Familienerholung/Familienferienstätten, Mutter-Kind-Programm und Kontaktstellen „Frau und Beruf“; Auswirkungen für die Betroffenen

Antr

s. Familie

Drs 13/4425

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbindung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr

s. Ärztliche Behandlung

Drs 13/4822

Rücknahme der Streichung beim Programm „Mutter und Kind“

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 840 861 898 900 901 903-906 910

Kritik an der Kürzung des Mutter-Kind-Programms

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1100 1103

Fälle von Kindstötungen und Aussetzungen durch die Mütter unmittelbar nach der Entbindung, Ermöglichung der anonymen Geburt, Verbesserung der Gesundheitschancen von Mutter und Kind; Sprachförderung für Mütter von Migrantenkindern

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336-1346 1369 1373

Sprachförderung für Mütter von Migrantenkindern

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1897 1902

Kritik an der Kürzung des Mutter-Kind-Programms

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2056 2057 2069

Kritik an der Kürzung des Mutter-Kind-Programms

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153 4180 4219

Kritik an der Kürzung des Mutter-Kind-Programms

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5806 5849 5850 5852 5853

Kritik an der Kürzung des Mutter-Kind-Programms

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5890 5924

Knüpfung des Rechts auf einen Vaterschaftstest an das Einverständnis der Mutter; Ablehnung einer Strafbewehrung bzw Zulassung von heimlichen Tests

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6202-6213

Dank an die zu Hause erziehenden Mütter unter Verzicht auf eigene Interessen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6466 6474 6481 6501 6502 6508 6512

Mutter-Kind-Programm*s. Mutter***Mutterschutz**

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO zur Durchführung des MutterschutzGes sowie der VO über die Zuständigkeiten nach dem Bundeserziehungsgeld-Ges

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Mutterschutzgesetz*s. Mutterschutz***Muttersprachlicher Unterricht***Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler*

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw

der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/125

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit
Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts im Ergänzungsbe- reich, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse, Aufnahme als weitere Note im Zeugnis

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/168

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW
Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei der Sprachförderung mit und ohne Kinderbetreuung, Ausbau der vorschulischen Sprach- förderung und des muttersprachlichen Unterrichts

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Bestandsaufnahme des muttersprachlichen Unterrichts für Schü- lerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in BW
Entwicklung o.g. Angebote und Schülerzahlen der jeweili- gen Herkunftsländer; Vorgaben hinsichtlich der Qualifizierung und des Aufenthaltsstatus der Lehrkräfte, der Lehrpläne und Schulaufsicht; Integration von Religionsunterricht für muslimi- sche Schüler; Harmonisierung mit dem normalen Unterricht so- wie mit der Zunahme von Ganztagschulen; Höhe und Kosten- deckungsgrad der Zuschüsse in den letzten zehn Jahren

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 21.10.2004 und Stellung- nahme KM Drs 13/3687
BeschlEmpf und Bericht SchulA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 4 5
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Stellenwert und Weiterentwicklung des muttersprachlichen Un- terrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinter- grund in BW

Kritische Überprüfung des Konsulatsmodells in BW, Vergleich mit den Modellen in Bayern und NRW und deren Finanzierung; Überführung ins Regelschulsystem mit entsprechender Mittele- umschichtung, Gewinnung von Lehrkräften und Lehrbeauftrag- ten mit Migrationshintergrund für den muttersprachlichen Un- terricht im Regelunterricht und in den erweiterten Angeboten an Ganztagschulen, Förderung der Muttersprachen der wichtigsten Herkunftsländer als weitere Fremdsprachen an allen weiterfüh- renden Schularten

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 21.10.2004 und Stellung- nahme KM Drs 13/3688
BeschlEmpf und Bericht SchulA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 4 5
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

MVA

s. *Abfallbeseitigungsanlage*

MVV Verkehr AG

s. *Verkehrsunternehmen*

Nachbarrecht

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des NachbarrechtsGes
GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Schreiben des BVerfG vom 01.02.2006, Az.: 1 BvR 650/03 (Ein- gegangen am 20.02.2006) - Verfassungsbeschwerde gegen 2 Ur- teile des AG und des LG Ulm, 3 Beschlüsse des BGH und mittel- bar gegen § 7 b Abs 1 des NachbarrechtsGes für BW

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7869
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/137
PIPr 14/8 27.07.2006 S. 303

Nachbarrechtsgesetz

s. *Nachbarrecht*

Nachbarschaftshilfe

s. *Selbsthilfe*

Nachhaltige Entwicklung

Umsetzung der AGENDA 21 in BW

Begleitung und Förderung der lokalen Agenda-Prozesse in den Kommunen und LKreisen, interministerielle Abstimmung und Bündelung der Maßnahmen, Bemühungen um eine stärkere öko- logische und soziale Nachhaltigkeit der Politik im Zusammen- hang mit der Analyse und den Zielen des Umweltplans

Antr
s. *Agenda 21*
Drs 13/1007

Entwicklung und Perspektiven für die Lokale Agenda 21 in BW
Entwicklung und Stand o.g. Projekte von Kommunen und Bür- gergruppen, Unterstützung von Maßnahmen auf regionaler Ebe- ne sowie der Entwicklungszusammenarbeit, Verbindung mit dem bürgerschaftlichen Engagement i.S. von Nachhaltigkeit

Antr
s. *Agenda 21*
Drs 13/1043

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/1093

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Auswirkungen der Atomrechtsnovelle des Bundes auf die Zielsetzungen in den Maßnahmefeldern Klimaschutz und Luftreinhaltung bis 2010; Zwischenergebnisse der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Nachhaltigkeit beim Neubau der Neuen Messe Stuttgart

Berücksichtigung des Grundsatzes der Nachhaltigkeit bei der Ausschreibung und Realisierung des o.g. Projekts, insbes. Einsatz erneuerbarer Energien, intensive Wärmedämmung, Regenwassernutzung u.a. Maßnahmen

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/2242

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Einbeziehung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in die Projekte der Public-Privat-Partnership, Evaluation dieser Projekte und Beteiligung des Mittelstands; Aufbau leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen für eine nachhaltige Entwicklung; Bewertung des Konfliktpotenzials der Trinkwasserversorgung, Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Umweltakademie mit dem indischen Bundesstaat Gujarat; Unterstützung des fairen Handels mit der Vergabe öffentlicher Aufträge und dem Beschaffungswesen; Ausweitung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit; Beurteilung des Vorschlags für einen runden Tisch zur Förderung der interkulturellen Kompetenz

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014 - Gesamtkonzept für BW

Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung o.g. Ziele, Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, (nachträgliche) Beteiligung am BLK-Programm „Transfer 21“; Vorlage einer Bestandsaufnahme aller Aktivitäten und Projekte im Bereich der schulischen und außerschulischen Umweltbildung, Installation eines Landesarbeitskreises sowie eines Beauftragten für Umweltbildung nach dem Beispiel Bayerns, Einrichtung eines Multiplikatorenprogramms für alle Schulen

Antr
s. *Umwelterziehung*
Drs 13/4020

Teilnahme eines Vertreters des Landes an der „Konferenz zum Erhalt einer nachhaltigen europäischen Landwirtschaft“ am 17. Mai 2005 in Brüssel

Frage nach der Vertretung und inhaltlichen Positionierung des Landes in der o.g. Konferenz von 162 Regionen, Zustimmung zu den beschlossenen einheitlichen Standards für den Erhalt der Koexistenz einer Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik bzw. zu dem Entscheidungsrecht der Regionen über ihre Entwicklungsstrategie einschließlich des Schutzes regionaler genetischer Ressourcen und des Verbots gentechnisch veränderter Pflanzen?

KlAnfr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/4462

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Mitteleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnis mobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4647

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

- a) *Mittlg der Kommission zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung: Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM(2005)666)*
b) *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Abfälle (KOM(2005)667)*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/5135

Aufnahme der nachhaltigen Entwicklung als Leitziel in den LEntwicklungsplan

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 755 756 759 760

Übertragung des Prinzips der Nachhaltigkeit vom Umweltschutz auf alle Politikbereiche

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1024 1026 1031 1037 1044 1049 1056

Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1863 1864 1870 1873

Plädoyer für eine Flächennachhaltigkeit innerhalb der Natura-2000-Gebiete

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2016-2018

Hervorhebung des Leitgedankens eines nachhaltigen Tourismus bei der Werbung um Urlaubsgäste

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957 7958 7965 7966

Nachhaltigkeit

s. *Nachhaltige Entwicklung*

Nachhilfeunterricht

s.a. *Sonderunterricht*

Finanzierung von Integrationsangeboten und Sprachförderung für schulpflichtige Spätaussiedler nach dem Wegfall der Mittel aus dem Garantiefonds

Kofinanzierung der Bundesmittel für schulische Integrationsprojekte, Gefährdung dieser Projekte nach dem Wegfall der Bundesmittel; Einstellung von Brückenlehrern, ergänzende Sprachförderung und Nachhilfeunterricht nach dem Beispiel der Stadt Schwäbisch Hall; Bedeutung der Sprachförderung nach Einschätzung von Elternvertretern; Frage nach einer Anschlussfinanzierung und Fortsetzung der Maßnahmen

Antr
s. *Aussiedler*
Drs 13/2902

Nachhilfe für Schüler durch Scientology

Beurteilung der Aktivitäten von Scientology und Untergruppierungen im Bildungsbereich, Verbindungen zum neuen Stuttgarter Lerncenter, Warnung der Öffentlichkeit sowie der Schulen und Eltern

KlAnfr
s. *Sekte*
Drs 13/3919

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Auswirkungen der hohen Belastung insbes für die Fünft- und Sechstklässler und deren Eltern, Bewirkung einer verstärkten Inanspruchnahme von Nachhilfeunterricht und damit einer Verschlechterung der Chancengleichheit; Revision der Lernzeitverkürzung und Verdichtung des Unterrichtsstoffs in der Unterstufe, Überarbeitung der Bildungspläne hinsichtlich ihrer Stofffülle, Ermöglichung des vertieften exemplarischen Lernens, flächendeckende Einführung von Ganztagsgymnasien, Bereitstellung des zusätzlichen pädagogischen Personals, Beginn mit der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse sechs, Angebot einer umfassenden Fortbildung für die Lehrkräfte und Schulleitungen

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/5014

Verletzung der Chancengleichheit durch Zunahme der Notwendigkeit von privat finanziertem Nachhilfeunterricht

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461

Verletzung der Chancengleichheit durch Zunahme der Notwendigkeit von privat finanziertem Nachhilfeunterricht

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1748

Verletzung der Chancengleichheit durch Zunahme der Notwendigkeit von privat finanziertem Nachhilfeunterricht

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2841

Verletzung der Chancengleichheit durch Zunahme der Notwendigkeit von privat finanziertem Nachhilfeunterricht

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6304

Höhe der jährlichen Aufwendungen von Eltern für Nachhilfeunterricht, Bewertung als überflüssig infolge der Angebote an Ganztagschulen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7122

Verletzung der Chancengleichheit durch Zunahme der Notwendigkeit von privat finanziertem Nachhilfeunterricht, insbes auch mit der Einführung des G 8

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7370

Verletzung der Chancengleichheit durch Zunahme der Notwendigkeit von privat finanziertem Nachhilfeunterricht

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7953 7996

Nachlass

s. *Erbschaft*

Nachtflugbeschränkung

s. *Luftfahrt*

Nachtrag zum Haushalt 2000 und 2001

s. *Haushalt 2000 und 2001*

Nachtrag zum Haushalt 2002 und 2003

s. *Haushalt 2002 und 2003*

Nachtrag zum Haushalt 2005 und 2006

s. *Haushalt 2005 und 2006*

Nachtsichtgerät

Einsatz von Nachtsichtgeräten bei der Schwarzwildjagd

Schäden in Weinbergen verursacht durch Schwarzwild; Möglichkeiten einer effektiven Bejagung in Weinbaugebieten, insbes durch Ausnahmen vom Verbot des Einsatzes von Nachtsichtgeräten

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 13/705

Verkehrsgefährdung und Verkehrsunfälle durch Wildschweine

Entwicklung der o.g. Zahlen und daraus folgenden Kosten seit 1993; Schlüsse aus dem im Bereich Böblingen-Herrenberg durchgeführten Versuch zur Erfassung und Überwachung der Schwarzwildbestände für eine effektivere Bekämpfung der Wildschweinplage, u.a. Einführung von Abschussprämien und Nachtsichtgeräten

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/2266

Nachtstromheizung

s. *Elektroheizung*

Nachwachsender Rohstoff

s. *Rohstoff*

Nagel, Max MdL SPD

Nachruf auf den verstorbenen Abg Max Nagel

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4605

Nagold

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreiss Calw
Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der

Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Aufnahme der LDT Nagold in den Kreis der Ersatzschulen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Aufnahme der Lehranstalt des deutschen Textileinzelhandels in den Kreis der gleichgestellten Ersatzschulen, Hinwirkung auf Erlass der entsprechenden RechtsVO durch die BReg

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/1418

Bau der Landesstraße 1361 Nagold-Ergenzingen als Autobahnzubringer

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Verbindung mit der B 28 neu OU Ergenzingen; Verzicht auf ein Vorziehen der L 1361 vor Baubeginn der B 28

Antr
s. *Landesstraße 1361*
Drs 13/1967

Straßenbaumaßnahmen an der B 28 und der L 1361 in Ergenzingen

Festhalten am Zeitplan für den Bau der L 1361 Nagold-Ergenzingen trotz absehbarer Verzögerungen beim Bau der B 28, Ortsumfahrung Ergenzingen?

MdlAnfr
s. *Landesstraße 1361*
Drs 13/3056

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums in Nagold

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Naher Osten

s.a. *Ägypten*
s.a. *Irak*
s.a. *Iran*
s.a. *Israel*
s.a. *Saudi-Arabien*
s.a. *Türkei*

Befürchtung einer Destabilisierung des Nahen Ostens infolge des Irak-Kriegs

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2695 2699 2700

Bedeutung der EU-Beitrittsperspektive der Türkei für den gemäßigten Islam im gesamten Nahen Osten

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7143

Naherholungsgebiet

s. *Erholungsgebiet*

Nahverkehrsabgabe

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw. drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung und ggf. Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 08.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4950
BeschEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 95
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw. auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf den Nahverkehr in BW

Erlangung der Zuständigkeit für die Gleis- und Bahnhofsinfrastruktur, Reduzierung der Verkehrsverbünde auf maximal sechs, Ermöglichung einer City-Maut und Nahverkehrsabgabe

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5203

Nahverkehrsgesellschaft BW

s. *Verkehrsunternehmen*

Namentliche Abstimmung

Namentliche Abstimmungen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 150 151 (VerpackungsVO)
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 257 (Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform des Landtagswahlrechts)
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 295 296 (Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform der Verwaltungsorganisation)
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 353 (SpielbankenGes)
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 404 405 (Atomaufsicht)
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 405 406 (Entlassung des Ministers für Umwelt und Verkehr)
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 696 (VO zum Schutz der Mieter vor Umwandlungsspekulation und zum Erhalt von Wohnraum in Groß- und Universitätsstädten des Landes)
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 915 (Epl 09: Sozialministerium)
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 964 965 (Epl 07: Wirtschaftsministerium)
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1014 (Epl 04: Ministerium für Kultur, Jugend und Sport)
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1297 (ZuwanderungsGes)

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1588 (Auflösung der Landesstiftung)
 PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675 (Verbraucherschutz)
 PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1850 (Zuwanderung)
 PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2742 2743 (Nachtrag zum Hpl von BW für das Hj 2003)
 PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2990 (LandesplanungGes)
 PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3085 (Ges zur Amtszeitverkürzung kommunaler Mandatsträger)
 PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3283 (Neue Steuerungsinstrumente NSI)
 PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3348 (Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die RegPräs, Land- und Stadtkreise)
 PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3423 (SchulGes)
 PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3674 3675 (Sozialverträgliche Studiengebühren)
 PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3811 (Europapolitik)
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3931 (Zentren für Psychiatrie)
 PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4533 (Ges zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änd des EingliederungsGes)
 PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4617 (Personalbestand der Polizei in BW)
 PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4676-4679 (Verwaltungsreform in BW)
 PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5024 5025 5029 5031 5035 5037 5038 (Verwaltungsstruktur-ReformGes)
 PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5179 (Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung)
 PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5533 5534 (Qualitätssicherung der Ganztagschulen in BW)
 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5726 (Unmittelbare Demokratie in den Kommunen und LKreisen BW)
 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5751 5755 5757 (HochschulrechtsänderungsGes)
 PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5944 (Epl 09)
 PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6011-6013 (Epl 04)
 PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6078 (Epl 10)
 PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6712 (Arbeitsplätze in BW sichern)
 PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6859 (Waldkindergärten)
 PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7254 (Bildungswesen in BW)
 PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7407-7409 (Nachtragshaushalt IM)
 PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7422 (Gemeindewirtschaftsrecht)
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7793 (Älter werden in BW - Verantwortung für Generationen)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Zusammenarbeit der Republikaner mit anderen rechtsextremen Parteien, insbes mit der NPD (Drs 12/5984 Nr. 2)

Mittlg
 s. Republikaner
 Drs 13/207

NPD-Konten

Hinwirkung auf Kündigung des Kontos des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ bei der Landesbank BW

Antr Stephan Braun u.a. SPD 11.10.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/310
 BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/885 S. 3 4

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Konten extremistischer Parteien, Organisationen und Personen
 Überprüfung o.g. Geschäftsbeziehungen zur Landesbank BW, Kündigung der Konten des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ sowie des im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Liedermachers Frank R., Dauer der Übergangsfristen bei einer ordentlichen Kündigung, Fälle einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund; Information aller Kreditinstitute über extremistische Aktivitäten von Vereinigungen und Personen im Verfassungsschutzbericht

Antr
 s. Landesbank Baden-Württemberg
 Drs 13/730

Fünfter NPD-V-Mann aus BW

Zitate von Aussagen eines für den Verfassungsschutz tätigen V-Mannes in der Antragsschrift des BRats zum NPD-Verbotsverfahren, Frage nach weiteren Aussagen von aktuellen oder ehemaligen V-Leuten, Bedeutung für das weitere Verfahren beim BVerfG

KIAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 06.02.2002 und Antw IM Drs 13/732

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivistinnen, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr
 s. Radikalismus
 Drs 13/1535

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Aktivitäten und Mitteleinsatz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit seit 2000 und insbes nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Koordination zwischen den beteiligten Ministerien und Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene; Erfolge der Präventionsarbeit der Polizei und der Landeszentrale für politische Bildung, der Lehrerfortbildung, Jugendsozialarbeit und Ausländerintegration; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der einzelnen Projekte; Effizienz der Kommunalen Kriminalprävention

Antr
 s. Radikalismus
 Drs 13/1898

Neonazismus in BW - Kameradschaft Karlsruhe

Frage nach Kontakten und Kooperationen zwischen der „Kameradschaft Karlsruhe“, der „Kameradschaft Süd“, der NPD u.a. Gruppierungen vor dem Hintergrund der vereitelten Sprengstoffanschläge und dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Beurteilung von Anzeichen einer rechtsterroristischen Gefahr bei der Karlsruher Kameradschaft; Reaktionen auf die Neuformierung der rechten Szene bzw die Verflechtungen zwischen Neonazis und Skinheads

Antr
 s. Radikalismus
 Drs 13/2419

Aktuelle Entwicklungen der Rechts-Rock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Bands und deren Auftritte in England, Frankreich und dem benachbarten deutschsprachigen Ausland; Zusammenarbeit des Sängers Steffen H. mit der NPD u.a. rechtsextremistischen Organisationen sowie Gruppen im In- und Ausland; Maßnahmen zur Eindämmung der internationalen Verflechtungen und Kooperationen

Antr
s. *Musiker*
Drs 13/2491

Nationale Minderheit

s.a. *Ausländer*
s.a. *Flüchtling*

Schutz nationaler Minderheiten; hier: Roma und Sinti

Umsetzung des o.g. Rahmenübereinkommens des Europarats von 1994, Förderung der Chancengleichheit in den Bereichen schulische Bildung, Aus- und Fortbildung, Kultur und Medien; Verankerung der Thematik in Lehrmitteln und Lehrplänen; Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Eigenständigkeit; Nutzung von Fördermitteln der EU; Kooperation mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma

Antr
s. *Sinti und Roma*
Drs 13/862

Nationaler Ethikrat

s. *Ethik*

Nationalpark

s. *Artenschutz*

Nationalsozialismus*Geschichtsunterricht an Gedenkstätten in BW*

Besuch von Gedenkstätten zum Nationalsozialismus, Frage nach geeigneten Lehrkräften und Unterrichtsmaterialien in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, entsprechende Ausbildung von Lehrkräften und Einsatz als Multiplikatoren

KlAnfr
s. *Gedenkstätte*
Drs 13/3935

Erklärung des Präsidenten zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus (27. Januar)

s. *Gedenken*
PIPr 13/49 S. 4143

Dank an die Schüler und Lehrkräfte der Hansjakob-Realschule in Haslach für die Mitgestaltung der Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2002 in Haslach

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2043

Vorwurf des Gebrauchs von Nazivokabular im Zusammenhang mit Kritik am AntidiskriminierungsGes

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6048

Nationaltheater Mannheim

s. *Theater*

Natürliches Düngemittel

s. *Düngemittel*

Natura 2000*Weitere Umsetzung von Natura 2000 in BW*

Zeitpunkt, Aufgaben und Arbeitsschritte zur Festlegung der endgültigen Gebietskulisse durch die EU-Kommission; finanzieller und personeller Aufwand der Naturschutzverwaltung, Aufgabenbewältigung durch die personell geschwächten Bezirksstellen für Naturschutz?

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 04.07.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/47
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.10.2001 Drs 13/358 S. 22
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Pflegemaßnahmen für das Flora-Fauna-Habitat-Gebiet 6916-302 (Alter Flugplatz Karlsruhe)

MdlAnfr 3) Regina Schmidt-Kühner SPD 12.07.2001 Drs 13/62
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 299 300

Entwicklung der Biberpopulation und damit verbundene Konfliktpotenziale in BW

Entwicklung der letzten fünf Jahre, Benennung von Lebensräumen iRd FFH-Meldungen zum Schutzgebietsnetz „Natura 2000“, Übertragbarkeit von Ergebnissen und Konsequenzen eines bayerischen Gutachtens, Maßnahmen zur Vermeidung von Schäden und Konflikten, Kriterien für die Erteilung von Fanggenehmigungen

Antr
s. *Biber*
Drs 13/858

Ges zur Änd des NaturschutzGes

Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie sowie der Zoo-Richtlinie der EG bzw der darauf bezogenen Rahmenvorschriften des BundesnaturschutzGes

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/1360

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1553

Unzureichende Umsetzung der FFH-Richtlinie durch das Land BW

Ergebnisse einer EU-Konferenz zur Umsetzung der o.g. Richtlinie, Begründung der geforderten Nachbesserungen nach Lebensraumtypen und gefährdeten Arten, Auflistung der nachzumeldenden Gebiete

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 25.11.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1554

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.02.2003 Drs 13/1855
S. 54
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Berücksichtigung der nachzumeldenden FFH-Gebiete im Landesentwicklungsplan

Berücksichtigung o.g. Nachmeldungen im LEP 2002 bzw in den Anhörungen zum Rohstoffsicherungskonzept

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 18.03.2003 und Antw WM Drs 13/1905

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Überlegungen zur Aufnahme in die Gebietskulisse für NATURA 2000-Gebiete bzw zur Ausweisung als Naturschutzgebiet

Antr
s. *Militärische Anlage*
Drs 13/2299

Landschaftspflegeverbände

Auflistung o.g. Verbände und deren Aufgaben, Organisation, Rechtsform und Förderung; Frage nach Fördermöglichkeiten aus EU-Programmen sowie alternativen Organisationsformen; Rolle bei der Umsetzung der Pflege- und Entwicklungspläne iR von Natura 2000

Antr
s. *Landschaftspflege*
Drs 13/2463

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzrechtlichen Grundstücken; Aufnahme der Schutzgebietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/2538

Umweltverträglichkeit einer geplanten Kabinenbahn am Herzogshorn (Schwarzwald)

Planung einer Kabinenbahn zum Leistungszentrum Herzogshorn: Bewertung als Eingriff in ein Naturschutzgebiet, Natura 2000-Gebiet und in das Naturschutzgroßprojekt des Bundes „Feldberg-Belchen-Oberes Wiesental“, Unvereinbarkeit mit einer Rahmenvereinbarung zwischen den Liftbetreibern und Naturschutzvertretern; Versagung der Genehmigung

Antr
s. *Seilbahn*
Drs 13/2664

„Natura 2000“-Schutzgebiete auf dem Großen Heuberg

Auswirkungen der Umsetzung der FFH-Richtlinie auf die bauliche Entwicklung von Gemeinden wie Meßstetten, Nusplingen, Schwenningen und Stetten a.k.M.; Beeinträchtigung der Erweiterungspläne von Unternehmen sowie einer Verlegung der L 440 auf Meßstetter Gemarkung durch die vorgesehene Ausweisung von Schutzflächen? Möglichkeiten zur Erhaltung der Entwicklungspotenziale der o.g. Kommunen

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 07.05.2004 und Antw MLR Drs 13/3192

Laufendes Konsultationsverfahren in BW entsprechend der Richtlinie 92/43 EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, derzeit laufendes Nachmeldeverfahren

Vereinbarkeit der Forderung von Landräten und Bürgermeistern nach Erhalt der Kulturlandschaft mit deren Kritik am o.g. Nachmeldeverfahren zur FFH-Richtlinie und der damit beabsichtigten Ausweitung der Gebietskulisse auf 12 % der Landesfläche

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 24.06.2004 Drs 13/3305
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5084-5087

Entwicklung der Biberpopulation in BW

Entwicklung seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 13/858, Benennung von Lebensräumen iRd FFH-Nachmeldungen zum Schutzgebietsnetz „Natura 2000“, Auflistung der ergriffenen Maßnahmen zum Biberschutz sowie zur Vermeidung von Schäden und Konflikten

Antr
s. *Biber*
Drs 13/3377

Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbepark Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/3589

Umsetzung von NATURA 2000

Auswahl- und Abgrenzungskriterien sowie Zeitplan zur Nachmeldung von FFH-Gebieten; Schwerpunkte, Kriterien und Art der Behandlung von Stellungnahmen iRd Konsultationsverfahren; Auswirkungen auf die Entwicklungspotenziale der Kommunen und sonstigen Betroffenen; finanzielle Beteiligung der EU

Antr Peter Hauk u.a. CDU 06.10.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3622
BeschlEmpf und Bericht LandWA 01.12.2004 Drs 13/3932 S. 44-46
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Fortgang des Ausbaus der Bundesstraße B 292 im Abschnitt der Ortsumfahrung Osterburken

Stand der Ausbauarbeiten, Bestandskraft der Planfeststellungsbeschlüsse, Vereinbarkeit des geplanten Trassenverlaufs mit der Ausweisung von FFH-Gebieten, Frage nach einer Abstimmung zwischen den zuständigen Ressorts sowie nach der angekündigten Ausschreibung der Talbrücke Kirnau

Antr
s. *Bundesstraße 292*
Drs 13/3714

Beschleunigung der Umsetzung von Natura 2000 durch Vorgaben des Landes

Stand der Erarbeitung von Pflege- und Entwicklungsplänen für die ausgewiesenen Natura-2000-Gebiete, Anteil der Waldflächen; Herausgabe einer Handreichung zur vereinfachten und beschleunigten Erarbeitung der Pläne durch die mittleren und un-

teren Naturschutzbehörden nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 10.12.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3870
BeschlEmpf und Bericht LandwA 09.03.2005 Drs 13/4312 S. 45-47
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Verkehrbelastung und Sanierungsbedarf der Rheinbrücke Karlsruhe

Entwicklung und Prognosen der Verkehrsmengen nach Fahrzeugarten und Zielgebieten, Möglichkeiten einer Kapazitätserhöhung durch intelligente Verkehrslenkung, Zeitpunkt und Ausmaß der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten, Frage nach Zwischenergebnissen der noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung, Berücksichtigung der Belange der Natura 2000-Gebiete in den Rheinauen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4073

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änderung weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelung zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Natura 2000 - Nachmeldung von Vogelschutzgebieten

Beitrag der europäischen Vogelschutzgebiete zum Erhalt der heimischen Vogelarten, Zulassungsvoraussetzungen für Projekte und Planungen in Vogelschutzgebieten, Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer und Kommunen iRd laufenden Nachmeldeverfahrens, Erfüllung der Vorgaben der EU mit dem derzeitigen Flächenumfang der Nachmeldekulisse?

Antr Jochen K. Kübler u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4889

Zeitdruck und Unterlagenqualität im Zuge der Meldung von FFH-Gebieten und Vogelschutzgebieten 2005

Verfahrensstand der o.g. Nachmeldungen iRd Programms Natura 2000, Zeitpunkt der Zuleitung aller Daten und Gutachten zur geplanten Gebietsmeldung an die Gemeinden, Bewertung der Kritik an der Qualität und Abgrenzungsschärfe der enthaltenen Gebiete sowie an der kurzen Frist zur Stellungnahme; Zuleitung aller den Ausweisungen zugrunde liegenden Daten und Verlängerung der Frist zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum kommenden Frühjahr

Antr Frieder Birzele u.a. SPD 07.12.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4941
BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 62-65
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vorwurf einer mangelhaften Umsetzung von Natura 2000 und der damit angestrebten Ausweisung von FFH-Gebieten

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274 277 278 280 282 284 285

Mitteleinsatz zur Umsetzung von Natura 2000

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 520 522

Vorwurf einer mangelhaften Umsetzung von Natura 2000 in BW

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 606

Mitteleinsatz zur Umsetzung von Natura 2000

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1060

Rückverlagerung von Kompetenzen im Naturschutz von der EU auf die Länder und Kommunen, Darlegung am Beispiel der Umsetzung von Natura 2000 in BW

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1459 1460 1466 1472

Beklagung des Vorrangs der FFH-Richtlinie vor dem kommunalen Planungsrecht

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3313 3319 3320 3322

Stand und weitere Meldungen von Natura 2000-Gebieten

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3777 3779

Dringlichkeit von Nachmeldungen der FFH-Gebiete

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4351 4353 4359 4360

Beklagung mangelnder Transparenz des Verfahrens bis zum Beschluss der FFH-Richtlinie im Ministerrat sowie einer oberflächlichen Beratung im Umweltausschuss des Ltg

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5127

Lob der Mitarbeiter in der Naturschutzverwaltung für die Bewältigung der Nachmeldungen zu den Natura 2000-Gebieten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6096

Naturheilkunde

s.a. *Naturheilmittel*

Heilpraktiker

Zahl und Berufsbild der Heilpraktiker in BW, Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, Vereinheitlichung der Überprüfung von Kenntnissen und Fähigkeiten vor Aufnahme der Berufstätigkeit, Einbeziehung der Heilpraktiker in die Prüfungen durch die Gesundheitsämter, Rezeptierrecht der Heilpraktiker und Beihilfefähigkeit der Leistungen, Beurteilung der eingeschränkten Heilerlaubnis auf den Bereich Psychotherapie nach Inkrafttreten des PsychotherapeutenGes

Antr
s. *Heilpraktiker*
Drs 13/2268

Naturheilmittel

s.a. *Naturheilkunde*

Arzneimittelversorgung in BW

Zahl der Produzenten und Umsätze von Naturheilmitteln; neue Regelungen, Verordnungs- und Erstattungsfähigkeit von Naturheilmitteln

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Naturkatastrophe

s.a. Erdbeben
 s.a. Hagel
 s.a. Hochwasser
 s.a. Katastrophenhilfe
 s.a. Katastrophenschutz
 s.a. Unwetter

BW als Partner für eine Katastrophenregion in Südasiens

Unterbreitung eines Vorschlags für eine Partnerschaft zum Wiederaufbau einer von der Flutkatastrophe stark betroffenen Region in Abstimmung mit der BReg, anderen BLändern und Kommunen in BW; Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle

Antr
 s. Katastrophenhilfe
 Drs 13/3950

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Mittelbereitstellung für humanitäre Hilfsmaßnahmen für die von der Flutkatastrophe in Asien betroffenen Menschen aus BW bzw deren Angehörige

s. Katastrophenhilfe
 Drs 13/4009

Entscheidung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Dank für die große Solidarität, Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bürger und den Einsatz der Polizeibeamten; Eintreten für eine effektive Verwendung der Spenden für langfristig wirksame Projekte und Aufbaumaßnahmen; Ansiedlung der Koordinierungsstelle im WM, Bestimmung als Anlaufstelle zusammen mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit für die Hilfsorganisationen; Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
 s. Katastrophenhilfe
 Drs 13/4085

Naturkundemuseum*Besucherandrang in den Staatlichen Museen der Landeshauptstadt*

Entwicklung der Besucherzahlen und der verbleibenden Nettoerträge von Eintrittsgeldern in der Staatsgalerie, dem Landes- und Naturkundemuseum sowie dem Haus der Geschichte; Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgebühren

Antr
 s. Museum
 Drs 13/1658

Naturpark

s. Erholungsgebiet

Naturparkkonzeption

s. Erholungsgebiet

Naturreservat

s. Naturschutzgebiet

Naturschutz

s.a. Artenschutz
 s.a. Beauftragter für Naturschutz
 s.a. Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz
 s.a. Landschaftspflege
 s.a. Landschaftsschutz
 s.a. Natura 2000
 s.a. Naturschutzbehörde
 s.a. Naturschutzgebiet
 s.a. Naturschutzrecht
 s.a. Naturschutzverband
 s.a. Naturschutzzentrum
 s.a. PLENUM-Projekt
 s.a. Umweltakademie

Landschaftspflegeleitlinie

Ausschluss von Zuwendungen an Gemeinden, Naturschutzverbände, Vereine u.a. Gruppierungen iRd Neufassung o.g. Richtlinie? Auswirkungen auf die Finanzierung notwendiger Pflegemaßnahmen auf naturschutzrechtlichen Grundstücken

KIAnfr
 s. Landschaftspflege
 Drs 13/87

Perspektiven des Naturschutzes in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
 PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274-285

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 08**Erhöhung der Zuschüsse an den Naturschutzfonds*

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/658-8 S. 31
 PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Verwendung der zu erwartenden Ausgleichszahlungen im Zuge des Ausbaus der Bahnstrecke Karlsruhe - Weil am Rhein

Höhe der o.g. Mittel im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn, Zuständigkeiten für die Abwicklung und Verwendung der Mittel für Naturschutzzwecke, Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzverbänden u.a. Institutionen; personelle Ressourcen des Naturschutzfonds zur Bewältigung dieser Aufgabe

Antr
 s. Rheintalbahn
 Drs 13/807

Offenhaltung der Landschaft durch Grünlandnutzung sichern

Ökonomische Anreize zur Grünlandnutzung durch die Grünlandprämie u.a. Programme im Agrarbereich bzw über den Vertragsnaturschutz

Antr
 s. Grünland
 Drs 13/1175

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr
 s. Oberrhein, Region
 Drs 13/1226

Umwelt- und Naturschutz in der Bodenseeregion

Stärkung des im Bodenseeleitbild beschriebenen Potenzials der „Bodenseelandschaft als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten von überragender Bedeutung“

KIAnfr
s. *Bodensee*
Drs 13/1254

Naturschutzgroßprojekte mit Bundesmitteln

Finanzierung der Großprojekte in Oberschwaben und im Südschwarzwald; Stand der Antragsbearbeitung, der geplanten Maßnahmen und Grundstücksankäufe; Art des Schutzstatus, der vorgesehenen Nutzungen und Kontrollen

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 05.11.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1459
BeschlEmpf und Bericht LandwA 15.01.2003 Drs 13/1855 S. 48
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Maßnahmen und Programme zur Umsetzung der Ziele des Umweltplans, u.a. Rückführung des Ressourcenverbrauchs, Nutzung erneuerbarer Rohstoffe wie Holz zum Bauen und zur Erzeugung von Energie und Wärme, Energieeinsparung bei Elektrogeräten und Gebäuden durch energetische Sanierung und Wärmeschutz, Trinkwassereinsparung durch Nutzung von Niederschlagswasser, Schulung von Multiplikatoren, Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs; Entwicklung der Schutzgebiete, Ausmaß des Grunderwerbs seit 1998, Fortschreibung der Konzeption für die PLENUM-Projekte und Naturschutzzentren, Ausweitung und Vernetzung von Biotopen und ökologischen Vorrangflächen

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Privatlotterie Glücksspirale - Erträge für Natur- und Umweltschutz

Frage nach dem Auswahlgremium und den bisher geförderten Projekten; Beteiligung des LandwirtA und des Umwelt- und VerkA sowie des Landesnaturschutzbeirats an der Projektauswahl

Antr
s. *Lotterie*
Drs 13/2248

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 22) - Zuwendungen des Landes an die Stiftung Naturschutzfonds

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XIX. S. 6
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3313

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzrechtlichen Grundstücken; Aufnahme der Schutzgebietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2538
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6602-6613
BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.06.2005 Drs 13/4480 S. 18 19
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Naturschutz im Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen

Schlüsse aus der naturschutzfachlichen Bewertung der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Tübingen; Vorlage einer konkreten Planung zur Unterschutzstellung innerhalb eines größeren Schutzgebiets, z.B. eines Nationalparks oder Biosphärenreservats

Antr SPD 19.04.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3123
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5074-5083
BeschlEmpf und Bericht LandwA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 60-62
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 08**Erhöhung der Zuschüsse an den Naturschutzfonds*

ÄAntr GRÜNE 19.01.2005 Drs 13/4008-22 S. 51
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen iRd Bauleitplanung

Nutzung von Möglichkeiten zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen bereits vor einem Eingriffs-Bebauungsplan sowie von gemeinsamen Ausgleichsmaßnahmen und Ökokonten mehrerer Kommunen bzw der Handelbarkeit von Ökokonten zwischen Gemeinden; erwartete Änderungen iRd Novellierung des LandesnaturschutzGes

KIAnfr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 01.09.2005 und Antw IM Drs 13/4626

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Kritik an manchen Argumenten von Naturschützern zur Verhinderung von Standorten zur Windkraftnutzung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 426-428 433

Feststellung des Scheiterns der Reservatspolitik zugunsten eines großflächigen Naturschutzes, Forderung einer konzeptionellen Vernetzung der Naturschutzpolitik

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 513 517 519 520 522

Verknüpfung von Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus iRd PLENUM-Projekte bzw des Bundeswettbewerbs „Regionen Aktiv“

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 822

Agrarumweltprogramme zur Verbindung von Naturschutz und Landwirtschaft, Würdigung des Vertragsnaturschutzes, Unterstützung der PLENUM-Ansätze

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1049 1050 1052 1053 1056 1060

Interessenausgleich zwischen Naturschutz und Windkraftnutzung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1383 1387-1391 1394 1398 1399

Rückverlagerungsbedarf des flächenhaften, kleinräumigen Naturschutzes von der Kompetenz der EU auf die Länder und Kommunen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1459 1460 1466 1472

Naturschutzpolitik des Landes, Umsetzung der Naturschutzrichtlinien der EU, Vorrang des Vertragsnaturschutzes

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2015-2022

Befürchtung von Verschlechterungen für den Naturschutz im Zuge der geplanten Verwaltungsreform, Eintreten für ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen, Ausgestaltung des Vertragsnaturschutzes

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4327 4346 4347 4349 4351-4354 4356 4359 4360

Agrarumweltprogramme zur Verbindung von Naturschutz und Landwirtschaft, Ausweisung eines Großschutzgebiets bei Münsingen, Aufwertung des Vertragsnaturschutzes

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080-6083 6085 6088 6089 6092 6096

Ablehnung einer Beitragsfähigkeit der Kosten für Ausgleichsmaßnahmen bei naturschutzrechtlichen Eingriffen; Änd des NaturschutzGes, Anerkennung und Beteiligung von Naturschutzverbänden

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6244 6247 6248

Betrachtung des Naturschutzes als wichtigen Standortfaktor

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419 6444

Betrachtung des Naturschutzes als wichtigen Standortfaktor

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491 6495 6504 6505

Naturschutzakademie

s. *Umweltakademie*

Naturschutzbeauftragter

s. *Beauftragter für Naturschutz*

Naturschutzbehörde

s.a. *Beauftragter für Naturschutz*

s.a. *Naturschutzzentrum*

Weitere Umsetzung von Natura 2000 in BW

Zeitpunkt, Aufgaben und Arbeitsschritte zur Festlegung der endgültigen Gebietskulisse durch die EU-Kommission; finanzieller und personeller Aufwand der Naturschutzverwaltung, Aufgabenbewältigung durch die personell geschwächten Bezirksstellen für Naturschutz?

Antr

s. *Natura 2000*

Drs 13/47

Verwaltungsinterner Umgang mit den § 24a-Kartierdaten

Umgang der Naturschutzverwaltung mit o.g. Daten zur Biotopkartierung, insbes bei Veränderungen gegenüber den Ersterhebungen; Meldung von Änderungen an die LfU

Antr

s. *Ökosystem*

Drs 13/324

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Personelle Stärkung der Naturschutzverwaltung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/658-7 S. 30

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/688-5 S. 9

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Berichtigung des Ges zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änd des DenkmalschutzGes vom 14.03.2001 (GBI S. 189)

GBI 2002 14.03.2002 Nr. 3 S. 151

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Neuorganisation der Naturschutzverwaltung und zur Änd des DenkmalschutzGes, Änd der VO über die Beiräte bei den Naturschutzbehörden

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Beschleunigung der Umsetzung von Natura 2000 durch Vorgaben des Landes

Stand der Erarbeitung von Pflege- und Entwicklungsplänen für die ausgewiesenen Natura-2000-Gebiete, Anteil der Waldflächen; Herausgabe einer Handreichung zur vereinfachten und beschleunigten Erarbeitung der Pläne durch die mittleren und unteren Naturschutzbehörden nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen

Antr

s. *Natura 2000*

Drs 13/3870

Flurbereinigung Hohenasperg

Intensität und Ergebnisse der Kartierung des Hohenaspergs, Erfassung der unverfugten Trockenmauern als § 24a-Biotope, Vorkommen von Mauereidechsen u.a. streng geschützten Arten, Konsequenzen für die Flurbereinigung; Beurteilung der Einstufung und Handhabung des Verfahrens durch das Landratsamt Ludwigsburg; Zustand und Erhaltungsmöglichkeiten der vorhandenen Mauern; Nutzung einer insektenfreundlichen Beleuchtung iRd Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Hohenasperg*

Drs 13/4025

Kritik an der Eingliederung der Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege in die Landratsämter; Umsetzung der Biotopvernetzung durch die Naturschutzverwaltung

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274 277 278 282 284

Überforderung der geschwächten Naturschutzverwaltung mit der Erarbeitung der Pflege- und Entwicklungspläne für die Natura-2000-Gebiete, Forderung nach Rückkehr zu einer schlagkräftigen Naturschutzverwaltung

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2018-2021

Übertragung der Aufgaben der Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege auf die RegPräs

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4928

Verweisung auf die Schwächung der Naturschutzverwaltung in den letzten Jahren

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7272

Naturschutzfonds

s. Naturschutz

Naturschutzgebiet

s.a. Natura 2000

Weitere Umsetzung von Natura 2000 in BW

Zeitpunkt, Aufgaben und Arbeitsschritte zur Festlegung der endgültigen Gebietskulisse durch die EU-Kommission; finanzieller und personeller Aufwand der Naturschutzverwaltung, Aufgabenbewältigung durch die personell geschwächten Bezirksstellen für Naturschutz?

Antr

s. *Natura 2000*

Drs 13/47

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW und Novellierung des LNaturschutzGes

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA, SchALVO und PLENUM; Überarbeitung dieser Programme; Vorlage des o.g. GesEntw sowie einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Naturschutzflächen und Umsetzung des vorgegebenen Biotop-Verbunds

Antr

s. *Naturschutzrecht*

Drs 13/869

Naturschutzgroßprojekte mit Bundesmitteln

Finanzierung der Großprojekte in Oberschwaben und im Südschwarzwald; Stand der Antragsbearbeitung, der geplanten Maßnahmen und Grundstücksankäufe; Art des Schutzstatus, der vorgesehenen Nutzungen und Kontrollen

Antr

s. *Naturschutz*

Drs 13/1459

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

K1Anfr

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/1553

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Entwicklung der Zahl und Flächen von Landschafts- und Naturschutzgebieten, Naturdenkmalen, Bannwäldern und Naturparks seit 1998; Förderung der natürlichen Sukzession auf nicht genutzten Flächen über Aufforstungsprämien

GrAnfr

s. *Umwelt*

Drs 13/1821

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Überlegungen zur Aufnahme in die Gebietskulisse für NATURA 2000-Gebiete bzw zur Ausweisung als Naturschutz- oder Biosphärengebiet

Antr

s. *Militärische Anlage*

Drs 13/2299

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzwichtigen Grundstücken; Aufnahme der Schutzgebietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr

s. *Naturschutz*

Drs 13/2538

Umweltverträglichkeit einer geplanten Kabinenbahn am Herzogshorn (Schwarzwald)

Planung einer Kabinenbahn zum Leistungszentrum Herzogshorn; Bewertung als Eingriff in ein Naturschutzgebiet, Natura 2000-Gebiet und in das Naturschutzgroßprojekt des Bundes „Feldberg-Belchen-Oberes Wiesental“, Unvereinbarkeit mit einer Rahmenvereinbarung zwischen den Liftbetreibern und Naturschutzvertretern; Versagung der Genehmigung

Antr

s. *Seilbahn*

Drs 13/2664

Naturschutz im Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen

Schlüsse aus der naturschutzfachlichen Bewertung der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Tübingen; Vorlage einer konkreten Planung zur Unterschutzstellung innerhalb eines größeren Schutzgebiets, z.B. eines Nationalparks oder Biosphärenreservats

Antr

s. *Naturschutz*

Drs 13/3123

Laufendes Konsultationsverfahren in BW entsprechend der Richtlinie 92/43 EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, derzeit laufendes Nachmeldeverfahren

Vereinbarkeit der Forderung von Landräten und Bürgermeistern nach Erhalt der Kulturlandschaft mit deren Kritik am o.g. Nachmeldeverfahren zur FFH-Richtlinie und der damit beabsichtigten Ausweitung der Gebietskulisse auf 12 % der Landesfläche

MdlAnfr

s. *Natura 2000*
Drs 13/3305

Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbepark Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 28.09.2004 und Antw MLR Drs 13/3589

Umsetzung von NATURA 2000

Auswahl- und Abgrenzungskriterien sowie Zeitplan zur Nachmeldung von FFH-Gebieten; Schwerpunkte, Kriterien und Art der Behandlung von Stellungnahmen iRd Konsultationsverfahren; Auswirkungen auf die Entwicklungspotenziale der Kommunen und sonstigen Betroffenen; finanzielle Beteiligung der EU

Antr
s. *Natura 2000*
Drs 13/3622

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Geplantes Parkhaus am Feldberg

Beurteilung der o.g. Planung der Gemeinde Feldberg am Rande des gleichnamigen Naturschutzgebiets, Frage nach den ökologischen und ökonomischen Auswirkungen bzw nach der Wirtschaftlichkeit des nur in der Wintersaison ausgelasteten Projekts und damit nach dem Bedarf an öffentlichen Zuschüssen; Lösung der Parkplatzprobleme durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/4802

Geplantes Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Eignung der Alblandschaft um den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen zur Ausweisung als Biosphärengebiet nach den UNESCO-Kriterien? Darstellung der Auswirkungen finanzieller Art sowie für die beteiligten Gebietskörperschaften, die Land- und Forstwirtschaft; Erfahrungen in anderen BLändern; Wahrung der Interessen der Betroffenen

Antr Karl Traub u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4887
BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 57 58
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Natura 2000 - Nachmeldung von Vogelschutzgebieten

Beitrag der europäischen Vogelschutzgebiete zum Erhalt der heimischen Vogelarten, Zulassungsvoraussetzungen für Projekte und Planungen in Vogelschutzgebieten, Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer und Kommunen iRd laufenden Nachmeldeverfahrens, Erfüllung der Vorgaben der EU mit dem derzeitigen Flächenumfang der Nachmeldekulisse?

Antr
s. *Natura 2000*
Drs 13/4889

Zeitdruck und Unterlagenqualität im Zuge der Meldung von FFH-Gebieten und Vogelschutzgebieten 2005

Verfahrensstand der o.g. Nachmeldungen iRd Programms Natura 2000, Zeitpunkt der Zuleitung aller Daten und Gutachten zur geplanten Gebietsmeldung an die Gemeinden, Bewertung der Kritik an der Qualität und Abgrenzungsschärfe der enthaltenen Gebiete sowie an der kurzen Frist zur Stellungnahme; Zuleitung aller den Ausweisungen zugrunde liegenden Daten und Verlängerung der Frist zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum kommenden Frühjahr

Antr
s. *Natura 2000*
Drs 13/4941

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. *Schaf*
Drs 13/4944

Parkhaus Feldberg

Förderung des o.g. Projekts mit Mitteln aus dem Landessanierungsprogramm, Beurteilung des von der Gemeinde Feldberg vorgesehenen kostenlosen Parkens, Vereinbarkeit mit umwelt- und verkehrspolitischen Zielen sowie mit dem Fehlbedarf an Mitteln zur Sanierung der Hochschulgebäude

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/5205

Großflächige Ausweisung von Schutzgebieten zur Erhaltung der Artenvielfalt, Schutzgebietsbetreuung durch modernes Personalmanagement

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274 276-283

Erhaltung der Zuständigkeit der unteren Verwaltungsbehörden für die Abgrenzung von Naturschutzgebieten

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1459 1466 1472

Flächennachhaltigkeit in den Natura-2000-Gebieten, Bedeutung der Naturschutzgebiete innerhalb der Naturschutzkategorien, Vorlage und Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsplänen, Defizit an Großschutzgebieten

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2016-2021

Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete, Einrichtung von Großschutzgebieten

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3777-3779

Hinwirkung auf ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen; Verhinderung von Windkraftanlagen in Naturschutzgebieten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419 6420 6444

Hinwirkung auf ein Biosphärenreservat auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491 6495

Naturschutzgesetz

s. *Naturschutzrecht*

Naturschutzrecht

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungGes BW -EurUG-) Änd des NaturschutzGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Novelle BNaturschutzGes

Auswirkungen o.g. Pläne auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Land- und Forstwirtschaft, auf die Kommunen u.a.

Antr CDU 24.10.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/363
BeschlEmpf und Bericht LandwA 05.12.2001 Drs 13/616 S. 29-31
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA und SchALVO, Frage nach Umsetzung des vorgeschriebenen Biotop-Verbunds sowie der dreijährigen Übergangsfrist

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 26.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/782
BeschlEmpf und Bericht LandwA 08.05.2002 Drs 13/1109 S. 67 68
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW und Novellierung des LNaturschutzGes

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA, SchALVO und PLENUM; Überarbeitung dieser Programme; Vorlage des o.g. GesEntw sowie einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Naturschutzflächen und Umsetzung des vorgegebenen Biotop-Verbunds

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 20.03.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/869
BeschlEmpf und Bericht LandwA 12.06.2002 Drs 13/1232 S. 84
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LAbfallGes

GesEntw
s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
Drs 13/1227

Ges zur Änd des NaturschutzGes

Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie sowie der Zoo-Richtlinie der EG bzw der darauf bezogenen Rahmenvorschriften des BundesnaturschutzGes

GesEntw LReg 27.09.2002 Drs 13/1360
1. Beratung PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2015-2022
BeschlEmpf und Bericht LandwA 06.11.2002 Drs 13/1469 (dazu ÄAntr GRÜNE Nr. 1-2)
2. Beratung PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2103
GesBeschl 13.11.2002 Drs 13/1511
GBI 2002 Nr. 13 S. 424-428 (Ges vom 19.11.2002)

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzrechtlichen Grundstücken; Aufnahme der Schutzgebietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/2538

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Novellierung des LandesnaturschutzGes: Schutz der noch unzerschnittenen Landschaftsräume, Aufbau eines Biotopverbundsystems, Stärkung der Landschaftsplanung

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/3084

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des NaturschutzGes sowie der Naturschutz-ZuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Änd des NaturschutzGes, Anerkennung und Beteiligung von Naturschutzverbänden

BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4111 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1 S. 6) (11 S.)
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6244-6248
GesBeschl 16.03.2005 Drs 13/4160 (16 S.)
GBI 2005 Nr. 5 S. 206-219 (Ges vom 17.03.2005)

Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen iRd Bauleitplanung

Nutzung von Möglichkeiten zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen bereits vor einem Eingriffs-Bebauungsplan sowie von gemeinsamen Ausgleichsmaßnahmen und Ökokonten mehrerer Kommunen bzw der Handelbarkeit von Ökokonten zwischen Gemeinden; erwartete Änderungen iRd Novellierung des LandesnaturschutzGes

KIAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 13/4626

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

- GesEntw LReg 25.10.2005 Drs 13/4768 (167 S.)
- 1. Beratung PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266-7276
- BeschlEmpf und Bericht LandWA 30.11.2005 Drs 13/4872 (dazu ÄAntr GRÜNE Nr. 1-9, EAntr GRÜNE Nr. 10, ÄAntr GRÜNE Nr. 11 12, ÄAntr Dr. Walter Caroli u.a. SPD Nr. 13-16) (33 S.)
- ÄAntr GRÜNE 30.11.2005 Drs 13/4883 1 2
- EAntr GRÜNE 30.11.2005 Drs 13/4883-3
- 2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7423-7434
- GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4930 (48 S.)
- GB1 2005 Nr. 18 S. 745-787 (Ges vom 13.12.2005)

Umsetzung der BNaturschutznovelle

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275-284

Auswirkungen der Novellierung des BNaturschutzGes auf die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1868 1869

Ankündigung einer Novelle zum LandesnaturschutzGes, Erhaltung des vorhandenen Schutzniveaus

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419

Ankündigung einer Novelle zum LandesnaturschutzGes, Erhaltung des vorhandenen Schutzniveaus

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491

Naturschutzverband

s.a. Verbandsklage

Landschaftspflegerichtlinie

Ausschluss von Zuwendungen an Gemeinden, Naturschutzverbände, Vereine u.a. Gruppierungen iRd Neufassung o.g. Richtlinie? Auswirkungen auf die Finanzierung notwendiger Pflegemaßnahmen auf naturschutzwichtigen Grundstücken

- KlAnfr
- s. Landschaftspflege*
- Drs 13/87

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Entwicklung des Erwerbs naturschutzwichtiger Grundstücke durch das Land, die Kommunen und Naturschutzverbände

- GrAnfr
- s. Umwelt*
- Drs 13/1821

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Förderung von offenen Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept unter Einbeziehung von Musikschulen, Jugend-

kunstschulen, Sportvereinen, Naturschutzverbänden und den Trägern der außerschulischen Jugendbildung

- Antr
- s. Ganztagschule*
- Drs 13/2235

Änd des NaturschutzGes, Anerkennung und Beteiligung von Naturschutzverbänden

- s. Naturschutzrecht*
- Drs 13/4111

Würdigung der Leistungen der Naturschutzverbände

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419

Bereitschaft des NABU zur Mitwirkung an der Betreuung in Ganztagschulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6504 6505 6513

Einführung eines Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände nach dem Vorbild und den Erfahrungen mit den Naturschutzverbänden

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6832-6837

Verbandsklagerecht für Naturschutzverbände

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7274

Verbandsklagerecht für Naturschutzverbände

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7427

Naturschutzverwaltung

s. Naturschutzbehörde

Naturschutzzentrum

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Vorlage einer Gesamtkonzeption zu den PLENUM-Projekten, Fortschreibung der Konzeption für die Naturschutzzentren

- GrAnfr
- s. Umwelt*
- Drs 13/1821

Ausbau der Naturschutzzentren

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 277

Installation einer Holzheizung im Naturschutzzentrum Feldberg

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1378

Verweisung auf die Naturschutzzentren mit ihren hohen Besucherzahlen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6605

Naturschutz-Zuständigkeitsverordnung

s. Naturschutzrecht

Naturwissenschaft

s.a. Astronomie

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Nutzung des Potenzials im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften mit Maßnahmen nach dem Vorbild Israels

GrAnfr
s. *Juden*
Drs 13/98

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/182

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außerfamiliären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/449

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Lehrerversorgung der Hauptschulen; Entwicklung des Altersaufbaus, der krankheitsbedingten Fehlzeiten und Dienstunfähigkeit der GHS-Lehrer; Vergleich der zu erwartenden Pensionierungen mit der Zahl von Lehramtsstudenten, insbes in den naturwissenschaftlichen Fächern; Maßnahmen gegen den absehbaren Fachlehrermangel

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Reformimpulse für den naturwissenschaftlich-technischen Schulunterricht und die Zukunft des Schülerforschungszentrums in Bad Saulgau

Weiterentwicklung des o.g. Zentrums zu einer MINT-Schule (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), Maßnahmen zu einer dauerhaften Sicherung dieser Einrichtung, Prüfung einer Übernahme der Trägerschaft

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/1201

Technik-Unterricht in der Realschule

Auswirkungen des Wegfalls des eigenständigen Technikunterrichts in den Klassen 5 und 6, Konzeption für das Fach Technik nach einer Ausgliederung der „naturwissenschaftlichen Anteile“ in den Fächerverbund „Naturwissenschaftliches Arbeiten“; Beibehaltung des Pflichtfachs Technik ab Klasse 5 und Aufwertung im Zuge der geplanten Änderungen der Bildungspläne

Antr
s. *Technik*
Drs 13/1713

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkehrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1727

Stärkung der Naturwissenschaften in baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Akzeptanz der naturwissenschaftlichen Fächer in den allgemein bildenden und beruflichen Schulen sowie im Lehramtsstudium in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Beeinflussung des Wahlverhaltens; Empfehlungen der internationalen Vergleichsstudien TIMSS und PISA; Berücksichtigung iRd Einführung der Neuen Gymnasialen Oberstufe, der Lehrerbildung und -fortbildung sowie der Lehrplanrevision

Antr CDU 26.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1836 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Sozial verträgliche Studiengebühren

Vorlage einer Konzeption zur Gewinnung von mehr Studierenden in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen

Antr SPD 29.10.2003 Drs 13/2548
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3661-3675

Forschungskosten in BW

Kosten eines Forschungsarbeitsplatzes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen im Vergleich zu den USA differenziert nach Universitäten und Privatwirtschaft, Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung; Entwicklung der Zahlen dieser Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren; Anteile, Zielländer und Gründe für die Abwanderung von Wissenschaftlern aus BW

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/3266

Unterrichtsausfall an den Schulen in Stuttgart

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schulararten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3886

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schulararten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3995

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald
Einrichtung eines Wirtschaftsgymnasiums in Nagold bzw eines biotechnologischen Gymnasiums in Horb; Heranführung junger Menschen an naturwissenschaftlich-technische Fragestellungen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen
Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4746

Räumliche Voraussetzungen für die Einführung des Unterrichtsfachs Naturwissenschaft-Technik

Notwendigkeit baulicher Veränderungen durch die Einführung des neuen Schulfachs an den Gymnasien, Ablehnung entsprechender Anträge der Schulen durch die Kommunen mit dem Verweis auf die von der LReg zugesicherte Kostenneutralität

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/4791

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 08.12.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4951
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 80 81
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Anmahnung eines Gesamtkonzepts zur Gewinnung von Lehrkräften, insbes auch von jungen Frauen, für die Naturwissenschaften

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 239

Defizite der Schüler in Naturwissenschaften nach der PISA-Studie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735-737 739 741 742

Einführung eines naturwissenschaftlichen Profils an den Gymnasien

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1004 1005 1017

Gewinnung von mehr Studierenden in den Naturwissenschaften

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1216

Defizite der Schüler in Naturwissenschaften nach der PISA-Studie

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1749 1750 1753

Gewinnung von mehr Frauen für den Einstieg in naturwissenschaftliche Fächer

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2049

Leistungsfähigkeit der Grundschüler im Bereich der Naturwissenschaften

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4275 4276

Leistungsfähigkeit der Grundschüler im Bereich der Naturwissenschaften

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6860

NC

s. *Studienplatz*

NE-Bahnen

s. *Eisenbahnunternehmen*

Nebenbeschäftigung

s. *Nebentätigkeit*

Nebenerwerbslandwirtschaft

Bedeutung und Entwicklung der Hofnachfolge in der Landwirtschaft in BW

Entwicklung der Zahl von Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben sowie von Hofnachfolgern in BW u.a. BLändern seit 1996, Auswirkungen einer Übergabe oder Aufgabe des Betriebs auf das Bewirtschaftungsverhalten, Anteil und Motive von Übernehmern mit einer außerlandwirtschaftlichen Ausbildung, Unterstützung der Hofnachfolger bei der Betriebsübernahme

Antr
s. *Landwirt*
Drs 13/731

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte seit 1990; Fördermaßnahmen zur Abfederung des Strukturwandels; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Einschätzung der Nachfolgesicherung, Förderung von Junglandwirten und der Nebenerwerbslandwirtschaftsschulen; Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Situation der Landwirtschaft im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Zahl, Einkommenslage, Liquidität und Investitionsbereitschaft der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe seit 1996; Anteil und Mittelzufluss der teilnehmenden Betriebe aus den Programmen SchALVO und MEKA

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1769

Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft BW

Berechnungsgrundlagen und Höhe der Beiträge und Leistungszahlungen für Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie Beitragspflichtige mit Kleinstflächen; Entwicklung der Fälle und Höhe der gezahlten Leistungen an Landwirte, die bereits Altersrente beziehen; Hinwirkung auf eine bundesweite Vereinigung der LBG

Antr
s. *Landwirtschaftliche Sozialversicherung*
Drs 13/4289

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4484

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Land-/Forstwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

Nebenlehrer

s.a. *Krankheitsvertretung*

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf

zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1614

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1971

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4800

Nebentätigkeit

s.a. *Nebenlehrer*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte - Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit (Drs 12/1148 Ziff. 3)

Mittlg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 13/213

Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst

Vorlage eines Berichts über die von öffentlich Bediensteten ausgeübten Nebentätigkeiten seit 1998 unter besonderer Berücksichtigung der im Ges zur Änd des LandesbeamtenGes enthaltenen Regelungen zur Verschärfung des Nebentätigkeitsrechts

Antr GRÜNE 21.02.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/765
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 18 19
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren

Darlegung o.g. Daten seit 1998 differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Auswirkungen des HochschulmedizinreformGes,

Schaffung eigener Regelungen der Klinika

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 21.02.2002 und
Stellungnahme MWK Drs 13/767 (38 S.)
Ergänzende Stellungnahme und Berichtigung MWK
10.09.2002 Drs 13/1305 (42 S.)
BeschlEmpf und Bericht Wissenscha
04.07./24.10./21.11.2002 Drs 13/1638 S. 23 24
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe der Nutzungsentgelte der medizinischen Universitätsprofessoren

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge aus der Privatliquidation der einzelnen Ärzte an den vier Universitätskliniken, Art und Ergebnisse der Überwachung der Rechtmäßigkeit der abgeführten Nutzungsentgelte und Poolabgaben, Gründe der Differenzen und Beanstandungen, Ausschluss von Kollisionen zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 30.07.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1233
BeschlEmpf und Bericht Wissenscha
04.07./24.10./21.11.2002 Drs 13/1638 S. 23 24
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Einnahmen aus Nebentätigkeiten an den Universitätsklinika und die Neugestaltung des Liquidationsrechts

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge der medizinischen Universitätsprofessoren differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Schaffung eigener Regelungen der Klinika nach dem HochschulmedizinreformGes, Zahl und Ausgestaltung der neuen Verträge, Ausschluss von Kollisionen zwischen Hauptamt und Nebentätigkeiten, Ersetzung der Liquidationsrechte durch eine leistungsbezogene Vergütung

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3466 (19 S.)
BeschlEmpf und Bericht Wissenscha 07.04.2005 Drs
13/4277 S. 47
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenstätigkeitsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebentätigkeitsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. Beamter
Drs 13/3783

Einnahmen und Nutzungsentgelte an Universitätsklinika im ambulanten Bereich

Darlegung der o.g. Daten seit 2000 differenziert nach Kliniken und Abteilungen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Größenordnung der jeweiligen Einnahmen aus der Privatliquidation von Chefärzten mit Verträgen vor und nach 2002, Auswirkungen des Bonus-Systems, Anstrengung einer Neuregelung mit einer stärkeren Beteiligung der Assistenz- und Oberärzte?

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 08.11.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4811 (24 S.)
BeschlEmpf und Bericht Wissenscha 19.01.2006 Drs
13/5137 S. 69 70
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vereinbarkeit des geforderten Abbaus von Nebentätigkeiten mit der Aufwertung der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1540 1542-1544

Herstellung von Transparenz für alle Nebentätigkeiten und Nebeneinkünfte der Abgeordneten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5950-5952

Nebentätigkeitsverordnung*s. Nebentätigkeit***Neckar***Bundeswasserstraße Neckar*

Abwurf der Mittel des Bundes für Infrastrukturmaßnahmen, Bewertung des angemeldeten Vorhabens einer Verlängerung der Neckarschleusen, Förderung der Verlagerung von Güterverkehr, insbes auch Großraum- und Schwerguttransporte, vom Lkw auf das Binnenschiff; Ergebnisse eines entsprechenden Modellversuchs; Stand der Realisierung eines überregionalen Güterverkehrszentrums in Heilbronn

KIAnfr Richard Drautz FDP/DVP 15.11.2001 und Antw
UVM Drs 13/451

Hochwasserschutz in BW

Art und Wirkungen von Anstrengungen in den vergangenen Jahren an Deichen, Retentionsflächen u.a. Vorsorgemaßnahmen an Rhein, Main, Donau und Neckar; vorliegende Szenarien und Katastropheneinsatzpläne für Hochwasserereignisse; Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beschleunigung der Hochwasserschutzprogramme, insbes Vollzug des Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/1316

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur beschleunigten Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten in BW

Anhebung des Wasserpfennigs zur Umsetzung o.g. Maßnahmen an den Gewässern 1. Ordnung sowie der für die Einzugsgebiete von Rhein, Donau und Neckar vorliegenden Hochwasserschutzprogramme, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Novellierung des WasserGes

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/1347

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarke und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 23.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2102 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 (dazu Antr Winfried Scheuermann CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP) S. 29-32
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Mittlg LReg 26.04.2004 Drs 13/3136

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Entwicklung der Eckdaten auf den Wasserstraßen Oberrhein, Main und Neckar im Vergleich zum Güterverkehr auf Straße und Schiene; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Wiedereinführung der steuerfreien Übertragung des Gewinns aus der Veräußerung von Schiffen auf ein Ersatzwirtschaftsgut, durch Modernisierung und Erweiterung der Schleusen am Neckar, Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarke und damit Reduktion der Hochwassersperre u.a. Maßnahmen

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 13/2243

Wasserkraftwerke am Neckar

Auflistung o.g. Kraftwerke und deren Leistung, Ausbaupotenzial nach Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz, Abbau des Hemmnisses auslaufender Konzessionen

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/2276

Ausnahmegenehmigung für die Einleitung von Kühlwasser durch Kraftwerke in Rhein und Neckar im Sommer 2003

Antr
s. *Wasser*
Drs 13/2365

Schleusenausbau an der Bundeswasserstraße Neckar

Beurteilung der weiteren Entwicklung des Güterverkehrs auf dem Neckar im Falle einer Verweigerung der Modernisierung und Verlängerung der Schleusen durch den Bund, Grundlage der Berechnung des Projektnutzens, Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle, zeitgleiche Durchführung der von der Schifffahrtsdirektion Südwest angekündigten Instandhaltungsmaßnahmen

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 27.08.2003 und Antw UVM Drs 13/2377

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Speditionen, der Attraktivität von Bahntransporten sowie der Containerschifffahrt auf dem Neckar

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3321

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbaubauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4269

Entwicklung der Wasserqualität und Gewässergüte des Neckars

Entwicklung der wichtigsten Kenndaten seit 1990, Ursachen der Temperaturerhöhung und stofflichen Belastung, Anteil der häuslichen Abwässer, Entwicklung der (verzehraren) Fischarten, ergriffene und geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 30.06.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4466
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 40 41
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterverkehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4498

Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar, Ermöglichung des Transports von Containern

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1027

Steigerung der Gütertransporte auf dem Neckar, Sanierung und Erweiterung der Schleusen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243 1244 1247 1248 1251

Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2774 2775

Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3143

Steigerung der Gütertransporte auf dem Neckar, Sanierung und Erweiterung der Schleusen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4074 4075

Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar, Sanierung und Erweiterung der Schleusen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5200

Ausbau der Neckarschleusen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057

Bedeutung der Neckarschifffahrt, Verlängerung der Schleusen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6507

Steigerung der Gütertransporte auf dem Neckar, Sanierung und Erweiterung der Schleusen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6801 6810

Neckar-Alb, Region

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb

Größe der einzelnen Schulen, Klassen und Einzugsbereiche sowie der Schüler-Lehrer-Relation; Angebot von Werkrealschulen und Zusatzunterricht, von Ganztagschulen, Horten und Schulsozialarbeit; Entwicklung der Übergangsquoten und Größen der Eingangsklassen, der Abschlüsse und Übergänge in die zweijährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung; Einschätzung der Unterrichtsversorgung und des Ergänzungsangebots in einzügig geführten Hauptschulen

GrAnfr

s. *Hauptschule*

Drs 13/1139

Situation von Bewerberinnen und Bewerbern sowie Zahl der Klassen an beruflichen Gymnasien in der Region Neckar-Alb

Entwicklung der Zahlen und schulischen Herkunft von Bewerbern, des Erfolgs der Bewerbungen und Schulabschlüsse in der o.g. Region und landesweit seit 1998; Bildung zusätzlicher Eingangsklassen entsprechend den Bewerberzahlen

KlAnfr

s. *Fachgymnasium*

Drs 13/2053

Krankenhausinfrastruktur in der Region Zollernalb/Oberschwaben

Auflistung der von Schließung bedrohten Krankenhäuser, Höhe der dort für Modernisierungsmaßnahmen bereitgestellten Fördermittel, Prüfung von Förderanträgen auf damit einhergehende Effekte an anderer (vorher geförderter) Stelle?

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/3925

Transport von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennung

Beschleunigung der Vorlage der Untersuchungsergebnisse des Lehrstuhls für Verkehrsplanung und -leittechnik an der Universität Stuttgart über die Chancen des Schienentransports von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennungsanlage in Stuttgart-Münster, insbes. als Entscheidungsgrundlagen für die Verkehrsträgerwahl der Entsorgungsträger; Bewertung als Beitrag zur Senkung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidmissionen; Höhe der möglichen Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln

KlAnfr

s. *Abfallbeseitigung*

Drs 13/4220

Auswirkungen auf die Region Zollernalb durch die Krankenhausschließung in Hechingen

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Klinik Hechingen, Auswirkungen einer Schließung auf die Patientenversorgung in der Region bzw. auf die um den Klinikbetrieb angesiedelten Medizintechnik-Unternehmen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern im Zollernalbkreis mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/4223

Schwerpunkt der regenerativen Medizin bei wirtschaftsnahen Forschungsinstituten in der Region Neckar-Alb

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490

Neckarbischofsheim

Bahnstrecke Neckarbischofsheim/Nord-Hüffenhardt

Auswirkungen der geplanten Einführung der Rhein-Neckar-S-Bahn auf der Strecke Meckesheim-Aglasterhausen, Beurteilung des technischen Zustands der o.g. Strecke sowie der Möglichkeiten zur Weiternutzung im Schülerverkehr, Güterverkehr, Tourismus- oder Museumsverkehr; Frage nach Nutzungsmöglichkeiten für die Werkstatthanlagen in Neckarbischofsheim/Nord

KlAnfr

s. *Eisenbahnstrecke*

Drs 13/5131

Neckarbrücke

s. *Brücke*

Neckar-Odenwald-Kreis

Ansiedlung einer Photovoltaik-Fertigung im Technologiepark Neckar-Odenwald

Unterstützung o.g. Pläne der Stadt Mosbach u.a. Gemeinden im interkommunalen Gewerbegebiet „TECH-NO“

KlAnfr

s. *Solartechnik*

Drs 13/671

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Neckar-Odenwald-Kreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten

MdlAnfr

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Drs 13/912

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Oberrhein und die Region

Konversionspläne des Bundes und Landes zur Kompensation der o.g. Beschlüsse, Mitwirkung an Strategiegesprächen zur wirtschaftlichen Stärkung des Elz-Mündungsraumes und des

Neckar-Odenwald-Kreises, Investitionen der EnBW in Obrigheim und Mosbach, Zahl der Ein- und Auspendler im Neckar-Odenwald-Kreis

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 13/1804

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw. der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw. Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1989

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/3889

Zukünftige Polizeipostenstruktur im Bauland

Umsetzungszeitplan für die Polizeipostenstruktur-Reform im Neckar-Odenwald-Kreis, Zusammenlegung der Polizeiposten Adelsheim und Osterburken in Adelsheim?

MdlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4133

Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Neckar-Odenwald
Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Förderschulen, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr; Ermöglichung von Förderstunden an den Grundschulen durch Klassenteilungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4337

Neckarsulm

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Heilbronn

Auffüstung o.g. Schulen bzw. der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme u.a. auch der Johannes-Häußler-Hauptschule in Neckarsulm

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/3012

Schienengüterverkehr in Neckarsulm

Ursachen und Auswirkungen der rückläufigen Entwicklung am Nordanschluss bzw. der dort angebotenen Firma Audi, Frage nach einer Landesförderung des Gleisanschlusses und weiteren Planungen der Bahn AG, Ausmaß der zusätzlichen Straßenbelastung; Moderation der Übernahme wegfallender Angebote durch andere Eisenbahnunternehmen?

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4945

Kritik an der Umgliederung der Gemeinde Erlenbach vom Wahlkreis Neckarsulm in den Wahlkreis Heilbronn

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5835 5839-5842 5845 5846

Neckartailfingen

Zusammenarbeit des Bürgermeisters mit den Eltern in Neckartailfingen bei der Umsetzung des Orientierungsplans in der Bedarfsentwicklung für die Kindergärten

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7952

Neckarwerke Stuttgart

s. *Energiewirtschaft*

Neofaschismus

s. *Radikalismus*

Neue Bundesländer

Korrektur der Fehlentwicklungen infolge der Abschreibungsmodelle in den neuen Ländern

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 163 166-168

Konjunkturschwächen der neuen BLänder

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 204

Abkehr von einer verfehlten Subventionspolitik zugunsten der neuen BLänder, Ersetzung des Risikostrukturausgleichs unter den Krankenkassen durch einen funktionierenden Wettbewerb

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1411 1412 1416

Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit im Osten, Senkung der Erwerbsquote der Frauen mithilfe des Familiengelds

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1825 1826

Anmahnung einer Beendigung des Verzichts der alten BLänder zugunsten des BFernstraßenbaus in den neuen BLändern

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2273-2276 2278 2280 2282 2284

Befürchtungen der neuen BLänder um den Abbau von Ausgleichszahlungen im Zuge einer Föderalismusreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2913

Abriss von Wohnungen im Osten wegen dem dortigen Überangebot, Bezifferung der Kosten des Bundes auf drei Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren; Konsequenzen aus dem Elbehochwasser vor einem Jahr

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3388 3393 3394 3443-3447 3449

Befürchtungen der neuen BLänder um den Abbau von Ausgleichszahlungen im Zuge einer Föderalismusreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3637 3649

Vorwurf einer Beleidigung von Verkehrsminister Stolpe und aller Ostdeutschen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4323 4328 4339

Erinnerung an die Abschreibungsmodelle in den Bau neuer, aber nicht benötigter Wohnungen in Ostdeutschland

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4509

Stellenwert einer gut funktionierenden Verwaltung für den Aufbau in den neuen Ländern

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4891

Studie von Klaus von Dohmany über die Entwicklung Ostdeutschlands, Notwendigkeit von Korrekturen an einer verfehlten Förderpolitik

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4976

Abriss von sanierten Wohnungen in den neuen BLändern, Vorschlag einer regionalen Streichung der Eigenheimzulage; Befürchtungen der neuen Länder um den Abbau von Ausgleichszahlungen im Zuge einer Föderalismusreform

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5142 5143 5148

Ablehnung von mehr eigenen Steuerkompetenzen durch die ostdeutschen Länder, Bemühungen um Überwindung der Blockadehaltung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5500 5502 5503 5510

Abriss von sanierten Wohnungen in den neuen BLändern, Vorschlag einer Regionalisierung der Eigenheimzulage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5563 5569 5575 5576 5579 5581-5584

Erfolge der neuen Länder nach den Ergebnissen der PISA-E-Studie 2003, Feststellung einer Angleichung zwischen Ost und West

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6956 6958 6959 6961-6964

Abschneiden der neuen BLänder beim jüngsten PISA-Ländervergleich

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7212 7235 7239 7240 7246

Verweisung auf die anhaltende Binnenzuwanderung aus den neuen Ländern in BW

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646

Anstieg der Bevölkerungszahl in BW durch eine noch etwa 20 Jahre anhaltende Zuwanderung aus den neuen BLändern

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771

Neue Medien

s. Medien

Neue Steuerungsinstrumente

s. Neues Steuerungsmodell

Neuenburg

Tempolimit auf der A 5 zwischen Freiburg-Süd und Neuenburg
Gründe für die Einführung bzw Aufhebung der o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Darstellung der Unfallursachen und -statistik vor und nach Einführung des Tempolimits

GrAnfr

s. Geschwindigkeitsbegrenzung

Drs 13/4812

Renaturierung der iRd Integrierten Rheinprogramms ausgewiesenen Flächen in Neuenburg

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2437

Neues Kloster Bad Schussenried

s. Kloster

Neues Schloss, Baden-Baden

Baden-Baden

Veräußerung des Neuen Schlosses in Baden-Baden

Zustimmung zur Veräußerung der ehemaligen markgräflichen Residenz, Verzicht auf die Wahrnehmung des Vorkaufsrechts

Antr FM 07.11.2003 Drs 13/2579

BeschlEmpf und Bericht FinA 13.11.2003 Drs 13/2586

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3931

Neues Schloss, Stuttgart

Ausstehende Saalmiete für Dodo-Preisverleihung

Anmietung des „Weißen Saals“ im Neuen Schloss durch das WM und Überlassung der Abg Beate Fauser zur Verleihung eines von ihr selbst gestifteten Preises; Einforderung der üblichen Saalmiete per Rechnung von WM Dr. Döring

Antr

s. Miete

Drs 13/1506

Empfang des MinPräs für Delegationsmitglieder seiner Auslandsreisen

Versand von Spendenbriefen an die zur o.g. Veranstaltung im Neuen Schloss eingeladenen Teilnehmer: Höhe der eingegangenen Spenden, der veranschlagten sowie tatsächlichen Kosten des Empfangs, verfügbare Haushaltsmittel des StM, Zahl der vorgesehenen Abschiedsveranstaltungen des MinPräs

KlAnfr

s. Ministerpräsident

Drs 13/4051

Erinnerung an den Vorschlag zur privatwirtschaftlichen Nutzung des Neuen Schlosses

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5696

Neues Steuerungsmodell

s.a. Controlling

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Einführung von Globalhaushalten und neuen Steuerungsinstrumenten im Zuge der Novelle der HochschulGes, Entwicklung neuer Verfahren zur Wahrnehmung der Haushaltsverantwortung und Steuerungsfunktion in der Hochschulpolitik

s. Hochschule

Drs 13/664

Zielvereinbarungen mit Hochschulen

Stand, Zielvorgaben und Zeitplan von Verhandlungen des Ministeriums mit den Hochschulen über das o.g. Steuerungsinstrument; regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem Ltg

Antr

s. Hochschule

Drs 13/695

Struktur- und Entwicklungsplanung und Zielvereinbarungen als Instrumente einer strategisch ausgerichteten Hochschulpolitik

Umgang der Hochschulen mit den o.g. Steuerungsinstrumenten, Bewertung der bislang vorliegenden Struktur- und Entwicklungspläne, Einfluss der Ergebnisse in die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen

Antr

s. Hochschule

Drs 13/760

Einführung neuer Steuerungsinstrumente (NSI) in der Landesverwaltung

Abbau von 3500 Stellen zur Gegenfinanzierung der NSI, Darlegung der betroffenen Bereiche, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen? Finanzierung von Reisekosten für NSI-Schulungen aus dem allgemeinen Reisekostenetat, vorzeitige Ausschöpfung dieser Mittel; Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei, Bildung, Steuerverwaltung und Justiz

Antr SPD 10.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1167

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3264-3283

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; vorgesehene Instrumente für die Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling sowie das Führungs- und Informationssystem

Antr

s. Hochschule

Drs 13/1379

Unterausschuss des Finanzausschusses: Unterausschuss Neue Steuerungsinstrumente (NSI)

Drs 13/1391 S. 14

Bericht und Empfehlungen an den FinA 28.05.2004 Drs 13/3240 (67 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3241 (dazu Antr SPD) (12 S.)

ÄAntr SPD 28.07.2004 Drs 13/3436

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309-5318

Mittlg LReg 24.01.2005 Drs 13/3943

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, insbes Einführung der leistungsbezogenen Mittelzuweisung, der neuen Steuerungsinstrumente mit Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung; Zuweisung der Verantwortung der Hochschulen für die Erhebung von sozialverträglich ausgestalteten Studiengebühren

GrAnfr

s. Hochschule

Drs 13/1471

Einsparabsichten und Anwendung der NSI in der Forstverwaltung

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Forstverwaltung seit 1997, geplanter weiterer Personalabbau durch Zusammenlegung von Abteilungen und Referaten im Ministerium sowie Einführung der NSI, Festhalten am Einheitsforstamt oder Fortführung der Privatisierung?

Antr

s. Forstverwaltung

Drs 13/1480

Solidarpakt II

Ausgestaltung einer Verlängerung des Solidarpakts bzw der Hochschulfinanzierung mittels neuer Steuerungsinstrumente über eine Rahmenvereinbarung unter Einbeziehung aller Hochschularten, Entwicklung der einzelnen Komponenten wie Grundzuweisung, leistungsorientierte Mittelvergabe, Innovationspool und Stellenfinanzierung; Ausschluss eines Abbaus von Studienplätzen und Stellen

Antr

s. Hochschule

Drs 13/1632

Neuausrichtung des Projekts „Neue Steuerungsinstrumente“ (NSI)

Darlegung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und Vertragspartner, bisheriger Mittelabfluss und aktueller Finanzierungsplan; ressort- und aufgabenspezifische Evaluation der Einführungsphase mit dem Funktionsumfang I, Stopp der nächsten Phase, Durchführung einer besonderen Eignungsprüfung und Kosten-Nutzen-Rechnung vor Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung mit Controlling in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung, Erarbeitung einer Neukonzeption, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen

Antr SPD 04.02.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1754

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3264-3283

Die Situation an den Arbeitsgerichten in BW

Einbeziehung der Arbeitsgerichte in das Projekt „Neue Steuerungsinstrumente“

Antr

s. Arbeitsgericht

Drs 13/1829

*Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag**Rückführung der Mittel für das NSI-Projekt*

- ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 33 S. 92 93
 ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-24 S. 40 41
 PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Verwaltungsreform der LReg und die Neuausrichtung von NSI

Verzicht auf eine flächendeckende und schnelle Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung, Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, Vorlage der abgeschlossenen Verträge und Überprüfung auf die Möglichkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung des NSI-Konzepts, ggf Herbeiführung der notwendigen Änderungskündigungen

- Antr SPD 31.03.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1962
 PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3264-3283

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Vereinbarkeit der Reform mit dem NSI-Projekt bzw den bereits eingeführten Steuerungsinstrumenten bei den Stadt- und LKreisen

- GrAnfr
 s. *Verwaltungsreform*
 Drs 13/2013

Zwischenbericht zur Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente

Umstellung der Haushaltsplanung, -beratung, -kontrolle und des -vollzugs; Steuerung der dezentralen Budgetverantwortung innerhalb von Globaltiteln; Notwendigkeit einer Änderungskündigung und Anpassung des NSI-Vertrags mit dem Systemdienstleister aufgrund der geplanten Verwaltungsreform

- Antr GRÜNE 17.04.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2019
 PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3264-3283

Die „Neuen Steuerungsinstrumente“ an den Hochschulen

Bisheriger Stand und Kosten der Implementierung von NSI an den einzelnen Hochschulen, Zahl und Funktionen der geschuldeten Mitarbeiter, Einbeziehung von Leitungsebenen, entwickelte Produkte und Kennzahlen zur Umsetzung von Controlling sowie der Kosten- und Leistungsrechnung, Darstellung des Zugewinns an Planung und Steuerung im Vergleich zur bisherigen Kostenstellenrechnung

- Antr Claus Wichmann u.a. SPD 16.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2272
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2703 S. 68 69
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI

Veränderungen an der bisherigen Konzeption, Herausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden vom Funktionsumfang II mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, insbes des Polizeibereichs; Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten, Anteil des Aufwands für Werbemittel; Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Systemdienstleister über eine mögliche Vertragsveränderung oder -kündigung

- Antr SPD 05.08.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2338
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340
 BeschlEmpf und Bericht FinA 07.04.2005 Drs 13/4312 S. 14
 PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

*Haushalt 2004; Epl 12**Einsparungen bei NSI, stufenweiser Abbau der im Zuge der Verwaltungsreform frei werdenden Controllerstellen*

- ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2812-10 S. 38 39
 EAntr CDU und FDP/DVP 21.01.2004 Drs 13/2812-11 S. 40 41
 ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852-9 S. 15 16
 PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383
 Mittlg LReg 02.08.2004 Drs 13/3476

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepraxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

- Antr
 s. *Gutachten*
 Drs 13/2882

Neue Steuerungsinstrumente im Kulturbereich

Berücksichtigung der Besonderheiten bei der Einführung von NSI im Kulturbereich, Frage nach einem Vergleich der erhobenen Daten zwischen den einzelnen Einrichtungen

- KIAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 29.04.2004 und Antw MWK Drs 13/3156

Die Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung und deren Auswirkung auf die Arbeit des Ltg und seine Rechte

- Bericht und Empfehlung des Unterausschusses Neue Steuerungsinstrumente an den FinA 28.05.2004 Drs 13/3240 (67 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3241 (dazu Antr SPD) (12 S.)
 ÄAntr SPD 28.07.2004 Drs 13/3436
 PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309-5318
 Mittlg LReg 24.01.2005 Drs 13/3943

Neue Steuerungsinstrumente (NSI)

Feststellung einer einheitlichen, flächendeckenden Umsetzung der neuen Steuerungsinstrumente als nicht angemessen und viel zu teuer; Vorlage einer Konzeption zur vollständigen Neuausrichtung des Projekts unter Berücksichtigung der verschiedenen Bereiche und neuen Strukturen der Landesverwaltung

- ÄAntr SPD 28.07.2004 Drs 13/3436
 PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309-5318

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 12**Einsparungen beim NSI-Projekt*

- ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4012-10 S. 28 29
 ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4052-10 S. 11 12
 PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Erfahrungen mit NSI in der Landesverwaltung

Maßnahmen zur Lösung der durch die Verwaltungsreform entstandenen Schnittstellenproblematik der neuen Steuerungsinstrumente mit den unteren Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit der Koordination der Produktpläne und der Konzeption zur

qualitativen Steuerung der Aufgabenerledigung bei den Stadt- und LKreisen, Stand der Übermittlung der hierfür erforderlichen Kennzahlen, Gründe und Konsequenzen der Mängel im Berichtswesen und Controlling, Auswirkungen der Vertragsanpassung mit T-Systems infolge der Verwaltungsreform auf die Verantwortung des Generalunternehmers für den Gesamterfolg

Antr Nils Schmid u.a. SPD 23.08.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4613
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 13-15
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Einführung neuer Steuerungsinstrumente, Steigerung der Effizienz öffentlicher Verwaltungen
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 90

Vergleich der Bedeutung der neuen Steuerungsinstrumente mit der Gebietsreform in den Siebzigerjahren
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 294

Personaleinsparung mit der Einführung neuer Steuerungsinstrumente; Veränderung der Aufstellung, Beratung und Kontrolle künftiger Haushalte
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 550 551 553 556

Bewertung der Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen der Ministerien als Grundlagenarbeit für die neuen Steuerungsinstrumente; Frauenförderung mit der Einführung neuer Steuerungsinstrumente
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 782-784 787

Stellenstreichungen zur Gegenfinanzierung der neuen Steuerungsinstrumente, Gewinnung der Bediensteten für die Einführung der neuen Steuerungsinstrumente
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 819

Einführung neuer Steuerungsinstrumente im Hochschulbereich und in der allgemeinen Verwaltung
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967 971 972 975 977 1015-1017

Einsparungen mit der Einführung neuer Steuerungsinstrumente; Veränderung der Aufstellung, Beratung und Kontrolle künftiger Haushalte
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1072 1074

Werbung um Akzeptanz der neuen Steuerungsinstrumente bei den Mitarbeitern in der Finanzverwaltung
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1885

Bekräftigung der hohen Erwartungen an die neuen Steuerungsinstrumente, Bezeichnung als Flop des Jahrhunderts, Finanzierung der Einführung von NSI mit Personaleinsparungen
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2377 2378 2384 2385 2387 2389

Neuorientierung des NSI-Projekts, Prüfung einer Herausnahme einzelner Bereiche
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2639 2650 2669 2670 2674-2676 2678-2681

Neuorientierung des NSI-Projekts, Berücksichtigung der geplanten Verwaltungsreform
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2703 2717 2720 2726 2745

Bekräftigung der hohen Erwartungen an die neuen Steuerungsinstrumente, Herausnahme der zur Eingliederung in die Landratsämter anstehenden Behörden aus dem NSI-Projekt, Vorlage und Anpassung der abgeschlossenen Verträge
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2902 2903 2906 2917 2918

Vorreiterrolle der Kommunen und LKreise bei den neuen Steuerungsinstrumenten
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3335 3345

Vorwurf einer Durchsetzung des NSI-Projekts auf dem Rücken der Bediensteten
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3509 3510

Herausnahme der Hochschulen aus dem NSI-Projekt; Unverzichtbarkeit von NSI für die dezentrale Mittelbewirtschaftung
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3534 3543 3595

Stopp des NSI-Projekts, Bezeichnung als Geldvernichtungsmaschinerie
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3619 3620

Mögliche Kürzungen beim NSI-Projekt durch die geplante Verwaltungsreform, Finanzierung des Projekts außerhalb des Haushalts
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4012 4035 4055 4057 4061

Stopp des NSI-Projekts, Bezeichnung als Geldverschwendung, Unvereinbarkeit mit der Verwaltungsreform, Begleitung durch den RH
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4171 4188 4225 4227

Stopp des NSI-Projekts, Bezeichnung als Geldvernichtungsmaschinerie, Unvereinbarkeit mit der Verwaltungsreform
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4366 4367 4372 4373 4378

Feststellung von Datenschutzmängeln beim NSI-Projekt
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4542 4545

Bewertung des NSI-Projekts als Milliardengrab bzw als unvereinbar mit der Verwaltungsreform
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4912 4913 4915 4918 4938

Anmahnung von Stelleneinsparungen mit dem NSI-Projekt, Erinnerung an die Rationalisierung der Forstverwaltung iRd NSI-Projekts
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4989 5028

Anmahnung einer Aussage des MinPräs zum NSI-Projekt
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5144

Kritik an der Finanzierung von NSI über die Baufinanz; Bewertung des NSI-Projekts als Milliardengrab bzw als unvereinbar mit der Verwaltungsreform
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802 5804 5827

Vorwurf der Verschwendung von 500 Mio Euro mit dem NSI-Projekt, Bewertung als unvereinbar mit der Verwaltungsreform
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5891

Kritische Begleitung des NSI-Projekts durch den RH, Erwartung einer betriebswirtschaftlichen Steuerung der Verwaltung
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5958

Zweifel am Nutzen der hohen Investitionen zur Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente, Feststellung einer Versachlichung der Debatte

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053 6103 6116 6117

Begleitung der Umsetzung des NSI-Projekts durch den RH, Zweifel am Nutzen des Vorhabens

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6389 6390

Zuweisung einer Mitverantwortung des neuen MinPräs an der „Geldvernichtungsmaschine NSI“, Bezifferung der Kosten durch den RH

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469

Einsparungen beim Refinanzierungsaufwand für das NSI-Projekt

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7336 7344

Neurologie

Situation der Neurologischen Akutbehandlung und Rehabilitation in BW - Phasen A und B

Zahl und Verteilung o.g. Betten an den einzelnen Klinikstandorten, Frage nach Wartelisten bzw der Notwendigkeit zum Ausbau der Frührehabilitation

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 10.04.2002 und Antw SM Drs 13/915

Schuleingangstest

Qualitätsbeurteilung der o.g. Untersuchungen, Gewährleistung des aktuellen Standards der Entwicklungs-, Schul- und Neuropsychologie sowie der bei den erfolgreichen „PISA-Ländern“ Finnland und Kanada angewandten Testformen

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4335

Prüfung der Einrichtung eines interdisziplinären Instituts an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm zur Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2812

Einrichtung eines interdisziplinären Instituts an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm zur Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3602

Auswirkungen des Medienkonsums von Kindern und Jugendlichen nach den Erkenntnissen der modernen Hirnforschung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056 7057 7061 7062

Positive Zusammenhänge zwischen Bewegung, Sport und Lernverhalten nach Erkenntnissen der modernen Hirnforschung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7175

Nutzung der Erkenntnisse der modernen Hirnforschung über die Lernfähigkeit der Kinder im Vorschulalter

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7208 7218 7233 7237

NGO

s. *Nichtregierungsorganisation*

Nichtbundeseigene Eisenbahnen

s. *Eisenbahnunternehmen*

Nichtregierungsorganisation

Entwicklungszusammenarbeit des Landes

Revision des bisherigen Konzepts, Konzentration auf Armutsbekämpfung, Menschenrechte, Gleichstellung von Mann und Frau, Demokratisierung, schulische und berufliche Bildung, Nutzung erneuerbarer Energien; Kooperation mit Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, Unterstützung kommunaler Partnerschaften, Verzicht auf weitere Mittelkürzungen sowie Zersplitterung der Zuständigkeiten auf sieben Ministerien, institutionelle Förderung von NRO, Gründung eines LEntwicklungsbeirats, Neustrukturierung der Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit und Ausstattung mit Stiftungskapital

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/370

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Sicherung der entwicklungspolitischen Projekte der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen

s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/657

Haushalt 2004; Epl 07

Sicherung der entwicklungspolitischen Projekte der Kirchen und Nichtregierungsorganisationen

s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/2807

Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit in BW durch Optimierung der Arbeit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ)

Verfügbare Mittel der Stiftung seit 2003, Anteil der Personal- und Verwaltungskosten sowie für die in der Entwicklungshilfe tätigen Initiativen (NGO), finanzielle Situation der NGO und Netzwerke, Möglichkeiten einer institutionellen Förderung mit Mitteln des Landes oder der Landesstiftung, Frage nach Abstimmungsgesprächen zwischen Stiftung und NGO zur Vermeidung von Doppelangeboten

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4502

Entwicklungspartnerschaft in BW mit einem Land Afrikas

Ergebnisse der o.g. Prüfung in Ausführung des Landtagsbeschlusses unter Einbeziehung von Organisationen der Entwicklungshilfe und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit, Frage nach der Eignung von Burundi bzw der Fortführung der dort wegen der Bürgerkriegssituation eingestellten Hilfsprojekte

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4556

Mikrofinanzwesen - Quelle nachhaltiger Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern

Beurteilung der Förderung des o.g. Instruments der Vergabe von Kleinkrediten und der Eigenkapital- und Ersparnismobilisierung in Zusammenarbeit mit Verbänden, Banken, Regierungen und Nichtregierungsorganisationen; Darlegung von geeigneten Regionen, Staaten und Schwerpunkten

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4647

Nichtregierungsorganisationen bei der Europäischen Union
Interessenwahrnehmung der NRO im Vergleich zu Lobby-Vertretern des Privatsektors, Beurteilung der jeweiligen Funktionen und Effizienz, Höhe und Kriterien der Unterstützung der NRO mit Fördermitteln der EU

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 05.10.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4697
BeschlEmpf und Bericht StändA 14.12.2005 Drs 13/5137 S. 6
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Nichtsesshafter

s. *Obdachlosigkeit*

Nichtstaatliche Organisation

s. *Nichtregierungsorganisation*

Niederflurbus

s. *Omnibus*

Niederlande

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Beurteilung der Radwegebekanntmachung in Holland als vorbildlich

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3109 3110

Verlust von Marktanteilen in der Binnenschifffahrt an die Niederlande

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5457 5462 5463

Hinweis auf die Voraussetzungen zur Einbürgerung und für einen längerfristigen Aufenthalt in den Niederlanden; Beschäftigungsquote von älteren Arbeitnehmern in den Niederlanden; Förderung der regenerativen Energien in Holland

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7649 7662 7677 7705 7712 7715

Leistungsfähigkeit des gegliederten Schulsystems in den Niederlanden; Einquartierung der holländischen Nationalmannschaft während der Fußball-WM in Hinterzarten

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7940 7941 7955 7969

Niedersachsen

Einbeziehung der Rückzahlung von Erdgasförderzins durch das Land Niedersachsen in den Länderfinanzausgleich

Begründung der o.g. Entscheidung des BFinanzMin, finanzielle Auswirkungen für das Land und die Kommunen

Antr
s. *Länderfinanzausgleich*
Drs 13/845

Folgen des Urteils des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 6. September 2005 für das LMedienGes BW

Verwerfung des weitgehenden Ausschlusses politischer Parteien von der Veranstaltung privaten Rundfunks mit dem o.g. Urteil, Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der einschlägigen Regelungen des LMedienGes durch Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr
s. *Mediengesetz*
Drs 13/4652

Zustimmung des Landes Niedersachsen zur neuen HennenhaltungsVO im BRat gegen den Widerstand der Eierproduzenten im Land, Evaluation des Versuchs zur Gruppenhaltung in Niedersachsen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 627-629 632 633

Einräumung von Nachholbedarf Niedersachsens in der Bildungspolitik gegenüber Bayern und BW durch MinPräs Gabriel

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1959 1960

Verweisung auf die Abschaffung der RegPräs in Niedersachsen

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4640 4643 4647

Kosten und Stand der Erkundung des Standorts Gorleben als Endlagerstätte für radioaktive Abfälle, Bewertung der Sicherheit von Gorleben, Bekenntnis der LReg von Niedersachsen zum Standort Gorleben

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4820-4829

Verweisung auf die Abschaffung der RegPräs in Niedersachsen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4934 4936

Verweisung auf die Abschaffung der RegPräs in Niedersachsen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5005

Ausstieg Niedersachsens aus der KMK, Erzwingung einer Reform der KMK

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5428-5437

Ergebnisse der PISA-Studie für das Schulsystem in Niedersachsen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5498

Vorbehalte gegen die Gesamtschulen, Verweisung auf das Scheitern des Gesamtschulkonzepts in Niedersachsen; Übernahme der niedersächsischen Regelungen zu Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften der Abgeordneten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5887 5952

Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen bei der Landtagswahl in Niedersachsen 1996

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6726 6727

Niederschlagswasser

s. *Wasser*

Niefern-Öschelbronn

Ausbau der A 8 zwischen dem Rasthof Pforzheim und Enzberg
Planungsstand und verfügbare Bundesmittel für den o.g. Ausbau, Realisierbarkeit bis zur Fußball-WM 2006; Bewertung der Kritik der Gemeinde Niefern-Öschelbronn an den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Vorbereitung einer Neuplanung des Rasthofs durch das RegPräs Karlsruhe, Ermöglichung einer Verlegung der Tankstelle?

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/4684

Nigeria

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3153

Nitrat

Vollzug der Schutzgebiets- und AusgleichsVO vom 20.02.2001 - Basisgrundwasserschutz in OGL-, Problem- und Sanierungsgebieten

Art und Intensität o.g. Grundwasserbelastungen; Funktion des Nitratinformationsdienstes, Ergebnisse der Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten; Aufgaben, Zusammensetzung und Initiativen der regionalen Arbeitsgruppen; Maßnahmen zur Trendumkehr innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1679

Bilanz der Novellierung der SchALVO

Veränderungen für die anstehende Neueinstufung der Wasserschutzgebiete bei den Normal-, Problem- und Sanierungsgebieten; vorhandene Sanierungspläne und Beratungssysteme vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen; Prüfung alternativer Lösungen für die Trinkwasserbereitstellung und Methoden zur Feststellung des Nitratgehalts; Entwicklung der Hoftor- bzw Feld-Stallbilanzen von Marktfrucht- und Veredelungsbetrieben; Auswirkungen der Kosten des Landes auf den Wasserpennig; Gewährleistung eines flächendeckenden Gewässerschutzes seit der Deckelung des MEKA

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/2382

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW
Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA,

Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landestraßen

Anfallende Mengen und Art der Verwertung von Häckselgut bei der Randstreifenpflege durch die Straßenbauverwaltung, Anstieg der Nitratwerte im Boden bei der Verwertung als Düngemittel an Ort und Stelle; Vorschlag einer energetischen Nutzung dieses Materials und sonst noch anfallender Biomasse

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/3337

Umsetzung und Änderungen an der SchALVO (Schutzgebiets- und AusgleichsVO)

Entwicklung der Boden- und Grundwasserbelastung mit Nitrat, Auswirkungen der vorgenommenen Änderungen bei der Messung und Bewertung von Bodennitrat und den daraus abgeleiteten Auflagen und Entschädigungszahlungen, Höhe der bewilligten Zahlungen und der verfügbaren Mittel 2005 und 2006, Beurteilung der von den Wasserversorgern befürchteten Verringerung der Einstufung von Problemgebieten infolge der geänderten Praxis

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/3763

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Vergleich zwischen konventionellem und ökologischem Landbau hinsichtlich der Belastung von Lebensmitteln mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln und der Grundwasserbelastung mit Nitrat

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Grundwasserschutz in den Nitrat-Sanierungsgebieten

Gründe für die geringe Zahl der erarbeiteten Sanierungspläne für die festgelegten Sanierungsgebiete, Darlegung der geforderten Auflagen und deren Überwachung nach der SchALVO; Schaffung und Umsetzung der Sanierungspläne für alle Nitratsanierungsgebiete

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 13/4608

Schließung von 800 Brunnen wegen zu hoher Nitratbelastung seit 1980, Verbesserung der Situation mit Einführung von SchALVO und MEKA

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275 277

Nitratbelastung des Grundwassers am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1990

Feststellung hoher Nitratbelastungen trotz der SchALVO, Ersetzung durch ein System von Direktzahlungen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3442

Feststellung hoher Nitratbelastungen des Grundwassers trotz der SchALVO, Ersetzung durch ein System von Direktzahlungen
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3780

Nitrofen

s. Pflanzenbehandlungsmittel

Nitzenhausen, Ortsteil

s. Künzelsau

Noll, Ulrich Dr. MdL FDP/DVP

Wahl des Abg Dr. Noll in den Aufsichtsrat der Landesstiftung BW gGmbH
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5489

Nordkorea

Sorge um den Atomwaffenbesitz Nordkoreas
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2696

Nordrhein-Westfalen

Auswirkungen der vereinbarten Neuregelung des Länderfinanz- ausgleichs für NRW
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 74 75 109

Verschuldung des Landes NRW; Vergleich der Fördermittel zur Altbausanierung
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 334 338 341

Vergleich der Nettoneuverschuldung von BW und NRW im Jahr 2001, Förderung der regenerativen Energien in beiden Ländern
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799 821 822

Verschuldung des Landes NRW
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1167-1170 1177

Förderung der regenerativen Energien in BW und NRW, Umsetzung der Forschungsergebnisse; Mitteleinsatz für den sozialen Wohnungsbau in NRW
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1377 1381 1386 1388 1433 1440

Hinweis auf die kurze Sperrzeit der Spielhallen in NRW
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1531-1534 1537 1538

Vergleich der Agrarpolitik von RPF und NRW
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1665 1673

Zahl von Ganztagschulen in NRW
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1768 1769

Verweisung auf das Beispiel NRW bei der Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2735 2736 2738

Finanzielle Situation der Kommunen in NRW; Verweisung auf eine Studie zur Lehrerarbeitszeit in NRW
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3234 3257 3260

Verschuldung des Landes NRW; Vergleich der Komplementär- förderung der Wohnungsbaumittel des Bundes
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3571 3572

Arbeitsplatzpotenzial der erneuerbaren Energien in NRW; Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung und Bildungsausgaben mit NRW; Dimensionen der Flughäfen und Messen in NRW; Übernahmefähigkeit der Diätenreform des Ltg
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5869 5882 5886 5897 5947 5948 5950-5952

Wahlbeteiligung der 16- bis 21-Jährigen bei der Landtagswahl in NRW 1999
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6726 6727

Übernahmefähigkeit der Diätenreform des Ltg in NRW, Berufung einer unabhängigen Kommission
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7010-7013

Übernahmefähigkeit der Diätenreform des Ltg in NRW, Berufung einer unabhängigen Kommission
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7095-7097

Verweisung auf das Scheitern des Gesamtschulkonzepts in NRW bzw auf die Ergebnisse des aktuellen PISA-Ländervergleichs
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7213 7239 7246

Erfahrungen mit dem Recht auf allgemeine Einsicht in die Akten des Landes und der Kommunen in NRW; Beurteilung des Vorschlags aus NRW für ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7538 7539 7542 7543 7545 7548 7549

Erfahrungen mit dem Recht auf allgemeine Einsicht in die Akten des Landes und der Kommunen in NRW
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7607 7608 7610 7611

Zubau neuer Kraftwerkskapazitäten und Förderung der erneuerbaren Energien in NRW; Übernahmefähigkeit der Diätenreform des Ltg in NRW
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7701 7718 7736 7742

Übernahmefähigkeit der Diätenreform des Ltg in NRW
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7899-7902

Nordschwarzwald, Region

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode
Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmethode der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie, u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unternehmen in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigenkapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steueraufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanzbesteuerung

Antr
s. Bilanz
Drs 13/1601

Wegweisungsstandards im Modellprojekt „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion“

Beschilderung nach den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen iRd Modellprojekts „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion Nordschwarzwald“ bzw Frage nach LKreisen mit abweichender Beschilderung

KIAnfr
s. Wegweiser

Drs 13/2373

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/2533

Regionalplan 2015 des Regionalverbands Nordschwarzwald

Zulässigkeit des o.g. Regionalplans nach der Reduzierung auf wenige Standorte für Windkraftanlagen

KlAnfr

s. *Regionalplanung*

Drs 13/3072

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/4484

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Nutzung der Windenergie im Nordschwarzwald

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 428 429 433 434

Verweisung auf die Schutzgebiete im Nordschwarzwald, Ablehnung eines Nationalparks

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6605 6606

Vorwurf der Verhinderung eines Windparks im Nordschwarzwald durch örtliche CDU-Abgeordnete bzw eine Bürgerinitiative

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7299 7300 7302

Normung

s.a. *Technische Überwachung*

Freier Zugang zu DIN-Normen

Monopolstellung eines Verlags zur Veröffentlichung von DIN-Normen im vollständigen Wortlaut gegen Entgelt, Frage nach einer freien Zugangsmöglichkeit der Gewerbeaufsichtsämter; Ermöglichung eines einfachen und kostengünstigen Zugangs für Kommunen, LKreise und Unternehmen über das Internet; Festlegung bzw Auslegung des Begriffs „Stand der Technik“ bei öffentlichen Ausschreibungen und Angeboten

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 26.11.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2668

BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 10

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Norsingen, Ortsteil

s. *Ehrenkirchen*

Notar

s.a. *Beurkundung*

Promotion von Absolventen der FH und Berufsakademien

Bewertung o.g. Zahlen im Vergleich zu anderen BLändern, Darlegung der Entwicklung bei den Absolventen der Berufsakademien und der Württembergischen Notarakademie

Antr

s. *Promotion*

Drs 13/635

Nachlasssachen beim Karlsruher Notariat

Schädigung von Erben durch die Nachlasspflegerin E. und Notariatsamtsinspektor E. seit 1985, Einräumung einer umfassenden Verfügungsvollmacht durch die zuständige Nachlassrichterin, Zeitpunkt der Information und Konsequenzen des Notariatsdirektors Prof. L., des Präsidenten des LG Karlsruhe und des Ministeriums; Stand des Strafverfahrens; Schadenersatzleistungen des Landes

Antr

s. *Erbschaft*

Drs 13/866

Personalengpässe in Notariaten

Kosten und Einnahmen, Geschäftsanfall, Umfang und Folgen der Rückstände der Notariate; Reaktion auf den Nachwuchsmangel, Finanzierung des zusätzlich notwendigen Personals über Gebühreneinnahmen; Disparitäten zwischen dem ländlichen Raum und Ballungsgebieten; Aktualisierung der Grundbücher iR von Flurbereinigerungsverfahren; Erfahrungen mit der Anwendung des elektronischen Grundbuchs, Tauglichkeit der eingesetzten Hard- und Software

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 28.08.2002 und Antw JuM Drs 13/1280

Justizreform in BW

Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate; Auswirkungen einer Eingliederung der Grundbuchämter in die (reduzierten) Amtsgerichte, Auflösung von Außenstellen der Amtsgerichte

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/2177

Privatisierung des Notariatswesens

Gegenüberstellung der Einnahmen und Aufwendungen vor und nach einer Privatisierung bzw nach Angleichung der Gebührenordnung an das EU-Recht, notwendige Rechtsänderungen, Erhaltung der Bürgernähe, insbes im ländlichen Raum; Auswirkungen einer Verschiebung bis 2008

Antr SPD 25.06.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2185
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386-5396

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 5) - Geschäftsstellenautomation bei Gerichten und Notariaten

Berücksichtigung der Empfehlungen des RH bei künftigen Programmentwicklungen

Mittlg
s. *Automation*
Drs 13/2700

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außenstellen bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenauffälle und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Bestellung von Notaren in BW

Entwicklung der Zulassungszahlen und Auslastung von Anwalts- und Nurnotaren in den letzten zehn Jahren in den Rechtsgebieten Baden und Württemberg, Frage nach den rechtlichen Grundlagen auf Bundes- und Landesebene für die Zulassung

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 29.06.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3327

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 12) - Einnahmen im Nachlassbereich

Mittlg
s. *Erbschaft*
Drs 13/4103

Grundbuchadministrative Versorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Eingliederung der Grundbücher von Umlandgemeinden und Außenstellen in das Notariat Freiburg; Frage nach einem mittelfristigen Entlastungseffekt durch Einführung des elektronischen Grundbuchs

KlAnfr
s. *Grundbuch*
Drs 13/3745

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnah-

men für künftige Haushalte; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Änd des FinanzausgleichsGes sowie der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Ges zur Änd des LandesjustizkostenGes und des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Anpassung des Gebührenanteilsystems der Notare im Landesdienst an die Vorgaben des Europarechts, Erweiterung bzw Einführung der Gläubigerschaft der Notare an sämtlichen Gebühren und Auslagen für Geschäfte i.S. von § 3 Abs 1 des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, strukturelle und inhaltliche Neugestaltung der an das Land abzuführenden Gebührenanteile

GesEntw LReg 21.01.2005 Drs 13/3965 (45 S.)
1. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6190-6194
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.07.2005 Drs 13/4516 (dazu ÄAntr Nr. 1) (27 S.)
2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6920-6925
GesBeschl 27.07.2005 Drs 13/4563
GBI 2005 Nr. 12 S. 580-584 (Ges vom 28.07.2005)

Erinnerung an die noch ausstehende Reform des Notariatswesens

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917-920

Vorschlag einer notariellen Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1348-1351

Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu den Notargebühren, Betrachtung des Notarwesens als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1457 1459 1472

Vorschlag einer notariellen Beurkundung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1699 1701

Privatisierung der Notariate, Höhe der Gebührenauffälle

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2918 2921 2925 2926

Zuständigkeit des Landes für die Notariate, Vorgaben der EU zur Höhe der Notariatsgebühren, Privatisierung der Notariate

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3333

Modellhafte Einführung des freien Notariats im badischen Landesteil

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4155

Privatisierung der Notariate, Höhe der Gebührenauffälle, Schaffung eines einheitlichen Notariats in BW

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4304-4306 4309-4311 4313

Modellhafte Einführung des freien Notariats im badischen Landesteil, Lob für das württembergische Bezirksnotariat

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4931 4954 4955 4957-4959

Modellhafte Einführung des freien Notariats im badischen Landesteil

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5000

Modellhafte Einführung des freien Notariats im badischen Landesteil, Lob für das württembergische Bezirksnotariat, Vorgaben der EU zur Höhe der Notariatsgebühren

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6039-6041

Steigerung der Gebühreneinnahmen der Notare nach den Empfehlungen des RH

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6385

Prüfung einer Neuordnung des Notarwesens nach dem Urteil des EuGH

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Notariat

s. *Notar*

Notarzt

s. *Arzt*

Note (Bewertung)

s.a. *Qualipass*
s.a. *Schulzeugnis*

Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse von Migrantenschülerinnen und -schülern und Anerkennung dieser Leistungen als Fremdsprachenkenntnisse im Zeugnis

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/78

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts im Ergänzungsbereich, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse, Aufnahme als weitere Note im Zeugnis

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/168

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ermöglichung neuer Formen der Unterrichtsgestaltung und Unterrichtszeiten sowie der Leistungserbringung und -bewertung, Aufhebung der Noten- und Klassenarbeitserlasse, eigenverantwortliche Gestaltung der Lehrpläne, Bildung von Lerngruppen, interne und externe Evaluation

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Umsetzung der Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse
Erfahrungen mit dem Pilotprojekt für italienischstämmige Schüler; Vorbereitungsstand für Französisch, Griechisch, Türkisch, Russisch und weitere Herkunftssprachen; Frage nach einheitlichen Leistungs- und Prüfungsstandards, nach Vorbereitungskursen unter Einbeziehung von Lehrbeauftragten sowie Ausweisung und Anrechnung der Note im Abschlusszeugnis; umfassende Information aller Beteiligten

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/1634

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkehrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1727

Neue gymnasiale Oberstufe

Erstellung einer ersten Bilanz nach Einführung der NGO, Vorbereitungsstand der Lehrer, Entwicklung der Kursgrößen und Notendurchschnitte, Befürchtung einer Benachteiligung der Schüler bei der Vergabe von Studienplätzen, Beurteilung der von Verbänden und Gremien geforderten Veränderungen

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1759

Reformierte Oberstufe

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf die Schüler der Klasse 12, Entwicklung der Notendurchschnitte, Rückmeldungen von Lehrkräften

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1781

Änderung des Notenschlüssels wegen zu schwerer Mathematikprüfung am Berufskolleg im Jahr 2004 zum Erwerb der Fachhochschulreife

Mangelnde Verständlichkeit und unerwartete Aufgabenstellungen bei der o.g. Prüfung als Gründe für das Absacken der Noten im Vergleich zu den Jahresleistungen; entsprechende Anpassung des Notenschlüssels oder Gewährung eines Punktezuschlags als Ausgleich für den unverhältnismäßig hohen Schwierigkeitsgrad

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 29.06.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3319
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 30 31
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer qualifizierten Beratung, flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen für alle Schularten, Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an den Ganztagschulen

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“

Einräumung eines Elternwahlrechts über die weiterführende Schule, entsprechende Stärkung der Diagnose- und Beratungskompetenz der Grundschullehrkräfte, Entwicklung motivieren-

der Formen der Leistungsbewertung unter Verzicht auf die Notengebung, Einsatz der frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten, Ausbau der horizontalen Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen, Ermöglichung der Weiterentwicklung von Schulen zu neunjährigen Basisschulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/4300

Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gymnasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 27.07.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4552
BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.10.2005/08.02.2006 Drs 13/5138 (dazu ÄAntr Renate Rastätter u.a. GRÜNE Nr. 1 und Antr Georg Wacker CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP Nr. 2) S. 65-69
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Aussagekraft von Noten an Haupt- und Werkrealschulen

Bevorzugung von Aufnahmeprüfungen anstelle der Noten für den Schülerwechsel auf ein berufliches Gymnasium, Begründung der Zweifel an der Notengebung der Lehrer, Beurteilung der Zukunftsfähigkeit dieses Beurteilungssystems; Zahl und Erfolg des Wechsels von Schülern aus Werkrealschulen auf berufliche Gymnasien in den letzten fünf Jahren

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 16.12.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4994
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 83
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8); hier: Keine Benotung von Vergleichsarbeiten

Antr
s. *Klassenarbeit*
Drs 13/5111

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums (G 8)

Verzicht auf die Benotung der Vergleichsarbeiten als Klassenarbeiten, Einsatz als Mittel der Selbstevaluation; Vorlage eines Konzepts für das Jahr 2012 mit zwei Abiturjahrgängen

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/5114

Individuelle Förderung an der Grundschule, Abkehr von der Notenerteilung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 737

Kritik an einer Ausweitung der Notengebung an der Schule

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 998 999 1008

Abkehr von der frühen Notenerteilung an der Grundschule, Benotung der Fremdsprache ohne Versetzungsrelevanz

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1484 1489 1491 1494 1496

Verzicht auf die Notenerteilung an der Grundschule, Erstellung von Lernberichten

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2511

Individuelle Förderung an der Grundschule, Abkehr von der Notenerteilung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2583 2584 2587

Feststellung einer Übereinstimmung zwischen der erbrachten Leistung und Notengebung in BW - im Gegensatz zu anderen BLändern; Aussagekraft der Notengebung; Verzicht auf Ziffernoten in der Grundschule

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2821 2835

Aussagekraft der Schulnoten, Suche nach neuen Instrumenten und Standards

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4275

Forderung nach Einzelbenotung der Fächer Musik, Kunst und Sport an der Hauptschule; Verzicht auf die Notengebung an der Grundschule

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4830 4831 4839

Verzicht auf Ziffernoten an der Grundschule

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6967

Festhalten an der Leistungsbenotung im Schulsport

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7175 7178 7179

Notfallseelsorge

s. *Seelsorge*

Notfallversorgung

s. *Krankenversorgung*

NPD

s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

NRO

s. *Nichtregierungsorganisation*

NSI

s. *Neues Steuerungsmodell*

Nürtingen

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen
Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG; Begründung, bauliche Maßnahmen und Kosten einer Verlagerung der Chirurgie und Gynäkologie von Kirchheim nach Nürtingen; Auswirkungen auf die von den Aidlinger Schwestern betriebenen Krankenpflegeschule am Kirchheimer Krankenhaus

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/1708

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Zukunft des Kreiskrankenhauses Kirchheim/Teck

Beurteilung der vom LKreis Esslingen geplanten Schließung der neu gebauten Kirchheimer Gynäkologie, Bewirkung einer Rückzahlung von Landeszuschüssen? Auswirkungen der Sparbeschlüsse der LReg auf die Zuschüsse für den Nürtinger Krankenhausneubau; Konsequenzen des Urteils des EuGH zur Arbeitszeit der Ärzte für die Personal- und Kostenstruktur der Kreiskrankenhäuser Kirchheim und Nürtingen

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2566

Unterrichtsversorgung im LKreis Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4598

Verlagerung der Kriminalaußenstelle Nürtingen

Grundlagen, Zeitpunkt und Kosten der o.g. Entscheidung; Art der Nutzung des vor kurzem erweiterten und sanierten Gebäudes des Polizeireviere Nürtingen; Frage nach der Größe und Ausstattung eines möglichen Alternativstandorts; Konsequenzen der Verlagerung für die Bürger bzw die Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Schutzpolizei

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 13/4833

Neuabgrenzung des Wahlkreises Nürtingen, Abgabe von Gemeinden an den Wahlkreis Kirchheim

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828 5831 5832 5834 5838

Nukleare Sicherheit

s.a. *Störfall*
s.a. *Strahlenschutz*
s.a. *Technische Überwachung*

Entwendung plutoniumhaltigen Materials aus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zweifel am Sicherheitskonzept der WAK aufgrund des o.g. Falles; Konsequenzen

MdlAnfr
s. *Plutonium*
Drs 13/62

Sicherheitsprobleme der stillgelegten Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe

Entwendung von plutoniumhaltigem Material aus der o.g. Anlage: Art und Weise der Überwindung des Sicherheitssystems bzw des Versagens der Kontrollen, Informationen und Maßnahmen des UVM, Intervalle und Intensität der Überprüfung von eingesetzten Firmen und Mitarbeitern; Erarbeitung und Vorlage sowie Konsequenzen einer aktuellen Sicherheits- und Schwachstellenanalyse

Antr SPD 18.07.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/91 (15 S.)
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1209-1215

Atomkraftwerk Fessenheim

Informationen über neue Schäden im AKW Fessenheim, insbes infolge von Alterungsprozessen bzw Rissbildung; Zeitpunkt und Kosten des Austauschs der Dampferzeuger; Beurteilung der Sicherheitsrisiken und evtl Folgeschäden, insbes wegen der nicht vorhandenen Auslegung sicherheitsrelevanter Teile gegen Erdbeben; Hinwirkung auf eine Verkürzung der Untersuchungsintervalle

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/92

Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe

Sicherheitstechnische Auslegung gegen Selbstmordattentate mit großen Verkehrsflugzeugen, Gefährdung der Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafeld und La Hague durch Abstürze kleinerer Maschinen; Unterstützung der Vereinbarung zwischen BReg und EVU zum Ausstieg aus der Atomenergie, Hinwirkung auf eine Konzeption als Antwort auf die genannten Terrorszenarien, Anordnung der vorübergehenden Stilllegung der Anlagen bis zur Umsetzung einer solchen Konzeption, Verzicht auf die Nutzung der Wiederaufbereitungsanlagen in Frankreich und England

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/282

KKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche

Reaktion der Betreiber, Prüfung atomaufsichtsrechtlicher Maßnahmen

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/283

Umgang mit schwerwiegenden sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im AKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche Reaktion bzw Konsequenzen vonseiten der Atomaufsichtsbehörde und Betreiber, Beurteilung der Zuverlässigkeit nach dem AtomGes

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/287

Gefährdung der Atomkraftwerke in BW durch Terroranschläge

Personelle und technische Sicherheitsmaßnahmen und deren Kosten, vorhandene Katastrophen- und Evakuierungspläne; Hinwirkung auf eine frühere Abschaltung älterer AKW, insbes in Obrigheim, sowie auf einen angemessenen Außenschutz und Versicherungsschutz

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/309

Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II (KKP II)

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, Umgang mit Informationen und Einstufung der Vorkommnisse durch die Atomaufsichtsbehörde, Bewertung des Berichts der Betreiber und des als Gutachter zugezogenen TÜV, Einlassungen in der Sitzung der Reaktorsicherheitskommission; personelle und organisatorische Konsequenzen

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/314

Schwerwiegende Verstöße gegen Sicherheitsvorschriften im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unterschreitung der vorgeschriebenen Füllstände mit Reaktorkühlmittel vor dem Wiederanfahren der Anlage, Gründe und Auswirkungen dieser vom Betreiber über Jahre hinweg regelmäßig praktizierten Vorgehensweise, Konsequenzen aufseiten der Atomaufsichtsbehörde und Gutachter

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/352

Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beurteilung von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung o.g. Gutachtergruppe; Konsequenzen in der Abteilung 7 des UVM, insbes Entbindung des Leiters von seinen Aufgaben wegen Fehlentscheidungen im Umgang mit den Störfällen im Atomkraftwerk Philippsburg II

Antr GRÜNE 02.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/388

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 578-597

Arbeit der Atomaufsicht in BW

Überprüfung der Einhaltung rechtlich vorgegebener Sicherheitsstandards; rasche und sachgerechte Entscheidungen bei Mängeln, Vorfällen und Störfällen bzw Weiterleitung von Meldungen an die zuständigen Ministerien, Ämter und Gremien; ggf Einschaltung von Gutachtern; Beurteilung der Unabhängigkeit sowie von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Frage nach Aktivitäten und Ergebnissen der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Einbeziehung von Experten des TÜV, Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der ILK

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/422

Überprüfung der Atomaufsicht in BW durch unabhängige Gremien

Rücknahme der Betrauung des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/437

Aufarbeitung gravierender sicherheitstechnischer Defizite im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unzureichende Befüllung der Flutbehälter beim Wiederanfahren seit 1985, Erfassung der entsprechenden Messdaten von Prozessrechnern, Überprüfung der Protokolle durch Sachverständige des TÜV, Ergebnisse dieser Überprüfungen sowie der Periodischen Sicherheitsüberprüfung der Betriebsführung; nochmalige Begutachtung dieser Vorgänge durch unabhängige Gutachter, Beachtung der Unabhängigkeit von Betreiberinteressen bei der künftigen Auswahl von Gutachtern der Aufsichtsbehörde, Verzicht auf die Dienste des TÜV

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/445

Sicherheit der kerntechnischen Anlagen und Qualität der Atomaufsicht in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 578-597

Unzureichende fachliche Qualifikation auf der Leitungsebene des Atomkraftwerks Philippsburg

Bewertung des o.g. Verstoßes gegen die entsprechende Richtlinie, Gründe und Konsequenzen der Akzeptanz vonseiten der Atomaufsicht im UVM - auch nach den Verstößen gegen sicherheitstechnische Vorschriften, Beurteilung der Bedenken des BUMweltMin zu der vorgenommenen Zuweisung von Verantwortlichkeiten; Sicherstellung der Anwendung des Atomrechts durch die Atomaufsicht

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/483

Qualitätssicherung bei der Atomaufsicht

Maßnahmen seit Bekanntwerden der Störfälle im KKW Philippsburg; Zeitpunkt der Einsetzung, Zusammensetzung und Auftrag der Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/553

Einsetzung und Auftrag des UA „Fehler der Atomaufsicht in BW im Zusammenhang mit den meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 13/630

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Streichung der Etatansätze für die Internationale Länderkommission Kerntechnik

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/660-1 S. 19 20
ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-5 S. 26
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/687-1 S. 2 3
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-2 S. 4
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke

Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001; Aktualisierung der Katastrophenschutzpläne für die Standorte Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, insbes hinsichtlich der Sperrzonen, Evakuierungspläne, der medizinischen Versorgung sowie administrativen und technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstschutzes; Information der Bevölkerung

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/679

Konsequenzen aus dem schweren Störfall im AKW Brunsbüttel für das Atomkraftwerk Philippsburg I

Bewertung und Konsequenzen des Störfalls auf Landes- und Bundesebene; Maßnahmen der Atomaufsichtsbehörde, Prüfung einer vorübergehenden Stilllegung des KKW Philippsburg I?

Antr
s. *Störfall*
Drs 13/839

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolgutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterausschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterabrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/1381

Befüllung der Flutbehälter des Notkühlsystems im AKW Obrigheim

Konsequenzen aus den erst jetzt bekannt gewordenen Regelverstößen bei der Befüllung der Flutbehälter für die Atomaufsicht und Betreiber der Anlage

MdlAnfr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/1369

Unsicherer Untergrund des Atomkraftwerks GKN

Untersuchungen, Ergebnisse und Konsequenzen der Hohlraumbildungen seit 1999; Sicherungsmaßnahmen für die im Boden verlegten Leitungen und Kabelkanäle

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/1857

Hohlraumeinsturz in Besigheim

Beurteilung des o.g. Vorfalles auf einem Acker in der Nähe des Kernkraftwerks Neckarwestheim, Frage nach Konsequenzen des UVM angesichts der gleichen geologischen Verhältnisse unter dem GKN

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/1866

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Internationale Länderkommission Kerntechnik

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 27 S. 83 84
ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 74 S. 137 138
ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-39 S. 60 61
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Endlagerung atomarer Abfälle

Bisheriger Mitteleinsatz für das Endlagerprojekt in Gorleben, Gründe für die Einstellung der weiteren Erkundung; Rechtsgrundlagen, Verfahrensschritte und Zeitrahmen für die Suche nach einer Alternativlösung; Beurteilung der Sicherheit der Zwischenlagerung bei den AKW sowie des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1922

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten;

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates zur Festlegung grundlegender Verpflichtungen und allgemeiner

Grundsätze im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen (KOM(2003)32) und

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (KOM(2003)32)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/2110

Sicherheitskonzept des Forschungszentrums Karlsruhe

Übertragung der Einsatzleitung auf die Werksfeuerwehr, Beeinträchtigung der Sicherheit durch die gleichzeitige Zuständigkeit für atomrechtliche Gefahren und Störfälle sowie für den Brandfall; Erarbeitung und Vorlage einer neuen Sicherheitskonzeption im Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Antr
s. *Forschungszentrum Karlsruhe*
Drs 13/2737

Haushalt 2004; Epl 10

*Streichung der Mittel für die Internationale Länderkommission
Kerntechnik*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810-1 S. 18
ÄAntr Boris Palmer u.a. GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-
10 S. 31 32
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2850-1 S. 2
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Fehler im Notkühlsystem von Druckwasserreaktoren

Beurteilung der o.g. Aussage der Pariser Atomaufsichtsbehörde
ASN, Einschätzung des Risikos für die Druckwasserreaktoren
hierzulande, Maßnahmen der Atomaufsicht des UVM

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 22.01.2004 und Antw
UVM Drs 13/2830

*Untergrund des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim
GKN I und GKN II; hier: Konsequenzen aus dem Gutachten von
Prof. Jentzsch*

Zugrundegelegte Bodenklasse und Auslegung gegen Erdbeben
in den bisherigen Gutachten und in der Genehmigung des KKW
Neckarwestheim, Beurteilung der geforderten Nachmessungen
aus der o.g. Untersuchung; Konsequenzen für die Atomaufsicht

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/4110

Sicherheit der Atomkraftwerke vor Flugzeugabstürzen

Konsequenzen aus den Ergebnissen des Gutachtens der Gesell-
schaft für Reaktorsicherheit; Gespräche mit dem Betreiber und
dem Bundesumweltministerium; Nachrüstung oder Stilllegung
der besonders bedrohten KKW Obrigheim und Philippsburg I

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/2996

Kernkraftwerk Fessenheim/Elsass

Vergleich der Sicherheitsstandards deutscher und französischer
Kernkraftwerke; Frage nach der gegenseitigen Unterrichtung
über Störfälle, insbes über die jüngsten Störfälle im KKW Fes-
senheim; Beurteilung des Gefahrenpotenzials unter Berücksich-
tigung der Hochwasser- und Erdbebensituation im Rheingraben;
Maßnahmen zur Minimierung einer Gefährdung der Bevölke-
rung

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3023

*Sicherheitsmanagement und Pannen im Kernkraftwerk Philipps-
burg II und anderen Kernkraftwerken im Land*

Funktion der Pumpen des Notkühlsystems; Ursachen, Verant-
wortliche und mögliche Folgen des Fehlens der Sicherungsbol-
zen bei einem Störfall bzw Erdbeben in Philippsburg und bei an-
deren Kernkraftwerken; Zeitpunkt der Information und Reaktion
der Atomaufsicht; Effizienz der Atomaufsicht bei der Verbesse-
rung des Sicherheitsmanagements

Antr SPD 22.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3038
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.12.2005 Drs
13/5052 S. 63
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

*Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraft-
werke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckar-
westheim (GKN II)*

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens
o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Kon-
sequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung
der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskul-
tur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr GRÜNE 23.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs
13/3044
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 02.12.2004 Drs
13/3932 S. 42
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Atomkraftwerk Fessenheim; hier: Erneuter Störfall

Mangelhafte Kabelisolierung als Auslöser des jüngsten Störfalls,
Frage nach den aktuellen und generellen Risiken des AKW Fes-
senheim; Maßnahmen der französischen Atomaufsicht; Hinwir-
kung auf eine umgehende und dauerhafte Abschaltung

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3124

*Hintergründe zur Ablösung des Kraftwerksleiters im Gemein-
schaftskernkraftwerk Neckarwestheim*

Berührung sicherheitsrelevanter Fragen durch das unter dem
Namen „Top-Fit“ aufgelegte Kosteneinsparungsprogramm der
EnBW, Frage nach einem Zusammenhang mit der o.g. Entlas-
sung

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3393

*Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Ge-
meinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim II (GKN II) im Zuge
des meldepflichtigen Ereignisses im Juli 2004*

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen der schadhaf-
ten Bauteile; Zeitpunkt der Feststellungen und Mängelbehebungen
des Betreibers und der Informationsweitergabe an die Atomauf-
sicht, Informationsfluss und Reaktionen innerhalb des Ministe-
riums, Gründe und Auswirkungen der Kommunikationsmängel
zwischen den Beteiligten trotz der Bemühungen um eine ange-
kündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr
2001

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3526

*Atomaufsicht beim meldepflichtigen Ereignis vom 27.07.2004 im
Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim*

Art und Zeitpunkt der Information des Ministeriums vom Betrei-
ber über den Austritt von schwach radioaktiv verseuchtem Was-
ser in den Neckar, jeweilige Einstufung des Vorfalls, Art und
Zeitpunkt der eingeleiteten Maßnahmen gegenüber dem Betrei-
ber

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3539

*Abweichungen vom genehmigten Zustand des Atomkraftwerks
Neckarwestheim II (GKN II)*

Feststellung o.g. Abweichungen im Zusammenhang mit der
Aufarbeitung der jüngsten Störfälle, sicherheitsrelevante Funkti-
on dieser Anlagenkomponenten, Konsequenzen für die Betreiber

und Aufsichtsbehörde

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3587

Vorsorge gegen Terroranschläge auf Atomkraftwerke

Sicherheitstechnische Auslegung der Atomkraftwerke gegen gezielte Flugzeugabstürze, Beurteilung der von den Betreibern erarbeiteten Konzepte; Hinwirkung auf eine Übertragung der Reststrommengen von den besonders gefährdeten Atomkraftwerken Obrigheim und Philippsburg I auf neuere Kraftwerke

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/3601

Nachhaltige Schädigung des Energiewirtschaftsstandorts BW

Klärung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der LReg zu der „Null-Toleranz-Strategie“ der EnBW in Sicherheitsfragen bei Kernkraftwerken, Frage nach Gesprächen zwischen den zuständigen Referenten und Ministern und deren Ergebnissen, Begründung des vom Wirtschaftsminister gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW erhobenen Vorwurfs der Aufstellung unwahrer Behauptungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/3740

Hintergründe der Entlassung des Anlagenleiters von GKN II und die Rolle des baden-württembergischen Umweltministeriums

Ablösung des Anlagenleiters aufgrund von Differenzen mit der EnBW-Führungsebene in sicherheitsrelevanten Fragen? Begründung der gegenteiligen Verlautbarungen des UVM; Umgang der Atomaufsicht bzw des Ministers mit dem Vorwurf von „Zweifeln an der Zuverlässigkeit“ von Herrn Dr. G.; Zuleitung der Gesprächsprotokolle über die Befragung des Betroffenen u.a. leitender GKN- bzw EnBW-Mitarbeiter an die Mitglieder des Unterausschusses

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3806

Durchführung von so genannten Zufriedenheitsanalysen unter den Belegschaften von GKN und anderen Kernkraftwerken

Gründe für die o.g. Mitarbeiterbefragung der Atomaufsichtsbehörde, Frage nach Problemen innerhalb der Belegschaften und möglichen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit sowie nach Widerständen der Anlagen- bzw Konzernleitung gegen das Vorhaben

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3862

Sicherheitsmanagement und Personalpolitik im Kernkraftwerk Obrigheim im Zusammenhang mit der Entlassung eines Technikers

Frage nach Sicherheitsaspekten oder entsprechenden Äußerungen des Technikers als Grund für die Entlassung, Information bzw Aufklärungsmaßnahmen der Atomaufsicht

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/3866

Atomkraftwerk Fessenheim

Risse im Reaktordruckbehälter, mangelhafte Kabelisolierung und Erdbebensicherheit; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen entsprechender Untersuchungen aufseiten der französischen Atomaufsichtsbehörde und der Betreiber; Hinwirkung auf eine Minimierung der Risiken für die Bevölkerung über die Deutsch-Französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3909

Nachweislücken bei der Beherrschung des Kühlmittelverluststörfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II

Gründe für die Erkennung o.g. Defizite erst zum jetzigen Zeitpunkt und nicht bei der Aufarbeitung früherer Störfälle vonseiten der Gutachter, Betreiber und Aufsichtsbehörde; Bewertung des Sachverhalts von Vertretern des Bundesumweltministeriums und des UVM unter dem Gesichtspunkt eines funktionierenden Sicherheitsmanagements

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/3951

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Streichung der Mittel für die Internationale Länderkommission Kerntechnik

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4010-1 S. 17
ÄAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4010-9 S. 27 28
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4050-1 S. 2
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Mängel im Sicherheitsmanagement des Atomkraftwerks Philippsburg II (KKP II)

Zeitpunkt der Kenntnisnahme und Maßnahmen der Betreiberin zu den Nachweislücken bei der Beherrschung eines Kühlmittelverluststörfalls, Einholung externer Gutachten oder Stellungnahmen des Anlagenherstellers, Art und Zeitpunkt der Zusammenarbeit mit der Atomaufsichtsbehörde, Vereinbarkeit mit der angekündigten „neuen Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001, Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen gegenüber der EnBW

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/4081

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Kernkraftwerk Philippsburg II (KKP II) im Zusammenhang mit neuerlichen Sicherheitslücken

Kenntnisse des Anlagenleiters über die Beherrschbarkeit eines Kühlmittelverluststörfalls bereits im August 2004? Begründung und Rechtsgrundlage der Verweigerung von Auskünften gegenüber der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Bewertung der Internationalen Atomenergiebehörde, Heranziehung dieser Bewertung als Beleg für das korrekte Verhalten der EnBW durch den Minister im Plenum; Effizienz der Bemühungen um eine zeitnahe und vollständige Übermittlung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse zwischen Betreiber und Atomaufsicht sowie innerhalb des UVM

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/4096

Bundesaufsichtliches Gespräch zu Sicherheitsfragen im Kernkraftwerk Philippsburg

Anweisung des BUmwltministeriums an das UVM zur Abschaltung des o.g. Kernkraftwerks aufgrund schwerer Sicherheitsmängel? Verweisung von Minister Mappus auf diese gestellte Frage vonseiten der Landesvertreter und die verneinende Antwort iRd o.g. Besprechung; Verneinung einer Aufbringung dieser Frage nach schriftlicher Aussage von Bundesumweltminister Trittin; Beurteilung bzw Konsequenzen dieser widersprüchlichen Darstellung der beiden Minister

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/4123

Risiken durch den Rückbau der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung (HAWC)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Ergebnisse entsprechender Verhandlungen des WM mit der Energiewirtschaft, Beurteilung der Anlagensicherheit gegen Einwirkungen von außen

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/4163

Planungen und Kostenentwicklung des weiteren Rückbaus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans für den Rückbau und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Beeinflussung des Zeitplans durch die Kostensteigerungen sowie Trennung des Forschungszentrums Karlsruhe von einer durchführenden Firma

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/4189

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Beurteilung der Leistung des KWO, des technischen Sicherheitsniveaus und der Wirtschaftlichkeit während der gesamten Laufzeit sowie der anstehenden Abschaltung angesichts der Laufzeiten anderer Druckwasserreaktoren in Europa; erwarteter Verlust an Kompetenz in der Kerntechnik, von Arbeitsplätzen sowie Anstieg von CO₂-Emissionen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente; Bewertung der Entsorgungspolitik des Bundes mit dem Verbot der Atommülltransporte und der damit notwendigen Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten; Anforderungen an eine nachhaltige, zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung ohne Kernenergienutzung

Antr

s. *Kernkraftwerk Obrigheim*

Drs 13/4247

Haushalt 2006; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Internationale Länderkommission Kerntechnik

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 18 S. 74

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Schlüsselverlust im Kernkraftwerk Philippsburg und Informationspolitik von Betreiber und LReg

Art und Zeitpunkt des o.g. Verlusts, der Information und Reaktion der Betreiber und Atomaufsicht bzw der zuständigen Ministerien; Gründe für die Ausklammerung der Schlüsselsicherheit im Zuge der Überprüfung der Sicherheitsstandards und Informationsweitergabe im Nachgang der Vorfälle vom Sommer 2002

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/5223

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Sicherheitsuntersuchungen im Bereich der Atomkraftwerke; Umgang der Betreiber, des TÜV und der Atomaufsicht mit Sicherheitsvorschriften; Bewertung der Vorfälle durch die Reaktorsicherheitskommission

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 383-404 427 430 431 433

Umschichtung der Mittel für die Reaktorsicherheitskommission ILK

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 438

Reduzierung der Mittel für die Reaktorsicherheitskommission ILK

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1026

Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke im internationalen Vergleich, Erforschung neuer Sicherheitstechniken zur Beherrschung eines Super-GAU

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3183-3185

Beurteilung der Sicherheit des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Hinweis auf die Risiken der Kernkraftnutzung und Entsorgung

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3459 3463-3466

Auflösung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3619

Auflösung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3740

Auflösung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152

Auflösung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik; Beurteilung der Gefährdung von Kernkraftwerken durch den Terrorismus

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4330 4337 4340

Sensibilität der EnBW im Umgang mit der Sicherheit ihrer Kernkraftwerke, Risiken der Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4820-4829 4839

Reaktionen der EnBW und der Atomaufsicht auf die Pannenserie in den Kernkraftwerken, Ablösung des Anlagenleiters von GKN II aufgrund unterschiedlicher Auffassungen in sicherheitsrelevanten Fragen?

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646 5649 5650 5654-5658 5660 5661 5663 5664 5667-5671

Auflösung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Umgang der EnBW und der Atomaufsicht mit der Sicherheit der Kernkraftwerke

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6061 6062 6070-6072 6076 6077

Mehrkosten für die Erhöhung der Sicherheit beim Rückbau der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7195-7197

Beurteilung der Gefährdung von Kernkraftwerken durch den Terrorismus, Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes vor Selbstmordanschlägen mit Flugzeugen; Risikobewertung der älteren Kernkraftwerke

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697 7708 7709 7714-7717 7719 7720

Numerus clausus

s. Studienplatz

Nussloch

Gemeindefirtschaftsrecht

Beurteilung der Betätigung der Lörracher Stadtbau-GmbH und der kommunalen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft Nussloch im frei finanzierten Wohnungsbau

Antr

s. Gemeindefirtschaftsrecht

Drs 13/3222

Nutzkraftfahrzeug

s.a. Feuerwehrfahrzeug

s.a. Katastrophenschutzfahrzeug

s.a. Landmaschine

s.a. Omnibus

s.a. Polizeifahrzeug

s.a. Wohnmobil

FerienreiseVO

Wettbewerbseinschränkung mittelständischer Transporteure durch o.g. Rechtsvorschrift und des damit zusammenhängenden Fahrverbots? Art und Umfang der Information der betroffenen Betriebe, insbes auch über die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung

KlAnfr

s. Fahrverbot

Drs 13/215

Elektronisches Mautsystem für LKW

Verfehlung des angestrebten Zeitpunkts für die Einführung des o.g. Systems zum 01.01.2003, Verlust von 151 Mio DM aus dem Anti-Stau-Programm des Bundes für den Ausbau der Autobahnen

MdlAnfr

s. Straßenbenutzungsgebühren

Drs 13/419

Zustimmung des Landes BW zur Lkw-Maut

Zustimmung zu der geplanten streckenbezogenen Autobahnbenutzungsgebühr für schwere Lkw im BRat

Antr

s. Straßenbenutzungsgebühren

Drs 13/812

Erhebung und Verwendung der Lkw-Maut

Verfehlung des angestrebten Zeitpunkts für die Einführung des elektronischen Mautsystems zum 01.01.2003, Vorsorge im Bundeshaushalt für die entstehenden Einnahmehausfälle

MdlAnfr

s. Straßenbenutzungsgebühren

Drs 13/980

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, insbes des grenzüberschreitenden Lkw-Verkehrs; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter; Verschärfung der Bußgeld- und Strafvorschriften

GrAnfr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1173

Verkehrsfloss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1215

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr

s. Gewerbeaufsicht

Drs 13/1306

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Vorschlag einer Einbeziehung des o.g. Abschnitts in das Maut-Netz im Falle einer Zunahme des Vermeidungsverkehrs

MdlAnfr

s. Straßenbenutzungsgebühren

Drs 13/2247

Gefahr der Verlagerung von Lkw-Verkehr auf Bundesstraßen in BW nach Einführung der Autobahnmaut und mögliche Gegenmaßnahmen

Frage nach einer Konzeption und Möglichkeiten zur Abwendung des o.g. Vermeidungsverkehrs

KlAnfr

s. Straßenbenutzungsgebühren

Drs 13/2302

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änd der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (KOM/2003/448)

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/2392

Lkw-Maut

Höhe der monatlichen Einnahmeausfälle durch die Verzögerung der Mauteinführung sowie Auswirkungen auf die Realisierung der iRd Bundesverkehrswegeplans vorgesehenen Straßen- und Schienenprojekte

MdlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/2447

Auswirkungen des chaotischen Ablaufs bei der Einführung der Lkw-Maut auf die Verkehrssituation in BW

Aktuelle Debatte

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

PIPr 13/53 S. 3712

Verdrängung deutscher Lkw von deutschen Straßen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens und der Transportleistungen deutscher und ausländischer Lkw bzw Speditionen im Binnenverkehr und im grenzüberschreitenden Verkehr, Einschätzung der Zukunftschancen der deutschen Transportwirtschaft im europäischen Wettbewerb

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/2851

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern

Art, Schwere, Ursachen und Folgen von Unfällen mit Kleintransportern seit 1998; Einbringung einer Gesetzesinitiative im BRat mit Empfehlungen des Verkehrsgerichtstags, u.a. verbesserte Fahrerqualifikation, Fahrzeug- und Ladungstechnik, verstärkte Kontrollen und Sanktionen sowie eines generellen Tempolimits

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/2931

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/3223

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Auflistung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/3371

Fachaufsichtliche Maßnahmen gegen betrügerische Manipulationen an geeichten Messanlagen in Heizöl-Tankfahrzeugen

Intensivierung der Überprüfungen o.g. Anlagen, Verzicht auf eine Privatisierung der Eichung von Messanlagen in Tankfahrzeugen

MdlAnfr

s. *Messwesen*

Drs 13/3827

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKkreis Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/4036

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4211

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Anteile von Pkw, Lkw und Bussen an der Feinstaubproblematik; Strategie und Lösungsansätze der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter

GrAnfr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4262

Unterbindung von Lkw-Maut-Ausweichverkehr auf dem mautfreien Straßennetz

Auflistung der vom o.g. Ausweichverkehr betroffenen Kommunen und (Bundes-)Straßenabschnitte, Eignung bzw Ergreifung von Gegenmaßnahmen nach dem AutobahnmautGes und der StVO, insbes Benutzungsbeschränkungen für den Schwerlastverkehr; Frage nach entsprechenden Absichten der Straßenverkehrsbehörden; Unterstützung einer BRatsinitiative zur Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw unter 12 t zulässigem Gesamtgewicht

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/4246

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81 im Nachgang zu den Aussagen des Umwelt- und Verkehrsministers in der 49. Plenarsitzung vom 17. Juli 2003

Frage nach belastbaren Daten über den verstärkten Lkw-Verkehr auf dem o.g. Streckenabschnitt nach Einführung der Lkw-Maut, Eintreten beim Bund für eine Mautpflicht

KlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/4248

Verlagerung von Verkehren nach Einführung der Lkw-Maut auf Bundesautobahnen in das nachgeordnete Straßennetz

Ausgewählte Streckenabschnitte und gemessene Verkehrsbelastungen vor und nach Einführung der Lkw-Maut; Hinwirkung auf Ausdehnung der Mautpflicht auf die entsprechend belasteten (Bundes-)Straßenabschnitte, Freistellung der Binnenverkehre, Handlungsmöglichkeiten der Straßenverkehrsbehörden für Verkehrsbeschränkungen auf Mautausweichstrecken

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/4259

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorkaustäumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/4621

Vermeidung von Mautschleichverkehr im Verlauf der B 292/Ortsdurchfahrt Östringen durch den Erlass von Verkehrsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild benachbarter BLänder

KlAnfr

s. *Bundesstraße 292*

Drs 13/4639

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr

s. *Bundesstraße 10*

Drs 13/4828

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Auto-

bahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrassen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr

s. *Bundesstraße 10*

Drs 13/4995

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr

Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/5172

Beanspruchung der Straßen durch Lkw, Bewertung der Lkw-Maut als verursacherbezogene Anlastung der Kosten für Straßenunterhalt und -sanierung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 663 664 672 673 675 676 697

Beanspruchung der Straßen durch Lkw, Einführung der Lkw-Maut, Konkurrenzfähigkeit gegenüber Bahntransporten, Ökobilanz und Auslastung der Lkw

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1244-1247 1249-1251 1297-1306

Befürwortung eines Tempolimits für Kleintransporter

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4336 4338

Notwendigkeit einer Ausdehnung der Lkw-Maut auf Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7386 7388 7389 7391

Nutzungsbeschränkung

s.a. *Enteignung*

s.a. *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich*

s.a. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

s.a. *Stilllegungsprämie*

Auswirkungen der neuen SchALVO

Kriterien der Abgrenzung von Problem- und Sanierungsgebieten bzw der Reduktion des Pauschalausgleichs, Ermittlung des Einzelausgleichs von entstandenen Nachteilen, Stand der Einrichtung und Kompetenzen der regionalen Arbeitskreise, Umsetzung der dabei erzielten Ergebnisse, Begründung und Auswirkungen von Beschränkungen des Umbruchs sowie der Ausbringung von Festmist und Gülle, insbes für Betriebe des ökologischen Landbaus; Zumutbarkeit des völligen Verzichts auf den Anbau von Kulturpflanzen

Antr

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Drs 13/544

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Neckar-Odenwald-Kreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten

MdlAnfr

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Drs 13/912

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/972

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Ostalbkreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1242

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1507

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1718

Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten

Umfang und Standorte o.g. Stilllegungsflächen nach den Vorstellungen der BReg, Höhe der Verluste für die betroffenen Landwirte, Frage nach Alternativen und nach dem Beitrag des MEKA I zur Verhinderung der Bodenerosion, Position der LReg in den zuständigen Ausschüssen im BRat

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/3228

Hochwasserschutz und Auflagen an die landwirtschaftliche Nutzung in Überschwemmungsgebieten

Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft mit dem Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes, Art und Umfang der betroffenen Flächen, Zeitplan zur Ausweisung der Überschwemmungsgebiete; Zustimmung zu dem Ge-

setz im BRat

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/3378

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LABfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw
s. *Bodenschutz*
Drs 13/3677

Leistungen für landwirtschaftliche Betriebe nach dem „Gemeinsamen Antrag“ im Jahr 2005

Gebührenerhebung von den Landwirten für die Beratung und Größenangaben der Einzelnutzflächen innerhalb eines Flurstücks durch die in die Landratsämter eingegliederte Vermessungsverwaltung, Verweigerung der Gewähr für die Richtigkeit der Angaben trotz der Gebührenerhebung, Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung im Falle unrichtiger Flächengrößen im gemeinsamen Antrag des Landwirte und daraus folgenden Überzahlungen der Ausgleichsbeträge

KlAnfr
s. *Vermessung*
Drs 13/4338

Feststellung einer De-facto-Teilenteignung bzw einseitiger Nutzungsbeschränkungen landwirtschaftlicher Flächen mit der BNaturschutznovelle

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 277-282 284

Forderung von Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen landwirtschaftlicher Flächen mit dem neuen BNaturschutzGes

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2019 2021

Freiwillige Vereinbarungen und Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen infolge des neuen BNaturschutzGes und dessen Umsetzung mit der Neuregelung des Naturschutzrechts auf Landesebene

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7267 7269 7273

Freiwillige Vereinbarungen und Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen infolge des neuen BNaturschutzGes und dessen Umsetzung mit der Neuregelung des Naturschutzrechts auf Landesebene

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7424 7426 7432

NWS

s. *Energiewirtschaft*

Obdachloser

s. Obdachlosigkeit

Obdachlosigkeit

Wohnungsprobleme in den Groß- und Universitätsstädten des Landes

Zunahme des Problems der Obdachlosigkeit

Antr

s. Wohnung

Drs 13/1117

Zunahme der Wohnungsprobleme in Groß- und Universitätsstädten des Landes

Entwicklung der Zahl von Notfällen und Obdachlosen, der Einwohnerzahlen und fertiggestellten Neubauwohnungen, Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen; Komplementärfinanzierung des Ballungsraumsonderprogramms des Bundes, Mitteleinsatz zur Förderung des Mietwohnungsbaus

Antr

s. Wohnung

Drs 13/1846

Situation wohnungsloser Frauen in BW

Frage nach den o.g. Zahlen und Ursachen in den einzelnen Stadt- und LKreisen, verfügbare Hilfeinrichtungen und Unterkünfte speziell für Frauen mit Kindern, flankierende Maßnahmen und Strategien zur Reduzierung der Obdachlosigkeit von Frauen

Antr Renate Göting u.a. FDP/DVP 01.12.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4905

Umschichtung der Mittel zur Unterbringung von Obdachlosen in die Vermeidung von Obdachlosigkeit

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5313 5314

Obduktion

s.a. Organspende

s.a. Rechtsmedizin

s.a. Transplantation (Medizin)

Ungenehmigte Obduktion am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Wiesloch

Aufklärung der o.g. Obduktion ohne Zustimmung des Betreuers oder der Angehörigen, Frage nach weiteren Fällen und Konsequenzen für den durchführenden Arzt sowie nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen, Beeinträchtigung der allgemeinen Akzeptanz von Obduktionen?

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 07.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3630

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.10.2004 Drs 13/3991 S. 25

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Oberfinanzdirektion

s. Finanzverwaltung

Oberflächengewässer

s. Binnengewässer

Oberlandesgericht

s.a. Landgericht

OLG-Senate in Freiburg

Beschlusslage zur Verlegung o.g. Gerichte nach Karlsruhe

MdlAnfr 3) Gustav-Adolf Haas SPD 05.05.2003 Drs 13/2037

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3038

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr

s. Justiz

Drs 13/2177

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr

s. Justiz

Drs 13/2632

Oberrhein, Region

s.a. Oberrheinrat

Hochwasserschutz am südlichen Oberrhein

MdlAnfr

s. Hochwasser

Drs 13/24

Die Technologieregion Karlsruhe - Bilanz und Perspektive

Aktuelle Debatte

s. Technologie

PIPr 13/26 S. 1513

Zukunft Schiene am Oberrhein

Verknüpfung mit dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz, Anbindung des Euro-Airports Basel-Mulhouse, Einhaltung des Zeitplans zum Ausbau der Rheintalstrecke

KlAnfr

s. Schienenverkehr

Drs 13/1024

Stellungnahmen der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Zuleitung o.g. Stellungnahmen an den Ltg und die Mitglieder des Oberrheinrats ohne Abgeordnetenmandat; Bewertung der Beschlüsse zur Kooperation mit anderen Gremien, zur grenzüberschreitenden Tourismusförderung, zur Koordination regional bedeutsamer Verkehrsprojekte und Unterrichtung in der Sprache des Nachbarn an den Grundschulen

Antr

s. Oberrheinrat

Drs 13/1095

Grundwasseranstieg in Kommunen der Region Karlsruhe - Heidelberg/Mannheim

Untersuchung der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des o.g. Phänomens in Nordbaden bzw der Region Unterer Neckar durch Vergabe eines Gutachterauftrags; Frage nach einem Ausgleich der Schäden durch Wassereintritt in Privatgebäuden

KlAnfr
s. *Grundwasser*
Drs 13/1104

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der Rahmendaten, Unterstützung der Region zum Ausbau als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, grenzüberschreitende Kooperation von Hochschulen u.a. Forschungseinrichtungen; zurückliegende und künftige Förderung von Verkehrsprojekten, Umwelt- und Konversionsmaßnahmen sowie von Maßnahmen und Schwerpunkten im Wohnungsbau

GrAnfr SPD 24.07.2002 und Antw WM Drs 13/1226 (32 S.)
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1974-1994

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Kooperation beim Fremdsprachenunterricht, Tourismus, Katastrophenschutz, beim Schienen-, Straßen- und Luftverkehr

Antr CDU 21.08.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1269
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1974-1994

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelerwerbungen und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr
s. *Freiburg*
Drs 13/1288

Europa-Distrikt

Bildung eines Europa-Distrikts am Oberrhein mit den Städten Straßburg, Kehl u.a. Kommunen im Ortenaukreis als Konsequenz aus der bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/1776

Anbindung des TGV-Est an das deutsche Hochgeschwindigkeitsnetz am Oberrhein

Konsequenzen einer Aufnahme der Hochgeschwindigkeitsverbindung bis Wien als prioritäre Maßnahme in das Transeuropäische Netz, Beschleunigung des Ausbaus des Streckenschnitts zwischen Kehl-Appenweier-Karlsruhe iRd neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Hochgeschwindigkeitszug*

Drs 13/1827

Atomendlager Benken in der Schweiz/Beurteilung nach dem Erdbeben am Oberrhein

Intervention in Bern gegen den o.g. Standort wegen Erdbebengefährdung

KlAnfr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1851

Risiken bei Erdbeben am Oberrhein

Auslegung von Gebäuden, Gasleitungen, Chemieanlagen, des Rheinseitenkanals und des AKW Fessenheim gegen Erdbeben; Ergebnisse von Katastrophenszenarien; Effizienz des regulären Katastrophenplans; Bewertung und Konsequenzen einer Schweizer Risikostudie

KlAnfr
s. *Erdbeben*
Drs 13/1858

Eurodistrikt Straßburg/Kehl

Beteiligung an der Ausgestaltung des Eurodistrikts am Oberrhein, Nutzung der Vorbildfunktion des grenzüberschreitenden kommunalen Zweckverbands

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/2262

Regenerative Energiegewinnung durch Geothermie

Einschätzung der Potenziale und Nutzungsmöglichkeiten der Geothermie, insbes im Oberrheingraben; Fördermöglichkeiten auf EU-, Bundes- und Landesebene

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/2863

Chemieunfälle am Oberrhein

Maßnahmen und Investitionen der Chemieindustrie seit 1986 zur Verhinderung neuer Unfälle am Rhein und seinem Einzugsgebiet, Maßnahmen iRd Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins und iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. *Chemieunfall*
Drs 13/2904

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Umsetzung der gemeinsamen Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags; Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein; Halbzeitbilanz des Interregprogramms III A; gegenseitige Bedeutung der Länder als Wohnsitz und Reiseziel; Rolle des französischen Generalkonsulats in Stuttgart

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Bildung eines Eurodistrikts, insbes Kompetenzen, Rechtsform und Gremien; Beteiligung von Bürgergruppen und berufsständischen Organisationen; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Intensivierung der

Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Justiz und Schulen; Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes?

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr
s. *Euro-Institut*
Drs 13/3346

Aufgaben des Hochwasserschutzes am Standort Lahr

Kündigung der Räumlichkeiten der Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein in Lahr unmittelbar nach Verabschiedung des Verwaltungsstruktur-ReformGes, Fortführung des Integrierten Rheinprogramms durch eine Dienststelle der bisherigen Gewässerdirektion in Lahr?

MdlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/3425

Europäische Metropolregion Oberrhein

Vereinbarkeit einer Anerkennung des Rhein-Neckar-Dreiecks als Europäische Metropolregion mit der Zielsetzung des Landesentwicklungsplans, den Europäischen Verflechtungsraum Oberrhein i.S. einer Europäischen Metropolregion zu behandeln; Frage nach einer Aufrechterhaltung dieser Option

KlAnfr Regina Schmidt-Kühner SPD 05.04.2005 und Antw WM Drs 13/4215

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Erzielte Fortschritte seit Beantwortung der GrAnfr 13/3251 unter Einbeziehung von Bürgergruppen; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und Schulen iR von Gremien und Projekten: Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten, Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Kürzung bei Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Karlsruhe

Auswirkungen der jüngsten Kürzungen auf die Einzelprojekte des Integrierten Rheinprogramms u.a. Vorhaben in der Region

Mittlerer Oberrhein bzw im Falle größerer Hochwasserereignisse, Höhe der erforderlichen zusätzlichen Mittel für eine bis 2015 angestrebte komplette Realisierung des IRP, Möglichkeiten zur Aufbringung dieser Mittel durch eine moderate Anhebung des Wasserpfeennigs

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/4624

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr
s. *Frau*
Drs 13/4727

Behandlung des Oberrheinraums als europäische Metropolregion, Qualität der grenzüberschreitenden Beziehungen am Oberrhein

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 751 754 756 757 776

Behandlung des Oberrheinraums als europäische Metropolregion, Qualität der grenzüberschreitenden Beziehungen am Oberrhein, Angebot von Französisch als Grundschulfremdsprache in der Oberrheinregion

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452 1458 1461 1464 1467 1468 1484-1497

Qualität der grenzüberschreitenden Beziehungen am Oberrhein

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2158 2163 2164

Entwicklung der Europäischen Metropolregion Oberrhein in Stufen; Kritik an der restriktiven Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen durch den Regionalverband Südlicher Oberrhein

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421 6442

Einstufung der Oberrheinregion als Zukunftsregion, Gestaltung zur europäischen Metropolregion

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6595 6597 6600-6602

Fortführung der Maßnahmen für den Hochwasserschutz am Oberrhein

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6760 6765

Hinwirkung auf Anerkennung des gesamten Oberrheingebiets als europäische Metropolregion

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6869 6871-6874

Umsetzungsstand des Integrierten Rheinprogramms am Oberrhein, Umgang mit dem Widerstand von Bürgermeistern und Bürgern gegen einzelne Maßnahmen, insbes gegen die vorgesehenen ökologischen Flutungen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6996-7000

Qualität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein, Entwicklung der Europäischen Metropolregion Oberrhein in Stufen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7132-7139

Bemühungen um Anerkennung des gesamten Oberrheingebiets als transnationale europäische Metropolregion

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7255-7259

Erfolgsbewertung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Oberrheinrat

Wahl der parlamentarischen Mitglieder BW in den Oberrheinrat

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 181 198

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen s. Landtag, Präsidium

Drs 13/2

Stellungnahmen der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Zuleitung o.g. Stellungnahmen an den Ltg und die Mitglieder des Oberrheinrats ohne Abgeordnetenmandat; Bewertung der Beschlüsse zur Kooperation mit anderen Gremien, zur grenzüberschreitenden Tourismusförderung, zur Koordination regional bedeutsamer Verkehrsprojekte und Unterrichtung in der Sprache des Nachbarn an den Grundschulen

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 19.06.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1095

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1637 S. 5

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Gesundheit in Europa

Thematisierung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Oberrheinrat; Auswirkungen und Chancen der gegenseitigen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen von Deutschen und Schweizern, insbes auch von gesetzlich Krankenversicherten; Unterstützung der Leistungsanbieter einschließlich der Rehabilitationseinrichtungen zur Gewinnung ausländischer Patienten ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1163

Umbesetzungen im Oberrheinrat

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894 1964 1965

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625 6700

Stellungnahme der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Mittlg LtgPräs 17.10.2005 Drs 13/4877 (zu Beschlüssen vom 10.06.2005)

Mittlg LtgPräs 20.03.2006 Drs 13/5221 (zu Beschlüssen vom 25.11.2005) (11 S.)

Bedeutung des Oberrheinrats als quasi parlamentarisches Gremium von Gewählten aus vier Grenzregionen und drei Nationen

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 6 7

Votum des Oberrheinrats für die Einführung von Französisch als Grundschulfremdsprache, Anstreben der Bilingualität der Mitglieder des Oberrheinrats

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1486 1487 1489

Stärkung der Kompetenzen und parlamentarischen Ausrichtung des Oberrheinrats sowie Verzahnung mit der Oberrheinkonferenz

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1974-1976 1987 1988

Kritik an der fehlenden Information des jüngsten Europaberichts über Bildungsinitiativen des Oberrheinrats

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7141

Bedeutung des Oberrheinrats als quasi parlamentarisches Gremium von Gewählten aus vier Grenzregionen und drei Nationen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Oberried

Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003
Prüfung der Zuordnung für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen der Gemeinden Oberried, St. Peter und St. Märgen sowie der Gemeinden im Dreisamtal

MdlAnfr

s. *Fremdsprache*

Drs 13/912

Oberschulamt

s. *Schulbehörde*

Oberschwaben

s. *Bodensee-Oberschwaben, Region*

Objektschutz

s.a. *Personenschutz*

Gewährleistung eines personalintensiven Objektschutzes nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 377 381

Objektsicherungsmaßnahmen in KKW gegen Terroranschläge

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 487 493

Obrigheim

s.a. *Kernkraftwerk Obrigheim*

Förderung eines Energiezentrums alternativer Energieträger in Obrigheim

Unterstützung des Baus einer Öl-Mühle für die Herstellung von rohgepresstem Rapsöl zur Erzeugung von Biodiesel

Antr

s. *Erneuerbare Energie*

Drs 13/157

Bau einer Biodiesel-Anlage am Energiestandort Obrigheim

Entwicklung des Verbrauchs und Tankstellennetzes von Biodiesel seit 1996; Förderung des Baus einer eigenen Raffinerie zur Veresterung von Rapsöl zu Biodiesel am Standort Obrigheim

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/159

Strukturpolitische Begleitung des Rückbaus des Kernkraftwerks Obrigheim

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 13/1647

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Obrigheim und die Region

Konversionspläne des Bundes und Landes zur Kompensation der o.g. Beschlüsse, Mitwirkung an Strategiegesprächen zur wirtschaftlichen Stärkung des Elz-Mündungsraumes und des Neckar-Odenwald-Kreises, Investitionen der EnBW in Obrigheim und Mosbach, Zahl der Ein- und Auspendler im Neckar-Odenwald-Kreis

Antr
s. *Strukturpolitik*
Drs 13/1804

Ein Ausstieg ohne Einstieg - wo bleibt das Konversionsprogramm des Bundes?

Kompensation des Atomausstiegs durch ein Konversionsprogramm des Bundes; Unterstützung möglicher Investoren am Standort Obrigheim

Antr
s. *Kernenergie*
Drs 13/2756

Neubau eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim
Stand der o.g. Überlegungen; Unterstützung eines derartigen Projekts in Gesprächen mit Energieversorgungsunternehmen

Antr
s. *Wärmekraftwerk*
Drs 13/2856

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obrigheim und Buchen

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3734

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Umfang der eingesparten CO₂-Emissionen durch das KWO und die Kernenergie insgesamt; erwartete Arbeitsplatzverluste am Standort Obrigheim; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/4247

Neubau eines GuD-Kraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung eines entsprechenden Angebots der Stadtwerke Schwäbisch Hall durch die EnBW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Neubau eines GuD-Kraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung eines entsprechenden Angebots der Stadtwerke Schwäbisch Hall durch die EnBW

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5877

Neubau eines GuD-Kraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung eines entsprechenden Angebots der Stadtwerke Schwäbisch Hall durch die EnBW

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6130

Stilllegung des Kernkraftwerks Obrigheim, Überlegungen zur Erhaltung als Energiestandort, Pläne zum Neubau eines GuD-Kraftwerks

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6493 6494 6506 6507 6512

Forcierung der Süddeutschen Erdgasleitung als Voraussetzung für den Bau eines Gaskraftwerks am Standort Obrigheim

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7032

Eintreten für den Bau eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7719

Obst

s.a. *Fruchtsaft*
s.a. *Obstbau*

Verwendung von in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Obstbau

Herkunft, Zusammensetzung und Einsatzregionen o.g. Mittel und Wirkstoffe; Auswirkungen auf die Marktfähigkeit der Produkte und das HQZ; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden; Vermarktung von entsprechend behandeltem Obst, u.a. auch mit dem hier verbotenen Wirkstoff Plantomyzin, aus anderen EU-Ländern in Deutschland; Hinwirkung auf besondere Kennzeichnungspflichten bzw Harmonisierung des EU-weiten Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/469

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee

Zeitpunkt der Information über o.g. Praktiken und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden; Verschärfung der Vergabe- und Anwendungskriterien des HQZ und Verstärkung der Kontrollen; Bewertung des Vertriebs illegaler Spritzmittel über WLZ-Verkaufsstellen, Erkenntnisse über solche Mittel aus Nicht-EU-Ländern; Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern; Änd des Ausführungsges zum Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes zur Erleichterung von Verbraucherwarnungen

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/474

Verbrauchertäuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der LReg

Verwendung unerlaubter Pflanzenschutz- und ertragssteigernder Spritzmittel, Falschdeklaration von Obst und Gemüse: Auflistung der Betriebe, Anteil der Produzenten nach dem HQZ, Zeitpunkt der Information und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden

Antr
s. *Obstbau*
Drs 13/476

Zulassung und Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln

Wettbewerbsnachteile der Landwirtschaft durch die fehlende bzw. restriktive Zulassung notwendiger Pflanzenschutzmittel im Obst- und Gemüsebau im Vergleich zu anderen EU-Staaten sowie durch Import und Vermarktung von mit hier verbotenen Mitteln behandelten Produkten aus diesen Ländern; Unterstützung der heimischen Erzeuger

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/499

Unerlaubter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Bodenseeregion

Umfang und Zeitpunkt der Information des MLR und nachgeordneter Behörden, des Landesbauernverbands und Obstbauernverbands; angewandte Grenzwerte für Chlormequat bei Kernobst; Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung und zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Obst vom Bodensee, Beantragung einer Einstufung als Sonderregion

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/744

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr

s. *Hagel*

Drs 13/1083

Umgang mit Belastungen von Chlormequat in Birnenobst

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen der staatlichen Kontrollen; Umgang mit den auch in den nächsten Jahren zu erwartenden Rückständen; Zulässigkeit der Verarbeitung von belastetem Obst zu Obstbrand

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 24.09.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1332

BeschlEmpf und Bericht LandWA 06.11.2002 Drs 13/1638 S. 22

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Schadstoffbelastung von Früherdbeeren aus dem Mittelmeerraum

Untersuchung o.g. Importware auf Pestizidrückstände, Feststellung von verbotenen Pflanzenschutzmitteln? Beurteilung der Gesundheitsrisiken, Information der Verbraucher

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 14.04.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2002

BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.05.2003 Drs 13/2222 S. 58 59

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnelleres Verbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und

Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/3062

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Entwicklung der Erzeugerpreise im Streuobstbau seit 1984; Unterstützung der Streuobst-Aufpreisvermarkter und Landwirte zur Sicherstellung betriebswirtschaftlich rentabler Arbeitsweisen; Förderung der Entwicklung und Vermarktung neuer Produktlinien; Initiierung einer Aufklärungskampagne für Verbraucher, Kantinen u.a.

GrAnfr

s. *Obstbau*

Drs 13/3517

Birnenverfall - Streuobstwiesen

Stopp des Birnenverfalls durch Phytoplasmen

Antr

s. *Pflanzenkrankheit*

Drs 13/3921

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr

s. *Ökologischer Landbau*

Drs 13/4606

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der Untersuchungen von Obst und Gemüse auf Pestizidrückstände

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/4935

Notwendigkeit einer europäischen Harmonisierung der Produktionsbedingungen für Obst

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456

Pestizidrückstände bei Früherdbeeren aus dem Mittelmeerraum, Notwendigkeit einer europäischen Harmonisierung der Produktionsbedingungen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3120-3122 3124

Verbesserung der Vermarktung von Bodenseeobst

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3295 3296 3300

Obstbau

Verwendung von in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Obstbau

Herkunft, Zusammensetzung und Einsatzregionen o.g. Mittel und Wirkstoffe; Auswirkungen auf die Marktfähigkeit der Produkte und das HQZ; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden; Vermarktung von entsprechend behandeltem Obst, u.a. auch mit dem hier verbotenen Wirkstoff Plantomycin, aus anderen EU-Ländern in Deutschland; Hinwirkung auf besondere Kennzeichnungspflichten bzw Harmonisierung des EU-weiten Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/469

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee
Zeitpunkt der Information über o.g. Praktiken und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden; Verschärfung der Vergabe- und Anwendungskriterien des HQZ und Verstärkung der Kontrollen; Bewertung des Vertriebs illegaler Spritzmittel über WLZ-Verkaufsstellen, Erkenntnisse über solche Mittel aus Nicht-EU-Ländern; Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern; Änd des Ausführungsges zum Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes zur Erleichterung von Verbraucherwarnungen

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/474

Verbrauchertäuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der LReg

Verwendung unerlaubter Pflanzenschutz- und ertragssteigernder Spritzmittel, Falschdeklaration von Obst und Gemüse: Auflistung der Betriebe, Anteil der Produzenten nach dem HQZ, Zeitpunkt der Information und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden

Antr SPD 23.11.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/476

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 646-661

BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 46-49

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Zulassung und Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln

Wettbewerbsnachteile der Landwirtschaft durch die fehlende bzw restriktive Zulassung notwendiger Pflanzenschutzmittel im Obst- und Gemüsebau im Vergleich zu anderen EU-Staaten sowie durch Import und Vermarktung von mit hier verbotenen Mitteln behandelten Produkten aus diesen Ländern; Unterstützung der heimischen Erzeuger

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/499

Veräumnisse der LReg in der Informationspolitik im Spritzmittelkandal des baden-württembergischen Obstbaus

Aktuelle Debatte

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

PIPr 13/14 S. 646

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung auf Land- und Forstwirtschaft, Obst- und Gemüsebau

GrAnfr

s. *Klima*

Drs 13/734

Gefahr durch Feuerbrand im Obstbau

Darlegung o.g. Gefahren und Existenzbedrohung von Obstbauern in BW, insbes in der Bodenseeregion; Begründung des Verbots von Plantomycin, Stand der Forschung um Alternativpräparate, Eintreten für eine Modifikation der HöchststückstandsmengenVO beim Honiggrenzwert

Antr

s. *Pflanzenkrankheit*

Drs 13/743

Unerlaubter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Bodenseeregion

Umfang und Zeitpunkt der Information des MLR und nachgeordneter Behörden, des Landesbauernverbands und Obstbauernverbands; angewandte Grenzwerte für Chlormequat bei Kernobst; Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung und zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Obst vom Bodensee, Beantragung einer Einstufung als Sonderregion

Antr

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Drs 13/744

Ausgleichsleistungen über MEKA

Ermöglichung o.g. Leistungen auch für Bewirtschafter von kleinen Streuobstflächen bzw für Landwirte, die Altersgeld oder Produktionsaufgaberente beziehen

KIAnfr

s. *Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich*

Drs 13/887

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw Schlachtpremien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr

s. *Bürokratie*

Drs 13/959

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr

s. *Hagel*

Drs 13/1083

Umgang mit Belastungen von Chlormequat in Birnenobst

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen der staatlichen Kontrollen; Umgang mit den auch in den nächsten Jahren zu erwar-

tenden Rückständen; Zulässigkeit der Verarbeitung von belastetem Obst zu Obstbrand

Antr
s. *Obst*
Drs 13/1332

Situation der Imkerei in BW

Ausmaß und Auswirkungen des Befalls der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe auf die Imkerei und damit auf die Honigproduktion und den Obstbau, Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sowie Gewinnung junger Menschen für die Imkerei

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/1982

Vorwarnsystem gegen Varroamilbe

Ausmaß der Schäden durch o.g. Parasiten unter den Bienenvölkern, bei der Honigproduktion und Obsternte; Frage nach Schadenersatz, Schulung und frühzeitiger Information der Imker; Beratung und Unterstützung durch die Landesanstalt für Bienenkunde in Hohenheim

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/2067

Situation und Perspektiven des Streuobstbaus in BW

Entwicklung der Bestände von 1965-1990, Fortschreibung der Erhebungen; Art, finanzielle Ausstattung und Wirkungen der Förderprogramme des Landes und der Kommunen sowie der staatlichen Obstbauberatung; Kriterien, erklärende Hinweise und deren Kontrolle für die Verwendung von Qualitätszeichen, Entwicklung der Anteile und Preise von Fruchtsäften auf der Grundlage von importierten Konzentraten; Förderung rentabler Arbeitsweisen sowie der Entwicklung und Vermarktung neuer Produktlinien; Initiierung einer Aufklärungskampagne für Verbraucher, Kantinen u.a.

GrAnfr GRÜNE 13.09.2004 und Antw MLR Drs 13/3517 (14 S.)

Birnenverfall - Streuobstwiesen

Stopp des Birnenverfalls durch Phytoplasmen

Antr
s. *Pflanzenkrankheit*
Drs 13/3921

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Finanzierung größerer Teile des MEKA über die Gemeinschaftsaufgabe, verstärkte Förderung ökologisch wirtschaftender Betriebe iRd neuen MEKA, u.a. Anreize zur Umstellung sowie zum Erhalt von Streuobstwiesen, Förderung von umwelt- und tiergerechten Haltungformen

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Anreize und Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf Ackerflächen, Grünland, im Wein- und Obstbau; Strategien zur Erhaltung und Mehrung des Bestands alter Obstsorten; Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutztierassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr

s. *Artenschutz*
Drs 13/4886

Kritik an der Zurechnung von Streuobstwiesen zum ökologischen Landbau

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 278 281

Effizienz der Lebensmittelüberwachung im Obstbaubereich, Kritik an der schleppenden Informationspolitik über den Einsatz verbotener Spritzmittel, Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelrechts in der EU, Bedrohung des Streuobstbaus durch ausländische Billigprodukte

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1047 1049 1050 1052 1057-1059

Kritik an der Zurechnung von Streuobstwiesen zum ökologischen Landbau; Erinnerung an den Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1662 1665 1667 1670 1671 1674

Kritik an der schleppenden Informationspolitik über den Einsatz verbotener Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee; Erinnerung an die Überzeugungsarbeit zur Gewinnung von Obstbauern für den integrierten Anbau

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1867 1877 1878

Kritik an der Regulierung der Apfelernte am Bodensee durch Ministerin Künast

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462

Ermöglichung der Einbuchung einer Streuobstwiese auf das handelbare Ökokonto

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266 7267

Obstbrand

s. *Branntwein*

Obstsafte

s. *Fruchtsafte*

Oddset-Wette

s. *Sportwette*

Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

s. *Vermessungsingenieur*

Öffentliche Ausschreibung

s. *Ausschreibung*

Öffentliche Kanalisation

s. *Abwasserbeseitigung*

Öffentliche Kantine

s. *Kantine*

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

s.a. *Bewachungsgewerbe*

s.a. *Gefahrenabwehr*

s.a. Luftverkehrssicherheit

s.a. Objektschutz

s.a. Opferschutz

s.a. Personenschutz

s.a. Polizei

s.a. Sicherheitsüberprüfung von Personen

s.a. Terrorismus

BW einig im Kampf gegen Gewalt

Unser Land vor dem Terror schützen - unsere wehrhafte Demokratie offensiv verteidigen

Verurteilung der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Unterstützung der Suche nach den Urhebern sowie der weltweiten Bemühungen um ein breites Bündnis gegen den Terrorismus, Stärkung der inneren Sicherheit hierzulande, Abwehr jeglicher Pauschalverurteilung anderer Kulturen und Religionen

Antr

s. Terrorismus

Drs 13/257

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sächlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr SPD 27.09.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/271

BeschlEmpf und Bericht InnenA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 16-18

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Personal- und Sachausstattung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Abschmelzen der Überstunden, Sondertarifprogramm für Polizeiangeestellte, Vorziehen des Technikzukunftsprogramms; Aufstockung der Mittel aus dem Feuerschutzsteueraufkommen für die Feuerwehren; Erarbeitung eines Zivil- und Katastrophenschutzkonzepts, Wiedereinrichtung der Katastrophenschutzstellen im IM und bei den RegPräs; Reaktivierung der BRatsinitiative von 1995 zur Abschöpfung von Verbrechenengewinnen, ausschließliche Verwendung dieser Mittel für Zwecke der Polizei und Justiz

Antr SPD 18.10.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/339 (11 S.)

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1723-1731

RegErkl des MinPräs - Innere Sicherheit in BW und Aussprache

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 361-383

Aspekte des Schutzes junger Menschen und der Sicherheit vor dem Hintergrund der geplanten Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen

Aktuelle Debatte

s. Jugendschutz

PIPr 13/26 S. 1530

Konzept zur Verbesserung der Situation der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Katastrophenschutzes und der Justiz in BW

Vorlage einer Konzeption in Fortschreibung des Sicherheitsplans II von 1978: Darlegung personeller, struktureller, sozialer und sächlicher Maßnahmen

Antr SPD 18.06.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1090 (11 S.)

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3125-3138

BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 13 14

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Für einen besseren Schutz vor gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1910-1921

Änderungen im Bereich der inneren Sicherheit in Frankreich

Art und Auswirkungen einer Verschärfung der Sicherheitsgesetze in Frankreich auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Verdrängung von Schwerekriminalität, insbes Terrorismus, auf die rechtsrheinische Seite; Überprüfung einer Übertragbarkeit der geplanten Änderungen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 12.11.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1494

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 29

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Sicherheit in Mannheim - wie steht es mit der Polizeipräsenz?

Anfall von Überstunden durch Personalmangel, Zuteilung von Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei und zusätzlichen Beamten iRd Sonderkontingents, Berücksichtigung der Kriminalitätsbelastung bei der Stellenzuteilung

KIAnfr

s. Polizei

Drs 13/1538

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Auswirkungen auf die innere Sicherheit

GrAnfr

s. Osteuropa

Drs 13/2975

Ausweisung von Ausländern

Ausweisungsmöglichkeiten nach dem AusländerGes bei Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder erheblicher Interessen der Bundesrepublik, Zahl der Fälle in den letzten drei Jahren vor Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens bzw einer rechtskräftigen Verurteilung, Bewertung der Regelungen zur Verwertung der Erkenntnisse von V-Leuten unter Wahrung ihrer Anonymität

KIAnfr

s. Ausweisung

Drs 13/3045

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Weiterentwicklung der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft bzw der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz

GrAnfr

s. Europäische Regionen

Drs 13/3251

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Be-

urteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundesgrenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3310

Umsetzung des Anti-Terror-Pakets

Gründe und Verantwortliche für die bisher nicht erfolgte Umsetzung o.g. Vorgaben des Bundes, Zeitpunkt der Vorlage und Ausgestaltung eines GesEntw; Ergebnisse der vom damaligen IM Dr. Schäuble angekündigten Gespräche mit dem FM zur Abwendung der Kürzungen beim Antiterrorsofortprogramm, Zahl der verfügbaren Islamexperten des LfV mit entsprechenden Sprachkenntnissen

Antr
s. *Terrorismus*
Drs 13/3753

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Auflistung der Ausbrüche, Fluchtversuche und Entweichungen seit den Vorfällen im August und Oktober; Aufgaben und Befugnisse des in der JVA Mannheim eingesetzten Sicherheitsbeauftragten; Durchführung der o.g. Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/3818

Polizeidichte in Abhängigkeit von Straftaten und Aufklärungsquote

Höhe der Polizeidichte insgesamt und in den einzelnen Polizeipräsidien, insbes in denen der Ballungsräume Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn; Gegenüberstellung der Zahl der gemeldeten Straftaten und der Aufklärungsquote; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4237

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei iR von Gremien und Projekten, Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Stuttgart nicht mehr sicherste Großstadt in der Bundesrepublik
Ursachen für die Zunahme von Straftaten, insbes bei den Wohnungseinbrüchen, der Kinder- und Jugendkriminalität; Gegenmaßnahmen

MdlAnfr
s. *Stuttgart*
Drs 13/4316

Dichte des polizeilichen Betreuungsverhältnisses, der Straftaten und der Aufklärungsquote

Darlegung o.g. Daten in Ballungs- und ländlichen Räumen; Frage nach Zusammenhängen zwischen Zahl und Art der Delikte, der Personalausstattung und Aufklärungsquote; Maßnahmen zur Erreichung derselben hohen Aufklärungsquote von Stuttgart und Ulm in Mannheim, Freiburg und Heidelberg

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4475

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Befugnisse des LfV mit der Anpassung o.g. Gesetze an die Rechtsänderungen des Bundes, insbes zur Terrorismusbekämpfung; Verknüpfung mit den Kontrollrechten der parlamentarischen Gremien; Erweiterung der Rechte zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Optimierung der Zusammenarbeit mit dem BfV u.a. Sicherheitsbehörden

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Innere Sicherheit in BW

Konkretisierung des mit der RegErkl angekündigten „Pakts für ein sicheres BW“ nach Zielen, Maßnahmen, Kosten, Finanzierung etc; Stand und Entwicklung der personellen und technischen Ausstattung der Polizei, Umsetzung und Einspareffekte der Polizeipostenreform, Darstellung der finanziellen Möglichkeiten und Zeitperspektive für einen bedarfsgerechten Fuhrpark, die EDV-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen, den Digitalfunk sowie die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes; Umfang und Ausgleich der Überstunden, insbes auch der iRd Fußball-WM 2006 anfallenden Mehrstunden; Planung einer weiteren Organisationsreform?

GrAnfr SPD 19.10.2005 und Antw IM Drs 13/4752 (18 S.)

Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 79 80 84 103

Investitionen in die innere Sicherheit

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 207

Verstärkung der Anstrengungen um die innere Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330

Verbesserung der inneren und äußeren Sicherheit auf europäischer Ebene, Verstärkung der Kooperation iR von Europol, Schaffung einer gemeinsamen Grenzpolizei

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600-603 612

Stärkung der inneren Sicherheit, Finanzierung eines Sofortprogramms zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 640 642 643

Stärkung der inneren Sicherheit, Finanzierung eines Sofortprogramms zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 797 808 810 813-815 818 824

Stärkung der inneren Sicherheit, Finanzierung eines Sofortprogramms zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 836 842-844 852 853 855 876-878 881-888 916 917 925 926

Investitionen in die innere Sicherheit

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1096 1101 1108 1111

Suche nach einer neuen Balance zwischen Datenschutz und innerer Sicherheit, insbes nach den Terroranschlägen in den USA; Erweiterung der Möglichkeiten für Erfassung, Austausch und Speicherung personenbezogener Daten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314-1316 1318

Bedeutung des Strafvollzugs für die innere Sicherheit, Verweisung auf den Schutz der Allgemeinheit als Vollzugsziel Nummer 1; Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen zur inneren Sicherheit in der EU; Ordnungspartnerschaften zwischen Bahn, Kommunen und Polizei

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2138 2143-2150 2155 2159-2161 2193

Suche nach einer neuen Balance zwischen Datenschutz und innerer Sicherheit, insbes im Bereich der Terrorismusfahndung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2783 2785-2787

Festschreibung der nationalen Zuständigkeit für die innere Ordnung im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3308

Bezeichnung der inneren Sicherheit als Schwerpunkt des Haushalts, Neuordnung der Postenstruktur bei der Polizei

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4168 4178 4180 4181 4183-4186 4188-4192 4194-4201

Suche nach einer Balance zwischen den Belangen des Datenschutzes und der inneren Sicherheit

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4540 4541 4543-4546

Verzicht auf den Abbau von Stellen iRd Antiterrorprogramms angesichts einer unveränderten Gefährdungslage, Vorwurf einer Sicherheitspolitik nach Kassenlage, Berücksichtigung von Belangen der inneren Sicherheit beim neuen ZuwanderungsGes

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4605-4622 4624-4629

Schaffung eines europäischen Sicherheitsraums, Ausbau von Europol und Eurojust, Anregung eines europäischen FBI

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4844 4846-4851

Verzicht auf den Abbau von Stellen iRd Antiterrorprogramms angesichts einer unveränderten Gefährdungslage, Vorwurf einer Sicherheitspolitik nach Kassenlage

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966 4967 4971 4972

Bezeichnung der inneren Sicherheit als zentrale Aufgabe des Landes, Erfolgsbewertung der Bekämpfung von Kriminalität und des islamistischen Terrorismus

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5138 5140 5144 5145 5165 5166

Kritik am Abbau von Stellen und Ausbildungsplätzen bei der Polizei, Vorwurf einer Sicherheitspolitik nach Kassenlage

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5276-5284

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die innere Sicherheit, Schaffung des europäischen Haftbefehls und der europäischen Straftäterdatei

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5371

Bezeichnung der inneren Sicherheit als Schwerpunkt des Haushalts

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5645

Verweisung auf die geringste Kriminalität und höchste Aufklärungsquote in BW, Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei, Erhaltung eines Einstellungskorridors bei der Bereitschaftspolizei

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5799 5807-5809 5811

Bezeichnung der inneren Sicherheit als Schwerpunkt der Landespolitik, Verweisung auf die geringste Kriminalität und höchste Aufklärungsquote in BW

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5908 5910-5912 5915-5920

Umsetzungsstand des Technik-Zukunftsprogramms für die Polizei, Widerlegung des Vorwurfs einer Sicherheitspolitik nach Kassenlage, Anmahnung eines Sicherheitsplans

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249-6259

Spitzenstellung des Landes im Bereich der inneren Sicherheit, Bekämpfung jeglicher Art von Gewalt und Kriminalität

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6414-6416 6421 6423

Suche nach einer Balance zwischen den Belangen des Datenschutzes und der inneren Sicherheit

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582 6586-6588

Regelungen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern im Maßregelvollzug; Herausnahme der Bereiche der öffentlichen Sicherheit aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7826-7830 7845 7846 7850

Suche nach einer Balance zwischen den Belangen des Datenschutzes und der inneren Sicherheit; Bekämpfung der Kriminalität im Umfeld der Fußballweltmeisterschaft

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918 7920-7922 7928-7932

Öffentliche Unfallversicherung

s. Unfallversicherung

Öffentliche Verwaltung

s. Öffentlicher Dienst

Öffentlicher Auftrag

s.a. Ausschreibung

s.a. Beschaffung

s.a. Öffentliches Bauvorhaben

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der ex-

ternen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/832

Berücksichtigung von Mittelstand und Handwerk bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen

Antr SPD 27.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1843
EAntr CDU und FDP/DVP 27.11.2003 Drs 13/2677
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3906-3915

Ausschreibungsverfahren - Erfassungsdienstleistungen für das Elektronische Grundbuch

Darlegung der Abwicklung des o.g. Verfahrens, insbes teilnehmende Bieter, Art und Kriterien der Angebotsprüfung und Auftragsvergabe, Prüfung der Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers bzw der Subunternehmer, Überwachung der Verbringung und des Rücktransports von Grundbüchern u.a. amtlichen Unterlagen oder Daten ins Ausland, Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit, Beurteilung des Vorhabens durch den LDatenschutzbeauftragten

Antr
s. *Grundbuch*
Drs 13/2186

Mittelstandsfreundliche Auftragsvergabe

Mehrkosten durch die Zusammenfassung von Fachlosen bei öffentlichen Ausschreibungen und eine daraus folgende Generalunternehmervergabe, Beurteilung der Beanstandungen des Bundesrechnungshofs und der Gemeindeprüfungsanstalt sowie der eigenen Vergabepaxis; Bewertung der Regelungen der Vergabegesetze in Bayern und Sachsen, Einführung einer entsprechenden Aufsichtsprüfung iRd MittelstandsförderungsGes?

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 13.01.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2789
BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4101
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepaxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2882

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Ergänzende Stellungnahme zum Zwischenbericht und Antrag der Enquete-Kommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbes der Familienunternehmen, in BW“ - Vergabewesen von Land und Kommunen

Mittlg LReg 25.02.2004 Drs 13/2939 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4101
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Bagatellgrenzen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Frage nach Wertgrenzen für die freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung beim Land und den Kommunen, Zulässigkeit nach der Gemeindeordnung? Auswirkungen beim örtlichen Handwerk und Mittelstand

KlAnfr Dr. Dietrich Birk CDU 19.04.2004 und Antw WM Drs 13/3121

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VergabenachprüfungsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Konsequenzen aus der Praxis des Landes bei der Vergabe von Gutachten, Studien und sonstigen externen Dienstleistungen

Nachbesserung der Stellungnahme zu Drs 13/2882, Benennung der Auftragnehmer, deutliche Reduzierung der Kosten und der freihändigen Vergaben, Einhaltung der Beschaffungsordnung und der Verdingungsordnung, Anlage eines Aktenvermerks mit Begründung einer Abweichung von einer öffentlichen oder beschränkten Ausschreibung in jedem Einzelfall

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/3291

Schutz einer intakten Buchhandelslandschaft; hier: Ausschreibungen für die Lieferung von Schulbüchern

Notwendigkeit der öffentlichen und europaweiten Ausschreibung von Schulbuchaufträgen nach der EU-Vergaberichtlinie, Gefährdung des Buchhandels hiezulande durch meist mehrere gleichwertige Angebote (aufgrund der Buchpreisbindung) und die dann folgende Angebotsauslosung; Möglichkeiten der Schulträger zur Umgehung von Ausschreibungen bzw Eintreten für eine Ausnahmeregelung auf europäischer Ebene

Antr
s. *Buchhandel*
Drs 13/3318

Vergabepaxis im Geschäftsbereich des StM im Zusammenhang mit der Imagekampagne

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Organisation der Kompetenzen im StM für Aufträge im Zusammenhang mit der Werbekampagne, Vereinbarkeit der Vorgehensweise mit den Bestimmungen über die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand; Einholung von Angeboten heimischer (Textil-)Hersteller vor künftigen Auftragsvergaben

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 04.08.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3481
BeschlEmpf und Bericht WirtA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 13 14
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Image-Kampagne des Landes: „Wir können alles außer Hochdeutsch“; hier: Herstellung von T-Shirts in BW

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Werbebotschaft; Gründe für den Verzicht auf Einholung eines Angebots der Firma Trigema; Berücksichtigung von heimi-

schen Produzenten bei der künftigen Beschaffung von Werbemitteln und Werbefilmen

Antr GRÜNE 05.08.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3483
 BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 5
 PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Unterstützung des fairen Handels mit der Vergabe öffentlicher Aufträge und dem Beschaffungswesen

Antr
s. Entwicklungshilfe
 Drs 13/3494

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Beurteilung der weiten Ermessensspielräume und unbestimmten Rechtsbegriffe der Vergabeordnung der Medien- und Filmgesellschaft sowie der Nachwuchsförderprogramme mit der Folge einer Umgehung von Autoren bzw von Absolventen badenwürttembergischer Studieneinrichtungen im Film- und Medienbereich; Interventionsmöglichkeiten des SWR bei der Mittelvergabe; finanzielle Sicherung des Europäischen Filmfestivals u.a. Festivals; Präzisierung der Fördervoraussetzungen in der Vergabeordnung und den Förderprogrammen zur verstärkten Berücksichtigung von heimischen Unternehmen, Nachwuchskräften sowie Absolventen der Filmakademie Ludwigsburg

Antr
s. Medien
 Drs 13/3690

Auftragsvergabe an freiberuflich Tätige fair regeln

Erfahrungen und Reaktionen bei Architekten und Ingenieuren durch die neu vorgesehene Haftung für Baukostenobergrenzen bei Landesbauvorhaben; Streichung der Haftungsregelung aus der entsprechenden Richtlinie

Antr
s. Selbstständiger
 Drs 13/3871

Vergabe von Gutachten durch die Ministerien
 Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. Gutachten
 Drs 13/3960

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Vergabe von Produktionen durch den SWR und beteiligte Partner an Produzenten im Land, finanzielle Unterstützung durch die Medien- und Filmgesellschaft, (dauerhafte) Ansiedlung neuer Firmen und Arbeitsplätze bzw von Absolventen der Filmakademie seit 1996, Einbindung des öffentlichen Bankensektors in die Förderung, Fortschreibung der Filmkonzeption sowie der Konzeption für die Filmfestivals; Abstimmung der Strategie der Länder zur Notifizierung der Förderinstrumente durch die EU

Antr
s. Medien
 Drs 13/4087

Verlagerung der Erfassung von Daten ins Ausland

Übertragung der Erfassung weiterer Daten aus dem Bereich des JuM - außer der für das elektronische Grundbuch - auf ausländische Unternehmen oder deutsche Unternehmen mit Subunternehmen im Ausland

MdlAnfr
s. Datenverarbeitung
 Drs 13/4133

Sicherung von Aufträgen für die Bauwirtschaft

Höhe der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen, Anteil der blockierten Mittel bzw von nicht vergebenen Aufträgen an die Bauwirtschaft aufgrund fehlender Kapazitäten der Bauverwaltung; Maßnahmen zur Beseitigung der Fehlorganisation

Antr
s. Baugewerbe
 Drs 13/4162

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. Straßenbau
 Drs 13/4323

Umsetzung der Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Situation der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Schritte zur Erreichung der angestrebten 80 % der Vermessungsaufträge, Stand des Abschlusses entsprechender Zielvereinbarungen zwischen Landesvermessungsamt und unteren Verwaltungsbehörden, Maßnahmen zur Unterbindung der ausschließlichen Vergabe von Vermessungsarbeiten an die staatliche Vermessungsverwaltung durch Gemeinden und LKreise

Antr
s. Vermessungswesen
 Drs 13/4399

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen

Chancenlosigkeit von mittelständischen Unternehmen und hiesigen Bauarbeitern bei der Auftragsvergabe zum Bau der neuen Landesmesse und für Verkehrsinfrastrukturprojekte durch zu große Lose und Missachtung der 70:30-Relation von eigenen Bauarbeitern zu solchen von Subunternehmen; Verhinderung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping beim weiteren Ausbau der Messe; Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen

Antr
s. Baugewerbe
 Drs 13/4546

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne wei-

tere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbauprojekten; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Marktes durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeführten Bewerber u.a.m.

Antr SPD 01.12.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4916
BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 30-32
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Kritik an der Änderung der Vergabeverordnung des Bundes
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2196-2198

Anmahnung eines mittelstandsfreundlichen VergabeGes
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3615

Kritik an der Vergabepaxis von Meinungsumfragen der LReg
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4482-4487

Entwicklung der Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau, Vorschlag einer Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen öffentlicher Bauvorhaben, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Vorrang der privaten Leistungserbringung
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444 7445 7447 7449 7450

Öffentlicher Betrieb

s. *Öffentliches Unternehmen*

Öffentlicher Dienst

s.a. *Beamter*
s.a. *Bediensteter*
s.a. *Behörde*
s.a. *Bewerber für den öffentlichen Dienst*
s.a. *Dienstrecht*
s.a. *Gehobener Dienst*
s.a. *Höherer Dienst*
s.a. *Laufbahn*
s.a. *Mittlerer Dienst*
s.a. *Nebentätigkeit*
s.a. *Personalvertretung*
s.a. *Verwaltung*

Nebentätigkeiten im öffentlichen Dienst

Vorlage eines Berichts über die von öffentlich Bediensteten ausgeübten Nebentätigkeiten seit 1998 unter besonderer Berücksichtigung der im Ges zur Änd des LandesbeamtenGes enthaltenen Regelungen zur Verschärfung des Nebentätigkeitsrechts

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/765

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1240

Zukunft des Öffentlichen Dienstes in BW unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bull-Kommission Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2662-2670

Bedeutung des Berichts der Bull-Kommission für BW

Übertragbarkeit auf BW, Verbindung einer grundlegenden Neuausrichtung des öffentlichen Dienstes mit einer Verwaltungsreform

Antr FDP/DVP 20.03.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1819

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen und der Vereinbarung von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Beschäftigung dienstunfähiger Lehrer im öffentlichen Dienst außerhalb des Lehramts

KIAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/3281

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungs Voraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Einigung der Tarifvertragsparteien im öffentlichen Dienst; Beurteilung der Einigung durch die LReg

Beurteilung der getroffenen Vereinbarungen und deren Übertragbarkeit auf das Land, Höhe der dadurch entstehenden Mehrausgaben

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 13/4027

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Übernahme der aktuellen Tarifvereinbarung im öffentlichen Dienst

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Kinderbetreuungsangebote für Regierungsmitarbeiter

Zahl und Betreuungssituation der Kinder von o.g. Bediensteten, Frage nach dem Bedarf für eine Einrichtung am Regierungssitz bzw nach vorhandenen Kinderbetreuungseinrichtungen für den öffentlichen Dienst und entsprechenden Erfahrungen

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4214

Rückzahlung von Anwärterbezügen der Laufbahn des gehobenen Dienstes

Begründung und Fallzahlen zur o.g. Rückzahlungsverpflichtung; Heranziehung auch von Anwärtern, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Stelle im Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst annehmen

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/4446

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änd anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen L GleichberechtigungsGes; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des L BeamtenGes und L PersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4483

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Einführung einer strikten Inkompatibilität zwischen Amt und Mandat; Ausschluss eines Mandats für die Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen o.a. Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/5086

Teilzeitbeschäftigungsanteil im öffentlichen Dienst

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Fortführung des Personalabbaus im öffentlichen Dienst; Notwendigkeit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Nachwuchskräfte

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 797 802 818 819

Ermöglichung einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst neben dem Mandat als Landtagsabgeordneter

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1880 1881

Anstrebung einer Nullrunde mit Inflationsausgleich für die unteren Gehaltsgruppen in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst; Fortführung des Stellenabbaus im öffentlichen Dienst

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2121 2122 2124 2134 2135

Anstrebung einer Nullrunde bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst; Verweisung auf die Anrechnungsklausel für Altersruhegeld von Ministern, die aus dem öffentlichen Dienst kommen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2329 2333-2335 2337

Kritik an dem hohen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst, Umsetzung der Ergebnisse für die Beamten, Anstrebung einheitlicher Arbeits- und Vergütungsverhältnisse für Angestellte und Beamte, Reform des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2708 2714 2716 2718 2726 2730-2733

Forderung nach Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2855

Prämissen für die Eignung eines Bewerbers bzw für seine Amtsausübung im öffentlichen Dienst, Verzicht auf ein Kopftuchverbot für den gesamten öffentlichen Dienst nach dem Beispiel Hessens; Erinnerung an die Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4716-4719 4723 4724 4759-4767

Gewährleistung der Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft, Reform des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5810 5818

Sparzwänge im öffentlichen Dienst, Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit mit der freien Wirtschaft

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101 6107 6108

Sparzwänge im öffentlichen Dienst, Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit mit der freien Wirtschaft

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6148

Positionsbestimmung des öffentlichen Dienstes in BW, Wettbewerbsfähigkeit mit der freien Wirtschaft, Unterstützung des Eckpunktepapiers zur Reform des öffentlichen Dienstrechts

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6360-6364

Lob für die Leistungen der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, Anstrebung flexibler Arbeitszeitmodelle und Leistungsanreize in der Besoldung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6418

Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal, Erbringung der verbleibenden Leistungen mit qualifizierten und motivierten Mitarbeitern, Ablehnung weiterer Sonderopfer; Akzeptanz der Abschlüsse von Berufsakademien im öffentlichen Dienst

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6489 6490 6499 6526

Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst zu einer Gruppe der Arbeitnehmer, Übertragung auf den anzustrebenden Tarifvertrag für das Land; Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen dem Abgeordnetenmandat und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6986-6988 7011 7012

Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst zu einer Gruppe der Arbeitnehmer, Übertragung auf den anzustrebenden Tarifvertrag für das Land; Einführung einer Unvereinbarkeit zwischen dem Abgeordnetenmandat und einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7077-7080 7095

Übertragung von Kompetenzen für den öffentlichen Dienst auf die Länder iRd Einigung auf eine Föderalismusreform, Erlangung von Eigenständigkeit bei der Regelung der Besoldung, Verzicht auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7287 7290

Öffentlicher Fernsprecher

s. *Telefon*

Öffentlicher Personennahverkehr

s. *Personenverkehr*

Öffentliches Bauvorhaben

s.a. *Baugestaltung*

s.a. *Hochbau*

s.a. *Hochschulbau*

s.a. *Öffentliches Gebäude*

s.a. *Schulgebäude*

s.a. *Sportstätte*

s.a. *Städtebau*

s.a. *Straßenbau*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 13)

Alternative Ausschreibungs- und Finanzierungsmodelle für Hochbaumaßnahmen (Drs 12/5701 X. S. 4)

Mittlg

s. *Hochbau*

Drs 13/151

Einbeziehung baden-württembergischer Architekten und Ingenieure bei beschränkten Wettbewerben

Angemessene Berücksichtigung heimischer Architekten und Ingenieure bei der Ausschreibung beschränkter Wettbewerbe für Bauvorhaben des Landes und der Kommunen

Antr

s. *Architekt*

Drs 13/1224

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KIAnfr Martin Rivoir SPD 05.02.2003 und Antw FM Drs 13/1745

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 25) - Aufwändiger Neubau eines Gewächshauses

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XXII. S. 9

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2213

Kunst am Bau in BW

Rechtsgrundlagen, Vorgaben und deren Umsetzung bzw Kosten für Kunst am Bau iR von Bauvorhaben des Landes und Bundes seit 1992; Darlegung der geplanten Änderungen

Antr

s. *Baugestaltung*

Drs 13/1794

Überlegungen zur Bauvergabe an einen privaten Generalübernehmer beim Bau der Neuen Landesmesse

Abstimmung des o.g. Vorstoßes des WM verbunden mit weiteren Einsparvorschlägen innerhalb der LReg sowie mit den anderen Gesellschaftern; Vereinbarkeit mit den Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft bzw dem MittelstandsförderungsGes; Auswirkungen der neuen Überlegungen auf das laufende Planfeststellungsverfahren bzw auf die bisherige Terminplanung

Antr

s. *Messe (Ausstellung)*

Drs 13/1839

Zukunft des Baustoffs Holz

Anteil der Holzherzeugung, -verarbeitung und -vermarktung an der Gesamtwirtschaft; Förderung des Einsatzes bei öffentlichen Bauten; Verhinderung negativer Auswirkungen einer Übernahme der Musterverordnung des Bundes zur Versammlungsstätten-VO

Antr

s. *Holz*

Drs 13/1932

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 8) - Verlangte Verpflichtungen des Landes bei der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW mbH - Auswirkungen auf den Landeshaushalt

Prüfung einer Haushaltsfinanzierung der über die Baufinanz abgewickelten Straßen- und Hochbaumaßnahmen

Mittlg

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/2700

Architektenwettbewerbe bei Bauprojekten des Landes

Nutzung des o.g. Instruments bzw eines anderen Vergabeverfahrens für die einzelnen Projekte seit 2000, Höhe der jeweiligen Kosten, Gründe für den Verzicht auf Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs

KIAnfr

s. *Architekt*

Drs 13/3081

Finanzielle und terminliche Verbindlichkeit für den Neubau der Chirurgischen Klinik an der Universität Ulm

Übereinstimmung der am 22.07.2004 in Ulm dargestellten o.g. Eckpunkte mit der Beschlusslage im Ministerrat? Bestätigung als Arbeits- und Orientierungsgrundlage der LReg für die weiteren Planungsschritte? Frage nach der Schließung der vorhandenen Finanzierungslücke

Antr

s. *Chirurgie*

Drs 13/3427

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbau-

werke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3495

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 16) - Baumaßnahmen und technisches Gebäudemanagement in den Zentren für Psychiatrie

Mittlg
s. *Psychiatrie*
Drs 13/4103

Neubau der Chirurgie des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg

Gründe des MinPräs für den Stopp des o.g. Projekts im Kabinett, Ergebnisse der beauftragten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Chirurgie der Universität und dem Bundeswehrkrankenhaus

MdlAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3827

Aufhebung des Kabinettsbeschlusses zum Stopp des Neubaus der Chirurgie im Universitätsklinikum Ulm

Herbeiführung einer neuen, positiven Entscheidung auf der Grundlage der damaligen Kabinettsvorlage

Antr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3828

Auftragsvergabe an freiberuflich Tätige fair regeln

Erfahrungen und Reaktionen bei Architekten und Ingenieuren durch die neu vorgesehene Haftung für Baukostenobergrenzen bei Landesbauvorhaben; Streichung der Haftungsregelung aus der entsprechenden Richtlinie

Antr
s. *Selbstständiger*
Drs 13/3871

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Landesstraßenbaus und Auflösung der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW GmbH

s. *Straßenbau*
Drs 13/4010

Sicherung von Aufträgen für die Bauwirtschaft

Höhe der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen, Anteil der blockierten Mittel bzw von nicht vergebenen Aufträgen an die Bauwirtschaft aufgrund fehlender Kapazitäten der Bauverwaltung; Maßnahmen zur Beseitigung der Fehlorganisation

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4162

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4323

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen

Chancenlosigkeit von mittelständischen Unternehmen und hiesigen Bauarbeitern bei der Auftragsvergabe zum Bau der neuen Landesmesse und für Verkehrsinfrastrukturprojekte durch zu große Lose und Missachtung der 70:30-Relation von eigenen Bauarbeitern zu solchen von Subunternehmen; Verhinderung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping beim weiteren Ausbau der Messe; Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4546

Arbeitsplätze in BW sichern: Mehr öffentliche Bauaufträge für den heimischen Mittelstand

Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben kommunaler Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung im Tiefbau, Hochbau und bei Ausbaugewerken; Erteilung von Empfehlungen zur Erkundung des regionalen Markts durch Informationen über größere Bauvorhaben in regionalen Tageszeitungen u.a. Medien, Aufforderung von mindestens drei bis acht Bewerbern, ausreichende Streuung der aufgeführten Bewerber u.a.m.

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/4916

Neubau der Chirurgie am Universitätsklinikum Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des o.g. Vorhabens

KlAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/5235

Ausschreibung und Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen als Einzelgewerke an mittelständische Unternehmen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3906-3909 3914 3915

Realisierung der iRd Zukunftsoffensive beschlossenen Vorhaben

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5645

Ankündigung der Förderung von großen Bauprojekten in Freiburg, Karlsruhe, Mannheim und Stuttgart

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Entwicklung der Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau, Vorschlag einer Anhebung der Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen öffentlicher Bauvorhaben

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444 7445 7449

Öffentliches Freibad

s. *Schwimmbad*

Öffentliches Gebäude

s.a. *Baugestaltung*

s.a. *Forstgebäude*

s.a. *Hochschulbau*

s.a. *Landeseigene Immobilien*

s.a. *Landtagsgebäude*

s.a. *Ministerium*

s.a. *Polizeigebäude*

s.a. *Schloss (Gebäude)*

s.a. *Schulgebäude*

s.a. *Versammlungsstätte*

Frühdefibrillatoren in öffentlichen Gebäuden zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes

Beurteilung des Einsatzes o.g. Geräte durch Laien iRd Ersten Hilfe, strafrechtliche Wertung einer Fehlanwendung als Körperverletzung; Schulung des Personals in öffentlichen Gebäuden, Beteiligung an den Ausbildungskosten

Antr

s. *Medizinisches Gerät*

Drs 13/401

Nutzung von Erdwärme

Nutzung von Erdwärme in Verbindung mit Wärmepumpen, Einsatz von Anlagen in öffentlichen Gebäuden

KlAnfr

s. *Erdwärme*

Drs 13/1377

Fotovoltaik-Anlagen auf staatlichen Dachflächen

Verpachtung der Dachflächen landeseigener und kommunaler Gebäude zum o.g. Zweck, Höhe der damit jeweils erzielten bzw. erzielbaren Einkünfte

KlAnfr

s. *Solartechnik*

Drs 13/2888

Gewährleistung der Bausicherheit öffentlicher Gebäude

Vorschlag geeigneter Maßnahmen zur Vermeidung von Bauschäden bis zur Bauministerkonferenz Anfang Februar 2006

Antr SPD 12.01.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5038

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 51 52

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Gebäuden

Installierte Anlagen und deren Leistungsvermögen auf den Gebäudedächern der Universität Heidelberg u.a. Hochschulen, Konditionen zur Überlassung der Dachflächen an private Betreiber

KlAnfr

s. *Solartechnik*

Drs 13/4033

Effizienter Energieeinsatz im staatlichen Hochbau

Bewertung der Verfahren zur Überwachung des Wärme- und Stromverbrauchs der Landesgebäude, Vergleich des Energiebedarfs mit öffentlichen Gebäuden in anderen BLändern und der Schweiz, Beurteilung des Potenzials für Energiespar-Contracting sowie der herangezogenen Daten für den Energiepass, Entwicklung praktikabler Modelle zur Erhebung des Energieverbrauchs und der Einsparmöglichkeiten im Bereich der Nicht-Wohngebäude

KlAnfr

s. *Energieeinsparung*

Drs 13/5101

Reduzierung der Anforderungen an die Barrierefreiheit öffentlich zugänglicher Gebäude

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5222-5226

Reduzierung der Anforderungen an die Barrierefreiheit öffentlich zugänglicher Gebäude

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5380 5383-5385

Optimierung des Gebäudemanagements mit Errichtung eines eigenständigen Landesbetriebs „Vermögen und Bau BW“, Plädoyer für Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5630-5633

Optimierung des Gebäudemanagements mit Errichtung eines eigenständigen Landesbetriebs „Vermögen und Bau BW“, Plädoyer für Contracting-Projekte zur Energieeinsparung bei Landesgebäuden

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5695-5699

Begrüßung von Rauchverboten in öffentlichen Gebäuden bzw. des entsprechenden Vorschlags von Sozialminister Renner

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7615-7619 7623 7624

Begrüßung von Rauchverboten in öffentlichen Gebäuden, Ankündigung eines entsprechenden GesEntw für die nächste Wahlperiode

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7747-7751

Öffentliches Unternehmen

s.a. *Bauverwaltung*

s.a. *Eigenbetriebsgesetz*

s.a. *Gemeindefirtschaftsrecht*

s.a. *Landesbeteiligung*

s.a. *Verkehrsunternehmen*

s.a. *Wohnungsunternehmen*

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Situation und Neustrukturierung o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr

s. *Kurort*

Drs 13/214

Anerkennung der Gemeinnützigkeit bei „kleinen Gartenschauen“

Finanzielle Auswirkungen einer Nichtanerkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit für die Realisierung der laufenden Gartenschauprojekte durch so genannte Betriebe gewerblicher Art

KlAnfr
s. *Gemeinnützigkeit*
Drs 13/244

Gemeindegrenzen überschreitende Tätigkeit von Stadtwerken
Auswirkungen des Örtlichkeitsprinzips für Stadtwerke nach der Liberalisierung des Strommarkts, Beurteilung der unterschiedlichen Praxis der RegPräs bei der Umsetzung bzw der Ausnahmen in anderen BLändern, Hinwirkung auf eine einheitliche Rechtsaufsicht bzw eine bundesweit einheitliche Regelung iRd Beratungen der IMK

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 04.12.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/535
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 13-16
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschl des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 13/678

Korruptionskontrolle

Frage nach einer Zusammenarbeit von Müllverwertungsanlagen und sonstigen Betrieben mit öffentlicher Beteiligung mit Unternehmen, die in den Kölner Müllskandal verwickelt sind; Gründe für die Zunahme von Bestechungsdelikten in BW; präventive Maßnahmen zur Verhinderung einer Verwicklung von öffentlichen Unternehmen in Korruptionsfälle

KlAnfr
s. *Bestechung*
Drs 13/848

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Ergänzender Bericht über die Entwicklungen in Bad Wildbad

Antr
s. *Kurort*
Drs 13/1038

Ausbildungsplätze in BW

Darlegung der jeweiligen Lehrstellenbilanz seit 1997, Stimulanz der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft; Reduzierung der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Aufstockung der Zahl von Ausbildungsstellen im Landesbereich einschließlich der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, Mittelbereitstellung für die überbetriebliche Ausbildung

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/1260

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Entwicklung der o.g. Betätigung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen seit 1992, Frage nach einer drittsschützenden Wirkung des § 102 GemO sowie nach Eingriffsmöglichkeiten und -handlungen der Rechtsaufsicht in den letzten fünf Jahren, Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, Beschränkung auf Ausnahmen, Normierung eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs Dritter gegenüber den Kommunen? Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegrün-

deten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau sowie eines Kreisplanungsamts bei Leistungen der Bauwerksplanung und Grünplanung

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1367

Auswirkungen des MittelstandsförderungsGes auf mittelständische Unternehmen

Zahl und Betätigungsfelder von Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft bzw Mitträgerschaft in Konkurrenz zu privaten Betrieben, Auswirkungen auf den jeweiligen Märkten, Erfahrungen in anderen BLändern bzw in BW nach Änd des Gemeindefinanzrechts und des MittelstandsförderungsGes im Bereich des öffentlichen Vergabewesens, Frage nach Kooperationen und Quersubventionierungen, Einschätzung von Ergebnissen der auf EU-Ebene geführten Diskussion der Grenzen zwischen öffentlicher Daseinsvorsorge und Marktliberalisierung

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/1386

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Umwandlung in je einen Landesbetrieb „Land“ und „Bund“, u.a. auf die Beteiligung des Ltg beim An- und Verkauf von Grundstücken, auf die Personalstruktur und -stärke, Erhebung von marktgerechten Mieten von den Dienststellen des Landes und Verwaltung der Liegenschaften des Ltg und der Hochschulen; Gründe für den Verzicht auf Einbeziehung der forst- und landwirtschaftlichen Liegenschaften sowie der Schlösser und Gärten

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/1509

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt seit 1993; Höhe, Abdeckung und Verwendung der Entnahmen im selben Zeitraum; Berücksichtigung von Sonderentwicklungen wie Aufgabenverlagerung auf Eigenbetriebe oder Zweckverbände

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung

Erweiterung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat oder Kreisrat auf leitende Beamte und Angestellte einer juristischen Person oder sonstigen Organisation des öffentlichen oder privaten Rechts, bei der die Gemeinde bzw der Landkreis die Kapitalmehrheit und/oder die Mehrheit des Stimmrechts in den Kollegialorganen besitzt

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2453

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie den Unternehmen und Betrieben des Landes

Angebot von Ausbildungsstellen in einem privatrechtlichen Auszubildungsverhältnis für bis zu fünf Jugendliche im Ltg sowie von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in den o.g. Bereichen

Antr

s. Ausbildungsplatz
Drs 13/2721

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate von Ministern und Ministerialbeamten

Darlegung o.g. Mandate bei Firmen, Stiftungen, Landesbetrieben u.a. Einrichtungen mit Landesbeteiligung; Form und Höhe der jeweiligen Vergütung

KlAnfr
s. Aufsichtsrat
Drs 13/3196

Gemeindefinanzrecht

Verstöße gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Auflistung bzw Abfrage konkreter Fälle, u.a. Durchführung von Speditionsaufträgen, Reisediensten, Gartenbauarbeiten, Bestatungen, von städtischen Betrieben und Versorgungsunternehmen in Mannheim, Heidelberg, Ulm, Offenburg, Singen, Lörrach, Nussloch, Tübingen und Bruchsal; Frage nach Maßnahmen gegen die Verstöße

Antr
s. Gemeindefinanzrecht
Drs 13/3222

Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung

Stopp der Besetzung der jeweiligen Spitzenposition bei der staatlichen Toto-Lotto GmbH und Rothaus-Brauerei mit zwei ehemaligen Landesministern, Ausschreibung dieser und aller anderen o.g. Stellen

Antr
s. Führungskraft
Drs 13/3355

Bericht über die aktuelle wirtschaftliche Situation und die weitere Entwicklung der landesbeteiligten Bäder- und Kurunternehmen

Bericht über die o.g. Unternehmen in Baden-Baden, Badenweiler, Bad Wildbad und Bad Mergentheim

Antr
s. Kurort
Drs 13/3374

Offenlegung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern in landeseigenen und landesbeteiligten Unternehmen

Veröffentlichung im jährlichen Bericht des FM über die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts

Antr
s. Vorstand
Drs 13/3496

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Bildung von Übergangspersonalvertretungen; Änd des Ernennungsges, des Landesbeamten- und -besoldungsges, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. Bauverwaltung
Drs 13/3720

Mehrwertsteuer-Nachrichtigung für Landesbetriebe, die im Zuge der Verwaltungsreform in die Landratsämter eingegliedert werden

Nachrichtigung von Mehrwertsteuer für frühere Anschaffungen beim Landesbetrieb Vermessung und evtl weiteren Landesbetrieben im Zuge der o.g. Eingliederung

MdlAnfr
s. Mehrwertsteuer
Drs 13/3722

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Beschränkung auf Kernaufgaben, Verzicht auf die Förderung von Messen, Regionalflughäfen, Heilbädern sowie den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen durch Kommunen, LKreise oder deren Zweckverbände

s. Finanzpolitik
Drs 13/4042

Immobilienverkäufe des Landes, die Gründung einer öffentlich-privaten Partnerschaft und die Haushaltsordnung des Landes

Höhe der im Haushalt veranschlagten und getätigten Verkäufe, Form und erwartete Gegenleistung der Einbringung und Verwertung weiterer Liegenschaften iRd o.g. Partnerschaft, Vereinbarkeit der Beteiligung an einer gemeinsamen Verwertungsgesellschaft mit Privaten sowie der Aufteilung der Erlöse mit der Haushaltsordnung, Wahrung der Beteiligungsrechte des Parlaments bei der Veräußerung von Grundstücken; Konsequenzen der Aufgabenverlagerung für die Hochbauverwaltung

Antr
s. Landeseigene Immobilien
Drs 13/4156

Ges zur Änd kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften

Erweiterung der Hinderungsgründe für Gemeinde- oder Kreisräte auf leitende Angestellte von privatrechtlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde oder der Landkreis mehrheitlich beteiligt ist; Senkung der Einwohnergrenze für den Ausschluss eines gleichzeitigen Gemeinderatsmandats von nah miteinander verwandten Bürgern; Änd der GemO, LKkreisO und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. Kommunalrecht
Drs 13/4385

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen

Antr
s. Baugewerbe
Drs 13/4546

Offenlegung der Vorstandsvergütungen in Unternehmen mit Landesbeteiligung

Übertragung der auf Bundesebene beschlossenen Regelung für börsennotierte Unternehmen auf Unternehmen mit Landesbeteiligung

Antr
s. Vorstand
Drs 13/4560

Sinn und Zweck der neu gegründeten Landesimmobiliengesellschaft

Aufbau und Arbeitsweise der o.g. GmbH in privater Rechtsform zur Verwertung von landeseigenen Immobilien neben dem Landesbetrieb Vermögen und Bau, Begründung der nachfolgenden Errichtung einer Kommanditgesellschaft mit direkter Beteiligung eines Privaten, Anwendung eines Public-Private-Partnership-Modells?

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/4594

Ges zur Änd des Gemeindefirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des AufwandsentschädigungsGes

GesEntw

s. *Gemeindefirtschaftsrecht*

Drs 13/4767

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Einführung einer strikten Inkompatibilität zwischen Amt und Mandat; Ausschluss eines Mandats für die Beamten, Richter und Angestellten des öffentlichen Dienstes sowie für Beamte und hauptberufliche Angestellte von juristischen Personen o.a. Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 % beteiligt ist

GesEntw

s. *Inkompatibilität*

Drs 13/5086

Wirtschaftlichkeit des Landesbetriebs Vollzugliches Arbeitswesen, Werbung um Aufträge

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2141 2148

Nachvollziehbarkeit von Ausnahmegenehmigungen für die Tätigkeit von Regierungsmitgliedern in den Aufsichtsorganen landesbeteiligter Unternehmen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2347-2350

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änd des Gemeindefirtschaftsrechts; verstärkte Einrichtung von Landesbetrieben, z.B. für die Forstwirtschaft

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2361 2379 2381

Prüfung der Einrichtung eines Landesbetriebs für die Forstverwaltung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2725

Umwandlung von staatlichen Einrichtungen in Landesbetriebe und selbstständige Unternehmen; Auslagerung von Aufgaben der LKreise in Eigenbetriebe

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2907 2924

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindefirtschaftsrechts

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5192 5194 5203 5204

Vorgabe einer Effizienzrendite für neu gegründete Landesbetriebe; Zukauf von Kraftwerksleistung durch Stadtwerke, Anstreben einer dezentralen Energieversorgung mit einem Bündnis von Kommunen und Stadtwerken

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6111 6112 6122 6130 6131 6136

Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindefirtschaftsrechts; Prüfung von Effizienzgewinnen beim Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Unterstützung der Pläne von Stadtwerken zum Bau von Kraftwerken

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405 6418 6446-6448 6453 6455-6460

Unterstützung der Pläne von Stadtwerken zum Bau von Kraftwerken; Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Betrieben, Änderung des Gemeindefirtschaftsrechts

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6471 6482 6483 6493 6494 6506 6509

Kooperation der EnBW mit Stadtwerken bei der Suche nach neuen Kraftwerksstandorten, Unterstützung der investitionsbereiten Stadtwerke vorseiten des Landes

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7029 7032

Kritik an der mangelnden Unterstützung der Pläne von Stadtwerken zum Bau von Kraftwerken im Land; Förderung der Müllumschlaganlagen von kommunalen Unternehmen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7045-7047 7109

Unterstützung einer Kooperation zwischen der EnBW und Stadtwerken

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297

Unterstützung der Pläne von Stadtwerken zum Bau von Kraftwerken, Erinnerung an die Ablehnung eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim durch die EnBW

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7713

Öffentliches Verkehrsmittel

s.a. *Fahrgast*

s.a. *Nahverkehrsabgabe*

s.a. *Omnibus*

s.a. *Schienenverkehr*

s.a. *Schnellbahn*

s.a. *Stadtbahn*

s.a. *Verkehrsverbund*

Jahr des Ökotourismus der Vereinten Nationen 2002

Förderung des Ökotourismus im Bereich der Heilbäder, Luftkurorte, Ferien auf dem Bauernhof und des Tagestourismus; Unterstützung des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel, Werbung um Verständnis für Verkehrsbeschränkungen im Tagestourismus, Reaktivierung des Fahrradverleihs an Bahnhöfen; Erstellung einer Konzeption mit den Fremdenverkehrsverbänden, Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/366

Kostenlose Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln
Eintreten für eine kostenlose Fahrradbeförderung in allen Nahverkehrszügen bzw im ÖPNV

KlAnfr
s. *Fahrrad*
Drs 13/611

Informationen über Anreisemöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Informationen von Veranstaltern publikumswirksamer Ereignisse über die o.g. Möglichkeiten; einseitige Information von Autofahrern über Anfahrt- und Parkmöglichkeiten zum Neujahrsempfang des Landes in Mannheim, Erwartung von mehr Ausgewogenheit bei künftigen Einladungen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 15.01.2002 und Antw UVM
Drs 13/628

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr/Öffentlichen Verkehr durch das Land BW

Zuweisungen des Bundes und Mittelabfluss im Landeshaushalt für die Hj 2000/01, zustehende Mittel nach dem Referentenentwurf des BFinanzMin für 2002; zeitnahe Verwendung der zufließenden Mittel für den SPNV und ÖPNV

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/703

Nachtverkehr im Raum Mannheim/Heidelberg

Beurteilung des o.g. ÖPNV-Angebots an Wochenenden; Unterstützung einer Verbesserung durch Bestellung von Nahverkehrsleistungen zwischen den Hauptbahnhöfen Mannheim und Heidelberg

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/739

Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV

Hinwirkung auf die Umsetzung des o.g. Angebots bei allen Nahverkehrsanbietern in Bahnen und Bussen ohne Sperrzeiten, Schaffung von Planungssicherheit durch langfristige Übernahme der Einnahmeausfälle

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1051

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2001 und 2002 nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung; zeitnahe Verwendung der Überschüsse und zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1054

Fahrradland BW

Bisherige und künftige Förderung des Fahrradverkehrs, Radwegbaus und Radtourismus; Vergleich mit der Schweiz u.a. BLändern; Finanzierung eines landesweiten Radwegenetzes, einer einheitlichen Beschilderung und kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw Verkehrsverbänden; Förde-

rung von kommunalen Maßnahmen über den Finanzausgleich; Einrichtung eines Referats für Fahrradverkehr im UVM sowie eines Haushaltstitels für den Radwegbau

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1078

Kostenlose Fahrradmitnahme in Nahverkehrszügen in BW

Umsetzung des o.g. Angebots in Verkehrsverbänden sowie auf nicht in Verbundgebieten liegenden Strecken

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1448

Verwendung der Regionalisierungsmittel im Jahr 2002

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2002 und 2003

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1654

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, insbes auch im ländlichen Raum; Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit anderer Unternehmen im Schienen- und Busverkehr gegenüber der Bahn AG, entsprechende Modifikation der Ausschreibungsverfahren; Möglichkeiten zur Kostensenkung und Qualitätssteigerung im SPNV, Zuschusskürzungen bei Leistungsmängeln; finanzielle Beteiligung der LKreise und Kommunen am ÖPNV, zusätzlicher Mittelbedarf ab 2003; Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verkehrsverbände; Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen; Gewährleistung der Anschlussverbindung von Busreiseunternehmen auch beim neuen Hbf und Filderbahnhof iRd Projekts Stuttgart 21

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in BW unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverbundförderung

Entwicklung der o.g. Förderung seit 1998 nach Landesmitteln, dem GVFG, aus Regionalisierungsmitteln des Bundes und kommunalen Eigenleistungen; Planung von Einschnitten? Auswirkungen der Revision der Tarifreform der Bahn AG, Anerkennung der Bahn-Card in den Verkehrsverbänden? Höhe der Erstattungen für die kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV, Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verkehrsverbände

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2405

Verbundförderung in BW

Zahl, jeweilige Gebietsgröße und Tarifbestimmungen der einzelnen Verkehrsverbände in BW und den alten BLändern; Erschwerung der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch die unterschiedlichen Regelungen; Überarbeitung der Förderkriterien mit dem Ziel größerer Verbundräume und abgestimmter Tarifbedingungen, Implementierung nach Ablauf der bestehenden Verträge, Einrichtung einer Koordinierungsstelle

Antr

s. *Verkehrsverbund*
Drs 13/2541

Fördersätze nach dem GVFG

Auswirkungen der Kürzungen für den öffentlichen Verkehr und den kommunalen Straßenbau

MdlAnfr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/2691

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG

Entwicklung der Zuschüsse für den öffentlichen Verkehr und Straßenbau, Höhe der beantragten Förderung sowie der geplanten Absenkung der Fördersätze und Auswirkungen, insbes der Umwandlung der Bagatellgrenze für ÖPNV-Projekte im ländlichen Raum; Verzicht auf einseitige Kürzungen beim ÖPNV, Fortführung der Förderung des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus im Verhältnis 50:50

Antr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/2869

Förderung der kostenlosen Fahrradmitnahme im ÖPNV

Entwicklung des o.g. Angebots und der Nachfrage, Höhe der aufgewandten Mittel 2003 bzw im Falle eines flächendeckenden Angebots von allen Verkehrsanbietern, Fortsetzung der vollen Erstattung des Einnahmeausfalls auch in den nächsten Jahren

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/3052

Fahrradmitnahme

Entwicklung der kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der hierfür geleisteten Erstattungen an die Verbände seit 2000; Analyse der (Mitnahme-)Effekte und Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen und den Radtourismus; Entwicklung eines neuen Fördermodells: Vermeidung finanzieller Mitnahmeeffekte, Stimulanz zusätzlicher Nachfrage, Gewährleistung einheitlicher Beförderungsbedingungen, Deckelung des Zuschussvolumens aus Regionalisierungsmitteln

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/3158

Ökotourismus im Südlichen Schwarzwald in Verbindung mit der Schweiz

Aufgabe des o.g. Konzepts? Vereinbarkeit mit dem angestrebten Projekt „Freie Fahrt für freie Urlauber“ iR von KONUS (kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Schwarzwaldtouristen)

MdlAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/3161

ÖPNV- und SPNV-Investitionen in den Jahren 2000 bis 2007

Höhe der o.g. Investitionen, Vereinbarkeit mit der im Generalverkehrsplan angestrebten Verlagerung von Autoverkehr auf den öffentlichen Verkehr sowie Verkehrsvermeidung und damit Reduktion der Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3320

Innovatives Mobilitätsangebot; hier: Kooperation ÖPNV/Car Sharing

Entwicklung der Kooperationen von Car Sharing und Nahverkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden; Ausweisung von Stellplätzen durch die Kommunen in Verdichtungsräumen; Teilhabe am Mobilitätsforschungsprogramm der BReg

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3509

Verwendung von originären Landesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Höhe der seit 1996 bereitgestellten originären Landesmittel, Komplementärmittel sowie FAG-Mittel für die Infrastrukturförderung, Schienenfahrzeugförderung und Omnibusse bzw für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter, Betriebskostenzuschüsse und Verbundförderung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3689

Mobilfunkstrahlung in öffentlichen Verkehrsmitteln

Frage nach Grenzwerten und Ergebnissen von Untersuchungen über die Strahlenbelastung durch eingeschaltete Handys der Fahrgäste in Bussen und Bahnen, Beurteilung eines Verbots oder einer Beschränkung der Nutzung von Handys in den Fahrzeugen bzw von technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der Strahlung

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/3858

Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland; hier: Austragungsort Stuttgart

Stand der Planung und Realisierung notwendiger Maßnahmen zur Verkehrsinfrastruktur, Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für Logistikaufgaben, Konzentration der Bundesmittel zum Abbau der Engpässe im Bundesfernstraßennetz der Region, Vorkehrungen der Aufgabenträger beim ÖPNV bzw bei der störungsfreien Vernetzung öffentlicher Verkehrsmittel mit dem VVS

Antr
s. *Fußballweltmeisterschaft*
Drs 13/4029

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbände Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tarifierhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4585

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Energiebedarf des Verkehrs seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch Verlagerung von Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder sowie durch Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Auswirkungen des Vermittlungsergebnisses zum „Koch-Steinbrück-Papier“ vom Dezember 2003 auf den SPNV und ÖPNV in BW

Umfang der erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen auf der Grundlage o.g. Beschlüsse, Auswirkungen der Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung, Bewirkung von Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsunternehmen und -verbände? Beurteilung des von den MinPräs zugrunde gelegten Subventionsbegriffs; Abstimmungsverhalten im BRat bei einer erneuten Einbringung der noch nicht umgesetzten Kürzungsvorschläge

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4801

Umfang der von der LReg geplanten Investitionsförderung für Schienenverkehr und ÖPNV in den nächsten Jahren

Höhe der Förderung von Anlagen und Fahrzeugen des SPNV und ÖPNV differenziert nach der GVFG-Fahrzeugförderung, dem GVFG-Landes- und -Bundesprogramm, dem BundesschienenwegeausbauGes u.a. Finanzierungswegen; Darstellung der einzelnen Jahre ab 1996 sowie der jeweiligen Zusagen und Planungen für die Jahre bis 2010; Verteilung der Einzelprojekte mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von mehr als 10 Mio Euro

GrAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4846

Sport und Mobilität

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Studie, insbes Reduzierung der Pkw-Nutzung bei der Anfahrt zu Sportstätten und zur Ausübung von Freizeitsport; Verknüpfung der Sportstättenförderung mit Anforderungen an ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, Frage nach gegenteiligen Fällen, wie z.B. das Förderprojekt Großsporthalle Tübingen, in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 13/4946

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung

und ggf Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr
s. *Nahverkehrsabgabe*
Drs 13/4950

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Geänderter Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (KOM(2005)319 endgültig)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/5067

Schwarz-Rot-Stift beim Angebot von Bus und Bahn

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7869-7880

Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen mit Blick auf die EU-weite Öffnung der Verkehrsmärkte

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 615 616 619 620

Umleitung eines Teils der Verkehrszuwächse auf öffentliche Verkehrsmittel, Kürzung der Investitionsmittel im ÖPNV, Verschärfung der Förderbedingungen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4322 4327-4329 4333-4335 4338-4340

Beklagung der Kürzung der Fördermittel für den öffentlichen Verkehr, Ausrüstung der ÖPNV-Fahrzeuge mit Partikelfilter

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6342 6345 6349 6350

Notwendigkeit der weiteren Subventionierung des öffentlichen Verkehrs

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6888 6893

Verbesserung der Erreichbarkeit des Europaparks Rust mit öffentlichen Verkehrsmitteln

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7760 7768

Öffentliches Vermögen

s.a. *Kunstsammlung*
s.a. *Landesbeteiligung*
s.a. *Landeseigene Immobilien*
s.a. *Öffentliches Gebäude*
s.a. *Öffentliches Unternehmen*

Einberufung einer „Lenkungsgruppe Landesvermögen“

Bestellung des o.g. Gremiums aus Mitgliedern der LReg und des Ltg zur geplanten Neuordnung der Landesbeteiligungen

Antr SPD 07.08.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/164
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.07.2002 Drs 13/1232 S. 13
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Auftragserteilung des WM an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Erstellung einer Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Beurteilung der

Aussagekraft des Gutachtens und der entstandenen Kosten, Frage nach einer Einbeziehung des zuständigen FM sowie Autorisierung des WM für die öffentliche Präsentation der ausschließlich für interne Zwecke erstellten Studie; Aufnahme von Verhandlungen mit den EVU über den Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland; Vorbereitung einer Neuordnung der Beteiligungen an der BW-Bank und der Landesbank

Antr
s. *Landesbeteiligung*
Drs 13/693

Begutachtung der Veräußerbarkeit von Landesbeteiligungen
Aussagekraft und Kosten einer im Auftrag des WM erstellten Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Frage nach einem höheren Kenntnisstand des FM über die einzelnen Beteiligungsverhältnisse sowie nach Bemühungen um eine bessere Kooperation zwischen beiden Ministerien

Antr
s. *Landesbeteiligung*
Drs 13/811

Vermögen und Projekte der Landesstiftung BW
Entwicklung des Vermögens und der einzelnen Projekte der Landesstiftung, Höhe der jeweiligen Förderung, Zuständigkeit und Kosten der Prüfung auf Gemeinnützigkeit, Auflistung der aus steuerlichen Gründen abgelehnten Förderanträge, Umfang von Folgekosten für den Landeshaushalt nach Ablauf der geförderten Projektphasen; Zuführung des gesamten Erlöses aus dem Verkauf der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland?

Antr
s. *Stiftung*
Drs 13/1219

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Umwandlung in je einen Landesbetrieb „Land“ und „Bund“, u.a. auf die Beteiligung des Ltg beim An- und Verkauf von Grundstücken, auf die Personalstruktur und -stärke, Erhebung von marktgerechten Mieten von den Dienststellen des Landes und Verwaltung der Liegenschaften des Ltg und der Hochschulen; Gründe für den Verzicht auf Einbeziehung der forst- und landwirtschaftlichen Liegenschaften sowie der Schlösser und Gärten

Antr Nils Schmid u.a. SPD 14.11.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1509
BeschlEmpf und Bericht FinA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 12 13
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Wertentwicklung des Pensionsfonds und die Pensionslasten des Landes

Darlegung der Entwicklung des o.g. aus der Versorgungsrücklage gespeisten Fonds und der Versorgungsausgaben in den nächsten zwanzig Jahren, Einsatz zur Abmilderung der Pensionslasten für den Landeshaushalt

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/1541

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuführungen vom Verwaltungs- zum Vermögenshaushalt seit 1993; Höhe, Abdeckung und Verwendung der

Entnahmen im selben Zeitraum; Berücksichtigung von Sonderentwicklungen wie Aufgabenverlagerung auf Eigenbetriebe oder Zweckverbände

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 32) - Zinsen aus Kapitalvermögen und Beihilferückstellungen für Ruhestandsbeamte

Höhe der flüssigen Mittel und Zinseinnahmen der Universitätsklinik, Umfang der Anlage beim Land

Mittlg
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2700

Haushalt 2004; Epl 12

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

s. *Zins*
Drs 13/2812

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepraxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2882

Vermögen der Hochschulen

Höhe des jeweiligen Körperschaftsvermögens der Hochschulen, Anteil des von den Hochschulen genutzten Grundvermögens des Landes, Buch- und Verkehrswert der von den Universitätskliniken übernommenen Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, Frage nach den immateriellen Vermögenswerten der Hochschulen bzw nach Art und Ergebnissen der wirtschaftlichen Verwertung

Antr Nils Schmid u.a. SPD 11.03.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3004
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 22.04.2004 Drs 13/3200 S. 36 37
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission, insbes Verkauf von Vermögen, Grundstücken, Forderungen

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/3465

Ges zur Reform der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung BW

Übertragung der Aufgaben im Bau- und Immobilienwesen auf einen eigenständigen Landesbetrieb „Vermögen und Bau BW“; Bildung von Übergangspersonalvertretungen; Änd des Ernen-

nungsGes, des Landesbeamten- und -besoldungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes, der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren und gehobenen Dienst in der Allgemeinen Finanzverwaltung; Aufhebung von Vorschriften über die Zuständigkeiten der Oberfinanzdirektionen

GesEntw
s. *Bauverwaltung*
Drs 13/3720

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

s. *Zins*
Drs 13/4012

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf von Landesvermögen ausschließlich zur Schuldentilgung oder zum gleichwertigen Erwerb von Vermögen; Vorlage einer mittelfristigen Nachhaltigkeitsplanung für zehn Jahre mit den zu erwartenden Einnahmen und dem Ausgleich der aufgelaufenen Verschuldung bis zum Erreichen der Nettoullverschuldung

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Immobilienverkäufe des Landes, die Gründung einer öffentlich-privaten Partnerschaft und die Haushaltsordnung des Landes

Höhe der im Haushalt veranschlagten und getätigten Verkäufe, Form und erwartete Gegenleistung der Einbringung und Verwertung weiterer Liegenschaften iRd o.g. Partnerschaft, Vereinbarkeit der Beteiligung an einer gemeinsamen Verwertungsgesellschaft mit Privaten sowie der Aufteilung der Erlöse mit der Haushaltsordnung, Wahrung der Beteiligungsrechte des Parlaments bei der Veräußerung von Grundstücken; Konsequenzen der Aufgabenverlagerung für die Hochbauverwaltung

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/4156

Instrumentarien zur Beurteilung der langfristigen Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte

Bewertung der Generationenbilanzierung aus Sicht der LReg, der „Wirtschaftsweisen“ u.a. Sachverständiger; Zeitperspektive für eine erstmalige Vorlage mit dem Haushaltsplanentwurf; Entwicklung von Standards zur Anwendung auch bei den Kommunen und LKreisen; Eignung der Anwendung kaufmännischer Methoden für die Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des Haushalts zur Vorlage einer Vermögensrechnung; Frage nach Vorarbeiten und Übergangsfristen bis zum Inkrafttreten eines derart neugestalteten Haushaltsrechts

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/4244

Sinn und Zweck der neu gegründeten Landesimmobiliengesellschaft

Aufbau und Arbeitsweise der o.g. GmbH in privater Rechtsform zur Verwertung von landeseigenen Immobilien neben dem Landesbetrieb Vermögen und Bau, Begründung der nachfolgenden Errichtung einer Kommanditgesellschaft mit direkter Beteiligung eines Privaten, Anwendung eines Public-Private-

Partnership-Modells?

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/4594

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

s. *Zins*
Drs 13/4840

Haushalt 2006; Nachtrag

Erwirtschaftung einer Effizienzrendite beim Landesbetrieb Vermögen und Bau BW

s. *Bauverwaltung*
Drs 13/4840

Verwendung der Erlöse aus der Veräußerung von Landesvermögen für Zukunftsinvestitionen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 212

Verwendung der Erlöse aus der Veräußerung von Landesvermögen für Zukunftsinvestitionen und Schuldenabbau

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333 336 341

Ablehnung einer Veräußerung von Landesvermögen zum Ausgleich von Steuerausfällen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 645

Ablehnung einer Veräußerung von Landesvermögen zum Ausgleich von Steuerausfällen, Verwendung der Erlöse für Zukunftsinvestitionen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801 808 812 813

Finanzierung von Bildung und Kinderbetreuung durch Privatisierung von Landesvermögen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 839 841 842 844-846 848 849 852 865 896

Verwendung der Erlöse aus der Veräußerung von Landesvermögen für Zukunftsinvestitionen und Schuldenabbau

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1573 1575-1578 1581-1587

Feststellung einer ausschließlichen Verwaltung von Landesvermögen durch die Landesstiftung, Notwendigkeit der Kontrolle durch den RH; Hinweis auf den Verbrauch der Verkaufserlöse aus öffentlichen Beteiligungen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2265 2266 2268-2272

Vorschläge zur Neuordnung des Landesvermögens

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4011 4020 4021 4027 4034 4041

Veräußerung von Landesvermögen, Verwendung der Erlöse zur allgemeinen Haushaltsdeckung bzw zur Schuldentilgung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4364-4367 4374 4376 4379

Veräußerung von Landesvermögen zur Haushaltssanierung; Errichtung eines eigenständigen Landesbetriebs „Vermögen und Bau BW“

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643 5695-5699

Kritik am Verkauf von Vermögenswerten zur Deckung des Haushalts, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5801-5803 5809 5817 5820 5825-5827

Veräußerung von Landesvermögen, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5872 5884 5891

Abmilderung der aktuellen Neuverschuldung durch Vermögensverkäufe

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960

Veräußerung von Landesvermögen zur Haushaltssanierung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6104-6107 6110 6114 6115

Veräußerung von Landesvermögen, Verwendung der Erlöse zur Absenkung der Neuverschuldung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6143

Vorschlag zur Erstellung einer jährlichen Vermögensrechnung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6312 6313

Vorschlag zur Erstellung einer jährlichen Vermögensrechnung, Kritik an der Veräußerung von Landesvermögen zur Vermeidung der Verfassungswidrigkeit des Haushalts, Vorschläge des RH zum Umgang mit dem Vermögen des Landes

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6367-6370 6384 6390-6393

Anregung einer Generationenbilanz mit einer Vermögensrechnung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6490 6499

Öffentlichkeitsarbeit

s.a. Anzeige (Bekanntmachung)

s.a. Sponsoring

s.a. Umfrage

s.a. Veröffentlichung

Informationen des Landesgewerbeamts

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten von Publikationen des LGA; Abstimmung mit der Standortwerbung des Landes?

KlAnfr

s. Landesgewerbeamt

Drs 13/65

Haushalt 2002 und 2003; Epl 02

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. Werbung

Drs 13/652

Präsentation des Landes BW im Ausland

Professionalität und Wirkungen der Auslandspräsentation des Landes, Bewertung der Doppelfunktion von Dr. Döring als Minister und Präsident des Tourismusverbands BW, Überlegungen zur Steigerung der Besucherzahlen aus Nordamerika sowie zu einer einprägsameren Gestaltung des Namens „Baden-Württemberg“ für den englischen Sprachraum

Antr

s. Baden-Württemberg

Drs 13/1168

Anzeigen der Kassenärztlichen Vereinigungen

Rechtsaufsichtliche Maßnahmen gegen die Anzeigenkampagne über die neu eingeführten Behandlungsprogramme für chronisch Kranke

Antr

s. Kassenärztliche Vereinigung

Drs 13/1325

Hochglanzbroschüre „Ein Stern in Europa“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation des StM mit Abbildungen von Staatsminister Palmer und des MinPräs

Antr

s. Druckerzeugnis

Drs 13/1592

Imagekampagne

Evaluation der Imagekampagne BW, Zahl der angesiedelten ausländischen Unternehmen und neu geschaffenen Arbeitsplätze, Frage nach der Möglichkeit der Mittelverwendung für andere (Werbe-)Zwecke, z.B. für die Gestaltung und Ausführung der Olympiabewerbung

KlAnfr

s. Werbung

Drs 13/1852

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Reduzierung der Mittel des KM für Öffentlichkeitsarbeit

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 45 S. 106

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. Werbung

Drs 13/1873

Anzeigenkampagne gegen die Mannheimer Staatsanwaltschaft

Rechtliche Mittel zum Schutz der von der Anzeigenkampagne des SAP-Begründers Dietmar Hopp betroffenen Staatsanwälte; Beurteilung der Unterstützung der Kampagne und Aufruf zur Verfahrenseinstellung durch mehrere Oberbürgermeister und Bürgermeister

Antr

s. Staatsanwaltschaft

Drs 13/1983

Verdeckte Öffentlichkeitsarbeit von Scientologen

Frage nach kampagneähnlichen Aktionen der Scientology-Organisation, nach den angesprochenen Themen und Personen

KlAnfr

s. Sekte

Drs 13/2297

Broschüre: „Kinder sind das beste, was wir haben“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation

Antr

s. Kind

Drs 13/2304

Veröffentlichungen des Kultusministeriums

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der Publikationen des KM; Entwicklung des Etats und der Zahl von Mitarbeitern für die Öffentlichkeitsarbeit; Frage nach Optimierungsmög-

lichkeiten und Einsparpotenzialen

KlAnfr

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

Drs 13/2774

Haushalt 2004; Epl 04

Reduzierung der Mittel des KM für Öffentlichkeitsarbeit

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-13 S. 57

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Haushalt 2004; Epl 12

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*

Drs 13/2812

Falsche Lehrstellenbilanz des WM

Zeitpunkt der Information des WM über die fehlerhaften Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung sowie der Veröffentlichung; Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Falschinformationen

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/2980

Werbe- und Sympathiekampagne (WSK)

Evaluation der Imagekampagne BW, Vergleich der angestrebten Ziele und Ergebnisse, Entwicklung der Kosten und Perspektiven

KlAnfr

s. *Werbung*

Drs 13/2981

Wir können alles - außer produzieren?

Produktion der Werbespots für die Imagekampagne BW außerhalb des Landes? Renommee der Filmakademie Ludwigsburg; Hinwirkung auf eine stärkere Kooperation der beauftragten Werbeagentur mit der Filmakademie Ludwigsburg bzw mit hiesigen Produzenten

KlAnfr

s. *Werbung*

Drs 13/3219

Zukunft der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung (ARGEN) in BW

Auswirkungen der Auflösung des Landesgewerbeamts; Höhe, Verteilerschlüssel und Verwendungszwecke der Fördermittel für die 38 ARGEN; Bewerbung des Internet-Auftritts „Marktplatz berufliche Fortbildung“; Verzicht auf eine Kostenpflicht für die Eintragung von Anbietern; Vergabe der Fördermittel ohne Zweckbindung und Gestaltungsvorschriften für die Broschüre „Fit durch Fortbildung“; Ermöglichung der Übertragung nicht abgerufener Mittel auf das folgende Kalenderjahr

Antr

s. *Fortbildung*

Drs 13/3263

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 4) - Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Umsetzung der Empfehlungen des RH zum Einsatz persönlicher Verfügungsmittel, Verweisung der Universitätsklinik auf das auch bei Repräsentationsmaßnahmen geltende Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 I. S. 1

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4403

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*

Drs 13/4012

Ministerzugriff auf die Universitätshaushalte zur Finanzierung einer Anzeigenserie in einer amerikanischen Wissenschaftszeit-schrift?

Präsentation der einzelnen Hochschulen auf Initiative des MWK unter Inanspruchnahme der Hochschulstats, Höhe der jeweiligen Budgets für Öffentlichkeitsarbeit sowie der Kosten für die geplante Anzeigenserie; Ablehnung einer Beteiligung durch den Senat der Universität Karlsruhe und evtl weitere Senate; Beurteilung der Initiative unter dem Aspekt der Hochschulautonomie

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/4031

Neutralitätspflicht bei Veröffentlichungen durch Landesministerien

Gewährleistung der parteipolitischen Neutralitätspflicht bei Druckschriften, Internetauftritten etc; Beurteilung einer Veröffentlichung mit dem Titel „Goll verbindet Gratulation an Günther Oettinger und Stefan Mappus mit Warnungen vor schwarzgrünen Gedankenspielen“ auf der Homepage des Justizministeriums, Veranlassung der Löschung bzw Unterbindung künftiger Verstöße

KlAnfr

s. *Veröffentlichung*

Drs 13/4281

Einstein, die Relativitätstheorie und die Imagekampagne des Landes

Verbreitung falscher Behauptungen zur Relativitätstheorie iR von Werbeanzeigen zum „Einstein-Jahr“, Frage nach einem Imagegewinn sowie den Kosten des Landes für diese Anzeigen

KlAnfr

s. *Werbung*

Drs 13/4433

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagssschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung

GrAnfr

s. *Ökologischer Landbau*

Drs 13/4606

Haushalt 2006; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

s. *Werbung*

Drs 13/4840

Marketing für Schlösser und Gärten in BW

Bisherige bzw wünschenswerte Vermarktung; Entwicklung der Besucherzahlen, der Einnahmen und Ausgaben in den letzten fünf Jahren; Kooperation mit den im kommunalen und privaten Besitz befindlichen Schlössern, Burgen und Gärten; Vorlage einer Gesamtkonzeption für die überregionale und internationale

Vermarktung mit einem eigenen Schwerpunkt in der Tourismusförderung des Landes

Antr
s. *Schloss (Gebäude)*
Drs 13/4879

Aktuelle Aktivitäten der Organisation „Universelles Leben“

Beurteilung der Plakataktion in Stuttgart u.a. Aktivitäten der o.g. Sekte, ihr nahe stehenden Firmen und Unterorganisationen; Frage nach einem wirksamen Schutz der Bürger durch Öffentlichkeitsarbeit u.a. Maßnahmen

Antr
s. *Sekte*
Drs 13/4986

Notwendigkeit einer guten Öffentlichkeitsarbeit zur Einbindung älterer Arbeitnehmer in das Erwerbsleben

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1677 1683

Vergleich der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit des Landes und der BReg

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5886 5887

Bemerkungen des RH zu den Repräsentationsausgaben des Landes

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384 6389 6393

Kritik an Kosten und Inhalt der Broschüre der BReg zur Abschaltung des KKW Obrigheim

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6532

Öffentlich-private Partnerschaft

s. *Public Private Partnership*

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

s. *Vertrag*

Öhringen

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbauvorhabens Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/3890

Ökologie

s.a. *Landschaftspflege*
s.a. *Ökologischer Landbau*
s.a. *Ökosystem*
s.a. *Umweltschutz*

Integriertes Rheinprogramm

Umsetzungsstand des IRP, Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und Bürger, Auswirkungen der veränderten Kompetenzen im Zuge der Verwaltungsreform, Ausmaß und Folgen der vorgesehenen ökologischen Flutungen für den Hochwasserschutz, die Grundwassersituation, Ökologie, Industrie, Verkehrssicherheit, die französische Rheinseite, Land- und Forst-

wirtschaft; Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Flutungen durch die LReg und nachgeordneten Behörden; Ergebnisse und Konsequenzen eines Forschungsprojekts der Universität Freiburg

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3116

Ökologische Bewertung von kleinen Wasserkraftanlagen

Benennung positiver Auswirkungen der kleinen Wasserkraft iR einer Studie, u.a. Verbesserung des (kleinräumigen) Klimas, Verminderung des Stoffaustrags und strukturelle Verbesserung von Laich-, Nähr- und Schutzbiotopen für Fische; Berücksichtigung bei künftigen Genehmigungsverfahren

KIAnfr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/3339

Naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen iRd Bauleitplanung

Nutzung von Möglichkeiten zur Realisierung von Ausgleichsmaßnahmen bereits vor einem Eingriffs-Bebauungsplan sowie von gemeinsamen Ausgleichsmaßnahmen und Ökokonten mehrerer Kommunen bzw der Handelbarkeit von Ökokonten zwischen Gemeinden; erwartete Änderungen iRd Novellierung des LandesnaturschutzGes

KIAnfr
s. *Naturschutz*
Drs 13/4626

Anstrengung eines Ausgleichs zwischen Ökonomie und Ökologie mit dem Emissionszertifikatehandel

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735-4746

Erfolgsbewertung der ökologischen Erneuerung in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4774

Vorschläge für eine Politik der Verbindung von Ökonomie und Ökologie

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5152

Herausforderungen der ökologischen Krise, Bezeichnung der ökologischen Modernisierung als Wachstumsfeld der Zukunft

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6492-6495

Förderung der Identitäten der Regionalmessen, Verweisung auf die enge Verbindung der Ökonomie mit Freiburg; Verwendung von Mauteinnahmen auch für ökologisch sinnvolle Ziele, Mobilisierung ökologischer Maßnahmen auf lokaler Ebene

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6793 6816 6817 6819 6821 6824 6826 6827

Schaffung eines Interessenausgleichs zwischen Nutzung und Ökologie mit dem neuen Naturschutzrecht, Einführung des handelbaren Ökokontos

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7266-7276

Schaffung eines Interessenausgleichs zwischen Nutzung und Ökologie mit dem neuen Naturschutzrecht, Einführung des handelbaren Ökokontos

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7423-7432

Landschaftsschutz nach einem ökologischen Leitbild, Förderung der Werbung um Urlaubsgäste unter dem Leitgedanken eines nachhaltigen Tourismus

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957-7959 7965 7966

Ökologische Erziehung

s. Umwelterziehung

Ökologische Forschung

s. Umweltforschung

Ökologischer Landbau

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Verbesserte Förderung des biologischen Landbaus

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 7 S. 32

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255-7 S. 11

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Tätigkeit der Ökologischen Beratungsdienste

Netz, Auslastung und Ausstattung o.g. Dienste zur Beratung des ökologischen Landbaus; Anhebung der Fördermittel bzw. Änd der Fördermodalitäten iRd Hpl 2002/2003?

KIAnfr Gerd Teßmer SPD 02.10.2001 und Antw MLR Drs 13/277

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee
Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern

Antr

s. Pflanzenbehandlungsmittel

Drs 13/474

Auswirkungen der neuen SchALVO

Kriterien der Abgrenzung von Problem- und Sanierungsgebieten bzw der Reduktion des Pauschalenausgleichs, Ermittlung des Einzelausgleichs von entstandenen Nachteilen, Stand der Einrichtung und Kompetenzen der regionalen Arbeitskreise, Umsetzung der dabei erzielten Ergebnisse, Begründung und Auswirkungen von Beschränkungen des Umbruchs sowie der Ausbringung von Festmist und Gülle, insbes für Betriebe des ökologischen Landbaus; Zumutbarkeit des völligen Verzichts auf den Anbau von Kulturpflanzen

Antr

s. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Drs 13/544

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau, Förderung von Absatz- und Ernährungsaufklärungsmaßnahmen für entsprechende Produkte

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/658-9 S. 32 33

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/688-2 S. 4 5

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Einrichtung eines Forschungszentrums für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/664-10 S. 50

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Ausbau von Forschung und Lehre zum Ökologischen Landbau
Vorhandene und notwendige Kapazitäten und Projekte an den Hochschulen, Entwicklung eines Konzepts und Mittelbereitstellung zum Aufbau eines „Zentrums für Forschung und Lehre Ökologischer Landbau“ an der Universität Hohenheim, Einführung eines Pflichtfachs Ökolandbau an den landwirtschaftlichen Berufsbildungseinrichtungen in Anlehnung an die Entwicklung in der Schweiz

Antr GRÜNE 17.04.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/929

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2999 (abgesetzt)

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3086-3092

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 26 27

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Situation und Perspektiven der Schwarzwaldhöfe, Anteil der Ökobetriebe, Beitrag für die kulturelle Identität und den Tourismus, vorhandene und künftige Förderprogramme von Land, Bund und EU; Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Einschätzung der Nachfolgesicherung, verstärkte Unterstützung von Junglandwirten, Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“; bevorzugte Förderung der energetischen Verwertung von Holz vor dem Ausbau der Windkraft

GrAnfr

s. Landwirt

Drs 13/1731

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. Ernährung

Drs 13/2059

Bioprodukte und ihre Marktchancen

Entwicklung des Ökolandbaus nach Flächen- und Marktanteilen in BW und bundesweit seit 2000, Beurteilung des Preisdrucks durch andere Rahmenbedingungen der europäischen Wettbewerber und Vermarktung bei Großfilialisten, Chancen einer Orientierung an regionalen Spezialitäten und Direktvermarktung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 12.11.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2595

BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 44-46

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. Ernährung
Drs 13/2647

Haushalt 2004; Epl 08

Aufstockung der Zuschüsse für die Verbände des ökologischen Landbaus

ÄAntr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2808-19 S. 42

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4361

Agrarforschung in BW

Standorte und Stellenwert der agrarwissenschaftlichen Fakultäten im Vergleich zu anderen BLändern, Frage nach Kooperationen und dadurch erzielten Einsparungen, Zahl der deutschen und ausländischen Studenten, Umfang der Einwerbung von Drittmitteln aus der Agrarindustrie, Forschungsschwerpunkte im Ökologischer Landbau, in der Pflanzen- und Tierzucht, Pflanzenschutz- und Düngemittelforschung; Höhe und Auswirkungen von Sparmaßnahmen

Antr
s. Agrarforschung
Drs 13/2867

Einsatzkommando Ringelblume

Durchsuchung des Bio-Bauernhofs Michaelshof in Aichstetten-Laubegg von fast 250 Polizeibeamten: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes; Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen mit der Folge von Verletzungen, Beschlagnahme von Gegenständen, Beleidigung von Bewohnern, Fesselung von Minderjährigen und Behinderten? Frage nach der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. Polizei
Drs 13/2974

Bessere finanzielle Ausstattung von MEKA II

Gestellte und abgelehnte Anträge auf Neuaufnahme bzw Ausdehnung bestehender Verpflichtungen innerhalb von MEKA II, Anteil von ökologisch wirtschaftenden Betrieben und Junglandwirten; Genehmigung aller Anträge durch Umschichtung und Kofinanzierung der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe

Antr
s. Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich
Drs 13/3057

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Aufstockung der Zuschüsse für die Verbände des ökologischen Landbaus

ÄAntr GRÜNE 21.01.2005 Drs 13/4008-15 S. 39

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Umsetzung der EU-Agrarreform in BW

Zeitrahmen, inhaltliche Spielräume, Zusatzaufwand und -kosten einer Umsetzung der GAP-Reform; Auswirkungen auf die konventionelle Landwirtschaft, den Bio-Landbau, das HQZ und Biozeichen, die Exportchancen und Umweltprogramme MEKA und SchALVO; Notwendigkeit einer Vereinfachung des Förder-systems

Antr
s. Agrarpolitik
Drs 13/4359

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Entwicklung seit 1995 und Perspektiven nach Zahl und Flächenanteil o.g. Betriebe in den Segmenten Getreide, Fleisch, Eier, Milch, Milchprodukte, Wein, Obst und Gemüse; Vergleich der umwelt- und gesundheitsverträglichkeit konventionell und ökologisch erzeugter Produkte; verbesserte Umstellungsförderung über die Gemeinschaftsaufgabe und den MEKA; Forschungseinrichtungen und -projekte; Absatzförderung und Marketing; Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung; Verzicht auf den Einsatz von Gentechnik, Verweisung auf die Vermarktungsprobleme ökologisch wirtschaftender Landwirte in Kanada

GrAnfr GRÜNE 16.08.2005 und Antw MLR Drs 13/4606 (22 S.)

Förderung des ökologischen Landbaus, Forderung nach Einrichtung eines Lehrstuhls in Hohenheim

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 99 100

Mittelbereitstellung zur Umstellungsberatung für ökologischen Landbau sowie zur Bewerbung von Ökoprodukten

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 214

Förderung des ökologischen Landbaus mit Einführung des MEKA

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275 276 278

Mittelbereitstellung zur Umstellungsberatung für ökologischen Landbau

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 338

Mitteleinsatz für die Ökologisierung in der Landbewirtschaftung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 514 515 521 522

Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft durch die EU

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 777

Dauerhafte Finanzierung eines Forschungszentrums für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 974

Förderung der Umstellung auf ökologischen Landbau, Anmahnung der Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1045 1046 1048-1054 1057 1058 1061

Rückstände von Nitrofen in Biolebensmitteln, Verweisung auf schärfere Kontrollen dieser Produkte, Notwendigkeit einer verstärkten Umstellung auf ökologische Landwirtschaft, Hinweis auf den Nachholbedarf anderer BLänder bei der Förderung des ökologischen Landbaus

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651-1674

Einführung des Biosiegels auf Bundesebene, Werbung um Produkte aus ökologischem Anbau, Förderung des Biolandbaus aus dem Etat von Ministerin Künast, Vermeidung einer Konstruktion künstlicher Gegensätze zwischen dem Biolandbau und konventionellen Landbau

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1865 1870-1874 1877 1878

Umschichtungen im Haushalt zur Förderung ökologischer Anbauverfahren

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345

Anmahnung einer stärkeren Förderung des ökologischen Landbaus

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6086 6087 6091 6093

Einrichtung eines Lehrstuhls für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim, Verankerung des Ökolandbaus im Bildungsplan der landwirtschaftlichen Fachschulen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6783 6785

Schutz des ökologischen Landbaus durch Sicherung der Koexistenz mit dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7465 7466 7470

Förderung der Initiativen von Biolandwirten, Erinnerung an die Wiederaufnahme der Zucht des Schwäbisch-Hällischen Landschweins 1984, Werbung um ein regionales, gentechnikfreies Speiseangebot in der Gastronomie aus biologischer Erzeugung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957 7958

Ökologischer Weinbau

s. *Weinwirtschaft*

Ökologisches Bauen

Verbesserte Förderung des ökologischen Bauens

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 527

Ökologisches Jahr

s. *Freiwilliges ökologisches Jahr*

Ökonomie

s. *Wirtschaft*

Ökosteuer

s. *Umweltsteuer*

Ökosystem

Verwaltungsinterner Umgang mit den § 24a-Kartierdaten

Umgang der Naturschutzverwaltung mit o.g. Daten zur Biotopkartierung, insbes bei Veränderungen gegenüber den Ersterhebungen; Meldung von Änderungen an die LfU

Antr Rudolf Hausmann u.a. SPD 17.10.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/324

BeschlEmpf und Bericht LandwA 05.12.2001 Drs 13/616 S. 29

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Ausweitung und Vernetzung von Biotopen und ökologischen Vorrangflächen

GrAnfr

s. *Umwelt*

Drs 13/1821

Kormoranpopulation und damit verbundene Auswirkungen auf das Ökosystem

Entwicklung der Verbreitung des Kormoran seit 1977 sowie der von ihm verursachten Schäden, Frage nach der Gefährdung hei-

mischer Fischarten; Unterstützung von Maßnahmen zur Vergrämung und Bestandskontrolle

Antr

s. *Kormoran*

Drs 13/2731

Neufassung der Kormoran-VO in BW; Nachweise für „erhebliche fischereiwirtschaftliche Schäden“ und „Eingriffe in die Artenvielfalt“ durch den Kormoran

Belegbarkeit der o.g. Schäden? Betroffene Berufsfischer, Fischarten und Gewässer; Bewertung der Bejagung als Mittel zur Schadensabwehr; Expertenaussagen über die Ursachen des Äschenrückgangs; Verbesserung des Schutzes der heimischen Fischarten mit ökologischen Maßnahmen

KlAnfr

s. *Kormoran*

Drs 13/2987

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Novellierung des LandesnaturschutzGes: Schutz der noch unzerschnittenen Landschaftsräume, Aufbau eines Biotopverbundsystems, Stärkung der Landschaftsplanung

Antr

s. *Landschaftsveränderung*

Drs 13/3084

Ökologische Bewertung von kleinen Wasserkraftanlagen

Benennung positiver Auswirkungen der kleinen Wasserkraft iR einer Studie, u.a. Verbesserung des (kleinräumigen) Klimas, Verminderung des Stoffaustags und strukturelle Verbesserung von Laich-, Nähr- und Schutzbiotopen für Fische; Berücksichtigung bei künftigen Genehmigungsverfahren

KlAnfr

s. *Wasserkraft*

Drs 13/3339

Flurbereinigung Hohenasperg

Intensität und Ergebnisse der Kartierung des Hohenaspergs, Erfassung der unverfugten Trockenmauern als § 24a-Biotope, Vorkommen von Mauereidechsen u.a. streng geschützten Arten, Konsequenzen für die Flurbereinigung; Beurteilung der Einstufung und Handhabung des Verfahrens durch das Landratsamt Ludwigsburg; Zustand und Erhaltungsmöglichkeiten der vorhandenen Mauern; Nutzung einer insektenfreundlichen Beleuchtung iRd Sanierungsmaßnahmen

KlAnfr

s. *Hohenasperg*

Drs 13/4025

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrenGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkräfttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw

s. *Naturschutzrecht*

Drs 13/4768

Forcierung der Biotopvernetzung, Umsetzung der BNaturschutznovelle

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 277 279-282 284

Forcierung der Biotopvernetzung, Umsetzung der BNaturschutznovelle

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2020

Schaffung eines Biotopverbunds von mindestens 10 % der Landesfläche

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3445

Schaffung eines Biotopverbunds von mindestens 15 % der Landesfläche

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6089 6090 6096 6098

Beklagung von Defiziten bei der landesweiten Biotopkartierung, Stand der Biotopvernetzung

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6604

Feststellung eines Rückgangs der Artenvielfalt mit dem Einsatz der Gentechnik

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6647 6648

Umsetzung der Vorgabe des BNaturschutzGes zur Einrichtung eines Biotopverbundsystems auf mindestens 10 % der Landesfläche, Verweisung auf den Schutz der 24-a-Biotope seit 1975

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7267-7269 7271-7274

Umsetzung der Vorgabe des BNaturschutzGes zur Einrichtung eines Biotopverbundsystems auf mindestens 10 % der Landesfläche

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7425-7429 7431

Ökotourismus

s. *Fremdenverkehr*

Öl

s.a. *Mineralölunternehmen*

Energiegewinnung aus organischen Abfällen

Stand und Einsatzreife der neuesten Verfahren zur Gewinnung von Öl aus Klärschlamm, Schlachtabfällen, Tiermehl u.a. organischen Abfällen; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Tierkörperbeseitigungsanlagen; Beschleunigung der Entwicklung über Forschungsförderung oder ein Pilotprojekt

Antr

s. *Energieerzeugung*

Drs 13/2388

Förderung und Nutzung von biologischen Kraftstoffen durch die LReg

Nutzung von Rapsmethylester, Rapsöl oder Methanol durch Verkehrsverbände sowie Fahrzeuge des Landes und seiner nachgeordneten Behörden; Anreize zur Erhöhung des Anteils biologischer Schmieröle und Motoröle außerhalb der Forstwirtschaft

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/3379

Fachaufsichtliche Maßnahmen gegen betrügerische Manipulationen an geeichten Messanlagen in Heizöl-Tankfahrzeugen

Intensivierung der Überprüfungen o.g. Anlagen, Verzicht auf eine Privatisierung der Eichung von Messanlagen in Tankfahrzeugen

MdlAnfr

s. *Messwesen*

Drs 13/3827

Öl- und Schadenswehr Bodensee

Antr

s. *Gefahrenabwehr*

Drs 13/4058

Weg vom Öl; hier: Liegenschaften des Landes

Art und Kosten der Wärmeversorgung von Universitäten, Kliniken u.a. Landesgebäuden; Einsatz von Öl, Gas u.a. Energieträgern; Umstellung auf regenerative Brennstoffe, insbes auf Holz, bei turnusmäßigen Erneuerungen der Heizungsanlagen; Anstreben des Passivhausstandards bei Neubauten, generelle Prüfung der Nutzung regenerativer Energien, Verstärkung der Bemühungen um eine energetische Sanierung der Gebäude, ggf über Contracting-Modelle

Antr

s. *Energieeinsparung*

Drs 13/4310

Entwicklung alternativer Flüssigkraftstoffe

Entwicklung der Rohöl- und Erdgaspreise, der Fördermengen und Abnahmequoten der 20 wichtigsten Abnehmerstaaten seit 1995; Frage nach den noch vorhandenen Ressourcen; Stand der Forschungen um alternative Antriebsstoffe neben der Brennstoffzelle, Entwicklungs- und Marktchancen von neuartigen Verfahren zur Gasverflüssigung bzw des Biomass-to-Liquid-Verfahrens, Beurteilung der damit gegebenen Chancen für die Landwirtschaft sowie der Möglichkeiten zur Vermeidung von CO₂-Emissionen

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/4328

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl und Ölprodukten und dessen Kosten in den einzelnen Verbrauchssegmenten seit 1990, Lage und Perspektiven der Rohölmärkte und der davon besonders abhängigen Branchen, Darstellung der erzielbaren Einsparungen durch regenerative Energien, Spritsparkurse, Biokraftstoffe, verbrauchsarme Motoren, Tempolimits, Verkehrsverlagerung auf öffentliche Verkehrsmittel, energetische Sanierung von (öffentlichen) Gebäuden, Schulung von Architekten, Handwerkern, Bauherren u.a.; Beurteilung der von der Union angekündigten Ökosteuerkürzung um den Förderanteil für erneuerbare Energien; Frage nach konkreten Vorstößen zur Reduktion der Abhängigkeit von Ölimporten

GrAnfr

s. *Energiepolitik*

Drs 13/4635

Weg vom Öl; hier: Landeswohnungsbauprogramm

Mehrkosten eines erhöhten Wärmeschutzes bei Neubauten gegenüber dem Mindestwärmeschutz nach der EnergieeinsparVO, Umfang der möglichen Einsparung an Heizenergie bzw an Kosten angesichts der hohen Heizölpreise; Festschreibung erhöhter

Wärmedämmstandards als Fördervoraussetzung im neuen Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/4773

Feststellung eines Rückgangs der Abhängigkeit von Mineralöl beim Primärenergiebedarf

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 428 430

Rückgang des Wirtschaftswachstums wegen der Ölpreisexplosion; Feststellung einer deutlichen Preisberuhigung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 502 504

Schwächung der Konjunktur durch die hohen Ölpreise im ersten Halbjahr 2001

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636

Einsatz von Pflanzenöl als Kraftstoff für Dieselmotoren, Feststellung eines Rückgangs der Preise für Pflanzenöle auf dem Weltmarkt, Förderung der Ölmühlen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1549-1551 1554 1556-1558

Erinnerung an die Förderung der Umstellung von schwerem auf leichtes bzw schwefelfreies Heizöl

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3787 3788

Anstrengungen zur Verringerung der Abhängigkeit vom Öl

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4947 4950

Darlegung der Strategie „Weg vom Öl“

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6026

Reduzierung der Abhängigkeit vom Öl, Ersetzung von Ölheizungen durch Pelletsheizungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436 6438 6439 6450 6451

Verringerung der Abhängigkeit vom Öl mit der Ökosteuer; Gefährdung der Konjunktur bei einem Ölpreis von 60 Dollar pro Barrel, Befürchtung noch höherer Preise durch zunehmende Nachfrage von Ländern wie Indien und China

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6973 7026-7031

Entwicklung des Ölpreises seit 1999 infolge des Energiebedarfs weltweit, Erwartung einer Erschöpfung der weltweiten Ölvorräte in 50 Jahren

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042-7055 7105

Abfluss zusätzlicher Mittel in die Förderländer infolge der Ölpreissteigerungen, Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297 7298 7302

Abfluss zusätzlicher Mittel in die Förderländer infolge der Ölpreissteigerungen, Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7400 7401 7451-7456

Anstieg des Ölpreises infolge des Energiebedarfs weltweit, Erwartung einer Erschöpfung der Ölvorräte in 50 Jahren, Notwendigkeit einer Strategie „Weg vom Öl“

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7700 7710 7713 7715

Ölpreis

s. *Energiepreis*

ÖPNV

s. *Personenverkehr*

ÖPP

s. *Public Private Partnership*

Österreich

s.a. *Alpen*

Überlanges Strafverfahren

Erlass eines internationalen Haftbefehls gegen einen in Österreich lebenden Menschenrechtsaktivisten wegen Beteiligung an einer Schlägerei mit Polizeibeamten in Mannheim vor 17 Jahren, Frage nach den beteiligten Behörden sowie den Gründen für die lange Verfahrensdauer

KIAnfr

s. *Strafverfahren*

Drs 13/595

Digitales Sprech- und Datenfunksystem BOS

Grundlagen und Kriterien o.g. Systemwahl für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; Nutzung der Erfahrungen in Frankreich, Österreich und der Schweiz; Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Auswirkungen auf heimische Unternehmen bei der Systemtrennung

Antr

s. *Funkverkehr*

Drs 13/2483

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/3329

Bessere Kreditbedingungen für süddeutsche Mittelständler in Österreich

Vergleich bzw Überwindung der Unterschiede der Kreditbedingungen in Deutschland und Österreich

Antr

s. *Kredit*

Drs 13/3744

Rekordtreibstoffpreise und Tanktourismus

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit 2000 sowie der entgangenen Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Situation der Tankstellenbesitzer und -pächter in den Grenzregionen; Frage nach Vorstößen der Länder und BReg zum Stopp des Tanktourismus, evtl mit einer Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei; Bemühungen Österreichs um ein zusätzliches Klimakontingent für die durch Tankfahrten verursachten CO₂-Emissionen

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/4273

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 13/4288

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr

s. *Investition*

Drs 13/4400

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 13/4862

Änderungen des Senderangebots im Kabelnetz der Kabel BW GmbH und Co. KG in der Region Ulm

Gründe für die Abschaltung des Senders ORF 2 im analogen Kabelnetz; Unterstützung einer Revision dieser Entscheidung

KlAnfr

s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/5188

Anteil von Betrieben des ökologischen Landbaus in Österreich

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 99 100

Erinnerung an den Boykott der EU gegenüber Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600

Konzentration des Ökolandbaus in Niederösterreich

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1058

Verweisung auf das Musikprofil der Hauptschule in Österreich

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2511

Empfehlung der Mauterhebung nach österreichischem Vorbild

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3715 3716 3722 3723

Verweisung auf das Bundesland Kärnten als gentechnikfreie Zone bzw auf die weitgehende Zustimmung der EU

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4561 4566 4567

Frage nach einem Brief des WM an den Kärntner Landeshauptmann Haider; Unterstützung der Firma FlowWaste bei der Bewerbung um ein Thermoselectprojekt in Kärnten

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4781 4786 4787 4793

Erfahrungen mit der Einführung von Studiengebühren und Verwendung der Mittel in Österreich

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6270

Feststellung einer hohen Bildungsbeteiligung trotz Studiengebühren in Österreich

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7508

Feststellung einer hohen Bildungsbeteiligung trotz Studiengebühren in Österreich

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7593

Verweisung auf das selektive, zweigliedrige Schulsystem in Österreich

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7996

Östringen

Vermeidung von Mautschleichverkehr im Verlauf der B 292/Ortsdurchfahrt Östringen durch den Erlass von Verkehrsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild benachbarter BLänder

KlAnfr

s. *Bundesstraße 292*

Drs 13/4639

Oettinger, Günther H. MdL CDU

Wahl von Günther H. Oettinger zum MinPräs des Landes BW am 21.04.2005 und Vereidigung des MinPräs

s. *Ministerpräsident*

PIPr 13/90 S. 6395

Empfehlung von Günther Oettinger als Nachfolger des MinPräs, Erwartung von mehr Impulsen zur Weiterentwicklung der Region Stuttgart

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5559

Bewertung der Strategie des MinPräs zur Verhinderung von Günther Oettinger als Nachfolger, Bezeichnung als Großstadt-Yuppie

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5585 5592 5593

OFD

s. *Finanzverwaltung*

Offenburg

Situation des Strafvollzugs in BW

Rückfallquote bei entlassenen Straftätern, Verbesserung der Resozialisierung, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/566

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg
Stand der Planung für die o.g. Verlegung, den Ausbau der Plätze für Sozialtherapie auf dem Hohenasperg und den Neubau der JVA Offenburg; Gesamtkonzept für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Sozialtherapie; Integration des Vollzugskrankenhauses in eine bestehende JVA

Antr
s. *Vollzugskrankenhäuser*
Drs 13/1940

Justizreform in BW
Schließung von Außenstellen im Strafvollzug nach Realisierung der Neubauten in Offenburg und Rottweil

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Neubau der Justizvollzugsanstalt Offenburg
Gründe und Auswirkungen der Verzögerung des Neubaus der JVA Offenburg, Frage nach Parallelplanungen bzw nach dem Stand der Suche nach einem Ersatzstandort

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/3054

Strafvollzug in BW
Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offenburg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Einzelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Kritik an der Durchführung Offenburgs im Zuge des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1595

Kritik an den gartenbaulichen Aktivitäten der Stadt Offenburg in Konkurrenz zu privaten Anbietern
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2313

Realisierung des Neubaus der JVA Offenburg zur Schaffung von Therapieplätzen für Sexualstraftäter
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2404 2405 2408 2409

Realisierung des Neubaus der JVA Offenburg zur Schaffung von Therapieplätzen für Sexualstraftäter
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4310 4312 4315

Offenburger Modell

s. *Ausbildungsförderung*

OLG

s. *Oberlandesgericht*

Olympiade

s. *Olympische Spiele*

Olympiastützpunkt

s.a. *Jugend trainiert für Olympia*

Imagegewinn durch internationale Leichtathletikveranstaltungen

Chancen für den Umbau des Gottlieb-Daimler-Stadions zu einer reinen Fußball-Arena bzw für den Erhalt als Leichtathletik-Stadion und damit als eine der wenigen verbliebenen Wettkampfstätten in Deutschland für o.g. Veranstaltungen, Frage nach Auswirkungen auf den daneben liegenden Olympiastützpunkt

Antr
s. *Leichtathletik*
Drs 13/2196

Erhaltung der vier Olympiastützpunkte
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1001

Bedeutung der Partnerschulen und -schulverbände der Olympiastützpunkte
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1481-1483

Bedeutung der Olympiastützpunkte in BW
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2756

Analyse der Leistungszentren und Olympiastützpunkte, Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Partnerschulen
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6754 6757 6758

Olympische Spiele

s.a. *Jugend trainiert für Olympia*
s.a. *Olympiastützpunkt*

Olympia nach BW holen: Gemeinsam für Olympische Spiele im Land

Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012, Erwartung von Impulsen für den Breiten- und Spitzensport, für neue Arbeitsplätze, Stärkung der Wirtschaftskraft, Belebung des Tourismus und Erneuerung der Infrastruktur

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 23.10.2001 Drs 13/351
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart aus den Mitteln für die Image-Kampagne

ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-13 S. 51
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Bewerbung der Stadt Stuttgart um die Olympischen Spiele und Paralympics 2012

Art und Wirksamkeit der Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart seit Einbringung des interfraktionellen Antrags Drs 13/351; Förderung des Breiten-, Leistungs- und Behindertensports sowie der verkehrlichen und sonstigen Infrastruktur; Erfüllung der Kriterien für die Entscheidung des NOK; erwartete Impulse im Falle einer erfolgreichen Bewerbung

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 10.12.2002 und

Stellungnahme KM Drs 13/1600 (28 S.)
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2747-2757

Imagekampagne

Evaluation der Imagekampagne BW, Zahl der angesiedelten ausländischen Unternehmen und neu geschaffenen Arbeitsplätze, Frage nach der Möglichkeit der Mittelverwendung für andere (Werbe-)Zwecke, z.B. für die Gestaltung und Ausführung der Olympiabewerbung

KlAnfr
s. *Werbung*
Drs 13/1852

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Finanzierung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart aus den Mitteln der Imagekampagne

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 49 S. 111
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55 56

Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1001

Bedeutung des Schulsports im Hinblick auf die Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart, Effizienz der Partnerschulen und -schulverbände der Olympiastützpunkte

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1478 1481-1483

Anregung einer stärkeren Beteiligung der Privatsender an der Berichterstattung über die Olympischen Spiele

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5403

Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart vom Verband Region Stuttgart, Bewertung der Qualität der Bewerbung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5556

Abschneiden der Sportler aus BW bei den Olympischen Spielen 2004 in Athen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6753 6754

Ombudsmann

s.a. *Beauftragter für Ausländer*
s.a. *Beauftragter für Behinderte*
s.a. *Beauftragter für den Datenschutz*
s.a. *Beauftragter für Naturschutz*
s.a. *Bürgerbeteiligung*
s.a. *Frauenbeauftragte*
s.a. *Sachverständiger*
s.a. *Tierschutzbeauftragter*

Beratertätigkeit des Herrn Landrat a.D. Hans Volle für die LReg Art, Zeitdauer und Entschädigung o.g. Beraterdienste; Berufung als Ombudsmann für Bürokratieabbau?

Antr
s. *Volle, Hans CDU*
Drs 13/2544

Umsetzung der Vorschläge von Wirtschaftsverbänden zum Bürokratieabbau

Vorschläge aus den Ministerien und von Wirtschaftsverbänden und deren Umsetzung seit der Veröffentlichung des offenen

Briefs des MinPräs an die Kabinettsmitglieder, Maßnahmen der angekündigten Arbeitsgruppe und des eingesetzten Ombudsmanns für Bürokratieabbau, Frage nach einem Beschluss des Ministerrats zu der angekündigten Tranche von ca 80 Vorschlägen

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/3804

Berufung eines Ombudsmanns für Bürokratieabbau im StM

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3607

Berufung eines Ombudsmanns für Bürokratieabbau im StM

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4904

Berufung eines Ombudsmanns für Bürokratieabbau im StM

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7449

Omnibus

Förderung von Niederflurbussen im Bereich des VVS

Zahl der geförderten Fahrzeuge, vollständige Umstellung auf Niederflurbusse im ÖPNV

KlAnfr Dr. Eugen Klunzinger CDU 07.03.2002 und Antw UVM Drs 13/835

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen als Leistungsanbieter im ÖPNV und insbes im Busverkehr

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Förderung mittelständischer Busunternehmen

Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter, Vorgabe von Qualitäts- und Sozialstandards

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/1382

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und damit mittelständischer Strukturen der privaten Omnibusunternehmen; Gewährleistung der Anschlussverbindung von Busreiseunternehmen auch beim neuen Hbf und Filderbahnhof iRd Projekts Stuttgart 21

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 21) - Förderung von Maßnahmen zur Beschleunigung des Busverkehrs nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XVIII. S. 7 8

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2211

Situation und Zukunft mittelständischer Busunternehmen

Entwicklung von Angebot und Nachfrage im ÖPNV mit Bussen sowie der Förderung in den letzten zehn Jahren im Vergleich zum SPNV u.a. BLändern; Darlegung der bisherigen und künftigen Strukturveränderungen; Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Sicherstellung eines Leistungs- und Qualitätswettbewerbs, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/2078

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von Fahrern und Fahrzeugen; Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbes Einführung einer Gurtpflicht, flächendeckende und regelmäßige Schulung der Fahrer, Ausbildung zum Berufskraftfahrer zusätzlich zum Busführerschein; Rechtslage zur Gewährleistung der Fahrtauglichkeit der Fahrer bzw Sanktionen gegen Fahrer und Arbeitgeber bei Verstößen

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2127

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 24) - Förderung von Omnibusbetriebshöfen und Werkstätten nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsges

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XX. S. 6
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 23.06.2004 Drs 13/3292 (22 S.)

Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 in der Rechtssache „Altmark Trans“

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Wettbewerbsintensität und finanzielle Förderung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV, auf den Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen dem privaten Omnibusgewerbe und den kommunalen Verkehrsbetrieben sowie auf die künftige Ausschreibung von Verkehrsleistungen im ÖPNV

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2557

Bestandsaufnahme der Barrieren im ÖPNV in BW

Vorhandene und noch offene Barrierefreiheit bei Schienenfahrzeugen, Bussen und Straßenbahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten im SPNV und ÖPNV in den einzelnen Verkehrsverbänden; Anstrengung von Qualitätsstandards bei den unterschiedlichen Aufgabenträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2629

Sofortprogramm zur Einführung des Rußpartikelfilters; Spitzenstellung des Landes durch moderne Automobiltechnik sichern
Einbau o.g. Filter als Voraussetzung für die Förderung von Lini-
enbussen nach dem GVFG

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/3274

Zuwendungsaufgaben zur Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen nach dem GVFG

Verpflichtung der Betreiber von geförderten Bussen und Bahnen zur Anbringung von vorgegebenen Werbefolien, Bezifferung der Einnahmeverluste durch den Wegfall von bisher kommerziell genutzten Werbeflächen; Harmonisierung der Werbung für den ÖPNV mit den wirtschaftlichen Interessen der Fahrzeugbetreiber

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/3586

Verwendung von originären Landesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Höhe der seit 1996 bereitgestellten originären Landesmittel, Komplementärmittel sowie FAG-Mittel für die Infrastrukturförderung, Schienenfahrzeugförderung und Omnibusse bzw für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter, Betriebskostenzuschüsse und Verbundförderung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3689

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Ausweitung des Pilotprojekts der Brennstoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3865

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3922

Rußfilter für Dieselfahrzeuge - Förderung der Nachrüstung von Bussen mit Rußfiltern

Anteil der Busse an der Luftbelastung mit Dieselruß und Feinstäuben in Ballungsräumen, Verbreitung des Rußfilters in den Fahrzeugen von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Verkehrsverbänden; Förderung der entsprechenden Beschaffung neuer Busse sowie des nachträglichen Einbaus der Filter

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/4032

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Be-

schaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Anteile von Pkw, Lkw und Bussen an der Feinstaubproblematik; Strategie und Lösungsansätze der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4262

Auswirkungen der Mittelkürzungen auf den Gewerbebereich privater Busunternehmen

Auswirkungen der bereits erfolgten und noch geplanten Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr auf die Busunternehmen, insbes im ländlichen Raum, auf die Fahrpreise und das ÖPNV-Angebot insgesamt; Bewirkung einer Verlagerung zum motorisierten Individualverkehr? Möglichkeiten zur Abmilderung der Auswirkungen über bedarfsgesteuerte Lösungen

KlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 13/4345

Fortführung des Praxistests von Brennstoffzellenbussen in Hamburg statt in Stuttgart

Gründe für den Verkauf der Versuchsfahrzeuge nach Hamburg angesichts der gravierenden Feinstaubbelastung bzw der Entwicklung und Herstellung der Busse in Stuttgart

MdlAnfr
s. *Brennstoffzelle*
Drs 13/4683

Nutzung von Pflanzenöl-Diesel-Gemischen im ÖPNV und SPNV
Beurteilung des o.g. auf die jeweiligen Typen von Bussen und Schienenfahrzeugen zugeschnittenen Verfahrens bzw der ent-

sprechenden Mischtankanlagen

KlAnfr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4747

GVFG-Förderung für die Beschaffung von Bussen und den Bau von Betriebshöfen

Höhe der o.g. Förderung in den einzelnen Jahren seit 1998, Art und Zahl der beschafften Busse sowie von gekürzten und ungekürzten Förderungen von Busbetriebshöfen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 17.11.2005 und Antw IM Drs 13/4847

Schwarz-Rot-Stift beim Angebot von Bus und Bahn

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliches Verkehrsmittel*
PIPr 13/108 S. 7869

Vorschlag einer Aufstockung der Förderung des Busverkehrs

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 675

Aufstockung der Fördermittel für den Busverkehr

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1029

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr, Verschärfung der Ausbildungsanforderungen für die Fahrer sowie der Kontrollen, Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit der Fahrzeuge

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3284-3287 3289 3290

Anregung einer verbesserten Förderung von Nachtbussen für junge Leute

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3902 3905

Einsatz von brennstoffzellenangetriebenen Bussen im ÖPNV

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4293

Durchschnittsalter der Busse im öffentlichen Busverkehr

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4334

Antrieb von Omnibussen mit Brennstoffzellen

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4590

Eintreten für die Fortführung des Testbetriebs mit Brennstoffzellenbussen in Stuttgart

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7054

Open Source Software

s. *Datenverarbeitung*

Operation (Heilverfahren)

s.a. *Beschneidung*
s.a. *Chirurgie*
s.a. *Kardiologie*

Offenlegung der Kosten von Operationen, Wartelisten aufgrund von Budgetzwängen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1418 1422

Verlängerung der Wartezeiten für Operationen aufgrund von Budgetzwängen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2086

Opferentschädigungsgesetz*s. Opferschutz***Opferhilfe***s. Opferschutz***Opferschutz***s.a. Täter-Opfer-Ausgleich**Schutz vor Sexualstraftätern in BW*

Zahl, Gegenstand und Ergebnis von Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Exhibitionisten und Spanner seit 1999; Anteil von Kindern und Frauen unter den Opfern; Rückfallquote und Therapieaussichten der Täter; Aufnahme in die DNA-Analyse-Datenbank u.a. präventive Maßnahmen zum Opferschutz

Antr

s. Sexualstraftat

Drs 13/83

Frauenhandel in BW - Bilanz und Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission Frauenhandel und des Beschlusses der GFMK

Entwicklung des o.g. Deliktbereichs und der strafrechtlichen Verfolgung seit 1996, Umsetzungsstand der Empfehlungen der Fachkommission, Änderungsbedarf des angepassten Ausländerrechts i.S.e. verbesserten Zeugenschutzes? Höhe und Verwendung der eingezogenen Verbrechensgewinne, Unterstützung von Einrichtungen zur Betreuung der Opfer

Antr

s. Menschenhandel

Drs 13/748

Verfahren über die Fortsetzung einer Therapie im Fall eines therapiebedürftigen Straftäters

Gründe des Abbruchs der Therapie eines im Sommer 2001 entlassenen Straftäters im LKreisludwigsburg mit der Folge der erneuten Straffälligkeit; Bereitstellung der notwendigen Zahl von Therapieplätzen; angemessene Opferentschädigung

Antr

s. Straftäter

Drs 13/1202

Für einen besseren Schutz vor gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern

Aktuelle Debatte

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

PIPr 13/31 S. 1910

Maßnahmenkatalog im Hinblick auf das Wirken der Scientology-Organisation

Beurteilung der Maßnahmen aufgrund der bayerischen Expertise, insbes Intensivierung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie der Öffentlichkeitsarbeit durch die interministerielle Arbeitsgruppe, Schulung von Ansprechpartnern bei den Polizeipräsidien; Unterstützung des bayerischen GesEntw für die gewerbliche Lebensbewältigungshilfe im BRat; Fortführung der Förderung des Projekts „Odenwälder Wohnhof“ für die Opfer von Psychogruppen; Prüfung von Maßnahmen nach dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb nach dem Heilpraktiker-Ges

Antr

s. Sekte

Drs 13/1552

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei, Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr

s. Menschenhandel

Drs 13/2658

Opferschutz - Erfahrungen mit dem Verfahren nach dem Opferentschädigungsges (OEG)

Entwicklung der Fallzahlen, Verfahrensdauer und jeweils festgelegten Entschädigung seit 1998; Altersstruktur und Frauenanteil der Opfer, Anteil von Beziehungstaten bzw von sexueller Gewalt; Anstreben eines schonenden Umgangs mit den Opfern, insbes Vermeidung von Doppelbefragungen innerhalb der Verfahren

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 03.03.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2961

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.04.2004 Drs 13/3492 S. 67 68

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

„Stalking“ in BW

Frage nach der Erfassung o.g. Fälle von Belästigung, Bedrohung und Verfolgung von Menschen bzw der Anträge auf zivilrechtliche Schutzanordnungen nach dem GewaltschutzGes seit 2000; Beurteilung der Einrichtung eines „Stalking-Beauftragten“ bei der Polizei

KlAnfr

s. Menschliches Verhalten

Drs 13/3010

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die örtliche Zuständigkeit nach dem Ges über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten sowie der VO über die Zuständigkeit bei Erstattungen nach dem Opferentschädigungsges und dem Bundes-SeuchenGes

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem Opferentschädigungsges; Bilanz der Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz bzw der Gerichtsverfahren, Erfahrungen mit dem Zeugenschutzprogramm, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Bewährung der Regelungen zur Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden; Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen

Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/3463

Statistische Erfassung von so genannten Fällen des Stalkings
Gesonderte Erfassung o.g. Fälle in den Statistiken der Polizei und Justiz nach dem PolizeiGes bzw dem GewaltschutzGes

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 13/3626

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten Stalkingbekämpfungsges; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 13/4177

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen Opfer

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/5171

Unterstützung der Stiftung Opferschutz über die LStiftung BW, Einführung einer solchen Stiftung in RPF

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 846 856 920 922

Orchester

s.a. *Musiker*

Landeszuschüsse für die philharmonischen Orchester Konstanz und Reutlingen

Entwicklung der Kürzungen seit 1998; Umsetzung der Zusagen des MWK

Antr Inge Utzt u.a. SPD 18.10.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/336
BeschlEmpf und Bericht Wissenscha 29.11.2001 Drs 13/616 S. 36 37
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Musikland BW

Chöre, Orchester, Bands, Tanzgruppen u.a. an Grund-, Haupt- und Realschulen, Veranstaltungen der Schulmusik

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Die 25 %-Einspielquote bei den landesgeförderten Orchestern
Verzicht auf die o.g. Fördervoraussetzung nach Äußerungen des MWK, Etatisierung der entsprechenden Mehrausgaben iR eines Nachtrags zum Hpl 2002/03

KIAnfr Inge Utzt SPD 08.07.2002 und Antw MWK Drs 13/1150

Zukunft der Orchesterfinanzierung (Philharmonien)

Höhe der Förderung und Eigenfinanzierungsanteil der einzelnen Orchester in den Jahren 1999-2002, Gründe für eine abweichende Behandlung einzelner Orchester

KIAnfr Andreas Hoffmann CDU 22.08.2003 und Antw MWK Drs 13/2370

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzung beim Ensemble Recherche Freiburg

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-22 S. 58 59
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Musikmentorenausbildung

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Musikmentoren an den verschiedenen Schularten; Anteil der Bereiche Chor, Orchester, Big Band oder Individualmusik; Nutzung der erworbenen Qualifikationen auch von Jugendmusikschulen, Kirchen, Vereinen und sonstigen Gruppen; Frage nach Einsatzmöglichkeiten iRd offenen Ganztagschule

KIAnfr
s. *Musik*
Drs 13/3250

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr
s. *Kultur*
Drs 13/3479

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Erhaltung des Zuschussniveaus für die kommunalen Theater und Orchester

s. *Theater*
Drs 13/4014

Verstetigung der Orchesterförderung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 981 983

Streichungen bei den philharmonischen Orchestern und Kammerorchestern

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3656 3659 3661

Streichungen bei den philharmonischen Orchestern und Kammerorchestern

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4249 4251 4252

Ankündigung einer Zusammenlegung der Klangkörper beim SWR

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5396 5403

Bisherige und neuerliche Kürzungen bei den Kammerorchestern, Auswirkungen bei den Ensembles in Pforzheim und Stuttgart trotz eigener Sparanstrengungen und Spendeneinwerbung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5980 5981 5983

Erhaltung der Orchester des SWR

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6226 6227

Orden (Auszeichnung)

Verleihung von Medaillen und Ehrenzeichen des Landes BW

Verleihung o.g. Auszeichnungen an Frauen und Männer seit 1991; Änd der bisherigen Verleihungspraxis i.S.e. Verschärfung der Voraussetzungen?

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 06.02.2002 und Antw StM Drs 13/725

Zentrale Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit in Karlsruhe am 03.03.2002; Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille; Abwesenheit der LReg

Begründung der Abwesenheit des MinPräs, von Kabinettsmitgliedern und parlamentarischen Repräsentanten der Regierungsfractionen; Beurteilung der Gefahr der Brüskierung von Veranstaltern und Gästen der christlich-jüdischen Woche

KlAnfr
s. *Veranstaltung*
Drs 13/815

Ehrungen und Auszeichnungen des Landes BW

Auflistung der o.g. Auszeichnungen des Landes; Frage nach einer Silbernen Medaille des MinPräs anlässlich des 50-jährigen Landesjubiläums für ausgewählte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bzw der Vornahme einer Verleihung in zwei Fällen durch den örtlichen CDU-Abgeordneten in Mannheim

KlAnfr Max Nagel SPD 29.01.2003 und Antw StM Drs 13/1726

Glückwünsche zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an langjährige Abgeordnete

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3341

Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan

Planung eines Ordens oder einer anderen Auszeichnung nach den Beispielen anderer BLänder?

MdlAnfr 1) Ernst Behringer CDU 05.04.2005 Drs 13/4204
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6513 6514 6518 (abgesetzt)

Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan

Planung eines Ordens oder einer anderen Auszeichnung nach den Beispielen anderer BLänder

MdlAnfr 1) Ernst Behringer CDU 05.04.2005 Drs 13/4316
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6673 6674

Vergleich des ehrenamtlichen Engagements von Frauen und Männern, Feststellung einer Unterrepräsentation von Frauen bei der Verleihung der Verdienstmedaillen des Landes

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2034

Erwägung einer Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Sinsheimer Messeveranstalter Schall

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6899 6902 6903 6906 6907

Ordnungsmittel im Schulwesen

Ges zur Änd des SchulGes

Ausweitung der Zuständigkeit des Schulleiters für Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, insbes des Unterrichts- und Schulausschlusses; Vereinfachung der Verfahren; Mitteilung eines Schulausschlusses an das Jugendamt

GesEntw CDU und FDP/DVP 24.10.2002 Drs 13/1424 (10 S.)

1. Beratung PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2178-2184

BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.11.2002 Drs 13/1527 (dazu ÄAntr SPD Nr. 1)

ÄAntr SPD 11.12.2002 Drs 13/1605

2. Beratung PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249-2256

GesBeschl 11.12.2002 Drs 13/1624

GBI 2002 Nr. 14 S. 476 477 (Ges vom 11.12.2002)

Umgang mit Schulschwänzern

Größenordnung der o.g. Ordnungswidrigkeiten, Beurteilung des Erfolgs von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen; Empfehlung von pädagogischen Maßnahmen bzw einer praktikableren Anwendung des Bußgeldverfahrens

Antr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/1533

§ 90 des SchulGes in der Praxis

Erfahrungen mit der erweiterten Zuständigkeit des Schulleiters für Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, insbes des Unterrichts- und Schulausschlusses; Auswirkungen auf die von den Entscheidungen der Schulleiter abhängigen Lehrer bzw auf deren Stellung gegenüber den Schülern

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 06.10.2005 und Antw KM Drs 13/4705

Ordnungswidrigkeit

s.a. *Geldbuße*
s.a. *Ordnungsmittel im Schulwesen*
s.a. *Steuerdelikt*

Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Verletzung der Schulpflicht

Zahl und Zeitdauer o.g. Verfahren in den letzten fünf Jahren, Höhe der verhängten Bußgelder

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/931

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Ordnungswidrigkeiten

GesEntw
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/1372

Umgang mit Schulschwänzern

Größenordnung der o.g. Ordnungswidrigkeiten, Beurteilung des Erfolgs von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen; Empfehlung von pädagogischen Maßnahmen bzw einer praktikableren Anwendung des Bußgeldverfahrens

Antr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/1533

Einführung eines Kreditkartenverfahrens („Cash-Quick-Verfahren“) für die Erhebung von Verwarnungen und Sicherheitsleistungen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren bei der Polizei

Erfahrungen anderer BLänder mit dem o.g. Verfahren; umgehende Einführung in BW

Antr
s. *Zahlungsverkehr*
Drs 13/1824

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Ordnungswidrigkeiten

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Auflösung des Landesgewerbeamts, Aufhebung der entsprechenden VO; Änd des Ernennungsges, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Ordnungswidrigkeiten

GesEntw
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/3491

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Ordnungswidrigkeitsverfahren

s. *Ordnungswidrigkeit*

Organisationserlass

s.a. *Schulunterricht*

Neuer Organisationserlass „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2004/2005“; hier: Lehrerversorgung für Sonderschulen

Gründe und Auswirkungen der o.g. Änderung bei den einzelnen Sonder- und Förderschulen, Bewirkung einer Umverteilung der zu geringen Anzahl an Förderstunden? Beibehaltung der Regelung zur Lehrerversorgung auf der Basis von Schüler- und Klassenzahl sowie bestehender Schulsituation, Behebung der Personalmängel zur Bewältigung künftiger Aufgaben wie Kooperationen, Außenklassen und integrative Schulentwicklungsprojekte

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3105

Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an Förderschulen

Verringerung der Lehrerzuweisung an die einzelnen Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass; Darlegung der jeweiligen Unterrichtssituation und Lehrerausstattung sowie der Zahlen von Spätaussiedlerkindern bzw ausländischen Kindern

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/3527

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonderschultypen und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Einzelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlasses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3964

Unterrichtsversorgung an Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass

Versorgung mit Stunden aus der Direktzuweisung und dem Differenzierungskontingent nach dem neuen Organisationserlass, Frage nach einer einheitlichen Anwendung des Erlasses für die einzelnen LKreise

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/4818

Organisationsuntersuchung*Organisationsuntersuchung der Ministerien durch den RH*

Vorlage und Konsequenzen der o.g. Studie, Einbeziehung des StM in eine entsprechende Untersuchung

Antr
s. *Ministerium*
Drs 13/100

Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes

Mittlg
s. *Ministerium*
Drs 13/386

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 4) - Vorschläge externer Gutachter und Umsetzung der Kabinettsbeschlüsse zur Personaleinsparung (Teil A Abschnitt I) -

Mittlg
s. *Personalplanung*
Drs 13/600

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der externen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/832

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Prüfauftrag „Finanzämter: Strukturuntersuchung“

Stand, Ziele und Konsequenzen des o.g. Prüfauftrags; Kriterien der Untersuchung der Arbeits- und Verwaltungsstrukturen der Finanzverwaltung, Einbeziehung der Personalvertretungen

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/1882

Prüfung der bestehenden Institutionen zur Wirtschaftsförderung im Land durch den Rechnungshof

Kurzfristige Ansetzung der Untersuchung von Organisation und Effizienz o.g. Einrichtungen durch den RH: Vereinbarkeit mit der Herbeiführung eines Kabinettsbeschlusses zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung, Sinn und Zeitperspektive der dann noch andauernden Prüfungen des RH und Einbeziehung des Parlaments; Verantwortliche, Gründe und Aufwand der veranlassten Untersuchung

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2154

Organisation und Rechtsform des Landesgewerbeamts

Ankündigung einer Organisationsuntersuchung durch den Präsidenten des LGA sowie Aussagen zum Interesse der L-Bank an der Wirtschaftsförderung, Frage nach dem Nutzen der angekündigten Studie vor dem Hintergrund der laufenden Untersuchungen des RH

Antr
s. *Landesgewerbeamt*
Drs 13/2156

Personalausstattung der Oberfinanzdirektionen im Ländervergleich

Darlegung o.g. Daten sowie deren Relation zu den Finanzämtern, Begründung der Disparitäten mit unterschiedlichen Organisationsstrukturen?

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2385

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2004 (Nr. 6) - Organisation und Wirtschaftlichkeit der Gebäudereinigung

Mittlg
s. *Gebäudereinigung*
Drs 13/4103

Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/4987

Auswertung der Untersuchung über die Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 550 551

Umsetzung der Organisationsuntersuchung des RH bei den Ministerien

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1016

Organspende

Anonyme Cross-over-Lebendspenden

Zahl der Fälle, ethische Beurteilung und rechtliche Zulässigkeit o.g. Organspenden

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 04.07.2001 und Antw SM
Drs 13/45

Organspende in BW

Entwicklung der Organspenden bzw -transplantationen in BW; Gründe für die im Bundesvergleich niedrige Spendenbereitschaft; Erlass eines AusführungsGes zum TransplantationsGes, Einführung von Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern, Bemühungen um den Einsatz alternativer Heilmethoden

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 06.02.2002 und Antw SM
Drs 13/727

Spenderorgane in BW

Entwicklung der Zahlen von Spendern und Empfängern seit 1992; Verbesserungsmöglichkeiten durch Einführung von Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern sowie Öffentlichkeitsarbeit; Hinwirkung auf Verankerung der Spendenbereitschaft auf der Versichertenkarte bzw einer späteren intelligenten Chipkarte

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 12.06.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1075 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 26.09.2002 Drs 13/1638 S. 7 8
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Transplantationsbeauftragte an Kliniken mit Intensivbetten

Entwicklung der Organspenden und Wartelisten in BW u.a. BLändern, Auswirkungen der o.g. Beauftragten in diesen Län-

dern, Gründe für die Ablehnung eines entsprechenden GesEntw des SM im Ministerrat; erneute Einbringung der gesetzlichen Normierung eines Transplantationsbeauftragten

Antr
s. *Transplantation (Medizin)*
Drs 13/2228

Transplantationsgesetz

Entwicklung der Organspenden seit 2001; Erlass eines AusführungsGes zum TransplantationsGes, Regelung der Einsetzung von Transplantationsbeauftragten

Antr
s. *Transplantation (Medizin)*
Drs 13/2234

Ges zur Änd des LKrankenhausGes

Verpflichtung der Krankenhäuser mit Intensivtherapiebetten zur Bestellung eines Transplantationsbeauftragten, Regelung von Aufgaben und Stellung sowie der jährlichen Berichterstattung; Schaffung einer Verordnungsermächtigung für Festlegungen im Bereich der durch das FallpauschalenGes geschaffenen Vorschriften zur Krankenhausvergütung

GesEntw
s. *Krankenhausgesetz*
Drs 13/4815

Ortenaukreis

Hochwasserschutzmaßnahmen im Ortenaukreis

Darlegung der in den letzten 15 Jahren durchgeführten, der geplanten und erforderlichen Maßnahmen; Höhe der vorhandenen und benötigten Mittel

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/223

Unterrichtsversorgung im LKkreis Ortenaukreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1321

Europa-Distrikt

Bildung eines Europa-Distrikts am Oberrhein mit den Städten Straßburg, Kehl u.a. Kommunen im Ortenaukreis als Konsequenz aus der bestehenden grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten zum 40. Jahrestag des Elysee-Vertrags

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/1776

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Bildung eines Eurodistrikts, insbes Kompetenzen, Rechtsform und Gremien; Beteiligung von Bürgergruppen und berufsständischen Organisationen; Möglichkeiten und Maßnahmen zur Intensivierung der

Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Justiz und Schulen; Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes?

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Euro-Institut Kehl

Rolle der o.g. Einrichtung zur Qualifikation der öffentlich Bediensteten beiderseits des Rheins bzw zur Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein und zwischen einzelnen europäischen Regionen, Möglichkeiten zur Gewinnung weiterer (kommunaler) Partner sowie Einbeziehung der Schweiz, Ausbildung der Bediensteten für den künftigen Euro-Distrikt Straßburg/Ortenau, Sicherung der finanziellen Ausstattung über das Jahr 2006 hinaus, Förderung der Beziehungen zwischen französischen Regionen und deutschen Ländern

Antr
s. *Euro-Institut*
Drs 13/3346

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Erzielte Fortschritte seit Beantwortung der GrAnfr 13/3251 unter Einbeziehung von Bürgergruppen; Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeien und Schulen iR von Gremien und Projekten: Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten, Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/4245

Feststellung einer mangelhaften Polizeidichte im Ortenaukreis
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1723 1724

Orthographie

s. *Rechtschreibung*

Ortsumfahrung

s. *Ortsumgehung*

Ortsumgehung

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Finanzierungsbedarf für dringend notwendige Ortsumfahrungen im Zuge von Bundesstraßen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/392

Übernahme der Finanzierung des kommunalen Anteils an der Südumfahrung Markdorf und der Umfahrung Bermatingen aus Landesmitteln

KlAnfr Norbert Zeller SPD 05.12.2001 und Antw UVM Drs 13/539

B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen (mit Autobahnzubringer A 81)

Planungsstand, Kosten und Zeitpunkt der Realisierung der einzelnen Abschnitte; Mitwirkung bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Projekts B 28, Ortsumgehung Horb, sowie der Maßnahme B 32, Neckarübergang östlich von Horb; Einschätzung der Kosten, Vorlage des Ergebnisses der Bewertung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 28*
Drs 13/724

Berücksichtigung der Autobahn A 98/A 861 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Gründe für die Anmeldung des Abschnitts Hauenstein-Tiengen zum vierspurigen Ausbau, Vergabe der Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsvariante um Waldshut, zusätzliche Kosten für eine zweite Tunnelröhre „Nollinger Berg“, Finanzierung und Fertigstellung der Rheinbrücke im Zuge der A 861

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/1392

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KlAnfr
s. *Straßenverkehr*
Drs 13/1559

Ortsumfahrung Haubersbronn (L 1148, L 1150)

Planungsstand des o.g. Projekts, Chancen einer Finanzierung und Realisierung

KlAnfr Katrin Altpeter SPD 06.12.2002 und Antw UVM Drs 13/1591

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans Drs 13/1681; hier: Ortsumfahrung Falkensteig B 31 Nr. 217 der Anmeldung des Landes

Bewertung der Vorstöße des Bürgermeisters der Gemeinde Buchenbach zur o.g. Ortsumgehung; Nachmeldung für den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1783

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der

Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr
s. *Generalverkehrsplan*
Drs 13/1825

Benennung von Trassenführungen seitens des UVM iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes für die B 27 im Abschnitt des Stadtgebietes Tübingen

Gründe für die Benennung einer im Widerspruch zu einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats stehenden Trasse für die B 27 Ortsumfahrung Tübingen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 13/1838

Verkehrsentlastung der Kurstadt Bad Liebenzell - kein Thema für die BReg?

Anmeldung der Ortsumfahrung im Zuge der B 463 für den vordringlichen Bedarf und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister aus dem Bedarfsplan

KlAnfr
s. *Bad Liebenzell*
Drs 13/1928

Stau, Ruß und Dreck - kein Thema für die BReg? Ausbau der BAB A 6 und Umgehungsstraße Gaildorf

Anmeldung o.g. Maßnahmen für den vordringlichen Bedarf zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans und ersatzlose Streichung durch den Bundesverkehrsminister

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/1943

Bau der Landesstraße 1361 Nagold-Ergenzingen als Autobahnzubringer

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Verbindung mit der B 28 neu OU Ergenzingen; Verzicht auf ein Vorziehen der L 1361 vor Baubeginn der B 28

Antr
s. *Landesstraße 1361*
Drs 13/1967

Modellprojekt virtuelle Umgehungsstraße

Verkehrsbelastung der Gemeinden entlang des Neckar- und Ammertales, Stand der Ausbauplanung und Realisierung der B 464 und B 28; Initiierung eines o.g. Modellprojekts mit den parallel laufenden Bundesstraßen B 464 und B 28 zur Entlastung der Ortschaften Tübingen-Unterjesingen und Ammerbuch-Entringen, Abstufung der B 28 zwischen Tübingen und Herrenberg zur Landesstraße, Lenkung des Durchgangsverkehrs auf die B 464, Stärkung der Alternativen im öffentlichen Verkehr

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 16.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2010
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 26 27
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Ausbau der Landesstraße 230 zwischen Münsingen und Heroldstatt

Zeitperspektive für den Abschluss des Planfeststellungsverfahrens, des Baubeginns und der Realisierung des Ausbaus der L 230 und der Ortsumgehungen der Münsinger Teilorte Auingen,

Böttingen, Magolsheim und Breithülen; Einbeziehung der Panzerringstraße des Truppenübungsplatzes Münsingen; Kosten der einzelnen Bauabschnitte

KlAnfr
s. *Landesstraße 230*
Drs 13/2047

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rothenhar bis Ortsausgang Frickenhofen

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 27.05.2003 und Antw UVM
Drs 13/2108

Darmsheimer Nordumfahrung (L 1182)

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr
s. *Landesstraße 1182*
Drs 13/2197

B 312 OU Stuttgart-Hedelfingen und Stuttgart-Riedenberg

Begründung der Neubewertung und Rückstufung des o.g. Vorhabens durch den Bund im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans trotz einer Verschärfung der Verkehrssituation, Zustandekommen der Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse und der Raumwirksamkeitsanalyse; Chancen einer Wiederaufnahme in den „Vordringlichen Bedarf“ nach Erklärung der Bereitschaft der Stadt Stuttgart zur Mitfinanzierung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 312*
Drs 13/2460

Förderung des Straßenbaus nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes (GVFG) in den Gemeinden des LKreises Böblingen
Höhe der beantragten und genehmigten Mittel nach dem GVFG seit 1999; Stand der Realisierung der einzelnen Maßnahmen, insbes von Ortsumgehungen von Bundes- und Landesstraßen als Gemeindeverbindungsstraßen; Auswirkungen der geplanten Absenkung der Fördersätze

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2942

Straßenbaumaßnahmen an der B 28 und der L 1361 in Ergenzingen

Festhalten am Zeitplan für den Bau der L 1361 Nagold-Ergenzingen trotz absehbarer Verzögerungen beim Bau der B 28, Ortsumfahrung Ergenzingen?

MdlAnfr
s. *Landesstraße 1361*
Drs 13/3056

Chancen für Formen der Mischfinanzierung im Straßenbau

Prüfung einer Finanzierung von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen über eine GVFG-Regelung sowie einer kommunalen oder privaten Vorfinanzierung von Vorhaben im Landesstraßenbau, Gründung einer Finanzierungsgesellschaft für den Aus- und Neubau von Landesstraßen sowie zur Abwicklung der laufenden Sonderprogramme

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/3088

Fortgang des Ausbaus der Bundesstraße B 292 im Abschnitt der Ortsumfahrung Osterburken

Stand der Ausbaurbeiten, Bestandskraft der Planfeststellungsbeschlüsse, Vereinbarkeit des geplanten Trassenverlaufs mit der Ausweisung von FFH-Gebieten, Frage nach einer Abstimmung zwischen den zuständigen Ressorts sowie nach der angekündigten Ausschreibung der Talbrücke Kirnau

Antr
s. *Bundesstraße 292*
Drs 13/3714

Finanzierungsvorbehalt beim Bau der Bundesstraße B 31 - Ortsumfahrung Umkirch

Gründe für die Mittelbereitstellung 2005 unter dem Vorbehalt von Lkw-Mauteinnahmen

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/3827

Weitere Planung für Straßenverkehrsprojekte im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht (WB)“ aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) in BW; hier: Planfeststellungsverfahren B 3 neu, Ortsumgehungen (OU) Kuppenheim (LKreis Rastatt)*

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3827

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg

Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Grenzwertüberschreitungen infolge nicht gebauter Umgehungsstraßen, Abwägung zwischen den Belangen der menschlichen Gesundheit und des Natur- und Landschaftsschutzes bei Straßenbauprojekten

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4262

Komplettierung der Ortsumfahrung Kirrlach - Neutrassierung der L 555

Verfahrensstand und Zeitpunkt des Baubeginns der o.g. Südwestspange, Konsequenzen der Bau- und Finanzierungszusage des UVM gegenüber der Stadt Waghäusel, Gründe für die Ablehnung der beantragten Waldumwandlungsentschädigung und Verfolgung der verworfenen Variante einer Nordumgehungen durch die Forstverwaltung

KlAnfr
s. *Landesstraße 555*
Drs 13/4275

Verkehrsinfrastruktur in der Bodenseeregion; hier: Stand des Planfeststellungsverfahrens der B 31 neu, Ortsumfahrung Friedrichshafen, BA II B

Gründe für die große Verzögerung des Planfeststellungsbeschlusses; geplante Lärmschutzmaßnahmen und Anschlüsse in Immenstaad, Schnetzenhausen, Fischbach und Kluftern; Art und Kostenträger des Ausbaus des Riedleparktunnels in Friedrichshafen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/4340

Wahrnehmung des Planungsrechts für die Verlegung der Bundesstraße B 462 in Baiersbronn und Schwarzenberg

Überprüfung der kategorischen Ablehnung einer Planungsaufnahme für Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan der Kategorie „Neue Vorhaben mit Planungsrecht“, Bereitstellung von Planungsmitteln für die o.g. Verlegung bzw für die beiden Tunnel im Verlauf der B 462

KlAnfr
s. *Bundesstraße 462*
Drs 13/4343

B 31-West - Ortsumgehung Umkirch

Auswirkungen der Haushaltssperre auf das im Bau befindliche Projekt, Einleitung eines neuen Planfeststellungsverfahrens für den 2. Bauabschnitt

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/4380

Ortsumfahrungen B 3/Ausbau L 125

Planungsstand und Verlagerungseffekte der o.g. Maßnahmen für die betroffenen Gemeinden Schallstadt, Bad Krozingen, Norsingen und Pfaffenweiler; Prüfung einer Verlegung der B 3 auf die Trasse der jetzigen L 125, Verbesserung des Anwohnerschutzes im Bereich Pfaffenweiler, Anstreben eines Moratoriums für die Planung der Ortsumfahrung Schallstadt im Zuge der B 3 und L 125

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 23.06.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4437
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 27.10.2005 Drs 13/4821 S. 41 42
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Nord-Ost-Ring Stuttgart, neue Initiative von RegPräs Dr. Udo Andriof: Neckarquerung mit Anschluss an bestehende Straßen in den LKreisen Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis

Vorstoß des RegPräs zum Bau einer neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings; Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage, den bisherigen und Gesamtkosten sowie nach einer Abstimmung des Vorschlags mit dem Land und den betroffenen Behörden

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4493

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsißbad, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des FernstraßenausbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4881

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrassen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4995

Tunnel Falkensteig im Zuge der B 31-Baumaßnahme; hier: Planung einer Tunnelröhre als ersten Bauabschnitt

Planung und Bau von zunächst einer Tunnelröhre im Zuge der Umgehung des Ortsteils Falkensteig der Gemeinde Buchenbach, Frage nach vorbereitenden Maßnahmen des RegPräs Freiburg für eine solche vorgezogene Vorgehensweise bzw für das Gesamtprojekt mit zwei Tunnelröhren

MdlAnfr
s. *Tunnel*
Drs 13/5092

Nordoststring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstreben einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5158

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. *Bauplanung*
Drs 13/5172

Realisierung der B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen

Stand der Planung und Realisierung der einzelnen Abschnitte (mit Autobahnzubringer A 81), Stand der Diskussion über eine Privatfinanzierung der Baumaßnahme B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

KlAnfr
s. Bundesstraße 28
Drs 13/5181

Notwendigkeit von mehr Ortsumgehungen
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3285

Verzögerung und Scheitern von Ortsumfahrungen infolge fehlender Bundes- und Landesmittel
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6066

Kritik an der Trassenführung der Umgehungsstraße in Herrenberg-Affstätt entlang des Neubaugebiets
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7802

Ortsvorsteher

Ortsvorsteherwahlen nach der Gemeindeordnung

Rechtmäßigkeit der Wahl eines Ortsvorstehers gegen dessen Willen vom Gemeinderat der Gesamtgemeinde? Darlegung am Beispiel des Eppinger Teilorts Elsenz; Klärung der Frage einer kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben bis zur Wahl und Ernennung eines neuen Ortsvorstehers

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 29.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1228
BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 23
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Ortsvorsteher/innen in BW - § 71 der GemO

Entwicklung des Aufwands, der Zahl und Vergütung von Ortsvorsteherstellen seit 1996, Novellierung der §§ 67-73 der GemO, Unterstützung der Wahl durch den Ortschaftsrat anstelle des Gemeinderats?

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 11.11.2002 und Antw IM Drs 13/1483

Ortszuschlag

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Ostalbkreis

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/389

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1099

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Ostalbkreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1242

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1243

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1451

Zuweisungen im Ostalbkreis und Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2002

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/1545

Situation privater Postzustellerbetriebe im Ostalbkreis/Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Umsatz- und Personalstärke, Marktanteil und Gebietsabdeckung o.g. Betriebe; Attraktivität der Nutzung für landeseigene Einrichtungen; Behinderung des Wettbewerbs durch das bis Ende 2007 verlängerte Monopol der Nachsendeantragsverwaltung der

Deutschen Post AG

KlAnfr
s. *Post*
Drs 13/1717

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1718

Gewalt an Schulen im Schulamtsbereich Schwäbisch Gmünd

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/1719

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Aalen/Ellwangen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1949

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2026

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/2027

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW im Altkreis Schwäbisch Gmünd

Zustand und Veräußerungschancen der o.g. Gebäude, laufende Kosten des Verzichts auf eine Nutzung

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/2107

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rotenhar bis Ortsausgang Frickenhofen

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2108

Berufsvorbereitungsjahr im Ostalbkreis und Wahlkreis Schwäbisch Gmünd speziell

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2451

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2943

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Schwäbisch Gmünd

Auflistung o.g. Hauptschulen bzw der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/3247

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Ostalbkreis

Darlegung der Entwicklung im Ostalbkreis und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3249

Schulhausbau und Ganztagschulen im Bereich des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Darlegung der o.g. Projekte und dafür gewährten Zuschüsse seit 1999, Beteiligung von Schulen an dem Projekt „Kooperation Schule und Sport“, Höhe der aus dem Investitionsprogramm des Bundes erwarteten Mittel, gestellte und genehmigte Anträge auf Förderung aus diesem Programm

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3275

EU-Strukturförderung für den Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd und die weitere Entwicklung dieses Fördersegments

Höhe und Herkunft der Fördermittel zur Unterstützung von Ziel 2 Regionale Wettbewerbsfähigkeit, Beteiligung an den Vorbereitungen für die neu zu regelnde Förderphase nach 2006, Einschätzung der zu erwartenden Veränderungen in den Kriterien,

Verfahren und in der Gebietskulisse

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 13/3375

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3650

Kindergärten im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zahl der o.g. Kindergärten und Gruppen sowie Höhe der Zuschüsse 2003 und ab 01.01.2004, Anteil der Weiterreichung von den Gemeinden an die einzelnen freien Kindergartenträger im selben Zeitraum

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3878

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor in den letzten zehn Jahren, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

KlAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4291

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Kindergärten und Kindertagesstätten im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2005; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/5090

Bemängelung der Verkehrsverbundstruktur im Ostalbkreis

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6691

Ostasien

s. *Asien*

Ostdeutschland

s. *Neue Bundesländer*

Osteoporose

s. *Knochenkrankheit*

Osterburken

Fortgang des Ausbaus der Bundesstraße B 292 im Abschnitt der Ortsumfahrung Osterburken

Stand der Ausbauarbeiten, Bestandskraft der Planfeststellungsbeschlüsse, Vereinbarkeit des geplanten Trassenverlaufs mit der Ausweisung von FFH-Gebieten, Frage nach einer Abstimmung zwischen den zuständigen Ressorts sowie nach der angekündigten Ausschreibung der Talbrücke Kirnau

Antr
s. *Bundesstraße 292*
Drs 13/3714

Zukünftige Polizeipostenstruktur im Bauland

Umsetzungszeitplan für die Polizeipostenstruktur-Reform im Neckar-Odenwald-Kreis, Zusammenlegung der Polizeiposten Adelsheim und Osterburken in Adelsheim?

MdlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4133

Osteuropa

s.a. *Bulgarien*
s.a. *Jugoslawien*
s.a. *Kroatien*
s.a. *Litauen*
s.a. *Polen*
s.a. *Rumänien*
s.a. *Russland*
s.a. *Serbien und Montenegro*
s.a. *Slawistik*
s.a. *Tschechien*
s.a. *Ungarn*

Mittelstand und Beschäftigung in BW

Einrichtung eines Schwerpunktprogramms zur Förderung von (mittelständischen) Unternehmen des Landes auf den Märkten der ost- und südosteuropäischen Beitrittsländer

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/77

Wege zur Osterweiterung der Europäischen Union; Beschl der LReg zur EU-Osterweiterung vom 25.09.2001

Mittlg
s. *Europäische Union*
Drs 13/385

Förderung der deutschen Sprache in der EU angesichts der EU-Erweiterung

Ergreifung o.g. Initiative zur Förderung der Sprachausbildung von Diplomaten und Beamten sowie deutschsprachigen Über-

setzern insbes aus den Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa; Förderung der deutschen Sprache als Amts- und Arbeitssprache; Stärkung der Goethe-Institute

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/1081

Gesundheit in Europa

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei; Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/2658

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Auswirkungen des Beitritts auf die innere Sicherheit, die Verkehrsbelastung und das Verkehrsgewerbe; Förderung des Verkehrswegebbaus durch die EU; Chancen für eine Teilverlagerung auf Schienen- und Wasserwege; Einschätzung der Veränderungsprozesse und Angleichung der Lebensverhältnisse; Verhandlungsposition für die weitere Finanzierung der EU nach 2006; Aufnahmereife der möglichen nächsten Kandidaten Bulgarien, Rumänien und der Türkei

GrAnfr CDU 04.03.2004 und Antw StM Drs 13/2975 (39 S.)
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769-4778

Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland

Umfang, Ursachen und Auswirkungen der o.g. Entwicklung differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen; Einschätzung der weiteren Entwicklung nach dem EU-Beitritt der MOE-Staaten, Vergleich der dortigen Arbeitskosten mit denen in der EU; Strategien der Unternehmen zur Vermeidung einer Verlagerung bzw zur Rückverlagerung; Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verhinderung weiterer Arbeitsplatzverluste hierzulande

Antr
s. *Betriebsänderung*
Drs 13/3096

Pflegekräfte aus den MOE-Staaten bzw Schwarzarbeit in der häuslichen Pflege

Ausmaß, Rechtsgrundlage und Auswirkungen o.g. Arbeitsverhältnisse; Kontrolle durch die Arbeitsverwaltung? Bezahlung der osteuropäischen Pflegekräfte durch die Angehörigen mit bezogenem Pflegegeld? Behandlung der Problematik in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungs-Ges

KIAnfr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3142

Angekündigte Verdoppelung der Fahndungsdienste auf den baden-württembergischen Autobahnen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung

Umsetzung der o.g. Ankündigung des Landespolizeipräsidenten, beteiligte Dienststellen und Beamte, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Stelleneinsparungen iRd Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Wahrnehmung anderer Aufgaben

Antr
s. *Fahndung*
Drs 13/3177

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Arbeitsmarkt BW Erwartung einer verstärkten Zuwanderung von Arbeitskräften, Anteil und Möglichkeiten einer Tätigkeit als Leiharbeitnehmer

KIAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/3383

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem OpferentschädigungsGes; Bilanz der Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz bzw der Gerichtsverfahren, Erfahrungen mit dem Zeugenschutzprogramm, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Bewährung der Regelungen zur Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden; Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/3463

Handelsbeziehungen nach Osteuropa

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KIAnfr Jürgen Hofer FDP/DVP 24.11.2004 und Antw WM
Drs 13/3774

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreuz Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feucht/Hall/Craillsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KIAnfr
s. *Güterverkehr*

Drs 13/4036

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen zulasten der (mittelständischen) Transportunternehmen hierzulande, insbes ausgelöst/verstärkt durch die EU-Osterweiterung, unlautere Praktiken von (halb-)staatlichen Verkehrskonzernen, Nachholbedarf im Straßenbau u.a. Faktoren; Handlungsbedarf der BReg; Position zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4498

Mögliche Kürzungen der finanziellen Förderung aus dem Landesjugendplan für Schülerbegegnungen mit Russland

Bedeutung der Schülerbegegnungen mit osteuropäischen Partnerschulen; Gründe und Auswirkungen o.g. Rückzugspläne, insbes für das Fach Russisch an den hiesigen Schulen

Antr
s. *Jugendaustausch*
Drs 13/4505

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen Opfer

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/5171

Ankündigung einer Veranstaltungsreihe im Ltg über Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Erwartung eines EU-Beitritts der ersten MOE-Staaten bis zum Jahr 2004, Würdigung der Vertriebenen und Spätaussiedler als „Brückenbauer“ nach Osteuropa

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 44 55

Erforderliche Umweltinvestitionen im Zuge der EU-Osterweiterung; Förderung der Erschließung neuer Märkte in Osteuropa

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 157 164 167

Stand und Perspektiven der EU-Osterweiterung, Bericht der EU-Kommission, Ausdehnung der „Vier Motoren“ auf Osteuropa

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 599-601 603-606 610-613

Herausforderungen der EU-Osterweiterung für die kleinräumig strukturierte Landwirtschaft in BW

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043 1057

Politische, kulturelle und ökonomische Auswirkungen der EU-Osterweiterung; Heranführung der Beitrittsländer an die Wirtschaftskraft der EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453 1454 1459 1461 1466 1468 1469

Herausforderungen der EU-Osterweiterung für die bäuerliche Landwirtschaft in BW

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1878 1879

Skizzierung des Wegs der EU-Osterweiterung kurz vor Abschluss der Erweiterungsverhandlungen, Entwicklung des Außenhandels mit den MOE-Staaten seit der Beitrittsperspektive, Ausdehnung der „Vier Motoren“ auf Osteuropa

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152-2154 2159-2162 2164-2166

Hinweis auf den Beginn der Konferenz über die Osterweiterung der EU, Beschränkung Europas auf seine eigenen Zuständigkeiten, Entwicklung des Außenhandels mit den MOE-Staaten seit der Beitrittsperspektive

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2341-2344

Hinweis auf Befürchtungen der Bürger im Hinblick auf den Vollzug der EU-Osterweiterung, Erwartungen der Beitrittsländer

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3059 3061

Drang der MOE-Staaten nach Europa; Chancen, Risiken und Kosten der EU-Osterweiterung; Betriebsverlagerungen nach Osteuropa

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307 3317 3323 3324

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die künftige Förderung der Landwirtschaft bzw die Verteilung der EU-Agrarprogramme

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3402 3409-3412

Erschließung neuer Absatzmärkte mit der EU-Osterweiterung, Überwindung der Vorbehalte bei den kleineren Ländern gegen den EU-Verfassungsentwurf, Ausdehnung der „Vier Motoren“ auf Osteuropa

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3800 3802-3804 3809

Chancen und Wettbewerbsdruck der EU-Osterweiterung

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3917

Kritik an der Schließung von Goethe-Instituten in Osteuropa sowie an der Streichung der Mittel für die Sprachförderung bei Studenten aus Osteuropa

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162 4163 4171

Herausforderungen der EU-Osterweiterung für die Landwirtschaft, Bewältigung mit der Erzeugung veredelter Produkte

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4348

Billiglohnkonkurrenz der EU-Beitrittsländer in Osteuropa

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4491 4503

Bewältigung der Herausforderungen der Osterweiterung mit der erarbeiteten europäischen Verfassung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5119 5129 5132 5133

Chancen für den Export von Umwelttechnik in die EU-Beitrittsländer; Konkurrenzfähigkeit des Standorts BW gegenüber den Ländern Osteuropas

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5193 5195

Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die innere Sicherheit; Entwicklung des Warenaustauschs; Stabilisierung der jungen Demokratien in Osteuropa durch den Beitritt zur EU

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5371-5373 5379

Beklagung der Abwanderung von Unternehmen nach Osteuropa
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5880

Beklagung der Abwanderung von Unternehmen nach Osteuropa, Ausschluss einer Orientierung an dortigen Steuersätzen
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6027 6029

Politische und ökonomische Auswirkungen der EU-Osterweiterung
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6406

Zunahme der illegalen Beschäftigung seit der EU-Osterweiterung, Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Osteuropa
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6701-6710

Angleichung der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, Stabilisierung der jungen Demokratien durch den Beitritt zur EU
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7143 7144 7149

Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping aus Osteuropa mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Entschärfung der Richtlinie mit der Verankerung des Ziellandprinzips
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7846

Werbung um Verständnis der neuen Beitrittsländer für den Föderalismus
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Ostwürttemberg, Region

Tourismusentwicklung in der Region Ostwürttemberg
Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Verbandsstrukturen und Aktivitäten; Zahl von Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen sowie Ausbildungsplätzen im Bereich des Tourismus und der Gastronomie; Angebote und Übernachtungsmöglichkeiten für Jugendliche

KlAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1795

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg
Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Status und weitere Förderung von Unternehmen in der TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH (TFU) der Grenzregion Ostwürttemberg/Ulm/Neu-Ulm

Höhe der gewährten Fördermittel an o.g. Existenzgründer u.a. Firmen in den letzten fünf Jahren, Anteil der am Markt erfolgreichen bzw. gescheiterten Empfänger, Umfang und Gründe der Rückforderung von Fördermitteln, Darstellung der bearbeiteten Technologiefelder sowie der künftigen Unterstützung von Existenzgründungen

KlAnfr
s. *Technologieförderung*
Drs 13/4936

Outsourcing

s.a. *Betriebsänderung*
s.a. *Privatisierung*

Unterhalt und Pflege der Schlösser in BW
Gründe und Auswirkungen der Vergabe o.g. Arbeiten an Fremdfirmen, Handhabung in anderen BLändern

KlAnfr
s. *Schloss (Gebäude)*
Drs 13/1052

Schließung von Polizeiwerkstätten

Entscheidungsgrundlagen für o.g. Pläne, Auswirkungen auf die betroffenen Mitarbeiter und die Reparatur und Wartung von Fahrzeugen, insbes. Sonderfahrzeugen; Zeit- und Kostenaufwand für die Verbringung in Fremdwerkstätten; Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen; Gewährleistung der Einsatzfähigkeit und Mobilität der Polizei

Antr
s. *Werkstatt der Polizei*
Drs 13/1138

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 6)
Kosten der IuK in Ministerien - Eigenbesorgung oder Outsourcing

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/1748

Stand und Erfolg der diversen Stellenabbauprogramme der LReg
Erreichte und noch geplante Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche und Behörden der Landesverwaltung; Verteilung auf Altersteilzeit, Frühpensionierung, Kündigungen, natürliche Fluktuation, Ausgliederung von Behörden oder Privatisierung von Aufgaben; Vorschaltung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion

KlAnfr
s. *Personalplanung*
Drs 13/2556

Unterstützung des SWR bei der Auslagerung von Aufgaben und Fernsehproduktionen; Beispiele von missglücktem Outsourcing
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 539 541 546 548

Auslagerung von Aufgaben im Zuge der Verwaltungsreform
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606 3632

Offshore-Outsourcing der IT-Branche
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3809

Ozon

s.a. *Smog*

Erinnerung an das „Zwölfpunkteprogramm zur Bekämpfung des bodennahen Ozons“ sowie an den Ozonversuch in Heilbronn
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3788

Überarbeitung der europäischen Normen zur Luftreinhaltung, Anstrengung eines harmonisierten Grenzwerts für bodennahes Ozon

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7640 7641 7643

Pacht

Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken an der Schweizer Grenze

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1985; Darlegung der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite sowie der Bemühungen um Ausgleich auf Landes- und Bundesebene

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/2148

Pachtverträge zur Nutzung von Windenergie auf Landesliegenschaften

Voraussetzungen, Verfahren und Höhe der Pachtzahlungen für o.g. Verträge; Bedingungen für Gestattungsverträge zur Nutzung von landeseigenen Forstwegen bzw Übernahme von Baulasten für Abstandsflächen bei Windkraftanlagen; Frage nach einer restriktiven Haltung der Forstverwaltung

KlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2252

Staatswald BW

Stand und Ausweitung der Verpachtung von Staatswaldflächen, bisherige und künftig mögliche Einnahmen, Art und Umfang der Beteiligung privater Jäger an der Jagdausübung in den staatlichen Eigenjagdbezirken, Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Kirsungen zum Abbau der Überpopulation von Schwarzwild

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/2412

Prämien für Verpächter landwirtschaftlicher Nutzflächen

Höhe und Vertretbarkeit des o.g. Einsatzes von Steuermitteln; Fortführung der Stilllegungsprämie in gleicher Höhe für gepachtete Flächen und Flächen im Eigenbesitz; Maßnahmen gegen die Aufkündigung von Pachtverträgen zur Erzielung höherer Einnahmen für die dann stillgelegten Flächen

Antr
s. *Stilllegungsprämie*
Drs 13/2437

Verpachtung der staatlichen Jagden in BW

Erwirtschaftung zusätzlicher Einnahmen mit der Verpachtung der Staatsjagden an Private nach dem Vorbild Österreichs

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/2764

Existenzbedrohung für baden-württembergische Landwirte durch den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an Schweizer Landwirte

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1994; Gründe und Auswirkungen der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite, Frage nach ähnlichen Problemen zwischen Schweizer und französischen Bauern, Verhinderung eines Abflusses künftiger Flächenprämien ins Ausland; Herstellung von Chancengleichheit zur Existenzsicherung der badischen Haupterwerbslandwirte in den betroffenen Gebieten, ggf Prüfung einer Kündigung von Zollabkommen

Antr
s. *Grundstücksverkehr*

Drs 13/2824

Fotovoltaik-Anlagen auf staatlichen Dachflächen

Verpachtung der Dachflächen landeseigener und kommunaler Gebäude zum o.g. Zweck, Höhe der damit jeweils erzielten bzw erzielbaren Einkünfte

KlAnfr
s. *Solartechnik*
Drs 13/2888

Ausbau der Windkraftnutzung in BW; hier: Regionalplanung

Bereitschaft der Forstverwaltung zum Abschluss von Pachtverträgen für ausgewiesene Vorrangstandorte im Bereich des Staatsforstes

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2997

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung des ReichssiedlungsGes sowie des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, Änd der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

Pachtverkehrsgesetz

s. *Pacht*

Pädagogik

s.a. *Heilpädagogie*
s.a. *Lehrerbildung*
s.a. *Medienpädagogik*
s.a. *Museumpädagogik*
s.a. *Sonderpädagogik*

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung

entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerausbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/503

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/692

Schulen in freier Trägerschaft

Bewertung der pädagogischen Profile und Qualität im Vergleich zum staatlichen Schulsystem

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Struktur und Effizienz der pädagogisch-psychologischen Beratung an baden-württembergischen Schulen

Zahl, Aus- und Fortbildung der Beratungslehrer an den einzelnen Schularten; Kooperation mit den Schulpsychologen- und Schulberaterstellen an den Oberschulämtern u.a. Institutionen; Anstrengung der Konzeption eines integrierten Beratungsangebots

Antr
s. *Beratungslehrer*
Drs 13/1969

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Förderung von offenen Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept unter Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen, Naturschutzverbänden und den Trägern der außerschulischen Jugendbildung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2235

Forschungskapazitäten im Bereich der Elementarbildung und Frühpädagogik in BW

Vorhandene und notwendige Einrichtungen zur Entwicklung von Hilfen zur pädagogischen Praxis für die Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, interdisziplinäre Kooperationsformen unter Einbeziehung der Didaktik, der Hirnforschung und Entwicklungspsychologie; Vorlage eines Konzepts zum Ausbau der Kapazitäten

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/2236

Berufungen von Professoren an Pädagogischen Hochschulen - Schulpraxis

Anteil o.g. Berufungen von Professoren für Allgemeinpädagogik für die Wahrnehmung erziehungswissenschaftlicher oder fachdidaktischer Aufgaben in der Lehrerbildung ohne Berufspraxis; Maßnahmen zur Verbesserung der praxisbezogenen Ausbildung in der Lehrerbildung

KlAnfr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3936

Verantwortung der LReg für die Qualitätssicherung der Ganztagschulen in BW

Prüfung der pädagogischen Konzepte der Schulen, Einsatz von qualifizierten Kräften bei den Nachmittagsangeboten, Evaluation der Verpflegungsangebote, Gewährleistung der generellen Schulgeldfreiheit, Mittelbereitstellung aus dem Lehrbeauftragtenprogramm sowie für Kooperationen mit außerschulischen Partnern

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3035

Auswirkungen der neuen VO der LReg für die Fachschulen des Fachbereichs Sozialwesen der Fachrichtungen Jugend- und Heimerziehung, Heilerziehungspflege und Heilpädagogik (Sozialwesen FachschulVO) vom 30. März 2004

Höhe und Träger der finanziellen Mehrkosten infolge der o.g. Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/3252

Zulassung für berufserfahrene Erzieher/innen zum Bachelor-Studiengang „Pädagogik der frühen Kindheit“ an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg

Begründung der geltenden Zulassungsvoraussetzung zum o.g. Fachhochschulstudium; Aussetzung iR eines Pilotprojekts ab dem Wintersemester 2004/2005 für die Dauer von drei Jahren, Anerkennung einer dreijährigen Berufspraxis als Zulassungsvoraussetzung, externe Evaluation dieses Projekts

Antr
s. *Erziehungskraft*
Drs 13/3332

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3770

Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission „Evaluation der Erziehungswissenschaft an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes BW“

Konsequenzen aus der o.g. Studie: Abbau von Defiziten der empirischen Bildungsforschung mithilfe eines Förderprogramms, Optimierung der Lehrerausbildung durch eine verbesserte Personalplanung sowie Verbindung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, psychologischen und berufspraktischen Studien, Modularisierung der Studiengänge, Einrichtung eines Kompe-

tenzzentrums zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Auslobung eines Landespreises, Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der PH

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 25.02.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4098
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 07.04.2005 Drs 13/4277 S. 55 56
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Ganztagssschulen im Schuljahr 2005/2006 in BW; „Zusätzliche Lehrerstellen für ausgereifte pädagogische Konzepte“

Antr
s. *Ganztagssschule*
Drs 13/4659

Ausbau der Ganztagssschulen

Umsetzung des vom Kultusminister angekündigten Ausbaus der Ganztagssschulen, flächendeckende Berücksichtigung aller Schularten, Frage nach einer pädagogischen Konzeption mit/ohne Erhebung von Elterngebühren zur Finanzierung der Angebote, Finanzierung der notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen und pädagogischen Kräfte

Antr
s. *Ganztagssschule*
Drs 13/5050

Flächendeckender Ausbau von Ganztagssschulen - Investitionen, Lehrerstellen, ehrenamtliche Jugendbegleiter -

Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bzw der Ressourcen für zusätzliches pädagogisches Personal, angemessene Honorierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter und Lehrbeauftragten, Anstrengung einer Ausbauquote von 25 %, Vereinbarung des Verzichts auf Elterngebühren mit den Kommunen

Antr
s. *Ganztagssschule*
Drs 13/5093

Pädagogische Konzepte für den Ausbau der Ganztagssschulen, Eingehen auf unterschiedliche Begabungen und Naturelle unter den Schülern

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461-463 467

Pädagogische Konzepte für den Ausbau der Ganztagssschulen, Sicherung der pädagogischen Qualität von Kinderbetreuungs-einrichtungen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1761 1766-1768 1772 1774 1776-1780 1782 1790 1792 1793

Sicherung der pädagogischen Qualität bei der Kinderbetreuung und Sprachförderung im vorschulischen Bereich

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1896 1898 1900-1902

Pädagogische Maßnahmen der Schule bei Fehlverhalten von Schülern und zum Abbau von Gewalt

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2178-2184

Pädagogische Maßnahmen der Schulen bei Fehlverhalten von Schülern

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249-2255

Pädagogische Konzepte für den Ausbau der Ganztagssschulen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2608-2610 2614-2616 2618 2619 2623

Pädagogische Kompetenz der Lehrer in BW, Nutzung pädagogischer Spielräume in der Hauptschule, Profilierung der pädagogischen Verfassung des Gymnasiums

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2808 2813-2815 2818 2821 2834

Profilierung der pädagogischen Verfassung des Gymnasiums mit der Umstellung auf G 8

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3164

Pädagogische Konzeption für das achtjährige Gymnasium, pädagogische Konzepte der Grundschulen zur individuellen Förderung der Kinder

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3415 3419

Weiterbildung von Multiplikatoren für pädagogische Innovationen an der neuen Landesakademie für Lehrkräftefortbildung

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3513 3516

Pädagogische Konzepte und Kräfte für den Ausbau der Ganztagssschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6427-6431

Pädagogische Konzepte und Kräfte für den Ausbau der Ganztagssschulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476 6477 6486 6503 6504 6509

Pädagogische Herausforderungen für die Grund- und Hauptschullehrer, Notwendigkeit zusätzlicher Lehrerstunden für die pädagogische Betreuung an Hauptschulen mit Ganztagsbetrieb, Revision der Schlechterstellung von Kindergärten mit besonderer pädagogischer Prägung durch Novellierung des KindergartenGes

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6840-6842 6845 6850 6851 6853 6855 6857 6860 6865 6866

Forderung nach mehr Mitteln für zusätzliches pädagogisches Personal zum Ausbau der Ganztagssschulen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6926-6928 6930-6932

Anmahnung von Konzepten und Strukturen einer jungenspezifischen Pädagogik

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056

Pädagogische Konzepte und Kräfte für den Ausbau der Ganztagssschulen; Notwendigkeit der Leistungsforderung in der Schule aus pädagogischen Gründen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7120 7121 7123 7125-7131 7175

Umsetzung von Erkenntnissen der frühkindlichen Pädagogik, pädagogische Konzepte und Kräfte für den Ausbau der Ganztagssschulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7204 7205 7208-7210 7215 7218-7220 7222 7223 7225-7229 7231 7233 7235 7237 7238 7240 7241 7252

Mittelbereitstellung für frühkindliche Pädagogik im Kindergarten sowie für zusätzliches pädagogisches Personal an Ganztags-schulen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7394 7396 7400 7401

Pädagogische Konzepte und Kräfte für den Ausbau der Ganztagssschulen, Verweisung auf den pädagogischen Freiraum der Schule bzw auf pädagogische Ansätze der Privatschulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934 7937 7938 7941-7947 7950-7954 7968-7970 7974

Pädagogische Hochschule

Einrichtung von Pilotprojekten für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2002/2003

Ermittlung geeigneter Grundschulen und Lehrkräfte für die Einrichtung o.g. Pilotprojekte, Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die eingereichten Lehrpläne, Erstellung eines Weiterbildungskonzepts der PH Karlsruhe und Ludwigsburg und der Universität Tübingen gemeinsam mit den antragstellenden islamischen Religionsgemeinschaften, Installation eines wissenschaftlichen Beirats zur Begleitung und Evaluation der Projekte

Antr
s. *Islam*
Drs 13/490

Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Wahlen in Hochschulorganen, Wiedereinführung der Stellvertreterregelung für die Mitglieder der Kollegialorgane; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, KunsthochschulGes und FachhochschulGes

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/644

Studienerfolgsquote an den PH

Prognosen für den künftigen Lehrerberuf zur Festlegung der Kapazitäten an den einzelnen PH, Entwicklung der Zahlen von Studenten, Abbrechern, Absolventen, von Lehrern im Vorbereitungsdienst und künftigen Lehrern; Einschätzung der Lehrerversorgung vor dem Hintergrund des gefragten Zahlenmaterials

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/677

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/692

Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen

Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen seit 1997, Gegenüberstellung des künftigen Lehrerberarfs und der Aufnahmekapazitäten der PH, Notwendigkeit eines Numerus clausus? Möglichkeiten für eine gleichmäßige Auslastung der PH, Werbung um weniger nachgefragte Fächer, Änd der PrüfungsO?

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 20.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/762
BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 21-23
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Zulassungsbeschränkungen (NC) für das Lehramtsstudium an den PH verhindern

Entwicklung der Studienanfängerzahlen und Auslastung der einzelnen PH nach Studiengängen und -fächern seit 1997; Einrichtung eines Überlastprogramms, kurzfristige Gewinnung zusätzlicher Lehrbeauftragter, Lösung von Raumproblemen; Ermöglichung neuer Fächerkombinationen; Steigerung der Attraktivität des Lehramts für Hauptschulen, Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Universitäten

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 26.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/784 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 21-23
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Die staatlich mitfinanzierten Privateinrichtungen „International University in Germany/Bruchsal“, „Stuttgart Institute of Management and Technology“ und „International Departement der Universität Karlsruhe (TH)“ im Urteil des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft

Konsequenzen der Beurteilung des Stifterverbands für die Fortsetzung der Subventionierung und unbefristete staatliche Anerkennung; Wahrnehmung der Evaluation o.g. Einrichtungen durch den Ltg, Übertragung der im Falle einer negativen Beurteilung frei werdenden Mittel auf die PH

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/790

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Universitäten, PH und Fachschulen; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz in Schulen und Kindergärten; Erfahrungen mit Schulversuchen; Ausbildung und Einstellung von Migranten

GrAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/1012

Überlastprogramm Pädagogische Hochschulen

Personelle und räumliche Situation an den einzelnen PH, Ausstattung und Zuweisungskriterien eines Überlastprogramms, Schaffung zusätzlicher Kapazitäten mit dem Vorgriffsstundenmodell für Professoren, Zeitpunkt der Vergabe der 500 neuen Studienplätze, Instrumentarien für einen Ausgleich zwischen den einzelnen Standorten, Auswirkungen der Überlast auf die Zusammenarbeit mit den Universitäten; Forcierung der Vorbereitungen für das Überlastprogramm

Antr SPD 16.05.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1015
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2139 S. 54
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr
s. *Hochschule*

Drs 13/1021

Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststellungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des FachhochschulGes und HochschulzulassungGes

GesEntw

s. *Hochschule*

Drs 13/1345

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr

s. *Student*

Drs 13/1586

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/1685

Unterricht mit Migrantenkindern

Zeitpunkt und Auswirkungen der Streichung der o.g. Pflichtveranstaltung in den Studienordnungen für die Studiengänge an den PH; Art der Vorbereitung künftiger Lehrer auf die spezifischen Anforderungen des Unterrichts mit Migrantenkindern

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1817

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novellierung der HochschulGes

Antr

s. *Studium*

Drs 13/1897

Die Grundschule stärken; hier: Neukonzeption des Grundschulstudiums in der neuen GHPO I (Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung)

Bewertung und Konsequenzen der Stellungnahmen iRd Anhörungsverfahrens zu dem o.g. Entwurf; Berücksichtigung des

Bildungs- und Erziehungsauftrags der Grundschule u.a. durch den Schulanfang auf neuen Wegen und die pädagogische Verzahnung mit dem Kindergarten; Kombinierbarkeit der zu einem Fächerverbund zusammengeschlossenen Fächer Musik, Kunst und Sport mit einem anderen Nebenfach; Zahl der Studierenden für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen an den PH

Antr

s. *Grundschule*

Drs 13/1919

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes und der HochschulGes

Einführung eines Verwaltungskostenbeitrags für die Studierenden an den Hochschulen und Berufsakademien, Ersetzung der Regelungen über die Immatrikulations- und Rückmeldegebühr; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des KunsthochschulGes, FachhochschulGes und BerufsakademieGes

GesEntw

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/2030

Neue Aufgaben für die Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen in der Berufsschullehrerausbildung?

Überlegungen zur Einrichtung von Studiengängen für die Ausbildung von Berufsschullehrern an PH und FH, Schaffung der notwendigen Lehrkapazitäten, Erfahrungen mit der zweijährigen Ausbildung für den Unterricht in Mangelfächern für Direktinsteiger aus der Wirtschaft, Beurteilung der Kooperation zwischen FH und Staatlichen Seminaren für Schulpädagogik zur Ermöglichung der Eingangsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen

Antr

s. *Berufsschullehrer*

Drs 13/2035

Administration des Verwaltungskostenbeitrags und der Rückabwicklung der verfassungswidrigen Immatrikulations- und Rückmeldegebühren an den Hochschulen

Frage nach einer Kollision zwischen bereits angelaufenen Rückmeldeverfahren und dem Inkrafttreten der Rechtsgrundlage für die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags; vorhandene und tatsächlich notwendige Verwaltungskapazitäten und anfallende Kosten an den Hochschulen, Berufsakademien und PH; rechtliche Bewertung der vom Minister angedrohten Exmatrikulation in Fällen der Zahlungsverweigerung; aktuelle Information der Betroffenen über die Homepage des MWK

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/2191

Stopp des Überlastprogramms an Pädagogischen Hochschulen

Frage nach Zeitpunkt und Zusammenhängen der Beschlüsse zur Deputatserhöhung für Professoren u.a. Lehrkräfte, zum Schreiben des MWK an den Ltg und Stopp des Überlastprogramms; Stand der Umsetzung des zugesagten Programms, Verbleib der zusätzlichen Mittel und Stellen in den am meisten nachgefragten Fächern? Frage nach einer Revision bzw Kompensation der o.g. Beschlusslage

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 24.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2301

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2583 S. 39 40

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Planungssicherheit an den Pädagogischen Hochschulen vor dem Hintergrund der angeordneten Verrechnung von Deputatserhöhungen mit dem beschlossenen Überlastprogramm

Bisherige Wirkungen des Überlastprogramms in Bezug auf zusätzliche Professorenstellen, Studienplätze, Abordnung von Lehrern und Lehrbeauftragten; Auswirkungen der o.g. Vorgehensweise auf Umfang und Qualität des Lehrangebots an den einzelnen PH und Fächern; Erarbeitung eines Programms gemeinsam mit der Rektorenkonferenz der PH zur Vermeidung der Folgen der Ministerentscheidung zum Überlastprogramm

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 29.07.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2312

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2583 S. 39 40

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Neue Schule, neue Lehrer - Ein Konzept für die Reform der Lehrerbildung

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten und PH; Regelungen zur Gliederung und Dauer des Hochschulstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Weiterqualifikation; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen; Koordination der Weiterbildungsangebote von Schulen, Akademien, Hochschulen und den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/2322

Leistungsorientierte Mittelverteilung im Hochschulbereich

Bisherige Erfahrungen zur Erreichung der angestrebten Ziele, Beurteilung einer evtl Reduzierung, Ausgleich von Einbußen über Zuweisungen des Ministeriums; Information über die mit den Rektoren ausgehandelten neuen Modelle; Festhalten am System der leistungsorientierten Mittelverteilung auch für die FH und PH

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/2367

Berufungen von Professoren an Pädagogischen Hochschulen - Schulpraxis

Anteil o.g. Berufungen von Professoren für Allgemeinpädagogik für die Wahrnehmung erziehungswissenschaftlicher oder fachdidaktischer Aufgaben in der Lehrerbildung ohne Berufspraxis; Maßnahmen zur Verbesserung der praxisbezogenen Ausbildung in der Lehrerbildung

KlAnfr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3936

*Haushalt 2004; Epl 14**Rücknahme der Kürzungen bei den Pädagogischen Hochschulen*

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-13 S. 49

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Neue Studienstrukturen an Pädagogischen Hochschulen

Begründung, Ausgestaltung und Auswirkungen eines Trimestermodells, insbes auf die Qualität der Ausbildung, Studienzeiten, Lehrverpflichtung und überregionale Wettbewerbsfähigkeit; Vereinbarkeit der Erhöhung der Vorlesungszeit mit dem Forschungsauftrag und Charakter der PH als wissenschaftliche

Hochschule; Bewertung als Modell für andere Hochschulen?

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 13.02.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2917

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.03.2004 Drs 13/3200 S. 31-34

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Zukünftige Qualität der Pädagogischen Hochschulen

Auswirkungen der Einführung von Trimestern auf die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und Fachhochschulen, insbes bei der Gewerbelehrausbildung und gymnasialen Lehrerbildung, auf die Forschung und Erwerbsmöglichkeiten der Studenten; Umsetzung der errechneten Ressourcengewinne; Abmilderung der Überlast durch eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Lehrverpflichtung; Entwicklung einer Neukonzeption der Lehrerbildung, insbes mit einer schulartübergreifenden Lehrerbildung, einer Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sowie Aufgabe des Staatsexamens; Abstimmung mit allen Beteiligten und Schulpraktikern

Antr GRÜNE 31.03.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3080

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 09.02.2006 Drs 13/5138 (dazu ÄAntr SPD) S. 118-121

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Reform der Lehrerbildung im Zuge des Bologna-Prozesses

Entwicklung einer Konzeption zur Umstellung auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master, Abschaffung des Staatsexamens, Reform des Referendariats, inhaltliche Neuorientierung des Studiums, Vermittlung von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz, Übernahme von Aufgaben der Bildungsforschung, Schulentwicklung und Fortbildung durch die Hochschulen, Evaluation der Studiengänge und Qualitätsverbesserung an den PH

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3232

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Überführung des Ges über die PH in das neue LHochschulGes; Änd der LehrverpflichtungsVO für PH; Außerkrafttreten der VO zur Durchführung der Wahlen an den PH

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Erhöhung der Zulassungszahlen in den numerus clausus-Studiengängen an den Pädagogischen Hochschulen durch die Neueinteilung des Studienjahres?

Art der Errechnung und Verwendung der mit der erhöhten Lehrverpflichtung und Vorlesungszeit der Professoren gewonnenen 100 Stellenäquivalente, Auswirkungen auf die Zulassungszahlen in den einzelnen Lehramtsstudiengängen und PH

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 22.12.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3920

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 03.03.2005 Drs 13/4187 S. 49

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirt-

schaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studi-
enfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten
Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die
Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3998

*Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission „Eva-
luation der Erziehungswissenschaft an den Universitäten und
Pädagogischen Hochschulen des Landes BW“*

Konsequenzen aus der o.g. Studie: Abbau von Defiziten der em-
pirischen Bildungsforschung mithilfe eines Förderprogramms,
Optimierung der Lehrerbildung durch eine verbesserte Person-
nalplanung sowie Verbindung von fachwissenschaftlichen, fach-
didaktischen, psychologischen und berufspraktischen Studien,
Modularisierung der Studiengänge, Einrichtung eines Kompe-
tenzzentrums zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuch-
ses, Auslobung eines Landespreises, Verbesserung der personel-
len und räumlichen Ausstattung der PH

Antr
s. *Pädagogik*
Drs 13/4098

Die Zukunftsoffensive IV

Entscheidende Impulse, Konzepte und Personen der o.g. For-
schungsoffensive bzw der Entscheidungsvorlage für den Auf-
sichtsrat der Landesstiftung; Darlegung des Verfahrens, der Kri-
terien und Beteiligten für die (offene) Ausschreibung und Ver-
gabe der Projekte; Einbeziehung der PH sowie der zuständigen
Hochschulgremien angesichts der künftigen Bindungs- und Fol-
gewirkungen der Antragstellungen; Verwendung von Restmit-
teln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersfor-
schung? Art und Ergebnisse der Evaluation von „Erwin I-IV“
und deren Transparenz; Information des WissA vor der Entsch-
eidung über das Ausschreibungsverfahren

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/4136

Praxisjahr - Neues Modell der Lehrerbildung

Beurteilung des Modellprojekts der PH Weingarten und des Se-
minars für Didaktik und Lehrerbildung Laupheim, Evaluation
des Projekts, Einbeziehung der Ergebnisse in eine Neukonzepti-
on der Lehrerbildung, generelle Einführung eines Praxisjahres

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/4260

*Geplanter „Fächertausch“ zwischen den Universitäten Heidel-
berg und Mannheim*

Darlegung o.g. Pläne, der betroffenen Professoren, Mitarbeiter,
Studenten und Studiengänge; erwartete Einsparungen; Gründe
der Forcierung einer Zusammenlegung der Wirtschaftswissen-
schaften; Pläne für die neu gegründete Heidelberger Fakultät für
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Gestaltung der Verlage-
rung der Gymnasiallehrerbildung unter Beteiligung der PH
Heidelberg; Prüfung der Auswirkungen durch externe Evaluati-
on vor Erteilung einer Zustimmung zu der geplanten Umstruk-
turierung

Antr
s. *Studium*
Drs 13/4353

*Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungs-
bedarf der Universitätsgebäude*

Vorlage einer Bestandsaufnahme zum Sanierungsbedarf an
Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien

Antr
s. *Sanierung*
Drs 13/4369

Reform des Bildungswesens in BW

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerbildung,
Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungs-
phasen, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den
Universitäten und PH; Schaffung eigenständiger Lehrämter für
Grundschule und Sekundarstufe I und II

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

*Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von
Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professoren-
amt*

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten,
Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ab-
lehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer
Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr
s. *Professor*
Drs 13/4599

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium

Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-
/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlech-
tern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Er-
gebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Ko-
operation des MWK mit den Hochschulen bei der Administrati-
on der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen
über Befreiungsanträge

KIAnfr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4603

*Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Univer-
sitäten, FH und Berufsakademien*

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzel-
nen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und
Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums oh-
ne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -
verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 13/4612

*Das Fach Ethik in der Lehrerbildung an den Pädagogischen
Hochschulen*

Aufnahme der ethisch-philosophischen Grundausbildung für al-
le Lehramtsstudierende in die neuen Prüfungsordnungen der PH;
Gleichstellung des Fachs Ethik mit den Fächern evangelische
und katholische Theologie/Religionspädagogik durch Aufnah-
me in alle vier Fächerverbünde

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/4934

Einige ausgewählte Umstände der Evaluation des Fachs Geschichte an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen durch die Evaluationsagentur BW

Frage nach den untersuchten Hochschulen u.a. Einrichtungen, der Inanspruchnahme von wissenschaftlichen Mitarbeitern, den verfügbaren Mitteln und angefallenen Kosten bei den Einrichtungen und der eingesetzten Expertengruppe

KlAnfr
s. *Geschichte*
Drs 13/4983

Ausbau der Kapazitäten der PH, Aufnahme der ansteigenden Zahl von Studienanfängern, Fortführung des Solidarpakts mit den PH

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 969 971 977 978

Organisation von Kinderbetreuung an der PH Schwäbisch Gmünd

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1216

Bewertung der PH als Kernkompetenzzentren für die Lehrerbildung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1755

Einrichtung eines Überlastprogramms für die PH

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2629 2634

Würdigung der Rolle der PH als praxisnahe Ausbildungsstätten

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2815 2837

Umsetzung der Ressourcengewinne der PH aus der Erhöhung der Lehrverpflichtung und Altersgrenze der Professoren, Planungssicherheit der PH durch den kleinen Solidarpakt

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3591 3595 3596

Fortsetzung des Solidarpakts mit den PH, Umsetzung der Sparvorgaben mit der Erhöhung der Lehrverpflichtung und Altersgrenze der Professoren, Ausweitung der Studienkapazitäten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4237 4241 4245-4247 4266

Androhung einer Trimesterregelung für die PH, Zustimmung zur Erwirtschaftung einer Effizienzrendite von 20 % bzw zur Erhöhung der Lehrverpflichtung und Altersgrenze der Professoren

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5964 5972

Erinnerung an die Verzögerung des Erweiterungsbaus der PH Ludwigsburg wegen einer Krötenstraße

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6741

Pädagogisches Fachseminar

s. *Lehrerbildung*

Pakt für Ausbildung

s. *Berufliche Bildung*

Palliativmedizin

s. *Schmerztherapie*

Palmer, Boris MdL GRÜNE

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3065 3074

Palmer, Christoph Dr. MdL CDU

Berufung und Vereidigung von Dr. Christoph Palmer zum/als Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten

s. *Minister im Staatsministerium*
PIPr 13/3 S. 37

Ruhegehaltszahlungen an ehemalige Minister

Höhe und Zeitpunkt des Bezugs von Ruhegehalt durch die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbsersatz Einkommen auf die Versorgungsbezüge nach § 53 Beamtenversorgungsges, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Änd des MinisterGes

Antr
s. *Altersversorgung*
Drs 13/3769

Novellierung des MinisterGes

Auszahlung von Ruhegehalt an ausgeschiedene Minister und Staatssekretäre nach Vollendung des 55. Lebensjahres, Einstellung der Zahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt der aktuellen und künftigen Mitglieder der LReg auf 65 Jahre, Anrechnung von Erwerbs- und Erwerbsersatz Einkommen nach § 53 Beamtenversorgungsges auch bei ehemaligen Ministern und politischen Staatssekretären

Antr
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3945

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Einstellung der Pensionszahlungen an die ehemaligen Minister Döring und Palmer

s. *Altersversorgung*
Drs 13/4012

Dank an Dr. Christoph Palmer für die geleistete Arbeit als Minister im StM und für europäische Angelegenheiten; Höhe und Fälligkeitszeitpunkt der erworbenen Pensionsansprüche

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5489-5495

Verweisung auf die Ruhegehaltszahlungen an den ehemaligen Minister Palmer bzw deren Weiterleitung als Spende an die Stuttgarter Vesperkirche, Widerlegung und Zurückweisung der strafrechtlichen Vorwürfe

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6163-6183

Bezug von Ruhegehalt durch den ausgeschiedenen Minister Palmer mit 42 Jahren, Notwendigkeit einer Anhebung der Altersgrenze, Verweisung auf die Weiterleitung der Pension als Spende an die Stuttgarter Vesperkirche

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6231 6232 6237 6241

Erinnerung an die Handgreiflichkeit des ehemaligen Ministers Palmer gegenüber einem Parteifreund

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7666 7688

Papier

s.a. *Druckerzeugnis*
s.a. *Papierindustrie*

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. Holz
Drs 13/4823

Papierindustrie*Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie*

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. Holz
Drs 13/4823

Paprikagemüse

s. Gemüse

Park- und Rastanlage

s. Raststätte

Parkgebühren

Finanzierung von Jobtickets für unmittelbar und mittelbar Beschäftigte des Landes BW durch Einführung von Parkraumbewirtschaftung

Bewirtschaftung der landeseigenen Parkflächen, insbes im Bereich von Universitäten und Universitätskliniken; Nutzung der Erlöse zur ermäßigten Abgabe von Jobtickets der jeweiligen örtlichen Verkehrsverbände

Antr
s. Fahrausweis
Drs 13/3588

Stand der Bewirtschaftung von landeseigenen Pkw-Stellplätzen

Zahl der überdachten und nicht überdachten Stellplätze auf landeseigenen Liegenschaften, Höhe von derzeitigen bzw erzielbaren jährlichen Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung

Antr
s. Parkplatz
Drs 13/3883

Universität Heidelberg: Parkraumbewirtschaftung und Jobticket
Beurteilung der von der Universität Heidelberg angekündigten Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die Beschäftigten und Studierenden, Abstimmung des Vorhabens mit dem MWK und FM? Frage nach einem Positionswechsel zur Finanzierung von Jobtickets durch Parkraumbewirtschaftung; Informationsstand der Universität über Aufwand und Kosten des Projekts

KlAnfr
s. Universität Heidelberg
Drs 13/3906

Verzögerung bei der Einführung von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket im Neuenheimer Feld in Heidelberg

Rechtfertigung der o.g. Blockade durch das MWK, Frage nach Veränderungen seit der geäußerten Befürwortung mit Drs 13/3906 und der erteilten Einwilligung des FM, Umfang der bisher getätigten Investitionen und Personalmaßnahmen, Aufrechterhaltung der Bedenken trotz der erfolgreich praktizierten Modelle an den Universitäten Freiburg und Göttingen?

KlAnfr
s. Universität Heidelberg
Drs 13/4690

Vorwurf der Blockade von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket an der Universität Heidelberg

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7318

Kritik an der Verhinderung von Parkgebühren für die Beschäftigten an der Universität Heidelberg zur Finanzierung von Jobtickets

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7586-7588

Parkhaus

s. Parkplatz

Parkplatz

s.a. Parkgebühren

s.a. Raststätte

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Auswirkungen voller Stau- und Warteräume entlang der A 2 auf Schweizer Seite bzw des Schweizer Schwerverkehrsmanagements auf den Verkehr auf der Rheintalautobahn und den Grenzübergang Weil am Rhein

Antr
s. Oberrhein, Region
Drs 13/1269

Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein

Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollanlage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A 861 Rheinfelden

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/1534

Carports im Liegenschaftskataster

Entwicklung der Zahl o.g. Bauwerke; Notwendigkeit, Praktikabilität und Rechtsgrundlagen einer Baugenehmigung, Vermes-

sung und Aufnahme im Liegenschaftskataster

KlAnfr
s. *Kataster*
Drs 13/1646

Ausnahmegenehmigungen nach § 48 StraßenverkehrsO (StVO) für Pflegedienste

Ermöglichung o.g. Ausnahmegenehmigungen vom Parkverbot für ambulante Pflegedienste und damit der Gleichstellung mit Handwerkernotdiensten und Fahrzeugen des Südwestrundfunks

MdlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/2447

Finanzierung von Jobtickets für unmittelbar und mittelbar Beschäftigte des Landes BW durch Einführung von Parkraumbewirtschaftung

Bewirtschaftung der landeseigenen Parkflächen, insbes im Bereich von Universitäten und Universitätskliniken; Nutzung der Erlöse zur ermäßigten Abgabe von Jobtickets der jeweiligen örtlichen Verkehrsverbände

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/3588

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 18) - Förderung einer Bike+Ride-Anlage

Ausschluss einer GVFG-Förderung für die geplante Fahrradständeranlage am Karlsruher Bahnhof

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XV. S. 6
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 12.09.2005 Drs 13/4638

Kapazität und Ausstattung von Park- und Rastanlagen (incl Autohöfen) an den Bundesfernstraßen in BW

Auflistung der Standorte zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ruhezeiten der Lkw-Fahrer im Güterfernverkehr, Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen technischen Ausstattung der Anlagen; Planung von Verbesserungen, Finanzierung über EU-Mittel aus dem Programm „Transeuropäische Netze“?

Antr
s. *Raststätte*
Drs 13/3767

Bildung von Fahrgemeinschaften auf Parkplätzen an Bundesfernstraßen

Entwicklung der o.g. Zahlen an der A 5 und A 8 im RegBez Karlsruhe; Stand der Planung, Finanzierung und Unterhaltung weiterer Pendlerparkplätze an Bundesfernstraßen; Kooperation mit den tangierten Kommunen beim Grunderwerb

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 24.11.2004 und Antw UVM
Drs 13/3773

Stand der Bewirtschaftung von landeseigenen Pkw-Stellplätzen
Zahl der überdachten und nicht überdachten Stellplätze auf landeseigenen Liegenschaften, Höhe von derzeitigen bzw erzielbaren jährlichen Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 15.12.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3883

Universität Heidelberg: Parkraumbewirtschaftung und Jobticket
Beurteilung der von der Universität Heidelberg angekündigten Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die Beschäftigten und Studierenden, Abstimmung des Vorhabens mit dem MWK und FM? Frage nach einem Positionswechsel zur Finanzierung von Jobtickets durch Parkraumbewirtschaftung; Informationsstand der Universität über Aufwand und Kosten des Projekts

KlAnfr
s. *Universität Heidelberg*
Drs 13/3906

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorräumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremsgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4621

Verzögerung bei der Einführung von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket im Neuenheimer Feld in Heidelberg

Rechtfertigung der o.g. Blockade durch das MWK, Frage nach Veränderungen seit der geäußerten Befürwortung mit Drs 13/3906 und der erteilten Einwilligung des FM, Umfang der bisher getätigten Investitionen und Personalmaßnahmen, Aufrechterhaltung der Bedenken trotz der erfolgreich praktizierten Modelle an den Universitäten Freiburg und Göttingen?

KlAnfr
s. *Universität Heidelberg*
Drs 13/4690

Geplantes Parkhaus am Feldberg

Beurteilung der o.g. Planung der Gemeinde Feldberg am Rande des gleichnamigen Naturschutzgebiets, Frage nach den ökologischen und ökonomischen Auswirkungen bzw nach der Wirtschaftlichkeit des nur in der Wintersaison ausgelasteten Projekts und damit nach dem Bedarf an öffentlichen Zuschüssen; Lösung der Parkplatzprobleme durch Ausbau des öffentlichen Verkehrs

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 31.10.2005 und Antw IM
Drs 13/4802

Parkhaus Feldberg

Förderung des o.g. Projekts mit Mitteln aus dem Landessanierungsprogramm, Beurteilung des von der Gemeinde Feldberg vorgesehenen kostenlosen Parkens, Vereinbarkeit mit umwelt- und verkehrspolitischen Zielen sowie mit dem Fehlbedarf an Mitteln zur Sanierung der Hochschulgebäude

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 02.03.2006 und Antw WM
Drs 13/5205

Vorwurf der Blockade von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket an der Universität Heidelberg

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7318

Ablehnung des geplanten Parkhauses am Feldberg, Andeutung einer Bezuschussung aus Mitteln der Städtebauförderung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7960 7961

Parlamentarische Anfrage

s. *Parlamentsmaterialien*

Parlamentarische Initiative

s. *Parlamentsmaterialien*

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

s. *Untersuchungsausschuss*

Parlamentsmaterialien

s.a. *Landtag, Mündliche Anfragen*

Verzicht auf eine unnötige Belastung der Ministerien mit einer Unzahl von Anfragen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2723

Anregung einer Einsparung von parlamentarischen Anfragen durch Direktzugriff auf die Daten des Statistischen Landesamts per PC

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2995

Anstrebung eines Verzichts auf manche Anfrage durch Erledigung über einen Telefonanruf, Bewertung dieses Angebots des neuen IM als Beitrag zum Bürokratieabbau

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5221

Beklagung des Aufwands der Kultusverwaltung und Schulen zur Beantwortung von Initiativen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6619 6620

Partei

s.a. *Bündnis 90/Die Grünen*

s.a. *Christlich Demokratische Union Deutschlands*

s.a. *Freie Demokratische Partei*

s.a. *Freie Wählergemeinschaft*

s.a. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

s.a. *Partei des Demokratischen Sozialismus*

s.a. *Politik*

s.a. *Republikaner*

s.a. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*

Gruppenauskunft nach dem MeldeGes

Verpflichtung der zuständigen Meldebehörden per Erlass zu dem Hinweis der öffentlichen Bekanntmachung als Voraussetzung für Gruppenauskünfte an Parteien und Wählervereinigungen i.S.d. § 34 MeldeGes vor anstehenden Wahlen, Abstimmungen, Volks- oder Bürgerbegehren

Antr

s. *Auskunfterteilung*

Drs 13/181

„*Karlsruher Freitagsgespräche*“

Aktivitäten, Referenten und Finanzierung des o.g. Forums seit 1993; Frage nach Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen und dem ehemaligen Literaturkreis Baden e.V.

Antr

s. *Karlsruher Freitagsgespräche*

Drs 13/1170

Rechtsextremistische Vereine, Organisationen und Parteien in BW

Entwicklung der einzelnen Gruppierungen und Aktivitäten über die Veröffentlichungen der Verfassungsschutzberichte hinaus seit 1993; Querverbindungen, Finanzierung, Personal- und Führungsstrukturen; Inanspruchnahme von Vergünstigungen aufseiten der Parteien und Spender

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/1171

Rechtsextreme Tendenzen bei der Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg

Aktivitäten und Beziehungen der o.g. Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Vereinen, Parteien und Organisationen

Antr

s. *Studentische Verbindung*

Drs 13/1172

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw

s. *Mediengesetz*

Drs 13/1550

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Verhinderung von Skinheadkonzerten u.a. Veranstaltungen rechtsextremistischer Liedermacher, Parteien und Vereine durch die polizeiliche Präventionsarbeit

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/1898

Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen

Aktivitäten der o.g. Bürgerbewegung; Frage nach einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen, Publikationsorganen u.a. Initiativen mit dem Ziel der Teilnahme an den Kommunalwahlen 2004

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/2227

Übergabe von Förderbescheiden auf Parteiveranstaltungen

KIAnfr

s. *Förderbescheid*

Drs 13/3290

Neutralitätspflicht bei Veröffentlichungen durch Landesministerien

Gewährleistung der parteipolitischen Neutralitätspflicht bei Druckschriften, Internetauftritten etc; Beurteilung einer Veröffentlichung mit dem Titel „Goll verbindet Gratulation an Günther Oettinger und Stefan Mappus mit Warnungen vor schwarzgrünen Gedankenspielen“ auf der Homepage des Justizministeriums, Veranlassung der Löschung bzw Unterbindung künftiger Verstöße

KIAnfr

s. *Veröffentlichung*

Drs 13/4281

Folgen des Urteils des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 6. September 2005 für das LMedienGes BW

Verwerfung des weitgehenden Ausschlusses politischer Parteien von der Veranstaltung privaten Rundfunks mit dem o.g. Urteil, Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der einschlägigen Regelungen des LMedienGes durch Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr
s. *Mediengesetz*
Drs 13/4652*Beklagung von Parteienverdrossenheit der Bürger*

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4779 4780 4798

Vorwurf einer Besetzung von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nach dem Parteibuch

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5139 5141 5150 5167-5178

Recht der Öffentlichkeit auf Information über Beteiligungen der Parteien an Rundfunk- und Presseunternehmen, Vereinbarkeit dieser Beteiligungen mit der Kontrolle der Parteien durch die Medien

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6271-6277

Ursachenanalyse für die Parteienverdrossenheit der Bürger; Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf der Ebene der Kommunen und LKreise

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6822

Partei des Demokratischen Sozialismus*Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin*

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 164 165

Vorschlag einer Ampelkoalition in Berlin, Ablehnung einer Regierungsbeteiligung der PDS

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 369

Verweisung auf die PDS als einzige Unterstützerin einer BRatsinitiative von Bayern und BW im Bundestag

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 450-453

Parteispendes. *Spende***Partikelfilter**s. *Abgasreinigung***Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften***Entwicklungszusammenarbeit des Landes*

Unterstützung der kommunalen Entwicklungspartnerschaften bzw der „Servicestelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und für die Einbindung globaler Aspekte in Prozesse der lokalen Agenda 21“, Stärkung des Einsatzes erneuerbarer Energien in den Partnerländern

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/370*Menschenrechtsverletzungen in Burundi - Friedliche demokratische Entwicklung des Partnerlandes stärken*

Entwicklung der Sicherheitslage zwischen den verfeindeten Ethnien der Hutu und Tutsi nach Unterzeichnung des Friedensabkommens von Arusha/Tansania im August 2000, Situation der Flüchtlinge, Unterstützung von humanitären Projekten, Einflussnahme auf die Übergangsregierungen; Wiederbelebung der Partnerschaft zwischen Burundi und BW

Antr
s. *Burundi*
Drs 13/2116*BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich*

Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236*BW als Partner für eine Katastrophenregion in Südasiens*

Unterbreitung eines Vorschlags für eine Partnerschaft zum Wiederaufbau einer von der Flutkatastrophe stark betroffenen Region in Abstimmung mit der BReg, anderen BLändern und Kommunen in BW; Einrichtung einer Informations- und Koordinierungsstelle

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/3950*Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien*

Dank für die große Solidarität, Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bürger und den Einsatz der Polizeibeamten; Eintreten für eine effektive Verwendung der Spenden für langfristig wirksame Projekte und Aufbaumaßnahmen; Ansiedlung der Koordinierungsstelle im WM, Bestimmung als Anlaufstelle zusammen mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit für die Hilfsorganisationen; Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/4085*Türkei*

Zahl von türkischen Studenten in BW, von Städte- und Hochschulpartnerschaften

KlAnfr
s. *Türkei*

Drs 13/4282

Entwicklungspartnerschaft in BW mit einem Land Afrikas

Ergebnisse der o.g. Prüfung in Ausführung des Landtagsbeschlusses unter Einbeziehung von Organisationen der Entwicklungshilfe und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit, Frage nach der Eignung von Burundi bzw der Fortführung der dort wegen der Bürgerkriegssituation eingestellten Hilfsprojekte

Antr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/4556

Würdigung der 400 Partnerschaften zwischen Städten in BW und Frankreich

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1468

Bedeutung der Städtepartnerschaften für Europa

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2154 2161

Anstöße für weitere Städtepartnerschaften in Europa

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307 3323

Pass (Ausweis)

s. *Ausweis*

Passwesen

s. *Meldewesen*

Patent

s. *Erfindung*

Pathologie

LVA BW schließt Pathologie der Thorax-Klinik Heidelberg

Gründe, Umstände und Folgen der plötzlichen Schließung o.g. Abteilung; Bewertung als Verlust für die nationale und internationale Forschung nach Einschätzung vieler Wissenschaftler; Beurteilung der Fähigkeit der Universität Heidelberg zur Übernahme der Aufgaben sowie der jährlichen Kosten der Stilllegung

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 14.02.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/745

BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2002 Drs 13/1401 S. 38-40

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Menschenwürdiger Umgang mit verstorbenen Patienten an den Uniklinika in BW

Rechtsgrundlagen zur o.g. Thematik und Kontrolle der Einhaltung an den Universitätskliniken, Übergabe von unversorgt Verstorbenen aus der Pathologie an die Bestatter, Frage nach entsprechenden Vorwürfen gegenüber Stationen des Uniklinikums Freiburg, nach den Gründen und einer umfassenden Aufklärung der einzelnen Fälle; Konsequenzen aus den Vorkommnissen

Antr

s. *Leiche*

Drs 13/3331

Ungenehmigte Obduktion am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Wiesloch

Aufklärung der o.g. Obduktion ohne Zustimmung des Betreuers oder der Angehörigen, Frage nach weiteren Fällen und Konsequenzen für den durchführenden Arzt sowie nach aufsichts-

rechtlichen Maßnahmen, Beeinträchtigung der allgemeinen Akzeptanz von Obduktionen?

Antr

s. *Obduktion*

Drs 13/3630

Kritik an der Schließung der Pathologie der Thorax-Klinik Heidelberg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1625

Patient

s. *Kranker*

Patientenchipkarte

s. *Versicherungsunterlagen*

Patientenverfügung

Patientenverfügung und ihre zentrale Aufbewahrung

Beurteilung der von verschiedenen Einrichtungen und Organisationen angebotenen Betreuungs- und Patientenverfügung, u.a. von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche; Herausgabe einer Informationsschrift mit Musterformularen nach dem Vorbild der bayerischen Staatsregierung, Einrichtung einer zentralen Aufbewahrungsstelle

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 23.07.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/117

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.10.2001 Drs 13/488 S. 3 4

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Verbindlichkeit der Anordnungen in einer Patientenverfügung für Angehörige und Ärzte, Notwendigkeit einer gesetzlichen Absicherung der Patientenverfügung

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476 7478-7484

PC

s. *Computer*

PCB

s. *Polychloriertes Biphenyl*

PDS

s. *Partei des Demokratischen Sozialismus*

Pelztier

s.a. *Biber*

s.a. *Luchs*

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr

s. *Tierhaltung*

Drs 13/1543

Zustimmung der LReg zum Verordnungsentwurf zur Pelztierhaltung im Bundesrat

Eintreten für ein Verbot der Haltung von Nerzen auf Gitterböden sowie Reduzierung der Übergangsfristen für Altanlagen und Zustimmung im BRat

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 10.06.2003 und Antw MLR Drs 13/2150

Keine Verzögerung bei der Verabschiedung der Pelztierhaltungs-VO im BRat

Zustimmung zur Zweiten VO zur Änd der Tierschutz-NutztierhaltungsVO (Halten von Pelztieren) im BRat

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 15.06.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4396
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 68 69
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Pelztierhaltung

s. Pelztier

Pendlerparkplatz

s. Parkplatz

Pendlerpauschale

s. Kilometerentschädigung

Pension

s. Versorgung der Beamten

Permanente Energiequellen

s. Erneuerbare Energie

Persönliches Budget

s. Taschengeld

Personal Computer

s. Computer

Personalausgaben

s. Personalkosten

Personalausweis

s. Ausweis

Personalausweisgesetz

s. Ausweis

Personalbewirtschaftung

s. Personalplanung

Personaleinsparung

s. Personalplanung

Personalkosten

s.a. Besoldung

s.a. Lohnkosten

s.a. Personalplanung

s.a. Versorgung der Beamten

Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkulturkanal vom 19. November 1991 (GBl S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003

Mittlg

s. Rundfunk

Drs 13/736

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der eingeleiteten Reformprozesse, insbes zu einer verstärkten Dienstleistungsorientierung und Transparenz sowie Controlling zur Verringerung der Personalkosten

GrAnfr

s. Industrie- und Handelskammer

Drs 13/1664

Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2001 bis 2004

Mittlg

s. Rundfunk

Drs 13/1860

Verwaltungsreform und Effizienzrendite

Begründung des Kostenabschlags von 20 Prozent bei der vorgesehenen Eingliederung von Behörden in die Landratsämter, Entwicklung der Personalkosten der 1995 in die Landratsämter eingegliederten früheren Sonderbehörden sowie der Kostenübernahme des Landes, Veranschlagung der Personalfuktuation und des notwendigen Einstellungskorridors bei den zur Eingliederung bestimmten Behörden

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/1973

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Personalstand und -struktur der 450 betroffenen Behörden vor und nach der Reform; Umgang mit den Versorgungsanwartschaften der Bediensteten; Anstreben einer Einsparung von 20 % der Verwaltungs- und Personalkosten

GrAnfr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/2013

Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2002 bis 2005

Mittlg

s. Rundfunk

Drs 13/2970

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004
Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik;

Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr GRÜNE 14.07.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3376

BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 9
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Einigung der Tarifvertragsparteien im öffentlichen Dienst; Beurteilung der Einigung durch die LReg

Beurteilung der getroffenen Vereinbarungen und deren Übertragbarkeit auf das Land, Höhe der dadurch entstehenden Mehrausgaben

Antr
s. Tarifvertrag
Drs 13/4027

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Vorlage einer mittelfristigen Personalplanung für zehn Jahre mit dem Wegfall und Zuwachs an Personalstellen und Aufgaben sowie der daraus folgenden Personalkosten

s. Finanzpolitik
Drs 13/4042

Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2003 bis 2006

Mittlg
s. Rundfunk
Drs 13/4193

Abschlagszahlungen und Endabrechnungen für Personalkostenzuschüsse am Beispiel von Privatschulen

Höhe der Abschlagszahlungen für Personalkosten gemessen am tatsächlichen Anspruch, Gründe und Abhilfemaßnahmen für die Verzögerung der Endabrechnungen und damit verbundenen Schlusszahlungen

Antr
s. Zahlungsverkehr
Drs 13/4429

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2004 bis 2007

Mittlg
s. Rundfunk
Drs 13/4763

Einsparungen bei den Personalausgaben im Haushalt, Kostenumfang der zusätzlichen Lehrerstellen in der neuen WP

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 209 211-213 228 229 232

Feststellung einer Absenkung der Personalkosten unter 40 % des Haushalts

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 555

Einsparungen bei den Personalausgaben im Haushalt trotz neuer Stellen für Lehrer und Polizeibeamte

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 642 645

Einsparungen bei den Personalausgaben im Haushalt trotz neuer Stellen für Lehrer und Polizeibeamte, Zuordnung der Pensionskosten und Beihilfen an die einzelnen Ressorts, Finanzierung von Personalkosten über die Zukunftsoffensive III

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 802 815 827

Erwartung von Personalkostensteigerungen im öffentlichen Dienst von 2 %, Senkung der Personalkostenquote unter 40 %
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 844

Personalfolgekosten für den Ausbau der Ganztagschulen nach Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes; Einsparung von Personalausgaben; Kritik an der Höhe des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2611 2613 2618 2622-2624 2628 2629 2634 2638 2649-2652 2656 2662 2663 2666-2668 2672 2680 2681

Maßnahmen zur Einsparung von Personalkosten, Stellenabbau im Zuge der geplanten Verwaltungsreform

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2703 2705-2708 2713-2720 2727 2730 2732 2733 2738

Reduzierung der Personalkosten mit der vorgesehenen Verwaltungsreform, Nutzung der neuen Spielräume im Besoldungsrecht

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2897 2899-2901 2905 2906 2908-2911 2921 2926 2940-2942 2946 2949 2950

Einsparung von Personalkosten mit der Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für Beamte

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3507-3512

Reduzierung der Personalkosten im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform; Vorgaben zur Personalkosteneinsparung der Kunst- und Musikhochschulen; Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605 3620 3621 3632 3655 3660 3675 3679 3680

Anstieg der Personalkosten seit 1999 um 1,25 Milliarden Euro; Stabilisierung der Personalkosten durch weiteren Stellenabbau, durch Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942 3944 3946 3947 3961

Anstieg der Personalkosten um 3 % seit 2001, Notwendigkeit weiterer Kürzungen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013 4028 4029 4033 4038 4055 4063 4064

Höhe der Aufwendungen für Personal und Pensionen, Fortführung der Stelleneinsparung, Erfahrungen mit der Personalbudgetierung beim RH

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4154 4155 4176 4188 4226 4227

Anteil und Dynamik der Personalkosten im Haushalt

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4363 4366 4368 4369 4375 4377 4378

Gegenüberstellung der Personalkosten von zusätzlichen Steuerprüfern und der erzielbaren Steuermehreinnahmen; Vorschläge zur langfristigen Reduzierung der Personalkosten

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444 4447 4450 4451 4456

Reduzierung der Personalkosten im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4901 4917 4920 4955

Personalkostenanteil des Haushalts, Rückführung im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4988 4989 5009 5019

Personalkostenquote von Bund und Ländern

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5500 5504 5505

Höhe der Aufwendungen für Personal und Pensionen, Beklagung erheblicher Steigerungen trotz der Einsparungen bei den Beamten

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639-5641 5643 5644 5646

Entwicklung der direkten und indirekten Personalkosten, Bezeichnung als wichtigste Stellschraube zur Haushaltskonsolidierung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5796 5803 5808-5810 5817-5819 5825-5827

Jährliche Steigerungsraten der Personalkosten, Notwendigkeit maßvoller Tarifabschlüsse und längerer Arbeitszeiten, Einsparung von Personalkosten im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5867 5875 5880 5894 5902 5903 5906 5919 5946 5947 5951

Reduzierung der Personalkosten mit den Einsparungen bei den Beamten und weiterem Stellenabbau, Anteil der Versorgungsausgaben an den Personalkosten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101 6102 6105-6108 6116

Einsparung von Personalausgaben durch Kürzungen bei den Beamten und Fortführung der Stellenabbauprogramme

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140-6142 6145-6148 6152 6153 6158

Ankündigung von Gesprächen über die weitere Rückführung der Personalkosten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6489 6490 6499

Anstieg der Personalausgaben seit 2000, Einsparungen durch niedrigere Tarifabschlüsse und Stellenabbau

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7334 7336 7338 7344 7345

Bewertung der Vorschläge zur Einsparung von direkten Personalkosten

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394

Personalplanung

s.a. Abordnung von Beamten

s.a. Personalkosten

s.a. Rationalisierung

s.a. Stellenplan

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

s. Finanzverwaltung

Drs 13/656

Attraktivität der Tätigkeit in der Steuerverwaltung

Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst in den letzten zehn Jahren; Maßnahmen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber; Darstellung der Beförderungswartezeiten, der möglichen Stellenhebungen u.a. Verbesserungsmöglichkeiten für die verschiedenen Laufbahngruppen

Antr

s. Finanzverwaltung

Drs 13/202

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 10)

Personalbewirtschaftung in der Justiz

Mittlg

s. Justiz

Drs 13/329

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Einplanung von 1.600 zusätzlichen Stellen für die Polizei in der 13. WP, Gewährleistung von Ersatz für alle Erziehungsbeurlaubungen, stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Abschmelzen der Überstunden, Sondertarifprogramm für Polizeiangeestellte

Antr

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Drs 13/339

Personalbelastung bei der Polizei

Entwicklung und Besetzung der Zahl von Planstellen in den einzelnen Laufbahnen bei der Schutz- und Kriminalpolizei sowie Angestellten und Arbeitern seit 1990; Entwicklung der Erziehungsbeurlaubungen und eingesetzten Vertretungen im selben Zeitraum; Gegenüberstellung von Pensionierungen und Ausbildungsplätzen bis 2010; Umfang und Art der Abgeltung der seit 1990 aufgelaufenen und künftigen Überstunden

Antr

s. Polizei

Drs 13/454

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 4) - Vorschläge externer Gutachter und Umsetzung der Kabinettsbeschlüsse zur Personaleinsparung (Teil A Abschnitt I) -

Mittlg LReg 18.12.2001 Drs 13/600

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

s. Finanzverwaltung

Drs 13/656

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Personaleinsparungen im MWK im Zuge der Aufgabenverlagerung an die Hochschulen

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/664 1-2 S. 38 39

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/664-8 S. 47

ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/685-4 S. 7

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Personalentwicklung innerhalb der Landesforstverwaltung BW

Umsetzung des vorgesehenen Personalabbaus, Vorgaben für den Umfang von Neueinstellungen, Kriterien für die Einstellung im gehobenen und höheren Dienst, Vergleich mit anderen BLän-

dern, Anerkennung des Forstdienstes als technischer Dienst, Anstrengung einer Anstellung in der privaten Wirtschaft durch FH-Absolventen mit überdurchschnittlichen Prüfungsleistungen

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/791

Personalabbau der DB-AG im Einsatzbereich der Zugbegleiter/-innen

Umfang und Auswirkungen der geplanten Personalausdünnung im Dienstbereich des SPNV

MdlAnfr
s. *Eisenbahnpersonal*
Drs 13/810

Verwirklichung der Strukturmaßnahmen im mittleren Dienst der Vermessungsverwaltung

Umsetzung der im Haushalt etatisierten Stellenhebungen in Beförderungen

Antr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/1056

Einführung neuer Steuerungsinstrumente (NSI) in der Landesverwaltung

Abbau von 3500 Stellen zur Gegenfinanzierung der NSI, Darlegung der betroffenen Bereiche, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen? Finanzierung von Reisekosten für NSI-Schulungen aus dem allgemeinen Reisekostenetat, vorzeitige Ausschöpfung dieser Mittel; Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei, Bildung, Steuerverwaltung und Justiz

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1167

Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung

Beurteilung des o.g. Instruments zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, Umsetzung von Vorschlägen der interministeriellen Projektgruppe, Prüfung aller Kabinettsvorlagen und GesEntw auf ihre gleichstellungspolitischen Auswirkungen, Akzeptanz der entsprechenden Fort- und Weiterbildungsangebote, insbes von Führungskräften; Anwendung des Gender Mainstreamings bei der Personalauswahl und -planung, Verankerung als Leitprinzip im L Gleichberechtigungsges, Realisierung im Regierungshandeln

GrAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1204

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Unterlaufen der rechtlich normierten erweiterten Autonomie durch die Ministerialbürokratie nach Auffassung der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Festhalten an den Einwirkungsmöglichkeiten über die Struktur- und Entwicklungspläne, Lehrberichte sowie den Bereich von Studium und Lehre; Vorbereitungsstand, Ziele und Kosten der Einführung der „Neuen Steuerungsinstrumente“; Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe; Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren; Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben bzw des dann möglichen Personalabbaus im MWK

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1379

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hochschulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Personalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Bewertung der vergleichenden Untersuchung der LandeshochschulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Bewertung der Studie und der dabei formulierten o.g. Leitbilder, Einbeziehung der Ergebnisse in die anstehende Evaluation der HochschulGes des Landes, Anstrengung einer Qualitätsverbesserung durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung der Hochschulen

GrAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1470

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Zuweisung globalisierter und übertragbarer Haushalte sowie Personalbudgets, flexible Bewirtschaftung eigener Stellenpläne, Ausschreibung und Besetzung freier Stellen durch die teilnehmenden Schulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Einsparabsichten und Anwendung der NSI in der Forstverwaltung

Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Forstverwaltung seit 1997, geplanter weiterer Personalabbau durch Zusammenlegung von Abteilungen und Referaten im Ministerium sowie Einführung der NSI, Festhalten am Einheitsforstamt oder Fortführung der Privatisierung?

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/1480

Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Erfolgte und geplante Zusammenführungen von Dienststellen, Vergleich der Anteile des mittleren Dienstes sowie der Angestellten und Arbeiter des Vermessungsamts Balingen mit den anderen Ämtern landesweit, Verbesserung der Beförderungsperspektiven von Beamten im mittleren Dienst

KlAnfr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/1528

Einsparliste für den Landeshaushalt 2003

Darlegung der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission und der ergangenen Prüfaufträge, Gründe für die Zurückstellung der vorgesehenen Personaleinsparungen

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/1560

Personalführungs- und Personalentwicklungskonzeption für die Polizei in BW

Frage nach der o.g. Konzeption bzw der Personalsteuerung für den gehobenen und höheren Polizeidienst

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/1581

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschrieben und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1663

Personalausstattung der Finanzämter im Ländervergleich

Vergleich der Steuer- und Finanzverwaltung mit den anderen BLändern, Auswirkungen einer Einbeziehung des Personalbestands des FM

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/1698

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr
s. *Beamter*
Drs 13/1737

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Umfang des vorgesehenen und vollzogenen Stellenabbaus im Ministerium, in den Oberschul- und Schulämtern in den letzten zehn Jahren; Zahl, Aufgaben und Eingruppierung der im selben Zeitraum dort beschäftigten bzw abgeordneten Lehrkräfte; Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate; Frage nach den rechtlichen Grundlagen und Beschlüssen des Ltg zur Praxis der Abordnungen und Freistellungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1744

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 13)

Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf des Statistischen Landesamts

Mittlg
s. *Statistisches Landesamt*
Drs 13/1748

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Personaleinsparungen im MWK im Zuge der Aufgabenverlagerung an die Hochschulen

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 86 S. 154
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Personalstand und -struktur der 450 betroffenen Behörden vor und nach der Reform; Umgang mit den Versorgungsanwartschaften der Bediensteten; Anstreben einer Einsparung von 20 % der Verwaltungs- und Personalkosten

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Standorte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätigten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung; Fortführung des Stellenabbaus trotz der vom RH festgestellten Defizite? Darlegung der Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der Stellenobergrenzen? Entwicklung der Einstellungszahlen von Anwärtern und Bewerbern in den einzelnen Laufbahnen sowie der Altersstruktur und Konsequenzen für die Personalgewinnung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Personalausstattung der Oberfinanzdirektionen im Ländervergleich

Darlegung o.g. Daten sowie deren Relation zu den Finanzämtern, Begründung der Disparitäten mit unterschiedlichen Organisationsstrukturen?

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2385

Ges zur Errichtung der Landesakademie für Lehrkräftefortbildung (Name geändert in: Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen)

Zusammenführung der Staatlichen Akademien für Lehrerfortbildung in Calw, Donaueschingen, Esslingen und Schwäbisch Hall zu einer Landesakademie für Fortbildung und Personalentwicklung an Schulen in Esslingen; Regelung der Aufgaben, Zusammensetzung und rechtlichen Stellung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LandesbesoldungsGes

GesEntw
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/2430

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 7) - Organisation und Wirtschaftlichkeit der IuK-Aus- und -Fortbildung sowie Personaleinsatz für IuK-Aufgaben

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/2700

Stand und Erfolg der diversen Stellenabbauprogramme der LReg
Erreichte und noch geplante Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche und Behörden der Landesverwaltung; Verteilung auf Altersteilzeit, Frühpensionierung, Kündigungen, natürliche Fluktuation, Ausgliederung von Behörden oder Privatisierung von Aufgaben; Vorschaltung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 30.10.2003 und Antw FM
Drs 13/2556

Stellenabbauprogramm im Justizbereich

Planung weiterer Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche der Justiz und Auswirkungen auf die Rechtspflege, Vereinbarkeit mit der Koalitionsvereinbarung und den Aussagen der Justizministerin

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2603

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes. Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2666

Haushalt 2004; Epl 14

Personaleinsparungen im MWK im Zuge der Aufgabenverlagerung an die Hochschulen

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-7 S. 45
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2923

Vollzugsfremder Einsatz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Personalverwaltung, Rechnungsführung u.ä. bei der Verwaltung der Bereitschaftspolizei durch Polizeibeamte; Ersetzung durch Angestellte oder Arbeiter; Neuorganisation der technischen Dienste, Zuordnung der Berufsgruppen Schreiner, Elektriker, Installateure zum Referat Technik

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/3130

Ausbildung im Bereich der Polizei in BW

Entwicklung der Ausbildungszahlen von Polizeimeister- und -kommissaranwärtern bis 2012, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen; Einstellung von 400 Polizeimeisteranwärtern im September 2004 sowie von jährlich mindestens 500 ab dem Hj 2005; Vorlage eines mittel- und langfristigen Personalentwicklungskonzepts

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3336

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Möglichkeiten zur Gewinnung von qualifizierten Kräften des Nachwuchses und aus der Wirtschaft: vorhandene und notwendige Leistungsanreize in der Beamten-, Angestellten- und Arbeiterbesoldung; Ersetzung der Dienstaltersstufen; Sanktionierung unzureichender Leistungen bei Beamten; Dauer von Disziplinarverfahren, Übernahme des Bundesrechts ins Landesdisziplinarrecht; Änderung der Einstellungsvoraussetzungen und Besoldungsstrukturen von Hochschulabsolventen; Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 5) - Einheitliches Personalverwaltungssystem und Führungsinformationssystem Personal

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 II. S. 1 2
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4440
BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4514
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7193
Mittlg LReg 04.04.2006 Drs 13/5226
BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/370

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absolventen des 2. Staatsexamens

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 12.11.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3795
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 8 9

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemein bildenden Schulen, Berufs- und Sonderschulen; Umfang und Auswirkungen des Abbaus von Lehrerstellen und Schulstandorten im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen; Veränderung des Bedarfs an GHS-Lehrern mit der Schließung von Grund- und Hauptschulen; Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserter Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr
s. *Schule*
Drs 13/3835

Haushalt 2005 und 2006; Epl 06

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/4006

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Personaleinsparungen beim MWK im Zuge der Aufgabenverlagerungen an die Hochschulen

ÄAntr GRÜNE 27.01.2005 Drs 13/4014-5 S. 36 37
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Vorlage einer mittelfristigen Personalplanung für zehn Jahre mit dem Wegfall und Zuwachs an Personalstellen und Aufgaben sowie der daraus folgenden Personalkosten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/4615

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4738

Haushalt 2006; Nachtrag

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/4840

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung beim Vor-Ort-RegPräs bzw LVermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die mittleren Justizbeamten auf die JVA u.a. Vollzugseinrichtungen; entsprechende Verlagerung der Zuständigkeit für die Anwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes auf die FH für öffentliche Verwaltung sowie für die ehrenamtlichen Pharmazieräte auf die RegPräs; Änd des ErnennungsGes und der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw LReg 14.12.2005 Drs 13/4963 (14 S.)

1. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7759

BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5145

2. Beratung PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8001 8002

GesBeschl 22.02.2006 Drs 13/5197

GBI 2006 Nr. 3 S. 75-77 (Ges vom 07.03.2006)

Fortführung des Stelleneinsparprogramms

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 64 65

Einsparungen bei den Personalausgaben im Haushalt, Fortführung der Stelleneinsparprogramme, Bereitstellung der notwendigen Ressourcen im Schulbereich, Ruf nach einem modernen Personalmanagement

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 209 211-213 227-240

Schwerpunkte der Neuschaffung von Stellen mit dem Nachtrag zum Hpl 2001

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330-337 339

Umfang des zugesagten und bisher erfolgten Personalabbaus beim SWR; Durchführung einer qualifizierten Personalentwicklung im Lehrerbereich durch Fortbildung; Personaleinsparung mit der Einführung neuer Steuerungsinstrumente

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 536 538-541 549-551 555

Gezielte Förderung des Personaleinsatzes in den europäischen Institutionen, Schulung von Beamten aus allen Fachverwaltungen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 611

Stand und Planungen beim Personalabbau, Etatisierung neuer Stellen für Lehrer und Polizeibeamte

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641-643

Bewertung der Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen der Ministerien als Grundlage für Personaleinsparungen; Erhöhung des Anteils und der Karrierechancen von Frauen in allen Bereichen und Ebenen der LVerwaltung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 782 784-793

Stand und Planungen beim Personalabbau, Etatisierung neuer Stellen für Lehrer und Polizeibeamte, Problematik der Nachwuchsgewinnung bei der Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 797 802 810 812 815 816 818 819 822-824

Stand und weitere Planung des Stellenabbaus im WM und MWK, personelle Verstärkung der FH und Berufsakademien; Schaffung neuer Lehrerstellen; eigenständige Personalbewirtschaftung des RH

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 943 967-971 973 974 977 978 987 990 995 999 1002-1004 1015

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen, Stellenhebungen in der Finanz- und Justizverwaltung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1056 1066 1070 1074 1078

Bewertung der Forderung nach mehr Lehrern, Polizei- und Steuerbeamten; Stellenhebungen im mittleren Dienst der Justiz und Steuerverwaltung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1100 1102 1110 1111 1118

Steuermindereinnahmen aufgrund des Stellenabbaus bzw mangelnder Personalausstattung der Finanzämter nach Feststellungen des RH, Verbesserung der Situation und Motivation der Mitarbeiter durch ein Strukturprogramm, Werbung um Akzeptanz der neuen Steuerungsinstrumente

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1885-1888

Fortführung des Stellenabbaus, Prüfung einer Aufgabenerfüllung der Verwaltungen mit noch weniger Personal; Personalausstattung im Strafvollzug, Verbesserung der Beförderungsstruktur; Umsetzung von Personal im Zuge der Reform der Straßenaufsicht

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2122 2124 2134 2135 2137-2147 2151 2172-2177

Verbindung des Stellenabbaus mit einer Vereinfachung und Verschlankeung der Verwaltung, Erinnerung an den Personalabbau der RegPräs

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2372 2373 2375 2378 2381 2383 2384 2386-2388

Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen; Fortführung des Personalabbaus; Notwendigkeit eines modernen Personalmanagements in der Verwaltung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2608 2609 2611 2618 2621 2624 2627 2629 2630 2634 2635 2638 2649 2662 2663 2665-2668 2670 2672 2674 2675 2677 2680 2681

Optimierung des Ressourceneinsatzes durch modernes Personalmanagement, Stelleneinsparungen im Zuge der geplanten Verwaltungsreform

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2705 2716-2718 2720 2727 2732 2733 2738

Personalabbau mit der vorgesehenen Verwaltungsreform und früheren Reformen; Entwicklung der Einstellungszahlen seit 40 Jahren und der daraus folgenden Pensionsansprüche

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898-2901 2905 2906 2908-2911 2921 2926 2939-2950

Stelleneinsparungen im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform; Vorgaben zum Personalabbau der Kunst- und Musikhochschulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605 3620 3621 3632 3655 3660 3677

Personaleinsparungen im Zuge der Justizreform

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3874 3877-3879

Steigerung der Personalhaushalte in den Sechziger- und Siebzigerjahren, Auswirkungen auf die Pensionsverpflichtungen, Fortsetzung des Stellenabbaus

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3944 3946 3947 3961 3964

Schaffung der zugesagten Lehrerstellen, Personalabbau an anderer Stelle, Abschöpfung der Arbeitszeiterhöhung mit einem neuen Stelleneinsparprogramm, Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei und Justiz

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4011-4013 4016 4017 4028 4029 4032 4055 4058 4061-4063

Schaffung der versprochenen zusätzlichen Lehrerstellen; Fortführung der Stelleneinsparung u.a. im Zuge der geplanten Verwaltungsreform; Erfahrungen mit der Personalbudgetierung beim RH

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148 4155 4176 4178 4180 4185 4186 4188 4197 4226 4227

Schaffung der zugesagten Lehrerstellen, Abbau von Stellen in der Schulverwaltung und im Ressortbereich des WM, Reduzierung der Stellenkürzung beim JuM, Aufstockung der Zahl von Arbeitsrichtern

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259 4260 4277 4293 4294 4298 4305-4309 4313-4315

Personalabbau im MLR; Schaffung der versprochenen zusätzlichen Lehrerstellen; personelle Verstärkung der Finanzämter; Verringerung der Zahl von Beamten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4354 4362 4363 4366 4368 4370 4371 4375 4377-4379

Stelleneinsparungen im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform, sozialverträgliche Umsetzung der Maßnahmen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4901 4904 4917 4920 4928 4930 4931 4936 4937 4941 4955

Stelleneinsparungen der letzten Jahre, Fortführung im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4989 5003 5006 5009 5011 5018 5019

Notwendigkeit weiterer Personaleinsparungen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach dem Vorbild des SWR; Kritik am Abbau von Stellen und Ausbildungsplätzen bei der Polizei, Anbahnung eines Personalentwicklungskonzepts; Ängste der Mitarbeiter wegen der angekündigten Verknüpfung des NSI-Projekts mit Stellenabbau

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5266 5268-5270 5272 5273 5276-5284 5311-5318

Stelleneinsparungen im StM; Forderung nach Übertragung der Organisations- und Personalhoheit für die Bediensteten auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5493 5494 5500 5501 5504 5505 5507 5508 5510

Verweisung auf den Stellenabbau der Landesverwaltung in der Vergangenheit, Fortführung des Stellenabbaus

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641 5644 5645 5695-5698

Bisherige und künftige Wirkungen der Stellenabbauprogramme, Einsparungen infolge der Arbeitszeiterhöhung und Verwaltungsreform; Neubesetzung von Stellen mit Angestellten; Bereitstellung des pädagogischen Personals an Ganztagschulen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795-5797 5803 5805 5808-5810 5813 5814 5818-5823 5825-5827

Schaffung der zugesagten neuen Lehrerstellen; Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal; Beurteilung der Personalpolitik bei der Polizei

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5875 5878 5880 5881 5894 5895 5906 5907 5910-5912 5919 5920

Stellenabbau beim RH seit 1995, Verschonung vor weiteren Einsparungen; Personalabbau im MWK durch Aufgabenübertragung auf die Hochschulen; Schaffung der versprochenen neuen Lehrerstellen, Personalauswahl durch die Schulen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5955-5957 5972 5986-5992 5995 6001 6009

Reduzierung der Personalkosten mit den Einsparungen bei den Beamten und weiterem Stellenabbau, Gewinnung von Stellen mit der Arbeitszeiterhöhung, Vorlage eines langfristigen Stellenabbauprogramms

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101 6102 6105-6108 6116 6117

Erwirtschaftung zusätzlicher Stellen durch die Arbeitszeiterhöhung, Fortführung der Stellenabbauprogramme, Beurteilung der Vorschläge der Opposition

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140-6142 6145-6149 6152 6153 6158

Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6489 6490 6499

Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal, Umfang des Stellenabbaus durch die Verwaltungsreform, Forderung von mehr Stellen in der Steuerverwaltung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7334 7336 7338 7342 7344 7345

Fortführung des Abbaus von Aufgaben und Personal, Umfang des Stellenabbaus bei den Ministerien

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394 7395 7397 7404

Vollzug eines Personalabbaus mit vorangestellter Aufgabenkritik

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7561

Personalrat

s. Personalvertretung

Personal-Service-Agentur

s. Arbeitsvermittlung

Personalsteuerung

s. Personalplanung

Personalvertretung

s.a. Landespersonalausschuss

Einführung neuer Steuerungsinstrumente (NSI) in der Landesverwaltung

Abbau von 3500 Stellen zur Gegenfinanzierung der NSI, Darlegung der betroffenen Bereiche, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen? Finanzierung von Reisekosten für NSI-Schulungen aus dem allgemeinen Reisekostenetat, vorzeitige Ausschöpfung dieser Mittel; Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei, Bildung, Steuerverwaltung und Justiz

Antr

s. Neues Steuerungsmodell

Drs 13/1167

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart; Änd des StraßenGes, ErnennungsGes, LBesoldungsGes, LPersonalvertretungsGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BFernstraßenGes und dem EisenbahnkreuzungsGes sowie weiterer RechtsVO

GesEntw

s. Straßenbauverwaltung

Drs 13/1372

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ausbau der Mitsprache und Verantwortung von Eltern und Schülern, Übernahme der Personal- und Budgetverantwortung durch die Schulleiter, Bildung von Personalvertretungen an den Projektschulen

Antr

s. Schule

Drs 13/1476

Landesgleichberechtigungsges

Zahl der ganz oder teilweise freigestellten weiblichen Personalratsmitglieder in Landesbehörden vor Inkrafttreten des Landesgleichberechtigungsges sowie in den Jahren 1997 und 2002

KlAnfr

s. Gleichberechtigung

Drs 13/1557

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschriebenen und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr

s. Lehrer

Drs 13/1663

Neuausrichtung des Projekts „Neue Steuerungsinstrumente“ (NSI)

Darlegung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und Vertragspartner, bisheriger Mittelabfluss und aktueller Finanzierungsplan; ressort- und aufgabenspezifische Evaluation der Einführungsphase mit dem Funktionsumfang I, Stopp der nächsten Phase, Durchführung einer besonderen Eignungsprüfung und Kosten-Nutzen-Rechnung vor Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung mit Controlling in den verschiedenen Bereichen

der Landesverwaltung, Erarbeitung einer Neukonzeption, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1754

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandespersonalvertretungsGes sowie der Wahlordnung zum LandespersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenberufungsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebenberufungsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Beamter*
Drs 13/3783

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änd anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen LGleichberechtigungsGes; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des LBeamtenGes und LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4483

Ges zur Änd des Landespersonalvertretungsrechts

Zusammenfassung der aufgrund eines Arbeitsvertrags Beschäftigten, die bisher Angestellte oder Arbeiter waren, zu einer gemeinsamen Gruppe der „Arbeitnehmer“; Durchführung der Per-

sonalratswahlen im Herbst noch nach bisherigem Recht, Regelung der Personalratsarbeit bis zu den Wahlen mit zwei Gruppen durch Übergangsvorschriften; Änd der Wahlordnung zum LandespersonalvertretungsGes

GesEntw CDU und FDP/DVP 12.07.2005 Drs 13/4488 (18 S.)
1. Beratung PlPr 13/98 28.07.2005 S. 6986-6989
Mittlg LtgPräs 15.09.2005 Drs 13/4640 (21 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.09.2005 Drs 13/4667 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP)
2. Beratung PlPr 13/99 05.10.2005 S. 7077-7081
GesBeschl 05.10.2005 Drs 13/4708
GBI 2005 Nr. 15 S. 658-661 (Ges vom 11.10.2005)

Ges zur Ausführung von § 140 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Bestimmung des Mitglieds aus BW und seiner Vertretung in der Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung

GesEntw LReg 31.10.2005 Drs 13/4798
1. Beratung PlPr 13/104 01.12.2005 S. 7537
BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5079
2. Beratung PlPr 13/106 01.02.2006 S. 7742 7743
GesBeschl 01.02.2006 Drs 13/5124
GBI 2006 Nr. 2 S. 18 (Ges vom 14.02.2006)

Personalvertretungsgesetz

s. *Personalvertretung*

Personalverwaltung

s. *Personalplanung*

Personenaufzug

s. *Aufzugsanlage*

Personenbezogene Daten

s.a. *Ausweis*
s.a. *Datenschutz*
s.a. *Krankenunterlagen*
s.a. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*
s.a. *Versicherungsunterlagen*

Terrorismusbekämpfung in BW; Rasterfahndung und Datenschutz

Rechtsgrundlagen, Zeitperspektive und Kosten des o.g. Datenabgleichs in BW u.a. BLändern; Abgleich der erstellten Dateien unter den Ländern; Zeitpunkt der Löschung der erhobenen Daten; Frage nach Maßnahmen gegen die sich qualifizierenden Personen

Antr
s. *Terrorismus*
Drs 13/279

Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes

Festlegung der zuständigen Behörden und Verfahrensregelungen; Einführung besonderer Mitteilungspflichten gegenüber den Standesämtern und Meldebehörden über die Begründung und Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie über Namensänderungen

GesEntw
s. *Lebenspartnerschaft*
Drs 13/809

Umsetzung des MelderechtsrahmenGes

Intensität der behördlichen Auskunftersuchen an die Meldebehörden, Umsetzung o.g. Rahmengesetzgebung im MeldeGes und der MeldeVO, Ermöglichung eines beschränkten Direktzugriffs von Behörden auf die Einwohnermeldedaten

KlAnfr
s. *Meldewesen*
Drs 13/1046

Weitergabe von Fluggastdaten an die USA

Zustimmung der EU-Kommission zum o.g. Begehren von US-Behörden bzw Zugriff auf die entsprechenden Datenbanken der Fluggesellschaften, Vereinbarkeit mit der EU-Datenschutzrichtlinie und internationalen Wirtschafts- und Handelsabkommen, Konsequenzen einer Weigerung vonseiten der Fluggäste und -unternehmen

Antr
s. *Fluggast*
Drs 13/1904

Ges zur Änd des SchulGes

Ermöglichung der Erteilung von personenbezogenen Auskünften auch an Eltern volljähriger Schüler

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Ges zur Änd des MeldeGes

Austausch von Meldedaten über das Internet, Ergebnisse des Testbetriebs zwischen Kommunen in BW, Hessen und Bayern; Vorlage des o.g. GesEntw

Antr
s. *Meldewesen*
Drs 13/2738

Versendung von Fragebogen durch die Landratsämter

Abfrage personenbezogener Daten von Mitarbeitern der im Zuge der Verwaltungsreform evtl zu übernehmenden Sonderbehörden, Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte sowie der Notwendigkeit solcher Aktionen, Folgen einer Verweigerung der Angaben, Frage nach dem Kenntnisstand der LKreise über die für sie entstehenden Kosten der Verwaltungsreform

Antr
s. *Umfrage*
Drs 13/2741

Veröffentlichung einer Namensliste mit möglichen Kandidaten für die Gemeinderatswahl durch den Bürgermeister der Stadt Riedlingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorgehensweise mit dem Amt des Bürgermeisters, Frage nach Schritten der Rechtsaufsicht

Antr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/3131

Datenabgleich bei BAföG-Empfängern

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen, Umgang mit den verdächtig erscheinenden Fällen, Kriterien für die Erstattung von Anzeige, Tatbestände für eine strafrechtliche Verfolgung bzw Verurteilung; Schaffung von Regelungen für eine einheitli-

che Vorgehensweise der Staatsanwaltschaften; Anstöße für eine grundsätzliche Reform der Ausbildungsförderung i.S.e. elternunabhängigen Förderung

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/3474

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr
s. *Steuerreform*
Drs 13/4164

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Sonderregelung für Klassenpflegschaften an Entwicklungen der dualen Ausbildung sowie der Regelung zum Ruhen der Berufsschulpflicht bei dem Besuch von bestimmten Ergänzungsschulen, Überarbeitung der Rechtsgrundlage für die Schulstatistik, Ermöglichung der Nutzung der Schülerindividualdatei zur Aufgabenerfüllung der Schulen, Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf das Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/4431

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. *Verfassungsschutz*
Drs 13/4524

Datenschutzrechtliche Öffnung des Mautgesetzes

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 30.11.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4884
BeschIEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 27
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwerkriminalität

KlAnfr Thomas Blenke CDU 01.12.2005 und Antw IM Drs 13/4911

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 13.12.2005 und Antw IM Drs 13/4968

Einbürgerungsfragen für Muslime

Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die Einbürgerungsbehörden mithilfe eines vom IM entwickelten Gesprächsleitfadens, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, Form der Dokumentation und Speicherung der aus den Einbürgerungsgesprächen gewonnenen Daten, Frage nach der Dauer der Speicherung und den Zugriffsberechtigten

KlAnfr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5015

Gesprächsleitfaden für islamische Einbürgerungsbewerber

Ausgestaltung und Zielsetzung des o.g. Gesprächsleitfadens, Verbindlichkeit für die Anwendung und Auswertung der gewonnenen Daten durch die Einbürgerungsbehörden, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, bisherige Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5016

Verfassungswidrigkeit der Verwaltungsvorschrift?

Gesprächsleitfadens bei Einbürgerungen von Muslimen

Begründung der o.g. Gesinnungsprüfung über das schon verlangte Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und die vorgegebene Regelanfrage beim Verfassungsschutz nach dem StaatsangehörigkeitsGes hinaus, Vereinbarkeit der Fokussierung auf Muslime mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Persönlichkeitsrecht nach dem Grundgesetz, Frage nach objektiven Kriterien der Einbürgerungsbehörden zur Begründung der Zweifel an der inneren Hinwendung und Verfassungstreue der Einbürgerungsbewerber sowie nach Konsequenzen einer Nichtbeantwortung der Fragen; Zurückziehung der VwV mit sofortiger Wirkung

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5041

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontoabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontoabfragen in NRW

Antr
s. *Konto*
Drs 13/5053

Geänderte Einbürgerungspraxis bei Muslimen

Aufklärung der Widersprüche zwischen internen Auslegungshinweisen des IM zum Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen (generelle Anwendung bei Muslimen) und offiziellen Verlautbarungen der LReg (religionsneutrale Ausrichtung des Leitfadens); Überprüfung der Fragen auf ihre Verfassungskonformität; Frage nach einer Beteiligung des Ausländerbeauftragten und von Religionsgemeinschaften an der Erarbeitung des Leitfadens; Qualifikation der befassten Mitarbeiter in den Einbürgerungsbehörden, Konsequenzen einer negativen Bewertung des Bewerbers, Voraussetzungen für eine Rücknahme der Einbürgerung nach dem LVerwVG, datenschutzrechtliche Bewertung der Aufbewahrungsfrist; Rücknahme der VwV und des zugehörigen Gesprächsleitfadens

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5179

Erweiterung der Möglichkeiten für Erfassung, Austausch und Speicherung personenbezogener Daten zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314

Ermöglichung der Hinterlegung von Daten der Mutter für das Kind nach einer anonymen Geburt, Einräumung einer Frist zur Annahme des Kindes bzw zur Rückforderung des hinterlegten Briefs

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1337 1338 1341-1343 1346

Erweiterung der Speicherung der Daten von Sexualstraftätern auf bis zu 20 Jahre

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1915

Problematik des Datenschutzes bei der behördlichen Speicherung und Vernetzung der Daten von Mitarbeitern und Bürgern; Bewertung der Rasterfahndung zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2783-2787

Beurteilung der Pläne des Bundesinnenministers zur Verlängerung der Speicherdauer von Telekommunikationsdaten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6254-6256 6258 6259

Ablehnung einer Gleichstellung der DNA-Analyse mit dem Fingerabdruck sowie der geplanten Vorratsspeicherung von Telefonverbindungsdaten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6490 6491

Problematik des Datenschutzes bei der Speicherung und Nutzung persönlicher Daten durch öffentliche und private Stellen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582-6588 6619 6621

Umfang der Speicherung von personenbezogenen Daten in privaten Datenbanken, Bedeutung des Datenschutzes angesichts der Zugriffsmöglichkeiten der privaten Wirtschaft auf Kundendaten und Konsumprofile

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033-7039

Problematik des Datenschutzes bei der Speicherung und Nutzung persönlicher Daten durch öffentliche und private Stellen, Ablehnung der geplanten Vorratsspeicherung von Telekommunikationsdaten

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918-7922

Personenfahndung

s. *Fahndung*

Personenschutz

s.a. *Objektschutz*

s.a. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*

Wechsel im Personenschutz beim Generalbundesanwalt

Beantwortung der Vorwürfe zu dem o.g. Vorgang wegen „unüberbrückbarer Differenzen“ zwischen der Familie des Generalbundesanwalts und seinen bisherigen Leibwächtern in der nächsten Sitzung des InnenA

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 27.08.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/200

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 11

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Personenstandsgesetz

s. *Personenstandsrecht*

Personenstandsrecht

s.a. *Beurkundung*

s.a. *Familienrecht*

s.a. *Meldewesen*

s.a. *Personenbezogene Daten*

Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes

Festlegung der zuständigen Behörden und Verfahrensregelungen; Einführung besonderer Mitteilungspflichten gegenüber den Standesämtern und Meldebehörden über die Begründung und Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie über Namensänderungen

GesEntw

s. *Lebenspartnerschaft*

Drs 13/809

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO zur Durchführung des PersonenstandsGes und der MeldeVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Beurkundung von Geburten

Anforderungen im Falle der Geburt eines Kindes für die Ausstellung der Geburtsurkunde an Eingebürgerte und Flüchtlinge,

Verlangen nach Beibringung einer Geburtsurkunde aus dem Herkunftsland bzw hilfsweise einer notariellen Beglaubigung und Versicherung von drei Zeugen; Frage nach den angewandten Rechtsvorschriften, den Kosten und der Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989; Auswirkungen der Kontaktaufnahme mit den Heimatbehörden auf das laufende Asylverfahren; Anwendung einer einheitlichen Verfahrenspraxis der Kommunen?

Antr

s. *Geburt*

Drs 13/3277

Notwendigkeit der Anzeige einer anonymen Geburt beim Standesamt nach dem geltenden Personenstandsrecht

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1337 1338 1341-1343 1345

Personenverkehr

s.a. *Ausbildungsverkehr*

s.a. *Fahrgast*

s.a. *Fahrgemeinschaft*

s.a. *Nahverkehrsabgabe*

s.a. *Öffentliches Verkehrsmittel*

s.a. *Regio-Verkehrsverbund Freiburg*

s.a. *Schienerverkehr*

s.a. *Schnellbahn*

s.a. *Taxi*

s.a. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*

s.a. *Verkehrsverbund*

s.a. *Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar*

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr FDP/DVP 10.07.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/55

EAntr CDU und FDP/DVP 25.10.2001 Drs 13/373

ÄAntr GRÜNE 25.10.2001 Drs 13/377

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 448-460

Mittlg LReg 28.05.2002 Drs 13/1003

Stand der Vorbereitungen zu der termingerechten Realisierung des Projekts Stuttgart 21

Gewährleistung der planerischen Ressourcen; Ausräumung von kartell-, wettbewerbs- und vergaberechtlichen Bedenken bei der Bestellung von SPNV-Leistungen bei der DBAG, Prüfung von Alternativen; Beteiligung des Landes an der Fahrzeugbeschaffung aus Regionalisierungsmitteln ohne Abstriche bei anderen ÖPNV-Projekten; Forcierung der Verhandlungen mit dem Bund über die Vorfinanzierung des Projekts

KlAnfr

s. *Stuttgart 21*

Drs 13/111

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 17) - Controlling im Schienenpersonennahverkehr

Mittlg
s. *Controlling*
Drs 13/329

Zukunft des Interregios

Unterstützung der Übertragung der Verantwortung und Mittel für die Interregioverkehre auf die Länder sowie der Festlegung auf Höhe und Dynamisierung der Regionalisierungsmittel, abschließlicher Einsatz für Verbesserungen des ÖPNV, insbes des SPNV; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/346

Sanierung und Instandhaltung von Bahnhofs- und Haltepunktanlagen im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse des o.g. Investitionsprogramms der DBAG und seiner evtl Fortschreibung, Mitwirkung bei der Festlegung von Prioritäten, Förderung von Vorhaben nach dem GVFG und Regionalisierungsges sowie nach dem BSchienenwegeausbau-Ges? Gemeinsame Aktivitäten von Land, Kommunen und Bahn AG; Definition eines Projekts entsprechend dem Modellversuch „Umweltbahnhof Rheinland-Pfalz“ in BW?

Antr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/430

Kostenlose Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln

Eintreten für eine kostenlose Fahrradbeförderung in allen Nahverkehrszügen bzw im ÖPNV

KlAnfr
s. *Fahrrad*
Drs 13/611

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Prämierung vorbildlicher ÖPNV-Projekte der Kommunen mit einem Innovationspreis

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-7 S. 29
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Umschichtung von Fördermitteln nach dem GVFG vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660-10 S. 32 33
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-7 S. 11 12
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Zukunft der Interregio-Zugverbindungen? Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Interregiopolitik am Ende der Regierung Schröder

Stand der Verhandlungen zur Revision der Regionalisierungsmittel nach dem Regionalisierungsges, Berücksichtigung der Forderungen aller Landesverkehrsminister sowie der Beschlüsse des Ltg gegenüber dem Bund, Auswirkungen einer Festschreibung der Regionalisierungsmittel bis 2007 auf die Interregio-Zugverkehre, -ersatzverkehre und den SPNV

Antr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/645

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 20) - Zuwendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsges für Betriebshöfe im Schienenpersonennahverkehr (Drs 12/5701 XVII. S. 6 7)

Mittlg
s. *Bahnanlage*
Drs 13/675

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr/Öffentlichen Verkehr durch das Land BW

Zuweisungen des Bundes und Mittelabfluss im Landeshaushalt für die Hj 2000/01, zustehende Mittel nach dem Referentenentwurf des BFinanzMin für 2002; zeitnahe Verwendung der zufließenden Mittel für den SPNV und ÖPNV

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/703

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Jährliche Zuweisungen des Bundes seit 1995 nach BW bzw an die DBAG für Investitionen in den ÖPNV, SPNV und Schienenfernverkehr; Anteil der Mittel aus den Investitionsprogrammen des Bundes; Verteilung der Regionalisierungsmittel auf Verkehrsleistungen der Bahn AG u.a. Unternehmen sowie den nicht schienenengebundenen ÖPNV; Umsetzung von planfestgestellten Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995; Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/716

Nachtverkehr im Raum Mannheim/Heidelberg

Beurteilung des o.g. ÖPNV-Angebots an Wochenenden; Unterstützung einer Verbesserung durch Bestellung von Nahverkehrsleistungen zwischen den Hauptbahnhöfen Mannheim und Heidelberg

KlAnfr Boris Palmer u.a. GRÜNE 13.02.2002 und Antw UVM Drs 13/739

Erhalt der 50-prozentigen Fahrpreismäßigung der BahnCard

Erhaltung der o.g. Rabattwirkung im DB-Nahverkehrstarif, Festschreibung über die Verkehrsverträge zwischen Land und Verkehrsunternehmen, Vermeidung einer massiven Verteuerung der Fahrpreise im SPNV durch die Fahrpreisreform der DB

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/768

Zusatzleistungen im SPNV

Umsetzung einzelner Projekte mit den aufgestockten Haushaltsmitteln

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 21.02.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/769
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 22-24
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Personalabbau der DB-AG im Einsatzbereich der Zugbegleiter/-innen

Umfang und Auswirkungen der geplanten Personalausdünnung im Dienstbereich des SPNV

MdlAnfr
s. *Eisenbahnpersonal*
Drs 13/810

Vergabe von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs in Wettbewerbsverfahren

Anteil der Vergabe o.g. Leistungen nach Ausschreibung; Beschluss eines Stufenplans zur Steigerung auf 100 % in den nächsten zehn Jahren

Antr GRÜNE 09.04.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/907
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2193-2199

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2001 des RH zur LHR von BW für das Hj 1999 (Nr. 18) - Zuwendungsverfahren im Schienenpersonenverkehr

Mittlg LReg 10.04.2002 Drs 13/904

Ersatz rollenden Materials im Schienenpersonenverkehr

Einwirkung auf die Bahn AG zur Ersetzung des alten Wagenmaterials im SPNV und Interregio-Verkehr

KlAnfr
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 13/934

Stör- und Gefahrenpotenzial von Mobiltelefonen im ÖPNV

Gesundheits- und Unfallrisiken durch Handynutzung in Bussen und Bahnen, Frage nach Einschränkungen bzw durchgängigem Gebrauch bei unterirdischer Linienführung; Nutzen und Risiken von Mobiltelefonen als Speichermedien für Fahrpläne, elektronische Fahrkarten u.ä.

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/1028

Kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV

Hinwirkung auf die Umsetzung des o.g. Angebots bei allen Nahverkehrsanbietern in Bahnen und Bussen ohne Sperrzeiten, Schaffung von Planungssicherheit durch langfristige Übernahme der Einnahmeausfälle

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1051

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2001 und 2002 nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung; zeitnahe Verwendung der Überschüsse und zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1054

Fahrradland BW

Bisherige und künftige Förderung des Fahrradverkehrs, Radwegbaus und Radtourismus; Vergleich mit der Schweiz u.a. BLändern; Finanzierung eines landesweiten Radwegenetzes, einer einheitlichen Beschilderung und kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw Verkehrsverbänden; Förderung von kommunalen Maßnahmen über den Finanzausgleich;

Einrichtung eines Referats für Fahrradverkehr im UVM sowie eines Haushaltstitels für den Radwegbau

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1078

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Erklärung des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der DB Regio AG für nichtig durch die Vergabekammer Magdeburg; Notwendigkeit der Ausschreibung von Leistungen des SPNV und Vergabe in Losen als Konsequenz dieser Entscheidung

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 15.07.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1179
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 07.11.2002 Drs 13/1637 S. 41
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Ausschreibung von Regionalverkehren und Interregiostrecken, Ermöglichung des Betriebs von NE-Bahnen, Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen als Leistungsanbieter im ÖPNV und insbes im Busverkehr

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Förderung von ÖPNV-Projekten nach dem GVFG oder mit Regionalisierungsmitteln in den zurückliegenden und künftigen fünf Jahren

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zustand der Eisenbahnquerverbindung zwischen Freiburg, Neuenburg und Mulhouse bzw Rastatt und Hagenau; Schließung der Lücke zwischen Freiburg und Colmar; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Förderung mittelständischer Busunternehmen

Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter, Vorgabe von Qualitäts- und Sozialstandards

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/1382

Kostenlose Fahrradmitnahme in Nahverkehrszügen in BW

Umsetzung des o.g. Angebots in Verkehrsverbänden sowie auf nicht in Verbundgebieten liegenden Strecken

Antr
s. *Fahrrad*

Drs 13/1448

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn auf den Schienenpersonennahverkehr in BW

Beurteilung der entstehenden Preiserhöhungen im Nahverkehr, u.a. durch Reduzierung des BahnCard-Rabatts und Umstellung von Interregio- auf Intercity-Züge; Schaffung eines eigenständigen Landstarifs für Fahrten im SPNV, Hinwirkung auf flächendeckende Tarifverbünde; Vorlage eines Konzepts zur Revision der Fahrpreiserhöhungen im SPNV als Folge des neuen Tarifsystems

Antr

s. Verkehrstarif

Drs 13/1467

Finanzierung nichtbundeseigener Eisenbahnen

Darlegung der seit 1990 stillgelegten bzw bedrohten NE-Strecken, u.a. Vaihingen/Enz-Enzweihingen, Gaildorf-Untergröningen, Korntal-Weissach und Ebingen-Onstmettingen; Vorlage eines Konzepts zum Einsatz von Regionalisierungsmitteln auch für SPNV-Bestellungen auf NE-Bahnen

Antr

s. Eisenbahnunternehmen

Drs 13/1468

Schadensersatzleistungen bei Qualitätsmängeln im Schienenpersonennahverkehr

Höhe und Art der Verwendung der gegen die Bahn AG u.a. Unternehmen verhängten Vertragsstrafen, Anstrengung einer flächendeckenden vertraglichen Vereinbarung von Qualitätsstandards sowie eines konkreten Ausgleichs für die von Mängeln betroffenen Fahrgäste

Antr

s. Entschädigung

Drs 13/1617

Verwendung der Regionalisierungsmittel im Jahr 2002

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2002 und 2003

KlAnfr

s. Regionalverkehr

Drs 13/1654

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, insbes auch im ländlichen Raum; Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit anderer Unternehmen im Schienen- und Busverkehr gegenüber der Bahn AG, entsprechende Modifikation der Ausschreibungsverfahren; Möglichkeiten zur Kostensenkung und Qualitätssteigerung im SPNV, Zuschusskürzungen bei Leistungsmängeln; finanzielle Beteiligung der LKreise und Kommunen am ÖPNV, zusätzlicher Mittelbedarf ab 2003; Harmonisierung der Tarife und Anstrengung großräumiger Verkehrsverbünde; Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen; Gewährleistung der Anschlussverbindung von Busreiseunternehmen auch beim neuen Hbf und Filderbahnhof iRd Projekts Stuttgart 21

GrAnfr FDP/DVP 15.01.2003 und Antw UVM Drs 13/1680 (15 S.)

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4426-4440

Verwendung zusätzlicher Regionalisierungsmittel

Verteilung der geplanten Kürzungen im Epl 10 auf den ÖPNV und den Straßenbau

MdlAnfr

s. Regionalverkehr

Drs 13/1678

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonennahverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr

s. Generalverkehrsplan

Drs 13/1825

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Gleichmäßige Verteilung der Kürzungen im Verkehrsetat auf Straßenbau und ÖPNV

s. Straßenbau

Drs 13/1873

Position und Situation des Taxen-Gewerbes im Öffentlichen Personennahverkehr

Beurteilung der gesetzlich definierten Rolle des Taxen-Gewerbes, der vorhandenen Rahmenbedingungen und Wettbewerbssituation insbes im Vergleich zu den Mietwagen-Betreibern; Möglichkeiten für ein eigenes Berufsbild mit entsprechender Höherqualifikation; Gewährleistung der Nutzung von Bus- und Sonderspuren; Ausschluss von Wettbewerbsnachteilen bei Schüler- und Krankenfahrten

Antr

s. Taxi

Drs 13/1939

Situation und Zukunft mittelständischer Busunternehmen

Entwicklung von Angebot und Nachfrage im ÖPNV mit Bussen sowie der Förderung in den letzten zehn Jahren im Vergleich zum SPNV u.a. BLändern; Darlegung der bisherigen und künftigen Strukturveränderungen; Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Sicherstellung eines Leistungs- und Qualitätswettbewerbs, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter

Antr

s. Verkehrsunternehmen

Drs 13/2078

Interessenkonflikte eines Regierungsmitglieds bei der Ausschreibung von Schienenpersonennahverkehrsleistungen

Frage nach möglichen Interessenkonflikten von Staatssekretär Mappus als Aufsichtsratsmitglied in der über die Auftragsvergabe entscheidenden Nahverkehrsgesellschaft BW und der sich um Leistungen im SPNV, u.a. auf der Schwarzwaldbahn, be-

werbenden SWEG und HzL sowie bei einer für das UVM und gleichzeitig die NVBW tätigen Werbeagentur; Beurteilung von Aussagen zur Nichtbefassung des (zuständigen) Staatssekretärs mit Ausschreibungsvorgängen im Nahverkehr; Ausschluss der genannten Interessenkonflikte

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*
Drs 13/2153

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn

Frage nach dem zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteil an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer bis 2016

MdLAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2247

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG 2003-2016

Ausgestaltung und Finanzvolumen des o.g. Vertrags; Gründe und Auswirkungen des geringen, zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteils an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer; Vereinbarkeit mit dem Vergaberecht; Rückgabe der geförderten Fahrzeuge durch die Bahn AG bei einer Neuvergabe der Teilnetze?

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2303

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in BW unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverbundförderung

Entwicklung der o.g. Förderung seit 1998 nach Landesmitteln, dem GVFG, aus Regionalisierungsmitteln des Bundes und kommunalen Eigenleistungen; Planung von Einschnitten? Auswirkungen der Revision der Tarifreform der Bahn AG, Anerkennung der Bahn-Card in den Verkehrsverbänden? Höhe der Erstattungen für die kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV, Harmonisierung der Tarife und Anstrengung großräumiger Verkehrsverbände

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 16.09.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2405
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 23.10.2003 Drs 13/2703 S. 41-45
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Auswirkungen des EuGH-Urteils auf ÖPNV-Förderung

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Bezuschussung von Schienenverkehrsleistungen an Unternehmen ohne zugrunde liegende Verkehrsverträge; Art der Berechnung dieser Ausgleichszahlungen; Vermeidung von Überkompensationen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 24.09.2003 und Antw UVM Drs 13/2443

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/2456

Investitionsförderung für den ÖPNV sichern

Entwicklung o.g. Förderung aus GVFG-Mitteln und Regionalisierungsmitteln seit 1996; Beibehaltung des Förderatzes von 85 Prozent und der Bagatellgrenze für ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 01.10.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2470
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.11.2003 Drs 13/2782 S. 38-41
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Investitionsförderung im Bereich des ÖPNV

Auflistung der geförderten Projekte aus GVFG- und Landesmitteln sowie freien Regionalisierungsmitteln in den letzten zehn Jahren und einzelnen Regionen

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 20.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2646
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 33 34
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 in der Rechtssache „Altmark Trans“

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Wettbewerbsintensität und finanzielle Förderung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV, auf den Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen dem privaten Omnibusgewerbe und den kommunalen Verkehrsbetrieben sowie auf die künftige Ausschreibung von Verkehrsleistungen im ÖPNV

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 30.10.2003 und Antw UVM Drs 13/2557

Durch Nahverkehrspläne zur Barrierefreiheit im ÖPNV in BW

Ziele, Standards, Maßnahmenkategorien und Zeitrahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit in den Nahverkehrsplänen der einzelnen LKreise; Einbindung der Behindertenbeiräte; Hinwirkung auf ausschließlich barrierefreie Bahnhöfe/Haltepunkte und Fahrzeuge

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 19.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2628
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 29 30
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Bestandsaufnahme der Barrieren im ÖPNV in BW

Vorhandene und noch offene Barrierefreiheit bei Schienenfahrzeugen, Bussen und Straßenbahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten im SPNV und ÖPNV in den einzelnen Verkehrsverbänden; Anstrengung von Qualitätsstandards bei den unterschiedlichen Aufgabenträgern

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 19.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2629
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 29 30
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Rechtliche und finanzielle Instrumente zur Durchsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV in BW

Einsatz rechtlicher Instrumente und finanzieller Mittel zur Realisierung o.g. Zielsetzung, insbes bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge, der Veränderung der baulichen Infrastruktur, der Einrichtung von Informationssystemen u.a.; Maßnahmen zur Schärfung des Problembewusstseins bei den Entscheidungsträgern

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 19.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2630
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 29 30
 PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

SPNV im Rhein-Neckar-Raum

Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRd Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr Helmut Göschel SPD 20.11.2003 und Antw UVM Drs 13/2644

Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV

Begründung des Widerspruchs gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise durch die Bahn AG, Entwicklung bzw Genehmigung der Fahrpreiserhöhungen der DBAG und der einzelnen Verkehrsverbände in den letzten fünf Jahren

Antr
 s. *Verkehrstarif*
 Drs 13/2645

Kahlschlag im Schienenverkehr in BW verhindern

Ablehnung einer Kürzung der Finanzhilfen des Bundes für den ÖPNV nach dem Regionalisierungsges im BRat

Antr
 s. *Schienenverkehr*
 Drs 13/2694

Fördersätze nach dem GVFG

Auswirkungen der Kürzungen für den öffentlichen Verkehr und den kommunalen Straßenbau

MdlAnfr
 s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
 Drs 13/2691

Haushalt 2004; Epl 10

Rücknahme der Kürzung des Kommunalen Investitionsfonds für Straßenbau- und ÖPNV-Projekte

s. *Kommunaler Investitionsfonds*
 Drs 13/2810

Haushalt 2004; Epl 10

Umschichtung von Fördermitteln nach dem GVFG vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-15 S. 38 39
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2850-8 S. 12 13
 PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG

Entwicklung der Zuschüsse für den öffentlichen Verkehr und Straßenbau, Höhe der beantragten Förderung sowie der geplanten Absenkung der Fördersätze und Auswirkungen, insbes der Umwandlung der Bagatellgrenze für ÖPNV-Projekte im ländlichen Raum; Verzicht auf einseitige Kürzungen beim ÖPNV, Fortführung der Förderung des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus im Verhältnis 50:50

Antr
 s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
 Drs 13/2869

Potenzielle Nichtigkeit des Nahverkehrsvertrags des Landes mit der DB Regio AG

Bewertung als Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch die EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Frage nach finanziellen Vorkehrungen für den Fall der Nichtigkeit des Vertrags

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 02.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2952
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 19.05.2004 Drs 13/3348 S. 19
 PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Straßenbahnförderung

Vereinbarkeit einer GVFG-Förderung von ÖPNV-Vorhaben sowie einer Quersubventionierung zwischen öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit dem durch Urteil des EuGH in Sachen Altmark Trans konkretisierten Gemeinschaftsrecht?

KlAnfr Werner Pfisterer CDU 09.03.2004 und Antw UVM Drs 13/2995

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Förderung

Eingegangene Anträge auf Förderung von ÖPNV-Investitionen nach dem GVFG im November/Dezember 2003, Bezuschussung nach den alten oder neuen Förderrichtlinien?

KlAnfr
 s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
 Drs 13/3007

Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr (§ 45 a PBefG)

Kürzung der o.g. Ausgleichsleistungen nach den Vorschlägen der MinPräs Koch und Steinbrück, Begründung der Zustimmung im BRat, Auswirkungen auf die Höhe der Fahrpreise im ÖPNV; Begrenzung der erforderlichen Kürzungen auf die Zieldaten von 4/8/12 % durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen

Antr
 s. *Ausbildungsverkehr*
 Drs 13/3051

Förderung der kostenlosen Fahrradmitnahme im ÖPNV

Entwicklung des o.g. Angebots und der Nachfrage, Höhe der aufgewandten Mittel 2003 bzw im Falle eines flächendeckenden Angebots von allen Verkehrsanbietern, Fortsetzung der vollen Erstattung des Einnahmeausfalls auch in den nächsten Jahren

Antr
 s. *Fahrrad*
 Drs 13/3052

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Finanzierung auf Projekte der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) und der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG)

Genehmigte und zur Genehmigung anstehende Projekte, Höhe der beantragten und bewilligten Mittel nach dem Landes- und Bundesprogramm bzw der Vorfinanzierung und der zu erwartenden Mittel, Bewertung des Projekts „U-Strab“ der Stadt Karlsruhe

KlAnfr
 s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
 Drs 13/3058

Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kommunen bei den Fördersätzen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsges (GVFG)

Vergleich der Fördersätze mit Bayern, Hessen und RPF für Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV differenziert nach Bundesprogramm und Länderprogrammen; Berücksichtigung der individuellen Finanzkraft der jeweiligen Kommune, Verzicht auf die Einführung eines Selbstbehalts

Antr

s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*

Drs 13/3066

Änderung der Förderung von ÖPNV-Investitionen nach dem GVFG - Kontingentierung

Begründung, Bereiche, Ausgangsbasis und Kriterien der Festlegung von Kontingenten nach dem Bundes- und Landesprogramm; Umgang mit neuen Anträgen ohne vorliegende Vergleichsmaßstäbe

Antr

s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*

Drs 13/3083

GVFG-Förderung des „Stadtbahn rings Mannheim-Ost“

Planungsstand, Baubeginn, Kosten-Nutzen-Analyse, kalkulierte Fahrgastzahlen und Kosten des o.g. Projekts der MVV Verkehr AG; Betriebskonzept für die Neubaustrecken; Aufnahme in ein GVFG-Förderprogramm; Auflistung der konkurrierenden ÖPNV-Projekte in der Region Unterer Neckar

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 13/3145

Fahrradmitnahme

Entwicklung der kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der hierfür geleisteten Erstattungen an die Verbände seit 2000; Analyse der (Mitnahme-)Effekte und Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen und den Radtourismus; Entwicklung eines neuen Fördermodells: Vermeidung finanzieller Mitnahmeeffekte, Stimulanz zusätzlicher Nachfrage, Gewährleistung einheitlicher Beförderungsbedingungen, Deckelung des Zuschussvolumens aus Regionalisierungsmitteln

Antr

s. *Fahrrad*

Drs 13/3158

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG

Ausgestaltung des Selbstbehalts nach der Wurzelformel, Gewichtung der Faktoren Einwohnerzahl, Straßentyp und Bausumme bei der Höhe der Förderung von Projekten nach dem ÖPNV-Landes- und -Bundesprogramm bzw des kommunalen Straßenbaus; Klärung von widersprüchlichen Aussagen in der Stellungnahme zu Drs 13/2869

Antr

s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*

Drs 13/3159

Änderung der Förderung von ÖPNV-Investitionen nach dem GVFG; Einführung einer bedarfsorientierten Mittelzuweisung

Begründung, Bereiche, Ausgangsbasis und Kriterien der Festlegung von Kontingenten nach dem Bundes- und Landesprogramm; Umgang mit neuen Anträgen ohne vorliegende Vergleichsmaßstäbe; Verzicht auf eine Budgetierung

Antr

s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*

Drs 13/3188

Bearbeitung von Anträgen auf GVFG-Förderung, die vor dem 30.11.2003 gestellt wurden

Zeitpunkt einer Entscheidung über den Antrag für das Projekt „Straßenbahn Kirchheim“ der Stadt Heidelberg, Bescheidung aller o.g. Anträge vor dem 30.06.2004

Antr

s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*

Drs 13/3206

Drohende Streichung von Schienenverkehrsleistungen in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken, erwartete Einsparungen, Verwendungszwecke der frei werdenden Regionalisierungsmittel? Einsatz für Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen und zur weiteren Umsetzung des integralen Taktfahrplans

Antr

s. *Schieneverkehr*

Drs 13/3258

ÖPNV- und SPNV-Investitionen in den Jahren 2000 bis 2007

Höhe der o.g. Investitionen, Vereinbarkeit mit der im Generalverkehrsplan angestrebten Verlagerung von Autoverkehr auf den öffentlichen Verkehr sowie Verkehrsvermeidung und damit Reduktion der Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 29.06.2004 und Antw UVM

Drs 13/3320

Angebotsanpassungen beim Schienenpersonennahverkehr zum nächsten Fahrplanwechsel

Frage nach o.g. Streichungen oder Ausweitungen als Konsequenzen der Ergebnisse des Controlling im SPNV; zeitgleiche Information des Ltg mit der Anmeldung von Anpassungen bei den Schieneninfrastrukturanbietern oder den Vertragspartnern des Landes

Antr

s. *Schieneverkehr*

Drs 13/3338

Streichungen von Leistungen im SPNV in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken und erwartete Einsparungen; Höhe des Differenzbetrags zwischen den bisher gewährten Zuschusszahlungen und den Einsparungen infolge der Streichungen; Kompensation der Abbestellungen durch Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen

Antr

s. *Schieneverkehr*

Drs 13/3354

Wahrheitsbegriff des Staatssekretärs im Umwelt- und Verkehrsministerium

Umfang der geplanten Abbestellungen von Verkehrsleistungen im SPNV iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, Verneinung dieser Pläne durch Staatssekretär Mappus im SWR-Fernsehen sowie im Plenum des Ltg, Vereinbarkeit von Aussagen zur Ablehnung einer Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln mit dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem VRS über eine Beteiligung an diesen Mitteln

Antr

s. *Mappus, Stefan MdL CDU*

Drs 13/3357

Ausgaben des Landes BW für Schiene und Straße

Höhe der Mittel für den SPNV, ÖPNV auf Schiene und Straße, den Schienengüterverkehr, die Schüler-/Behindertenbeförderung und NE-Bahnen sowie für Bundesfern- und Landesstraßen seit 1996; Höhe der Zuschüsse an die Kommunen und LKreise nach dem FinanzausgleichsGes und GVFG im selben Zeitraum; Anteile der Förderbereiche an der Verkehrsleistung

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3422

Flächendeckende und auf alle Verkehrsträger sich erstreckende Anerkennung des Baden-Württemberg-Tickets im ÖPNV

Bisherige und künftige Nutzungsmöglichkeiten des BW-Tickets, Beurteilung der Vorschläge einer Arbeitsgruppe; Eintreten für eine rasche Regelung mit o.g. Zielsetzung zwischen den Verkehrsverbänden u.a. Verkehrsträgern sowie der DBAG

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/3424

Geplante Angebotsreduzierungen im SPNV zum 12. Dezember 2004

Auflistung der vorgesehenen Streichung von Zügen zum o.g. Fahrplanwechsel bzw während der Sommer- und Weihnachtsferien differenziert nach Zugkilometern, Strecken, Fahrgastauslastung und jeweiligen Gründen

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3452

Innovatives Mobilitätsangebot; hier: Kooperation ÖPNV/Car Sharing

Entwicklung der Kooperationen von Car Sharing und Nahverkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden; Ausweisung von Stellplätzen durch die Kommunen in Verdichtungsräumen; Teilhabe am Mobilitätsforschungsprogramm der BReg

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 18.08.2004 und Antw UVM Drs 13/3509

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten in der Region Ulm

Stellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; Stand der Planung und Bearbeitung eines Förderantrags für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Ulm-Böfingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3513

Reduzierung des Bahnverkehrs in den Ferienzeiten im Wahlkreis Bietigheim

Verzicht auf die Streichung von Zugverbindungen während der Hauptverkehrszeiten in den Ferien, Vermeidung einer Benachteiligung von berufstätigen Fahrgästen

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3565

Ges zur Änd des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

Erweiterung der Zuständigkeit des VRS auf die Trägerschaft eines Landschaftsparks unter finanzieller Beteiligung der betrof-

fenen Kommunen; Streichung des 2/3-Quorums in der Regionalversammlung für die Trägerschaft und Koordinierung regionalbedeutsamer neuer Messen, Messebeteiligungen, Kongresse, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie für regionalbedeutsame Schienenpersonennahverkehre; Anpassung der Verweisungen auf Bestimmungen des Landesplanungsges an die Neufassung mit neuer Paragraphenfolge

GesEntw
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/3577

Zuwendungsaufgaben zur Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen nach dem GVFG

Verpflichtung der Betreiber von geförderten Bussen und Bahnen zur Anbringung von vorgegebenen Werbefolien, Bezifferung der Einnahmeverluste durch den Wegfall von bisher kommerziell genutzten Werbeflächen; Harmonisierung der Werbung für den ÖPNV mit den wirtschaftlichen Interessen der Fahrzeugbetreiber

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/3586

Fahrpreiserhöhungen der DBAG im Nah- und Fernverkehr

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG sowie der Veränderung des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tickets; Ablehnung im SPNV, Hinwirkung auf einen Verzicht im Fernverkehr, Eintreten für einen dort ermäßigten Mehrwertsteuersatz

Antr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/3607

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten im Landtagswahlkreis 59

Stellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; jeweiliger Mittelanteil des Bundes und Landes; Stand der Bearbeitung der noch anhängigen Förderanträge

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3627

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3683

Verwendung von originären Landesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Höhe der seit 1996 bereitgestellten originären Landesmittel, Komplementärmittel sowie FAG-Mittel für die Infrastrukturförderung, Schienenfahrzeugförderung und Omnibusse bzw für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter, Betriebskostenzuschüsse und Verbundförderung

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 21.10.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3689

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 02.12.2004 Drs 13/3991 S. 13-16
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3820

Verbundförderkonzeption des Landes beim ÖPNV

Art und Auswirkungen der neuen Leistungsparameter bei der Verbundförderung, insbes Honorierung von Kooperationen und Zusammenschlüssen benachbarter Verbünde; Ausschluss einer Benachteiligung von Verbänden mit bereits erreichten Leistungssteigerungen bei den Fahrgastzahlen und Betriebsergebnissen; Weiterführung der einheitlichen landesweiten Rufnummer für Fahrplanauskünfte unter Verzicht auf das Call Center bei der NVBW, Höhe der Kosten für den Aufbau und Betrieb bzw Abbau des Call Centers

Antr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 13/3853

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbauvorhabens Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/3890

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Umschichtung von Fördermitteln nach dem GVFG vom kommunalen Straßenbau zum ÖPNV

ÄAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4010-13 S. 33
ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4050-10 S. 15
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Erfolgsgeschichte des öffentlichen Nahverkehrs fortsetzen

Festhalten am weiteren Ausbau des ÖPNV, Interventionen auf Bundesebene für die notwendige Ausstattung der Länder mit Regionalisierungsmitteln auch über das Jahr 2007 hinaus, Verhinderung einer Umschichtung von Nahverkehrsmitteln in Fernverkehrsprojekte

Antr GRÜNE 26.01.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/3977
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 16.01.2006 Drs 13/5138 S. 85-88
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel

vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3983

Nutzen und Kosten der landesweiten ÖPNV-Auskunft „Löwenlinie“

Zahl der Nutzer, (Warte-)Zeiten und Kosten der Auskunfterteilung über die o.g. landesweite Rufnummer; diesbezügliche Personalausstattung der Nahverkehrsgesellschaft BW; bisherige und künftige Aufteilung der Kosten zwischen dem Land und den Verkehrsverbänden; Frage nach Ergebnissen von Untersuchungen zum Nutzerverhalten

KlAnfr
s. *Auskunfterteilung*
Drs 13/4000

Modifikationen der Angebotsreduzierungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zum 12.06.2004; Erhebung von Fahrgastzahlen in den Sommerferien 2005

Rücknahme der zum 12.12.2004 vorgenommenen Streichung von Zugverbindungen während der Weihnachts- und Sommerferien; Feststellung der Auswirkungen der geplanten Angebotsreduzierungen mithilfe von Fahrgastzählungen in den Sommerferien

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4019

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änd anderer Gesetze

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen, Regelungen zur Schaffung von Barrierefreiheit vor allem im Bereich der Kommunikation mit öffentlichen Stellen, Normierung der Bestellung eines Beauftragten der LReg für Behinderte; Änd des StraßenGes sowie des Ges über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

GesEntw
s. *Behinderter*
Drs 13/4108

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbünde und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr GRÜNE 02.03.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4109 (11 S.)

Verbesserung der Luftsituation im Land

Förderung der Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfilter und solchen mit Erdgasantrieb; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Auswirkungen der Mittelkürzungen auf den Gewerbebereich privater Busunternehmen

Auswirkungen der bereits erfolgten und noch geplanten Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr auf die Busunternehmen, insbes im ländlichen Raum, auf die Fahrpreise und das ÖPNV-Angebot insgesamt; Bewirkung einer Verlagerung zum motorisierten Individualverkehr? Möglichkeiten zur Abmilderung der Auswirkungen über bedarfsgesteuerte Lösungen

KlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 13/4345

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen seit 1996 zur Verbesserung des Angebots im ÖPNV, Einführung und Zusammenführung von Tarifverbänden

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, vorgesehene Projekte bis 2010

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbände Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tarifierhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 03.08.2005 und Antw IM Drs 13/4585

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Energiebedarf des Verkehrs seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch Verlagerung von Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel und Fahrräder sowie durch Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Nutzung von Pflanzenöl-Diesel-Gemischen im ÖPNV und SPNV
Beurteilung des o.g. auf die jeweiligen Typen von Bussen und Schienenfahrzeugen zugeschnittenen Verfahrens bzw der ent-

sprechenden Mischtankanlagen

KlAnfr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4747

Auswirkungen des Vermittlungsergebnisses zum „Koch-Steinbrück-Papier“ vom Dezember 2003 auf den SPNV und ÖPNV in BW

Umfang der erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen auf der Grundlage o.g. Beschlüsse, Auswirkungen der Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung, Bewirkung von Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsunternehmen und -verbände? Beurteilung des von den MinPräs zugrunde gelegten Subventionsbegriffs; Abstimmungsverhalten im BRat bei einer erneuten Einbringung der noch nicht umgesetzten Kürzungsvorschläge

Antr GRÜNE 31.10.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4801
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 38 39
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Umfang der von der LReg geplanten Investitionsförderung für Schienenverkehr und ÖPNV in den nächsten Jahren

Höhe der Förderung von Anlagen und Fahrzeugen des SPNV und ÖPNV differenziert nach der GVFG-Fahrzeugförderung, dem GVFG-Landes- und -Bundesprogramm, dem BundesschienenwegeausbauGes u.a. Finanzierungswegen; Darstellung der einzelnen Jahre ab 1996 sowie der jeweiligen Zusagen und Planungen für die Jahre bis 2010; Verteilung der Einzelprojekte mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von mehr als 10 Mio Euro

GrAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4846

Kürzung der Regionalisierungsmittel verhindern

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes in den einzelnen Jahren seit 1998 bzw ab 2006 im Falle der Umsetzung der geplanten Kürzung der BReg, Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung; Ablehnung der Kürzung im BRat

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/4868

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung und ggf Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr
s. *Nahverkehrsabgabe*
Drs 13/4950

Angemessene Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln sicherstellen

Höhe der Förderung der Investitions- und Betriebskosten aus Regionalisierungsmitteln des Bundes seit 2001; Eintreten für eine bedarfsgerechte Förderung zur Erhaltung und Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/4952

Controlling im Schienenpersonennahverkehr

Ergebnisse des Controllings bis zum diesjährigen Fahrplanwechsel differenziert nach Strecken mit einer Leistungsauf- und -abwertung; Ausweitung des Systems auf die vom Land bestellten Verkehre bei nichtbundeseigenen Eisenbahnunternehmen

KlAnfr
s. *Controlling*
Drs 13/5000

Semestertickets im Öffentlichen Personen-Nahverkehr

Entwicklung der ÖPNV-Nutzung von Studenten nach Einführung des Semestertickets an den einzelnen Hochschulregionen und -standorten, Höhe der jeweils anfallenden Kosten für die Studenten und die Verkehrsverbünde; Beurteilung der kleinräumigen Geltungsbereiche angesichts der zunehmenden Kooperationen zwischen Hochschulen bzw der Möglichkeit zur Einführung eines landesweit geltenden Semestertickets

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/5017

GVFG-Mittel für den RegBez Tübingen

Höhe der o.g. Zuweisungen an Verkehrsunternehmen und Gebietskörperschaften für ÖPNV-Projekte seit 2001, Vergleich des Antragstaus mit der Situation landesweit; Befriedigung des Nachholbedarfs im RegBez Tübingen durch eine verstärkte Förderung bzw Bedienung von Anträgen, insbes für kleinere, effiziente Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV wie z.B. den Haltepunkt Behördenzentrum/Sportzentrum in Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5024

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Geänderter Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (KOM(2005)319 endgültig)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/5067

Vorbereitungen auf Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Höhe der erwarteten Kürzungen und Maßnahmen zur Kompensation ab 2007; Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung, u.a. auch für das Projekt Stuttgart 21; Chancen für Mittelrückflüsse durch Zugabbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio; Umfang der eingeplanten Fördermittel nach dem GVFG für Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur und das Projekt Stuttgart 21 bis 2010; Bezifferung der Höhe einer angemessenen Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5102

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbei-

tung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf den Nahverkehr in BW

Darlegung der o.g. Beschlusslage der BReg und deren Auswirkungen auf die Angebote im ÖPNV und SPNV, Billigung der Kürzungen durch die MinPräs iRd Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene? Frage nach konkreten Planungen zur Umsetzung der Kürzungen im Jahresfahrplan 2006/2007; Ablehnung der Kürzungen im BRat, Forderung einer Stabilisierung der Mittel auf heutigem Niveau, Vorlage eines Berichts über mögliche Konsequenzen der geplanten Kürzungen sowie über Einsparpotenziale im ÖPNV, insbes Ausschreibung aller Leistungen bis 2016, Erlangung der Zuständigkeit für die Gleis- und Bahnhofsinfrastruktur, Reduzierung der Zahl der Verkehrsverbünde, Ermöglichung einer City-Maut und Nahverkehrsabgabe

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5203

Angebotsverbesserung beim ÖPNV

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Befürchtung einer Bindung von Mitteln für Stuttgart 21 zulasten von ÖPNV-Projekten

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 98

Controlling im Schienenpersonennahverkehr

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548 550 551

Beitrag des ÖPNV zur Luftreinhaltung, Begrüßung des Übergewichts der Ausgaben für den ÖPNV im Vergleich zum Straßenbau, Notwendigkeit einer Qualitätsoffensive beim ÖPNV

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021 1023 1028-1031 1033 1037 1038 1078

Würdigung des ÖPNV im Raum Karlsruhe, Bezeichnung als beispielgebend in Europa, Weiterführung der Züge über RPF ins Elsass, Fortsetzung der Erfolgsgeschichte des ÖPNV nach der Revision des RegionalisierungsGes

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514 1517 1518 1523 1560-1570

Vergleich der Investitionen in den ÖPNV und Straßenbau, Feststellung einer Kürzung der Mittel des Bundes für den ÖPNV
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1830 1838

Feststellung einer Effizienzsteigerung des ÖPNV nach Übernahme der Kompetenz und Mittel vom Bund; behindertengerechter Ausbau des ÖPNV
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2539 2540 2547

Kritik an der Kürzung der Fördermittel für den ÖPNV
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2654

Würdigung der Verbesserungen im ÖPNV mit Regionalisierungsmitteln des Bundes, Lob für die Fahrradmitnahme im Nahverkehr
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3642 3649 3650 3653

Beklagung der Streichung von Investitionen für den ÖPNV im Vermittlungsausschuss; Ausbau des SPNV mit Geldern des Bundes
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4015 4021 4040 4067 4071 4073 4074

Beklagung der Streichung von Investitionen für den ÖPNV im Vermittlungsausschuss
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4097 4102 4110-4120

Zuwächse im ÖPNV, Höhe der Verkehrsverbundförderung, Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verbünde, Kürzung der Investitionsmittel im ÖPNV
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4322 4327-4329 4333-4335 4338-4340

Forderung nach Übertragung der Zuständigkeit für den ÖPNV auf die Regionen, Höhe der ÖPNV-Umlage der Gemeinden in der Region Stuttgart
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4929 4930 4937

Kritik an der Kürzung der Fördermittel für den ÖPNV
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5064

Finanzierungsprobleme im Nahverkehr, Befürchtung der Kürzung von ÖPNV-Projekten zugunsten von Stuttgart 21
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6059 6060 6064-6066 6068 6075-6077

Spitzenstellung des Landes beim ÖPNV, Fortführung der Vernetzung der Verkehrsverbünde
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6420

Beklagung einer Vernachlässigung des ÖPNV, Notwendigkeit der Umschichtung von mehr Landesmitteln bzw Verwendung der Einnahmen aus einer City-Maut
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6717 6722 6723

Auswirkungen der Kürzungen des Bundes bei den Regionalisierungsmitteln auf den ÖPNV in BW, Bewertung des ÖPNV als Erfolgsgeschichte seit Erlangung der Zuständigkeit 1996
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7870-7879

Lob für das Projekt KONUS zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs mit der Gästekarte im Südschwarzwald, Abwendung der Pläne des Bundes zur Kürzung der Regionalisierungsmittel
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7965

Pestizid

s. Pflanzenbehandlungsmittel

Petition

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben

Drs 13/22 (23 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/66 (43 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/67 (55 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/68 (41 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/69 (46 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/70 (47 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/71 (48 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/72 (38 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/73 (24 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/74 (15 S.) PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321
Drs 13/299 (37 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497
Drs 13/300 (45 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497
Drs 13/301 (42 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497
Drs 13/302 (42 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497
Drs 13/303 (20 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497
Drs 13/304 (24 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497
Drs 13/305 (12 S.) PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497
Drs 13/415 (41 S.) PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634
Drs 13/416 (38 S.) PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634
Drs 13/417 (45 S.) PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634
Drs 13/418 (21 S.) PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634
Drs 13/478 (23 S.) PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794
Drs 13/479 (32 S.) PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794
Drs 13/480 (39 S.) PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794
Drs 13/481 (33 S.) PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794
Drs 13/482 PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794
Drs 13/540 (13 S.) PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794
Drs 13/541 (18 S.) PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794
Drs 13/642 (19 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/704 (13 S.) PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
Drs 13/749 (32 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/750 (38 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/792 (33 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/793 (46 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/794 (28 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/795 (46 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/796 (14 S.) PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
Drs 13/908 (37 S.) PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
Drs 13/909 (36 S.) PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
Drs 13/910 (25 S.) PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
Drs 13/911 (13 S.) PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450
Drs 13/961 (32 S.) PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570
Drs 13/970 (17 S.) PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570
Drs 13/982 (36 S.) PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570
Drs 13/983 (46 S.) PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570
Drs 13/998 (44 S.) PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731
Drs 13/999 (35 S.) PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731
Drs 13/1000 (13 S.) PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731
Drs 13/1110 (13 S.) PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892
Drs 13/1111 (23 S.) PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892
Drs 13/1154 (30 S.) PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892
Drs 13/1155 (25 S.) PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892
Drs 13/1156 (34 S.) PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892
Drs 13/1354 (32 S.) PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
Drs 13/1355 (35 S.) PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
Drs 13/1356 (38 S.) PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Drs 13/1357 (36 S.) PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
Drs 13/1358 (59 S.) PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
Drs 13/1359 (16 S.) PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
Drs 13/1438 (29 S.) PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200
Drs 13/1439 (43 S.) PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200
Drs 13/1440 (39 S.) PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200
Drs 13/1441 (23 S.) PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200
Drs 13/1442 (11 S.) PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200
Drs 13/1531 (19 S.) PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353
Drs 13/1573 (39 S.) PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353
Drs 13/1574 (25 S.) PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353
Drs 13/1575 (13 S.) PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353
Drs 13/1659 (20 S.) PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524
Drs 13/1668 (28 S.) PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524
Drs 13/1669 (36 S.) PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524
Drs 13/1670 (20 S.) PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524
Drs 13/1736 (10 S.) PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692
Drs 13/1765 (21 S.) PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692
Drs 13/1766 (30 S.) PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692
Drs 13/1767 (31 S.) PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692
Drs 13/1864 (17 S.) PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891
Drs 13/1899 (33 S.) PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891
Drs 13/1900 (28 S.) PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891
Drs 13/1901 (24 S.) PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891
Drs 13/1902 (21 S.) PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891
Drs 13/2014 (32 S.) PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064
Drs 13/2015 (27 S.) PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064
Drs 13/2016 (34 S.) PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064
Drs 13/2017 (21 S.) PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064
Drs 13/2018 (27 S.) PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064
Drs 13/2079 (19 S.) PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138
Drs 13/2080 (18 S.) PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138
Drs 13/2081 (28 S.) PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138
Drs 13/2082 (35 S.) PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138
Drs 13/2152 (10 S.) PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303
Drs 13/2217 (24 S.) PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449
Drs 13/2218 (28 S.) PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449
Drs 13/2219 (39 S.) PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449
Drs 13/2220 (19 S.) PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449
Drs 13/2411 (16 S.) PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774
Drs 13/2416 (11 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2423 (23 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2424 (16 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2425 (25 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2426 (29 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2427 (27 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2428 (35 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2429 (39 S.) PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597
Drs 13/2516 (39 S.) PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774
Drs 13/2517 (35 S.) PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774
Drs 13/2518 (38 S.) PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774
Drs 13/2584 (42 S.) PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932
Drs 13/2624 (34 S.) PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932
Drs 13/2625 (30 S.) PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932
Drs 13/2626 (41 S.) PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932
Drs 13/2696 (12 S.) PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082
Drs 13/2708 (19 S.) PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082
Drs 13/2709 (39 S.) PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082
Drs 13/2800 (19 S.) PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440
Drs 13/2944 (30 S.) PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
Drs 13/2945 (37 S.) PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
Drs 13/2946 (37 S.) PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
Drs 13/2947 (24 S.) PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
Drs 13/2948 (34 S.) PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Drs 13/2949 (42 S.) PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604
Drs 13/3026 (17 S.) PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768
Drs 13/3041 (20 S.) PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768
Drs 13/3042 (30 S.) PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768
Drs 13/3043 (49 S.) PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768
Drs 13/3125 (21 S.) PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894
Drs 13/3137 (26 S.) PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894
Drs 13/3138 (32 S.) PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894
Drs 13/3139 (21 S.) PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894
Drs 13/3215 (24 S.) PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960
Drs 13/3216 (36 S.) PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960
Drs 13/3221 (15 S.) PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960
Drs 13/3279 (12 S.) PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113
Drs 13/3287 (31 S.) PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113
Drs 13/3288 (38 S.) PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113
Drs 13/3289 (20 S.) PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113
Drs 13/3380 (30 S.) PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319
Drs 13/3395 (21 S.) PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319
Drs 13/3396 (34 S.) PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319
Drs 13/3397 (28 S.) PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319
Drs 13/3398 (22 S.) PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319
Drs 13/3520 (18 S.) PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487
Drs 13/3580 (39 S.) PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487
Drs 13/3581 (31 S.) PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487
Drs 13/3582 (29 S.) PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487
Drs 13/3583 (34 S.) PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487
Drs 13/3584 (15 S.) PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487
Drs 13/3666 (33 S.) PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635
Drs 13/3700 (27 S.) PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635
Drs 13/3701 (32 S.) PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635
Drs 13/3702 (29 S.) PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635
Drs 13/3799 (10 S.) PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791
Drs 13/3810 (31 S.) PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791
Drs 13/3811 (30 S.) PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791
Drs 13/3812 (46 S.) PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791
Drs 13/3813 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791
Drs 13/3996 (17 S.) PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199
Drs 13/4116 (32 S.) PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340
Drs 13/4117 (41 S.) PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340
Drs 13/4118 (32 S.) PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340
Drs 13/4119 (20 S.) PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340
Drs 13/4120 (24 S.) PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340
Drs 13/4218 (28 S.) PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6533
Drs 13/4239 (29 S.) PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6533
Drs 13/4240 (28 S.) PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6533
Drs 13/4241 (28 S.) PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6533
Drs 13/4242 (29 S.) PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6533
Drs 13/4243 (29 S.) PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6533
Drs 13/4317 (33 S.) PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700
Drs 13/4318 (32 S.) PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700
Drs 13/4319 (50 S.) PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700
Drs 13/4347 (22 S.) PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700
Drs 13/4420 PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875
Drs 13/4421 (34 S.) PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875
Drs 13/4422 (37 S.) PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875
Drs 13/4423 (41 S.) PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875
Drs 13/4510 (12 S.) PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040
Drs 13/4511 (38 S.) PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040
Drs 13/4512 (39 S.) PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040
Drs 13/4513 (22 S.) PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040
Drs 13/4660 (35 S.) PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198
Drs 13/4661 (31 S.) PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198
Drs 13/4662 (41 S.) PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198
Drs 13/4663 (36 S.) PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Drs 13/4664 (32 S.) PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198
 Drs 13/4775 (43 S.) PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366
 Drs 13/4776 (47 S.) PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366
 Drs 13/4777 (35 S.) PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366
 Drs 13/4778 (25 S.) PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366
 Drs 13/4779 (30 S.) PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366
 Drs 13/4790 PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366
 Drs 13/4830 (28 S.) PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552
 Drs 13/4831 (35 S.) PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552
 Drs 13/4832 PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552
 Drs 13/4903 PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644
 Drs 13/4972 (29 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859
 Drs 13/4973 (25 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859
 Drs 13/4974 (26 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859
 Drs 13/5031 (31 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859
 Drs 13/5032 (29 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859
 Drs 13/5033 (10 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859
 Drs 13/5035 (15 S.) PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859
 Drs 13/5094 (24 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011
 Drs 13/5095 (32 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011
 Drs 13/5096 (44 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011
 Drs 13/5097 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011
 Drs 13/5098 (14 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011
 Drs 13/5107 (63 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011
 Drs 13/5149 (23 S.) PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011

Stellungnahmen zu Beschl des Ltg betr Petitionen

Mittlg LReg 25.07.2001 Drs 13/192
 Mittlg LReg 08.07.2002 Drs 13/1271
 Mittlg LReg 13.08.2002 Drs 13/1301
 Mittlg LReg 17.04.2003 Drs 13/2022
 Mittlg LReg 12.05.2003 Drs 13/2074
 Mittlg LReg 30.07.2003 Drs 13/2363
 Mittlg LReg 12.09.2003 Drs 13/2431
 Mittlg LReg 07.10.2003 Drs 13/2495
 Mittlg LReg 23.12.2003 Drs 13/2780
 Mittlg LReg 12.01.2004 Drs 13/2794
 Mittlg LReg 27.02.2004 Drs 13/2963
 Mittlg LReg 08.03.2004 Drs 13/3001
 Mittlg LReg 11.03.2004 Drs 13/3014
 Mittlg LReg 27.07.2004 Drs 13/3461
 Mittlg LReg 21.10.2004 Drs 13/3566
 Mittlg LReg 30.09.2004 Drs 13/3628
 Mittlg LReg 13.12.2004 Drs 13/3893
 Mittlg LReg 20.12.2004 Drs 13/3927
 Mittlg LReg 20.12.2004 Drs 13/3928
 Mittlg LReg 20.12.2004 Drs 13/3939
 Mittlg LReg 27.01.2005 Drs 13/3984
 Mittlg LReg 27.01.2005 Drs 13/3985
 Mittlg LReg 25.07.2005 Drs 13/4551
 Mittlg LReg 17.10.2005 Drs 13/4758
 Mittlg LReg 21.11.2005 Drs 13/4861
 Mittlg LReg 28.02.2006 Drs 13/5220
 Mittlg LReg 17.05.2006 Drs 13/5242

Mündlicher Bericht des Vorsitzenden des Petitionsausschusses gemäß § 69 GeschO und Aussprache

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3880-3886 (Anlage S. 3933-3939)
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7793-7804 (Anlage S. 7860-7867)

Erlass einer RechtsVO über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23 a Aufenthaltsges

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung der Einrichtung des o.g. Gremiums, Zahl und spätere Abarbeitung der zurückgestellten ausländerrechtlichen Petitionen und Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsrechten, Erfahrungen aus anderen BLändern; unverzügliche Einrichtung der Kommission: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen; jährliche Berichtsvorlage

Antr
 s. *Kommission*
 Drs 13/4130

Ablehnung der abschlägigen BeschEmpf des PetA zum Windpark Altensteig-Simmersfeld

s. *Windkraftanlage*
 PIPr 13/109 S. 8010

Begleitung der Härtefallkommission durch den PetA; Ablehnung der abschlägigen BeschEmpf des PetA zum Windpark Altensteig-Simmersfeld

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8003 8004 8007 8010 8011

Pfändung

s. *Vollstreckung von Forderungen*

Pfaffenweiler

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KIAnfr
 s. *Straßenverkehr*
 Drs 13/1559

Ortsumfahrungen B 3/Ausbau L 125

Planungsstand und Verlagerungseffekte der o.g. Maßnahmen für die betroffenen Gemeinden Schallstadt, Bad Krozingen, Norsingen und Pfaffenweiler; Prüfung einer Verlegung der B 3 auf die Trasse der jetzigen L 125, Verbesserung des Anwohnerschutzes im Bereich Pfaffenweiler, Anstreben eines Moratoriums für die Planung der Ortsumfahrung Schallstadt im Zuge der B 3 und L 125

Antr
 s. *Ortsumgehung*
 Drs 13/4437

Pferd

s.a. *Pferdesport*
 s.a. *Pferdezucht*

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutztierassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr
s. Artenschutz
Drs 13/4886

Pferderennsport

s. Pferdesport

Pferdesport

Bericht des FM zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 12)

Aufwendungen für einen Reiterhof (Drs 12/5701 Nr. IX)

Mittlg
s. Landeseigene Domäne
Drs 13/41

Nutzung der Einrichtung des Landgestüts Marbach

Personalausstattung und Auslastung des Gestüts, Entwicklung der Einnahmen aus der Hengstparade u.a. Veranstaltungen sowie der Pferdezucht in den letzten drei Jahren; Öffnung für die Jugendarbeit der Reitsportvereine, Ermöglichung von Turnieren und Freizeiten

Antr
s. Pferdezucht
Drs 13/1805

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag
Verkauf des Islandpony-Hofs im Albtal
s. Landeseigene Domäne
Drs 13/1873

Fern- und Regionalreitwegenetze in BW

Darlegung der geplanten und ausgewiesenen Reitwege in BW, Frage nach einer offiziellen Reitwegkarte auch für die touristische Nutzung, Vernetzung der Fernreitwege mit denen der angrenzenden BLänder

KlAnfr
s. Reitweg
Drs 13/2564

Haushalt 2004; Epl 12
Verkauf des Islandpony-Hofs im Albtal
s. Landeseigene Domäne
Drs 13/2812

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Außerkräfttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. Naturschutzrecht
Drs 13/4768

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Pferderennsports in Iffezheim, Erhöhung der Rückerstattung der Rennwettsteuer
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331

Verschiebung einer Neuregelung des Reitens im Wald iR einer Änderung des LandeswaldGes
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2871

Aufhebung des Wegegebots beim Reiten im Wald, Anmahnung eines rücksichtsvollen Verhaltens der Reiter
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7272

Pferdetoto

s. Sportwette

Pferdewette

s. Sportwette

Pferdezucht

Bericht des FM zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 12)

Aufwendungen für einen Reiterhof (Drs 12/5701 Nr. IX)

Mittlg
s. Landeseigene Domäne
Drs 13/41

Nutzung der Einrichtung des Landgestüts Marbach

Personalausstattung und Auslastung des Gestüts, Entwicklung der Einnahmen aus der Hengstparade u.a. Veranstaltungen sowie der Pferdezucht in den letzten drei Jahren; Öffnung für die Jugendarbeit der Reitsportvereine, Ermöglichung von Turnieren und Freizeiten

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 19.02.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1805
BeschlEmpf und Bericht LandWA 29.04.2003 Drs 13/2139 S. 49 50
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag
Verkauf des Islandpony-Hofs im Albtal
s. Landeseigene Domäne
Drs 13/1873

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag
Prüfung von Alternativen für die zukünftige Bewirtschaftungsform des Haupt- und Landgestüts Marbach
EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 60 S. 122 123
EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-33 S. 52 53
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Haushalt 2004; Epl 12
Verkauf des Islandpony-Hofs im Albtal
s. Landeseigene Domäne
Drs 13/2812

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08
Verbesserung der Einnahmen und Reduzierung des Zuschussbedarfs beim Haupt- und Landgestüt Marbach
EAntr GRÜNE 21.01.2005 Drs 13/4008-20 S. 48 49
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079-6101

Wirtschaftliche Perspektive für das Haupt- und Landgestüt Marbach
Überführung in eine Gesellschaft privaten Rechts, Übertragung der vollen unternehmerischen Verantwortung auf die Geschäftsführung, Budgetierung und Reduzierung der Zuschüsse, Hinwirkung auf eine Kapitalbeteiligung des Pferdezuchtverbands und benachbarter Gemeinden sowie auf ein Tourismus- und Mar-

ketingkonzept, Übertragung der nicht selbst genutzten Liegenschaften an die Landes-Immobilien-gesellschaft

Antr GRÜNE 24.06.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4439
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 55 56
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Vorschlag zur Veräußerung eines an den Züchter von Island-Pferden verpachteten Hofgrundstücks; Reduzierung der Zuschüsse an das Gestüt Marbach

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2710 2711 2742

Sparvorgaben für das Haupt- und Landgestüt Marbach

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6088

Pfister, Ernst MdL FDP/DVP

Berufung und Vereidigung von Ernst Pfister zum/als Wirtschaftsminister

s. *Wirtschaftsminister*
 PIPr 13/73 S. 5133

Berufung und Vereidigung von Ernst Pfister zum/als Wirtschaftsminister

s. *Wirtschaftsminister*
 PIPr 13/91 S. 6399

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461

Pflanze

s.a. *Baum*

s.a. *Pflanzenbehandlungsmittel*

s.a. *Pflanzenkrankheit*

s.a. *Pflanzenschädling*

Landwirtschaft ohne Gentechnik in BW

Bewertung der EU-Freisetzungsrichtlinie und des von der BReg beschlossenen GentechnikGes und deren Umsetzung; Ausgestaltung, Zuständigkeiten und Kosten der Überwachung des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen; Beurteilung der Grenzwerte für gentechnische Verunreinigungen in Futter- und Lebensmitteln sowie Saatgut; Maßnahmen und Empfehlungen zum freiwilligen Verzicht auf gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, entsprechende Anwendung der Förderinstrumente und Qualitätssiegel, Ausschluss von GVO im Speiseangebot der Behördenkantinen

Antr
 s. *Gentechnologie*
 Drs 13/2903

Umweltschutz durch Fortschritt - Biotechnologie in BW

Zahl, Ziele und Ergebnisse sowie Überwachung der Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen in den letzten zehn Jahren; Abwägung der Chancen und Risiken; Hinwirkung auf Umsetzung der Freisetzung-Richtlinie der EU in deutsches Recht

Antr
 s. *Biotechnologie*
 Drs 13/1848

Förderung der Gentechnik durch die LReg

Bewertung einer britischen Studie zum Anbau gentechnisch veränderter Pflanzensorten; Stellenwert der genetischen Veränderung von Lebensmitteln in verschiedenen Programmen; Kosten und Finanzierungsanteil der LStiftung und der chemischen Industrie beim Projekt „BioLab“; Art der Projekte und Kostenträger der Landesgesellschaft BIOPRO und der Biotechnologie-Offensive; ausgewogene Darstellung der Chancen und Risiken der Gentechnik im Projekt „BioLab“; Verzicht auf den Mitteleinsatz der LStiftung für versteckte Nachwuchswerbung bestimmter Industriezweige sowie auf die weitere Förderung der Erforschung gentechnisch veränderter Mikroorganismen

Antr
 s. *Gentechnologie*
 Drs 13/2723

Zukunft der Imkerei bei Verwendung gentechnologisch veränderten Saatguts und Pflanzenmaterials in der Landwirtschaft

Entwicklung der haupt- und nebenberuflich betriebenen Imkerei, Anteil der in ökologisch orientierten Anbauverbänden organisierten Imker mit einer Vermarktung entsprechend qualitativer Produkte; Konsequenzen der Anwendung gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft; Höhe und Träger der Kosten für zusätzliche Untersuchungen auf Verunreinigungen; Anstreben eines freiwilligen Verzichts auf den Einsatz von GVO in Gesprächen mit den Landwirten

Antr
 s. *Bienenzucht*
 Drs 13/2876

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO zur Durchführung des Ges über forstliches Saat- und Pflanzgut

GesEntw
 s. *Verwaltungsreform*
 Drs 13/3201

Freiwilliger Verzicht auf Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in BW

Unterstützung der Landwirte und deren Verbände mit o.g. Zielsetzung; Erarbeitung von Vorschlägen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft bzw Erhaltung des HQZ als Gütesiegel für gentechnikfreie Produkte

Antr
 s. *Gentechnologie*
 Drs 13/3472

Gentechnik durch die Hintertür - verbotene Einführung von gentechnisch veränderten Organismen?

Ungenehmigte Einfuhr von o.g. Zucchini-saatgut durch die niedersächsische Tochterfirma des US-Unternehmens Monsanto, Reaktionen der zuständigen Länderbehörden, Erfolgskontrolle der Rückrufaktion; vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung des Imports und Einsatzes von entsprechendem Saatgut

Antr
 s. *Gentechnologie*
 Drs 13/4686

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Anreize und Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf Ackerflächen, Grünland, im Wein- und

Obstbau; Strategien zur Erhaltung und Mehrung des Bestands alter Obstsorten; Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutztierassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr
s. *Artenschutz*
Drs 13/4886

Haltung der LReg zur Agro-Gentechnik

Frage nach dem Stand der (bisher als noch offen bezeichneten) Meinungsbildung des MinPräs bzw der möglichen Vereinbarkeit mit der zur Agrogentechnik positiven Haltung des Landwirtschaftsministers; Unterstützung der Bestrebungen um freiwillige Vereinbarungen von Landwirten zum Verzicht auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen? Konsequenzen aus dem zu erwartenden Scheitern der Koexistenz von konventioneller/ökologischer Landwirtschaft und Gentechnik; Festhalten am bestehenden GentechnikGes im BRat, insbes an der Haftungsregelung; Verzicht auf Werbung für die Agrogentechnik bis zur Klärung der Haltung des MinPräs

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/5064

Chancen und Risiken des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4560-4567 4592 4593 4595-4598

Risiken und Chancen des Anbaus von gentechnisch veränderten Pflanzen, Verneinung einer möglichen Koexistenz von konventioneller Landwirtschaft und Gentechnik

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457-7460 7463-7467 7470 7472-7474

Pflanzenbehandlungsmittel

s.a. Schädlingsbekämpfung

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des Ges über die Einschränkung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Verwendung von in Deutschland nicht zugelassenen Pflanzenschutzmitteln im Obstbau

Herkunft, Zusammensetzung und Einsatzregionen o.g. Mittel und Wirkstoffe; Auswirkungen auf die Marktfähigkeit der Produkte und das HQZ; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden; Vermarktung von entsprechend behandeltem Obst, u.a. auch mit dem hier verbotenen Wirkstoff Plantomyzin, aus anderen EU-Ländern in Deutschland; Hinwirkung auf besondere Kennzeichnungspflichten bzw Harmonisierung des EU-weiten Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln

Antr FDP/DVP 22.11.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/469
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 646-661
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 46-49
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee
Zeitpunkt der Information über o.g. Praktiken und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden; Verschärfung der Vergabe- und Anwendungskriterien des HQZ und Verstärkung der Kontrollen; Bewertung des Vertriebs illegaler Spritzmittel über WLZ-Verkaufsstellen, Erkenntnisse über solche Mittel aus Nicht-EU-Ländern; Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern; Änd des AusführungsGes zum Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes zur Erleichterung von Verbraucherwarnungen

Antr GRÜNE 23.11.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/474
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 646-661
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 46-49
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Verbrauchertäuschung im Erwerbsobstbau in der Bodenseeregion und Informationspolitik der LReg

Verwendung unerlaubter Pflanzenschutz- und ertragssteigernder Spritzmittel, Falschdeklaration von Obst und Gemüse: Auflistung der Betriebe, Anteil der Produzenten nach dem HQZ, Zeitpunkt der Information und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden

Antr
s. *Obstbau*
Drs 13/476

Zulassung und Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln

Wettbewerbsnachteile der Landwirtschaft durch die fehlende bzw restriktive Zulassung notwendiger Pflanzenschutzmittel im Obst- und Gemüsebau im Vergleich zu anderen EU-Staaten sowie durch Import und Vermarktung von mit hier verbotenen Mitteln behandelten Produkten aus diesen Ländern; Unterstützung der heimischen Erzeuger

Antr Helmut Kiefl u.a. CDU 28.11.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/499
BeschlEmpf und Bericht LandwA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 46-49
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Versäumnisse der LReg in der Informationspolitik im Spritzmittelkandal des baden-württembergischen Obstbaus

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 646-661

Gefahr durch Feuerbrand im Obstbau

Darlegung o.g. Gefahren und Existenzbedrohung von Obstbauern in BW, insbes in der Bodenseeregion; Begründung des Verbots von Plantomycin, Stand der Forschung um Alternativpräparate, Eintreten für eine Modifikation der HöchststückstandsmengenVO beim Honiggrenzwert

Antr
s. *Pflanzenkrankheit*
Drs 13/743

Unerlaubter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Bodenseeregion

Umfang und Zeitpunkt der Information des MLR und nachgeordneter Behörden, des Landesbauernverbands und Obstbauernverbands; angewandte Grenzwerte für Chlormequat bei Kernobst; Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung und zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Obst vom Bodensee, Beantragung einer Einstufung als Sonderregion

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 14.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/744

Kontrolle von Birnensäften

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen o.g. Untersuchungen auf nicht zugelassene Spritzmittel

KlAnfr
s. *Fruchtsaft*
Drs 13/772

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr
s. *Hagel*
Drs 13/1083

Konsequenzen aus dem Nitrofen-Skandal für den Verbraucherschutz in BW

Aktuelle Debatte
s. *Verbraucherschutz*
PIPr 13/28 S. 1651

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Ausbreitung und Bekämpfung der Miniermotte auf Kastanienbäumen

Maßnahmen und Methoden zur o.g. Schädlingsbekämpfung, insbes biologische Möglichkeiten, natürliche Feinde, Pflanzenschutzmittel; Ergebnisse des EU-Projekts CONTROCAM

KlAnfr
s. *Pflanzenschädling*
Drs 13/1275

Umgang mit Belastungen von Chlormequat in Birnenobst

Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen der staatlichen Kontrollen; Umgang mit den auch in den nächsten Jahren zu erwartenden Rückständen; Zulässigkeit der Verarbeitung von belastetem Obst zu Obstbrand

Antr
s. *Obst*
Drs 13/1332

Geplanter Gifteinsatz gegen Maikäferbefall

Ausmaß und Auswirkungen der großflächigen Ausbringung von Pestiziden in den Hardtwäldern auf Menschen, Tiere und Pflanzen; Erfolgsaussichten und Erfahrungen nach den Aktionen der letzten Jahre; Hinwirkung auf naturverträgliche Alternativen bzw Verzicht auf einen Gifteinsatz

Antr
s. *Schädlingsbekämpfung*
Drs 13/1881

Schadstoffbelastung von Früherdbeeren aus dem Mittelmeerraum

Untersuchung o.g. Importware auf Pestizidrückstände, Feststellung von verbotenen Pflanzenschutzmitteln? Beurteilung der Gesundheitsrisiken, Information der Verbraucher

Antr
s. *Obst*
Drs 13/2002

Ges zur Aufhebung landesrechtlicher Vorschriften über Pflanzenschutzmittel

Aufhebung des Gesetzes über die Einschränkung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und der Pflanzenschutzmittel-AusnahmeVO, Zulassung in Haus- und Kleingärten mit der Umsetzung einer EU-Richtlinie

GesEntw LReg 14.10.2003 Drs 13/2497
1. Beratung PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3696
2. Beratung PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3755-3758
GesBeschl 30.10.2003 Drs 13/2574
GBI 2003 Nr. 14 S. 705 706 (Ges vom 30.10.2003)

Nutzung von Pflanzenschutzmitteln durch Kleingärtner

Benötigung eines Sachkundenachweises? Vereinbarkeit dieser erforderlichen Qualifikation für Erwerbsgärtner, Landwirte und Weingärtner mit dem EU-Recht

MdlAnfr 1) Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 11.11.2003 Drs 13/2589
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3891

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Auflösung des WKD; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Skandalen um BSE und Nitrofen?

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Agrarforschung in BW

Forschungsschwerpunkte in der Pflanzen- und Tierzucht, Pflanzenschutz- und Düngemittelforschung

Antr
s. *Agrarforschung*
Drs 13/2867

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnelleres Verkehrsverbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3062

Projekt zur „verdeckten Feldbeobachtung“; Kontrolle der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln

Rechtsgrundlage, inhaltliche Ausgestaltung, Ziele und Kosten des o.g. Projekts des Umweltbundesamts; Einbeziehung von

Vertretern der Landwirtschaft und des MLR?

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 28.04.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3147
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 23.06.2004 Drs 13/3492 S. 72 73
 PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Pflanzenschutz-SachkundeprüfungsVO sowie der VO zur Durchführung des PflanzenschutzGes

GesEntw
 s. *Verwaltungsreform*
 Drs 13/3201

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Vergleich zwischen konventionellem und ökologischem Landbau hinsichtlich der Belastung von Lebensmitteln mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln und der Grundwasserbelastung mit Nitrat

GrAnfr
 s. *Ökologischer Landbau*
 Drs 13/4606

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der Untersuchungen von Obst und Gemüse auf Pestizidrückstände

Antr
 s. *Lebensmittelkontrolle*
 Drs 13/4935

Aufdeckung des Einsatzes verbotener Spritzmittel im Obstbau durch die Lebensmittelüberwachung; Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelrechts in der EU

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1047 1049 1050 1054 1055 1058

Beklagung des mangelnden Informationswillens der Behörden bei der Belastung von Bodenseeobst mit Pflanzenschutzmitteln und Ökogetreide mit Nitrofen; europäische Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelrechts

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1867 1872 1873 1876 1877

Grundwasserbelastung durch Pflanzenschutzmittelrückstände am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1990

Marktchancen ökologischer Produkte trotz des Nitrofen-Skandals, Ursachen und Konsequenzen der Verunreinigungen; Pestizidrückstände bei Früherdbeeren aus dem Mittelmeerraum

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3086 3088 3120-3124

Notwendigkeit einer europäischen Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelrechts

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3403 3411

Notwendigkeit einer europäischen Harmonisierung des Pflanzenschutzmittelrechts; Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes mithilfe gentechnisch veränderter Pflanzen

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4555 4558 4559 4561 4562 4592 4593 4597

Pestizidrückstände in Lebensmitteln; Effizienz der Pestizid-Untersuchungsprogramme

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5208

Verneinung einer Reduzierung des Pestizideinsatzes mit der Gentechnik

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6646

Reduzierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes mithilfe gentechnisch veränderter Pflanzen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7463 7464

Pflanzenkrankheit

Gefahr durch Feuerbrand im Obstbau

Darlegung o.g. Gefahren und Existenzbedrohung von Obstbauern in BW, insbes in der Bodenseeregion; Begründung des Verbots von Plantomycin, Stand der Forschung um Alternativpräparate, Eintreten für eine Modifikation der HöchststückstandsmengenVO beim Honiggrenzwert

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 14.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/743

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr
 s. *Hagel*
 Drs 13/1083

Birnenverfall - Streuobstwiesen

Stopp des Birnenverfalls durch Phytoplasmen

Antr Frieder Birzele u.a. SPD 22.12.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3921
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.03.2005 Drs 13/4312 S. 51
 PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Pflanzenschädling

s.a. *Schädlingsbekämpfung*

Ausbreitung und Bekämpfung der Miniermotte auf Kastanienbäumen

Maßnahmen und Methoden zur o.g. Schädlingsbekämpfung, insbes biologische Möglichkeiten, natürliche Feinde, Pflanzenschutzmittel; Ergebnisse des EU-Projekts CONTROCAM

KIAnfr Dr. Carmina Brenner CDU 26.08.2002 und Antw MLR Drs 13/1275

Geplanter Gifteinsatz gegen Maikäferbefall

Ausmaß und Auswirkungen der großflächigen Ausbringung von Pestiziden in den Hardtwäldern auf Menschen, Tiere und Pflanzen; Erfolgsaussichten und Erfahrungen nach den Aktionen der letzten Jahre; Hinwirkung auf naturverträgliche Alternativen bzw Verzicht auf einen Gifteinsatz

Antr
 s. *Schädlingsbekämpfung*
 Drs 13/1881

Gebietsfremde Schaderreger im Weinbau

Frage nach einer bereits erfolgten Einschleppung und Verbreitung von gebietsfremden und auch alten Schadorganismen, wie z.B. der Reblaus, im Zuge der Globalisierung und Klimaveränderung; Ergreifung von Gegenmaßnahmen, Vergabe von Forschungsarbeiten, Entwicklung von Präventionsstrategien iR einer internationalen Zusammenarbeit

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 05.02.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2891

BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.04.2004 Drs 13/3239 S. 44

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Bedrohung der Wälder durch Borkenkäfer u.a. Schädlinge; konventionelle und chemische Bekämpfungsmaßnahmen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054 5056-5063 5065 5066

Kritik an der Begründung, dem Ergebnis und den Kosten einer Verträglichkeitsstudie zur Bekämpfung von Waldmaikäfern

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6592

Pflanzenschutzmittel

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Pflanzenschutzmittel-Ausnahmeverordnung

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Pflanzenschutzmittelhersteller

s. *Chemische Industrie*

Pflanzenschutzmittelrecht

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Pflanzgut

s. *Pflanze*

Pflegebedürftiger

s.a. *Betreuung (Rechtsinstitut)*

Pflegeurlaub

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen seit Einführung der Pflegeversicherung nach Pflegestufen, Anteil und Gründe der Einweisung in eine Pflegeeinrichtung, Hinwirkung auf Einführung eines Pflegeurlaubs für pflegende Angehörige über eine BRatsinitiative

Antr

s. *Pflegeurlaub*

Drs 13/104

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen

Probleme von Pflegebedürftigen mit ihren Krankenkassen bei der Abrechnung von ärztlich verordneten Hilfsmitteln; Sicherstellung des Versorgungsanspruchs der Versicherten; Rechtslage, Möglichkeiten und Kosten zur Bereitstellung der notwendigen Mittel durch die Heime

KlAnfr

s. *Medizinisches Hilfsmittel*

Drs 13/221

Zukunft der stationären Altenpflege in BW

Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Pflegebedürftigkeit bis 2010, Gegenüberstellung des Bedarfs und der Bereitstellung von Pflegepersonal, ambulanten Pflegediensten, voll- und teilstationären Pflegeplätzen; Entwicklung des Bedarfs und der Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierungs-, Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeheime; Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege trotz veränderter Lebensformen und demographischer Bedingungen, Entlastung der pflegenden Angehörigen, Stellenwert der wohnortnahen Versorgung und freien Heimplatzwahl, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Schaffung der zusätzlichen 10 000 Pflegeplätze

GrAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/233

Geriatrische Rehabilitation

Entwicklung der Pflegesätze in den o.g. Reha-Kliniken im Vergleich zur Finanzierung der Personalausstattung, insbes im nicht-ärztlichen Sektor, seit 1996; Anteil von eingewiesenen Patienten aus dem häuslichen Umfeld und aus Pflegeheimen; Einrichtung einer Schiedsstelle; Schaffung von ambulanten und teilstationären Plätzen nach der Resolution des Landesseniorenrats; Modelle der Alltagsrehabilitation und Übergangspflege; Berücksichtigung der Verlagerung von Pflegeanteilen in den ambulanten Sektor bei der Festlegung von Fallpauschalen

Antr

s. *Rehabilitation*

Drs 13/485

Niederschwellige Betreuungsangebote und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für demenzkranke Pflegebedürftige

Förderung o.g. Betreuungsgruppen seit 1998 sowie iRd Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung durch das Pflegeleistungs-ErgänzungsGes, Kofinanzierung der auf das Land entfallenden Mittel der Pflegeversicherung

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 11.12.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/556

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/997 S. 29 30

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Heimaufsicht in BW

Personalausstattung, Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen der Aufsichtsbehörden; Entwicklung der Daten seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3220; Auflistung von Beratungen, Beschäftigungs- und Betriebsverboten aufgrund von Gewalt gegen Pflegebedürftige; Auswirkungen der Novelle des HeimG; Kooperation mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung; Vorlage eines LHeimaufsichtsberichts alle zwei Jahre

Antr

s. *Heimaufsicht*

Drs 13/560

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Förderung von Beratungsstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, Förderung von Betreuungsangeboten für demenzkranke Pflegebedürftige

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659 21-22 S. 53-56

ÄAntr SPD 30.01.2002 Drs 13/683 4-5 S. 10-13

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Ambulante und stationäre Dienste

Verstärkte Inanspruchnahme ambulanter Dienste nach Einführung der Fallpauschalen, insbes von älteren Menschen; rechtzeitige Begutachtung und Einstufung in Pflegestufen durch den medizinischen Dienst; Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflege und des Mangels an Fachkräften, Abhilfe durch Werbung für die Pflegeberufe; Träger der Kosten für die höheren Aufwendungen infolge des Pflege-QualitätssicherungsGes

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/864

Rahmenvertrag zur vollstationären Pflege nach § 75 SGB XI

Umsetzung der Vorgaben des Pflege-QualitätssicherungsGes, Verhandlungsstand zwischen Kostenträgern und Leistungsanbietern über einen neuen Rahmenvertrag für landesweite Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs bzw von Personalrichtwerten

Antr
s. *Altenpflege*
Drs 13/880

Demenzerkrankungen - eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung

Entwicklung der Formen und Verbreitung o.g. Krankheitsbilder; vorhandene Verfahren zur Früherkennung, Prävention und Therapie; Versorgung der Erkrankten durch Angehörige, ambulante und stationäre Einrichtungen; Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Modellprojekten

Antr
s. *Gehirnkrankheit*
Drs 13/1259

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen - ein Jahr später...

Verweigerung der Kostenübernahme von Pflegehilfsmitteln durch die Krankenkassen seit 1995 bzw Abwälzung der Kosten auf die Pflegeversicherung, Frage nach Aktivitäten des SM zur Umsetzung der Regressforderungen nach einer entsprechenden Aufforderung des Bundesversicherungsamts

KlAnfr
s. *Medizinisches Hilfsmittel*
Drs 13/1370

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl von behinderten alten Menschen seit 1993, jeweiliger Anteil der von Angehörigen betreuten, ambulant und in Heimen versorgten Pflegebedürftigen, Beurteilung von Modellen zur Versorgungsqualität und Integration

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Hitzetote und Folgen der Hitzewelle in BW

Frage nach der Zahl o.g. Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen; Konsequenzen aus der Problematik des Flüssigkeitsmangels von alten, kranken und behinderten Menschen in Heimen; Vorlage eines neuen Gesamtkonzepts zur Vorsorge und zum Schutz von Risikogruppen; Beteiligung an einem Vorhersageprojekt des Deutschen Wetterdienstes

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2374

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf das Ordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw Zuzahlungen der Patienten, insbes auch auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Herausforderungen der demographischen Entwicklung und damit auch der Zunahme von Demenzerkrankungen, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Gewährleistung der notwendigen Infrastruktur für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 892 894-896 898 899 902 903 913

Zunahme der Pflegebedürftigkeit infolge der Zahl von Hochbetagten; Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544-2555

Situation der älteren Menschen und Pflegebedürftigen, Bedarf an neuen Heimplätzen und wohnortnahen Pflegeeinrichtungen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3617

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen aufgrund der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur, Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3886-3890

Versorgung der Pflegebedürftigen, Kritik an den Kürzungen für die ambulanten Dienste

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4166 4206 4208 4211 4214

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und demenziellen Erkrankungen, Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4682-4688

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und demenziellen Erkrankungen, Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4802-4808

Flankierende Unterstützung von Angehörigen bei der häuslichen Pflege von alten und kranken Menschen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7559 7565

Zunahme der Zahl von Pflegebedürftigen und demenziellen Erkrankungen, Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7772 7773 7775-7782

Pflegeberuf

s.a. *Altenpflegegesetz*
s.a. *Fachhochschule für Pflegeberufe*

Maßnahmen gegen einen drohenden Personalnotstand in der Pflege

Entwicklung der Schülerzahlen und des Fachkräftebedarfs in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Konsequenzen der Blockade des BAltenpflegeGes aufgrund der Entscheidung des BVerfG für die Altenpflegeausbildung und Altenpflegesschulen; Umsetzung der Empfehlungen des Landesarbeitskreises Pflegeberufe

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 01.08.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/143

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 40 41

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Zukunft der stationären Altenpflege in BW

Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Pflegebedürftigkeit bis 2010, Gegenüberstellung des Bedarfs und der Bereitstellung von Pflegepersonal, ambulanten Pflegediensten, voll- und teilstationären Pflegeplätzen; Entwicklung des Bedarfs und der Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierungs-, Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeheime; Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege trotz veränderter Lebensformen und demographischer Bedingungen, Entlastung der pflegenden Angehörigen, Stellenwert der wohnortnahen Versorgung und freien Heimplatzwahl, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Schaffung der zusätzlichen 10 000 Pflegeplätze

GrAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/233

Interkulturelle stationäre Pflege im Krankenhaus

Zahl und Nationalität ausländischer Patienten und Pflegekräfte, Berücksichtigung der jeweiligen Problemlagen, Beurteilung des o.g. Projekts an der Universitätsklinik Essen als Bestandteil der Mitarbeiterausbildung, Versorgung der Patienten mit Informationsmaterialien in deren Muttersprache

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/459

Ausbildungsinitiative für Pflegeberufe

Neugestaltung der Ausbildungsstellenfinanzierung mit Einführung des DRG-Fallpauschalensystems im Krankenhauswesen; Bündelung der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege bis hin zum FH-Studium für Pflegeberufe; Neuorganisation sämtlicher Ausbildungsschritte bzw Alten- und Krankenpflegesschulen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 03.12.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/517

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/997 S. 26 27

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Anrechnung der Schlüsselqualifikationen von Familienfrauen auf bestimmte Ausbildungen und eine damit verbundene Verkürzung von Ausbildungszeiten

Anrechnung der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie von ehrenamtlichen Tätigkeiten im sozialen Bereich bei Ausbildungen nach der Familienphase, Gewinnung von Altenpflegerinnen und Hauswirtschafterinnen, Entwicklung der Ausbildungstätigkeit und der Chancen am Arbeitsmarkt für Hauswirtschafterinnen

KIAnfr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/604

Ambulante und stationäre Dienste

Verstärkte Inanspruchnahme ambulanter Dienste nach Einführung der Fallpauschalen, insbes von älteren Menschen; rechtzeitige Begutachtung und Einstufung in Pflegestufen durch den medizinischen Dienst; Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflege und des Mangels an Fachkräften, Abhilfe durch Werbung für die Pflegeberufe; Träger der Kosten für die höheren Aufwendungen infolge des Pflege-QualitätssicherungsGes

KIAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/864

Situation von Schwestern und Pflegern

Zahl von arbeitslosen Pflegekräften, Anteil von Arbeitslosigkeit aufgrund beruflich bedingter gesundheitlicher Beeinträchtigung sowie wegen Unvermittelbarkeit aufgrund der familiären Situation; Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 20.03.2002 und Antw SM Drs 13/867

Rahmenvertrag zur vollstationären Pflege nach § 75 SGB XI

Umsetzung der Vorgaben des Pflege-QualitätssicherungsGes, Verhandlungsstand zwischen Kostenträgern und Leistungsanbietern über einen neuen Rahmenvertrag für landesweite Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs bzw von Personalrichtwerten

Antr

s. *Altenpflege*

Drs 13/880

Gesundheit in Europa

Harmonisierung der Aus- und Fortbildung der ärztlichen Berufe und der Pflegeberufe, gegenseitige Anerkennung der Approbation bzw der Pflegeberufsabschlüsse in den Mitgliedstaaten

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1163

Einführung einer Ausbildungsumlage zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Altenpflege

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes

Antr

s. *Ausbildungsabgabe*

Drs 13/1434

Sicherstellung des Berufsnachwuchses in der Pflege bei steigendem Bedarf

Zahl der vorhandenen, besetzten und bis 2010 benötigten Ausbildungsplätze; Vorschläge zur verstärkten Heranführung von Haupt- und Realschulabsolventen an die Pflegeberufe, Anrechnung einer Helferausbildung bei der Ausbildung zur Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege; Optimierung der Fort- und Weiterbildungsmodule bis hin zum FH-Studium

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 19.12.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1644

BeschlEmpf und Bericht SozA 10.04.2003 Drs 13/2222 S. 40-44

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Krankenpflegehilfeausbildung

Zahl der o.g. Ausbildungsplätze in BW; Erlass von Regelungen für die Ausbildung zur Krankenpflegehilfe

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 17.06.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2165
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 54 55
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Ges zur Ausführung des AltenpflegeGes und zur Änd des LandespflegeGes

Ermöglichung der zeitlich begrenzten Genehmigung von Modellversuchen zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe; Ermächtigung des KM und SM zur Bestimmung der das AltPflG ausführenden Behörden sowie zur Regelung der Ausbildung, Prüfung und Erlaubnis für Pflegehilfsberufe durch RechtsVO; Schaffung weiterer Ermächtigungsnormen zur Regelung gemeinsamer Weiterbildungen in Pflegeberufen und pädagogischen Berufen

GesEntw LReg 23.09.2003 Drs 13/2432
1. Beratung PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3554 3555
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2616
2. Beratung PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3886-3891
GesBeschl 27.11.2003 Drs 13/2688
GBI 2003 Nr. 15 S. 719 720 (Ges vom 09.12.2003)

Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der Krankenpflege durch die Einrichtung von entsprechend qualifizierenden Studiengängen an Fachhochschulen

Einrichtung der notwendigen Studiengänge für Leitungs- und Lehrkräfte an Krankenpflegeschulen

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 24.09.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2441
BeschlEmpf und Bericht SozA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 40 41
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Zahl der vorhandenen und künftig notwendigen Ausbildungsplätze in der Altenpflege; Erlass einer RechtsVO auf Grundlage der o.g. Bestimmung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des Sozialministers u.a. Regierungsmitglieder

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/2698

Entwicklung der Pflegeausbildung im Land

Zahl der angebotenen und besetzten Ausbildungsplätze in der Kranken-, Kinderkranken-, Altenpflege und -pflegehilfe; Unterstützung von Modellprojekten zur integrierten Pflegeausbildung sowie von neuen Pflegeassistentenberufen; Fortbildungsangebote für Pflegefachlehrer zur Übernahme einer Leitungsfunktion in einer Pflegeschule

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 14.01.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2795
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.03.2004 Drs 13/3492 S. 57-59
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Abbau von Ausbildungsstellen an den Krankenpflegeschulen der Universitätsklinika?

Zahl der vorhandenen bzw künftig notwendigen Ausbildungsplätze für Pflegeberufe an den einzelnen Universitätskliniken, Anteil an der Gesamtzahl; Verhinderung eines Abbaus der Ausbildungskapazitäten

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 14.04.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3114
BeschlEmpf und Bericht SozA 17.06.2004 Drs 13/3492 S.

68 69
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Pflegekräfte aus den MOE-Staaten bzw Schwarzarbeit in der häuslichen Pflege

Ausmaß, Rechtsgrundlage und Auswirkungen o.g. Arbeitsverhältnisse; Kontrolle durch die Arbeitsverwaltung? Bezahlung der osteuropäischen Pflegekräfte durch die Angehörigen mit bezogenem Pflegegeld? Behandlung der Problematik in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zum ZuwanderungsGes

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 27.04.2004 und Antw SM Drs 13/3142

Situation von Senioren mit Migrationshintergrund und von ausländischen Senioren

Datenentwicklung bis 2020 differenziert nach Geschlechtern, Herkunftsländern und regionaler Verteilung in BW; Schaffung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären Pflegeinfrastruktur, entsprechende Ausbildung bzw Anwerbung geeigneter Pflegefachkräfte, Frage nach spezialisierten Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/3412

Ausbildungsumlage nach § 25 AltenpflegeGes

Erlass einer RechtsVO auf Grundlage von § 25 AltenpflegeGes, Anstreben von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/3659

Keine Absenkung der Fachkraftquote in Pflegeheimen

Derzeitige Fachkraftquote; Rücknahme einer BRatsinitiative zur Absenkung dieser Quote mit einer Änderung der HeimpersonalVO

Antr SPD 18.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3660

Kriterienkatalog des baden-württembergischen Sozialministeriums für die Heimaufsichtsbehörden in BW vom 19.03.2003; hier: Zusammenlegung von Leiterstellen in Heimen

Vorgaben und Effekte einer Zusammenlegung von Leitungsfunktionen in Pflegeheimen; Scheitern eines entsprechenden Antrags des Gaggenauer Altenhilfevereins für zwei dortige Einrichtungen beim zuständigen Landratsamt Rastatt

MdIANfr
s. *Heimaufsicht*
Drs 13/3722

Krankenhausfinanzierung - DRGs

Auswirkungen des II. FallpauschalenänderungsGes auf die Finanzierung der Ausbildungskrankenhäuser für Säuglingspflege, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4039

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Maßnahmen zur Gewinnung von qualifizierten Pflegekräften, Beurteilung des derzeitigen Versorgungsschlüssels

GrAnfr

s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Finanzielle Förderung der Berufsfachschulen für Altenpflege
Aktuelle und künftige Schülerzahlen an den Altenpflegesschulen, Einschätzung des Bedarfs an Ausbildungsplätzen, Entwicklung der Förderung nach dem PrivatschulGes, Konsequenzen der Einstufung als Teilzeitschulen; Verbesserung der finanziellen Förderung?

Antr
s. *Altenpflegeschule*
Drs 13/4985

Erste Erfahrungen mit der Umlage für die Ausbildung in der Altenpflege

Höhe und Wirkungen der seit Jahresbeginn von den ambulanten und stationären Diensten erhobenen Umlage in der Altenpflege- und Altenpflegehilfeausbildung, Entwicklung der Zahl von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit 2001, Ausgestaltung und Effizienz des Verfahrens zur Erhebung und Verrechnung der Mittel, Einrechnung der Umlage in die Heimpflegesätze bzw Betreuungssätze der ambulanten Dienste? Höhe der Verwaltungskostenbeteiligung des KVJS

Antr
s. *Ausbildungsabgabe*
Drs 13/5231

Feststellung eines Defizits an stationären und ambulanten Pflegekräften, Abmilderung durch Ausweitung der Greencard

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 806 807

Verbesserung der Ausbildung und Attraktivität der Pflegeberufe, Start einer Imagekampagne

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 892 899 906 913

Entwicklung des Bedarfs an Pflegekräften, Verbesserung der Rahmenbedingungen, Start einer Imagekampagne für Pflegeberufe, Ermöglichung der Durchlässigkeit zwischen Alten- und Krankenpflege

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1324-1336

Abmilderung des Mangels an Pflegekräften, Mobilisierung des Potenzials älterer Arbeitnehmer für die Altenpflege, Bewertung des Rottweiler Modells

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1688 1689

Erinnerung an den Fall der Erkämpfung seiner Zulassung als Entbindungspfleger durch einen Krankenpfleger vor Gericht; Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die Beschäftigten im Gesundheitswesen, Befürchtung einer Verschärfung des Pflege-notstands

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2037 2075-2077 2079 2080 2082-2085 2087-2089

Gewährleistung einer qualifizierten Heimaufsicht ohne Beeinträchtigung der Motivation der Pflegekräfte und Pflegeleitungen, Stärkung der Eigenkontrollen, Verbesserung der Attraktivität der Pflegeberufe

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2518-2523

Entwicklung des Bedarfs an Pflegekräften, Verbesserung der Rahmenbedingungen, Start einer Imagekampagne für Pflegeberufe

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2545 2546 2550 2551 2553-2555

Würdigung der Leistungen von Frauen in der Altenpflege, Werbung um mehr Männer in den Pflegeberufen

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3214

Feststellung eines dringenden Handlungsbedarfs gegen die Abwerbung von Pflegekräften aus grenznahen Regionen in die Schweiz

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3295

Fehlbedarf an Pflegepersonal, Verbesserung der Rahmenbedingungen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3617

Verbesserung der Personalausstattung in den Pflegeheimen, Berücksichtigung des Mehraufwands für die Pflege von Demenzkranken, Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, Erfolgsbewertung der Imagekampagne, Ausbildungsregelung für die Pflegehilfsberufe

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3886-3890

Erhaltung der Steuerfreiheit für Nachtzuschläge der Krankenschwestern; Entwicklung des Bedarfs an Pflegekräften, Erfolgsbewertung der Imagekampagne für Pflegeberufe

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4151 4174 4214 4215

Erhaltung der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags- und Nachtarbeit von Pflegekräften

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4514

Bedarf an Pflegepersonal, Verbesserung der Ausbildungssituation

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5144

Fehlbedarf an Pflegepersonal, Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, Maßnahmen gegen illegale Beschäftigung in der häuslichen Pflege

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7561 7565

Bedarf an Pflegepersonal, Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7778 7779

Pflegeeltern

s.a. *Hauspflege*
s.a. *Tagesmutter*

Beratung und Unterstützung von Pflegefamilien

Zahl von Kindern in Pflegefamilien, Personalausstattung und Organisation der Jugendämter zur Wahrnehmung o.g. Aufgaben, Weiterbildung der Mitarbeiter, Kooperation mit Zusammenschlüssen von Pflegeeltern u.a. Einrichtungen, Anregung von Weiterentwicklungen, gleichmäßiger Ausbau der Angebote

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 02.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/894

BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2002 Drs 13/1401 S. 48-50

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Schul- und Lebenssituation schwer integrierbarer Jugendlicher
Modelle von Jugendhilfeeinrichtungen zur stützenden Begleitung o.g. Jugendlicher in einer Pflege- bzw Gastfamilie, Frage nach integrierten Schulen für Erziehungshilfe an Regelschulen und deren Ausstattung mit entsprechenden Lehrkräften und De-

putaten, Ausgestaltung der Praxis zur Überprüfung der Aufhebung einer E-Schulbedürftigkeit

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4113

Situation von Pflegekindern in BW

Zahl von Kindern in Pflegefamilien und Heimen nach dem KJHG, Umfang der jeweiligen finanziellen Unterstützung, Frage nach Kooperationsmodellen zwischen Heimbetreuung und der Betreuung in Pflegefamilien sowie nach Verbänden und deren Vertretung in den einschlägigen Gremien, Art der Vorbereitung und Begleitung von Pflegeeltern, Organisation und Kompetenzen der Pflegekinderdienste bei den Jugendämtern sowie deren Fachaufsicht

Antr
s. *Pflegekind*
Drs 13/4363

Pflegefall

s. *Pflegebedürftiger*

Pflegefamilie

s. *Pflegeeltern*

Pflegegesetz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)
Änd der VO zur Förderung von Pflegeheimen nach dem LPflegeGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Rahmenvertrag zur vollstationären Pflege nach § 75 SGB XI

Umsetzung der Vorgaben des Pflege-QualitätssicherungsGes, Verhandlungsstand zwischen Kostenträgern und Leistungsanbietern über einen neuen Rahmenvertrag für landesweite Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs bzw von Personalrichtwerten

Antr
s. *Altenpflege*
Drs 13/880

Ges zur Ausführung des AltenpflegeGes und zur Änd des LandespflegeGes

Ermöglichung der zeitlich begrenzten Genehmigung von Modellversuchen zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe; Ermächtigung des KM und SM zur Bestimmung der das AltPflG ausführenden Behörden sowie zur Regelung der Ausbildung, Prüfung und Erlaubnis für Pflegehilfsberufe durch RechtsVO; Schaffung weiterer Ermächtigungsnormen zur Regelung gemeinsamer Weiterbildungen in Pflegeberufen und pädagogischen Berufen

GesEntw
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/2432

Auswirkungen der geplanten Novellierung des LPflegeGes auf das Pflegeheimförderprogramm

Verzögerung der Verabschiedung des diesjährigen Pflegeheimförderprogramms aufgrund der o.g. Novellierung, Auswirkun-

gen auf geplante Baumaßnahmen, bedarfsgerechte Aufstockung des Programms?

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 13/2914

Ges zur Neuordnung der Pflegeheimförderung

Änderung des LandespflegeGes und der Pflegeheimverordnung: Reduzierung der Förderquote, der Fördertatbestände und Sonderregelungen sowie der förderbaren Höchstplatzzahl, Einführung eines Eigenmittelanteils der Träger und eines pauschalen Abzugs für unterlassene Instandhaltung

GesEntw
s. *Pflegeheim*
Drs 13/3039

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandespflegeGes sowie der VO über den Landespflegeausschuss nach § 92 SGB XI

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Hinweis auf die Verantwortung des Landes für das Vor- und Umfeld der Pflegebedürftigkeit nach dem LPflegeGes

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 895

Regelung der Ausbildungsumlage in der Altenpflegeausbildung mit dem LandespflegeGes; Verbesserungen für Demenzkranke mit dem PflegeleistungsergänzungsGes

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1325 1326 1328 1336

Pflegeheim

s.a. *Heimaufsicht*

Pflegeurlaub

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen seit Einführung der Pflegeversicherung nach Pflegestufen, Anteil und Gründe der Einweisung in eine Pflegeeinrichtung, Hinwirkung auf Einführung eines Pflegeurlaubs für pflegende Angehörige über eine BRatsinitiative

Antr
s. *Pflegeurlaub*
Drs 13/104

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen

Probleme von Pflegebedürftigen mit ihren Krankenkassen bei der Abrechnung von ärztlich verordneten Hilfsmitteln; Sicherstellung des Versorgungsanspruchs der Versicherten; Rechtslage, Möglichkeiten und Kosten zur Bereitstellung der notwendigen Mittel durch die Heime

KIAnfr
s. *Medizinisches Hilfsmittel*
Drs 13/221

Zukunft der stationären Altenpflege in BW

Entwicklung der Bevölkerung nach Altersgruppen und Pflegebedürftigkeit bis 2010, Gegenüberstellung des Bedarfs und der Bereitstellung von Pflegepersonal, ambulanten Pflegediensten, voll- und teilstationären Pflegeplätzen; Entwicklung des Bedarfs und der Bereitstellung von Fördermitteln für Sanierungs-

, Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflegeheime; Unterstützung des Vorrangs der häuslichen Pflege trotz veränderter Lebensformen und demographischer Bedingungen, Entlastung der pflegenden Angehörigen, Stellenwert der wohnortnahen Versorgung und freien Heimplatzwahl, Maßnahmen und Zeitperspektive zur Schaffung der zusätzlichen 10 000 Pflegeplätze

GrAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/233

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)
Änd der VO zur Förderung von Pflegeheimen nach dem LPflegeGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Heimaufsicht in BW

Personalausstattung, Intensität, Ergebnisse und Konsequenzen von Kontrollen der Aufsichtsbehörden; Entwicklung der Daten seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3220; Auflistung von Beratungen, Beschäftigungs- und Betriebsverboten aufgrund von Gewalt gegen Pflegebedürftige; Auswirkungen der Novelle des HeimG; Kooperation mit dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherung; Vorlage eines LHeimaufsichtsberichts alle zwei Jahre

Antr
s. *Heimaufsicht*
Drs 13/560

Pflegeheimförderprogramm 2002

Anteil der o.g. Fördermittel für Neubau- und Ersatzbaumaßnahmen sowie Sanierung bestehender Einrichtungen, Zahl der dadurch neu entstehenden Plätze

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 06.06.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1049
BeschlEmpf und Bericht SozA 26.09.2002 Drs 13/1638 S. 5
6
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen - ein Jahr später...

Verweigerung der Kostenübernahme von Pflegehilfsmitteln durch die Krankenkassen seit 1995 bzw Abwälzung der Kosten auf die Pflegeversicherung, Frage nach Aktivitäten des SM zur Umsetzung der Regressforderungen nach einer entsprechenden Aufforderung des Bundesversicherungsamts

KlAnfr
s. *Medizinisches Hilfsmittel*
Drs 13/1370

Antragsstau bei der Pflegeheimförderung

Zahl und Fördervolumen der gestellten Anträge auf Investitionsförderung nach den Vorschriften des LandespflegeGes - differenziert nach geplanten zusätzlichen Pflegebetten sowie Sanierung bestehender Kapazitäten

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 29.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1443
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 38 39
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Auswirkungen der vom Bund geplanten Kürzungen im Zivildienstbereich im Main-Tauber-Kreis und landesweit

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/1908

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/2027

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl von behinderten alten Menschen seit 1993, jeweiliger Anteil der von Angehörigen betreuten, ambulant und in Heimen versorgten Pflegebedürftigen, Beurteilung von Modellen zur Versorgungsqualität und Integration

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Hitzetote und Folgen der Hitzewelle in BW

Frage nach der Zahl o.g. Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen; Konsequenzen aus der Problematik des Flüssigkeitsmangels von alten, kranken und behinderten Menschen in Heimen; Vorlage eines neuen Gesamtkonzepts zur Vorsorge und zum Schutz von Risikogruppen; Beteiligung an einem Vorhersageprojekt des Deutschen Wetterdienstes

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2374

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/2598

Entwicklung und Förderung von Pflegeheimen in den LKreisen Lörrach und Waldshut

Zahl und Kategorien der beantragten zusätzlichen Pflegeplätze, Einschätzung des künftigen Bedarfs, Höhe des aktuellen und beantragten Fördervolumens

KlAnfr Alfred Winkler SPD 19.11.2003 und Antw SM Drs 13/2633

Pflegeheimförderung in BW

Entwicklung der Förderung von Neubau- und Ersatzbaumaßnahmen sowie Sanierung bestehender Einrichtungen in den einzelnen Stadt- und LKreisen; Darlegung des Bedarfs an Plätzen für die nächsten zehn Jahre; Grundsätze und Ziele der künftigen Förderung; Bau und Betrieb von Pflegeheimen in privater Trä-

gerschaft, Auswirkungen auf die Kreispflegeplanung und Pflegeheimförderung, Rechtsgrundlage und Folgen eines Ausstiegs aus der Objektförderung

Antr Alfred Haas u.a. CDU 10.12.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2720 (11 S.)
Ergänzende Stellungnahme SM 16.03.2005 Drs 13/4142 (17 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 07.04.2005 Drs 13/4745 S. 46 47
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Auswirkungen der geplanten Novellierung des LPflegeGes auf das Pflegeheimförderprogramm

Verzögerung der Verabschiedung des diesjährigen Pflegeheimförderprogramms aufgrund der o.g. Novellierung, Auswirkungen auf geplante Baumaßnahmen, bedarfsgerechte Aufstockung des Programms?

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 12.02.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2914

Ges zur Neuordnung der Pflegeheimförderung

Änderung des LandespflegeGes und der Pflegeheimverordnung: Reduzierung der Förderquote, der Fördertatbestände und Sonderregelungen sowie der förderbaren Höchstplatzzahl, Einführung eines Eigenmittelanteils der Träger und eines pauschalen Abzugs für unterlassene Instandhaltung

GesEntw LReg 23.03.2004 Drs 13/3039 (10 S.)
1. Beratung PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4682-4688
BeschlEmpf und Bericht SozA 22.04.2004 Drs 13/3128
2. Beratung PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4802-4809
GesBeschl 05.05.2004 Drs 13/3193
GBI 2004 Nr. 7 S. 210 211 (Ges vom 11.05.2004)

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 21

Darlegung der Entwicklung seit 2001 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage, Auswirkungen der vom Bund eingeführten Kürzungen im Zivildienstbereich im Wahlkreis 21 und landesweit

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3097

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Ostalbkreis

Darlegung der Entwicklung im Ostalbkreis und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3249

Situation von Senioren mit Migrationshintergrund und von ausländischen Senioren

Datenentwicklung bis 2020 differenziert nach Geschlechtern, Herkunftsländern und regionaler Verteilung in BW; Schaffung einer bedarfsgerechten ambulanten und stationären Pflegeinfrastruktur, entsprechende Ausbildung bzw Anwerbung geeigneter Pflegefachkräfte, Frage nach spezialisierten Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/3412

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Darlegung der Entwicklung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3448

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr
s. *Dokumentation*
Drs 13/3540

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3650

Keine Absenkung der Fachkraftquote in Pflegeheimen

Derzeitige Fachkraftquote; Rücknahme einer BRatsinitiative zur Absenkung dieser Quote mit einer Änderung der Heimpersonal-VO

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3660

Kriterienkatalog des baden-württembergischen Sozialministeriums für die Heimaufsichtsbehörden in BW vom 19.03.2003; hier: Zusammenlegung von Leiterstellen in Heimen

Vorgaben und Effekte einer Zusammenlegung von Leitungsfunktionen in Pflegeheimen; Scheitern eines entsprechenden Antrags des Gaggenauer Altenhilfevereins für zwei dortige Einrichtungen beim zuständigen Landratsamt Rastatt

MdlAnfr
s. *Heimaufsicht*
Drs 13/3722

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Anhebung der Verpflichtungsermächtigungen für die Pflegeheimförderung; Prüfung des Ausstiegs aus dem Pflegeheimförderprogramm

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-30 neu S. 69 70
EAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/3 S. 86
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946
Mittlg LReg 17.10.2005 Drs 13/4751 (12 S.)

Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen unterstützen

Hinwirkung auf Mindeststandards, Vereinheitlichung und größere Transparenz der o.g. Qualitätssicherung; Verzicht auf regelmäßige Prüfungen der zertifizierten Einrichtungen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen; Eintreten für eine bessere Honorierung der nachgewiesenen Pflegequalität

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 03.02.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/3997

BeschlEmpf und Bericht SoZA 07.04.2005 Drs 13/4379 S. 59-61

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Förderung der Pflegeheime im Großraum Stuttgart durch Mittel des Landes

Auflistung der Förderhöhe und -reihenfolge o.g. Heime, Vergleich der Fördermittel pro Einwohner mit dem Landesdurchschnitt, Berücksichtigung auch von gerontopsychiatrischen Einrichtungen für besondere Bedarfsgruppen sowie der fachlichen Meinung der Stadt Stuttgart?

KlAnfr Ruth Weckenmann SPD 15.08.2005 und Antw SM Drs 13/4601

Gebührenerhebung bei Heimbegehung nach dem LGebührenGes (LGebG)

Erhebung o.g. Gebühren von gebührenbefreiten Heimen, Erfolgsaussichten von Widersprüchen; Ausräumung von Ermessensspielräumen zugunsten einer landesweit einheitlichen Regelung

KlAnfr
s. Gebühren
Drs 13/4919

Erste Erfahrungen mit der Umlage für die Ausbildung in der Altenpflege

Höhe und Wirkungen der seit Jahresbeginn von den ambulanten und stationären Diensten erhobenen Umlage in der Altenpflege- und Altenpflegehilfeausbildung, Entwicklung der Zahl von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit 2001, Ausgestaltung und Effizienz des Verfahrens zur Erhebung und Verrechnung der Mittel, Einrechnung der Umlage in die Heimpflegesätze bzw. Betreuungssätze der ambulanten Dienste? Höhe der Verwaltungskostenbeteiligung des KVJS

Antr
s. Ausbildungsabgabe
Drs 13/5231

Ausbau der Kapazitäten in den Altenpflegeheimen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 57

Ausbau der Kapazitäten in den Altenpflegeheimen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77 78 117

Ausbau der Kapazitäten in den Altenpflegeheimen, Investitionsbedarf für Sanierungsmaßnahmen und neue Pflegeplätze

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799 806 807 824 825

Ausbau der Kapazitäten in den Altenpflegeheimen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 892 894 895 898 899 913

Eintreten für ein Umsteuern bei der Pflegeheimförderung von der Objekt- zur Subjektförderung; Ausbau der Zahl von Heimplätzen, Anregung von privaten Investitionen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544-2555

Zweifel am Sinn einer Objektförderung im KIF bei einer Zunahme der privaten Pflegeheime

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2635 2636 2645 2646

Investitionsbedarf für den notwendigen Ausbau der Pflegeheime, Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Heimen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3617

Verbesserung der Personalausstattung in den Pflegeheimen, Berücksichtigung des Mehraufwands für die Pflege von Demenzkranken, Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe, Erfolgsbewertung der Imagekampagne

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3886-3890

Aufstockung der Mittel zur Pflegeheimförderung, Bereitstellung der notwendigen Ausbildungsplätze

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4205 4210 4214 4215

Bedarf an neuen Pflegeheimplätzen bzw an qualifizierten Kräften in der Altenpflege

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5144

Feststellung einer Sättigung des baulichen Bedarfs an Pflegeheimen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5812

Abmilderung der geplanten Kürzungen bei der Pflegeheimförderung, Abarbeitung des Antragstaus

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5924 5925 5939

Suche nach Lösungen für einen Ausstieg aus der Pflegeheimförderung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6109

Befriedigung des Restbedarfs bei der Pflegeheimförderung, Ankündigung eines mittelfristigen Ausstiegs aus der Förderung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Befriedigung des Restbedarfs bei der Pflegeheimförderung, Ankündigung eines mittelfristigen Ausstiegs aus der Förderung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6490

Schaffung einer ortsnahen Versorgung von Pflegebedürftigen mit der Pflegeheimförderung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7565

Plädoyer für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Pflegeheimförderung, Ankündigung eines mittelfristigen Ausstiegs aus der Förderung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773 7775-7782

Pflegeheimförderprogramm

s. Pflegeheim

Pflegekind*Beratung und Unterstützung von Pflegefamilien*

Zahl von Kindern in Pflegefamilien, Personalausstattung und Organisation der Jugendämter zur Wahrnehmung o.g. Aufgaben, Weiterbildung der Mitarbeiter, Kooperation mit Zusammenschlüssen von Pflegeeltern u.a. Einrichtungen, Anregung von Weiterentwicklungen, gleichmäßiger Ausbau der Angebote

Antr

s. Pflegeeltern
Drs 13/894

Schul- und Lebenssituation schwer integrierbarer Jugendlicher
Modelle von Jugendhilfeeinrichtungen zur stützenden Begleitung o.g. Jugendlicher in einer Pflege- bzw Gastfamilie, Frage nach integrierten Schulen für Erziehungshilfe an Regelschulen und deren Ausstattung mit entsprechenden Lehrkräften und Deputaten, Ausgestaltung der Praxis zur Überprüfung der Aufhebung einer E-Schulbedürftigkeit

Antr
s. Jugendlicher
Drs 13/4113

Situation von Pflegekindern in BW

Zahl von Kindern in Pflegefamilien und Heimen nach dem KJHG, Umfang der jeweiligen finanziellen Unterstützung, Frage nach Kooperationsmodellen zwischen Heimbetreuung und der Betreuung in Pflegefamilien sowie nach Verbänden und deren Vertretung in den einschlägigen Gremien, Art der Vorbereitung und Begleitung von Pflegeeltern, Organisation und Kompetenzen der Pflegekinderdienste bei den Jugendämtern sowie deren Fachaufsicht

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 01.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4363
BeschlEmpf und Bericht SoZA 14.07.2005 Drs 13/5052 S. 40-42
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Pflegekosten

Erste Erfahrungen mit der Umlage für die Ausbildung in der Altenpflege

Höhe und Wirkungen der seit Jahresbeginn von den ambulanten und stationären Diensten erhobenen Umlage in der Altenpflege- und Altenpflegehilfesausbildung, Entwicklung der Zahl von abgeschlossenen Ausbildungsverträgen seit 2001, Ausgestaltung und Effizienz des Verfahrens zur Erhebung und Verrechnung der Mittel, Einrechnung der Umlage in die Heimpflegesätze bzw Betreuungssätze der ambulanten Dienste? Höhe der Verwaltungskostenbeteiligung des KVJS

Antr
s. Ausbildungsabgabe
Drs 13/5231

Feststellung einer unzureichenden Umlegung der Kostensteigerungen in der Pflege auf die Pflegesätze, Anregung eines Umstiegs von der Objekt- zur Subjektförderung, Übernahme der Kosten für Behandlungspflege im stationären Bereich von den Krankenkassen

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1328 1329 1331 1333 1334

Anstieg der Pflegesätze durch die Reduzierung der Investitionskostenförderung bei den einzelnen Förderprojekten, Bewirkung eines höheren Sozialhilfeaufkommens bei den Kommunen

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4683-4687

Anstieg der Pflegesätze durch die Reduzierung der Investitionskostenförderung bei den einzelnen Förderprojekten, Bewirkung eines höheren Sozialhilfeaufkommens bei den Kommunen

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4803-4805 4807 4808

Höhe der Pflegesätze bei den Universitätskliniken

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4979

Pflegekraft

s. Pflegeberuf

Pflege-Qualitätssicherungsgesetz

s. Pflegegesetz

Pflegesatz

s. Pflegekosten

Pflegeurlaub

Pflegeurlaub

Entwicklung der Zahl von Pflegebedürftigen seit Einführung der Pflegeversicherung nach Pflegestufen, Anteil und Gründe der Einweisung in eine Pflegeeinrichtung, Hinwirkung auf Einführung eines Pflegeurlaubs für pflegende Angehörige über eine BRatsinitiative

Antr Alfred Haas u.a. CDU 19.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/104
BeschlEmpf und Bericht SoZA 20.09.2001 Drs 13/358 S. 12 13
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Pflegeversicherung

Niederschwellige Betreuungsangebote und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen für demenzkranke Pflegebedürftige

Förderung o.g. Betreuungsgruppen seit 1998 sowie iRd Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung durch das Pflegeleistungs-ErgänzungsGes, Kofinanzierung der auf das Land entfallenden Mittel der Pflegeversicherung

Antr
s. Pflegebedürftiger
Drs 13/556

Verschiebung von Finanzmitteln der Pflege- in die Krankenversicherung

Frage nach o.g. Finanzgebaren auch von Krankenkassen in BW, Beurteilung durch die BGesundheitsMin sowie durch die Kollegin in Bayern, Unterbindung dieser Verfahrensweise

KlAnfr
s. Krankenversicherung
Drs 13/593

Hilfsmittelversorgung in Pflegeheimen - ein Jahr später...

Verweigerung der Kostenübernahme von Pflegehilfsmitteln durch die Krankenkassen seit 1995 bzw Abwälzung der Kosten auf die Pflegeversicherung, Frage nach Aktivitäten des SM zur Umsetzung der Regressforderungen nach einer entsprechenden Aufforderung des Bundesversicherungsamts

KlAnfr
s. Medizinisches Hilfsmittel
Drs 13/1370

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Voraussetzungen und Höhe der Aufwendungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe auch für psychisch Kranke sowie für Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen nach dem BS-HG, finanzielle Beteiligung der Pflegekassen

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Nachbesserungsbedarf der Pflegeversicherung, adäquate Einstufung der demenzkranken Pflegebedürftigen, Reformbedarf aller umlagefinanzierten Systeme infolge der demographischen Entwicklung

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1325-1328 1333

Reformbedarf der Pflegeversicherung infolge der demographischen Entwicklung, Anerkennung demenzieller Erkrankungen in der Pflegeversicherung

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544 2545 2547 2552 2555

Reformbedarf der Pflegeversicherung infolge der demographischen Entwicklung, schrittweise Umstellung auf ein Kapitaldeckungsverfahren

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404

Umbau der Pflegeversicherung in ein kapitalgedecktes System

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6548

Plädoyer für eine stärkere Förderung der ambulanten Versorgung von Pflegebedürftigen mit der Pflegeversicherung, Reform der Finanzierung der Pflegeversicherung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7778 7779 7781 7782

Pflichtexemplar

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des PflichtexemplareGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Pflichtexemplaregesetz

s. *Pflichtexemplar*

Pforzheim

s.a. *Fachhochschule Pforzheim*

Landesfachklasse für Uhrmacher

Gründe für die Verlegung von der Goldschmiedeschule Pforzheim nach Schwenningen, Darlegung der Einzugsbereiche der Fachklasse

KlAnfr
s. *Uhrmacher*
Drs 13/1216

Zuständigkeitsfremde Zensuraktivitäten eines Mitglieds der LReg

Intervention von Staatssekretär Mappus wegen Verunglimpfung von CDU-Politikern bzw -Aussagen unter Androhung von Konsequenzen gegen eine Wanderausstellung zum Neofaschismus im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim, Frage nach einer Konkretisierung der angedrohten Konsequenzen bzw Zurückweisung und Erteilung einer förmlichen Rüge

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*

Drs 13/1682

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1880

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1971

Neuordnung des Berufsschulwesens in der Region Pforzheim/Enzkreis

Auswirkungen der Veränderungen von Berufsfeldern und Lerninhalten auf die räumliche und sachliche Ausstattung der Berufsschulen; Stand der Planung und Finanzierung eines Umbaus oder Neubaus der Alfons-Kern-Schule in Pforzheim

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/3254

Aufrechterhaltung des Schmucktechnologischen Instituts an der Fachhochschule Pforzheim

Umsetzung der 1994 vereinbarten Finanzierungsmodalitäten zwischen dem Land, der Pforzheimer Wirtschaft und FH; Schaffung der finanziellen und personellen Voraussetzungen zur Weiterführung des Instituts

Antr
s. *Schmuckindustrie*
Drs 13/3671

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 19) - Erhöhungsantrag für den Ausbau einer Schieneninfrastruktur

Prüfung des o.g. Antrags der Albtal-Verkehrsgesellschaft für den „stadtbahngerechten“ Ausbau der Enzbahn zwischen Pforzheim und Bad Wildbad

Mittlg
s. *Enztalbahn*
Drs 13/4103

Förderung von Schulbauten im Allgemeinen und im besonderen Fall der Gewerblichen Schule „Alfons-Kern-Schule“ in Pforzheim

Darlegung o.g. Förderkriterien, Handhabung der Mittelvergabe bei Berufsschulen in Trägerschaft mehrerer LKreise oder Kommunen

KlAnfr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/3746

Leitung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Pforzheim

Wahrnehmung der o.g. Funktion vom Leiter der JVA Heimsheim in Personalunion, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Schwerpunkten Jugendstrafvollzug in Pforzheim und Erwachsenenstrafvollzug in Heimsheim, Praktikabilität der jeweiligen Präsenz angesichts der räumlichen Entfernung und der unterschiedlichen Wirtschaftsbetriebe

KlAnfr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3917

Der Schulbesuch von körper- und geistigbehinderten Kindern in der Region Pforzheim/Enzkreis

Unterstützung einer Erweiterung des entsprechenden Schulangebots um eine Oberstufe und Werkstufe in Pforzheim

KlAnfr
s. *Sonderschule*
Drs 13/4169

Pforzheimer Hauptschulprojekt FIT - fördern - integrieren - trainieren; Zukunft der sozialpräventiven Maßnahme zur Sicherung des Hauptschulabschlusses

Auswirkungen des Projekts auf die Motivation, Stabilisierung und den Lernerfolg der Schüler; Möglichkeiten für eine Fortsetzung auch nach dem Auslaufen der ESF-Mittel - evtl über Mittel der Landesstiftung oder aus dem Lehrbeauftragtenprogramm

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/4497

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Ausbau der A 8 zwischen dem Rasthof Pforzheim und Enzberg

Planungsstand und verfügbare Bundesmittel für den o.g. Ausbau, Realisierbarkeit bis zur Fußball-WM 2006; Bewertung der Kritik der Gemeinde Niefern-Öschelbronn an den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Vorbereitung einer Neuplanung des Rasthofs durch das RegPräs Karlsruhe, Ermöglichung einer Verlegung der Tankstelle?

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/4684

Planfeststellung für die Bundesfernstraßenmaßnahme BAB 8 Karlsruhe-Stuttgart, Streckenabschnitt Wurmberg-Pforzheim/Nord

Planungsstand und Datengrundlagen für den o.g. Ausbau, jeweilige Kosten und Akzeptanz der unterschiedlichen Planungsvarianten bei der betroffenen Bevölkerung, insbes auch der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Rolle der Tank- und Rastanlage bei den einzelnen Planungsvarianten, Vorbereitung einer Neuplanung? Frage nach dem Bestand der Absprachen zwischen Bund und Land aus den 90er Jahren

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/4750

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Pforzheim und dem Enzkreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Pforzheim mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/5118

Auszeichnung der Technologieregion Karlsruhe und Pforzheim für die Unterstützung innovativer Unternehmensgründungen von der EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452

Intervention von Staatssekretär Mappus wegen Verunglimpfung von CDU-Politikern unter Androhung von Konsequenzen gegen eine Ausstellung zum Neofaschismus im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441 2442 2444 2448-2455

Notwendigkeit einer Verkleinerung des Wahlkreises Enz zugunsten des Wahlkreises Pforzheim, Verweisung auf den erfolgreichen Widerstand des Abg Mappus

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5833

Pfullendorf

Beklagung der Schließung einer Anlage für den kombinierten Verkehr in Pfullendorf, Produktion des Küchenherstellers ALNO in den Container hinein und anschließende Verteilung auf der Schiene

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7105-7108

PH

s. *Pädagogische Hochschule*

Pharmaindustrie

s. *Pharmazeutische Industrie*

Pharmazeutische Industrie

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Förderung der Grundlagenforschung und der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Bio- und Gentechnik, Attraktivität des Standorts BW für global operierende Pharmaunternehmen, Entwicklung der Patentanmeldungen für entsprechende Arzneimittel seit 1996, Unterstützung des Aufbaus von klinischen Forschungseinrichtungen; Vereinfachung der Fördermodalitäten bei der L-Bank, Förderung risikobehafteter Pro-

jekte kleinerer Unternehmen; Auflösung der Biotechnologie-Agentur, Aufstockung und Institutionalisierung der Förderung von Biotechnologie-Parks

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/1159

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Verordnungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw. alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr
s. *Frauenheilkunde*
Drs 13/1446

Arzneimittelversorgung in BW

Eckdatenentwicklung seit 1998 getrennt nach Pharmaproduzenten, Großhändlern und (Internet-)Apotheken bzw. Beschäftigtenzahlen, Umsätzen, Steuerkraft etc; Wirkungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbes. der Gesundheitsgesetzgebung, der Kosten, Zeiträume und Verfahren von der Forschung bis zur Markteinführung eines neuen Medikaments im Vergleich zur europäischen Konkurrenz; Umfang und Gründe der Verlagerung von Forschungskapazitäten ins Ausland; Bedeutung, Verordnungs- und Erstattungsfähigkeit von Reimporten, Generika und Naturheilmitteln; Auswirkungen der neuen Regelungen auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw. Zuzahlungen der Patienten, auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit (Reproduktionstoxikologie)

Bedeutung, Schwerpunkte, Ziele, Ergebnisse und Finanzierung der beiden reproduktionstoxikologischen Beratungs- und Forschungszentren in Berlin und Ravensburg; Darlegung der anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa; Frage nach Zahlen über vermiedene Schwangerschaftsabbrüche durch qualifizierte Medikamentenberatung; Übernahme einer Koordinierungsfunktion zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen, Pharmaindustrie und Kirchen zur finanziellen Absicherung der Reproduktionstoxikologie

Antr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/4641

Verhalten der LReg im BRat bei der Abstimmung zum Ges zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung

Planung eines Preisabschlags bei Generika sowie einer Bonus-Malus-Regelung für das Verordnungsverhalten der Ärzte mit dem o.g. GesEntw, Hintergründe und Zielsetzung des Antrags der LReg sowie der Beschlussempfehlung des Gesundheitsaus-

schusses im BRat zur Anrufung des Vermittlungsausschusses wegen der Festbetragsregelungen und Bonus-Malus-Regelung, Gründe für die (fälschliche) Aussage über die Zielsetzung und den Erfolg der (abgelehnten) Intervention

KIAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/5217

Kritik am Deal des Bundeskanzlers mit der Pharmaindustrie über 400 Mio DM; Anteil der Arzneimittelhersteller an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405 1418 1423 1424

Anteil der Arzneimittelhersteller an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2080 2081

Behinderung der forschenden Pharmahersteller durch die vierte Säule der Arzneimittelprüfung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2957 2958

Zahl der großen und mittelständischen Pharmaunternehmen in BW, Entwicklung von Medikamenten mithilfe der Gentechnik

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4598 4599

Auslandsverlagerung der gentechnischen Forschung durch die Pharmahersteller aufgrund der restriktiven Rahmenbedingungen hierzulande

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7459

Philharmonisches Orchester

s. *Orchester*

Philosophie

s.a. *Ethik*

Bachelor-Studiengang Philosophie an der Universität Ulm

Bedeutung und Priorität der o.g. Initiative, Umfang der bisher erbrachten Vorleistungen der Universität aus eigenem Ressourcenbestand, Prüfung der notwendigen weiteren finanziellen Unterstützung durch das MWK zur Verwirklichung des Studiengangs

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 29.01.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1728

Das Fach Ethik in der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen

Aufnahme der ethisch-philosophischen Grundausbildung für alle Lehramtsstudierende in die neuen Prüfungsordnungen der PH; Gleichstellung des Fachs Ethik mit den Fächern evangelische und katholische Theologie/Religionspädagogik durch Aufnahme in alle vier Fächerverbände

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/4934

Zulassung von Erwin Teufel zum Philosophie-Studium an der privaten Jesuitenhochschule in München

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6949-6951

Zulassung von Erwin Teufel zum Philosophie-Studium an der privaten Jesuitenhochschule in München

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7358

Photovoltaik

s. *Solartechnik*

Physik

s.a. *Einstein, Albert*

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Frau*

Drs 13/182

Einstein, die Relativitätstheorie und die Imagekampagne des Landes

Verbreitung falscher Behauptungen zur Relativitätstheorie in Werbeanzeigen zum „Einstein-Jahr“, Frage nach einem Imagegewinn sowie den Kosten des Landes für diese Anzeigen

KlAnfr

s. *Werbung*

Drs 13/4433

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4800

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr

s. *Naturwissenschaft*

Drs 13/4951

Pilot

s. *Flugpersonal*

PISA

s. *Bildungsforschung*

Pkw

s. *Kraftfahrzeug*

Planfeststellungsverfahren

s. *Verwaltungsverfahren*

Plankstadt

Baubeginn B 535 Schwetzingen/Plankstadt

Zeitpunkt der Finanzierungszusage des Bundes sowie der Ausschreibung und Auftragsvergabe eines ersten Bauabschnitts durch Landesbehörden, Frage nach dem Abschluss der vergeblichen Arbeiten sowie der weiteren Finanzierung

KlAnfr

s. *Bundesstraße 535*

Drs 13/799

Planstelle

s. *Stellenplan*

Plantomycin

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Platzverweis

s. *Wegweisungsrecht*

Pleidelsheim

Auswirkungen des Durchfahrverbots für Lkw in Pleidelsheim auf die Nachbarorte Freiberg und Benningen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103 7110

PLENUM-Projekt

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Finanzierung eines weiteren PLENUM-Projekts

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 8 S. 33

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255-8 S. 12

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

REGIONEN AKTIV - Chancen aus dem Wettbewerb des Bundes für die Entwicklung von Modellregionen in BW

Beurteilung des o.g. Wettbewerbs, Revision der verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber den RegPräs und LKreisen, Aufforderung bzw Unterstützung möglicher Projektträger in geeigneten Regionen des Landes, z.B. potenzielle PLENUM-Gebiete

Antr

s. *Region*

Drs 13/308

Naturparkkonzeption des Landes

Vorhandene und geplante Naturparke, Darstellung der Finanzierung, Vorleistungen der LKreise und Kommunen; Verwirklichung der Plenumansätze; Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung einschließlich des Fremdenverkehrs; Offenhaltung der Landschaft, insbes im Schwarzwald; Fortschreibung der Konzeption von 1976

Antr
s. *Erholungsgebiet*
Drs 13/578

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 08**Finanzierung von zwei weiteren PLENUM-Projekten*

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/658-10 S. 34 35
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/688-6 S. 10 11
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1062

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW und Novellierung des LNaturschutzGes

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw auf die Programme MEKA, SchALVO und PLENUM; Überarbeitung dieser Programme; Vorlage des o.g. GesEntw sowie einer Konzeption zur Weiterentwicklung der Naturschutzflächen und Umsetzung des vorgegebenen Biotop-Verbunds

Antr
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/869

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Vorlage einer Gesamtkonzeption zu den PLENUM-Projekten, Fortschreibung der Konzeption für die Naturschutzzentren

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts mit den Akteuren vor Ort, insbes Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Schafbeweidung und Vermarktung der Produkte) sowie des regionalen Tourismus; Vernetzung mit dem PLENUM-Gebiet und dem Projekt „Nationaler GeoPark Schwäbische Alb“

Antr
s. *Militärische Anlage*
Drs 13/2299

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 21) - Maßnahmen zur Entwicklung und Erhaltung von Natur und Umwelt - PLENUM

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XVIII. S. 6
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 24.06.2004 Drs 13/3295

Wirksamkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für den Naturschutz in BW

Entwicklung der Landschafts- und Naturschutzgebiete, Naturparks, Natura 2000-Gebiete, Naturdenkmale und PLENUM-Projekte seit 1998 nach Zahlen und Flächen; Höhe der jeweiligen Förderung und Mittelbereitstellung für den Erwerb von naturschutzrechtlichen Grundstücken; Aufnahme der Schutzge-

bietskategorien „Nationalpark“ und „Biosphärenreservat“ in das LandesnaturschutzGes

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/2538

Aufstockung der Fördermittel und Gebietskulisse für zusätzliche PLENUM-Projekte

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 99 100

Anmahnung der Umsetzung der von der LfU vorgeschlagenen PLENUM-Konzeption

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 274 275 277 278 280 283

Verknüpfung von Landwirtschaft, Naturschutz und Tourismus iRd PLENUM-Projekte

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 822

Unterstützung der PLENUM-Ansätze, Aufstockung der Fördermittel

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1049 1053 1060

Anstrengung regionaler Kreisläufe in den PLENUM-Gebieten

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1652

Umsetzung einer integrierten ländlichen Entwicklung mit den PLENUM-Projekten

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1869

Einrichtung der PLENUM-Gebiete im südlichen Schwarzwald und im Heckengäu

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1979 2016 2017 2020

Vorbildcharakter der PLENUM-Projekte als Hilfe zur Selbsthilfe

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2168

Umsetzung der Empfehlungen des RH zu den PLENUM-Projekten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4060 4061

Untersuchung einer Überführung der PLENUM-Gebiete in Biosphärengebiete

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7427

Plochingen*Unterrichtssituation an den Gymnasien; hier: Kirchheim/Teck, Plochingen, Wendlingen*

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Gymnasien in den letzten Jahren; Umfang von Kürzungen im Pflichtstundenbereich und im ergänzenden Bildungsangebot; Konsequenzen einer Unterschriftenaktion von Elternvertretern des Kirchheimer Schlossgymnasiums

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/427

Zukunft der Kreiskrankenhäuser Kirchheim/Teck und Nürtingen

Entwicklung der finanziellen Situation und Belegungszahlen der Kreiskrankenhäuser Plochingen, Nürtingen und Kirchheim in den letzten drei Jahren; Beurteilung der Bestandschancen nach Einführung der DRG; Begründung, bauliche Maßnahmen und Kosten einer Verlagerung der Chirurgie und Gynäkologie von Kirchheim nach Nürtingen; Auswirkungen auf die von den Aid-

linger Schwestern betriebenen Krankenpflegeschule am Kirchheimer Krankenhaus

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/1708

GVFG-Finanzierung der Verlängerung der S 1 von Plochingen nach Kirchheim

Verweigerung der Anerkennung o.g. Rahmenvereinbarung als Vertrag, Auswirkungen auf die Aufteilung der Baukosten zwischen den einzelnen Kostenträgern; Bezuschussung nach den alten Förderrichtlinien mit 85 %

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/3085

Finanzierung der Verlängerung der S 1 nach Kirchheim/Teck
Finanzierung der Verlängerung von Plochingen nach Kirchheim über das GVFG erst ab 2008, Frage nach einem Zusammenhang mit der Bindung der GVFG-Mittel zur Finanzierung von Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4133

Plötzlicher Herztod

s. *Herzschlag (Herzversagen)*

Plutonium

Entwendung plutoniumhaltigen Materials aus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zweifel am Sicherheitskonzept der WAK aufgrund des o.g. Falles; Konsequenzen

MdlAnfr 5) Dr. Walter Witzel GRÜNE 16.07.2001 Drs 13/62
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 301-309

Sicherheitsprobleme der stillgelegten Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe

Entwendung von plutoniumhaltigem Material aus der o.g. Anlage: Art und Weise der Überwindung des Sicherheitssystems bzw des Versagens der Kontrollen, Informationen und Maßnahmen des UVM, Intervalle und Intensität der Überprüfung von eingesetzten Firmen und Mitarbeitern; Erarbeitung und Vorlage sowie Konsequenzen einer aktuellen Sicherheits- und Schwachstellenanalyse

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/91

Entwendung plutoniumhaltigen Materials aus der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 398 403

Entwendung plutoniumhaltigen Materials aus der ehemaligen Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, Höhe der dadurch verursachten Folgekosten

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7193 7195 7197

Pocken

Umsetzung der bundesweiten Rahmenkonzeption zur Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren in BW

Kostenanteil des Landes und mögliche Nebenwirkungen einer staatlich verordneten Pflichtimpfung, Abwägung mit dem im Grundgesetz verbürgten Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen, Hinwirkung auf die Entwicklung nebenwirkungsarmer Impfstoffe

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 19.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1812
BeschlEmpf und Bericht SozA 10.04.2003 Drs 13/2222 S. 46 47
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Vor-Impfung mit MVA-Impfstoff

Reduzierung der Nebenwirkungen von Pockenimpfungen als Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren durch o.g. Vor-Impfung von Ärzten, Rettungskräften u.a. Schlüsselpersonen; Vermeidung des Ausfalls dieser Personen

KlAnfr
s. *Impfung*
Drs 13/1985

Pockenimpfung

s. *Impfung*

Polder

s. *Wasserspeicher*

Polen

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze; Zahl von arbeitenden Wochenendpendlern aus Tschechien, Polen und Ungarn; kurz- und mittelfristige Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Handelsbeziehungen nach Osteuropa

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KlAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/3774

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Notwendigkeit und Kontrolle von Ohrmarken bei Kälbern im Falle von Transporten innerhalb der EU

Aufkauf von jungen Kälbern ohne Ohrmarken durch französische Landwirte in Polen, Transport durch Deutschland und Markung der Ohren erst in Frankreich, Beurteilung der Rechtmäßigkeit und Transparenz dieser Praxis gegenüber dem Verbraucher

Antr
s. *Rind*
Drs 13/4426

Volumen des Handels mit Polen, Anregung eines deutsch-polnischen Jugendwerks

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 603 604 612

Volumen des Handels mit Polen, Verhinderung einer Zuwanderung im großen Stil im Zuge der EU-Osterweiterung, Prüfung einer Partnerschaft mit einer polnischen Woiwodschaft

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775-777 779-781

Befürchtung von Wettbewerbsnachteilen der polnischen Bauern gegenüber den deutschen Kollegen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3410

Politik

s.a. *Agenda 21*
s.a. *Agenda 2000*
s.a. *Agenda 2010*
s.a. *Partei*
s.a. *Politische Bildung*

Gefährdung des Wirtschaftsstandorts BW durch unzureichende politische Weichenstellungen der BReg

Aktuelle Debatte
s. *Wirtschaft*
PIPr 13/6 S. 152

RegErkl - Tatkraft für BW - Mit Mut zu Veränderungen neue Dynamik entfesseln - und Aussprache

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599-3653

Das Selbstverständnis des baden-württembergischen Parlaments

Aktuelle Debatte
s. *Landtag von Baden-Württemberg*
PIPr 13/58 S. 4083

Aktuelle Reformentscheidungen im Vermittlungsausschuss und im BRat: Entscheidende Weichenstellungen für Wachstum, Beschäftigung und öffentliche Haushalte in BW

Aktuelle Debatte
s. *Agenda 2010*
PIPr 13/58 S. 4093

Das Land braucht eine moderne Politik - eine moderne Politik braucht eine starke LReg

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961-4978

Schwerpunkte der Landespolitik für den Rest der Legislaturperiode

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU, SPD, FDP/DVP und den GRÜNEN
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5134-5166

129-Punkte-Arbeitsprogramm zur stufenweisen Umsetzung der Regierungserklärung

Themen und konkrete Vorhaben bzw Vorlage des Arbeitsprogramms

KIAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 12.05.2005 und Antw StM
Drs 13/4341

Bundesregierung am Ende - Konsequenzen verfehlter rot-grüner Politik für das Land

Aktuelle Debatte
s. *Bundesregierung*
PIPr 13/93 S. 6539

Kritik an einer generellen Äußerung von Landtagsvizepräsidentin Fauser über die Politik, Förderung von Politikverdrossenheit

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4230-4233 4237 4299

Kritik an einer generellen Äußerung von Landtagsvizepräsidentin Fauser über die Politik, Förderung von Politikverdrossenheit

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4411-4416

Feststellung einer Abnahme der Verlässlichkeit politischer Entscheidungen und damit des Vertrauens der Bürger in die Politik

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441 4442 4457 4458

Beklagung von Politikverdrossenheit der Bürger bzw des Verlusts an politischer Kultur

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4779 4780 4784 4785 4790 4798

Förderung von Politikverdrossenheit der Bürger mit der Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen an ehemalige Minister

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5167-5178

Förderung des Interesses der Menschen an der Politik durch mehr Bürgerbeteiligung auf der Ebene des Landes und der Kommunen

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5720 5722 5723 5725

Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen, Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre, Eintreten für eine Stärkung des Gemeinschaftskundeunterrichts

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6724-6730

Gegensteuerung gegen die Politikverdrossenheit durch mehr Bürgerbeteiligung auf der Ebene der Kommunen und LKreise

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6822 6823

Politische Bildung

s.a. *Landeszentrale für politische Bildung*
s.a. *Studienzentrum Weikersheim*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Außerschulische politische Bildung in BW

Mittlg LReg 03.08.2001 Drs 13/160

Gemeinschaftskunde-politische Bildung

Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde, Einführung an Gymnasien ab Klasse 8 und Zulassung als Prüfungsfach

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 23.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/355

BeschlEmpf und Bericht SchulA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 25-27

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Politische Bildung an Schulen

Stellenwert im Gemeinschaftskundeunterricht sowie iRd fächerübergreifenden Unterrichts; Einbeziehung von kommunalpolitischen Themen, Vereinen, Parteien, Jugendgemeinderäten u.a. Trägern politischer Bildungsarbeit in den Unterricht

Antr Karl Zimmermann u.a. CDU 20.12.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1649

BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 15-17

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Entwurf der Grund- und Hauptschullehrerprüfungsordnung vom 10.09.02; Bedeutung der Politikwissenschaft bzw Gemeinschaftskunde

Auswirkungen einer Streichung des Studienfachs Politikwissenschaft als Hauptfach für das Grund- und Hauptschullehramt, Stellenwert des Schulfachs Gemeinschaftskunde

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 05.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1742

BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 15-17

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Gemeinschaftskunde/geplanter Fächerverband Erdkunde, Politik, Wirtschaft (EPW) an allgemein bildenden Gymnasien

Begründung, Ziele und Auswirkungen der Zusammenlegung o.g. Fächer; Ausbildung der Lehrer und Vermittlung des Lehrstoffs; Aussagekraft der Notengebung auf die Studierfähigkeit des Fachs Gemeinschaftskunde

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 05.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1743

BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 15-17

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Lernen für Verantwortung und Toleranz

Vermittlung und Bewertung sozialer Kompetenzen mit Einführung der neuen Bildungsgänge; Bescheinigung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, im Jugendgemeinderat, der SMV usw in einem „Quali-Pass“; Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde; Unterstützung des Schüleraustauschs und von Praktika im Ausland sowie grenzüberschreitender Jugendparlamente in den Grenzregionen

Antr

s. *Schüler*

Drs 13/2099

„Weltkulturunterricht“ als Bestandteil des Gemeinschaftskundeunterrichts

Erfüllung der o.g. Forderung des „Jugendlandtags“ ab der ersten Klasse entsprechend der Bedeutung des interkulturellen Lernens; Ausbau des Ethikunterrichts, Umsetzungsstand der in Aussicht gestellten Pilotversuche

Antr

s. *Kultur*

Drs 13/2336

Förderung moralischer und demokratischer Kompetenzen an den Schulen

Verankerung in den Bildungsplänen sowie bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Ethik*

Drs 13/2921

Europäisches Jahr der Demokratieerziehung 2005

Zielsetzungen, Organisation und Umsetzung des o.g. Projekts des Europarats; Stellenwert der Demokratieerziehung in den Schulen bzw in der Lehreraus- und -fortbildung; Art der Einbindung von außerschulischen Einrichtungen

Antr

s. *Demokratie*

Drs 13/4166

Gemeinschaftskundeunterricht in der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher

Stellenwert der politisch-gemeinschaftskundlichen Bildung und Erziehung, Vermittlung entsprechender Inhalte und Kompetenzen iRd Erzieherinnenausbildung

KIAnfr Stephan Braun SPD 21.07.2005 und Antw KM Drs 13/4538

Verweisung auf den späten Beginn des Gemeinschaftskundeunterrichts ab Klasse 7

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6577 6579-6581

Eintreten für eine Stärkung und einen früheren Beginn des Gemeinschaftskundeunterrichts, Würdigung der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6727-6730

Kritik an der Streichung von Gemeinschaftskunde bei der Ausbildung der Erzieherinnen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7004

Intensivierung der Demokratieerziehung in der Schule

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7083

Politische Stiftung

s. *Stiftung*

Politischer Staatssekretär

s. *Staatssekretär*

Politisches Asyl

s. *Asyl*

Polizei

s.a. *Akademie der Polizei*

s.a. *Autobahnpolizei*

s.a. *Bereitschaftspolizei*

s.a. *Europol*

s.a. *Hochschule für Polizei*

s.a. *Kriminalpolizei*

s.a. *Personenschutz*

s.a. *Polizeibeamter*

s.a. *Polizeibehörde*
 s.a. *Polizeifahrzeug*
 s.a. *Polizeigebäude*
 s.a. *Polizeihelfer*
 s.a. *Polizeikosten*
 s.a. *Polizeirecht*
 s.a. *Wasserschutzpolizei*
 s.a. *Werkstatt der Polizei*
 s.a. *Wirtschaftskontrolldienst*

Digitales Sprech- und Datenfunksystem

Einführungszeitpunkt des o.g. Systems für die Polizei und die nichtpolizeilichen BOS-Teilnehmer

KlAnfr
 s. *Funkverkehr*
 Drs 13/141

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sächlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr
 s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
 Drs 13/271

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Personal- und Sachausstattung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Abschmelzen der Überstunden, Sondertarifprogramm für Polizeiangestellte, Vorziehen des Technikzukunftsprogramms; Aufstockung der Mittel aus dem Feuerschutzsteueraufkommen für die Feuerwehren; Erarbeitung eines Zivil- und Katastrophenschutzkonzepts, Wiedereinrichtung der Katastrophenschutzstellen im IM und bei den RegPräs; Reaktivierung der BRatsinitiative von 1995 zur Abschöpfung von VerbrechenGewinnen, ausschließliche Verwendung dieser Mittel für Zwecke der Polizei und Justiz

Antr
 s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
 Drs 13/339

Personalbelastung bei der Polizei

Entwicklung und Besetzung der Zahl von Planstellen in den einzelnen Laufbahnen bei der Schutz- und Kriminalpolizei sowie Angestellten und Arbeitern seit 1990; Entwicklung der Erziehungsbeurlaubungen und eingesetzten Vertretungen im selben Zeitraum; Gegenüberstellung von Pensionierungen und Ausbildungsplätzen bis 2010; Umfang und Art der Abgeltung der seit 1990 aufgelaufenen und künftigen Überstunden

Antr Günter Fischer u.a. SPD 15.11.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/454
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 18 19
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Ausbau des Funknetzes der baden-württembergischen Polizei

Mittelaufwand für die Aufrüstung des analogen Funknetzes, Kompatibilität und Kosten der konkurrierenden digitalen Funksysteme auch im Hinblick auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich, beschleunigte Einführung eines ge-

eigneten Systems gemeinsam mit anderen BLändern

Antr
 s. *Funkverkehr*
 Drs 13/582

Haushalt 2002 und 2003; Epl 03

Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und Stellen für die Polizei

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/653-5 S. 21 22
 ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/653-10 S. 30 31
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/682-2 S. 4 5
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/682-6 S. 11 12
 PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876-891

Ausschreibung Polizeiwaffen

Gründe für die Aufhebung der ersten Ausschreibung, Gegenüberstellung der Kriterien zwischen erster und zweiter Ausschreibung, Auswirkungen der Verzögerung, Zeitpunkt der Neubewaffung der Polizei

Antr
 s. *Waffe*
 Drs 13/647

Datenverarbeitung und EDV-Ausstattung bei der Polizei

Stand der IuK-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen sowie der Einführung eines integrierten Vorgangsbearbeitungssystems, Konsequenzen aus dem Bund-/Länderprojekt „INPOL-neu“

Antr
 s. *Datenverarbeitung*
 Drs 13/1042

Konzept zur Verbesserung der Situation der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Katastrophenschutzes und der Justiz in BW

Vorlage einer Konzeption in Fortschreibung des Sicherheitsplans II von 1978: Darlegung personeller, struktureller, sozialer und sächlicher Maßnahmen

Antr
 s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
 Drs 13/1090

Schließung von Polizeiwerkstätten

Entscheidungsgrundlagen für o.g. Pläne, Auswirkungen auf die betroffenen Mitarbeiter und die Reparatur und Wartung von Fahrzeugen, insbes Sonderfahrzeugen; Zeit- und Kostenaufwand für die Verbringung in Fremdwerkstätten; Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen; Gewährleistung der Einsatzfähigkeit und Mobilität der Polizei

Antr
 s. *Werkstatt der Polizei*
 Drs 13/1138

Sicherheit in Mannheim - wie steht es mit der Polizeipräsenz?

Anfall von Überstunden durch Personalmangel, Zuteilung von Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei und zusätzlichen Beamten iRd Sonderkontingents, Berücksichtigung der Kriminalitätsbelastung bei der Stellenzuteilung

KlAnfr Max Nagel SPD 18.11.2002 und Antw IM Drs 13/1538

Personalführungs- und Personalentwicklungskonzeption für die Polizei in BW

Frage nach der o.g. Konzeption bzw der Personalsteuerung für den gehobenen und höheren Polizeidienst

Antr Günter Fischer u.a. SPD 03.12.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1581
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 21 22
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 9)
Information und Kommunikation bei der Landespolizei
Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/1748

Einführung eines Kreditkartenverfahrens („Cash-Quick-Verfahren“) für die Erhebung von Verwarnungen und Sicherheitsleistungen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren bei der Polizei
Erfahrungen anderer BLänder mit dem o.g. Verfahren; umgehende Einführung in BW

Antr
s. *Zahlungsverkehr*
Drs 13/1824

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW
Koordination zwischen den Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene und dem BKA; Erfolge der polizeilichen Präventionsarbeit u.a. iRd Kommunalen Kriminalprävention

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1898

Geplante Schließung von Polizeiposten
Darlegung der von o.g. Plänen betroffenen Polizeiposten, -reviere und -direktionen bzw Kommunen; Auswirkungen auf die Polizeipräsenz vor Ort; Vorlage eines flächendeckenden Konzepts

Antr
s. *Polizeibehörde*
Drs 13/1938

Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die RegPräs, Land- und Stadtkreise
Zeitraumen der Entscheidung und Umsetzung o.g. Neuordnung als Teil der geplanten Verwaltungsreform; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %; Ausschluss der Einflussnahme von Landräten und Oberbürgermeistern auf das operative Geschäft der Polizei

Antr SPD 21.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2093
ÄAntr SPD 15.07.2003 Drs 13/2256
ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.07.2003 Drs 13/2267
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Rettungseinsatz bei dem Flugzeugunglück bei Überlingen am 01.07.2002
Aufarbeitung der organisatorischen Schwachstellen und Koordinierungsprobleme der beteiligten Organisationen und Polizei; Vorlage des Erfahrungsberichts der LPD Tübingen

Antr
s. *Flugunfall*
Drs 13/2203

Holster für Polizeipistolen
Notwendigkeit und zusätzliche Kosten einer Beschaffung geeigneter Waffentaschen für die neuen Dienstpistolen

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/2310

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Technik-Zukunftsprogramm Polizei
Umsetzungsstand, Höhe der verfügbaren und bisher eingesetzten Mittel des Technik-Zukunftsprogramms; Auswirkungen auf die Polizeiarbeit; Vergleich der Ausstattung mit anderen BLändern; Überlegungen für die Zeit nach Auslaufen des Programms 2005

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2329 (11 S.)
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5862 (abgesetzt)
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6248-6259

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI
Herausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden vom Funktionsumfang II mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, insbes des Polizeibereichs

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2338

Weitere Maßnahmen der LReg iRd Verwaltungsreform im Bereich der Polizei

Ergebnisse der Prüfaufträge zur Integration der Wasserschutzpolizei und Autobahnpolizei sowie zur Zusammenlegung der Polizeidirektionen Baden-Baden und Rastatt; Frage nach weiteren Sparmaßnahmen

Antr SPD 13.08.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2356
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Umsetzung des neuen Waffenrechts an den Schulen
Information der Schüler über die neue Rechtslage; Zahl der von Polizei und Lehrern sichergestellten Messer, Elektroschocker, Wurfsterne u.ä.; weiterer Verbleib dieser Waffen; Beurteilung des (erfolgreichen) Angebots der Bremer Polizei zur anonymen und straffreien Waffenabgabe

KIAnfr
s. *Waffenrecht*
Drs 13/2433

Digitales Sprech- und Datenfunksystem BOS
Grundlagen und Kriterien o.g. Systemwahl für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; Nutzung der Erfahrungen in Frankreich, Österreich und der Schweiz; Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Auswirkungen auf heimische Unternehmen bei der Systementscheidung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/2483

Probleme mit neuen Dienstpistolen der Polizei
Ursachen und Verantwortliche für die aufgetretenen Handhabungsprobleme, Schaffung von Abhilfe und Auslieferung einwandfreier Dienstpistolen mit Holstern bis Mitte Dezember 2003?

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/2484

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen
Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei, Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/2658

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 10.12.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2715
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 17-19
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Neuordnung der Posten- und Revierstruktur der Polizei

Vorgaben für die von den Polizeidirektionen durchzuführenden Analysen, Gegenüberstellung der bisher abgelieferten Konzeptionen; Frage nach den erzielbaren Einsparungen sowie einer Netzanbindung sämtlicher Dienststellen; Vorlage einer Gesamtkonzeption ohne Stellenabbau, Verwendung der gewonnenen Ressourcen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Antr SPD 19.12.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2772
ÄAntr CDU und FDP/DVP 31.03.2004 Drs 13/3078
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4605-4618

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr SPD 17.02.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2923 (19 S.)
ÄAntr SPD 30.03.2004 Drs 13/3075
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4605-4618

Veränderung der Revier- und Postenstruktur bei der Polizei in BW

Analyse der bestehenden Struktur und Polizeidichte; Berücksichtigung der Vorschläge der Polizeidirektionen/-präsidien sowie der Interessen der betroffenen Kommunen; Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme bzw zur Entscheidung des Ltg über die Maßnahmen zur „Optimierung der Polizeistruktur in BW“

Antr GRÜNE 26.02.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2938 (19 S.)
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6659-6673

Einsatzkommando Ringelblume

Durchsuchung des Bio-Bauernhofs Michaelshof in Aichstetten-Laubegg von fast 250 Polizeibeamten: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes; Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen mit der Folge von Verletzungen, Beschlagnahme von Gegenständen, Beleidigung von Bewohnern, Fesselung von Minderjährigen und Behinderten? Frage nach der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 04.03.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2974
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.04.2004 Drs 13/3239 S. 24-26
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Zuständigkeiten bei polizeilichen Strafverfolgungshandlungen

Ausgestaltung und praktische Anwendung der Weisungsbefugnis der Staatsanwaltschaft gegenüber der Polizei bei laufenden Ermittlungsverfahren und Einsätzen, insbes bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang; Berücksichtigung der besonderen Sachkunde der Polizei; Abgrenzung der Aufsichtsstrukturen und -regelungen für polizeiliches Handeln bei der Vollstreckung von Gerichtsurteilen und behördlichen Entscheidungen zwischen IM und JuM; Regelungen zur Auskunftspflicht der Exekutive und Justiz gegenüber dem Landtag und seinen Mitgliedern

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/3152

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 29.04.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3153
BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 17 18
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Angekündigte Verdoppelung der Fahndungsdienste auf den baden-württembergischen Autobahnen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung

Umsetzung der o.g. Ankündigung des Landespolizeipräsidenten, beteiligte Dienststellen und Beamte, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Stelleneinsparungen iRd Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Wahrnehmung anderer Aufgaben

Antr
s. *Fahndung*
Drs 13/3177

Kosten von Polizeieinsätzen

Rechtsgrundlage und Höhe der o.g. Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Gegenüberstellung der von den Adressaten erhobenen Kostenrückforderung, Höhe der seit 1990 erzielten Einnahmen, Einsätze mit unangemessenem Aufwand und entsprechenden Regressforderungen, differenzierte Darlegung der beim Einsatz in Aichstetten-Laubegg am 10.02.2004 angefallenen Kosten

Antr
s. *Polizeikosten*
Drs 13/3185

Eignung der neuen Holster für Polizeipistolen

Bewertung als ungeeignet? Notwendigkeit und zusätzliche Kosten einer Umarbeitung der alten Holster

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/3190

Videokameras in Streifenwagen der Polizei

Umsetzung der o.g. Empfehlung der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Polizisten“ an die Innenministerkonferenz zur Eigensicherung in den einzelnen BLändern; Höhe der jeweiligen Kosten; Durchführung der Nachrüstung auch in BW unter Einbeziehung in das Leasingpaket?

Antr
s. *Videotechnik*
Drs 13/3224

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Weiterentwicklung der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft bzw der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Einführung des Digitalfunks für die Sicherheitsbehörden

Stand der Ausschreibung und bundesweiten Einführung des Digitalfunks für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Beteiligung des Bundes an den Kosten

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/3309

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Beurteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundesgrenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 25.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3310
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 21
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ausbildung im Bereich der Polizei in BW

Entwicklung der Ausbildungszahlen von Polizeimeister- und -kommissaranwärtern bis 2012, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen; Einstellung von 400 Polizeimeisteranwärtern im September 2004 sowie von jährlich mindestens 500 ab dem Hj 2005; Vorlage eines mittel- und langfristigen Personalentwicklungskonzepts

Antr SPD 01.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3336
ÄAntr CDU und FDP/DVP 29.07.2004 Drs 13/3449
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5276-5284
Mittlg LReg 11.02.2005 Drs 13/4038

Schießanlagen der Polizei

Ausstattungsstand der einzelnen Polizeidirektionen mit eigenen Schießanlagen

Antr
s. *Schießstand*
Drs 13/3419

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz; Bilanz der Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz bzw der Gerichtsverfahren, Erfahrungen mit dem Zeugenschutzprogramm, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Bewährung der Regelung zur Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden; Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/3463

Erste Zwischenbilanz zur Polizeipostenstrukturreform

Vorlage der in der Polizeizeitung BW zum 01.09.2004 angekündigten Zwischenbilanz zur Umsetzung der Polizeipostenstrukturreform auf der Ebene der Landespolizeidirektionen

Antr Günter Fischer u.a. SPD 06.09.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3533
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 25
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Situation des Rettungsdienstes in BW

Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Feuerwehr und Rettungsdienst, Rahmenbedingungen zur weiteren Förderung integrierter Leitstellen mit einer kreis- und länderübergreifenden Vernetzung; Problematik der fehlenden digitalen Funktechnik von Feuerwehr und Polizei; Bewertung einer Zusammenfassung von Katastrophenschutz-, Rettungsdienst- und FeuerwehrGes zu einem GefahrenabwehrGes

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 10) - Verbesserungen für Tarifbeschäftigte bei der Polizei durch das Nichtvollzugskonzept

Mittlg
s. *Bediensteter*
Drs 13/4103

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei

Auflistung der Projekte, Ziele und Kosten in den letzten zehn Jahren; Umfang und Kosten des Personaleinsatzes in den Polizeidirektionen und vergleichbaren Dienststellen; Auswirkungen des Kooperationsvertrags mit Hamburg und Hessen, des Projekts Inpol-Neu sowie der zentralen Gerätebeschaffung; Umsetzung der Bemerkungen des RH zum Einsatz von DV-Personal in den Polizeidirektionen

Antr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 13/3739

Gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr am Stuttgarter Flughafen

Rechtsgrundlage, Zielsetzung und Ablauf der o.g. Übung (mit einer simulierten Geiselnahme); Zahl und Vorbereitung der eingesetzten Beamten des Sondereinsatzkommandos und der Bereitschaftspolizei; Darlegung der Vorfälle und Konsequenzen; Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel? Frage nach Videoaufnahmen und Forderungen von Beteiligten nach Löschung der Aufnahmen

Antr SPD 03.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3838

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 7-9

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Technik-Zukunftsprogramm Polizei

Umsetzungsstand seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/2329, Höhe der noch verfügbaren und bereits eingesetzten Mittel; Auswirkungen auf die Polizeiarbeit; Vergleich der Ausstattung mit anderen BLändern; Stand der Einführung des Digitalfunks

Antr CDU 15.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3880

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6248-6259

Beurteilungswesen bei der baden-württembergischen Polizei

Erfahrungen mit dem neu eingeführten Beurteilungswesen, Zahl der betroffenen Beamten und jeweilige Auswirkungen der nicht anlassbezogenen Beurteilung, Umgang mit der von Fachleuten geäußerten Kritik; Bewertung der Vorgaben, Kriterien, Ziele sowie des Zeit- und Verwaltungsaufwands

Antr

s. *Dienstrecht*

Drs 13/3887

Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 15.12.2004 und Antw IM Drs

13/3889

Zukünftige Polizeipostenstruktur im Bauland

Umsetzungszeitplan für die Polizeipostenstruktur-Reform im Neckar-Odenwald-Kreis, Zusammenlegung der Polizeiposten Adelsheim und Osterburken in Adelsheim?

MdlAnfr 1) Gerd Teßmer SPD 09.03.2005 Drs 13/4133

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6316 6317

Weitergehende Strukturveränderungen bei der Polizei in BW

Zusammenlegung von Polizeiposten, Polizeirevieren und Polizeidirektionen über die vorgestellte neue Polizeipostenstruktur

hinaus?

Antr SPD 10.03.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4135

BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 29 30

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform

Entwicklung der Zahl der Kontrolleure, der Kontrolldichte und Anzeigen bei Gaststätten und im Lebensmittelhandel; Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Polizei zur Ahndung von Verstößen; Zahlen zum Wechsel von Polizeibeamten des früheren WKD in den Polizeivollzugsdienst, von Abordnungen an die LKreise sowie von Anträgen auf Versetzung in den Polizeivollzugsdienst; Zeitrahmen zur Gewinnung und Ausbildung des neuen Personals

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/4233

Polizeidichte in Abhängigkeit von Straftaten und Aufklärungsquote

Höhe der Polizeidichte insgesamt und in den einzelnen Polizeipräsidien, insbes in denen der Ballungsräume Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn; Gegenüberstellung der Zahl der gemeldeten Straftaten und der Aufklärungsquote; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr Roland Weiß SPD 12.04.2005 und Antw IM Drs

13/4237

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei iR von Gremien und Projekten, Weiterentwicklung der gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, Sprachschulung der eingesetzten Polizeibeamten

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/4245

Polizeieinsätze bei Fußballspielen

Art und Umfang o.g. Einsätze bei den Spielen im Profi- und Amateurfußball; Höhe der Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Darlegung am Beispiel des Oberligaspiels zwischen Ulm und Reutlingen am 06.05.2005 in Ulm; Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fan-Beauftragten der Vereine; Höhe der möglichen Einnahmen im Falle der Wiedereinführung einer Erstattungsregelung

KlAnfr

s. *Fußball*

Drs 13/4354

Dichte des polizeilichen Betreuungsverhältnisses, der Straftaten und der Aufklärungsquote

Darlegung o.g. Daten in Ballungs- und ländlichen Räumen; Frage nach Zusammenhängen zwischen Zahl und Art der Delikte, der Personalausstattung und Aufklärungsquote; Maßnahmen zur Erreichung derselben hohen Aufklärungsquote von Stuttgart und Ulm in Mannheim, Freiburg und Heidelberg

KlAnfr Roland Weiß SPD 06.07.2005 und Antw IM Drs

13/4475

Verhältnismäßigkeit beim Einsatz unmittelbaren Zwangs durch Polizeibeamte

Fesselung einer ohne Fahrschein im ÖPNV angetroffenen 15-Jährigen sowie Verletzung einer wegen Beamtenbeschimpfung abgeführten 72-Jährigen, Begründung der Durchsuchung der Minderjährigen auf Waffen mit dem Eigenschutz der Beamten, Beurteilung dieser nach Presseberichten angewandten Vorgehensweise von Polizeibeamten des Freiburger Polizeireviere Süds bzw deren Verhältnismäßigkeit; Frage nach Konsequenzen im Falle der Bewertung als Überschreitung der Ermessensgrenze

KlAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 03.08.2005 und Antw IM Drs 13/4587

Innere Sicherheit in BW

Konkretisierung des mit der RegErkl angekündigten „Pakts für ein sicheres BW“ nach Zielen, Maßnahmen, Kosten, Finanzierung etc; Stand und Entwicklung der personellen und technischen Ausstattung der Polizei, Umsetzung und Einspareffekte der Polizeipostenreform, Darstellung der finanziellen Möglichkeiten und Zeitperspektive für einen bedarfsgerechten Fuhrpark, die EDV-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen, den Digitalfunk sowie die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes; Umfang und Ausgleich der Überstunden, insbes auch der iRd Fußball-WM 2006 anfallenden Mehrstunden; Planung einer weiteren Organisationsreform?

GrAnfr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/4752

Verlagerung der Kriminalaußenstelle Nürtingen

Grundlagen, Zeitpunkt und Kosten der o.g. Entscheidung; Art der Nutzung des vor kurzem erweiterten und sanierten Gebäudes des Polizeireviere Nürtingen; Frage nach der Größe und Ausstattung eines möglichen Alternativstandorts; Konsequenzen der Verlagerung für die Bürger bzw die Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Schutzpolizei

KlAnfr
s. *Kriminalpolizei*
Drs 13/4833

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr Norbert Zeller SPD 22.11.2005 und Antw IM Drs 13/4862

Übertragung der Aufgaben der Lebensmittelüberwachung zurück auf die Polizei

Eingliederung des WKD in die Landratsämter mit dem VerwaltungsstrukturreformGes; Rückübertragung der Aufgaben auf die Polizei spätestens mit Wirkung zum 01.01.2006

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4880

Qualitätssicherung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Verfügbarkeit und Erreichbarkeit des Personals außerhalb der üblichen Dienstzeiten, Auswirkungen der zusätzlichen Aufgabenbelastung, wie z.B. Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben, Ausbildung neuer Kontrolleure, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems sowie Erfassung, Auswertung und Austausch von Daten mit anderen Behörden; Vorlage eines jährlichen Berichts; Prüfung einer Wiedereinrichtung des WKD mit der (erneuten) Zuordnung zu den Polizeidirektionen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4897

Prävention bei der Kriminalität jugendlicher Aussiedler

Darlegung o.g. Ansätze der Polizei, inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der Fortbildung der Jugendsachbearbeiter, vorgesehene Einsatzbereiche und Verteilung dieser Kräfte bei den örtlichen Dienststellen

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/4915

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Ulm mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/4918

Polizeipräsenz in der Fläche - Erfahrungen mit der neuen Struktur der Polizeiposten

Zwischenbilanz der Polizeipostenreform, Entwicklung der Kriminalität und Polizeipräsenz an den aufgelösten Standorten, Annahme der Sprechstunden von den Bürgern, Darstellung der Synergieeffekte und weiteren Planungen für die Vernetzung der Dienststellen

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 15.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4984
BeschlEmpf und Bericht InnenA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 47 48
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Abstellung von 76 Lebensmittelkontrolleuren für die LKreise

Ursachen, Ausgestaltung, Kostenträger und Zeitrahmen des o.g. Angebots der LReg; Status und Qualifikation der eingesetzten Beamten, Auswirkungen auf deren Aufgabenerledigung, Rückgriff auf die beim Polizeivollzugsdienst tätigen ehemaligen WKD-Kontrolleure? Wiedereinrichtung des WKD als Teil der Polizei, Vorlage eines Konzepts zur Erhöhung der Zahl von Kontrolleuren bei erneut auftretenden Lebensmittelskandalen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/5047

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Pforzheim und dem Enzkreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Pforzheim mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. Wirtschaftskontrolldienst
Drs 13/5118

Personelle und technische Verbesserungen bei der Polizei

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Personelle und technische Verbesserungen bei der Polizei

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 79 80 84

Verbesserung der personellen, technischen und instrumentellen Ausstattung der Polizei zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363-365 367 369 371 372 374 376 377 379-382

Verstärkte Zusammenarbeit der Polizeien in der EU, Schaffung einer gemeinsamen Grenzpolizei

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600 602 612

Personalaufstockung und Besoldungsverbesserungen bei der Polizei, Fortführung des Technikzukunftsprogramms, Einführung des digitalen Sprech- und Datenfunksystems

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 643

Personalaufstockung und Besoldungsverbesserungen bei der Polizei; Fortführung des Technikzukunftsprogramms, Erneuerung des Fuhrparks und der Kommunikationstechnik; Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 797 810 813 814 816 818 823 824

Personelle und technische Verbesserungen bei der Polizei, Zusammenarbeit mit der Justiz

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 844 876 878 879 881 882 884-887 917 920

Schaffung einer europäischen Grenzpolizei

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1459 1461 1465

Würdigung der deutsch-französischen Zusammenarbeit der Polizei in Lahr und Offenburg

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1976

Verbesserung der Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Gerichten, Kinder- und Jugendhilfe zur Bekämpfung der Jugendkriminalität

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457 2465 2470 2486

Herausnahme der Polizei vom NSI-Projekt, Ablehnung einer Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter, Umsetzung der Vorschläge des Datenschutzbeauftragten zur Speicherpraxis in der Personenauskunftsdatei der Polizei

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2717 2720 2721 2723 2724 2735 2736 2738 2785 2787

Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter, Auswirkungen auf die Beamten, Verbleib der fachlichen Verantwortungen beim Land, Bedenken von Gewerkschaften und Praktikern

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2900 2902 2905-2907 2911 2912 2914 2916 2917 2932 2934 2935 2938

Herausnahme der Polizei vom NSI-Projekt; Stellenwert der Verkehrserziehung durch die Polizei, Bilanz von Fahrzeug- und Verkehrskontrollen

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3265 3270 3279 3284-3292

Schaffung einer europäischen Grenzpolizei; Verzicht auf die Eingliederung der Polizei in die Landratsämter

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3314 3327 3331 3333-3335 3338 3339 3344-3346

Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013 4016 4017 4063

Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei; Dringlichkeit der Ausstattung mit Digitalfunk; Sparbeitrag der Polizei; Neuordnung der Postenstruktur

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4178 4180 4185 4186 4188-4191 4195-4201

Polizeiliche Zusammenarbeit in Europa, Ausbau von Europol, Anregung eines europäischen FBI

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842-4844 4848 4851

Erläuterung der vorgesehenen Polizeireform im Zuge der Verwaltungsreform, Verhinderung einer Eingliederung der Polizei in die Stadt- und LKreise

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4899 4901 4914 4915 4923 4932

Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei, Verhinderung einer Eingliederung der Polizei in die Landratsämter

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966 4971 4972 4989 5005 5018 5030 5031

Erfolgsbewertung der Aufklärungsquote der Polizei in BW, Verzicht auf Stellenabbau, Erhaltung eines Einstellungskorridors, Verbesserung der technischen Ausstattung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5799 5807-5809

Erfolgsbewertung der Aufklärungsquote der Polizei in BW, Verweisung auf die technische Ausstattung und Stellenhebungen im mittleren Dienst; Erinnerung an den Polizeieinsatz auf einem Biobauernhof in Oberschwaben; Aufstockung der Einstellungsquoten; Herausforderungen der WM 2006

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5908 5910-5912 5915 5916 5919

Erfolgsbewertung der Polizeiarbeit, konsequente Bekämpfung jeglicher Art von Gewalt und Kriminalität, Verschonung der Polizei vor weiteren Einsparungen, Ermöglichung von leistungsgerechten Beförderungsperspektiven, insbes aus dem mittleren Dienst

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414-6416 6421

Entlastung der Polizei von Verwaltungsaufgaben, Verstärkung der Präsenz vor Ort, Kritik am Abbau von Stellen für Verwaltungskräfte, Erleichterung der Polizeiarbeit mit der DNA-Datei

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479 6489 6490

Polizeibeamter*s.a. Polizeihelfer**s.a. Verdeckter Ermittler**Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit*

Einplanung von 1.600 zusätzlichen Stellen für die Polizei in der 13. WP, Gewährleistung von Ersatz für alle Erziehungsbeurlaubungen, stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Abschmelzen der Überstunden, Sondertarifprogramm für Polizeiangeestellte

Antr

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Drs 13/339

Personalbelastung bei der Polizei

Entwicklung und Besetzung der Zahl von Planstellen in den einzelnen Laufbahnen bei der Schutz- und Kriminalpolizei sowie Angestellten und Arbeitern seit 1990; Entwicklung der Erziehungsbeurlaubungen und eingesetzten Vertretungen im selben Zeitraum; Gegenüberstellung von Pensionierungen und Ausbildungsplätzen bis 2010; Umfang und Art der Abgeltung der seit 1990 aufgelaufenen und künftigen Überstunden

Antr

s. Polizei

Drs 13/454

Haushalt 2002 und 2003; Epl 03

Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und Stellen für die Polizei

s. Polizei

Drs 13/653

Krankenschein für Polizeiangehörige in der Freien Heilfürsorge

Einführung einer Chipkarte für Krankheitsbehandlungen, Erfahrungen in anderen BLändern

KlAnfr

s. Versicherungsunterlagen

Drs 13/804

Personalsituation bei der Polizeidirektion Balingen

Beurteilung der Altersstruktur bzw der zunehmenden Verweildauer der Beamten im gesundheitsschädlichen Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 29.04.2002 und Antw IM

Drs 13/969

Funktionsaufstieg in den höheren Polizeivollzugsdienst

Vereinbarkeit des Auslaufens o.g. Regelungen in der PolizeiaufstiegsVO Ende 2002 mit der Zusage zur Fortführung des Besoldungsstrukturprogramms

Antr Günter Fischer u.a. SPD 06.06.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1050

BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 18

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Personelle Verstärkung der Polizei in Lahr als wichtige Sicherheitsmaßnahme für die Raumschaft Lahr

Entwicklung der Einwohnerzahlen und der Belastungsziffer als Grundlagen der Bedarfssollberechnung der Personalstärke; Personalaufstockung beim Polizeirevier und der Kriminalaußenstelle in Lahr

KlAnfr Dr. Walter Caroli SPD 27.06.2002 und Antw IM Drs

13/1108

Sicherheit in Mannheim - wie steht es mit der Polizeipräsenz?

Anfall von Überstunden durch Personalmangel, Zuteilung von Einsatzgruppen der Bereitschaftspolizei und zusätzlichen Beamten iRd Sonderkontingents, Berücksichtigung der Kriminalitätsbelastung bei der Stellenzuteilung

KlAnfr

s. Polizei

Drs 13/1538

Personalführungs- und Personalentwicklungskonzeption für die Polizei in BW

Frage nach der o.g. Konzeption bzw der Personalsteuerung für den gehobenen und höheren Polizeidienst

Antr

s. Polizei

Drs 13/1581

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr

s. Beamter

Drs 13/1737

Beförderungssituation und Altersstruktur bei der Polizei

Entwicklung der Beförderungswartezeiten seit 1992, Zahl der im Alter über 50 noch im Schichtdienst tätigen sowie der bis 2010 in den Ruhestand tretenden Beamten, Umfang der vorgesehenen Wiederbesetzung von Stellen

Antr SPD 10.04.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1998

BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 5 6

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Optimierung der Lebensmittelüberwachung bei Erhaltung des WKD

Aufbau einer Lebensmittelüberwachung bei den Stadt- und LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform, Versetzung von Polizeibeamten des WKD in die Landratsämter, persönliche Konsequenzen für die betroffenen Beamten; Gewährleistung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, der permanenten Bereitschaft sowie des Probenverkehrs zu den chemischen Untersuchungsämtern? Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr

s. Wirtschaftskontrolldienst

Drs 13/2280

Gefährdung der Lebensmittelüberwachung in Stuttgart

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Verweigerung des Dienstherrenwechsels durch einen Großteil der Polizeibeamten in Stuttgart, zusätzliche Kosten der Landeshauptstadt zur Bereitstellung der Infrastruktur und Ausbildung von neuen Kräften, Problematik einer Bewältigung von größeren bzw die Stadtgrenze überschreitenden Verstößen

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2508

Verwaltungsreform - Zerschlagung des baden-württembergischen Wirtschaftskontrolldienstes

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise, Bereitschaft und Konsequenzen der Versetzung der Polizeibeamten in die Landratsämter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/2532

Auswirkungen von beruflichem Stress auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte

Fälle von Behandlungsbedürftigkeit und Selbsttötungen in den letzten fünf Jahren; Ergebnisse einer in Bayern eingesetzten Expertengruppe; Frage nach unterstützenden Maßnahmen der LReg

Antr Günter Fischer u.a. SPD 16.12.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2739
BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 20 21
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2923

Einsatzkommando Ringelblume

Durchsuchung des Bio-Bauernhofs Michaelshof in Aichstetten-Laubegg von fast 250 Polizeibeamten: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes; Anwendung von Gewalt gegen Personen und Sachen mit der Folge von Verletzungen, Beschlagnahme von Gegenständen, Beleidigung von Bewohnern, Fesselung von Minderjährigen und Behinderten? Frage nach der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2974

Vollzugsfremder Einsatz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Personalverwaltung, Rechnungsführung u.ä. bei der Verwaltung der Bereitschaftspolizei durch Polizeibeamte; Ersetzung durch Angestellte oder Arbeiter; Neuorganisation der technischen Dienste, Zuordnung der Berufsgruppen Schreiner, Elektriker, Installateure zum Referat Technik

Antr Günter Fischer u.a. SPD 22.04.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3130
BeschlEmpf und Bericht InnenA 16.06.2004 Drs 13/3348 S. 18

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Polizeieinsatz in Böttingen am 1. April 2004

Festnahme der Nigerianerin Anita L. und Entzug ihrer beiden Kinder: Anlass, Ablauf, Ergebnisse und Kosten des Einsatzes von 45 Polizeibeamten und zehn Beamten des SEK Geiselnahme; Begründung der Feststellungen des Jugendamts Tuttlingen als Entscheidungsgrundlagen des Familiengerichts; Frage nach dem Stand des Verfahrens, der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel und evtl Konsequenzen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3153

Kosten von Polizeieinsätzen

Rechtsgrundlage und Höhe der o.g. Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Gegenüberstellung der von den Adressaten erhobenen Kostenrückforderung, Höhe der seit 1990 erzielten Einnahmen, Einsätze mit unangemessenem Aufwand und entsprechenden Regressforderungen, differenzierte Darlegung der beim Einsatz in Aichstetten-Laubegg am 10.02.2004 angefallenen Kosten

Antr
s. *Polizeikosten*
Drs 13/3185

Videokameras in Streifenwagen der Polizei

Umsetzung der o.g. Empfehlung der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Polizisten“ an die Innenministerkonferenz zur Eigensicherung in den einzelnen BLändern; Höhe der jeweiligen Kosten; Durchführung der Nachrüstung auch in BW unter Einbeziehung in das Leasingpaket?

Antr
s. *Videotechnik*
Drs 13/3224

Ausbildung im Bereich der Polizei in BW

Entwicklung der Ausbildungszahlen von Polizeimeister- und -kommissaranwärtern bis 2012, Auswirkungen auf den Bestand der fünf Polizeischulen; Einstellung von 400 Polizeimeisteranwärtern im September 2004 sowie von jährlich mindestens 500 ab dem Hj 2005; Vorlage eines mittel- und langfristigen Personalentwicklungskonzepts

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3336

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei

Auflistung der Projekte, Ziele und Kosten in den letzten zehn Jahren; Umfang und Kosten des Personaleinsatzes in den Polizeidirektionen und vergleichbaren Dienststellen; Auswirkungen des Kooperationsvertrags mit Hamburg und Hessen, des Projekts Inpol-Neu sowie der zentralen Gerätebeschaffung; Umsetzung der Bemerkungen des RH zum Einsatz von DV-Personal in den Polizeidirektionen

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/3739

Umstellung auf blaue Polizeiuniformen

Derzeitiger und künftiger Anteil des Landes und der Polizeibeamten für die Beschaffung der Dienstkleidung, Zeitraum und weitere Kriterien für die o.g. Farbumstellung, Bindung an ein

einheitliches Votum der Innenministerkonferenz? Umfang und erwartete Effekte einer Kürzung bzw. Einfrierung des Bekleidungsgehalts

Antr
s. *Dienstkleidung*
Drs 13/3752

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Verringerung der Bekleidungskontogutschriften für die Polizeibeamten; Änd der PolizeidienstkleidungsVO

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Einhaltung der Absprache zwischen Innenministerium, Städte- und Landkreistag zur Übertragung der Lebensmittelüberwachung

Verweigerung der Teilnahme von Polizeibeamten des WKD am Einsatz- und Schießtraining sowie am Dienstsport durch Landräte

Antr Günter Fischer u.a. SPD 03.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3837
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 19
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr am Stuttgarter Flughafen

Rechtsgrundlage, Zielsetzung und Ablauf der o.g. Übung (mit einer simulierten Geiselnahme); Zahl und Vorbereitung der eingesetzten Beamten des Sondereinsatzkommandos und der Bereitschaftspolizei; Darlegung der Vorfälle und Konsequenzen; Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der angewandten Mittel? Frage nach Videoaufnahmen und Forderungen von Beteiligten nach Löschung der Aufnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3838

Beurteilungswesen bei der baden-württembergischen Polizei

Erfahrungen mit dem neu eingeführten Beurteilungswesen, Zahl der betroffenen Beamten und jeweilige Auswirkungen der nicht anlassbezogenen Beurteilung, Umgang mit der von Fachleuten geäußerten Kritik; Bewertung der Vorgaben, Kriterien, Ziele sowie des Zeit- und Verwaltungsaufwands

Antr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3887

Personalentwicklung bei der Polizeidirektion Balingen

Beurteilung der Altersstruktur und Beförderungssituation bzw. der zunehmenden Verweildauer im Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Beseitigung der Personalengpässe und Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 05.04.2005 und Antw IM Drs 13/4222

Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform

Entwicklung der Zahl der Kontrolleure, der Kontrolldichte und Anzeigen bei Gaststätten und im Lebensmittelhandel; Notwen-

digkeit der Inanspruchnahme der Polizei zur Ahndung von Verstößen; Zahlen zum Wechsel von Polizeibeamten des früheren WKD in den Polizeivollzugsdienst, von Abordnungen an die LKreise sowie von Anträgen auf Versetzung in den Polizeivollzugsdienst; Zeitrahmen zur Gewinnung und Ausbildung des neuen Personals

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4233

Polizeidichte in Abhängigkeit von Straftaten und Aufklärungsquote

Höhe der Polizeidichte insgesamt und in den einzelnen Polizeipräsidien, insbes in denen der Ballungsräume Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn; Gegenüberstellung der Zahl der gemeldeten Straftaten und der Aufklärungsquote; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4237

Qualitätszustand der Schutzwesten der baden-württembergischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Austausch der Schutzwesten aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Beschusstests?

Antr
s. *Schutzkleidung*
Drs 13/4266

Polizeieinsätze bei Fußballspielen

Art und Umfang o.g. Einsätze bei den Spielen im Profi- und Amateurfußball; Höhe der Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Darlegung am Beispiel des Oberligaspiels zwischen Ulm und Reutlingen am 06.05.2005 in Ulm; Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fan-Beauftragten der Vereine; Höhe der möglichen Einnahmen im Falle der Wiedereinführung einer Erstattungsregelung

KlAnfr
s. *Fußball*
Drs 13/4354

Personalentwicklung beim Polizeirevier Schwäbisch Gmünd und den dazugehörigen Polizeiposten

Beurteilung der Altersstruktur und Beförderungssituation bzw. der zunehmenden Verweildauer im Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Beseitigung der Personalengpässe und Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 21.06.2005 und Antw IM Drs 13/4432

Dichte des polizeilichen Betreuungsverhältnisses, der Straftaten und der Aufklärungsquote

Darlegung o.g. Daten in Ballungs- und ländlichen Räumen; Frage nach Zusammenhängen zwischen Zahl und Art der Delikte, der Personalausstattung und Aufklärungsquote; Maßnahmen zur Erreichung derselben hohen Aufklärungsquote von Stuttgart und Ulm in Mannheim, Freiburg und Heidelberg

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4475

Verhältnismäßigkeit beim Einsatz unmittelbaren Zwangs durch Polizeibeamte

Fesselung einer ohne Fahrschein im ÖPNV angetroffenen 15-Jährigen sowie Verletzung einer wegen Beamtenbeschimpfung abgeführten 72-Jährigen, Begründung der Durchsuchung der Minderjährigen auf Waffen mit dem Eigenschutz der Beamten, Beurteilung dieser nach Presseberichten angewandten Vorgehensweise von Polizeibeamten des Freiburger Polizeireviere Südsüd bzw deren Verhältnismäßigkeit; Frage nach Konsequenzen im Falle der Bewertung als Überschreitung der Ermessensgrenze

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4587

Innere Sicherheit in BW

Konkretisierung des mit der RegErkl angekündigten „Pakts für ein sicheres BW“ nach Zielen, Maßnahmen, Kosten, Finanzierung etc; Stand und Entwicklung der personellen und technischen Ausstattung der Polizei, Umsetzung und Einspareffekte der Polizeipostenreform, Darstellung der finanziellen Möglichkeiten und Zeitperspektive für einen bedarfsgerechten Fuhrpark, die EDV-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen, den Digitalfunk sowie die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes; Umfang und Ausgleich der Überstunden, insbes auch der iRd Fußball-WM 2006 anfallenden Mehrstunden; Planung einer weiteren Organisationsreform?

GrAnfr
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/4752

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4862

Prävention bei der Kriminalität jugendlicher Aussiedler

Darlegung o.g. Ansätze der Polizei, inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der Fortbildung der Jugendsachbearbeiter, vorgehene Einsatzbereiche und Verteilung dieser Kräfte bei den örtlichen Dienststellen

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/4915

Abstellung von 76 Lebensmittelkontrolleuren für die LKreise

Ursachen, Ausgestaltung, Kostenträger und Zeiträumen des o.g. Angebots der LReg; Status und Qualifikation der eingesetzten Beamten, Auswirkungen auf deren Aufgabenerledigung, Rückgriff auf die beim Polizeivollzugsdienst tätigen ehemaligen WKD-Kontrolleure? Wiedereinrichtung des WKD als Teil der Polizei, Vorlage eines Konzepts zur Erhöhung der Zahl von Kontrolleuren bei erneut auftretenden Lebensmittelskandalen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/5047

Verbesserung der Besoldungs- und Stellenstruktur bei der Polizei, Verstärkung der Präsenz auf den Straßen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Verbesserung der Besoldungs- und Stellenstruktur bei der Polizei, Hinwirkung auf die zweigeteilte Laufbahn sowie auf Einführung von Altersteilzeit

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 79 80

Schaffung von 200 neuen Ausbildungsplätzen und 1600 neuen Stellen für die Polizei, Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Abbau der Überstunden

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 367 369 376 377 379 380

Personalaufstockung und Besoldungsverbesserungen bei der Polizei, stufenweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Gewährleistung von Personalersatz für Erziehungsbeurlaubungen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 797 810 818 823 824

Schaffung neuer Ausbildungsplätze und Stellen für die Polizei, Abbau der Überstunden, Personalersatz für Erziehungsbeurlaubungen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 844 878 879 881 882 884-887 906

Öffnung des Polizeidienstes für Bewerber mit Migrationshintergrund, Erfahrungsbericht eines jungen Polizeibeamten türkischer Nationalität

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2104 2107 2108

Vorschläge des RH zu einem effizienteren Einsatz der Polizeibeamten

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2672 2674 2679

Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter, Auswirkungen auf die Beamten, Verbleib der fachlichen Verantwortung beim Land, Bedenken von Gewerkschaften und Praktikern; Forderung nach mehr Polizeibeamten

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2900 2911 2914 2916 2917 2934 2935 2944 2945

Personalaufstockung und Besoldungsverbesserungen bei der Polizei, Einführung der zweigeteilten Laufbahn, Entlastung von Schreibtischarbeit, Evaluation der Ausbildungsreform, Stand der Ausrüstung, soziale Abfederung von Kürzungen, Festhalten am Pensionsalter von 60 Jahren

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3125-3137

Erhaltung der Steuerfreiheit für Sonntags- und Nachtzuschläge der Polizeibeamten; Beurteilung der Personalpolitik bei der Polizei; Kritik an der Ablehnung einer sozialen Abfederung der Kürzungen für die mittleren Beamten; Aufstockung der Einstellungsquoten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4151 4180 4186 4188 4190 4191 4195 4197 4199 4200

Beurteilung der Personalpolitik bei der Polizei; Erhaltung der Steuerfreiheit für Sonntags- und Nachtzuschläge der Polizeibeamten

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966 4971 4972 4989 5030

Stellenhebungen iRd Besoldungsstrukturprogramms für die Polizei, Verzicht auf Stellenstreichungen beim Polizeivollzugsdienst, Übernahme aller ausgebildeten Polizeibeamten

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5645

Technische Ausstattung der Polizei, Stellenhebungen im mittleren Dienst, Dank für die Einsatzbereitschaft, Aufstockung der Einstellungsquoten zum Ausgleich der Abgänge ab 2007

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5908 5910-5912 5915 5916 5919 5920

Erleichterung der Polizeiarbeit durch Modernisierung der Ausrüstung, Ausstattung der Beamten mit schusssicheren Westen, Notwendigkeit einer Belohnung von Leistung und Erweiterung des Einstellungskorridors

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249-6259

Erfolgsbewertung der Polizeiarbeit, konsequente Bekämpfung jeglicher Art von Gewalt und Kriminalität, Ermöglichung einer leistungsgerechten Personalentwicklung und Beförderungsperspektive, insbes aus dem mittleren Dienst

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414-6416 6421

Entlastung der Polizeibeamten von Verwaltungsaufgaben, Verstärkung der Präsenz vor Ort, Kritik am Abbau von Stellen für Verwaltungskräfte

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479 6489

Polizeibehörde

s.a. Bundesgrenzschutz

s.a. Kriminalpolizei

Neubau der Polizeidirektion Friedrichshafen

Beurteilung der Dringlichkeit und voraussichtlichen Kosten des o.g. Vorhabens; Erteilung des erforderlichen Planungsauftrags

KlAnfr

s. Polizeigebäude

Drs 13/218

Neubauten im Polizeibereich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Polizeidienst

Darlegung der Situation im Revier Buchen im Bereich der Polizeidirektion Mosbach; Beurteilung des Vorschlags von Neubauten finanziert durch Leasing

KlAnfr

s. Polizeigebäude

Drs 13/525

Personalsituation bei der Polizeidirektion Balingen

Beurteilung der Altersstruktur bzw der zunehmenden Verweildauer der Beamten im gesundheitsschädlichen Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr

s. Polizeibeamter

Drs 13/969

Datenverarbeitung und EDV-Ausstattung bei der Polizei

Stand der IuK-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen sowie der Einführung eines integrierten Vorgangsbearbeitungssystems, Konsequenzen aus dem Bund-/Länderprojekt „INPOL-neu“

Antr

s. Datenverarbeitung

Drs 13/1042

Neubau der Polizeidirektion Friedrichshafen

Dringlichkeit und Stand des o.g. Neubauprojekts, Prüfung einer Investiorlösung, Höhe der Verkaufserlöse sowie der Einsparun-

gen aus wegfallender Miete

Antr

s. Polizeigebäude

Drs 13/1101

Personelle Verstärkung der Polizei in Lahr als wichtige Sicherheitsmaßnahme für die Raumschaft Lahr

Entwicklung der Einwohnerzahlen und der Belastungsziffer als Grundlagen der Bedarfssollberechnung der Personalstärke; Personalaufstockung beim Polizeirevier und der Kriminalaußenstelle in Lahr

KlAnfr

s. Polizeibeamter

Drs 13/1108

Ermittlungskosten der Polizei

Höhe der den einzelnen Polizeipräsidien und -direktionen zugewiesenen Mittel und der tatsächlich entstandenen Kosten, Begründung und Finanzierung der angefallenen Mehrausgaben, Festhalten an dem bestehenden Verteilungsschlüssel?

Antr

s. Polizeikosten

Drs 13/1313

Metzingen

Tauschvertrag Polizeirevier Metzingen

Antr

s. Polizeigebäude

Drs 13/1385

Schießanlage des Polizeipräsidiums Mannheim

Sanierung bzw Neubau der o.g. Anlage

KlAnfr

s. Schießstand

Drs 13/1536

Erweiterungsbau beim Polizeipräsidium Mannheim auf dem Grundstück L 6, 5-9

Frage nach Herstellung des Einvernehmens zwischen dem FM und IM über die Notwendigkeit des Erweiterungsbaus

KlAnfr

s. Polizeigebäude

Drs 13/1537

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 8)

Haushalts- und Wirtschaftsführung beim Polizeipräsidium Mannheim

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 V. S. 3

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 10.12.2003 Drs 13/2713

Geplante Schließung von Polizeiposten

Darlegung der von o.g. Plänen betroffenen Polizeiposten, -reviere und -direktionen bzw Kommunen; Auswirkungen auf die Polizeipräsenz vor Ort; Vorlage eines flächendeckenden Konzepts

Antr SPD 26.03.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1938

BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 16 17

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Eingliederung von Behörden in die Stadt- und LKreise, Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur umfassenden Übertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die RegPräs, Land- und Stadtkreise

Zeitraumen der Entscheidung und Umsetzung o.g. Neuordnung als Teil der geplanten Verwaltungsreform; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %; Ausschluss der Einflussnahme von Landräten und Oberbürgermeistern auf das operative Geschäft der Polizei

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2093

Weitere Maßnahmen der LReg iRd Verwaltungsreform im Bereich der Polizei

Ergebnisse der Prüfaufträge zur Integration der Wasserschutzpolizei und Autobahnpolizei sowie zur Zusammenlegung der Polizeidirektionen Baden-Baden und Rastatt; Frage nach weiteren Sparmaßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2356

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Autobahnpolizei

Leistungsfähigkeit der Autobahnen und Autobahnpolizei aus Sicht der Wirtschaft, Forderungen der IHK zum Erhalt der vorhandenen Strukturen, Gewährleistung der Aufgabenerfüllung nach Auflösung der Autobahnpolizeidirektionen und Eingliederung der Autobahnpolizeireviere in die Polizeidirektionen, Zustandekommen der angestrebten Freisetzungspotenziale; Aufgabe der Auflösungs- und Eingliederungspläne

Antr
s. *Autobahnpolizei*
Drs 13/2529

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Wasserschutzpolizei

Leistungsfähigkeit der Binnenschifffahrt und Wasserschutzpolizei aus Sicht der Wirtschaft, Forderungen der IHK zum Erhalt der vorhandenen Strukturen, Gewährleistung der Aufgabenerfüllung nach Eingliederung der Wasserschutzpolizei in die örtlichen Polizeipräsidien und Polizeidirektionen, Zustandekommen der angestrebten Freisetzungspotenziale; Aufgabe der Auflösungs- und Eingliederungspläne

Antr
s. *Wasserschutzpolizei*
Drs 13/2530

Neuordnung der Posten- und Revierstruktur der Polizei

Vorgaben für die von den Polizeidirektionen durchzuführenden Analysen, Gegenüberstellung der bisher abgelieferten Konzeptionen; Frage nach den erzielbaren Einsparungen sowie einer

Netzanbindung sämtlicher Dienststellen; Vorlage einer Gesamtkonzeption ohne Stellenabbau, Verwendung der gewonnenen Ressourcen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2772

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2923

Veränderung der Revier- und Postenstruktur bei der Polizei in BW

Analyse der bestehenden Struktur und Polizeidichte; Berücksichtigung der Vorschläge der Polizeidirektionen/-präsidien sowie der Interessen der betroffenen Kommunen; Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme bzw zur Entscheidung des Ltg über die Maßnahmen zur „Optimierung der Polizeistruktur in BW“

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2938

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Beurteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundesgrenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3310

Schießanlagen der Polizei

Ausstattungsstand der einzelnen Polizeidirektionen mit eigenen Schießanlagen

Antr
s. *Schießstand*
Drs 13/3419

Zusammenlegung der Polizeidirektionen Rastatt und Baden-Baden

Zeitpunkt einer endgültigen Entscheidung über den Sitz der o.g. Direktionen, Zweck der gestellten Anträge des Vermögens- und Hochbauamts Pforzheim in Rastatt und Baden-Baden auf Bauvorbescheide zur Erweiterung der bisher von der Polizei genutzten Gebäude

MdlAnfr 1) Gunter Kaufmann SPD 23.07.2004 Drs 13/3425
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5298 5299

Erste Zwischenbilanz zur Polizeipostenstrukturreform

Vorlage der in der Polizeizeitung BW zum 01.09.2004 angekündigten Zwischenbilanz zur Umsetzung der Polizeipostenstrukturreform auf der Ebene der Landespolizeidirektionen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3533

Mittelfreigabe für den Neubau des Polizeireviers in Ellwangen

Antr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/3591

Zusätzliche Kosten bzw Rückerstattungen beim Leasing-Konzept für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Entwicklung der o.g. Zahlen seit dem letzten Zwischenbericht auf Drs 13/1330, Begleichung evtl Zusatzkosten aus den dezentralen Budgets der Dienststellen?

Antr
s. *Polizeifahrzeug*
Drs 13/3609

EDV-Ausstattung und -Struktur bei der Polizei

Auflistung der Projekte, Ziele und Kosten in den letzten zehn Jahren; Umfang und Kosten des Personaleinsatzes in den Polizeidirektionen und vergleichbaren Dienststellen; Auswirkungen des Kooperationsvertrags mit Hamburg und Hessen, des Projekts Inpol-Neu sowie der zentralen Gerätebeschaffung; Umsetzung der Bemerkungen des RH zum Einsatz von DV-Personal in den Polizeidirektionen

Antr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/3739

Mittelfreigabe für den Neubau des Autobahnpolizeireviers Ilshofen

Verfügbarkeit und Abruf der o.g. Haushaltsmittel, Zeitpunkt des Baubeginns

MdlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/3827

Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/3889

Zukünftige Polizeipostenstruktur im Bauland

Umsetzungszeitplan für die Polizeipostenstruktur-Reform im Neckar-Odenwald-Kreis, Zusammenlegung der Polizeiposten Adelsheim und Osterburken in Adelsheim?

MdlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4133

Weitergehende Strukturveränderungen bei der Polizei in BW

Zusammenlegung von Polizeiposten, Polizeirevieren und Polizeidirektionen über die vorgestellte neue Polizeipostenstruktur hinaus?

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/4135

Personalentwicklung bei der Polizeidirektion Balingen

Beurteilung der Altersstruktur und Beförderungssituation bzw der zunehmenden Verweildauer im Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Beseitigung der Personalengpässe und Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/4222

Polizeidichte in Abhängigkeit von Straftaten und Aufklärungsquote

Höhe der Polizeidichte insgesamt und in den einzelnen Polizeipräsidien, insbes in denen der Ballungsräume Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn; Gegenüberstellung der Zahl der gemeldeten Straftaten und der Aufklärungsquote; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4237

Autobahnpolizeirevier Ilshofen

Auswirkungen der Haushaltssperre auf die vor den Sommerferien geplante Ausschreibung der Gewerke bzw den Baubeginn

MdlAnfr
s. *Polizeigebäude*
Drs 13/4413

Personalentwicklung beim Polizeirevier Schwäbisch Gmünd und den dazugehörigen Polizeiposten

Beurteilung der Altersstruktur und Beförderungssituation bzw der zunehmenden Verweildauer im Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Beseitigung der Personalengpässe und Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/4432

Dichte des polizeilichen Betreuungsverhältnisses, der Straftaten und der Aufklärungsquote

Darlegung o.g. Daten in Ballungs- und ländlichen Räumen; Frage nach Zusammenhängen zwischen Zahl und Art der Delikte, der Personalausstattung und Aufklärungsquote; Maßnahmen zur Erreichung derselben hohen Aufklärungsquote von Stuttgart und Ulm in Mannheim, Freiburg und Heidelberg

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4475

Verhältnismäßigkeit beim Einsatz unmittelbaren Zwangs durch Polizeibeamte

Fesselung einer ohne Fahrschein im ÖPNV angetroffenen 15-Jährigen sowie Verletzung einer wegen Beamtenbeschimpfung abgeführten 72-Jährigen, Begründung der Durchsuchung der Minderjährigen auf Waffen mit dem Eigenschutz der Beamten, Beurteilung dieser nach Presseberichten angewandten Vorgehensweise von Polizeibeamten des Freiburger Polizeireviers Süd bzw deren Verhältnismäßigkeit; Frage nach Konsequenzen im Falle der Bewertung als Überschreitung der Ermessensgrenze

KlAnfr
s. *Polizei*

Drs 13/4587

Innere Sicherheit in BW

Konkretisierung des mit der RegErkl angekündigten „Pakts für ein sicheres BW“ nach Zielen, Maßnahmen, Kosten, Finanzierung etc; Stand und Entwicklung der personellen und technischen Ausstattung der Polizei, Umsetzung und Einspareffekte der Polizeipostenreform, Darstellung der finanziellen Möglichkeiten und Zeitperspektive für einen bedarfsgerechten Fuhrpark, die EDV-Ausstattung und Vernetzung der Dienststellen, den Digitalfunk sowie die Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes; Umfang und Ausgleich der Überstunden, insbes auch der iRd Fußball-WM 2006 anfallenden Mehrstunden; Planung einer weiteren Organisationsreform?

GrAnfr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/4752

Verlagerung der Kriminalaußenstelle Nürtingen

Grundlagen, Zeitpunkt und Kosten der o.g. Entscheidung; Art der Nutzung des vor kurzem erweiterten und sanierten Gebäudes des Polizeireviers Nürtingen; Frage nach der Größe und Ausstattung eines möglichen Alternativstandorts; Konsequenzen der Verlagerung für die Bürger bzw die Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Schutzpolizei

KlAnfr

s. *Kriminalpolizei*

Drs 13/4833

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr

s. *Polizei*

Drs 13/4862

Polizeipräsenz in der Fläche - Erfahrungen mit der neuen Struktur der Polizeiposten

Zwischenbilanz der Polizeipostenreform, Entwicklung der Kriminalität und Polizeipräsenz an den aufgelösten Standorten, Annahme der Sprechstunden von den Bürgern, Darstellung der Synergieeffekte und weiteren Planungen für die Vernetzung der Dienststellen

Antr

s. *Polizei*

Drs 13/4984

Erneuerung der Kommunikationstechnik in den Polizeirevieren und -posten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Herausnahme der Polizei vom NSI-Projekt, Ablehnung einer Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2717 2720 2721 2723 2724 2735 2736 2738

Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter, Verbleib der fachlichen Verantwortung beim Land, Bedenken von Gewerkschaften und Praktikern

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2900 2902 2905-2907 2911 2912 2914 2916 2917 2932 2934 2935 2938

Scheitern des Projekts „POLIS“ bei der PD Waiblingen und dem LKA; Problematik der Eingliederung der Polizeidirektionen in die Landratsämter

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126 3127 3133 3135 3136

Plädoyer für eine maßvolle Neuordnung der Postenstruktur bei der Polizei

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4197 4198 4200 4201

Eingliederung der Landespolizeidirektionen in die RegPräs, Umstrukturierung der LPD Stuttgart II zu einem Polizeipräsidium

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4899 4923

Verbesserung der Unterbringung von Polizeirevieren, Verweisung auf das Beispiel des Autobahnpolizeireviers Ilshofen; Ausstattung der Dienststellen mit einer neuen IuK-Infrastruktur

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5905 5906 5916

Modernisierung der Ausrüstung der einzelnen Dienststellen, Stand der Neuordnung der Postenstruktur

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249-6253

Polizeiboot

s. *Wasserfahrzeug*

Polizeidirektion

s. *Polizeibehörde*

Polizeifachhochschule

s. *Hochschule für Polizei*

Polizeifahrzeug

s.a. *Wasserfahrzeug*

s.a. *Werkstatt der Polizei*

Polizeifahrzeuge

Stand und mögliche Konsequenzen einer Überprüfung der bisherigen Farbgestaltung der Polizeieinsatzfahrzeuge iR einer von der IMK eingesetzten Expertenkommission

KlAnfr Thomas Blenke CDU 06.11.2001 und Antw IM Drs 13/395

Neue Farbgestaltung der Einsatzfahrzeuge der Polizei

Frage nach Anlass und Kosten einer farblichen Umgestaltung

KlAnfr Günter Fischer SPD 28.03.2002 und Antw IM Drs 13/890

Einsatz von Bio-Diesel in Polizeifahrzeugen

MdlAnfr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/1002

Schließung von Polizeiwerkstätten

Entscheidungsgrundlagen für o.g. Pläne, Auswirkungen auf die betroffenen Mitarbeiter und die Reparatur und Wartung von

Fahrzeugen, insbes Sonderfahrzeugen; Zeit- und Kostenaufwand für die Verbringung in Fremdwerkstätten; Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen; Gewährleistung der Einsatzfähigkeit und Mobilität der Polizei

Antr
s. *Werkstatt der Polizei*
Drs 13/1138

Zwischenbilanz des Leasing-Konzepts für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Beurteilung des Konzepts nach der ersten Umtauschphase, Erzielung von Einsparungen? Ausschreibung von Phase II, Bewertungskriterien für das wirtschaftlichste Angebot

Antr Günter Fischer u.a. SPD 24.09.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1330
BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 16 17
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Einsparungen beim Land durch Fahren mit Biodiesel

Umrüstung der Dieselfahrzeuge in der Fahrzeugflotte von Regierung, Landesbehörden und Polizei auf die Verwendung von Raps-Methylester; Leasing entsprechender Fahrzeuge; Gewährleistung eines flächendeckenden Tankstellenangebots durch öffentliche Ausschreibung und Vertragsabschlüsse

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/1700

Fuhrpark der Polizei

Überkapazitäten an Polizeifahrzeugen iRd Leasing-Konzepts nach einer Untersuchung des RH, Frage nach Berechnungsgrundlagen und Abhilfemöglichkeiten

Antr Günter Fischer u.a. SPD 19.03.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1907
BeschlEmpf und Bericht InnenA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 18 19
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Videokameras in Streifenwagen der Polizei

Umsetzung der o.g. Empfehlung der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Polizisten“ an die Innenministerkonferenz zur Eigensicherung in den einzelnen BLändern; Höhe der jeweiligen Kosten; Durchführung der Nachrüstung auch in BW unter Einbeziehung in das Leasingpaket?

Antr
s. *Videotechnik*
Drs 13/3224

Zusätzliche Kosten bzw Rückerstattungen beim Leasing-Konzept für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen

Entwicklung der o.g. Zahlen seit dem letzten Zwischenbericht auf Drs 13/1330, Begleichung evtl Zusatzkosten aus den dezentralen Budgets der Dienststellen?

Antr Günter Fischer u.a. SPD 04.10.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3609
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 28
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Innere Sicherheit in BW

Vorhandene und notwendige Fahrzeugausstattung der Polizei, Entwicklung der Kosten für das Leasing-Konzept

GrAnfr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
Drs 13/4752

Erneuerung und technische Optimierung des Fuhrparks der Polizei, Finanzierung der Leasingverträge durch Einsparung von Wartungskosten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Erneuerung und technische Optimierung des Fuhrparks der Polizei

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 881 886

Tauglichkeit des 220 CDI für den Polizeieinsatz

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1730

Bewertung des Leasingkonzepts der Polizei bzw der Feststellungen des RH über zu viel geleaste Fahrzeuge

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126-3128 3132 3136

Leasing von Polizeifahrzeugen, Einsparung von Wartungskosten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362 4363

Ausstattung des Fuhrparks der Polizei, Erfolgsbewertung des Leasingkonzepts

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900 5916

Modernisierung des Fuhrparks der Polizei, Umstellung auf Leasing, Berücksichtigung der persönlichen Bedürfnisse der Beamten bei der Fahrzeugbeschaffung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249-6253 6256 6257

Eintreten für eine Nachrüstung der geleasteten Polizeifahrzeuge mit Rußfiltern

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6342 6345 6350

Polizeifreiwilliger

s. *Polizeihelfer*

Polizeifunk

s. *Funkverkehr*

Polizeigebäude

s.a. *Schießstand*

Neubau der Polizeidirektion Friedrichshafen

Beurteilung der Dringlichkeit und voraussichtlichen Kosten des o.g. Vorhabens; Erteilung des erforderlichen Planungsauftrags

KIAnfr Norbert Zeller SPD 28.08.2001 und Antw FM Drs 13/218

Neubauten im Polizeibereich zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Polizeidienst

Darlegung der Situation im Revier Buchen im Bereich der Polizeidirektion Mosbach; Beurteilung des Vorschlags von Neubauten finanziert durch Leasing

KIAnfr Gerd Teßmer SPD 04.12.2001 und Antw FM Drs 13/525

Neubau der Polizeidirektion Friedrichshafen

Dringlichkeit und Stand des o.g. Neubauprojekts, Prüfung einer Investorlösung, Höhe der Verkaufserlöse sowie der Einsparungen aus wegfallender Miete

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 20.06.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1101
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 19 20
 PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Metzingen

Tauschvertrag Polizeirevier Metzingen

Antr FM 10.10.2002 Drs 13/1385
 BeschlEmpf und Bericht FinA 24.10.2002 Drs 13/1404
 PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200

Erweiterungsbau beim Polizeipräsidium Mannheim auf dem Grundstück L 6, 5-9

Frage nach Herstellung des Einvernehmens zwischen dem FM und IM über die Notwendigkeit des Erweiterungsbaus
 KlAnfr Max Nagel SPD 18.11.2002 und Antw IM Drs 13/1537

Bereitschaftspolizei

Vorgesehene Sanierungsmaßnahmen an den einzelnen Gebäuden und Standorten der Bereitschaftspolizei; Frage nach Prioritäten, Kosten, zeitlichen Abläufen und Schließungsplänen

Antr
s. Bereitschaftspolizei
 Drs 13/3341

Zusammenlegung der Polizeidirektionen Rastatt und Baden-Baden

Zeitpunkt einer endgültigen Entscheidung über den Sitz der o.g. Direktionen, Zweck der gestellten Anträge des Vermögens- und Hochbauamts Pforzheim in Rastatt und Baden-Baden auf Bauvorbescheide zur Erweiterung der bisher von der Polizei genutzten Gebäude

MdlAnfr
s. Polizeibehörde
 Drs 13/3425

Mittelfreigabe für den Neubau des Polizeireviere in Ellwangen

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 28.09.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3591
 BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 26 27
 PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Mittelfreigabe für den Neubau des Autobahnpolizeireviere Ilshofen

Verfügbarkeit und Abruf der o.g. Haushaltsmittel, Zeitpunkt des Baubeginns

MdlAnfr 5) Nikolaos Sakellariou SPD 03.12.2004 Drs 13/3827
 PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5766

Autobahnpolizeirevier Ilshofen

Auswirkungen der Haushaltssperre auf die vor den Sommerferien geplante Ausschreibung der Gewerke bzw den Baubeginn

MdlAnfr 1) Nikolaos Sakellariou SPD 16.06.2005 Drs 13/4413
 PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6827 6828

Innere Sicherheit in BW

Bezifferung der Kosten für Gebäudemaßnahmen iRd Umsetzung der Polizeipostenreform

GrAnfr

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
 Drs 13/4752

Verlagerung der Kriminalaußenstelle Nürtingen

Grundlagen, Zeitpunkt und Kosten der o.g. Entscheidung; Art der Nutzung des vor kurzem erweiterten und sanierten Gebäudes des Polizeireviere Nürtingen; Frage nach der Größe und Ausstattung eines möglichen Alternativstandorts; Konsequenzen der Verlagerung für die Bürger bzw die Zusammenarbeit zwischen Kriminal- und Schutzpolizei

KlAnfr
s. Kriminalpolizei
 Drs 13/4833

Verbesserung der Unterbringung von Polizeireviere, Verweisung auf das Beispiel des Autobahnpolizeireviere Ilshofen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5905 5906

Polizeigebühren

s. Polizeikosten

Polizeigesetz

s. Polizeirecht

Polizeihelfer

Haushalt 2002 und 2003; Epl 03

Abschaffung bzw Reduzierung des freiwilligen Polizeidienstes

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/653-3 S. 18
 ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/653-11 S. 32 33
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/682-7 S. 13
 PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876-891

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes

ÄAntr GRÜNE 13.03.2003 Drs 13/1873-N 89 S. 157
 PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Haushalt 2004; Epl 03

Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2803-2 S. 23
 ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2803-6 S. 27
 ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2843-2 S. 4
 ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2843-5 S. 7
 PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4181-4203

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des PolizeiGes und des Ges über den Freiwilligen Polizeidienst, der VO zur Durchführung des PolizeiGes und der Polizei-LaufbahnVO

GesEntw
s. Verwaltungsreform
 Drs 13/3201

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4003-6 S. 45
 ÄAntr GRÜNE 13.01.2005 Drs 13/4003-11 S. 50
 ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4043-5 S. 9
 PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

*Haushalt 2006; Nachtrag**Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes*

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 3 S. 54

ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-4 S. 7

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 884

Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035

Ablehnung des Antrags auf Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4195 4197 4199

Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5911 5912

Polizeihubschrauber*s. Hubschrauber***Polizeikontrolle***s. Polizeiliche Kontrolle***Polizeikosten***Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 7) - Polizeiliche Ermittlungskosten (Drs 12/5701 IV. S. 2)*

Mittlg LReg 31.07.2001 Drs 13/145

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/263

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 496 497

Mittlg LReg 21.08.2002 Drs 13/1266

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 03**Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen*

EAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/653-2 S. 17

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 876-891

Ermittlungskosten der Polizei

Höhe der den einzelnen Polizeipräsidien und -direktionen zugewiesenen Mittel und der tatsächlich entstandenen Kosten, Begründung und Finanzierung der angefallenen Mehrausgaben, Festhalten an dem bestehenden Verteilungsschlüssel?

Antr Günter Fischer u.a. SPD 13.09.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1313

BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 15 16

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, Streichung der Prüfungsvergütungen für Professoren, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Änd der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen

GesEntw

s. Haushaltsstrukturgesetz

Drs 13/1763

Kosten für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen

Zeitaufwand und Kosten o.g. Einsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen, insbes iR von Spielen der 1. und 2. Fußballbundesliga; Vergleichszahlen anderer BLänder

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 21.02.2003 und Antw IM Drs 13/1828

*Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag**Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen*

EAntr GRÜNE 13.03.2003 Drs 13/1873-N 88 S. 156

EAntr und ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-26 S. 43

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Empfang zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr

s. Geburtstagsfeier

Drs 13/2481

Kosten des Empfangs zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr

s. Geburtstagsfeier

Drs 13/2551

*Haushalt 2004; Epl 03**Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen*

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2803-5 S. 26

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2843-4 S. 6

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4181-4203

Kosten von Polizeieinsätzen

Rechtsgrundlage und Höhe der o.g. Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Gegenüberstellung der von den Adressaten erhobenen Kostenrückforderung, Höhe der seit 1990 erzielten Einnahmen, Einsätze mit unangemessenem Aufwand und entsprechenden Regressforderungen, differenzierte Darlegung der beim Einsatz in Aichstetten-Laubegg am 10.02.2004 angefallenen Kosten

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 06.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3185

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 20

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 03**Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen*

ÄAntr GRÜNE 13.01.2005 Drs 13/4003-10 S. 49

ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4043-6 S. 10

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

Polizeieinsätze bei Fußballspielen

Art und Umfang o.g. Einsätze bei den Spielen im Profi- und Amateurfußball; Höhe der Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Darlegung am Beispiel des Oberligaspiels zwischen Ulm und Reutlingen am 06.05.2005 in Ulm; Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fan-Beauftragten der Vereine; Höhe der möglichen Einnahmen im Falle der Wiedereinführung einer Erstattungsregelung

KlAnfr

s. Fußball

Drs 13/4354

Haushalt 2006; Nachtrag

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

ÄAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 28 S. 84

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-24 S. 39

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4184 4187 4195 4199 4200

Polizeiliche Ermittlungskosten

s. Polizeikosten

Polizeiliche Kontrolle

s.a. Beschlagnahme

s.a. Durchsuchung von Räumen und Personen

s.a. Erkennungsdienstliche Maßnahme

s.a. Fahndung

s.a. Technische Observation

s.a. Verkehrskontrolle

s.a. Videotechnik

Würdigung der Effizienz der ereignisunabhängigen Kontrollen, Verbesserung der polizeilichen Möglichkeiten zur Abwehr terroristischer Gefahren

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 365 424

Würdigung der Effizienz der verdachtsunabhängigen Kontrollen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3128

Polizeipräsidium

s. Polizeibehörde

Polizeirecht

Platzverweis

Konsequenzen aus dem Urteil des VG Stuttgart zum o.g. Modellversuch gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Frage nach einer Änd des PolizeiGes

Antr

s. Wegweisungsrecht

Drs 13/49

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des PolizeiGes und des Ges über den Freiwilligen Polizeidienst, der VO zur Durchführung des PolizeiGes und der Polizei-LaufbahnVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Ankündigung einer Verschärfung des PolizeiGes

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 884 888

Polizeirevier

s. Polizeibehörde

Polizeischnellboot

s. Wasserfahrzeug

Polizeischule

s. Akademie der Polizei

Polizeistunde

s. Sperrzeit im Gaststättengewerbe

Polizeiuniform

s. Dienstkleidung

Polizeiwaffe

s. Waffe

Polizeiwerkstatt

s. Werkstatt der Polizei

Polychloriertes Biphenyl

Instandsetzungs- bzw Erhaltungsmaßnahmen von Gebäuden an der Universität Tübingen

Mittelbereitstellung für die notwendigen Maßnahmen, insbes zur Sanierung der PCB-belasteten Gebäude

KlAnfr

s. Universität Tübingen

Drs 13/514

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und

Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/1029

Popakademie

s. *Musikhochschule*

Popmusik

s. *Musik*

Pornographie

s.a. *Sexualstraftat*

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1551

Jugendschutz im Internet

Stand der Bekämpfung und Ahndung jugendgefährdender Internetangebote differenziert nach extremistischen, pornografischen, gewaltverherrlichenden u.a. Inhalten; Ausstattung und Arbeitsbilanz der beim RegPräs Tübingen angesiedelten Stelle im Vergleich zu anderen BLändern; Abgabe von Verfahren an das BKA, Umfang und Abschluss von Verfahren wegen Kinderpornographie durch Operationen in den USA und Großbritannien; Nutzung der medienpädagogischen Angebote der Aktion Jugendschutz von Eltern; Stand der Erstellung und Pflege einer Ausschlussliste; europäische Zusammenarbeit von Jugendschutz und Polizei

Antr
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1811

Einräumung der Produktion von Pornoclips durch den Investor bei B.TV, Feststellung vergleichbarer Beiträge im Fernsehen zur Nachtzeit bzw in bestimmten Kanälen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2856-2861 2864-2866

Porsche AG

s. *Kraftfahrzeugindustrie*

Portugal

AusländerGes § 87, Abs 2

Verzicht auf die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit bei vorhandener Gegenseitigkeit, Frage nach einer vom BinnenMin abweichenden Rechtsauffassung bei der Einbürgerung von EU-Bürgern aus Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal

KIAnfr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/382

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Feststellung einer europaweiten Schlusslichtposition Deutschlands beim Wirtschaftswachstum hinter Portugal, Investitionsklima in Portugal

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1109

Porzellanmanufaktur

Verkaufsverhandlungen bei der Porzellan-Manufaktur Ludwigsburg

Gründe und Ergebnisse von Verkaufsgesprächen über Anteile an dem landesbeteiligten Unternehmen, Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich mit anderen Porzellan-Manufakturen in Deutschland

Antr Nils Schmid u.a. SPD 13.09.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3543
BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4012 III. S. 4
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Verkauf des Landesanteils an der Porzellan-Manufaktur Ludwigsburg GmbH

Antr FM 29.11.2004 Drs 13/3822
BeschlEmpf und Bericht FinA 28.01.2005 Drs 13/4012 III. S. 4
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Positronen-Emissions-Tomographie

s. *Tomographie*

Post

s.a. *Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis*
s.a. *Postzustellung*
s.a. *Verwaltungszustellungsgesetz*

Ges zur Änd des LVerwaltungszustellungsGes

Anpassung der Verweisung auf die Vorschriften der Postzustellung in der Zivilprozessordnung im LVwZG an die geänderte Rechtslage des Bundes, Übernahme der Vorschriften über die Heilung von Zustellungsmängeln in gerichtlichen Verfahren in die Prozessordnung

GesEntw
s. *Verwaltungszustellungsgesetz*
Drs 13/968

Stationäre Posteinrichtungen in Orten mit 2000 Einwohnern
Verpflichtung der Post AG zur Vorhaltung o.g. Einrichtungen in Orten oder Ortsteilen mit 2000 Einwohnern?

KlAnfr Winfried Scheuermann CDU 11.06.2002 und Antw StM Drs 13/1070

Situation privater Postzustellerbetriebe in BW

Umsatz- und Personalstärke, Marktanteil und Gebietsabdeckung o.g. Betriebe; Attraktivität der Nutzung für landeseigene Einrichtungen; Behinderung des Wettbewerbs durch das bis Ende 2007 verlängerte Monopol der Nachsendedienstleistungen der Deutschen Post AG

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 18.10.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1412
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 11 12
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Situation privater Postzustellerbetriebe im Ostalbkreis/Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Umsatz- und Personalstärke, Marktanteil und Gebietsabdeckung o.g. Betriebe; Attraktivität der Nutzung für landeseigene Einrichtungen; Behinderung des Wettbewerbs durch das bis Ende 2007 verlängerte Monopol der Nachsendedienstleistungen der Deutschen Post AG

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 27.01.2003 und Antw StM Drs 13/1717

Situation und Perspektiven der Postagenturen in BW

Auswirkungen der von der Post AG unter Ausnutzung ihrer Monopolstellung betriebenen Änderungen der Vertragsverhältnisse mit den Betreibern von Postagenturen, Übernahme von Gemeindeverwaltungen u.a. Möglichkeiten zur Erhaltung einer flächendeckenden Versorgung?

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU und Jürgen Hofer FDP/DVP 06.02.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1756
BeschlEmpf und Bericht WirtA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 10-14
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Briefkastenoptimierung der Deutschen Post AG zum Nachteil des ländlichen Raumes

Kriterien und Standorte für den Abbau von Briefkästen im LKreise Schwäbisch Hall; Hinwirkung auf Erhaltung einer Grundversorgung im ländlichen Raum

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 25.06.2003 und Antw StM Drs 13/2195

Versorgung der Städte und Gemeinden in BW mit Postagenturen
Zahl der gekündigten Postagenturverträge aufgrund der neu vorgelegten Verträge, Auswirkungen auf die Versorgung der Kommunen mit Postdienstleistungen; Eintreten für die Umsetzung der Vorschläge des Beirats der Regulierungsbehörde

Antr Veronika Netzhammer u.a. CDU 13.11.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2615
BeschlEmpf und Bericht WirtA 11.02.2004 Drs 13/2985 (dazu Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU und Jürgen Hofer FDP/DVP) S. 10-14
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768
Mittlg LReg 26.08.2004 Drs 13/3519

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des Landessicherheitsüberprüfungsges, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Rechte des LfV zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Verbesserung des Informationsaustauschs zwischen den Sicherheitsbehörden und innerhalb der Verfassungsschutzbehörde; Verlängerung der Datenspeicherfristen sowie Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

GesEntw
s. Verfassungsschutz
Drs 13/4524

Kritik am Umsatzsteuererlass des BFinanzMin gegenüber der Post

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1033

Verweisung auf die Liberalisierung des Postwesens im gemeinsamen Binnenmarkt

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1457

Post AG

s. Post

Postgeheimnis

s. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Postzustellung

s.a. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis

Ges zur Änd des LVerwaltungszustellungsges

Anpassung der Verweisung auf die Vorschriften der Postzustellung in der Zivilprozessordnung im LVwZG an die geänderte Rechtslage des Bundes, Übernahme der Vorschriften über die Heilung von Zustellungsmängeln in gerichtlichen Verfahren in die Prozessordnung

GesEntw
s. Verwaltungszustellungsgesetz
Drs 13/968

Situation privater Postzustellerbetriebe in BW

Umsatz- und Personalstärke, Marktanteil und Gebietsabdeckung o.g. Betriebe; Attraktivität der Nutzung für landeseigene Einrichtungen; Behinderung des Wettbewerbs durch das bis Ende 2007 verlängerte Monopol der Nachsendedienstleistungen der Deutschen Post AG

Antr
s. Post
Drs 13/1412

Situation privater Postzustellerbetriebe im Ostalbkreis/Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Umsatz- und Personalstärke, Marktanteil und Gebietsabdeckung o.g. Betriebe; Attraktivität der Nutzung für landeseigene Einrichtungen; Behinderung des Wettbewerbs durch das bis Ende 2007 verlängerte Monopol der Nachsendedienstleistungen der Deutschen Post AG

KlAnfr
s. *Post*
Drs 13/1717

Briefkastenoptimierung der Deutschen Post AG zum Nachteil des ländlichen Raumes

Kriterien und Standorte für den Abbau von Briefkästen im LKreis Schwäbisch Hall; Hinwirkung auf Erhaltung einer Grundversorgung im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Post*
Drs 13/2195

PPP

s. *Public Private Partnership*

Präimplantationsdiagnostik

s. *Reproduktionsmedizin*

Präsident des Landtags

s. *Landtagspräsident*

Präventionsgesetz

s. *Gesundheitsvorsorge*

Pragsattel-Theaterhaus-Stuttgart

s. *Theater*

Praktikantenprogramm

s. *Praktikum*

Praktikum

Berufsorientierung an 6-jährigen beruflichen Gymnasien (Bogy)
Gründe für den Verzicht auf ein Praktikum zur Berufsorientierung

MdlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/530

Neue Schule, neue Lehrer - Ein Konzept für die Reform der Lehrerbildung

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen; Regelungen zur Gliederung und Dauer des Hochschulstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Weiterqualifikation; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/2322

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Außerkräfttreten der VO über die Ableistung eines Vorpraktikums an den FH sowie der PraktikumsVO Kunstakademie Stuttgart

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Schulversuche „Teilqualifikation im Berufsvorbereitungsjahr“ und „Praktikantenklasse Einstiegsqualifizierung“

Verfügbare personelle und räumliche Ressourcen zur Einrichtung der beiden Schulversuche zusätzlich zu den bestehenden BVJ-Klassen, Voraussetzungen für die Teilnahme und Zuschussung durch den Bund; Frage nach Schwerpunkten und Abschlüssen sowie Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses an die teilnehmenden Praktikumsbetriebe und Jugendlichen

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/3685

Aussagekraft der Ausbildungsstatistik

Zahl der von den Unternehmen iRd Ausbildungspakts zusätzlich angebotenen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Anteil von Jugendlichen ohne Interesse an einer betrieblichen Ausbildung oder alternativ angebotenen Einstiegsqualifizierung, Auswirkungen der fehlenden Meldepflicht einer erfolgreichen Lehrstellensuche auf anderem Wege bei den Arbeitsagenturen; Möglichkeiten einer Präzisierung der o.g. Statistik

GrAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3776

Zukunft des Praktikantenprogramms mit Russland

Beteiligung des Landes und des Vereins „Agrarkontakte International“ an dem o.g. Programm, Erfolgsbewertung durch die Praktikanten und bäuerlichen Gastgeberfamilien, Qualifizierung für den Einsatz deutscher Agrarmaschinen, Fortführung des Programms unter Einbeziehung auch von anderen europäischen ehemaligen GUS-Staaten

Antr
s. *Landwirt*
Drs 13/3843

Praxisjahr - Neues Modell der Lehrerausbildung

Beurteilung des Modellprojekts der PH Weingarten und des Seminars für Didaktik und Lehrerbildung Laupheim, Evaluation des Projekts, Einbeziehung der Ergebnisse in eine Neukonzeption der Lehrerbildung, generelle Einführung eines Praxisjahres

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/4260

Reform des Bildungswesens in BW

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten und PH; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschule und Sekundarstufe I und II

Antr

s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Studiengebühren; hier: Gebührenpflicht auch für betriebliche Ausbildungsphasen in den Studiengängen an Berufsakademien?
Begründung der o.g. Gebührenpflicht im Gegensatz zu Praxissemestern an FH und bei den Studiengängen für das Lehramt am Gymnasium, Vereinbarkeit mit dem gebührenrechtlich geforderten Äquivalenzprinzip, Frage nach einer Prüfung iRd beiden Gutachten zur Einführung von Studiengebühren, Betrachtung der Darlehensrückflüsse von Absolventen der Berufsakademien als Absicherung des Studienfonds vor den Ausfallrisiken der Absolventen anderer Hochschularten?

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4676

Eintreten für ein Praxisjahr nach dem Grundstudium für alle Lehrämter, Evaluation der Ergebnisse des Schulpraxissemesters
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2602-2605

Praktika iRd Studiums an den verwaltungswirtschaftlichen Fachhochschulen
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4889 4892

Angebot von Praktikumsplätzen im neuen Ausbildungsjahr
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5464-5467 5469 5470

Praxisgebühr

s. *Gebühren*

Predigt

Angekündigte Deutschpflicht für Predigten in Moscheen
Zeitpunkt der Einbringung und inhaltliche Ausgestaltung der von der Kultusministerin angekündigten Gesetzesinitiative im BRat, Frage nach einem ausschließlichen Bezug auf islamische oder auf alle Religionsgemeinschaften bzw nach einer Abstimmung mit anderen BLändern

Antr SPD 24.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3777

Verpflichtung der Imame zu Predigten in deutscher Sprache
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5805

Konsequente Ausweisung von islamischen Hasspredigern
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496

Beobachtung von Bestrebungen gegen das friedliche Zusammenleben der Völker durch den Verfassungsschutz, Bewertung als vorbeugendes Instrument gegen islamistische Hassprediger
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7001 7002 7004 7005

Preis

s.a. *Preisnachlass*

Praxis der Rabattgewährung im Bereich des Einzelhandels
Auswirkungen der Aufhebung des RabattGes auf den Preiswettbewerb, Voraussetzungen für die Gewährung von Sonderrabatten, wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der EU, Notwendigkeit einer Novellierung des Ges gegen den unlauteren Wettbewerb

KlAnfr
s. *Preisnachlass*

Drs 13/615

Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im Zuge der DM/Euro-Umstellung nach dem 1. Januar 2002

Angebot von Speisen und Getränken zum selben Preis in Euro wie vorher in DM, Maßnahmen gegen diese Art von Preiswucher in den Fremdenverkehrsgebieten, insbes gegenüber Tagestouristen; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 24.07.2002 und Antw WM
Drs 13/1225

Ausstehende Saalmiete für Dodo-Preisverleihung

Anmietung des „Weißen Saals“ im Neuen Schloss durch das WM und Überlassung der Abg Beate Fauser zur Verleihung eines von ihr selbst gestifteten Preises; Einforderung der üblichen Saalmiete per Rechnung von WM Dr. Döring

Antr
s. *Miete*
Drs 13/1506

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die Zuständigkeit in Preisangelegenheiten und nach der VO über Auskunftspflicht

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Preisverleihungen durch das Wirtschaftsministerium

Auflistung der Preise und deren Dotierung, der Kosten und Kostenträger, des Personalaufwands im WM und seinen nachgeordneten Behörden, der Empfänger und messbaren Wirkungen; Frage nach geplanten Änderungen

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 29.09.2004 und Antw WM
Drs 13/3600

Bambi-Verleihung 2006 in Stuttgart

Beurteilung o.g. Presseberichte bzw der damit verbundenen Chancen für die Standortwerbung von Land und Stadt

MdlAnfr 7) Dr. Christoph Palmer CDU 06.12.2004 Drs
13/3827
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5768 5769

Innovationspreis öffentliche Verwaltung

Initiierung eines Wettbewerbs Innovative Verwaltung ab 2006 im Turnus von zwei Jahren und jeweils unter einem Thema, Durchführung der ersten Ausschreibung mit dem Thema „Familienfreundliche Verwaltung“, Finanzierung der Preise aus Mitteln der Landesstiftung; Bildung der Jury aus Experten, Normalbürgern und Abgeordneten

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/4569

Bambi-Preis-Verleihung in Stuttgart

Stand der o.g. Gespräche mit dem Burda-Verlag, Frage nach den damit verbundenen Erwartungen und finanziellen Konditionen

KlAnfr Nils Schmid SPD 06.10.2005 und Antw StM Drs
13/4702

Anteil von Bundespreisträgern aus BW bei den Wettbewerben „Jugend musiziert“

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2256

Würdigung der Verleihung des bayerischen Rockpreises 2003 an den MinPräs

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2972 2975

Auslobung von Preisen für junge Erfinder und Unternehmer

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603

Anteil von Bundespreisträgern aus BW beim Wettbewerb der Schülerzeitungen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4887

Preisnachlass

Praxis der Rabattgewährung im Bereich des Einzelhandels

Auswirkungen der Aufhebung des RabattGes auf den Preiswettbewerb, Voraussetzungen für die Gewährung von Sonderrabatten, wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der EU, Notwendigkeit einer Novellierung des Ges gegen den unlauteren Wettbewerb

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 10.01.2002 und Antw WM Drs 13/615

Begrüßung der Abschaffung des RabattGes

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2360 2366 2367

Preisverleihung

s. Preis

Presse

s.a. Presserecht

s.a. Zeitung

Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnissen im Rundfunk- und Pressewesen

Schaffung der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung o.g. Beteiligungsverhältnisse der in BW lizenzierten privaten Rundfunksender durch die LfK bzw der im Land erscheinenden Presseorgane im Impressum

Antr
s. Medien
Drs 13/2371

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr
s. Medien
Drs 13/2468

Situation und Perspektiven für baden-württembergische Amts- und Mitteilungsblätter

Auflistung o.g. Blätter differenziert nach Auflagen, Herausgeben, Anzeigen- und Werbeumsätzen; Beurteilung der Konkurrenzsituation zu lokalen und regionalen Zeitungen und Zeitungsverlagen; Frage nach einer beabsichtigten Novellierung des Gemeindefachrechts zur Einschränkung der amtlichen Publizistik

Antr
s. Veröffentlichung
Drs 13/3864

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr
s. Verkehrsunternehmen
Drs 13/4700

Pressegesetz

s. Presserecht

Presserecht

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-) Änd des LPresseGes

GesEntw
s. Währung
Drs 13/313

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. Mediengesetz
Drs 13/1550

Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnissen im Rundfunk- und Pressewesen

Schaffung der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung o.g. Beteiligungsverhältnisse der in BW lizenzierten privaten Rundfunksender durch die LfK bzw der im Land erscheinenden Presseorgane im Impressum

Antr
s. Medien
Drs 13/2371

Bewahrung der Medienvielfalt mithilfe der Novellierung des Pressekonzentrationsrechts

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5091 5092 5095

Private Arbeitsvermittlung

s. *Arbeitsvermittlung*

Private Public Partnership

s. *Public Private Partnership*

Privater Nachhilfeunterricht

s. *Nachhilfeunterricht*

Privater Sicherheitsdienst

s. *Bewachungsgewerbe*

Privates Labor

s. *Laboratorium*

Privathaushalt

s. *Haushalt (Lebensführung)*

Privathochschule

Staatliche Mitfinanzierung an FH in privater Trägerschaft; hier: FH Schwäbisch Hall, Hochschule für Gestaltung

Anerkennung und Bezuschussung von nicht-staatlichen FH und Hochschulen, Kriterien und Voraussetzungen für den Erhalt von Zuschüssen, Möglichkeiten für die o.g. FH, Gewährung von Zuschüssen über die Landesstiftung BW?

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 19.07.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/107
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.10.2001 Drs 13/358 S. 18 19
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Nichtstaatliche Fachhochschulen

Bedeutung und Studienplatzangebot der privaten FH, Darlegung wünschenswerter Ausbaupazitäten sowie der Anerkennungspraxis gemäß § 89 Abs 4 FachhochschulGes

Antr Dr. Eugen Klunzinger u.a. CDU 17.09.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/231
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.10.2001 Drs 13/358 S. 18 19
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Die „Deutsch-Ordens Fachhochschule Riedlingen - Hochschule für Wirtschaft - staatlich anerkannte Hochschule der Deutsch-Ordens Fachhochschule Riedlingen gGmbH“/University of applied sciences und ihre Zukunft

Finanzielle Probleme der o.g. Hochschule, Rechtsfolgen einer Veränderung der Bezeichnung, Auswirkungen einer Schließung für Studierende und Beschäftigte, Aufsichtspraxis des Landes, Kontakte mit der bayerischen Staatsregierung, Prüfung des Lehrangebots einschließlich des neuen Studiengangs „Praxenmanager“, Frage nach den Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung bzw Weiterführung der FH Riedlingen auf einer verlässlichen Grundlage

Antr
 s. *Fachhochschule Riedlingen*
 Drs 13/254

Die „private“ International University in Germany Bruchsal (IU) als dauerhafte Kostgängerin des Landeshaushalts?

Beurteilung des Begehrens nach weiteren Subventionen, Spielräume des MWK in entsprechenden Verhandlungen, Unterstützung der IU durch die in der Nachbarschaft angesiedelte Siemens-Akademie? Zahl von in- und ausländischen Studenten an den privaten Hochschulen und der IU, Umfang der Inanspruchnahme von Studiendarlehen sowie des Eintretens das Landes in die übernommene Bürgschaft, bisherige Innovationsimpulse der IU? Verzicht auf die Gewährung weiterer Subventionen; Schutz der Studenten vor den Risiken infolge der wirtschaftlichen Situation der IU, ggf Übernahme durch die umliegenden staatlichen Hochschulen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 18.10.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/335
 Berichtigung 23.11.2001 Drs 13/467
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 35 36
 PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr
 s. *Hochschule*
 Drs 13/572

Privatuniversität für die Rechtswissenschaften

Ausgestaltung und Finanzierung o.g. Planung, Frage nach Interessenten und Zusagen, Stellungnahme des MWK, Erfüllung der hochschulrechtlichen Anforderungen, finanzielle Beteiligung der privaten Träger und der künftigen Standortgemeinde

Antr SPD 05.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/722
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.03.2003 Drs 13/1968 S. 38
 PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Die staatlich mitfinanzierten Privateinrichtungen „International University in Germany/Bruchsal“, „Stuttgart Institute of Management and Technology“ und „International Departement der Universität Karlsruhe (TH)“ im Urteil des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft

Konsequenzen der Beurteilung des Stifterverbands für die Fortsetzung der Subventionierung und unbefristete staatliche Anerkennung; Wahrnehmung der Evaluation o.g. Einrichtungen durch den Ltg, Übertragung der im Falle einer negativen Beurteilung frei werdenden Mittel auf die PH

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 27.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/790
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.06.2002 Drs 13/1109 (dazu Antr Carla Bregenzer u.a. SPD) S. 77-80
 PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Promotionsrecht für private Hochschulen

Anträge privater Hochschulen auf Verleihung des Promotionsrechts, Auflistung der bisher positiv beschiedenen Anträge, Stand und Ausgestaltung der noch offenen Verfahren

Antr
 s. *Promotion*
 Drs 13/952

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 27) - Förderung der nichtstaatlichen Fachhochschulen

Mittlg
s. *Fachhochschule*
Drs 13/1748

Der Fluch der falschen Tat - Eine weitere Notoperation der LReg für die so genannte „International University in Germany“

Legitimation, Gründe und Auswirkungen des Abbruchs des Akkreditierungsverfahrens, dessen positiver Ausgang Voraussetzung für die weitere Subventionierung im 4. und 5. Jahr der Bruchsaler Einrichtung sein sollte; Bewertung der erfolgreichen Konkurrenzstudiengänge an staatlichen Hochschulen sowie der angekündigten Promotionsprogramme; Zusammensetzung des Gesamtetats 2003, Umfang der Inanspruchnahme des Landes aus der Bürgerschaft für Studiendarlehen; Vorlage der Erkenntnisse des Wissenschaftsrats in dem genannten Verfahren sowie eines Auffangkonzepts zur Wahrung der Interessen aller Beteiligten im Falle einer Auflösung der University

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 11.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1773
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 51-53
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Fehleinschätzungen, Unbelehrbarkeit und Rechthaberei - Die politische Verantwortung der LReg vor dem Hintergrund der Entwicklung der staatlich mitfinanzierten so genannten „International University in Germany“

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3001-3013

Zukunftsperspektiven für das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT)

Darlegung der o.g. Bemühungen auf Ministerialebene, des Verwaltungsrats, der Stadt Stuttgart, der Universitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; Tragfähigkeit der Finanzierungsbasis und Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen; Prüfung der Gründung einer gemeinsamen privaten Business School und Vereinigung der Weiterbildungseinrichtungen der drei beteiligten Universitäten

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 16.05.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2084
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 29
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Die Perspektive der so genannten Privatuniversitäten SIMT und IU Bruchsal

Gewährleistung der Anerkennungsvoraussetzungen und insbes der Gleichwertigkeit in Forschung und Lehre mit den staatlichen Universitäten? Beurteilung der finanziellen Situation; Stand und Erfolgsaussichten der Verhandlungen des MWK mit dem SIMT, den beteiligten Sponsoren und Universitäten um Anschlussmodelle; Art und Ziele der Bemühungen des WM um die IU Bruchsal

Antr SPD 02.06.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2130
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 45 46
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Die Verantwortung der LReg vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen um die so genannte „International University in Germany“ in Bruchsal

Gründe, Auswirkungen und Konsequenzen eines Rückzugs der Firma SAP als Sponsor; Bewertung der Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung als gegeben trotz dieser Entwicklung und dem Abbruch des Akkreditierungsverfahrens? Ermöglichung des Studienabschlusses der Studierenden; Angliederung der IU an staatliche Hochschulen als Weiterbildungsakademie nach dem Sanierungsmuster des SIMT?

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 06.08.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2343
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2485 S. 31
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) nach der Ankündigung seiner Schließung

Zahl der betroffenen Studenten und Mitarbeiter; Möglichkeiten einer Weiterführung als Weiterbildungseinrichtung der drei Trägeruniversitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; bisher geleistete Haushaltsmittel und künftige Verpflichtungen, Umfang der Beteiligung der drei Universitäten und Wirtschaftsunternehmen; Erfüllung der eingegangenen Ausbildungsverpflichtungen und Beschäftigungsverträge

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 13.05.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3210
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 47 48
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Spring Break 2005 an der IU oder Chancen für die International University in Bruchsal nach der jüngsten Entwicklung

Hinwirkung auf Einleitung des ausgesetzten Akkreditierungsverfahrens durch den Wissenschaftsrat angesichts der eingetretenen Situation und der personellen Veränderung an der Spitze der IU Bruchsal? Entwicklung der Studierendenzahlen, Ermöglichung des Studienabschlusses für alle Studierenden, Ergebnisse der Evaluation der Studiengänge, Festhalten an der vorläufigen staatlichen Anerkennung? Umfang und evtl Rückerstattungsansprüche der geleisteten Mittel des Landes und der Stadt Bruchsal; Frage nach den beruflichen Plänen der von der Universität Stuttgart beurlaubten und nun zurückgetretenen Präsidentin; Schaffung der Voraussetzungen für eine Zukunftsperspektive der IU

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 04.05.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4304
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 24-26
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Studiengänge und Studienplätze an den staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien seit 1996; Ausbau der Hochschule Pforzheim und der Berufsakademie Außenstelle in Horb?

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Anerkennung von Abschlüssen an privaten Berufsakademien

Möglichkeiten und Voraussetzungen zur staatlichen Anerkennung o.g. Abschlüsse und Berufsakademien; laufbahnrechtliche Bewertung der Abschlüsse bei Bewerbern für den Landesdienst

im Vergleich zu Absolventen von Fachhochschulen

KlAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/4795

Finanzprobleme der privaten Universitäten in Bruchsal, Stuttgart u.a. Standorten in Deutschland; Fehleinschätzung der finanziellen Möglichkeiten der Studenten sowie der Einwerbung von Sponsorengeldern; Rückzahlung der Finanzhilfen durch die IU Bruchsal bei einem negativen Ausgang des Akkreditierungsverfahrens

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3001-3013

Eintreten für die Umsetzung der Idee einer Stiftungshochschule; Übertragbarkeit des Leitbilds einer amerikanischen Privatuniversität und ihrer Autonomie; Vorwurf einer Fehlbeurteilung der Finanzsituation der IU Bruchsal

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3530 3531 3540 3542 3592-3594

Privatisierung

s.a. *Öffentliches Unternehmen*
s.a. *Outsourcing*
s.a. *Public Private Partnership*

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 13)

Privatisierung von Aufgaben im Bereich der Umweltmessungen, Auswirkungen und Konsequenzen

Mittlg
s. *Umweltmessung*
Drs 13/329

Krankenhäuser in privater, freigemeinnütziger und öffentlicher Trägerschaft

Entwicklung des jeweiligen Anteils o.g. Krankenhäuser seit 1990, Gründe für die unterschiedlichen Ertragslagen und Investitionsquoten, Erwartung eines Privatisierungsschubs infolge des Investitionsstaus und der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/460

Privatisierung der Universitätsklinik?

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM, Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben von Forschung, Lehre und Hochleistungsmedizin bzw deren Verbindung mit Krankenversorgung in Zusammenarbeit mit der Universität? Höhe und mögliche Verwendung von Veräußerungserlösen, Konzeption des angekündigten Modellprojekts, Positionen des MWK und der Klinika

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/546

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zu-

sammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/643

Verkauf der Beteiligungen des Landes BW

Auftragserteilung des WM an eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur Erstellung einer Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Beurteilung der Aussagekraft des Gutachtens und der entstandenen Kosten, Frage nach einer Einbeziehung des zuständigen FM sowie Autorisierung des WM für die öffentliche Präsentation der ausschließlich für interne Zwecke erstellten Studie; Aufnahme von Verhandlungen mit den EVU über den Verkauf der Gasversorgung Süddeutschland; Vorbereitung einer Neuordnung der Beteiligungen an der BW-Bank und der Landesbank

Antr
s. *Landesbeteiligung*
Drs 13/693

Begutachtung der Veräußerbarkeit von Landesbeteiligungen

Aussagekraft und Kosten einer im Auftrag des WM erstellten Studie über die Veräußerbarkeit und erzielbaren Erlöse von Landesbeteiligungen, Frage nach einem höheren Kenntnisstand des FM über die einzelnen Beteiligungsverhältnisse sowie nach Bemühungen um eine bessere Kooperation zwischen beiden Ministerien

Antr
s. *Landesbeteiligung*
Drs 13/811

Die Vorbereitungen des WM zur Privatisierung der Universitätsklinik und was sie für Forschung, Lehre und Krankenversorgung bedeuten

Aktuelle Debatte
s. *Universitätsklinik*
PIPr 13/21 S. 1178

Weiterentwicklung der Zentren für Psychiatrie (ZfP) - keine Holding gGmbH

Verzicht auf die geplante Teilprivatisierung

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/1103

Zukunft der Wasserwirtschaft und die Ziele der LReg

Vorstoß der LReg zur verstärkten Liberalisierung der Wasserwirtschaft in der Wirtschaftsministerkonferenz; Vereinbarkeit mit der Daseinsvorsorge, Versorgungssicherheit und der kommunalen Selbstverwaltung

Antr
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/1314

Veränderungen durch private Beteiligungen und Rechtsformänderungen im öffentlichen Krankenhausbereich

Entwicklung der privaten Beteiligung bzw Trägerschaft sowie der Rechtsformänderungen öffentlicher Krankenhäuser seit 1996, Gründe und Auswirkungen der Veränderungen auf das Leistungsspektrum, die Behandlungsqualität, Organisation und Personalplanung; Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes; Strukturdateninformation des MDK auch von teil- oder vollprivatisierten Häusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/1496

Keine Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie
Verzicht auf eine Zusammenfassung unter dem Dach einer privatrechtlich verfassten Holding

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/1549

Privatisierung der Bewährungshilfe
Konkretisierung o.g. Pläne, Höhe der erwarteten Einsparungen, Auswirkungen auf die Mitarbeiter

Antr
s. *Bewährungshilfe*
Drs 13/2105

Justizreform in BW
Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate; Klärung verfassungsrechtlicher Fragen und notwendiger Rechtsänderungen auf Bundesebene für eine Privatisierung der mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Bewährungshelfer und Gerichtsvollzieher

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens
Gegenüberstellung der Einnahmen und Aufwendungen vor und nach einer Privatisierung, verfassungsrechtliche Prüfung einer Privatisierung hoheitlicher Aufgaben und notwendige Rechtsänderungen auf Bundes- und Landesebene, Auswirkungen auf die Erfolgsquote bei Zwangsvollstreckungen, den Schuldner- und Gläubigerschutz, die Ausbildung sowie Alterssicherung der ehemaligen Beamten

Antr
s. *Gerichtsvollzieher*
Drs 13/2184

Privatisierung des Notariatswesens
Gegenüberstellung der Einnahmen und Aufwendungen vor und nach einer Privatisierung bzw nach Angleichung der Gebührenordnung an das EU-Recht, notwendige Rechtsänderungen, Erhaltung der Bürgernähe, insbes im ländlichen Raum; Auswirkungen einer Verschiebung bis 2008

Antr
s. *Notar*
Drs 13/2185

Klarheit über die Psychiatrieholding-Pläne der LReg
Pläne für evtl Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie, Auswirkungen auf die tarifvertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten; Verzicht auf eine Veräußerung an private Betreiber

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/2238

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode
Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen
Bisherige Bemühungen und dadurch erzielte Einsparungen, Prüfung weiterer Möglichkeiten iRd Verwaltungsreform und der

notwendigen rechtlichen Voraussetzungen, u.a. der Bereiche Kfz-Zulassung, Eich- und Messwesen, Vermessung, Handelsregister, Grundbuch, Baugenehmigungen, Denkmalschutz, Liegenschaftswesen, Schule und Hochschule, Sozialverwaltung, Landesbeschussamt, Straßenplanung und -unterhalt

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2326 (26 S.)
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5104-5112

Teilprivatisierung der Universitätsklinik

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM bzw Bereitschaft zur Übernahme des kompletten Krankenversorgungsbetriebs? Ergebnisse und Konsequenzen einer Expertenanhörung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des WM und MWK; geplante Änderungen für die Universitätsklinik im Zuge der anstehenden Novellierung der Hochschulgesetze

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2389

Kommunale Krankenhäuser als Aktiengesellschaft

Ermöglichung der Organisation als Aktiengesellschaft - evtl im Zuge der Verwaltungsreform; Notwendigkeit einer Anpassung der Gemeindeordnung?

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2399

Stand und Erfolg der diversen Stellenabbauprogramme der LReg
Erreichte und noch geplante Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche und Behörden der Landesverwaltung; Verteilung auf Altersteilzeit, Frühpensionierung, Kündigungen, natürliche Fluktuation, Ausgliederung von Behörden oder Privatisierung von Aufgaben; Vorschaltung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion

KlAnfr
s. *Personalplanung*
Drs 13/2556

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außensenaten bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenauffälle und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Zukunft der Krankenhäuser

Aussagen des Landkreistags zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser, Auswirkungen der neuen Fallpauschalen und der geplanten Änderung des ArbeitszeitGes; Entwicklung der Investitionskostenförderung für die kommunalen Krankenhäuser und des Finanzierungsaufwands für die Universitätskliniken und Psychiatriezentren sowie des jeweiligen Investitionsstaus; Notwendig-

keit und Einsparpotenziale einer Privatisierung oder Fusionierung von Krankenhäusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2839

Ausschreibung zur Übernahme der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Rechtsgrundlage der o.g. Ausschreibung zur Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe

Antr
s. *Bewährungshilfe*
Drs 13/3067

Blutspendezentrale des Universitätsklinikums Tübingen

Beurteilung von Plänen der Klinikleitung zur Schließung oder Privatisierung der Blutspendezentrale, Konsequenzen für die Mitarbeiter und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, Auswirkungen des Wegfalls eines Spenderpools und damit bestimmter Nebenprodukte der Blutkonservenproduktion für die transplantationsmedizinische Forschung, Verlust von EU-Fördermitteln?

KlAnfr
s. *Blut*
Drs 13/3324

Privatisierung kommunaler Sozialaufgaben

Beispiele und Erfahrungen o.g. Privatisierungen unter Subsidiaritätsgesichtspunkten, Auswirkungen auf die Kontinuität und Qualität der geleisteten Arbeit, Erzielung von Einsparungen?

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 22.09.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3568

Privatisierung der Bewährungshilfe

Gründe für die Vergabe des o.g. Pilotprojekts an die österreichische Firma Neustart, Darlegung des weiteren Verfahrens sowie der Folgen dieser Entscheidung für die Beschäftigten

Antr
s. *Bewährungshilfe*
Drs 13/3623

Strafvollzug in BW

Entwicklung der EDV-Ausstattung in den einzelnen JVA in den letzten fünf Jahren; Bereiche und Auswirkungen der vorgesehenen Privatisierung

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/5218

Untersuchung von Beispielen missglückter Privatisierungen durch den RH, Vermeidung von Scheinprivatisierungen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548

Ablehnung einer Privatisierung von Landesbeteiligungen zum Ausgleich von Steuerausfällen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 645

Ablehnung einer Privatisierung von Landesbeteiligungen zum Ausgleich von Steuerausfällen, Verwendung der Erlöse für Zukunftsinvestitionen, Ermöglichung von mehr Privatinitiativen im Krankenhausbau

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801 808 812 813 816

Ablehnung der Privatisierung von Anteilen an der LBBW, Aussagekraft und Kosten des Gutachtens über die Privatisierung von Landesbeteiligungen, Finanzierung von Zukunftsinvestitionen aus Privatisierungserlösen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 839 841 842 844-846 848 849 852 865 874 896

Ablehnung der Privatisierung von Anteilen an der LBBW

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1606 1608 1609 1611

Wiederholung des Vorschlags zur Privatisierung von Anteilen an der LBBW; Privatisierung von öffentlichen Aufgaben

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2638 2651 2670 2675

Wiederholung des Vorschlags zur Privatisierung von Anteilen an der LBBW; Privatisierung von öffentlichen Aufgaben

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702-2704 2707 2712 2714 2725 2784

Privatisierung der Notariate und Gerichtsvollzieher, Ablehnung einer Privatisierung hoheitlicher Gewalt; Abbau staatlicher Aufgaben durch Privatisierung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2912 2918 2919 2921 2922 2925 2943 2949

Geplante Privatisierungen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3329 3331-3333 3335 3337

Privatisierung von Aufgaben im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606 3632

Privatisierung kommunaler Aufgaben, Erhaltung der Kapital- oder Stimmenmehrheit der Kommunen in den Kollegialorganen der ausgegliederten Unternehmen, Ausschluss eines Gemeinderatsmandats für leitende Mitarbeiter

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3765-3768

Privatisierung von Landesbeteiligungen, Ablehnung einer Privatisierung der Gerichtsvollzieher und damit des Vollzugs staatlicher Hoheitsrechte

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4011 4020 4021 4027 4034 4041

Privatisierung von Leistungen der öffentlichen Hand

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4154 4186

Realisierbarkeit der Privatisierungsvorschläge der Justizministerin

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4303-4312 4314

Privatisierung von Aufgaben im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4899 4900 4921 4925 4930
4931 4941 4952-4958

Ablehnung einer Privatisierung der Universitätskliniken; Privatisierung von Aufgaben im Zuge der Verwaltungs- und Justizreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4979 4980 4983 4995 4999 5000
5026 5027

Forderung der Jungen Union nach Privatisierung der Landesunternehmen; Kritik an der Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern; Überlegungen zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben und landeseigener Unternehmen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5116 5158 5161 5162 5171 5172
5178

Überlegungen zu einer vollständigen Privatisierung der landeseigenen Immobilien

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5630-5633

Prüfung der Privatisierung von Beteiligungen und Aufgaben des Landes, Ablehnung einer Privatisierung der Gerichtsvollzieher

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5801-5803 5809 5812 5816 5825-
5827

Privatisierung von Beteiligungen und Aufgaben des Landes, Verwendung der Erlöse zur Schuldentilgung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5872 5884 5891

Beurteilung der Privatisierungspläne des Justizministers, Abschluss der staatlichen Kernaufgaben

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6039 6041-6043 6047

Privatisierung des Notariatswesens

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6192 6193

Forcierung der Privatisierung von Landesbeteiligungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6417 6418

Privatisierung von Beteiligungen und Aufgaben des Landes, Verweisung auf Beispiele aus dem Justizbereich

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479 6482 6483 6489 6490

Überlegungen zur Privatisierung von Beteiligungen und Aufgaben des Landes

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6684-6686 6695

Verweisung auf die generelle Möglichkeit zur Privatisierung des Notariatswesens, Zulassung von 25 freien Notaren im badischen Rechtsgebiet

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6921-6924

Überlegungen zu einer Privatisierung des Autobahnnetzes, Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur über Betreibermodelle und Privatkapital; Gewinnung von Haushaltsspielräumen mit der Veräußerung von Beteiligungen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7382 7383 7389-7391 7399

Privatklinik

s. *Privatkrankenhaus*

Privatkrankenhaus*Krankenhäuser in privater, freigemeinnütziger und öffentlicher Trägerschaft*

Entwicklung des jeweiligen Anteils o.g. Krankenhäuser seit 1990, Gründe für die unterschiedlichen Ertragslagen und Investitionsquoten, Erwartung eines Privatisierungsschubs infolge des Investitionsstaus und der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/460

Privatisierung der Universitätsklinik

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM, Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben von Forschung, Lehre und Hochleistungsmedizin bzw deren Verbindung mit Krankenversorgung in Zusammenarbeit mit der Universität? Höhe und mögliche Verwendung von Veräußerungserlösen, Konzeption des angekündigten Modellprojekts, Positionen des MWK und der Klinik

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/546

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/643

Veränderungen durch private Beteiligungen und Rechtsformänderungen im öffentlichen Krankenhausbereich

Entwicklung der privaten Beteiligung bzw Trägerschaft sowie der Rechtsformänderungen öffentlicher Krankenhäuser seit 1996, Gründe und Auswirkungen der Veränderungen auf das Leistungsspektrum, die Behandlungsqualität, Organisation und Personalplanung; Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes; Strukturdateninformation des MDK auch von teil- oder vollprivatisierten Häusern

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/1496

Teilprivatisierung der Universitätsklinik

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM bzw Bereitschaft zur Übernahme des kompletten Krankenversorgungsbetriebs? Ergebnisse und Konsequenzen einer Expertenanhörung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des WM und MWK; geplante Änderungen für die Universitätsklinik im Zuge der anstehenden Novellierung der Hochschulgesetze

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/2389

Kommunale Krankenhäuser als Aktiengesellschaft

Ermöglichung der Organisation als Aktiengesellschaft - evtl im Zuge der Verwaltungsreform; Notwendigkeit einer Anpassung der Gemeindeordnung?

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2399

Zukunft der Krankenhäuser

Aussagen des Landkreistags zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser, Auswirkungen der neuen Fallpauschalen und der geplanten Änderung des ArbeitszeitGes; Entwicklung der Investitionskostenförderung für die kommunalen Krankenhäuser und des Finanzierungsaufwands für die Universitätskliniken und Psychiatriezentren sowie des jeweiligen Investitionsstaus; Notwendigkeit und Einsparpotenziale einer Privatisierung oder Fusionierung von Krankenhäusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2839

Zukunft der Krankenhauslandschaft BW und Weiterentwicklung der Landeskrankenhausplanung

Umfang und Grundlagen der Annahmen für den Bettenabbau und die Schließung von Krankenhäusern in öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Trägerschaft in den nächsten Jahren; Bewertung der unterschiedlichen Belastungen der LKreise bzw einer landkreisübergreifenden, regionenbezogenen Planung; Bedeutung einer interdisziplinären Angebots- und Leistungsstruktur, Beurteilung des integrierten Versorgungsmodells im Alb-Donau-Kreis mit dem Verbund von drei Kreiskrankenhäusern und niedergelassenen Ärzten als modellhaft?

GrAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/3512

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe: Ausgestaltung des neuen Vertrags, Zustimmungsbedarf des SM, Einflussmöglichkeiten des LKreises, Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Radiologie und Gynäkologie; Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region u.a.m.

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4761

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/5218

Privatliquidation

s. *Privatpatient*

Privat-öffentliche Partnerschaft

s. *Public Private Partnership*

Privatpatient

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren
Einnahmen und abgeführte Nutzungsentgelte aus der Privatliquidation der Professoren an den Universitätskliniken seit 1998

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/767

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe der Nutzungsentgelte der medizinischen Universitätsprofessoren

Einnahmen und abgeführte Nutzungsentgelte aus der Privatliquidation der Professoren an den Universitätskliniken seit 1999

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/1233

Entwicklung der Beihilfeleistungen im Land BW für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Beihilfesituation von freiwillig versicherten Beamten und Ruhegehaltsempfängern

Entwicklung o.g. Ausgaben für Beihilfeleistungen im Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfall; Gegenüberstellung der Anteile von Beihilfeberechtigten mit einer privaten Restkostenversicherung sowie einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichbehandlung beider Gruppen in der ärztlichen Behandlung und entsprechenden Gebührenabrechnung, Vorschlag eines Beitragszuschusses zur Krankenversicherung bzw Einbeziehung der Beamten in die GKV

KlAnfr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 13/2340

Ausscheiden des Ärztlichen Direktors der Chirurgischen Universitätsklinik Tübingen

Begründung des vorzeitigen Ausscheidens zum 31.03.2004 sowie der ggf vereinbarten Abfindung; Höhe, Rechtsgrundlage, Finanzierungsquelle und Zweck einer solchen Zahlung - evtl auf der Grundlage entgangener Erlöse aus Privatliquidation

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/2486

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Darlegung des Änderungsbedarfs beim BAT, den Chefarztverträgen und der Privatliquidation

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Maßnahmen der LReg zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen vertragszahnärztlichen Versorgung durch Kieferorthopäden
Beurteilung von Fällen der Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung; Frage nach Schritten der

Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zur Unterbindung dieses rechtswidrigen Verhaltens einzelner Vertragszahnärzte bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen

Antr
s. *Zahnärztliche Behandlung*
Drs 13/2828

Privatabrechnung und Kostenerstattungsverfahren bei kieferorthopädischen Behandlungen in BW

Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung der Leistungen von Vertragszahnärzten, Beurteilung einer entsprechenden landesweiten Verbands-Kampagne, Klärung der Notwendigkeit einer Benachrichtigung der Krankenkasse in jedem Einzelfall und Aufklärung über die Folgen einer solchen Entscheidung für alle künftigen ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlungen für den Versicherungsnehmer und seine Familie, Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Patienten

Antr
s. *Zahnärztliche Behandlung*
Drs 13/2831

Einnahmen aus Nebentätigkeiten an den Universitätsklinika und die Neugestaltung des Liquidationsrechts

Einnahmen und abgeführte Nutzungsentgelte aus der Privatliquidation der Professoren an den Universitätskliniken seit 2002; Ersetzung der Liquidationsrechte durch eine leistungsbezogene Vergütung

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/3466

Suspendierung des Unfallchirurgen der Universitätsklinik Freiburg F.

Höhe der bisherigen und evtl noch anfallenden Bezüge und Pensionsansprüche des ehemaligen ärztlichen Direktors der Unfallchirurgie und Inhabers des Lehrstuhls für Unfallchirurgie an der Universitätsklinik Freiburg seit seiner Beurlaubung im Mai 2000, derzeitiger Stand und angestrebtes Ergebnis des Disziplinarverfahrens, notwendige und vorliegende Grundlagen für eine Suspendierung und ein Berufsverbot, Frage nach einer Klage des Betroffenen gegen die Universitätsklinik Freiburg wegen entgangenen Einnahmen aus der Privatliquidation

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/3735

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4604

Einnahmen und Nutzungsentgelte an Universitätsklinika im ambulanten Bereich

Darlegung der o.g. Daten seit 2000 differenziert nach Kliniken und Abteilungen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Größenordnung der jeweiligen Einnahmen aus der Privatliquidation von Chefärzten mit Verträgen vor und nach 2002, Auswirkungen des Bonus-Systems, Anstrengung einer Neuregelung mit einer stärkeren Beteiligung der Assistenz- und Oberärzte?

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/4811

Privatschule

s.a. *Heimschule*

Förderung der Populär- und Jugendmusik und die Einrichtung einer Popakademie in BW

Vorschläge einer Arbeitsgruppe des StM, mögliche Standorte und Trägerschaften, Verzahnung mit bestehenden Einrichtungen, u.a. mit der Rockstiftung Baden-Baden, der Medien- und Filmgesellschaft und der Jazz & Rock Schule Freiburg; Förderung dieser Schule als Ersatzschule?

Antr
s. *Musik*
Drs 13/149

Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft mit öffentlichen Schulen bei der Einrichtung von integrativen Schulentwicklungsprojekten (ISEP)

Gleichbehandlung bei Vorgaben und Voraussetzungen für o.g. Projekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern; Darlegung der bisher genehmigten und abgelehnten Anträge sowie der eingesetzten und benötigten Lehrdeputate

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 20.08.2001 und Antw KM
Drs 13/196

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Abwerbung von Lehrkräften an Privatschulen (Drs 12/5984 Nr. 12)

Mittlg
s. *Lehrer*
Drs 13/205

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Keine Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschulen bei der Wahl des 4. schriftlichen Prüfungsfachs im Abitur

Pflicht zur Belegung des Fachs Geschichte als viertes schriftliches Prüfungsfach; Eintreten in der KMK für eine Gleichstellung der Waldorfschüler bei der Wahl des vierten schriftlichen Abiturprüfungsfachs mit den Schülern der staatlichen Gymnasien

Antr
s. *Abitur*
Drs 13/558

Schulen in freier Trägerschaft

Entwicklung der Schülerzahlen und Träger o.g. Schulen seit den fünfziger Jahren, Zahl der gestellten und abgelehnten Anträge auf Einrichtung seit 1992; Bewertung der pädagogischen Profile und Qualität im Vergleich zum staatlichen Schulsystem, Modelle des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern; Auswirkungen der G 8-Züge und der Oberstufenreform; Umfang und Förderung von Ganztagsangeboten; Höhe der Gebühren und Kosten je Schüler, Heranführung an die Förderung von 80 % der Kosten eines vergleichbaren staatlichen Schülers, Unterstützung des Schulhausbaus sowie der Medienausstattung, Partizipation an den Sonderprogrammen, Novellierung des PrivatschulGes

GrAnfr GRÜNE 27.02.2002 und Antw KM Drs 13/798 (20 S.)
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2090-2099

Umsetzung der allgemeinen Schulpflicht

Zahl und Gründe von Befreiungen vom Schulbesuch in den letzten fünf Jahren, Anteil der Zugehörigkeit zu religiösen Gruppen und Glaubensgemeinschaften, Umfang und Art der Bescheidung von Anträgen auf Einrichtung einer Privatschule, formale und personelle Struktur dieser Schulen, Art der angebotenen Abschlüsse, Auswirkungen von jüngsten Gerichtsurteilen auf die künftige Befreiungspraxis

Antr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/1102

Berechnungsgrundlagen für die Änd des PrivatschulGes

Derzeitige Berechnungsgrundlagen zur Förderung der einzelnen Schularten; Stand und Vorlage der Ergebnisse der seit mehreren Legislaturperioden eingesetzten Arbeitsgruppe, Novellierung des PrivatschulGes auf der Grundlage der erarbeiteten Vorschläge

Antr SPD 16.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1188
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2090-2099
BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 12 13
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Aufnahme der LDT Nagold in den Kreis der Ersatzschulen nach dem AufstiegsfortbildungsförderungGes (AFBG)

Aufnahme der Lehranstalt des deutschen Textileinzelhandels in den Kreis der gleichgestellten Ersatzschulen, Hinwirkung auf Erlass der entsprechenden RechtsVO durch die BReg

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/1418

Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft

Auswirkungen der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, Vorlage der Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe, Zeitpunkt einer Novellierung des PrivatschulGes

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 10.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1999
BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 12 13
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Schulfach Ökonomie im Lichtenstern-Gymnasium Sachsenheim
Ziele und Inhalte des ab Klasse 5 eingerichteten Ökonomieprofils; Bewertung als Modell für die allgemein bildenden öffentlichen Gymnasien

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2109

Schule für Erziehungshilfe

Stand der Verhandlungen über die Finanzierung von privaten Schulen für Erziehungshilfe

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/2621

Einsparungen bei den Schulen in freier Trägerschaft

Zugrundelegung des Kostenmodells der interfraktionellen Arbeitsgruppe bei der Ermittlung der Kosten für die Höhe der beabsichtigten Einsparungen

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 26.11.2003 und Antw KM Drs 13/2669

Zuschuss nach dem IZBB-Ganztagschulprogramm für Schulen in Freier Trägerschaft

Gleichbehandlung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft beim Aufbau neuer Ganztagschulen, Frage nach vorliegenden Anträgen bei den Oberschulämtern sowie nach der Handhabung der Bezuschussung in anderen BLändern

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2769

Haushalt 2004; Epl 04

Zugrundelegung des Kostenmodells der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Privatschulfinanzierung

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-16 S. 60
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Einrichtung von Ganztagschulen in BW im Jahr 2004: Bestandsaufnahme über die Anzahl der Anträge auf Bundesmittel und den Stand des Ausbaus von Ganztagschulen in BW

Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Zahl der eingerichteten Ganztagschulen und -plätze an Hauptschulen, Privatschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen; Bezuschussung der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3034

Verankerung des neuen Kostenmodells bei der Novellierung des PrivatschulGes

Vorlage des Berichts über die im öffentlichen Schulwesen im Vergleich zu den Zuschüssen für die privaten Schulen entstehenden Kosten noch vor der Sommerpause, Darstellung des bisherigen sowie des von der Arbeitsgruppe Privatschulfinanzierung erarbeiteten Berechnungsmodells, Unterstützung einer von den Fraktionen eingebrachten Novellierung unter Zugrundelegung des neuen Kostenmodells

Antr GRÜNE 07.04.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3106
ÄAntr CDU und FDP/DVP 28.07.2004 Drs 13/3443
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5285-5298

BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3651
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Novellierung des PrivatschulGes

Übernahme von Erfahrungen der Schulen in freier Trägerschaft in das öffentliche Schulwesen in den letzten zehn Jahren; Einbeziehung in das Evaluierungssystem zur Sicherung der Bildungsstandards; Beteiligung an dem IZBB-Ganztagsschulprogramm des Bundes, Höhe der Bezuschussung der Ganztagsschulen; Erhaltung bzw Gewinnung von Lehrkräften; Vorlage des Berichts über die im öffentlichen Schulwesen entstehenden Kosten pro Schüler, Novellierung des PrivatschulGes unter Zugrundelegung des von der Arbeitsgruppe Privatschulfinanzierung erarbeiteten Berechnungsmodells

Antr SPD 05.05.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3165
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7832-7840
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5140 (12 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966-7976

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des SchulGes, des PrivatschulGes und der Vorschriften zum Vollzug des PrivatschulGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Änd des PrivatschulGes

Anhebung der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft auf mindestens 80 Prozent der tatsächlichen Kosten eines Schülers an entsprechenden öffentlichen Schulen, Zugrundelegung des vom KM ermittelten Bruttokostenmodells

GesEntw SPD 13.07.2004 Drs 13/3360
1. Beratung PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5285-5298
BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3651 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP)
(Im Präsidium zurückgezogen)

Ges zur Änd des Ges für die Schulen in freier Trägerschaft (PrivatschulGes)

Anhebung der Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft auf mindestens 80 Prozent der Kosten eines Schülers an entsprechenden öffentlichen Schulen, Zugrundelegung des vom KM ermittelten Bruttokostenmodells iR eines Stufenmodells, Erleichterung der Neugründung von Schulen, Anpassung der Zuschüsse für Ganztagsschulen und integrativen Unterricht an die Regelungen für staatliche Schulen

GesEntw GRÜNE 21.07.2004 Drs 13/3410
1. Beratung PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5285-5298
BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3651 (Im Präsidium zurückgezogen)

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Vergleich der im öffentlichen Schulwesen entstehenden Kosten mit den jeweils entsprechenden Zuschüssen für die privaten Schulen

Mittlg LReg 28.07.2004 Drs 13/3434 (41 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3651
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Verankerung des neuen Kostenmodells bei der Novellierung des PrivatschulGes

Anstreben einer stufenweisen weiteren Anhebung des Kostendeckungsgrads aller Ersatzschulen auf 80 % frühestens ab 2007 unter Zugrundelegung des vom KM ermittelten Bruttokostenmodells

ÄAntr CDU und FDP/DVP 28.07.2004 Drs 13/3443
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5285-5298
BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3651
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Fremdsprachen in der Abiturprüfung an Waldorfschulen

Abweichungen in den letzten zehn Jahren vom (nicht abschließenden) Fächerkatalog der VO über die Abiturprüfung an Freien Waldorfschulen oder in anderen Prüfungen, Auflistung der einzelnen Schulen und Fächer, Anteil von nicht vorgesehenen Pflichtfächern; Frage nach Sonderregelungen für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS)

KIAnfr
s. *Abitur*
Drs 13/3482

Ges zur Änd des PrivatschulGes

Anhebung der Zuschüsse an die beruflichen Ersatzschulen und privaten Grund- und Hauptschulen, Rückführung der Zuschüsse an die Gymnasien und Klassen 13 der Freien Waldorfschulen; Einführung getrennter Zuschussregelungen für die technischen u.a. beruflichen Schulen; Überführung der „Euro-Schulen“ in die Bezuschussungssystematik der übrigen Ersatzschulen; Anpassung der Zuschussvorschriften für den Schulhausbau an die Einführung des Euro; Übernahme der geänderten Regelung für die Sonderzuwendung an die Beamten

GesEntw CDU und FDP/DVP 01.10.2004 Drs 13/3608 (10 S.)
1. Beratung PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5358-5368
2. Beratung PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5417-5420 5437-5444
GesBeschl 07.10.2004 Drs 13/3665
GBI 2004 Nr. 14 S. 772-774 (Ges vom 19.10.2004)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3651 (17 S.)
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Novellierung des PrivatschulGes

Finanzielle Auswirkungen der jüngsten Novellierung auf die einzelnen Freien Waldorfschulen und Gymnasien in freier Trägerschaft; Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen in den letzten zehn Jahren; Frage nach einer erneuten Novellierung in dieser Legislaturperiode, insbes zur Verankerung des Bruttokostenmodells als Grundlage für die Berechnung des Landesanteils an der Privatschulfinanzierung

Antr SPD 27.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3706
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7832-7840
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5140 (12 S.)
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966-7976

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Begrenzung der Zuschüsse an Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs in freier Trägerschaft; Änd des PrivatschulGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/3832

Tatsächliche Kosten eines Schülers in BW

Erklärung der Differenzen zwischen den vom Steinbeis-Transferzentrum Heidenheim ermittelten Kosten und den vom KM vorgelegten Zahlen zur Berechnung der Zuweisungen an Privatschulen; Konsequenzen aus dieser Studie sowie aus einem weiteren Gutachten zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben und der tatsächlichen Privatschulfinanzierung

Antr SPD 03.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3836

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7832-7840

BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5140 (12 S.)

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966-7976

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

Zugrundelegung des Kostenmodells der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Privatschulfinanzierung

ÄAntr GRÜNE 20.01.2005 Drs 13/4004-7 S. 57 58

ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.01.2005 Drs 13/4004-16 S. 70 71

ÄAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4044-5 S. 9 10

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Zukunft des 2. Bildungswegs in BW

Auflistung der 1947 an private Träger übergebenen Abendreal-schulen und Abendgymnasien; Darlegung der vereinbarten Finanzierungsregelung, der Schülerzahlen und Gebührenerhebung im Vergleich zu anderen BLändern; Einsparung von Verwaltungskosten durch die Privatisierung; Auswirkungen der beabsichtigten Kürzungen auf die Höhe der Schulgebühren bzw der vom Trägerverein Volkshochschule Stuttgart beschlossenen Auftragsrückgabe, Befürchtung des Rückzugs weiterer Träger; vollständige Rücknahme der iRd HaushaltsstrukturGes vorgesehenen Kürzungen

Antr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/3981

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Aufstockung der Zuschüsse an die Privatschulen, Anwendung des neuen Berechnungsmodells

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Abschlagszahlungen und Endabrechnungen für Personalkosten-zuschüsse am Beispiel von Privatschulen

Höhe der Abschlagszahlungen für Personalkosten gemessen am tatsächlichen Anspruch, Gründe und Abhilfemaßnahmen für die Verzögerung der Endabrechnungen und damit verbundenen Schlusszahlungen

Antr

s. *Zahlungsverkehr*

Drs 13/4429

Erneute Kürzungen bei den Schulen in freier Trägerschaft

Rücknahme der o.g. Kürzungen, Vorlage eines GesEntw zur Novellierung des PrivatschulGes mit der Einführung des Bruttokostenmodells

Antr SPD 29.06.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4457

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7832-7840

BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5140 (12 S.)

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966-7976

Internationale Schule in Ulm (ISU)

Darlegung o.g. Planungen und der in Aussicht gestellten Unterstützung, Unterbringungsmöglichkeiten in landeseigenen Liegenschaften, Frage nach den zu erwartenden Sanierungs- und Umbaukosten bzw nach Nutzungsinteressen anderer Institutionen des Landes

KlAnfr Martin Rivoir SPD 05.09.2005 und Antw FM Drs 13/4629

Chancen für Quereinsteiger: sechsjähriges Wirtschaftsgymnasium und siebenjähriges Aufbaugymnasium mit besonderem Profil
Verteilung, Erfolgsquote sowie Zahl von Schülern und Klassen der o.g. Schularten in staatlicher und freier Trägerschaft; Planung einer Ausweitung auf andere Standorte, Frage nach positiven Stellungnahmen der Fachgremien und -verbände

Antr

s. *Fachgymnasium*

Drs 13/4715

Anerkennung der in BW erworbenen Fachhochschulreife in anderen BLändern

Stand und Bedingungen einer Anerkennung der in der gymnasialen Oberstufe erworbenen Fachhochschulreife in den einzelnen BLändern, u.a. auch des an Freien Waldorfschulen erworbenen Abschlusses

Antr

s. *Fachhochschulreife*

Drs 13/4749

Haushalt 2006; Nachtrag

Realisierung des Bruttokostenmodells zur Privatschulfinanzierung mit einem Stufenkonzept

ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 31 S. 87 88

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-28 S. 44 45

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

„Investitionsoffensive Ganztagschulen“; Einbeziehung der Schulen in freier Trägerschaft

Gleichbehandlung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft beim Aufbau neuer Ganztagschulen, Einbeziehung in das o.g. neue Landesprogramm, vorrangige Berücksichtigung der beim IZBB-Bundesprogramm nicht zum Zuge gekommenen Schulen

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/4933

Ges zur Änd des PrivatschulGes und des LBesoldungsGes

Umsetzung des Bruttokostenmodells als Grundlage für die Berechnung des Landesanteils an der Privatschulfinanzierung, klarstellende Änderung der Zuschussvorschrift für den Schulhausbau, Begrenzung der Zuschussansprüche für Versorgungsleistungen, Bewertung der Nutzung von Bezeichnungen mit der Gefahr einer Verwechslung mit der staatlichen Anerkennung als Ordnungswidrigkeit; Anpassung der in der Landesbesoldungsordnung ausgebrachten Ämter an die neue Personalstruktur und Bezeichnung der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung sowie der Pädagogischen Fachseminare

GesEntw LReg 18.01.2006 Drs 13/5062 (32 S.)

1. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7832-7840

BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5140 (dazu ÄAntr GRÜNE Nr. 1-3 und ÄAntr SPD Nr. 4) (12 S.)

ÄAntr GRÜNE 21.02.2006 Drs 13/5185 1-3
 ÄAntr SPD 21.02.2006 Drs 13/5185-4
 2. Beratung PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966-7976
 GesBeschl 22.02.2006 Drs 13/5196
 GBl 2006 Nr. 3 S. 71-75 (Ges vom 07.03.2006)

Stellenwert der Privatschulen innerhalb der Bildungslandschaft, Weiterentwicklung der Zuschüsse
 PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 87 101 104

Stellenwert der Privatschulen innerhalb der Bildungslandschaft, Bekräftigung einer fairen Partnerschaft
 PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Ganztagsschulbetrieb an Privatschulen, Aufstockung der Fördermittel für die Privatschulen
 PIPr 13/18 31.01.2002 S. 989 992 993 1006 1007

Anstreben einer Novellierung des PrivatschulGes nach den Vorstellungen der Koalitionsfraktionen
 PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1620

Stellenwert der Privatschulen innerhalb der Bildungslandschaft, Erwartung eines weiteren Anstiegs der Schülerzahlen, Aufstockung der Fördermittel
 PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1738 1747 1758

Zurückweisung des Vorschlags der Mittelschichtung im Kultusetat zugunsten der freien Schulen
 PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1952

Stellenwert der Privatschulen innerhalb der Bildungslandschaft, Anhebung der Förderung nach dem Berechnungsmodell der eingesetzten Arbeitsgruppe
 PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2829 2835

Nutzung der Fördermittel des Bundes zum Ausbau von Schulen in freier Trägerschaft zu Ganztagschulen
 PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3841

Anstreben einer Novellierung des PrivatschulGes nach den Vorstellungen der Koalitionsfraktionen
 PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4092

Aufstockung der Fördermittel für die Privatschulen, Anwendung des neuen Berechnungsmodells, Novellierung des PrivatschulGes
 PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260 4267 4268 4271

Hinwirkung auf mehr Schulen in freier Trägerschaft, Anhebung der Zuschüsse
 PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5108

Stellenwert der Privatschulen innerhalb der Bildungslandschaft, schrittweise Anhebung der Förderung auf den Kostendeckungsgrad von 80 % der echten Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen
 PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5813

Darstellung der Privatschulförderung nach der Novellierung des PrivatschulGes, insbes der beruflichen Schulen; Umstieg auf das Bruttokostenmodell in der nächsten WP
 PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5987 5990 5991 5994 5996 5997 6005

Anteil von Privatschulen unter den Ganztagschulen
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6298 6305 6306

Stellenwert der Privatschulen innerhalb der Bildungslandschaft, schrittweise Anhebung der Förderung auf 80 % der echten Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen, Ankündigung eines GesEntw in diesem Jahr, Beteiligung der Privatschulen am Ganztagschulprogramm des Bundes
 PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414 6425

Beteiligung der Privatschulen am Ganztagschulprogramm des Bundes, Umsetzung der wiederholten Ankündigung zur Umstellung der Privatschulförderung auf das Bruttokostenmodell
 PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6475 6476 6484 6497 6505

Anteil von Privatschulen unter den Ganztagschulen; Umstellung der Privatschulförderung auf das Bruttokostenmodell, Verweisung auf den eingebrachten GesEntw
 PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7236 7244

Realisierung des Bruttokostenmodells zur Privatschulfinanzierung mit einem Stufenkonzept
 PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7401

Realisierung des Bruttokostenmodells zur Privatschulfinanzierung mit einem Stufenkonzept, Erfolgsbewertung des integrierten Konzepts der Waldorfschulen
 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7947 7949 7966-7975

Privatschulgesetz

s. Privatschule

Privatuniversität

s. Privathochschule

Privatwald

s. Wald

Professor

s.a. Berufung (Hochschulrecht)

s.a. Hochschulrektor

s.a. Wissenschaftler

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr

s. Wissenschaftler

Drs 13/210

Dienstrechtsreform zum Erfolg verhelfen

Zustimmung zum Fünften Ges zur Änd des Hochschulrahmenges und des Ges zur Reform der Professorenbesoldung im BRat

Antr

s. Dienstrecht

Drs 13/465

Neue Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Hochschulen

Auswirkungen der Neuregelung der Professorenbesoldung auf den Landeshaushalt; Einrichtung der neuen Stellen an den Hochschulen; Ausgestaltung und Kriterien der Leistungszulagen in Forschung und Lehre, zeitliche Beschränkung der Zulagen und Evaluation der Leistungen; Einführung eines Systems der Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Vergleichbarkeit

Antr
s. Hochschule
Drs 13/634

Schulpädagogische und schulpsychologische Fundierung des Studiums für das höhere Lehramt an Gymnasien und Beruflichen Schulen

Entwicklung der personellen Ausstattung o.g. Lehramtsstudiengänge an den Universitäten, insbes Bewerbungen und Vergaben von Lehraufträgen; Kooperation mit PH u.a. externen Einrichtungen; Berücksichtigung der Lehramtsstudiengänge iRd Struktur- und Entwicklungspläne der einzelnen Universitäten, Gewährleistung der Versorgung mit Absolventen, Einrichtung der ausgeschriebenen neuen Professuren; Konzeption und Ressourcen für das vom MinPräs angekündigte zusätzliche Praxissemester

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 13/692

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren

Darlegung o.g. Daten seit 1998 differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Auswirkungen des HochschulmedizinreformGes, Schaffung eigener Regelungen der Klinika

Antr
s. Nebentätigkeit
Drs 13/767

Die Neuordnung der Fakultäten an den Universitäten nach § 21 Abs 2 UniversitätsGes

Zusammenlegung von Fakultäten mit gleichen und verwandten Fachgebieten, Begründung von erteilten Ausnahmegenehmigungen für Fakultäten mit weniger als den vorgeschriebenen 20 Planstellen für Professoren, insbes an den Universitäten Karlsruhe und Mannheim sowie den theologischen Fakultäten; Evaluation der Wirksamkeit dieses Reformelements

Antr
s. Hochschule
Drs 13/881

Umsetzung Juniorprofessur

Festlegung von Kriterien der Ausschreibung und Evaluation von Juniorprofessuren, Verbesserung des Frauenanteils in der Professorenenschaft, Umgestaltung der Habilitationsförderprogramme, Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung, Umsetzung der Übergangsregelung iRd Dienstrechtsreform, Einrichtung eines Stellenpools für die Übergangsphase zwischen Qualifikation und Berufung auf eine Professur, Hinwirkung auf einen Wissenschaftstarifvertrag in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Antr GRÜNE 15.05.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1014
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3050-3056

Überlastprogramm Pädagogische Hochschulen

Personelle und räumliche Situation an den einzelnen PH, Ausstattung und Zuweisungskriterien eines Überlastprogramms, Schaffung zusätzlicher Kapazitäten mit dem Vorgriffsstundenmodell für Professoren, Zeitpunkt der Vergabe der 500 neuen Studienplätze, Instrumentarien für einen Ausgleich zwischen den einzelnen Standorten, Auswirkungen der Überlast auf die Zusammenarbeit mit den Universitäten; Forcierung der Vorbereitungen für das Überlastprogramm

Antr
s. Pädagogische Hochschule
Drs 13/1015

Geplante Streichung von zwei Professuren am Historischen Institut der Universität Stuttgart

Auswirkungen auf das Lehrangebot in den entsprechenden Studiengängen

KlAnfr
s. Geschichte
Drs 13/1091

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe der Nutzungsentgelte der medizinischen Universitätsprofessoren

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge aus der Privatliquidation der einzelnen Ärzte an den vier Universitätskliniken, Art und Ergebnisse der Überwachung der Rechtmäßigkeit der abgeführten Nutzungsentgelte und Poolabgaben, Gründe der Differenzen und Beanstandungen, Ausschluss von Kollisionen zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten

Antr
s. Nebentätigkeit
Drs 13/1233

Fragwürdiges Führen akademischer Titel durch einen Heidelberger Doktor der Philosophie

Frage nach der Berechtigung zur Führung des Titels „Professor Dr. med. Universität Belgrad“ durch einen Heidelberger Wissenschaftler sowie nach der Legitimation einer „Universität für Frieden in Heidelberg“, Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität von medizinischen Büchern des Herrn G-M sowie deren Verbreitung durch das unberechtigte Führen der akademischen Titel

KlAnfr
s. Akademiker
Drs 13/1311

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren sowie der Befristung der Verbeamtung bei Erstberufenen; Bewertung der Beanstandung der Rektorenwahl an der Universität Karlsruhe

Antr
s. Hochschule
Drs 13/1379

Ges zur Änd des LandesbesoldungsGes

Höherstufung der Ämter der Direktoren der großen Berufsakademien von Besoldungsgruppe B 2 nach B 3

GesEntw
s. Besoldung
Drs 13/1431

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr
s. *Beamter*
Drs 13/1737

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, Streichung der Prüfungsvergütungen für Professoren, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Änd der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Frauenanteil an Hochschulen

Entwicklung 2002 gegenüber 1992 und 1997 nach Berufsakademien, FH und Universitäten, nach Ebenen, Fakultäten, Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren; Anteil von Teilzeitarbeitsplätzen; geschlechterspezifische Besetzung der Selbstverwaltungsgremien und Studierendenvertretungen; Möglichkeiten zur Erhöhung des jeweiligen Frauenanteils

KlAnfr
s. *Frau*
Drs 13/1863

Stopp des Überlastprogramms an Pädagogischen Hochschulen

Frage nach Zeitpunkt und Zusammenhängen der Beschlüsse zur Deputatserhöhung für Professoren u.a. Lehrkräfte, zum Schreiben des MWK an den Ltg und Stopp des Überlastprogramms; Stand der Umsetzung des zugesagten Programms, Verbleib der zusätzlichen Mittel und Stellen in den am meisten nachgefragten Fächern? Frage nach einer Revision bzw Kompensation der o.g. Beschlusslage

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/2301

Planungssicherheit an den Pädagogischen Hochschulen vor dem Hintergrund der angeordneten Verrechnung von Deputatserhöhungen mit dem beschlossenen Überlastprogramm

Bisherige Wirkungen des Überlastprogramms in Bezug auf zusätzliche Professorenstellen, Studienplätze, Abordnung von Lehrern und Lehrbeauftragten; Auswirkungen der o.g. Vorgehensweise auf Umfang und Qualität des Lehrangebots an den einzelnen PH und Fächern; Erarbeitung eines Programms gemeinsam mit der Rektorenkonferenz der PH zur Vermeidung der Folgen der Ministerentscheidung zum Überlastprogramm

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/2312

Absicherung des Rektors der FH Biberach

Wahl eines externen Bewerbers zum Rektor der o.g. Hochschule; Beurteilung des gewählten Verfahrens und der Finanzierung der für ihn geschaffenen Professorenstelle und Verbeamtung; Ausschreibung der Professur und Durchführung des üblichen Berufungsverfahrens mit Bewerberliste und Auswahlverfahren? Aufwendungen für die Stelle und Pensionsbezüge; Bewertung als Präzedenzfall für weitere Berufungen von externen Bewerbern als Rektoren

Antr
s. *Hochschulrektor*
Drs 13/2383

Ausscheiden des Ärztlichen Direktors der Chirurgischen Universitätsklinik Tübingen

Begründung des vorzeitigen Ausscheidens zum 31.03.2004 sowie der ggf vereinbarten Abfindung; Höhe, Rechtsgrundlage, Finanzierungsquelle und Zweck einer solchen Zahlung - evtl auf der Grundlage entgangener Erlöse aus Privatliquidation

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/2486

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Anteil der von Professoren und Lehrbeauftragten in den letzten fünf Jahren erbrachten Lehrleistungen; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung

GrAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/2499

Berufungen von Professoren an Pädagogischen Hochschulen - Schulpraxis

Anteil o.g. Berufungen von Professoren für Allgemeinpädagogik für die Wahrnehmung erziehungswissenschaftlicher oder fachdidaktischer Aufgaben in der Lehrerbildung ohne Berufspraxis; Maßnahmen zur Verbesserung der praxisbezogenen Ausbildung in der Lehrerbildung

KlAnfr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3936

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen Hochschul-Ges, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorgesehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2858

Stiftungsprofessuren an den Hochschulen in BW

Darlegung der zum Jahresbeginn eingerichteten, beendeten sowie avisierten Stiftungsprofessuren an den einzelnen Hochschulen; Ausgestaltung und Evaluation dieser Professuren; Kompensation der auslaufenden, positiv evaluierten Professuren mit zusätzlichen Stellen aus dem Landeshaushalt?

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 04.03.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2967 (18 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 22.04.2004 Drs 13/3239 S. 47-49

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Zukünftige Qualität der Pädagogischen Hochschulen

Umsetzung der mit Einführung von Trimestern errechneten Ressourcengewinne; Einschränkung der Forschungsmöglichkeiten durch die Ausweitung der Lehrverpflichtung; Abmilderung der Überlast durch eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Lehrverpflichtung

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/3080

Mittelkürzungen an den Universitäten und ihre Auswirkungen auf ein ordnungsgemäßes Studium am Beispiel des NC-Studiengangs Zahnmedizin

Umfang und Auswirkungen der Einsparungen für die zahnmedizinischen Studiengänge, Reduzierung der materiellen Ausstattung und damit Erhöhung der Eigenbelastung der Studierenden, Ausweitung der Lehrverpflichtung der Professoren auf Kosten der Krankenversorgung und Forschung, Erwartung eines Rückgangs der Zulassungszahlen aufgrund der Eingriffe in die Ausstattung?

Antr

s. *Zahnheilkunde*

Drs 13/3207

Vorteilsnahme von Professoren an der Fachhochschule Konstanz

Bewertung o.g. Fälle i.S.d. Korruptionsbekämpfungsges zwischen 1997 und 2001, Höhe und Verbleib der von Studenten bei Firmen eingeworbenen Beträge, Anteil am gesamten Drittmittelaufkommen, Frage nach einer Mitverantwortung der Hochschulleitung und -verwaltung sowie weiteren Verdachtsfällen an Hochschulen in den letzten zehn Jahren, Konsequenzen für die Verantwortlichen, Ausschluss künftiger Fälle durch vorbeugende Maßnahmen

Antr

s. *Bestechung*

Drs 13/3278

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungszuordnungen und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des LandesreisekostenGes, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungsGes

GesEntw

s. *Besoldung*

Drs 13/3399

Einnahmen aus Nebentätigkeiten an den Universitätsklinika und die Neugestaltung des Liquidationsrechts

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge der medizinischen Universitätsprofessoren differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Schaffung eigener Regelungen der Klinika nach dem HochschulmedizinreformGes, Zahl und Ausgestaltung der neuen Verträge, Ausschluss von Kollisionen zwischen Hauptamt und Nebentätigkeiten, Ersetzung der Liquidationsrechte durch eine leistungsbezogene Vergütung

Antr

s. *Nebentätigkeit*

Drs 13/3466

Juniorprofessur verankern - Rechtssicherheit und Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler/-innen sichern

Rechtliche Situation des wissenschaftlichen Personals mit befristetem Arbeitsvertrag nach dem Urteil des BVerfG zur 5. Novelle des HochschulrahmenGes; Verankerung der Juniorprofessur im HochschulGes und Eintreten für eine länderübergreifende Anerkennung; Bemühungen um mehr Spielräume für befristete Arbeitsverhältnisse von Wissenschaftlern iR einer bundesweiten Regelung

Antr

s. *Wissenschaftler*

Drs 13/3538

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammenfassung des UniversitätsGes, FachhochschulGes, KunsthochschulGes, BerufsakademieGes und des Ges über die PH zu einem verschlankten und deregulierten LHOchschulGes; Übertragung des Berufsrechts, Einführung der Juniorprofessur, Neuordnung der Personalstruktur für den wissenschaftlichen Nachwuchs

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Suspendierung des Unfallchirurgen der Universitätsklinik Freiburg F.

Höhe der bisherigen und evtl noch anfallenden Bezüge und Pensionsansprüche des ehemaligen ärztlichen Direktors der Unfallchirurgie und Inhabers des Lehrstuhls für Unfallchirurgie an der Universitätsklinik Freiburg seit seiner Beurlaubung im Mai 2000, derzeitiger Stand und angestrebtes Ergebnis des Disziplinarverfahrens, notwendige und vorliegende Grundlagen für eine Suspendierung und ein Berufsverbot, Frage nach einer Klage des Betroffenen gegen die Universitätsklinik Freiburg wegen entgangenen Einnahmen aus der Privatliquidation

KlAnfr

s. *Arzt*

Drs 13/3735

Erhöhung der Zulassungszahlen in den numerus clausus-Studiengängen an den Pädagogischen Hochschulen durch die Neueinteilung des Studienjahres?

Art der Errechnung und Verwendung der mit der erhöhten Lehrverpflichtung und Vorlesungszeit der Professoren gewonnenen 100 Stellenäquivalente, Auswirkungen auf die Zulassungszahlen in den einzelnen Lehramtsstudiengängen und PH

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/3920

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstreben einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr

s. *Frauenförderung*

Drs 13/5084

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirtschaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3998

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren iR eines Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherreneigenschaft an die Universitäten

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Ernennung von Ehrenprofessorinnen und Ehrenprofessoren durch Ministerpräsident Teufel

Auflistung der erfolgten und noch geplanten Ernennungen in der Amtszeit des MinPräs, Darlegung der Entscheidungskriterien und der Fälle von erbetenen Stellungnahmen des MWK, Vergleich mit anderen BLändern und dem dortigen Frauenanteil

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 24.03.2005 und Antw StM Drs 13/4185 (11 S.)

Rechtsgrundlage zur Verleihung von Ehrenprofessuren in BW

Verleihung durch den MinPräs auf der Grundlage des Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen von 1937; Bewertung durch den Justizminister; Vorlage eines GesEntw mit einer neuen Rechtsgrundlage

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 28.04.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4287

BeschlEmpf und Bericht StändA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 6 7

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Berufungsverfahren an Fachhochschulen

Gründe für die Länge der o.g. Berufungsverfahren, Beeinträchtigung der Standortattraktivität durch Nichtbeantwortung von Bewerbungen um eine Fachhochschulprofessur bzw Verzicht auf einen Zwischenbescheid

Antr

s. *Berufung (Hochschulrecht)*

Drs 13/4303

Vergabe von Professorentiteln in akademischer Selbstverantwortung

Verzicht auf die Vergabe von Ehrenprofessuren durch den MinPräs

Antr GRÜNE 04.05.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4309

BeschlEmpf und Bericht StändA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 6 7

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Die Praxis an unseren Hochschulen bei der Befristung von Dienstverhältnissen bei der ersten Berufung in das Professorenamt

Zahl und Zeitdauer der o.g. Befristungsfälle an Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH und FH; Anteil von Ablehnungen einer Ernennung zum Lebenszeitbeamten oder einer Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 11.08.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4599

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 20.10.2005 Drs 13/4821 S. 60

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinik in BW

Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/4604

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4738

Einnahmen und Nutzungsentgelte an Universitätsklinik im ambulanten Bereich

Darlegung der o.g. Daten seit 2000 differenziert nach Kliniken und Abteilungen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Größenordnung der jeweiligen Einnahmen aus der Privatli-

quidation von Chefarzten mit Verträgen vor und nach 2002, Auswirkungen des Bonus-Systems, Anstrengung einer Neuregelung mit einer stärkeren Beteiligung der Assistenz- und Oberärzte?

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/4811

Überlastprogramm für die Hochschulen

Entwicklung eines Überlastprogramms zur Vorbereitung auf die steigenden Studierendenzahlen bzw den doppelten Abiturientenjahrgang 2012, Gewährleistung einer auf zehn Jahre befristeten Parallelbesetzung von Professoren-/Wissenschaftlerstellen ab dem Jahr 2008

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4967

Dauer der Berufungsverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Gestaltung und Dauer der Verfahren nach Übertragung der Zuständigkeit für die Ruferteilung auf die Hochschulen zum Jahresbeginn 2005

Antr
s. *Berufung (Hochschulrecht)*
Drs 13/5074

Stärkere Orientierung der Besoldung nach Leistung, Absenkung des Erstberufungsalters, Schaffung von Juniorprofessuren

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 88 101

Einführung einer leistungsgerechten Professorenbesoldung, Förderung der Lehrfähigkeiten der Professoren

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 971 978 979

Erhöhung des Anteils von Frauen unter den Professoren

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1215-1217

Einrichtung von Stiftungsprofessuren an den Hochschulen in Karlsruhe; Bewertung der wissenschaftlichen Weiterbildung als Anreiz zur Nebentätigkeit der Professoren

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1528 1540 1542-1544

Auswirkungen der Juniorprofessur nach dem Wegfall der Habilitation, insbes auf die Situation der Frauen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1860

Verbesserung der Studentenbetreuung durch die Professoren, insbes auch durch das Selbstauswahlrecht der Hochschulen; Durchführung der Auswahlverfahren durch die Professoren als Dienstaufgabe ohne Mehrvergütung

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2022 2024 2026

Frauenanteil unter den medizinischen Professoren

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2044 2052

Verbesserung der Studentenbetreuung durch die Professoren, insbes durch das Selbstauswahlrecht der Hochschulen; Durchführung der Auswahlverfahren durch die Professoren als Dienstaufgabe ohne Mehrvergütung

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2240 2241 2243

Stimulanz der Leistungsbereitschaft der Professoren, Anhebung des Pensionsalters auf 68 Jahre

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3066 3069 3070

Ressourcengewinne der Hochschulen durch die Erhöhung der Lehrverpflichtung und Altersgrenze der Professoren

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3591 3592 3596

Kritik an der Erhöhung der Lehrverpflichtung und Altersgrenze der Professoren, Etatisierung der Versorgungsausgaben für die Professoren im Ruhestand

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4237 4241 4242 4245-4247

Ausbau der Qualität der Hochschulen im globalen Wettbewerb um die besten Professoren, Kritik an der Erhöhung der Lehrverpflichtung und Altersgrenze, Einführung der leistungsorientierten Professorenbesoldung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5963 5964 5966 5968 5969 5973

Würdigung der Verantwortungsbereitschaft der Professoren, Besetzung der frei werdenden Stellen mit den besten Köpfen, Übertragung der Zuständigkeit für die Berufung und Ausstattung der Professoren auf die Hochschulen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6263 6264 6266-6268

Inanspruchnahme der Möglichkeit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch die Professoren

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6362

Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils unter den Professoren

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Skepsis der Professorenschaft gegenüber der Einführung von Studiengebühren, Auswirkungen auf die Einstellung zu den Studierenden; Einrichtung eines Struktur- und Innovationsfonds zur Förderung von Spitzenberufungen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7324 7335 7344

Erwartung eines Mentalitätswechsels und einer verbesserten Lehre aufseiten der Professoren mit der Einführung von Studiengebühren, Einstellung von zusätzlichen Professoren mit dem Aufkommen aus Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7486 7489 7496 7498 7502

Aufstockung des Lehrpersonals mit dem Aufkommen aus Studiengebühren; Verbesserung des Frauenanteils unter der Professorenschaft

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7584 7592

Spitzenstellung der Hochschulen des Landes bei der Drittmittelwerbung, Ermöglichung von Spitzenberufungen mit dem Forschungsschwerpunktprogramm

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881 7887 7890 7891

Programm „Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten“

s. *Arbeitsförderung*

Programm Mutter und Kind

s. *Mutter*

Pro-Gymnasium

s. *Gymnasium*

Projekt „Schwitzen statt Sitzen“*s. Arbeit***Projekt Sprungbrett***s. Ausbildungsförderung***Promotion***Promotion von Absolventen der FH und Berufsakademien*

Bewertung o.g. Zahlen im Vergleich zu anderen BLändern, Darlegung der Entwicklung bei den Absolventen der Berufsakademien und der Württembergischen Notarakademie

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 16.01.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/635

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.02.2002 Drs 13/852 S. 63-65

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Promotionsrecht für private Hochschulen

Anträge privater Hochschulen auf Verleihung des Promotionsrechts, Auflistung der bisher positiv beschiedenen Anträge, Stand und Ausgestaltung der noch offenen Verfahren

Antr Dr. Eugen Klunzinger u.a. CDU 24.04.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/952

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.07.2002 Drs 13/1232 S. 98 99

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Fragwürdiges Führen akademischer Titel durch einen Heidelberger Doktor der Philosophie

Frage nach der Berechtigung zur Führung des Titels „Professor Dr. med. Universität Belgrad“ durch einen Heidelberger Wissenschaftler sowie nach der Legitimation einer „Universität für Frieden in Heidelberg“, Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität von medizinischen Büchern des Herrn G-M sowie deren Verbreitung durch das unberechtigte Führen der akademischen Titel

KlAnfr

s. Akademiker

Drs 13/1311

Wissenschaftliche Nachwuchsförderung nach dem LandesgraduiertenförderungsGes (LGFG)

Entwicklung der Zahl von Promotionsstipendien nach dem LGFG seit 2000, Höhe der dafür im laufenden Haushalt eingestellten und verausgabten Mittel; Frage nach Plänen zur Neugestaltung der Graduiertenförderung

Antr

s. Graduiertenförderung

Drs 13/2278

Verwaltungskostenbeitrag für Doktorandinnen und Doktoranden?

Zahl der zur Promotion angenommenen und Anteil der immatrikulierten Doktoranden an den einzelnen Universitäten; Verzicht auf die Erhebung des Verwaltungskostenbeitrags nach dem LandeshochschulgebührenGes für diese Gruppe wegen fehlender Inanspruchnahme der Leistungen, die Grundlage der Beitragserhebung sind; entsprechende Änderung des UniversitätsGes iRd angekündigten nächsten Hochschulgesetznovelle

Antr

s. Hochschulgebühren

Drs 13/2288

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Stand und Bedingungen der nationalen und internationalen Anerkennung des Abschlusses, Art und Erfolg von Bemühungen der Absolventen um ein Anschlussstudium oder eine Promotion an einer Hochschule; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung, Beurteilung der generellen Einführung und Anerkennung von Bachelor-Abschlüssen, Chancen für den Ausbau der Berufsakademien zur „Dualen Hochschule“ und damit zur Gleichwertigkeit mit den anderen Hochschularten

GrAnfr

s. Berufsakademie

Drs 13/2499

Immatrikulation von Doktoranden mit 50 %-Beschäftigungsverhältnissen an Universitäten

Verweigerung der Immatrikulation von o.g. Doktoranden mit dem Hinweis auf das neue LandeshochschulGes, Auswirkungen auf die materielle Situation der Doktoranden und die Zahl der Promotionen, insbes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen; Eintreten für die Immatrikulation gegenüber den Universitäten

KlAnfr

s. Immatrikulation

Drs 13/4055

Systematische Promotionsförderung, Frauenanteil unter den Promovierenden, Einrichtung von Doktorandenstudiengängen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 407 411 414

Stellenwert der Doktorandenausbildung an den Hochschulen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 609

Initiativen und Programme zur Unterstützung der Promotion von Frauen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855

Befreiung der Promovierenden von Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7495

Prospekt (Werbemittel)*s. Druckerzeugnis***Prostituierte***s. Prostitution***Prostitution***Besteuerung von Prostituierten*

Darlegung der von der Finanzverwaltung angewandten Verfahren unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Formen von Prostitution, Gewährleistung der Recht- und Zweckmäßigkeit sowie der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, Wahrung der datenschutzrechtlichen Belange sowie des Freiwilligkeitsprinzips bei der Teilnahme von Prostituierten am Verfahren

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 23.10.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2539 (18 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 22.04.2004 Drs 13/3200 S. 11-13

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei, Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/2658

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/3463

Visa-Praxis und Auswirkungen auf BW

Erkenntnisse über die Einreise von Terroristen, insbes aus der Kaukasus-Region und Zentralasien, und Zunahme der Zwangsprostitution aufgrund der freizügigen Visaerteilung des Auswärtigen Amtes; Frage nach Aktivitäten der „Reiseschutz AG“ in BW

KlAnfr

s. *Sichtvermerk*

Drs 13/4082

Genehmigung von Bordellen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006

Erwartung einer Zunahme von Zwangsprostitution und Menschenhandel, Umgang mit gezielten Anfragen zur Genehmigung von Bordellbetrieben in den Kommunen

KlAnfr Christine Rudolf SPD 06.10.2005 und Antw IM Drs 13/4698

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen Opfer

Antr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 14.02.2006 Drs 13/5171

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7927-7932

Prozesskostenhilfe*Überplanmäßige Ausgabe bei den Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten), Kap 0503 Tit 536 01 im Hj 2003*

Mittlg

s. *Rechtspflege*

Drs 13/2657

Prüfung der Prozesskostenhilfe

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 19.08.2005 Drs 13/4610 (45 S.)

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2005 Drs 13/4737

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Mittlg LReg 25.07.2006 Drs 14/180

Feststellung eines Anstiegs der Prozesskostenhilfe

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4303 4309 4312 4313 4315

Prozessrecht

s. *Verfahrensrecht*

Prüf-, Überwachungs- oder Zertifizierungsstelle nach Bauordnungsrecht

s. *Baurecht*

Prüfung

s.a. *Abitur*

s.a. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*

s.a. *Ausbildungsabschluss*

s.a. *Dienstrecht*

s.a. *Diplom*

s.a. *Fachhochschulreife*

s.a. *Führerschein*

s.a. *Hochschulabschluss*

s.a. *Hochschulprüfung*

s.a. *Jagdschein*

s.a. *Klassenarbeit*

s.a. *Rechnungsprüfung*

s.a. *Schulabschluss*

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Beeinflussung der Zurückstellung und vorzeitigen Einschulung durch den Schulanfang auf neuen Wegen; Akzeptanz der Betreuung iRd verlässlichen Grundschule; Anteil von Aufnahmeprüfungen und Beratungen beim Übergang auf eine weiterführende Schule

GrAnfr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/124

Aufnahmeprüfungen für weiterführende Schulen

Entwicklung der Ergebnisse o.g. Prüfungen differenziert nach Geschlecht, Fächern und Regionen in den letzten fünf Jahren; Beurteilung der Schwere der Prüfungen 2002, insbes in Mathematik, und einer diesbezüglichen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Sigmaringen; Schaffung von altersgerechten Leistungskriterien und Bewertungsformen, Gewährleistung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten in der Sekundarstufe I

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/1388

Kosten für Studierende durch Auswahlverfahren

Erhebung von finanziellen Beiträgen der Hochschulen von Studienbewerbern für die Teilnahme an o.g. Eignungsfeststellungsverfahren, Frage nach einer entsprechenden Novellierung des LandeshochschulgebührenGes sowie nach einem Ausgleich für bedürftige Studierende

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/1519

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, Streichung der Prüfungsvergütungen für Professoren, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Änd der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

PISA 2003: Übung oder Manipulation im Vorfeld des Tests?

Auflistung der an o.g. Vergleichsstudie teilnehmenden Schulen und der Auswahlkriterien, Vorbereitung der Lehrkräfte und Schüler, Angebot von Lernmaterialien durch Schulbuchverlage, Beurteilung der in Bayern eingerichteten speziellen Lerngruppen

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/2048

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl der Studienplätze und -fächer mit einem lokalen und bundesweiten NC, Anteil und Art der Vergabe durch hochschuleigene Auswahlverfahren, (zeitliche) Auswirkungen der Auswahltests und -gespräche vor Ort, insbes für auswärtige und ausländische Studienbewerber; Bewertung der im europäischen Ausland erbrachten schulischen Leistungen; Evaluation der neuen Verfahren; Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/2134

Prüfertätigkeit von Berufsschullehrerinnen und -lehrern in Prüfungsausschüssen nach dem BerufsbildungsGes (BBiG)

Verweigerung der Mitwirkung von Berufsschullehrern in den Prüfungsausschüssen aufgrund der erneuten Erhöhung ihrer Unterrichtsverpflichtung, Gefährdung der nächsten Abschlussprüfung für Auszubildende; Anerkennung der Mitwirkung als Teil der Deputatsstunden

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/2528

Unterstützung von Studierendenauswahlverfahren aus Mitteln des Landeshaushalts, der Landesstiftung und des Stifterverbands

Höhe und Laufzeit der o.g. Förderung differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen, Anteil der jeweiligen Eigenmittel, Auflistung der beantragten und abgelehnten Forschungsprojekte

KlAnfr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/3541

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung; Außerkräfttreten der FeststellungsprüfungsVO und der SporteingangsprüfungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Versetzung auf Probe

Zahl und ursächliche Fächer der Versetzungen auf Probe im letzten Schuljahr differenziert nach Schularten, Klassenstufen und Schulamtsbezirken; Art und Effizienz der Unterstützung der betroffenen Schüler zur Vorbereitung auf ihre Nachprüfung, Anteil der bestandenen Nachprüfungen; Organisation einer individuellen Förderung während und nach den Sommerferien

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/3634

Prüfungen bei öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen in BW

Rechtsgrundlagen, Zahl, Ergebnisse, Personal- und Zeitaufwand der o.g. Prüfungen; Ausschreibung oder anderweitige Vergabe der Prüfaufträge; Frage nach einem Zusammenhang zwischen den zunehmenden Prüfungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und einer sinkenden Kreditvergabebereitschaft, insbes gegenüber dem Mittelstand und Handwerk

Antr
s. *Kreditgewerbe*
Drs 13/4210

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW, dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Bildung eines Gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

GesEntw
s. *Rechtsanwalt*
Drs 13/4386

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4732

Bekanntnis zu Prüfungen und Leistungsbewertungen in der Schule

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736 1747 1748

Gewährleistung von Autonomie und Rechtssicherheit in der Ausgestaltung der Motivationsprüfung im Auswahlverfahren der Hochschulen

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2023-2026

Qualitätssicherung der Schulen über zentrale Abschlussprüfungen, Aussagekraft der permanenten Überprüfung des Leistungsstands der Schüler

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2821 2835

Ausgestaltung der Motivationsprüfung im Auswahlverfahren der Hochschulen, Feststellung einer Rechtfertigung des Aufwands, Ablehnung der Gebührenerhebung

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5235-5241

Kritik an zu hohen Gebühren für die Berufsabschlussprüfungen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5465

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und zusätzliche Eignungsprüfung, Erwartung der Prüfergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6948-6953

Prüfung im Abitur

s. *Abitur*

Prüfungsordnung

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*

Psychiatrie

s.a. *Lebenshilfe*

s.a. *Maßregelvollzug*

s.a. *Rechtsmedizin*

Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste

Entwicklung der Personalkosten für Fachkräfte, Finanzierungsanteile des Landes, der Kommunen, Krankenkassen und Träger; Ergebnisse von Gesprächen über die Neustrukturierung der Finanzierung; Bereitschaft des Landes sowie der Stadt- und LKreise zur Erhöhung der Förderung

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 24.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/367

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 25-27

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie

Erfahrungen mit der Umwandlung zu rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts; Gründe, Inhalte und Auswirkungen einer erneuten Rechtsformänderung, insbes Organisation des Maßregelvollzugs als hoheitliche Aufgabe, Erhaltung der tarifvertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte für die Beschäftigten im Falle der Veräußerung an Dritte

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 22.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/470

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 32-34

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

LPsychiatrieGes

Versorgung von psychisch erkrankten und seelisch behinderten Menschen, Vorlage eines GesEntw, Absicherung der Sozialpsychiatrischen Dienste

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 09.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/905

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2002 Drs 13/1401 S. 50-53

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Finanzierung der Sozialpsychiatrischen Dienste

Gewährleistung der Finanzierungsgrundlagen, Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften und Landeswohlfahrtsver-

bände an dem Umstrukturierungsprozess, Stand der Verhandlungen zum Rahmenvertrag über die Versorgung mit Psychotherapie durch die Sozialpsychiatrischen Dienste

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 09.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/906

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.06.2002 Drs 13/1401 S. 50-53

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Errichtung einer forensischen Klinik in Heppenheim

Beurteilung o.g. Planung zur Durchführung des Maßregelvollzugs in Hessen sowie der damit verbundenen Konzeption der Unterbringung, Therapie und Nachsorge forensischer Patienten; Darstellung der Möglichkeiten zur Einflussnahme sowie Anstrengungen zur Verstärkung der öffentlichen Sicherheit im grenznahen Bereich zu Hessen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/922

Planungen der LReg zur Umstrukturierung der Zentren für Psychiatrie (ZfP)

Zusammenfassung unter dem Dach einer gemeinnützigen Holding, Ergebnisse und Konsequenzen des Anhörungsverfahrens zu den vom SM vorgelegten Eckpunkten; Klärung der Unstimmigkeiten zwischen dem SM und WM; Auswirkungen des Wechsels der Rechtsform und Rechtsgrundlagen auf die tarifvertraglichen Bedingungen, Gleichberechtigung und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten; Darstellung möglicher Alternativen; rechtzeitige Information des Ltg vor einer Beschlussfassung im Kabinett

Antr SPD 14.05.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1009

BeschlEmpf und Bericht SozA 04.07.2002 Drs 13/1401 S. 42-46

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Weiterentwicklung der Zentren für Psychiatrie (ZfP) - keine Holding gGmbH

Verzicht auf die geplante Teilprivatisierung

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 24.06.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1103

BeschlEmpf und Bericht SozA 26.09.2002 Drs 13/1638 S. 8 9

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr

s. *Maßregelvollzug*

Drs 13/1323

Keine Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie

Verzicht auf eine Zusammenfassung unter dem Dach einer privat rechtlich verfassten Holding

Antr SPD 21.11.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1549

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3922-3931

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 20) - Neuorganisation der Zentren für Psychiatrie

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XVII. S. 7

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 09.09.2003 Drs 13/2393

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Rücknahme der Mittelkürzung für die Sozialpsychiatrischen Dienste

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 26 S. 81 82

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 71 S. 134

ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-19 S. 33 34

ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-37 S. 57

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Klarheit über die Psychiatrieholding-Pläne der LReg

Pläne für evtl Rechtsformänderungen bei den Zentren für Psychiatrie, Auswirkungen auf die tarifvertraglichen Leistungen und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten; Verzicht auf eine Veräußerung an private Betreiber

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 08.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2238

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 63 64

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Maßregelvollzug nach § 63 StGB in Weinsberg

Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt sowie in einem psychiatrischen Krankenhaus in Wiesloch und Weinsberg, Vergleich mit der Bildung von Kompetenzzentren, Beurteilung der vorgesehenen Erweiterung unter der Vorgabe einer wohnortnahen Therapie?

KlAnfr

s. *Maßregelvollzug*

Drs 13/2306

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des UniversitätsklinikGes und des Gesetzes zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/2680

Chronisch psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen in BW

Entwicklung o.g. Zahlen und der Versorgungsangebote, insbesonders ambulant und gemeindenahen Versorgung; Frage nach Schritten zur Umsetzung des Psychiatrieplans und der Vorschläge des Landesarbeitskreises Psychiatrie zu einem LandespsychiatrieGes; Aufgaben, Personalausstattung und Leistungsspektrum der sozialpsychiatrischen Dienste, der psychiatrischen Institutsambulanzen an Krankenhäusern und der Soziotherapie; Anteil des Landes und der Kommunen an der Förderung der sozialpsychiatrischen Dienste, Notwendigkeit einer kontinuierlichen Fortführung bzw einer Gesundheitsberichterstattung

GrAnfr SPD 12.01.2004 und Antw SM Drs 13/2787 (20 S.)

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6774-6779

Zukunft der Krankenhäuser

Aussagen des Landkreistags zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser, Auswirkungen der neuen Fallpauschalen und der geplanten Änderung des ArbeitszeitGes; Entwicklung der Investitionskostenförderung für die kommunalen Krankenhäuser und des Finanzierungsaufwands für die Universitätskliniken und Psychiatriezentren sowie des jeweiligen Investitionsstaus; Notwendigkeit und Einsparpotenziale einer Privatisierung oder Fusionierung von Krankenhäusern

Antr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/2839

Die Rolle Psychiatrischer Institutsambulanzen (PIA) in der gemeindepsychiatrischen Versorgung

Auffistung der Standorte, Ausstattung, Träger, Finanzierung und Vernetzung der PIA; Patientenstruktur und Behandlungszeiträume, Verhältnis zu den Aufgaben niedergelassener Ärzte und Therapeuten; Umsetzung der Ziele des Landespsychiatrieplans zur Verbesserung der Patientenversorgung

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 01.04.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3087

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.10.2004 Drs 13/4187 S. 35 36

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Ungenehmigte Obduktion am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Wiesloch

Aufklärung der o.g. Obduktion ohne Zustimmung des Betreuers oder der Angehörigen, Frage nach weiteren Fällen und Konsequenzen für den durchführenden Arzt sowie nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen, Beeinträchtigung der allgemeinen Akzeptanz von Obduktionen?

Antr

s. *Obduktion*

Drs 13/3630

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 16) - Baumaßnahmen und technisches Gebäudemanagement in den Zentren für Psychiatrie

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 XIII. S. 6

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4415

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Einbeziehung der psychiatrischen Kliniken bzw des Maßregelvollzugs in die Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr

s. *Justizvollzugsanstalt*

Drs 13/3818

Sicherheit am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weinsberg

Zahl von Entweichungen und Straftaten von Straftätern im Maßregelvollzug seit 1994; vorausgegangene Verurteilungen, Erkrankungen und Sicherheitseinstufung der jeweiligen Patienten; Zielgenauigkeit der Einschätzungen vor der Gewährung von Lockerungen; begangene Straftaten auf der Flucht und Konsequenzen für die Unterbringung der Entwichenen nach ihrer Festnahme; Vergleich der Sicherheit in Weinsberg mit anderen Einrichtungen, Entwicklung von Konzepten für eine zielgenauere Er-

folgsbewertung der Therapie, Verbesserung des baulichen Sicherheitsniveaus mit dem geplanten Neubau

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 01.12.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3823

BeschlEmpf und Bericht SozA 03.03.2005 Drs 13/4312 S. 37 38

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Umsetzung von Soziotherapieleistungen durch die Sozialpsychiatrischen Dienste

Art und Umfang der von den Sozialpsychiatrischen Diensten angebotenen und erbrachten Leistungen, Behandlungszeiträume bei den bisher therapierten Patienten, Praxis der Leistungserbringung und -abrechnung, Entwicklung der Einnahmeanteile aus der Soziotherapie an den Haushalten der einzelnen Dienste

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 10.12.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3873

BeschlEmpf und Bericht SozA 03.03.2005 Drs 13/4312 S. 39 40

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Psychiatrische Versorgung in BW

Einweisungszahlen und Verweildauer der Patienten in den Zentren für Psychiatrie u.a. stationären Einrichtungen seit 1999 differenziert nach den zehn häufigsten Diagnosen; Anteil von Wiederholungseinweisungen; Bewirkung von vermehrten Krankenhauseinweisungen durch die Soziotherapie? Beurteilung der Versorgungssituation mit niedergelassenen Ärzten und Therapeuten; Ausbau der teilstationären und ambulanten Einrichtungen

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 19.04.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4261

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.06.2005 Drs 13/4745 S. 59-61

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Hilfen für geistig behinderte Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten

Beurteilung eines speziellen Hilfeangebots mit therapeutischen Wohngruppen für den o.g. Personenkreis iR eines zur Jahresmitte ausgelaufenen Modellversuchs bzw der damit erzielten Verbesserungen, insbes auch eines Rückgangs der Aufenthalte in der Psychiatrie; Hinwirkung auf ein bedarfsdeckendes Angebot zur Fortführung dieser Versorgungsform

Antr

s. *Behinderter*

Drs 13/4509

Häusliche Krankenpflege für psychisch kranke Menschen

Ausgestaltung, Kosten, Träger und Qualitätsmerkmale der o.g. neuen GKV-Leistung; Verzahnung mit den vorhandenen Angeboten im ambulanten, teilstationären und stationären Bereich; Leistungsanspruch von Sozialhilfeempfängern und voraussichtliche Kosten der Träger; geeignete Institutionen für eine sinnvolle Patientensteuerung unter Einbeziehung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten sowie des Konzepts der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung

Antr

s. *Hauspflege*

Drs 13/4562

Ablehnung einer Privatisierung der Zentren für Psychiatrie, Zusammenführung unter dem Dach einer Holding

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 893 894 912

Unvereinbarkeit einer Zusammenfassung der Zentren für Psychiatrie unter dem Dach einer privatrechtlich verfassten Holding mit dem Gender-Mainstreaming-Prinzip; Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die psychiatrischen Zentren

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2036 2084 2087

Kürzung der Fördermittel für die Sozialpsychiatrischen Dienste, Auswirkungen auf die ambulante Versorgung psychisch Kranker; Vereinbarkeit mit dem Psychiatrieplan BW

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2293 2297-2306

Patientenaufnahmestopp der Forensischen Psychiatrie in Wiesloch wegen Überbelegung

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2407

Kritik an der Mittelkürzung für die Sozialpsychiatrischen Dienste

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544 2553

Kürzung der Fördermittel für die Sozialpsychiatrischen Dienste, Auswirkungen auf die ambulante Versorgung psychisch Kranker

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2639-2642 2645 2646 2653 2654 2656 2657

Kürzung der Fördermittel für die Sozialpsychiatrischen Dienste, Auswirkungen auf die ambulante Versorgung psychisch Kranker

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2705 2707 2710 2743 2744

Psychiatrische Institutsambulanz

s. *Psychiatrie*

Psychisch Kranker

s. *Kranker*

Psychologe

s.a. *Psychotherapeut*

Gewalt an Schulen des Rems-Murr-Kreises

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/1417

Gewalt an Schulen im Schulamtsbereich Schwäbisch Gmünd

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/1719

Psychotherapie im Vollzug

Umsetzung des PsychotherapeutenGes im Strafvollzug und Maßregelvollzug bzw des Erwerbs einer Approbation der im Strafvollzug tätigen Psychologen, Berücksichtigung dieses Qualitätsmerkmals bei Einstellungen und Beförderungen? Gleichstellung von Gefangenen und versicherten Arbeitnehmern beim Anspruch auf Krankenpflege

KlAnfr
s. *Psychotherapie*
Drs 13/1797

Struktur und Effizienz der pädagogisch-psychologischen Beratung an baden-württembergischen Schulen

Zahl, Aus- und Fortbildung der Beratungslehrer an den einzelnen Schularten; Kooperation mit den Schulpsychologen- und Schulberaterstellen an den Oberschulämtern u.a. Institutionen; Anstreben der Konzeption eines integrierten Beratungsangebots

Antr
s. *Beratungslehrer*
Drs 13/1969

Verlässliche Verankerung von psychosozialen Unterstützungsstrukturen und Schulsozialarbeit an baden-württembergischen Schulen

Zahl der Schulpsychologen, Betreuungsrelation zu den Schülern im Vergleich mit anderen BLändern, Rahmenvereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendverbänden; langfristige Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit an den bisherigen und neu beantragten Standorten; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen der angekündigten wissenschaftlichen Begleituntersuchung

Antr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/3636

Zukunft des Schulpsychologischen Beratungsdienstes in BW

Zahl der in den kommenden fünf Jahren ausscheidenden Schulpsychologen, Ersetzung durch ausgebildete Nachwuchskräfte

MdlAnfr
s. *Beratungslehrer*
Drs 13/4204

Besetzung der notwendigen zusätzlichen Stellen für Psychologen im Strafvollzug

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2140 2141 2145 2150

Schulpsychologischer Beratungsbedarf von hoch begabten Schülern

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4477 4478

Eingliederung der schulpsychologischen Beratungsstellen in die unteren Schulaufsichtsbehörden

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4924

Bedarf an Schulpsychologen, Bewertung als Scharnierstellen zwischen Jugendhilfe und Schule

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5785

Psychosoziale Beratung

s. *Lebenshilfe*

Psychotherapeut

s.a. *Psychologe*

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach vorhandenen und benötigten Stellen für Psychotherapeuten

GrAnfr
s. *Straftäter*
Drs 13/888

Psychotherapie im Vollzug

Umsetzung des PsychotherapeutenGes im Strafvollzug und Maßregelvollzug bzw des Erwerbs einer Approbation der im Strafvollzug tätigen Psychologen, Berücksichtigung dieses Qualitätsmerkmals bei Einstellungen und Beförderungen? Gleichstellung von Gefangenen und versicherten Arbeitnehmern beim Anspruch auf Krankenpflege

KlAnfr
s. *Psychotherapie*
Drs 13/1797

Heilpraktiker

Zahl und Berufsbild der Heilpraktiker in BW, Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, Vereinheitlichung der Überprüfung von Kenntnissen und Fähigkeiten vor Aufnahme der Berufstätigkeit, Einbeziehung der Heilpraktiker in die Prüfungen durch die Gesundheitsämter, Rezeptierrecht der Heilpraktiker und Beihilfefähigkeit der Leistungen, Beurteilung der eingeschränkten Heilerlaubnis auf den Bereich Psychotherapie nach Inkrafttreten des PsychotherapeutenGes

Antr
s. *Heilpraktiker*
Drs 13/2268

Fragen der Praxisgebühr

Einrichtung der 10 Euro bei jeder ersten Konsultation eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten im Quartal; Umgang mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern u.a. Patienten, die nicht im Voraus bezahlen; Verfahren bei einer telefonischen Beratung; Abgeltung des bürokratischen Aufwands der Ärzte; Position des Sozialministers in den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform

KlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/2520

Versorgung mit Kinderpsychotherapeuten im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl von Kindern und Jugendlichen in psychotherapeutischer Behandlung, Gegenüberstellung der Zahl zugelassener Ärzte, Darlegung der angewandten bzw abgelehnten Behandlungsmethoden und der Wartezeiten, Frage nach Folgeschäden infolge der langen Wartezeiten sowie nach zusätzlichen Möglichkeiten zur Zulassung von Kinderpsychotherapeuten im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 16.08.2004 und Antw SM
Drs 13/3505

Ges zur Änd des Heilberufe-KammerGes und des VersorgungsanstaltsGes

Übertragung der Ausgabe von elektronischen Heilberufsausweisen auf die Kammern; Änd der Regelungen zur Ethikkommission; Schaffung von Rahmenbedingungen für die Weiterbildung der Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten; Weiterentwicklung der Muster-Weiterbildungsordnung der Ärzte

GesEntw
s. *Kammer (Körperschaft)*
Drs 13/4902

Fehlbedarf an Psychotherapeuten im Strafvollzug, Treffsicherheit und Konsequenzen der Therapien und Prognosen für Sexualstraftäter

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1914 1916 1917 1920

Psychotherapeutengesetz

s. Psychotherapeut

Psychotherapie

s.a. Psychotherapeut

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr
s. Straftäter
Drs 13/888

Verfahren über die Fortsetzung einer Therapie im Fall eines therapiebedürftigen Straftäters

Gründe des Abbruchs der Therapie eines im Sommer 2001 entlassenen Straftäters im LKreis Ludwigsburg mit der Folge der erneuten Straffälligkeit; Bereitstellung der notwendigen Zahl von Therapieplätzen; angemessene Opferentschädigung

Antr
s. Straftäter
Drs 13/1202

Hormonersatztherapie (HRT) in den Wechseljahren - Konsequenzen aus neuen Erkenntnissen

Reaktion der ärztlichen Selbstverwaltung und Fachverbände auf den Abbruch einer Studie der WHI in den USA; Entwicklung der Verordnungspraxis, der Kosten und Risiken o.g. Präparate zur Therapie von Beschwerden in den Wechseljahren und Vorbeugung gegen entsprechende Altersbeschwerden im Vergleich mit anderen bzw alternativen Verfahren, einschließlich Psychotherapie, in den letzten zehn Jahren; Darlegung der marktführenden Präparate und Hersteller; gezielte Information der Frauen und Ärzte

Antr
s. Frauenheilkunde
Drs 13/1446

Psychotherapie im Vollzug

Umsetzung des PsychotherapeutenGes im Strafvollzug und Maßregelvollzug bzw des Erwerbs einer Approbation der im Strafvollzug tätigen Psychologen, Berücksichtigung dieses Qualitätsmerkmals bei Einstellungen und Beförderungen? Gleichstellung von Gefangenen und versicherten Arbeitnehmern beim Anspruch auf Krankenpflege

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 18.02.2003 und Antw JuM Drs 13/1797

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg

Stand der Planung für die o.g. Verlegung, den Ausbau der Plätze für Sozialtherapie auf dem Hohenasperg und den Neubau der JVA Offenburg; Gesamtkonzept für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Sozialtherapie; Integration des Vollzugskrankenhauses in eine bestehende JVA

Antr
s. Vollzugskrankenhau
Drs 13/1940

Heilpraktiker

Zahl und Berufsbild der Heilpraktiker in BW, Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, Vereinheitlichung der Überprüfung von Kenntnissen und Fähigkeiten vor Aufnahme der Berufstätigkeit, Einbeziehung der Heilpraktiker in die Prüfungen durch die Gesundheitsämter, Rezeptierrecht der Heilpraktiker und Beihilfefähigkeit der Leistungen, Beurteilung der eingeschränkten Heilerlaubnis auf den Bereich Psychotherapie nach Inkrafttreten des PsychotherapeutenGes

Antr
s. Heilpraktiker
Drs 13/2268

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Beurteilung und Förderung der Arbeit des Vereins in der Bewährungs- und Gerichtshilfe, Betreuung in Wohngruppen, Haftvermeidung durch Tilgungsberatung, bei der psychotherapeutischen Ambulanz für Sexualstraftäter; Möglichkeiten einer Verfestigung der Einnahmen vor dem Hintergrund der rückläufigen finanziellen Zuweisungen von Gerichten und Staatsanwaltschaften

Antr
s. Bewährungshilfe
Drs 13/2866

Versorgung mit Kinderpsychotherapeuten im LKkreis Schwäbisch Hall

Zahl von Kindern und Jugendlichen in psychotherapeutischer Behandlung, Gegenüberstellung der Zahl zugelassener Ärzte, Darlegung der angewandten bzw abgelehnten Behandlungsmethoden und der Wartezeiten, Frage nach Folgeschäden infolge der langen Wartezeiten sowie nach zusätzlichen Möglichkeiten zur Zulassung von Kinderpsychotherapeuten im LKkreis Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. Psychotherapeut
Drs 13/3505

Fehlbedarf an Therapieplätzen im Strafvollzug, Treffsicherheit und Konsequenzen der Therapien und Prognosen für Sexualstraftäter

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1914 1916 1917 1920

Public Private Partnership

s.a. Privatisierung

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten

GrAnfr
s. Entwicklungshilfe
Drs 13/1093

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Einbeziehung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung in die Projekte der Public Private Partnership, Evaluation dieser Projekte und Beteiligung des Mittelstands

Antr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/3494

Pilotprojekt - Public Private Partnership (PPP)

Erprobung des Betriebs eines landeseigenen Gebäudes durch Private, Beurteilung der bisher laufenden PPP-Projekte in Deutschland

KlAnfr Jürgen Hofer FDP/DVP 31.01.2005 und Antw FM

Drs 13/3990

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Forcierung von Maßnahmen zur rationellen Energienutzung in landeseigenen Liegenschaften durch den verstärkten Einsatz von PPP-Finanzierungen

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Immobilienverkäufe des Landes, die Gründung einer öffentlich-privaten Partnerschaft und die Haushaltsordnung des Landes

Höhe der im Haushalt veranschlagten und getätigten Verkäufe, Form und erwartete Gegenleistung der Einbringung und Verwertung weiterer Liegenschaften iRd o.g. Partnerschaft, Vereinbarkeit der Beteiligung an einer gemeinsamen Verwertungsgesellschaft mit Privaten sowie der Aufteilung der Erlöse mit der Haushaltsordnung, Wahrung der Beteiligungsrechte des Parlaments bei der Veräußerung von Grundstücken; Konsequenzen der Aufgabenverlagerung für die Hochbauverwaltung

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/4156

Baumaßnahmen im Zuge der L 536 und ihre Verwirklichung durch neue Finanzierungsmethoden

Beurteilung von Finanzierungsmodellen wie Public Private Partnership oder private Vorfinanzierung zur Realisierung der Tunnelbauten im Zuge der L 536, Kontaktaufnahme mit einem auf PPP-Projekte im Bereich des Straßen- und Tunnelbaus spezialisierten Bauunternehmen

KlAnfr

s. *Landesstraße 536*

Drs 13/4209

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Albaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4435

Anwendung eines PPP-Modells auf Schienen-Netzteile der Deutschen Bahn AG

Beurteilung eines PPP-Modells zur Finanzierung der geplanten Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim sowie der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm, Aufnahme entsprechender Gespräche mit der DBAG

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 28.07.2005 und Antw

IM Drs 13/4574

Sinn und Zweck der neu gegründeten Landesimmobiliengesellschaft

Aufbau und Arbeitsweise der o.g. GmbH in privater Rechtsform zur Verwertung von landeseigenen Immobilien neben dem Landesbetrieb Vermögen und Bau, Begründung der nachfolgenden Errichtung einer Kommanditgesellschaft mit direkter Beteiligung eines Privaten, Anwendung eines Public-Private-Partnership-Modells?

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/4594

Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP) in BW

Auswirkungen des vom Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich-Privaten Partnerschaften auf die PPP/Leasing-Konzeptionen der LReg und auf kommunale PPP-Projekte, Änderung der LHO entsprechend der Bundeshaushaltsordnung? Einschätzung der Risiken sowie der möglichen Kostensenkungen bei PPP-Modellen der zweiten Generation; Gründe für die Vertagung der vorgesehenen Beschlussfassung im Kabinett; Vorlage des Berichts der interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr SPD 11.08.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4600

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306-7314

Public Private Partnership (PPP) baut kommunalen Investitionsstau ab

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306-7314

Anregung von PPP-Projekten zum Ausbau von Rastanlagen an Bundesfernstraßen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6059

Realisierung von Projekten im Hochbau und Fernstraßenbau über öffentlich-private Partnerschaften

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6418

Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur über öffentlich-private Partnerschaften

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6483

Ankündigung eines PPP-Projekts im Hochschulbau an der Universität Heidelberg, Prüfung weiterer geeigneter Projekte

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6695 6696 6698

Ermöglichung des Ausbaus von Schulen zu Ganztagschulen iR von PPP-Projekten

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7204

Abbau des Investitionsstaus bei der öffentlichen Infrastruktur über öffentlich-private Partnerschaften

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7298 7306-7314 7337 7344

Auftragspotenzial von PPP-Projekten für den Mittelstand
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7449

Realisierung von Infrastrukturprojekten für den Tourismus über öffentlich-private Partnerschaften
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7959 7960

Public Relations

s. *Öffentlichkeitsarbeit*

Puchta, Dieter Dr. MdL SPD

Würdigung und Verabschiedung der Abg Dr. Dieter Puchta und Dr. Dieter Salomon
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1848 1849

Abschiedsworte und Dank des Abg Dr. Puchta, Feststellung vieler Gemeinsamkeiten zwischen den Fraktionen
PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1798 1800

PÜZ-Anerkennungsverordnung

s. *Baurecht*

Pute

s. *Geflügel*

Putenmast

s. *Geflügelwirtschaft*

Putenwirtschaft

s. *Geflügelwirtschaft*

Qualipass

Lernen für Verantwortung und Toleranz

Vermittlung und Bewertung sozialer Kompetenzen mit Einführung der neuen Bildungsgänge; Bescheinigung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, im Jugendgemeinderat, der SMV usw in einem „Quali-Pass“; Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde; Unterstützung des Schüleraustauschs und von Praktika im Ausland sowie grenzüberschreitender Jugendparlamente in den Grenzregionen

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/2099

Erfahrungen mit dem Qualipass

Bewertung und Dokumentation des außerschulischen ehrenamtlichen Engagements von Schülern und Jugendlichen mit dem Qualipass, Erkenntnisse über eine förderliche Wirkung bei Bewerbungen um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, Beurteilung von weiteren unterstützenden Maßnahmen

Antr Volker Schebesta u.a. CDU 30.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2561
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 16 17
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Einbindung von Jugendlichen mit Qualipass in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6412

Qualitätssicherung

s.a. *Gewerbeaufsicht*
s.a. *Gütezeichen*
s.a. *Lebensmittelkontrolle*
s.a. *Technische Überwachung*

Qualitätsgarantie für heimischen Honig

Verlust einer Herkunfts- und Qualitätsbestimmung durch die von der EU-Kommission beabsichtigte Zulassung von „gefiltertem Honig“; Hinwirkung auf eine kontrollierbare Herkunftsanalyse

Antr
s. *Honig*
Drs 13/533

Akkreditierung und Evaluierung als Instrumente einer qualitätsorientierten Hochschulpolitik

Bewertung der o.g. Instrumente und nationalen und internationalen Systeme zur Qualitätssicherung, Zwischenbilanz der Evaluationsagentur in Mannheim, Ergebnisse der Anträge von Hochschulen auf Akkreditierung von Studiengängen, insbes des Master-Studiums an FH als Zulassungsvoraussetzung für den höheren Dienst

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1208

Konsequente Patientenorientierung im Gesundheitswesen in BW

Umsetzung der Beschlüsse der Gesundheitsministerkonferenz und Landesärztekammer, insbes Einrichtung unabhängiger Patienteninformationssysteme, -beratungsstellen und -vertretungen in Krankenhäusern; Benennung eines Landesbeauftragten für Patienten; Verankerung der Qualitätssicherung in den Gremien des Gesundheitswesens

Antr
s. *Kranker*
Drs 13/1322

Einführung der DRG's (Fallpauschalen) - Behandlungsmindestmengen

Einführung von Mindestfallzahlen für bestimmte Behandlungen unter dem Aspekt der Qualitätssicherung, Vereinbarkeit mit der Bedarfsplanung des Landes, Auswirkungen auf einzelne Krankenhäuser bzw auf die flächendeckende Versorgung

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1584

Schadensersatzleistungen bei Qualitätsmängeln im Schienenpersonennahverkehr

Höhe und Art der Verwendung der gegen die Bahn AG u.a. Unternehmen verhängten Vertragsstrafen, Anstreben einer flächendeckenden vertraglichen Vereinbarung von Qualitätsstandards sowie eines konkreten Ausgleichs für die von Mängeln betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Entschädigung*
Drs 13/1617

Qualitätssicherung bei Zahnärzten

Maßnahmen und Ziele zur Qualitätssicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Defizite im bestehenden System der zahnärztlichen Fortbildung, Erfahrungen mit Patientenberatungsstellen, Einführung des „Facharztes auf Zeit“?

Antr
s. Zahnarzt
Drs 13/1626

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Möglichkeiten zur Kostensenkung durch ein Controlling-System, Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Betrieb und Technik, Ermittlung und Sanktionierung von Qualitätsmängeln, Umsetzung der berechtigten Forderungen der Fahrgäste, Harmonisierung der Tarife und Anstrengung großräumiger Verkehrsverbände

GrAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/1680

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrollklage beim BVerfG

Antr
s. Gesundheitswesen
Drs 13/1740

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Finanzhilfen für Neu- und Erweiterungsbauten; Gewährleistung der Qualitätssicherung sowie zusätzlicher Lehrerstunden und Mittel für Lehrbeauftragte; Bereitstellung der Ressourcen durch Mittelumschichtung

Antr
s. Ganztagschule
Drs 13/2235

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. Regionalverkehr
Drs 13/2456

Verantwortung der LReg für die Qualitätssicherung der Ganztagschulen in BW

Prüfung der pädagogischen Konzepte der Schulen, Einsatz von qualifizierten Kräften bei den Nachmittagsangeboten, Evaluation der Verpflegungsangebote, Gewährleistung der generellen Schulgeldfreiheit, Mittelbereitstellung aus dem Lehrbeauftragtenprogramm sowie für Kooperationen mit außerschulischen Partnern

Antr
s. Ganztagschule

Drs 13/3035

Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05

Stand und Ziele der Bildungsplanreform 2004, Einbeziehung der am Schulleben Beteiligten, Auswirkungen auf die Schule und Unterrichtskultur sowie den Raum- und Lernmittelbedarf, Begründung des Verzichts auf schulartübergreifende Bildungsstandards, Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/3073

Bildungsstandards in BW - alter Wein in neuen Schläuchen?

Fachliche Grundlagen, Vorgaben und Ziele der von den Kommissionen erarbeiteten Bildungsstandards; Berücksichtigung der bestehenden Lehrpläne; Entwicklung von bundesweit vergleichbaren Evaluationsverfahren und Diagnosehilfen; Stellenwert der individuellen Förderung und der Kontingentsstudentenfeln; Erweiterung der Qualitätssicherung auf das Gesamtsystem Schule; Abbau der sozialen Schieflage bei den Grundschulempfehlungen; Erarbeitung eines schulartübergreifenden Basisbildungsplans, schrittweise Einführung über einen längeren Zeitraum, Reduzierung des Kerncurriculums auf 50 %

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/3133

Ges zur Errichtung des Landesinstituts für Schulentwicklung

Errichtung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts bzw als Weiterentwicklung des bisherigen Landesinstituts für Erziehung und Unterricht; Vernetzung der an der Lehreraus- und -fortbildung beteiligten Institutionen; Regelung der zentralen Aufgabenfelder Schulentwicklung und empirische Bildungsforschung, Bildungsplanarbeit, Qualitätsentwicklung; Aufgaben und Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat; Änd des LBesoldungsGes

GesEntw
s. Landesinstitut für Schulentwicklung
Drs 13/3678

Beurteilung der Reformansätze in der Kultusministerkonferenz vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte

Diskussionsstand und Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe zur Reform der KMK, insbes zur verbesserten Koordination, zum Aufgabenabbau, zur Standardsetzung und Qualitätssicherung; Aufgaben, Rechtsform, Finanzierung und Umsetzung der Arbeitsergebnisse des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen; Koordinationsbedarf zwischen den BLändern in der Hochschulpolitik nach einem Wegfall der Rahmenkompetenz, Gewährleistung einer kontinuierlichen Vertretung deutscher Bildungspolitik auf europäischer Ebene, Einbeziehung der Länderparlamente in die Entscheidungsprozesse

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/3711

Zertifizierung von Pflegeeinrichtungen unterstützen

Hinwirkung auf Mindeststandards, Vereinheitlichung und größere Transparenz der o.g. Qualitätssicherung; Verzicht auf regelmäßige Prüfungen der zertifizierten Einrichtungen durch die Heimaufsicht und den Medizinischen Dienst der Krankenkassen; Eintreten für eine bessere Honorierung der nachgewiesenen Pflegequalität

Antr
s. *Pflegeheim*
Drs 13/3997

Umsetzung der Empfehlungen der Gutachterkommission „Evaluation der Erziehungswissenschaft an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes BW“

Konsequenzen aus der o.g. Studie: Abbau von Defiziten der empirischen Bildungsforschung mithilfe eines Förderprogramms, Optimierung der Lehrerausbildung durch eine verbesserte Personalplanung sowie Verbindung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen, psychologischen und berufspraktischen Studien, Modularisierung der Studiengänge, Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Auslobung eines Landespreises, Verbesserung der personellen und räumlichen Ausstattung der PH

Antr
s. *Pädagogik*
Drs 13/4098

Qualitätsmanagement im Verbraucherschutz

Beurteilung des Qualitätssicherungssystems und der eingebundenen Behörden im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung, Vergleich mit anderen BLändern, Anstreben einer bundeseinheitlichen Regelung?

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/4892

Qualitätssicherung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Verfügbarkeit und Erreichbarkeit des Personals außerhalb der üblichen Dienstzeiten, Auswirkungen der zusätzlichen Aufgabenbelastung, wie z.B. Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben, Ausbildung neuer Kontrolleure, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems sowie Erfassung, Auswertung und Austausch von Daten mit anderen Behörden; Vorlage eines jährlichen Berichts; Prüfung einer Wiedereinrichtung des WKD mit der (erneuten) Zuordnung zu den Polizeidirektionen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4897

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr
s. *Restaurator*
Drs 13/5045

Entwicklung des Konzepts für ein integriertes Qualitätssicherungssystem für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440

Qualitätssicherung in den Pflegeheimen, Gewährleistung einer qualifizierten Heimaufsicht und Verbandskontrolle

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2518-2524

Qualitätssicherung der Schulen mit den neuen Bildungsplänen
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4831 4832 4834-4836

Einforderung einer Qualitätssicherung der Lehre an den Hochschulen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7600

Qualitätssicherung von Krebsbehandlungen mit dem neuen Krebsregister

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7822-7825

Qualitätssicherung von Krebsbehandlungen mit dem neuen Krebsregister

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7910-7912

Qualitätszeichen

s. *Gütezeichen*

Queitsch, Margot MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 13/1 12.06.2001 S. 17

Rabatt

s. *Preisnachlass*

Rabattgesetz

s. *Preisnachlass*

Rabenvogel

s. *Vogel*

Radarkontrolle

s. *Verkehrskontrolle*

Radfahrer

Fahrradland BW

Bisherige und künftige Förderung des Fahrradverkehrs, Radwegbaus und Radtourismus; Vergleich mit der Schweiz u.a. BLändern; Finanzierung eines landesweiten Radwegenetzes, einer einheitlichen Beschilderung und kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw Verkehrsverbänden; Förderung von kommunalen Maßnahmen über den Finanzausgleich; Einrichtung eines Referats für Fahrradverkehr im UVM sowie eines Haushaltstitels für den Radwegbau

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1078

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder
Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1135

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Radfahrer
Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Radfahrern seit 2000, Anteil von Kindern unter 14 Jahren und von

Senioren, Ursachen und Konsequenzen, Steigerung der Akzeptanz von Verkehrsregeln, Optimierung von Radwegen und Gefahrenstellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer sowie einer Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1137

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung des Vorschlags einer verstärkten Anbringung von Schutzplanken an Landesstraßen

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 22)

Zuwendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für eine neue Rheinbrücke für Fußgänger und Radfahrer

Mittlg
s. *Brücke*
Drs 13/1748

Wegweisungsstandards im Modellprojekt „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion“

Beschilderung nach den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen iRd Modellprojekts „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion Nordschwarzwald“ bzw. Frage nach LKreisen mit abweichender Beschilderung

KlAnfr
s. *Wegweiser*
Drs 13/2373

Genehmigungsverfahren bei Radtouristikfahrten der Radsportvereine

Organisatorische und finanzielle Konsequenzen der beiden Erlasse des UVM für die Radsportvereine

MdlAnfr 3) Christine Rudolf SPD 20.11.2003 Drs 13/2589
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3892

Fahrradmitnahme

Entwicklung der kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der hierfür geleisteten Erstattungen an die Verbände seit 2000; Analyse der (Mitnahme-)Effekte und Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen und den Radtourismus; Entwicklung eines neuen Fördermodells; Vermeidung finanzieller Mitnahmeeffekte, Stimulanz zusätzlicher Nachfrage, Gewährleistung einheitlicher Beförderungsbedingungen, Deckelung des Zuschussvolumens aus Regionalisierungsmitteln

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/3158

Radfernwegebeschilderung

Mittelbereitstellung für o.g. Zwecke ohne die Erhebung von Vorbedingungen vonseiten des Umwelt- und Verkehrsministers gegenüber den Radverbänden, Förderung der Aufwendungen von Kommunen und LKreisen nach dem GVFG, Einführung eines reduzierten Selbstbehalts

Antr
s. *Radweg*
Drs 13/3715

Sicherheit im Straßenverkehr / Beleuchtung an Fahrrädern

Anteil der ohne Beleuchtung fahrenden Radfahrer; Forcierung der entsprechenden Kontrollen durch die Polizei bzw. den Gemeindevollzugsdienst sowie der Verkehrserziehung an den Schulen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/4021

Verschiebung einer Neuregelung des Radfahrens im Wald iR einer Änderung des LandeswaldGes

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2871

Radikalenerlass

s. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*

Radikalismus

s.a. *Antifaschismus*
s.a. *Karlsruher Kameradschaft*
s.a. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*
s.a. *Nationalsozialismus*
s.a. *Terrorismus*
s.a. *VVN - Bund der Antifaschisten*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Zusammenarbeit der Republikaner mit anderen rechtsextremen Parteien, insbesondere mit der NPD (Drs 12/5984 Nr. 2)

Mittlg
s. *Republikaner*
Drs 13/207

Beobachtung politischer Gruppierungen durch Verdeckte Ermittler

Überwachung der LISTA und Antifa-Gruppe Tübingen durch Verdeckte Ermittler? Rechtsgrundlage der Überwachungen und Speicherung von personenbezogenen Daten; Beteiligung des LKA und örtlicher Polizeidienststellen; Begründung des plötzlichen Verschwindens eines Verdeckten Ermittlers

Antr
s. *Verdeckter Ermittler*
Drs 13/707

Konten extremistischer Parteien, Organisationen und Personen

Überprüfung o.g. Geschäftsbeziehungen zur Landesbank BW, Kündigung der Konten des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ sowie des im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Liedermachers Frank R., Dauer der Übergangsfristen bei einer ordentlichen Kündigung, Fälle einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund; Information aller Kreditinstitute über extremistische Aktivitäten von Vereinigungen und Personen im Verfassungsschutzbericht

Antr
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 13/730

Rechtsrock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Gruppen und Aktivitäten seit 1993, Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene, Begründung des Verzichts auf die Erwähnung der Band „Siegunum“ im Verfassungsschutzbericht; Maßnahmen zur Eindämmung der Szene

Antr
s. *Musiker*

Drs 13/1127

„Karlsruher Freitagsgespräche“

Aktivitäten, Referenten und Finanzierung des o.g. Forums seit 1993; Frage nach Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen und dem ehemaligen Literaturkreis Baden e.V.

Antr

s. *Karlsruher Freitagsgespräche*

Drs 13/1170

Rechtsextremistische Vereine, Organisationen und Parteien in BW

Entwicklung der einzelnen Gruppierungen und Aktivitäten über die Veröffentlichungen der Verfassungsschutzberichte hinaus seit 1993; Querverbindungen, Finanzierung, Personal- und Führungsstrukturen; Inanspruchnahme von Vergünstigungen aufseiten der Parteien und Spender

Antr Stephan Braun u.a. SPD 11.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1171

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1401 S. 74 75

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Rechtsextreme Tendenzen bei der Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg

Aktivitäten und Beziehungen der o.g. Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Vereinen, Parteien und Organisationen

Antr

s. *Studentische Verbindung*

Drs 13/1172

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivisten, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr Stephan Braun u.a. SPD 19.11.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1535

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1968 S. 4 5

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Zuständigkeitsfremde Zensuraktivitäten eines Mitglieds der LReg

Intervention von Staatssekretär Mappus wegen Verunglimpfung von CDU-Politikern bzw -Aussagen unter Androhung von Konsequenzen gegen eine Wanderausstellung zum Neofaschismus im Kulturhaus Osterfeld in Pforzheim, Frage nach einer Konkretisierung der angedrohten Konsequenzen bzw Zurückweisung und Erteilung einer förmlichen Rüge

Antr

s. *Mappus, Stefan MdL CDU*

Drs 13/1682

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Aktivitäten und Mitteleinsatz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit seit 2000 und insbes nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Koordination zwischen den beteiligten Ministerien und Verfassungsschutzbehörden

auf Bundes- und Landesebene; Erfolge der Präventionsarbeit der Polizei und der Landeszentrale für politische Bildung, der Lehrerfortbildung, Jugendsozialarbeit und Ausländerintegration; inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der einzelnen Projekte; Effizienz der Kommunalen Kriminalprävention

Antr Stephan Braun u.a. SPD 18.03.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1898 (19 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 5-7

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen

Aktivitäten der o.g. Bürgerbewegung; Frage nach einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen, Publikationsorganen u.a. Initiativen mit dem Ziel der Teilnahme an den Kommunalwahlen 2004

Antr Stephan Braun u.a. SPD 03.07.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2227

BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2675 S. 8 9

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Neonazismus in BW - Kameradschaft Karlsruhe

Frage nach Kontakten und Kooperationen zwischen der „Kameradschaft Karlsruhe“, der „Kameradschaft Süd“, der NPD u.a. Gruppierungen vor dem Hintergrund der vereitelten Sprengstoffanschläge und dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Beurteilung von Anzeichen einer rechtsterroristischen Gefahr bei der Karlsruher Kameradschaft; Reaktionen auf die Neuformierung der rechten Szene bzw die Verflechtungen zwischen Neonazis und Skinheads

Antr Stephan Braun u.a. SPD 19.09.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2419

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2782 S. 6

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Aktuelle Entwicklungen der Rechts-Rock-Szene in BW

Entwicklung der einzelnen Bands und deren Auftritte in England, Frankreich und dem benachbarten deutschsprachigen Ausland; Zusammenarbeit des Sängers Steffen H. mit der NPD u.a. rechtsextremistischen Organisationen sowie Gruppen im In- und Ausland; Maßnahmen zur Eindämmung der internationalen Verflechtungen und Kooperationen

Antr

s. *Musiker*

Drs 13/2491

Zusammenarbeit des Studienzentrums Weikersheim mit Rechtsextremisten

Frage nach Verbindungen und gemeinsamen Veranstaltungen der o.g. Bildungsstätte und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG), dem Bund Junges Ostpreußen und der im Verfassungsschutzbericht erwähnten Zeitschrift „Nation und Europa“; Frage nach Zuschüssen des Landes und der landeseigenen Rothaus-Brauerei; Bewertung der Funktion des Vorstandsvorsitzenden von Rothaus als Vizepräsident des Studienzentrums

Antr

s. *Studienzentrum Weikersheim*

Drs 13/3446

Ablehnung eines Lehramtsanwärters wegen „Mitarbeit in extremistischer Gruppierung“

Ablehnung der Einstellung als Realschullehrer wegen Zweifeln an der Verfassungstreue: Frage nach Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ sowie nach Verstößen des Lehramtsanwärters gegen Rechtsvorschriften bzw die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Beurteilung einer Einstellung im Beamten- oder Angestelltenstatus zu einem späteren Zeitpunkt

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/3537

Berufsverbot für den Heidelberger Studienassessor M.C.

Ablehnung der Einstellung des o.g. Lehramtsanwärters als Realschullehrer wegen Mitgliedschaft in einer als linksextrem eingestuften Vereinigung: Rechtsgrundlage, Art und Inhalte der Erkenntnisgewinnung und -weitergabe durch den Verfassungsschutz, Frage nach Inhalten und Ergebnissen des „vertieften Einstellungsgesprächs“ beim Oberschulamt Karlsruhe sowie nach Gesprächen mit den Beteiligten an der Heidelberger Theodor-Heuss-Realschule

KlAnfr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/3545

Berufsverbote in BW aufgrund des Radikalenerlasses

Ablehnung der Einstellung von Bewerbern bzw Entlassung von Bediensteten wegen Zweifeln an der Verfassungstreue seit 1979: Auflistung der Fälle in der Justiz, Polizei, im Schuldienst und der sonstigen Verwaltung, Anteil und Ergebnisse der vor Gericht ausgetragenen Verfahren, Auswirkungen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1995, Ausgestaltung des Mitteilungsverfahrens zwischen IM und Fachministerium seit Abschaffung der Regelanfrage 1991, Beurteilung einer befristeten Anstellung von entsprechend eingestuften Lehramtsanwärtern

Antr
s. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*
Drs 13/3548

Aktivitäten der rechtsextremen Musikszene in BW

Erkenntnisse über die Verbreitung von Tonträgern mit rechtsextremistischen Inhalten an Schulen bzw über die Zunahme von rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten; Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung

KlAnfr Stephan Braun SPD 21.09.2004 und Antw IM Drs 13/3564

Präventionsarbeit gegen Rechts an baden-württembergischen Schulen

Pädagogische Konzepte zur Vorbereitung der Lehrkräfte auf rechte und rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unter den Schülern, Art und Akzeptanz von Fortbildungsangeboten, Projekte an den einzelnen Schulen und Schularten, Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen, Gedenkstätten u.a.; Frage nach einer flächendeckenden Umsetzung des bisher modellhaft durchgeführten Civic-Modells zur Förderung der Demokratiefähigkeit von Schülern

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 15.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3882
BeschlEmpf und Bericht SchulA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 7-9
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Kontakte von Regierungsparteien zur Scientology-Organisation
Maßnahmen gegen Bestrebungen der Scientology-Organisation und vergleichbar agierenden Sekten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung; Frage nach Kontakten zu rechtsextremistischen und islamistischen Kreisen bzw nach personellen und organisatorischen Verflechtungen oder geschäftlichen Transaktionen zwischen den beiden Regierungsparteien und der Scientology-Organisation

KlAnfr
s. *Sekte*
Drs 13/4327

Neue Aktivitäten der baden-württembergischen Rechtsrock-Szene

Erkenntnisse über die Bands „Blue Max“ und „NoieWerte“, deren Konzertaktivitäten, u.a. in Mosbach, und der Verbreitung über das Internet im Zuge des rechtsextremistischen Musikprojekts „Aktion Schulhof“; Gegenmaßnahmen

KlAnfr Stephan Braun SPD 12.05.2005 und Antw IM Drs 13/4342

Umgang der Staatsanwaltschaft Stuttgart mit Formen des Protests gegen verfassungsfeindliche Organisationen

Anweisung der zuständigen Polizeibehörden zum Einschreiten gegen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, auch wenn diese zum Zeichen des Protests gegen o.g. Organisationen getragen werden: Bewertung dieser Rechtsauslegung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und der davon ausgehenden Signalwirkung, Frage nach Schritten zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen verfassungsfeindliche Organisationen

KlAnfr
s. *Staatsanwaltschaft*
Drs 13/5105

Bekämpfung der Extremisten von links und rechts

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 41 42

Begrüßung der Abwahl radikaler Mandatsträger im Ltg am 25. März 2001

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 61 62 103

Bekämpfung jeglicher Art von Extremismus angesichts der Terroranschläge in den USA

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328

Bedrohung des Weltfriedens durch fundamentalistische Gefahren; Feststellung eines Rechtsrucks als Ergebnis der jüngsten Wahlen in Europa

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1458 1464

Missbilligung einer Ausstellung zum Neofaschismus in den Fraktionsräumen der Grünen im Ltg, Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit von Demokraten mit Rechts- und Linksextremisten

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441-2457

Bekämpfung der rechtsextremistischen Szene

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5915

Bekämpfung jeglicher Art von Extremismus, Abschiebung von ausländischen Gewalttätern und Hasspredigern

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414-6416

Ausstattung des Verfassungsschutzes mit zusätzlichen Mitteln und Instrumenten zur Bekämpfung ausländerextremistischer Bestrebungen, Feststellung einer Verjüngung der rechtsextremistischen Skinheadszene, Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7001-7009

Ausstattung des Verfassungsschutzes mit zusätzlichen Mitteln und Instrumenten zur Bekämpfung ausländerextremistischer Bestrebungen, Feststellung einer Verjüngung der rechtsextremistischen Skinheadszene, Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7081-7087

Verhinderung von Parallelgesellschaften als Nährboden für Gewalt und Extremismus, Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber, Zweifel an dessen Eignung zur Enttarnung von potenziellen Terroristen und Fundamentalisten

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7647 7656 7659 7664

Radioaktiver Abfall

Sondierungs- und Untersuchungsprogramm der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz (Benken)

Beurteilung von Ergebnissen und Konsequenzen der Untersuchungen; Hinwirkung auf einen Stopp der bisherigen Planungen sowie auf Einrichtung einer grenzübergreifenden Begleitkommission, Einräumung von Beteiligungsrechten der grenznahen deutschen Gebietskörperschaften und Bevölkerung

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/227

Erkundung und Sondierung eines Standorts für ein Endlager für radioaktive Abfälle in Benken in der Schweiz

Hinwirkung auf Beteiligungsrechte der grenznahen deutschen Gebietskörperschaften und Bevölkerung sowie auf Untersuchungen weiterer Standorte in der Schweiz

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/484

Krebserkrankungen von Kindern in der Umgebung von Kernkraftwerken

Darlegung o.g. Erkenntnisse unter Einbeziehung der Studie von Dr. Alfred Köberlein; Frage nach der Art der Belüftung der Castorbehälter im Zwischenlager des AKW Gundremmingen

MdlAnfr

s. *Krebs (Krankheit)*

Drs 13/1778

Atomendlager Benken in der Schweiz/Beurteilung nach dem Erdbeben am Oberrhein

Intervention in Bern gegen den o.g. Standort wegen Erdbebengefährdung

KlAnfr

s. *Entsorgung*

Drs 13/1851

Endlagerung atomarer Abfälle

Bisheriger Mitteleinsatz für das Endlagerprojekt in Gorleben, Gründe für die Einstellung der weiteren Erkundung; Rechts-

grundlagen, Verfahrensschritte und Zeitrahmen für die Suche nach einer Alternativlösung; Beurteilung der Sicherheit der Zwischenlagerung bei den AKW sowie des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/1922

Neue gutachterliche Stellungnahme zur Eignung des Standorts Benken für eine Atomendlagerstätte

Auswirkungen des o.g. Standorts für die Bevölkerung am Hochrhein nach den Ergebnissen der neuesten Gutachten; Ablehnung des Standorts Benken gegenüber den politisch Verantwortlichen in der Schweiz

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/1946

Auswahlverfahren für einen Endlagerstandort am Hochrhein (Schweizer Seite)

Unterstützung der Stellungnahme des BUMweltMin zu der Stellungnahme des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte zum Auswahlverfahren Opalinuston im Züricher Weinland?

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/1980

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten;

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates zur Festlegung grundlegender Verpflichtungen und allgemeiner

Grundsätze im Bereich der Sicherheit kerntechnischer Anlagen (KOM(2003)32) und

Vorschlag für eine Richtlinie (Euratom) des Rates über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (KOM(2003)32)

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/2110

Risiken durch den Rückbau der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung (HAWC)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Ergebnisse entsprechender Verhandlungen des WM mit der Energiewirtschaft, Beurteilung der Anlagensicherheit gegen Einwirkungen von außen

Antr

s. *Entsorgung*

Drs 13/4163

Planungen und Kostenentwicklung des weiteren Rückbaus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans für den Rückbau und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Beeinflussung des Zeitplans durch die Kostensteigerungen sowie Trennung des Forschungszentrums Karlsruhe von einer durchführenden Firma

Antr

s. Entsorgung
Drs 13/4189

Stilllegung des Kraftwerks Obrigheim (KWO)

Beurteilung der Leistung des KWO, des technischen Sicherheitsniveaus und der Wirtschaftlichkeit während der gesamten Laufzeit sowie der anstehenden Abschaltung angesichts der Laufzeiten anderer Druckwasserreaktoren in Europa; erwarteter Verlust an Kompetenz in der Kerntechnik, von Arbeitsplätzen sowie Anstieg von CO₂-Emissionen mit dem Ausstieg aus der Kernenergie; Zeitplanung zur Stilllegung, zum Abbau und zur Entsorgung der abgebrannten Brennelemente; Bewertung der Entsorgungspolitik des Bundes mit dem Verbot der Atommülltransporte und der damit notwendigen Zwischenlagerung an den Kraftwerksstandorten; Anforderungen an eine nachhaltige, zuverlässige und kostengünstige Stromversorgung ohne Kernenergienutzung

Antr
s. Kernkraftwerk Obrigheim
Drs 13/4247

Neustrukturierung der Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) einschließlich HAWC-Lagerbetrieb

Mittlg
s. Entsorgung
Drs 13/4581

Vorwurf der Blockade der Endlagerung von Atommüll durch die BReg

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Problematik der ungeklärten Entsorgung radioaktiver Abfälle, Bewertung der Sicherheit von atomaren Zwischenlagern vor Terroranschlägen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 485-490 492 495

Problematik der ungeklärten Entsorgung radioaktiver Abfälle am Beispiel der Atomsuppe in der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1211 1214

Problematik der ungeklärten Entsorgung radioaktiver Abfälle, Erforschung einer neuen Technologie zur Reduzierung der Strahlungsdauer von Atommüll, Widerstand gegen die Schweizer Endlagerstätte Benken am Hochrhein

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3184 3186

Widerstand gegen die Schweizer Endlagerstätte Benken am Hochrhein

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3296 3303

Hinweis auf die ungeklärte Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle bzw auf die Erforschung einer neuen Technologie zur Reduzierung der Strahlungsdauer von Atommüll

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3463 3466

Hinweis auf die ungeklärte Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle, Beurteilung des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5331 5333 5370

Problematik der ungeklärten Entsorgung radioaktiver Abfälle, Höhe der Kosten einer Endlagerung und des Gefahrenpotenzials

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6472 6493 6505 6506

Risikobewertung der Zwischenlagerung radioaktiver Abfälle bei den Kernkraftwerken, Überschreitung der Lagerkapazitäten im Falle der Laufzeitverlängerung der KKW

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697 7714 7718 7720

Radioaktivität

s.a. Plutonium
s.a. Radioaktiver Abfall
s.a. Radon
s.a. Strahlenschutz
s.a. Uran

Bereitstellung von Tabletten mit hochdosiertem Jod als Vorsorgemaßnahme für einen Atomunfall

Zahl der zur Beschaffung vorgesehenen Jodtabletten und der Empfänger, Art der Vorhaltung und Zeitpunkt der Verteilung, Beurteilung der Aufforderung nach geltenden Katastrophenschutzplänen, bei einem Atomunfall im sicheren Haus zu bleiben und gleichzeitig die Jodtabletten von den zentralen Sammelstellen abzuholen; Prüfung einer „ereignisunabhängigen Vorverteilung“ nach dem Beispiel Österreichs; Höhe und Träger der Kosten für Vorsorgemaßnahmen im Umkreis ausländischer Atomkraftwerke

Antr
s. Jod
Drs 13/2829

Jodtablettenversorgung in BW

Abgrenzung der Gebiete im Umkreis von kerntechnischen Anlagen in BW und in Grenznähe zur Vorhaltung und Verteilung von Kalium-Jodtabletten im Katastrophenfall, Vorschriften zum Verhalten und zur Information der Bevölkerung nach den Katastrophenschutzplänen

Antr
s. Jod
Drs 13/2900

Entwendung radioaktiven Materials aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, Ausweitung der Sicherheitsmaßnahmen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1209-1215

Ausmaß der radioaktiven Verstrahlung nach einem gezielt herbeigeführten Flugzeugabsturz auf ein Kernkraftwerk

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7167 7169 7173

Strahlungsdauer der radioaktiven Abfälle aus Kernkraftwerken

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7718

Radolfzell

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KIAnfr
s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1520

Äußerungen eines leitenden Beamten aus dem WM zur Verwaltungsreform anlässlich eines Gedankenaustauschs in Radolfzell
Bewertung der Äußerung des Abteilungsleiters für Verwaltung und Recht zur Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht, Art der Veranstaltung, Höhe und Träger der Kosten, Umsetzung der Bedenken und Kritik einer ebenfalls dort anwesenden FDP-Bundestagsabgeordneten?

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2998

Radon

Bau eines Radonbades in BW

Frage nach o.g. Planungen und deren Kostenträger, Bewertung der medizinischen Heilwirkung von Radonwässern bzw des Lungenkrebsrisikos von Radon für die Patienten und Beschäftigten

KlAnfr Brigitte Lösch GRÜNE 06.06.2002 und Antw SM
Drs 13/1053

Gesundheitsrisiko durch Radon in BW

Auftreten und Gefahrenpotenzial von erhöhten Radonkonzentrationen in BW; Beurteilung eines erhöhten Krebsrisikos; Unterstützung der Betroffenen; Frage nach Untersuchungen und Programmen zur Messung und Sanierung von Wohnungen und Gebäuden

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 05.04.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4208
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 15 16
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Radsport

s. *Radfahrer*

Radweg

Landesstraßenbau-Sonderprogramm

Darlegung der beabsichtigten Projekte, des evtl Anteils von Radwegen, der Finanzierungsabwicklung über die L-Bank, der Refinanzierungskosten und -zeiträume

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/217

Bau von Radwegen entlang von Bundesstraßen in BW

Fertiggestellte und geplante sowie zusätzliche Projekte durch die Verdoppelung der Bundesmittel

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 18.12.2001 und Antw UVM
Drs 13/581

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Förderung des Öko- und damit des Radtourismus, Umgestaltung stillgelegter Bahnstrecken zu Geh- und Radwegen

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Fahrradland BW

Bisherige und künftige Förderung des Fahrradverkehrs, Radwegbaus und Radtourismus; Vergleich mit der Schweiz u.a. BLändern; Finanzierung eines landesweiten Radwegenetzes, einer einheitlichen Beschilderung und kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw Verkehrsverbänden; Förderung von kommunalen Maßnahmen über den Finanzausgleich; Einrichtung eines Referats für Fahrradverkehr im UVM sowie eines Haushaltstitels für den Radwegbau

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1078

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Radfahrer

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Radfahrern seit 2000, Anteil von Kindern unter 14 Jahren und von Senioren, Ursachen und Konsequenzen, Steigerung der Akzeptanz von Verkehrsregeln, Optimierung von Radwegen und Gefahrenstellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer sowie einer Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1137

Stärkung des Tourismus in der Region Heilbronn-Franken

Initiierung eines gemeinsamen Tourismusverbands; Unterstützung örtlicher Bemühungen für den Ausbau und die Vernetzung von Radwegen

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1618

Wegweisungsstandards im Modellprojekt „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion“

Beschilderung nach den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen iRd Modellprojekts „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion Nordschwarzwald“ bzw Frage nach LKreisen mit abweichender Beschilderung

KlAnfr
s. *Wegweiser*
Drs 13/2373

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 25) - Rad- und Gehwegbau im Zuge der Sonderprogramme Landesstraßenbau

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XXI. S. 7
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 13.12.2004 Drs 13/3875

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2533

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen,

Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2943

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn
Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3218

GVFG-Förderung der Beschilderung von Radwegen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 23.06.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3302
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.10.2004 Drs 13/3751 S. 26-28
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Radfernwegebeschilderung

Mittelbereitstellung für o.g. Zwecke ohne die Erhebung von Vorbedingungen vonseiten des Umwelt- und Verkehrsministers gegenüber den Radverbänden, Förderung der Aufwendungen von Kommunen und LKreisen nach dem GVFG, Einführung eines reduzierten Selbstbehalts

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 02.11.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3715
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 43 44
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Haushalt 2006; Nachtrag

Förderung der Radfernwegebeschilderung

ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-26 S. 41 42
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ausbau des Radwegenetzes

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1029 1030 1036 1037

Ausbau des Radwegenetzes

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3285

Umsetzung der Empfehlungen des RH zum Radwegebau; Verweisung auf den Radwegebau aus dem Landesstraßenbausetat

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4056 4060 4072

Anmahnung der Radwegebeschilderung, Erinnerung an das Versprechen des ehemaligen Staatssekretärs und Verkehrsministers Mappus

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7402

Raps

Förderung eines Energiezentrums alternativer Energieträger in Obrigheim

Unterstützung des Baus einer Öl-Mühle für die Herstellung von rohgepresstem Rapsöl zur Erzeugung von Biodiesel

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/157

Bau einer Biodiesel-Anlage am Energiestandort Obrigheim

Entwicklung des Verbrauchs und Tankstellennetzes von Biodiesel seit 1996; Förderung des Baus einer eigenen Raffinerie zur Veresterung von Rapsöl zu Biodiesel am Standort Obrigheim

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/159

Flächendeckendes Biodiesel-Angebot in BW

Anstreben einer verstärkten Freigabe von Dieselfahrzeugen durch die Hersteller zur Verwendung von Raps-Methylester (RME), Initiativen zum Einsatz im Schwerlastverkehr, Gewährleistung der Herstellung von Biodiesel im Land sowie eines flächendeckenden Tankstellenangebots

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/985

Einsatz von Raps zur Gebäudebeheizung

Beurteilung der Wärmeversorgung der Grundschule in Geislingen-Binsdorf mit örtlich erzeugtem Raps; Einstufung als umweltfreundlich, rentabel und damit als nachahmens- und förderfähig?

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 29.10.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1445
BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.02.2003 Drs 13/1855 S. 47
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Einsparungen beim Land durch Fahren mit Biodiesel

Umrüstung der Dieselfahrzeuge in der Fahrzeugflotte von Regierung, Landesbehörden und Polizei auf die Verwendung von Raps-Methylester; Leasing entsprechender Fahrzeuge; Gewährleistung eines flächendeckenden Tankstellenangebots durch öffentliche Ausschreibung und Vertragsabschlüsse

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/1700

Förderung und Nutzung von biologischen Kraftstoffen durch die LReg

Nutzung von Rapsmethylester, Rapsöl oder Methanol durch Verkehrsverbände sowie Fahrzeuge des Landes und seiner nachgeordneten Behörden; Anreize zur Erhöhung des Anteils biologischer Schmieröle und Motoröle außerhalb der Forstwirtschaft

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/3379

Förderung des Anbaus von Raps bzw einer Anlage zur Veresterung von Rapsöl zu Biodiesel

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1381

Zusätzliche Einkommensmöglichkeiten der Landwirte durch Rapsanbau; erzielbare Preise, Ernte- und Verarbeitungsmengen zu Biodiesel; Problematik der stark schwankenden Weltmarktpreise

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1552 1554-1558

Förderung des Rapsanbaus und der Veresterung zu Biodiesel, Bau einer eigenen Verarbeitungsanlage in BW

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4346

Rastanlage

s. Raststätte

Rastatt

Die künftige Finanzierung des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt GmbH

Annahme des Mitfinanzierungsangebots der Stadt Rastatt bzw Aufrechterhaltung der Beteiligung an der weiteren Finanzierung des Museums

MdlAnfr

s. *Militärgeschichte*

Drs 13/3305

Zusammenlegung der Polizeidirektionen Rastatt und Baden-Baden

Zeitpunkt einer endgültigen Entscheidung über den Sitz der o.g. Direktionen, Zweck der gestellten Anträge des Vermögens- und Hochbauamts Pforzheim in Rastatt und Baden-Baden auf Bauvorbescheide zur Erweiterung der bisher von der Polizei genutzten Gebäude

MdlAnfr

s. *Polizeibehörde*

Drs 13/3425

Unterrichtsversorgung im LKkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/5182

Rastatt, Landkreis

Zuweisungen im LKkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2004

KlAnfr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 13/3794

Unterrichtsversorgung im LKkreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/5182

Rasterfahndung

s. *Fahndung*

Rasthaus

s. *Raststätte*

Raststätte

s.a. *Parkplatz*

s.a. *Tankstelle*

Kapazität und Ausstattung von Park- und Rastanlagen (incl Autohöfen) an den Bundesfernstraßen in BW

Auflistung der Standorte zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ruhezeiten der Lkw-Fahrer im Güterfernverkehr, Beurteilung der vorhandenen bzw notwendigen technischen Ausstattung der Anlagen; Planung von Verbesserungen, Finanzierung über EU-Mittel aus dem Programm „Transeuropäische Netze“?

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 23.11.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3767 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 45-47

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Lückenschluss der A 96 zwischen Dürren und Gebrazhofen

Hinwirkung auf eine rasche Realisierung des o.g. Projekts unabhängig vom Bau der Tank- und Rastanlage bei Dürren

Antr

s. *Autobahn*

Drs 13/4455

Ausbau der A 8 zwischen dem Rasthof Pforzheim und Enzberg

Planungsstand und verfügbare Bundesmittel für den o.g. Ausbau, Realisierbarkeit bis zur Fußball-WM 2006; Bewertung der Kritik der Gemeinde Niefern-Öschelbronn an den vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Vorbereitung einer Neuplanung des Rasthofs durch das RegPräs Karlsruhe, Ermöglichung einer Verlegung der Tankstelle?

KlAnfr

s. *Autobahn*

Drs 13/4684

Planfeststellung für die Bundesfernstraßenmaßnahme BAB 8 Karlsruhe-Stuttgart, Streckenabschnitt Würzburg-Pforzheim/Nord

Planungsstand und Datengrundlagen für den o.g. Ausbau, jeweilige Kosten und Akzeptanz der unterschiedlichen Planungsvarianten bei der betroffenen Bevölkerung, insbes auch der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Rolle der Tank- und Rastanlage bei den einzelnen Planungsvarianten, Vorbereitung einer

Neuplanung? Frage nach dem Bestand der Absprachen zwischen Bund und Land aus den 90er Jahren

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/4750

Problematik der zu geringen Dimensionierung von Rastanlagen an den Bundesfernstraßen, Anregung von PPP-Projekten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6059

Rationalisierung

s.a. *Outsourcing*
s.a. *Vorschlagswesen*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 23) - Rationalisierungsmöglichkeiten im Bereich der Finanzkassen (Drs 12/5701 XIX. S. 7 8)

Mittlg
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/89

Rationalisierung der durch Frühverrentung frei gewordenen Arbeitsplätze

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678 1686 1690

Erwartung von Rationalisierungseffekten durch die Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4936 4937 4942

Erwartung von Rationalisierungseffekten durch die Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5002 5028

Rationelle Energienutzung

s. *Energienutzung*

Rau, Helmut MdL CDU

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 38

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Berufung und Vereidigung von Helmut Rau zum/als Minister für Kultus, Jugend und Sport

s. *Minister für Kultus, Jugend und Sport*
PIPr 13/99 S. 7067

Rauchen

s.a. *Tabak*

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung des Suchtverhaltens von Mädchen und Frauen in den vergangenen 10 Jahren in Bezug auf Rauchen, Alkoholmissbrauch, Essstörungen und Medikamentenabhängigkeit; Modifikation der Präventionsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Förderung des Tabakanbaus durch die LReg

Förderung der Züchtung von Tabaksamen bzw der Erforschung nikotinärmerer Tabaksorten, Gegenüberstellung der Fördermittel zur Suchtprävention gegen das Rauchen; Frage nach einem neuen Versuch zur Privatisierung der Tabakforschung

KIAnfr
s. *Tabak*
Drs 13/2253

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen; Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen, in der Lebensqualität und den Lebensgewohnheiten, insbes bei der Ernährung, dem Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum; Bewertung von Einflussfaktoren wie Arbeitsbedingungen und sportliche Bewegung sowie Gesundheitserziehung im Vorschulalter und an den Schulen

Antr
s. *Gesundheit*
Drs 13/2750

Rauchfreie Schulen

Entwicklung des Rauchens von Kindern und Jugendlichen in den letzten zehn Jahren; Bewertung der bisherigen Maßnahmen sowie des Vorgehens anderer BLänder; Erlass eines generellen Rauchverbots für Schüler und Lehrer sowie Ausbau der Aufklärungs- und Vorbeugungsmaßnahmen

Antr GRÜNE 23.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3926
ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.12.2005 Drs 13/4976
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7614-7626

Rauchverbot im Landtag

Rauchverbot in allen öffentlich zugänglichen Räumen im Haus des Landtags und im Haus der Abgeordneten

Antr SPD 18.01.2005 Drs 13/3952
(im Präsidium für erledigt erklärt)

Generelles Rauchverbot an Schulen in BW

Gesundheitsgefahren durch das Rauchen für Kinder und Jugendliche, präventive Maßnahmen der LReg im Vergleich zu anderen BLändern und europäischen Ländern; Entwicklung der Zahlen von rauchenden Kindern, der Gründe und des Einstiegsalters seit 1995; Vorlage eines GesEntw zu einem generellen Rauchverbot an Schulen

Antr SPD 24.02.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4093
ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.12.2005 Drs 13/4976
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7614-7626

Suchtprävention an baden-württembergischen Schulen

Bewertung der Projekte gegen Alkohol, Tabakprodukte u.a. legale und illegale Drogen in den letzten drei Jahren; Initiierung weiterer ehrenamtlicher Aktionen, Gewinnung der Eltern, Behandlung des Themas Sucht im Unterricht, Schulung der Lehrkräfte, Maßnahmen gegen negative Medieneinflüsse, Vermeidung von Essstörungen; Wirksamkeit der höheren Besteuerung von Alcopops

Antr
s. *Suchtbekämpfung*
Drs 13/4377

Ges zur Änd des SchulGes von BW

Verbot des Rauchens im Schulgebäude und auf dem Schulgelände

- GesEntw SPD 30.11.2005 Drs 13/4895
 1. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7614-7626
 Mittlg LtgPräs 11.01.2006 Drs 13/5036
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.01.2006 Drs 13/5056
 2. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7746-7751 (Ablehnung)

Sterblichkeitsrate infolge nikotinbedingter Erkrankungen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 472 473 481

Ablehnung eines generellen Rauchverbots an Schulen, Überlassung der Entscheidung der Schulkonferenz

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6006

Rauchverbot

s. Rauchen

Rauchwarnmelder

s. Feuerschutz

Raumfahrtindustrie

s. Luft- und Raumfahrtindustrie

Raumordnung

- s.a. Landesentwicklungsbericht*
s.a. Landesentwicklungsplan
s.a. Landesplanung
s.a. Regionalplanung
s.a. Umweltverträglichkeitsprüfung
s.a. Verwaltungsverfahren

Stellung der LReg zur Aufnahme einer alternativen Trassenführung der ICE-Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar in das anhängige Raumordnungsverfahren

MdlAnfr
s. Eisenbahnstrecke
 Drs 13/62

Überprüfung der raumordnerischen Genehmigung der 110 kV-Leitung Endersbach-Schorndorf

Genehmigungsgrundlagen und Stand der Realisierung des o.g. Vorhabens, Bewertung von Alternativen und Ergebnissen eines Gutachtens; Aufhebung der Genehmigung des RegPräs Stuttgart wegen gravierenden Abweichungen und Veränderungen der Genehmigungsvoraussetzungen, Verweisung auf die Beantragung der real angestrebten Teilverkabelung

Antr
s. Elektrische Leitung
 Drs 13/1063

LandesplanungsGes in anderen BLändern

Umsetzung des RaumordnungsGes des Bundes in BW u.a. BLändern, Regelungen für die Ausweisung von Windkraftstandorten, Forcierung des vom Bundesgesetzgeber im Baugesetzbuch geforderten deutlichen Ausbaus der Windenergie

KlAnfr
s. Landesplanung
 Drs 13/1840

Ges zur Änd des LandesplanungsGes u.a. Ges

Umsetzung des RaumordnungsGes des Bundes, Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die RegPräs, Aufhebung von Richtwerten zur Siedlungsstruktur in den Regionalplänen, Vorgaben für regionalplanerische Festlegungen zu Windkraftanlagen, Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verfahren der Aufstellung und Fortschreibung von Regionalplänen; Änd der LHO sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. Landesplanung
 Drs 13/1883

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietsweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
 Drs 13/4741

Beschränkung des LEntwicklungsplans auf die Beschreibung raumordnerischer Kategorien, Anwendung des Prinzips der Nachhaltigkeit bei allen raumrelevanten Planungen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 752 753 759 760

Prüfung der Trassenführung für die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim iRd Raumordnungsverfahrens beim RegPräs Karlsruhe

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1591 1596 1599 1600 1602

Ermöglichung höherer Windkraftanlagen mit dem RaumordnungsGes des Bundes, Begrüßung der Änderung der Zuständigkeit für die Raumordnung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7799 7803 7804

Rückerlangung von Kompetenzen bei der Raumordnung im Zuge der Föderalismusreform, Verzicht auf die Ausweisung von Windkraftstandorten in jeder Region

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010

Raumordnungsverfahren

s. Raumordnung

Raumplanung

s. Raumordnung

Rauschgiftkriminalität*Strukturen der kriminellen Drogenszene in BW*

Wirksamkeit von Instrumenten und Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität sowie von lokalen Drogenszenen, Erfolg von ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber nichtdeutschen Tätern sowie Maßnahmen gegen Verkehrsteilnehmer unter Drogeneinfluss

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 03.04.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/895 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 62-64
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Drogenberatung an den Justizvollzugsanstalten

Entwicklung der Förderung der externen Drogenberatung an den einzelnen JVA seit 1998, Zusammensetzung der Klientel in U-Haft und im Strafvollzug, Umfang der jeweiligen Wartezeiten und des Erfolgs von Therapien, Anteil von Rückfällen und erneuter Straffälligkeit nach der Entlassung; Prüfung einer Aufstockung bzw Zusammenführung der Etatansätze

Antr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/1340

Behandlungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Justiz und Drogenhilfe

Erhöhung der Erfolgsquote der Therapien und Senkung der Rückfallquoten in die Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss durch o.g. Kooperation von Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Drogenhilfe; Erfahrungen anderer BLänder; Initiierung geeigneter Modellprojekte

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/1462

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Ablehnung einer Entkriminalisierung von Drogendelikten

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2459 2460 2463 2464 2469

Grenzüberschreitende Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842

Ravensburg

s.a. Hochschule Ravensburg-Weingarten

Einrichtung zusätzlicher Klassen an den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs in Überlingen, Friedrichshafen und Ravensburg

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2003

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4939

Personalsituation am Landgericht in Ravensburg

Beurteilung des Fehlbedarfs an Stellen und der dadurch bedingten zeitlichen Verzögerung der Verfahrensabwicklung, Gewährleistung der Qualitätsstandards in der Rechtsprechung, Zeitrahmen für eine Verbesserung der personellen Situation am o.g. Landgericht

KIAnfr
s. *Landgericht*
Drs 13/5213

Ravensburg, Landkreis

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KIAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1733

Reaktorsicherheit

s. Nukleare Sicherheit

Reaktorsicherheitskommission

s. Nukleare Sicherheit

Reaktorunfall

Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beurteilung von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung o.g. Gutachtergruppe; Konsequenzen in der Abteilung 7 des UVM, insbes Entbindung des Leiters von seinen Aufgaben wegen Fehlentscheidungen im Umgang mit den Störfällen im Atomkraftwerk Philippsburg II

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/388

Arbeit der Atomaufsicht in BW

Überprüfung der Einhaltung rechtlich vorgegebener Sicherheitsstandards; rasche und sachgerechte Entscheidungen bei Mängeln, Vorfällen und Störfällen bzw Weiterleitung von Meldungen

an die zuständigen Ministerien, Ämter und Gremien; ggf Einschaltung von Gutachtern; Beurteilung der Unabhängigkeit sowie von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Frage nach Aktivitäten und Ergebnissen der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Einbeziehung von Experten des TÜV, Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der ILK

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/422

Bereitstellung von Tabletten mit hochdosiertem Jod als Vorsorgemaßnahme für einen Atomunfall

Zahl der zur Beschaffung vorgesehenen Jodtabletten und der Empfänger, Art der Vorhaltung und Zeitpunkt der Verteilung, Beurteilung der Aufforderung nach geltenden Katastrophenschutzplänen, bei einem Atomunfall im sicheren Haus zu bleiben und gleichzeitig die Jodtabletten von den zentralen Sammelstellen abzuholen; Prüfung einer „ereignisunabhängigen Vorverteilung“ nach dem Beispiel Österreichs; Höhe und Träger der Kosten für Vorsorgemaßnahmen im Umkreis ausländischer Atomkraftwerke

Antr
s. *Jod*
Drs 13/2829

Jodtablettenversorgung in BW

Abgrenzung der Gebiete im Umkreis von kerntechnischen Anlagen in BW und in Grenznähe zur Vorhaltung und Verteilung von Kalium-Jodtabletten im Katastrophenfall, Vorschriften zum Verhalten und zur Information der Bevölkerung nach den Katastrophenschutzplänen

Antr
s. *Jod*
Drs 13/2900

Risiken eines Reaktorunfalls in Deutschland, Verweisung auf den schweren Störfall im AKW Brunsbüttel

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1212

Erforschung neuer Sicherheitstechniken zur Beherrschung eines Super-GAU

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3184-3186

Unfallträchtigkeit der neuen KKW, Erinnerung an die Zukunftsprognose von CDU-Fraktionschef Teufel zur Kernenergie nach dem Tschernobyl-GAU

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5331-5333 5335

Erinnerung an den 19. Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6445

Risikobewertung der älteren Kernkraftwerke in Deutschland, Höhe der wirtschaftlichen Schäden eines schweren Reaktorunfalls nach einer Prognos-Studie, Erinnerung an den 20. Jahrestag des Reaktorunfalls von Tschernobyl

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7714 7719

Realschulabschluss

s. *Schulabschluss*

Realschule

s.a. *Realschullehrer*
s.a. *Werkrealschule*

Bildung von Notebook-Klassen mit elternfinanzierten Laptops an öffentlichen Schulen in BW; Vereinbarkeit mit der verfassungsmäßig garantierten Lernmittelfreiheit?

Beurteilung des o.g. Vorgangs an einer Realschule, Intervention aus verfassungsrechtlich gebotenen Gründen

KlAnfr
s. *Lehr- und Lernmittel*
Drs 13/169

Lernmittelfreiheit und Einsatz privater Laptops im Unterricht

Beurteilung der privat finanzierten Anschaffung tragbarer Computergeräte und Aufteilung der Schüler in unterschiedliche Klassen, Vereinbarkeit dieses Vorgangs an einer Realschule und evtl weiterer Fälle mit der verfassungsmäßig garantierten Lernmittelfreiheit; Gewährleistung der Lernmittelfreiheit durch die verbindliche Festlegung einer Bagatellgrenze im SchulGes

Antr
s. *Lehr- und Lernmittel*
Drs 13/170

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Schulentwicklung

Auflistung der einzügigen Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie der Klassen mit bis zu 8, 12 und 17 Schülern; Darlegung des Angebots und der Abschlüsse von Verbundschulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/354

Fremdsprachenunterricht

Einführung von Englisch und Französisch an den Grundschulen, Weiterführung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, Auswirkungen bei den Abschlussprüfungen bzw im Abitur, Angebote für die Schüler in der Oberrheinschiene, Zahl und Qualifikation der notwendigen Lehrkräfte, Gewährleistung der Durchlässigkeit der Bildungswege in die weiterführenden Schulen, Aufnahme der Ausbildung zum Fremdsprachenunterricht in die Prüfungsordnungen, Organisation der Praxisphase an der PH Freiburg; Verzicht auf eine Benotung von Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/589

Hauswirtschaft an den Schulen

Verankerung der o.g. Thematik an den einzelnen Schularten, regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Fächerwahl im Wahlpflichtfach Mensch und Umwelt in der Realschule, Ausstattung und Nutzung von Schullehrküchen, Qualifikation der Lehrkräfte an der Hauptschule, Vergleich des Lehrerberarfs mit der Situation an den Hochschulen

Antr

s. *Haushalt (Lebensführung)*

Drs 13/698

Geplante Reduzierung des Technik-Unterrichts in der Realschule?

Beurteilung o.g. Pläne vor dem Hintergrund des schlechten Abschneidens deutscher Schüler nach der PISA-Studie und dem Mangel an technischen Fachkräften

Antr

s. *Technik*

Drs 13/757

Situation an den Stuttgarter Realschulen im Schuljahr 2002/2003

Entwicklung der Klassenstärken seit 1999, Abweisung von Schülern nach Erreichung des Klassenteilers, Anteil von ausländischen Schülern und Migranten; Gewährung der zugesagten zusätzlichen Deputate

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 08.03.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/828

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1040

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1158

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1169

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1326

Technik-Unterricht in der Realschule

Auswirkungen des Wegfalls des eigenständigen Technikunterrichts in den Klassen 5 und 6, Konzeption für das Fach Technik nach einer Ausgliederung der „naturwissenschaftlichen Anteile“ in den Fächerverbund „Naturwissenschaftliches Arbeiten“; Beibehaltung des Pflichtfachs Technik ab Klasse 5 und Aufwertung im Zuge der geplanten Änderungen der Bildungspläne

Antr

s. *Technik*

Drs 13/1713

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1770

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/1789

Zukunft und Entwicklung des Schulstandorts Haigerloch

Gründe und Auswirkungen der Abweisung auswärtiger Schüler an der Realschule sowie Genehmigung der Umstellung des Progymnasiums zu einem Vollgymnasium, Verweigerung eines sprachlichen Profils? Ermöglichung der Gewinnung einer Lehrkraft für Spanisch; Ausbau zu Ganztagschulen mit Mittagstisch als Konsequenz aus der Oberstufenreform und Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Antr

s. *Haigerloch*

Drs 13/2052

Besuch der Wühle-Realschule Weilheim

Beurteilung des Versuchs der Stadt Weilheim zur Abweisung von Schülern bestimmter Nachbargemeinden, Vereinbarkeit mit dem Recht der Eltern auf freie Schulwahl, Befriedigung der Nachfrage durch Errichtung einer weiteren Realschule

KlAnfr Dieter Kleinmann FDP/DVP 20.05.2003 und Antw
KM Drs 13/2088

Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung

Gründe und Auswirkungen der Pläne des MinPräs, Gegenüberstellung eigener Pläne des KM, Art der Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise bzw Wahrnehmung der Befugnisse durch den Landrat und Kreistag, Relevanz der jeweiligen Finanzlage für die finanzielle und personelle Ausstattung der geplanten Schulabteilungen; erwartete Auswirkungen auf die Verwaltung der Berufsschulen, Real- und Sonderschulen sowie auf die Seminare für Lehrerbildung; Beurteilung der zweigegliederten regionalen Schulverwaltung in Hessen

Antr
s. *Schulbehörde*
Drs 13/2121

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulpflicht für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3552

Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern iRd neuen Bildungspläne

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-, Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforderungen der neuen Bildungspläne

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/3576

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangsquoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse

in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr
s. *Gesamtschule*
Drs 13/3633

Einsparungen beim 2. Bildungsweg; Kürzungen bei den Abendrealschulen und Abendgymnasien im Doppelhaushalt 2005/06

Auflistung der o.g. Bildungseinrichtungen, der Träger, Teilnehmerzahlen und erworbenen Abschlüsse in den letzten fünf Jahren; Anteil von Teilnehmern mit Migrationshintergrund; Höhe und Kostendeckungsgrad der Landeszuschüsse bzw der Schul- und Prüfungsgebühren; Umfang und Auswirkungen von geplanten Kürzungen, Erwartung eines Abschreckungseffekts infolge der dann notwendigen Erhöhung der Schulgebühren

KlAnfr
s. *Zweiter Bildungsweg*
Drs 13/3713

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Begrenzung der Zuschüsse an Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs in freier Trägerschaft; Änd des PrivatschulGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Zukunft des 2. Bildungswegs in BW

Auflistung der 1947 an private Träger übergebenen Abendrealschulen und Abendgymnasien; Darlegung der vereinbarten Finanzierungsregelung, der Schülerzahlen und Gebührenerhebung im Vergleich zu anderen BLändern; Einsparung von Verwaltungskosten durch die Privatisierung; Auswirkungen der beabsichtigten Kürzungen auf die Höhe der Schulgebühren bzw der vom Trägerverein Volkshochschule Stuttgart beschlossenen Auftragsrückgabe, Befürchtung des Rückzugs weiterer Träger; vollständige Rücknahme der iRd HaushaltsstrukturGes vorgesehenen Kürzungen

Antr
s. *Zweiter Bildungsweg*
Drs 13/3981

Reduzierung des Landessachkostenbeitrags für Realschulen, Progymnasien und weitere Schularten

Gründe und Auswirkungen der Kürzung o.g. Sachkostenbeiträge über eine Änd der SchullastenVO, insbes für kleine Gemeinden im ländlichen Raum

MdlAnfr
s. *Schullastenausgleich*
Drs 13/4133

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Leserechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr
s. *Schulunterricht*

Drs 13/4819

Auswirkungen der Kürzungen bei Abendrealschulen und Abendgymnasien

Zahl der Schüler an den o.g. Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, Höhe der Kostensteigerung an den einzelnen Schulen seit der Zuschusskürzung sowie der erhobenen Gebühren pro Semester, Frage nach der Lernmittelfreiheit an diesen Schulen und etwaigen Zuschüssen

GrAnfr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/4856

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schular-ten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4912

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/5002

Bedarf an neuen Lehrerstellen an den Realschulen aufgrund steigender Schülerzahlen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75

Unterrichtsversorgung der Realschulen, Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 236

Weiterentwicklung der Realschulen, Rückgang des Unterrichtsausfalls

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 995 1011

Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen, Anteil früherer Realschüler unter den Hochschulzugangsberechtigten, Verbesserung der Chancen von ausländischen Kindern auf einen Realschulabschluss

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1739 1744 1745 1753 1754 1758

Motivierung von mehr Mädchen für naturwissenschaftlich-technische Fächer in der Realschule

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855 1860

Entwicklung des Unterrichtsausfalls und der Klassengrößen an Realschulen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1949 1956 1959 1960

Entwicklung der Übergangsquoten auf die Realschulen, Einrichtung von Regionalschulen mit Haupt- und Realschulen unter einem Dach, Ergebnisse der Realschulen bei der PISA-Studie

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2502-2505 2508 2510-2512 2515-2517

Attraktivität der Realschulen bzw der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen, Übereinstimmung der erbrachten Leistung und Notengebung an den Realschulen, Ablehnung einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu einer neuen Mittelschule

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809 2810 2813 2822 2823 2825 2830 2833 2835 2837 2838 2841

Einrichtung von Regionalschulen mit Haupt- und Realschulen unter einem Dach; Ermöglichung einer zweiten Fremdsprache an den Realschulen ab Klasse 5

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3168 3175 3176 3178 3180

Auswirkungen des G 8 auf die Durchlässigkeit zwischen Realschule und Gymnasium, Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3418 3419 3422

Einrichtung von Regionalschulen mit Haupt- und Realschulen unter einem Dach, Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6841-6851 6862-6865 6868

Einrichtung von Regionalschulen mit Haupt- und Realschulen unter einem Dach; Beurteilung des Stellenwerts der Realschule bei den Eltern, Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen; Anteil von Realschulen unter den Ganztagschulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7207 7229-7231 7234-7236 7240-7243

Auswirkungen des G 8 auf die Durchlässigkeit zwischen Realschule und Gymnasium, Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7370 7381

Verweisung auf das generelle Rauchverbot an Realschulen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7618 7624 7625

Verweisung auf das generelle Rauchverbot an Realschulen; Ermöglichung einer Weiterentwicklung der Realschulen zu neunjährigen Basisschulen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7748 7749 7753 7755-7758

Wechsel von Kindern mit der Grundschulempfehlung fürs Gymnasium auf die Realschule wegen befürchteter Überforderung im G 8

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7782

Einrichtung von Regionalschulen mit Haupt- und Realschulen unter einem Dach; Attraktivität der beruflichen Gymnasien für Realschulabsolventen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7995 7997

Realschullehrer*Zukünftiger Bedarf an Hauptschullehrerinnen und -lehrern*

Vorlage von Prognosedaten zum Ausscheiden und Bedarf o.g. Lehrkräfte in dieser WP, Zahl von Studierenden mit Stufen-schwerpunkt Hauptschule an den PH, Abordnung von Realschullehrern an Hauptschulen? Verbesserung der Vergütung, Schaffung eines einheitlichen Ausbildungsgangs für Lehrer in der Sekundarstufe an Haupt- und Realschulen, Verbreiterung des Einstellungskorridors beim nächsten Einstellungsverfahren

Antr
s. *Grund- und Hauptschullehrer*
Drs 13/369

Situation an den Stuttgarter Realschulen im Schuljahr 2002/2003

Entwicklung der Klassenstärken seit 1999, Abweisung von Schülern nach Erreichung des Klassenteilers, Anteil von ausländischen Schülern und Migranten; Gewährung der zugesagten zusätzlichen Deputate

Antr
s. *Realschule*
Drs 13/828

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1789

Ablehnung eines Lehramtsanwärters wegen „Mitarbeit in extremistischer Gruppierung“

Ablehnung der Einstellung als Realschullehrer wegen Zweifeln an der Verfassungstreue: Frage nach Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ sowie nach Verstößen des Lehramtsanwärters gegen Rechtsvorschriften bzw die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Beurteilung einer Einstellung im Beamten- oder Angestelltenstatus zu einem späteren Zeitpunkt

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/3537

Berufsverbot für den Heidelberger Studienassessor M.C.

Ablehnung der Einstellung des o.g. Lehramtsanwärters als Realschullehrer wegen Mitgliedschaft in einer als linksextrem eingestuften Vereinigung: Rechtsgrundlage, Art und Inhalte der Erkenntnisgewinnung und -weitergabe durch den Verfassungsschutz, Frage nach Inhalten und Ergebnissen des „vertieften Einstellungsgesprächs“ beim Oberschulamt Karlsruhe sowie nach Gesprächen mit den Beteiligten an der Heidelberger Theodor-Heuss-Realschule

KlAnfr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/3545

Bedarf an neuen Lehrerstellen an den Realschulen aufgrund steigender Schülerzahlen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75

Unterrichtsversorgung der Realschulen, Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 236

Rech, Heribert MdL CDU*Ernennung zum politischen Staatssekretär im Innenministerium*

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 38

Berufung und Vereidigung von Heribert Rech zum/als Innenminister

s. *Innenminister*
PIPr 13/73 S. 5133

Berufung und Vereidigung von Heribert Rech zum/als Innenminister

s. *Innenminister*
PIPr 13/91 S. 6399

Rechenschwäche

s. *Lernbehinderung*

Rechenzentrum

s.a. *Datenverarbeitung*

Bericht der LReg zu einem Beschl des LtG; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 8)

Ausfallvorsorge in den DV-Zentren der Landesverwaltung (Drs 12/5701 V. S. 2 3)

Mittlg LReg 15.07.2002 Drs 13/1190
BeschlEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1335
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029
Mittlg LReg 18.03.2003 Drs 13/1915
Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4414

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 25) - Haushalts- und Wirtschaftsführung bei den Rechenzentren der Universitäten Karlsruhe und Stuttgart

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XXII. S. 8
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 01.07.2005 Drs 13/4459
Mittlg LReg 20.06.2006 Drs 14/33

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 9) - Büro-kommunikation in der Innenverwaltung

Zuweisung der IuK-Aufgaben der in die RegPräs einzugliedern den Behörden dem Zentrum für Kommunikationstechnik und Datenverarbeitung; Verschärfung der Prüfung des Bedarfs externer Unterstützung bei der Realisierung von IuK-Projekten; Prüfung der Ausfallvorsorge für die EDV-Systeme der Innenverwaltung

Mittlg
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/4103

Konzentration der Rechenzentren der Sparkassenverbände im Jahr 2001, Sicherung der Standorte in Karlsruhe und Fellbach; Verweisung auf die geplante Bündelung der Rechenzentren der Genossenschaftsbanken

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7922-7927

Rechnungshof*s.a. Rechnungsprüfung*

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/42

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Drs 12/5701)

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/89

Organisationsuntersuchung der Ministerien durch den RH
Vorlage und Konsequenzen der o.g. Studie, Einbeziehung des StM in eine entsprechende Untersuchung

Antr
s. *Ministerium*
Drs 13/100

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 1999 durch den Ltg

Antr RH 20.09.2001 Drs 13/243
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327
BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/331
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1997 des RH zur LHR von BW für das Hj 1995 (Drs 12/6023)

s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/262

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Drs 12/6051)

s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/264

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/312

Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes

Mittlg
s. *Ministerium*
Drs 13/386

Volles Prüfungsrecht des RH für die Prüfung der Landesstiftung

Antr SPD 19.11.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/464
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2265-2272
BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1855 S. 13-18 (dazu Antr Rolf Seltenreich SPD)
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Drs 12/5886)

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/612

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1994 des RH zur LHR von BW für das Hj 1992 (Drs 12/5035)

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/613

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Drs 12/5924)

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/673

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1995 des RH zur LHR von BW für das Hj 1993 (Drs 11/7080)

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/717

Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den Finanzämtern

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/853

Prüfung der Zuschüsse und sonstigen Leistungen an die Fraktionen des Ltg in der 12. WP

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Fraktion*
Drs 13/1061

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/1174

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1996 des RH zur LHR von BW für das Hj 1994 (Drs 12/1756)

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/1189

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2000 durch den Ltg

Antr RH 30.08.2002 Drs 13/1282
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895
BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1750
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland - Folgerungen für BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Statistik*
Drs 13/1972

Zukunft der Steuerverwaltung

Fortführung des Stellenabbaus trotz der vom RH festgestellten Personaldefizite bei der Umsatzsteuer-Sonderprüfung zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs?

Antr
s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/2025

Prüfung der bestehenden Institutionen zur Wirtschaftsförderung im Land durch den Rechnungshof

Kurzfristige Ansetzung der Untersuchung von Organisation und Effizienz o.g. Einrichtungen durch den RH: Vereinbarkeit mit der Herbeiführung eines Kabinettsbeschlusses zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung, Sinn und Zeitperspektive der dann noch andauernden Prüfungen des RH und Einbeziehung des Parlaments; Verantwortliche, Gründe und Aufwand der veranlassten Untersuchung

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2154

Organisation und Rechtsform des Landesgewerbeamts

Ankündigung einer Organisationsuntersuchung durch den Präsidenten des LGA sowie Aussagen zum Interesse der L-Bank an der Wirtschaftsförderung, Frage nach dem Nutzen der angekündigten Studie vor dem Hintergrund der laufenden Untersuchungen des RH

Antr
s. *Landesgewerbeamt*
Drs 13/2156

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/2246

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2001 durch den Ltg

Antr RH 03.09.2003 Drs 13/2384
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.12.2003 Drs 13/2701
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Prüfung der institutionellen Förderung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2896

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/3330

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2002 durch den Ltg

Antr RH 07.09.2004 Drs 13/3535
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322
BeschlEmpf und Bericht FinA 03.03.2005 Drs 13/4105
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

Kostenorientierte Optimierung der Wirtschaftsförderung in BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/3641

Bauunterhaltung und Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

- *Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO* -
Mittlg
s. *Hochschulbau*
Drs 13/3725

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Bericht über die veränderten Prüfungsrechte des RH zur Gründung von Unternehmen und Beteiligung an Unternehmen durch die Hochschulen und Universitätsklinika bis zum 31.12.2006

EAntr CDU und FDP/DVP 08.12.2004 Drs 13/3856-31
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5726-5762

Situation der Verbraucherzentrale in BW

Umgang mit der Kritik des RH an den verspäteten Verwendungsnachweisprüfungen des WM

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/3877

Organisation und Aufgabenerledigung der Kriminaltechnik in BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Kriminalistik*
Drs 13/3847

Vergabe von Gutachten durch die Ministerien

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Gutachten*
Drs 13/3960

Kriminaltechnische Untersuchungslabors

Gründe für die lange Zeitdauer von Analysen und die unterschiedliche Abrechnungspraxis o.g. Einrichtungen; organisatorische und personelle Konsequenzen nach dem Mängelbericht des RH iR einer beratenden Äußerung

Antr
s. *Kriminalistik*
Drs 13/3969

Denkschrift 2005 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2003

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/4453

Prüfung der Prozesskostenhilfe

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Prozesskostenhilfe*
Drs 13/4610

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2003 durch den Ltg

Antr RH 23.09.2005 Drs 13/4672
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5069
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7851-7858

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks 2003 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/4865

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 24) - Kreisbeschreibungen der Staatlichen Archivverwaltung

Mittlg
s. *Haushaltsrechnung*
Drs 13/4899

Zustimmung zur Ernennung des Vizepräsidenten des RH BW
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7583 7584 7601

Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf der Landesoberkasse BW
Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/4987

Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung
Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/5077

Würdigung der Kontroll- und Beratungskompetenz des RH, Übernahme der Pilotprojekte durch die LVerwaltung, Prüfung der Landesstiftung und der Mittelverwendung, Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten und Wahl durch den Ltg
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1015-1018

Reduzierung der Zahl von Mitgliedern des Europäischen Rechnungshofs im Zuge der Erweiterung der EU
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1473

Prüfung der Landesversicherungsanstalt unter Einbeziehung des Bundes- und Landesrechnungshofs
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1625

Erinnerung an die Wurzeln des RH, Würdigung der Kontroll- und Beratungskompetenz, Einräumung eines Rederechts des Präsidenten im Ltg
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4224-4227

Kritik an der Einschränkung der Prüfrechte des RH in Bezug auf Unternehmensbeteiligungen der Hochschulen; Analyse und Umsetzung der Beratenden Äußerung des RH zur Wirtschaftsförderung
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5544 5547 5552-5555

Bemerkungen des RH zum neuen LHOchsSchulGes; Kritik an der Einschränkung der Prüfrechte des RH in Bezug auf Unternehmensbeteiligungen der Hochschulen
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5727 5730 5734-5737 5745 5747-5749

Lob für die Pilotprojekte und den Personalabbau beim RH bei gleichbleibender Qualität der Kontroll- und Beratungskompetenz

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5955-5959

Rechnungsprüfung

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 1999 durch den Ltg

Mittlg
s. *Rechnungshof*
Drs 13/243

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/312

Volles Prüfungsrecht des RH für die Prüfung der Landesstiftung

Antr
s. *Rechnungshof*
Drs 13/464

Veröffentlichung der Rechnungen der Fraktionen im Ltg von BW

Mittlg
s. *Fraktion*
Drs 13/551

Prüfung der Zuschüsse und sonstigen Leistungen an die Fraktionen des Ltg in der 12. WP

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Fraktion*
Drs 13/1061

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2000 durch den Ltg

Mittlg
s. *Rechnungshof*
Drs 13/1282

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 24) - Behandlung von Prüfungsfeststellungen und Durchsetzung von Rückforderungen

Mittlg
s. *Regress*
Drs 13/1748

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2001 durch den Ltg

Mittlg
s. *Rechnungshof*
Drs 13/2384

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gemeindeprüfungsordnung

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2002 durch den Ltg

Mittlg
s. *Rechnungshof*
Drs 13/3535

Prüfung der Rechnung des RH (Epl 11) für das Hj 2003 durch den Ltg

Mittlg
s. *Rechnungshof*
Drs 13/4672

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Ges zur Änd des Gemeindegewirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des AufwandsentschädigungsGes

GesEntw
s. *Gemeindegewirtschaftsrecht*
Drs 13/4767

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks 2003 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/4865

Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel beim SWR; hier: Verquickung von öffentlichen und privaten Interessen bei Geburtstagsfeier?

Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß, Höhe und Aufschlüsselung der jeweiligen Kosten, Art der Finanzierung, der Vertragsgestaltung, Rechnungslegung und Buchführung; Ausgestaltung der Kontrolle von Ausgaben für repräsentative u.a. Zwecke, Trennung von privaten Kosten und Kosten im dienstlichen Interesse? Darstellung der Untersuchungsgegenstände und -ziele der ermittelnden Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4876

Rechtsanwalt

s.a. Rechtsanwaltsgebühren

Verbraucherinsolvenzverfahren

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren in BW u.a. BLändern, Betreuung von Rechtsanwälten und von Schuldnerberatungsstellen, Darlegung der unterschiedlichen Kosten und öffentlichen Förderung

Antr
s. *Zahlungsunfähigkeit*
Drs 13/840

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1031

Stundung der Verfahrenskosten im Insolvenzverfahren

Entwicklung der Fallzahlen und Kosten o.g. Verfahren differenziert nach Verfahrenskosten, Gerichtskosten, Aufwendungen für Insolvenzverwalter und für die Beiordnung eines Rechtsanwalts; Anteil und Kosten der Gewährung von Beratungshilfe zur Durchführung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs; Einschätzung der Zahlen für 2003

KlAnfr
s. *Zahlungsunfähigkeit*
Drs 13/2012

Verbindungen zwischen dem Land BW und der Kanzlei C.

Frage nach der Beauftragung o.g. Anwaltskanzlei oder einer mit ihr assoziierten Kanzlei in Sachen neue Stuttgarter Fildermesse bzw Mandatserteilung durch ein Unternehmen mit Landesbeteiligung, Art und Umfang der erbrachten Leistungen und gezahlten Honorare

KlAnfr Winfried Kretschmann Grüne 01.07.2004 und Antw WM Drs 13/3334

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 8) - Vertretung der Dienststellen und Behörden des Landes bei Rechtsstreitigkeiten

Beachtung der Vorschläge des RH bei der Beauftragung von Rechtsanwälten

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 V. S. 3
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 01.12.2005 Drs 13/4914
BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/368

Anwaltskosten aus Landesmitteln in den FlowTex-Verfahren

Höhe und Nutznießer einer Kostenerstattung, Frage nach Fällen von Rückforderungen des Landes

Antr
s. *Rechtsanwaltsgebühren*
Drs 13/3819

Partnerschaft des Justizministers in einer Rechtsanwaltskanzlei
Fortbestand der Partnerschaft in einer Heidelberger Rechtsanwaltskanzlei auch nach dem Amtsantritt des Ministers? Vereinbarkeit mit der Rechtslage, Notwendigkeit einer Ausnahmegegenehmigung nach Art 53 der Landesverfassung?

Antr
s. *Justizminister*
Drs 13/3962

Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 der Landesverfassung

Festhalten an der Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht durch die ehemalige Justizministerin Werwigk-Hertneck als Begründung der beantragten Ausnahmegenehmigung nach Aussage des derzeitigen Justizministers, Vereinbarkeit mit der im Antr 13/1594 dargelegten Übertragung dieser Rechte auf einen Vertreter für die Zeit des Ruhens der Anwaltszulassung der Ministerin

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3999

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW, dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Bildung eines Gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

GesEntw LReg 13.06.2005 Drs 13/4386
1. Beratung PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6832
BeschlEmpf und Bericht StändA 21.07.2005 Drs 13/4518
2. Beratung PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6933
GesBeschl 27.07.2005 Drs 13/4566
GB1 2005 Nr. 12 S. 585 586 (Ges vom 28.07.2005)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GB1 2006 Nr. 5 S. 129

Ges zur Änd des LRichterGes

Mitwirkung von anwaltlichen Beisitzern als ehrenamtliche Richter an den Richterdienstgerichten, Modifikation der Regelung zur Dienstaufsicht über die Richterdienstgerichte

GesEntw
s. *Richtergesetz*
Drs 13/4901

Anwaltliche Beratungshilfe im Bereich der Schuldnerberatung
Ablehnung von Anträgen und Wartezeiten auf o.g. Beratung in den einzelnen Amtsgerichtsbezirken, Vorgaben des JuM an die Amtsgerichte, Vergleich der Praxis mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Schuldnerberatung*
Drs 13/5239

Anpassung der Juristenausbildung an die Bedürfnisse der Anwaltschaft, Aufstockung der Rechtsanwaltsgebühren in außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahren

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917

Forderung nach einem vollständigen Ausscheiden der neuen Justizministerin aus ihrem Rechtsanwaltsbüro, Übertragung der Geschäftsführung auf einen Stellvertreter, Verweigerung einer Ausnahmegenehmigung nach der Landesverfassung

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2287-2291 2347-2353

Anpassung der Juristenausbildung an die Bedürfnisse der Anwaltschaft mit dem JuristenausbildungsGes

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3366 3367

Rechtsanwaltsgebühren

s.a. *Justizkosten*

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1031

Stundung der Verfahrenskosten im Insolvenzverfahren

Entwicklung der Fallzahlen und Kosten o.g. Verfahren differenziert nach Verfahrenskosten, Gerichtskosten, Aufwendungen für Insolvenzverwalter und für die Beiordnung eines Rechtsanwalts; Anteil und Kosten der Gewährung von Beratungshilfe zur Durchführung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs; Einschätzung der Zahlen für 2003

KlAnfr
s. *Zahlungsunfähigkeit*
Drs 13/2012

Verbindungen zwischen dem Land BW und der Kanzlei C.

Frage nach der Beauftragung o.g. Anwaltskanzlei oder einer mit ihr assoziierten Kanzlei in Sachen neue Stuttgarter Fildermesse bzw Mandatserteilung durch ein Unternehmen mit Landesbeteiligung, Art und Umfang der erbrachten Leistungen und gezahlten Honorare

KlAnfr
s. *Rechtsanwalt*
Drs 13/3334

Anwaltskosten aus Landesmitteln in den FlowTex-Verfahren

Höhe und Nutznießer einer Kostenerstattung, Frage nach Fällen von Rückforderungen des Landes

Antr SPD 01.12.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3819

Anpassung der Juristenausbildung an die Bedürfnisse der Anwaltschaft, Aufstockung der Rechtsanwaltsgebühren in außergerichtlichen Streitschlichtungsverfahren

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917

Rechtsanwaltshonorar

s. *Rechtsanwaltsgebühren*

Rechtschreibreform

s. *Rechtschreibung*

Rechtschreibung

s.a. *Deutsche Sprache*

Beibehaltung der Rechtschreibreform

Festhalten an der verbindlichen Einführung zum 01.08.2005 iRd Ministerpräsidentenkonferenz und der KMK

DringlAntr GRÜNE 29.09.2004 Drs 13/3596
Antr CDU und FDP/DVP 06.10.2004 Drs 13/3621
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5408-5412

Beibehaltung der Rechtschreibreform

Festhalten an der verbindlichen Einführung zum 01.08.2005 iRd Ministerpräsidentenkonferenz und der KMK, Hinwirkung auf Überprüfung von Nachbesserungsmöglichkeiten in der verbleibenden Zeit, Einsetzung des vorgesehenen „Rats für deutsche Rechtschreibung“

Antr CDU und FDP/DVP 06.10.2004 Drs 13/3621
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5408-5412

Änderungen in der Rechtschreibung

Information der Lehrerschaft über die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Änderungen und deren Verbindlichkeit für die Schulen und Schüler bzw die Benotung von Schülerarbeiten ab 01.08.2005

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 15.02.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4059
BeschlEmpf und Bericht SchulA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 12 13
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Rechtsextremismus

s. Radikalismus

Rechtskundeunterricht

s.a. Rechtswissenschaft

Rechtskundeunterricht in BW

Darlegung o.g. Einführungspläne an den Schulen mit Zeitplan und Kosten; Qualifikation und Vergütung der Lehrkräfte, Vergleich mit anderen BLändern

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 13.11.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2609
BeschlEmpf und Bericht SchulA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 32
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Rechtsmedizin

s.a. Kriminalistik

s.a. Obduktion

s.a. Psychiatrie

Situation und Perspektive der rechtsmedizinischen Institute in BW

Darlegung der Entwicklung in Anknüpfung an die Drs 12/5338 und die entsprechende Ausschussberatung, Erhaltung der Standorte und des Niveaus in Forschung und Lehre der rechtsmedizinischen Universitätsinstitute bzw der Leistungsfähigkeit von Polizei und Justiz

Antr Dr. Friedhelm Repnik u.a. CDU 17.06.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4406
BeschlEmpf und Bericht WissensChA 14.07.2005 Drs 13/4633 S. 13
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Ges zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse

Zustimmung zu dem o.g. GesEntw im BRat

Antr
s. Gentechnologie
Drs 13/4419

Rechtsnorm

s. Rechtsvorschrift

Rechtspflege

s.a. Prozesskostenhilfe
s.a. Rechtsanwalt
s.a. Rechtskundeunterricht
s.a. Rechtsmedizin
s.a. Rechtsschutz

Novellierung des RechtspflegerGes

Übertragung von Rechtspflegeaufgaben auf den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle

KlAnfr Wolfgang Bebbler SPD und Antw JuM 20.12.2001
Drs 13/596

Konsequenzen für die Rechtspolitik aus der wachsenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457-2471

Übertragung der Handelsregister auf die Industrie- und Handelskammern

Sicherstellung der bisherigen Aufgabenerledigung durch qualifizierte Rechtspfleger

Antr
s. Handelsregister
Drs 13/2172

Justizreform in BW

Mögliche Einsparungen und Gebührenverluste einer Privatisierung der Notariate und Übertragung der Handelsregister auf die IHK; Klärung verfassungsrechtlicher Fragen und notwendiger Rechtsänderungen auf Bundesebene für eine Privatisierung der mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Bewährungshelfer und Gerichtsvollzieher; Auswirkungen einer Eingliederung der Grundbuchämter in die (reduzierten) Amtsgerichte; Konzentration von Außeninstanzen des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart; Abbau von Standorten der Amts-, Land- und Sozialgerichte sowie Staatsanwaltschaften; Übertragung der Zuständigkeit für die Arbeitsgerichte auf das JuM; Schließung von Außenstellen im Strafvollzug nach Realisierung der Neubauten in Offenburg und Rottweil

Antr
s. Justiz
Drs 13/2177

Justizreform

Vergleich eines GesEntw der BReg und eines von Bayern und Hessen initiierten GesEntw im BRat zur Vereinfachung und Beschleunigung von Justizverfahren, Darlegung der jeweils positiv und negativ bewerteten Inhalte

KlAnfr
s. Justiz
Drs 13/2450

Stellenabbauprogramm im Justizbereich

Planung weiterer Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche der Justiz und Auswirkungen auf die Rechtspflege, Vereinbarkeit mit der Koalitionsvereinbarung und den Aussagen der Justizministerin

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2603

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregister auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außenstellen bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenaufwände und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Überplanmäßige Ausgabe bei den Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten), Kap 0503 Tit 536 01 im Hj 2003

Mittlg FM 25.11.2003 Drs 13/2657

Konzentration der baden-württembergischen Handels- und Genossenschaftsregister

Gründe und Auswirkungen einer Konzentration auf wenige Standorte, insbes auf die Nähe des Dienstleistungsangebots zu den Verfahrensbeteiligten und Rechtspflegern; Stand der Einführung des elektronischen Handelsregisters

Antr
s. *Handelsregister*
Drs 13/2979

Aktive Mitgestaltung europäischer Rechtspolitik durch das Land BW

Aktuelle Debatte
s. *Europarecht*
PIPr 13/69 S. 4841

Rechtspflegergesetz

s. *Rechtspflege*

Rechtspolitik

s. *Rechtspflege*

Rechtsschutz*Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen*

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM; Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1031

Gleichbehandlung bei der Anwendung der Rechtsschutz-Richtlinien

Anwendungspraxis der o.g. Richtlinien seit 1997, Darlegung der Bewilligung und Ablehnung von Anträgen von Lehrern, Polizisten, Steuerbeamten u.a. Bediensteten in Strafverfahren, Zivilprozessen und sonstigen Verfahren; Gegenstände und Ergebnisse der Verhandlungen; Höhe der als Vorschuss oder Darlehen gewährten Rechtsschutzhilfen bzw der von der Staatskasse übernommenen Beträge

Antr Heike Dederer u.a. GRÜNE 08.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1146
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 19 20
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Anwendung der Rechtsschutzrichtlinien in „FlowTex-Fällen“

Auflistung der für Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Komplex FlowTex übernommenen Fälle im Verwaltungsbereich der Steuerverwaltung, Gründe für die hohen Erstattungsbeiträge, Abdeckung durch die Rechtsschutzrichtlinien? Stand und Auswirkungen der angekündigten Verschärfung dieser Richtlinien

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 10.03.2003 und Antw FM
Drs 13/1868

Überplanmäßige Ausgabe bei den Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten), Kap 0503 Tit 536 01 im Hj 2003

Mittlg
s. *Rechtspflege*
Drs 13/2657

Anwaltskosten aus Landesmitteln in den FlowTex-Verfahren

Höhe und Nutznießer einer Kostenerstattung, Frage nach Fällen von Rückforderungen des Landes

Antr
s. *Rechtsanwaltsgebühren*
Drs 13/3819

Rechtsschutzrichtlinie

s. *Rechtsschutz*

Rechtsstudium

s. *Rechtswissenschaft*

Rechtsverordnung

s. *Rechtsvorschrift*

Rechtsvorschrift

s.a. *Deregulierung*
s.a. *Europarecht*
s.a. *Gesetz*

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)
Umstellung der in Rechtsvorschriften vorhandenen Signalbeträge im Verhältnis 1 Euro zu 2 DM; Änd des Euro-EinführungsGes BW

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben sowie von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Ankündigung gesetzwidrigen Verhaltens des Biberacher Landrats

Beurteilung der angedrohten Nichtbeachtung von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften, wenn keine Aufgabenreduzierung im Zuge der Verwaltungsreform erfolgt; Vereinbarkeit mit dem Amt und den Pflichten eines Landrats; Maßnahmen zur Unterbindung eines solchen Verhaltens

Antr
s. *Schneider, Peter MdL CDU*
Drs 13/2636

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungs-Ges, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Umsetzung von EU-Recht in Bundes- und Landesrecht

Verschärfung europäischer Vorgaben bei deren Umsetzung in nationales Recht, Frage nach konkreten Fällen und Auswirkungen auf Bundes- und Länderebene

Antr
s. *Europarecht*
Drs 13/3958

Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe in Vorschriften

Anwendung der eigenen Vorgaben nach den Vorschriftenrichtlinien? Gründe für die ausschließliche Verwendung der männlichen Bezeichnung „Lehrer“ in der geänderten Lehrkräftezulagenverordnung, Revision dieser VO i.S.d. Vorschriftenrichtlinien

KlAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4500

Außerkrafttreten von Vorschriften des Kultusministeriums

Auflistung o.g. Vorschriften bzw deren Neuregelung und Bekanntmachung, u.a. zu den Themen Durchführung der GefahrstoffVO, Freistellung vom Dienst nach dem LBeamtenGes, Unterrichtsplanung, Unterrichtsbesuche der Schulaufsicht, Durchsetzung der Schulpflicht, Unfallversicherung und Gesundheitsschutz für Schüler

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 13.07.2005 und Stellungnahme

KM Drs 13/4503
BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 34 35
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Reduzierung der Zahl von Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien; dauerhafte Begrenzung des Vorschriftenbestands

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2898 2899

Notwendigkeit der radikalen Deregulierung von Vorschriften und Bürokratie, Einführung eines Verfallsdatums von fünf Jahren für Gesetze; Vereinfachung des Steuerrechts mit dem Kirchhof-Modell

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3606 3607 3609 3610

Abbau von Verwaltungsvorschriften des KM

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3973 3974 3978

Überprüfung aller Rechtsvorschriften auf ihre Familienfreundlichkeit

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4215

Anstrengung einheitlicher Rechtsvorschriften in Europa, Anteil der europäisch bestimmten Rechtssetzungsakte in Deutschland

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4852

Bedenken wegen einer zu großzügigen Übertragung von Regelungskompetenz auf die Exekutive mit den RechtsVO in den Gesetzen, Rückholung von Gestaltungsrechten des Gesetzgebers

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5947

Reduzierung der Verwaltungsvorschriften von 4.500 auf 2.100, Anteil der europäisch bestimmten Rechtsvorschriften in Deutschland

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6392

Realisierung der Währungsstellung auf den Euro in den einschlägigen Rechtsvorschriften

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6821

Realisierung der Währungsstellung auf den Euro in den einschlägigen Rechtsvorschriften

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6912 6915

Rechtswissenschaft

s.a. *Jurist*
s.a. *Rechtskundeunterricht*

Hochschullandschaft Region Heilbronn-Franken

Vorhandenes und wünschenswertes Angebot an FH und Hochschulen, Einrichtung einer Privathochschule für Rechtswissenschaften in Heilbronn mit dem Studiengang „Master of Law“, Berufsperspektiven der Absolventen, Zusammenarbeit mit der FH Heilbronn, Schaffung eines Studiengangs Telemedizin

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/572

Privatuniversität für die Rechtswissenschaften

Ausgestaltung und Finanzierung o.g. Planung, Frage nach Interessenten und Zusagen, Stellungnahme des MWK, Erfüllung der hochschulrechtlichen Anforderungen, finanzielle Beteiligung der privaten Träger und der künftigen Standortgemeinde

Antr

s. Privathochschule
Drs 13/722

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Aufhebung der PrüfungsvergütungsVO Medizin sowie der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung

GesEntw
s. Haushaltsstrukturgesetz
Drs 13/1763

Ges über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (JAG)

Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung mit dem JAG bzw der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung, Aufteilung der Ersten juristischen Prüfung in eine universitäre Schwerpunktbereichs- und staatliche Pflichtfachprüfung

GesEntw
s. Jurist
Drs 13/2086

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr
s. Studienbewerber
Drs 13/2134

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des JuristenausbildungsGes sowie der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Ausbau der Hochschulstandorte Ravensburg/Weingarten, Friedrichshafen und Konstanz

Umsetzung der o.g. Ankündigung des MinPräs, Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2012, Aufgabe des Studiengangs Jura an der Universität Konstanz nach dessen Bewertung als überflüssig durch den MinPräs?

KlAnfr
s. Hochschule
Drs 13/4975

Reform der Juristenausbildung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917

Herausnahme von Jura aus dem Vergabeverfahren der ZVS, Studienplatzvergabe über die Selbstauswahlverfahren der Hochschulen

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2023 2026

Recycling

s.a. Abfallwirtschaft
s.a. Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen

Spanplattenrecycling

Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit des Recyclings sowie der Verbrennung und Deponierung von Spanplatten, Zielkonflikte mit der Primärverwendung von Holz?

KlAnfr
s. Spanplatte
Drs 13/1287

Recycling und Entsorgung von Altreifen in BW

Anfallende Mengen, Anteil der Deponierung, der stofflichen und thermischen Verwertung sowie Verbringung ins Ausland; Darlegung der rechtlichen Vorgaben, der Entsorgungsunternehmen und Forschungsprojekte

Antr
s. Reifen
Drs 13/2122

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Eine thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM/2003/301)2)

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/2318

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

a) Mittlg der Kommission zur Weiterentwicklung der nachhaltigen Ressourcennutzung: Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling (KOM(2005)666)
b) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Abfälle (KOM(2005)667)

Mittlg
s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
Drs 13/5135

Redezeit

s. Landtag, Geschäftsordnung

Referat Entwicklungszusammenarbeit

s. Entwicklungshilfe

Referendarausbildung

s. Vorbereitungsdienst

Referendariat

s. Vorbereitungsdienst

Reformagenda 2010

s. Agenda 2010

Regelstudienzeit

s. Studienzeit

Regenerative Energie

s. Erneuerbare Energie

REGENT-Strecke

s. Eisenbahnstrecke

Regenwasser

s. Wasser

Regierungsbezirk

s.a. Kreis (Gebietskörperschaft)

s.a. Regierungsbezirk Tübingen

s.a. Regierungspräsidium

Verteilung von Landesmitteln auf die einzelnen Regierungsbezirke

Höhe der jeweiligen Zuweisungen seit 1996 - auch an alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, Differenzierung nach Pro-Kopf-Zuweisungen, nach dem jeweiligen Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt

Antr

s. Subventionsbericht

Drs 13/975

Regierungsbezirk Tübingen

s.a. Bodensee-Oberschwaben, Region

s.a. Donau-Iller, Region

s.a. Neckar-Alb, Region

GVFG-Mittel für den RegBez Tübingen

Höhe der o.g. Zuweisungen an Verkehrsunternehmen und Gebietskörperschaften für ÖPNV-Projekte seit 2001, Vergleich des Antragstaus mit der Situation landesweit; Befriedigung des Nachholbedarfs im RegBez Tübingen durch eine verstärkte Förderung bzw. Bedienung von Anträgen, insbes. für kleinere, effiziente Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV wie z.B. den Haltepunkt Behördenzentrum/Sportzentrum in Tübingen

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/5024

Regierungserklärung

Regierungserklärungen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 41-60 (Beginn der neuen WP)

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 61-124 (Aussprache)

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 361-383 (Innere Sicherheit in BW und Aussprache)

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1226-1243 (Integration in BW und Aussprache)

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2807-2842 (Bildung und Erziehung stärken und Aussprache)

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893-2939 (Verwaltungsreform in BW und Aussprache)

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305-3325 (Ergebnisse des Konvents für die Zukunft Europas und Aussprache)

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369-3385 (Landesmesse BW und Aussprache)

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599-3653 (Tatkraft für BW - Mit

Mut zu Veränderungen neue Dynamik entfesseln - und Aussprache)

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5119-5133 (Verfassungsvertrag der Europäischen Union und Aussprache)

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5495-5512 (Stand der Beratungen in der Föderalismuskommission und Aussprache)

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401-6423 (zum Antritt der neuen LReg)

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461-6513 (Aussprache)

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199-7229 (Kinderland BW und Aussprache)

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645-7675 (Integration fördern, Zusammenhalt stärken - Für eine offene und wertebewusste Gesellschaft und Aussprache)

Regierungserklärung des neuen MinPräs

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401-6423

Aussprache über die Regierungserklärung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461-6517

129-Punkte-Arbeitsprogramm zur stufenweisen Umsetzung der Regierungserklärung

Themen und konkrete Vorhaben bzw. Vorlage des Arbeitsprogramms

KlAnfr

s. Politik

Drs 13/4341

Regierungspräsidium

s.a. Regierungsbezirk

s.a. Regierungspräsidium Freiburg

s.a. Regierungspräsidium Karlsruhe

s.a. Regierungspräsidium Stuttgart

s.a. Regierungspräsidium Tübingen

Verwaltungsreform

Berufung einer Expertenkommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus und Erarbeitung von Reformvorschlägen, insbes. Prüfung von Möglichkeiten zur Aufgabenübertragung von den LKreisen auf die Gemeinden und von den RegPräs auf die Regionen, Ministerien o.a. Verwaltungsträger

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/27

Beratungsgremien, Beiräte u.ä. Gremien bei den RegPräs

Aufgaben, Berufung, Sitzungsintervalle und Kosten der o.g. Gremien

Antr

s. Gremium

Drs 13/258

Zukunft der Straßenbauverwaltung in BW

Art und Zeitrahmen der Umsetzung o.g. Neuordnung, Bündelung der mittleren Verwaltungsebene von Autobahn- und übriger Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Zusammenlegung von Straßenbau- und Autobahnbetriebsämtern sowie Autobahn- und Straßenmeistereien, Frage nach Synergieeffekten und Berücksichtigung ländlicher Räume durch die Standortzusammenlegungen, Überlegungen zu privat betriebenen Fernstraßenabschnitten

Antr

s. Straßenbauverwaltung
Drs 13/378

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart

GesEntw
s. Straßenbauverwaltung
Drs 13/1372

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. Verwaltungsreform
Drs 13/1722

Ges zur Änd des Landesplanungsges u.a. Ges

Umsetzung des Raumordnungsges des Bundes, Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die RegPräs, Aufhebung von Richtwerten zur Siedlungsstruktur in den Regionalplänen, Vorgaben für regionalplanerische Festlegungen zu Windkraftanlagen, Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verfahren der Aufstellung und Fortschreibung von Regionalplänen; Änd der LHO sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. Landesplanung
Drs 13/1883

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Stärkung der Bündelungsfunktion der RegPräs mit der Reform, Verzicht auf eine Verlagerung von Aufgaben auf die Ebene der Kommunen

GrAnfr
s. Verwaltungsreform
Drs 13/2013

Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die RegPräs, Land- und Stadtkreise

Zeitrahmen der Entscheidung und Umsetzung o.g. Neuordnung als Teil der geplanten Verwaltungsreform; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %; Ausschluss der Einflussnahme von Landräten und Oberbürgermeistern auf das operative Geschäft der Polizei

Antr
s. Polizei
Drs 13/2093

Schwächung des Denkmalschutzes in BW durch die von der LReg geplante Verwaltungsreform

Art und Auswirkungen der Aufteilung der Zuständigkeit des Landesdenkmalamts in Esslingen auf die vier RegPräs; Erhaltung des Landesdenkmalamts als Landesoberbehörde mit seinen übergreifenden Aufgaben für den Denkmalschutz in BW

Antr

s. Denkmalbehörde
Drs 13/2138

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Straßenbauverwaltung

Auswirkungen der Eingliederung in die RegPräs, Stadt- und LKreise; Personaleinsparungen iRd zurückliegenden und aktuellen Reform; Gültigkeit der Aussage des UVM zur Ausweitung auf 44 Straßenbauämter; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. Straßenbauverwaltung
Drs 13/2164

Zukunft der baden-württembergischen Versorgungsverwaltung

Entwicklung der Aufgaben und Personalausstattung seit 1992; Gründe und Auswirkungen der Eingliederung des Landesversorgungsamts in die RegPräs und der Versorgungsämter in die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit mit der nach Bundesrecht erforderlichen Fachkompetenz und Behördenstruktur, mit dem Recht des Datenschutzes und der Personalvertretungen; Umgestaltung zu modernen Landessozialbehörden nach der Forderung von Behindertenverbänden, Ansiedlung bei neu zu schaffenden Regionalkreisen

GrAnfr
s. Versorgungsverwaltung
Drs 13/2170

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr
s. Verwaltungsreform
Drs 13/2267

Reform der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Vorlage der Ergebnisse eines externen Rechtsgutachtens im LandwA

Antr
s. Flurbereinigung
Drs 13/2339

Gutachten zur Zukunft der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Darlegung der Zielvorgaben bei der Vergabe des o.g. Rechtsgutachtens; Beteiligung des LandwA am Beschlussverfahren

Antr
s. Flurbereinigung
Drs 13/2404

Organisatorische Veränderungen bei den RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform

Einsparungen bei den RegPräs, Auflösung von Referaten, weitere strukturelle Veränderungen im organisatorischen Aufbau, Erwirtschaftung einer Effizienzrendite

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 02.10.2003 und Antw IM

Drs 13/2474

Zukunft der Forstlichen Hauptstützpunkte

Bewertung als eigenständige Einheiten aufgrund des überregionalen Aus- und Weiterbildungsangebots, Eingliederung in die RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform?

MdlAnfr

s. *Forstverwaltung*

Drs 13/2480

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Gewerbeaufsichtsämter

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Gewerbeaufsicht nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Verzicht auf die Eingliederungspläne

Antr

s. *Gewerbeaufsicht*

Drs 13/2562

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr

s. *Forstverwaltung*

Drs 13/2602

Teufel'sche Verwaltungsreform - Verhinderung einer sinnvollen Schulverwaltungsreform

Gegenüberstellung der Pläne des MinPräs und des KM, Auswirkungen der Eingliederung der Schulverwaltung in die Landratsämter und RegPräs

Antr

s. *Schulbehörde*

Drs 13/2786

Organisatorische Veränderungen bei den RegPräs und Einsparungen bei den Ministerien im Zuge der Verwaltungsreform

Einrichtung neuer oder Auflösung bestehender Referate, Auswirkungen auf die Stellenpläne bzw Erzielung von Einsparungen, Erwirtschaftung einer Effizienzrendite von 20 Prozent?

KlAnfr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3195

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Geplante Höherbesoldungen für die Führungsebene der RegPräs

Begründung und Ziele der im BRat beantragten Änderung des BundesbesoldungsGes, Höhe der Mehrkosten, Rechtfertigung vor dem Hintergrund der gleichzeitigen Ablehnung einer Höherbesoldung der Landräte; Rückzug der BRatsinitiative

Antr

s. *Besoldung*

Drs 13/3521

Genehmigungsverfahren für den Internetzugang für die Beschäftigten der RegPräs

Beurteilung des o.g. Verfahrens mit jeweils schriftlichem Antrag und detaillierter Begründung

MdlAnfr

s. *Internet*

Drs 13/4204

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/4323

Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den RegPräs verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten

MdlAnfr

s. *Bediensteter*

Drs 13/4316

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung beim Vor-Ort-RegPräs bzw L Vermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die ehrenamtlichen Pharmazieräte auf die RegPräs; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Personalplanung*

Drs 13/4963

Ermessensspielräume bei Vergabe von Aufenthaltstiteln

Entbürokratisierung der Handhabung von § 25 AufenthG durch Zuerkennung eines größeren Ermessensspielraums der unteren Ausländerbehörde gegenüber dem RegPräs?

KlAnfr

s. *Aufenthaltsrecht*

Drs 13/5020

Plädoyer für die Erhaltung der RegPräs
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 90 96

Infragestellung der RegPräs, Plädoyer für deren Erhaltung
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 287-294

Beitrag der RegPräs zu einer ausgewogenen dezentralen Struktur des Landes
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1521

Verzicht auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen, Erinnerung an den Personalabbau der RegPräs
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2373-2376 2378-2380 2382 2383 2388

Eingliederung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden in die RegPräs, Aufwertung der Regionen zur mittleren Verwaltungsebene, Verzicht auf die RegPräs
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2723 2728 2729 2732 2735 2738 2739

Verweisung auf die strukturelle und personelle Verschlinkung der RegPräs, Bedeutung der RegPräs für die dezentrale Verwaltung des Landes, Erinnerung an den Beschluss zur Auflösung der RegPräs, Eingliederung von Landesoberbehörden und höheren Sonderbehörden
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2897-2899 2901 2905-2907 2909 2910 2914 2920 2923 2927 2928 2931-2933 2937 2938 2981

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in die RegPräs im Zuge der geplanten Verwaltungsreform; Effizienz der Lebensmittelüberwachung in den RegPräs
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3092 3094-3098 3117 3123

Eingliederung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden in die RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605 3632

Zuweisung der Verantwortung für den Gewässerschutz an die RegPräs als Flussgebietsbehörden
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3897-3899

Erinnerung an den Personalabbau der RegPräs
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4178 4186

Erinnerung an den Personalabbau der RegPräs, Feststellung einer personellen Aufblähung der RegPräs mit der Verwaltungsreform, Wiederholung des Vorschlags einer Abschaffung der RegPräs
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4989 4991-4993 4996 5005 5006 5008 5009 5015 5017-5020 5034 5036

Fortführung der Kosten- und Leistungsrechnung bei den RegPräs, Notwendigkeit der neuen Steuerungsinstrumente bei den durch die Verwaltungsreform vergrößerten RegPräs
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5318

Vervierfachung des Stellenbestands der RegPräs durch die Verwaltungsreform, Erinnerung an den Personalabbau vor der Reform
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7336 7338 7342

Erinnerung an den Personalabbau bei den RegPräs vor der Verwaltungsreform
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7395

Regierungspräsidium Freiburg

Zurückstellung von Einbürgerungsanträgen
Erteilung des o.g. Ratschlags durch das RegPräs Freiburg gegenüber Italienern bis zur Klärung der Frage einer evtl vorübergehenden Doppelstaatigkeit, Frage nach ähnlichen Vorgehensweisen anderer RegPräs

MdlAnfr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/2247

Windkraftanlagen am Schauinsland (Freiburg)
Veranlassung des RegPräs Freiburg zur Unterlassung der Aufforderung an die Stadt Freiburg zur Rücknahme der Baugenehmigung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2395

Inanspruchnahme des landeseigenen Fahrzeugpools; hier: Fahrzeugpool des RegPräs Freiburg
Inanspruchnahme durch den ehemaligen MinPräs Dr. Hans Filbinger

KlAnfr
s. *Dienstkraftfahrzeug*
Drs 13/2886

Derzeit laufende Straßenbaumaßnahmen im Regierungsbezirk Freiburg
Art und Finanzierung o.g. Maßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen; Höhe der verfügbaren Bundes- und Landesmittel

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4532

Würdigung der Effizienz und Unabhängigkeit des RegPräs Freiburg
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 288

Aufforderung des RegPräs Freiburg an die Stadt Freiburg zur Rücknahme der Baugenehmigung für die Windkraftanlagen am Schauinsland
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3453 3456 3460

Aufforderung des RegPräs Freiburg an die Stadt Freiburg zur Rücknahme der Baugenehmigung für die Windkraftanlagen am Schauinsland
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3880 3885

Verweisung auf die Zuständigkeit des RegPräs Freiburg für die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung einer beschränkten Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7762 7767

Regierungspräsidium Karlsruhe

Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe

Gründe für die o.g. Abordnung, Abstimmung der von den Gewässerdirektionen vollzogenen Gewässerschutz- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit der LReg?

MdlAnfr

s. *Abordnung von Beamten*

Drs 13/2691

Bündelung der landesweiten Zuständigkeit für Lotterien, Glücksspiele, Rennwetten und Spielbanken beim RegPräs Karlsruhe

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6828 6829 6831

Regierungspräsidium Stuttgart

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart

GesEntw

s. *Straßenbauverwaltung*

Drs 13/1372

Beanspruchung des Umwelt- und Verkehrsministeriums durch das Großprojekt Stuttgart 21

Umfang, Art und Kosten der Inanspruchnahme des Ministeriums, der Stadt Stuttgart, des RegPräs und der Region Stuttgart bzw von externen Beratungskapazitäten, insbes des ehemaligen Ministerialdirektors im UVM

Antr

s. *Stuttgart 21*

Drs 13/1589

Unregelmäßigkeiten bei den Enteignungen für die Landesmesse auf den Fildern

Bewertung der Kritik des Landesdatenschutzbeauftragten am RegPräs Stuttgart wegen der Veröffentlichung von persönlichen Daten der betroffenen Grundstücksbesitzer; Beurteilung der (niedrigen) Bewertung der Grundstücke durch den beauftragten Gutachter; Zweifel an der gebotenen Neutralität der Enteignungskommission

KlAnfr

s. *Enteignung*

Drs 13/3175

Nord-Ost-Ring Stuttgart, neue Initiative von RegPräs Dr. Udo Andriof: Neckarquerung mit Anschluss an bestehende Straßen in den LKreisen Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis

Vorstoß des RegPräs zum Bau einer neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings: Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage, den bisherigen und Gesamtkosten sowie nach einer Abstimmung des Vorschlags mit dem Land und den betroffenen Behörden

KlAnfr

s. *Brücke*

Drs 13/4493

Nordostring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks

Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstreben einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/5158

Bewertung des Erörterungstermins des RegPräs iRd Planfeststellungsverfahrens zur neuen Landesmesse

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3371 3377

Regierungspräsidium Tübingen

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Beitrag des RegPräs, der Universität und des Klinikums zur Standortqualität Tübingens; Bedeutung der zentralen BSE-Stelle im RegPräs; Auswirkungen der Verlegung der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in die neuen BLänder; Entwicklung als Kongressstadt; Stand der Überlegungen zur Weiterführung der B 27

Antr

s. *Tübingen*

Drs 13/1082

Informationsfluss von der ministerialen Ebene zur Regierungspräsidiumsebene

Beschluss der IMK zur Winterabschiebung von Minderheitenfamilien, Gründe und Folgen der verspäteten Übermittlung an die zuständigen Stellen beim RegPräs Tübingen

KlAnfr

s. *Information*

Drs 13/1721

Jugendschutz im Internet

Stand der Bekämpfung und Ahndung jugendgefährdender Internetangebote differenziert nach extremistischen, pornografischen, gewaltverherrlichenden u.a. Inhalten; Ausstattung und Arbeitsbilanz der beim RegPräs Tübingen angesiedelten Stelle im Vergleich zu anderen BLändern; Abgabe von Verfahren an das BKA, Umfang und Abschluss von Verfahren wegen Kinderpornographie durch Operationen in den USA und Großbritannien; Nutzung der medienpädagogischen Angebote der Aktion Jugendschutz von Eltern; Stand der Erstellung und Pflege einer Ausschlussliste; europäische Zusammenarbeit von Jugendschutz und Polizei

Antr

s. *Jugendschutz*

Drs 13/1811

Gentechnik-Aufsicht in BW - Positiver Beitrag zum Standort

Entwicklung der gentechnischen Anlagen/Arbeiten nach Sicherheitsstufen sowie der Personalsituation und Überwachungspraxis der Gentechnikaufsicht in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen BLändern; Beurteilung der Funktion des RegPräs Tübingen; Stand der Forschung und des Technologietransfers der Biotechnologie im produktionsintegrierten Umweltschutz; Information der Öffentlichkeit über die Chancen der

(Umwelt-)Biotechnologie

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/1849

Stabstelle für Ernährungssicherheit

Erfahrungsbericht der o.g. Stabstelle beim RegPräs Tübingen, Frage nach der künftigen Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkten iRd Verbraucherschutzes

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/4894

Regierungsunabhängige Organisation

s. *Nichtregierungsorganisation*

Region

s.a. *Heilbronn-Franken, Region*
s.a. *Landschaft*
s.a. *Neckar-Alb, Region*
s.a. *Oberrhein, Region*
s.a. *Region Stuttgart*
s.a. *Regionalplanung*

Verwaltungsreform

Berufung einer Expertenkommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus und Erarbeitung von Reformvorschlägen, insbes Prüfung von Möglichkeiten zur Aufgabenübertragung von den LKreisen auf die Gemeinden und von den RegPräs auf die Regionen, Ministerien o.a. Verwaltungsträger

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/27

REGIONEN AKTIV - Chancen aus dem Wettbewerb des Bundes für die Entwicklung von Modellregionen in BW

Beurteilung des o.g. Wettbewerbs, Revision der verfassungsrechtlichen Bedenken gegenüber den RegPräs und LKreisen, Aufforderung bzw Unterstützung möglicher Projektträger in geeigneten Regionen des Landes, z.B. potenzielle PLENUM-Gebiete

Antr GRÜNE 11.10.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/308
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 512-523

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Aufstockung der Mittel für regionale Verbundprojekte

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/657-2 S. 25
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/684-1 S. 2 3
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Regionale Wirtschaftsförderung

Einsatz von Haushaltsmitteln zur Förderung der regionalen Wirtschaftskooperationen 2002/03, Unterstützung von Projekten aus dem Innoregio-Wettbewerb des BMBF sowie der regionalen Clusterbildung

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1616

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW
Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Vereinbarkeit der Reform mit der Bedeutung der Regionen für die Entwicklung des Landes, Festhalten an der Bestandsgarantie für die Region Stuttgart?

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Zukunft der baden-württembergischen Versorgungsverwaltung

Entwicklung der Aufgaben und Personalausstattung seit 1992; Gründe und Auswirkungen der Eingliederung des Landesversorgungsamts in die RegPräs und der Versorgungsämter in die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit mit der nach Bundesrecht erforderlichen Fachkompetenz und Behördenstruktur, mit dem Recht des Datenschutzes und der Personalvertretungen; Umgestaltung zu modernen Landessozialbehörden nach der Forderung von Behindertenverbänden, Ansiedlung bei neu zu schaffenden Regionalkreisen

GrAnfr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/2170

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Ermöglichung der Bürgerbegehren und Direktwahl der obersten Repräsentanten auch in den LKreisen und Regionen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Regionale und kommunale Wirtschaftsförderung

Bestehende Einrichtungen, Aufgaben und Zusammenarbeit untereinander sowie mit dem WM und den landesweit tätigen Institutionen wie Landesgewerbeamt, L-Bank und GWZ; Maßnahmen zur Förderung und Koordination sowie zur Präsenz der Regionen auf europäischer Ebene; Auswirkungen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung des Landes

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2328

Die Stärke BW: Die Regionen

Entwicklung der regionalen Strukturen; Ergebnisse und Konsequenzen der Prüfung des Rechts der Regionalverbände, Weiterentwicklung des Profils der Regionen und der Zusammenarbeit mit angrenzenden BLändern und Staaten, Zahl der vorhandenen

und wieder aufgelösten Zweckverbände; Gleichstellung der Regionen bei der Übertragung weiterer Zuständigkeiten mit dem Verband Region Stuttgart

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2527
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6594-6602

Unterstützung der Regionen, Weiterentwicklung der jeweiligen Profile

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44

Weiterentwicklung der Regionen nach dem Vorbild der Region Stuttgart, Bündelung und Stärkung der Regionen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 77 96

Notwendigkeit einer Neugliederung der Regionen, Schaffung von sechs bis acht Regionen mit weitreichenden Kompetenzen

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 287 288 292 294

Förderung von Wirtschaftsregionen durch Clusterbildung, Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 702 703

Schaffung gleichwertiger Entwicklungsperspektiven der Regionen iRd LEntwicklungsplanung; Notwendigkeit einer Neugliederung der Regionen; Stärkung der regionalen Eigenkräfte; Aufwertung der europäischen Metropolregionen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750-761

Beteiligung von Regionen am Bundeswettbewerb „Regionen Aktiv“

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 822

Unterstützung von regionalen Clusterkonzepten und Netzwerken; Rückgang der Übernachtungszahlen in allen Regionen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 943 946 948 950-952 954 958 959

Ausbau regionaler Energiekonzepte, Unterstützung des Projekts „Regionen Aktiv“

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1049 1051-1053

Stärkung der Regionen und regionalen Strukturen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451 1452

Stimulanz des Wettbewerbs der Regionen, Ermöglichung eigenständiger Modelle und Wege der Regionen, Vorbildcharakter der dezentralen Struktur des Landes, Forcierung der Regionalentwicklung

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1516 1520-1527 1529 1530

Kombination der Stärken der einzelnen Regionen, Förderung der Regionalmessen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1640-1649

Stärkung des ländlichen Raums mit dem Projekt „Regionen Aktiv“

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1869

Unterstützung der regionalen Akteure vor Ort und deren Zusammenarbeit am Beispiel der Oberrheinregion, Verzicht auf eine weitere Verwaltungsebene, Notwendigkeit der eigenständigen Profilbildung einer Region; Unterstützung des Projekts „Regionen Aktiv“

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1978 1979 1985-1988 1992-1994 2020

Verzicht auf die LKreise, Verlagerung von Aufgaben auf die Ebene der Regionen, Bildung von acht Regionalkreisen; Notwendigkeit regionaler Zusammenarbeit

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2373 2374 2376 2378-2383 2386 2388 2394

Verlagerung von Aufgaben der LKreise auf die Ebene der Regionen, Stärkung der regionalen Entwicklung, Aufwertung der Regionen zur mittleren Verwaltungsebene, Verzicht auf die Reg-Präs, Definition des europäischen Begriffs der Regionen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2720 2722 2724-2726 2728 2729 2731 2734 2735 2738 2739

Entwicklung der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus den jeweiligen Regionen heraus

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2871-2873

Ablehnung der vorgeschlagenen Regionalkreise; Überführung der Stadt- und LKreise in zwölf Regionalkreise, Notwendigkeit grenzübergreifender Regionen bzw der Kooperation angrenzender Regionen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2906 2907 2909 2910 2919-2923 2927 2928 2930-2939 2952-2958 2978

Verlagerung von Aufgaben der LKreise auf die Ebene der Regionen, Stärkung der regionalen Entwicklung nicht nur in Stuttgart

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3330 3333 3334 3336 3337 3339

Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3621

Stärkung der regionalen Identitäten mit der Verwaltungsreform, Diskussion über das Modell der Regionalkreise, Verlagerung von mehr Aufgaben auf die Ebene der Regionen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4909 4911 4915 4916 4920 4922 4923 4928-4930 4933-4938

Verlagerung von Aufgaben der LKreise auf die Ebene der Regionen, Eintreten für das Modell der Regionalkreise

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4991 4992 4995 5001-5006 5017-5020

Weiterentwicklung der Regionen insgesamt - nicht nur der Region Stuttgart

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5344-5346

Weiterentwicklung der Regionen insgesamt - nicht nur der Region Stuttgart

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5556-5558

Unterstützung der regionalen Clusterbildung, Ankündigung einer Bereisung der Regionen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407 6421 6423

Weiterentwicklung der Regionen nach deren eigenen Stärken und Vorschlägen, Ablehnung von Regionalkreisen, Begrüßung der Verankerung von zwei Metropolregionen auf europäischer Ebene

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6594-6602

Weiterentwicklung der Regionen insgesamt - nicht nur der Region Stuttgart, Ablehnung der vorgeschlagenen Regionalkreise, Begrüßung des Wettbewerbs unter den Regionen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6870-6874

Region Franken

s. Heilbronn-Franken, Region

Region Heilbronn-Franken

s. Heilbronn-Franken, Region

Region Karlsruhe

s. Oberrhein, Region

Region Mittlerer Oberrhein

s. Oberrhein, Region

Region Neckar-Alb

s. Neckar-Alb, Region

Region Ostwürttemberg

s. Ostwürttemberg, Region

Region Stuttgart

Region Stuttgart als Standort für die New Economy

Beurteilung eines weltweiten Rankings von 20 Regionen nach einer Studie der Boston Consulting Group bzw der fehlenden Erwähnung der Region Stuttgart als High-Tech-Standort; Bemühungen um eine massive Standortaufwertung

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 08.08.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/174
BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.10.2001 Drs 13/358 S. 7
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Olympia nach BW holen: Gemeinsam für Olympische Spiele im Land

Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012, Erwartung von Impulsen für den Breiten- und Spitzensport, für neue Arbeitsplätze, Stärkung der Wirtschaftskraft, Belegung des Tourismus und Erneuerung der Infrastruktur

Antr
s. *Olympische Spiele*
Drs 13/351

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln des Bundes zur Verbesserung des Schienenverkehrs

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart

Antr GRÜNE 20.12.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/597
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 05.12.2002 Drs 13/1637 S. 34 35
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart, Stand der Verhandlungen mit dem VRS

MdlAnfr 1) Boris Palmer GRÜNE 10.07.2002 Drs 13/1153
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1850-1852

Beanspruchung des Umwelt- und Verkehrsministeriums durch das Großprojekt Stuttgart 21

Umfang, Art und Kosten der Inanspruchnahme des Ministeriums, der Stadt Stuttgart, des RegPräs und der Region Stuttgart bzw von externen Beratungskapazitäten, insbes des ehemaligen Ministerialdirektors im UVM

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/1589

Bewerbung der Stadt Stuttgart um die Olympischen Spiele und Paralympics 2012

Art und Wirksamkeit der Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart seit Einbringung des interfraktionellen Antrags Drs 13/351; Förderung des Breiten-, Leistungs- und Behindertensports sowie der verkehrlichen und sonstigen Infrastruktur; Erfüllung der Kriterien für die Entscheidung des NOK; erwartete Impulse im Falle einer erfolgreichen Bewerbung

Antr
s. *Olympische Spiele*
Drs 13/1600

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Ges zur Änd des KommunalwahlGes (KomWG) und des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart (GVRS)

Gewährleistung eines Mindestanteils von 40 % Frauen und Männern bei der Listenaufstellung zu Kommunal- und Regionalwahlen

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1803

Fluglärm

Nächtliche Kontrolle der Fernwärmeleitungen aus der Luft im Auftrag der NWS im Großraum Stuttgart ohne vorherige Information der betroffenen Bevölkerung, der Polizei oder des Stuttgarter Flughafens; eingesetzter Flugzeugtyp, Flughöhe und Fluglärm, insbes im Bereich Esslingen-Jägerhof; Gewährleistung der künftigen Information von Bürgerschaft und Behörden

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1814

Ges zur Änd des LandesplanungsGes u.a. Ges

Umsetzung des Raumordnungsges des Bundes, Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die RegPräs, Aufhebung von Richtwerten zur Siedlungsstruktur in den Regionalplänen, Vorgaben für regionalplanerische Festlegungen zu Windkraftanlagen, Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verfahren der Aufstellung und Fortschreibung von Regionalplänen; Änd der LHO sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. *Landesplanung*
Drs 13/1883

Ges zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Festlegung des Ablaufs der Amtszeit o.g. Mandatsträger mit dem 31.08.2004 sowie des Beginns der neu Gewählten zum 01.09.2004 infolge der Zusammenlegung der Kommunalwahlen 2004 und der Europawahl

GesEntw
s. *Wahlperiode*
Drs 13/1894

Beschaffung neuer S-Bahn-Züge in der Region Stuttgart

Beurteilung des o.g. Bedarfs und der geplanten Fahrzeugbeschaffung durch den Verband Region Stuttgart sowie der vonseiten der LKreise geäußerten Bedenken; Bezuschussung über das Fahrzeugförderprogramm des Landes

Antr
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 13/1966

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Vereinbarkeit der Reform mit der Bedeutung der Regionen für die Entwicklung des Landes, Festhalten an der Bestandsgarantie für die Region Stuttgart?

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Weiterentwicklung der Region Stuttgart

Ergebnisse und Konsequenzen der Prüfung des Rechts des Verbands Region Stuttgart, Übertragung weiterer Zuständigkeiten und finanzieller Möglichkeiten beim ÖPNV, bei der Durchführung von Raumordnungsverfahren sowie Planungen von Landschaftsparks in Kooperation mit den Kommunen; Ermöglichung von Beschlüssen der Regionalversammlung für Kongresse, Messen, Kultur- und Sportveranstaltungen mit einfacher Mehrheit

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2526
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6594-6602

Ausbau der Windkraftnutzung in BW; hier: Regionalplanung

Möglicher Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Beurteilung einer Entscheidung des VGH München zur Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussflächen in den Regionalplänen; Stand bzw. Vereinbarkeit der Planungen der Regionalverbände bzw. der Region Stuttgart; Bereitschaft der Forstverwaltung zum Abschluss von Pachtverträgen für ausgewiesene Vorrangstandorte im Bereich des Staatsforstes

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2997

Maßnahmen gegen den Fuchsbandwurm in der Region Stuttgart

Darlegung des o.g. Infektionsrisikos, insbes für Kinder, in Stuttgart und Umgebung; Vergabe einer wissenschaftlichen Untersuchung zu der Gesundheitsgefährdung in städtischen Verdichtungsräumen; Durchführung einer auf mindestens fünf Jahre angelegten Beköderungsaktion rund um Stuttgart

Antr

s. *Bandwurm*
Drs 13/3225

Erfolg von Frauen bei der Kommunalwahl am 13.06.2004

Frauenanteil unter den Kandidaten und gewählten Mandatsträgern in den Gemeinderäten, Kreistagen und der Regionalversammlung im Vergleich zu 1999; Darlegung der Wahlergebnisse differenziert nach Regionen, LKreisen, Größenklassen und Parteien; Frage nach Gemeinderäten ohne Frauen sowie nach Daten über Alter, Berufsstand und Familiensituation der gewählten Frauen; Beurteilung der Maßnahmen zur Steigerung der Wahlchancen von Frauen im Vorfeld der Kommunalwahl

Antr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/3272

Wahrheitsbegriff des Staatssekretärs im Umwelt- und Verkehrsministerium

Umfang der geplanten Abbestellungen von Verkehrsleistungen im SPNV iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, Verneinung dieser Pläne durch Staatssekretär Mappus im SWR-Fernsehen sowie im Plenum des LtG, Vereinbarkeit von Aussagen zur Ablehnung einer Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln mit dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem VRS über eine Beteiligung an diesen Mitteln

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*
Drs 13/3357

Mülltransport in der Region Stuttgart

Möglichkeiten für Schienenabfalltransporte aus den Nachbarregionen zur Müllverbrennungsanlage Stuttgart-Münster, Beurteilung des Konzepts des Instituts für Verkehrsleitplanung und Verkehrsplanung der Universität Stuttgart

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3394

Auszählung der Regionalwahl im LKreis Ludwigsburg

Zustandekommen der Auszählungspanne; Maßnahmen zur Vermeidung solcher Fehler im Vorfeld der Wahl und bei der Auszählung, z.B. durch Erfassung der Zahl der Wahlberechtigten vor der Wahl; Beurteilung der mangelhaften Information des Kreiswahlausschusses bei seiner Beratung des vorläufigen Endergebnisses

KIAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/3416

Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen der Region Stuttgart ins Ausland

Verlagerung von Wissenschaftlern und Fachkräften ins Ausland in den letzten Jahren, Einschätzung der weiteren Entwicklung und Auswirkungen, Höhe der Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute seit 2000; stärkere Ausrichtung der Technologieförderung auf kleine und mittlere Unternehmen, Abstimmung der Studiengänge an den Fachhochschulen mit den Bedürfnissen der heimischen Technologie-Unternehmen

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/3502

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterleitung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3571

Ges zur Änd des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

Erweiterung der Zuständigkeit des VRS auf die Trägerschaft eines Landschaftsparks unter finanzieller Beteiligung der betroffenen Kommunen; Streichung des 2/3-Quorums in der Regionalversammlung für die Trägerschaft und Koordinierung regionalbedeutsamer neuer Messen, Messebeteiligungen, Kongresse, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie für regionalbedeutsame Schienenpersonennahverkehre; Anpassung der Verweisungen auf Bestimmungen des Landesplanungsges an die Neufassung mit neuer Paragraphenfolge

GesEntw LReg 28.09.2004 Drs 13/3577
1. Beratung PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5341-5347
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.10.2004 Drs 13/3673
2. Beratung PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5555-5560
GesBeschl 10.11.2004 Drs 13/3759
GBI 2004 Nr. 15 S. 800 (Ges vom 23.11.2004)

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3723

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKkreisordnung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3738

Ges zur Änd des Landesplanungsges

Erweiterung des passiven Wahlrechts für die Regionalversammlung auf EU-Bürger

GesEntw
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3860

Wahlrecht für EU-Bürger zur Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Einbringung eines GesEntw zur Änd des GG im BRat: Erweiterung des passiven und aktiven Wahlrechts von EU-Bürgern für unmittelbare Wahlen zur Regionalversammlung

Antr
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3863

Ausbau und Neubau der S 4/S 40 zwischen Freiberg und Backnang

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum geplanten Bau der S 40 zwischen Marbach und Backnang, Verknüpfung einer Förderzusage mit dem vertraglich fest vereinbarten zweigleisigen Ausbau der Strecke Freiberg-Benningen sowie mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Marbach?

KIAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/3924

Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland; hier: Austragungsort Stuttgart

Stand der Planung und Realisierung notwendiger Maßnahmen zur Verkehrsinfrastruktur, Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für Logistikaufgaben, Konzentration der Bundesmittel zum Abbau der Engpässe im Bundesfernstraßennetz der Region, Vorkehrungen der Aufgabenträger beim ÖPNV bzw bei der störungsfreien Vernetzung öffentlicher Verkehrsmittel mit dem VVS

Antr
s. *Fußballweltmeisterschaft*
Drs 13/4029

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4264

Verbesserung des Zugangebots auf der Strecke Marbach-Backnang

Gründe für die Verweigerungshaltung zur o.g. Streckenertüchtigung und Ausbau des S-Bahn-Verkehrs zwischen Ludwigsburg, Marbach und Backnang; Mitfinanzierung der vom Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart beschlossenen Angebotsverbesserung iRd bestehenden Vereinbarung mit dem VRS

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4553

Förderung der Pflegeheime im Großraum Stuttgart durch Mittel des Landes

Auflistung der Förderhöhe und -reihenfolge o.g. Heime, Vergleich der Fördermittel pro Einwohner mit dem Landesdurchschnitt, Berücksichtigung auch von gerontopsychiatrischen Einrichtungen für besondere Bedarfsgruppen sowie der fachlichen Meinung der Stadt Stuttgart?

KIAnfr

s. *Pflegeheim*
Drs 13/4601

Ausbau der Stuttgarter S-Bahn-Linie 4 zwischen Freiberg und Benningen

Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4683

Ausbau der S-Bahn S 4 zwischen Freiberg und Benningen

Gründe für die Entscheidung gegen das o.g. Projekt trotz bestehender Vereinbarungen und der Bereitschaft aller übrigen Beteiligten zur Erbringung ihres Finanzierungsanteils, Höhe und Träger der Planungskosten für den Ausbau der S 4 und die Verlängerung der S 40 von Marbach nach Backnang, Frage nach anderen vorrangigen Projekten; Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4706

Weiterentwicklung der Regionen nach dem Vorbild der Region Stuttgart, Bewertung des vorgelegten Landesentwicklungsplans als Stuttgart-lastig

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 70 77

Ausweisung der Region Stuttgart als europäische Metropolregion, Feststellung von Disparitäten zwischen Regionen und Verdichtungsräumen am Beispiel der Region Stuttgart

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 751 753 754 761

Zunahme der Übernachtungszahlen in der Region Stuttgart; Unterstützung der regionalen Clusterbildung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 946 948 951 952 954 958

Zuweisung von Regionalisierungsmitteln an die Region Stuttgart für Verbesserungen im VVS; Bedeutung der neuen Landesmesse für die Region Stuttgart, Anteil des VRS an der Finanzierung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1129 1132 1133 1143 1145-1149 1152-1154

Abstimmungsprobleme zwischen dem WM und dem Verband Region Stuttgart bei der Ausweisung von Windkraftstandorten, Eintreten für drei Gebietskategorien; Bedarf an preiswertem Wohnraum in der Region Stuttgart

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1380 1394 1399 1434 1435

Vergleich der Technologieregion Karlsruhe mit der Region Stuttgart, Streichung der Hervorhebung Stuttgarts im Landesentwicklungsplan, Auszeichnung der Region Stuttgart als Hightechregion von der EU

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1515 1521-1526

Präsentation der Region Stuttgart als Marktplatz im Internet, Bezeichnung der Region Stuttgart als Impulsgeber für die IuK-Branche

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632-1634

Erhaltung der Region Stuttgart bzw der geschaffenen Strukturen, Bildung von sieben weiteren gleichgewichtigen Regionalkreisen
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2373 2379

Erhaltung des Verbands Region Stuttgart, Überprüfung des Aufgabenzuschnitts
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2724 2725 2728

Bezeichnung der Region Stuttgart als Vorbild für Regionalkreise im Land, Verweisung auf die Verlagerung von Aufgaben der LKreise auf die Region Stuttgart, Ausweisung von Standorten zur Windkraftnutzung durch den VRS
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2906 2907 2910 2914 2919 2927 2934 2935 2978 2982 2984 2985 2987 2988

Stärkung der Region Stuttgart, Prüfung der Übertragung neuer Aufgaben
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3330 3333 3334 3336 3337

Bewirkung einer internationalen Ausstrahlung der Region Stuttgart durch die neue Landesmesse, Würdigung des Engagements des VRS für die neue Messe, Prüfung der Übertragung weiterer Kompetenzen
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3370-3375 3377-3385

Entwicklung der Region Stuttgart, Vorlage eines GesEntw zur Übertragung neuer Aufgaben
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4650 4652 4662 4663 4668 4674 4675

Bewertung der Region Stuttgart als Erfolgsmodell, Übertragung auf andere Regionen
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4909 4923 4929 4930 4934

Stärkung der Kernkompetenzen der Region Stuttgart, Zweifel an der Übertragbarkeit als Modell auf andere Regionen
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5001 5002 5004 5005

Bekräftigung der Partnerschaft des Landes mit der Region Stuttgart, Stärkung der Zukunftsfähigkeit bei der Aufgabenerfüllung
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407

Stärken und Schwächen der Region Stuttgart im Vergleich zu anderen Metropolregionen in Europa
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7144 7145

Entwicklung der Patentanmeldungen in der Region Stuttgart zwischen 1995 und 2003
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7882

Regionalausschuss der EU

s. *Ausschuss der Regionen*

Regionale Strukturpolitik

s. *Strukturpolitik*

Regionalfernsehen

s. *Fernsehen*

Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden

s. *Flughafen Söllingen*

Regionalisierungsgesetz

s. *Regionalverkehr*

Regionalisierungsmittel

s. *Regionalverkehr*

Regionalmesse

s. *Messe (Ausstellung)*

Regionalplanung

s.a. *Regionalwissenschaft*

s.a. *Strukturentwicklungsbericht*

Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen

Auswirkungen der angestrebten Verpflichtung zur Ausweisung von Vorranggebieten in den Regionalplänen mit gleichzeitiger außergebietlicher Ausschlusswirkung, Darlegung von Rechtsschutzmöglichkeiten der Gemeinden, Grundstückseigentümer und interessierten Investoren; Eignung von Schiedsstellen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/567

Genehmigung von Windkraftanlagen; hier: Raumbedeutsamkeit einzelner Anlagen

Beurteilung der Rechtsprechung zur o.g. Problematik in anderen BLändern; Vereinbarkeit der im LandesplanungsGes vorgesehenen Einstufung aller Windkraftanlagen über 50 m Höhe als raumbedeutsame Anlagen mit der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/806

Verpflichtung der Regionalverbände zur Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen in den Regionalplänen

Auswirkungen der ausschließlichen Ausweisung von Vorranggebieten mit außergebietlicher Ausschlusswirkung, Bestandschutz für die bisherigen Planungen, Einbindung der Regionalverbände in das beabsichtigte Verfahren zur Änd des LandesplanungsGes; Bereitstellung von aussagekräftigen Winddaten; Ausräumung von Rechtsunsicherheiten durch einen Einführungserslass zur Fortschreibung der Regionalpläne

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/1033

Ges zur Änd des LandesplanungsGes u.a. Ges

Umsetzung des Raumordnungsges des Bundes, Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die RegPräs, Aufhebung von Richtwerten zur Siedlungsstruktur in den Regionalplänen, Vorgaben für regionalplanerische Festlegungen zu Windkraftanlagen, Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verfahren der Aufstellung und Fortschreibung von Regionalplänen; Änd der LHO sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw

s. *Landesplanung*

Drs 13/1883

Umsetzung des Landtagsbeschlusses zum Aufbaustudiengang Regionalwissenschaft/Regionalplanung

Fortführung des o.g. Faches durch die Universität Karlsruhe entsprechend der ursprünglichen Ausrichtung als postgraduierter, auslandsbezogener und interdisziplinärer Studiengang; Überprüfung der Umsetzung dieser Zusage der Universität Karlsruhe

Antr

s. *Regionalwissenschaft*

Drs 13/1956

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Freistaat Bayern zur Änd des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller

GesEntw

s. *Landesplanung*

Drs 13/1963

Realisierung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 für den Bodenseeraum

Umsetzung o.g. Ziele in die Regionalplanung, Auswirkungen auf die Bauleitplanung und Weiterentwicklung des Bodenseeuferbereichs, Notwendigkeit einer Raumbearbeitung, z.B. zur Bevölkerungsentwicklung in den Seeufergemeinden oder zum Flächenversiegelungsgrad?

KlAnfr

s. *Bodensee*

Drs 13/2369

Die Stärke BW: Die Regionen

Entwicklung der regionalen Strukturen; Ergebnisse und Konsequenzen der Prüfung des Rechts der Regionalverbände, Weiterentwicklung des Profils der Regionen und der Zusammenarbeit mit angrenzenden BLändern und Staaten, Zahl der vorhandenen und wieder aufgelösten Zweckverbände; Gleichstellung der Regionen bei der Übertragung weiterer Zuständigkeiten mit dem Verband Region Stuttgart

Antr

s. *Region*

Drs 13/2527

Perspektiven der zentrumsnahen Grundversorgung in Städten und Gemeinden BW

Förderung der innerörtlichen Zentralität von Einzelhandel und Dienstleistungen, Einflussmöglichkeiten über die Landesplanung, Regionalplanung und kommunale Planung; Zielsetzungen der Städtebauförderung; Unterstützung kommunaler Marketingmaßnahmen

Antr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/2760

Ges zur Änd des LPlanungsGes

Anpassung der Vorschriften zur Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlungen der Regionalverbände an das Gesetz zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart und zur Änd der Gemeindeordnung; Gewährleistung einer ausreichenden Wahlzeit zur Verbandsversammlung unabhängig von den Terminen der Kommunalwahl

GesEntw

s. *Landesplanung*

Drs 13/2925

Ausbau der Windkraftnutzung in BW; hier: Regionalplanung
Möglicher Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Beurteilung einer Entscheidung des VGH München zur Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussflächen in den Regionalplänen; Stand bzw. Vereinbarkeit der Planungen der Regionalverbände bzw. der Region Stuttgart; Bereitschaft der Forstverwaltung zum Abschluss von Pachtverträgen für ausgewiesene Vorrangstandorte im Bereich des Staatsforstes

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2997

Regionalplan 2015 des Regionalverbands Nordschwarzwald
Zulässigkeit des o.g. Regionalplans nach der Reduzierung auf wenige Standorte für Windkraftanlagen

KlAnfr Thomas Knapp SPD 29.03.2004 und Antw WM Drs 13/3072

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Umsetzung der vom Nachhaltigkeitsbeirat vorgeschlagenen quantitativen Ziele: Entwicklung eines Aktionsprogramms mit den kommunalen Spitzenverbänden und Regionalverbänden, Verankerung in den Regionalplänen über eine Novellierung des LandesplanungsGes

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/3084

Ausbauperspektive und Potenziale der Windkraftnutzung auf den ausgewiesenen Vorrangflächen der Regionalverbände

Auflistung o.g. Flächen auf der Grundlage des alten und neuen LandesplanungsGes; Attraktivität, Besitzverhältnisse und Erreichbarkeit dieser Standorte; möglicher Beitrag zur Stromerzeugung, insbes. auch bei Ersetzung alter durch neue Anlagen; Rücknahme der Weisung an die Forstbehörden auf Untersagung der Nutzung von staatlichen Waldwegen

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3226

Vereinbarkeit des geplanten Unterhaltungszentrums Ergenzingen Ost (Stadt Rottenburg) mit dem Landesentwicklungsplan (LEP)

Vereinbarkeit der o.g. Freizeiteinrichtung mit einer Großdisko und Gastronomiebetrieben mit dem LEP und den Festlegungen des Regionalplans Neckar-Alb, insbes. durch den starken Besucherverkehr und den dafür notwendigen Flächenverbrauch für 880 ebenerdige Parkplätze; Bewertung der Planung in einem Kleinzentrum an der Autobahn ohne Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel; Frage nach Instrumenten zur Verhinderung derartiger Vorhaben

KlAnfr
s. *Freizeiteinrichtung*
Drs 13/3762

Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahversorgung)

Empfehlungen an die Kommunen zur Nutzung der Möglichkeiten des Planungsrechts sowie der Mittelstands-, Städtebau- und Regionalförderung bzw. Förderung der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte

Antr

s. *Dienstleistung*
Drs 13/3779

Wahl der Mitglieder von beschließenden und beratenden Ausschüssen in der Verbandsversammlung der Regionalverbände und ihrer Stellvertreter nach dem LPlanungsGes (LplG)

Begründung der unterschiedlichen Verfahren für die Besetzung der o.g. Ausschüsse sowie der Ausschüsse der Gemeinderäte und Kreistage nach der GemO; Änd des LplG: Anwendung der Grundsätze der Verhältniswahl entsprechend § 40 Abs 2 der GemO

KlAnfr
s. *Wahl*
Drs 13/3948

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion

Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarketing GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr
s. *Unterer Neckar, Region*
Drs 13/4067

Stärkung der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar

Begrüßung der mit dem Staatsvertrag geschaffenen Grundlagen für den Verband Region Rhein-Neckar, dessen Kompetenzerweiterung durch neue Entwicklungsaufgaben sowie der Direktwahl der Vertreter der Verbandsversammlung

Antr
s. *Unterer Neckar, Region*
Drs 13/4450

Regionalplanung zur Windkraftnutzung

Bisher geleisteter und noch notwendiger Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Stand der von den Trägern der Regionalplanung ausgewiesenen Vorrangflächen zur Windkraftnutzung, Vereinbarkeit mit dem vom Bund geforderten Ausbau, Beurteilung der Intervention des WM zur Herausnahme der Hochflächen des Kohlwasen bei Furtwangen aus der Planung des Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg, Möglichkeiten zur Ersetzung alter durch neue Anlagen in nicht ausgewiesenen Vorrangflächen sowie zur Korrektur der Windkraft-Sonderregelung im LandesplanungsGes

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/4526

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw

s. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
Drs 13/4741

Festlegung bzw Konzentration von Standorten für Windkraftanlagen iRd Regionalplanung
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 433 434

Kompetenzen der Regionalplanung, Infragestellung des Zuschnitts der Regionalverbände
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 750 751 753 757 758

Ausweisung von Vorranggebieten für Standorte von Windkraftanlagen iRd Regionalplanung
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1387 1390 1391 1394 1395 1399 1402 1403

Vorschlag von zwölf Regionalkreisen aufbauend auf den jetzigen Regionalverbänden, Definition der Region als Planungsebene, Vorgaben des neuen Landesplanungsges zur Regionalplanung
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2906 2910 2927 2978-2989

Zustimmung zu dem Staatsvertrag über die Reform der Organisationsstrukturen und Aufgaben des länderübergreifenden Regionalverbands Donau-Iller; Korrektur bzw Reduzierung der von den Gemeinden angemeldeten zusätzlichen Siedlungsflächen durch die Regionalverbände
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3038-3042 3047 3048

Festlegung von Standorten für Windkraftanlagen iRd Regionalplanung, Kritik an Eingriffen des MinPräs vor Ort
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3457 3458 3464 3465 3468

Erfolgsbewertung der vom Verband Region Stuttgart betriebenen Regionalplanung
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5342

Wahl von EU-Bürgern in Gemeinderäte, Ermöglichung auch der Entsendung in Regionalverbandsversammlungen, Änd des Landesplanungsges
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6183-6189

Wahl von EU-Bürgern in Gemeinderäte, Ermöglichung auch der Entsendung in Regionalverbandsversammlungen, Änd des Landesplanungsges
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7276-7278

Regionalverband

s. Regionalplanung

Regionalverkehr

s.a. Verkehrsverbund

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG
Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechendes höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr
s. Personenverkehr

Drs 13/55

Qualitätsprobleme der Deutschen Bahn AG im Raum Stuttgart, Tübingen und Sigmaringen

Entwicklung der o.g. Defizite, Auswirkungen auf die vom Land bezahlten Regionalisierungsmittel, Zeithorizont von Verbesserungen durch zusätzliche Ausweich- und Begegnungsstellen

KlAnfr Helmut Göschel SPD 19.09.2001 und Antw UVM
Drs 13/250

Zukunft des Interregios

Unterstützung der Übertragung der Verantwortung und Mittel für die Interregioverkehre auf die Länder sowie der Festlegung auf Höhe und Dynamisierung der Regionalisierungsmittel, ausschließlicher Einsatz für Verbesserungen des ÖPNV, insbes des SPNV; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. Interregio-Verkehr
Drs 13/346

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln des Bundes zur Verbesserung des Schienenverkehrs

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart

Antr
s. Region Stuttgart
Drs 13/597

Zukunft der Interregio-Zugverbindungen? Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Interregiopolitik am Ende der Regierung Schröder

Stand der Verhandlungen zur Revision der Regionalisierungsmittel nach dem Regionalisierungsges, Berücksichtigung der Forderungen aller Landesverkehrsminister sowie der Beschlüsse des Ltg gegenüber dem Bund, Auswirkungen einer Festschreibung der Regionalisierungsmittel bis 2007 auf die Interregio-Zugverkehre, -ersatzverkehre und den SPNV

Antr
s. Interregio-Verkehr
Drs 13/645

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonnenverkehr/Öffentlichen Verkehr durch das Land BW

Zuweisungen des Bundes und Mittelabfluss im Landeshaushalt für die Hj 2000/01, zustehende Mittel nach dem Referentenentwurf des BFinanzMin für 2002; zeitnahe Verwendung der zuffließenden Mittel für den SPNV und ÖPNV

Antr GRÜNE 31.01.2002 Drs 13/703
EAntr CDU, FDP/DVP, SPD und GRÜNE 06.02.2002 Drs 13/719
PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1124-1136

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Jährliche Zuweisungen des Bundes seit 1995 nach BW bzw an die DBAG für Investitionen in den ÖPNV, SPNV und Schienenfernverkehr; Anteil der Mittel aus den Investitionsprogrammen des Bundes; Verteilung der Regionalisierungsmittel auf Verkehrsleistungen der Bahn AG u.a. Unternehmen sowie den nicht schienenengebundenen ÖPNV; Umsetzung von planfestgestellten Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995; Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

ten

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/716

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrpläne, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/771

IR-Zugverbindung Heilbronn-Würzburg

Planungsstand der Bahn AG zur o.g. Relation, Bereitschaft des Landes zur Übernahme entsprechender Ersatzverkehre bzw Einsatz von Nahverkehrszügen wie z.B. des Regionalexpress

KlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/921

Zustimmung der LReg zur Revision des Regionalisierungsges im BRat

DringlAntr GRÜNE 07.05.2002 Drs 13/981
Antr CDU und FDP/DVP 15.05.2002 Drs 13/994
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1560-1570
Mittlg LReg 23.07.2002 Drs 13/1200

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2001 und 2002 nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung; zeitnahe Verwendung der Überschüsse und zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr GRÜNE 06.06.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1054
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2193-2199

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart, Stand der Verhandlungen mit dem VRS

MdlAnfr
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/1153

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Ausschreibung von Regionalverkehren und Interregiostrecken, Ermöglichung des Betriebs von NE-Bahnen, Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen als Leistungsanbieter im ÖPNV und insbes im Busverkehr

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Finanzierung nichtbundeseigener Eisenbahnen

Darlegung der seit 1990 stillgelegten bzw bedrohten NE-Strecken, u.a. Vaihingen/Enz-Enzweihingen, Gaildorf-Untergröningen, Korntal-Weissach und Ebingen-Onstmettingen; Vorlage eines Konzepts zum Einsatz von Regionalisierungsmitteln auch für SPNV-Bestellungen auf NE-Bahnen

Antr
s. *Eisenbahnunternehmen*
Drs 13/1468

Pünktlichkeit der RB 19307 Geislingen-Ulm

Feststellung täglicher Verspätungen sowie eines zu geringen Wagenangebots auf der o.g. Regionalbahn; Kürzung der Zuschüsse an die Bahn AG aus Regionalisierungsmitteln u.a. Maßnahmen zur Durchsetzung eines sach- und vertragsgerechten Verkehrsangebots

KlAnfr Martin Rivoir SPD 08.11.2002 und Antw UVM Drs 13/1479

Verwendung der Regionalisierungsmittel im Jahr 2002

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2002 und 2003

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 07.01.2003 und Antw UVM Drs 13/1654

Verwendung zusätzlicher Regionalisierungsmittel

Verteilung der geplanten Kürzungen im Epl 10 auf den ÖPNV und den Straßenbau

MdlAnfr 2) Boris Palmer GRÜNE 20.01.2003 Drs 13/1678
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2480-2482

Ertüchtigung von Schienenstrecken in den Regionalverkehrsräumen

Kriterien der Bahn AG für die Aufnahme von schwach befahrenen Strecken in den neuen Investitionsplan, Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes, Einbeziehung von Strecken mit NE-Bahnen-Betrieb

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/1834

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr Rudolf Hausmann u.a. SPD 26.09.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2456
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.11.2003 Drs 13/2782 S. 36-38
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Investitionsförderung für den ÖPNV sichern

Entwicklung o.g. Förderung aus GVFG-Mitteln und Regionalisierungsmitteln seit 1996; Beibehaltung des Fördersatzes von 85 Prozent und der Bagatellgrenze für ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2470

Investitionsförderung im Bereich des ÖPNV

Auflistung der geförderten Projekte aus GVFG- und Landesmitteln sowie freien Regionalisierungsmitteln in den letzten zehn Jahren und einzelnen Regionen

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2646

Kahlschlag im Schienenverkehr in BW verhindern

Ablehnung einer Kürzung der Finanzhilfen des Bundes für den ÖPNV nach dem Regionalisierungsges im BRat

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2694

Ausweitung des schaffnerlosen Betriebs in Regionalzügen der DB AG

Strecken und Zugkategorien für den Einsatz des technikbasierten Abfertigungsverfahrens, entsprechende Regelungen im Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und im Ausschreibungsverfahren für die Schwarzwaldbahn, Frage nach Unfällen u.a. Zwischenfällen

Antr
s. *Eisenbahnpersonal*
Drs 13/2928

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Fragen zur Ausgestaltung des o.g. Vertragswerks, insbes Abbestellung von Verkehrsleistungen, Aufgabe von Strecken, Rückzahlung von Zuschüssen, Konsequenzen aus einer Erhöhung oder Kürzung der Regionalisierungsmittel, Gewichtung und Folgen der Verletzung vereinbarter Qualitätskriterien, verbleibendes Volumen für Ausschreibungen

GrAnfr
s. *Vertrag*
Drs 13/3233

Drohende Streichung von Schienenverkehrsleistungen in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken, erwartete Einsparungen, Verwendungszwecke der frei werdenden Regionalisierungsmittel? Einsatz für Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen und zur weiteren Umsetzung des integralen Taktfahrplans

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3258

Regionalisierungsmiteinsatz für Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/3305

Streichungen von Leistungen im SPNV in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken und erwartete Einsparungen; Höhe des Differenzbetrags zwischen den bisher gewährten Zuschusszahlungen und den Einsparungen infolge der Streichungen; Kompensation der Abbestellungen durch Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3354

Wahrheitsbegriff des Staatssekretärs im Umwelt- und Verkehrsministerium

Umfang der geplanten Abbestellungen von Verkehrsleistungen im SPNV iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, Verneinung dieser Pläne durch Staatssekretär Mappus im SWR-Fernsehen sowie im Plenum des Ltg, Vereinbarkeit von Aussagen zur Ablehnung einer Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln mit dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem VRS über eine Beteiligung an diesen Mitteln

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*
Drs 13/3357

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3683

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3820

Erfolgsgeschichte des öffentlichen Nahverkehrs fortsetzen

Festhalten am weiteren Ausbau des ÖPNV, Interventionen auf Bundesebene für die notwendige Ausstattung der Länder mit Regionalisierungsmitteln auch über das Jahr 2007 hinaus, Verhinderung einer Umschichtung von Nahverkehrsmitteln in Fernverkehrsprojekte

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3977

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3983

Auswirkungen der Angebotsreduzierungen auf der Bahnstrecke Aulendorf-Kißlegg-Memmingen

Fahrgastzahlen und Zugangebot 2005 und 2006, Begründung der Unterschreitung des landesweiten integralen Taktfahrplans bei gleichzeitiger Ausweitung auf vergleichbaren Strecken mit niedrigeren Fahrgastzahlen; notwendige Rahmenbedingungen zur Wiedereinführung des Studenttakts

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4634

Kürzung der Regionalisierungsmittel verhindern

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes in den einzelnen Jahren seit 1998 bzw ab 2006 im Falle der Umsetzung der geplanten Kürzung der BReg, Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung; Ablehnung der Kürzung im BRat

Antr GRÜNE 24.11.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4868

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 16.01.2006 Drs 13/5138 S. 85-88

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Angemessene Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln sicherstellen

Höhe der Förderung der Investitions- und Betriebskosten aus Regionalisierungsmitteln des Bundes seit 2001; Eintreten für eine bedarfsgerechte Förderung zur Erhaltung und Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots

Antr CDU 09.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4952

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 16.01.2006 Drs 13/5138 S. 85-88

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Vorbereitungen auf Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Höhe der erwarteten Kürzungen und Maßnahmen zur Kompensation ab 2007; Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung, u.a. auch für das Projekt Stuttgart 21; Chancen für Mittelrückflüsse durch Zugabbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio; Umfang der eingeplanten Fördermittel nach dem GVFG für Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur und das Projekt Stuttgart 21 bis 2010; Bezifferung der Höhe einer angemessenen Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 31.01.2006 und Antw IM Drs 13/5102

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/5178

Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf den Nahverkehr in BW

Darlegung der o.g. Beschlusslage der BReg und deren Auswirkungen auf die Angebote im ÖPNV und SPNV, Billigung der Kürzungen durch die MinPräs iRd Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene? Frage nach konkreten Planungen zur Umsetzung der Kürzungen im Jahresfahrplan 2006/2007; Ablehnung der Kürzungen im BRat, Forderung einer Stabilisierung der Mittel auf heutigem Niveau, Vorlage eines Berichts über mögliche Konsequenzen der geplanten Kürzungen sowie über Einsparpotenziale im ÖPNV, insbes Ausschreibung aller Leistungen bis 2016, Erlangung der Zuständigkeit für die Gleis- und Bahninfrastruktur, Reduzierung der Zahl der Verkehrsverbände, Ermöglichung einer City-Maut und Nahverkehrsabgabe

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 01.03.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5203

Bestimmung der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr; Vorwurf der Zweckentfremdung, u.a. für Stuttgart 21; Eintreten für eine Erhöhung der Zuweisung von Regionalisierungsmitteln des Bundes

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 215-226

Verknüpfung des Ges über die Lkw-Maut mit der Novellierung des Regionalisierungsges, Verhinderung einer Reduzierung der Regionalisierungsmittel, Übernahme der Zuständigkeit und Geldmittel für die Interregio-Ersatzverkehre, Finanzierung des Nahverkehrs mit Regionalisierungsmitteln, Vorwurf der Zweckentfremdung dieser Mittel

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1023 1029 1032 1033 1038-1040

Hinweis auf die erreichte stetige Anhebung der Regionalisierungsmittel des Bundes

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1991 1992

Finanzierung eines Landestarifs sowie der wegfallenden Interregiozüge mit Regionalisierungsmitteln

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2205 2210 2214

Würdigung der Verbesserungen im ÖPNV mit Regionalisierungsmitteln des Bundes, Vorwurf der Zweckentfremdung dieser Mittel zur Haushaltssanierung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3642 3649 3650 3653

Umgang mit den Regionalisierungsmitteln des Bundes, Verweisung auf die Zuwächse im ÖPNV

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4323 4327 4334 4335 4338

Einsatz von Regionalisierungsmitteln des Bundes für den Ausbau des ÖPNV

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4427-4429 4431-4433 4435

Umgang mit den Regionalisierungsmitteln des Bundes, Verweisung auf die Zuwächse im ÖPNV

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5498 5502 5510

Verhinderung einer Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6060 6065

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes seit 1998, Verwendung für den BW-Takt im SPNV

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6802 6811

Umfang und Auswirkungen der Kürzungen des Bundes bei den Regionalisierungsmitteln, Verhinderung der Kürzungen im BRat, Fortschreibung der Erfolgsgeschichte des ÖPNV

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7869-7879

Verhinderung einer Kürzung der Regionalisierungsmittel des Bundes

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958

Regionalwahl

s. Kommunalwahl

Regionalwissenschaft*s.a. Regionalplanung**Umsetzung des Landtagsbeschlusses zum Aufbaustudiengang Regionalwissenschaft/Regionalplanung*

Fortführung des o.g. Faches durch die Universität Karlsruhe entsprechend der ursprünglichen Ausrichtung als postgraduierter, auslandsbezogener und interdisziplinärer Studiengang; Überprüfung der Umsetzung dieser Zusage der Universität Karlsruhe

Antr Günter Fischer u.a. SPD 28.03.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1956

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2139 S. 62

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Regionen Aktiv*s. Region***Regio-Verkehrsverbund Freiburg***Übergangstarif RVF (Regio-Verkehrsverbund Freiburg) und VSB (Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar)*

MdlAnfr

s. Verkehrstarif

Drs 13/62

Bestnote des Verkehrsverbunds Freiburg im bundesweiten Ranking der ÖPNV-Angebote

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1981

Regress*s.a. Haftung**UnterhaltsvorschussGes*

Entwicklung der Fallzahlen, Ausgaben und Einnahmen nach dem UnterhaltsvorschussGes seit 1999; Maßnahmen zur Erhöhung der Rückgriffsquote und Verfahrensbeschleunigung; Hinwirkung auf eine weitere strukturelle Verbesserung des Gesetzes

Antr

s. Unterhaltsleistung

Drs 13/187

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr

s. BSE

Drs 13/786

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 24) - Behandlung von Prüfungsfeststellungen und Durchsetzung von Rückforderungen

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XXI. S. 8

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2212

Verletzung der Unterhaltspflicht - Abwicklung und Finanzierung von Unterhaltsvorschuss- und -ausfallleistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes (UVG)

Entwicklung der Strafanzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht sowie der Ausgaben des Landes und der Rückgriffsquote der Kommunen seit 2001; Auswirkungen der ab Juli 2004 geplanten Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes; Erfahrungen anderer BLänder mit der Einführung eines Bonus-Malus-Systems; Begründung und Konsequenzen der angestrebten Abschaffung des Gesetzes über den BRat

Antr

s. Unterhaltsleistung

Drs 13/2699

*Haushalt 2004; Epl 09**Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Verstärkung der Anreize zur Erhöhung der Rückgriffsquote*

s. Unterhaltsleistung

Drs 13/2809

*HaushaltsstrukturGes 2004**Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Verstärkung der Anreize zur Erhöhung der Rückgriffsquote*

s. Unterhaltsleistung

Drs 13/2816

Kosten von Polizeieinsätzen

Rechtsgrundlage und Höhe der o.g. Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Gegenüberstellung der von den Adressaten erhobenen Kostenrückforderung, Höhe der seit 1990 erzielten Einnahmen, Einsätze mit unangemessenem Aufwand und entsprechenden Regressforderungen, differenzierte Darlegung der beim Einsatz in Aichstetten-Laubegg am 10.02.2004 angefallenen Kosten

Antr

s. Polizeikosten

Drs 13/3185

Ungleichbehandlung bei der Berechnung von Abschiebekosten

Frage nach der Vorgehensweise bei der Rückforderung von Abschiebekosten bei ausgewiesenen Kindern, denen die Wiedereinreise gestattet wird

Antr

s. Ausweisung

Drs 13/3342

Anwaltskosten aus Landesmitteln in den FlowTex-Verfahren

Höhe und Nutznießer einer Kostenerstattung, Frage nach Fällen von Rückforderungen des Landes

Antr

s. Rechtsanwaltsgebühren

Drs 13/3819

Rückzahlung von Anwärterbezügen der Laufbahn des gehobenen Dienstes

Begründung und Fallzahlen zur o.g. Rückzahlungsverpflichtung; Heranziehung auch von Anwärtern, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Stelle im Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst annehmen

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/4446

Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Verstärkung der Anreize zur Erhöhung der Rückgriffsquote

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4030

Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Erhöhung der Rückgriffsquote

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4221

Rehabilitation

s.a. *Eingliederungshilfe*
s.a. *Fachkrankenhaus*
s.a. *Kur*
s.a. *Resozialisierung*

Gemeinsame Servicestellen der Rehabilitationsträger nach § 22 SGB IX

Auflistung o.g. Stellen zur Beratung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen, Vergleich des Versorgungsschlüssels mit den anderen BLändern

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 13.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/439

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/885 S. 30 31

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Geriatrische Rehabilitation

Entwicklung der Pflegesätze in den o.g. Reha-Kliniken im Vergleich zur Finanzierung der Personalausstattung, insbes im nicht-ärztlichen Sektor, seit 1996; Anteil von eingewiesenen Patienten aus dem häuslichen Umfeld und aus Pflegeheimen; Einrichtung einer Schiedsstelle; Schaffung von ambulanten und teilstationären Plätzen nach der Resolution des Landesseniorenrats; Modelle der Alltagsrehabilitation und Übergangspflege; Berücksichtigung der Verlagerung von Pflegeanteilen in den ambulanten Sektor bei der Festlegung von Fallpauschalen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 26.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/485

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/997 S. 36-38

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Anteil von Gästen des Kur- und Rehabilitationsbereichs; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/844

Situation der Neurologischen Akutbehandlung und Rehabilitation in BW - Phasen A und B

Zahl und Verteilung o.g. Betten an den einzelnen Klinikstandorten, Frage nach Wartelisten bzw der Notwendigkeit zum Ausbau der Frührehabilitation

KIAnfr

s. *Neurologie*
Drs 13/915

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Vorsorge- und Rehabilitationskuren sowie der Heilverfahren bei den Rentenversicherungsträgern seit 1997, Ausgleich der Leistungseingriffe der früheren BReg, Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Krankheitshäufigkeit von Frauen und Männern, Auswirkungen der Doppelbelastung von Familie und Beruf, Art der Befunde für die Verordnung von stationären Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen bzw von Kuren, Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei weiblichen und männlichen Versicherten

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Gesundheit in Europa

Thematisierung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Oberrheinrat; Auswirkungen und Chancen der gegenseitigen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen von Deutschen und Schweizern, insbes auch von gesetzlich Krankenversicherten; Unterstützung der Leistungsanbieter einschließlich der Rehabilitationseinrichtungen zur Gewinnung ausländischer Patienten ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Belegungsverträge der Landesversicherungsanstalt

Kriterien für den Abschluss von Belegungsverträgen mit Fachkliniken, Überprüfung der Belegungspraxis durch die Aufsichtsbehörde, öffentliche Ausschreibung des Bedarfs an Rehabilitationsplätzen, Vorschlag der Selbstauswahl einer wohnortnahen Rehabilitation durch die Versicherten

KIAnfr
s. *Landesversicherungsanstalt*
Drs 13/1328

Außensprechstunden der Servicestellen nach § 22 SGB IX

Arbeitsbilanz der gemeinsamen Servicestellen der Rehabilitationsträger zur Beratung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen; Hinwirkung auf regelmäßige Außensprechstunden aller Servicestellen im Land

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 29.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1444
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 39 40
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Ambulante Rehabilitation in BW nach Einführung des SGB IX

Zahl der vorhandenen und benötigten Reha-Kliniken und ambulanten und teilstationären Reha-Plätze zur Umsetzung des o.g. Vorrangprinzips; gestellte und bewilligte Zulassungsanträge der Versicherungsträger, Transparenz der Zulassungskriterien, Reduzierung der Verfahrensdauer

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 03.12.2002 und Antw SM

Drs 13/1582

LVA BW - Konsequenzen nach Vorlage des Prüfberichts

Beurteilung der Überweisungen an das Ulmer Forschungsinstitut für Rehabilitationsmedizin zur Entwicklung einer Software und deren Vermarktung durch den Sohn des dortigen Geschäftsführers

Antr

s. *Landesversicherungsanstalt*

Drs 13/1661

Probleme in der Entwicklung des Tourismussektors in den LKreisen Calw und Freudenstadt

Wirtschaftliches Potenzial des o.g. Sektors; Höhe, Bereiche und Wirksamkeit der Förderung seit 2001; Entwicklung der Übernachtungszahlen in der Gastronomie sowie im Kur- und Rehabilitationsbereich seit 1996; Gegenüberstellung der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Unterstützung und Erfolge der Werbeaktivitäten zur Erschließung neuer Gästegruppen im In- und Ausland; Beseitigung von Engpässen in der Verkehrsinfrastruktur

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/2091

Rehabilitationssport als wichtiger Bestandteil der Prävention

Art und Höhe der Bezuschussung o.g. Angebote durch die gesetzlichen Leistungsträger, Kreis der Anspruchsberechtigten und Zeitdauer der Förderung, Übertragung der notwendigen Übungen von chronisch Kranken in deren eigene Verantwortung

KlAnfr

s. *Sport*

Drs 13/2744

Auswirkungen der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung auf Versicherte, Beschäftigte und Institutionen im Land BW

Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen, Auswirkungen auf die bisherige LVA und deren Gestaltungsfreiheit, auf die Zuordnung von Versicherten zu den einzelnen Regionalzentren und die Wahlfreiheit der Rehabilitationseinrichtung; Ausgestaltung der Mitbestimmung der Regionalzentren, Berücksichtigung der bisherigen Größe der einzelnen LVA; Konkretisierung der Pläne der BReg zur Zentralisierung des Sozialversicherungsbeitragsinzugs

Antr

s. *Rentenversicherung*

Drs 13/3455

Praxis der Krankenkassen bei der Genehmigung von Müttergenesungskuren und Mutter-Kind-Kuren

Ablehnungsquote und -gründe für die o.g. Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, Erfolgsquote der eingelegten Widersprüche, Umleitung von Anträgen an die Rentenversicherer und deren Ablehnungsgründe, Beeinträchtigung des Wahlrechts der Antragsteller durch die Verweisungspraxis der Kassen in vertragsgebundene (kostengünstige) Einrichtungen, Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen? Bewertung der Kooperation mit den Beratungs- und Vermittlungsstellen

KlAnfr

s. *Mutter*

Drs 13/4257

Bezeichnung der Landesversicherungsanstalt als Vorreiter bei den Rehabilitationskonzepten in Deutschland; Berücksichtigung der Wünsche des Patienten bei einer Reha-Maßnahme

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1625 1626 1628-1630

Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die Rehakliniken

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2077

Vorreiterrolle des Landes bei der Einrichtung der gemeinsamen Servicestellen für Rehabilitation

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3553

Beklagung einer zunehmenden Verweigerung von Rehabilitationskursen durch die Leistungsträger

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7956

Reichardt, Klaus Dieter MdL CDU*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5115

Reichenau*Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)*

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1520

Reichssiedlungsgesetz*s.a. Grundstücksverkehr**Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur; zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)*

Änd des Ges zur Ausführung des Reichssiedlungsges sowie des Ausführungsges zum Grundstücksverkehrsges, Änd der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem Landpachtverkehrsges

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Reifen*Recycling und Entsorgung von Altreifen in BW*

Anfallende Mengen, Anteil der Deponierung, der stofflichen und thermischen Verwertung sowie Verbringung ins Ausland; Darlegung der rechtlichen Vorgaben, der Entsorgungsunternehmen und Forschungsprojekte

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 28.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2122

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003 Drs

13/2583 S. 8 9
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Prüfung eines Verbots des Fahrens mit Sommerreifen bei Schneefall oder bei winterlichen Straßenbedingungen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6063

Reinhart, Wolfgang Prof. Dr. MdL CDU

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Finanzministerium

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Wolfgang Reinhart zum/als Minister und Bevollmächtigten des Landes BW beim Bund

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Reinigungsmittel

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Zuständigkeiten für Überwachungsmaßnahmen nach dem WaschmittelGes; Änd der ChemikalienGes- und der Biostoff-ZuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Reisekosten

s.a. *Kilometerentschädigung*
s.a. *Umzugskosten*

Einführung neuer Steuerungsinstrumente (NSI) in der Landesverwaltung

Abbau von 3500 Stellen zur Gegenfinanzierung der NSI, Darlegung der betroffenen Bereiche, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen? Finanzierung von Reisekosten für NSI-Schulungen aus dem allgemeinen Reisekostenetat, vorzeitige Ausschöpfung dieser Mittel; Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei, Bildung, Steuerverwaltung und Justiz

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1167

Übernahme von Reisekosten für Journalisten

Auflistung der Reisen von Regierungsmitgliedern seit Beginn der 13. WP und der begleitenden Journalisten, Frage nach vorhandenen Regelungen zur Kostenübernahme bzw der jeweils tatsächlich erfolgten Kostenerstattung

Antr
s. *Journalist*
Drs 13/1958

Überplanmäßige Ausgabe bei den Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten), Kap 0503 Tit 536 01 im Hj 2003

Mittlg
s. *Rechtspflege*
Drs 13/2657

Reisekosten von Lehrkräften bei schulischen Veranstaltungen
Entwicklung o.g. Zuweisungen für Lehrkräfte und Begleitpersonen in den letzten drei Jahren, Rückläufigkeit von mehrtägi-

gen schulischen Veranstaltungen durch die Kürzungen? Einräumung der Möglichkeit des Verzichts auf die Reisekostenvergütung in einem Antragsformular des Oberschulamts Stuttgart, Bewirkung eines Drucks von Schülern und Eltern zum Verzicht auf die zustehende Erstattung und damit des Zustandekommens von (mehr) Veranstaltungen

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 17.12.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2753
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 17.03.2004 Drs 13/3093 S. 23 24
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Umfang des Reisekostenverzichts von Lehrkräften bei schulischen Veranstaltungen

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 05.02.2004 und Antw KM Drs 13/2887

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungsanordnungen und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des LandesreisekostenGes, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungsGes

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 13/3399

Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten mit dem Fahrrad

Anhebung der Wegstreckenentschädigung nach dem LandesreisekostenGes für Dienstfahrten mit dem Fahrrad

KlAnfr
s. *Kilometerentschädigung*
Drs 13/3675

Reisekosten bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Höhe und Art der Berechnung des pauschalen Verfügungs Betrags an Reisekosten für Lehrkräfte und Begleitpersonen für die einzelnen Schulen, Anteil der direkt zugewiesenen Mittel und der nicht ausgeschöpften Mittel, Unterbindung der Ausschöpfung dieser Mittel durch das KM im Zuge der Haushaltsrestriktionen; Rückkehr zur bisherigen Praxis der Befriedigung von Nachforderungen der aktiven Schulen aus den nicht abgerufenen bzw zunächst zurückgehaltenen Mitteln

Antr Klaus Käppler u.a. SPD 21.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3691
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 26
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 7) - Dienstreisemanagement

Mittlg
s. *Dienstreise*
Drs 13/4103

Reisekostenerstattung von Landesbediensteten

Zeitdauer zwischen der Antragstellung und Auszahlung, Gründe und Zumutbarkeit der Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung der Schul- und Oberschulämter für die Referendare; Abhilfemaßnahmen

KlAnfr Roland Weiß SPD 12.04.2005 und Antw FM Drs 13/4238

Krankheitsvertretungen an Gymnasien

Umsetzung der Sollbestimmung zu Schullandheimaufenthalten nach der Kürzung des Reisekostenetats für Lehrkräfte

Antr
s. *Krankheitsvertretung*
Drs 13/4292

Fahrtkosten für Schulschach-Mannschaftsmeisterschaften

Auflistung der teilnehmenden Mannschaften in den letzten Jahren; (teilweise) Erstattung der Fahrt- und Reisekosten nach dem bei anderen Schulvergleichswettbewerben üblichen Schlüssel

KlAnfr
s. *Schach*
Drs 13/4722

Personalsituation am Finanzgericht BW; Außenstelle Karlsruhe und Freiburg

Pendelverkehr von Richtern zwischen der Hauptstelle Stuttgart und den Außenstellen Freiburg und Karlsruhe, Höhe der Kosten nach dem LReisekostenGes und der LTrennungsgeldVO 2004 und 2005, Frage nach organisatorischen Maßnahmen zur Beschränkung der Reisetätigkeit auf die Notwendigkeit des dienstlichen Interesses

KlAnfr
s. *Finanzgericht*
Drs 13/5146

Kritik an der Höhe des Reisekostenetats beim KM

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2710

Personaleinsparung durch die zentrale Abrechnung von Reisekosten nach einer Empfehlung des RH

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384 6386 6393

Reisekostenrecht

s. *Reisekosten*

Reisepass

s. *Ausweis*

Reitschadenausgleichsverordnung

s. *Pferdesport*

Reitsport

s. *Pferdesport*

Reitweg

Fern- und Regionalreitwegenetze in BW

Darlegung der geplanten und ausgewiesenen Reitwege in BW, Frage nach einer offiziellen Reitwegkarte auch für die touristische Nutzung, Vernetzung der Fernreitwege mit denen der angrenzenden BLänder

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 31.10.2003 und Antw MLR Drs 13/2564

Aufhebung des Wegegebots beim Reiten im Wald, Anmahnung eines rücksichtsvollen Verhaltens der Reiter

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7272

Rektor an Schulen

s. *Schulleiter*

Rektoren an Hochschulen

s. *Hochschulrektor*

Relation Stuttgart-Zürich

s. *Gäubahn*

Religiöse Sekte

s. *Sekte*

Religion

s.a. *Christentum*

s.a. *Islam*

s.a. *Juden*

s.a. *Predigt*

s.a. *Religionslehrer*

Integration von Migranten in BW

Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache, Einrichtung von Professuren für islamische Religionspädagogik an Universitäten und PH

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/432

Einrichtung von Pilotprojekten für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2002/2003

Ermittlung geeigneter Grundschulen und Lehrkräfte für die Einrichtung o.g. Pilotprojekte, Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die eingereichten Lehrpläne, Erstellung eines Weiterbildungskonzepts der PH Karlsruhe und Ludwigsburg und der Universität Tübingen gemeinsam mit den antragstellenden islamischen Religionsgemeinschaften, Installation eines wissenschaftlichen Beirats zur Begleitung und Evaluation der Projekte

Antr
s. *Islam*
Drs 13/490

Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache

Vorlage des Sachstandsberichts der Steuerungsgruppe „Islamunterricht“ beim KM, Vorbereitungsstand entsprechender Lehrplanentwürfe, Darlegung der Kooperationspartner, Zeitpunkt und Ausgestaltung eines Modellversuchs, Gewinnung geeigneter Lehrkräfte, finanzielle Voraussetzungen, Auswirkungen von Verwaltungsgerichtsurteilen in Berlin und Düsseldorf

Antr
s. *Islam*
Drs 13/493

Ges zur Änd des SchulGes

Gleichstellung von Ethik- und Religionsunterricht, Einführung einer Wahlpflicht zur Teilnahme am Unterricht in einem der beiden Fächer

GesEntw
s. *Ethik*
Drs 13/548

Einführung des Ethikunterrichts ab der ersten Klasse

Einführung in der ersten Grundschulklasse sowie Klasse fünf der weiterführenden Schulen, insbes der Hauptschulen, für die nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schüler; Erstellung der Lehrpläne; Angebot der erforderlichen Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/549

Islamwissenschaften an den baden-württembergischen Hochschulen

Verankerung o.g. Thematik an Hochschulen bzw in Lehramtsstudiengängen, Perspektiven iRd Entwicklungsplanungen, Schaffung entsprechender Voraussetzungen im Hinblick auf die Einführung des islamischen Religionsunterrichts

Antr
s. *Islam*
Drs 13/696

Umsetzung der allgemeinen Schulpflicht

Zahl und Gründe von Befreiungen vom Schulbesuch in den letzten fünf Jahren, Anteil der Zugehörigkeit zu religiösen Gruppierungen und Glaubensgemeinschaften, Umfang und Art der Bescheidung von Anträgen auf Einrichtung einer Privatschule, formale und personelle Struktur dieser Schulen, Art der angebotenen Abschlüsse, Auswirkungen von jüngsten Gerichtsurteilen auf die künftige Befreiungspraxis

Antr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/1102

Werbung für Psychogruppen im Haus der Geschichte

Darstellung der Psychogruppen Bhagwan und Scientology in gleichwertiger Präsentation neben den drei großen Weltreligionen; Unterbindung dieser unreflektierten Darstellung

Antr
s. *Sekte*
Drs 13/1826

Religionsunterricht

Zahl der evangelischen, katholischen u.a. Konfessionen angehörenden Schüler an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Anteil der Teilnahme am jeweiligen Religionsunterricht; Rechtsgrundlage der Unterrichtserteilung neben der evangelischen und katholischen Kirche

Antr Ursula Lazarus u.a. CDU 08.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2057
BeschlEmpf und Bericht Schula 09.04./15.10.2003 Drs 13/2582 S. 27-30
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Die LReg und der Fall Michael B. - Nach welchen Kriterien fördert die LReg den interreligiösen Dialog?

Prämissen, Kriterien und Zielvorstellungen zur Förderung eines interreligiösen Dialogs zwischen Muslimen und Christen; Einflussnahme des Islam-Beraters Michael B. seit seiner Anstellung im StM durch Initiativen, Stellungnahmen u.ä.; Bewertung der vom Landesamt für Verfassungsschutz geäußerten Bedenken

Antr Stephan Braun u.a. SPD 23.09.2003 und Stellungnahme

StM Drs 13/2434
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2782 S. 6-8
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Fachliche und pädagogische Befähigung von Lehrkräften für jüdischen Religionsunterricht

Bisherige und künftige Praxis für den Erwerb der o.g. Qualifikation, Zahl der befähigten Lehrkräfte, Zeitpunkt einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz

Antr
s. *Religionslehrer*
Drs 13/2436

Pragmatische Schritte zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts in BW; Einrichtung von Schulversuchen islamkundlichen Unterrichts zum Schuljahr 2004/2005

Beginn mit islamkundlichem Unterricht als Zwischenform zum Religionsunterricht, Ausrichtung der Schulversuche auf muslimische Schüler unterschiedlicher nationaler Herkunft und Glaubensrichtung; Erarbeitung eines Rahmenlehrplans an einem Runden Tisch mit maßgeblichen Repräsentanten der muslimischen Organisationen und Verbände, mit Religionspädagogen der Hochschulen und Islamwissenschaftlern; Berücksichtigung der Erfahrungen in Bayern, Niedersachsen und NRW

Antr
s. *Islam*
Drs 13/3173

Schulbesuchsverordnung

Aufnahme der Mitglieder bisher nicht aufgeführter Religionsgemeinschaften bzw deren Feiertage in die Anlage zu § 4 Abs 2 Nr. 1 und 2 der o.g. VO, Ersetzung von verwirrenden Formulierungen, Anerkennung einer mündlichen Erklärung der Erziehungsberechtigten zur konfessionellen Zugehörigkeit von Muslimen u.a. Glaubensmitgliedern ohne Kirchenbehörden

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/3556

Bewertung der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts zur Sache F. L.

Wahrung der im Grundgesetz verbürgten weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates; Verbot der Bekundung eines individuellen, religiösen Bekenntnisses durch Lehrkräfte im Unterricht; Gleichbehandlung des Tragens religiös motivierter Kleidung wie Nonnenhabit, Kopftuch, Kippa oder das Kreuz am Revers als Konsequenz auf die o.g. Urteilsbegründung; Notwendigkeit einer erneuten Novellierung von § 38 SchulGes

Antr
s. *Textilien*
Drs 13/3679

Bestandsaufnahme des muttersprachlichen Unterrichts für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in BW

Entwicklung o.g. Angebote und Schülerzahlen der jeweiligen Herkunftsländer; Vorgaben hinsichtlich der Qualifizierung und des Aufenthaltsstatus der Lehrkräfte, der Lehrpläne und Schulaufsicht; Integration von Religionsunterricht für muslimische Schüler; Harmonisierung mit dem normalen Unterricht sowie mit der Zunahme von Ganztagschulen; Höhe und Kostendeckungsgrad der Zuschüsse in den letzten zehn Jahren

Antr
s. *Muttersprachlicher Unterricht*

Drs 13/3687

Angekündigte Deutschpflicht für Predigten in Moscheen

Zeitpunkt der Einbringung und inhaltliche Ausgestaltung der von der Kultusministerin angekündigten Gesetzesinitiative im BRat, Frage nach einem ausschließlichen Bezug auf islamische oder auf alle Religionsgemeinschaften bzw nach einer Abstimmung mit anderen BLändern

Antr

s. *Predigt*

Drs 13/3777

Einführung des islamischen Religionsunterrichts nach Art 7 Abs 3 GG in BW -Einrichtung von Pilotprojekten zum Schuljahr 2005/2006-

Verweisung auf die von der Steuerungsgruppe geschaffenen Voraussetzungen zum Einstieg in Pilotprojekte an Grundschulen, insbes Lehrpläne für den Unterricht in deutscher Sprache, Qualifikation der Lehrkräfte an den PH, Gewinnung geeigneter Pilschulen, Lehrkräfte u.a.

Antr

s. *Islam*

Drs 13/3861

Kein gesetzliches Kopftuchverbot für Kindergärten

Beurteilung einer o.g. Gesetzgebungsbefugnis der Länder bzw der Übertragbarkeit des für Schulen geltenden Neutralitätsgebots auf den Bereich der Kindergärten; Bewertung des Verbots von religiösen und weltanschaulichen Symbolen im Kindergarten durch einen kommunalen Kindergartenträger sowie der Erfolgsaussichten der Kündigungsklage einer muslimischen Erziehungshilfskraft gegen die Stadt Ebersbach; Erfahrungen der Landeshauptstadt mit Kopftuch tragenden Erzieherinnen

Antr

s. *Textilien*

Drs 13/4658

Das Fach Ethik in der Lehrerausbildung an den Pädagogischen Hochschulen

Aufnahme der ethisch-philosophischen Grundausbildung für alle Lehramtsstudierende in die neuen Prüfungsordnungen der PH; Gleichstellung des Fachs Ethik mit den Fächern evangelische und katholische Theologie/Religionspädagogik durch Aufnahme in alle vier Fächerverbände

Antr

s. *Ethik*

Drs 13/4934

Äußerungen des Staatsministers Stächele

Aussagen zum Anteil von hier lebenden Muslimen, für die der Koran nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, verbunden mit der Aufforderung zu deren Ausreise; Bewertung und Konsequenzen dieser Äußerungen des Ministers iR eines Wahlkampfauftritts in Eningen im Kontext zum eingeführten Gesprächsleitfaden für muslimische Einbürgerungsbewerber

Antr

s. *Minister im Staatsministerium*

Drs 13/5141

Geänderte Einbürgerungspraxis bei Muslimen

Aufklärung der Widersprüche zwischen internen Auslegungshinweisen des IM zum Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen (generelle Anwendung bei Muslimen) und offiziellen Verlautbarungen der LReg (religionsneutrale Ausrichtung des Leitfa-

dens); Überprüfung der Fragen auf ihre Verfassungskonformität; Frage nach einer Beteiligung des Ausländerbeauftragten und von Religionsgemeinschaften an der Erarbeitung des Leitfadens; Qualifikation der befassten Mitarbeiter in den Einbürgerungsbehörden, Konsequenzen einer negativen Bewertung des Bewerbers, Voraussetzungen für eine Rücknahme der Einbürgerung nach dem LVerwVG, datenschutzrechtliche Bewertung der Aufbewahrungsfrist; Rücknahme der VwV und des zugehörigen Gesprächsleitfadens

Antr

s. *Einbürgerung*

Drs 13/5179

Missbrauch des Islam durch Terroristen, Zurückweisung der These vom Kampf der Religionen, Eintreten für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Muslimen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 362 374

Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache an den Schulen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1233

Einstufung des Islam in der Türkei als Staatsreligion, Ablehnung religiöser Gründe als Ausschlusskriterien für einen Beitritt zur EU, Werteorientierung der Europäer am jüdisch-christlichen Glauben

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2344 2346

Werteorientierung der Europäer am jüdisch-christlichen Glauben, Verankerung im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057 3063

Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag, Ablehnung religiöser Gründe als Ausschlusskriterien für einen EU-Beitritt der Türkei

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312 3316 3320 3324

Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3808

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Unvereinbarkeit des Tragens im Unterricht durch muslimische Lehrerinnen mit den Werten der Verfassung, Forderung nach Gleichbehandlung aller Religionen, Forcierung der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385-4397 4399-4408

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Unvereinbarkeit des Tragens im Unterricht durch muslimische Lehrerinnen mit den Werten der Verfassung, Forderung nach Gleichbehandlung aller Religionen, Forcierung der Einführung eines islamischen Religionsunterrichts

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700-4724

Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5122 5126 5129 5132

Werteorientierung der Europäer am jüdisch-christlichen Glauben, Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag, Anmahnung von wirklicher Religionsfreiheit in der Türkei

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5371 5375 5377 5378

Verbesserung der Ersatzleistungen an die Kirchen für die Erteilung des Religionsunterrichts

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5994 5995

Ausfall von Religionsunterricht an den beruflichen Schulen, Verweisung auf den Mangel an geeigneten Lehrkräften

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6289 6291-6294 6296

Festhalten am konfessionellen Religionsunterricht, Umsetzung des Modellversuchs eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, Einforderung von Respekt vor der Religion des anderen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6403 6414

Einführung eines ökumenischen Religionsunterrichts sowie islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496

Verweisung auf die Religionsmündigkeit mit 14 Jahren

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6575-6578

Verweisung auf die Religionsmündigkeit mit 14 Jahren

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6727

Anstöße zu einem interreligiösen Dialog mit dem Islam

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7004

Anstöße zu einem interreligiösen Dialog mit dem Islam

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7083

Bedauern über das Scheitern eines Gottesbezugs im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7145 7151

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Unvereinbarkeit des Tragens im Kindergarten durch muslimische Erzieherinnen mit den Werten der Verfassung, Verankerung eines Neutralitätsgebots im KindergartenGes

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7518-7526

Würdigung des Beitrags der verschiedenen Religionsgemeinschaften zur Entwicklung des Landes; Feststellung von Tendenzen des religiösen Fundamentalismus, Verweisung auf das Grundrecht der Religionsfreiheit sowie auf das Angebot von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache, Ablehnung eines Generalverdachts gegen Muslime

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646-7648 7650 7654 7656 7657 7659 7660 7665-7668 7670-7672 7674 7675

Bewertung des Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Unvereinbarkeit des Tragens im Kindergarten durch muslimische Erzieherinnen mit den Werten der Verfassung, Verankerung eines Neutralitätsgebots im KindergartenGes

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7813-7820

Religionslehrer

s.a. Predigt

Einrichtung von Pilotprojekten für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2002/2003

Ermittlung geeigneter Grundschulen und Lehrkräfte für die Einrichtung o.g. Pilotprojekte, Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die eingereichten Lehrpläne, Erstellung eines Weiterbildungskonzepts der PH Karlsruhe und Ludwigsburg und

der Universität Tübingen gemeinsam mit den antragstellenden islamischen Religionsgemeinschaften, Installation eines wissenschaftlichen Beirats zur Begleitung und Evaluation der Projekte

Antr

s. Islam

Drs 13/490

Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache

Vorlage des Sachstandsberichts der Steuerungsgruppe „Islamunterricht“ beim KM, Vorbereitungsstand entsprechender Lehrplänenwürfe, Darlegung der Kooperationspartner, Zeitpunkt und Ausgestaltung eines Modellversuchs, Gewinnung geeigneter Lehrkräfte, finanzielle Voraussetzungen, Auswirkungen von Verwaltungsgerichtsurteilen in Berlin und Düsseldorf

Antr

s. Islam

Drs 13/493

Islamwissenschaften an den baden-württembergischen Hochschulen

Verankerung o.g. Thematik an Hochschulen bzw in Lehramtsstudiengängen, Perspektiven iRd Entwicklungsplanungen, Schaffung entsprechender Voraussetzungen im Hinblick auf die Einführung des islamischen Religionsunterrichts

Antr

s. Islam

Drs 13/696

Übernahme von Religionslehrern in den Schuldienst

Entwicklung der Zahl frei werdender Stellen bis 2006, vorübergehende Ausweisung weiterer Stellen für angehende bzw ausgebildete Religionslehrer in kirchlichen Einrichtungen

KIAnfr Christopf Bayer SPD 24.09.2002 und Antw KM Drs 13/1337

Religionsunterricht

Zahl der evangelischen, katholischen u.a. Konfessionen angehörenden Schüler an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Anteil der Teilnahme am jeweiligen Religionsunterricht; Rechtsgrundlage der Unterrichtserteilung neben der evangelischen und katholischen Kirche

Antr

s. Religion

Drs 13/2057

Fachliche und pädagogische Befähigung von Lehrkräften für jüdischen Religionsunterricht

Bisherige und künftige Praxis für den Erwerb der o.g. Qualifikation, Zahl der befähigten Lehrkräfte, Zeitpunkt einer Entscheidung der Kultusministerkonferenz

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 23.09.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2436

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 31 32

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Pragmatische Schritte zur Einführung des islamischen Religionsunterrichts in BW; Einrichtung von Schulversuchen islamkundlichen Unterrichts zum Schuljahr 2004/2005

Beginn mit islamkundlichem Unterricht als Zwischenform zum Religionsunterricht, Ausrichtung der Schulversuche auf muslimische Schüler unterschiedlicher nationaler Herkunft und Glaubensrichtung; Erarbeitung eines Rahmenlehrplans an einem Runden Tisch mit maßgeblichen Repräsentanten der muslimi-

schen Organisationen und Verbände, mit Religionspädagogen der Hochschulen und Islamwissenschaftlern; Berücksichtigung der Erfahrungen in Bayern, Niedersachsen und NRW

Antr
s. *Islam*
Drs 13/3173

Einführung des islamischen Religionsunterrichts nach Art 7 Abs 3 GG in BW -Einrichtung von Pilotprojekten zum Schuljahr 2005/2006-

Verweisung auf die von der Steuerungsgruppe geschaffenen Voraussetzungen zum Einstieg in Pilotprojekte an Grundschulen, insbes Lehrpläne für den Unterricht in deutscher Sprache, Qualifikation der Lehrkräfte an den PH, Gewinnung geeigneter Pilotschulen, Lehrkräfte u.a.

Antr
s. *Islam*
Drs 13/3861

Ausfall von Religionsunterricht an den beruflichen Schulen, Verweisung auf den Mangel an geeigneten Lehrkräften

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6289 6291-6293

Ausbildung der Lehrer für islamischen Religionsunterricht an einer islamischen Fakultät

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496

Ausbildung der Lehrer für islamischen Religionsunterricht an einer islamischen Fakultät

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7667

Religionsunterricht

s. *Religion*

Rems

Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Rems

Gründe, Ausmaß und Auswirkungen der Kostensteigerungen für die drei Rückhaltebecken der 1. Stufe des Hochwasserschutzes im Remstal; Beeinträchtigung des Zeitplans der Realisierung? Stand des Grunderwerbs und Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/609

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1243

Remseck

Entlastung des regionalen Straßennetzes durch den Bau einer zweiten Neckarbrücke im Zuge der L 1100 bei Hochberg

Beurteilung des o.g. Vorschlags, Erteilung eines entsprechenden Prüfungsauftrags, Kosten und Zeitperspektive einer Realisierung

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/2642

Nord-Ost-Ring Stuttgart, neue Initiative von RegPräs Dr. Udo Andriof: Neckarquerung mit Anschluss an bestehende Straßen in den LKreisen Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis

Vorstoß des RegPräs zum Bau einer neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings: Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage, den bisherigen und Gesamtkosten sowie nach einer Abstimmung des Vorschlags mit dem Land und den betroffenen Behörden

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4493

Nordostring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstrengung einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5158

Rems-Murr-Kreis

Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Rems

Gründe, Ausmaß und Auswirkungen der Kostensteigerungen für die drei Rückhaltebecken der 1. Stufe des Hochwasserschutzes im Remstal; Beeinträchtigung des Zeitplans der Realisierung? Stand des Grunderwerbs und Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/609

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1040

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/1243

Gewalt an Schulen des Rems-Murr-Kreises

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/1417

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1501

Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Musikvereinen

Etatansätze zur Förderung der Zusammenarbeit Schule/Verein bzw der Kooperation mit Musikvereinen im Hpl 2002/03, Zahl und Fördervolumen der gestellten und bewilligten Anträge insgesamt bzw im Rems-Murr-Kreis in den letzten drei Jahren

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 13/1564

Organisatorische Veränderungen bei den Finanzämtern im Rems-Murr-Kreis

Frage nach Plänen zu einer Schließung des Finanzamts Backnang bzw Verkleinerung und Abstufung zu einer Nebenstelle des Finanzamts Waiblingen

KlAnfr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/1924

Krankenhausstruktur in den einzelnen LKreisen, Landesförderung bei Baumaßnahmen

Entwicklung der Fördersätze und des Antragstaus bei der Investitionsförderung für Krankenhausneubauten, Berücksichtigung der Grunderwerbskosten; Entwicklung des Bedarfs und der tatsächlichen Zahl von Krankenhausbetten im Rems-Murr-Kreis im Vergleich zu den anderen LKreisen der Region Stuttgart

KlAnfr

s. *Krankenhaus*

Drs 13/2000

Kommunale Zuweisungen des Landes für den Rems-Murr-Kreis

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 2001 bis 2005

KlAnfr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 13/4943

Remstalbahn

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KlAnfr

s. *Verkehrstarif*

Drs 13/1684

Renner, Andreas CDU

Berufung und Vereidigung von Andreas Renner zum/als Minister für Arbeit und Soziales

s. *Sozialminister*

PIPr 13/91 S. 6399

Dank an Andreas Renner für die geleistete Arbeit als Minister für Arbeit und Soziales; Debatte über den Rücktritt aufgrund seiner beleidigenden Äußerungen gegenüber Bischof Dr. Gebhard Fürst

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7686-7692 7694-7697 7726

Rennsportwettes. *Sportwette***Rente**s.a. *Rentenversicherung*

Haltung der LReg zur Schwankungsreserve in der GRV und zur umlagefinanzierten Rente

Entwicklung der Schwankungsreserve in der GRV seit 1992; Bezeichnung der geplanten Senkung zur Sicherung des Beitragssatzes von 19,1 % als „Betrug an den Rentnern“ durch den MinPräs, Verzicht auf derartige Vorwürfe gegenüber der früheren BReg bei vergleichbaren Vorgängen

Antr

s. *Rentenversicherung*

Drs 13/387

Anwartschaften in unterschiedlichen Altersversorgungssystemen
Art und Umfang der Berücksichtigung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie als Landesbeamter, Frage nach Unterschieden in der Höhe der Versorgungsbezüge eines Beamten mit 40-jähriger Dienstzeit sowie eines Pensionärs mit jeweils 20 Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft und als Landesbeamter

KlAnfr

s. *Altersversorgung*

Drs 13/396

Umsetzung der Verwaltungsreform in BW und Auswirkungen bei Aufgaben der Versorgungsämter

Verzögerte Bearbeitung der Anträge auf Anerkennung von Schwerbehinderungen seit Eingliederung in die Landratsämter, Auswirkungen für die älteren Arbeitnehmer mit Anspruch auf eine Altersrente wegen Schwerbehinderung bzw verlängerte Zahlung von Krankengeld durch die Krankenkassen

Antr

s. *Versorgungsverwaltung*

Drs 13/4358

Besteuerung nach dem AlterseinkünfteGes

Umsetzung der stufenweise nachgelagerten Besteuerung der Renten; personelle und organisatorische Maßnahmen der Finanzverwaltung zur Bewältigung des zusätzlichen Arbeitsaufwands

Antr
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/4907

Vorschlag einer Kürzung der Renten bei einem Beitragssatz von über 20 %, Finanzierung der Rente über das Ökosteueraufkommen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 74 85 93 113 114 118 120-122

Erhebung des Vorwurfs der Rentenlüge gegenüber dem BKanzler: Bruch des Versprechens der Rückkehr zur Nettolohnanpassung nach der BTagswahl; Stabilisierung der Rente mit dem Ökosteueraufkommen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 128 129 156 157 166

Erinnerung an die Rentenreform unter der Regierung Kohl

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 825

Vorschlag einer Kürzung der Renten bei einem Beitragssatz von über 20 %, Finanzierung der Rente über das Ökosteueraufkommen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 866 867 873-875 897

Feststellung einer bisher mangelhaften Eigenvorsorge der Bürger mit Produkten nach dem Modell der Riester-Rente

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1327

Absenkung der umlagefinanzierten Rente auf eine Grundsicherung, Notwendigkeit von mehr Eigenvorsorge, Vorwurf der Täuschung der Rentner vor der Bundestagswahl, Bewertung der Riester-Rente

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1409 1420 1431 1434 1435

Stabilisierung der Rentenversicherung durch eine höhere Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer, Stopp der Frühverrentung unter 65 Jahren, Bemerkungen zur Riester-Rente

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1676-1678 1680-1688 1707 1708 1718

Stopp der Frühverrentung älterer Arbeitnehmer ab 55 Jahren

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813

Feststellung einer Benachteiligung von Frauen durch die aktuelle Rentenpolitik der BReg; Werbung um Akzeptanz für die Riester-Rente

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2048 2087

Erinnerung an die Rentenreform unter der Regierung Kohl, Notwendigkeit des Wiedereinbaus eines demographischen Faktors in die Rentenversicherung, Vorschlag einer Verschiebung der Rentenerhöhung um ein halbes Jahr

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115 2117 2122 2126 2127 2130 2132-2135

Höhe der Durchschnittsrenten im Vergleich zu den Pensionen, Verlangsamung des Anstiegs nach den Vorschlägen der Rürup-Kommission

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2942 2944 2964 2965

Notwendigkeit einer Rentenreform, Absenkung der Renten mit dem demographischen Faktor

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3016-3018 3020

Erinnerung an die Rentenreform unter der Regierung Kohl und deren Rücknahme durch Rot-Grün, Unterstützung des neuen Anlaufs mit der Agenda 2010

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3390 3391 3395

Verschiebung der nächsten Rentenerhöhung, Vermeidung höherer Beitragssätze, Vorschläge der Union zur Rentenreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3612 3624 3630 3633 3634 3638 3639

Notwendigkeit einer Rentenreform, Kritik an den beschlossenen Kürzungen auf Bundesebene

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3699 3701 3703 3705-3707 3710 3759 3762 3763

Erinnerung an die Wahlkampfaussagen zur Rente 1998, Vergleich mit den aktuellen Ankündigungen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4179

Notwendigkeit einer Rentenreform mit einer Absenkung der Renten, Verbesserung der Voraussetzungen für mehr private Altersvorsorge, Umsetzung der Entscheidung des BVerfG zur Rentenbesteuerung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136 5137 5143 5148 5157

Notwendigkeit privater Vorsorge für eine spätere Ergänzung der gesetzlichen Rente, Stellenwert von Wohnungseigentum

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5574 5581

Notwendigkeit einer Rentenreform

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6142

Sorgen der Bürger um ihre spätere Rente

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401

Mehrbelastung der Rentner im Falle einer Mehrwertsteuererhöhung, Verweisung auf die Stagnation der Renten seit drei Jahren, Zweifel an der Stabilisierung der Rentenversicherung mit dem Aufkommen aus der Ökosteuer

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969-6973 6977-6979 6981

Kürzung der Renten als Alternative zu Steuererhöhungen; Bekräftigung der Notwendigkeit einer Rentenreform

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7333 7346 7349

Liquiditätsprobleme der Rentenversicherung, Auszahlung der Renten mithilfe von Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7399

Beurteilung der Verschiebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre vor dem Hintergrund des Personalabbaus und Mangels an Arbeitsplätzen für Ältere, Begrüßung der Abkehr von der stark praktizierten Frühverrentung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7676 7677 7680-7684

Ermöglichung des Renteneintritts nach 45 Arbeitsjahren

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773

Rentenversicherung

s.a. *Bundesversicherungsanstalt für Angestellte*

s.a. Landesversicherungsanstalt
s.a. Lebensversicherung
s.a. Rehabilitation
s.a. Versicherungszeit

Haltung der LReg zur Schwankungsreserve in der GRV und zur umlagefinanzierten Rente

Entwicklung der Schwankungsreserve in der GRV seit 1992; Bezeichnung der geplanten Senkung zur Sicherung des Beitragssatzes von 19,1 % als „Betrug an den Rentnern“ durch den MinPräs, Verzicht auf derartige Vorwürfe gegenüber der früheren BReg bei vergleichbaren Vorgängen

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 31.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/387
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.02.2002 Drs 13/885 S. 28 29
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Anwartschaften in unterschiedlichen Altersversorgungssystemen
Art und Umfang der Berücksichtigung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie als Landesbeamter, Frage nach Unterschieden in der Höhe der Versorgungsbezüge eines Beamten mit 40-jähriger Dienstzeit sowie eines Pensionärs mit jeweils 20 Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft und als Landesbeamter

KlAnfr
s. Altersversorgung
Drs 13/396

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Entwicklung der Vorsorge- und Rehabilitationskuren sowie der Heilverfahren bei den Rentenversicherungsträgern seit 1997, Ausgleich der Leistungseingriffe der früheren BReg, Stopp der rückläufigen Übernachtungszahlen, Einrichtung eines Zukunftsprogramms

GrAnfr
s. Fremdenverkehr
Drs 13/1060

Verlagerung des Beitragseinzugs von Krankenkassen auf die Rentenversicherungsträger

Gründe und Auswirkungen o.g. Pläne der BReg, Beurteilung durch die Kammern, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Selbstverwaltung

Antr
s. Versicherungsbeitrag
Drs 13/2881

Auswirkungen der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung auf Versicherte, Beschäftigte und Institutionen im Land BW

Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen, Auswirkungen auf die bisherige LVA und deren Gestaltungsfreiheit, auf die Zuordnung von Versicherten zu den einzelnen Regionalzentren und die Wahlfreiheit der Rehabilitationseinrichtung; Ausgestaltung der Mitbestimmung der Regionalzentren, Berücksichtigung der bisherigen Größe der einzelnen LVA; Konkretisierung der Pläne der BReg zur Zentralisierung des Sozialversicherungsbeitrags-einzugs

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 29.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3455
BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 56 57

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Praxis der Krankenkassen bei der Genehmigung von Müttergenesungskuren und Mutter-Kind-Kuren

Ablehnungsquote und -gründe für die o.g. Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen, Erfolgsquote der eingeleiteten Widersprüche, Umleitung von Anträgen an die Rentenversicherer und deren Ablehnungsgründe, Beeinträchtigung des Wahlrechts der Antragsteller durch die Verweisungspraxis der Kassen in vertragsgebundene (kostengünstige) Einrichtungen, Beachtung der gesetzlich vorgesehenen Prüfungen durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen? Bewertung der Kooperation mit den Beratungs- und Vermittlungsstellen

KlAnfr
s. Mutter
Drs 13/4257

Ges zur Ausführung von § 140 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch

Bestimmung des Mitglieds aus BW und seiner Vertretung in der Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenversicherung

GesEntw
s. Personalvertretung
Drs 13/4798

Sicherung der Beitragsstabilität in der Rentenversicherung durch das Ökosteueraufkommen; Kritik an der Ausgestaltung der Rentenreform

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 74 85 93 113 114 118 120-122

Herausnahme der versicherungsfremden Leistungen aus der Rentenversicherung; Verfehlung der angestrebten Senkung der Rentenversicherungsbeiträge

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 133 154 158 166

Bezeichnung der Rentenreform als halbherzig

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329

Vorwurf der „Plünderung“ der Schwankungsreserve in der GRV durch den BArbeitsMin, Festhalten an der geplanten Senkung der Beiträge

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499 504 506

Erinnerung an die Rentenreform unter der Regierung Kohl

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 825

Rücknahme der Rentenreform unter der Regierung Kohl durch die neue BReg

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1112

Absenkung der umlagefinanzierten Rente auf eine Grundsicherung, Notwendigkeit von mehr Eigenvorsorge durch private Versicherungsprodukte

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1409

Erinnerung an die Rentenreform unter der Regierung Kohl, Notwendigkeit des Wiedereinbaus eines demographischen Faktors in die Rentenversicherung, Vorschlag einer Verschiebung der Rentenerhöhung um ein halbes Jahr

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115 2117 2122 2126 2127 2130 2132-2135

Vorschlag zur Altersversorgung von Regierungsmitgliedern über eine private Rentenversicherung

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2334 2337

Verfehlung der angestrebten Senkung der Rentenversicherungsbeiträge trotz der Ökosteuer

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356

Notwendigkeit einer Rentenreform, Absenkung der Renten mit dem demographischen Faktor

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3016-3018 3020

Reformbedarf der Rentenversicherung, Kritik an den beschlossenen Kürzungen auf Bundesebene

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3699 3701 3703 3705-3707 3710 3759 3762 3763

Notwendigkeit einer Rentenreform mit einer Absenkung der Renten, Verbesserung der Voraussetzungen für mehr private Altersvorsorge

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5136 5137 5143 5148

Erinnerung an die Rentenreform unter der Regierung Kohl, Notwendigkeit des Wiedereinbaus eines demographischen Faktors in die Rentenversicherung

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639

Kritik an der zweckfremden Verwendung der Einnahmen aus der Ökosteuer für die Rentenversicherung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6762 6764 6765

Zunehmende Schieflage der Rentenversicherung durch immer weniger Beitragszahler, Entwicklung der Beitragssätze, Zweifel an der Stabilisierung der Rentenversicherung mit dem Aufkommen aus der Ökosteuer

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6970-6972 6978 6979 6981

Erinnerung an die Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung mithilfe der Ökosteuer

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7050 7051

Notwendigkeit einer Rentenreform bzw des Umstiegs auf eine kapitalgedeckte Rentenversicherung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7333 7346 7349

Liquiditätsprobleme der Rentenversicherung, Auszahlung der Renten mithilfe von Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7399

Auswirkungen der Vorruhestandsregelung für die Rentenversicherung, Notwendigkeit einer Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7676 7677 7680 7681

Rentenversicherungsbeitrag

s. *Versicherungsbeitrag*

REP

s. *Republikaner*

Repnik, Friedhelm Dr. MdL CDU

Berufung und Vereidigung von Dr. Friedhelm Repnik zum/als Sozialminister

s. *Sozialminister*

PIPr 13/3 S. 37

Dank an Dr. Friedhelm Repnik für die geleistete Arbeit als Sozialminister; Kritik an der „Entschädigung“ mit der Geschäftsführerposition bei der Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134 5150 5152 5159 5167-5178

Kritik an der „Entschädigung“ des ehemaligen Ministers Dr. Repnik mit der Geschäftsführerposition bei der Toto-Lotto GmbH, Bezeichnung als unvereinbar mit dem Landtagsmandat

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5892 5893 5926

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Dr. Friedhelm Repnik durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Repräsentanz des Landes in Brüssel

s. *Vertretung BW bei der Europäischen Union*

Reproduktionsmedizin

s.a. *Medizinische Forschung*

s.a. *Stammzelle*

Präimplantationsdiagnostik und Forschung an embryonalen Stammzellen in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 168-180

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung des Anteils der durch künstliche Befruchtung gezeugten Kinder, Art der angebotenen Methoden der Reproduktionsmedizin, Kostenübernahme durch die Krankenkassen

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Forschung an menschlichen Stammzellen in BW

Bewertung des Gesetzes zum Import embryonaler Stammzellen; Projekte, Ziele und Förderpraxis der Forschung mit embryonalen und adulten Stammzellen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr

s. *Stammzelle*

Drs 13/1161

Ungleichbehandlung Verheirateter und Unverheirateter bei künstlicher Befruchtung (IVF)

Gründe, Rechtsgrundlagen und Auswirkungen o.g. Ungleichbehandlung bei der Erfüllung des Kinderwunsches durch In vitro-Fertilisation; Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes; Konsequenzen für das Verfahren der IVF und die Kostenerstattung durch die Krankenkassen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 23.07.2002 und Stellungnahme

SM Drs 13/1223

BeschlEmpf und Bericht SozA 24.10.2002 Drs 13/1725 S. 42-44

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit (Reproduktionstoxikologie)

Bedeutung, Schwerpunkte, Ziele, Ergebnisse und Finanzierung der beiden reproduktionstoxikologischen Beratungs- und Forschungszentren in Berlin und Ravensburg; Darlegung der anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa; Frage nach Zahlen über vermiedene Schwangerschaftsabbrüche durch qualifizierte Medikamentenberatung; Übernahme einer Koordinierungsfunktion zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen, Pharmaindustrie und Kirchen zur finanziellen Absicherung der Reproduktionstoxikologie

Antr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/4641

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit

Möglichkeiten zur Verbindung des Instituts für Reproduktionstoxikologie in Ravensburg mit der Berliner Beratungsstelle für Embryonaltoxikologie zu einem einheitlichen nationalen Referenzzentrum bzw Installation als zweites, gleichberechtigtes Referenzzentrum

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/4723

Ethische Grenzen der Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung, Ablehnung der verbrauchenden Embryonenforschung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 58 59

Ablehnung des therapeutischen Klonens und der verbrauchenden Embryonenforschung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 82 91 92 96 104

Verhinderung einer Förderung der verbrauchenden Embryonenforschung durch die EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3810

Republikaner

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Zusammenarbeit der Republikaner mit anderen rechtsextremen Parteien, insbes mit der NPD (Drs 12/5984 Nr. 2)

Mittlg LReg 28.08.2001 Drs 13/207 (13 S.)

Begrüßung der Abwahl der Republikaner im Ltg am 25. März 2001, Verhinderung einer Wiederwahl der kommunalen Mandatsträger bei den nächsten Kommunalwahlen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 61 62 83 103

Begrüßung der Abwahl der Republikaner im Ltg am 25. März 2001

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1163 1205

Begrüßung der Abwahl der Republikaner im Ltg am 25. März 2001

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1620

Erinnerung an die Abgrenzung von den Republikanern im Ltg und im außerparlamentarischen Raum

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2444 2446 2450 2451 2454

Resozialisierung

s.a. *Eingliederungshilfe*
s.a. *Heilverfahren*

Entlohnungspraxis in den Justizvollzugsanstalten

Eingruppierung in Vergütungsstufen beim Grundlohn in den einzelnen JVA nach Inkrafttreten der Neuregelung des Gefangenentgelts, Umsetzung der Empfehlung des RH; Höhe der gezahlten Leistungszulagen, Steigerung der Arbeitsmotivation i.S.d. Resozialisierung; Umfang der zu etatisierenden Kosten

Antr
s. *Vergütung*
Drs 13/501

Situation des Strafvollzugs in BW

Rückfallquote bei entlassenen Straftätern, Verbesserung der Resozialisierung, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/566

Behandlungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Justiz und Drogenhilfe

Erhöhung der Erfolgsquote der Therapien und Senkung der Rückfallquoten in die Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss durch o.g. Kooperation von Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Drogenhilfe; Erfahrungen anderer BLänder; Initiierung geeigneter Modellprojekte

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/1462

Entwicklung der Kriminalität junger Frauen

Darlegung der o.g. Entwicklung, insbes bei Gewaltdelikten; Ursachen der hohen Rückfallquote; Wahrnehmung des Auftrags zur Resozialisierung, Bedeutung und evtl Ausweitung des Projekts „Haus des Jugendrechts“

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2726

Strafvollzug in BW

Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Beeinträchtigung der Resozialisierung von Sexualstraftätern durch den Mangel an Therapieplätzen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2407-2410

Mittelbereitstellung zur Resozialisierung von Straftätern, insbes von jungen Tätern

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6047

Maßnahmen zur Resozialisierung von jugendlichen Straftätern

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7190-7192

Gewichtung der Zielsetzung einer schrittweisen Resozialisierung von Straftätern im Maßregelvollzug

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7826-7830

Restaurator

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 13.01.2006 und Stellungnahme WM Drs 13/5045

Restaurierung

s.a. Kulturdenkmal

s.a. Restaurator

Die Universitätsbibliotheken - ihr Status und ihre Perspektive unter den Bedingungen von Hochschulautonomie, Schwerpunktsetzung und Ressourcenkonkurrenz

Entwicklung der Ausgaben für Personal, Unterhalt, Bauinvestitionen, Datenverarbeitung, Erwerb von Büchern und Zeitschriften, Binde- und Restaurationsarbeiten seit 1991; Darlegung des Rückgangs bei den Zeitschriftenabonnements sowie der gegenwärtigen Öffnungszeiten

Antr

s. Bibliothek

Drs 13/712

Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten

Erhaltung des o.g. Kulturdenkmals und Einleitung baulicher Sicherungsmaßnahmen; Frage nach Gefahren durch die Bauarbeiten iR von Stuttgart 21 sowie nach Verhandlungen mit der DB ProjektBau GmbH, Vorlage der Stellungnahme des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts und des Landesdenkmalamts

Antr

s. Kulturdenkmal

Drs 13/2162

Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Kulturdenkmalen Ulmer Münster und Valentinskapelle

Art, Kosten und Kostenträger der o.g. Maßnahmen in den letzten fünf Jahren; Einschätzung des aktuellen und künftigen Bedarfs, Frage nach einem Zeit- und Finanzierungsplan der Denkmalbehörde

KlAnfr Martin Rivoir SPD 15.12.2005 und Antw IM Drs 13/4982

Berufstitelschutz für Restauratoren

Entwicklung der o.g. Ausbildung seit 1976; Beurteilung der Ausschreibungspraxis der Bau- und Vermögensverwaltung bzw einer fachlichen Steuerung der Denkmalbehörden zur Qualitätssicherung von Restaurierungsarbeiten, Möglichkeiten zum Schutz von Kunst- und Kulturgütern vor unqualifizierten Restauratoren, Unterstützung von Bemühungen auf Verbandsebene um einen gesetzlichen Schutz der Berufsbezeichnung „Restaurator“

Antr

s. Restaurator

Drs 13/5045

Retentionsfläche

s. Wasserspeicher

Rettungsdienst

s.a. Bergwacht

s.a. Erste Hilfe

s.a. Katastrophenhilfe

s.a. Krankentransport

Situation der DLRG-Boote am badischen und württembergischen Bodensee

Ausfall von Booten, insbes in Friedrichshafen und Überlingen, aufgrund von Finanzierungsproblemen; Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und Situation der Lebensrettung am Bodensee; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr Norbert Zeller SPD 05.07.2001 und Antw SM Drs 13/50

Kommunikationsprobleme der Rettungsdienste

Möglichkeiten zur Beseitigung von Unzulänglichkeiten bei Funkverbindungen im LKreis Heilbronn

KlAnfr

s. Funkverkehr

Drs 13/140

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sächlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Drs 13/271

Einsatzplanung für den Sanitätsdienst bei Großveranstaltungen

Erarbeitung einer Empfehlung zur Beurteilung und Einsatzplanung für den Sanitäts- und Rettungsdienst bei Großveranstaltungen

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 10.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/295

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/1109 S. 48

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd des RettungsdienstGes

GesEntw

s. Währung

Drs 13/313

Auswirkungen einer Änd der StVZO auf die privaten Krankentransportunternehmer in BW

Beschränkung der Notfallhilfe unter Verwendung von Blaulicht auf Rettungstransportwagen, Auswirkungen auf die privaten Krankentransportunternehmer und die Kosten des Rettungsdienstes insgesamt

Antr
s. *Krankentransport*
Drs 13/332

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Berücksichtigung von Terroranschlägen mit Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke, Chemieanlagen u.a. Infrastruktureinrichtungen, der Verbreitung infektiöser, giftiger oder radioaktiver Substanzen im Katastrophenschutz, L Rettungsdienstplan und in der Krankenhausplanung; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Mittel; Bericht über die eingeleiteten Schritte bis 30.11.2001

Antr SPD 19.10.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/342 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.03.2002 Drs 13/1109 S. 51-53
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Erste-Hilfe-Ausbildung in allgemein bildenden Schulen

Vorhandenes und mögliches Angebot von Erste-Hilfe-Kursen, Kooperationen zwischen Schulen und Rettungsdiensten, Verankerung im Lehrplan

Antr
s. *Erste Hilfe*
Drs 13/498

Katastrophenschutz

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr
s. *Katastrophenschutz*
Drs 13/500

Ausbildung zur Frühdefibrillation

Handhabung o.g. Ausbildung zur Vermeidung des plötzlichen Herztodes durch die Rettungsdienstorganisationen, Einhaltung der von der „Bundesarbeitsgemeinschaft Erste Hilfe“ erarbeiteten „Gemeinsamen Grundsätze zur Frühdefibrillation“

Antr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/620

Grenzüberschreitende Notfallversorgung

Abweisung eines neurochirurgischen Notfallpatienten aus Waldshut in neun Kliniken, Konsequenzen aus diesem Vorfall für die Krankenhausplanung sowie für die grenzüberschreitende Notfallversorgung

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/785

Ärztemangel und Notfallrettung

Auswirkungen des Ärztemangels in den verschiedenen Fach- und Rettungsdienstbereichen, Stand der krankenhauseigenen Pläne für Katastrophenlagen und Notsituationen

KlAnfr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1421

Freistellungsregelung und Kostenerstattung für die Einsatzkräfte des Einsatzes nach dem Flugzeugabsturz am Bodensee

Begründung des Verzichts auf Auslösung von Katastrophenalarm; Gewährleistung der o.g. Regelungen und Regulierungen für künftige Fälle; Hinwirkung auf unbürokratische Erstattung der noch offenen Einsatzkosten

Antr
s. *Sonderurlaub*
Drs 13/1464

Zusammenführung des FeuerwehrGes, des LandeskatastrophenschutzGes und des RettungsdienstGes zu einem „Gefahrenabwehrgesetz“

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/1818

Arbeitszeiten von Klinikärzten und im Rettungsdienst

Wertung von Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit, Unterstützung einer entsprechenden BRatsinitiative zur Nachbesserung des ArbeitszeitGes

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/2058

Rettungseinsatz bei dem Flugzeugunglück bei Überlingen am 01.07.2002

Aufarbeitung der organisatorischen Schwachstellen und Koordinierungsprobleme der beteiligten Organisationen und Polizei; Vorlage des Erfahrungsberichts der LPD Tübingen

Antr
s. *Flugunfall*
Drs 13/2203

Planung einer integrierten Leitstelle für Feuerwehr- und Rettungsdienste im Rhein-Neckar-Kreis bzw der Stadt Heidelberg

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 13/2479

Notärztlicher Rettungsdienst

Vorhandene Versorgung mit Notärzten, Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen, der Ausbildungsanforderungen und Fallpauschalen im Krankenhaus; Erhaltung einer flächendeckenden qualifizierten notärztlichen Versorgung

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/2663

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten sowie der fehlenden digitalen Funktechnik bei den Rettungsdiensten, der Feuerwehr und Polizei; Bewertung einer Zusammenfassung von Katastrophenschutz-, Rettungsdienst- und FeuerwehrGes zu einem GefahrenabwehrGes; Rahmenbedingungen zur weiteren Förderung integrierter Leitstellen mit einer kreis- und länderübergreifenden Vernetzung

GrAnfr FDP/DVP 29.09.2004 und Antw SM Drs 13/3606 (20 S.)

Verkehrsunfall auf der Autobahn Weinsberg-Tauberbischofsheim vom 18.01.2006, 19:00 Uhr, Kilometerstand 499

Ursache und Schäden des o.g. Unfalls, Gründe für die Glatteisbildung bzw den verspäteten Einsatz der Streufahrzeuge und des Rettungswagens

KlAnfr
s. *Verkehrsunfall*
Drs 13/5106

Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Donau-Iller

Durchgeführte und geplante Maßnahmen sowie deren Finanzierung seit dem letzten großen Hochwasser 1999; grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Behörden, THW u.a. Rettungsorganisationen mit der bayerischen Seite; Förderzusagen für einzelne Projekte sowie Möglichkeiten zu deren raschen Verwirklichung

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/4616

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 21.11.2005 und Antw SM Drs 13/4860

Situation der Wasserrettung am Bodensee, Eintreten für eine bedarfsgerechte Ausstattung mit DLRG-Booten, Novellierung des RettungsdienstGes

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3297

Rettungsdienstgesetz

s. *Rettungsdienst*

Reutlingen

s.a. *Fachhochschule Reutlingen*

Landeszuschüsse für die philharmonischen Orchester Konstanz und Reutlingen

Entwicklung der Kürzungen seit 1998; Umsetzung der Zusagen des MWK

Antr
s. *Orchester*
Drs 13/336

Unterrichtssituation an Beruflichen Schulen im IHK-Bezirk Reutlingen

Konsequenzen aus den Klagen der IHK Reutlingen und der Ausbildungsbetriebe über den massiven Unterrichtsausfall; Maßnahmen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Unterrichtssituation, Annahme des Vorschlags eines flexiblen Einsatzes von Lehrbeauftragten aus der Wirtschaft

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2062

Reutlingen, Landkreis

Verwendung der UMTS-Lizenzentnahmen

Höhe und Art der Verwendung der den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalbkreis zugewiesenen Mittel aus den Zinsersparnissen des Bundes, insbes für Maßnahmen zugunsten der beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *UMTS*
Drs 13/347

Unterrichtsversorgung im LKreis Reutlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1217

Links-Herzkatheter-Messplätze in BW

Gewährleistung der landesweiten Versorgung von Herzinfarktpatienten mit o.g. Geräten bzw der PTCA-Therapie, Situation im LKreis Reutlingen

KlAnfr
s. *Medizinisches Gerät*
Drs 13/2345

Entwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) in den LKreisen Reutlingen, Biberach und Zollernalb

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss bzw im BVJ in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag im Anschluss an das BVJ, Einrichtung weiterer Klassen mit steigendem Bedarf? Beurteilung der Forderung des Landesschülerbeirats nach Ersetzung des BVJ durch eine früh einsetzende individuelle Förderung von leistungsschwächeren Schülern

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/3459

Erhöhung der Eigenbeteiligung der Eltern an den Schülerförderungskosten durch den Kreistag in Reutlingen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6686

Revierleitergebäude

s. *Forstgebäude*

Rhein

Hochwasserschutz am südlichen Oberrhein

MdlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/24

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein

Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen

Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr
s. Salz
Drs 13/48

Stand der Planung und Durchführung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Ergebnisse und Konsequenzen von Gutachten zur Prüfung einer Wehrlösung bei Flusskilometer 207,2 und zur Kiesgewinnung; Verfahrensschritte, Zeitrahmen und Kosten für die Durchführung der Maßnahmen des IRP u.a. Hochwasserschutzmaßnahmen

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/359

Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein

Forcierung und regelmäßige Bewertung der geplanten Rückhaltmaßnahmen des Integrierten Rheinprogramms, Entwicklung von Naherholungskonzepten für die einzelnen Retentionsräume gemeinsam mit den betroffenen Kommunen

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/646

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der bisherigen und absehbaren Klimaveränderung mit zunehmender Niederschlagsmenge auf Hochwasserereignisse am Rhein, an der Donau und Nebenflüssen; Mittelbereitstellung zum Hochwasserschutz; Konsequenzen für den Wasserhaushalt der Flüsse im Südwesten; Erhöhung der Eutrophierung von Oberflächengewässern als Folge verstärkter Sonneneinstrahlung

GrAnfr
s. Klima
Drs 13/734

Engriffe in Natur und Landschaft durch das Integrierte Rheinprogramm zwischen Weil und Breisach

Zeitrahmen, Kosten und Belastungen der notwendigen Auskiesungsmaßnahmen; Gewinnung früherer und zusätzlicher Rückhalteräume durch die Alternativen zwischen Flusskilometer 204 und 219, Einbeziehung in das Raumordnungsverfahren; Bedeutung des Kernkraftwerks Fessenheim und des Kalibeckens auf der Fessenheimer Insel für die Realisierung des Integrierten Rheinprogramms

KlAnfr
s. Hochwasser
Drs 13/1133

Integriertes Rheinprogramm: Hochwasserschutz unterhalb der Staustufe Iffezheim

Konsequenzen aus den Extremwetterlagen in immer kürzeren Abständen, Aktualisierung der Datengrundlage aufgrund der meteorologischen Veränderungen seit 1977, Steuerung der ökologischen Flutungen bei dem Polder Altenheim, sicherheitstechnischer Zustand der Deiche, Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/1296

Hochwasserschutz in BW

Art und Wirkungen von Anstrengungen in den vergangenen Jahren an Deichen, Retentionsflächen u.a. Vorsorgemaßnahmen an Rhein, Main, Donau und Neckar; vorliegende Szenarien und Katastropheneinsatzpläne für Hochwasserereignisse; Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beschleunigung der Hochwasserschutzprogramme, insbes Vollzug des Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/1316

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur beschleunigten Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten in BW

Anhebung des Wasserpfennigs zur Umsetzung o.g. Maßnahmen an den Gewässern 1. Ordnung sowie der für die Einzugsgebiete von Rhein, Donau und Neckar vorliegenden Hochwasserschutzprogramme, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Novellierung des WasserGes

Antr
s. Wassertarif
Drs 13/1347

Programm Rhein 2020 und Auswirkungen auf die Nutzung der Wasserkraft

Ziele, Maßnahmen, Kosten und Zeiträume der Umsetzung des o.g. Programms; Verringerung des Rechenabstands bei den Wasserkraftwerken mit dem Ziel einer Wiederansiedlung von Wanderfischarten, Vereinbarkeit mit der energetischen Nutzung der Wasserkraft und damit dem angestrebten Ziel einer Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr
s. Wasserkraft
Drs 13/1672

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Entwicklung der Eckdaten auf den Wasserstraßen Oberrhein, Main und Neckar im Vergleich zum Güterverkehr auf Straße und Schiene; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Wiedereinführung der steuerfreien Übertragung des Gewinns aus der Veräußerung von Schiffen auf ein Ersatzwirtschaftsgut, durch Modernisierung und Erweiterung der Schleusen am Neckar, Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarkte und damit Reduktion der Hochwassersperrtage u.a. Maßnahmen

Antr
s. Schifffahrt
Drs 13/2243

Ausnahmegenehmigung für die Einleitung von Kühlwasser durch Kraftwerke in Rhein und Neckar im Sommer 2003

Antr
s. Wasser
Drs 13/2365

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen

Eingetretene und noch zu befürchtende Verunreinigungen; Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung; mögliche grenzüberschreitende Sanierungsmaßnahmen, -zeiträume und -kosten

Antr
s. Salz
Drs 13/2462

Kernkraftwerk Philippsburg

Grenzwerte für die maximale und temperaturabhängige Wasserentnahme zur Kühlung des Kernkraftwerks, ökologische Auswirkungen der erteilten Ausnahmegenehmigung im Sommer für den betroffenen Flussabschnitt, Frage nach technischen Problemen für die Kraftwerkskühlung bei der Entnahme und Einleitung von Kühlwasser mit zu hohen Temperaturen

KlAnfr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/2498

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw

s. *Wasserrecht*

Drs 13/2619

Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms

Verfahrensstand für die Rückhalteräume Kulturwehr Breisach und Breisach/Burkheim sowie Weil-Breisach, Information und Beteiligung der französischen Gemeinden, Umgang mit den Vorhalten in Frankreich

Antr Gundolf Fleischer u.a. CDU 20.01.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2823

Chemieunfälle am Oberrhein

Maßnahmen und Investitionen der Chemieindustrie seit 1986 zur Verhinderung neuer Unfälle am Rhein und seinem Einzugsgebiet, Maßnahmen iRd Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins und iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr

s. *Chemieunfall*

Drs 13/2904

Kernkraftwerk Fessenheim/Elsass

Vergleich der Sicherheitsstandards deutscher und französischer Kernkraftwerke; Frage nach der gegenseitigen Unterrichtung über Störfälle, insbes über die jüngsten Störfälle im KKW Fessenheim; Beurteilung des Gefahrenpotenzials unter Berücksichtigung der Hochwasser- und Erdbebensituation im Rheingraben; Maßnahmen zur Minimierung einer Gefährdung der Bevölkerung

Antr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*

Drs 13/3023

Integriertes Rheinprogramm

Umsetzungsstand des IRP, Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und Bürger, Auswirkungen der veränderten Kompetenzen im Zuge der Verwaltungsreform, Ausmaß und Folgen der vorgesehenen ökologischen Flutungen für den Hochwasserschutz, die Grundwassersituation, Ökologie, Industrie, Verkehrssicherheit, die französische Rheinseite, Land- und Forstwirtschaft; Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Flutungen durch die LReg und nachgeordneten Behörden; Ergeb-

nisse und Konsequenzen eines Forschungsprojekts der Universität Freiburg

Antr FDP/DVP 19.04.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3116

Restrheinrenaturierung - Rückhalteraum Weil-Breisach

Beurteilung der Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung einer naturnahen Auelandschaft mit verästelten Gewässerarmen (Furkationsaue) am Rhein zwischen Weil und Breisach auf beiden Rheinseiten, Aufnahme von Gesprächen mit Frankreich und der Schweiz, Initiierung eines trinationalen Workshops mit Fachleuten, Einschätzung der Impulse für den regionalen Tourismus

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 30.06.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3325

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 31-35

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Integriertes Rheinprogramm (IRP) - erreichtes Retentionsvolumen und weitere Planungen

Bisher durchgeführte und bis 2006 abgewickelte Baumaßnahmen und Projekte, Höhe der Kosten und des erreichten Retentionsvolumens

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 23.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3426

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 31-35

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Aufgaben des Hochwasserschutzes am Standort Lahr

Kündigung der Räumlichkeiten der Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein in Lahr unmittelbar nach Verabschiedung des Verwaltungsstruktur-ReformGes, Fortführung des Integrierten Rheinprogramms durch eine Dienststelle der bisherigen Gewässerdirektion in Lahr?

MdlAnfr

s. *Hochwasser*

Drs 13/3425

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW

Vorhandener und möglicher Anteil der Wasserkraft zur Erreichung des Ziels einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Auflistung der Anlagen differenziert nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge 2002/2003; Kriterien und Maßnahmen zum Ausbau der kleineren Anlagen, Investitionsanreize zur Ertüchtigung der bestehenden Wasserkraftwerke am Rhein, Voraussetzungen zur Realisierung der Projekte in Gamsheim (Elsaß) und Iffezheim, Darstellung der dort erreichbaren Stromproduktion

Antr

s. *Wasserkraft*

Drs 13/3616

Integriertes Rheinprogramm (IRP) - Planungskosten und Baumaßnahmen in 2004 und 2005/06

Bisher durchgeführte und bis 2006 abgewickelte Baumaßnahmen und Projekte, Höhe der Kosten und des erreichten Retentionsvolumens, Auswirkungen der geplanten Kürzungen und globalen Minderausgabe

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 05.11.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3726

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 02.12.2004 Drs

13/3991 S. 16-18
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 10
Aufstockung der Mittel für den Hochwasserschutz; Umsetzung
des Integrierten Rheinprogramms
s. Hochwasser
Drs 13/4010*

*Fortführung der Erneuerung der Dammverteidigungswege am
Rhein und Vollzug des Investitionsprojekts Rheinschanzinsel
Vollzogene und noch ausstehende Sanierung und Neuanlage o.g.
Hochwasserdämme, Umsetzungsstand des Polders Rheinschan-
zinsel bei Philippsburg, Bereitstellung der notwendigen Mittel
Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 13.07.2005 und Stellung-
nahme UM Drs 13/4501
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.09.2005 Drs
13/4745 S. 41 42
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366*

*Kürzung bei Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Karls-
ruhe*

Auswirkungen der jüngsten Kürzungen auf die Einzelprojekte
des Integrierten Rheinprogramms u.a. Vorhaben in der Region
Mittlerer Oberrhein bzw im Falle größerer Hochwasserereigni-
se, Höhe der erforderlichen zusätzlichen Mittel für eine bis 2015
angestrebte komplette Realisierung des IRP, Möglichkeiten zur
Aufbringung dieser Mittel durch eine moderate Anhebung des
Wasserpennings

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/4624

*Forcierung der Maßnahmen im Hochwasserschutz, Mittelaufsto-
ckung für das Integrierte Rheinprogramm
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1025-1027*

*Untersuchung der ökologischen Auswirkungen von Maßnahmen
beim Integrierten Rheinprogramm, Vorschlag der Finanzierung
des IRP aus Mitteln des Wasserpennings
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4324 4326 4327 4331 4332*

*Fortführung des Integrierten Rheinprogramms für den Hochwas-
serschutz
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054 6056 6057 6067 6072*

*Umsetzungsstand und Nachholbedarf des Integrierten Rheinpro-
gramms, Bereitstellung der notwendigen Mittel, Untersuchung
der ökologischen Auswirkungen einzelner Maßnahmen; Mobili-
sierung des Zubaupotenzials für die Wasserkraft am Rhein
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6996-7000 7020 7027 7029*

*Umsetzungsstand und Nachholbedarf des Integrierten Rhein-
programms, Bereitstellung der notwendigen Mittel; Entwicklung
der Güterschiffstransporte auf dem Rhein
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7098 7101 7102 7104 7106 7109*

*Fortführung des Integrierten Rheinprogramms, Bereitstellung
zusätzlicher Mittel für den Bau von Rückhaltebecken und
Dammsanierungen
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7343*

Rheinbrücke

s. Brücke

Rheinfelden

*Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primär-
energieverbrauch bis zum Jahr 2010*

Ausbau der Wasserkraftnutzung, Realisierung der Kapazitätser-
weiterung des Wasserkraftwerks Rheinfelden

GrAnfr
s. Erneuerbare Energie
Drs 13/134

*Neubau Wasserkraftwerk Rheinfelden; hier: mögliche Förde-
rung*

Ausgestaltung der BRatsinitiative zur Aufnahme der Großen
Wasserkraft ins Erneuerbare-Energien-Ges, Höhe der vorge-
schlagenen Einspeisevergütung, Berücksichtigung der unter-
schiedlichen Investitionskosten großer Wasserkraftanlagen, Zu-
lässigkeit einer Förderung in Rheinfelden aus Landesmitteln

Antr
s. Wasserkraft
Drs 13/1018

*Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein
Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkei-
ten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener
Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollan-
lage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A
861 Rheinfelden*

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/1534

*Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur
Schweiz*

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an
den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des
Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Ab-
fertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in
Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/3223

*Beklagung des Scheiterns einer Förderung der Kapazitätserwei-
terung des Wasserkraftwerks Rheinfelden*

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 426 431 432

*Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden, Aufnahme der
Großen Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz*

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2872

Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2980 2985

*Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden, Aufnahme der
Großen Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz*

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3183 3186 3188 3190

*Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden, Aufnahme der
Großen Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz*

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3459 3462 3465 3467

*Erhöhung der Stromerzeugungskapazität durch den Neubau des
Wasserkraftwerks Rheinfelden*

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4873 4874

Ausbau der Wasserkraftnutzung in Rheinfelden
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6123

Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden nach der Aufnahme der Großen Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436-6438 6443 6453 6456

Beteiligung des Jugendgemeinderats in Rheinfelden an den Haushaltsberatungen
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6727

Erhöhung der Stromerzeugungskapazität durch den Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7020 7027 7029

Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden nach der Aufnahme der Großen Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7304

Rheinland-Pfalz

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion
Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarketing GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr
s. *Unterer Neckar, Region*
Drs 13/4067

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zwischen den Ländern BW, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet

Mittlg
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4346

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietsweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Verweisung auf Anfänge der Einrichtung von Ganztagschulen in RPF

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 468

Verweisung auf die Entnahme von 100 Mio DM aus der kommunalen Finanzmasse durch das Land RPF

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 825

Bewertung der geplanten zusätzlichen Ganztagschulen in RPF als Betreuungsangebote
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1365 1366

Verweisung auf ein flächendeckendes Angebot von Grundschulfranzösisch in RPF
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1486 1496

Weiterführung des ÖPNV und der B 10 aus der Region Karlsruhe nach RPF
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517

Vergleich der Agrarpolitik von RPF und NRW
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1665

Vergleich der Verschuldung mit Rheinland-Pfalz
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4374 4375

Bewertung des Pensionsfonds in RPF
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5803 5824 5825

Höhe der Zahlungen an RPF aus dem Länderfinanzausgleich, Finanzierung der Gebührenfreiheit des dritten Kindergartenjahres
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6004 6005

Rhein-Neckar-Kreis

s.a. *Verkehrsverbund Rhein-Neckar*

Stellung der LReg zur Aufnahme einer alternativen Trassenführung der ICE-Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar in das anhängige Raumordnungsverfahren

MdlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/62

Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft abhängen

Verhinderung einer Vorbeiführung der geplanten ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Rhein-Neckar-Raum am Verkehrsknoten Mannheim; Wahrung der Interessen von BLändern und Regionen bei der Mittelbereitstellung des Bundes für die Bahn AG

Antr
s. *Mannheim*
Drs 13/974

Unfallgeschehen an Bahnübergängen

Entwicklung seit 2001 nach Art, Alter, Schäden und Folgekosten der betroffenen Verkehrsteilnehmer (Autofahrer, Motorradfahrer, Fußgänger etc) sowie nach Ursachen, Kausalitäten und Konsequenzen; Frage nach Besonderheiten im Rhein-Neckar-Raum; Unterstützung von Initiativen zur Minimierung der Gefahren

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1981

Planung einer integrierten Leitstelle für Feuerwehr- und Rettungsdienste im Rhein-Neckar-Kreis bzw der Stadt Heidelberg

KlAnfr
s. *Feuerwehr*
Drs 13/2479

SPNV im Rhein-Neckar-Raum

Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRd Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2644

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/2722

GVFG-Förderung des „Stadtbahn rings Mannheim-Ost“

Planungsstand, Baubeginn, Kosten-Nutzen-Analyse, kalkulierte Fahrgastzahlen und Kosten des o.g. Projekts der MVV Verkehr AG; Betriebskonzept für die Neubaustrecken; Aufnahme in ein GVFG-Förderprogramm; Auflistung der konkurrierenden ÖPNV-Projekte in der Region Unterer Neckar

KlAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 13/3145

DVB-T im Rhein-Neckar-Raum

Planungen und Kooperationen der Landesmedienanstalten, des SWR u.a. zur Einführung von DVB-T im Rhein-Neckar-Raum; beteiligte (private) Programmveranstalter, mögliche Senderstandorte, Zahl der erreichbaren Haushalte und jeweilige Kosten, Perspektiven für andere Ballungsräume, Nutzung von Erfahrungen aus dem Rhein-Main-Gebiet

Antr

s. *Fernsehen*

Drs 13/3987

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion

Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarketing GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr

s. *Unterer Neckar, Region*

Drs 13/4067

Europäische Metropolregion Oberrhein

Vereinbarkeit einer Anerkennung des Rhein-Neckar-Dreiecks als Europäische Metropolregion mit der Zielsetzung des Landesentwicklungsplans, den Europäischen Verflechtungsraum Oberrhein i.S. einer Europäischen Metropolregion zu behandeln; Frage nach einer Aufrechterhaltung dieser Option

KlAnfr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/4215

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zwischen den Ländern BW, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet

Mittlg

s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*

Drs 13/4346

Stärkung der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar

Begrüßung der mit dem Staatsvertrag geschaffenen Grundlagen für den Verband Region Rhein-Neckar, dessen Kompetenzerweiterung durch neue Entwicklungsaufgaben sowie der Direktwahl der Vertreter der Verbandsversammlung

Antr

s. *Unterer Neckar, Region*

Drs 13/4450

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw

s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*

Drs 13/4741

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim ohne Bypass

Festhalten an dem einstimmigen Beschluss nach Drs 13/1089 zur Umsetzung des o.g. Lückenschlusses mit Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs; Frage nach entsprechenden Initiativen der LReg bzw Gesprächen des MinPräs mit Bahnchef Mehdorn zur Umsetzung dieser Beschlusslage

KlAnfr

s. *Mannheim*

Drs 13/5177

ICE-Bahnhof Mannheim

Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs in die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim, Intensität des Eintretens der LReg für diese von der Region Rhein-Neckar geforderte Lösung

MdlAnfr

s. *Mannheim*

Drs 13/5172

Behandlung des Rhein-Neckar-Dreiecks als europäische Metropolregion

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 754 756

Behandlung des Rhein-Neckar-Dreiecks als europäische Metropolregion

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452

Ausweisung des Rhein-Neckar-Dreiecks als Europäische Metropolregion

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6352

Verankerung des Rhein-Neckar-Dreiecks als grenzüberschreitende Metropolregion auf europäischer Ebene

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6596-6598 6600-6602

Rhein-Neckar-S-Bahn

s. Verkehrsverbund Rhein-Neckar

Rheintalbahn

Verwendung der zu erwartenden Ausgleichszahlungen im Zuge des Ausbaus der Bahnstrecke Karlsruhe - Weil am Rhein

Höhe der o.g. Mittel im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn, Zuständigkeiten für die Abwicklung und Verwendung der Mittel für Naturschutzzwecke, Beteiligung von Umwelt- und Naturschutzverbänden u.a. Institutionen; personelle Ressourcen des Naturschutzfonds zur Bewältigung dieser Aufgabe

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 28.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/807

BeschlEmpf und Bericht LandwA 08.05.2002 Drs 13/1109 S. 65

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Zukunft Schiene am Oberrhein

Verknüpfung mit dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz, Anbindung des Euro-Airports Basel-Mulhouse, Einhaltung des Zeitplans zum Ausbau der Rheintalstrecke

KlAnfr

s. Schienenverkehr

Drs 13/1024

Schienengüterverkehr am Hochrhein

Planung einer Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz über die Hochrheinbahn auf deutscher Seite, Auswirkungen auf die Anwohner und Kurorte am Ober- und Hochrhein bzw die Akzeptanz einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn; Vorlage aller bisherigen und notwendigen Vereinbarungen zwischen der Bahn AG, SNCF und SBB; Zusammensetzung und Transparenz der beteiligten Gremien; Frage nach Alternativen für den zunehmenden Schienengüterverkehr im Dreiländereck

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/2071

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland

Beurteilung der Diskussion und Bürgerinitiative zur Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz, Gefährdung einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn? Hinwirkung auf eine Abwicklung des Güterverkehrsaufkommens in Frankreich über das dortige Gleis auf der linken Rheinseite

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 24.10.2003 und Antw UVM Drs 13/2543

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2543? Frage nach Auffassungsunterschieden zwischen der LReg und Staatssekretär Mappus

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 10.03.2004 und Antw UVM Drs 13/2999

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2999? Zugänglichkeit von Minister Stächele für die Argumente der Bürgerinitiative, Umsetzung der versprochenen Intervention in Stuttgart zugunsten einer besseren Lösung

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 22.06.2004 und Antw MLR Drs 13/3283

Ausbau der Rheintalbahn; hier: Bürgermeister-Variante

Bewertung der alternativen „Bürgermeistertrasse“ von sechs Gemeinden für den Bau des dritten und vierten Gleises zwischen Mengen und Buggingen; Unterstützung durch den Wirtschaftsminister bzw das gesamte Kabinett?

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 04.05.2005 und Antw IM Drs 13/4311

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland; Ergänzung der Drs 13/2543 vom 24.10.2003

Favorisierung der alternativen „Bürgermeistertrasse“ von sechs Gemeinden für den Bau des dritten und vierten Gleises zwischen Mengen und Buggingen, Bewertung der finanziellen und zeitlichen Realisierbarkeit; Hinwirkung auf neue Lärmgrenzwerte mithilfe einer BRatsinitiative zur Novellierung der für die Planung von DB-Schienenwegen einschlägigen Gesetze und Rechtsverordnungen?

KlAnfr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 01.12.2005 und Antw IM Drs 13/4917

Eintreten für den viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn bis 2012

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1975 1976 1980-1982 1984-1986 1989

Notwendigkeit des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn bis 2012

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5199

Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen zum Ausbau der Rheintalbahn

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6073

Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn bis 2012

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409

Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn bis 2012

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463

Beklagung des Rückstands beim viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn, Prüfung der vorgeschlagenen Alternativtrassen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6802 6805 6808-6812

Beklagung des Verzugs beim Ausbau der Rheintalbahn bis 2012

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103 7104 7111

Vorschlag einer Stichtabbindung des Europaparks Rust an die Rheintalbahn

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7760 7768

Richter

s.a. Arbeitsrichter

s.a. Finanzrichter

s.a. Richtergesetz

s.a. Richterwahl

s.a. Schöffe

s.a. Verwaltungsrichter

Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes (AGBDG)

Übertragung der Zuständigkeit für gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Bundesbeamte auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Regelung der Wahl der in den Spruchkörpern für Disziplinarsachen mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer)

GesEntw

s. Disziplinarrecht

Drs 13/668

Nachwahl zum Staatsgerichtshof; Wahl eines berufsrichterlichen Mitglieds und Wahl eines Präsidenten

s. Staatsgerichtshof

PIPr 13/31 S. 1910

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

s. Staatsgerichtshof

PIPr 13/34 S. 2136

Ernennung eines CDU-Bundestagswahlkandidaten zum Vorsitzenden Richter - ohne Geschäftsbereich - am Landgericht Mannheim

Darlegung des o.g. Vorgangs und evtl weiterer Fälle sowie der generellen Praxis der Richterabordnung, -ernennung und -beförderung in BW; Prüfung der fachlichen und persönlichen Voraussetzungen eines Bewerbers anhand eines rechtlich verbindlichen Anforderungsprofils, entsprechende Änderung des LRichterGes

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 19.11.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1532

BeschlEmpf und Bericht StändA 16.01.2003 Drs 13/1855 S. 8 9

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Novellierung des LandesrichterGes

Stärkung der Beteiligungsrechte der Richter bei der Auswahl, Anwerbung, Ernennung, Beförderung oder Versetzung von Richtern

Antr

s. Richtergesetz

Drs 13/2085

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof

s. Staatsgerichtshof

PIPr 13/46 S. 3162

Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

s. Staatsgerichtshof

PIPr 13/49 S. 3396

Nachwahl eines Mitglieds zum Staatsgerichtshof

s. Staatsgerichtshof

PIPr 13/69 S. 4860

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

s. Staatsgerichtshof

PIPr 13/70 S. 4946

Eingriff der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz - Strafverfahren gegen den Mannheimer Jugendschöffenrichter H.-G. S.

Begründung und Ergebnis der o.g. Strafverfolgung wegen Strafreitelung im Amt durch zu langsame Verfahrenserledigung; Beurteilung vor dem Hintergrund der richterlichen Unabhängigkeit, steigender Fallzahlen bei gleichzeitigem Personalabbau; Billigung der Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Heidelberg mit dem Ziel höherer Erledigungszahlen bzw Effizienzsteigerung der Justiz? Frage nach weiteren Ermittlungsverfahren in den letzten zehn Jahren sowie disziplinarrechtlichen Maßnahmen

Antr GRÜNE 07.10.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/3629

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2005 Drs 13/4821 S. 5

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absolventen des 2. Staatsexamens

Antr

s. Personalplanung

Drs 13/3795

Strukturreform der baden-württembergischen Justiz; hier: Ordentliche Gerichtsbarkeit

Zahl der Richterstellen, Unterbringungssituation, technische Ausstattung, Miet-, Sach- und Unterhaltungskosten der einzelnen Amts- und Landgerichte; Möglichkeiten und Einsparpotenziale einer Konzentration auf eine verringerte Zahl von Standorten; Umbau der Justizstruktur nach den gemeinsamen Eckpunkten der Justizminister von Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Hessen; Höhe der Eingangszahlen pro Richter in den Jahren 1990 und 2003

Antr

s. Justiz

Drs 13/3796

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 12.08.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4605

Berufung zum Bundesverfassungsgericht

Verfahrensstand der BRatsinitiative zur Änd des Richterwahl-Ges von 2001, Festhalten an den darin enthaltenen Forderungen? Einbeziehung der Richterwahl zum BVerfG? Gründe für das Scheitern der von der LReg vorgeschlagenen Berufung eines Tübinger Verfassungsrechtlers zum Richter am BVerfG im BRat

Antr
s. *Richterwahl*
Drs 13/4619

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes

Anhebung der Amtsdauer der in gerichtlichen Disziplinarverfahren mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer) von vier auf fünf Jahre

GesEntw
s. *Disziplinarrecht*
Drs 13/4765

Ges zur Änd des LRichterGes

Mitwirkung von anwaltlichen Beisitzern als ehrenamtliche Richter an den Richterdienstgerichten, Modifikation der Regelung zur Dienstaufsicht über die Richterdienstgerichte

GesEntw
s. *Richtergesetz*
Drs 13/4901

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Ermächtigung des Justizministeriums zur Bestimmung eines Amtsgerichts zur Wahrnehmung der Aufgaben des richterlichen Bereitschaftsdienstes in einem Landgerichtsbezirk

GesEntw
s. *Amtsgericht*
Drs 13/5005

Personalsituation am Landgericht in Ravensburg

Beurteilung des Fehlbedarfs an Stellen und der dadurch bedingten zeitlichen Verzögerung der Verfahrensabwicklung, Gewährleistung der Qualitätsstandards in der Rechtsprechung, Zeitrahmen für eine Verbesserung der personellen Situation am o.g. Landgericht

KlAnfr
s. *Landgericht*
Drs 13/5213

Zahl von Richtern pro Einwohner in BW u.a. BLändern, Schaffung neuer Richterstellen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916 921 924

Vergleich der Richterdichte in BW u.a. BLändern, Ablehnung einer Einsparung von Richterstellen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3875-3879

Vergleich der Richterdichte in BW u.a. BLändern

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305 4307 4309 4313

Vergleich der Richterdichte in BW u.a. BLändern, Ablehnung einer Einsparung von Richterstellen, Flexibilisierung des Richtereinsatzes mit der Zusammenlegung der Fachgerichtsbarkeiten

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4954-4956 4958 4959

Vergleich der Richterdichte in BW u.a. BLändern

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037 6041

Vergleich der Richterdichte, Verfahrensdauer und Fallbearbeitungszahlen in BW u.a. BLändern

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6418

Forderung nach genereller Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der richterlichen Unabhängigkeit

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7182-7184 7188

Richtergesetz*Ernennung eines CDU-Bundestagswahlkandidaten zum Vorsitzenden Richter - ohne Geschäftsbereich - am Landgericht Mannheim*

Darlegung des o.g. Vorgangs und evtl weiterer Fälle sowie der generellen Praxis der Richterabordnung, -ernennung und -beförderung in BW; Prüfung der fachlichen und persönlichen Voraussetzungen eines Bewerbers anhand eines rechtlich verbindlichen Anforderungsprofils, entsprechende Änderung des LRichterGes

Antr
s. *Richter*
Drs 13/1532

Novellierung des LandesrichterGes

Stärkung der Beteiligungsrechte der Richter bei der Auswahl, Anwerbung, Ernennung, Beförderung oder Versetzung von Richtern

Antr SPD 19.05.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2085
BeschlEmpf und Bericht StändA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 8
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesrichterGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNebentätigkeitsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Beamter*
Drs 13/3783

Ges zur Änd des LRichterGes

Mitwirkung von anwaltlichen Beisitzern als ehrenamtliche Richter an den Richterdienstgerichten, Modifikation der Regelung zur Dienstaufsicht über die Richterdienstgerichte

- GesEntw LReg 30.11.2005 Drs 13/4901 (13 S.)
 1. Beratung PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7626-7628
 BeschlEmpf und Bericht StändA 26.01.2006 Drs 13/5087
 2. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7751 7752
 GesBeschl 01.02.2006 Drs 13/5128
 GBl 2006 Nr. 2 S. 21-23 (Ges vom 14.02.2006)

Richterwahl*Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses*

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 320

Nachwahl zum Staatsgerichtshof; Wahl eines berufsrichterlichen Mitglieds und Wahl eines Präsidenten

s. Staatsgerichtshof
 PIPr 13/31 S. 1910

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof

s. Staatsgerichtshof
 PIPr 13/46 S. 3162

Nachwahl eines Mitglieds zum Staatsgerichtshof

s. Staatsgerichtshof
 PIPr 13/69 S. 4860

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Antr
s. Personalplanung
 Drs 13/3795

Berufung zum Bundesverfassungsgericht

Verfahrensstand der BRatsinitiative zur Änd des Richterwahl-Ges von 2001, Festhalten an den darin enthaltenen Forderungen? Einbeziehung der Richterwahl zum BVerfG? Gründe für das Scheitern der von der LReg vorgeschlagenen Berufung eines Tübinger Verfassungsrechtlers zum Richter am BVerfG im BRat

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 26.08.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4619
 BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2005 Drs 13/4821 S. 8
 PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Richterwahlausschuss

s. Richterwahl

Richterwahlgesetz

s. Richterwahl

Riedlingen*Lehrermangel im Kreis Biberach*

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf

zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. Lehrer
 Drs 13/1614

Veröffentlichung einer Namensliste mit möglichen Kandidaten für die Gemeinderatswahl durch den Bürgermeister der Stadt Riedlingen

Vereinbarkeit der o.g. Vorgehensweise mit dem Amt des Bürgermeisters, Frage nach Schritten der Rechtsaufsicht

Antr
s. Kommunalwahl
 Drs 13/3131

Rind

s.a. BSE
s.a. Weidewirtschaft

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr
s. BSE
 Drs 13/786

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr
s. Tierhaltung
 Drs 13/1543

Bau und Förderung eines regionalen Vermarktungszentrums in Ilshofen

Konzeption, Investoren und Betreiber der zentralen Rindervermarktungshalle; verfügbare Fördermittel der EU, des Bundes und Landes; Auswirkungen evtl Kürzungen

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 16.12.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1630

Zentrale Rindervermarktungshalle Ilshofen

Höhe der vorgesehenen Förderung der o.g. Einrichtung; Verzicht auf die finanzielle Unterstützung aufgrund vorhandener Vermarktungshallen und knapper öffentlicher Mittel

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 16.01.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1683
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 19.03.2003 Drs 13/2069 S. 44-46
 PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Ausgestaltung der Milchquotenregelung ab 2008

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Streichung der Mittel zum Bau einer Rindervermarktungshalle in Ilshofen

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 18 S. 69 70
ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 61 S. 124
ÄAntr SPD 25.03.2003 Drs 13/1926-12 S. 23 24
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Rinderschlachtungen ohne vorgeschriebene BSE-Tests in BW

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und Maßnahmen des MLR nach bekannt werden der o.g. Fälle; Einschätzung des Imageschadens und des wirtschaftlichen Schadens für die Landwirtschaft, das Verarbeitungsgewerbe und den Handel; Gewährleistung der vorgeschriebenen Tests bei allen Schlachtungen von mehr als 24 Monate alten Rindern

Antr
s. *BSE*
Drs 13/2901

BSE-Tests

Zahl, Ergebnisse und Aufwand o.g. Untersuchungen an gesunden Schlachttieren; Anteil der Kontrolle von Privatlaboratorien; rechtliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze bzw zur vollständigen Abschaffung der Tests bei gesunden Schlachttieren, Ermöglichung der kontrollierten Herstellung und Verfütterung von Tiermehl aus dem Fleisch von erkrankten Tieren, Intensivierung der Lebenduntersuchung

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3532

Altersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests an Schlachtrindern

Bemühungen um Anhebung der Schlachtagersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests auf 30 Monate

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3559

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3646

Notwendigkeit und Kontrolle von Ohrmarken bei Kälbern im Falle von Transporten innerhalb der EU

Aufkauf von jungen Kälbern ohne Ohrmarken durch französische Landwirte in Polen, Transport durch Deutschland und Markung der Ohren erst in Frankreich, Beurteilung der Rechtmäßigkeit und Transparenz dieser Praxis gegenüber dem Verbraucher

Antr Herbert Moser u.a. SPD 21.06.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4426
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 69 70
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkühe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr
s. *Weidewirtschaft*
Drs 13/4468

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutztierassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr
s. *Artenschutz*
Drs 13/4886

Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Rindfleisch nach der BSE-Krise, Unterstützung der betroffenen Rinderhalter

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1045 1048 1059

Verzicht auf die Förderung einer zentralen Rindervermarktungshalle in Ilshofen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2656

Beklagung ungleicher Standards bei den BSE-Tests in Europa, Fälle von Schlachtungen ohne vorgeschriebenen Test, Effizienz der neuen Rinderdatei

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4343 4358 4359

Rinderwahnsinn

s. *BSE*

Rindfleisch

s. *Fleisch*

Ritalin

s. *Arzneimittel*

Rockband

s. *Musiker*

Rocker

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivisten, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1535

Rockmusik

s. *Musik*

Röntgen

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Röntgen-ZuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Röntgen-Zuständigkeitsverordnung

s. *Röntgen*

Rohstoff

s.a. *Biomasse*
s.a. *Energieträger*
s.a. *Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau*
s.a. *Torf*

Dezentrale Stromgewinnung aus alternativen Rohstoffen

Beteiligung am Projekt „Blauer Turm“ zur dezentralen Energiegewinnung aus biologischen Reststoffen und nachwachsenden Rohstoffen in Form einer Pilotanlage, Initiierung von Forschungsvorhaben zur Optimierung von Verfahren der Energiegewinnung aus Biomasse

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/156

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Programm zur Förderung nachwachsender Rohstoffe und dezentraler Stromgewinnung

s. *Energieerzeugung*
Drs 13/658

Verwendung ökologischer Lärmschutzwände im Straßenbau

Erfahrungen mit Lärmschutz aus nachwachsenden Rohstoffen, Berücksichtigung bei Straßenbauplanungen und -ausschreibungen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1309

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode

Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmethode der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie, u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unternehmen in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigenkapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steueraufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanzbesteuerung

Antr
s. *Bilanz*
Drs 13/1601

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Umsetzung der Ziele des Umweltplans, Steigerung der Ressourceneffizienz, Nutzung von Holz als Baustoff, dezentrale Nutzung von Biomasse zur Strom- und Wärmegegewinnung

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Entwicklung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen, insbes des Flächenverbrauchs; Maßnahmen und Investitionen zum Flächenrecycling und zur rationellen Energieverwendung

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Berücksichtigung der nachzumeldenden FFH-Gebiete im Landesentwicklungsplan

Berücksichtigung o.g. Nachmeldungen im LEP 2002 bzw in den Anhörungen zum Rohstoffsicherungskonzept

KlAnfr
s. *Natura 2000*
Drs 13/1905

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klärschlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des Anbaus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

Verkehrliche Erschließung bei der Genehmigung von Biogasanlagen

Berücksichtigung der Verkehrsanbindung für den An- und Abtransport von Biomasse, Gülle oder nachwachsenden Rohstoffen; Gleichbehandlung der privilegierten Anlage eines Landwirts und der von mehreren Eigentümern?

KlAnfr
s. *Biogas*
Drs 13/5120

Gewinnung von Kraftstoff und Energie aus nachwachsenden Rohstoffen, Ankündigung eines Symposiums „Nachwachsende Rohstoffe“ in Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1547-1560

Maßnahmen zur Begrenzung des Ressourcenverbrauchs
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1836

Plädoyer für eine Aufstockung der Förderung nachwachsender Rohstoffe
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3402 3410

Förderung der Produktion nachwachsender Rohstoffe, Bewertung als zusätzliche Einnahmequelle für Landwirte
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6081 6083 6085 6096 6097 6123

Rohstoffsicherungskonzept

s. Rohstoff

Roma

s. Sinti und Roma

Rosenfeld

Förderung einer Sternwarte eines Vereins durch die Zukunftsoffensive III

Bereitstellung von 600.000 Euro für den Bau und Betrieb einer Sternwarte der Betriebsgemeinschaft Sternwarte Zollern-Alb, Rosenfeld-Brittheim e.V.; Höhe der Kofinanzierung durch die Stadt Rosenfeld, Frage nach den Gesamtkosten, nach einer Konzeption des Vereins und künftigen Nutzern

Antr
s. Astronomie
Drs 13/3048

Förderung einer Sternwarte in Rosenfeld aus Mitteln der Landesstiftung
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4817

Rosswieher

s. Binnengewässer

Rothausbrauerei

s. Bierbrauerei

Rottenburg

B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen (mit Autobahnzubringer A 81)

Planungsstand, Kosten und Zeitpunkt der Realisierung der einzelnen Abschnitte; Mitwirkung bei der gesamtwirtschaftlichen Bewertung des Projekts B 28, Ortsumgehung Horb, sowie der Maßnahme B 32, Neckarübergang östlich von Horb; Einschätzung der Kosten, Vorlage des Ergebnisses der Bewertung

KlAnfr
s. Bundesstraße 28
Drs 13/724

Bau der Landesstraße 1361 Nagold-Ergenzingen als Autobahnzubringer

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Verbindung mit der B 28 neu OU Ergenzingen; Verzicht auf ein Vorziehen der L 1361 vor Baubeginn der B 28

Antr
s. Landesstraße 1361
Drs 13/1967

Straßenbaumaßnahmen an der B 28 und der L 1361 in Ergenzingen

Festhalten am Zeitplan für den Bau der L 1361 Nagold-Ergenzingen trotz absehbarer Verzögerungen beim Bau der B 28, Ortsumfahrung Ergenzingen?

MdlAnfr
s. Landesstraße 1361
Drs 13/3056

Neubau von Haltepunkten an der DB-Strecke Tübingen-Rottenburg-Horb

KlAnfr
s. Bahnanlage
Drs 13/3171

Vereinbarkeit des geplanten Unterhaltungszentrums Ergenzingen Ost (Stadt Rottenburg) mit dem Landesentwicklungsplan (LEP)

Vereinbarkeit der o.g. Freizeiteinrichtung mit einer Großdisko und Gastronomiebetrieben mit dem LEP und den Festlegungen des Regionalplans Neckar-Alb, insbes durch den starken Besucherverkehr und den dafür notwendigen Flächenverbrauch für 880 ebenerdige Parkplätze; Bewertung der Planung in einem Kleinzentrum an der Autobahn ohne Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel; Frage nach Instrumenten zur Verhinderung derartiger Vorhaben

KlAnfr
s. Freizeiteinrichtung
Drs 13/3762

Realisierung der B 28 neu zwischen Freudenstadt und Rottenburg-Ergenzingen

Stand der Planung und Realisierung der einzelnen Abschnitte (mit Autobahnzubringer A 81), Stand der Diskussion über eine Privatfinanzierung der Baumaßnahme B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

KlAnfr
s. Bundesstraße 28
Drs 13/5181

Rottweil

s.a. Rottweil, Landkreis

Gefängnisneubau in Rottweil

Zeitpunkt, Standort und Kosten des o.g. Vorhabens

KlAnfr
s. Justizvollzugsanstalt
Drs 13/318

Justizreform in BW

Schließung von Außenstellen im Strafvollzug nach Realisierung der Neubauten in Offenburg und Rottweil

Antr
s. Justiz
Drs 13/2177

Bewertung des Rottweiler Modells zum Einsatz älterer Arbeitnehmer in der Altenpflege

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1688 1689

Rottweil, Landkreis*Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil*

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1318

Katastrophenschutzfahrzeuge

Ausstattung der einzelnen LKreise mit o.g. Fahrzeugen, Erhöhung der Einsatzfähigkeit des DRK im LKreis Rottweil, Beschaffung von Fahrzeugen im Zuge der Gefahrenabwehrplanung für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Möglichkeiten für die spätere Nutzung

KlAnfr
s. *Katastrophenschutzfahrzeug*
Drs 13/3487

Rudolf, Christine MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771

Rückert, Wolfgang MdL CDU

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Finanzministerium
PIPr 13/3 13.06.2001 S. 38

Dank an Wolfgang Rückert für die geleistete Arbeit als Staatssekretär im Finanzministerium

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134 5152

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Wolfgang Rückert durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014 8015

Rückforderung

s. *Regress*

Rückführung

s.a. *Ausweisung*

Rückführung nach Ex-Jugoslawien

Zahlen zum Stand der Rückführung seit Ende des Bürgerkriegs, Einräumung eines Bleiberechts mit Rücksicht auf Arbeitgeberinteressen, Anteil von Arbeitsplatzwechseln nach Erhalt eines gesicherten Aufenthaltsrechts

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/933

Abschiebeschutz bei Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo

Voraussetzungen und Gegebenheiten für die zwangsweise Rückführung der o.g. Flüchtlingsgruppe noch in diesem Jahr; Stellenwert der Arbeitsplatzsicherung hierzulande

KlAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 13/1229

Abschiebep Praxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaft; Zahlen zum Stand der Rückführung von Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo nach Serbien und Montenegro

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

Schutz von Minderheitsgruppen aus dem Kosovo

Ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesinnenminister und dem UNMIK-Sonderbeauftragten, Zulassung einer begrenzten zwangsweisen Rückführung von Angehörigen bestimmter Minderheitsgruppen; Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für die von der Rückführung nicht betroffenen Volksgruppen der Serben und Roma

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/2023

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten
-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/4782

Abschiebung um jeden Preis

Abschiebung von Roma-Flüchtlings in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppe vor und während der Aktion, Verbleib eines Teils der nicht akzeptierten Abgeschobenen im Kosovo, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/4896

Abschiebeversuch in den Kosovo

Abschiebung von Flüchtlingen aus der Volksgruppe der Roma und Ashkali in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppen vor und während der Aktion, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

KlAnfr
s. *Ausweisung*
Drs 13/4922

Rückführung der Flüchtlinge und abgelehnten Asylbewerber in ihre Heimatländer; Dank an die Mitarbeiter der Ausländerämter
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4192-4195 4198 4199 4201

Rückführung der Ausreisepflichtigen in ihre Heimatländer, Schilderung von Fällen einer erfolgreichen Intervention des PetA aus humanitären Gründen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7795 7802 7803

Rückgriff

s. *Regress*

Rückhaltebecken

s. *Wasserspeicher*

Rücklage

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd des Ges über die Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Ltg, Regelung der pauschalen Rücklagenbildung

s. *Fraktion*

Drs 13/400

Reduzierung der für die Stilllegung und den Rückbau von Atomkraftwerken in BW vorgesehenen Rückstellungen

Höhe der gesetzlich vorgeschriebenen Rückstellungen für die fünf KKW in BW; Umfang von Entnahmen der EnBW oder ihrer Tochterunternehmen, Beurteilung der Verwendung für Firmenzukäufe, Unternehmensbeteiligungen und Abdeckung von Verlusten iRd operativen Geschäfts; jährliche Berichtsvorlage über den Stand der Rückstellungen

Antr GRÜNE 29.11.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/511

BeschlEmpf und Bericht WirtA 23.10.2002 Drs 13/1637 S. 7 8

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Wertentwicklung des Pensionsfonds und die Pensionslasten des Landes

Darlegung der Entwicklung des o.g. aus der Versorgungsrücklage gespeisten Fonds und der Versorgungsausgaben in den nächsten zwanzig Jahren, Einsatz zur Abmilderung der Pensionslasten für den Landeshaushalt

Antr

s. *Versorgung der Beamten*

Drs 13/1541

Entwicklung der Versorgungsausgaben und Strategie der LReg

Darlegung der Entwicklung bis 2030 und der dabei angelegten gesamtwirtschaftlichen Annahmen, Anteil der Versorgungsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben bei einem realen Wirtschaftswachstum von 0 und 1 %, Maßnahmen zur Kompensation der Steigerungsraten, Anteil der Versorgungsrücklage

Antr

s. *Versorgung der Beamten*

Drs 13/1694

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des VersorgungsrücklageGes

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/1763

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Beurteilung von Vorschlägen wie Kürzung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Orientierung der Pensionen am Lebenseinkommen bzw Rentenniveau, Rücklagenbildung aus Gehaltsabzügen der Beamten, Verschärfung der Regelungen für Frühpensionierungen, Beschränkung des Beamtenstatus auf die rein hoheitlichen Bereiche; Darstellung der Steigerung der Versorgungsausgaben durch die geplante Umlegung der Sonderzuweisungen auf das Gehalt

Antr

s. *Versorgung der Beamten*

Drs 13/2155

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 32) - Zinsen aus Kapitalvermögen und Beihilferückstellungen für Ruhestandsbeamte

Höhe der flüssigen Mittel und Zinseinnahmen der Universitätsklinik, Umfang der Anlage beim Land

Mittlg

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/2700

Studiengebühren; hier: Risikofonds zulasten der Hochschulen?

Verlagerung des Risikos ausbleibender Darlehensrückflüsse von den Banken auf den o.g. Fonds bzw auf die Hochschulen als dessen Mitglieder, Einrichtungs- und Betriebskosten sowie Rechtsform eines solchen Gemeinschaftsfonds, Höhe der Finanzierungsanteile der einzelnen Hochschularten und Hochschulen, Gewichtung unterschiedlicher Größen und Risiken, Finanzierung aus der landesfinanzierten Grundausrüstung?

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4572

Verbesserung der steuerfreien Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 699 700

Verbesserung der steuerfreien Investitionsrücklage für kleine und mittlere Unternehmen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 802

Suche nach dem Idealfall eines Pensionsfonds, Entwicklung der Versorgungsrücklage

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2941 2943-2948

Eingriffe in Rückstellungen zur Stilllegung von Kernkraftwerken zur Finanzierung von Zukäufen der EnBW

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3481 3488

Bildung von Rückstellungen für die Beamtenpensionen

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4454

Absicherung des Ausfallrisikos von Krediten zur Finanzierung der Studiengebühren in einem Fonds unter Beteiligung aller Hochschulen, Bildung von Rückstellungen in Höhe von ca 10 % der eingenommenen Hochschulgebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7488-7490 7499

Absicherung des Ausfallrisikos von Krediten zur Finanzierung der Studiengebühren in einem Fonds unter Beteiligung aller Hochschulen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7587 7591 7594-7596 7600

Rückmeldegebühren

s. Hochschulgebühren

Rückstellung

s. Rücklage

Rüge des LtgPräs

s. Landtag, Ordnungsruf bzw Ermahnung

Rüstungsbeschränkung

s. Abrüstung

Rüstungskonversion

s. Konversion

Rüstungsumstellung

s. Konversion

Ruhegehalt

s. Versorgung der Beamten

Ruhestandsbeamter

s. Beamter im Ruhestand

Rumänien

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Stand der Wirtschaftsbeziehungen mit Bulgarien und Rumänien, Beurteilung der Aufnahmereife als nächste Beitrittskandidaten zur EU

GrAnfr

s. Osteuropa

Drs 13/2975

Kritische Anmerkungen des Datenschutzbeauftragten zur Datenerfassung für das elektronische Grundbuch in Rumänien

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4543 4544

Erfüllung der Beitrittskriterien als Voraussetzung für die Aufnahme von Rumänien in die EU zum 01.01.2008

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7149

Rundfunk

s.a. Fernsehen

s.a. Fernsehprogramm

s.a. Kabelrundfunk

s.a. Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

s.a. Rundfunkgebühren

s.a. Rundfunkrat

Zweiter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Mittlg SWR 29.08.2001 Drs 13/224

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327

BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/397 (20 S.)

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 535-541

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg RH 15.10.2001 Drs 13/312 (22 S.)

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 361

BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/397 (20 S.)

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 535-541

Funktion und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Definition des Funktionsauftrags, Finanzierbarkeit angesichts von Preissteigerungen für Sportübertragungsrechte und steigenden Kosten im oneline-Bereich, Neustrukturierung der Rundfunkgebühr, Beurteilung der vorgeschlagenen Alternative einer Bürgerabgabe

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 16.10.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/315

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/773

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1313

Zukunft der Rundfunkgebühren

Einnahmenentwicklung des SWR aus den Rundfunkgebühren, Einschätzung der Ausfälle durch verstärkte Nutzung des PC als Rundfunkempfangsgerät; Zeitplan, notwendige Rechtsänderungen und finanzielle Auswirkungen der möglichen Ersatzmodelle; Akzeptanz der aktuellen Rundfunkgebühr in der Bevölkerung

Antr

s. Rundfunkgebühren

Drs 13/337

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Sechsten Staatsvertrages zur Änd des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg LReg 11.12.2001 Drs 13/577 (11 S.)

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.04.2002 Drs 13/897

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1497-1500

Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GBl S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003

Mittlg LReg 12.02.2002 Drs 13/736 (65 S.)

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1225

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.04.2002 Drs 13/898

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1429

Ges zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änd des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Medienkonzentrationsrechts, Regelungen zum Umstieg auf die digitale terrestrische Rundfunkübertragung, Verbesserung der Information der Ltg über die finanzielle La-

ge der öffentlich-rechtlichen Anstalten; Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag, Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr

GesEntw LReg 24.04.2002 Drs 13/951 (51 S.)
1. Beratung PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1497-1500
BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1067
2. Beratung PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1702 1703
GesBeschl 20.06.2002 Drs 13/1096 (13 S.)
GBI 2002 Nr. 7 S. 207-217 (Ges vom 20.06.2002)

Durchführung und Finanzierung von überörtlich bedeutsamen regionalen Veranstaltungen im Bereich der Jugendarbeit

Darlegung der o.g. Veranstaltungen und der Höhe der jeweiligen Bezuschussung in den letzten vier Jahren, Höhe der Förder-summe für das zentral in Stuttgart mit dem SWR durchgeführte Festival, Sicherung der Finanzierung für die auf ehrenamtlicher Basis organisierten Veranstaltungen

Antr
s. *Jugendarbeit*
Drs 13/1180

a) *Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks*

b) *Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks*

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1794-1796 1804 1807 1809

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Mittlg des SWR vom 29.10.2002 - Bericht des SWR an die Ltg der Staatsvertragsländer BW und RPF

Mittlg SWR 04.10.2002 Drs 13/1420 (37 S.)
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1909 (35 S.)
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3063

DeutschlandRadio in BW

UKW-Frequenzen und Empfangsbereiche der beiden o.g. Programme in BW u.a. BLändern, kultureller und informationspolitischer Wert der Sendungen, Anteil der Finanzierung über die Rundfunkgebühr; Hinwirkung auf eine flächendeckende Verbreitung auch in BW

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 12.11.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1495 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.01.2003 Drs 13/1855 S. 4-7
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an

Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1550

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1551

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ARD 02.12.2002 Drs 13/1568 (44 S.)
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1909 (35 S.)
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3063

Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag

Mittlg
s. *Fernsehen*
Drs 13/1579

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg DeutschlandRadio 06.12.2002 Drs 13/1593 (26 S.)
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1909 (35 S.)
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3063

Rundfunkgebühren

Vorschläge der Kommission von ARD und ZDF; Entwicklung der Erträge aus Werbung und Sponsoring beim öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk; Auswirkungen und mögliche Kompensation des Verzichts auf Werbeeinnahmen; Vermeidung einer finanziellen Verschlechterung der Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Sender in der Ministerpräsidentenkonferenz

Antr
s. *Rundfunkgebühren*
Drs 13/1611

Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2001 bis 2004

Mittlg LReg 13.03.2003 Drs 13/1860 (17 S.)
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.03.2003 Drs 13/1909 (35 S.)

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3063

Änd des LMedienGes

Verschärfung der persönlichen und sachlichen Zulassungsvoraussetzungen für die Erteilung einer Lizenz an einen privaten Rundfunkveranstalter nach der unter Auflagen erteilten Lizenz an den neuen Betreiber von B.TV

Antr
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1984

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der öffentlich-rechtlichen und privaten Sender, der Printmedien und Zeitungsverlage, der MFG, Filmförderung und Filmakademie, der LfK und neuen Kommunikationsstrategie „doIT“; Entwicklung des ZKM und der gesetzlichen Rahmenbedingungen; Vermittlung von Medienkompetenz, Medienbildung und Stärkung des Jugendschutzes; Bewertung der SWR-Rundfunkfusion

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Novellierung des Urheberrechts - Auswirkungen auf die Unterrichtspraxis

Information der Lehrer und Hochschullehrer über das neue Urheberrecht; Ermöglichung der Bereitstellung von Kopien aus Büchern, Zeitungen und Zeitschriften sowie Mitschnitten aus Radio- oder Fernsehsendungen zu Unterrichtszwecken auch ohne Einholung einer Einwilligung der Verlage und Sender

Antr
s. *Urheberrecht*
Drs 13/2346

Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnissen im Rundfunk- und Pressewesen

Schaffung der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung o.g. Beteiligungsverhältnisse der in BW lizenzierten privaten Rundfunksender durch die LfK bzw der im Land erscheinenden Presseorgane im Impressum

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2371

Dritter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Mittlg SWR 05.09.2003 Drs 13/2387
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2639
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3931

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Siebten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung der EG-Richtlinie über den Universaldienst und die Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten

Mittlg LReg 17.09.2003 Drs 13/2409 (14 S.)
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2522

(19 S.)

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3773

Situation der Freien Radios in BW

Qualitätsbeurteilung der nichtkommerziellen Radios durch die LfK, Verbesserung der finanziellen Ausstattung und frequenz-technischen Versorgung, Würdigung des Beitrags zur Medienkompetenz von Jugendlichen und Erwachsenen, Bewertung der Bewerbung der landeseigenen Hochschule für Druck und Medien Stuttgart auf Sendezeiten

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 26.09.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2455

BeschlEmpf und Bericht StändA 20.11.2003 Drs 13/2782 S. 8 9

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2468

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw LReg 22.12.2003 Drs 13/2775 (25 S.)
1. Beratung PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4416-4422
BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/2958 (dazu ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE) (17 S.)
2. Beratung PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4533-4539
GesBeschl 10.03.2004 Drs 13/3020 (10 S.)
GBI 2004 Nr. 4 S. 104-111 (Ges vom 11.03.2004)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Siebten Staatsvertrags GBI 2004 Nr. 7 S. 253

Kabel in BW

Auswirkungen einer Übernahme des regionalen Netzbetreibers Kabel BW durch die Kabel Deutschland (KDG), Stand der technischen Aufrüstung der Kabelnetze in Deutschland bzw Zahl der Haushalte mit Zugang zu digitalen Rundfunkprogrammen, schnellem Internet und Kabeltelefonie; Bedeutung der kommunikationstechnischen Infrastruktur als Standortfaktor für die Wirtschaft

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/2879

Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2002 bis 2005

Mittlg LReg 03.03.2004 Drs 13/2970 (15 S.)
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.06.2004 Drs 13/3284 (24 S.)
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5276

Die kulturwirtschaftlichen und industriepolitischen Impulse für den Standort BW durch gebührenfinanzierte Investitionen des Südwestrundfunks (SWR)

Wertschöpfungsbeitrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zum Bruttoinlandsprodukt; kulturwirtschaftliche Auswirkungen der Aktivitäten des SWR, insbes in den Bereichen Musik, Wort, Kunst, Film, Darstellende Künste und Publizistik sowie durch Festspiele u.a. Veranstaltungen, im Tourismus, in der Gastronomie und Musikwirtschaft; Beiträge des SWR zur medientechnologischen Entwicklung, insbes durch Investitionen in die Digitalisierung des Programmvermögens, die Senderstandorte, die DAB-T- und DVB-T-Technologie

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 02.04.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3101
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.06.2004 Drs 13/3348 S. 4-6
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Fernsehen*
Drs 13/3117

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ARD 26.04.2004 Drs 13/3141 (62 S.)
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.06.2004 Drs 13/3284 (24 S.)
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5276

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg DeutschlandRadio 14.05.2004 Drs 13/3217 (25 S.)
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4895
BeschlEmpf und Bericht StändA 24.06.2004 Drs 13/3284 (24 S.)
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5276

Entwicklung der Fernsehlandschaft in BW

Angebot, Situation und Perspektiven bundesweit empfangbarer privater Fernsehveranstalter; Auswirkungen von Umfang und Qualität der Landesberichterstattung auf eine weitere Lizenzerteilung; Entwicklung des Anteils landesbezogener Fernsehsendungen des SWR u.a. öffentlich-rechtlicher Sender; Beurteilung einer Intensivierung der Zusammenarbeit der Landesmedienan-

stalten auf Bundesebene

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3451

a) *Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks*

b) *Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks*
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5284 5320

Zugehörigkeit von Herrn Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung in den Aufsichtsrat der Landesstiftung und der SWR-Holding GmbH

Antr
s. *Justizminister*
Drs 13/3475

Unterstützung der Resolution des SWR-Rundfunkrats vom 24.09.2004 durch die LReg

Eintreten für die Beachtung des gesetzlich festgelegten Gebührenverfahrens und damit für die von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) empfohlene Erhöhung der Rundfunkgebühren um 1,09 Euro

Antr
s. *Rundfunkgebühren*
Drs 13/3595

Unterstützung der Resolution des SWR-Rundfunkrats vom 24.09.2004 durch die LReg

Eintreten für eine maßvolle Erhöhung der Rundfunkgebühr sowie für strukturelle Einsparungen der Sender, Anrechnung der erbrachten Einsparungen des SWR, Abbau der überdurchschnittlichen Altersversorgung der Mitarbeiter, Prüfung einer Verlängerung der Arbeitszeit, Erhaltung der Gebührenermäßigung für die Gastronomie

ÄAntr CDU und FDP/DVP 05.10.2004 Drs 13/3612
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5396-5407

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Achten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

Mittlg LReg 05.10.2004 Drs 13/3613 (21 S.)
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5417
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.10.2004 Drs 13/3708
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5634

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Beurteilung der weiten Ermessensspielräume und unbestimmten Rechtsbegriffe der Vergabeordnung der Medien- und Filmgesellschaft sowie der Nachwuchsförderprogramme mit der Folge einer Umgehung von Autoren bzw von Absolventen badenwürttembergischer Studienerrichtungen im Film- und Medienbereich; Interventionsmöglichkeiten des SWR bei der Mittelvergabe; finanzielle Sicherung des Europäischen Filmfestivals u.a. Festivals; Präzisierung der Fördervoraussetzungen in der Vergabeordnung und den Förderprogrammen zur verstärkten Berück-

sichtigung von heimischen Unternehmen, Nachwuchskräften sowie Absolventen der Filmakademie Ludwigsburg

Antr
s. *Medien*
Drs 13/3690

Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5593 5594 5636

Arena of Sound 2005

Fortführung des Popfestivals unter der Regie des Landes und der Stadt Stuttgart ggf mithilfe von Sponsorengeldern nach dem Ausstieg des SWR?

KlAnfr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 13/3771

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienGes und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw LReg 24.11.2004 Drs 13/3784 (46 S.)
1. Beratung PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5705
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4125 (dazu ÄAntr Nr. 1) (10 S.)
2. Beratung PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6224-6231
GesBeschl 16.03.2005 Drs 13/4159 (20 S.)
GBI 2005 Nr. 5 S. 189-205 (Ges vom 17.03.2005)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Achten Staatsvertrags GBI 2005 Nr. 8 S. 404

Zukunft von 3 Sat

Prüfung einer Übertragung der programmlichen Zuständigkeit für 3 Sat auf deutscher Seite auf das ZDF, Motive der anderen MinPräs für die Aufnahme dieser Protokollnotiz im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag; Festhalten am SWR als Koordinator von 3 Sat

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/3888

DVB-T im Rhein-Neckar-Raum

Planungen und Kooperationen der Landesmedienanstalten, des SWR u.a. zur Einführung von DVB-T im Rhein-Neckar-Raum; beteiligte (private) Programmveranstalter, mögliche Senderstandorte, Zahl der erreichbaren Haushalte und jeweilige Kosten, Perspektiven für andere Ballungsräume, Nutzung von Erfahrungen aus dem Rhein-Main-Gebiet

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3987

Digital Audio Broadcasting (DAB) in BW und Deutschland

Stand der Verbreitung von DAB als Standard für digitalen Hörfunk, Umfang der bisherigen Investitionen von Rundfunkanstalten bzw von öffentlichen und privaten Mitteln, Steigerung der Attraktivität von DAB für die Veranstalter und Hörer durch Ko-

operation der Länder

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 17.02.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4072
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 9 10
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Medienpolitische Forderungen des Justizministers

Beurteilung der Forderungen nach Privatisierung des ZDF, Auflösung oder Fusion des Saarländischen Rundfunks mit anderen ARD-Anstalten bzw zusätzliche Belastung der dortigen Gebührenzahler mit einem Solidarzuschlag sowie nach einer engeren Kooperation der öffentlich-rechtlichen Sender mit dem DRS und ORF

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4084

Neuordnung der Filmförderung und nachhaltige Sicherung des Medienstandorts BW

Vergabe von Produktionen durch den SWR und beteiligte Partner an Produzenten im Land, finanzielle Unterstützung durch die Medien- und Filmgesellschaft, (dauerhafte) Ansiedlung neuer Firmen und Arbeitsplätze bzw von Absolventen der Filmakademie seit 1996, Einbindung des öffentlichen Bankensektors in die Förderung, Fortschreibung der Filmkonzeption sowie der Konzeption für die Filmfestivals; Abstimmung der Strategie der Länder zur Notifizierung der Förderinstrumente durch die EU

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4087

Lizenzgebühren für Webradios

Gebührenerhöhung und Veränderung der Lizenzbedingungen durch die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten für kleine und unkommerzielle Internetradios, Vergleich der Gebührenmodelle in den USA und der Schweiz, Bewertung der geforderten Bedingungen für das Abspielen von Titeln, der Meldungen von Titeln und Hörerschaft bzw deren Begrenzung u.a.m.; Beurteilung von Podcasting aus rechtlicher Sicht sowie im Hinblick auf die Gebührenforderung der GVL, GEMA und Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; Wertung der Restriktionen als Eingriff in die Rundfunkfreiheit?

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 16.03.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4148
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 5
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Bericht des SWR über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2003 bis 2006

Mittlg LReg 11.04.2005 Drs 13/4193 (38 S.)
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.05.2005 Drs 13/4334
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Präsentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 29.04.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4288
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.06.2005 Drs 13/4480 S. 6
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen

Verbotene Schleichwerbung in Programmen, Sendungen und Produktionen des SWR und privater Rundfunkveranstalter: Darlegung der Fälle seit 2000, der vorhandenen, der tatsächlich gebotenen bzw verhängten Sanktionen vonseiten der Sender, des Rundfunkrats und der LfK; Beurteilung einer Verbesserung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der LfK unter Einschluss der Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten

Antr
s. Werbung
Drs 13/4535

Folgen des Urteils des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 6. September 2005 für das LMedienGes BW

Verwerfung des weitgehenden Ausschlusses politischer Parteien von der Veranstaltung privaten Rundfunks mit dem o.g. Urteil, Herstellung der Verfassungsmäßigkeit der einschlägigen Regelungen des LMedienGes durch Vorlage eines entsprechenden GesEntw

Antr
s. Mediengesetz
Drs 13/4652

Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

Bericht des SWR über die Fusionserfahrung und über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2004 bis 2007

Mittlg LReg 11.10.2005 Drs 13/4763 (45 S.)
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/132 (16 S.)
PIPr 14/8 27.07.2006 S. 262-271

Mögliche Einflussnahme bei den Ermittlungen gegen den SWR-Intendanten und weitere Angehörige des SWR

Klärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß; Frage nach Maßnahmen des Justizministeriums bzw der Staatsanwaltschaft; Anordnung und Vollzug von Durchsuchungsbeschlüssen

Antr
s. Strafverfolgung
Drs 13/4853

Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks 2003 durch die RH der am Staatsvertrag über den SWR beteiligten Länder BW und RPF

Mittlg RH 28.11.2005 Drs 13/4865 (94 S.)
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/133
PIPr 14/8 27.07.2006 S. 262-271

Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel beim SWR; hier: Verquickung von öffentlichen und privaten Interessen bei Geburtstagsfeier?

Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß, Höhe und Aufschlüsselung der jeweiligen Kosten, Art der Finanzierung, der Vertragsgestaltung, Rechnungslegung und Buchführung; Ausgestaltung der Kontrolle von Ausgaben für repräsentative u.a. Zwecke, Trennung von privaten Kosten und Kosten im dienstlichen Interesse? Darstellung der Untersuchungsgegenstände und -ziele der ermittelnden Staatsanwaltschaft

Antr GRÜNE 28.11.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4876
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 10 11
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg ARD 13.04.2006 Drs 13/5229 (63 S.)
PIPr 14/4 21.06.2006 S. 35
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/132 (16 S.)
PIPr 14/8 27.07.2006 S. 262-271

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg DeutschlandRadio 03.05.2006 Drs 13/5236
PIPr 14/4 21.06.2006 S. 35
BeschlEmpf und Bericht StändA 20.07.2006 Drs 14/132 (16 S.)
PIPr 14/8 27.07.2006 S. 262-271

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. Fernsehen
Drs 13/5241

Bekanntnis zum dualen Rundfunksystem

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Weiterentwicklung des dualen Rundfunksystems, Hinwirkung auf mehr Produktionsanteile des SWR in der ARD

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69

Betrachtung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Teil der Medienwirtschaft durch die EU-Kommission

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1457 1472

Arbeitsplatzverluste in Baden-Baden infolge der Rundfunkfusion

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1519 1530

Bedauern über den Wegfall der für die Gleichberechtigung wichtigen Sendung „Journal am Morgen“ beim SWR

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2037

Eintreten für eine maßvolle Erhöhung der Rundfunkgebühren, Sicherung der Qualität der Programme, Verzicht auf eine weitere Expansion

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627

Notwendigkeit struktureller Reformen und einer Programmbeschränkung der öffentlichen Anstalten, Befürwortung einer maßvollen Gebührenanpassung

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4148 4156

Aktualisierung der Rundfunkordnung in Deutschland, Beschränkung der öffentlich-rechtlichen Programme auf Kernaufgaben

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4416-4422

Aktualisierung der Rundfunkordnung in Deutschland, Beschränkung der öffentlich-rechtlichen Programme auf Kernaufgaben, Erfüllung des Funktionsauftrags, Beurteilung der Expansionspläne des Bayerischen Rundfunks

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4534-4539

Notwendigkeit einer Programmbeschränkung der öffentlich-rechtlichen Anstalten, Befürwortung einer maßvollen Gebührenerhöhung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5157 5158

Notwendigkeit struktureller Reformen und einer Programmbeschränkung der öffentlichen Anstalten, Erwartung weiterer Personaleinsparungen und einer Abschmelzung der Altersversorgungszulagen, Deckelung der Aufwendungen für Marketing und Onlineangebote

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5275

Feststellung einer Stärkung der Medienlandschaft mit der Fusion von SWF und SDR vor sechs Jahren

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866

Erfolgsbewertung der Programme des SWR sowie der privaten Sender in BW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Werbung im SWR bei jungen Hörern für BW als Reiseland

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7963

Rundfunkgebühren

s.a. Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten

Funktion und Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Definition des Funktionsauftrags, Finanzierbarkeit angesichts von Preissteigerungen für Sportübertragungsrechte und steigenden Kosten im oneline-Bereich, Neustrukturierung der Rundfunkgebühr, Beurteilung der vorgeschlagenen Alternative einer Bürgerabgabe

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 13/315

Zukunft der Rundfunkgebühren

Einnahmenentwicklung des SWR aus den Rundfunkgebühren, Einschätzung der Ausfälle durch verstärkte Nutzung des PC als

Rundfunkempfangsgerät; Zeitplan, notwendige Rechtsänderungen und finanzielle Auswirkungen der möglichen Ersatzmodelle; Akzeptanz der aktuellen Rundfunkgebühr in der Bevölkerung

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 18.10.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/337

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/773

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Sechsten Staatsvertrages zur Änd des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg

s. *Rundfunk*

Drs 13/577

Ges zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änd des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

GesEntw

s. *Rundfunk*

Drs 13/951

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg

s. *Rundfunk*

Drs 13/1568

Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag

Mittlg

s. *Fernsehen*

Drs 13/1579

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg

s. *Rundfunk*

Drs 13/1593

Rundfunkgebühren

Vorschläge der Kommission von ARD und ZDF; Entwicklung der Erträge aus Werbung und Sponsoring beim öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk; Auswirkungen und mögliche Kompensation des Verzichts auf Werbeeinnahmen; Vermeidung einer finanziellen Verschlechterung der Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Sender in der Ministerpräsidentenkonferenz

Antr SPD 11.12.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/1611

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5276

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Siebten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung der EG-Richtlinie

über den Universaldienst und die Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/2409

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/2775

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Fernsehen*
Drs 13/3117

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3141

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3217

Verdopplung der Fernsehgebühr für Hotels und Pensionen

Verhinderung von o.g. Plänen zur Erhöhung der Rundfunkgebühren für Hotels und Pensionen

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 29.07.2004 und Antw StM Drs 13/3458

Rundfunkgebühren und Medienpolitik - ordnungspolitische Zielsetzungen aus der Position des Ltg von BW

Aktuelle Debatte
s. *Medien*
PIPr 13/75 S. 5265

Unterstützung der Resolution des SWR-Rundfunkrats vom 24.09.2004 durch die LReg

Eintreten für die Beachtung des gesetzlich festgelegten Gebührenverfahrens und damit für die von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) empfohle-

ne Erhöhung der Rundfunkgebühren um 1,09 Euro

DringlAntr SPD 28.09.2004 Drs 13/3595
ÄAntr CDU und FDP/DVP 05.10.2004 Drs 13/3612
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5396-5407

Unterstützung der Resolution des SWR-Rundfunkrats vom 24.09.2004 durch die LReg

Eintreten für eine maßvolle Erhöhung der Rundfunkgebühr sowie für strukturelle Einsparungen der Sender, Anrechnung der erbrachten Einsparungen des SWR, Abbau der überdurchschnittlichen Altersversorgung der Mitarbeiter, Prüfung einer Verlängerung der Arbeitszeit, Erhaltung der Gebührenermäßigung für die Gastronomie

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/3612

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Achten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3613

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienGes und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/3784

Medienpolitische Forderungen des Justizministers

Beurteilung der Forderungen nach Privatisierung des ZDF, Auflösung oder Fusion des Saarländischen Rundfunks mit anderen ARD-Anstalten bzw zusätzliche Belastung der dortigen Gebührenzahler mit einem Solidarzuschlag sowie nach einer engeren Kooperation der öffentlich-rechtlichen Sender mit dem DRS und ORF

Antr
s. *Medien*
Drs 13/4084

Lizenzgebühren für Webradios

Gebührenerhöhung und Veränderung der Lizenzbedingungen durch die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten für kleine und unkommerzielle Internetradios, Vergleich der Gebührenmodelle in den USA und der Schweiz, Bewertung der geforderten Bedingungen für das Abspielen von Titeln, der Meldungen von Titeln und Hörerschaft bzw deren Begrenzung u.a.m.; Beurteilung von Podcasting aus rechtlicher Sicht sowie

im Hinblick auf die Gebührenforderung der GVL, GEMA und Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; Wertung der Restriktionen als Eingriff in die Rundfunkfreiheit?

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4148

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/5229

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/5236

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Fernsehen*
Drs 13/5241

Verknüpfung der letzten Gebührenerhöhung mit der Aufforderung zu mehr Wirtschaftlichkeit der Sender

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 536 537

Eintreten für eine maßvolle Erhöhung der Rundfunkgebühren, Sicherung der Qualität der Programme, Verzicht auf eine weitere Expansion

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3627

Eintreten für eine maßvolle Erhöhung der Rundfunkgebühren

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4148 4156

Rechtfertigung der Rundfunkgebühren der Öffentlich-Rechtlichen mit dem Primat der Bildung, Information und Kultur; Begrenzung der Gebührenfreiheit für Internet-PC bis Ende 2006; Hinwirkung auf einen Konsens zur vorgeschlagenen Gebührenerhöhung

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4416-4422

Erwartung einer Diskussion und Einigung über die vorgeschlagene Gebührenerhöhung in der zweiten Jahreshälfte, kritische Überprüfung einer Gebührenfinanzierung neuer Angebote

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4534-4538

Hinwirkung auf einen Konsens zur vorgeschlagenen Gebührenerhöhung, Forderung nach einem Werbeverbot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5090 5093 5094 5098

Befürwortung einer maßvollen Gebührenerhöhung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5157 5158

Eintreten für eine maßvolle Gebührenerhöhung nach dem Vorschlag der KEF, Ablehnung einer Verdoppelung der Rundfunkgebühren für Hotels und Pensionen

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265-5275

Rundfunkrat

a) *Wahl von Mitgliedern des Rundfunkrats des Südwestrundfunks*

b) *Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks*

s. *Rundfunk*

PIPr 13/29 S. 1794

a) *Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats des Südwestrundfunks*

b) *Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks*

s. *Rundfunk*

PIPr 13/75 S. 5284

Unterstützung der Resolution des SWR-Rundfunkrats vom 24.09.2004 durch die LReg

Eintreten für die Beachtung des gesetzlich festgelegten Gebührenverfahrens und damit für die von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) empfohlene Erhöhung der Rundfunkgebühren um 1,09 Euro

Antr
s. *Rundfunkgebühren*
Drs 13/3595

Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks

s. *Rundfunk*

PIPr 13/79 S. 5593

Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen

Verbotene Schleichwerbung in Programmen, Sendungen und Produktionen des SWR und privater Rundfunkveranstalter: Darlegung der Fälle seit 2000, der vorhandenen, der tatsächlich gebotenen bzw verhängten Sanktionen vonseiten der Sender, des Rundfunkrats und der LfK; Beurteilung einer Verbesserung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der LfK unter Einschluss der Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/4535

Wahl eines Mitglieds des Rundfunkrats des Südwestrundfunks

s. *Rundfunk*

PIPr 13/99 S. 7041

Zusammensetzung des Rundfunkrats des SWR, Vorschlag eines Verzichts auf die Entsendung von Parteimitgliedern

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2320-2322

Zusammensetzung des Rundfunkrats des SWR, Vorschläge zur Verhinderung einer Politisierung von Rundfunkgremien

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2488-2492

Russisch*Zugewanderte Schülerinnen und Schüler*

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

Mögliche Kürzungen der finanziellen Förderung aus dem Landesjugendplan für Schülerbegegnungen mit Russland

Bedeutung der Schülerbegegnungen mit osteuropäischen Partnerschulen; Gründe und Auswirkungen o.g. Rückzugspläne, insbes für das Fach Russisch an den hiesigen Schulen

Antr
s. *Jugendaustausch*
Drs 13/4505

Russische Föderation*s. Russland***Russland***s.a. Russisch**Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW*

Umfang, Zusammensetzung und Verteilung der russisch-jüdischen Immigranten seit 1991; soziale, schulische und berufliche Integration; Veränderungsbedarf der angebotenen Sprachkurse; alters- und bildungsgemäße Einschulung der Kinder; Förderung der Beschäftigung entsprechend den erworbenen Qualifikationen bzw Bildungsabschlüssen; Quote und Dauer von Arbeitslosigkeit; Nutzung des Potenzials im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften mit Maßnahmen nach dem Vorbild Israels; Unterstützung von Existenzgründungen; Anpassung der Verteilung nach den Wünschen der jüdischen Gemeinden, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für deren Integrationsarbeit

GrAnfr
s. *Juden*
Drs 13/98

Zuweisung jüdischer Neuzuwanderer in Regionen mit jüdischen Gemeinden

Ermöglichung einer gemeindenahen Unterbringung der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion, Hinwirkung auf einen Finanzausgleich zwischen den Kommunen entsprechend der bayerischen Regelung

Antr
s. *Juden*
Drs 13/1256

Zukunft des Praktikantenprogramms mit Russland

Beteiligung des Landes und des Vereins „Agrarkontakte International“ an dem o.g. Programm, Erfolgsbewertung durch die Praktikanten und bäuerlichen Gastgeberfamilien, Qualifizierung für den Einsatz deutscher Agrarmaschinen, Fortführung des Pro-

gramms unter Einbeziehung auch von anderen europäischen ehemaligen GUS-Staaten

Antr
s. *Landwirt*
Drs 13/3843

Visa-Praxis und Auswirkungen auf BW

Erkenntnisse über die Einreise von Terroristen, insbes aus der Kaukasus-Region und Zentralasien, und Zunahme der Zwangsprostitution aufgrund der freizügigen Visaerteilung des Auswärtigen Amtes; Frage nach Aktivitäten der „Reiseschutz AG“ in BW

KlAnfr
s. *Sichtvermerk*
Drs 13/4082

Mögliche Kürzungen der finanziellen Förderung aus dem Landesjugendplan für Schülerbegegnungen mit Russland

Bedeutung der Schülerbegegnungen mit osteuropäischen Partnerschulen; Gründe und Auswirkungen o.g. Rückzugspläne, insbes für das Fach Russisch an den hiesigen Schulen

Antr
s. *Jugendaustausch*
Drs 13/4505

Sprachtest für Spätaussiedler

Beurteilung der Pläne des IM zur Erleichterung der Einreise auch bei nicht bestandenem Sprachtest bzw zur Abschaffung des obligatorischen Sprachtests, Vereinbarkeit mit der Überzeugung des PetA auf seiner Reise nach Sibirien von der zwingenden Notwendigkeit der Tests als Integrationsvoraussetzung

MdlAnfr
s. *Aussiedler*
Drs 13/5092

Ertüchtigung der unsicheren Kernkraftwerke in Russland mit Geldern aus den Rücklagen der Kernkraftindustrie hierzulande
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1707*Problematik der Gefangenenstruktur in den JVA, insbes durch den Anteil der Russlanddeutschen; Notwendigkeit von mehr Personal zur Behandlung und Überwachung*

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2138 2139 2143

Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft Russlands in der EU, Angebot einer privilegierten Partnerschaft als Alternative

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2342 2346

Strukturen und Potenzial der Landwirtschaft in Russland

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3086 3095

Erinnerung an Überlegungen eines SPD-Landtagsabgeordneten über eine Endlagerung radioaktiver Abfälle in Russland

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4827

Warnung vor einer zu starken Fixierung auf Gaskraftwerke wegen der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6449-6451

Vermeidung einer zu großen Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026

Warnung vor einer zu starken Fixierung auf Gaskraftwerke wegen der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452

Vermeidung einer zu großen Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland, Erinnerung an den Konflikt mit der Gazprom

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7700 7705 7713 7714

Erinnerung an die Informationsreise des PetA nach Sibirien

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7797 7799

Rußpartikelfilter

s. Abgasreinigung

Rust

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Ablehnung einer Passagierfluglizenz für Lahr; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr

s. Flugplatz Lahr

Drs 13/5043

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Bewertung der Gutachten zur Erteilung einer auf den Reiseverkehr zum Europapark Rust beschränkten Passagierfluglizenz bzw zur Wirtschaftlichkeit von Regionalflughäfen; Festhalten an Söllingen als einzigem Regionalflughafen am mittleren Oberrhein und damit an der landesplanerischen Zielsetzung; Verkauf der indirekt vom Land gehaltenen Anteile am Flughafen Söllingen an den australischen Investor? Möglichkeiten einer besseren Anbindung des Europaparks Rust an den öffentlichen Nahverkehr; Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr

s. Flugplatz Lahr

Drs 13/5206

Rust, Ingo MdL SPD

Eintritt des Abg Ingo Rust zum 01.05.2003 als Nachfolger des ausgeschiedenen Abg Wolfgang Bebbler

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893

Ryanair

s. Luftverkehrsunternehmen

Saarland

Mitverbrennung von Klärschlamm aus BW in saarländischen Kohlekraftwerken und Müllverbrennungsanlagen (MVA)

Herkunft und Umfang der o.g. Entsorgung; Bewertung der Eignung der einzelnen Anlagen

Antr

s. Klärschlamm

Drs 13/1992

Medienpolitische Forderungen des Justizministers

Beurteilung der Forderungen nach Privatisierung des ZDF, Auflösung oder Fusion des Saarländischen Rundfunks mit anderen ARD-Anstalten bzw zusätzliche Belastung der dortigen Gebührenzahler mit einem Solidarzuschlag sowie nach einer engeren Kooperation der öffentlich-rechtlichen Sender mit dem DRS und ORF

Antr

s. Medien

Drs 13/4084

Verzicht auf die Forderung nach Auflösung des Saarlands nach dem dortigen Regierungswechsel

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2157

Höhe der Zahlungen an das Saarland aus dem Länderfinanzausgleich, Finanzierung der Gebührenfreiheit des dritten Kindergartenjahres

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6004 6005

Sonderzuwendungen des Bundes an das Saarland zur Finanzierung von Parlament und Regierung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6803

Saatgut

s. Pflanze

Saatkrähe

s. Vogel

Sabbatjahr

s. Sonderurlaub

Sachkostenbeitrag für Schulen

s. Schullastenausgleich

Sachsen

Ausbau der Windkraftnutzung in Sachsen im Jahr 2001; Beitragssenkung der AOK Sachsen mithilfe der Zahlungen aus dem Risikostrukturausgleich

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1380 1416 1424

Abschneiden des Freistaats Sachsen bei der PISA-E-Studie 2003, Verdrängung des Landes BW von Platz zwei in drei der vier untersuchten Kompetenzfelder

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6956 6958 6959 6961-6963

Sachsen-Anhalt

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG
Erklärung des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der DB Regio AG für nichtig durch die Vergabekammer Magdeburg; Notwendigkeit der Ausschreibung von Leistungen des SPNV und Vergabe in Losen als Konsequenz dieser Entscheidung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1179

Auswirkungen des EuGH-Urteils auf ÖPNV-Förderung
Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Bezuschussung von Schienenverkehrsleistungen an Unternehmen ohne zugrunde liegende Verkehrsverträge; Art der Berechnung dieser Ausgleichszahlungen; Vermeidung von Überkompensationen

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2443

Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 in der Rechtssache „Altmark Trans“

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Wettbewerbsintensität und finanzielle Förderung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV, auf den Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen dem privaten Omnibusgewerbe und den kommunalen Verkehrsbetrieben sowie auf die künftige Ausschreibung von Verkehrsleistungen im ÖPNV

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2557

Sachsenheim

Schulfach Ökonomie im Lichtenstern-Gymnasium Sachsenheim
Ziele und Inhalte des ab Klasse 5 eingerichteten Ökonomieprofils; Bewertung als Modell für die allgemein bildenden öffentlichen Gymnasien

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2109

Umgliederung der Stadt Sachsenheim vom Wahlkreis Bietigheim-Bissingen in den Wahlkreis Vaihingen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5832 5842

Sachverständiger

s.a. *Gremium*
s.a. *Kommission*
s.a. *Technische Überwachung*

Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beurteilung von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung o.g. Gutachtergruppe; Konsequenzen in der Abteilung 7 des UVM, insbes Entbindung des Leiters von seinen Aufgaben wegen Fehlentscheidungen im Umgang mit den Störfällen im

Atomkraftwerk Philippsburg II

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/388

Arbeit der Atomaufsicht in BW

Überprüfung der Einhaltung rechtlich vorgegebener Sicherheitsstandards; rasche und sachgerechte Entscheidungen bei Mängeln, Vorfällen und Störfällen bzw Weiterleitung von Meldungen an die zuständigen Ministerien, Ämter und Gremien; ggf Einschaltung von Gutachtern; Beurteilung der Unabhängigkeit sowie von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Frage nach Aktivitäten und Ergebnissen der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Einbeziehung von Experten des TÜV, Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der ILK

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/422

Überprüfung der Atomaufsicht in BW durch unabhängige Gremien

Rücknahme der Betrauung des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der Internationalen Länderkommission Kerntechnik

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/437

Aufarbeitung gravierender sicherheitstechnischer Defizite im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unzureichende Befüllung der Flutbehälter beim Wiederauffahren seit 1985, Erfassung der entsprechenden Messdaten von Prozessrechnern, Überprüfung der Protokolle durch Sachverständige des TÜV, Ergebnisse dieser Überprüfungen sowie der Periodischen Sicherheitsüberprüfung der Betriebsführung; nochmalige Begutachtung dieser Vorgänge durch unabhängige Gutachter, Beachtung der Unabhängigkeit von Betreiberinteressen bei der künftigen Auswahl von Gutachtern der Aufsichtsbehörde, Verzicht auf die Dienste des TÜV

Antr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/445

Qualitätssicherung bei der Atomaufsicht

Maßnahmen seit Bekanntwerden der Störfälle im KKW Philippsburg; Zeitpunkt der Einsetzung, Zusammensetzung und Auftrag der Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/553

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 4) - Vorschläge externer Gutachter und Umsetzung der Kabinettsbeschlüsse zur Personaleinsparung (Teil A Abschnitt I) -

Mittlg
s. *Personalplanung*

Drs 13/600

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der externen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr

s. *Gutachten*

Drs 13/832

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolgutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterausschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterabrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 13/1381

Gutachterausschüsse nach § 192 Baugesetzbuch (BauGB)

Aufgaben und Personalausstattung der Gutachterausschüsse und ihrer Geschäftsstellen, Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe Bodenrichtwerte

KIAnfr Martin Rivoir SPD 08.11.2002 und Antw WM Drs 13/1478

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Reduzierung der Kosten für Sachverständige, für Repräsentationsgeschirr und der Personalstellen im StM

s. *Staatsministerium*

Drs 13/1873

Beratertätigkeit des Herrn Landrat a.D. Hans Volle für die LReg

Art, Zeitdauer und Entschädigung o.g. Beraterdienste; Berufung als Ombudsmann für Bürokratieabbau?

Antr

s. *Volle, Hans CDU*

Drs 13/2544

Ärztliche/Zahnärztliche Gutachten in Sozialgerichtsverfahren

Zahl und Kosten der von den Sozialgerichten in Auftrag gegebenen Gutachten seit 1998, Entscheidungsbefugnis der Richter für die Gutachterausschreibung und Auftragsvergabe; Beurteilung des Vorschlags zur Bildung eines Gutachterpools mit verbindlichen Bearbeitungszeiten und einer klaren Honorarordnung, Verfügbarkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für entsprechende Gutachten

Antr

s. *Gutachten*

Drs 13/2599

Haushalt 2004; Epl 02

Reduzierung der Kosten für Sachverständige und der Personalstellen im StM

s. *Staatsministerium*

Drs 13/2802

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabepaxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr

s. *Gutachten*

Drs 13/2882

Reform der Grundsteuer

Beurteilung des Vorschlags der Finanzministerkonferenz, Auswirkungen auf die Einnahmen der Kommunen, Bewertung von Immobilien durch die kommunalen Gutachterausschüsse auch für andere Steuerarten, insbes für die Erbschaftsteuer

Antr

s. *Grundsteuer*

Drs 13/2918

Untergrund des Gemeinschaftskernkraftwerks Neckarwestheim GKN I und GKN II; hier: Konsequenzen aus dem Gutachten von Prof. Jentzsch

Zugrundegelegte Bodenklasse und Auslegung gegen Erdbeben in den bisherigen Gutachten und in der Genehmigung des KKW Neckarwestheim, Beurteilung der geforderten Nachmessungen aus der o.g. Untersuchung; Konsequenzen für die Atomaufsicht

KIAnfr

s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*

Drs 13/4110

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gerätesicherheits-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Sachverständige für Schleppaufzüge; Änd der Produktsicherheits-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Konsequenzen aus der Praxis des Landes bei der Vergabe von Gutachten, Studien und sonstigen externen Dienstleistungen

Nachbesserung der Stellungnahme zu Drs 13/2882, Benennung der Auftragnehmer, deutliche Reduzierung der Kosten und der freihändigen Vergaben, Einhaltung der Beschaffungsordnung und der Verdingungsordnung, Anlage eines Aktenvermerks mit Begründung einer Abweichung von einer öffentlichen oder beschränkten Ausschreibung in jedem Einzelfall

Antr

s. *Gutachten*

Drs 13/3291

Nachweislücken bei der Beherrschung des Kühlmittelverluststörfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II

Gründe für die Erkennung o.g. Defizite erst zum jetzigen Zeitpunkt und nicht bei der Aufarbeitung früherer Störfälle vonseiten der Gutachter, Betreiber und Aufsichtsbehörde; Bewertung des Sachverhalts von Vertretern des Bundesumweltministeriums und des UVM unter dem Gesichtspunkt eines funktionierenden Sicherheitsmanagements

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/3951

Mängel im Sicherheitsmanagement des Atomkraftwerks Philippsburg II (KKP II)

Zeitpunkt der Kenntnisnahme und Maßnahmen der Betreiberin zu den Nachweislücken bei der Beherrschung eines Kühlmittelverluststörfalls, Einholung externer Gutachten oder Stellungnahmen des Anlagenherstellers, Art und Zeitpunkt der Zusammenarbeit mit der Atomaufsichtsbehörde, Vereinbarkeit mit der angekündigten „neuen Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001, Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen gegenüber der EnBW

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/4081

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Kernkraftwerk Philippsburg II (KKP II) im Zusammenhang mit neuerlichen Sicherheitslücken

Kenntnisse des Anlagenleiters über die Beherrschbarkeit eines Kühlmittelverluststörfalls bereits im August 2004? Begründung und Rechtsgrundlage der Verweigerung von Auskünften gegenüber der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Bewertung der Internationalen Atomenergiebehörde, Heranziehung dieser Bewertung als Beleg für das korrekte Verhalten der EnBW durch den Minister im Plenum; Effizienz der Bemühungen um eine zeitnahe und vollständige Übermittlung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse zwischen Betreiber und Atomaufsicht sowie innerhalb des UVM

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/4096

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Anpassung des UntersuchungsausschussGes an die Rechtsänderung des Bundes zur Vergütung von Sachverständigen und Zeugen

GesEntw

s. *Verfassungsschutz*

Drs 13/4524

Rolle des TÜV Süddeutschland als langjähriger Gutachter für die KKW im Land, Umsetzung des Beschlusses zur Zuziehung von anderen, unabhängigen Sachverständigen, Einsetzung eines Expertenteams zur Optimierung der Atomaufsicht

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 929-935

Zahl und Kosten von Expertengremien, externen Beratern und Gutachten auf Bundesebene; Frage nach den Kompetenzen der Ministerien

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4162

Sägewerk

s. *Holzwirtschaft*

Säugling

s. *Kind*

Säuglingsnahrung

s. *Kindernahrung*

Sakellariou, Nikolaos MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637

Salmonellen

Warnung der Verbraucher vor Salmonellen in Lebensmitteln

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 658

Salomon, Dieter Dr. MdL GRÜNE

Würdigung und Verabschiedung der Abg Dr. Dieter Puchta und Dr. Dieter Salomon

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1848 1849

Würdigung der Wahl des Abg Dr. Dieter Salomon zum OB der Stadt Freiburg

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453 1458

Salz

s.a. *Nitrat*

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein

Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 04.07.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/48

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 08.11.2001 Drs 13/488 S. 9 10

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen
Eingetretene und noch zu befürchtende Verunreinigungen; Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung; mögliche grenzüberschreitende Sanierungsmaßnahmen, -zeiträume und -kosten

Antr Gundolf Fleischer u.a. CDU 01.10.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2462

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.11.2003 Drs 13/2703 S. 46 47

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Salzbergwerk

s. *Bergwerk*

Sanierung

s.a. *Altlasten*
 s.a. *Business Improvement Districts*
 s.a. *Denkmalpflege*
 s.a. *Städtebau*

Energetische Modernisierung im Wohnungsbestand

Höhe der bereitgestellten und beanspruchten Mittel 2000/2001 im Vergleich zu Hessen und NRW; Aufstockung der Mittel zur Stimulanz des Bauhandwerks und zugunsten des Klimaschutzes; Ausbildung und flächendeckende Präsenz von Energieberatern aus dem Handwerk; Abruf von Fördermitteln für Energie-Spar-Checks für Ein- und Mehrfamilienhäuser

Antr
 s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/93

Fortsetzung und Ausbau des Energie-Einspar-Programms

Ausbau des Energieeinsparprogramms und des Altbaumodernisierungsprogramms

Antr
 s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/136

Impulsprogramm Altbau und Energieeinsparprogramm Altbau

Evaluation und Verbesserungsmöglichkeiten o.g. Programme, Behebung von Informationsdefiziten, Umstellung auf attraktivere Direktzuschüsse

KlAnfr
 s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/175

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestands

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 5 S. 29
 ÄAntr SPD 18.09.2001 Drs 13/238-N 11 S. 37 38
 ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/255-5 S. 8 9
 ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255-6 S. 10
 PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Sanierung und Instandhaltung von Bahnhofs- und Haltepunktanlagen im Schienenpersonenverkehr

Ergebnisse des o.g. Investitionsprogramms der DBAG und seiner evtl Fortschreibung, Mitwirkung bei der Festlegung von Prioritäten, Förderung von Vorhaben nach dem GVFG und Regionalisierungsges sowie nach dem BSchienenwegeausbau-Ges? Gemeinsame Aktivitäten von Land, Kommunen und Bahn AG; Definition eines Projekts entsprechend dem Modellversuch „Umweltbahnhof Rheinland-Pfalz“ in BW?

Antr
 s. *Bahnanlage*
 Drs 13/430

Instandsetzungs- bzw Erhaltungsmaßnahmen von Gebäuden an der Universität Tübingen

Mittelbereitstellung für die notwendigen Maßnahmen, insbes zur Sanierung der PCB-belasteten Gebäude

KlAnfr
 s. *Universität Tübingen*
 Drs 13/514

Energieeinsparprogramm Altbau 2001

Aufzehrung der Haushaltsmittel bereits zur Jahresmitte, Rechtfertigung aufwändiger Werbemaßnahmen für dieses Programm

MdlAnfr
 s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/530

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

CO₂-Minderung durch Aufstockung des „Energieeinsparprogramms Altbau“

s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/657

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KlAnfr
 s. *Erneuerbare Energie*
 Drs 13/629

Investitionen in den Erhalt und Ausbau von Räumlichkeiten und Gebäuden der Universität Karlsruhe

Mittelbereitstellung für o.g. Maßnahmen bis 2007, Finanzierung des Mehraufwands für Auflagen des Denkmalschutzes; Darlegung der Beschränkungen und Mehrkosten durch das Verschieben von notwendigen Sanierungsmaßnahmen

Antr
 s. *Universität Karlsruhe*
 Drs 13/1221

Kürzungen in der Wohnungsbauförderung und der Stadtsanierungsförderung durch die BReg

KlAnfr
 s. *Wohnungsbau*
 Drs 13/1239

Stadtbilderhaltung in der Landeshauptstadt und Gefährdung historischer Bausubstanz durch fortgesetzten Hausabbruch landeseigener Gebäude

Gefährdung einer historischen Häuserzeile an der Willy-Brandt-Straße durch Benötigung der Flächen im Zuge der Verwirklichung von Stuttgart 21, Bewertung der Kauf- bzw Sanierungsinteressen eines privaten Investors; Kontaktaufnahme mit der Stadt Stuttgart und der DB Projekte Süd GmbH mit dem Ziel einer neuerlichen Prüfung iRd Planfeststellungsverfahrens, Stopp eines möglichen Abbruchs bis zur Vorlage der Ergebnisse dieser Prüfung

Antr
 s. *Stuttgart*
 Drs 13/1249

Neubau und Modernisierung von Wohnungen in BW

Bereitstellung von jährlich jeweils 200 Mio Euro für o.g. Zwecke innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren

Antr
 s. *Wohnung*
 Drs 13/1433

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1686

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KlAnfr
s. *Öffentliches Bauvorhaben*
Drs 13/1745

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen mit den Programmen „Impulsprogramm Altbau“ und „Energiesparprogramm Altbau“, Wärmedämmung und energetische Sanierung der Gebäude und Liegenschaften des Landes, Ergebnisse der konzertierten Aktionen „Klimaschutz durch Energiesparen“

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Förderung der Wohnungsmodernisierung durch das Land

Einschätzung der Zahl renovierungsbedürftiger Mietwohnungen, bisheriger Mitteleinsatz iRd Energiesparprogramms Altbau im Vergleich zu Bayern und NRW, beschäftigungs- und steuerpolitische Auswirkungen der Kürzung des Programms

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1845

Haushalt 2004; Epl 07

Wiederaufnahme des „Energieeinsparprogramms Altbau“, energetische Modernisierung des Wohnungsbestands

s. *Energieeinsparung*
Drs 13/2807

Haushalt 2004; Epl 07

Einarbeitung der vorrangigen Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden in die anstehende Neubekanntmachung der Städtebauförderungsrichtlinien

s. *Energieeinsparung*
Drs 13/2807

Umsetzung der Bahnhofs-Entwicklungskonzeption BW - Stand und Perspektiven

Umsetzungsstand von Projekten der Bahnhofsentwicklung, des „Sofortprogramms“ und der Instandhaltung und Modernisierung von Bahnhöfen der DBAG; Priorisierung von Projekten angesichts der Investitionsmittelkürzung der BReg in diesem Jahr; Finanzierungsanteile des Bundes, des Landes, der Bahn AG und Kommunen; Darlegung evtl Hemmnisse bei der planerischen Kooperation mit Kommunen

Antr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/2857

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der

Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3495

Bauunterhaltung und Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

- *Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO -*

Mittlg
s. *Hochschulbau*
Drs 13/3725

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Mittelbereitstellung für ein Notprogramm zur Hochschulbausanierung

s. *Hochschulbau*
Drs 13/4012

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Bau- und Infrastruktursanierung in den Soziokulturellen Zentren

s. *Soziokultur*
Drs 13/4014

Zustand der wichtigsten Bahnhöfe in BW

Zustand und Fahrgastzahlen der zehn wichtigsten Bahnhöfe, Investitionen der Bahn AG seit 1994 und vorhandener Nachholbedarf, Frage nach der finanziellen Beteiligung des Landes und dem behindertengerechten Ausbau der Bahnhöfe

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/4069

Verkehrsbelastung und Sanierungsbedarf der Rheinbrücke Karlsruhe

Entwicklung und Prognosen der Verkehrsmengen nach Fahrzeugarten und Zielgebieten, Möglichkeiten einer Kapazitätserhöhung durch intelligente Verkehrslenkung, Zeitpunkt und Ausmaß der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten, Frage nach Zwischenergebnissen der noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung, Berücksichtigung der Belange der Natura 2000-Gebiete in den Rheinauen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4073

Modernisierungszuschüsse für Jugendherbergen

Verweigerung o.g. Zuschüsse für kleinere, weniger gut ausgestattete Jugendherbergen wie z.B. in Alpirsbach

MdlAnfr
s. *Jugendheim*
Drs 13/4133

Bauvorhaben an Berufsakademien

Auswirkungen der mit der Akkreditierung der Bachelor-Studiengänge notwendigen Anpassungsmaßnahmen auf die räumliche Infrastruktur, Darlegung der vorgesehenen Ausbau- und Sanierungsvorhaben

Antr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/4182

Bauangelegenheiten des Landesmuseums für Technik und Arbeit (LTA) in Mannheim

Stand der Finanzierungskonzeption und Bereitstellung von Haushaltsmitteln, insbes zur notwendigen Sanierung und Planung eines Anbaus für Sonderausstellungen; Frage nach der Stellenausschreibung für den Nachfolger des derzeitigen Direktors sowie einer evtl Übernahme von Beschäftigten durch das Land

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 13/4192

Beratende Äußerung zur Bauunterhaltung und zum Sanierungsbedarf der Universitätsgebäude

Vorlage einer Bestandsaufnahme zum Sanierungsbedarf an Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien

ÄAntr SPD 02.06.2005 Drs 13/4369
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6694-6699

Städtebauförderung und ihre Auswirkung auf Beschäftigung und Investitionen in BW

Bisherige und künftige Mittelbereitstellung iRd Bund-Länder-Programme, Darstellung der Impulse für das Baugewerbe sowie der zurückfließenden Steuereinnahmen, Höhe des Antragsstaus bei der Städtebauförderung und beim Landessanierungsprogramm bzw der möglichen Investitionsvolumina durch die Bedienung der Anträge

Antr
s. *Städtebau*
Drs 13/4504

Grundwasserschutz in den Nitrat-Sanierungsgebieten

Gründe für die geringe Zahl der erarbeiteten Sanierungspläne für die festgelegten Sanierungsgebiete, Darlegung der geforderten Auflagen und deren Überwachung nach der SchALVO; Schaffung und Umsetzung der Sanierungspläne für alle Nitratsanierungsgebiete

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 13/4608

Personalabbau und Sanierungsmaßnahmen im Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim

Vereinbarkeit von Stellenabbau und Neukonzeption des Museums; Art, Umfang, Trägerschaft und Amortisation der Vor- und Zwischenfinanzierung; Realisierung der vom MinPräs angekündigten Erhöhung der Zuschüsse

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 13/4618

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Haushalt 2006; Nachtrag

Einrichtung eines Notprogramms zur Hochschulbausanierung s. Hochschulbau
Drs 13/4840

Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Kulturdenkmälern Ulmer Münster und Valentinskappelle

Art, Kosten und Kostenträger der o.g. Maßnahmen in den letzten fünf Jahren; Einschätzung des aktuellen und künftigen Bedarfs, Frage nach einem Zeit- und Finanzierungsplan der Denkmalbehörde

KlAnfr
s. *Restaurierung*
Drs 13/4982

Parkhaus Feldberg

Förderung des o.g. Projekts mit Mitteln aus dem Landessanierungsprogramm, Beurteilung des von der Gemeinde Feldberg vorgesehenen kostenlosen Parkens, Vereinbarkeit mit umwelt- und verkehrspolitischen Zielen sowie mit dem Fehlbedarf an Mitteln zur Sanierung der Hochschulgebäude

KlAnfr
s. *Parkplatz*
Drs 13/5205

Arbeitsmarktpolitische Impulse des Altbausanierungsprogramms der BReg

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 157 158 168

Impulse für die Bauwirtschaft durch Anhebung der Fördermittel zur Altbausanierung

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 210 211 214

Aufstockung der Fördermittel zur Altbausanierung

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333 335 338

Kritik am Auslaufen des Altbaumodernisierungsprogramms, Neuauflage des Programms mit dem Haushalt 2002/03

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 429 430 435 436

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestands

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 503-507 510 525

Aufzehrung der Mittel für die Altbausanierung bereits zur Jahresmitte, Rechtfertigung aufwändiger Werbemaßnahmen für dieses Programm

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 700 703 704

Aufzehrung der Mittel für die Altbausanierung bereits zur Jahresmitte, Beschränkung der Förderung auf eigengenutzte Wohnungen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 810

Fortsetzung des Altbausanierungsprogramms

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1432

Lob für das Altbausanierungsprogramm, Kritik an der Aufzehrung der Mittel bereits zur Jahresmitte, Erinnerung an das Landessanierungsprogramm

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827 1830 1831 1834 1838

Impulse für das Bauhandwerk durch Fortführung des Altbausanierungsprogramms

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2369

Effizienz des Landessanierungs- und Altbausanierungsprogramms, Förderung des Abbruchs von baufälligen Gebäuden in den Ortskernen

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3043 3044

Effizienz der energetischen Sanierung im Altbaubestand, Kritik an der unzureichenden Mittelausstattung des Altbausanierungsprogramms

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3140-3142 3144 3146-3148 3150 3151

Effizienz der energetischen Sanierung im Altbaubestand, Kritik an der Mittelkürzung für die Altbaumodernisierung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3615

Kritik an der Kürzung des Landessanierungsprogramms; Erarbeitung von Sanierungsplänen für die Wasserschutzgebiete

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3778 3779 3786

Kritik an der Mittelkürzung für die Altbaumodernisierung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4326

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4738 4739

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5062 5064

Sanierungsbedarf der landeseigenen Immobilien

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5632 5633

Sanierungsbedarf der landeseigenen Immobilien

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5697

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5913 5914

Energieeinsparung durch energetische Sanierung der Gebäude

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436 6443 6456

Mittelbedarf zur Sanierung der Hochschulgebäude

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6738

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7028 7030 7031

Aufstockung des Programms zur Altbausanierung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043-7045 7053 7054

Kritik an der drastischen Kürzung der Fördermittel zur Altbausanierung; Sanierung von Schul- und Hochschulgebäuden über öffentlich-private Partnerschaften

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7302-7304 7309 7310 7313 7314

Notwendigkeit der Gebäudesanierung, Kompatibilität der EU-Gebäuderichtlinie mit dem Altbausanierungsprogramm

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7453 7455 7456

Energieeinsparung durch energetische Sanierung im Altbaubestand; Mittelbedarf zur Sanierung der Hochschulgebäude

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7703 7729

Mittelbedarf zur Sanierung der Hochschulgebäude

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7887

Förderung eines Parkhauses am Feldberg mit Mitteln aus dem Landessanierungsprogramm

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7960 7961 7963 7964

Sanierungsprogramm

s. *Sanierung*

Sanitätsdienst

s. *Rettungsdienst*

Sasbachwalden

Positive Impulse für den Schwarzwald-Tourismus durch eine Indoor-Skihalle in Sasbachwalden

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Genehmigung der geplanten Ganzjahresskihalle in Sasbachwalden

Antr

s. *Sportstätte*

Drs 13/1561

Planung einer Skihalle in Sasbachwalden; hier: Zielabweichungsverfahren

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesentwicklungsplans, Berücksichtigung der Bedenken und Anregungen von Verbänden und Organisationen, Zeitpunkt für eine Entscheidung in der Sache

Antr

s. *Sportstätte*

Drs 13/1609

Skihalle Sasbachwalden

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesentwicklungsplans und des Landesumweltplans, Gewichtung und Konsequenzen der kritischen Haltung des UVM; Ablehnung der beantragten Zielabweichungen

Antr

s. *Sportstätte*

Drs 13/2043

Bau einer Skihalle im Schwarzwald

Bestärkung des Investors und der Gemeinde Sasbachwalden im Vertrauen auf die Verwirklichung des o.g. Projekts und damit Verzicht auf die Suche nach Alternativen; Unterstützung der Gemeinde bei der weiteren Entwicklung nach der Ablehnung des Vorhabens; Frage nach anderen geeigneten Standorten im Schwarzwald

Antr

s. *Sportstätte*

Drs 13/2906

Unterstützung für den Bau einer Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2682 2685 2686

Abwägung zwischen Tourismusförderung und Landschaftsschutz iRd Zielabweichungsverfahrens für die Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3461

Vereinbarkeit einer Skihalle in Sasbachwalden mit den Zielen im Umweltplan

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3782 3786 3789 3790

Genugtuung über die Verhinderung der geplanten Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319 4320 4326

Genugtuung über die Verhinderung der geplanten Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7961 7964

Saudi-Arabien

Begründung der Reise des WM mit einer Wirtschaftsdelegation nach Saudi-Arabien

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1520

Saulgau

s. *Bad Saulgau*

S-Bahn

s. *Schnellbahn*

Schach

Fahrtkosten für Schulschach-Mannschaftsmeisterschaften

Auflistung der teilnehmenden Mannschaften in den letzten Jahren; (teilweise) Erstattung der Fahrt- und Reisekosten nach dem bei anderen Schulvergleichswettbewerben üblichen Schlüssel

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 13.10.2005 und Antw KM Drs 13/4722

Schachsport

s. *Schach*

Schadenersatz

s. *Entschädigung*

Schadenfeuer

s.a. *Feuerschutz*

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden zur Rettung von Menschenleben

Zahl der Wohnungsbrände mit Todesopfern in den letzten drei Jahren, Beurteilung von Rauchwarnmeldern durch die Feuerwehren; Aufnahme der o.g. Regelung in die geplante Novellierung der Landesbauordnung

Antr
s. *Feuerschutz*
Drs 13/2894

Würdigung der Brandeinsätze der Feuerwehren im trockenen Sommer 2003, Bezifferung des Anteils der Brandeinsätze auf weniger als ein Fünftel der Gesamteinsätze

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5483-5486

Zahl von jährlichen Wohnungsbränden mit Todesopfern, Aufnahme einer Verpflichtung zum Einbau von Rauchwarnmeldern in die Landesbauordnung

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7844

Zahl von jährlichen Wohnungsbränden mit Todesopfern, Aufnahme einer Verpflichtung zum Einbau von Rauchwarnmeldern in die Landesbauordnung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7988 7989 7991 7993

Schadstoff

s.a. *Altlasten*
s.a. *Chemikalie*
s.a. *Gefährlicher Stoff*
s.a. *Smog*
s.a. *Umweltzertifikat*
s.a. *Wasserverunreinigung*

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Ziele und Zwischenergebnisse in den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Flächenverbrauch und -recycling, Schadstoffreduktion, Luftreinhaltung, rationelle Energieverwendung, Boden-, Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz; Auswirkungen der Änd rechtlicher Rahmenbedingungen vonseiten der EU und BReg, insbes des Atomrechts; Anstrengung von Verbesserungen über den BRat; Bewertung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW; Fortschreibung des Umweltplans

GrAnfr
s. *Umweltplan*
Drs 13/1853

Konsequenzen aus der Überschreitung von Luftreinhaltegrenzwerten der 22. BImSchV

Umfang der Grenzwertüberschreitung der Schadstoffe Stickstoffdioxid und Partikel, betroffene Gebiete und Konsequenzen, Erlass von Luftreinhalteplänen, Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/2223

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterlei-

tung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3571

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Erkenntnisse über den Eintrag o.g. Schadstoffe in Kläranlagen, insbes halogenorganische Verbindungen, Schwermetalle, Röntgenkontrastmittel, Medikamentenrückstände, Desinfektionsmittel, Keime und Viren; Leistungsfähigkeit der Kläranlagen zur Elimination der Verschmutzungen, Anteil nicht entfernbare Rückstände im Oberflächenwasser bzw im Wasserkreislauf; Regelungen und Fördermittel zum Bau entsprechender spezieller Anlagen

Antr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/3631

Entwicklung der Waldschäden und der Luftbelastung in BW

Anteil der Emissionen von Kraftfahrzeugen, Heizungen und Kraftwerken an den Waldschäden; Entwicklung des Kraftstoff- und Heizölverbrauchs seit 1999; Aufstockung der Förderprogramme im Bereich Klimaschutz, erneuerbare Energien und Altbaumodernisierung; Ausweitung des Pilotprojekts der Brennstoffzellenbusse auf weitere Linien in Stuttgart, Karlsruhe und Freiburg; Förderung des Anbaus und der Nutzung biogener Kraftstoffe; Forcierung der Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3865

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Überschreitung der ab 01.01.2005 geltenden Grenzwerte, insbes für Feinstaub; Darlegung der betroffenen Gebiete; Konsequenzen des individuell einklagbaren Rechtsanspruchs; Durchsetzung der notwendigen Luftreinhaltepläne bzw von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Pkw und Lkw ohne Rußpartikelfilter; gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat; Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3922

Rußfilter für Dieselfahrzeuge - Förderung der Nachrüstung von Bussen mit Rußfiltern

Anteil der Busse an der Luftbelastung mit Dieselruß und Feinstäuben in Ballungsräumen, Verbreitung des Rußfilters in den Fahrzeugen von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Verkehrsverbänden; Förderung der entsprechenden Beschaffung neuer Busse sowie des nachträglichen Einbaus der Filter

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/4032

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4075

„City-Maut“ als wirksames Instrument zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung in den baden-württembergischen Städten

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage zur Schaffung einer Regelung auf Landesebene; Vorlage eines GesEntw zur Ermächtigung der Kommunen zur Einführung einer City-Maut und Verwendung der Einnahmen für den Ausbau des ÖPNV

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/4139

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Verbesserung der Qualität und der Aussagefähigkeit des Luftschadstoffmessprogramms in BW

Darlegung der Standorte der Messstationen, der Kriterien für die Standortwahl sowie der gemessenen Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Auflistung der Orte mit beidseitig bebauten Straßen und mit einer durchschnittlichen Belastung von mehr als 25.000 Kfz und einem Lkw-Anteil von über 4 % und der dort gemessenen bzw als wahrscheinlich anzunehmenden Werte; Ermittlung des Bedarfs bzw der Standorte für zusätzliche Messungen gemeinsam mit den Kommunen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4235

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Ableichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-

Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4813

Luftqualitätsrichtlinie und Luftreinhaltestrategie der Europäischen Kommission

Hinwirkung auf eine Verbindung evtl Vorfestlegungen über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe mit Vorschlägen der Kommission zu Maßnahmen für die Einhaltung dieser Werte bzw Beschränkung eines neuen Grenzwerts für Feinstaub auf kleinere Partikel

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5011

Offenlegung der Messwerte für Feinstaubkonzentrationen und Stickoxide

Offenlegung der gemessenen Werte bzw Grenzwertüberschreitungen an den Messstationen in Stuttgart und landesweit, Darlegung der Informationsmöglichkeiten der Bürger sowie der notwendigen Modifikation der Luftreinhalte- und Aktionspläne

KlAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5161

Forcierung der Forschung zur Reduzierung der Schadstoffemissionen bei der Energiegewinnung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Maßnahmen zur Reduzierung der Schadstoffemissionen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1023 1026

Belastung des Bodensees als Trinkwasserspeicher durch Schadstoffeinträge

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3293

Überarbeitung der europäischen Normen zur Luftreinhaltung, Anstrengung harmonisierter Emissionsstandards für bestimmte Luftschadstoffe

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7640-7644

Schadstoffzertifikat

s. *Umweltzertifikat*

Schächten

s. *Vienschlachtung*

Schädlingsbekämpfung

s.a. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Ausbreitung und Bekämpfung der Miniermotte auf Kastanienbäumen

Maßnahmen und Methoden zur o.g. Schädlingsbekämpfung, insbes biologische Möglichkeiten, natürliche Feinde, Pflanzenschutzmittel; Ergebnisse des EU-Projekts CONTROCAM

KlAnfr
s. *Pflanzenschädling*
Drs 13/1275

Bekämpfung der Mauerspinnen an Hausfassaden

Ausbreitung der Mauerspinne in BW, Bekämpfungsmöglichkeiten

KlAnfr
s. *Spinnentier*
Drs 13/1276

Geplanter Gifteinsatz gegen Maikäferbefall

Ausmaß und Auswirkungen der großflächigen Ausbringung von Pestiziden in den Hardtwäldern auf Menschen, Tiere und Pflanzen; Erfolgsaussichten und Erfahrungen nach den Aktionen der letzten Jahre; Hinwirkung auf naturverträgliche Alternativen bzw Verzicht auf einen Gifteinsatz

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 12.03.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1881
BeschlEmpf und Bericht LandWA 21.05.2003 Drs 13/2222 S. 50-52
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Gebietsfremde Schaderreger im Weinbau

Frage nach einer bereits erfolgten Einschleppung und Verbreitung von gebietsfremden und auch alten Schadorganismen, wie z.B. der Reblaus, im Zuge der Globalisierung und Klimaveränderung; Ergreifung von Gegenmaßnahmen, Vergabe von Forschungsarbeiten, Entwicklung von Präventionsstrategien iR einer internationalen Zusammenarbeit

Antr
s. *Pflanzenschädling*
Drs 13/2891

Bedrohung der Wälder durch Borkenkäfer u.a. Schädlinge; konventionelle und chemische Bekämpfungsmaßnahmen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5057 5059 5060 5063 5066

Schädlingsbekämpfungsmittel

s. *Pflanzenbehandlungsmittel*

Schäfer

Zukunft der Schäferei in BW

Entwicklung des Berufsstands und der Nachwuchsgewinnung seit 1992; Unterstützung des Fortbestands der für die Landschaftspflege unentbehrlichen Schäferei, Ausgleich der durch die veränderte Bewirtschaftung der Weideflächen entstehenden Nachteile durch Aufnahme in den Förderkatalog des MEKA

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 18.01.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/638
BeschlEmpf und Bericht LandWA 08.05.2002 Drs 13/1109 S. 69 70
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Kostenbelastung von Schafzüchtern durch BSE-Bekämpfung

Verluste durch Wegfall der Vermarktung des aus den Tierkörpern gewonnenen Tiermehls, Umlegung durch die Zweckverbände für Tierkörperbeseitigung auf die Schafzüchter; Gewährung von Ausgleichsleistungen

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 08.05.2002 und Antw MLR Drs 13/988

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Derzeitige und künftig mögliche Schafbeweidung, Förderung der Vermarktung von Fleisch und Wolle

Antr
s. *Militärische Anlage*
Drs 13/2299

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Entwicklung der Struktur der Betriebe seit 1995, Auswirkungen der Agrarreform bis 2013 auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Formen der Grünlandnutzung, Unterstützung der Direktvermarktung von Fleisch und Wolle, Einsatzmöglichkeiten der neuen Haarschafrasse „Nolana“, Stand der Anmeldung der geschützten geographischen Angabe „Württembergischer Lamm“, Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. *Schaf*
Drs 13/4944

Schäuble, Thomas Dr. MdL CDU

Berufung und Vereidigung von Dr. Thomas Schäuble zum/als Innenminister

s. *Innenminister*
PIPr 13/3 S. 37

Die Rothaus AG und die Personalpolitik der LReg

Wahl des ehemaligen Innenministers Dr. Schäuble vom Aufsichtsrat zum Vorstandsvorsitzenden der landeseigenen Rothaus-Brauerei zum 01.10.2004, Verbleib des derzeitigen Vorsitzenden bis Ende März 2005, Gründe und finanzielle Auswirkungen dieser Doppelbesetzung, Umgang mit den Protesten und Boykottaufrufen gegen das Unternehmen wegen der Art und Weise der Postenvergabe

Antr
s. *Bierbrauerei*
Drs 13/3433

Würdigung und Verabschiedung des Ministers a.D. Dr. Thomas Schäuble

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5321

Dank an Dr. Thomas Schäuble für die geleistete Arbeit als Verkehrs-, Justiz- und Innenminister; Kritik an der „Entschädigung“ mit der Position des Vorstandsvorsitzenden bei der landeseigenen Rothaus-Brauerei

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134 5152 5159 5167-5173 5175 5176

Schaf

Zukunft der Schäferei in BW

Entwicklung des Berufsstands und der Nachwuchsgewinnung seit 1992; Unterstützung des Fortbestands der für die Landschaftspflege unentbehrlichen Schäferei, Ausgleich der durch die veränderte Bewirtschaftung der Weideflächen entstehenden Nachteile durch Aufnahme in den Förderkatalog des MEKA

Antr
s. *Schäfer*
Drs 13/638

Scrapie

Zahl der Fälle und Übertragbarkeit der o.g. Krankheit bei Schafen; Aufwand, Kosten und Labors zur Feststellung von Erkrankun-

gen; Untersuchung der gesamten Herde im Verdachtsfall?

KlAnfr
s. *Tierkrankheit*
Drs 13/814

Kostenbelastung von Schafzüchtern durch BSE-Bekämpfung

Verluste durch Wegfall der Vermarktung des aus den Tierkörpern gewonnenen Tiermehls, Umlegung durch die Zweckverbände für Tierkörperbeseitigung auf die Schafzüchter; Gewährung von Ausgleichsleistungen

KlAnfr
s. *Schäfer*
Drs 13/988

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Derzeitige und künftig mögliche Schafbeweidung, Förderung der Vermarktung von Fleisch und Wolle

Antr
s. *Militärische Anlage*
Drs 13/2299

Entsorgung der Haare von Heidschnucken

Entsorgung der Felle als Sondermüll nach der Schlachtung, Untersuchung von Nutzungs- bzw. Verarbeitungsmöglichkeiten

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 12.01.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2784
BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 55 56
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Entwicklung der Struktur der Betriebe seit 1995, Auswirkungen der Agrarreform bis 2013 auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Formen der Grünlandnutzung, Unterstützung der Direktvermarktung von Fleisch und Wolle, Einsatzmöglichkeiten der neuen Haarschafrasse „Nolana“, Stand der Anmeldung der geschützten geographischen Angabe „Württembergischer Lamm“, Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr Karl-Wilhelm Röhm u.a. CDU 07.12.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4944
BeschlEmpf und Bericht LandWA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 65 66
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Schafzucht

s. *Schaf*

Schafzüchter

s. *Schäfer*

Schallstadt

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KlAnfr
s. *Straßenverkehr*
Drs 13/1559

Verkehrsgerechter Ausbau der L 125 zwischen Ehrenkirchen und Schallstadt

MdlAnfr
s. *Landesstraße 125*
Drs 13/1906

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2543? Frage nach Auffassungsunterschieden zwischen der LReg und Staatssekretär Mappus

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/2999

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2999? Zugänglichkeit von Minister Stächele für die Argumente der Bürgerinitiative, Umsetzung der versprochenen Intervention in Stuttgart zugunsten einer besseren Lösung

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/3283

Ausbau der Rheintalbahn; hier: Bürgermeister-Variante

Bewertung der alternativen „Bürgermeistertrasse“ von sechs Gemeinden für den Bau des dritten und vierten Gleises zwischen Mengen und Buggingen; Unterstützung durch den Wirtschaftsminister bzw das gesamte Kabinett?

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/4311

Ortsumfahrungen B 3/Ausbau L 125

Planungsstand und Verlagerungseffekte der o.g. Maßnahmen für die betroffenen Gemeinden Schallstadt, Bad Krozingen, Norsingen und Pfaffenweiler; Prüfung einer Verlegung der B 3 auf die Trasse der jetzigen L 125, Verbesserung des Anwohnerschutzes im Bereich Pfaffenweiler, Anstreben eines Moratoriums für die Planung der Ortsumfahrung Schallstadt im Zuge der B 3 und L 125

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/4437

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland; Ergänzung der Drs 13/2543 vom 24.10.2003

Favorisierung der alternativen „Bürgermeistertrasse“ von sechs Gemeinden für den Bau des dritten und vierten Gleises zwischen Mengen und Buggingen, Bewertung der finanziellen und zeitlichen Realisierbarkeit; Hinwirkung auf neue Lärmgrenzwerte mithilfe einer BRatsinitiative zur Novellierung der für die Planung von DB-Schienenwegen einschlägigen Gesetze und Rechtsverordnungen?

KlAnfr

s. *Rheintalbahn*
Drs 13/4917

SchALVO

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Schattenwirtschaft

s.a. *Wirtschaftskriminalität*

Schwarzarbeit im Handwerksbereich

Zahl und Höhe von verhängten Bußgeldbescheiden in den einzelnen Branchen seit 1996; Schutzmaßnahmen der Handwerkskammern; Handlungsbedarf auf Landes- und Bundesebene

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 15.11.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/456 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 7-11
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Steuerabzug für Bauleistungen

Information der Bauherren über das Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, Ausgestaltung der Verpflichtung zum Steuerabzug von 15 % der Bruttobausumme bei Subunternehmern, Tragweite der Prüfungspflicht des Bauherrn für den Fall einer nicht ordnungsgemäß ausgestellten Freistellungserklärung

Antr
s. *Bauvorhaben*
Drs 13/496

Wirksamkeit des Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe

Prüfung o.g. Neuregelungen der von der BReg beschlossenen Bauabzugssteuer, des evtl Nachbesserungsbedarfs und der Übertragung auf andere Gewerbe; Vorlage eines Berichts bis Anfang 2003

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/763

Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

Entwicklung der Zahl von geringfügig Beschäftigten und des bürokratischen Aufwands der Betriebe nach der Reform des 630-DM-Gesetzes, Auswirkungen auf die Schwarzarbeit, Darlegung des Nachbesserungsbedarfs

Antr
s. *Geringfügige Beschäftigung*
Drs 13/940

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1886

Pflegekräfte aus den MOE-Staaten bzw Schwarzarbeit in der häuslichen Pflege

Ausmaß, Rechtsgrundlage und Auswirkungen o.g. Arbeitsverhältnisse; Kontrolle durch die Arbeitsverwaltung? Bezahlung der osteuropäischen Pflegekräfte durch die Angehörigen mit bezogenem Pflegegeld? Behandlung der Problematik in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zum Zuwanderungs-Ges

KlAnfr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3142

Dienstleistungsfreiheit im Europäischen Binnenmarkt

Auswirkungen der Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie durch das ArbeitnehmerentsendeGes, Ahndung von Verstößen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern; Berücksichtigung der Schutzinteressen der Mitgliedstaaten durch die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag für eine Dienstleistungsrichtlinie? Bewertung der Kritik am Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Schlacht- bzw Fleischbranche, Feststellung von Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug durch den bisherigen Austausch von Dienstleistungen?

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/4149

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendeGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4325

Förderung der mittelständischen Bauwirtschaft bei der Auftragsvergabe durch das Land oder landeseigene Unternehmen

Chancenlosigkeit von mittelständischen Unternehmen und hiesigen Bauarbeitern bei der Auftragsvergabe zum Bau der neuen Landesmesse und für Verkehrsinfrastrukturprojekte durch zu große Lose und Missachtung der 70:30-Relation von eigenen Bauarbeitern zu solchen von Subunternehmen; Verhinderung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit, Lohn- und Sozialdumping beim weiteren Ausbau der Messe; Berichterstattung über die getroffenen Maßnahmen

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4546

Feststellung einer weiteren Zunahme von Schwarzarbeit

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 858 897

Bezeichnung der Schattenwirtschaft als Wachstumsmarkt

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 947

Zunahme von Schwarzarbeit infolge des 630-DM-Gesetzes

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1707 1714 1715 1718 1720

Zunahme von Schwarzarbeit infolge des 630-DM-Gesetzes, Vorschläge zur Reduzierung der Arbeitskosten

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1820 1823

Förderung von Schwarzarbeit durch die geltende Handwerksordnung

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3352 3358

Anteil der Schwarzarbeit am Bruttoinlandsprodukt

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4447-4449

Reduzierung der Arbeitskosten durch Arbeitszeitverlängerung und damit Eindämmung der Schwarzarbeit

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4766

Reduzierung der Arbeitskosten durch Arbeitszeitverlängerung und damit Eindämmung der Schwarzarbeit

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5196 5197

Beklagung einer Zerschlagung effizienter Strukturen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6661

Förderung von Schwarzarbeit durch Verteuerung von Dienstleistungen mit einer Mehrwertsteuererhöhung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6972 6977

Förderung von Schwarzarbeit durch die Verteuerung von Dienstleistungen mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsbeiträge

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7961

Schavan, Annette Dr. MdL CDU*Berufung und Vereidigung von Dr. Annette Schavan zur/als Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
PIPr 13/3 S. 37

Berufung und Vereidigung von Dr. Annette Schavan zur/als Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
PIPr 13/91 S. 6399

Würdigung und Verabschiedung der ausgeschiedenen Kultusministerin und Abg Dr. Annette Schavan nach deren Wahl in den Bundestag

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7067

Schebesta, Volker MdL CDU*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 39

Scheffold, Stefan Dr. MdL CDU*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369

Scheinselbstständigkeit*Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft*

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der

Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/327

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4325

Forderung nach Abschaffung der Regelungen zur Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 115

Belastung der Wirtschaft durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 507

Behinderung von Existenzgründern durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1636

Belastung der Wirtschaft durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678 1715 1720

Forderung der Hartz-Kommission nach Rücknahme des Gesetzes zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1815 1819 1823

Behinderung von Existenzgründern durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115

Forderung nach Abschaffung des ScheinselbstständigkeitsGes

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2220

Belastung der mittelständischen Wirtschaft durch das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit, Insolvenzen junger Existenzgründer infolge des Gesetzes

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2356 2360 2363 2371

Schelklingen

Zukunft der Bahnstrecke Schelklingen-Münsingen

Kriterien und Zeitpunkt einer Entscheidung über die Nutzung oder Stilllegung der o.g. Strecke, Gewichtung der Schülerbeförderung, Weiterführung der Strecke durch die Ermstal-Bahn-AG

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/2743

Scheuermann, Winfried MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 929

Schienenfahrzeug

s.a. *Hochgeschwindigkeitszug*

s.a. *Magnetschwebbahn*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 19) - Beschaffung von Schienenfahrzeugen durch das Land (Drs 12/5701 XVI. S. 6)

Mittlg LReg 22.01.2002 Drs 13/674

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.02.2002 Drs 13/802

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Mittlg LReg 31.03.2003 Drs 13/1960 (11 S.)

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 20) - Zuwendungen nach dem GemeindeverkehrsfinanzierungsGes für Betriebshöfe im Schienenpersonennahverkehr (Drs 12/5701 XVII. S. 6 7)

Mittlg

s. *Bahnanlage*

Drs 13/675

Ersatz rollenden Materials im Schienenpersonenverkehr

Einwirkung auf die Bahn AG zur Ersetzung des alten Wagenmaterials im SPNV und Interregio-Verkehr

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 18.04.2002 und Antw UVM Drs 13/934

Verschrottung von Dieselloks der DB AG

Beurteilung der o.g. Vorgehensweise zur Verhinderung einer Übernahme der voll betriebsfähigen Loks durch private Betreiber, Behinderung von Wettbewerb im Schienenpersonen- und -güterverkehr; Stopp der Verschrottung durch entsprechende Einwirkung auf die Bahn AG

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 25.04.2002 und Antw UVM Drs 13/956

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KlAnfr

s. *Verkehrstarif*

Drs 13/1684

Beschaffung neuer S-Bahn-Züge in der Region Stuttgart

Beurteilung des o.g. Bedarfs und der geplanten Fahrzeugbeschaffung durch den Verband Region Stuttgart sowie der vonseiten der LKreise geäußerten Bedenken; Bezuschussung über das Fahrzeugförderprogramm des Landes

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 02.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1966

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. Verka 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 26 27

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG 2003-2016

Ausgestaltung und Finanzvolumen des o.g. Vertrags; Gründe und Auswirkungen des geringen, zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteils an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer; Vereinbarkeit mit dem Vergaberecht; Rückgabe der geförderten Fahrzeuge durch die Bahn AG bei einer Neuvergabe der Teilnetze?

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2303

Durch Nahverkehrspläne zur Barrierefreiheit im ÖPNV in BW
Ziele, Standards, Maßnahmenkategorien und Zeitrahmen zur Erreichung der Barrierefreiheit in den Nahverkehrsplänen der einzelnen LKreise; Einbindung der Behindertenbeiräte; Hinwirkung auf ausschließlich barrierefreie Bahnhöfe/Haltepunkte und Fahrzeuge

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2628

Bestandsaufnahme der Barrieren im ÖPNV in BW

Vorhandene und noch offene Barrierefreiheit bei Schienenfahrzeugen, Bussen und Straßenbahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten im SPNV und ÖPNV in den einzelnen Verkehrsverbänden; Anstreben von Qualitätsstandards bei den unterschiedlichen Aufgabenträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2629

Rechtliche und finanzielle Instrumente zur Durchsetzung der Barrierefreiheit im ÖPNV in BW

Einsatz rechtlicher Instrumente und finanzieller Mittel zur Realisierung o.g. Zielsetzung, insbes bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge, der Veränderung der baulichen Infrastruktur, der Einrichtung von Informationssystemen u.a.; Maßnahmen zur Schärfung des Problembewusstseins bei den Entscheidungsträgern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2630

Zuwendungsaufgaben zur Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen nach dem GVFG

Verpflichtung der Betreiber von geförderten Bussen und Bahnen zur Anbringung von vorgegebenen Werbefolien, Bezifferung der Einnahmeverluste durch den Wegfall von bisher kommerziell genutzten Werbeflächen; Harmonisierung der Werbung für den ÖPNV mit den wirtschaftlichen Interessen der Fahrzeugbetreiber

Antr
s. *Werbung*
Drs 13/3586

Verwendung von originären Landesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Höhe der seit 1996 bereitgestellten originären Landesmittel, Komplementärmittel sowie FAG-Mittel für die Infrastrukturförderung, Schienenfahrzeugförderung und Omnibusse bzw für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter, Betriebskostenzuschüsse und Verbundförde-

rung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3689

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Nutzung von Pflanzenöl-Diesel-Gemischen im ÖPNV und SPNV
Beurteilung des o.g. auf die jeweiligen Typen von Bussen und Schienenfahrzeugen zugeschnittenen Verfahrens bzw der entsprechenden Mischtankanlagen

KlAnfr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4747

Umfang der von der LReg geplanten Investitionsförderung für Schienenverkehr und ÖPNV in den nächsten Jahren

Höhe der Förderung von Anlagen und Fahrzeugen des SPNV und ÖPNV differenziert nach der GVFG-Fahrzeugförderung, dem GVFG-Landes- und -Bundesprogramm, dem BundesschienenwegeausbauGes u.a. Finanzierungswegen; Darstellung der einzelnen Jahre ab 1996 sowie der jeweiligen Zusagen und Planungen für die Jahre bis 2010; Verteilung der Einzelprojekte mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von mehr als 10 Mio Euro

GrAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4846

Wiederaufnahme des Neigetriebwerks in BW

Umsetzung des o.g. Betriebskonzepts im IRE-Verkehr auf den Strecken Stuttgart-Tübingen-Sigmaringen-Ehingen-Ulm sowie Basel-Singen-Friedrichshafen-Lindau zum Fahrplanwechsel im Dezember 2006?

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/5159

Modernisierung des Wagenmaterials auf der Schwarzwaldbahn, Anschaffung eines landeseigenen Fahrzeugpools in Niedersachsen, Vermietung an NE-Unternehmen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1563 1564 1566

Höhe der Beschaffungskosten für neue Fahrzeuge seit 1996, Verweisung auf komfortable und schnell verkehrende Züge mit einem Zuwachs von 50 % mehr Fahrgästen

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7873

Schienengüterverkehr

s. *Güterverkehr*

Schiennenpersonennahverkehr

s. *Personenverkehr*

Schiennenverkehr

s.a. *Bahnanlage*

s.a. *Eisenbahngesetz*

s.a. *Eisenbahnunternehmen*

s.a. *Hochgeschwindigkeitszug*

s.a. *Intercity-Verkehr*

s.a. *Interregio-Verkehr*

s.a. *Öffentliches Verkehrsmittel*

s.a. *Personenverkehr*

s.a. *Schiennenfahrzeug*

s.a. *Schnellbahn*

s.a. *Stadtbahn*

s.a. *Trassenpreis*

s.a. *Verkehrsverbund*

Entwicklung der Schienenverkehrsinvestitionen in BW

Jährliche Zuweisungen des Bundes seit 1995 nach BW bzw an die DBAG für Investitionen in den ÖPNV, SPNV und Schienenfernverkehr; Anteil der Mittel aus den Investitionsprogrammen des Bundes; Verteilung der Regionalisierungsmittel auf Verkehrsleistungen der Bahn AG u.a. Unternehmen sowie den nicht schienenengebundenen ÖPNV; Umsetzung von planfestgestellten Projekten nach dem Generalverkehrsplan von 1995; Einsatz von Bundes-, Landes- und kommunalen Mitteln für Kreuzungsmaßnahmen sowie Modernisierung von Bahnhöfen und Haltepunkten

Antr SPD 04.02.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/716
 BeschEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 22
 PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrpläne, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 21.02.2002 und Antw UVM Drs 13/771

Forschung und Innovationen im Bereich des Verkehrs

Anmeldung und Aufnahme von Projekten des Straßen- und Schienenverkehrs im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU, Zeitplan und Effizienz des Mitteleinsatzes und Umsetzung der Ergebnisse

KlAnfr
 s. *Forschung*
 Drs 13/876

Mannheim und den Rhein-Neckar-Raum nicht vom Schienenverkehr der Zukunft abhängen

Verhinderung einer Vorbeiführung der geplanten ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Rhein-Neckar-Raum am Verkehrsknoten Mannheim; Wahrung der Interessen von BLändern und

Regionen bei der Mittelbereitstellung des Bundes für die Bahn AG

Antr
 s. *Mannheim*
 Drs 13/974

Zukunft Schiene am Oberrhein

Verknüpfung mit dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz, Anbindung des Euro-Airports Basel-Mulhouse, Einhaltung des Zeitplans zum Ausbau der Rheintalstrecke

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 17.05.2002 und Antw UVM Drs 13/1024

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Zustand der Eisenbahnquerverbindung zwischen Freiburg, Neuenburg und Mulhouse bzw Rastatt und Hagenau; Schließung der Lücke zwischen Freiburg und Colmar; Schienenanbindung zwischen Freiburg und dem Euroairport

Antr
 s. *Oberrhein, Region*
 Drs 13/1269

Schiennenverkehr im Raum Sigmaringen

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meißkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr 5) Ernst Behringer CDU 17.02.2003 Drs 13/1778
 PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2661 2662

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr
 s. *Generalverkehrsplan*
 Drs 13/1825

Anbindung des TGV-Est an das deutsche Hochgeschwindigkeitsnetz am Oberrhein

Konsequenzen einer Aufnahme der Hochgeschwindigkeitsverbindung bis Wien als prioritäre Maßnahme in das Transeuropäische Netz, Beschleunigung des Ausbaus des Streckenabschnitts zwischen Kehl-Appenweier-Karlsruhe iRd neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
 s. *Hochgeschwindigkeitszug*
 Drs 13/1827

Ertüchtigung von Schienenstrecken in den Regionalverkehrsräumen

Kriterien der Bahn AG für die Aufnahme von schwach befahrenen Strecken in den neuen Investitionsplan, Mitwirkungsmöglichkeiten des Landes, Einbeziehung von Strecken mit NE-Bahnen-Betrieb

KlAnfr
s. *Eisenbahnstrecke*
Drs 13/1834

Interessenkonflikte eines Regierungsmitglieds bei der Ausschreibung von Schienennahverkehrsleistungen

Frage nach möglichen Interessenkonflikten von Staatssekretär Mappus als Aufsichtsratsmitglied in der über die Auftragsvergabe entscheidenden Nahverkehrsgesellschaft BW und der sich um Leistungen im SPNV, u.a. auf der Schwarzwaldbahn, bewerbenden SWEG und HzL sowie bei einer für das UVM und gleichzeitig die NVBW tätigen Werbeagentur; Beurteilung von Aussagen zur Nichtbefassung des (zuständigen) Staatssekretärs mit Ausschreibungsvorgängen im Nahverkehr; Ausschluss der genannten Interessenkonflikte

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*
Drs 13/2153

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn

Frage nach dem zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteil an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer bis 2016

MdlAnfr 3) Boris Palmer GRÜNE 14.07.2003 Drs 13/2247
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3398 3399

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG 2003-2016

Ausgestaltung und Finanzvolumen des o.g. Vertrags; Gründe und Auswirkungen des geringen, zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteils an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer; Vereinbarkeit mit dem Vergaberecht; Rückgabe der geförderten Fahrzeuge durch die Bahn AG bei einer Neuvergabe der Teilnetze?

Antr GRÜNE 25.07.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2303
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.12.2003 Drs 13/2934 S. 4-9
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Auswirkungen des EuGH-Urteils auf ÖPNV-Förderung

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Bezuschussung von Schienenverkehrsleistungen an Unternehmen ohne zugrunde liegende Verkehrsverträge; Art der Berechnung dieser Ausgleichszahlungen; Vermeidung von Überkompensationen

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2443

Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 in der Rechtssache „Altmark Trans“

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Wettbewerbsintensität und finanzielle Förderung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV, auf den Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen dem privaten Omnibusgewerbe und den kommunalen Verkehrsbetrieben sowie auf die künftige Ausschreibung von Verkehrsleistungen im ÖPNV

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2557

SPNV im Rhein-Neckar-Raum

Leistungsangebot, Fahrgastzahlen und geplante Veränderungen im Schienenverkehr auf den Strecken von Heidelberg nach Eberbach, Sinsheim, Darmstadt, Karlsruhe bzw von Mannheim nach Karlsruhe; Höhe der Zuschüsse für die einzelnen Strecken iRd Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2644

Kahlschlag im Schienenverkehr in BW verhindern

Ablehnung einer Kürzung der Finanzhilfen des Bundes für den ÖPNV nach dem RegionalisierungGes im BRat

DringlAntr GRÜNE 04.12.2003 Drs 13/2694
ÄAntr CDU und FDP/DVP 18.12.2003 Drs 13/2754
ÄAntr GRÜNE 18.12.2003 Drs 13/2755
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4110-4120
Mittlg LReg 14.06.2004 Drs 13/3259

Potenzielle Nichtigkeit des Nahverkehrsvertrags des Landes mit der DB Regio AG

Bewertung als Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch die EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Frage nach finanziellen Vorkehrungen für den Fall der Nichtigkeit des Vertrags

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2952

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Auswirkungen im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr bzw im Verkehrsgewerbe; Ausbau der Verkehrsweginfrastruktur mithilfe der EU; Teilverlagerung des zusätzlichen Güterverkehrs auf Schienen- und Wasserwege

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Straßenbahnförderung

Vereinbarkeit einer GVFG-Förderung von ÖPNV-Vorhaben sowie einer Quersubventionierung zwischen öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit dem durch Urteil des EuGH in Sachen Altmark Trans konkretisierten Gemeinschaftsrecht?

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2995

Transport von Siedlungsabfällen zu Entsorgungsstandorten

Beurteilung einer Ausweitung o.g. Straßentransporte nach den Planungen der Aufgabenträger in Umsetzung der Technischen Anleitung Siedlungsabfall ab 01.06.2005, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Landesentwicklungsplans? Ausgleich der Preisdifferenzen zwischen Straßen- und Schienentransporten durch ein Programm zur Förderung von Investitionen in Müll-Umschlaganlagen Straße/Schiene

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3006

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Fragen zur Ausgestaltung des o.g. Vertragswerks, insbes Abbestellung von Verkehrsleistungen, Aufgabe von Strecken, Rückzahlung von Zuschüssen, Konsequenzen aus einer Erhöhung oder Kürzung der Regionalisierungsmittel, Gewichtung und Folgen der Verletzung vereinbarter Qualitätskriterien, verbleibendes Volumen für Ausschreibungen

GrAnfr
s. Vertrag
Drs 13/3233

Drohende Streichung von Schienenverkehrsleistungen in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken, erwartete Einsparungen, Verwendungszwecke der frei werdenden Regionalisierungsmittel? Einsatz für Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen und zur weiteren Umsetzung des integralen Taktfahrplans

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 14.06.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3258
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.07.2004 Drs 13/3492 S. 46-50
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Angebotsanpassungen beim Schienenpersonennahverkehr zum nächsten Fahrplanwechsel

Frage nach o.g. Streichungen oder Ausweitungen als Konsequenzen der Ergebnisse des Controlling im SPNV; zeitgleiche Information des Ltg mit der Anmeldung von Anpassungen bei den Schieneninfrastrukturanbietern oder den Vertragspartnern des Landes

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 01.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3338
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 28-31
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Streichungen von Leistungen im SPNV in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken und erwartete Einsparungen; Höhe des Differenzbetrags zwischen den bisher gewährten Zuschusszahlungen und den Einsparungen infolge der Streichungen; Kompensation der Abbestellungen durch Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 07.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3354
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 30.09.2004 Drs 13/3751 S. 28-31
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Wahrheitsbegriff des Staatssekretärs im Umwelt- und Verkehrsministerium

Umfang der geplanten Abbestellungen von Verkehrsleistungen im SPNV iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, Verneinung dieser Pläne durch Staatssekretär Mappus im SWR-Fernsehen sowie im Plenum des Ltg, Vereinbarkeit von Aussagen zur Ablehnung einer Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln mit dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem VRS über eine Beteiligung an diesen Mitteln

Antr
s. Mappus, Stefan MdL CDU
Drs 13/3357

Mülltransport in der Region Stuttgart

Möglichkeiten für Schienenabfalltransporte aus den Nachbarregionen zur Müllverbrennungsanlage Stuttgart-Münster, Beurteilung des Konzepts des Instituts für Verkehrsleitplanung und Verkehrsplanung der Universität Stuttgart

Antr
s. Abfallbeseitigung
Drs 13/3394

Ausgaben des Landes BW für Schiene und Straße

Höhe der Mittel für den SPNV, ÖPNV auf Schiene und Straße, den Schienengüterverkehr, die Schüler-/Behindertenbeförderung und NE-Bahnen sowie für Bundesfern- und Landesstraßen seit 1996; Höhe der Zuschüsse an die Kommunen und LKreise nach dem FinanzausgleichsGes und GVFG im selben Zeitraum; Anteile der Förderbereiche an der Verkehrsleistung

Antr CDU 22.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3422
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 (abgesetzt)
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 27.10.2005 Drs 13/4821 S. 39 40
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Geplante Angebotsreduzierungen im SPNV zum 12. Dezember 2004

Auflistung der vorgesehenen Streichung von Zügen zum o.g. Fahrplanwechsel bzw während der Sommer- und Weihnachtsferien differenziert nach Zugkilometern, Strecken, Fahrgastauslastung und jeweiligen Gründen

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 29.07.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3452

Reduzierung des Bahnverkehrs in den Ferienzeiten im Wahlkreis Bietigheim

Verzicht auf die Streichung von Zugverbindungen während der Hauptverkehrszeiten in den Ferien, Vermeidung einer Benachteiligung von berufstätigen Fahrgästen

KIAnfr Christine Rudolf SPD 21.09.2004 und Antw UVM Drs 13/3565

Fahrpreiserhöhungen der DBAG im Nah- und Fernverkehr

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG sowie der Veränderung des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tickets; Ablehnung im SPNV, Hinwirkung auf einen Verzicht im Fernverkehr, Eintreten für einen dort ermäßigten Mehrwertsteuersatz

Antr
s. Verkehrstarif
Drs 13/3607

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KIAnfr Reinhold Gall SPD 21.10.2004 und Antw UVM Drs 13/3683

Verwendung von originären Landesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Höhe der seit 1996 bereitgestellten originären Landesmittel, Komplementärmittel sowie FAG-Mittel für die Infrastrukturförderung, Schienenfahrzeugförderung und Omnibusse bzw für

die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter, Betriebskostenzuschüsse und Verbundförderung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3689

Nach dem abgesagten Börsengang der Deutschen Bahn AG: Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?

Begrüßung der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht als Schritt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur, zu fairen Trassenpreisen und Transparenz; Forderung einer klaren Trennung von Netz und Betrieb; Sicherung des Verbleibs der Schieneninfrastruktur bei Bund und Ländern sowie der Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene als Voraussetzungen für die Zustimmung zum Börsengang; Übertragung des Schienenwegeausbaus in die Auftragsverwaltung der Länder sowie Prüfung einer Kommunalisierung der Bahnhofsgebäude iR einer Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/3704

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 30.11.2004 und Antw UVM Drs 13/3820

Erfolgsgeschichte des öffentlichen Nahverkehrs fortsetzen

Festhalten am weiteren Ausbau des ÖPNV, Interventionen auf Bundesebene für die notwendige Ausstattung der Länder mit Regionalisierungsmitteln auch über das Jahr 2007 hinaus, Verhinderung einer Umschichtung von Nahverkehrsmitteln in Fernverkehrsprojekte

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3977

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3983

Steuerliche Benachteiligung des Schienenverkehrs gegenüber dem Luftverkehr korrigieren

Mitwirkung im BRat an einer Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Fahrpreise im Schienenfernverkehr auf 7 % sowie anteilige Einführung der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge im deutschen Luftraum

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 03.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4017

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 14.04.2005 Drs 13/4379 (dazu Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU und Heiderose Berroth FDP/DVP) S. 48 49
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Modifikationen der Angebotsreduzierungen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zum 12.06.2004; Erhebung von Fahrgastzahlen in den Sommerferien 2005

Rücknahme der zum 12.12.2004 vorgenommenen Streichung von Zugverbindungen während der Weihnachts- und Sommerferien; Feststellung der Auswirkungen der geplanten Angebotsreduzierungen mithilfe von Fahrgastzählungen in den Sommerferien

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 03.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4019
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 50 51
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Auswirkungen des geplanten Gleisabbaus der DB Netz AG auf den Schienenverkehr in BW

Auswirkungen des o.g. Rückbaus für die betroffenen Strecken, Verhinderung einer Ausweitung des Leistungsangebots bzw der Wiederaufnahme des von der DBAG eingestellten Güterverkehrs durch andere Betreiber

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 03.02.2005 und Antw UVM Drs 13/4024

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Transport von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennung

Beschleunigung der Vorlage der Untersuchungsergebnisse des Lehrstuhls für Verkehrsplanung und -leittechnik an der Universität Stuttgart über die Chancen des Schienentransports von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennungsanlage in Stuttgart-Münster, insbes als Entscheidungsgrundlagen für die Verkehrsträgerwahl der Entsorgungsträger; Bewertung als Beitrag zur Senkung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidmissionen; Höhe der möglichen Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4220

Infrastrukturrückbau durch die DB-Netz AG

Zunahme von Verspätungen auf den betroffenen Strecken bzw Beeinträchtigung des Weiterbetriebs oder der Wiederaufnahme des Güterverkehrs durch den o.g. Rückbau, Vereinbarkeit

mit der Gleisanschlussförderrichtlinie des Bundes; Beurteilung der Forderung nach einer schrittweisen Regionalisierung der Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung für die regionale Eisenbahninfrastruktur sowie der Ergebnisse des Gutachtens der Initiative „Zukunft Rhein-Neckar-Dreieck“ zur Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 02.06.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4374
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 27.10.2005 Drs 13/4821 S. 40 41
 PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Verlagerung von Abfalltransporten von der Straße auf die Schiene

Vorhandene und mögliche Abwicklung o.g. Transporte über die Schiene durch die einzelnen Aufgabenträger, Beurteilung einer Zunahme von Straßentransporten, Vereinbarkeit mit den Zielen des Generalverkehrsplans und Umweltplans? Berücksichtigung aller Faktoren bei Kostenvergleichen; Einrichtung eines Programms zur Förderung von Güterumschlaganlagen für den Mülltransport auf der Schiene

Antr
 s. *Abfallbeseitigung*
 Drs 13/4412

Verzicht der LReg auf Ausschreibungen von Teilnetzen iRd Verkehrsvertrags mit der DB AG

Frage nach einer freihändigen Vergabe; Vereinbarkeit der angekündigten Wettbewerbsverfahren mit Unwägbarkeiten wie z.B. einer Elektrifizierung der Südbahn, Betrieb des Nordwürttemberg-Netzes als ein Pilotprojekt für Regio-Netze nach dem Vorbild der Kurhessenbahn, Problematik der Ländergrenzen überschreitenden Bahnstrecken bzw einer gemeinsamen Ausschreibung von Grenzverkehren

KlAnfr
 s. *Vertrag*
 Drs 13/4424

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen zulasten der (mittelständischen) Transportunternehmen hierzulande, insbes ausgelöst/verstärkt durch die EU-Osterweiterung, unlautere Praktiken von (halb-)staatlichen Verkehrskonzernen, Nachholbedarf im Straßenbau u.a. Faktoren; Handlungsbedarf der BReg; Position zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut; Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterverkehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar und dem „Regionalen Schienenverkehrskonzept der Metropolregion Rhein-Neckar“

Antr
 s. *Güterverkehr*
 Drs 13/4498

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen seit 1996 zur Verbesserung des Angebots im SPNV, Unterstützung des Ausbaus der Gäubahn bzw deren Anbindung an den Stuttgarter Flughafen, Verbesserung der Anbindung Pforzheims an das Fernverkehrsnetz der DB, Führung der Magistrale Paris-Stuttgart-Budapest über Karlsruhe und Pforzheim

GrAnfr
 s. *Wirtschaft*
 Drs 13/4536

Auswirkungen der Angebotsreduzierungen auf der Bahnstrecke Aulendorf-Kißlegg-Memmingen

Fahrgastzahlen und Zugangebot 2005 und 2006, Begründung der Unterschreitung des landesweiten integralen Taktfahrplans bei gleichzeitiger Ausweitung auf vergleichbaren Strecken mit niedrigeren Fahrgastzahlen; notwendige Rahmenbedingungen zur Wiedereinführung des Stundentakts

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 08.09.2005 und Antw IM Drs 13/4634

Drohender Wegfall von Fernzughalften wegen zu niedriger Bahnsteige

Bisher erfolgte und von der DBAG geplante Umstellung von lokbespannten IC-Zügen auf ICE-Triebzuggarnituren, Auflistung der davon betroffenen o.g. Bahnhöfe, Frage nach konkreten und finanziell abgesicherten Planungen zur entsprechenden Anhebung der Bahnsteige

KlAnfr
 s. *Intercity-Verkehr*
 Drs 13/4671

Nutzung von Pflanzenöl-Diesel-Gemischen im ÖPNV und SPNV
 Beurteilung des o.g. auf die jeweiligen Typen von Bussen und Schienenfahrzeugen zugeschnittenen Verfahrens bzw der entsprechenden Mischtankanlagen

KlAnfr
 s. *Kraftstoff*
 Drs 13/4747

Schienenverbindung Donautal-/Südbahn im Bereich Erbach

Beurteilung von Überlegungen und möglichen Umsetzungsschritten für eine Schienen-Queranbindung zwischen der Südbahn/Erbach und der Donautalbahn/Ehingen, Frage nach notwendigen Vorarbeiten, Kosten und Finanzierung des Projekts

KlAnfr Martin Rivoir SPD 20.10.2005 und Antw IM Drs 13/4753

Auswirkungen des Vermittlungsergebnisses zum „Koch-Steinbrück-Papier“ vom Dezember 2003 auf den SPNV und ÖPNV in BW

Umfang der erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen auf der Grundlage o.g. Beschlüsse, Auswirkungen der Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung, Bewirkung von Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsunternehmen und -verbände? Beurteilung des von den MinPräs zugrunde gelegten Subventionsbegriffs; Abstimmungsverhalten im BRat bei einer erneuten Einbringung der noch nicht umgesetzten Kürzungsvorschläge

Antr
 s. *Personenverkehr*
 Drs 13/4801

Umfang der von der LReg geplanten Investitionsförderung für Schienenverkehr und ÖPNV in den nächsten Jahren

Höhe der Förderung von Anlagen und Fahrzeugen des SPNV und ÖPNV differenziert nach der GVFG-Fahrzeugförderung, dem GVFG-Landes- und -Bundesprogramm, dem BundesschienenwegeausbauGes u.a. Finanzierungswegen; Darstellung der einzelnen Jahre ab 1996 sowie der jeweiligen Zusagen und Planungen für die Jahre bis 2010; Verteilung der Einzelprojekte mit einem Gesamtfinanzierungsvolumen von mehr als 10 Mio Euro

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 17.11.2005 und Antw IM Drs 13/4846

Kürzung der Regionalisierungsmittel verhindern

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes in den einzelnen Jahren seit 1998 bzw ab 2006 im Falle der Umsetzung der geplanten Kürzung der BReg, Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung; Ablehnung der Kürzung im BRat

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/4868

Schiengüterverkehr in Neckarsulm

Ursachen und Auswirkungen der rückläufigen Entwicklung am Nordanschluss bzw der dort angebotenen Firma Audi, Frage nach einer Landesförderung des Gleisanschlusses und weiteren Planungen der Bahn AG, Ausmaß der zusätzlichen Straßenbelastung; Moderation der Übernahme wegfallender Angebote durch andere Eisenbahnunternehmen?

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4945

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung und ggf Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr
s. *Nahverkehrsabgabe*
Drs 13/4950

Angemessene Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln sicherstellen

Höhe der Förderung der Investitions- und Betriebskosten aus Regionalisierungsmitteln des Bundes seit 2001; Eintreten für eine bedarfsgerechte Förderung zur Erhaltung und Weiterentwicklung des ÖPNV-Angebots

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/4952

Controlling im Schienenpersonennahverkehr

Ergebnisse des Controllings bis zum diesjährigen Fahrplanwechsel differenziert nach Strecken mit einer Leistungsauf- und -abwertung; Ausweitung des Systems auf die vom Land bestellten Verkehre bei nichtbundeseigenen Eisenbahnunternehmen

KlAnfr
s. *Controlling*
Drs 13/5000

Keine Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung; Einstellung der Subventionierung des Flugverkehrs

Antr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5043

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Geänderter Vorschlag für eine VO des Europäischen Parlaments und des Rates über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (KOM(2005)319 endgültig)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/5067

Vorbereitungen auf Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Höhe der erwarteten Kürzungen und Maßnahmen zur Kompensation ab 2007; Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung, u.a. auch für das Projekt Stuttgart 21; Chancen für Mittelrückflüsse durch Zugabbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio; Umfang der eingeplanten Fördermittel nach dem GVFG für Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur und das Projekt Stuttgart 21 bis 2010; Bezifferung der Höhe einer angemessenen Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5102

Den Börsengang der Bahn ablehnen

Projektstau, Investitions- und Rückbauentscheidungen der DB Netz AG in BW; Frage nach einem Zusammenhang mit dem geplanten Börsengang; Beurteilung der Ergebnisse des Gutachtens und der Kritik des BRechnungshofs zu Privatisierungsvarianten der Bahn mit und ohne Netz; Auswirkungen einer Trennung von Netz und Betrieb auf die Realisierung des Projekts Stuttgart 21; Ablehnung eines integrierten Börsengangs der Bahn in der Verkehrsministerkonferenz und im BRat

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/5109

Wiederaufnahme des Neigetriebbetriebs in BW

Umsetzung des o.g. Betriebskonzepts im IRE-Verkehr auf den Strecken Stuttgart-Tübingen-Sigmaringen-Ehingen-Ulm sowie Basel-Singen-Friedrichshafen-Lindau zum Fahrplanwechsel im Dezember 2006?

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 09.02.2006 und Antw IM Drs 13/5159

ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim ohne Bypass

Festhalten an dem einstimmigen Beschluss nach Drs 13/1089 zur Umsetzung des o.g. Lückenschlusses mit Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs; Frage nach entsprechenden Initiativen der LReg bzw Gesprächen des MinPräs mit Bahnchef Mehdorn zur Umsetzung dieser Beschlusslage

KlAnfr
s. *Mannheim*
Drs 13/5177

Schwarz-Rot-Stift beim Angebot von Bus und Bahn

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliches Verkehrsmittel*
PIPr 13/108 S. 7869

Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf den Nahverkehr in BW

Darlegung der o.g. Beschlusslage der BReg und deren Auswirkungen auf die Angebote im ÖPNV und SPNV, Billigung

der Kürzungen durch die MinPräs iRd Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene? Frage nach konkreten Planungen zur Umsetzung der Kürzungen im Jahresfahrplan 2006/2007; Ablehnung der Kürzungen im BRat, Forderung einer Stabilisierung der Mittel auf heutigem Niveau, Vorlage eines Berichts über mögliche Konsequenzen der geplanten Kürzungen sowie über Einsparpotenziale im ÖPNV, insbes Ausschreibung aller Leistungen bis 2016, Erlangung der Zuständigkeit für die Gleis- und Bahnhofsinfrastruktur, Reduzierung der Zahl der Verkehrsverbände, Ermöglichung einer City-Maut und Nahverkehrsabgabe

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5203

Passagierfluglizenz für den Flughafen Lahr

Beurteilung der Benachteiligung der Bahn gegenüber dem grenzüberschreitenden Flugverkehr infolge der Mehrwert- und Energiesteuerbefreiung

KlAnfr
s. *Flugplatz Lahr*
Drs 13/5206

Einbindung des Landes in nationale und internationale Hochgeschwindigkeitsnetze, Erhalt der Interregio-Verbindungen, Optimierung des ÖPNV-Angebots

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Feststellung der Verantwortung des Bundes für den Schienenpersonenfernverkehr; Übernahme von Nahverkehrsfunktionen des Interregio mit der erhöhten Zuweisung von Regionalisierungsmitteln

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 215-226

Verpflichtung des Bundes zur Gewährleistung des Schienenpersonenfernverkehrs, Einklagung der rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zur Bestellung der Interregioverkehre in Zuständigkeit der Länder

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 449-459

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene, notwendiger Ausbau der Schieneninfrastruktur, Wiederbelebung des Schienenverkehrs

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 614-620

Verbesserung der Schienenverbindung entlang der Rheinschiene, Anbindung an das französische Hochgeschwindigkeitsnetz

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 756 757

Verlagerung von Luftverkehr im Kurz- und Mittelstreckenbereich auf die Schiene

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1193-1195 1198 1199

Verlagerung von mehr Straßengüterverkehr auf die Schiene, Trennung von Netz und Betrieb der Bahn AG, Entwicklung der Investitionen in die Schiene

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243-1252 1298-1302 1304

Vernetzung des Luftverkehrs mit der Schiene, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs gegenüber der Luftfahrt

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2410 2413 2416 2419-2421 2428

Bedienung der Schiene im neuen Bundesverkehrswegeplan, Auflistung des Aus- und Neubaus von Strecken in BW

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2769 2770 2772 2773 2775 2781 2782

Plädoyer für mehr Ausgewogenheit bei der Förderung des Straßenbaus und des Schienenverkehrs

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3144 3151 3152

Verbesserung der Schienenverbindungen zu und innerhalb der Bodenseeregion, Ermöglichung von mehr Wettbewerb

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3294 3296-3303

Auswirkungen des Scheiterns der Lkw-Maut und der Kürzung von Fördermitteln im Vermittlungsausschuss auf die geplanten Schienenprojekte in BW, Kritik an der Reduzierung der Mittel für den ÖPNV

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4322 4327-4329 4333-4335 4338-4340

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene; Finanzierungsprobleme im Nahverkehr

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6058 6060 6065 6066 6068 6075

Bedienung der Schiene im alten und neuen Bundesverkehrswegeplan, Auflistung des Aus- und Neubaus von Strecken in BW, Einbindung des Landes in das transeuropäische Hochgeschwindigkeitsnetz

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6803 6805-6812 6816 6870

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene, Darstellung der Kapazitätsgrenzen, der komplizierten Übergänge und langsamen Transportgeschwindigkeit

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103-7111

Schießanlage

s. *Schießstand*

Schießstand

Schießanlage des Polizeipräsidiums Mannheim

Sanierung bzw. Neubau der o.g. Anlage

KlAnfr Max Nagel SPD 18.11.2002 und Antw FM Drs 13/1536

Bezuschussung einer Schießanlage aus Lotteriemitteln

Förderung von Baumaßnahmen an der Schießanlage der Kreisjägersvereinigung Heilbronn aus Mitteln der Glücksspirale, Begründung der Notwendigkeit des Tontaubenschießens als Training für die Jagdausübung

KlAnfr Reinhold Gall SPD 20.02.2003 und Antw MLR Drs 13/1822

Vergabe der Erträge aus der Glücksspirale

Verfahren und Kriterien der Mittelvergabe durch das UVM; Verwendung zur Sanierung von Wurftaubenschießanlagen, Anteil von Eigenmitteln der Vereine; Vergabe von Mitteln zur Förderung der Naturparke; Einsatz der Mittel für gemeinnützige Zwecke? Auszahlung der Erträge direkt an Verbände oder Stiftungen zur Förderung von Natur- und Umweltschutzprojekten

Antr
s. *Lotterie*
Drs 13/2341

Sanierung von Wurftaubenschießanlagen

Vorhandene und notwendige Zahl o.g. Anlagen; Umfang und Kosten des Sanierungsbedarfs; Bezuschussung aus Mitteln der Glücksspirale, aus Sportfördermitteln und dem Aufkommen der Jagdabgabe; Bildung und Einsatz von Eigenmitteln der Sportvereine und des Landesjagdverbands; Frage nach Problemen im Genehmigungsverfahren

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 08.08.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2348

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 23.10.2003 Drs 13/2703 S. 35-37

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Internationale Waffenbörse IWB in Stuttgart 2004 - Zutrittsverbot für Minderjährige statt Schießen für Kinder

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen, Einsatz eines zum Schießstand umgebauten amerikanischen Schulbusses; Hinwirkung auf eine generelle Untersagung des Besuchs Minderjähriger auf der IWB sowie des Verkaufs von NS-Devotionalien

Antr

s. Waffe

Drs 13/2817

Schießanlagen der Polizei

Ausstattungsstand der einzelnen Polizeidirektionen mit eigenen Schießanlagen

Antr Günter Fischer u.a. SPD 21.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3419

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 23

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ausstattungsstand der einzelnen Polizeidirektionen mit eigenen Schießanlagen, Akzeptanz des DV-gestützten Schießtrainings als Ersatz

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6250

Schiff

s. Wasserfahrzeug

Schifffahrt*Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt*

Umsetzungsstand der im Generalverkehrsplan 1995 formulierten Verlagerungsziele, Darlegung von Hemmnissen im KLV sowie Wirkungen des vom Land finanzierten Förderprogramms

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/241

Bundeswasserstraße Neckar

Abruf der Mittel des Bundes für Infrastrukturmaßnahmen, Bewertung des angemeldeten Vorhabens einer Verlängerung der Neckarschleusen, Förderung der Verlagerung von Güterverkehr, insbes auch Großraum- und Schwerguttransporte, vom Lkw auf das Binnenschiff; Ergebnisse eines entsprechenden Modellversuchs; Stand der Realisierung eines überregionalen Güterverkehrszentrums in Heilbronn

KlAnfr

s. Neckar

Drs 13/451

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarken und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr

s. Neckar

Drs 13/2102

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Entwicklung der Eckdaten auf den Wasserstraßen Oberrhein, Main und Neckar im Vergleich zum Güterverkehr auf Straße und Schiene; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Wiederführung der steuerfreien Übertragung des Gewinns aus der Veräußerung von Schiffen auf ein Ersatzwirtschaftsgut, durch Modernisierung und Erweiterung der Schleusen am Neckar, Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarken und damit Reduktion der Hochwassersperre u.a. Maßnahmen

Antr FDP/DVP 09.07.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2243 (11 S.)

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5039 (abgesetzt)

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5455-5464

Schleusenausbau an der Bundeswasserstraße Neckar

Beurteilung der weiteren Entwicklung des Güterverkehrs auf dem Neckar im Falle einer Verweigerung der Modernisierung und Verlängerung der Schleusen durch den Bund, Grundlage der Berechnung des Projektnutzens, Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle, zeitgleiche Durchführung der von der Schifffahrtsdirektion Südwest angekündigten Instandhaltungsmaßnahmen

KlAnfr

s. Neckar

Drs 13/2377

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw

s. Wasserrecht

Drs 13/2619

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Speditionen, der Attraktivität von Bahntransporten

sowie der Containerschifffahrt auf dem Neckar

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3321

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 13) - Betätigungsprüfung bei einer Hafengesellschaft

Rückführung der Kapitalausstattung der Staatlichen Rhein-Neckar-Hafengesellschaft Mannheim mbH auf das betrieblich erforderliche Maß, Übernahme der Verantwortung für die Investitionen

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 X. S. 5
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4441
BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4515
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040
Mittlg LReg 22.11.2005 Drs 13/4863
Mittlg LReg 22.12.2005 Drs 13/5006
Mittlg LReg 23.06.2006 Drs 14/47
BeschlEmpf und Bericht FinA 28.09.2006 Drs 14/367

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/3967

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterverkehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4498

Förderung der Modernisierung der Binnenschifffahrt, Einrichtung von Hochgeschwindigkeitsseewegen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 616 617 620

Bedeutung der Binnenschifffahrt, Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar, Ermöglichung des Transports von Containern

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1027 1034 1039 1040

Umstellung der Binnenschifffahrt auf pflanzliche Treib- und Schmierstoffe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1550 1552

Anmahnung größerer Anstrengungen zur Verlagerung von Güterverkehr auf die Binnenschifffahrt

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4067 4074 4075

Wiedereinführung der steuerfreien Übertragung des Gewinns aus der Veräußerung von Schiffen auf ein Ersatzwirtschaftsgut, Ausbau der Neckarschleusen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057

Bedeutung der Binnenschifffahrt, Verlängerung der Neckarschleusen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6507

Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Binnenschifffahrt, Ausbau der Neckarschleusen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6801 6806 6807 6810 6815

Schiller, Friedrich von

Schiller-Jubiläumsjahr an den Schulen BW

Berücksichtigung an den Schulen und iRd Lehrerfortbildung, angebotene Arbeitshilfen

MdlAnfr 2) Inge Utzt SPD 21.04.2005 Drs 13/4204
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6515 6516

Erinnerung an Friedrich Schiller mit seinen Worten zur Zukunftsorientierung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469

Schlachtbetrieb

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr
s. *BSE*
Drs 13/786

Kofermentierung in Biogasanlagen

Anfallende Mengen und Entsorgungskosten von Blut und Schlachtabfällen in den einzelnen Schlachthöfen, Beurteilung des Widerspruchs zwischen der Verwendung von Blut zur Zubereitung von Lebensmitteln und dem Verbot zur energetischen Verwertung in Biogasanlagen; Prüfung einer entsprechenden Kofermentierung

Antr
s. *Biogas*
Drs 13/913

Auswirkungen der EU-Richtlinien zu Fleischuntersuchungen und der Entscheidung des EuGH auf die Schlachthofstruktur in BW

Auswirkungen auf die Gebührenhöhe und den evtl Zuschussbedarf durch Gebietskörperschaften; Überprüfung der Schlachthofstruktur auf ihre betriebswirtschaftliche Perspektive im europäischen Markt

Antr SPD 28.03.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1955
ÄAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3074
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239
S. 33 34
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Schadensregulierung der Folgen fehlerhafter BSE-Tests am Ulmer Schlachthof

Verweigerung einer außergerichtlichen Schadensregulierung gegenüber der Stadt Ulm - im Gegensatz zu einem gleich gelagerten Fall in Oberschwaben? Gleichbehandlung der Betroffenen von fehlerhaften Tests der vom Land zertifizierten und kontrollierten Labors

MdlAnfr
s. *BSE*
Drs 13/2480

Zuverlässigkeit von BSE-Tests in BW

Gewährleistung des vollen Testprogramms bei allen Tieren und Schlachtungen, Ausschluss von Übertragungsfehlern in Schlachthöfen, Entwicklung der Testkosten in den letzten drei Jahren

KlAnfr
s. *BSE*
Drs 13/2783

Rinderschlachtungen ohne vorgeschriebene BSE-Tests in BW

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und Maßnahmen des MLR nach bekannt werden der o.g. Fälle; Einschätzung des Imageschadens und des wirtschaftlichen Schadens für die Landwirtschaft, das Verarbeitungsgewerbe und den Handel; Gewährleistung der vorgeschriebenen Tests bei allen Schlachtungen von mehr als 24 Monate alten Rindern

Antr
s. *BSE*
Drs 13/2901

Verstöße gegen das TierschutzGes im Zuge des Transports und der Anlieferung von Schlachtgeflügel zur Schlachthanlage der Firma Schloss Stetten GmbH & Co KG im LKreise Schwäbisch Hall

Art und Folgen o.g. Verstöße, insbes Verenden von Tieren infolge langer Standzeiten in den Lkw bei warmer Witterung und fehlender Zwangsbelüftung; Art, Intensität und Konsequenzen von Kontrollen; Aufforderung der zuständigen Veterinäre zu einer zurückhaltenden Überwachung durch das RegPräs Stuttgart?

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/3204

Bürokratieabbau; hier: Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 08.06.2001 gemäß der Richtlinie 64/433/EWG zur Überwachung der Hygienebedingungen in registrierten Schlachthäusern

Zusätzlicher Aufwand der Kommunen zur Umsetzung der o.g. Richtlinie, Maßnahmen zur Reduzierung des Aufwands, Übertragung der Aufgaben auf die Veterinärämter der LKreise

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3209

Dienstleistungsfreiheit im Europäischen Binnenmarkt

Auswirkungen der Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie durch das ArbeitnehmerentsendeGes, Ahndung von Verstößen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern; Berücksichtigung der Schutzinteressen der Mitgliedstaaten durch die EU-Kommission bei

ihrem Vorschlag für eine Dienstleistungsrichtlinie? Bewertung der Kritik am Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in der Schlacht- bzw Fleischbranche, Feststellung von Schwarzarbeit und Sozialversicherungsbetrug durch den bisherigen Austausch von Dienstleistungen?

Antr
s. *Dienstleistung*
Drs 13/4149

Situation und Perspektive der Schlachthöfe in BW

Entwicklung der Ertragslage in den letzten Jahren, insbes seit der Umsetzung des Urteils des EuGH zur Einbeziehung der Gebühren für die Trichinenuntersuchung und der bakteriologischen Untersuchung in die Gemeinschaftsgebühr; Einschätzung der künftigen Entwicklung der Schlachthofstruktur

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 27.07.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4558
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.10.2005 Drs 13/4821 S. 55 56
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Vergabe und Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl und Kosten der ausgeschriebenen und vergebenen Tests seit 2004, Qualität und Unabhängigkeit der zum Zuge gekommenen Testlabors, Frage nach der Berücksichtigung eines von der Ehefrau eines Schlachthofbesitzers betriebenen Labors, Entwicklung der BSE-Verdachtsfälle in der Region Schwaben bis Oktober 2004 und danach

Antr
s. *BSE*
Drs 13/5212

Wettbewerbsdruck der Schlachtbetriebe, Erhebung kostendeckender Gebühren der LKreise für Fleischuntersuchungen nach dem neuen Gebührenrecht, Verhinderung einer rückwirkenden Gebührenerhöhung

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5446-5449

Schlachthof

s. *Schlachtbetrieb*

Schlachtung

s. *Vienschlachtung*

Schlaganfall

Situation der Neurologischen Akutbehandlung und Rehabilitation in BW - Phasen A und B

Zahl und Verteilung o.g. Betten an den einzelnen Klinikstandorten, Frage nach Wartelisten bzw der Notwendigkeit zum Ausbau der Frührehabilitation

KlAnfr
s. *Neurologie*
Drs 13/915

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten; Ausbau der integrierten Leitstellen, Qualifizierung des Personals für Notrufe von Ausländern sowie Handlungsanweisungen für akute Notfälle wie Herzversagen, Schlaganfall, starke Blutungen etc

GrAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/3606

Schleichwerbung

s. *Werbung*

Schleppaufzug

s. *Aufzugsanlage*

Schleswig-Holstein

Schreiben des BVerfG vom 16.01.2002, Az.: 2 BvK 1/01 - Organstreitverfahren der LReg Schleswig-Holstein gegen Mitglieder des Bildungsausschusses des Ltg Schleswig-Holstein wegen Aktenvorlage

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/777
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1223

Konsequenzen aus dem schweren Störfall im AKW Brunsbüttel für das Atomkraftwerk Philippsburg I

Bewertung und Konsequenzen des Störfalls auf Landes- und Bundesebene; Maßnahmen der Atomaufsichtsbehörde, Prüfung einer vorübergehenden Stilllegung des KKW Philippsburg I?

Antr
s. *Störfall*
Drs 13/839

Schreiben des BVerfG vom 27.11.2003 - Organstreitverfahren des MdL Benker gegen den Schleswig-Holsteinischen Ltg betr „Schleswig-Holsteinische Abgeordnetenentschädigung“

s. *Diäten*
PIPr 13/59 S. 4144

Schreiben des BVerfG vom 08.09.2004 - Normenkontrollverfahren auf Antrag von 33 Abg des schleswig-holsteinischen Ltg gegen das schleswig-holsteinische HaushaltsGes 2003

s. *Haushaltsrecht*
PIPr 13/76 S. 5322

Vergleich der Nutzung von Windenergie in Schleswig-Holstein und BW

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 429

Bewertung des Kompromissvorschlags von Schleswig-Holstein zur Revision des RegionalisierungGes im BRat

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1562 1563 1566 1568

Lob für die Neuordnung der Kulturförderung in Schleswig-Holstein

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Schleuse

Bundeswasserstraße Neckar

Abwurf der Mittel des Bundes für Infrastrukturmaßnahmen, Bewertung des angemeldeten Vorhabens einer Verlängerung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Neckar*
Drs 13/451

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarkte und damit Reduktion der Hochwassersperrtage

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/2102

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Modernisierung sowie Schleusenerweiterung der Bundeswasserstraße Neckar iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. *Schifffahrt*
Drs 13/2243

Schleusenausbau an der Bundeswasserstraße Neckar

Beurteilung der weiteren Entwicklung des Güterverkehrs auf dem Neckar im Falle einer Verweigerung der Modernisierung und Verlängerung der Schleusen durch den Bund, Grundlage der Berechnung des Projektnutzens, Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle, zeitgleiche Durchführung der von der Schifffahrtsdirektion Südwest angekündigten Instandhaltungsmaßnahmen

KlAnfr
s. *Neckar*
Drs 13/2377

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstel-

lung von Ausbauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4269

Steigerung der Gütertransporte auf dem Neckar, Sanierung und Erweiterung der Schleusen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243 1244 1247 1248 1251

Ausbau der Neckarschleusen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057

Bedeutung der Binnenschifffahrt, Verlängerung der Neckarschleusen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6507

Steigerung der Gütertransporte auf dem Neckar, Sanierung und Erweiterung der Schleusen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6801 6810

Ausbau der Neckarschleusen für größere Güter- bzw Containerschiffe

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7104 7106 7107 7109

Bau und Betrieb von Schleusen durch private Investoren

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7391

Schlichtungsgesetz

s. *Außergerichtliche Streitschlichtung*

Schloss Heiligenberg

Schloss Heiligenberg/Wiedereröffnung des Schlosses und des Blumengartens

Höhe und Zwecke der Bezuschussung o.g. Anlagen, Gründe und Dauer der Sperrung, Hinwirkung auf Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit

KlAnfr Norbert Zeller SPD 09.07.2001 und Antw WM Drs 13/54

Wiedereröffnung des Schlosses Heiligenberg mit Blumengarten für die Öffentlichkeit

Höhe der gewährten Zuschüsse für o.g. Anlagen; Einwirkung auf das Haus Fürstenberg zur Wiedereröffnung

MdlAnfr 1) Norbert Zeller SPD 10.06.2002 Drs 13/1002
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1691 1692

Schloss Weikersheim

s. *Studienzentrum Weikersheim*

Schloss (Gebäude)

s.a. *Kulturdenkmal*
s.a. *Neues Schloss, Baden-Baden*
s.a. *Neues Schloss, Stuttgart*
s.a. *Schloss Heiligenberg*

Unterhalt und Pflege der Schlösser in BW

Gründe und Auswirkungen der Vergabe o.g. Arbeiten an Fremdfirmen, Handhabung in anderen BLändern

KlAnfr Rosa Grünstein SPD 06.06.2002 und Antw FM Drs 13/1052

Neuorganisation der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung

Gründe für den Verzicht auf Einbeziehung der forst- und landwirtschaftlichen Liegenschaften sowie der Schlösser und Gärten

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/1509

Marketing für Schlösser und Gärten in BW

Bisherige bzw wünschenswerte Vermarktung; Entwicklung der Besucherzahlen, der Einnahmen und Ausgaben in den letzten fünf Jahren; Kooperation mit den im kommunalen und privaten Besitz befindlichen Schlössern, Burgen und Gärten; Vorlage einer Gesamtkonzeption für die überregionale und internationale Vermarktung mit einem eigenen Schwerpunkt in der Tourismusförderung des Landes

Antr SPD 29.11.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4879
BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5138 (dazu ÄAntr Claus Schmiedel u.a. SPD) S. 15-17
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Verantwortung des Landes für die Schlösser und Gärten, Übertragung der Aufgaben auf einen eigenständigen Landesbetrieb

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5630 5632

Verantwortung des Landes für die Schlösser und Gärten, Übertragung der Aufgaben auf einen eigenständigen Landesbetrieb

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5696

Schlussansprache des Präsidenten

s. *Landtag, Schlussansprache*

Schmerztherapie

Weiterentwicklung der Palliativmedizin in BW

Art, Stand und Perspektiven der schmerzmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken und Sterbenden in Krankenhäusern, durch niedergelassene Ärzte, Hospizeinrichtungen u.a. Dienste; Umfang der Unterstützung sowie Weiterentwicklung der Palliativmedizin; Verankerung in der Aus- und Fortbildung in der Medizin und Krankenpflege, Einrichtung von Zentren sowie eines Lehrstuhls für Palliativmedizin

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 12.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1777 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.06.2003 Drs 13/2485 S. 21-23
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Klares Nein zur aktiven Sterbehilfe - Ausbau von Hospizdiensten und Palliativmedizin in BW

Aktuelle Debatte
s. *Sterbebegleitung*
PIPr 13/104 S. 7476

Ausbau der Palliativmedizin und Schmerztherapie an den Universitätskliniken

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Ausbau der Hospizbewegung und Palliativmedizin

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7775 7777

Schmider, Manfred

s. *Flowtex-Gruppe*

Schmuckindustrie

Aufrechterhaltung des Schmucktechnologischen Instituts an der Fachhochschule Pforzheim

Umsetzung der 1994 vereinbarten Finanzierungsmodalitäten zwischen dem Land, der Pforzheimer Wirtschaft und FH; Schaffung der finanziellen und personellen Voraussetzungen zur Weiterführung des Instituts

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 19.10.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3671

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 03.03.2005 Drs 13/4187 S. 47 48

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Schmucktechnologisches Institut

s. *Schmuckindustrie*

Schmuckwarenindustrie

s. *Schmuckindustrie*

Schneider, Peter MdL CDU

Ankündigung gesetzwidrigen Verhaltens des Biberacher Landrats

Beurteilung der angedrohten Nichtbeachtung von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften, wenn keine Aufgabenreduzierung im Zuge der Verwaltungsreform erfolgt; Vereinbarkeit mit dem Amt und den Pflichten eines Landrats; Maßnahmen zur Unterbindung eines solchen Verhaltens

Antr SPD 19.11.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2636

EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877

Schnellbahn

s.a. *Stadtbahn*

s.a. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln des Bundes zur Verbesserung des Schienenverkehrs

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart

Antr

s. *Region Stuttgart*

Drs 13/597

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart, Stand der Verhandlungen mit dem VRS

MdLANfr

s. *Region Stuttgart*

Drs 13/1153

Beschaffung neuer S-Bahn-Züge in der Region Stuttgart

Beurteilung des o.g. Bedarfs und der geplanten Fahrzeugbeschaffung durch den Verband Region Stuttgart sowie der vonseiten der LKreise geäußerten Bedenken; Bezuschussung über das Fahrzeugförderprogramm des Landes

Antr

s. *Schienenfahrzeug*

Drs 13/1966

GVFG-Finanzierung der Verlängerung der S 1 von Plochingen nach Kirchheim

Verweigerung der Anerkennung o.g. Rahmenvereinbarung als Vertrag, Auswirkungen auf die Aufteilung der Baukosten zwischen den einzelnen Kostenträgern; Bezuschussung nach den alten Förderrichtlinien mit 85 %

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 31.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3085

Ausbau und Neubau der S 4/S 40 zwischen Freiberg und Backnang

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum geplanten Bau der S 40 zwischen Marbach und Backnang, Verknüpfung einer Förderzusage mit dem vertraglich fest vereinbarten zweigleisigen Ausbau der Strecke Freiberg-Benningen sowie mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Marbach?

KIANfr Boris Palmer GRÜNE 22.12.2004 und Antw UVM Drs 13/3924

Finanzierung der Verlängerung der S 1 nach Kirchheim/Teck

Finanzierung der Verlängerung von Plochingen nach Kirchheim über das GVFG erst ab 2008, Frage nach einem Zusammenhang mit der Bindung der GVFG-Mittel zur Finanzierung von Stuttgart 21

MdLANfr 7) Boris Palmer GRÜNE 14.03.2005 Drs 13/4133

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6323

Zukünftiger Bahnverkehr auf der Strecke Bruchsal-Germersheim

Vorteile der „Standardisierten Bewertung“ für einen S-Bahnbetrieb statt eines Stadtbahnbetriebs, Höhe der Planungskosten und Zeitrahmen für eine entsprechende Streckenerüchtigung, Erzielung einer kostengünstigen Planung durch die Zusammenarbeit von DBAG und Albtalverkehrsgesellschaft und damit einer Verringerung der kommunalen Kostenanteile, Frage nach Fördermitteln für die S-Bahn

KIANfr Peter Wintruff SPD 26.07.2005 und Antw IM Drs 13/4543

Verbesserung des Zugangebots auf der Strecke Marbach-Backnang

Gründe für die Verweigerungshaltung zur o.g. Streckenerüchtigung und Ausbau des S-Bahn-Verkehrs zwischen Ludwigsburg, Marbach und Backnang; Mitfinanzierung der vom Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart beschlossenen Angebotsverbesserung iRd bestehenden Vereinbarung mit dem VRS

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 27.07.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4553

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 27.10.2005 Drs 13/4821 (dazu ÄAntr SPD) S. 46 47

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbünde Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tarifierhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4585

Ausbau der Stuttgarter S-Bahn-Linie 4 zwischen Freiberg und Benningen

Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

MdlAnfr 1) Boris Palmer GRÜNE 28.09.2005 Drs 13/4683
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7153-7155

Ausbau der S-Bahn S 4 zwischen Freiberg und Benningen

Gründe für die Entscheidung gegen das o.g. Projekt trotz bestehender Vereinbarungen und der Bereitschaft aller übrigen Beteiligten zur Erbringung ihres Finanzierungsanteils, Höhe und Träger der Planungskosten für den Ausbau der S 4 und die Verlängerung der S 40 von Marbach nach Backnang, Frage nach anderen vorrangigen Projekten; Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

Antr GRÜNE 07.10.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4706
Ergänzende Stellungnahme IM 02.12.2005 Drs 13/4921

Förderung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Freiberg-Benningen und des S-Bahn-Ringschlusses Marbach-Backnang

KlAnfr Claus Schmiedel SPD 03.11.2005 und Antw IM Drs 13/4806

Bestrebungen um eine Realisierung der S 60 als Verbindung im S-Bahn-Ring um Stuttgart, Gefährdung der Finanzierung wegen der fehlenden Maut-Einnahmen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4340

Schöffe

Situation der ehrenamtlichen Schöffen

Entwicklung der Bereitschaft der Bürger zur Schöffentätigkeit nach der Alters-, Geschlechts- und Berufsstruktur in den letzten Jahren; Vorbereitung und Aufwandsentschädigung im Vergleich zu anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten; steuerliche Bewertung der Einkünfte

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 11.01.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/622
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/885 S. 5
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Schönbuch

Erinnerung an die Idee zum Bau eines Großflughafens im Schönbuch vor 30 Jahren

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1194 1195

Schönbühl

s. *Weinstadt*

Schönes-Wochenende-Ticket

s. *Fahrausweis*

Schorndorf

Überprüfung der raumordnerischen Genehmigung der 110 kV-Leitung Endersbach-Schorndorf

Genehmigungsgrundlagen und Stand der Realisierung des o.g. Vorhabens, Bewertung von Alternativen und Ergebnissen eines Gutachtens; Aufhebung der Genehmigung des RegPräs Stuttgart wegen gravierenden Abweichungen und Veränderungen der Genehmigungsvoraussetzungen, Verweisung auf die Beantragung der real angestrebten Teilverkabelung

Antr
s. *Elektrische Leitung*
Drs 13/1063

Ortsumfahrung Haubersbronn (L 1148, L 1150)

Planungsstand des o.g. Projekts, Chancen einer Finanzierung und Realisierung

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/1591

Schornsteinfeger

s.a. *Kehr- und Überprüfungsordnung*

Kehr- und Überprüfungsordnung (KÜO)

Zustandekommen und Ausgestaltung o.g. Neuregelung, insbes. der hohen Mess- und Kehrintervalle sowie Gebühren; Möglichkeiten der Behörden zur Missbrauchskontrolle; Reduzierung der Prüftermine und Wartungskosten bei Feuerstätten für flüssige Brennstoffe sowie schadstoffarmen Öfen

KlAnfr
s. *Kehr- und Überprüfungsordnung*
Drs 13/290

Entlastungsmöglichkeiten bei den Kaminkehrergebühren

Überprüfung der Gebührensätze durch das WM, Verlängerung der Inspektionsintervalle bei modernen Heizungsanlagen, Ermöglichung der Abgaswegeüberprüfung durch private Fachfirmen iRd Wartung, Einbringung einer Initiative im BRat

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 22.10.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2535
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.04.2004 Drs 13/3200 S. 14-16
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Infragestellung des Schornsteinfegermonopols, Ermöglichung der Abgasuntersuchung auch ausschließlich durch private Fachfirmen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462

Schreib-Lese-Schwäche

s. *Lernbehinderung*

Schreibtisch

s. Möbel

Schriesheim

Finanzierung des Branichtunnels in Schriesheim durch ein Sonderfinanzierungsprogramm des Landes

Finanzielle Absicherung des o.g. Projekts im Zuge der L 536

MdlAnfr

s. Landesstraße 536

Drs 13/5172

Schriftgut

s.a. Archiv

s.a. Buch

s.a. Druckerzeugnis

s.a. Kulturgut

Ges über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land BW (InformationsfreiheitsGes BW - IFG B-W)

Eröffnung eines umfassenden Zugangsanspruchs für Bürger und Medien zu den bei Behörden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts vorhandenen Informationen bzw Akten, Stärkung der Bürgerbeteiligungsrechte unter Berücksichtigung des Datenschutzes

GesEntw

s. Information

Drs 13/4785

Schriftstück

s. Schriftgut

Schüler

s.a. Abiturient

s.a. Ausländisches Kind

s.a. Begabtenförderung

s.a. Jugend trainiert für Olympia

s.a. Jugendaustausch

s.a. Lernbehinderung

s.a. Mentor

s.a. Mitwirkung im Schulwesen

s.a. Schülerwettbewerb

s.a. Schulanfänger

s.a. Schulklasse

s.a. Schulpflicht

s.a. Sozialkompetenz

Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/125

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr

s. Kind

Drs 13/298

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerausbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 29.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/503 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 05.06.2002 Drs 13/1109 S. 11-42

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, Ausbau der Kooperationsstunden der sonderpädagogischen Dienste, Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Integration von Rechenschwäche in die VwV zur Förderung von Kindern mit Lese-Rechtschreib-Schwäche, Bereitstellung von Schulsozialarbeit und Angebote für besonders leistungsfähige Schüler, Integration von behinderten Kindern, Lehrerfortbildung für das Lernen mit dem Computer, Verdoppelung der Springerreserve, Absenkung des Klassenteilers

Antr

s. Grundschule

Drs 13/636

Gewaltprävention an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Gewalt an Schulen differenziert nach Schularten und Klassenstufen in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, Einflüsse von Gewalt in den Medien, Bewertung von Projekten wie „Netzwerk gegen Gewalt“, „Faustlos“, Streitschlichtung, Jugendsozialarbeit u.a.; Auswirkungen von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, der Aus- und Fortbildung von Lehrern, von privaten Initiativen sowie der Zusammenarbeit mit Eltern

Antr

s. Gewaltanwendung

Drs 13/987

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr

s. Gewaltanwendung
Drs 13/1047

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder
Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Kindern seit 1999; Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit im Schulbusverkehr und in Pkw, Kontrollen der Polizei an Gefahrenstellen, u.a. an Bushaltestellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren, Berücksichtigung der Sicherheit von Kindern bei Verkehrsplanungen des Landes

Antr
s. Verkehrssicherheit
Drs 13/1135

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb
Größe der einzelnen Schulen, Klassen und Einzugsbereiche sowie der Schüler-Lehrer-Relation; Angebot von Werkrealschulen und Zusatzunterricht, von Ganztagschulen, Horten und Schulsozialarbeit; Entwicklung der Übergangsquoten und Größen der Eingangsklassen, der Abschlüsse und Übergänge in die zweijährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung; Einschätzung der Unterrichtsversorgung und des Ergänzungsangebots in einzügig geführten Hauptschulen

GrAnfr
s. Hauptschule
Drs 13/1139

Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und Rechtschreibens

Überarbeitung der Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Legasthenie von 1978, Aufnahme der Lehreraus- und -fortbildung sowie anderer Teilleistungsstörungen, entsprechende Ausrichtung der Diagnose und Unterrichtsmethoden

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 16.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1187
BeschlEmpf und Bericht SchulA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 24-26
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Beengte Platzverhältnisse in Schulbussen und ggf. negative Auswirkungen auf das Lern- und Leistungsverhalten von Schülern

KlAnfr
s. Ausbildungsverkehr
Drs 13/1206

Beschulung von Kindern in Suchttherapie-Einrichtungen

Beurteilung des Angebots einer regulären Beschulung während einer Therapie der Eltern

KlAnfr
s. Sonderunterricht
Drs 13/1277

Aufnahmeprüfungen für weiterführende Schulen

Entwicklung der Ergebnisse o.g. Prüfungen differenziert nach Geschlecht, Fächern und Regionen in den letzten fünf Jahren; Beurteilung der Schwere der Prüfungen 2002, insbes in Mathematik, und einer diesbezüglichen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Sigmaringen; Schaffung von altersgerechten Leistungskriterien und Bewertungsformen, Gewährleistung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten in der Sekundarstufe I

Antr
s. Weiterführende Schule
Drs 13/1388

Gewalt an Schulen des Rems-Murr-Kreises

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr
s. Gewaltanwendung
Drs 13/1417

Modellprojekt LIPSA (Lern-, Interessen-, persönlichkeitsbildende Schüler-Angebote)

Zahl der am o.g. Projekt sowie am Reformvorhaben „Guter Start in der Hauptschule“ beteiligten Schulen, Klassen und Unterrichtsstunden; Bewertung der erzielten Ergebnisse

Antr
s. Hauptschule
Drs 13/1426

Schülerbeförderung im Busverkehr in BW

Entwicklung der Zahl von Unfällen mit Verletzungen und Todesfolgen seit 1996; Darlegung der täglichen Beförderungszahlen und des Sitzplatzangebots; Beurteilung der Verkehrssicherheit für Schüler im Busverkehr

KlAnfr
s. Ausbildungsverkehr
Drs 13/1691

Gewalt an Schulen im Schulamtsbereich Schwäbisch Gmünd

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr
s. Gewaltanwendung
Drs 13/1719

Gymnasiale Oberstufe in der Praxis

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf Leistungskursniveau in den Kernkompetenzfächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprache auf die Schüler der Klasse 12; Feststellung eines Rückgangs der Notendurchschnitte; Kompetenz der Lehrer für die geforderten neuen Arbeits- und Bewertungsformen; Vorkehrungen der Schulen für den vermehrten Nachmittagsunterricht; Belegung einer Stärkung der Naturwissenschaften durch das Kurswahlverhalten der Schüler?

Antr
s. Gymnasium
Drs 13/1727

Neue gymnasiale Oberstufe

Erstellung einer ersten Bilanz nach Einführung der NGO, Vorbereitungsstand der Lehrer, Entwicklung der Kursgrößen und Notendurchschnitte, Befürchtung einer Benachteiligung der Schüler bei der Vergabe von Studienplätzen, Beurteilung der von Verbänden und Gremien geforderten Veränderungen

Antr
s. Gymnasium
Drs 13/1759

Reformierte Oberstufe

Auswirkungen der erhöhten Anforderungen auf die Schüler der Klasse 12, Entwicklung der Notendurchschnitte, Rückmeldungen von Lehrkräften

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1781

Umgang mit Gleichgeschlechtlichkeit in den Schulen

Sensibilisierung der Lehrer und Schüler zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Entwicklung geeigneter Unterrichtsmaterialien und Verankerung in den Bildungsplänen; Frage nach physischer und psychischer Gewalt gegen Schüler aufgrund ihrer Homosexualität in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Homosexualität*
Drs 13/1997

Bildungsstandards in BW

Entwicklung von schulartübergreifenden Bildungsstandards, von Diagnosearbeiten und Kerncurricula; Einsetzung interdisziplinärer Kommissionen unter Einbeziehung der Lehrer und Elternvertreter; Einräumung weitgehender Selbstständigkeit und Freiräume der Schulen; Berücksichtigung von Leistungsaspekten sowie von sozialen, interkulturellen und emotionalen Kompetenzen bei der externen Evaluation der Schulen und Schüler; Initiierung einer öffentlichen Debatte unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse des von der LReg eingesetzten Bildungsrats

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/2009

Ausbildungsfähigkeit von Hauptschulabsolventen

Zahl der Schüler ohne Abschluss seit 1998, Förderprogramme von Unternehmen für Absolventen mit mangelnder Qualifikation, Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/2020

PISA 2003: Übung oder Manipulation im Vorfeld des Tests?

Auflistung der an o.g. Vergleichsstudie teilnehmenden Schulen und der Auswahlkriterien, Vorbereitung der Lehrkräfte und Schüler, Angebot von Lernmaterialien durch Schulbuchverlage, Beurteilung der in Bayern eingerichteten speziellen Lerngruppen

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/2048

Religionsunterricht

Zahl der evangelischen, katholischen u.a. Konfessionen angehörenden Schüler an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Anteil der Teilnahme am jeweiligen Religionsunterricht; Rechtsgrundlage der Unterrichtserteilung neben der evangelischen und katholischen Kirche

Antr
s. *Religion*
Drs 13/2057

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Ausmaß und Konsequenzen von Übergewicht bei Kindern, Programme und Maßnahmen von Land und Bund zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise in Kindergärten und Schulen; Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsver-

pflung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken, Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrer, Durchführung von Projekten und Wettbewerben

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2059

Lernen für Verantwortung und Toleranz

Vermittlung und Bewertung sozialer Kompetenzen mit Einführung der neuen Bildungsgänge; Bescheinigung des ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, im Jugendgemeinderat, der SMV usw in einem „Quali-Pass“; Stärkung des Fachs Gemeinschaftskunde; Unterstützung des Schüleraustauschs und von Praktika im Ausland sowie grenzüberschreitender Jugendparlamente in den Grenzregionen

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 23.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2099 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 32-35
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Neue Beteiligungsformen für Schülerinnen und Schüler

Erweiterung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte iRd Bildungsplanreform, Beteiligung bei der Erstellung des Schulprogramms sowie schulinterner Curricula, bei der Erarbeitung neuer Unterrichtsformen und Stundenpläne sowie deren Evaluation; Bewertung der Unterrichts- und Lehrqualität; Fortbildungsangebote für die Schülervertreter und SMV

Antr
s. *Mitwirkung im Schulwesen*
Drs 13/2147

Ges zur Änd des SchulGes

Schaffung von zweijährigen Bildungsgängen für Hauptschüler, deren Abschluss gefährdet ist, durch Verknüpfung von Klasse 9 mit dem Berufsvorbereitungsjahr; allgemeine Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 zur Fortführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule, Ermöglichung von Übergängen auf die beruflichen Gymnasien schon nach Klasse 9; Zusammenfassung der beiden Schultypen für Hörgeschädigte zu einem einheitlichen Schultyp; Erteilung von personenbezogenen Auskünften auch an Eltern volljähriger Schüler; Herabsetzung des Einschulungsalters durch Verschiebung der Stichtage in mehreren Jahresschritten

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Bildungsabschlüsse von Schülerinnen und Schülern italienischer Abstammung und italienischer Staatsangehörigkeit

Entwicklung der Zahlen von Absolventen mit Abitur, mittlerer Reife, Hauptschulabschluss und ohne Abschluss in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Steigerung der Zahl höherer Bildungsabschlüsse

KlAnfr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/2308

Individuelle Förderung anstelle von Klassenwiederholungen

Entwicklung der Zahlen von Nichtversetzungen nach Ursachen, Schularten, Fächern, Regionen und Geschlecht seit 1993; Höhe der Kosten für das Land und die Kommunen; individuelle Förderung leistungsschwächerer Schüler in Ganztagschulen nach

dem Vorbild der bei der PISA-Studie erfolgreich positionierten Länder; Verringerung der Quote von Klassenwiederholungen, Umleitung der dadurch eingesparten Mittel in ein System der individuellen Förderung

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2351

Umsetzung des neuen Waffenrechts an den Schulen

Information der Schüler über die neue Rechtslage; Zahl der von Polizei und Lehrern sichergestellten Messer, Elektroschocker, Wurfsterne u.ä.; weiterer Verbleib dieser Waffen; Beurteilung des (erfolgreichen) Angebots der Bremer Polizei zur anonymen und straffreien Waffenabgabe

KlAnfr
s. *Waffenrecht*
Drs 13/2433

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts als Konsequenz aus den elfjährigen Erfahrungen, Stärkung der Elternrechte und zieldifferente Integration durch eine entsprechende Änderung des SchulGes

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss aus der Hauptschule

Höhe und Konsequenzen o.g. Zahlen in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/2502

Erfahrungen mit dem Qualipass

Bewertung und Dokumentation des außerschulischen ehrenamtlichen Engagements von Schülern und Jugendlichen mit dem Qualipass, Erkenntnisse über eine förderliche Wirkung bei Bewerbungen um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, Beurteilung von weiteren unterstützenden Maßnahmen

Antr
s. *Qualipass*
Drs 13/2561

Schulmilch an Baden-Württembergs Schulen

Aktionen zum Verkauf von Milchprodukten an Schulen, Vergleich mit anderen BLändern, Interesse der Milchwirtschaft

KlAnfr
s. *Milch*
Drs 13/2591

Schule für Erziehungshilfe

Entwicklung der Zahl von Schülern und Sonderschullehrern an den o.g. Schulen, Anteil von Schülern aus dem psychiatrischen Bereich, Bedarf an sonderpädagogischer Förderung; Weitergabe der Verantwortung von den Jugendämtern, insbes nach Zusammenlegung von Schulverwaltung und Jugendhilfe im Zuge der

Verwaltungsreform; Umfang der Kooperation mit allgemeinen Schulen und dem Berufsvorbereitungsjahr, Begleitung der Absolventen während der Berufsausbildung; Stand der Verhandlungen über die Finanzierung von privaten Schulen für Erziehungshilfe

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/2621

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote an Ganztageeinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2647

Initiative KURS - Kooperationsnetze zwischen Unternehmen der Region und Schulen

Stärkung der Berufsorientierung und Wirtschaftskompetenz der Schüler, Erfahrungen und weitere Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Auflistung der beteiligten Schulen und Unternehmen sowie der Unterstützung vonseiten der Kammern und Wirtschaftsverbände

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2875

Geplante Änderung der Versetzungsordnung

Gründe, Ausgestaltung und Auswirkungen der o.g. Novellierung; betroffene Schüler, Schularten, Klassenstufen und Fächer; Reduzierung der Klassenarbeiten, Zulassung anderer Formen der Leistungsbeurteilung; Art und mögliche Vorbereitung einer Nachprüfung zur Vermeidung der Nichtversetzung; Abschaffung des Versetzungssystems zugunsten einer individuellen Förderung der Schüler

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2920

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Kontingentsstudenten und Chancengleichheit auf Bildung

Zustehende und zugewiesene Wochenstunden für Hauptschüler, Werkrealschüler, Realschüler und Gymnasiasten bzw für den Kernbereich, Wahlpflichtbereich, Erweiterungs- und Ergänzungsbereich; Beeinträchtigung der Stütz- und Fördermaßnahmen in den Klassen 5-7? Gleichbehandlung der Schüler aller

allgemein bildenden Schulen bei der Unterrichtsversorgung

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/3089

Chancengleichheit bei der Nutzung von Informationstechnologie in den Schulen

Ausstattung der Schulen und Klassen mit PC und Internetzugang, außerschulische Möglichkeiten der Schüler, insbes auch zur Bewältigung bestimmter Hausaufgaben; Einräumung von Nutzungsmöglichkeiten durch die Schulen auch außerhalb des Unterrichts, Anrechnung der Lehreraufsicht auf deren Unterrichtsverpflichtung

Antr

s. *Informations- und Kommunikationstechnik*

Drs 13/3148

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien? Berücksichtigung aller Anmeldungen für berufliche Vollzeitschulen, bedarfsorientierte Einrichtung zusätzlicher Klassen für das Berufskolleg II, Ausbau der beruflichen Gymnasien

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/3205

Musikmentorenausbildung

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Musikmentoren an den verschiedenen Schularten; Anteil der Bereiche Chor, Orchester, Big Band oder Individualmusik; Nutzung der erworbenen Qualifikationen auch von Jugendmusikschulen, Kirchen, Vereinen und sonstigen Gruppen; Frage nach Einsatzmöglichkeiten iRd offenen Ganztagschule

KlAnfr

s. *Musik*

Drs 13/3250

Vermittlung von Lesekompetenz - Rolle der Bibliotheken

Bedeutung und Form der Vermittlung von Lesekompetenz in den neuen Bildungsplänen und in der Lehrerbildung unter Einbeziehung des Umgangs mit Bibliotheken, Förderung von Recherchekompetenz der angehenden Lehrer und Schüler in gedruckten und elektronischen Medien, Ausstattung und Nutzung von Bibliotheken an den Grund- und Hauptschulen, Unterstützung der Kooperationen von Schulen und öffentlichen Bibliotheken

Antr

s. *Lesen*

Drs 13/3298

Änderung des Notenschlüssels wegen zu schwerer Mathematikprüfung am Berufskolleg im Jahr 2004 zum Erwerb der Fachhochschulreife

Mangelnde Verständlichkeit und unerwartete Aufgabenstellungen bei der o.g. Prüfung als Gründe für das Absacken der Noten im Vergleich zu den Jahresleistungen; entsprechende Anpassung des Notenschlüssels oder Gewährung eines Punktezuschlags als Ausgleich für den unverhältnismäßig hohen Schwierigkeitsgrad

Antr

s. *Note (Bewertung)*

Drs 13/3319

Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP)

Vorhandene und beantragte Projekte der gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Ergebnisse früherer und aktueller Schulversuche; Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden, Verankerung eines Anspruchs auf ISEP und zieldifferenten Unterricht an den Regelschulen im SchulGes, entsprechende Schwerpunktsetzung in der Lehrerbildung

Antr

s. *Integrative Beschulung*

Drs 13/3343

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern für das Weißenhof-Tennisturnier in Stuttgart

Einsatz von Schülern für Hilfsdienste beim o.g. Turnier u.a. Großveranstaltungen; Zahl und Auswahlkriterien der eingesetzten Schüler, Art und Vergütung der Hilfsdienste, Begründung der Freistellungen, Nachholung des versäumten Unterrichts

KlAnfr Norbert Zeller SPD 27.07.2004 und Antw KM Drs 13/3432

Gewalt an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung o.g. Fallzahlen seit 1994, Erkenntnisse über Täter und Opfer, Anteil von und Umgang mit Wiederholungstätern, Unterstützung von Eltern bei Erziehungsproblemen, Einbindung in präventive Maßnahmen, Verankerung der Thematik in der Lehrerbildung; Zusammenfassung aller Projekte zur Gewaltprävention zu einer Handreichung für die Schulen

Antr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/3464

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/3552

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangsquoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr

s. *Gesamtschule*

Drs 13/3633

Versetzung auf Probe

Zahl und ursächliche Fächer der Versetzungen auf Probe im letzten Schuljahr differenziert nach Schularten, Klassenstufen und Schulamtsbezirken; Art und Effizienz der Unterstützung der betroffenen Schüler zur Vorbereitung auf ihre Nachprüfung, Anteil

der bestandenen Nachprüfungen; Organisation einer individuellen Förderung während und nach den Sommerferien

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/3634

Mentorinnen- und Mentorenprogramm in der Schule

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Mentoren an den verschiedenen Schularten in den letzten fünf Jahren; Art der Finanzierung und Inhalte der Ausbildung; Einbeziehung von Verbänden u.a. Einrichtungen; Einsatzmöglichkeiten iRd offenen Ganztagschule; Vorbereitung der Lehrer auf Mentoren in ihrer Ausbildung

Antr
s. *Mentor*
Drs 13/3872

Präventionsarbeit gegen Rechts an baden-württembergischen Schulen

Pädagogische Konzepte zur Vorbereitung der Lehrkräfte auf rechte und rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unter den Schülern, Art und Akzeptanz von Fortbildungsangeboten, Projekte an den einzelnen Schulen und Schularten, Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen, Gedenkstätten u.a.; Frage nach einer flächendeckenden Umsetzung des bisher modellhaft durchgeführten Civic-Modells zur Förderung der Demokratiefähigkeit von Schülern

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/3882

Stärkung der Fremdsprachen in der gymnasialen Oberstufe?

Auswirkungen der Oberstufenreform auf das Wahlverhalten der Schüler, Entwicklung der Zahl von Schülern mit einer oder mehreren Fremdsprachen seit 2000, Feststellung eines Rückgangs der Kurszahlen im Fach Latein bzw einer Stärkung der Fremdsprachenkompetenz? Frage nach einer Korrektur der generell vierstündigen Kurse

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/3905

Schülerinformation zur Gentechnik durch das BioLab BW

Zahl, Qualifikation und Finanzierung der Mitarbeiter des o.g. Informationsprojekts an den Schulen; Gewährleistung einer ausgewogenen Information über Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/3916

Nachhilfe für Schüler durch Scientology

Beurteilung der Aktivitäten von Scientology und Untergruppierungen im Bildungsbereich, Verbindungen zum neuen Stuttgarter Lerncenter, Warnung der Öffentlichkeit sowie der Schulen und Eltern

KlAnfr
s. *Sekte*
Drs 13/3919

Rauchfreie Schulen

Entwicklung des Rauchens von Kindern und Jugendlichen in den letzten zehn Jahren; Bewertung der bisherigen Maßnahmen sowie des Vorgehens anderer BLänder; Erlass eines gene-

rellen Rauchverbots für Schüler und Lehrer sowie Ausbau der Aufklärungs- und Vorbeugungsmaßnahmen

Antr
s. *Rauchen*
Drs 13/3926

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonderschularten und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Einzelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlasses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3964

Sicherheit im Straßenverkehr / Beleuchtung an Fahrrädern

Anteil der ohne Beleuchtung fahrenden Radfahrer; Forcierung der entsprechenden Kontrollen durch die Polizei bzw den Gemeindevollzugsdienst sowie der Verkehrserziehung an den Schulen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/4021

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4089

Generelles Rauchverbot an Schulen in BW

Gesundheitsgefahren durch das Rauchen für Kinder und Jugendliche, präventive Maßnahmen der LReg im Vergleich zu anderen BLändern und europäischen Ländern; Entwicklung der Zahlen von rauchenden Kindern, der Gründe und des Einstiegsalters seit 1995; Vorlage eines GesEntw zu einem generellen Rauchverbot an Schulen

Antr
s. *Rauchen*
Drs 13/4093

Projekt „Sprungbrett“

Standorte, Träger, Finanzierung und Erfolg des o.g. Projekts zur Förderung der Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; finanzielle Perspektiven nach Ausschöpfung der Fördermittel

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/4095

Schul- und Lebenssituation schwer integrierbarer Jugendlicher
Modelle von Jugendhilfeeinrichtungen zur stützenden Begleitung o.g. Jugendlicher in einer Pflege- bzw Gastfamilie, Frage nach integrierten Schulen für Erziehungshilfe an Regelschulen und deren Ausstattung mit entsprechenden Lehrkräften und Deputaten, Ausgestaltung der Praxis zur Überprüfung der Aufhebung einer E-Schulbedürftigkeit

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4113

Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsreife von Schülern an Hauptschulen in der 8. und 9. Klasse

Erschöpfung der Mittel des o.g. Programms bereits nach einem Jahr, Bewertung des Erfolgs bzw der Möglichkeiten zur Weiterführung der Projekte

KlAnfr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/4186

Kooperationsklassen Hauptschule-BVJ

Bewertung der o.g. Förderung von schwächeren Schülern ab Klasse 5 der Hauptschule, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2000, Einbeziehung von außerschulischen Partnern, Frage nach Aussagen über den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang der Schüler; Einrichtung weiterer Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4188

Schuluniform in BW

Einführung einer verpflichtenden Kleiderordnung bzw einer Schuluniform für die Schüler?

MdlAnfr
s. *Schuluniform*
Drs 13/4204

Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“

Einräumung eines Elternwahlrechts über die weiterführende Schule, entsprechende Stärkung der Diagnose- und Beratungskompetenz der Grundschullehrkräfte, Entwicklung motivierender Formen der Leistungsbewertung unter Verzicht auf die Notengebung, Einsatz der frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten, Ausbau der horizontalen Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen, Ermöglichung der Weiterentwicklung von Schulen zu neunjährigen Basisschulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/4300

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Sonderregelung für Klassenpflegschaften an Entwicklungen der dualen Ausbildung sowie der Regelung zum Ruhen der Berufsschulpflicht bei dem Besuch von bestimmten Ergänzungsschulen, Überarbeitung der Rechtsgrundlage für die Schulstatistik, Ermöglichung der Nutzung der Schülerindividualdatei zur Aufgabenerfüllung der Schulen, Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf das Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw

s. *Schulgesetz*
Drs 13/4431

Pforzheimer Hauptschulprojekt FIT - fördern - integrieren - trainieren; Zukunft der sozialpräventiven Maßnahme zur Sicherung des Hauptschulabschlusses

Auswirkungen des Projekts auf die Motivation, Stabilisierung und den Lernerfolg der Schüler; Möglichkeiten für eine Fortsetzung auch nach dem Auslaufen der ESF-Mittel - evtl über Mittel der Landesstiftung oder aus dem Lehrbeauftragtenprogramm

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/4497

Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung (Krankenhaustschulen)

Differenzierung der o.g. Schüler und Schulen nach den verschiedenen Unterrichtsformen und Bildungsgängen bzw der Höhe der jeweiligen Sachkostenzuschüsse, Umsetzung der Vorgaben der einzelnen Bildungspläne, Art der Verwendung der gewährten Zuschüsse durch die Schulträger

KlAnfr
s. *Sonderunterricht*
Drs 13/4525

Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gymnasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4552

Sommercamps zum Deutschlernen - Grammatik pauken und Theater spielen - Verbesserung der Sprachkompetenz von sozial und kulturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern

Beurteilung des Bremer Modells zur intensiven Sprachförderung von Grundschulern während der Sommerferien; Einrichtung der Camps für Grund- und Hauptschüler mit Migrationshintergrund, Ausgestaltung als wissenschaftliche Forschungsprojekte, Finanzierung über die Landesstiftung

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/4582

Ausbau der schulischen Hochbegabtenförderung in BW

Stellenwert der Hochbegabtenförderung nach der Gründung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd, Kriterien und Schwerpunkte für den Ausbau der dezentralen Förderung, wissenschaftliche Begleitung und Evaluation dieser Maßnahmen, Ausrichtung der Lehreraus- und -fortbildung auf die spezifischen Anforderungen eines Unterrichts für hochbegabte Schüler

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/4627

Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsvorbereitungsjahr
Darlegung des o.g. Angebots an den Standorten beruflicher Schulen, Zahl der Schüler je Klasse, Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine duale Berufsausbildung in den letzten drei Schuljahren, Gewährleistung eines Betriebstages sowie der Teilnahme des von freien Trägern angebotenen BVJ an den Kooperationsklassen

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4656

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/4781

Erhöhung der Anforderungen an Gymnasiasten

Aufstockung der schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen im Schuljahr 2002/2003 um je eine Prüfung; Begründung der drei großen zentral gestellten Arbeiten innerhalb einer Woche für Schüler der Klassenstufe 6 bzw des wesentlich längeren Zeitrahmens für Schüler der Klassenstufe 10

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 13/4920

Förderung des Landes für behinderte Kinder in der Grundschule
Rechtslage bzw finanzielle Zuständigkeit für die o.g. integrative Beschulung von Grundschulern

KlAnfr
s. *Behindertes Kind*
Drs 13/4962

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern -Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4970

Aussagekraft von Noten an Haupt- und Werkrealschulen

Bevorzugung von Aufnahmeprüfungen anstelle der Noten für den Schülerwechsel auf ein berufliches Gymnasium, Begründung der Zweifel an der Notengebung der Lehrer, Beurteilung der Zukunftsfähigkeit dieses Beurteilungssystems; Zahl und Er-

folg des Wechsels von Schülern aus Werkrealschulen auf berufliche Gymnasien in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4994

Tierschutz im Unterricht

Verankerung des Tierschutzes in den neuen Bildungsplänen, Fortbildung der Lehrer und Multiplikatoren, Kooperationen mit den anerkannten Tierschutzverbänden zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter für Tierschutzprojekte iR von Ganztagsangeboten und -schulen, Ausweitung der Angebote an Schulbauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung, Öffnung und jährliche Auslobung des Tierschutzpreises für Schüler aller Jahrgangsstufen, flächendeckende Zusammenarbeit mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/5042

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Ermöglichung der Weiterentwicklung selbstständiger Schulen zu Basisschulen bis zum Ende der Sekundarstufe I, Verankerung der gemeinsamen Basisschule (Regionale Schule) als Regelschule, Ermöglichung unterschiedlicher mittlerer Abschlüsse an allen bestehenden Schularten am Ende der Sekundarstufe I, Orientierung des Schulwesens am gemeinsamen Lernen aller Schüler mit individueller und differenzierter Förderung

GesEntw
s. *Schule*
Drs 13/5083

Bildungs- und Wissensstand der Schüler nach der PISA-Studie, Unterforderung der Schüler bei einer zu späten Einschulung
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-749

Feststellung einer mangelnden Fitness und Übergewichtigkeit von Schulkindern, Aussagen einer Studie der Universität Karlsruhe, Bedeutung des Schulsports

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1474-1484

Leistungsfähigkeit der Schüler in BW nach der PISA-Studie, Notwendigkeit des Förderns und Forderns, Vermittlung und Einübung von sozialer Kompetenz, bedarfsgerechte Förderung von schwächeren und hoch begabten Kindern

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735-1758 1761-1764 1766-1770 1788 1789

Leistungsniveau deutscher Schüler in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern im internationalen Vergleich nach der PISA-Studie, Unterstützung von Mädchen bei der Wahl dieser Fächer, Erfolg der Mädchenklassen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1861

Individuelle Förderung der Schüler an Schulen in freier Trägerschaft, Ausschluss einer sozialen Sonderung beim Zugang, Ergebnisse und Konsequenzen der Kommission zur Ermittlung der Kosten eines Schülers an staatlichen Schulen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2091-2097

Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen bei Fehlverhalten von Schülern, Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren, Ausweitung der Zuständigkeit des Schulleiters; Relation von Schülern und PC

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2178-2184 2189-2192

Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen bei Fehlverhalten von Schülern, Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren, Ausweitung der Zuständigkeit des Schulleiters

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249-2255

Würdigung der Demonstrationen von Schülern gegen den Krieg im Irak, Verzicht auf Sanktionen wegen unentschuldigtem Fehlen in der Schule

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2695 2699

Leistungsfähigkeit der Schüler in BW nach den internationalen Vergleichsstudien, Abbau sozialer Disparitäten im Zugang zur Bildung, Feststellung einer geringen Gewaltbereitschaft unter den Schülern, Vermittlung von persönlichkeitsstärkender Bildung, Würdigung des Engagements von Schülermentoren

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2807-2841 2848 2849

Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3859-3862 3864 3865 3868 3870 3871

Abschneiden der Schüler bei der PISA-Studie und der IGLU-Studie, Eintreten für eine längere Grundschulzeit

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4261-4263 4265-4269 4275-4277

Schutz der Schüler vor einem Missbrauch der Neutralitätspflicht der Lehrer, Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4387-4390 4392-4397 4399-4403 4406-4408

Erkennung und Förderung von hoch begabten Schülern bereits in der Grundschule, weitere Förderung in Spezialschulen bzw in allen Schularten durch differenzierten Unterricht

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4475-4481

Schutz der Schüler vor einem Missbrauch der Neutralitätspflicht der Lehrer, Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700-4724

Schülerzulauf der Privatschulen; Beibehaltung der Rechtsschreibreform im Interesse der betroffenen Schüler

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5358 5362 5364 5365 5408-5412

Förderung der hoch und weniger begabten Schüler, Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger, Vergleich des Bildungsniveaus der Schüler in Niedersachsen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5864 5870 5871 5878 5887 5891 5892 5896 5917 5936 5937

Abschneiden der Schüler bei der PISA-Studie, Verbesserung der Lernbedingungen bzw der Berufsreife der Schulabgänger, Bedeutung der individuellen Förderung, Forderung einer Umstellung auf eine neunjährige gemeinsame Schule für alle Kinder

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5988-5998 6001-6009

Kritik der Arbeitgeber an der Ausbildungsreife von Schulabgängern, Zahl und Ausbildungsanschlüsse der Schüler an den beruflichen Vollzeitschulen; verbesserte Förderung aller Kinder mit dem Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6288-6308

Abschneiden der Schüler bei der PISA- und IGLU-Studie; Einrichtung und Abbau der zusätzlichen Lehrerstellen mit der Zunahme bzw Abnahme der Schülerzahlen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6413 6414 6431

Stärkere Unterstützung der schwachen Schüler, Ausstattung der Schüler mit Laptops, Wertevermittlung und Chancengleichheit der Schüler, Verbesserung der Ausbildungsreife, Einsparung von Lehrerstellen mit dem Rückgang der Schülerzahlen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6466 6476 6495 6496 6499 6504 6505

Abschneiden der Schüler bei der PISA-E-Studie 2003, Förderung der hoch und weniger begabten Schüler, Beklagung der mangelnden Berufsreife vieler Schulabgänger

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955-6968

Geschlechterbezogene Entwicklung der Schulleistungen in den letzten zehn Jahren, Feststellung einer stetigen Verschlechterung bei den Jungen in Korrelation zur (exorbitant) höheren Medienutzung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056-7061

Verbesserung der Lernbedingungen für alle Schüler mit einem flächendeckenden Angebot an Ganztagschulen, Reduzierung der Zahl von Schülern ohne Abschluss; Schüleraustausch zwischen deutschen und französischen Schulen; Maßnahmen zur Verbesserung des Schulsports

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7119-7132 7174-7181

Stimulanz der Neugier und Lernbereitschaft der Schüler, Abschneiden der Schüler beim jüngsten PISA-Ländervergleich, Feststellung eines Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, Einbindung von älteren Schülern in die Ganztagsbetreuung an Schulen, individuelle Förderung jedes Schülers

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200-7215 7219 7223 7229-7253

Belastung der (jüngeren) Schüler am G 8 mit der Fülle von Unterricht, Hausaufgaben und Vorbereitung auf Klassenarbeiten; Feststellung der Überforderung von schwächeren und starken Schülern

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369-7381

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg in BW nach Aussagen internationaler Studien, Abschneiden der Schüler bei der PISA-Studie, Plädoyer für längere gemeinsame Lernzeiten mit individueller Förderung jedes Schülers, Entwicklung der Schülerzahlen an den Privatschulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933-7954 7967-7975 7994-8000

Schüleraustausch

s. Jugendaustausch

Schülerbeförderung

s. Ausbildungsverkehr

Schülerforschungszentrum*s. Bildungsforschung***Schüler-Lehrer-Relation***s. Schulklasse***Schülerleistungsforschung***s. Bildungsforschung***Schülermentor***s. Mentor***Schülermitverwaltung***s. Mitwirkung im Schulwesen***Schülerunfallversicherung***s. Unfallversicherung***Schülerverkehr***s. Ausbildungsverkehr***Schülerversicherung***s. Unfallversicherung***Schülervertretung***s. Mitwirkung im Schulwesen***Schülerwettbewerb***s.a. Jugend trainiert für Olympia**Begrüßung von Schülerinnen und Schülern, die beim 45. Schülerwettbewerb des Ltg einen ersten Preis gewonnen haben*

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3361

Fahrtkosten für Schulschach-Mannschaftsmeisterschaften

Auflistung der teilnehmenden Mannschaften in den letzten Jahren; (teilweise) Erstattung der Fahrt- und Reisekosten nach dem bei anderen Schulvergleichswettbewerben üblichen Schlüssel

KlAnfr

s. Schach

Drs 13/4722

Begrüßung der Preisträger des 43. Schülerwettbewerbs des Ltg

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 282

Schülerzahl*s. Schulklasse***Schuhmacher, Franz MdL CDU***Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Franz Schuhmacher durch den Präsidenten iRd Schlussansprache*

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8015

Schulabschluss*s.a. Abitur**s.a. Fachhochschulreife**s.a. Schulzeugnis**s.a. Werkrealschule**Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler*

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/125

Integration von Migranten in BW

Maßnahmen zur Erlangung von Schulabschlüssen und Ausbau der kooperativen Berufsschule, flächendeckender Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Übergangsquoten von Schülern mit/ohne Schulabschluss in Werkrealschulen, Berufsfachschulen, ins Berufsvorbereitungsjahr und eine Berufsausbildung; Darstellung der Wege von Aussiedlerkindern sowie der Kooperation mit Unternehmen

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/590

Umsetzung der allgemeinen Schulpflicht

Zahl und Gründe von Befreiungen vom Schulbesuch in den letzten fünf Jahren, Anteil der Zugehörigkeit zu religiösen Gruppierungen und Glaubensgemeinschaften, Umfang und Art der Bescheidung von Anträgen auf Einrichtung einer Privatschule, formale und personelle Struktur dieser Schulen, Art der angebotenen Abschlüsse, Auswirkungen von jüngsten Gerichtsurteilen auf die künftige Befreiungspraxis

Antr

s. Schulpflicht

Drs 13/1102

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb

Angebot und Einzugsbereiche des zehnten Schuljahres bzw Werkrealschulabschlusses; Entwicklung der Absolventenzahlen differenziert nach Geschlecht sowie der Übergänge in die zweijährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung

GrAnfr

s. Hauptschule

Drs 13/1139

Ausbildungsplätze in BW

Darlegung der jeweiligen Lehrstellenbilanz seit 1997, Stimulanz der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft; Reduzierung

der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Aufstockung der Zahl von Ausbildungsstellen im Landesbereich einschließlich der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, Mittelbereitstellung für die überbetriebliche Ausbildung

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/1260

Pläne der LReg zur Weiterentwicklung des Berufskollegs

Entwicklung der Zahl von Klassen, Schülern und Absolventen in den Berufskollegs seit 1998; Erweiterung der Klassen an den technischen zulasten der kaufmännischen Berufskollegs; bundesweite Anerkennung des Fachhochschulreifeabschlusses durch Einführung eines 6-monatigen Betriebspraktikums? Abwanderung von Schülern in die beruflichen Gymnasien infolge der Praktikumshürde? Steigerung der Absolventenzahlen mit Fachhochschulreife über die Berufskollegs, Verankerung des Zusatzunterrichts im Stundenplan der Regelform

Antr
s. *Berufskolleg*
Drs 13/1714

Ausbildungsfähigkeit von Hauptschulabsolventen

Zahl der Schüler ohne Abschluss seit 1998, Förderprogramme von Unternehmen für Absolventen mit mangelnder Qualifikation, Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/2020

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Ges zur Änd des SchulGes

Schaffung von zweijährigen Bildungsgängen für Hauptschüler, deren Abschluss gefährdet ist, durch Verknüpfung von Klasse 9 mit dem Berufsvorbereitungsjahr; Verstärkung der Kooperation von Hauptschule und Berufsschule

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Bildungsabschlüsse von Schülerinnen und Schülern italienischer Abstammung und italienischer Staatsangehörigkeit

Entwicklung der Zahlen von Absolventen mit Abitur, mittlerer Reife, Hauptschulabschluss und ohne Abschluss in den letzten fünf Jahren; Maßnahmen zur Steigerung der Zahl höherer Bildungsabschlüsse

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 28.07.2003 und Antw KM
Drs 13/2308

Überführung der weiterführenden Schulen in ein zweigliedriges Schulsystem

Schaffung wohnortnaher Gemeinschaftsschulen für den Hauptschulabschluss und die mittlere Reife sowie Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe I und II ab Klasse 7, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2320

Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss aus der Hauptschule

Höhe und Konsequenzen o.g. Zahlen in BW u.a. BLändern

Antr Georg Wacker u.a. CDU 15.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2502
BeschlEmpf und Bericht SchuIA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 32 33
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/2968

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsquoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr
s. *Weiterführende Schule*
Drs 13/3552

Umsetzung des Ausbildungspakts der LReg mit der Wirtschaft im Wahlkreis Kirchheim

Zahl der Abgänger von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien mit und ohne Abschluss in den letzten beiden Schuljahren; Umfang der vorhandenen und notwendigen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Zahl von Schülern und Lehrern bzw Unterrichtssituation an den beruflichen Vollzeitschulen

KlAnfr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3592

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangsquoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr
s. *Gesamtschule*
Drs 13/3633

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufsschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen Altersjahrgangsgröße

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3908

Bildungswege baden-württembergischer Schülerinnen und Schüler in Zahlen

Entwicklung der Zahlen, Abschlüsse und Bildungswege der Absolventen der Förderschule, Hauptschule, Werkreal- und Realschule, der einjährigen Berufsfachschule und des BVJ; Entwicklung der Zahl von Schulstandorten und Schülern des Modells der zweijährigen kooperativen Berufsfachschule; Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine Berufsausbildung im dualen System; Entwicklung der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 1999, der Abbrecherquote und kurzfristigen Wiedereinsteiger in einen neuen Ausbildungsvertrag

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/4089

Schulische Bildung im Strafvollzug nach der Kürzung der Mittel für Träger des Zweiten Bildungswegs

Auswirkungen des Wegfalls von Realschulkursen auf die darauf aufbauenden Berufsausbildungsmöglichkeiten, betroffene Anstalten und Kurse; Erhaltung der Bildungsangebote und Wege zum Erreichen von Bildungsabschlüssen im Strafvollzug

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 22.03.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4173

Pforzheimer Hauptschulprojekt FIT - fördern - integrieren - trainieren; Zukunft der sozialpräventiven Maßnahme zur Sicherung des Hauptschulabschlusses

Auswirkungen des Projekts auf die Motivation, Stabilisierung und den Lernerfolg der Schüler; Möglichkeiten für eine Fortsetzung auch nach dem Auslaufen der ESF-Mittel - evtl über Mittel der Landesstiftung oder aus dem Lehrbeauftragtenprogramm

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 13.07.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4497
BeschlEmpf und Bericht SchulA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 29-31
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsvorbereitungsjahr

Darlegung des o.g. Angebots an den Standorten beruflicher Schulen, Zahl der Schüler je Klasse, Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine duale Berufsausbildung in den letzten drei Schuljahren, Gewährleistung eines Betriebstages sowie der Teilnahme des von freien Trägern angebotenen BVJ an den Kooperationsklassen

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4656

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Ermöglichung der Weiterentwicklung selbstständiger Schulen zu Basisschulen bis zum Ende der Sekundarstufe I, Verankerung der gemeinsamen Basisschule (Regionale Schule) als Regelschule, Ermöglichung unterschiedlicher mittlerer Abschlüsse an allen bestehenden Schularten am Ende der Sekundarstufe I, Orientierung des Schulwesens am gemeinsamen Lernen aller Schüler mit individueller und differenzierter Förderung

GesEntw
s. *Schule*
Drs 13/5083

Ausbildungsprobleme von Hauptschulabsolventen, Ermöglichung eines Anschlusses auf jeden Schulabschluss

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 737 738 741

Verbesserung der Ausbildungsreife der Schulabgänger als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1709-1713 1718

Zahl und Qualität von Schulabschlüssen im Strafvollzug

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2141 2145 2148

Problematik der mangelnden Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; Ermöglichung höherer Schulabschlüsse mit der Durchlässigkeit zwischen den Schulformen; Qualitätssicherung über zentrale Abschlussprüfungen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809-2811 2822 2831 2833 2835 2838 2848-2850

Zahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2992

Problematik der mangelnden Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen; Verbesserung des Schulabschlussniveaus

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3859-3862 3864 3865 3868 3870 3871

Zahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss in BW u.a. BLändern, Erwerb des Hauptschulabschlusses im BVJ

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5050

Problematik der mangelnden Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen bzw der Zahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5989 5997 6001 6004

Ermöglichung des Hauptschulabschlusses und der mittleren Reife an Verbundschulen, Verweisung auf die geringste Zahl von Hauptschulabsolventen ohne Abschluss im bundesweiten Vergleich

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6841 6843 6845 6846 6848 6864 6865 6868

Problematik der mangelnden Ausbildungsreife von Hauptschulabsolventen, Verweisung auf die niedrige Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss in BW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6957 6960 6964

Anteil von Migrantenkindern ohne Schulabschluss, Verweisung auf die geringste Zahl von Hauptschulabsolventen ohne Abschluss im bundesweiten Vergleich, Verbesserung des Bildungserfolgs mit einer individuellen Förderung der Schüler und längeren gemeinsamen Lernzeit

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7210 7212 7217 7219 7230 7232 7240-7244

Verweisung auf die geringste Zahl von Hauptschulabsolventen ohne Abschluss im bundesweiten Vergleich bzw auf den hohen Anteil von Jugendlichen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II, Ermöglichung unterschiedlicher Abschlüsse an integrierten Basisschulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935 7940 7943 7946 7949 7972 7997 7999

Schulamts

s. Schulbehörde

Schulanfänger

s.a. Schüler

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Altersgemäße Einschulung der Kinder von jüdischen Kontingentflüchtlingen auch in Fällen mangelnder Deutschkenntnis

GrAnfr
s. Juden
Drs 13/98

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Beeinflussung der Zurückstellung und vorzeitigen Einschulung durch den Schulanfang auf neuen Wegen; Akzeptanz der Betreuung iRd verlässlichen Grundschule; Anteil von Aufnahmeprüfungen und Beratungen beim Übergang auf eine weiterführende Schule

GrAnfr
s. Ausländisches Kind
Drs 13/124

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Aufnahme des Reformprojekts Schulanfang auf Neuen Wegen, insbes der altersgemischten Jahrgangsstufe, in pädagogische Konzepte der vollen Halbtagsgrundschule; Absenkung des Klassenteilers

Antr
s. Grundschule
Drs 13/636

Schulanfang auf neuen Wegen; Weiterführung des Reformprojekts nach der Erprobungsphase

Ergebnisse und Konsequenzen der erprobten drei Modelle, Akzeptanz bei den Eltern, Umfang der eingesetzten Deputate, Empfehlungen der Projektgremien, Öffnung der jahrgangsübergreifenden Klassen für alle interessierten Grundschulen, Ersetzung des Halbjahresberichts in der zweiten Klasse durch ein Elterngespräch, Konsequenzen in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 11.04.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/919
BeschlEmpf und Bericht SchulA 05.06.2002/25.09.2002 Drs 13/1401 S. 26-28
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Früherkennung und Frühförderung zur Verbesserung der Sprachkompetenz

Diagnostische und methodische Kompetenz von Erzieherinnen und Lehrern zur Feststellung von Lese- und Schreibschwierigkeiten, Beratung der Eltern iRd Schulanfangs auf neuen Wegen, Vermittlung entsprechender Fähigkeiten an den PH, Konsequenzen der PISA-Studie im vorschulischen Bereich, bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Antr
s. Lernbehinderung
Drs 13/927

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr
s. Ausländisches Kind
Drs 13/1035

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung für fünfjährige Kinder

Vorlage einer Konzeption und eines entsprechenden GesEntw für die o.g. Maßnahmen: Verpflichtung des Kindes zur Teilnahme an einer individuellen Förderung bei diagnostisch festgestelltem Förderbedarf, Vermittlung von Sprachkompetenz bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrern

Antr
s. Deutsche Sprache
Drs 13/1220

Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule

Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in der Grundschule

Antr
s. Deutsche Sprache
Drs 13/1665

Ges zur Änd des SchulGes

Ermöglichung einer zweiten Fremdsprache im Gymnasium ab Klasse 5 zur Fortführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule; Herabsetzung des Einschulungsalters durch Verschiebung der Stichtage in mehreren Jahresschritten

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Erfolgreiche Grundschulbildung weiterentwickeln

Effekte der neuen Bildungspläne, des Fremdsprachenunterrichts, des Reformprojekts „Schulanfang auf neuen Wegen“, des Konzepts der verlässlichen Grundschule, der Kooperation mit Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2167

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Schulanfang auf neuen Wegen - jahrgangsübergreifende Eingangsstufe, pädagogische Rahmenbedingungen und Weiterführung des Projekts in der dritten und vierten Klasse

Zahl und Klassengrößen der o.g. Grundschulen, Erkenntnisse über die Entwicklung des sozialen und selbstständigen Lernens der Kinder sowie ihre Leistungsentwicklung in den Kompetenzen Lesen und Mathematik, Leistungsbewertung durch die Lehrkräfte und Eltern; Ermöglichung des Klassenteilers für kombinierte Klassen auch für die jahrgangsübergreifenden Klassen, Förderung der Weiterführung in Klasse drei und vier, Forcierung der Ausweitung jahrgangsübergreifender Klassen durch die Bereitstellung von Team- und Differenzierungsstunden

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 12.04.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4236
BeschlEmpf und Bericht SchulA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 21 22
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Ausbau der frühkindlichen Bildung, Verankerung der Sprachförderung als Kernaufgabe des Kindergartens, Start einer Weiterbildungsoffensive für Erzieherinnen, enge Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, landesweite Ausweitung des Modellversuchs „Schulanfang auf neuen Wegen“

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4299

Schuleingangsuntersuchung

Beibehaltung der Schuleingangsuntersuchung für Schulanfänger

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 03.05.2005 und Stellung-

nahme SM Drs 13/4301

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.06.2005 Drs 13/4745 S. 61-63

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Schuleingangsuntersuchungen

Gründe und Folgen des Verzichts auf die o.g. Pflichtuntersuchungen; Erreichbarkeit der Schüler, insbes aus sozial schwachen und Migrantenfamilien, und der schulrelevanten Informationen über Gesundheits-, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen mit evtl alternativen Untersuchungen; Vereinbarkeit mit dem neuen Schwerpunkt der frühkindlichen Sprachförderung und dem Konzept des „Schulreifen Kindes“; Frage nach der Grundlage für eine künftige prospektive regionale Gesundheitsplanung; Erwägung eines Untersuchungsangebots bereits im Kindergarten und einer entsprechenden Qualifizierung der Erzieherinnen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 09.05.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4313

BeschlEmpf und Bericht SozA 16.06.2005 Drs 13/4745 S. 61-63

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Umsetzung des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in BW

Umsetzungsstand und weitere Schritte, Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes, Kriterien für die Auswahl der Modellrichtungen unter Einbeziehung der Kindergartenträger, Fortbildung der Erzieherinnen, Abstimmung mit der beschlossenen Ausweitung der Sprachförderung, den Fördermaßnahmen der Landesstiftung und dem Projekt „Schulreifes Kind“

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/4322

Schuleingangstest

Qualitätsbeurteilung der o.g. Untersuchungen, Gewährleistung des aktuellen Standards der Entwicklungs-, Schul- und Neuropsychologie sowie der bei den erfolgreichen „PISA-Ländern“ Finnland und Kanada angewandten Testformen

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 11.05.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4335

BeschlEmpf und Bericht SchulA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 27 28

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Beibehaltung der Schuleingangsuntersuchung für Schulanfänger

Antr SPD 31.05.2005 Drs 13/4361

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6554-6566

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/5052 S. 33-39

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Konzept „Schulreifes Kind“

Rechtsgrundlage, Zeitrahmen, Personalbedarf, Kosten und Finanzierung des o.g. achtstündigen pädagogischen Angebots im Kindergarten; Beteiligung der Kindergartenträger an der Erarbeitung und Umsetzung des Konzepts; Abstimmung mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“; Einbettung in ein Gesamtkonzept für frühkindliche Bildung

Antr SPD 01.06.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4362

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung; Verbesserung der Verknüpfung von Kindergarten und Grundschule, Einführung der sechsjährigen Grundschule, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Aktuelle bildungspolitische Schwerpunkte

Bisherige und weitere Maßnahmen bzw Konzepte zur Stärkung der frühkindlichen Bildung und Erreichung der Schulreife im Kindergarten

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4382

Bildungsort Kindergarten

Bedeutung der frühkindlichen Elementarbildung für die Sprachentwicklung und Schulfähigkeit und damit für herkunftsunabhängige Bildungschancen; Erfahrungen anderer BLänder mit dem Bildungsplan, Gründe für die Einführung des Orientierungsplans für Bildung und Erziehung erst ab 2009, Kriterien für die Auswahl der Modelleinrichtungen; Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, der bestehenden und geplanten Sprachfördermaßnahmen bzw der Verzahnung von Kindergarten und Grundschule; finanzielle Beteiligung an der notwendigen Qualifizierung der Fachkräfte; Erarbeitung und Umsetzung eines Gesamtkonzepts mit den Kommunen und Kindergartenträgern

GrAnfr
s. *Bildung*
Drs 13/4788

Würdigung der Flexibilisierung des Einschulungsalters in BW, Feststellung einer Halbierung der Rückstellungsquote

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 735 738 740 746

Reduzierung der Zurückstellungen durch das Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 995 997 1003-1005

Sicherstellung der Schulfähigkeit ausländischer Kinder; Würdigung der flexiblen, frühen Einschulung

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735 1736 1741 1745 1752 1756 1779 1780 1792

Reduzierung der Zurückstellungen mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“; Hinweis auf eine Studie über Kenntnisse von ABC-Schützen bei der Einschulung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812 2819 2820 2830 2831 2834

Reduzierung der Zurückstellungen mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3558 3560

Ermöglichung einer früheren Einschulung und damit eines früheren Einstiegs ins Berufsleben

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3633 3634

Anstrebung längerer Lebensarbeitszeiten mit einer früheren Einschulung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4025 4026

Übergewicht von Kindern bei der Einschulung und in der Grundschulzeit; Verbesserung der Ernährungserziehung

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4852

Sprachfähigkeit der Kinder bei der Einschulung, Verbesserung der Startchancen mit dem Projekt „Schulanfang auf neuen Wegen“

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5420 5421 5423-5425

Ermöglichung einer früheren Einschulung und damit eines früheren Einstiegs ins Berufsleben

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5992-5994

Senkung des Einschulungsalters mit dem flexiblen Schulanfang, Verbesserung der Sprachfähigkeit bei der Einschulung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6149 6150

Beurteilung der Forderung des Städtetagspräsidenten Gönner nach Einschulung der Kinder mit fünf Jahren, Verbesserung der Schulreife durch Umsetzung des Sprachförderkonzepts im Kindergarten, Reduzierung der Rückstellungen durch frühere Einschulung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6213 6214 6218-6220 6222

Umsetzung des Programms zur vorschulischen Sprachförderung, Erarbeitung des Konzepts „Schulreifes Kind“

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6411 6412

Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Lernfähigkeit der Kinder im Vorschulalter, Senkung des Einschulungsalters mit den flexiblen Einschulungsterminen, Erarbeitung des Konzepts „Schulreifes Kind“

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6485 6498 6504

Beurteilung des Konzepts „Schulreifes Kind“, Weiterentwicklung des Modells „Schulanfang auf neuen Wegen“

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6555 6557-6559 6563-6565

Erfolgsbewertung des Projekts „Schulanfang auf neuen Wegen“, Verweisung auf die Nachahmung in Thüringen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6861 6862

Anteil von nicht schulreifen Kindern im letzten Kindergartenjahr, Annäherung von Konzepten und Strukturen einer jungenspezifischen Pädagogik

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056 7061

Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Lernfähigkeit der Kinder im Vorschulalter, Senkung des Einschulungsalters mit den flexiblen Einschulungsterminen, Umsetzung des Konzepts „Schulreifes Kind“

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7202 7203 7208 7212 7214 7218 7220 7222 7225-7227 7239 7248 7251

Mittelbereitstellung für das Projekt „Schulreifes Kind“

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7400

Umsetzung des Programms zur vorschulischen Sprachförderung bzw des Konzepts „Schulreifes Kind“

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7654 7655 7757

Anteil von Schulanfängern mit fehlenden bzw mangelnden Deutschkenntnissen, Umsetzung des Programms zur Sprachförderung im Kindergarten, Mittelbereitstellung für das Projekt „Schulreifes Kind“

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933 7935 7937 7941 7944

Schulanfang auf neuen Wegen

s. *Schulanfänger*

Schulassistent

Das Profil der Schulleitungen stärken

Konsequenzen aus den neuen Bildungsstandards und -plänen in der Lehrer- und Schulleiterfortbildung, Orientierung an der Führungskräftefortbildung der Wirtschaft; Modellversuche zur Erprobung von Schulassistenten, zur Budgetierung und Personalsteuerung bei den Krankheitsvertretungen und der Lehrereinstellung; Maßnahmen zur Gewinnung geeigneter Schulleitungen

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 13/2068

Situation der Schulsekretariate in BW

Vorhandene und notwendige personelle Ausstattung der Schulsekretariate an den einzelnen Schulen und Schularten, Aufarbeitung der vom RH festgestellten Defizite, Organisation von Fortbildungsangeboten, Erarbeitung eines Anforderungsprofils für Schulleitungsassistenten mit den kommunalen Spitzenverbänden, Einbindung der Schulleiter bei der Stellenbesetzung

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 14.10.2003 Drs 13/2490

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Stärkung des Profils der Schulleitungen, Entwicklung von Modellversuchen für Schulassistenten

ÄAntr CDU und FDP/DVP 09.12.2003 Drs 13/2717

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3972-3980

BeschlEmpf und Bericht SchulA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 26 27

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Situation der Schulsekretariate in BW

Vorhandene und notwendige personelle Ausstattung der Schulsekretariate an den einzelnen Schulen und Schularten, Aufarbeitung der vom RH festgestellten Defizite, Organisation von Fortbildungsangeboten, Erarbeitung eines Anforderungsprofils für Schulleitungsassistenten mit den kommunalen Spitzenverbänden, Einbindung der Schulleiter bei der Stellenbesetzung

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 19.12.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2773

BeschlEmpf und Bericht SchulA 17.03.2004 Drs 13/3093 S. 25

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Situation der Schulleitungen in BW

Zahl der in den letzten Jahren angebotenen, der besetzten und vakant gebliebenen Schulleiterstellen; Ergebnisse der jeweiligen Beschlüsse der Schulkonferenz, Schulträger und Schulverwaltung; Fälle und Gründe von Rücktritten und Ablösungen; Entwicklung der Aufgaben und Stellung von Schulleitungen seit 1985; Frage nach einem Personalentwicklungskonzept; Anerkennung der Leitungsfunktion, Berücksichtigung bei der Arbeitszeitberechnung, Wahl der Schulleiter auf acht Jahre von

der Schulkonferenz, Verstärkung der personellen Besetzung der Schulsekretariate

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 13/3181

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

Mittelbereitstellung für Modellprojekte zur Weiterentwicklung der Schulsekretariate zur Verbesserung der Schulorganisation

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4004-3 S. 52 53

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Entlastung der Schulleiter von Verwaltungsaufgaben durch den Einsatz von Schulassistenten iR eines Modellversuchs

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414

Begrüßung der Einführung von Schulassistenten zur Entlastung der Schulleiter

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6496 6499

Einsatz von gut geschulten Schulassistenten zur Umsetzung des Projekts „Schulverwaltung am Netz“

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6613 6617

Mehrarbeit der Schulsekretärinnen durch die neue Schulstatistik und größere Eigenständigkeit der Schulen, Frage nach der Umsetzung und Finanzierung des Fortbildungsbedarfs

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6984-6986

Schulaufsichtsbehörde

s. *Schulbehörde*

Schulabschluss

s. *Ordnungsmittel im Schulwesen*

Schulbau

s. *Schulgebäude*

Schulbehörde

s.a. *Organisationserlass*

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ausschreibung des o.g. Projekts für 400 Schulen und die Dauer von sechs Jahren, Gewinnung und Zuweisung zusätzlicher Lehrerstunden durch Reorganisation der Schulverwaltung

Antr

s. *Schule*

Drs 13/1476

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschriebenen und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/1663

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW
Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/1722

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Umfang des vorgesehenen und vollzogenen Stellenabbaus im Ministerium, in den Oberschul- und Schulämtern in den letzten zehn Jahren; Zahl, Aufgaben und Eingruppierung der im selben Zeitraum dort beschäftigten bzw. abgeordneten Lehrkräfte; Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate; Frage nach den rechtlichen Grundlagen und Beschlüssen des Ltg zur Praxis der Abordnungen und Freistellungen

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/1744

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Reorganisation und Abbau der Schulverwaltung

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 43 S. 103 104

EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-29 S. 47 48

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung

Gründe und Auswirkungen der Pläne des MinPräs, Gegenüberstellung eigener Pläne des KM, Art der Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise bzw. Wahrnehmung der Befugnisse durch den Landrat und Kreistag, Relevanz der jeweiligen Finanzlage für die finanzielle und personelle Ausstattung der geplanten Schulabteilungen; erwartete Auswirkungen auf die Verwaltung der Berufsschulen, Real- und Sonderschulen sowie auf die Seminare für Lehrerbildung; Beurteilung der zweigegliederten regionalen Schulverwaltung in Hessen

Antr SPD 28.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2121

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/2256

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/2267

Erhebung von Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen - Starttermin und Kosten des Projekts „Schulverwaltung am Netz“

Einhaltung des Starttermins und der kalkulierten Kosten beim Projekt SVN? Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform; Schulung der Schulleitungen und -sekretariate, Verfügbarkeit eines uneingeschränkten Zugangs zum Internet; stichprobenhafte Ermittlung o.g. Daten für das laufende Schuljahr und Veröffentlichung

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/2563

Abordnung von Lehrkräften in die Schulverwaltung

Kriterien und Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schularten, Qualifikation und Aufgaben dieser Lehrkräfte, Maßnahmen zur Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/2611

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes. Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr

s. *Schule*

Drs 13/2666

Teufel'sche Verwaltungsreform - Verhinderung einer sinnvollen Schulverwaltungsreform

Gegenüberstellung der Pläne des MinPräs und des KM, Auswirkungen der Eingliederung der Schulverwaltung in die Landratsämter und RegPräs, insbes. Regelung der Zuständigkeiten für die Dienst- und Fachaufsicht, Zusammenarbeit der bisherigen Oberschulämter mit den Schulämtern und Schulen, Entwicklung der Schulautonomie, der Evaluation, der Frauenförderung u.a.; Aufgabe der Pläne des MinPräs, Einrichtung von Schwerpunktschulämtern als pädagogische Zentren, Abstimmung einer Schulverwaltungsreform mit allen am Schulleben Beteiligten

Antr SPD 12.01.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2786

EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

*Haushalt 2004; Epl 04**Reorganisation und Abbau der Schulverwaltung*

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-11 S. 54 55

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2844-7 S. 14 15

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über Sitze und Bezirke der Oberschulämter und der Staatlichen Schulämter

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Abordnungen von Lehrkräften im LKreis Ludwigsburg

Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schulen an das Ministerium, Schulämter, LEU u.a. Einrichtungen; Umfang der entzogenen Deputate in den letzten fünf Jahren

KlAnfr

s. *Lehrer*

Drs 13/3772

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 04**Vorlage eines Konzepts zum Abbau der Oberschulämter, Abgabe von Aufgaben und Personal an die Schulen und an die unteren Schulaufsichtsbehörden*

EAntr GRÜNE 20.01.2005 Drs 13/4004-6 S. 56

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Schulleiterbesetzungen

Auflistung der laufenden sowie der Besetzungsverfahren 2004 an Gymnasien, Zahl der jeweiligen Bewerbungen, Anteil aus dem Schulverwaltungsbereich

Antr

s. *Schulleiter*

Drs 13/4037

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren iR eines Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherreneigenschaft an die Universitäten

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Reisekostenerstattung von Landesbediensteten

Zeitdauer zwischen der Antragstellung und Auszahlung, Gründe und Zumutbarkeit der Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung der Schul- und Oberschulämter für die Referendare; Abhilfemaßnahmen

KlAnfr

s. *Reisekosten*

Drs 13/4238

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und

Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/4615

Ermöglichung der Einführung von Frauenvertreterinnen in den Schulämtern

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 789

Überprüfung der Struktur der Schulverwaltung nach der Delegation von mehr Eigenverantwortung an die Schulen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816 819

Vorschlag zur Abschaffung der Oberschulämter und Reduzierung der Zahl von Schulämtern

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1096 1105

Überprüfung der Struktur der Schulverwaltung nach der Delegation von mehr Eigenverantwortung an die Schulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1746

Stand und erwartete Ergebnisse der Vernetzung von Schulen und Schulverwaltung

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1954 1959

Überprüfung der Struktur der Schulverwaltung, Delegation von mehr Eigenverantwortung an die Schulen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2373 2379 2388 2389

Forderung eines Neuzuschnitts der Schulverwaltung, Abschaffung der Oberschulämter, Dezentralisierung der Schulverwaltung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2649 2655 2677

Eingliederung der Oberschulämter in die RegPräs, Forderung nach Abschaffung der Oberschulämter und Kommunalisierung der Schulen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2723 2727 2728 2733 2739 2740

Umsetzung des Konzepts zur Weiterentwicklung der Schulverwaltung neben der geplanten Verwaltungsreform mit der Eingliederung der Schulämter in die Landratsämter

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2815 2828 2831 2835 2837 2841

Eingliederung der Schulämter in die Landratsämter, Vorschlag von zwölf Regionalkreisen mit jeweils einem Schulamt

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2902 2907 2908 2911 2912 2915

2920 2923 2931 2936 2938 2939

Beklagung der Hinfälligkeit der von der Kultusministerin geplanten Reform der Schulverwaltung durch die Verwaltungsreform des MinPräs mit der Eingliederung der Schulämter in die Landratsämter

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3517 3518

Verschlanung der Schulverwaltung im Zuge der Verwaltungsreform, Auswirkungen einer Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3634 3641

Ablehnung einer Eingliederung der Schulämter in die Landratsämter, Forderung nach einer umfassenden Reform der Schulverwaltung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4035 4036

Effizienz der Schulverwaltung, Verweisung auf die eingeleiteten und vollzogenen Schritte einer Verschlanung, Befürchtung einer Zersplitterung durch die Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260 4264 4270 4271 4275 4277

Übertragung der Entscheidungskompetenz für ein Kopftuchverbot an die Schulaufsichtsbehörden

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4395 4396 4403 4407

Übertragung der Entscheidungskompetenz für ein Kopftuchverbot an die Schulaufsichtsbehörden

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700 4702 4710 4716 4722

Eingliederung der Oberschulämter in die RegPräs und der Schulämter in die Stadt- und LKreise, Bescheinigung der Effizienz einer eigenständigen Schulverwaltung mit dem Kienbaum-Gutachten 1995

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4910 4911 4913 4924 4928 4937-4940

Eingliederung der Oberschulämter in die RegPräs und der Schulämter in die Stadt- und LKreise

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4992 4993 5002 5013 5016-5019 5024

Abbau der Schulverwaltung mit der Schaffung von selbstständigen Schulen, Aufgaben und Selbstverständnis der Schulverwaltung nach der Verwaltungsreform

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5623-5625 5628

Abbau der Schulverwaltung, Verlagerung von mehr Verantwortung an die Schulen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5894 5895 5897

Abbau der Schulverwaltung, Verlagerung von mehr Verantwortung an die Schulen, Zahl von Abordnungen aus den Schulen zur Schulverwaltung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6005-6007

Beklagung von Absurditäten als Ergebnis der Verwaltungsreform bei der Schulverwaltung

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6665 6668

Verpflichtung der Schulaufsichtsbehörden zur Bestellung von Beauftragten für Chancengleichheit mit der Novellierung des LGleichberechtigungsges

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6935

Verpflichtung der Schulaufsichtsbehörden zur Bestellung von Beauftragten für Chancengleichheit mit der Novellierung des LGleichberechtigungsges

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7070 7072

Schulbesuchsverordnung

s. *Schulpflicht*

Schulbuch

s. *Lehr- und Lernmittel*

Schulbus

s. *Ausbildungsverkehr*

Schulden

s.a. *Schuldner*

s.a. *Stundung*

s.a. *Zahlungsunfähigkeit*

Innerstaatliche Umsetzbarkeit der Zusagen des BFinanzMin gegenüber der Europäischen Union

Zusage eines „nahezu“ ausgeglichenen öffentlichen Gesamthaushalts für das Jahr 2004, Bewertung durch den Finanzplanungsrat

Antr

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/877

Lex Landesstiftung BW? Angekündigte BRatsinitiative zur Änd der Abgabenordnung

Zuerkennung der Gemeinnützigkeit der Schuldentilgung von Gebietskörperschaften und damit aus Mitteln der Landesstiftung BW, Realisierungschancen o.g. Ankündigung des WM, rechtliche Bewertung des FM

Antr

s. *Stiftung*

Drs 13/1241

Schuldenmanagement des Landes

Organisation des Schuldenmanagements; Umfang, Risiken, Ergebnismessung bei Derivatgeschäften und Kontrolle des Einsatzes derivativer Finanzinstrumente; regelmäßige Unterrichtung des Ltg

Antr Nils Schmid u.a. SPD 20.11.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1542

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1855 S. 18 19

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Erreichen des Ziels der Rückführung der Netto-Neuverschuldung bis 2006

Notwendige Höhe des gesamtwirtschaftlichen Wachstums zur Erreichung der o.g. Zielsetzung in den einzelnen Jahren bis 2006 bei einer Ausgabenentwicklung analog zur mittelfristigen Finanzplanung, Höhe der zu erwartenden Netto-Neuverschuldung bei einem Wachstum von 0 und 1 %

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 22.01.2003 und Antw FM Drs 13/1697

Stellungnahmen von Landesbehörden zu Schuldenbereinigungsplänen

Einführung einheitlicher Regelungen für Landesbehörden, insbes für die Landesoberkasse, zur Zustimmung bzw Ablehnung von außergerichtlichen und gerichtlichen Schuldenbereinigungsplänen iRd Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung

KIAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 16.04.2003 und Antw FM Drs 13/2011

Die Verschuldung des Landes - Verstecke und Grenzen

Höhe des Barwerts der künftigen Pensionsansprüche der Landesbeamten, Entwicklung der ausgelagerten Verpflichtungen in den letzten zehn Jahren, Vergleich der Zinsbelastung zur Finanzierung dieser Verpflichtungen mit der Zinsbelastung bei Kreditaufnahme im regulären Haushalt, Höhe der veranschlagten und tatsächlich getätigten Investitionen 1997 und 2002

Antr Nils Schmid u.a. SPD 25.06.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2193
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 S. 9
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Haushalt 2004; Epl 12

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

s. *Zins*
Drs 13/2812

Haushalt 2004

Absenkung der Nettokreditaufnahme

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2853
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4383

Haushalt 2004; Epl 12

Verwendung von evtl Steuermehreinnahmen ausschließlich zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme

EAntr SPD 03.02.2004 Drs 13/2878
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4441-4463

Nutzung von Zerobonds zur Finanzierung der Landesschulden

Höhe, Zeitpunkt der Aufnahme und Rückzahlung o.g. Darlehen; Volumen der in die Zukunft verlagerten Zinsen und Zinseszinsen

KlAnfr
s. *Kredit*
Drs 13/2933

Zinsänderungsrisiko für den Landeshaushalt

Annahmen für die Entwicklung der Zinsstruktur und Zinsausgaben bis 2007 nach dem mittelfristigen Finanzplan, Vorkehrungen im Entwurf des Landeshaushalts 2005 bzw iRd Schuldenmanagements

KlAnfr
s. *Zins*
Drs 13/3268

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel; hier: Internationales Schuldenmanagement/Erklärung von Montevideo

Antr FDP/DVP, CDU, SPD und GRÜNE 14.07.2004 Drs 13/3369
BeschlEmpf und Bericht WirtA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 8-12
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Die Entscheidung des EuGH zum Streit um das Defizitverfahren gegen Deutschland und Frankreich - Auswirkungen auf den Europäischen Stabilitätspakt und die Finanzpolitik in Deutschland und BW

Antr
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/3386

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Bereiche und Höhe der Deckungslücken für die Hj 2004-2006, Umfang der vorgesehenen Neuverschuldung, Erreichung eines verfassungsgemäßen Haushalts 2004/05? Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission, insbes Verkauf von Vermögen, Grundstücken, Forderungen, Kürzungen bei den Kommunen und Personaleinsparungen; Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Einlage bei der LBBW, Höhe und Verwendung des Bankbeitrags der L-Bank; Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/3465

Verschuldung von Krankenkassen in BW

Höhe der Kredite für nicht-investive Zwecke bzw zur Deckung der laufenden Verwaltungsausgaben, Tilgung innerhalb des Zeitrahmens nach dem GesundheitsmodernisierungGes, Vorgaben der Landesaufsicht zum Abbau der Schulden, Grundlagen zur Festsetzung der Kassenbeiträge, Kostendeckungsgrad des Beitragssatzes der AOK BW

KlAnfr
s. *Krankenversicherung*
Drs 13/3549

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

s. *Zins*
Drs 13/4012

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf von Landesvermögen ausschließlich zur Schuldentilgung oder zum gleichwertigen Erwerb von Vermögen; Vorlage einer mittelfristigen Nachhaltigkeitsplanung für zehn Jahre mit den zu erwartenden Einnahmen und dem Ausgleich der aufgelaufenen Verschuldung bis zum Erreichen der Nettonullverschuldung

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Ges zur Änd der Landesverfassung

Verhinderung des weiteren Anstiegs der Verschuldung bzw der Überschreitung der erwarteten Einnahmen durch die geplanten Ausgaben, Einführung eines laufenden Haushalts-Monitorings zur Einhaltung dieser Ausgabenregel durch eine mittelfristige Nachhaltigkeitsplanung, Kompensation evtl Überschreitungen des laufenden Jahres in den Folgejahren, Regelung von Einzelheiten in der LHO

GesEntw
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4070

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

s. *Zins*
Drs 13/4840

Haushalt 2006; Nachtrag

Anpassung der Haushaltsansätze an das Ergebnis der Steuer-schätzung, Verwendung der Mehreinnahmen zur Absenkung der Nettokreditaufnahme

s. Steueraufkommen
Drs 13/4840

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 48 51

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006; Feststellung höherer Zahlungen in den Länderfinanzausgleich im Vergleich zur Gesamtverschuldung des Landes

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 64 81 82 88 89 93 94 102 103 118 124

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006, stufenweise Rückführung der Neuverschuldung, Finanzierung des Nachtrags ohne zusätzliche Schulden

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200 202 207-210 212 213 215 240

Kontinuierliche Rückführung der Neuverschuldung, Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006, Vergleich mit anderen BLändern

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330-334 339-342

Finanzierung des Antiterrorsofortprogramms ohne neue Schulden, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 369 370 372 378-380

Verhinderung neuer Schulden, Entwicklung der Verschuldung unter den Regierungen Kohl und Schröder, Befürchtung einer Verfehlung des Ziels der Nullverschuldung 2006

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 502 506 510 511 532 546 548-556

Annäherung an das von der EU festgelegte Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts; Umfang der Nettokreditaufnahmen 2002/03; Erhöhung der Schulden zur Finanzierung des Straßenbaus

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 638 645 668 673 676 703

Annäherung an das von der EU festgelegte Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts; Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006; Kompensation der Steuerausfälle durch eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung; Vergleich der Verschuldung anderer BLänder

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 796 799-804 808 815 817-820 824 826 829 830

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006; Feststellung einer Schlusslichtposition Deutschlands in der EU bei der Gesamtverschuldung; Verwendung von Veräußerungserlösen zur Schuldentilgung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 836 837 839 843 847 848 850 853 857 865 870 871 873 875 876 880 886 891 895 896 907 908

Nettokreditaufnahme, Kreditfinanzierungsquote des Haushalts und Pro-Kopf-Verschuldung im Ländervergleich; Bekräftigung des Ziels der Nullverschuldung im Jahr 2006; Verschuldung der Kommunen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1067 1069 1070 1072 1074-1078 1080 1085 1089

Festhalten am Ziel der Nullverschuldung im Jahr 2006, Verwendung von Zinseinsparungen zur Schuldentilgung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094-1100 1102 1104 1105 1107 1108 1112 1113

Zugeständnisse des BFinanzMin gegenüber der EU zur Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits, möglicher und tatsächlicher Anteil des Landes und der Kommunen, Anstrebung eines ausgeglichene[n] Haushalts im Jahr 2006

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1167-1178

Verwendung von Privatisierungserlösen zum Schuldenabbau, Auflösung der LStiftung BW; Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1573 1574 1578 1580-1586 1646 1649

Anstrebung der Nullverschuldung im Jahr 2006; Notwendigkeit eines Stabilitätspakts von Bund, Ländern und Gemeinden

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1730 1731

Erinnerung an den Anstieg der Staatsverschuldung unter Min-Präs Späth

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1825

Aussagen im Wahlkampf zur Rückführung der Neuverschuldung bis 2006; Entwicklung der Verschuldung unter den Regierungen Kohl und Schröder; Feststellung einer Schlusslichtposition in Europa, Überschreitung der Defizitobergrenze des Stabilitätspakts, Erwartung eines Bußgelds der EU-Kommission

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111 2113-2115 2118-2123 2127-2131 2134-2136

Kürzungen in allen Etats zur Vermeidung einer höheren Netto-neuverschuldung

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2295 2296 2298

Veranschlagung des Fehlbetrags von 2002 mit dem Nachtrag zum Hpl für 2003, Verweisung auf die höchste Nettoneuverschuldung aufgrund der Steuerausfälle und auf die erneute Gefahr der Überschreitung der Maastricht-Kriterien, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung 2006

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628-2630 2632-2634 2636-2638 2650-2655 2671-2676 2680

Verweisung auf die höchste Nettoneuverschuldung aufgrund der Steuerausfälle, Verwendung von Privatisierungserlösen zur Schuldentilgung, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung 2006; Feststellung eines Rekorddefizits bei den Kommunen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701-2703 2706-2715 2718 2726 2729 2730 2757 2759 2760 2764

Beitrag der vorgesehenen Verwaltungsreform zur Erreichung der Nullverschuldung 2006; Höhe des Barwerts der Pensionslasten, Bezeichnung als Schattenschulden

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895 2912 2940 2941 2943-2945 2947-2949

Ablehnung des Vorschlags der Gewerkschaften zur weiteren Verschuldung für Investitionsprogramme, sozialpolitische Verträglichkeit der hohen Staatsverschuldung

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014 3015 3018 3019 3021

Entwicklung der Verschuldung des Landes und der Kommunen, Ablehnung einer Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform mit neuen Schulden

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3234-3236 3274

Begrenzung der Neuverschuldung zur Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform durch stärkeren Subventionsabbau

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385 3386 3389 3391 3392 3395

Kurzfristige Entwicklung der Verschuldung des Bundes; Vergleich der Verschuldung des Landes mit Bayern; Feststellung höherer Zahlungen in den Länderfinanzausgleich im Vergleich zur Gesamtverschuldung des Landes; Begrenzung der Neuverschuldung zur Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599-3601 3606 3609 3611 3622 3623 3631 3637 3638 3640 3644 3645 3650 3680

Vorwurf der wiederholten Überschreitung der Defizitobergrenze des europäischen Stabilitätspakts durch Bundesfinanzminister Eichel, Vorschlag einer Aufnahme der Verschuldungskriterien ins Grundgesetz

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3800 3802-3804 3807 3810

Bemühungen um eine Unterschreitung der verfassungsrechtlichen Obergrenze für die Neuverschuldung im Haushalt 2004, Anstreben der Nullverschuldung für das Jahr 2008

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941-3943 3945-3947

Abmilderung der Neuverschuldung durch den Kompromiss im Vermittlungsausschuss, Vorlage eines verfassungskonformen Haushalts; Überschreitung der Verschuldungsobergrenze des europäischen Stabilitätspakts; Schuldentilgung mit Privatisierungserlösen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007-4011 4013-4015 4017 4018 4021 4024 4026 4028-4034 4036-4038 4041-4043 4055-4057 4060 4061

Unterschreitung der Neuverschuldungsobergrenze der Landesverfassung und des europäischen Stabilitätspakts, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung, Hinweise des RH auf die Schulden außerhalb des Haushalts

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148-4152 4154 4157 4158 4161 4164 4174 4176 4180 4189 4209 4210 4225 4226

Ausschluss einer noch höheren Verschuldung als Alternative zu den Einsparungen, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234 4243 4249 4287 4289 4294 4303 4309 4314

Festhalten am Ziel der Nettonullverschuldung, Schließung der Deckungslücke im Haushalt mit neuen Schulden und Einsparungen, Schuldentilgung mit Veräußerungserlösen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4369 4373-4379

Erreichung eines verfassungskonformen Haushalts mit Einsparungen und Neuverschuldung, Feststellung einer Verschuldungsbeschleunigung, Gleichstand der Neuverschuldung und Zinsaufwendungen, Verwendung höherer Einnahmen zur Schuldentilgung, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4443 4446-4450 4453-4461

Unerreichbarkeit der Nullverschuldung im Falle der Umsetzung des Steuerreformmodells von Prof. Kirchhof

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4503 4504 4515

Nachhaltige Senkung der Verschuldung mit einer drastischen Reduzierung der Personalkosten

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897

Verfehlung des Ziels der Nullverschuldung bis 2006, Gleichstand der Neuverschuldung und Zinsaufwendungen, nachhaltige Senkung der Verschuldung mit einer drastischen Reduzierung der Personalkosten

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 4963 4967 4971 4988 5019

Abkehr von der bisherigen Verschuldungspolitik, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5160 5166

Ablehnung von schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen, Höhe der Zinsaufwendungen zur Bedienung der alten und neuen Schulden, Bewertung des Hpl 2005/2006 als verfassungskonform

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638-5643 5645 5646

Gleichstand der Neuverschuldung und der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich; Verletzung des europäischen Stabilitätspakts durch die BReg seit 2002; Vergleich der Verschuldung des Landes und der Kommunen sowie der Pro-Kopf-Verschuldung in BW u.a. BLändern; Schuldentilgung mit Privatisierungserlösen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5794-5797 5800-5803 5805 5807 5808 5811 5815-5818 5820 5823-5827 5847 5851

Einhaltung der Verfassung und der Kriterien des europäischen Stabilitätspakts mit der Neuverschuldung; Tilgung von Schulden mit Privatisierungserlösen; Anstieg der Schulden und Zinszahlungen seit 1996

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5868 5872 5873 5876 5878-5882 5887-5889 5894-5896 5900 5903 5905 5919 5922

Beiträge des RH zur Schuldenentwicklung des Landes, Schließung der Finanzlücken im Hpl 2005/2006 durch Schuldauflagen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5957 5958 5960 5968 5971 5976 6032

Begrenzung der Verschuldung; Kritik an der verdeckten Verschuldung über Sonderprogramme, insbes beim Landesstraßenbau; Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung mit anderen BLändern; Verteuerung von Krediten durch das verschlechterte Rating; Erinnerung an den Rücktritt der Regierung Schmidt wegen der Verschuldung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6060 6061 6101-6111 6113-6115 6117

Beklagung einer erheblichen Nettoneuverschuldung zur Reduzierung der Deckungslücken 2005/2006, Ländervergleich der Pro-Kopf-Verschuldung, Überschreitung der Defizitgrenze des europäischen Stabilitätspakts durch Minister Eichel seit 2002, Aufnahme einer Schuldenbremse in die Landesverfassung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6145 6147-6150 6153 6155-6158

Bemerkungen des RH zur Verschuldung des Landes, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6385-6394

Festhalten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung, Verwendung von Veräußerungserlösen zur Senkung der Neuverschuldung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6416-6418 6440

Zuweisung einer Mitverantwortung des neuen MinPräs an der Verdoppelung der Landesschulden, Ablehnung von mit Schulden finanzierten Kinderbetreuungsangeboten, Festhalten am Ziel der Nullverschuldung, Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung des Bundes

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6482 6489 6492 6493 6498-6500 6507 6509

Höhe der jährlichen Neuverschuldung des Landes, Entwicklung der Verschuldung des Bundes seit 1982

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6544 6547

Gegenseitige Zuweisung der Verantwortung für die Entwicklung der Bundesschulden, Verwendung der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung zur Absenkung der Schulden

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6971 6976 6978

Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Senkung der Neuverschuldung, Festhalten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, Aufnahme einer Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild in die Landesverfassung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7332-7350

Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Senkung der Neuverschuldung, Festhalten am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts, Aufnahme einer Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild in die Landesverfassung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7406

Höhe der jährlichen Neuverschuldung, des Schuldendienstes und der Gesamtverschuldung; Einsparvorschläge des RH; Zweifel an der Erreichung eines ausgeglichenen Haushalts bis zum neuen Zieldatum 2011

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7851 7852 7854-7856

Vorwurf einer Verdoppelung der Schulden innerhalb von neun Jahren

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7944

Schuldner

s.a. Mahnverfahren

s.a. Schuldnerberatung

s.a. Stundung

Verbraucherinsolvenzverfahren

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren in BW u.a. BLändern, Betreuung von Rechtsanwälten und von Schuldnerberatungsstellen, Darlegung der unterschiedlichen Kosten und öffentlichen Förderung

Antr

s. Zahlungsunfähigkeit

Drs 13/840

Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen und Förderung der Schuldnerberatung

Entwicklung o.g. Fallzahlen bzw Beratungsstellen seit 1999, Höhe der finanziellen Unterstützung im Vergleich mit anderen BLändern, Zeitpunkt einer Erhöhung der Zuschüsse

Antr

s. Schuldnerberatung

Drs 13/901

Insolvenzverfahren bei Gefangenen

Möglichkeiten von Gefangenen in Strafhaft und U-Haft zur Schuldnerberatung, zur Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens, eines Schuldenbereinigungsversuchs mit anschließender Restschuldbefreiung; Einräumung der erforderlichen Besuchs- und Ausgangsrechte; Beurteilung der Möglichkeiten in Hamburg; Frage nach VwV des JuM

Antr

s. Schuldnerberatung

Drs 13/1918

Stellungnahmen von Landesbehörden zu Schuldenbereinigungsplänen

Einführung einheitlicher Regelungen für Landesbehörden, insbes für die Landesoberkasse, zur Zustimmung bzw Ablehnung von außergerichtlichen und gerichtlichen Schuldenbereinigungsplänen iRd Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung

KlAnfr

s. Schulden

Drs 13/2011

Stundung der Verfahrenskosten im Insolvenzverfahren

Entwicklung der Fallzahlen und Kosten o.g. Verfahren differenziert nach Verfahrenskosten, Gerichtskosten, Aufwendungen für Insolvenzverwalter und für die Beiordnung eines Rechtsanwalts; Anteil und Kosten der Gewährung von Beratungshilfe zur Durchführung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs; Einschätzung der Zahlen für 2003

KlAnfr

s. Zahlungsunfähigkeit

Drs 13/2012

Beschränkung der Bonitätsprüfung für Kreditnehmer auf „harte Fakten“, Zentralisierung des Schuldnerverzeichnisses, Notwendigkeit von mehr Transparenz des Kredit-scoring-Verfahrens

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7034 7035 7038

Schuldnerberatung

Verbraucherinsolvenzverfahren

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren in BW u.a. BLändern, Betreuung von Rechtsanwälten und von Schuldnerberatungsstellen, Darlegung der unterschiedlichen Kosten und öffentlichen Förderung

Antr

s. Zahlungsunfähigkeit

Drs 13/840

Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen und Förderung der Schuldnerberatung

Entwicklung o.g. Fallzahlen bzw Beratungsstellen seit 1999, Höhe der finanziellen Unterstützung im Vergleich mit anderen BLändern, Zeitpunkt einer Erhöhung der Zuschüsse

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 08.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/901 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1109 S. 7 8

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Insolvenzverfahren bei Gefangenen

Möglichkeiten von Gefangenen in Strafhaft und U-Haft zur Schuldnerberatung, zur Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens, eines Schuldenbereinigungsversuchs mit anschließender Restschuldbefreiung; Einräumung der erforderlichen Besuchs- und Ausgangsrechte; Beurteilung der Möglichkeiten in Hamburg; Frage nach VwV des JuM

Antr GRÜNE 20.03.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/1918

BeschlEmpf und Bericht StändA 19.05.2004 Drs 13/3239 S. 4

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Stundung der Verfahrenskosten im Insolvenzverfahren

Entwicklung der Fallzahlen und Kosten o.g. Verfahren differenziert nach Verfahrenskosten, Gerichtskosten, Aufwendungen für Insolvenzverwalter und für die Beiordnung eines Rechtsanwalts; Anteil und Kosten der Gewährung von Beratungshilfe zur Durchführung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs; Einschätzung der Zahlen für 2003

KlAnfr

s. *Zahlungsunfähigkeit*

Drs 13/2012

Situation der Verbraucherzentrale in BW

Struktur und Höhe der Gebühren für die einzelnen Dienstleistungen; Erreichbarkeit per Telefon und Internet; Umfang und Auswirkungen der geplanten Einsparungen auf die Beratungsbereiche Ernährung, private Verschuldung und Altersvorsorge

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/3877

Anwaltliche Beratungshilfe im Bereich der Schuldnerberatung

Ablehnung von Anträgen und Wartezeiten auf o.g. Beratung in den einzelnen Amtsgerichtsbezirken, Vorgaben des JuM an die Amtsgerichte, Vergleich der Praxis mit anderen BLändern

KlAnfr Rainer Stickelberger SPD 04.05.2006 und Antw JuM Drs 13/5239

Mitfinanzierung der Schuldnerberatung durch die öffentlichen Banken

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1612 1614

Schuldnerberatungsstelle

s. *Schuldnerberatung*

Schuldzinsen

s. *Zins*

Schule

s.a. *Berufsbildende Schule*

s.a. *Bewegungsprävention*

s.a. *Bildungsforschung*

s.a. *Ferien*

s.a. *Ganztagsschule*

s.a. *Gesamtschule*

s.a. *Grundschule*

s.a. *Halbtagschule*

s.a. *Hauptschule*

s.a. *Heimschule*

s.a. *Integrative Beschulung*

s.a. *Jugend trainiert für Olympia*

s.a. *Kunstschule*

s.a. *Landesinstitut für Schulentwicklung*

s.a. *Lehrbeauftragter an Schulen*

s.a. *Lehrer*

s.a. *Mitwirkung im Schulwesen*

s.a. *Musikschule*

s.a. *Ordnungsmittel im Schulwesen*

s.a. *Organisationserlass*

s.a. *Privatschule*

s.a. *Realschule*

s.a. *Schulanfänger*

s.a. *Schulassistent*

s.a. *Schulbehörde*

s.a. *Schulfach*

s.a. *Schulfahrt*

s.a. *Schulgebäude*

s.a. *Schulgeld*

s.a. *Schulgesetz*

s.a. *Schulklasse*

s.a. *Schullastenausgleich*

s.a. *Schulleiter*

s.a. *Schulpflicht*

s.a. *Schuluniform*

s.a. *Schulunterricht*

s.a. *Weiterführende Schule*

Ganztagesangebote an Schulen

Förderung o.g. Angebote an allen Schulen, Erarbeitung einer Konzeption der „offenen Schule am Nachmittag“, Entwicklung von Konzepten einer Ganztagschulpädagogik iR einer Arbeitsgruppe und Einbringung in die Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/10

Regionale Geschmacksbildung fördern

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die Qualität heimischer Lebensmittel, Durchführung von Veranstaltungen an Schulen und Kindergärten, Orientierung am Projekt LebensART in Karlsruhe

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/57

Situation der Unterrichtsversorgung, Lehrerneueinstellungen und Lehrermangel an den Schulen in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 226-240

Schulentwicklung im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen sowie der räumlichen Voraussetzungen an den beruflichen Schulen bzw. Oberschulen und dem Technischen bzw. Informationstechnischen Gymnasium Emmendingen; Zahl der abgewiesenen Bewerber sowie der bereitgestellten und notwendigen Lehrerstunden; Einrichtung einer ITG-Klasse als Alternative am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch?

Antr Alfred Haas u.a. CDU 24.07.2001 und Stellungnahme

KM Drs 13/119

Situation der ausländischen Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen

Anteil und Situation der o.g. Schüler an den verschiedenen Schularten; Berücksichtigung der Belange von Zuwanderern in den Fernseh- und Rundfunkprogrammen, bei Behörden, Banken, Post, Kindergärten, Schulen etc; Frage nach Überlegungen über ein AntidiskriminierungsGes und eine Akzeptanzkampagne

KlAnfr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/122

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der o.g. Schüleranteile nach Schularten, Nationalitäten und Geschlecht in den letzten zehn Jahren; Art, Intensität und Erfolg der Sprachförderung; Beeinflussung der Zurückstellung und vorzeitigen Einschulung durch den Schulanfang auf neuen Wegen; Berücksichtigung der ethnischen Vielfalt und interkulturellen Erziehung in den Bildungsplänen von Grund- und Hauptschule; Auswirkungen der Kooperationsklassen „Hauptschule-BVJ“ auf die Erlangung eines Hauptschulabschlusses und eines Ausbildungsverhältnisses; Umfang und Akzeptanz von Ganztags Hauptschulen; Anteil und Förderung von ausländischen Schülern an Sonderschulen und beruflichen Schulen

GrAnfr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/124

Schulerfolg ausländischer Schülerinnen und Schüler

Vergleich zwischen ausländischen und deutschen Schülern hinsichtlich der verschiedenen Schulabschlüsse, der Abgängerzahlen von den einzelnen Schularten ohne Hauptschulabschluss bzw der Nachholung dieses Abschlusses; Effizienz des Berufsvorbereitungsjahres und muttersprachlichen Zusatzunterrichts; Vergleich der Arbeitslosigkeit von ausländischen und deutschen Jugendlichen; Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf durch Jugendhilfe, Landesarbeitsamt, Kirchen, außerschulische Jugendarbeit und Jugendbildung u.a.

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/125

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Bestandsaufnahme der Sprachkenntnisse ausländischer und ausgederter Kindergartenkinder und Schüler; Ausbau von Ganztagsangeboten und Sprachförderung an Kindergärten und Schulen, insbes an Grund- und Hauptschulen; Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts und von Schulsozialarbeit, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse und Aufnahme als Zeugnisnote; Einführung von Islamunterricht iR von Modellprojekten; Gewinnung von Migranten für die Lehrerausbildung; Verbesserung der Beratung ausländischer Eltern; Unterstützung der Eigeninitiativen von Migrantenorganisationen

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/168

Gleichstellung von Schulen in Freier Trägerschaft mit öffentlichen Schulen bei der Einrichtung von Integrativen Schulentwicklungsprojekten (ISEP)

Gleichbehandlung bei Vorgaben und Voraussetzungen für o.g. Projekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und

nicht behinderten Kindern; Darlegung der bisher genehmigten und abgelehnten Anträge sowie der eingesetzten und benötigten Lehrerdeputate

KlAnfr

s. *Privatschule*

Drs 13/196

Schulentwicklung

Auflistung der einzügigen Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie der Klassen mit bis zu 8, 12 und 17 Schülern; Darlegung des Angebots und der Abschlüsse von Verbundschulen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 23.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/354

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 30-32

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Multimediaoffensive für die Schulen

Mittelbereitstellung für IuK-Technologien an Schulen iRd Haushalte und Zukunftsoffensiven II und III, Aufwendungen der Schulträger für Ausstattung und Unterhalt, Einsatz von UMTS-Zinersparnissen des Bundes für zusätzliche IuK-Investitionen an beruflichen Schulen, Vorlage einer landesweiten Konzeption; Fortsetzung der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine faire Lastenverteilung

Antr

s. *Medien*

Drs 13/372

Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit an Schulen

Auflistung der Schulen mit Schulsozialarbeit nach den gemeinsamen Richtlinien des KM und SM, weitere gestellte und abgelehnte Anträge, Vergleich mit dem Projekt „Jugendberufshelfer“ und der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen, Grundlagen der Finanzierungsverhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, Teilfinanzierung durch die Arbeitsverwaltung u.a. Modelle, Definition bzw Bevorzugung von Brennpunktschulen, Einschätzung des weiteren Bedarfs, Erfahrungen mit ABM-Stellen

Antr

s. *Sozialarbeit*

Drs 13/421

Musikland BW

Art und Umfang der Schulmusikerziehung an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Chöre, Orchester, Bands, Tanzgruppen u.a. an Grund-, Haupt- und Realschulen; Bedeutung des Lehrbeauftragtenprogramms, Veranstaltungen der Schulmusik; Ausweitung der Stundentafel und der Gewinnung ausgebildeter Lehrkräfte an Grundschulen, Beitrag der Musikschulen iRd verlässlichen Grundschule; Auswirkungen der Gymnasialreform, Gymnasien mit Musikprofil, Erfahrungen mit Musikmentoren; Förderung der Musikschulen und Amateurmusik, Beteiligung an Wettbewerben; Entwicklung der Studentenzahlen und Umsetzung von Empfehlungen der Kulturstrukturkommission an den Musikhochschulen; Werbung um Interessenten für das PH-Studienfach Musik; Stimulanz der Musik auf höchstem Niveau durch Breitenarbeit

GrAnfr

s. *Musik*

Drs 13/434

Erste-Hilfe-Ausbildung in allgemein bildenden Schulen

Vorhandenes und mögliches Angebot von Erste-Hilfe-Kursen, Kooperationen zwischen Schulen und Rettungsdiensten, Verankerung im Lehrplan

Antr
s. *Erste Hilfe*
Drs 13/498

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerausbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/503

Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Der Beitrag der Schulen

Stellenwert der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Lehrplänen und im Unterricht, Ergebnisse der Beteiligung von Schulen an Programmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, Vorbildcharakter der Staudinger-Gesamtschule in Freiburg und der Justus-von-Liebig-Schule im LKreis Waldshut; Erarbeitung ergänzender Unterrichtsmodelle iR einer Arbeitsgruppe; Hinwirkung auf eine energetische Modernisierung bestehender Schulbauten unter Nutzung des Einspar-Contractings; Schaffung entsprechender Anreize bei Neubauten durch Umgestaltung der Richtlinie zur Schulbauförderung

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 13/626

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Anschubfinanzierung des Landes für die Computerausstattung der Schulen

s. *Computer*
Drs 13/654

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

s. *Schulunterricht*
Drs 13/654

Erhebung zum Unterrichtsausfall

Ursächliche Faktoren und Daten der o.g. Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2001 im Vergleich zum Vorjahr, Bewertung der Ergebnisse an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Begründung des beabsichtigten Verzichts auf Veröffentlichung der Daten

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/639

Hauswirtschaft an den Schulen

Verankerung der o.g. Thematik an den einzelnen Schularten, regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Fächerwahl im Wahlpflichtfach Mensch und Umwelt in der Realschule, Ausstattung und Nutzung von Schullehrküchen, Qualifikation

der Lehrkräfte an der Hauptschule, Vergleich des Lehrerbedarfs mit der Situation an den Hochschulen

Antr
s. *Haushalt (Lebensführung)*
Drs 13/698

Netzwerkbetreuer und Multimediaberater

Zahl, Aufgaben und Aufwand o.g. Lehrkräfte; Anpassung der Fortbildung an den ständigen Wechsel der Systemanforderungen; Umfang der Aufgabe der Tätigkeit wegen Arbeitsüberlastung; Integration des PC in den Unterricht; Hilfen zur Erkennung problematischer Inhalte im Internet; Kompensation der nicht verfügbaren Mittel der LStiftung für die Lehrerfortbildung im IT-Bereich; Unterstützung der Schulträger bei der Anschaffung und Wartung schulischer Netzwerke

Antr
s. *Medien*
Drs 13/783

Schulen in freier Trägerschaft

Entwicklung der Schülerzahlen und Träger o.g. Schulen seit den fünfziger Jahren, Zahl der gestellten und abgelehnten Anträge auf Einrichtung seit 1992; Bewertung der pädagogischen Profile und Qualität im Vergleich zum staatlichen Schulsystem, Modelle des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern; Auswirkungen der G 8-Züge und der Oberstufenreform; Umfang und Förderung von Ganztagsangeboten; Höhe der Gebühren und Kosten je Schüler, Heranführung an die Förderung von 80 % der Kosten eines vergleichbaren staatlichen Schülers, Unterstützung des Schulhausbaus sowie der Medienausstattung, Partizipation an den Sonderprogrammen, Novellierung des PrivatschulGes

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Unterrichtsversorgung im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/855

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Mobilfunk und Schulen

Minimierung gesundheitlicher Risiken von elektromagnetischen Feldern, Ausschluss von Mobilfunkmasten auf Grundstücken mit Kindergärten und Schulen sowie deren Umfeld, Weiterempfehlung entsprechender Beschlüsse der Stadt Freiburg, Untersa-

gung der Nutzung von Handys an Schulen

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/917

Unterrichtsvorsorgung im LKreiss Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/945

Medienausstattung an Schulen

Auswirkungen der Verwendung von PC auf die Leistungen der Schüler nach einer Studie der Organisation Educational Testing Service von 1998 in den USA

KlAnfr
s. *Medien*
Drs 13/976

Gewaltprävention an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Gewalt an Schulen differenziert nach Schularten und Klassenstufen in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, Einflüsse von Gewalt in den Medien, Bewertung von Projekten wie „Netzwerk gegen Gewalt“, „Faustlos“, Streitschlichtung, Jugendsozialarbeit u.a.; Auswirkungen von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, der Aus- und Fortbildung von Lehrern, von privaten Initiativen sowie der Zusammenarbeit mit Eltern

Antr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/987

Interkulturelle Kompetenz

Verankerung der interkulturellen Kompetenz in den Lehr- und Bildungsplänen der Universitäten, PH und Fachschulen; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz in Schulen und Kindergärten; Erfahrungen mit Schulversuchen; Ausbildung und Einstellung von Migranten

GrAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/1012

Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen

Ursächliche Faktoren und Daten der Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2002 im Vergleich zum Vorjahr; Festhalten am bisherigen Verfahren zur Erhebung und Veröffentlichung der Daten

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1017

Soziale Schulqualität und schulinterne Evaluation

Zahl und Aufwand der am o.g. wissenschaftlich begleiteten Projekt beteiligten Lehrkräfte, Kostenanteile von Bund und Land; Gewährung von mindestens zwei Anrechnungsstunden pro Schuljahr für die beteiligten Lehrer

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 17.05.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1020
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.07.2002 Drs 13/1232 S.

75

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Unterrichtsvorsorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1040

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/1047

Unterrichtsvorsorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1099

Unterrichtsvorsorgung im LKreiss Ludwigsburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1149

Unterrichtsvorsorgung an Schulen im LKreiss Schwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1158

Empirische Bildungsforschung in BW

Entwicklung der personellen und sächlichen Ausstattung o.g. Einrichtungen innerhalb und außerhalb der Hochschulen seit 1993, Mittelbereitstellung für Projekte der Lehr-Lern-Forschung und Weiterentwicklung der Fachdidaktiken, Einfluss der Forschungsergebnisse in die Aus- und Weiterbildung der Lehrer und in die Schulentwicklung; Vorlage eines Konzepts zur Weiterentwicklung der empirischen Bildungsforschung

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 13/1160

Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte an den Schulen in BW

Flächendeckende Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle an einigen Schulen und allen Schularten unter Einbeziehung der Lehrerverbände; Berücksichtigung von Lehrerarbeitsplätzen in den Schulbaurichtlinien

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 13/1166

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1169

Bedarf an Lehrerstunden im Schuljahr 2002/2003

Angemeldeter Bedarf und tatsächliche Zuweisung von Lehrerstunden im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, für Arbeitsgemeinschaften, bei Stütz- und Förderunterricht, Kursen u.a. an den einzelnen Schularten

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1177

Unterrichtsversorgung im LKreis Reutlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1217

Unterrichtsversorgung im LKreis Biberach

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1218

Unterrichtsversorgung im Oberschulamtsbezirk Freiburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1238

Schulsponsoring

Bedeutung, Rahmenbedingungen und Grenzen von Schulsponsoring

KlAnfr

s. *Sponsoring*

Drs 13/1286

Unterrichtsversorgung im LKreis Ortenaukreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1321

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1326

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1349

Unterrichtsversorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald
Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1389

Gewalt an Schulen des Rems-Murr-Kreises

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/1417

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ausschreibung des o.g. Projekts für 400 Schulen und die Dauer von sechs Jahren, Gewinnung und Zuweisung zusätzlicher Lehrerstunden durch Reorganisation der Schulverwaltung, Einrichtung einer Steuerungsgruppe im KM, Übernahme der Personal- und Budgetverantwortung durch die Schulleiter, Delegation von Leitungsaufgaben, Bildung von Personalvertretungen, erweiterte Mitsprache von Eltern und Schülern, Übertragung der Verantwortung für die Lehrplan-, Unterrichts- und Arbeitszeitgestaltung sowie neue Formen der Leistungsmessung und -bewertung, Kooperation mit außerschulischen Einrichtungen, Ermöglichung der Weiterentwicklung des Schultyps, interne und externe Evaluation u.a.

Antr GRÜNE 07.11.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1476 (16 S.)
ÄAntr GRÜNE 09.12.2003 Drs 13/2707
ÄAntr CDU und FDP/DVP 09.12.2003 Drs 13/2717
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3972-3980
BeschlEmpf und Bericht SchulA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 26 27
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Übungsleiter in schulischen Ganztagsangeboten

Möglichkeiten zur Optimierung o.g. Angebote durch den Einsatz qualifizierter Übungsleiter der Sportvereine, Bewertung als Beitrag zur Betreuung sowie zur Förderung des Sports in Schule und Verein

KlAnfr
s. *Sportleiter*
Drs 13/1482

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Karlsruhe

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*

Drs 13/1502

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Musikvereinen

Etatansätze zur Förderung der Zusammenarbeit Schule/Verein bzw der Kooperation mit Musikvereinen im Hpl 2002/03, Zahl und Fördervolumen der gestellten und bewilligten Anträge insgesamt bzw im Rems-Murr-Kreis in den letzten drei Jahren

KlAnfr Hans Heinz u.a. CDU 29.11.2002 und Antw KM Drs 13/1564

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1614

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschrieben und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1663

Gewalt an Schulen im Schulamtsbereich Schwäbisch Gmünd

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/1719

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schü-

ler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Umfang des vorgesehenen und vollzogenen Stellenabbaus im Ministerium, in den Oberschul- und Schulämtern in den letzten zehn Jahren; Zahl, Aufgaben und Eingruppierung der im selben Zeitraum dort beschäftigten bzw abgeordneten Lehrkräfte; Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate; Frage nach den rechtlichen Grundlagen und Beschlüssen des Ltg zur Praxis der Abordnungen und Freistellungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1744

Stärkung der Erziehungspartnerschaft

Tatsächliche und wünschenswerte Beteiligung von Eltern am Schulleben, Beteiligungsrechte und -pflichten im Vergleich mit anderen BLändern, Bewertung von Zielvereinbarungen und Fördervereinen von Schulen, Möglichkeiten zur Erhöhung der Teilnehmerzahlen an Elternabenden, Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Hausbesuche von Lehrern

Antr
s. *Mitwirkung im Schulwesen*
Drs 13/1758

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Thin-client-Netzwerke an Schulen

Kostenvergleich der o.g. Lösung mit der bisher üblichen Ausstattung von PC-Räumen und Multimediarechnern, insbes bei Verwaltung, Wartung, Nutzung und Ersatzbeschaffung; Information der Schulen und Kommunen über die Thin-client-Technologie

Antr
s. *Computer*
Drs 13/1785

Unterrichtsversorgung im LKreis Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Zahlen und Gründe für Frühpensionierungen in den vergangenen zehn Schuljahren; Maßnahmen zur Umsetzung des ArbeitsschutzGes an Schulen; Beteiligung von Schulen, Schulkindergärten und Lehrkräften an der Testphase 2002; Vorlage, Interpretation und Konsequenzen der Ergebnisse; Ausbau der Stelle des Betriebsarztes als Anlaufstelle und weisungsfreie Zuordnung als Stabstelle der Ministerin bzw dem Ministerialdirektor; Anstrengung einer Einigung mit den Kommunen über die Finanzierung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/1933

Struktur und Effizienz der pädagogisch-psychologischen Beratung an baden-württembergischen Schulen

Zahl, Aus- und Fortbildung der Beratungslehrer an den einzelnen Schularten; Kooperation mit den Schulpsychologen- und Schulberaterstellen an den Oberschulämtern u.a. Institutionen; Anstrengung der Konzeption eines integrierten Beratungsangebots

Antr
s. *Beratungslehrer*
Drs 13/1969

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1971

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1988

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1989

Umgang mit Gleichgeschlechtlichkeit in den Schulen

Sensibilisierung der Lehrer und Schüler zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Entwicklung geeigneter Unterrichtsmaterialien und Verankerung in den Bildungsplänen; Frage nach physischer und psychischer Gewalt gegen Schüler aufgrund ihrer Homosexualität in den letzten fünf Jahren

Antr

s. *Homosexualität*

Drs 13/1997

Bildungsstandards in BW

Entwicklung von schulartübergreifenden Bildungsstandards, von Diagnosearbeiten und Kerncurricula; Einsetzung interdisziplinärer Kommissionen unter Einbeziehung der Lehrer und Elternvertreter; Einräumung weitgehender Selbstständigkeit und Freiräume der Schulen; Berücksichtigung von Leistungsaspekten sowie von sozialen, interkulturellen und emotionalen Kompetenzen bei der externen Evaluation der Schulen und Schüler; Initiierung einer öffentlichen Debatte unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse des von der LReg eingesetzten Bildungsrats

Antr

s. *Bildung*

Drs 13/2009

PISA 2003: Übung oder Manipulation im Vorfeld des Tests?

Auflistung der an o.g. Vergleichsstudie teilnehmenden Schulen und der Auswahlkriterien, Vorbereitung der Lehrkräfte und Schüler, Angebot von Lernmaterialien durch Schulbuchverlage, Beurteilung der in Bayern eingerichteten speziellen Lerngruppen

Antr

s. *Bildungsforschung*

Drs 13/2048

Religionsunterricht

Zahl der evangelischen, katholischen u.a. Konfessionen angehörenden Schüler an den verschiedenen Schularten und Klassenstufen; Anteil der Teilnahme am jeweiligen Religionsunterricht; Rechtsgrundlage der Unterrichtserteilung neben der evangelischen und katholischen Kirche

Antr

s. *Religion*

Drs 13/2057

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Ausmaß und Konsequenzen von Übergewicht bei Kindern, Programme und Maßnahmen von Land und Bund zur Vermittlung einer gesunden Ernährungsweise in Kindergärten und Schulen;

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken, Ausbau der Fortbildungsangebote für Lehrer, Durchführung von Projekten und Wettbewerben

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2059

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/2136

Überführung der weiterführenden Schulen in ein zweigliedriges Schulsystem

Schaffung wohnortnaher Gemeinschaftsschulen für den Hauptschulabschluss und die mittlere Reife sowie Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe I und II ab Klasse 7, Novellierung des SchulGes

Antr SPD 31.07.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2320

BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Neue Schule, neue Lehrer - Ein Konzept für die Reform der Lehrerbildung

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an den Universitäten und PH; Regelungen zur Gliederung und Dauer des Hochschulstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Weiterqualifikation; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen; Koordination der Weiterbildungsangebote von Schulen, Akademien, Hochschulen und den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/2322

Zukunft der Jugendsozialarbeit an Schulen

Bisher gestellte, bewilligte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern auf Einrichtung und finanzielle Unterstützung von Schulsozialarbeit; künftige Chancen solcher Anträge; Abwendung einer Kürzung der Zuschüsse

Antr

s. *Sozialarbeit*

Drs 13/2337

Umsetzung des neuen Waffenrechts an den Schulen

Information der Schüler über die neue Rechtslage; Zahl der von Polizei und Lehrern sichergestellten Messer, Elektroschocker, Wurfsterne u.ä.; weiterer Verbleib dieser Waffen; Beurteilung

des (erfolgreichen) Angebots der Bremer Polizei zur anonymen und straffreien Waffenabgabe

KlAnfr
s. *Waffenrecht*
Drs 13/2433

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts als Konsequenz aus den elfjährigen Erfahrungen, Stärkung der Elternrechte und zieldifferente Integration durch eine entsprechende Änderung des SchulGes

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 14.10.2003 und Antw KM Drs 13/2493

Erhebung von Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen - Starttermin und Kosten des Projekts „Schulverwaltung am Netz“

Einhaltung des Starttermins und der kalkulierten Kosten beim Projekt SVN? Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform; Schulung der Schulleitungen und -sekretariate, Verfügbarkeit eines uneingeschränkten Zugangs zum Internet; stichprobenhafte Ermittlung o.g. Daten für das laufende Schuljahr und Veröffentlichung

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2563

Schulmilch an Baden-Württembergs Schulen

Aktionen zum Verkauf von Milchprodukten an Schulen, Vergleich mit anderen BLändern, Interesse der Milchwirtschaft

KlAnfr
s. *Milch*
Drs 13/2591

Abordnung von Lehrkräften in die Schulverwaltung

Kriterien und Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schularten, Qualifikation und Aufgaben dieser Lehrkräfte, Maßnahmen zur Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/2611

Situation der Sportvereine in BW

Höhe der Übungsleiterzuschüsse und Mittel für die Kooperation Schule/Verein; Entwicklung des Schulsports und der Zahl von Sportlehrern an den einzelnen Schularten

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote an Ganztageeinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/2647

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr FDP/DVP 26.11.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2666 (13 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 13 14
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Sachstand und Perspektiven für einen umfangreichen Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Beurteilung der Vorschläge des Bundesjugendkuratoriums und des Landesjugendrings; Ausstattung der Schulämter mit Kooperationsbeauftragten vor und nach der Verwaltungsreform; Anstreben von Rahmenvereinbarungen mit landesweit operierenden Trägern außerschulischer Jugendarbeit und Jugendbildung; Förderung der Schulsozialarbeit sowie der Eltern- und Familienbildung; Evaluation der Konzepte beim Ausbau der Ganztagschulen mithilfe des Investitionsprogramms der BReg; Verankerung einer Kooperationsverpflichtung der Schule mit der Jugendhilfe im SchulGes

Antr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/2695

Teilnahme Baden-Württembergs an Vergleichsstudien im Bildungsbereich

Auflistung der an nationalen und internationalen Vergleichsstudien teilnehmenden Schulen, des jeweiligen Aufwands, der Untersuchungsgegenstände und Zielsetzungen; Frage nach den an der Studie „Vergleichsarbeiten in der Grundschule“ teilnehmenden BLändern, Gründe für die Verweigerung der Teilnahme

durch das KM

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/2749

Teufel'sche Verwaltungsreform - Verhinderung einer sinnvollen Schulverwaltungsreform

Gegenüberstellung der Pläne des MinPräs und des KM, Auswirkungen der Eingliederung der Schulverwaltung in die Landratsämter und RegPräs, insbes Regelung der Zuständigkeiten für die Dienst- und Fachaufsicht, Zusammenarbeit der bisherigen Oberschulämter mit den Schulämtern und Schulen, Entwicklung der Schulautonomie, der Evaluation, der Frauenförderung u.a.; Aufgabe der Pläne des MinPräs, Einrichtung von Schwerpunktschulämtern als pädagogische Zentren, Abstimmung einer Schulverwaltungsreform mit allen am Schulleben Beteiligten

Antr
s. *Schulbehörde*
Drs 13/2786

Haushalt 2004; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

s. *Schulunterricht*
Drs 13/2804

Singen mit Kindern

Bedeutung und Fördermöglichkeiten des gemeinsamen Singens und Musizierens in der Familie, im Kindergarten und in der Schule; Erfahrungen mit dem Ausbildungsangebot Singmentor; Nachwuchsförderung im Chorwesen; finanzielle Unterstützung entsprechender Institutionen und Initiativen; Verankerung der Musikausbildung in der Erzieherinnen- und Lehrerausbildung; Ausbau der Kooperation zwischen Kindertageseinrichtungen, Schulen und Musikvereinen

Antr
s. *Musik*
Drs 13/2862

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Initiative KURS - Kooperationsnetze zwischen Unternehmen der Region und Schulen

Stärkung der Berufsorientierung und Wirtschaftskompetenz der Schüler, Erfahrungen und weitere Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Auflistung der beteiligten Schulen und Unternehmen sowie der Unterstützung vonseiten der Kammern und Wirtschaftsverbände

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2875

Förderung moralischer und demokratischer Kompetenzen an den Schulen

Verankerung in den Bildungsplänen sowie bei der Lehrerausbildung und -fortbildung

Antr
s. *Ethik*
Drs 13/2921

„Lions-Quest-Programm“ an Schulen in BW

Erfahrungen und Perspektiven des o.g. Programms zum sozialen Lernen, Ausbildung der Lehrer für dieses projekthafte Arbeiten, Weiterführung und Finanzierung durch die Lions-Clubs?

Antr
s. *Sozialkompetenz*
Drs 13/2922

Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05

Stand und Ziele der Bildungsplanreform 2004, Einbeziehung der am Schulleben Beteiligten, Auswirkungen auf die Schule und Unterrichtskultur sowie den Raum- und Lernmittelbedarf, Begründung des Verzichts auf schulartübergreifende Bildungsstandards, Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3073

Bildungsstandards in BW - alter Wein in neuen Schläuchen?

Fachliche Grundlagen, Vorgaben und Ziele der von den Kommissionen erarbeiteten Bildungsstandards; Berücksichtigung der bestehenden Lehrpläne; Entwicklung von bundesweit vergleichbaren Evaluationsverfahren und Diagnosehilfen; Stellenwert der individuellen Förderung und der Kontingenzstundentafeln; Erweiterung der Qualitätssicherung auf das Gesamtsystem Schule; Abbau der sozialen Schieflage bei den Grundschulempfehlungen; Erarbeitung eines schulartübergreifenden Basisbildungsplans, schrittweise Einführung über einen längeren Zeitraum, Reduzierung des Kerncurriculums auf 50 %

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3133

Chancengleichheit bei der Nutzung von Informationstechnologie in den Schulen

Ausstattung der Schulen und Klassen mit PC und Internetzugang, außerschulische Möglichkeiten der Schüler, insbes auch zur Bewältigung bestimmter Hausaufgaben; Einräumung von Nutzungsmöglichkeiten durch die Schulen auch außerhalb des Unterrichts, Anrechnung der Lehreraufsicht auf deren Unterrichtsverpflichtung

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3148

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes? Ausweitung des Modells der Falkenhausenschule Kehl - Grundschule mit bilingualen deutsch-französischen Klassen

GrAnfr
s. *Europäische Regionen*
Drs 13/3251

Chancen und Möglichkeiten der Kooperation von Jugendarbeit und Schule für die Jugendbildung

Bewertung des o.g. Förderprogramms; Akzeptanz und Nutzen der Träger, Schulen und der teilnehmenden Jugendlichen; Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Evaluation des Programms, insbes Ausweitung der Fördermodalitäten und Modifikation der Öffentlichkeitsarbeit

Antr
s. *Jugendbildung*
Drs 13/3366

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Vergleich der im öffentlichen Schulwesen entstehenden Kosten mit den jeweils entsprechenden Zuschüssen für die privaten Schulen

Mittlg
s. *Privatschule*
Drs 13/3434

Gesundheits- und Arbeitsschutz in Schulen

Entwicklung der Versetzungen von Lehrkräften in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit in den letzten fünf Jahren im Vergleich mit anderen BLändern und mit dem gesamten öffentlichen Dienst; Auswirkungen der Teildienstfähigkeit und der Verwaltungsreform; Ergebnisse und Konsequenzen der in einem Pilotprojekt 2002 erstellten Gefährdungsanalysen an Arbeitsplätzen; Umsetzung eines präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes für alle Schulen und Schulkindergärten; Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/3442

Gewalt an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung o.g. Fallzahlen seit 1994, Erkenntnisse über Täter und Opfer, Anteil von und Umgang mit Wiederholungstätern, Unterstützung von Eltern bei Erziehungsproblemen, Einbindung in präventive Maßnahmen, Verankerung der Thematik in der Lehrerbildung; Zusammenfassung aller Projekte zur Gewaltprävention zu einer Handreichung für die Schulen

Antr
s. *Gewaltanwendung*
Drs 13/3464

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Verfügbare Stundenzahl an den allgemein bildenden Schularten für Lehrerreserve/Krankheitsvertretung, Stütz- und Förderunterricht, Förderunterricht für ausländische und rechenschwache Kinder sowie Legastheniker, für Arbeitsgemeinschaften, zusätzliche Klassen u.a. Maßnahmen; Vergleich der Daten des abgelaufenen Schuljahres mit denen der Schuljahre zuvor

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3473

Krankenstellvertretungen in Schulen

Darlegung des o.g. Bedarfs nach Schulamtsbezirken infolge Einrichtung zusätzlicher Klassen, Beurlaubungen wegen Mutterschutz, Pensionierungen oder langfristigen Ausfällen wegen Krankheit; verfügbare Personalreserven und Finanzmittel, z.B. für zeitlich befristete Einstellungen

Antr
s. *Krankheitsvertretung*
Drs 13/3632

Verlässliche Verankerung von psychosozialen Unterstützungsstrukturen und Schulsozialarbeit an baden-württembergischen Schulen

Zahl der Schulpsychologen, Betreuungsrelation zu den Schülern im Vergleich mit anderen BLändern, Rahmenvereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendverbänden; langfristige Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit an den bisherigen und neu beantragten Standorten; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen der angekündigten wissenschaftlichen Begleituntersuchung

Antr
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/3636

Auswirkung der Bildungsplanung auf die Schulbaurichtlinien

Überarbeitung der Schulbaurichtlinien für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen aufgrund der in den neuen Bildungsplänen verankerten Anforderungen, insbes im Hinblick auf neue Medien und lernfeldbezogene Didaktik

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/3684

Reisekosten bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Höhe und Art der Berechnung des pauschalen Verfügungs Betrags an Reisekosten für Lehrkräfte und Begleitpersonen für die einzelnen Schulen, Anteil der direkt zugewiesenen Mittel und der nicht ausgeschöpften Mittel, Unterbindung der Ausschöpfung dieser Mittel durch das KM im Zuge der Haushaltsrestriktionen; Rückkehr zur bisherigen Praxis der Befriedigung von Nachforderungen der aktiven Schulen aus den nicht abgerufenen bzw zunächst zurückgehaltenen Mitteln

Antr
s. *Reisekosten*
Drs 13/3691

Kooperation Jugendarbeit und Schule

Entwicklung der Zuschüsse für das o.g. Förderprogramm, Umfang und Auswirkungen von Kürzungen für die betroffenen Einrichtungen und Projekte, u.a. des DRK und des Badischen Sportbunds

Antr
s. *Jugendarbeit*
Drs 13/3717

Abordnungen von Lehrkräften im LKreis Ludwigsburg

Zahl o.g. Abordnungen aus den einzelnen Schulen an das Ministerium, Schulämter, LEU u.a. Einrichtungen; Umfang der entzogenen Deputate in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/3772

Adelsprädikat und Schuldienst

Gründe für die Aufnahme der Spalte „Adelsprädikat“ in den „Antrag auf Einstellung in den Schuldienst des Landes über die Allgemeine Bewerberliste 2004/2005“

MdlAnfr
s. *Adel*
Drs 13/3827

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemein bildenden Schulen, Berufs- und Sonderschulen; Umfang und

Auswirkungen des Abbaus von Lehrerstellen und Schulstandorten im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen; Veränderung des Bedarfs an GHS-Lehrern mit der Schließung von Grund- und Hauptschulen; Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserten Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr SPD 03.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3835

Mentorinnen- und Mentorenprogramm in der Schule

Zahl der ausgebildeten und eingesetzten Mentoren an den verschiedenen Schularten in den letzten fünf Jahren; Art der Finanzierung und Inhalte der Ausbildung; Einbeziehung von Verbänden u.a. Einrichtungen; Einsatzmöglichkeiten iRd offenen Ganztagschule; Vorbereitung der Lehrer auf Mentoren in ihrer Ausbildung

Antr

s. *Mentor*

Drs 13/3872

Präventionsarbeit gegen Rechts an baden-württembergischen Schulen

Pädagogische Konzepte zur Vorbereitung der Lehrkräfte auf rechte und rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit unter den Schülern, Art und Akzeptanz von Fortbildungsangeboten, Projekte an den einzelnen Schulen und Schularten, Kooperationen mit außerschulischen Einrichtungen, Gedenkstätten u.a.; Frage nach einer flächendeckenden Umsetzung des bisher modellhaft durchgeführten Civic-Modells zur Förderung der Demokratiefähigkeit von Schülern

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/3882

Unterrichtsausfall an den Schulen in Stuttgart

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/3886

Rauchfreie Schulen

Entwicklung des Rauchens von Kindern und Jugendlichen in den letzten zehn Jahren; Bewertung der bisherigen Maßnahmen sowie des Vorgehens anderer BLänder; Erlass eines generellen Rauchverbots für Schüler und Lehrer sowie Ausbau der Aufklärungs- und Vorbeugungsmaßnahmen

Antr

s. *Rauchen*

Drs 13/3926

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KIAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/3995

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Reform der Bildungseinrichtungen und -konzepte, Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen und Hochschulen, Beschäftigung der Lehrer als Angestellte sowie der Professoren iR eines Personalbudgets, Berufung der Schulleiter auf Zeit, Auflösung der Oberschulämter, Verlagerung der Schulaufsicht auf die Schulämter, Schaffung eines neuen Solidarpakts mit den Hochschulen, Einführung von StudienCredits für die Studenten, Zuweisung der Bauherrengenschaft an die Universitäten

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Generelles Rauchverbot an Schulen in BW

Gesundheitsgefahren durch das Rauchen für Kinder und Jugendliche, präventive Maßnahmen der LReg im Vergleich zu anderen BLändern und europäischen Ländern; Entwicklung der Zahlen von rauchenden Kindern, der Gründe und des Einstiegsalters seit 1995; Vorlage eines GesEntw zu einem generellen Rauchverbot an Schulen

Antr

s. *Rauchen*

Drs 13/4093

Europäisches Jahr der Demokratieerziehung 2005

Zielsetzungen, Organisation und Umsetzung des o.g. Projekts des Europarats; Stellenwert der Demokratieerziehung in den Schulen bzw in der Lehreraus- und -fortbildung; Art der Einbindung von außerschulischen Einrichtungen

Antr

s. *Demokratie*

Drs 13/4166

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Partnerschaften, Projekte, Lehrer- und Schüleraustausch zwischen Schulen im Ortenaukreis und Elsass, Stand der Einrichtung eines Ausbildungsgangs mit Zusatzfunktion an der Kaufmännischen Schule in Lahr und dem Lycee Oberlin in Straßburg, Anwendung der bilingualen flexiblen Module iR von Lerngruppen für besonders begabte Schüler an Gymnasien, Zahl der unterrichtenden Lehrer mit dem Abschluss Europalehramt

Antr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/4245

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2009 ausscheidenden Lehrkräfte, Auflistung der davon besonders betroffenen Schulen und Fächer

KIAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/4249

Stundenausfall an den Schulen im Hohenlohekreis

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und lau-

fenden Schuljahr

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4253

Stundenausfall an den Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4254

Schiller-Jubiläumsjahr an den Schulen BW

Berücksichtigung an den Schulen und iRd Lehrerfortbildung, angebotene Arbeitshilfen

MdlAnfr
s. *Schiller, Friedrich von*
Drs 13/4204

Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Neckar-Odenwald

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Förderschulen, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr; Ermöglichung von Förderstunden an den Grundschulen durch Klassenteilungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4337

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung einer flächendeckenden Sprachförderung, eines Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten sowie eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung; Einführung der 6-jährigen Grundschule, der 4-jährigen Regionalschule und des 6-jährigen Gymnasiums, Verankerung einer Kooperationspflicht von Jugendhilfe und Schule sowie der Ganztagschule als Regelschule, Novellierung des SchulGes; Ausbau der Eigenständigkeit der Schulen, der integrativen Schulprojekte sowie des beruflichen Schulwesens; inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung und -fortbildung, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an Universitäten und PH; Konzentration der Kompetenzen des KM und MWK in einem Bildungsministerium

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/4376

Suchtprävention an baden-württembergischen Schulen

Bewertung der Projekte gegen Alkohol, Tabakprodukte u.a. legale und illegale Drogen in den letzten drei Jahren; Initiierung weiterer ehrenamtlicher Aktionen, Gewinnung der Eltern, Behandlung des Themas Sucht im Unterricht, Schulung der Lehrkräfte, Maßnahmen gegen negative Medieneinflüsse, Vermeidung von Essstörungen; Wirksamkeit der höheren Besteuerung von Alcopops

Antr
s. *Suchtbekämpfung*
Drs 13/4377

Schulbesuch von Flüchtlingskindern in BW

Zahlen über den Schulbesuch der berechtigten Kinder von Asylbewerbern; Frage nach Fällen der Abweisung, des Fernbleibens sowie des Schulausschlusses und den dafür relevanten Kriterien; Übernahme der Kosten für die Nutzung öffentlicher Ver-

kehrsmittel, für eine sonderpädagogische Betreuung in Sondereinrichtungen sowie für die intensive schulische Betreuung von (schwerst-)behinderten Kindern?

KlAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/4445

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquête eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4559

Unterrichtsversorgung im LKreis Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4598

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/4615

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4746

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/4781

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4800

Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen kulturellen Projekten und Einrichtungen

Beurteilung bzw Förderung o.g. Vorhaben, Untersuchungen über die Nachhaltigkeit solcher Projekte

KlAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/4804

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Leserechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4819

Ges zur Änd des SchulGes von BW

Verbot des Rauchens im Schulgebäude und auf dem Schulgelände

GesEntw
s. *Rauchen*
Drs 13/4895

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr
s. *Schulunterricht*

Drs 13/4912

Häusliches Arbeitszimmer der Lehrerinnen und Lehrer; geplante Abschaffung der steuerlichen Anrechnung im Koalitionsvertrag der neuen BReg

Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf solche Räumlichkeiten, die den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellen; Auswirkungen für die Lehrkräfte angesichts der mangelnden Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Arbeitsplätzen, Einrichtung solcher Arbeitsplätze in Stufen durch eine Änderung der Schulbaurichtlinien? Einschätzung des jeweiligen Kostenaufwands für das Land und die Kommunen

KlAnfr
s. *Arbeitsstätte*
Drs 13/4969

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern - Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4970

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5030

Tierschutz im Unterricht

Verankerung des Tierschutzes in den neuen Bildungsplänen, Fortbildung der Lehrer und Multiplikatoren, Kooperationen mit den anerkannten Tierschutzverbänden zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter für Tierschutzprojekte iR von Ganztagsangeboten und -schulen, Ausweitung der Angebote an Schulbauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung, Öffnung und jährliche Auslobung des Tierschutzpreises für Schüler aller Jahrgangsstufen, flächendeckende Zusammenarbeit mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/5042

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Ermöglichung der Weiterentwicklung selbstständiger Schulen zu Basisschulen bis zum Ende der Sekundarstufe I, Verankerung der gemeinsamen Basisschule (Regionale Schule) als Regelschule, Ermöglichung unterschiedlicher mittlerer Abschlüsse an allen bestehenden Schularten am Ende der Sekundarstufe I, Orientierung des Schulwesens am gemeinsamen Lernen aller Schüler mit individueller und differenzierter Förderung

GesEntw GRÜNE 20.01.2006 Drs 13/5083
1. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7753-7759
Mittlg LtgPräs 06.02.2006 Drs 13/5132
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5139
2. Beratung PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7994-8000 (Ablehnung)

Unterrichtsversorgung im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5182

Konkreter und verlagertes Unterrichtsausfall

Umfang und Gründe des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den einzelnen Schulen und Schularten, Maßnahmen zur pädagogisch und fachlich kompetenten Erteilung des vorgesehenen Unterrichts nach dem Bildungsplan

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5200

Qualität der Schule in BW, Investitionen in den Schulbereich im Ländervergleich, Nachholbedarf bei der Ganztagsbetreuung, Finanzierung der Multimedia-Offensive und von Schulsozialarbeit

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 67 75 76 79 86 87 89 94 100 101 104 109-112 116 117 123

Konsequenzen der PISA-Studie im Schulwesen, Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen in Verbindung mit vergleichbaren Leistungsstandards, Einführung von Controlling im Schulbereich

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734-749 784

Qualität der Schule in BW, Investitionen in den Schulbereich im Ländervergleich, Finanzierung der Multimediaoffensive, Stärkung der Eigenständigkeit der Schule

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797 798 804-806 808 811 812 816 819 821-823 827

Qualität der Schule in BW, Finanzierung der Kinderbetreuung und Schulausstattung mit PC

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 836 839 845 849 850 855

Qualität der Schule in BW, Finanzierung der Multimedia-Offensive, Mittelbereitstellung für Schulreformen, Einräumung von mehr Selbstständigkeit der Schulen, Fortentwicklung der Kooperation Schule/Verein

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987-1000 1002-1011

Integrationshilfen für ausländische Kinder in den Schulen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1227-1229 1233 1234 1236 1237 1240-1242

Konsequenzen aus der PISA-Studie, Weiterentwicklung der Schulpolitik, Einräumung von mehr Autonomie, Einrichtung einer Enquetekommission, Ganztagsangebote aus Schulentwicklungsprozessen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1735-1772

Kritik am Verbot einer Ausstellung zum Neofaschismus an Schulen; Stärkung der Gewaltprävention und Medienpädagogik an den Schulen; Einführung von Ethikunterricht ab der ersten Klasse; Situation und Perspektiven der Hauptschulen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2445-2447 2452 2453 2457-2459 2461-2463 2468-2470 2484-2486 2496-2518

Qualitätsentwicklung der Schule in BW nach den internationalen Vergleichsstudien, Integration von Migrantenkindern, Zusammenarbeit mit den Eltern, Festhalten an der wohnortnahen Schulversorgung, Einräumung von mehr Eigenverantwortung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2807-2841 2847 2848

Handlungsbedarf für die Selbstständigkeit der Schulen nach den Ergebnissen der PISA-Studie; Ausgaben zur Ausländerintegration an den Schulen; Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Anforderungen des Arbeitsmarkts an die Schulpolitik

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2908 2932 2992 2994 2995

Kritik an geplanten Cross-Border-Leasing-Geschäften mit Schulen in Stuttgart; Verbesserung der Eigenständigkeit der Schule mit der Zusammenführung der Staatlichen Akademien zu einer Landesakademie für Lehrkräftefortbildung, Forderung eigener Fortbildungsbudgets der Schulen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3496 3497 3513-3518

Investitionen in die Bildungspolitik, Qualitätsentwicklung der Schulen in BW, Übertragung von Aufgaben im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3601 3624 3625 3632-3634 3641 3648 3651-3653

Verbesserung der Eigenständigkeit der Schule mit der Zusammenführung der Staatlichen Akademien zu einer Landesakademie für Lehrkräftefortbildung, Forderung eigener Fortbildungsbudgets der Schulen

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3751-3754

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen einem erfolgreichen Abschneiden bei der PISA-Studie und der Modernisierung des Schulwesens, Stärkung der Eigenverantwortung der einzelnen Schule, Einrichtung von Ganztagsangeboten an allen Schularten

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3834-3848

Begleitung der Schulen bei der Umsetzung der Innovationen und auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4272 4274-4278 4303

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG, Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385-4408

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG, Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Unterricht an öffentlichen Schulen; Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und Präsenzzeit der Lehrer an den Schulen

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699-4724 4753-4761

Beteiligung der Schüler und Eltern an der Weiterentwicklung und Evaluation der Schule

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4881-4887

Auftistung einzelner Elemente der Schulreformen, Ausbau der Selbstständigkeit der einzelnen Schule

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5134 5151

Einstellungen im Schulwesen seit 2001, Ausbau der Selbstständigkeit der einzelnen Schulen, Plädoyer für eine Abkehr vom selektiven Schulsystem, Umstellung auf eine neunjährige gemeinsame Schule, Ausbau der bewegungsfreundlichen Schule

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-5999 6001-6009 6025

Spitzenstellung des Landes in der Schul- und Bildungspolitik, Verknüpfung von Betreuung und Schule, Abschneiden der Schulen bei der PISA- und IGLU-Studie

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6402 6411-6414 6424-6435

Überforderung der Schulen mit Erziehungsdefiziten der Schüler, stärkere Unterstützung der Lehrer und schwachen Schüler, Ausstattung der Schulen mit Budgets, Wertevermittlung in der Schule, Ermöglichung von integrativen Modellen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6465 6466 6474 6486 6495 6496 6499-6501 6504 6509

Abschneiden der Schulen bei der PISA-E-Studie 2003, Verweisung auf das starke dreigliedrige Schulsystem, Einräumung von noch mehr Eigenverantwortung der Schulen, Schaffung einer Rechtsgrundlage für die neue Schulstatistik und das Berichtswesen E-Stat

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955-6968 6982-6986

Anmahnung einer systematischen Verknüpfung von Schule und Jugendhilfe, Bewertung der Schule als Alternative zum Medienkonsum; Intensivierung der Demokratieerziehung in der Schule

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7056-7065 7067 7083

Umsetzung eines Leitbilds für das Kinderland BW gemeinsam mit den Schulen, Anstöße für eigenständige Schulentwicklungsprozesse, stärkere Öffnung der Schulen für die Eltern, Mittelbereitstellung zur Finanzierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter iRd Ganztagsbetreuung; Plädoyer für ein zweigliedriges Schulsystem

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200-7219 7223-7253

Angebote und Maßnahmen zur schulischen Integration von Migrantenkindern; Forderung eines generellen Rauchverbots an Schulen; Weiterentwicklung der Schulen zu neunjährigen Basis-schulen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650 7651 7654-7656 7661 7662 7667 7669 7747-7751 7753-7759

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, Plädoyer für eine Abkehr vom selektiven Schulsystem, Ermöglichung der Weiterentwicklung von Schulen zu integrierten Basisschulen, Bereitstellung von Schulbudgets; Übernahme von pädagogischen Ansätzen der Privatschulen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7933-7954 7969-7975 7994-8000

Schule für Erziehungshilfe

s. Sonderschule

Schule für Gehörlose

s. Sonderschule

Schule für Hörgeschädigte

s. Sonderschule

Schule für Kranke

s. Sonderschule

Schule in freier Trägerschaft

s. Privatschule

Schulentwicklung

s. Schule

Schulfach

s.a. Biologie

s.a. Chemie

s.a. Ethik

s.a. Fremdsprache

s.a. Geographie

s.a. Lerntechnik

s.a. Mathematik

s.a. Musik

s.a. Naturwissenschaft

s.a. Physik

s.a. Politische Bildung

s.a. Rechtskundeunterricht

s.a. Religion

s.a. Sozialkompetenz

s.a. Sport

s.a. Sprachunterricht

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/182

Familienlehre als Schulfach

Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen in Nahrungszubereitung, Ernährungslehre, handwerklichen Kenntnissen, Textilarbeiten, Erziehungslehre, Psychologie, Säuglingspflege, Sozialkompetenz u.a. an den verschiedenen Schularten; Integration der Themen in den vorhandenen Fächern

KlAnfr
s. *Familie*
Drs 13/191

Hauswirtschaft an den Schulen

Verankerung der o.g. Thematik an den einzelnen Schularten, regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Fächerwahl im Wahlpflichtfach Mensch und Umwelt in der Realschule, Ausstattung und Nutzung von Schullehrküchen, Qualifikation der Lehrkräfte an der Hauptschule, Vergleich des Lehrbedarfs mit der Situation an den Hochschulen

Antr
s. *Haushalt (Lebensführung)*
Drs 13/698

Geplante Änderung der Versetzungsordnung

Gründe, Ausgestaltung und Auswirkungen der o.g. Novellierung; betroffene Schüler, Schularten, Klassenstufen und Fächer; Reduzierung der Klassenarbeiten, Zulassung anderer Formen der Leistungsbeurteilung; Art und mögliche Vorbereitung einer Nachprüfung zur Vermeidung der Nichtversetzung; Abschaffung des Versetzungssystems zugunsten einer individuellen Förderung der Schüler

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2920

Fremdsprachen in der Abiturprüfung an Waldorfschulen

Abweichungen in den letzten zehn Jahren vom (nicht abschließenden) Fächerkatalog der VO über die Abiturprüfung an Freien Waldorfschulen oder in anderen Prüfungen, Auflistung der einzelnen Schulen und Fächer, Anteil von nicht vorgesehenen Pflichtfächern; Frage nach Sonderregelungen für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS)

KlAnfr
s. *Abitur*
Drs 13/3482

Einsatz und Status von musisch-technischen Fachlehrerinnen und Fachlehrern iRd neuen Bildungspläne

Art des Einsatzes in den neuen Fächerverbänden an Grund-, Haupt- und Realschulen; Ausgestaltung der Fortbildung für das Unterrichten ganzer Fächerverbände; Anpassung der Ausbildung an den Pädagogischen Fachseminaren an die Anforderungen der neuen Bildungspläne

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/3576

Versetzung auf Probe

Zahl und ursächliche Fächer der Versetzungen auf Probe im letzten Schuljahr differenziert nach Schularten, Klassenstufen und Schulamtsbezirken; Art und Effizienz der Unterstützung der betroffenen Schüler zur Vorbereitung auf ihre Nachprüfung, Anteil der bestandenen Nachprüfungen; Organisation einer individuellen Förderung während und nach den Sommerferien

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/3634

Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gymnasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4552

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4746

Räumliche Voraussetzungen für die Einführung des Unterrichtsfachs Naturwissenschaft-Technik

Notwendigkeit baulicher Veränderungen durch die Einführung des neuen Schulfachs an den Gymnasien, Ablehnung entsprechender Anträge der Schulen durch die Kommunen mit dem Verweis auf die von der LReg zugesicherte Kostenneutralität

Antr
s. *Schulgebäude*
Drs 13/4791

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/4951

Zeitaufwand der Lehrer in den einzelnen Fächern, Notwendigkeit einer Neuregelung der Lehrerarbeitszeit

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4754 4758 4760

Ablehnung des Fächerverbands Musik, Kunst und Sport an der Hauptschule; Forderung einer Einzelbenotung dieser Fächer

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4830 4831 4839

Schulfach Ökonomie

s. *Wirtschaft*

Schulfahrt

Kinderbetreuung in BW

Ermittlung der Zusatzkosten für Familien für Lernmittel, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Schülerbeförderung u.a.; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen

GrAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/680

Reisekosten von Lehrkräften bei schulischen Veranstaltungen

Entwicklung o.g. Zuweisungen für Lehrkräfte und Begleitpersonen in den letzten drei Jahren, Rückläufigkeit von mehrtägigen schulischen Veranstaltungen durch die Kürzungen? Einräumung der Möglichkeit des Verzichts auf die Reisekostenvergütung in einem Antragsformular des Oberschulamts Stuttgart, Bewirkung eines Drucks von Schülern und Eltern zum Verzicht auf die zustehende Erstattung und damit des Zustandekommens von (mehr) Veranstaltungen

Antr
s. *Reisekosten*
Drs 13/2753

Umfang des Reisekostenverzichts von Lehrkräften bei schulischen Veranstaltungen

KlAnfr
s. *Reisekosten*
Drs 13/2887

Reisekosten bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Höhe und Art der Berechnung des pauschalen Verfügungsbeitrags an Reisekosten für Lehrkräfte und Begleitpersonen für die einzelnen Schulen, Anteil der direkt zugewiesenen Mittel und der nicht ausgeschöpften Mittel, Unterbindung der Ausschöpfung dieser Mittel durch das KM im Zuge der Haushaltsrestriktionen; Rückkehr zur bisherigen Praxis der Befriedigung von Nachforderungen der aktiven Schulen aus den nicht abgerufenen bzw zunächst zurückgehaltenen Mitteln

Antr
s. *Reisekosten*
Drs 13/3691

Krankheitsvertretungen an Gymnasien

Umsetzung der Sollbestimmung zu Schullandheimaufenthalten nach der Kürzung des Reisekostenetats für Lehrkräfte

Antr
s. *Krankheitsvertretung*

Drs 13/4292

Unterrichtsausfall durch Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Freizeiten u.a. außerunterrichtliche Veranstaltungen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1952 1953 1961

Verweigerung von Schullandheimaufenthalten, Studienfahrten u.ä. durch die Lehrer als Reaktion auf die Arbeitszeiterhöhung

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3258 3259

Zunahme der Abmeldungen muslimischer Mädchen von Klassenfahrten; Prüfung einer Verschärfung der Schulpflicht

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4703 4708 4718 4720 4722

Bezeichnung der Abmeldungen muslimischer Mädchen von Klassenfahrten als nicht akzeptabel

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7656 7661 7667

Schulferien

s. *Ferien*

Schulgebäude

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Konzeption und Kosten der flächendeckenden Einführung von Ganztagschulen, Förderung der zusätzlich notwendigen Räume durch Änd der Schulbauförderrichtlinien

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Der Beitrag der Schulen

Stellenwert der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Lehrplänen und im Unterricht, Ergebnisse der Beteiligung von Schulen an Programmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, Vorbildcharakter der Staudinger-Gesamtschule in Freiburg und der Justus-von-Liebig-Schule im LKkreis Waldshut; Erarbeitung ergänzender Unterrichtsmodelle iR einer Arbeitsgruppe; Hinwirkung auf eine energetische Modernisierung bestehender Schulbauten unter Nutzung des Einspar-Contractings; Schaffung entsprechender Anreize bei Neubauten durch Umgestaltung der Richtlinie zur Schulbauförderung

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 13/626

Schulen in freier Trägerschaft

Höhe der Gebühren und Kosten je Schüler, Heranführung an die Förderung von 80 % der Kosten eines vergleichbaren staatlichen Schülers, Unterstützung des Schulhausbaus sowie der Medienausstattung, Partizipation an den Sonderprogrammen, Novellierung des PrivatschulGes

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums; hier: Konsequenzen für die Raumausstattung

Raumbedarf durch Zunahme des Nachmittagsunterrichts, Einrichtung eines Mittagstischs sowie von Arbeitsplätzen für Lehrer; Erhebung der zusätzlichen Anforderungen für naturwissenschaftliche Fachräume; Neufassung der Schulbaurichtlinien; Klärung der Finanzierungsfragen mit der kommunalen Ebene

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/879

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammenschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr SPD 27.05.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1029
BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.06.2003 Drs 13/2313 S. 11 12
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrkräfte an den Schulen in BW
Flächendeckende Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle an einigen Schulen und allen Schularten unter Einbeziehung der Lehrerverbände; Berücksichtigung von Lehrerarbeitsplätzen in den Schulbaurichtlinien

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/1166

Erweiterung und Ausbau von Berufsschulen in Stuttgart
Einlösung der Zusage zur Beteiligung am Aus- und Neubau der Stuttgarter Berufsschulen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/1576

Verschiebung der generellen Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Auswirkungen der Einführung auf die Bereitstellung von Lehrerressourcen und Räumlichkeiten, Angebot von Mahlzeiten infolge des vermehrten Nachmittagsunterrichts, Umwandlung von Gymnasien in Ganztagschulen, Hinweis auf Zuschüsse iRd Investitionsprogramms der BReg, Beurteilung der breiten Ablehnungsfront von Lehrer-, Elternverbänden und Kommunen; Verschiebung der Einführung auf das Schuljahr 2007/2008

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1807

Flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums zum Schuljahr 2004/05

Erfahrungen mit den bisherigen G 8-Zügen, Vorbereitung der Schulen auf die Umstellung 2004, Gewährleistung des Übergangs und Raumbedarfs, Auswirkungen auf die beruflichen Gymnasien

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/1877

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Finanzhilfen für Neu- und Erweiterungsbauten; Gewährleistung der Qualitätssicherung sowie zusätzlicher Lehrerstunden und Mittel für Lehrbeauftragte; Bereitstellung der Ressourcen durch Mittelumschichtung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2235

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Hohenheim

Beurteilung des Erfolgs der o.g. Kombination von praxisnaher Versuchs- bzw Beratungstätigkeit und Fachunterricht und damit der Berufschancen der Absolventen; Vergleich der materiellen und personellen Ausstattung der Fachschulen in den neuen BLändern; Beseitigung der Räumängel und Sanierung des Schülerwohnheims

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2273

Zuschuss nach dem IZBB-Ganztagschulprogramm für Schulen in Freier Trägerschaft

Gleichbehandlung von staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft beim Aufbau neuer Ganztagschulen, Frage nach vorliegenden Anträgen bei den Oberschulämtern sowie nach der Handhabung der Bezuschussung in anderen BLändern

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2769

Haushalt 2004; Epl 04

Abbau des Antragstaus im Schulhausbau

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2804-2 S. 37 38
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2844-1 S. 2 3
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Schulhausbau und Ganztagschulen im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der o.g. Projekte und dafür gewährten Zuschüsse seit 1999, Beteiligung von Schulen an dem Projekt „Kooperation Schule und Sport“, Höhe der aus dem Investitionsprogramm des Bundes erwarteten Mittel bzw der Folgekosten für die Schulträger und das Land

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3098

Schulhausbau und Ganztagschulen im Bereich des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Darlegung der o.g. Projekte und dafür gewährten Zuschüsse seit 1999, Beteiligung von Schulen an dem Projekt „Kooperation Schule und Sport“, Höhe der aus dem Investitionsprogramm des Bundes erwarteten Mittel, gestellte und genehmigte Anträge auf Förderung aus diesem Programm

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3275

Ges zur Änd des PrivatschulGes

Überführung der „Euro-Schulen“ in die Bezuschussungssystematik der übrigen Ersatzschulen; Anpassung der Zuschussvorschriften für den Schulhausbau an die Einführung des Euro

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/3608

Auswirkung der Bildungsplanung auf die Schulbaurichtlinien

Überarbeitung der Schulbaurichtlinien für die allgemein bildenden und beruflichen Schulen aufgrund der in den neuen Bildungsplänen verankerten Anforderungen, insbes im Hinblick auf neue Medien und lernfeldbezogene Didaktik

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 21.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3684

BeschlEmpf und Bericht SchulA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 25 26
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Förderung von Schulbauten im Allgemeinen und im besonderen Fall der Gewerblichen Schule „Alfons-Kern-Schule“ in Pforzheim

Darlegung o.g. Förderkriterien, Handhabung der Mittelvergabe bei Berufsschulen in Trägerschaft mehrerer LKreise oder Kommunen

KlAnfr Thomas Knapp SPD 11.11.2004 und Antw KM Drs 13/3746

Internationale Schule in Ulm (ISU)

Darlegung o.g. Planungen und der in Aussicht gestellten Unterstützung, Unterbringungsmöglichkeiten in landeseigenen Liegenschaften, Frage nach den zu erwartenden Sanierungs- und Umbaukosten bzw nach Nutzungsinteressen anderer Institutionen des Landes

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/4629

Räumliche Voraussetzungen für die Einführung des Unterrichtsfachs Naturwissenschaft-Technik

Notwendigkeit baulicher Veränderungen durch die Einführung des neuen Schulfachs an den Gymnasien, Ablehnung entsprechender Anträge der Schulen durch die Kommunen mit dem Verweis auf die von der LReg zugesicherte Kostenneutralität

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 27.10.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4791
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 80 81
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Umsetzung des Landesbauprogramms „Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschule“

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/4852

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/4951

Häusliches Arbeitszimmer der Lehrerinnen und Lehrer; geplante Abschaffung der steuerlichen Anrechnung im Koalitionsvertrag der neuen BReg

Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf solche Räumlichkeiten, die den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellen; Auswirkungen für die Lehrkräfte angesichts der mangelnden Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Arbeitsplätzen, Einrichtung solcher Arbeitsplätze in Stufen durch eine Änderung der Schulbaurichtlinien? Einschätzung des jeweiligen Kostenaufwands für das Land und die Kommunen

KlAnfr

s. *Arbeitsstätte*
Drs 13/4969

Ges zur Änd des PrivatschulGes und des LBesoldungsGes

Umsetzung des Bruttokostenmodells als Grundlage für die Berechnung des Landesanteils an der Privatschulfinanzierung, klarstellende Änderung der Zuschussvorschrift für den Schulhausbau

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/5062

Flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen - Investitionen, Lehrerstellen, ehrenamtliche Jugendbegleiter -

Höhe der finanziellen Beteiligung des Landes und der Kommunen beim Programm „Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschule“, Überarbeitung und Ergänzung der Schulbauförderungsrichtlinien

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/5093

Korrektur des achtjährigen Gymnasiums

Begrüßung des Schulhausbauförderprogramms „Chancen durch Bildung - Investitionsoffensive Ganztagschule“

ÄAntr CDU und FDP/DVP 02.02.2006 Drs 13/5113
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7782-7793

Hochbegabtgymnasium Schwäbisch Gmünd

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel sowie des weiteren Bedarfs für Um-, Neu- und Ausbauten; Frage nach dem Erhalt von Mitteln aus dem Ganztagschulprogramm des Bundes

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/5187

Vermeidung eines Antragstaus im Schulraumbau

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65

Ausbau von Lehrerarbeitsräumen an den Schulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1738

Notwendiger Ausbau der Schulgebäude zu Ganztagschulen, Nutzung der Fördermittel des Bundes

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2615 2618 2619 2625

Kritik an geplanten Cross-Border-Leasing-Geschäften mit Schulgebäuden in Stuttgart

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3496 3497

Abbau überflüssiger Vorschriften für den Schulhausbau

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3606

Einrichtung von Lehrerarbeitsplätzen an Schulen, entsprechende Änderung der Schulbauförderrichtlinien

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4758

Übertragung von Schulgebäuden an einen privaten Generalunternehmer, Verweisung auf ein Modell des LKreises Offenbach und die dabei erzielbaren Einsparungen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5633

Übertragung von Schulgebäuden an einen privaten Generalunternehmer, Verweisung auf ein Modell des LKreises Offenbach und die dabei erzielbaren Einsparungen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5697

Aufstockung der Schulbaufördermittel zum Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6424 6426 6430 6432 6434

Messung von Feinstaubkonzentrationen in Schulgebäuden

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6714

Entwicklung weiterer Schulbauprogramme zum Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7130

Ermöglichung der baulichen Voraussetzungen für den Ausbau der Ganztagschulen mit einem neuen Schulhausbauförderprogramm

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7203 7204 7210 7211 7214-7216 7219 7226 7229 7235

Sanierung, Bau und Erweiterung von Schulgebäuden für Ganztagschulen; Realisierung über öffentlich-private Partnerschaften

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7306 7310-7313

Ausbau von Gymnasien zu Ganztagschulen, Realisierung von Schulbauprojekten über öffentlich-private Partnerschaften, Anpassung der Baukostenzuschüsse für die Schulen in privater Trägerschaft

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934 7960 7970

Schulgebühren

s. *Schulgeld*

Schulgeld

Kinderbetreuung in BW

Ermittlung der Zusatzkosten für Familien für Lernmittel, Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Schülerbeförderung u.a.; Harmonisierung der Gebühren für die Kernzeitbetreuung an Grundschulen

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/680

Schulen in freier Trägerschaft

Höhe der Gebühren und Kosten je Schüler, Heranführung an die Förderung von 80 % der Kosten eines vergleichbaren staatlichen Schülers, Unterstützung des Schulhausbaus sowie der Medienausstattung, Partizipation an den Sonderprogrammen, Novellierung des PrivatschulGes

GrAnfr

s. *Privatschule*

Drs 13/798

Abschaffung von Schulgeld an Fachschulen

Auflistung o.g. Einrichtungen nach Fachrichtungen und Schülerzahlen; Vorlage eines GesEntw zur Abschaffung von Schulgeld und damit Gleichbehandlung aller Fachschulen, Kompensation durch Sachkostenbeiträge an die Schulträger

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 02.05.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/977

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 73 74

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Verantwortung der LReg für die Qualitätssicherung der Ganztagschulen in BW

Prüfung der pädagogischen Konzepte der Schulen, Einsatz von qualifizierten Kräften bei den Nachmittagsangeboten, Evaluation der Verpflegungsangebote, Gewährleistung der generellen Schulgeldfreiheit, Mittelbereitstellung aus dem Lehrbeauftragtenprogramm sowie für Kooperationen mit außerschulischen Partnern

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/3035

Einsparungen beim 2. Bildungsweg; Kürzungen bei den Abendrealschulen und Abendgymnasien im Doppelhaushalt 2005/06

Auflistung der o.g. Bildungseinrichtungen, der Träger, Teilnehmerzahlen und erworbenen Abschlüsse in den letzten fünf Jahren; Anteil von Teilnehmern mit Migrationshintergrund; Höhe und Kostendeckungsgrad der Landeszuschüsse bzw der Schul- und Prüfungsgebühren; Umfang und Auswirkungen von geplanten Kürzungen, Erwartung eines Abschreckungseffekts infolge der dann notwendigen Erhöhung der Schulgebühren

KlAnfr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/3713

Zukunft des 2. Bildungswegs in BW

Auflistung der 1947 an private Träger übergebenen Abendrealschulen und Abendgymnasien; Darlegung der vereinbarten Finanzierungsregelung, der Schülerzahlen und Gebührenerhebung im Vergleich zu anderen BLändern; Einsparung von Verwaltungskosten durch die Privatisierung; Auswirkungen der beabsichtigten Kürzungen auf die Höhe der Schulgebühren bzw der vom Trägerverein Volkshochschule Stuttgart beschlossenen Auftragsrückgabe, Befürchtung des Rückzugs weiterer Träger; vollständige Rücknahme der iRd HaushaltsstrukturGes vorgesehenen Kürzungen

Antr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/3981

Ganztagschulen im Schuljahr 2005/2006 in BW; „Zusätzliche Lehrerstellen für ausgereifte pädagogische Konzepte“

Zahl der o.g. Ganztagschulen und Schüler nach Schularten, Ganztagsform und Trägerschaft; Höhe der von den Kommunen erhobenen Elterngebühren für Ganztagschulen ohne zusätzliche Lehrerstunden; Bereitstellung dieser Lehrerdeputate für alle Ganztagschulen; Kriterien zur Auswahl der Kommunen für die vorgesehenen ehrenamtlichen Jugendbegleiter, Qualifizierung und Finanzierung dieser Jugendbegleiter

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/4659

Auswirkungen der Kürzungen bei Abendrealschulen und Abendgymnasien

Zahl der Schüler an den o.g. Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, Höhe der Kostensteigerung an den einzelnen Schulen seit der Zuschusskürzung sowie der erhobenen Gebühren pro Semester, Frage nach der Lernmittelfreiheit an diesen Schulen

und etwaigen Zuschüssen

GrAnfr
s. *Zweiter Bildungsweg*
Drs 13/4856

Ausbau der Ganztagschulen

Umsetzung des vom Kultusminister angekündigten Ausbaus der Ganztagschulen, flächendeckende Berücksichtigung aller Schularten, Frage nach einer pädagogischen Konzeption mit/ohne Erhebung von Elterngebühren zur Finanzierung der Angebote, Finanzierung der notwendigen zusätzlichen Lehrstellen und pädagogischen Kräfte

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/5050

Flächendeckender Ausbau von Ganztagschulen - Investitionen, Lehrerstellen, ehrenamtliche Jugendbegleiter -

Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Lehrerstellen bzw der Ressourcen für zusätzliches pädagogisches Personal, angemessene Honorierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter und Lehrbeauftragten, Anstrengung einer Ausbauquote von 25 %, Vereinbarung des Verzichts auf Elterngebühren mit den Kommunen

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/5093

Gebührenfreiheit der Angebote iRd „offenen Schule am Nachmittag“

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461 465

Gebührenfreiheit der Angebote iRd „offenen Schule am Nachmittag“

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1480

Gebührenfreiheit des Besuchs von Ganztagschulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1768 1770 1771

Gebührenfreiheit des Besuchs von Ganztagschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6304

Gebührenfreiheit des Besuchs von Ganztagschulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6430

Gebührenfreiheit des Besuchs von Ganztagschulen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7123

Gebührenfreiheit des Besuchs von Ganztagschulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7235

Entwicklung der Elternbeiträge an den Schulen in privater Trägerschaft, Dringlichkeit des Bruttokostenmodells zur Privatschulfinanzierung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7970 7971

Schulgesetz

Ges zur Änd des SchulGes

Gleichstellung von Ethik- und Religionsunterricht, Einführung einer Wahlpflicht zur Teilnahme am Unterricht in einem der beiden Fächer

GesEntw
s. *Ethik*
Drs 13/548

Ges zur Änd des SchulGes

Ausweitung der Zuständigkeit des Schulleiters für Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, insbes des Unterrichts- und Schulausschlusses; Vereinfachung der Verfahren; Mitteilung eines Schulausschlusses an das Jugendamt

GesEntw
s. *Ordnungsmittel im Schulwesen*
Drs 13/1424

Stärkung und Ausbau der Grundschulen - Gemeinsame Lernzeiten verbessern

Novellierung des SchulGes: Einführung einer sechsjährigen Grundschulzeit, von Richtlinien zur Kooperation von Grundschule und Kindergarten, der individuellen Förderung sowie einer maximalen Klassengröße von 25 Kindern; Ausbau von mindestens 20 % zu Ganztagschulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2007

Ges zur Änd des SchulGes

Schaffung von zweijährigen Bildungsgängen für Hauptschüler, deren Abschluss gefährdet ist, durch Verknüpfung von Klasse 9 mit dem Berufsvorbereitungsjahr; allgemeine Einführung des achtjährigen Gymnasiums sowie einer zweiten Fremdsprache ab Klasse 5 zur Fortführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule, Ermöglichung von Übergängen auf die beruflichen Gymnasien schon nach Klasse 9; Zusammenfassung der beiden Schultypen für Hörgeschädigte zu einem einheitlichen Schultyp; Erteilung von personenbezogenen Auskünften auch an Eltern volljähriger Schüler; Herabsetzung des Einschulungsalters durch Verschiebung der Stichtage in mehreren Jahresschritten

GesEntw LReg 17.06.2003 Drs 13/2160 (22 S.)
1. Beratung PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3163-3180
BeschlEmpf und Bericht SchulA 04.07.2003 Drs 13/2226 (dazu ÄAntr SPD Nr. 1, ÄAntr GRÜNE Nr. 2-6) (15 S.)
ÄAntr GRÜNE 17.07.2003 Drs 13/2271 1-3
ÄAntr SPD 17.07.2003 Drs 13/2271-4
2. Beratung PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3413-3424
GesBeschl 17.07.2003 Drs 13/2292
GBI 2003 Nr. 9 S. 359 (Ges vom 17.07.2003)

Überführung der weiterführenden Schulen in ein zweigliedriges Schulsystem

Schaffung wohnortnaher Gemeinschaftsschulen für den Hauptschulabschluss und die mittlere Reife sowie Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe I und II ab Klasse 7, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2320

Ges zur Änd des SchulGes

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG; Untersagung von äußeren Bekundungen der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, soweit sie die Neutralität des Landes oder den Schulfrieden gefährden oder stören, vor allem grundlegende Verfassungswerte missachten können

GesEntw LReg 14.01.2004 Drs 13/2793
1. Beratung PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385-4409
BeschlEmpf und Bericht SchulA 30.03.2004 Drs 13/3071 (dazu ÄAntr CDU, SPD und FDP/DVP) (33 S.)
2. Beratung PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699-4724
GesBeschl 01.04.2004 Drs 13/3091

GBI 2004 Nr. 6 S. 178 (Ges vom 01.04.2004)

Ges zur Änd des SchulGes

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG; Regelung der Erlaubnis zum Tragen von Bekleidungsstücken, durch die ein religiöses oder weltanschauliches Bekenntnis bekundet wird, mit dem Vorbehalt eines Verbots in Fällen, in denen dadurch der Schulfriede gefährdet oder gestört wird

GesEntw GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2837

1. Beratung PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4385-4409

BeschlEmpf und Bericht SchulA 30.03.2004 Drs 13/3071 (33 S.)

2. Beratung PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699-4724 (Ablehnung)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des SchulGes, des PrivatschulGes und der Vorschriften zum Vollzug des PrivatschulGes

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Bewertung der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts zur Sache F. L.

Wahrung der im Grundgesetz verbürgten weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates; Verbot der Bekundung eines individuellen, religiösen Bekenntnisses durch Lehrkräfte im Unterricht; Gleichbehandlung des Tragens religiös motivierter Kleidung wie Nonnenhabit, Kopftuch, Kippa oder das Kreuz am Revers als Konsequenz auf die o.g. Urteilsbegründung; Notwendigkeit einer erneuten Novellierung von § 38 SchulGes

Antr

s. *Textilien*

Drs 13/3679

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Verankerung der Ganztagschulen als besonders förderungswürdige Schulform bzw des Anspruchs auf Mittel für zusätzliches pädagogisches Personal im SchulGes

GesEntw

s. *Ganztagschule*

Drs 13/4040

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung einer flächendeckenden Sprachförderung, eines Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten sowie eines beitragsfreien Kindergartenjahres vor der Einschulung; Einführung der 6-jährigen Grundschule, der 4-jährigen Regionalschule und des 6-jährigen Gymnasiums, Verankerung einer Kooperationspflicht von Jugendhilfe und Schule sowie der Ganztagschule als Regelschule, Novellierung des SchulGes; Ausbau der Eigenständigkeit der Schulen, der integrativen Schulprojekte sowie des beruflichen Schulwesens; inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung und -fortbildung, Einrichtung von Zentren für Lehrerbildung an Universitäten und PH; Konzentration der Kompetenzen des KM und MWK in einem Bildungsministerium

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/4376

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Sonderregelung für Klassenpflegschaften an Entwicklungen der dualen Ausbildung sowie der Regelung zum Ruhen der Berufsschulpflicht bei dem Besuch von bestimmten Ergänzungsschulen, Überarbeitung der Rechtsgrundlage für die Schulstatistik, Ermöglichung der Nutzung der Schülerindividualdatei zur Aufgabenerfüllung der Schulen, Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf das Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw LReg 22.06.2005 Drs 13/4431 (15 S.)

1. Beratung PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6982-6986

BeschlEmpf und Bericht SchulA 21.09.2005 Drs 13/4646

2. Beratung PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7152

GesBeschl 06.10.2005 Drs 13/4709

GBI 2005 Nr. 15 S. 669 670 (Ges vom 11.10.2005)

§ 90 des SchulGes in der Praxis

Erfahrungen mit der erweiterten Zuständigkeit des Schulleiters für Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, insbes des Unterrichts- und Schulausschlusses; Auswirkungen auf die von den Entscheidungen der Schulleiter abhängigen Lehrer bzw auf deren Stellung gegenüber den Schülern

KIAnfr

s. *Ordnungsmittel im Schulwesen*

Drs 13/4705

Schulpflicht für Flüchtlingskinder

Festschreibung einer Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern, Vorlage eines GesEntw zur Änd des SchulGes

Antr

s. *Schulpflicht*

Drs 13/4784

Ges zur Änd des SchulGes von BW

Verbot des Rauchens im Schulgebäude und auf dem Schulgelände

GesEntw

s. *Rauchen*

Drs 13/4895

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Ermöglichung der Weiterentwicklung selbstständiger Schulen zu Basisschulen bis zum Ende der Sekundarstufe I, Verankerung der gemeinsamen Basisschule (Regionale Schule) als Regelschule, Ermöglichung unterschiedlicher mittlerer Abschlüsse an allen bestehenden Schularten am Ende der Sekundarstufe I, Orientierung des Schulwesens am gemeinsamen Lernen aller Schüler mit individueller und differenzierter Förderung

GesEntw

s. *Schule*

Drs 13/5083

Schulhausbau

s. *Schulgebäude*

Schulklasse

s.a. *Fachklasse*

s.a. *Klassenlehrer*

Stundenzuweisung im Ergänzungsbereich

Entwicklung o.g. Zuweisungen und der Schülerzahlen im Bereich des Oberschulamts Stuttgart in den letzten drei Jahren und im kommenden Schuljahr; Zuweisung zusätzlicher Lehrerstellen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/82

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Senkung der Klassenfrequenzen bzw Schaffung kleinerer Klassen

Mittlg LReg 24.07.2001 Drs 13/126
Mittlg LReg 18.12.2002 Drs 13/1641
Mittlg LReg 16.09.2003 Drs 13/2406
Mittlg LReg 13.08.2004 Drs 13/3500
Mittlg LReg 22.06.2005 Drs 13/4436
Mittlg LReg 19.09.2006 Drs 14/322

Ausbau Technischer Gymnasien

Entwicklung seit Einführung zusätzlicher Profilzüge und Erweiterung des fachspezifischen Angebots; Darlegung der neuen Standorte, der zusätzlichen Deputate und Klassen für das Schuljahr 2002/03; Aufgabe des Prinzips der Deckelung des Vollzeitbereichs im beruflichen Schulwesen

Antr
s. *Fachgymnasium*
Drs 13/333

Schulentwicklung

Auflistung der einzügigen Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie der Klassen mit bis zu 8, 12 und 17 Schülern; Darlegung des Angebots und der Abschlüsse von Verbundschulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/354

Unterrichtssituation an den Gymnasien; hier: Kirchheim/Teck, Plochingen, Wendlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Gymnasien in den letzten Jahren; Umfang von Kürzungen im Pflichtstundenbereich und im ergänzenden Bildungsangebot; Konsequenzen einer Unterschriftenaktion von Elternvertretern des Kirchheimer Schlossgymnasiums

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/427

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Aufnahme des Reformprojekts Schulanfang auf Neuen Wegen, insbes der altersgemischten Jahrgangsstufe, in pädagogische Konzepte der vollen Halbtagsgrundschule; Absenkung des Klassenteilers

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/636

Situation an den Stuttgarter Realschulen im Schuljahr 2002/2003

Entwicklung der Klassenstärken seit 1999, Abweisung von Schülern nach Erreichung des Klassenteilers, Anteil von ausländischen Schülern und Migranten; Gewährung der zugesagten zusätzlichen Deputate

Antr
s. *Realschule*
Drs 13/828

Unterrichtsversorgung im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/855

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/865

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/945

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1099

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb

Klassengrößen, Einzugsbereiche und Schüler-Lehrer-Relation der einzelnen Hauptschulen; Erteilung von jahrgangsübergreifendem Unterricht; Entwicklung der Unterrichtsvorsorgung und des Ergänzungsangebots in einzügig geführten Hauptschulen

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/1139

Unterrichtsvorsorgung im LKreis Ludwigsburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge

von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1149

Unterrichtsversorgung im LKreis Reutlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1217

Unterrichtsversorgung im LKreis Biberach

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1218

Unterrichtsversorgung im Oberschulamtsbezirk Freiburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1238

Berufliches und allgemein bildendes Gymnasium (Oberstufe) im Vergleich

Entwicklung der jeweiligen Schülerzahlen in den letzten sowie künftigen zehn Jahren, Differenzierung nach den beruflichen Gymnasialtypen sowie vorausgegangenen Bildungsgängen, Auswirkungen des G 8, Kosten pro Schüler, Schulerfolg, Klassen- und Kursgrößen sowie Arbeitsgemeinschaften; Zahl der eingesetzten Deputate und A 15-Stellen, Beförderungswartezeiten, Anteil von Studien- und Oberstudienräten

Antr
s. *Fachgymnasium*
Drs 13/1258

Unterrichtsversorgung im LKreis Ortenaukreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwen-

digen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1321

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1349

Ausbau der beruflichen Gymnasien

Einrichtung zusätzlicher Klassen entsprechend dem wohnortnahen Bedarf, Aufgabe des Prinzips der Deckelung des Vollzeitbereichs im beruflichen Schulwesen

Antr
s. *Fachgymnasium*
Drs 13/1352

Unterrichtsversorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1389

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Karlsruhe

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1502

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Pläne der LReg zur Weiterentwicklung des Berufskollegs

Entwicklung der Zahl von Klassen, Schülern und Absolventen in den Berufskollegs seit 1998; Erweiterung der Klassen an den technischen zulasten der kaufmännischen Berufskollegs; bundesweite Anerkennung des Fachhochschulreifeabschlusses durch Einführung eines 6-monatigen Betriebspraktikums? Abwanderung von Schülern in die beruflichen Gymnasien infolge der Praktikumshürde? Steigerung der Absolventenzahlen mit Fachhochschulreife über die Berufskollegs, Verankerung des Zusatzunterrichts im Stundenplan der Regelform

Antr
s. *Berufskolleg*
Drs 13/1714

Unterrichtsvorsorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Unterrichtsvorsorgung im LKreis Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Unterrichtsvorsorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1988

Unterrichtsvorsorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1989

Einrichtung zusätzlicher Klassen an den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs in Überlingen, Friedrichshafen und Ravensburg

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 14.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2003
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 23 24

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Stärkung und Ausbau der Grundschulen - Gemeinsame Lernzeiten verbessern

Novellierung des SchulGes: Einführung einer sechsjährigen Grundschulzeit, von Richtlinien zur Kooperation von Grundschule und Kindergarten, der individuellen Förderung sowie einer maximalen Klassengröße von 25 Kindern; Ausbau von mindestens 20 % zu Ganztagschulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2007

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs
Bildung zusätzlicher Eingangsklassen an den o.g. beruflichen Vollzeitschulen entsprechend den Bewerberzahlen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 15.04.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2008 (15 S.)
Ergänzende Stellungnahme KM 03.06.2003 Drs 13/2131 (13 S.)
ÄAntr GRÜNE 24.06.2003 Drs 13/2179
Antr CDU und FDP/DVP 25.06.2003 Drs 13/2180
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3152-3162

Zukunft der Progymnasien in BW

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Standorten, Zahl und Bescheidung von Anträgen auf Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe, Auswirkungen sinkender Schülerzahlen sowie der generellen Einführung des achtjährigen Gymnasiums

Antr
s. *Gymnasium*
Drs 13/2049

Situation von Bewerberinnen und Bewerbern sowie Zahl der Klassen an beruflichen Gymnasien in der Region Neckar-Alb

Entwicklung der Zahlen und schulischen Herkunft von Bewerbern, des Erfolgs der Bewerbungen und Schulabschlüsse in der o.g. Region und landesweit seit 1998; Bildung zusätzlicher Eingangsklassen entsprechend den Bewerberzahlen

KlAnfr
s. *Fachgymnasium*
Drs 13/2053

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2136

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklas-

sen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Klassenverhältnisse in Ballungsraum-Schulen

Bildung größerer Grundschulklassen als in weniger dicht besiedelten Schulbezirken, Zusammenlegung von vier zu drei Klassen an der Vogelsang-Grundschule im Stuttgarter Westen

MdlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 13/2176

Individuelle Förderung anstelle von Klassenwiederholungen

Entwicklung der Zahlen von Nichtversetzungen nach Ursachen, Schularten, Fächern, Regionen und Geschlecht seit 1993; Höhe der Kosten für das Land und die Kommunen; individuelle Förderung leistungsschwächerer Schüler in Ganztagschulen nach dem Vorbild der bei der PISA-Studie erfolgreich positionierten Länder; Verringerung der Quote von Klassenwiederholungen, Umleitung der dadurch eingesparten Mittel in ein System der individuellen Förderung

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 11.08.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2351 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 30 31
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Finanzierung und Einbeziehung von sonderpädagogischem Fachpersonal, Problematik der Gewährung von Eingliederungshilfe durch die örtlichen Kostenträger

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Geplante Änderung der Versetzungsordnung

Gründe, Ausgestaltung und Auswirkungen der o.g. Novellierung; betroffene Schüler, Schularten, Klassenstufen und Fächer; Reduzierung der Klassenarbeiten, Zulassung anderer Formen der Leistungsbeurteilung; Art und mögliche Vorbereitung einer Nachprüfung zur Vermeidung der Nichtversetzung; Abschaffung des Versetzungssystems zugunsten einer individuellen Förderung der Schüler

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 16.02.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2920

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 21.04.2004 Drs 13/3200 S. 19 20

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Mehrfachbewerbungen an beruflichen Vollzeitschularten

Einrichtung zusätzlicher Eingangsklassen zur Bewältigung des Bewerberandrangs; Einführung eines Systems zum Abgleich von Mehrfachbewerbungen und zur rechtzeitigen Information der Schulleitungen und Bewerber

Antr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 13/3191

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien? Berücksichtigung aller Anmeldungen für berufliche Vollzeitschulen, bedarfsorientierte Einrichtung zusätzlicher Klassen für das Berufskolleg II, Ausbau der beruflichen Gymnasien

Antr

s. *Weiterführende Schule*

Drs 13/3205

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Verfügbare Stundenzahl an den allgemein bildenden Schularten für Lehrerreserve/Krankheitsvertretung, Stütz- und Förderunterricht, Förderunterricht für ausländische und rechenschwache Kinder sowie Legastheniker, für Arbeitsgemeinschaften, zusätzliche Klassen u.a. Maßnahmen; Vergleich der Daten des abgelaufenen Schuljahres mit denen der Schuljahre zuvor

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/3473

Krankenstellvertretungen in Schulen

Darlegung des o.g. Bedarfs nach Schulamtsbezirken infolge Einrichtung zusätzlicher Klassen, Beurlaubungen wegen Mutterschutz, Pensionierungen oder langfristigen Ausfällen wegen Krankheit; verfügbare Personalreserven und Finanzmittel, z.B. für zeitlich befristete Einstellungen

Antr

s. *Krankheitsvertretung*

Drs 13/3632

Versetzung auf Probe

Zahl und ursächliche Fächer der Versetzungen auf Probe im letzten Schuljahr differenziert nach Schularten, Klassenstufen und Schulamtsbezirken; Art und Effizienz der Unterstützung der betroffenen Schüler zur Vorbereitung auf ihre Nachprüfung, Anteil der bestandenen Nachprüfungen; Organisation einer individuellen Förderung während und nach den Sommerferien

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 07.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3634

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 37 38

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ergänzende Stellungnahme KM 16.03.2005 Drs 13/4158

Schulversuche „Teilqualifikation im Berufsvorbereitungsjahr“ und „Praktikantenklasse Einstiegsqualifizierung“

Verfügbare personelle und räumliche Ressourcen zur Einrichtung der beiden Schulversuche zusätzlich zu den bestehenden BVJ-Klassen, Voraussetzungen für die Teilnahme und Zuschussung durch den Bund; Frage nach Schwerpunkten und Abschlüssen sowie Bedingungen für die Gewährung eines Zuschusses an die teilnehmenden Praktikumsbetriebe und Jugendlichen

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/3685

Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)

Zahl der eingerichteten bzw notwendigen zusätzlichen Klassen an beruflichen Schulen, Abweisung von Schülern bzw Kürzung der Unterrichtszeit aufgrund fehlender personeller und räumlicher Ressourcen, Verzicht auf Konsequenzen bei unentschuldigtem Fernbleiben von Schülern vom Unterricht?

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/3686

Zukunft der Progymnasien und zweizügigen Gymnasien in BW

Auflistung o.g. Standorte, der Zahl und Stärke von Klassen sowie der angebotenen Profile; Auswirkungen des ab 2012/2013 erwarteten Schülerrückgangs auf die einzelnen Standorte

KlAnfr

s. *Gymnasium*

Drs 13/3707

Bewerbung und Abgleich für berufliche Gymnasien und Berufskollegs

Zahl der Anmeldungen und ermittelten Mehrfachbewerbungen für die o.g. Schulen, Entwicklung der Zahlen von Schülern und Klassen sowie der Auslastung vorhandener Kapazitäten; Weiterentwicklung des Verfahrens zum Abgleich der Mehrfachbewerbungen

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 25.11.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3797

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 6

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Kooperationsklassen Hauptschule-BVJ

Bewertung der o.g. Förderung von schwächeren Schülern ab Klasse 5 der Hauptschule, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2000, Einbeziehung von außerschulischen Partnern, Frage nach Aussagen über den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang der Schüler; Einrichtung weiterer Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule

Antr

s. *Berufsvorbereitung*

Drs 13/4188

Schulanfang auf neuen Wegen - jahrgangsübergreifende Eingangsstufe, pädagogische Rahmenbedingungen und Weiterführung des Projekts in der dritten und vierten Klasse

Zahl und Klassengrößen der o.g. Grundschulen, Erkenntnisse über die Entwicklung des sozialen und selbstständigen Lernens

der Kinder sowie ihre Leistungsentwicklung in den Kompetenzen Lesen und Mathematik, Leistungsbewertung durch die Lehrkräfte und Eltern; Ermöglichung des Klassenteilers für kombinierte Klassen auch für die jahrgangsübergreifenden Klassen, Förderung der Weiterführung in Klasse drei und vier, Forcierung der Ausweitung jahrgangsübergreifender Klassen durch die Bereitstellung von Team- und Differenzierungsstunden

Antr
s. *Schulanfänger*
Drs 13/4236

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2009 ausschlaggebenden Lehrkräfte, Auflistung der davon besonders betroffenen Schulen und Fächer

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4249

Unterrichtsversorgung im LKreis Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4598

Kooperationsklassen Hauptschule/Berufsvorbereitungsjahr

Darlegung des o.g. Angebots an den Standorten beruflicher Schulen, Zahl der Schüler je Klasse, Anteil und Art der erworbenen Abschlüsse beim Wechsel in eine duale Berufsausbildung in den letzten drei Schuljahren, Gewährleistung eines Betriebstages sowie der Teilnahme des von freien Trägern angebotenen BVJ an den Kooperationsklassen

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4656

Chancen für Quereinsteiger: sechsjähriges Wirtschaftsgymnasium und siebenjähriges Aufbaugymnasium mit besonderem Profil
Verteilung, Erfolgsquote sowie Zahl von Schülern und Klassen der o.g. Schularten in staatlicher und freier Trägerschaft; Planung einer Ausweitung auf andere Standorte, Frage nach positiven Stellungnahmen der Fachgremien und -verbände

Antr
s. *Fachgymnasium*
Drs 13/4715

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Leserechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4819

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern - Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4970

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Umfang der eingesetzten Lehrerstunden, Förderkurse, Vorbereitungs- und Förderklassen seit 2000; Ermöglichung flächendeckender Förderklassen an Gymnasien, Real- und Berufsschulen durch eine übergreifende Kooperation von LKreisen und Schulverwaltung; Zusammenführung der getrennten Verwaltungsvorschriften für spät ausgesiedelte und ausländische Schüler; Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/5002

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5030

Unterrichtsversorgung im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen

sen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5182

Korrektur G 8; Reduktion der Stundenbelastung in der Sekundarstufe I und Erhöhung der Stundenanteile in der Oberstufe

Entnahme der o.g. Entlastung aus der Kontingenzstundentafel der Klassen 5-10 oder aus den Poolstunden? Einführung der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse 6, Auswirkungen auf die Gesamtstundenzahl, den Bildungsplan und die Bildungsstandards am Ende der 6. Klasse? Unterstützung von Überlegungen der KMK zur Abstufung des Mindeststundenvolumens von 265 Stunden für das G 8 zum Richtwert?

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 13/5204

Bedarf an neuen Lehrerstellen aufgrund steigender Schülerzahlen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 75 87 100 117 123

Zunahme der Klassengrößen, Schüler-Lehrer-Relation im Sonderschulbereich

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 232-236 238 239

Zunahme der Klassengrößen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333 337

Bedarf an neuen Lehrerstellen aufgrund steigender Schülerzahlen, durchschnittliche Klassengrößen an den Realschulen und Gymnasien

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 797 806 811

Zunahme der Klassengrößen, Senkung des Klassenteilers in der Grundschule

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 989-991 993-995

Mittelumschichtung von den internationalen Vorbereitungs-klassen; Senkung des Klassenteilers in der Grundschule; Verweisung auf Kooperationsklassen zwischen beruflichen und allgemein bildenden Schulen, Ermöglichung von mehr Klassen an den beruflichen Gymnasien

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1745 1748 1751 1754 1758

Zunahme der Klassengrößen, Schüler-Lehrer-Relation an den Grundschulen und weiterführenden Schulen, Senkung des Klassenteilers

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1948 1950 1951 1954-1956 1958-1960 1962

Bedarf an zusätzlichen Klassen an den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2822 2829 2833

Vereinfachung der Bedarfsermittlung für neue Schulklassen mit der neuen Schulstatistik

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6984

Reduzierung des Klassenteilers in der Grundschule

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7231

Ermöglichung der Bildung von jahrgangsübergreifenden Klassen, Verweisung auf die differenzierte Förderung in einem gemeinsamen Klassenverband in Finnland

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7947 7997

Schullandheim

s. *Schulfahrt*

Schullastenausgleich

s.a. *Privatschule*

Multimediaoffensive für die Schulen

Mittelbereitstellung für IuK-Technologien an Schulen iRd Haushalte und Zukunftsoffensiven II und III, Aufwendungen der Schulträger für Ausstattung und Unterhalt, Einsatz von UMTS-Zinersparnissen des Bundes für zusätzliche IuK-Investitionen an beruflichen Schulen, Vorlage einer landesweiten Konzeption; Fortsetzung der Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine faire Lastenverteilung

Antr
s. *Medien*
Drs 13/372

Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes

Erhöhung des Schullastenausgleichs zur Verbesserung der Medienausstattung der Schulen

GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/518

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Sachkostenbeiträge des Landes, Gewährleistung einer sachgerechten Ausstattung mit Computern

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Schulen in freier Trägerschaft

Höhe der Gebühren und Kosten je Schüler, Heranführung an die Förderung von 80 % der Kosten eines vergleichbaren staatlichen Schülers, Unterstützung des Schulhausbaus sowie der Medienausstattung, Partizipation an den Sonderprogrammen, Novellierung des PrivatschulGes

GrAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/798

Sonderberufsfachschulen

Auflistung der privaten und staatlichen Sonderberufsfachschulen, Vergleichbarkeit mit den Sonderschulen, Höhe und Deckungsgrad der Sachkostenzuschüsse, Abdeckung der Fehlbeiträge

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/937

Abschaffung von Schulgeld an Fachschulen

Auflistung o.g. Einrichtungen nach Fachrichtungen und Schülerzahlen; Vorlage eines GesEntw zur Abschaffung von Schulgeld und damit Gleichbehandlung aller Fachschulen, Kompensation durch Sachkostenbeiträge an die Schulträger

Antr
s. *Schulgeld*
Drs 13/977

Zukunft der Schulen für Erziehungshilfe

Zahl und Kostenträgerschaft o.g. Schulen an den Jugendhilfeeinrichtungen des Landes, Gründe und Folgen des Ausstiegs der kommunalen Spitzenverbände aus der Finanzierung, Bestandsicherung durch Deckung der entstehenden Finanzierungslücke ab 2003

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/1435

Reduzierung des Landessachkostenbeitrags für Realschulen, Progymnasien und weitere Schularten

Gründe und Auswirkungen der Kürzung o.g. Sachkostenbeiträge über eine Änd der SchullastenVO, insbes für kleine Gemeinden im ländlichen Raum

MdlAnfr 6) Norbert Zeller SPD 11.03.2005 Drs 13/4133
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6321 6322

Suche nach einem fairen Lastenausgleich zwischen Land und Kommunen für die „offene Schule am Nachmittag“

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 461

Suche nach einem fairen Lastenausgleich zwischen Land und Kommunen bei der Kinderbetreuung und Schulausstattung mit PC

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 849 850 855

Erhöhung der Sachkostenbeiträge für die Kommunen zur Medianausstattung der Schulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 988

Schullastenverordnung

s. *Schullastenausgleich*

Schulleistungsforschung

s. *Bildungsforschung*

Schulleistungsuntersuchung

s. *Bildungsforschung*

Schulleiter

s.a. *Hochschulrektor*
s.a. *Schulassistent*

Besetzung von Schulleitungsstellen

Zahl und Ausgestaltung o.g. Verfahren in den letzten Jahren, Anteil und Gründe von Entscheidungen des Ministeriums gegen das gemeinsame Votum von Schulkonferenz und Schulträger; Schaffung eines Personalentwicklungskonzepts sowie eines neuen Berufsbilds für Schulleiter

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 23.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/353
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.02.2002 Drs 13/852 S. 27-29
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Lehrtätigkeit von Rektoren und Rektorinnen von GHS an Lehrerseminaren

Art und Umfang der Ausübung o.g. Lehrtätigkeit, Auswirkungen dieser Doppelbelastung auf die Qualität der Schulleitung

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 23.01.2002 und Antw KM Drs 13/648

Neues Leitbild Schulleitung

Ergebnisse einer o.g. Arbeitsgruppe und deren Umsetzung

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 15.03.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/851
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 66-68
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Unterrichtsversorgung im LKreis Reutlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1217

Unterrichtsversorgung im LKreis Biberach

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1218

Unterrichtsversorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1389

Ges zur Änd des SchulGes

Ausweitung der Zuständigkeit des Schulleiters für Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, insbes des Unterrichts- und Schulausschlusses; Vereinfachung der Verfahren; Mitteilung eines Schulausschlusses an das Jugendamt

GesEntw
s. *Ordnungsmittel im Schulwesen*
Drs 13/1424

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ausbau der Mitsprache und Verantwortung von Eltern und Schülern, Übernahme der Personal- und Budgetverantwortung durch die Schulleiter, Bildung von Personalvertretungen an den Projektschulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschriebenen und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1663

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Auffüstung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1744

Das Profil der Schulleitungen stärken

Konsequenzen aus den neuen Bildungsstandards und -plänen in der Lehrer- und Schulleiterfortbildung, Orientierung an der Führungskräftefortbildung der Wirtschaft; Modellversuche zur Erprobung von Schulassistenten, zur Budgetierung und Personalsteuerung bei den Krankheitsvertretungen und der Lehrereinstellung; Maßnahmen zur Gewinnung geeigneter Schulleitungen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 12.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2068 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 27 28
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Situation der Schulsekretariate in BW

Vorhandene und notwendige personelle Ausstattung der Schulsekretariate an den einzelnen Schulen und Schularten, Aufarbeitung der vom RH festgestellten Defizite, Organisation von Fortbildungsangeboten, Erarbeitung eines Anforderungsprofils für Schulleitungsassistenten mit den kommunalen Spitzenverbänden, Einbindung der Schulleiter bei der Stellenbesetzung

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 13/2490

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 13) - Schulleitung an allgemein bildenden Schulen

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 X. S. 4
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 16.12.2004 Drs 13/3849

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2666

Situation der Schulsekretariate in BW

Vorhandene und notwendige personelle Ausstattung der Schulsekretariate an den einzelnen Schulen und Schularten, Aufarbeitung der vom RH festgestellten Defizite, Organisation von Fortbildungsangeboten, Erarbeitung eines Anforderungsprofils für Schulleitungsassistenten mit den kommunalen Spitzenverbänden, Einbindung der Schulleiter bei der Stellenbesetzung

Antr
s. *Schulassistent*
Drs 13/2773

Situation der Schulleitungen in BW

Zahl der in den letzten Jahren angebotenen, der besetzten und vakant gebliebenen Schulleiterstellen; Ergebnisse der jeweiligen Beschlüsse der Schulkonferenz, Schulträger und Schulverwaltung; Fälle und Gründe von Rücktritten und Ablösungen; Entwicklung der Aufgaben und Stellung von Schulleitungen seit 1985; Frage nach einem Personalentwicklungskonzept; Anerkennung der Leitungsfunktion, Berücksichtigung bei der Arbeitszeitberechnung, Wahl der Schulleiter auf acht Jahre von der Schulkonferenz, Verstärkung der personellen Besetzung der Schulsekretariate

Antr SPD 06.05.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3181 (12 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 61 62
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Sicherstellung einer kontinuierlichen Personalentwicklung und verbesserten Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr
s. *Schule*
Drs 13/3835

Schulleiterbesetzungen

Auffüstung der laufenden sowie der Besetzungsverfahren 2004 an Gymnasien, Zahl der jeweiligen Bewerbungen, Anteil aus dem Schulverwaltungsbereich

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 14.02.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4037
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 12
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen
Berufung von Schulleitern u.a. Führungskräften auf Zeit
s. Finanzpolitik
Drs 13/4042

Geschäftsführende Schulleiterinnen und Schulleiter - Ernennung, Aufgabenbeschreibung und Arbeitszeitbemessung
Regelungen zur Bestellung von geschäftsführenden Schulleitern durch die Schulaufsichtsbehörden, zur Aufgabenbeschreibung, zusätzlichen Vergütung und Arbeitsentlastung; Auflistung der zur Zeit bestellten geschäftsführenden Schulleiter

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 17.03.2005 und Stellungnahme
KM Drs 13/4167 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht Schula 03.05.2005 Drs 13/4379 S.
41
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Reform des Bildungswesens in BW

Schaffung eines eigenen Berufsbilds Schulleitung

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/4376

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf die Stelle der Schulleitung am Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw
s. Schulgesetz
Drs 13/4431

Ablösung der Leiterin des Kompetenzzentrums für Hochbegabte (KH) am Landesgymnasium für Hochbegabte (LGH) iR einer Umstrukturierung

Begründung der o.g. Entscheidung nach relativ kurzer Amtszeit, Planung einer Neubestimmung der landesweiten Zuständigkeit und Aufgabenstellung des KH als Anlaufstelle für Schüler, als Beratungsinstanz für Eltern und Lehrkräfte sowie der Zusammenarbeit mit schulischen, außerschulischen und universitären Einrichtungen? Frage nach einer Neuausschreibung der Stelle und dem Anforderungsprofil der Bewerber

Antr
s. Begabtenförderung
Drs 13/4573

§ 90 des SchulGes in der Praxis

Erfahrungen mit der erweiterten Zuständigkeit des Schulleiters für Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, insbes des Unterrichts- und Schulausschlusses; Auswirkungen auf die von den Entscheidungen der Schulleiter abhängigen Lehrer bzw auf deren Stellung gegenüber den Schülern

KlAnfr
s. Ordnungsmittel im Schulwesen
Drs 13/4705

Hinweis auf die Unzufriedenheit der Schulleiter mit der Unterrichtsversorgung; Ausweitung der Kompetenzen der Schulleiter

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2818 2819 2828

Vorschläge des RH zur Entlastung der Schulleiter von Routineangelegenheiten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4056-4058 4060

Umsetzung des Themas „Berufsbild Schulleitung“, Wahl der Schulleiter auf fünf Jahre

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4264

Entlastung der Schulleiter von Verwaltungsaufgaben durch den Einsatz von Schulassistenten iR eines Modellversuchs

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414

Schulleitungsassistent

s. Schulassistent

Schulnote

s. Note (Bewertung)

Schulpädagogik

s. Pädagogik

Schulpflicht

s.a. Schulunterricht

s.a. Sonderurlaub

Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Verletzung der Schulpflicht

Zahl und Zeitdauer o.g. Verfahren in den letzten fünf Jahren, Höhe der verhängten Bußgelder

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 17.04.2002 und Antw KM
Drs 13/931

Umsetzung der allgemeinen Schulpflicht

Zahl und Gründe von Befreiungen vom Schulbesuch in den letzten fünf Jahren, Anteil der Zugehörigkeit zu religiösen Gruppierungen und Glaubensgemeinschaften, Umfang und Art der Bescheidung von Anträgen auf Einrichtung einer Privatschule, formale und personelle Struktur dieser Schulen, Art der angebotenen Abschlüsse, Auswirkungen von jüngsten Gerichtsurteilen auf die künftige Befreiungspraxis

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 20.06.2002 und Stellungnahme
KM Drs 13/1102
BeschlEmpf und Bericht Schula 25.09.2002 Drs 13/1401 S.
32-34
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Umgang mit Schulschwänzern

Größenordnung der o.g. Ordnungswidrigkeiten, Beurteilung des Erfolgs von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen; Empfehlung von pädagogischen Maßnahmen bzw einer praktikableren Anwendung des Bußgeldverfahrens

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 19.11.2002 und Stellungnahme
KM Drs 13/1533
BeschlEmpf und Bericht Schula 05.02.2003 Drs 13/1855 S.
24-26
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Änderung der Schulbesuchsverordnung

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 22.04.2004 und Stellungnahme
KM Drs 13/3129
BeschlEmpf und Bericht Schula 22.09.2004 Drs 13/3652 S.
25
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Schulbesuchsverordnung

Aufnahme der Mitglieder bisher nicht aufgeführter Religionsgemeinschaften bzw deren Feiertage in die Anlage zu § 4 Abs 2 Nr. 1 und 2 der o.g. VO, Ersetzung von verwirrenden Formulierungen, Anerkennung einer mündlichen Erklärung der Erziehungsberechtigten zur konfessionellen Zugehörigkeit von Muslimen u.a. Glaubensmitgliedern ohne Kirchenbehörden

KlAnfr Norbert Zeller SPD 17.09.2004 und Antw KM Drs 13/3556

Schulpflicht für Flüchtlingskinder

Festschreibung einer Schulpflicht für Kinder von Asylbewerbern, Vorlage eines GesEntw zur Änd des SchulGes

Antr SPD 26.10.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4784
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 73 74
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Hinweis auf Verletzung der Schulpflicht und Kinderarbeit auf Veranlassung der Eltern

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1908 1909

Vereinfachung und Beschleunigung von Erziehungsmaßnahmen im Umgang mit Schulschwänzern

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2179 2181

Zunahme der Abmeldungen muslimischer Mädchen vom Schwimm-, Sport- und Biologieunterricht; Prüfung einer Verschärfung der Schulpflicht

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4703 4708 4709 4718 4720

Schulpsychologe

s. Psychologe

Schulqualität

s. Schule

Schulraumbau

s. Schulgebäude

Schulreferendariat

s. Vorbereitungsdiens

Schulreife

s. Schulanfänger

Schulrektor

s. Schulleiter

Schul-Schach

s. Schach

Schulschwänzen

s. Schulpflicht

Schulsekretär

s. Schulassistent

Schulsozialarbeit

s. Sozialarbeit

Schulsponsoring

s. Sponsoring

Schulsport

s. Sport

Schulstatistik

s. Statistik

Schulstunde

s. Schulunterricht

Schuluniform

s.a. Textilien

Schuluniform in BW

Einführung einer verpflichtenden Kleiderordnung bzw einer Schuluniform für die Schüler?

MdlAnfr 5) Norbert Zeller SPD 25.04.2005 Drs 13/4204
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6517 6518

Schulunterricht

s.a. Förderunterricht

s.a. Fremdsprache

s.a. Hausaufgaben

s.a. Integrative Beschulung

s.a. Landesinstitut für Erziehung und Unterricht

s.a. Lerntechnik

s.a. Muttersprachlicher Unterricht

s.a. Nachhilfeunterricht

s.a. Organisationserlass

s.a. Schulfach

s.a. Schulklasse

s.a. Schulpflicht

s.a. Schwimmen

s.a. Sonderunterricht

s.a. Sprachunterricht

Stundenzuweisung im Ergänzungsbereich

Entwicklung o.g. Zuweisungen und der Schülerzahlen im Bereich des Oberschulamts Stuttgart in den letzten drei Jahren und im kommenden Schuljahr; Zuweisung zusätzlicher Lehrstellen

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 13.07.2001 und Antw KM Drs 13/82

Situation der Unterrichtsversorgung, Lehrerneueinstellungen und Lehrermangel an den Schulen in BW

Aktuelle Debatte

s. Schule

PIPr 13/7 S. 226

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Zukunft der Unterrichtsversorgung (Drs 12/6031)

Mittlg LReg 28.08.2001 Drs 13/206

Entwicklung der Unterrichtsversorgung

Aufgelaufene Unterrichtsstunden und Lehrerdeputate iRd Vorgriffsstundenmodells sowie dessen Rückabwicklung an den einzelnen Schularten; zusätzliche Lehrerstellen und Verteilung der Vergütungen zur Verbesserung der Unterrichtssituation sowie der Mittel für Krankheitsstellvertretungen, Fortführung der Springerreserve; Bereitstellung der zusätzlichen Stellen für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen, Vorlage der Prognosedaten für die Personalplanung bis 2006

Antr SPD 25.10.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/371
Ergänzende Stellungnahme KM 12.12.2001 Drs 13/565
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1948-1963
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 18-20
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Unterrichtssituation an den Gymnasien; hier: Kirchheim/Teck, Plochingen, Wendlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Gymnasien in den letzten Jahren; Umfang von Kürzungen im Pflichtstundenbereich und im ergänzenden Bildungsangebot; Konsequenzen einer Unterschriftenaktion von Elternvertretern des Kirchheimer Schlossgymnasiums

KIAnfr Carla Bregenzer SPD 07.11.2001 und Antw KM Drs 13/427

Lehrereinstellung und Lehrgewinnung

Bisherige Erfahrungen und Verbesserungsmöglichkeiten des Einstellungsverfahrens, u.a. Bindung des noch vorhandenen Überhangs an qualifizierten Bewerbern an das Land, Gewährleistung der Unterrichtsversorgung auch in ländlichen Regionen; Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs; Prüfung notwendiger Veränderungen im Beamtenrecht, Arbeits- und Tarifrecht

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/461

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Angebote von Arbeitsgemeinschaften und des Erweiterten Bildungsangebots sowie von Förder- und Stützunterricht, Kürzung zugunsten des Pflichtunterrichts? Ausgestaltung der Sprachkurse für ausländische Kinder und Aussiedler, Vorbereitung der Lehrkräfte auf die Förderung sprachbenachteiligter ausländischer Jugendlicher

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/654-12 S. 50
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Erhebung zum Unterrichtsausfall

Ursächliche Faktoren und Daten der o.g. Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2001 im Vergleich zum Vorjahr, Bewertung der Ergebnisse an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Begründung des beabsichtigten Verzichts auf Veröffentlichung der Daten

Antr SPD 18.01.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/639

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1948-1963

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 18-20

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Geplante Reduzierung des Technik-Unterrichts in der Realschule?

Beurteilung o.g. Pläne vor dem Hintergrund des schlechten Abschneidens deutscher Schüler nach der PISA-Studie und dem Mangel an technischen Fachkräften

Antr
s. *Technik*
Drs 13/757

Unterrichtsversorgung im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KIAnfr Stephan Braun SPD 15.03.2002 und Antw KM Drs 13/855

Unterrichtsversorgung und Ganztagsbetreuung im LKreis Calw

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien; Entwicklung der Schülerzahlen und Klassengrößen an den Gymnasien in Calw und Nagold; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gestaltung der Ganztagsbetreuung an den Grund- und Hauptschulen

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 19.03.2002 und Antw KM Drs 13/865

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 18.04.2002 und Antw KM Drs 13/945

Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen

Ursächliche Faktoren und Daten der Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2002 im Vergleich zum Vorjahr; Festhalten am bisherigen Verfahren zur Erhebung und Veröffentlichung der Daten

Antr SPD 16.05.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1017
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1948-1963
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 18-20
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Unterrichtsversorgung an Schulen im Rems-Murr-Kreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KIAnfr Jürgen Hofer FDP/DVP 04.06.2002 und Antw KM

Drs 13/1040

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 20.06.2002 und Antw KM Drs 13/1099

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb
Klassengrößen, Einzugsbereiche und Schüler-Lehrer-Relation der einzelnen Hauptschulen; Erteilung von jahrgangsübergreifendem Unterricht; Entwicklung der Unterrichtsversorgung und des Ergänzungsangebots in einzügig geführten Hauptschulen

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/1139

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Sonderschulbereich

Entwicklung der Unterrichtsversorgung, der Schüler- und Lehrerzahlen differenziert nach wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern seit 1997; Anteil der Deputate für sonderpädagogische Dienste und Kooperation im Bereich Frühförderung; Umfang der Bedarfsdeckung durch abgeordnete Lehrkräfte aus Grund- und Hauptschulen; Entwicklung der Bewerbungen und Einstellungen von Sonderschullehrern sowie der Abwanderungen in andere BLänder und Privatschulen

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1145

Unterrichtsversorgung im LKkreis Ludwigsburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Christine Rudolf SPD 08.07.2002 und Antw KM Drs 13/1149

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKkreis Schwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 09.07.2002 und Antw KM Drs 13/1158

Unterrichtsversorgung an Schulen im Hohenlohekreis

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 11.07.2002 und Antw KM Drs 13/1169

Bedarf an Lehrerstunden im Schuljahr 2002/2003

Angemeldeter Bedarf und tatsächliche Zuweisung von Lehrerstunden im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, für Arbeitsgemeinschaften, bei Stütz- und Förderunterricht, Kursen u.a. an den einzelnen Schularten

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 12.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1177 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 34-37
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Reformimpulse für den naturwissenschaftlich-technischen Schulunterricht und die Zukunft des Schülerforschungszentrums in Bad Saulgau

Weiterentwicklung des o.g. Zentrums zu einer MINT-Schule (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), Maßnahmen zu einer dauerhaften Sicherung dieser Einrichtung, Prüfung einer Übernahme der Trägerschaft

Antr
s. *Bildungsforschung*
Drs 13/1201

Unterrichtsversorgung im LKkreis Reutlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 22.07.2002 und Antw KM Drs 13/1217

Unterrichtsversorgung im LKkreis Biberach

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr Klaus Käppeler SPD 22.07.2002 und Antw KM Drs 13/1218

Unterrichtsversorgung im Oberschulamtsbezirk Freiburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Margot Queitsch SPD 05.08.2002 und Antw KM Drs 13/1238

Unterrichtsversorgung im LKkreis Ortenaukreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge

von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Dr. Walter Caroli SPD 17.09.2002 und Antw KM Drs 13/1321

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrerzuweisung für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr Birgit Kipfer SPD 19.09.2002 und Antw KM Drs 13/1326 (37 S.)

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.09.2002 und Antw KM Drs 13/1349

Unterrichtsversorgung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2007 ausscheidenden Lehrkräfte und Schulleiter, Umfang der Stellenneubesetzung

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 10.10.2002 und Antw KM Drs 13/1389

Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik - Aktiv kooperieren, Chancen nutzen!

Konzeption zur Annahme der Beteiligung des Bundes am Ausbau der Ganztagschulen, Unterstützung der Einrichtung einer internationalen Expertenkommission zur Erarbeitung von Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bildungswesens, Beteiligung an den Offensiven zur Verbesserung des Unterrichts an Schulen sowie von Forschung und Lehre an Hochschulen

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/1409

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Ermöglichung neuer Formen der Unterrichtsgestaltung und Unterrichtszeiten sowie der Leistungserbringung und -bewertung, Aufhebung der Noten- und Klassenarbeitsentlasse, eigenverantwortliche Gestaltung der Lehrpläne, Bildung von Lerngruppen,

interne und externe Evaluation

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Karlsruhe

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 13.11.2002 und Antw KM Drs 13/1502

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 28.11.2002 und Antw KM Drs 13/1562

Lehrermangel im Kreis Biberach

Unterrichtsausfall an den Grundschulen u.a. Schularten, Ausgleich durch Vertretungslehrer, verfügbare Krankheitsvertretungen an der Grund- und Hauptschule Riedlingen sowie der Michael-Buck-Schule in Ertingen, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Biberach beim Oberschulamt Tübingen auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/1614

Technik-Unterricht in der Realschule

Auswirkungen des Wegfalls des eigenständigen Technikunterrichts in den Klassen 5 und 6, Konzeption für das Fach Technik nach einer Ausgliederung der „naturwissenschaftlichen Anteile“ in den Fächerverbund „Naturwissenschaftliches Arbeiten“; Beibehaltung des Pflichtfachs Technik ab Klasse 5 und Aufwertung im Zuge der geplanten Änderungen der Bildungspläne

Antr
s. *Technik*
Drs 13/1713

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsver-

tretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr Frieder Birzele SPD 30.01.2003 und Antw KM Drs 13/1729

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Stephan Braun SPD 13.02.2003 und Antw KM Drs 13/1784 (52 S.)

Unterricht mit Migrantenkindern

Zeitpunkt und Auswirkungen der Streichung der o.g. Pflichtveranstaltung in den Studienordnungen für die Studiengänge an den PH; Art der Vorbereitung künftiger Lehrer auf die spezifischen Anforderungen des Unterrichts mit Migrantenkindern

Antr Inge Utz u.a. SPD 19.02.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1817

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs 13/2069 S. 54

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Streichung des Programms „Geld statt Stellen“; Sicherung der Unterrichtsversorgung an Sonderschulen und Beruflichen Schulen nach der Streichung des Programms

Kompensation der o.g. Einsparung; Zahl und Arbeitsverhältnis der bisher iRd Programms beschäftigten Lehrkräfte, Reduzierung des Einstellungsvolumens 2003 durch Übernahme dieser Lehrkräfte auf freie Stellen? Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung qualifizierter Berufs- und Sonderschullehrer in andere BLänder

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 27.02.2003 und Antw KM Drs 13/1841

Unterrichtsversorgung im LKreiss Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 20.03.2003 und Antw KM Drs 13/1921

Unterrichtssituation im Schulamtsbereich Aalen/Ellwangen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunter-

richts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Ursula Haußmann SPD 27.03.2003 und Antw KM Drs 13/1949

Lehrermangel im Enzkreis und in der Stadt Pforzheim

Entwicklung der Schülerzahlen und erteilten Lehrerwochenstunden an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Ausmaß des Unterrichtsausfalls, insbes an der Grund- und Hauptschule Eutingen; verfügbare Krankheitsvertretungen und Vertretungslehrer, Gründe und Erfolg des Antrags vom Schulamt Pforzheim beim Oberschulamt auf zusätzliche Lehrkräfte, Auswirkungen der geplanten Kürzungen von Mitteln für Nebenlehrer

KlAnfr
s. Lehrer
Drs 13/1971

Unterrichtsversorgung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 10.04.2003 und Antw KM Drs 13/1988

Unterrichtsversorgung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der von einer erhöhten Unterrichtsverpflichtung betroffenen älteren Lehrkräfte bzw Lehrer an Gymnasien und beruflichen Schulen

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 10.04.2003 und Antw KM Drs 13/1989

Neue Arbeitszeitmodelle statt Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung

Ergebnisse von Studien über die jährliche Arbeitszeit der Lehrer an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Berücksichtigung der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, der Oberstufenreform und neuer Unterrichtsformen? Vergleich der Entwicklung der Jahresarbeitszeit der Landesbeamten und der genannten Lehrergruppen seit 1975; Gründe und Auswirkungen einer Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei gleichzeitiger Streichung der Altersermäßigung; Aussetzung dieser Maßnahmen und Aufnahme von Verhandlungen mit den Lehrerverbänden über neue Arbeitszeitmodelle

Antr
s. Arbeitszeit
Drs 13/2038

Auswirkungen der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung an Gymnasien und beruflichen Schulen auf die Lehrereinstellung im Schuljahr 2003/2004 und 2004/2005

Umfang der Gewinnung von Deputaten mit der o.g. Arbeitszeiterhöhung und damit Reduzierung der beschlossenen 5.500 zu-

sätzlichen Lehrerstellen?

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2054

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr Alfred Winkler SPD 03.06.2003 und Antw KM Drs 13/2136

Neue Beteiligungsformen für Schülerinnen und Schüler

Erweiterung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte iRd Bildungsplanreform, Beteiligung bei der Erstellung des Schulprogramms sowie schulinterner Curricula, bei der Erarbeitung neuer Unterrichtsformen und Stundenpläne sowie deren Evaluation; Bewertung der Unterrichts- und Lehrqualität; Fortbildungsangebote für die Schülervertreter und SMV

Antr
s. *Mitwirkung im Schulwesen*
Drs 13/2147

Einstellungsrunde 2003 und G 8-Innovationspool

Mögliche und tatsächliche Besetzung frei gewordener Stellen an Gymnasien, Verteilung der durch die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung gewonnenen Stellen auf die Schulen, vorgesehener Zeitrahmen für diesen Innovationspool

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2314

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts als Konsequenz aus den elfjährigen Erfahrungen, Stärkung der Elternrechte und zieldifferente Integration durch eine entsprechende Änderung des SchulGes

GrAnfr GRÜNE 06.10.2003 und Antw LReg Drs 13/2471 (14 S.)
ÄAntr GRÜNE 28.04.2005 Drs 13/4283
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6518-6526

Situation der Schulen im Schulamtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen und des BVJ im Vergleich zum Vorjahr; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, Schulanfang auf neuen Wegen u.a. Maßnahmen; Gewährleistung der notwendigen Deputats-

stunden für Krankheitsvertretungen und die verlässliche Grundschule; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen

KlAnfr
s. *Schule*
Drs 13/2493

Weiterentwicklung der Lehrerausbildung, Lehrerfortbildung und Evaluation - Qualität des Unterrichts verbessern

Antr Georg Wacker u.a. CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP 16.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2506 (17 S.)
BeschIEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 15 16
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Erhebung von Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen - Starttermin und Kosten des Projekts „Schulverwaltung am Netz“

Einhaltung des Starttermins und der kalkulierten Kosten beim Projekt SVN? Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform; Schulung der Schulleitungen und -sekretariate, Verfügbarkeit eines uneingeschränkten Zugangs zum Internet; stichprobenhafte Ermittlung o.g. Daten für das laufende Schuljahr und Veröffentlichung

Antr SPD 30.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2563
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6613-6622

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Überprüfung der Übertragung weiterer Zuständigkeiten, insbes Auswahl der Lehrkräfte, Bewirtschaftung der Personal-, Sachmittel und des Fortbildungsbudgets, Erleichterung des Sponsorings; Verankerung des kommunalen Schulträgers in der Schulkonferenz, Ausweitung der Befugnisse auf die Verabschiedung der Schulverfassung, Wahl des Schulleiters, Struktur- und Entwicklungsplanung u.a.; Bewertung der Unterrichtsqualität auch durch die Schüler, Offenlegung der Ergebnisse, Abschaffung der Schulbezirksregelung; Übertragung von Projekten an beruflichen Schulen auf die allgemein bildenden Schulen; Überführung der Schulaufsicht in pädagogische Dienstleistungszentren

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2666

Haushalt 2004; Epl 04

Mittelbereitstellung für integrative Schulentwicklungsprojekte zur gemeinsamen Unterrichtung von behinderten und nicht behinderten Kindern

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-18 S. 62
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Bildungsplanreform 2004: Einführung der neuen Bildungspläne im Schuljahr 2004/05

Stand und Ziele der Bildungsplanreform 2004, Einbeziehung der am Schulleben Beteiligten, Auswirkungen auf die Schule und Unterrichtskultur sowie den Raum- und Lernmittelbedarf, Begründung des Verzichts auf schulartübergreifende Bildungsstandards, Entwicklung von Instrumenten zur Qualitätssicherung

Antr
s. *Bildungspolitik*
Drs 13/3073

Kontingenzstundentafel und Chancengleichheit auf Bildung

Zustehende und zugewiesene Wochenstunden für Hauptschüler, Werkrealschüler, Realschüler und Gymnasiasten bzw für den Kernbereich, Wahlpflichtbereich, Erweiterungs- und Ergänzungsbereich; Beeinträchtigung der Stütz- und Fördermaßnahmen in den Klassen 5-7? Gleichbehandlung der Schüler aller allgemein bildenden Schulen bei der Unterrichtsversorgung

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 01.04.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3089

BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.05.2004 Drs 13/3282 S. 5-7

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Neuer Organisationserlass „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2004/2005“; hier: Lehrer-versorgung für Sonderschulen

Gründe und Auswirkungen der o.g. Änderung bei den einzelnen Sonder- und Förderschulen, Bewirkung einer Umverteilung der zu geringen Anzahl an Förderstunden? Beibehaltung der Regelung zur Lehrerversorgung auf der Basis von Schüler- und Klassenzahl sowie bestehender Schulsituation, Behebung der Personalmängel zur Bewältigung künftiger Aufgaben wie Kooperationen, Außenklassen und integrative Schulentwicklungsprojekte

Antr

s. *Sonderschullehrer*

Drs 13/3105

Bildungsstandards in BW - alter Wein in neuen Schläuchen?

Fachliche Grundlagen, Vorgaben und Ziele der von den Kommissionen erarbeiteten Bildungsstandards; Berücksichtigung der bestehenden Lehrpläne; Entwicklung von bundesweit vergleichbaren Evaluationsverfahren und Diagnosehilfen; Stellenwert der individuellen Förderung und der Kontingenzstundentafeln; Erweiterung der Qualitätssicherung auf das Gesamtsystem Schule; Abbau der sozialen Schieflage bei den Grundschulempfehlungen; Erarbeitung eines schulartübergreifenden Basisbildungsplans, schrittweise Einführung über einen längeren Zeitraum, Reduzierung des Kerncurriculums auf 50 %

Antr

s. *Bildungspolitik*

Drs 13/3133

Entwicklungs-Zusammenarbeit im Unterricht

Behandlung der o.g. Thematik im Unterricht, verstärkte Nutzung der Informations- und Beratungsangebote der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit BW

KlAnfr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/3220

Eurodistrikt Straßburg - Ortenau

Angebot und Nachfrage von bilingual erteiltem Unterricht an den einzelnen Schularten; Förderung einer grenzüberschreitenden „Schule der zwei Muttersprachen“ in Trägerschaft eines Vereins nach dem PrivatschulGes? Ausweitung des Modells der Falkenhäuser Schule Kehl - Grundschule mit bilingualen deutsch-französischen Klassen

GrAnfr

s. *Europäische Regionen*

Drs 13/3251

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Verfügbare Stundenzahl an den allgemein bildenden Schularten für Lehrerreserve/Krankheitsvertretung, Stütz- und Förder-

unterricht, Förderunterricht für ausländische und rechenschwache Kinder sowie Legastheniker, für Arbeitsgemeinschaften, zusätzliche Klassen u.a. Maßnahmen; Vergleich der Daten des abgelaufenen Schuljahres mit denen der Schuljahre zuvor

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3473

BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.12.2004 Drs 13/3991 S. 6 7

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an Förderschulen

Verringerung der Lehrerzuweisung an die einzelnen Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass; Darlegung der jeweiligen Unterrichtssituation und Lehrerausstattung sowie der Zahlen von Spätaussiedlerkindern bzw ausländischen Kindern

Antr

s. *Sonderschule*

Drs 13/3527

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangquoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr

s. *Gesamtschule*

Drs 13/3633

Ergebnisse, Bewertung und Umsetzung der von der LReg eingesetzten Kommission zur Neubewertung der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern in BW

Mitwirkende, Ergebnisse und Weiterführung der o.g. Kommission? Beurteilung gemessen an der vorgegebenen Zielsetzung von mehr Realitätsnähe, Gerechtigkeit und Transparenz der Lehrerarbeitszeit; Art und Zeitpunkt einer Abkehr von der reinen Deputatsregelung

Antr

s. *Lehrer*

Drs 13/3642

Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung

Antr

s. *Arbeitszeit*

Drs 13/3816

Bedarfsprognose für baden-württembergische Schulen

Entwicklung der Schüler- und Lehrerzahlen an den allgemein bildenden Schulen, Berufs- und Sonderschulen; Umfang und Auswirkungen des Abbaus von Lehrerstellen und Schulstandorten im Zuge des Rückgangs der Schülerzahlen; Veränderung des Bedarfs an GHS-Lehrern mit der Schließung von Grund- und Hauptschulen; Sicherstellung einer kontinuierlichen Perso-

nalentwicklung und verbesserten Unterrichtsversorgung; Neuregelung der Arbeitszeit der Schulleiter, Unterscheidung zwischen Führungs- und Unterrichtsaufgaben

Antr
s. *Schule*
Drs 13/3835

Unterrichtsausfall an den Schulen in Stuttgart

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 15.12.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3886
BeschlEmpf und Bericht SchulA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 31-33
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Veränderungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung; Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Integration des Anfangsunterrichts in die Fächer Deutsch und Mathematik; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung; Anstrengung einer einvernehmlichen Lösung mit dem Hauptpersonalrat auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenbeschreibung

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/3941

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonderschularten und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Einzelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlasses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3964

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KIAnfr Martin Rivoir SPD 02.02.2005 und Antw KM Drs 13/3995

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2009 ausscheidenden Lehrkräfte, Auflistung der davon besonders betroffenen Schulen und Fächer

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 15.04.2005 und Antw KM Drs 13/4249

Stundenausfall an den Schulen im Hohenlohekreis

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KIAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 18.04.2005 und Antw KM Drs 13/4253 (10 S.)

Stundenausfall an den Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KIAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 18.04.2005 und Antw KM Drs 13/4254 (11 S.)

Krankheitsvertretungen an Gymnasien

Abbau des hohen Unterrichtsausfalls, Realisierung der vorgegebenen Stundentafel für alle Jahrgangsstufen; Bereitstellung der notwendigen Mittel für Vertretungslehrkräfte, Schaffung eines Vertretungspools; Umsetzung der Sollbestimmung zu Schullandheimaufenthalt nach der Kürzung des Reisekostenetats für Lehrkräfte

Antr
s. *Krankheitsvertretung*
Drs 13/4292

Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Neckar-Odenwald

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Förderschulen, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr; Ermöglichung von Förderstunden an den Grundschulen durch Klassenteilungen

KIAnfr Gerd Teßmer SPD 11.05.2005 und Antw KM Drs 13/4337 (11 S.)

Unterrichtsversorgung im LKreis Esslingen im Schuljahr 2005/2006

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl und Deputatsumfang der durch Pensionierung frei gewordenen und neu besetzten Stellen, Entwicklung der Altersstruktur der Lehrkräfte bis 2010

Antr Nils Schmid u.a. SPD 11.08.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4598 (15 S.)

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr
s. Lehrer
Drs 13/4615

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KIAnfr Inge Utzt SPD 19.10.2005 und Antw KM Drs 13/4746

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr GRÜNE 31.10.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4800

Unterrichtsversorgung an Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass

Versorgung mit Stunden aus der Direktzuweisung und dem Differenzierungskontingent nach dem neuen Organisationserlass, Frage nach einer einheitlichen Anwendung des Erlasses für die einzelnen LKreise

Antr
s. Sonderschule
Drs 13/4818

Unterrichtsversorgung in BW - Vergleich nach Schularten

Zahl der Stunden an Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien in den Schuljahren ab 2000 für Lehrerreserve, Stütz- und Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Chor/Orchester, Lese-Rechtschreib-Schwäche, zusätzliche Teilungen und Klassenbildungen u.a. Angebote

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 10.11.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4819
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 74-76
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KIAnfr Roland Weiß SPD 01.12.2005 und Antw KM Drs 13/4912

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern -Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 14.12.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4970

BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 (dazu ÄAntr Volker Schebesta u.a. CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP) S. 81-83

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KIAnfr Martin Rivoir SPD 09.01.2006 und Antw KM Drs 13/5030

Tierschutz im Unterricht

Verankerung des Tierschutzes in den neuen Bildungsplänen, Fortbildung der Lehrer und Multiplikatoren, Kooperationen mit den anerkannten Tierschutzverbänden zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter für Tierschutzprojekte iR von Ganztagsangeboten und -schulen, Ausweitung der Angebote an Schulbauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung, Öffnung und jährliche Auslobung des Tierschutzpreises für Schüler aller Jahrgangsstufen, flächendeckende Zusammenarbeit mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden

Antr
s. Tierschutz
Drs 13/5042

Unterrichtsversorgung im LKreis Rastatt und im Stadtkreis Baden-Baden

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen

sen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr Gunter Kaufmann SPD 16.02.2006 und Antw KM Drs 13/5182

Konkreter und verlagerter Unterrichtsausfall

Umfang und Gründe des tatsächlichen Unterrichtsausfalls an den einzelnen Schulen und Schularten, Maßnahmen zur pädagogisch und fachlich kompetenten Erteilung des vorgesehenen Unterrichts nach dem Bildungsplan

KlAnfr Roland Weiß SPD 24.02.2006 und Antw KM Drs 13/5200

Korrektur G 8; Reduktion der Stundenbelastung in der Sekundarstufe I und Erhöhung der Stundenanteile in der Oberstufe

Entnahme der o.g. Entlastung aus der Kontingenzstundentafel der Klassen 5-10 oder aus den Poolstunden? Einführung der zweiten Fremdsprache erst ab Klasse 6, Auswirkungen auf die Gesamtstundenzahl, den Bildungsplan und die Bildungsstandards am Ende der 6. Klasse? Unterstützung von Überlegungen der KMK zur Abstufung des Mindeststundenvolumens von 265 Stunden für das G 8 zum Richtwert?

KlAnfr
s. *Gymnasium*
Drs 13/5204

Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Schaffung von 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen bis zum Jahr 2006

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 48

Verbesserung der Unterrichtsversorgung, Schaffung von 5 500 zusätzlichen Lehrerstellen bis zum Jahr 2006, Ausbau des fächerübergreifenden Unterrichts

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66 67 75 87 100 101 109 110 116 117 123

Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen, Umfang der Abdeckung des Pflicht- und Ergänzungsbereichs

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 206 210 214 226-240

Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 332-335 337

Ausweitung und Verbesserung des Unterrichts als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 734 735 738 739 742 743 745 746 749

Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen, Ausbau des fächerübergreifenden Unterrichts

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797 806 812 822

Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 834 836 839

Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen, Einführung neuer Unterrichtsformen und -inhalte

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 987-991 995-999 1002-1005 1010 1011

Stabilisierung der Unterrichtsversorgung mit zusätzlichen Lehrerstellen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1100 1101 1110 1118

Konsequenzen aus der PISA-Studie für die Unterrichtsgestaltung und -inhalte, Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Anteil des fachfremd erteilten Unterrichts, Kosten pro Unterrichtsstunde

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1736-1738 1740 1744 1745 1747 1748 1751 1752 1755-1758 1761 1767-1770

Konsequenzen aus der PISA-Studie für die Unterrichtsgestaltung und -inhalte; Beklagung des Unterrichtsausfalls von Eltern und Lehrern; Modellprojekte zur Evaluation von Unterricht; Deputatserhöhung für ältere Lehrer sowie Berufsschul- und Gymnasiallehrer; Verlegung von Demonstrationen in die unterrichtsfreie Zeit

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809 2818-2821 2823 2825 2831 2832 2834-2837 2840

Schaffung von schülerzentrierten Unterrichtsformen, Einführung der Kontingenzstundentafel

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3164 3167

Neubewertung der Lehrerarbeitszeit, Flexibilisierung der Unterrichtsdeputate, Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3633

Einführung neuer Unterrichtsmethoden jenseits des 45-Minuten-Takts mit dem Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3833-3835 3841 3845 3846

Verwendung des Deputatsgewinns mit der zusätzlichen Unterrichtsstunde zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4266

Verbot des Tragens eines Kopftuchs für muslimische Lehrerinnen im Schulunterricht; erneute Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasial- und Berufsschullehrer, Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuregelung der Lehrerarbeitszeit in einer Arbeitsgruppe

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699-4724 4753-4761

Vorlage der Zahlen über den Unterrichtsausfall, Abordnungen von den Schulen zur Schulverwaltung als Beitrag zum Unterrichtsausfall

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5990 6006 6007

Verbesserung der Unterrichtsarbeit als Konsequenz aus den PISA-Studien; Erhebung und Offenlegung der Zahlen zum Unterrichtsausfall

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7233 7234 7236 7241-7243 7246 7249 7250 7252 7253

Zunahme der Unterrichtsbelastung nach Wochenstunden und Klassenstufen mit der Einführung des G 8, Verfügbarkeit der Schulen über die Poolstunden, Verweisung auf die Reduzierung des Unterrichtsstoffs anhand der neuen Bildungspläne

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369-7381

Umfang des Unterrichtsausfalls, Kritik am Abbau von Lehrstellen zur Finanzierung des Projekts Jugendbegleiter an Ganztagschulen, Verbesserung der Unterrichtsarbeit als Konsequenz aus den PISA-Studien

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934-7938 7941-7946 7950 7970 7996-7999

Schulzeugnis

s.a. Note (Bewertung)

s.a. Qualipass

Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse von Migrantenschülerinnen und -schülern und Anerkennung dieser Leistungen als Fremdsprachenkenntnisse im Zeugnis

Antr

s. Fremdsprache

Drs 13/78

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts im Ergänzungsbe-
reich, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse, Aufnahme
als weitere Note im Zeugnis

Antr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/168

Umsetzung der Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse

Erfahrungen mit dem Pilotprojekt für italienischstämmige Schü-
ler; Vorbereitungsstand für Französisch, Griechisch, Türkisch,
Russisch und weitere Herkunftssprachen; Frage nach einheit-
lichen Leistungs- und Prüfungsstandards, nach Vorbereitungs-
kursen unter Einbeziehung von Lehrbeauftragten sowie Auswei-
sung und Anrechnung der Note im Abschlusszeugnis; umfassende
Information aller Beteiligten

Antr

s. Fremdsprache

Drs 13/1634

*Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt
Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern
gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten*

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer
an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gym-
nasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen
und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und
damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung
von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr

s. Note (Bewertung)

Drs 13/4552

Schusssichere Weste

s. Schutzkleidung

Schutz nationaler Minderheiten

s. Nationale Minderheit

Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

s.a. Wasserschutzgebiet

Auswirkungen der neuen SchALVO

Kriterien der Abgrenzung von Problem- und Sanierungsgebieten
bzw der Reduktion des Pauschalenausgleichs, Ermittlung des Ein-
zelausgleichs von entstandenen Nachteilen, Stand der Einrich-
tung und Kompetenzen der regionalen Arbeitskreise, Umsetzung
der dabei erzielten Ergebnisse, Begründung und Auswirkungen
von Beschränkungen des Umbruchs sowie der Ausbringung von
Festmist und Gülle, insbes für Betriebe des ökologischen Land-
baus; Zumutbarkeit des völligen Verzichts auf den Anbau von
Kulturpflanzen

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 05.12.2001 und Stellung-
nahme UVM Drs 13/544

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.04.2002 Drs 13/997 S.
44 45

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Umsetzung des BNaturschutzGes in BW

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw
auf die Programme MEKA und SchALVO, Frage nach Umset-
zung des vorgeschriebenen Biotop-Verbunds sowie der dreijäh-
rigen Übergangsfrist

Antr

s. Naturschutzrecht

Drs 13/782

*Umsetzung des BNaturschutzGes in BW und Novellierung des
LNaturschutzGes*

Auswirkungen auf die „ordnungsgemäße Landwirtschaft“ bzw
auf die Programme MEKA, SchALVO und PLENUM; Überar-
beitung dieser Programme; Vorlage des o.g. GesEntw sowie ei-
ner Konzeption zur Weiterentwicklung der Naturschutzflächen
und Umsetzung des vorgegebenen Biotop-Verbunds

Antr

s. Naturschutzrecht

Drs 13/869

*Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe
im Neckar-Odenwald-Kreis*

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehen-
der Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO,
Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensations-
möglichkeiten

MdlAnfr 2) Gerd Teßmer SPD 12.04.2002 Drs 13/912

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1426-1428

*Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe
im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald*

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehen-
der Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO,
Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensations-
möglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands
für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung
durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehör-
den?

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 30.04.2002 und Antw MLR
Drs 13/972

*Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe
im Ostalbkreis*

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehen-
der Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchAL-
VO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich
des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kom-
pensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungs-

aufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 06.08.2002 und Antw MLR Drs 13/1242

Hochwasserschutz durch die verstärkte Förderung konservierender und extensiver Bodenbearbeitung

Verbesserung der Wasserrückhaltekapazität potenzieller Überflutungsflächen durch nichtwendende Bodenbearbeitung u.a. Formen extensiver Bodenbewirtschaftung; gezielte Förderung durch entsprechende Modifikation der Agrarprogramme, insbes von SchALVO und MEKA

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1331

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 14.11.2002 und Antw MLR Drs 13/1507

SchALVO und MEKA II im Zollernalbkreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr Günther-Martin Pauli u.a. CDU 15.01.2003 und Antw MLR Drs 13/1674

Vollzug der Schutzgebiets- und AusgleichsVO vom 20.02.2001 - Basisgrundwasserschutz in OGL-, Problem- und Sanierungsgebieten

Art und Intensität o.g. Grundwasserbelastungen; Funktion des Nitratinformationsdienstes, Ergebnisse der Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten; Aufgaben, Zusammensetzung und Initiativen der regionalen Arbeitsgruppen; Maßnahmen zur Trendumkehr innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 15.01.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1679
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.03.2003 Drs 13/1968 S. 33-35
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 27.01.2003 und Antw MLR Drs 13/1718

Situation der Landwirtschaft im LKreiss Heidenheim

Entwicklung der Zahl, Einkommenslage, Liquidität und Investitionsbereitschaft der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe seit 1996; Anteil und Mittelzufluss der teilnehmenden Betriebe aus den Programmen SchALVO und MEKA

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*

Drs 13/1769

SchALVO und MEKA II im Main-Tauber-Kreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr Dr. Wolfgang Reinhart CDU 12.02.2003 und Antw MLR Drs 13/1775

Bilanz der Novellierung der SchALVO

Veränderungen für die anstehende Neueinstufung der Wasserschutzgebiete bei den Normal-, Problem- und Sanierungsgebieten; vorhandene Sanierungspläne und Beratungssysteme vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen; Prüfung alternativer Lösungen für die Trinkwasserbereitstellung und Methoden zur Feststellung des Nitratgehalts; Entwicklung der Hoftor- bzw Feld-Stallbilanzen von Marktfrucht- und Veredelungsbetrieben; Auswirkungen der Kosten des Landes auf den Wasserpfennig; Gewährleistung eines flächendeckenden Gewässerschutzes seit der Deckelung des MEKA

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 29.08.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2382
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 23.10.2003 Drs 13/2703 S. 37-41
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Vorbeugender Schutz gegen Wasserverunreinigungen, Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/2619

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der SchALVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Umsetzung und Änderungen an der SchALVO (Schutzgebiets- und AusgleichsVO)

Entwicklung der Boden- und Grundwasserbelastung mit Nitrat, Auswirkungen der vorgenommenen Änderungen bei der Messung und Bewertung von Bodennitrat und den daraus abgeleiteten Auflagen und Entschädigungszahlungen, Höhe der bewilligten Zahlungen und der verfügbaren Mittel 2005 und 2006, Beurteilung der von den Wasserversorgern befürchteten Verringerung der Einstufung von Problemgebieten infolge der geänderten Pra-

xis

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 18.11.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3763
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03.2005 Drs 13/4277 S. 23 24
 PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Umwidmung von Mitteln der SchALVO für den Hochwasserschutz

s. Hochwasser
 Drs 13/4008

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

Antr
s. Wassertarif
 Drs 13/4324

Umsetzung der EU-Agrarreform in BW

Zeitrahmen, inhaltliche Spielräume, Zusatzaufwand und -kosten einer Umsetzung der GAP-Reform; Auswirkungen auf die konventionelle Landwirtschaft, den Bio-Landbau, das HQZ und Biozeichen, die Exportchancen und Umweltprogramme MEKA und SchALVO; Notwendigkeit einer Vereinfachung des Förder-systems

Antr
s. Agrarpolitik
 Drs 13/4359

Grundwasserschutz in den Nitrat-Sanierungsgebieten

Gründe für die geringe Zahl der erarbeiteten Sanierungspläne für die festgelegten Sanierungsgebiete, Darlegung der geforderten Auflagen und deren Überwachung nach der SchALVO; Schaffung und Umsetzung der Sanierungspläne für alle Nitratsanierungsgebiete

Antr
s. Gewässerschutz
 Drs 13/4608

Denkschrift 2005 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2003 (Nr. 15) - Schutzgebiets- und AusgleichsVO für Wasserschutzgebiete - SchALVO-

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10./08.12.2005/19.01.2006 Drs 13/5068 XI. S. 5
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7851-7858
 Mittlg LReg 20.03.2006 Drs 13/5211

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung der Mittel für die SchALVO

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 13 S. 67
 ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-13 S. 19
 PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Fortführung der SchALVO

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59 60

Verbesserung der Grundwasserqualität mit Einführung der SchALVO

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275-278

Einkommenszuwächse der Landwirte mit der SchALVO

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799

Feststellung hoher Nitratbelastungen des Grundwassers trotz der SchALVO, Ersetzung durch ein System von Direktzahlungen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3442

Feststellung hoher Nitratbelastungen des Grundwassers trotz der SchALVO, Ersetzung durch ein System von Direktzahlungen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3780

Fortführung der SchALVO, Einbau in die neue Förderkulisse ab 2007

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6080 6085 6090 6091

Schutzhelm

s. Schutzkleidung

Schutzimpfung

s. Impfung

Schutzkleidung

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder

Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren

Antr
s. Verkehrssicherheit
 Drs 13/1135

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Radfahrer

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Radfahrern seit 2000, Anteil von Kindern unter 14 Jahren und von Senioren, Ursachen und Konsequenzen, Steigerung der Akzeptanz von Verkehrsregeln, Optimierung von Radwegen und Gefahrenstellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer sowie einer Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Antr
s. Verkehrssicherheit
 Drs 13/1137

Qualitätszustand der Schutzwesten der baden-württembergischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Austausch der Schutzwesten aufgrund der Ergebnisse der durchgeführten Beschusstests?

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 20.04.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4266

Allgemeine Ausrüstung der Polizeibeamten mit Schutzwesten

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3128 3130

Allgemeine Ausrüstung der Polizeibeamten mit Schutzwesten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900 5916

Ausstattung der Polizeibeamten mit schuss-sicheren Westen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249 6250 6252-6254 6256 6257

Schutzplanke

s. Fahrbahnbegrenzung

Schutzweste

s. *Schutzkleidung*

Schwackenreute, Ortsteil

s. *Mühlingen*

Schwäbisch Gmünd

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/389

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1099

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Ostalbkreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Drs 13/1242

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/1243

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; An-

teil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1451

Zuweisungen im Ostalbkreis und Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 1996 bis 2002

KlAnfr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 13/1545

Situation privater Postzustellerbetriebe im Ostalbkreis/Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Umsatz- und Personalstärke, Marktanteil und Gebietsabdeckung o.g. Betriebe; Attraktivität der Nutzung für landeseigene Einrichtungen; Behinderung des Wettbewerbs durch das bis Ende 2007 verlängerte Monopol der Nachsendeantragsverwaltung der Deutschen Post AG

KlAnfr

s. *Post*

Drs 13/1717

SchALVO und Meka II im Wahlkreis 25

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr

s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*

Drs 13/1718

Gewalt an Schulen im Schulamtsbereich Schwäbisch Gmünd

Fälle von Drohungen und Gewaltanwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern seit 2000; Frage nach Sanktionen sowie Maßnahmen zur Prävention und Intervention, u.a. Einsatz von Schulpsychologen

KlAnfr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/1719

Hochbegabtenförderung und -beratung

Gründe und Auswirkungen einer Schließung der Beratungs- und Forschungsstelle für Hochbegabte am Pädagogikseminar an der Universität Ulm, Vergleich mit der Situation in Bayern, Ausstattung und Finanzierung eines geplanten Gymnasialinternats in Schwäbisch Gmünd; Erhaltung der Einrichtung in Ulm, Vorlage eines flächendeckenden Konzepts für Beratung und Förderung von Hochbegabten

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 13/1808

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2026

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/2027

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW im Altkreis Schwäbisch Gmünd

Zustand und Veräußerungschancen der o.g. Gebäude, laufende Kosten des Verzichts auf eine Nutzung

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/2107

Ortsumfahrung Bargau L 1161, Lorch B 297 sowie L 1080 Rothenhar bis Ortsausgang Frickenhofen

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehungen

KlAnfr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2108

Berufsvorbereitungsjahr im Ostalbkreis und Wahlkreis Schwäbisch Gmünd speziell

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen im BVJ in den letzten fünf Jahren, Prognosen bis 2006, Maßnahmen zur Senkung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss

KlAnfr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/2451

Geplantes Ganztagsgymnasium und -internat für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Aufnahmekapazität und Nachfrage des o.g. Projekts, Beurteilung durch den Landesverband Hochbegabung und das Christliche Jugenddorfwerk Braunschweig, Höhe und Träger der Kosten, Beantragung von Mitteln aus dem Investitionsprogramm der BReg, Vergleich mit dem bayerischen Konzept; Erarbeitung einer flächendeckenden Konzeption mit Fortbildungsangeboten für Grundschullehrkräfte, mit Schwerpunktschulen und Leistungszentren, einer universitären Forschungsstelle und einer zentralen unabhängigen Beratungsstelle

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/2509

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Schwäbisch Gmünd

Auflistung o.g. Hauptschulen bzw der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/3247

Schulhausbau und Ganztagschulen im Bereich des Staatlichen Schulamts Schwäbisch Gmünd

Darlegung der o.g. Projekte und dafür gewährten Zuschüsse seit 1999, Beteiligung von Schulen an dem Projekt „Kooperation Schule und Sport“, Höhe der aus dem Investitionsprogramm des Bundes erwarteten Mittel, gestellte und genehmigte Anträge auf Förderung aus diesem Programm

KlAnfr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3275

EU-Strukturförderung für den Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd und die weitere Entwicklung dieses Fördersegments

Höhe und Herkunft der Fördermittel zur Unterstützung von Ziel 2 Regionale Wettbewerbsfähigkeit, Beteiligung an den Vorbereitungen für die neu zu regelnde Förderphase nach 2006, Einschätzung der zu erwartenden Veränderungen in den Kriterien, Verfahren und in der Gebietskulisse

KlAnfr
s. *Strukturpolitik*
Drs 13/3375

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3650

Kindergärten im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zahl der o.g. Kindergärten und Gruppen sowie Höhe der Zuschüsse 2003 und ab 01.01.2004, Anteil der Weiterreichung von den Gemeinden an die einzelnen freien Kindergartenträger im selben Zeitraum

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3878

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor in den letzten zehn Jahren, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

KlAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4291

Personalentwicklung beim Polizeirevier Schwäbisch Gmünd und den dazugehörigen Polizeiposten

Beurteilung der Altersstruktur und Beförderungssituation bzw der zunehmenden Verweildauer im Wechselschichtdienst, Maßnahmen zur Beseitigung der Personalengpässe und Verjüngung des Personalkörpers

KlAnfr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/4432

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf die Stelle der Schulleitung am Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/4431

Ablösung der Leiterin des Kompetenzzentrums für Hochbegabte (KH) am Landesgymnasium für Hochbegabte (LGH) iR einer Umstrukturierung

Begründung der o.g. Entscheidung nach relativ kurzer Amtszeit, Planung einer Neubestimmung der landesweiten Zuständigkeit und Aufgabenstellung des KH als Anlaufstelle für Schüler, als Beratungsinstanz für Eltern und Lehrkräfte sowie der Zusammenarbeit mit schulischen, außerschulischen und universitären Einrichtungen? Frage nach einer Neuausschreibung der Stelle und dem Anforderungsprofil der Bewerber

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/4573

Drogen- und Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Zahl der inhaftierten Frauen seit 2003, des Anteils der Drogenabhängigen sowie der Personalzuweisungen

KlAnfr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/4579

Ausbau der schulischen Hochbegabtenförderung in BW

Stellenwert der Hochbegabtenförderung nach der Gründung des Landesgymnasiums für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd, Kriterien und Schwerpunkte für den Ausbau der dezentralen Förderung, wissenschaftliche Begleitung und Evaluation dieser Maßnahmen, Ausrichtung der Lehreraus- und -fortbildung auf die spezifischen Anforderungen eines Unterrichts für hochbegabte Schüler

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/4627

Zukunft der Pädagogischen Fachseminare

Ergebnisse der Überprüfung der einzelnen Standorte zur Kostenreduzierung, Argumente und Kosten einer Zusammenlegung bzw Erhaltung der Standorte Schwäbisch Gmünd und Kirchheim/Teck, Forcierung der zugesagten Sanierung der Räumlichkeiten in Kirchheim bzw Bereitstellung anderer Unterbringungsmöglichkeiten

KlAnfr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/4623

Kindergärten und Kindertagesstätten im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zahl, Trägerschaft und Gruppengrößen der o.g. Einrichtungen am Stichtag 31.12.2005; Stand der Planung von Gruppenschließungen; Höhe der pauschalen Zuweisungen 2004 und 2005

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/5090

Hochbegabtgymnasium Schwäbisch Gmünd

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel sowie des weiteren Bedarfs für Um-, Neu- und Ausbauten; Frage nach dem Erhalt von Mitteln aus dem Ganztagschulprogramm des Bundes

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/5187

Realisierungschancen eines Stadttunnels in Schwäbisch Gmünd

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1982 1983

Umsetzung der Versprechungen des Bundes zum Tunnel in Schwäbisch Gmünd

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2274 2282

Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums mit Internat in Schwäbisch Gmünd

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2814 2824

Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums mit Internat in Schwäbisch Gmünd

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3603 3619

Einrichtung eines Hochbegabtgymnasiums in Schwäbisch Gmünd, Finanzierung mit Bundesmitteln

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5525

Schwäbisch Hall*s.a. Fachhochschule Schwäbisch Hall**s.a. Schwäbisch Hall, Landkreis**Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Antr des Vereins „Freilichtspiele Schwäbisch Hall“ auf Verlängerung des Aufstellungszeitraums des Globe-Theaters auf 5 Jahre (Drs 12/5460)*

Mittlg
s. *Theater*
Drs 13/63

Subventionen und Fördermittel im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren; Möglichkeiten zur Bündelung und Effizienzsteigerung; Einsatz der noch nicht ausgeschalteten Ressourcen für umsetzungsfähige Projekte; Darlegung der geplanten Verkehrsprojekte von Bund, Land, Kreisen und Gemeinden; Höhe des Antragstaus für GVFG-Maßnahmen

KlAnfr
s. *Subvention*
Drs 13/1547

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1553

Finanzierung von Integrationsangeboten und Sprachförderung für schulpflichtige Spätaussiedler nach dem Wegfall der Mittel aus dem Garantiefonds

Kofinanzierung der Bundesmittel für schulische Integrationsprojekte, Gefährdung dieser Projekte nach dem Wegfall der Bundesmittel; Einstellung von Brückenlehrern, ergänzende Sprachförderung und Nachhilfeunterricht nach dem Beispiel der Stadt Schwäbisch Hall; Bedeutung der Sprachförderung nach Einschätzung von Elternvertretern; Frage nach einer Anschlussfinanzierung und Fortsetzung der Maßnahmen

Antr
s. *Aussiedler*
Drs 13/2902

Kindergärten im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Zahl der o.g. Kindergärten und Gruppen sowie Höhe der Zuschüsse 2002 und ab 01.01.2004, Anteil der Weiterreichung von den Gemeinden an die einzelnen freien Kindergartenträger im selben Zeitraum

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3370

Haushaltslage der Stadt Schwäbisch Hall

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2223

Aufbau einer mittelständischen Energieversorgung, Verweisung auf die Stadtwerke Schwäbisch Hall und ihre Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Aufbau einer mittelständischen Energieversorgung, Verweisung auf die Stadtwerke Schwäbisch Hall und ihre Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5877

Neubau eines Kraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung entsprechender Pläne eines Verbunds unter Führung der Stadtwerke Schwäbisch Hall durch die EnBW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6446 6447

Beteiligung der Stadtwerke Schwäbisch Hall am Bau eines Kraftwerks in Hamm in NRW

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6471

Erinnerung an die Wiederaufnahme der Zucht des Schwäbisch-Hällischen Landschweins 1984

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957

Schwäbisch Hall, Landkreis

Hochwasserschutzmaßnahmen im LKkreis Schwäbisch Hall

Erforderliche bzw vorhandene Untersuchungen und Planungen sowie finanzielle Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen bzw Deichsanierungen

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/526

Reduzierung der Wildschweine und effektivere Bejagung in der Staatsforstverwaltung

Entwicklung der Abschusszahlen landes- und bundesweit sowie im LKkreis Schwäbisch Hall, Erleichterung der Bejagung durch forstliche und administrative Maßnahmen, Aufhebung des Sonn-

tagsjagdverbots u.a. Möglichkeiten

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 13/759

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1134

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKkreis Schwäbisch Hall

Darlegung der o.g. Entwicklung im Pflichtfach- und Ergänzungsbereich, bei Stütz- und Fördermaßnahmen an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie beruflichen Schulen; pädagogische Maßnahmen an Realschulen mit hohem Ausländeranteil; bedarfsgerechte Gewinnung von Berufsschullehrern in berufsbezogenen Unterrichtsfächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1158

SchALVO und MEKA II im Wahlkreis 21

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Zahl und finanzielle Situation der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1507

Subventionen und Fördermittel im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren; Möglichkeiten zur Bündelung und Effizienzsteigerung; Einsatz der noch nicht ausgezahlten Ressourcen für umsetzungsfähige Projekte; Darlegung der geplanten Verkehrsprojekte von Bund, Land, Kreisen und Gemeinden; Höhe des Antragstaus für GVFG-Maßnahmen

KlAnfr
s. *Subvention*
Drs 13/1547

Entwicklung der Landwirtschaft im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung von Zahl, Größe und Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in den letzten fünf Jahren sowie der finanziellen Hilfen der EU, des Bundes und Landes für die Tierhaltung, Offenhaltung der Landschaft, iRd MEKA u.a. Programme; Auswirkungen des Projekts Natura 2000 und der fortschreitenden Ausweisung von Natur- und Landschaftsschutzgebieten

KlAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/1553

Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock für die Gemeinden im Wahlkreis 21 in den Jahren 1998-2003

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/1977

Briefkastenoptimierung der Deutschen Post AG zum Nachteil des ländlichen Raumes

Kriterien und Standorte für den Abbau von Briefkästen im LKreis Schwäbisch Hall; Hinwirkung auf Erhaltung einer Grundversorgung im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Post*
Drs 13/2195

Methadonvergabe im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl der behandlungsbedürftigen Heroinabhängigen und der Methadon ausgebenden Ärzte; Notwendigkeit einer flächendeckenden Versorgung

KlAnfr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 13/3061

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 21

Darlegung der Entwicklung seit 2001 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage, Auswirkungen der vom Bund eingeführten Kürzungen im Zivildienstbereich im Wahlkreis 21 und landesweit

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3097

Dürreschäden in den Wäldern des LKreises Schwäbisch Hall

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und der geringen Winterniederschläge, Bewirkung verstärkter Holzeinschläge, Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Bewältigung der Schadensaufarbeitung durch die Forstverwaltung?

KlAnfr
s. *Forstschaden*
Drs 13/3109

Kindergärten im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Zahl der o.g. Kindergärten und Gruppen sowie Höhe der Zuschüsse 2002 und ab 01.01.2004, Anteil der Weiterreichung von den Gemeinden an die einzelnen freien Kindergartenträger im selben Zeitraum

KlAnfr
s. *Kindergarten*
Drs 13/3370

Bundesverkehrsprojekte im Bereich des Wahlkreises 21

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen seit 2001; Höhe der Gesamtkosten und Zuschüsse des Bundes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3429

Versorgung mit Kinderpsychotherapeuten im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl von Kindern und Jugendlichen in psychotherapeutischer Behandlung, Gegenüberstellung der Zahl zugelassener Ärzte, Darlegung der angewandten bzw abgelehnten Behandlungsme-

thoden und der Wartezeiten, Frage nach Folgeschäden infolge der langen Wartezeiten sowie nach zusätzlichen Möglichkeiten zur Zulassung von Kinderpsychotherapeuten im LKreis Schwäbisch Hall

KlAnfr
s. *Psychotherapeut*
Drs 13/3505

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreis Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4036

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Stundenausfall an den Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4254

Zuweisungen des Landes für den Wahlkreis 21 im kommunalen Bereich

Entwicklung o.g. Zuschüsse an die Kommunen für die Jahre 2001 bis 2005

GrAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/4817

Schwäbische Alb

Ausbau der A 8 auf der Albhochfläche

Ausbau zwischen Hohenstadt und der Landesgrenze zu Bayern; Beurteilung der Vorschläge des Bundes zu Planung, Bau und Finanzierung

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/788

Neubau der A 8 (Albaufstieg)

Ergebnis der Machbarkeitsstudie eines Betreibermodells aufgrund des FernstraßenbauprivatfinanzierungGes, geplantes

weiteres Vorgehen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/838

Mautfinanzierter Alaufstieg im Zuge der Autobahn A 8

Verbindung der o.g. Maßnahme mit einem vollständigen Rückbau der bestehenden alten Autobahn, anteilige Verwendung der Mautentnahmen für den Ausbau des Schienennetzes, insbes der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm; Steigerung der Einnahmen durch Verzicht auf die mautfreie Ausweichstrecke sowie eine Mautanhebung mit Schwerpunkt beim Lkw-Verkehr

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/1013

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Alaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1702

Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Truppenübungsplatzes Münsingen

Ökologisches Potenzial und Eigentumsverhältnisse; Sanierungsbedarf durch Kampfmittelreste u.a. Altlasten; Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts mit den Akteuren vor Ort, insbes Förderung einer umweltverträglichen Landwirtschaft (Schafbeweidung und Vermarktung der Produkte) sowie des regionalen Tourismus, Integration eines von Hochschulen vorge schlagenen interdisziplinären Lehr- und Forschungszentrums; Überlegungen zur Ausweisung von Schutzgebieten, eines Biosphärenreservats, Vernetzung mit dem PLENUM-Gebiet und dem Projekt „Nationaler GeoPark Schwäbische Alb“; Bemühungen um Bundesmittel und deren Kofinanzierung

Antr
s. *Militärische Anlage*
Drs 13/2299

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Alaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2670

Finanzierung des Alaufstiegs der A 8

Problematik der Gewinnung privater Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Alaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert bzw Verzicht auf eine vollständige Privatfinanzierung ohne eine Anschubfinanzierung des Bundes

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/3060

Neu-/Ausbau der BAB 8 im Bereich des Alaufstiegs durch eine allgemeine Fahrzeugmaut

Fortschreibung der Annahmen und Berechnungen der Machbarkeitsstudie von 2001 um weitere rechtliche und technisch-wirtschaftliche Fragen, Wirtschaftlichkeit des Projekts für private Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Alaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert; Höhe und Träger der Kosten für die Umrüstung der Umfahungsstrecke

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/3064

Naturschutz im Raum des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen

Schlüsse aus der naturschutzfachlichen Bewertung der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Tübingen; Vorlage einer konkreten Planung zur Unterschutzstellung innerhalb eines größeren Schutzgebiets, z.B. eines Nationalparks oder Biosphärenreservats

Antr
s. *Naturschutz*
Drs 13/3123

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Alaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3971

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Alaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Geplantes Biosphärengebiet Schwäbische Alb

Eignung der Alblandschaft um den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen zur Ausweisung als Biosphärengebiet nach den UNESCO-Kriterien? Darstellung der Auswirkungen finanzieller Art sowie für die beteiligten Gebietskörperschaften, die Land- und Forstwirtschaft; Erfahrungen in anderen BLändern; Wahrung der Interessen der Betroffenen

Antr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/4887

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. *Schaf*
Drs 13/4944

Planung und Realisierung des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 zwischen Gruibingen und der Landesgrenze zu Bayern
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus des Alaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche sowie des 6-spurigen Ausbaus bis zur Landesgrenze; jeweilige Auswirkungen der unterschiedlichen Finanzierungs- und Betreibermodelle für die einzelnen Abschnitte auf die betroffenen Nutzer und die verfügbaren Bundesmittel für den Fernstraßenbau; Reduktion der Mautgebühren sowie der Anschubfinanzierung des Bundes durch Verlängerung der Pachtdauer für den Betreiber; Frage nach der Instandsetzung der verbleibenden mautfreien Umfahrungsstrecke sowie nach Höhe und Träger der Kosten für den Katastrophenschutz am geplanten Alaufstieg

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/5099

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Alaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5234

Planung eines Naturparks Schwäbische Alb

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 283

Ausschluss von Windkraftanlagen auf der Traufseite der Schwäbischen Alb

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3457

Schwäbische Hüttenwerke GmbH

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken an die Schwäbische Hüttenwerke GmbH im Zusammenhang mit der Veräußerung des Anteils der Landesstiftung BW gGmbH an dem Automotivebereich der Schwäbische Hüttenwerke GmbH an Nordwind Capital

Antr FM 26.07.2005 Drs 13/4541
BeschlEmpf und Bericht FinA 27.07.2005 Drs 13/4544
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7039 7040

Verweisung auf das bisherige Scheitern eines Verkaufs der Landesanteile an den Schwäbischen Hüttenwerken

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801

Prüfung eines Verkaufs der Beteiligung an den Schwäbischen Hüttenwerken

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6417 6418

Lob für die erfolgreichen Geschäftsbilanzen der SHW in Wasseralfingen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6684

Begründung der Veräußerung des Landesanteils an den Schwäbischen Hüttenwerken

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6893 6895

Schwangere

s. *Schwangerschaft*

Schwangerschaft

s.a. *Geburt*
s.a. *Geburtshilfe*
s.a. *Schwangerschaftsabbruch*
s.a. *Schwangerschaftsberatung*

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten seit 1950, Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Ungleichbehandlung Verheirateter und Unverheirateter bei künstlicher Befruchtung (IVF)

Gründe, Rechtsgrundlagen und Auswirkungen o.g. Ungleichbehandlung bei der Erfüllung des Kinderwunsches durch In vitro-Fertilisation; Vereinbarkeit mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes; Konsequenzen für das Verfahren der IVF und die Kostenerstattung durch die Krankenkassen

Antr
s. *Reproduktionsmedizin*
Drs 13/1223

Schwangerschaft bei minderjährigen Mädchen

Entwicklung o.g. Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche in den letzten zehn Jahren, Gründe für die Zunahme und den Wunsch nach einem Abbruch; Vermeidung ungewollter Schwangerschaften durch Aufklärungsarbeit der Schulen und Beratungsstellen; Angebote für Mädchen aus Problemfamilien zum Austragen des Kindes, Ermöglichung der anonymen Geburt durch die Einrichtung von Babyklappen

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 28.05.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2118 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 35-37
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für die Finanzierung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Zunahme der Zahl von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen aufgrund von Beratungsdefiziten? Bisherige Beteiligung des Landes an den Personal- und Sachkosten der Beratungsstellen; Vorlage eines Konzepts zur Anpassung der Landesförderung an die Vorgaben des BVerwG

Antr
s. *Schwangerschaftsberatung*
Drs 13/2237

Finanzierung der Schwangerenkonfliktberatung

Finanzierung von 80 % der notwendigen Personal- und Sachkosten nach dem Urteil des BVerwG, entsprechende Prüfung der neuen Förderrichtlinien, Finanzierung der Mehrkosten; Entwicklung der Zahl anerkannter Beratungsstellen der verschiedenen Träger, der Personalstruktur, der Beratungsangebote und deren Inanspruchnahme seit 2001; Zunahme von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen? Auswirkungen einer Kommunalisierung der Ehe-,

Familien- und Lebensberatungsstellen

Antr

s. Schwangerschaftsberatung

Drs 13/3243

Leistungen an die Krankenkassen nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen

Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen nach Beratungsregelung seit 1999, Anteil und Kosten der o.g. Fälle sowie Höhe der Erstattungen an die Krankenkassen, Vergleich der Zahlen sowie der Kostenübernahme-Anteile mit anderen BLändern, Analyse der Ursachen für die unterschiedlichen Kostenübernahme-Anteile, Frage nach Möglichkeiten zur Gegensteuerung

Antr

s. Schwangerschaftsabbruch

Drs 13/3409

Folsäureanreicherung von Grundnahrungsmitteln

Einschätzung der o.g. Möglichkeit zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und der erwarteten Effekte, insbes zur Vermeidung von Missbildungen in der Schwangerschaft; Frage nach internationalen Erfahrungen und der Bewertung durch das Bundesinstitut für Risikobewertung; Art und Auswirkungen einer verbesserten Versorgung der Bevölkerung mit Jod und Fluor

Antr

s. Folsäure

Drs 13/3667

HIV-Untersuchungen in der Schwangerschaft

Senkung der Mutter-Kind-Übertragungsrate durch die frühzeitige Information von Schwangeren und qualifizierte HIV-Diagnostik; Verbreiterung der Basis für HIV-Vorsorgeuntersuchungen, Höhe der hierfür anfallenden und von den Ärzten mit den Krankenkassen abrechenbaren Kosten, Gegenüberstellung der Behandlungskosten für ein infiziertes Kind

Antr

s. Aids

Drs 13/4329

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit (Reproduktionstoxikologie)

Bedeutung, Schwerpunkte, Ziele, Ergebnisse und Finanzierung der beiden reproduktionstoxikologischen Beratungs- und Forschungszentren in Berlin und Ravensburg; Darlegung der anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa; Frage nach Zahlen über vermiedene Schwangerschaftsabbrüche durch qualifizierte Medikamentenberatung; Übernahme einer Koordinierungsfunktion zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen, Pharmaindustrie und Kirchen zur finanziellen Absicherung der Reproduktionstoxikologie

Antr

s. Medizinische Forschung

Drs 13/4641

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit

Möglichkeiten zur Verbindung des Instituts für Reproduktionstoxikologie in Ravensburg mit der Berliner Beratungsstelle für Embryonaltoxikologie zu einem einheitlichen nationalen Referenzzentrum bzw Installation als zweites, gleichberechtigtes Referenzzentrum

KlAnfr

s. Medizinische Forschung

Drs 13/4723

Hilfe für Schwangere in Not durch Ermöglichung der anonymen Geburt

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336-1346

Beklagung des hohen Anteils von rauchenden Frauen während der Schwangerschaft

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7621

Schwangerschaftsabbruch*Anonym durchgeführte Entbindungen*

Entwicklung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen aus sozialer Indikation sowie von Auslandsadoptionen seit 1996; Reduzierung der Zahlen mithilfe des o.g. Angebots und anschließender Adoptionsfreigabe; Erfahrungen aus anderen Ländern, z.B. Frankreich

Antr

s. Geburt

Drs 13/155

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten seit 1950, Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere

GrAnfr

s. Gesundheit

Drs 13/1123

Schwangerschaft bei minderjährigen Mädchen

Entwicklung o.g. Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche in den letzten zehn Jahren, Gründe für die Zunahme und den Wunsch nach einem Abbruch; Vermeidung ungewollter Schwangerschaften durch Aufklärungsarbeit der Schulen und Beratungsstellen; Angebote für Mädchen aus Problemfamilien zum Austragen des Kindes, Ermöglichung der anonymen Geburt durch die Einrichtung von Babyklappen

Antr

s. Schwangerschaft

Drs 13/2118

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für die Finanzierung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Zunahme der Zahl von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen aufgrund von Beratungsdefiziten? Bisherige Beteiligung des Landes an den Personal- und Sachkosten der Beratungsstellen; Vorlage eines Konzepts zur Anpassung der Landesförderung an die Vorgaben des BVerwG

Antr

s. Schwangerschaftsberatung

Drs 13/2237

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die Zuständigkeit nach dem Ges zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Finanzierung der Schwangerenkonfliktberatung

Finanzierung von 80 % der notwendigen Personal- und Sachkosten nach dem Urteil des BVerwG, entsprechende Prüfung der neuen Förderrichtlinien, Finanzierung der Mehrkosten; Entwicklung der Zahl anerkannter Beratungsstellen der verschiedenen Träger, der Personalstruktur, der Beratungsangebote und deren Inanspruchnahme seit 2001; Zunahme von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen? Auswirkungen einer Kommunalisierung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen

Antr
s. *Schwangerschaftsberatung*
Drs 13/3243

Leistungen an die Krankenkassen nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen

Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen nach Beratungsregelung seit 1999, Anteil und Kosten der o.g. Fälle sowie Höhe der Erstattungen an die Krankenkassen, Vergleich der Zahlen sowie der Kostenübernahme-Anteile mit anderen BLändern, Analyse der Ursachen für die unterschiedlichen Kostenübernahme-Anteile, Frage nach Möglichkeiten zur Gegensteuerung

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 21.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3409

Medikamentenberatung in Schwangerschaft und Stillzeit (Reproduktionstoxikologie)

Bedeutung, Schwerpunkte, Ziele, Ergebnisse und Finanzierung der beiden reproduktionstoxikologischen Beratungs- und Forschungszentren in Berlin und Ravensburg; Darlegung der anderen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa; Frage nach Zahlen über vermiedene Schwangerschaftsabbrüche durch qualifizierte Medikamentenberatung; Übernahme einer Koordinierungsfunktion zwischen Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen, Pharmaindustrie und Kirchen zur finanziellen Absicherung der Reproduktionstoxikologie

Antr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/4641

Hinweise auf die Bedeutungsschwere der Entscheidung einer werdenden Mutter für oder gegen einen Schwangerschaftsabbruch, Erinnerung an die Diskussion und Konsensfindung um den § 218

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 171 172 175-179

Reduzierung der Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen, insbes bei minderjährigen Mädchen, mit dem Angebot der anonymen Geburt; Verweisung auf die liberale Abtreibungsgesetzgebung in Deutschland

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1339 1340 1342

Schwangerschaftsberatung

Überprüfung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Ausgestaltung und Intervalle o.g. Überprüfungen, Differenzierung nach Trägern, Wahrung des Persönlichkeits- und Datenschutzes?

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 10.07.2001 und Stellung-

nahme SM Drs 13/58
BeschlEmpf und Bericht SoZA 20.09.2001 Drs 13/358 S. 11
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Erhöhung der Fachkraftförderung für die in der Schwangerschaftskonfliktberatung tätigen freien Träger

EAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-18 S. 48 49
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 18) - Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen (Drs 12/5701 XV. S. 6)

Mittlg LReg 20.03.2002 Drs 13/863

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaften, Schwangerschaftsberatungen und -abbrüchen sowie künstlichen Befruchtungen, Geburten, Früh- und Fehlgeburten seit 1950, Art und Akzeptanz der angebotenen Vorsorgeuntersuchungen für Schwangere

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Schwangerschaft bei minderjährigen Mädchen

Entwicklung o.g. Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche in den letzten zehn Jahren, Gründe für die Zunahme und den Wunsch nach einem Abbruch; Vermeidung ungewollter Schwangerschaften durch Aufklärungsarbeit der Schulen und Beratungsstellen; Angebote für Mädchen aus Problemfamilien zum Austragen des Kindes, Ermöglichung der anonymen Geburt durch die Einrichtung von Babyklappen

Antr
s. *Schwangerschaft*
Drs 13/2118

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für die Finanzierung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Zunahme der Zahl von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen aufgrund von Beratungsdefiziten? Bisherige Beteiligung des Landes an den Personal- und Sachkosten der Beratungsstellen; Vorlage eines Konzepts zur Anpassung der Landesförderung an die Vorgaben des BVerwG

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 08.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2237
BeschlEmpf und Bericht SoZA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 61 62
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Finanzierung der Schwangerenkonfliktberatung

Finanzierung von 80 % der notwendigen Personal- und Sachkosten nach dem Urteil des BVerwG, entsprechende Prüfung der neuen Förderrichtlinien, Finanzierung der Mehrkosten; Entwicklung der Zahl anerkannter Beratungsstellen der verschiedenen Träger, der Personalstruktur, der Beratungsangebote und deren Inanspruchnahme seit 2001; Zunahme von Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüchen bei minderjährigen Mädchen? Auswirkungen einer Kommunalisierung der Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 08.06.2004 und Stellung-

nahme SM Drs 13/3243
 BeschlEmpf und Bericht SoZA 21.10.2004 Drs 13/4187 S.
 39 40
 PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Leistungen an die Krankenkassen nach dem Gesetz zur Hilfe für Frauen bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen
 Entwicklung der Zahlen von Schwangerschaftsabbrüchen nach Beratungsregelung seit 1999, Anteil und Kosten der o.g. Fälle sowie Höhe der Erstattungen an die Krankenkassen, Vergleich der Zahlen sowie der Kostenübernahme-Anteile mit anderen BLändern, Analyse der Ursachen für die unterschiedlichen Kostenübernahme-Anteile, Frage nach Möglichkeiten zur Gegensteuerung

Antr
s. Schwangerschaftsabbruch
 Drs 13/3409

Beratungsangebote für schwangere Frauen und Mädchen in Not, Ermöglichung der anonymen Geburt
 PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1339 1340 1344 1346

Aufstockung der Mittel zur Schwangerschaftskonfliktberatung
 PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798

Schwangerschaftsberatungsstelle

s. Schwangerschaftsberatung

Schwangerschaftskonfliktberatung

s. Schwangerschaftsberatung

Schwarzarbeit

s. Schattenwirtschaft

Schwarzenberg, Ortsteil

s. Baiersbronn

Schwarzkopfkrankheit

s. Tierkrankheit

Schwarzwälder Kaltblutpferd

s. Pferd

Schwarzwald

s.a. Nordschwarzwald, Region
s.a. Schwarzwaldbahn

Einsatzbereitschaft der Bergwacht

Entwicklung der Anforderungen für Routine- und Notfalleinsätze bei der Bergwacht Schwarzwald in den letzten zehn Jahren; Gewährleistung einer zeitgemäßen technischen Ausstattung

Antr
s. Bergwacht
 Drs 13/166

Naturparkkonzeption des Landes

Vorhandene und geplante Naturparke, Darstellung der Finanzierung, Vorleistungen der LKreise und Kommunen; Verwirklichung der Plenumansätze; Förderung einer nachhaltigen Regionalentwicklung einschließlich des Fremdenverkehrs; Offenhaltung der Landschaft, insbes im Schwarzwald; Fortschreibung der Konzeption von 1976

Antr
s. Erholungsgebiet
 Drs 13/578

Geländewagen-Parcours Stühlingen-Lausheim

Beurteilung des o.g. Vorhabens; Vereinbarkeit mit dem seit 1999 ausgewiesenen Naturpark Südschwarzwald, dessen Satzung und einem in der Nähe angelegten Biotop; Bindung der Vergabe von Fördermitteln an die Naturparks an die Einhaltung der satzungsmäßigen Grundsätze

KlAnfr
s. Motorsport
 Drs 13/641

Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003
 Prüfung der Zuordnung für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen der Gemeinden Oberried, St. Peter und St. Märgen sowie der Gemeinden im Dreisamtal

MdlAnfr
s. Fremdsprache
 Drs 13/912

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Schwarzwald; Auswirkungen auf den Hochwasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. Forstwirtschaft
 Drs 13/1027

Naturschutzgroßprojekte mit Bundesmitteln

Finanzierung der Großprojekte in Oberschwaben und im Südschwarzwald; Stand der Antragsbearbeitung, der geplanten Maßnahmen und Grundstücksankäufe; Art des Schutzstatus, der vorgesehenen Nutzungen und Kontrollen

Antr
s. Naturschutz
 Drs 13/1459

Positive Impulse für den Schwarzwald-Tourismus durch eine Indoor-Skihalle in Sasbachwalden

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Genehmigung der geplanten Ganzjahresskihalle in Sasbachwalden

Antr
s. Sportstätte
 Drs 13/1561

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Situation und Perspektiven der Schwarzwaldhöfe, Anteil der Ökobetriebe, Beitrag für die kulturelle Identität und den Tourismus, vorhandene und künftige Förderprogramme von Land, Bund und EU; Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rin-

derhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Einschätzung der Nachfolgesicherung, verstärkte Unterstützung von Junglandwirten, Fortbildung zur Vermarktung regionaltypischer Produkte sowie von „Ferien auf dem Bauernhof“; bevorzugte Förderung der energetischen Verwertung von Holz vor dem Ausbau der Windkraft

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Umweltverträglichkeit einer geplanten Kabinenbahn am Herzogenhorn (Schwarzwald)

Planung einer Kabinenbahn zum Leistungszentrum Herzogenhorn: Bewertung als Eingriff in ein Naturschutzgebiet, Natura 2000-Gebiet und in das Naturschutzgroßprojekt des Bundes „Feldberg-Belchen-Oberes Wiesental“, Unvereinbarkeit mit einer Rahmenvereinbarung zwischen den Liftbetreibern und Naturschutzvertretern; Versagung der Genehmigung

Antr
s. *Seilbahn*
Drs 13/2664

Bau einer Skihalle im Schwarzwald

Bestärkung des Investors und der Gemeinde Sasbachwalden im Vertrauen auf die Verwirklichung des o.g. Projekts und damit Verzicht auf die Suche nach Alternativen; Unterstützung der Gemeinde bei der weiteren Entwicklung nach der Ablehnung des Vorhabens; Frage nach anderen geeigneten Standorten im Schwarzwald

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/2906

Ökotourismus im Südlichen Schwarzwald in Verbindung mit der Schweiz

Aufgabe des o.g. Konzepts? Vereinbarkeit mit dem angestrebten Projekt „Freie Fahrt für freie Urlauber“ iR von KONUS (kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Schwarzwaldtouristen)

MdlAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/3161

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“ im Vergleich zu anderen Naturparks; Förderung von Trendsportarten zur Erschließung neuer Zielgruppen im Fremdenverkehr

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Kritik an der Wiederaufnahme der Diskussion um eine Endlagerung von Atommüll im Schwarzwald

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Verweisung auf geplante Naturparks im mittleren und nördlichen Schwarzwald

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 283

Betrieb von Holzhackschnitzelheizungen auf dem Feldberg und in Sankt Märgen, Eignung der Hochlagen des Schwarzwalds als Standorte zur Windkraftnutzung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1378 1382 1384 1400

Einrichtung des PLENUM-Gebiets im südlichen Schwarzwald; Beklagung einer Strukturkrise der Landwirtschaft im Schwarzwald; Zusammenführung der beiden Naturparke Nord- und Südschwarzwald

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1979 1986 1990 1993 2016

Beschreibung des Widerspruchs zwischen neuen touristischen Angeboten im Schwarzwald und Erhaltung der Landschaft am Beispiel der geplanten Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3238-3244

Einbußen der Milchbauern im Schwarzwald infolge der EU-Agrarreform, Begrüßung der Grünlandprämie

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3404-3406 3413

Beklagung einer Verschandelung des Landschaftsbilds im Schwarzwald durch Windkraftanlagen, Beurteilung der Eignung der Hochlagen des Schwarzwalds als Standorte zur Windkraftnutzung

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3453 3454 3456 3457 3467

Erinnerung an den Vorschlag eines SPD-Landtagsabgeordneten zu einer Endlagerstätte für radioaktive Abfälle im Schwarzwald

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4826 4827

Beklagung einer Verschandelung des Landschaftsbilds im Schwarzwald durch Windkraftanlagen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4871 4876

Attraktivität des Schwarzwalds als Reiseziel für französische Touristen

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6354 6355

Beklagung einer Verschandelung des Landschaftsbilds im Schwarzwald durch Windkraftanlagen, Beurteilung der Eignung der Hochlagen des Schwarzwalds als Standorte zur Windkraftnutzung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6438 6442 6444

Verweisung auf die Naturschutzzentren im Schwarzwald mit ihren hohen Besucherzahlen

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6605

Beklagung einer Verschandelung des Landschaftsbilds im Schwarzwald durch Windkraftanlagen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7016-7019 7021-7023

Beklagung einer Verschandelung des Landschaftsbilds im Schwarzwald durch Windkraftanlagen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7796 7799-7801

Höhe und Auswirkungen der Kürzung von Fördermitteln für die Tourismusinfrastruktur im Schwarzwald, Lob für das Nahverkehrsprojekt KONUS im Südschwarzwald, Verhinderung von überzogenen Projekten für Wintersporttouristen und Windkraftanlagen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957-7961 7963-7965 8010

Schwarzwald-Baar-Heuberg, Region

Berufskolleg Technik und Medien in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

Lehrer- und Unterrichtsversorgung in Furtwangen, Donaueschingen und Spaichingen; Ausgleich der Nachteile für Spaichingen

KlAnfr
s. *Berufskolleg*
Drs 13/311

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bädern; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2667

Regionalplanung zur Windkraftnutzung

Bisher geleisteter und noch notwendiger Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Stand der von den Trägern der Regionalplanung ausgewiesenen Vorrangflächen zur Windkraftnutzung, Vereinbarkeit mit dem vom Bund geforderten Ausbau, Beurteilung der Intervention des WM zur Herausnahme der Hochflächen des Kohlwasen bei Furtwangen aus der Planung des Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg, Möglichkeiten zur Ersetzung alter durch neue Anlagen in nicht ausgewiesenen Vorrangflächen sowie zur Korrektur der Windkraft-Sonderregelung im Landesplanungsges

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/4526

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Land-/Forstwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

Schwarzwald-Baar-Kreis

Insolvenz eines Fensterbauers im Schwarzwald-Baar-Kreis

Kündigung des Vertrags zur Lieferung von Glasfronten für den Neubau der Stuttgarter Musikhochschule, Dauer und Auswirkungen des Rechtsstreits um die ausgebliebenen Zahlungen des Landes an die o.g. Firma

MdlAnfr
s. *Glasbau*
Drs 13/1153

Verwaltungsreform, Antragstellung durch berechtigte Landwirte für MEKA und andere Programme

Problematik einer fristgerechten Antragsbearbeitung infolge der fehlenden Kompatibilität der EDV-Programme der eingegliederten Landwirtschaftsämter, z.B. beim Schwarzwald-Baar-Kreis

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4133

Verwaltungsreform, „Aufgehen“ der Straßenbauämter in die jeweiligen Landkreisbehörden

Bewertung der Meinung des Baudirektors im RegPräs Freiburg über den Personalwegfall und die Auswirkungen auf die Arbeitsbewältigung, zusätzliche Kosten der Neuinstallation der Glasfaserverkabelung durch die Umstellung in Donaueschingen

MdlAnfr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/4133

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Land-/Forstwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

Schwarzwaldbahn

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/55

Ausschreibung der Ersatzleistungen für IR- und IRE-Verbindungen auf der Schwarzwaldbahn zum nächsten Fahrplanwechsel

Zeitpunkt der Ausschreibung für o.g. Verkehrsleistungen nach dem nächsten Fahrplanwechsel, Auswirkungen des Vertrags mit der DBAG zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit von Stuttgart 21, Beurteilung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn

Antr Herbert Moser u.a. SPD 07.08.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/165

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 08.11.2001 Drs
13/488 S. 10-13
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Zukunft des Interregios

Unterstützung der Übertragung der Verantwortung und Mittel für die Interregioverkehre auf die Länder sowie der Festlegung auf Höhe und Dynamisierung der Regionalisierungsmittel, abschließlicher Einsatz für Verbesserungen des ÖPNV, insbes des SPNV; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/346

Interimslösungen für Interregio-Ersatzverkehre

Ausschreibung o.g. Ersatzverkehre auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn nach Klärung des Mittelausgleichs zwischen Bund und Ländern, Form der Finanzierung bis zu einer dauerhaften Vergabe, Verbesserung der Qualität der Züge, Beschleunigung der Ersatzzüge auf der Südbahn in der Interimszeit zur Erreichung wichtiger Anschlüsse in Ulm und Friedrichshafen

KlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/770

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2001 und 2002 nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung; zeitnahe Verwendung der Überschüsse und zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1054

Interregio Höllental Nr. 2216 und 2217

Einstellung o.g. Interregiolinien auf der Schwarzwaldbahn zum nächsten Fahrplanwechsel?

MdlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/1002

Interregio Höllental 2216/17; hier: Antw der LReg in der Landtagssitzung vom 20.06.2002 zur Einstellung des Interregios zum Fahrplanwechsel 15.12.2002 - Drs 13/1002 Nr. 3

MdlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/1153

Interessenkonflikte eines Regierungsmitglieds bei der Ausschreibung von Schienennahverkehrsleistungen

Frage nach möglichen Interessenkonflikten von Staatssekretär Mappus als Aufsichtsratsmitglied in der über die Auftragsvergabe entscheidenden Nahverkehrsgesellschaft BW und der sich um Leistungen im SPNV, u.a. auf der Schwarzwaldbahn, bewerbenden SWEG und HzL sowie bei einer für das UVM und gleichzeitig die NVBW tätigen Werbeagentur; Beurteilung von Aussagen zur Nichtbefassung des (zuständigen) Staatssekretärs mit Ausschreibungsvorgängen im Nahverkehr; Ausschluss der genannten Interessenkonflikte

Antr
s. *Mappus, Stefan MdL CDU*
Drs 13/2153

Ausschreibungsmodalitäten für die Schwarzwaldbahn

Gewichtung der Qualitätskriterien bei der Angebotsauswertung, insbes Verlängerung im Fernverkehr, weitere Zugangebote und Durchbindungen

MdlAnfr 1) Gunter Kaufmann SPD 30.01.2004 Drs 13/2873
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4409-4411

Ausweitung des schaffnerlosen Betriebs in Regionalzügen der DB AG

Strecken und Zuggattungen für den Einsatz des technikbasierten Abfertigungsverfahrens, entsprechende Regelungen im Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und im Ausschreibungsverfahren für die Schwarzwaldbahn, Frage nach Unfällen u.a. Zwischenfällen

Antr
s. *Eisenbahnpersonal*
Drs 13/2928

Qualität des Interregio-Ersatzverkehrs auf der Schwarzwaldbahn

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1133-1135

Verbesserung der Qualität des Interregio-Ersatzverkehrs auf der Schwarzwaldbahn, Einleitung des Ausschreibungsverfahrens

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1561 1563 1564 1566 1568 1570

Übernahme der Zuständigkeit für den Interregio-Ersatzverkehr auf der Schwarzwaldbahn, Einleitung des Ausschreibungsverfahrens

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3302

Beliebtheit der Höllentalbahn bei Gästen und Berufspendlern, Notwendigkeit einer Erhöhung der Fahrgastkapazität

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958

Schwarzwild

s. *Wildschwein*

Schweden

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Beurteilung des Schulsystems in Schweden, Eindrücke einer Reise von Staatssekretär Rau

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2511 2514-2516

Anteil von Männern als Erzieher an Kindergärten in Schweden

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3556

Verweisung auf den hohen Beschäftigungsanteil älterer Arbeitnehmer in Schweden

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7677 7678 7680 7684

Vorschlag eines generellen Verbots von Prostitution nach dem Beispiel Schwedens

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7929

Schweigepflicht

s.a. Krankenunterlagen

Fälle mangelnder Sorgfalt im Umgang mit der ärztlichen Schweigepflicht, Unwirksamkeit einer generellen Entbindung von Ärzten von ihrer Schweigepflicht beim Abschluss einer privaten Krankenversicherung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7038

Schwein

Sperrung von Schweinehaltungsbetrieben im Verdachtsfall der Verfütterung von möglicherweise verunreinigtem Futter - Vorsorgemaßnahmen für die Zukunft

Regulierung o.g. Schäden, Träger der Kosten, vorbeugende Kontrollen bei der Einfuhr und Herstellung von Futtermitteln

Antr

s. Schweinezucht

Drs 13/711

Schweinehaltungsform in „Erdhöhlen-Ställen“

Beurteilung der Artgerechtigkeit und Kosten der o.g. Haltungsform für Mastschweine und Zuchtsauen im Vergleich zu herkömmlichen Stallungen, Vereinbarkeit mit den neuen Standards der EU; Empfehlung bzw Förderung dieser Haltungsform

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 22.10.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1416

BeschlEmpf und Bericht LandwA 15.01.2003 Drs 13/1855 S. 46 47

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Zukunft der Schweinehaltung in BW

Entwicklung der Schweinehaltung in BW in den letzten zehn Jahren, Beurteilung der Zukunftsperspektiven vor dem Hintergrund des von der BReg vorgelegten Entwurfs zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Verhinderung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber der europäischen Konkurrenz durch eine entsprechende Entschärfung der VO im BRat

Antr Helmut Kiefl u.a. CDU 15.07.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2255

BeschlEmpf und Bericht LandwA 24.09.2003 Drs 13/2583 (dazu Antr Helmut Kiefl u.a. CDU und Richard Drautz u.a. FDP/DVP) S. 26-28

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Tierschutzrechtliche Anforderungen an Schweinehaltung

Umsetzungsstand der EU-Richtlinie in nationales Recht, Konsequenzen einer Nicht-Umsetzung, Realisierung der erforderlichen Regelungen über eine Änderung des TierschutzGes unter Mitwirkung des BRats, Darstellung der wirtschaftlichen Belastungen für die Schweinehalter

KlAnfr

s. Tierschutz

Drs 13/4092

Verlängerung der Ausnahmeregelung für die Verfütterung von Speiseabfällen

Beurteilung der o.g. Speiseresteverwertung in der Schweinemast im Vergleich zur energetischen Verwertung; Beantragung einer

Verlängerung der am 31.10.2006 auslaufenden Ausnahmegenehmigung bei der EU?

KlAnfr

s. Futtermittel

Drs 13/5119

Erinnerung an die Wiederaufnahme der Zucht des Schwäbisch-Hällischen Landschweins 1984, Werbung um ein regionales, gentechnikfreies Speiseangebot in der Gastronomie

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957 7958

Schweinezucht

Sperrung von Schweinehaltungsbetrieben im Verdachtsfall der Verfütterung von möglicherweise verunreinigtem Futter - Vorsorgemaßnahmen für die Zukunft

Regulierung o.g. Schäden, Träger der Kosten, vorbeugende Kontrollen bei der Einfuhr und Herstellung von Futtermitteln

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 01.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/711

Konzeption für ein zukunftsorientiertes „Grünes Zentrum Boxberg“

Vorlage der o.g. Konzeption, ausschließliche Etatisierung von Planungskosten für die Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg nach dem Hpl 2002/03?

MdlAnfr

s. Grünes Zentrum Boxberg

Drs 13/912

Schweinehaltungsform in „Erdhöhlen-Ställen“

Beurteilung der Artgerechtigkeit und Kosten der o.g. Haltungsform für Mastschweine und Zuchtsauen im Vergleich zu herkömmlichen Stallungen, Vereinbarkeit mit den neuen Standards der EU; Empfehlung bzw Förderung dieser Haltungsform

Antr

s. Schwein

Drs 13/1416

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr

s. Tierhaltung

Drs 13/1543

Bau und Baubeginn des Grünen Zentrums in Boxberg

Realisierung des für 2003 zugesagten Neubaus der Landesanstalt für Schweinezucht, Höhe der finanziellen Vorleistungen der Gemeinde Boxberg, Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Gesamtkonzeption des o.g. Zentrums

Antr

s. Grünes Zentrum Boxberg

Drs 13/2103

Zukunft der Schweinehaltung in BW

Entwicklung der Schweinehaltung in BW in den letzten zehn Jahren, Beurteilung der Zukunftsperspektiven vor dem Hinter-

grund des von der BReg vorgelegten Entwurfs zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Verhinderung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber der europäischen Konkurrenz durch eine entsprechende Entschärfung der VO im BRat

Antr
s. *Schwein*
Drs 13/2255

Modernisierung der Landwirtschaftsaus- und -weiterbildung
Stand der Meisterausbildung im Bereich Buchführung und Vermarktung, Fortbildung der Ausbilder, Modernisierungspläne für die Zeit nach der Eingliederung der bisherigen Landwirtschaftsverwaltung in die Landratsämter, vorgesehene Bildungspläne in der neuen Schweinezuchtanstalt in Boxberg

Antr
s. *Landwirt*
Drs 13/2796

Landwirtschaftliche Weiter- und Berufsausbildung im Bereich der Schweinezucht

Berufsbildungsangebot im neuen Grünen Zentrum in Boxberg, Frage nach Überschneidungen mit der Akademie in Kupferzell bzw nach Synergieeffekten bei einer Zusammenlegung dieser Angebote

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/3178

Landesanstalt für Schweinezucht - Neubau in Boxberg

Zeitablauf zur Errichtung und Fertigstellung der Schweinezuchtanstalt in Boxberg, verfügbare Haushaltsmittel, Kooperation mit bestehenden Landesanstalten bzw mit den Nachbarländern Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern; Zahl von neuen sowie nach Boxberg verlagerten Arbeitsplätzen

KlAnfr Gerd Teßmer SPD 01.02.2005 und Antw MLR Drs 13/3993

Tierschutzrechtliche Anforderungen an Schweinehaltung

Umsetzungsstand der EU-Richtlinie in nationales Recht, Konsequenzen einer Nicht-Umsetzung, Realisierung der erforderlichen Regelungen über eine Änderung des TierschutzGes unter Mitwirkung des BRats, Darstellung der wirtschaftlichen Belastungen für die Schweinehalter

KlAnfr
s. *Tierschutz*
Drs 13/4092

Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht (LSZ) nach Boxberg und Schritte für länderübergreifende Zusammenarbeit
Zeitablauf zur Errichtung und Fertigstellung der Schweinezuchtanstalt in Boxberg, Schritte zur angekündigten Zusammenarbeit mit benachbarten BLändern

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 12.07.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4491
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.10.2005 Drs 13/4821 S. 54 55
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Verlängerung der Ausnahmeregelung für die Verfütterung von Speiseabfällen

Beurteilung der o.g. Speiseresteverwertung in der Schweinemast im Vergleich zur energetischen Verwertung; Beantragung einer Verlängerung der am 31.10.2006 auslaufenden Ausnahmegenehmigung bei der EU?

KlAnfr
s. *Futtermittel*
Drs 13/5119

Mehrkosten einer Verlagerung der Landesanstalt für Schweinezucht von Forchheim nach Boxberg, Eintreten für den Erhalt des Standorts Forchheim

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1520

Vorgabe neuer Standards in der Zuchtsauenhaltung durch die EU, Kritik an der vorzeitigen Umsetzung in nationales Recht durch die BReg

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1863 1870

Umsetzung der EU-Richtlinie zur neuen SchweinehaltungsVO in nationales Recht

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2401

Ablehnung einer nationalen Verschärfung der EU-Richtlinie zur neuen SchweinehaltungsVO

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3194

Vergleich der Einbußen infolge der EU-Agrarreform für Milchviehhaltung und Schweinezucht

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3411

Verknüpfung der Zustimmung zur neuen SchweinehaltungsVO mit einer Verlängerung der Käfighaltung von Legehennen, Bewertung als Erpressungsversuch einiger Länder im BRat

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3824 3828 3832

Neubau der Landesanstalt für Schweinezucht in Boxberg

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4348 4354

Vergleich der Einkommen von Schweinezüchtern und Milchbauern

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4550

Erinnerung an die Wiederaufnahme der Zucht des Schwäbisch-Hällischen Landschweins 1984, Werbung um ein regionales, gentechnikfreies Speiseangebot in der Gastronomie

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957 7958

Schweinezuchtanstalt

s. *Schweinezucht*

Schweiz

s.a. *Alpen*
s.a. *Flughafen Basel-Mulhouse-Freiburg*
s.a. *Flughafen Zürich*
s.a. *Kernkraftwerk Leibstadt*

Sondierungs- und Untersuchungsprogramm der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (NAGRA) für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz (Benken)

Beurteilung von Ergebnissen und Konsequenzen der Untersuchungen; Hinwirkung auf einen Stopp der bisherigen Planungen sowie auf Einrichtung einer grenzübergreifenden Begleitkommission, Einräumung von Beteiligungsrechten der grenznahen deutschen Gebietskörperschaften und Bevölkerung

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/227

Erkundung und Sondierung eines Standorts für ein Endlager für radioaktive Abfälle in Benken in der Schweiz

Hinwirkung auf Beteiligungsrechte der grenznahen deutschen Gebietskörperschaften und Bevölkerung sowie auf Untersuchungen weiterer Standorte in der Schweiz

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/484

Zukunft Schiene am Oberrhein

Verknüpfung mit dem französischen Hochgeschwindigkeitsnetz, Anbindung des Euro-Airports Basel-Mulhouse, Einhaltung des Zeitplans zum Ausbau der Rheintalstrecke

KlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/1024

Gesundheit in Europa

Thematisierung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Oberrheinrat; Auswirkungen und Chancen der gegenseitigen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen von Deutschen und Schweizern, insbes auch von gesetzlich Krankenversicherten; Unterstützung der Leistungsanbieter einschließlich der Rehabilitationseinrichtungen zur Gewinnung ausländischer Patienten ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region; Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild, Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Kooperation beim Fremdsprachenunterricht, Tourismus, Katastrophenschutz, beim Schienen-, Straßen- und Luftverkehr

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen in BW

Regelung o.g. Verbotszeiten und Reduzierung der Zahl von Flügen in niedriger Höhe im Staatsvertrag mit der Schweiz zum Schutz der Bevölkerung am Hochrhein vor Fluglärm, Vergleich mit der Situation bei den Flughäfen Stuttgart und Söllingen, Anstreben einer mit dem Flugverkehr von Zürich vergleichbaren Regelung für den Flughafen Basel-Mulhouse; Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen für alle Flughäfen in BW

Antr
s. *Luftfahrt*
Drs 13/1284

Güterverkehrsverlagerungen auf der Schiene am Hochrhein von der Schweiz nach Deutschland

Vergabe eines Planungsauftrags durch die Schweizerischen Bundesbahnen zur Untersuchung einer Bypasslösung für den Transitgüterverkehr auf der Hochrheinbahn zwischen Basel und Waldshut und damit einer Verkehrsverlagerung auf die deutsche Seite; Auswirkungen auf die Anwohner der Strecke; Vereinbarkeit mit der Verkehrsvereinbarung von Lugano 1996; Frage nach einer Einbeziehung deutscher Institutionen und der Bahn AG

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1333

Schienerverkehr im Raum Sigmaringen

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meßkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/1778

Atomendlager Benken in der Schweiz/Beurteilung nach dem Erdbeben am Oberrhein

Intervention in Bern gegen den o.g. Standort wegen Erdbebengefährdung

KlAnfr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1851

Endlagerung atomarer Abfälle

Bisheriger Mitteleinsatz für das Endlagerprojekt in Gorleben, Gründe für die Einstellung der weiteren Erkundung; Rechtsgrundlagen, Verfahrensschritte und Zeitrahmen für die Suche nach einer Alternativlösung; Beurteilung der Sicherheit der Zwischenlagerung bei den AKW sowie des Standorts Benken für eine Endlagerlösung in der Schweiz

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1922

Neue gutachterliche Stellungnahme zur Eignung des Standorts Benken für eine Atomendlagerstätte

Auswirkungen des o.g. Standorts für die Bevölkerung am Hochrhein nach den Ergebnissen der neuesten Gutachten; Ablehnung des Standorts Benken gegenüber den politisch Verantwortlichen in der Schweiz

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1946

Auswahlverfahren für einen Endlagerstandort am Hochrhein (Schweizer Seite)

Unterstützung der Stellungnahme des BUmweltMin zu der Stellungnahme des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte zum Auswahlverfahren Opalinuston im Züricher Weinland?

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/1980

Schiengüterverkehr am Hochrhein

Planung einer Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz über die

Hochrheinbahn auf deutscher Seite, Auswirkungen auf die Anwohner und Kurorte am Ober- und Hochrhein bzw die Akzeptanz einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn; Vorlage aller bisherigen und notwendigen Vereinbarungen zwischen der Bahn AG, SNCF und SBB; Zusammensetzung und Transparenz der beteiligten Gremien; Frage nach Alternativen für den zunehmenden Schienengüterverkehr im Dreiländereck

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2071

Erwerb von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken an der Schweizer Grenze

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1985; Darlegung der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite sowie der Bemühungen um Ausgleich auf Landes- und Bundesebene

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/2148

Zukunft der Gäubahnstrecke

Auswirkungen der Rückstufung des Streckenausbaus Zürich-Schaffhausen durch den Schweizer Bundesrat auf den Ausbau der Gäubahnstrecke; Eintreten für einen zeitgerechten Ausbau der Strecke

KlAnfr
s. *Gäubahn*
Drs 13/2445

Digitales Sprech- und Datenfunksystem BOS

Grundlagen und Kriterien o.g. Systemwahl für die Polizei u.a. Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; Nutzung der Erfahrungen in Frankreich, Österreich und der Schweiz; Gewichtung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie der Auswirkungen auf heimische Unternehmen bei der Systementscheidung

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/2483

DB-Projekt für den Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; hier: Teilbereich Freiburg-Basel-Nördliches Markgräflerland

Beurteilung der Diskussion und Bürgerinitiative zur Bypasslösung zur Umfahrung Basels durch den Transitgüterverkehr aus Frankreich und der Schweiz, Gefährdung einer zeitnahen Realisierung des viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn? Hinwirkung auf eine Abwicklung des Güterverkehrsaufkommens in Frankreich über das dortige Gleis auf der linken Rheinseite

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/2543

Tanktourismus gefährdet Steuereinnahmen und Tankstellen in BW

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, der Schweiz und den EU-Nachbarländern seit 1999; Auswirkungen der Ökosteuer; erzielbare Einsparungen für die Autofahrer und entgangene Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Beurteilung staatlicher Hilfen für Tankstellenbetreiber in Ländern mit vergleichsweise höheren Kraftstoffpreisen; Hinwirkung auf eine Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Re-

gion Lombardei

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/2596

Existenzbedrohung für baden-württembergische Landwirte durch den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen an Schweizer Landwirte

Entwicklung des Zukaufs und der Pacht o.g. Grundstücke durch Schweizer Landwirte seit 1994; Gründe und Auswirkungen der Wettbewerbsnachteile auf deutscher Seite, Frage nach ähnlichen Problemen zwischen Schweizer und französischen Bauern, Verhinderung eines Abflusses künftiger Flächenprämien ins Ausland; Herstellung von Chancengleichheit zur Existenzsicherung der badischen Haupterwerbslandwirte in den betroffenen Gebieten, ggf Prüfung einer Kündigung von Zollabkommen

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/2824

Ökotourismus im Südlichen Schwarzwald in Verbindung mit der Schweiz

Aufgabe des o.g. Konzepts? Vereinbarkeit mit dem angestrebten Projekt „Freie Fahrt für freie Urlauber“ iR von KONUS (kostenfreie Nutzung des ÖPNV für Schwarzwaldtouristen)

MdlAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/3161

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfeldern bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3223

Restrheinrenaturierung - Rückhalteraum Weil-Breisach

Beurteilung der Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung einer naturnahen Auendlandschaft mit verästelten Gewässerarmen (Furkationsaue) am Rhein zwischen Weil und Breisach auf beiden Rheinseiten, Aufnahme von Gesprächen mit Frankreich und der Schweiz, Initiierung eines trinationalen Workshops mit Fachleuten, Einschätzung der Impulse für den regionalen Tourismus

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3325

Stand der Verhandlungen zum Landerwerb Schweizer Bauern in BW

Auffüstung o.g. Verhandlungen zwischen der LReg und Schweizer Seite, Darlegung der angestrebten Ziele und erreichten Ergebnisse, Planung weiterer Verhandlungen?

Antr
s. *Grundstücksverkehr*
Drs 13/3467

Verhandlungen der baden-württembergischen LReg mit der Schweizer BReg über nachbarschaftliche Problemlagen?

Teilnehmer, Themen und Ergebnisse o.g. Gespräche in Bern

KlAnfr Alfred Winkler SPD 17.09.2004 und Antw StM Drs 13/3561

Kerosinablässe über dem Bodensee / Zwei Vorfälle in 2004

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen über dem süddeutschen Raum, vor allem über der Bodenseeregion, in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Gefährdung des Trinkwasserspeichers Bodensee und der landwirtschaftlich genutzten Böden sowie der Informationspolitik vonseiten der Schweiz; Frage nach zwischenstaatlichen Kontakten, Anstrengung eines Ablassverbots über dem Bodensee iR einer Vereinbarung?

KlAnfr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3599

Ablassen von Treibstoff aus Sicherheitsgründen über dem Gebiet des Landes

Auflistung der o.g. Manöver von Flugzeugen aus Sicherheitsgründen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Auswirkungen auf Natur, Umwelt und Gesundheit sowie der Entscheidungsabläufe und Informationspolitik vonseiten der Schweiz

Antr
s. *Flugbenzin*
Drs 13/3618

Kindergeldleistungen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger Schweiz/Deutschland

Rechtsgrundlagen und zuständige Stellen für die Ermittlung und Auszahlung des Kindergelds bzw für die Klärung von Zuständigkeitsfragen; detaillierte Darstellung der Ansprüche und des Kreises der anspruchsberechtigten Eltern/-teile

KlAnfr
s. *Kindergeld*
Drs 13/3910

Die Übernahme der Fluggesellschaft Swiss durch die Deutsche Lufthansa und mögliche Auswirkungen auf die Fluglärmproblematik am Hochrhein

Überlegungen zur Veränderung des Anflugregimes für den Flughafen Zürich? Verhinderung einer Aufweichung der bisherigen und künftigen Entlastungsschritte

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/4183

Rekordtreibstoffpreise und Tanktourismus

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit 2000 sowie der entgangenen Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Situation der Tankstellenbesitzer und -pächter in den Grenzregionen; Frage nach Vorstößen der Länder und BReg zum Stopp des Tanktourismus, evtl mit einer Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei; Bemühungen Österreichs um ein zusätzliches Klimakontingent für die durch Tankfahrten verursachten CO₂-Emissionen

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4273

Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der internationalen Bodenseeregion

Stand und Ausbaufähigkeit der grenzüberschreitenden Kommunikation und Mediennutzung, gemeinsame Produktion und Prä-

sentation von Hörfunk- und Fernsehsendungen des SWR, BR, ORF und DRS zu Themen der Region; Bewertung von entsprechenden Maßnahmen, Programmen und Projekten

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4288

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. *Investition*
Drs 13/4400

Pfahlbau- und Moorsiedlungen der Jungstein- und Bronzezeit am Bodensee

Bedeutung sowie Maßnahmen und Mitteleinsatz zur Sicherung der archäologischen Kulturdenkmale, u.a. in Unteruhldingen, Auflistung der zuständigen Institutionen, Ausstrahlungen für den Fremdenverkehr und die Bildung, Zustimmung zur Initiative der Schweiz für eine Aufnahme der Pfahlbauten rund um die Alpen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes

KlAnfr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/4555

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorstauräumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4621

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

Ergebnisse der Studien über Drogenkonsumräume in der Schweiz; Bewertung der Forderung nach Abschaltung der KKW auf Schweizer Seite am Hochrhein

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 475 478-481 483 485 486

Vorbild der Schweiz bei der Erhebung von Mautgebühren sowie bei der Abschaffung der Käfighaltung von Legehennen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 617 627 629

Beschleunigung des grenzüberschreitenden Güterverkehrs in die Schweiz; Bezeichnung der Schweiz als Vorbild in der Verkehrspolitik; Optimierung der BSE-Tests wie in der Schweiz

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1246 1250 1263 1298

Abwanderung von Pflegepersonal aus dem Grenzgebiet in die Schweiz

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1326

Klärung der Verantwortung der Schweizer Skyguide an der Flugzeugkollision über dem Bodensee; Lärmbelastung der Anwohner durch die Abwicklung des Flugverkehrs vom Flughafen Zürich über dem südlichen Landesteil; Reaktion auf die Ablehnung des neu ausgehandelten Luftverkehrsabkommens durch das Schweizer Parlament

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1796-1804

Abwanderung von Pflegekräften in die Schweiz; Widerstand gegen die Schweizer Endlagerstätte Benken am Hochrhein; Qualität der Kooperation mit der Schweiz; Bezeichnung der Schweiz als Vorbild in der Verkehrspolitik

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3295 3296 3298-3300 3303

Tradition der Volksabstimmungen in der Schweiz; Entwicklung der Wahlbeteiligung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3683

Beurteilung des Schweizer Modells der Gesundheitsprämien; Empfehlung der Vignette nach Schweizer Vorbild zur Erhebung der Lkw-Maut

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3704 3705 3708 3709 3715 3716 3722 3723

Vorbild der Schweiz bei der Legehennenhaltung; Zukauf und Pacht von grenznahen Grundstücken durch Schweizer Landwirte; Hinwirkung auf eine bilaterale Problemlösung zwischen Bern und Berlin

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4355 4356

Beurteilung des Schweizer Gesundheitssystems sowie der deutschen Steuerflüchtlinge in der Schweiz; Heranziehung der deutschen Grenzgänger zur Steuerpflicht in der Schweiz

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4445 4448

Verweisung auf die Schweizer Haftungsregelung für Gentechnik in der Landwirtschaft

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4592

Empfehlung der Schweiz als Vorbild für längere Arbeitszeiten und eine bessere internationale Wettbewerbsfähigkeit

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4762 4766

Handlungsbedarf auf Bundesebene zur Lösung der nachbarschaftlichen Problemlagen mit der Schweiz

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5370

Verweisung auf das Schweizer Modell der direkten Demokratie
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5720

Problematik der grenznahen Landkäufe durch Schweizer Landwirte, Kritik an der Ablehnung einer Problemlösung durch die BReg

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6093 6094

Plädoyer für eine Übernahme des Modells der Schweizer Schuldenbremse

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6308-6310 6313-6315

Plädoyer für eine Übernahme des Modells der Schweizer Schuldenbremse

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6366 6368 6370

Würdigung des ablehnenden Votums der Schweizer in einem Referendum zur Gentechnologie

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457 7458 7470 7474

Werbung um Touristen aus der Schweiz

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966

Schwenningen

s. Villingen-Schwenningen

Schwerbehinderter

s. Behinderter

Schwerhöriger

s. Gehörgeschädigter

Schwerstabhängiger

s. Süchtiger

Schwesternschule

s. Krankenpflegeschule

Schwetzingen

Baubeginn B 535 Schwetzingen/Plankstadt

Zeitpunkt der Finanzierungszusage des Bundes sowie der Ausschreibung und Auftragsvergabe eines ersten Bauabschnitts durch Landesbehörden; Frage nach dem Abschluss der vergebenen Arbeiten sowie der weiteren Finanzierung

KlAnfr

s. Bundesstraße 535

Drs 13/799

Schwimmbad

s.a. Schwimmen

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/1602

Öffentliche Freibäder in BW

Auflistung o.g. Badeanstalten und der jeweiligen Schließungen seit 1993; Art, Träger und Erfahrungen einer neuen Nutzung; Vergleich der Daten mit der Alternative biologisch reinigender Naturbäder, insbes der Kosten sowie der hygienischen und technischen Betriebssicherheit, vor allem vor dem Hintergrund der zu erwartenden VO über die Qualität von Schwimm- und Badebeckenwasser

KlAnfr Gunter Kaufmann SPD 13.08.2003 und Antw IM
Drs 13/2358

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, insbes am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/3349

Kommunale Schwimmbäder als Infrastruktur für den Schwimmunterricht

Bedeutung des Schwimmunterrichts an Grundschulen; Zahl von Schließungen der notwendigen Schwimmbäder seit 1999; Frage nach der Umsetzung des im neuen Bildungsplan vorgeschriebenen Lernziels Schwimmen

Antr
s. *Schwimmen*
Drs 13/3593

Einbeziehung der künftigen Nutzer bei der Planung von Schwimmbädern

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2041

Überforderung der Kommunen mit der Verschärfung der Wasserqualität von Schwimmbädern

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216

Auswirkungen der EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee; Förderung von Strandbädern; Problematik des Thermalbads in Friedrichshafen

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3297-3299

Beklagung des Ausfalls von Schwimmunterricht aufgrund von Schließungen der notwendigen Schwimmbäder

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7177

Bewertung der neuen Thermalbäder in Meersburg und Überlingen als Bereicherung der Bodenseeregion, Kritik an der Förderpraxis von Freizeitbädern

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7962 7966

Schwimmen

s.a. *Wassersport*

Schwimmunterricht an Grundschulen

Entwicklung der Zahl von Schwimmstunden bzw von Nichtschwimmern nach Verlassen der Grundschule seit 1995, Qualifikation der Lehrkräfte und Zweitkräfte ab einer bestimmten Zahl von Schülern, Gründe für den Ausfall von Schwimmunterricht an Grundschulen im Bodenseekreis und LKreis Konstanz, Beurteilung des Angebots von DLRG-Ortsgruppen im Landesverband Baden zur Bereitstellung ausgebildeter Kräfte

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 16.08.2004 und Antw KM
Drs 13/3504

Kommunale Schwimmbäder als Infrastruktur für den Schwimmunterricht

Bedeutung des Schwimmunterrichts an Grundschulen; Zahl von Schließungen der notwendigen Schwimmbäder seit 1999; Frage nach der Umsetzung des im neuen Bildungsplan vorgeschriebenen Lernziels Schwimmen

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 28.09.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3593
BeschlEmpf und Bericht Schula 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 35-37
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/4781

Zunahme der Abmeldungen muslimischer Mädchen vom Sport- und Schwimmunterricht; Prüfung einer Verschärfung der Schulpflicht

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4703 4708 4718 4720

Bedeutung des Schwimmunterrichts an den Schulen, Beklagung der großen Ausfälle

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6751 6752

Bedeutung des Schwimmunterrichts an den Schulen, Beklagung der großen Ausfälle

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7177

Bezeichnung der Abmeldungen muslimischer Mädchen vom Schwimmunterricht als nicht akzeptabel

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7656 7661 7667

Schwimmsport

s. *Schwimmen*

Schwimmunterricht

s. *Schwimmen*

Schwitzen statt Sitzen

s. *Arbeit*

Scientology*s. Sekte***Scoubidous***s. Spielwaren***Scrapie***s. Tierkrankheit***Seelsorge***s.a. Lebenshilfe**Notfallseelsorge und Notfallnachsorge*

Einrichtungen und Träger o.g. Dienste, Inanspruchnahme in den letzten fünf Jahren, Finanzierung, Aus- und Weiterbildung, Frage nach einer einheitlichen Dienstkleidung sowie Dienstaussweisen

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 06.11.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/394

Situation des Strafvollzugs in BW

Einrichtung der Seelsorgerstellen für die JVA Heilbronn und Schwäbisch Gmünd

GrAnfr
s. Strafvollzug
Drs 13/566

Seilbahn

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd des LSeilbahnGes

GesEntw
s. Währung
Drs 13/313

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LABfallGes

GesEntw
s. Umweltverträglichkeitsprüfung
Drs 13/1227

Unterstützung der im Weiterbetrieb gefährdeten historischen Standseil- und Bergbahnen in BW

Möglichkeiten zum Erhalt der durch EU-Sicherheitsauflagen gefährdeten Bahnen in BW bzw der historisch bedeutsamen Standseilbahn in Stuttgart-Süd

MdlAnfr 3) Rolf Gaßmann SPD 17.02.2003 Drs 13/1778
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2659-2661

Ges zur Änd des LandesseilbahnGes

Umsetzung der EG-Seilbahnrichtlinie sowie Änderung und Ergänzung bestehender Vorschriften

GesEntw LReg 21.07.2003 Drs 13/2296 (33 S.)
1. Beratung PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3507
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 23.10.2003 Drs

13/2515

2. Beratung PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3695 3696

GesBeschl 29.10.2003 Drs 13/2575

GBI 2003 Nr. 14 S. 696-702 (Ges vom 29.10.2003)

Bekanntmachung der NF des LSeilbahnGes GBI 2004 Nr. 1 S. 10-19

Umweltverträglichkeit einer geplanten Kabinenbahn am Herzogenhorn (Schwarzwald)

Planung einer Kabinenbahn zum Leistungszentrum Herzogenhorn: Bewertung als Eingriff in ein Naturschutzgebiet, Natura 2000-Gebiet und in das Naturschutzgroßprojekt des Bundes „Feldberg-Belchen-Oberes Wiesental“, Unvereinbarkeit mit einer Rahmenvereinbarung zwischen den Liftbetreibern und Naturschutzvertretern; Versagung der Genehmigung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 26.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2664

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 22 23

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesseilbahnGes

GesEntw
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3201

Seilbahngesetz*s. Seilbahn***Seimetz, Hermann MdL CDU**

Würdigung der politischen Arbeit von Hermann Seimetz und Verabschiedung nach 26 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Sekte

Auftreten und Verbreitung der Scientology-Organisation in BW

Darlegung o.g. Daten und Stand der eingeleiteten Verfahren zum Entzug der Rechtsfähigkeit der Scientology-Vereine; Erkenntnisse über Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten; Anwendung der Schutzklärung zur Abwehr von Einflüssen bei Verträgen der öffentlichen Hand; Ergebnisse der Überprüfung der Gemeinnützigkeit von Vereinen und Verbänden der Organisation; Stellung von Ausländern in der Sektenhierarchie hierzulande

Antr CDU 06.09.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/216 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 65 66

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Ritalin und Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)

Öffentliche Berichterstattung über Ritalin und ADHS bzw die Scientology-Organisation zu diesem Thema, Beurteilung der Anwendung des Präparats und der Diagnostik des ADHS

Antr
s. Verhaltensstörung
Drs 13/618

Schutzerklärungen zur Abwehr von Einflüssen der Scientology-Organisation

Anwendung des o.g. Instruments beim Bund und den Ländern, Frage nach evtl Gegenreaktionen von Scientology

KIAnfr Wilfried Klenk CDU 30.01.2002 und Antw KM Drs 13/699

Unterwanderung des Gesundheitsbereiches durch Sekten und Psychogruppen

Darlegung o.g. Angebote, insbes von Scientology und Tarnorganisationen, auf Messen, Symposien, im Internet u.a.; Beurteilung der Wirksamkeit von Schutzerklärungen für Anbieter und Kunden im Gesundheitsbereich bzw Internet

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 10.05.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/992

Ergänzende Stellungnahme SM 21.10.2002 Drs 13/1414
BeschlEmpf und Bericht SozA 24.10.2002 Drs 13/1725 S. 39-41

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Maßnahmenkatalog im Hinblick auf das Wirken der Scientology-Organisation

Beurteilung der Maßnahmen aufgrund der bayerischen Expertise, insbes Intensivierung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz sowie der Öffentlichkeitsarbeit durch die interministerielle Arbeitsgruppe, Schulung von Ansprechpartnern bei den Polizeipräsidien; Unterstützung des bayerischen GesEntw für die gewerbliche Lebensbewältigungshilfe im BRat; Fortführung der Förderung des Projekts „Odenwälder Wohnhof“ für die Opfer von Psychogruppen; Prüfung von Maßnahmen nach dem Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb nach dem Heilpraktiker-Ges

Antr SPD 22.11.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1552
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3980-3987

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 17.03.2004 Drs 13/3093 S. 18 19

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Naivität im Ministerinnenamt? - Kultusministerin Schavan und der „Arbeitskreis Christlicher Publizisten“

Erkenntnisse über den ACP und dessen Verbindungen zu Sekten und Psychogruppen, Beurteilung der Einschätzung des Sektenbeauftragten der Evangelischen Landeskirche; Konsequenzen aus dem Interview und der Abbildung der Ministerin auf der Titelseite eines ACP-Mitteilungsblatts

Antr

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*
Drs 13/1790

Werbung für Psychogruppen im Haus der Geschichte

Darstellung der Psychogruppen Bhagwan und Scientology in gleichwertiger Präsentation neben den drei großen Weltreligionen; Unterbindung dieser unreflektierten Darstellung

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 21.02.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1826

BeschlEmpf und Bericht WissensChA 10.04.2003 Drs 13/2139 S. 58-60

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Scientology im Verfassungsschutzbericht 2002 - Konsequenzen

Bewertung der Aktivitäten und Mitgliederzahlen, Erkenntnisse über Untergruppen und den Geheimdienst OSA; frühzeitige Warnung der Bevölkerung vor Werbeaktionen u.a. Maßnahmen gegen die Aktivitäten der Sekte

KIAnfr Wilfried Klenk CDU 27.06.2003 und Antw IM Drs 13/2205

Verdeckte Öffentlichkeitsarbeit von Scientologen

Frage nach kampagneähnlichen Aktionen der Scientology-Organisation, nach den angesprochenen Themen und Personen

KIAnfr Wilfried Klenk CDU 23.07.2003 und Antw KM Drs 13/2297

Verbraucherschutz auf dem Gebiet der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe

Unterstützung der o.g. bayerischen Initiative im BRat zum Schutz vor Scharlatanen, Psychogruppen und Sekten

KIAnfr

s. *Lebenshilfe*
Drs 13/2420

6. Bericht der „Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen“

Mittlg LReg 15.10.2003 Drs 13/2512 (42 S.)

Nachhilfe für Schüler durch Scientology

Beurteilung der Aktivitäten von Scientology und Untergruppierungen im Bildungsbereich, Verbindungen zum neuen Stuttgarter Lerncenter, Warnung der Öffentlichkeit sowie der Schulen und Eltern

KIAnfr Wilfried Klenk CDU 22.12.2004 und Antw KM Drs 13/3919

Kontakte von Regierungsparteien zur Scientology-Organisation

Maßnahmen gegen Bestrebungen der Scientology-Organisation und vergleichbar agierenden Sekten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung; Frage nach Kontakten zu rechts-extremistischen und islamistischen Kreisen bzw nach personellen und organisatorischen Verflechtungen oder geschäftlichen Transaktionen zwischen den beiden Regierungsparteien und der Scientology-Organisation

KIAnfr Stephan Braun SPD 10.05.2005 und Antw IM Drs 13/4327

Scientology-Organisation in Stuttgart

Ausbau des Standorts Stuttgart zur bundesweiten Operationszentrale nach Aussage führender Scientologen? Frage nach Verhandlungen mit dem DRK um den Kauf eines Gebäudes bzw nach Möglichkeiten zur Verhinderung dieses Immobilienerwerbs der Sekte

KIAnfr Carla Bregenzer SPD 26.07.2005 und Antw IM Drs 13/4542

7. Bericht der „Interministeriellen Arbeitsgruppe für Fragen sogenannter Sekten und Psychogruppen“

Mittlg LReg 30.11.2005 Drs 13/4225 (41 S.)

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 18.01.2006 Drs 13/5055
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Aktuelle Aktivitäten der Organisation „Universelles Leben“

Beurteilung der Plakataktion in Stuttgart u.a. Aktivitäten der o.g. Sekte, ihr nahe stehenden Firmen und Unterorganisationen; Frage nach einem wirksamen Schutz der Bürger durch Öffentlichkeitsarbeit u.a. Maßnahmen

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 15.12.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4986

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 18.01.2006 Drs 13/5055
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Verweisung auf die missbräuchliche Nutzung des InformationsfreiheitsGes in NRW durch Scientology

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7538 7542

Verweisung auf die missbräuchliche Nutzung des InformationsfreiheitsGes in NRW durch Scientology

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7608 7611

Sekundärbrennstoff

s. Brennstoff

Selbsthilfe

s.a. Lebenshilfe

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Förderung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-3 S. 27 28

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-15 S. 44

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-23 S. 57

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Aids-Prävention und Aids-Krankenversorgung in BW - Zwischenbilanz

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Vergleich mit anderen BLändern; Mitteleinsatz der Krankenkassen in BW; Inanspruchnahme der ärztlichen Betreuung und Behandlung

Antr

s. Aids

Drs 13/847

Demenzerkrankungen - eine gesellschaftliche und gesundheitspolitische Herausforderung

Entwicklung der Formen und Verbreitung o.g. Krankheitsbilder; vorhandene Verfahren zur Früherkennung, Prävention und Therapie; Versorgung der Erkrankten durch Angehörige, ambulante und stationäre Einrichtungen; Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Modellprojekten

Antr

s. Gehirnkrankheit

Drs 13/1259

Selbsthilfeförderung durch die gesetzlichen Krankenkassen

Bereitstellung bzw Verfehlung der gesetzlich vorgeschriebenen Beträge pro Kopf der Versicherten durch die einzelnen Krankenkassen bundesweit, Hinwirkung auf Umsetzung der Verpflichtungen

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 05.02.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/1741

BeschlEmpf und Bericht SozA 10.04.2003 Drs 13/2222 S. 37-39

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen für die Selbsthilfegruppen im Gesundheitswesen

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-14 S. 55 56

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Situation der AIDS-Hilfegruppen in BW

Aufgabenwahrnehmung, räumliche Verteilung und Finanzierung o.g. Gruppen seit 1999; Beteiligung der Krankenkassen und Gesundheitsämter; Vergleich der Kosten und Wartezeiten der Tests bei niedergelassenen Ärzten/Labormedizinern und den Gesundheitsämtern, Empfehlung einer Eigenbeteiligung der Testpersonen an den Testkosten der Gesundheitsämter sowie einer Übertragung der Schulprävention gegen einen finanziellen Ausgleich von den Gesundheitsämtern an die Aids-Hilfegruppen

Antr

s. Aids

Drs 13/3656

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr

s. Aids

Drs 13/3817

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzungen bei Selbsthilfegruppen und Verbänden in der Behindertenhilfe

s. Behinderter

Drs 13/4009

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzung der Zuschüsse für Selbsthilfegruppen und Verbände im Gesundheitswesen

s. Gesundheitswesen

Drs 13/4009

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Zwischenbilanz des o.g. Programms und der dabei erprobten Modelle, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Ausbau der Hilfestrukturen für Demenzkranke, Rolle der Selbsthilfegruppen und Ehrenamtlichen, geriatrische Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Gewinnung von qualifizierten Pflegekräften, Erfahrungen mit dem bürgerschaftlichen Engagement für Tagespflege und Lebensqualität im Alter sowie mit der Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel, Entwicklung neuer Wohnformen und Akzente in der Altenpolitik, Förderung der Solidarität zwischen den Generationen

GrAnfr

s. Alter Mensch

Drs 13/4213

Aufhebung der Haushaltssperre für die Aids-Hilfen

Antr

s. Aids

Drs 13/4373

Folgen der Haushaltssperre für das Sozialressort

Umfang und Auswirkungen der zu erbringenden Einsparungen, insbes für kleine Einrichtungen und Selbsthilfegruppen; Vermeidung von unnötigen Härten und Schließungen

Antr
s. Sozialminister
Drs 13/4383

Organisierte Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen in BW

Aufgaben, Strukturen und Finanzierung der o.g. Gruppen und Verbände auf Orts-, Landes- und Bundesebene; Entwicklung der Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen; Anteil von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern; Hintergrund der Gründung sowie seitherige Entwicklung der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, Möglichkeiten zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Vernetzung

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU 17.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4407 (14 S.)

Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen iRd organisierter Nachbarschaftshilfen

Behandlung der iRd organisierten Nachbarschaftshilfen beschäftigten Helfer als Arbeitnehmer durch das FM

Antr
s. Entschädigung
Drs 13/4760

HIV-Neuinfektionen und HIV-Prävention in BW

Entwicklung der Zahlen von Neuinfektionen, Erkrankungen und Todesfällen seit 2000; Veränderungen der Risikogruppen und Konsequenzen; Ziele, Ergebnisse und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe „AIDS-Prävention“; Entwicklung und Finanzierung der Präventionsarbeit bei den Aidshilfen, Gesundheitsämtern und sonstigen Trägern; Umfang und Ausgestaltung der Prävention und Sexualkunde im Schulunterricht; geplante Projekte zur Fußball-WM 2006

Antr
s. Aids
Drs 13/4799

Kritik an der Kürzung von Zuschüssen für viele Selbsthilfegruppen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 809

Rücknahme der Kürzung von Zuschüssen an Selbsthilfegruppen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 895 896 899

Gefährdung von Strukturen durch Kürzung von Zuschüssen an Selbsthilfegruppen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5517 5518 5521

Gefährdung der Arbeit von Selbsthilfegruppen durch die Kürzungen mit dem Rasenmäher

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5821

Gefährdung der Arbeit von Selbsthilfegruppen durch die Kürzungen mit dem Rasenmäher, Verweisung auf die Rücknahme von Kürzungen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5875 5924 5929 5931 5935 5937 5939 5942

Rücknahme der Kürzungen bei den Selbsthilfegruppen

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6154

Selbsthilfegruppe

s. Selbsthilfe

Selbstmord

Auswirkungen von beruflichem Stress auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte

Fälle von Behandlungsbedürftigkeit und Selbsttötungen in den letzten fünf Jahren; Ergebnisse einer in Bayern eingesetzten Expertengruppe; Frage nach unterstützenden Maßnahmen der LReg

Antr
s. Polizeibeamter
Drs 13/2739

Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Aufklärung der Umstände einer Selbsttötung und der Flucht eines Gefangenen trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen; Ankündigung disziplinarrechtlicher Maßnahmen für die zuständigen Vollzugsbeamten nach Untersuchung der Vorfälle; Eignung der JVA Mannheim für die Unterbringung von stark ausbruchsgefährlichen Gefangenen? Umsetzung der auf Drs 13/3515 angekündigten Maßnahmen?

Antr
s. Gefangener
Drs 13/3648

Ablehnung einer Liberalisierung der aktiven Sterbehilfe, Vorschlag zur Strafbewehrung von professioneller Beihilfe zum Suizid

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476 7477 7482

Selbstorganisiertes Lernen

s. Lerntechnik

Selbstständiger

s.a. Existenzgründung
s.a. Scheinselbstständigkeit

Neue Selbstständige - Freelancer

Beschäftigten- und Wachstumsanteil o.g. Unternehmen, Zahl jährlicher Neugründungen, durchschnittliche Existenzdauer, Regelungen zur Renten- und Krankenversicherung, Unterstützungsangebote

KIAnfr Claus Schmiedel SPD 14.08.2001 und Antw WM Drs 13/180

Bedeutung von Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Gründerzahlen seit 1996 im Vergleich zu anderen BLändern und im internationalen Vergleich, geschlechtsspezifische und regionale Verteilung, Branchenschwerpunkte, Beratung und finanzielle Hilfen, Vermittlung von Kenntnissen iR von Programmen, Studiengängen u.ä.; Erfahrungen mit Zentrallämtern wie in Heidelberg; Abbau von Hemmnissen

Antr
s. Existenzgründung
Drs 13/585

Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch die geplante Steuerreform der BReg

Ausweitung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe: Abwendung einer Verminderung des Einkommensteueraufkommens der Gemeinden, die Wohnort, aber nicht Arbeitsort sind

Antr
s. Gewerbesteuer
Drs 13/2414

Gemeindefortschaffungssteuer

Verfassungsmäßigkeit des geplanten Gesetzes zur Reform der Gewerbesteuer; Ausgangsbesatz bei der Anrechenbarkeit der Gemeindefortschaffungssteuer auf die Einkommenssteuer, Erwartung höherer Steuern für viele Freiberufler

MdlAnfr

s. *Gemeindefortschaffungssteuer*

Drs 13/2480

Auftragsvergabe an freiberuflich Tätige fair regeln

Erfahrungen und Reaktionen bei Architekten und Ingenieuren durch die neu vorgesehene Haftung für Baukostenobergrenzen bei Landesbauvorhaben; Streichung der Haftungsregelung aus der entsprechenden Richtlinie

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 10.12.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3871

BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4101

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr

s. *Existenzgründung*

Drs 13/4470

Anmahnung von Initiativen für eine höhere Selbstständigkeitsquote in BW

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 270

Schutz der freien Berufe und ihrer Kammern vor den Liberalisierungsbestrebungen der EU-Kommission

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1457

Vorwurf mangelnder Fürsorge der BReg für Selbstständige und Freiberufler; Abbau von Hemmnissen für Existenzgründer

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355-2357 2364

Ablehnung einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2757 2762 2765 2766

Ablehnung einer Ausdehnung der Gewerbesteuerpflicht auf freie Berufe; Anreize zur Gewinnung von Selbstständigen für Regierungsämter

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2897 2966

Ablehnung einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3227 3231 3232

Ablehnung einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3623 3634 3646 3647 3652

Verhinderung einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4009 4016 4026 4037 4040

Beklagung des Scheiterns einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige und damit der Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefortschaffungssteuer

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4094-4096 4098 4099

Ablehnung einer Gewerbesteuerpflicht für Freiberufler und Selbstständige

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146

Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen durch die Freiberufler

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5160 5161

Verstärkung der freiberuflichen Elemente bei den Tätigkeiten der Notare, Zurückstellung des Übergangs zum freien Notariat bzw der Privatisierung des Notariatswesens

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6190-6194

Notwendigkeit einer Kultur der Selbstständigkeit, Ermöglichung einer Absenkung der Steuerbelastung für die Selbstständigen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6404 6405 6421

Selbstständigenquote in BW und bundesweit, Anteil von Frauen und Migranten

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7446-7448

Selbsttötungs. *Selbstmord***Seltenreich, Rolf MdL SPD**

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Rolf Seltenreich durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Semestertickets. *Fahrausweis***Seminar für schulpraktische Ausbildung**s. *Lehrerbildung***Seniorenwohnung**s. *Altenwohnung***Serbien**s. *Serbien und Montenegro***Serbien und Montenegro***Abschiebepaxis in BW*

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl, Straf- und Abschiebehaf; Zahlen zum Stand der Rückführung von Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo nach Serbien und Montenegro

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

Wirtschaftsbeziehungen mit Serbien-Montenegro

Handelsvolumen, Güter und Schwerpunkte 2004; Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit der EU; Werbung um Firmen für Investitionen in Serbien-Montenegro; Bedeutung der Hochschulen für die produktnahe Forschung und Entwicklung; Stand und Perspektiven der institutionellen Zusammenarbeit

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.10.2005 und Antw WM Drs 13/4786

Aufenthaltsgewährung in Härtefällen für Flüchtlinge aus Serbien und Montenegro, Anerkennungsquote von entsprechenden Empfehlungen der Härtefallkommission, Eintreten für eine Altfallregelung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8005

Serbien-Montenegro

s. *Serbien und Montenegro*

Sexualstraftat

s.a. *Pornographie*

Schutz vor Sexualstraftätern in BW

Zahl, Gegenstand und Ergebnis von Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Exhibitionisten und Spanner seit 1999; Anteil von Kindern und Frauen unter den Opfern; Rückfallquote und Therapieaussichten der Täter; Aufnahme in die DNA-Analyse-Datei u.a. präventive Maßnahmen zum Opferschutz

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 16.07.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/83

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.10.2001 Drs 13/488 S. 2 3

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 794

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr
s. *Straftäter*
Drs 13/888

Verfahren über die Fortsetzung einer Therapie im Fall eines therapiebedürftigen Straftäters

Gründe des Abbruchs der Therapie eines im Sommer 2001 entlassenen Straftäters im LKreis Ludwigsburg mit der Folge der erneuten Straffälligkeit; Bereitstellung der notwendigen Zahl von Therapieplätzen; angemessene Opferentschädigung

Antr
s. *Straftäter*
Drs 13/1202

Für einen besseren Schutz vor gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 13/31 S. 1910

Bewährungshilfe Stuttgart e.V.

Beurteilung und Förderung der Arbeit des Vereins in der Bewährungs- und Gerichtshilfe, Betreuung in Wohngruppen, Haftvermeidung durch Tilgungsberatung, bei der psychotherapeutischen Ambulanz für Sexualstraftäter; Möglichkeiten einer Verfestigung der Einnahmen vor dem Hintergrund der rückläufigen finanziellen Zuweisungen von Gerichten und Staatsanwaltschaften

Antr
s. *Bewährungshilfe*
Drs 13/2866

Opferschutz - Erfahrungen mit dem Verfahren nach dem OpferentschädigungsGes (OEG)

Entwicklung der Fallzahlen, Verfahrensdauer und jeweils festgelegten Entschädigung seit 1998; Altersstruktur und Frauenanteil der Opfer, Anteil von Beziehungstaten bzw von sexueller Gewalt; Anstreben eines schonenden Umgangs mit den Opfern, insbes Vermeidung von Doppelbefragungen innerhalb der Verfahren

Antr
s. *Opferschutz*
Drs 13/2961

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/3463

Kriminalität im Internet

Umsetzung des IMK-Beschlusses zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität, insbes der Gefahr des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Internet; Aufklärung der Öffentlichkeit, Verankerung des Themas an den Schulen und in der Lehrerfortbildung

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/4272

Konsequente Verfolgung von Sexualstraftätern, Erfassung von Spannern in einer Gendatei

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Kritik an der Streichung der Zuschüsse für ein Projekt der Bewährungshilfe Stuttgart für Sexualstraftäter; Schutz vor gefährlichen Sexualstraftätern

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 918 925 926

Verlängerte Speicherung der Daten von Sexualstraftätern

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314

Ausbau der Behandlungsangebote für Sexualstraftäter

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2140 2150

Hilfen für in Flüchtlingslagern nach dem Seebeben in Südostasien vergewaltigte Frauen

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6197

Erweiterung der Speicherung von Sexualstraftaten in der DNA-Kartei

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6743 6745 6746

Notwendigkeit eines Zweitgutachtens vor der Gewährung von Urlaub und Vollzugslockerungen für Sexualstraftäter im Maßregelvollzug

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7826–7830

Verschärfung der Strafvorschriften gegen die sexuelle Ausbeutung der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7928–7932

Sexuell übertragbare Krankheit

s. Geschlechtskrankheit

Sexueller Missbrauch

s. Sexualstraftat

SGB

s. Sozialrecht

Shrimp

s. Krebstier

SHW

s. Schwäbische Hüttenwerke GmbH

Sibirien

s. Russland

Sicherheitsgewerbe

s. Bewachungsgewerbe

Sicherheitsgurt

s. Kraftfahrzeugausrüstung

Sicherheitsplan II

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

s. Vereinte Nationen

Sicherheitstechnische Überprüfung

s. Technische Überwachung

Sicherheitsüberprüfung von Personen

Personalüberprüfung am Karlsruher Institut für Transurane

Tätigkeit eines Mitbegründers einer vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuften islamistischen Vereinigung am o.g. Institut, Gründe für die Zustimmung zur Arbeitsaufnahme trotz der noch nicht abgeschlossenen Sicherheitsüberprüfung des Verfassungsschutzes; Konsequenzen

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 09.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/288

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 42

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr

s. Luftverkehrssicherheit

Drs 13/326

Ablehnung eines Lehramtsanwärters wegen „Mitarbeit in extremistischer Gruppierung“

Ablehnung der Einstellung als Realschullehrer wegen Zweifeln an der Verfassungstreue: Frage nach Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ sowie nach Verstößen des Lehramtsanwärters gegen Rechtsvorschriften bzw die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Beurteilung einer Einstellung im Beamten- oder Angestelltenstatus zu einem späteren Zeitpunkt

Antr

s. Beamtenanwärter

Drs 13/3537

Berufsverbot für den Heidelberger Studienassessor M.C.

Ablehnung der Einstellung des o.g. Lehramtsanwärters als Realschullehrer wegen Mitgliedschaft in einer als linksextrem eingestuften Vereinigung: Rechtsgrundlage, Art und Inhalte der Erkenntnisgewinnung und -weitergabe durch den Verfassungsschutz, Frage nach Inhalten und Ergebnissen des „vertieften Einstellungsgesprächs“ beim Oberschulamt Karlsruhe sowie nach Gesprächen mit den Beteiligten an der Heidelberger Theodor-Heuss-Realschule

KlAnfr

s. Beamtenanwärter

Drs 13/3545

Berufsverbote in BW aufgrund des Radikalenerlasses

Ablehnung der Einstellung von Bewerbern bzw Entlassung von Bediensteten wegen Zweifeln an der Verfassungstreue seit 1979: Auflistung der Fälle in der Justiz, Polizei, im Schuldienst und der sonstigen Verwaltung, Anteil und Ergebnisse der vor Gericht ausgetragenen Verfahren, Auswirkungen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1995, Ausgestaltung des Mitteilungsverfahrens zwischen IM und Fachministerium seit Abschaffung der Regelanfrage 1991, Beurteilung einer befristeten Anstellung von entsprechend eingestuften Lehramtsanwärttern

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 13.09.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3548

BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.05.2005 Drs 13/4379 S.

27 28

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Ermittlungen nach dem LuftsicherheitsGes

Vereinbarkeit des LuftsicherheitsGes mit dem Gebot der Normenklarheit bzw der Zugänglichkeit und Verständlichkeit des aufgeführten Katalogs von strafrechtlichen Tatbestandsmerkmalen; Darlegung der Fälle des Aufgriffs von Fluggästen mit verbotenen Gegenständen im Sicherheitsbereich von Flughäfen, der jeweiligen Konsequenzen bis zur Datenspeicherung im Polas-System selbst nach Verfahrenseinstellungen

KlAnfr

s. Luftverkehrssicherheit

Drs 13/4375

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des Landessicherheitsüberprüfungsges, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung des Sicherheitsüberprüfungsges des Landes in Anlehnung an die Rechtslage des Bundes um den vorbeugenden personellen Sabotageschutz, Ermöglichung der Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Mitwirkung des LfV bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen nach dem Waffen-, Sprengstoff- oder Jagdrecht sowie bei ausländerrechtlichen Verfahren

GesEntw

s. Verfassungsschutz

Drs 13/4524

Nachträgliche Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft

Vereinbarkeit o.g. Bestrebungen des IM mit dem Grundgesetz, Betrachtung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes vor einer Einbürgerung als nicht ausreichend? Zahl und Gründe der Rücknahme von Einbürgerungen nach § 48 Verwaltungsverfahrensges

Antr

s. Staatsangehörigkeit

Drs 13/4669

Antrag auf Durchführung einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die Luftsicherheitsbehörde nach § 7 Abs 1 Nummer 4 LuftsicherheitsGes

Verpflichtung der Piloten und Flugschüler zur Einreichung des o.g. Antrags als Voraussetzung für den Erhalt ihrer Fluglizenz: Beurteilung des Aufwands zur Abgabe und Überprüfung der geforderten persönlichen Angaben, u.a. Nachweis der Wohnorte der letzten zehn Jahre, sowie des evtl Sicherheitsgewinns; Eintreten für eine unbürokratische Regelung?

KlAnfr

s. Luftverkehrssicherheit

Drs 13/4714

Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen mit falschen Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Frage nach einer strafrechtlichen Relevanz, nach Konsequenzen des Vorfalls für die beteiligten amerikanischen Sicherheitsbeamten sowie nach den Folgen eines derartigen Missbrauchs für Bürger in BW

Antr

s. Ausweis

Drs 13/4854

Würdigung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Einbürgerung; verstärkte Sicherheitskontrollen an den Flughäfen nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten; zusätzliche Überprüfung der Mitarbeiter in KKW

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 364 370 372 381 398

Überprüfung der Belegschaften von KKW nach den Kriterien der Rasterfahndung

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 493

Höhergewichtung von Sicherheitsbelangen vor der Erteilung unbefristeter Aufenthaltstitel, Forderung bundesweit zwingender Regelanfragen bei Polizei- und Verfassungsschutzbehörden

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618 4626

Verweisung auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor einer Einbürgerung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7664 7675

Sicherheitsüberprüfungsgesetz*s. Sicherheitsüberprüfung von Personen***Sicherungsverwahrung***s. Maßregelvollzug***Sichtvermerk***Visa-Praxis und Auswirkungen auf BW*

Erkenntnisse über die Einreise von Terroristen, insbes aus der Kaukasus-Region und Zentralasien, und Zunahme der Zwangsprostitution aufgrund der freizügigen Visaerteilung des Auswärtigen Amts; Frage nach Aktivitäten der „Reiseschutz AG“ in BW

KlAnfr Dr. Walter Döring FDP/DVP 21.02.2005 und Antw IM Drs 13/4082

Eindeutige Feststellung der Identität von Ausländern vor der Erteilung von Visa

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 372

Kritik an der Vereinfachung von Visumverfahren, Notwendigkeit der eindeutigen Feststellung der Identität von Ausländern vor der Erteilung von Visa

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618 4619

Sieber, Michael MdL CDU

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 38

Ernennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Würdigung der politischen Arbeit von Michael Sieber und Verabschiedung nach 22 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Sigmaringen*s.a. Fachhochschule Albstadt-Sigmaringen*

s.a. Sigmaringen, Landkreis

Qualitätsprobleme der Deutschen Bahn AG im Raum Stuttgart, Tübingen und Sigmaringen

Entwicklung der o.g. Defizite, Auswirkungen auf die vom Land bezahlten Regionalisierungsmittel, Zeithorizont von Verbesserungen durch zusätzliche Ausweich- und Begegnungsstellen

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/250

Schienerverkehr im Raum Sigmaringen

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meißkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpen transit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/1778

Stellenausschreibung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum im Herbst 2003 für das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in Sigmaringen im Vorfeld der Eingliederung der Sonderbehörden in die LKreise und Stadtkreise zum 01.01.2005

MdlAnfr
s. *Landwirtschaftsbehörde*
Drs 13/2589

Sigmaringen, Landkreis

Zuweisungen für Kommunen im LKreise Sigmaringen

Entwicklung o.g. Zuschüsse für die Jahre 1996 bis 2001

KlAnfr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/509

Beurteilung des Verhaltens des Landrats des LKreises Sigmaringen

Gemeinsame Einladung zu einer Europawahlveranstaltung mit einem CDU-Bundestagsabgeordneten unter Verwendung des Landkreiswappens, seiner Amtsbezeichnung und Unterschrift; rechtliche Prüfung dieser Vorgehensweise, ggf Einleitung rechtsaufsichtlicher Maßnahmen

Antr
s. *Landrat*
Drs 13/3231

Simmersfeld

Ablehnung der abschlägigen BeschlEmpf des PetA zum Windpark Altensteig-Simmersfeld

s. *Windkraftanlage*
PIPr 13/109 S. 8010

Verweisung auf das größte Windparkprojekt des Landes in Simmersfeld

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7018

Vorwurf der Verhinderung des Windparks Simmersfeld durch örtliche CDU-Abgeordnete bzw eine Bürgerinitiative

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7299 7300 7302

Verweisung auf den Widerstand im PetA gegen das Windparkprojekt in Simmersfeld

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7699 7706 7711 7715 7716 7719

Überprüfung des geplanten Windparkprojekts in Simmersfeld durch den PetA

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7796 7799-7804

Beklagung der Verzögerung und Reduzierung des geplanten und genehmigten Windparks in Simmersfeld durch den PetA

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7888 7889

SIMT

s. *Privathochschule*

Sindelfingen

Spendensammelaktion „Helge“ des Kreisverbands des Deutschen Kinderschutzbundes Böblingen (DKSB)

Begründung der Aufforderung des RegPräs Karlsruhe zur Einstellung der o.g. Aktion, Möglichkeiten zur Fortführung bzw zur finanziellen Absicherung des Lern- und Spielhauses in Maichingen

KlAnfr
s. *Spende*
Drs 13/1588

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Darmsheimer Nordumfahrung (L 1182)

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung o.g. Ortsumgehung

KlAnfr
s. *Landesstraße 1182*
Drs 13/2197

Ausbau der A 81 im Bereich Sindelfingen/Böblingen als exemplarisches Beispiel für dringend erforderlichen forcierten Lärmschutz

Planungsstand des o.g. Vorhabens, Berechnungsgrundlagen und Parameter für die vorgesehenen und evtl alternativen Lärmschutzmaßnahmen, Prüfung einer partiellen oder vollständigen Überdeckung, Messung bzw Berücksichtigung von Schadstoffemissionen in den Planungsszenarien, Vorabinformation der Vertreter der Anwohner im Vorfeld der Erörterungsverhandlung; zeitnahe und umfassende Information der betroffenen Gemeinden und Bürger sowie frühzeitige Einladung zu den Erörterungen und sonstigen Veranstaltungen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/5001

Singen

Feststellung von Kriminalitätsschwerpunkten durch die Polizei in Singen, Kritik des Datenschutzbeauftragten an der dortigen Videoüberwachung

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4540 4541 4543 4544 4546

Singen (Gesang)

s. *Musik*

Sinologie

s. *Asienwissenschaft*

Sinsheim

Einsatz von Holzkonstruktionen beim Neubau der Landesmesse
Prüfung o.g. Alternativplanung im Vergleich zur Stahlkonstruktion, insbes hinsichtlich der Kosten und Sicherheitsauflagen zum Brandschutz; Vergleichbarkeit des Neubaus der Messehalle 6 in Sinsheim, Beeinflussung der Baukosten durch die Werkstoffwahl

Antr
s. *Holzbau*
Drs 13/1124

Abwerbung von Messen aus Sinsheim durch die Messe Stuttgart
Bewertung des Umzugs der Messen der Schall-Gruppe und evtl weiterer regionaler Messen zur neuen Fildermesse; Höhe der seit 1989 gewährten öffentlichen Förderung, der Einnahmeverluste für die Stadt Sinsheim, des Schadens für die regionale Wirtschaft sowie von Rückforderungen und Vertragsstrafen; Beteiligung des Landes als Gesellschafter der SMK an der Begleichung dieser Ansprüche gegenüber der Schall-Gruppe? Verzicht auf weitere Abwerbungsverhandlungen sowie auf jegliche Subventionierung von Messen

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/4390

Kooperation statt Konfrontation: Ein strategisches Konzept der LReg für die baden-württembergischen Messen ist überfällig
Höhe der dem Messeveranstalter Schall gewährten Fördermittel sowie der möglichen Rückforderungen des Landes bzw der Stadt Sinsheim für ein zinsloses Darlehen; Verpflichtungen der Schall-Gruppe gegenüber dem Vermieter der Sinsheimer Messehallen; Darlegung der dem Umzug zur neuen Fildermesse zugrunde liegenden Modalitäten des Vertrags zwischen der SMK und der Schall-Gruppe; Vorlage eines Gesamtkonzepts für das Messeland BW

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/4409

Aufklärung über die Verlagerung der Sinsheimer Messen nach Stuttgart

Einsicht des Wirtschaftsausschusses in die Akten des StM, FM und WM; Ersuchen des RH um ein Gutachten über die Verträge und sonstigen Vereinbarungen der Stuttgarter Messe- und Kongressgesellschaft mit dem Sinsheimer Messeveranstalter Schall

Antr
s. *Messe (Ausstellung)*
Drs 13/4490

Einsatz und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Die Rolle der LReg bei der Verlagerung Sinsheimer Messen nach Stuttgart (Sinsheimer Messeraub)“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 13/4545

Unterstützung des Messestandorts Sinsheim, Einstufung als wichtigste private Messe in Deutschland

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1641 1645 1646 1648

Untersuchung der Hintergründe und Rolle der LReg bei der Verlagerung der Messen der Schall-Gruppe von Sinsheim nach Stuttgart

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6886 6889 6896 6898-6908

Sinti und Roma

Schutz nationaler Minderheiten; hier: Roma und Sinti

Umsetzung des o.g. Rahmenübereinkommens des Europarats von 1994, Förderung der Chancengleichheit in den Bereichen schulische Bildung, Aus- und Fortbildung, Kultur und Medien; Verankerung der Thematik in Lehrmitteln und Lehrplänen; Anerkennung der sprachlichen und kulturellen Eigenständigkeit; Nutzung von Fördermitteln der EU; Kooperation mit dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 19.03.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/862 (14 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 68 69
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Abschiebeschutz bei Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo
Voraussetzungen und Gegebenheiten für die zwangsweise Rückführung der o.g. Flüchtlingsgruppe noch in diesem Jahr; Stellenwert der Arbeitsplatzsicherung hierzulande

KIAnfr
s. *Flüchtling*
Drs 13/1229

Abschiebepaxis in BW

Darlegung der Zahlen seit 2000 differenziert nach Alter, Geschlecht, Abschiebegründen, Herkunfts- und Zielländern, nach Abschiebungen aus Kirchenasyl-, Straf- und Abschiebehaft; Zahlen zum Stand der Rückführung von Minderheitsangehörigen aus dem Kosovo nach Serbien und Montenegro

Antr
s. *Ausweisung*
Drs 13/1762

Schutz von Minderheitsgruppen aus dem Kosovo

Ausländerrechtliche Konsequenzen aus dem Memorandum of Understanding zwischen dem Bundesinnenminister und dem UNMIK-Sonderbeauftragten, Zulassung einer begrenzten zwangsweisen Rückführung von Angehörigen bestimmter Minderheitsgruppen; Erteilung von Aufenthaltsbefugnissen für die von der Rückführung nicht betroffenen Volksgruppen der Serben und Roma

Antr
s. *Flüchtling*

Drs 13/2023

Abschiebung um jeden Preis

Abschiebung von Roma-Flüchtlings in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppe vor und während der Aktion, Verbleib eines Teils der nicht akzeptierten Abgeschobenen im Kosovo, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

Antr

s. Ausweisung

Drs 13/4896

Abschiebeversuch in den Kosovo

Abschiebung von Flüchtlingen aus der Volksgruppe der Roma und Ashkali in den Kosovo durch das RegPräs Karlsruhe trotz der (vorher bekannten) Zustimmungsversagung zur Rückübernahme durch die UNMIK: Art der Behandlung dieser Gruppen vor und während der Aktion, Höhe und Träger der Kosten, insbes auch für den Rückflug von 33 Personen; Übernahme der Verantwortung und Konsequenzen durch das RegPräs

KlAnfr

s. Ausweisung

Drs 13/4922

Sitzmann, Edith MdL GRÜNE

Eintritt der Abg Edith Sitzmann zum 30.08.2002 als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Abg Dr. Dieter Salomon

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894

Skihalle*s. Sportstätte***Skileistungszentrum***s. Wintersport***Skinhead**

Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans in BW

Entwicklung der o.g. Verflechtungen und zunehmenden Professionalisierung der rechtsextremistischen Musikszene, Bewertung eines Konzerts in den Räumlichkeiten einer Mannheimer Rockergruppe u.a. Veranstaltungen unter der organisatorischen Beteiligung von NPD-Aktivisten, Frage nach der Art und Nutzung von Eingriffsmöglichkeiten der Polizei und der Stadt Mannheim

Antr

s. Radikalismus

Drs 13/1535

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Verhinderung von Skinheadkonzerten u.a. Veranstaltungen rechtsextremistischer Liedermacher, Parteien und Vereine durch die polizeiliche Präventionsarbeit

Antr

s. Radikalismus

Drs 13/1898

Neonazismus in BW - Kameradschaft Karlsruhe

Frage nach Kontakten und Kooperationen zwischen der „Kameradschaft Karlsruhe“, der „Kameradschaft Süd“, der NPD u.a. Gruppierungen vor dem Hintergrund der vereitelten Sprengstoffanschläge und dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Beurteilung von Anzeichen einer rechtsterroristischen Gefahr bei der Karlsruher Kameradschaft; Reaktionen auf die Neuformierung der rechten Szene bzw die Verflechtungen zwischen Neonazis und Skinheads

Antr

s. Radikalismus

Drs 13/2419

Aktivitäten der rechtsextremen Musikszene in BW

Erkenntnisse über die Verbreitung von Tonträgern mit rechtsextremistischen Inhalten an Schulen bzw über die Zunahme von rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten; Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung

KlAnfr

s. Radikalismus

Drs 13/3564

Neue Aktivitäten der baden-württembergischen Rechtsrock-Szene

Erkenntnisse über die Bands „Blue Max“ und „NoieWerte“, deren Konzertaktivitäten, u.a. in Mosbach, und der Verbreitung über das Internet im Zuge des rechtsextremistischen Musikprojekts „Aktion Schulhof“; Gegenmaßnahmen

KlAnfr

s. Radikalismus

Drs 13/4342

Feststellung einer Verjüngung der rechtsextremistischen gewaltbereiten Skinheadszenen, Senkung der Altersgrenze für die Speicherung von Daten über Jugendliche auf 14 Jahre

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7002 7003

Skins*s. Skinhead***Skisport***s. Wintersport***Slawistik***s.a. Russisch*

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 26) - Auslastung der Lehreinheiten für Slavistik an den Universitäten

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XXIII. S. 9

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 28.01.2004 Drs 13/2865

BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2930

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Mittlg LReg 30.08.2005 Drs 13/4622

Vorschläge des RH zur Bündelung der Studiengänge für Slavistik

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2672 2674

Slowakei*Handelsbeziehungen nach Osteuropa*

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KlAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/3774

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Slowenien*Handelsbeziehungen nach Osteuropa*

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KlAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/3774

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Smog

s.a. *Immissionsschutz*
s.a. *Ozon*

Forschung über Risiken des Elektrosmogs

Vom Land bzw mit Landesbeteiligung vergebene Forschungsprojekte über die Auswirkungen von Funkwellen auf den menschlichen Organismus, Kosten und Ergebnisse der Projekte, Information der Öffentlichkeit, Begründung des geplanten Abbaus der Genehmigungspflicht für den Bau von UMTS-Sendeanlagen

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 26.03.2003 und Antw UVM Drs 13/1941

Software

s. *Datenverarbeitung*

Software-Unternehmen

s. *Datenverarbeitungsindustrie*

Soja

Anteil von gentechnisch verändertem Soja in Lebensmitteln, Hinweis auf das Importverbot in Japan für gentechnisch manipuliertes Soja aus den USA

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4563 4567

Anteil von gentechnisch verändertem Soja in Lebensmitteln

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6653 6658

Solarenergie

s. *Erneuerbare Energie*

Solartechnik

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solarenergie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassenutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Entwicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/134

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuer zur ausschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/542

Haushalt 2002 und 2003; Epl 01

Installation einer Photovoltaikanlage auf dem Haus der Abgeordneten/Haus des Ltg

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/651-1 S. 11
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 936-941

Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Der Beitrag der Schulen

Stellenwert der Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in den Lehrplänen und im Unterricht, Ergebnisse der Beteiligung von Schulen an Programmen zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, Vorbildcharakter der Staudinger-Gesamtschule in Freiburg und der Justus-von-Liebig-Schule im LKreis Waldshut;

Erarbeitung ergänzender Unterrichtsmodelle iR einer Arbeitsgruppe; Hinwirkung auf eine energetische Modernisierung bestehender Schulbauten unter Nutzung des Einspar-Contractings; Schaffung entsprechender Anreize bei Neubauten durch Umgestaltung der Richtlinie zur Schulbauförderung

Antr
s. *Energienutzung*
Drs 13/626

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Windkraft, Biogas und Biomasse; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/629

Ansiedlung einer Photovoltaik-Fertigung im Technologiepark Neckar-Odenwald

Unterstützung o.g. Pläne der Stadt Mosbach u.a. Gemeinden im interkommunalen Gewerbegebiet „TECH-NO“

KlAnfr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 24.01.2002 und Antw WM Drs 13/671

Blockadepolitik des Landes im Zusammenhang mit der Förderung der Photovoltaik über das Erneuerbare-Energien-Ges (EEG)

Begründung der Blockade der vom BTag beschlossenen Anhebung des im EEG festgelegten 350-Megawatt-Deckels für Photovoltaik auf 1000 Megawatt, Auswirkungen auf die Solarbranche, Vereinbarkeit mit der Förderung neuer Technologien und Exportchancen sowie mit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010, erwartete Auswirkungen der verhinderten Anhebung auf den Strompreis

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/1107

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Art, Umfang und Wirkungen der eingesetzten Fördermittel; erzielte Leistungen der einzelnen Wasserkraft-, Windkraft-, Solar- u.a. Anlagen; erreichte Fortschritte gemessen am Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1686

Fotovoltaik-Anlagen auf staatlichen Dachflächen

Verpachtung der Dachflächen landeseigener und kommunaler Gebäude zum o.g. Zweck, Höhe der damit jeweils erzielten bzw. erzielbaren Einkünfte

KlAnfr Jürgen Hofer FDP/DVP 05.02.2004 und Antw FM Drs 13/2888

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/3560

Stromerzeugung mittels Photovoltaik durch landwirtschaftliche Betriebe

Zahl und regionale Verteilung o.g. Betriebe, Umfang der erzeugten bzw. ins öffentliche Netz eingespeisten Strommenge, Zahl der auf dem Boden installierten Anlagen

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 08.10.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3643

Großflächige Photovoltaik-Anlagen im Freiland

Vergleich der o.g. Anlagen mit denen auf oder an Gebäuden unter ökonomischen und ökologischen Aspekten: Entwicklung seit 1998 nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge; Auswirkungen des novellierten EEG auf die Vergütung von Solarstrom; Notwendigkeit von Regelungen für die Genehmigung im LPlanungsGes?

Antr CDU 17.11.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3754
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 10.03.2005 Drs 13/4277 S. 22 23
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufeuerung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/4030

Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Gebäuden

Installierte Anlagen und deren Leistungsvermögen auf den Gebäudedächern der Universität Heidelberg u.a. Hochschulen, Konditionen zur Überlassung der Dachflächen an private Betreiber

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 11.02.2005 und Antw FM Drs 13/4033

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen
Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch energetische Sanierung von Altbauten, Verschärfung der Anforderungen für Alt- und Neubauten in der EnergieeinsparVO, Umstellung von Heizungen auf Holzpellets, Biogas, Solar- und Geothermie, Schulung von Architekten, Handwerkern und Bauherren

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Feststellung eines Defizits im Bereich Photovoltaik in BW
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 97 98

Forcierung des Baus von Solaranlagen, Verbesserung der Rahmenbedingungen, Förderung von Demonstrationsanlagen
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 430-433

Kritik am Rückzug aus der Förderung der Solarforschung und der privaten Installation von Solaranlagen
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 821 822

Export dezentraler Solartechnik als Beitrag zur Entwicklungshilfe; Kritik an der Kürzung der Fördermittel für solarthermische Anlagen; Förderung des Würth-Solar-Projekts
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 951 952 955-957 961

Stimulanz der Solarbranche durch das 100.000-Dächer-Programm, Kritik an der Blockade der Anhebung des im EEG festgelegten 350-Megawatt-Deckels für Photovoltaik auf 1000 Megawatt
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1828-1830 1832 1838 1870

Effizienz des 100.000-Dächer-Programms des Bundes und des Klimaschutzprogramms des Landes, Förderung der Ausstattung von Neubausiedlungen mit Solaranlagen
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3140 3142 3144 3145 3149-3151 3181 3182 3184 3186

Projektion des weltweit größten Dünnschichtphotovoltaikdachs bei der neuen Landesmesse
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3374

Nutzung der Photovoltaik durch Landwirte
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6083 6085 6123

Entwicklung der Stromeinspeisungsmengen aus Photovoltaikanlagen, Einrichtungen und Ziele zur weiteren Erforschung der Photovoltaik
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6437-6439 6444

Stromerzeugung mittels Photovoltaik durch die Landwirte
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6495

Verweisung auf das Renommee der Stadt Freiburg als Standort für die Forschung und Entwicklung der Solartechnik
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7965

Soldat

s.a. *Wehrdienst*

Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan
Planung eines Ordens oder einer anderen Auszeichnung nach den Beispielen anderer BLänder?

MdlAnfr
s. *Orden (Auszeichnung)*
Drs 13/4204

Auszeichnung deutscher Soldaten in Afghanistan
Planung eines Ordens oder einer anderen Auszeichnung nach den Beispielen anderer BLänder

MdlAnfr
s. *Orden (Auszeichnung)*
Drs 13/4316

Würdigung der Beteiligung deutscher Soldaten an Friedensmissionen in aller Welt
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Solidarpakt mit den Hochschulen

s. *Hochschule*

Sommerferien

s. *Ferien*

Sonderabfallbeseitigung

s. *Sondermüllentsorgung*

Sonderbehörde

s.a. *Denkmalbehörde*
s.a. *Flurbereinigung*
s.a. *Forstverwaltung*
s.a. *Gewerbeaufsicht*
s.a. *Landwirtschaftsbehörde*
s.a. *Naturschutzbehörde*
s.a. *Sozialbehörde*
s.a. *Straßenbauverwaltung*
s.a. *Vermessungswesen*
s.a. *Veterinärwesen*
s.a. *Wasserverwaltung*
s.a. *Wirtschaftskontrolldienst*

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuerungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 7) - Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Behördenunterbringung

Mittlg
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1748

Verwaltungsreform der LReg und die Neuausrichtung von NSI
Verzicht auf eine flächendeckende und schnelle Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung, Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, Vorlage der abgeschlossenen Verträge und Überprüfung auf die Möglichkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung des NSI-Konzepts, ggf Herbeiführung der notwendigen Änderungskündigungen

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1962

Verwaltungsreform und Effizienzrendite

Begründung des Kostenabschlags von 20 Prozent bei der vorgesehenen Eingliederung von Behörden in die Landratsämter, Entwicklung der Personalkosten der 1995 in die Landratsämter eingegliederten früheren Sonderbehörden sowie der Kostenübernahme des Landes, Veranschlagung der Personalfuktuation und des notwendigen Einstellungskorridors bei den zur Eingliederung bestimmten Behörden

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1973

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Auflistung der von Abbau, Zusammenlegung und Eingliederung betroffenen Behörden sowie des Personalstands vor/nach der Reform; Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips; erzielbare Effizienzrendite, Vergleich mit der Eingliederung von Sonderbehörden 1995; mögliche Kollisionen mit laufenden Reformvorhaben und der Stellung der Regionen; Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben und Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI

Veränderungen an der bisherigen Konzeption, Herausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden vom Funktionsumfang II mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, insbes des Polizeibereichs; Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten, Anteil des Aufwands für Werbemittel; Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Systemdienstleister über eine mögliche Vertragsveränderung oder -kündigung

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2338

Verwaltungsreform - Wie realistisch ist die von der LReg vorgegebene zwanzigprozentige Effizienzrendite?

Beurteilung der vom Gemeindetag vorgelegten Netto-Aufwand/Kostenersatz-Analyse von 17 LKreisen bezogen auf das SonderbehördeneingliederungsGes I von 1995, Festhalten an der für die aktuelle Verwaltungsreform vorgegebenen Effizienzrendite von zwanzig Prozent? Folgen einer Verfehlung bzw von Mehrkosten der Stadt- und LKreise, Ausschluss höherer Kreisumlagen?

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2531

Versendung von Fragebogen durch die Landratsämter

Abfrage personenbezogener Daten von Mitarbeitern der im Zuge der Verwaltungsreform evtl zu übernehmenden Sonderbehörden, Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte sowie der Notwendigkeit solcher Aktionen, Folgen einer Verweigerung der Angaben, Frage nach dem Kenntnisstand der LKreise über die für sie entstehenden Kosten der Verwaltungsreform

Antr
s. *Umfrage*
Drs 13/2741

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/2993

Verwaltungsreform; hier: Eingliederung der Fachbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise

Beurteilung der Neuorganisation von Kreisverwaltungen durch Landräte ohne Einbeziehung der Kreistage und Fachausschüsse in Vorwegnahme einer Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform

KIAnfr
s. *Kreis (Gebietskörperschaft)*
Drs 13/3069

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungs-Ges, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der weiteren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3388

Erinnerung an die Abschaffung bzw Eingliederung von Sonderbehörden in die LKreise, Fortführung der Neuordnung bei den unteren Sonderbehörden

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2375-2378 2380 2381

Erwartung von Personaleinsparungen mit der vorgesehenen Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter und RegPräs

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2716 2717 2721-2725 2727-2729 2732 2735 2739

Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter 1995 sowie iRd vorgesehenen Verwaltungsreform, Beurteilung von Alternativvorschlägen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898-2902 2906-2911 2914-2924 2928-2933 2938 2939

Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter und RegPräs, Rückschnitt der ausgewucherten Sonderbehördenlandschaft

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3342-3345

Eingliederung von 350 Sonderbehörden in die Landratsämter und RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605 3606 3620 3627 3628 3632

Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter und RegPräs, Rückschnitt der ausgewucherten Sonderbehördenlandschaft

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013 4035

Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter und RegPräs, Rückschnitt der ausgewucherten Sonderbehördenlandschaft

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4895-4943

Eingliederung von Sonderbehörden in die Landratsämter und RegPräs, Rückschnitt der ausgewucherten Sonderbehördenlandschaft

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4990-5039

Sonderberufsfachschule

s. *Berufsbildende Schule*

Sondermülldeponie

s. *Sondermüllentsorgung*

Sondermüllentsorgung

Sondermülldeponie Billigheim

Emission von Schadstoffen durch Verwehungen und Verdunstung bzw durch Schäden am Drainagesystem? Ausfilterung von Nickel- und Zinkkonzentrationen in der kommunalen Kläranlage? Zeitrahmen zur Behebung festgestellter Schäden

KIAnfr Gerd Teßmer SPD 13.11.2001 und Antw UVM Drs 13/442

Zukunft der Landesanteile an der SWS AG

Höhe der Ausschüttungen seit 1993, Perspektiven für die wirtschaftliche Tätigkeit der Salzbergwerke in Bad Friedrichshall als Salzwerke sowie als Sondermülldeponie, Einschätzung des Zeitpunkts für einen Verkauf der Anteile

Antr
s. *Bergwerk*
Drs 13/1810

Sonderpädagogik

s.a. *Heilpädagogie*

Personelle Ausstattung und Umfang der Arbeit der Sonderpädagogischen Frühberatungsstellen

Entwicklung des Umfangs und Vergabekriterien der Deputatsstunden seit 1996, Erhöhung der Deputate aufgrund der Bedeutung der pädagogischen Prävention bzw der veränderten Anforderungen

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 28.03.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/892
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.07.2002 Drs 13/1232 S. 70 71
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Sonderschulbereich

Entwicklung der Unterrichtsversorgung, der Schüler- und Lehrerzahlen differenziert nach wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern seit 1997; Anteil der Deputate für sonderpädagogische Dienste und Kooperation im Bereich Frühförderung; Umfang der Bedarfsdeckung durch abgeordnete Lehrkräfte aus Grund- und Hauptschulen; Entwicklung der Bewerbungen und Einstellungen von Sonderschullehrern sowie der Abwanderungen in andere BLänder und Privatschulen

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1145

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Finanzierung und Einbeziehung von sonderpädagogischem Fachpersonal, Problematik der Gewährung von Eingliederungshilfe durch die örtlichen Kostenträger

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Schule für Erziehungshilfe

Entwicklung der Zahl von Schülern und Sonderschullehrern an den o.g. Schulen, Anteil von Schülern aus dem psychiatrischen Bereich, Bedarf an sonderpädagogischer Förderung; Weitergabe der Verantwortung von den Jugendämtern, insbes nach Zusammenlegung von Schulverwaltung und Jugendhilfe im Zuge der Verwaltungsreform; Umfang der Kooperation mit allgemeinen Schulen und dem Berufsvorbereitungsjahr, Begleitung der Absolventen während der Berufsausbildung; Stand der Verhandlungen über die Finanzierung von privaten Schulen für Erziehungs-

hilfe

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/2621

Neue Ansätze der Sonderpädagogik in BW

Entwicklung der Rahmenbedingungen und Strukturen der sonderpädagogischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an allgemeinen und Sonderschulen, Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte, in der beruflichen Eingliederung, der Frühförderung u.a.; Anteil von Schülern mit schweren Mehrfachbehinderungen; personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen, Lehreraus- und -fortbildung; Abmilderung der Folgen des Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der beruflichen Bildung von Behinderten

Antr CDU 19.01.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2818 (22 S.)
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6518-6526

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonderschultypen und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Einzelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlasses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3964

Schulbesuch von Flüchtlingskindern in BW

Zahlen über den Schulbesuch der berechtigten Kinder von Asylbewerbern; Frage nach Fällen der Abweisung, des Fernbleibens sowie des Schulausschlusses und den dafür relevanten Kriterien; Übernahme der Kosten für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, für eine sonderpädagogische Betreuung in Sondereinrichtungen sowie für die intensive schulische Betreuung von (schwerst-)behinderten Kindern?

KlAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/4445

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern -Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4970

Qualität der Sonderschulpädagogik in BW, Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Forschung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2814 2834

Erkennung und besondere Behandlung von Kindern mit psychischen oder körperlichen Defiziten im Kindergarten

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5423

Qualität der Sonderschulpädagogik in BW

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5532 5533

Qualität der Sonderschulpädagogik in BW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6960 6964 6966

Sonderpädagogische Frühberatung

s. *Sonderpädagogik*

Sonderrabatt

s. *Preisnachlass*

Sonderschule

s.a. *Sonderschullehrer*
s.a. *Sonderunterricht*

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Ausländeranteil an den verschiedenen Sonderschultypen, Art und Umfang der sprachlichen Förderung, Wunsch von ausländischen Eltern behinderter Kinder für eine Beschulung an Regelschulen

GrAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/124

Musikland BW

Erfahrungen mit dem Musikunterricht an Sonder- und Förderschulen

GrAnfr
s. *Musik*
Drs 13/434

Unterstützungskonzepte für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf

Ausbau von Integrativen Schulentwicklungsprojekten, von Stütz- und Förderunterricht und Außenklassen; gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung; Gewährung entsprechender Sachkostenzuschüsse iRd ISEP; Einführung einer behindertenpädagogischen Grundorientierung in der ersten Phase der Lehrerbildung, engere Verzahnung einer Pädagogik der Vielfalt in der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. *Schüler*
Drs 13/503

Fremdsprachenunterricht an Förderschulen

Vorbereitung der Lehrkräfte und Lehrpläne sowie Auswirkungen der Einführung von Englisch bzw. Französisch an Förderschulen, Einschätzung der beruflichen Werdegänge von Absolventen der Förderschulen, insbes im deutsch-französischen Grenzgebiet

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/574

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Sonderschulbereich

Entwicklung der Unterrichtsversorgung, der Schüler- und Lehrerzahlen differenziert nach wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern seit 1997; Anteil der Deputate für sonderpädagogische Dienste und Kooperation im Bereich Frühförderung; Umfang der Bedarfsdeckung durch abgeordnete Lehrkräfte aus Grund- und Hauptschulen; Entwicklung der Bewerbungen und Einstellungen von Sonderschullehrern sowie der Abwanderungen in andere BLänder und Privatschulen

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1145

Einstellung von Sonderschullehrkräften zum Schuljahr 2002/2003

Verzicht auf die weitere Abordnung von Lehrkräften aus Grund- und Hauptschulen, Bedarfsdeckung durch Einstellung ausgebildeter Sonderschullehrer und qualifizierter Fachlehrer, Finanzierung über Sondermittel für die Grundversorgung

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1147

Unterrichtsversorgung im LKkreis Ludwigsburg

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1149

Unterrichtsversorgung im LKkreis Ortenaukreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Förderschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1321

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKkreis Böblingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Wochenstunden je Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen, Sonder- und Förderschulen, beruflichen Schulen und Gymnasien in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Situation der Schulen in Herrenberg und Leonberg; zusätzliche Lehrermangel für die G 8-Züge in Leonberg; Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1326

Planstellenbedarf für Fachlehrer/Technische Lehrer für Geistig-behinderte, Körperbehinderte und Kombinierte Schulen

Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen sowie der vorhandenen bzw benötigten Sonderschullehrer für die o.g. Sonderschultypen, Überbrückung des Fehlbedarfs

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1350

Zukunft der Schulen für Erziehungshilfe

Zahl und Kostenträgerschaft o.g. Schulen an den Jugendhilfeeinrichtungen des Landes, Gründe und Folgen des Ausstiegs der kommunalen Spitzenverbände aus der Finanzierung, Bestandsicherung durch Deckung der entstehenden Finanzierungslücke ab 2003

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 25.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1435
BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 37 38
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Unterrichtssituation im Schulumtsbereich Nürtingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1562

Unterrichtsversorgung im Bezirk des Staatlichen Schulamts Göppingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Widerruf der Altersermäßigung und dadurch bedingte Entlassungen von Lehrern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1729

Unterrichtssituation im Schulamtsbezirk Sindelfingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Sonder- und Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; verfügbare Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder, LIPSA u.a. Maßnahmen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1784

Streichung des Programms „Geld statt Stellen“; Sicherung der Unterrichtsversorgung an Sonderschulen und Beruflichen Schulen nach der Streichung des Programms

Kompensation der o.g. Einsparung; Zahl und Arbeitsverhältnis der bisher iRd Programms beschäftigten Lehrkräfte, Reduzierung des Einstellungsvolumens 2003 durch Übernahme dieser Lehrkräfte auf freie Stellen? Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung qualifizierter Berufs- und Sonderschullehrer in andere BLänder

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1841

Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung

Gründe und Auswirkungen der Pläne des MinPräs, Gegenüberstellung eigener Pläne des KM, Art der Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise bzw Wahrnehmung der Befugnisse durch den Landrat und Kreistag, Relevanz der jeweiligen Finanzlage für die finanzielle und personelle Ausstattung der geplanten Schulabteilungen; erwartete Auswirkungen auf die Verwaltung der Berufsschulen, Real- und Sonderschulen sowie auf die Seminare für Lehrerbildung; Beurteilung der zweigegliederten regionalen Schulverwaltung in Hessen

Antr
s. *Schulbehörde*
Drs 13/2121

Angebote an beruflichen Schulen im Schuljahr 2003/2004 angesichts des Lehrstellenmangels

Voraussichtliche Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss, von lernbehinderten und benachteiligten Jugendlichen ohne Lehrstelle; entsprechende Ausweitung des Angebots an beruflichen Vollzeitschulen und des BVJ bzw der Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte; Aufhebung der Deckelung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs; Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze; Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse für lernschwächere Auszubildende

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2146

Ges zur Änd des SchulGes

Zusammenfassung der beiden Schultypen für Hörgeschädigte zu einem einheitlichen Schultyp

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2160

Bewerberüberhang an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs

Fortführung der Verhandlungen mit der IHK und dem Handwerk zur Gewinnung zusätzlicher Ausbildungsplätze für lernbehinderte und benachteiligte Jugendliche, Hinwirkung auf modulare Berufsabschlüsse; Einrichtung weiterer BVJ-Klassen bzw von Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule; Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie Qualifikation der Lehrkräfte

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2179

Schulentwicklung von Förderschulen zu Ganztagschulen

Gestellte, abgelehnte und genehmigte Anträge; Gleichstellung der Förderschulen mit schwierigen pädagogischen Aufgaben mit der Weiterentwicklung von Hauptschulen zu Ganztagschulen

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2249

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts als Konsequenz aus den elfjährigen Erfahrungen, Stärkung der Elternrechte und zieldifferente Integration durch eine entsprechende Änderung des SchulGes

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Schule für Erziehungshilfe

Entwicklung der Zahl von Schülern und Sonderschullehrern an den o.g. Schulen, Anteil von Schülern aus dem psychiatrischen Bereich, Bedarf an sonderpädagogischer Förderung; Weitergabe der Verantwortung von den Jugendämtern, insbes nach Zusammenlegung von Schulverwaltung und Jugendhilfe im Zuge der Verwaltungsreform; Umfang der Kooperation mit allgemeinen Schulen und dem Berufsvorbereitungsjahr, Begleitung der Absolventen während der Berufsausbildung; Stand der Verhandlungen über die Finanzierung von privaten Schulen für Erziehungshilfe

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 17.11.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2621
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 32-34
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Neue Ansätze der Sonderpädagogik in BW

Entwicklung der Rahmenbedingungen und Strukturen der sonderpädagogischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an allgemeinen und Sonderschulen, Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte, in der beruflichen Eingliederung, der Frühförderung u.a.; Anteil von Schülern mit schweren Mehrfachbehinderungen; personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen, Lehreraus- und -fortbildung; Abmilderung der Folgen des Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der beruflichen Bildung von Behinderten

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 13/2818

Einrichtung von Ganztagschulen in BW im Jahr 2004: Bestandsaufnahme über die Anzahl der Anträge auf Bundesmittel und den Stand des Ausbaus von Ganztagschulen in BW

Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Zahl der eingerichteten Ganztagschulen und -plätze

an Hauptschulen, Privatschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen; Bezuschussung der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabensstellung

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/3034

Neuer Organisationserlass „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2004/2005“; hier: Lehrerversorgung für Sonderschulen

Gründe und Auswirkungen der o.g. Änderung bei den einzelnen Sonder- und Förderschulen, Bewirkung einer Umverteilung der zu geringen Anzahl an Förderstunden? Beibehaltung der Regelung zur Lehrerversorgung auf der Basis von Schüler- und Klassenzahl sowie bestehender Schulsituation, Behebung der Personalmängel zur Bewältigung künftiger Aufgaben wie Kooperations-, Außenklassen und integrative Schulentwicklungsprojekte

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3105

Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an Förderschulen

Verringerung der Lehrerruhestellen an die einzelnen Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass; Darlegung der jeweiligen Unterrichtssituation und Lehrerausstattung sowie der Zahlen von Spätaussiedlerkindern bzw ausländischen Kindern

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 01.09.2004 und Stellungnahme
KM Drs 13/3527
BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.12.2004 Drs 13/3991 S.
6 7
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an baden-württembergischen Sonderschulen

Anteil und Nationalitäten der o.g. Schüler im Vergleich zu anderen BLändern; Unterschiede im Bildungsweg von Schülern aus eingebürgerten und ausländischen Familien; Maßnahmen zur Beseitigung des im zweiten Familienbericht für BW dokumentierten Bildungsrückstands von Kindern mit Migrationshintergrund

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/3798

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonderschultypen und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Einzelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlasses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/3964

Schul- und Lebenssituation schwer integrierbarer Jugendlicher
Modelle von Jugendhilfeeinrichtungen zur stützenden Begleitung o.g. Jugendlicher in einer Pflege- bzw Gastfamilie, Frage nach integrierten Schulen für Erziehungshilfe an Regelschulen

und deren Ausstattung mit entsprechenden Lehrkräften und Deputaten, Ausgestaltung der Praxis zur Überprüfung der Aufhebung einer E-Schulbedürftigkeit

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4113

Der Schulbesuch von körper- und geistigbehinderten Kindern in der Region Pforzheim/Enzkreis

Unterstützung einer Erweiterung des entsprechenden Schulangebots um eine Oberstufe und Werkstufe in Pforzheim

KIAnfr Thomas Knapp SPD 17.03.2005 und Antw KM Drs
13/4169

Kooperationsklassen Hauptschule-BVJ

Bewertung der o.g. Förderung von schwächeren Schülern ab Klasse 5 der Hauptschule, Entwicklung der Schülerzahlen seit 2000, Einbeziehung von außerschulischen Partnern, Frage nach Aussagen über den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang der Schüler; Einrichtung weiterer Kooperationsklassen BVJ-Förderschule/Hauptschule

Antr
s. *Berufsvorbereitung*
Drs 13/4188

Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreiss Neckar-Odenwald

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Förderschulen, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr; Ermöglichung von Förderstunden an den Grundschulen durch Klassenteilungen

KIAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4337

Schulbesuch von Flüchtlingskindern in BW

Zahlen über den Schulbesuch der berechtigten Kinder von Asylbewerbern; Frage nach Fällen der Abweisung, des Fernbleibens sowie des Schulausschlusses und den dafür relevanten Kriterien; Übernahme der Kosten für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, für eine sonderpädagogische Betreuung in Sondereinrichtungen sowie für die intensive schulische Betreuung von (schwerst-)behinderten Kindern?

KIAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/4445

Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung (Krankenhauschulen)

Differenzierung der o.g. Schüler und Schulen nach den verschiedenen Unterrichtsformen und Bildungsgängen bzw der Höhe der jeweiligen Sachkostenzuschüsse, Umsetzung der Vorgaben der einzelnen Bildungspläne, Art der Verwendung der gewährten Zuschüsse durch die Schulträger

KIAnfr
s. *Sonderunterricht*
Drs 13/4525

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für

den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4800

Unterrichtsversorgung an Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass

Versorgung mit Stunden aus der Direktzuweisung und dem Differenzierungskontingent nach dem neuen Organisationserlass, Frage nach einer einheitlichen Anwendung des Erlasses für die einzelnen LKreise

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 10.11.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4818
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 74-76
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Unterrichtsausfall an Mannheimer Schulen

Unterrichtsausfall nach Fächern, Klassenstufen und Schularten, insbes an Gymnasien, Realschulen, Sonderschulen, Grund- und Hauptschulen; Situation im Ergänzungsbereich und bei den Stütz- und Förderkursen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen? Umfang und Ergebnisse der Beteiligung an der Stichprobe

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4912

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern -Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4970

Unterrichtsausfall im Sonderschulbereich, Abordnung von Grund- und Hauptschullehrern, Qualität der Sonderschulpädagogik in BW, Schaffung zusätzlicher Stellen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 230-232 234

Verweisung auf Sonderschulen mit Ganztagsbetrieb

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1769 1771

Qualität der Sonderschulpädagogik in BW, Ermöglichung einer Beschulung der Mehrheit von Kindern mit Behinderungen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2814

Anteil von ausländischen Kindern an den Förderschulen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4965

Qualität der Sonderschulpädagogik in BW

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5532 5533

Kritik an der Hinzurechnung der Sonderschulen zu den Ganztagschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6298 6306

Sonderschullehrer

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, insbes Sprachförderung; Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Bereitstellung von Schulsozialarbeit für Grundschulen unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/636

Unterrichtsversorgung und Stellensituation im Sonderschulbereich

Entwicklung der Unterrichtsversorgung, der Schüler- und Lehrerzahlen differenziert nach wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern seit 1997; Anteil der Deputate für sonderpädagogische Dienste und Kooperation im Bereich Frühförderung; Umfang der Bedarfsdeckung durch abgeordnete Lehrkräfte aus Grund- und Hauptschulen; Entwicklung der Bewerbungen und Einstellungen von Sonderschullehrern sowie der Abwanderungen in andere BLänder und Privatschulen

Antr GRÜNE 08.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1145
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1948-1963
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 18-20
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Einstellung von Sonderschullehrkräften zum Schuljahr 2002/2003

Verzicht auf die weitere Abordnung von Lehrkräften aus Grund- und Hauptschulen, Bedarfsdeckung durch Einstellung ausgebildeter Sonderschullehrer und qualifizierter Fachlehrer, Finanzierung über Sondermittel für die Grundversorgung

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 08.07.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1147
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 23.10.2002 Drs 13/1637 S. 26-29
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Planstellenbedarf für Fachlehrer/Technische Lehrer für Geistig-behinderte, Körperbehinderte und Kombinierte Schulen

Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen sowie der vorhandenen bzw benötigten Sonderschullehrer für die o.g. Sonderschultypen, Überbrückung des Fehlbedarfs

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 26.09.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1350
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 05.02.2003 Drs 13/1855 S. 21 22
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Streichung des Programms „Geld statt Stellen“; Sicherung der Unterrichtsversorgung an Sonderschulen und Beruflichen Schulen nach der Streichung des Programms

Kompensation der o.g. Einsparung; Zahl und Arbeitsverhältnis der bisher iRd Programms beschäftigten Lehrkräfte, Reduzierung des Einstellungsvolumens 2003 durch Übernahme dieser Lehrkräfte auf freie Stellen? Maßnahmen zur Verhinderung der Abwanderung qualifizierter Berufs- und Sonderschullehrer in andere BLänder

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1841

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern in BW

Zwischenbilanz der Einrichtung bzw Ablehnung von Außenklassen der Sonderschulen und Integrativen Schulentwicklungsprojekten an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Einzelintegration von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Kooperation von Regel- und Sonderschulen, Darlegung der Rahmenbedingungen und Verteilung der eingesetzten Ressourcen, Finanzierung und Einbeziehung von sonderpädagogischem Fachpersonal, Problematik der Gewährung von Eingliederungshilfe durch die örtlichen Kostenträger

GrAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2471

Schule für Erziehungshilfe

Entwicklung der Zahl von Schülern und Sonderschullehrern an den o.g. Schulen, Anteil von Schülern aus dem psychiatrischen Bereich, Bedarf an sonderpädagogischer Förderung; Weitergabe der Verantwortung von den Jugendämtern, insbes nach Zusammenlegung von Schulverwaltung und Jugendhilfe im Zuge der Verwaltungsreform; Umfang der Kooperation mit allgemeinen Schulen und dem Berufsvorbereitungsjahr, Begleitung der Absolventen während der Berufsausbildung; Stand der Verhandlungen über die Finanzierung von privaten Schulen für Erziehungshilfe

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/2621

Neue Ansätze der Sonderpädagogik in BW

Entwicklung der Rahmenbedingungen und Strukturen der sonderpädagogischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an allgemeinen und Sonderschulen, Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte, in der beruflichen Eingliederung, der Frühförderung u.a.; Anteil von Schülern mit schweren Mehrfachbehinderungen; personelle und sachliche Ausstattung der Einrichtungen, Lehreraus- und -fortbildung; Abmilderung der Folgen des Rückzugs der Arbeitsverwaltung aus der beruflichen Bildung von Behinderten

Antr
s. *Sonderpädagogik*
Drs 13/2818

Neuer Organisationserlass „Eigenständigkeit der Schulen und Unterrichtsorganisation im Schuljahr 2004/2005“; hier: Lehrerversorgung für Sonderschulen

Gründe und Auswirkungen der o.g. Änderung bei den einzelnen Sonder- und Förderschulen, Bewirkung einer Umverteilung der zu geringen Anzahl an Förderstunden? Beibehaltung der Regelung zur Lehrerversorgung auf der Basis von Schüler- und Klas-

senzahl sowie bestehender Schulsituation, Behebung der Personalmängel zur Bewältigung künftiger Aufgaben wie Kooperationen, Außenklassen und integrative Schulentwicklungsprojekte

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 06.04.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3105
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 12.05.2004 Drs 13/3282 S. 7-9
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

FörderlehrerInnen an Grundschulen; erster Schritt zum Aufbau eines Unterstützungssystems an den allgemeinen Schulen

Einrichtung eines Unterstützungssystems für schwächere, lernbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder an der Grundschule; Bündelung von Stütz- und Förderstunden, Einstellung zusätzlicher Sonderschullehrkräfte und Fachlehrer

Antr
s. *Förderunterricht*
Drs 13/3229

Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an Förderschulen

Verringerung der Lehrerzuweisung an die einzelnen Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass; Darlegung der jeweiligen Unterrichtssituation und Lehrerausstattung sowie der Zahlen von Spätaussiedlerkindern bzw ausländischen Kindern

Antr
s. *Sonderschule*
Drs 13/3527

Unterrichtsversorgung und Stellsituation im Bereich der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern

Entwicklung der Unterrichtsversorgung und Schülerzahlen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den einzelnen Sonderschultypen und allgemeinen Schulen, verfügbare Deputate und Stunden von wissenschaftlichen Lehrkräften und Fachlehrern in den Bereichen Frühförderung, Außenklassen, ISEP oder Einzelintegration; Umsetzung der Vorgaben des Organisationserlasses? Zahl der jeweiligen Bewerbungen und (Neu-)Einstellungen sowie von Studierenden der einzelnen Fachrichtungen an den Hochschulen und Fachseminaren

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 21.01.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/3964 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 06.04.2005 Drs 13/4277 S. 10-12
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Schul- und Lebenssituation schwer integrierbarer Jugendlicher

Modelle von Jugendhilfeeinrichtungen zur stützenden Begleitung o.g. Jugendlicher in einer Pflege- bzw Gastfamilie, Frage nach integrierten Schulen für Erziehungshilfe an Regelschulen und deren Ausstattung mit entsprechenden Lehrkräften und Deputaten, Ausgestaltung der Praxis zur Überprüfung der Aufhebung einer E-Schulbedürftigkeit

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/4113

Unterrichtsversorgung an Förderschulen nach dem neuen Organisationserlass

Versorgung mit Stunden aus der Direktzuweisung und dem Differenzierungskontingent nach dem neuen Organisationserlass, Frage nach einer einheitlichen Anwendung des Erlasses für die einzelnen LKreise

Antr
s. *Sonderschule*

Drs 13/4818

Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern - Integrative Schulentwicklungsprojekte (ISEP) als reguläres Schulprofil anerkennen-

Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an den verschiedenen allgemein bildenden Schularten, Zahl der eingerichteten Außenklassen von Sonderschulen sowie Integrativen Schulentwicklungsprojekte, Ergebnisse und Konsequenzen der wissenschaftlich begleiteten Evaluation der ISEP; Anerkennung der beteiligten Schulen als Profilschulen und damit des Anspruchs auf zusätzliche sonderpädagogische Fachlehrkräfte; Information der Eltern bereits im Kindergarten, Berücksichtigung der Wünsche nach integrativer Beschulung; Verbesserung der personellen Ressourcen vor allem an den Gymnasien und Realschulen

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4970

Unterrichtsausfall im Sonderschulbereich, Abordnung von Grund- und Hauptschullehrern, Qualität der Sonderschulpädagogik in BW, Schaffung zusätzlicher Stellen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 227 230-232 234

Vorbildcharakter der Ausbildung von Sonderschullehrern in BW
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1007

Sonderunterricht

Beschulung von Kindern in Suchttherapie-Einrichtungen

Beurteilung des Angebots einer regulären Beschulung während einer Therapie der Eltern

KlAnfr Dr. Carmina Brenner CDU 26.08.2002 und Antw
KM Drs 13/1277

Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung (Krankenhausschulen)

Differenzierung der o.g. Schüler und Schulen nach den verschiedenen Unterrichtsformen und Bildungsgängen bzw der Höhe der jeweiligen Sachkostenzuschüsse, Umsetzung der Vorgaben der einzelnen Bildungspläne, Art der Verwendung der gewährten Zuschüsse durch die Schulträger

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 18.07.2005 und Antw KM
Drs 13/4525

Sonderurlaub

Sonderurlaub für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter

Freistellung von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit; Einrichtung eines Fonds zur Finanzierung von Verdienstaussfällen an Arbeitgeber; Änd des Ges über die Erteilung von Sonderurlaub an Mitarbeiter in der Jugendpflege und Jugendwohlfahrt, Senkung der Altersgrenze von 18 auf 16 Jahre

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 25.04.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/962
BeschlEmpf und Bericht SchulA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 30 31
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Freistellungsregelung und Kostenerstattung für die Einsatzkräfte des Einsatzes nach dem Flugzeugabsturz am Bodensee

Begründung des Verzichts auf Auslösung von Katastrophenalarm; Gewährleistung der o.g. Regelungen und Regulierungen für künftige Fälle; Hinwirkung auf unbürokratische Erstattung der noch offenen Einsatzkosten

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 06.11.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1464
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 20 21
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Festschreibung von hauptamtlichen kommunalen Frauenbeauftragten in der Gemeinde- und LKkreisordnung; Verbesserung der Freistellungsregelungen für die Frauenvertreterinnen

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1493

Konsequenzen aus den Ehrenamtskonferenzen der Stadt- und Kreisjugendringe

Themen und Ergebnisse o.g. Veranstaltungen zur Aufwertung des Ehrenamts und des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen; Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens zur Absenkung der Altersgrenze für Sonderurlaub von Jugendgruppenleitern auf 16 Jahre

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/3053

Auswirkungen des Freistellungsjahres, des so genannten Sabbatjahres

Inanspruchnahme des Freistellungsjahres durch Lehrer seit 1998, Umfang der daraus erfolgten Stellenbrüche bzw der Verwendung zur Einstellung von Junglehrern

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 29.04.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3155

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern für das Weißenhof-Tennisturnier in Stuttgart

Einsatz von Schülern für Hilfsdienste beim o.g. Turnier u.a. Großveranstaltungen: Zahl und Auswahlkriterien der eingesetzten Schüler, Art und Vergütung der Hilfsdienste, Begründung der Freistellungen, Nachholung des versäumten Unterrichts

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 13/3432

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Erfahrungen in anderen BLändern mit einem gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf „Bildungsurlaub“

GrAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4285

Freistellung durch Arbeitgeber für die ehrenamtliche Wahrnehmung eines Gemeinderatsmandats

Nachweispflichten von Gemeinderäten über ihre ehrenamtliche Tätigkeit gegenüber dem Arbeitgeber, Vereinbarkeit von Einzelnachweisen über mandatsbedingte Verpflichtungen und deren Zustimmung- oder Ablehnungsfähigkeit durch den Arbeitgeber

mit dem Wahlmandat eines Gemeinderats, Verpflichtung der Arbeitnehmer zur Nacharbeit von mandatsbedingten Fehlzeiten?

KlAnfr
s. *Gemeinderat*
Drs 13/4577

Senkung der Altersgrenze beim Sonderurlaub für Jugendgruppenleiter

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5520

Konkretisierung der Freistellungsregelung für die Beauftragten für Chancengleichheit

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6937

Sonderzahlung

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Sonderzuwendung

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Sonn- und Feiertage

s.a. *Gedenktag*
s.a. *Sonntagsarbeit*
s.a. *Weekenende*

Mittelstandsfreundliche Verwaltungsgebühren für Ausnahmen nach dem ArbeitszeitGes

Herabsetzung und Flexibilisierung der Gebührenregelung zur Erteilung von Ausnahmen für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen für Unternehmen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern

MdlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/1778

Verbot des Betriebs automatischer Waschanlagen an Tankstellen an Sonntagen / Öffnung von Videotheken an Sonntagen

Befürwortung einer Aufhebung des o.g. Verbots bzw einer entsprechenden Änderung des Sonn- und FeiertagsGes?

KlAnfr Werner Pfisterer CDU 31.08.2004 und Antw IM Drs 13/3524

Schulbesuchsverordnung

Aufnahme der Mitglieder bisher nicht aufgeführter Religionsgemeinschaften bzw deren Feiertage in die Anlage zu § 4 Abs 2 Nr. 1 und 2 der o.g. VO, Ersetzung von verwirrenden Formulierungen, Anerkennung einer mündlichen Erklärung der Erziehungsberechtigten zur konfessionellen Zugehörigkeit von Muslimen u.a. Glaubensmitgliedern ohne Kirchenbehörden

KlAnfr
s. *Schulpflicht*
Drs 13/3556

Bewahrung der Feiertage

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5153 5154 5160

Bewertung der Forderung nach Abschaffung von Feiertagen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5193 5201-5204

Sonn- und Feiertagsgesetz

s. *Sonn- und Feiertage*

Sonnenenergie

s. *Erneuerbare Energie*

Sonntagsarbeit

s.a. *Bereitschaftsdienst*

Mittelstandsfreundliche Verwaltungsgebühren für Ausnahmen nach dem ArbeitszeitGes

Herabsetzung und Flexibilisierung der Gebührenregelung zur Erteilung von Ausnahmen für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen für Unternehmen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern

MdlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/1778

Verbot des Betriebs automatischer Waschanlagen an Tankstellen an Sonntagen / Öffnung von Videotheken an Sonntagen

Befürwortung einer Aufhebung des o.g. Verbots bzw einer entsprechenden Änderung des Sonn- und FeiertagsGes?

KlAnfr
s. *Sonn- und Feiertage*
Drs 13/3524

Streichung der Steuerbefreiung von Zuschlägen für Nacht- und Sonntagsarbeit

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4151 4174

Erhaltung der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntagsarbeit

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4514

Erhaltung der Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntagsarbeit

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966

Sozialamt

s. *Sozialbehörde*

Sozialarbeit

s.a. *Gesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug*

s.a. *Sozialer Hilfsdienst*

s.a. *Sozialkompetenz*

s.a. *Wohlfahrtspflege*

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Ausbau von Schulsozialarbeit an Hauptschulen und beruflichen Schulen

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/168

Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit an Schulen

Auflistung der Schulen mit Schulsozialarbeit nach den gemeinsamen Richtlinien des KM und SM, weitere gestellte und abgelehnte Anträge, Vergleich mit dem Projekt „Jugendberufshelfer“ und der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen, Grundlagen der Finanzierungsverhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, Teilfinanzierung durch die Arbeitsverwaltung u.a. Modelle, Definition bzw Bevorzugung von Brennpunktschulen, Einschätzung des weiteren Bedarfs, Erfahrungen mit ABM-Stellen

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 07.11.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/421
 BeschlEmpf und Bericht SchuLA 20.03.2002 Drs 13/955 S. 7-9
 PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Integration von Migranten in BW

Maßnahmen zur Erlangung von Schulabschlüssen und Ausbau der kooperativen Berufsschule, flächendeckender Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen

Antr
 s. *Ausländer*
 Drs 13/432

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, insbes Sprachförderung; Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Bereitstellung von Schulsozialarbeit für Grundschulen unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen

Antr
 s. *Grundschule*
 Drs 13/636

Programm „Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten“

Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Trägern, Ersetzung der ausfallenden Betreuungspersonen bei Jugendfarmen, mobiler Jugendarbeit, Aktivspielplätzen etc, insbes vor Beginn der Sommerferien; Klärung der Zuständigkeit für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Antr
 s. *Arbeitsförderung*
 Drs 13/949

Sonderprogramm Jugend-Arbeit-Zukunft; Freiwillige Gemeinschaftsarbeiten

Ergebnisse des o.g. Programms für Jugendliche mit Problemen beim Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Auswirkungen der Mittelstreichung bei den betroffenen Initiativen und Organisationen

Antr
 s. *Arbeitsförderung*
 Drs 13/963

Gewaltprävention an baden-württembergischen Schulen

Entwicklung der Gewalt an Schulen differenziert nach Schularten und Klassenstufen in Ballungsgebieten und im ländlichen Raum, Einflüsse von Gewalt in den Medien, Bewertung von Projekten wie „Netzwerk gegen Gewalt“, „Faustlos“, Streitschlichtung, Jugendsozialarbeit u.a.; Auswirkungen von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, der Aus- und Fortbildung von Lehrern, von privaten Initiativen sowie der Zusammenarbeit mit Eltern

Antr
 s. *Gewaltanwendung*
 Drs 13/987

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermögli-

chung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr
 s. *Gewaltanwendung*
 Drs 13/1047

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb
 Angebot von Ganztagschulen und Horten sowie Angebot und Finanzierung von Schulsozialarbeit

GrAnfr
 s. *Hauptschule*
 Drs 13/1139

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Rücknahme der Mittelkürzung für die Jugendsozialarbeit an Schulen

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 23 S. 76 77
 ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 70 S. 133
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 13.03.2003 Drs 13/1873-N 95 S. 169
 ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-16 S. 29
 ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-35 S. 55
 PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Offenburger Modell

Beurteilung des o.g. Modells zur betrieblichen Ausbildung von schwächeren Jugendlichen, Zahl der Abschlüsse als Fachwerker und Geselle sowie von vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen, Vergleich mit anderen Modellen; Förderung der Übergänge in die duale Ausbildung durch flächendeckende Schulsozialarbeit an den Hauptschulen

Antr
 s. *Ausbildungsförderung*
 Drs 13/2141

Zukunft der Jugendsozialarbeit an Schulen

Bisher gestellte, bewilligte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern auf Einrichtung und finanzielle Unterstützung von Schulsozialarbeit; künftige Chancen solcher Anträge; Anwendung einer Kürzung der Zuschüsse

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 05.08.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2337 (13 S.)
 BeschlEmpf und Bericht SchuLA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 37 38
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Rolle der Krankenhaussozialarbeit

Vorhandene Krankenhaussozialdienste, Berücksichtigung bei der Kalkulation der neuen Fallpauschalen? Bedeutung für die Patientensteuerung bei der integrierten Versorgung und teilstationären Behandlung, Gewährleistung einer fach- und zeitgerechten Organisation der Nachversorgung

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 17.09.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2415
 BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 27
 PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Sachstand und Perspektiven für einen umfangreichen Ausbau der Kooperation von Jugendhilfe und Schule

Beurteilung der Vorschläge des Bundesjugendkuratoriums und des Landesjugendrings; Ausstattung der Schulämter mit Kooperationsbeauftragten vor und nach der Verwaltungsreform; An-

strebung von Rahmenvereinbarungen mit landesweit operierenden Trägern außerschulischer Jugendarbeit und Jugendbildung; Förderung der Schulsozialarbeit sowie der Eltern- und Familienbildung; Evaluation der Konzepte beim Ausbau der Ganztagschulen mithilfe des Investitionsprogramms der BReg; Verankerung einer Kooperationsverpflichtung der Schule mit der Jugendhilfe im SchulGes

Antr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 13/2695

So genannte „Brennpunkt-Hauptschulen“

Zahl der mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden als Ganztagschulen geführten „Hauptschulen in sozialen Brennpunkten“; Anteil und Finanzierung von Schulsozialarbeit

Antr

s. *Hauptschule*

Drs 13/2762

Haushalt 2004; Epl 09

Fortführung der Förderung von Jugendsozialarbeit an Schulen

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-7 S. 42 43

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Einrichtung von Ganztagschulen in BW im Jahr 2004: Bestandsaufnahme über die Anzahl der Anträge auf Bundesmittel und den Stand des Ausbaus von Ganztagschulen in BW

Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Zahl der eingerichteten Ganztagschulen und -plätze an Hauptschulen, Privatschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen; Bezuschussung der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen mit besonderer sozialer und pädagogischer Aufgabenstellung

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/3034

Privatisierung kommunaler Sozialaufgaben

Beispiele und Erfahrungen o.g. Privatisierungen unter Subsidiaritätsgesichtspunkten, Auswirkungen auf die Kontinuität und Qualität der geleisteten Arbeit, Erzielung von Einsparungen?

Antr

s. *Privatisierung*

Drs 13/3568

Verlässliche Verankerung von psychosozialen Unterstützungsstrukturen und Schulsozialarbeit an baden-württembergischen Schulen

Zahl der Schulpsychologen, Betreuungsrelation zu den Schülern im Vergleich mit anderen BLändern, Rahmenvereinbarungen mit Trägern der Jugendhilfe und Jugendverbänden; langfristige Sicherung und Ausbau der Schulsozialarbeit an den bisherigen und neu beantragten Standorten; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen der angekündigten wissenschaftlichen Begleituntersuchung

Antr

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 13/3636

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Fortführung der Förderung von Jugendsozialarbeit an Schulen

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-7 S. 36 37

ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-26 neu S. 62 63

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4049-4 S. 6 7

ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4049-8 S. 12 13

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Jugendpolitische Bilanz der LReg und Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Jugend-Arbeit-Zukunft“

Höhe der als Konsequenz auf die Ergebnisse der Jugendenquete eingesetzten Mittel bzw der gekürzten und gestrichenen Mittel, insbes für die Schulsozialarbeit, Jugendberufshelfer, Jugendagenturen, die Programme Kooperation Jugendarbeit/Schule und Jugend, Arbeit, Zukunft

Antr

s. *Jugendlicher*

Drs 13/4559

Haushalt 2006; Nachtrag

Fortführung der Förderung von Jugendsozialarbeit an Schulen

ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 45 S. 105

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Notwendigkeit von mehr Schulsozialarbeit zur Bekämpfung der Jugendkriminalität

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 79 94

Finanzielle Beteiligung des Landes an der Schulsozialarbeit; Drogenprävention durch Streetworker

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 468 473

Notwendigkeit von Schulsozialarbeit

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 738

Ausbau der Schulsozialarbeit

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 994

Förderung der sozialen Beratung und Betreuung von Ausländern und Spätaussiedlern

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1228 1233 1240

Ausbau der Förderung der Schulsozialarbeit an Brennpunktschulen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1955

Anhörung der Schulsozialarbeiter in Fällen von Schulausschlussverfahren; Kritik an der Mittelkürzung für die Schulsozialarbeit

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2249 2250 2252 2253 2255

Verhinderung von Kürzungen bei der Schulsozialarbeit und der Ausländersozialberatung

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2295 2296 2298 2300 2303 2306

Gewaltprävention an den Schulen, Kritik an der Mittelstreichung für die Schulsozialarbeit

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2458 2459 2461-2463 2468-2470

Kritik an der Mittelkürzung für die Schulsozialarbeit und Ausländersozialdienste

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2608 2639-2642 2645

Abmilderung der Mittelkürzung für die Schulsozialarbeit

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2705 2707 2742

Rücknahme der geplanten Mittelkürzung für die Schulsozialarbeit

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2830 2831 2838 2849

Kritik an der Mittelkürzung für die Schulsozialarbeit
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3519 3523 3527

Kritik an der Mittelkürzung für die Schulsozialarbeit
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3616 3619 3634

Kritik an den Kürzungen bei der Ausländersozialarbeit
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3770

Kritik an den massiven Kürzungen bei der Schulsozialarbeit
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3868

Erhaltung der Förderung der Schulsozialarbeit auf dem gegenwärtigen Stand
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4208

Fortführung der Schulsozialarbeit in Brennpunkthauptschulen
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4267

Bedeutung und Fortführung der Schulsozialarbeit, Revision der vorgesehenen Mittelstreichung
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5785-5787 5789 5790

Bedeutung der Schulsozialarbeit, Abmilderung der Kürzungen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5814 5821 5822

Bedeutung der Schulsozialarbeit, Revision des Beschlusses zur Einstellung der Förderung
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5874 5924 5929 5935-5938 5941 5942

Kritik am Ausstieg aus der Förderung der Schulsozialarbeit
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7182-7184 7190-7192

Bedeutung der Schulsozialarbeit, Kritik an der Streichung der Förderung
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7210 7215 7223 7230 7231

Kritik an den Kürzungen bei der Ausländersozialarbeit
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7654

Umstellung auf Schulbudgets, Ermöglichung der Entscheidung vor Ort, z.B. für Schulsozialarbeit statt Lehrerstellen
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7946 7953

Sozialbehörde

s.a. Versorgungsverwaltung

Zukunft der baden-württembergischen Versorgungsverwaltung
Entwicklung der Aufgaben und Personalausstattung seit 1992; Gründe und Auswirkungen der Eingliederung des Landesversorgungsamts in die RegPräs und der Versorgungsämter in die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit mit der nach Bundesrecht erforderlichen Fachkompetenz und Behördenstruktur, mit dem Recht des Datenschutzes und der Personalvertretungen; Umgestaltung zu modernen Landessozialbehörden nach der Forderung von Behindertenverbänden, Ansiedlung bei neu zu schaffenden Regionalkreisen

GrAnfr
s. Versorgungsverwaltung
Drs 13/2170

Angemessenheit der Wohnkosten von Beziehern von Arbeitslosengeld II

Überschreitung der von den Job-Centern bzw Sozialämtern errechneten Obergrenzen für Miete und Nebenkosten durch die am Markt geforderten Wohnkosten; Bewirkung von Mietschulden, Räumungsklagen und Obdachlosigkeit für die Betroffenen; Anstrengung sozialverträglicher Lösungen ab 01.07.2005

Antr
s. Miete
Drs 13/4306

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 62

Verurteilung der Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS in Berlin
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 164

Vorschlag einer Regierungsbildung der SPD in Berlin ohne Beteiligung der PDS
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 369

Beschreibung des inneren Zustands der SPD durch den niedersächsischen MinPräs Gabriel, Positionen der SPD zur Familienpolitik
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 859-863 869

Beteiligungen der SPD an Zeitungen und Radiosendern
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2318-2320

Verunglimpfung von Repräsentanten der SPD in einer Ausstellung zum Neofaschismus, Würdigung der Geschichte der SPD, Abgrenzung von Extremisten jeglicher Couleur; Beteiligungen der SPD an Zeitungen und Radiosendern
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2443 2445-2449 2451-2453 2455 2456 2488 2491-2494

Beteiligungen der SPD an Zeitungen, Verlagen und Radiosendern
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6272-6277

Beurteilung des Zustands der SPD nach der Wahlniederlage in NRW und Ankündigung von vorzeitigen Neuwahlen durch den Bundeskanzler
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6539 6540 6546 6549-6552

Feststellung von Auflösungserscheinungen in der SPD, Vorwurf eines missbräuchlichen Umgangs mit dem parlamentarischen Instrument des Untersuchungsausschusses
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6903 6904

Soziale Kompetenz

s. Sozialkompetenz

Soziale Marktwirtschaft

s. Wirtschaftssystem

Sozialer Brennpunkt*Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit an Schulen*

Auflistung der Schulen mit Schulsozialarbeit nach den gemeinsamen Richtlinien des KM und SM, weitere gestellte und abgelehnte Anträge, Vergleich mit dem Projekt „Jugendberufshelfer“ und der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen, Grundlagen der Finanzierungsverhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, Teilfinanzierung durch die Arbeitsverwaltung u.a. Modelle, Definition bzw. Bevorzugung von Brennpunktschulen, Einschätzung des weiteren Bedarfs, Erfahrungen mit ABM-Stellen

Antr
s. *Sozialarbeit*
Drs 13/421

Unterrichtsversorgung im LKreis Calw

Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schularten und verfügbaren Stundenzahl für Stütz- und Förderunterricht, Sprachkurse, besondere Betreuung an Brennpunktschulen, Kurse für Legastheniker und rechenschwache Kinder u.a. Maßnahmen; Unterrichtsausfall durch Lehrermangel, Erkrankungen, Fortbildung und schulische Veranstaltungen; Ausfall von Sportunterricht; Gewährleistung der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen sowie von Fremdsprachenunterricht an allen Grundschulen?

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1921

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Bereitstellung zusätzlicher Lehrerstunden für Hauptschulen in sozialen Brennpunkten

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2235

Weitere Umsetzung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Konsequenzen der Abkehr von CDU-Fraktionschef Oettinger vom Begriff des „sozialen Brennpunkts“ als Maßstab für Ganztagschulen

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2510

So genannte „Brennpunkt-Hauptschulen“

Gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge auf Anerkennung als „Hauptschule in sozialen Brennpunkten“; Kriterien der Anerkennung und Unterstützung mit geeigneten Lehrkräften, pädagogischem Personal und Schulsozialarbeitern; Finanzierung dieser zusätzlichen und besonders geschulten Kräfte; Entwicklung der Schülerzahlen differenziert nach Geschlechtern und Schulabgängern mit und ohne Abschluss

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 13/2762

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Heilbronn

Auflistung o.g. Schulen bzw. der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme u.a. auch der Johannes-Häußler-Hauptschule in Neckarsulm

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/3012

Brennpunktschulen im Schulamtsbezirk Schwäbisch Gmünd

Auflistung o.g. Hauptschulen bzw. der Streichung einzelner Schulen von der Liste der Brennpunktschulen; Möglichkeiten für eine Wiederaufnahme

KlAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/3247

Förderung von Ganztages-Grundschulen

Höhe der für 2004 bereitgestellten Mittel zur Förderung von Grundschulen als Ganztagschulen, Auflistung des Anteils und der geförderten Standorte im Oberschulamtsbezirk Karlsruhe, Kriterien zur Anerkennung einer Grundschule als Brennpunktschule, Gründe für die Ablehnung der Grundschule Emmertsgrund in Heidelberg

KlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 13/3358

Zuweisung zusätzlicher Lehrerdeputate für Stuttgarter Brennpunktschulen

Versäumung der Frist zur Antragstellung für Lehrerstunden zur Ganztagsbetreuung an drei Brennpunktschulen durch die Schul- und Kulturbürgermeisterin?

MdlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/4204

Landesprogramm „Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“ (GTS)

Antragstellung der Stadt Stuttgart zur Aufnahme der Carl-Benz-Schule und der Elise-von-König-Schule in das o.g. Programm, Kriterien des KM für die Auswahl der Schulen bzw. Ablehnung der genannten Schulen; Aufnahme dieser Schulen in das Programm und Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/5237

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunktschulen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 464-467

Schaffung von mehr Ganztagsangeboten an Hauptschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 749

Kritik an der Beschränkung der Ganztagsangebote auf Hauptschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunktschulen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 989 990 995 1010

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthauptschulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1760 1762 1765

Ausbau der Förderung der Schulsozialarbeit an Brennpunktschulen

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1955

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2607-2610 2613 2615 2621 2623

Einrichtung von Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2816 2824

Einrichtung von Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3169-3171

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3652

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3976

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen, Fortführung der Schulsozialarbeit

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4260 4263 4264 4267 4270

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5523 5524 5526 5528 5529

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6299 6302 6303 6307

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6412 6413 6427 6431

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6926 6927

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6957 6958

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7120 7121 7126-7128

Einrichtung von Ganztagschulen nicht nur in Brennpunkthaupt-schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7204 7210 7231 7235

Einrichtung von Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten, Ausstattung mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7934 7936 7938 7941 7947 7950

Sozialer Hilfsdienst

s.a. Bahnhofsmission

s.a. Hauspflege

s.a. Soziales Jahr

s.a. Sozialhilfe

s.a. Wohlfahrtspflege

s.a. Zivildienst

Ambulante und stationäre Dienste

Verstärkte Inanspruchnahme ambulanter Dienste nach Einführung der Fallpauschalen, insbes von älteren Menschen; rechtzeitige Begutachtung und Einstufung in Pflegestufen durch den medizinischen Dienst; Einschätzung des künftigen Bedarfs an Pflege und des Mangels an Fachkräften, Abhilfe durch Werbung für die Pflegeberufe; Träger der Kosten für die höheren Aufwendungen infolge des Pflege-QualitätssicherungsGes

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/864

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Auswirkungen der vom Bund geplanten Kürzungen im Zivildienstbereich im Main-Tauber-Kreis und landesweit

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/1908

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage

KlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/2027

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl von behinderten alten Menschen seit 1993, jeweiliger Anteil der von Angehörigen betreuten, ambulant und in Heimen versorgten Pflegebedürftigen, Beurteilung von Modellen zur Versorgungsqualität und Integration

GrAnfr

s. Behinderter

Drs 13/2021

Ausnahmegenehmigungen nach § 48 StraßenverkehrsO (StVO) für Pflegedienste

Ermöglichung o.g. Ausnahmegenehmigungen vom Parkverbot für ambulante Pflegedienste und damit der Gleichstellung mit Handwerkernotdiensten und Fahrzeugen des Südwestrundfunks

MdAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/2447

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen für die Sonderpflegedienste, Nachbarschaftshilfen und mobilen sozialen Dienste

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-4 S. 36 37

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-12 S. 51 52

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-20 S. 63

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-29 S. 71

ÄAntr CDU und FDP/DVP 21.01.2004 Drs 13/2809-Reste 1 S. 83 84

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2849-4 S. 8 9

ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2849-8 S. 15

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 21

Darlegung der Entwicklung seit 2001 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage, Auswirkungen der vom Bund eingeführten Kürzungen im Zivildienstbereich im Wahlkreis 21 und landesweit

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3097

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Ostalbkreis

Darlegung der Entwicklung im Ostalbkreis und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3249

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Darlegung der Entwicklung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3448

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3650

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen bei der Förderung der ambulanten Altenbetreuung

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-11 S. 43
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-22 S. 57 58
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-29 S. 68
ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4049-7 S. 11
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Umsetzung des Aktionsprogramms der LReg „Ältere Generation im Mittelpunkt“

Zwischenbilanz des o.g. Programms und der dabei erprobten Modelle, Verbesserung der Vernetzung ambulanter und stationärer Hilfen sowie der geriatrischen Zentren, Ausbau der Hilfestrukturen für Demenzkranke, Rolle der Selbsthilfegruppen und Ehrenamtlichen, geriatrische Qualifikation der Krankenhausärzte, Beurteilung eines Facharztstitels für Geriatrie, Gewinnung von qualifizierten Pflegekräften, Erfahrungen mit dem bürgerschaftlichen Engagement für Tagespflege und Lebensqualität im Alter sowie mit der Förderung der Wiedereingliederung älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt über ESF-Mittel, Entwicklung neuer Wohnformen und Akzente in der Altenpolitik, Förderung der Solidarität zwischen den Generationen

GrAnfr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/4213

Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen iRd organisierter Nachbarschaftshilfen

Behandlung der iRd organisierten Nachbarschaftshilfen beschäftigter Helfer als Arbeitnehmer durch das FM

Antr
s. *Entschädigung*
Drs 13/4760

Mittelbereitstellung der LStiftung für einen sozialen Hilfsfonds des CDU-Abgeordneten Haas im LKreis Emmendingen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 809 828

Bürokratische und finanzielle Erschwernisse des Einsatzes älterer Arbeitnehmer bei den ambulanten Diensten

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1688

Gefährdung sozialer Dienste auf kommunaler Ebene durch die Kürzung der Landeszuschüsse

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292-2294 2305 2306

Flankierende Unterstützung der häuslichen Pflege von Angehörigen durch ambulante und stationäre Dienste

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2544-2549 2552 2554

Gefährdung sozialer Dienste auf kommunaler Ebene durch die Kürzung der Landeszuschüsse

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2639-2642 2645 2646 2653 2654

Gefährdung sozialer Dienste auf kommunaler Ebene durch die Kürzung der Landeszuschüsse

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2704 2705 2707 2710 2743

Gefährdung sozialer Dienste auf kommunaler Ebene durch die Kürzung der Landeszuschüsse

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3616

Kritik an den Kürzungen für die ambulanten Dienste und Nachbarschaftshilfen, Bezeichnung als Aufgaben der Krankenkassen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4166 4170 4180 4204 4206-4208 4210 4211

Würdigung der Begleitung und Versorgung von Sterbenden durch die ambulanten Hospizdienste, Kritik an den angekündigten Kürzungen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7483

Gefährdung sozialer Dienste im Vor- und Umfeld der Pflege durch die Kürzung der Landeszuschüsse, Ausbau der Hilfsstrukturen für Demenzkranke

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773 7775 7779 7781

Sozialer Hilfsfonds

s. *Sozialer Hilfsdienst*

Sozialer Wohnungsbau

s. *Wohnungsbau*

Soziales Jahr

Situation und Entwicklung der Freiwilligendienste in BW

Platzangebot und -nachfrage beim Zivildienst, FSJ, FöJ u.a. Diensten; Einschätzung der Situation und Ausbaumöglichkeiten mit finanzieller Unterstützung des Landes; Frage nach ei-

nem Gesamtkonzept sowie Initiativen zur Ableistung der Dienste auch im Ausland

Antr
s. *Zivildienst*
Drs 13/2397

Freiwilliges Soziales Jahr vor dem Hintergrund der Lehrstellensituation 2003

Platzangebot und -nachfrage beim FSJ, Zahl von Absolventen und Mädchenanteil, Formen und Träger des FSJ, Beeinflussung der Berufswahl, Ermöglichung der Ableistung auch in Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendherbergen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 30.09.2003 und Antw SM Drs 13/2461

Haushalt 2004; Epl 09

Bedarfsgerechte Aufstockung der Fördermittel für das Freiwillige Soziale Jahr

ÄAntr SPD 14.01.2004 Drs 13/2809-6 S. 40 41
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-23 S. 66
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

Entwicklung des Zivildienstes

Entwicklung der Zahlen und Einsatzbereiche der Zivildienstleistenden seit 1999 und künftig bei unveränderter Rechtslage; Frage nach neu entstandenen Arbeitsplätzen infolge des Rückgangs und der Besetzung dieser Stellen im europäischen Ausland; Verfassungskonformität und Kosten eines allgemeinen sozialen Pflichtjahres nach Abschaffung des Zivildienstes, Vereinbarkeit mit den bestehenden langen Ausbildungszeiten

Antr
s. *Zivildienst*
Drs 13/2840

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Ostalbkreis

Darlegung der Entwicklung im Ostalbkreis und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3249

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Darlegung der Entwicklung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3448

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr
s. *Altenpflege*
Drs 13/3650

Mittelaufstockung für das freiwillige soziale Jahr

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 899 904 909

Anteil von Absolventen des FSJ aus BW, Suche nach einem Ausgleich für die Kürzung des Zivildienstes, Ablehnung eines sozialen Pflichtjahres

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1327 1329

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für das FSJ, Diskussion über ein soziales Pflichtjahr nach Abschaffung des Zivildienstes

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4166 4204 4208-4211 4214 4215

Bereitstellung zusätzlicher Mittel entsprechend den gestiegenen Teilnehmerzahlen für das freiwillige soziale Jahr

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für das FSJ

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7778 7779

Soziales Lernen

s. *Sozialkompetenz*

Sozialgericht

Reduzierung der Sozialgerichte in BW

Begründung, Art der ermittelten Einsparungen und Folgekosten der o.g. Reduzierung; Auswirkungen auf die Bürgernähe der Sozialgerichtsbarkeit bzw die Prozessbeteiligten und Bediensteten

Antr SPD 17.06.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2173
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4952-4960

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten der Sozialgerichte; Übertragung der Zuständigkeit für die Arbeitsgerichte vom SM auf das JuM

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Ärztliche/Zahnärztliche Gutachten in Sozialgerichtsverfahren

Zahl und Kosten der von den Sozialgerichten in Auftrag gegebenen Gutachten seit 1998, Entscheidungsbefugnis der Richter für die Gutachterausswahl und Auftragsvergabe; Beurteilung des Vorschlags zur Bildung eines Gutachterpools mit verbindlichen Bearbeitungszeiten und einer klaren Honorarordnung, Verfügbarkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für entsprechende Gutachten

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2599

Anregung einer Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, Eintreten für entsprechende Rechtsänderungen auf Bundesebene

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3872 3873

Übertragung der Zuständigkeit für die Sozialgerichtsbarkeit vom SM auf das JuM, Kritik an der geplanten Konzentration auf vier Standorte

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4920 4930 4952-4960

Befürwortung einer Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit; Zuordnung der Arbeitsgerichte zur Sozialgerichtsbarkeit

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037 6039-6041

Sozialgesetzbuch

s. *Sozialrecht*

Sozialhilfe

s.a. *Kommunalverband für Jugend und Soziales*

s.a. *Lebenshilfe*

s.a. *Sozialer Hilfsdienst*

s.a. *Sozialleistung*

s.a. *Taschengeld*

Ges zur Ausführung des GrundsicherungsGes und zur Änd des FinanzausgleichsGes

Anpassung der Zuständigkeiten für die Grundsicherung an die landesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen bei der Sozialhilfe, Verteilungsregelungen für die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Mehrausgaben der Kommunen, Einbeziehung der Grundsicherung in den Soziallastenausgleich

GesEntw

s. *Sozialleistung*

Drs 13/1436

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des EingliederungsGes zur Begrenzung der Sozialhilfe an Spätaussiedler auf sechs Monate

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/1763

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuweisungen nach dem FAG an die Gemeinden, LKreise und Landeswohlfahrtsverbände seit 1993; Entwicklung der Leistungen der Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger sowie anderer Sozialleistungen im selben Zeitraum; Bezifferung der jeweiligen Anteile des Aufkommens aus der Kreisumlage

GrAnfr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1945

Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Auswirkung auf arbeitssuchende Frauen in BW

Entwicklung von Höhe und Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe differenziert nach Geschlechtern; Auswirkungen o.g. Pläne auf die Vermittlungsarbeit der Arbeitsämter und das Leistungsangebot für Berufsrückkehrerinnen; Definition des Kriteriums der Erwerbsfähigkeit für Frauen mit betreuungsbedürftigen Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen

Antr

s. *Arbeitsvermittlung*

Drs 13/2117

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach einem dezentralen Modell iRd kommunalen Selbstverwaltung

Antr

s. *Arbeitslosenhilfe*

Drs 13/2198

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Voraussetzungen und Höhe der Aufwendungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe auch für psychisch Kranke sowie für Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen nach dem BS-HG, finanzielle Beteiligung der Pflegekassen

GrAnfr

s. *Behinderter*

Drs 13/2021

Geplante Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und zukünftige Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben

Gründe und Auswirkungen der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise bzw einer Fusionierung und Verschlinkung; Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Jugendhilfe auf die Landratsämter, Gewährleistung der Gleichbehandlung und Qualität, Schaffung eines Soziallastenausgleichs? Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung des landesweiten Kompetenzzentrums, Zuständigkeit als überörtlicher Träger der Sozialhilfe? Höhe der angestrebten Effizienzrendite; erwartete Zahlen und Ausgaben für Behinderte und Jugendhilfe bis 2006

Antr

s. *Wohlfahrtspflege*

Drs 13/2364

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des EingliederungsGes zur Begrenzung der Sozialhilfe an Spätaussiedler auf drei Monate

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/2680

Pläne der LReg zur Abschaffung des UnterhaltsvorschussGes

Auswirkungen o.g. Pläne auf die wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden bzw die Sozialhilfeausgaben der Kommunen; Verzicht auf die angekündigte BRatsinitiative

Antr

s. *Unterhaltsleistung*

Drs 13/2761

Zügige Bildung von Arbeitsgemeinschaften zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Antr

s. *Arbeitslosenhilfe*

Drs 13/3162

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Ges zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Änd der VO über den Landespflegeausschuss nach § 92 SGB XI sowie der VO über die Schiedsstelle nach § 94 des BundessozialhilfeGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KlAnfr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3400

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw. Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation; Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung von Frauen und Kindern als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts

Antr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3411

Uneingeschränkte und rasche Weitergabe der finanziellen Entlastung des Landes im Zusammenhang mit den Hartz IV-Reformen an die Stadt- und LKreise

Höhe der Entlastungswirkungen für die einzelnen Stadt- und LKreise infolge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II, Auswahl der Kommunen iRd Experimentierklausel, Information der Betroffenen und Weitergabe der Einsparungen in voller Höhe

Antr
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3447

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von Miete und Unterkunft

KlAnfr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Auswirkungen der vorgenommenen und geplanten Kürzungen des Landes und der Kommunen auf die Existenz o.g. Häuser; Auszahlung der etatisierten Mittel in den Hj ab 2003; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien; Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktreform Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw. Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts; Kriterien für die Übernahme der Unterhaltskosten durch die Kommunen

und Agenturen für Arbeit

Antr
s. *Frauenhaus*
Drs 13/3498

Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGS-GB II)

Schaffung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitssuchende, Ermöglichung der Delegation von den LKreisen auf kreisangehörige Gemeinden

GesEntw
s. *Sozialleistung*
Drs 13/3698

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/4022

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw. Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw
s. *Sozialrecht*
Drs 13/4716

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 116

Belastung der Kommunen mit erhöhten Sozialhilfesätzen für Bürgerkriegsflüchtlinge

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 568-570

Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; Zunahme der Zahl ausländischer Sozialhilfeempfänger, Gewährung der vollen Sozialhilfe für Asylbewerber nach 36 Monaten; Abwälzung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit auf die Sozialhilfe

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837 860 877 894 897 911 912

Entlastung der Kommunen von Sozialhilfeleistungen durch Maßnahmen auf Bundesebene

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1087

Anteil von Ausländern unter den Sozialhilfeempfängern, Zuerkennung erhöhter Leistungen für Asylbewerber nach drei Jahren Aufenthalt

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1227 1235 1242 1287 1290

Übernahme der Kosten für anonyme Entbindungen durch die Sozialhilfeträger

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1337

Beschleunigung der Sozialhilfebedürftigkeit durch die geplanten Einschnitte beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1814-1816 1818

Notwendigkeit von Einsparungen bei der Sozialhilfe, Vorrang einer Pauschalierung vor dem Bedarfsdeckungsprinzip, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2217 2228 2230 2231 2238 2239

Entlastung der Kommunen durch Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2757 2763-2765

Sozialhilfelasten der Stadt- und LKreise

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3016 3017

Bemühungen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze für jugendliche Sozialhilfeempfänger

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3521

Kritik an der Zusammenfassung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei der Arbeitsverwaltung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3607-3609

Begrüßung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei den Kommunen, Regelung der Zumutbarkeit von Arbeit für Sozialhilfeempfänger

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4093 4095 4099 4100

Warnung vor einer Übertragung der Zuständigkeit für die Sozialhilfe auf die Länder, Befürchtung eines Wettlaufs nach unten; Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4175 4177 4178 4205

Plädoyer für eine Übertragung der Zuständigkeit für die Sozialhilfe auf die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5505 5507

Ausländeranteil unter den Sozialhilfeempfängern, Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem ALG II

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5917 5919

Kritik an der Verweigerung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen im Falle des Bezugs von Sozialhilfe

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8004

Sozialkompetenz

„Lions-Quest-Programm“ an Schulen in BW

Erfahrungen und Perspektiven des o.g. Programms zum sozialen Lernen, Ausbildung der Lehrer für dieses projekthafte Arbeiten, Weiterführung und Finanzierung durch die Lions-Clubs?

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 16.02.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2922

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 16 17

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Sozialethisches Profil am Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden - Genehmigung eines Schulversuchs

Stellenwert der ethischen und sozialen Bildung im neuen Bildungsplan des Gymnasiums, Bewertung des o.g. Profils als Alternative zum sprachlichen und naturwissenschaftlichen Profil, Frage nach Vorschlägen des Ministeriums und Reaktionen der Schulgremien zur Umsetzung der Konzeption iRd schuleigenen Curriculums bzw nach weiteren Anträgen von Gymnasien; Genehmigung eines auf zunächst drei Jahre befristeten Schulversuchs

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 28.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3437

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 32-34

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Sozialethisches Profil an Gymnasien in BW

Frage nach o.g. Gymnasien; Genehmigung eines „Sozialethischen Profils“ mit dem Kernfach Sozialethik am Georg-Büchner-Gymnasium in Winnenden

Antr Katrin Altpeter u.a. SPD 28.07.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3468

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 32-34

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Pforzheimer Hauptschulprojekt FIT - fördern - integrieren - trainieren; Zukunft der sozialpräventiven Maßnahme zur Sicherung des Hauptschulabschlusses

Antr
s. Schulabschluss
Drs 13/4497

Vermittlung von Sozialkompetenz über den Sport

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4272

Ausbildung der sozialen Kompetenzen der Schüler mit den neuen Bildungsplänen

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4831

Beklagung von Defiziten im Sozialverhalten von Schulabgängern durch die Ausbildungsbetriebe

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5465

Aufwertung des sozialen Lernens mit dem Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6297 6303 6304

Bedeutung der Sozialkompetenz für die Entwicklung der Kinder zur Erwachsenenpersönlichkeit

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6413 6430

Förderung des Erwerbs von Sozialkompetenz mit der gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6519 6521 6522 6524 6525

Beeinträchtigung der Entwicklung von Sozialkompetenz bei Kindern durch hohen Medienkonsum; Gewichtung sozialer Kompetenzen bei Personalentscheidungen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7058 7061 7062 7073

Aufwertung des sozialen Lernens mit dem Ausbau der Ganztagschulen, Förderung sozialer Kompetenzen mit dem Schulsport

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7122 7175 7178 7179

Verwendung der frei verfügbaren Poolstunden zur Stärkung der sozialen Kompetenz

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7377 7378

Sozialleistung

s.a. Asylbewerberleistungsgesetz

s.a. Eingliederungshilfe

s.a. Familienleistungsausgleich

s.a. Sozialhilfe

s.a. Sozialversicherung

Ausgaben für Grundsicherung und Auswirkungen auf Kommunalhaushalte

Höhe der Kosten für die Träger der Grundsicherung im Vergleich zu den Erstattungen des Bundes, Notwendigkeit zusätzlicher Personal- und Verwaltungsausgaben bzw Zwänge der LKreise zur Erhöhung der Kreisumlage

Antr Alfred Haas u.a. CDU 15.10.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1407

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2222 S. 29-31

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Ges zur Ausführung des GrundsicherungsGes und zur Änd des FinanzausgleichsGes

Anpassung der Zuständigkeiten für die Grundsicherung an die landesrechtlichen Zuständigkeitsregelungen bei der Sozialhilfe, Verteilungsregelungen für die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Mehrausgaben der Kommunen, Einbeziehung der Grundsicherung in den Soziallastenausgleich

GesEntw LReg 28.10.2002 Drs 13/1436 (12 S.)

1. Beratung PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2184-2188

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.11.2002 Drs 13/1548 (10 S.)

2. Beratung PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2234-2240

GesBeschl 11.12.2002 Drs 13/1622

GBI 2002 Nr. 14 S. 470 471 (Ges vom 11.12.2002)

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Zuweisungen nach dem FAG an die Gemeinden, LKreise und Landeswohlfahrtsverbände seit 1993; Entwicklung der Leistungen der Jugendhilfe- und Sozialhilfeträger sowie anderer Sozialleistungen im selben Zeitraum; Bezifferung der jeweiligen Anteile des Aufkommens aus der Kreisumlage

GrAnfr

s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft

Drs 13/1945

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsges sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KIAnfr Birgit Kipfer SPD 19.07.2004 und Antw SM Drs 13/3400

Uneingeschränkte und rasche Weitergabe der finanziellen Entlastung des Landes im Zusammenhang mit den Hartz IV-Reformen an die Stadt- und LKreise

Höhe der Entlastungswirkungen für die einzelnen Stadt- und LKreise infolge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II, Auswahl der Kommunen iRd Experimentierklausel, Information der Betroffenen und Weitergabe der Einsparungen in voller Höhe

Antr SPD 28.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3447

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von Miete und Unterkunft

KIAnfr

s. Lebenshilfe

Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Auswirkungen der vorgenommenen und geplanten Kürzungen des Landes und der Kommunen auf die Existenz o.g. Häuser; Auszahlung der etatisierten Mittel in den Hj ab 2003; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien; Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktreform Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts; Kriterien für die Übernahme der Unterhaltskosten durch die Kommunen und Agenturen für Arbeit

Antr

s. Frauenhaus

Drs 13/3498

Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGS-GB II)

Schaffung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitssuchende, Ermöglichung der Delegation von den LKreisen auf kreisangehörige Gemeinden

GesEntw LReg 26.10.2004 Drs 13/3698

1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5615-5619

BeschlEmpf und Bericht SozA 25.11.2004 Drs 13/3801

2. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5777 5778

GesBeschl 09.12.2004 Drs 13/3894

GBI 2004 Nr. 17 S. 907 908 (Ges vom 14.12.2004)

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen, Qualifikation der Mitarbeiter in den Jobcentern für den Umgang mit dieser Klientel, Einbindung der Erfahrungen der Jugendämter, der Jugend- und Jugendberufshilfe? Ergebnisse der landesweiten Ausschreibung von Maßnahmen der Berufsvorbereitung und Arbeitsförderung durch die Arbeitsverwaltung, insbes für Abgänger der Förderschulen für Lernbehinderte; Zahl, Bereiche und Träger von zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten; Auswirkungen auf die Höhe von Ausbildungsvergütungen

Antr

s. Arbeitsmarkt
Drs 13/4022

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Finanzielle Probleme der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach dem Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze, Zuständigkeit der kommunalen Träger für Leistungen nach dem SGB II, Zahl der Frauenhausbewohnerinnen aus dem eigenen LKreise sowie aus anderen Stadt- und LKreisen oder BLändern, Hinwirkung auf ein einheitliches Verfahren der Kostenerstattung, ggf Nachbesserung der Rechtslage über eine BRatsinitiative

Antr
s. Frauenhaus
Drs 13/4074

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat nach der Bundestagswahl

Antr
s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft
Drs 13/4367

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw
s. Sozialrecht
Drs 13/4716

Hinweis auf die Erbringung der eigenen Sozialleistungen durch die Bauern in Frankreich

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1868

Finanzielle Belastung der LKreise mit dem GrundsicherungsGes

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1937

Feststellung einer zusätzlichen Belastung der Kommunen mit dem GrundsicherungsGes des Bundes, Überprüfung aller Leistungsgesetze

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216 2217 2219 2228 2231 2234-2239

Finanzielle Überforderung der LKreise mit dem GrundsicherungsGes

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2766

Entwicklung der Sozialleistungen in den öffentlichen Haushalten

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3021 3022

Finanzielle Überforderung der Stadt- und LKreise mit dem GrundsicherungsGes

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3233

Überforderung der öffentlichen Haushalte mit den Sozialleistungen, Überprüfung aller Leistungsgesetze

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3395 3396

Überforderung der Kommunen mit Leistungsgesetzen des Bundes ohne Finanzausgleich

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3607-3609 3634

Verweisung auf die Grundsicherung für Frauen mit kleiner Rente, Forderung der Landräte nach Abschaffung dieses Leistungsanspruchs

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3706

Überforderung der Stadt- und LKreise mit den Leistungsgesetzen des Bundes ohne Finanzausgleich

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4659 4672

Überforderung der Stadt- und LKreise mit den Leistungsgesetzen des Bundes ohne Finanzausgleich, Hinwirkung auf ein Bundes-Leistungsgesetz

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5811 5812 5824

Überforderung der Stadt- und LKreise mit den Leistungsgesetzen des Bundes ohne Finanzausgleich

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6109

Überforderung der Stadt- und LKreise mit den Leistungsgesetzen des Bundes ohne Finanzausgleich, Hinwirkung auf ein Bundes-Leistungsgesetz

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6374

Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme angesichts der demographischen Entwicklung, Bekämpfung von Sozialleistungsmisbrauch; Überforderung der Kommunen mit Leistungsgesetzen des Bundes ohne Finanzausgleich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404 6406 6419

Bekämpfung des missbräuchlichen Bezugs von Sozialleistungen, Ermöglichung der Kontenabfrage mit dem SteuerehrlichkeitsGes

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6626 6628 6630 6632 6635-6637 6640-6642 6644 6645

Sozialminister

s.a. Sozialministerin

Berufung und Vereidigung von Dr. Friedhelm Repnik zum/als Sozialminister

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 39

Konsequenzen aus dem Urteil des Amtsgerichts Mannheim für AOK und SM

Ausübung von Druck durch den Landesvorstand der AOK und die Bezirksdirektion Rhein-Neckar auf einzelne Mitarbeiter zur Mitgliedschaft in der AOK nach den Feststellungen des Amtsgerichts Mannheim, Wahrnehmung der aufsichtsrechtlichen Funktion durch die zuständige Abteilung beim SM

KlAnfr
s. Krankenversicherung
Drs 13/115

Berufung und Vereidigung von Andreas Renner zum/als Minister für Arbeit und Soziales

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Folgen der Haushaltssperre für das Sozialressort

Umfang und Auswirkungen der zu erbringenden Einsparungen, insbes für kleine Einrichtungen und Selbsthilfegruppen; Vermeidung von unnötigen Härten und Schließungen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 08.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4383

BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/5052 S. 45 46

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

ESF-Ziel-3-Förderung im Geschäftsbereich des Sozialministeriums

Antr

s. *Europäischer Sozialfonds*

Drs 13/4443

Lob für den Frauenanteil bei Stellenneubesetzungen im SM

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 788 789

Frage nach der Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion des SM gegenüber der LVA bzw dem Ersten Direktor, Jürgen Schneider

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1622-1631

Amtsniederlegung von Sozialminister Dr. Repnik, Annahme der dafür von MinPräs Teufel angebotenen Position als Geschäftsführer der staatlichen Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5115 5116 5150 5152

Aufgabenverlagerung zwischen dem SM und KM, Zuordnung der vorschulischen Bildung zum KM und der Jugendpolitik zum SM

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6678-6681

Auslösung einer Kontroverse innerhalb der CDU durch Sozialminister Renner wegen seines Grußworts zum Christopher Street Day in Stuttgart

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6941 6942 6944 6946

Dank an Andreas Renner für die geleistete Arbeit als Minister für Arbeit und Soziales; Debatte über den Rücktritt aufgrund seiner beleidigenden Äußerungen gegenüber Bischof Dr. Gebhard Fürst

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7686-7692 7694-7697

Sozialministerin

s.a. *Sozialminister*

Berufung und Vereidigung von Tanja Gönner zur/als Sozialministerin

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134

Berufung und Vereidigung von Dr. Monika Stolz zur/als Ministerin für Arbeit und Soziales

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645 7686-7697

Sozialpolitik

s.a. *Europäischer Sozialfonds*

s.a. *Sozialer Hilfsdienst*

s.a. *Sozialkompetenz*

s.a. *Sozialrecht*

s.a. *Sozialwesen*

s.a. *Subsidiaritätsprinzip*

Die sozialpolitische Schieflage in der Streichliste der LReg und ihre Auswirkungen für die Menschen im Land

Aktuelle Debatte

s. *Sparen*

PIPr 13/36 S. 2292

Folgen der Haushaltssperre für das Sozialressort

Umfang und Auswirkungen der zu erbringenden Einsparungen, insbes für kleine Einrichtungen und Selbsthilfegruppen; Vermeidung von unnötigen Härten und Schließungen

Antr

s. *Sozialminister*

Drs 13/4383

Antworten der Sozialpolitik auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 57

Anmahnung von Reformen in der Sozialpolitik

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 638

Gestaltung einer gerechten Sozialpolitik, Vorwurf von Versäumnissen in der Landessozialpolitik

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-913

Kritik an den Kürzungen im Sozialbereich

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2639-2642 2645 2646 2653 2654 2656 2657

Kritik an den Kürzungen im Sozialbereich; Benotung der Sozialpolitik des Bundes

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2704 2705 2707 2708 2710 2734 2742 2743 2764-2766

Sozialpolitische Verträglichkeit der Reformagenda 2010

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3015-3024

Verhinderung eines Kahlschlags in der Agrarsozialpolitik

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3199

Kritik an den Kürzungen im Sozialbereich; Benotung der Landessozialpolitik durch die Kirchen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3614-3616 3619

Vorwurf einer Verabschiedung aus der Ausländersozialpolitik

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3770

Kritik an den Kürzungen im Sozialbereich

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4020-4022 4031

Kritik an den Kürzungen im Sozialbereich, Verweisung auf geringe Einsparungen im Vergleich zum Gesamtetat

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4153 4166 4170 4180 4203-4222

Kritik an den Kürzungen im Sozialbereich, Bewertung der Schaffung von Arbeitsplätzen als Beitrag zur Sozialpolitik

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870 5875 5922-5925 5929 5931 5933 5935-5944

Bezeichnung von Arbeitsmarktpolitik als klassische Sozialpolitik

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6480

Sozialpsychiatrie*s. Psychiatrie***Sozialpsychiatrischer Dienst***s. Psychiatrie***Sozialrecht***s.a. Sozialhilfe**s.a. Sozialversicherung**s.a. Sozialwesen**Rahmenvertrag zur vollstationären Pflege nach § 75 SGB XI*

Umsetzung der Vorgaben des Pflege-QualitätssicherungsGes, Verhandlungsstand zwischen Kostenträgern und Leistungsanbietern über einen neuen Rahmenvertrag für landesweite Verfahren zur Ermittlung des Personalbedarfs bzw von Personalrichtwerten

Antr

s. Altenpflege

Drs 13/880

Gesetzgebungskompetenz im Gesundheitswesen

Eingriffe in die Gesetzgebungskompetenzen der Länder durch die im Sozialgesetzbuch V enthaltenen Regelungen zur Trennung der haus- und fachärztlichen Versorgung, der Übermittlung von Patientendaten an weiterbehandelnde Ärzte, der Mindestweiterbildungszeit für Allgemeinmediziner sowie der Qualitätssicherung der Leistungserbringung; Konsequenzen aus einem entsprechenden Gutachten mittels einer Normenkontrolklage beim BVerfG

Antr

s. Gesundheitswesen

Drs 13/1740

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Ges zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Änd der VO über den Landespflegeausschuss nach § 92 SGB XI sowie der VO über die Schiedsstelle nach § 94 des BundessozialhilfeGes

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Beratung und Betreuung in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach Inkrafttreten der „Hartz-Gesetze“

Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach dem neuen SGB II nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation; Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung von Frauen und Kindern als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts

Antr

s. Lebenshilfe

Drs 13/3411

Leistungen an Frauen iR von Gewaltsituationen

Institutionelle Förderung von Frauenhäusern; Leistungsansprüche von Frauen in Frauen- und Kinderschutzhäusern nach dem neuen SGB II und SGB XII; Gewährleistung der bisherigen psychosozialen Beratung und Betreuung sowie der Leistungen von

Miete und Unterkunft

KlAnfr

s. Lebenshilfe

Drs 13/3485

Finanzierung der Frauen- und Kinderschutzhäuser

Auswirkungen der vorgenommenen und geplanten Kürzungen des Landes und der Kommunen auf die Existenz o.g. Häuser; Auszahlung der etatisierten Mittel in den Hj ab 2003; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien; Hilfeleistung in Gewaltsituationen nach der Arbeitsmarktreform Hartz IV nur noch im Falle einer Verhinderung der Aufnahme bzw Weiterführung einer Erwerbstätigkeit durch die gewaltprägende Lebenssituation, Hinwirkung auf Nachbesserungen im SGB II und XII, insbes Gewährleistung der psychosozialen Beratung und Betreuung als Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten i.S.d. Sozialhilferechts; Kriterien für die Übernahme der Unterhaltskosten durch die Kommunen und Agenturen für Arbeit

Antr

s. Frauenhaus

Drs 13/3498

Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGS-GB II)

Schaffung der landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer Grundsicherung für Arbeitssuchende, Ermöglichung der Delegation von den LKreisen auf kreisangehörige Gemeinden

GesEntw

s. Sozialleistung

Drs 13/3698

Auswirkungen von Hartz IV auf Jugendliche und junge Erwachsene

Auswirkungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II auf die soziale und berufliche Integration junger Menschen

Antr

s. Arbeitsmarkt

Drs 13/4022

Aktuelle Situation der Frauenhäuser in BW

Finanzielle Probleme der Frauen- und Kinderschutzhäuser nach dem Inkrafttreten der Hartz IV-Gesetze, Zuständigkeit der kommunalen Träger für Leistungen nach dem SGB II, Zahl der Frauenhausbewohnerinnen aus dem eigenen LKkreis sowie aus anderen Stadt- und LKreisen oder BLändern, Hinwirkung auf ein einheitliches Verfahren der Kostenerstattung, ggf Nachbesserung der Rechtslage über eine BRatsinitiative

Antr

s. Frauenhaus

Drs 13/4074

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw LReg 11.10.2005 Drs 13/4716 (10 S.)
 1. Beratung PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7351-7355
 BeschlEmpf und Bericht SozA 17.11.2005 Drs 13/4845 (da-
 zu ÄAntr GRÜNE)
 ÄAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4878
 2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7441
 GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4925
 GB1 2005 Nr. 17 S. 707 708 (Ges vom 01.12.2005)

*Ges zur Ausführung von § 140 des Sechsten Buches Sozialge-
 setzbuch*

Bestimmung des Mitglieds aus BW und seiner Vertretung in
 der Arbeitsgruppe Personalvertretung der Deutschen Rentenver-
 sicherung

GesEntw
s. Personalvertretung
 Drs 13/4798

*Notwendigkeit einheitlicher Mindeststandards im Sozialrecht in-
 nerhalb der EU*

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 602 605 615

*Verhinderung einer Nivellierung von Sozialrechten nach unten
 mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Entschär-
 fung der Richtlinie mit der Verankerung des Ziellandprinzips*

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845-7850

Sozialtherapeutische Anstalt

Situation des Strafvollzugs in BW

Rückfallquote bei entlassenen Straftätern, Verbesserung der Re-
 sozialisierung, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialthe-
 rapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhau-
 ses, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. Strafvollzug
 Drs 13/566

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg

Konkretisierung der Pläne zur Verlegung des Vollzugskrankenhau-
 ses und Erweiterung der sozialtherapeutischen Anstalt, kul-
 turelle Nutzung des Kellereigebäudes; Darstellung des Sanie-
 rungsbedarfs und der damit verbundenen Kosten; Gründe und
 Folgen der Schließung des nach dem Stand der Technik aus-
 gestatteteten Operationssaals zum 01.10.2001, Zahl der seit 1990
 vorgenommenen operativen Eingriffe, Übernahme von den nun
 zuständigen Krankenhäusern, Art der Verwendung des freige-
 setzten Personals

Antr
s. Vollzugskrankenhau-
 Drs 13/575

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozial-
 therapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit
 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewor-
 denen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und
 Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im
 personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept
 für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines
 Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psycho-
 therapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr
s. Straftäter

Drs 13/888

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg

Stand der Planung für die o.g. Verlegung, den Ausbau der Plät-
 ze für Sozialtherapie auf dem Hohenasperg und den Neubau der
 JVA Offenburg; Gesamtkonzept für die Umsetzung des Rechts-
 anspruchs auf Sozialtherapie; Integration des Vollzugskrankenhau-
 ses in eine bestehende JVA

Antr
s. Vollzugskrankenhau-
 Drs 13/1940

Strafvollzug in BW

Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze
 einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit
 dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offen-
 burg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Ein-
 zelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen

GrAnfr
s. Strafvollzug
 Drs 13/3624

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Stärkung der Nutzung für den Fremdenverkehr bzw als Kultur-
 und Gedenkstätte unter Einbeziehung des Schiller Nationalmu-
 seums und des Keltenmuseums bereits vor der Umsiedlung des
 Vollzugskrankenhauses nach Stuttgart-Stammheim; Beurteilung
 der Möglichkeiten für eine Verlagerung der vorhandenen Plät-
 ze der Sozialtherapeutischen Station ebenfalls auf andere JVA;
 Sanierung und Öffnung des Schubartturms sowie der Gaststät-
 te Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl
 privater Investoren

Antr
s. Hohenasperg
 Drs 13/4356

*Erweiterung der Sozialtherapeutischen Anstalt auf dem Hohen-
 asperg*

Höhe des Mittelaufwands für Sanierungsmaßnahmen der Sozi-
 altherapeutischen Anstalt und des Vollzugskrankenhauses seit
 1990 bzw für die geplanten Ausbaumaßnahmen; Art und Kos-
 ten der vorgesehenen Nutzung des Kellereigebäudes; Zahl der
 insgesamt vorhandenen Therapieplätze; Prüfung einer Einglie-
 derung der Sozialtherapeutischen Anstalt in das neue Justizvoll-
 zugskrankenhaus in Stuttgart-Stammheim

KIAnfr Jürgen Walter GRÜNE 27.07.2005 und Antw JuM
 Drs 13/4554

Sozialversicherung

s.a. Arbeitslosenversicherung
s.a. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
s.a. Krankenversicherung
s.a. Landesversicherungsanstalt
s.a. Landwirtschaftliche Sozialversicherung
s.a. Pflegeversicherung
s.a. Rentenversicherung

Au-pairs von der Sozialversicherungspflicht freihalten

Auswirkungen einer Einstufung von Au-pair-Aufenthalten als
 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse; Ein-
 treten für eine generelle Freistellung

Antr
s. Haushalt (Lebensführung)

Drs 13/587

Gesundheit in Europa

Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung für die Sozialversicherung

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1163

Auswirkungen des PräventionsGes auf BW

Höhe der verfügbaren Mittel und Träger zur Umsetzung des PräventionsGes, Beteiligung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit; Auflistung der zu Projektmitelanträgen berechtigten Organisationen auf Landes- und Regionalebene; Bevorzugung von Sportvereinen mit qualifizierten Übungsleitern bei der Durchführung von bewegungsorientierten Präventionsangeboten gegenüber Volkshochschulen u.a. mit öffentlichen Mitteln geförderten Trägern

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 13/4088

Abschaffung der Sozialversicherungspflicht für Aufwandsentschädigungen von ehrenamtlich Tätigen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55

Notwendigkeit einer Reform der sozialen Sicherungssysteme; Kritik an der Finanzierung der deutschen Einheit über die Sozialversicherung

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 85 120 121

Dringlichkeit von Reformen der sozialen Sicherungssysteme

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259

Befürchtung einer Zuwanderung in die Sozialsysteme; Reform der Sozialversicherungssysteme mit eigenen Mitteln

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560 563 569 570

Beanspruchung der sozialen Sicherungssysteme durch die hohe Arbeitslosigkeit

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 638

Befürchtung einer Zuwanderung in die Sozialsysteme; Notwendigkeit von Zuwanderung für die Zukunftsfähigkeit der Sozialversicherung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1287 1290 1292

Rückgang der Erwerbstätigkeitsquote älterer Arbeitnehmer, Auswirkungen auf die Sozialsysteme

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675 1676 1678 1680 1686-1688 1710 1721 1722

Feststellung eines Reformstaus bei den sozialen Sicherungssystemen, Verteidigung der Maßnahmen für mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1813 1819

Feststellung eines Reformstaus bei den sozialen Sicherungssystemen; Kritik an der Finanzierung der Kosten der deutschen Einheit über die Sozialversicherungssysteme

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2130 2134 2136

Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2903 2904 2964 2965

Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme, Entlastung von Familien mit Kindern auf der Beitragsseite

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599 3600 3604 3605 3630 3631 3635 3636 3650 3670

Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme, Verankerung von mehr Gerechtigkeit und Effizienz

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3698-3712

Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme, Herausforderungen des demographischen Wandels

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3943 3944

Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme, Einplanung längerer Lebensarbeitszeiten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4025 4026

Höhe der Transferleistungen des Bundes an die Sozialversicherungen, Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4161 4210 4217

Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme angesichts der demographischen Entwicklung

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6548 6549

Auswirkungen der geplanten Mehrwertsteuererhöhung auf die Sozialsysteme, Entwicklung der Zahl bzw des täglichen Wegfalls von Beitragszahlern in die Sozialversicherungen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969-6972

Herausforderungen des demographischen Wandels für die sozialen Sicherungssysteme

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7553

Sozialwesen

s.a. *Fachhochschule für Sozialwesen*

s.a. *Kommunalverband für Jugend und Soziales*

s.a. *Sozialpolitik*

s.a. *Sozialrecht*

Auswirkungen der neuen VO der LReg für die Fachschulen des Fachbereichs Sozialwesen der Fachrichtungen Jugend- und Heimerziehung, Heilerziehungspflege und Heilpädagogik (Sozialwesen FachschulVO) vom 30. März 2004

Höhe und Träger der finanziellen Mehrkosten infolge der o.g. Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung

KIAnfr

s. *Berufsbildende Schule*

Drs 13/3252

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Außerkräfttreten der VO Sozial- und Pflegewesen an FH

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Sozialwissenschaft

s.a. *Bevölkerungsentwicklung*

s.a. *Wirtschaftswissenschaft*

Ausgestaltung der Zukunftsoffensive IV

Partizipation der Geistes- und Sozialwissenschaften an der o.g. Forschungsoffensive

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/4181

Geplanter „Fächertausch“ zwischen den Universitäten Heidelberg und Mannheim

Darlegung o.g. Pläne, der betroffenen Professoren, Mitarbeiter, Studenten und Studiengänge; erwartete Einsparungen; Gründe der Forcierung einer Zusammenlegung der Wirtschaftswissenschaften; Pläne für die neu gegründete Heidelberger Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Gestaltung der Verlagerung der Gymnasiallehrausbildung unter Beteiligung der PH Heidelberg; Prüfung der Auswirkungen durch externe Evaluation vor Erteilung einer Zustimmung zu der geplanten Umstrukturierung

Antr
s. *Studium*
Drs 13/4353

Die Rechtsauffassung der LReg über die Kompetenzkonkurrenz zwischen Aufsichtsrat/Hochschulrat/Universitätsrat und Senat an Hochschulen

Darlegung des letztendlich zuständigen Hochschulgremiums für die Entscheidung über die Bildung, Veränderung, Aufhebung und Zuordnung von Hochschuleinrichtungen; Verbindlichkeit des jüngsten Beschlusses des Senats der Universität Heidelberg über das Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die Vollzugskompetenz des Vorstands bzw. Rektorats?

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/4463

Sozialwohnung

s. *Wohnung*

Soziokultur*Haushalt 2002 und 2003; Epl 14*

Erhöhung der Förderung von Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren

s. *Kultur*
Drs 13/664

Förderung der Soziokultur in BW

Entwicklung o.g. Fördermittel insgesamt sowie für die einzelnen Einrichtungen seit 1992, bedarfsgerechte Anpassung vor dem Hintergrund anstehender Investitionen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 21.02.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/764
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.07.2002 Drs 13/1232 S. 95 96
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Förderung der Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren

Vorlage der angekündigten Förderrichtlinien, Beibehaltung des Finanzierungsschlüssels von 2:1 zwischen Kommunen und Land

Antr
s. *Kultur*
Drs 13/1710

Partnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen und Verbänden/Vereinen iRd Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (IZBB)

Gestellte und genehmigte Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen an den einzelnen Schularten im Sinne des IZBB bzw der Bekanntmachung des KM; Ausgestaltung, Organisation und Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote; Beurteilung der Eignung von Soziokulturellen Zentren, Theatern, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Organisationen der geeigneten Kooperationspartner

Antr
s. *Ganztagschule*
Drs 13/2410

Zukunft der Soziokultur in BW in Anbetracht der Haushaltssituation

Ergebnisse und Konsequenzen der „AG Überlebensstrategie“; Auswirkungen einer Kürzung der bestehenden Förderung um 10 %

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 02.10.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2475
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 50 51
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen im Kunstbereich, bei den Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren; Vorlage eines Strukturkonzepts für die Kultureinrichtungen

s. *Kultur*
Drs 13/2814

Haushaltsskizze 05/06; hier: Kürzungen im Bereich Kunst und Kultur

Höhe und Zielbereiche der Kürzungen, pauschalen Einsparauflagen und globalen Minderausgabe; Einbeziehung der Soziokulturellen Zentren und kommunalen Theater?

KlAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/3891

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Bau- und Infrastrukturanierung in den Soziokulturellen Zentren

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4014-2 S. 29
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4054-1 S. 2
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Ausgleich der Kürzungen für die soziokulturellen Zentren, Streckung der geplanten Investitionen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 981-984

Intervention von Staatssekretär Mappus gegen eine Ausstellung zum Neofaschismus in einem soziokulturellen Zentrum in Pforzheim unter Androhung von Konsequenzen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441 2442 2444 2448-2454

Kürzungen bei der Förderung der soziokulturellen Zentren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3654 3655 3661

Abmilderung der Kürzungen bei der Förderung der soziokulturellen Zentren

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4250 4252 4253 4255

Verschonung der soziokulturellen Zentren vor Einsparungen, Notwendigkeit einer Mittelaufstockung für bauliche Sanierungsmaßnahmen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5978 5980-5982

Soziokulturelles Zentrum

s. Soziokultur

Soziotherapie

s. Heilverfahren

Spätaussiedler

s. Aussiedler

Spaichingen

Berufskolleg Technik und Medien in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

Lehrer- und Unterrichtsversorgung in Furtwangen, Donaueschingen und Spaichingen; Ausgleich der Nachteile für Spaichingen

KlAnfr

s. Berufskolleg

Drs 13/311

Spanien

s.a. Spanisch

Kontrollmitteilungen des Bundesamtes für Finanzen über Immobilienbesitz in Spanien

Umfang, Art, Aufwand und Konsequenzen der Bearbeitung o.g. Mitteilungen beim FM bzw nachgeordneten Behörden; Relevanz von Verjährungsfristen

Antr

s. Immobilie

Drs 13/173

Erklärung zu den Bombenanschlägen in Madrid

s. Explosionsverbrechen

PIPr 13/65 S. 4591

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr

s. Einbürgerung

Drs 13/3885

Import von mit Spritzmittelrückständen belasteten Erdbeeren aus Spanien; Kritik an der Stimulanz von Immobilieninvestitionen auf Mallorca

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 654 686 687

Beifall der Spanier beim Papstbesuch für dessen Verurteilung des Irak-Kriegs, Vorbehalte der Spanier zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der EU

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3057 3060 3062

Fortführung des Antiterrorprogramms nach den Bombenanschlägen vom 11. März in Madrid, Erkenntnisse über den Aufenthalt mutmaßlicher Attentäter in Deutschland

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4606 4611 4615 4618 4621 4624 4625

Erwartung einer Verurteilung der Anschläge in Madrid durch muslimische geistliche Führer

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4721

Aufklärung der Bombenanschläge von Madrid mithilfe des Zugriffs auf gespeicherte Kommunikationsdaten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6255

Spanisch

Erhalt und Förderung des Spanischunterrichts an weiterführenden Schulen im Land BW

Künftiger Stellenwert an Gymnasien bzw in der reformierten Oberstufe, an beruflichen Schulen sowie Realschulen; Aufwertung als zweite Fremdsprache an Gymnasien

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 12.06.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1080

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 23.10.2002 Drs 13/1637 S. 25 26

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Zukunft und Entwicklung des Schulstandorts Haigerloch

Gründe und Auswirkungen der Abweisung auswärtiger Schüler an der Realschule sowie Genehmigung der Umstellung des Progymnasiums zu einem Vollgymnasium, Verweigerung eines sprachlichen Profils? Ermöglichung der Gewinnung einer Lehrkraft für Spanisch

Antr

s. Haigerloch

Drs 13/2052

Spanplatte

Spanplattenrecycling

Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit des Recyclings sowie der Verbrennung und Deponierung von Spanplatten, Zielkonflikte mit der Primärverwendung von Holz?

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 30.08.2002 und Antw UVM Drs 13/1287

Sparen

s.a. Bausparen

Die kulturellen Einrichtungen im Land unter dem Druck von Haushaltskürzungen

Höhe und Auswirkungen o.g. Kürzungen im Epl 14 infolge der globalen Minderausgabe, Auswirkungen auf die kommunale Kofinanzierung und Finanzierungsbeiträge anderer Dritter

Antr

s. Kultur

Drs 13/882

Haushaltsklarheit, restriktiver Haushaltsvollzug und globale Minderausgaben

Verfügung bzw Erbringung der globalen Minderausgaben u.a. Bewirtschaftungsmaßnahmen im Haushalt 2002, erwartete Mehreinnahmen gegenüber den Planansätzen zur teilweisen

Schließung der Deckungslücke, Auswirkungen bei den Einzelplänen und Etatansätzen, Umfang der Beeinträchtigung des Polizeibereichs und Landesstraßenbaus durch die Einsparauflagen

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/1214

Kürzungen der Landesmittel für Entwicklungszusammenarbeit
Umfang und Bereiche der zu erbringenden Einsparungen im Zuge der Erhöhung der globalen Minderausgaben; Auswirkungen auf Maßnahmen und Projekte im Inland, der Außenwirtschaft und Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; Einsparauflagen der anderen mit Entwicklungspolitik befassten Ressorts

KlAnfr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/1236

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen
Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidar-pakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vorgaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1497

Einsparliste für den Landeshaushalt 2003

Darlegung der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission und der ergangenen Prüfaufträge, Klärung von widersprüchlichen Aussagen der Kommissionsmitglieder, insbes zu den notwendigen Strukturveränderungen und erwarteten Steuereingängen 2003; Gründe für die Zurückstellung der vorgesehenen Personaleinsparungen; Frage nach der geplanten Kürzung bei der Imagekampagne des Landes sowie Einführung allgemeiner Studiengebühren; Vereinbarkeit eines Nachtragshaushalts im März mit der Steuerschätzung im Mai 2003

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/1560

Die sozialpolitische Schiefelage in der Streichliste der LReg und ihre Auswirkungen für die Menschen im Land

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292-2306

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr
s. *Beamter*
Drs 13/1737

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbesoldungsGes und LandesbesoldungsanpassungsGes, des ADV-ZusammenarbeitsGes, EingliederungsGes, Forstverwaltungs-Kostenbeitrags-Ges, VersorgungsrücklageGes, FinanzausgleichsGes, der GebührenVO hinsichtlich der Gebühren für polizeiliche Maßnahmen, Erhöhung der Prüfungsgebühren für die Teilnahme an der Ersten juristischen Staatsprüfung zur Notenverbesserung, Aufhebung der Ausbildungs- und PrüfungsO für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Subventionen in BW

Bericht über die Finanzhilfen 2003: Höhe der Kofinanzierung vonseiten des Bundes und der EU, gesetzliche Grundlagen, Evaluation der Zuweisungen, Möglichkeiten und Kriterien von Kürzungen

KlAnfr
s. *Subvention*
Drs 13/2137

Vorschläge des Wirtschaftsministers zum Abbau von Subventionen in BW

Aufnahme o.g. Vorschläge zur pauschalen Kürzung aller Subventionen um zehn Prozent in den kommenden drei Jahren bzw Umsetzung des Vorschlags der Haushaltsstrukturkommission? Klärung des Subventionsbegriffs und damit der Ausgangsbeträge; Vorlage eines Gesetzes zur zeitlichen Befristung, degressiven Auszahlung sowie Rückzahlbarkeit von Finanzhilfen

Antr
s. *Subvention*
Drs 13/2143

Subventionsabbau und Beendigung der Blockadepolitik im BRat

Hinwirkung auf Abschaffung der Kohlesubventionen, Rückführung der Eigenheimzulage auf die energetische Sanierung und den Erwerb von Altbauten, Abbau der Entfernungspauschale sowie der Subventionierung innereuropäischer Flüge durch Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes; Bericht über die Verhandlungsposition auf Bundesebene im FinA

Antr
s. *Subvention*
Drs 13/2190

Kultur braucht Freiräume - das Streichkonzert der LReg im Kunst- und Kulturbereich in BW

Aktuelle Debatte
s. *Kultur*
PIPr 13/52 S. 3653

Einsparungen bei den Schulen in freier Trägerschaft

Zugrundelegung des Kostenmodells der interfraktionellen Arbeitsgruppe bei der Ermittlung der Kosten für die Höhe der beabsichtigten Einsparungen

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/2669

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des LandesbeamtenGes, EingliederungsGes, des Gesetzes zur Durchführung des UnterhaltsvorschussGes, des FinanzausgleichsGes, UniversitätsklinikGes, des Gesetzes zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie, Fusion der jeweiligen FH in Esslingen und Mannheim (Errichtung der Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen sowie der Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim), Änd des FachhochschulGes, des PflichtexemplareGes und der BeihilfeVO

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/2680

Umsetzung der Einsparungen an Hochschulen

Umsetzung der im Epl 14 ausgewiesenen globalen Minderausgaben und allgemeinen Einsparauflagen an den einzelnen Hochschulen im Haushalt 2004 und seit 1996, Höhe der Einsparungen in Relation zum Gesamthaushalt der jeweiligen Hochschule

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/3100

Globale Minderausgaben 2004 im Haushaltsvollzug

Höhe der im Haushaltsvollzug 2004 durch Einsparungen bereits erbrachten und noch zu erbringenden globalen Minderausgaben differenziert nach Einzelplänen, Maßnahmen und den angewandten Kategorien; Fortführung der Kürzungsmaßnahmen auch in den kommenden Haushaltsjahren?

KlAnfr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/3197

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Bereiche und Höhe der Deckungslücken für die Hj 2004-2006, Umfang der vorgesehenen Neuverschuldung, Erreichung eines verfassungsgemäßen Haushalts 2004/05? Beschlüsse der Haushaltsstrukturkommission, insbes Verkauf von Vermögen, Grundstücken, Forderungen, Kürzungen bei den Kommunen und Personaleinsparungen; Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Einlage bei der LBBW, Höhe und Verwendung des Bankbeitrags der L-Bank; Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/3465

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr

s. *Kultur*

Drs 13/3479

Kürzungen gegenüber dem verabschiedeten Haushaltsplan des Kultusministeriums für 2003

Höhe und Bereiche der o.g. Kürzungen im Epl 04 in den Hj 2003 und 2004; Zahl der verfügbaren Krankheitsvertretungen für die einzelnen Schularten in den letzten fünf Jahren

Antr

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

Drs 13/3705

Prüfaufträge der Haushaltsstrukturkommission

Umsetzungsstand der in Drs 13/1560 aufgelisteten Prüfaufträge, Gründe für die noch nicht erfolgte Erledigung einzelner Aufträge

KlAnfr

s. *Haushalt (Finanzen)*

Drs 13/3808

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Streichung der Sonderzahlung für (höhere) Beamte als Berufsanfänger; Erhebung eines Pflegebeitrags der Pensionäre; Änd der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen; Reduzierung der Entschädigung der Gemeinden für Aufwendungen für Grundbuchämter und Notariate; Begrenzung der Zuschüsse an private Abendrealschulen, -gymnasien und Kollegs; Verringerung der Bekleidungskontogutschriften für die Polizeibeamten; Änd des LSonderzahlungsGes, des FinanzausgleichsGes, PrivatschulGes, der VO über die Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie der PolizeidienstkleidungsVO

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/3832

Haushaltsentwurf 05/06; hier: Kürzungen im Bereich Kunst und Kultur

Höhe und Zielbereiche der Kürzungen, pauschalen Einsparauflagen und globalen Minderausgabe; Einbeziehung der soziokulturellen Zentren und kommunalen Theater?

KlAnfr

s. *Kultur*

Drs 13/3891

Folgen der Haushaltssperre für das Sozialressort

Umfang und Auswirkungen der zu erbringenden Einsparungen, insbes für kleine Einrichtungen und Selbsthilfegruppen; Vermeidung von unnötigen Härten und Schließungen

Antr

s. *Sozialminister*

Drs 13/4383

Einsparungen der Ressorts iRd Ausgabensperre

Vorlage der o.g. Einsparvorschläge iRd Nachtragshaushalts 2005 zur Beschlussfassung

Antr GRÜNE 17.06.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4411

Schwarz-Rot-Stift beim Angebot von Bus und Bahn

Aktuelle Debatte

s. *Öffentliches Verkehrsmittel*

PIPr 13/108 S. 7869

Ankündigung einer Finanzpolitik der Sparsamkeit in der neuen WP

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Ermunterung der Opposition zur Einbringung konstruktiver Sparvorschläge; notwendige Einsparungen infolge der Steuerreform und konjunkturbedingter Steuermindereinnahmen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 64 65 81 82 90 93

Bedeutung von Einsparungen und Investitionen an den jeweils richtigen Stellen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200 202 208-213

Vorlage eines Haushalts mit Einsparungen und Investitionen an den jeweils richtigen Stellen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 333 336-343

Sparvorgaben und Einsparleistungen des WM

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 438 439 442-446 448

Umfang und Zielbereiche von Einsparungen im Haushalt

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 640 641 645 701 704 705

Bewertung der Einsparungen als Leitlinie des Hpl 2002/03, Kompensation der Steuerausfälle durch Einsparungen, Erwartung von konkreten Sparvorschlägen durch eine Haushaltsstrukturkommission

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 796 798-800 803 804 809-811 815-820 823 825

Rücknahme von Einsparungen zulasten von Familien, Erarbeitung von Sparvorschlägen durch die Haushaltsstrukturkommission, Bewertung des Haushalts unter der Prämisse Sparen und Investieren

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 839 840 847 850 853 855 876 891 893-905 907-909 919

Versuch des gleichzeitigen Sparens und Gestaltens mit dem Doppeletat 2002/03

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1036-1041 1063 1064 1070-1075 1078-1081

Bemühungen um Einsparungen und Investitionen mit dem Haushalt 2002/03

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093-1096 1102 1103 1105 1109-1111

Sparvorschläge nach Bekanntwerden der Steuerausfälle auf Bundes- und Landesebene, Auslotung von Einsparmöglichkeiten durch die Haushaltsstrukturkommission, Stellenzugänge trotz der Sparzwänge

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112-2118 2121-2124 2127-2133 2135-2137 2140 2141 2143 2144 2146 2147 2174 2175

Begründung der Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung mit Sparzwängen, Bewertung als vorgeschobenes Argument

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2472-2479

Fortsetzung der strukturellen Sparanstrengungen mit dem Nachtrag für 2003; Umsetzung der Vorschläge des RH für eine sparsamere Haushalts- und Wirtschaftsführung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2627-2630 2632 2634-2643 2645 2646 2648-2654 2656 2657 2662 2666-2668 2671-2681

Fortsetzung der strukturellen Sparanstrengungen mit dem Nachtrag für 2003, Ablehnung der Kürzungen im Sozialbereich

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701-2739 2763

Bewertung der hohen Verluste der kleinen Sparer seit drei Jahren

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3015

Fortsetzung der Sparanstrengungen mit dem Haushalt 2004, Aufforderung zu Einschnitten auf Bundesebene

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386 3389

Vorlage von Sparhaushalten seit 1991; Einsparziele im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verwaltungsreform; Aufforderung zu Einschnitten auf Bundesebene; Finanzierung einer vorgezogenen Steuerreform durch Einsparungen; Begründung der Einsparungen im Kulturbereich

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3605 3606 3610 3611 3614-3617 3619-3623 3629-3632 3638 3645 3653-3661

Verweisung auf weitere Sparzwänge des Landes, Vorschlag einer Streichung der Stelle des Ministerialdirektors in der Berliner Landesvertretung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3791-3798 3802 3820

Ankündigung einer zweiten Einsparrunde für den Haushalt 2004, Verweisung auf die vorherige größte Einsparaktion in der Landesgeschichte

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941 3942 3946 3947 3959-3963 3965

Fortsetzung einer sparsamen Haushaltsführung, Vorlage einer Nachschiebeliste für den Haushalt 2004, Abwägung zahlreicher Einsparvorschläge

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007 4009 4012-4014 4018-4022 4027-4031 4034-4038 4064 4065 4071 4072

Bewertung der Kürzungen und Schwerpunkte des Haushalts 2004, Frage nach Ergebnissen der Haushaltsstrukturkommission, Unterstützung der Sparbemühungen durch den RH

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4151-4155 4158-4161 4165 4166 4170 4171 4180 4184 4189-4191 4203-4222 4227

Sparbeitrag des Landtags, Beeinträchtigung der Gestaltungsfreiheit des Parlaments durch die Höhe der globalen Minderausgaben; Verweisung auf die größte Einsparaktion in der Landesgeschichte

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4231-4256 4267 4282 4287 4289-4291 4293 4294 4303 4305 4306 4308 4314

Einsparbeiträge des UVM und MLR, Ablehnung von Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip; Notwendigkeit weiterer Einsparungen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4340 4342 4345 4347 4354 4357 4362-4379

Bewertung der Einschnitte im Haushalt 2004, Notwendigkeit einer Nachschiebeliste nach der Steuerschätzung vom November; Bewertung der Haushaltsstrukturkommission als demokratisch nicht legitimiert

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4443 4447-4449 4451-4457 4460 4461

Einsparziele im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4899-4903 4911-4917 4919 4920 4927-4932 4935-4938 4941-4943 4952 4954-4960

Kritik an den Einsparungen im Bereich von Bildung und Forschung; Einsparziele im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verwaltungsreform, Zweifel an der Erreichbarkeit der vorgegebenen Effizienzrendite von 20 %

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4964 4967-4971 4974 4979-4982 4988-5039

Ankündigung einer Fortsetzung der Sparanstrengungen mit dem Haushalt 2005/2006; Aufforderung zu Einsparungen bei der Regierungsmannschaft

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5139-5141 5148 5150 5158-5162 5166

Kritik an der Personalvermehrung im StM bei gleichzeitigen Einsparungen in unteren und sozialen Bereichen, Forderung nach Verzicht auf einen neuen Staatsminister; Ablehnung einer Ausnutzung des bürgerschaftlichen Engagements als Lückenbüßer für leere staatliche Kassen; Bezeichnung von Frau Dr. Scha- van als Obersparkkommissarin

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5490-5494 5499 5514-5521 5523

Ankündigung einer Fortsetzung der Sparanstrengungen mit dem Haushalt 2005/2006; Bewertung der Kaufzurückhaltung als Angstsparen der Bürger; erwartete Einsparungen mit einer Justizreform sowie einer Reform der staatlichen Hochbauverwaltung

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637-5646 5671-5673 5675 5676 5678-5680 5695-5698

Stelleneinsparungen infolge der Arbeitszeiterhöhung und Verwaltungsreform; Kritik an Einsparungen zulasten der Landwirte; Annäherung struktureller Einsparungen, Frage nach Ergebnissen der Haushaltsstrukturkommission, Ablehnung der Kürzungen im Sozialbereich

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795-5798 5800-5803 5806-5823 5826 5827 5847 5849-5853

Bezeichnung der Haushaltskürzungen als maßvoll, Kritik an den Kürzungen im Sozialbereich; erhoffte Einsparungen im Zuge der Verwaltungsreform; Erinnerung an die zurückliegenden Sparhaushalte

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5870 5872 5875 5876 5878 5880 5881 5886 5888 5894-5897 5900 5903 5905 5906 5914 5915 5917 5919 5920 5922-5944 5947 5951

Verschonung des Ltg und RH vor weiteren Einsparungen; Schließung der Finanzlücken im Hpl 2005/2006 durch Einsparungen, Schuldaufnahmen und Grundstücksverkäufe; Abmilderung der Kürzungen in verschiedenen Epl

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5956-5958 5960 5963 5964 5966-5968 5970-5972 5978-5984 5986-6000 6005 6006 6008 6015 6017-6022 6024-6028 6030-6033 6037

Vorgesehene und tatsächliche Einsparungen in verschiedenen Epl, Kritik an der Rasenmähermethode, Notwendigkeit struktureller Einsparungen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054 6057 6061 6062 6065 6067 6068 6072 6079-6083 6085-6088 6095 6101 6102 6105-6110 6112 6113 6115-6117

Sparanstrengungen zur Reduzierung der Deckungslücken 2005/2006, Verzicht auf die Rasenmähermethode

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139-6145 6147 6148 6150 6152-6154 6158

Verweisung auf die Sparanstrengungen der Regierungskoalition, Notwendigkeit einer Einsparung des strukturellen Defizits

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6310 6312-6314

Einsparvorschläge des RH, Erinnerung an die unterschiedliche Definition des Begriffs Sparen im öffentlichen und privaten Bereich durch Manfred Rommel

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394

Konsequente Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung, Bezeichnung des Nachtrags zum Hpl 2006 als Sparnachtrag, Notwendigkeit struktureller Einsparungen beim Land und Bund

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7332-7350

Konsequente Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung, Bezeichnung des Nachtrags zum Hpl 2006 als Sparnachtrag

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7395 7397 7398 7400-7404

Vorschläge des RH zu Einsparungen und zur Erschließung zusätzlicher Sparpotenziale

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7851-7857

Sparkasse

s.a. Bausparkasse

Zukunft der Sparkassen und der Landesbanken in BW

Auswirkungen der Abschaffung der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast, der Verschärfung der Eigenkapitalregeln nach Basel II sowie des technischen Wandels; Konsequenzen iRd Novellierung des SparkassenGes; Entwicklung der Zahl, Bilanzsummen, Ertragskraft und Eigenkapitalquoten der Sparkassen in Württemberg und Baden; Beurteilung des Plattformmodells für Landesbanken und Sparkassen nach der Einigung zwischen Bund, Ländern und EU-Kommission

Antr SPD 02.08.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/150

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1605-1615

Zukunft der landesbeteiligten BW-Bank

Beurteilung eines möglichen Zielkonflikts nach Übernahme der Anteilsmehrheit durch die LBBW, insbes durch die gesetzlich vorgegebene Aufgabe zur Förderung der Sparkassen als deren Zentralbank und der Wettbewerbslage zwischen LBBW und BW-Bank im mittelständischen Finanzierungsbereich

Antr

s. Baden-Württembergische Bank

Drs 13/960

Auswirkungen von Basel II auf Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Anwendung der neuen Kreditvergaberichtlinien durch Banken und Sparkassen schon heute? Eigenkapitalausstattung bei Bau-trägern und Bauunternehmen; Verweigerung von Krediten bzw Vergabe zu erhöhten Konditionen; Hinwirkung auf eine Rück-

kehr zu den derzeit geltenden Vergaberegeln bzw zu einer mittelstandsfreundlichen Veränderung von Basel II

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/965

Ges zur Änd sparkassenrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie Schlussfolgerungen für den Bereich der Sparkassen, Ermöglichung der Errichtung bzw Übernahme der Gewährträgerschaft einer Sparkasse durch den Sparkassenverband; Änd des SparkassenGes, des Ges zur Änd des SparkassenGes sowie der Sparkassenwahlordnung

GesEntw LReg 11.06.2002 Drs 13/1062 (24 S.)
1. Beratung PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1605-1615
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2002 Drs 13/1130 (10 S.)
ÄAntr CDU und FDP/DVP 17.10.2002 Drs 13/1396
2. Beratung PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1927-1932
GesBeschl 16.10.2002 Drs 13/1399
GBI 2002 Nr. 12 S. 386-390 (Ges vom 22.10.2002)
Bekanntmachung der NF des SparkassenGes GBI 2003 Nr. 5 S. 215-228

Auswirkungen der neuen Aufsichtsregeln der EU für Finanzkonglomerate auf die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und die Genossenschaftsbanken

KlAnfr
s. *Finanzmarkt*
Drs 13/1764

Auswirkungen von Basel II und MaK auf die Wirtschaft und das Kreditgewerbe in BW

Stand und Auswirkungen der Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft und der neuen internationalen Eigenkapitalempfehlung für Kreditinstitute, zusätzlicher Aufwand und Verteuerung der Kreditvergabe insbes an die mittelständische Wirtschaft, Darlegung der unterschiedlichen Positionen der einzelnen Sparkassen- und Bankenverbände

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/2309

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/2598

Zukunft und Bedeutung der Sparkassen in BW

Bedeutung innerhalb der Bankenstruktur und für die Kreditversorgung der mittelständischen Wirtschaft; Frage nach Kenntnissen über Neuerungen bei der Kreditgewährung und über Verkaufsabsichten; Möglichkeiten zur Verhinderung des Verkaufs von Sparkassen an Privatbanken

Antr Rolf Kurz u.a. CDU 17.12.2003 und Stellungnahme IM
Drs 13/2751

BeschlEmpf und Bericht InnenA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 21 22
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Personalaufwand bei Banken und Sparkassen zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften

Entwicklung des o.g. Aufwands an Personal und Kosten in den letzten 20 Jahren; Maßnahmen zur Reduzierung dieses Aufwands

Antr
s. *Kreditgewerbe*
Drs 13/3471

Provisionen für die Bereitstellung von Kontokorrentlinien

Hinwirkung auf einen Verzicht der Sparkassen und Volksbanken auf die Forderung von Kreditprovisionen für zugesagte Kontokorrentlinien

Antr
s. *Kredit*
Drs 13/3551

Ges zur Änd der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung u.a. Gesetze

Beschränkung der Hinderungsgründe für die Tätigkeit als Gemeinderat, Kreisrat oder ehrenamtlicher Bürgermeister auf die Rechtsaufsicht; Änd des SparkassenGes, des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart sowie des LPlanungsGes

GesEntw
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3723

Ges zur Änd des SparkassenGes für BW

Ermöglichung der Beteiligung des Sparkassenverbands BW an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten in anderen BLändern sowie der Beteiligung weiterer Gewährträger am Stammkapital der Landesbausparkasse

GesEntw CDU und FDP/DVP 05.11.2004 Drs 13/3724
1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5634
Mittlg LtGPräs 23.11.2004 Drs 13/3765
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3781
2. Beratung PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5688-5692
GesBeschl 08.12.2004 Drs 13/3901
GBI 2004 Nr. 17 S. 883 884 (Ges vom 14.12.2004)
Bekanntmachung der NF des SparkassenGes für BW GBI 2005 Nr. 12 S. 587-601

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandatsträger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKreisordeung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3738

Prüfungen bei öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen in BW

Rechtsgrundlagen, Zahl, Ergebnisse, Personal- und Zeitaufwand der o.g. Prüfungen; Ausschreibung oder anderweitige Vergabe der Prüfaufträge; Frage nach einem Zusammenhang zwi-

schen den zunehmenden Prüfungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und einer sinkenden Kreditvergabebereitschaft, insbes gegenüber dem Mittelstand und Handwerk

Antr
s. *Kreditgewerbe*
Drs 13/4210

Sicherung der Sparkassen-Informatik für den Standort BW
Nutzung der Einflussmöglichkeiten beim Sparkassenverband zur Sicherung der Sparkassen-Informatik in Karlsruhe und Fellbach

Antr
s. *Informatik*
Drs 13/5170

Verteidigung der öffentlich-rechtlichen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast der Sparkassen gegenüber der EU
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65 66 103

Verweisung auf eine Kompromisslösung mit der EU über die öffentlich-rechtliche Gewährträgerhaftung und Anstaltslast der Sparkassen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1457 1459

Würdigung des Engagements der Sparkassen zur Kreditversorgung des Mittelstands

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2369 2370

Würdigung des Engagements der Sparkassen zur Kreditversorgung des Mittelstands, Kritik am Zwang der EU zur Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast der Sparkassen

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3312

Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Sparkassen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626

Würdigung des Engagements der Kreissparkassen zur Kreditversorgung des Mittelstands, Zusammenarbeit mit der L-Bank

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3908-3910 3912 3913

Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Sparkassen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4148

Verweisung auf die Kompromisslösung mit der EU über die öffentlich-rechtliche Gewährträgerhaftung und Anstaltslast der Sparkassen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5106 5110

Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Sparkassen in Konkurrenz mit privaten Banken

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5904

Sparkassengesetz

s. *Sparkasse*

Sparkassenwahlordnung

s. *Sparkasse*

Sparkonto

s. *Konto*

Spastiker

s. *Behinderter*

SPD

s. *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*

Spedition

s. *Verkehrsunternehmen*

Spende

s.a. *Geschenk*
s.a. *Sponsoring*

Schreiben des BVerfG vom 14.12.2001, Az.: 2 BvE 2/01 - Organstreitverfahren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Mitglieder im Parteispendenuntersuchungsausschuss gegen den Parteispendenuntersuchungsausschuss wegen Beweiserhebung

s. *Untersuchungsausschuss*
PIPr 13/17 S. 833

Privat finanzierte Drittmittelforschung an den Universitäten und ihre Bedingungen nach dem jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofs

Darlegung der Einwerbungs- und Abwicklungswege von Drittmitteln und Spenden an den einzelnen Universitäten, Gründung von Fördervereinen zur Umgehung der Universitätsverwaltungen, Anzeige sämtlicher Zuflüsse und Berücksichtigung bei der leistungsbezogenen Ressourcenzuweisung; Novellierung der Drittmittelrichtlinien als Konsequenz auf die o.g. Rechtsprechung, Verschärfung der Transparenz- und Kontrollvorgaben, Reduzierung des Verwaltungsaufwands, Vermeidung der Umgehungskonstruktionen von Geldgebern und Wissenschaftlern

Antr
s. *Drittmittelförderung*
Drs 13/1055

Spendensammelaktion „Helge“ des Kreisverbands des Deutschen Kinderschutzbundes Böblingen (DKSB)

Begründung der Aufforderung des RegPräs Karlsruhe zur Einstellung der o.g. Aktion, Möglichkeiten zur Fortführung bzw zur finanziellen Absicherung des Lern- und Spielhauses in Maichingen

KIAnfr Stephan Braun SPD 05.12.2002 und Antw SM Drs 13/1588

Spende der LBBW an die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit
Verknüpfung der o.g. Kapitalzuführung mit der Fortführung der Bezuschussung der Stiftung aus dem Landeshaushalt, Begründung der Spende mit Absprachen im Zuge der damaligen Fusionsverhandlungen zur LBBW, Frage nach einem persönlichen Drängen des MinPräs auf Einlösung dieser Zusagen

Antr
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 13/1913

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 15)

Betätigungsprüfung bei der früheren Landesholding
Ausschluss einer weiteren Gewährung von Spenden durch die Beteiligungsgesellschaft des Landes

Mittlg
s. *Landesbeteiligung*
Drs 13/2700

Verwendung von Sponsorengeldern für den Förderkreis „friends of pop“ der Pop-Akademie BW GmbH

Steuerrechtliche Überprüfung der Verwendung o.g. Spende der Daimler-Chrysler AG an den Mannheimer Abg Klaus Dieter R. zum Zwecke der Anschubfinanzierung des Fördervereins der Pop-Akademie Mannheim, Frage nach Ergebnissen dieser Prüfung sowie nach staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 13/4078

Entschließung zu den Folgen des Seebebens in Südostasien

Dank für die große Solidarität, Spenden- und Hilfsbereitschaft der Bürger und den Einsatz der Polizeibeamten; Eintreten für eine effektive Verwendung der Spenden für langfristig wirksame Projekte und Aufbaumaßnahmen; Ansiedlung der Koordinierungsstelle im WM, Bestimmung als Anlaufstelle zusammen mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit für die Hilfsorganisationen; Prüfung einer Partnerschaft mit einem Land in Afrika bzw der Wiederbelebung der Partnerschaft mit Burundi unter Einbeziehung der SEZ und des Dachverbands Entwicklungspolitik BW

Antr
s. *Katastrophenhilfe*
Drs 13/4085

Empfang des MinPräs für Delegationsmitglieder seiner Auslandsreisen

Versand von Spendenbriefen an die zur o.g. Veranstaltung im Neuen Schloss eingeladenen Teilnehmer: Höhe der eingegangenen Spenden, der veranschlagten sowie tatsächlichen Kosten des Empfangs, verfügbare Haushaltsmittel des StM, Zahl der vorgeesehenen Abschiedsveranstaltungen des MinPräs

KlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 13/4051

Die Aktion „Aus 1 mach 3“ am Mannheimer Nationaltheater

Höhe der eingeworbenen Spenden nach der Verdoppelungs-Zusage des damaligen CDU-Fraktionschefs, Höhe der danach errechneten bzw der tatsächlich vom MWK bereitgestellten Summe; Erfüllung der getroffenen Vereinbarung in vollem Umfang

KlAnfr
s. *Theater*
Drs 13/4602

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der LKreisordeung

Einwerbung und Annahme von Zuwendungen Privater zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, Regelung des vom Bürgermeister und Gemeinderat einzuhaltenden Verfahrens, insbes der Entscheidungskompetenz des Gemeinderats über die Annahme der Spende, Schenkung o.ä. Zuwendung

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/4948

Wiederholung der Forderung nach einem Abschluss der Parteispendenaffäre durch die CDU

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 164

Klärung der Finanzierung einer Umfrage zur Wirtschaftspolitik von Minister Dr. Döring, Zurückweisung der Bewertung als Parteispende

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4779 4783 4788 4789 4791-4795

Schaffung von Rechtsklarheit für die kommunalen Entscheidungsträger über die Zulässigkeit der Annahme von Spenden

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6820 6821

Schaffung von Rechtsklarheit für die kommunalen Entscheidungsträger über die Zulässigkeit der Annahme von Spenden

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7262

Schaffung von Rechtsklarheit für die kommunalen Entscheidungsträger über die Zulässigkeit der Annahme von Spenden

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7414 7415 7421

Spenden der FlowTex-Gruppe bzw von Herrn Schmider zur Wahlkampffinanzierung von OB-Wahlen sowie an Parteien; Werbung um Spenden ehemaliger Studenten an ihre Hochschulen; Schaffung von Rechtsklarheit für die kommunalen Entscheidungsträger über die Zulässigkeit der Annahme von Spenden

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7572 7573 7576 7578 7579 7599 7629-7633

Sperrzeit im Gaststättengewerbe

Aspekte des Schutzes junger Menschen und der Sicherheit vor dem Hintergrund der geplanten Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen

Aktuelle Debatte
s. *Jugendschutz*
PIPr 13/26 S. 1530

Geplante Verkürzung der Sperrzeit für Spielhallen durch die LReg

Verzicht auf die Verkürzung der bisherigen Sperrzeit

Antr SPD 11.06.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1059
BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 18 19
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Belebung unserer Innenstädte

Ermöglichung einer Verkürzung der Sperrzeit für die Außengastronomie

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 04.11.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2576

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Verbraucherfreundlichkeit

Frage nach einer Ausnahmeregelung im KAG zur Erhebung von Kurtaxe von ortsfremden Tagungsteilnehmern; Ermöglichung einer gelockerten Handhabung der Sperrzeitenregelung für Musik- und Tanzveranstaltungen

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/2592

Entbürokratisierung des Gastgewerbes

Bewertung der vom Hotel- und Gaststättenverband vorgelegten Vorschläge und deren Realisierbarkeit, Ausgestaltung der Sperrzeiten im Gastgewerbe in anderen BLändern, Beurteilung einer Einschränkung der Sperrzeiten und Freigabe der Ladenschluss-

zeiten zumindest während der Fußballweltmeisterschaft 2006

Antr

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Drs 13/4153

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr

s. *Alkohol*

Drs 13/4789

Offensive touristische Vermarktung der Fußballweltmeisterschaft 2006, Aufhebung der Sperrzeit in der Gastronomie während dieser Zeit

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491

Offensive touristische Vermarktung der Fußballweltmeisterschaft 2006, Aufhebung der Sperrzeit in der Gastronomie während (und nach) dieser Zeit

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7955 7961 7962

Spiel

s.a. *Freizeitsport*

s.a. *Lotterie*

s.a. *Spielbank*

s.a. *Spielhalle*

s.a. *Spielsucht*

s.a. *Spielwaren*

Wege der Gewaltprävention

Freisetzung von Aggressionspotenzial durch Gewalt verherrlichende Filme, Musik und Computerspiele wie z.B. Paintball oder Gotcha; Vorschläge für Gegenmaßnahmen; Erfahrungen mit Streitschlichtung und Mediation an den Schulen sowie sozialem Training für auffällig gewordene Jugendliche; Ermöglichung der Information von Eltern bereits volljähriger Schüler; Bedeutung von Gewaltprävention bereits im frühkindlichen Alter, Schulungen für Eltern und Erzieher

Antr

s. *Gewaltanwendung*

Drs 13/1047

Videospiele in Justizvollzugsanstalten

Frage nach einem grundsätzlichen Verbot von Videospielkonsolen in den JVA

KlAnfr Margot Queitsch SPD 11.03.2003 und Antw JuM

Drs 13/1869

Jugendschutznovelle mit Nebenwirkungen

Auswirkungen des neuen JugendschutzGes für Käufer und Verkäufer von PC, Computerspielen u.a. Unterhaltungssoftware mit und ohne Altersfreigabe; Möglichkeiten zur Verifikation der Altersangaben von Kindern und Jugendlichen, insbes im Versandhandel; Zeitdauer, Kriterien und Kosten der Verfahren zur Prüfung der Altersfreigabe; Notwendigkeit einer Altersfreigabe auch für Heft-CD von Zeitschriften, Aussetzung des Gesetzesvollzugs?

Antr

s. *Jugendschutz*

Drs 13/2089

Entwicklung beim Fernsehsender BTV 4 U

Anteil von Glücksspielsendungen am Gesamtprogramm, Teilnahme nur über die im Besitz des Lizenznehmers befindlichen Serviceleitungen als kostenpflichtige Anrufe, Bewertung als Geldeinsatz und damit als Lotterie; Darlegung der Rolle des Senders iR eines landesweiten privaten Fernsehprogramms

Antr

s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/2554

Verbraucherrechtliche Grundlagen für über telefonische Interaktion finanzierte Fernsehsender

Zulässigkeit o.g. Fernsehformate, die über Einnahmen aus kostenpflichtigen telefonischen Diensten während der Sendungen, bei Gewinnspielen u.a. Spielen finanziert werden; Vereinbarkeit mit dem Medienrecht des Bundes und der Länder; Berechtigung von Zuschauerbeschwerden bei der LfK; Erarbeitung von Regelungen zum Schutz der Verbraucher gemeinsam mit den anderen BLändern

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/2763

Situation und Entwicklung der Spielbanken in BW

Erfahrungen und Probleme seit der Zusammenführung der Spielbanken Stuttgart, Baden-Baden und Konstanz unter das neue Dach einer landeseigenen Gesellschaft; Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Standorte im Vergleich mit den Spielbanken bundesweit und im benachbarten Ausland; Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage; Entwicklung der Spiele im klassischen Bereich sowie neuer Formen des Glücksspiels

Antr

s. *Spielbank*

Drs 13/2954

Staatliche Wetten und Lotterien in BW

Entwicklung der jeweiligen Umsätze und Einnahmen des Landes, Beurteilung der Perspektiven vor dem Hintergrund elektronischer Spielmöglichkeiten und des Internet

Antr

s. *Lotterie*

Drs 13/3047

Ges über staatliche Lotterien, Wetten und Ausspielungen (StaatslotterieGes - StLG)

Zusammenfassung der bisher in verschiedenen Gesetzen geregelten Materie; Regelung der Befugnis des Landes sowie der ordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Veranstaltung staatlicher Glücksspiele; Bestimmung der Höhe der Gewinnausschüttungen und Verwendung der Reinerträge; Außerkrafttreten der bisherigen Gesetze über Sportwetten, Pferdewetten, Zahlenlotto, Zusatzlotterien und die Losbrieftlotterie

GesEntw

s. *Lotterie*

Drs 13/3719

Förderung der Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen durch Gewalt verherrlichende Computerspiele und Spielautomaten, Ablehnung einer Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1531-1535 1537-1539

Förderung der Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen durch Gewalt verherrlichende Computerspiele, Notwendigkeit eines Verbots von Killerspielen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2485 2486

Ablehnung von Gewinnspielen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Überprüfung der Glücksspiele in den Programmen von BTV, 9Live und DSF

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4421 4422

Rechtliche Überprüfung der interaktiven Glücksspiele des Senders BTV und dessen Finanzierung über teure Telefongebühren

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4536 4538

Schaffung einer bundeseinheitlichen Rechtsgrundlage für alle Glücksspiele außerhalb von Spielbanken, Verhinderung des Ausweichens auf illegale Spielangebote

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4860-4864

Schaffung einer bundeseinheitlichen Rechtsgrundlage für alle Glücksspiele außerhalb von Spielbanken, Verhinderung des Ausweichens auf illegale Spielangebote

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4943-4945

Bündelung der landesweiten Zuständigkeit für unerlaubtes Glücksspiel beim RegPräs Karlsruhe; Zweifel am Erhalt des staatlichen Glücksspielmonopols aufgrund jüngster Entscheidungen des BVerfG und EuGH

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6828-6831

Beklagung des Konsums von (Gewalt verherrlichenden) Computerspielen durch Kinder und Jugendliche, Förderung der Spielfreude durch schulische Angebote am Nachmittag

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055 7061 7066

Spielautomat

s. Unterhaltungsautomat

Spielbank

s.a. Spielhalle

s.a. Spielsucht

Ges zur Änd des SpielbankenGes

Durchführung einer öffentlichen Ausschreibung vor der Erteilung einer Spielbankerlaubnis, Neuregelung der Spielbankabgabe und weiterer Leistungen, schrittweiser Abbau der Troncabgabe

GesEntw LReg 11.07.2001 Drs 13/59 (14 S.)

1. Beratung PIPr 13/7 18.07.2001 S. 246-250

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/235 (dazu ÄAntr SPD Nr. 1-3, ÄAntr GRÜNE Nr. 4 und ÄAntr Günther-Martin Pauli u.a. CDU Nr. 5) (17 S.)

ÄAntr SPD 25.09.2001 Drs 13/256 1-3 S. 2-5

ÄAntr CDU und FDP/DVP 25.09.2001 Drs 13/256-4 S. 6

ÄAntr SPD 26.09.2001 Drs 13/256-5 S. 7

2. Beratung PIPr 13/9 26.09.2001 S. 347-353

GesBeschl 26.09.2001 Drs 13/281

GBI 2001 Nr. 15 S. 569-571 (Ges vom 01.10.2001)

Bekanntmachung der NF des SpielbankenGes GBI 2001 Nr. 15 S. 571-575

Berichtigung der NF des SpielbankenGes GBI 2001 Nr. 19 S. 706

Mittlg LReg 12.04.2002 Drs 13/920

Vergabe der Spielbanklizenzen Baden-Baden und Konstanz

Kriterien für die Vergabe an die landeseigene Spielbank Stuttgart, Erwartung von Mehreinnahmen und -ausgaben

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 22.01.2003 und Antw IM Drs 13/1699

Situation und Entwicklung der Spielbanken in BW

Erfahrungen und Probleme seit der Zusammenführung der Spielbanken Stuttgart, Baden-Baden und Konstanz unter das neue Dach einer landeseigenen Gesellschaft; Entwicklung der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Standorte im Vergleich mit den Spielbanken bundesweit und im benachbarten Ausland; Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage; Entwicklung der Spiele im klassischen Bereich sowie neuer Formen des Glücksspiels

Antr Hans Georg Junginger u.a. SPD 02.03.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/2954

BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3348 S. 8
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Beratungs- und Behandlungsangebote für Spielsüchtige in BW

Entwicklung der Zahl von Spielsüchtigen in den letzten fünf Jahren; Darstellung der vorhandenen bzw notwendigen Beratungs- und Therapieangebote, finanzielle Unterstützung dieser Angebote vom Land und von den Spielbanken im Vergleich zu anderen BLändern

Antr
s. Spielsucht
Drs 13/3855

Regierungsviertel oder Spielbank in Stuttgart?

Abwägung der Vorschläge und Argumente für eine zweite Spielbank und/oder eines Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21; Frage nach der Tragfähigkeit der Finanzierung des Projekts Stuttgart 21 über Grundstücksverkäufe und private Investoren

GrAnfr
s. Stuttgart 21
Drs 13/4857

Verwendung eines Teils der Spielbankeinnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1535 1536

Spielbankabgabe

s. Spielbank

Spielbankerlaubnis

s. Spielbank

Spielbankgesetz

s. Spielbank

Spielhalle

s.a. Spielbank

s.a. Spielsucht

Aspekte des Schutzes junger Menschen und der Sicherheit vor dem Hintergrund der geplanten Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen

Aktuelle Debatte
s. Jugendschutz
PIPr 13/26 S. 1530

Geplante Verkürzung der Sperrzeit für Spielhallen durch die LReg

Verzicht auf die Verkürzung der bisherigen Sperrzeit

Antr
s. Sperrzeit im Gaststättengewerbe
Drs 13/1059

Erinnerung an die Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4862

Spielsucht

s.a. Suchtbekämpfung

Beratungs- und Behandlungsangebote für Spielsüchtige in BW
Entwicklung der Zahl von Spielsüchtigen in den letzten fünf Jahren; Darstellung der vorhandenen bzw notwendigen Beratungs- und Therapieangebote, finanzielle Unterstützung dieser Angebote vom Land und von den Spielbanken im Vergleich zu anderen BLändern

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 08.12.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3855
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.03.2005 Drs 13/4312 S. 38 39
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Verwendung eines Teils der Spielbankeinnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht, Aufnahme von Vorschlägen des Fachverbands Glücksspielsucht

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 248-250

Verwendung eines Teils der Spielbankeinnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht, Aufnahme von Vorschlägen des Fachverbands Glücksspielsucht

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 347-351

Feststellung eines Zusammenhangs zwischen verlängerten Öffnungszeiten der Spielhallen und Spielsucht; Verwendung eines Teils der Spielbankeinnahmen zur Bekämpfung der Spielsucht

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1532-1539

Eindämmung der Spielsucht durch geeignete Spielangebote unter staatlicher Aufsicht, Gefährdungspotenzial der Glücksspielangebote in den Unterhaltungsmedien, Verpflichtung der Anbieter zur Information und Prävention

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4861-4864

Eindämmung der Spielsucht durch geeignete Spielangebote unter staatlicher Aufsicht

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4944 4945

Eindämmung der Spielsucht durch geeignete Spielangebote unter staatlicher Aufsicht

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5700-5705

Spielsüchtiger

s. Spielsucht

Spielwaren

s.a. Waffe

Scoubidou

Rechtmäßigkeit des Verkaufs des o.g. Kinderspielzeugs mit einem hohen Anteil an gesundheitsschädigenden Phthalat-Weichmachern und flüchtigen organischen Verbindungen? Frage nach den zulässigen Grenzwerten

KIAnfr Jürgen Walter GRÜNE 29.07.2004 und Antw MLR Drs 13/3456

Spielzeug

s. Spielwaren

Spinne

s. Spinnentier

Spinnentier

Bekämpfung der Mauerspinnen an Hausfassaden
Ausbreitung der Mauerspinne in BW, Bekämpfungsmöglichkeiten

KIAnfr Dr. Carmina Brenner CDU 26.08.2002 und Antw MLR Drs 13/1276

Spitzensport

s. Sport

Sponsoring

s.a. Drittmittelförderung

s.a. Spende

s.a. Werbung

Schulsponsoring

Bedeutung, Rahmenbedingungen und Grenzen von Schulsponsoring

KIAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 30.08.2002 und Antw KM Drs 13/1286

Rundfunkgebühren

Vorschläge der Kommission von ARD und ZDF; Entwicklung der Erträge aus Werbung und Sponsoring beim öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk; Auswirkungen und mögliche Kompensation des Verzichts auf Werbeeinnahmen; Vermeidung einer finanziellen Verschlechterung der Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Sender in der Ministerpräsidentenkonferenz

Antr
s. Rundfunkgebühren
Drs 13/1611

Weitere Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen

Erleichterung der Drittmittelakquisition und des Schulsponsorings

Antr
s. Schule
Drs 13/2666

Arena of Sound 2005

Fortführung des Popfestivals unter der Regie des Landes und der Stadt Stuttgart ggf mithilfe von Sponsorengeldern nach dem Ausstieg des SWR?

KlAnfr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 13/3771

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Vorlage einer neuen Kultur- und Kunstkonzeption mit abgestimmten Förderschwerpunkten, Zielvereinbarungen und Evaluation; Verstärkung der wirtschaftlichen Eigenverantwortung der Akteure und Einrichtungen, Unterstützung bei der Mitteleinwerbung von Sponsoren

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Verwendung von Sponsorengeldern für den Förderkreis „friends of pop“ der Pop-Akademie BW GmbH

Steuerrechtliche Überprüfung der Verwendung o.g. Spende der Daimler-Chrysler AG an den Mannheimer Abg Klaus Dieter R. zum Zwecke der Anschubfinanzierung des Fördervereins der Pop-Akademie Mannheim, Frage nach Ergebnissen dieser Prüfung sowie nach staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen

Antr
s. *Musikhochschule*
Drs 13/4078

Ges zur Änd der Gemeindeordnung und der LKreisorde nung

Einwerbung und Annahme von Zuwendungen Privater zur Erfüllung kommunaler Aufgaben, Regelung des vom Bürgermeister und Gemeinderat einzuhaltenden Verfahrens, insbes der Entscheidungskompetenz des Gemeinderats über die Annahme der Spende, Schenkung o.ä. Zuwendung

GesEntw
s. *Gemeindeordnung*
Drs 13/4948

Notwendigkeit des privaten Sponsorings zur Finanzierung der Popakademie

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1969 1971

Aufforderung der Wirtschaft zu mehr Kunst- und Kultursponsoring

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4251 4256

Sport-, Sozial- und Kultursponsoring der Wirtschaft

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5515 5520 5522

Dank für das Engagement privater Geldgeber zur Hochschulfinanzierung, Würdigung des Kunst- und Kultursponsorings der Wirtschaft

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6422

Gewinnung von Sponsoren für eine Beteiligung am Bauaufwand der Universitäten

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6697

Schaffung von Rechtsklarheit für die kommunalen Entscheidungsträger zum Thema Sponsoring

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6820 6821

Bemühungen um Sponsoren für den Hockenheimring und den Formel-1-Rennsport

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6886 6887 6890-6892

Schaffung von Rechtsklarheit für die kommunalen Entscheidungsträger zum Thema Sponsoring

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7262

Schaffung von Rechtsklarheit für die kommunalen Entscheidungsträger zum Thema Sponsoring

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7414 7415 7421

Bemühungen der Hochschulen um Sponsorengelder

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7485 7486

Sport

s.a. *Bewegungsprävention*

s.a. *Freizeitsport*

s.a. *Fußball*

s.a. *Fußballweltmeisterschaft*

s.a. *Golfsport*

s.a. *Leichtathletik*

s.a. *Motorsport*

s.a. *Olympiastützpunkt*

s.a. *Olympische Spiele*

s.a. *Radfahrer*

s.a. *Schach*

s.a. *Schwimmen*

s.a. *Spiel*

s.a. *Sportlehrer*

s.a. *Sportleiter*

s.a. *Sportplan*

s.a. *Sportverband*

s.a. *Sportverein*

s.a. *Sportwette*

s.a. *Tennis*

s.a. *Wassersport*

s.a. *Wintersport*

Olympia nach BW holen: Gemeinsam für Olympische Spiele im Land

Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012, Erwartung von Impulsen für den Breiten- und Spitzensport, für neue Arbeitsplätze, Stärkung der Wirtschaftskraft, Belebung des Tourismus und Erneuerung der Infrastruktur

Antr
s. *Olympische Spiele*
Drs 13/351

Dritte Sportstunde

Verbindliche Einführung an allen Schularten

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 08.11.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/431

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 05.06.2002 Drs 13/1109 S. 11-42

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Sportstättenbauförderung

Umstellung auf Projektförderung, Umwidmung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds auf die Vereinsförderung? Mittelbereitstellung für Sportprojekte aus der „Zukunftsoffensive III“, Auswirkungen der erforderlichen Gemeinnützigkeit?

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/588

Situation und künftige Entwicklung des Schulsports in BW

Umfang und Qualität des Sportunterrichts an den einzelnen Schularten, Versorgung mit und Aufstiegsprospektiven von Fachlehrern, Talentförderung an Schulen mit Sportprofil, Erfahrungen mit Partnerschulen der Olympiastützpunkte und Elite-schulen des Sports, Umsetzungsstand der Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“, Anstrengung des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule, Fortentwicklung der Kooperation Schule/Verein sowie des Mentorenprogramms, Einschätzung der künftigen Unterrichtsversorgung nach der Zahl von Lehramtsstudenten im Fach Sport

GrAnfr FDP/DVP 21.12.2001 und Antw KM Drs 13/601 (30 S.)
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1474-1484

Übungsleiter in schulischen Ganztagsangeboten

Möglichkeiten zur Optimierung o.g. Angebote durch den Einsatz qualifizierter Übungsleiter der Sportvereine, Bewertung als Beitrag zur Betreuung sowie zur Förderung des Sports in Schule und Verein

KlAnfr
s. *Sportleiter*
Drs 13/1482

Bewerbung der Stadt Stuttgart um die Olympischen Spiele und Paralympics 2012

Art und Wirksamkeit der Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart seit Einbringung des interfraktionellen Antrags Drs 13/351; Förderung des Breiten-, Leistungs- und Behindertensports sowie der verkehrlichen und sonstigen Infrastruktur; Erfüllung der Kriterien für die Entscheidung des NOK; erwartete Impulse im Falle einer erfolgreichen Bewerbung

Antr
s. *Olympische Spiele*
Drs 13/1600

Die Situation im Sportstättenbau

Entwicklung der o.g. Förderung über den Sportplan bzw die Landessportbünde in den letzten zehn Jahren, Zahl der noch unbefriedigten Anträge, Art der geförderten Sportstätten und Förderkriterien, Anteil der Landesfördermittel; Umfang des Ausfalls von Sportunterricht aufgrund nicht vorhandener Sportstätten

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/2194

Sportpädagogik und Sportkindergärten

Körperliche Defizite von Kindern und Jugendlichen durch Bewegungsmangel, Entwicklung der Zahl von bewegungsfreundlichen Kindergärten, Unterstützung der Einrichtung solcher Sportkindergärten, Verankerung der Sportpädagogik in der Ausbildung der Erzieherinnen

Antr Dr. Horst Glück u.a. FDP/DVP 16.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2261
BeschlEmpf und Bericht SozA 13.11.2003 Drs 13/2934 S. 20 21
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau von Ganztags-schulen für Sport- und Bewegungsstätten, Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter gemeinsam mit den Landessportbünden, Zahl von bewegungsfreundlichen Grund-schulen, Verankerung der Sportpädagogik in den Lehrplänen der Fachschulen für Sozialpädagogik, zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette, Erfahrungen mit dem Projekt „BVJ-Sportassistent“

Antr Margot Queitsch u.a. SPD 17.07.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2281
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 12.11.2003 Drs 13/2703 S. 31-33
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer im Schuldienst mit der Ausbildungsrichtung Sport

Unterrichtssituation im Fach Sport an den einzelnen Schularten, jeweilige Zahl der Sport unterrichtenden Lehrer und Lehramtsstudenten im Fach Sport

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 27.08.2003 und Antw KM Drs 13/2380

Schulsportoffensive Baden-Württemberg - Weiterentwicklung einer „Sport- und bewegungsfreundlichen Schule“

Bilanz und Perspektiven des o.g. Projekts, Zahl der teilnehmenden Schulen, Einbeziehung von Kindergärten, Abbau von Gewalt und Aggression, Förderung von sportlichen Talenten u.a. künftige Schwerpunktsetzungen

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 15.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2503 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchuLA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 29 30
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Teilnahme von baden-württembergischen Schulen am Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“

Entwicklung der Teilnahme von Schulen und Schülern in den angebotenen Sportarten seit 1998; Beurteilung durch Sportvereine und -verbände; Träger, Organisatoren, Durchführende und Finanzierung der Wettbewerbe; anteiliger Aufwand der Schulleitungen und Kollegien, Anerkennung der Mitwirkung von Lehrern als Teil der Deputatsstunden

Antr
s. *Jugend trainiert für Olympia*
Drs 13/2569

Tourismus und Sport - Förderprogramme der EU

Bedeutung der Verbindung zwischen Tourismus und Sport, Entwicklung der Arbeitsplatzzahlen, Förderung von Projekten durch das Land; Programme und Vergabekriterien der EU für die beiden Bereiche, Initiierung und Förderung entsprechender Projekte

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 12.11.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2597
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.04.2004 Drs 13/3200 S. 16 17
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Situation der Sportvereine in BW

Zahl der Aktiven im Leistungs- und Breitensport, der Übungsleiter und Funktionäre in den Vereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Ehren- und Hauptamtlichen; Studien über das geschlechterbezogene Freizeitverhalten; Entwicklung der Förde-

rung von Sportstätten und Sportarten, Höhe der Übungsleiterzuschüsse und Mittel für die Kooperation Schule/Verein; Entwicklung des Schulsports und der Zahl von Sportlehrern, Förderung von Disziplinen und Jugendlichen im Leistungssport; Schutz der Vereine vor dem Verlust der Gemeinnützigkeit durch die europäische Rechtsprechung; Initiativen im Vereinssportstättenbau; Professionalisierung der Übungsleiterpauschale

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Rehabilitationssport als wichtiger Bestandteil der Prävention
Art und Höhe der Bezuschussung o.g. Angebote durch die gesetzlichen Leistungsträger, Kreis der Anspruchsberechtigten und Zeitdauer der Förderung, Übertragung der notwendigen Übungen von chronisch Kranken in deren eigene Verantwortung

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 17.12.2003 und Antw SM
Drs 13/2744

Haushalt 2004; Epl 04

Rücknahme von Kürzungen bei der Sportförderung, Verhinderung einer Kürzung der Zuschüsse für nebenberufliche Übungsleiter

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2804-5 S. 43 44
EAntr CDU und FDP/DVP 15.01.2004 Drs 13/2804-9 S. 71
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-22 S. 66
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2844-4 S. 8 9
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2844-14 S. 22
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281
Mittlg LReg 28.07.2004 Drs 13/3450

Realisierung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schulsports

Darstellung der weiteren Bemühungen nach Beantwortung der GrAnfr 13/601, insbes iRd Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“; Erfolg der Fortbildungsreihen des Landesinstituts für Schulsport für nicht ausgebildete Lehrkräfte im Fach Sport, Anstreben des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule sowie einer Haupt- und Realschule mit Sportprofil in jedem Schulamtsbezirk; Entwicklung einer Konzeption „Bewegungsfreundlicher Kindergarten“; Folgerungen aus einer Studie der Universitäten Heidelberg und Karlsruhe zum Nachwuchsleistungssport

Antr FDP/DVP 17.03.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3022 (10 S.)
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7174-7181

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung; Außerkrafttreten der FeststellungsprüfungsVO und der SporteingangsprüfungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Einhaltung der Absprache zwischen Innenministerium, Städte- und Landkreistag zur Übertragung der Lebensmittelüberwachung

Verweigerung der Teilnahme von Polizeibeamten des WKD am Einsatz- und Schießtraining sowie am Dienstsport durch Landräte

Antr
s. *Polizeibeamter*

Drs 13/3837

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

Rücknahme von Kürzungen bei der Sportförderung

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4004-4 S. 54
EAntr GRÜNE 17.01.2005 Drs 13/4004-11 S. 64 65
ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.01.2005 Drs 13/4004-19 S. 78 79
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4044-3 S. 6
EAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4044-8 S. 14 15
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Verzicht auf Kürzungen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Breitensports, Aufforderung an die Sportverbände zur Bündelung ihrer Verbandsstrukturen

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Auswirkungen des PräventionsGes auf BW

Höhe der verfügbaren Mittel und Träger zur Umsetzung des PräventionsGes, Beteiligung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit; Auflistung der zu Projektmitelanträgen berechtigten Organisationen auf Landes- und Regionalebene; Bevorzugung von Sportvereinen mit qualifizierten Übungsleitern bei der Durchführung von bewegungsorientierten Präventionsangeboten gegenüber Volkshochschulen u.a. mit öffentlichen Mitteln geförderten Trägern

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4088

Einzelnoten für Sport, Musik und Kunst an der Hauptschule statt Durchschnittsnote - Keine Benachteiligung von Hauptschülern gegenüber den Realschülern und Gymnasiasten

Begründung der nivellierenden Gesamtnote für die drei Fächer an der Hauptschule im Gegensatz zur Realschule und zum Gymnasium, Bedeutung der Anerkennung besonderer Begabungen und Leistungen in den genannten Fächern für Hauptschüler und damit auch für die Stärkung des Selbstbewusstseins; Zulassung von Einzelnoten im Hauptschulzeugnis

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4552

Fördermittel für musische Ausbildung im außerschulischen Bereich

Begründung der unterschiedlichen Gewichtung der Förderung des musischen und sportlichen Bereichs, Erklärung der Unterschiede angesichts der kostenintensiven Ausbildungsarbeit der Musikvereine im Verhältnis zu den Sportvereinen, Beurteilung der nach Studien belegten Steigerung der Intelligenz und Förderung von Schlüsselkompetenzen wie Ausdauer, Zuverlässigkeit und Konzentration durch aktives Musizieren

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 13/4576

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur

Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr SPD 25.10.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4781
BeschlEmpf und Bericht SchulA 08.02.2006 Drs 13/5138 S.
72 73
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Sport und Mobilität

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Studie, insbes Reduzierung der Pkw-Nutzung bei der Anfahrt zu Sportstätten und zur Ausübung von Freizeitsport; Verknüpfung der Sportstättenförderung mit Anforderungen an ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, Frage nach gegenteiligen Fällen, wie z.B. das Förderprojekt Großsporthalle Tübingen, in den letzten fünf Jahren

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 06.12.2005 und Antw IM Drs
13/4946

Attraktivität des Landes als Sportland, Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55 56

Ausfall von Sportstunden an den Schulen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 337

Fortführung der Sportförderung auf hohem Niveau; Förderung des Schulsports, des Breiten- und Leistungssports; Erhaltung der Olympiastützpunkte

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 999-1002 1009

Förderung von Projekten des Breiten- und Behindertensports als Begleitprogramm iRd Fußballweltmeisterschaft 2006

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2099-2102

Kritik an den Haushaltskürzungen für den Sportbereich

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153

Abmilderung der Sparvorgaben für den Sportbereich, Ausbau der sport- und bewegungsfreundlichen Schule, Förderung des Breiten- und Leistungssports

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4267 4271-4273

Feststellung eines Missverhältnisses zwischen Kultur und Sport bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Kritik an den hohen Kosten für den Erwerb von Sportübertragungsrechten

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4417 4421

Hinweis auf die Abmilderung der Kürzungen im Sportbereich

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443 4452

Kritik an den hohen Kosten für den Erwerb von Sportübertragungsrechten durch die öffentlich-rechtlichen Sender, Bewertung der Information über Sportereignisse als Teil der Grundversorgung

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4535 4536 4538

Zunahme der Abmeldungen muslimischer Mädchen vom Sport- und Schwimmunterricht; Prüfung einer Verschärfung der Schulpflicht

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4703 4708 4718 4720

Anmahnung einer Mäßigung von ARD und ZDF beim Erwerb von Sportübertragungsrechten; Lob für die Präsentation der Fußballbundesliga in der Sportschau

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5267 5271

Kritik an den hohen Kosten für den Erwerb von Sportübertragungsrechten durch die öffentlich-rechtlichen Sender, Anregung einer stärkeren Beteiligung der Privaten

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5397 5403 5405 5406

Abmilderung der vorgesehenen Kürzungen beim Sport

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5797 5807 5821

Abmilderung der vorgesehenen Kürzungen beim Sport

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5875 5897

Abmilderung der geplanten Kürzungen für den Sportbereich, Notwendigkeit einer Bündelung der Strukturen, Ausbau der sport- und bewegungsfreundlichen Schule

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5988 5994 5998-6001 6008

Reduzierung der vorgesehenen Kürzungen im Sportbereich

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6153 6154

Anmahnung einer Mäßigung von ARD und ZDF beim Erwerb von Sportübertragungsrechten; Lob für die Präsentation der Fußballbundesliga in der Sportschau

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6226 6227

Ehrenamtliches Engagement der Bürger im Sport, Anstrengung von Planungssicherheit mit einem „Solidarpakt Sport“

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421 6422

Stellenwert des Sports in BW, Anstrengung eines Solidarpakts der LReg mit den Sportverbänden, Notwendigkeit einer Bündelung der Strukturen im Leistungssport, Reduzierung des fachfremd erteilten Sportunterrichts

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6748-6758

Beteiligung des Sports an den Glücksspielerträgen, Kritik an der Mittelabschöpfung zur Deckung von Haushaltslücken, Ablehnung einer vom DFB angekündigten eigenen Sportwette

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6829-6831

Eröffnung der Möglichkeit eines täglichen Sportangebots an Ganztagschulen, Maßnahmen zur Verbesserung des Schulsports, Verankerung der Sportausbildung als Pflichtfach in der Lehrerausbildung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7121-7123 7126 7128 7174-7181

Regelung einer natur- und landschaftsverträglichen Sportausübung mit dem neuen Naturschutzrecht

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7272

Impulse für den Breitensport mithilfe des Begleitprogramms zur Fußballweltmeisterschaft 2006, Hoffen auf den Bestand des staatlichen Sportwettmonopols auch nach dem Urteil des BVerfG im kommenden Frühjahr

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7442 7443

Bedeutung des Sports für die Integration der jugendlichen Migranten, Bezeichnung der Abmeldungen muslimischer Mädchen vom Sportunterricht als nicht akzeptabel

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7651 7656 7661 7667

Sportanlage

s. *Sportstätte*

Sportlehrer*Situation und künftige Entwicklung des Schulsports in BW*

Umfang und Qualität des Sportunterrichts an den einzelnen Schularten, Versorgung mit und Aufstiegsprospektiven von Fachlehrern, Talentförderung an Schulen mit Sportprofil, Erfahrungen mit Partnerschulen der Olympiastützpunkte und Eliteschulen des Sports, Umsetzungsstand der Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“, Anstrengung des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule, Fortentwicklung der Kooperation Schule/Verein sowie des Mentorenprogramms, Einschätzung der künftigen Unterrichtsversorgung nach der Zahl von Lehramtsstudenten im Fach Sport

GrAnfr
s. *Sport*
Drs 13/601

Ein-Fach-Sportlehrer

Zahl der Sportlehrkräfte mit Zusatzausbildung Textverarbeitung; Eingruppierung nach BAT IV a

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 14.02.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/742
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.07.2002/18.06.2003 Drs 13/2222 S. 20
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau von Ganztagschulen für Sport- und Bewegungsstätten, Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter gemeinsam mit den Landessportbünden, Zahl von bewegungsfreundlichen Grundschulen, Verankerung der Sportpädagogik in den Lehrplänen der Fachschulen für Sozialpädagogik, zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette, Erfahrungen mit dem Projekt „BVJ-Sportassistent“

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2281

Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer im Schuldienst mit der Ausbildungsrichtung Sport

Unterrichtssituation im Fach Sport an den einzelnen Schularten, jeweilige Zahl der Sport unterrichtenden Lehrer und Lehramtsstudenten im Fach Sport

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 13/2380

Teilnahme von baden-württembergischen Schulen am Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“

Entwicklung der Teilnahme von Schulen und Schülern in den angebotenen Sportarten seit 1998; Beurteilung durch Sportvereine und -verbände; Träger, Organisatoren, Durchführende und Finanzierung der Wettbewerbe; anteiliger Aufwand der Schulleitungen und Kollegien, Anerkennung der Mitwirkung von Lehrern als Teil der Deputatsstunden

Antr
s. *Jugend trainiert für Olympia*
Drs 13/2569

Situation der Sportvereine in BW

Höhe der Übungsleiterzuschüsse und Mittel für die Kooperation Schule/Verein; Entwicklung des Schulsports und der Zahl von Sportlehrern an den einzelnen Schularten

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Realisierung von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Schulsports

Darstellung der weiteren Bemühungen nach Beantwortung der GrAnfr 13/601, insbes iRd Schulsportoffensive und der „Sport- und bewegungsbetonten Grundschule“; Erfolg der Fortbildungsreihen des Landesinstituts für Schulsport für nicht ausgebildete Lehrkräfte im Fach Sport, Anstrengung des Ziels von mindestens einer ausgebildeten Sportlehrkraft an jeder Grundschule sowie einer Haupt- und Realschule mit Sportprofil in jedem Schulamtsbezirk; Entwicklung einer Konzeption „Bewegungsfreundlicher Kindergarten“; Folgerungen aus einer Studie der Universitäten Heidelberg und Karlsruhe zum Nachwuchsleistungssport

Antr
s. *Sport*
Drs 13/3022

Schwimmunterricht an Grundschulen

Entwicklung der Zahl von Schwimmstunden bzw von Nichtschwimmern nach Verlassen der Grundschule seit 1995, Qualifikation der Lehrkräfte und Zweitkräfte ab einer bestimmten Zahl von Schülern, Gründe für den Ausfall von Schwimmunterricht an Grundschulen im Bodenseekreis und LKreis Konstanz, Beurteilung des Angebots von DLRG-Ortsgruppen im Landesverband Baden zur Bereitstellung ausgebildeter Kräfte

KlAnfr
s. *Schwimmen*
Drs 13/3504

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/4781

Zuweisung von jungen Sportlehrern an die Grundschulen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2584

Sportleiter

s.a. *Jugendleiter*

Übungsleiter in schulischen Ganztagsangeboten

Möglichkeiten zur Optimierung o.g. Angebote durch den Einsatz qualifizierter Übungsleiter der Sportvereine, Bewertung als Beitrag zur Betreuung sowie zur Förderung des Sports in Schule und Verein

KlAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 11.11.2002 und Antw KM Drs 13/1482

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung
Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau von Ganztags-
schulen für Sport- und Bewegungsstätten, Entwicklung von Qua-
lifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter gemeinsam mit den
Landessportbünden, Zahl von bewegungsfreundlichen Grund-
schulen, Verankerung der Sportpädagogik in den Lehrplänen
der Fachschulen für Sozialpädagogik, zusätzliche Maßnahmen
für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-
Sportwette, Erfahrungen mit dem Projekt „BVJ-Sportassistent“

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2281

Situation der Sportvereine in BW

Zahl der Aktiven im Leistungs- und Breitensport, der Übungslei-
ter und Funktionäre in den Vereinen differenziert nach Alter und
Geschlecht, Ehren- und Hauptamtlichen; Studien über das ge-
schlechterbezogene Freizeitverhalten; Entwicklung der Förde-
rung von Sportstätten und Sportarten, Höhe der Übungsleiterzu-
schüsse und Mittel für die Kooperation Schule/Verein; Entwick-
lung des Schulsports und der Zahl von Sportlehrern, Förderung
von Disziplinen und Jugendlichen im Leistungssport; Schutz der
Vereine vor dem Verlust der Gemeinnützigkeit durch die euro-
päische Rechtsprechung; Initiativen im Vereinssportstättenbau;
Professionalisierung der Übungsleiterpauschale

GrAnfr
s. *Sportverein*
Drs 13/2627

Haushalt 2004; Epl 04

*Rücknahme von Kürzungen bei der Sportförderung, Verhinde-
rung einer Kürzung der Zuschüsse für nebenberufliche Übungs-
leiter*

s. *Sport*
Drs 13/2804

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

*Verzicht auf Kürzung der Zuschüsse für nebenberufliche
Übungsleiter in Turn- und Sportvereinen*

EAntr CDU und FDP/DVP 20.01.2005 Drs 13/4004-20 S. 80
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013
Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4438

Auswirkungen des PräventionsGes auf BW

Höhe der verfügbaren Mittel und Träger zur Umsetzung des Prä-
ventionsGes, Beteiligung der Kranken-, Renten- und Unfallver-
sicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit; Auflistung der zu
Projektmitelanträgen berechtigten Organisationen auf Landes-
und Regionalebene; Bevorzugung von Sportvereinen mit quali-
fizierten Übungsleitern bei der Durchführung von bewegungs-
orientierten Präventionsangeboten gegenüber Volkshochschulen
u.a. mit öffentlichen Mitteln geförderten Trägern

Antr
s. *Gesundheitsvorsorge*
Drs 13/4088

*Abschaffung der Sozialversicherungspflicht für Aufwandsent-
schädigungen von ehrenamtlichen Übungsleitern*

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55

*Förderung der Beschäftigung, Aus- und Fortbildung von
Übungsleitern; Erhöhung der steuerfreien Übungsleiterpau-
schale*

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1000 1001

Erwerb einer Übungsleiterlizenz iRd Erzieherausbildung
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1483

Sicherung der steuerfreien Übungsleiterpauschale
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153

*Erhaltung der Zuschüsse für die ehrenamtlichen Übungsleiter in
bisheriger Höhe*
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4267 4271 4272

Verzicht auf eine Kürzung der Übungsleiterpauschale
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443

*Bemühungen um eine vollständige Erhaltung der Übungsleiter-
pauschale*
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5515 5518 5520 5521

Erhaltung der Übungsleiterpauschale
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5797 5807 5821

Erhaltung der Übungsleiterpauschale in bisheriger Höhe
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5994 5999 6000

Verzicht auf eine Kürzung der Übungsleiterpauschale
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6154

Erhaltung der Übungsleiterpauschale
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6388

*Einbindung von Übungsleitern im Sport in die Ganztagsbetreu-
ung an Schulen, Honorierung nach der Übungsleiterpauschale,
Verweisung auf die vollständige Erhaltung der Übungsleiterpau-
schale*
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6412 6421 6422

*Einbindung von Übungsleitern im Sport in die Ganztagsbetreu-
ung an Schulen, Kritik an der Höhe der geplanten Vergütung*
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7175-7178

*Einbindung von Übungsleitern im Sport in die Ganztagsbetreu-
ung an Schulen*
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7204 7205

Sportpädagogik

s. *Sport*

Sportplan

16. *LSportplan für die Hj 2002/2003*
Mittlg LReg 03.12.2001 Drs 13/523 (61 S.)
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635

17. *LSportplan für das Hj 2004*
Mittlg LReg 02.12.2003 Drs 13/2674 (56 S.)
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.01./21.01.2004 Drs
13/2804 III. S. 6
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

18. *Landessportplan für die Hj 2005/2006*
Mittlg LReg 01.12.2004 Drs 13/3793 (52 S.)
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.01./27.01.2005 Drs
13/4004 III. S. 6

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Sportstätte

s.a. Olympiastützpunkt
s.a. Schießstand
s.a. Schwimmbad

Förderung von Fußball-Bundesligastadien in BW

Umfang der eingesetzten Mittel für Sanierungen, Aus- und Umbauten in den letzten 15 Jahren; Darlegung der jeweiligen Standorte, Vereine und Kommunen; Höhe der noch offenen Zusagen und der zu erwartenden Beträge; Gründe für die Differenzen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 07.08.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/163

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Reduzierung bzw Streichung des Zuschusses an die Stadt Hockenheim zur Zukunftssicherung des Hockenheimrings

s. Motorsport
Drs 13/238

Sportstättenbauförderung

Umstellung auf Projektförderung, Umwidmung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds auf die Vereinsförderung? Mittelbereitstellung für Sportprojekte aus der „Zukunftsoffensive III“, Auswirkungen der erforderlichen Gemeinnützigkeit?

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 19.12.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/588
BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.03.2002 Drs 13/955 S. 9 10
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Geländewagen-Parcours Stühlingen-Lausheim

Beurteilung des o.g. Vorhabens; Vereinbarkeit mit dem seit 1999 ausgewiesenen Naturpark Südschwarzwald, dessen Satzung und einem in der Nähe angelegten Biotop; Bindung der Vergabe von Fördermitteln an die Naturparks an die Einhaltung der satzungsmäßigen Grundsätze

KlAnfr
s. Motorsport
Drs 13/641

Zukunftssicherung des „Hockenheim-Rings BW“; hier: Grundstückstausch zwischen dem Land (Staatsforstverwaltung) und der Stadt Hockenheim

Antr
s. Motorsport
Drs 13/995

Gesundheitsgefahren durch Schulbauten und Turnhallen aus den sechziger und siebziger Jahren

Festgestellte Belastungen mit PCB, Asbest, Holzschutz- und Flammschutzmittel u.a. Stoffen; Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen mit den Schulträgern bzw den kommunalen Spitzenverbänden; arbeitsmedizinische Versorgung der Lehrkräfte; rechtzeitige Information aller Betroffenen

Antr
s. Schulgebäude
Drs 13/1029

Positive Impulse für den Schwarzwald-Tourismus durch eine Indoor-Skihalle in Sasbachwalden

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Genehmigung der geplanten Ganzjahresskihalle in Sasbachwalden

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 28.11.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1561
(zurückgezogen im WirtA am 05.02.2003)

Planung einer Skihalle in Sasbachwalden; hier: Zielabweichungsverfahren

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesentwicklungsplans, Berücksichtigung der Bedenken und Anregungen von Verbänden und Organisationen, Zeitpunkt für eine Entscheidung in der Sache

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 11.12.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1609

Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Stuttgart?

Unterstützung der o.g. Bewerbung der Stadt Stuttgart, Bewertung der Pläne zum Umbau des Daimler-Stadions zu einer reinen Fußball-Arena

MdlAnfr
s. Leichtathletik
Drs 13/2037

Skihalle Sasbachwalden

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesentwicklungsplans und des Landesumweltplans, Gewichtung und Konsequenzen der kritischen Haltung des UVM; Ablehnung der beantragten Zielabweichungen

Antr GRÜNE 06.05.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2043
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3238-3245

Die Situation im Sportstättenbau

Entwicklung der o.g. Förderung über den Sportplan bzw die Landessportbünde in den letzten zehn Jahren, Zahl der noch unbefriedigten Anträge, Art der geförderten Sportstätten und Förderkriterien, Anteil der Landesfördermittel; Umfang des Ausfalls von Sportunterricht aufgrund nicht vorhandener Sportstätten

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 25.06.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2194
BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.11.2003 Drs 13/2703 (dazu Antr Georg Wacker CDU und Dieter Kleinmann FDP/DVP) S. 28-30
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Imagegewinn durch internationale Leichtathletikveranstaltungen

Chancen für den Umbau des Gottlieb-Daimler-Stadions zu einer reinen Fußball-Arena bzw für den Erhalt als Leichtathletik-Stadion und damit als eine der wenigen verbliebenen Wettkampfstätten in Deutschland für o.g. Veranstaltungen, Frage nach Auswirkungen auf den daneben liegenden Olympiastützpunkt

Antr
s. Leichtathletik
Drs 13/2196

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung

Nutzung der Mittel des Bundes zum Ausbau von Ganztagschulen für Sport- und Bewegungsstätten, Entwicklung von Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter gemeinsam mit den

Landessportbünden, Zahl von bewegungsfreundlichen Grundschulen, Verankerung der Sportpädagogik in den Lehrplänen der Fachschulen für Sozialpädagogik, zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette, Erfahrungen mit dem Projekt „BVJ-Sportassistent“

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2281

Situation der Sportvereine in BW

Zahl der Aktiven im Leistungs- und Breitensport, der Übungsleiter und Funktionäre in den Vereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Ehren- und Hauptamtlichen; Studien über das geschlechterbezogene Freizeitverhalten; Entwicklung der Förderung von Sportstätten und Sportarten, Höhe der Übungsleiterzuschüsse und Mittel für die Kooperation Schule/Verein; Entwicklung des Schulsports und der Zahl von Sportlehrern, Förderung von Disziplinen und Jugendlichen im Leistungssport; Schutz der Vereine vor dem Verlust der Gemeinnützigkeit durch die europäische Rechtsprechung; Initiativen im Vereinssportstättenbau; Professionalisierung der Übungsleiterpauschale

GrAnfr
s. *Sportvereine*
Drs 13/2627

Geplante Großanlage für Motorsport und Fahrsicherheitstraining „Motorpark Schwaben“

Planung einer Kartrennbahn bzw eines Motorsportzentrums für internationale Großveranstaltungen und Fahrsicherheitstraining für Bus- und Lkw-Fahrer in der Gemeinde Maselheim: Wirtschaftlichkeit und ökologische Verträglichkeit des Projekts, Frage nach Lärm- und Verkehrsgutachten, Beurteilung der Vorgehensweise und Einschätzungen der Gemeindeverwaltung und des Landratsamts Biberach

KlAnfr
s. *Motorsport*
Drs 13/2686

Haushalt 2004; Epl 04

Umstellung der pauschalierten Sportstättenbauförderung auf Projektförderung mit dem nächsten Doppelhaushalt

EAntr CDU und FDP/DVP 15.01.2004 Drs 13/2804-10 S. 72
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Bau einer Skihalle im Schwarzwald

Bestärkung des Investors und der Gemeinde Sasbachwalden im Vertrauen auf die Verwirklichung des o.g. Projekts und damit Verzicht auf die Suche nach Alternativen; Unterstützung der Gemeinde bei der weiteren Entwicklung nach der Ablehnung des Vorhabens; Frage nach anderen geeigneten Standorten im Schwarzwald

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 11.02.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2906
BeschlEmpf und Bericht WirtA 14.07.2004 Drs 13/3492 S. 5-36
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Unregelmäßigkeiten bei den Baukosten des Hockenheimerings

Untersuchung von Unregelmäßigkeiten in der Abrechnung der Baukosten für den Umbau des Hockenheimerings, Klärung der Schuldfrage und eines möglichen Vorgehens gegen die Verantwortlichen sowie einer Rückforderung von Zuschüssen; Abschluss künftiger Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung von Landeszuschüssen zu baulichen Großprojekten

KlAnfr
s. *Motorsport*
Drs 13/3037

Sport und Mobilität

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Studie, insbes Reduzierung der Pkw-Nutzung bei der Anfahrt zu Sportstätten und zur Ausübung von Freizeitsport; Verknüpfung der Sportstättenförderung mit Anforderungen an ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, Frage nach gegenteiligen Fällen, wie z.B. das Förderprojekt Großsporthalle Tübingen, in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 13/4946

Förderung des Vereinssportstättenbaus

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55 56

Prüfung einer Änderung der Förderpraxis im Sportstättenbau

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 65

Mittelbereitstellung zum Ausbau des Hockenheimerings

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 214

Mittelbereitstellung zum Ausbau des Hockenheimerings; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Pferderennsports in Iffezheim, Erhöhung der Rückerstattung der Rennwettsteuer

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 338 339 342

Förderung des Vereinssportstättenbaus, Änd der Förderpraxis; Erhaltung der Olympiastützpunkte

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1000 1001 1009

Feststellung eines Defizits von Sportstätten an den Schulen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1477

Unterstützung für den Bau einer Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2682 2685 2686

Abwägung zwischen Tourismusförderung und Landschaftsschutz iRd Zielabweichungsverfahrens für die Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3461

Vereinbarkeit einer Skihalle in Sasbachwalden mit den Zielen im Umweltplan

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3782 3786 3789 3790

Umstellung der pauschalierten Sportstättenförderung in eine projektbezogene Förderung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4271-4273

Genugtuung über die Verhinderung der geplanten Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319 4320 4326

Rücknahme der Kürzungen für den kommunalen Sportstättenbau, Wiedereinführung der Projektförderung, Abbau des Antragsstaus

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5999 6000

Umwandlung der Sportstättenpauschale in eine Projektförderung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6109

Umwandlung der Sportstättenpauschale in eine Projektförderung, Beklagung einer Vielzahl von nicht mehr zeitgemäßen Sporthallen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6749 6752-6755 6758

Beklagung eines unzureichenden Angebots an ortsnahen Sportstätten für den Sportunterricht, Renovierungsbedarf der Sportstätten, Rückkehr zur Projektförderung von Einrichtungen für den Schul- und Vereinssport

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7177 7178

Genugtuung über die Verhinderung der geplanten Skihalle in Sasbachwalden

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7961 7964

Sportstättenbau

s. Sportstätte

Sportübungsleiter

s. Sportleiter

Sportunterricht

s. Sport

Sportverband

s.a. Sportverein

Situation der Sportvereine in BW

Projekte von Sportverbänden und -vereinen zur Gewaltprävention, Gesundheitsförderung, Integration von Ausländern und Behinderten

GrAnfr

s. Sportverein

Drs 13/2627

Kooperation Jugendarbeit und Schule

Entwicklung der Zuschüsse für das o.g. Förderprogramm, Umfang und Auswirkungen von Kürzungen für die betroffenen Einrichtungen und Projekte, u.a. des DRK und des Badischen Sportbunds

Antr

s. Jugendarbeit

Drs 13/3717

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Verzicht auf Kürzungen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Breitensports, Aufforderung an die Sportverbände zur Bündelung ihrer Verbandsstrukturen

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

Trainingslager für Nationalmannschaften zur Fußball-WM 2006

Finanzielle und organisatorische Unterstützung der interessierten Städte und Institutionen bei der Gestaltung der Standorte und notwendigen Einrichtungen sowie Kontaktherstellung mit den nationalen Verbänden

Antr

s. Fußballweltmeisterschaft

Drs 13/4175

Finanzierung des gemeinnützigen Begleitprogramms des DFB iRd Fußballweltmeisterschaft 2006; ablehnende Stimmen zur Mittelbereitstellung für den reichsten Sportverband in Deutschland

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2099-2102

Aufforderung an die Sportverbände zur Bündelung ihrer Verbandsstrukturen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5998-6001 6008

Anstrebung von Planungssicherheit mit einem „Solidarpakt Sport“, Ankündigung von Gesprächen mit den Sportverbänden

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6422

Autonomie der Sportbünde bei der Verteilung der Fördermittel, Gespräche mit den Sportverbänden über einen Solidarpakt, Anstrebung einer Bündelung der Verbandsstrukturen, Ablehnung einer vom DFB angekündigten eigenen Sportwette

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6748-6758

Ablehnung einer vom DFB angekündigten eigenen Sportwette

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6831

Ablehnung einer vom DFB angekündigten eigenen Sportwette

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7442 7443

Sportverein

Förderung von Fußball-Bundesligastadien in BW

Umfang der eingesetzten Mittel für Sanierungen, Aus- und Umbauten in den letzten 15 Jahren; Darlegung der jeweiligen Standorte, Vereine und Kommunen; Höhe der noch offenen Zusagen und der zu erwartenden Beträge; Gründe für die Differenzen

Antr

s. Sportstätte

Drs 13/163

Integration von Migranten in BW

Förderung von Projekten zur Verbesserung des interkulturellen Dialogs, Unterstützung der Integration von Migranten in Sport- und Kulturvereinen

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

Sportstättenbauförderung

Umstellung auf Projektförderung, Umwidmung der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds auf die Vereinsförderung? Mittelbereitstellung für Sportprojekte aus der „Zukunftsoffensive III“, Auswirkungen der erforderlichen Gemeinnützigkeit?

Antr

s. Sportstätte

Drs 13/588

Situation und künftige Entwicklung des Schulsports in BW

Fortentwicklung der Kooperation Schule/Verein sowie des Mentorenprogramms

GrAnfr

s. Sport

Drs 13/601

Einhaltung des MinGes durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Bezug eines Darlehens bzw einer Aufwandsentschädigung vom VfB Stuttgart als Präsident, zeitliche Überschneidung mit der Tätigkeit als FM, Vereinbarkeit einer Aufwandsentschädigung von DM 25 000 pro Monat mit dem Begriff des Ehrenamts, Frage nach steuer- und strafrechtlichen Konsequenzen

Antr

s. Mayer-Vorfelder, Gerhard

Drs 13/751

Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen durch Finanzminister a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder

Klärungsbedarf weiterer Fragen nach Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/751, Ergebnis der Prüfungen des Landesamts für Besoldung und Versorgung, Einstufung des VfB Stuttgart als Betrieb gewerblicher Art nach Äußerung des VfB-Präsidenten Haas, Vereinbarkeit dieser Äußerung mit der gezahlten Aufwandsentschädigung an Mayer-Vorfelder für seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Präsident, Handhabung der Verhängung von Zwangsgeld und der beantragten Fristverlängerung für die Abgabe der Steuererklärung im Regelfall sowie im o.g. Fall, Übereinstimmung der Abgabe von Umsatzsteuererklärungen mit dem MinisterGes, Gründe für die Änd der GO der Finanzämter

Antr

s. Mayer-Vorfelder, Gerhard

Drs 13/856

Übungsleiter in schulischen Ganztagsangeboten

Möglichkeiten zur Optimierung o.g. Angebote durch den Einsatz qualifizierter Übungsleiter der Sportvereine, Bewertung als Beitrag zur Betreuung sowie zur Förderung des Sports in Schule und Verein

KlAnfr

s. Sportleiter

Drs 13/1482

Kosten für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen

Zeitaufwand und Kosten o.g. Einsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen, insbes iR von Spielen der 1. und 2. Fußballbundesliga; Vergleichszahlen anderer BLänder

KlAnfr

s. Polizeikosten

Drs 13/1828

Ausbau von Ganztagschulen; Umsetzung der Vereinbarung der Länder und des Bundes in BW

Förderung von offenen Ganztagschulen mit einem pädagogischen Konzept unter Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen, Naturschutzverbänden und den Trägern der außerschulischen Jugendbildung

Antr

s. Ganztagschule

Drs 13/2235

Ausgestaltung des Investitionsprogramms der BReg für mehr Ganztagschulen in BW

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern; Kriterien der Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden; Einbeziehung von Musikschulen, Jugendkunstschulen, Sportvereinen sowie der Träger außerschulischer Jugendbildung; Bewertung des Förderprogramms „Jugendarbeit und Schule“, Kooperation als gleichrangige Partner

Antr

s. Ganztagschule

Drs 13/2279

Situation der Sportvereine in BW

Zahl der Aktiven im Leistungs- und Breitensport, der Übungsleiter und Funktionäre in den Vereinen differenziert nach Alter und Geschlecht, Ehren- und Hauptamtlichen; Studien über das geschlechterbezogene Freizeitverhalten; Entwicklung der Förderung von Sportstätten und Sportarten, Höhe der Übungsleiterzuschüsse und Mittel für die Kooperation Schule/Verein; Entwicklung des Schulsports und der Zahl von Sportlehrern, Förderung von Disziplinen und Jugendlichen im Leistungssport; Schutz der Vereine vor dem Verlust der Gemeinnützigkeit durch die europäische Rechtsprechung; Initiativen im Vereinssportstättenbau; Professionalisierung der Übungsleiterpauschale

GrAnfr SPD 18.11.2003 und Antw KM Drs 13/2627 (36 S.)

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6686 (abgesetzt)

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6748-6758

Aufbau eines flächendeckenden Netzes an Ganztagschulen in BW mithilfe des Investitionsprogramms der BReg IZBB

Bisher gestellte, genehmigte und abgelehnte Anträge von Schulen und Schulträgern sowie von der LReg abgerufene und weitergeleitete Mittel; Teilnahme an Koordinierungsgesprächen des Bundesbildungsministeriums; Berücksichtigung aller Regionen; Einbeziehung von Jugendverbänden, Sportvereinen, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Evaluation von Ganztagschulen

Antr

s. Ganztagschule

Drs 13/2781

Haushalt 2005 und 2006; Epl 04

Verzicht auf Kürzung der Zuschüsse für nebenberufliche Übungsleiter in Turn- und Sportvereinen

s. Sportleiter

Drs 13/4004

Auswirkungen des PräventionsGes auf BW

Höhe der verfügbaren Mittel und Träger zur Umsetzung des PräventionsGes, Beteiligung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit; Auflistung der zu Projektmitelanträgen berechtigten Organisationen auf Landes- und Regionalebene; Bevorzugung von Sportvereinen mit qualifizierten Übungsleitern bei der Durchführung von bewegungsorientierten Präventionsangeboten gegenüber Volkshochschulen u.a. mit öffentlichen Mitteln geförderten Trägern

Antr

s. Gesundheitsvorsorge

Drs 13/4088

Polizeieinsätze bei Fußballspielen

Art und Umfang o.g. Einsätze bei den Spielen im Profi- und Amateurfußball; Höhe der Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Darlegung am Beispiel des Oberligaspiels zwischen Ulm und Reutlingen am 06.05.2005 in Ulm; Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fan-Beauftragten der Vereine; Höhe der möglichen Einnahmen im Falle der Wiedereinführung einer Erstattungsregelung

KlAnfr

s. Fußball

Drs 13/4354

Fördermittel für musische Ausbildung im außerschulischen Bereich

Begründung der unterschiedlichen Gewichtung der Förderung des musischen und sportlichen Bereichs, Erklärung der Unterschiede angesichts der kostenintensiven Ausbildungsarbeit der Musikvereine im Verhältnis zu den Sportvereinen, Beurteilung der nach Studien belegten Steigerung der Intelligenz und Förderung von Schlüsselkompetenzen wie Ausdauer, Zuverlässigkeit und Konzentration durch aktives Musizieren

KlAnfr
s. *Musik*
Drs 13/4576

Situation des Schulsports in BW

Ergebnisse der Sprint-Studie zum Unterrichtsausfall im Fach Sport inklusive Schwimmen, zur Übergewichtigkeit der Kinder und Verschlechterung ihrer motorischen Fähigkeiten; Vergleich mit der Statistik der Schulverwaltung; Mittelbereitstellung zur Kooperation von Sportvereinen mit Kindergärten und Schulen sowie zum Ausbau der verschiedenen Formen des Ganztagsbetriebs; Abbau des fachfremd erteilten Sportunterrichts an Grund- und Hauptschulen

Antr
s. *Sport*
Drs 13/4781

Vielfalt und Bedeutung der Sportvereinslandschaft in BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55 56

Engagement von Jugendlichen in Sportvereinen, Fortentwicklung der Kooperation Schule/Verein, Förderung des Vereinsportstättenbaus, steuerliche Entlastung der Vereine

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 999-1001 1008

Bewertung von Ganztagschulen als unliebsame Konkurrenz der Sportvereine

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1370

Einbindung der Sportvereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1744 1765 1767

Würdigung und Förderung der Integrations- und Jugendarbeit der Sportvereine

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2100

Ausbau der Kooperation Schule/Verein, Notwendigkeit eines Angebots für Übergewichtige in den Sportvereinen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4858

Ehrenamtliches Engagement in den Sportvereinen, Erhaltung der Übungsleiterpauschale, Auswirkungen der Kürzungen in den letzten Jahren

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5514 5515 5518-5521

Entwicklung von Sportangeboten iRd Ganztagsbetreuung gemeinsam mit den Sportvereinen, Würdigung des ehrenamtlichen Engagements im Verein, Erhaltung der Übungsleiterpauschale

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5999-6001 6008

Einbindung der Sportvereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen, Förderung des Vereinssports, Erfolgsbewertung der Kooperation Schule/Verein

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7121-7123 7128 7174-7178 7180 7181

Erschwerung des Engagements von Kindern in Sportvereinen durch deren Belastung im G 8

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7783

Sportwette*Haushalt 2001; 2. Nachtrag**Erhöhung der Rückerstattung der Rennwettsteuer an die Rennvereine*

ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.09.2001 Drs 13/255-13 S. 17 18
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Bericht über aktuelle Entwicklungen im Lotteriewesen

Bereitstellung von Erträgen aus der Oddset-Wette für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006

Mittlg
s. *Lotterie*
Drs 13/1039

Ges zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

GesEntw LReg 01.10.2002 Drs 13/1365 (10 S.)
1. Beratung PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1932 1933
BeschlEmpf und Bericht FinA 24.10.2002 Drs 13/1403
2. Beratung PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2099-2102
GesBeschl 13.11.2002 Drs 13/1512
GBI 2002 Nr. 13 S. 421-424 (Ges vom 19.11.2002)

Entwicklung des Schulsports und Zukunft der Sportförderung

Zusätzliche Maßnahmen für den Behindertensport, Mittelbereitstellung aus der Oddset-Sportwette

Antr
s. *Sport*
Drs 13/2281

Staatliche Wetten und Lotterien in BW

Entwicklung der jeweiligen Umsätze und Einnahmen des Landes, Beurteilung der Perspektiven vor dem Hintergrund elektronischer Spielmöglichkeiten und des Internet; Gründe und Folgen der Ablehnung der mit Hessen, RPF und dem Saarland entwickelten KENO-Lotterie durch den MinPräs; Bewertung des staatlichen Monopols auf Lotterien und Sportwetten als Verstoß gegen europäisches Recht durch den hessischen Verwaltungsgerichtshof; Begründung der Wirksamkeit des staatlichen Monopols mit dem neuen Staatsvertrag der Länder zum Lotteriewesen? Einführung der KENO-Lotterie auch in BW

Antr
s. *Lotterie*
Drs 13/3047

Ges über staatliche Lotterien, Wetten und Ausspielungen (StaatslotterieGes - StLG)

Zusammenfassung der bisher in verschiedenen Gesetzen geregelten Materie; Regelung der Befugnis des Landes sowie der ordnungsrechtlichen Voraussetzungen für die Veranstaltung staatlicher Glücksspiele; Bestimmung der Höhe der Gewinnausschüttungen und Verwendung der Reinerträge; Außerkrafttreten der bisherigen Gesetze über Sportwetten, Pferdewetten, Zahlenlotto, Zusatzlotterien und die Losbriefflotterie

GesEntw
s. Lotterie
Drs 13/3719

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Mittlg LReg 29.09.2005 Drs 13/4687
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041 7042
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.10.2005 Drs 13/4734
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7359

Ges zu dem Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Bereitstellung eines höheren Anteils für das Begleitprogramm

GesEntw LReg 25.10.2005 Drs 13/4764
1. Beratung PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7359
BeschlEmpf und Bericht FinA 17.11.2005 Drs 13/4837
EAntr CDU und FDP/DVP 30.11.2005 Drs 13/4882
2. Beratung PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7441-7444
GesBeschl 30.11.2005 Drs 13/4928
GBI 2005 Nr. 17 S. 708-710 (Ges vom 01.12.2005)
Bekanntmachung des StM über das Inkrafttreten des Staatsvertrags GBI 2006 Nr. 1 S. 13

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Pferderennsports in Iffezheim, Erhöhung der Rückerstattung der Rennwettsteuer

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331

Vereinbarkeit des staatlichen Monopols auf Lotterien und Sportwetten mit europäischem Recht, Verweisung auf Entscheidungen des EuGH und des hessischen Verwaltungsgerichtshofs

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4680

Frage nach der künftigen Partizipation des Sports an den Wettmitteln, Ablehnung einer vom DFB angekündigten eigenen Sportwette

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6749 6756

Beteiligung des Sports an den Wettmittelerträgen, Ablehnung einer vom DFB angekündigten eigenen Sportwette

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6829-6831

Sprachheilpädagoge

s. Heilpädagoge

Sprachkurs

s. Sprachunterricht

Sprachübersetzung

s. Übersetzung

Sprachunterricht

s.a. Muttersprachlicher Unterricht

s.a. Rechtschreibung

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Stand und Veränderungsbedarf der angebotenen Sprachkurse, Einrichtung von Sprachzentren nach dem Vorbild Israels

GrAnfr
s. Juden
Drs 13/98

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Sprachförderung von Schülern mit unzureichenden Deutschkenntnissen in den letzten zehn Jahren an den verschiedenen Schularten

GrAnfr
s. Ausländisches Kind
Drs 13/124

Förderung der Bildungschancen ausländischer Schülerinnen und Schüler/Verbesserung der schulischen Chancengleichheit

Bestandsaufnahme der Sprachkenntnisse ausländischer und ausgesiedelter Kindergartenkinder und Schüler; Ausbau von Ganztagsangeboten und Sprachförderung an Kindergärten und Schulen, insbes an Grund- und Hauptschulen; Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts und von Schulsozialarbeit, Zertifizierung muttersprachlicher Kenntnisse und Aufnahme als Zeugnisnote; Einführung von Islamunterricht iR von Modellprojekten; Gewinnung von Migranten für die Lehrerbildung; Verbesserung der Beratung ausländischer Eltern; Unterstützung der Eigeninitiativen von Migrantenorganisationen

Antr
s. Ausländisches Kind
Drs 13/168

Integration von Migranten in BW

Erstellung und Fortschreibung einer Gesamtkonzeption zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, gezielte Sprachförderung von Eltern und Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, Benotung der Mehrsprachigkeit von Schülern in Englisch, Französisch sowie der Sprache des Herkunftslandes

Antr
s. Ausländer
Drs 13/432

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Angebote von Arbeitsgemeinschaften und des Erweiterten Bildungsangebots sowie von Förder- und Stützunterricht, Kürzung zugunsten des Pflichtunterrichts? Ausgestaltung der Sprachkurse für ausländische Kinder und Aussiedler, Vorbereitung der Lehrkräfte auf die Förderung sprachbenachteiligter ausländischer Jugendlicher

GrAnfr
s. Hauptschule
Drs 13/590

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Förderung von Sprachkursen für ausländische Kinder und deren Mütter in Kindergärten und Grundschulen

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-6 S. 31
 ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/683-9 S. 18
 PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Die Grundschule stärken; hier: Individuelle Förderung aller Kinder in der Grundschule verbessern

Hilfen für besonders förderbedürftige Schüler, insbes Sprachförderung; Einbeziehung von Sonderschullehrern in den Unterricht, Bereitstellung von Schulsozialarbeit für Grundschulen unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen

Antr
s. Grundschule
 Drs 13/636

Kinderbetreuung in BW

Förderung des Spracherwerbs der Migrantenkinder in Kindergärten und Grundschulen

GrAnfr
s. Kinderbetreuung
 Drs 13/680

Sprachkurse

Kompensation der wegfallenden Bundesmittel zum Jahresende

MdlAnfr 1) Dr. Horst Glück FDP/DVP 07.05.2002 Drs 13/980
 PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1544 1545

Verbesserung der Integrationschancen von Kindern mit Migrationshintergrund - Einbeziehung von Sprachförderangeboten in die Arbeit der vorschulischen Kinderbetreuung

Zahl, Auslastung und Erfolg der Vorbereitungs- und Förderklassen im Eingangsbereich der Grund- und Hauptschule sowie der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen; Einsatz der Mittel bereits im vorschulischen Bereich bzw iRd Kooperation Grundschule/Kindergarten; entsprechende Qualifikation der Erzieherinnen in den Kinderbetreuungseinrichtungen

Antr
s. Ausländisches Kind
 Drs 13/1035

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Bereitschaft und Mehraufwand zur Gleichbehandlung von Spätaussiedlern und Ausländern bei der Sprachförderung mit und ohne Kinderbetreuung, Ausbau der vorschulischen Sprachförderung und des muttersprachlichen Unterrichts

GrAnfr
s. Ausländer
 Drs 13/1030

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte

Zahl und Erfolgsquote der Teilnehmer an der „Deutschen Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber“, Höhe der Gebühren für die vorbereitenden Sprachkurse

GrAnfr
s. Ausländischer Student
 Drs 13/1072

Das ZuwanderungsGes als Chance für eine erfolgreiche Integrationspolitik

Schaffung der rechtlichen, finanziellen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des ZuwanderungsGes; Fortführung der Deutschkurse und Bereitstellung eines flächendeckenden Angebots von zusätzlichen Sprachkursen; Verankerung der Integration als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen

Antr
s. Ausländer
 Drs 13/1148

Sprachstandsdiagnose und Sprachförderung für fünfjährige Kinder

Vorlage einer Konzeption und eines entsprechenden GesEntw für die o.g. Maßnahmen: Verpflichtung des Kindes zur Teilnahme an einer individuellen Förderung bei diagnostisch festgestelltem Förderbedarf, Vermittlung von Sprachkompetenz bei der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Grundschullehrern

Antr
s. Deutsche Sprache
 Drs 13/1220

Unterrichtsversorgung an Schulen im LKreis Böblingen

Sprachförderung u.a. Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Migrationshintergrund; vorhandene und beantragte Ganztagschulen

KlAnfr
s. Schulunterricht
 Drs 13/1326

Finanzierung des Sprachförderkonzepts der LReg

Flächendeckende und dauerhafte Einführung des o.g. Konzepts als Teil des Bildungsauftrags der Kindergärten nach Auffassung der Kultusministerin, rechtliche Beurteilung der vorgesehenen Sprachstandsdiagnose für Fünfjährige sowie der Finanzierung über die Landesstiftung

Antr SPD 30.10.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1447
 ÄAntr SPD 01.10.2003 Drs 13/2464
 Antr CDU und FDP/DVP 02.10.2003 Drs 13/2472
 PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3584-3590

Sprachförderung im Vorschulalter und in der Grundschule

Darlegung des o.g. Bedarfs, insbes für Migrantenkinder; Beurteilung der von der interministeriellen Arbeitsgruppe und der Landesstiftung vorgeschlagenen Verfahren, Modelle und Methoden; Einbeziehung von Sprachhelfern, Sprachheilpädagogen sowie der Beratungsstellen für sprachbehinderte und entwicklungsverzögerte Kinder; Vorlage einer Gesamtkonzeption zur Sprachstandsdiagnose und -förderung im Kindergarten und in der Grundschule

Antr
s. Deutsche Sprache
 Drs 13/1665

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdspra-

che

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1770

Ausländerquoten an Kindergärten und Schulen

Ablehnung des o.g. Vorstoßes von WM Dr. Döring als Konsequenz auf die Ergebnisse der PISA-Studie; Vorlage eines Konzepts zur Sprachförderung ab Eintritt in den Kindergarten bis in die Grundschule; Herstellung von Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten sowie Familien mit Migrationshintergrund durch eine individuelle Förderung

Antr

s. *Ausländisches Kind*

Drs 13/1947

Sprachförderung im Vorschulalter

Vorlage des angekündigten Sprachförderkonzepts der interministeriellen Arbeitsgruppe auf der Grundlage eines Erziehungs- und Bildungsplans, Einlösung der Zusage zur finanziellen Unterstützung der Sprachförderung, kontinuierliche Sprachstandserfassung und -förderung mit Beginn des Kindergartenbesuchs sowie Fortbildung der Erzieherinnen, Einbeziehung der Eltern, Vernetzung mit anderen Angeboten, Bewertung des Projekts der Landesstiftung als zeitlich befristete Ergänzung

GrAnfr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/2883

Finanzierung von Integrationsangeboten und Sprachförderung für schulpflichtige Spätaussiedler nach dem Wegfall der Mittel aus dem Garantiefonds

Kofinanzierung der Bundesmittel für schulische Integrationsprojekte, Gefährdung dieser Projekte nach dem Wegfall der Bundesmittel; Einstellung von Brückenlehrern, ergänzende Sprachförderung und Nachhilfeunterricht nach dem Beispiel der Stadt Schwäbisch Hall; Bedeutung der Sprachförderung nach Einschätzung von Elternvertretern; Frage nach einer Anschlussfinanzierung und Fortsetzung der Maßnahmen

Antr

s. *Aussiedler*

Drs 13/2902

Neuausschreibung von Sprachfördermaßnahmen durch die Landesstiftung für das Kindergartenjahr 2004/2005

Ausschluss der Kinder, die bereits im Kindergartenjahr 2003/2004 an der Sprachförderung der Landesstiftung teilgenommen haben, von der weiteren Förderung; Bewertung als Benachteiligung der Kinder mit weiterem Förderbedarf

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/3469

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Umsetzung des Bildungsauftrags bzw einer flächendeckenden Sprachförderung; Beurteilung einer (beitragsfreien) Kindergartenpflicht; Ausbau der Forschungskapazitäten in der frühkindlichen Elementarbildung und Frühpädagogik; Neuordnung der Erzieherinnenausbildung

GrAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/3770

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen des Landes im Schuljahr 2004/05

Darlegung o.g. Daten nach Oberschulamtsbezirken, Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Umfang des Unterrichtsausfalls wegen Krankheit, Lehrerfortbildung, Abordnung u.a.; Umfang der aufgewendeten Deputate für begleitenden Unterricht zur Vermittlung von Deutschkenntnissen; Vorlage eines Zeitplans zum Abbau des strukturellen Defizits; Zuweisung eines höheren als im Hpl 2005/06 vorgesehenen Anteils an Neustellen

Antr

s. *Berufsschulunterricht*

Drs 13/3802

Sommercamps zum Deutschlernen - Grammatik pauken und Theater spielen - Verbesserung der Sprachkompetenz von sozial und kulturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern

Beurteilung des Bremer Modells zur intensiven Sprachförderung von Grundschulern während der Sommerferien; Einrichtung der Camps für Grund- und Hauptschüler mit Migrationshintergrund, Ausgestaltung als wissenschaftliche Forschungsprojekte, Finanzierung über die Landesstiftung

Antr

s. *Deutsche Sprache*

Drs 13/4582

Integration junger Migrantinnen und Migranten ins Bildungssystem in BW

Fortführung des IB-Projekts Jugendmigrationsdienst zur Förderung junger Quereinsteiger; Verbesserung der Chancen auf einen guten Hauptschulabschluss durch zusätzliche Fördermaßnahmen in Deutsch und Englisch

Antr

s. *Ausländer*

Drs 13/5002

Sprachentwicklung durch Immersion in Kindergarten und Grundschule

Erkenntnisse und Beispiele zur Förderung des Fremdspracherwerbs nach dem o.g. Verfahren in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen; Unterstützung entsprechender Pilotprojekte?

KIAnfr Boris Palmer GRÜNE 02.01.2006 und Antw KM Drs 13/5023

Notwendigkeit eines qualitativ hochwertigen Sprachunterrichts als Konsequenz auf die PISA-Studie

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 739

Verbesserung der Sprachförderung von Migrantenkindern im Vorschulalter

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 823

Notwendigkeit der Sprachförderung im Kindergarten, Kritik an den Mittelkürzungen für Sprachkurse

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 850 880 888 889 902 906

Sprachförderung für ausländische Kinder in Kindergärten und Schulen, Sprachkurse für erwachsene Ausländer und Spätaussiedler

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1228-1231 1233-1236 1239-1241 1287 1295

Sprachförderung in Kindergärten und Schulen, Feststellung des individuellen Förderbedarfs durch einen Sprachtest für alle Kinder ab dem fünften Lebensjahr

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1741 1745 1752 1757 1776-1780 1784 1787 1792

Verbindliche Regelung der Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2792 2793 2799

Notwendigkeit der Sprachförderung im Kindergarten, Bezeichnung als Schwerpunkt nach dem neuen KindergartenGes, Erarbeitung eines ganzheitlichen Förderkonzepts, verpflichtende Einführung von Sprachstandsdiagnosen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2812 2820 2821 2825 2828-2830 2833 2834 2840

Lösung der Sprachprobleme von Migrantenkindern durch frühere Einschulung, Annahmung eines Konzepts zur Sprachförderung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3165 3168 3171

Notwendigkeit der Sprachförderung im Kindergarten, Vermittlung von Sprachkompetenz iRd reformierten Ausbildung der Erzieherinnen

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3555 3557 3559 3561-3563 3584-3590

Verbindliche Regelung der Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3619 3634

Notwendigkeit der frühzeitigen Sprachförderung im Kindergarten; Sprachunterricht für Schulabgänger an der Berufsschule; Einrichtung von kleinen Lerngruppen für Grundschüler mit großem Sprachförderbedarf

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7208 7210 7212 7215 7217 7218 7221 7222 7227 7228 7231 7233 7237 7240 7247 7248

Notwendigkeit der frühzeitigen Sprachförderung im Kindergarten; Sprachunterricht für Schulabgänger an der Berufsschule

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7647 7650 7654 7655 7661 7695 7757

Sprech- und Datenfunksystem

s. Funkverkehr

Sprenstoffanschlag

s. Explosionsverbrechen

St. Märgen

Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003 Prüfung der Zuordnung für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen der Gemeinden Oberried, St. Peter und St. Märgen sowie der Gemeinden im Dreisamtal

MdlAnfr
s. Fremdsprache
Drs 13/912

Installation einer Holzheizung im Forstamt Sankt Märgen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1378

St. Peter

Schulpolitische Zuordnung von Gemeinden in der Grenzregion zwischen Rheinschiene und Schwarzwald ab dem Schuljahr 2003 Prüfung der Zuordnung für den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen der Gemeinden Oberried, St. Peter und St. Märgen sowie der Gemeinden im Dreisamtal

MdlAnfr
s. Fremdsprache
Drs 13/912

Staatliche Akademie der Bildenden Künste

s. Akademie der Künste

Staatliche Akademie für Lehrerfortbildung

s. Lehrerbildung

Staatliche Fachstelle für das öffentliche Bibliothekswesen

s. Bibliothek

Staatliche Hochbauverwaltung

s. Bauverwaltung

Staatliche Hochschule für Gestaltung

s. Kunsthochschule

Staatliche Toto-Lotto GmbH

s. Toto-Lotto GmbH

Staatliche Vermögens- und Hochbauverwaltung

s. Bauverwaltung

Staatliches Lehrerseminar

s. Lehrerbildung

Staatliches Seminar für schulpraktische Ausbildung

s. Lehrerbildung

Staatsangehörigkeit

AusländerGes § 87, Abs 2

Verzicht auf die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit bei vorhandener Gegenseitigkeit, Frage nach einer vom BinnenMin abweichenden Rechtsauffassung bei der Einbürgerung von EU-Bürgern aus Griechenland, Großbritannien, Irland und Portugal

KlAnfr
s. Ausländerrecht
Drs 13/382

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Portugal, Schweden und Großbritannien

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/1648

Zurückstellung von Einbürgerungsanträgen

Erteilung des o.g. Ratschlags durch das RegPräs Freiburg gegenüber Italienern bis zur Klärung der Frage einer evtl vorübergehenden Doppelstaatigkeit, Frage nach ähnlichen Vorgehensweisen anderer RegPräs

MdlAnfr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/2247

Einbürgerungen in BW

Zahl und Herkunftsländer der Eingebürgerten 2001 und 2002, Beurteilung des Rückgangs

KlAnfr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/2834

§ 87 Abs 2 AusländerGes (AuslG)

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung von Unionsbürgern bei vorhandener Gegenseitigkeit

Antr
s. *Ausländerrecht*
Drs 13/3132

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

„Doppelstaatler“ und daraus resultierende Auswirkungen auf die Wahlen

Zahl von deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 01.01.2000 durch Wiedereinbürgerung in den türkischen Staatsverbund die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben; Einschätzung der Gefahr einer erfolgreichen Anfechtung künftiger Wahlen; Gründe für das Fehlen von Mitteilungspflichten der Personen und türkischen Behörden; Beurteilung eines Angebots zur Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit bzw eines gesicherten Aufenthaltsstatus

Antr Dr. Walter Döring u.a. FDP/DVP 19.04.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4258

Nachträgliche Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft

Vereinbarkeit o.g. Bestrebungen des IM mit dem Grundgesetz, Betrachtung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes vor einer Einbürgerung als nicht ausreichend? Zahl und Gründe der Rücknahme von Einbürgerungen nach § 48 VerwaltungsverfahrenGes

Antr GRÜNE 22.09.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4669

Einbürgerungsfragen für Muslime

Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung durch die Einbürgerungsbehörden mithilfe eines vom IM entwickelten Gesprächsleitfadens, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, Form der Dokumenta-

tion und Speicherung der aus den Einbürgerungsgesprächen gewonnenen Daten, Frage nach der Dauer der Speicherung und den Zugriffsberechtigten

KlAnfr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5015

Gesprächsleitfaden für islamische Einbürgerungsbewerber

Ausgestaltung und Zielsetzung des o.g. Gesprächsleitfadens, Verbindlichkeit für die Anwendung und Auswertung der gewonnenen Daten durch die Einbürgerungsbehörden, Gründe für die Anwendung nur bei Muslimen, bisherige Feststellung und Prüfung des Bekenntnisses zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5016

Verfassungswidrigkeit der Verwaltungsvorschrift?

Gesprächsleitfadens bei Einbürgerungen von Muslimen

Begründung der o.g. Gesinnungsprüfung über das schon verlangte Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und die vorgegebene Regelanfrage beim Verfassungsschutz nach dem StaatsangehörigkeitsGes hinaus, Vereinbarkeit der Fokussierung auf Muslime mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Persönlichkeitsrecht nach dem Grundgesetz, Frage nach objektiven Kriterien der Einbürgerungsbehörden zur Begründung der Zweifel an der inneren Hinwendung und Verfassungstreue der Einbürgerungsbewerber sowie nach Konsequenzen einer Nichtbeantwortung der Fragen; Zurückziehung der VwV mit sofortiger Wirkung

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5041

Geänderte Einbürgerungspraxis bei Muslimen

Aufklärung der Widersprüche zwischen internen Auslegungshinweisen des IM zum Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen (generelle Anwendung bei Muslimen) und offiziellen Verlautbarungen der LReg (religionsneutrale Ausrichtung des Leitfadens); Überprüfung der Fragen auf ihre Verfassungskonformität; Frage nach einer Beteiligung des Ausländerbeauftragten und von Religionsgemeinschaften an der Erarbeitung des Leitfadens; Qualifikation der befassten Mitarbeiter in den Einbürgerungsbehörden, Konsequenzen einer negativen Bewertung des Bewerbers, Voraussetzungen für eine Rücknahme der Einbürgerung nach dem LVerwVG, datenschutzrechtliche Bewertung der Aufbewahrungsfrist; Rücknahme der VwV und des zugehörigen Gesprächsleitfadens

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5179

Bewertung des Rechtsanspruchs auf Einbürgerung nach acht Jahren und damit des Anspruchs auf doppelte Staatsangehörigkeit als revisionsbedürftig

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 370 380 381

Bezeichnung der doppelten Staatsbürgerschaft als revisionsbedürftig

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 880 882 888

Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft für Unionsbürger aus Griechenland

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei der Einbürgerung von Unionsbürgern bei vorhandener Gegenseitigkeit

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4850-4852

Bevölkerungsanteil mit ausländischer Staatsangehörigkeit in BW, Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber, Prüfung des Bekenntnisses zu den Grundwerten der Verfassung nach dem neuen StaatsangehörigkeitsGes

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646-7660 7662-7675

Staatsanwalt

s. Staatsanwaltschaft

Staatsanwaltschaft

s.a. Generalbundesanwalt

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 6)

Dolmetscherkosten bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten (Drs 12/5701 III. S. 2)

Mittlg

s. Übersetzung

Drs 13/53

Ermittlungen im Betrugsfall FlowTex

Ermittlungen und Erkenntnisse von Steuerfahndern 1996 wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, Einstellung des Strafverfahrens durch Selbstanzeige und Begleichung der Steuer-schuld; Anstöße und Ergebnisse von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Fortschreibung der Stellungnahme zu Drs 12/5929; Beurteilung der von der Staatsanwaltschaft Mannheim veranlassten Prüfung der Schuldunfähigkeit von Herrn Schmider wegen Größenwahns

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/86

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und des FM

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/154

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/179

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Personalausstattung bei Polizei und Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaften und Gerichten; Bereitstellung von Experten für das neue terroristische Bedrohungsszenario

Antr

s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Drs 13/339

Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens in Sachen FlowTex

Außenkontakte, Ausführungen u.a. Vollzugslockerungen für den Hauptverdächtigen in Untersuchungshaft, Schmider; Art der Überwachung; Erlangung von Zutritt zu den Räumen der Sonderkommission durch den Anwalt, Frage nach Manipulationen an Schriftstücken und Akten, Einholung von dienstlichen Äußerungen von allen beteiligten Beamten; Überprüfung der sachlichen Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Mannheim im Ermittlungsverfahren gegen Beamte

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/537

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgens Morlok

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/607

Verbleib von Elfenbein

Verbleib der vom Schöffengericht Karlsruhe beschlagnahmten Elfenbeinteile, Rückgabe an den Besitzer E.T.? Stand von Anzeigen und Beschwerdeverfahren sowie Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe bzw dem Steuerfahndungsamt Karlsruhe-Durlach

KlAnfr
s. *Elfenbein*
Drs 13/640

Strafverfahren gegen leitende Mitarbeiter der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordbaden

Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen den ehemaligen Vorsitzenden und zwei leitende Angestellte der KV Nordbaden wegen Verdachts auf Untreue und Beihilfe zur Untreue, Regelungen und Sanktionsmöglichkeiten beim Prüf- und Regressverfahren für Ärzteabrechnungen, Konsequenzen aus dem Schuldenerlass zum Schaden der GKV, Handlungsbedarf des SM iRd Rechtsaufsicht

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/670

Ermittlungsverfahren in Sachen FlowTex

Ermittlungsverfahren unter Federführung der Staatsanwaltschaft Mannheim, Prüfung von Fällen möglicher Interessenkollisionen bei beteiligten Staatsanwälten, Zuweisung von Ermittlungsverfahren an eine andere Staatsanwaltschaft durch die Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe, Konkretisierung von Berichtspflichten der Staatsanwaltschaften durch die LJustizverwaltung

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/720

Die Ermittlungen in Sachen Kapital Consult und so genanntem Dreiländer-Fonds

Beurteilung der Zeitdauer der Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen den Chef des o.g. Unternehmens wegen Kapitalanlagebetrugs und der Gefahr von Verjährung mit haftungsrechtlichen Konsequenzen für das Land, Aufklärung der Anleger über die Fondsrisiken

Antr
s. *Wertpapier*
Drs 13/973

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1031

Stand des Ermittlungsverfahrens im FlowTex-Komplex

Stand der in Drs 13/720 aufgeführten Verfahren; Ausstieg bzw Entbindung von Staatsanwälten von diesen Verfahren; Über-

tragung der Prüfung von Vorgängen innerhalb der Justiz von der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe auf die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1230

Anzeigenkampagne gegen die Mannheimer Staatsanwaltschaft

Rechtliche Mittel zum Schutz der von der Anzeigenkampagne des SAP-Begründers Dietmar Hopp betroffenen Staatsanwälte; Beurteilung der Unterstützung der Kampagne und Aufruf zur Verfahrenseinstellung durch mehrere Oberbürgermeister und Bürgermeister

Antr SPD 09.04.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/1983
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2675 S. 5-7
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Justizreform in BW

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte, Änderung des GerichtsorganisationsGes; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2177

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Reduzierung der Zahl von Standorten und Außenstellen der Amtsgerichte und Landgerichte; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Zusammenführung der Außensenate des OLG Karlsruhe und des Finanzgerichts Stuttgart von Freiburg am Gerichtssitz in Karlsruhe; Abbau der Zahl von Staatsanwaltschaften entsprechend den verbleibenden Landgerichten

Antr
s. *Justiz*
Drs 13/2632

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen zum Bürgschaftsfall Deyhle

Grundlagen und Bedingungen für das Zustandekommen der o.g. Bürgschaft, Zulässigkeit eines Verzichts auf die Zweckbindung bei der Gewährung von Landesbürgschaften bzw der Verwendung zur Tilgung von Privatschulden? Anlass, Gründe, Stand und Zeitpunkt des Abschlusses o.g. Ermittlungen gegen Herrn Deyhle wegen des Verdachts auf Betrug zulasten der L-Bank; Vorlage des Bürgschaftsvertrags zwischen dem Land und der L-Bank sowie des Vertrags zwischen der L-Bank und Herrn Deyhle über den Aktienverkauf der Stella AG im Wirtschaftsausschuss

Antr
s. *Bürgschaft*
Drs 13/2716

Situation der Staatsanwaltschaften in BW

Entwicklung der jeweiligen Fallzahlen pro Staatsanwalt und insgesamt sowie der Personalausstattung in den letzten fünf Jahren; Zahl von Entlassungen aus der Untersuchungshaft wegen Verfahrensverzögerungen; Auswirkungen einer weiteren Zunahme der Verfahren und des geplanten Stellenabbaus auf eine effektive Strafverfolgung

Antr Rainer Stickelberger u.a. SPD 05.03.2004 und Stellungnahme JuM Drs 13/2978

BeschlEmpf und Bericht StändA 19.05.2004 Drs 13/3239 S.
6 7
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Zuständigkeiten bei polizeilichen Strafverfolgungshandlungen
Ausgestaltung und praktische Anwendung der Weisungsbefugnis der Staatsanwaltschaft gegenüber der Polizei bei laufenden Ermittlungsverfahren und Einsätzen, insbes bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang; Berücksichtigung der besonderen Sachkunde der Polizei; Abgrenzung der Aufsichtsstrukturen und -regelungen für polizeiliches Handeln bei der Vollstreckung von Gerichtsurteilen und behördlichen Entscheidungen zwischen IM und JuM; Regelungen zur Auskunftspflicht der Exekutive und Justiz gegenüber dem Landtag und seinen Mitgliedern

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/3152

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft
GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Datenabgleich bei BAföG-Empfängern

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen, Umgang mit den verdächtig erscheinenden Fällen, Kriterien für die Erstattung von Anzeige, Tatbestände für eine strafrechtliche Verfolgung bzw Verurteilung; Schaffung von Regelungen für eine einheitliche Vorgehensweise der Staatsanwaltschaften; Anstöße für eine grundsätzliche Reform der Ausbildungsförderung i.S.e. elternunabhängigen Förderung

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/3474

Eingriff der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz - Strafverfahren gegen den Mannheimer Jugendschöffenrichter H.-G. S.

Begründung und Ergebnis der o.g. Strafverfolgung wegen Strafreitelung im Amt durch zu langsame Verfahrenserledigung; Beurteilung vor dem Hintergrund der richterlichen Unabhängigkeit, steigender Fallzahlen bei gleichzeitigem Personalabbau; Billigung der Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Heidelberg mit dem Ziel höherer Erledigungszahlen bzw Effizienzsteigerung der Justiz? Frage nach weiteren Ermittlungsverfahren in den letzten zehn Jahren sowie disziplinarrechtlichen Maßnahmen

Antr
s. *Richter*
Drs 13/3629

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absolventen des 2. Staatsexamens

Antr
s. *Personalplanung*

Drs 13/3795

Ermittlungsverfahren gegen den früheren EnBW-Chef

Umfang und Zeitpunkt der Erlangung von Kenntnissen vom o.g. Ermittlungsverfahren der Mannheimer Staatsanwaltschaft, Frage nach berichtenden Personen oder Stellen und deren Adressaten, Gründe für das Scheitern der geplanten Hausdurchsuchung

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4023

Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit der EnBW

Ursachen, Verantwortliche und Konsequenzen der Pannen im o.g. Ermittlungsverfahren; Art und Rechtsgrundlage der Berichterstattung der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Justizminister, Beurteilung der Maßnahmen des Ministers

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4820

Mögliche Einflussnahme bei den Ermittlungen gegen den SWR-Intendanten und weitere Angehörige des SWR

Klärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß; Frage nach Maßnahmen des Justizministeriums bzw der Staatsanwaltschaft; Anordnung und Vollzug von Durchsuchungsbeschlüssen

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/4853

Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel beim SWR; hier: Verquickung von öffentlichen und privaten Interessen bei Geburtstagsfeier?

Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß, Höhe und Aufschlüsselung der jeweiligen Kosten, Art der Finanzierung, der Vertragsgestaltung, Rechnungslegung und Buchführung; Ausgestaltung der Kontrolle von Ausgaben für repräsentative u.a. Zwecke, Trennung von privaten Kosten und Kosten im dienstlichen Interesse? Darstellung der Untersuchungsgegenstände und -ziele der ermittelnden Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4876

Ermittlungen wegen des Missbrauchs von Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren; Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Verneinung einer strafrechtlichen Relevanz mit der Stellungnahme des StM auf Drs 13/4854 im Gegensatz zu der (Ermittlungen planenden) zuständigen Staatsanwaltschaft, Aufklärung dieses Widerspruchs

Antr
s. *Ausweis*
Drs 13/5091

Umgang der Staatsanwaltschaft Stuttgart mit Formen des Protests gegen verfassungsfeindliche Organisationen

Anweisung der zuständigen Polizeibehörden zum Einschreiten gegen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, auch wenn diese zum Zeichen des Protests ge-

gen o.g. Organisationen getragen werden: Bewertung dieser Rechtsauslegung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und der davon ausgehenden Signalwirkung, Frage nach Schritten zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen verfassungsfremde Organisationen

KlAnfr Stephan Braun SPD 31.01.2006 und Antw JuM Drs 13/5105

Forderung nach mehr Staatsanwälten für den FlowTex-Prozess
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 331

Verbesserung der Personal- und Sachausstattung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 372

Zeitpunkt, Art und Umfang der Informationsgewinnung bzw Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaften in Sachen FlowTex

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719-734

Verbesserung der Personal- und Sachausstattung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 920-923 925

Zeitpunkt, Art und Umfang der Informationsgewinnung bzw Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaften in Sachen FlowTex, Kritik an der Einstellung früherer Verfahren

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1269-1279 1281-1283

Personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaften

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4307-4309 4313

Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842 4843 4846

Kenntnisse, strafrechtliche Ermittlungen und Anklageerhebung der Staatsanwaltschaften in Sachen FlowTex; Verweisung auf Bearbeitungsfehler der Staatsanwaltschaften in BW und Thüringen, Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567-7572 7574-7577 7579-7583

Staatsanzeiger

Zukunft des landeseigenen Staatsanzeigers

Art und Auswirkungen der Expansionspläne, insbes auf private Zeitungen und Redaktionen; Umfang und Zusammensetzung der Einnahmen und des Abonnentenkreises, Anteil der von der öffentlichen Hand in Auftrag gegebenen Stellenanzeigen; Gewährleistung der parteipolitischen Unabhängigkeit; Umsetzung der Privatisierungsempfehlungen

Antr SPD 08.06.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3246
BeschlEmpf und Bericht StändA 10.03.2005 Drs 13/4312 S. 5-7

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Kritik an den Expansionsplänen des landeseigenen Staatsanzeigers

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5143

Wettbewerbsverzerrung durch den Staatsanzeiger zulasten der privaten Zeitungen und Verlage, Prüfung einer Privatisierung

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802 5803 5809 5827

Prüfung einer Privatisierung des Staatsanzeigers

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5872

Überlegungen zu einer Privatisierung des Staatsanzeigers

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6273

Prüfung einer Privatisierung des Staatsanzeigers

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6417 6418

Staatsbürgerschaft

s. Staatsangehörigkeit

Staatsgalerie

Besucherandrang in den Staatlichen Museen der Landeshauptstadt

Entwicklung der Besucherzahlen und der verbleibenden Nettoerträge von Eintrittsgeldern in der Staatsgalerie, dem Landes- und Naturkundemuseum sowie dem Haus der Geschichte; Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgebühren

Antr

s. Museum

Drs 13/1658

Staatsgerichtshof

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 21.12.2001, Az.: GR 3/01 - Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn Prof. Dr.-Ing. Otto F. Hagen aus Eggenstein-Leopoldshafen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833

Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28.12.2001, Az.: GR 4/01 - Wahlprüfungsbeschwerde des Herrn Hans-Joachim Zimmer aus Kirchheim u.T.

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833

Nachwahl zum Staatsgerichtshof; Wahl eines berufsrichterlichen Mitglieds und Wahl eines Präsidenten

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1910

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2136

Ergänzungswahlen zum Staatsgerichtshof

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3162 3163 3180 3181

Vereidigung von Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3396

Nachwahl eines Mitglieds zum Staatsgerichtshof

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4860 4864

Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4946

Schreiben des Staatsgerichtshofs für das Land BW vom 04.10.2004, Az.: GR 2/04 - Normenkontrollverfahren auf Antrag von 44 Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion betr § 36 Abs 1 Satz 3 LMedienG

s. Mediengesetz

PIPr 13/78 S. 5489

Staatslotteriesgesetz

s. Lotterie

Staatsministerium*s.a. Minister im Staatsministerium**Organisationsuntersuchung der Ministerien durch den RH*
Vorlage und Konsequenzen der o.g. Studie, Einbeziehung des StM in eine entsprechende UntersuchungAntr
s. Ministerium
Drs 13/100*Hochglanzbroschüre „Ein Stern in Europa“*

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation des StM mit Abbildungen von Staatsminister Palmer und des MinPräs

Antr
s. Druckerzeugnis
Drs 13/1592*Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag**Reduzierung der Kosten für Sachverständige, für Repräsentationsgeschirr und der Personalstellen im StM*EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 37 S. 97
ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 38-N 39 S. 98 99
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747*Beteiligung von Männern und Frauen in ausgewählten Geschäftsbereichen der LReg*

Entwicklung der o.g. Repräsentanz in den Gremien der Geschäftsbereiche des StM, MWK und der Universitäten seit 1995; Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming; Teilnahme von Führungskräften des MWK an Fortbildungsmaßnahmen

Antr
s. Gleichberechtigung
Drs 13/1964*Die LReg und der Fall Michael B. - Nach welchen Kriterien fördert die LReg den interreligiösen Dialog?*

Prämissen, Kriterien und Zielvorstellungen zur Förderung eines interreligiösen Dialogs zwischen Muslimen und Christen; Einflussnahme des Islam-Beraters Michael B. seit seiner Anstellung im StM durch Initiativen, Stellungnahmen u.ä.; Bewertung der vom Landesamt für Verfassungsschutz geäußerten Bedenken

Antr
s. Religion
Drs 13/2434*Haushalt 2004; Epl 02**Reduzierung der Kosten für Sachverständige und der Personalstellen im StM*ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2802-2 S. 19
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2802-3 S. 20 21
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2802-10 S. 28
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4181*Vorgehensweise des Staatsministeriums als Rechtsaufsichtsbehörde für die Landesanstalt für Kommunikation (LfK)*

Mängel der Ausschreibung vom 15.03.2004 für die Stelle des Vorstandsvorsitzenden der LfK, Art und Zeitpunkt der Information des StM über diese Mängel, Gründe für die nicht frühzeitig erfolgte Intervention des StM bzw für die Aufforderung an die LfK zu einer erneuten Stellenausschreibung, Frage nach der rechtlichen Wirkung des neuen Ausschreibungstextes

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 29.07.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3470
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.09.2004 Drs 13/3652 S. 5
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635*Vergabep Praxis im Geschäftsbereich des StM im Zusammenhang mit der Imagekampagne*

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Organisation der Kompetenzen im StM für Aufträge im Zusammenhang mit der Werbekampagne, Vereinbarkeit der Vorgehensweise mit den Bestimmungen über die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand; Einholung von Angeboten heimischer (Textil-)Hersteller vor künftigen Auftragsvergaben

Antr
s. Öffentlicher Auftrag
Drs 13/3481*Kritik an der Aufstockung der Personalstellen im StM*

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 211-213

Kritik an der Aufstockung der Personalstellen im StM, Vergleich der Personalausstattung der Staatskanzleien anderer BLänder

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 331

Verkürzung der Wege und Effizienzsteigerung durch die Zuständigkeit des StM für Europa, Wahrnehmung der Vertretung in Brüssel

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 599 611

Kritik an der Verweigerung der Teilnahme des StM an der Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen der Ministerien; Beklagung der fehlenden Frauenförderung im StM

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 783 785 788

Erweiterung der Prüfungskompetenz des RH auf das StM, Bewertung der Personalvermehrung im StM

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2673 2674 2677

Verweisung auf die strukturelle Verschlinkung des StM; Effizienz der Zuarbeit für den MinPräs im StM

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2899 2937

Vorschlag einer personellen Verschlinkung des StM

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4019 4058

Kritik an der Aufstockung des Personals im StM um 31 Stellen seit dem Jahr 2000, Beurteilung der Verlagerung von Aufgaben des WM ins StM

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4231 4233 4284 4285 4295

Bewertung der Personalvermehrung im StM, Verzicht auf einen neuen Staatsminister

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5490-5494

Aufarbeitung der Rolle des StM bei der Verlagerung von Sinsheimer Messen nach Stuttgart

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7722-7731

Staatsquote*s.a. Sozialleistung*

Notwendigkeit einer spürbaren Senkung der Staatsquote
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701

Notwendigkeit einer Verringerung der Staatsquote
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894

Notwendigkeit einer Verringerung der Staatsquote
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6391

Staatsrat

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Dr. h.c. Konrad Beyreuther zum/als Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz
PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 39

Offenlegung der beruflichen, vergüteten und ehrenamtlichen Tätigkeiten und Funktionen der Mitglieder der LReg
Vorlage der o.g. Aufstellung, Bericht über entsprechende Funktionen von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther, Ausschluss von Interessenkollisionen zwischen den einzelnen Tätigkeiten und dem Regierungsamt?

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/232

Durchführung von BSE-Tests in BW

Zahl, Ergebnisse und Kosten o.g. Tests in staatlichen und privaten Labors; Zeitpunkt und Art der Feststellung von Pannen und Fehlern in den privaten Labors; Beurteilung des Verkaufs von nicht vorschriftsmäßig getestetem Rindfleisch; Zeitpunkt der Information und Maßnahmen der LReg, von Staatsrat Prof. Dr. Beyreuther und nachgeordneten Behörden; Ausbau der staatlichen Laborkapazitäten

Antr
s. *BSE*
Drs 13/746

Streichung des Geschäftsbereichs des Staatsrats für Lebensschutz

Antr SPD 19.02.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/752
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 4 5
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Haushalt 2004; Epl 02

Auflösung der Stelle des Staatsrats für Lebens- und Gesundheitsschutz

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2802-1 S. 18
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4181

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Abschaffung des Staatsrats im StM

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4002-1 S. 21
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863-5900

Berufung und Vereidigung von Professor Dr. Dr. h.c. Konrad Beyreuther zum/als Staatsrat für Lebenswissenschaften im Staatsministerium

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Feststellung von Beratungsbedarf der Regierungen in Stuttgart und Berlin durch den Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1655 1659 1660 1669

Bewertung der Ratschläge des Staatsrats für Lebens- und Gesundheitsschutz, Professor Dr. Dr. Beyreuther, zum Ernährungsverhalten der Bevölkerung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1865

Bewertung der Stelle des Staatsrats Professor Dr. Dr. Beyreuther als überflüssig

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3797

Beklagung einer Schwächung des WM durch die Zuständigkeit von Staatsrat Beyreuther für die Biotechnologie

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4579 4580 4583

Bewertung der Stelle des Staatsrats Professor Dr. Dr. Beyreuther als überflüssig

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5214

Bewertung der Stelle des Staatsrats Professor Dr. Dr. Beyreuther als überflüssig

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6081 6082

Staatssekretär

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Aufsichtsräte - Jahresmeldung über die abgeführten Beträge von Regierungsmitgliedern und politischen Staatssekretären aus ihrer Nebentätigkeit (Drs 12/1148 Ziff. 3)

Mittlg
s. *Aufsichtsrat*
Drs 13/213

Haushalt 2005 und 2006; Epl 07

Abschaffung des Staatssekretärs im WM

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4007-6 S. 26
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4047-1 S. 2
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

Forderung nach Abschaffung der politischen Staatssekretäre, Ernennung der Amtschefs zu Staatssekretären

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2332 2336 2338

Forderung nach Abschaffung der politischen Staatssekretäre

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2965

Reduzierung der Zahl von Staatssekretären auf Landes- und Bundesebene

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4582 4583

Ablehnung des Antrags auf Abschaffung des Staatssekretärs im WM

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014 6018 6020 6023 6035

Staatstheater

s. *Theater*

Staatsvertrag

s.a. *Internationales Abkommen*

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zur Änd des Mediendienste-Staatsvertrags (Mediendiensteänderungsstaatsvertrag)

Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr, Regelung

des Herkunftsprinzips, Modifizierung der Regeln über die Verantwortlichkeit und Informationspflichten von Diensteanbietern, Anpassung der Datenschutzbestimmungen an das Teledienste-DatenschutzGes sowie Änd im Bereich der Ordnungswidrigkeiten

Mittlg
s. *Medien*
Drs 13/120

Zweiter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/224

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Sechsten Staatsvertrages zur Änd des Rundfunkstaatsvertrages, des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrages und des Mediendienste-Staatsvertrages (Sechster Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/577

Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GBl S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/736

Ges zum Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änd des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Medienkonzentrationsrechts, Regelungen zum Umstieg auf die digitale terrestrische Rundfunkübertragung, Verbesserung der Information der Ltg über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Anstalten; Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag, Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den elektronischen Geschäftsverkehr

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/951

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Bericht über aktuelle Entwicklungen im Lotteriewesen

Mittlg
s. *Lotterie*
Drs 13/1039

Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

Mittlg
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1320

Ges zu dem Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

GesEntw
s. *Sportwette*
Drs 13/1365

Mittlg des SWR vom 29.10.2002 - Bericht des SWR an die Ltg der Staatsvertragsländer BW und RPF

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/1420

Ges zur Änd des LandesmedienGes, des LandespresseGes und des LandesdatenschutzGes

Ermöglichung der Einspeisung eines landesweiten Fernsehprogramms ins Kabelnetz; Verschärfung des Verbots von Mehrheitsbeteiligungen von Parteien und deren Unternehmen an Radio- und Fernsehsendern in BW; Anpassung von Datenschutzbestimmungen an EG-Recht; Umsetzung des neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrags

GesEntw
s. *Mediengesetz*
Drs 13/1550

Ges zum Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV)

Schutz vor jugendgefährdenden Angeboten in elektronischen Informations- und Kommunikationsmedien, Einsatz von Filterprogrammen gegen Gewalt und Pornographie im Internet; Änd des Rundfunkstaatsvertrags

GesEntw
s. *Jugendschutz*
Drs 13/1551

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/1568

Information der Landesparlamente nach § 5 a Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag

Mittlg
s. *Fernsehen*
Drs 13/1579

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/1593

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW und dem Freistaat Bayern zur Änd des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit bei der Landesentwicklung und über die Regionalplanung in der Region Donau-Iller

GesEntw
s. *Landesplanung*
Drs 13/1963

Dritter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/2387

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Siebten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung der EG-Richtlinie über den Universaldienst und die Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/2409

Ges zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag und zur Änd des LMedienGes

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, Rundfunkgebührenstaatsvertrags und des Deutschlandradio-Staatsvertrags; Umsetzung redaktioneller Änd im Ges zum Mediendienste-Staatsvertrag nach dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag; öffentliche Ausschreibung der Stelle des Vorsitzenden der LfK, Zulassung der Wiederwahl des Vorsitzenden und der Mitglieder des Medienrats

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/2775

Mittlg der LReg vom 19.12.2003 - Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Staatsvertrags über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Mittlg
s. *Lotterie*
Drs 13/2776

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland

Mittlg
s. *Lotterie*
Drs 13/2936

Ges zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

GesEntw
s. *Lotterie*
Drs 13/3000

Staatliche Wetten und Lotterien in BW

Entwicklung der jeweiligen Umsätze und Einnahmen des Landes, Beurteilung der Perspektiven vor dem Hintergrund elektro-

nischer Spielmöglichkeiten und des Internet; Gründe und Folgen der Ablehnung der mit Hessen, RPF und dem Saarland entwickelten KENO-Lotterie durch den MinPräs; Bewertung des staatlichen Monopols auf Lotterien und Sportwetten als Verstoß gegen europäisches Recht durch den hessischen Verwaltungsgerichtshof; Begründung der Wirksamkeit des staatlichen Monopols mit dem neuen Staatsvertrag der Länder zum Lotteriewesen? Einführung der KENO-Lotterie auch in BW

Antr
s. *Lotterie*
Drs 13/3047

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Fernsehen*
Drs 13/3117

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3141

Ges zu dem Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland

GesEntw
s. *Lotterie*
Drs 13/3140

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/3217

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land BW über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

Mittlg
s. *Apotheker*
Drs 13/3257

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Achten Staatsvertrages zur Änd rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

Mittlg
s. *Rundfunk*

Drs 13/3613

Ges zum Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, zur Änd des LMedienges und des Ges zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland

Änd des Rundfunkstaatsvertrags, des ARD-Staatsvertrags, ZDF-Staatsvertrags, des Rundfunkgebührenstaatsvertrags und Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags sowie des DeutschlandRadio-Staatsvertrags; Änd des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Mediendienste-Staatsvertrags; Höhe der Rundfunkgebührenerhöhung für die kommende Gebührenperiode 2005 bis 2008; Festschreibung der Zahl der zu veranstaltenden Fernseh- und Hörfunkprogramme

GesEntw
s. *Rundfunk*
Drs 13/3784

Zukunft von 3 Sat

Prüfung einer Übertragung der programmlichen Zuständigkeit für 3 Sat auf deutscher Seite auf das ZDF, Motive der anderen MinPräs für die Aufnahme dieser Protokollnotiz im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag; Festhalten am SWR als Koordinator von 3 Sat

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/3888

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zwischen den Ländern BW, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet

Mittlg
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4346

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land BW, dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Bildung eines Gemeinsamen Prüfungsamtes zur Abnahme der Eignungsprüfung für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

GesEntw
s. *Rechtsanwalt*
Drs 13/4386

Ges zur Ausführung des Staatsvertrags zum Lotteriewesen in Deutschland (AusführungsGes zum Lotteriestaatsvertrag - AG-LottStV)

Ermöglichung der Erteilung einer allgemeinen Erlaubnis für ordnungsrechtlich weniger bedeutsame Veranstaltungen, Regelung der Zuständigkeiten für den Vollzug des Staatsvertrags und dieses Gesetzes sowie der Ordnungswidrigkeitentatbestände

GesEntw
s. *Lotterie*
Drs 13/4410

Lottoverkauf in Supermärkten

Entwicklung des durch die Novellierung des Lotteriestaatsvertrags möglichen Verkaufs von Lotteriescheinen in Supermärkten, Auswirkungen auf die wirtschaftliche Existenz der Einzelhandelsgeschäfte mit Lotto-Aannahmestellen, Frage nach möglichen Konsequenzen

Antr
s. *Lotterie*
Drs 13/4643

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Mittlg
s. *Sportwette*
Drs 13/4687

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietsweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Ges zu dem Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Bereitstellung eines höheren Anteils für das Begleitprogramm

GesEntw
s. *Sportwette*
Drs 13/4764

Ges zu dem Staatsvertrag zur Änd des Staatsvertrags über die Zugehörigkeit der Apotheker, Apothekerassistenten und Pharmaziepraktikanten des Landes BW zur Bayerischen Apothekerversorgung

GesEntw
s. *Apotheker*
Drs 13/4816

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/5229

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des DeutschlandRadios

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg
s. *Rundfunk*
Drs 13/5236

Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF

Berichterstattung auf der Grundlage des Sechsten Rundfunkänderungsstaatsvertrags gemäß § 5 a des Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrags

Mittlg

s. Fernsehen
Drs 13/5241

Staatswald

s. Wald

Stabsstelle für Ernährungssicherheit

s. Ernährung

Stadion

s. Sportstätte

Stadt

s. Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft

Stadtbahn

s.a. Schnellbahn

Straßenbahnförderung

Vereinbarkeit einer GVFG-Förderung von ÖPNV-Vorhaben sowie einer Quersubventionierung zwischen öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit dem durch Urteil des EuGH in Sachen Altmark Trans konkretisierten Gemeinschaftsrecht?

KlAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/2995

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Finanzierung auf Projekte der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) und der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG)

Genehmigte und zur Genehmigung anstehende Projekte, Höhe der beantragten und bewilligten Mittel nach dem Landes- und Bundesprogramm bzw der Vorfinanzierung und der zu erwartenden Mittel, Bewertung des Projekts „U-Strab“ der Stadt Karlsruhe

KlAnfr
s. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
Drs 13/3058

GVFG-Förderung des „Stadtbahnringes Mannheim-Ost“

Planungsstand, Baubeginn, Kosten-Nutzen-Analyse, kalkulierte Fahrgastzahlen und Kosten des o.g. Projekts der MVV Verkehr AG; Betriebskonzept für die Neubaustrecken; Aufnahme in ein GVFG-Förderprogramm; Auflistung der konkurrierenden ÖPNV-Projekte in der Region Unterer Neckar

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 28.04.2004 und Antw UVM
Drs 13/3145

Bearbeitung von Anträgen auf GVFG-Förderung, die vor dem 30.11.2003 gestellt wurden

Zeitpunkt einer Entscheidung über den Antrag für das Projekt „Straßenbahn Kirchheim“ der Stadt Heidelberg, Bescheidung aller o.g. Anträge vor dem 30.06.2004

Antr
s. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
Drs 13/3206

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten in der Region Ulm

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; Stand der Planung und Bearbeitung eines Förderantrags für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Ulm-Böfingen

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/3513

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 19) - Erhöhungsantrag für den Ausbau einer Schieneninfrastruktur

Prüfung des o.g. Antrags der Albtal-Verkehrsgesellschaft für den „stadtbahngerechten“ Ausbau der Enzbahn zwischen Pforzheim und Bad Wildbad

Mittlg
s. Enztalbahn
Drs 13/4103

Infrastrukturausbaumaßnahmen der DB AG im Nahverkehr

Vergleich der Ausbaustandards, Kosten und Realisierungszeiträume der o.g. Maßnahmen mit denen von NE-Bahnen, insbes am Beispiel des Ausbauvorhabens Eppingen-Heilbronn und Heilbronn-Öhringen zur Stadtbahnstrecke; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme

Antr
s. Eisenbahnstrecke
Drs 13/3890

Bau einer Straßenbahnbrücke über die L 564 in Waldbronn-Busenbach

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel, Sicherstellung der Restfinanzierung zur Vollendung des Projekts

KlAnfr
s. Brücke
Drs 13/4351

Zukünftiger Bahnverkehr auf der Strecke Bruchsal-Germersheim

Vorteile der „Standardisierten Bewertung“ für einen S-Bahnbetrieb statt eines Stadtbahnbetriebs, Höhe der Planungskosten und Zeitrahmen für eine entsprechende Streckenerüchtigung, Erzielung einer kostengünstigen Planung durch die Zusammenarbeit von DBAG und Albtalverkehrsgesellschaft und damit einer Verringerung der kommunalen Kostenanteile, Frage nach Fördermitteln für die S-Bahn

KlAnfr
s. Schnellbahn
Drs 13/4543

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbünde Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tarifierhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/4585

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

Bewertung der Tieferlegung von Straßenbahnen in Stuttgart als zu teuer

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4431 4437

Stadtschnellbahn

s. *Schnellbahn*

Stadttaube

s. *Taube*

Stadttheater Konstanz

s. *Theater*

Stadtwerke

s. *Öffentliches Unternehmen*

Stächele, Willi MdL CDU

Berufung und Vereidigung von Willi Stächele zum/als Minister für Ernährung und Ländlichen Raum

s. *Minister für Ernährung und Ländlichen Raum*
PIPr 13/3 S. 37

Berufung und Vereidigung von Willi Stächele zum/als Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten

s. *Minister im Staatsministerium*
PIPr 13/91 S. 6399

Städtebau

s.a. *Business Improvement Districts*
s.a. *Landesentwicklungsgesellschaft*
s.a. *Öffentliches Bauvorhaben*
s.a. *Sanierung*
s.a. *Wohnungsbau*

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und Landesplanungsges sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung

auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/1010

Kürzungen in der Wohnungsbauförderung und der Stadtsanierungsförderung durch die BReg

KlAnfr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/1239

Stadtbilderhaltung in der Landeshauptstadt und Gefährdung historischer Bausubstanz durch fortgesetzten Hausabbruch landeseigener Gebäude

Gefährdung einer historischen Häuserzeile an der Willy-Brandt-Straße durch Benötigung der Flächen im Zuge der Verwirklichung von Stuttgart 21, Bewertung der Kauf- bzw Sanierungsinteressen eines privaten Investors; Kontaktaufnahme mit der Stadt Stuttgart und der DB Projekte Süd GmbH mit dem Ziel einer neuerlichen Prüfung iRd Planfeststellungsverfahrens, Stopp eines möglichen Abbruchs bis zur Vorlage der Ergebnisse dieser Prüfung

Antr
s. *Stuttgart*
Drs 13/1249

Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Verbesserung der Tourismus-Infrastruktur in BW

Unterstützung der Kombination von Tourismus- und Städtebauförderung

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1430

Landesgartenschau BW/Grünprojekte „Natur in Stadt und Land“

Auflistung der ausrichtenden Städte seit 1980 und in den kommenden Jahren, Kriterien für die Auswahl und Finanzierung, Höhe und städtebauliche Wirkungen der Investitionen, Impulse für die örtliche Wirtschaft, die Sicherung von Naturressourcen und für das kulturelle Leben; Einführung einer Aufzeichnungspflicht über die Folgewirkungen; jährliche Veranstaltung einer Landesgartenschau ab 2008

Antr
s. *Gartenschau*
Drs 13/2051

Perspektiven der zentrumsnahen Grundversorgung in Städten und Gemeinden BW

Förderung der innerörtlichen Zentralität von Einzelhandel und Dienstleistungen, Einflussmöglichkeiten über die Landesplanung, Regionalplanung und kommunale Planung; Zielsetzungen der Städtebauförderung; Unterstützung kommunaler Marketingmaßnahmen

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/2760

Haushalt 2004; Epl 07

Einarbeitung der vorrangigen Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden in die anstehende Neubekanntmachung der Städtebauförderungsrichtlinien

s. Energieeinsparung

Drs 13/2807

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Erarbeitung eines Konzepts für ein System handelbarer Flächenzertifikate, Nutzung innerstädtischer Ressourcen über das Städtebauförder- und Wohnungsbauprogramm

Antr

s. Landschaftsveränderung

Drs 13/3084

Grundstücksverkäufe

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken nur in einem bauplanungsrechtlich entwickelten Zustand, Erreichung dieses Zustands durch die Ausweisung von Wohngebieten, Konsequenzen der Verkaufspolitik des Landes für die Innenentwicklung und Nutzung von Gewerbebrachen der betroffenen Kommunen, Vereinbarkeit mit der im Umweltplan geforderten Reduktion des Flächenverbrauchs; Abkehr vom o.g. Grundsatz, Abgabe von Verkaufsangeboten gegenüber den Kommunen nach dem jeweiligen Verkehrswert

Antr

s. Landeseigene Immobilien

Drs 13/3150

Aufhebung der Haushaltssperre bei der Städtebauförderung

Antr SPD 15.07.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3387

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Entwicklung des Flächenverbrauchs seit 1994, Maßnahmen zur Umsetzung der mit dem Umweltplan BW angestrebten Reduzierung, Unterstützung der Gemeinden im Vorfeld der Fortschreibung der kommunalen Flächennutzungsplanung, Werbung um die Aufstellung von Baulückenkatastern, Anreize der Förderprogramme zur verstärkten Innenentwicklung der Kommunen in Ballungszentren und im ländlichen Raum

Antr

s. Landschaftsveränderung

Drs 13/3755

Verbrauchernahe Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Nahversorgung)

Empfehlungen an die Kommunen zur Nutzung der Möglichkeiten des Planungsrechts sowie der Mittelstands-, Städtebau- und Regionalförderung bzw Förderung der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Produkte

Antr

s. Dienstleistung

Drs 13/3779

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen

Antr

s. Wirtschaft

Drs 13/4152

Städtebauförderung und ihre Auswirkung auf Beschäftigung und Investitionen in BW

Bisherige und künftige Mittelbereitstellung iRd Bund-Länder-Programme, Darstellung der Impulse für das Baugewerbe sowie der zurückfließenden Steuereinnahmen, Höhe des Antragsstaus bei der Städtebauförderung und beim Landessanierungsprogramm bzw der möglichen Investitionsvolumina durch die Bedienung der Anträge

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 13.07.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4504

BeschlEmpf und Bericht WirtA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 23-25

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Kritik an der Kürzung der Städtebauförderungsmittel durch den Bund

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 160

Förderung der Städtebausanierung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775

Kritik an der Kürzung der Städtebauförderungsmittel durch den Bund

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1830 1839

Finanzielle Ausgestaltung und Inanspruchnahme der Städtebauförderung am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1993 1994

Anreize für innerörtliche Sanierungsmaßnahmen und Umnutzung frei gewordener militärischer Liegenschaften mit der Städtebauförderung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776-3778 3780 3783

Volumen und Beschäftigungseffekte der Städtebauförderung im Neckar-Odenwald-Kreis

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4133

Verstetigung der Städtebauförderung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4284 4288 4301

Kritik an der Trennung der Zuständigkeit für die Wohnungsbauförderung und Städtebauförderung zwischen dem IM und WM

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4580 4582

Förderung der flächenschonenden Innenentwicklung der Kommunen durch Nachverdichtung, Schließung von Baulücken u.ä.

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5611-5613

Festhalten am Instrument der Städtebauförderung, Bezeichnung als Baukonjunkturprogramm

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015 6020

Instrumente zur Minimierung des Flächenverbrauchs, Verankerung eines Vorrangs der Innenentwicklung vor der Zersiedelung des Außenbereichs im neuen LandesnaturschutzGes

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6610

Instrumente zur Minimierung des Flächenverbrauchs, Verankerung eines Vorrangs der Innenentwicklung vor der Zersiedelung des Außenbereichs im neuen Naturschutzrecht

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7271

Anstrebung einer engeren Verzahnung der Städtebau- und Tourismusförderung

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7960 7961 7963 7964

Städtepartnerschaft

s. Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften

Ständige Konferenz der Kultusminister

(Was sind) Ganztagschulen in BW?

Kriterien zur Definition von Schulen als Ganztagschulen; abschließliche Verwendung der verbindlich vereinbarten Kriterien der KMK zur Kategorisierung von Ganztagschulen als Grundlage der Bildungs- und Schulpolitik

Antr

s. Ganztagschule

Drs 13/1498

Beibehaltung der Rechtschreibreform

Festhalten an der verbindlichen Einführung zum 01.08.2005 iRd Ministerpräsidentenkonferenz und der KMK

Antr

s. Rechtschreibung

Drs 13/3596

Beurteilung der Reformansätze in der Kultusministerkonferenz vor dem Hintergrund der Föderalismusdebatte

Diskussionsstand und Ergebnisse der eingerichteten Arbeitsgruppe zur Reform der KMK, insbes zur verbesserten Koordination, zum Aufgabenabbau, zur Standardsetzung und Qualitätssicherung; Aufgaben, Rechtsform, Finanzierung und Umsetzung der Arbeitsergebnisse des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen; Koordinationsbedarf zwischen den BLändern in der Hochschulpolitik nach einem Wegfall der Rahmenkompetenz, Gewährleistung einer kontinuierlichen Vertretung deutscher Bildungspolitik auf europäischer Ebene, Einbeziehung der Länderparlamente in die Entscheidungsprozesse

Antr

s. Bildungspolitik

Drs 13/3711

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Reduzierung der Mittelansätze für die reformierte KMK

ÄAntr GRÜNE 27.01.2005 Drs 13/4014-6 S. 38

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Änderungen in der Rechtschreibung

Information der Lehrerschaft über die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Änderungen und deren Verbindlichkeit für die Schulen und Schüler bzw die Benotung von Schülerarbeiten ab 01.08.2005

Antr

s. Rechtschreibung

Drs 13/4059

Feststellung mangelnder Effizienz der KMK aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips, Einschätzung der künftigen Rolle des Gremiums

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1742 1751 1752 1763

Verweisung auf die neueste Statistik der KMK zu Ganztagschulen, Erarbeitung von Kriterien zur Definition von Ganztagschulen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2071-2074

Feststellung mangelnder Effizienz der KMK aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2540

Ausstieg Niedersachsens aus der KMK, Problematik des großen Verwaltungsapparats und des Einstimmigkeitsprinzips, Befürwortung von Reformen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5428-5437

Reduzierung der KMK auf Grundsatzfragen und Kernkompetenzen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5508 5511

Staiger, Wolfgang MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5181

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6955 6968

Stalking

s. Menschliches Verhalten

Stall

s. Landwirtschaftliches Gebäude

Stammzelle

Präimplantationsdiagnostik und Forschung an embryonalen Stammzellen in BW

Aktuelle Debatte

s. Reproduktionsmedizin

PIPr 13/6 S. 168

Forschung an menschlichen Stammzellen in BW

Bewertung des Gesetzes zum Import embryonaler Stammzellen; Projekte, Ziele und Förderpraxis der Forschung mit embryonalen und adulten Stammzellen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 10.07.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1161

Ergänzende Stellungnahme MWK 26.08.2002 Drs 13/1274

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 65 66

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Konsensfindung zur EU-Förderung der embryonalen Stammzellforschung

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 608

Mitteinsatz zur Förderung der Stammzellforschung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 978

Standardbefreiungsgesetz

s. Deregulierung

Standesamt

s.a. Beurkundung

Klärung des Verfahrens zur Eintragung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften

Sicherstellung der Umsetzung des Gesetzes zum 01.08.2001, Vorlage eines GesEntw zur Ausführung bzw Regelung der Zuständigkeit der Standesämter

Antr

s. Lebenspartnerschaft

Drs 13/51

Ges zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes

Festlegung der zuständigen Behörden und Verfahrensregelungen; Einführung besonderer Mitteilungspflichten gegenüber den Standesämtern und Meldebehörden über die Begründung und Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie über Namensänderungen

GesEntw

s. Lebenspartnerschaft

Drs 13/809

Änderung zur Ausführung des LebenspartnerschaftsGes vom 20.06.2002

Übertragung der Zuständigkeit für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften auf die Standesämter

Antr

s. Lebenspartnerschaft

Drs 13/2307

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Lebenspartnerschafts-Ges (LPartAusfG)

Zuständigkeit des Standesamts für die Eintragung einer Lebenspartnerschaft

GesEntw

s. Lebenspartnerschaft

Drs 13/4485

Notwendigkeit der Anzeige einer anonymen Geburt beim Standesamt nach dem geltenden Personenstandsrecht; Verweigerung der Zuständigkeit der Standesämter für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1337 1338 1341-1343 1346-1352

Verweigerung der Zuständigkeit der Standesämter für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1697-1702

Standseilbahn

s. Seilbahn

Start- und Landegebühen

s. Flughafengebühren

Stationspreis

s.a. Trassenpreis

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems der DB auf die Stationspreise von Haltepunkten, deren Bau durch GVFG-Mittel finanziert wurde

Auswirkungen o.g. Verteuerung auf die Halte der DBAG u.a. vom Land beauftragten Eisenbahnunternehmen trotz der Mitfi-

nanzierung solcher Haltepunkte durch das Land und Kommunen, Frage nach einer Absicherung gegen diese Kostensteigerungen im landesweiten Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und evtl anderen Verkehrsverträgen; Abwehrmaßnahmen gegen die Vorgehensweise der DBAG

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 19.10.2005 und Antw IM Drs 13/4731

Statistik

s.a. Beherbergungsstatistik

s.a. Bevölkerungsentwicklung

s.a. Dokumentation

s.a. Krebsregister

s.a. Statistisches Landesamt

s.a. Umfrage

Gender Mainstreaming konsequent umsetzen

Erstellung von Statistiken differenziert nach Geschlechtern

Antr

s. Gleichberechtigung

Drs 13/631

Erhebung zum Unterrichtsausfall

Ursächliche Faktoren und Daten der o.g. Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2001 im Vergleich zum Vorjahr, Bewertung der Ergebnisse an den Gymnasien und beruflichen Schulen, Begründung des beabsichtigten Verzichts auf Veröffentlichung der Daten

Antr

s. Schulunterricht

Drs 13/639

Wunsch und Wirklichkeit; hier: Erkenntnisse der LReg über Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Widerspruch zu offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamts

Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des MinPräs und SM sowie des Statistischen Landesamts über den Rückgang bzw die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten nach der Reform des 630-DM-Gesetzes; Darlegung der jeweiligen Datengrundlagen

KlAnfr

s. Geringfügige Beschäftigung

Drs 13/669

Falsche Vermittlungsstatistik in der Arbeitsverwaltung

Frage nach Fehlbuchungen in Arbeitsämtern und Arbeitsamtsbezirken im Land; Zahl und Erfolgsquote von privaten Vermittlern in BW

Antr

s. Arbeitsvermittlung

Drs 13/728

Dramatische Abschwächung des Wirtschaftswachstums in BW

Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des Statistischen Landesamts und des MinPräs und WM über die konjunkturelle Entwicklung in BW

Antr

s. Konjunktur

Drs 13/729

325-Euro-Arbeitsverhältnisse

Zunahme der Zahl o.g. Arbeitsverhältnisse, insbes in kleinen Betrieben; Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben der

LReg und des Statistischen Landesamts über den Rückgang bzw die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten nach der Reform des 630-DM-Gesetzes; Beurteilung der sozialen Absicherung dieser Arbeitsverhältnisse

Antr

s. *Geringfügige Beschäftigung*

Drs 13/870

Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen

Ursächliche Faktoren und Daten der Stichprobenerhebungen an den einzelnen Schularten 2002 im Vergleich zum Vorjahr; Festhalten am bisherigen Verfahren zur Erhebung und Veröffentlichung der Daten

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/1017

Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung

Erstellung von Statistiken differenziert nach Geschlechtern

GrAnfr

s. *Gleichberechtigung*

Drs 13/1204

Bericht der LReg nach § 6 Abs 4 LStatistikGes

Mittlg LReg 09.10.2002 Drs 13/1383

Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland - Folgerungen für BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 09.04.2003 Drs 13/1972 (36 S.)

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.12.2003 Drs 13/2697 (47 S.)

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4076-4082

Statistiken des Statistischen Landesamts

Entwicklung der o.g. Erhebungen in den letzten Jahren und des jeweiligen Kostenaufwands basierend auf Rechtsgrundlagen des Landes, des Bundes und der EU

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 18.07.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2285 (14 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.12.2003 Drs 13/2697 (47 S.)

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4076-4082

Erhebung von Unterrichtsversorgung und Unterrichtsausfall an baden-württembergischen Schulen - Starttermin und Kosten des Projekts „Schulverwaltung am Netz“

Einhaltung des Starttermins und der kalkulierten Kosten beim Projekt SVN? Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform; Schulung der Schulleitungen und -sekretariate, Verfügbarkeit eines uneingeschränkten Zugangs zum Internet; stichprobenhafte Ermittlung o.g. Daten für das laufende Schuljahr und Veröffentlichung

Antr

s. *Schulunterricht*

Drs 13/2563

Falsche Lehrstellenbilanz des WM

Zeitpunkt der Information des WM über die fehlerhaften Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung sowie der Veröffentlichung; Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Falschinformationen

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/2980

Aufwand für Dokumentation in der medizinischen und pflegerischen Versorgung

Externe Dokumentationspflichten in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen; Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen dieser Pflichten sowie der daraus nach Europa-, Bundes- und Landesrecht zu erhebenden Statistiken; Möglichkeiten zur Reduzierung des Aufwands bei gleich bleibender Versorgungsqualität, Bewertung als Beitrag zur Entlastung des Personals in den stationären Einrichtungen

Antr

s. *Dokumentation*

Drs 13/3540

Statistische Erfassung von so genannten Fällen des Stalkings

Gesonderte Erfassung o.g. Fälle in den Statistiken der Polizei und Justiz nach dem PolizeiGes bzw dem GewaltschutzGes

Antr

s. *Menschliches Verhalten*

Drs 13/3626

Bericht der LReg nach § 6 Abs 4 LStatistikGes (LStatG)

Mittlg LReg 14.10.2004 Drs 13/3657

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw

s. *Verwaltungsverfahren*

Drs 13/3661

Aussagekraft der Ausbildungsstatistik

Zahl der von den Unternehmen iRd Ausbildungspakts zusätzlich angebotenen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Anteil von Jugendlichen ohne Interesse an einer betrieblichen Ausbildung oder alternativ angebotenen Einstiegsqualifizierung, Auswirkungen der fehlenden Meldepflicht einer erfolgreichen Lehrstellensuche auf anderem Wege bei den Arbeitsagenturen; Möglichkeiten einer Präzisierung der o.g. Statistik

GrAnfr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/3776

Realistische Zahlen zur Bildungsbeteiligung in BW

Art und Zahl der Berufschulabschlüsse 2002, Anteil der erreichten Hoch- oder Fachhochschulreife, Bereinigung der vom KM vorgelegten Zahlen unter Ausschluss von Doppelzählungen und mit einer sachgerechten Bezugsgröße der durchschnittlichen Altersjahrgangsgröße

Antr

s. Berufliche Bildung
Drs 13/3908

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbsmäßigen oder bandenmäßigen Steuerhinterziehung

Antr
s. Steuerstrafverfahren
Drs 13/3933

Ges zur Änd des SchulGes und des LBesoldungsGes

Anpassung der Sonderregelung für Klassenpflegschaften an Entwicklungen der dualen Ausbildung sowie der Regelung zum Ruhen der Berufsschulpflicht bei dem Besuch von bestimmten Ergänzungsschulen, Überarbeitung der Rechtsgrundlage für die Schulstatistik, Ermöglichung der Nutzung der Schülerindividualdatei zur Aufgabenerfüllung der Schulen, Anpassung der Besoldungsordnung A im Hinblick auf das Gymnasium für Hochbegabte mit Internat und Kompetenzzentrum in Schwäbisch Gmünd

GesEntw
s. Schulgesetz
Drs 13/4431

Unterrichtsversorgung verlässlich sichern

Durchführung von zwei repräsentativen Stichproben an allgemein bildenden, Berufs- und Sonderschulen; Erhebung des Bestands an Ergänzungsstunden für Förder- und Stützmaßnahmen sowie Arbeitsgemeinschaften, des fachfremd erteilten Unterrichts sowie der Versorgung in Mangelfächern wie Physik und Mathematik; Darstellung des zugewiesenen Stundenpools für den Ergänzungsbereich; Aufhebung der Deckelung der Mittel für Nebenlehrer; Aufstockung der Mittel für Krankheitsvertretungen; Ermöglichung des schulartübergreifenden Einsatzes von Lehrern in der Sekundarstufe I; Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an Berufs- und Sonderschulen mit einem Stufenplan

Antr
s. Schulunterricht
Drs 13/4800

Amtliche Statistik - Abweichung bei Einwohnerzahlen

Ursachen und Auswirkungen, insbes im kommunalen Finanzausgleich, der o.g. Unterschiede zwischen den Zahlen des Statistischen Landesamts und der Einwohnermeldeämter; konkrete Auswirkungen im Fall der Stadt Stuttgart und der Gemeinde Zwiefalten; Umgang mit Widersprüchen von Kommunen gegen die als Bemessungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich verwendeten Zahlen

KlAnfr
s. Einwohner
Drs 13/5134

Statistische Angaben über die Arbeit des 13. Landtags von Baden-Württemberg (Stand: 31. Mai 2006)

Mittlg LtgPräs 31.05.2006 Drs 13/5249

Feststellung von Lücken und Fehlbuchungen in der Arbeitslosenstatistik, Maßnahmen zur Bereinigung der Arbeitslosen- und Vermittlungsstatistik; Verzicht auf überflüssige Erhebungen; Differenzierung der Schulstatistiken nach Geschlechtern

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1814-1816 1824 1855 1886

Verweisung auf die neueste Statistik der KMK zu Ganztagschulen, Erarbeitung von Kriterien zur Definition von Ganztagschulen

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2071-2074

Vorschlag zum Verzicht auf überflüssige Statistiken

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2371

Umfang der auferlegten Statistikpflichten, insbes vonseiten der EU; Verzicht auf überflüssige Erhebungen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894 2899

Umfang der auferlegten Statistikpflichten, insbes vonseiten der EU; Verzicht auf überflüssige Erhebungen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4076-4082

Umfang der auferlegten Statistikpflichten, insbes vonseiten der EU; Verzicht auf überflüssige Erhebungen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4918

Statistikgesetz

s. Statistik

Statistische Erhebung

s. Statistik

Statistisches Landesamt

Wunsch und Wirklichkeit; hier: Erkenntnisse der LReg über Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt im Widerspruch zu offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamts

Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des MinPräs und SM sowie des Statistischen Landesamts über den Rückgang bzw die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten nach der Reform des 630-DM-Gesetzes; Darlegung der jeweiligen Datengrundlagen

KlAnfr
s. Geringfügige Beschäftigung
Drs 13/669

Dramatische Abschwächung des Wirtschaftswachstums in BW

Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des Statistischen Landesamts und des MinPräs und WM über die konjunkturelle Entwicklung in BW

Antr
s. Konjunktur
Drs 13/729

325-Euro-Arbeitsverhältnisse

Zunahme der Zahl o.g. Arbeitsverhältnisse, insbes in kleinen Betrieben; Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben der LReg und des Statistischen Landesamts über den Rückgang bzw die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten nach der Reform des 630-DM-Gesetzes; Beurteilung der sozialen Absicherung dieser Arbeitsverhältnisse

Antr

s. Geringfügige Beschäftigung
Drs 13/870

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 13)

Organisation, Wirtschaftlichkeit und Personalbedarf des Statistischen Landesamts

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 X. S. 5

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 22.10.2003 Drs 13/2525

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.12.2003 Drs 13/2697 (47 S.)

PIPr 13/57 12.12.2003 S. 4076-4082

Mittlg LReg 21.12.2004 Drs 13/3912

BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4297

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6699 6700

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 14) - Information und Kommunikation beim Statistischen Landesamt

Mittlg

s. Informations- und Kommunikationstechnik

Drs 13/1748

Statistiken des Statistischen Landesamts

Entwicklung der o.g. Erhebungen in den letzten Jahren und des jeweiligen Kostenaufwands basierend auf Rechtsgrundlagen des Landes, des Bundes und der EU

Antr

s. Statistik

Drs 13/2285

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Regelung der Mitwirkung des Statistischen Landesamts

GesEntw

s. Wahlrecht

Drs 13/3680

Ges zur Änd des AbgeordnetenGes

Jährliche Anpassung der steuerpflichtigen Entschädigung nach einem vom Statistischen Landesamt aus der Einkommensentwicklung in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst ermittelten Durchschnittswert, entsprechende Anpassung der Kostenpauschalen an die Kosten- und Preisentwicklung, Streichung der jährlichen Berichterstattung des LtgPräs über die Angemessenheit der Entschädigung

GesEntw

s. Abgeordnetengesetz

Drs 13/4487

Amtliche Statistik - Abweichung bei Einwohnerzahlen

Ursachen und Auswirkungen, insbes im kommunalen Finanzausgleich, der o.g. Unterschiede zwischen den Zahlen des Statistischen Landesamts und der Einwohnermeldeämter; konkrete Auswirkungen im Fall der Stadt Stuttgart und der Gemeinde Zwiefalten; Umgang mit Widersprüchen von Kommunen gegen die als Bemessungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich verwendeten Zahlen

KlAnfr

s. Einwohner

Drs 13/5134

Arbeitsmarktdaten des Statistischen Landesamts, Bewertung der Neubesetzung des Präsidentenamts als Versorgung einer abgewählten CDU-Politikerin

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 867 870 872 896 897 906

Angaben des Statistischen Landesamts zum Wirtschaftswachstum in BW

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1077

Aufklärung der Diskrepanz zwischen den Angaben des Statistischen Landesamts und der LReg über die konjunkturelle Entwicklung in BW

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1097 1106 1110 1111

Umsetzung der Vorschläge des RH zur Verbesserung der Organisation und Personaleinsparung im Statistischen Landesamt

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2672 2676

Rückläufigkeit der Zahl von Landesstatistiken und Stellen beim Statistischen Landesamt, Umsetzung der Vorschläge des RH zur Verbesserung der Organisation und Personaleinsparung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4076-4082

Umsetzung der Vorschläge des RH zum Statistischen Landesamt

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4225

Feststellung einer Übererfüllung der Einsparvorschläge des RH beim Statistischen Landesamt

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7852 7855

Staub

s.a. Smog

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr

s. Immissionsschutz

Drs 13/1619

Konsequenzen aus der Überschreitung von Luftreinhalte-Grenzwerten der 22. BImSchV

Umfang der Grenzwertüberschreitung der Schadstoffe Stickstoffdioxid und Partikel, betroffene Gebiete und Konsequenzen, Erlass von Luftreinhalteplänen, Information der Öffentlichkeit

Antr

s. Immissionsschutz

Drs 13/2223

Abbau von Messstationen entlang von Straßen in BW

Standorte und Gründe der o.g. Reduzierung, bisher dort gemessene Werte von Partikeln und Stickstoffdioxiden und notwendige Konsequenzen, Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zur ständigen Beurteilung der Luftqualität entlang von Autobahnen bzw stark befahrenen Bundes- und Landesstraßen sowie der daraus folgenden Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr

s. Messgerät
Drs 13/2969

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterleitung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 13/3571

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Überschreitung der ab 01.01.2005 geltenden Grenzwerte, insbes für Feinstaub; Darlegung der betroffenen Gebiete; Konsequenzen des individuell einklagbaren Rechtsanspruchs; Durchsetzung der notwendigen Luftreinhaltepläne bzw von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Pkw und Lkw ohne Rußpartikelfilter; gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat; Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 13/3922

Rußfilter für Dieselfahrzeuge - Förderung der Nachrüstung von Bussen mit Rußfiltern

Anteil der Busse an der Luftbelastung mit Dieselruß und Feinstäuben in Ballungsräumen, Verbreitung des Rußfilters in den Fahrzeugen von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Verkehrsverbänden; Förderung der entsprechenden Beschaffung neuer Busse sowie des nachträglichen Einbaus der Filter

Antr
s. Abgasreinigung
Drs 13/4032

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 13/4075

Feinstaubbelastung im Bereich Konstanz

Überschreitung des EU-Grenzwerts seit 2003: Art und Intensität der Messungen, Verursacher und lokale Besonderheiten, Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und Wasserqualität des Bodensees, Maßnahmen zur Reduzierung der Belastung, Gewinnung aussagekräftiger Daten auch nach dem Abbau der bisher vorhandenen Luftmessstation bzw mit dem neu strukturier-

ten Landesluftmessnetz?

KlAnfr
s. Immissionsschutz
Drs 13/4191

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 13/4211

Verbesserung der Qualität und der Aussagefähigkeit des Luftschadstoffmessprogramms in BW

Darlegung der Standorte der Messstationen, der Kriterien für die Standortwahl sowie der gemessenen Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Auflistung der Orte mit beidseitig bebauten Straßen und mit einer durchschnittlichen Belastung von mehr als 25.000 Kfz und einem Lkw-Anteil von über 4 % und der dort gemessenen bzw als wahrscheinlich anzunehmenden Werte; Ermittlung des Bedarfs bzw der Standorte für zusätzliche Messungen gemeinsam mit den Kommunen

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 13/4235

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Ursachen und (gesundheitliche) Auswirkungen der Problematik, Anteile des Straßen-/Schienenverkehrs, von Industrie, Haushalten, Kraftwerken u.a.; Standortwahl und Ergebnisse von Messungen; bisherige und notwendige Maßnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und der EU; Strategie der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter; Verschärfung der Situation durch fehlende Umgehungsstraßen, Stau- und Mautflüchtlinge von Autobahnen; vorhandene Luftreinhaltepläne, Vergleich mit anderen EU-Ländern, Vorbereitung auf die nächste Verschärfung der Grenzwerte

GrAnfr
s. Immissionsschutz
Drs 13/4262

Konsequenzen aus dem Feinstaub-Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart

Verzicht auf die vom RegPräs angekündigte Berufung; beschleunigte Inkraftsetzung von Aktionsplänen in den von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Gebieten, Einrichtung von Umweltzonen mit Fahrverbot für Fahrzeuge mit besonders hohem Rußausstoß, Ausweitung des Messprogramms auf Kommunen mit mutmaßlichen Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. Immissionsschutz
Drs 13/4395

Konsequenzen von Luftreinhalteplänen in BW

Art und Zeitrahmen, Höhe und Träger der Kosten der ergriffenen Maßnahmen zur Erstellung von Luftreinhalteplänen; angestrebte Effekte; zusätzlicher Aufwand und Kosten für die Wirtschaft; Anwendbarkeit der von der EU angekündigten Erleichterungen in Bezug auf die Feinstaubrichtlinie

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4829

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrasen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4995

Luftqualitätsrichtlinie und Luftreinhaltestrategie der Europäischen Kommission

Hinwirkung auf eine Verbindung evtl Vorfestlegungen über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe mit Vorschlägen der Kommission zu Maßnahmen für die Einhaltung dieser Werte bzw Beschränkung eines neuen Grenzwerts für Feinstaub auf kleinere Partikel

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5011

Offenlegung der Messwerte für Feinstaubkonzentrationen und Stickoxide

Offenlegung der gemessenen Werte bzw Grenzwertüberschreitungen an den Messstationen in Stuttgart und landesweit, Darlegung der Informationsmöglichkeiten der Bürger sowie der notwendigen Modifikation der Luftreinhalte- und Aktionspläne

KlAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5161

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Standorte der einzelnen Messstellen, gemessene Werte bzw Grenzwertüberschreitungen, gesundheitliche Auswirkungen, Effizienz der erlassenen und geplanten Luftreinhalte- und Aktionspläne, notwendige zusätzliche Maßnahmen; Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Reduzierung der Feinstäube an Brennpunkten des Straßenverkehrs, steuerliche Förderung der Dieselrußfilter

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6063 6067 6072

Maßnahmen zur Lösung der Feinstaubproblematik

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420 6439

Bewertung der Verlagerung des Verkehrsressorts vom UVM zum IM als kontraproduktiv angesichts der Feinstaubproblematik

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6679 6682

Effizienz von Lkw-Fahrverboten gegen Feinstaub, Bewirkung von Verdrängungsverkehr und damit von Belastungen anderenorts

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103 7110

Überarbeitung der europäischen Normen zur Luftreinhaltung, Beschränkung eines neuen Grenzwerts für Feinstaub auf kleinere Partikel, Wirksamkeit von lokalen Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaubkonzentrationen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7640-7644

Verbreitung der Ergebnisse von Feinstaubmessungen über das Internet

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7904 7906

Staudamm

s. *Wasserspeicher*

Staudinger-Gesamtschule

s. *Gesamtschule*

Stauffenberg, Claus Schenk Graf von*Stauffenberg Erinnerung*

Unwürdige Präsentation der 2004 im Württembergischen Landesmuseum angebrachten Erinnerungstafeln und Plastik der Brüder Stauffenberg nach einem Pressebericht; Abhilfemöglichkeiten

MdlAnfr 6) Dr. Christoph Palmer CDU 25.07.2005 Drs 13/4532
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6993 6994

Steim, Hans-Jochem Dr. MdL CDU

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Dr. Hans-Jochem Steim durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8015

Steinbeis-Stiftung

s.a. *Technologietransfer*

s.a. *Technologiezentrum*

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Ergebnisse der Aktivitäten der Steinbeis-Stiftung

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage

nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1387

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 28) - Zusammenarbeit der FH mit der Steinbeis-Stiftung für Wirtschaftsförderung

Mittlg
s. *Fachhochschule*
Drs 13/1629

Steinbeis-Stiftung Stuttgart - Steinbeis-Transferzentrum Reutlingen

Frage nach einer Auseinandersetzung zwischen der Firma Schönenberger GmbH und der Steinbeis-Stiftung im Zusammenhang mit der Entwicklung einer Schleifmaschine bzw nach Fällen einer Schädigung von kleinen Unternehmen durch die Steinbeis-Stiftung bzw deren Partner

Antr Martin Rivoir u.a. SPD 06.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2157
BeschlEmpf und Bericht WirtA 11.02.2004 Drs 13/2985 S. 7
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Gewichtung der Steinbeis-Stiftung, Verbindung mit einer Landeswirtschaftsfördergesellschaft

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3916 3918 3921

Erfolgsbewertung der Steinbeis-Stiftung, Transferleistungen und Volumen der Auftragsarbeiten aus der Wirtschaft

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4492 4493 4495 4499 4500

Verlagerung der Patentberatung auf die Steinbeis-Zentren

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5450 5454

Beratungs- und Serviceangebot der Steinbeis-Stiftung für Rat suchende Unternehmer

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5552 5553

Rückläufigkeit des Technologietransfers über die Steinbeis-Stiftung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6017

Erfolgsbewertung der Transferzentren der Steinbeis-Stiftung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406

Verweisung auf die Beratung der Steinbeis-Stiftung zum Technologietransfer

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7883 7887 7891

Steine und Erden

s.a. *Kalk*
s.a. *Torf*

Stand der Planung und Durchführung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Ergebnisse und Konsequenzen von Gutachten zur Prüfung einer Wehrlösung bei Flusskilometer 207,2 und zur Kiesgewinnung

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/359

Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Integrierte Rheinprogramm zwischen Weil und Breisach

Zeitraumen, Kosten und Belastungen der notwendigen Auskiesungsmaßnahmen; Gewinnung früherer und zusätzlicher Rückhalteräume durch die Alternativen zwischen Flusskilometer 204 und 219, Einbeziehung in das Raumordnungsverfahren; Bedeutung des Kernkraftwerks Fessenheim und des Kalibeckens auf der Fessenheimer Insel für die Realisierung des Integrierten Rheinprogramms

KlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/1133

Steinkohle

s. *Kohle*

Stellenausschreibung

s.a. *Anzeige (Bekanntmachung)*

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Zuweisung globalisierter und übertragbarer Haushalte sowie Personalbudgets, flexible Bewirtschaftung eigener Stellenpläne, Ausschreibung und Besetzung freier Stellen durch die teilnehmenden Schulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Erfahrungen mit und Folgerungen aus dem schulbezogenen Einstellungsverfahren im Jahr 2002

Zahl der bei o.g. Einstellungsrunde von den Schulen ausgeschriebenen und besetzten Stellen, Erfahrungen und evtl Änderungsbedarf des besonderen Auswahlverfahrens für Bewerber mit Zusatzqualifikation, Beurteilung der Ausschreibungstexte sowie deren Präsentation auf den Internet-Seiten der jeweiligen Oberschulämter, Auswirkungen der stärkeren Beteiligung der Schulleitungen sowie der Personalvertretungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1663

Stellenausschreibung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum im Herbst 2003 für das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in Sigmaringen im Vorfeld der Eingliederung der Sonderbehörden in die LKreise und Stadtkreise zum 01.01.2005

Ausschreibung von Stellen der Amtsleitungsebene mit Beförderungsperspektive vor der Eingliederung der Ämter in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform

MdlAnfr
s. *Landwirtschaftsbehörde*
Drs 13/2589

Zukunft des landeseigenen Staatsanzeigers

Art und Auswirkungen der Expansionspläne, insbes auf private Zeitungen und Redaktionen; Umfang und Zusammensetzung der Einnahmen und des Abonnentenkreises, Anteil der von der öffentlichen Hand in Auftrag gegebenen Stellenanzeigen; Gewährleistung der parteipolitischen Unabhängigkeit; Umsetzung der Privatisierungsempfehlungen

Antr
s. *Staatsanzeiger*
Drs 13/3246

Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung

Stopp der Besetzung der jeweiligen Spitzenposition bei der staatlichen Toto-Lotto GmbH und Rothaus-Brauerei mit zwei ehemaligen Landesministern, Ausschreibung dieser und aller anderen o.g. Stellen

Antr
s. *Führungskraft*
Drs 13/3355

Vorgehensweise des Staatsministeriums als Rechtsaufsichtsbehörde für die Landesanstalt für Kommunikation (LfK)

Mängel der Ausschreibung vom 15.03.2004 für die Stelle des Vorstandsvorsitzenden der LfK, Art und Zeitpunkt der Information des StM über diese Mängel, Gründe für die nicht frühzeitig erfolgte Intervention des StM bzw für die Aufforderung an die LfK zu einer erneuten Stellenausschreibung, Frage nach der rechtlichen Wirkung des neuen Ausschreibungstextes

Antr
s. *Staatsministerium*
Drs 13/3470

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absolventen des 2. Staatsexamens

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 13/3795

Bilanz und Perspektiven der Lehrereinstellung iRd Prozesses zur eigenständigen Schule

Entwicklung der Neueinstellungen und der Altersstruktur der Lehrkräfte nach Schularten und -bereichen seit 2000, Anteil und Erfolg der schulbezogenen Ausschreibungen, bisherige und weitere notwendige Anstrengungen zur Gewinnung qualifizierter Bewerber differenziert nach Schularten/-fächern und Regionen, Möglichkeiten der Schulverwaltung zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen wegen Krankheit und Elternzeit, Weiterentwicklung der Verfahren zur Lehrereinstellung unter Nutzung der IuK-Technik

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/4615

Kritik an Altersbeschränkungen in Stellenausschreibungen
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7559

Kritik an den Altersbeschränkungen in Stellenausschreibungen
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7678

Stelleneinsparung

s. *Personalplanung*

Stellenobergrenze

s. *Stellenplan*

Stellenobergrenzenverordnung

s. *Stellenplan*

Stellenplan

s.a. *Beförderung von Beamten, Richtern und Soldaten*
s.a. *Personalplanung*

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten in der Steuerverwaltung, volle Durchschlüsselung des gehobenen und mittleren Dienstes, Hinwirkung auf eine familienfreundlichere Versetzungspolitik sowie auf eine Erziehungsurlaubsregelung vergleichbar mit der Polizei, Weiterentwicklung der EDV-Ausstattung

s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/656

Haushalt 2002 und 2003; Epl 06

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/656

Verwirklichung der Strukturmaßnahmen im mittleren Dienst der Vermessungsverwaltung

Umsetzung der im Haushalt etatisierten Stellenhebungen in Beförderungen

Antr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/1056

Planstellenbedarf für Fachlehrer/Technische Lehrer für Geistigbehinderte, Körperbehinderte und Kombinierte Schulen

Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen sowie der vorhandenen bzw benötigten Sonderschullehrer für die o.g. Sonderschultypen, Überbrückung des Fehlbedarfs

Antr
s. *Sonderschullehrer*
Drs 13/1350

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Haushaltswirtschaft sowie zur Qualitätsentwicklung und Evaluation im Ländervergleich

Festlegung der Stellenpläne in eigener Verantwortung der Hochschulen

GrAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1471

Durchschlüsselung der Beförderungsstellen für Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie Technische Lehrerinnen und Lehrer

Antr
s. *Fachlehrer*
Drs 13/1473

Schule braucht Freiheit - Modellprojekt „Selbstständige Schule“ in BW

Zuweisung globalisierter und übertragbarer Haushalte sowie Personalbudgets, flexible Bewirtschaftung eigener Stellenpläne,

Ausschreibung und Besetzung freier Stellen durch die teilnehmenden Schulen

Antr
s. *Schule*
Drs 13/1476

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Lehrerdeputate in der Schulverwaltung

Umfang des vorgesehenen und vollzogenen Stellenabbaus im Ministerium, in den Oberschul- und Schulämtern in den letzten zehn Jahren; Zahl, Aufgaben und Eingruppierung der im selben Zeitraum dort beschäftigten bzw. abgeordneten Lehrkräfte; Auflistung der Fälle von Beförderungen sowie Berufungen zum Schulleiter; Anteil der freigestellten Lehrerstunden für Fortbildungszwecke; Kompensation der den Schulen entzogenen Deputate; Frage nach den rechtlichen Grundlagen und Beschlüssen des Ltg zur Praxis der Abordnungen und Freistellungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1744

Beförderungssituation und Altersstruktur bei der Polizei

Entwicklung der Beförderungswartezeiten seit 1992, Zahl der im Alter über 50 noch im Schichtdienst tätigen sowie der bis 2010 in den Ruhestand tretenden Beamten, Umfang der vorgesehenen Wiederbesetzung von Stellen

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/1998

Zukunft der Steuerverwaltung

Beförderungswartezeiten in den einzelnen Besoldungsstufen und Funktionen; Ausschöpfung der jeweiligen Stellenobergrenzen? Entwicklung der Bewerber-, Einstellungs- und Übernahmezahlen im mittleren, gehobenen und höheren Dienst seit 1996

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Auswahlverfahren bei der Besetzung von Stellen für Richter und Staatsanwälte

Angewandte Verfahren und Kriterien bei der Besetzung von freien Planstellen für Richter und Staatsanwälte sowie bei deren Beförderung und Abordnung, Frage nach einer Eignungsprüfung und dienstlichen Beurteilung sowie Ausschreibung von Leitungsfunktionen, Umfang der Stellenbesetzung mit Absolventen des 2. Staatsexamens

Antr
s. *Personalplanung*
Drs 13/3795

Haushalt 2005 und 2006; Epl 06

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/4006

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des

LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Haushalt 2006; Nachtrag

Schaffung von zusätzlichen Planstellen und Ausbildungsstellen in der Steuerverwaltung

s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/4840

Stellenhebungen im Justizvollzugsdienst, Ausschöpfung der Stellenobergrenzen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2140-2142 2147

Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im Polizeivollzugsdienst

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126 3128

Stellenhebungen iRd Besoldungsstrukturprogramms für die Polizei

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5645

Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen durch Beförderungen, vorrangige Wiederbesetzung von Stellen mit Frauen

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6937-6939

Sterbebegleitung

Weiterentwicklung der Palliativmedizin in BW

Art, Stand und Perspektiven der schmerzmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken und Sterbenden in Krankenhäusern, durch niedergelassene Ärzte, Hospizeinrichtungen u.a. Dienste; Umfang der Unterstützung sowie Weiterentwicklung der Palliativmedizin; Verankerung in der Aus- und Fortbildung in der Medizin und Krankenpflege, Einrichtung von Zentren sowie eines Lehrstuhls für Palliativmedizin

Antr
s. *Schmerztherapie*
Drs 13/1777

Klares Nein zur aktiven Sterbehilfe - Ausbau von Hospizdiensten und Palliativmedizin in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7484

Ermöglichung einer würdigen Begleitung sterbender Menschen, Stellenwert der Dienste von Hospizgruppen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Ermöglichung einer würdigen Begleitung sterbender Menschen, Stellenwert der Dienste von Hospizgruppen

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1331-1333

Ausbau der Hospizbewegung und Palliativmedizin

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7775-7777 7782

Sterbegeld

Befürwortung einer Reduzierung des Sterbegelds

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2081

Sterbehilfe

s. *Sterbebegleitung*

Sterbeklinik

s. *Sterbebegleitung*

Sterben

s. *Tod*

Sternwarte

s. *Astronomie*

Steuer

s.a. *Steueraufkommen*

s.a. *Steuermodal*

s.a. *Steuerrecht*

s.a. *Steuerreform*

s.a. *Steuerschuldner*

s.a. *Steuerumgehung*

s.a. *Steuerveranlagung*

s.a. *Steuervergünstigung*

s.a. *Verbrauchssteuer*

s.a. *Zinsbesteuerung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-*Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-*

Vorschlag einer VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer; Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änd der Richtlinie 77/799/EWG des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten und indirekten Steuern

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/199

Steuerabzug für Bauleistungen

Information der Bauherren über das Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe, Ausgestaltung der Verpflichtung zum Steuerabzug von 15 % der Bruttobausumme bei Subunternehmen, Tragweite der Prüfungspflicht des Bauherrn für den Fall einer nicht ordnungsgemäß ausgestellten Freistellungserklärung

Antr

s. *Bauvorhaben*

Drs 13/496

Wirksamkeit des Ges zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe

Prüfung o.g. Neuregelungen der von der BReg beschlossenen Bauabzugssteuer, des evtl Nachbesserungsbedarfs und der Übertragung auf andere Gewerbe; Vorlage eines Berichts bis Anfang 2003

Antr

s. *Baugewerbe*

Drs 13/763

Gültigkeitsdauer von Freistellungsbescheinigungen beim Steuerabzugsverfahren im Baugewerbe

Gültigkeitsdauer der vom Bauherrn beim Finanzamt einzureichenden Freistellungsbescheinigung

KlAnfr

s. *Bauvorhaben*

Drs 13/1432

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Rückübertragung von Gesetzgebungskompetenzen auf die Länder und Länderparlamente, Abschätzung von Gesetzesfolgen und Regelung der Kostenträgerschaft bei Übertragung von Aufgaben, Stärkung der Steuerautonomie

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1796

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Einnahmen der Kommunen aus Steuern seit 1993 differenziert nach Gewerbe- und Grundsteuer sowie nach dem Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer; Beurteilung der Vorschläge zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage und Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer

GrAnfr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1945

Das Steuerkonzept von MinPräs Teufel: unsozial und nicht finanzierbar

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4501-4515

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/3727

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr

s. *Steuermodal*

Drs 13/4164

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Fortschreibung der Antwort auf die GrAnfr 13/1945, Entwicklung der Anteile des Landes und der Kommunen am Nettosteuer-

eraufkommen bzw. Einschätzung nach der letzten Steuerschätzung, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4367

Höhe der Steuerbelastung der Arbeitnehmer am Ende der Regierung Kohl

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 155

Feststellung einer besonders hohen Steuerbelastung von Unternehmen und Arbeitnehmern in Deutschland

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 637 639 640 676

Ablehnung eines Steuerfindungs- und Steuererhebungsrechts der EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1457 1473

Aussagen der Regierungskoalition zu Steuererhöhungen vor und nach der Bundestagswahl, Einschätzung der Wachstumsaussichten angesichts der Erhöhung von Steuern und Abgaben, Begründung einer eigenen Steuerhoheit der Länder

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112-2116 2118-2120 2123 2127-2129 2131 2132 2134 2135 2156 2157 2159

Bewertung der angekündigten Steuererhöhungen als Gift für die Konjunktur

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216 2219 2220 2225 2233

Feststellung einer besonders hohen Steuerbelastung des Mittelstands, Steuerentlastung von Existenzgründern und Kleinbetrieben, Einstufung der Steuersätze in Deutschland durch die OECD

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2356 2358 2360 2362 2363 2367-2370

Ablehnung der angekündigten Steuererhöhungen im BRat; Frage nach der geplanten Steueramnestie; Verweisung auf eine OECD-Studie zur Steuerlast in Deutschland im europäischen Vergleich

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2630 2632 2633 2637 2638 2648 2651 2654 2655

Ablehnung der angekündigten Steuererhöhungen im BRat, Forderung nach Alternativen zum Steuervergünstigungsabbau

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701 2703 2704 2708 2714 2758 2761-2764

Zugeständnis eigener Steuerkompetenzen der Länder

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896

Notwendigkeit eigener Steuerkompetenzen der Länder; Plädoyer für Steuersenkungen

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3942 3943 3945 3946

Finanzierung der Steuersenkung mit einer moderaten Erhöhung der Neuverschuldung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4008 4014 4015 4037 4040 4042

Notwendigkeit eigener Steuerkompetenzen der Länder

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4149

Ablehnung weiterer Steuererhöhungen, Beurteilung der vorgeschlagenen neuen Steuermodelle

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4501-4515

Notwendigkeit eigener Steuerkompetenzen der Länder

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5143

Notwendigkeit eigener Steuerkompetenzen der Länder, Bemühungen um Überwindung der Blockadehaltung in den neuen Ländern

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5500 5502 5503 5506 5507 5510

Begründung einer Senkung der Unternehmensbesteuerung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5867

Streichung von Steuerarten iR einer großen Steuerstrukturreform

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6108

Finanzierung der Steuersenkung mit neuen Schulden, differenzierte Betrachtung der Unternehmensteuern in Deutschland

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6144 6150 6151 6157

Beklagung des Scheiterns eigener Steuerkompetenzen der Länder in der Föderalismuskommission

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6309-6311 6314

Bezeichnung von Steuererhöhungen als Gift für die Konjunktur, Erhöhung von Steuern nur nach vorherigem Abbau von Subventionen, Überlegungen zu höheren Verbrauchsteuern bei gleichzeitiger Absenkung der direkten Steuern

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969-6982

Anstrengung eigener Steuerkompetenzen der Länder mit einem erneuten Anlauf zu einer Föderalismusreform; Bewertung einer „Reichensteuer“ u.a. Steuererhöhungen als schädlich für die Konjunktur, Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Schuldentilgung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7285 7287 7289 7294 7296 7332-7334 7336 7341 7342 7347 7348 7350

Verwendung der durch Steuererhöhungen zu erwartenden Mehreinnahmen zur Senkung der Nettoneuverschuldung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393 7396 7397 7404

Verknüpfung der Senkung von Steuern mit dem Abbau von Subventionen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7633 7634 7636 7639

Steueramnestie

s. *Straffreiheit*

Steueraufkommen

s.a. *Haushaltseinnahmen*

Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschl des Ltg vom 15.03.1973 - Drs 6/1993 und vom 20.12.1973 Drs 6/3910 Ziff II Nr. 6)

Bericht für das Jahr 2000
Mittlg FM 05.04.2001 Drs 12/6053
Bericht für das 1. bis 3. Vierteljahr 2001
Mittlg FM 02.05.2001 Drs 12/6067
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 41
Bericht für das Hj 2001 (Januar bis Juni)
Mittlg FM 31.07.2001 Drs 13/139
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327
Bericht für das Hj 2001 (Januar bis September)
Mittlg FM 15.11.2001 Drs 13/452
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 635
Bericht für das Jahr 2001
Mittlg FM 27.02.2002 Drs 13/779
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1225
Bericht für das Hj 2002 (Januar bis März)
Mittlg FM 22.05.2002 Drs 13/996
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571
Bericht für das Hj 2002 (Januar bis Juni)
Mittlg FM 02.08.2002 Drs 13/1237
PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1895
Bericht für das Hj 2002 (Januar bis September)
Mittlg FM 13.11.2002 Drs 13/1492
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203
Bericht für das Jahr 2002
Mittlg FM 17.03.2003 Drs 13/1890
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2693
Bericht für das Hj 2003 (Januar bis März)
Mittlg FM 30.05.2003 Drs 13/2113
Bericht für das Hj 2003 (Januar bis Juni)
Mittlg FM 08.09.2003 Drs 13/2394
PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3451
Bericht für das Hj 2003 (Januar bis September)
Mittlg FM 12.11.2003 Drs 13/2587
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3775
Bericht für das Hj 2003
Mittlg FM 02.04.2004 Drs 13/3095
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4769
Bericht für das Hj 2004 (Januar bis März)
Mittlg FM 10.05.2004 Drs 13/3187
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4895
Bericht für das Hj 2004 (Januar bis Juni)
Mittlg FM 06.09.2004 Drs 13/3531
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322
Bericht für das Hj 2004 (Januar bis September)
Mittlg LReg 16.11.2004 Drs 13/3756
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5637
Bericht für das Jahr 2004
Mittlg FM 17.03.2005 Drs 13/4121
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341
Bericht für das Hj 2005 (Januar bis März)
Mittlg FM 25.05.2005 Drs 13/4357
PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535
Bericht für das Hj 2005 (Januar bis Juni)
Mittlg FM 07.09.2005 Drs 13/4632
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041
Bericht für das Hj 2005 (Januar bis September)
Mittlg FM 16.11.2005 Drs 13/4849
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7369
Bericht für das Jahr 2005
Mittlg FM 18.04.2006 Drs 13/5228
PIPr 14/4 21.06.2006 S. 35

Bericht für das Hj 2006 (Januar bis März)
Mittlg FM 12.06.2006 Drs 14/7
PIPr 14/4 21.06.2006 S. 35
Bericht für das Hj 2006 (Januar bis Juni)
Mittlg FM 25.09.2006 Drs 14/336

Umsatzsteuermehreinnahmen

Maßnahmen zur Eindämmung des Umsatzsteuerbetrugs, Erwartung bzw. Etatisierung von entsprechenden Mehreinnahmen

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/34

Drohender Verlust von Steuernachforderungen durch Verjährung

Zeitgerechte Bearbeitung der seit 1994 anstehenden Fälle von Steuerhinterziehung und Beihilfe dazu durch die Finanzbehörden, Darstellung des zusätzlichen Personalbedarfs und der möglichen Steuermehreinnahmen

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 13/128

Haushalt 2002 und 2003; Epl 12

Veranschlagung von Steuermehreinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/662-10 S. 29

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/690-6 S. 9

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1062-1084

Einsparliste für den Landeshaushalt 2003

Darlegung der Streichliste der Haushaltsstrukturkommission und der ergangenen Prüfaufträge, Klärung von widersprüchlichen Aussagen der Kommissionsmitglieder, insbes. zu den notwendigen Strukturveränderungen und erwarteten Steuereingängen 2003; Gründe für die Zurückstellung der vorgesehenen Personaleinsparungen; Frage nach der geplanten Kürzung bei der Imagekampagne des Landes sowie Einführung allgemeiner Studiengebühren; Vereinbarkeit eines Nachtragshaushalts im März mit der Steuerschätzung im Mai 2003

Antr
s. *Haushalt (Finanzen)*
Drs 13/1560

Höhe der Einnahmen durch die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs im Land

Bezifferung der Mehreinnahmen und dafür notwendigen Ausgaben (Aufwand für Sonderprüfungen) 2002 und in den Folgejahren bis 2005

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1695

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes u.a. BLänder sowie des Bundes vor und nach Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs seit 1993

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Drohende Verjährung der „Bankenfälle“

Zahl und Volumina der o.g. Vorgänge, Höhe der drohenden Steuerausfälle, Frage nach Anweisungen der Steuerverwaltung zur beschleunigten Abarbeitung bzw steuer- und strafrechtlichen Verfolgung dieser Fälle

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 13/2398

Haushalt 2004; Epl 12

Veranschlagung von Steuermehreinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2812-9 S. 37
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852-7 S. 13
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Haushalt 2004; Epl 12

Verwendung von evtl Steuermehreinnahmen ausschließlich zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme

s. *Schulden*
Drs 13/2878

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Veranschlagung von Steuermehreinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4012-3 S. 20
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4052-1 S. 2
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Fortschreibung der Antwort auf die GrAnfr 13/1945, Entwicklung der Anteile des Landes und der Kommunen am Nettosteuererwerb bzw Einschätzung nach der letzten Steuerschätzung, Verankerung des Konnexitätsprinzips im GG zum Schutz der Kommunen vor Überforderung durch Leistungsgesetze und zusätzliche Aufgabenübertragung des Bundes, Konkretisierung des Konnexitätsprinzips in der LV nach bayerischem Vorbild, Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts, Regelung des steigenden Bedarfs an Eingliederungshilfe für Behinderte in einem eigenständigen Leistungsgesetz des Bundes, Ergreifung entsprechender Initiativen im BRat

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4367

Haushalt 2006; Nachtrag

Veranschlagung von Steuermehreinnahmen durch personelle Aufstockung der Finanzverwaltung

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 20 S. 76
ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-16 S. 23
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Haushalt 2006; Nachtrag

Anpassung der Haushaltsansätze an das Ergebnis der Steuerschätzung, Verwendung der Mehreinnahmen zur Absenkung der Nettokreditaufnahme

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 54 S. 119-135
ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.11.2005 Drs 13/4840-N 60 S. 146 147
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Reduzierung der Einbeziehung des Steueraufkommens der Länder in den Länderfinanzausgleich

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 52

Kritik an der erhöhten Einbeziehung der kommunalen Steuerkraft - Lob für die reduzierte Einbeziehung des Aufkommens der Länder in den neuen Länderfinanzausgleich; Erwartung von konjunkturbedingten Steuermindereinnahmen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 63 64 82 84 89 93-95 106-108 122

Vorsorge im Haushalt zur Kompensation der Mindereinnahmen infolge der Steuerreform; Begrüßung der reduzierten Einbeziehung des Steueraufkommens der Länder in den neuen Länderfinanzausgleich

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 203 207-209

Erwartung von Steuermindereinnahmen für die Gemeinden und das Land, Vorsorge für Steuerausfälle durch die Steuerreform

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 332 336 339 340 342

Erwartete Steuerausfälle 2001/02/03

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 506 507 532 550 551 553-556

Höhe der konjunkturbedingten Steuerausfälle für die Länder und Gemeinden, Vorsorge für die beschlossenen Steuerrechtsänderungen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 638 640 644 645 697

Feststellung eines schwierigen Umfelds der Steuereinnahmen, Vorsorge für die zu erwartenden Steuerausfälle, Umsetzung der Steuerschätzung im Haushalt

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 799-801 815-818

Rückgang der Steuereinnahmen, Anstieg der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 836 837 843 847 852-854 857 859 865 870 873 882 886

Konjunkturbedingte Steuerausfälle

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941 946 957 967

Rückgang der Steuereinnahmen, Auswirkungen beim Land und den Kommunen, Anstieg ab 2004 durch die Steuerreform

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1064 1067 1071 1072 1075 1076 1080 1086 1088

Höhe der konjunkturbedingten Steuerausfälle, Senkung der Neuverschuldung trotz sinkender Steuereinnahmen; Steigerung der Steuereinnahmen durch mehr Steuerbeamte und gründlichere Prüfung der Steuererklärungen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1097 1102 1108 1109 1111-1113

Verfehlung der Steuerschätzung im Mai, Entwicklung der Steuerrückgänge beim Bund und den Ländern

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1168 1170 1171 1173 1175 1176

Steuermindereinnahmen aufgrund des Stellenabbaus bzw mangelnder Personalausstattung der Finanzämter nach Feststellungen des RH, anfallende Kosten und Steuereinnahmequote je Sachbearbeiter

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1885-1887

Aussagen zur Entwicklung der Steuereinnahmen im Wahlkampf, Ergebnisse der Steuerschätzung auf Bundes- und Landesebene, Stimulanz der Wirtschaft zur Verbesserung der Steuereinnahmen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111-2119 2122-2126 2128 2129 2131-2133 2135 2136 2167

Höhe und Auswirkungen der konjunkturbedingten Steuerausfälle bei den Ländern und Kommunen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215-2217 2219 2220 2222-2225 2227 2233 2265 2278

Kürzungen in allen Ressorts zur Kompensation der Steuerausfälle

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2295 2296 2298 2301

Feststellung von Steuerausfällen in bisher nie gekannter Höhe, Verfehlung der Steuerschätzung um 1 Milliarde Euro

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2634 2636 2638 2647 2651 2672 2676 2679 2680

Feststellung von Steuerausfällen in bisher nie gekannter Höhe, Verfehlung der Steuerschätzung um 1 Milliarde Euro; Verbesserung der Einnahmeseite mit dem Steuervergünstigungsabbau-Ges

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2702 2706-2708 2713 2715 2729 2730 2757-2764

Höhe und Auswirkungen der konjunkturbedingten Steuerausfälle bei den Ländern und Kommunen, Mindereinnahmen aufgrund des Scheiterns des SteuervergünstigungsabbauGes im BRat sowie der Personaldefizite in der Steuerverwaltung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2896 2913 2921 2930 2941 2943

Höhe der Steuerausfälle durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386 3388 3393 3394 3409 3445

Feststellung einer Stagnation des Steueraufkommens, prognostizierter Rückgang mit der nächsten Steuerschätzung, Refinanzierung des Vorziehens der Steuerreform mit höheren Steuereinnahmen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3622 3623 3629 3637 3638 3644 3645 3650 3652 3661

Kompensation der Steuerausfälle aufgrund der Steuerschätzung vom November durch weitere Einsparungen, Notwendigkeit eigener Steuerkompetenzen der Länder sowie einer gerechten Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3941-3943 3945 3946

Höhe der Steuerausfälle nach der Steuerschätzung vom November; Feststellung einer Stagnation der Steuereinnahmen; Erwartung von Einnahmen infolge des Gesetzes zur Amnestie für Schwarzgeldsünder

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007 4014 4015 4017 4024 4031 4032 4037 4040 4042

Erwartung einer Erholung der Steuereinnahmen im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung, Auswirkungen der November-Steuerschätzung auf die Gemeinden

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4154-4156 4160 4162 4164

Deckung der Lücke zwischen den Steuerschätzungen und tatsächlichen Einnahmen durch Einsparungen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234 4243 4244 4282

Notwendigkeit weiterer Einsparungen aufgrund der Steuerausfälle, Umfang der Mindereinnahmen aufgrund von Personalmangel der Steuerverwaltung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362 4363 4365-4371 4377-4379

Höhe der Steuerausfälle nach der Steuerschätzung vom November; Verbesserung der Einnahmeseite mit mehr Betriebsprüfern; Plädoyer für eine kostenneutrale Steuerreform; Erwartung einer Erholung der Steuereinnahmen

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4443-4445 4447-4453 4456-4461

Höhe der jeweiligen Steuerausfälle bei den vorgeschlagenen Steuerreformmodellen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4502 4505-4507 4509 4510 4513-4515

Höhe der Steuerausfälle bei Umsetzung des Kirchhof-Modells und des Solms-Modells

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5143 5163

Höhe der Steuerausfälle bei Umsetzung des Kirchhof-Modells; Verweisung auf die aktuell prognostizierten Einnahmeausfälle

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5576 5580 5582 5583 5589

Erwartete Steuermindereinnahmen im Haushalt 2005, Entwicklung der Steuerquote im Bund

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638-5640 5643

Umfang und Gründe des Rückgangs der Steuereinnahmen seit 1998, Erwartung von Einnahmeverbesserungen 2005

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5793-5796 5810-5812 5822-5824

Beklagung wegbrechender Steuereinnahmen, Erinnerung an die erste negative Steuerschätzung 1991

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5867 5879-5882 5893 5896 5902 5919

Rückgang und Stagnation der Steuereinnahmen; Verweisung auf den Anstieg des Umsatzsteueraufkommens

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5979 6016

Erzielung von Steuermehreinnahmen mit zusätzlichen Prüfern in der Steuerverwaltung; Beklagung mangelnder Einflussnahme auf die Einnahmeseite, kommunaler Anteil am Nettosteueraufkommen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6103 6106 6107 6109-6111 6113 6116 6117

Anteil der rückläufigen Steuereinnahmen an den Deckungslücken im Haushalt, Erzielung von Mehreinnahmen mit zusätzlichen Prüfern in der Steuerverwaltung, Einnahmeausfälle durch die Steuersenkungen

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140 6142 6144-6148 6151 6152 6155 6157

Abhängigkeit des Steueraufkommens der Länder von der Steuergesetzgebung des Bundes, Aussagekraft der Steuerschätzungen, Beklagung der ständigen Korrekturen nach unten

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6309-6314

Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Senkung der Nettoneuverschuldung, Aussagekraft der Steuerschätzungen, Beklagung der ständigen Korrekturen nach unten; Empfehlungen des RH zur Verbesserung der Steuereinnahmen

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6366 6367 6370 6371 6385 6386 6388 6391-6393

Erwartung einer mittelfristigen Zunahme des Steueraufkommens nach einer Senkung der Unternehmenssteuern; Beklagung des erneuten Rückgangs der prognostizierten Steuereinnahmen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404 6416 6417

Ausgleich der Steuerausfälle 2005/2006, Aussagekraft der Steuerschätzungen, Beklagung der ständigen Korrekturen nach unten, Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Senkung der Nettoneuverschuldung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7332 7334-7343 7348

Ausgleich der Steuerausfälle 2005/2006, Aussagekraft der Steuerschätzungen, Beklagung der ständigen Korrekturen nach unten, Verwendung von Steuermehreinnahmen zur Senkung der Nettoneuverschuldung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392 7393 7396-7398 7401 7403 7404

Empfehlungen des RH zur Verbesserung der Steuereinnahmen; Höhe der Steuerausfälle bei Umsetzung des Kirchhof-Modells; Beklagung wegbrechender Steuereinnahmen

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7854 7857

Steuerbeamter

s. Finanzbeamter

Steuerbegünstigung

s. Steuervergünstigung

Steuerberater

Ges zur Änd des SteuerberaterversorgungsGes

GesEntw LReg 18.02.2002 Drs 13/747
1. Beratung PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1189
BeschlEmpf und Bericht FinA 21.03.2002 Drs 13/859
2. Beratung PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1362 1363
GesBeschl 17.04.2002 Drs 13/947
GBI 2002 Nr. 5 S. 177 178 (Ges vom 23.04.2002)

Finanzgericht Freiburg

Befürwortung der Verlegung der Außensenate des Finanzgerichts von Freiburg nach Karlsruhe durch „fachkundige Steuerberater und Wirtschaftsprüfer“ aus der Region Freiburg?

MdlAnfr
s. Finanzgericht
Drs 13/1678

Steuerbetrug

s. Steuerdelikt

Steuerdelikt

s.a. Steuerstrafverfahren
s.a. Steuerumgehung

Umsatzsteuermehreinnahmen

Maßnahmen zur Eindämmung des Umsatzsteuerbetrugs, Erwartung bzw. Etatisierung von entsprechenden Mehreinnahmen

Antr
s. Umsatzsteuer
Drs 13/34

Ermittlungen im Betrugsfall FlowTex

Ermittlungen und Erkenntnisse von Steuerfahndern 1996 wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, Einstellung des Strafverfahrens durch Selbstanzeige und Begleichung der Steuerschuld; Anstöße und Ergebnisse von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Fortschreibung der Stellungnahme zu Drs 12/5929; Beurteilung der von der Staatsanwaltschaft Mannheim veranlassten Prüfung der Schuldunfähigkeit von Herrn Schmider wegen Größenwahns

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/86

Drohender Verlust von Steuernachforderungen durch Verjährung

Zeitgerechte Bearbeitung der seit 1994 anstehenden Fälle von Steuerhinterziehung und Beihilfe dazu durch die Finanzbehörden, Darstellung des zusätzlichen Personalbedarfs und der möglichen Steuermehreinnahmen

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 25.07.2001 und Antw FM
Drs 13/128

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und des FM

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/154

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/179

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Art und Umsetzungsstand von Maßnahmen auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung; Relevanz der novellierten EU-Geldwäscherichtlinie

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1128

Höhe der Einnahmen durch die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs im Land

Bezifferung der Mehreinnahmen und dafür notwendigen Ausgaben (Aufwand für Sonderprüfungen) 2002 und in den Folgejahren bis 2005

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1695

Entwicklung der Umsatzsteuer und des Umsatzsteuerbetrugs

Gründe für die Auseinanderentwicklung von Wirtschaftswachstum und Umsatzsteueraufkommen; personelle und organisatorische Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel bei der Umsetzung des Steuerverkürzungsbekämpfungsges; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung; Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung, Handhabung der Inanspruchnahme des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1867

Zukunft der Steuerverwaltung

Fortführung des Stellenabbaus trotz der vom RH festgestellten Personaldefizite bei der Umsatzsteuer-Sonderprüfung zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs?

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr
s. *Zinsbesteuerung*
Drs 13/2166

Drohende Verjährung der „Bankenfälle“

Zahl und Volumina der o.g. Vorgänge, Höhe der drohenden Steuerausfälle, Frage nach Anweisungen der Steuerverwaltung zur beschleunigten Abarbeitung bzw steuer- und strafrechtlichen Verfolgung dieser Fälle

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 15.09.2003 und Antw FM
Drs 13/2398

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbsmäßigen oder bandenmäßigen Steuerrückziehung

Antr
s. *Steuerstrafverfahren*
Drs 13/3933

Steuerbetrug bei der Eigenheimzulage

Darlegung o.g. Missbrauchsfälle und Höhe der zurückgeforderten Beträge 2004 in BW u.a. BLändern; Forderung einer systematischen Überprüfung des Fortbestehens der Förderbedingungen

Antr
s. *Eigenheimzulage*
Drs 13/3937

Steuerstrafsachen in BW

Entwicklung der Steuerstraftaten und Bußgeldverfahren sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Gegenüberstellung der entsprechenden Personalentwicklung in der Steuerverwaltung im Vergleich zu anderen BLändern; Konsequenzen in der personellen und sächlichen Ausstattung der Steuerprüfung

KlAnfr
s. *Steuerstrafverfahren*
Drs 13/3954

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr
s. *Steuermoral*
Drs 13/4164

Maßnahmen zur Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität

Effizienz der beschlossenen Maßnahmen und Instrumente auf EU-, Bundes- und Landesebene; Bewertung der zentralen Koordinierungsstellen und Datenbank beim Bundesamt für Finanzen, Stand der Einführung eines bundesweiten EDV-Risiko-Management-Systems zur Bekämpfung von betrügerischen Umsatzsteuerkarussell-Geschäften, Untersuchungsergebnisse zu möglichen Systemänderungen; Organisation der Umsatzsteuer-Sonderprüfgruppen nach der Zusammenlegung der OFD; Personaleinsatz, Intensität und Ergebnisse der Umsatzsteuerprüfung; Erfahrungen mit der Zusammenarbeit der Finanzverwaltung mit anderen Behörden

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/4302

Umsatzsteuerbetrug und die Finanzverwaltung in BW

Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen von Bund und Ländern, Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene, Stand der Einführung eines bundeseinheitlichen EDV-Risiko-Management-Systems; Entwicklung der Mehreinnahmen aus der Tätigkeit der Steuerfahndung seit 2000

bzw der Zahl von Fahndern, Prüfern, Vollstreckungsbeamten und Finanzermittlern; angestrebte Personalentwicklung der Finanzverwaltung bis 2009; Verbesserung der (EDV-)technischen Ausstattung, Einrichtung eigener Internet-Adressen der Bediensteten; Änderung der Vertrauensschutzregelung im UStG über den BRat?

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/4966

Umfang der Steuerhinterziehung iRd FlowTex-Affäre, Kritik an der Einstellung des Strafverfahrens wegen geringer Schuld
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1270-1273

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Erzielung von Mehreinnahmen durch verstärkte Sonderprüfungen
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Notwendigkeit eines EU-einheitlichen, vereinfachten Systems
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4447

Bewirkung von Steuerflucht durch das komplizierte Steuerrecht und die hohen Steuersätze
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638

Ausmaß der Steuerausfälle durch Steuerhinterziehung, Aufstockung der Zahl von Stellen für Betriebsprüfungen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5822 5823

Ausmaß der Steuerausfälle durch Steuerhinterziehung, Aufstockung der Zahl von Stellen für Betriebsprüfungen
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Bekämpfung der Steuerhinterziehung als Beitrag zur Steuergerechtigkeit
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406

Ankündigung einer energischen Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Kritik an der Ablehnung einer Personalverstärkung bei der Steuerprüfung
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479

Beklagung der Kapitalflucht ins Ausland infolge der hohen Steuerbelastung, Gegensteuerung mit dem SteuerehrlichkeitsGes und der damit möglichen Kontenabfrage
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625-6645

Ausmaß bzw Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6981

Konsequente Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Notwendigkeit einer Personalverstärkung bei der Steuerprüfung
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7341 7342

Bekämpfung der Steuerhinterziehung als Beitrag zur Steuergerechtigkeit, Kritik an der Ablehnung einer Personalverstärkung bei der Steuerprüfung
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7493

Umfang der Steuerhinterziehung iRd FlowTex-Affäre, Kritik an der Einstellung des Strafverfahrens wegen geringer Schuld
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7569 7571 7572 7575 7580-7583

Feststellung einer Verfehlung des Ziels der Aufdeckung von spektakulären Fällen von Steuerhinterziehung mithilfe der Kontenabfrage

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7919

Steuerdisziplin

s. *Steuermoral*

Steuerehrlichkeit

s. *Steuermoral*

Steuereinnahmen

s. *Steueraufkommen*

Steuerentlastung

s. *Steuervergünstigung*

Steuererklärung

s. *Steuerveranlagung*

Steuererleichterung

s. *Steuervergünstigung*

Steuerfahndung

s.a. *Steuerprüfung*

Ermittlungen im Betrugsfall FlowTex

Ermittlungen und Erkenntnisse von Steuerfahndern 1996 wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, Einstellung des Strafverfahrens durch Selbstanzeige und Begleichung der Steuerschuld; Anstöße und Ergebnisse von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Fortschreibung der Stellungnahme zu Drs 12/5929; Beurteilung der von der Staatsanwaltschaft Mannheim veranlassten Prüfung der Schuldunfähigkeit von Herrn Schmider wegen Größenwahns

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/86

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und des FM

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/154

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/179

Befragung von Beamten im Betrugsfall FlowTex

Einholung dienstlicher Äußerungen über die Gespräche von o.g. Beamten mit thüringischen Kollegen mit dem Ziel, diese von geplanten Maßnahmen im Fall FlowTex abzubringen; Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/316

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgen Morlok

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/607

Verbleib von Elfenbein

Verbleib der vom Schöffengericht Karlsruhe beschlagnahmten Elfenbeinteile, Rückgabe an den Besitzer E.T.? Stand von Anzeigen und Beschwerdeverfahren sowie Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe bzw dem Steuerfahndungsamt Karlsruhe-Durlach

KlAnfr
s. *Elfenbein*

Drs 13/640

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1031

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Standorte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätigten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Steuerstrafsachen in BW

Entwicklung der Steuerstraftaten und Bußgeldverfahren sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Gegenüberstellung der entsprechenden Personalentwicklung in der Steuerverwaltung im Vergleich zu anderen BLändern; Konsequenzen in der personellen und sächlichen Ausstattung der Steuerprüfung

KlAnfr
s. *Steuerstrafverfahren*
Drs 13/3954

Umsatzsteuerbetrug und die Finanzverwaltung in BW

Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen von Bund und Ländern, Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene, Stand der Einführung eines bundeseinheitlichen EDV-Risiko-Management-Systems; Entwicklung der Mehreinnahmen aus der Tätigkeit der Steuerfahndung seit 2000 bzw der Zahl von Fahndern, Prüfern, Vollstreckungsbeamten und Finanzermittlern; angestrebte Personalentwicklung der Finanzverwaltung bis 2009; Verbesserung der (EDV-)technischen Ausstattung, Einrichtung eigener Internet-Adressen der Bediensteten; Änderung der Vertrauensschutzregelung im UStG über den BRat?

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/4966

Ermittlungen der Steuerfahndung in Sachen FlowTex, Klärung einer möglichen Einflussnahme von Beamten der OFD Karlsruhe auf die Ermittlungstätigkeit von Behörden in Thüringen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1270-1275 1281-1283

Beklagung der mehrfach erfolgten Ablehnung einer personellen Verstärkung der Steuerfahndung

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6661

Beklagung einer zu geringen Personalausstattung der Steuerfahndung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Abstellung der Übermittlungsprobleme zwischen dem WKD und der Steuerfahndung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6701-6703 6707 6709

Ermittlungen der Steuerfahndung in Sachen FlowTex, Ausräumung des Verdachts der Einflussnahme von Beamten der OFD Karlsruhe auf die Ermittlungstätigkeit von Behörden in Thüringen, Verweisung auf Bearbeitungsfehler der Steuerfahndung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7569 7572 7575 7579-7582

Steuerformular

s. Vordruck

Steuerfreibetrag

s.a. *Steuervergünstigung*

Steuerfreigrenzen bei Entschädigungen ehrenamtlicher kommunaler Mandatsträgerinnen und Mandatsträger

Erhöhung der o.g. Freigrenzen im Kontext zu den Regelungen anderer Flächenländer, Umfang der dadurch entstehenden Steuerausfälle

Antr

s. *Entschädigung*

Drs 13/133

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Umfang von Kindergeldtransfers und Steuerfreibeträgen; Erwerbsquote der kindergeldberechtigten Mütter und Väter

Antr

s. *Kind*

Drs 13/298

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007

Antr

s. *Konto*

Drs 13/5053

Kritik an der Abschaffung des Haushaltsfreibetrags für Alleinerziehende

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 862 866 898 900

Erhöhung der Steuerfreibeträge für Sportvereine und Übungsleiter

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1001

Abschaffung von Steuersubventionen, Einführung eines hohen Freibetrags für jedermann

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4163 4178 4179 4209 4210

Erhöhung der Steuerfreibeträge für Familien

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6975

Steuerfreigrenze

s. *Steuerfreibetrag*

Steuergesetz

s. *Steuerrecht*

Steuerhinterziehung

s. *Steuerdelikt*

Steuerkriminalität

s. *Steuerdelikt*

Steuerliche Gemeinnützigkeit

s. *Gemeinnützigkeit*

Steermehreinnahmen

s. *Steueraufkommen*

Steueramoral

s.a. *Steuerschuldner*

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr FDP/DVP 17.03.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4164 (22 S.)

Gegen die schleichende Aushöhlung der Bürgerrechte durch Rot-Grün - der Vorstoß des baden-württembergischen Justizministers zur Wiederherstellung des Bankgeheimnisses

Aktuelle Debatte

s. *Bankgeheimnis*

PIPr 13/94 S. 6625

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr

s. *Konto*

Drs 13/5053

Anreize und Sanktionen zur Erreichung von mehr Steuerehrlichkeit

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6146 6151 6152

Aushöhlung des Bankgeheimnisses mit dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit und der damit möglichen Kontenabfrage

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6585

Unterstützung der Kritik des Datenschutzbeauftragten am Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit und den damit möglichen Kontenabfragen, Bewertung als faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses mit der Folge einer verstärkten Kapitalflucht
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7919

Steuernummer

s. Steuerveranlagung

Steuerpflichtiger

s. Steuerschuldner

Steuerprogression

s. Steuertarif

Steuerprüfung

s.a. Steuerfahndung

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 22)

Wirksamkeit der Umsatzsteuerprüfung (Drs 12/5701 XIII. S. 7)
Mittlg LReg 28.06.2001 Drs 13/37

Ermittlungen im Betrugsfall FlowTex

Ermittlungen und Erkenntnisse von Steuerfahndern 1996 wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, Einstellung des Strafverfahrens durch Selbstanzeige und Begleichung der Steuerschuld; Anstöße und Ergebnisse von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Fortschreibung der Stellungnahme zu Drs 12/5929; Beurteilung der von der Staatsanwaltschaft Mannheim veranlassten Prüfung der Schuldunfähigkeit von Herrn Schmider wegen Größenwahns

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/86

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und des FM

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/154

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/179

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgen Morlok

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/607

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. Flowtex-Gruppe
Drs 13/1031

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Art und Umsetzungsstand von Maßnahmen auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung; Relevanz der novellierten EU-Geldwäscherichtlinie

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1128

Höhe der Einnahmen durch die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs im Land

Bezifferung der Mehreinnahmen und dafür notwendigen Ausgaben (Aufwand für Sonderprüfungen) 2002 und in den Folgejahren bis 2005

KlAnfr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1695

Entwicklung der Umsatzsteuer und des Umsatzsteuerbetrugs

Gründe für die Auseinanderentwicklung von Wirtschaftswachstum und Umsatzsteueraufkommen; personelle und organisatorische Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel bei der Umsetzung des Steuerverkürzungsbekämpfungsges; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung; Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung, Handhabung der Inanspruchnahme des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1867

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Standorte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätigten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 22) - Arbeitsweise der Lohnsteuer-Außenprüfung

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XIX. S. 7
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4404

Steuerstrafsachen in BW

Entwicklung der Steuerstraftaten und Bußgeldverfahren sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Gegenüberstellung der entsprechenden Personalentwicklung in der Steuerverwaltung im Vergleich zu anderen BLändern; Konsequenzen in der personellen und sächlichen Ausstattung der Steuerprüfung

KlAnfr
s. *Steuerstrafverfahren*
Drs 13/3954

Maßnahmen zur Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität

Effizienz der beschlossenen Maßnahmen und Instrumente auf EU-, Bundes- und Landesebene; Bewertung der zentralen Koordinierungsstellen und Datenbank beim Bundesamt für Finanzen, Stand der Einführung eines bundesweiten EDV-Risiko-Management-Systems zur Bekämpfung von betrügerischen Umsatzsteuerkarussell-Geschäften, Untersuchungsergebnisse zu möglichen Systemänderungen; Organisation der Umsatzsteuer-Sonderprüfungsgruppen nach der Zusammenlegung der OFD; Perso-

naleinsatz, Intensität und Ergebnisse der Umsatzsteuerprüfung; Erfahrungen mit der Zusammenarbeit der Finanzverwaltung mit anderen Behörden

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/4302

Umsatzsteuerbetrug und die Finanzverwaltung in BW

Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen von Bund und Ländern, Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene, Stand der Einführung eines bundeseinheitlichen EDV-Risiko-Management-Systems; Entwicklung der Mehreinnahmen aus der Tätigkeit der Steuerfahndung seit 2000 bzw der Zahl von Fahndern, Prüfern, Vollstreckungsbeamten und Finanzermittlern; angestrebte Personalentwicklung der Finanzverwaltung bis 2009; Verbesserung der (EDV-)technischen Ausstattung, Einrichtung eigener Internet-Adressen der Bediensteten; Änderung der Vertrauensschutzregelung im UStG über den BRat?

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/4966

Korrekturbedarf bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung, Ermöglichung der automatischen Einspeisung der Daten von Betriebsprüfungen, Hinweis auf den Personalzuwachs bei der Betriebsprüfung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1887 1888

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Erzielung von Mehreinnahmen durch verstärkte Sonderprüfungen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037

Erzielung von Mehreinnahmen pro Betriebsprüfer bzw durch verstärkte Sonderprüfungen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4379

Ablehnung der Forderung nach einer Personalaufstockung bei der Steuerprüfung, Vergleich der Intervalle von Betriebsprüfungen in BW und im Bundesdurchschnitt

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444 4447 4460

Erzielung von Mehreinnahmen pro Betriebsprüfer bzw durch verstärkte Sonderprüfungen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5822 5823

Erzielung von Mehreinnahmen pro Betriebsprüfer bzw durch verstärkte Sonderprüfungen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Ablehnung der Forderung nach einer Personalaufstockung bei der Steuerprüfung

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6106 6111 6116 6117

Ablehnung der Forderung nach einer Personalaufstockung bei der Steuerprüfung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6142 6146 6151 6152 6157

Zehnjahresbilanz des RH bei den Steuerprüfungen, Empfehlungen des RH zur Steigerung der Effektivität der Lohnsteueraußenprüfung

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6385 6386

Ankündigung einer energischen Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Kritik an der Ablehnung einer Personalverstärkung bei der Steuerprüfung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479 6512

Ablehnung der Forderung nach einer Verstärkung der Kontrollen durch die Steuerprüfung

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6661

Konsequente Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Notwendigkeit einer Personalverstärkung bei der Steuerprüfung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7341 7342

Kritik an der Ablehnung einer Personalverstärkung bei der Steuerprüfung

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7493

Erkenntnisse und Konsequenzen der Betriebsprüfungen bei der Firmengruppe FlowTex, Verweisung auf Bearbeitungsfehler der Betriebsprüfung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567 7569 7575 7579-7582

Steuerrecht

s.a. Steuerreform

s.a. Zinsbesteuerung

Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts als Chance zur Kurskorrektur

Beurteilung der Vorschläge des BFinanzMin sowie der finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Reform für Körperschaften und Personenunternehmen, notwendige Änd zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbes der mittelständischen Wirtschaft

Antr CDU 24.07.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/123

„Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt“

Entwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern, Entflechtung von Mischfinanzierungen, Neuordnung der Gesetzgebungskompetenz im Steuerrecht

GrAnfr

s. Föderalismus

Drs 13/1026

Lex Landesstiftung BW? Angekündigte BRatsinitiative zur Änd der Abgabenordnung

Zuerkennung der Gemeinnützigkeit der Schuldentilgung von Gebietskörperschaften und damit aus Mitteln der Landesstiftung BW, Realisierungschancen o.g. Ankündigung des WM, rechtliche Bewertung des FM

Antr

s. Stiftung

Drs 13/1241

Auswirkungen der von der BReg beabsichtigten Steueränderung auf die Absetzbarkeit von Weinpräsenzen und Blumengeschenken

Auswirkungen auf Betriebe im Geschenkegeschäft, auf die Kartonagenindustrie sowie Weinbaubetriebe und Floristikgeschäfte

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 06.11.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1472

BeschlEmpf und Bericht LandwA 15.01.2003 Drs 13/1855 S. 50-52

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode

Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmethode der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie, u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unternehmen in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigenkapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steueraufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanzbesteuerung

Antr

s. Bilanz

Drs 13/1601

Teilnahme des Landes an der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum SteuervergünstigungsabbauGes

Begründung der ablehnenden Haltung

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 22.01.2003 und Antw FM Drs 13/1696

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 29) - Die neue Rechtslage der Verlustverrechnung gemäß § 2 Abs 3 und § 10 d des EinkommensteuerGes

Mittlg

s. Steuerveranlagung

Drs 13/2700

Politik für mittelständische Unternehmen

Eintreten für eine radikale Vereinfachung der Steuergesetze, Senkung der Tarife, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts sowie Lockerung des Kündigungsschutzes

Antr

s. Mittelstand

Drs 13/2677

Änd des EinkommensteuerGes

Beurteilung einer Veranlagung aller deutschen Staatsbürger mit Wohnsitz im In- oder Ausland mit einer Einkommensteuerpflicht hierzulande; Darlegung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen und der dabei tangierten internationalen Abkommen

Antr

s. Einkommensteuer

Drs 13/2832

Steuervergünstigungsabbaugesetz / Neuregelung Gesellschafter-Fremdfinanzierung

Konsequenzen der o.g. Neuregelung des § 8a KStG zum Jahresbeginn bzw rückwirkend für ausländische Investoren beim Erwerb eines deutschen Unternehmens, Frage nach steuerrechtlichen Beispielen, die zuvor legale Vorgänge nachträglich als Missbrauch definieren; allgemeine Auswirkungen des Steuervergünstigungsabbaugesetz auf die Finanzierung mittelständischer Kapitalgesellschaften

KIAnfr Dr. Carmina Brenner CDU 28.01.2004 und Antw FM Drs 13/2841

Reform des Föderalismus

Nutzung der Chancen für eine Neuausrichtung der föderalen Ordnung iRd Kommissionsarbeit bis zum Jahresende: Wahrung bzw Wiedererlangung der Länderkompetenzen in den Bereichen Bildung und Kultur, Beamtenrecht einschließlich Besoldung und Versorgung, Verwaltungsvollzug, Regelungsbereiche mit regionalem Bezug, Steuergesetzgebung, eigene Hebesatzrechte für die Einkommens- und Körperschaftsteuer; Reduzierung der Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze im BRat; Erweiterung der

Gestaltungsmöglichkeiten der Länderparlamente

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/3727

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen
Erweiterung des Intervalls zur Abgabe einer Steuererklärung auf zwei Jahre, Einbringung einer Gesetzesinitiative zur Reform des EinkommenStG im BRat
s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. *Investition*
Drs 13/4400

Forstwirtschaftliche Verarbeitung von Erdaushub und die steuerrechtlichen Konsequenzen

Gegenseitige Aufrechnung der Vergütungsansprüche aus der o.g. Praxis zwischen Gemeinde und Bauunternehmer, Beurteilung aus abfall- und steuerrechtlicher Sicht, insbes des Verzichts der Gemeinden auf Einnahmen aus der Umsatzsteuer

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/4522

Notwendigkeit einer Harmonisierung des Steuerrechts innerhalb der EU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 601 602 616

Anmahnung eines gerechten, transparenten und investitionsfördernden Steuerrechts

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 639 640 686

Erreichung einer Umschichtung bei der Steuerentlastung zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen, Verbesserung der steuerfreien Investitionsrücklage nach § 6 (10) des EinkommensteuerGes

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801-804

Anmahnung einer radikalen Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1070 1071

Notwendigkeit einer Harmonisierung des Steuerrechts innerhalb der EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1459

Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft der Unternehmer durch die Steuergesetze allgemein bzw deren ständige Veränderung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678 1679 1682 1706 1707 1719 1722

Beklagung des komplizierten, praxisfeindlichen Steuerrechts mit seiner hohen Änderungsfrequenz; Umsetzung des Handlungsbedarfs mit einer neuen BReg

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1884-1888

Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Hand mit dem SteuervergünstigungsabbauGes

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2219 2220 2223 2225

Beeinträchtigung der Investitionsbereitschaft des Mittelstands durch die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2356 2358 2362 2363

Abschreckung von Investoren mit dem SteuervergünstigungsabbauGes, Verteidigung der einzelnen Elemente des GesEntw

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626-2628 2630-2633 2638 2648 2651 2654 2655

Ablehnung des SteuervergünstigungsabbauGes in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation, Forderung nach Alternativen, Vorschläge zur Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701 2703 2708 2714 2758 2760-2766

Notwendigkeit einer Vereinfachung des Steuerrechts; Kritik an der Blockade des SteuervergünstigungsabbauGes im BRat

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2903 2913 2930

Harmonisierung der Steuergesetzgebung in Europa

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3315 3319

Abbau von Ausnahmetatbeständen und Abschreibungsmöglichkeiten im Steuerrecht; Schaffung eines einfachen Steuersystems mit Steuersätzen von 15, 25 und 35 %

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385 3387 3394 3395

Unübersichtlichkeit des deutschen Steuerrechts, Umfang der Vorschriften und Literatur, Unterstützung der radikalen Vereinfachungsvorschläge von Prof. Kirchhof, Bewertung als Jahrhundertreform, Vergleich mit dem Merz-Papier

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3609-3612 3624 3628 3631 3636 3645 3647-3649 3651

Harmonisierung der Steuergesetzgebung in Europa

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3804 3805

Notwendigkeit einer Vereinfachung des Steuerrechts, Begrüßung der Vorschläge von Prof. Kirchhof und Friedrich Merz

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3945 3946

Umsetzung des Tarifstufenmodells von Prof. Kirchhof zur Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4026 4056

Unterstützung der Vorschläge von Prof. Kirchhof und Friedrich Merz zur Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4150 4151 4163 4164 4171 4174 4175 4178 4209 4210

Einsparung von Finanzbeamten mit einer Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4371 4379

Beurteilung der Vorschläge und Bemühungen um eine Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4445 4447 4451 4452 4459

Bewertung der vorgeschlagenen Modelle zur Vereinfachung des Steuerrechts, Formulierung von Vorgaben für ein neues Steuerstrukturrecht

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4501-4515

Notwendigkeit einer Vereinfachung des Steuerrechts, Erwartung einer Vorbildwirkung für andere Bereiche

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5111

Bewertung der vorgeschlagenen Modelle zur Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5563 5564 5576 5579 5580 5582-5584

Unübersichtlichkeit des deutschen Steuerrechts, Bewirkung von Steuerflucht, Notwendigkeit einer großen Steuerstrukturreform

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5640

Notwendigkeit einer Vereinfachung des Steuerrechts, Streichung von Steuerarten

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5810 5822

Erklärung der Bereitschaft zu einer großen Steuerreform, Schaffung eines vereinfachten und gerechten Steuerrechts

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5867

Bezeichnung des Steuersystems als Wachstumsbremse, Schaffung eines vereinfachten und gerechten Steuerrechts

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6404

Notwendigkeit einer Vereinfachung des Steuerrechts, Abbau von Steuervergünstigungen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6469 6479-6481 6488 6492 6511 6512

Verabschiedung von der Idee einer Vereinfachung des Steuerrechts im Falle einer Mehrwertsteuererhöhung mit den dann notwendigen Ausnahmetatbeständen, Verwerfung der einst favorisierten Konzepte der Herren Kirchhof und Merz

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6972-6976 6979-6981

Verweisung auf die hohe Besteuerung von hohen Einkommen, Bewertung als faktische Rückführung der Studienkosten und damit als nachlaufende Studiengebühren, Steueranteile von einkommenschwachen Familien zur Finanzierung des Studiums von Kindern aus einkommensstärkeren Familien

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7505-7507 7509-7512

Steuerreform

s.a. Steuerrecht

Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts als Chance zur Kurskorrektur

Beurteilung der Vorschläge des BFinanzMin sowie der finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Reform für Körperschaften und Personenunternehmen, notwendige Änd zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbes der mittelständischen Wirtschaft

Antr

s. Steuerrecht

Drs 13/123

Die Haltung des MinPräs Erwin Teufel zum notwendigen Subventionsabbau im Zuge der Steuerreform und die Auswirkungen auf BW

Aktuelle Debatte

s. Subvention

PIPr 13/49 S. 3385

Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch die geplante Steuerreform der BReg

Ausweitung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe: Abwendung einer Verminderung des Einkommensteueraufkommens der Gemeinden, die Wohnort, aber nicht Arbeitsort sind

Antr

s. Gewerbesteuer

Drs 13/2414

Politik für mittelständische Unternehmen

Eintreten für eine radikale Vereinfachung der Steuergesetze, Senkung der Tarife, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts sowie Lockerung des Kündigungsschutzes

Antr

s. Mittelstand

Drs 13/2677

Das Steuerkonzept von MinPräs Teufel: unsozial und nicht finanzierbar

Aktuelle Debatte

s. Steuer

PIPr 13/64 S. 4501

Feststellung einer unzureichenden steuerlichen Entlastung der Bürger und mittelständischen Wirtschaft im Zuge der letzten Steuerreform

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45 46

Auswirkungen der Steuerreform auf die Bürger und mittelständische Wirtschaft in BW, Forderung nach Vorverlegung der letzten Stufe der Steuerreform auf 2002

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 82 85 93 97 104 105 115 117 118 121 122

Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2002

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 153-158 162-165 167

Vorsorge im Haushalt zur Kompensation der Mindereinnahmen infolge der Steuerreform, Bewertung der Auswirkungen des SteuerentlastungsGes

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 204-207 209 210

Feststellung einer Entlastung der Großen auf Kosten der Kleinen im Zuge der Steuerreform, Vorsorge für Steuerausfälle durch die Steuerreform, Forderung nach Vorverlegung auf 2002

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329 330 332-334 336 340

Steuerliche Entlastung der Bürger und mittelständischen Wirtschaft im Zuge der letzten Steuerreform, Vorziehen der nächsten Stufe, Vorsorge für die zu erwartenden Steuerausfälle

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 502-504 507 508 510-512 525 554 555

Erinnerung an die Nachbesserung der Unternehmensteuerreform zugunsten des Mittelstands und der Arbeitnehmer; Auswirkungen der Steuerreform im Wohnungsbausektor

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 639 640 686 697-700 705

Mittelstandsfreundliche Nachbesserung der Steuerreform auf Initiative der Grünen, Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Betriebsübernahmen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 772 775

Erreichung einer Umschichtung bei der Steuerentlastung zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen, Verbesserung der steuerfreien Investitionsrücklage nach § 6 (10) des EinkommensteuerGes, Steuerfreiheit für Beteiligungsverkäufe

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801-804 815 817 826-830

Verzicht auf die Forderung nach Vorziehen der nächsten Stufe der Steuerreform, Bezeichnung der Steuerreform als mittelstandsfeindlich und kompliziert

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 838 843 847 857 859 865 867 873 875

Feststellung einer Entlastung der Großen auf Kosten der Kleinen im Zuge der Steuerreform; Anstieg der Steuereinnahmen ab 2004 durch die Steuerreform; Anmahnung einer radikalen Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1064 1067 1070 1071 1075 1076 1080 1086 1087 1091

Erinnerung an die Blockade der Steuerreform unter der Regierung Kohl im BRat, Auswirkungen der Steuerreform auf Personenernehmen und Kapitalgesellschaften

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1112 1113

Revision der Forderung nach Vorziehen der Steuerreform; Blockade der Steuerreform nach den Petersberger Beschlüssen im BRat durch die SPD-regierten Länder

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1169-1173 1175 1176

Auswirkungen der Steuerreform auf die Wirtschaft, Verwendung des Aufkommens der Ökosteuer, Kritik an der Verlängerung der Abschreibungsfristen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678 1679 1682 1706 1707 1719 1722

Auswirkungen der Steuerreform auf die Bürger, auf Personenernehmen und Kapitalgesellschaften; Vorziehen der nächsten Stufe zugunsten der Personenernehmen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1816 1820

Aussagen zu den Impulsen und Auswirkungen der Steuerreform vor der Bundestagswahl, Kritik an der Ablehnung der Einkommensteuerreform durch die Union im BRat, Auswirkungen der Steuerreform auf Personenernehmen und Kapitalgesellschaften, Verschiebung der Steuerreform um ein Jahr

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111 2116-2120 2123 2124 2126 2127 2131 2135 2136

Bezeichnung der Steuerreform als inkonsequent und missglückt, Steuerausfälle im Falle eines Vorziehens der Steuerreform bzw infolge der einzelnen Stufen der Steuerreform, Notwendigkeit einer Steuerreform zugunsten der Gemeinden

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215 2219 2222-2226 2233

Auswirkungen der Steuerreform im Handwerk und Mittelstand
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355 2356 2358 2361-2364

Auswirkungen der Steuerreform auf Personenernehmen und Kapitalgesellschaften, Schließung der Schlupflöcher bei der Körperschaftsteuer, Entlastungswirkung der Steuerreform 2004/05

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626 2628 2630-2633 2638 2647 2648 2654 2680

Plädoyer für ein Vorziehen der Steuerreform

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3022 3023

Ausfälle bei der Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer infolge der Unternehmensteuerreform, Vorschläge zur Revitalisierung der Gewerbesteuer; Finanzierung eines Vorziehens der Steuerreform

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3227-3237

Vorziehen der Steuerreform, Vorschläge zur Gegenfinanzierung der Steuerausfälle mit möglichst wenig neuen Schulden

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385-3396 3409 3413

Plädoyer für das Tarifmodell von Prof. Kirchhof, Bewertung als Jahrhundertreform; Suche der Union nach einem einheitlichen Votum zum Vorziehen der Steuerreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3609-3612 3623 3624 3628 3630 3631 3635 3636 3640 3644 3645 3648 3649 3651 3652

Verknüpfung des Vorziehens der Steuerreform mit Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt; Begrüßung der Vorschläge von Prof. Kirchhof und Friedrich Merz zur Vereinfachung des Steuersystems

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3943 3945 3946

Abmilderung der Steuerausfälle durch das Vorziehen der Steuerreform im Vermittlungsausschuss; Umsetzung des Tarifstufenmodells von Prof. Kirchhof zur Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4007 4010 4014 4015 4026 4037 4042 4043 4056

Bewertung des Entlastungseffekts durch das Vorziehen der Steuerreform als zu gering, generelles Lob für den erzielten Kompromiss, Dringlichkeit der Steuervereinfachung

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4094-4096 4099-4102 4113

Unterstützung einer großen Steuerreform nach den Vorschlägen von Prof. Kirchhof und Friedrich Merz bzw der notwendigen Gegenfinanzierung durch Subventionsabbau

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4150 4151 4163 4164 4171 4174 4175 4177-4180 4209 4210

Plädoyer für eine kostenneutrale Steuerreform

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4445 4451 4452

Feststellung eines zusätzlichen Handlungsbedarfs zur Reform des Steuersystems durch die EU-Osterweiterung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4770 4771 4773 4775 4776

Höhe der Einnahmeausfälle bei dem von Prof. Kirchhof vorgeschlagenen Spitzensteuersatz von 25 %

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966 4970

Unterstützung des Tarifstufenmodells von Prof. Kirchhof, Höhe der Steuerausfälle bei Umsetzung dieses Modells

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5137 5143 5146 5163 5164

Unterstützung des Tarifstufenmodells von Prof. Kirchhof, Höhe der Steuerausfälle und Gegenfinanzierung dieses Modells

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5563 5564 5572 5576-5580 5582-5584

Notwendigkeit einer großen Steuerstrukturreform

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638-5640

Erklärung der Bereitschaft zu einer großen Steuerreform, Schaffung eines vereinfachten und gerechten Steuerrechts

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5867

Streichung von Steuerarten iR einer großen Steuerstrukturreform, Eintreten für eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6108 6111 6113 6116 6117

Erinnerung an die Tarifsenkungen iR letzten Steuerreform, Umsetzung der vorgeschlagenen Steuermodelle, Überlegungen zu einer erneuten Reform der Unternehmensteuern

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6144 6147 6150-6152 6157

Erklärung der Bereitschaft zu einer großen Steuerreform, Schaffung eines vereinfachten und gerechten Steuerrechts

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6404

Erklärung der Bereitschaft zu einer großen Steuerreform mit einem vereinfachten Steuerrecht, Gegenfinanzierung mit dem Abbau von Steuervergünstigungen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6469 6479-6481 6488 6492 6511

Feststellung widersprüchlicher Äußerungen innerhalb von CDU und FDP zu einer großen Steuerreform nach einem Regierungswechsel im Herbst, Erinnerung an die Entlastungswirkung der Steuerreform von Rot-Grün

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6541-6550 6552 6553 6558

Anstrengung einer europaweiten Zinsabgeltungssteuer iR einer großen Steuerreform, Ankündigung einer Unternehmensteuerreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6627 6629

Unterstützung einer Unternehmensteuerreform

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7334 7348 7350

Verknüpfung einer umfassenden Steuerreform mit dem Abbau von Subventionen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7633 7634 7636 7639

Steuersatz

s. *Steuertarif*

Steuerschätzung

s. *Steueraufkommen*

Steuerschuldner

s.a. *Steuerreform*

s.a. *Steuerveranlagung*

Steuervordrucke aus dem Internet

Ermöglichung des Ausdrucks der Steuervordrucke zur Abgabe der Einkommensteuererklärung auch in BW

Antr

s. *Vordruck*

Drs 13/1058

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr

s. *Zinsbesteuerung*

Drs 13/2166

Besteuerung von Prostituierten

Darlegung der von der Finanzverwaltung angewandten Verfahren unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Formen von Prostitution, Gewährleistung der Recht- und Zweckmäßigkeit sowie der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, Wahrung der datenschutzrechtlichen Belange sowie des Freiwilligkeitsprinzips bei der Teilnahme von Prostituierten am Verfahren

Antr

s. *Prostitution*

Drs 13/2539

Änd des EinkommensteuerGes

Beurteilung einer Veranlagung aller deutschen Staatsbürger mit Wohnsitz im In- oder Ausland mit einer Einkommensteuerpflicht hierzulande; Darlegung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen und der dabei tangierten internationalen Abkommen

Antr

s. *Einkommensteuer*

Drs 13/2832

Bundeseinheitliche Steuernummer

Gründe und Auswirkungen unterschiedlicher Steuernummern für Bürger und Unternehmen in den einzelnen BLändern, Frage nach Plänen für eine weitere Umsatzsteuer-Identifikationsnummer; Eintreten für die Einführung einer bundeseinheitlichen Steuernummer i.S.d. angestrebten Bürokratieabbaus

Antr

s. *Steuerveranlagung*

Drs 13/3027

Kostenlose Abgabe von CD-ROMs für das ELSTER-Formular 2003 durch die Finanzämter in BW

Neuaufgabe der inzwischen vergriffenen CD-ROM; Akzeptanz der Möglichkeit zur elektronischen Einkommensteuererklärung bei den Steuerpflichtigen via ELSTER und Internet

KlAnfr

s. *Steuerveranlagung*

Drs 13/3135

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 21) - Die Besteuerung von ausländischen Einkünften

Mittlg

s. *Steuerveranlagung*

Drs 13/4103

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr
s. *Steuer-moral*
Drs 13/4164

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr
s. *Konto*
Drs 13/5053

Veranlagung aller deutschen Staatsbürger zur Einkommensteuer in Deutschland

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4448 4459

Vorhandene Steuerbelastung nach Einkommenshöhe, jeweilige Entlastungswirkung der vorgeschlagenen Reformmodelle, Bewegung von Steuerflüchtlingen zur Rückkehr mit einem einfachen dreistufigen Steuersystem

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4502-4515

Unterstützung der Kritik des Datenschutzbeauftragten am Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit und den damit möglichen Kontenabfragen, Bewertung als faktische Abschaffung des Bankheimnisses mit der Folge einer verstärkten Kapitalflucht

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7919 7920

Steuerstrafverfahren*Ermittlungen im Betrugsfall FlowTex*

Ermittlungen und Erkenntnisse von Steuerfahndern 1996 wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, Einstellung des Strafverfahrens durch Selbstanzeige und Begleichung der Steuerschuld; Anstöße und Ergebnisse von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Fortschreibung der Stellungnahme zu Drs 12/5929; Beurteilung der von der Staatsanwaltschaft Mannheim veranlassten Prüfung der Schuldunfähigkeit von Herrn Schmider wegen Größenwahns

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/86

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft

Karlsruhe und des FM

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/154

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/179

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgen Morlok

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/607

Drohende Verjährung der „Bankenfälle“

Zahl und Volumina der o.g. Vorgänge, Höhe der drohenden Steuerausfälle, Frage nach Anweisungen der Steuerverwaltung zur beschleunigten Abarbeitung bzw steuer- und strafrechtlichen

Verfolgung dieser Fälle

KlAnfr
s. *Steuerdelikt*
Drs 13/2398

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbmäßigen oder bandenmäßigen Steuerhinterziehung

Antr Nils Schmid u.a. SPD 04.01.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/3933
BeschlEmpf und Bericht FinA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 12 13
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Steuerstrafsachen in BW

Entwicklung der Steuerstraftaten und Bußgeldverfahren sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Gegenüberstellung der entsprechenden Personalentwicklung in der Steuerverwaltung im Vergleich zu anderen BLändern; Konsequenzen in der personellen und sächlichen Ausstattung der Steuerprüfung

KlAnfr Heike Dederer CDU 18.01.2005 und Antw FM Drs 13/3954

Umfang der Steuerhinterziehung iRd FlowTex-Affäre, Kritik an der Einstellung des Steuerstrafverfahrens wegen geringer Schuld
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1270-1273

Umfang der Steuerhinterziehung iRd FlowTex-Affäre, Kritik an der Einstellung des Steuerstrafverfahrens wegen geringer Schuld, Verbesserung des Informationsaustausches mit der Staatsanwaltschaft in Steuerstrafsachen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7569 7571 7572 7575 7580-7583

Steuertarif*Zukunft der Gewerbesteuer*

Ausgestaltung und Auswirkungen des vorgeschlagenen Modells zur Ersetzung der Gewerbesteuer durch Gemeindefinanzierungsrechte bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, insbes Verlagerung der steuerlichen Belastung auf die Arbeitnehmer und damit Verschiebung des Steueraufkommens von den Gewerbestandorten auf die Pendlerwohnorte, Steuerausfälle für das Land infolge der notwendigen zusätzlichen Senkung der Einkommensteuersätze

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 13/1948

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr
s. *Zinsbesteuerung*
Drs 13/2166

Politik für mittelständische Unternehmen

Eintreten für eine radikale Vereinfachung der Steuergesetze, Senkung der Tarife, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts sowie Lockerung des Kündigungsschutzes

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/2677

Auswirkungen der Steuerreform auf die Steuersätze der Personunternehmen und Kapitalgesellschaften

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 104 105 117 118

Senkung der Einkommensteuer- und Körperschaftsteuersätze

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 205 206 209

Entlastung der Geringverdiener mit dem Eingangssteuersatz

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803

Vorwurf einer gegenseitigen Blockade der Absenkung der Steuersätze von CDU und SPD, Senkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes iRd Steuerreform

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2116 2119 2135 2159

Einstufung der Steuersätze in Deutschland durch die OECD, Erinnerung an die stufenweise Senkung des Höchst- und Eingangssteuersatzes

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2358 2362 2363

Europäischer Vergleich der Steuersätze nach einer OECD-Studie

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2637 2638

Senkung der Einkommensteuersätze nach Einführung eines gemeindlichen Zuschlagsrechts bei der Einkommensteuer

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3236

Eintreten für eine Absenkung der Steuersätze, Reduzierung des Eingangssteuersatzes auf 15 %

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386-3388 3390-3395

Plädoyer für das Tarifmodell von Prof. Kirchhof, Vergleich mit dem Merz-Papier

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3609-3612 3624 3628 3631 3636 3645 3648 3649

Umsetzung des Tarifstufenmodells von Prof. Kirchhof zur Vereinfachung des Steuerrechts

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4010 4026

Absenkung der Tarife nach den Vorschlägen von Prof. Kirchhof oder Friedrich Merz, Gegenfinanzierung durch den Abbau von Steuersubventionen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4150 4151 4163 4171 4174 4178-4180

Vergleich der vorgeschlagenen Tarifmodelle, Höhe der jeweiligen Entlastung unterschiedlicher Einkommen und der daraus folgenden Steuerausfälle

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4502-4515

Vergleich der Körperschaftsteuersätze in den neuen EU-Beitrittsländern und Deutschland

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4770 4771 4773 4775 4776

Höhe der Einnahmeausfälle bei dem von Prof. Kirchhof vorgeschlagenen Spitzensteuersatz von 25 %

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966

Frage nach der Finanzierung der vorgesehenen Senkung der Spitzensteuersätze, Befürchtung einer vollständigen Abschaffung der Eigenheimzulage

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5563 5564 5572 5576 5578-5580 5582-5584

Erinnerung an die Tarifsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Notwendigkeit einer aufkommensneutralen Steuerstrukturreform

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5640

Forderung nach international konkurrenzfähigen, mittelstandsgerechten Steuersätzen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6027 6029

Erinnerung an die Tarifsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Notwendigkeit einer gleichzeitigen Senkung der Ausgaben, differenzierte Betrachtung der Unternehmensteuern in Deutschland

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6144 6146 6147 6150 6151 6157

Senkung der Steuersätze für kleine und mittlere Unternehmen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404

Frage nach der Finanzierung der vorgesehenen Senkung der Spitzensteuersätze, Befürchtung einer Streichung der Pendlerpauschale, der Nacht- und Sonntagszuschläge; Erinnerung an die Rückführung des Eingangssteuersatzes auf 15 %

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6541-6544 6546-6548 6552 6553

Gegensteuerung zur Kapitalflucht ins Ausland mit international konkurrenzfähigen Steuersätzen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625-6633

Ankündigung einer Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes auf höhere Einkommen bzw einer weiteren Senkung des Eingangs- und Spitzensteuersatzes

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6971 6975 6976 6979 6981

Verweisung auf die hohen Steuersätze für hohe Einkommen, Bewertung als faktische Rückführung der Studienkosten und damit als nachlaufende Studiengebühren, Steueranteile von einkommensschwachen Familien zur Finanzierung des Studiums von Kindern aus einkommensstärkeren Familien

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7505-7507 7509-7512

Steuerunggebung

s.a. Steuerdelikt

Drohende Verjährung der „Bankenfälle“

Zahl und Volumina der o.g. Vorgänge, Höhe der drohenden Steuerausfälle, Frage nach Anweisungen der Steuerverwaltung zur beschleunigten Abarbeitung bzw steuer- und strafrechtlichen Verfolgung dieser Fälle

KlAnfr

s. *Steuerdelikt*

Drs 13/2398

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbsmäßigen oder bandenmäßigen Steuerhinterziehung

Antr

s. *Steuerstrafverfahren*

Drs 13/3933

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr

s. *Steuermoral*

Drs 13/4164

Maßnahmen zur Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität

Effizienz der beschlossenen Maßnahmen und Instrumente auf EU-, Bundes- und Landesebene; Bewertung der zentralen Koordinierungsstellen und Datenbank beim Bundesamt für Finanzen, Stand der Einführung eines bundesweiten EDV-Risiko-Management-Systems zur Bekämpfung von betrügerischen Umsatzsteuerkarussell-Geschäften, Untersuchungsergebnisse zu möglichen Systemänderungen; Organisation der Umsatzsteuer-Sonderprüfgruppen nach der Zusammenlegung der OFD; Personaleinsatz, Intensität und Ergebnisse der Umsatzsteuerprüfung; Erfahrungen mit der Zusammenarbeit der Finanzverwaltung mit anderen Behörden

Antr

s. *Umsatzsteuer*

Drs 13/4302

Umsatzsteuerbetrug und die Finanzverwaltung in BW

Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen von Bund und Ländern, Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene, Stand der Einführung eines bundeseinheitlichen EDV-Risiko-Management-Systems; Entwicklung der Mehreinnahmen aus der Tätigkeit der Steuerfahndung seit 2000 bzw der Zahl von Fahndern, Prüfern, Vollstreckungsbeamten und Finanzermittlern; angestrebte Personalentwicklung der Finanzverwaltung bis 2009; Verbesserung der (EDV-)technischen Ausstattung, Einrichtung eigener Internet-Adressen der Bediensteten; Änderung der Vertrauensschutzregelung im UStG über den BRat?

Antr

s. *Umsatzsteuer*

Drs 13/4966

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Entwicklung der Zahl von Kontenabfragen der Finanzbehörden u.a. Dienststellen seit 01.04.2005, Einschätzung der weiteren Entwicklung nach Einführung der vollautomatischen Abfrage; Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007; Beurteilung der Mängelfeststellung des Bundesdatenschutzbeauftragten zu Kontenabfragen in NRW

Antr
s. *Konto*
Drs 13/5053

*Umgehung der Steuerpflicht für Privatisierungserlöse mit der
Stiftungskonstruktion, Bewertung als schädlich für die allgemei-
ne Steuermoral*

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1575-1577 1580 1582 1584 1586
1587

*Streichung sämtlicher Ausnahmetatbestände und Schlupflöcher
mit der Umsetzung des Kirchhof-Modells und damit der Grund-
lagen zur Umgehung der Steuerpflicht*

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3609 3610 3636 3649

*Anreize zur Steuerumgehung durch die hohen Grenzsteuersätze,
Erwartung von Rückflüssen bei einem einheitlichen Steuersatz
von 25 %*

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4509 4510

Anreize zur Steuerumgehung durch die hohen Grenzsteuersätze

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638 5640

*Ausmaß der Steuerumgehung, Aufstockung der Zahl von Stellen
für Betriebsprüfungen*

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5822 5823

*Ausmaß der Steuerumgehung, Aufstockung der Zahl von Stellen
für Betriebsprüfungen*

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

*Beklagung der Kapitalflucht ins Ausland infolge der hohen Steu-
erbelastung, Gegensteuerung mit dem SteuerehrlichkeitsGes und
der damit möglichen Kontenabfrage*

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6625-6645

*Schließung der Schlupflöcher zur Steuerumgehung, Kritik an der
Ablehnung einer Personalverstärkung bei der Steuerprüfung*

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7493

Steuerveranlagung

s.a. *Steuerschuldner*
s.a. *Zinsbesteuerung*

*Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Steuerliche An-
erkennung der PC von Lehrenden an Schulen und Hochschulen
(Drs 12/5761 lfd Nr. 1.1)*

Mittlg
s. *Computer*
Drs 13/23

*Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift
2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 24) - Son-
derausgaben und Erstattungsziinsen (Drs 12/5701 XX. S. 8)*

Mittlg LReg 30.11.2001 Drs 13/531

*Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift
1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 18) - Die
Einheitsbewertung des Grundbesitzes*

Eintreten für das bayerische Modell bzw eine bundeseinheitliche
Übertragung der Verwaltung der Grundsteuer auf die Gemeinden

Mittlg
s. *Grundsteuer*
Drs 13/612

*Organisation und Arbeitsweise der Veranlagungsstellen bei den
Finanzämtern*

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/853

*Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen durch Finanzminis-
ter a.D. Gerhard Mayer-Vorfelder*

Klärungsbedarf weiterer Fragen nach Erteilung der Stellung-
nahme auf Drs 13/751, Ergebnis der Prüfungen des Landes-
amts für Besoldung und Versorgung, Einstufung des VfB Stutt-
gart als Betrieb gewerblicher Art nach Äußerung des VfB-
Präsidenten Haas, Vereinbarkeit dieser Äußerung mit der ge-
zahlten Aufwandsentschädigung an Mayer-Vorfelder für seine
Tätigkeit als ehrenamtlicher Präsident, Handhabung der Verhän-
gung von Zwangsgeld und der beantragten Fristverlängerung für
die Abgabe der Steuererklärung im Regelfall sowie im o.g. Fall,
Übereinstimmung der Abgabe von Umsatzsteuererklärungen mit
dem MinisterGes, Gründe für die Änd der GO der Finanzämter

Antr
s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*
Drs 13/856

Steuervordrucke aus dem Internet

Ermöglichung des Ausdrucks der Steuervordrucke zur Abgabe
der Einkommensteuererklärung auch in BW

Antr
s. *Vordruck*
Drs 13/1058

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode

Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmetho-
de der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie,
u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unterneh-
men in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigen-
kapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steuer-
aufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanz-
besteuerung

Antr
s. *Bilanz*
Drs 13/1601

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern
iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Stand-
orte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätig-
ten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-
Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betrieb-
prüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

*Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung
des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 29) - Die
neue Rechtslage der Verlustverrechnung gemäß § 2 Abs 3 und §
10 d des EinkommensteuerGes*

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs
13/2700 XXV. S. 8
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 05.10.2004 Drs 13/3611

Besteuerung von Prostituierten

Darlegung der von der Finanzverwaltung angewandten Verfahren unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Formen von Prostitution, Gewährleistung der Recht- und Zweckmäßigkeit sowie der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, Wahrung der datenschutzrechtlichen Belange sowie des Freiwilligkeitsprinzips bei der Teilnahme von Prostituierten am Verfahren

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/2539

Verschweigen von Einkünften des ehemaligen Finanzministers beim Bezug höherer Übergangsgelder

Strafrechtliche Relevanz des o.g. Vorgangs nach Auffassung der Staatsanwaltschaft; Ansehensverlust der Finanzverwaltung durch die unvollständige und verspätete Abgabe von Steuererklärungen durch Gerhard Mayer-Vorfelder sowie die nicht erfolgte Angabe von Einkünften bzw Aufwandsentschädigungen gegenüber dem Landesamt für Besoldung?

MdlAnfr
s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*
Drs 13/2480

Änd des EinkommensteuerGes

Beurteilung einer Veranlagung aller deutschen Staatsbürger mit Wohnsitz im In- oder Ausland mit einer Einkommensteuerpflicht hierzulande; Darlegung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen und der dabei tangierten internationalen Abkommen

Antr
s. *Einkommensteuer*
Drs 13/2832

Steuerliche Behandlung von Kunstwerken

Anwendung des regulären Steuersatzes von 16 %, Kriterien zur Unterscheidung von Kunstwerken und Handelsware, Frage nach einer unterschiedlichen Praxis der Finanzbehörden in den einzelnen BLändern

KlAnfr
s. *Kunst*
Drs 13/3011

Bundeseinheitliche Steuernummer

Gründe und Auswirkungen unterschiedlicher Steuernummern für Bürger und Unternehmen in den einzelnen BLändern, Frage nach Plänen für eine weitere Umsatzsteuer-Identifikationsnummer; Eintreten für die Einführung einer bundeseinheitlichen Steuernummer i.S.d. angestrebten Bürokratieabbaus

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 17.03.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3027
BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2004 Drs 13/3932 S. 11
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Kostenlose Abgabe von CD-ROMs für das ELSTER-Formular 2003 durch die Finanzämter in BW

Neuaufgabe der inzwischen vergriffenen CD-ROM; Akzeptanz der Möglichkeit zur elektronischen Einkommensteuererklärung bei den Steuerpflichtigen via ELSTER und Internet

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 26.04.2004 und Antw FM Drs 13/3135

Mehrwertsteuerbefreiung von Heilpraktikerschulen

Umsatzsteuerliche Behandlung von privaten Heilpraktikerschulen, Auswirkungen der neuen Rechtsprechung des Bundesfi-

nanzhofs auf die bisher gängige Praxis? Frage nach einer bundeseinheitlichen Vorgabe

KlAnfr
s. *Heilpraktiker*
Drs 13/3235

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 21) - Die Besteuerung von ausländischen Einkünften

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XVIII. S. 7
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 27.06.2005 Drs 13/4442

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Erweiterung des Intervalls zur Abgabe einer Steuererklärung auf zwei Jahre, Einbringung einer Gesetzesinitiative zur Reform des EinkommenStG im BRat

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen iRd organisierten Nachbarschaftshilfen

Behandlung der iRd organisierten Nachbarschaftshilfen beschäftigten Helfer als Arbeitnehmer durch das FM

Antr
s. *Entschädigung*
Drs 13/4760

Besteuerung nach dem AlterseinkünfteGes

Umsetzung der stufenweise nachgelagerten Besteuerung der Renten; personelle und organisatorische Maßnahmen der Finanzverwaltung zur Bewältigung des zusätzlichen Arbeitsaufwands

Antr Nils Schmid u.a. SPD 01.12.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4907
BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5138 S. 17
18
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Organisation und Arbeitsweise der Erbschaftsteuerstellen und der Bedarfsbewertung

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 20.01.2006 Drs 13/5077 (21 S.)
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645

Feststellung von Anlaufschwierigkeiten in der Einführungsphase der elektronischen Steuererklärung bzw von Mehrarbeit infolge der Automatisierung, generelle Überprüfung der EDV-Ausstattung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1885-1888

Mindereinnahmen durch mangelhafte Bearbeitung der Anträge bei den Veranlagungsstellen, Bereitstellung des notwendigen Personals

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037

Veranlagung aller deutschen Staatsbürger zur Einkommensteuer in Deutschland

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4448 4459

Vergleichbarkeit der Kosten zur Erstellung eines Steuerbescheids in den einzelnen Finanzämtern mithilfe der Kosten- und Leistungsrechnung

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5313 5317

Erweiterung des Intervalls zur Abgabe einer Steuererklärung auf zwei Jahre, Einsatz der dadurch eingesparten Stellen für Betriebsprüfungen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5822 5823

Erweiterung des Intervalls zur Abgabe einer Steuererklärung auf zwei Jahre, Einsatz der dadurch eingesparten Stellen für Betriebsprüfungen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Erweiterung des Intervalls zur Abgabe einer Steuererklärung auf zwei Jahre, Einsatz der dadurch eingesparten Stellen für Betriebsprüfungen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6111 6115 6117

Erweiterung des Intervalls zur Abgabe einer Steuererklärung auf zwei Jahre, Einsatz der dadurch eingesparten Stellen für Betriebsprüfungen; Steigerung der Produktivität durch die elektronische Steuererklärung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6152 6157

Steuervergünstigung

s.a. Gemeinnützigkeit
s.a. Steuerfreibetrag
s.a. Steuerumgehung

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Steuerliche Anerkennung der PC von Lehrenden an Schulen und Hochschulen (Drs 12/5761 lfd Nr. 1.1)

Mittlg
s. *Computer*
Drs 13/23

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 24) - Sonderausgaben und Erstattungszinsen (Drs 12/5701 XX. S. 8)

Mittlg
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/531

Auswirkungen der von der BReg beabsichtigten Steueränderung auf die Absetzbarkeit von Weinpräsenten und Blumengeschenken
Auswirkungen auf Betriebe im Geschenkegeschäft, auf die Kartonagenindustrie sowie Weinbaubetriebe und Floristikgeschäfte

Antr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/1472

Teilnahme des Landes an der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum SteuervergünstigungsabbauGes
Begründung der ablehnenden Haltung

KlAnfr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/1696

Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr; Zustimmung der LReg im BRat bzw Vermittlungsausschuss

Zustimmung bei der Beratung des SteuervergünstigungsabbauGes

Antr
s. *Umsatzsteuer*
Drs 13/1935

SteuervergünstigungsabbauGesetz / Neuregelung Gesellschafter-Fremdfinanzierung

Konsequenzen der o.g. Neuregelung des § 8a KStG zum Jahresbeginn bzw rückwirkend für ausländische Investoren beim Erwerb eines deutschen Unternehmens, Frage nach steuerrechtlichen Beispielen, die zuvor legale Vorgänge nachträglich als Missbrauch definieren; allgemeine Auswirkungen des SteuervergünstigungsabbauGes auf die Finanzierung mittelständischer Kapitalgesellschaften

KlAnfr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/2841

Steuerliche Benachteiligung des Schienenverkehrs gegenüber dem Luftverkehr korrigieren

Mitwirkung im BRat an einer Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Fahrpreise im Schienenfernverkehr auf 7 % sowie anteilige Einführung der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge im deutschen Luftraum

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/4017

Häusliches Arbeitszimmer der Lehrerinnen und Lehrer; geplante Abschaffung der steuerlichen Anrechnung im Koalitionsvertrag der neuen BReg

Beschränkung der Abzugsfähigkeit auf solche Räumlichkeiten, die den Mittelpunkt der beruflichen Tätigkeit darstellen; Auswirkungen für die Lehrkräfte angesichts der mangelnden Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Arbeitsplätzen, Einrichtung solcher Arbeitsplätze in Stufen durch eine Änderung der Schulbaurichtlinien? Einschätzung des jeweiligen Kostenaufwands für das Land und die Kommunen

KlAnfr
s. *Arbeitsstätte*
Drs 13/4969

Feststellung einer unzureichenden steuerlichen Entlastung der Bürger und mittelständischen Wirtschaft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45 46

Verzicht auf die Verlängerung der Abschreibungsfristen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 116

Verzicht auf die Verlängerung der Abschreibungsfristen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 154 158 163 165

Eintreten für begrenzte Abschreibungsmöglichkeiten für gewerbliche Investitionen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500

Abtrennung der steuerlichen Begünstigung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften vom LebenspartnerschaftsGes., Behandlung im Vermittlungsausschuss von BTag und BRat

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1347

Kritik an der Verschlechterung der steuerlichen Förderung von Wohnungseigentum

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430 1431 1437-1440

Verhinderung eines Standortwettbewerbs per Steurdumping in Europa

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1459

Verhinderung einer steuerlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit Eheleuten; Kritik an der Verlängerung der Abschreibungsfristen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1702 1706 1707

Wiedereinführung des „Dienstmädchenprivilegs“

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1823 1824

Forderung der steuerlichen Absetzbarkeit von Ausgaben für Haushaltsdienstleistungen, Kritik am Urteil des BVerfG zum Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende, Erhaltung des Ehegattensplittings

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2038 2047 2050 2051 2060 2065 2066

Steuerentlastung von Existenzgründern und Kleinstbetrieben, Kritik an der geplanten Erhöhung der Dienstwagenbesteuerung, Verteidigung des Steuervergünstigungsabbaugesetz

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356 2359-2364 2367

Abschreckung von Investoren mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz, Verteidigung der einzelnen Elemente des GesEntw

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626-2628 2630-2633 2638 2648 2651 2654 2655

Ablehnung des Steuervergünstigungsabbaugesetz in der gegenwärtigen konjunkturellen Situation, Forderung nach Alternativen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2701 2703 2708 2714 2758 2761-2764

Abbau von Ausnahmetatbeständen und Abschreibungsmöglichkeiten zur Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform, Scheitern des Steuervergünstigungsabbaugesetz im BRat

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385 3387 3390 3393

Streichung sämtlicher Ausnahmetatbestände und Schlupflöcher mit der Umsetzung des Kirchhof-Modells, Vergleich mit dem Merz-Papier

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3609-3612 3636 3645

Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform mit dem Abbau von Steuervergünstigungen; Verwirklichung eines vereinfachten Steuersystems mit der Streichung aller Vergünstigungen und Ausnahmetatbestände

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4008-4010 4015 4026 4037 4039

Absenkung der Tarife nach den Vorschlägen von Prof. Kirchhof oder Friedrich Merz, Gegenfinanzierung durch den Abbau von Steuersubventionen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4150 4151 4174 4178

Entlastung von Spitzenverdienern mit dem Steuerreformmodell von Prof. Kirchhof; Streichung von Vergünstigungen und Ausnahmetatbeständen im Steuerrecht

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4501-4507 4509 4511-4515

Absenkung der Tarife nach den Vorschlägen von Prof. Kirchhof, Gegenfinanzierung durch den Abbau der Steuersubventionen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5563 5564 5572 5576 5578-5580 5582-5584

Gegenfinanzierung einer großen Steuerreform mit dem Abbau von Steuervergünstigungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404

Finanzierung einer großen Steuerreform mit dem Abbau von Steuervergünstigungen, Umwidmung des Ehegattensplittings für Familien mit Kindern

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6492 6511 6512

Steuervergünstigungsabbaugesetz

s. Steuerrecht

Steuerverkürzung

s. Steuerumgehung

Steuervermeidung

s. Steuerumgehung

Steuerverwaltung

s. Finanzverwaltung

Steuervordruck

s. Vordruck

Steuerzahler

s. Steuerschuldner

Stevia

s. Süßstoff

Stickoxid

s. Stickstoffverbindung

Stickstoffoxid

s. Stickstoffverbindung

Stickstoffverbindung

s.a. Ammoniak

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der

Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Konsequenzen aus der Überschreitung von Luftreinhaltegrenzwerten der 22. BImSchV

Umfang der Grenzwertüberschreitung der Schadstoffe Stickstoffdioxid und Partikel, betroffene Gebiete und Konsequenzen, Erlass von Luftreinhalteplänen, Information der Öffentlichkeit

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/2223

Abbau von Messstationen entlang von Straßen in BW

Standorte und Gründe der o.g. Reduzierung, bisher dort gemessene Werte von Partikeln und Stickstoffdioxiden und notwendige Konsequenzen, Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zur ständigen Beurteilung der Luftqualität entlang von Autobahnen bzw stark befahrenen Bundes- und Landesstraßen sowie der daraus folgenden Erstellung von Luftreinhalteplänen

Antr
s. *Messgerät*
Drs 13/2969

ÖPNV- und SPNV-Investitionen in den Jahren 2000 bis 2007

Höhe der o.g. Investitionen, Vereinbarkeit mit der im Generalverkehrsplan angestrebten Verlagerung von Autoverkehr auf den öffentlichen Verkehr sowie Verkehrsvermeidung und damit Reduktion der Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3320

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterleitung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3571

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4211

Verbesserung der Qualität und der Aussagefähigkeit des Luftschadstoffmessprogramms in BW

Darlegung der Standorte der Messstationen, der Kriterien für die Standortwahl sowie der gemessenen Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Auflistung der Orte mit beidseitig bebauten Straßen und mit einer durchschnittlichen Belastung von mehr als 25.000 Kfz und einem Lkw-Anteil von über 4 % und der dort gemessenen bzw als wahrscheinlich anzunehmenden Werte; Ermittlung des Bedarfs bzw der Standorte für zusätzliche Messungen gemeinsam mit den Kommunen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4235

Offenlegung der Messwerte für Feinstaubkonzentrationen und Stickoxide

Offenlegung der gemessenen Werte bzw Grenzwertüberschreitungen an den Messstationen in Stuttgart und landesweit, Darlegung der Informationsmöglichkeiten der Bürger sowie der notwendigen Modifikation der Luftreinhalte- und Aktionspläne

KlAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5161

Verweisung auf Erfolge bei der Reduzierung der Emissionen von Stickoxiden

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3777 3785-3787

Beeinflussung der Vegetation und Bodenbildung durch die erhöhten Luftstickstoffeinträge

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6610

Maßnahmen zur Reduzierung der Immissionen von Stickstoffdioxid bzw zur Erfüllung der neuen Grenzwerte ab 2010

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6716 6719-6722

Waldschäden aufgrund des hohen Stickstoffeintrags

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7273

Überarbeitung der europäischen Normen zur Luftreinhaltung, Maßnahmen zur Reduzierung der Immissionen von Stickstoffdioxid bzw zur Erfüllung der neuen Grenzwerte ab 2010

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7641 7644

Stiftung

s.a. *Steinbeis-Stiftung*

Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrats der Landesstiftung BW gGmbH

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321

Integration - Verwendung der Mittel der Landesstiftung

Auflistung o.g. Integrationsprojekte sowie der teilnehmenden Kommunen, Erfahrungen und Konsequenzen; Beeinflussung des Berichts der Zuwanderungskommission?

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/135

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Projekten für Langzeitarbeitslose und jugendliche Arbeitslose über Mittel der LStiftung BW

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/248

Integration von Migranten in BW

Prüfung der Einrichtung einer Stiftung für Integration

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/432

Volles Prüfungsrecht des RH für die Prüfung der Landesstiftung

Antr
s. *Rechnungshof*
Drs 13/464

Forschungsfinanzierung durch die Landesstiftung BW

Darlegung der gestellten, abgelehnten und bewilligten Anträge aus den Hochschulen differenziert nach thematischen Korridoren, Bewilligungssummen und -zeiträumen, nach evtl Komplementär- und Folgefinanzierung; Ergebnis der jeweiligen Prüfung der Gemeinnützigkeits-Voraussetzungen; Einbeziehung von bewährten Institutionen, Verfahren und Standards zur Bewertung der Projekte, Konsequenzen aus den Ergebnissen

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/492

Hochschulbau im Rahmen der „Zukunftsinitiative III“

Scheitern einer Finanzierung aus Mitteln der LStiftung wegen der zweifelhaften Gemeinnützigkeitserfordernis? Auflistung der betroffenen Projekte, der Alternativen und Konsequenzen; Auswirkungen der Problematik für den geplanten zweiten Bauabschnitt der FH Albstadt-Sigmaringen am Standort Sigmaringen

KlAnfr
s. *Hochschulbau*
Drs 13/627

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Förderung von Projekten zur beruflichen Integration von Ausländern über Mittel der LStiftung BW

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Auflösung der Landesstiftung

Auflösung vor dem Verkauf der Landesanteile an der GVS

DringlAntr SPD 11.06.2002 Drs 13/1085
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571-1588

Vermögen und Projekte der Landesstiftung BW

Entwicklung des Vermögens und der einzelnen Projekte der Landesstiftung, Höhe der jeweiligen Förderung, Zuständigkeit und Kosten der Prüfung auf Gemeinnützigkeit, Auflistung der aus steuerlichen Gründen abgelehnten Förderanträge, Umfang von Folgekosten für den Landeshaushalt nach Ablauf der geförderten Projektphasen; Zuführung des gesamten Erlöses aus dem Verkauf der Anteile an der Gasversorgung Süddeutschland?

Antr SPD 23.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1219
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4814-4820

Lex Landesstiftung BW? Angekündigte BRatsinitiative zur Änderung der Abgabenordnung

Zuerkennung der Gemeinnützigkeit der Schuldentilgung von Gebietskörperschaften und damit aus Mitteln der Landesstiftung BW, Realisierungschancen o.g. Anündigung des WM, rechtliche Bewertung des FM

Antr SPD 05.08.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1241
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4814-4820

Benennung eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der Landesstiftung BW gGmbH

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894

Finanzierung des Sprachförderkonzepts der LReg

Flächendeckende und dauerhafte Einführung des o.g. Konzepts als Teil des Bildungsauftrags der Kindergärten nach Auffassung der Kultusministerin, rechtliche Beurteilung der vorgesehenen Sprachstandsdiagnose für Fünfjährige sowie der Finanzierung über die Landesstiftung

Antr
s. *Sprachunterricht*
Drs 13/1447

Ges zur Umwandlung von fünf öffentlich-rechtlichen Forschungseinrichtungen in Stiftungen bürgerlichen Rechts

Gewährleistung einer einheitlichen steuerrechtlichen Behandlung der anwendungsorientierten Forschungseinrichtungen im Ressortbereich des WM; Rechtsformwechsel der Deutschen Institute für Textil- und Faserforschung, des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, des Forschungszentrums Informatik an der Universität Karlsruhe, des Instituts für Mikroelektronik und Zentrums für Fertigungstechnik Stuttgart

GesEntw LReg 04.02.2003 Drs 13/1738
1. Beratung PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.03.2003 Drs 13/1870
2. Beratung PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2787-2791
GesBeschl 26.03.2003 Drs 13/1951
GBI 2003 Nr. 4 S. 161 (Ges vom 08.04.2003)

Zukunft des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) an der Universität Ulm

Umwandlung des FAW in eine Stiftung bürgerlichen Rechts, Ermöglichung des Fortbestands über den 31.12.2004 hinaus, Finanzierung über die Landesstiftung

KlAnfr
s. *Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung*
Drs 13/1798

*Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag**Auflösung der Landesstiftung*

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 81 S. 148 149
EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-45 S. 70 71
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Die Europäische Medien- und Event-Akademie Baden-Baden und die Landesstiftung BW als gemeinsame Versorgungsanstalt?

Bisherige und künftige Finanzierung der o.g. Einrichtung über die Landesstiftung und den Landeshaushalt, Defizitabdeckung durch die Stadt Baden-Baden, Beanstandungen des dortigen Rechnungsprüfungsamts, Zahl und Finanzierungsanteil der Studierenden, Gründe für die Bestellung eines „kostenneutralen“ zweiten Geschäftsführers ohne vorherige Ausschreibung aus der

CDU-Landtagsfraktion

Antr
s. *Medien- und Eventakademie Baden-Baden*
Drs 13/1887

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung der Justizministerin in den Aufsichtsrat der Landesstiftung

Antr
s. *Justizministerin*
Drs 13/1891

Ges zur Änd des StiftungsGes

Anpassung an die geänderte Rechtslage des Bundes für Stiftungen des bürgerlichen Rechts, Ersetzung des Begriffs „Genehmigung“ einer Stiftung durch den Begriff „Anerkennung“, Ermöglichung der Einsichtnahme in das Stiftungsverzeichnis nicht-kirchlicher Stiftungen voraussetzungslos für jedermann, Vereinheitlichung der Bestimmungen über den Vermögensanfall bei Erlöschen einer Stiftung

GesEntw LReg 18.11.2003 Drs 13/2622 (13 S.)
1. Beratung PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3894 3895
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.12.2003 Drs 13/2693
2. Beratung PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3970-3972
GesBeschl 10.12.2003 Drs 13/2752
GBI 2003 Nr. 15 S. 720 721 (Ges vom 16.12.2003)

*Haushalt 2004; Epl 12**Auflösung der Landesstiftung*

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2812-12 S. 42 43
EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2852-12 S. 20 21
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

*Haushalt 2004; Epl 02**Stufenweise Erhöhung der Zuschüsse an die politischen Stiftungen mit dem nächsten Doppelhaushalt*

EAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 21.01.2004 Drs 13/2802-Reste 1 S. 31 32
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144-4181

Externe Beratungsdienstleistungen, Gutachten und Studien sowie sonstige Dienstleistungen Dritter im Auftrag von LReg und Landesbehörden

Fortschreibung der Stellungnahmen zu Drs 13/832 differenziert nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; Prüfung der Vergabep Praxis durch den RH; Höhe und Zwecke der Ausgaben innerhalb und außerhalb des Haushalts, u.a. für externe IuK-Dienstleistungen, zur Neuordnung von Landesvermögen, Einrichtung der Landesstiftung, für die Ausschreibung und Durchführung des NSI-Projekts sowie Prüfung der Gemeinnützigkeit von Projekten der Landesstiftung

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/2882

Sprachförderung im Vorschulalter

Vorlage des angekündigten Sprachförderkonzepts der interministeriellen Arbeitsgruppe auf der Grundlage eines Erziehungs- und Bildungsplans, Einlösung der Zusage zur finanziellen Unterstützung der Sprachförderung, kontinuierliche Sprachstandserfassung und -förderung mit Beginn des Kindergartenbesuchs sowie Fortbildung der Erzieherinnen, Einbeziehung der Eltern, Vernetzung mit anderen Angeboten, Bewertung des Projekts der

Landesstiftung als zeitlich befristete Ergänzung

GrAnfr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/2883

Stiftungsprofessuren an den Hochschulen in BW

Darlegung der zum Jahresbeginn eingerichteten, beendeten sowie avisierten Stiftungsprofessuren an den einzelnen Hochschulen; Ausgestaltung und Evaluation dieser Professuren; Kompensation der auslaufenden, positiv evaluierten Professuren mit zusätzlichen Stellen aus dem Landeshaushalt?

Antr
s. *Professor*
Drs 13/2967

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Leistungsfähigkeit der Hochschulen im nationalen und im internationalen Vergleich, Bewertung der vom Bund vorgeschlagenen Elite-Universitäten, Stimulanz des Wettbewerbs zwischen Fakultäten und Instituten, Ausbau vorhandener Schwerpunkte durch Förderung von Zentren wissenschaftlicher Exzellenz, Gewinnung zusätzlicher Mittel über Stiftungskapital und Spenden, Anreize durch Änderung des Stiftungssteuerrechts

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3021

Haushaltsnachschnläge für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

Denkmalgeschützte Gebäude im Eigentum des Landes oder der Landesstiftung in Stuttgart

Auflistung der o.g. Gebäude, deren Nutzung und Sanierungsbedarf; Ausweisung der in den letzten drei Jahren verkauften und abgerissenen Gebäude mit der jeweiligen Begründung, Frage nach weiteren Planungen

KIAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3391

Neuausschreibung von Sprachfördermaßnahmen durch die Landesstiftung für das Kindergartenjahr 2004/2005

Ausschluss der Kinder, die bereits im Kindergartenjahr 2003/2004 an der Sprachförderung der Landesstiftung teilgenommen haben, von der weiteren Förderung; Bewertung als Benachteiligung der Kinder mit weiterem Förderbedarf

Antr
s. *Deutsche Sprache*
Drs 13/3469

Zugehörigkeit von Herrn Justizminister Professor Dr. Ulrich Goll zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Erteilung der Ausnahmegenehmigung zur Entsendung in den Aufsichtsrat der Landesstiftung und der SWR-Holding GmbH

Antr
s. *Justizminister*
Drs 13/3475

Unterstützung von Studierendenauswahlverfahren aus Mitteln des Landeshaushalts, der Landesstiftung und des Stifterverbands

Höhe und Laufzeit der o.g. Förderung differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen, Anteil der jeweiligen Eigenmittel, Auflistung der beantragten und abgelehnten Forschungsprojekte

KlAnfr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/3541

Wahl des Abg Dr. Noll in den Aufsichtsrat der Landesstiftung BW gGmbH

s. *Noll, Ulrich Dr. MdL FDP/DVP*
PIPr 13/78 S. 5489

Wahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Landesstiftung BW

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139

Die Zukunftsoffensive IV

Entscheidende Impulse, Konzepte und Personen der o.g. Forschungsoffensive bzw der Entscheidungsvorlage für den Aufsichtsrat der Landesstiftung; Darlegung des Verfahrens, der Kriterien und Beteiligten für die (offene) Ausschreibung und Vergabe der Projekte; Einbeziehung der PH sowie der zuständigen Hochschulgremien angesichts der künftigen Bindungs- und Folgewirkungen der Antragstellungen; Verwendung von Restmitteln aus früheren Offensiven für den Schwerpunkt Altersforschung? Art und Ergebnisse der Evaluation von „Erwin I-IV“ und deren Transparenz; Information des WissA vor der Entscheidung über das Ausschreibungsverfahren

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/4136

Nutzung von Liegenschaften durch die LReg

Eingelegte Liegenschaften des Landes in der Landesstiftung, Abführung von möglichen Veräußerungserlösen dieser Liegenschaften an die Landesstiftung, Höhe der jährlichen Mietzahlungen der Ministerien für diese u.a. Liegenschaften

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4286

Benennung eines Mitglieds für den Aufsichtsrat der Landesstiftung gGmbH

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535

Wahl eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Landesstiftung BW gGmbH

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6701

Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit in BW durch Optimierung der Arbeit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ)

Verfügbare Mittel der Stiftung seit 2003, Anteil der Personal- und Verwaltungskosten sowie für die in der Entwicklungshilfe tätigen Initiativen (NGO), finanzielle Situation der NGO und Netzwerke, Möglichkeiten einer institutionellen Förderung mit Mitteln des Landes oder der Landesstiftung, Frage nach Abstimmungsgesprächen zwischen Stiftung und NGO zur Vermeidung

von Doppelangeboten

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/4502

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken an die Schwäbische Hüttenwerke GmbH im Zusammenhang mit der Veräußerung des Anteils der Landesstiftung BW gGmbH an dem Automotivebereich der Schwäbische Hüttenwerke GmbH an Nordwind Capital

Antr
s. *Schwäbische Hüttenwerke GmbH*
Drs 13/4541

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: 6. Stiftungsbericht

Mittlg LReg 29.09.2005 Drs 13/4693 (75 S.)

Wahl eines Mitglieds des Aufsichtsrats der Landesstiftung gGmbH

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7041

Haushalt 2006; Nachtrag

Zuwendungen der Landesstiftung iRd Zukunftsoffensive IV, u.a. zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen, zur Unterstützung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Beruf, zur Förderung der Energieforschung u.a.m.

s. *Investition*
Drs 13/4840

Nachbenennung von zwei Mitgliedern des Ltg in den Aufsichtsrat der Landesstiftung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645

Ausstattung und gemeinnützige Projektförderung der LStiftung BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 55

Ausstattung und gemeinnützige Projektförderung der LStiftung

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 208-210 214

Finanzierung der Zukunftsoffensive III über die LStiftung BW, Kritik an der Umgehung des Parlaments, Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 332 335 339 341

Mittelvergabe durch die Landesstiftung unter weitgehender Umgehung der parlamentarischen Kontrolle, Prüfung durch den RH

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 547 549 551-554

Ausstattung und gemeinnützige Projektförderung der LStiftung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 644 698 702-704

Bevorzugung der Forschungsfinanzierung zulasten der Gewerbeförderung durch die LStiftung und Bindung der Mittelvergabe an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 767

Scheitern einer Förderung von nicht gemeinnützigen Projekten aus Mitteln der LStiftung, u.a. der Multimediaoffensive; Bezeichnung der Stiftung als Selbstbedienungsladen der CDU, Beurteilung des Vorschlags zur Einrichtung einer Singestiftung

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 805 806 808-810 812 813 820 821 825-829

Finanzierung von Zukunftsprojekten über die LStiftung BW, Kritik an der Umgehung des Parlaments, Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe an die Gemeinnützigkeit

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 844-846 848 849 852 853 855 856 865 870 877 880 895 896

Mittelvergabe durch die Landesstiftung unter weitgehender Umgehung der parlamentarischen Kontrolle; Finanzierung von Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW; Stiftungsfinanzierungen von Kultureinrichtungen; Prüfung durch den RH

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 940 941 968 969 974 978 981 984 992 1016

Beitrag der LStiftung zur Umsetzung des Umweltplans, Kritik an der Umgehung des Parlaments, Einengung der Auswahl von Förderprojekten durch die Bindung der Mittelvergabe an die Gemeinnützigkeit, Vorschlag zur Auflösung der LStiftung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1037 1068-1070 1073 1079

Vorrangige Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung über die LStiftung; Kritik an der Umgehung des Parlaments; Erinnerung an die Gründung von Stiftungen durch Min-Präs Späth

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1101 1105 1106 1108 1110

Kritik an der Konstruktion der LStiftung

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1171

Förderung von Integrationsmaßnahmen aus Mitteln der LStiftung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1228 1233 1237

Auflösung der LStiftung BW, Verweisung auf das Festhalten des Bundes an seinen Stiftungen; vorrangige Förderung von Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW, Kritik an der Umgehung des Parlaments; Stiftungen der Sparkassen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571-1588 1612

Auflösung der Landesstiftung, Vorwurf des Mitteleinsatzes für unsinnige Projekte

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1774 1775 1782 1792

Finanzierung einer Themenlinie „Entwicklungszusammenarbeit“ über die Landesstiftung

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1946 1947

Finanzierung der Popakademie über eine Stiftung, Erfolgsbewertung der Rockstiftung

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1971 1972

Förderung eines „Aktionsprogramms Familie“ über die Landesstiftung, Kritik an der Konstruktion der Stiftung, Vorwurf des Mitteleinsatzes für unsinnige Projekte, Finanzierung von Sprachkursen über die Landesstiftung

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2056 2057 2066 2103 2104 2106 2107

Vorwurf der großzügigen Mittelvergabe durch die Landesstiftung bei gleichzeitiger Suche nach weiteren Einsparmöglichkeiten im Landeshaushalt; Finanzierung des Projekts „Chance“ über die Landesstiftung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2114 2117 2150

Auflösung der Landesstiftung; Erweiterung der Prüfungskompetenz des RH auf die Landesstiftung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2638 2655 2673-2675 2678

Auflösung der Landesstiftung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702-2704 2745

Wiederholung der Forderung nach Auflösung der Landesstiftung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2946 2949 2950

Problematik der Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten des Handwerks durch die Bindung der Mittelvergabe der LStiftung an die Gemeinnützigkeit, Auflösung der LStiftung

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3201 3203-3209 3222

Eintreten für die Umsetzung der Idee einer Stiftungsuniversität; Förderung der Eingliederung von Behinderten in den allgemeinen Arbeitsmarkt aus Mitteln der Landesstiftung; Finanzierung des Sprachförderkonzepts

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3530 3531 3542 3552 3584-3590

Vorrangige Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung über die LStiftung; Bezeichnung der LStiftung als Schattenhaushalt; Änderung des Stiftungsrechts

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3603 3619 3634 3640 3661

Finanzierung von Hochschulneubauten aus Mitteln der LStiftung; Förderung des Stiftungswesens

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3946 3970 3971

Wiederholung der Forderung nach Auflösung der Landesstiftung; Finanzierung von Bildungs- und Forschungsaufgaben aus Mitteln der Landesstiftung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4020 4021 4031 4036 4039 4057 4061

Großzügige Verteilung von Mitteln über die Landesstiftung - im Gegensatz zu den Streichungen im Haushalt

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4158 4164 4165 4168 4170 4184 4206 4207 4215 4220

Forschungsfinanzierung und Sprachförderung durch die LStiftung BW, Anregung einer Stiftung für Spitzenforschung auf Bundesebene; Modernisierung des Stiftungsrechts

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4237 4239 4240 4243 4246 4256 4274 4288 4289

Auflösung der Landesstiftung, Verwendung der Mittel zur Schulentilgung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4365 4367 4373 4374 4376 4379

Auflösung der Landesstiftung, Einbringung in den Landeshaushalt

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444 4454

Großzügige Verteilung von Mitteln über die Landesstiftung - im Gegensatz zu den Streichungen im Haushalt, Bewertung der Landesstiftung als Fehlkonstruktion

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802 5814 5821 5827 5849 5853

Förderung von fragwürdigen Projekten durch die Landesstiftung, Bewertung als Fehlkonstruktion, Finanzierung der Sprachförderung im Kindergarten sowie iRd Integrationskurse

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5892 5898 5910 5918 5922 5925 5928 5930 5933 5942

Einräumung voller Prüfungsrechte des RH zur Prüfung der Landesstiftung; Beurteilung der angekündigten Forschungsoffensive „Erwin IV“ aus Mitteln der Landesstiftung; Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten über die Landesstiftung; Engagement in der Entwicklungshilfe

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5957 5963 5966 5968 5971 6016 6021 6022 6025 6026 6028

Verwerfung der ständig wiederkehrenden Forderung nach Auflösung der Landesstiftung, Problematik der notwendigen Gemeinnützigkeit der Förderprojekte

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6103 6107 6117 6124

Jährliche Erträge der Landesstiftung, verbleibender Restbetrag nach einer Rückabwicklung der Stiftung; Förderung von Bildung und Forschung mit der Landesstiftung; Mittelbereitstellung für die Opfer des Seebebens in Südostasien

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6142 6143 6149 6150 6195-6198

Aufgaben und Ausstattung der Stiftung „Kinderland BW“, Sprachförderung im Kindergarten aus Mitteln der Landesstiftung; Finanzierung des künftigen Biosphärengebiets Münsingen über eine Unterstiftung der Landesstiftung

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7206 7219-7221 7237 7248 7275

Förderung von Bildung und Forschung mit der Landesstiftung; Verwerfung der ständig wiederkehrenden Forderung nach Auflösung der Stiftung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7339-7342 7344

Förderung von Bildung und Forschung mit der Landesstiftung; Verwerfung der ständig wiederkehrenden Forderung nach Auflösung der Stiftung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7393-7396 7399 7404

Auflösung der Landesstiftung, Verwendung der Mittel zur Schuldentilgung, Finanzierung von Kinderbetreuungsangeboten mit den eingesparten Zinsausgaben

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558

Sprachförderung im Kindergarten aus Mitteln der Landesstiftung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7650

Vorschläge des RH zur Konstruktion, Zuwendungspraxis und Vermögensanlage der Landesstiftung; Forderung eines Prüfungsrechts des RH bei den Fördergeldempfängern

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7852 7853 7855

Kritik an der zunehmenden Förderung von Forschungsprojekten über die Landesstiftung, Ausschluss einer nutzbringenden Anwendung der Ergebnisse wegen der Gemeinnützigkeit der Projekte

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7882 7884 7887

Sprachförderung im Kindergarten aus Mitteln der Landesstiftung, Engagement der Landesstiftung in der Elternarbeit

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7937 7941 7943

Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit

s. Entwicklungshilfe

Stiftung Naturschutzfonds

s. Naturschutz

Stiftungsbericht

s. Stiftung

Stiftungsgesetz

s. Stiftung

Stiftungsprofessur

s. Professor

Stiftungsrat der Akademie für Technikfolgenabschätzung

s. Akademie für Technikfolgenabschätzung

Stilllegung von Eisenbahnstrecken

s. Eisenbahnstrecke

Stilllegungsprämie

s.a. Nutzungsbeschränkung

Prämien für Verpächter landwirtschaftlicher Nutzflächen

Höhe und Vertretbarkeit des o.g. Einsatzes von Steuermitteln; Fortführung der Stilllegungsprämie in gleicher Höhe für gepachtete Flächen und Flächen im Eigenbesitz; Maßnahmen gegen die Aufkündigung von Pachtverträgen zur Erzielung höherer Einnahmen für die dann stillgelegten Flächen

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 23.09.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2437

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.12.2003 Drs 13/2934 S. 31-33

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Stipendium

s.a. Begabtenförderung

Wissenschaftliche Nachwuchsförderung nach dem LandesgraduiertenförderungsGes (LGFG)

Entwicklung der Zahl von Promotionsstipendien nach dem LGFG seit 2000, Höhe der dafür im laufenden Haushalt eingestellten und verausgabten Mittel; Frage nach Plänen zur Neugestaltung der Graduiertenförderung

Antr

s. Graduiertenförderung

Drs 13/2278

Stipendien für begabte Zuwanderungskinder

Initiierung eines Stipendienprogramms nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr

s. Begabtenförderung

Drs 13/3534

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Ausbau des Stipendienwesens in Kooperation mit Wirtschaft und Stiftungen

Antr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/4250

Studiengebühren; hier: Bundesausbildungsförderungsges (BAföG)

Entwicklung der Zahl von BAföG-Empfängern vor und nach der Umstellung auf Darlehen bzw nach der Wiedereinführung der Förderung und Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenze der Eltern; Gründe für die Streichung der Gebührenbefreiung für BAföG-Höchstempfänger; Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den einzelnen Hochschularten und -standorten; Darlegung der Daten zur Entwicklung des Stipendienwesens seit 1995

Antr
s. Ausbildungsförderung
Drs 13/4588

Ermöglichung eines BW-Stipendiums für begabte Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs über die LStiftung BW
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 856

Verbesserung des Stipendientums über die LStiftung BW
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1575 1577 1583

Stipendien für ausländische Studierende aus Mitteln der LStiftung BW
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3105

Verbesserung des Stipendienwesens parallel zur Einführung von Studiengebühren
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3662 3666

Verbesserung des Stipendienwesens parallel zur Einführung von Studiengebühren
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7499 7505

Verbesserung des Stipendienwesens parallel zur Einführung von Studiengebühren
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7585 7586 7590 7595

Stockach

Drohende Stilllegung der Schienenstrecke Stockach-Schwackenreute

Bedeutung der Strecke als Bindeglied zwischen der Region Ulm/Oberschwaben und dem Bodenseeraum für künftige Güterverkehre; Stand des Stilllegungsverfahrens der DB Netz AG; Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Strecke

Antr
s. Eisenbahnstrecke
Drs 13/2073

Störfall

s.a. Chemieunfall
s.a. Nukleare Sicherheit
s.a. Reaktorunfall

KKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche Reaktion der Betreiber, Prüfung atomaufsichtsrechtlicher Maßnahmen

Antr
s. Kernkraftwerk Philippsburg
Drs 13/283

Umgang mit schwerwiegenden sicherheitsrelevanten Vorkommnissen im AKW Philippsburg II

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, notwendige und tatsächliche Reaktion bzw Konsequenzen vonseiten der Atomaufsichtsbehörde und Betreiber, Beurteilung der Zuverlässigkeit nach dem AtomGes

Antr
s. Kernkraftwerk Philippsburg
Drs 13/287

Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II (KKP II)

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, Umgang mit Informationen und Einstufung der Vorkommnisse durch die Atomaufsichtsbehörde, Bewertung des Berichts der Betreiber und des als Gutachter zugezogenen TÜV, Einlassungen in der Sitzung der Reaktorsicherheitskommission; personelle und organisatorische Konsequenzen

Antr
s. Kernkraftwerk Philippsburg
Drs 13/314

Rücknahme eines Gutachterauftrags im Zusammenhang mit der Überprüfung der Abteilung 7 „Reaktorsicherheit“ im Ministerium für Umwelt und Verkehr

Beurteilung von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung o.g. Gutachtergruppe; Konsequenzen in der Abteilung 7 des UVM, insbes Entbindung des Leiters von seinen Aufgaben wegen Fehlentscheidungen im Umgang mit den Störfällen im Atomkraftwerk Philippsburg II

Antr
s. Nukleare Sicherheit
Drs 13/388

Arbeit der Atomaufsicht in BW

Überprüfung der Einhaltung rechtlich vorgegebener Sicherheitsstandards; rasche und sachgerechte Entscheidungen bei Mängeln, Vorfällen und Störfällen bzw Weiterleitung von Meldungen an die zuständigen Ministerien, Ämter und Gremien; ggf Einschaltung von Gutachtern; Beurteilung der Unabhängigkeit sowie von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung einer Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Frage nach Aktivitäten und Ergebnissen der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Einbeziehung von Experten des TÜV, Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der ILK

Antr
s. Atomaufsicht
Drs 13/422

Qualitätssicherung bei der Atomaufsicht

Maßnahmen seit Bekanntwerden der Störfälle im KKW Philippsburg; Zeitpunkt der Einsetzung, Zusammensetzung und

Auftrag der Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/553

Einsetzung und Auftrag des UA „Fehler der Atomaufsicht in BW im Zusammenhang mit den meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“

Antr
s. *Untersuchungsausschuss*
Drs 13/630

Konsequenzen aus dem schweren Störfall im AKW Brunsbüttel für das Atomkraftwerk Philippsburg I

Bewertung und Konsequenzen des Störfalls auf Landes- und Bundesebene; Maßnahmen der Atomaufsichtsbehörde, Prüfung einer vorübergehenden Stilllegung des KKW Philippsburg I?

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 11.03.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/839
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 76
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterausschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterabrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr
s. *Atomaufsicht*
Drs 13/1381

Sicherheitskonzept des Forschungszentrums Karlsruhe

Übertragung der Einsatzleitung auf die Werksfeuerwehr, Beeinträchtigung der Sicherheit durch die gleichzeitige Zuständigkeit für atomrechtliche Gefahren und Störfälle sowie für den Brandfall; Erarbeitung und Vorlage einer neuen Sicherheitskonzeption im Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Antr
s. *Forschungszentrum Karlsruhe*
Drs 13/2737

Kernkraftwerk Fessenheim/Elsass

Vergleich der Sicherheitsstandards deutscher und französischer Kernkraftwerke; Frage nach der gegenseitigen Unterrichtung über Störfälle, insbes über die jüngsten Störfälle im KKW Fessenheim; Beurteilung des Gefahrenpotenzials unter Berücksichtigung der Hochwasser- und Erdbebensituation im Rheingraben; Maßnahmen zur Minimierung einer Gefährdung der Bevölkerung

Antr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3023

Sicherheitsmanagement und Pannen im Kernkraftwerk Philippsburg II und anderen Kernkraftwerken im Land

Funktion der Pumpen des Notkühlsystems; Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens der Sicherungsbolzen bei einem Störfall bzw Erdbeben in Philippsburg und bei anderen Kernkraftwerken; Zeitpunkt der Information und Reaktion der Atomaufsicht; Effizienz der Atomaufsicht bei der Verbesserung des Sicherheitsmanagements

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3038

Fehlende Bolzen an Pumpen im Notkühlsystem der Atomkraftwerke Philippsburg (KKP II), Obrigheim (KWO) und Neckarwestheim (GKN II)

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen des Fehlens o.g. Bauteile zur Vorsorge gegen Erdbeben; Einstufung und Konsequenzen aufseiten der Betreiber und Atomaufsicht; Bewertung der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/3044

Atomkraftwerk Fessenheim; hier: Erneuter Störfall

Mangelhafte Kabelisolierung als Auslöser des jüngsten Störfalls, Frage nach den aktuellen und generellen Risiken des AKW Fessenheim; Maßnahmen der französischen Atomaufsicht; Hinwirkung auf eine umgehende und dauerhafte Abschaltung

KIAnfr
s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3124

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim II (GKN II) im Zuge des meldepflichtigen Ereignisses im Juli 2004

Ursachen, Verantwortliche und mögliche Folgen der schadhafte Bauteile; Zeitpunkt der Feststellungen und Mängelbehebungen des Betreibers und der Informationsweitergabe an die Atomaufsicht, Informationsfluss und Reaktionen innerhalb des Ministeriums, Gründe und Auswirkungen der Kommunikationsmängel zwischen den Beteiligten trotz der Bemühungen um eine angekündigte „neue Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3526

Atomaufsicht beim meldepflichtigen Ereignis vom 27.07.2004 im Gemeinschaftskernkraftwerk Neckarwestheim

Art und Zeitpunkt der Information des Ministeriums vom Betreiber über den Austritt von schwach radioaktiv verseuchtem Wasser in den Neckar, jeweilige Einstufung des Vorfalls, Art und Zeitpunkt der eingeleiteten Maßnahmen gegenüber dem Betreiber

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3539

Abweichungen vom genehmigten Zustand des Atomkraftwerks Neckarwestheim II (GKN II)

Feststellung o.g. Abweichungen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der jüngsten Störfälle, sicherheitsrelevante Funktion dieser Anlagenkomponenten, Konsequenzen für die Betreiber

und Aufsichtsbehörde

Antr

s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3587

Atomkraftwerk Fessenheim

Risse im Reaktordruckbehälter, mangelhafte Kabelisolierung und Erdbebensicherheit; Frage nach Ergebnissen und Konsequenzen entsprechender Untersuchungen aufseiten der französischen Atomaufsichtsbehörde und der Betreiber; Hinwirkung auf eine Minimierung der Risiken für die Bevölkerung über die Deutsch-Französische Kommission für Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen

Antr

s. *Kernkraftwerk Fessenheim*
Drs 13/3909

Nachweislücken bei der Beherrschung des Kühlmittelverluststörfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II

Gründe für die Erkennung o.g. Defizite erst zum jetzigen Zeitpunkt und nicht bei der Aufarbeitung früherer Störfälle vonseiten der Gutachter, Betreiber und Aufsichtsbehörde; Bewertung des Sachverhalts von Vertretern des Bundesumweltministeriums und des UVM unter dem Gesichtspunkt eines funktionierenden Sicherheitsmanagements

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/3951

Mängel im Sicherheitsmanagement des Atomkraftwerks Philippsburg II (KKP II)

Zeitpunkt der Kenntnisnahme und Maßnahmen der Betreiberin zu den Nachweislücken bei der Beherrschung eines Kühlmittelverluststörfalls, Einholung externer Gutachten oder Stellungnahmen des Anlagenherstellers, Art und Zeitpunkt der Zusammenarbeit mit der Atomaufsichtsbehörde, Vereinbarkeit mit der angekündigten „neuen Sicherheitskultur“ nach den Störfällen im Jahr 2001, Durchsetzung der erforderlichen Maßnahmen gegenüber der EnBW

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/4081

Sicherheitsmanagement und atomaufsichtliches Handeln im Kernkraftwerk Philippsburg II (KKP II) im Zusammenhang mit neuerlichen Sicherheitslücken

Kenntnisse des Anlagenleiters über die Beherrschbarkeit eines Kühlmittelverluststörfalls bereits im August 2004? Begründung und Rechtsgrundlage der Verweigerung von Auskünften gegenüber der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Bewertung der Internationalen Atomenergiebehörde, Heranziehung dieser Bewertung als Beleg für das korrekte Verhalten der EnBW durch den Minister im Plenum; Effizienz der Bemühungen um eine zeitnahe und vollständige Übermittlung sicherheitsrelevanter Erkenntnisse zwischen Betreiber und Atomaufsicht sowie innerhalb des UVM

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/4096

Risiken eines Reaktorunfalls in Deutschland, Verweisung auf den schweren Störfall im AKW Brunsbüttel

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1212

Reaktionen der EnBW und der Atomaufsicht auf die Störfälle in den Kernkraftwerken

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5646

Reaktionen der EnBW und der Atomaufsicht auf die Störfälle in den Kernkraftwerken, Ergebnisse der aufsichtlichen Gespräche mit dem BUmweltsministerium

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6061 6062 6070 6071 6076 6077

Stolz, Monika Dr. MdL CDU

Ernennung zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7067

Berufung und Vereidigung von Dr. Monika Stolz zur/als Ministerin für Arbeit und Soziales

s. *Sozialministerin*
PIPr 13/106 S. 7645

StrafAussetzung zur Bewährung

s.a. Bewährungshilfe

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Erlassquoten der zu einer Jugendstrafe mit Bewährung verurteilten Probanden anhand der Bewährungshilfestatistik, Rückfallquoten nach verbüßtem Jugendarrest

GrAnfr

s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Lob für das Projekt „Schwitzen statt Sitzen“

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2142 2145 2150

Hinweis auf die Möglichkeit eines zusätzlichen Arrests im Falle der Aussetzung einer Jugendstrafe zur Bewährung

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2464 2465 2467

Straffälliger

s. Straftäter

Straffreiheit

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr

s. *Zinsbesteuerung*
Drs 13/2166

Einnahmeerwartungen infolge der Amnestieregelung für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3391

Einnahmeerwartungen infolge der Amnestieregelung für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4015 4024 4039 4042 4043

Strafgefängener

s. Gefängener

Strafgesetzbuch

s. Strafrecht

Strafprozess

s. Strafverfahren

Strafprozessordnung

s. Verfahrensrecht

Strafrecht

s.a. Freiheitsstrafe

s.a. Straftat

s.a. Strafverfahren

s.a. Strafverfolgung

s.a. Verfahrensrecht

Änderungen im Bereich der inneren Sicherheit in Frankreich

Art und Auswirkungen einer Verschärfung der Sicherheitsgesetze in Frankreich auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Verdrängung von Schwermriminalität, insbes Terrorismus, auf die rechtsrheinische Seite; Überprüfung einer Übertragbarkeit der geplanten Änderungen

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/1494

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 13/2871

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/3463

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr

s. *Richter*

Drs 13/4605

Forderung nach härteren Strafen für Sexual- und Gewaltverbrecher, Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1913-1919 1921

Erweiterung des Strafrahmens für Sexualstraftäter

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2404 2409

Konsequente Anwendung der Gesetze bei jugendlichen Straftätern, Einführung eines Warnschussarrests, Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht, Erhöhung des Strafrahmens beim Jugendstrafrecht auf 15 Jahre

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457-2471

Erhöhung des Strafrahmens beim Jugendstrafrecht

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4305 4315

Anstrebung eines europäischen Strafrechts, gegenseitige Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen der nationalen Gerichte

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841-4843 4846 4849

Ablehnung einer Einführung der Strafbarkeit von heimlichen Vaterschaftstests im Strafgesetzbuch

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201-6213

Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht, Erhöhung des Strafrahmens beim Jugendstrafrecht auf 15 Jahre sowie Ermöglichung der Verhängung von Sicherungsverwahrung bei schwersten Straftaten

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6415

Verschärfung der Strafvorschriften gegen die sexuelle Ausbeutung der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7928

Strafrechtliche Verjährung

s. *Verjährung*

Straftäter

s.a. *Maßregelvollzug*

s.a. *Resozialisierung*

s.a. *Täter-Opfer-Ausgleich*

s.a. *Unterbringungsgesetz*

Schutz vor Sexualstraftätern in BW

Zahl, Gegenstand und Ergebnis von Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Exhibitionisten und Spanner seit 1999; Anteil von Kindern und Frauen unter den Opfern; Rückfallquote und Therapieaussichten der Täter; Aufnahme in die DNA-Analyse-Datei u.a. präventive Maßnahmen zum Opferschutz

Antr

s. *Sexualstraftat*

Drs 13/83

Erfahrungen mit dem Straftäter-UnterbringungsGes

Zahl und Ergebnisse der von den JVA gemachten Vorschläge bzw gestellten Anträge für eine nachträgliche Sicherungsverwahrung nach dem StrUBG, Begründung von Ablehnungen

durch das JuM, Frage nach bereits entlassenen und erneut rückfällig gewordenen Tätern bzw nach beantragten und durchgeführten Therapien; Überprüfung aller in Betracht kommenden Häftlinge, deren Entlassung in zwei Jahren bevorsteht, im Hinblick auf eine mögliche anschließende Unterbringung

Antr
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/448

Situation des Strafvollzugs in BW

Rückfallquote bei entlassenen Straftätern, Verbesserung der Resozialisierung, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/566

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr GRÜNE 26.03.2002 und Antw JuM Drs 13/888 (20 S.)
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2403-2410

Errichtung einer forensischen Klinik in Heppenheim

Beurteilung o.g. Planung zur Durchführung des Maßregelvollzugs in Hessen sowie der damit verbundenen Konzeption der Unterbringung, Therapie und Nachsorge forensischer Patienten; Darstellung der Möglichkeiten zur Einflussnahme sowie Anstrengungen zur Verstärkung der öffentlichen Sicherheit im grenznahen Bereich zu Hessen

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/922

Verfahren über die Fortsetzung einer Therapie im Fall eines therapiebedürftigen Straftäters

Gründe des Abbruchs der Therapie eines im Sommer 2001 entlassenen Straftäters im LKreis Ludwigsburg mit der Folge der erneuten Straffälligkeit; Bereitstellung der notwendigen Zahl von Therapieplätzen; angemessene Opferentschädigung

Antr Wolfgang Bebbler u.a. SPD 18.07.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1202
BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1725 S. 5 6
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Die Ermittlungen und die Festnahmen wegen des Verdachts terroristischer Straftaten in Walldorf

Begründung des Zeitverzugs zwischen der Erhärtung des Verdachts und entsprechenden Festnahmen sowie der versäumten Ausweisung trotz vorliegender rechtlicher Voraussetzungen; Vermeidung künftiger Ermittlungsfehler und Verzögerungen

Antr
s. *Terrorismus*
Drs 13/1315

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/1323

Für einen besseren Schutz vor gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern

Aktuelle Debatte
s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*
PIPr 13/31 S. 1910

Abschiebeschutz für Osman P.

Würdigung der besonderen Umstände, insbes der Vorverurteilung auch durch das IM, im Falle des zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilten Terrorismusverdächtigen; Nutzung der Ermessensspielräume zur Haftverbüßung und Resozialisierung in Deutschland; Verzicht auf Abschiebung in die Türkei vor Abschluss der parlamentarischen Beratung aller evtl Schritte zur Aufenthaltsbeendigung

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 09.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2066
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 18-23
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Straffrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Auflistung der Ausbrüche, Fluchtversuche und Entweichungen seit den Vorfällen im August und Oktober; Aufgaben und Befugnisse des in der JVA Mannheim eingesetzten Sicherheitsbeauftragten; Durchführung der o.g. Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/3818

Sicherheit am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weinsberg

Zahl von Entweichungen und Straftaten von Straftätern im Maßregelvollzug seit 1994; vorausgegangene Verurteilungen, Er-

krankungen und Sicherheitseinstufung der jeweiligen Patienten; Zielgenauigkeit der Einschätzungen vor der Gewährung von Lockerungen; begangene Straftaten auf der Flucht und Konsequenzen für die Unterbringung der Entwichenen nach ihrer Festnahme; Vergleich der Sicherheit in Weinsberg mit anderen Einrichtungen, Entwicklung von Konzepten für eine zielgenauere Erfolgsbewertung der Therapie, Verbesserung des baulichen Sicherheitsniveaus mit dem geplanten Neubau

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3823

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/3949

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten Stalkingbekämpfungsges; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallherhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 13/4177

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr
s. *Richter*
Drs 13/4605

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Festschreibung von zeitlich abgestuften Höchstgrenzen für Urlaub und Vollzugslockerungen zur Vorbereitung der Entlassung sowie sonstige Verfahrensregelungen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern im Maßregelvollzug; Schaffung einer Beilehungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/5051

Konsequente Verfolgung von Sexualverbrechern; Abschiebung von ausländischen Straftätern

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53 54

Abschiebung von ausländischen Straftätern

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 272

Ermöglichung der Anordnung nachträglicher Sicherungsverwahrung für rückfallgefährdete Täter; Übernahme des StraftäterunterbringungsGes von anderen BLändern

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 922 925 926

Anstieg der Jugendkriminalität, Einführung eines Warnschussarrests, Behandlung von Heranwachsenden nach Erwachsenenstrafrecht, Erhöhung des Strafrahmens beim Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, Lob für die Projekte „Jugendliche Intensivtäter“ und „Chance“

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457-2471

Ausweitung der DNA-Analyse zur Überführung von Straftätern; Abschiebung von ausländischen Straftätern

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5902 5907 5910 5911 5918

Mittelbereitstellung zur Resozialisierung von Straftätern, insbes von jungen Tätern

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6047

Ausweitung der DNA-Analyse zur Überführung von Straftätern

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6490

Ausweitung der DNA-Analyse zur Überführung von Straftätern

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582

Ausweitung der DNA-Analyse als Instrument zur Überführung von Straftätern

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6743-6748

Ausweitung der DNA-Analyse als Instrument zur Überführung von Straftätern; Bewertung der Gleichsetzung von Datenschutz und Täterschutz

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918 7921 7922

Straftäter-Unterbringungsgesetz

s. Unterbringungsgesetz

Straftat

s.a. Beschneidung
s.a. Betrug
s.a. Diebstahl
s.a. Gewaltanwendung
s.a. Kriminalität
s.a. Sexualstraftat
s.a. Straftäter
s.a. Terrorismus
s.a. Verbrechensopfer
s.a. Wasserverunreinigung

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Entwicklung der Statistiken nach Deliktbereichen und Verurteilungen seit 1994; Erwartungen an eine Erhöhung des Strafrahmens im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, an eine Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Heranwachsenden sowie Einführung des Warnschussarrests; Ausmaß und Kosten eines Ausbaus der Jugendarrestanstalten; Höhe der Rückfallquoten nach Verbüßung einer Jugendstrafe und von Jugendarrest; Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche

Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. *Kriminalität*
Drs 13/2871

Ermittlungen des Landeskriminalamtes in einem Mordfall

Stellungnahme zu den Bearbeitungsfehlern bei den Ermittlungen im Mordfall „Heidrun“

Antr
s. *Strafverfolgung*
Drs 13/3176

Umgang mit einem Justizvollzugsbeamten

Zeitraum und Einsatzbereiche des wegen Mordes angeklagten Beamten im Justizvollzugsdienst des Landes, begangene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie Verurteilungen dieses Mitarbeiters während und im Zusammenhang der Dienstzeit, Interventionen von Vorgesetzten beim Justizministerium verbunden mit der Bitte um Suspendierung des Beschuldigten, Reaktionen der Justizverwaltung insbes nach Feststellung der Dienstfähigkeit mittels eines amtsärztlichen Gutachtens; Frage nach konkreten Schlussfolgerungen aus diesem Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3807

Sicherheit am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weinsberg

Zahl von Entweichungen und Straftaten von Straftätern im Maßregelvollzug seit 1994; vorausgegangene Verurteilungen, Erkrankungen und Sicherheitseinstufung der jeweiligen Patienten; Zielgenauigkeit der Einschätzungen vor der Gewährung von Lockerungen; begangene Straftaten auf der Flucht und Konsequenzen für die Unterbringung der Entwichenen nach ihrer Festnahme; Vergleich der Sicherheit in Weinsberg mit anderen Einrichtungen, Entwicklung von Konzepten für eine zielgenauere Erfolgsbewertung der Therapie, Verbesserung des baulichen Sicherheitsniveaus mit dem geplanten Neubau

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3823

Umgang der Justizverwaltung mit dem straffälligen und untragbaren Justizvollzugsbeamten A.H.

Einstellungszeitpunkt und Beurteilung des wegen Mordes angeklagten Beamten; Art und Zeitpunkt der Information des Justizministeriums von Vorgesetzten über die Straftaten, Auffälligkeiten und Verurteilungen dieses Mitarbeiters verbunden mit der Bitte um dessen Suspendierung; Zahl der Fehltag im Vergleich zum Durchschnitt der Justizvollzugsbeamten in BW; Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach Einschätzung des Beamtenbundes bzw im Grundsatz bei straffälligen Vollzugsbeamten, Beurteilung der Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts im Hinblick auf diesen Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3833

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/3949

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten Stalkingbekämpfungsges; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallerhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr
s. *Menschliches Verhalten*
Drs 13/4177

Polizeidichte in Abhängigkeit von Straftaten und Aufklärungsquote

Höhe der Polizeidichte insgesamt und in den einzelnen Polizeipräsidien, insbes in denen der Ballungsräume Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn; Gegenüberstellung der Zahl der gemeldeten Straftaten und der Aufklärungsquote; Vergleich mit anderen BLändern

KIAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4237

Stuttgart nicht mehr sicherste Großstadt in der Bundesrepublik

Ursachen für die Zunahme von Straftaten, insbes bei den Wohnungseinbrüchen, der Kinder- und Jugendkriminalität; Gegenmaßnahmen

MdlAnfr
s. *Stuttgart*
Drs 13/4316

Dichte des polizeilichen Betreuungsverhältnisses, der Straftaten und der Aufklärungsquote

Darlegung o.g. Daten in Ballungs- und ländlichen Räumen; Frage nach Zusammenhängen zwischen Zahl und Art der Delikte, der Personalausstattung und Aufklärungsquote; Maßnahmen zur Erreichung derselben hohen Aufklärungsquote von Stuttgart und Ulm in Mannheim, Freiburg und Heidelberg

KIAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4475

Trauer um die 16 Opfer des Amoklaufs eines Schülers im Erfurter Gutenberg-Gymnasium

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451

Verschärfung des GesEntw zur Neuregelung des Waffenrechts vor dem Hintergrund des Amoklaufs eines Schülers in Erfurt

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1530 1531 1536 1537

Verschärfung des GesEntw zur Neuregelung des Waffenrechts vor dem Hintergrund des Amoklaufs eines Schülers in Erfurt

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1580 1581

Verbesserter Schutz vor Sexual- und Gewaltverbrechern angesichts der jüngsten Mordfälle an Kindern, Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung auch für besonders rückfallgefährdete Ersttäter, präventive Bekämpfung von Jugendkriminalität

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1911-1921

Zunahme der von Jugendlichen verübten Straftaten, Anteil der beteiligten Spätaussiedler, Ruf nach härteren Strafen, Ablehnung einer Entkriminalisierung von so genannten Bagatelldelikten

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2457-2471

Beklagung einer Zunahme von Gewalttaten und Morden im Fernsehen seit oder trotz des Amoklaufs eines Schülers in Erfurt 2002

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7058

Scheitern einer restlosen Aufklärung und Ahndung des (fingierten) Raubüberfalls auf das Anwesen von Manfred Schmider vor Gericht bzw im Untersuchungsausschuss zur FlowTex-Affäre

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567 7572 7575

Strafurteil

s. Gerichtsentscheidung

Strafverfahren

s.a. Gerichtsentscheidung

s.a. Gerichtsverfahren

s.a. Steuerstrafverfahren

Absprachen im FlowTex-Verfahren

Frage nach Zugeständnissen im Strafvollzug und für eine frühzeitige Haftentlassung gegenüber Herrn Schmider

KlAnfr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/403

Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens in Sachen FlowTex

Außenkontakte, Ausführungen u.a. Vollzugslockerungen für den Hauptverdächtigen in Untersuchungshaft, Schmider; Art der Überwachung; Erlangung von Zutritt zu den Räumen der Sonderkommission durch den Anwalt, Frage nach Manipulationen an Schriftstücken und Akten, Einholung von dienstlichen Äußerungen von allen beteiligten Beamten; Überprüfung der sachlichen Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Mannheim im Ermittlungsverfahren gegen Beamte

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/537

Überlanges Strafverfahren

Erllass eines internationalen Haftbefehls gegen einen in Österreich lebenden Menschenrechtsaktivisten wegen Beteiligung an einer Schlägerei mit Polizeibeamten in Mannheim vor 17 Jahren, Frage nach den beteiligten Behörden sowie den Gründen für die lange Verfahrensdauer

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 19.12.2001 und Antw JuM
Drs 13/595

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung

von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgen Morlok

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/607

Strafverfahren gegen leitende Mitarbeiter der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordbaden

Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft Mannheim gegen den ehemaligen Vorsitzenden und zwei leitende Angestellte der KV Nordbaden wegen Verdachts auf Untreue und Beihilfe zur Untreue, Regelungen und Sanktionsmöglichkeiten beim Prüf- und Regressverfahren für Ärzteabrechnungen, Konsequenzen aus dem Schuldenerlass zum Schaden der GKV, Handlungsbedarf des SM iRd Rechtsaufsicht

Antr

s. Arzt

Drs 13/670

FlowTex-Verfahrensgestaltung - Prozessökonomie oder Ermittlungsfehler?

Gründe für die getrennte Verhandlung der Tatkomplexe und Verfahren von Manfred und Matthias Schmider, Vorbehalte gegen die Einstellung des Verfahrens gegen den verurteilten Hauptangeklagten bezüglich seiner Beteiligung am Tatkomplex seines Bruders

Antr

s. Flowtex-Gruppe

Drs 13/755

Strafrechtliche Folgen von Platzverweisen bei häuslicher Gewalt

Bilanz der bisher ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner; Anteil, Dauer und Ergebnisse von anschließenden Strafverfahren, Benachrichtigung der Koordinierungsstellen der Kommunen und LKreise vom Ausgang der Strafverfahren

Antr

s. Wegweisungsrecht

Drs 13/833

Gleichbehandlung bei der Anwendung der Rechtsschutz-Richtlinien

Anwendungspraxis der o.g. Richtlinien seit 1997, Darlegung der Bewilligung und Ablehnung von Anträgen von Lehrern, Polizisten, Steuerbeamten u.a. Bediensteten in Strafverfahren, Zivil-

prozessen und sonstigen Verfahren; Gegenstände und Ergebnisse der Verhandlungen; Höhe der als Vorschuss oder Darlehen gewährten Rechtsschutzhilfen bzw der von der Staatskasse übernommenen Beträge

Antr
s. *Rechtsschutz*
Drs 13/1146

Situation der Staatsanwaltschaften in BW

Entwicklung der jeweiligen Fallzahlen pro Staatsanwalt und insgesamt sowie der Personalausstattung in den letzten fünf Jahren; Zahl von Entlassungen aus der Untersuchungshaft wegen Verfahrensverzögerungen; Auswirkungen einer weiteren Zunahme der Verfahren und des geplanten Stellenabbaus auf eine effektive Strafverfolgung

Antr
s. *Staatsanwaltschaft*
Drs 13/2978

Eingriff der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz - Strafverfahren gegen den Mannheimer Jugenderschöffenrichter H.-G. S.

Begründung und Ergebnis der o.g. Strafverfolgung wegen Strafreitelung im Amt durch zu langsame Verfahrenserledigung; Beurteilung vor dem Hintergrund der richterlichen Unabhängigkeit, steigender Fallzahlen bei gleichzeitigem Personalabbau; Billigung der Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Heidelberg mit dem Ziel höherer Erledigungszahlen bzw Effizienzsteigerung der Justiz? Frage nach weiteren Ermittlungsverfahren in den letzten zehn Jahren sowie disziplinarrechtlichen Maßnahmen

Antr
s. *Richter*
Drs 13/3629

Geplatztter Prozess wegen mangelnder Kooperation der LReg in einem Strafverfahren gegen einen Terrorverdächtigen

Scheitern des o.g. Verfahrens gegen einen islamistischen Terrorverdächtigen vor dem Bayerischen Oberlandesgericht wegen Zurückhaltung von Ermittlungsergebnissen und Akten durch das Stuttgarter Justizministerium, Aufklärung der entsprechenden Vorwürfe des Vorsitzenden Richters, Gründe für die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt

Antr
s. *Gerichtsverfahren*
Drs 13/4268

Kenntnisse, strafrechtliche Ermittlungen, Anklageerhebung und Plädoyers der zuständigen Justizorgane im FlowTex-Verfahren

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719-734

Erkenntnisse über die Rolle von Landesbehörden in der FlowTex-Affäre iRd Strafverfahrens gegen die Hauptangeklagten, Kritik an der Einstellung früherer Verfahren

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1268-1279 1281-1283

Anstieg der Jugendkriminalität, Stärkung des vereinfachten Jugendverfahrens

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2458 2460

Begrüßung der garantierten Mindeststandards für Strafverfahren in den EU-Mitgliedsstaaten

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4846 4847

Möglichkeiten zur Beschleunigung bzw Einstellung von Strafverfahren im Zuge der Justizreform, Dauer der Verfahren in BW u.a. BLändern

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5672 5674-5678

Dauer der Verfahren in BW u.a. BLändern

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037

Bewertung der Ergebnisse von Strafverfahren gegen die Beschuldigten in der FlowTex-Affäre, Verbesserung der strafprozessualen Sachkunde der Finanzbehörden, Verweisung auf noch anhängige Verfahren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7568-7572 7574-7583

Strafverfahrensrecht

s. *Verfahrensrecht*

Strafverfolgung

s.a. *Durchsuchung von Räumen und Personen*

s.a. *Fahndung*

s.a. *Festnahme*

s.a. *Kriminalistik*

s.a. *Steuerstrafverfahren*

s.a. *Strafverfahren*

s.a. *Technische Observation*

s.a. *Videotechnik*

Ermittlungen im Betrugsfall FlowTex

Ermittlungen und Erkenntnisse von Steuerfahndern 1996 wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung, Einstellung des Strafverfahrens durch Selbstanzeige und Begleichung der Steuerschuld; Anstöße und Ergebnisse von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Karlsruhe; Fortschreibung der Stellungnahme zu Drs 12/5929; Beurteilung der von der Staatsanwaltschaft Mannheim veranlassten Prüfung der Schuldunfähigkeit von Herrn Schmider wegen Größenwahns

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/86

Überprüfung der Rolle der Finanzverwaltung und der Justiz im Zusammenhang mit frühen Hinweisen auf Unregelmäßigkeiten im Betrugsfall FlowTex

Klärung weiterer Fragen aufgrund der bisher übermittelten Antworten; Informationen, Aktivitäten, Informationsaustausch und Zusammenarbeit der OFD Karlsruhe, der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach, der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und des FM

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/154

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/179

Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Ermittlungsverfahrens in Sachen FlowTex

Außenkontakte, Ausführungen u.a. Vollzugslockerungen für den Hauptverdächtigen in Untersuchungshaft, Schmider; Art der Überwachung; Erlangung von Zutritt zu den Räumen der Sonderkommission durch den Anwalt, Frage nach Manipulationen an Schriftstücken und Akten, Einholung von dienstlichen Äußerungen von allen beteiligten Beamten; Überprüfung der sachlichen Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft Mannheim im Ermittlungsverfahren gegen Beamte

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/537

Überlanges Strafverfahren

Erllass eines internationalen Haftbefehls gegen einen in Österreich lebenden Menschenrechtsaktivisten wegen Beteiligung an einer Schlägerei mit Polizeibeamten in Mannheim vor 17 Jahren, Frage nach den beteiligten Behörden sowie den Gründen für die lange Verfahrensdauer

KlAnfr
s. *Strafverfahren*
Drs 13/595

Neue Widersprüche im Fall FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Inhalt und Ergebnis der „Stuttgarter Vereinbarung“ mit dem Hauptangeklagten, Gründe für die Übertragung des Ermittlungsverfahrens gegen Betriebsprüfer und Steuerfahnder an einen anderen Staatsanwalt, Stand der Bearbeitung einer anonymen Anzeige gegen den früheren FDP-Landeschef und späteren Flowtex-Manager Jürgen Morlok

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/605

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenser-

ledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/607

Ermittlungsverfahren in Sachen FlowTex

Ermittlungsverfahren unter Federführung der Staatsanwaltschaft Mannheim, Prüfung von Fällen möglicher Interessenkollisionen bei beteiligten Staatsanwälten, Zuweisung von Ermittlungsverfahren an eine andere Staatsanwaltschaft durch die Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe, Konkretisierung von Berichtspflichten der Staatsanwaltschaften durch die LJustizverwaltung

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/720

Frauenhandel in BW - Bilanz und Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission Frauenhandel und des Beschlusses der GFMK

Entwicklung des o.g. Deliktbereichs und der strafrechtlichen Verfolgung seit 1996, Umsetzungsstand der Empfehlungen der Fachkommission, Änderungsbedarf des angepassten Ausländerrechts i.S.e. verbesserten Zeugenschutzes? Höhe und Verwendung der eingezogenen Verbrechenngewinne, Unterstützung von Einrichtungen zur Betreuung der Opfer

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/748

Die Ermittlungen in Sachen Kapital Consult und so genanntem Dreiländer-Fonds

Beurteilung der Zeitdauer der Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen den Chef des o.g. Unternehmens wegen Kapitalanlagebetrugs und der Gefahr von Verjährung mit haftungsrechtlichen Konsequenzen für das Land, Aufklärung der Anleger über die Fondsrisiken

Antr
s. *Wertpapier*
Drs 13/973

Anwaltskosten und Fürsorgepflichten bei den FlowTex-Ermittlungen

Ermittlungsverfahren gegen Betriebsprüfer, Steuerfahnder und Staatsanwälte in Sachen FlowTex; Übernahme o.g. Kosten für die Finanzbeamten durch das FM, Ablehnung einer Kostenübernahme für die Staatsanwälte durch das JuM; Gleichbehandlung aller Beamten nach denselben Kriterien wie z.B. bei Lehrern und Polizisten

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1031

Stand des Ermittlungsverfahrens im FlowTex-Komplex

Stand der in Drs 13/720 aufgeführten Verfahren; Ausstieg bzw Entbindung von Staatsanwälten von diesen Verfahren; Übertragung der Prüfung von Vorgängen innerhalb der Justiz von der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe auf die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/1230

Die Ermittlungen und die Festnahmen wegen des Verdachts terroristischer Straftaten in Walldorf

Begründung des Zeitverzugs zwischen der Erhärtung des Verdachts und entsprechenden Festnahmen sowie der versäumten Ausweisung trotz vorliegender rechtlicher Voraussetzungen; Vermeidung künftiger Ermittlungsfehler und Verzögerungen

Antr

s. *Terrorismus*

Drs 13/1315

DNA-Analyse

Entwicklung der o.g. Analysen zur erkennungsdienstlichen Behandlung beim kriminaltechnischen Institut des LKA seit 1998; Möglichkeiten für eine kostenneutrale Verbesserung der sächlichen und personellen Ausstattung und damit Beschleunigung von Ermittlungsverfahren; Modifikation der Rechtsgrundlagen für die Analysen und erweiterten Speicherungsmöglichkeiten; Vergleich mit den entsprechenden Voraussetzungen in Großbritannien, Österreich und der Schweiz

Antr

s. *Gentechnologie*

Drs 13/1465

Anzeigenkampagne gegen die Mannheimer Staatsanwaltschaft

Rechtliche Mittel zum Schutz der von der Anzeigenkampagne des SAP-Begründers Dietmar Hopp betroffenen Staatsanwälte; Beurteilung der Unterstützung der Kampagne und Aufruf zur Verfahrenseinstellung durch mehrere Oberbürgermeister und Bürgermeister

Antr

s. *Staatsanwaltschaft*

Drs 13/1983

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei, Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/2658

Situation der Staatsanwaltschaften in BW

Entwicklung der jeweiligen Fallzahlen pro Staatsanwalt und insgesamt sowie der Personalausstattung in den letzten fünf Jahren; Zahl von Entlassungen aus der Untersuchungshaft wegen Verfahrensverzögerungen; Auswirkungen einer weiteren Zunahme der Verfahren und des geplanten Stellenabbaus auf eine effektive Strafverfolgung

Antr

s. *Staatsanwaltschaft*

Drs 13/2978

Zuständigkeiten bei polizeilichen Strafverfolgungshandlungen

Ausgestaltung und praktische Anwendung der Weisungsbefugnis der Staatsanwaltschaft gegenüber der Polizei bei laufenden

Ermittlungsverfahren und Einsätzen, insbes bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang; Berücksichtigung der besonderen Sachkunde der Polizei; Abgrenzung der Aufsichtsstrukturen und -regelungen für polizeiliches Handeln bei der Vollstreckung von Gerichtsurteilen und behördlichen Entscheidungen zwischen IM und JuM; Regelungen zur Auskunftspflicht der Exekutive und Justiz gegenüber dem Landtag und seinen Mitgliedern

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 29.04.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3152

BeschlEmpf und Bericht StändA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 67

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Ermittlungen des Landeskriminalamtes in einem Mordfall

Stellungnahme zu den Bearbeitungsfehlern bei den Ermittlungen im Mordfall „Heidrun“

Antr Günter Fischer u.a. SPD 05.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3176

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 19

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität; Bewertung des Pilotprojekts „Business-Keeper-Monitoring-System“

Entwicklung der o.g. Fallzahlen und Gegenmaßnahmen seit 1996, Zahl und Konsequenzen der Tipps von anonymen Hinweisgebern aus dem Umfeld der korruptiven Beziehungen, Bewertung bzw Übernahme des o.g. vom LKA Niedersachsen erprobten webbasierten Informationssystems

Antr

s. *Wirtschaftskriminalität*

Drs 13/3317

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem Opferentschädigungsges; Bilanz der Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz bzw der Gerichtsverfahren, Erfahrungen mit dem Zeugenschutzprogramm, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Bewährung der Regelungen zur Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden; Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfaktionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/3463

Datenabgleich bei BAföG-Empfängern

Intensität und Ergebnisse o.g. Überprüfungen, Umgang mit den verdächtig erscheinenden Fällen, Kriterien für die Erstattung von Anzeige, Tatbestände für eine strafrechtliche Verfolgung bzw Verurteilung; Schaffung von Regelungen für eine einheitliche Vorgehensweise der Staatsanwaltschaften; Anstöße für eine grundsätzliche Reform der Ausbildungsförderung i.S.e. elternunabhängigen Förderung

Antr

s. *Ausbildungsförderung*

Drs 13/3474

Praxis der Wohnraumüberwachung in BW

Zahl, Dauer, Rechtsgrundlage und Ergebnisse o.g. Anordnungen in den letzten zehn Jahren; Zahl der von Gerichten für rechtswidrig erklärten Überwachungsmaßnahmen, Zuerkennung von Schadenersatz für die Betroffenen, Umgang mit dem einschlägigen Urteil des Landgerichts Freiburg zugunsten der Familie R. aus Horben; Vorlage eines jährlichen Berichts über Umfang und Erfolge des Einsatzes besonderer Mittel der Datenerhebung nach dem PolizeiGes sowie des Einsatzes technischer Mittel zur Strafverfolgung

Antr

s. *Technische Observation*

Drs 13/3518

Eingriff der Exekutive in die Unabhängigkeit der Justiz - Strafverfahren gegen den Mannheimer Jugendschöffenrichter H.-G. S.

Begründung und Ergebnis der o.g. Strafverfolgung wegen Strafreitelung im Amt durch zu langsame Verfahrenserledigung; Beurteilung vor dem Hintergrund der richterlichen Unabhängigkeit, steigender Fallzahlen bei gleichzeitigem Personalabbau; Billigung der Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Heidelberg mit dem Ziel höherer Erledigungszahlen bzw Effizienzsteigerung der Justiz? Frage nach weiteren Ermittlungsverfahren in den letzten zehn Jahren sowie disziplinarrechtlichen Maßnahmen

Antr

s. *Richter*

Drs 13/3629

Umgang mit einem Justizvollzugsbeamten

Zeitraum und Einsatzbereiche des wegen Mordes angeklagten Beamten im Justizvollzugsdienst des Landes, begangene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie Verurteilungen dieses Mitarbeiters während und im Zusammenhang der Dienstzeit, Interventionen von Vorgesetzten beim Justizministerium verbunden mit der Bitte um Suspendierung des Beschuldigten, Reaktionen der Justizverwaltung insbes nach Feststellung der Dienstfähigkeit mittels eines amtsärztlichen Gutachtens; Frage nach konkreten Schlussfolgerungen aus diesem Fall

Antr

s. *Justizbediensteter*

Drs 13/3807

Umgang der Justizverwaltung mit dem straffälligen und untragbaren Justizvollzugsbeamten A.H.

Einstellungszeitpunkt und Beurteilung des wegen Mordes angeklagten Beamten; Art und Zeitpunkt der Information des Justizministeriums von Vorgesetzten über die Straftaten, Auffälligkeiten und Verurteilungen dieses Mitarbeiters verbunden mit der Bitte um dessen Suspendierung; Zahl der Fehltag im Vergleich zum Durchschnitt der Justizvollzugsbeamten in BW; Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach Einschätzung des Beamtenbundes bzw im Grundsatz bei straffälligen Vollzugsbeamten, Beurteilung der Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts im Hinblick auf diesen Fall

Antr

s. *Justizbediensteter*

Drs 13/3833

Ermittlungsverfahren gegen den früheren EnBW-Chef

Umfang und Zeitpunkt der Erlangung von Kenntnissen vom o.g. Ermittlungsverfahren der Mannheimer Staatsanwaltschaft, Frage nach berichtenden Personen oder Stellen und deren Adressa-

ten, Gründe für das Scheitern der geplanten Hausdurchsuchung

Antr SPD 07.02.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4023
 BeschIEmpf und Bericht StändA 14.04.2005 Drs 13/4312 S. 11-13

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten Stalkingbekämpfungsges; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallerhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr

s. *Menschliches Verhalten*

Drs 13/4177

Polizeidichte in Abhängigkeit von Straftaten und Aufklärungsquote

Höhe der Polizeidichte insgesamt und in den einzelnen Polizeipräsidien, insbes in denen der Ballungsräume Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Heilbronn; Gegenüberstellung der Zahl der gemeldeten Straftaten und der Aufklärungsquote; Vergleich mit anderen BLändern

KIAnfr

s. *Polizei*

Drs 13/4237

Ermittlungen nach dem LuftsicherheitsGes

Vereinbarkeit des LuftsicherheitsGes mit dem Gebot der Normenklarheit bzw der Zugänglichkeit und Verständlichkeit des aufgeführten Katalogs von strafrechtlichen Tatbestandsmerkmalen; Darlegung der Fälle des Aufgriffs von Fluggästen mit verbotenen Gegenständen im Sicherheitsbereich von Flughäfen, der jeweiligen Konsequenzen bis zur Datenspeicherung im Polas-System selbst nach Verfahrenseinstellungen

KIAnfr

s. *Luftverkehrssicherheit*

Drs 13/4375

Genitalverstümmelung verfolgen und abschaffen

Auswirkungen der verbesserten Rechtslage nach dem Zuwanderungsges auf Entscheidungen von Behörden und Gerichten, Gewährung von Abschiebeschutz für die bedrohten Mädchen und Frauen, Darlegung der einzelnen Fälle bzw der Fälle von Strafanzeigen wegen Körperverletzung im Kontext mit Genitalverstümmelung, der folgenden Ermittlungsverfahren und Gerichtsurteile; Informations- und Beratungsangebote für die potenziell Betroffenen sowie Aus- und Fortbildungsangebote für Ärzte, Hebammen, Psychologen und Sozialarbeiter; Umsetzung des gemeinsamen Konzepts von Bund und Ländern

Antr

s. *Beschneidung*

Drs 13/4381

Dichte des polizeilichen Betreuungsverhältnisses, der Straftaten und der Aufklärungsquote

Darlegung o.g. Daten in Ballungs- und ländlichen Räumen; Frage nach Zusammenhängen zwischen Zahl und Art der Delikte,

der Personalausstattung und Aufklärungsquote; Maßnahmen zur Erreichung derselben hohen Aufklärungsquote von Stuttgart und Ulm in Mannheim, Freiburg und Heidelberg

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4475

Gewährleistung der richterlichen Unabhängigkeit in BW

Kritik des Justizministers an der Praxis der Gerichte zur Anwendung von Jugendstrafrecht gegenüber Heranwachsenden, Vereinbarkeit mit der Garantie der richterlichen Unabhängigkeit bzw Bewertung als Einflussnahme auf die Jugendrichter zur Regelanwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Straftätern zwischen 18 und 21 Jahren?

Antr
s. *Richter*
Drs 13/4605

Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit der EnBW

Ursachen, Verantwortliche und Konsequenzen der Pannen im o.g. Ermittlungsverfahren; Art und Rechtsgrundlage der Berichtserstattung der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Justizminister, Beurteilung der Maßnahmen des Ministers

Antr Rainer Stickleberger u.a. SPD 11.11.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4820
BeschlEmpf und Bericht StändA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 6 7
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Mögliche Einflussnahme bei den Ermittlungen gegen den SWR-Intendanten und weitere Angehörige des SWR

Klärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß; Frage nach Maßnahmen des Justizministeriums bzw der Staatsanwaltschaft; Anordnung und Vollzug von Durchsuchungsbeschlüssen

Antr Rainer Stickleberger u.a. SPD 18.11.2005 und Stellungnahme JuM Drs 13/4853
BeschlEmpf und Bericht StändA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 7
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel beim SWR; hier: Verquickung von öffentlichen und privaten Interessen bei Geburtstagsfeier?

Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Sendung aus der Reihe „Bühler Begegnungen“ und der anschließenden Feier zum 60. Geburtstag des SWR-Intendanten Voß, Höhe und Aufschlüsselung der jeweiligen Kosten, Art der Finanzierung, der Vertragsgestaltung, Rechnungslegung und Buchführung; Ausgestaltung der Kontrolle von Ausgaben für repräsentative u.a. Zwecke, Trennung von privaten Kosten und Kosten im dienstlichen Interesse? Darstellung der Untersuchungsgegenstände und -ziele der ermittelnden Staatsanwaltschaft

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/4876

Internet-Betrug und Möglichkeiten zu dessen strafrechtlicher Verfolgung

Darstellung der Betrugsvarianten, der Möglichkeiten der Geschädigten (Käufer, Verkäufer, Opfer von Identitätsmissbrauch) sowie der Polizei und Justiz zur Ermittlung bzw Bestrafung der Täter; Prüfungs- und Offenbarungspflichten der Plattform-

Anbieter; präventive Maßnahmen der Polizei; gewerbe- und steuerrechtliche Überprüfung von „Power-Sellern“; strafrechtliche Sanktionierung der Fälle von Umsatzsteuerhinterziehung

Antr
s. *Betrug*
Drs 13/4898

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwerkriminalität

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4911

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4968

Ermittlungen wegen des Missbrauchs von Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Verneinung einer strafrechtlichen Relevanz mit der Stellungnahme des StM auf Drs 13/4854 im Gegensatz zu der (Ermittlungen planenden) zuständigen Staatsanwaltschaft, Aufklärung dieses Widerspruchs

Antr
s. *Ausweis*
Drs 13/5091

Maßnahmen und Instrumente zur wirksamen Strafverfolgung von Terroristen und von Trittbrettfahrern

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 362 363 371-373 379 382 383

Kenntnisse, strafrechtliche Ermittlungen und Anklageerhebung der Strafverfolgungsbehörden in Sachen FlowTex

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719-734

Anstrebung einer grenzüberschreitenden Strafverfolgung in Europa, Ausbau von Europol und Eurojust, Einführung eines europäischen Haftbefehls

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842-4844 4846-4851

Erweiterung des Anwendungsbereichs der DNA-Analyse als Instrument zur Strafverfolgung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6743-6748

Intensivierung der grenzüberschreitenden Strafverfolgung im Eurodistrikt Straßburg-Ortenau

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7133

Kenntnisse, strafrechtliche Ermittlungen und Anklageerhebung der Strafverfolgungsbehörden in Sachen FlowTex; unterschiedliche Bewertung der Arbeit und Schlussfolgerungen des Untersuchungsausschusses, Notwendigkeit einer frühzeitigen Zusammenarbeit der Strafverfolgungsorgane

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567-7572 7574-7583

Erweiterung des Anwendungsbereichs der DNA-Analyse als Instrument zur Strafverfolgung, Nutzung der Mautdaten zur Strafverfolgung, Verschärfung der Strafvorschriften gegen die sexuelle Ausbeutung der Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918 7920-7922 7928 7930 7931

Strafvollzug

s.a. Arrest

s.a. Freiheitsstrafe

s.a. Gesetz über die Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie die Sozialarbeit im Justizvollzug

s.a. Haft

s.a. Justizvollzugsanstalt

s.a. Maßregelvollzug

s.a. Strafaussetzung zur Bewährung

s.a. Unterbringungsgesetz

Erfahrungen mit dem Straftäter-UnterbringungsGes

Zahl und Ergebnisse der von den JVA gemachten Vorschläge bzw. gestellten Anträge für eine nachträgliche Sicherungsverwahrung nach dem StrUBG, Begründung von Ablehnungen durch das JuM, Frage nach bereits entlassenen und erneut rückfällig gewordenen Tätern bzw. nach beantragten und durchgeführten Therapien; Überprüfung aller in Betracht kommenden Häftlinge, deren Entlassung in zwei Jahren bevorsteht, im Hinblick auf eine mögliche anschließende Unterbringung

Antr

s. Unterbringungsgesetz

Drs 13/448

Situation des Strafvollzugs in BW

Entwicklung der Personalausstattung und Beförderungsmöglichkeiten, der Überstunden und Krankheitszeiten seit 1992 im Vergleich zu anderen BLändern; Stellenwert und Motivation der Verwaltungsmitarbeiter; vorhandene und notwendige EDV-Ausstattung; Entwicklung der Belegungs- und Rückfallquote, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes. von Russlanddeutschen; Verwirklichung des Schnellbauprogramms, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr SPD 12.12.2001 und Antw JuM Drs 13/566 (15 S.)

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2137-2151

Situation und Behandlung HIV-positiver bzw. an Hepatitis-B und -C erkrankter Häftlinge

Zahlen von o.g. Häftlingen bei Strafantritt bzw. Strafverbüßung; Möglichkeiten zur Desinfektion und zum Austausch von Spritzen sowie zur anonymen Beschaffung von Kondomen; Art und Intensität der Betreuung der drogenabhängigen und kranken Ge-

fangenen; Schulung der Bediensteten

KIAnfr

s. Gefangener

Drs 13/787

Therapieplätze für Sexualstraftäter

Entwicklung des Bedarfs und der Zahl o.g. Plätze in den sozialtherapeutischen Anstalten, im Regel- und Maßregelvollzug seit 1990; Anteil der therapierten, entlassenen und rückfällig gewordenen Täter; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Verlegung und Behandlung in einer sozialtherapeutischen Anstalt ab 2003 im personellen und räumlichen Bereich; Frage nach einem Konzept für die Nachsorge nach der Haftverbüßung, Beurteilung eines Modellversuchs in Bayern; dauerhafte Finanzierung der psychotherapeutischen Ambulanz der Bewährungshilfe Stuttgart

GrAnfr

s. Straftäter

Drs 13/888

Zur Situation im Strafvollzug

Unterbringungssituation von Gefangenen im geschlossenen Vollzug, Grad der Mehrfachbelegung von Einzelzellen, Vergleich mit anderen BLändern; Vorlage eines Konzepts zum Abbau der Überbelegung in den einzelnen JVA

Antr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 07.05.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/984

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1725 S. 4 5

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr

s. Maßregelvollzug

Drs 13/1323

Drogenberatung an den Justizvollzugsanstalten

Entwicklung der Förderung der externen Drogenberatung an den einzelnen JVA seit 1998, Zusammensetzung der Klientel in U-Haft und im Strafvollzug, Umfang der jeweiligen Wartezeiten und des Erfolgs von Therapien, Anteil von Rückfällen und erneuter Straffälligkeit nach der Entlassung; Prüfung einer Aufstockung bzw. Zusammenführung der Etatansätze

Antr

s. Suchtberatung

Drs 13/1340

Frauen im Strafvollzug in BW

Entwicklung der Kriminalität von Frauen im Vergleich zu Männern in den letzten zehn Jahren; Vollzugseinrichtungen für Frauen, Belegungsquote und Beschäftigungsmöglichkeiten; Zahl von Geburten und Versorgung der Kinder von Müttern im Strafvollzug

Antr

s. Frau

Drs 13/1394

Psychotherapie im Vollzug

Umsetzung des PsychotherapeutenGes im Strafvollzug und Maßregelvollzug bzw des Erwerbs einer Approbation der im Strafvollzug tätigen Psychologen, Berücksichtigung dieses Qualitätsmerkmals bei Einstellungen und Beförderungen? Gleichstellung von Gefangenen und versicherten Arbeitnehmern beim Anspruch auf Krankenpflege

KlAnfr

s. *Psychotherapie*

Drs 13/1797

Abschiebeschutz für Osman P.

Würdigung der besonderen Umstände, insbes der Vorverurteilung auch durch das IM, im Falle des zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilten Terrorismusverdächtigen; Nutzung der Ermessensspielräume zur Haftverbüßung und Resozialisierung in Deutschland; Verzicht auf Abschiebung in die Türkei vor Abschluss der parlamentarischen Beratung aller evtl Schritte zur Aufenthaltsbeendigung

Antr

s. *Straftäter*

Drs 13/2066

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten
Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten, anhängige Klagen von Gefangenen wegen Mehrfachbelegung bei den Strafvollstreckungskammern und Zivilgerichten, Konsequenzen aus Beschlüssen des BVerfG und des OLG Celle

KlAnfr

s. *Haft*

Drs 13/2402

Auswirkungen der neuen Arbeitszeitregelungen auf die Dienstpläne der Beamten im Strafvollzug

Auswirkungen der 41-Stunden-Woche auf die Tages-, Wochen- und Monatsarbeitszeit im Wechselschichtdienst in den einzelnen Vollzugsanstalten; Frage nach einer unterschiedlichen Handhabung im Vergleich zur Polizei

KlAnfr

s. *Arbeitszeit*

Drs 13/2421

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 14) - Einweisungskommission bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart

Erarbeitung einer Konzeption für die Auflösung der Einweisungskommission bei der Justizvollzugsanstalt Stuttgart

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XI. S. 4

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065

Mittlg LReg 11.11.2004 Drs 13/3741

Mehrfachbelegung der Hafträume in den Justizvollzugsanstalten im geschlossenen Vollzug

Zahl und Belegung von Einzelhafträumen in den einzelnen Anstalten

KlAnfr

s. *Haft*

Drs 13/2558

Justizreform in BW; hier: Effizienzrendite/Einsparvolumen

Privatisierung der Notariate, der Gerichtsvollzieher, Bewährungshilfe, Gerichtshilfe und des sozialen Dienstes im Justizvollzug; Übertragung der Handels- und Genossenschaftsregis-

ter auf die IHK; Integration der Grundbuchämter in die Amtsgerichte; Auflösung von Außensenaten bzw Außenstellen des OLG Karlsruhe, des Finanzgerichts Stuttgart, von Land-, Amtsgerichten, Staatsanwaltschaften und JVA; Schließung von kleinen Amtsgerichten; Gegenüberstellung der Einsparungen von Personal- und Sachkosten, Versorgungs- und Beihilfeleistungen sowie der Gebührenauffälle und Mehrkosten; Zustandekommen der geforderten Effizienzrendite im Falle des Scheiterns der notwendigen Rechtsänderungen auf Bundesebene

Antr

s. *Justiz*

Drs 13/2632

Ausbruch in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Zustandekommen und Konsequenzen des Ausbruchs trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen, Zahl und jeweilige Vollzugsart der einsitzenden Gefangenen, Gegenüberstellung der verfügbaren Vollzugsbeamten, Höhe und Zeitdauer der Differenz zur Sollstärke

Antr

s. *Gefangener*

Drs 13/3515

Strafvollzug in BW

Entwicklung der Personal- und Beförderungssituation sowie der Überstunden seit 1994 im Vergleich zu anderen BLändern; Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offenburg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Einzelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen; Bereiche und Auswirkungen der geplanten Privatisierung; Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr SPD 06.10.2004 und Antw JuM Drs 13/3624 (36 S.)

Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Mannheim

Aufklärung der Umstände einer Selbsttötung und der Flucht eines Gefangenen trotz der angeordneten Sonderbewachungsmaßnahmen; Ankündigung disziplinarrechtlicher Maßnahmen für die zuständigen Vollzugsbeamten nach Untersuchung der Vorfälle; Eignung der JVA Mannheim für die Unterbringung von stark ausbruchsgefährlichen Gefangenen? Umsetzung der auf Drs 13/3515 angekündigten Maßnahmen?

Antr

s. *Gefangener*

Drs 13/3648

Ausbruch aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hechingen

Aufklärung der Umstände des Ausbruchs von vier Gefangenen; Frage nach personellen und baulichen Mängeln in Hechingen u.a. JVA im Land bzw nach Abhilfemaßnahmen; Verpflichtung privater Sicherheitsdienste als Reaktion auf den Ausbruch?

Antr

s. *Gefangener*

Drs 13/3653

Umgang mit einem Justizvollzugsbeamten

Zeitraum und Einsatzbereiche des wegen Mordes angeklagten Beamten im Justizvollzugsdienst des Landes, begangene Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie Verurteilungen dieses Mit-

arbeiters während und im Zusammenhang der Dienstzeit, Interventionen von Vorgesetzten beim Justizministerium verbunden mit der Bitte um Suspendierung des Beschuldigten, Reaktionen der Justizverwaltung insbes nach Feststellung der Dienstfähigkeit mittels eines amtsärztlichen Gutachtens; Frage nach konkreten Schlussfolgerungen aus diesem Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3807

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3817

Umfassender Sicherheitscheck in allen Einrichtungen zur Unterbringung von Straftätern in BW

Aufflistung der Ausbrüche, Fluchtversuche und Entweichungen seit den Vorfällen im August und Oktober; Aufgaben und Befugnisse des in der JVA Mannheim eingesetzten Sicherheitsbeauftragten; Durchführung der o.g. Sicherheitsanalyse von unabhängigen Experten, Vorlage der Ergebnisse bis spätestens 01.04.2005

Antr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/3818

Umgang der Justizverwaltung mit dem straffälligen und untragbaren Justizvollzugsbeamten A.H.

Einstellungszeitpunkt und Beurteilung des wegen Mordes angeklagten Beamten; Art und Zeitpunkt der Information des Justizministeriums von Vorgesetzten über die Straftaten, Auffälligkeiten und Verurteilungen dieses Mitarbeiters verbunden mit der Bitte um dessen Suspendierung; Zahl der Fehltag im Vergleich zum Durchschnitt der Justizvollzugsbeamten in BW; Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens nach Einschätzung des Beamtenbundes bzw im Grundsatz bei straffälligen Vollzugsbeamten, Beurteilung der Reformbedürftigkeit des Disziplinarrechts im Hinblick auf diesen Fall

Antr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3833

Leitung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Pforzheim

Wahrnehmung der o.g. Funktion vom Leiter der JVA Heimsheim in Personalunion, Vereinbarkeit mit den unterschiedlichen Schwerpunkten Jugendstrafvollzug in Pforzheim und Erwachsenenstrafvollzug in Heimsheim, Praktikabilität der jeweiligen Präsenz angesichts der räumlichen Entfernung und der unterschiedlichen Wirtschaftsbetriebe

KlAnfr
s. *Justizbediensteter*
Drs 13/3917

Situation und Behandlung HIV-positiver Frauen im Strafvollzug
Notwendige und tatsächliche Kontrolluntersuchungsdichte, Qualifizierung der Anstaltsärzte, Weiterreichung der von der

Deutschen AIDS-Stiftung zur Verfügung gestellten Gelder für Zusatzernährung an die betroffenen Frauen

KlAnfr
s. *Aids*
Drs 13/3918

Vorgänge um den Hafturlaub des Ex-FlowTex-Chefs und die Konsequenzen

Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Schmider, Verdeutlichung der Äußerung des Justizministers über den Vertrauensbruch des Häftlings, Darlegung der zwischen dem JuM und der Justizvollzugsanstalt Freiburg vereinbarten verschärften Anforderungen sowie deren Geltungsbereich

Antr
s. *Urlaub*
Drs 13/5039

Entwicklung der Alterskriminalität

Entwicklung der Kriminalität von über 60 Jahre alten Menschen nach Art und Motiven der Delikte; Zahl der verurteilten Täter in den Haftanstalten, Berücksichtigung der altersbedingten Veränderungen im Strafmaß sowie im Vollzug bzw der zunehmenden Sicherheitsbedürfnisse einer alternden Gesellschaft ohne Beschneidung von Freiheitsrechten

Antr
s. *Kriminalität*
Drs 13/3949

Schulische Bildung im Strafvollzug nach der Kürzung der Mittel für Träger des Zweiten Bildungswegs

Auswirkungen des Wegfalls von Realschulkursen auf die darauf aufbauenden Berufsausbildungsmöglichkeiten, betroffene Anstalten und Kurse; Erhaltung der Bildungsangebote und Wege zum Erreichen von Bildungsabschlüssen im Strafvollzug

Antr
s. *Schulabschluss*
Drs 13/4173

Besuchszeiten und Besuchsregelungen in den Justizvollzugsanstalten (JVAs) des Landes

Begründung der unterschiedlichen Regelungen sowie der Differenz zwischen möglichen und tatsächlichen Besuchen getrennt nach U-Haft und Strafhaft und einzelnen JVA

KlAnfr
s. *Justizvollzugsanstalt*
Drs 13/4476

Haftverbüßung in der Heimat

Zahl und Herkunft der hier einsitzenden verurteilten Ausländer, Maßnahmen und Rechtssetzungsschritte (des Bundes) zur Strafverbüßung im Heimatland auch gegen den Willen der Betroffenen, Möglichkeiten des Landes zum Bau und Betrieb von Haftplätzen im Ausland

Antr
s. *Gefangener*
Drs 13/4499

Überbelegung der Justizvollzugsanstalt Freiburg

Verringerung der Zahl der in Freiburg einsitzenden Gefangenen aufgrund eines entsprechenden Hinweises des Beirats der JVA

MdlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/4532

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr
s. *Süchtiger*
Drs 13/4583

Würdigung der Arbeit der Bediensteten im Strafvollzug, Ausbau der Drogenberatung in den JVA, Kosten pro Häftling, Rückgang der Zahl von Entweichungen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 917 919 921 922 924 926

Verbesserung der Personalsituation im Strafvollzug

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4307

Beklagung von Sicherheitsmängeln im Strafvollzug vor dem Hintergrund der Ausbrüche in Mannheim und Hechingen; Überlegungen zur Verpflichtung privater Sicherheitsdienste

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5386 5387 5392-5396

Verbesserung der Sicherheit im Strafvollzug, insbes in Mannheim; Schaffung zusätzlicher Stellen; Überlegungen zur Verpflichtung privater Sicherheitsdienste

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6038 6039 6041-6043 6045-6047

Empfehlung einer Dissertation zur Petition im Strafvollzug zur Lektüre

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7795

Strafvollzugsanstalt

s. *Justizvollzugsanstalt*

Strahlenschutz

s.a. *Jod*
s.a. *Nukleare Sicherheit*

Mobilfunk und Schulen

Minimierung gesundheitlicher Risiken von elektromagnetischen Feldern, Ausschluss von Mobilfunkmasten auf Grundstücken mit Kindergärten und Schulen sowie deren Umfeld, Weiterempfehlung entsprechender Beschlüsse der Stadt Freiburg, Untersagung der Nutzung von Handys an Schulen

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/917

Stör- und Gefahrenpotenzial von Mobiltelefonen im ÖPNV

Gesundheits- und Unfallrisiken durch Handynutzung in Bussen und Bahnen, Frage nach Einschränkungen bzw. durchgängigem Gebrauch bei unterirdischer Linienführung; Nutzen und Risiken von Mobiltelefonen als Speichermedien für Fahrpläne, elektronische Fahrkarten u.ä.

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/1028

Forschung über Risiken des Elektrosmog

Vom Land bzw. mit Landesbeteiligung vergebene Forschungsprojekte über die Auswirkungen von Funkwellen auf den menschlichen Organismus, Kosten und Ergebnisse der Projekte, Information der Öffentlichkeit, Begründung des geplanten Abbaus der Genehmigungspflicht für den Bau von UMTS-Sendeanlagen

KlAnfr
s. *Smog*
Drs 13/1941

Bereitstellung von Tabletten mit hochdosiertem Jod als Vorsorgemaßnahme für einen Atomunfall

Zahl der zur Beschaffung vorgesehenen Jodtabletten und der Empfänger, Art der Vorhaltung und Zeitpunkt der Verteilung, Beurteilung der Aufforderung nach geltenden Katastrophenschutzplänen, bei einem Atomunfall im sicheren Haus zu bleiben und gleichzeitig die Jodtabletten von den zentralen Sammelstellen abzuholen; Prüfung einer „ereignisunabhängigen Vorverteilung“ nach dem Beispiel Österreichs; Höhe und Träger der Kosten für Vorsorgemaßnahmen im Umkreis ausländischer Atomkraftwerke

Antr
s. *Jod*
Drs 13/2829

Jodtablettenversorgung in BW

Abgrenzung der Gebiete im Umkreis von kerntechnischen Anlagen in BW und in Grenznähe zur Vorhaltung und Verteilung von Kalium-Jodtabletten im Katastrophenfall, Vorschriften zum Verhalten und zur Information der Bevölkerung nach den Katastrophenschutzplänen

Antr
s. *Jod*
Drs 13/2900

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Strahlenschutz-ZuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Mobilfunkstrahlung in öffentlichen Verkehrsmitteln

Frage nach Grenzwerten und Ergebnissen von Untersuchungen über die Strahlenbelastung durch eingeschaltete Handys der Fahrgäste in Bussen und Bahnen, Beurteilung eines Verbots oder einer Beschränkung der Nutzung von Handys in den Fahrzeugen bzw. von technischen Möglichkeiten zur Reduzierung der Strahlung

KlAnfr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/3858

Absenkung der Strahlungsgrenzwerte beim Mobilfunk durch Novellierung der 26. BImmissionsschutzVO; Kennzeichnung der Strahlungsleistung von Handys durch die Hersteller

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 241 242 244-246

Schutz der Bevölkerung vor Strahlenbelastung von Mobilfunkanlagen, Nachweis der notwendigen Sicherheitsabstände von Sendeanlagen durch die Betreiber

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3502-3507

Schutz der Bevölkerung vor Strahlenbelastung von Mobilfunkanlagen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3689-3694

Straße

- s.a. *Autobahn*
- s.a. *Bundesstraße*
- s.a. *Fahrbahn*
- s.a. *Fahrbahnbegrenzung*
- s.a. *Fernstraße*
- s.a. *Gemeindestraße*
- s.a. *Landesstraße*
- s.a. *Radweg*
- s.a. *Straßenbau*
- s.a. *Straßenbenutzungsgebühren*
- s.a. *Straßenmeisterei*
- s.a. *Straßenverkehr*
- s.a. *Straßenwärter*
- s.a. *Weg*

Verkehrsregelung für „Inlineskater“ als Verkehrsteilnehmer
 Konsequenzen des BGH-Urteils zur Benutzung von Verkehrsflächen innerhalb und außerhalb von Ortschaften, Schutz der Fußgänger bei der künftigen Benutzung von Gehwegen, Möglichkeiten für Geschwindigkeitskontrollen der Polizei

KlAnfr
 s. *Freizeitsport*
 Drs 13/971

Ausbau und Erhaltung des Straßennetzes
 PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46 47 60

Ausbau und Erhaltung des Straßennetzes
 PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 98

Straßenbahn

s. *Stadtbahn*

Straßenbau

s.a. *Straßenbauverwaltung*

Personalausstattung der Straßenbauämter im ländlichen Raum
 Defizite an Planungen und Mittelabruf aufgrund von Personalmangel

MdlAnfr
 s. *Straßenbauverwaltung*
 Drs 13/62

Landesstraßenbau-Sonderprogramm

Darlegung der beabsichtigten Projekte, des evtl Anteils von Radwegen, der Finanzierungsabwicklung über die L-Bank, der Refinanzierungskosten und -zeiträume

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 06.09.2001 und Antw UVM
 Drs 13/217

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im LKreis Heidenheim

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1164, 1170, 1182, 1183 und 2033

KlAnfr Wolfgang Staiger SPD 19.09.2001 und Antw UVM
 Drs 13/249

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 19)
 Bewilligungsverfahren im Kommunalen Straßenbau

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 XIV.
 S. 5
 PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
 Mittlg LReg 11.12.2002 Drs 13/1596

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 1073, 1075, 1080, 1158, 1160 und 1161

Antr Mario Capezzuto u.a. SPD 05.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/389

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Zustand der Landesstraßen, Bundesfernstraßen und Autobahnen; derzeitige bzw dringlich notwendige Projekte; Darstellung des Finanzierungsbedarfs, Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölsteueraufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus; Umfang der Förderung des kommunalen Straßenbaus in der vergangenen und aktuellen WP

Antr CDU 06.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/392 (11 S.)
 PIPr 13/14 12.12.2001 S. 661-676

Elektronisches Mautsystem für LKW

Verfehlung des angestrebten Zeitpunkts für die Einführung des o.g. Systems zum 01.01.2003, Verlust von 151 Mio DM aus dem Anti-Stau-Programm des Bundes für den Ausbau der Autobahnen

MdlAnfr
 s. *Straßenbenutzungsgebühren*
 Drs 13/419

Bauen statt Stauen - Vernunft vor Ideologie

Investitionsstau der Bundesmittel für den Ausbau der Schieneninfrastruktur bei der Bahn AG, Überlegungen des BVerkehrsMin zur Umwidmung dieser Mittel zur Beschleunigung von Straßenbauprojekten, Scheitern dieser Pläne am Veto der Bundestagsfraktion der Grünen, betroffene Vorhaben in BW

Antr CDU 23.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/473
 PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2272-2285

Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW

Mittelzuweisungen des Bundes seit 1994 und bis 2003 für Neubaumaßnahmen, Erhaltung und Unterhalt von Autobahnen, Bundesstraßen und den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Vergleich mit den ursprünglich vorgesehenen Investitionen für den BFernstraßenbau nach dem BVerkehrswegeplan; Darlegung der entsprechenden Investitionen des Landes für die Landesstraßen; Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr SPD 18.12.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/583 (17 S.)
 PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2272-2285

Auswirkungen der Geräte- und MaschinenlärmVO des Bundes vom 12.09.2001 auf die Wirtschaft und die privaten Haushalte in BW

Überschreitung der EU-Vorgaben mit der o.g. VO, Auswirkungen auf den Einsatz von Straßenfertigern, Garten- und Heimwerkergeräten in Wohn- und Kurgebieten bzw auf die Gerätehersteller, Bauwirtschaft u.a.; Verteuerung der Herstellungskosten für den Straßenbau und Straßenbelagsarbeiten

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/592

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Reduzierung der Planungsmittel für Straßenbauvorhaben

s. *Bauplanung*
Drs 13/660

Haushalt 2002 und 2003; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Sonderprogramms und Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

ÄAntr GRÜNE 21.01.2002 Drs 13/660 13-14 S. 37 38
ÄAntr GRÜNE 29.01.2002 Drs 13/687-9 S. 15
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1043

Bau- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen im Enzkreis

Zeitraumen zur Realisierung der notwendigen Maßnahmen, Schaffung der entsprechenden planerischen und finanziellen Voraussetzungen für die Landesstraßen L 338, 1134, 1135 und 1177

KlAnfr Thomas Knapp SPD 08.02.2002 und Antw UVM
Drs 13/733

Ausbau der A 8 auf der Albhochfläche

Ausbau zwischen Hohenstadt und der Landesgrenze zu Bayern; Beurteilung der Vorschläge des Bundes zu Planung, Bau und Finanzierung

KlAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/788

Neubau der A 8 (Albaufstieg)

Ergebnis der Machbarkeitsstudie eines Betreibermodells aufgrund des FernstraßenbauprivatfinanzierungsGes, geplantes weiteres Vorgehen

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 08.03.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/838
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 24 25
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Fördermittel für kommunale Verkehrsprojekte

Darstellung o.g. Zuschüsse für Kommunen und Kreise in der Region Unterer Neckar in den vergangenen bzw künftigen zehn Jahren; Frage nach der Möglichkeit einer gleichzeitigen Förderung bzw Zusammenfassung mehrerer Vorhaben

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1008

Maufinanzierter Albaufstieg im Zuge der Autobahn A 8

Verbindung der o.g. Maßnahme mit einem vollständigen Rückbau der bestehenden alten Autobahn, anteilige Verwendung der Mauteinnahmen für den Ausbau des Schienennetzes, insbes der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm; Steigerung der Einnahmen durch

Verzicht auf die mautfreie Ausweichstrecke sowie eine Mautanhebung mit Schwerpunkt beim Lkw-Verkehr

Antr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/1013

Sicherheit im Straßenverkehr

Durchführung notwendiger Maßnahmen bei Bundes- und Landesstraßen auf Abschnitten mit hoher Unfallhäufigkeit und Fahrbahnschäden, Vermeidung potenzieller Gefahrenstellen, Anbringung von Schutzplanken statt Baumanpflanzungen, Realisierung des höchsten Sicherheitsniveaus in Tunnelabschnitten

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Walldorf und Weinsberg aus dem Antistauprogramm der BReg, private Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze, Erhebung und Zuerkennung eines Mautaufkommens für den privaten Betreiber

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Vorrangige Verkehrsprojekte zur Anmeldung für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Realisierung von Vorhaben im Landesstraßenbau seit 1993 und bis 2007, Darlegung der dringlichen Infrastrukturprojekte im grenzüberschreitenden Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Verwendung ökologischer Lärmschutzwände im Straßenbau

Erfahrungen mit Lärmschutz aus nachwachsenden Rohstoffen, Berücksichtigung bei Straßenbauplanungen und -ausschreibungen

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1309

Berücksichtigung der Autobahn A 98/A 861 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Benennung der Priorität der einzelnen Bauabschnitte der A 98 untereinander sowie in Relation zu anderen angemeldeten Fernstraßenprojekten, Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für den Abschnitt Karsau-Murg, Gründe für die Anmeldung des Abschnitts Hauenstein-Tiengen zum vierspurigen Ausbau, Vergabe der Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsvariante um Waldshut, zusätzliche Kosten für eine zweite Tunnelröhre „Nollinger Berg“, Finanzierung und Fertigstellung der Rheinbrücke im Zuge der A 861

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/1392

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KlAnfr

s. *Straßenverkehr*

Drs 13/1559

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturprojekten durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Darlegung der Entscheidungskriterien und Priorität der vorgeschlagenen Maßnahmen bzw der von der Straßenbauverwaltung den jeweils angemeldeten Fernstraßenbauprojekten zugeordneten Bewertungsziffern

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/1681

Verwendung zusätzlicher Regionalisierungsmittel

Verteilung der geplanten Kürzungen im Epl 10 auf den ÖPNV und den Straßenbau

MdlAnfr

s. *Regionalverkehr*

Drs 13/1678

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/1702

Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg

Auflistung der für den vordringlichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr

s. *Bundesverkehrswegeplan*

Drs 13/1820

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr

s. *Generalverkehrsplan*

Drs 13/1825

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Abbau der verdeckten Neuverschuldung durch die vorfinanzierten Sonderprogramme im Landesstraßenbau

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 73 S. 136

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Gleichmäßige Verteilung der Kürzungen im Verkehrsetat auf Straßenbau und ÖPNV

ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 76 S. 140 141

ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-40 S. 62 63

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Berücksichtigung regionaler Besonderheiten im Straßenbau

Berücksichtigung der Mittelgebirgs-Topographie und Siedlungsstruktur bei Planung und Bau von Bundesfernstraßen und Landesstraßen

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 20.03.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1916

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 23 24

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Planfeststellungsverfahren im Bundesstraßenbau

Kriterien für die Auswahl von Fernstraßenprojekten zur Durchführung von Planfeststellungsverfahren, Blockade von Projekten mit einem günstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans durch die hohe Zahl planfestgestellter Vorhaben

Antr Hans-Martin Haller u.a. SPD 27.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2106

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 7 8

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003

Im BVerkehrswegeplan enthaltene BFernstraßenprojekte und Investitionssummen bzw vom Land angemeldete zusätzliche Projekte, notwendige und verfügbare Mittel für den Neu- und Ausbau von BFernstraßen von 1995-2012 bzw zur Fortführung begonnener Maßnahmen, Vermeidung des Außerkrafttretens von Planfeststellungsbeschlüssen durch mögliche Fristverlängerung sowie Baubeginn trotz Unterfinanzierung, Auflistung der entsprechenden Projekte

Antr

s. *Bundesverkehrswegeplan*

Drs 13/2114

Lkw-Maut

Höhe der monatlichen Einnahmeausfälle durch die Verzögerung der Mauteinführung sowie Auswirkungen auf die Realisierung der iRd Bundesverkehrswegeplans vorgesehenen Straßen- und Schienenprojekte

MdlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/2447

Bundesfernstraßenbau

Höhe des Etatansatzes im Bundeshaushalt für die Mittelzuweisung an das Land zum Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen, Höhe der notwendigen Zuweisungen zur Realisierung des vordringlichen Bedarfs nach dem neuen Bundesverkehrswegeplan

MdlAnfr 3) Volker Schebesta CDU 29.09.2003 Drs 13/2447
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3567-3569

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 8) - Verlangte Verpflichtungen des Landes bei der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW mbH - Auswirkungen auf den Landeshaushalt

Prüfung einer Haushaltsfinanzierung der über die Baufinanz abgewickelten Straßen- und Hochbaumaßnahmen

Mittlg
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/2700

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 25) - Rad- und Gehwegbau im Zuge der Sonderprogramme Landesstraßenbau

Mittlg
s. *Radweg*
Drs 13/2700

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 9) - Priorisierung von Straßenbauprojekten; Planungskosten

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 VI. S. 3
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 22.12.2004 Drs 13/3913
BeschlEmpf und Bericht FinA 09.02.2006 Drs 13/5155

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2533

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2670

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

Fördersätze nach dem GVFG

Auswirkungen der Kürzungen für den öffentlichen Verkehr und den kommunalen Straßenbau

MdlAnfr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/2691

Haushalt 2004; Epl 10

Rücknahme von Kürzungen zum Bau, Ausbau und Erhalt von Straßen

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2810 7-9 S. 27-30
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2850 5-7 S. 8-11
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Haushalt 2004; Epl 10

Reduzierung der Planungsmittel für Straßenbauvorhaben

s. *Bauplanung*
Drs 13/2810

Haushalt 2004; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Sonderprogramms und Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810 17 18 S. 41-43
EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2850-9 S. 14 15
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Finanzierungsprobleme im Bundesfernstraßenbau in BW durch die Verzögerung der Einführung der Maut

Höhe und Auswirkungen der Einnahmeausfälle, Darstellung der betroffenen begonnenen und vorgesehenen Projekte, Auswirkungen auf die Ausschreibungspraxis im Bundesfernstraßenbau und die Umsetzung des neuen Bundesverkehrswegeplans, Beurteilung des Überbrückungsvorschlags durch Kredite von der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes

Antr FDP/DVP 15.01.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2799
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 22.07.2004 Drs 13/3652 S. 34-38
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG

Entwicklung der Zuschüsse für den öffentlichen Verkehr und Straßenbau, Höhe der beantragten Förderung sowie der geplanten Absenkung der Fördersätze und Auswirkungen, insbes der Umwandlung der Bagatellgrenze für ÖPNV-Projekte im ländlichen Raum; Verzicht auf einseitige Kürzungen beim ÖPNV, Fortführung der Förderung des ÖPNV und des kommunalen Straßenbaus im Verhältnis 50:50

Antr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/2869

Sonderprogramme im Landesstraßenbau

Höhe der Kreditaufnahmen, der Zins- und Tilgungsleistungen für die o.g. Programme; Höhe und Laufzeit der Rückzahlungsraten bis zur vollständigen Tilgung der Kredite

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 29.01.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/2870
BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2004 Drs 13/3932 S. 11
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Förderung des Straßenbaus nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsges (GVFG) in den Gemeinden des LKreises Böblingen
Höhe der beantragten und genehmigten Mittel nach dem GVFG seit 1999; Stand der Realisierung der einzelnen Maßnahmen, insbes von Ortsumgehungen von Bundes- und Landesstraßen als Gemeindeverbindungsstraßen; Auswirkungen der geplanten Absenkung der Fördersätze

KIAnfr Birgit Kipfer SPD 01.03.2004 und Antw UVM Drs 13/2942

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KIAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2943

Finanzierung des Alaufstiegs der A 8

Problematik der Gewinnung privater Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Alaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert bzw Verzicht auf eine vollständige Privatfinanzierung ohne eine Anschubfinanzierung des Bundes

KIAnfr
s. *Autobahn*
Drs 13/3060

Neu-/Ausbau der BAB 8 im Bereich des Alaufstiegs durch eine allgemeine Fahrzeugmaut

Fortschreibung der Annahmen und Berechnungen der Machbarkeitsstudie von 2001 um weitere rechtliche und wirtschaftliche Fragen, Wirtschaftlichkeit des Projekts für private Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Alaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert; Höhe und Träger der Kosten für die Umrüstung der Umfahungsstrecke

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/3064

Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit von Kommunen bei den Fördersätzen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsges (GVFG)

Vergleich der Fördersätze mit Bayern, Hessen und RPF für Maßnahmen des kommunalen Straßenbaus und des ÖPNV differenziert nach Bundesprogramm und Länderprogrammen; Berücksichtigung der individuellen Finanzkraft der jeweiligen Kommune, Verzicht auf die Einführung eines Selbsthalts

Antr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/3066

Chancen für Formen der Mischfinanzierung im Straßenbau

Prüfung einer Finanzierung von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesstraßen über eine GVFG-Regelung sowie einer kommunalen oder privaten Vorfinanzierung von Vorhaben im Landesstraßenbau, Gründung einer Finanzierungsgesellschaft für den Aus- und Neubau von Landesstraßen sowie zur Abwicklung der laufenden Sonderprogramme

Antr FDP/DVP 01.04.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3088
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.07.2004 Drs

13/3652 S. 34-38
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Straßenbauprojekte im Bodenseekreis, Planungsfall 7

Verfahrensstand der einzelnen Bauabschnitte, Erwartung von zeitlichen Verzögerungen aufgrund von Einsprüchen?

KIAnfr Norbert Zeller SPD 08.04.2004 und Antw UVM Drs 13/3108

Neufassung der Förderrichtlinien nach dem GVFG

Ausgestaltung des Selbsthalts nach der Wurzelformel, Gewichtung der Faktoren Einwohnerzahl, Straßentyp und Bausumme bei der Höhe der Förderung von Projekten nach dem ÖPNV-Landes- und -Bundesprogramm bzw des kommunalen Straßenbaus; Klärung von widersprüchlichen Aussagen in der Stellungnahme zu Drs 13/2869

Antr
s. *Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz*
Drs 13/3159

Landesstraßenbau im Enzkreis, L 1177/Ausbau zwischen Mönsheim und Weissach

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung der o.g. Maßnahme; Vergleich der beiden Trassenvarianten nach der jeweiligen Verträglichkeit mit FFH-Gebieten, den Gesamtkosten und der rechtlichen Durchsetzbarkeit

KIAnfr Thomas Knapp SPD 05.05.2004 und Antw UVM Drs 13/3174

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KIAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3218

Maßnahmen zur Erhaltung von Landesstraßen

Höhe des Mittelbedarfs und der Etatansätze zur Beseitigung von erheblichen und verkehrsgefährdenden Schäden; Möglichkeiten zur Auflage eines Sofort-Programms durch Umschichtung von Mitteln für Aus- und Neubaumaßnahmen

KIAnfr
s. *Landesstraße*
Drs 13/3253

Ausgaben des Landes BW für Schiene und Straße

Höhe der Mittel für den SPNV, ÖPNV auf Schiene und Straße, den Schienengüterverkehr, die Schüler-/Behindertenbeförderung und NE-Bahnen sowie für Bundesfern- und Landesstraßen seit 1996; Höhe der Zuschüsse an die Kommunen und LKreise nach dem Finanzausgleichsges und GVFG im selben Zeitraum; Anteile der Förderbereiche an der Verkehrsleistung

Antr
s. *Schieneverkehr*
Drs 13/3422

Bundesverkehrsprojekte im Bereich des Wahlkreises 21

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen seit 2001; Höhe der Gesamtkosten und Zuschüsse des Bundes

KIAnfr

s. Verkehrsplanung
Drs 13/3429

Struktur- und Planungsdaten zum Landeshaushalt

Höhe und Kassenwirksamkeit der seit 1999 eingegangenen Verpflichtungsermächtigungen sowie der aus dem Haushalt ausgelagerten Verpflichtungen; Umfang der Kassenmittel sowie der Auslagerung der Finanzierung für den Landesstraßenbau

Antr
s. Haushalt (Finanzen)
Drs 13/3465

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr
s. Baufinanzierung
Drs 13/3495

Straßenbau-Unterhalt und -Investitionen in den Jahren 2004 bis 2007

Höhe der o.g. Haushaltsmittel für den Unterhalt, Aus- und Neubau von Landesstraßen; Höhe des Finanzierungsanteils über die Sonderprogramme sowie der Zuschüsse für den kommunalen Straßenbau nach dem GVFG; Höhe des angemeldeten Mittelbedarfs der Straßenbauämter sowie der bereits durch Verpflichtungsermächtigungen gebundenen Mittel

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 25.08.2004 und Antw UVM
Drs 13/3516

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Stopp des kreditfinanzierten Landesstraßenbaus und Auflösung der Finanzierungsgesellschaft für öffentliche Vorhaben des Landes BW GmbH

EAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4010-15 S. 35 36
EAntr GRÜNE 16.02.2005 Drs 13/4050-12 S. 18 19
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/3971

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans

Antr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/4066

Sicherung von Aufträgen für die Bauwirtschaft

Höhe der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen, Anteil der blockierten Mittel bzw von nicht vergebenen Aufträgen an die Bauwirtschaft aufgrund fehlender Kapazitäten der Bauverwaltung; Maßnahmen zur Beseitigung der Fehlorganisation

Antr
s. Baugewerbe
Drs 13/4162

Baumaßnahmen im Zuge der L 536 und ihre Verwirklichung durch neue Finanzierungsmethoden

Beurteilung von Finanzierungsmodellen wie Public Private Partnership oder private Vorfinanzierung zur Realisierung der Tunnelbauten im Zuge der L 536, Kontaktaufnahme mit einem auf PPP-Projekte im Bereich des Straßen- und Tunnelbaus spezialisierten Bauunternehmen

KlAnfr
s. Landesstraße 536
Drs 13/4209

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Grenzwertüberschreitungen infolge nicht gebauter Umgehungsstraßen, Abwägung zwischen den Belangen der menschlichen Gesundheit und des Natur- und Landschaftsschutzes bei Straßenbauprojekten

GrAnfr
s. Immissionsschutz
Drs 13/4262

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbaubauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr
s. Verkehrsplanung
Drs 13/4269

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 10.05.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4323
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 27.10.2005 Drs 13/4924 S. 22 23
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs zwischen Grubingen

und der Albhochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenbau, u.a. beim Alaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4435

Die rot-grüne BReg vernachlässigt die Verkehrswege-Infrastruktur des Bundes in BW

Aktuelle Debatte
s. *Verkehrsplanung*
PIPr 13/96 S. 6799

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Zustand und Ausbaubedarf der Straßeninfrastruktur, insbes Ausbau und bessere Anbindung der A 8, A 81 und A 5; Ausbau und Unterhaltung der Landesstraßen; Entlastung der Tourismusorte vom Durchgangsverkehr; schnellere Realisierung dringlicher Vorhaben durch private Finanzierungsmodelle

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Derzeit laufende Straßenbaumaßnahmen im Regierungsbezirk Freiburg

Art und Finanzierung o.g. Maßnahmen an Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen; Höhe der verfügbaren Bundes- und Landesmittel

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 21.07.2005 Drs 13/4532
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6989

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, vorgesehene Projekte bis 2010

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4644

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung der Planungsmittel für Straßenbauvorhaben
s. *Bauplanung*
Drs 13/4840

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsiad, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des FernstraßenbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4881

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4939

Planung und Realisierung des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 zwischen Gruibingen und der Landesgrenze zu Bayern

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus des Alaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche sowie des 6-spurigen Ausbaus bis zur Landesgrenze; jeweilige Auswirkungen der unterschiedlichen Finanzierungs- und Betreibermodelle für die einzelnen Abschnitte auf die betroffenen Nutzer und die verfügbaren Bundesmittel für den Fernstraßenbau; Reduktion der Mautgebühren sowie der Anschubfinanzierung des Bundes durch Verlängerung der Pachttdauer für den Betreiber; Frage nach der Instandsetzung der verbleibenden mautfreien Umfahungsstrecke sowie nach Höhe und Träger der Kosten für den Katastrophenschutz am geplanten Alaufstieg

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/5099

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. *Bauplanung*
Drs 13/5172

Mittelausstattung im Bundesfernstraßenbau

Höhe der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Bundesfernstraßenprojekte in den Jahren seit 2001

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5172

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5234

Höhe der Unterhaltungsmittel für das klassifizierte Straßennetz mit Ausnahme der Bundesautobahnen

Höhe der übertragenen bzw der benötigten Mittel zur Unterhaltung des klassifizierten Straßennetzes durch die LKreise

KlAnfr Winfried Scheuermann CDU 04.05.2006 und Antw IM Drs 13/5240

Ausbau und Erhaltung des Straßennetzes, Einrichtung eines Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46 47 60

Ausbau und Erhaltung des Straßennetzes, Einrichtung eines Investitionsprogramms für den Landesstraßenbau

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 98

Fortführung des Sonderprogramms Landesstraßenbau

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 207

Vergleich der Ausgaben für den ÖPNV und den Straßenbau

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 452 458

Vorziehen von Straßenbauinvestitionen durch den Bund, Umsetzung des Sonderprogramms im LStraßenbau

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 503 507

Enthaltbarkeit der EU bei der Förderung des Straßenbaus; Ausstattung des Sonderprogramms für den Landesstraßenbau; Verwendung des Aufkommens aus Mautgebühren zur Finanzierung des Fernstraßenbaus

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 613 614 616-620

Fortführung des Sonderprogramms Landesstraßenbau, Situation beim BFernstraßenbau, Investitionsstau bei Bahnprojekten, Umschichtung der Mittel zugunsten laufender Straßenbaumaßnahmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 644 661-676 697

Investitionen in den Landesstraßenbau, Finanzierung über den Haushalt, das Sonderprogramm und die L-Bank

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 814 820 830

Finanzierung des Landesstraßenbaus über die L-Bank, den Haushalt und das Sonderprogramm; Umschichtung nicht verbauter Mittel der Bahn AG zugunsten laufender Straßenbaumaßnahmen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 836 840 841 844 845 848 855 858

Vergleich der Ausgaben für den ÖPNV und den Straßenbau, Umfang der Straßenbauplanungen in BW, Mittelumerschichtung zum Erhalt der Landesstraßen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1023 1028-1032 1034-1041 1063 1078

Bewältigung der topographischen Probleme im Straßenbau in BW, Kritik an der vorgeschlagenen Mittelkürzung sowie an der Finanzierung des Sonderprogramms für den Landesstraßenbau

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093 1096 1099 1104 1108

Verursacherbezogene Sanierung des Straßennetzes, Zustimmung zur Lkw-Maut, Verwendung eines überwiegenden Anteils des Mittelaufkommens für den Straßenbau, Ausbau der A 6 und A 8 sowie des Echterdinger Eis

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1245 1250 1297-1306

Zurückweisung der begehrten Mittelumerschichtung vom ÖPNV zum Straßenbau

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1567 1569 1570

Ruf nach mehr Mitteln des Bundes für den Straßenbau, Bedienung des Landes mit dem Antistauprogramm der BReg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1596 1598-1600

Vorwurf einer einseitigen Förderung des Straßenbaus, Aufforderung zur Umorientierung auf den öffentlichen Verkehr, Vergleich der Investitionen in den ÖPNV und Straßenbau

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1829 1830 1836

Verzicht auf Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Bagatellvorhaben im Straßenbau; Feststellung eines Planungsüberhangs im Straßenbau

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2167 2169-2171 2175 2177

Mittelbedarf und -einsatz für den Erhalt und Neubau von Landes- und Bundesstraßen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2643-2645 2654

Forderung nach Einstellung des Straßenbausonderprogramms, Frage nach Alternativen zur Finanzierung der Projekte, Abbau des Planungsüberhangs

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2709 2744

Angebot einer Wette über den Erhalt von Straßenbaumitteln des Bundes zwischen Minister Müller und dem Abg Scheuermann sowie den Kollegen Göschel und Drexler

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2779 2780

Ablehnung der Forderung der Grünen nach einem Verzicht auf Straßenbau, Notwendigkeit einer intakten Straßenaufbauinfrastruktur für die Wirtschaft

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2942 2948 2949

Plädoyer für mehr Ausgewogenheit bei der Förderung des Straßenbaus und des Schienenverkehrs; Anteil des Landes an den Straßenbauinvestitionen des Bundes

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3144 3182

Vorwurf einer einseitigen Förderung des Straßenbaus, Vorschläge zur Kürzung der Mittel für den Straßenbau

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3446 3447

Kritik an dem kreditfinanzierten Straßenbauprogramm außerhalb des Haushalts

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3580

Bedienung des Landes mit Straßenbaumitteln des Bundes unter den Regierungen Kohl und Schröder

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3611 3627 3642 3649 3650

Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Einführung der Lkw-Maut, Auswirkungen auf die Finanzierung verschiedener Straßenbauprojekte

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712-3715 3717 3719-3721 3723-3728

Kritik an der Finanzierung eines Programms für den Straßenbau über die L-Bank

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3915

Kritik an dem kreditfinanzierten Straßenbauprogramm außerhalb des Haushalts; Dringlichkeit einer Priorisierung der Maßnahmen; Halbzeitbilanz des Generalverkehrsplans im Landesstraßenbau

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4034 4055 4056 4059 4061 4066-4076

Einstellung von Baustellen und Verschiebung geplanter Projekte infolge der fehlenden Mauteinnahmen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4117 4118

Abhängigkeit vom Bund beim Bundesfernstraßenbau, Auswirkungen des Scheiterns der Lkw-Maut; Fortführung der Sonderprogramme im Landesstraßenbau; Kürzung der Unterhaltungsmittel für Straßen und Brücken

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4323 4325 4327-4330 4332-4336 4339 4364

Aufforderung der BReg zur Bereitstellung von mehr Mitteln für den Bundesfernstraßenbau in BW

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190 5199 5200 5202

Fortführung der Sonderprogramme für den Landesstraßenbau 2005/2006

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5645

Kritik an der Finanzierung des Straßenbaus über die Baufinanz, Bewertung als verdeckte Verschuldung; Einräumung von Nachholbedarf im Straßenbau, Finanzierung über Mauteinnahmen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5802 5807

Verweisung auf den Nachholbedarf im Straßenbau

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5882

Veranschlagung der bisher in Sonderprogrammen für den Landesstraßenbau ausgelagerten Titel im Haushalt, Verbesserung des Zustands der Landesstraßen, Notwendigkeit des privat finanzierten Straßenbaus über Mauteinnahmen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053 6058 6060 6061 6063 6065 6066 6068 6077

Mittelbedarf im Fernstraßenbau, Ermöglichung von Privatfinanzierungen, insbes des Alaufstiegs und des Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie der A 6

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6409

Vorhandene und notwendige Mittel zum Erhalt und Ausbau der Straßen, Einführung einer Pkw-Maut zur Finanzierung des Straßenbaus

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463 6483 6494 6495 6507 6508 6511

Vorhandene und notwendige Mittel zum Erhalt und Ausbau der Straßen, Anstreben der Nutzerfinanzierung des Straßenbaus über Mauteinnahmen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103 7104 7107-7111

Erhöhung der Planungsmittel im Straßenbau

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7337 7340 7342

Erhöhung der Planungsmittel im Straßenbau

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7395 7401

Erfolgskontrolle bei der Verwendung von Fördergeldern im kommunalen Straßenbau, Umsetzung der Vorschläge des RH

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7852

Vorwurf einer einseitigen Förderung des Straßenbaus, Forderung einer Mittelumschichtung zugunsten des öffentlichen Verkehrs

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7873 7875-7879

Frage nach dem Ausgang einer Wette über den Erhalt von Straßenbaumitteln des Bundes zwischen dem ehemaligen Verkehrsminister Müller und dem Abg Scheuermann sowie den Kollegen Göschel und Drexler

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7985 7986

Straßenbauamt

s. Straßenbauverwaltung

Straßenbaubehörde

s. Straßenbauverwaltung

Straßenbauverwaltung

s.a. Straßenmeisterei

s.a. Straßenverkehrsbehörde

s.a. Straßenwärter

Personalausstattung der Straßenbauämter im ländlichen Raum
Defizite an Planungen und Mittelabruf aufgrund von Personalmangel

MdlAnfr 6) Gerd Teßmer SPD 16.07.2001 Drs 13/62

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 309 310

Zukunft der Straßenbauverwaltung in BW

Art und Zeitrahmen der Umsetzung o.g. Neuordnung, Bündelung der mittleren Verwaltungsebene von Autobahn- und übriger Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Zusammenlegung von Straßenbau- und Autobahnbetriebsämtern sowie Autobahn- und Straßenmeistereien, Frage nach Synergieeffekten und Berücksichtigung ländlicher Räume durch die Standortzusammenlegungen, Überlegungen zu privat betriebenen Fernstraßenabschnitten

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 25.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/378

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 46 47

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Neuordnung der Struktur der Straßenbauverwaltung; hier: Zukünftiger Zuständigkeitsbereich des Straßenbauamts Bad Säckingen

Zuweisung der Zuständigkeit für Planung, Bau und Betrieb der Autobahn auch für den Westteil des Amtsbereichs

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 25.02.2002 und Antw UVM
Drs 13/778

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart; Änd des StraßenGes, ErnennungsGes, LBesoldungsGes, LPersonalvertretungsGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BFernstraßenGes und dem EisenbahnkreuzungsGes sowie weiterer RechtsVO

GesEntw LReg 08.10.2002 Drs 13/1372
1. Beratung PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2027 2028
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 07.11.2002 Drs 13/1453
2. Beratung PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2172-2178
GesBeschl 14.11.2002 Drs 13/1513
GBI 2002 Nr. 13 S. 439-442 (Ges vom 19.11.2002)

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturprojekten durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Darlegung der Entscheidungskriterien und Priorität der vorgeschlagenen Maßnahmen bzw der von der Straßenbauverwaltung den jeweils angemeldeten Fernstraßenbauprojekten zugeordneten Bewertungsziffern

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1681

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Umsetzung der durchgeführten Reform der Straßenbauverwaltung in einen geringeren Personalaufwand

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 72 S. 135
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Straßenbauverwaltung

Auswirkungen der Eingliederung in die RegPräs, Stadt- und LKreise; Personaleinsparungen iRd zurückliegenden und aktuellen Reform; Gültigkeit der Aussage des UVM zur Ausweitung auf 44 Straßenbauämter; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr SPD 17.06.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2164
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2267

Anforderungen an das Berufsbild des Straßenwärters/der Straßenwärtlerin

Angebot und Bedarf an Ausbildungsplätzen für den o.g. Lehrberuf bei den unterschiedlichen Baulasträgern, Auswirkungen einer erneuten Reform der Straßenbauverwaltung sowie des Kostenanstiegs durch den vorgeschriebenen Erwerb der Führerscheine B und CE, Einsparung von Kosten durch Verlagerung dieser zusätzlichen Anforderung an die zentralen Ausbildungsstätten

Antr
s. *Straßenwärter*
Drs 13/3068

Energetische Nutzung von Schnittgut an Bundes- und Landestraßen

Anfallende Mengen und Art der Verwertung von Häckselgut bei der Randstreifenpflege durch die Straßenbauverwaltung, Anstieg der Nitratwerte im Boden bei der Verwertung als Düngemittel an Ort und Stelle; Vorschlag einer energetischen Nutzung dieses Materials und sonst noch anfallender Biomasse

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/3337

Verwaltungsreform, „Aufgehen“ der Straßenbauämter in die jeweiligen Landkreisbehörden

Bewertung der Meinung des Baudirektors im RegPräs Freiburg über den Personalwegfall und die Auswirkungen auf die Arbeitsbewältigung, zusätzliche Kosten der Neuinstallation der Glasfaserverkabelung durch die Umstellung in Donaueschingen

MdlAnfr 5) Gustav-Adolf Haas SPD 11.03.2005 Drs 13/4133
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6320 6321

Sicherung von Aufträgen für die Bauwirtschaft

Höhe der vom Bund bereitgestellten Mittel für den Erhalt der Bundesfernstraßen, Anteil der blockierten Mittel bzw von nicht vergebenen Aufträgen an die Bauwirtschaft aufgrund fehlender Kapazitäten der Bauverwaltung; Maßnahmen zur Beseitigung der Fehlorganisation

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/4162

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4323

Effizienz der Straßenbauverwaltung bei der Planfeststellung von Straßenbauprojekten

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 98

Zusammenlegung von Autobahn- und Straßenbauverwaltung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 674

Feststellung eines Planungsüberhangs der Straßenbauämter; Kritik an der vorgesehenen Umstrukturierung der Straßenbauverwaltung

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1028 1031 1032 1034 1041

Eingliederung der Straßenbauämter in die Landratsämter

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2916 2923

Vorschläge des RH zur Effizienzsteigerung der Straßenbauverwaltung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4056 4059 4061

Kritik an der Aufteilung der Straßenbauverwaltung zwischen den RegPräs und LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4323 4327

Problematik der Eingliederung der Straßenbauverwaltung in die Landratsämter; Erinnerung an den Widerstand des UVM

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4638 4639 4648 4659 4663

Eingliederung der Straßenbauverwaltung in die RegPräs und Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4911 4929 4935

Eingliederung der Straßenbauverwaltung in die RegPräs und Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4992 5002 5016 5017 5019 5034 5035

Beklagung der Rückführung der Straßenbauverwaltung in die Kleinräumigkeit im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6661 6662

Straßenbelag

s. *Fahrbahn*

Straßenbenutzungsgebühren

s.a. *Nahverkehrsabgabe*

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölsteueraufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/392

Elektronisches Mautsystem für LKW

Verfehlung des angestrebten Zeitpunkts für die Einführung des o.g. Systems zum 01.01.2003, Verlust von 151 Mio DM aus dem Anti-Stau-Programm des Bundes für den Ausbau der Autobahnen

MdlAnfr 2) Ernst Behringer CDU 08.11.2001 Drs 13/419
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 598 599

Zustimmung des Landes BW zur Lkw-Maut

Zustimmung zu der geplanten streckenbezogenen Autobahnbenutzungsgebühr für schwere Lkw im BRat

DringlAntr GRÜNE 05.03.2002 Drs 13/812
Antr CDU und FDP/DVP 07.03.2002 Drs 13/818
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1297-1306
Mittlg LReg 21.08.2002 Drs 13/1265

Neubau der A 8 (Albaufstieg)

Ergebnis der Machbarkeitsstudie eines Betreibermodells aufgrund des FernstraßenbauprivatfinanzierungsGes, geplantes weiteres Vorgehen

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/838

Erhebung und Verwendung der Lkw-Maut

Verfehlung des angestrebten Zeitpunkts für die Einführung des elektronischen Mautsystems zum 01.01.2003, Vorsorge im Bundeshaushalt für die entstehenden Einnahmeausfälle

MdlAnfr 2) Ernst Behringer CDU 10.05.2002 Drs 13/980
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1545

Mautfinanzierter Albaufstieg im Zuge der Autobahn A 8

Verbindung der o.g. Maßnahme mit einem vollständigen Rückbau der bestehenden alten Autobahn, anteilige Verwendung der

Mauteinnahmen für den Ausbau des Schienennetzes, insbes der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm; Steigerung der Einnahmen durch Verzicht auf die mautfreie Ausweichtrecke sowie eine Mautanhebung mit Schwerpunkt beim Lkw-Verkehr

Antr GRÜNE 15.05.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1013

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2272-2285

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Walldorf und Weinsberg aus dem Antistauprogramm der BReg, private Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze, Erhebung und Zuerkennung eines Mautaufkommens für den privaten Betreiber

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/1702

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Vorschlag einer Einbeziehung des o.g. Abschnitts in das Maut-Netz im Falle einer Zunahme des Vermeidungsverkehrs

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 09.07.2003 Drs 13/2247

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3396 3397

Gefahr der Verlagerung von Lkw-Verkehr auf Bundesstraßen in BW nach Einführung der Autobahnmaut und mögliche Gegenmaßnahmen

Frage nach einer Konzeption und Möglichkeiten zur Abwendung des o.g. Vermeidungsverkehrs

KlAnfr Heiderose Berroth 25.07.2003 und Antw UVM Drs 13/2302

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änd der Richtlinie 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge (KOM/2003/448)

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/2392

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Stand und Effizienz von installierten Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, erwartete Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahnmaut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Ab-

gleichung der mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Aus- und Neubauvorhaben bei Straße und Schiene mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/2413

Lkw-Maut

Höhe der monatlichen Einnahmeausfälle durch die Verzögerung der Mauteinführung sowie Auswirkungen auf die Realisierung der iRd Bundesverkehrswegeplans vorgesehenen Straßen- und Schienenprojekte

MdlAnfr 2) Ernst Behringer CDU 29.09.2003 Drs 13/2447

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3564-3566

Auswirkungen des chaotischen Ablaufs bei der Einführung der Lkw-Maut auf die Verkehrssituation in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712-3728

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/2670

Finanzierungsprobleme im Bundesfernstraßenbau in BW durch die Verzögerung der Einführung der Maut

Höhe und Auswirkungen der Einnahmeausfälle, Darstellung der betroffenen begonnenen und vorgesehenen Projekte, Auswirkungen auf die Ausschreibungspraxis im Bundesfernstraßenbau und die Umsetzung des neuen Bundesverkehrswegeplans, Beurteilung des Überbrückungsvorschlags durch Kredite von der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes

Antr

s. *Straßenbau*

Drs 13/2799

Finanzierung des Albaufstiegs der A 8

Problematik der Gewinnung privater Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Albaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert bzw Verzicht auf eine vollständige Privatfinanzierung ohne eine Anschubfinanzierung des Bundes

KlAnfr

s. *Autobahn*

Drs 13/3060

Neu-/Ausbau der BAB 8 im Bereich des Albaufstiegs durch eine allgemeine Fahrzeugmaut

Fortschreibung der Annahmen und Berechnungen der Machbarkeitsstudie von 2001 um weitere rechtliche und technisch-wirtschaftliche Fragen, Wirtschaftlichkeit des Projekts für private Investoren im Falle der Beibehaltung des alten Albaufstiegs als mautfreie Alternative für Pkw, Einräumung höherer Mautsätze als bisher kalkuliert; Höhe und Träger der Kosten für die Umrüstung der Umfahungsstrecke

Antr

s. *Autobahn*

Drs 13/3064

Finanzierungsvorbehalt beim Bau der Bundesstraße B 31 - Orts-umfahrung Umkirch

Gründe für die Mittelbereitstellung 2005 unter dem Vorbehalt von Lkw-Mauteinnahmen

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/3827

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3971

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreisschwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Craillsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4036

„City-Maut“ als wirksames Instrument zur Reduzierung der Luftschadstoffbelastung in den baden-württembergischen Städten

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage zur Schaffung einer Regelung auf Landesebene; Vorlage eines GesEntw zur Ermächtigung der Kommunen zur Einführung einer City-Maut und Verwendung der Einnahmen für den Ausbau des ÖPNV

Antr GRÜNE 10.03.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4139
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6712-6724
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 34-36
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Aufstellung von Luftreinhalteplänen und Maßnahmen in 2005 in BW

Beurteilung der City-Maut aufgrund von Erfahrungen in europäischen Städten bzw der Rechtslage für Maßnahmen der Kommunen zur Einhaltung der EU-Grenzwerte; mögliche Folgen von Klagen von Verbänden und betroffenen Bürgern gegen die Kommunen auf Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte; Entwicklung der Einnahmen aus der Kfz-Steuer seit 1998; Hinwirkung auf eine Steuerbegünstigung für Dieselfahrzeuge mit Partikelfilter, entsprechende Nach- und Umrüstung des Fuhrparks der LReg und nachgeordneten Behörden

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4219

Unterbindung von Lkw-Maut-Ausweichverkehr auf dem mautfreien Straßennetz

Auflistung der vom o.g. Ausweichverkehr betroffenen Kommunen und (Bundes-)Straßenabschnitte, Eignung bzw Ergreifung von Gegenmaßnahmen nach dem AutobahnmautGes und der StVO, insbes Benutzungsbeschränkungen für den Schwerlastverkehr; Frage nach entsprechenden Absichten der Straßenverkehrsbehörden; Unterstützung einer BRatsinitiative zur Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw unter 12 t zulässigem Gesamtgewicht

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 14.04.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4246
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 23.06.2005 Drs 13/4633 S. 2-5
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81 im Nachgang zu den Aussagen des Umwelt- und Verkehrsministers in der 49. Plenarsitzung vom 17. Juli 2003

Frage nach belastbaren Daten über den verstärkten Lkw-Verkehr auf dem o.g. Streckenabschnitt nach Einführung der Lkw-Maut, Eintreten beim Bund für eine Mautpflicht

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 14.04.2005 und Antw IM Drs 13/4248

Verlagerung von Verkehren nach Einführung der Lkw-Maut auf Bundesautobahnen in das nachgeordnete Straßennetz

Ausgewählte Streckenabschnitte und gemessene Verkehrsbelastungen vor und nach Einführung der Lkw-Maut; Hinwirkung auf Ausdehnung der Mautpflicht auf die entsprechend belasteten (Bundes-)Straßenabschnitte, Freistellung der Binnenverkehre, Handlungsmöglichkeiten der Straßenverkehrsbehörden für Verkehrsbeschränkungen auf Mautausweichstrecken

Antr SPD 19.04.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4259
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 91-94
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Albaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4435

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen zulasten der (mittelständischen) Transportunternehmen hierzulande, insbes ausgelöst/verstärkt durch die EU-Osterweiterung, unlautere Praktiken von (halb-)staatlichen Verkehrskonzernen, Nachholbedarf im Straßenbau u.a. Faktoren; Handlungsbedarf der BReg; Position zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4498

Vermeidung von Mautschleichverkehr im Verlauf der B 292/Ortsdurchfahrt Östringen durch den Erlass von Verkehrsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild benachbarter BLänder

KlAnfr
s. *Bundesstraße 292*
Drs 13/4639

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4828

Datenschutzrechtliche Öffnung des Mautgesetzes

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen

Antr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4884

Nutzung von Maut-Daten zur Aufklärung schwerer Verbrechen

Position zur Nutzung der an den Mautstellen der Autobahnen erfassten Daten für Fahndungszwecke bzw zu der dazu notwendigen Änderung des Gesetzes über die Erhebung von streckenbezogenen Gebühren für die Benutzung von Autobahnen mit schweren Nutzfahrzeugen; Verweisung auf die dann mögliche Aufklärung des „Parkplatzmordes“ eines Lkw-Fahrers an einem Parkwächter, Abwägung zwischen den Interessen des Datenschutzes und dem Schutz der Bevölkerung vor Schwerekriminalität

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4911

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung

und ggf Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr
s. *Nahverkehrsabgabe*
Drs 13/4950

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr
s. *Personenbezogene Daten*
Drs 13/4968

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrassen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4995

Planung und Realisierung des Ausbaus der Bundesautobahn (BAB) 8 zwischen Gruibingen und der Landesgrenze zu Bayern

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des Neubaus des Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Althochfläche sowie des 6-spurigen Ausbaus bis zur Landesgrenze; jeweilige Auswirkungen der unterschiedlichen Finanzierungs- und Betreibermodelle für die einzelnen Abschnitte auf die betroffenen Nutzer und die verfügbaren Bundesmittel für den Fernstraßenbau; Reduktion der Mautgebühren sowie der Anschubfinanzierung des Bundes durch Verlängerung der Pachtdauer für den Betreiber; Frage nach der Instandsetzung der verbleibenden mautfreien Umfahungsstrecke sowie nach Höhe und Träger der Kosten für den Katastrophenschutz am geplanten Alaufstieg

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/5099

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr
Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr 5) Rolf Gaßmann SPD 16.02.2006 Drs 13/5172
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7983-7985

Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf den Nahverkehr in BW

Erlangung der Zuständigkeit für die Gleis- und Bahnhofsinfrastruktur, Reduzierung der Verkehrsverbünde auf maximal sechs, Ermöglichung einer City-Maut und Nahverkehrsabgabe

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5203

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5234

Eintreten für mehr Betreibermodelle und Mautfinanzierung im Straßenbereich, Verwendung der Einnahmen für Schiene und Wasserstraße

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 616 617 619

Verknüpfung des Ges über die Lkw-Maut mit der Novellierung des Regionalisierungsges, Einsatz des Mittelaufkommens für den Bundesfernstraßenbau

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1023 1030 1040

Kritik an der Höhe der Lkw-Maut sowie am Erhebungsaufwand, Verwendung eines höheren Anteils für den Schienengüterverkehr, Zustimmung zur Lkw-Maut im BRat, Ausdehnung auf Pkw

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1244 1245 1249 1250 1297-1306

Vorwurf einer Überkompensierung der Lkw-Maut

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1829

Verwendung des Aufkommens aus der Lkw-Maut zum Verkehrswegebau

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1983 1984 1991

Zweifel an der technischen Realisierbarkeit der Erhebung der Lkw-Maut, Vorschlag zur Verwendung von Vignetten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3650

Verschlechterung der Wettbewerbssituation der Schiene durch das bisherige Scheitern der Lkw-Maut

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3790

Zeitperspektive für die Funktionsfähigkeit des Mautsystems, Befürchtung von Verdrängungsverkehren

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4068

Einstellung von Baustellen und Verschiebung geplanter Projekte infolge der fehlenden Mauteinnahmen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4117 4118

Gefährdung notwendiger Infrastrukturprojekte im Südwesten durch das Mautdesaster in Berlin

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4161

Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Lkw-Maut, Auswirkungen auf die Finanzierung von Straßen- und Schienenprojekten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4323 4325 4327 4328 4335 4336 4340

Verschärfung der Finanznot beim Straßenbau durch das Mautdesaster in Berlin, Beschädigung des Vertrauens in die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4660

Verschärfung der Finanznot beim Straßenbau durch das Mautdesaster in Berlin

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5199 5200 5202

Finanzierung des Straßenbaus über Mauteinnahmen

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5723

Aufnahme der neu angestoßenen Diskussion über die Ausdehnung der Maut auf Pkw, Höhe der notwendigen Einnahmen zum Verzicht auf die Kfz-Steuer bzw zur Verwendung der Mittel für den Straßenbau

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5807 5822

Begrüßung der Maut nach langer Verzögerung, Prüfung einer Ausdehnung auf Bundesstraßen, Notwendigkeit des privat finanzierten Straßenbaus über Mauteinnahmen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6058 6059 6063 6074 6075

Eintreten für eine City-Maut zur Reduzierung der Verkehrsmengen und damit auch der Feinstaubbelastung in den Städten, Vorschlag einer Spreizung der Lkw-Maut nach Umweltgesichtspunkten

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6342-6346 6349

Realisierung des mautfinanzierten Ausbaus von Autobahnabschnitten, insbes auf der A 6 und A 8; Überlegungen zur Ausweitung der Lkw-Maut auf Pkw, Verwendung der Einnahmen für den Straßenbau

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6409

Notwendigkeit von mehr Privatkapital für den Straßenbau, Überlegungen zur Ausweitung der Lkw-Maut auf Pkw

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463 6483 6494 6507 6508 6511 6512

Anstreben der Nutzerfinanzierung des Straßenbaus über Mauteinnahmen, Abschaffung der Kfz-Steuer; Erinnerung an die Pannen bei der Einführung der Lkw-Maut

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6549 6616 6621

Höhe und Verwendung der erwarteten Mauteinnahmen, Vorlage einer positiven Halbjahresbilanz, Ausdehnung der Maut auf Pkw, Verzicht auf die Kfz-Steuer

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6806 6810 6811 6815 6816

Überlegungen zur Ausweitung der Lkw-Maut auf Pkw, Verwendung der Einnahmen für den Straßenbau

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7109-7111

Straßengesetz

s. Straßenverkehrsrecht

Straßengüterverkehr

s. Güterverkehr

Straßenmeisterei

s.a. Straßenbauverwaltung

s.a. Straßenverkehrsbehörde

s.a. Straßenwärter

Zukunft der Autobahnmeisterei Heidenheim

Ergebnisse und Konsequenzen des Gutachtens zur Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der Autobahnmeistereien Heidenheim/Oggenhausen und Ellwangen, Kosten und Finanzierung eines Neubaus in Aalen/Ebnat; Erhaltung der Autobahnmeisterei Heidenheim/Oggenhausen

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 28.09.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/274

Ergänzende Stellungnahme UVM 12.12.2001 Drs 13/564
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA
08.11.2001/28.02.2002 Drs 13/852 S. 41
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Zukunft der Straßenbauverwaltung in BW

Art und Zeitrahmen der Umsetzung o.g. Neuordnung, Bündelung der mittleren Verwaltungsebene von Autobahn- und übriger Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Zusammenlegung von Straßenbau- und Autobahnbetriebsämtern sowie Autobahn- und Straßenmeistereien, Frage nach Synergieeffekten und Berücksichtigung ländlicher Räume durch die Standortzusammenlegungen, Überlegungen zu privat betriebenen Fernstraßenschnitten

Antr
s. Straßenbauverwaltung
Drs 13/378

Erhaltung der Versorgungsverwaltung, der Landeswohlfahrtsverbände, Straßenbauämter und Straßenmeistereien in ihrer jeweils bisherigen Form; Verzicht auf eine Zerschlagung des Landesdenkmalamts

Antr
s. Verwaltungsreform
Drs 13/3076

Straßenschaden

s. Bauschaden

Straßentunnel

s. Tunnel

Straßenverkehr

s.a. Fahrschule

s.a. Fahrverbot

s.a. Fußgänger

s.a. Geschwindigkeitsbegrenzung

s.a. Kreisverkehr

s.a. Straßenbenutzungsgebühren

s.a. Straßenverkehrsbehörde

s.a. Straßenverkehrsrecht

s.a. Transitverkehr

s.a. Verkehrserziehung

s.a. Verkehrskontrolle

s.a. Verkehrslenkung

s.a. Verkehrssicherheit

s.a. Verkehrsunfall

s.a. Verkehrsvermeidung

s.a. Verkehrszeichen

s.a. Wegweiser

s.a. Winterdienst

Straßenverkehr entwickeln - Mobilität sichern

Zustand der Landesstraßen, Bundesfernstraßen und Autobahnen; derzeitige bzw dringlich notwendige Projekte; Darstellung des Finanzierungsbedarfs, Beurteilung einer verstärkten Zweckbindung der geplanten streckenabhängigen Lkw-Benutzungsgebühren sowie eines höheren Teils des Mineralölsteueraufkommens zur Finanzierung des Fernstraßenbaus; Umfang der Förderung des kommunalen Straßenbaus in der vergangenen und aktuellen WP

Antr
s. Straßenbau
Drs 13/392

Bauen statt Stauen - Vernunft vor Ideologie

Investitionsstau der Bundesmittel für den Ausbau der Schieneninfrastruktur bei der Bahn AG, Überlegungen des BVerkehrsMin zur Umwidmung dieser Mittel zur Beschleunigung von Straßenbauprojekten, Scheitern dieser Pläne am Veto der Bundstagsfraktion der Grünen, betroffene Vorhaben in BW

Antr
s. Straßenbau
Drs 13/473

Auffälligkeiten im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Rauschmitteln

Entwicklung der Fallzahlen unter Einfluss von legalen und illegalen Drogen sowie daraus folgenden Unfällen mit Personenschäden in den letzten Jahren, Anwendung von Führerscheinentzug u.a. Sanktionsmitteln, Möglichkeiten der Strafverfolgung, Präventionsarbeit

Antr
s. Kraftfahrer
Drs 13/516

Telematik und Verkehrsmanagement auf Straßen

Ergebnisse von Pilotprojekten zur Verkehrstelematik, Stand der Entwicklung technischer und rechtlicher Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Systeme, Hinwirkung auf eine breitere Anwendung verfügbarer Produkte zur Entlastung der Straßen bzw Steigerung der Mobilität im Straßenverkehr

Antr
s. Verkehrslenkung
Drs 13/789

Forschung und Innovationen im Bereich des Verkehrs

Anmeldung und Aufnahme von Projekten des Straßen- und Schienenverkehrs im 6. Forschungsrahmenprogramm der EU, Zeitplan und Effizienz des Mitteleinsatzes und Umsetzung der

Ergebnisse

KlAnfr

s. *Forschung*

Drs 13/876

Strukturen der kriminellen Drogenszene in BW

Maßnahmen gegen Verkehrsteilnehmer unter Drogeneinfluss

Antr

s. *Rauschgiftkriminalität*

Drs 13/895

Drogen im Straßenverkehr - Mischkonsum, Grenzwerte und strafrechtliche Konsequenzen

Ausrichtung von Drogenkontrollen im Straßenverkehr auf Mischkonsum, Einführung von Grenzwerten, Verschärfung der strafrechtlichen Ahndung des Fahrens unter Drogeneinfluss

Antr

s. *Kraftfahrer*

Drs 13/1076

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung von Expertenvorschlägen, u.a. zum Einbau von Unfalldatenschreibern, Festlegung von Drogen-grenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis; administrative, bauliche und verkehrstechnische Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Tunnels; Verstärkung der Kontrollen, insbes von Kleintransportern und ausländischen Lkw; Verschärfung der Sanktionen; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulungsbildung

GrAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1173

Verkehrsfluss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1215

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Auswirkungen voller Stau- und Warteräume entlang der A 2 auf Schweizer Seite bzw des Schweizer Schwerverkehrsmanagements auf den Verkehr auf der Rheintalautobahn und den Grenzübergang Weil am Rhein

Antr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1269

Gerechte Verteilung der Verkehrslasten in der Raumschaft Pfaffenweiler, Schallstadt, Ehrenkirchen

Bedeutung, Finanzierbarkeit, Chancen und Zeitpunkt einer Realisierung des Ausbaus der L 125 zwischen Schallstadt und Ehrenkirchen sowie der Ortsumfahrung von Schallstadt-

Wolfenweiler; Bewertung der vorgeschlagenen Varianten

KlAnfr Christoph Bayer SPD 26.11.2002 und Antw UVM

Drs 13/1559

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/1619

Optimierung der Steuerung im Straßenverkehr

Stand der Technik bei Lichtsignalanlagen zur Vermeidung von Staus an Verkehrsknotenpunkten, Hinwirkung auf kompatible Datennetze zur Optimierung der Abstimmung der Lichtsignale bei den Kommunen, Erstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung über eine flächendeckende Modernisierung der Telematik und digitalen Netzsteuerung

KlAnfr

s. *Verkehrslenkung*

Drs 13/1751

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs

GrAnfr

s. *Umwelt*

Drs 13/1821

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr

s. *Generalverkehrsplan*

Drs 13/1825

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr

s. *Polizei*

Drs 13/2715

Durchsetzung des Rechtsfahrgebots

Maßnahmen gegen notorische Linksfahrer und Langsamüberholer auf Autobahnen, insbes Aufklärung, Kontrollen und Sanktionen der Autobahnpolizei

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/2880

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Auswirkungen im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr bzw im Verkehrsgewerbe; Ausbau der Verkehrsweginfrastruktur mithilfe der EU; Teilverlagerung des zusätzlichen Güterverkehrs auf Schienen- und Wasserwege

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3223

Verkehrs-/Mobilitätsmanagement und Verkehrssteuerung

Zuständigkeitsregelungen zur Erhebung, Verarbeitung und Verbreitung von Verkehrsinformationen; Unterstützung des Aufbaus von öffentlichen und privaten Informationssystemen; Verstärkung der Moderatorenrolle zur Kooperation von öffentlichen und privaten Telematikdienstbietern, Schaffung von mehr Rechtssicherheit für die Produzenten, Förderung der Realisierung der in Stuttgart geplanten Integrierten Verkehrsleitzentrale sowie der Ludwigsburger Leitzentrale

Antr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 13/3322

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Definition verschiedener Konsummuster, wie z.B. gelegentlicher oder regelmäßiger Konsum von Cannabis u.a. Betäubungsmitteln, durch die Führerscheinebehörden; Darlegung der jeweils angeordneten Überprüfungen, wie z.B. ärztliches Gutachten, Drogenscreening oder MPU, sowie der verhängten Sanktionen bis hin zum sofortigen Entzug der Fahrerlaubnis; Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Rechtsprechung im Verwaltungsverfahren, Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltungspraxis? Umsetzung von Ergebnissen einer Befragung der Fahrerlaubnisbehörden?

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/3340

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Auflistung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3371

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterleitung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3571

Verkehrsbelastung und Sanierungsbedarf der Rheinbrücke Karlsruhe

Entwicklung und Prognosen der Verkehrsmengen nach Fahrzeugarten und Zielgebieten, Möglichkeiten einer Kapazitätserhöhung durch intelligente Verkehrslenkung, Zeitpunkt und Ausmaß der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten, Frage nach Zwischenergebnissen der noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung, Berücksichtigung der Belange der Natura 2000-Gebiete in den Rheinauen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4073

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4075

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetter-

lagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Verbesserung der Qualität und der Aussagefähigkeit des Luftschadstoffmessprogramms in BW

Darlegung der Standorte der Messstationen, der Kriterien für die Standortwahl sowie der gemessenen Überschreitungen der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Auflistung der Orte mit beidseitig bebauten Straßen und mit einer durchschnittlichen Belastung von mehr als 25.000 Kfz und einem Lkw-Anteil von über 4 % und der dort gemessenen bzw als wahrscheinlich anzunehmenden Werte; Ermittlung des Bedarfs bzw der Standorte für zusätzliche Messungen gemeinsam mit den Kommunen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4235

Ursachen des Auftretens und Möglichkeiten der Beeinflussung der Feinstaubproblematik in BW

Ursachen und (gesundheitliche) Auswirkungen der Problematik, Anteile des Straßen-/Schienenverkehrs, von Industrie, Haushalten, Kraftwerken u.a.; Standortwahl und Ergebnisse von Messungen; bisherige und notwendige Maßnahmen von Bund, Ländern, Kommunen und der EU; Strategie der Automobilindustrie, steuerliche Anreize zur Einführung der Partikelfilter; Verschärfung der Situation durch fehlende Umgehungsstraßen, Stau- und Mautflüchtlinge von Autobahnen; vorhandene Luftreinhaltepläne, Vergleich mit anderen EU-Ländern, Vorbereitung auf die nächste Verschärfung der Grenzwerte

GrAnfr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4262

Sport und Mobilität

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Studie, insbes Reduzierung der Pkw-Nutzung bei der Anfahrt zu Sportstätten und zur Ausübung von Freizeitsport; Verknüpfung der Sportstättenförderung mit Anforderungen an ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, Frage nach gegenteiligen Fällen, wie z.B. das Förderprojekt Großsporthalle Tübingen, in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 13/4946

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung und ggf Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr
s. *Nahverkehrsabgabe*
Drs 13/4950

Wirksame Maßnahmen gegen Feinstaub

Standorte der einzelnen Messstellen, gemessene Werte bzw Grenzwertüberschreitungen, gesundheitliche Auswirkungen,

Effizienz der erlassenen und geplanten Luftreinhalte- und Aktionspläne, notwendige zusätzliche Maßnahmen; Hinwirkung auf Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge ohne Rußfilter bzw auf die steuerliche Förderung des Rußfilters, Überarbeitung der Luftreinhalte- und Aktionspläne, Förderung des Umstiegs auf den ÖPNV durch Einführung einer Citymaut und Nahverkehrsabgabe, Umrüstung der Fahrzeuge des ÖPNV auf Rußfilter oder rußfreie Antriebe, Verordnung von Tempo 30 auf innerörtlichen Straßen bei Grenzwertüberschreitungen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/5162

Eintreten für den motorisierten Individualverkehr, Ausbau und Erhaltung des Straßennetzes

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46 47 60

Umfang und Kosten der täglichen Verkehrsstaus in Europa, Unterstützung der Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene, Verteuerung des Straßenverkehrs

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 613-620

Ruf nach mehr Mitteln des Bundes für den Straßenverkehr, Bedienung des Landes mit dem Antistauprogramm der BReg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1596 1598-1600

Vorwurf einer einseitigen Förderung des Straßenverkehrs, Aufforderung zur Umorientierung auf öffentliche Verkehrsmittel

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1829 1830 1835 1836

Feststellung einer Verdoppelung des Straßenverkehrs seit 1980; Auswirkungen auf die Menschen, Umwelt und Wirtschaft

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3642 3649

Finanzierung verschiedener Straßen- und Schienenprojekte aus dem Antistauprogramm der BReg, Auswirkungen der Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Einführung der Lkw-Maut

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712 3713 3726-3728

Zunahme des Straßenverkehrs, Förderung des Energie sparen des Fahrens

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3780-3782 3790

CO2-Emissionen des Straßenverkehrs

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3988-3992

Prognosen zum Straßenverkehrsaufkommen, Umleitung eines Teils auf öffentliche Verkehrsmittel, Rückgang der Zahl von Verkehrstoten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4322

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und damit der Umstiegsbereitschaft vom Individualverkehr, Bewertung als Beitrag zum Klimaschutz

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4427 4430 4436

Anteil des Straßenverkehrs an der Feinstaubproblematik, Prüfung von Fahrverboten bzw der steuerlichen Förderung des Partikelfilters für Dieselfahrzeuge

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341-6351

CO2-Emissionen des Straßenverkehrs

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6436

Aktuelles bzw bis 2015 prognostiziertes Aufkommen im Straßenverkehr, Vergleich der Investitionen in die Infrastruktur, Umstellung von der Steuer- zur Nutzerfinanzierung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6808 6810-6817

Straßenverkehrsbehörde

s.a. Straßenbauverwaltung

s.a. Straßenmeisterei

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Definition verschiedener Konsummuster, wie z.B. gelegentlicher oder regelmäßiger Konsum von Cannabis u.a. Betäubungsmitteln, durch die Führerscheinebehörden; Darlegung der jeweils angeordneten Überprüfungen, wie z.B. ärztliches Gutachten, Drogenscreening oder MPU, sowie der verhängten Sanktionen bis hin zum sofortigen Entzug der Fahrerlaubnis; Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Rechtsprechung im Verwaltungsverfahren, Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltungspraxis? Umsetzung von Ergebnissen einer Befragung der Fahrerlaubnisbehörden?

Antr

s. Kraftfahrer

Drs 13/3340

Straßenverkehrsordnung

s. Straßenverkehrsrecht

Straßenverkehrsrecht

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungGes BW -EurUG-)

Änd des StraßenGes

GesEntw

s. Währung

Drs 13/313

Auswirkungen einer Änd der StVZO auf die privaten Krankentransportunternehmer in BW

Beschränkung der Notfallhilfe unter Verwendung von Blaulicht auf Rettungstransportwagen, Auswirkungen auf die privaten Krankentransportunternehmer und die Kosten des Rettungsdienstes insgesamt

Antr

s. Krankentransport

Drs 13/332

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LAbfallGes

GesEntw

s. Umweltverträglichkeitsprüfung

Drs 13/1227

Ges zur Neuordnung der Straßenbauverwaltung

Zusammenführung der Autobahnverwaltung mit der übrigen Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Schaffung einer Landesstelle für Straßentechnik beim RegPräs Stuttgart; Änd des

StraßenGes, ErnennungsGes, LBesoldungsGes, LPersonalvertretungsGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BFernstraßenGes und dem EisenbahnkreuzungsGes sowie weiterer RechtsVO

GesEntw

s. Straßenbauverwaltung

Drs 13/1372

Ausnahmegenehmigungen nach § 48 StraßenverkehrsO (StVO) für Pflegedienste

Ermöglichung o.g. Ausnahmegenehmigungen vom Parkverbot für ambulante Pflegedienste und damit der Gleichstellung mit Handwerkernotdiensten und Fahrzeugen des Südwestrundfunks

MdlAnfr

s. Altenpflege

Drs 13/2447

Durchsetzung des Rechtsfahrgebots

Maßnahmen gegen notorische Linksfahrer und Langsamüberholer auf Autobahnen, insbes Aufklärung, Kontrollen und Sanktionen der Autobahnpolizei

Antr

s. Kraftfahrer

Drs 13/2880

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des StraßenGes, des Ges über Zuständigkeiten nach der Straßenverkehrsordnung sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem BundesfernstraßenGes und dem EisenbahnkreuzungsGes

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und zur Änd anderer Gesetze

Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen, Regelungen zur Schaffung von Barrierefreiheit vor allem im Bereich der Kommunikation mit öffentlichen Stellen, Normierung der Bestellung eines Beauftragten der LReg für Behinderte; Änd des StraßenGes sowie des Ges über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

GesEntw

s. Behinderter

Drs 13/4108

Unterbindung von Lkw-Maut-Ausweichverkehr auf dem mautfreien Straßennetz

Auflistung der vom o.g. Ausweichverkehr betroffenen Kommunen und (Bundes-)Straßenabschnitte, Eignung bzw Ergreifung von Gegenmaßnahmen nach dem AutobahnmautGes und der StVO, insbes Benutzungsbeschränkungen für den Schwerlastverkehr; Frage nach entsprechenden Absichten der Straßenverkehrsbehörden; Unterstützung einer BRatsinitiative zur Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw unter 12 t zulässigem Gesamtgewicht

Antr

s. Straßenbenutzungsgebühren

Drs 13/4246

Vermeidung von Mautschleichverkehr im Verlauf der B 292/Ortsdurchfahrt Östringen durch den Erlass von Verkehrsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild benachbarter BLänder

KlAnfr
s. *Bundesstraße 292*
Drs 13/4639

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4828

Straßenverkehrssicherheit

s. *Verkehrssicherheit*

Straßenverkehrsunfall

s. *Verkehrsunfall*

Straßenverkehrszulassungsordnung

s. *Straßenverkehrsrecht*

Straßenwärter

Anforderungen an das Berufsbild des Straßenwärters/der Straßenwärterin

Angebot und Bedarf an Ausbildungsplätzen für den o.g. Lehrberuf bei den unterschiedlichen Baulastträgern, Auswirkungen einer erneuten Reform der Straßenbauverwaltung sowie des Kostenanstiegs durch den vorgeschriebenen Erwerb der Führerscheine B und CE, Einsparung von Kosten durch Verlagerung dieser zusätzlichen Anforderung an die zentralen Ausbildungsstätten

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 25.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3068
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.07.2004 Drs 13/3492 S. 43
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Stratthaus, Gerhard MdL CDU

Berufung und Vereidigung von Gerhard Stratthaus zum/als Finanzminister

s. *Finanzminister*
PIPr 13/3 S. 37

Berufung und Vereidigung von Gerhard Stratthaus zum/als Finanzminister

s. *Finanzminister*
PIPr 13/91 S. 6399

Streik

s.a. *Demonstration*
s.a. *Tarifvertrag*

Auswirkung des Streiks in der Metallindustrie auf die finanzielle Situation der Krankenkassen

Ausfall der Beiträge der Streikenden während des Arbeitskampfes unter Aufrechterhaltung der Leistungsansprüche, Unterschiede zwischen freiwillig und gesetzlich Versicherten, Höhe und Folgen der Beitragsausfälle beim letzten Streik

KlAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 28.08.2002 und Antw SM
Drs 13/1281

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahmeverluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4595

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Einleitung von Strukturreformen bzw Verbesserung der Vergütung, der Vertragslaufzeiten und Abbau der Arbeitszeitbelastung als Konsequenzen aus dem Streik der Assistenzärzte, Überprüfung des Umgangs der Klinika mit dem ArbeitszeitGes durch die Gewerbeaufsichtsämter

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4604

Streudienst

s. *Winterdienst*

Streuobstbau

s. *Obstbau*

Stroh

Energiegewinnung durch Strohvergasung

Förderung der o.g. alternativen Energiegewinnung, Beurteilung aus ökonomischer und ökologischer Sicht

KlAnfr Friedlinda Gurr-Hirsch CDU 22.10.2003 und Antw MLR Drs 13/2534

Entwicklung der energetischen Nutzung von Stroh in BW

Aufüstung der Anlagen, deren installierte Leistung und Produktion an Strom und Wärme; Förderung der Forschung und Entwicklung zur Energiegewinnung aus Stroh bzw der Errichtung entsprechender Anlagen

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 17.09.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3558
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 76
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Energetische Nutzung von Biomasse in BW

Darstellung der Potenziale zur energetischen Nutzung von Stroh, kommunalem Grünschnitt, von organischen Abfällen und Klärschlamm; Forschungsbedarf im Bereich der Züchtung, des Anbaus und der Verarbeitung spezieller Energiepflanzen; Einschätzung der Beschäftigungseffekte, des Flächenbedarfs für den Anbau nachwachsender Rohstoffe sowie Marktanteils von Kraftstoffen aus Biomasse, Chancen und Problematik von Importen u.a. aus Ländern wie Brasilien und Indonesien

GrAnfr
s. *Biomasse*
Drs 13/4539

Förderung der energetischen Verwertung von Stroh

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345

Strohgäubahn*Finanzierung nichtbundeseigener Eisenbahnen*

Darlegung der seit 1990 stillgelegten bzw bedrohten NE-Strecken, u.a. Vaihingen/Enz-Enzweihingen, Gaildorf-Untergröningen, Korntal-Weissach und Ebingen-Onstmettingen; Vorlage eines Konzepts zum Einsatz von Regionalisierungsmitteln auch für SPNV-Bestellungen auf NE-Bahnen

Antr
s. *Eisenbahnunternehmen*
Drs 13/1468

Zukunft der Strohgäubahn Korntal-Weissach

Abwendung einer Streckenstilllegung, Bereitstellung von Investitionshilfen nach dem GVFG sowie freien Regionalisierungsmitteln für den laufenden Betrieb, Unterstützung der Anliegerkommunen, LKreise und der Region Stuttgart zur Modernisierung der Strohgäubahn

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 19.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2631
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 30-33
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Aufgabenträgerschaft bei der Strohgäubahn

Klärung der Zuständigkeit für die Strohgäubahn Korntal-Weissach und deren Finanzierung

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 02.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2953
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.04.2004 Drs 13/3239 S. 27 28
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Mittelbedarf zur Sanierung der Strohgäubahn und Einbindung in das Stuttgarter Stadtbahnnetz

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4431

Strom*s. Elektrizität***Stromeinspeisung***Entwicklung der Gewinnung von Windkraft in BW*

Zahl, Standorte und Energieerzeugungsanteil der in den letzten fünf Jahren errichteten Windräder; Höhe der Subventionen über das EnergieeinspeiseGes; Entwicklung von Bürgerinitiativen für und gegen die Windkraftnutzung; Auflistung von ge-

eigneten Standorten zur Erzielung marktgerechter Energiepreise ohne notwendige Subventionierung

KIAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/825

Neubau Wasserkraftwerk Rheinfelden; hier: mögliche Förderung

Ausgestaltung der BRatsinitiative zur Aufnahme der Großen Wasserkraft ins Erneuerbare-Energien-Ges, Höhe der vorgeschlagenen Einspeisevergütung, Berücksichtigung der unterschiedlichen Investitionskosten großer Wasserkraftanlagen, Zulässigkeit einer Förderung in Rheinfelden aus Landesmitteln

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/1018

Blockadepolitik des Landes im Zusammenhang mit der Förderung der Photovoltaik über das Erneuerbare-Energien-Ges (EEG)

Begründung der Blockade der vom BTag beschlossenen Anhebung des im EEG festgelegten 350-Megawatt-Deckels für Photovoltaik auf 1000 Megawatt, Auswirkungen auf die Solarbranche, Vereinbarkeit mit der Förderung neuer Technologien und Exportchancen sowie mit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der regenerativen Energien am Primärenergieverbrauch bis 2010, erwartete Auswirkungen der verhinderten Anhebung auf den Strompreis

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/1107

Zählergebühren bei Stromeinspeisung durch private Stromproduzenten

Beurteilung des von einzelnen Netzbetreibern ausgeübten Zwangs zur Nutzung ihrer eigenen (gebührenpflichtigen) Zähler durch die o.g. Produzenten; Darlegung der Rechtslage

KIAnfr Thomas Knapp SPD 17.07.2003 und Antw WM Drs 13/2277

Erwin Teufel und die Förderung der Windkraft

Förderung von Windkraftanlagen über staatliche Subventionen bzw das Erneuerbare-Energien-Gesetz, Klärung des Subventionsbegriffs des MinPräs bzw von früheren Aussagen zur Vergütung von Strom aus regenerativen Quellen, Frage nach dem Arbeitsmarkt- und Exportpotenzial von Windkraftanlagen sowie nach einer Kampagne gegen Hochspannungsleitungen

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2319

Stromerzeugung mittels Photovoltaik durch landwirtschaftliche Betriebe

Zahl und regionale Verteilung o.g. Betriebe, Umfang der erzeugten bzw ins öffentliche Netz eingespeisten Strommenge, Zahl der auf dem Boden installierten Anlagen

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 13/3643

Großflächige Photovoltaik-Anlagen im Freiland

Vergleich der o.g. Anlagen mit denen auf oder an Gebäuden unter ökonomischen und ökologischen Aspekten; Entwicklung seit 1998 nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten

Strommenge; Auswirkungen des novellierten EEG auf die Vergütung von Solarstrom; Notwendigkeit von Regelungen für die Genehmigung im LPlanungsGes?

Antr
s. *Solartechnik*
Drs 13/3754

Subventionierung der Windkraftnutzung mithilfe der hohen Einspeisevergütung durch das Erneuerbare-Energien-Ges, Erwartung einer Reduktion dieser Vergütung

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1384-1386 1389 1392 1393 1401

Bezeichnung des EnergieeinspeiseGes als innovations- und marktwirtschaftsfeindlich

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1838

Bewertung der Einspeisevergütungen für die Windkraft und Solarenergie als zu hoch, Nachbesserung des EEG, Einbeziehung der Großen Wasserkraft

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3142 3145-3148 3150 3181 3185 3188 3189

Bewertung der Einspeisevergütungen für die Windkraft und Solarenergie als zu hoch, Nachbesserung des EEG, Einbeziehung der Großen Wasserkraft

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3469 3484

Bewertung der Einspeisevergütung als zu hoch, Beklagung einer Fehlleitung dieser Subventionen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4129

Entwicklung der Einspeisevergütungen mit dem alten und neuen EEG, Bewertung des StromeinspeisungsGes der Regierung Kohl als Anschubfinanzierung für die erneuerbaren Energien

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869-4878 4880

Bewertung der Einspeisevergütung als zu hoch, Beklagung von Mitnahmeeffekten

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5330 5333

Bewertung der Einspeisevergütung für die Windkraft als zu hoch, Beklagung von Mitnahmeeffekten, Erinnerung an das StromeinspeisungsGes unter der Regierung Kohl

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7018 7019 7021 7027

Bewertung der Einspeisevergütung als zu hoch, Bewirkung höherer Strompreise

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7047 7048 7051 7053

Stromerzeuger

s. *Energiewirtschaft*

Stromerzeugung

s. *Energieerzeugung*

Stromkabel

s. *Elektrische Leitung*

Stromleitung

s. *Elektrische Leitung*

Strommast

s. *Elektrische Leitung*

Strompreis

s. *Energiepreis*

Stromtarif

s. *Energiepreis*

Stromverbrauch

s. *Energienutzung*

Stromzähler

s. *Messgerät*

StrUBG

s. *Unterbringungsgesetz*

Struktur- und Entwicklungspläne der Hochschulen

s. *Hochschule*

Strukturentwicklungsbericht

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Strukturentwicklungsbericht 2003

Verfeinerung der Kriterien für eine Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung; Bericht über strukturpolitische Maßnahmen 1995-2002 in den regionalen Fördergebieten BW

Mittlg WM 01.03.2004 Drs 13/2941

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489

BeschlEmpf und Bericht WirtA 22.09.2004 Drs 13/3567

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Strukturpolitik

s.a. *Agenda 2000*

s.a. *Agrarstruktur*

s.a. *Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder*

s.a. *Landesentwicklungsgesellschaft*

s.a. *Strukturentwicklungsbericht*

s.a. *Strukturschwaches Gebiet*

s.a. *Unternehmensansiedlung*

s.a. *Verkehrsplanung*

s.a. *Wirtschaftsförderung*

Situation der Landesentwicklungsgesellschaft

Entwicklung der Wirtschaftsdaten und Beteiligungsverhältnisse der LEG seit 1999; Zahl der privatisierten und weiterveräußerten Wohnungen, Reinvestition der Erlöse in den Wohnungsneubau, Umfang der Vergabe von Landesaufträgen, Eintreten für die struktur- und sozialpolitischen Ziele im Aufsichtsrat

Antr

s. *Landesentwicklungsgesellschaft*

Drs 13/891

Energiewende und Atomausstieg in BW

Energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1134

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Rahmendaten, Standortdefizite und -chancen in Heilbronn und den vier LKreisen der Region; modifizierte Fortschreibung der GrAnfr und Antw von 1998 auf Drs 12/1976; Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- bzw Wirtschaftsdaten, Verkehrsinfrastruktur, Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft; Förderung des Kooperationsraums Bodensee-Oberschwaben; Beurteilung einer Neustrukturierung der Verwaltung in der Region sowie der Ansiedlung einer FH in Überlingen; Entwicklung der Zahlen von Gästen und Betrieben im Fremdenverkehr, Vergleich bzw Zusammenarbeit mit den anderen Anrainerstaaten

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region; Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild, Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1318

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Strukturpolitische Begleitung des Rückbaus des Kernkraftwerks Obrigheim

Antr SPD 20.12.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1647
ÄAntr CDU und FDP/DVP 18.12.2003 Drs 13/2756
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4125-4134

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1733

Rot-grüner Ausstieg aus der Kernkraft und Folgen für Obrigheim und die Region

Konversionspläne des Bundes und Landes zur Kompensation der o.g. Beschlüsse, Mitwirkung an Strategiegesprächen zur wirtschaftlichen Stärkung des Elz-Mündungsraumes und des Neckar-Odenwald-Kreises, Investitionen der EnBW in Obrigheim und Mosbach, Zahl der Ein- und Auspendler im Neckar-Odenwald-Kreis

Antr Peter Hauk u.a. CDU 19.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1804
BeschlEmpf und Bericht WirtA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 8
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Ju-

gendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1880

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1886

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1987

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2026

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2135

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW
Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2537

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/2667

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Strukturentwicklungsbericht 2003

Verfeinerung der Kriterien für eine Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung; Bericht über strukturpolitische Maßnahmen 1995-2002 in den regionalen Fördergebieten BW

Mittlg
s. *Strukturentwicklungsbericht*
Drs 13/2941

EU-Strukturförderung für den LKreis Heidenheim

Veränderung der Kriterien und Bedingungen für die Aufnahme in die neue Förderkulisse ab 2006? Gründe für die Ablehnung der Aufnahme des LKreises Heidenheim in die Gebietskulisse nach Ziel 2 im Jahr 1999; Frage nach Vorbereitungen für den neuen Förderzeitraum

KlAnfr Dr. Inge Gräßle CDU 13.05.2004 und Antw StM Drs 13/3212

EU-Strukturförderung für den Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd und die weitere Entwicklung dieses Fördersegments

Höhe und Herkunft der Fördermittel zur Unterstützung von Ziel 2 Regionale Wettbewerbsfähigkeit, Beteiligung an den Vorbereitungen für die neu zu regelnde Förderphase nach 2006, Einschätzung der zu erwartenden Veränderungen in den Kriterien, Verfahren und in der Gebietskulisse

KlAnfr Mario Capezuto SPD 14.07.2004 und Antw StM Drs 13/3375

Aktivitäten der LReg im Zuge der Konversion der zur Schließung anstehenden Bundeswehrstandorte im Land

Ergebnisse der Einbeziehung des MinPräs durch den BVerteidigungsminister in der Entscheidungsphase zur Schließung von Standorten; Einrichtung einer befristeten Konversionsstelle beim

WM sowie eines Konversionsprogramms für die betroffenen Standortgemeinden; Förderung der Infrastruktur, der erneuerbaren Energien und des Mittelstands; Prüfung einer Aufnahme von besonders betroffenen Gemeinden in strukturschwachen Gebieten in die EFRE-Förderung der EU

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3732

Konversion von Militärstandorten im Main-Tauber-Kreis

Strukturpolitische Begleitung der Konversion von Bundeswehrstandorten, insbes durch Ausbau des Grünen Zentrums Boxberg, durch Förderung des Anbaus und der energetischen Verwertung von Biomasse bzw der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Bioenergie (Strom, Bioethanol und Biodiesel) an den Standorten Obrigheim und Buchen

Antr
s. *Konversion*
Drs 13/3734

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

*-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik für die neue Förderperiode 2007 bis 2013*

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/3929

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, gestellte und bewilligte Anträge auf GVFG-Maßnahmen, Stand der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts von den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/3975

Reform des Beihilferegimes der EU

Beurteilung o.g. Vorschläge der neuen EU-Wettbewerbskommissarin Kroes, Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsförderung und Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik für die neue Förderperiode 2007 bis 2013

KlAnfr
s. *Subvention*
Drs 13/4065

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car

Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/4066

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion

Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarketing GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr

s. *Unterer Neckar, Region*

Drs 13/4067

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und Landkreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4152

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor in den letzten zehn Jahren, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

KlAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4291

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Vernetzung mit der Wirtschaft, insbes des Transfers von Forschungsergebnissen und der Technikfolgenabschätzung seit 1985; Höhe und Wirkungen der Förderung, Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Arbeitsmarktdaten, Existenzgründungen und Betriebsansiedlungen; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Kooperation mit Bayern; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen; Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, geplante Projekte bis 2010; Wettbewerbsfähigkeit der Region als Hochtechnologiestandort, Abbau von Defiziten

GrAnfr

s. *Ulm*

Drs 13/4584

10 Jahre Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR)

Darlegung der o.g. Bilanz bzw der gesicherten und neu geschaffenen Arbeitsplätze, Bewährung der Koordinierungsausschüsse und des Förderverfahrens? Berücksichtigung der Verringerung des Landschaftsverbrauchs bei der Ausweisung von Gewerbegebieten bzw Vorrang der Innenentwicklung mit dem Projekt MELAP; Umfang der flankierenden Förderung aus Mitteln und Programmen der EU, Auswirkungen der Neuordnung der EU-Strukturpolitik auf das ELR

Antr

s. *Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum*

Drs 13/4890

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszulage, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu einer moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr

s. *Agrarpolitik*

Drs 13/5048

Konversionsstandorte - Umwandlung von Darlehen in Zuschüsse

Höhe der einzelnen vergebenen Darlehen aus dem Konversionsstandortprogramm, Erfolg der jeweiligen Vermarktung der Gewerbeflächen; Auflistung der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge auf Umwandlung des Darlehens in einen Zuschuss; Beurteilung der Zusage an Baden-Baden, Gleichbehandlung der anderen Konversionsstandorte

KlAnfr

s. *Konversion*

Drs 13/5189

Vergleich der regionalen Strukturpolitik in BW u.a. BLändern

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 342

Erfolg der Strukturpolitik für den ländlichen Raum, Förderung von Arbeitsplätzen mit dem Projekt „Regionen Aktiv“

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 514-523

Stärkung der regionalen Strukturen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451 1452 1457

Feststellung des Defizits einer aktiven Strukturpolitik in BW

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1524

Begleitung der Strukturpolitik am Oberrhein, Koordination und Unterstützung der politischen Akteure vor Ort

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1974-1994

Erfolg der Strukturpolitik für den ländlichen Raum

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601

Herausforderungen für die Strukturpolitik der EU nach der Osterweiterung, Bezeichnung der finanziellen Vorausschau der Kommission ab 2007 als illusionär

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5376

Unterstützung der regionalen Clusterbildung, Erfolgsbewertung der Strukturpolitik für den ländlichen Raum und für Ballungsgebiete

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6407 6420 6421 6423

Verteidigung der etatisierten Fördermittel für die Strukturpolitik

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7394 7395 7401

Strukturschwaches Gebiet*s.a. Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum**s.a. Strukturpolitik**Personalausstattung der Straßenbauämter im ländlichen Raum*

Defizite an Planungen und Mittelabruf aufgrund von Personal-mangel

MdlAnfr

s. Straßenbauverwaltung

Drs 13/62

Verkauf des Breitbandkabelnetzes

Beurteilung o.g. Verkaufsabsichten der Telekom an die Callahan-Gruppe, Einschätzung von Befürchtungen über eine Benachteiligung ländlicher Räume beim Netzausbau sowie von verschiedenen Anbieter- und Nutzergruppen beim Netzzugang, Bewertung künftiger Einflussmöglichkeiten der LfK sowie von Aufgaben und bisherigen Ergebnissen des Zukunftsforums Kabel 21

Antr

s. Kabelnetz

Drs 13/171

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes

Auswirkungen des Verkaufs des Kabelnetzes durch die Telekom auf die Kabelkunden, Programmanbieter, LfK, Verbreitungstechnologien und Frequenzvergaben; Gewährleistung der Gleichbehandlung der bisherigen Fernsehanbieter im Kabel sowie des ländlichen Raums bei einer weiteren Verkabelung und Modernisierung des Kabelnetzes; Einschätzung der Entwicklung von Pay-TV in BW

Antr

s. Kabelnetz

Drs 13/226

Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt

Umsetzungsstand der im Generalverkehrsplan 1995 formulierten Verlagerungsziele, Darlegung von Hemmnissen im KLV sowie Wirkungen des vom Land finanzierten Förderprogramms, Auflistung der vom Rückzug der Bahn AG aus der Fläche betroffenen Strecken und Standorte; Chancen, Unterstützungsmöglichkeiten und Auswirkungen einer Übernahme dieser Verkehre durch NE-Bahnen, Gestaltung des Modal-Splits im grenzüberschreitenden Güterverkehr in den letzten drei Jahren, Einschätzung der vom Entwurf eines neuen LEntwicklungsplans ausgehenden Impulse

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/241

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 14)

Förderung strukturverbessernder Baumaßnahmen im ländlichen Raum

Mittlg

s. Bauvorhaben

Drs 13/329

Zukunft der Straßenbauverwaltung in BW

Art und Zeitrahmen der Umsetzung o.g. Neuordnung, Bündelung der mittleren Verwaltungsebene von Autobahn- und übriger Straßenbauverwaltung bei den RegPräs, Zusammenlegung von Straßenbau- und Autobahnbetriebsämtern sowie Autobahn- und Straßenmeistereien, Frage nach Synergieeffekten und Berücksichtigung ländlicher Räume durch die Standortzusammenlegungen, Überlegungen zu privat betriebenen Fernstraßenabschnitten

Antr

s. Straßenbauverwaltung

Drs 13/378

Flächendeckender Abbau von Telefonzellen im Ländlichen Raum und Vandalismus an Telefonzellen

Aufgabe o.g. Standorte wegen mutwilligen Beschädigungen; Hinwirkung auf Erhaltung eines flächendeckenden Netzes von öffentlichen Telefonzellen

Antr

s. Telefon

Drs 13/569

Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs

Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsbahnhöfe, Vorlage der o.g. Konzeption mit einem Finanzierungskonzept, Übernahme der Trassenkosten für die Feinverteilung im Schienengüterverkehr, Hinwirkung auf Zurückstellung der Stilllegungspläne bis zur Übernahme der betroffenen Verkehre durch andere Betreiber

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/625

Bedeutung der Hauptschulen im ländlichen Raum

Stellenwert der kleineren, einzügigen Hauptschulen bzw Werkrealschulen im ländlichen Raum; Beteiligung an innovativen Schulprojekten; Begründung der unterschiedlichen Übergangsquoten im Vergleich zu städtischen Räumen; Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hauptschulen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 13/820

Erschließung des ländlichen Raums mit schnellen Internet-Zugängen und mit Anschlüssen an Breitbandkabel

Ablehnung von DSL-Anträgen von Internet-Nutzern im ländlichen Raum durch die Deutsche Telekom; Verhinderung einer Benachteiligung des ländlichen Raums bei der Erschließung mit neuen Technologien

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/1157

Sicherung des Schienengüterverkehrs in BW

Fortsetzung des Rückzugs der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsstellen und Schienenstrecken; flankierende Unterstützung der Übernahme durch andere Betreiber; Förderung von Modellvorhaben im ländlichen Raum, Initiierung einer Einbeziehung von Umschlaganlagen und Gleisanschlüssen in den Förderkatalog des GVFG

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1294

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Förderprogramm „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“

Genehmigte und abgelehnte Anträge zur Qualifizierung, Existenzgründung und Netzwerkorganisation iRd von der EU mitfinanzierten Programms; Zahl und Art der neu begründeten Beschäftigungsverhältnisse; Information über die Fördermöglichkeiten und Unterstützung bei der Antragstellung

Antr
s. *Frau*
Drs 13/1660

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Steigerung der Attraktivität des ÖPNV, insbes auch im ländlichen Raum; Zeitplan für die abschließende Umsetzung des Integralen Taktfahrplans

GrAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1680

Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Entwicklung der Ärztedichte seit 1998 und bis 2010 nach Ärzten in Kliniken, niedergelassenen Ärzten, Fach- und Zahnärzten; Darlegung der Nachfolgeproblematik; Auswirkungen einer Unterversorgung; Anreize und Möglichkeiten zur Abmilderung

des Negativtrends; Planungen der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenhausträger

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1735

Finanzbehörden „in der Fläche“

Versorgung der Fläche mit Dienstleistungen der Finanzbehörden, Bestandssicherung des Finanzamts Crailsheim

MdlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/1906

Neue Medien im Ländlichen Raum

Flächendeckende Versorgung mit den Dienstleistungen der Neuen Medien, Verbesserung der Medienakzeptanz und -kompetenz im ländlichen Raum

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2036

Briefkastenoptimierung der Deutschen Post AG zum Nachteil des ländlichen Raumes

Kriterien und Standorte für den Abbau von Briefkästen im LKreis Schwäbisch Hall; Hinwirkung auf Erhaltung einer Grundversorgung im ländlichen Raum

KlAnfr
s. *Post*
Drs 13/2195

„Außenstellenlösung“ für das Finanzamt Müllheim

Argumente für und gegen eine Angliederung an das Finanzamt Freiburg Land, u.a. Ausbluten des ländlichen Raums durch den Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen; Gewichtung der regionalen Besonderheiten zur Erhaltung des Standorts

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2258

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Unterstützung der Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen Landesentwicklungsplans; vollzogene und geplante Schließungen von Güterverladestellen durch die DB Cargo AG, Förderung von KV-Terminals sowie der Übernahme stillgelegter Anschlüsse und Strecken durch NE-Bahnen, insbes im ländlichen Raum, Hinwirkung auf einen diskriminierungsfreien Zugang dieser Unternehmen, Kooperation mit den Spediteuren

GrAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2413

Benachteiligung des Ländlichen Raumes durch die geplante Steuerreform der BReg

Ausweitung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe: Abwendung einer Verminderung des Einkommensteueraufkommens der Gemeinden, die Wohnort, aber nicht Arbeitsort sind

Antr
s. *Gewerbesteuer*
Drs 13/2414

Ärztmangel

Beschreibung der medizinischen Versorgung bzw des Mangels an Ärzten im ländlichen Raum

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/3168

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Schaffung von technisch einfachen Umlademöglichkeiten für Container und Wechselbehälter in der Fläche, Anmeldungen zum Bundesprogramm zur Reaktivierung von Gleisanschlüssen zur Wiederaufnahme von Abfalltransporten

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3321

Auswertung des Landesprogramms zur „Förderung der Kulturpflege im ländlichen Raum“

Angestrebte und erreichte Ziele mit dem o.g. Programm zur Kunst- und Kulturförderung, Umschichtung der frei werdenden Mittel nach Einstellung des Programms, Erwägung einer Neuaufgabe?

KlAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/4180

Abwasserbeseitigung im ländlichen Raum - Förderung von Abwassergemeinschaften

Effizienz der bisherigen Förderpraxis, Umfang des Abbaus dezentraler Kleinkläranlagen seit 1995; Beibehaltung der Förderung privater Abwassergemeinschaften

Antr
s. *Abwasserbeseitigung*
Drs 13/4688

Lückenschluss bei der Versorgung mit DSL-Anschlüssen im ländlichen Raum

Bemühungen um schnelle und kostengünstige Internetzugänge in allen Landesteilen und Orten, Hinwirkung auf den Ausbau der Glasfaserverbindungen durch die Telekom u.a. Netzbetreiber, ggf Unterstützung über das ELR-Programm oder andere Förderprogramme

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/4703

Ladenöffnungszeiten

Auswirkungen einer völligen Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen für Ballungszentren und ländliche Räume, insbes für die inhabergeführten Geschäfte und die vorwiegend weiblichen Beschäftigten dieser Einzelhandelsgeschäfte; Ausmaß einer Gefährdung der Nahversorgung im ländlichen Raum

Antr
s. *Ladenschluss*
Drs 13/4909

Auswirkungen der Europäischen Einigung zur Finanziellen Vorausschau auf die Landwirtschaft und den Ländlichen Raum in BW

Umfang der Verluste an EU-Mitteln für die alten und neuen BLänder in der neuen Förderperiode 2007-2013, Auswirkungen dieser Rückgänge sowie zusätzlicher Kürzungen von Bundesmitteln auf die Förderprogramme MEKA, Ausgleichszula-

ge, Investitionsförderung, Dorferneuerung u.a. bzw auf die Einkommenslage der heimischen Landwirte; Möglichkeiten zu einer moderaten Verlagerung der Finanzmittel von der 1. zur 2. Säule der Agrarpolitik

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/5048

Flächendeckende Ausstattung des ländlichen Raums mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien

Stand und (technische) Ausbaumöglichkeiten der o.g. Infrastruktur im ländlichen Raum, Darstellung der besonderen Probleme und EU-wettbewerbsrechtlichen Restriktionen gegen eine finanzielle Beteiligung der Kommunen, Bewertung der ergriffenen und geplanten Maßnahmen des Landes

Antr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/5116

Fortführung der Förderprogramme für die ländlichen Räume

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59 60

Schwerpunktmäßige Ausweisung von Naturschutzgebieten in ländlichen Räumen mit der Folge der Einschränkung von Entwicklungsmöglichkeiten

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 281

Feststellung einer geringen Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 342

Stärkung des ländlichen Raums mit dem Projekt „Regionen Aktiv“

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 513-523

Einkommenszuwächse durch die Förderprogramme im ländlichen Raum

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799 814 822

Fortführung der Politik für den ländlichen Raum, Feststellung einer geringen Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum, Unterstützung des Projekts „Regionen Aktiv“

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1060

Rückzug der Bahn aus der Fläche, Umfang der Schließung von Güterverkehrsstellen und Gleisanschlüssen; Zustand der Bundesstraßen im ländlichen Raum

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243-1249 1251 1252 1299

Bedeutung der Sparkassen für die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Bankdienstleistungen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1605 1607 1609 1610 1612 1614

Befürchtung eines hohen bürokratischen Aufwands zur Abwicklung der Modulationsmittel des Bundes zugunsten des ländlichen Raums, Bedeutung der PLENUM-Projekte und des Projekts „Regionen Aktiv“ für den ländlichen Raum

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1863 1869

Umschichtung von Direktzahlungen an die Bauern zugunsten des ländlichen Raums iRd Modulation

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399 3404

Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Städten und im ländlichen Raum, Fortführung der Förderprogramme

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3660

Fortführung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums, Erhaltung der spezifischen Eigenarten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4342-4360

Ökonomische Bedeutung und Wertschöpfungsanteil der Landwirtschaft für den ländlichen Raum

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547 4548 4556

Anschluss der ländlichen Räume an die digitale Kabelinfrastruktur

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5089 5091 5096

Berücksichtigung des ländlichen Raums bei der Vergabepaxis zum Bundesprogramm für den Ausbau der Ganztagschulen

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5526

Vergleich der Immobilienpreise im ländlichen Raum und städtischen Bereich

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5571 5578 5581 5583

Fortführung der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798

Zukunftssicherung der ländlichen Räume, Beitrag des ELR sowie der Chancen aus der Nutzung nachwachsender Rohstoffe

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6079 6081 6084 6089-6092 6096 6097

Förderung von Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6421

Bezeichnung des MLR als Infrastrukturministerium für den ländlichen Raum; überproportionale Auswirkungen der Kürzungen der Erstattungsleistungen für den Ausbildungsverkehr im ländlichen Raum, Vorteile einer neunjährigen Basisschule für den ländlichen Raum

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6683 6686-6693

Plädoyer für eine neunjährige Basisschule bzw für den Erhalt der kleinen Hauptschulen im ländlichen Raum

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7754 7755 7757 7758

Befürchtung von Streckenstilllegungen im ländlichen Raum im Zuge des Börsengangs der Deutschen Bahn, Notwendigkeit eines attraktiven ÖPNV im ländlichen Raum

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7876 7879

Student

s.a. Ausländischer Student

s.a. Beamtenanwärter

s.a. Studentenheim

s.a. Studentenwerk

s.a. Studentische Verbindung

s.a. Studienausweis

s.a. Studienberatung

s.a. Studienbewerber

Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger sowie mit privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Einrichtung zusätzlicher Studiengänge und Studienplätze, Ausmaß

der Abwanderung von Studierenden infolge von Wohnungsnot; Entwicklung eines Akutprogramms des MWK gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken

Antr

s. Wohnung

Drs 13/272

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Prognosen über die Studierendenzahlen (Beschl Drs 8/610 Abschn V Nr. 1)

Mittlg LReg 02.10.2001 Drs 13/286 (13 S.)

Mittlg LReg 11.04.2003 Drs 13/2006 (10 S.)

Mittlg LReg 07.03.2006 Drs 13/5207 (14 S.)

Die Verlosung von Teilnehmerplätzen in Lehrveranstaltungen an Hochschulen

Gründe und Auswirkungen o.g. Selektionsverfahren, Kostenwirkungen eines zusätzlichen Semesters; Herausrechnung unverschuldeter Zeitverluste an den Bildungsguthaben durch entsprechende Bescheinigungen bei der Berechnung der Langzeitstudiengebühren

Antr

s. Hochschulgebühren

Drs 13/1142

Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststellungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des FachhochschulGes und HochschulzulassungGes

GesEntw

s. Hochschule

Drs 13/1345

Wohnungsnot für Studierende in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zahl der vorhandenen bzw benötigten Wohnheimplätze, Auswirkungen der Abweisung von ausländischen Studenten auf das Renommee der Universität Stuttgart als internationaler Studienort, Bereitstellung von Grundstücken und Finanzmitteln für den studentischen Wohnheimbau sowie eines Studentenhotels, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie von Gesprächen des MWK mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Zahl der dadurch vom Studentenwerk angemieteten Wohnungen, Wiedereinführung des aufgehobenen Zweckentfremdungsverbots für Stuttgart?

Antr

s. Wohnung

Drs 13/1406

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hochschulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Personalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Bewertung der vergleichenden Untersuchung der LandeshochschulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Verstärkung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Herausnahme von Studiengängen aus dem Vergabeverfahren der ZVS, Hinwirkung auf eine baldige Auflösung der ZVS

GrAnfr

s. Hochschule

Drs 13/1470

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 04.12.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1586 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.03.2003 Drs 13/1968 S. 40 41
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Einführung der Verfassten Studierendenschaft an unseren Hochschulen im Zuge der Umsetzung des novellierten Hochschulrahmenges (HRG)

Zeitpunkt, inhaltliche Ausgestaltung und Einbindung der Betroffenen zur Umsetzung der o.g. Rechtsvorgabe

Antr
s. *Mitbestimmung*
Drs 13/1823

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novellierung der HochschulGes

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1897

Studentische Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Zahl, arbeitsvertragliche Situation, Beschäftigungsumfang und -dauer, Dotierung und personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte; Entwicklung der Stundensätze in den letzten 15 Jahren; Vergleich mit den aus Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnissen; Einhaltung der Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder? Beteiligung an den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 10.04.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1996
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2703 S. 66 67
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl der Studienplätze und -fächer mit einem lokalen und bundesweiten NC, Anteil und Art der Vergabe durch hochschuleigene Auswahlverfahren, (zeitliche) Auswirkungen der Auswahltests und -gespräche vor Ort, insbes für auswärtige und ausländische Studienbewerber; Bewertung der im europäischen Ausland erbrachten schulischen Leistungen; Evaluation der neuen Verfahren; Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/2134

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Anteil der von Professoren und Lehrbeauftragten in den letzten fünf Jahren erbrachten Lehrleistungen; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung

GrAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/2499

Zukunftschancen junger Akademiker in BW

Entwicklung der Abwanderungsraten im Vergleich zu anderen BLändern sowie der Zahlen ausländischer Studenten in BW seit 1993, Aufnahme eines Studiums hierzulande von Schülern nach dem Besuch ausländischer Eliteschulen; notwendige Strategien zur Trendumkehr

KlAnfr
s. *Akademiker*
Drs 13/2727

Wertigkeit des Bachelor-Abschlusses

Gleichstellung der Studierenden mit Bachelor-Abschluss mit denen mit anderen Hochschulabschlüssen bei der Vergütung als wissenschaftliche Hilfskräfte

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/2937

Langzeitstudierende

Zahl der Langzeitstudenten vor und nach Einführung der Gebühren, Entwicklung der Exmatrikulationen und Höhe der Gebühreneinnahmen, Anteil der aufgrund von Ausnahmetatbeständen befreiten Langzeitstudierenden

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 25.03.2004 und Antw MWK Drs 13/3059

Mittelkürzungen an den Universitäten und ihre Auswirkungen auf ein ordnungsgemäßes Studium am Beispiel des NC-Studiengangs Zahnmedizin

Umfang und Auswirkungen der Einsparungen für die zahnmedizinischen Studiengänge, Reduzierung der materiellen Ausstattung und damit Erhöhung der Eigenbelastung der Studierenden, Ausweitung der Lehrverpflichtung der Professoren auf Kosten der Krankenversorgung und Forschung, Erwartung eines Rückgangs der Zulassungszahlen aufgrund der Eingriffe in die Ausstattung?

Antr
s. *Zahnheilkunde*
Drs 13/3207

Ges zur Änd des Hochschulzulassungsges

Umsetzung der Änderungen des Hochschulrahmenges des Bundes, direkte Vergabe von 60 Prozent der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen, Weiterentwicklung der Regelungen für die Auswahlverfahren in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen

GesEntw
s. *Hochschulzulassungsgesetz*
Drs 13/3408

Initiative zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für alle Hochschulangehörigen

Aufgreifen der Initiative der Sozialministerin zur Vereinbarkeit von Studium und Familie, Vorlage eines Konzepts zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für Kinder aller Statusgruppen an den Hochschulen, Schaffung der notwendigen Voraussetzungen im Zuge der Novellierung der Hochschulgesetze

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/3417

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studiverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/3418

Die Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen für das Selbstauswahlrecht in Numerus-clausus-Fächern

Zahl von Studienplätzen, -bewerbern und -anfängern in den einzelnen bundesweit und örtlich beschränkten Studienfächern und Hochschulen; jeweiliger Anteil der von der ZVS bzw nach dem Selbstauswahlrecht der Hochschulen vergebenen Studienanfängerplätze; Darlegung der Auswahlverfahren und der dazu durchgeführten wissenschaftlichen Begleitforschung, Umfang der Inanspruchnahme der dafür etatisierten Mittel sowie der Mitfinanzierung der ZVS, Erwartung einer Reduzierung dieses Beitrags mit dem Rückgang der ZVS-Vergabevolumina

Antr

s. *Studienplatz*

Drs 13/3489

Unterstützung von Studierendenauswahlverfahren aus Mitteln des Landeshaushalts, der Landesstiftung und des Stifterverbands

Höhe und Laufzeit der o.g. Förderung differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen, Anteil der jeweiligen Eigenmittel, Auflistung der beantragten und abgelehnten Forschungsprojekte

KlAnfr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/3541

Die Wohnraumsituation der Studierenden in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen an den einzelnen Hochschulstandorten, Anteil der für den internationalen Studierendenaustausch gebundenen Plätze, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie einer Initiative des MWK zur Gewinnung von privaten Vermietern und Investoren zum Bau von Wohnheimplätzen, Angebot von landeseigenen Grundstücken gegenüber den Studentenwerken, Mittelbereitstellung zum Ankauf von Belegungsbindungen privater Vermieter

Antr

s. *Wohnung*

Drs 13/3760

Rückerstattung der an unseren Hochschulen verfassungswidrig erhobenen Verwaltungsgebühr

KlAnfr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4168

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Zeitrahmen und inhaltliche Ausgestaltung o.g. Pläne, gutachtliche Klärung der Probleme, Auflösung der widersprüchlichen Aussagen zum BAföG, Befreiung der BAföG-Bezieher von Studiengebühren, Orientierung an den verabredeten Eckpunkten der unionsregierten Länder? Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Beteiligung der Studenten an der Mittelvergabe, Auflage eines neuen Solidarpakts ab 2007, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW, Sicherung der Sozialverträglichkeit, Ausbau des Stipendienwesens in Kooperation mit Wirtschaft und Stiftungen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4250

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Frage nach Lösungsvorschlägen der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Hochschulen und Berufsakademien, Umgang mit der verstärkten Nachfrage nach Studienplätzen aus Bayern bereits 2011, Studienmöglichkeiten in anderen BLändern, vorübergehende Kürzung der Quote von Studienbewerbern aus Nicht-EU-Staaten, befristete Bereitstellung eines neuen Typs von Hochschullehrern, Nutzung der kompensierenden Instrumente einer verminderten Abbrecherquote und von verkürzten Studienzeiten, Aufnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen in ein Dringlichkeitsprogramm u.a.m.

Antr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4326

Künftiger Mangel an Studienplätzen in BW

Entwicklung der Zahlen von Studienberechtigten und -anfängern seit 1995 und bis 2014, Abgleichung mit den vorhandenen und benötigten Studienplätzen; Auswirkungen der zulassungsbeschränkten Studiengänge, der Eignungsfeststellungsprüfungen, des neuen Doktorandenstatus und der Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studienplatzkapazitäten; Bereitstellung der am Bedarf orientierten Kapazitäten

Antr

s. *Studienplatz*

Drs 13/4394

Drohender Wegfall von Wohnheimplätzen für Studierende

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger an den einzelnen Hochschulstandorten; Höhe des Sanierungsbedarfs im Bestand, Revision der Verweigerung von Sanierungszuschüssen an freie Träger bzw Abwendung ihrer Schließungsabsichten; Höhe der etatisierten Zuschüsse an Wohnheimträger seit 2003; weitere Maßnahmen zur Entschärfung der Wohnraumsituation für Studenten; Erhaltung der in privater, freier und kirchlicher Trägerschaft befindlichen Wohnungsbestände

Antr

s. *Wohnung*

Drs 13/4578

Studiengebühren; hier: Bundesausbildungsförderungsges (BAföG)

Entwicklung der Zahl von BAföG-Empfängern vor und nach der Umstellung auf Darlehen bzw nach der Wiedereinführung der Förderung und Erhöhung der Einkommens- und Vermögensgrenze der Eltern; Gründe für die Streichung der Gebührenbefreiung für BAföG-Höchstempfänger; Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Studierenden an den einzelnen Hochschularten und -standorten; Darlegung der Daten zur Entwicklung des Stipendienwesens seit 1995

Antr
s. *Ausbildungsförderung*
Drs 13/4588

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium
Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4603

Zahlen zu Studienanfängern und Studienberechtigten 2004 und 2005 in BW

Zahl von Studienberechtigten, von Studienanfängerplätzen und Studienanfängern an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien; Anteil von Bildungsausländern

KlAnfr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/4657

Studiengebühren; hier: Verwaltungskosten

Ergebnisse der Erhebung der zusätzlichen Personal- und sonstigen Verwaltungskosten bei der Administration der Studiengebühren unter Heranziehung der neuen Steuerungsinstrumente, Vergleich mit dem Aufwand zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen, Anteil der uneinbringlichen rückzahlbaren BAföG-Darlehen, Auswirkungen der Privatinsolvenz, erwartete Ausfallquote bei den Studienkrediten bzw Höhe des Gesamtausfalls der Studiengebühren für die Hochschulen; Umsetzung des Versprechens zur vollen Verwendung des Studiengebührenaufkommens zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4739

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank

GesEntw
s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4858

Überlastprogramm für die Hochschulen

Entwicklung eines Überlastprogramms zur Vorbereitung auf die steigenden Studierendenzahlen bzw den doppelten Abiturientenjahrgang 2012, Gewährleistung einer auf zehn Jahre befristeten Parallelbesetzung von Professoren-/Wissenschaftlerstellen ab dem Jahr 2008

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4967

Semestertickets im Öffentlichen Personen-Nahverkehr

Entwicklung der ÖPNV-Nutzung von Studenten nach Einführung des Semestertickets an den einzelnen Hochschulregionen und -standorten, Höhe der jeweils anfallenden Kosten für die Studenten und die Verkehrsverbünde; Beurteilung der kleinräumigen Geltungsbereiche angesichts der zunehmenden Kooperationen zwischen Hochschulen bzw der Möglichkeit zur Einführung eines landesweit geltenden Semestertickets

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/5017

Studiengebührenerlass für Wehr- und Zivildienstleistende und Vergleichbare

Veranlassung der Hochschulen zur o.g. Vorgehensweise; Gebührenfreistellung für die Semester, um die sich die Aufnahme eines Studiums durch diese Dienste verzögert hat

Antr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/5034

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 88

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 409 415

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten; Schaffung besserer Studienbedingungen durch Erhöhung des BAföG

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 803 813

Zunahme der Zahl von Studienanfängern, Mangel an studentischem Wohnraum, Verbesserung der Betreuungsrelation, Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 967-969 974 977-979

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten; Erhöhung des Anteils von Frauen unter den Studierenden, Lösung des Problems der Kinderbetreuung

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1165 1166 1215 1216 1219-1221

Attraktivität der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge für die Studenten, Ermöglichung von mehr Flexibilität, Reduzierung der Abbrecherquoten

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1504-1511

Feststellung eines Mangels an Studenten in den naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen, Studienfachwahl der Absolventinnen von Mädchengymnasien

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1854-1861

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten; Eintreten für sozialverträgliche nachlaufende Studiengebühren; Bedarf an Studentenwohnungen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602 3614 3615 3633 3661-3675

Entwicklung der Studierendenzahlen, Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4236-4241 4248 4249

Stärkung der Rechte der Studierenden mit dem neuen LHochschulGes; Erweiterung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5539-5541 5543 5546-5552

Qualifikation der Studenten in BW; Stärkung der Rechte der Studierenden mit dem neuen LHochschulGes; Erweiterung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5727 5728 5734 5741

Lob für die Leistungsbereitschaft der Studenten; Eintreten für sozialverträgliche nachlaufende Studiengebühren, Zunahme der Studierendenzahlen mit dem verbesserten BAföG, Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5963-5978

Bewertung von Studiengebühren als vorteilig für die Studenten, Bewältigung der steigenden Studierendenzahlen, Lob für die Leistungsbereitschaft der Studenten, Erweiterung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6261-6264 6266-6270

Finanzierung des Lebensunterhalts der Studenten, Anteil des BAföG sowie der ohne Unterstützung studierenden Mittelschicht, Empfindung der drohenden Studiengebühren als zusätzliche Belastung, Bündelung aller Transferzahlungen zu einer elternunabhängigen Studienfinanzierung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6735-6738 6741 6742

Ermöglichung des Studiums für qualifizierte Berufstätige, Verweisung auf die positiven Erfahrungen mit Studierenden ohne Abitur in anderen BLändern, Bewertung als Beitrag zur Erhöhung der Studierendenzahl, Zulassung von Erwin Teufel zum Philosophie-Studium an der privaten Jesuitenhochschule in München

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6948-6953

Studentenheim

Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger sowie mit privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Einrichtung zusätzlicher Studiengänge und Studienplätze, Ausmaß der Abwanderung von Studierenden infolge von Wohnungsnot;

Entwicklung eines Akutprogramms des MWK gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/272

Wohnraumsituation ausländischer Studierender in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen sowie privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Darlegung der Kriterien für den Bau von Studentenwohnungen, Ausmaß der Abwanderung von ausländischen Studierenden infolge von Wohnungsnot; Förderung des Ausbaus von studentischem Wohnraum zur Steigerung des Anteils von ausländischen Studierenden um 50 %

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/343

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte
Anmietung und Neubau von Studentenwohnungen, Kooperation zwischen den Zulassungsstellen der Hochschulen und den Wohnraum bereitstellenden Studentenwerken

GrAnfr
s. *Ausländischer Student*
Drs 13/1072

Wohnungsnot für Studierende in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zahl der vorhandenen bzw benötigten Wohnheimplätze, Auswirkungen der Abweisung von ausländischen Studenten auf das Renommee der Universität Stuttgart als internationaler Studienort, Bereitstellung von Grundstücken und Finanzmitteln für den studentischen Wohnheimbau sowie eines Studentenhotels, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie von Gesprächen des MWK mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Zahl der dadurch vom Studentenwerk angemieteten Wohnungen, Wiedereinführung des aufgehobenen Zweckentfremdungsverbots für Stuttgart?

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1406

Sicherung der Studentenwohnungen aus Kirchengrundstücken

Zahl der von den Verkaufsabsichten der beiden großen Kirchen betroffenen Wohnheimplätze; Hinwirkung auf Erhalt der Wohnungen für den studentischen Wohnungsmarkt in Zusammenarbeit mit den Studentenwerken und evtl anderen Trägern

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/3478

Die Wohnraumsituation der Studierenden in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen an den einzelnen Hochschulstandorten, Anteil der für den internationalen Studierendenaustausch gebundenen Plätze, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie einer Initiative des MWK zur Gewinnung von privaten Vermietern und Investoren zum Bau von Wohnheimplätzen, Angebot von landeseigenen Grundstücken gegenüber den Studentenwerken, Mittelbereitstellung zum Ankauf von Belegungsbindungen privater Vermieter

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/3760

Drohender Wegfall von Wohnheimplätzen für Studierende

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger an den einzelnen Hochschulstandorten; Höhe des Sanierungsbedarfs im Bestand, Revision der Verweigerung von Sanierungszuschüssen an freie Träger bzw Abwendung ihrer Schließungsabsichten; Höhe der etatisierten Zuschüsse an Wohnheimträger seit 2003; weitere Maßnahmen zur Entschärfung der Wohnraumsituation für Studenten; Erhaltung der in privater, freier und kirchlicher Trägerschaft befindlichen Wohnungsbestände

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/4578

Mangel an studentischen Wohnheimplätzen, Mittelbereitstellung für die Studentenwerke zur Sanierung der Wohnungen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 968 969 974 978 979

Steigerung des Angebots an studentischen Wohnheimplätzen

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3533

Mangel an studentischen Wohnheimplätzen, insbes für ausländische Studenten

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3614 3615

Studentenwerk*Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester*

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger sowie mit privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Einrichtung zusätzlicher Studiengänge und Studienplätze, Ausmaß der Abwanderung von Studierenden infolge von Wohnungsnot; Entwicklung eines Akutprogramms des MWK gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/272

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte
Anmietung und Neubau von Studentenwohnungen, Kooperation zwischen den Zulassungsstellen der Hochschulen und den Wohnraum bereitstellenden Studentenwerken

GrAnfr
s. *Ausländischer Student*
Drs 13/1072

Wohnungsnot für Studierende in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zahl der vorhandenen bzw benötigten Wohnheimplätze, Auswirkungen der Abweisung von ausländischen Studenten auf das Renommee der Universität Stuttgart als internationaler Studienort, Bereitstellung von Grundstücken und Finanzmitteln für den studentischen Wohnheimbau sowie eines Studentenhotels, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie von Gesprächen des MWK mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Zahl der dadurch vom Studentenwerk angemieteten Wohnungen, Wiedereinführung des aufgehobenen Zweckentfremdungsverbots für Stuttgart?

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1406

Sicherung der Studentenwohnungen aus Kircheneigentum

Zahl der von den Verkaufsabsichten der beiden großen Kirchen betroffenen Wohnheimplätze; Hinwirkung auf Erhalt der Wohnungen für den studentischen Wohnungsmarkt in Zusammenarbeit mit den Studentenwerken und evtl anderen Trägern

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/3478

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Erweiterung des StudentenwerksGes auf die Film- und Popakademie, Änd des Film- und PopakademieGes sowie der Film- und Popakademie-Zuständigkeits- und GebührenVO; Außerkrafttreten der VO Künstlerische Eignungsprüfung FH sowie der KunstleistungsprüfungsVO

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Die Wohnraumsituation der Studierenden in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen an den einzelnen Hochschulstandorten, Anteil der für den internationalen Studierendenaustausch gebundenen Plätze, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie einer Initiative des MWK zur Gewinnung von privaten Vermietern und Investoren zum Bau von Wohnheimplätzen, Angebot von landeseigenen Grundstücken gegenüber den Studentenwerken, Mittelbereitstellung zum Ankauf von Belegungsbindungen privater Vermieter

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/3760

Drohender Wegfall von Wohnheimplätzen für Studierende

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger an den einzelnen Hochschulstandorten; Höhe des Sanierungsbedarfs im Bestand, Revision der Verweigerung von Sanierungszuschüssen an freie Träger bzw Abwendung ihrer Schließungsabsichten; Höhe der etatisierten Zuschüsse an Wohnheimträger seit 2003; weitere Maßnahmen zur Entschärfung der Wohnraumsituation für Studenten; Erhaltung der in privater, freier und kirchlicher Trägerschaft befindlichen Wohnungsbestände

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/4578

Die vorschulische Betreuung der Kinder von Hochschulangehörigen in der Region Freiburg

Zahl und Art der von den Hochschulen und dem Studentenwerk eingerichteten und noch geplanten Betreuungsplätze; Frage nach Wartelisten, Wartezeiten und der Zeitperspektive für ein zusätzliches Angebot

KIAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4787

Zusammenlegung der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim?

Darlegung der erwarteten Auswirkungen einer Fusion, insbes auf die Qualität, Finanzierung und die Beschäftigten; Positionen der Mitglieder der Verwaltungsräte; Verfahrens- und Zeitplan zur notwendigen Novellierung des StudentenwerksGes

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 19.05.2006 und Antw MWK

Drs 13/5245

Mangel an studentischen Wohnheimplätzen, Mittelbereitstellung für die Studentenwerke zur Sanierung der Wohnungen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 968 969 974 978 979

Einrichtung von Kinderbetreuungsplätzen durch die Studentenwerke

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1217 1221

Studentenwerkgesetz

s. *Studentenwerk*

Studentenwohnheim

s. *Studentenheim*

Studentenwohnung

s. *Wohnung*

Studentenzahl

s. *Student*

Studentische Korporation

s. *Studentische Verbindung*

Studentische Verbindung

Rechtsextreme Tendenzen bei der Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg

Aktivitäten und Beziehungen der o.g. Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Vereinen, Parteien und Organisationen

Antr Stephan Braun u.a. SPD 11.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1172

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1401 S. 75 76

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Zusammenarbeit des Studienzentrums Weikersheim mit Rechtsextremisten

Frage nach Verbindungen zwischen der Burschenschaft Danubia und der Zeitschrift „Nation und Europa“

Antr

s. *Studienzentrum Weikersheim*

Drs 13/3446

Studien- und Prüfungsordnung

s. *Ausbildungs- und Prüfungsordnung*

Studienabschluss

s. *Hochschulabschluss*

Studienausweis

Verzögerte Ausstellung von Studienausweisen u.a. administrativ-organisatorische Defizite an den Universitäten BW

Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen o.g. Missstände an der Universität Stuttgart u.a. Universitäten; Prüfung einer Entschädigung für entgangene geldwerte Vorteile; Einführung von

Chipkarten; Umsetzung von Ergebnissen der an der Universität Stuttgart eingerichteten „Arbeitsgruppe Studiensekretariat“

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 24.03.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1925

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2139 S. 60 61

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Verzögerte Ausstellung von Studienausweisen an der Universität Stuttgart

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3100

Studienberatung

Verbesserung der Studienberatung durch die Professoren mit dem erweiterten Recht der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2022 2024

Verbesserung der Studienberatung durch die Professoren mit dem erweiterten Recht der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2240 2241 2243

Verbesserung der Studienberatung durch die Professoren mit der Einführung von Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3670

Verbesserung der Studienberatung durch die Professoren mit der Einführung von Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7486 7496

Verbesserung der Studienberatung durch die Professoren mit der Einführung von Studiengebühren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7584 7585 7600

Studienbewerber

s.a. *Immatrikulation*

Kosten für Studierende durch Auswahlverfahren

Erhebung von finanziellen Beiträgen der Hochschulen von Studienbewerbern für die Teilnahme an o.g. Eignungsfeststellungsverfahren, Frage nach einer entsprechenden Novellierung des LandeshochschulgebührenGes sowie nach einem Ausgleich für bedürftige Studierende

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 14.11.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1519

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.02.2003 Drs 13/1855 S. 57 58

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Entwicklung der Zahl der Hochschulzugangsberechtigungen und der Studienanfängerzahlen in BW

Darlegung o.g. Zahlen von Schulabgängern und Studienanfängern an Universitäten, Kunsthochschulen, Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien für die letzten und künftigen drei Jahre im Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Entwicklung der Zahl von BAföG-Beziehern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern im selben Zeitraum

Antr

s. *Student*

Drs 13/1586

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl der Studienplätze und -fächer mit einem lokalen und bundesweiten NC, Anteil und Art der Vergabe durch hochschuleigene Auswahlverfahren, (zeitliche) Auswirkungen der Auswahltests und -gespräche vor Ort, insbes für auswärtige und ausländische Studienbewerber; Bewertung der im europäischen Ausland erbrachten schulischen Leistungen; Evaluation der neuen Verfahren; Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 03.06.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2134 (16 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2583 S. 40 41

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Zukunftschancen junger Akademiker in BW

Entwicklung der Abwanderungsraten im Vergleich zu anderen BLändern sowie der Zahlen ausländischer Studenten in BW seit 1993, Aufnahme eines Studiums hiezulande von Schülern nach dem Besuch ausländischer Eliteschulen; notwendige Strategien zur Trendumkehr

KlAnfr

s. *Akademiker*

Drs 13/2727

Zugangsberechtigung für Bewerberinnen und Bewerber mit Fachhochschulreife zu den Berufsakademien

Regelung der Zulassung zum Studium an Berufsakademien in BW u.a. BLändern; Hinwirkung auf eine Öffnung auch für Bewerber mit Fachhochschulreife

Antr

s. *Berufsakademie*

Drs 13/2740

Die Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen für das Selbstauswahlrecht in Numerus-clausus-Fächern

Zahl von Studienplätzen, -bewerbern und -anfängern in den einzelnen bundesweit und örtlich beschränkten Studienfächern und Hochschulen; jeweiliger Anteil der von der ZVS bzw nach dem Selbstauswahlrecht der Hochschulen vergebenen Studienanfängerplätze; Darlegung der Auswahlverfahren und der dazu durchgeführten wissenschaftlichen Begleitforschung, Umfang der Inanspruchnahme der dafür etatisierten Mittel sowie der Mitfinanzierung der ZVS, Erwartung einer Reduzierung dieses Beitrags mit dem Rückgang der ZVS-Vergabevolumina

Antr

s. *Studienplatz*

Drs 13/3489

Unterstützung von Studierendenauswahlverfahren aus Mitteln des Landeshaushalts, der Landesstiftung und des Stifterverbands

Höhe und Laufzeit der o.g. Förderung differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen, Anteil der jeweiligen Eigenmittel, Auflistung der beantragten und abgelehnten Forschungsprojekte

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 13.09.2004 und Antw MWK Drs 13/3541

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirt-

schaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr

s. *Abiturient*

Drs 13/3635

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Frage nach Lösungsvorschlägen der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Hochschulen und Berufsakademien, Umgang mit der verstärkten Nachfrage nach Studienplätzen aus Bayern bereits 2011, Studienmöglichkeiten in anderen BLändern, vorübergehende Kürzung der Quote von Studienbewerbern aus Nicht-EU-Staaten, befristete Bereitstellung eines neuen Typs von Hochschullehrern, Nutzung der kompensierenden Instrumente einer verminderten Abbrecherquote und von verkürzten Studienzeiten, Aufnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen in ein Dringlichkeitsprogramm u.a.m.

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 11.05.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4326

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 16.06.2005 Drs 13/4480 S. 26-29

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7040

Künftiger Mangel an Studienplätzen in BW

Entwicklung der Zahlen von Studienberechtigten und -anfängern seit 1995 und bis 2014, Abgleichung mit den vorhandenen und benötigten Studienplätzen; Auswirkungen der zulassungsbeschränkten Studiengänge, der Eignungsfeststellungsprüfungen, des neuen Doktorandenstatus und der Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studienplatzkapazitäten; Bereitstellung der am Bedarf orientierten Kapazitäten

Antr

s. *Studienplatz*

Drs 13/4394

Zahlen zu Studienanfängern und Studienberechtigten 2004 und 2005 in BW

Zahl von Studienberechtigten, von Studienanfängerplätzen und Studienanfängern an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien; Anteil von Bildungsausländern

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 21.09.2005 und Antw MWK Drs 13/4657

Vergabe von Studienplätzen im Studiengang Humanmedizin

Entwicklung der Zahl der verfügbaren und nachgefragten Studienplätze an den einzelnen Universitäten in den letzten Jahren, Darlegung der Vergabeverfahren und -regelungen, Anteil und Erfolg der bei den Verwaltungsgerichten klagenden abgelehnten Bewerber, Zahl der dadurch zusätzlich vergebenen Studienplätze, Maßnahmen zur Wahrung der berechneten Kapazitätsgrenzen auch nach Anrufung der Verwaltungsgerichte, Planung einer Erweiterung der Kapazitäten zur Abwendung eines drohenden Ärztemangels

KlAnfr

s. *Medizinische Ausbildung*

Drs 13/4867

Datenbank „Studieren in BW“ als Informationsquelle für Studieninteressierte

Notwendigkeit der o.g. Informationsmöglichkeit angesichts komplexer Zulassungsmodalitäten mit hochschuleigenen Tests, den Übergängen von der Diplom- in die Bachelor/Master-Struktur etc sowie einer richtigen Studienfach- und Studienortentscheidung; Gründe für die Nicht-Erreichbarkeit der vom Landesinstitut für Schulentwicklung betriebenen Online-Datenbank mit den von Hochschulen, FH und Berufsakademien angebotenen Studiengängen; Gewährleistung des Betriebs und der Pflege dieser Datenbank

Antr
s. *Informationssystem*
Drs 13/4871

Überlastprogramm für die Hochschulen

Entwicklung eines Überlastprogramms zur Vorbereitung auf die steigenden Studierendenzahlen bzw den doppelten Abiturientenjahrgang 2012, Gewährleistung einer auf zehn Jahre befristeten Parallelbesetzung von Professoren-/Wissenschaftlerstellen ab dem Jahr 2008

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4967

Anteil der Hochschulzugangsberechtigungen über den mittleren Bildungsabschluss

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2589

Entwicklung der Zahlen von Absolventen des achtjährigen und neunjährigen Gymnasiums, Vergleich mit dem Studienplatzangebot der Hochschulen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3415

Erwartung einer höheren Zahl von Studienanfängern nach der Einführung von Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3669 3671

Ausweitung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Regelung des Zugangs und der Ausgestaltung der Auswahlverfahren

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5234-5241

Auswirkungen von Studiengebühren auf die Zahl von Studienanfängern, Befürchtung der Abschreckung von jungen Menschen aus einkommensschwächeren Familien

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7487 7488 7491-7497 7499-7505 7507-7509 7512 7513

Auswirkungen von Studiengebühren auf die Zahl von Studienanfängern, Befürchtung der Abschreckung von jungen Menschen aus einkommensschwächeren Familien

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7585 7586 7588-7598

Studienfach

s. *Studium*

Studiengang

s. *Studium*

Studiengebühren

s. *Hochschulgebühren*

Studienplatz

s.a. *Hochschulzulassungsgesetz*
s.a. *Immatrikulation*

Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger sowie mit privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Einrichtung zusätzlicher Studiengänge und Studienplätze, Ausmaß der Abwanderung von Studierenden infolge von Wohnungsnot; Entwicklung eines Akutprogramms des MWK gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/272

Tertiäre Ausbildungsangebote im Bereich der Biotechnologie

Frage nach o.g. Studiengängen und Ausbildungsmöglichkeiten an Universitäten, FH, Berufsakademien, Berufskollegs, privaten Schulen und Berufsschulen; Darlegung der jeweiligen Standorte und Zahl von Studienplätzen

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/455

Kapazitäten der Pädagogischen Hochschulen

Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen seit 1997, Gegenüberstellung des künftigen Lehrbedarfs und der Aufnahmekapazitäten der PH, Notwendigkeit eines Numerus clausus? Möglichkeiten für eine gleichmäßige Auslastung der PH, Werbung um weniger nachgefragte Fächer, Änd der PrüfungsO?

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/762

Zulassungsbeschränkungen (NC) für das Lehramtsstudium an den PH verhindern

Entwicklung der Studienanfängerzahlen und Auslastung der einzelnen PH nach Studiengängen und -fächern seit 1997; Einrichtung eines Überlastprogramms, kurzfristige Gewinnung zusätzlicher Lehrbeauftragter, Lösung von Raumproblemen; Ermöglichung neuer Fächerkombinationen; Steigerung der Attraktivität des Lehramts für Hauptschulen, Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Universitäten

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/784

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt

Angebote und notwendige Zahl von Studienplätzen in den einzelnen Technologiebereichen; Ausbaupläne der Hochschulen

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Überlastprogramm Pädagogische Hochschulen

Personelle und räumliche Situation an den einzelnen PH, Ausstattung und Zuweisungskriterien eines Überlastprogramms, Schaffung zusätzlicher Kapazitäten mit dem Vorgriffsstundenmodell für Professoren, Zeitpunkt der Vergabe der 500 neuen Studienplätze, Instrumentarien für einen Ausgleich zwischen

den einzelnen Standorten, Auswirkungen der Überlast auf die Zusammenarbeit mit den Universitäten; Forcierung der Vorbereitungen für das Überlastprogramm

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/1015

Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststellungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des FachhochschulGes und Hochschulzulassungsges

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/1345

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hochschulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Personalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Bewertung der vergleichenden Untersuchung der LandeshochschulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Verstärkung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Herausnahme von Studiengängen aus dem Vergabeverfahren der ZVS, Hinwirkung auf eine baldige Auflösung der ZVS

GrAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1470

Solidarpakt II

Ausgestaltung einer Verlängerung des Solidarpakts bzw der Hochschulfinanzierung mittels neuer Steuerungsinstrumente über eine Rahmenvereinbarung unter Einbeziehung aller Hochschularten, Entwicklung der einzelnen Komponenten wie Grundzuweisung, leistungsorientierte Mittelvergabe, Innovationspool und Stellenfinanzierung; Ausschluss eines Abbaus von Studienplätzen und Stellen

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1632

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1685

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl der Studienplätze und -fächer mit einem lokalen und bundesweiten NC, Anteil und Art der Vergabe durch hochschuleigene Auswahlverfahren, (zeitliche) Auswirkungen der Auswahltests und -gespräche vor Ort, insbes für auswärtige und ausländische Studienbewerber; Bewertung der im europäischen Ausland erbrachten schulischen Leistungen; Evaluation der neuen Ver-

fahren; Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/2134

Planungssicherheit an den Pädagogischen Hochschulen vor dem Hintergrund der angeordneten Verrechnung von Deputatserhöhungen mit dem beschlossenen Überlastprogramm

Bisherige Wirkungen des Überlastprogramms in Bezug auf zusätzliche Professorenstellen, Studienplätze, Abordnung von Lehrern und Lehrbeauftragten; Auswirkungen der o.g. Vorgehensweise auf Umfang und Qualität des Lehrangebots an den einzelnen PH und Fächern; Erarbeitung eines Programms gemeinsam mit der Rektorenkonferenz der PH zur Vermeidung der Folgen der Ministerentscheidung zum Überlastprogramm

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/2312

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Autonomie der Hochschulen, Abbau von Hemmnissen wie zentrale Studienplatzvergabe und Verbot von Studiengebühren, Abschaffung des HochschulrahmenGes

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3021

Mittelkürzungen an den Universitäten und ihre Auswirkungen auf ein ordnungsgemäßes Studium am Beispiel des NC-Studiengangs Zahnmedizin

Umfang und Auswirkungen der Einsparungen für die zahnmedizinischen Studiengänge, Reduzierung der materiellen Ausstattung und damit Erhöhung der Eigenbelastung der Studierenden, Ausweitung der Lehrverpflichtung der Professoren auf Kosten der Krankenversorgung und Forschung, Erwartung eines Rückgangs der Zulassungszahlen aufgrund der Eingriffe in die Ausstattung?

Antr
s. *Zahnheilkunde*
Drs 13/3207

Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich

Einräumung zusätzlicher Gestaltungsfreiräume für die künftigen Spitzen-Universitäten bei der Festlegung von Studienplätzen

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3372

Ges zur Änd des Hochschulzulassungsges

Umsetzung der Änderungen des HochschulrahmenGes des Bundes, direkte Vergabe von 60 Prozent der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen, Weiterentwicklung der Regelungen für die Auswahlverfahren in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen

GesEntw
s. *Hochschulzulassungsgesetz*
Drs 13/3408

Die Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen für das Selbstauswahlrecht in Numerus-clausus-Fächern

Zahl von Studienplätzen, -bewerbern und -anfängern in den einzelnen bundesweit und örtlich beschränkten Studienfächern und

Hochschulen; jeweiliger Anteil der von der ZVS bzw nach dem Selbstauswahlrecht der Hochschulen vergebenen Studienanfängerplätze; Darlegung der Auswahlverfahren und der dazu durchgeführten wissenschaftlichen Begleitforschung, Umfang der Inanspruchnahme der dafür etatisierten Mittel sowie der Mitfinanzierung der ZVS, Erwartung einer Reduzierung dieses Beitrags mit dem Rückgang der ZVS-Vergabevolumina

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 06.08.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3489 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 81 82

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Unterstützung von Studierendenauswahlverfahren aus Mitteln des Landeshaushalts, der Landesstiftung und des Stifterverbands

Höhe und Laufzeit der o.g. Förderung differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen, Anteil der jeweiligen Eigenmittel, Auflistung der beantragten und abgelehnten Forschungsprojekte

KlAnfr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/3541

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirtschaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr

s. *Abiturient*

Drs 13/3635

Erhöhung der Zulassungszahlen in den numerus clausus-Studiengängen an den Pädagogischen Hochschulen durch die Neueinteilung des Studienjahres?

Art der Errechnung und Verwendung der mit der erhöhten Lehrverpflichtung und Vorlesungszeit der Professoren gewonnenen 100 Stellenäquivalente, Auswirkungen auf die Zulassungszahlen in den einzelnen Lehramtsstudiengängen und PH

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/3920

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirtschaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3998

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Frage nach Lösungsvorschlägen der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Hochschulen und

Berufsakademien, Umgang mit der verstärkten Nachfrage nach Studienplätzen aus Bayern bereits 2011, Studienmöglichkeiten in anderen BLändern, vorübergehende Kürzung der Quote von Studienbewerbern aus Nicht-EU-Staaten, befristete Bereitstellung eines neuen Typs von Hochschullehrern, Nutzung der kompensierenden Instrumente einer verminderten Abbrecherquote und von verkürzten Studienzeiten, Aufnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen in ein Dringlichkeitsprogramm u.a.m.

Antr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4326

Künftiger Mangel an Studienplätzen in BW

Entwicklung der Zahlen von Studienberechtigten und -anfängern seit 1995 und bis 2014, Abgleichung mit den vorhandenen und benötigten Studienplätzen; Auswirkungen der zulassungsbeschränkten Studiengänge, der Eignungsfeststellungsprüfungen, des neuen Doktorandenstatus und der Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studienplatzkapazitäten; Bereitstellung der am Bedarf orientierten Kapazitäten

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 15.06.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4394 (11 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 14.07.2005 Drs 13/4633 S. 11-13

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Studiengänge und Studienplätze an den staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien seit 1996; Ausbau der Hochschule Pforzheim und der Berufsakademie Außenstelle in Horb?

GrAnfr

s. *Wirtschaft*

Drs 13/4536

Zahlen zu Studienanfängern und Studienberechtigten 2004 und 2005 in BW

Zahl von Studienberechtigten, von Studienanfängerplätzen und Studienanfängern an Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien; Anteil von Bildungsausländern

KlAnfr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4657

Flächenbedarf bei Studienplätzen

Gründe für die Differenzierung der Bedarfsgrößen bei den Bau- und Entwicklungsplanungen für die Hochschulen und Berufsakademien

KlAnfr Inge Utzt SPD 16.11.2005 und Antw MWK Drs 13/4843

Vergabe von Studienplätzen im Studiengang Humanmedizin

Entwicklung der Zahl der verfügbaren und nachgefragten Studienplätze an den einzelnen Universitäten in den letzten Jahren, Darlegung der Vergabeverfahren und -regelungen, Anteil und Erfolg der bei den Verwaltungsgerichten klagenden abgelehnten Bewerber, Zahl der dadurch zusätzlich vergebenen Studienplätze, Maßnahmen zur Wahrung der berechneten Kapazitätsgrenzen auch nach Anrufung der Verwaltungsgerichte, Planung einer Erweiterung der Kapazitäten zur Abwendung eines drohenden Ärztemangels

KlAnfr

s. *Medizinische Ausbildung*

Drs 13/4867

Vorbereitung eines Solidarpakts II

Ausgestaltung und Laufzeit des neuen Solidarpakts ab 2006, Einbeziehung aller Hochschularten einschließlich der Berufsakademien bzw der Einnahmen, Verwaltungskosten und Ausfallsicherung von Studiengebühren; Berücksichtigung der Gebäudebewirtschaftungskosten; Umsetzung des angekündigten Ausbaus von 16.000 Studienplätzen; Darlegung der Relation von Grundfinanzierung, leistungsorientierter Mittelvergabe und Finanzierung anhand von Zielvereinbarungen; Einberechnung des Landesanteils zur Finanzierung der Exzellenzinitiative?

Antr
s. Hochschule
Drs 13/5044

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Verhandlungen über die Existenzberechtigung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 49

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Forderung nach Abschaffung der ZVS

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 88

Schaffung zusätzlicher Studienplätze an FH und Berufsakademien

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 206

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Drängen auf eine frühestmögliche Kündigung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 409 415

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Kündigung des ZVS-Staatsvertrags in drei bis vier Jahren

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 813

Wiederholung der Forderung nach Abschaffung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen; Aufstockung der Zahl von Studienplätzen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 970 977-979

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, leistungshemmende Wirkung des derzeitigen Systems

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1165 1166

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Wiederholung der Forderung nach Abschaffung der ZVS

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2240-2248 2262 2263

Entwicklung der Zahlen von Absolventen des achtjährigen und neunjährigen Gymnasiums, Vergleich mit dem Studienplatzangebot der Hochschulen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3415

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Wiederholung der Forderung nach Abschaffung der ZVS

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602 3633

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Wiederholung der Forderung nach Abschaffung der ZVS

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4145 4146 4157

Wiederholung der Forderung nach einer Abschaffung der ZVS, Verweisung auf eine entsprechende Bereitschaft der BReg
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4236 4239 4248 4249

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Feststellung der Bedeutungslosigkeit der ZVS bei der Studienplatzvergabe

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5967

Zuerkennung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Vergabe von 3 % der Studienplätze durch die ZVS

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6267

Feststellung eines wachsenden Mangels an Studienplätzen

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7496 7500-7502

Studienreform

s. Hochschulreform

Studienzeit

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten (Drs 9/5121 Nr. 28.1)

Mittlg LReg 23.10.2001 Drs 13/360 (15 S.)
Mittlg LReg 27.01.2003 Drs 13/1730 (12 S.)
Mittlg LReg 22.06.2004 Drs 13/3294 (16 S.)
Mittlg LReg 03.03.2005 Drs 13/4056 (13 S.)
Mittlg LReg 23.02.2006 Drs 13/5199 (14 S.)

Die Verlosung von Teilnehmerplätzen in Lehrveranstaltungen an Hochschulen

Gründe und Auswirkungen o.g. Selektionsverfahren, Kostenwirkungen eines zusätzlichen Semesters; Herausrechnung unverschuldeter Zeitverluste an den Bildungsguthaben durch entsprechende Bescheinigungen bei der Berechnung der Langzeitstudiengebühren

Antr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/1142

Neue Studienstrukturen an Pädagogischen Hochschulen

Begründung, Ausgestaltung und Auswirkungen eines Trimestermodells, insbes auf die Qualität der Ausbildung, Studienzeiten, Lehrverpflichtung und überregionale Wettbewerbsfähigkeit; Vereinbarkeit der Erhöhung der Vorlesungszeit mit dem Forschungsauftrag und Charakter der PH als wissenschaftliche Hochschule; Bewertung als Modell für andere Hochschulen?

Antr
s. Pädagogische Hochschule
Drs 13/2917

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium

Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/4603

Verstärkung der Anstrengungen zur Verkürzung der Studienzeiten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 409 410

Bekräftigung der Zielsetzung einer Verkürzung der Grundstudienzeiten

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1506 1510 1511

Verkürzung der Grundstudienzeiten

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1541

Verkürzung der Studienzeiten mit dem erweiterten Recht der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2022 2023

Verkürzung der Studienzeiten mit dem erweiterten Recht der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2240 2243 2245

Verkürzung der Studienzeiten mit der Erhebung von Studiengebühren

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3662 3671 3672

Studienzeiten an den Fachhochschulen, Verkürzung der Studienzeiten durch die Langzeitstudiengebühr

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4236 4238

Verkürzung der Studienzeiten mit der Erhebung von Studiengebühren

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6264 6267 6270

Verkürzung der Studienzeiten mit der Erhebung von Studiengebühren

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7486

Studienzentrum Weikersheim

Förderung des Studienzentrums Weikersheim e.V. aus Landesmitteln?

Höhe der Zuwendungen aus Haushaltsmitteln seit 2000, Förderung von Veranstaltungen anderer Träger in den Räumlichkeiten des Studienzentrums

Antr Stephan Braun u.a. SPD 04.06.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1041

BeschlEmpf und Bericht StändA 10.10.2002 Drs 13/1401 S. 70 71

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Zusammenarbeit des Studienzentrums Weikersheim mit Rechts-extremisten

Frage nach Verbindungen und gemeinsamen Veranstaltungen der o.g. Bildungsstätte und der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG), dem Bund Junges Ostpreußen und der im Verfassungsschutzbericht erwähnten Zeitschrift „Nation und Europa“; Frage nach Zuschüssen des Landes und der landeseigenen Rothaus-Brauerei; Bewertung der Funktion des Vorstandsvorsitzenden von Rothaus als Vizepräsident des Studienzentrums

Antr Stephan Braun u.a. SPD 28.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3446

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.10.2004 Drs 13/3751 S. 6 7

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Förderung des Studienzentrums Weikersheim aus Landesmitteln, Verweisung auf gemeinsame Veranstaltungen von CDU-Mitgliedern und im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Rechtsradikalen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2444 2445

Studierendenausweis

s. Studienausweis

Studierendenzahl

s. Student

Studium

s.a. Hochschulprüfung

s.a. Hochschulzulassungsgesetz

s.a. Lehrerbildung

s.a. Praktikum

s.a. Stipendium

s.a. Studienausweis

s.a. Studienberatung

s.a. Studienbewerber

s.a. Studienplatz

s.a. Studienzzeit

Autonomie statt Staatsdirigismus - auch bei der Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge

Beurteilung der abqualifizierenden Äußerungen des MWK zu den Magister- und Diplomabschlüssen bzw der Ankündigung einer generellen Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Vereinbarkeit mit der Autonomie der Hochschulen und ihrer Gremien; Verzicht auf eine angeordnete Zwangsstruktur, Belassung der Kompetenz für Studiengänge, ihre Graduierungen und Inhalte im Entscheidungsbereich der Hochschulen, Entwicklung eines Programms für umstellungsbereite Hochschulen und Fakultäten, Ausklammerung des Parameters „Reformbereitschaft“ bei der leistungsbezogenen Mittelzuweisung

Antr

s. Hochschulabschluss

Drs 13/144

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr

s. Frau

Drs 13/182

Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger sowie mit privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Ein-

richtung zusätzlicher Studiengänge und Studienplätze, Ausmaß der Abwanderung von Studierenden infolge von Wohnungsnot; Entwicklung eines Akutprogramms des MWK gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/272

Tertiäre Ausbildungsangebote im Bereich der Biotechnologie

Frage nach o.g. Studiengängen und Ausbildungsmöglichkeiten an Universitäten, FH, Berufsakademien, Berufskollegs, privaten Schulen und Berufsschulen; Darlegung der jeweiligen Standorte und Zahl von Studienplätzen

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/455

Integrierte Auslandsstudiengänge

Erweiterung des vorhandenen Angebots integrierter Studiengänge an Universitäten und FH, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Beitrag der Deutsch-Französischen Hochschule, Abbau von Hemmnissen, Bereitstellung besonderer Mittel für die Hochschulen sowie Fördermöglichkeiten für Studierende

Antr FDP/DVP 04.12.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/536
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.02.2003 Drs 13/1855 S. 61 62
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Konkurrenz des Master-Studiums zwischen Fachhochschulen und Universitäten

Vereinheitlichung o.g. Abschlüsse

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/571

Laufbahnrechtliche Einordnung von Master-Abschlüssen

Eröffnung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/708

Master of Business Administration

Erwerb des MBA an den verschiedenen Hochschulen und Hochschularten in BW, Kennzeichnung der unterschiedlichen Anforderungen an das jeweilige Studienniveau? Ermöglichung des Abschlusses in Kooperation mit ausländischen Hochschulen? Voraussetzungen, Anerkennungsverfahren und Überwachungsmechanismen für einen im Ausland erworbenen Titel des MBA

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/735

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Angebotene und notwendige Zahl von Studienplätzen in den einzelnen Technologiebereichen; Ausbaupläne der Hochschulen

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte
Handlungsbedarf bei den Zulassungsvoraussetzungen zum Studium wie ausländer- und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen,

finanzielle Absicherung des Studienaufenthalts, Nachweis hinreichender Deutschkenntnisse einschließlich der Kosten für die vorbereitenden Sprachkurse; Bereitstellung von geeignetem Wohnraum; Kooperation zwischen den Hochschulverwaltungen, Ausländerbehörden und Studentenwerken

GrAnfr
s. *Ausländischer Student*
Drs 13/1072

Akkreditierung und Evaluierung als Instrumente einer qualitätsorientierten Hochschulpolitik

Bewertung der o.g. Instrumente und nationalen und internationalen Systeme zur Qualitätssicherung, Zwischenbilanz der Evaluationsagentur in Mannheim, Ergebnisse der Anträge von Hochschulen auf Akkreditierung von Studiengängen, insbes des Master-Studiums an FH als Zulassungsvoraussetzung für den höheren Dienst

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 19.07.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1208
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 66-68
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Bewertung der Ausgründungen, Drittmiteleinwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr
s. *Freiburg*
Drs 13/1288

Ges zur Änd auswahlrechtlicher Vorschriften im Hochschulbereich

Ausbau des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten auf 90 % in den Studiengängen, die nicht in das Verfahren der ZVS einbezogen sind; Ermöglichung von Eignungsfeststellungsverfahren; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, des FachhochschulGes und HochschulzulassungGes

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/1345

Hochschulgesetzliche Regelungen zur Rechtsform der Hochschulen, zum Zusammenwirken Staat/Hochschule, zum Personalwesen und zur Hochschulzulassung im Ländervergleich; Bewertung der vergleichenden Untersuchung der LandeshochschulGes durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

Verstärkung des Rechts der Hochschulen auf Selbstauswahl der Studenten, Herausnahme von Studiengängen aus dem Vergabeverfahren der ZVS, Hinwirkung auf eine baldige Auflösung der ZVS

GrAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1470

Hochschulrecht im Ländervergleich - Leitungsstrukturen und Gremien, Studium und Lehre sowie Forschung

Bewertung der Studie des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und der dabei formulierten o.g. Leitbilder; Vergleich mit der Rechtslage und Erfahrungen anderer BLänder, ins-

bes Delegation von mehr Verantwortung vom Ministerium auf die Hochschulen, Evaluation der Arbeit und Kompetenzen des Hochschulrats und Hochschulrektors, Einführung und Gestaltung neuer Vollzeit- und Teilzeitstudiengänge sowie Prüfungs- und Studienordnungen, Vorgaben zu Forschung und Lehre bzw. Berufungen und Drittmittelförderung

GrAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/1489

Europalehramt

Darlegung des vorhandenen bzw. benötigten Studienangebots an den PH und Universitäten, Angebot des Masterabschlusses, Einsetzbarkeit und Besoldung der bilingualen Lehrkräfte, Einrichtung eines grenzüberschreitenden Stellenpools am Oberrhein, Vergleich mit anderen BLändern und europäischen Ländern, insbes. England und Frankreich; Ausweitung der Studiengänge und Studienplatzzahlen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1685

Bachelor-Studiengänge

Akzeptanz der neuen Bachelor- und Master-Abschlüsse aufseiten der Absolventen und Abnehmer, Beeinträchtigung der internationalen Anerkennung durch die entsprechende Einstufung der britischen NARIC; Frage nach Zugangsbeschränkungen, Eignungsfeststellungsverfahren und Veränderungen der Studieninhalte; Bewertung der Aussagen der Gutachtergruppe Architektur der Evaluationsagentur BW; Schaffung eines international vergleichbaren Bewertungssystems vor einer flächendeckenden Einführung von Bachelor-Studiengängen

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/1774

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novelisierung der Hochschulges

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 18.03.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1897
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 15.05.2003 Drs 13/2222 S. 62 63
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Zahl der Studienplätze und -fächer mit einem lokalen und bundesweiten NC, Anteil und Art der Vergabe durch hochschuleigene Auswahlverfahren, (zeitliche) Auswirkungen der Auswahltests und -gespräche vor Ort, insbes. für auswärtige und ausländische Studienbewerber; Bewertung der im europäischen Ausland erbrachten schulischen Leistungen; Evaluation der neuen Verfahren; Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/2134

Die Zukunft der Berufsakademien in BW zwischen nationaler Anerkennung und internationalisierter Hochschullandschaft

Entwicklung der einzelnen Standorte nach Studienfächern, Zahl der Lehrenden und Studierenden sowie kooperierenden Firmen, Universitäten und FH; Anteil der von Professoren und Lehrbeauftragten in den letzten fünf Jahren erbrachten Lehrleistungen; Planungen der LReg und der einzelnen Akademien zur weiteren Entwicklung

GrAnfr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/2499

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

Bildungsangebote für ältere Menschen

Unterstützung von Initiativen zur Erschließung neuer Aufgaben nach der Erwerbstätigkeit; Angebot eines Seniorenstudiums sowie von Lehrstühlen für Geragogik an den Hochschulen; Erleichterung des Zugangs zu den neuen Informationstechnologien

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2746

Schaffung integrierter Studiengänge an Hochschulen in BW und China

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten zur weiteren Intensivierung der bestehenden Partnerschaften und Austauschbeziehungen, Frage nach vorhandenen grundsätzlichen Voraussetzungen und geeigneten inhaltlichen Bereichen

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2757

Neue Studienstrukturen an Pädagogischen Hochschulen

Begründung, Ausgestaltung und Auswirkungen eines Trimestermodells, insbes. auf die Qualität der Ausbildung, Studienzeiten, Lehrverpflichtung und überregionale Wettbewerbsfähigkeit; Vereinbarkeit der Erhöhung der Vorlesungszeit mit dem Forschungsauftrag und Charakter der PH als wissenschaftliche Hochschule; Bewertung als Modell für andere Hochschulen?

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/2917

Zukünftige Qualität der Pädagogischen Hochschulen

Auswirkungen der Einführung von Trimestern auf die Zusammenarbeit mit anderen Hochschulen und Fachhochschulen, insbes. bei der Gewerbelehrausbildung und gymnasialen Lehrerbildung, auf die Forschung und Erwerbsmöglichkeiten der Studenten; Umsetzung der errechneten Ressourcengewinne; Abmil-

derung der Überlast durch eine zeitlich begrenzte Erhöhung der Lehrverpflichtung; Entwicklung einer Neukonzeption der Lehrerbildung, insbes mit einer schulartübergreifenden Lehrerbildung, einer Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge sowie Aufgabe des Staatsexamens; Abstimmung mit allen Beteiligten und Schulpraktikern

Antr
s. *Pädagogische Hochschule*
Drs 13/3080

Verwaltungsreform in BW; hier: Modernisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

Prüfung einer Erweiterung der Studienangebote sowie Umstellung der Diplomstudiengänge auf Bachelor und Master, Klärung der rechtlichen Implikationen einer Externalisierung innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren, Entscheidungsvorlage der Ergebnisse im Ltg

Antr
s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung*
Drs 13/3179

Zulassung für berufserfahrene Erzieher/innen zum Bachelor-Studiengang „Pädagogik der frühen Kindheit“ an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg

Begründung der geltenden Zulassungsvoraussetzung zum o.g. Fachhochschulstudium; Aussetzung iR eines Pilotprojekts ab dem Wintersemester 2004/2005 für die Dauer von drei Jahren, Anerkennung einer dreijährigen Berufspraxis als Zulassungsvoraussetzung, externe Evaluation dieses Projekts

Antr
s. *Erziehungskraft*
Drs 13/3332

Ges zur Änd des Hochschulzulassungsges

Umsetzung der Änderungen des HochschulrahmenGes des Bundes, direkte Vergabe von 60 Prozent der Studienplätze in bundesweit zulassungsbeschränkten Studiengängen durch die Hochschulen, Weiterentwicklung der Regelungen für die Auswahlverfahren in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen

GesEntw
s. *Hochschulzulassungsgesetz*
Drs 13/3408

Initiative zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für alle Hochschulangehörigen

Aufgreifen der Initiative der Sozialministerin zur Vereinbarkeit von Studium und Familie, Vorlage eines Konzepts zum Aufbau einer verlässlichen Kinderbetreuung für Kinder aller Statusgruppen an den Hochschulen, Schaffung der notwendigen Voraussetzungen im Zuge der Novellierung der Hochschulgesetze

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/3417

Hochschulzugang für Berufstätige

Entwicklung des Zugangs von Berufstätigen ohne Hochschulzugangsberechtigung zu den Hochschulen und Berufsakademien in den letzten zehn Jahren differenziert nach Studierverhalten, Studiendauer und Studienerfolg in BW u.a. BLändern; Anteil der Studierenden mit Meisterprüfung

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3418

Die Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen für das Selbstauswahlrecht in Numerus-clausus-Fächern

Zahl von Studienplätzen, -bewerbern und -anfängern in den einzelnen bundesweit und örtlich beschränkten Studienfächern und Hochschulen; jeweiliger Anteil der von der ZVS bzw nach dem Selbstauswahlrecht der Hochschulen vergebenen Studienanfängerplätze; Darlegung der Auswahlverfahren und der dazu durchgeführten wissenschaftlichen Begleitforschung, Umfang der Inanspruchnahme der dafür etatisierten Mittel sowie der Mitfinanzierung der ZVS, Erwartung einer Reduzierung dieses Beitrags mit dem Rückgang der ZVS-Vergabevolumina

Antr
s. *Studienplatz*
Drs 13/3489

Unterstützung von Studierendenauswahlverfahren aus Mitteln des Landeshaushalts, der Landesstiftung und des Stifterverbands

Höhe und Laufzeit der o.g. Förderung differenziert nach Hochschulen und Fachbereichen, Anteil der jeweiligen Eigenmittel, Auflistung der beantragten und abgelehnten Forschungsprojekte

KlAnfr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/3541

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Solarthermie, Photovoltaik, Geothermie, Biogas und Biomasse in den Studiengängen und Lehrveranstaltungen der Fachhochschulen und Universitäten; Zahl der jeweils eingeschriebenen Studenten, verfügbare Ressourcen zur Deckung des zunehmenden Fachkräftebedarfs, berufliche Perspektiven der Absolventen als Energieberater; Herausgabe eines Studienführers

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/3560

Erhöhung der Attraktivität des dualen Ausbildungssystems - Erweiterung und Aufwertung von Qualifikationen

Ermöglichung eines Studiums für Meister, Fachwirte u.a. qualifizierte Berufstätige ohne Eignungsprüfung nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3562

Bologna-Prozess und weitere Entwicklung der Berufsakademien in BW

Bemühungen zur Verankerung der Berufsakademien als Hochschulen eigener Art sowie um nationale und internationale Anerkennung der Abschlüsse im Zuge der o.g. Entwicklung, modellhafte Erprobung von Master-Studiengängen, Umfang der Nutzung des Zugangs zu weiterführenden Hochschulstudiengängen durch parallele Einschreibung im letzten Ausbildungsjahr an der Open University London, Entwicklung der beruflichen Perspektiven der Absolventen, Anteil der von hauptamtlichem Personal erbrachten Lehrleistungen

Antr
s. *Berufsakademie*
Drs 13/3619

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Überführung des FachhochschulGes in das neue LHochschulGes; Einführung einer gestuften Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen als Regelmodell; Außerkrafttreten der DiplomierungsVO FH, der VO über die Künstlerische Eignungsprüfung FH, der VO Sozial- und Pflegewesen an FH, der VO über die Ableistung eines Vorpraktikums an den FH sowie der VO zur Durchführung der Wahlen an den FH

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Abitur 2012

Umfang und Problematik von gleichzeitig zwei Abiturjahrgängen 2012 in BW und 2011 in Bayern mit entsprechender Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen, Aufnahme von Gesprächen mit der bayerischen Staatsregierung und der Wirtschaft, Vorsorgemaßnahmen der Hochschulen, Ermöglichung eines Studienbeginns zum Sommersemester 2012; Frage nach der Zusammensetzung sowie erarbeiteten Konzepten der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe

Antr

s. *Abiturient*

Drs 13/3635

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Erleichterung des Hochschulzugangs für besonders qualifizierte Berufstätige

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/3790

Erhöhung der Zulassungszahlen in den numerus clausus-Studiengängen an den Pädagogischen Hochschulen durch die Neueinteilung des Studienjahres?

Art der Errechnung und Verwendung der mit der erhöhten Lehrverpflichtung und Vorlesungszeit der Professoren gewonnenen 100 Stellenäquivalente, Auswirkungen auf die Zulassungszahlen in den einzelnen Lehramtsstudiengängen und PH

Antr

s. *Pädagogische Hochschule*

Drs 13/3920

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirtschaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr

s. *Lehrerbildung*

Drs 13/3998

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen für Verwaltung und Finanzen, Einführung der Studienabschlüsse Bachelor und Master, Erweiterung des Spektrums der Studiengänge mit Blick auf die private Wirtschaft, Förderung internationaler Partnerschaften mit dem Austausch von Studierenden und Lehrenden

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Leitbild des neuen LandeshochschulGes bei der Umstellung der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen auf das gestufte Studiensystem

Verfolgte Ziele und Maßgaben zur Unterstützung der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse, Akzeptanz der Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt, Überprüfung und Qualitätssicherung der angebotenen Studiengänge, Wertigkeit des Bachelorabschlusses an den Fachhochschulen und Universitäten, Zugangsvoraussetzungen für die Aufnahme eines Masterstudiums

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 16.03.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4150

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 64

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Pläne der LReg zur Einführung von Studiengebühren an baden-württembergischen Hochschulen

Zeitrahmen und inhaltliche Ausgestaltung o.g. Pläne, gutachtliche Klärung der Probleme, Auflösung der widersprüchlichen Aussagen zum BAföG, Befreiung der BAföG-Bezieher von Studiengebühren, Orientierung an den verabredeten Eckpunkten der unionsregierten Länder? Gewährleistung eines gebührenfreien Erststudiums mit einem StudienCredit-Guthaben bis zum Bachelor-Abschluss, ausschließliche Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre, Beteiligung der Studenten an der Mittelvergabe, Auflage eines neuen Solidarpakts ab 2007, Hinwirkung auf ein bundesweites Bildungskreditangebot der KfW, Sicherung der Sozialverträglichkeit, Ausbau des Stipendienwesens in Kooperation mit Wirtschaft und Stiftungen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4250

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Entwicklung und Finanzierung der Hochschulangebote zum Studium generale, Seniorenstudium und Kinderuniversitäten

GrAnfr

s. *Weiterbildung*

Drs 13/4285

Die Vorbereitungen unserer Hochschulen auf verdoppelte Studienanfängerzahlen aus dem achtjährigen und aus dem neunjährigen Gymnasium

Frage nach Lösungsvorschlägen der angekündigten interministeriellen Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der Hochschulen und Berufsakademien, Umgang mit der verstärkten Nachfrage nach Studienplätzen aus Bayern bereits 2011, Studienmöglichkeiten in anderen BLändern, vorübergehende Kürzung der Quote von Studienbewerbern aus Nicht-EU-Staaten, befristete Bereitstellung eines neuen Typs von Hochschullehrern, Nutzung der kompensierenden Instrumente einer verminderten Abbrecherquote und von verkürzten Studienzeiten, Aufnahme der notwendigen baulichen Maßnahmen in ein Dringlichkeitsprogramm u.a.m.

Antr

s. *Studienbewerber*

Drs 13/4326

Hochschulzugang für qualifizierte Berufstätige ohne Abitur

Beurteilung der Forderungen von Kammern und Verbänden der Arbeitgeber nach Zulassung von besonders qualifizierten Berufstätigen auch ohne Abitur und Eignungsprüfung zum Studi-

um an Fachhochschulen und Universitäten sowie der dazu angeführten Argumente; Gewährung eines grundsätzlichen Fachhochschulzugangs für Absolventen mit Gesellenbrief sowie eines uneingeschränkten Hochschulzugangs für Meister und Fachwirte

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4336

Geplanter „Fächertausch“ zwischen den Universitäten Heidelberg und Mannheim

Darlegung o.g. Pläne, der betroffenen Professoren, Mitarbeiter, Studenten und Studiengänge; erwartete Einsparungen; Gründe der Forcierung einer Zusammenlegung der Wirtschaftswissenschaften; Pläne für die neu gegründete Heidelberger Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Gestaltung der Verlagerung der Gymnasiallehrerbildung unter Beteiligung der PH Heidelberg; Prüfung der Auswirkungen durch externe Evaluation vor Erteilung einer Zustimmung zu der geplanten Umstrukturierung

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 24.05.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4353
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 14.07.2005 Drs 13/4633 S. 8-11
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Künftiger Mangel an Studienplätzen in BW

Entwicklung der Zahlen von Studienberechtigten und -anfängern seit 1995 und bis 2014, Abgleichung mit den vorhandenen und benötigten Studienplätzen; Auswirkungen der zulassungsbeschränkten Studiengänge, der Eignungsfeststellungsprüfungen, des neuen Doktorandenstatus und der Bachelor- und Masterabschlüsse auf die Studienplatzkapazitäten; Bereitstellung der am Bedarf orientierten Kapazitäten

Antr
s. *Studienplatz*
Drs 13/4394

Äquivalenzen bei der Akkreditierung von Studiengängen

Klarstellung des unterschiedlichen Qualifikationsniveaus von Absolventen bzw Abschlüssen nach einem weiterbildenden Masterstudiengang und einem konsekutiven Masterstudiengang Betriebswirtschaftslehre; Hinwirkung auf eine entsprechende Modifikation der ländereinheitlichen Strukturvorgaben nach dem HRG für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Betriebswirtschaftslehre

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 30.06.2005 und Antw MWK Drs 13/4464

Kooperationsvereinbarungen nach § 31 Abs 4 LHochschulGes (LHG)

Weiterbildungsangebote in Form von Kontaktstudien außerhalb des Hochschulbereichs; Ausgestaltung o.g. Vereinbarungen mit den kooperierenden Einrichtungen, Höhe der zu entrichtenden Entgelte, Regelung der Zulassungsvoraussetzungen zum Kontaktstudium, des Lehrangebots und der Prüfungsabnahme durch die Hochschulen

KlAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4477

Ges zur Änd des LHochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprü-

fung oder eines gleichwertigen Abschlusses

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4486

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Studiengänge und Studienplätze an den staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien seit 1996; Ausbau der Hochschule Pforzheim und der Berufsakademie Außenstelle in Horb?

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Externenprüfungen an Hochschulen

Durchführung der Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfungen für nicht immatrikulierte Studierende als Blockprüfungen und nicht als studienbegleitende Prüfungen? Angebot der o.g. Prüfungen für einen offenen, nicht einschränkbaren Kreis potenzieller Prüflinge? Anerkennung der Prüfungen bzw deren Benotungen, die inner- oder außerhalb eines Kontaktstudiums einer Hochschule abgelegt werden, lediglich als Zulassungsvoraussetzung zur Externenprüfung?

KlAnfr
s. *Hochschulprüfung*
Drs 13/4537

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Gewährung einer allgemeinen Hochschulzugangsberechtigung für Meister und vergleichbar qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung; Anerkennung eines qualifizierten Ausbildungsabschlusses als Zulassungsvoraussetzung für das Studium an einer Fachhochschule, u.a. Ermöglichung eines FH-Studiums für berufserfahrene Erzieherinnen

GesEntw
s. *Hochschule*
Drs 13/4528

Langzeitstudiengebühren und die Gründe für ein langes Studium

Zahl der Langzeitstudierenden an Universitäten, Musik-/Kunsthochschulen, PH und FH differenziert nach Geschlechtern, Zweit- oder Seniorenstudium; Zahl, Begründung und Ergebnisse der Bescheidung der gestellten Befreiungsanträge; Kooperation des MWK mit den Hochschulen bei der Administration der Langzeitstudiengebühren, insbes bei den Entscheidungen über Befreiungsanträge

KlAnfr
s. *Hochschulgebühren*
Drs 13/4603

Die Situation der ausländischen Studierenden in BW an Universitäten, FH und Berufsakademien

Zahl, Anteil und Abbrecherquote o.g. Studenten an den einzelnen Universitäten, Kunst- und Musikhochschulen, PH, FH und Berufsakademien; Gründe für den Abbruch des Studiums ohne Abschluss; Vergleich der Zulassungsvoraussetzungen und -verfahren mit anderen BLändern; Planung von Veränderungen?

Antr
s. *Ausländischer Student*
Drs 13/4612

Die Situation von arbeitenden, arbeitssuchenden und künftigen Ingenieurinnen und Informatikerinnen im Bereich der Arbeitsagentur Karlsruhe bzw der Hochschulen in dieser Region

Darlegung der jeweiligen Zahlen und Anteile von Frauen an den Gesamtzahlen; Initiativen und Maßnahmen seit 1995 zur Steigerung der Frauenanteile in den entsprechenden Studiengängen, Firmen und Einrichtungen; Angebot und Bedarf an Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Antr

s. *Frau*

Drs 13/4727

Studiengebühren; hier: Verbesserung für Lehre und Studium ohne zusätzliches Personal?

Ausschluss einer Verwendung des Studiengebührenaufkommens für zusätzliche Professoren u.a. Wissenschaftler aus kapazitätsrechtlichen Gründen; Frage nach Vorschlägen der Universitäten, FH und Berufsakademien zum Mitteleinsatz für eine Verbesserung der Studienbedingungen bzw nach Möglichkeiten zur teilweisen Ersetzung der im Zuge des Solidarpakts gestrichenen 1.500 Stellen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4738

Studiengebühren; hier: Verwaltungskosten

Ergebnisse der Erhebung der zusätzlichen Personal- und sonstigen Verwaltungskosten bei der Administration der Studiengebühren unter Heranziehung der neuen Steuerungsinstrumente, Vergleich mit dem Aufwand zur Bearbeitung von BAföG-Anträgen, Anteil der uneinbringlichen rückzahlbaren BAföG-Darlehen, Auswirkungen der Privatinsolvenz, erwartete Ausfallquote bei den Studienkrediten bzw Höhe des Gesamtausfalls der Studiengebühren für die Hochschulen; Umsetzung des Versprechens zur vollen Verwendung des Studiengebührenaufkommens zur Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4739

Ges zur Änd des LandeshochschulGes

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige mit dem Nachweis einer erfolgreich abgelegten Meisterprüfung oder eines gleichwertigen Abschlusses, Erwerb der Qualifikation für ein Studium an einer Hochschule oder Berufsakademie auch durch das Bestehen einer Eignungsprüfung

GesEntw

s. *Hochschule*

Drs 13/4732

Ges zur Änd des LHochschulgebührenGes u.a. Gesetze

Einführung von nachlaufenden sozialverträglichen Studiengebühren für das Studium an Hochschulen und Berufsakademien in Höhe von 500 Euro ab dem Sommersemester 2007; Einräumung eines Studiendarlehens für alle Studierenden bei der L-Bank mit einer späteren, einkommensabhängigen Rückzahlungsverpflichtung, Absicherung von Darlehensausfällen über einen Studienfonds; Einführung entsprechender Regelungen im Film- und PopakademieGes; Änderung des LHochschulGes, des Zweiten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften sowie des Gesetzes über die Landeskreditbank BW - Förderbank

GesEntw

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/4858

Datenbank „Studieren in BW“ als Informationsquelle für Studieninteressierte

Notwendigkeit der o.g. Informationsmöglichkeit angesichts komplexer Zulassungsmodalitäten mit hochschuleigenen Tests, den Übergängen von der Diplom- in die Bachelor/Master-Struktur etc sowie einer richtigen Studienfach- und Studienortentscheidung; Gründe für die Nicht-Erreichbarkeit der vom Landesinstitut für Schulentwicklung betriebenen Online-Datenbank mit den von Hochschulen, FH und Berufsakademien angebotenen Studiengängen; Gewährleistung des Betriebs und der Pflege dieser Datenbank

Antr

s. *Informationssystem*

Drs 13/4871

Zukunft des hochschulübergreifenden Masterstudiengangs SENCE

Bewertung des o.g. Modellstudiengangs für nachhaltige Energietechnik in Kooperation zwischen den FH Rottenburg, Stuttgart und Ulm; Beurteilung der Beschäftigungsperspektiven der Absolventen in den Bereichen der Nutzung von Holz u.a. regenerativen Energien; Zukunftssicherung des Studiengangs auch nach Wegfall der Bundesmittel 2006

Antr

s. *Energienutzung*

Drs 13/5009

Steigerung der Attraktivität und Senkung der Kosten für ein Studium durch Studiengebühren, Plädoyer für Bildungsgutscheine, Erleichterung eines Teilzeitstudiums

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3661 3662 3666 3668-3672

Flächendeckende Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge, Verbesserung der Lehre und Studienbedingungen mit der Einführung von Studiengebühren, Entwicklung von netzgestützten Aufbaustudiengängen für Fernstudien

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6260 6261 6264-6270

Stühlingen

Geländewagen-Parcours Stühlingen-Lausheim

Beurteilung des o.g. Vorhabens; Vereinbarkeit mit dem seit 1999 ausgewiesenen Naturpark Südschwarzwald, dessen Satzung und einem in der Nähe angelegten Biotop; Bindung der Vergabe von Fördermitteln an die Naturparks an die Einhaltung der satzungsmäßigen Grundsätze

KlAnfr

s. *Motorsport*

Drs 13/641

Stütz- und Förderunterricht

s. *Förderunterricht*

Stundung

Stundung der Verfahrenskosten im Insolvenzverfahren

Entwicklung der Fallzahlen und Kosten o.g. Verfahren differenziert nach Verfahrenskosten, Gerichtskosten, Aufwendungen für Insolvenzverwalter und für die Beordnung eines Rechtsanwalts; Anteil und Kosten der Gewährung von Beratungshilfe zur

Durchführung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs; Einschätzung der Zahlen für 2003

KlAnfr
s. *Zahlungsunfähigkeit*
Drs 13/2012

Sturmholzschaden

s. *Forstschaden*

Sturmschaden

s. *Unwetterschaden*

Sturzhelm

s. *Schutzkleidung*

Stuttgart

s.a. *Cannstatter Volksfest*
s.a. *Fachhochschule Stuttgart - Hochschule der Medien*
s.a. *Haus des Jugendrechts*
s.a. *Hochschule für Druck und Medien*
s.a. *Killesberg*
s.a. *Königsbau Stuttgart*
s.a. *Kulturmeile Stuttgart*
s.a. *Kunstgebäude*
s.a. *Messe (Ausstellung)*
s.a. *Naturkundemuseum*
s.a. *Neues Schloss, Stuttgart*
s.a. *Regierungspräsidium Stuttgart*
s.a. *Region Stuttgart*
s.a. *Spielbank*
s.a. *Staatsgalerie*
s.a. *Stuttgart 21*
s.a. *Stuttgarter Buchwoche*
s.a. *Universität Stuttgart*
s.a. *Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie*

Zweckentfremdungsverbot und erweiterter Kündigungsschutz für baden-württembergische Großstädte

Erhebungen und Datenbasis für die Einschätzung und Feststellung des Wohnungsversorgungsgrads, Auswirkungen der Aufhebung o.g. Instrumente bei gleichzeitigem Rückgang der Neubauzahlen im Wohnungsbau in den Großstädten; Überprüfung der Wohnungsversorgung durch ein unabhängiges Institut; Wiederherstellung o.g. Instrumente im Falle von Umwandlungen in Stuttgart

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/85

Bildungschancen von Ausländerkindern

Übergangszahlen von deutschen und ausländischen Kindern von der Grundschule ins Gymnasium in Stuttgart und landesweit; Maßnahmen und Mittel zur Herstellung von Chancengerechtigkeit auch für Kinder ausländischer Herkunft

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/158

Vergabepaxis für die Nutzung landeseigener Flächen in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zuständige Behörden oder Mitarbeiter sowie Kriterien und Nachvollziehbarkeit von o.g. Entscheidungen; Erarbeitung von transparenten Vergaberegungen?

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/212

Qualitätsprobleme der Deutschen Bahn AG im Raum Stuttgart, Tübingen und Sigmaringen

Entwicklung der o.g. Defizite, Auswirkungen auf die vom Land bezahlten Regionalisierungsmittel, Zeithorizont von Verbesserungen durch zusätzliche Ausweich- und Begegnungsstellen

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/250

Olympia nach BW holen: Gemeinsam für Olympische Spiele im Land

Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 2012, Erwartung von Impulsen für den Breiten- und Spitzensport, für neue Arbeitsplätze, Stärkung der Wirtschaftskraft, Belebung des Tourismus und Erneuerung der Infrastruktur

Antr
s. *Olympische Spiele*
Drs 13/351

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart aus den Mitteln für die Image-Kampagne

s. *Olympische Spiele*
Drs 13/654

Kulturmeile Stuttgart

Verkehrsbelastung und Erscheinungszustand der Kulturmeile; Unterstützung der Stadt Stuttgart bei der Planung und Ausführung einer Anbindung an die Innenstadt

KlAnfr
s. *Kulturmeile Stuttgart*
Drs 13/672

Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Holzeinschlag aufgrund des tödlichen Unfalls durch einen herabstürzenden Ast bzw nach der Androhung strafrechtlicher Verfolgung der verantwortlichen Forstbeamten durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Minderung des erhöhten Berufsrisikos der Forstbediensteten iRd Fürsorgepflicht

KlAnfr
s. *Forstbediensteter*
Drs 13/738

Neuordnung des Schienenverkehrsangebots zwischen Stuttgart und Karlsruhe

Darlegung o.g. Neuordnung der Bahn AG und Auswirkungen, Verteuerung von Regionalverbindungen durch die Aufstufung der Interregios zum Intercity, rechtliche Problematik der Bestellung ergänzender Regionalexpresszüge in ehemaliger Interregio-Fahrplange, Ausschreibung dieser Zugleistungen

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/771

Situation an den Stuttgarter Realschulen im Schuljahr 2002/2003

Entwicklung der Klassenstärken seit 1999, Abweisung von Schülern nach Erreichung des Klassenteilers, Anteil von ausländischen Schülern und Migranten; Gewährung der zugesagten zusätzlichen Deputate

Antr
s. *Realschule*
Drs 13/828

Zukunft des landeseigenen Königsbaus am Stuttgarter Schlossplatz

Umbaupläne und damit verbundene Eingriffe in die historische Substanz, Alternativen bzw Auswirkungen eines Teilverkaufs auf die gewerblichen Mieter; Erhaltung des Gesamtbauwerks im Landesbesitz

Antr
s. *Königsbau Stuttgart*
Drs 13/857

Stadtbilderhaltung in der Landeshauptstadt und Gefährdung historischer Bausubstanz durch fortgesetzten Hausabbruch landeseigener Gebäude

Gefährdung einer historischen Häuserzeile an der Willy-Brandt-Straße durch Benötigung der Flächen im Zuge der Verwirklichung von Stuttgart 21, Bewertung der Kauf- bzw Sanierungsinteressen eines privaten Investors; Kontaktaufnahme mit der Stadt Stuttgart und der DB Projekte Süd GmbH mit dem Ziel einer neuerlichen Prüfung iRd Planfeststellungsverfahrens, Stopp eines möglichen Abbruchs bis zur Vorlage der Ergebnisse dieser Prüfung

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 07.08.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1249
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.05.2004 Drs 13/3239 S. 10
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Wohnungsnot für Studierende in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zahl der vorhandenen bzw benötigten Wohnheimplätze, Auswirkungen der Abweisung von ausländischen Studenten auf das Renommee der Universität Stuttgart als internationaler Studienort, Bereitstellung von Grundstücken und Finanzmitteln für den studentischen Wohnheimbau sowie eines Studentenhotels, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie von Gesprächen des MWK mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Zahl der dadurch vom Studentenwerk angemieteten Wohnungen, Wiedereinführung des aufgehobenen Zweckentfremdungsverbots für Stuttgart?

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1406

Fluglärm in Stuttgart

Entwicklung der zusätzlichen Flugbewegungen und Lärmbelastung von Hubschraubern und Kleinflugzeugen über dem Stadtgebiet seit 1999; Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm durch Freizeitflüge

KlAnfr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/1503

Projekt „Haus des Jugendrechts“ - wie geht es weiter?

Fortführung bzw Ausdehnung des Projekts auf weitere Stuttgarter Stadtteile

Antr

s. Haus des Jugendrechts
Drs 13/1524

Erweiterung und Ausbau von Berufsschulen in Stuttgart

Einlösung der Zusage zur Beteiligung am Aus- und Neubau der Stuttgarter Berufsschulen

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/1576

Beanspruchung des Umwelt- und Verkehrsministeriums durch das Großprojekt Stuttgart 21

Umfang, Art und Kosten der Inanspruchnahme des Ministeriums, der Stadt Stuttgart, des RegPräs und der Region Stuttgart bzw von externen Beratungskapazitäten, insbes des ehemaligen Ministerialdirektors im UVM

Antr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/1589

Bewerbung der Stadt Stuttgart um die Olympischen Spiele und Paralympics 2012

Art und Wirksamkeit der Unterstützung der Bewerbung von Stadt und Region Stuttgart seit Einbringung des interfraktionellen Antrags Drs 13/351; Förderung des Breiten-, Leistungs- und Behindertensports sowie der verkehrlichen und sonstigen Infrastruktur; Erfüllung der Kriterien für die Entscheidung des NOK; erwartete Impulse im Falle einer erfolgreichen Bewerbung

Antr
s. *Olympische Spiele*
Drs 13/1600

Erstellung eines neuen Luftreinhalteplans für Stuttgart bis Mitte 2004

Darlegung der EU-Grenzwerte für die Schadstoffe Stickstoffdioxid, Stickoxid, Benzol und Feinstäube und deren Einhaltung; Situation und weitere Entwicklung des Straßenverkehrs in der Region Stuttgart bis 2010; Effizienz von Tempolimits und Durchfahrverboten für Lkw ohne Rußfilter; gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung; Aufnahme von Gesprächen mit der Stadt Stuttgart und den beteiligten Institutionen mit o.g. Zielsetzung

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/1619

Unterbringung von Jugendlichen in Ausbildung

Zahl, Herkunft und Altersstruktur der in Jugendwohnheimen untergebrachten Berufsschüler der Landesfachklassen in Stuttgart; Auswirkungen einer Streichung der Stellen für pädagogische Fachkräfte, Vereinbarkeit mit den Aussagen des SM zur notwendigen sozialpädagogischen Betreuung von Jugendlichen bei auswärtiger Unterbringung

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/1653

Besucherandrang in den Staatlichen Museen der Landeshauptstadt

Entwicklung der Besucherzahlen und der verbleibenden Nettoerträge von Eintrittsgeldern in der Staatsgalerie, dem Landes- und Naturkundemuseum sowie dem Haus der Geschichte; Verzicht auf die Erhebung von Eintrittsgebühren

Antr

s. *Museum*
Drs 13/1658

Förderung der „Kulturhauptstadt Europas 2010“

Frage nach Ergebnissen von Sondierungsgesprächen, Unterstützung der Bewerbung von Karlsruhe im Gegensatz zur Landeshauptstadt?

KlAnfr
s. *Kulturstadt Europas*
Drs 13/1709

Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes

Erteilung o.g. Genehmigung zur Veranstaltung der Internationalen Waffenbörse (IWB) in Stuttgart, Anziehungskraft des angebotenen Sortiments aus der NS-Zeit auf Rechtsextremisten, Gründe für die Absage entsprechender Messen in anderen Städten bundesweit, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen; Hinwirkung auf eine Beschränkung des Zugangs auf Inhaber von Waffenbesitzkarten

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/1724

Unterstützung der im Weiterbetrieb gefährdeten historischen Standseil- und Bergbahnen in BW

Möglichkeiten zum Erhalt der durch EU-Sicherheitsauflagen gefährdeten Bahnen in BW bzw der historisch bedeutsamen Standseilbahn in Stuttgart-Süd

MdlAnfr
s. *Seilbahn*
Drs 13/1778

Leichtathletik-Weltmeisterschaft 2009 in Stuttgart?

Unterstützung der o.g. Bewerbung der Stadt Stuttgart, Bewertung der Pläne zum Umbau des Daimler-Stadions zu einer reinen Fußball-Arena

MdlAnfr
s. *Leichtathletik*
Drs 13/2037

Zukunftsperspektiven für das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT)

Darlegung der o.g. Bemühungen auf Ministerialebene, des Verwaltungsrats, der Stadt Stuttgart, der Universitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; Tragfähigkeit der Finanzierungsbasis und Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen; Prüfung der Gründung einer gemeinsamen privaten Business School und Vereinigung der Weiterbildungseinrichtungen der drei beteiligten Universitäten

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/2084

Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen im laufenden Schuljahr; hier: am Beispiel der Stadt Stuttgart, Stadt Freiburg, Stadt Mannheim und dem Bodenseekreis

Darlegung o.g. Daten nach Schultypen, Fächern und Fachrichtungen; Entwicklung der Klassengrößen, der Fehlstunden und der benötigten Deputate; Zahl der bis 2005 in den Ruhestand tretenden Lehrer; Maßnahmen zur Behebung des Lehrermangels

Antr
s. *Berufsschulunterricht*
Drs 13/2094

Die Perspektive der so genannten Privatuniversitäten SIMT und IU Bruchsal

Gewährleistung der Anerkennungsvoraussetzungen und insbes der Gleichwertigkeit in Forschung und Lehre mit den staatlichen Universitäten? Beurteilung der finanziellen Situation; Stand und Erfolgsaussichten der Verhandlungen des MWK mit dem SIMT, den beteiligten Sponsoren und Universitäten um Anschlussmodelle; Art und Ziele der Bemühungen des WM um die IU Bruchsal

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/2130

Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten

Erhaltung des o.g. Kulturdenkmals und Einleitung baulicher Sicherungsmaßnahmen; Frage nach Gefahren durch die Bauarbeiten iR von Stuttgart 21 sowie nach Verhandlungen mit der DB ProjektBau GmbH, Vorlage der Stellungnahme des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts und des Landesdenkmalamts

Antr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/2162

Klassenverhältnisse in Ballungsraum-Schulen

Bildung größerer Grundschulklassen als in weniger dicht besiedelten Schulbezirken, Zusammenlegung von vier zu drei Klassen an der Vogelsang-Grundschule im Stuttgarter Westen

MdlAnfr
s. *Grundschule*
Drs 13/2176

Imagegewinn durch internationale Leichtathletikveranstaltungen

Chancen für den Umbau des Gottlieb-Daimler-Stadions zu einer reinen Fußball-Arena bzw für den Erhalt als Leichtathletik-Stadion und damit als eine der wenigen verbliebenen Wettkampfstätten in Deutschland für o.g. Veranstaltungen, Frage nach Auswirkungen auf den daneben liegenden Olympiastützpunkt

Antr
s. *Leichtathletik*
Drs 13/2196

Zukunft der Staatsschule für Gartenbau und Landwirtschaft Hohenheim

Beurteilung des Erfolgs der o.g. Kombination von praxisnaher Versuchs- bzw Beratungstätigkeit und Fachunterricht und damit der Berufschancen der Absolventen; Vergleich der materiellen und personellen Ausstattung der Fachschulen in den neuen BLändern; Beseitigung der Räumängel und Sanierung des Schülerwohnheims

Antr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/2273

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW in der Landeshauptstadt Stuttgart

Umfang der o.g. Grundstücke und Gebäude; Möglichkeiten und Pläne zur Nutzung für den Wohnungsbau

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/2294

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr
Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/2456

B 312 OU Stuttgart-Hedelfingen und Stuttgart-Riedenberg
Begründung der Neubewertung und Rückstufung des o.g. Vorhabens durch den Bund im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans trotz einer Verschärfung der Verkehrssituation, Zustandekommen der Ergebnisse der Nutzen-Kosten-Analyse und der Raumwirksamkeitsanalyse; Chancen einer Wiederaufnahme in den „Vordringlichen Bedarf“ nach Erklärung der Bereitschaft der Stadt Stuttgart zur Mitfinanzierung

KlAnfr
s. *Bundesstraße 312*
Drs 13/2460

Das Staatstheater Stuttgart in der Zäsur - Quo Vadis?
Gründe und Auswirkungen der Abwanderungsentscheidungen der Direktoren Oper und Schauspiel, Frage nach dem Agieren des Verwaltungsrats und nach Bemühungen um eine Einigung mit der Stadt Stuttgart über die Kostenaufteilung der notwendigen baulichen Sanierung; Stärkung der Kompetenzen des Verwaltungsrats bei personellen und sachlichen Entscheidungen, insbes im Hinblick auf die Nachfolge der beiden Direktoren

Antr
s. *Theater*
Drs 13/2467

Zukunft der Württembergischen Staatstheater Stuttgart
Festhalten am Leitungsmodell aus den drei Intendanten und dem geschäftsführenden Direktor, Mitsprache bei der Nachfolgeentscheidung für die Positionen des Opern- und Schauspielintendanten; Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart insbes iRd Verwaltungsratssitzungen

Antr
s. *Theater*
Drs 13/2476

Gefährdung der Lebensmittelüberwachung in Stuttgart
Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Verweigerung des Dienstherrenwechsels durch einen Großteil der Polizeibeamten in Stuttgart, zusätzliche Kosten der Landeshauptstadt zur Bereitstellung der Infrastruktur und Ausbildung von neuen Kräften, Problematik einer Bewältigung von größeren bzw die Stadtgrenze überschreitenden Verstößen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2508

Zukunft des Versorgungsamts Stuttgart
Verzicht auf eine Eingliederung in die LKreise Böblingen, Esslingen und Waiblingen im Zuge der Verwaltungsreform; Erhaltung der behindertengerechten Erreichbarkeit in Stuttgart

Antr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/2560

Zukunft des Linden-Museums
Finanzierungs- und Zeitplan für den Erweiterungsbau, finanzielle Beteiligung der Stadt Stuttgart, Vorziehen einer Anbindung auf Kellerebene iRd anstehenden Erweiterung des Katharinen-Hospitals

KlAnfr
s. *Museum*
Drs 13/2634

Kunstgebäude am Schlossplatz
Pläne für eine Anschlussnutzung nach dem Auszug der Galerie der Stadt Stuttgart

KlAnfr
s. *Kunstgebäude*
Drs 13/2635

Neuerliche breitflächige Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Begründung bzw Begutachtung der Notwendigkeit der erneuten massiven Fällungen; Überschreitung der beim Verkehrssicherungshieb maßgeblichen Grenze? Vorschaltung einer Einzelbaumprüfung, Untersuchung des Untergrunds und Hinzuziehung externer Sachverständiger vor künftigen Aktionen

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/2656

Haushalt 2004; Epl 14
Rücknahme der Kürzungen beim Theaterhaus Stuttgart und bei den freien Theatern

s. *Theater*
Drs 13/2814

Internationale Waffenbörse IWB in Stuttgart 2004 - Zutrittsverbot für Minderjährige statt Schießen für Kinder

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen, Einsatz eines zum Schießstand umgebauten amerikanischen Schulbusses; Hinwirkung auf eine generelle Untersagung des Besuchs Minderjähriger auf der IWB sowie des Verkaufs von NS-Devotionalien

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/2817

Kosten der Verwaltungsreform für die Landeshauptstadt Stuttgart

Errechnung zusätzlicher Belastungen für Stuttgart sowie Verfehlung der vorgegebenen Effizienzrendite nach öffentlichen Aussagen des Oberbürgermeisters und Finanzbürgermeisters, Gewährleistung eines finanziellen Ausgleichs für sämtliche Mehrkosten?

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2982

Design Center Stuttgart
Internationales Renommee der o.g. Einrichtung als Kompetenzzentrum des Landes für Design und kreative Dienstleistungen; Verzicht auf eine Namensänderung und Standortverlagerung im Zuge der geplanten Auflösung des Landesgewerbeamts

Antr
s. *Design*
Drs 13/3040

DVB-T für Stuttgart

Berliner Erfahrungen mit der o.g. Empfangstechnik und dem Nutzerverhalten; Zeitplan und Investitionen des SWR zur Einführung in Stuttgart; Gründe für das mangelnde finanzielle Engagement der Privatsender und der LfK

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3050

Einrichtung von Servicezentren für die staatlichen Museen

Frage nach o.g. Planungen für die Landesmuseen in Karlsruhe und Stuttgart; Ausgestaltung, Organisation und Zeitrahmen des Vorhabens; Höhe der erwarteten Einsparungen

Antr
s. *Museum*
Drs 13/3151

Missachtung des Parlaments durch die staatliche Vermögensverwaltung

Begründung und Verantwortliche für den Abriss der denkmalgeschützten Häuser in der Willy-Brandt-Straße vor Behandlung des Antrags 13/1249 im Finanzausschuss; Höhe der Kosten für den Abbruch und die anschließende Sicherung der Grundstücke; Durchführung an einem verkehrsreichen Tag mit einer erforderlichen Fahrbahnsperre aufgrund von Hinweisen auf Protestaktionen? Erteilung einer Rüge gegenüber der Vermögensverwaltung, künftige Respektierung der Willensbildung des Parlaments und seiner Ausschüsse

Antr
s. *Bauverwaltung*
Drs 13/3163

Das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) nach der Ankündigung seiner Schließung

Zahl der betroffenen Studenten und Mitarbeiter; Möglichkeiten einer Weiterführung als Weiterbildungseinrichtung der drei Trägeruniversitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; bisher geleistete Haushaltsmittel und künftige Verpflichtungen, Umfang der Beteiligung der drei Universitäten und Wirtschaftsunternehmen; Erfüllung der eingegangenen Ausbildungsverpflichtungen und Beschäftigungsverträge

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/3210

Maßnahmen gegen den Fuchsbandwurm in der Region Stuttgart

Darlegung des o.g. Infektionsrisikos, insbes für Kinder, in Stuttgart und Umgebung; Vergabe einer wissenschaftlichen Untersuchung zu der Gesundheitsgefährdung in städtischen Verdichtungsräumen; Durchführung einer auf mindestens fünf Jahre angelegten Bekämpfungsaktion rund um Stuttgart

Antr
s. *Bandwurm*
Drs 13/3225

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Gegenseitige Bedeutung der Länder als Wohnsitz und Reiseziel; Rolle des französischen Generalkonsulats in Stuttgart

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236

Imperium Romanum - auch in Stuttgart

Thematisierung der römischen Vergangenheit der Landeshauptstadt iRd Landesausstellung „Imperium Romanum - Roms Provinzen an Neckar, Rhein und Donau“; Planung weiterer Veranstaltungen sowie einer Einbindung der Schulen?

KlAnfr
s. *Ausstellung*
Drs 13/3264

Standortentscheidung für das Design Center Stuttgart

Begründung der o.g. Entscheidung nach der Auflösung des Landesgewerbeamts, Frage nach der künftigen Betriebsform und Finanzierung sowie Kooperation mit anderen Design-Standorten

KlAnfr
s. *Design*
Drs 13/3307

Denkmalgeschützte Gebäude im Eigentum des Landes oder der Landesstiftung in Stuttgart

Auflistung der o.g. Gebäude, deren Nutzung und Sanierungsbedarf; Ausweisung der in den letzten drei Jahren verkauften und abgerissenen Gebäude mit der jeweiligen Begründung, Frage nach weiteren Planungen

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3391

Mülltransport in der Region Stuttgart

Möglichkeiten für Schienenabfalltransporte aus den Nachbarregionen zur Müllverbrennungsanlage Stuttgart-Münster, Beurteilung des Konzepts des Instituts für Verkehrsleitplanung und Verkehrsplanung der Universität Stuttgart

Antr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/3394

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern für das Weißenhof-Tennisturnier in Stuttgart

Einsatz von Schülern für Hilfsdienste beim o.g. Turnier u.a. Großveranstaltungen: Zahl und Auswahlkriterien der eingesetzten Schüler, Art und Vergütung der Hilfsdienste, Begründung der Freistellungen, Nachholung des versäumten Unterrichts

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 13/3432

Immobilienverkäufe durch das Land BW

Darlegung o.g. Verkaufsabsichten zur Haushaltssanierung 2005/06, insbes der avisierten Liegenschaften im Stadtbezirk der Stadt Stuttgart

KlAnfr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3503

Luftreinhalteplan für Stuttgart

Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für Stickoxide und Feinstäube an den einzelnen Messpunkten, Zeitpunkt und Art der an das Umweltbundesamt gemeldeten Daten zur Weiterleitung an die EU-Kommission; Ergebnisse der Ursachenanalyse über die Emittenten; Belegung einer prognostizierten Verminderung der Emissionen im Straßenverkehr in der Region Stuttgart? Höhe der Kosten und Zeitpunkt der Fertigstellung und Veröffentlichung des Luftreinhalteplans unter Einbeziehung der Stadt Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3571

Sprinter-Verbindung Heilbronn-Stuttgart

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3683

Arena of Sound 2005

Fortführung des Popfestivals unter der Regie des Landes und der Stadt Stuttgart ggf mithilfe von Sponsorengeldern nach dem Ausstieg des SWR?

KlAnfr
s. *Musikveranstaltung*
Drs 13/3771

Sprinter-Verbindung Crailsheim-Stuttgart (Murrbahn)

Taktzeiten und Fahrgastanteile der o.g. Verbindung; Verzicht auf eine Streichung während der Schulferien bzw Verhinderung einer generellen Streichung

KlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3820

Bambi-Verleihung 2006 in Stuttgart

Beurteilung o.g. Presseberichte bzw der damit verbundenen Chancen für die Standortwerbung von Land und Stadt

MdlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/3827

Europäisches Filmfestival Stuttgart-Ludwigsburg

Akzeptanz und Ausstrahlung der o.g. Veranstaltung; bisherige Förderung mit Mitteln des Landes bzw der Medien- und Filmgesellschaft; Gründe und Auswirkungen der Streichung, insbes auf den Film-, Medien- und Wirtschaftsstandort Stuttgart-Ludwigsburg; Einflussnahme auf den Meinungsbildungsprozess bei der Stadt Stuttgart? Frage nach geplanten Alternativen

KlAnfr
s. *Filmfestspiele*
Drs 13/3869

Unterrichtsausfall an den Schulen in Stuttgart

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularbeiten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer deutlichen Reduzierung des Unterrichtsausfalls

Antr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3886

Kunstgebäude am Schlossplatz in Stuttgart

Vereinbarungen mit dem Württembergischen Kunstverein über die Nutzung des Kunstgebäudes; Ausgestaltung des künstlerischen Programms und kulturellen Profils; Höhe und Etatisierung der Personal-, Sach- und Betriebskosten; Gründe für den Verzicht auf eine alleinige Nutzung durch Kooperationspartner

KlAnfr

s. *Kunstgebäude*
Drs 13/3892

Nachhilfe für Schüler durch Scientology

Beurteilung der Aktivitäten von Scientology und Untergruppierungen im Bildungsbereich, Verbindungen zum neuen Stuttgarter Lerncenter, Warnung der Öffentlichkeit sowie der Schulen und Eltern

KlAnfr
s. *Sekte*
Drs 13/3919

Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland; hier: Austragungsort Stuttgart

Stand der Planung und Realisierung notwendiger Maßnahmen zur Verkehrsinfrastruktur, Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für Logistikaufgaben, Konzentration der Bundesmittel zum Abbau der Engpässe im Bundesfernstraßennetz der Region, Vorkkehrungen der Aufgabenträger beim ÖPNV bzw bei der störungsfreien Vernetzung öffentlicher Verkehrsmittel mit dem VVS

Antr
s. *Fußballweltmeisterschaft*
Drs 13/4029

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4075

Ächtung von Anscheinswaffen oder Zurschaustellung von Anscheinswaffen für Kinder und Jugendliche auf der Internationalen Waffenbörse IWB in Stuttgart

Anziehungskraft von Softair-Spielzeugwaffen sowie Nachbauten von Kriegswaffen auf der IWB; Maßnahmen zur Ächtung von Anscheinswaffen; Durchsetzung eines Zugangsverbots für Kinder und Jugendliche auf der IWB

KlAnfr
s. *Waffe*
Drs 13/4179

Transport von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennung

Beschleunigung der Vorlage der Untersuchungsergebnisse des Lehrstuhls für Verkehrsplanung und -leittechnik an der Universität Stuttgart über die Chancen des Schienentransports von Restmüll aus der Region Neckar-Alb zur Verbrennungsanlage in Stuttgart-Münster, insbes als Entscheidungsgrundlagen für die Verkehrsträgerwahl der Entsorgungsträger; Bewertung als Beitrag zur Senkung der Feinstaub- und Stickstoffdioxidimmissionen; Höhe der möglichen Zuwendungen aus Landes- und Bundesmitteln

KlAnfr
s. *Abfallbeseitigung*
Drs 13/4220

Zuweisung zusätzlicher Lehrerdeputate für Stuttgarter Brennpunktschulen

Versäumung der Frist zur Antragstellung für Lehrerstunden zur Ganztagsbetreuung an drei Brennpunktschulen durch die Schul- und Kulturbürgermeisterin?

MdlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/4204

Zunahme des Wohnungsdefizits in BW

Entwicklung des o.g. Defizits bis 2007 und Konsequenzen nach einer Studie des GEWOS-Instituts, insbes für Stuttgart, Karlsruhe, Ettlingen, Freiburg, Tübingen sowie für die Regionen Nord-schwarzwald und Bodensee-Oberschwaben; Frage nach gesonderten Hilfen iRd Wohnbauförderung für die Landeshauptstadt

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/4308

Stuttgart nicht mehr sicherste Großstadt in der Bundesrepublik

Ursachen für die Zunahme von Straftaten, insbes bei den Wohnungseinbrüchen, der Kinder- und Jugendkriminalität; Gegenmaßnahmen

MdlAnfr 2) Rolf Gaßmann SPD 12.05.2005 Drs 13/4316
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6674-6676

Nord-Ost-Ring Stuttgart, neue Initiative von RegPräs Dr. Udo Andriof: Neckarquerung mit Anschluss an bestehende Straßen in den LKreisen Ludwigsburg und Rems-Murr-Kreis

Vorstoß des RegPräs zum Bau einer neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings: Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage, den bisherigen und Gesamtkosten sowie nach einer Abstimmung des Vorschlags mit dem Land und den betroffenen Behörden

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4493

Mitfinanzierung der Teilüberdeckung der B 14/Konrad-Adenauer-Straße in Stuttgart durch das Land

Höhe, Herkunft und Zuweisungszeitpunkt der zugesagten Mittel für den ersten Bauabschnitt der Untertunnelung der B 14

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 14*
Drs 13/4532

Scientology-Organisation in Stuttgart

Ausbau des Standorts Stuttgart zur bundesweiten Operationszentrale nach Aussage führender Scientologen? Frage nach Verhandlungen mit dem DRK um den Kauf eines Gebäudes bzw nach Möglichkeiten zur Verhinderung dieses Immobilienerwerbs der Sekte

KlAnfr
s. *Sekte*
Drs 13/4542

Förderung der Pflegeheime im Großraum Stuttgart durch Mittel des Landes

Aufflistung der Förderhöhe und -reihenfolge o.g. Heime, Vergleich der Fördermittel pro Einwohner mit dem Landesdurchschnitt, Berücksichtigung auch von gerontopsychiatrischen Einrichtungen für besondere Bedarfsgruppen sowie der fachlichen Meinung der Stadt Stuttgart?

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 13/4601

Fortführung des Praxistests von Brennstoffzellenbussen in Hamburg statt in Stuttgart

Gründe für den Verkauf der Versuchsfahrzeuge nach Hamburg angesichts der gravierenden Feinstaubbelastung bzw der Entwicklung und Herstellung der Busse in Stuttgart

MdlAnfr
s. *Brennstoffzelle*
Drs 13/4683

Bambi-Preis-Verleihung in Stuttgart

Stand der o.g. Gespräche mit dem Burda-Verlag, Frage nach den damit verbundenen Erwartungen und finanziellen Konditionen

KlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/4702

Unterrichtsausfall an Stuttgarter Schulen

Unterrichtsausfall im Pflicht- und Ergänzungsbereich sowie bei den Stütz- und Förderkursen in den einzelnen Fächern und Schularten, Situation an den Gymnasien, Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen, Auslegung und Zeitpunkt der Vorlage von Ergebnissen der angekündigten Stichprobe, Abbau des Lehrermangels in den naturwissenschaftlichen Fächern

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4746

Sonderprogramm des Landes für die aufgrund zu später Antragstellung beim IZBB-Programm nicht zum Zuge gekommenen Stuttgarter Schulen

Berücksichtigung der noch auf der Warteliste stehenden 19 Schulen

MdlAnfr
s. *Ganztagssschule*
Drs 13/4796

Regierungsviertel oder Spielbank in Stuttgart?

Abwägung der Vorschläge und Argumente für eine zweite Spielbank und/oder eines Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21; Frage nach der Tragfähigkeit der Finanzierung des Projekts Stuttgart 21 über Grundstücksverkäufe und private Investoren

GrAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/4857

Umgang der Staatsanwaltschaft Stuttgart mit Formen des Protests gegen verfassungsfeindliche Organisationen

Anweisung der zuständigen Polizeibehörden zum Einschreiten gegen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, auch wenn diese zum Zeichen des Protests gegen o.g. Organisationen getragen werden; Bewertung dieser Rechtsauslegung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und der davon ausgehenden Signalwirkung, Frage nach Schritten zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen verfassungsfeindliche Organisationen

KlAnfr
s. *Staatsanwaltschaft*
Drs 13/5105

Amtliche Statistik - Abweichung bei Einwohnerzahlen

Ursachen und Auswirkungen, insbes im kommunalen Finanzausgleich, der o.g. Unterschiede zwischen den Zahlen des Statistischen Landesamts und der Einwohnermeldeämter; konkrete Auswirkungen im Fall der Stadt Stuttgart und der Gemeinde Zwiefalten; Umgang mit Widersprüchen von Kommunen gegen die als Bemessungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich verwendeten Zahlen

KlAnfr

s. *Einwohner*

Drs 13/5134

Nordoststring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstrengung einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/5158

Offenlegung der Messwerte für Feinstaubkonzentrationen und Stickoxide

Offenlegung der gemessenen Werte bzw Grenzwertüberschreitungen an den Messstationen in Stuttgart und landesweit, Darlegung der Informationsmöglichkeiten der Bürger sowie der notwendigen Modifikation der Luftreinhalte- und Aktionspläne

KlAnfr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/5161

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr

Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/5172

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/5184

Landesprogramm „Ganztagsschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung“ (GTS)

Antragstellung der Stadt Stuttgart zur Aufnahme der Carl-Benz-Schule und der Elise-von-König-Schule in das o.g. Programm, Kriterien des KM für die Auswahl der Schulen bzw Ablehnung der genannten Schulen; Aufnahme dieser Schulen in das Pro-

gramm und Bereitstellung der notwendigen zusätzlichen Lehrerstellen

Antr

s. *Ganztagsschule*

Drs 13/5237

Unterstützung der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55 56

Wohnungsmarktsituation in Stuttgart, Auszüge aus dem Wohnungsbericht der Stadt Stuttgart

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 690-696

Steuerunschädliche Veräußerung der EnBW-Anteile durch die Stadt Stuttgart im Jahr 2002

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 826 828-830

Wohnungsmarktsituation in Stuttgart, Suche nach Investoren für geeignete Baugrundstücke

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1435 1437

Plädoyer für die Einführung von Französisch als Grundschulfremdsprache in Stuttgart, Hinweis auf die Städtepartnerschaft mit Straßburg

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1485 1486

Steuerunschädliche Veräußerung der EnBW-Anteile durch die Stadt Stuttgart im Jahr 2002; Realisierung von Stuttgart 21 am Standort des Hauptbahnhofs

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1572 1575 1582 1587 1595

Beteiligung der Stadt Stuttgart an der Finanzierung des jährlichen Defizits der Wilhelma

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2678 2680

Änd der GemO: Verzicht auf die in § 116 vorgesehene Ausbildung eines Finanzbürgermeisters als Beigeordneter bzw Ermöglichung der Wahl des CDU-Fraktionsvorsitzenden Föll zum Finanzbürgermeister in Stuttgart

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3076-3085

Notwendigkeit der neuen Fildermesse aufgrund der Raumnot und Verkehrsverhältnisse der Messe auf dem Killesberg, Bewertung des Standorts als nicht erweiterungsfähig

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369-3371 3375-3377 3379 3385

Kritik an geplanten Cross-Border-Leasing-Geschäften mit Schulen u.a. öffentlichen Einrichtungen in Stuttgart

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3496 3497 3499 3500

Ermöglichung der Wahl des CDU-Fraktionsvorsitzenden Föll zum Finanzbürgermeister in Stuttgart, Änderung der Gemeindeordnung, Bezeichnung als „Lex Föll“

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3767-3769

Bewertung der Tieferlegung von Straßenbahnen in Stuttgart als zu teuer

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4431 4437

Bewertung der Qualität der Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart; Bezeichnung von Wolfgang Schuster als Bremser bei der Entwicklung der Region Stuttgart, Einräumung des Scheiterns einer Ablösung bei der OB-Wahl

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5556 5558 5559

Überschreitung des EU-Grenzwerts für Feinstaub in Stuttgart, Notwendigkeit eines Luftreinhalteplans; Eintreten für den Erhalt des französischen Generalkonsulats in Stuttgart

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6341 6343-6348 6358

Präsentation der Landeshauptstadt als Gastgeber bei der Fußballweltmeisterschaft 2006; Ausbau der Universität Stuttgart

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420 6421

Feinstaubkonzentrationen am Stuttgarter Neckartor und Arnulf-Klett-Platz, mögliche Abhilfemaßnahmen, kritische Bewertung eines Durchfahrverbots für Lkw, Verweisung auf das VG-Urteil zur Aufstellung eines Aktionsplans für Stuttgart

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6713-6723

Zahl von auswärtigen Kindern in den Stuttgarter Kinderbetreuungseinrichtungen, Forderung nach einer Verpflichtung der Wohnsitzgemeinden zur Kostenbeteiligung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7360 7362 7363 7365 7366

Einführung eines Verbots des Tragens eines Kopftuchs im Kindergarten, Verweisung auf die 30 muslimischen Erzieherinnen in Stuttgart, Eintreten für einen Erlaubnisvorbehalt der kommunalen Kindergartenträger

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7520-7525

Erwartung einer Überschreitung des neuen EU-Grenzwerts für Feinstaub am Neckartor und an der Hohenheimer Straße, Verweisung auf die Vorstellung des Luftreinhalteplans für die Stadt Stuttgart

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7642-7644

Regelung der Kostenbeteiligung umliegender Wohnsitzgemeinden für die Unterbringung ihrer Kinder in Stuttgarter Betreuungseinrichtungen; Eintreten für einen Erlaubnisvorbehalt beim Kopftuchverbot im Kindergarten, Verweisung auf die 30 muslimischen Erzieherinnen in Stuttgart

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7806 7810 7816 7817 7819 7820

Stuttgart Institute of Management and Technology

s. Privathochschule

Stuttgart, Region

s. Region Stuttgart

Stuttgart 21

Stand der Vorbereitungen zu der termingerechten Realisierung des Projekts Stuttgart 21

Gewährleistung der planerischen Ressourcen; Ausräumung von kartell-, wettbewerbs- und vergaberechtlichen Bedenken bei der Bestellung von SPNV-Leistungen bei der DBAG, Prüfung von Alternativen; Beteiligung des Landes an der Fahrzeugbeschaffung aus Regionalisierungsmitteln ohne Abstriche bei anderen ÖPNV-Projekten; Forcierung der Verhandlungen mit dem Bund über die Vorfinanzierung des Projekts

KIAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 20.07.2001 und Antw UVM Drs 13/111

Stadtbilderhaltung in der Landeshauptstadt und Gefährdung historischer Bausubstanz durch fortgesetzten Hausabbruch landeseigener Gebäude

Gefährdung einer historischen Häuserzeile an der Willy-Brandt-Straße durch Benötigung der Flächen im Zuge der Verwirklichung von Stuttgart 21, Bewertung der Kauf- bzw Sanierungsinteressen eines privaten Investors; Kontaktaufnahme mit der Stadt Stuttgart und der DB Projekte Süd GmbH mit dem Ziel einer neuerlichen Prüfung iRd Planfeststellungsverfahrens, Stopp eines möglichen Abbruchs bis zur Vorlage der Ergebnisse dieser Prüfung

Antr
s. Stuttgart
Drs 13/1249

Beanspruchung des Umwelt- und Verkehrsministeriums durch das Großprojekt Stuttgart 21

Umfang, Art und Kosten der Inanspruchnahme des Ministeriums, der Stadt Stuttgart, des RegPräs und der Region Stuttgart bzw von externen Beratungskapazitäten, insbes des ehemaligen Ministerialdirektors im UVM

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 05.12.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1589
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 13.02.2003 Drs 13/1855 S. 35
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und damit mittelständischer Strukturen der privaten Omnibusunternehmen; Gewährleistung der Anschlussverbindung von Busreiseunternehmen auch beim neuen Hbf und Filderbahnhof iRd Projekts Stuttgart 21

GrAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/1680

Erhalt der landeseigenen Lusthausruine im Stuttgarter Schlossgarten

Erhaltung des o.g. Kulturdenkmals und Einleitung baulicher Sicherungsmaßnahmen; Frage nach Gefahren durch die Bauarbeiten iR von Stuttgart 21 sowie nach Verhandlungen mit der DB ProjektBau GmbH, Vorlage der Stellungnahme des Staatlichen Vermögens- und Hochbauamts und des Landesdenkmalamts

Antr
s. Kulturdenkmal
Drs 13/2162

Brandschutz beim Projekt Stuttgart 21

Erhöhung des Bedarfs an Zugbegleitern durch brandschutzbedingte Vorgaben für die Züge in den Tunnelabschnitten von Stuttgart 21, Auswirkungen auf die Kosten, Berücksichtigung bei der Betriebskosten- bzw Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Projekt Stuttgart 21?

KIAnfr Boris Palmer GRÜNE 24.09.2003 und Antw UVM Drs 13/2444

Vorfinanzierung der DB-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und des Projekts Stuttgart 21

Baukostenansätze für die o.g. Vereinbarung, Höhe und Zeiträume der Vorfinanzierung für die einzelnen Abschnitte und der Rückzahlungsraten des Bundes, Frage nach Regelungen im Fal-

le von Baukostenüberschreitungen und Rückzahlungsproblemen des Bundes, Auswirkungen auf künftige Landeshaushalte und andere dringliche Schienenverkehrsprojekte im Südwesten

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/2685

Regionalisierungsmiteinsatz für Stuttgart 21

MdlAnfr 1) Boris Palmer GRÜNE 24.06.2004 Drs 13/3305
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5083 5084

Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Aktueller Kostenstand der o.g. Vorhaben, Verteilung auf die beteiligten Partner; Höhe der Gesamtkosten und der Kofinanzierung der EU in Bezug auf die vorrangigen Projekte der transeuropäischen Netze; erwartbare Zusagen und Fördervolumen der EU für Stuttgart 21 und die NBS Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3359

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw. Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3983

Regierungsviertel auf dem Gelände von Stuttgart 21

Befürwortung des o.g. Vorschlags von Justizminister Goll bzw. von der gesamten LReg? Überlegungen zur künftigen Nutzung der dann frei werdenden Gebäude, Höhe und Finanzierung der zu erwartenden Kosten

KlAnfr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4035

Die Haltung der LReg zu den Überlegungen „Regierungsviertel im Stuttgart 21-Areal“

Frage nach den rechnerischen Grundlagen für den o.g. Vorschlag von Justizminister Goll; Erteilung einer verbindlichen Absage zu den Überlegungen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4077

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Finanzierung der Verlängerung der S 1 nach Kirchheim/Teck

Finanzierung der Verlängerung von Plochingen nach Kirchheim über das GVFG erst ab 2008, Frage nach einem Zusammenhang mit der Bindung der GVFG-Mittel zur Finanzierung von Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4133

Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21

Frage nach ernsthaften Erwägungen bzw. Untersuchungen zum Bau eines neuen Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4683

Regierungsviertel oder Spielbank in Stuttgart?

Abwägung der Vorschläge und Argumente für eine zweite Spielbank und/oder eines Regierungsviertels auf dem Gelände von Stuttgart 21; Frage nach der Tragfähigkeit der Finanzierung des Projekts Stuttgart 21 über Grundstücksverkäufe und private Investoren

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 18.11.2005 und Antw FM Drs 13/4857

Widersprüchliche Aussagen der LReg hinsichtlich der Kosten einer Untersuchung über den Neubau eines Regierungsviertels

Durchführung der o.g. Untersuchung zur Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21 mit eigenem Personal des Finanzministeriums; Gründe und Kosten der Ausschreibung und Vergabe an Fremdfirmen entgegen der genannten Ankündigung iRd Fragestunde vom 06.10.2005 im Landtag

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/4993

Vorbereitungen auf Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Höhe der erwarteten Kürzungen und Maßnahmen zur Kompensation ab 2007; Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung, u.a. auch für das Projekt Stuttgart 21; Chancen für Mittelrückflüsse durch Zugabbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio; Umfang der eingeplanten Fördermittel nach dem GVFG für Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur und das Projekt Stuttgart 21 bis 2010; Bezifferung der Höhe einer angemessenen Ausstattung mit Regionalisierungsmitteln

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5102

Den Börsengang der Bahn ablehnen

Projektstau, Investitions- und Rückbauentscheidungen der DB Netz AG in BW; Frage nach einem Zusammenhang mit dem geplanten Börsengang; Beurteilung der Ergebnisse des Gutachtens und der Kritik des BRechnungshofs zu Privatisierungsvarianten der Bahn mit und ohne Netz; Auswirkungen einer Trennung von Netz und Betrieb auf die Realisierung des Projekts Stuttgart 21; Ablehnung eines integrierten Börsengangs der Bahn in der Verkehrsministerkonferenz und im BRat

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/5109

Status Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Projekte; Art der vorgesehenen Finanzierungsmodelle; Zeitpunkt der Entscheidung und Vollendung der Vorhaben

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5122

EU-Förderung für Stuttgart 21

Höhe der o.g. Kofinanzierung, Auswirkungen der Mittelkürzungen für die Projekte der transeuropäischen Netze, Frage nach dem Zeitpunkt einer evtl Förderzusage und dem Baubeginn

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/5160

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21?

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

Wirtschaftliche Dimension des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Befürchtung einer Bindung von Mitteln für Stuttgart 21 zulasten von ÖPNV-Projekten

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 98

Vorwurf der Zweckentfremdung der Regionalisierungsmittel, u.a. für Stuttgart 21

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 218 220

Zurückweisung des Vorwurfs der Zweckentfremdung von Regionalisierungsmitteln für das Projekt Stuttgart 21

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 458 459

Vorwurf der Mittelverschwendung für das Projekt Stuttgart 21

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1029

Befürchtung einer Kostenexplosion beim Projekt Stuttgart 21, verkehrliche Verbindung der Messe und Stuttgart 21

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1142 1150 1151

Unterstützung des Projekts Stuttgart 21 als Teil der Magistrale von Paris nach Budapest; Bezeichnung als zu teures Prestige-projekt

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1524-1526 1568 1569

Begrüßung der Verwirklichung des Projekts Stuttgart 21 am Standort des Hauptbahnhofs; Bewertung als zu teures Prestige-projekt

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1595 1597 1598

Bewertung von Stuttgart 21 als zu teures Prestige-projekt

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1991

Appell an Rot-Grün für mehr Engagement zur Realisierung des Projekts Stuttgart 21, Verknüpfung mit der neuen Landesmesse
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3377 3382 3383

Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Einführung der Lkw-Maut, Auswirkungen auf die Finanzierung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3713

Einforderung von mehr Unterstützung für Stuttgart 21 in Berlin, Bekräftigung der Ablehnung des Projekts

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4159

Bedeutung des Projekts Stuttgart 21 für das ganze Land, Kritik an der fiktiven Verteuerung des Projekts

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5199 5202 5203

Realisierung des Projekts Stuttgart 21, Ablehnung einer Konzentration der Ministerien auf dem frei werdenden Gelände

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5865 5878 5879 5896 5949-5951

Unterstützung des Projekts Stuttgart 21, Zweifel an der Wirtschaftlichkeit, Befürchtung von Kürzungen bei ÖPNV-Projekten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6057 6059 6060 6064 6073 6074

Realisierung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409

Realisierung des Projekts Stuttgart 21; Prüfung einer Konzentration der Ministerien auf dem frei werdenden Gelände

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6463 6483 6499

Beklagung einer zeitlichen Verschleppung des Projekts Stuttgart 21, Begrüßung der breiten Unterstützung des Vorhabens

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800 6808 6811

Bekräftigung der Ablehnung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7043

Prüfung einer Verlagerung der Ministerien auf das Gelände von Stuttgart 21 iR eines PPP-Projekts; Bekräftigung der Ablehnung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7307 7309 7313 7348

Kritik am Festhalten an Stuttgart 21, Höhe der möglichen Einsparungen im Falle der Aufgabe des Projekts

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7877

Stuttgarter Buchwoche

Erhalt der Stuttgarter Buchwochen und der Karlsruher Bücher-schau

Gefährdung der o.g. Buchausstellungen durch Sparmaßnahmen und Umorganisation des Landesgewerbeamts im Zuge der Verwaltungsreform; Erhaltung durch nachhaltige Unterstützung iRd Wirtschaftsförderung

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 23.09.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2435

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 18 19

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Stuttgarter Killesberg

s. *Killesberg*

StVO

s. *Straßenverkehrsrecht*

StVZO

s. *Straßenverkehrsrecht*

Subsidiaritätsprinzip

s.a. *Föderalismus*

„*Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt*“

Möglichkeiten zur Rückerlangung von Kompetenzen von der EU nach dem Subsidiaritätsprinzip

GrAnfr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1026

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips; Neuordnung der Kompetenzen und Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen; Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der Landesparlamente, Regionen und Gebietskörperschaften; Rückholung von Gesetzgebungskompetenzen und Steuerautonomie, Abbau von Mischfinanzierungen und Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben, Überprüfung der Bundesergänzungszuweisungen, Abschätzung von Gesetzesfolgen und Regelung der Kostenträgerschaft bei Übertragung von Aufgaben; Unterstützung der Einberufung eines Föderalismuskonvents

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/1796

Subsidiaritätsprinzip in der Forstwirtschaft

Anschaffung und Einsatz eines neuen Hochleistungsharvesters durch die Forstverwaltung, Auswirkungen auf die Auftragsvergabe und Überlebensfähigkeit der forstwirtschaftlichen Privatunternehmen; Stilllegung und Veräußerung der alten Regiemaschine, vorrangige Nutzung der neuen Maschine zu Ausbildungszwecken

Antr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/2321

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Stärkung der Eigenverantwortung der Länder

Bisherige und noch vorgesehene Maßnahmen in dieser WP zur Stärkung der finanziellen und gesetzgeberischen Eigenverantwortung der Länder sowie zur Förderung des Subsidiaritätsgedankens und Stärkung der Regionen auf europäischer Ebene

Antr

s. *Föderalismus*

Drs 13/2323

Gemeindewirtschaftsrecht

Verstöße gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Auflistung bzw Abfrage konkreter Fälle, u.a. Durchführung von Speditionsaufträgen, Reisediensten, Gartenbauarbeiten, Bestatungen, von städtischen Betrieben und Versorgungsunternehmen in Mannheim, Heidelberg, Ulm, Offenburg, Singen, Lörrach, Nussloch, Tübingen und Bruchsal; Frage nach Maßnahmen gegen die Verstöße

Antr

s. *Gemeindewirtschaftsrecht*

Drs 13/3222

Konnexitätsprinzip als Grundlage politischen Handelns

Übernahme der Kostenträgerschaft bei der Übertragung von Aufgaben auf nachgeordnete Ebenen nach dem Subsidiaritätsprinzip, Verankerung des Konnexitätsprinzips in den Verfassungen der Länder und beim Bund, Erörterung der Thematik iRd Föderalismuskommission, Einbringung einer BRatsinitiative zur Verankerung im Grundgesetz, Entflechtung von Mischfinanzierungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie iRd FinanzausgleichsGes

Antr

s. *Konnexitätsprinzip*

Drs 13/3428

Ges zur Änd des Gemeindewirtschaftsrechts

Umsetzung des tarifrechtlich vereinbarten Wegfalls der Unterscheidung zwischen Angestellten und Arbeitern; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel außerhalb der Daseinsvorsorge, Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von kommunalen Unternehmen, Lockerung des Örtlichkeitsprinzips; Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung; Änd von haushalts- und prüfungsrechtlichen Vorschriften, Normierung einer einheitlichen Prüfungszuständigkeit der Gemeindeprüfungsanstalt; Änd der Gemeindeordnung und des AufwandsentschädigungsGes

GesEntw

s. *Gemeindewirtschaftsrecht*

Drs 13/4767

Neuordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 600 602-607 609-612

Neuordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 777 781

Neuordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1454-1474

Neuordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1521

Neuordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten, Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153-2163

Neuordnung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip, Verankerung im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2340-2343 2345 2346

Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der Verwaltung von der EU bis zur kommunalen Ebene

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2377 2378

Eintreten des MinPräs im Europäischen Konvent für das Subsidiaritätsprinzip, Anwendung bei der geplanten Verwaltungsreform

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2728 2734 2735

Verstärkung des Subsidiaritätsprinzips mit der vorgesehenen Verwaltungsreform, Aufbau Europas von unten nach oben

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2894-2897 2903 2905-2909 2924 2929 2938 2952 2984

Würdigung des Eintretens des MinPräs für das Subsidiaritätsprinzip im Europäischen Verfassungskonvent

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3056-3063

Anwendung und Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die EU, Festschreibung im EU-Verfassungsvertrag, Korrektur von Fehlentwicklungen in Deutschland

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305-3308 3312 3314 3317-3321 3323 3325

Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im Verhältnis zwischen Bürger und Staat bzw zwischen Europa und den nationalstaatlichen Ebenen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3607 3608 3635 3640-3642 3649 3650

Anwendung und Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die EU, Festschreibung im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798 3799 3801 3802 3804 3805 3809

Delegation von Leistungen mit entsprechender Finanzausstattung an die nachgeordnete Ebene nach dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4154 4155

Delegation von Leistungen mit entsprechender Finanzausstattung an die nachgeordnete Ebene nach dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4902 4903 4918-4921 4935

Delegation von Leistungen mit entsprechender Finanzausstattung an die nachgeordnete Ebene nach dem Subsidiaritätsprinzip

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4970 4990 4995-5000 5003 5006 5009-5012 5017 5039

Verstöße von Kommunen gegen die Subsidiaritätsklausel von § 102 GemO, Ergänzung der GemO um eine Privatisierungsklausel mit drittschützender Wirkung, Definition von Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5105-5109 5112

Anwendung und Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die EU, Festschreibung im EU-Verfassungsvertrag, Einräumung eines Klagerechts der nationalen Parlamente und des AdR gegen Subsidiaritätsverstöße

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120-5125 5127 5132

Anwendung und Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die EU, Festschreibung im EU-Verfassungsvertrag, Überprüfung jedes GesEntw der EU-Kommission auf Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip durch die nationalen Parlamente

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5377-5379

Zuordnung von Aufgaben mit entsprechender Finanzausstattung an die nachgeordnete Ebene nach dem Subsidiaritätsprinzip; Begrüßung der Subsidiaritätskontrolle der EU durch die nationalen Parlamente

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5498-5502 5505 5511

Anwendung und Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die EU, Festschreibung im EU-Verfassungsvertrag, Einräumung eines Klagerechts der nationalen Parlamente gegen Subsidiaritätsverstöße

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5590

Würdigung des erfolgreichen Einsatzes des scheidenden MinPräs im Europäischen Konvent zur Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im Verfassungsvertrag

PIPr 13/90 21.04.2005 S. 6395

Anwendung und Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die EU; Verschärfung der Subsidiaritätsklausel mit einer Reform des Gemeindefinanzrechts

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6405

Verschärfung der Subsidiaritätsklausel mit einer Reform des Gemeindefinanzrechts

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6482 6483

Einbindung des Landtags in das im EU-Verfassungsvertrag verankerte Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle, Dank an den ehemaligen MinPräs für dessen Einsatz im Europäischen Konvent

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7142 7144 7146 7149 7150

Einbindung des Landtags in das im EU-Verfassungsvertrag verankerte Frühwarnsystem zur Subsidiaritätskontrolle

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Subvention

s.a. Agrarprogramm

s.a. Ausgleichszulage

s.a. Drittmittelförderung

s.a. Eigenheimzulage

s.a. Förderbescheid

s.a. Prozesskostenhilfe

s.a. Steuervergünstigung

s.a. Subventionsbericht

s.a. Wirtschaftsförderung

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW für die Jahre 1999 bis 2001

Mittlg

s. Subventionsbericht

Drs 13/209

Verteilung von Landesmitteln auf die einzelnen Regierungsbezirke

Höhe der jeweiligen Zuweisungen seit 1996 - auch an alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, Differenzierung nach Pro-Kopf-Zuweisungen, nach dem jeweiligen Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt

Antr

s. Subventionsbericht

Drs 13/975

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1387

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1516

Subventionen und Fördermittel im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren; Möglichkeiten zur Bündelung und Effizienzsteigerung; Einsatz der noch nicht ausgeschalteten Ressourcen für umsetzungsfähige Projekte; Darlegung der geplanten Verkehrsprojekte von Bund, Land, Kreisen und Gemeinden; Höhe des Antragstaus für GVFG-Maßnahmen

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 20.11.2002 und Antw FM Drs 13/1547

Finanzverflechtungen zwischen Land und Kommunen

Gemeinsam finanzierte Aufgaben von Land, Kommunen, LKreisen und Stadtkreisen bei einem Finanzierungsanteil des Landes unter 10 %; zuständige Behörden und Mitarbeiter zur Verwaltung der jeweiligen Haushaltstitel

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 14.01.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1673

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 66

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Subventionen in BW

Bericht über die Finanzhilfen 2003: Höhe der Kofinanzierung vonseiten des Bundes und der EU, gesetzliche Grundlagen, Evaluation der Zuweisungen, Möglichkeiten und Kriterien von Kürzungen

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 04.06.2003 und Antw FM Drs 13/2137

Vorschläge des Wirtschaftsministers zum Abbau von Subventionen in BW

Aufnahme o.g. Vorschläge zur pauschalen Kürzung aller Subventionen um zehn Prozent in den kommenden drei Jahren bzw Umsetzung des Vorschlags der Haushaltsstrukturkommission? Klärung des Subventionsbegriffs und damit der Ausgangsbeträge; Vorlage eines Gesetzes zur zeitlichen Befristung, degressiven Auszahlung sowie Rückzahlbarkeit von Finanzhilfen

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 05.06.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2143

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10.2003 Drs 13/2582 S. 5
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Subventionsabbau und Beendigung der Blockadepolitik im BRat

Hinwirkung auf Abschaffung der Kohlesubventionen, Rückführung der Eigenheimzulage auf die energetische Sanierung und den Erwerb von Altbauten, Abbau der Entfernungspauschale sowie der Subventionierung innersuropäischer Flüge durch Erhebung des vollen Mehrwertsteuersatzes; Bericht über die Verhandlungsposition auf Bundesebene im FinA

Antr GRÜNE 25.06.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2190

BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3348 S. 7
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Die Haltung des MinPräs Erwin Teufel zum notwendigen Subventionsabbau im Zuge der Steuerreform und die Auswirkungen auf BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3385-3396

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW für die Jahre 2001 bis 2003

Mittlg

s. *Subventionsbericht*

Drs 13/2401

Zuweisungen des Landes an die Kommunen im Überblick

Entwicklung der Zuweisungen von 1995-2007, Begründung der Veränderungen, insbes des Rückgangs während der ersten neun Monate 2003 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum bei etwa gleich hohen Steuereinnahmen (nach Angabe des statistischen Landesamts)

KlAnfr

s. *Kommunaler Finanzausgleich*

Drs 13/3198

Reform des Beihilferegimes der EU

Beurteilung o.g. Vorschläge der neuen EU-Wettbewerbskommissarin Kroes, Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsförderung und Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik für die neue Förderperiode 2007 bis 2013

KlAnfr Dr. Christoph Palmer CDU 15.02.2005 und Antw StM Drs 13/4065

Subventionspolitik in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6885-6898

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW für die Jahre 2003 bis 2005

Mittlg

s. *Subventionsbericht*

Drs 13/4631

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Aktionsplan staatliche Beihilfen - Roadmap zur Reform des Beihilferechts 2005 bis 2009

Mittlg

s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*

Drs 13/4810

Einschätzung des Reduktionspotenzials bei den Subventionen
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 159

Verhinderung einer weitgehenden Subventionswirtschaft im Zuge der EU-Osterweiterung, Umorientierung der Landwirtschaftssubventionen
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 777 780

Finanzhilfen für die von der BSE-Krise betroffenen Rinderhalter; Modulation von Direktzahlungen iRd Gemeinsamen Agrarpolitik
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1045 1048 1050-1054 1056-1058

Bürokratiebelastung der Bauern bei der Inanspruchnahme der EU-Subventionen, Umorientierung der Subventionspolitik hin zu Direktzahlungen und Honorierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1863 1866-1871 1873 1874 1878 1879

Abbau von Steuersubventionen
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2113 2116 2117 2119 2127 2136

Historische Ursachen und Folgen der EU-Subventionen für die Landwirtschaft, Umorientierung der Subventionspolitik hin zu Direktzahlungen und Honorierung gesamtgesellschaftlicher Leistungen
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3190-3200

Umorientierung der Landwirtschaftssubventionen der EU von der Produktion zugunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die künftige Verteilung der Agrarprogramme
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3399-3413

Eintreten für das Konzept der MinPräs Koch und Steinbrück zum Subventionsabbau, Finanzierung einer vorgezogenen Steuerreform durch Subventionsabbau
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3624 3631 3635 3640 3642 3645 3646 3651 3652

Kritik an den Vorschlägen der MinPräs Koch und Steinbrück zum Subventionsabbau nach dem Rasenmäherprinzip, Bezeichnung der Regionalisierungsmittel als Subventionen, Abbau ökologisch schädlicher Subventionen; Verschonung der Landwirte vom allgemeinen Subventionsabbau
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4097 4102 4110-4116 4119 4120 4135 4138-4141

Abbau von Steuersubventionen
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4150 4151 4174

Ankündigung eines SubventionsabbauGes durch WM Dr. Döring, Realisierung von Subventionskürzungen im Zuständigkeitsbereich des WM, Beklagung eines Subventionswettlaufs um Messen
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4284 4287 4290 4294 4303

Definition des Subventionsbegriffs durch die MinPräs Koch und Steinbrück; Vorwurf einer Subventionierung von Billigfluglinien; Umorientierung der EU-Agrarsubventionen von der Produktion zur Flächenprämie
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4327 4329-4332 4338 4340 4347-4349 4353 4355-4357

Abbau von Steuersubventionen
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4506 4507 4509 4511 4512 4514 4515

Umorientierung der Landwirtschaftssubventionen der EU von der Produktion zugunsten des Naturschutzes und der Landschaftspflege
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547-4560

Anstrengung einer Kürzung aller Subventionen um 20 %
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5162-5164

Dokumentation der Rückflüsse von Subventionen von der EU im Europabericht der LReg
PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5376

Anmahnung von Vorschlägen zur Kürzung der Subventionen, Favorisierung der Steinkohle und Eigenheimzulage
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561-5584

Notwendigkeit eines umfassenden Subventionsabbaus, Überprüfung sämtlicher Leistungen und Förderungsmaßnahmen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5812 5816 5819-5822 5849 5850

Abbau von Subventionen im Bereich des WM im Vergleich zu anderen Ressorts
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6019 6020 6030

Regelmäßige Hinterfragung der Förderprogramme nach den Empfehlungen des RH
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6385 6386

Beklagung eines Subventionswettlaufs um Messen und der dadurch erzeugten Überkapazitäten
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787-6799

Beklagung der gegenseitigen Blockaden von Regierung und Opposition beim Subventionsabbau, Erhöhung von Steuern nur nach vorherigem Rückschnitt von Subventionen
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6973 6974 6979-6981

Dokumentation der Rückflüsse von Subventionen von der EU im Europabericht der LReg
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7141 7142

Einigung der großen Koalition auf den Abbau von Steuersubventionen; Streichung der Subventionen für Flughäfen und Messen
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7333 7348

Höhe der Schweizer Agrarsubventionen, Abschaffung des Anspruchs Schweizer Landwirte auf deutschem Boden auf Fördermittel der EU; Eintreten für einen radikalen Subventionsabbau
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7602 7603 7633-7636 7638-7640

Beklagung eines Subventionswettlaufs um Messen und der dadurch erzeugten Überkapazitäten, Streichung der Subventionen für Flughäfen und Messen
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7728-7732 7760-7762 7767 7768

Subventionsbericht

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW für die Jahre 1999 bis 2001
Mittlg LReg 06.09.2001 Drs 13/209 (113 S.)

Verteilung von Landesmitteln auf die einzelnen Regierungsbezirke

Höhe der jeweiligen Zuweisungen seit 1996 - auch an alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern, Differenzierung nach Pro-Kopf-Zuweisungen, nach dem jeweiligen Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 30.04.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/975

BeschlEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 6
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Subventionen in BW

Bericht über die Finanzhilfen 2003: Höhe der Kofinanzierung vonseiten des Bundes und der EU, gesetzliche Grundlagen, Evaluation der Zuweisungen, Möglichkeiten und Kriterien von Kürzungen

KlAnfr

s. *Subvention*

Drs 13/2137

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW für die Jahre 2001 bis 2003

Mittlg LReg 12.09.2003 Drs 13/2401 (106 S.)

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Bericht über die Finanzhilfen des Landes BW für die Jahre 2003 bis 2005

Mittlg LReg 01.09.2005 Drs 13/4631 (91 S.)

Suchtbeauftragter

s. *Suchtberatung*

Suchtbekämpfung

s.a. *Spielsucht*

s.a. *Suchtberatung*

Drogenpolitik in BW - Überlebens- und qualifizierte Ausstiegshilfen für Schwerstabhängige

Bewertung der Entwicklung der Zahlen von Drogentoten in BW u.a. BLändern; Schaffung der Voraussetzungen für Modellversuche für Drogenkonsumräume nach dem BtmG; Prüfung der stationären und teilstationären Heroingabe an Schwerstabhängige

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/19

Drogenpolitik in BW

Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen, niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Suchtgefährdete und -kranke, neue Therapien, Entgiftungsmaßnahmen und Überlebenshilfen, Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige, Zahl von verfügbaren ambulanten und (teil-)stationären Therapieplätzen, Auswirkungen von Drogenkonsumräumen

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/105

Effizienz der Drogenpolitik in BW

Datenentwicklung nach Suchtabhängigen und Abhängigkeiten, Erfolge der Therapie- und Betreuungsangebote, Art und Ausstattung der Beratungs- und psychosozialen Dienste, Qualitätskriterien für diese Dienste und die Substitutionsbehandlung, Mit-

finanzierung durch die Krankenkassen, Untersuchung der verschiedenen Angebote iR eines Forschungsprojekts

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/297

Kürzungen in der Suchtkrankenhilfe

Gründe und Auswirkungen o.g. Kürzungen für die Verbände in der Suchtkrankenhilfe und -beratung, für die haupt- und ehrenamtlichen Helfer und Präventionsprojekte an Schulen; Rücknahme der Kürzungen

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/1048

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung des Suchtverhaltens von Mädchen und Frauen in den vergangenen 10 Jahren in Bezug auf Rauchen, Alkoholmissbrauch, Essstörungen und Medikamentenabhängigkeit; Modifikation der Präventionsmaßnahmen

GrAnfr

s. *Gesundheit*

Drs 13/1123

Beschulung von Kindern in Suchttherapie-Einrichtungen

Beurteilung des Angebots einer regulären Beschulung während einer Therapie der Eltern

KlAnfr

s. *Sonderunterricht*

Drs 13/1277

Drogenberatung an den Justizvollzugsanstalten

Entwicklung der Förderung der externen Drogenberatung an den einzelnen JVA seit 1998, Zusammensetzung der Klientel in U-Haft und im Strafvollzug, Umfang der jeweiligen Wartezeiten und des Erfolgs von Therapien, Anteil von Rückfällen und erneuter Straffälligkeit nach der Entlassung; Prüfung einer Aufstockung bzw Zusammenführung der Etatansätze

Antr

s. *Suchtberatung*

Drs 13/1340

Behandlungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Justiz und Drogenhilfe

Erhöhung der Erfolgsquote der Therapien und Senkung der Rückfallquoten in die Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss durch o.g. Kooperation von Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Drogenhilfe; Erfahrungen anderer BLänder; Initiierung geeigneter Modellprojekte

Antr

s. *Süchtiger*

Drs 13/1462

Suchtvorbeugung in Betrieben und Verwaltungen

Grundlage und Erfolg der o.g. Präventionsarbeit von Suchtbeauftragten bei Landesbehörden und Kommunen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 04.12.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1583

BeschlEmpf und Bericht SozA 10.04.2003 Drs 13/2222 S. 34-36

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen in der Suchtkranken- und Gefährdeten-
tenhilfe

s. Lebenshilfe
Drs 13/2809

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr
s. Kriminalität
Drs 13/2871

Zukunft der Beratungsangebote für den Bereich Sucht

Auswirkungen der Mittelkürzungen und Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände bei den einzelnen Beratungsstellen, insbes Kürzung von Nachsorgeangeboten und Wiedereingliederungshilfen für ehemals Drogenabhängige; Einrichtung eines suchtmmedizinischen Zentrums als Modellprojekt noch in diesem Jahr

Antr
s. Suchtberatung
Drs 13/3134

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr
s. Aids
Drs 13/3817

Beratungs- und Behandlungsangebote für Spielsüchtige in BW

Entwicklung der Zahl von Spielsüchtigen in den letzten fünf Jahren; Darstellung der vorhandenen bzw notwendigen Beratungs- und Therapieangebote, finanzielle Unterstützung dieser Angebote vom Land und von den Spielbanken im Vergleich zu anderen BLändern

Antr
s. Spielsucht
Drs 13/3855

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen der Suchtkranken- und Gefährdeten-
hilfe

s. Lebenshilfe
Drs 13/4009

Suchtprävention an baden-württembergischen Schulen

Bewertung der Projekte gegen Alkohol, Tabakprodukte u.a. legale und illegale Drogen in den letzten drei Jahren; Initiierung weiterer ehrenamtlicher Aktionen, Gewinnung der Eltern, Behandlung des Themas Sucht im Unterricht, Schulung der Lehrkräfte, Maßnahmen gegen negative Medieneinflüsse, Vermeidung von Essstörungen; Wirksamkeit der höheren Besteuerung von Alcopops

Antr Heike Dederer u.a. CDU 03.06.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4377 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.10.2005 Drs 13/4821 S.

32-34

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Drogen- und Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Zahl der inhaftierten Frauen seit 2003, des Anteils der Drogenabhängigen sowie der Personalzuweisungen

KlAnfr
s. Suchtberatung
Drs 13/4579

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr
s. Süchtiger
Drs 13/4583

Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen

Entwicklung der Zahl o.g. Krankenhauseinweisungen wegen Alkoholvergiftung seit 1999; konkrete Maßnahmen des Landes und der Kommunen, insbes auch zur Alkohol- und Gewaltprävention iRd Fußball-WM 2006 im Großraum Stuttgart und in den Städten mit Großleinwandübertragungen; Gewährleistung der Jugendschutzbestimmungen auch während der Freigabe der Sperrzeiten und Ladenöffnungszeiten im Zusammenhang mit der WM

Antr
s. Alkohol
Drs 13/4789

Haushalt 2006; Nachtrag

Rücknahme der Kürzungen in der Suchtkranken- und Gefährdeten-
tenhilfe

s. Lebenshilfe
Drs 13/4840

*Feststellung einer fehlenden Übereinstimmung zwischen CDU und FDP/DVP in der Drogenpolitik, Entwicklung der Zahlen von Drogen-
toten in BW, Ermöglichung der Einrichtung von Drogen-
konsumräumen*

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 79 81 90 102

*Weiterentwicklung der Drogenpolitik; Beratung und Hilfen zum
Ausstieg aus der Sucht*

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 907 909 912 913

*Bekämpfung der Drogenabhängigkeit von jugendlichen Spätaus-
siedlern*

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1229 1235

*Anteil von Drogenabhängigen im Strafvollzug, Ausmaß der War-
tezeiten für die Drogenberatung und -therapie*

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2139 2142 2150

*Umschichtung der Mittel zur Drogenbekämpfung in die Vermei-
dung von Drogenabhängigkeit*

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5314

Suchtberatung*Drogenpolitik in BW*

Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen, niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Suchtgefährdete und -kranke, neue Therapien, Entgiftungsmaßnahmen und Überlebenshilfen, Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige, Zahl von verfügbaren ambulanten und (teil-)stationären Therapieplätzen, Auswirkungen von Drogenkonsumräumen

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/105

Effizienz der Drogenpolitik in BW

Datenentwicklung nach Suchtabhängigen und Abhängigkeiten, Erfolge der Therapie- und Betreuungsangebote, Art und Ausstattung der Beratungs- und psychosozialen Dienste, Qualitätskriterien für diese Dienste und die Substitutionsbehandlung, Mitfinanzierung durch die Krankenkassen, Untersuchung der verschiedenen Angebote iR eines Forschungsprojekts

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/297

Kürzungen in der Suchtkrankenhilfe

Gründe und Auswirkungen o.g. Kürzungen für die Verbände in der Suchtkrankenhilfe und -beratung, für die haupt- und ehrenamtlichen Helfer und Präventionsprojekte an Schulen; Rücknahme der Kürzungen

Antr

s. *Drogenpolitik*

Drs 13/1048

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol- und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr

s. *Maßregelvollzug*

Drs 13/1323

Drogenberatung an den Justizvollzugsanstalten

Entwicklung der Förderung der externen Drogenberatung an den einzelnen JVA seit 1998, Zusammensetzung der Klientel in U-Haft und im Strafvollzug, Umfang der jeweiligen Wartezeiten und des Erfolgs von Therapien, Anteil von Rückfällen und erneuter Straffälligkeit nach der Entlassung; Prüfung einer Aufstockung bzw Zusammenführung der Etatansätze

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 25.09.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1340

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1725 S. 7 8

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Suchtvorbeugung in Betrieben und Verwaltungen

Grundlage und Erfolg der o.g. Präventionsarbeit von Suchtbearbeitenden bei Landesbehörden und Kommunen; Vergleich mit anderen BLändern

Antr

s. *Suchtbekämpfung*

Drs 13/1583

Jugendkriminalität und Jugendstrafrecht in BW

Schwerpunkte und Mittelausstattung der kriminalpräventiven Konzepte, insbes für die Gewaltprävention an Schulen, für jugendliche Zuwanderer und Spätaussiedler und die Drogenprävention

GrAnfr

s. *Kriminalität*

Drs 13/2871

Zukunft der Beratungsangebote für den Bereich Sucht

Auswirkungen der Mittelkürzungen und Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände bei den einzelnen Beratungsstellen, insbes Kürzung von Nachsorgeangeboten und Wiedereingliederungshilfen für ehemals Drogenabhängige; Einrichtung eines suchtmmedizinischen Zentrums als Modellprojekt noch in diesem Jahr

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 23.04.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3134

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.10.2004 Drs 13/4187 S. 37

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr

s. *Aids*

Drs 13/3817

Beratungs- und Behandlungsangebote für Spielsüchtige in BW

Entwicklung der Zahl von Spielsüchtigen in den letzten fünf Jahren; Darstellung der vorhandenen bzw notwendigen Beratungs- und Therapieangebote, finanzielle Unterstützung dieser Angebote vom Land und von den Spielbanken im Vergleich zu anderen BLändern

Antr

s. *Spielsucht*

Drs 13/3855

Drogen- und Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Zahl der inhaftierten Frauen seit 2003, des Anteils der Drogenabhängigen sowie der Personalzuweisungen

KIAnfr Nikolaos Sakellariou u.a. SPD 01.08.2005 und Antw JuM Drs 13/4579

Aufstockung der Mittel zur Drogenberatung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 919

Personelle Aufstockung der Drogenberatungsstellen, Ausweitung auf Spielsüchtige

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1535 1538

Anteil von Drogenabhängigen im Strafvollzug, Ausmaß der Wartezeiten für die Drogenberatung bzw -therapie

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2139 2142 2150

Kritik an der Mittelkürzung für die Drogenberatung
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153 4205 4207 4212

Erfolgsbewertung der Arbeit der Suchtbeauftragten zur Prävention von Nikotinkonsum
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7622

Suchtkranker

s. *Süchtiger*

Süchtiger

s.a. *Spielsucht*

Drogenpolitik in BW - Überlebens- und qualifizierte Ausstiegshilfen für Schwerstabhängige

Bewertung der Entwicklung der Zahlen von Drogentoten in BW u.a. BLändern; Schaffung der Voraussetzungen für Modellversuche für Drogenkonsumräume nach dem BtmG; Prüfung der stationären und teilstationären Heroingabe an Schwerstabhängige

Antr
s. *Drogenpolitik*
Drs 13/19

Drogenpolitik in BW

Präventive Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen, niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Suchtgefährdete und -kranke, neue Therapien, Entgiftungsmaßnahmen und Überlebenshilfen, Vergabe von Heroin an Schwerstabhängige, Zahl von verfügbaren ambulanten und (teil-)stationären Therapieplätzen, Auswirkungen von Drogenkonsumräumen

Antr
s. *Drogenpolitik*
Drs 13/105

Effizienz der Drogenpolitik in BW

Datenentwicklung nach Suchtabhängigen und Abhängigkeiten, Erfolge der Therapie- und Betreuungsangebote, Art und Ausstattung der Beratungs- und psychosozialen Dienste, Qualitätskriterien für diese Dienste und die Substitutionsbehandlung, Mitfinanzierung durch die Krankenkassen, Untersuchung der verschiedenen Angebote iR eines Forschungsprojekts

Antr
s. *Drogenpolitik*
Drs 13/297

Auffälligkeiten im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Rauschmitteln

Entwicklung der Fallzahlen unter Einfluss von legalen und illegalen Drogen sowie daraus folgenden Unfällen mit Personenschäden in den letzten Jahren, Anwendung von Führerscheinentzug u.a. Sanktionsmitteln, Möglichkeiten der Strafverfolgung, Präventionsarbeit

Antr
s. *Krafffahrer*
Drs 13/516

Situation und Behandlung HIV-positiver bzw an Hepatitis-B und -C erkrankter Häftlinge

Zahlen von o.g. Häftlingen bei Strafantritt bzw Strafverbüßung; Möglichkeiten zur Desinfektion und zum Austausch von Spritzen sowie zur anonymen Beschaffung von Kondomen; Art und

Intensität der Betreuung der drogenabhängigen und kranken Gefangenen; Schulung der Bediensteten

KlAnfr
s. *Gefangener*
Drs 13/787

Strukturen der kriminellen Drogenszene in BW

Wirksamkeit von Instrumenten und Maßnahmen zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität sowie von lokalen Drogenszenen, Erfolg von ausländerrechtlichen Maßnahmen gegenüber nichtdeutschen Tätern sowie Maßnahmen gegen Verkehrsteilnehmer unter Drogeneinfluss

Antr
s. *Rauschgiftkriminalität*
Drs 13/895

Kürzungen in der Suchtkrankenhilfe

Gründe und Auswirkungen o.g. Kürzungen für die Verbände in der Suchtkrankenhilfe und -beratung, für die haupt- und ehrenamtlichen Helfer und Präventionsprojekte an Schulen; Rücknahme der Kürzungen

Antr
s. *Drogenpolitik*
Drs 13/1048

Drogen im Straßenverkehr - Mischkonsum, Grenzwerte und strafrechtliche Konsequenzen

Ausrichtung von Drogenkontrollen im Straßenverkehr auf Mischkonsum, Einführung von Grenzwerten, Verschärfung der strafrechtlichen Ahndung des Fahrens unter Drogeneinfluss

Antr
s. *Krafffahrer*
Drs 13/1076

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Entwicklung des Suchtverhaltens von Mädchen und Frauen in den vergangenen 10 Jahren in Bezug auf Rauchen, Alkoholmissbrauch, Essstörungen und Medikamentenabhängigkeit; Modifikation der Präventionsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Maßnahmen zur Verkehrserziehung, insbes bei Fahranfängern und Unfällen nach Alkoholkonsum; Festlegung von Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulung

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Beschulung von Kindern in Suchttherapie-Einrichtungen

Beurteilung des Angebots einer regulären Beschulung während einer Therapie der Eltern

KlAnfr
s. *Sonderunterricht*
Drs 13/1277

Therapieplätze im Maßregelvollzug

Entwicklung der Belegung und Patientenstruktur in den Zentren für Psychiatrie in den letzten fünf Jahren, Anteil von Alkohol-

und Drogenabhängigen, Veränderung des Therapieangebots sowie der räumlichen und personellen Ausstattung, Erfolgs- und Misserfolgsquote der Therapien, Fälle von Ausbrüchen vor anstehender Verlegung in den Strafvollzug sowie der Anordnung des Vorwegvollzugs von den Gerichten, Ausbau der Drogenberatung in den JVA zur Verbesserung der Vorauswahl von therapiefähigen Delinquenten

Antr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/1323

Drogenberatung an den Justizvollzugsanstalten

Entwicklung der Förderung der externen Drogenberatung an den einzelnen JVA seit 1998, Zusammensetzung der Klientel in U-Haft und im Strafvollzug, Umfang der jeweiligen Wartezeiten und des Erfolgs von Therapien, Anteil von Rückfällen und erneuter Straffälligkeit nach der Entlassung; Prüfung einer Aufstockung bzw Zusammenführung der Etatansätze

Antr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/1340

Behandlungsorientierte Zusammenarbeit zwischen Justiz und Drogenhilfe

Erhöhung der Erfolgsquote der Therapien und Senkung der Rückfallquoten in die Beschaffungskriminalität und Straftaten unter Drogeneinfluss durch o.g. Kooperation von Justiz, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Drogenhilfe; Erfahrungen anderer BLänder; Initiierung geeigneter Modellprojekte

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 05.11.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1462
BeschlEmpf und Bericht SoZA 06.02.2003 Drs 13/2222 S. 31-34
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Haushalt 2004; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen in der Suchtkranken- und Gefährdetenhilfe

s. *Lebenshilfe*
Drs 13/2809

Methadonvergabe im LKreis Schwäbisch Hall

Zahl der behandlungsbedürftigen Heroinabhängigen und der Methadon ausgebenden Ärzte; Notwendigkeit einer flächendeckenden Versorgung

KlAnfr
s. *Betäubungsmittel*
Drs 13/3061

Zukunft der Beratungsangebote für den Bereich Sucht

Auswirkungen der Mittelkürzungen und Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände bei den einzelnen Beratungsstellen, insbes Kürzung von Nachsorgeangeboten und Wiedereingliederungshilfen für ehemals Drogenabhängige; Einrichtung eines suchtmmedizinischen Zentrums als Modellprojekt noch in diesem Jahr

Antr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/3134

Überprüfung der Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeugs bei Drogenkonsumenten

Definition verschiedener Konsummuster, wie z.B. gelegentlicher oder regelmäßiger Konsum von Cannabis u.a. Betäubungsmitteln, durch die Führerscheinebehörden; Darlegung der jeweils angeordneten Überprüfungen, wie z.B. ärztliches Gutachten, Drogenscreening oder MPU, sowie der verhängten Sanktionen bis hin zum sofortigen Entzug der Fahrerlaubnis; Berücksichtigung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Rechtsprechung im Verwaltungsverfahren, Gewährleistung einer einheitlichen Verwaltungspraxis? Umsetzung von Ergebnissen einer Befragung der Fahrerlaubnisbehörden?

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/3340

Strafvollzug in BW

Arbeits- und Ausbildungslage der Gefangenen, Anteil und Problematik des Drogenkonsums sowie mangelnder Deutschkenntnisse; Art, Intensität, Adressaten und Konsequenzen der Gewaltausübung von Gefangenen untereinander und gegen Bedienstete, insbes von Spätaussiedlern; Entwicklung der Resozialisierungsmaßnahmen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Präventionsarbeit der AIDS-Hilfen in baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten

Höhe der Förderung o.g. Hilfen seit 1994, Finanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln; Umfang und Akzeptanz der Angebote für drogenabhängige Häftlinge zur Substitution, zu HIV, HBV, HCV, STD und zu Hepatitis; Weitergabe der präventiven Hilfsmittel an die Gefangenen; Kosten der einzelnen Beratungsangebote

Antr
s. *Aids*
Drs 13/3817

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Rücknahme der Kürzungen der Suchtkranken- und Gefährdetenhilfe

s. *Lebenshilfe*
Drs 13/4009

Drogen- und Suchtberatung in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Zahl der inhaftierten Frauen seit 2003, des Anteils der Drogenabhängigen sowie der Personalzuweisungen

KlAnfr
s. *Suchtberatung*
Drs 13/4579

Situation und Zukunft der Substitution in BW

Entwicklung der Zahl von Drogenabhängigen seit 2000; Anteil, Wartezeit und Dauer einer Substitutionsbehandlung; Entwicklung der Versorgung mit qualifizierten Ärzten und einer psychosozialen Substitutionsbegleitung, Möglichkeiten zur Schließung der Versorgungslücken; Darlegung der Zahlen und Problematik in den einzelnen Vollzugsanstalten, Dauer und angewandte Substitutionsmittel bei Häftlingen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 02.08.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4583

BeschlEmpf und Bericht SoZA 22.09.2005 Drs 13/5052 S. 50-52

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Haushalt 2006; Nachtrag

Rücknahme der Kürzungen in der Suchtkranken- und Gefährdetenhilfe

s. Lebenshilfe

Drs 13/4840

Entwicklung der Zahlen von Drogentoten in BW, Ermöglichung der Einrichtung von Drogenkonsumräumen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 79 81 102

Psychosoziale Beratung von Drogenabhängigen, Hilfen zum Ausstieg aus der Sucht

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 907 909 912 913

Ungewollte Schwangerschaften bei drogenabhängigen Frauen und Mädchen, Ermöglichung der anonymen Geburt, Erfahrungen in Hamburg

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1344

Anteil von Drogenabhängigen im Strafvollzug, Ausmaß der Wartezeiten für die Drogenberatung und -therapie

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2139 2142 2150

Kritik an den Kürzungen zulasten der Suchtkrankenhilfe; Erarbeitung eines Konzepts zur Versorgung Suchtkranker

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153 4205 4207 4212

Südbahn

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Stand der Verhandlungen mit der DBAG, Ausschreibung gestrichener Verbindungen bzw Übernahme als neue SPNV, Bemühungen um entsprechend höhere Regionalisierungsmittel des Bundes, Bewertung des Angebots der Mittelthurgau-Bahn zum Betrieb der Schwarzwald- und/oder Südbahn, Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr

s. Personenverkehr

Drs 13/55

Zukunft des Interregios

Unterstützung der Übertragung der Verantwortung und Mittel für die Interregioverkehre auf die Länder sowie der Festlegung auf Höhe und Dynamisierung der Regionalisierungsmittel, abschließlicher Einsatz für Verbesserungen des ÖPNV, insbes des SPNV; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr

s. Interregio-Verkehr

Drs 13/346

Interimslösungen für Interregio-Ersatzverkehre

Ausschreibung o.g. Ersatzverkehre auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn nach Klärung des Mittelausgleichs zwischen Bund und Ländern, Form der Finanzierung bis zu einer dauerhaften Vergabe, Verbesserung der Qualität der Züge, Beschleunigung der Ersatzzüge auf der Südbahn in der Interimszeit zur Erreichung wichtiger Anschlüsse in Ulm und Friedrichshafen

KlAnfr

s. Interregio-Verkehr

Drs 13/770

Verwendung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr nach der erfolgten Neufestlegung der Zuweisungen des Bundes

Höhe des o.g. Mitteleinsatzes zur Förderung des SPNV und ÖPNV 2001 und 2002 nach der von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Neuregelung; zeitnahe Verwendung der Überschüsse und zusätzlichen Mittel für den öffentlichen Verkehr; Einleitung des Ausschreibungsverfahrens für Interregioleistungen auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn

Antr

s. Regionalverkehr

Drs 13/1054

Schienenverkehr im Raum Sigmaringen

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meißkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr

s. Schienenverkehr

Drs 13/1778

Verzicht der LReg auf Ausschreibungen von Teilnetzen iRd Verkehrsvertrags mit der DB AG

Frage nach einer freihändigen Vergabe; Vereinbarkeit der angekündigten Wettbewerbsverfahren mit Unwägbarkeiten wie z.B. einer Elektrifizierung der Südbahn, Betrieb des Nordwürttemberg-Netzes als ein Pilotprojekt für Regio-Netze nach dem Vorbild der Kurhessenbahn, Problematik der Ländergrenzen überschreitenden Bahnstrecken bzw einer gemeinsamen Ausschreibung von Grenzverkehren

KlAnfr

s. Vertrag

Drs 13/4424

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn und der Strecke zwischen Friedrichshafen und Lindau

Auswirkungen verspäteter Ankünfte in Ulm auf den dortigen Anschluss an den Fernverkehr, Darstellung der bisherigen und geplanten Verbesserungsmaßnahmen, Abschluss einer Vereinbarung über die Elektrifizierung Friedrichshafen-Lindau mit Bayern, Vermeidung einer konkurrierenden Elektrifizierung der Strecke über Memmingen, Aufnahme der Elektrifizierung der Südbahn in das GVFG-Förderprogramm

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 28.07.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4571

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 35 36

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Schienerverbindung Donautal-/Südbahn im Bereich Erbach

Beurteilung von Überlegungen und möglichen Umsetzungsschritten für eine Schienen-Queranbindung zwischen der Südbahn/Erbach und der Donautalbahn/Ehingen, Frage nach notwendigen Vorarbeiten, Kosten und Finanzierung des Projekts

KlAnfr

s. *Schienerverkehr*

Drs 13/4753

Wiederaufnahme des Neigetechnikbetriebs in BW

Umsetzung des o.g. Betriebskonzepts im IRE-Verkehr auf den Strecken Stuttgart-Tübingen-Sigmaringen-Ehingen-Ulm sowie Basel-Singen-Friedrichshafen-Lindau zum Fahrplanwechsel im Dezember 2006?

KlAnfr

s. *Schienerverkehr*

Drs 13/5159

Erhaltung der Interregioverbindungen auf der Bodensee-Oberschwaben-Bahn

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 217 219 222 223 225

Qualität des Interregio-Ersatzverkehrs auf der Südbahn

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1133-1135

Finanzierung der Interregio-Ersatzzüge auf der Südbahn über Einnahmen aus der Lkw-Maut

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1300

Umsetzung der Vereinbarung mit der Bahn AG zur Elektrifizierung der Südbahn von Ulm nach Lindau

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2272 2273

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3294 3298 3302

Einnahmeausfälle durch das bisherige Scheitern der Einführung der Lkw-Maut, Auswirkungen auf den Ausbau der Südbahn

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3713

Kritik am Unvermögen der Bahn AG zur Elektrifizierung der Südbahn trotz der vorgehaltenen Mittel, Einstufung als internationales Projekt zur Entlastung der Rheintalstrecke

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800 6809

Südlicher Oberrhein, Region

s. *Oberrhein, Region*

Südostasien

s. *Asien*

Südwestdeutsche Salzwerte AG

s. *Bergwerk*

Südwestrundfunk

s. *Rundfunk*

Süßstoff

Stevia als Alternative zu Zucker und Süßstoffen

Zusammensetzung und Vorteile von Stevia als Alternative zu künstlichen Süßungsmitteln, Eignung für Diabetiker, Verwen-

dung in Lebensmitteln und in der Lebensmittelverarbeitung; Stand und Ergebnisse des von der EU geförderten Stevia-Forschungsprojekts an der Universität Hohenheim, Unterstützung des Zulassungsverfahrens der EU?

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 12.01.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/2785

BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 56

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Konsum von Süßstoff als Ursache für Hyperaktivität

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4857

Suizid

s. *Selbstmord*

Sulzbach

Baumaßnahmen und Verwendung von Fördermitteln des Landes BW an der Kochertalbahn (Gaildorf-Untergröningen) 1995 bis 2003

Zeitpunkt der Antragstellung und -bewilligung, der Durchführung, Überprüfung und Abrechnung der einzelnen Maßnahmen sowie der Auszahlung der Fördermittel; Frage nach Änderungsanträgen und tatsächlich vorgenommenen Änderungen oder der anderweitigen Verwendung von Bauelementen, insbes bei der Sanierung der Eisbachbrücke in Sulzbach

KlAnfr

s. *Kochertalbahn*

Drs 13/4977

Suspendierung vom Dienst

s. *Disziplinarverfahren*

SWR

s. *Rundfunk*

SWS AG

s. *Bergwerk*

TA Siedlungsabfall

s. *Abfallrecht*

Tabak

s.a. *Rauchen*

Förderung des Tabakanbaus durch die LReg

Förderung der Züchtung von Tabaksamen bzw der Erforschung nikotinärmerer Tabaksorten, Gegenüberstellung der Fördermittel zur Suchtprävention gegen das Rauchen; Frage nach einem neuen Versuch zur Privatisierung der Tabakforschung

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 15.07.2003 und Antw MLR Drs 13/2253

Sterblichkeitsrate infolge nikotinbedingter Erkrankungen

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 472 473 481

Beklagung der Zunahme des Tabakkonsums bei Jugendlichen, Eintreten für ein Verbot von Tabakwerbung im Kino und Fernsehen, Bewertung der Schadstoffbelastung bei regelmäßigem Rauchen in einer Wohnung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7615 7616 7625 7642 7643

Tabakanbau

s. Tabak

Tabaksteuer

Finanzierung des Antiterrorprogramms mit der Erhöhung der Tabaksteuer

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 367 368 378

Finanzierung des Antiterrorprogramms mit der Erhöhung der Tabaksteuer

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 473

Finanzierung des Antiterrorprogramms mit der Erhöhung der Tabaksteuer

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 855

Täter-Opfer-Ausgleich

Haushalt 2002 und 2003; Epl 05

Zuschuss an das Service-Büro für den Täter-Opfer-Ausgleich

ÄAntr GRÜNE 15.01.2002 Drs 13/655-1 S. 15 16

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916-927

Förderung des Servicebüros für den Täter-Opfer-Ausgleich in Köln, Fortführung des Täter-Opfer-Ausgleichsprogramms

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 919 921

Tagesbetreuungsausbaugesetz

s. Kinderbetreuung

Tagesmutter

s.a. Pflegeeltern

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Zahl und Aufwand von Tagesmüttern, Krippen, Kindergärten u.a. Betreuungseinrichtungen

Antr

s. Kind

Drs 13/298

Haushalt 2002 und 2003; Epl 09

Erhöhung der Zuschüsse an den Landesverband für Tagesmütter

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/659-4 S. 29

ÄAntr SPD 16.01.2002 Drs 13/659-16 S. 45 46

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 891-916

Kinderbetreuung in BW

Vernetzung der Betreuungsangebote von Kindergärten, Grundschulen und Tagesmüttern

GrAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/680

Kleinkindbetreuung und Konnexitätsprinzip

Zahl der zu schaffenden Plätze für mindestens 20 % der Kinder unter drei Jahren in Kindergärten, Kinderkrippen und bei Tagesmüttern zur Umsetzung der rotgrünen Koalitionsvereinbarung; Höhe der dafür von den Kommunen benötigten Mittel des Bundes in Anwendung des Konnexitätsprinzips

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/1504

Förderung der Strukturen in der Tagespflege

Zahl der von örtlichen Trägern der Jugendhilfe gestellten, abgelehnten und bewilligten Förderanträge; Anteil der kommunalen Komplementärfinanzierung, Bewertung der Erfahrungen mit den Förderrichtlinien vonseiten der Stadt- und LKreise

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/1994

Kinderfreundliches BW - Nachfrage nach Betreuung von Kleinkindern

Zahl und Volumen der gestellten und bewilligten Anträge auf Förderung von Krippenplätzen und Strukturen der Tagespflege, Verteilung nach Trägern und Regionen sowie Gruppenformen und -größen, Höhe der kommunalen Kofinanzierung, vorhandene und neu gegründete Tagesmüttervereine

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/2202

Arbeit der Tagesmütter in BW

Entwicklung der Zahl von Tagesmüttern und betreuten Kindern seit 1999, geeignete Berufe und Qualifikationen, zuständige Stellen für die Aufsicht und Prüfung der persönlichen und fachlichen Voraussetzungen der Tagesmütter, Beauftragung der Tagesmüttervereine zur Vermittlung der wirtschaftlichen Jugendhilfe durch die Jugendhilfeträger, steuerliche Behandlung der Einkünfte aus Tagesbetreuungsfällen, finanzielle Auswirkungen einer Tätigkeit als Tagesmutter iR einer „Ich-AG“, Vorgaben für die Inanspruchnahme der Landeszuschüsse zur Altersversorgung sowie für die Höhe des Beitrags zur Krankenversicherung

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 09.07.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3356

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.10.2004 Drs 13/3991 S. 19-22

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Gründe für die Ablehnung des Gesetzes im BRat; Grundlagen der Einschätzung des Bedarfs und des weiteren Ausbaus der Kleinkindbetreuung in Kindertagesstätten und bei der Tagespflege; Gleichstellung der finanziellen Förderung von Pflegeplätzen bei Tagesmüttern und Tagesstätten; Umsetzung der pädagogischen Qualitätssicherung auch in der Schulung und Fortbildung des Betreuungspersonals; Darlegung der zu erwartenden Kosten und finanziellen Beteiligung des Landes

Antr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/3749

Zukunft der Kinderbetreuung in BW

Zahl und Altersstufen der bei Tagesmüttern betreuten Kinder

GrAnfr

s. Kinderbetreuung

Drs 13/3770

Stand der Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes (TAG) in BW

Anpassung des KindergartenGes an die o.g. Vorgaben zur Kleinkindbetreuung, Weiterentwicklung zu einem KindertagesbetreuungsGes mit Regelungen zur Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern aller Altersgruppen in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege; jährliche Ermittlung des erreichten Ausbaustands und aktuellen Bedarfs durch die örtlichen Jugendhilfeträger bzw kreisangehörigen Gemeinden

Antr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/4321

Ges zur Änd des KindergartenGes

Umsetzung des TagesbetreuungsbausGes und des Kinder- und JugendhilfweiterentwicklungGes, Klarstellung der Aufgabenübertragung auf die Gemeinden, konkretisierende Regelungen für die Kindertagespflege

GesEntw

s. *Kindergarten*

Drs 13/4869

Stellenwert der Tagesmütter im Kinderbetreuungskonzept des Landes

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 845 839 850 854 861 898 901 903 905 906 909 910

Förderung des Landesverbands der Tagesmüttervereine, Aufnahme der Förderung von Tageseltern in das KindergartenGes

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1217 1219 1220

Förderung der Tagesmütterbetreuung

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2062 2065-2067 2071

Stellenwert der Tagesmütter im Kinderbetreuungskonzept des Landes, Aufnahme der Förderung in das KindergartenGes

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2559 2560 2562 2565 2569-2571

Förderung von Betreuungsangeboten bei Tagesmüttern iRd Konzepts „Kinderfreundliches BW“

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604 3616

Erhöhung des Zuschusses an den Landesverband der Tagesmütter

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4166 4204 4208 4216

Förderung von Betreuungsangeboten bei Tagesmüttern iRd Konzepts „Kinderfreundliches BW“

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5138 5145

Stellenwert der Tagesmütter im Kinderbetreuungskonzept des Landes, Feststellung einer Verdoppelung der Zahl von Tagesmüttern und der betreuten Kinder in den letzten beiden Jahren

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5324 5326 5328

Erhaltung der Zuschüsse für die Alterssicherung der Tagesmütter, Ausbau des Angebots zur Vermittlung und Qualifizierung von Tagesmüttern, Stellenwert der Tagesmütter im Kinderbetreuungskonzept des Landes

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5798 5815 5848

Zuständigkeit der Kommunen für die Kleinkindbetreuung durch Tagesmütter, Notwendigkeit einer verbesserten Förderung der Tagesmütter

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7201 7208 7211 7214 7221

Tagespflege (Kinderbetreuung)

s. *Kinderbetreuung*

Taiwan

Erkenntnisse einer Reise des Wirtschaftsausschusses nach Taiwan, Gründung einer Wissenschaftsstadt mit älteren Ingenieuren aus aller Welt, Anstrengung einer Weltmarktführerschaft im Bereich der IuK-Technologien

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7678 7682

Talsperre

s. *Wasserspeicher*

Tank & Rast AG

s. *Raststätte*

Tankstelle

s.a. *Mineralölunternehmen*

s.a. *Raststätte*

Bau einer Biodiesel-Anlage am Energiestandort Obrigheim

Entwicklung des Verbrauchs und Tankstellennetzes von Biodiesel seit 1996; Förderung des Baus einer eigenen Raffinerie zur Veresterung von Rapsöl zu Biodiesel am Standort Obrigheim

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/159

Flächendeckendes Biodiesel-Angebot in BW

Anstrengung einer verstärkten Freigabe von Dieselfahrzeugen durch die Hersteller zur Verwendung von Raps-Methylester (RME), Initiativen zum Einsatz im Schwerlastverkehr, Gewährleistung der Herstellung von Biodiesel im Land sowie eines flächendeckenden Tankstellenangebots

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/985

Einsparungen beim Land durch Fahren mit Biodiesel

Umrüstung der Dieselfahrzeuge in der Fahrzeugflotte von Regierung, Landesbehörden und Polizei auf die Verwendung von Raps-Methylester; Leasing entsprechender Fahrzeuge; Gewährleistung eines flächendeckenden Tankstellenangebots durch öffentliche Ausschreibung und Vertragsabschlüsse

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/1700

Tanktourismus gefährdet Steuereinnahmen und Tankstellen in BW

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, der Schweiz und den EU-Nachbarländern seit 1999; Auswirkungen der Ökosteuer; erzielbare Einsparungen für die Autofahrer und entgangene Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland;

Beurteilung staatlicher Hilfen für Tankstellenbetreiber in Ländern mit vergleichsweise höheren Kraftstoffpreisen; Hinwirkung auf eine Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/2596

Verbot des Betriebs automatischer Waschanlagen an Tankstellen an Sonntagen / Öffnung von Videotheken an Sonntagen
Befürwortung einer Aufhebung des o.g. Verbots bzw einer entsprechenden Änderung des Sonn- und FeiertagsGes?

KlAnfr
s. *Sonn- und Feiertage*
Drs 13/3524

Rekordtreibstoffpreise und Tanktourismus

Entwicklung der Kraftstoffpreise in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit 2000 sowie der entgangenen Steuereinnahmen durch Tanken im benachbarten Ausland; Situation der Tankstellenbesitzer und -pächter in den Grenzregionen; Frage nach Vorstößen der Länder und BReg zum Stopp des Tanktourismus, evtl mit einer Skontoregelung nach dem Modell der italienischen Region Lombardei; Bemühungen Österreichs um ein zusätzliches Klimakontingent für die durch Tankfahrten verursachten CO₂-Emissionen

Antr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4273

Nutzung von Pflanzenöl-Diesel-Gemischen im ÖPNV und SPNV
Beurteilung des o.g. auf die jeweiligen Typen von Bussen und Schienenfahrzeugen zugeschnittenen Verfahrens bzw der entsprechenden Mischtankanlagen

KlAnfr
s. *Kraftstoff*
Drs 13/4747

Akzeptanz von Getränken in Mehrwegsystemen an Tankstellen
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 144

Akzeptanz von Getränken in Mehrwegsystemen an Tankstellen
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1309

Tarifabschluss

s. *Tarifvertrag*

Tarifgemeinschaft deutscher Länder

s. *Tarifvertrag*

Tarifvertrag

s.a. *Streik*

Studentische Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Zahl, arbeitsvertragliche Situation, Beschäftigungsumfang und -dauer, Dotierung und personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte; Entwicklung der Stundensätze in den letzten 15 Jahren; Vergleich mit den aus Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnissen; Einhaltung der Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder? Beteiligung an den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts

Antr
s. *Student*
Drs 13/1996

Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft

Begründung und erwartete Vorteile des Ausstiegs aus der Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen; Revision des Beschlusses nach den neuesten Entwicklungen?

Antr SPD 22.05.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2096
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4761-4767

Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Zahl der o.g. Lehrkräfte und deren Eingruppierung im Vergleich zu den beamteten Lehrern; Abbau der Ungleichbehandlung durch Abschluss eines Eingruppierungsvertrags in der Tarifgemeinschaft der Länder u.a. Maßnahmen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2386

Politik für mittelständische Unternehmen

Eintreten für eine radikale Vereinfachung der Steuergesetze, Senkung der Tarife, Flexibilisierung des Arbeits- und Tarifvertragsrechts sowie Lockerung des Kündigungsschutzes

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/2677

Fortbestand der garantierten Tarifsicherheit für die Beschäftigten an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Bewertung der Garantieerklärungen und rechtlichen Bindung zur Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder, Auswirkungen eines möglichen Ausstiegs infolge der Änderung des UniversitätsklinikaGes durch das HaushaltsstrukturGes 2004 auf die Beschäftigten, die Patientenversorgung, Forschung und Lehre; erwartete Einsparungen, Hinweis auf die entsprechende Gehälterabsenkung an den Universitätsklinika in Dresden und Leipzig; Erneuerung der einstimmigen Beschlusslage des Ltg von 1996, Verzicht auf die im HaushaltsstrukturGes 2004 vorgesehene Möglichkeit des Ausstiegs aus der TdL

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 27.11.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2678
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 55 56
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Darlegung des Änderungsbedarfs beim BAT, den Chefarztverträgen und der Privatliquidation

GrAnfr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2748

Einigung der Tarifvertragsparteien im öffentlichen Dienst; Beurteilung der Einigung durch die LReg

Beurteilung der getroffenen Vereinbarungen und deren Übertragbarkeit auf das Land, Höhe der dadurch entstehenden Mehrausgaben

Antr Dr. Stefan Scheffold u.a. CDU 10.02.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4027

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Übernahme der aktuellen Tarifvereinbarung im öffentlichen Dienst

s. Finanzpolitik

Drs 13/4042

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendeGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr

s. Arbeitsschutz

Drs 13/4325

Ungleichbehandlung von Ärzten an den Universitätsklinika in BW gegenüber Ärzten in kommunalen Krankenhäusern und Ärzten an Universitätsklinika in Bayern

Anwendung der neuen tarifrechtlichen Bestimmungen zu Arbeitszeit, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei Verlängerungen des Dienstverhältnisses iRd Weiterbildungszeit; Darlegung an einem typischen Fallbeispiel im Vergleich zu den o.g. Kollegen; Beurteilung als Wettbewerbsnachteil?

KlAnfr

s. Arzt

Drs 13/4474

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Entwicklung der Zuschüsse an die vier Universitätsklinika seit 1998; Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems auf die Einnahmeseite, des EuGH-Urteils zur Anrechnung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit sowie der unterschiedlichen Tarifvereinbarungen über Arbeitszeiten und Vergütungen; Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahmeverluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr

s. Arzt

Drs 13/4595

Die Forschungsaufgabe der baden-württembergischen Universitätskliniken vor dem Hintergrund der Tarifauseinandersetzungen für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst

Vorgesehene und tatsächlich erbrachte Forschungsleistungen der o.g. Beschäftigtengruppen, Auswirkungen getrennter Tarifverträge für die beiden Gruppen bzw von getrennten tariflichen Regelungen für Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, Überlegungen für die vom Minister angekündigte Strukturreform nach der Landtagswahl; Vorlage einer Problemanalyse zur Situation der Universitätskliniken und der Hochschulmedizin, Stärkung der medizinischen Forschung trotz der strukturell verankerten Priorität der Krankenversorgung

Antr

s. Universitätsklinik

Drs 13/4740

Erwartung harter Verhandlungen um einen Tarifabschluss im kommenden Frühjahr; Begrüßung des abgeschlossenen Weiterbildungstarifvertrags

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 71 76 122

Erwartung harter Verhandlungen um einen Tarifabschluss im kommenden Frühjahr

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 154 164 165 167

Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung durch maßvolle Tarifabschlüsse

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 502 503

Eintreten für maßvolle Tarifabschlüsse

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 837

Kritik am TariftreueGes des Bundes

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456 1459

Berücksichtigung der Tarifabschlüsse bei der Anhebung der Abgeordnetenentschädigung

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1615 1616

Ermöglichung flexibler Tarifverträge

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1721 1722

Ermöglichung des Abweichens existenzgefährdeter Betriebe von Tarifverträgen; Vorschlag einer Ankoppelung der Diätenerhöhung an Tarifabschlüsse

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1823 1826 1880

Vergrößerung der BAT-Schere im Krankenhausbereich im Falle eines von verdi geforderten Abschlusses von mindestens 3 %

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2083 2084 2086 2088 2089

Anstrebung einer Nullrunde für den gehobenen und höheren Dienst sowie eines Inflationsausgleichs für die unteren Gehaltsgruppen in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2121

Anstrebung einer Nullrunde bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2329 2335 2337

Kritik an der Höhe des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst, generelle Infragestellung der Tarifverträge

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2629 2634 2651 2655 2666-2669

Kritik an dem hohen Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst, Umsetzung der Ergebnisse für die Beamten, Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft mit dem Bund und den übrigen Ländern

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2708 2714 2716 2730 2732 2733 2737 2738 2763

Bezeichnung des letzten Tarifabschlusses als zu hoch; Austritt aus der Tarifgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2940

Notwendigkeit einer Flexibilisierung des Tarifrechts, Hinwirkung auf einen Wissenschaftstarifvertrag, Erwägung eines Ausstiegs nach dem Ausstieg aus der TdL

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3014 3051-3053 3056

Bewertung der Übernahmepflicht und hohen Ausbildungsvergütungen in den Tarifverträgen als Hemmnisse für mehr Ausbildungsplätze

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3522

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Wissenschaftler ins Ausland, Flexibilisierung des Tarifrechts, Hinwirkung auf einen Wissenschaftstarifvertrag

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3532

Übertragung der Kürzungen und Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten auf die Angestellten und Arbeiter, Kündigung der Tarifverträge; Öffnung der Tarifverträge für die Theater und Orchester

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3623 3661 3675 3681

Erhaltung der Tarifbindung der Zentren für Psychiatrie im Gegensatz zu den Universitätskliniken

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3923 3925

Kündigung des Tarifvertrags, Anpassung der Wochenarbeitszeit der Angestellten an die der Beamten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013

Handlungsbedarf der Tarifpartner für Öffnungsklauseln in den Flächentarifverträgen

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4101

Ermöglichung des Ausstiegs der Universitätskliniken aus der Tarifgemeinschaft der Länder mit dem HaushaltsstrukturGes 2004

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4237

Kündigung des Arbeitszeit-Tarifvertrags, Ausstieg aus der TdL, Anstreben von Tarifabschlüssen auf der Ebene einzelner Länder, Reform des BAT

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4755 4761-4767

Loslösung der Universitätsklinika vom BAT und der TdL, Bestrebungen zur Durchsetzung von Haustarifverträgen, Favorisierung eines Spartentarifvertrags

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4979-4986

Flexibilisierung der Tarifverträge, Prüfung einer Verringerung der Zahl von Urlaubstagen; Ausstieg von Universitätskliniken aus dem BAT; Forderung von Tarifabschlüssen ohne Gehaltssteigerungen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5153 5154 5158-5160 5162 5165

Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen durch die Tarifabschlüsse und übertariflichen Leistungen, Eintreten für Öffnungsklauseln in den Flächentarifverträgen, Inanspruchnahme des Rechts auf Weiterbildung im Metalltarifvertrag

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5189-5192 5194 5195 5197 5199 5200 5202 5204

Aufforderung an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur Kündigung des Tarifvertrags, Empfehlung einer Übernahme der Kürzung von Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5273

Hinnahme von Tarifabschlüssen mit Reallohnsenkungen der Beschäftigten zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5577

Anstieg der Personalkosten durch die Tarifierhöhungen in der Vergangenheit; Übertragung der Einsparungen bei den Beamten auf die Angestellten und Arbeiter iRd nächsten Tarifverhandlungen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639-5641 5643 5644

Ablehnung einer Übernahme der aktuellen Tarifentscheidung, Plädoyer für eigene Verhandlungen der Länder um längere Arbeitszeiten und maßvolle Abschlüsse

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5867 5880 5881 5894 5906

Erinnerung an die Kündigung des Tarifvertrags, Anstreben einer Übertragung der Einsparungen bei den Beamten auf die Angestellten iRd nächsten Tarifverhandlungen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6107 6108

Erinnerung an die Kündigung des Tarifvertrags, Ablehnung einer Übernahme der neuen Tarifvereinbarung; Vergleich der Lohnabschlüsse in der Eurozone

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6148 6150 6157

Überprüfung des Tarifvertragsrechts auf eine zeitgerechte Veränderung und Deregulierung, Ankündigung einer konstruktiven Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6405 6406

Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst zu einer Gruppe der Arbeitnehmer, Übertragung auf den anzustrebenden Tarifvertrag für das Land, Bemühungen um mehr Autonomie der Länder in der Tarifpolitik

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6986-6988

Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst zu einer Gruppe der Arbeitnehmer, Übertragung auf den anzustrebenden Tarifvertrag für das Land; Notwendigkeit eines Wissenschaftstarifvertrags

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7077-7080 7115

Taschendiebstahl

s. Diebstahl

Taschengeld

Persönliches Budget und Budgetassistenz in BW

Konzeption und Bilanz des Modellversuchs nach Auswertung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung, Einfluss in die jüngste Bundesgesetzgebung, Entwicklung der Anträge und Bewilligungen außerhalb der Modellregionen in BW, Maßnahmen für ein flächendeckendes Angebot bzw für die notwendige Beratung und Unterstützung nach Art und Schwere der Behinderung, Notwendigkeit einer Budgetassistenz

Antr Wilfried Klenk u.a. CDU 17.06.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4408

BeschlEmpf und Bericht SozA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 41 42

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Gewährung eines „persönlichen Budgets“ für Behinderte iR eines Modellprojekts; Beteiligung der LKreise Reutlingen, Rems-Murr-Kreis und Bodenseekreis

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3549 3552 3553

Gewährung eines „persönlichen Budgets“ für Behinderte, Erfolgsbewertung des Modellprojekts

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6373 6374 6377

Taschenrechner

Folgekosten der Einführung grafikfähiger Taschenrechner im Mathematikunterricht der gymnasialen Oberstufe

Höhe und Träger der o.g. Kosten; Aufnahme von Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über eine angemessene Beteiligung des Landes an der Erstausrüstung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 13.06.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/6

BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 12-14

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Taube

Mit Stadttauben leben; tierschutzgerechte Bestandsregulierung von Stadttauben in BW

Bestandskontrolle mit betreuten Taubenhäusern und -schlägen nach dem Beispiel NRW

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 02.08.2001 und Antw MLR Drs 13/148

Tauberbahn

s. Taubertalbahn

Tauberbischofsheim

Verkehrsunfall auf der Autobahn Weinsberg-Tauberbischofsheim vom 18.01.2006, 19:00 Uhr, Kilometerstand 499

Ursache und Schäden des o.g. Unfalls, Gründe für die Glatteisbildung bzw den verspäteten Einsatz der Streufahrzeuge und des Rettungswagens

KlAnfr

s. Verkehrsunfall

Drs 13/5106

Taubertalbahn

Reaktivierung von Haltepunkten entlang der Taubertalbahn

Prüfung der Vorschläge der „Interessengemeinschaft Reaktivierung des Haltepunkts Wallhausen“, Wiedereröffnung dieses Haltepunkts

KlAnfr Nikolaos Sakellariou SPD 11.12.2001 und Antw UVM Drs 13/570

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KlAnfr

s. Verkehrstarif

Drs 13/1684

Steuern-Gewerbe

s. Taxi

Taxi

s.a. Mietwagen

Position und Situation des Taxen-Gewerbes im Öffentlichen Personennahverkehr

Beurteilung der gesetzlich definierten Rolle des Taxen-Gewerbes, der vorhandenen Rahmenbedingungen und Wettbewerbssituation insbes im Vergleich zu den Mietwagen-Betreibern; Möglichkeiten für ein eigenes Berufsbild mit entsprechender Höherqualifikation; Gewährleistung der Nutzung von Bus- und Sonderspuren; Ausschluss von Wettbewerbsnachteilen bei Schüler- und Krankenfahrten

Antr FDP/DVP 26.03.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1939

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 23 24

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Werbung an Taxi-Fahrzeugen

Art der o.g. Werbeaktivitäten im Vergleich zu anderen BLändern, Bedingungen für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen; Anstreben einer Aufhebung der gesetzlichen Restriktionen

KlAnfr

s. Werbung

Drs 13/2087

Tbc

s. Infektionskrankheit

Technik

s.a. Akademie für Technikfolgenabschätzung

s.a. Fachhochschule für Technik Esslingen

s.a. Hochschule für Technik, Gestaltung und Sozialwesen Mannheim

s.a. Hochschule für Technik und Sozialwesen Esslingen

s.a. Informations- und Kommunikationstechnik

s.a. Mechatronik

s.a. Mikrosystemtechnik

s.a. Techniker

s.a. Technikfolgenabschätzung

s.a. Technische Überwachung

s.a. Technologie

s.a. Umwelttechnik

s.a. Zahntechniker

Erschließung der Begabungspotenziale von Frauen für naturwissenschaftlich-technische und ingenieurwissenschaftliche Studiengänge

Geschlechterspezifische Wahl von Leistungsfach und Studienfach, leitende Motive und Entwicklung seit 1999; Geschlechteranteile bei Studienanfängern und -absolventen sowie Promotionen und Habilitationen in Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Physik, Informatik, Maschinenbau, Deutsch, Mathematik und Biologie seit 1990; Anreizsysteme und Maßnahmen des BBildungsMin; Entwicklung von Instrumenten zur Motivation von Mädchen und Frauen für die o.g. Schulfächer

und Studiengänge, Berücksichtigung bei der Lehreraus- und -fortbildung

Antr
s. Frau
Drs 13/182

Berufskolleg Technik und Medien in der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

Lehrer- und Unterrichtsversorgung in Furtwangen, Donaueschingen und Spaichingen; Ausgleich der Nachteile für Spaichingen

KlAnfr
s. Berufskolleg
Drs 13/311

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit
Vorziehen des Technikzukunftsprogramms für die Polizei

Antr
s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Drs 13/339

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Bewertung der Projektprüfung durch Lehrer und Schulleiter, Prüfung von Technik und HTW nicht mehr als eigenständige Fächer, Gründe der vorläufigen Aussetzung der Novellierung des Bildungsplans Hauptschule

GrAnfr
s. Hauptschule
Drs 13/590

Geplante Reduzierung des Technik-Unterrichts in der Realschule?

Beurteilung o.g. Pläne vor dem Hintergrund des schlechten Abschneidens deutscher Schüler nach der PISA-Studie und dem Mangel an technischen Fachkräften

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 20.02.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/757
BeschlEmpf und Bericht SchulA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 15 16
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Reformimpulse für den naturwissenschaftlich-technischen Schulunterricht und die Zukunft des Schülerforschungszentrums in Bad Saulgau

Antr
s. Bildungsforschung
Drs 13/1201

Technik-Unterricht in der Realschule

Auswirkungen des Wegfalls des eigenständigen Technikunterrichts in den Klassen 5 und 6, Konzeption für das Fach Technik nach einer Ausgliederung der „naturwissenschaftlichen Anteile“ in den Fächerverbund „Naturwissenschaftliches Arbeiten“; Beibehaltung des Pflichtfachs Technik ab Klasse 5 und Aufwertung im Zuge der geplanten Änderungen der Bildungspläne

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 27.01.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/1713
BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 27 28
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Technik-Zukunftsprgramm Polizei

Umsetzungsstand, Höhe der verfügbaren und bisher eingesetzten Mittel des Technik-Zukunftsprgramms; Auswirkungen auf die Polizeiarbeit; Vergleich der Ausstattung mit anderen BLändern; Überlegungen für die Zeit nach Auslaufen des Programms 2005

Antr
s. Polizei
Drs 13/2329

Vollzugsfremder Einsatz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten

Personalverwaltung, Rechnungsführung u.ä. bei der Verwaltung der Bereitschaftspolizei durch Polizeibeamte; Ersetzung durch Angestellte oder Arbeiter; Neuorganisation der technischen Dienste, Zuordnung der Berufsgruppen Schreiner, Elektriker, Installateure zum Referat Technik

Antr
s. Polizeibeamter
Drs 13/3130

Technik-Zukunftsprgramm Polizei

Umsetzungsstand seit Erteilung der Stellungnahme auf Drs 13/2329, Höhe der noch verfügbaren und bereits eingesetzten Mittel; Auswirkungen auf die Polizeiarbeit; Vergleich der Ausstattung mit anderen BLändern; Stand der Einführung des Digitalfunks

Antr
s. Polizei
Drs 13/3880

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirtschaftslehre, Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH; Frage nach einer abgestimmten Planung zwischen den Hochschulen bzw nach Kriterien für die Streichung der 100 zu erwirtschaftenden Stellen

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 13/3998

Innere Sicherheit in BW

Stand und Entwicklung der personellen und technischen Ausstattung der Polizei

GrAnfr
s. Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Drs 13/4752

Räumliche Voraussetzungen für die Einführung des Unterrichtsfachs Naturwissenschaft-Technik

Notwendigkeit baulicher Veränderungen durch die Einführung des neuen Schulfachs an den Gymnasien, Ablehnung entsprechender Anträge der Schulen durch die Kommunen mit dem Verweis auf die von der LReg zugesicherte Kostenneutralität

Antr
s. Schulgebäude
Drs 13/4791

Einführung des Unterrichtsfachs „Naturwissenschaft und Technik“ (NwT)

Anforderungen des Bildungsplans an das neue Fach am G 8 im naturwissenschaftlichen Profil; Qualifizierung und Fortbildung der Lehrkräfte; Transfer von Inhalten zwischen den Basisfächern Biologie, Chemie, Physik und NwT; Finanzierung der notwendigen räumlich-sächlichen Veränderungen, Verankerung in den Schulbaurichtlinien

Antr
s. *Naturwissenschaft*
Drs 13/4951

Umsetzung des Technikzukunftsprogramms für die Polizei

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53

Umsetzung des Technikzukunftsprogramms für die Polizei

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 66

Umsetzung des Technikzukunftsprogramms für die Polizei, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Spezialtechnik

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 364 379

Fortführung des Technikzukunftsprogramms für die Polizei

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 643

Fortführung des Technikzukunftsprogramms für die Polizei

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797 813

Umsetzung des Technikzukunftsprogramms für die Polizei

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 844 881 882 886 887

Ausrüstungsstand der Polizei, Lob für das Technikzukunftsprogramm

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126-3130 3136

Ausrüstungsstand der Polizei, Lob für das Technikzukunftsprogramm

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900 5901 5907 5915 5916

Technikbewertung

s. *Technikfolgenabschätzung*

Techniker

s.a. *Ingenieur*
s.a. *Vermessungstechniker*
s.a. *Zahn techniker*

Sicherheitsmanagement und Personalpolitik im Kernkraftwerk Obrigheim im Zusammenhang mit der Entlassung eines Technikers

Frage nach Sicherheitsaspekten oder entsprechenden Äußerungen des Technikers als Grund für die Entlassung, Information bzw Aufklärungsmaßnahmen der Atomaufsicht

Antr
s. *Kernkraftwerk Obrigheim*
Drs 13/3866

Technikfolgenabschätzung

s.a. *Akademie für Technikfolgenabschätzung*

Zukunft der Akademie für Technikfolgenabschätzung

Bewertung des Gutachtens des Wissenschaftsrats und der Vorschläge des Kuratoriums; Zusammensetzung und Ziele der vom Stiftungsrat beschlossenen Strukturkommission; Gewichtung der Eigenständigkeit und Interdisziplinarität der Akademie; Besetzung von zumindest einer der freien Leitungspositionen; Berichterstattung der Akademie in zweijährigem Turnus

Antr
s. *Akademie für Technikfolgenabschätzung*
Drs 13/1410

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Mitteleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Technische Anleitung Siedlungsabfall

s. *Abfallrecht*

Technische Observation

s.a. *Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis*
s.a. *Nachtsichtgerät*
s.a. *Technische Überwachung*
s.a. *Videotechnik*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Periodischer Bericht über Umfang und Erfolg von Telefonüberwachungsmaßnahmen (Untersuchungsausschuss „Praxis der Telefonüberwachung“)

Mittlg LReg 12.11.2001 Drs 13/453
Mittlg LReg 12.09.2002 Drs 13/1312
BeschlEmpf und Bericht InnenA 20.11.2002 Drs 13/1546
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2285
Mittlg LReg 28.10.2003 Drs 13/2547
BeschlEmpf und Bericht InnenA 12.11.2003 Drs 13/2601
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932
Mittlg LReg 24.09.2004 Drs 13/3579
Mittlg LReg 24.08.2005 Drs 13/4614

Lauschangriff auf die Familie R. aus Horben

Begründung, Rechtsgrundlage, Verhältnismäßigkeit, Dauer und Ergebnisse der Abhörung durch verdeckten Einsatz technischer Mittel; Beurteilung der Schadenersatzforderung der Familie R.; Konsequenzen aus der jüngsten Rechtsprechung des BVerfG zum „Großen Lauschangriff“ in der Praxis der präventivpolizeilichen und strafprozessualen Wohnraumüberwachung

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 23.03.2004 und Antw IM Drs 13/3046

Praxis der Wohnraumüberwachung in BW

Zahl, Dauer, Rechtsgrundlage und Ergebnisse o.g. Anordnungen in den letzten zehn Jahren; Zahl der von Gerichten für rechtswidrig erklärten Überwachungsmaßnahmen, Zuerkennung von Schadenersatz für die Betroffenen, Umgang mit dem einschlä-

gigen Urteil des Landgerichts Freiburg zugunsten der Familie R. aus Horben; Vorlage eines jährlichen Berichts über Umfang und Erfolge des Einsatzes besonderer Mittel der Datenerhebung nach dem PolizeiGes sowie des Einsatzes technischer Mittel zur Strafverfolgung

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 25.08.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3518

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 24

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Präventiv-polizeiliche Telefonüberwachung zur Abwehr terroristischer Gefahren; Feststellung eines Vollzugsdefizits bei der Telefonüberwachung in Berlin

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 365 372 373 375

Bewertung der Kritik des Datenschutzbeauftragten an der Mobilfunküberwachung als Mittel der Strafverfolgung; Verweisung auf das aktuelle Urteil des BVerfG zum großen Lauschangriff

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4541-4543

Eingrenzung präventiver polizeilicher Abhörmaßnahmen durch das BVerfG, Berücksichtigung der Vorgaben zur Wohnraumüberwachung im Landesrecht; Bemühungen um eine dritte Observationsgruppe beim LfV; Beklagung einer überzogenen Überwachung von Arbeitnehmern mit moderner IuK-Technik

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7005-7008 7033 7034 7036

Notwendigkeit der Telefon- und Wohnraumüberwachung zur Abwehr von Terroranschlägen, Berücksichtigung der Vorgaben des BVerfG

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7083 7085-7087

Technische Überwachung

s.a. *Gewerbeaufsicht*

s.a. *Materialprüfung*

s.a. *Technische Observation*

s.a. *Verkehrssicherheit*

s.a. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Störfalls im Atomkraftwerk Philippsburg II (KKP II)

Einstufung des Störfalls durch Unterschreitung der Borsäurekonzentration in den Flutbehältern, Umgang mit Informationen und Einstufung der Vorkommnisse durch die Atomaufsichtsbehörde, Bewertung des Berichts der Betreiber und des als Gutachter zugezogenen TÜV, Einlassungen in der Sitzung der Reaktorsicherheitskommission; personelle und organisatorische Konsequenzen

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/314

Arbeit der Atomaufsicht in BW

Überprüfung der Einhaltung rechtlich vorgegebener Sicherheitsstandards; rasche und sachgerechte Entscheidungen bei Mängeln, Vorfällen und Störfällen bzw Weiterleitung von Meldungen an die zuständigen Ministerien, Ämter und Gremien; ggf Einschaltung von Gutachtern; Beurteilung der Unabhängigkeit sowie von Äußerungen des früheren Leiters der Schweizer Atomaufsicht im Zusammenhang mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl; Rücknahme der Betrauung mit der Leitung einer

Gutachtergruppe zur Untersuchung der Atomaufsicht im UVM; Frage nach Aktivitäten und Ergebnissen der Internationalen Länderkommission Kerntechnik, Einbeziehung von Experten des TÜV, Kündigung des Verwaltungsabkommens über die Einrichtung und Finanzierung der ILK

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 13/422

Aufarbeitung gravierender sicherheitstechnischer Defizite im Atomkraftwerk Philippsburg II

Unzureichende Befüllung der Flutbehälter beim Wiederanfahren seit 1985, Erfassung der entsprechenden Messdaten von Prozessrechnern, Überprüfung der Protokolle durch Sachverständige des TÜV, Ergebnisse dieser Überprüfungen sowie der Periodischen Sicherheitsüberprüfung der Betriebsführung; nochmalige Begutachtung dieser Vorgänge durch unabhängige Gutachter, Beachtung der Unabhängigkeit von Betreiberinteressen bei der künftigen Auswahl von Gutachtern der Aufsichtsbehörde, Verzicht auf die Dienste des TÜV

Antr

s. *Kernkraftwerk Philippsburg*

Drs 13/445

Atomaufsicht in BW

Zunahme der meldepflichtigen Ereignisse und Pannen in den Atomkraftwerken des Landes trotz der Maßnahmen aufgrund der Vorkommnisse in den Vorjahren, Frage nach Konsequenzen des UVM gegenüber dem Betreiber und Monopolgutachter TÜV Süddeutschland, Stand der europaweiten Gutachterausschreibung, Fortführung der Überprüfung der Gutachterabrechnungen durch den RH; Zeitpunkt der Information und Schritte der Atomaufsicht nach dem jüngsten Störfall im KKW Philippsburg, Stand und Zwischenergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen die AKW in BW

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 13/1381

Auswirkungen der BetriebssicherheitsVO (Aufzugsanlagen) auf die Wirtschaft

Notwendigkeit einer zusätzlichen sicherheitstechnischen Bewertung von Aufzügen infolge der o.g. VO, Höhe der Mehrkosten für die Unternehmen und Verwaltung, Bezifferung der Kosten für den Ltg

Antr

s. *Arbeitsschutz*

Drs 13/2286

Sicherheitstechnische Überprüfungen von Handwerksbetrieben
Zuständige Einrichtungen für die o.g. Überprüfungen; Möglichkeiten zur Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung

KIAnfr Michael Theurer FDP/DVP 27.08.2003 und Antw UVM Drs 13/2378

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der Gerätesicherheits-ZuständigkeitsVO sowie der VO über Sachverständige für Schleppaufzüge; Änd der Produktsicherheits-ZuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Sicherheitsmängel bei Strommasten des baden-württembergischen Freilandleitungsnetzes

Zahl, Alter, technischer Zustand und Eigentümer der Hochspannungsmasten im Land; Art und Ergebnisse von durchgeführten Untersuchungen; festgestellte Sicherheitsmängel und davon ausgehende Gefahren; Kenntnisstand und Maßnahmen der Aufsichtsbehörden; Investitionen der Eigentümer in die Leitungsinfrastruktur; Anforderung eines detaillierten Zustandsberichts von der EnBW; Verpflichtung der Eigentümer zu einer raschen Sanierung bzw Erneuerung der schadhafte Masten

Antr
s. *Elektrische Leitung*
Drs 13/4937

Kompetenz des TÜV bei der Überwachung von KKW, Vorwurf des Versagens bzw von personellen Verflechtungen mit Betreibern und der Aufsicht, Einflussnahme auf Personalentscheidungen im UVM

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 386 388-402 427

Tätigkeit des TÜV Süddeutschland als Gutachter für die KKW im Land, Vorwurf von Verflechtungen mit Betreibern und der Atomaufsicht, Ersetzung durch den TÜV Rheinland

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 581 585-596

Tätigkeit des TÜV Süddeutschland als Gutachter für die KKW im Land, Vorwurf von Verflechtungen mit Betreibern und der Atomaufsicht, Ersetzung durch andere, unabhängige Experten

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 929 930 932-935

Technischer Lehrer

s. *Berufsschullehrer*

Technisches Gymnasium

s. *Fachgymnasium*

Technisches Hilfswerk

s. *Katastrophenschutz*

Technologie

s.a. *Akademie für Technikfolgenabschätzung*
s.a. *Automation*
s.a. *Innovation*
s.a. *Technikfolgenabschätzung*
s.a. *Technologieförderung*
s.a. *Technologietransfer*

Region Stuttgart als Standort für die New Economy

Beurteilung eines weltweiten Rankings von 20 Regionen nach einer Studie der Boston Consulting Group bzw der fehlenden Erwähnung der Region Stuttgart als High-Tech-Standort; Bemühungen um eine massive Standortaufwertung

Antr
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/174

Memorandum der LReg zum 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union

Vorstellungen zu den Vorschlägen der EU-Kommission für ein 6. Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung

und Demonstration sowie für den EURATOM-Bereich für die Jahre 2002-2006

Mittlg
s. *Forschung*
Drs 13/323

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt

Perspektiven für die weltwirtschaftliche Entwicklung bis 2010 nach Ländern und Sektoren, Bevölkerungsentwicklung und Arbeitskräftebedarf; Darlegung der geforderten Qualifizierung, Aktivierung von Reserven bei gut ausgebildeten jungen Frauen, Bedeutung der Zuwanderung; vorhandene und notwendige Studienplätze der Hochschulen in den einzelnen Technologiebereichen; Übergangsquoten ausländischer Kinder auf weiterführende Schulen, Auswirkungen fehlender Berufsabschlüsse bei jungen Ausländern, Abmilderung des Mangels an Fachkräften und Kinderbetreuungsplätzen; Notwendigkeit eines Weiterbildungs-Ges

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Entwicklung der Patentanmeldungen

Rückläufigkeit o.g. Zahlen und damit Verlust der Spitzenposition unter den BLändern, Ursachen und Auswirkungen, insbes auf die technologische Leistungsfähigkeit der Unternehmen; Hinwirkung auf ein europäisches Gemeinschaftspatent, Einrichtung eines Dienstleistungszentrums für Erfinder, Förderung der wirtschaftsnahen Forschung

Antr
s. *Erfindung*
Drs 13/978

Die Technologieregion Karlsruhe - Bilanz und Perspektive

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1530

Entwicklung der Bodenseeregion

Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Haushaltsnachschnitte für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr
s. *Wirtschaftsminister*
Drs 13/3172

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Vernetzung mit der Wirtschaft, insbes des Transfers von Forschungsergebnissen und der Technikfolgenabschätzung seit 1985; Höhe und Wirkungen der Förderung, Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Arbeitsmarktdaten, Existenzgründungen und Betriebs-

ansiedlungen; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Kooperation mit Bayern; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen; Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, geplante Projekte bis 2010; Wettbewerbsfähigkeit der Region als Hochtechnologiestandort, Abbau von Defiziten

GrAnfr
s. Ulm
Drs 13/4584

Qualifikation älterer Arbeitnehmer in neuen Technologien; Stimulanz der Forschung im Bereich von Hochtechnologien; Schaffung von Hochtechnologiearbeitsplätzen im ländlichen Raum

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 42 44 45 60

Investitionen in den Hochtechnologiestandort BW

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200 202 208 212

Notwendigkeit zusätzlicher Anstrengungen in der Technologiepolitik, Investitionen iRd Zukunftsoffensive III

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259

Förderung der neuen, anwendungsorientierten Technologien

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 336 342

Mittelbereitstellung zur Förderung der neuen Technologien bzw für die strategische Forschung in Schlüsseltechnologien

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 844 856

Förderung der neuen Technologien, Schaffung von Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 948 969

Werbung um Akzeptanz der neuen Technologien in der Bevölkerung, Notwendigkeit der ständigen Weiterbildung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1679 1683 1688

Förderung der neuen Technologien, Verteidigung der europäischen Spitzenposition bei der Zahl von Hightech-Arbeitsplätzen; Vorwurf einer Verlängerung des Einsatzes alter Technologien

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3603 3633 3643

Förderung der neuen Technologien, Position des Landes als Hochtechnologiestandort im internationalen Wettbewerb

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489-4501 4517

Anteil von Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich, Schutz vor Verlagerungen nach Osteuropa; Förderung von Schlüsseltechnologien aus Mitteln der Landesstiftung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4776 4777 4819

Anteil von Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4975 4976

Verweisung auf die Spitzenstellung beim Gründungsgeschehen im Hochtechnologiebereich, Bedeutung des Landes als Hochtechnologiestandort

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5961 5972 5977 6029 6033 6035

Förderung der Gründung neuer Technologieunternehmen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406 6407

Bezeichnung des Landes als Hochtechnologieregion Nummer 1 in Europa

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7139

Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung mit einem Vorsprung durch Technologie, Anteil von Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich in BW

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880-7892

Technologieförderung

s.a. Technologietransfer

Einzelbetriebliche Technologieförderung des Landes

Erfahrungen mit dem o.g. Förderprogramm, Vergleich mit anderen BLändern, künftiges Programmvolumen und Mittelausstattung

Antr Franz Schuhmacher u.a. CDU 16.08.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/186

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.10.2001 Drs 13/358 S. 7 8

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Aufstockung der Mittel für das CI-Programm

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-9 S. 38 39

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Technologieförderung in BW

Verzicht auf globale Kürzungen der Mittel für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung und technischen Entwicklung

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 05.09.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1299

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.12.2002 Drs 13/1725 S. 21

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1387

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 16) - Förderung der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren nach dem Innovationsförderungsprogramm (CI-Programm)

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XIII. S. 6

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2208

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Verzicht auf die Kürzung der Förderung der anwendungsorientierten Forschung und technischen Entwicklung

s. Forschung

Drs 13/1873

Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen der Region Stuttgart ins Ausland

Verlagerung von Wissenschaftlern und Fachkräften ins Ausland in den letzten Jahren, Einschätzung der weiteren Entwicklung und Auswirkungen, Höhe der Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute seit 2000; stärkere Ausrichtung der Technologieförderung auf kleine und mittlere Unternehmen, Abstimmung der Studiengänge an den Fachhochschulen mit den Bedürfnissen der heimischen Technologie-Unternehmen

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/3502

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 07**Wiedereinsetzung des CI-Programms*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4007-1 S. 21
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4047-2 S. 3
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

Status und weitere Förderung von Unternehmen in der TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH (TFU) der Grenzregion Ostwürttemberg/Ulm/Neu-Ulm

Höhe der gewährten Fördermittel an o.g. Existenzgründer u.a. Firmen in den letzten fünf Jahren, Anteil der am Markt erfolgreichen bzw gescheiterten Empfänger, Umfang und Gründe der Rückforderung von Fördermitteln, Darstellung der bearbeiteten Technologiefelder sowie der künftigen Unterstützung von Existenzgründungen

KIAnfr Martin Rivoir SPD 06.12.2005 und Antw WM Drs 13/4936

Kritik an der Streichung des CI-Programms

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 333

Wiederaufnahme der Förderung nach dem CI-Programm

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 503-505 508

Wiederaufnahme der Förderung nach dem CI-Programm

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 700-704

Beklagung mangelnder Kontinuität und Planungssicherheit beim CI-Programm

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 767 769 771

Rücknahme der Kürzungen für das CI-Programm

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942 945-950 953

Bilanz der Unternehmensförderung iRd CI-Programms am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1993

Untersuchung des CI-Programms durch den RH

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2271

Hinweis auf eine überdurchschnittliche Forschungsförderung des Landes, Beklagung der Mittelkürzung für die Technologieförderung

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2904 2919

Beklagung der Einstellung des CI-Programms

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015 6017 6022 6026 6027 6029

Beklagung der Einstellung des CI-Programms

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6470

Technologiefolgenabschätzung

s. *Technikfolgenabschätzung*

Technologieregion

s. *Technologie*

Technologietransfer

s.a. *Erfindung*
s.a. *Steinbeis-Stiftung*
s.a. *Technologieförderung*

Bedeutung und Entwicklung der Verbundforschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in BW

Umfang und Zielprojekte der o.g. Förderung seit 1996, Vergleich mit Bayern und RPF, beteiligte Einrichtungen und Unternehmen, Beurteilung der Studiengänge an der FH Aalen und der BA Villingen-Schwenningen sowie des Programms „Innovationsassistent“, Ausgestaltung der Regelungen und Schutzrechte über die Verwertung der Forschungsergebnisse

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/584

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/1093

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Förderung der Grundlagenforschung und der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Bio- und Gentechnik, Attraktivität des Standorts BW für global operierende Pharmaunternehmen, Entwicklung der Patentanmeldungen für entsprechende Arzneimittel seit 1996, Unterstützung des Aufbaus von klinischen Forschungseinrichtungen; Vereinfachung der Fördermodalitäten bei der L-Bank, Förderung risikobehafteter Projekte kleinerer Unternehmen; Auflösung der Biotechnologie-Agentur, Aufstockung und Institutionalisierung der Förderung von Biotechnologie-Parks

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/1159

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr
s. *Freiburg*
Drs 13/1288

Gentechnik-Aufsicht in BW - Positiver Beitrag zum Standort
Entwicklung der gentechnischen Anlagen/Arbeiten nach Sicherheitsstufen sowie der Personalsituation und Überwachungspraxis der Gentechnikaufsicht in den letzten zehn Jahren im Vergleich zu anderen BLändern; Beurteilung der Funktion des Reg-Präs Tübingen; Stand der Forschung und des Technologietransfers der Biotechnologie im produktionsintegrierten Umweltschutz; Information der Öffentlichkeit über die Chancen der (Umwelt-)Biotechnologie

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/1849

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller
Mittleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Chancen und Perspektiven der Mechatronik in BW
Bedeutung der Mechatronik insbes für die Leitbranchen Automobil-, Anlagen- und Maschinenbau; Bedarf an Forschung und Wissenstransfer aus den Hochschulen, Maßnahmen zur Koordination und Förderung; Angebot der Mechatronik als interdisziplinäres Gebiet der Ingenieurwissenschaften an den Hochschulen, Zahl von Auszubildenden, Studierenden und Absolventen; Einsatzbereiche und berufliche Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt

Antr
s. *Mechatronik*
Drs 13/4756

Status und weitere Förderung von Unternehmen in der TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH (TFU) der Grenzregion Ostwürttemberg/Ulm/Neu-Ulm
Höhe der gewährten Fördermittel an o.g. Existenzgründer u.a. Firmen in den letzten fünf Jahren, Anteil der am Markt erfolgreichen bzw gescheiterten Empfänger, Umfang und Gründe der Rückforderung von Fördermitteln, Darstellung der bearbeiteten Technologiefelder sowie der künftigen Unterstützung von Existenzgründungen

KIAnfr
s. *Technologieförderung*
Drs 13/4936

Förderung von Verbundforschungsprojekten und des Transfers von Forschungsergebnissen
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44

Beschleunigung des Wissens- und Technologietransfers
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 407

Erfolgsbewertung des Technologietransfers in der Region Karlsruhe, Entwicklung von Unternehmensgründungen im Technologiepark Karlsruhe, Erhaltung der Verbindungen zur Wissenschaft, Anreize und Hilfen zur Verwertung von Innovationen
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518 1521-1523 1527 1528 1543

Förderung des Technologietransfers von der Forschung in marktfähige Produkte
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3603 3633

Erfolgsbewertung des Technologietransfers in BW
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3916 3917 3921

Schwächung des Technologietransfers durch die Haushaltskürzungen bei den Fachhochschulen
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4153 4154

Aufstockung der Fördermittel für den Technologietransfer
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283 4284 4286 4292 4294

Erfolgsbewertung des Technologietransfers in BW, Anteil der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489-4501 4517

Verbesserungsfähigkeit des Technologietransfers von der Brennstoffzellenforschung in marktfähige Produkte
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4585-4590

Unterstützung der kleinen und mittleren Betriebe beim Technologietransfer
PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5161

Schwächung des Technologietransfers durch die Haushaltskürzungen für die wirtschaftsnahe Forschung
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5806 5807

Verbesserungsfähigkeit des Technologietransfers von der Grundlagenforschung in marktfähige Produkte
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014 6015 6017 6029 6033

Erfolgsbewertung des Technologietransfers in BW, Verweisung auf die Rolle der Steinbeis-Stiftung
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406 6407 6439 6451

Bedeutung des Technologietransfers in die Betriebe, Kritik an der Kürzung der Fördermittel für die wirtschaftsnahe Forschung
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6470

Erfolgsbewertung des Technologietransfers in BW, Beklagung der fehlenden Präsenz und Ergebnisse des Beauftragten für Technologietransfer; Verweisung auf die Rolle der Steinbeis-Stiftung, Verbesserung des Technologietransfers in kleine und mittlere Unternehmen
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7880-7892

Technologiezentrum

s.a. *Steinbeis-Stiftung*
s.a. *Technologieförderung*
s.a. *Technologietransfer*

Handwerkspolitik in BW

Unterstützung von Verbundforschungsprojekten iRd Zukunfts-offensive III, Förderung der Bildungs- und Technologiezentren

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/46

Ansiedlung einer Photovoltaik-Fertigung im Technologiepark Neckar-Odenwald

Unterstützung o.g. Pläne der Stadt Mosbach u.a. Gemeinden im interkommunalen Gewerbegebiet „TECH-NO“

KlAnfr
s. *Solartechnik*
Drs 13/671

Zukunft der Technologiezentren

Auflistung der Technologiezentren in BW, Höhe der jeweiligen Förderung, Einschätzung der Zukunftsperspektiven

KlAnfr Thomas Blenke CDU 25.04.2002 und Antw WM Drs 13/957

Stärkung der Bio-Regionen in BW

Förderung der Grundlagenforschung und der Umsetzung von Forschungsergebnissen im Bereich der Bio- und Gentechnik, Attraktivität des Standorts BW für global operierende Pharmaunternehmen, Entwicklung der Patentanmeldungen für entsprechende Arzneimittel seit 1996, Unterstützung des Aufbaus von klinischen Forschungseinrichtungen; Vereinfachung der Fördermodalitäten bei der L-Bank, Förderung risikobehafteter Projekte kleinerer Unternehmen; Auflösung der Biotechnologie-Agentur, Aufstockung und Institutionalisierung der Förderung von Biotechnologie-Parks

Antr
s. *Biotechnologie*
Drs 13/1159

Erfolgsbewertung des Technologieparks Karlsruhe, Entwicklung der Zahl von Unternehmensgründungen, Unterstützung durch Gründungszentren und Gewerbeparks

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518 1521-1523 1528

Teilzeitarbeit

s.a. *Befristetes Arbeitsverhältnis*
s.a. *Heimarbeit*
s.a. *Studium*

Arbeitsmarktpolitik in BW

Förderung von Teilzeitarbeit und flexiblen Arbeitszeitformen sowie von Kinderbetreuung für Frauen über Projekte aus ESF-Mitteln

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/248

Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständigkeit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teilzeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/327

Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außerfamiliären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/449

Familienunterstützende Angebote in BW

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von Betriebskindergärten sowie Teilzeitarbeitsplätzen, insbes auch für Führungskräfte; Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf, Auszeichnung vorbildlicher Betriebe

GrAnfr
s. *Familie*
Drs 13/681

Auswirkungen der Schwerbehindertengesetznovelle auf teilzeitbeschäftigte Schwerbehinderte

Ausschluss der Förderung bei Unterschreitung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 Stunden?

KlAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/826

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Vergütung von Ausbildungslehrer/innen als Teilzeitkräfte

Fehlbedarf an o.g. Lehrkräften zur Begleitung des Fachpraktikums für Studierende der PH ab dem 3. Semester; Gleichstellung der Lehrkräfte mit vollem Deputat und Teilzeitdeputat bei der Stellenzulage u.a. Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten Ausbildungslehrer

Antr
s. *Ausbildungslehrer*
Drs 13/1711

Stand und Erfolg der diversen Stellenabbauprogramme der LReg

Erreichte und noch geplante Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche und Behörden der Landesverwaltung; Verteilung auf Altersteilzeit, Frühpensionierung, Kündigungen, natürliche Fluktuation, Ausgliederung von Behörden oder Privatisierung von Aufgaben; Vorschaltung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion

KlAnfr
s. *Personalplanung*
Drs 13/2556

Teilzeitarbeit während des Erziehungsurlaubs in der Steuerverwaltung

Gründe und Auswirkungen einer Ablehnung der unterhältigen Teilzeitarbeit in der Steuerverwaltung entgegen der bisherigen Praxis; Frage nach entsprechenden Plänen in anderen Verwaltungsbereichen

KIAnfr Rita Haller-Haid SPD 08.06.2004 und Antw FM Drs 13/3248

Bewertung des Teilzeitbeschäftigungsanteils im öffentlichen Dienst als vorbildlich

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Ermöglichung von Altersteilzeit für Beamte sowie von Teilzeitbeschäftigung in Führungsfunktionen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 79 80 86

Erleichterung von Teilzeitarbeit nach betrieblichen Erfordernissen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 159

Belastung der Wirtschaft durch den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und die Erschwerung befristeter Arbeitsverträge

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500

Erhöhung der Bereitschaft und der Chancen von Männern zur Teilzeitarbeit, Ermöglichung der Teilbarkeit von Führungspositionen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 787 790 791

Ablehnung von Altersteilzeit für Beamte

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1177

Belastung der Wirtschaft durch den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678 1720

Belastung der Wirtschaft durch den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit; Bedeutung von Teilzeitarbeit für hoch qualifizierte Frauen in Zukunftsbranchen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1815 1816 1820 1855-1857

Frauenanteil bei der Teilzeitarbeit in BW, Lob für das Sinsheimer Teilzeitmodell für Ärzte, Belastung der Wirtschaft durch den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2033 2041 2044 2050 2052 2059 2063 2075

Ablehnung der Altersteilzeit für Beamte

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2941 2944

Ablehnung der Altersteilzeit für Beamte

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3944 3945

Auswirkungen der Verwaltungsreform für teilzeitbeschäftigte Frauen, Bemühungen um wohnortnahe Arbeitsplätze

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4905

Entwicklung der Zahl von Teilzeitbeschäftigten bei der Polizei

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5282

Ermöglichung einer Teilzeitarbeit während des Bezugs von Landeserziehungsgeld

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5328

Verteidigung des Widerstands gegen die Altersteilzeit für Beamte, Verweisung auf deren Abschaffung in den anderen BLändern
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5644

Ermöglichung von Teilzeitarbeit in Führungspositionen; Ablehnung der Altersteilzeit für Beamte

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5815 5825

Verteidigung des Widerstands gegen die Altersteilzeit für Beamte, Verweisung auf deren Abschaffung in den anderen BLändern

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6116

Verteidigung des Widerstands gegen die Altersteilzeit für Beamte, Verweisung auf deren Abschaffung in den anderen BLändern

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6393

Vergabe von Teilzeitarbeitsplätzen an Beschäftigte mit Familienpflichten, Ausschluss einer Benachteiligung von Teilzeitkräften beim beruflichen Aufstieg

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6935-6937 6939

Vergabe von Teilzeitarbeitsplätzen an Beschäftigte mit Familienpflichten, Ausschluss einer Benachteiligung von Teilzeitkräften beim beruflichen Aufstieg

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7068 7070 7071 7073

Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen in BW und bundesweit

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7216 7217

Verteidigung des Widerstands gegen die Altersteilzeit für Beamte, Verweisung auf deren Abschaffung in den anderen BLändern

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7404

Kritik am Vorschlag des MinPräs zur Reduzierung der Arbeitszeit und Vergütung von älteren Arbeitnehmern, Begrüßung der Möglichkeit zur Teilzeitarbeit bei abnehmender Leistungsfähigkeit, Abschaffung der geblockten Altersteilzeit

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7679 7683 7685

Teilzeitbeschäftigung

s. Teilzeitarbeit

Teilzeitstudium

s. Studium

Telefaxdienst

Unaufgeforderte Werbung über Fax-Geräte

Vorgehensmöglichkeiten gegen o.g. Problematik, Vergleich mit anderen Ländern, Löschung der Fax-Nummer von Betroffenen aus den einschlägigen Verteilern an zentraler Stelle?

Antr

s. Werbung

Drs 13/106

Telefon

s.a. Funkverkehr

s.a. Telefaxdienst

s.a. Telefentarif

Flächendeckender Abbau von Telefonzellen im Ländlichen Raum und Vandalismus an Telefonzellen

Aufgabe o.g. Standorte wegen mutwilligen Beschädigungen; Hinwirkung auf Erhaltung eines flächendeckenden Netzes von öffentlichen Telefonzellen

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 12.12.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/569

Entwicklung beim Fernsehsender BTV 4 U

Anteil von Glücksspielsendungen am Gesamtprogramm, Teilnahme nur über die im Besitz des Lizenznehmers befindlichen Serviceleitungen als kostenpflichtige Anrufe, Bewertung als Geldeinsatz und damit als Lotterie; Darlegung der Rolle des Senders iR eines landesweiten privaten Fernsehprogramms

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/2554

Verbraucherrechtliche Grundlagen für über telefonische Interaktion finanzierte Fernsehsender

Zulässigkeit o.g. Fernsehformate, die über Einnahmen aus kostenpflichtigen telefonischen Diensten während der Sendungen, bei Gewinnspielen u.a. Spielen finanziert werden; Vereinbarkeit mit dem Medienrecht des Bundes und der Länder; Berechtigung von Zuschauerbeschwerden bei der LfK; Erarbeitung von Regelungen zum Schutz der Verbraucher gemeinsam mit den anderen BLändern

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/2763

Kabel in BW

Auswirkungen einer Übernahme des regionalen Netzbetreibers Kabel BW durch die Kabel Deutschland (KDG), Stand der technischen Aufrüstung der Kabelnetze in Deutschland bzw Zahl der Haushalte mit Zugang zu digitalen Rundfunkprogrammen, schnellem Internet und Kabeltelefonie; Bedeutung der kommunikationstechnischen Infrastruktur als Standortfaktor für die Wirtschaft

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/2879

Die Zukunft des Kabelnetzes in BW

Bewertung des Scheiterns der Fusion von Kabel BW und Kabel Deutschland, Fortführung der flächendeckenden Netzmodernisierung, Beurteilung der Marktchancen des Breitbandkabelnetzes als Übertragungsweg für Telefonie und Internet, Zahl der Nutzer in den bereits versorgten Regionen, Unterstützung einer verstärkten Kooperation der Regionalgesellschaften

Antr
s. *Kabelnetz*
Drs 13/3597

Kostenlose Sperrung von Rufnummerngassen / Umsetzung der europäischen Universaldienstrichtlinie 2002/22/EG

Fälle der Gebührenerhebung von Netzbetreibern für die Sperrung von Anrufen zu bestimmten Mehrwertdiensten - im Widerspruch zur o.g. europäischen Richtlinie; Gründe und Auswirkungen der nicht erfolgten Umsetzung in nationales Recht durch den Bund bis spätestens zum 25.07.2003, Möglichkeiten und Adressaten der Kunden für Rückforderungen bzw Schadenersatz

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 19.10.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3669

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 21 22

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Verbundförderkonzeption des Landes beim ÖPNV

Weiterführung der einheitlichen landesweiten Rufnummer für Fahrplanauskünfte unter Verzicht auf das Call Center bei der NVBW, Höhe der Kosten für den Aufbau und Betrieb bzw Abbau des Call Centers

Antr
s. *Verkehrsverbund*
Drs 13/3853

Nutzen und Kosten der landesweiten ÖPNV-Auskunft „Löwenlinie“

Zahl der Nutzer, (Warte-)Zeiten und Kosten der Auskunfterteilung über die o.g. landesweite Rufnummer; diesbezügliche Personalausstattung der Nahverkehrsgesellschaft BW; bisherige und künftige Aufteilung der Kosten zwischen dem Land und den Verkehrsverbänden; Frage nach Ergebnissen von Untersuchungen zum Nutzerverhalten

KlAnfr
s. *Auskunfterteilung*
Drs 13/4000

Abzocken von Internetnutzern mit falschen 0190-0 Nummern und hohen, von den Betreibern selbst festgelegten Tarifen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1635 1636

Finanzierung des Fernsehsenders B.TV über Call-in-Nummern, Ermunterung der Zuschauer zu Anrufen für 1,50 Euro, Hochrechnung der erzielbaren Einnahmen, Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundes für 0190er-Nummern

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2857 2860-2863 2866 2867 2869

Rechtliche Überprüfung der interaktiven Glücksspiele des Senders BTV und dessen Finanzierung über teure Telefongebühren

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4536 4538

Kritische Überprüfung des Gewinnstrebens der öffentlich-rechtlichen Sender über telefonische Mehrwertdienste

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5268

Unterbindung des Gewinnstrebens der öffentlich-rechtlichen Sender über telefonische Mehrwertdienste; Verlängerung der Speicherdauer von Telefonverbindungsdaten

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6225 6227 6254-6256 6258

Ablehnung der geplanten Vorratsspeicherung von Telefonverbindungsdaten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6491

Eingrenzung der präventiven Telefonüberwachung durch das BVerfG; Verlängerung der Speicherdauer von Telefonverbindungsdaten; Beklagung einer überzogenen Kontrolle des Telefonierverhaltens von Arbeitnehmern

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033 7034 7036 7037

Ablehnung der geplanten Vorratsspeicherung von Telefonverbindungsdaten

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7920

Telefongebühren

s. *Telefontarif*

Telefontarif

Entwicklung beim Fernsehsender BTV 4 U

Anteil von Glücksspielsendungen am Gesamtprogramm, Teilnahme nur über die im Besitz des Lizenznehmers befindlichen Serviceleitungen als kostenpflichtige Anrufe, Bewertung als Geldeinsatz und damit als Lotterie; Darlegung der Rolle des Senders iR eines landesweiten privaten Fernsehprogramms

Antr

s. *Fernsehprogramm*

Drs 13/2554

Verbraucherrechtliche Grundlagen für über telefonische Interaktion finanzierte Fernsehsender

Zulässigkeit o.g. Fernsehformate, die über Einnahmen aus kostenpflichtigen telefonischen Diensten während der Sendungen, bei Gewinnspielen u.a. Spielen finanziert werden; Vereinbarkeit mit dem Medienrecht des Bundes und der Länder; Berechtigung von Zuschauerbeschwerden bei der LfK; Erarbeitung von Regelungen zum Schutz der Verbraucher gemeinsam mit den anderen BLändern

Antr

s. *Verbraucherschutz*

Drs 13/2763

Kostenlose Sperrung von Rufnummerngassen / Umsetzung der europäischen Universaldienstrichtlinie 2002/22/EG

Fälle der Gebührenerhebung von Netzbetreibern für die Sperrung von Anrufen zu bestimmten Mehrwertdiensten - im Widerspruch zur o.g. europäischen Richtlinie; Gründe und Auswirkungen der nicht erfolgten Umsetzung in nationales Recht durch den Bund bis spätestens zum 25.07.2003, Möglichkeiten und Adressaten der Kunden für Rückforderungen bzw Schadenersatz

Antr

s. *Telefon*

Drs 13/3669

Abzocken von Internetnutzern mit falschen 0190-0 Nummern und hohen, von den Betreibern selbst festgelegten Tarifen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1635 1636

Telefonüberwachung

s. *Technische Observation*

Telefonzelle

s. *Telefon*

Telekom

s. *Deutsche Telekom*

Telematik im Verkehr

s. *Verkehrslenkung*

Telemedizin

s. *Medizin*

Tempolimit

s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*

Tennis

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern für das Weißenhof-Tennisturnier in Stuttgart

Einsatz von Schülern für Hilfsdienste beim o.g. Turnier u.a. Großveranstaltungen: Zahl und Auswahlkriterien der eingesetzten Schüler, Art und Vergütung der Hilfsdienste, Begründung der Freistellungen, Nachholung des versäumten Unterrichts

KIAnfr

s. *Schüler*

Drs 13/3432

Tennissport

s. *Tennis*

Terroranschlag

s. *Terrorismus*

Terrorismus

s.a. *Explosionsverbrechen*

s.a. *Menschenraub*

s.a. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

BW einig im Kampf gegen Gewalt

Unser Land vor dem Terror schützen - unsere wehrhafte Demokratie offensiv verteidigen

Verurteilung der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Unterstützung der Suche nach den Urhebern sowie der weltweiten Bemühungen um ein breites Bündnis gegen den Terrorismus, Stärkung der inneren Sicherheit hierzulande, Abwehr jeglicher Pauschalverurteilung anderer Kulturen und Religionen

EAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/257

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327 328

Erklärung des Präsidenten des Ltg zu den Terroranschlägen in den USA

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327 328

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sachlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/271

Terrorismusbekämpfung in BW; Rasterfahndung und Datenschutz

Rechtsgrundlagen, Zeitperspektive und Kosten des o.g. Datenabgleichs in BW u.a. BLändern; Abgleich der erstellten Dateien unter den Ländern; Zeitpunkt der Löschung der erhobenen Daten; Frage nach Maßnahmen gegen die sich qualifizierenden Personen

Antr GRÜNE 04.10.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/279
BeschlEmpf und Bericht InnenA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 18

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe

Sicherheitstechnische Auslegung gegen Selbstmordattentate mit großen Verkehrsflugzeugen, Gefährdung der Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield und La Hague durch Abstürze kleinerer Maschinen; Unterstützung der Vereinbarung zwischen BReg und EVU zum Ausstieg aus der Atomenergie, Hinwirkung auf eine Konzeption als Antwort auf die genannten Terrorszenarien, Anordnung der vorübergehenden Stilllegung der Anlagen bis zur Umsetzung einer solchen Konzeption, Verzicht auf die Nutzung der Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und England

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/282

Gefährdung der Atomkraftwerke in BW durch Terroranschläge

Personelle und technische Sicherheitsmaßnahmen und deren Kosten, vorhandene Katastrophen- und Evakuierungspläne; Hinwirkung auf eine frühere Abschaltung älterer AKW, insbes in Obrigheim, sowie auf einen angemessenen Außenschutz und Versicherungsschutz

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/309

Luftsicherheit im Flugbetrieb und durch Sicherungsmaßnahmen auf den Flughäfen in BW

Auftragsvergabe und Überwachung der Kontrolle von Flughafenpersonal, Passagieren, Gepäck und Fracht; Prüfung der Sicherheitsstandards der Fluggesellschaften sowie der Flughäfen aufgrund der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten

Antr

s. *Luftverkehrssicherheit*

Drs 13/326

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Personalausstattung bei Polizei und Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaften und Gerichten; Bereitstellung von Experten für das neue terroristische Bedrohungsszenario

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/339

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Berücksichtigung von Terroranschlägen mit Verkehrsflugzeugen auf Kernkraftwerke, Chemieanlagen u.a. Infrastruktureinrichtungen, der Verbreitung infektiöser, giftiger oder radioaktiver Substanzen im Katastrophenschutz, LRetungsdienstplan und in der Krankenhausplanung; Bereitstellung der zusätzlich notwendigen Mittel; Bericht über die eingeleiteten Schritte bis 30.11.2001

Antr

s. *Rettungsdienst*

Drs 13/342

Aufgaben, Methoden und zukünftige Strukturen des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV)

Entwicklung der Aufgaben, der Personal- und Sachausgaben seit 1980; Veränderungen durch den Wegfall der Ost-West-Konfrontation und die deutsche Wiedervereinigung; Umgang mit Erkenntnissen über Straftaten im Spannungsfeld mit dem Legalitätsprinzip unterworfenen Strafverfolgungsbehörden; Verwendung der neuen Personalstellen und Kooperation mit eu-

ropäischen und internationalen Diensten im Zuge der Terrorismusbekämpfung; Darstellung der Auskunfterteilung seit 1980 sowie der künftig erforderlichen Kontrollstrukturen

Antr

s. *Verfassungsschutz*

Drs 13/441

Massive Prämienhöhungen bei Unternehmensversicherungen

Beitragserhöhungen von allen größeren Versicherungen bei gleichzeitigem Ausschluss von Risiken wie Schadensfolgen aufgrund terroristischer Ereignisse, Begründung mit den Terroranschlägen in den USA? Auswirkungen auf den größeren Mittelstand und Großunternehmen; Veranlassung einer Untersuchung durch die Kartellbehörden

Antr

s. *Versicherung*

Drs 13/598

Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke

Konsequenzen aus den Terroranschlägen vom 11. September 2001; Aktualisierung der Katastrophenschutzpläne für die Standorte Obrigheim, Philippsburg und Neckarwestheim, insbes hinsichtlich der Sperrzonen, Evakuierungspläne, der medizinischen Versorgung sowie administrativen und technischen Maßnahmen bei Versagen des Berstschutzes; Information der Bevölkerung

Antr

s. *Kernkraftwerk*

Drs 13/679

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Umsätze der Gastronomiebetriebe, der Zahl von Beschäftigten, Auszubildenden und Saisonkräften seit 1996; Anteil von Gästen des Kur- und Rehabilitationsbereichs; Auswirkungen der Terroranschläge vom 11. September

GrAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/844

Die Ermittlungen und die Festnahmen wegen des Verdachts terroristischer Straftaten in Walldorf

Begründung des Zeitverzugs zwischen der Erhärtung des Verdachts und entsprechenden Festnahmen sowie der versäumten Ausweisung trotz vorliegender rechtlicher Voraussetzungen; Vermeidung künftiger Ermittlungsfehler und Verzögerungen

Antr Rosa Grünstein u.a. SPD 13.09.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/1315

BeschlEmpf und Bericht StändA 05.12.2002 Drs 13/1637 S. 6

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Änderungen im Bereich der inneren Sicherheit in Frankreich

Art und Auswirkungen einer Verschärfung der Sicherheitsgesetze in Frankreich auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Verdrängung von Schwerkriminalität, insbes Terrorismus, auf die rechtsrheinische Seite; Überprüfung einer Übertragbarkeit der geplanten Änderungen

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/1494

Umsetzung der bundesweiten Rahmenkonzeption zur Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren in BW

Kostenanteil des Landes und mögliche Nebenwirkungen einer staatlich verordneten Pflichtimpfung, Abwägung mit dem im Grundgesetz verbürgten Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen, Hinwirkung auf die Entwicklung nebenwirkungsarmer Impfstoffe

Antr
s. *Pocken*
Drs 13/1812

Vor-Impfung mit MVA-Impfstoff

Reduzierung der Nebenwirkungen von Pockenimpfungen als Reaktion auf Anschläge mit Pockenviren durch o.g. Vor-Impfung von Ärzten, Rettungskräften u.a. Schlüsselpersonen; Vermeidung des Ausfalls dieser Personen

KlAnfr
s. *Impfung*
Drs 13/1985

Abschiebeschutz für Osman P.

Würdigung der besonderen Umstände, insbes der Vorverurteilung auch durch das IM, im Falle des zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilten Terrorismusverdächtigen; Nutzung der Ermessensspielräume zur Haftverbüßung und Resozialisierung in Deutschland; Verzicht auf Abschiebung in die Türkei vor Abschluss der parlamentarischen Beratung aller evtl Schritte zur Aufenthaltsbeendigung

Antr
s. *Straftäter*
Drs 13/2066

Neonazismus in BW - Kameradschaft Karlsruhe

Frage nach Kontakten und Kooperationen zwischen der „Kameradschaft Karlsruhe“, der „Kameradschaft Süd“, der NPD u.a. Gruppierungen vor dem Hintergrund der vereitelten Sprengstoffanschläge und dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren; Beurteilung von Anzeichen einer rechtsterroristischen Gefahr bei der Karlsruher Kameradschaft; Reaktionen auf die Neuformierung der rechten Szene bzw die Verflechtungen zwischen Neonazis und Skinheads

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/2419

Sicherheit der Atomkraftwerke vor Flugzeugabstürzen

Sicherheitstechnische Auslegung gegen Selbstmordanschläge von Terroristen mit großen Verkehrsflugzeugen; Ergebnisse und Konsequenzen einer Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/2996

Erklärung zu den Bombenanschlägen in Madrid

s. *Explosionsverbrechen*
PIPr 13/65 S. 4591

Verzicht auf den beschlossenen Stellenabbau iRd Anti-Terror-Programms

ÄAntr SPD 30.03.2004 Drs 13/3075
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4605-4618

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Beurteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundesgrenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3310

Vorsorge gegen Terroranschläge auf Atomkraftwerke

Sicherheitstechnische Auslegung der Atomkraftwerke gegen gezielte Flugzeugabstürze, Beurteilung der von den Betreibern erarbeiteten Konzepte; Hinwirkung auf eine Übertragung der Reststrommengen von den besonders gefährdeten Atomkraftwerken Obrigheim und Philippsburg I auf neuere Kraftwerke

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/3601

Umsetzung des Anti-Terror-Pakets

Gründe und Verantwortliche für die bisher nicht erfolgte Umsetzung o.g. Vorgaben des Bundes, Zeitpunkt der Vorlage und Ausgestaltung eines GesEntw; Ergebnisse der vom damaligen IM Dr. Schäuble angekündigten Gespräche mit dem FM zur Abwendung der Kürzungen beim Antiterrorfortprogramm, Zahl der verfügbaren Islamexperten des LfV mit entsprechenden Sprachkenntnissen

Antr Günter Fischer u.a. SPD 17.11.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3753
BeschlEmpf und Bericht InnenA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 18 19
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Erhaltung der mit dem Anti-Terror-Programm geschaffenen Stellen im Bereich des Verfassungsschutzes

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4003-1 S. 36 37
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Visa-Praxis und Auswirkungen auf BW

Erkenntnisse über die Einreise von Terroristen, insbes aus der Kaukasus-Region und Zentralasien, und Zunahme der Zwangsprostitution aufgrund der freizügigen Visaerteilung des Auswärtigen Amtes; Frage nach Aktivitäten der „Reiseschutz AG“ in BW

KlAnfr
s. *Sichtvermerk*
Drs 13/4082

Umsetzung des Ges zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Darlegung der ab 01.04.2005 betroffenen Bürger, Kontodaten, Behörden und deren Mitarbeiter; Begründung als Mittel zur Terrorismusbekämpfung; Frage nach der Eingriffsschwelle, dem Kreis der Zugriffsberechtigten und den technischen Voraussetzungen für die Abfragen; erwartete Mehrkosten bei den Kreditinstituten; Information der betroffenen Bürger und Vorkehrungen gegen Missbrauch; Prüfungs- und Kontrollrechte des Datenschutzbeauftragten

Antr
s. *Steueramoral*

Drs 13/4164

Geplatzter Prozess wegen mangelnder Kooperation der LReg in einem Strafverfahren gegen einen Terrorverdächtigen

Scheitern des o.g. Verfahrens gegen einen islamistischen Terrorverdächtigen vor dem Bayerischen Oberlandesgericht wegen Zurückhaltung von Ermittlungsergebnissen und Akten durch das Stuttgarter Justizministerium, Aufklärung der entsprechenden Vorwürfe des Vorsitzenden Richters, Gründe für die mangelnde Zusammenarbeit mit dem Generalbundesanwalt

Antr

s. *Gerichtsverfahren*

Drs 13/4268

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Befugnisse des LfV mit der Anpassung o.g. Gesetze an die Rechtsänderungen des Bundes, insbes zur Terrorismusbekämpfung; Verknüpfung mit den Kontrollrechten der parlamentarischen Gremien; Erweiterung der Rechte zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Optimierung der Zusammenarbeit mit dem BfV u.a. Sicherheitsbehörden

GesEntw

s. *Verfassungsschutz*

Drs 13/4524

Nutzung der Mautdaten zu polizeilichen Fahndungszwecken

Diskussion und Ablehnung von Argumenten zur Verwerfung des o.g. Ansinnens vor der Verabschiedung des Mautgesetzes im Bundestag, Äußerungen pro Datenschutz aus der CSU-Landtagsfraktion und der SPD-Bundestagsfraktion; Festhalten des Bundesinnenministers an den o.g. Plänen zur Verbrechensprävention, u.a. gegen Terroranschläge, und Fahndung; Höhe und Träger der Kosten für die Weitergabe und Speicherung der anfallenden Daten

KlAnfr

s. *Personenbezogene Daten*

Drs 13/4968

Verurteilung der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Feststellung einer Zunahme der Rezessionsrisiken in Amerika und weltweit

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327-330

RegErkl zur inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten; Ursachen und Folgen des Terrorismus sowie Voraussetzungen und Maßnahmen zur Bekämpfung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 361-383 422-425 427

Würdigung der sachlichen Berichterstattung des SWR über die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten und die nachfolgenden Ereignisse

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 539

Schutz vor Terroranschlägen hierzulande, Bekämpfung des internationalen Terrorismus an der Wurzel, Steuerung der Zuwanderung gerade nach dem 11. September, Ausweisung von Terroristen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 562 563 565-567 576-578 581 582 592 600 601 605

Weiterer Rückgang der Konjunktur nach den Terroranschlägen vom 11. September, Finanzierung eines Sofortprogramms zur Bekämpfung des Internationalen Terrorismus

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636 640 643

Finanzierung eines Sofortprogramms zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797 810 813 815

Finanzierung eines Sofortprogramms zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 842 843 855 877-879 882-888 917 920

Armutsbekämpfung in der Dritten Welt, Austrocknung des Nährbodens für den Terrorismus

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 952

Erweiterung der Möglichkeiten für Erfassung, Austausch und Speicherung personenbezogener Daten zur Bekämpfung des Terrorismus, Erfolgsbewertung der Rasterfahndung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314 1316

Armutsbekämpfung in der Dritten Welt, Austrocknung des Nährbodens für den Terrorismus

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1939 1941

Fortführung des Antiterrorprogramms

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2634

Suche nach einer Balance zwischen Datenschutz und Terrorismusfahndung, kritische Begleitung der Rasterfahndung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2783 2785-2787

Personalaufstockung der Polizei iRd Antiterrorsofortprogramms, Erinnerung an die Sicherheitspläne aufgrund der Terroranschläge in den Siebzigerjahren

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3126 3128-3130 3132 3134 3137

Verankerung der Terrorismusbekämpfung im EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307 3308

Beklagung der jüngsten Terroranschläge in der Türkei, Bewertung als Herausforderung an eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3802 3804

Kritik am Abbau der zusätzlich geschaffenen Stellen zur Bekämpfung des Terrorismus

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4017

Verteidigung der Demokratie gegen die Bedrohung durch den Terrorismus; Kritik am Abbau der zusätzlichen Stellen zur Bekämpfung des Terrorismus

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4143 4180 4183 4186 4189

Beurteilung der Gefährdung von Kernkraftwerken durch den Terrorismus

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4337

Suche nach einer Balance zwischen Datenschutz und Terrorismusfahndung, kritische Begleitung der Rasterfahndung

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4544 4545

Einrichtung des Antiterrorprogramms nach den Anschlägen in den USA, Fortführung nach den Anschlägen in Madrid, Notwendigkeit einer europäischen und nationalen Konzeption zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, konsequente Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4605-4621 4624-4629

Grenzüberschreitende Terrorismusbekämpfung in Europa, Anregung eines europäischen FBI

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4842 4846 4849-4851

Erhaltung der zusätzlichen Stellen zur Bekämpfung des Terrorismus

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4966

Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, Erhaltung der zusätzlichen 51 Stellen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5138 5144 5145 5165

Gefährdung von Kernkraftwerken durch Terroranschläge von Selbstmordattentätern mit Flugzeugen; Zurückdrängung des islamistischen Terrorismus mit der EU-Beitrittsperspektive für die Türkei

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5335 5375 5379

Überlegungen zur Zentralisierung der Zuständigkeiten für die Terrorismusbekämpfung beim Bund

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5502

Erhaltung der zusätzlichen Stellen zur Bekämpfung des Terrorismus

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5807

Überlegungen zur Zentralisierung der Zuständigkeiten für die Terrorismusbekämpfung beim Bund, Erhaltung der zusätzlichen Stellen iRd Antiterrorprogramms, Bewertung der Bekämpfungsstrategie des Landes als bundesweit vorbildlich

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5903 5904 5908 5915 5917 5918

Verlängerung der Speicherdauer von Telekommunikationsdaten, insbes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6254-6256 6258

Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, konsequente Ausweisung von gewaltbereiten Islamisten, Gefährdung von Kernkraftwerken durch Terroranschläge

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6414-6416 6445

Kritik an der Kürzung der Mittel zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6479 6480

Öffnung der Datei mit den Kontostammdaten beim Bundesamt für Finanzen zur Terrorismusbekämpfung nach dem 11. September 2001, Beklagung einer Gleichstellung von Steuerbürgern mit Terroristen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6635 6636 6640-6643

Erweiterung der Kompetenzen des Bundes zur Terrorismusbekämpfung iRd Einigung auf eine Föderalismusreform

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7286

Gefährdung von Kernkraftwerken durch Terroranschläge von Selbstmordattentätern mit Flugzeugen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7697 7708 7709 7714 7716

Nutzung der Mautdaten zur Verhinderung von Terroranschlägen, Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes zur Terrorismusbekämpfung

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7920 7922

Terrorist

s. *Terrorismus*

Terroristische Vereinigung

s. *Terrorismus*

Teßmer, Gerd MdL SPD

Würdigung der politischen Arbeit von Gerd Teßmer und Verabschiedung nach 22 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Tettngang

Darstellung der Unterrichtsversorgung und Schüler-Lehrer-Relation im Bereich des Staatlichen Schulamts Tettngang

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 235 237 238 240

Teufel, Erwin MdL CDU

Wahl von Erwin Teufel zum MinPräs des Landes BW am 13.06.2001 und Vereidigung des MinPräs

s. *Ministerpräsident*

PIPr 13/2 S. 35

Würdigung der politischen Lebensleistung und Verabschiedung von Erwin Teufel nach 34 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8013

Textilien

s.a. *Dienstkleidung*

s.a. *Schuluniform*

s.a. *Schutzkleidung*

Konsequenzen der LReg aus dem so genannten „Kopftuch-Urteil“ des BVerfG

Vorlage eines geeigneten GesEntw

Antr SPD 01.10.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2466

Ges zur Änd des SchulGes

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG; Untersagung von äußeren Bekundungen der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, soweit sie die Neutralität des Landes oder den Schulfrieden gefährden oder stören, vor allem grundlegende Verfassungswerte missachten können

GesEntw

s. *Schulgesetz*

Drs 13/2793

Ges zur Änd des SchulGes

Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG; Regelung der Erlaubnis zum Tragen von Bekleidungsstücken, durch die ein religiöses oder weltanschauliches Bekenntnis bekundet wird, mit dem Vorbehalt eines Verbots in Fällen, in denen dadurch der Schulfriede gefährdet oder gestört wird

GesEntw
s. *Schulgesetz*
Drs 13/2837

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der ModeschulVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Vergabepaxis im Geschäftsbereich des StM im Zusammenhang mit der Imagekampagne

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Organisation der Kompetenzen im StM für Aufträge im Zusammenhang mit der Werbekampagne, Vereinbarkeit der Vorgehensweise mit den Bestimmungen über die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand; Einholung von Angeboten heimischer (Textil-)Hersteller vor künftigen Auftragsvergaben

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/3481

Image-Kampagne des Landes: „Wir können alles außer Hochdeutsch“; hier: Herstellung von T-Shirts in BW

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Werbebotschaft; Gründe für den Verzicht auf Einholung eines Angebots der Firma Trigema; Berücksichtigung von heimischen Produzenten bei der künftigen Beschaffung von Werbematerialien und Werbefilmen

Antr
s. *Öffentlicher Auftrag*
Drs 13/3483

Bewertung der Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts zur Sache F. L.

Wahrung der im Grundgesetz verbürgten weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates; Verbot der Bekundung eines individuellen, religiösen Bekenntnisses durch Lehrkräfte im Unterricht; Gleichbehandlung des Tragens religiös motivierter Kleidung wie Nonnenhabit, Kopftuch, Kippa oder das Kreuz am Revers als Konsequenz auf die o.g. Urteilsbegründung; Notwendigkeit einer erneuten Novellierung von § 38 SchulGes

Antr GRÜNE 20.10.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3679
BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 27 28
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirt-

schaftslehre; Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3998

Kein gesetzliches Kopftuchverbot für Kindergärten

Beurteilung einer o.g. Gesetzgebungsbefugnis der Länder bzw der Übertragbarkeit des für Schulen geltenden Neutralitätsgebots auf den Bereich der Kindergärten; Bewertung des Verbots von religiösen und weltanschaulichen Symbolen im Kindergarten durch einen kommunalen Kindergartenträger sowie der Erfolgsaussichten der Kündigungsklage einer muslimischen Erziehungskraft gegen die Stadt Ebersbach; Erfahrungen der Landeshauptstadt mit Kopftuch tragenden Erzieherinnen

Antr GRÜNE 21.09.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4658
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7518-7536
BeschlEmpf und Bericht Soza 19.01.2006 Drs 13/5078 (40 S.)
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7806-7821

Ges zur Änd des KindergartenGes

Verbot des Tragens eines Kopftuchs in öffentlichen Kindergärten, Einräumung des Tragens im Einzelfall auf Antrag unter der Voraussetzung einer auf Neutralität und Friedenswahrung ausgerichteten Einstellung der Fachkraft

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4803

Ges zur Änd des KindergartenGes

Schaffung der Grundlage für ein Kopftuchverbot für Erzieherinnen an Kindertagesstätten; Erweiterung des Fachkräftecatalogs

GesEntw
s. *Kindergarten*
Drs 13/4869

Ges zur Änd des KindergartenGes

Verbot des Tragens eines Kopftuchs in öffentlichen Kindergärten, Einräumung des Tragens im Einzelfall auf Antrag unter der Voraussetzung einer auf Neutralität und Friedenswahrung ausgerichteten Einstellung der Fachkraft

Antr
s. *Kindergarten*
Drs 13/5115

Kritik am Vorpreschen von Ministerin Schavan mit ihrem GesEntw zur Umsetzung des Kopftuchurteils des BVerfG

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3625

Verbleib der Modeschule nach der Umstrukturierung des Landesgewerbeamts

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3921

Eintreten der Justizministerin für eine verfassungskonforme Umsetzung des „Kopftuch-Urteils“ des BVerfG

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4308

Kritik am Import von T-Shirts aus China für die Werbekampagne der LReg; Berücksichtigung heimischer Hersteller

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6510 6511

Verteidigung des Kopftuchverbots für Lehrkräfte, Studium der Töchter des türkischen MinPräs in den USA wegen des Kopftuchverbots an Schulen und Hochschulen in der Türkei

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7147

Bewertung des islamischen Kopftuchs als religiöses und politisches Symbol, Verbot des Tragens durch Erzieherinnen in öffentlichen Kindergärten

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7656 7661 7662 7670

Textilindustrie

s.a. Textilien

Vergabepaxis im Geschäftsbereich des StM im Zusammenhang mit der Imagekampagne

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Organisation der Kompetenzen im StM für Aufträge im Zusammenhang mit der Werbekampagne, Vereinbarkeit der Vorgehensweise mit den Bestimmungen über die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand; Einholung von Angeboten heimischer (Textil-)Hersteller vor künftigen Auftragsvergaben

Antr
s. Öffentlicher Auftrag
Drs 13/3481

Image-Kampagne des Landes: „Wir können alles außer Hochdeutsch“; hier: Herstellung von T-Shirts in BW

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Werbebotschaft; Gründe für den Verzicht auf Einholung eines Angebots der Firma Trigema; Berücksichtigung von heimischen Produzenten bei der künftigen Beschaffung von Werbematerialien und Werbefilmen

Antr
s. Öffentlicher Auftrag
Drs 13/3483

Produktionsverlagerungen der Textilindustrie in Billiglohnländern, Erschließung neuer Märkte im Hightech-Bereich, Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut für Textil- und Fasertechnik

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4491 4501 4514

Kritik am Import von T-Shirts aus China für die Werbekampagne der LReg; Berücksichtigung heimischer Hersteller

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6510 6511

Textverarbeitung

s. Datenverarbeitung

TGV

s. Hochgeschwindigkeitszug

Thailand

Forderung eines Importstopps für nitrofurantelastetes Geflügelfleisch aus Thailand

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1659

Theater

s.a. Festspielhaus

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Antr des Vereins „Freilichtspiele Schwäbisch Hall“ auf Verlängerung des Aufstellungszeitraums des Globe-Theaters auf 5 Jahre (Drs 12/5460)

Mittlg LReg 11.07.2001 Drs 13/63

Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats des Badischen Staatstheaters

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321

Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321

Wahl von Mitgliedern des Verwaltungsrats des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321

Wahl von Mitgliedern des Stiftungsrats der „Stiftung Pragsattel - Theaterhaus Stuttgart“

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 321

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Erhöhung der Zuschüsse für die Freien Theater

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/664-7 S. 46

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Partnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen und Verbänden/Vereinen iRd Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (IZBB)

Gestellte und genehmigte Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen an den einzelnen Schularten im Sinne des IZBB bzw der Bekanntmachung des KM; Ausgestaltung, Organisation und Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote; Beurteilung der Eignung von Soziokulturellen Zentren, Theatern, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Organisationen der geeigneten Kooperationspartner

Antr
s. Ganztagschule
Drs 13/2410

Das Staatstheater Stuttgart in der Zäsur - Quo Vadis?

Gründe und Auswirkungen der Abwanderungsentscheidungen der Direktoren Oper und Schauspiel, Frage nach dem Agieren des Verwaltungsrats und nach Bemühungen um eine Einigung mit der Stadt Stuttgart über die Kostenaufteilung der notwendigen baulichen Sanierung; Stärkung der Kompetenzen des Verwaltungsrats bei personellen und sachlichen Entscheidungen, insbes im Hinblick auf die Nachfolge der beiden Direktoren

Antr SPD 01.10.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2467

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.06.2004 Drs 13/3348 S. 25 26

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Zukunft der Württembergischen Staatstheater Stuttgart

Festhalten am Leitungsmodell aus den drei Intendanten und dem geschäftsführenden Direktor, Mitsprache bei der Nachfolgeentscheidung für die Positionen des Opern- und Schauspielintendanten; Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart insbes iRd Verwaltungsratssitzungen

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 02.10.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2476
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 51 52
 PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Haushalt 2004; Epl 14

Rücknahme der Kürzungen beim Theaterhaus Stuttgart und bei den freien Theatern

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-19 S. 55
 ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2814-23 S. 60
 PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234-4259

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr
 s. *Kultur*
 Drs 13/3479

Haushaltsentwurf 05/06; hier: Kürzungen im Bereich Kunst und Kultur

Höhe und Zielbereiche der Kürzungen, pauschalen Einsparauflagen und globalen Minderausgabe; Einbeziehung der soziokulturellen Zentren und kommunalen Theater?

KlAnfr
 s. *Kultur*
 Drs 13/3891

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Erhaltung des Zuschussniveaus für die kommunalen Theater und Orchester

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4014-3 S. 30-33
 ÄAntr GRÜNE 24.01.2005 Drs 13/4014-11 S. 44-46
 ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4014-15 S. 53-55
 ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4054-2 S. 3
 PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Wahl eines Mitglieds des Verwaltungsrats der Württembergischen Staatstheater

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6535

Sommercamps zum Deutschlernen - Grammatik pauken und Theater spielen - Verbesserung der Sprachkompetenz von sozial und kulturell benachteiligten Schülerinnen und Schülern

Antr
 s. *Deutsche Sprache*
 Drs 13/4582

Die Aktion „Aus 1 mach 3“ am Mannheimer Nationaltheater

Höhe der eingeworbenen Spenden nach der Verdoppelungs-Zusage des damaligen CDU-Fraktionschefs, Höhe der danach errechneten bzw der tatsächlich vom MWK bereitgestellten Summe; Erfüllung der getroffenen Vereinbarung in vollem Umfang

KlAnfr Claus Wichmann u.a. SPD 12.08.2005 und Antw MWK Drs 13/4602

Das Stadttheater Konstanz und seine theaterhistorische Bedeutung für Südwestdeutschland und insbes den Bodenseeraum
 Unterstützung der Veranstaltungen u.a. Aktivitäten zum 400-jährigen Jubiläum des Stadttheaters Konstanz

KlAnfr Inge Utzt SPD 16.01.2006 und Antw MWK Drs 13/5049

Verstetigung der Förderung der Staats-, Landes- und Kommunaltheater; Erhöhung der Mittel für die freien Theater und Kleintheater

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 971 979 981-984

Ausstattung der Region Karlsruhe mit Theatern, Bedeutung des Staatstheaters als Standortfaktor

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1519 1529

Kürzungen bei der Förderung der kommunalen Theater und Landesbühnen, Sparvorgaben für die Staatstheater; Vorwurf einer unsensiblen Personalpolitik beim Stuttgarter Staatstheater

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3654-3656 3658 3660 3661

Kürzungen bei der Förderung der kommunalen Theater und Landesbühnen, Sparvorgaben für die Staatstheater

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4249-4256

Verschonung der kleinen Theater vor Einsparungen, Rücknahme der Kürzungen bei den Kommunaltheatern; Verweisung auf wichtige Personalwechsel an den Staatstheatern und Landesbühnen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5978-5984

Notwendigkeit der Spendeneinwerbung durch die Theater; Schaffung von Rechtssicherheit zum Ausschluss des Tatbestands der Vorteilsnahme

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7630

Therapie

s. *Heilverfahren*

Thermisches Kraftwerk

s. *Wärmeleistung*

Thermoselectanlage

s. *Abfallbeseitigungsanlage*

Thorax-Klinik Heidelberg

LVA BW schließt Pathologie der Thorax-Klinik Heidelberg

Gründe, Umstände und Folgen der plötzlichen Schließung o.g. Abteilung; Bewertung als Verlust für die nationale und internationale Forschung nach Einschätzung vieler Wissenschaftler; Beurteilung der Fähigkeit der Universität Heidelberg zur Übernahme der Aufgaben sowie der jährlichen Kosten der Stilllegung

Antr
 s. *Pathologie*
 Drs 13/745

Kritik an der Schließung der Pathologie der Thorax-Klinik Heidelberg

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1625

Thüringen

Behinderung von Ermittlungen gegen die Firma FlowTex durch baden-württembergische Behörden im Jahr 1996 ff

Kontakte und Besprechungen mit Behörden in Thüringen, Ergebnisse der Interventionen, Beteiligung der Leitungsebene der OFD Karlsruhe, Information des FM?

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/176

Rolle der Finanz- und Justizbehörden sowie der Gerichte bei der Verfolgung von Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Betrugsdelikten im Fall FlowTex

Ziele und Ergebnisse von Kontakten zwischen der Steuerfahndungsstelle des Finanzamts Karlsruhe-Durlach und der Staatsanwaltschaft Mühlhausen/Thüringen, u.a. Verzicht auf geplante Durchsuchungen von Objekten; Kenntnisse des FM und der OFD von dem in Thüringen anhängigen Verfahren und der Intervention von Beamten des Landes; interne Besprechungen seit 1995 bei der Betriebsprüfung, Steuerfahndung, in der OFD und im FM; Übergabe von Beweismaterial über Geldtransfers aus Liechtenstein und der Schweiz an die Staatsanwaltschaft Mannheim; Einschätzung der angekündigten Schadenersatzansprüche gegenüber dem Land

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/179

Befragung von Beamten im Betrugsfall FlowTex

Einholung dienstlicher Äußerungen über die Gespräche von o.g. Beamten mit thüringischen Kollegen mit dem Ziel, diese von geplanten Maßnahmen im Fall FlowTex abzubringen; Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/316

Vorerkenntnisse und Rückfalltäterschaft im Komplex FlowTex

Kenntnisse von Steuerbehörden und des FM über Scheingeschäfte von Manfred und Matthias Schmider zur Vortäuschung von Kreditwürdigkeit 1992/93, Rolle der Finanz- und Steuerbehörden einschließlich der Betriebsprüfung und Steuerfahndung, der Sonderkommission, der Staatsanwaltschaften in Thüringen und BW sowie des LG Mannheim im Strafverfahren und bei der Urteilsfindung; Kontakte der Verteidigung mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht über die Art und Weise der Verfahrenserledigung; Verhandlungen zwischen LReg und dem Insolvenzverwalter

Antr
s. *Flowtex-Gruppe*
Drs 13/607

Ermittlungen von Behörden in Thüringen in Sachen FlowTex, Abgabe des Verfahrens an die Staatsanwaltschaft Mannheim auf Drängen von Beamten der OFD Karlsruhe

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1270-1275 1281 1282

Trauer um die 16 Opfer des Amoklaufs eines Schülers im Erfurter Gutenberg-Gymnasium

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451

Verschärfung des GesEntw zur Neuregelung des Waffenrechts vor dem Hintergrund des Amoklaufs eines Schülers in Erfurt

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1530 1531 1536 1537

Verschärfung des GesEntw zur Neuregelung des Waffenrechts vor dem Hintergrund des Amoklaufs eines Schülers in Erfurt

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1580 1581

Beurteilung des Wirkens des ehemaligen MinPräs Lothar Späth in Thüringen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1825

Bewertung des zweigliedrigen Schulsystems in Thüringen, Verweisung auf die Nachahmung des Konzepts „Schulanfang auf neuen Wegen“ in Thüringen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6841 6846 6861

Leistungsfähigkeit der aus Haupt- und Realschule bestehenden Regionalschulen in Thüringen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6959 6962 6963

Bewertung des zweigliedrigen Schulsystems in Thüringen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7235 7239 7240

Ermittlungen der Steuerfahndung in Sachen FlowTex, Ausräumung des Verdachts der Einflussnahme von Beamten der OFD Karlsruhe auf die Ermittlungstätigkeit von Behörden in Thüringen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7569 7572 7575 7580

THW

s. *Katastrophenschutz*

Tiefengeothermie

s. *Erdwärme*

Tier

s.a. *Tierhaltung*
s.a. *Tierkörperbeseitigung*
s.a. *Tierschutz*
s.a. *Tiertransport*
s.a. *Tierversuch*
s.a. *Tierzucht*

Tierschutz bei Haustierzucht, Haustierhandel und Abgabe von Haustieren

Entwicklung der Zahlen von professionellen und privaten Züchtern und Händlern, der rechtlichen Bestimmungen, Kontrollpraxis, Verstöße und deren Ahndung; Anteil und Kontrolle des Tierversandhandels; Beurteilung des Vorschlags einer Dokumentationspflicht bei Verkauf oder Abgabe von Haustieren

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/2730

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Anreize und Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf Ackerflächen, Grünland, im Wein- und Obstbau; Strategien zur Erhaltung und Mehrung des Bestands alter Obstsorten; Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutzierrassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr
s. *Artenschutz*
Drs 13/4886

Tierarzneimittel*Gentechnisch veränderte Impfviren und Medikamente in der Veterinärmedizin*

Art, Ziele und Erkenntnisse des Einsatzes o.g. Produkte; Frage nach Ergebnissen der Risikoforschung sowie der Nachweisbarkeit entsprechend veränderter Gene in Lebensmitteln; Planung einer Anwendung gentechnisch veränderter Impfstoffe zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche?

Antr
s. *Tierheilkunde*
Drs 13/3544

Schwarzkopfkrankheit bei Puten

Tötung erkrankter Tiere aufgrund fehlender zugelassener Behandlungsmöglichkeiten, Zahl der betroffenen Betriebe und Tiere; Bereitschaft der EU-Kommission zu einem beschleunigten Zulassungsverfahren für Mittel zur Behandlung und Prophylaxe; Einwirkung auf die BReg zur Antragstellung

Antr
s. *Tierkrankheit*
Drs 13/3670

Hinwirkung auf ein europaweites Verbot von Antibiotika als Leistungsförderer in der Tiermast

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 60

Verhinderung von Arzneimittelrückständen bei der Fleischproduktion, Ausschluss von Leistungsförderern in der Tiermast

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1259

Kritik an der Beimischung von Antibiotika zu Futtermitteln, Verbot von Leistungsförderern in der Schweinemast

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1867 1870

Notwendigkeit einer Harmonisierung des Tierarzneimittelrechts in der erweiterten EU

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3403 3411

Notwendigkeit einer Harmonisierung des Tierarzneimittelrechts in der erweiterten EU

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4558

Tierarzt*Personalaufstockung der Veterinärämter, Überwachung der tierschutzrechtlichen Vorschriften durch die Amtstierärzte*

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2012 2015

Überwachung der tierschutzrechtlichen Bestimmungen an Schlachthöfen durch die Amtstierärzte

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2402

Zusammenarbeit der Tierärzte mit den Lebensmittelchemikern

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7462

Tierfutterproduzent

s. *Futtermittel*

Tierhaltung

s.a. *Bienezucht*
s.a. *Geflügelwirtschaft*
s.a. *Pelztier*
s.a. *Schaf*
s.a. *Schweinezucht*
s.a. *Weidewirtschaft*

Entbürokratisierung der Agrarförderung

Aufwand der Beantragung und Bewilligung von Tier- bzw. Schlachtprämien, Ausgleichszahlungen u.a. aufseiten der Landwirte und Landwirtschaftsämter; Fördersituation im Streuobstbau bei MEKA, Ausgleichszulage, Branntweinmonopol etc; Vermeidung einer doppelten Dokumentation der medizinischen Tierbehandlung durch Landwirt und Tierarzt; Darlegung der Bemühungen zur Vereinfachung von Antragsverfahren u.a. Möglichkeiten der Entbürokratisierung

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/959

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 20.11.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1543

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Ausgestaltung der Milchquotenregelung ab 2008

GrAnfr
s. *Landwirt*
Drs 13/1731

Zustimmung der LReg zum Verordnungsentwurf zur Pelztierhaltung im Bundesrat

Eintreten für ein Verbot der Haltung von Nerzen auf Gitterböden sowie Reduzierung der Übergangsfristen für Altanlagen und Zustimmung im BRat

KlAnfr
s. *Pelztier*
Drs 13/2150

Keine Verzögerung bei der Verabschiedung der Pelztierhaltungs-VO im BRat

Zustimmung zur Zweiten VO zur Änd der Tierschutz-NutztierhaltungsVO (Halten von Pelztieren) im BRat

Antr
s. *Pelztier*
Drs 13/4396

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Finanzierung größerer Teile des MEKA über die Gemeinschaftsaufgabe, verstärkte Förderung ökologisch wirtschaftender Betriebe iRd neuen MEKA, u.a. Anreize zur Umstellung sowie zum Erhalt von Streuobstwiesen, Förderung von umwelt- und tiergerechten Haltungsformen

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Tierschutz im Unterricht

Verankerung des Tierschutzes in den neuen Bildungsplänen, Fortbildung der Lehrer und Multiplikatoren, Kooperationen mit den anerkannten Tierschutzverbänden zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter für Tierschutzprojekte iR von Ganztagsangeboten und -schulen, Ausweitung der Angebote an Schulbauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung, Öffnung und jährliche Auslobung des Tierschutzpreises für Schüler aller Jahrgangsstufen, flächendeckende Zusammenarbeit mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/5042

Hinwirkung auf eine europaweit artgerechte und flächengebundene Tierhaltung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 60

Anstreben einer artgerechten Fütterung und Haltung von Nutztieren

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80 99

Förderung von tiergerechten Haltungssystemen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1051 1052

Wettbewerbsnachteile der deutschen Bauern gegenüber der europäischen Konkurrenz durch hohe Standards und Bürokratie bei der Nutztierhaltung, stärkere Gewichtung von Tierschutz und Ethik in der tierischen Produktion

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1863 1866 1868-1870

Stellenwert einer artgerechten Tierhaltung, Harmonisierung der Standards in Europa, Vorstöße zum Verbot der Qualzuchten

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2011-2014

Stellenwert einer artgerechten Tierhaltung, Harmonisierung der Standards in Europa, Vorstöße zum Verbot der Qualzuchten

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2400-2402

Entkopplung der Prämien bei der Tierhaltung, Schaffung einer Grünlandprämie

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3196

Stellenwert einer artgerechten Tierhaltung, Harmonisierung der Standards in Europa

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3401 3403 3404

Stellenwert einer artgerechten Tierhaltung, Untersuchung neuer Haltungsformen für Legehennen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3824-3833 3852

Förderung einer artgerechten Tierhaltung, Durchsetzung des Käfighaltungsverbots für Legehennen, Untersuchung neuer Haltungsformen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4350 4351 4354 4355

Entkopplung der Prämien bei der Tierhaltung

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547

Förderung einer artgerechten Tierhaltung, Durchsetzung des Käfighaltungsverbots für Legehennen, Ermöglichung der Verbandsklage für Tierschutzverbände

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6832-6840

Förderung einer artgerechten Tierhaltung, Durchsetzung des Käfighaltungsverbots für Legehennen, Ermöglichung der Verbandsklage für Tierschutzverbände

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7088-7093

Tierhandel

Tierschutz bei Haustierzucht, Haustierhandel und Abgabe von Haustieren

Entwicklung der Zahlen von professionellen und privaten Züchtern und Händlern, der rechtlichen Bestimmungen, Kontrollpraxis, Verstöße und deren Ahndung; Anteil und Kontrolle des Tierversandhandels; Beurteilung des Vorschlags einer Dokumentationspflicht bei Verkauf oder Abgabe von Haustieren

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/2730

Tierheilkunde

s.a. *Tierarzneimittel*
s.a. *Tierarzt*

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Bedeutung der zentralen BSE-Stelle im RegPräs, Auswirkungen der Verlegung der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in die neuen BLänder

Antr
s. *Tübingen*
Drs 13/1082

Gentechnisch veränderte Impfviren und Medikamente in der Veterinärmedizin

Art, Ziele und Erkenntnisse des Einsatzes o.g. Produkte; Frage nach Ergebnissen der Risikoforschung sowie der Nachweisbarkeit entsprechend veränderter Gene in Lebensmitteln; Planung einer Anwendung gentechnisch veränderter Impfstoffe zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche?

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 13.09.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3544
BeschlEmpf und Bericht LandWA 27.10.2004 Drs 13/3751 S. 74 75
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Zusammenarbeit der Veterinärmediziner mit den Lebensmittelchemikern

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7462

Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz

s. *Tierkörperbeseitigung*

Tierkörperbeseitigung*Entsorgung von Tiermehl*

Entsorgung von vorhandenem und künftig anfallendem Tiermehl: Maßnahmen, Kosten und deren Träger, haushaltsmäßige Voraussetzungen zur Auszahlung von Zuwendungen, Beteiligung des Bundes und der EU an den Folgekosten, Bewertung des zeitlich befristeten Verfütterungsverbots der EU sowie der Verarbeitung von Schlachtabfällen von für den menschlichen Verzehr freigegebenen Tieren zu Tiermehl

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 13/61

BSE-Folgen: Entsorgung von Tiermehl und tiermehlähnlichen Produkten

Bisher angefallene Entsorgungsmengen, -wege und -kosten; Abnahme der zur Verbrennung bestimmten Mengen; Darlegung alternativer Entsorgungswege, Auswirkungen des Ausbringens von Fleischknochenmehl und Blutmehl auf Feldern

Antr
s. *Futtermittel*
Drs 13/781

Kofermentierung in Biogasanlagen

Anfallende Mengen und Entsorgungskosten von Blut und Schlachtabfällen in den einzelnen Schlachthöfen, Beurteilung des Widerspruchs zwischen der Verwendung von Blut zur Zubereitung von Lebensmitteln und dem Verbot zur energetischen Verwertung in Biogasanlagen; Prüfung einer entsprechenden Kofermentierung

Antr
s. *Biogas*
Drs 13/913

Kostenbelastung von Schafzüchtern durch BSE-Bekämpfung

Verluste durch Wegfall der Vermarktung des aus den Tierkörpern gewonnenen Tiermehls, Umlegung durch die Zweckverbände für Tierkörperbeseitigung auf die Schafzüchter; Gewährung von Ausgleichsleistungen

KlAnfr
s. *Schäfer*
Drs 13/988

Energiegewinnung aus organischen Abfällen

Stand und Einsatzreife der neuesten Verfahren zur Gewinnung von Öl aus Klärschlamm, Schlachtabfällen, Tiermehl u.a. organischen Abfällen; Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Tierkörperbeseitigungsanlagen; Beschleunigung der Entwicklung über Forschungsförderung oder ein Pilotprojekt

Antr
s. *Energieerzeugung*
Drs 13/2388

Änd des Ges zur Ausführung des TierseuchenGes und anderer Gesetze

Regelung der Zuständigkeiten und Kostenerstattung für die Durchführung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, Schaffung einer Grundlage für die Datenverarbeitung der zuständigen Behörden; Änd der Gesetze zur Ausführung des Fleischhygiene- und GeflügelfleischhygieneGes, Änd des AusführungsGes zum TierkörperbeseitigungsGes, des LandeskatastrophenschutzGes und GesundheitsdienstGes

GesEntw

s. Tierkrankheit
Drs 13/2779*Wirtschaftliche Situation der Tierkörperbeseitigungsanlagen in BW*

Entwicklung des Aufkommens an Tieren in den einzelnen Kategorien, Höhe der Kosten und des Gebührenaufkommens seit 1999, Darlegung der Rechnungsabschlüsse, Ausgleich der Defizite; Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der TBA

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 22.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3423
BeschlEmpf und Bericht LandwA 29.09.2004 Drs 13/3652 S. 45 46
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Ges zur Ausführung des Tierische Nebenprodukte-BeseitigungsGes und zur Änd lebensmittelrechtlicher Ausführungsvorschriften

Neuregelung der Tierkörperbeseitigung, insbes von Zuständigkeiten, Beseitigungspflichtigen, Einzugsbereichen, Gebühren und Entgelten; Schaffung einer Rechtsgrundlage für eine Verordnung zur Ausbildung, Prüfung und Fortbildung von Lebensmittelkontrolleuren; Änd des Gesetzes zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes; Aufhebung des AusführungsGes zum TierkörperbeseitigungsGes

GesEntw LReg 04.11.2004 Drs 13/3721 (11 S.)
1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5634
BeschlEmpf und Bericht LandwA 01.12.2004 Drs 13/3821
2. Beratung PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5780-5782
GesBeschl 09.12.2004 Drs 13/3903
GBI 2004 Nr. 17 S. 914 915 (Ges vom 14.12.2004)

Zuschüsse an die Tierkörperbeseitigungsanlagen zur Kostenentlastung der Landwirte

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1048

Beseitigung des Risikomaterials von BSE-getesteten Tieren, Kritik am Tiermehlverwertungsverbot

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1256 1261 1263 1264

Klärung der Positionen zum Verfütterungsverbot von Tiermehl

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1866

Tierkörperbeseitigungsgesetz*s. Tierkörperbeseitigung***Tierkörperverwertung***s. Tierkörperbeseitigung***Tierkrankheit***s.a. BSE*
s.a. Tierheilkunde

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des Ges zur Ausführung des TierseuchenGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Aufnahme von Ziegenhaltungsbetrieben in die Tierseuchenkasse
Entwicklung der Zahl von Ziegen und Züchtern in den letzten fünf Jahren, Erfolg der Vermarktung von Fleisch- und Milchprodukten; Aufnahme der Halter in die Tierseuchenkasse

Antr
s. *Ziege*
Drs 13/457

Scrapie

Zahl der Fälle und Übertragbarkeit der o.g. Krankheit bei Schafen; Aufwand, Kosten und Labors zur Feststellung von Erkrankungen; Untersuchung der gesamten Herde im Verdachtsfall?

KlAnfr Helmut Kiefl CDU 04.03.2002 und Antw MLR Drs 13/814

Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen
Höhe und Träger der Kosten zur vorbeugenden Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche, Regelung der Bereitstellung von Desinfektionsmitteln sowie der Regressansprüche gegenüber den Tierhaltern

KlAnfr Dieter Hillebrand CDU 11.04.2002 und Antw MLR Drs 13/918

Situation der Imkerei in BW

Ausmaß und Auswirkungen des Befalls der Bienenvölker mit der Varroa-Milbe auf die Imkerei und damit auf die Honigproduktion und den Obstbau, Maßnahmen zur Schadensbegrenzung sowie Gewinnung junger Menschen für die Imkerei

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/1982

Vorwarnsystem gegen Varroamilbe

Ausmaß der Schäden durch o.g. Parasiten unter den Bienenvölkern, bei der Honigproduktion und Obsternte; Frage nach Schadenersatz, Schulung und frühzeitiger Information der Imker; Beratung und Unterstützung durch die Landesanstalt für Bienenkunde in Hohenheim

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/2067

Änd des Ges zur Ausführung des TierseuchenGes und anderer Gesetze

Regelung der Zuständigkeiten und Kostenerstattung für die Durchführung von Seuchenbekämpfungsmaßnahmen, Schaffung einer Grundlage für die Datenverarbeitung der zuständigen Behörden; Änd der Gesetze zur Ausführung des Fleischhygiene- und GeflügelfleischhygieneGes, Änd des AusführungsGes zum TierkörperbeseitigungsGes, des LandeskatastrophenschutzGes und GesundheitsdienstGes

GesEntw LReg 23.12.2003 Drs 13/2779 (21 S.)
1. Beratung PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4424-4426
BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/2965
2. Beratung PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4539-4540
GesBeschl 10.03.2004 Drs 13/3018
GBI 2004 Nr. 4 S. 112-114 (Ges vom 11.03.2004)

Gentechnisch veränderte Impfviren und Medikamente in der Veterinärmedizin

Art, Ziele und Erkenntnisse des Einsatzes o.g. Produkte; Frage nach Ergebnissen der Risikoforschung sowie der Nachweisbarkeit entsprechend veränderter Gene in Lebensmitteln; Planung

einer Anwendung gentechnisch veränderter Impfstoffe zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche?

Antr
s. *Tierheilkunde*
Drs 13/3544

Schwarzkopfkrankheit bei Puten

Tötung erkrankter Tiere aufgrund fehlender zugelassener Behandlungsmöglichkeiten, Zahl der betroffenen Betriebe und Tiere; Bereitschaft der EU-Kommission zu einem beschleunigten Zulassungsverfahren für Mittel zur Behandlung und Prophylaxe; Einwirkung auf die BReg zur Antragstellung

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 19.10.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3670
BeschlEmpf und Bericht LandWA 01.12.2004 Drs 13/3932 S. 48 49
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Zukunft der Imkerei in BW

Entwicklung seit 1995 und Zukunftsperspektiven, Berücksichtigung der Imkerei bei der Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums für den Planungszeitraum 2007-2013; Auswirkungen der zurückgehenden Bienenvölkerzahl auf die Sicherung der Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen, Beurteilung der Gefahr und Auswirkungen einer Einschleppung des Kleinen Beutenkäfers, Gewährleistung der Umsetzung der Neufassung der Bienenseuchen-Verordnung

Antr
s. *Bienenzucht*
Drs 13/4360

Vogelgrippeviren und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit

Einschätzung der o.g. Gefahren durch Einschleppung über den Vogelzug und (Flug-)Reisende, insbes einer Influenzapandemie durch Verbindung des Vogelgrippevirus mit dem menschlichen Grippevirus; Vorkehrungen der LReg und Bürger, Verstärkung der Kontrollen an den Flughäfen und Außengrenzen

Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4721

Vogelgrippe-Notfallplanung

Vorbereitungsstand für den Ausbruch einer Pandemie nach Presseberichten und Aussagen des Landesapothekerverbands, Zeitpunkt der Fertigstellung des Landespanemieplans, Definition der Zielgruppen für die Ausgabe von antiviralen Medikamenten

KlAnfr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/5214

Tiermedizin

s. *Tierheilkunde*

Tiermedizinische Forschung

s. *Tierheilkunde*

Tiermehl

s. *Futtermittel*

Tierpark

s. *Zoologischer Garten*

Tierschlachtung

s. *Vietschlachtung*

Tierschutz

s.a. *Tierschutzbeauftragter*

Mahdtermine im Grünlandprogramm und Tierschutz

Gefährdung von Jungwild durch die vorgegebenen Mahdtermine, Ermöglichung der zeitlichen Verschiebung der Mahd auf Streifen im Waldrandbereich

KlAnfr
s. *Grünland*
Drs 13/81

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 13/543

Zukunft der Schweinehaltung in BW

Entwicklung der Schweinehaltung in BW in den letzten zehn Jahren, Beurteilung der Zukunftsperspektiven vor dem Hintergrund des von der BReg vorgelegten Entwurfs zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung, Verhinderung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber der europäischen Konkurrenz durch eine entsprechende Entschärfung der VO im BRat

Antr
s. *Schwein*
Drs 13/2255

Tierschutz bei Haustierzucht, Haustierhandel und Abgabe von Haustieren

Entwicklung der Zahlen von professionellen und privaten Züchtlern und Händlern, der rechtlichen Bestimmungen, Kontrollpraxis, Verstöße und deren Ahndung; Anteil und Kontrolle des Tierversandhandels; Beurteilung des Vorschlags einer Dokumentationspflicht bei Verkauf oder Abgabe von Haustieren

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 12.12.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2730

Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände

Unterstützung des Vorstoßes von Schleswig-Holstein im BRat

Antr GRÜNE 12.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3203

Verstöße gegen das TierschutzGes im Zuge des Transports und der Anlieferung von Schlachtgeflügel zur Schlachthanlage der Firma Schloss Stetten GmbH & Co KG im LKreis Schwäbisch Hall

Art und Folgen o.g. Verstöße, insbes Verenden von Tieren infolge langer Standzeiten in den Lkw bei warmer Witterung und fehlender Zwangsbelüftung; Art, Intensität und Konsequenzen

von Kontrollen; Aufforderung der zuständigen Veterinäre zu einer zurückhaltenden Überwachung durch das RegPräs Stuttgart?

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 12.05.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3204
BeschlEmpf und Bericht LandwA 23.06.2004 Drs 13/3492 S. 77 78
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Möglichkeit der Verbandsklage für Tierschutzorganisationen

Unterstützung des Vorstoßes von Schleswig-Holstein im BRat

Antr SPD 28.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3440
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6832-6840
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2005 Drs 13/4673
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7088-7094

Tierschutzrechtliche Anforderungen an Schweinehaltung

Umsetzungsstand der EU-Richtlinie in nationales Recht, Konsequenzen einer Nicht-Umsetzung, Realisierung der erforderlichen Regelungen über eine Änderung des TierschutzGes unter Mitwirkung des BRats, Darstellung der wirtschaftlichen Belastungen für die Schweinehalter

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 23.02.2005 und Antw MLR Drs 13/4092

Ges zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in BW

Ermöglichung der Mitwirkung anerkannter Vereine bei Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren sowie von Rechtsbehelfen anerkannter Vereine gegenüber Verwaltungsakten des Landes

GesEntw GRÜNE 21.06.2005 Drs 13/4418 (12 S.)
1. Beratung PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6832-6840
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2005 Drs 13/4673
2. Beratung PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7088-7094 (Ablehnung)

Zustimmung der LReg zur hessischen Gesetzesinitiative zur Änd des § 4 a Abs 2 Nr. 2 TierschutzGes (Schächten)

Beratungsstand und Zustimmungsfähigkeit des o.g. Vorstoßes im BRat; Zahl der gestellten und genehmigten Anträge auf Ausnahme genehmigungen für das betäubungslose Schlachten von Tieren seit dem Urteil des BVerfG vom Januar 2002

KlAnfr Renate Rastätter GRÜNE 28.07.2005 und Antw MLR Drs 13/4575

Gentechnische Experimente mit Tieren; Tierversuche am neuen Universitätslabor „Theoretikum“ der Universität Freiburg

Zahl, Art und Haltungsbedingungen von Versuchstieren bisher und nach Vollendung des o.g. Neubaus; Darlegung der geplanten Forschungsprojekte, -ziele und -ergebnisse; Ausschluss von Doppelversuchen bzw Erreichung der angestrebten Ziele mit anderen Methoden? Höhe des Mitteleinsatzes und Ergebnisse der tierversuchsfreien Forschung in den letzten Jahren; Umfang des Aufwands an öffentlichen Mitteln für den Neubau, die Haltung und Pflege der Labortiere und die geplanten Forschungsvorhaben; Einhaltung der Vorgaben der EU-Tierversuchsrichtlinie und des TierschutzGes

Antr
s. *Tierversuch*
Drs 13/4696

Tierschutz im Unterricht

Verankerung des Tierschutzes in den neuen Bildungsplänen, Fortbildung der Lehrer und Multiplikatoren, Kooperationen mit

den anerkannten Tierschutzverbänden zur Qualifizierung der ehrenamtlichen Jugendbegleiter für Tierschutzprojekte iR von Ganztagsangeboten und -schulen, Ausweitung der Angebote an Schulbauernhöfen mit artgerechter Tierhaltung, Öffnung und jährliche Auslobung des Tierschutzpreises für Schüler aller Jahrgangsstufen, flächendeckende Zusammenarbeit mit den Bioverbänden und Naturschutzverbänden

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 13.01.2006 und Stellungnahme KM Drs 13/5042 (11 S.)

Hinwirkung auf weitere Verbesserungen im Tierschutz
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 60

Artgerechte Haltung von Legehennen, Hinwirkung auf europaweit höhere Standards im Tierschutz, Erinnerung an die Verankerung des Tierschutzes in der LV
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 626-634

Anmahnung von Aktivitäten für den Tierschutz, Förderung von tiergerechten Haltungssystemen
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1048 1050-1052

Wettbewerbsnachteile der Landwirte durch Tierschutzaufgaben; Erinnerung an die Bemühungen um Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1658 1659 1662 1663 1670 1671

Wettbewerbsnachteile der Landwirte durch Tierschutzaufgaben, Bewertung einer tierschutzgerechten Produktion als Marktanteil
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1863 1866 1868-1870 1873 1878

Erinnerung an die Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung und im Grundgesetz; Schaffung des Amtes eines Tierschutzbeauftragten; Darlegung der Aufgaben, Ausstattung und Kompetenzen; Harmonisierung der Standards in Europa
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1999 2010-2015

Qualität des Tierschutzes in BW, Verzicht auf das Amt eines Tierschutzbeauftragten, Erinnerung an die Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung und im Grundgesetz
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2399-2403

Bedauern über das Scheitern einer Verankerung des Tierschutzes in der europäischen Verfassung
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3319 3324

Notwendigkeit einer Harmonisierung der Standards im Tierschutz in der erweiterten EU
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3401 3403 3404 3407 3410

Artgerechte Haltung von Legehennen, Durchsetzung des Käfighaltungsverbots, Anstreben einer Verlängerung der Übergangsfrist als Voraussetzung für die Zustimmung zur SchweinehaltungsVO im BRat, Bewertung als Erpressungsversuch einiger Länder
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3824-3833

Durchsetzung des Käfighaltungsverbots für Legehennen, Stellenwert des Tierschutzes im Verbraucherdenken
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4350 4351 4354 4355

Stellenwert des Tierschutzes bei den Verbrauchern und Landwirten; Vermeidung von Tierversuchen

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4548 4549 4555 4557 4569 4571 4573 4574

Durchsetzung des Käfighaltungsverbots für Legehennen, Stellenwert des Tierschutzes im Verbraucherdenken

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6087 6095

Tierschutzbeauftragter

Ges zur Einführung des Amtes einer oder eines Landesbeauftragten für den Tierschutz

GesEntw GRÜNE 21.08.2002 Drs 13/1270
1. Beratung PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2010-2015
Mittlg LtgPräs 04.11.2002 Drs 13/1454
BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.01.2003 Drs 13/1677
2. Beratung PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2398-2403 (Ablehnung)

Tierschutzgesetz

s. Tierschutz

Tierseuche

s. Tierkrankheit

Tierseuchengesetz

s. Tierkrankheit

Tiertransport

Verstöße gegen das TierschutzGes im Zuge des Transports und der Anlieferung von Schlachtgeflügel zur Schlachthanlage der Firma Schloss Stetten GmbH & Co KG im LKkreis Schwäbisch Hall

Art und Folgen o.g. Verstöße, insbes Verenden von Tieren infolge langer Standzeiten in den Lkw bei warmer Witterung und fehlender Zwangsbelüftung; Art, Intensität und Konsequenzen von Kontrollen; Aufforderung der zuständigen Veterinäre zu einer zurückhaltenden Überwachung durch das RegPräs Stuttgart?

Antr
s. Tierschutz
Drs 13/3204

Notwendigkeit und Kontrolle von Ohrmarken bei Kälbern im Falle von Transporten innerhalb der EU

Aufkauf von jungen Kälbern ohne Ohrmarken durch französische Landwirte in Polen, Transport durch Deutschland und Markung der Ohren erst in Frankreich, Beurteilung der Rechtmäßigkeit und Transparenz dieser Praxis gegenüber dem Verbraucher

Antr
s. Rind
Drs 13/4426

Hinwirkung auf eine deutliche Verkürzung der Tiertransportzeiten und Abschaffung der EU-Exportbeihilfen für Lebendviehtransporte

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 60

Kritik an der Zulässigkeit überlanger Tiertransportzeiten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243

Schaffung des Amtes eines Tierschutzbeauftragten angesichts der Tierschutzverstöße bei den Tiertransporten, Verkürzung der Transporte auf vier Stunden

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2013 2014

Verkürzung der Transporte auf vier Stunden, Kontrollbilanz der Autobahnpolizei und Veterinärverwaltung

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2402

Verkürzung der überlangen Tiertransportzeiten in Europa

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3324

Verhinderung unnötiger Tiertransporte

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3401

Verkürzung der Transporte auf acht bzw vier Stunden, Streichung der Exporterstattung für Lebendviehtransporte außerhalb der EU

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3830

Ermöglichung der Verbandsklage für Tierschutzverbände gegen Tiertransporte, Erinnerung an die Verkürzung und Kontrolle von Schlachtviehtransporten

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6833 6836 6840

Tierversuch

Haushalt 2004; Epl 14

Förderung alternativer Forschungsmethoden ohne Tierversuche s. Medizinische Forschung

Drs 13/2814

Verpflichtung der forschenden Chemieunternehmen zur gemeinsamen Nutzung von Daten und damit zur Vermeidung von Mehrfachtests und Tierversuchen

ÄAntr GRÜNE 09.03.2004 Drs 13/2991

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4568-4578

Gentechnische Experimente mit Tieren; Tierversuche am neuen Universitätslabor „Theoretikum“ der Universität Freiburg

Zahl, Art und Haltungsbedingungen von Versuchstieren bisher und nach Vollendung des o.g. Neubaus; Darlegung der geplanten Forschungsprojekte, -ziele und -ergebnisse; Ausschluss von Doppelversuchen bzw Erreichung der angestrebten Ziele mit anderen Methoden? Höhe des Mitteleinsatzes und Ergebnisse der tierversuchsfreien Forschung in den letzten Jahren; Umfang des Aufwands an öffentlichen Mitteln für den Neubau, die Haltung und Pflege der Labortiere und die geplanten Forschungsvorhaben; Einhaltung der Vorgaben der EU-Tierversuchsrichtlinie und des TierschutzGes

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 05.10.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4696

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 67 68

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Erforschung der Zelltherapie im Tierversuch

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 179

Prüfung von Anträgen auf Tierversuche durch einen Tierschutzbeauftragten

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2013

Ermöglichung der Verbandsklage für Tierschutzverbände gegen Tierversuche, Anteil der Tierversuche in der biomedizinischen Forschung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6833-6836 6838 6840

Ermöglichung der Verbandsklage für Tierschutzverbände gegen Tierversuche

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7090

Tierzucht

s.a. Pferdezucht

s.a. Schweinezucht

Tierschutz bei Haustierzucht, Haustierhandel und Abgabe von Haustieren

Entwicklung der Zahlen von professionellen und privaten Züchtern und Händlern, der rechtlichen Bestimmungen, Kontrollpraxis, Verstöße und deren Ahndung; Anteil und Kontrolle des Tierversandhandels; Beurteilung des Vorschlags einer Dokumentationspflicht bei Verkauf oder Abgabe von Haustieren

Antr

s. Tierschutz

Drs 13/2730

Agrarforschung in BW

Forschungsschwerpunkte in der Pflanzen- und Tierzucht, Pflanzenschutz- und Düngemittelforschung

Antr

s. Agrarforschung

Drs 13/2867

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der TierzuchtdurchführungsVO

GesEntw

s. Verwaltungsreform

Drs 13/3201

Ermöglichung der Verbandsklage für Tierschutzverbände gegen Verordnungen und Genehmigungen für das Züchten von Tieren

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6833 6838-6840

Tierzuchtdurchführungsverordnung

s. Tierzucht

Titisee-Neustadt

Laufendes Planfeststellungsverfahren B 31 im Bereich der Stadt Titisee-Neustadt und Fortsetzungsbereich

MdlAnfr

s. Bundesstraße 31

Drs 13/24

Planung des Holzinnovationsparks in Titisee-Neustadt

Verzögerung des Projekts durch die abwartende Haltung der LReg - nach den Aussagen eines Mitarbeiters der LEG

MdlAnfr

s. Holz

Drs 13/530

Untersuchung der Strukturen der Finanzämter des Landes

Eingliederung des Finanzamts Titisee-Neustadt in das Finanzamt Freiburg unter Beibehaltung als Außenstelle in Titisee-Neustadt?

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2855

Krankenhausversorgung in der Region Breisgau-Hochschwarzwald

Verkauf der drei ehemaligen Kreiskrankenhäuser in Titisee-Neustadt, Breisach und Müllheim von der Helios- an die Fresenius-Gruppe: Ausgestaltung des neuen Vertrags, Zustimmungsbedarf des SM, Einflussmöglichkeiten des LKreises, Erhalt der Arbeitsplätze sowie der Abteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Radiologie und Gynäkologie; Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region u.a.m.

KlAnfr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4761

Tod

s.a. *Bestattung*
s.a. *Herzschlag (Herzversagen)*
s.a. *Leiche*
s.a. *Obduktion*
s.a. *Selbstmord*
s.a. *Sterbegeld*

Bestattung für Tod- und Fehlgeborene mit wenig Gewicht

Umgang mit vorgeburtlich verstorbenen Föten und Embryonen mit bis zu 500g Gewicht, Ausschluss von gewinnorientierten Rechtsgeschäften, Verpflichtung der Krankenhäuser zu einer würdigen Trauerfeier und Beisetzung, Änd des Bestattungsrechts?

Antr
s. *Bestattung*
Drs 13/393

Hitzetote und Folgen der Hitzewelle in BW

Frage nach der Zahl o.g. Todesfälle in Alten- und Pflegeheimen; Konsequenzen aus der Problematik des Flüssigkeitsmangels von alten, kranken und behinderten Menschen in Heimen; Vorlage eines neuen Gesamtkonzepts zur Vorsorge und zum Schutz von Risikogruppen; Beteiligung an einem Vorhersageprojekt des Deutschen Wetterdienstes

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2374

Bestattung von Fehlgeburten

Einräumung der o.g. Möglichkeit, Information der betroffenen Eltern in den Krankenhäusern

MdlAnfr
s. *Bestattung*
Drs 13/2589

Gesundheitliche Situation der Männer (Erwachsene) in BW

Auflistung der häufigsten Erkrankungen, Krankheitsfolgen und Todesursachen von Männern; Frage nach einer geschlechterspezifischen Krankheitserforschung und deren Ergebnissen

Antr
s. *Gesundheit*

Drs 13/2750

Menschenwürdiger Umgang mit verstorbenen Patienten an den Uniklinika in BW

Rechtsgrundlagen zur o.g. Thematik und Kontrolle der Einhaltung an den Universitätskliniken, Übergabe von unversorgt Verstorbenen aus der Pathologie an die Bestatter, Frage nach entsprechenden Vorwürfen gegenüber Stationen des Uniklinikums Freiburg, nach den Gründen und einer umfassenden Aufklärung der einzelnen Fälle; Konsequenzen aus den Vorkommnissen

Antr
s. *Leiche*
Drs 13/3331

Situation der Hebammen in BW

Entwicklung der Kindersterblichkeit in den letzten 30 Jahren

Antr
s. *Hebamme*
Drs 13/4151

Ablehnung der aktiven Sterbehilfe nach niederländischem Modell, Würdigung der Dienste von Hospizgruppen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Entwicklung der Zahl von Drogentoten sowie der Sterblichkeitsrate infolge Alkohol- und Nikotinabhängigkeit

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 470-475 477-479 481

Fälle von Kindstötungen und Aussetzungen mit Todesfolge unmittelbar nach der Entbindung, Ermöglichung der anonymen Geburt

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1336-1342 1345

Sterblichkeitsraten bei den häufigsten Erkrankungen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1406 1407

Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, Anstrengung einer Reduzierung der Zahl von Verkehrstoten auf null nach dem Vorbild der skandinavischen Länder

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3288-3292

Feststellung eines Rückgangs der Zahl von Verkehrstoten im Jahr 2003 auf den niedrigsten Wert seit der statistischen Erfassung

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4322

Sterblichkeitsrate unter den an Brustkrebs erkrankten Frauen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6730

Ablehnung einer Liberalisierung der aktiven Sterbehilfe, Ermöglichung einer würdigen Begleitung sterbender Menschen, Begreifung des Todes als Bestandteil des Lebens

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7476-7484

Erfassung und Auswertung der Todesfälle aufgrund von Krebserkrankungen mit dem neuen Krebsregister; Zahl von jährlichen Wohnungsbränden mit Todesopfern landes- und bundesweit

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7822 7823 7825 7844

Zahl von jährlichen Wohnungsbränden mit Todesopfern landes- und bundesweit

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7988 7989 7991

Tötungsdelikt

s. Straftat

Tomographie

Magnetresonanztomografie zur Brustkrebsvorsorge

Entwicklung der Zahlen von Erkrankungen und Todesfällen von Frauen durch Brustkrebs in BW, bundesweit und im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA; Initiativen zur Aufnahme des o.g. Untersuchungsverfahrens in den Leistungskatalog der Krankenkassen

Antr Alfred Haas u.a. CDU 18.07.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/95

BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 41 42

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Einsatz der Positronen-Emissions-Tomographie (PET)

Bewertung des o.g. Diagnoseverfahrens, Gründe für die regional und nach Kassenart unterschiedliche Handhabung der Kostenübernahme

KIAnfr Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 07.08.2001 und Antw SM Drs 13/162

Torf

Umweltverträglichkeitsprüfung iR eines Genehmigungsverfahrens zum Torfabbau

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2169 2171

Toto-Lotto GmbH

s.a. Lotterie

Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto-GmbH

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 523

Mittlg der LReg vom 19.12.2003 - Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw des Staatsvertrags über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

Mittlg

s. Lotterie

Drs 13/2776

Ges zu dem Staatsvertrag über die Regionalisierung von Teilen der von den Unternehmen des Deutschen Lotto- und Totoblocks erzielten Einnahmen

GesEntw

s. Lotterie

Drs 13/3000

Vergabe von Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung

Stopp der Besetzung der jeweiligen Spitzenposition bei der staatlichen Toto-Lotto GmbH und Rothaus-Brauerei mit zwei ehemaligen Landesministern, Ausschreibung dieser und aller anderen o.g. Stellen

Antr

s. Führungskraft

Drs 13/3355

Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5594 5636

Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139

Wahl eines Mitglieds des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7553

Kritik an der politischen Besetzung der Geschäftsführerposition bei der Toto-Lotto GmbH, Erinnerung an den Skandal von 1994, den Rechnungshofbericht und die folgende Ausschreibung der Stelle

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5139 5141 5150 5167-5178

Kritik an der politischen Besetzung der Geschäftsführerposition bei der Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5892 5893

Kritik an der politischen Besetzung der Geschäftsführerposition bei der Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7688 7691

Tourismus

s. Fremdenverkehr

Tourismusinfrastrukturprogramm

s. Fremdenverkehr

Tourismusverband BW

s. Fremdenverkehr

Touristisches Hinweisschild

s. Wegweiser

Toxikologisches Labor

s. Laboratorium

Traberkrankheit

s. Tierkrankheit

Trainer

s. Sportleiter

Traktor

s. Landmaschine

Transitverkehr

s.a. Schienenverkehr

s.a. Straßenverkehr

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, insbes des grenzüberschreitenden Lkw-Verkehrs; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter; Verschärfung der Bußgeld- und Strafvorschriften

GrAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1173

Verkehrsfluss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/1215

Verdrängung deutscher Lkw von deutschen Straßen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens und der Transportleistungen deutscher und ausländischer Lkw bzw Speditionen im Binnenverkehr und im grenzüberschreitenden Verkehr, Einschätzung der Zukunftschancen der deutschen Transportwirtschaft im europäischen Wettbewerb

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/2851

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Auflistung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/3371

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreuz Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/4036

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorstauräumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/4621

Verdoppelung des Transitverkehrs im Zuge der EU-Erweiterung, Entwicklung eines Investitionsprogramms für Straße, Schiene und Luftverkehr

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 604 605

Belastung des Landes durch den Transitverkehr, Ausweitung der Lkw-Maut auf Pkw

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408 6409

Belastung der Fernstraßen des Landes durch den hohen Anteil an Transitverkehr

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800 6806 6807 6816

Einführung einer Pkw-Maut, Beteiligung des Transitverkehrs an der Straßenfinanzierung

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7383-7385 7389-7391

Transplantation (Medizin)*Organspende in BW*

Entwicklung der Organspenden bzw -transplantationen in BW; Gründe für die im Bundesvergleich niedrige Spendenbereitschaft; Erlass eines AusführungsGes zum TransplantationsGes, Einführung von Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern, Bemühungen um den Einsatz alternativer Heilmethoden

KlAnfr

s. *Organspende*

Drs 13/727

Spenderorgane in BW

Entwicklung der Zahlen von Spendern und Empfängern seit 1992; Verbesserungsmöglichkeiten durch Einführung von Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern sowie Öffentlichkeitsarbeit; Hinwirkung auf Verankerung der Spendenbereitschaft auf der Versichertenkarte bzw einer späteren intelligenten Chipkarte

Antr

s. *Organspende*

Drs 13/1075

Transplantationsbeauftragte an Kliniken mit Intensivbetten

Entwicklung der Organspenden und Wartelisten in BW u.a. BLändern, Auswirkungen der o.g. Beauftragten in diesen Ländern, Gründe für die Ablehnung eines entsprechenden GesEntw des SM im Ministerrat; erneute Einbringung der gesetzlichen Normierung eines Transplantationsbeauftragten

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 03.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2228

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 58-60

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Transplantationsgesetz

Entwicklung der Organspenden seit 2001; Erlass eines AusführungsGes zum TransplantationsGes, Regelung der Einsetzung von Transplantationsbeauftragten

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 08.07.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2234

BeschlEmpf und Bericht SozA 18.09.2003 Drs 13/2703 S. 58-60

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Blutspendezentrale des Universitätsklinikums Tübingen

Beurteilung von Plänen der Klinikleitung zur Schließung oder Privatisierung der Blutspendezentrale, Konsequenzen für die Mitarbeiter und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, Auswirkungen des Wegfalls eines Spenderpools und damit bestimmter Nebenprodukte der Blutkonservenproduktion für die transplantationsmedizinische Forschung, Verlust von EU-Fördermitteln?

KlAnfr
s. *Blut*
Drs 13/3324

Transplantationsbeauftragte

Vorlage eines AusführungsGes zum TransplantationsGes des Bundes, Regelung der Bestellung von Transplantationsbeauftragten an Krankenhäusern mit Intensivbetten

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 07.04.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4228
BeschlEmpf und Bericht SozA 16.06.2005 Drs 13/4633 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP) S. 6 7
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Ges zur Änd des LKrankenhausGes

Verpflichtung der Krankenhäuser mit Intensivtherapiebetten zur Bestellung eines Transplantationsbeauftragten, Regelung von Aufgaben und Stellung sowie der jährlichen Berichterstattung; Schaffung einer Verordnungsermächtigung für Festlegungen im Bereich der durch das FallpauschalenGes geschaffenen Vorschriften zur Krankenhausvergütung

GesEntw
s. *Krankenhausgesetz*
Drs 13/4815

Transplantationsbeauftragter

s. *Transplantation (Medizin)*

Transplantationsgesetz

s. *Transplantation (Medizin)*

Transportunternehmen

s. *Verkehrsunternehmen*

Transrapid

s. *Magnetschwebebahn*

Trassenpreis

s.a. *Stationspreis*

Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs

Rückzug der DB Cargo aus der Fläche, Darlegung der betroffenen Güterverkehrsbahnhöfe, Vorlage der o.g. Konzeption mit einem Finanzierungskonzept, Übernahme der Trassenkosten für die Feinverteilung im Schienengüterverkehr, Hinwirkung auf Zurückstellung der Stilllegungspläne bis zur Übernahme der betroffenen Verkehre durch andere Betreiber

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/625

Nach dem abgesagten Börsengang der Deutschen Bahn AG: Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?

Begrüßung der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht als Schritt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur, zu fairen Trassenpreisen und Transparenz; Forderung einer klaren Trennung von Netz und Betrieb

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/3704

Höhe der Trassenpreise der Bahn AG

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 224

Notwendigkeit eines diskriminierungsfreien Zugangs zum DB-Streckennetz und einer transparenten Gestaltung der Trassenpreise

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7109

Trimester

s. *Studium*

Trinkwasser

s.a. *Mineralwasser*

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein
Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr
s. *Salz*
Drs 13/48

Verbrauch von Trinkwasser und Verwendung von Regenwasser
Vorlage eines Konzepts zur Förderung des sparsamen Verbrauchs von Trinkwasser sowie der verstärkten Nutzung von Regenwasser im privaten, öffentlichen und gewerblichen Bereich

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 23.11.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/475
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 47-50
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in BW

Vorbereitungsstand, Zeitplan und Schritte zur Umsetzung der Richtlinie; Konsequenzen für sauberes Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie für die Genehmigungspraxis für Wasserkraftwerke

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/534

Novellierung der TrinkwasserVO

Meldepflicht für Regenwassernutzungsanlagen; Handhabung des Vollzugs der o.g. VO, personeller und finanzieller Mehraufwand für die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen durch

die erhöhten Anforderungen an die Aufbereitung des Trinkwassers

KlAnfr Franz Schuhmacher u.a. CDU, Ernst Pfister FDP/DVP und Herbert Moser SPD 18.04.2002 und Antw MLR Drs 13/946

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Zukunft der Wasserwirtschaft und die Ziele der LReg

Vorstoß der LReg zur verstärkten Liberalisierung der Wasserwirtschaft in der Wirtschaftsministerkonferenz; Vereinbarkeit mit der Daseinsvorsorge, Versorgungssicherheit und der kommunalen Selbstverwaltung

Antr
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/1314

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Ersetzung der Trinkwassernutzung durch Niederschlags- und Oberflächenwasser

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen
Eingetretene und noch zu befürchtende Verunreinigungen; Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung; mögliche grenzüberschreitende Sanierungsmaßnahmen, -zeiträume und -kosten

Antr
s. *Salz*
Drs 13/2462

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Bewertung des Konfliktpotenzials der Trinkwasserversorgung, Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Umweltakademie mit dem indischen Bundesstaat Gujarat

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Änd der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft durch das Land und Bereitstellung sowie Abfluss der Fördermittel

Höhe der bisher (seit 2001) und künftig ausgereichten Fördermittel für Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Zahl und Volumen der von Gemeinden und Zweckverbänden gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Höhe der durchschnittlichen Förderquote; Entwicklung der Trinkwasser- und Abwassergebühren in den letzten fünf und nächsten drei Jahren; Realisierung der notwendigen Modernisierung der Anlagen und Netze mit der derzeitigen Förderung?

Antr
s. *Wasserwirtschaft*

Drs 13/3879

Informationsfluss iRd jüngsten Anschläge auf die Bodensee-Wasserversorgung

Art und Weise sowie Zeitpunkt der Information der zuständigen Behörden sowie der Stadt Überlingen über den o.g. Vorgang und der damit verbundenen Verunreinigung des Trinkwassers; Zeitpunkt der erstmaligen Untersuchung des von der Stadt Überlingen direkt entnommenen Trinkwassers

MdlAnfr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/4870

Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee gegen Gefahren und Anschläge

Darstellung der ergriffenen, notwendigen und geplanten Maßnahmen sowie des Personaleinsatzes beim jüngsten Giftanschlag und evtl künftigen Ereignissen; Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit den Anrainerländern

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/4980

Bedeutung und Schutz des Bodensees als Trinkwasserspeicher
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3293 3296 3299

Trossingen

Haushalt 2004; Epl 14

Verzicht auf den Erweiterungsbau für die Musikhochschule Trossingen

s. *Musikhochschule*
Drs 13/2814

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Verzicht auf den Erweiterungsbau der Musikhochschule Trossingen

s. *Musikhochschule*
Drs 13/4014

Städtische Musikschule als GmbH einer Musikhochschule

Einbindung des Lehrkörpers und von Studierenden der Musikhochschule Trossingen in Lehraufgaben u.a. Tätigkeiten der o.g. GmbH zum Zweck der Weiterführung der Musikschule Villingen-Schwenningen, Beteiligung der Musikhochschule Trossingen an dieser GmbH, Frage nach dem damit verbundenen wirtschaftlichen Risiko

KlAnfr
s. *Musikschule*
Drs 13/4589

Truppenübungsplatz

s. *Militärische Anlage*

Tschechien

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Rückwirkungen auf

die Arbeitsplätze; Zahl von arbeitenden Wochenendpendlern aus Tschechien, Polen und Ungarn; kurz- und mittelfristige Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Handelsbeziehungen nach Osteuropa

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KlAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/3774

Umfang des Handels mit Tschechien, Feststellung einer industriellen Neuausrichtung in Tschechien

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775 780

Kritik am Festhalten an den Benes-Dekreten, Bewertung als Hindernis für eine baldige Aufnahme Tschechiens in die EU; Produktionsbedingungen in Tschechien

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1454 1456

Feststellung einer größeren Zahl von arbeitenden Deutschen in Tschechien als umgekehrt

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153

Verlagerung der industriellen Eierproduktion ins grenznahe Tschechien wegen höherer Tierschutzstandards in Deutschland

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3826 3827 3829 3830

T-Shirt

s. *Textilien*

Tuberkulose

s. *Infektionskrankheit*

Tübingen

s.a. *Regierungsbezirk Tübingen*
s.a. *Regierungspräsidium Tübingen*
s.a. *Universität Tübingen*

Qualitätsprobleme der Deutschen Bahn AG im Raum Stuttgart, Tübingen und Sigmaringen

Entwicklung der o.g. Defizite, Auswirkungen auf die vom Land bezahlten Regionalisierungsmittel, Zeithorizont von Verbesserungen durch zusätzliche Ausweich- und Begegnungsstellen

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/250

Beobachtung politischer Gruppierungen durch Verdeckte Ermittler

Überwachung der LISTA und Antifa-Gruppe Tübingen durch Verdeckte Ermittler? Rechtsgrundlage der Überwachungen und Speicherung von personenbezogenen Daten; Beteiligung des LKA und örtlicher Polizeidienststellen; Begründung des plötzlichen Verschwindens eines Verdeckten Ermittlers

Antr
s. *Verdeckter Ermittler*
Drs 13/707

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Beitrag des RegPräs, der Universität und des Klinikums zur Standortqualität Tübingens; Bedeutung der zentralen BSE-Stelle im RegPräs; Auswirkungen der Verlegung der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in die neuen BLänder; Entwicklung als Kongressstadt; Stand der Überlegungen zur Weiterführung der B 27

Antr Hans Heinz u.a. CDU 13.06.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1082
BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 19
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg

Auflistung der für den vordringlichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr
s. *Bundesverkehrswegeplan*
Drs 13/1820

Benennung von Trassenführungen seitens des UVM iRd Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes für die B 27 im Abschnitt des Stadtgebietes Tübingen

Gründe für die Benennung einer im Widerspruch zu einem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats stehenden Trasse für die B 27 Ortsumfahrung Tübingen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 13/1838

Modellprojekt virtuelle Umgehungsstraße

Verkehrsbelastung der Gemeinden entlang des Neckar- und Ammertales, Stand der Ausbauplanung und Realisierung der B 464 und B 28; Initiierung eines o.g. Modellprojekts mit den parallel laufenden Bundesstraßen B 464 und B 28 zur Entlastung der Ortschaften Tübingen-Unterjesingen und Ammerbuch-Entringen, Abstufung der B 28 zwischen Tübingen und Herrenberg zur Landesstraße, Lenkung des Durchgangsverkehrs auf die B 464, Stärkung der Alternativen im öffentlichen Verkehr

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2010

Mangelnde Leistungserbringung im Schienenpersonenverkehr

Festgestellte Qualitätsmängel, insbes Verspätungen mit der Folge verpasster Fernverkehrsanschlüsse und Komfortmängel, auf der Interregio-Verbindung Stuttgart-Tübingen; Maßnahmen zur Mängelbehebung, Höhe der Schadenersatzleistungen der Bahn AG, Entschädigung der betroffenen Fahrgäste

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/2456

Neubau von Haltepunkten an der DB-Strecke Tübingen-Rottenburg-Horb

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/3171

B 27-Tunnel in Tübingen

Festhalten an der Planungsaufnahme und Realisierung des Schindhau-Basistunnels oder anderer Alternativen im Zuge einer B 27-Umfahrung von Tübingen?

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 13/4397

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsibad, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des Fernstraßen-ausbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4881

Sport und Mobilität

Ergebnisse und Konsequenzen der o.g. Studie, insbes Reduzierung der Pkw-Nutzung bei der Anfahrt zu Sportstätten und zur Ausübung von Freizeitsport; Verknüpfung der Sportstättenförderung mit Anforderungen an ein umweltfreundliches Verkehrskonzept, Frage nach gegenteiligen Fällen, wie z.B. das Förderprojekt Großsporthalle Tübingen, in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Sport*
Drs 13/4946

GVFG-Mittel für den RegBez Tübingen

Höhe der o.g. Zuweisungen an Verkehrsunternehmen und Gebietskörperschaften für ÖPNV-Projekte seit 2001, Vergleich des Antragstaus mit der Situation landesweit; Befriedigung des Nachholbedarfs im RegBez Tübingen durch eine verstärkte Förderung bzw Bedienung von Anträgen, insbes für kleinere, effiziente Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV wie z.B. den Haltepunkt Behördenzentrum/Sportzentrum in Tübingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5024

Verweisung auf die geographische Mitte des Landes in Tübingen
PIPr 13/15 13.12.2001 S. 754

Attraktivität Tübingens für Touristen aus aller Welt, Anziehungskraft des Französischen Viertels als „Stadt der kurzen Wege - Wohnen und Arbeiten mit geringem Flächen- und Energieverbrauch“

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7966

Tübingen, Landkreis

Verwendung der UMTS-Lizenzentnahmen

Höhe und Art der Verwendung der den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalbkreis zugewiesenen Mittel aus den Zinsersparnissen des Bundes, insbes für Maßnahmen zugunsten der

beruflichen Schulen

KlAnfr
s. *UMTS*
Drs 13/347

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/945

Neubau von Haltepunkten an der DB-Strecke Tübingen-Rottenburg-Horb

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/3171

Unterrichtsversorgung im LKreis Tübingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten einschließlich der Berufsschulen in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; Zahl der bis 2009 ausscheidenden Lehrkräfte, Auflistung der davon besonders betroffenen Schulen und Fächer

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/4249

Türkei

LErziehungsgeld für türkische Mitbürger

Verknüpfung o.g. Transferleistungen mit Integrationsbedingungen

KlAnfr
s. *Erziehungsgeld*
Drs 13/116

Abschiebeschutz für Osman P.

Würdigung der besonderen Umstände, insbes der Vorverurteilung auch durch das IM, im Falle des zu einer Haftstrafe von 18 Monaten verurteilten Terrorismusverdächtigen; Nutzung der Ermessensspielräume zur Haftverbüßung und Resozialisierung in Deutschland; Verzicht auf Abschiebung in die Türkei vor Abschluss der parlamentarischen Beratung aller evtl Schritte zur Aufenthaltsbeendigung

Antr
s. *Straftäter*
Drs 13/2066

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Beurteilung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

„Doppelstaatler“ und daraus resultierende Auswirkungen auf die Wahlen

Zahl von deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 01.01.2000 durch Wiedereinbürgerung in den türkischen Staatsverband die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben; Einschätzung der Gefahr einer erfolgreichen Anfechtung künftiger Wahlen; Gründe für das Fehlen von Mitteilungspflichten der Personen und türkischen Behörden; Beurteilung eines Angebots zur Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit bzw eines gesicherten Aufenthaltsstatus

Antr
s. *Staatsangehörigkeit*
Drs 13/4258

Türkei

Zahl der türkischen Mitbürger in BW, Anteil von Unternehmen bzw von Arbeitslosen, Entwicklung und Perspektiven des Waren- und Dienstleistungsaustauschs zwischen Deutschland bzw BW und der Türkei, Auflistung der Firmen mit Niederlassungen in der Türkei sowie von Messen, Tagungen u.a. Veranstaltungen zur Intensivierung der Kontakte; Zahl von türkischen Studenten in BW, von Städte- und Hochschulpartnerschaften

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 27.04.2005 und Antw WM
Drs 13/4282

Entwicklung des Zuzugs türkischer Staatsangehöriger nach BW seit Mitte der Sechzigerjahre, Integrationsfähigkeit und -bereitschaft der Türken, Entwicklung der deutschen Sprachkompetenz

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1227 1231 1233 1237 1243

Empfehlungen der türkischen Regierung zur Integration ihrer Landsleute in Deutschland

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1373

Empfehlungen der türkischen Regierung zum Kindergartenbesuch in Deutschland

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1908

Beachtung der Grundrechte auch von Mitbürgern türkischer Herkunft, Erfahrungsbericht eines jungen Polizeibeamten türkischer Nationalität

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2106-2108

Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU, Angebot einer privilegierten Partnerschaft unterhalb des Beitritts

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153 2165 2166

Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU, Angebot einer privilegierten Partnerschaft als Alternative, Abwägung von Gründen für und gegen einen Beitritt sowie der zu erwartenden Auswirkungen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2342 2344-2346

Bedingungen für einen EU-Beitritt der Türkei, Ablehnung einer Vollmitgliedschaft, Befürwortung von Sonderbeziehungen

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3320-3322 3324 3325

Bedingungen für einen EU-Beitritt der Türkei, Suche nach Möglichkeiten für eine Anbindung an Europa, Verbesserung der Situation der Menschenrechte

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3800 3802 3804 3805 3809-3811

Nötigung von Mädchen in türkischen Familien zum Tragen des Kopftuchs

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4395 4406 4408

Nötigung von Mädchen in türkischen Familien zum Tragen des Kopftuchs

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4701 4703 4708 4724

Vorbehalte gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU, Angebot einer privilegierten Partnerschaft als Alternative, Abwägung von Gründen für und gegen einen Beitritt sowie der zu erwartenden Auswirkungen

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4770-4772 4774 4778

Verweisung auf die Vorstufen und Zusagen für eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU, Zweifel an der Erfüllung der Beitrittskriterien, Eintreten für ein Offenhalten der Beitrittsoption, Plädoyer für eine privilegierte Partnerschaft

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5370 5372-5376 5379 5380

Eintreten für eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur EU

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5723

Ablehnung einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU, Erinnerung an die Zusagen früherer Regierungen für eine Aufnahme der Türkei in die EU, Bedeutung der Beitrittsperspektive für den gemäßigten Islam und den gesamten Nahen Osten

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7142 7143 7147-7149 7151 7152

Verweisung auf die starke Einschränkung der positiven Religionsfreiheit in der Türkei; Erzwingung des Tragens eines Kopftuchs von türkischen Mädchen durch die Familien, Erinnerung an die so genannten Ehrenmorde; Ablehnung einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU zum jetzigen Zeitpunkt

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7519-7525

Würdigung des Beitrags der türkischen Gastarbeiter zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes; Bewertung einer Studie zur Integrationsbereitschaft türkischstämmiger Migranten, Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7649 7656 7657 7661 7668 7670-7675

TÜV

s. *Technische Überwachung*

Tunnel

Sicherheit in den Straßentunneln in BW

Finanzielle und zeitliche Perspektiven zur Behebung der bei Überprüfungen festgestellten Mängel; Nachrüstung nach dem höchsten Sicherheitsstandard bzw mit der Brandschutztechnologie im so genannten Fogtec-System

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 14.11.2001 und Antw UVM
Drs 13/444

Sicherheit im Straßenverkehr

Durchführung notwendiger Maßnahmen bei Bundes- und Landesstraßen auf Abschnitten mit hoher Unfallhäufigkeit und Fahrbahnschäden, Vermeidung potenzieller Gefahrenstellen, Anbrin-

gung von Schutzplanken statt Baumanpflanzungen, Realisierung des höchsten Sicherheitsniveaus in Tunnelabschnitten

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Fertigstellung der Ost-West-Verbindung B 31 im Bereich Freiburg-Kirchzarten

Verzögerung der Verkehrsübergabe durch Wassereinbrüche und Sanierungsarbeiten im neuen Straßentunnel, Art und Kosten der Nachbesserung von Sicherheitseinrichtungen, Frage nach der Verkehrsführung bei einem Ausfall des Tunnels, Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen im Freiburger Osten, insbes auch durch Ausweichverkehr nach Einführung der Lkw-Maut

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/1252

Berücksichtigung der Autobahn A 98/A 861 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Gründe für die Anmeldung des Abschnitts Hauenstein-Tiengen zum vierspürigen Ausbau, Vergabe der Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsvariante um Waldshut, zusätzliche Kosten für eine zweite Tunnelröhre „Nollinger Berg“, Finanzierung und Fertigstellung der Rheinbrücke im Zuge der A 861

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/1392

Anmeldungen von Straßenbauprojekten für den Bundesverkehrswegeplan durch die LReg

Auflistung der für den vordringlichen Bedarf angemeldeten Bundesstraßenprojekte sowie der Kriterien hierfür; Überarbeitung bzw Reduzierung der Anmeldungen sowie der Ausbau-/Neubaustandards, Aufnahme von zentralen innerstädtischen Tunnelprojekten, insbes der Stadttunnel B 31 in Freiburg und B 27 in Tübingen

Antr
s. *Bundesverkehrswegeplan*
Drs 13/1820

Brandschutz beim Projekt Stuttgart 21

Erhöhung des Bedarfs an Zugbegleitern durch brandschutzbedingte Vorgaben für die Züge in den Tunnelabschnitten von Stuttgart 21, Auswirkungen auf die Kosten, Berücksichtigung bei der Betriebskosten- bzw Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Projekt Stuttgart 21?

KlAnfr
s. *Stuttgart 21*
Drs 13/2444

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2543? Frage nach Auffassungsunterschieden zwischen der LReg und Staatssekretär Mappus

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/2999

Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel; Bau eines Tunnels zwischen Mengen und Buggingen

Zurückweisung der o.g. Forderung einer Bürgerinitiative als weder vertretbar noch durchsetzbar, Festhalten an der entsprechenden Aussage in Drs 13/2999? Zugänglichkeit von Minister Stächele für die Argumente der Bürgerinitiative, Umsetzung der versprochenen Intervention in Stuttgart zugunsten einer besseren Lösung

KlAnfr
s. *Rheintalbahn*
Drs 13/3283

Sanierungsbedarf für Landesliegenschaften

Art der Ermittlung und Höhe des Sanierungsbedarfs für Hochschulgebäude, Landesstraßen inklusive Brücken und Tunnelbauwerke sowie für die übrigen bebauten Liegenschaften; Höhe der Ausgaben für entsprechende Maßnahmen 2003; Frage nach baulich bedingten Nutzungsbeschränkungen bzw den notwendigen Maßnahmen und Prioritäten zur Befriedigung des Bedarfs

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3495

Baumaßnahmen im Zuge der L 536 und ihre Verwirklichung durch neue Finanzierungsmethoden

Beurteilung von Finanzierungsmodellen wie Public Private Partnership oder private Vorfinanzierung zur Realisierung der Tunnelbauten im Zuge der L 536, Kontaktaufnahme mit einem auf PPP-Projekte im Bereich des Straßen- und Tunnelbaus spezialisierten Bauunternehmen

KlAnfr
s. *Landesstraße 536*
Drs 13/4209

Verkehrsinfrastruktur in der Bodenseeregion; hier: Stand des Planfeststellungsverfahrens der B 31 neu, Ortsumfahrung Friedrichshafen, BA II B

Gründe für die große Verzögerung des Planfeststellungsbeschlusses; geplante Lärmschutzmaßnahmen und Anschlüsse in Immenstaad, Schnetzenhausen, Fischbach und Kluftern; Art und Kostenträger des Ausbaus des Riedleparktunnels in Friedrichshafen

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/4340

Wahrnehmung des Planungsrechts für die Verlegung der Bundesstraße B 462 in Baiersbronn und Schwarzenberg

Überprüfung der kategorischen Ablehnung einer Planungsaufnahme für Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan der Kategorie „Neue Vorhaben mit Planungsrecht“, Bereitstellung von Planungsmitteln für die o.g. Verlegung bzw für die beiden Tunnel im Verlauf der B 462

KlAnfr
s. *Bundesstraße 462*
Drs 13/4343

B 27-Tunnel in Tübingen

Festhalten an der Planungsaufnahme und Realisierung des Schindhau-Basistunnels oder anderer Alternativen im Zuge einer B 27-Umfahrung von Tübingen?

KlAnfr
s. *Bundesstraße 27*
Drs 13/4397

Mitfinanzierung der Teilüberdeckung der B 14/Konrad-Adenauer-Straße in Stuttgart durch das Land

Höhe, Herkunft und Zuweisungszeitpunkt der zugesagten Mittel für den ersten Bauabschnitt der Untertunnelung der B 14

MdlAnfr
s. Bundesstraße 14
Drs 13/4532

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrasen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr
s. Bundesstraße 10
Drs 13/4995

Tunnel Falkensteig im Zuge der B 31-Baumaßnahme; hier: Planung einer Tunnelröhre als ersten Bauabschnitt

Planung und Bau von zunächst einer Tunnelröhre im Zuge der Umgehung des Ortsteils Falkensteig der Gemeinde Buchenbach, Frage nach vorbereitenden Maßnahmen des RegPräs Freiburg für eine solche vorgezogene Vorgehensweise bzw für das Gesamtprojekt mit zwei Tunnelröhren

MdlAnfr 1) Gustav-Adolf Haas SPD 27.01.2006 Drs 13/5092
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7804 7805

Vorfinanzierung von Planungskosten im Straßenbau

Gründe für die o.g. Zustimmung im Falle der Stadt Calw für die Tunnelumfahrung im Zuge der B 296 sowie für die Ablehnung im Falle der Stadt Horb und des LKreises für die B 32, Neckarquerung Hochbrücke östlich von Horb

MdlAnfr
s. Bauplanung
Drs 13/5172

Finanzierung des Branichtunnels in Schriesheim durch ein Sonderfinanzierungsprogramm des Landes

Finanzielle Absicherung des o.g. Projekts im Zuge der L 536

MdlAnfr
s. Landesstraße 536
Drs 13/5172

Abtragung der finanziellen Hypothek des Engelbergtunnels

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 675

Realisierungschancen eines Stadttunnels in Freiburg und in Schwäbisch Gmünd

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1981-1983 1991

Umsetzung der Versprechungen des Bundes zum Tunnel in Schwäbisch Gmünd und an der A 98; Abtragung der finanziellen Hypothek sowie der festgestellten Mängel des Engelbergtunnels

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2274 2276 2278 2280-2284

Zweifel am Nutzen des Katzenbergtunnels im Zuge der Rheintalbahn; Sanierungsbedarf der Fernstraßentunnel

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6800-6802 6804 6808

Bezifferung der jährlichen Belastung infolge der privaten Vorfinanzierung des Engelbergbasistunnels in Leonberg

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7308

Verweisung auf die geologischen Ursachen für die Mehrkosten beim Engelbergtunnel

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7391

Turnhalle

s. Sportstätte

Tuttlingen

Resolution des Gemeinderats der Stadt Tuttlingen zum Erschließungsbeitragsrecht

Antr
s. Erschließung von Bauland
Drs 13/376

Tuttlingen, Landkreis

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. Agrarstruktur
Drs 13/4859

Ankündigung eines besonderen Einsatzes für den Wahlkreis Tuttlingen durch den künftigen Wirtschaftsminister Pfister; Überlegungen zu einer Fusion der LKreise Tuttlingen und Rottweil

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 4962 4970 4991

Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben

Übersicht über die im Kj 2000 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit sie den Betrag von 200.000 DM überschreiten (§ 37 Abs 4 LHO i.V. mit § 7 Abs 4 StHG 2000/01)

Mittlg FM 31.08.2001 Drs 13/208

Überplanmäßige Ausgaben bei den Entschädigungen an Vollstreckungsbeamte (Kap. 0503 Tit. 459 53) im Hj 2001

Mittlg
s. Gerichtsvollzieher
Drs 13/850

Übersicht über die im Kj 2001 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit sie den Betrag von 200.000 DM überschreiten (§ 37 Abs 4 LHO i.V. mit § 7 Abs 4 StHG 2000/01)

Mittlg FM 11.09.2002 Drs 13/1308

Überplanmäßige Ausgaben für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89 d SGB VIII (Kap. 0911 Tit. 671 01)

Mittlg
s. Kinder- und Jugendhilfe

Drs 13/1566

Überplanmäßige Ausgabe für das Wohngeld nach dem WohngeldGes (Kap. 0705 Tit. 681 01); Mittlg nach § 37 Abs 4 LHO

Mittlg

s. *Wohngeld*

Drs 13/1650

Übersicht über die im Kj 2002 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit sie den Betrag von 100.000 Euro überschreiten (§ 37 Abs 4 LHO i.V. mit § 7 Abs 4 StHG 2002/03)

Mittlg FM 13.08.2003 Drs 13/2381

Überplanmäßige Ausgabe bei den Auslagen in Rechtssachen (einschließlich Reisekosten), Kap 0503 Tit 536 01 im Hj 2003

Mittlg

s. *Rechtspflege*

Drs 13/2657

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2003 für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89 d SGB VIII (Kap 0911 Tit 671 01), bei Zuschüssen zu den Kosten der Schulen an anerkannten Heimen für Minderjährige (Kap 0918 Tit 684 01) sowie bei Unterhaltsvorschüssen und Ausfallleistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes (Kap 0919 Tit 681 01)

Mittlg

s. *Kinder- und Jugendhilfe*

Drs 13/2777

Überplanmäßige Ausgabe für das Wohngeld nach dem WohngeldGes (Kap 0705 Tit 681 01) im Hj 2003; Mittlg nach § 37 Abs 4 LHO

Mittlg

s. *Wohngeld*

Drs 13/2788

Unterrichtung über die Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben bei den Kap 0330 und 0331 (Ausgabenerstattungen an die Stadt- und LKreise für die Unterbringung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen)

Mittlg

s. *Unterkunft*

Drs 13/3199

Übersicht über die im Kj 2003 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit sie den Betrag von 100.000 Euro überschreiten (§ 37 Abs 4 LHO i.V. mit § 7 Abs 4 StHG 2002/03)

Mittlg FM 06.08.2004 Drs 13/3490

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2004 beim Epl 09 - SM sowie beim Kap 0705 Tit 681 01 - IM

Mittlg FM 08.12.2004 Drs 13/3846

Übersicht über die im Kj 2004 geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben, soweit sie den Betrag von 100.000 Euro überschreiten (§ 37 Abs 4 LHO i.V. mit § 7 Abs 4 StHG 2004)

Mittlg FM 20.07.2005 Drs 13/4529

Überalterung der Bevölkerung

s. *Bevölkerungsentwicklung*

Überarbeit

s.a. *Sonntagsarbeit*

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Abschmelzen der Überstunden bei den Polizeibeamten

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/339

Personalbelastung bei der Polizei

Umfang und Art der Abgeltung der seit 1990 aufgelaufenen und künftigen Überstunden

Antr

s. *Polizei*

Drs 13/454

Innere Sicherheit in BW

Umfang und Ausgleich der Überstunden, insbes auch der iRd Fußball-WM 2006 anfallenden Mehrstunden

GrAnfr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/4752

Abschmelzen der Überstunden bei den Polizeibeamten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 367 369 377 380

Überstundenentwicklung der Bediensteten im Strafvollzug

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2138 2143 2146 2147

Überbetriebliche Ausbildungsstätte

s. *Ausbildungsstätte*

Überflutungsfläche

s. *Wasserspeicher*

Übergangsempfehlung der Grundschule

s. *Weiterführende Schule*

Übergangsgeld

s. *Übergangszahlung*

Übergangstarif RVF

s. *Verkehrstarif*

Übergangszahlung

Verschweigen von Einkünften des ehemaligen Finanzministers beim Bezug höherer Übergangsgelder

Strafrechtliche Relevanz des o.g. Vorgangs nach Auffassung der Staatsanwaltschaft; Ansehensverlust der Finanzverwaltung durch die unvollständige und verspätete Abgabe von Steuererklärungen durch Gerhard Mayer-Vorfelder sowie die nicht erfolgte Angabe von Einkünften bzw Aufwandsentschädigungen gegenüber dem Landesamt für Besoldung?

MdlAnfr

s. *Mayer-Vorfelder, Gerhard*

Drs 13/2480

Ges zur Änd des MinisterGes

Kürzung des Anspruchszeitraums für das Übergangsgeld; Reduzierung des Sockelbetrags beim Ruhegehalt nach fünfjähriger Amtszeit auf 29 % sowie des Höchstsatzes auf 70 %; Anhebung der Altersgrenze für den Bezug von Ruhegehalt auf 65 Jahre; Streichung des Altersehensoldes

GesEntw
s. *Ministergesetz*
Drs 13/3839

Überprüfung der Übergangsgelder für ausgeschiedene Abgeordnete iR einer unabhängigen Kommission

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7012

Überprüfung der Übergangsgelder für ausgeschiedene Abgeordnete iR einer unabhängigen Kommission

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7095

Überlandleitung

s. *Elektrische Leitung*

Überlingen*Situation der DLRG-Boote am badischen und württembergischen Bodensee*

Ausfall von Booten, insbes in Friedrichshafen und Überlingen, aufgrund von Finanzierungsproblemen; Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und Situation der Lebensrettung am Bodensee; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/50

Zukunft der Bodenseeregion

Beurteilung der Ansiedlung einer FH in Überlingen

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Einrichtung zusätzlicher Klassen an den beruflichen Gymnasien und Berufskollegs in Überlingen, Friedrichshafen und Ravensburg

Antr
s. *Schulklasse*
Drs 13/2003

Rettungseinsatz bei dem Flugzeugunglück bei Überlingen am 01.07.2002

Aufarbeitung der organisatorischen Schwachstellen und Koordinierungsprobleme der beteiligten Organisationen und Polizei; Vorlage des Erfahrungsberichts der LPD Tübingen

Antr
s. *Flugunfall*
Drs 13/2203

Informationsfluss iRd jüngsten Anschläge auf die Bodensee-Wasserversorgung

Art und Weise sowie Zeitpunkt der Information der zuständigen Behörden sowie der Stadt Überlingen über den o.g. Vorgang und der damit verbundenen Verunreinigung des Trinkwassers; Zeitpunkt der erstmaligen Untersuchung des von der Stadt Überlingen direkt entnommenen Trinkwassers

MdlAnfr

s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/4870

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4939

Feststellung keiner größeren Schäden in Überlingen durch den Flugzeugabsturz über dem Bodensee

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1733 1796

Koordinationsprobleme der Rettungsdienste und Polizei nach dem Flugzeugunglück bei Überlingen, Dank an die beteiligten Einsatzkräfte

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5482 5486

Bewertung des Thermalbads in Überlingen als Bereicherung der Bodenseeregion

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7962

Überplanmäßige Haushaltsausgaben

s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*

Übersetzung*Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 6)*

Dolmetscherkosten bei den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten (Drs 12/5701 III. S. 2)

Mittlg LReg 06.07.2001 Drs 13/53

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzverfahren, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer)

GesEntw
s. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*
Drs 13/1373

Überstunden

s. *Überarbeit*

Überwachung des Fernsprechverkehrs

s. *Technische Observation*

Überwachungsgerät zur Abstandsmessung

s. *Messgerät*

Übungsleiter im Sport

s. *Sportleiter*

U-Haft

s. *Haft*

Uhdlingen-Mühlhofen

Pfahlbau- und Moorsiedlungen der Jungstein- und Bronzezeit am Bodensee

Bedeutung sowie Maßnahmen und Mitteleinsatz zur Sicherung der archäologischen Kulturdenkmale, u.a. in Unteruhldingen, Auflistung der zuständigen Institutionen, Ausstrahlungen für den Fremdenverkehr und die Bildung, Zustimmung zur Initiative der Schweiz für eine Aufnahme der Pfahlbauten rund um die Alpen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes

KlAnfr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/4555

Uhrmacher

Landesfachklasse für Uhrmacher

Gründe für die Verlegung von der Goldschmiedeschule Pforzheim nach Schwenningen, Darlegung der Einzugsbereiche der Fachklasse

KlAnfr Thomas Knapp SPD 22.07.2002 und Antw KM Drs 13/1216

UKW-Frequenz

s. *Frequenzbereich*

Ulm

s.a. *Beschussamt Ulm*
s.a. *Fachhochschule Ulm*
s.a. *Ulmer Münster*
s.a. *Universität Ulm*

Erschließung Gewerbegebiet Ulm-Nord

Gründe und Auswirkungen der Verweigerung einer direkten Anbindung an die B 10; Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost; Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz

KlAnfr
s. *Gewerbegebiet*
Drs 13/510

Geschwindigkeitsmessanlage und Verkehrsleitsystem auf der A 8 zwischen Hohenstadt und Ulm/West

Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten sowie Ausfallzeiten der o.g. Einrichtungen; angezeigte Verstöße und erhobene Bußgelder seit Inbetriebnahme; Entwicklung des Verkehrs- und Unfallaufkommens; vergleichbare Anlagen auf anderen Autobahnabschnitten; Prüfung eines generellen Tempolimits und Überholverbots für Lkw

KlAnfr
s. *Verkehrslenkung*
Drs 13/713

Interimslösungen für Interregio-Ersatzverkehre

Ausschreibung o.g. Ersatzverkehre auf der Südbahn und Schwarzwaldbahn nach Klärung des Mittelausgleichs zwischen Bund und Ländern, Form der Finanzierung bis zu einer dauerhaften Vergabe, Verbesserung der Qualität der Züge, Beschleunigung der Ersatzzüge auf der Südbahn in der Interimszeit zur Erreichung wichtiger Anschlüsse in Ulm und Friedrichshafen

KlAnfr
s. *Interregio-Verkehr*
Drs 13/770

Geplantes Containerterminal im Ulmer Norden

Stand und Zeitrahmen des Genehmigungsverfahrens für den Containerbahnhof am Gewerbegebiet „Ulm-Nord“, Förderung iRd Güterverkehrskonzepts BW

KlAnfr
s. *Bahnanlage*
Drs 13/1023

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtungen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/1349

Pünktlichkeit der RB 19307 Geislingen-Ulm

Feststellung täglicher Verspätungen sowie eines zu geringen Wagenangebots auf der o.g. Regionalbahn; Kürzung der Zuschüsse an die Bahn AG aus Regionalisierungsmitteln u.a. Maßnahmen zur Durchsetzung eines sach- und vertragsgerechten Verkehrsangebots

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/1479

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubaustrecke der Bahn Ulm-Wendlingen, des tauffinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1702

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KlAnfr
s. *Öffentliches Bauvorhaben*
Drs 13/1745

Schienerverkehr im Raum Sigmaringen

Planung einer Güterbahnverbindung Ulm-Mengen-Meßkirch-Sigmaringen-Stockach als Zubringer zum Alpentransit über den Gotthard; Gefährdung des Ausbaus der Südbahn durch eine solche Verbindung?

MdlAnfr
s. *Schienerverkehr*
Drs 13/1778

US-Cross-Border-Leasing und Zuwendungsrecht

Höhe der Förderung der in Drs 13/2055 aufgelisteten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die zu Gegenständen von CBL-Geschäften wurden; Frage nach der Praxis, den rechtlichen Grundlagen und evtl Ermessensspielräumen zur Rückforderung der gewährten Zuschüsse bzw Abschöpfung des erzielten Barwertvorteils; Darlegung der Vorgehensweise bei dem für eine CBL-Transaktion vorgesehenen Kanalnetz der Stadt Ulm

Antr
s. *Leasing*
Drs 13/2201

Schadensregulierung der Folgen fehlerhafter BSE-Tests am Ulmer Schlachthof

Verweigerung einer außergerichtlichen Schadensregulierung gegenüber der Stadt Ulm - im Gegensatz zu einem gleich gelagerten Fall in Oberschwaben? Gleichbehandlung der Betroffenen von fehlerhaften Tests der vom Land zertifizierten und kontrollierten Labors

MdlAnfr
s. *BSE*
Drs 13/2480

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2670

Vorfinanzierung der DB-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und des Projekts Stuttgart 21

Baukostenansätze für die o.g. Vereinbarung, Höhe und Zeiträume der Vorfinanzierung für die einzelnen Abschnitte und der Rückzahlungsraten des Bundes, Frage nach Regelungen im Falle von Baukostenüberschreitungen und Rückzahlungsproblemen des Bundes, Auswirkungen auf künftige Landeshaushalte und andere dringliche Schienenverkehrsprojekte im Südwesten

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/2685

Veränderungen in den Zuständigkeiten innerhalb der Finanzverwaltung der Region Ulm

Darlegung o.g. Umstrukturierungen und Kriterien, Höhe des Mehraufwands innerhalb der Finanzverwaltung und bei den betroffenen Bürgern und Unternehmen, Umfang der Personalverlagerung nach Ehingen

KlAnfr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2950

Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Aktueller Kostenstand der o.g. Vorhaben, Verteilung auf die beteiligten Partner; Höhe der Gesamtkosten und der Kofinanzierung der EU in Bezug auf die vorrangigen Projekte der transeuropäischen Netze; erwartbare Zusagen und Fördervolumen der EU für Stuttgart 21 und die NBS Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3359

Finanzielle und terminliche Verbindlichkeit für den Neubau der Chirurgischen Klinik an der Universität Ulm

Übereinstimmung der am 22.07.2004 in Ulm dargestellten o.g. Eckpunkte mit der Beschlusslage im Ministerrat? Bestätigung als Arbeits- und Orientierungsgrundlage der LReg für die weiteren Planungsschritte? Frage nach der Schließung der vorhandenen Finanzierungslücke

Antr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3427

Kenntnisse der LReg zu Kostensteigerungen bei der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Informationen über Kostensteigerungen von 57 %, entsprechende Ausweitung der zugesagten Vorfinanzierung?

MdlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3425

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten in der Region Ulm

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; Stand der Planung und Bearbeitung eines Förderantrags für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Ulm-Böfingen

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3513

Status der Umsetzung der Verwaltungsreform in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Zahl der Versetzungen und Kooperationen in den einzelnen Verwaltungsbereichen, Aufgabe bzw Neuammietung von Räumlichkeiten, Auswirkungen auf die Kostensituation, Stand der Umstrukturierung der Finanzverwaltung in der Region Ulm

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3639

Neubau der Chirurgie des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg

Gründe des MinPräs für den Stopp des o.g. Projekts im Kabinett, Ergebnisse der beauftragten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Chirurgie der Universität und dem Bundeswehrkrankenhaus

MdlAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3827

Aufhebung des Kabinettsbeschlusses zum Stopp des Neubaus der Chirurgie im Universitätsklinikum Ulm

Herbeiführung einer neuen, positiven Entscheidung auf der Grundlage der damaligen Kabinettsvorlage

Antr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3828

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg
Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3868

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3971

Regionalfernsehen im Bereich Ulm/Alb-Donau

Stand der o.g. Planung und des Genehmigungsverfahrens, Art der notwendigen grenzüberschreitenden Abstimmung mit dem Freistaat Bayern

KlAnfr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3973

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3983

Unterrichtsausfall an den Schulen in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Unterrichtsausfall im Pflichtbereich bzw in Mathematik und in den naturwissenschaftlichen Fächern an den einzelnen Schularten seit Beginn des Schuljahrs; Umfang und Ausgleich der angefallenen Mehrarbeit; Zahl der eingerichteten Krankheitsstellvertretungen in den letzten fünf Jahren

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/3995

Polizeieinsätze bei Fußballspielen

Art und Umfang o.g. Einsätze bei den Spielen im Profi- und Amateurfußball; Höhe der Kosten für die Beamten der verschiedenen Laufbahnen, für Fahrzeuge, Hubschrauber und sonstigen Sachaufwand; Darlegung am Beispiel des Oberligaspiels zwischen Ulm und Reutlingen am 06.05.2005 in Ulm; Zusammenarbeit zwischen Polizei und Fan-Beauftragten der Vereine; Höhe der möglichen Einnahmen im Falle der Wiedereinführung einer

Erstattungsregelung

KlAnfr
s. *Fußball*
Drs 13/4354

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs zwischen Grubingen und der Albhochfläche

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4401

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Vernetzung mit der Wirtschaft, insbes des Transfers von Forschungsergebnissen und der Technikfolgenabschätzung seit 1985; Höhe und Wirkungen der Förderung, Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Arbeitsmarktdaten, Existenzgründungen und Betriebsansiedlungen; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Kooperation mit Bayern; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen; Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, geplante Projekte bis 2010; Wettbewerbsfähigkeit der Region als Hochtechnologiestandort, Abbau von Defiziten

GrAnfr GRÜNE 27.07.2005 und Antw MWK Drs 13/4584 (44 S.)

Ausbau und Elektrifizierung der Südbahn und der Strecke zwischen Friedrichshafen und Lindau

Auswirkungen verspäteter Ankünfte in Ulm auf den dortigen Anschluss an den Fernverkehr, Darstellung der bisherigen und geplanten Verbesserungsmaßnahmen, Abschluss einer Vereinbarung über die Elektrifizierung Friedrichshafen-Lindau mit Bayern, Vermeidung einer konkurrierenden Elektrifizierung der Strecke über Memmingen, Aufnahme der Elektrifizierung der Südbahn in das GVFG-Förderprogramm

Antr
s. *Südbahn*
Drs 13/4571

Internationale Schule in Ulm (ISU)

Darlegung o.g. Planungen und der in Aussicht gestellten Unterstützung, Unterbringungsmöglichkeiten in landeseigenen Liegenschaften, Frage nach den zu erwartenden Sanierungs- und Umbaukosten bzw nach Nutzungsinteressen anderer Institutionen des Landes

KlAnfr
s. *Privatschule*
Drs 13/4629

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4644

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4828

Verkehrsbindung des Container-Bahnhofs Ulm-Nord an die Autobahn

Hinwirkung auf die Zustimmung der BReg zu einem von Gutachtern empfohlenen Doppelanschluss an der A 8

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4870

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Ulm mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/4918

Status und weitere Förderung von Unternehmen in der TechnologieFörderungsUnternehmen GmbH (TFU) der Grenzregion Ostwürttemberg/Ulm/Neu-Ulm

Höhe der gewährten Fördermittel an o.g. Existenzgründer u.a. Firmen in den letzten fünf Jahren, Anteil der am Markt erfolgreichen bzw gescheiterten Empfänger, Umfang und Gründe der Rückforderung von Fördermitteln, Darstellung der bearbeiteten Technologiefelder sowie der künftigen Unterstützung von Existenzgründungen

KlAnfr
s. *Technologieförderung*
Drs 13/4936

Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Kulturdenkmälern Ulmer Münster und Valentinskapelle

Art, Kosten und Kostenträger der o.g. Maßnahmen in den letzten fünf Jahren; Einschätzung des aktuellen und künftigen Bedarfs, Frage nach einem Zeit- und Finanzierungsplan der Denkmalbehörde

KlAnfr
s. *Restaurierung*
Drs 13/4982

Unterrichtsversorgung im Stadtkreis Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, außerschulischen Verpflichtun-

gen der Lehrer, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/5030

Status Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Projekte; Art der vorgesehenen Finanzierungsmodelle; Zeitpunkt der Entscheidung und Vollendung der Vorhaben

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5122

Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Ulm

Überlegungen und Finanzierungsmöglichkeiten zum Aufbau eines neuen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Frage nach Entwicklungsperspektiven für die Schwerpunkte Biotechnologie, Logistik und Fahrzeugsystemtechnik

KlAnfr Martin Rivoir SPD 15.02.2006 und Antw MWK Drs 13/5174

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

Änderungen des Senderangebots im Kabelnetz der Kabel BW GmbH und Co. KG in der Region Ulm

Gründe für die Abschaltung des Senders ORF 2 im analogen Kabelnetz; Unterstützung einer Revision dieser Entscheidung

KlAnfr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/5188

DVB-T in der Region Ulm

Zeitpunkt und Art der Einführung, Frage nach Programmveranstaltern und der Zuweisung digitaler Kapazitäten

KlAnfr
s. *Fernsehen*
Drs 13/5208

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5234

Neubau der Chirurgie am Universitätsklinikum Ulm
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des o.g. Vorhabens

KlAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/5235

Errichtung eines Brennstoffzellen-Kompetenzzentrums in Ulm
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 431

Errichtung eines Brennstoffzellen-Kompetenzzentrums in Ulm
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 961

Streichung der Stelle der Ulmer Frauenbeauftragten durch OB Ivo Gönner
PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2048

Ablehnung einer Eingliederung der Polizeidirektion Ulm in das Landratsamt des Alb-Donau-Kreises
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3133

Verlagerung städtischer Aufgaben in Ulm auf privatisierte Gesellschaften
PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3767

Bündelung von Gerichtsstandorten in Ulm
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3871-3873 3879

Verankerung der Brennstoffzellenforschung in Ulm, Errichtung eines Weiterbildungszentrums
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4585-4590

Ulmer Münster

Aufnahme des Ulmer Münsters in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes
KlAnfr Martin Rivoir SPD 14.07.2005 und Antw IM Drs 13/4521

Restaurierungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Kulturdenkmälern Ulmer Münster und Valentinskapelle

Art, Kosten und Kostenträger der o.g. Maßnahmen in den letzten fünf Jahren; Einschätzung des aktuellen und künftigen Bedarfs, Frage nach einem Zeit- und Finanzierungsplan der Denkmalbehörde

KlAnfr
s. *Restaurierung*
Drs 13/4982

Vergleich der Höhe von geplanten Windkraftanlagen im Schwarzwald mit dem Ulmer Münster
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7796 7799

UMEG

s. *Umweltmessung*

Umfrage

Offenlegung von Umfrageergebnissen durch die LReg
Vorlage der Ergebnisse sämtlicher Meinungsumfragen der LReg gegenüber den Fraktionen des Ltg

Antr SPD 19.02.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/1809
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4482-4487

Versendung von Fragebogen durch die Landratsämter

Abfrage personenbezogener Daten von Mitarbeitern der im Zuge der Verwaltungsreform evtl zu übernehmenden Sonderbehörden, Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte sowie der Notwendigkeit solcher Aktionen, Folgen einer Verweigerung der Angaben, Frage nach dem Kenntnisstand der LKreise über die für sie entstehenden Kosten der Verwaltungsreform

Antr SPD 16.12.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2741

Fremdfinanzierte demoskopische Erhebungen im Interesse der LReg?

Frage nach o.g. Kooperationen der LReg oder Ministerien seit der letzten WP, Überprüfung iRd Korruptionsprävention?

MdlAnfr 2) Heike Dederer GRÜNE 25.03.2004 Drs 13/3056
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4725-4727

Landespolitische Umfrage von Infas im Mai 1999

Zustandekommen, Finanzierung und Verwertung der o.g. Umfrage zur Wirtschaftspolitik der LReg, Offenlegung sämtlicher Unterlagen, Frage nach beteiligten Politikern und Bediensteten sowie Verantwortlichen für eine Pressemitteilung und deren Verteilung auf dem FDP-Bundesparteitag, Angabe des WM neben Infas auf den einzelnen Ergebnisbögen der Umfrage als Quelle

Antr SPD 27.04.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3143

Offenlegung von Umfrageergebnissen durch die LReg

Vorlage der Ergebnisse der im Juni 2004 im Auftrag des StM durchgeführten Meinungsumfrage durch das Institut für Demoskopie Allensbach sowie aller künftigen Umfragen der LReg gegenüber den Fraktionen des Ltg

Antr SPD 09.08.2004 und Stellungnahme StM Drs 13/3493

Durchführung von so genannten Zufriedenheitsanalysen unter den Belegschaften von GKN und anderen Kernkraftwerken

Gründe für die o.g. Mitarbeiterbefragung der Atomaufsichtsbehörde, Frage nach Problemen innerhalb der Belegschaften und möglichen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit sowie nach Widerständen der Anlagen- bzw Konzernleitung gegen das Vorhaben

Antr
s. *Kernkraftwerk Neckarwestheim*
Drs 13/3862

Zustandekommen, Finanzierung und Verwertung einer Umfrage von Infas zur Wirtschaftspolitik der LReg

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4779-4797

Auftauchen der „Umfrageaffäre“ im Zuge der Beweiserhebung des UA zur FlowTex-Affäre, Scheitern der Aufklärung aufgrund des Aussageverweigerungsrechts und von Erinnerungslücken der Zeugen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567 7570 7572-7574 7576 7577

Umgehungsstraße

s. *Ortsumgehung*

Umkirch

Finanzierungsvorbehalt beim Bau der Bundesstraße B 31 - Ortsumfahrung Umkirch

Gründe für die Mittelbereitstellung 2005 unter dem Vorbehalt von Lkw-Mauteinnahmen

MdlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/3827

B 31-West - Ortsumgebung Umkirch

Auswirkungen der Haushaltssperre auf das im Bau befindliche Projekt, Einleitung eines neuen Planfeststellungsverfahrens für den 2. Bauabschnitt

KlAnfr
s. *Bundesstraße 31*
Drs 13/4380

Umsatzsteuer

s.a. Mehrwertsteuer

Umsatzsteuerbelastung für die Gastronomie im europäischen Vergleich

Unterstützung von Bestrebungen zur Senkung des Umsatzsteuersatzes für die Gastronomie bzw bestimmte Dienstleistungen? Auswirkungen einer Harmonisierung der Steuersätze innerhalb der EU

KlAnfr Thomas Blenke CDU 12.06.2001 und Antw FM Drs 13/4

Umsatzsteuermehreinnahmen

Maßnahmen zur Eindämmung des Umsatzsteuerbetrugs, Erwartung bzw Etatisierung von entsprechenden Mehreinnahmen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 27.06.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/34 (80 S.)

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 22)

Wirksamkeit der Umsatzsteuerprüfung (Drs 12/5701 XIII. S. 7)

Mittlg
s. *Steuerprüfung*
Drs 13/37

Wettbewerbsvorteil der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt BW (FMPA) durch Erbringen normaler Ingenieurleistungen ohne Berechnung der Mehrwertsteuer

Umgehung der Umsatzsteuerpflicht durch die FMPA zulasten von gewerblichen Anbietern, Frage nach einem Handlungsbedarf seit Erteilung der Stellungnahme zu Drs 12/3606

Antr
s. *Materialprüfung*
Drs 13/275

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Art und Umsetzungsstand von Maßnahmen auf Ebene der EU, des Bundes und der Länder; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung, Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung; Relevanz der novellierten EU-Geldwäscherichtlinie

Antr Herbert Moser u.a. SPD 02.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1128
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.12.2002 Drs 13/1725 S. 10 11
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Höhe der Einnahmen durch die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs im Land

Bezifferung der Mehreinnahmen und dafür notwendigen Ausgaben (Aufwand für Sonderprüfungen) 2002 und in den Folgejah-

ren bis 2005

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 22.01.2003 und Antw FM Drs 13/1695

Vor der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehungen in der Bildungspolitik - Aktiv kooperieren, Chancen nutzen!

Hinwirkung auf eine dauerhafte Finanzierung von Ganztagschulen durch die Länder über eine Modifizierung der Umsatzsteuerverteilung

Antr CDU und FDP/DVP 19.02.2003 Drs 13/1802
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2607-2625

Entwicklung der Umsatzsteuer und des Umsatzsteuerbetrugs

Gründe für die Auseinanderentwicklung von Wirtschaftswachstum und Umsatzsteueraufkommen; personelle und organisatorische Maßnahmen zur Beseitigung der Mängel bei der Umsetzung des Steuerverkürzungsbekämpfungsges; erreichtes Personalsoll für die Umsatzsteuer-Sonderprüfung; Nutzung der beim Bundesamt für Finanzen eingerichteten Datenbank durch die Finanzverwaltung, Handhabung der Inanspruchnahme des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung

Antr Herbert Moser u.a. SPD 11.03.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1867
BeschlEmpf und Bericht FinA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 68
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Aufhebung der Umsatzsteuerbefreiung im grenzüberschreitenden Flugverkehr; Zustimmung der LReg im BRat bzw Vermittlungsausschuss

Zustimmung bei der Beratung des Steuervergünstigungsabbau-Ges

Antr GRÜNE 25.03.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1935
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.12.2003 Drs 13/2934 S. 3 4
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Einnahmen der Kommunen aus Steuern seit 1993 differenziert nach Gewerbe- und Grundsteuer sowie nach dem Anteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer; Beurteilung der Vorschläge zur Rückführung der Gewerbesteuerumlage und Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz- und Einkommensteuer

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Zukunft der Steuerverwaltung

Fortführung des Stellenabbaus trotz der vom RH festgestellten Personaldefizite bei der Umsatzsteuer-Sonderprüfung zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs?

Antr
s. *Finanzverwaltung*
Drs 13/2025

Bundeseinheitliche Steuernummer

Gründe und Auswirkungen unterschiedlicher Steuernummern für Bürger und Unternehmen in den einzelnen BLändern, Frage nach Plänen für eine weitere Umsatzsteuer-Identifikationsnummer; Eintreten für die Einführung einer bundeseinheitlichen Steuernummer i.S.d. angestrebten Bürokratieabbaus

Antr
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/3027

Mehrwertsteuerbefreiung von Heilpraktikerschulen

Umsatzsteuerliche Behandlung von privaten Heilpraktikerschulen, Auswirkungen der neuen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs auf die bisher gängige Praxis? Frage nach einer bundeseinheitlichen Vorgabe

KlAnfr
s. *Heilpraktiker*
Drs 13/3235

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbmäßigen oder bandenmäßigen Steuerhinterziehung

Antr
s. *Steuerstrafverfahren*
Drs 13/3933

Maßnahmen zur Bekämpfung der Umsatzsteuerkriminalität

Effizienz der beschlossenen Maßnahmen und Instrumente auf EU-, Bundes- und Landesebene; Bewertung der zentralen Koordinierungsstellen und Datenbank beim Bundesamt für Finanzen, Stand der Einführung eines bundesweiten EDV-Risiko-Management-Systems zur Bekämpfung von betrügerischen Umsatzsteuerkarussell-Geschäften, Untersuchungsergebnisse zu möglichen Systemänderungen; Organisation der Umsatzsteuer-Sonderprüfgruppen nach der Zusammenlegung der OFD; Personaleinsatz, Intensität und Ergebnisse der Umsatzsteuerprüfung; Erfahrungen mit der Zusammenarbeit der Finanzverwaltung mit anderen Behörden

Antr Herbert Moser u.a. SPD 04.05.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4302
BeschlEmpf und Bericht FinA 14.07.2005 Drs 13/4592 S. 4
5
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Situation und Perspektiven der Finanzlage der Kommunen

Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine höhere Beteiligung an der Umsatz-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Einräumung eines örtlichen Hebesatzrechts

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/4367

Forstwirtschaftliche Verarbeitung von Erdaushub und die steuerrechtlichen Konsequenzen

Gegenseitige Aufrechnung der Vergütungsansprüche aus der o.g. Praxis zwischen Gemeinde und Bauunternehmer, Beurteilung aus abfall- und steuerrechtlicher Sicht, insbes des Verzichts der Gemeinden auf Einnahmen aus der Umsatzsteuer

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/4522

Umsatzsteuerbetrug und die Finanzverwaltung in BW

Auswirkungen der beschlossenen Maßnahmen von Bund und Ländern, Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe auf Bund-Länder-Ebene, Stand der Einführung eines bundeseinheitlichen EDV-Risiko-Management-Systems; Entwicklung der

Mehreinnahmen aus der Tätigkeit der Steuerfahndung seit 2000 bzw der Zahl von Fahndern, Prüfern, Vollstreckungsbeamten und Finanzermittlern; angestrebte Personalentwicklung der Finanzverwaltung bis 2009; Verbesserung der (EDV-)technischen Ausstattung, Einrichtung eigener Internet-Adressen der Bediensteten; Änderung der Vertrauensschutzregelung im UStG über den BRat?

Antr Nils Schmid u.a. SPD 14.12.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4966

Kritik am Umsatzsteuererlass des BFinanzMin gegenüber der Post

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1033

Ablehnung der geplanten Erhebung von Umsatzsteuer auf Flugpreise auf innerdeutschen Strecken, Bewertung als Wettbewerbsverzerrung

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2411 2412 2419 2420 2423 2427
2428 2430-2432

Verknüpfung der Umsatzsteuer eines Unternehmens mit der Zahl von Arbeitsplätzen, Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Gemeinden

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2765

Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Gemeinden

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3623 3634 3635 3640 3646

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Erzielung von Mehreinnahmen durch verstärkte Sonderprüfungen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Notwendigkeit eines EU-einheitlichen, vereinfachten Systems; Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Gemeinden

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4447 4452

Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Erzielung von Mehreinnahmen durch verstärkte Sonderprüfungen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Ausmaß bzw Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6981 6982

Konsequente Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs, Abschaffung des ermäßigten Steuersatzes für Hundefutter, Schnittblumen u.ä.

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7341 7342

Umsatzsteuerbetrug

s. *Steuerdelikt*

UMTS

Verwendung der UMTS-Lizenzentnahmen

Höhe und Art der Verwendung der den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalbkreis zugewiesenen Mittel aus den Zinsersparnissen des Bundes, insbes für Maßnahmen zugunsten der beruflichen Schulen

KlAnfr Rita Haller-Haid SPD 19.10.2001 und Antw KM Drs 13/347

Multimediaoffensive für die Schulen

Einsatz von UMTS-Zinsersparnissen des Bundes für zusätzliche IuK-Investitionen an beruflichen Schulen

Antr
s. *Medien*
Drs 13/372

Mobilfunk in BW; Investitionen und Stand des Netzausbaus, insbes UMTS

Darlegung o.g. Daten im Vergleich mit anderen BLändern, Restriktionen und Zeitdauer der Genehmigungsverfahren für Antennenanlagen u.a. technische Einrichtungen, Zurückhaltung der Gemeinderäte bei der Erteilung des Einvernehmens für genehmigungsbedürftige Anlagen, Bewertung als Gründe für die Umorientierung der Mobilfunkwirtschaft in andere BLänder; Änd der LBO zur Beschleunigung der Verfahren

Antr
s. *Funkverkehr*
Drs 13/1706

Forschung über Risiken des Elektrosmogs

Vom Land bzw mit Landesbeteiligung vergebene Forschungsprojekte über die Auswirkungen von Funkwellen auf den menschlichen Organismus, Kosten und Ergebnisse der Projekte, Information der Öffentlichkeit, Begründung des geplanten Abbaus der Genehmigungspflicht für den Bau von UMTS-Sendeanlagen

KlAnfr
s. *Smog*
Drs 13/1941

Kritik an der alleinigen Vereinnahmung der UMTS-Erlöse durch den Bund, Erhebung von Klage beim BVerfG; Einschätzung der Zunahme von UMTS-Anlagen ab dem Jahr 2003

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203 242-245

Lob der BReg für die Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 339

Finanzierung des Zukunftsinvestitionsprogramms für den BFernstraßenbau aus den UMTS-Erlösen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 662-664 673

Kritik an der alleinigen Vereinnahmung der UMTS-Erlöse durch den Bund

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 854 870 896

Kritik an der alleinigen Vereinnahmung der UMTS-Erlöse durch den Bund, Finanzierung eines Investitionsprogramms mit den Zinsersparnissen aus der Schuldentilgung

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1170 1171 1176 1177 1204

Verwendung der UMTS-Erlöse zum Schuldenabbau durch den Bund

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1584

Gewerbesteuer ausfälle infolge der Versteigerung der UMTS-Lizenzen

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216 2225

Ausbau des UMTS-Netzes in BW, Genehmigungsfreiheit der Errichtung von Antennenanlagen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3502-3504

Ausbau des UMTS-Netzes in BW, Genehmigungsfreiheit der Errichtung von Antennenanlagen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3689-3694

Höhe und Verwendungszwecke der UMTS-Einnahmen des Bundes, Feststellung von Steuermindereinnahmen der Länder und Kommunen in gleicher Höhe

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4246

Umwelt

s.a. *Haftung*
s.a. *Kommunaler Umweltfonds*
s.a. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*
s.a. *Ökologie*
s.a. *Umweltakademie*
s.a. *Umwelterziehung*
s.a. *Umweltforschung*
s.a. *Umweltgefährdung*
s.a. *Umweltkonferenz*
s.a. *Umweltplan*
s.a. *Umweltschaden*
s.a. *Umweltschutz*
s.a. *Umweltsteuer*
s.a. *Umwelttechnik*
s.a. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
s.a. *Umweltzertifikat*

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Forschungsprojekte und -ergebnisse, bisherige und absehbare Auswirkungen der Klimaveränderung auf Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft; Zunahme von schweren Unwettern, Niederschlägen und Hochwasser, insbes auch durch frühere Schneeschmelze und Abtauen der Gletscher, Erhöhung der Bodenerosion und Eutrophierung der Oberflächengewässer durch verstärkte Sonneneinstrahlung, Auswirkungen auf das Artenspektrum und die Fischerei, Aussagen des renommierten Klimaforschers Prof. Grassl

GrAnfr
s. *Klima*
Drs 13/734

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Maßnahmen und Programme zur Umsetzung der Ziele des Umweltplans, u.a. Rückführung des Ressourcenverbrauchs, Nutzung erneuerbarer Rohstoffe wie Holz zum Bauen und zur Erzeugung von Energie und Wärme, Energieeinsparung bei Elektrogeräten und Gebäuden durch energetische Sanierung und Wärmeschutz, Trinkwassereinsparung durch Nutzung von Niederschlagswasser, Schulung von Multiplikatoren, Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs; Entwicklung der Schutzgebiete, Ausmaß des Grunderwerbs seit 1998, Fortschreibung der Konzeption für die PLENUM-Projekte und Naturschutzzentren, Ausweitung und Vernetzung von Biotopen und ökologischen Vorrangflächen

GrAnfr SPD 20.02.2003 und Antw UVM Drs 13/1821 (27 S.)

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des

privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Feststellung einer Ausblendung des Themas Umwelt aus der Regierungserklärung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3636 3642 3649

Umwelt- und Verkehrsminister

s. *Minister für Umwelt und Verkehr*

Umweltakademie

s.a. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*

s.a. *Umwelterziehung*

Sachliche Darstellung oder Polemik gegen Windkraftanlagen in einer Presseinformation der Umweltakademie des Landes?

Aussagen und Ergebnisse einer von der Umweltakademie veranstalteten Tagung „Windkraftanlagen - eine Bedrohung für Vögel und Fledermäuse?"; Vereinbarkeit mit den davon abweichenden Aussagen der o.g. Pressemitteilung; Risikobewertung von Windkraftanlagen für Vögel im Vergleich zu Freileitungen; Stellungnahme zu der polemischen Rede eines CDU-Abgeordneten gegen die Windkraftnutzung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2555

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Bewertung des Konfliktpotenzials der Trinkwasserversorgung, Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Umweltakademie mit dem indischen Bundesstaat Gujarat

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 17) - Haushalts- und Wirtschaftsführung der Akademie für Natur- und Umweltschutz BW

Prüfung einer Integration der Akademie in die Landesanstalt für Umweltschutz, Einführung eines Qualitätssicherungssystems für die Veranstaltungen der Akademie

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XIV. S. 6
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 01.07.2005 Drs 13/4460
Mittlg LReg 22.09.2005 Drs 13/4653

Umweltbelastung

s. *Umweltgefährdung*

Umweltbildung

s. *Umwelterziehung*

Umwelterziehung

s.a. *Umweltakademie*

Umweltbildung in BW

Vermittlung o.g. Kenntnisse und Erfahrungen bereits im Kindergarten, Frage nach entsprechenden Hilfestellungen für Erzieherinnen; Erweiterung des Kooperationsmodells Schule/Verein auf die Bereiche Natur und Umwelt

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU und Richard Drautz FDP/DVP 08.05.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/986 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 76-78

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Mittlg LReg 24.04.2003 Drs 13/2024

Erhebung von Gebühren für umweltpädagogische Veranstaltungen von Bildungseinrichtungen durch die Forstverwaltung

Hinwirkung auf gebührenfreie Genehmigung von Waldexkursionen bzw Erteilung einer Pauschalgenehmigung für die o.g. Einrichtungen

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 04.07.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1140

BeschlEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1638 S. 15 16

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Waldpädagogik in BW - Auswirkungen der Verwaltungsreform

Verankerung der Waldpädagogik als Bestandteil der Umweltpädagogik in den neuen Bildungsplänen; Kooperation und Miteinsatz der Forstverwaltung und des KM; Auswirkungen der Verwaltungsreform auf das Haus des Waldes in Stuttgart, auf die Waldklassenzimmer in Karlsruhe und Mannheim, die vier Waldschulheime u.a. Einrichtungen; Verhinderung eines Abbaus der Kapazitäten

Antr
s. *Wald*
Drs 13/2798

Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014 - Gesamtkonzept für BW

Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung o.g. Ziele, Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, (nachträgliche) Beteiligung am BLK-Programm „Transfer 21“; Vorlage einer Bestandsaufnahme aller Aktivitäten und Projekte im Bereich der schulischen und außerschulischen Umweltbildung, Installation eines Landesarbeitskreises sowie eines Beauftragten für Umweltbildung nach dem Beispiel Bayerns, Einrichtung eines Multiplikatorenprogramms für alle Schulen

Antr GRÜNE 03.02.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4020

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 18 19

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Waldpädagogik als gesetzlicher Bildungsauftrag der Landesforstverwaltung

Personelle und organisatorische Struktur der Landesforstverwaltung zur Erfüllung des Bildungsauftrags, Entwicklung der Angebote und Teilnehmerzahlen, Sicherung der Qualität der Waldpädagogik als Bestandteil der Umweltpädagogik

Antr Helmut W. Rüeck u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4891
 BeschlEmpf und Bericht LandWA 15.02.2006 Drs 13/5138 S. 115 116
 PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Umweltforschung

s.a. *Umwelttechnik*

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Forschungsprojekte und -ergebnisse, bisherige und absehbare Auswirkungen der Klimaveränderung auf Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft; Zunahme von schweren Unwettern, Niederschlägen und Hochwasser, insbes auch durch frühere Schneeschmelze und Abtauen der Gletscher, Erhöhung der Bodenerosion und Eutrophierung der Oberflächengewässer durch verstärkte Sonneneinstrahlung, Auswirkungen auf das Artenspektrum und die Fischerei, Aussagen des renommierten Klimaforschers Prof. Grassl

GrAnfr
 s. *Klima*
 Drs 13/734

Ermöglichung zusätzlicher Projekte in der Umweltforschung durch Mittel der Zukunftsoffensive III

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1026 1037

Stand und Ergebnisse der Erforschung von Ursachen und Wirkungen der Klimaveränderungen, Intensivierung der Anstrengungen und Konsequenzen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827 1829 1833 1836 1837

Umweltgefährdung

s.a. *Bodenerosion*

s.a. *Störfall*

s.a. *Umweltschaden*

Umweltbelastungen durch die Aluminiumschmelze Bruch

Ergebnisse der Altlastenerkundung und -sanierung im Bereich des o.g. Unternehmens in Asperg, LKreis Ludwigsburg; Umsetzung der in einem Gutachten bzw vom Gewerbeaufsichtsamt vorgeschlagenen Maßnahmen, Minimierung der Geruchsbelästigungen bei Schlackenabstichen und beim Verladen der Schlacken, Beseitigung der Mängel bei der Fassung und Lagerung von Öl-Wasser-Emulsionen?

KlAnfr
 s. *Bruch GmbH, Asperg*
 Drs 13/348

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Forschungsprojekte und -ergebnisse, bisherige und absehbare Auswirkungen der Klimaveränderung auf Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft; Zunahme von schweren Unwettern, Niederschlägen und Hochwasser, insbes auch durch frühere Schnee-

schmelze und Abtauen der Gletscher, Erhöhung der Bodenerosion und Eutrophierung der Oberflächengewässer durch verstärkte Sonneneinstrahlung, Auswirkungen auf das Artenspektrum und die Fischerei, Aussagen des renommierten Klimaforschers Prof. Grassl

GrAnfr
 s. *Klima*
 Drs 13/734

Antworten des Landesentwicklungsplans auf die Gefährdung von Lebensgrundlagen durch Umweltbelastungen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 760

Feststellung einer Zunahme von Umweltbelastungen nach der umweltökonomischen Gesamtrechnung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3780 3781 3784-3786

Entwicklung der vom Lkw-Verkehr ausgehenden Umweltbelastungen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7103 7104 7108 7110

Umwelthaftung

s. *Haftung*

Umweltkonferenz

s.a. *Agenda 21*

s.a. *Nachhaltige Entwicklung*

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Forschungsprojekte und -ergebnisse, bisherige und absehbare Auswirkungen der Klimaveränderung auf Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft; Zunahme von schweren Unwettern, Niederschlägen und Hochwasser, insbes auch durch frühere Schneeschmelze und Abtauen der Gletscher, Erhöhung der Bodenerosion und Eutrophierung der Oberflächengewässer durch verstärkte Sonneneinstrahlung, Auswirkungen auf das Artenspektrum und die Fischerei, Aussagen des renommierten Klimaforschers Prof. Grassl

GrAnfr
 s. *Klima*
 Drs 13/734

Bilanz der lokalen Agenda 21 zehn Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1025

Erinnerung an die Vorgaben der Umweltkonferenz von Rio und der Folgekonferenzen, Zwischenergebnisse des Umweltplans BW

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3775 3776 3778 3786

CO₂-Emissionen der Industrieländer gemessen an den Zielvorgaben der Umweltkonferenz von Kyoto

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735-4738 4746

CO₂-Emissionen in BW gemessen an den Zielvorgaben der Umweltkonferenz von Kyoto

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5869 5913 5914

Umweltmessung

s.a. *Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz*

s.a. Landesanstalt für Umweltschutz
s.a. Messgerät

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 13)

Privatisierung von Aufgaben im Bereich der Umweltmessungen, Auswirkungen und Konsequenzen

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 IX. S. 3

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 12.08.2002 Drs 13/1257

Eingliederung der UMEG in die Landesanstalt für Umweltschutz im Zuge der Verwaltungsreform

Ausgestaltung, Organisation und Auswirkungen der o.g. Eingliederung, insbes auf die Beschäftigten der UMEG; Zustandekommen der vorgegebenen Effizienzrendite von 20 %, Umfang und Bereiche von Stelleneinsparungen

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 21.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2653

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 34-36

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Ges zur Vereinigung der Landesanstalt für Umweltschutz BW und der UMEG, Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit BW

Bündelung der Umweltverwaltung mit der o.g. Vereinigung zur Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz; Fortführung als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts; Regelung der Aufgaben, Organe, Aufsicht, des Dienstverhältnisses der Beamten sowie der Mitteletatistierung im Epl 10; Änd des ErnennungsGes, des LBesoldungsGes, LBeamtenGes sowie der BeamtenrechtszuständigkeitsVO; Außerkrafttreten des Ges zur Errichtung der UMEG

GesEntw

s. Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz

Drs 13/4523

Bewertung der Gründung der Gesellschaft für Umweltmessungen und Umwelterhebungen (UMEG) als missglücktes Beispiel einer Privatisierung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 546 548

Information der vom Emissionshandel betroffenen Anlagenbetreiber durch die UMEG

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4746

Umweltminister

s. Minister für Umwelt und Verkehr

Umweltministerin

s.a. Minister für Umwelt und Verkehr

Berufung und Vereidigung von Tanja Gönner zur/als Umweltministerin

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Feststellung einer Abschiebung von Ministerin Gönner in ein Rumpfministerium, Kritik an der Verlagerung des Verkehrsreichs in das IM

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6492 6494

Verlagerung des Verkehrsressorts vom UVM zum IM, Bewertung der Vorstöße der Ministerin zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke als Profilierungsversuche

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6678-6683

Umweltpädagogik

s. Umwelterziehung

Umweltplan

Entwicklung des Luftverkehrs und der Flughafenstandorte in BW

Stand und Zumutbarkeit der Belastungen im Filderraum durch Lärm, Schadstoffe, neue Messe u.a.; Frage nach Machbarkeitsstudien für eine zweite Landebahn in Stuttgart, nach einer Gesamtbeurteilung aller Einzelmaßnahmen sowie Vereinbarkeit mit den Zielen des Umweltplans

GrAnfr

s. Luftfahrt

Drs 13/545

Umsetzung der AGENDA 21 in BW

Begleitung und Förderung der lokalen Agenda-Prozesse in den Kommunen und LKreisen, interministerielle Abstimmung und Bündelung der Maßnahmen, Bemühungen um eine stärkere ökologische und soziale Nachhaltigkeit der Politik im Zusammenhang mit der Analyse und den Zielen des Umweltplans

Antr

s. Agenda 21

Drs 13/1007

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Maßnahmen und Programme zur Umsetzung der Ziele des Umweltplans, u.a. Rückführung des Ressourcenverbrauchs, Nutzung erneuerbarer Rohstoffe wie Holz zum Bauen und zur Erzeugung von Energie und Wärme, Energieeinsparung bei Elektrogeräten und Gebäuden durch energetische Sanierung und Wärmeschutz, Trinkwassereinsparung durch Nutzung von Niederschlagswasser, Schulung von Multiplikatoren, Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs; Entwicklung der Schutzgebiete, Ausmaß des Grunderwerbs seit 1998, Fortschreibung der Konzeption für die PLENUM-Projekte und Naturschutzzentren, Ausweitung und Vernetzung von Biotopen und ökologischen Vorrangflächen

GrAnfr

s. Umwelt

Drs 13/1821

2 Jahre Umweltplan BW - eine erste Zwischenbilanz

Ziele und Zwischenergebnisse in den Bereichen Abfallwirtschaft, Klimaschutz, Flächenverbrauch und -recycling, Schadstoffreduktion, Luftreinhaltung, rationelle Energieverwendung, Boden-, Gewässer-, Hochwasser- und Lärmschutz; Auswirkungen der Änd rechtlicher Rahmenbedingungen vonseiten der EU und BReg, insbes des Atomrechts; Anstrengung von Verbesserungen über den BRat; Bewertung der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirats BW; Fortschreibung des Umweltplans

GrAnfr CDU 27.02.2003 und Antw UVM Drs 13/1853 (57 S.)

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3775-3791

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Verankerung der vom Nachhaltigkeitsbeirat vorgeschlagenen quantitativen Ziele im Umweltplan

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/3084

Klimaschutzprogramm des Landes

Vergleich der Ziele im Umweltplan mit der Entwicklung der CO₂-Emissionen, Anteil der verkehrsbedingten Emissionen, Auswirkungen der Kürzungen des „Energiesparprogramms Altbau“ und des „Demonstrationsprogramms zur rationellen Energienutzung“; Vorlage eines Klimaschutzprogramms zur Umsetzung der im Umweltplan verankerten Ziele

Antr
s. *Klima*
Drs 13/3462

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LABfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw
s. *Bodenschutz*
Drs 13/3677

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Entwicklung des Flächenverbrauchs seit 1994, Maßnahmen zur Umsetzung der mit dem Umweltplan BW angestrebten Reduzierung, Unterstützung der Gemeinden im Vorfeld der Fortschreibung der kommunalen Flächennutzungsplanung, Werbung um die Aufstellung von Baulückenkatastern, Anreize der Förderprogramme zur verstärkten Innenentwicklung der Kommunen in Ballungszentren und im ländlichen Raum

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/3755

Umsetzung des Umweltplans mit den Kommunen und der Wirtschaft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47

Kritik der Wirtschaft und Naturschützer am Umweltplan BW, Bewertung als ausgewogene Diskussionsgrundlage

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 278 279

Kritik am Verzicht auf die Umsetzung der im Umweltplan formulierten Ziele

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 821

Umsetzung der Vorgaben des Umweltplans, Konkretisierung der nächsten Schritte

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1022 1023 1025 1026 1035-1037

Anmahnung einer Umsetzung der Zielvorgaben des Umweltplans

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1828 1834

Umsetzung der Vorgaben des Umweltplans

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4325 4326

Umweltpolitik

s. *Umweltschutz*

Umweltrecht

s. *Umweltschutz*

Umweltsanierung

s. *Umweltschutz*

Umweltschaden

s.a. *Bodenbelastung*
s.a. *Bodenerosion*
s.a. *Forstschaden*
s.a. *Wasserverunreinigung*

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Forschungsprojekte und -ergebnisse, bisherige und absehbare Auswirkungen der Klimaveränderung auf Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft; Zunahme von schweren Unwettern, Niederschlägen und Hochwasser, insbes auch durch frühere Schneeschmelze und Abtauen der Gletscher, Erhöhung der Bodenerosion und Eutrophierung der Oberflächengewässer durch verstärkte Sonneneinstrahlung, Auswirkungen auf das Artenspektrum und die Fischerei, Aussagen des renommierten Klimaforschers Prof. Grassl

GrAnfr
s. *Klima*
Drs 13/734

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Umwelthaftung betreffend die Vermeidung von Umweltschäden und die Sanierung der Umwelt (KOM(2002)17)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/854

Haftung für etwaige Schäden durch den Genversuch der Fachhochschule Nürtingen (FH Nürtingen)

KIAnfr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/4293

Forderung nach Heranziehung des Luftverkehrs für die von ihm verursachten Folgeschäden

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2419 2427

Feststellung einer Verringerung der Umweltschäden in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4774

Abkehr vom Verursacherprinzip bei der Haftung für Schäden durch gentechnisch veränderte Pflanzen, Einführung eines Ausgleichsfonds

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457 7458 7460 7464-7467 7473-7475

Umweltschutz

s.a. Abwasserreinigung

s.a. Bodenschutz

s.a. Freiwilliges ökologisches Jahr

s.a. Gewässerschutz

s.a. Immissionsschutz

s.a. Kommunaler Umweltfonds

s.a. Landesanstalt für Umweltschutz

s.a. Landschaftsschutz

s.a. Naturschutz

s.a. Ökologie

s.a. Strahlenschutz

s.a. Umweltakademie

s.a. Umwelterziehung

s.a. Umweltplan

s.a. Umwelttechnik

s.a. Umweltverträglichkeitsprüfung

s.a. Umweltzertifikat

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Umwelthaftung betreffend die Vermeidung von Umweltschäden und die Sanierung der Umwelt (KOM(2002)17)

Mittlg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 13/854

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Darlegung der Maßnahmen für großflächigen Naturschutz und zum Trinkwasserschutz, Entwicklung der Menge und Qualität des Grundwassers, Reduktion der Ozon-Vorläufersubstanzen und der Emissionen aus Industrie und Verkehr

GrAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/1226

Umwelt- und Naturschutz in der Bodenseeregion

Stärkung des im Bodenseeleitbild beschriebenen Potenzials der „Bodenseelandschaft als Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten von überragender Bedeutung“

KlAnfr

s. Bodensee

Drs 13/1254

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/1787

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Maßnahmen und Programme zur Umsetzung der Ziele des Umweltplans, u.a. Rückführung des Ressourcenverbrauchs, Nutzung erneuerbarer Rohstoffe wie Holz zum Bauen und zur Erzeugung von Energie und Wärme, Energieeinsparung bei Elektrogeräten und Gebäuden durch energetische Sanierung und Wärmeschutz, Trinkwassereinsparung durch Nutzung von Niederschlagswasser, Schulung von Multiplikatoren, Senkung der Lärm- und Schadstoffemissionen des motorisierten Individual- und Güterverkehrs; Entwicklung der Schutzgebiete, Ausmaß des Grunderwerbs seit 1998, Fortschreibung der Konzeption für die PLENUM-Projekte und Naturschutzzentren, Ausweitung und Vernetzung von Biotopen und ökologischen Vorrangflächen

GrAnfr

s. Umwelt

Drs 13/1821

Umweltschutz durch Fortschritt - Biotechnologie in BW

Zahl, Ziele und Ergebnisse sowie Überwachung der Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Organismen in den letzten zehn Jahren; Abwägung der Chancen und Risiken; Hinwirkung auf Umsetzung der Freisetzungs-Richtlinie der EU in deutsches Recht

Antr

s. Biotechnologie

Drs 13/1848

Privatlotterie Glücksspirale - Erträge für Natur- und Umweltschutz

Frage nach dem Auswahlgremium und den bisher geförderten Projekten; Beteiligung des LandwirtA und des Umwelt- und VerKA sowie des Landesnaturschutzbeirats an der Projektauswahl

Antr

s. Lotterie

Drs 13/2248

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Befürwortung der Umsetzung von EU-Umweltschutzstandards in den Beitrittsländern

GrAnfr

s. Osteuropa

Drs 13/2975

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw

s. Information

- Drs 13/4988
- Fortsetzung einer dialogorientierten Umweltpolitik*
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 47
- Kritische Bewertung der Umweltpolitik der LReg*
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 96-99 102
- Kritische Bewertung der Umweltpolitik der LReg*
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 821
- Bestandteile und Erfolge der Umweltpolitik der LReg, Übertragung des Prinzips der Nachhaltigkeit auf alle Politikbereiche*
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021-1027 1035-1041 1044
- Kompetenz der EU für eine grenzüberschreitende Umweltpolitik bzw für die Festlegung gemeinsamer Grenzwerte*
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1471 1472
- Notwendigkeit der Rückerlangung von Regelungskompetenzen im Umweltschutz durch die Länder und Länderparlamente*
PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2525 2526 2529
- Entbürokratisierung der Umweltpolitik, Aufwertung des Umweltschutzes*
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3141 3143 3146 3147
- Zwischenbilanz des Umweltplans, Vorgaben der internationalen Umweltkonferenzen, Ergebnisse der umweltökonomischen Gesamtrechnung für BW*
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3775-3791
- Kritische Bewertung der Umweltpolitik der LReg*
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4023 4035 4036
- Bewertung der Umweltpolitik der LReg, Verweisung auf positive Beispiele, Zwischenbilanz des Umweltplans*
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319 4320 4323-4327 4329-4333 4335-4338
- Bewertung der Umweltpolitik der LReg*
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963
- Nationale Umsetzung von EU-Umweltrecht, Schaffung eines Umweltgesetzbuchs des Bundes, Ermöglichung von Abweichungen der Länder*
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497
- Bewertung der Umweltpolitik der FDP auf Landes- und Bundesebene; Erfolgsbewertung der Pfanderhebung auf ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen*
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5854 5855 5857-5862
- Bewertung der Umweltpolitik der LReg, insbes im Bereich Klimaschutz; Wertschöpfungsvolumen der Umweltpolitik*
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6058 6062 6063 6066-6070 6072 6073 6076
- Plädoyer für eine arbeitsmarktorientierte Umweltpolitik*
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6152
- Betrachtung des Umweltschutzes als wichtigen Standortfaktor*
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6419 6420 6423 6443

Verweisung auf den Zusammenhang zwischen Energie- und Umweltpolitik, Bezeichnung des Ausstiegs aus der Kernenergie als schädlich für den Klimaschutz

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6464 6465 6471 6492-6495 6506

Beklagung von Verstößen der Hochschulen gegen Umweltschutzbestimmungen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6695

Bewertung der Umweltpolitik der LReg und insbes der FDP/DVP

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6714-6724 6771

Kritik an der mangelnden Information des jüngsten Europaberichts über das Thema Umweltpolitik; Effizienz der Verschmelzung von LfU und UMEG für den Umweltschutz

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7141 7142 7161 7163

Zuerkennung der Kompetenz des Bundes für ein einheitliches Umweltrecht iRd Einigung auf eine Föderalismusreform, Einräumung einer Abweichungskompetenz der Länder

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7286 7289 7291 7292

Verhinderung einer Nivellierung von Umweltschutzstandards nach unten mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Entschärfung der Richtlinie mit der Verankerung des Ziellandprinzips

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7846 7848

Umweltsteuer

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuer zur ausschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/542

Stromversorgung in BW

Anteil der Ökosteuer an den Strompreisen

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen
Beurteilung der von der Union angekündigten Ökosteuerkürzung um den Förderanteil für erneuerbare Energien

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Belastung der Bürger und Wirtschaft durch die Ökosteuer

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45 46 50

Anstieg der Inflation infolge der Ökosteuer; Verteidigung der Verwendung des Aufkommens zur Stützung der Rentenkasse

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 71 73 74 85 93 97 113 116-118 120-122

Anstieg der Lohnnebenkosten bei einer ersatzlosen Streichung der Ökosteuer; Anteil der Ökosteuer an der Inflationsrate

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 127 133 153 154 157 158 165 166

Kritik an der Ökosteuer des Bundes bei gleichzeitiger Umwandlung der Kilometerpauschale in eine verkehrsmittelunabhängige, höhere Entfernungspauschale; Anteil der Ökosteuer am Konjunkturabschwung

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 203 204 209 212 213

Erwartung eines Anstiegs der Rentenversicherungsbeiträge trotz der Ökosteuer; Verzicht auf die nächste Stufe der Ökosteuer

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499 500 504 506 511

Funktion der Ökosteuer; Verteuerung des Straßenverkehrs, Senkung der Arbeitskosten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 617

Forderung nach Verwendung des Ökosteueraufkommens für den Straßenbau; Bürokratiebelastung durch die Ökosteuer

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 673 698

Auswirkungen der Ökosteuer im Handwerk

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 768 772 773

Verzicht auf die Forderung nach Abschaffung bzw Begründung der Notwendigkeit der Ökosteuer

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 838 839 843 847 848 854 855 859 860 866 867 873-875

Kritik an den Maßstäben zur Ökosteuererhebung, Vorschlag einer Staffelung nach Schadstoffemissionen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1021 1022 1024 1035 1040 1071

Einführung der Entfernungspauschale auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1113

Revision des Versprechens zur Abschaffung der Ökosteuer; Steuerausfälle bei Ländern und Gemeinden infolge der Ökosteuer

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1169 1176

Umwidmung der Ökosteuer von der Stützung der Rentenkasse zur Bekämpfung von Umweltbelastungen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1676 1682 1683 1707

Vorwurf der Zweckentfremdung des Ökosteueraufkommens zur Stabilisierung der Rentenversicherung; Kritik an der Freistellung der großen Kohlekraftwerke von der Ökosteuer; Belastung der Landwirtschaft und der Finanzämter durch die Ökosteuer

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1829 1831 1835 1838 1839 1862 1884

Anstieg der Lohnnebenkosten trotz der Ökosteuer

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115 2117 2122 2134

Einführung der Entfernungspauschale auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2225

Anstieg der Rentenversicherungsbeiträge trotz der fünften Stufe der Ökosteuer

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356

Bewertung einer CO2-Abgabe als sinnvollere Alternative zur Ökosteuer

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3148

Einführung der Entfernungspauschale auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3392

Bewertung einer CO2-Abgabe als sinnvollere Alternative zur Ökosteuer; Anteil der Ökosteuer an den Strompreisen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3468 3476 3484 3491 3494 3495

Anstieg der Lohnnebenkosten trotz der Ökosteuer; Einführung der Entfernungspauschale auf Kosten der Länder und Gemeinden zur Abmilderung der Ökosteuer für die Autofahrer

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3630 3646 3650

Ankündigung weiterer Erhöhungsstufen der Ökosteuer; Befreiung der Emissionshandel betreibenden Unternehmen von der Ökosteuer; Überlegungen zur Abschaffung der Ökosteuer

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4737 4739 4741 4745

Überlegungen zur Abschaffung der Ökosteuer

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4970 4971

Anstieg der Lohnnebenkosten im Falle einer Abschaffung der Ökosteuer; Anteil der Ökosteuer an den Kraftstoffpreisen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6492

Vorwurf der zweckfremden Verwendung der Einnahmen aus der Ökosteuer für die Rentenversicherung; Anteil der Ökosteuer an den Strompreisen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6762 6764 6765 6769

Verweisung auf den Lenkungseffekt der Ökosteuer und die Senkung der Lohnnebenkosten; Festhalten einer neuen BReg nach der Wahl an der Ökosteuer

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6973 6976 6978 6979 6981

Vorschlag zum Verzicht auf den Ökosteueranteil am Benzinpreis, Anstieg der Lohnnebenkosten im Falle einer Abschaffung der Ökosteuer

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7042 7044 7045 7049-7051 7053

Umwelttechnik

s.a. Abgasreinigung

s.a. Abwasserreinigung

s.a. Energieforschung

s.a. Immissionsschutz

s.a. Lärmschutz

s.a. Messgerät

s.a. Ökologisches Bauen

s.a. Solartechnik

s.a. Umweltforschung

s.a. *Umweltmessung*

Umstellung auf Techniken zur Vermeidung von CO₂-Emissionen
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1836

Förderung von Unternehmen im Bereich der Umwelttechnik
PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3189

Chancen für den Export von Umwelttechnik in die EU-Beitrittsländer
PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4774 4777

Positionierung der Umwelttechnik auf den Exportmärkten
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4976

Chancen für den Export von Umwelttechnik in die EU-Beitrittsländer
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5193

Wertschöpfungsvolumen der Umwelttechnik weltweit
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6055

Positionierung der Umwelttechnik auf den Exportmärkten
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6492-6494 6499

Perspektiven für den Export von deutscher Umwelttechnik, Verweisung auf den Bedarf in Asien
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7887 7888

Umweltverträglichkeitsprüfung

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LABfallGes

GesEntw LReg 25.07.2002 Drs 13/1227 (61 S.)
1. Beratung PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2026 2027
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 07.11.2002 Drs 13/1452 (dazu ÄAntr Boris Palmer u.a. GRÜNE Nr. 1-4 und ÄAntr Winfried Scheuermann CDU Nr. 5) (15 S.)
ÄAntr GRÜNE 12.11.2002 Drs 13/1484
ÄAntr GRÜNE 12.11.2002 Drs 13/1485
2. Beratung PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2166-2172
GesBeschl 14.11.2002 Drs 13/1514 (12 S.)
GBI 2002 Nr. 13 S. 428-439 (Ges vom 19.11.2002)
Berichtigung GBI 2002 Nr. 14 S. 531

Auswirkungen des neuen UVP-Gesetzes auf die Tierhaltung landwirtschaftlicher Betriebe in BW

Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Geflügel-, Rinder-, Schweine- und Pelztierhalter; Relevanz der immissionsrechtlichen Genehmigungspflicht für Biogasanlagen; Ermöglichung der baulichen Entwicklung im dünn besiedelten Raum durch Elemente der Bauleitplanung; Minimierung der negativen Auswirkungen auf Bundesebene

Antr
s. *Tierhaltung*
Drs 13/1543

Umweltverträglichkeit einer geplanten Kabinenbahn am Herzogenhorn (Schwarzwald)

Planung einer Kabinenbahn zum Leistungszentrum Herzogenhorn: Bewertung als Eingriff in ein Naturschutzgebiet, Natura 2000-Gebiet und in das Naturschutzgroßprojekt des Bundes „Feldberg-Belchen-Oberes Wiesental“, Unvereinbarkeit mit einer Rahmenvereinbarung zwischen den Liftbetreibern und Naturschutzvertretern; Versagung der Genehmigung

Antr
s. *Seilbahn*
Drs 13/2664

Verkehrsbelastung und Sanierungsbedarf der Rheinbrücke Karlsruhe

Entwicklung und Prognosen der Verkehrsmengen nach Fahrzeugarten und Zielgebieten, Möglichkeiten einer Kapazitätserhöhung durch intelligente Verkehrslenkung, Zeitpunkt und Ausmaß der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten, Frage nach Zwischenergebnissen der noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung, Berücksichtigung der Belange der Natura 2000-Gebiete in den Rheinauen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4073

Bewertung der Umweltverträglichkeitsprüfung für Stallbauten als überzogene zusätzliche Belastung der Landwirte

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1862 1869

Verträglichkeitsprüfungen vor möglichen Eingriffen in ausgewiesene FFH-Gebiete; Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben im UVP-Gesetz

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2015 2017 2027

Umweltzertifikat

Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie

Ersetzung des in Kernkraftwerken in BW erzeugten Stroms durch KKW bzw andere Energieerzeuger in anderen BLändern oder europäischen Staaten? Konsequenzen von Versorgungsengpässen und erhöhten CO₂-Emissionen, Gefährdung des Reduktionsziels 2005? Bewertung von Aussagen des BWirtschaftsMin sowie von Vorschlägen, Projekten und Modellen zum Handel mit Emissionen und Verschmutzungsrechten

Antr
s. *Kernenergie*
Drs 13/633

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industriebetriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emissionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes- oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr GRÜNE 05.02.2004 und Antw UVM Drs 13/2895

(10 S.)

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4735-4747

Stromversorgung in BW

Entwicklung der Stromerzeugungs-, -verbrauchs- und -importmengen sowie der Preise für Wirtschaft und Privathaushalte seit 1995; Anteil der gesetzlich vorgeschriebenen Abgaben am Strompreis; Auswirkungen des Emissionshandels auf die Energiewirtschaft

GrAnfr

s. Energiepolitik

Drs 13/3104

Umsetzung des Emissionszertifikatehandels durch den Bund

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4336

Einführung des Zertifikatehandels als Wettbewerbsinstrument zum Klimaschutz

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4871 4876 4877

Vorschlag des Nachhaltigkeitsbeirats zum Zertifikatehandel zur Reduktion des Flächenverbrauchs

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5614

Bevorzugung der Kohle beim Emissionshandel

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5648 5653 5661

Bevorzugung der Kohle beim Emissionshandel

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6034

Bevorzugung der Kohle beim Emissionshandel, Unterstützung der Klage der EnBW gegen die BReg

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6126 6136

Korrektur der Benachteiligung des Landes beim Emissionshandel bzw beim Umstieg von Kernkraftwerken auf andere Kraftwerke

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7032

Prüfung einer Einführung der von der EU-Kommission vorgeschlagenen weißen Zertifikate zur Energieeinsparung angesichts der vorhandenen Öko- und Umweltzertifikate

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452 7456

Erschließung weiterer Einnahmen der EVU durch den Verkauf von Emissionszertifikaten im Falle einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke, Verweisung auf die Benachteiligung der EnBW beim Zertifikatehandel

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7700 7714 7715

Umzugskosten**Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze**

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungs- und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des Landesreisekosten-Ges, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungenGes

GesEntw

s. Besoldung

Drs 13/3399

Umzugskostengesetz*s. Umzugskosten***UN***s. Vereinte Nationen***UNESCO-Weltkulturerbe***s. Welterbe***Unfalldatenschreiber***s. Messgerät***Unfallkasse***s. Unfallversicherung***Unfallversicherung****Pläne der LReg zur Neuorganisation der öffentlichen Unfallversicherung im Land**

Rechtsgrundlagen, Gründe und Auswirkungen einer Fusion der beiden Gemeindeunfallversicherungsverbände und Unfallkassen; erwartete Einsparpotenziale und Synergieeffekte; Höhe und Vergleich der Personalquote bundesweit; Behandlung der Vermögenswerte sowie Fragen zur Versichertennähe

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 15.11.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1523

BeschlEmpf und Bericht SozA 06.02.2003 Drs 13/2139 S. 44 45

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Unfallkasse BW (UKBW)- Bewertung der Fusion

Entwicklung der Eckdaten seit 1999: Aufgaben, Produkte, Haushalte, Schadensfälle, Prämien, Beiträge der Kommunen und LKreise, alternative Versicherungsprodukte für die Kommunen auf dem freien Markt, Umfang des Versicherungsschutzes für Schüler und Kindergartenkinder

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 17.06.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3271

BeschlEmpf und Bericht SozA 23.09.2004 Drs 13/3751 S. 45

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Versicherungsschutz für das Ehrenamt in BW

Anpassung des Versicherungsschutzes an den anderer BLänder, Höhe und Etatisierung der Kosten dieser Gleichstellung

Antr

s. Versicherung

Drs 13/3946

Freiwillige Schüler-Zusatzversicherung

Anstreben einer pauschalen Versicherung aller Schüler durch die Schulen, Ausstellung eines Sammel-Versicherungsscheins für die Schule bzw einer Kopie für die Versicherten

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 27.09.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4675

BeschlEmpf und Bericht SchuLA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 21

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Ermöglichung einer Unfallversicherung für Ehrenamtliche

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5514 5515 5519

Ungarn*Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW*

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze; Zahl von arbeitenden Wochenendpendlern aus Tschechien, Polen und Ungarn; kurz- und mittelfristige Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Handelsbeziehungen nach Osteuropa

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KIAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/3774

Ermöglichung eines Praktikums für junge Beamte aus Ungarn in der Landtagsverwaltung

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 7

Volumen des Handels mit Ungarn; Einstellung der Landwirtschaft auf den EU-Beitritt

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 775 777 779 780

Erfüllung des Wunsches nach Aufnahme von Ungarn in die EU im Jahr 2004

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1468 1469

Erinnerung an das schwere Busunglück in Ungarn

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3285

Rückkehr der Ungarn nach Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, Begrüßung der Aufnahme in die EU

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307

Pflege der Partnerschaft mit Ungarn

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140

Universelles Leben

s. *Sekte*

Universität Freiburg

s.a. *Universitätsklinik Freiburg*

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen

sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr
s. *Freiburg*
Drs 13/1288

Rektorwahlen an den Hochschulen in BW

Generelle Überprüfung des Wahlverfahrens aufgrund des Verhaltens des Auswahlausschusses für die Rektorwahl in Freiburg, Vergleich der vom Vorsitzenden der Auswahlkommission angeführten Eignungskriterien mit denen im UniversitätsGes, Frage nach Fällen der Aufnahme von externen Bewerbern und Frauen in Wahlvorschläge und nach dem Erfolg dieser Bewerber; Änderung der Verfahren iRd anstehenden Novellierung der HochschulGes

Antr
s. *Hochschulrektor*
Drs 13/1779

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novellierung der HochschulGes

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1897

Die Asienwissenschaften als Segment der so genannten „Kleinen Fächer“ an den Universitäten in BW

Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission 1998 zur o.g. Fächerkonzentration an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen; Frage nach einer Prüfung des RH sowie nach bisher erfolgten Entscheidungen und Maßnahmen unter Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen; Umfang der Förderung aus einem Sonderprogramm, aus dritten und eigenen Quellen; Darlegung von Inhalten, Zielen und Beteiligten der „Kleine Fächer-Evaluation“ durch das StM und MWK

Antr
s. *Asienwissenschaft*
Drs 13/1993

Gentechnische Experimente mit Tieren; Tierversuche am neuen Universitätslabor „Theoretikum“ der Universität Freiburg

Zahl, Art und Haltungsbedingungen von Versuchstieren bisher und nach Vollendung des o.g. Neubaus; Darlegung der geplanten Forschungsprojekte, -ziele und -ergebnisse; Ausschluss von Doppelversuchen bzw Erreichung der angestrebten Ziele mit anderen Methoden? Höhe des Mitteleinsatzes und Ergebnisse der tierversuchsfreien Forschung in den letzten Jahren; Umfang des Aufwands an öffentlichen Mitteln für den Neubau, die Haltung und Pflege der Labortiere und die geplanten Forschungsvorhaben; Einhaltung der Vorgaben der EU-Tierversuchsrichtlinie und des TierschutzGes

Antr
s. *Tierversuch*
Drs 13/4696

Die vorschulische Betreuung der Kinder von Hochschulangehörigen in der Region Freiburg

Zahl und Art der von den Hochschulen und dem Studentenwerk eingerichteten und noch geplanten Betreuungsplätze; Frage nach Wartelisten, Wartezeiten und der Zeitperspektive für ein zusätzliches Angebot

KlAnfr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4787

Positionierung der Universität Freiburg auf Platz 2 in einem nationalen Hochschulranking

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6262 6263

Weiterentwicklung der internationalen Wirtschaftsstudiengänge am Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg, Würdigung des deutsch-französischen Doktorandenprogramms der Universitäten Freiburg und Straßburg

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351 6358

Universität Heidelberg

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Prüfung der Umsetzbarkeit einer modernen Patientenchipkarte, der elektronischen Patientenakte sowie von Dokumentations- und Spracherfassungssystemen iR eines Modellprojekts; Lösung der Datenschutzproblematik i.S.d. Patienten; Förderung des iRD Studiengangs „Medizinische Informatik“ der Universität Heidelberg und der FH Heilbronn projektierten Kompetenzzentrums Telemedizin in Heilbronn

Antr
s. *Medizin*
Drs 13/1144

Geplante Fusion der Medizinischen Fakultäten in Heidelberg und Mannheim

Stand der o.g. Bemühungen, Berücksichtigung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land, der Universität Heidelberg und der Klinikum Mannheim gGmbH; Eingliederung der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim in die Universität Mannheim bei einem Scheitern der Verhandlungen?

KlAnfr
s. *Medizin*
Drs 13/1463

Die Asienwissenschaften als Segment der so genannten „Kleinen Fächer“ an den Universitäten in BW

Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission 1998 zur o.g. Fächerkonzentration an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen; Frage nach einer Prüfung des RH sowie nach bisher erfolgten Entscheidungen und Maßnahmen unter Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen; Umfang der Förderung aus einem Sonderprogramm, aus dritten und eigenen Quellen; Darlegung von Inhalten, Zielen und Beteiligten der „Kleine Fächer-Evaluation“ durch das StM und MWK

Antr
s. *Asienwissenschaft*
Drs 13/1993

Umsetzung der neuen Auswahlverfahren an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung des Verzichts der Universität Heidelberg auf ihr Verfahren zur Auswahl von Jurastudenten

Antr
s. *Studienbewerber*
Drs 13/2134

Handel mit Leichen und Leichenpräparaten

Aufklärung der o.g. Vorgänge an der Universität Heidelberg seit 1978, Offenlegung der Ergebnisse der Innenrevision sowie einer Dienstvereinbarung mit dem Leichenplastinator G. v. H., Herkunft und Verbleib der Körperspenden zum Zwecke wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung, Vermarktung durch Herrn v. H. oder eine seiner Firmen, Höhe der Drittmittelannahmen der Universität Heidelberg, Unterbindung einer unberechtigten Verwendung des Professorentitels durch Herrn v. H.?

Antr
s. *Leiche*
Drs 13/2951

Universität Heidelberg: Parkraumbewirtschaftung und Jobticket

Beurteilung der von der Universität Heidelberg angekündigten Einführung einer Parkraumbewirtschaftung für die Beschäftigten und Studierenden, Abstimmung des Vorhabens mit dem MWK und FM? Frage nach einem Positionswechsel zur Finanzierung von Jobtickets durch Parkraumbewirtschaftung; Informationsstand der Universität über Aufwand und Kosten des Projekts

KlAnfr Werner Pfisterer CDU 15.12.2004 und Antw MWK
Drs 13/3906

Photovoltaikanlagen auf landeseigenen Gebäuden

Installierte Anlagen und deren Leistungsvermögen auf den Gebäudedächern der Universität Heidelberg u.a. Hochschulen, Konditionen zur Überlassung der Dachflächen an private Betreiber

KlAnfr
s. *Solartechnik*
Drs 13/4033

Geplanter „Fächertausch“ zwischen den Universitäten Heidelberg und Mannheim

Darlegung o.g. Pläne, der betroffenen Professoren, Mitarbeiter, Studenten und Studiengänge; erwartete Einsparungen; Gründe der Forcierung einer Zusammenlegung der Wirtschaftswissenschaften; Pläne für die neu gegründete Heidelberger Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Gestaltung der Verlagerung der Gymnasiallehrerbildung unter Beteiligung der PH Heidelberg; Prüfung der Auswirkungen durch externe Evaluierung vor Erteilung einer Zustimmung zu der geplanten Umstrukturierung

Antr
s. *Studium*
Drs 13/4353

Die Rechtsauffassung der LReg über die Kompetenzkonkurrenz zwischen Aufsichtsrat/Hochschulrat/Universitätsrat und Senat an Hochschulen

Darlegung des letztendlich zuständigen Hochschulgremiums für die Entscheidung über die Bildung, Veränderung, Aufhebung und Zuordnung von Hochschuleinrichtungen; Verbindlichkeit des jüngsten Beschlusses des Senats der Universität Heidelberg über das Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die Vollzugskompetenz des Vorstands bzw. Rektorats?

KlAnfr
s. *Hochschule*

Drs 13/4463

Verzögerung bei der Einführung von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket im Neuenheimer Feld in Heidelberg

Rechtfertigung der o.g. Blockade durch das MWK, Frage nach Veränderungen seit der geäußerten Befürwortung mit Drs 13/3906 und der erteilten Einwilligung des FM, Umfang der bisher getätigten Investitionen und Personalmaßnahmen, Aufrechterhaltung der Bedenken trotz der erfolgreich praktizierten Modelle an den Universitäten Freiburg und Göttingen?

KlAnfr Theresia Bauer GRÜNE 29.09.2005 und Antw MWK Drs 13/4690

Anwendung des Rechts auf Selbstauswahl der Studenten durch die Universität Heidelberg

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5235 5239

Ermöglichung der kaufmännischen Buchführung an der Universität Heidelberg

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5973

Ankündigung eines PPP-Projekts im Hochschulbau an der Universität Heidelberg

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6695 6698

Realisierung eines PPP-Projekts an der Universität Heidelberg; Vorwurf der Blockade von Parkraumbewirtschaftung und Jobticket an der Universität Heidelberg; Förderung der Altersforschung und der Krebsforschung in Heidelberg

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7310 7318 7338

Kritik an der Verhinderung von Parkgebühren für die Beschäftigten an der Universität Heidelberg zur Finanzierung von Jobtickets

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7586-7588

Universität Hohenheim

Zusammenwirken der Fachhochschulen für Agrarwirtschaft und der Landwirtschaftlichen Universitäten

Erwerb des Bachelor of Science an der Universität Hohenheim bereits nach sechs Semestern und an der FH Nürtingen erst nach sieben Semestern; Höhe der verfügbaren Mittel der FH Nürtingen im Fachbereich Agrarwirtschaft für angewandte Forschung im Vergleich zu anderen BLändern

Antr
s. Agrarwirtschaft
Drs 13/428

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Einrichtung eines Forschungszentrums für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim

s. Ökologischer Landbau
Drs 13/664

Ausbau von Forschung und Lehre zum Ökologischen Landbau

Vorhandene und notwendige Kapazitäten und Projekte an den Hochschulen, Entwicklung eines Konzepts und Mittelbereitstellung zum Aufbau eines „Zentrums für Forschung und Lehre Ökologischer Landbau“ an der Universität Hohenheim, Einführung eines Pflichtfachs Ökolandbau an den landwirtschaftlichen Berufsbildungseinrichtungen in Anlehnung an die Entwicklung in der Schweiz

Antr

s. Ökologischer Landbau

Drs 13/929

Zukunftsperspektiven für das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT)

Darlegung der o.g. Bemühungen auf Ministerialebene, des Verwaltungsrats, der Stadt Stuttgart, der Universitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; Tragfähigkeit der Finanzierungsbasis und Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen; Prüfung der Gründung einer gemeinsamen privaten Business School und Vereinigung der Weiterbildungseinrichtungen der drei beteiligten Universitäten

Antr
s. Privathochschule
Drs 13/2084

Hohenheimer Konsensusgespräche

Auftraggeber, Themen und Kostenträger der o.g. wissenschaftlichen Veranstaltungen; Beteiligung und Einfluss der Lebensmittelindustrie; Rolle von Prof. Biesalski bzw der Firma FEP-Science, Einforderung der Kosten für die Nutzung der Räumlichkeiten und Ressourcen der Universität Hohenheim

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 27.02.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/2940
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.05.2004 Drs 13/3282 S. 34 35
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) nach der Ankündigung seiner Schließung

Zahl der betroffenen Studenten und Mitarbeiter; Möglichkeiten einer Weiterführung als Weiterbildungseinrichtung der drei Trägeruniversitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; bisher geleistete Haushaltsmittel und künftige Verpflichtungen, Umfang der Beteiligung der drei Universitäten und Wirtschaftsunternehmen; Erfüllung der eingegangenen Ausbildungsverpflichtungen und Beschäftigungsverträge

Antr
s. Privathochschule
Drs 13/3210

Landesanstalten, staatliche Lehr-, Forschungs- und Versuchsanstalten im Bereich Landwirtschaft in BW

Auflistung der o.g. Anstalten sowie von Instituten der Universität Hohenheim, Höhe der aufgewandten Mittel pro Jahr, Vereinbarkeit mit der Haushaltslage bzw mit der in benachbarten BLändern betriebenen Parallelforschung; Prüfung von Möglichkeiten einer engeren Kooperation in Gesprächen mit Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern

Antr
s. Agrarforschung
Drs 13/3230

Regenerative Energien im Curriculum der Studiengänge an baden-württembergischen Hochschulen

Stellenwert von Biogas und Biomasse in grundständigen Studiengängen und speziellen Lehrangeboten an der Universität Hohenheim

Antr
s. Erneuerbare Energie
Drs 13/3560

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Darlegung der Forschungseinrichtungen und -projekte, Zeitrahmen zur Einrichtung eines Lehrstuhls für ökologischen Landbau in Hohenheim, Forschungsschwerpunkte der Weinbauinstitute, Erprobung des ökologischen Weinbaus nach der Aufgabe des Versuchsweinbergs „Burg Wildeck“

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Zusammenlegung der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim?

Darlegung der erwarteten Auswirkungen einer Fusion, insbes auf die Qualität, Finanzierung und die Beschäftigten; Positionen der Mitglieder der Verwaltungsräte; Verfahrens- und Zeitplan zur notwendigen Novellierung des StudentenwerksGes

KlAnfr
s. *Studentenwerk*
Drs 13/5245

Dauerhafte Finanzierung eines Forschungszentrums für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 974

Untersuchung des Einsatzes von Rapsöl in Dieselmotoren durch die Universität Hohenheim

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1556

Einrichtung eines Lehrstuhls für ökologischen Landbau an der Universität Hohenheim, Verweisung auf das internationale Renommee der Universität Hohenheim

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6783 6785 6786

Bedeutung der Biomassekonversion an der Universität Hohenheim

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7052

Universität Karlsruhe

Die staatlich mitfinanzierten Privateinrichtungen „International University in Germany/Bruchsal“, „Stuttgart Institute of Management and Technology“ und „International Departement der Universität Karlsruhe (TH)“ im Urteil des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft

Konsequenzen der Beurteilung des Stifterverbands für die Fortsetzung der Subventionierung und unbefristete staatliche Anerkennung; Wahrnehmung der Evaluation o.g. Einrichtungen durch den Ltg, Übertragung der im Falle einer negativen Beurteilung frei werdenden Mittel auf die PH

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/790

Die Neuordnung der Fakultäten an den Universitäten nach § 21 Abs 2 UniversitätsGes

Zusammenlegung von Fakultäten mit gleichen und verwandten Fachgebieten, Begründung von erteilten Ausnahmegenehmigungen für Fakultäten mit weniger als den vorgeschriebenen 20 Planstellen für Professoren, insbes an den Universitäten Karlsruhe und Mannheim sowie den theologischen Fakultäten; Evaluation der Wirksamkeit dieses Reformelements

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/881

Investitionen in den Erhalt und Ausbau von Räumlichkeiten und Gebäuden der Universität Karlsruhe

Mittelbereitstellung für o.g. Maßnahmen bis 2007, Finanzierung des Mehraufwands für Auflagen des Denkmalschutzes; Darlegung der Beschränkungen und Mehrkosten durch das Verschieben von notwendigen Sanierungsmaßnahmen

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 23.07.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1221
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 24.10.2002 Drs 13/1638 S. 27
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Rektorwahl an der Universität Karlsruhe

Rechtliche Bedenken des MWK an der o.g. Wahl, Votum der Universität Karlsruhe für eine qualifizierte Mehrheit; grundsätzliche Klärung von Verfahrensfragen für Wahlen zum Rektorenamt

Antr
s. *Hochschulrektor*
Drs 13/1327

Die Autonomie stirbt scheinbarweise. Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten unter den Gegenstrategien des Wissenschaftsministeriums

Problematik der festgeschriebenen Mindestgröße einer Fakultät von 20 Professoren sowie der Befristung der Verbeamtung bei Erstberufenen; Bewertung der Beanstandung der Rektorwahl an der Universität Karlsruhe

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1379

Umsetzung des Landtagsbeschlusses zum Aufbaustudiengang Regionalwissenschaft/Regionalplanung

Fortführung des o.g. Faches durch die Universität Karlsruhe entsprechend der ursprünglichen Ausrichtung als postgraduierter, auslandsbezogener und interdisziplinärer Studiengang; Überprüfung der Umsetzung dieser Zusage der Universität Karlsruhe

Antr
s. *Regionalwissenschaft*
Drs 13/1956

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 25) - Haushalts- und Wirtschaftsführung bei den Rechenzentren der Universitäten Karlsruhe und Stuttgart

Mittlg
s. *Rechenzentrum*
Drs 13/4103

Ministerzugriff auf die Universitätshaushalte zur Finanzierung einer Anzeigerserie in einer amerikanischen Wissenschaftszeit-schrift?

Präsentation der einzelnen Hochschulen auf Initiative des MWK unter Inanspruchnahme der Hochschuletats, Höhe der jeweiligen Budgets für Öffentlichkeitsarbeit sowie der Kosten für die geplante Anzeigerserie; Ablehnung einer Beteiligung durch den Senat der Universität Karlsruhe und evtl weitere Senate; Beurteilung der Initiative unter dem Aspekt der Hochschulautonomie

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4031

Erinnerung an die Vorläufereinrichtungen der Universität Karlsruhe; Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452 1504 1506

Erinnerung an die Gründung und Ausrichtung der Universität Karlsruhe, Würdigung der Qualität der Hochschule, Feststellung einer Spitzenstellung im Bereich der Ingenieurwissenschaften und Informatik

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514 1518 1521 1527 1528

Einrichtung eines Forschungsinstituts Energie an der Universität Karlsruhe mit finanzieller Unterstützung der EdF

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3491 3492

Universität Konstanz

Epidemiologische Entwicklung der FSME- und Borreliose-Erkrankungen durch Zeckenbisse (Schildzecke Ixodes ricinus „Holzbock“)

Entwicklung der Zeckenbelastung und der Zahl o.g. Erkrankungen seit 1996; Stand der Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Thema Borreliose an der Universität Konstanz mit dem Ziel der Herstellung eines Impfstoffes

Antr

s. *Hirnhautentzündung*

Drs 13/1411

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1520

Ausbau der Hochschulstandorte Ravensburg/Weingarten, Friedrichshafen und Konstanz

Umsetzung der o.g. Ankündigung des MinPräs, Entwicklung der Studierendenzahlen bis 2012, Aufgabe des Studiengangs Jura an der Universität Konstanz nach dessen Bewertung als überflüssig durch den MinPräs?

KlAnfr

s. *Hochschule*

Drs 13/4975

Stellenausschreibung der Universität Konstanz zur Bewältigung des Prüfungsaufwands bei der Selbstauswahl der Studenten

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2242

Einrichtung von Juniorprofessuren an der Universität Konstanz

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3051 3055

Stromeinsparung an der Universität Konstanz, Schließung zwischen Weihnachten und Neujahr

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5490 5491 5504

Stromeinsparung an der Universität Konstanz, Schließung zwischen Weihnachten und Neujahr

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5827

Baulicher Sanierungsbedarf der Universität Konstanz

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6478

Vorschläge aus der Universität Konstanz zur Weiterentwicklung der Juniorprofessur

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7112 7113

Universität Mannheim

Die Neuordnung der Fakultäten an den Universitäten nach § 21 Abs 2 UniversitätsGes

Zusammenlegung von Fakultäten mit gleichen und verwandten Fachgebieten, Begründung von erteilten Ausnahmegenehmigungen für Fakultäten mit weniger als den vorgeschriebenen 20 Planstellen für Professoren, insbes an den Universitäten Karlsruhe und Mannheim sowie den theologischen Fakultäten; Evaluation der Wirksamkeit dieses Reformelements

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/881

Geplante Fusion der Medizinischen Fakultäten in Heidelberg und Mannheim

Stand der o.g. Bemühungen, Berücksichtigung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land, der Universität Heidelberg und der Klinikum Mannheim gGmbH; Eingliederung der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim in die Universität Mannheim bei einem Scheitern der Verhandlungen?

KlAnfr

s. *Medizin*

Drs 13/1463

Die jüngste Stellungnahme des Wissenschaftsrats zu den Universitätsklinik im Land

Bewertung und Konsequenzen der o.g. Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Hochschulmedizin, insbes der Ausführungen zum Klinikum Mannheim bzw der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim der Universitätsklinik Heidelberg; Frage nach eingeleiteten und geplanten Maßnahmen bzw der Einsetzung einer extern besetzten Expertengruppe

Antr

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/3578

Geplanter „Fächertausch“ zwischen den Universitäten Heidelberg und Mannheim

Darlegung o.g. Pläne, der betroffenen Professoren, Mitarbeiter, Studenten und Studiengänge; erwartete Einsparungen; Gründe der Forcierung einer Zusammenlegung der Wirtschaftswissenschaften; Pläne für die neu gegründete Heidelberger Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Gestaltung der Verlagerung der Gymnasiallehrerbildung unter Beteiligung der PH Heidelberg; Prüfung der Auswirkungen durch externe Evaluation vor Erteilung einer Zustimmung zu der geplanten Umstrukturierung

Antr

s. *Studium*

Drs 13/4353

Universität Stuttgart*Geplante Streichung von zwei Professuren am Historischen Institut der Universität Stuttgart*

Auswirkungen auf das Lehrangebot in den entsprechenden Studiengängen

KlAnfr
s. *Geschichte*
Drs 13/1091

Wohnungsnot für Studierende in der Landeshauptstadt Stuttgart

Zahl der vorhandenen bzw benötigten Wohnheimplätze, Auswirkungen der Abweisung von ausländischen Studenten auf das Renommee der Universität Stuttgart als internationaler Studienort, Bereitstellung von Grundstücken und Finanzmitteln für den studentischen Wohnneubau sowie eines Studentenhotels, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie von Gesprächen des MWK mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Zahl der dadurch vom Studentenwerk angemieteten Wohnungen, Wiedereinführung des aufgehobenen Zweckentfremdungsverbots für Stuttgart?

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1406

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novellierung der HochschulGes

Antr
s. *Studium*
Drs 13/1897

Verzögerte Ausstellung von Studienausweisen u.a. organisatorische Defizite an den Universitäten BW

Ursachen, Auswirkungen und Konsequenzen o.g. Missstände an der Universität Stuttgart u.a. Universitäten; Prüfung einer Entschädigung für entgangene geldwerte Vorteile; Einführung von Chipkarten; Umsetzung von Ergebnissen der an der Universität Stuttgart eingerichteten „Arbeitsgruppe Studiensekretariat“

Antr
s. *Studienausweis*
Drs 13/1925

Zukunftsperspektiven für das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT)

Darlegung der o.g. Bemühungen auf Ministerialebene, des Verwaltungsrats, der Stadt Stuttgart, der Universitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; Tragfähigkeit der Finanzierungsbasis und Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen; Prüfung der Gründung einer gemeinsamen privaten Business School und Vereinigung der Weiterbildungseinrichtungen der drei beteiligten Universitäten

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/2084

Die „Zukunftsoffensive der Universität Stuttgart“

Zusammensetzung und Objektivität der Senatskommission, Grundlagen und Kriterien zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der zur Schließung vorgeschlagenen Fakultäten und Institute, Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen, Auswirkungen des Abbaus der Geowissenschaften und Lehramtsstudiengänge bzw des Rückzugs auf die technischen Fächer, Kompensation der wegfallenden Studienplätze in Lehramtsstudiengängen, Akzeptanz und Legitimation der Beschlussvorschläge, Bestätigung einer landespolitischen Sichtweise als Begründung der Entscheidungen?

Antr Inge Utzt u.a. SPD 17.06.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2163

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 18.09.2003 Drs 13/2583 S. 38 39

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) nach der Ankündigung seiner Schließung

Zahl der betroffenen Studenten und Mitarbeiter; Möglichkeiten einer Weiterführung als Weiterbildungseinrichtung der drei Trägeruniversitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; bisher geleistete Haushaltsmittel und künftige Verpflichtungen, Umfang der Beteiligung der drei Universitäten und Wirtschaftsunternehmen; Erfüllung der eingegangenen Ausbildungsverpflichtungen und Beschäftigungsverträge

Antr
s. *Privathochschule*
Drs 13/3210

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 25) - Haushalts- und Wirtschaftsführung bei den Rechenzentren der Universitäten Karlsruhe und Stuttgart

Mittlg
s. *Rechenzentrum*
Drs 13/4103

Geisteswissenschaften an der Universität Stuttgart

Umsetzung der Empfehlungen einer internen Kommission zur Zukunftsfähigkeit der Philosophisch-Historischen Fakultät? Auswirkungen auf den Fortbestand der Lehramtsstudiengänge; Beurteilung eines Rückzugs auf die technischen Fächer; Gewährleistung einer Abstimmung mit den Profilen und Strukturentscheidungen der benachbarten Universitäten

KlAnfr Inge Utzt SPD 14.02.2005 und Antw MWK Drs 13/4057

Zugang zu älteren Buchbeständen in der Universitätsbibliothek Stuttgart und den anderen wissenschaftlichen und Universitätsbibliotheken des Landes

Frage nach einer teilweisen Aussonderung von Beständen nach Vorgaben des MWK

KlAnfr
s. *Buch*
Drs 13/4725

Bedarf an Kinderbetreuung an der Universität Stuttgart

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1218

Verzögerte Ausstellung von Studienausweisen an der Universität Stuttgart

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3100

Abbau der Lehramtsstudiengänge iRd „Zukunftsoffensive der Universität Stuttgart“

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3536 3538 3540 3541

Anteil der ausländischen Studenten und Drittmitteleinwerbung an der Universität Stuttgart

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3602

Universität Tübingen

*s.a. Deutsches Institut für Fernstudienforschung
s.a. Universitätsklinik Tübingen*

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Modalitäten der Abwicklung des Deutschen Instituts für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (DIFF) (Drs 12/5589 Nr. 42)

Mittlg

s. Deutsches Institut für Fernstudienforschung

Drs 13/35

Einrichtung von Pilotprojekten für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts zum Schuljahr 2002/2003

Ermittlung geeigneter Grundschulen und Lehrkräfte für die Einrichtung o.g. Pilotprojekte, Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die eingereichten Lehrpläne, Erstellung eines Weiterbildungskonzepts der PH Karlsruhe und Ludwigsburg und der Universität Tübingen gemeinsam mit den antragstellenden islamischen Religionsgemeinschaften, Installation eines wissenschaftlichen Beirats zur Begleitung und Evaluation der Projekte

Antr

s. Islam

Drs 13/490

Instandsetzungs- bzw Erhaltungsmaßnahmen von Gebäuden an der Universität Tübingen

Mittelbereitstellung für die notwendigen Maßnahmen, insbes zur Sanierung der PCB-belasteten Gebäude

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 28.11.2001 und Antw FM Drs 13/514

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Beitrag des RegPräs, der Universität und des Klinikums zur Standortqualität Tübingens; Bedeutung der zentralen BSE-Stelle im RegPräs; Auswirkungen der Verlegung der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in die neuen BLänder; Entwicklung als Kongressstadt; Stand der Überlegungen zur Weiterführung der B 27

Antr

s. Tübingen

Drs 13/1082

Wirtschaftliches Gebaren der Universität Tübingen

Beurteilung des Erwerbs von Weinbergen in Hirschau und Tübingen und der dafür angegebenen Gründe; Ahndung der Zweckentfremdung von Steuergeldern durch Kürzung der Mittelzuweisung an die Universität um die Erwerbskosten

Antr Clemens Winckler u.a. CDU 03.12.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1578

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1855 S. 19

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Erfahrungen mit den Modellversuchen „Individuelles Teilzeitstudium“

Gründe und Umfang der geschlechtsspezifischen Nutzung o.g. Angebote von Studiengängen der Universitäten Freiburg, Stuttgart und Tübingen sowie der PH Karlsruhe und FH Reutlingen; Einsatz der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen; Beurteilung der Versuche durch die beteiligten Hochschulen und das MWK, Konsequenzen für die angekündigte Novellierung der HochschulGes

Antr

s. Studium

Drs 13/1897

Die Asienwissenschaften als Segment der so genannten „Kleinen Fächer“ an den Universitäten in BW

Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission 1998 zur o.g. Fächerkonzentration an den Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen; Frage nach einer Prüfung des RH sowie nach bisher erfolgten Entscheidungen und Maßnahmen unter Einbeziehung der betroffenen Einrichtungen; Umfang der Förderung aus einem Sonderprogramm, aus dritten und eigenen Quellen; Darlegung von Inhalten, Zielen und Beteiligten der „Kleine Fächer-Evaluation“ durch das StM und MWK

Antr

s. Asienwissenschaft

Drs 13/1993

Zukunftsperspektiven für das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT)

Darlegung der o.g. Bemühungen auf Ministerialebene, des Verwaltungsrats, der Stadt Stuttgart, der Universitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; Tragfähigkeit der Finanzierungsbasis und Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen; Prüfung der Gründung einer gemeinsamen privaten Business School und Vereinigung der Weiterbildungseinrichtungen der drei beteiligten Universitäten

Antr

s. Privathochschule

Drs 13/2084

Gebärmutterhalskrebsvorsorge

Entwicklung der Zahl o.g. Erkrankungen und Todesfälle in den letzten zehn Jahren, Einschätzung einer vergleichenden Studie der Universität Tübingen zur bisherigen Vorsorgeuntersuchung und einer neuen Untersuchungsmethode; Eintreten für die Einführung dieser neuen Methode

Antr

s. Gesundheitsvorsorge

Drs 13/2284

Das Stuttgart Institute of Management and Technology (SIMT) nach der Ankündigung seiner Schließung

Zahl der betroffenen Studenten und Mitarbeiter; Möglichkeiten einer Weiterführung als Weiterbildungseinrichtung der drei Trägeruniversitäten Hohenheim, Stuttgart und Tübingen; bisher geleistete Haushaltsmittel und künftige Verpflichtungen, Umfang der Beteiligung der drei Universitäten und Wirtschaftsunternehmen; Erfüllung der eingegangenen Ausbildungsverpflichtungen und Beschäftigungsverträge

Antr

s. Privathochschule

Drs 13/3210

Haushalt 2005 und 2006; Epl 14

Einrichtung einer Stiftungsprofessur an der Universität Tübingen

ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4014-12 S. 47 48

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5986

Nagelprobe auf die Hochschulautonomie - Rektoratswahl an der Universität Tübingen

Ablehnung des vom Universitätsrat vorgeschlagenen Kandidaten durch den Senat, Zuweisung der Handlungspriorität an den Universitätsrat nach einer Erklärung des MWK, Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlich gebotenen Hochschulautonomie? Bescheidung des Antrags über eine Verlängerung der Amtszeit des amtierenden Rektors; Suche nach einer Lösung für den Tübinger Dissensfall bzw für evtl weitere, im neuen LandeshochschulGes nicht vorgesehene Konflikte

Antr

s. *Hochschulrektor*

Drs 13/5021

Zusammenlegung der Studentenwerke Tübingen und Hohenheim?

Darlegung der erwarteten Auswirkungen einer Fusion, insbes auf die Qualität, Finanzierung und die Beschäftigten; Positionen der Mitglieder der Verwaltungsräte; Verfahrens- und Zeitplan zur notwendigen Novellierung des StudentenwerksGes

KlAnfr

s. *Studentenwerk*

Drs 13/5245

Erneuerung der Forderung nach Ausrüstung eines Heizwerks an der Universität Tübingen mit einer Turbine

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3151

Spitzenstellung der Universität Tübingen im Bereich der Geisteswissenschaften; Stellungnahme des Rektors der Universität Tübingen zum GesEntw für ein neues Hochschulrecht

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4167 4173

Universität Ulm

s.a. *Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung*

s.a. *Universitätsklinik Ulm*

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen

Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidar-pakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vorgaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/1497

Bachelor-Studiengang Philosophie an der Universität Ulm

Bedeutung und Priorität der o.g. Initiative, Umfang der bisher erbrachten Vorleistungen der Universität aus eigenem Ressourcen-

bestand, Prüfung der notwendigen weiteren finanziellen Unterstützung durch das MWK zur Verwirklichung des Studiengangs

Antr

s. *Philosophie*

Drs 13/1728

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KlAnfr

s. *Öffentliches Bauvorhaben*

Drs 13/1745

Zukunft des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) an der Universität Ulm

Umwandlung des FAW in eine Stiftung bürgerlichen Rechts, Ermöglichung des Fortbestands über den 31.12.2004 hinaus, Finanzierung über die Landesstiftung

KlAnfr

s. *Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung*

Drs 13/1798

Hochbegabtenförderung und -beratung

Gründe und Auswirkungen einer Schließung der Beratungs- und Forschungsstelle für Hochbegabte am Pädagogikseminar an der Universität Ulm, Vergleich mit der Situation in Bayern, Ausstattung und Finanzierung eines geplanten Gymnasialinternats in Schwäbisch Gmünd; Erhaltung der Einrichtung in Ulm, Vorlage eines flächendeckenden Konzepts für Beratung und Förderung von Hochbegabten

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 13/1808

Geplantes Ganztagsgymnasium und -internat für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd

Frage nach einer landesweiten Hochbegabten-Förderkonzeption nach Schließung der Beratungs- und Forschungsstelle für Hochbegabte an der Universität Ulm

Antr

s. *Begabtenförderung*

Drs 13/2509

Finanzielle und terminliche Verbindlichkeit für den Neubau der Chirurgischen Klinik an der Universität Ulm

Übereinstimmung der am 22.07.2004 in Ulm dargestellten o.g. Eckpunkte mit der Beschlusslage im Ministerrat? Bestätigung als Arbeits- und Orientierungsgrundlage der LReg für die weiteren Planungsschritte? Frage nach der Schließung der vorhandenen Finanzierungslücke

Antr

s. *Chirurgie*

Drs 13/3427

Neubau der Chirurgie des Universitätsklinikums Ulm am Oberen Eselsberg

Gründe des MinPräs für den Stopp des o.g. Projekts im Kabinett, Ergebnisse der beauftragten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Chirurgie der Universität und dem Bundeswehrkrankenhaus

MdlAnfr

s. Chirurgie
Drs 13/3827

Aufhebung des Kabinettsbeschlusses zum Stopp des Neubaus der Chirurgie im Universitätsklinikum Ulm

Herbeiführung einer neuen, positiven Entscheidung auf der Grundlage der damaligen Kabinettsvorlage

Antr
s. Chirurgie
Drs 13/3828

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Ilter

Mitteleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. Ulm
Drs 13/4584

Neubau der Chirurgie am Universitätsklinikum Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des o.g. Vorhabens

KlAnfr
s. Chirurgie
Drs 13/5235

Organisation von Kinderbetreuung an der Universität Ulm, Scheitern aus finanziellen Gründen

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1216 1218 1220

Prüfung der Einrichtung eines interdisziplinären Instituts an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm zur Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2812

Einrichtung eines interdisziplinären Instituts an der medizinischen Fakultät der Universität Ulm zur Entwicklung von Lernstrategien aus der Perspektive der Hirnforschung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3602

Universitätsbibliothek

s. Bibliothek

Universitätsgesetz

s. Hochschulrecht

Universitätskinderklinik

s. Kinderkrankenhaus

Universitätsklinik

s.a. Kinderkrankenhaus

s.a. Medizinische Ausbildung

s.a. Medizinische Forschung

s.a. Rechtsmedizin

s.a. Universitätsklinik Freiburg

s.a. Universitätsklinik Heidelberg

s.a. Universitätsklinik Tübingen
s.a. Universitätsklinik Ulm

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1997 des RH zur LHR von BW für das Hj 1995 (Nr. 24) - Verwendung von Mitteln Dritter durch Bedienstete der Universitätsklinik (Drs 12/6023)

s. Drittmittelförderung
Drs 13/262

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 21) - Baumaßnahmen der Universitätsklinik

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 XVI.
S. 5
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556
Mittlg LReg 28.08.2003 Drs 13/2375

Privatisierung der Universitätsklinik?

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM, Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben von Forschung, Lehre und Hochleistungsmedizin bzw deren Verbindung mit Krankenversorgung in Zusammenarbeit mit der Universität? Höhe und mögliche Verwendung von Veräußerungserlösen, Konzeption des angekündigten Modellprojekts, Positionen des MWK und der Klinik

Antr Claus Wichmann u.a. SPD 06.12.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/546
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 21.02.2002 Drs 13/852 S. 59-62
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr GRÜNE 21.01.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/643
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1178-1189

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren

Darlegung o.g. Daten seit 1998 differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Auswirkungen des HochschulmedizinreformGes, Schaffung eigener Regelungen der Klinik

Antr
s. Nebentätigkeit
Drs 13/767

Die Vorbereitungen des WM zur Privatisierung der Universitätsklinik und was sie für Forschung, Lehre und Krankenversorgung bedeuten

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1178-1189

Ärztinnen im Beruf

Entwicklung des o.g. Anteils von Frauen in Krankenhäusern, Praxen u.a. Bereichen seit 1993, Ermöglichung von flexiblen Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit auch im ambulanten Bereich, vorhandene und geplante Kinderbetreuungseinrichtungen an Krankenhäusern und Unikliniken, Umsetzung des Programms der BReg zur „Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre“, Anwendung von Mentoring als Instrument der Personalentwicklung, Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen im Krankenhausbereich

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/1205

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe der Nutzungsentgelte der medizinischen Universitätsprofessoren

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge aus der Privatliquidation der einzelnen Ärzte an den vier Universitätskliniken, Art und Ergebnisse der Überwachung der Rechtmäßigkeit der abgeführten Nutzungsentgelte und Poolabgaben, Gründe der Differenzen und Beanstandungen, Ausschluss von Kollisionen zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/1233

Die Praxis des ArbeitszeitGes in den Universitätskliniken

Umgehung des ArbeitszeitGes durch Erhebung von Ober- und Fachärzten zu leitenden Angestellten i.S.d. Betriebsverfassungsges., Zahl der entsprechend abgeschlossenen Verträge; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von tatsächlicher und dokumentierter Arbeit durch die Gewerbeaufsichtsämter

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/1319

Geplante Fusion der Medizinischen Fakultäten in Heidelberg und Mannheim

Stand der o.g. Bemühungen, Berücksichtigung der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land, der Universität Heidelberg und der Klinikum Mannheim gGmbH; Eingliederung der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim in die Universität Mannheim bei einem Scheitern der Verhandlungen?

KlAnfr
s. *Medizin*
Drs 13/1463

Teilprivatisierung der Universitätsklinik

Interesse von privaten Krankenhausbetreibern an der Umsetzung des o.g. Vorschlags des WM bzw. Bereitschaft zur Übernahme des kompletten Krankenversorgungsbetriebs? Ergebnisse und Konsequenzen einer Expertenanhörung; Klärung der unterschiedlichen Positionen des WM und MWK; geplante Änderungen für die Universitätsklinik im Zuge der anstehenden Novellierung der Hochschulgesetze

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 05.09.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2389
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 13.11.2003 Drs 13/2703 S. 69 70
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 32) - Zinsen aus Kapitalvermögen und Beihilferückstellungen für Ruhestandsbeamte

Höhe der flüssigen Mittel und Zinseinnahmen der Universitätsklinik, Umfang der Anlage beim Land

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XXVII. S. 9
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 29.04.2004 Drs 13/3144

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des UniversitätsklinikGes und des Gesetzes zur Errichtung der Zentren für Psychiatrie

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Fortbestand der garantierten Tarifsicherheit für die Beschäftigten an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Bewertung der Garantieerklärungen und rechtlichen Bindung zur Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder, Auswirkungen eines möglichen Ausstiegs infolge der Änderung des UniversitätsklinikGes durch das HaushaltsstrukturGes 2004 auf die Beschäftigten, die Patientenversorgung, Forschung und Lehre; erwartete Einsparungen, Hinweis auf die entsprechende Gehälterabsenkung an den Universitätskliniken in Dresden und Leipzig; Erneuerung der einstimmigen Beschlusslage des Ltg von 1996, Verzicht auf die im HaushaltsstrukturGes 2004 vorgesehene Möglichkeit des Ausstiegs aus der TdL

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 13/2678

Zukunft der Universitätskliniken in BW

Gewinn- und Verlustrechnung der einzelnen Häuser aus der medizinischen Versorgung und Forschung seit 1998, Anwendung der neuen Fallpauschalen sowie eines einheitlichen Buchhaltungs- und Controllingverfahrens? Entwicklung der Mitarbeiterzahlen nach Wissenschaftlern, Ärzten, Pflegern u.a.; Darlegung des Änderungsbedarfs beim BAT, den Chefarztverträgen einschließlich der Privatliquidation, bei den Leitungsstrukturen, den Bau- und Ausstattungsmaßnahmen; Ausschluss einer Schließung von Abteilungen, die für die Versorgung im Land notwendig sind, durch die Kliniken aus Kostengründen

GrAnfr CDU 17.12.2003 und Antw MWK Drs 13/2748 (15 S.)
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4978-4986

Zukunft der Krankenhäuser

Aussagen des Landkreistags zur Unterfinanzierung der Krankenhäuser, Auswirkungen der neuen Fallpauschalen und der geplanten Änderung des ArbeitszeitGes; Entwicklung der Investitionskostenförderung für die kommunalen Krankenhäuser und des Finanzierungsaufwands für die Universitätskliniken und Psychiatriezentren sowie des jeweiligen Investitionsstaus; Notwendigkeit und Einsparpotenziale einer Privatisierung oder Fusionierung von Krankenhäusern

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/2839

Vermögen der Hochschulen

Höhe des jeweiligen Körperschaftsvermögens der Hochschulen, Anteil des von den Hochschulen genutzten Grundvermögens des Landes, Buch- und Verkehrswert der von den Universitätskliniken übernommenen Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte, Frage nach den immateriellen Vermögenswerten der Hochschulen bzw nach Art und Ergebnissen der wirtschaftlichen Verwertung

Antr
s. *Öffentliches Vermögen*
Drs 13/3004

Abbau von Ausbildungsstellen an den Krankenpflegeschulen der Universitätsklinik

Zahl der vorhandenen bzw künftig notwendigen Ausbildungsplätze für Pflegeberufe an den einzelnen Universitätskliniken, Anteil an der Gesamtzahl; Verhinderung eines Abbaus der Ausbildungskapazitäten

Antr
s. *Pflegeberuf*
Drs 13/3114

Menschenwürdiger Umgang mit verstorbenen Patienten an den Uniklinika in BW

Rechtsgrundlagen zur o.g. Thematik und Kontrolle der Einhaltung an den Universitätskliniken, Übergabe von unversorgt Verstorbenen aus der Pathologie an die Bestatter, Frage nach entsprechenden Vorwürfen gegenüber Stationen des Uniklinikums Freiburg, nach den Gründen und einer umfassenden Aufklärung der einzelnen Fälle; Konsequenzen aus den Vorkommnissen

Antr
s. *Leiche*
Drs 13/3331

Einnahmen aus Nebentätigkeiten an den Universitätsklinik und die Neugestaltung des Liquidationsrechts

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge der medizinischen Universitätsprofessoren differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Schaffung eigener Regelungen der Klinika nach dem HochschulmedizinreformGes, Zahl und Ausgestaltung der neuen Verträge, Ausschluss von Kollisionen zwischen Hauptamt und Nebentätigkeiten, Ersetzung der Liquidationsrechte durch eine leistungsbezogene Vergütung

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/3466

Die jüngste Stellungnahme des Wissenschaftsrats zu den Universitätsklinik im Land

Bewertung und Konsequenzen der o.g. Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Hochschulmedizin, insbes der Ausführungen zum Klinikum Mannheim bzw der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim der Universitätsklinik Heidelberg; Frage nach eingeleiteten und geplanten Maßnahmen bzw der Einsetzung einer extern besetzten Expertengruppe

Antr Claus Wichmann u.a. SPD 27.09.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3578
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 03.03.2005 Drs 13/4187 S. 47
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des UniversitätsklinikGes, Regelung der Besetzung des Klinikumsvorstands und Aufsichtsrats sowie der Personal- und Wirtschaftsverwaltung der Medizinischen Fakultät

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 4) - Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Umsetzung der Empfehlungen des RH zum Einsatz persönlicher Verfügungsmittel, Verweisung der Universitätsklinik auf das auch bei Repräsentationsmaßnahmen geltende Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Mittlg
s. *Öffentlichkeitsarbeit*
Drs 13/4103

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 23) - Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Universitätsklinik

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/03.03.2005 Drs 13/4103 XX. S. 7 8
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 19.12.2005 Drs 13/4991

Forderungen an die Universitätsklinik und das Land als Folge eines Ausstiegs aus der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder?

Rechtsgrundlage und Höhe möglicher Ablöseforderungen der VBL als Folge des angestrebten Ausstiegs der Universitätsklinik

Antr Claus Wichmann u.a. SPD 10.02.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4028
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 07.04.2005 Drs 13/4277 S. 52 53
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Krankenhausfinanzierung - DRGs

Auswirkungen des II. FallpauschalenänderungsGes auf die Kalkulationsbasis der Krankenhäuser, die Absicherung der Sonderversorgungsstrukturen und Ausbildungskrankenhäuser für Säuglingspflege, Krankenpflege und Krankenpflegehilfe sowie den Sicherstellungsauftrag für kleinere Häuser im ländlichen Raum; Definition und Auswirkungen des Basisfallwerts, des Landesbasisfallwerts und des Case-Mix-Index; errechnete Werte für die Universitätsklinik; Auswirkungen der Integrierten Versorgung; Bemessungsfaktoren und Anteil der Pauschalförderung des Landes am Gesamtbudget eines Krankenhauses

Antr
s. *Krankenhaus*
Drs 13/4039

Ausstieg der Universitätsklinik aus der Versorgungskasse des Bundes und der Länder

Beurteilung des o.g. Ausstiegs und seiner Folgen für die Beschäftigten und das Land, Frage nach Alternativen bzw der Höhe der Restwertfinanzierung

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 10.03.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4140
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.05.2005 Drs 13/4379 S. 63

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Ungleichbehandlung von Ärzten an den Universitätsklinika in BW gegenüber Ärzten in kommunalen Krankenhäusern und Ärzten an Universitätsklinika in Bayern

Anwendung der neuen tarifrechtlichen Bestimmungen zu Arbeitszeit, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei Verlängerungen des Dienstverhältnisses iRd Weiterbildungszeit; Darlegung an einem typischen Fallbeispiel im Vergleich zu den o.g. Kollegen; Beurteilung als Wettbewerbsnachteil?

KlAnfr
s. Arzt
Drs 13/4474

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätsklinika

Entwicklung der Zuschüsse an die vier Universitätsklinika seit 1998; Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems auf die Einnahmeseite, des EuGH-Urteils zur Anrechnung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit sowie der unterschiedlichen Tarifvereinbarungen über Arbeitszeiten und Vergütungen; Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahmeverluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. Arzt
Drs 13/4595

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Einleitung von Strukturreformen bzw Verbesserung der Vergütung, der Vertragslaufzeiten und Abbau der Arbeitszeitbelastung als Konsequenzen aus dem Streik der Assistenzärzte, Überprüfung des Umgangs der Klinika mit dem ArbeitszeitGes durch die Gewerbeaufsichtsämter, Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr
s. Arzt
Drs 13/4604

Die Forschungsaufgabe der baden-württembergischen Universitätskliniken vor dem Hintergrund der Tarifauseinandersetzungen für den ärztlichen und nichtärztlichen Dienst

Vorgesehene und tatsächlich erbrachte Forschungsleistungen der o.g. Beschäftigtengruppen, Auswirkungen getrennter Tarifverträge für die beiden Gruppen bzw von getrennten tariflichen Regelungen für Forschung und Lehre sowie Krankenversorgung, Überlegungen für die vom Minister angekündigte Strukturreform nach der Landtagswahl; Vorlage einer Problemanalyse zur Situation der Universitätskliniken und der Hochschulmedizin, Stärkung der medizinischen Forschung trotz der strukturell verankerten Priorität der Krankenversorgung

Antr Claus Wichmann u.a. SPD 18.10.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4740
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 68 69

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Einnahmen und Nutzungsentgelte an Universitätsklinika im ambulanten Bereich

Darlegung der o.g. Daten seit 2000 differenziert nach Kliniken und Abteilungen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Größenordnung der jeweiligen Einnahmen aus der Privatliquidation von Chefarzten mit Verträgen vor und nach 2002, Auswirkungen des Bonus-Systems, Anstrengung einer Neuregelung mit einer stärkeren Beteiligung der Assistenz- und Oberärzte?

Antr
s. Nebentätigkeit
Drs 13/4811

Ausbau der Palliativmedizin und Schmerztherapie an den Universitätskliniken

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Angebot und Finanzierung der Kindertagesstätten an den Universitätskliniken

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1217 1221

Sparbeitrag der Universitätskliniken zur Haushaltssanierung

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3591 3592

Verselbstständigung und wirtschaftliche Leitungsstrukturen der Universitätskliniken

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3601 3632

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Universitätskliniken, Trennung und Transparenz zwischen Forschung, Lehre und Krankenversorgung; Bemerkungen des RH zum Abruf von Investitionsmitteln durch die Universitätsklinika

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4012 4056

Einsparbeiträge der Universitätskliniken, Abschöpfung durch den Finanzminister, Ermöglichung des Ausstiegs aus der Tarifgemeinschaft der Länder mit dem HaushaltsstrukturGes 2004, Privatisierung der Universitätskliniken

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4234 4237 4238 4241 4245 4284

Umsetzung der Arbeitszeiterhöhung im Bereich der Universitätsklinika

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4761 4762 4767

Nutzung der größeren Freiräume durch die Universitätskliniken, Vergabe einzelner Bereiche an private Dienstleister

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5108

Ausstieg der Universitätskliniken aus dem BAT, Übernahme von kommunalen Krankenhäusern, Überlegungen zur Privatisierung der Universitätskliniken

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5158 5160-5162

Empfehlungen des RH zur Beteiligung der Universitätsklinika an privaten Gesellschaften

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384 6386 6388 6389

Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Assistenzärzte an den Universitätskliniken

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7113 7115

Universitätsklinik Freiburg

Deutsches Cochrane Zentrum an der Universitätsklinik Freiburg
 Aufbereitung der Ergebnisse von kontrollierten Studien zu Übersichtsarbeiten zur Bewertung von Therapien, Beurteilung der Bedeutung und Finanzierung des o.g. internationalen Netzwerks von Wissenschaftlern und Ärzten, notwendige Veränderungen für einen besseren Transfer der Forschungsergebnisse in die Praxis, Erarbeitung einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage für das Freiburger Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Bund

Antr
 s. *Cochrane Collaboration*
 Drs 13/75

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinika Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr
 s. *Universitätsklinik*
 Drs 13/643

Menschenwürdiger Umgang mit verstorbenen Patienten an den Uniklinika in BW

Rechtsgrundlagen zur o.g. Thematik und Kontrolle der Einhaltung an den Universitätskliniken, Übergabe von unversorgt Verstorbenen aus der Pathologie an die Bestatter, Frage nach entsprechenden Vorwürfen gegenüber Stationen des Uniklinikums Freiburg, nach den Gründen und einer umfassenden Aufklärung der einzelnen Fälle; Konsequenzen aus den Vorkommnissen

Antr
 s. *Leiche*
 Drs 13/3331

Freiburger Wärmeverbund

Förderung eines gemeinsamen Fernwärmenetzes der Wärmeverbundkraftwerk GmbH und Universitätsklinik Freiburg; Ergebnisse eines Gutachtens über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen

KlAnfr
 s. *Fernwärme*
 Drs 13/3692

Suspendierung des Unfallchirurgen der Universitätsklinik Freiburg F.

Höhe der bisherigen und evtl noch anfallenden Bezüge und Pensionsansprüche des ehemaligen ärztlichen Direktors der Unfallchirurgie und Inhabers des Lehrstuhls für Unfallchirurgie an der Universitätsklinik Freiburg seit seiner Beurlaubung im Mai 2000, derzeitiger Stand und angestrebtes Ergebnis des Disziplinarverfahrens, notwendige und vorliegende Grundlagen für eine Suspendierung und ein Berufsverbot, Frage nach einer Klage des Betroffenen gegen die Universitätsklinik Freiburg wegen entgangenen Einnahmen aus der Privatliquidation

KlAnfr
 s. *Arzt*
 Drs 13/3735

Universitätsklinik Heidelberg

Privatisierung der Universitätskliniken

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinika Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr
 s. *Universitätsklinik*
 Drs 13/643

Die jüngste Stellungnahme des Wissenschaftsrats zu den Universitätsklinika im Land

Bewertung und Konsequenzen der o.g. Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Hochschulmedizin, insbes der Ausführungen zum Klinikum Mannheim bzw der Fakultät für Klinische Medizin Mannheim der Universitätsklinik Heidelberg; Frage nach eingeleiteten und geplanten Maßnahmen bzw der Einsetzung einer extern besetzten Expertengruppe

Antr
 s. *Universitätsklinik*
 Drs 13/3578

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 24) - Doppelvergütung von Planungsleistungen

Gewährleistung der ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Mittel bei der Abwicklung der Baumaßnahmen der Stiftung Orthopädische Universitätsklinik Heidelberg

Mittlg
 s. *Bauplanung*
 Drs 13/4103

Heidelberg

Verkauf der ehemaligen Poliklinik

Antr
 s. *Landeseigene Immobilien*
 Drs 13/4630

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinika Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr
 s. *Medizinische Forschung*
 Drs 13/5218

Beratung von Hausärzten durch das Schmerzzentrum der Universitätsklinik Heidelberg

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7480

Universitätsklinik Tübingen*Privatisierung der Universitätskliniken*

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/643

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Beitrag des RegPräs, der Universität und des Klinikums zur Standortqualität Tübingens; Bedeutung der zentralen BSE-Stelle im RegPräs; Auswirkungen der Verlegung der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in die neuen BLänder; Entwicklung als Kongressstadt; Stand der Überlegungen zur Weiterführung der B 27

Antr
s. *Tübingen*
Drs 13/1082

Ausscheiden des Ärztlichen Direktors der Chirurgischen Universitätsklinik Tübingen

Begründung des vorzeitigen Ausscheidens zum 31.03.2004 sowie der ggf vereinbarten Abfindung; Höhe, Rechtsgrundlage, Finanzierungsquelle und Zweck einer solchen Zahlung - evtl auf der Grundlage entgangener Erlöse aus Privatliquidation

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/2486

Blutspendezentrale des Universitätsklinikums Tübingen

Beurteilung von Plänen der Klinikleitung zur Schließung oder Privatisierung der Blutspendezentrale, Konsequenzen für die Mitarbeiter und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung, Auswirkungen des Wegfalls eines Spenderpools und damit bestimmter Nebenprodukte der Blutkonservenproduktion für die transplantationsmedizinische Forschung, Verlust von EU-Fördermitteln?

KlAnfr
s. *Blut*
Drs 13/3324

Kartellrechtliche Bedenken gegen die Beteiligungsverhältnisse am Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH und am Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Darlegung der Beanstandungen des Bundeskartellamts an der Beteiligung des DRK-Blutspendedienstes BW-Hessen an den beiden Unternehmen der Universitätsklinik Tübingen und Heidelberg, Frage nach einer Vorabprüfung von evtl kartellrechtlichen Implikationen bei diesen Kooperationen sowie nach einer Sicherstellung der Patientenversorgung, Forschung und Lehre in beiden Einrichtungen

KlAnfr
s. *Medizinische Forschung*
Drs 13/5218

Unruhe an der Universitätsklinik Tübingen wegen der Sparvorgaben und dem drohenden Ausstieg aus dem BAT, Kritik an der hohen Abfindung für den Direktor der Chirurgie; Impulse aus Tübingen für die bundesweite Weiterentwicklung der Hochschulmedizin

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4980 4981 4984

Ausstieg der Universitätsklinik Tübingen aus dem BAT, Übernahme von kommunalen Krankenhäusern

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5158

Universitätsklinik Ulm*Privatisierung der Universitätskliniken*

Darlegung der wirtschaftlichen Entwicklung und Kennzahlen der Universitätsklinik Heidelberg, Freiburg, Tübingen und Ulm seit der Umwandlung in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts vor vier Jahren; Auflistung der jeweiligen Zuschüsse und Beträge vonseiten des Landes bzw der Universitäten sowie der Erstattungen an die Universitäten; Frage nach Kaufofferten und erzielbaren Erlösen; Gewährleistung der rechtlich gebotenen Zusammenarbeit mit der Universität in der Krankenversorgung, Forschung und Lehre

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/643

Status der Baumaßnahmen des Landes in Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Sanierung der FH und Universität Ulm, Neubau eines Forschungs- und Verfügungsgebäudes sowie der Universitätsklinik für Chirurgie, Erweiterung des Beschussamtes

KlAnfr
s. *Öffentliches Bauvorhaben*
Drs 13/1745

Finanzielle und terminliche Verbindlichkeit für den Neubau der Chirurgischen Klinik an der Universität Ulm

Übereinstimmung der am 22.07.2004 in Ulm dargestellten o.g. Eckpunkte mit der Beschlusslage im Ministerrat? Bestätigung als Arbeits- und Orientierungsgrundlage der LReg für die weiteren Planungsschritte? Frage nach der Schließung der vorhandenen Finanzierungslücke

Antr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3427

Neubau der Chirurgie des Universitätsklinikums Ulm am Obereisen Eselsberg

Gründe des MinPräs für den Stopp des o.g. Projekts im Kabinett, Ergebnisse der beauftragten interministeriellen Arbeitsgruppe zur Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Chirurgie der Universität und dem Bundeswehrkrankenhaus

MdlAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3827

Aufhebung des Kabinettsbeschlusses zum Stopp des Neubaus der Chirurgie im Universitätsklinikum Ulm

Herbeiführung einer neuen, positiven Entscheidung auf der Grundlage der damaligen Kabinettsvorlage

Antr
s. *Chirurgie*
Drs 13/3828

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller
Mittleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Neubau der Chirurgie am Universitätsklinikum Ulm
Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des o.g. Vorhabens

KIAnfr
s. *Chirurgie*
Drs 13/5235

Neubau der Universitätsklinik für Chirurgie, Stopp der Zusage des CDU-Fraktionsvorsitzenden durch den MinPräs im Kabinett
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5593

Universitätsklinikagesetz

s. *Universitätsklinik*

Universitätskrankenhaus

s. *Universitätsklinik*

Universitätsprofessor

s. *Professor*

Universitätsrektor

s. *Hochschulrektor*

Unlauterer Wettbewerb

s. *Wettbewerb*

UNO

s. *Vereinte Nationen*

Unterausschuss Neue Steuerungsinstrumente

s. *Neues Steuerungsmodell*

Unterbringungsgesetz

Erfahrungen mit dem Straftäter-UnterbringungsGes
Zahl und Ergebnisse der von den JVA gemachten Vorschläge bzw gestellten Anträge für eine nachträgliche Sicherungsverwahrung nach dem StrUBG, Begründung von Ablehnungen durch das JuM, Frage nach bereits entlassenen und erneut rückfällig gewordenen Tätern bzw nach beantragten und durchgeführten Therapien; Überprüfung aller in Betracht kommenden Häftlinge, deren Entlassung in zwei Jahren bevorsteht, im Hinblick auf eine mögliche anschließende Unterbringung

Antr SPD 14.11.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/448
BeschlEmpf und Bericht StändA 25.03.2004 Drs 13/3200 S. 4 5
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Festschreibung von zeitlich abgestuften Höchstgrenzen für Urlaub und Vollzugslockerungen zur Vorbereitung der Entlassung sowie sonstige Verfahrensregelungen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern im Maßregelvollzug; Schaffung einer Beleihungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw LReg 18.01.2006 Drs 13/5051 (11 S.)
1. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7826-7830
BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5151
2. Beratung PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7907
GesBeschl 21.02.2006 Drs 13/5192
GBI 2006 Nr. 3 S. 50-53 (Ges vom 07.03.2006)

Übernahme des StraftäterunterbringungsGes von Bayern, Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 922 925 926

Ermöglichung der nachträglichen Anordnung von Sicherungsverwahrung auch für besonders rückfallgefährdete Ersttäter, Erfahrungen mit dem StraftäterunterbringungsGes in BW, Übernahme und Praxistauglichkeit des Gesetzes in anderen BLändern

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1911-1921

Untere Baurechtsbehörde

s. *Bauverwaltung*

Unterer Neckar, Region

s.a. *Neckar-Odenwald-Kreis*

s.a. *Rhein-Neckar-Kreis*

Fördermittel für kommunale Verkehrsprojekte

Darstellung o.g. Zuschüsse für Kommunen und Kreise in der Region Unterer Neckar in den vergangenen bzw künftigen zehn Jahren; Frage nach der Möglichkeit einer gleichzeitigen Förderung bzw Zusammenfassung mehrerer Vorhaben

KIAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/1008

Grundwasseranstieg in Kommunen der Region Karlsruhe - Heidelberg/Mannheim

Untersuchung der Ursachen und Lösungsmöglichkeiten des o.g. Phänomens in Nordbaden bzw der Region Unterer Neckar durch Vergabe eines Gutachterauftrags; Frage nach einem Ausgleich der Schäden durch Wassereintritt in Privatgebäuden

KIAnfr
s. *Grundwasser*
Drs 13/1104

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegen-

de Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/2722

GVFG-Förderung des „Stadtbahn rings Mannheim-Ost“

Planungsstand, Baubeginn, Kosten-Nutzen-Analyse, kalkulierte Fahrgastzahlen und Kosten des o.g. Projekts der MVV Verkehr AG; Betriebskonzept für die Neubaustrecken; Aufnahme in ein GVFG-Förderprogramm; Auflistung der konkurrierenden ÖPNV-Projekte in der Region Unterer Neckar

KlAnfr
s. *Stadtbahn*
Drs 13/3145

DVB-T im Rhein-Neckar-Raum

Planungen und Kooperationen der Landesmedienanstalten, des SWR u.a. zur Einführung von DVB-T im Rhein-Neckar-Raum; beteiligte (private) Programmveranstalter, mögliche Senderstandorte, Zahl der erreichbaren Haushalte und jeweilige Kosten, Perspektiven für andere Ballungsräume, Nutzung von Erfahrungen aus dem Rhein-Main-Gebiet

Antr
s. *Fernsehen*
Drs 13/3987

Das Rhein-Neckar-Dreieck als Europäische Metropolregion

Unterstützung der Region bei der Planung wichtiger Standortfaktoren in einem grenzüberschreitenden Regionalmanagement; Ableitung und Ausgestaltung eines Staatsvertrags aus der Ludwigshafener Erklärung der MinPräs von BW, Hessen und RPF; Unterstützung der Zukunftsinitiative der Regionalmarketing GmbH zur Bündelung aller Kräfte für die Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Infrastruktur und Lebensqualität; Chancen einer Aufnahme in den Kreis der Europäischen Metropolregionen

Antr Georg Wacker u.a. CDU 16.02.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4067
BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 23-26
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Europäische Metropolregion Oberrhein

Vereinbarkeit einer Anerkennung des Rhein-Neckar-Dreiecks als Europäische Metropolregion mit der Zielsetzung des Landesentwicklungsplans, den Europäischen Verflechtungsraum Oberrhein i.S. einer Europäischen Metropolregion zu behandeln; Frage nach einer Aufrechterhaltung dieser Option

KlAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/4215

Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entw eines Staatsvertrags zwischen den Ländern BW, Rheinland-Pfalz und Hessen zur Verbesserung der Kooperationsstrukturen im Rhein-Neckar-Gebiet

Mittlg
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4346

Stärkung der europäischen Metropolregion Rhein-Neckar

Begrüßung der mit dem Staatsvertrag geschaffenen Grundlagen für den Verband Region Rhein-Neckar, dessen Kompetenzerweiterung durch neue Entwicklungsaufgaben sowie der Direktwahl

der Vertreter der Verbandsversammlung

EAntr GRÜNE 29.06.2005 Drs 13/4450
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6868-6874

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Ausweisung des Rhein-Neckar-Dreiecks als Europäische Metropolregion

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6352

Verankerung der Region Rhein-Neckar als grenzüberschreitende Metropolregion auf europäischer Ebene

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6596-6598 6600-6602

Wirtschaftliche Bedeutung des Hockenheimrings für die Region, Werbung um eine Beteiligung der Metropolregion Rhein-Neckar am Hockenheimring

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6887-6892 6895

Unterglasgartenbau

s. *Gartenbau*

Unterhaltsleistung

s.a. *Sozialhilfe*
s.a. *Taschengeld*

UnterhaltsvorschussGes

Entwicklung der Fallzahlen, Ausgaben und Einnahmen nach dem UnterhaltsvorschussGes seit 1999; Maßnahmen zur Erhöhung der Rückgriffsquote und Verfahrensbeschleunigung; Hinwirkung auf eine weitere strukturelle Verbesserung des Gesetzes

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 16.08.2001 und Stellungnahme SM Drs 13/187
BeschlEmpf und Bericht SozA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 46 47
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Prüfung von Maßnahmen zur Erhöhung der Rückgriffsquote auf Leistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes

EAntr GRÜNE 12.03.2003 Drs 13/1873-N 90 S. 158 159
EAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-38 S. 58 59
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Haushalts 2004 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des Gesetzes zur Durchführung des UnterhaltsvorschussGes und des FinanzausgleichsGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/2680

Verletzung der Unterhaltspflicht - Abwicklung und Finanzierung von Unterhaltsvorschuss- und -ausfallleistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes (UVG)

Entwicklung der Strafanzeigen, Ermittlungsverfahren und Verurteilungen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht sowie der Ausgaben des Landes und der Rückgriffsquote der Kommunen seit 2001; Auswirkungen der ab Juli 2004 geplanten Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes; Erfahrungen anderer BLänder mit der Einführung eines Bonus-Malus-Systems; Begründung und Konsequenzen der angestrebten Abschaffung des Gesetzes über den BRat

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 04.12.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2699 (18 S.)
BeschlEmpf und Bericht SoZA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 26-29
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Pläne der LReg zur Abschaffung des UnterhaltsvorschussGes
Auswirkungen o.g. Pläne auf die wirtschaftliche Situation von Alleinerziehenden bzw die Sozialhilfeausgaben der Kommunen; Verzicht auf die angekündigte BRatsinitiative

Antr Marianne Wonnay u.a. SPD 18.12.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2761
BeschlEmpf und Bericht SoZA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 26-29
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2003 für die Kostenerstattung bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß § 89 d SGB VIII (Kap 0911 Tit 671 01), bei Zuschüssen zu den Kosten der Schulen an anerkannten Heimen für Minderjährige (Kap 0918 Tit 684 01) sowie bei Unterhaltsvorschüssen und Ausfallleistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes (Kap 0919 Tit 681 01)

Mittlg
s. *Kinder- und Jugendhilfe*
Drs 13/2777

Haushalt 2004; Epl 09

Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Verstärkung der Anreize zur Erhöhung der Rückgriffsquote

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2809-26 S. 69
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203-4224

HaushaltsstrukturGes 2004

Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Verstärkung der Anreize zur Erhöhung der Rückgriffsquote

ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2816-HStrG/3 S. 21 22
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2004 beim Epl 09 - SM sowie beim Kap 0705 Tit 681 01 - IM

Überplanmäßige Ausgabe bei den Unterhaltsvorschüssen und Ausfallleistungen nach dem UnterhaltsvorschussGes (Kap 0919 Tit 681 01)

Mittlg
s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*

Drs 13/3846

Ausklammerung der steuerlichen Absetzbarkeit von Unterhaltszahlungen bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 314

Regelung der gegenseitigen Unterhaltsverpflichtung bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften
PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1352

Verzicht auf die Heranziehung der Kinder zur Unterhaltssicherung ihrer Angehörigen bei der Grundsicherung
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2186-2188

Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Verstärkung der Anreize zur Erhöhung der Rückgriffsquote
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4030

Beteiligung der Kommunen an den Ausgaben und Einnahmen iRd UnterhaltsvorschussGes, Erhöhung der Rückgriffsquote
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4221

Verbesserung der Rückgriffsquote bei den Unterhaltsvorschüssen mithilfe von Inkassounternehmen
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5110 5111

Unterhaltsvorschussgesetz

s. *Unterhaltsleistung*

Unterhaltungsautomat

Förderung der Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen durch Gewalt verherrlichende Spielautomaten, Ablehnung einer Verlängerung der Öffnungszeiten von Spielhallen
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1531 1533-1537

Unterhaltungselektronik

s.a. *Computer*
s.a. *Fernsehen*
s.a. *Rundfunk*
s.a. *Spielwaren*
s.a. *Unterhaltungsautomat*
s.a. *Videotechnik*

Arbeitsplätze beim Bildröhrenwerk Panasonic/Toshiba in Esslingen erhalten

Aktivitäten der LReg seit Bekanntwerden der Schließungspläne, Kenntnisse über die vorgesehenen Mittel zur Finanzierung des Sozialplans; Auftragsvergabe für eine Studie an ein geeignetes Forschungsinstitut zur Untersuchung der vorhandenen technischen Potenziale und Kompetenzen der Belegschaft zur Erschließung neuer Produktfelder und Kooperationspartner; Initiierung eines Lenkungsausschusses mit dem Betriebsrat, den Gesellschaftern, der IG Metall, der IHK, den beteiligten Banken sowie Stadt und Region

Antr Wolfgang Drexler u.a. SPD 22.12.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/5013
BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 (dazu ÄAntr Claus Schmiedel u.a. SPD, Dr. Dietrich Birk u.a. CDU, Jürgen Hofer FDP/DVP und Dr. Walter Witzel GRÜNE) S. 34 35

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011
Mittlg LReg 14.09.2006 Drs 14/316

Unterhaltungszentrum

s. Freizeiteinrichtung

Unterkunft

s.a. Wohnung

Unterbringung von Asylbewerbern

Umsetzung der Vorschläge der Arbeitsgruppe des IM zu den erstattungsfähigen Kosten und einer flexibleren Handhabung der Mustermietverträge

Antr
s. Asylbewerber
Drs 13/1343

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 11)

Erstattung der Kosten für Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen

Mittlg
s. Flüchtling
Drs 13/1748

Anschlussunterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen

Unterbringungszahlen und Höhe der Ausgabenerstattung an die Gemeinden nach dem FlüchtlingsaufnahmeGes 2001/2002

KlAnfr
s. Flüchtling
Drs 13/2354

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 31) - Behelfsbauten für Spätaussiedler

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XXVI. S. 8
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 02.12.2004 Drs 13/3831

Ges zur Neuregelung des Flüchtlingsaufnahmerechts und zur Änd des EingliederungsGes

Vereinfachung der Ausgabenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler, Regelungen über den aufzunehmenden Personenkreis sowie zur Nutzung staatlicher Gemeinschaftsunterkünfte

GesEntw
s. Flüchtling
Drs 13/2711

Kosten der Unterkunft - Änderung in der Kostenträgerschaft

Pauschalierung der Kostenerstattung für Flüchtlinge und Spätaussiedler seit Jahresbeginn, finanzielle Auswirkungen aufseiten der Kommunen und des Landes

KlAnfr Veronika Netzhammer CDU 23.02.2004 und Antw SM Drs 13/2935

Unterrichtung über die Bewilligung von außerplanmäßigen Ausgaben bei den Kap 0330 und 0331 (Ausgabenerstattungen an die Stadt- und LKreise für die Unterbringung von Spätaussiedlern und Flüchtlingen)

Mittlg FM 11.05.2004 Drs 13/3199

Auswirkungen von Hartz IV auf den LKreis Böblingen

Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld, von Hilfe zum Lebensunterhalt sowie von Grundsicherung, von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsges sowie Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe; Höhe der derzeitigen Kosten der Unterkunft sowie für Kinderbetreuungsleistungen, psychosoziale Betreuung, für einmaligen Bedarf, Schuldner- und Suchtberatung ab 2005; Höhe der zu erwartenden Rückflüsse des Landes für die Unterkunftskosten

KlAnfr
s. Sozialleistung
Drs 13/3400

Zuweisungspauschale an die Land- und Stadtkreise zur Kostendeckung bei der Unterbringung von Flüchtlingen, Spätaussiedlern und Asylbewerbern

Bewirkung einer Kostenüber- oder -unterdeckung bei den einzelnen Stadt- und LKreisen; Frage nach dem Zeitplan für die vorgesehene Umfrage und der daraus zu entwickelnden Neukonzeption der Pauschale

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 08.12.2004 und Antw IM Drs 13/3859

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Umsetzung der mit dem Kinder- und Jugendhilfeentwicklungsges geänderten Rechtslage zur Inobhutnahme und Unterbringung o.g. Flüchtlinge, Einrichtung der von Fachleuten geforderten zentralen Clearingstelle?

Antr
s. Flüchtling
Drs 13/4728

Situation wohnungsloser Frauen in BW

Frage nach den o.g. Zahlen und Ursachen in den einzelnen Stadt- und LKreisen, verfügbare Hilfeeinrichtungen und Unterkünfte speziell für Frauen mit Kindern, flankierende Maßnahmen und Strategien zur Reduzierung der Obdachlosigkeit von Frauen

Antr
s. Obdachlosigkeit
Drs 13/4905

Unternehmen

s.a. Ausbildungsstätte
s.a. Betriebsänderung
s.a. Betriebsarzt
s.a. Betriebsverfassung
s.a. Betriebswirtschaft
s.a. Bilanz
s.a. Dienstleistung
s.a. Gewerbesteuer
s.a. Handwerk
s.a. Kapitalgesellschaft
s.a. Öffentliches Unternehmen
s.a. Public Private Partnership
s.a. Unternehmensansiedlung
s.a. Unternehmensberatung
s.a. Werkstatt für Behinderte
s.a. Zahlungsunfähigkeit

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. Landesregierung

Drs 13/29

Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts als Chance zur Kurskorrektur

Beurteilung der Vorschläge des BFinanzMin sowie der finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Reform für Körperschaften und Personenunternehmen, notwendige Änd zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbes der mittelständischen Wirtschaft

Antr

s. *Steuerrecht*

Drs 13/123

Organisation und Tätigkeiten von Kammern

Art und Rechtsgrundlagen von wirtschaftlichen Aktivitäten der Kammern direkt über eigene Unternehmen oder indirekt über Beteiligungen und Tochterunternehmen; jeweilige Rechtsform, Umsätze, Bilanzen und Kontrollen, insbes bei Tochterunternehmen und Minderheitsbeteiligungen

Antr

s. *Kammer (Körperschaft)*

Drs 13/489

Bedeutung und Entwicklung der Verbundforschung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in BW

Umfang und Zielprojekte der o.g. Förderung seit 1996, Vergleich mit Bayern und RPF, beteiligte Einrichtungen und Unternehmen, Beurteilung der Studiengänge an der FH Aalen und der BA Villingen-Schwenningen sowie des Programms „Innovationsassistent“, Ausgestaltung der Regelungen und Schutzrechte über die Verwertung der Forschungsergebnisse

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/584

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Landesbeteiligungen an Unternehmen und Mitgliedschaften in Aufsichtsgremien (Drs 11/4802 Nr. 8) - Beschl des Ltg vom 10.11.1994

Mittlg

s. *Landesbeteiligung*

Drs 13/678

Familienunterstützende Angebote in BW

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Förderung von Betriebskindergärten sowie Teilzeitarbeitsplätzen, insbes auch für Führungskräfte; Ausbau der Kontaktstellen Frau und Beruf, Auszeichnung vorbildlicher Betriebe

GrAnfr

s. *Familie*

Drs 13/681

Förderung von mittelständischen Unternehmenskooperationen

Unterstützung von Unternehmenskooperationen und Verbundsystemen als Alternative und Ergänzung der einzelbetrieblichen Förderung

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/878

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Förderung der Beratung, Qualifizierung, Existenzgründung und Unternehmensnachfolge von ausländischen Inhabern; Evaluati-on der einzelnen Maßnahmen

GrAnfr

s. *Ausländer*

Drs 13/1030

Kundenfreundliches BW - kostenlose Ausgabe von alkoholfreien Getränken zum Verzehr als Kundenservice

Rechtliche Beurteilung o.g. Geste von Friseurgeschäften, Kosmetikstudios u.a. Firmen; Bewertung als Zeichen der Gastfreundschaft oder als Wirtschaftskriminalität? Rechtslage in anderen BLändern und der EU; Einstufung der Vorgehensweise von Polizeibehörden bzw des WKD, insbes der Erfassung und des Verbleibs der Personalien von Kunden

Antr

s. *Dienstleistung*

Drs 13/1077

Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungs- und Schwellenländern, Chancen der IuK und von neuen, umwelt- und ressourcenschonenden Technologien, Zertifizierung der Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen; Unterstützung des Engagements von kleineren Unternehmen iRd Public Private Partnership, Koordination und Evaluation von Projekten; Bereiche, Zielvorgaben und Ergebnisse der Forschung, Wissenstransfer von Firmen und Hochschulen in Entwicklungsländer

GrAnfr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/1093

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1134

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten, der Zahl von Unternehmen, Unternehmensgründungen, -auflösungen und Konkursen seit 1996

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region; Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild, Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr

s. *Bodensee*

Drs 13/1251

Ausbildungsplätze in BW

Darlegung der jeweiligen Lehrstellenbilanz seit 1997, Stimulation der Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft; Reduzierung der Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss; Aufstockung der Zahl von Ausbildungsstellen im Landesbereich einschließlich der Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Landes, Mittelbereitstellung für die überbetriebliche Ausbildung

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/1260

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1293

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1318

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Entwicklung der o.g. Betätigung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen seit 1992, Frage nach einer drittschützenden Wirkung des § 102 GemO sowie nach Eingriffsmöglichkeiten und -handlungen der Rechtsaufsicht in den letzten fünf Jahren, Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, Beschränkung auf Ausnahmen, Normierung eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs Dritter gegenüber den Kommunen? Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegründeten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau sowie eines Kreisplanungsamts bei Leistungen der Bauwerksplanung und Grünplanung

Antr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1367

Auswirkungen des MittelstandsförderungsGes auf mittelständische Unternehmen

Zahl und Betätigungsfelder von Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft bzw Mitträgerschaft in Konkurrenz zu privaten Betrieben, Auswirkungen auf den jeweiligen Märkten, Erfahrungen in anderen BLändern bzw in BW nach Änd des Gemeindeförderungswirtschaftsrechts und des MittelstandsförderungsGes im Bereich des öffentlichen Vergabewesens, Frage nach Kooperationen und Quersubventionierungen, Einschätzung von Ergebnissen der auf EU-Ebene geführten Diskussion der Grenzen zwischen öffentlicher Daseinsvorsorge und Marktliberalisierung

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/1386

Unternehmensgründungen von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und deren Auswirkungen auf den hiesigen Arbeitsmarkt

Darlegung o.g. Daten seit 1995 in Relation zum Bevölkerungsanteil und Vergleich mit Gewerbeanmeldungen von Deutschen, Zahl der dadurch entstandenen Arbeitsplätze

Antr

s. *Existenzgründung*

Drs 13/1425

Wettbewerbliche Konkurrenz durch den zweiten Arbeitsmarkt

Wirtschaftliche Betätigung von subventionierten gemeinnützigen Werkstätten u.a. Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarkts in Konkurrenz zu privaten Unternehmen, Behandlung dieser Betriebe durch Kommunen und LKreise, Vereinbarkeit mit dem MittelstandsförderungsGes? Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbs zulasten von Handwerk und Mittelstand

KlAnfr

s. *Arbeitsmarkt*

Drs 13/1437

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1451

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. *Wirtschaftsförderung*

Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der

Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1501

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1520

Maßnahmen zur Verringerung der Bürokratiebelastung in BW

Bisherige und zu erwartende Bürokratiebelastung vonseiten des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen sowie daraus folgende Wertschöpfungsverluste; Effizienz der Einrichtungen des Landes, z.B. Bürokratiekosten-TÜV und Standardpranger, im Vergleich zu anderen BLändern; Wirkungen von Experimentierklauseln und der Gesetzesfolgenabschätzung; Einbindung der Wirtschaftsorganisationen und Kammern

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/1521

Geplante steuerliche Abschaffung der Lifo-Methode

Auswirkungen einer Abschaffung der o.g. Bewertungsmethode der mit börsennotierten Rohstoffen produzierenden Industrie, u.a. der edelmetallverarbeitenden mittelständischen Unternehmen in der Region Nordschwarzwald: Reduzierung des Eigenkapitals und damit der Liquidität, des Kreditrahmens und Steueraufkommens, verfassungsrechtliche Bewertung einer Substanzbesteuerung

Antr
s. *Bilanz*
Drs 13/1601

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1716

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Ein-

zelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1733

Mittelstandsfreundliche Verwaltungsgebühren für Ausnahmen nach dem ArbeitszeitGes

Herabsetzung und Flexibilisierung der Gebührenregelung zur Erteilung von Ausnahmen für Tätigkeiten an Sonn- und Feiertagen für Unternehmen mit 21 bis 200 Arbeitnehmern

MdlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/1778

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1880

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/1886

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1986

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr

s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/1987

Ausbildungsfähigkeit von Hauptschulabsolventen

Zahl der Schüler ohne Abschluss seit 1998, Förderprogramme von Unternehmen für Absolventen mit mangelnder Qualifikation, Partnerschaften zwischen Unternehmen und Hauptschulen

KlAnfr
s. Berufliche Bildung
Drs 13/2020

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
s. Wirtschaft
Drs 13/2026

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreiss Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. Wirtschaftsförderung
Drs 13/2135

Maßnahmen gegen eine Ausbildungslücke in BW

Entwicklung der Ausbildungsquote nach Betrieben und Branchen seit 2000; Hinwirkung auf mehr Ausbildungsplätze bei ausbildungsfähigen Betrieben und beim Land selbst

Antr
s. Ausbildungsplatz
Drs 13/2142

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Entwicklung o.g. Beziehungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und den Spannungen zwischen den Regierungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg differenziert nach Branchen und Regionen; Umfang der jeweiligen Direktinvestitionen, von Forschungsk Kooperationen sowie des Austauschs von Wissenschaftlern und Führungspersonal; Beteiligung von US-Firmen an Messen und Kongressen; Fördereinrichtungen und -maßnahmen des Landes

Antr
s. Wirtschaftliche Kooperation
Drs 13/2269

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Entwicklung und Situation des Lehrstellenmarkts in BW

Entwicklung der Ausbildungsbereitschaft im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor, in der Bauwirtschaft und Landwirtschaft; Darstellung von Angebot und Bewerberzahlen in besonders nach-

gefragten Berufen; Bemühungen um neue Berufsbilder und -abschlüsse für eher praktisch begabte Jugendliche; Beurteilung der Einführung einer Ausbildungsabgabe für nicht ausbildende Betriebe

Antr
s. Ausbildungsplatz
Drs 13/2327

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Bedeutung und Förderung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur; Unterstützung des Austauschs von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden; Engagement von Unternehmen in China sowie von chinesischen Wirtschaftsunternehmen in BW

Antr
s. Wissenschaftliche Kooperation
Drs 13/2553

Ausbildungsfinanzausgleich in BW

Ausgestaltung und Grundsätze eines Ausbildungsfinanzausgleichs, Festlegung von Beitragsklassen in den einzelnen Handwerkskammerbezirken, maßgebliche Obergrenzen des Ertrags, Bewertung der Beitragsklassenfestlegung mit ihren unterschiedlichen Gewerbeertragsprüngen je Beitragsklasse

Antr
s. Ausbildungsabgabe
Drs 13/2614

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr
s. Wirtschaft
Drs 13/2667

Steuervergünstigungsabbaugesetz / Neuregelung Gesellschafter-Fremdfinanzierung

Konsequenzen der o.g. Neuregelung des § 8a KStG zum Jahresbeginn bzw rückwirkend für ausländische Investoren beim Erwerb eines deutschen Unternehmens, Frage nach steuerrechtlichen Beispielen, die zuvor legale Vorgänge nachträglich als Missbrauch definieren; allgemeine Auswirkungen des Steuervergünstigungsabbaugesetz auf die Finanzierung mittelständischer Kapitalgesellschaften

KlAnfr
s. Steuerrecht
Drs 13/2841

Initiative KURS - Kooperationsnetze zwischen Unternehmen der Region und Schulen

Stärkung der Berufsorientierung und Wirtschaftskompetenz der Schüler, Erfahrungen und weitere Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Auflistung der beteiligten Schulen und Unternehmen sowie der Unterstützung vonseiten der Kammern und Wirtschaftsverbände

Antr
s. Wirtschaft

Drs 13/2875

Umsetzung des Emissionshandels in BW und Konsequenzen für die Klimaschutzpolitik des Landes

Umsetzung der EU-Richtlinie zum Emissionszertifikatehandel ab 01.01.2005, Information der betroffenen Industriebetriebe und Kraftwerke zur Abgabe der erforderlichen Emissionsdaten, Mitwirkungsbereitschaft der Anlagenbetreiber, Anteil der landeseigenen Anlagen am Gesamtaufkommen der CO₂-Emissionen, Abschätzung des Modernisierungsbedarfs und der zu erwartenden Einsparungen, Beteiligung des UVM und der nachgeordneten Behörden an der Umsetzung und Überwachung, Auswirkungen der Auflösung der Gewerbeaufsichtsämter iRd Verwaltungsreform, Befürwortung des Vollzugs durch Landes- oder Bundesbehörden? Erfahrungen mit Forschungsprojekten, Unterstützung der teilnahmepflichtigen Unternehmen

GrAnfr
s. *Umweltzertifikat*
Drs 13/2895

Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen in BW

Unterstützung von „corporate citizenship“ nach dem Beispiel anderer Länder; Zahl und Art der beteiligten Unternehmen; Eignung von Freiwilligenagenturen zur Herstellung der Kontakte zwischen Unternehmen und Gesellschaft

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/2909

Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland

Umfang, Ursachen und Auswirkungen der o.g. Entwicklung differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen; Einschätzung der weiteren Entwicklung nach dem EU-Beitritt der MOE-Staaten, Vergleich der dortigen Arbeitskosten mit denen in der EU; Strategien der Unternehmen zur Vermeidung einer Verlagerung bzw zur Rückverlagerung; Maßnahmen von Bund und Ländern zur Verhinderung weiterer Arbeitsplatzverluste hierzulande

Antr
s. *Betriebsänderung*
Drs 13/3096

Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsmandate von Ministern und Ministerialbeamten

Darlegung o.g. Mandate bei Firmen, Stiftungen, Landesbetrieben u.a. Einrichtungen mit Landesbeteiligung; Form und Höhe der jeweiligen Vergütung

KlAnfr
s. *Aufsichtsrat*
Drs 13/3196

Ausbildungshindernisse beseitigen

Negative Beeinflussung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen durch tarifvertragliche Regelungen, Fehlzeiten durch Berufsschulunterricht, Ausbildungskosten u.a.m.; Ausbildungsmöglichkeiten und -plätze für eher praktisch begabte Jugendliche, Eintreten für weitere gestufte Ausbildungsberufe und -abschlüsse

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3300

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie in den Unternehmen und Betrieben des Landes

Bereitstellung der iRd Ausbildungsplatzpakts auf Bundesebene verabredeten neuen Ausbildungsplätze durch die Unternehmen in BW, Einbeziehung der Gewerkschaften, Ermittlung des spezifischen regionalen Bedarfs, Erhöhung der Fördermittel für die überbetriebliche Ausbildung und Verbundausbildung, Ausbau der schulischen Ausbildungsangebote entsprechend der Nachfrage, Förderung von benachteiligten Jugendlichen nach dem „Offenburger Modell“

Antr
s. *Berufliche Bildung*
Drs 13/3326

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/3401

Offenlegung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern in landeseigenen und landesbeteiligten Unternehmen

Veröffentlichung im jährlichen Bericht des FM über die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts

Antr
s. *Vorstand*
Drs 13/3496

Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen der Region Stuttgart ins Ausland

Verlagerung von Wissenschaftlern und Fachkräften ins Ausland in den letzten Jahren, Einschätzung der weiteren Entwicklung und Auswirkungen, Höhe der Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute seit 2000; stärkere Ausrichtung der Technologieförderung auf kleine und mittlere Unternehmen, Abstimmung der Studiengänge an den Fachhochschulen mit den Bedürfnissen der heimischen Technologie-Unternehmen

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/3502

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 23) - Unternehmensgründungen und -beteiligungen der Universitätsklinik

Mittlg
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4103

Zugehörigkeit von Herrn Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Ulrich Müller zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. *Müller, Ulrich MdL CDU*
Drs 13/3766

Handelsbeziehungen nach Osteuropa

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KlAnfr
s. *Osteuropa*

Drs 13/3774

Aussagekraft der Ausbildungsstatistik

Zahl der von den Unternehmen iRd Ausbildungspakts zusätzlich angebotenen Ausbildungs- und Praktikumsstellen; Anteil von Jugendlichen ohne Interesse an einer betrieblichen Ausbildung oder alternativ angebotenen Einstiegsqualifizierung, Auswirkungen der fehlenden Meldepflicht einer erfolgreichen Lehrstellensuche auf anderem Wege bei den Arbeitsagenturen; Möglichkeiten einer Präzisierung der o.g. Statistik

GrAnfr

s. Berufliche Bildung

Drs 13/3776

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, gestellte und bewilligte Anträge auf GVFG-Maßnahmen, Stand der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts von den Akteuren vor Ort

Antr

s. Wirtschaft

Drs 13/3975

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr

s. Wirtschaft

Drs 13/4152

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr

s. Landesregierung

Drs 13/4320

Unternehmensnachfolge

Zahl und Art der seit 2002 getroffenen und in den nächsten Jahren anstehenden Nachfolgeregelungen differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen, Anteil von Neugründungen, Darlegung der Förderprogramme des Landes, der Kammern, Verbände, Banken u.a. Institutionen

KlAnfr Jürgen Hofer FDP/DVP 01.06.2005 und Antw WM
Drs 13/4364

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen;

Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr

s. Investition

Drs 13/4400

Beziehungen des Landes BW zu Bulgarien

Entwicklung der Beziehungen, der Unternehmensansiedlungen und des Warenaustauschs in den letzten fünf Jahren; Frage nach Hilfestellungen und Fördermaßnahmen für heimische Unternehmen sowie nach Kontakten im Bildungs- und Forschungsbereich; Einrichtung einer gemeinsamen Regierungskommission sowie einer eigenen Repräsentanz in Bulgarien

Antr

s. Bulgarien

Drs 13/4447

Ratingverfahren bei Krediten

Gestaltung, Intervalle und Rechtsgrundlagen o.g. Verfahren der Kreditinstitute; Darlegung der zu gewichtenden Faktoren und der Relevanz der erteilten Benotung für die Kreditvergabe bzw -verlängerung, Berücksichtigung der mittel- bis langfristigen Entwicklungen eines Unternehmens?

Antr

s. Kredit

Drs 13/4467

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr

s. Existenzgründung

Drs 13/4470

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr

s. Wirtschaft

Drs 13/4536

Offenlegung der Vorstandsvergütungen in Unternehmen mit Landesbeteiligung

Übertragung der auf Bundesebene beschlossenen Regelung für börsennotierte Unternehmen auf Unternehmen mit Landesbeteiligung

Antr
s. Vorstand
Drs 13/4560

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Ilser

Entwicklung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Vernetzung mit der Wirtschaft, insbes des Transfers von Forschungsergebnissen und der Technikfolgenabschätzung seit 1985; Höhe und Wirkungen der Förderung, Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Arbeitsmarktdaten, Existenzgründungen und Betriebsansiedlungen; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Kooperation mit Bayern; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen; Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, geplante Projekte bis 2010; Wettbewerbsfähigkeit der Region als Hochtechnologiestandort, Abbau von Defiziten

GrAnfr
s. Ulm
Drs 13/4584

Landeskuratorium „Bürgerarbeit“

Personelle Zusammensetzung, bearbeitete Themen und Ergebnisse des o.g. Gremiums zur Stärkung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements; Gründe für den Verzicht auf das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen; Art und Umsetzung von politikfähigen Vorschlägen

Antr
s. Ehrenamt
Drs 13/4654

Zugehörigkeit von Herrn Minister Helmut Rau zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. Minister für Kultus, Jugend und Sport
Drs 13/4766

Wirtschaftsbeziehungen mit Serbien-Montenegro

Handelsvolumen, Güter und Schwerpunkte 2004; Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit der EU; Werbung um Firmen für Investitionen in Serbien-Montenegro; Bedeutung der Hochschulen für die produktnahe Forschung und Entwicklung; Stand und Perspektiven der institutionellen Zusammenarbeit

KlAnfr
s. Serbien und Montenegro
Drs 13/4786

Situation des Bürgerschaftlichen Engagements in BW in Bezug auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung

Auflistung der am o.g. Netzwerk beteiligten Kommunen und deren Unterstützung, Höhe und Auswirkungen der Kürzungen des Landes, der Vereine und Verbände; Gefährdung von Initiativen durch diese Kürzungen und globalen Minderausgaben; Projekte von Corporate Citizenship im Jugend-, Senioren-, Umwelt- und Sportbereich; Art der Vermittlung des Engagements von Unternehmen bei Vereinen und Verbänden

Antr
s. Ehrenamt

Drs 13/4906

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. Landesregierung
Drs 13/4954

Baden-württembergische Wissenschaftsbeziehungen nach Ägypten und die Perspektiven für die German University in Cairo (GUC)

Darlegung der beteiligten Hochschulen, Berufsakademien und Unternehmen; Umfang des Austauschs von Wissenschaftlern und Studierenden sowie des finanziellen Engagements von Bund, Land und Privatpersonen; Frage nach den bearbeiteten Themen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie nach den mittelfristigen Perspektiven

KlAnfr
s. Wissenschaftliche Kooperation
Drs 13/5075

Zugehörigkeit von Mitgliedern der LReg zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen

Antr
s. Landesregierung
Drs 13/5167

Wirtschafts- und Handelskontakte des Landes mit der Volksrepublik China (VR China)

Darlegung der bestehenden und geplanten Kontakte bzw der gegenseitigen Besuche von Wirtschaftsdelegationen und deren Ergebnisse, Frage nach Repräsentanten von Institutionen des Landes in China mit dem Ziel der Werbung um Betriebsansiedlungen und Investitionen in BW

KlAnfr
s. China
Drs 13/5201

Schwerpunktmäßige Förderung der mittelständischen Unternehmen, Verbesserung der steuerlichen Entlastung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44-46 54

Auswirkungen der Steuerreform auf Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 73 85 104 105 115 117 118

Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, Rücknahme der Bevorzugung von Kapitalgesellschaften gegenüber Personenunternehmen, Erleichterung von Betriebsübernahmen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500-505 508 509 511 512

Kritik am Abbau der Belegschaften bei gleichzeitiger Forderung nach mehr Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen; Einbeziehung von kleinen und mittleren Unternehmen in das Forschungsrahmenprogramm der EU

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560 561 563-565 569 570 572 573 607 608

Feststellung einer besonders hohen Steuerbelastung der Unternehmen, Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen von Steuern und Bürokratie, beratende Unterstützung von Betriebsübernahmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 637 639 640 697-706

Erreichung einer Umschichtung bei der Steuerentlastung von den Kapitalgesellschaften zu den kleinen und mittleren Unternehmen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 801 802 804 807

Verstärkung der Kooperationsförderung für kleine und mittlere Unternehmen, beratende Unterstützung von Betriebsübernahmen, Bedeutung von qualifizierten Mitarbeitern

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942-951 953 956

Auswirkungen der Steuerreform auf Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1064 1071 1076 1080 1086 1091

Auswirkungen der Steuerreform auf Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften; Bedeutung der neuen Landesmesse für die exportorientierten Unternehmen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1109 1113 1143 1152

Wachstum von Hightechunternehmen in der Region Karlsruhe, Begrüßung von Ausgründungen aus Universitäten und FH, Erhaltung der Verbindungen zur Wissenschaft

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518 1521-1523 1527-1529 1543

Bedeutung der älteren Arbeitnehmer für die Unternehmen, Beratung und Begleitung von Betriebsnachfolgern durch Seniorenexperten, Schaffung von günstigen Investitionsbedingungen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1675-1690 1704 1706 1707 1710-1717 1719-1722

Notwendigkeit einer Befreiung der Unternehmen von belastenden Vorschriften, Unterstützung der kleinen und mittleren Betriebe, Erhaltung des Wissens und der Erfahrung älterer Arbeitnehmer in den Betrieben, Revision der Steuerreform zugunsten der Personenunternehmen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1812-1826

Behinderung von Betriebsgründungen durch Bürokratie und Überregulierung, Auswirkungen der Steuerreform auf Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften, Stimulanz der Investitionsbereitschaft der Unternehmen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115-2118 2120-2129 2131-2133 2135 2136 2156 2159

Feststellung einer besonders hohen Belastung von mittelständischen Unternehmen mit Steuern und Bürokratie, Verbesserung der Rahmenbedingungen, Verzicht auf ein Ausspielen großer gegen kleinere Unternehmen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355-2372

Notwendigkeit von kinderfreundlichen Arbeitszeiten und Kinderbetreuung in den Unternehmen

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2560 2569

Auswirkungen der Steuerreform auf Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften, Investitionsbereitschaft angesichts unklarer Absichten der Regierung; Hinwirkung auf die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626-2628 2630-2633 2643 2647 2655

Partnerschaft zwischen Unternehmen und beruflichen Schulen, Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft, Unterstützung des Reformkonzepts IMPULSE Hauptschule

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2810 2811 2813 2816 2828 2830 2845-2855

Beklagung des Rückgangs der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen; Förderung von Unternehmen im Bereich der Umwelttechnik und Biotechnologie

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3152-3161 3172 3189 3200-3203 3206-3209 3217-3223

Belastung der Unternehmen mit einer Ausbildungsabgabe, Hinweis auf fehlende Ausbildungsmöglichkeiten vieler Betriebe, Beklagung der mangelnden Berufsreife von Schulabgängern

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855-3871

Bedeutung der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute für die kleinen und mittleren Unternehmen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand; Verlagerung von lohnintensiven Produktionen nach Osteuropa

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489-4501 4503 4511 4517-4520

Befürchteter Aufwand an Bürokratie und möglichen Schadenersatzleistungen der Unternehmen im Falle einer Umsetzung des AntidiskriminierungsGes der BReg; Kritik der Unternehmen an der Ausbildungsreife von Schulabgängern; Einschätzung der Wirtschaftsförderung des Landes durch die Unternehmer

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6279 6280 6282-6286 6288 6295 6296 6330-6335

Würdigung des Beitrags der Unternehmen zur wirtschaftlichen Spitzenposition des Landes, Notwendigkeit einer Absenkung der Unternehmensbesteuerung, Vorgaben und Instrumente zur Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402-6407 6422

Beurteilung des Aufrufs von Ute Vogt zum Boykott von Unternehmen; Analyse der Beschäftigtenentwicklung sowie der Effizienz der Instrumente zur Wirtschaftsförderung nach Unternehmensgrößen, Bewertung der Einstellungsbereitschaft nach dem Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6463 6469 6470 6478-6483 6487 6492 6496 6497 6509-6511

Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung für die Unternehmen, Dramatik der Abwanderung von Unternehmen ins Ausland und Zunahme der Arbeitslosigkeit hiezulande; Bedeutung des Datenschutzes angesichts der Zugriffsmöglichkeiten der privaten Wirtschaft auf Kundendaten und Konsumprofile

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6969 6970 6972 6974-6977 6980 6982 7034-7039

Bedarf der Wirtschaft an gut ausgebildeten Frauen, Bemühungen der Unternehmen zur Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen, Einbindung von Unternehmern in die Ganztagsangebote der Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7201 7205 7206

Entwicklung der Unternehmen nach Größen, Branchen und Sektoren; Unterstützung der Sicherung der Unternehmensnachfolge; Erleichterung der Kreditversorgung für kleinere Unternehmen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444-7450

Bedeutung der älteren Arbeitnehmer für die Unternehmen, Kritik an diskriminierenden Stellenanzeigen, Bemühungen um einen höheren Beschäftigungsanteil der älteren Arbeitnehmer

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558-7560 7562-7565

Beklagung des „Jugendwahns“ der Unternehmen, Hinwirkung auf einen höheren Beschäftigungsanteil älterer Arbeitnehmer

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7676-7686

Beklagung des „Jugendwahns“ der Unternehmen, Hinwirkung auf einen höheren Beschäftigungsanteil älterer Arbeitnehmer; Erschließung von Wachstumspotenzialen für heimische Unternehmen mit der Erleichterung des Exports von Dienstleistungen, Entschärfung der EU-Dienstleistungsrichtlinie mit der Verankerung des Ziellandprinzips

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7772-7774 7845-7851

Unternehmen der öffentlichen Hand

s. Öffentliches Unternehmen

Unternehmensansiedlung

Ansiedlung einer Photovoltaik-Fertigung im Technologiepark Neckar-Odenwald

Unterstützung o.g. Pläne der Stadt Mosbach u.a. Gemeinden im interkommunalen Gewerbegebiet „TECH-NO“

KlAnfr

s. Solartechnik

Drs 13/671

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung des Angebots an Gewerbeflächen in den letzten zehn Jahren, Unterstützung der Ansiedlung innovativer Unternehmen

GrAnfr

s. Heilbronn-Franken, Region

Drs 13/1211

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmendaten, Ausbau der Region zu einem Wirtschaftsstandort mit europäischer Bedeutung, zurückliegende und künftige Förderung des Wohnungsbaus, Unterstützung von Konversionsmaßnahmen, Bau von Wohnungen und Ansiedlung von Gewerbe auf ehemals militärisch genutzten Flächen

GrAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/1226

Imagekampagne

Evaluation der Imagekampagne BW, Zahl der angesiedelten ausländischen Unternehmen und neu geschaffenen Arbeitsplätze, Frage nach der Möglichkeit der Mittelverwendung für andere (Werbe-)Zwecke, z.B. für die Gestaltung und Ausführung der Olympiabewerbung

KlAnfr

s. Werbung

Drs 13/1852

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -

eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr

s. Wirtschaft

Drs 13/1886

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 20) - Förderung der Erschließung von neuem Gewerbegebiete

Mittlg

s. Gewerbegebiet

Drs 13/2700

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen sowie des Bedarfs und Angebots von Gewerbeflächen seit 1993

Antr

s. Wirtschaft

Drs 13/2667

Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbepark Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr

s. Naturschutzgebiet

Drs 13/3589

Tatsächlicher Bedarf und Ausweisung von Gewerbegebieten in BW

Darlegung o.g. Daten seit 1990, Höhe der Erschließungskosten, Anteil der interkommunalen Gewerbegebiete sowie der gewährten Fördermittel; Nutzungsgrad der Flächen durch Neuansiedlungen; Verstärkung der Steuerungsmöglichkeiten

Antr

s. Gewerbegebiet

Drs 13/3881

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, gestellte und bewilligte Anträge auf GVFG-Maßnahmen, Stand der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts von den Akteuren vor Ort

Antr

s. Wirtschaft

Drs 13/3975

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor

Antr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4152

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außerdarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. *Investition*
Drs 13/4400

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung des Angebots an Gewerbeflächen in den letzten zehn Jahren, Unterstützung der Ansiedlung innovativer Unternehmen

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten bzw der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und -abwanderungen seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen sowie des Bedarfs an hoch qualifizierten Arbeitskräften

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Ansiedlung von Factory-Outlet-Center nur in Oberzentren und von großflächigen Einzelhandelsbetrieben in zentralen Orten, Ermöglichung von Ausnahmen in Einzelfällen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 751 753 755

Gewichtung von Kunst und Kultur als Standortfaktoren bei Gewerbeansiedlungen; Erfolgswertung der Konversion in Söllingen

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1518

Attraktivität der Ansiedlung von Technologieunternehmen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1637

Ersetzung der Gewerbesteuer durch ein Gemeindeforschlagsrecht auf die Einkommensteuer, Auswirkungen auf das Interesse von Kommunen an Gewerbeansiedlungen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2762 2764 2765 2767

Stellenwert der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur für Gewerbeansiedlungen

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190 5191

Unternehmensberatung*Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW*

Förderung der Beratung, Qualifizierung, Existenzgründung und Unternehmensnachfolge von ausländischen Inhabern; Evaluation der einzelnen Maßnahmen

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1387

Fördermittel Mittelstand Unternehmensberatung

Art der Abwicklung, Höhe der eingesetzten Mittel und zuständige Stellen der Mittelvergabe für Existenzgründungs- und Unternehmensberatung iRd Mittelstandsförderung

KIAnfr
s. *Mittelstand*
Drs 13/2608

„w-punkt“ als zentrale Anlaufstelle der Wirtschaftsförderung

Ergebnisse der Erfolgskontrolle der Arbeit des w-punkts; Art, Zahl und Inhalte der Kontaktaufnahmen von Interessenten und deren Bedienung bzw Weiterleitung an zuständige Institutionen; Gestaltung der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung

Antr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/4398

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Förderung der Existenzgründerberatung sowie der Beratung bestehender Unternehmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 701 702

Beratungsangebote zur Kooperation und Betriebsnachfolge im Handwerk

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 766 767 769-771 773 774

Qualität der Wirtschaftsfördereinrichtungen bei der Beratung, Finanzierung und Existenzgründung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330 6331

Unterrichtsausfall

s. Schulunterricht

Unterrichtsausschluss

s. Ordnungsmittel im Schulwesen

Unterseefischereiordnung

s. Fischereirecht

Untersuchungsausschuss

Einsetzung und Auftrag des UA „Fehler der Atomaufsicht in BW im Zusammenhang mit den meldepflichtigen Ereignissen und dem Fehlverhalten im Kernkraftwerk Philippsburg Werk 2 und die daraus zu ziehenden Konsequenzen“

Antr SPD 15.01.2002 Drs 13/630

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 929-936

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 929-936 1020 (Wahl der Mitglieder, des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden)

Beschl des Ltg 31.01.2002 Drs 13/842

Bericht und BeschlEmpf 29.10.2003 Drs 13/2500 (616 S.)

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3728-3743

Mittlg LReg 23.03.2004 Drs 13/3013

Schreiben des BVerfG vom 14.12.2001, Az.: 2 BvE 2/01 - Organstreitverfahren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Mitglieder im Parteispendenuntersuchungsausschuss gegen den Parteispendenuntersuchungsausschuss wegen Beweiserhebung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833

BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/776

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1223

Einsetzung und Auftrag des UA „Verhalten von LReg und Landesbehörden im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten von Manfred Schmider und Matthias Schmider, insbes bei der Firmengruppe FlowTex“

Antr SPD und GRÜNE 01.03.2002 Drs 13/808

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1268-1284

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1268 1321 (Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des UA)

Beschl des Ltg 07.03.2002 Drs 13/843

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893 3000 (Umbesetzung)

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 5041 (Umbesetzung)

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5265 (Neuwahl des stellvertretenden Vorsitzenden des UA)

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5321 5413-5415 (Umbesetzung)

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6787 6876 (Umbesetzung)

Bericht und BeschlEmpf 09.12.2005 Drs 13/4850 (1154 S.)

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7566-7583

Mittlg LReg 14.06.2006 Drs 14/17

Die Kontrollaufgabe des Parlaments und die Auskunftsverweigerung des Wirtschaftsministers Dr. Döring vor dem Untersuchungsausschuss

Aktuelle Debatte

s. Wirtschaftsminister

PIPr 13/68 S. 4779

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Anpassung des UntersuchungsausschussGes an die Rechtsänderung des Bundes zur Vergütung von Sachverständigen und Zeugen

GesEntw

s. Verfassungsschutz

Drs 13/4524

Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Die Rolle der LReg bei der Verlagerung Sinsheimer Messen nach Stuttgart (Sinsheimer Messeraub)“

Antr SPD und GRÜNE 26.07.2005 Drs 13/4545

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6877 6898-6910

Name geändert durch Verzicht auf den Klammerzusatz

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6898-6910 6954 (Wahl der Mitglieder, des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden)

Beschl des Ltg 27.07.2005 Drs 13/4561

Bericht und BeschlEmpf UA 01.02.2006 Drs 13/5100 (254 S.)

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7720-7733

Erinnerung an die drei Untersuchungsausschüsse in der 13. WP, Aufstellung eines neuen Rekords mit der Zeitdauer und dem Umfang des Abschlussberichts durch den UA FlowTex, Würdigung des Mitwirkens von Frieder Birzele an entscheidender Stelle in mehreren UA

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012 8013

Untersuchungsausschussgesetz

s. Untersuchungsausschuss

Untersuchungshaft

s. Haft

Unteruhldingen, Ortsteil

s. Uhldingen-Mühlhofen

Unvollständige Familie

s. Alleinerziehende

Unwetter

s.a. Bodenerosion

s.a. Hagel

s.a. Unwetterschaden

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Zunahme von Häufigkeit und Schwere von Unwettern als Folge der Klimaveränderung, Erwartung eines drastischen Anstiegs

versicherungspflichtiger Schäden vonseiten der Versicherungswirtschaft

GrAnfr
s. *Klima*
Drs 13/734

Wirtschaftliche und technische Folgewirkung des Orkans Lothar vom Dezember 1999

Angefallene Holzmengen durch die Sturmkatastrophe und Folgeschäden durch Borkenkäfer, Auswirkungen auf die forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen, Unterstützung durch die Landesforstverwaltung bei der Bewältigung der Sturmschäden, Darlegung der ausgelösten technischen und organisatorischen Entwicklungen bei der Holzernte

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 13.02.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/740
BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.04.2002 Drs 13/997 S. 40-42
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Sondergenehmigung für Transport von Holz aus Nasslagern

Darstellung o.g. Holzmengen aus der Sturmkatastrophe Lothar sowie der Zeitperspektive für den Abtransport zur verarbeitenden Industrie

Antr
s. *Holz*
Drs 13/990

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Schwarzwald; Auswirkungen auf den Hochwasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1027

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr
s. *Hagel*
Drs 13/1083

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1243

Hagelschäden

Höhe des Regulierungsaufwands für Hagelschäden an Gebäuden, Fahrzeugen, in der Landwirtschaft u.a. Bereichen seit 1995; Feststellung einer Tendenz der Schadensereignisse nach den Er-

fahrungen aus anderen BLändern?

KlAnfr
s. *Hagel*
Drs 13/4221

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Ausmaß und Auswirkungen der Orkanschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4484

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Ausmaß und Auswirkungen der Orkanschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Ausmaß und Auswirkungen der Orkanschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

Feststellung einer Zunahme schwerer Unwetter mit entsprechenden Schäden als Folge des Klimawandels; Vorsorge und Reaktionen der Versicherungen auf diese Entwicklung

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3443-3445 3449

Unwetterschaden

s.a. *Forstschaden*
s.a. *Hagel*
s.a. *Hochwasser*

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Zunahme von Häufigkeit und Schwere von Unwettern als Folge der Klimaveränderung, Erwartung eines drastischen Anstiegs versicherungspflichtiger Schäden vonseiten der Versicherungswirtschaft

GrAnfr
s. *Klima*
Drs 13/734

Wirtschaftliche und technische Folgewirkung des Orkans Lothar vom Dezember 1999

Angefallene Holzmengen durch die Sturmkatastrophe und Folgeschäden durch Borkenkäfer, Auswirkungen auf die forst- und holzwirtschaftlichen Unternehmen, Unterstützung durch die Landesforstverwaltung bei der Bewältigung der Sturmschäden, Darlegung der ausgelösten technischen und organisatorischen Entwicklungen bei der Holzernte

Antr
s. *Unwetter*
Drs 13/740

Sondergenehmigung für Transport von Holz aus Nasslagern
Darstellung o.g. Holzmengen aus der Sturmkatastrophe Lothar sowie der Zeitperspektive für den Abtransport zur verarbeitenden Industrie

Antr
s. *Holz*
Drs 13/990

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Schwarzwald; Auswirkungen auf den Hochwasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1027

Hagelschäden am 06. Juni 2002 in der Bodenseeregion

Ursachen, Ausmaß und Folgen des o.g. Unwetters; Rolle des Flugverkehrs über dem Bodensee; Hilfen und künftige Schutzmöglichkeiten für die betroffenen Betriebe; Beurteilung der Gefahr des Befalls durch Feuerbrand nach Hagelschäden beim Kernobst, Ermöglichung des Einsatzes von Plantomycin

Antr
s. *Hagel*
Drs 13/1083

Aufforstung der durch den Orkan „Lothar“ geschädigten Waldflächen im Ostalbkreis und Altkreis Schwäbisch Gmünd; Auswirkungen auf den Wasserschutz

Ersetzung der geschädigten Nadelwaldmonokulturen durch Laub- und Mischwald, Auswirkungen auf die Wasserrückhaltefähigkeit des Waldbodens im Ostalbkreis und Remstal, Berücksichtigung bei der Planung des Hochwasserschutzes

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/1243

Hagelschäden

Höhe des Regulierungsaufwands für Hagelschäden an Gebäuden, Fahrzeugen, in der Landwirtschaft u.a. Bereichen seit 1995; Feststellung einer Tendenz der Schadensereignisse nach den Erfahrungen aus anderen BLändern?

KlAnfr
s. *Hagel*
Drs 13/4221

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Ausmaß und Auswirkungen der Orkansschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4484

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Ausmaß und Auswirkungen der Orkansschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4808

Einführung einer Hagelversicherung als Pflichtversicherung

Frage nach o.g. Plänen, Unterstützung der Landwirte präventiv sowie nach Hagel- u.a. Unwetterschäden in anderen BLändern, Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die aktuellen Rebschäden durch eine Mengenbegrenzung bei der Traubenanlieferung?

GrAnfr
s. *Versicherung*
Drs 13/4844

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Ausmaß und Auswirkungen der Orkansschäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/4851

Bereitstellung weiterer Mittel zum Ausgleich der Schäden durch den Sturm Lothar

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 207

Folgeschäden des Orkans Lothar vom Dezember 1999, Auswirkungen auf die Forst- und Holzwirtschaft, Erhaltung der Ausgleichszulage Wald

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1048

Feststellung einer Zunahme schwerer Unwetter mit entsprechenden Schäden als Folge des Klimawandels; Vorsorge und Reaktionen der Versicherungen auf diese Entwicklung

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3443

Uran

Einschätzung der weltweit verfügbaren Uranvorräte, Bezweifelung der Annahmen der Internationalen Energieagentur

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7700 7705 7710 7713 7714

Urbach

Ablehnung einer Kopftuch tragenden Lehrerin an einer Urbacher Schule vonseiten der Eltern und Schüler

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4700 4701 4708 4716

Urheberrecht

Novellierung des Urheberrechts - Auswirkungen auf die Unterrichtspraxis

Information der Lehrer und Hochschullehrer über das neue Urheberrecht; Ermöglichung der Bereitstellung von Kopien aus Büchern, Zeitungen und Zeitschriften sowie Mitschnitten aus Radio- oder Fernsehsendungen zu Unterrichtszwecken auch ohne Einholung einer Einwilligung der Verlage und Sender

Antr Klaus Käppeler u.a. SPD 07.08.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2346

BeschlEmpf und Bericht Schula 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 29

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Lizenzgebühren für Webradios

Gebührenerhöhung und Veränderung der Lizenzbedingungen durch die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten für kleine und unkommerzielle Internetradios, Vergleich der Gebührenmodelle in den USA und der Schweiz, Bewertung der geforderten Bedingungen für das Abspielen von Titeln, der Meldungen von Titeln und Hörerschaft bzw deren Begrenzung u.a.m.; Beurteilung von Podcasting aus rechtlicher Sicht sowie im Hinblick auf die Gebührenforderung der GVL, GEMA und Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; Wertung der Restriktionen als Eingriff in die Rundfunkfreiheit?

Antr

s. *Rundfunk*

Drs 13/4148

Urlaub*s.a. Beurlaubung**s.a. Elternzeit**s.a. Familienerholung**s.a. Ferien**s.a. Ferien auf dem Bauernhof**s.a. Kur**s.a. Pflegeurlaub**s.a. Sonderurlaub**Vermarktung BW als Reiseziel 2002*

Werbung um das zu erwartende zusätzliche Gästepotenzial, Unterstützung der Tourismusverbände

Antr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/447

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Entwicklung der Zahl von Urlaubern aus dem In- und Ausland seit 1996; Art, Zielorte und Dauer der Aufenthalte

GrAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/844

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Initiativen für den Bereich „Familienfreundliches BW“; Förderung des Öko- und damit des Radtourismus, Umgestaltung stillgelegter Bahnstrecken zu Geh- und Radwegen, Stellenwert der Naturparks für die Tourismuswerbung

GrAnfr

s. *Fremdenverkehr*

Drs 13/1060

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Gästezahlen aus dem In- und Ausland, der Aufenthaltsdauer, der Zahl und Beherbergungskapazität der Unternehmen seit 1993; Rolle der Kur- und Bäderorte; Ausweisung von Naturparks zur Stärkung der touristischen Attraktivität

GrAnfr

s. *Heilbronn-Franken, Region*

Drs 13/1211

Ansiedlung des Reisesenders „sonnenklar TV“ in BW

Verknüpfung o.g. Bemühungen mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz?

MdlAnfr

s. *Fernsehen*

Drs 13/1580

Ansiedlung eines Reiseverkaufsfernsehenders in BW

Verknüpfung der Bemühungen um Ansiedlung des Reiseverkaufsenders „sonnenklar TV“ mit Zugeständnissen finanzieller Art oder im Hinblick auf die neu zu vergebende Kabelfrequenz? Darlegung der Ausschreibung der LfK, der Bedingungen, der abgegebenen Angebote und mit den Bewerbern geführten Gespräche; Gewährleistung einer freien Vergabeentscheidung der LfK

Antr

s. *Fernsehen*

Drs 13/1590

Wegweisungsstandards im Modellprojekt „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion“

Beschilderung nach den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen iRd Modellprojekts „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion Nordschwarzwald“ bzw Frage nach LKreisen mit abweichender Beschilderung

KlAnfr

s. *Wegweiser*

Drs 13/2373

Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in BW

Streichung des Urlaubsgelds für Beamte ab 2004, Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung ab 2003, Umbenennung in Sonderzahlung und Umlegung auf die monatlichen Bezüge, Teilhabe an künftigen linearen Besoldungsanpassungen und Ruhegehaltsfähigkeit; Änd des MinisterGes und der UrlaubsVO

GesEntw

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Drs 13/2396

Situation der Tourismusbetriebe in BW

Werbeaktivitäten für Familienurlaub sowie um Gäste in Verknüpfung mit der Fußball-WM 2006

Antr

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Drs 13/3296

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Änd des LPersonalvertretungsGes, des ErnennungsGes, LBeamten- und LBesoldungsGes sowie der HochschulnebenberufungsVO, der LaufbahnVO, UrlaubsVO und der BeurteilungsVO

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/3640

Ges zur Änd des LBeamtenGes, des LPersonalvertretungsGes u.a. Vorschriften

Ermöglichung einer Verschiebung des Ruhestands bis zum 68. Lebensjahr auf Antrag des Beamten; Maßnahmen zur Vermeidung vorzeitiger Pensionierungen bei Dienstunfähigkeit und zur Reaktivierung auch bei begrenzter Dienstfähigkeit; Streichung des förmlichen Verfahrens bei Einwendungen gegen eine Zwangszurruhesetzung; Schaffung von Übergangsregelungen für Personalvertretungen bei Zusammenführung und Eingliederung von Dienststellen; Änd des LRichterGes, des Ges über die Berufsbildung im öffentlichen Dienst, der ZuständigkeitsVO nach dem BerufsbildungsGes - Öffentlicher Dienst, der LNeben-

tätigkeitsVO, der UrlaubsVO sowie der Wahlordnung zum LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Beamter*
Drs 13/3783

Vorgänge um den Hafturlaub des Ex-FlowTex-Chefs und die Konsequenzen

Konsequenzen aus dem Verhalten des Herrn Schmider, Verdeutlichung der Äußerung des Justizministers über den Vertrauensbruch des Häftlings, Darlegung der zwischen dem JuM und der Justizvollzugsanstalt Freiburg vereinbarten verschärften Anforderungen sowie deren Geltungsbereich

Antr Rainer Stickleberger u.a. SPD 12.01.2006 und Stellungnahme JuM Drs 13/5039
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5138 S. 11 12
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Urlaub aus sonstigen Gründen

Antr
s. *Beurlaubung*
Drs 13/4128

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Zahl von Gastronomiebetrieben, Übernachtungen, Gästen differenziert nach Nationalitäten und Aufenthaltsdauer seit 1994; Bedeutung der Kur- und Bäderorte; Gästezahlen beim „Urlaub auf dem Bauernhof“; Förderung des Naturparks „Schwarzwald Mitte/Nord“

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Ges zur Änd des UnterbringungsGes und des LJagdGes

Festschreibung von zeitlich abgestuften Höchstgrenzen für Urlaub und Vollzugslockerungen zur Vorbereitung der Entlassung sowie sonstige Verfahrensregelungen zur Erhöhung der Sicherheit der Bevölkerung vor Straftätern im Maßregelvollzug; Schaffung einer Beleihungsermächtigung für Dritte zur Durchführung der Jägerprüfung

GesEntw
s. *Unterbringungsgesetz*
Drs 13/5051

Verbindung von Urlaubsangeboten mit Messen und Kongressen im Land

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3380 3381 3384 3385

Überlegungen zur Verringerung der Zahl von Urlaubstagen in den Tarifverträgen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5153 5154

Diskriminierung von Behinderten im Urlaub, Verweisung auf ein skandalöses Urteil des Amtsgerichts Flensburg

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280 6281 6284 6285

Erschließung junger Zielgruppen für Action- und Erlebnisurlaub in BW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6420

Attraktivität des Landes als Urlaubsland, Entwicklung der Übernachtungszahlen, Nutzung der Fußball-WM zur weltweiten Präsentation des Landes und Erschließung neuer Zielgruppen von Touristen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954-7966

Urlaub auf dem Bauernhof

s. *Ferien auf dem Bauernhof*

Urlaubsgeld

s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*

Urlaubsverordnung

s. *Urlaub*

Urteil

s. *Gerichtsentcheidung*

USA

s. *Vereinigte Staaten*

US-Army

s. *US-Streitkräfte*

US-Cross-Border-Leasing

s. *Leasing*

US-Streitkräfte

Geplante Umstrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte in BW, insbes in Heidelberg

KIAnfr Werner Pfisterer CDU 18.08.2004 und Antw IM Drs 13/3507

Umstrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte, insbes in Heidelberg; Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern

KIAnfr Werner Pfisterer u.a. CDU 24.11.2004 und Antw IM Drs 13/3778

Neustrukturierung der US-Streitkräfte in BW

Auswirkungen auf die US-Militärstandorte, insbes in Heidelberg und Stuttgart; Beurteilung der Konkurrenzsituation zwischen Heidelberg und Wiesbaden; Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der hessischen LReg und der BReg

KIAnfr Werner Pfisterer CDU 09.02.2005 und Antw IM Drs 13/4026

Geplanter Abzug der US-Streitkräfte aus BW

Verlegung des US-Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden, Darlegung des aktuellen Informationsstands bzw der Kontakte mit den Amerikanern, der BReg und der Stadt Heidelberg; Unterstützung der vom Abzug betroffenen Städte mit einem Konversionsprogramm oder über Mittel aus bestehenden Programmen

KlAnfr Werner Pfisterer CDU 28.04.2005 und Antw IM Drs 13/4290

Auswirkungen des Abzugs der US-Streitkräfte auf die deutschen Standortkommunen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5475

UVM

s. Minister für Umwelt und Verkehr

UVP

s. Umweltverträglichkeitsprüfung

Vaihingen a.d. Enz

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrasen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr
s. Bundesstraße 10
Drs 13/4995

Umgliederung der Stadt Sachsenheim vom Wahlkreis Bietigheim-Bissingen in den Wahlkreis Vaihingen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5832 5842

Vandalismus

s. Gewaltanwendung

Vater

s. Mann

Vaterschaftstest

Statt der Wahrheit - Strafe! Heimliche Vaterschaftstests und die Folgen

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6201-6213

Verurteilung einer Bekanntgabe der Ergebnisse von Vaterschaftstests als Inhalte einer Sendung von RTL

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4538

Abwägung der Rechte der Beteiligten bei der Anerkennung heimlicher Vaterschaftstests

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6040 6049

VBL

s. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Veranstaltung

s.a. Brauchtum
s.a. Cannstatter Volksfest
s.a. Demonstration
s.a. Filmfestspiele
s.a. Fußballweltmeisterschaft

s.a. Gartenschau
s.a. Geburtstagsfeier
s.a. Gedenktag
s.a. Grußwort
s.a. Jubiläum
s.a. Marktveranstaltung
s.a. Musikveranstaltung
s.a. Schulfahrt
s.a. Versammlungsstätte

Einsatzplanung für den Sanitätsdienst bei Großveranstaltungen
Erarbeitung einer Empfehlung zur Beurteilung und Einsatzplanung für den Sanitäts- und Rettungsdienst bei Großveranstaltungen

Antr
s. Rettungsdienst
Drs 13/295

Zukünftige Nutzung des Alten Landtags, die seiner historischen Bedeutung gerecht wird

Finanzieller Aufwand des Landes bei der Sanierung des Gebäudes in den achtziger Jahren, derzeitiger Zustand; Überlegungen zu eigenen Nutzungsmöglichkeiten und Bereitstellung von Ersatzräumen für die staatliche Akademie für Bildende Künste, Verhandlungen mit dem Haus der Geschichte über Ausstellungen oder Veranstaltungen, Einbeziehung in die Veranstaltungen zum 50-jährigen Landesjubiläum

KlAnfr
s. Landtag von Baden-Württemberg
Drs 13/547

Haushalt 2002 und 2003; Epl 03

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

s. Polizeikosten
Drs 13/653

Informationen über Anreisemöglichkeiten mit öffentlichen Verkehrsmitteln

Informationen von Veranstaltern publikumswirksamer Ereignisse über die o.g. Möglichkeiten; einseitige Information von Autofahrern über Anfahrt- und Parkmöglichkeiten zum Neujahrsempfang des Landes in Mannheim, Erwartung von mehr Ausgewogenheit bei künftigen Einladungen

KlAnfr
s. Öffentliches Verkehrsmittel
Drs 13/628

Haushalt 2002 und 2003; Epl 01

Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Veranstaltungen des Ltg zum 50-jährigen Jubiläum des Landes

s. Jubiläum
Drs 13/651

Zentrale Eröffnungsfeier der Woche der Brüderlichkeit in Karlsruhe am 03.03.2002; Verleihung der Buber-Rosenzweig-Medaille; Abwesenheit der LReg

Begründung der Abwesenheit des MinPräs, von Kabinettsmitgliedern und parlamentarischen Repräsentanten der Regierungsfractionen; Beurteilung der Gefahr der Brückierung von Veranstaltern und Gästen der christlich-jüdischen Woche

KlAnfr Max Nagel SPD 04.03.2002 und Antw StM Drs 13/815

Durchführung und Finanzierung von überörtlich bedeutsamen regionalen Veranstaltungen im Bereich der Jugendarbeit

Darlegung der o.g. Veranstaltungen und der Höhe der jeweiligen Bezuschussung in den letzten vier Jahren, Höhe der Förder-summe für das zentral in Stuttgart mit dem SWR durchgeführte Festival, Sicherung der Finanzierung für die auf ehrenamtlicher Basis organisierten Veranstaltungen

Antr
s. *Jugendarbeit*
Drs 13/1180

Maßnahmen zur Verbesserung des Jugend-Tourismus in BW

Unterstützung eines eigenständigen Internet-Portals, von preiswerten Übernachtungsmöglichkeiten und ÖPNV-Angeboten; Förderung von kulturellen Events, von Sport- und Musikveranstaltungen; Absicherung von ausgewählten Großereignissen durch Bürgerschaftshilfen

Antr
s. *Jugendlicher*
Drs 13/1429

Aufwertung des Geburtsortes unserer Landesverfassung anlässlich ihres 50. Geburtstages

Einbeziehung des Alten Landtags in der Stuttgarter Heusteigstraße in die Veranstaltungen und Ausstellungen anlässlich des Verfassungsjubiläums, Aufnahme entsprechender Verhandlungen mit der Kunstakademie und dem Haus der Geschichte

KlAnfr
s. *Landesverfassung*
Drs 13/1613

Kosten für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen

Zeitaufwand und Kosten o.g. Einsätze bei kommerziellen Großveranstaltungen, insbes iR von Spielen der 1. und 2. Fußballbundesliga; Vergleichszahlen anderer BLänder

KlAnfr
s. *Polizeikosten*
Drs 13/1828

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

s. *Polizeikosten*
Drs 13/1873

Empfang zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr
s. *Geburtstagsfeier*
Drs 13/2481

Ermittlungen des Staatsschutzes nach öffentlichen Auftritten von Mitgliedern der LReg

Demonstration und Unmutsäußerungen von Bürgern gegen die Kultusministerin bei einem Auftritt in Herrenberg, Auslösung bzw Verhältnismäßigkeit von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen eines möglichen Verstoßes gegen das VersammlungsGes; Frage nach dem generellen Umgang mit Bürgern, die ihre von der Regierungspolitik abweichende Meinung äußern

KlAnfr
s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

Drs 13/2549

Kosten des Empfangs zum 90. Geburtstag des ehemaligen MinPräs Hans Filbinger

Höhe der Kosten des Festakts im Ludwigsburger Schloss für die Bewirtung und Unterhaltung der Gäste und den Polizeieinsatz

KlAnfr
s. *Geburtstagsfeier*
Drs 13/2551

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie und Hotellerie in BW - Verbraucherfreundlichkeit

Frage nach einer Ausnahmeregelung im KAG zur Erhebung von Kurtaxe von ortsfremden Tagungsteilnehmern; Ermöglichung einer gelockerten Handhabung der Sperrzeitenregelung für Musik- und Tanzveranstaltungen

Antr
s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
Drs 13/2592

Haushalt 2004; Epl 03

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

s. *Polizeikosten*
Drs 13/2803

Hohenheimer Konsensusgespräche

Auftraggeber, Themen und Kostenträger der o.g. wissenschaftlichen Veranstaltungen; Beteiligung und Einfluss der Lebensmittelindustrie; Rolle von Prof. Biesalski bzw der Firma FEP-Science, Einforderung der Kosten für die Nutzung der Räumlichkeiten und Ressourcen der Universität Hohenheim

Antr
s. *Universität Hohenheim*
Drs 13/2940

Veranstaltungs- und Teilnahmeverbote für Kommunalbedienstete iRd bevorstehenden Kommunalwahlen

Beurteilung o.g. Verbote von LKreisen und Kommunen unter rechtlichen und demokratiepolitischen Aspekten

KlAnfr
s. *Kommunalwahl*
Drs 13/2992

Äußerungen eines leitenden Beamten aus dem WM zur Verwaltungsreform anlässlich eines Gedankenaustauschs in Radolfzell

Bewertung der Äußerung des Abteilungsleiters für Verwaltung und Recht zur Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht, Art der Veranstaltung, Höhe und Träger der Kosten, Umsetzung der Bedenken und Kritik einer ebenfalls dort anwesenden FDP-Bundestagsabgeordneten?

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2998

Die kulturwirtschaftlichen und industriepolitischen Impulse für den Standort BW durch gebührenfinanzierte Investitionen des Südwestrundfunks (SWR)

Wertschöpfungsbeitrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zum Bruttoinlandsprodukt; kulturwirtschaftliche Auswirkungen der Aktivitäten des SWR, insbes in den Bereichen Musik, Wort, Kunst, Film, Darstellende Künste und Publizistik sowie durch Festspiele u.a. Veranstaltungen, im Tourismus, in der Gastronomie und Musikwirtschaft; Beiträge des SWR zur me-

dientechnologischen Entwicklung, insbes durch Investitionen in die Digitalisierung des Programmvermögens, die Senderstandorte, die DAB-T- und DVB-T-Technologie

Antr
s. *Rundfunk*
Drs 13/3101

Übergabe von Förderbescheiden auf Parteiveranstaltungen

KlAnfr
s. *Förderbescheid*
Drs 13/3290

Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern für das Weißenhof-Tennisturnier in Stuttgart

Einsatz von Schülern für Hilfsdienste beim o.g. Turnier u.a. Großveranstaltungen: Zahl und Auswahlkriterien der eingesetzten Schüler, Art und Vergütung der Hilfsdienste, Begründung der Freistellungen, Nachholung des versäumten Unterrichts

KlAnfr
s. *Schüler*
Drs 13/3432

Ges zur Änd des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

Erweiterung der Zuständigkeit des VRS auf die Trägerschaft eines Landschaftsparks unter finanzieller Beteiligung der betroffenen Kommunen; Streichung des 2/3-Quorums in der Regionalversammlung für die Trägerschaft und Koordinierung regionalbedeutsamer neuer Messen, Messebeteiligungen, Kongresse, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie für regionalbedeutsame Schienenpersonennahverkehre; Anpassung der Verweisungen auf Bestimmungen des LandesplanungsGes an die Neufassung mit neuer Paragraphenfolge

GesEntw
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/3577

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

s. *Polizeikosten*
Drs 13/4003

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Empfang des MinPräs für Delegationsmitglieder seiner Auslandsreisen

Versand von Spendenbriefen an die zur o.g. Veranstaltung im Neuen Schloss eingeladenen Teilnehmer: Höhe der eingegangenen Spenden, der veranschlagten sowie tatsächlichen Kosten des Empfangs, verfügbare Haushaltsmittel des StM, Zahl der vorgeesehenen Abschiedsveranstaltungen des MinPräs

KlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 13/4051

Haushalt 2006; Nachtrag

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

s. *Polizeikosten*
Drs 13/4840

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Vorhandene und benötigte Stellen bei der PD Friedrichshafen; Darstellung der Beanspruchung durch zunehmende Großveranstaltungen, Konzerte, Diskotheken, Messen, den Tourismus, Flughafen, die Verkehrsbelastung auf der B 31 u.a.; Berücksichtigung der personellen Belastung bei der Stellenzuweisung; Art der internationalen Zusammenarbeit in der Bodenseeregion, Zeitpunkt des Abschlusses des deutsch-österreichischen Polizei- und Justizvertrags

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4862

200 Jahre Baden und Württemberg - Landesveranstaltungen im Jubiläumsjahr

Geplante Veranstaltungen und Publikationen sowie veranschlagte Mittel für die beiden Jubiläen, Veranstaltung einer großen Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs, Gründe für den Verzicht auf eine entsprechende Darstellung der badischen Landesgeschichte, Beurteilung der geplanten gemeinsamen Aktivitäten der Werkstatt e.V. und der Landesvereinigung Baden in Europa, Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe für beide Landesteile unter Einbeziehung von Mitteln der Landesstiftung

KlAnfr
s. *Jubiläum*
Drs 13/5025

Das Stadttheater Konstanz und seine theaterhistorische Bedeutung für Südwestdeutschland und insbes den Bodenseeraum

Unterstützung der Veranstaltungen u.a. Aktivitäten zum 400-jährigen Jubiläum des Stadttheaters Konstanz

KlAnfr
s. *Theater*
Drs 13/5049

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 816

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882

Hinweis auf die Möglichkeit großer Veranstaltungen in der Hochhalle der neuen Landesmesse, Appell zur Rückkehr der Hauptversammlung von Daimler-Chrysler von Berlin nach Stuttgart

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3374

Gebührenerhebung für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4184 4187 4195 4199 4200

Trägerschaft des Verbands Region Rhein-Neckar für regionalbedeutsame Kongresse, Messen, Kultur- und Sportveranstaltungen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6871

Verband Region Stuttgart

s. *Region Stuttgart*

Verband (Zusammenschluss)

- s.a. *Bauernverband*
- s.a. *Gewerkschaft*
- s.a. *Kammer (Körperschaft)*
- s.a. *Naturschutzverband*
- s.a. *Sportverband*
- s.a. *Studentische Verbindung*
- s.a. *Verbandsklage*
- s.a. *Verbraucherschutz*
- s.a. *Verein*
- s.a. *Zweckverband*

Organisierte Selbsthilfe behinderter und chronisch kranker Menschen in BW

Aufgaben, Strukturen und Finanzierung der o.g. Gruppen und Verbände auf Orts-, Landes- und Bundesebene; Entwicklung der Selbsthilfeförderung durch die Krankenkassen; Anteil von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern; Hintergrund der Gründung sowie seitherige Entwicklung der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte, Möglichkeiten zur Verbesserung der horizontalen und vertikalen Vernetzung

Antr
s. *Selbsthilfe*
Drs 13/4407

Situation des Bürgerschaftlichen Engagements in BW in Bezug auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung

Auffüstung der am o.g. Netzwerk beteiligten Kommunen und deren Unterstützung, Höhe und Auswirkungen der Kürzungen des Landes, der Vereine und Verbände; Gefährdung von Initiativen durch diese Kürzungen und globalen Minderausgaben; Projekte von Corporate Citizenship im Jugend-, Senioren-, Umwelt- und Sportbereich; Art der Vermittlung des Engagements von Unternehmen bei Vereinen und Verbänden

Antr
s. *Ehrenamt*
Drs 13/4906

Einbeziehung der Verbände bei der Entwicklung des Kinderlands BW, Einbindung in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7201 7204 7205 7223 7226 7227

Verbandsklage

Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände

Unterstützung des Vorstoßes von Schleswig-Holstein im BRat

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/3203

Möglichkeit der Verbandsklage für Tierschutzorganisationen

Unterstützung des Vorstoßes von Schleswig-Holstein im BRat

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/3440

Ges zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in BW

Ermöglichung der Mitwirkung anerkannter Vereine bei Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren sowie von Rechtsbehelfen anerkannter Vereine gegenüber Verwaltungsakten des Landes

GesEntw
s. *Tierschutz*
Drs 13/4418

Beurteilung der Verbandsklage in 14 von 16 BLändern

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 279 280

Befürchtung einer Prozessflut infolge des Klagerechts für Antidiskriminierungsverbände

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280

Kritik an der Einschränkung des Verbandsklagerechts für die Behindertenverbände

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6375 6377

Verbandsklagerecht für anerkannte Naturschutzvereine

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7274

Verbandsklagerecht für anerkannte Naturschutzvereine

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7427

Verbandsklagerecht

s. *Verbandsklage*

Verbindungsleute

s. *V-Leute*

Verbraucherinformationsgesetz

s. *Verbraucherschutz*

Verbraucherinsolvenz

s. *Zahlungsunfähigkeit*

Verbraucherschutz

- s.a. *Datenschutz*
- s.a. *Energieberatung*
- s.a. *Ernährungsberatung*
- s.a. *Lebensmittelkontrolle*
- s.a. *Qualitätssicherung*
- s.a. *Schuldnerberatung*

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Aufstockung der Zuschüsse an die Verbraucherzentrale

ÄAntr GRÜNE 18.09.2001 Drs 13/238-N 3 S. 27

ÄAntr GRÜNE 25.09.2001 Drs 13/255-3 S. 6

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Anbieterunabhängige Verbraucherinformation in einem deregulierten Markt

Professionelle Entscheidungshilfen auf den liberalisierten Märkten der Energiewirtschaft, Ernährungswirtschaft, Telekommunikation, im Finanz- und Versicherungssektor; Entwicklung der Personal- und Finanzausstattung der Verbraucherzentrale BW in

den letzten zehn Jahren, Anteil der jeweils erwirtschafteten Einnahmen; Umsetzung der Ankündigung von WM Dr. Döring vom Februar zur Aufstockung der Zuschüsse

Antr SPD 18.09.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/239
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 437-448
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 9
10
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Anspruch und Wirklichkeit - Agrarwende der rot-grünen BReg
Defizite in der Verbraucherschutzpolitik, Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in die heimischen Lebensmittelprodukte

Antr
s. *Agrarpolitik*
Drs 13/362

Stellenwert des Verbraucherschutzes in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 437-448

Einsatz unerlaubter Spritzmittel in der Obstbauregion Bodensee
Zeitpunkt der Information über o.g. Praktiken und Maßnahmen des MLR und nachgeordneter Behörden; Verschärfung der Vergabe- und Anwendungskriterien des HQZ und Verstärkung der Kontrollen; Bewertung des Vertriebs illegaler Spritzmittel über WLZ-Verkaufsstellen, Erkenntnisse über solche Mittel aus Nicht-EU-Ländern; Einrichtung eines Umstellungsprogramms auf ökologischen Landbau für Obstbauern; Änd des Ausführungsges zum Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes zur Erleichterung von Verbraucherwarnungen

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/474

Umbau der Landwirtschaft in BW zu mehr Verbraucherschutz, Tierschutz und Regionalisierung der Lebensmittelvermarktung
Förderung von Produkten nach den Kriterien des bundeseinheitlichen Bio-Siegels nach der EU-Öko-VO, Änd der Förderkriterien im MEKA-Programm, entsprechende Vermarktungsförderung durch die MBW, Ersetzung des HQZ durch eine regionale Kennzeichnung

Antr
s. *Gütezeichen*
Drs 13/543

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Aufstockung der Zuschüsse an die Verbraucherzentrale
ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/657-2 S. 25
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Unerlaubter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Bodensee-region

Umfang und Zeitpunkt der Information des MLR und nachgeordneter Behörden, des Landesbauernverbands und Obstbauernverbands; angewandte Grenzwerte für Chlormequat bei Kernobst; Maßnahmen der Lebensmittelüberwachung und zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in Obst vom Bodensee, Beantragung einer Einstufung als Sonderregion

Antr
s. *Pflanzenbehandlungsmittel*
Drs 13/744

Stellenwert des Verbraucherschutzes in BW am Beispiel des Umgangs mit BSE-Tests

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1253-1267

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/1084

Zustimmung des Landes BW zu dem im BRat vorliegenden Entwurf eines VerbraucherinformationsGes

DringlAntr GRÜNE 14.06.2002 Drs 13/1086
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651-1675

Konsequenzen aus dem Nitrofen-Skandal für den Verbraucherschutz in BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1651-1675

Auswirkungen des Urteils des BVerfG über die Zulässigkeit staatlicher Verbraucherinformation auf die Informationspolitik der LReg

Konsequenzen aus der o.g. Entscheidung für eine Verbesserung des vorsorgenden Verbraucherschutzes, Novellierung des Ges zur Ausführung des Lebensmittel- und BedarfsgegenständeGes, Ermöglichung einer Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat

Antr SPD 14.11.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1515
PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3848-3854
BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093
S. 42-44
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Rücknahme der Zuschusskürzung für Zwecke der Verbraucheraufklärung

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 5 S. 45 46
ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 52 S. 114
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsberatung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2070

Verbraucherschutz auf dem Gebiet der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe

Unterstützung der o.g. bayerischen Initiative im BRat zum Schutz vor Scharlatanen, Psychogruppen und Sekten

KlAnfr
s. *Lebenshilfe*
Drs 13/2420

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 17) - Förderung der Verbraucherzentrale

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 XIV. S. 5
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 30.06.2004 Drs 13/3311

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Finanzierung von zusätzlichen Kosten; Entwicklung der Beanstandungen und Sanktionen, Durchführung künftiger strafrechtlicher Ermittlungsverfahren, Prüfung von Produktangeboten aus dem Internet, von gentechnisch veränderten und importierten Lebensmitteln; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Krisen um BSE und Nitrofen? Bewältigung der zusätzlichen rechtlichen Anforderungen aus Brüssel und Berlin, regelmäßiger und schneller Datenaustausch zwischen den Ebenen und Ländern, Art und Umfang des Technikeinsatzes und der Verbraucherinformation, Schaffung eines VerbraucherinformationsGes über den BRat

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Umsetzung und Kontrolle der Rindfleischetikettierung in BW

Gründe und Konsequenzen der durch die Verbraucherzentrale festgestellten Mängel, insbes bei der Auszeichnung von HQZ-Rindfleisch

KlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/2736

Verbraucherrechtliche Grundlagen für über telefonische Interaktion finanzierte Fernsehsender

Zulässigkeit o.g. Fernsehformate, die über Einnahmen aus kostenpflichtigen telefonischen Diensten während der Sendungen, bei Gewinnspielen u.a. Spielen finanziert werden; Vereinbarkeit mit dem Medienrecht des Bundes und der Länder; Berechtigung von Zuschauerbeschwerden bei der LfK; Erarbeitung von Regelungen zum Schutz der Verbraucher gemeinsam mit den anderen BLändern

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 18.12.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2763
BeschlEmpf und Bericht StändA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 10-12
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnel-

leres Verkehrsverbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3062

Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher sichern und gentechnikfreie Produktion schützen

Frage nach o.g. Vorsorgemaßnahmen; Untersuchung der Auswirkungen des Anbaus von gentechnisch veränderten Organismen auf Umwelt, Artenvielfalt und Menschen; Initiierung eines gesellschaftlichen Dialogs über Methoden und Risiken der grünen Gentechnik; objektive Information und Beratung der Landwirte und Verbraucher, entsprechende finanzielle Ausstattung der Verbraucherzentrale; Übernahme der in Kärnten normierten besonderen Förderung gentechnikfreier Zonen; Feststellung von Verunreinigungen bei Importwaren und heimischen Produkten durch effiziente Kontrollen

Antr GRÜNE 21.07.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3329
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6645-6659
BeschlEmpf und Bericht LandwA 22.06.2005 Drs 13/4592 S. 33-37
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Verbraucherschutz im EnergiewirtschaftsGes

Stellenwert der Verbraucherinteressen im o.g. GesEntw, Zeitpunkt der Einrichtung und Kompetenzen der Regulierungsbehörde, Auswirkungen einer Vorabregulierung der Netznutzungsentgelte oder einer nachträglichen Kontrolle der Entgelte bei Missbrauchsverdacht für die Netzbetreiber und Strompreise der verschiedenen Verbrauchergruppen, Beurteilung des GesEntw aus Sicht der Verbraucherschutzverbände, Zahl der notwendigen VO zur Umsetzung der neuen Regelungen

Antr
s. *Energiewirtschaft*
Drs 13/3585

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr
s. *BSE*
Drs 13/3646

Kostenlose Sperrung von Rufnummerngassen / Umsetzung der europäischen Universaldienstrichtlinie 2002/22/EG

Fälle der Gebührenerhebung von Netzbetreibern für die Sperrung von Anrufen zu bestimmten Mehrwertdiensten - im Widerspruch zur o.g. europäischen Richtlinie; Gründe und Auswirkungen der nicht erfolgten Umsetzung in nationales Recht durch den Bund bis spätestens zum 25.07.2003, Möglichkeiten und Adressaten der Kunden für Rückforderungen bzw Schadenersatz

Antr
s. *Telefon*
Drs 13/3669

Gaspreise in BW

Darstellung der Höhe und Ursachen von Preisunterschieden zwischen den einzelnen Anbietern in BW u.a. BLändern, Bewertung des Vorschlags der Einrichtung einer Regulierungsbehörde zur Preisaufsicht; Bilanz einer Schwerpunktaktion der Eichbehörden zur Überprüfung der Abrechnungen von Gasversorgungsunternehmen, Ausmaß der verordneten Korrekturen, Maßnahmen zur Vermeidung fehlerhafter Abrechnungen zulasten der Verbraucher

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3867

Situation der Verbraucherzentrale in BW

Entwicklung der Personal- und Finanzausstattung in den letzten vier Jahren; Höhe der Fördermittel von Bund, Land und Kommunen sowie der erwirtschafteten Eigeneinnahmen; Struktur und Höhe der Gebühren für die einzelnen Dienstleistungen; Erreichbarkeit per Telefon und Internet; Umfang und Auswirkungen der geplanten Einsparungen auf die Beratungsbereiche Ernährung, private Verschuldung und Altersvorsorge; Investitionsbedarf zur Modernisierung der IuK-Technik; mögliche Synergieeffekte durch Kooperationen der Zentralen mit anderen BLändern und dem Bundesverband; Umgang mit der Kritik des RH an den verspäteten Verwendungsnachweisprüfungen des WM

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 13.12.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3877 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 8
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Gründe für den o.g. Positionswechsel des MinPräs, Vereinbarkeit mit der bundesweit einmaligen Befreiung der EVU von der Preisprüfung; Aufhebung dieser Befreiung; Zustimmung zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts im BRat und damit zu einer Kennzeichnungspflicht für Strom, Ermöglichung der Verbraucherinformation über den Gesamtenergieträgermix des eigenen Lieferanten sowie eines Vergleichs mit den bundesweiten Durchschnittswerten der Stromerzeugung

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3884

Missbrauchsverdacht gegen Gasversorger in BW

Entwicklung der Gasimportpreise bzw der Preisgestaltung der Lieferanten gegenüber den Gasversorgungsunternehmen und der Versorger gegenüber den Endverbrauchern seit 1998, Gründe für die großen regionalen Unterschiede, Eingriffsmöglichkeiten der LReg zur Verhinderung ungerechtfertigter Preiserhöhungen, Begründung der Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis

KIAnfr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3944

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 07**Rücknahme von Kürzungen bei der Verbraucherzentrale*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4007-7 S. 27
ÄAntr GRÜNE 19.01.2005 Drs 13/4007-10 S. 30
ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.01.2005 Drs 13/4007-1 S. 42-44
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6013-6036

Stärkung der Verbraucherinteressen in BW bei der Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Futtermittel- und Fleischprodukte

Beurteilung der Regelungen zur Kennzeichnung o.g. Produkte bzw der Kapazitäten zum Nachweis von GVO, insbes bei Produkten mit QS-Siegel oder HQZ-Kennzeichen; Aussagen des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamts Freiburg zu den Fähigkeiten für eine Überwachung der neuen Kennzeichnungspflicht; Perspektiven einer gentechnikfreien Lebensmittelproduktion im nationalen und internationalen Wettbewerb

Antr SPD 27.01.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/3980
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6645-6659
BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.06.2005 Drs 13/4592 S. 33-37
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichungen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/4232

Stärkung des Verbraucherschutzes bei der Produkt- und Gerätesicherheit - Defizite bei der Marktüberwachung von Motorsägen in BW

Beurteilung der Mängel von aus Taiwan importierten und bei Großfilialisten und Baumärkten angebotenen Motorsägen sowie des daraus folgenden Verletzungsrisikos; Frage nach Schritten zur Verbraucherinformation, Entfernung der Produkte aus dem Handel u.a. Vorkehrungen

Antr Birgit Kipfer u.a. SPD 28.06.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4444
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 38-40
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Anwendung der Grünen Gentechnik - Gentechnikfreie Landwirtschaft in BW

Auflistung der (staatlicherseits unterstützten) gentechnikfreien Zonen und Regionen in BW, bundes- und europaweit sowie der Voten von Bauernverbänden, Verbraucherschützern u.a. gegen die Nutzung der grünen Gentechnik; Förderung bzw Vernetzung der gentechnikfreien Regionen; Einstellung der Unterstützung des (einseitigen) Informationsprojekts „BioLab“

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/4704

Aktives Einschreiten der LReg gegen Gaspreiserhöhungen in BW

Entwicklung der Gaspreise der einzelnen Versorgungsunternehmen für Privathaushalte seit 2000, angekündigte und bereits umgesetzte Erhöhungen 2005 und 2006, Frage nach Rücknahmen von Preiserhöhungen aufgrund der Intervention von Landesbehörden in BW u.a. BLändern; Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten, insbes iR eines Missbrauchsverfahrens der Landeskartellbehörde sowie iRd Regulierung der Netzentgelte durch die neue Regulierungsbehörde

Antr

s. *Energiepreis*
Drs 13/4742

Fleischskandal in Bayern - Auswirkungen auf BW

Mit verdorbenem Fleisch belieferte Firmen in BW, u.a. von der Firma „Rottaler Geflügelprodukte GmbH“; Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden

MdlAnfr
s. *Fleisch*
Drs 13/4796

Qualitätsmanagement im Verbraucherschutz

Beurteilung des Qualitätssicherungssystems und der eingebundenen Behörden im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung, Vergleich mit anderen BLändern, Anstrengung einer bundeseinheitlichen Regelung?

Antr Elke Brunnemer u.a. CDU 30.11.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4892
BeschlEmpf und Bericht LandwA 25.01.2006 Drs 13/5137 S. 59-62
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Stabstelle für Ernährungssicherheit

Erfahrungsbericht der o.g. Stabstelle beim RegPräs Tübingen, Frage nach der künftigen Ausrichtung und Aufgabenschwerpunkten iRd Verbraucherschutzes

Antr
s. *Ernährung*
Drs 13/4894

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Umetikettiertes und verdorbenes Wildfleisch in BW

Belieferung von Firmen in BW mit verdorbenem Wildfleisch durch den Passauer Wildfleischproduzenten Berger, Verbleib der Produkte im Handel bzw beim Verbraucher? Zeitpunkt der Information sowie Art und Ergebnisse des Einschreitens der zuständigen Behörden in Bayern und BW; Frage nach weiter gehenden Kontrollmaßnahmen im Bereich der Fleischverarbeitung

Antr
s. *Fleisch*
Drs 13/5104

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise, Ausbau der Verbraucherinformation von den vier Ernährungszentren

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 59

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise, Verschärfung der Kriterien des HQZ

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80 99

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise, Aufstockung der Zuschüsse an die Verbraucherzentralen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 214

Umsetzung der Ankündigung von WM Dr. Döring vom Februar zur Aufstockung der Zuschüsse an die Verbraucherzentrale BW

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 337 338

Bewertung des Datenschutzes im nichtöffentlichen Bereich als Verbraucherschutz

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 423

Schutz der Verbraucher vor Spritzmittelrückständen in Obst und Gemüse, Vorlage des VerbraucherinformationsGes auf Bundesebene, Warnung der Verbraucher vor Lebensmitteln in Fällen einer konkreten Gesundheitsgefährdung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 646-661

Maßnahmen zur Rückgewinnung des Vertrauens der Verbraucher in gesunde Lebensmittel nach der BSE-Krise, Priorität des vorbeugenden Verbraucherschutzes

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1043-1046 1048 1050 1052 1054 1058

Notwendigkeit der europäischen Harmonisierung des Verbraucherschutzes

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1456

Verbraucherinformation über Lebensmittelinhalte, Würdigung des neu geschaffenen Verbraucherschutzministeriums auf Bundesebene sowie der Bundesanstalt für Verbraucherschutz, Frage nach vergleichbaren Institutionen in BW, Lob für das VerbraucherinformationsGes der BReg

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1864-1867 1870 1872 1874-1876

Schutz der Verbraucher vor Keimbelastung von Eiern

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3826 3827

Unterstützung der bayerischen Initiative zum Verbraucherschutz für den Psychomarkt im BRat

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3982-3987

Hinwirkung auf einen ausgeglichenen Haushalt der Verbraucherzentrale

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4060 4063 4064

Beklagung ungleicher Standards beim Verbraucherschutz in Europa, Stellenwert des WKD für den Verbraucherschutz

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4343 4352 4357 4358

Beeinträchtigung des Verbraucherschutzes durch die Eingliederung des Wirtschaftskontrolldienstes in die Landratsämter

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4641 4644 4664 4670 4671

Befürchtung einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes infolge der Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4914 4915 4931

Befürchtung einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes infolge der Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5030 5031

Stärkung des Verbraucherschutzes mit der Regierungsumbildung, Bewertung der Bestellung einer Staatssekretärin für Ernährungsfragen als überflüssig

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5138 5140 5141

Abwendung der Kürzungen für die Verbraucherzentrale BW

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6022 6028

Rückgang der Lebensmittelkontrollen und damit der Qualität des Verbraucherschutzes durch die Auflösung des WKD im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6660 6661 6664-6667 6671

Verstärkte Integration von Verbraucherschutzorganisationen in den nichtöffentlichen Bereich des Datenschutzes, Korrektur der Mittelkürzungen für die Verbraucherzentrale BW

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7036 7037

Befürchtung einer Aufweichung von Verbraucherschutzrechten durch die neue BReg, Verweisung auf das Beispiel des GentechnikGes und die aktuellen Betrugsfälle mit verdorbenem Fleisch, Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat, Rückübertragung der Lebensmittelkontrolle auf die Polizei

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7457-7476

Verhinderung einer Nivellierung von Verbraucherschutzrechten nach unten mit der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, Entschärfung der Richtlinie mit der Verankerung des Ziellandprinzips

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845-7848

Verbraucherwarnung

s. Verbraucherschutz

Verbraucherzentrale

s. Verbraucherschutz

Verbrauchssteuer

s.a. Mehrwertsteuer

s.a. Umsatzsteuer

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-

Vorschlag einer VO des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer; Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änd der Richtlinie 77/799/EWG des Rates über die gegenseitige Amtshilfe zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten im Bereich der direkten und indirekten Steuern

Mittlg

s. Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

Drs 13/199

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbsmäßigen oder bandenmäßigen Steuerhinterziehung

Antr

s. Steuerstrafverfahren

Drs 13/3933

Finanzierung des Antiterrorprogramms auf Bundesebene mit der Erhöhung von Verbrauchsteuern

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 367-370 378 379

Finanzierung des Antiterrorprogramms auf Bundesebene mit der Erhöhung von Verbrauchsteuern

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 855

Überlegungen zu höheren Verbrauchsteuern bei gleichzeitiger Absenkung der Lohn- und Einkommensteuer

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6981

Verbrechensgewinn

s. Vermögen

Verbrechensopfer

s.a. Täter-Opfer-Ausgleich

Schutz vor Sexualstraftätern in BW

Zahl, Gegenstand und Ergebnis von Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Exhibitionisten und Spanner seit 1999; Anteil von Kindern und Frauen unter den Opfern; Rückfallquote und Therapieaussichten der Täter; Aufnahme in die DNA-Analyse-Datei u.a. präventive Maßnahmen zum Opferschutz

Antr

s. Sexualstraftat

Drs 13/83

Frauenhandel in BW - Bilanz und Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission Frauenhandel und des Beschlusses der GFMK

Entwicklung des o.g. Deliktbereichs und der strafrechtlichen Verfolgung seit 1996, Umsetzungsstand der Empfehlungen der Fachkommission, Änderungsbedarf des angepassten Ausländerrechts i.S.e. verbesserten Zeugenschutzes? Höhe und Verwendung der eingezogenen Verbrechensgewinne, Unterstützung von Einrichtungen zur Betreuung der Opfer

Antr

s. Menschenhandel

Drs 13/748

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei, Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbe-

treuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/2658

Opferschutz - Erfahrungen mit dem Verfahren nach dem Opferentschädigungsges (OEG)

Entwicklung der Fallzahlen, Verfahrensdauer und jeweils festgelegten Entschädigung seit 1998; Altersstruktur und Frauenanteil der Opfer, Anteil von Beziehungstaten bzw von sexueller Gewalt; Anstreben eines schonenden Umgangs mit den Opfern, insbes Vermeidung von Doppelbefragungen innerhalb der Verfahren

Antr
s. *Opferschutz*
Drs 13/2961

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die örtliche Zuständigkeit nach dem Ges über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten sowie der VO über die Zuständigkeit bei Erstattungen nach dem Opferentschädigungsges und dem Bundes-SeuchenGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem Opferentschädigungsges; Bilanz der Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz bzw der Gerichtsverfahren, Erfahrungen mit dem Zeugenschutzprogramm, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Bewährung der Regelungen zur Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden; Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr
s. *Menschenhandel*
Drs 13/3463

Fußball-WM 2006 in BW: Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

Verurteilung der o.g. Kriminalitätsformen und Menschenrechtsverletzungen, Befürchtung einer Zunahme der Einschleusung von Frauen vorwiegend aus Osteuropa im Umfeld der WM, Unterstützung der Initiativen auf Bundes- und Landesebene, insbes von Fachberatungsstellen, des Landesfrauenrats, des Diakonischen Werks u.a. Organisationen; Sensibilisierung der Öffentlichkeit; Bereitstellung von Hilfsangeboten für die betroffenen Opfer

Antr
s. *Prostitution*
Drs 13/5171

Trauer um die 16 Opfer des Amoklaufs eines Schülers im Erfurter Gutenberg-Gymnasium

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451

Verbundforschung

s. *Forschung*

Verbundschule

s. *Gesamtschule*

Verdachtsunabhängige Kontrolle

s. *Polizeiliche Kontrolle*

Verdeckter Ermittler

Beobachtung politischer Gruppierungen durch Verdeckte Ermittler

Überwachung der LISTA und Antifa-Gruppe Tübingen durch Verdeckte Ermittler? Rechtsgrundlage der Überwachungen und Speicherung von personenbezogenen Daten; Beteiligung des LKA und örtlicher Polizeidienststellen; Begründung des plötzlichen Verschwindens eines Verdeckten Ermittlers

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 31.01.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/707
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 51
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Verdichtungsraum

s. *Ballungsgebiet*

Verein

s.a. *Brauchtum*
s.a. *Musikverein*
s.a. *Sportverein*
s.a. *Vereinsregister*

Integration von Migranten in BW

Förderung von Projekten zur Verbesserung des interkulturellen Dialogs, Unterstützung der Integration von Migranten in Sport- und Kulturvereinen

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/432

„Karlsruher Freitagsgespräche“

Aktivitäten, Referenten und Finanzierung des o.g. Forums seit 1993; Frage nach Verbindungen zu rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen und dem ehemaligen Literaturkreis Baden e.V.

Antr
s. *Karlsruher Freitagsgespräche*
Drs 13/1170

Rechtsextremistische Vereine, Organisationen und Parteien in BW

Entwicklung der einzelnen Gruppierungen und Aktivitäten über die Veröffentlichungen der Verfassungsschutzberichte hinaus seit 1993; Querverbindungen, Finanzierung, Personal- und Führungsstrukturen; Inanspruchnahme von Vergünstigungen aufseiten der Parteien und Spender

Antr
s. *Radikalismus*
Drs 13/1171

Rechtsextreme Tendenzen bei der Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg

Aktivitäten und Beziehungen der o.g. Verbindung zu anderen rechtsextremistischen Vereinen, Parteien und Organisationen

Antr

s. *Studentische Verbindung*

Drs 13/1172

Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Musikvereinen

Etatansätze zur Förderung der Zusammenarbeit Schule/Verein bzw der Kooperation mit Musikvereinen im Hpl 2002/03, Zahl und Fördervolumen der gestellten und bewilligten Anträge insgesamt bzw im Rems-Murr-Kreis in den letzten drei Jahren

KlAnfr

s. *Schule*

Drs 13/1564

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Verhinderung von Skinheadkonzerten u.a. Veranstaltungen rechtsextremistischer Liedermacher, Parteien und Vereine durch die polizeiliche Präventionsarbeit

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/1898

Bürgerbewegung Pro Landkreis Böblingen

Aktivitäten der o.g. Bürgerbewegung; Frage nach einer Zusammenarbeit und Vernetzung mit rechtsextremistischen Vereinen, Parteien, Organisationen, Publikationsorganen u.a. Initiativen mit dem Ziel der Teilnahme an den Kommunalwahlen 2004

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/2227

Partnerschaften und Kooperationen zwischen Schulen und Verbänden/Vereinen iRd Investitionsprogramms des Bundes „Zukunft, Bildung und Betreuung“ 2003-2007 (IZBB)

Gestellte und genehmigte Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen an den einzelnen Schularten im Sinne des IZBB bzw der Bekanntmachung des KM; Ausgestaltung, Organisation und Träger der außerunterrichtlichen Betreuungsangebote; Beurteilung der Eignung von Soziokulturellen Zentren, Theatern, Musikschulen u.a. Trägern der außerschulischen Jugendbildung; Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit den Organisationen der geeigneten Kooperationspartner

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/2410

Situation des Bürgerschaftlichen Engagements in BW in Bezug auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung

Auflistung der am o.g. Netzwerk beteiligten Kommunen und deren Unterstützung, Höhe und Auswirkungen der Kürzungen des Landes, der Vereine und Verbände; Gefährdung von Initiativen durch diese Kürzungen und globalen Minderausgaben; Projekte von Corporate Citizenship im Jugend-, Senioren-, Umwelt- und Sportbereich; Art der Vermittlung des Engagements von Unternehmen bei Vereinen und Verbänden

Antr

s. *Ehrenamt*

Drs 13/4906

Unterstützung der Vereine und des ehrenamtlichen Engagements, Ausbau der Kooperation zwischen Schule und Verein

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55

Vermeidung einer Kollision zwischen Ganztagsbetreuung an Schulen und Vereinsarbeit

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67

Einbindung der Vereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1737 1744 1763 1765 1767

Einbindung der Vereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5874

Unterstützung von Ganztagschulen durch die Vereine vor Ort, Lob für das Engagement der Vereine iRd Nachmittagsbetreuung

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6298 6301 6302 6306

Einbindung der Vereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6412 6431

Einbindung der Vereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6476 6477 6486 6504 6505 6509 6513

Einbindung der Vereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen, Erfolgswertung der Kooperation Schule/Verein

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7121-7124 7127 7128 7175-7178 7180 7190

Einbindung der Vereine in die Ganztagsbetreuung an Schulen

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7201 7204 7205 7210 7215 7223 7226

Erschwerung der Teilnahme von Kindern am Vereinsleben durch deren Belastung im G 8

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7783

Vereinigte Staaten*s.a. US-Streitkräfte**BW einig im Kampf gegen Gewalt**Unser Land vor dem Terror schützen - unsere wehrhafte Demokratie offensiv verteidigen*

Verurteilung der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Unterstützung der Suche nach den Urhebern sowie der weltweiten Bemühungen um ein breites Bündnis gegen den Terrorismus, Stärkung der inneren Sicherheit hierzulande, Abwehr jeglicher Pauschalverurteilung anderer Kulturen und Religionen

Antr

s. *Terrorismus*

Drs 13/257

Erklärung des Präsidenten des Ltg zu den Terroranschlägen in den USA

s. *Terrorismus*

PIPr 13/9 S. 327

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sächlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastro-

phenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/271

Cross-Border-Leasing

Frage nach Kriterien und Möglichkeiten der kommunalaufsichtsrechtlichen Prüfung und Genehmigung o.g. Verträge von Kommunen mit US-Investoren, u.a. Prüfung der Vereinbarkeit mit dem EU-Vergaberecht, der Risiken einer Insolvenz des Investors, von Gerichtsverfahren und Schadenersatzforderungen; Verpflichtung der Kommunen zur Weitergabe des finanziellen Vorteils über die Gebühren? Haftungsrisiken des Landes; Mitwirkungsmöglichkeiten der Gemeinderäte; Beurteilung des angestrebten Verbots in Bayern; Auflistung der bisher geschlossenen Verträge und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge

Antr

s. *Leasing*

Drs 13/1885

Weitergabe von Fluggastdaten an die USA

Zustimmung der EU-Kommission zum o.g. Begehren von US-Behörden bzw Zugriff auf die entsprechenden Datenbanken der Fluggesellschaften, Vereinbarkeit mit der EU-Datenschutzrichtlinie und internationalen Wirtschafts- und Handelsabkommen, Konsequenzen einer Weigerung vonseiten der Fluggäste und -unternehmen

Antr

s. *Fluggast*

Drs 13/1904

US-Cross-Border-Leasing und Kommunalverfassungsrecht

Vorlage und Prüfung von geplanten CBL-Geschäften bzw der zugrunde liegenden Verträge durch die Rechtsaufsichtsbehörden seit 1995, Auflistung der beteiligten Gemeinden und betroffenen Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, Art der avisierten Rechtsgeschäfte, Höhe der Transaktionsvolumina, Ergebnisse der Überprüfungen; Überführung des erzielten Barwertvorteils in den allgemeinen Haushalt bzw den Gebührenhaushalt, nachträgliche Erhöhung der Eigenmittel bei einer vom Land geförderten Investition, Auslösung von Rückerstattungsansprüchen des Landes?

Antr

s. *Leasing*

Drs 13/2055

US-Cross-Border-Leasing im Lichte der Rechtsprechung des BGH

Beurteilung o.g. Entscheidung zu einem kommunalen Leasinggeschäft, Konsequenzen für die kommunale Rechtsaufsicht bzw die durchgeführten und noch geplanten CBL-Geschäfte, Begründung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinden gegenüber der Rechtsaufsicht bzw dem Land?

Antr

s. *Leasing*

Drs 13/2124

US-Cross-Border-Leasing und Zuwendungsrecht

Höhe der Förderung der in Drs 13/2055 aufgelisteten Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die zu Gegenständen von CBL-Geschäften wurden; Frage nach der Praxis, den rechtlichen Grundlagen und evtl Ermessensspielräumen zur Rückforderung

der gewährten Zuschüsse bzw Abschöpfung des erzielten Barwertvorteils; Darlegung der Vorgehensweise bei dem für eine CBL-Transaktion vorgesehenen Kanalnetz der Stadt Ulm

Antr

s. *Leasing*

Drs 13/2201

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Entwicklung o.g. Beziehungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und den Spannungen zwischen den Regierungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg differenziert nach Branchen und Regionen; Umfang der jeweiligen Direktinvestitionen, von Forschungsk Kooperationen sowie des Austauschs von Wissenschaftlern und Führungspersonal; Beteiligung von US-Firmen an Messen und Kongressen; Fördereinrichtungen und -maßnahmen des Landes

Antr

s. *Wirtschaftliche Kooperation*

Drs 13/2269

Ges zur Änd der Gemeindeordnung für BW

Verbot von Rechtsgeschäften der Kommunen mit hohen finanziellen Risiken wie z.B. US-Cross-Border-Leasing; Versagung der Genehmigung solcher Transaktionen mit Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge unter Ausnutzung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Ausland

GesEntw

s. *Gemeindeordnung*

Drs 13/2282

Forschungskosten in BW

Kosten eines Forschungsarbeitsplatzes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen im Vergleich zu den USA differenziert nach Universitäten und Privatwirtschaft, Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung; Entwicklung der Zahlen dieser Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren; Anteile, Zielländer und Gründe für die Abwanderung von Wissenschaftlern aus BW

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/3266

Ministerzugriff auf die Universitätshaushalte zur Finanzierung einer Anzeigenserie in einer amerikanischen Wissenschaftszeitung?

Antr

s. *Hochschule*

Drs 13/4031

Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen mit falschen Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Frage nach einer strafrechtlichen Relevanz, nach Konsequenzen des Vorfalls für die beteiligten amerikanischen Sicherheitsbeamten sowie nach den Folgen eines derartigen Missbrauchs für Bürger in BW

Antr

s. *Ausweis*

Drs 13/4854

Ermittlungen wegen des Missbrauchs von Ausweispapieren
Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren; Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Verneinung einer strafrechtlichen Relevanz mit der Stellungnahme des StM auf Drs 13/4854 im Gegensatz zu der (Ermittlungen planenden) zuständigen Staatsanwaltschaft, Aufklärung dieses Widerspruchs

Antr
s. *Ausweis*
Drs 13/5091

Konjunkturschwäche in den USA, Suche nach einem Ausgleich für den Nachfragerückgang in Osteuropa; Bewertung der Diskussion in den USA über die embryonale Stammzellenforschung
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 163 164 167 174

Verurteilung der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Feststellung einer Zunahme der Rezessionsrisiken in Amerika und weltweit

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327-330

Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten, Bekundung von Solidarität mit dem amerikanischen Volk und seiner Regierung, Schutz der amerikanischen Einrichtungen im Land; Beklagung der Abwanderung junger Wissenschaftler in die USA

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 361-383 411 414 415

Verstärkung der konjunkturellen Abwärtsentwicklung weltweit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten; Würdigung der sachlichen Berichterstattung des SWR über die Terroranschläge in den USA

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 501 503 539

Rückgang des Wirtschaftswachstums in den USA, erneute Schwächung nach den Terroranschlägen vom 11. September

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636 637

Feststellung einer Rezession in Amerika

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795

Bemühungen der Regierung und des Parlaments der USA zur Aufklärung der Enron-Affäre

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1269

Beurteilung des Gesundheitssystems in den USA

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1415 1421

Überforderung der USA mit der Rolle als Weltpolizist, Forderung eines gleichberechtigten Militärbündnisses zwischen der EU und den USA, Würdigung der kriegsverhindernden Bedeutung des Bündnisses

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1458 1459 1468

Abhängigkeit Deutschlands von der Konjunkturentwicklung in den USA

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1719

Anstreben einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen der EU und den USA; Erinnerung an Ursachen des Bürgerkriegs und an das Zustandekommen der amerikanischen Verfassung; Beurteilung des Eintretens der USA für die Aufnahme der Türkei in die EU

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2155 2160 2162 2166

Stärkung der Kompetenzen der EU und damit der Gewichtung im Verhältnis zu den USA

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2530

Beurteilung des gewaltsamen Vorgehens der Amerikaner gegen den Irak ohne UN-Mandat, Erinnerung an das Eingreifen der USA zur Friedenssicherung seit 1942, Befürchtung einer dauerhaften Beeinträchtigung der transatlantischen Beziehungen, Eintrübung des Bilds von Amerika vor allem bei jungen Deutschen

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2694-2700

Notwendigkeit eines eigenständigen militärischen Pfeilers der EU neben den USA

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3058 3060

Intensität des Studentenaustauschs mit den Vereinigten Staaten

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3105 3106

Verweisung auf die verstärkte Abwanderung von forschenden Betrieben in die USA aufgrund der Regulierungswut der EU; Wahrung des Bündnisses mit den USA

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3307 3314 3322 3323

Wachstumserwartungen des amerikanischen Notenbankpräsidenten Alan Greenspan; Stimulanz der Binnennachfrage durch Steuersenkungen; Risiken der CBL-Geschäfte mit kommunalen Versorgungseinrichtungen

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3386 3387 3442

Vergleich des Hochschulsystems in Deutschland und den USA

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3540

Vergleich des deutschen und amerikanischen Hochschulsystems und dessen Finanzierung

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3671

Unterschiedliche Gewichtung der Verstimmung zwischen der deutschen und amerikanischen Regierung wegen des Irak-Kriegs

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3801

Förderung der Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie sowie der Biotechnologie in den USA

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4586-4591 4603

Ausmaß von Übergewichtigkeit, insbes auch unter Kindern, in den USA; Verdrängung von Fast Food an den Schulen hierzulande

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4854 4855 4858

Studium der Töchter des türkischen MinPräs in den USA wegen des Kopftuchverbots an Schulen und Hochschulen in der Türkei; Positionierung der EU im Wettbewerb mit den USA; Bezeichnung der Union als amerikagläubig

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7140 7144 7147 7148

Erinnerung an die Gesinnungsschnüffelei in der McCarthy-Ära; Verschaffung von Zugang des Abg Mappus ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren, Zurückweisung dieser Anschuldigung als falsch

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7664 7666 7667 7693

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten

s. *VVN - Bund der Antifaschisten*

Vereinsregister

Vereinsregister

Zahl der in die Vereinsregister eingetragenen Vereine bei den einzelnen Amtsgerichten, Höhe der dafür anfallenden Personal- und Sachkosten; notwendige Rechtsänderungen zur Übertragung auf die Kommunen und LKreise

Antr Klaus Herrmann u.a. CDU 17.07.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/2275
 BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2675 S. 9-11
 PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Vereins sportplatz

s. *Sportstätte*

Vereinte Nationen

s.a. *Menschenrechte*

Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014 - Gesamtkonzept für BW

Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung o.g. Ziele, Bereitstellung der notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen, (nachträgliche) Beteiligung am BLK-Programm „Transfer 21“; Vorlage einer Bestandsaufnahme aller Aktivitäten und Projekte im Bereich der schulischen und außerschulischen Umweltbildung, Installation eines Landesarbeitskreises sowie eines Beauftragten für Umweltbildung nach dem Beispiel Bayerns, Einrichtung eines Multiplikatorenprogramms für alle Schulen

Antr
 s. *Umwelterziehung*
 Drs 13/4020

Scheitern einer Lösung des Irak-Konflikts auf der Grundlage einer gemeinsamen Resolution im Weltsicherheitsrat; Begrüßung der Standhaftigkeit der UNO gegenüber dem Drängen der USA auf Legitimierung eines Präventivkriegs; Zuerkennung einer entscheidenden Rolle der Vereinten Nationen nach dem Krieg

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2694-2700

Verfahrensgesetz der ordentlichen Gerichtsbarkeit

s. *Verfahrensrecht*

Verfahrensrecht

s.a. *Gerichtsverfahren*
 s.a. *Prozesskostenhilfe*

Ges zur Änd des LVerwaltungszustellungsGes

Anpassung der Verweisung auf die Vorschriften der Postzustellung in der Zivilprozessordnung im LVwZG an die geänderte Rechtslage des Bundes, Übernahme der Vorschriften über die Heilung von Zustellungsmängeln in gerichtlichen Verfahren in die Prozessordnung

GesEntw
 s. *Verwaltungszustellungsgesetz*
 Drs 13/968

Ges zur Änd des LBankGes

Umsetzung der Verständigung mit der Europäischen Kommission über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie Schlussfolgerungen für den Bereich der Landesbank BW; Änd des Ges zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von VerfahrensGes der ordentlichen Gerichtsbarkeit

GesEntw
 s. *Landesbank Baden-Württemberg*
 Drs 13/1068

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Anpassung von Zuständigkeitsregelungen an Änderungen des Bundesrechts sowie an die Umwandlung des Amtsgerichts Heilbronn in ein Präsidenten-Amtsgericht; Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzsachen, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer); Anpassung des LJKG an bundesrechtliche Änderungen der Justizverwaltungskostenordnung

GesEntw
 s. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*
 Drs 13/1373

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Ermächtigung des Justizministeriums zur Bestimmung eines Amtsgerichts zur Wahrnehmung der Aufgaben des richterlichen Bereitschaftsdienstes in einem Landgerichtsbezirk

GesEntw
 s. *Amtsgericht*
 Drs 13/5005

Möglichkeiten zur Deregulierung in der Gerichtsverfassung und im Verfahrensrecht

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5671 5674-5677 5679-5681

Verfasste Studierendenschaft

s. *Mitbestimmung*

Verfassung

s.a. *Bundesverfassungsgericht*
 s.a. *Finanzverfassung*
 s.a. *Grundgesetz*
 s.a. *Grundrecht*
 s.a. *Landesverfassung*

Begleitung des EU-Verfassungskonvents

Information und Beteiligung des Ltg und BRats an der Arbeit des Konvents, Beteiligung der Bürger an der Debatte um die Zukunft Europas, Kooperation mit Regionen und europäischen regionalen Zusammenschlüssen, Koordination und Vorbereitung der drei deutschen Vertreter im Konvent, Schlüsselprojekte zur Gestaltung der Institutionen und Entscheidungsverfahren der EU, Unterstützung des MinPräs durch Beamte aus den einzelnen Ressorts

Antr GRÜNE 06.03.2002 und Stellungnahme StM Drs 13/823
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453-1474

Der Europäische Konvent nach seinem ersten Drittel - Zwischenbilanz und Ausblick

Mittlg
s. *Europäischer Konvent*
Drs 13/1278

Föderalismusreform - Partnerschaft in Vielfalt

Rückwirkungen der vom Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassung, Stärkung der europäischen Regionen im Verhältnis zur EU, Ausweitung der Kompetenzen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Antr
s. *Föderalismus*
Drs 13/1796

Der Europäische Konvent bei Eintritt in die Phase der Formulierung

Mittlg
s. *Europäischer Konvent*
Drs 13/1854

Scheitern der Regierungskonferenz zum EU-Verfassungsentwurf
Auswirkungen auf den weiteren europäischen Prozess; Bewertung der Chancen für eine spätere Einigung

MdlAnfr 4) Dr. Inge Gräßle CDU 15.12.2003 Drs 13/2691
PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4123-4125

RegErkl - Verfassungsvertrag der Europäischen Union - und Aussprache

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5119-5133

Umgang der Staatsanwaltschaft Stuttgart mit Formen des Protests gegen verfassungsfeindliche Organisationen

Anweisung der zuständigen Polizeibehörden zum Einschreiten gegen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, auch wenn diese zum Zeichen des Protests gegen o.g. Organisationen getragen werden: Bewertung dieser Rechtsauslegung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft und der davon ausgehenden Signalwirkung, Frage nach Schritten zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen verfassungsfeindliche Organisationen

KlAnfr
s. *Staatsanwaltschaft*
Drs 13/5105

Vorbereitung einer europäischen Verfassung, Beteiligung der Länder und Länderparlamente

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 599-606 610-612

Notwendigkeit einer europäischen Verfassung vor Verwirklichung der Osterweiterung, Eintreten für eine offene Diskussion iRd Verfassungskonvents mit einer anschließenden Volksabstimmung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 776-779 781

Begrüßung des europäischen Verfassungskonvents

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 937

Beteiligung der BLänder am europäischen Verfassungskonvent

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1161 1163

Würdigung der badischen Verfassung von 1818 sowie der ersten demokratischen Verfassung nach dem Ende der Monarchie; Begleitung des EU-Verfassungskonvents durch die Länder und Länderparlamente

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1451-1474

Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent, Beteiligung der Länder und Länderparlamente, Grobgliederung des Entwurfs und Anreicherung mit Inhalten

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152-2163 2166

Bestrebungen des MinPräs im Europäischen Konvent zur Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im Verfassungsvertrag

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2895 2908 2909

Würdigung des Einsatzes des MinPräs im Europäischen Konvent, Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und der Grundrechtecharta im europäischen Verfassungsvertrag, Überlegungen zu einer Volksabstimmung über den Verfassungsvertrag

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3056-3063

Vorstellung der einzelnen Elemente des europäischen Verfassungsvertrags, Eintreten für eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3305-3325

Würdigung der Bestrebungen und erreichten Ergebnisse der deutschen Länder bei der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3798-3810

Begrüßung des Einsatzes des MinPräs im Europäischen Konvent für einen Gottesbezug in der europäischen Verfassung

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4710 4721

Bemühungen um eine Einigung auf eine gemeinsame europäische Verfassung, Eintreten für eine Volksabstimmung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4773

Ausgestaltung der Kapitel für eine gemeinsame Rechtspolitik in der europäischen Verfassung

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4850 4851

Ausbau der Bürgernähe mit der Europäischen Verfassung, Ablehnung eines Referendums über die Verfassung, Würdigung der Bestrebungen und erreichten Ergebnisse der deutschen Länder bei der Erarbeitung eines Verfassungsvertrags im Europäischen Konvent

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5371 5373 5374 5377-5379

Beratung der Europäischen Verfassung im BRat: Begründung des weiteren Einsatzes des MinPräs bis zum 19.04.2005

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5589-5591

Eintreten für eine Volksabstimmung über die europäische Verfassung

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5723 5725

Scheitern der europäischen Verfassung bei den Volksabstimmungen in Frankreich und Holland, Vermutung eines Zusammenhangs mit der weitgreifenden Einmischung der EU in Länderkompetenzen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6717 6718 6722

Bewertung der ablehnenden Referenden zur europäischen Verfassung in Frankreich und Holland als Folgen einer Politik ohne Einbeziehung der Bürger, Stärkung der Rechte des EP mit dem Verfassungsvertrag

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7133 7139 7140 7142 7144-7146 7148-7151

Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber, Prüfung des Bekenntnisses zu den Grundwerten der Verfassung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7647-7649 7651 7652 7654 7656 7657 7662-7664 7667-7675

Bedauern über das bisherige Scheitern des Europäischen Verfassungsvertrags

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8012

Verfassungskonvent der EU

s. Verfassung

Verfassungsschutz

s.a. Geheimdienst

s.a. Sicherheitsüberprüfung von Personen

Umfassendes Sicherheitskonzept

Vorlage eines Handlungskonzepts zur Verbesserung der inneren Sicherheit nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, Benennung und Umsetzung von Maßnahmen zur sächlichen und personellen Aufstockung bei Polizei, Justiz und Verfassungsschutz, Stärkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenfall - Feuerwehren, Rettungsdienste und Technisches Hilfswerk

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/271

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Verbesserung der Personalausstattung bei Polizei und Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaften und Gerichten; Bereitstellung von Experten für das neue terroristische Bedrohungsszenario

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/339

Aufgaben, Methoden und zukünftige Strukturen des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV)

Entwicklung der Aufgaben, der Personal- und Sachausgaben seit 1980; Veränderungen durch den Wegfall der Ost-West-Konfrontation und die deutsche Wiedervereinigung; Umgang mit Erkenntnissen über Straftaten im Spannungsfeld mit dem Legalitätsprinzip unterworfenen Strafverfolgungsbehörden; Verwendung der neuen Personalstellen und Kooperation mit europäischen und internationalen Diensten im Zuge der Terrorismusbekämpfung; Darstellung der Auskunfterteilung seit 1980 sowie der künftig erforderlichen Kontrollstrukturen

Antr GRÜNE 13.11.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/441 (10 S.)

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 53-55

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Fünfter NPD-V-Mann aus BW

Zitate von Aussagen eines für den Verfassungsschutz tätigen V-Mannes in der Antragsschrift des BRats zum NPD-Verbotsverfahren, Frage nach weiteren Aussagen von aktuellen oder ehemaligen V-Leuten, Bedeutung für das weitere Verfahren beim BVerfG

KlAnfr

s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

Drs 13/732

Konzept zur Verbesserung der Situation der Polizei, des Verfassungsschutzes, des Katastrophenschutzes und der Justiz in BW

Vorlage einer Konzeption in Fortschreibung des Sicherheitsplans II von 1978: Darlegung personeller, struktureller, sozialer und sächlicher Maßnahmen

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/1090

Maßnahmenkatalog im Hinblick auf das Wirken der Scientology-Organisation

Beurteilung der Maßnahmen aufgrund der bayerischen Expertise, insbes Intensivierung der Beobachtung durch den Verfassungsschutz

Antr

s. *Sekte*

Drs 13/1552

Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in BW

Koordination zwischen den Verfassungsschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene und dem BKA; Erfolge der polizeilichen Präventionsarbeit u.a. iRd Kommunalen Kriminalprävention

Antr

s. *Radikalismus*

Drs 13/1898

Scientology im Verfassungsschutzbericht 2002 - Konsequenzen

Bewertung der Aktivitäten und Mitgliederzahlen, Erkenntnisse über Untergruppen und den Geheimdienst OSA; frühzeitige Warnung der Bevölkerung vor Werbeaktionen u.a. Maßnahmen gegen die Aktivitäten der Sekte

KlAnfr

s. *Sekte*

Drs 13/2205

Die LReg und der Fall Michael B. - Nach welchen Kriterien fördert die LReg den interreligiösen Dialog?

Prämissen, Kriterien und Zielvorstellungen zur Förderung eines interreligiösen Dialogs zwischen Muslimen und Christen; Einflussnahme des Islam-Beraters Michael B. seit seiner Anstellung im StM durch Initiativen, Stellungnahmen u.ä.; Bewertung der vom Landesamt für Verfassungsschutz geäußerten Bedenken

Antr

s. *Religion*

Drs 13/2434

Geplante Zerschlagung der föderalen Polizeistruktur in Deutschland durch den Bundesinnenminister

Planung einer Abstufung der Landeskriminalämter und des Verfassungsschutzes zu Außenstellen der jeweiligen Bundesbehörde sowie einer Übernahme von Gesetzgebungskompetenzen, Beurteilung aus Sicht der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung, Auswirkungen der EU-Osterweiterung für den Bundes-

grenzschutz und seine Abgrenzung zu den Aufgaben der Polizei; Anregung einer Bündelung der Aufgaben des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/3310

Ablehnung eines Lehramtsanwärters wegen „Mitarbeit in extremistischer Gruppierung“

Ablehnung der Einstellung als Realschullehrer wegen Zweifeln an der Verfassungstreue: Frage nach Aktivitäten der „Antifaschistischen Initiative Heidelberg“ sowie nach Verstößen des Lehramtsanwärters gegen Rechtsvorschriften bzw die freiheitlich-demokratische Grundordnung, Beurteilung einer Einstellung im Beamten- oder Angestelltenstatus zu einem späteren Zeitpunkt

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/3537

Berufsverbot für den Heidelberger Studienassessor M.C.

Ablehnung der Einstellung des o.g. Lehramtsanwärters als Realschullehrer wegen Mitgliedschaft in einer als linksextrem eingestuften Vereinigung: Rechtsgrundlage, Art und Inhalte der Erkenntnisgewinnung und -weitergabe durch den Verfassungsschutz, Frage nach Inhalten und Ergebnissen des „vertieften Einstellungsgesprächs“ beim Oberschulamt Karlsruhe sowie nach Gesprächen mit den Beteiligten an der Heidelberger Theodor-Heuss-Realschule

KlAnfr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/3545

Berufsverbote in BW aufgrund des Radikalenerlasses

Ablehnung der Einstellung von Bewerbern bzw Entlassung von Bediensteten wegen Zweifeln an der Verfassungstreue seit 1979: Auflistung der Fälle in der Justiz, Polizei, im Schuldienst und der sonstigen Verwaltung, Anteil und Ergebnisse der vor Gericht ausgetragenen Verfahren, Auswirkungen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1995, Ausgestaltung des Mitteilungsverfahrens zwischen IM und Fachministerium seit Abschaffung der Regelanfrage 1991, Beurteilung einer befristeten Anstellung von entsprechend eingestuftem Lehramtsanwärtern

Antr
s. *Sicherheitsüberprüfung von Personen*
Drs 13/3548

Umsetzung des Anti-Terror-Pakets

Gründe und Verantwortliche für die bisher nicht erfolgte Umsetzung o.g. Vorgaben des Bundes, Zeitpunkt der Vorlage und Ausgestaltung eines GesEntw; Ergebnisse der vom damaligen IM Dr. Schäuble angekündigten Gespräche mit dem FM zur Abwendung der Kürzungen beim Antiterrorsofortprogramm, Zahl der verfügbaren Islamexperten des LfV mit entsprechenden Sprachkenntnissen

Antr
s. *Terrorismus*
Drs 13/3753

Haushalt 2005 und 2006; Epl 03

Erhaltung der mit dem Anti-Terror-Programm geschaffenen Stellen im Bereich des Verfassungsschutzes

s. *Terrorismus*
Drs 13/4003

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung der Befugnisse des LfV mit der Anpassung o.g. Gesetze an die Rechtsänderungen des Bundes, insbes zur Terrorismusbekämpfung; Verknüpfung mit den Kontrollrechten der parlamentarischen Gremien; Erweiterung der Rechte zur Gewinnung, Speicherung und zum Austausch von Informationen, u.a. von/mit Banken, Fluggesellschaften, Versorgungsbetrieben, Post- und Telekommunikationsdiensten; Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Optimierung der Zusammenarbeit mit dem BfV u.a. Sicherheitsbehörden

GesEntw LReg 20.07.2005 Drs 13/4524 (43 S.)

1. Beratung PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7000-7009

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2005 Drs 13/4677 (dazu ÄAntr Nr. 1 GRÜNE und ÄAntr Nr. 2 Winfried Scheuermann CDU) (12 S.)

2. Beratung PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7081-7088

GesBeschl 05.10.2005 Drs 13/4707

GBI 2005 Nr. 15 S. 661-667 (Ges vom 11.10.2005)

Bekanntmachung der NF des Ges über den Verfassungsschutz in BW GBI 2006 Nr. 1 S. 1-9

Verfassungswidrigkeit der Verwaltungsvorschrift?

Gesprächsleitfadens bei Einbürgerungen von Muslimen

Begründung der o.g. Gesinnungsprüfung über das schon verlangte Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und die vorgegebene Regelanfrage beim Verfassungsschutz nach dem StaatsangehörigkeitsGes hinaus, Vereinbarkeit der Fokussierung auf Muslime mit dem Gleichheitsgrundsatz und dem Persönlichkeitsrecht nach dem Grundgesetz, Frage nach objektiven Kriterien der Einbürgerungsbehörden zur Begründung der Zweifel an der inneren Hinwendung und Verfassungstreue der Einbürgerungsbewerber sowie nach Konsequenzen einer Nichtbeantwortung der Fragen; Zurückziehung der VwV mit sofortiger Wirkung

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/5041

Stärkung des Verfassungsschutzes zur Bekämpfung des Terrorismus, Verbesserung der personellen und operativen Ausstattung, Schaffung zusätzlicher Stellen für Islamexperten

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 363 364 369 371 372 374 376 377 380 381 383 398

Bemühungen um Islamexperten beim Verfassungsschutz, Kritik am Wegfall der Stellen nach einem Jahr

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 810

Kritik an der zeitlichen Befristung der Stellen für Islamexperten beim Verfassungsschutz

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 842 877 879 882-884 886 887 920

Datenaustausch zwischen Asylbehörden und Verfassungsschutz, Hinweis auf 15 neue Stellen beim Verfassungsschutz

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314 1318

Beurteilung der VVN durch den Bundes- und Landesverfassungsschutz

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2447 2450-2452 2456

Revision des Urteils der Grünen über den Verfassungsschutz, Vorschlag zur Bündelung der 16 Ämter auf Landesebene und der drei Dienste des Bundes

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4189 4194

Revision des Urteils der Grünen über den Verfassungsschutz, Vorschläge zu einer Zusammenlegung bzw einer besseren Kooperation der Dienste auf Bundes- und Länderebene

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4610 4612 4615 4618 4626 4657

Ablehnung einer Zentralisierung der Landesämter für Verfassungsschutz auf Bundesebene, Bekämpfung des islamistischen Terrorismus

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5132 5138 5144 5145

Anstrengung zentraler Strukturen beim Verfassungsschutz und bei der Terrorismusbekämpfung durch den Binnenminister

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5901 5908 5915

Verweisung auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor einer Einbürgerung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7664 7675

Verfassungsschutzbericht

s. Verfassungsschutz

Verfassungsschutzgesetz

s. Verfassungsschutz

Vergabe öffentlicher Aufträge

s. Öffentlicher Auftrag

Vergabeverordnung

s. Öffentlicher Auftrag

Vergewaltigung

s. Sexualstraftat

Vergütung

s.a. Einkommen

s.a. Übergangszahlung

s.a. Zulage zum Arbeitsentgelt

Vergütungen von Lehrbeauftragten

Aussage der Koalitionsvereinbarung zur Erhöhung o.g. Vergütungen an Hochschulen und Berufsakademien, Gründe und Folgen einer Ausklammerung der Fachhochschulen; einheitliche Festsetzung von Höchstsätzen für die Vergütung an allen Hochschularten, Belassung einer möglichen Ausdifferenzierung nach unten in der Eigenständigkeit der Hochschulen

Antr

s. Lehrbeauftragter an Hochschulen

Drs 13/177

Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 12)

Gefangenenentlohnung in den Justizvollzugsanstalten

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 VIII. S. 3

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 21.08.2002 Drs 13/1268

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land BW aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten

Mittlg

s. Bediensteter

Drs 13/458

Landesamt für Besoldung und Versorgung

Bearbeitungsdauer von Neufestsetzungen der Bezüge nach Lohnerhöhungen und Beförderungen, Erfolgsaussichten von Schadenersatzklagen, Möglichkeiten zur Verkürzung der Bearbeitungszeiten

KlAnfr

s. Landesamt für Besoldung und Versorgung

Drs 13/477

Entlohnungspraxis in den Justizvollzugsanstalten

Eingruppierung in Vergütungsstufen beim Grundlohn in den einzelnen JVA nach Inkrafttreten der Neuregelung des Gefangenenentgelts, Umsetzung der Empfehlung des RH; Höhe der gezahlten Leistungszulagen, Steigerung der Arbeitsmotivation i.S.d. Resozialisierung; Umfang der zu etatisierenden Kosten

Antr GRÜNE 28.11.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/501

BeschlEmpf und Bericht StändA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 5 6

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe des abgeführten Nutzungsentgelts der medizinischen Universitätsprofessoren

Darlegung o.g. Daten seit 1998 differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Auswirkungen des HochschulmedizinreformGes, Schaffung eigener Regelungen der Klinika

Antr

s. Nebentätigkeit

Drs 13/767

Einnahmen aus Nebentätigkeiten und Höhe der Nutzungsentgelte der medizinischen Universitätsprofessoren

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge aus der Privatliquidation der einzelnen Ärzte an den vier Universitätskliniken, Art und Ergebnisse der Überwachung der Rechtmäßigkeit der abgeführten Nutzungsentgelte und Poolabgaben, Gründe der Differenzen und Beanstandungen, Ausschluss von Kollisionen zwischen Haupt- und Nebentätigkeiten

Antr

s. Nebentätigkeit

Drs 13/1233

Studentische Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Zahl, arbeitsvertragliche Situation, Beschäftigungsumfang und -dauer, Dotierung und personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte; Entwicklung der Stundensätze in den letzten 15 Jahren; Vergleich mit den aus Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnissen; Einhaltung der Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder? Beteiligung an den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts

Antr
s. *Student*
Drs 13/1996

Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis

Zahl der o.g. Lehrkräfte und deren Eingruppierung im Vergleich zu den beamteten Lehrern; Abbau der Ungleichbehandlung durch Abschluss eines Eingruppierungsvertrags in der Tarifgemeinschaft der Länder u.a. Maßnahmen

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/2386

Fortbestand der garantierten Tarifsicherheit für die Beschäftigten an den baden-württembergischen Universitätskliniken

Bewertung der Garantieerklärungen und rechtlichen Bindung zur Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft der Länder, Auswirkungen eines möglichen Ausstiegs infolge der Änderung des UniversitätsklinikGes durch das HaushaltsstrukturGes 2004 auf die Beschäftigten, die Patientenversorgung, Forschung und Lehre; erwartete Einsparungen, Hinweis auf die entsprechende Gehälterabsenkung an den Universitätskliniken in Dresden und Leipzig; Erneuerung der einstimmigen Beschlusslage des Ltg von 1996, Verzicht auf die im HaushaltsstrukturGes 2004 vorgesehene Möglichkeit des Ausstiegs aus der TdL

Antr
s. *Tarifvertrag*
Drs 13/2678

Wertigkeit des Bachelor-Abschlusses

Gleichstellung der Studierenden mit Bachelor-Abschluss mit denen mit anderen Hochschulabschlüssen bei der Vergütung als wissenschaftliche Hilfskräfte

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/2937

Einnahmen aus Nebentätigkeiten an den Universitätskliniken und die Neugestaltung des Liquidationsrechts

Höhe der erzielten Einnahmen und abgeführten Beträge der medizinischen Universitätsprofessoren differenziert nach Kliniken und Einkommensklassen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Schaffung eigener Regelungen der Kliniken nach dem HochschulmedizinreformGes, Zahl und Ausgestaltung der neuen Verträge, Ausschluss von Kollisionen zwischen Hauptamt und Nebentätigkeiten, Ersetzung der Liquidationsrechte durch eine leistungsbezogene Vergütung

Antr
s. *Nebentätigkeit*
Drs 13/3466

Offenlegung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern in landeseigenen und landesbeteiligten Unternehmen

Veröffentlichung im jährlichen Bericht des FM über die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts

Antr
s. *Vorstand*
Drs 13/3496

Gehälter der Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV)

Beurteilung der Höhe der Vorstandsbezüge im Vergleich zu den früheren Vorstandsgehältern der vier KV und denen in anderen BLändern; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme des SM als Aufsichtsbehörde; Umfang der zugestandenen Nebentätigkeit in der Arztpraxis und daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen

Antr
s. *Arzt*
Drs 13/4062

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4325

Rückzahlung von Anwärterbezügen der Laufbahn des gehobenen Dienstes

Begründung und Fallzahlen zur o.g. Rückzahlungsverpflichtung; Heranziehung auch von Anwärtern, die nach Abschluss ihrer Ausbildung eine Stelle im Angestelltenverhältnis im öffentlichen Dienst annehmen

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/4446

Offenlegung der Vorstandsvergütungen in Unternehmen mit Landesbeteiligung

Übertragung der auf Bundesebene beschlossenen Regelung für börsennotierte Unternehmen auf Unternehmen mit Landesbeteiligung

Antr
s. *Vorstand*
Drs 13/4560

Konzertierte Aktion zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Ärzte an den Universitätskliniken

Entwicklung der Zuschüsse an die vier Universitätskliniken seit 1998; Auswirkungen des DRG-Fallpauschalensystems auf die Einnahmeseite, des EuGH-Urteils zur Anrechnung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit sowie der unterschiedlichen Tarifvereinbarungen über Arbeitszeiten und Vergütungen; Verifizierung der beim Streik der Assistenzärzte geäußerten Einnahme-

verluste; Ergreifung der o.g. Initiative unter Einbeziehung der Beteiligten zu den Arbeitszeiten, Bereitschaftsdiensten, befristeten Verträgen, der Aufgabenwahrnehmung in der Krankenversorgung, akademischen Weiterbildung sowie Forschung und Lehre

Antr
s. Arzt
Drs 13/4595

Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation der Assistenzärzte und -ärztinnen an den Universitätsklinika in BW

Einleitung von Strukturreformen bzw Verbesserung der Vergütung, der Vertragslaufzeiten und Abbau der Arbeitszeitbelastung als Konsequenzen aus dem Streik der Assistenzärzte, Überprüfung des Umgangs der Klinika mit dem ArbeitszeitGes durch die Gewerbeaufsichtsämter, Korrektur der starren Hierarchien und persönlichen Abhängigkeitsverhältnisse sowie der Ausbildungszeitregelung zum Facharzt, Evaluierung der Führungskompetenz leitender Ärzte, Verbesserung der finanziellen Beteiligung an der Privatliquidation der Professoren, Gewährleistung der Forschungsverpflichtungen der Assistenzärzte auch nach Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf die Klinikumsvorstände

Antr
s. Arzt
Drs 13/4604

Einnahmen und Nutzungsentgelte an Universitätsklinika im ambulanten Bereich

Darlegung der o.g. Daten seit 2000 differenziert nach Kliniken und Abteilungen, Kostendeckungsgrad der erhobenen Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme von Personal und Einrichtungen, Größenordnung der jeweiligen Einnahmen aus der Privatliquidation von Chefarzten mit Verträgen vor und nach 2002, Auswirkungen des Bonus-Systems, Anstrengung einer Neuregelung mit einer stärkeren Beteiligung der Assistenz- und Oberärzte?

Antr
s. Nebentätigkeit
Drs 13/4811

Subventionierung von Niedriglöhnen über Kombilöhne; sachgerechte Gewährung von Leistungszulagen bei der Gefangeneneinlohnung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500 550

Eintreten für die Zulassung eines Niedriglohnsektors

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 706

Prüfung der Modelle Lohnsubvention und Kombilohn

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 817

Bevorzugung eines Einstiegsgelds gegenüber den Kombilohnmodellen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 897 902 911

Ausbau des Niedriglohnsektors, Frage nach der Finanzierung

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1816 1823 1825

Anmahnung größerer Anstrengungen der Gewerkschaften zur Frauenförderung, insbes zur Angleichung des Gehaltsniveaus zwischen den Geschlechtern

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2032 2033 2046 2049 2052

Eintreten für die Zulassung eines Niedriglohnsektors, Anstrengung einer Nullrunde bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2115 2121

Vorschlag einer Abschmelzung der Versorgungsbezüge der Regierungsmitglieder, Verschiebung einer vorherigen Erhöhung der aktiven Bezüge, Vergleich mit den Vergütungen in anderen Spitzenpositionen, Anstrengung einer Nullrunde bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2327-2338

Anmahnung einer Überprüfung der Höhe von Ausbildungsvergütungen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2846 2852

Appell an die Tarifpartner zur Überprüfung der Höhe von Ausbildungsvergütungen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3522

Vorschlag eines Einfrierens der Ausbildungsvergütungen auf drei bis fünf Jahre

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3862

Anmahnung einer Überprüfung der Höhe von Ausbildungsvergütungen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5468

Hinnahme von Reallohnsenkungen der Arbeitnehmer zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5577

Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Hochlohnland mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, Eintreten für die Förderung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich; Kritik an der Höhe von Vorstandsbezügen bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen; Erhöhung der Aktivbezüge der Regierungsmitglieder

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6405 6406 6417

Schritte zur Integration von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt mit dem befristeten Einstiegsgeld

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6481

Offenlegung von Managergehältern bei Unternehmen mit Landesbeteiligung

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6684

Bekämpfung von Lohndumping durch die Einführung von Mindestlöhnen, Vorlage des Lohndumpingberichts der BReg; Plädoyer für einen Niedriglohnsektor

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6703-6706 6708-6710

Plädoyer für Kombilöhne in bestimmten Bereichen; Kritik am Vorschlag des MinPräs zur Reduzierung der Arbeitszeit und Vergütung von älteren Arbeitnehmern

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7677-7679

Vorschlag einer Bekämpfung von Lohndumping infolge der EU-Dienstleistungsrichtlinie mit der Einführung von Mindestlöhnen, Entschärfung der Richtlinie mit der Verankerung des Ziellandprinzips

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7845-7847

Eignung des geplanten Kombilohnmodells in der Tourismuswirtschaft

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7963

Vergütung für ärztliche Leistungen

s. *Arzthonorar*

Verhaftung

s. *Festnahme*

Verhaltensstörung

s.a. *Autismus*

s.a. *Lernbehinderung*

Ritalin und Aufmerksamkeitsdefizit/Hyperaktivitätsstörung (ADHS)

Öffentliche Berichterstattung über Ritalin und ADHS bzw die Scientology-Organisation zu diesem Thema, Beurteilung der Anwendung des Präparats und der Diagnostik des ADHS

Antr Dr. Bernhard Lasotta u.a. CDU 11.01.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/618

BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/1109 S. 53-55

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Aufmerksamkeits-Defizit-/Hyperaktivitäts-Störung (ADHS)

Erkenntnisse und Maßnahmen zur o.g. Verhaltensstörung bei Schülern

KlAnfr Dieter Kleinmann FDP/DVP 20.03.2003 und Antw KM Drs 13/1920

Fremdsprachen in der Abiturprüfung an Waldorfschulen

Abweichungen in den letzten zehn Jahren vom (nicht abschließenden) Fächerkatalog der VO über die Abiturprüfung an Freien Waldorfschulen oder in anderen Prüfungen, Auflistung der einzelnen Schulen und Fächer, Anteil von nicht vorgesehenen Pflichtfächern; Frage nach Sonderregelungen für Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom (ADS)

KlAnfr

s. *Abitur*

Drs 13/3482

Schuleingangsuntersuchungen

Gründe und Folgen des Verzichts auf die o.g. Pflichtuntersuchungen; Erreichbarkeit der Schüler, insbes aus sozial schwachen und Migrantenfamilien, und der schulrelevanten Informationen über Gesundheits-, Entwicklungs- und Verhaltensstörungen mit evtl alternativen Untersuchungen; Vereinbarkeit mit dem neuen Schwerpunkt der frühkindlichen Sprachförderung und dem Konzept des „Schulreifen Kindes“; Frage nach der Grundlage für eine künftige prospektive regionale Gesundheitsplanung; Erwägung eines Untersuchungsangebots bereits im Kindergarten und einer entsprechenden Qualifizierung der Erzieherinnen

Antr

s. *Schulanfänger*

Drs 13/4313

Hilfen für geistig behinderte Menschen mit Verhaltensauffälligkeiten

Antr

s. *Behinderter*

Drs 13/4509

Postpartale Krankheitsbilder

Fachärztliche Behandlungsmöglichkeiten und -erfolge von nachgeburtlichen Depressionen bei Müttern nach der Entbindung, Kapazitäten der Krankenhäuser bzw Geburtshilfeabteilungen, Berücksichtigung der Krankheitsbilder in der Ausbildung von Ärzten, Hebammen u.a. Klinikbeschäftigten

Antr

s. *Ärztliche Behandlung*

Drs 13/4822

Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern durch hohen Medienkonsum

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7058 7061

Verjährung

Drohender Verlust von Steuernachforderungen durch Verjährung

Zeitgerechte Bearbeitung der seit 1994 anstehenden Fälle von Steuerhinterziehung und Beihilfe dazu durch die Finanzbehörden, Darstellung des zusätzlichen Personalbedarfs und der möglichen Steuermehreinnahmen

KlAnfr

s. *Steuerdelikt*

Drs 13/128

Kontrollmitteilungen des Bundesamtes für Finanzen über Immobilienbesitz in Spanien

Umfang, Art, Aufwand und Konsequenzen der Bearbeitung o.g. Mitteilungen beim FM bzw nachgeordneten Behörden; Relevanz von Verjährungsfristen

Antr

s. *Immobilie*

Drs 13/173

Die Ermittlungen in Sachen Kapital Consult und so genanntem Dreiländer-Fonds

Beurteilung der Zeitdauer der Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen den Chef des o.g. Unternehmens wegen Kapitalanlagebetrugs und der Gefahr von Verjährung mit haftungsrechtlichen Konsequenzen für das Land, Aufklärung der Anleger über die Fondsrisiken

Antr

s. *Wertpapier*

Drs 13/973

Drohende Verjährung der „Bankenfälle“

Zahl und Volumina der o.g. Vorgänge, Höhe der drohenden Steuerausfälle, Frage nach Anweisungen der Steuerverwaltung zur beschleunigten Abarbeitung bzw steuer- und strafrechtlichen Verfolgung dieser Fälle

KlAnfr

s. *Steuerdelikt*

Drs 13/2398

Verkaufspreis

s. *Preis*

Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln des Bundes zur Verbesserung des Schienenverkehrs

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart

Antr
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/597

Förderung von Niederflurbussen im Bereich des VVS

Zahl der geförderten Fahrzeuge, vollständige Umstellung auf Niederflurbusse im ÖPNV

KlAnfr
s. *Omnibus*
Drs 13/835

Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln

Beteiligung des VRS an den Regionalisierungsmitteln für Verbesserungen im S-Bahn-Verkehr des Raums Stuttgart, Stand der Verhandlungen mit dem VRS

MdlAnfr
s. *Region Stuttgart*
Drs 13/1153

Beschaffung neuer S-Bahn-Züge in der Region Stuttgart

Beurteilung des o.g. Bedarfs und der geplanten Fahrzeugbeschaffung durch den Verband Region Stuttgart sowie der vonseiten der LKreise geäußerten Bedenken; Bezuschussung über das Fahrzeugförderprogramm des Landes

Antr
s. *Schienenfahrzeug*
Drs 13/1966

GVFG-Finanzierung der Verlängerung der S 1 von Plochingen nach Kirchheim

Verweigerung der Anerkennung o.g. Rahmenvereinbarung als Vertrag, Auswirkungen auf die Aufteilung der Baukosten zwischen den einzelnen Kostenträgern; Bezuschussung nach den alten Förderrichtlinien mit 85 %

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/3085

Ausbau und Neubau der S 4/S 40 zwischen Freiberg und Backnang

Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum geplanten Bau der S 40 zwischen Marbach und Backnang, Verknüpfung einer Förderzusage mit dem vertraglich fest vereinbarten zweigleisigen Ausbau der Strecke Freiberg-Benningen sowie mit dem barrierefreien Umbau des Bahnhofs Marbach?

KlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/3924

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Zuweisungen zu verbundspezifischen Kostenunterdeckungen beim VVS, beim Verkehrs- und Tarifverbund Rhein-Neckar u.a. Verbänden

s. *Verkehrsverbund*
Drs 13/4010

Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland; hier: Austragungsort Stuttgart

Stand der Planung und Realisierung notwendiger Maßnahmen zur Verkehrsinfrastruktur, Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für Logistikaufgaben, Konzentration der Bundesmittel zum Abbau der Engpässe im Bundesfernstraßennetz der Region, Vorkehrungen der Aufgabenträger beim ÖPNV bzw bei der störungsfreien Vernetzung öffentlicher Verkehrsmittel mit dem VVS

Antr
s. *Fußballweltmeisterschaft*
Drs 13/4029

Finanzierung der Verlängerung der S 1 nach Kirchheim/Teck

Finanzierung der Verlängerung von Plochingen nach Kirchheim über das GVFG erst ab 2008, Frage nach einem Zusammenhang mit der Bindung der GVFG-Mittel zur Finanzierung von Stuttgart 21

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4133

Verbesserung des Zugangebots auf der Strecke Marbach-Backnang

Gründe für die Verweigerungshaltung zur o.g. Streckenerüchtigung und Ausbau des S-Bahn-Verkehrs zwischen Ludwigsburg, Marbach und Backnang; Mitfinanzierung der vom Verkehrsausschuss des Verbands Region Stuttgart beschlossenen Angebotsverbesserung iRd bestehenden Vereinbarung mit dem VRS

Antr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4553

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbände Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tariferhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4585

Ausbau der Stuttgarter S-Bahn-Linie 4 zwischen Freiberg und Benningen

Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

MdlAnfr
s. *Schnellbahn*
Drs 13/4683

Ausbau der S-Bahn S 4 zwischen Freiberg und Benningen

Gründe für die Entscheidung gegen das o.g. Projekt trotz bestehender Vereinbarungen und der Bereitschaft aller übrigen Beteiligten zur Erbringung ihres Finanzierungsanteils, Höhe und Träger der Planungskosten für den Ausbau der S 4 und die Verlängerung der S 40 von Marbach nach Backnang, Frage nach anderen vorrangigen Projekten; Erteilung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Verband Region Stuttgart, Ermöglichung des Baubeginns vor dem Verfall des Planfeststellungsbeschlusses am 06.12.2005

Antr

s. Schnellbahn
Drs 13/4706

Förderung des zweigleisigen Ausbaus der Strecke Freiberg-Benningen und des S-Bahn-Ringschlusses Marbach-Backnang

KlAnfr
s. Schnellbahn
Drs 13/4806

Kritik an der Verweigerung von Mitteln zum Ausbau des S-Bahn-Verkehrs im Raum Stuttgart

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1029

Bewertung des S-Bahn-Anschlusses Bernhausen als zu teures Prestigeprojekt

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1991

Bestrebungen um eine Realisierung der S 60 als Verbindung im S-Bahn-Ring um Stuttgart, Gefährdung der Finanzierung wegen der fehlenden Maut-Einnahmen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4340

Zunahme der Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten im Bereich des VVS, Bewertung des Pass-Orange-Tickets für Schüler

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6690 6691

Eintreten des PetA für einen verbesserten Lärmschutz der S-Bahn-Tunneltrasse in Filderstadt

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7796 7797

Verkehrsbeschränkung

s. Verkehrsvermeidung

Verkehrsbetriebe Karlsruhe

Auswirkungen der Änderung der GVFG-Finanzierung auf Projekte der Verkehrsbetriebe Karlsruhe (VBK) und der Albtal-Verkehrs-Gesellschaft (AVG)

Genehmigte und zur Genehmigung anstehende Projekte, Höhe der beantragten und bewilligten Mittel nach dem Landes- und Bundesprogramm bzw der Vorfinanzierung und der zu erwartenden Mittel, Bewertung des Projekts „U-Strab“ der Stadt Karlsruhe

KlAnfr
s. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
Drs 13/3058

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbände Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tarifierhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/4585

Verkehrserziehung

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Maßnahmen zur Verkehrserziehung, insbes bei Fahranfängern und Unfällen nach Alkoholkonsum; Festlegung von

Drogengrenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis bei Fahren unter Drogeneinfluss; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulausbildung

GrAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 13/1173

Sicherheit im Straßenverkehr / Beleuchtung an Fahrrädern

Anteil der ohne Beleuchtung fahrenden Radfahrer; Forcierung der entsprechenden Kontrollen durch die Polizei bzw den Gemeindevollzugsdienst sowie der Verkehrserziehung an den Schulen

KlAnfr
s. Verkehrssicherheit
Drs 13/4021

Verkehrsgesellschaft

s. Verkehrsunternehmen

Verkehrskontrolle

s.a. Fahndung
s.a. Polizeiliche Kontrolle

Überwachungsgeräte zur Abstandsmessung

Mangelhafte Einsatzfähigkeit o.g. Geräte der Autobahnpolizei infolge technischer Probleme und personeller Defizite

MdlAnfr
s. Messgerät
Drs 13/251

Geschwindigkeitsmessanlage und Verkehrsleitsystem auf der A 8 zwischen Hohenstadt und Ulm/West

Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten sowie Ausfallzeiten der o.g. Einrichtungen; angezeigte Verstöße und erhobene Bußgelder seit Inbetriebnahme; Entwicklung des Verkehrs- und Unfallaufkommens; vergleichbare Anlagen auf anderen Autobahnabschnitten; Prüfung eines generellen Tempolimits und Überholverbots für Lkw

KlAnfr
s. Verkehrslenkung
Drs 13/713

Verkehrsregelung für „Inlineskater“ als Verkehrsteilnehmer

Konsequenzen des BGH-Urteils zur Benutzung von Verkehrsflächen innerhalb und außerhalb von Ortschaften, Schutz der Fußgänger bei der künftigen Benutzung von Gehwegen, Möglichkeiten für Geschwindigkeitskontrollen der Polizei

KlAnfr
s. Freizeitsport
Drs 13/971

Drogen im Straßenverkehr - Mischkonsum, Grenzwerte und strafrechtliche Konsequenzen

Ausrichtung von Drogenkontrollen im Straßenverkehr auf Mischkonsum, Einführung von Grenzwerten, Verschärfung der strafrechtlichen Ahndung des Fahrens unter Drogeneinfluss

Antr
s. Kraftfahrer
Drs 13/1076

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs

Entwicklung der Ursachen von Unfällen im motorisierten Zweiradverkehr seit 2000, Einsatz von neu konstruierten bzw ummantelten Leitplanken an Bundes- und Landesstraßen, Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit an den Motorrädern und Lkw, Entwicklung stationärer Messanlagen zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1136

Sicherheit im Straßenverkehr

Ausbau der Überwachung des gewerblichen Güter- und Personenverkehrs, insbes des grenzüberschreitenden Lkw-Verkehrs; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter; Verschärfung der Bußgeld- und Strafvorschriften

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Verkehrsfluss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1215

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. *Gewerbeaufsicht*
Drs 13/1306

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von Fahrern und Fahrzeugen; Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbes Einführung einer Gurtpflicht, flächendeckende und regelmäßige Schulung der Fahrer, Ausbildung zum Berufskraftfahrer zusätzlich zum Busführerschein; Rechtslage zur Gewährleistung der Fahrtauglichkeit der Fahrer bzw Sanktionen gegen Fahrer und Arbeitgeber bei Verstößen

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2127

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Durchsetzung des Rechtsfahrgebots

Maßnahmen gegen notorische Linksfahrer und Langsamüberholer auf Autobahnen, insbes Aufklärung, Kontrollen und Sanktionen der Autobahnpolizei

Antr
s. *Kraftfahrer*
Drs 13/2880

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern

Art, Schwere, Ursachen und Folgen von Unfällen mit Kleintransportern seit 1998; Einbringung einer Gesetzesinitiative im BRat mit Empfehlungen des Verkehrsgerichtstags, u.a. verbesserte Fahrerqualifikation, Fahrzeug- und Ladungstechnik, verstärkte Kontrollen und Sanktionen sowie eines generellen Tempolimits

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2931

Angekündigte Verdoppelung der Fahndungsdienste auf den baden-württembergischen Autobahnen im Hinblick auf die EU-Osterweiterung

Umsetzung der o.g. Ankündigung des Landespolizeipräsidenten, beteiligte Dienststellen und Beamte, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Stelleneinsparungen iRd Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Wahrnehmung anderer Aufgaben

Antr
s. *Fahndung*
Drs 13/3177

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Auflistung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3371

Sicherheit im Straßenverkehr / Beleuchtung an Fahrrädern

Anteil der ohne Beleuchtung fahrenden Radfahrer; Forcierung der entsprechenden Kontrollen durch die Polizei bzw den Gemeindevollzugsdienst sowie der Verkehrserziehung an den Schulen

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/4021

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr
s. *Bundesstraße 10*
Drs 13/4828

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr

Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/5172

Verkehrslandeplatz Lahr

s. *Flugplatz Lahr*

Verkehrslandeplatz Mannheim

s. *Flugplatz Mannheim-Neuostheim*

Verkehrsleitsystem

s. *Verkehrslenkung*

Verkehrslenkung

s.a. *Fahrbahnbegrenzung*
s.a. *Lichtsignalanlage*
s.a. *Verkehrsvermeidung*
s.a. *Verkehrszeichen*
s.a. *Wegweiser*

Geschwindigkeitsmessanlage und Verkehrsleitsystem auf der A 8 zwischen Hohenstadt und Ulm/West

Investitions-, Betriebs- und Wartungskosten sowie Ausfallzeiten der o.g. Einrichtungen; angezeigte Verstöße und erhobene Bußgelder seit Inbetriebnahme; Entwicklung des Verkehrs- und Unfallaufkommens; vergleichbare Anlagen auf anderen Autobahnabschnitten; Prüfung eines generellen Tempolimits und Überholverbots für Lkw

KIAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 01.02.2002 und Antw UVM Drs 13/713

Telematik und Verkehrsmanagement auf Straßen

Ergebnisse von Pilotprojekten zur Verkehrstelematik, Stand der Entwicklung technischer und rechtlicher Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Systeme, Hinwirkung auf eine breitere Anwendung verfügbarer Produkte zur Entlastung der Straßen bzw Steigerung der Mobilität im Straßenverkehr

Antr FDP/DVP 27.02.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/789
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2272-2285

Sicherheit im Straßenverkehr

Errichtung von Streckenbeeinflussungsanlagen auf weiteren Autobahnabschnitten; Fortschreibung der Kriterien für die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen; personelle Verstärkung und technische Nachrüstung der Autobahnpolizei zur Ausdehnung der Schwerpunktkontrollen auf Kurier- und Kleintransporter

GrAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1173

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Auswirkungen voller Stau- und Warteräume entlang der A 2 auf Schweizer Seite bzw des Schweizer Schwerverkehrsmanagements auf den Verkehr auf der Rheintalautobahn und den Grenzübergang Weil am Rhein

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein

Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollanlage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A 861 Rheinfelden

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/1534

Optimierung der Steuerung im Straßenverkehr

Stand der Technik bei Lichtsignalanlagen zur Vermeidung von Staus an Verkehrsknotenpunkten, Hinwirkung auf kompatible Datennetze zur Optimierung der Abstimmung der Lichtsignale bei den Kommunen, Erstellung einer Kosten-Nutzen-Rechnung über eine flächendeckende Modernisierung der Telematik und digitalen Netzsteuerung

KIAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 06.02.2003 und Antw UVM Drs 13/1751

Umsetzung der Ziele des Generalverkehrsplanes

Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs und des Schienenpersonenverkehrs seit 1995, Gegenüberstellung der jährlichen Investitionen in den Erhalt und Ausbau der Landesstraßen und zur Förderung des ÖPNV, Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen, Umfang der Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Neubau von Ortsumfahrungen, Staureduzierung durch Einbau von Verkehrsbeeinflussungsanlagen, Maßnahmen zur Senkung des Spritverbrauchs der Fahrzeuge, Ausmaß der Schließung von Verladestellen durch die DB Cargo und Übernahme von Schienengüterverkehrsleistungen durch private Anbieter

Antr
s. *Generalverkehrsplan*
Drs 13/1825

Modellprojekt virtuelle Umgehungsstraße

Verkehrsbelastung der Gemeinden entlang des Neckar- und Ammeraltales, Stand der Ausbauplanung und Realisierung der B 464 und B 28; Initiierung eines o.g. Modellprojekts mit den parallel laufenden Bundesstraßen B 464 und B 28 zur Entlastung der Ortschaften Tübingen-Unterjesingen und Ammerbuch-Entringen, Abstufung der B 28 zwischen Tübingen und Herrenberg zur

Landesstraße, Lenkung des Durchgangsverkehrs auf die B 464, Stärkung der Alternativen im öffentlichen Verkehr

Antr
s. *Ortsumgehung*
Drs 13/2010

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Stand und Effizienz von installierten Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, erwartete Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahnmaut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Abgleichung der mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Aus- und Neubauvorhaben bei Straße und Schiene mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2413

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/3223

Verkehrs-/Mobilitätsmanagement und Verkehrssteuerung

Zuständigkeitsregelungen zur Erhebung, Verarbeitung und Verbreitung von Verkehrsinformationen; Unterstützung des Aufbaus von öffentlichen und privaten Informationssystemen; Verstärkung der Moderatorenrolle zur Kooperation von öffentlichen und privaten Telematikdiensteanbietern, Schaffung von mehr Rechtssicherheit für die Produzenten, Förderung der Realisierung der in Stuttgart geplanten Integrierten Verkehrsleitzentrale sowie der Ludwigsburger Leitzentrale

Antr FDP/DVP 29.06.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3322
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7382-7392

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Verkehrsbelastung und Sanierungsbedarf der Rheinbrücke Karlsruhe

Entwicklung und Prognosen der Verkehrsmengen nach Fahrzeugarten und Zielgebieten, Möglichkeiten einer Kapazitätserhöhung durch intelligente Verkehrslenkung, Zeitpunkt und Aus-

maß der anstehenden Sanierungsmaßnahmen, Minimierung der Verkehrsbeeinträchtigungen durch die Bauarbeiten, Frage nach Zwischenergebnissen der noch laufenden Umweltverträglichkeitsprüfung, Berücksichtigung der Belange der Natura 2000-Gebiete in den Rheinauen

KlAnfr
s. *Brücke*
Drs 13/4073

Ausbau und Sanierung der B 30 zwischen Biberach und Ravensburg und Regelungen des Umleitungsverkehrs

Begründung und Entscheidungsträger für die Durchleitung des Umleitungsverkehrs in beiden Richtungen durch Ortschaften wie z.B. infolge der o.g. Maßnahmen durch Hochdorf im Sommer 2005, weitere geplante Ausbaubabschnitte und deren Umleitungen an der B 30, Art der Finanzierung sowie Mittelbereitstellung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 13/4617

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorstauräumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4621

Verkehrslenkende Maßnahmen für Lkw und Pkw, Investitionen in die Verkehrstelematik

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1250 1251 1297-1302

Förderung von multimedialen Anwendungen in der Verkehrstelematik

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1633

Verkehrsmanagement

s. *Verkehrslenkung*

Verkehrsplanung

s.a. *Bundesverkehrswegeplan*
s.a. *Generalverkehrsplan*
s.a. *Verkehrslenkung*

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Weißbuch der Kommission „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ (KOM[2001]370)

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten*
Drs 13/285

Fördermittel für kommunale Verkehrsprojekte

Darstellung o.g. Zuschüsse für Kommunen und Kreise in der Region Unterer Neckar in den vergangenen bzw künftigen zehn

Jahren; Frage nach der Möglichkeit einer gleichzeitigen Förderung bzw Zusammenfassung mehrerer Vorhaben

KIAnfr Werner Pfisterer CDU 14.05.2002 und Antw UVM Drs 13/1008

Stellungnahmen der LReg zu Beschlüssen des Oberrheinrats

Zuleitung o.g. Stellungnahmen an den Ltg und die Mitglieder des Oberrheinrats ohne Abgeordnetenmandat; Bewertung der Beschlüsse zur Kooperation mit anderen Gremien, zur grenzüberschreitenden Tourismusförderung, zur Koordination regional bedeutsamer Verkehrsprojekte und Unterrichtung in der Sprache des Nachbarn an den Grundschulen

Antr
s. *Oberrheinrat*
Drs 13/1095

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Walldorf und Weinsberg aus dem Antistauprogramm der BReg, private Finanzierung des Ausbaus der A 6 zwischen Weinsberg und der bayerischen Landesgrenze, Erhebung und Zuerkennung eines Mautaufkommens für den privaten Betreiber

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Vorrangige Verkehrsprojekte zur Anmeldung für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Realisierung von Vorhaben im Landesstraßenbau seit 1993 und bis 2007, Darlegung der dringlichen Infrastrukturprojekte im grenzüberschreitenden Verkehr

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Kooperation beim Fremdsprachenunterricht, Tourismus, Katastrophenschutz, beim Schienen-, Straßen- und Luftverkehr

Antr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1269

Subventionen und Fördermittel im Wahlkreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren; Möglichkeiten zur Bündelung und Effizienzsteigerung; Einsatz der noch nicht ausgeschalteten Ressourcen für umsetzungsfähige Projekte; Darlegung der geplanten Verkehrsprojekte von Bund, Land, Kreisen und Gemeinden; Höhe des Antragstaus für GVFG-Maßnahmen

KIAnfr
s. *Subvention*
Drs 13/1547

Abstufung von Bundesstraßen zu Landesstraßen und Aufstufung von Landesstraßen zu Bundesstraßen

Verhandlungsstand der o.g. Bereinigung in der Straßenklassifikation im Zuge der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans, Darlegung der betroffenen Straßen und Abschnitte, der jeweiligen Bedingungen und Kostenwirkungen sowie Zeitperspektiven

Antr FDP/DVP 11.12.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1607

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4065-4076

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturprojekten durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Darlegung der Entscheidungskriterien und Priorität der vorgeschlagenen Maßnahmen bzw der von der Straßenbauverwaltung den jeweils angemeldeten Fernstraßenbauprojekten zugeordneten Bewertungsziffern

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 16.01.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1681
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 20.03.2003 Drs 13/1968 S. 35-37
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Möglichkeiten zur Gewinnung eines privaten Betreibers für das Terminal

KIAnfr Martin Rivoir SPD 23.01.2003 und Antw UVM Drs 13/1702

Anmeldung von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen durch die LReg zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans Drs 13/1681; hier: Ortsumfahrung Falkensteig B 31 Nr. 217 der Anmeldung des Landes

Bewertung der Vorstöße des Bürgermeisters der Gemeinde Buchenbach zur o.g. Ortsumgehung; Nachmeldung für den vordringlichen Bedarf im Bundesverkehrswegeplan

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 12.02.2003 und Antw UVM Drs 13/1783

Planfeststellungsverfahren im Bundesstraßenbau

Kriterien für die Auswahl von Fernstraßenprojekten zur Durchführung von Planfeststellungsverfahren, Blockade von Projekten mit einem günstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans durch die hohe Zahl planfestgestellter Vorhaben

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2106

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003

Im BVerkehrswegeplan enthaltene BFernstraßenprojekte und Investitionssummen bzw vom Land angemeldete zusätzliche Projekte, notwendige und verfügbare Mittel für den Neu- und Ausbau von BFernstraßen von 1995-2012 bzw zur Fortführung begonnener Maßnahmen, Vermeidung des Außerkräfttretens von Planfeststellungsbeschlüssen durch mögliche Fristverlängerung sowie Baubeginn trotz Unterfinanzierung, Auflistung der entsprechenden Projekte

Antr
s. *Bundesverkehrswegeplan*
Drs 13/2114

Bundesfernstraßenbau

Höhe des Etatansatzes im Bundeshaushalt für die Mittelzuweisung an das Land zum Aus- und Neubau von Bundesfernstraßen, Höhe der notwendigen Zuweisungen zur Realisierung des vordringlichen Bedarfs nach dem neuen Bundesverkehrswegeplan

MdlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2447

Verkehrsprojekte im Nordschwarzwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes

KlAnfr Thomas Blenke CDU 22.10.2003 und Antw UVM
Drs 13/2533

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs, des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze sowie des Containerterminals im Ulmer Norden; Frage nach Fortschritten seit Beantwortung der KlAnfr Drs 13/1702

KlAnfr Martin Rivoir SPD 26.11.2003 und Antw UVM Drs
13/2670

Verkehrsinfrastruktur in der Region Rhein-Neckar-Odenwald

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Schienenstrecken, Bundesfernstraßen, Landesstraßen, kommunalen Straßen und Radwegen seit 1999; Höhe der Gesamtkosten, des Mittelanteils aus dem GVFG und dem Verkehrslastenausgleich nach dem StraßenGes; vorliegende Anträge auf GVFG-Förderung nach Straßenbau- und ÖPNV-Maßnahmen

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 10.12.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2722
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 40
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Verkehrsprojekte im Ostalbkreis

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr Mario Capezzuto SPD 02.03.2004 und Antw UVM
Drs 13/2943

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Auswirkungen im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr bzw im Verkehrsgewerbe; Ausbau der Verkehrswegeinfrastruktur mithilfe der EU; Teilverlagerung des zusätzlichen Güterverkehrs auf Schienen- und Wasserwege

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Verkehrsprojekte im Bereich des Stadt- und LKreises Heilbronn

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen, Landesstraßen und Radwegen seit 2000; Auflistung der davon mit Mitteln des GVFG geförderten und noch anstehenden Projekte

KlAnfr Reinhold Gall SPD 18.05.2004 und Antw UVM Drs
13/3218

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein

GrAnfr
s. *Frankreich*
Drs 13/3236

Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Aktueller Kostenstand der o.g. Vorhaben, Verteilung auf die beteiligten Partner; Höhe der Gesamtkosten und der Kofinanzierung der EU in Bezug auf die vorrangigen Projekte der transeuropäischen Netze; erwartbare Zusagen und Fördervolumen der EU für Stuttgart 21 und die NBS Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3359

Bundesverkehrsprojekte im Bereich des Wahlkreises 21

Planungsstand, Baureife, Beginn und Fertigstellung der Neu- und Ausbauprojekte von Bundesfernstraßen seit 2001; Höhe der Gesamtkosten und Zuschüsse des Bundes

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 26.07.2004 und Antw UVM
Drs 13/3429

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten in der Region Ulm

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; Stand der Planung und Bearbeitung eines Förderantrags für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Ulm-Böfingen

KlAnfr Martin Rivoir SPD 23.08.2004 und Antw UVM Drs
13/3513

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten im Landtagswahlkreis 59

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; jeweiliger Mittelanteil des Bundes und Landes; Stand der Bearbeitung der noch anhängigen Förderanträge

KlAnfr Alfred Winkler SPD 06.10.2004 und Antw UVM Drs
13/3627

Nach dem abgesagten Börsengang der Deutschen Bahn AG: Wie wird die Bahnreform fortgesetzt?

Begrüßung der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht als Schritt zu einem diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur, zu fairen Trassenpreisen und Transparenz; Forderung einer klaren Trennung von Netz und Betrieb; Sicherung des Verbleibs der Schieneninfrastruktur bei Bund und Ländern sowie der Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene als Voraussetzungen für die Zustimmung zum Börsengang; Übertragung des Schienenwegeausbaus in die Auftragsverwaltung der Länder sowie Prüfung einer Kommunalisierung der Bahnhofsgebäude iR einer Arbeitsgruppe der Verkehrsministerkonferenz

Antr
s. *Deutsche Bahn AG*
Drs 13/3704

Weitere Planung für Straßenverkehrsprojekte im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht (WB)“ aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) in BW; hier: Planfeststellungsverfahren B 3 neu, Ortsumgehung (OU) Kuppenheim (LKreis Rastatt)*

MdlAnfr 6) Gunter Kaufmann SPD 03.12.2004 Drs 13/3827
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5766-5768

Verknüpfung Schiene/Straße in der Region Ulm/Ostwürttemberg
Anschluss des Containerumschlagbahnhofs an das überregionale Straßennetz, Planungen für Anschlussstellen im Bereich der A 8 zwischen Ulm-West und Ulm-Ost, Stand und Zeitraum der Realisierung einer Ortsumgehungsstraße Beimerstetten

KlAnfr Martin Rivoir SPD 09.12.2004 und Antw UVM Drs 13/3868

Verkehrsinfrastruktur Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr Martin Rivoir SPD 25.01.2005 und Antw UVM Drs 13/3971

Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland; hier: Austragungsort Stuttgart

Stand der Planung und Realisierung notwendiger Maßnahmen zur Verkehrsinfrastruktur, Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für Logistikaufgaben, Konzentration der Bundesmittel zum Abbau der Engpässe im Bundesfernstraßennetz der Region, Vorkkehrungen der Aufgabenträger beim ÖPNV bzw bei der störungsfreien Vernetzung öffentlicher Verkehrsmittel mit dem VVS

Antr
s. *Fußballweltmeisterschaft*
Drs 13/4029

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Stand der Planung und Realisierungshorizont von Neu- und Ausbaumaßnahmen zu Ortsumfahrungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen; Aufnahme von Vorhaben in die Bedarfsplanung des neuen Bundesverkehrswegeplans; Einrichtung von Verkehrsinformations- und Verkehrsleitsystemen; Ausbau des Heilbronner Hafens zu einem bedarfsgerechten Container- und Ro/Ro-Terminal; Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall; Unterstützung von Konzepten des Car Sharings und Car Poolings sowie der Standortsuche für einen Verkehrslandeplatz

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 16.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4066

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 52 53

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 21.04.2005 und Antw

IM Drs 13/4269

Status Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Neubautrasse der Bahn Ulm-Wendlingen, des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs zwischen Gruibingen und der Albhochfläche

KlAnfr Martin Rivoir SPD 16.06.2005 und Antw IM Drs 13/4401

Neue Wege und Systemwechsel bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur

Finanzierungsdefizite beim Ausbau und Erhalt der Autobahnen und Bundesstraßen; Strategie und Zeitplan zur Umstellung auf eine gebührenbezogene Nutzerfinanzierung bei gleichzeitigem Abbau der Mineralöl- und Kfz-Steuer; Planungsstand von Betreibermodellen zum Fernstraßenausbau, u.a. beim Albaufstieg im Zuge der A 8; Chancen zur Mittelgewinnung aus dem EU-Programm „Transeuropäische Verkehrsnetze“; Möglichkeiten für PPP- bzw Leasingmodelle im Landesstraßenbau und bei ÖPNV-Projekten unter Einbeziehung von Investoren aus der Bauwirtschaft

GrAnfr FDP/DVP 22.06.2005 und Antw IM Drs 13/4435 (11 S.)

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7382-7392

Die rot-grüne BReg vernachlässigt die Verkehrswege-Infrastruktur des Bundes in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6799-6817

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Aufflistung der einzelnen Maßnahmen und deren Finanzierung

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, vorgesehene Projekte bis 2010

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Bundes- und Landesstraßenprojekte im Raum Ulm/Erbach

Stand des Grunderwerbs, der Genehmigungsverfahren und Finanzierung der Querspange von der B 311 zur B 30 sowie der Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs an der L 240 in Erbach; Frage nach dem voraussichtlichen Zeitpunkt der Fertigstellung

KlAnfr Martin Rivoir SPD 15.09.2005 und Antw IM Drs 13/4644

Genehmigungsplanung von Bundesstraßenbauprojekten im Raum Südwürttemberg

Gründe für den Stillstand der Vorbereitungen der Projekte B 27, Abschnitt Tübingen-Bläsibad, sowie B 463, Ortsumgehung Albstadt-Lautlingen; Verweisung auf den vordringlichen Bedarf der Vorhaben im Fünften Gesetz zur Änderung des FernstraßenausbauGes; Forcierung der planerischen und rechtlichen Vorbereitung durch das RegPräs Tübingen

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 29.11.2005 und Antw IM Drs 13/4881

Verkehrsanbindung des Container-Bahnhofs Ulm-Nord an die Autobahn

Hinwirkung auf die Zustimmung der BReg zu einem von Gutachtern empfohlenen Doppelanschluss an der A 8

MdlAnfr 4) Thomas Oelmayer GRÜNE 01.12.2005 Drs 13/4870

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7517 7518

Planungsfall 7.5 in der Bodenseeregion

Planungsstand und personelle Ressourcen für die einzelnen Abschnitte, insbes für den Ausbau der B 31 zwischen Friedrichshafen und Überlingen sowie der B 30 zwischen Ravensburg und Friedrichshafen; Einräumung der höchsten Priorität zur Schaffung der planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der einzelnen Bauabschnitte

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 06.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4939

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 26.01.2006 Drs 13/5137 S. 39

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

GVFG-Mittel für den RegBez Tübingen

Höhe der o.g. Zuweisungen an Verkehrsunternehmen und Gebietskörperschaften für ÖPNV-Projekte seit 2001, Vergleich des Antragstaus mit der Situation landesweit; Befriedigung des Nachholbedarfs im RegBez Tübingen durch eine verstärkte Förderung bzw Bedienung von Anträgen, insbes für kleinere, effiziente Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV wie z.B. den Haltepunkt Behördenzentrum/Sportzentrum in Tübingen

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 03.01.2006 und Antw IM Drs 13/5024

Status Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Projekte; Art der vorgesehenen Finanzierungsmodelle; Zeitpunkt der Entscheidung und Vollendung der Vorhaben

KlAnfr Martin Rivoir SPD 02.02.2006 und Antw IM Drs 13/5122

Nordostring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstreben einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 09.02.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5158

EU-Förderung für Stuttgart 21

Höhe der o.g. Kofinanzierung, Auswirkungen der Mittelkürzungen für die Projekte der transeuropäischen Netze, Frage nach dem Zeitpunkt einer evtl Förderzusage und dem Baubeginn

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*

Drs 13/5160

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 15.02.2006 und Antw IM Drs 13/5178

Mittelausstattung im Bundesfernstraßenbau

Höhe der Mittelbereitstellung des Bundes zur Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Bundesfernstraßenprojekte in den Jahren seit 2001

MdlAnfr 6) Karl-Wilhelm Röhm CDU 17.02.2006 Drs 13/5172

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7985 7986

Status Verkehrsprojekte Region Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung des mautfinanzierten Neubaus des A 8-Albaufstiegs sowie des 6-spurigen Ausbaus der A 8 auf der Albhochfläche bis zur Landesgrenze; Frage nach beteiligten Partnern der Finanzierungsmodelle

KlAnfr Martin Rivoir SPD 27.04.2006 und Antw IM Drs 13/5234

Ausbau und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur, Anbindung der ländlichen Räume

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 46 47 60

Ausbau und Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur, Feststellung eines Übergewichts von Straßenbauprojekten

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 69 98 99 103

Notwendigkeit von mehr Bundesmitteln für die Verkehrspolitik

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 840 841

Begrüßung des Übergewichts von Ausgaben für den ÖPNV im Vergleich zum Straßenbau, Umfang der Straßenbauplanungen in BW, Bewertung der Verkehrspolitik des Bundes

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1023 1028-1041 1077 1078

Realisierung von dringlichen grenzüberschreitenden Verkehrsprojekten in der Technologieregion Karlsruhe, Unterstützung des Projekts Stuttgart 21

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1517 1521-1523 1525 1526 1568-1570

Konsequenzen der Klimaveränderungen für die Verkehrspolitik; Vorrang für Energie sparende Maßnahmen, öffentliche Verkehrsmittel und Radwege

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1827 1829 1836 1838

Realisierung aller wichtigen Verkehrsprojekte in der Bodenseeregion iRd neuen Bundesverkehrswegeplans, Bezeichnung der Schweiz als Vorbild in der Verkehrspolitik

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3294 3296-3303

Vorhandene Belastung und geplante Verkehrsprojekte auf den Fildern, Bündelung verschiedener Verkehrsträger bei der neuen Landesmesse, Verbesserungen im Zuge des Planfeststellungsverfahrens, Kritik an der Verweigerung von Bundesmitteln

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3371-3374 3376 3377 3379 3382 3383

Bewertung des bisherigen Scheiterns der Einführung der Lkw-Maut als Versagen der Verkehrspolitik, Auswirkungen auf die Finanzierung verschiedener Straßen- und Schienenprojekte

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712-3728

Einstellung von Baustellen und Verschiebung geplanter Projekte infolge der fehlenden Mauteinnahmen, Kritik an der Kürzung von Investitionen für den Schienenverkehr

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4117-4120

Grundsätze zur Verkehrspolitik, Investitionen in Straßen- und Schienenprojekte, Auswirkungen des Scheiterns der Lkw-Maut

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4323 4325 4327-4330 4332-4336 4338-4340

Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die Wirtschaft; Umfang der planfestgestellten Vorhaben, der zu erwartenden und notwendigen Mittel; Einführung einer Pkw-Maut zur Finanzierung des Straßenbaus

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6463 6494 6495 6500 6507 6508 6511

Verkehrspolitik

s. Verkehrsplanung

Verkehrsprojekt

s. Verkehrsplanung

Verkehrssicherheit

s.a. *Fahrbahnbegrenzung*

s.a. *Kraftfahrzeugausrüstung*

s.a. *Luftverkehrssicherheit*

s.a. *Technische Überwachung*

s.a. *Verkehrslenkung*

s.a. *Winterdienst*

Sicherheit in den Straßentunneln in BW

Finanzielle und zeitliche Perspektiven zur Behebung der bei Überprüfungen festgestellten Mängel; Nachrüstung nach dem höchsten Sicherheitsstandard bzw mit der Brandschutztechnologie im so genannten Fogtec-System

KlAnfr

s. *Tunnel*

Drs 13/444

Verkehrsregelung für „Inlineskater“ als Verkehrsteilnehmer

Konsequenzen des BGH-Urteils zur Benutzung von Verkehrsflächen innerhalb und außerhalb von Ortschaften, Schutz der Fußgänger bei der künftigen Benutzung von Gehwegen, Möglichkeiten für Geschwindigkeitskontrollen der Polizei

KlAnfr

s. *Freizeitsport*

Drs 13/971

EU-weite Zusammenarbeit im Bereich der Straßenverkehrssicherheit

Geplante Maßnahmen iRd dritten Aktionsprogramms der EU-Kommission, Gemeinschaftsregelungen zur Erhöhung der aktiven und passiven Sicherheit im Pkw

KlAnfr Heiderose Berroth FDP/DVP 02.07.2002 und Antw UVM Drs 13/1125

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Kindern seit 1999; Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit im Schulbusverkehr und in Pkw, Kontrollen der Polizei an Gefahrenstellen, u.a. an Bushaltestellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren, Berücksichtigung der Sicherheit von Kindern bei Verkehrsplanungen des Landes

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 03.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1135

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 19 20

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs

Entwicklung der Ursachen von Unfällen im motorisierten Zweiradverkehr seit 2000, Einsatz von neu konstruierten bzw ummantelten Leitplanken an Bundes- und Landesstraßen, Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit an den Motorrädern und Lkw, Entwicklung stationärer Messanlagen zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 03.07.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1136

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 19 20

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Radfahrer

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Radfahrern seit 2000, Anteil von Kindern unter 14 Jahren und von Senioren, Ursachen und Konsequenzen, Steigerung der Akzeptanz von Verkehrsregeln, Optimierung von Radwegen und Gefahrenstellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer sowie einer Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Antr Heiderose Berroth u.a. FDP/DVP 03.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1137

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 19 20

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung von Expertenvorschlägen, u.a. zum Einbau von Unfalldatenschreibern, Festlegung von Drogenkonzentrationen und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis; administrative, bauliche und verkehrstechnische Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Tunnels; Verstärkung der Kontrollen, insbes von Kleintransportern und ausländischen Lkw; Verschärfung der Sanktionen; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschul Ausbildung

GrAnfr FDP/DVP 11.07.2002 und Antw UVM Drs 13/1173 (24 S.)

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3283-3292

Verkehrsfluss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 22.07.2002 und Antw IM Drs 13/1215

Fertigstellung der Ost-West-Verbindung B 31 im Bereich Freiburg-Kirchzarten

Verzögerung der Verkehrsübergabe durch Wassereinbrüche und Sanierungsarbeiten im neuen Straßentunnel, Art und Kosten der Nachbesserung von Sicherheitseinrichtungen, Frage nach der Verkehrsführung bei einem Ausfall des Tunnels, Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen im Freiburger Osten, insbes auch durch Ausweichverkehr nach Einführung der Lkw-Maut

KlAnfr
s. Bundesstraße 31
Drs 13/1252

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. Gewerbeaufsicht
Drs 13/1306

Schülerbeförderung im Busverkehr in BW

Entwicklung der Zahl von Unfällen mit Verletzungen und Todesfolgen seit 1996; Darlegung der täglichen Beförderungszahlen und des Sitzplatzangebots; Beurteilung der Verkehrssicherheit für Schüler im Busverkehr

KlAnfr
s. Ausbildungsverkehr
Drs 13/1691

Unfallgeschehen an Bahnübergängen

Entwicklung seit 2001 nach Art, Alter, Schäden und Folgekosten der betroffenen Verkehrsteilnehmer (Autofahrer, Motorradfahrer, Fußgänger etc) sowie nach Ursachen, Kausalitäten und Konsequenzen; Frage nach Besonderheiten im Rhein-Neckar-Raum; Unterstützung von Initiativen zur Minimierung der Gefahren

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 09.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1981
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 29 30
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von Fahrern und Fahrzeugen; Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbes Einführung einer Gurtpflicht, flächendeckende und regelmäßige Schulung der Fahrer, Ausbildung zum

Berufskraftfahrer zusätzlich zum Busführerschein; Rechtslage zur Gewährleistung der Fahrtauglichkeit der Fahrer bzw Sanktionen gegen Fahrer und Arbeitgeber bei Verstößen

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 30.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2127
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 9
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Geplante Großanlage für Motorsport und Fahrsicherheitstraining „Motorpark Schwaben“

Planung einer Kartrennbahn bzw eines Motorsportzentrums für internationale Großveranstaltungen und Fahrsicherheitstraining für Bus- und Lkw-Fahrer in der Gemeinde Maselheim, Beurteilung von Fahrsimulatoren als Alternative

KlAnfr
s. Motorsport
Drs 13/2686

Daueraufgabe Fahrerschulung - Bessere Fahrer für mehr Sicherheit

Bewertung des Ausbildungssystems und -niveaus sowie des o.g. Angebots und der Erweiterungsmöglichkeiten, insbes für Fahranfänger, Gelegenheitsfahrer, ältere Fahrer und Berufskraftfahrer; Schaffung von Anreizen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit; Überlegungen zu einem Beitrag des Ordnungswidrigkeiten- und des Strafrechts, z.B. Verzicht auf ein Bußgeld, Anordnung der Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining

Antr
s. Kraftfahrer
Drs 13/2859

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern

Art, Schwere, Ursachen und Folgen von Unfällen mit Kleintransportern seit 1998; Einbringung einer Gesetzesinitiative im BRat mit Empfehlungen des Verkehrsgerichtstags, u.a. verbesserte Fahrerqualifikation, Fahrzeug- und Ladungstechnik, verstärkte Kontrollen und Sanktionen sowie eines generellen Tempolimits

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 19.02.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2931

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Auflistung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 14.07.2004 und Antw IM Drs 13/3371

Sicherheitsrelevante Aspekte bei der Verwendung von Flüsterasphalt im Verlauf der BAB 8 in Höhe der Anschlussstelle Karlsbad

Gründe für die Aufbringung des besonderen Flüsterasphalts und die Entwicklung der Unfälle auf dem o.g. Streckenabschnitt; Intensität, Methodik und Ergebnisse der Prüfungen des Belags, insbes auch der internen Untersuchungen des Autobahnbetriebsamts; Vergleich der Beschaffenheit, Bauausführung und Qualität des verwendeten Materials sowie des Unfallgeschehens mit Straßenabschnitten gleichartiger Bauausführung in BW u.a. BLändern

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 20.10.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3676

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 02.12.2004 Drs 13/3991 S. 11-13
PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Sicherheit im Straßenverkehr / Beleuchtung an Fahrrädern

Anteil der ohne Beleuchtung fahrenden Radfahrer; Forcierung der entsprechenden Kontrollen durch die Polizei bzw den Gemeindevollzugsdienst sowie der Verkehrserziehung an den Schulen

KlAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 04.02.2005 und Antw IM Drs 13/4021

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKkreis Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4036

Ausbau und Sanierung der B 30 zwischen Biberach und Ravensburg und Regelungen des Umleitungsverkehrs

Begründung und Entscheidungsträger für die Durchleitung des Umleitungsverkehrs in beiden Richtungen durch Ortschaften wie z.B. infolge der o.g. Maßnahmen durch Hochdorf im Sommer 2005, weitere geplante Ausbauabschnitte und deren Umleitungen an der B 30, Art der Finanzierung sowie Mittelbereitstellung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit

KlAnfr
s. *Bundesstraße 30*
Drs 13/4617

Tempolimit auf der A 5 zwischen Freiburg-Süd und Neuenburg

Gründe für die Einführung bzw Aufhebung der o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Darstellung der Unfallursachen und -statistik vor und nach Einführung des Tempolimits

GrAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 13/4812

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Zahl von Verkehrstoten und Verletzten 2004 und 2005 auf der B 31 im Bodenseekreis; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallrisiken

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4862

Verbesserung der Verkehrssicherheit, Reduzierung der Zahl von Verkehrstoten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 618

Verbesserung der Sicherheit im Fahrradverkehr; Erfolgsbewertung der zielgruppenorientierten Prävention, insbes durch die Jugendverkehrsschulen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3111 3131

Bewertung des begleitenden Fahrens ab 17 als Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3899-3906

Verbesserung der Verkehrssicherheit, Beseitigung von Unfall-schwerpunkten, Verweisung auf Tempolimits und Überholverbote aus Gründen der Verkehrssicherheit

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4068 4069 4072

Auswirkungen der Maßnahmen zur Verkehrssicherheit, Rückgang der Zahl von Verkehrstoten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4322 4327

Beurteilung des Führerscheins mit 17 unter dem Aspekt der Verkehrssicherheit, Begrüßung des Rückgangs der Zahl von Verkehrstoten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6059 6064

Verkehrstarif

s.a. Stationspreis

ÜbergangstarifRVF (Regio-Verkehrsverbund Freiburg) und VSB (Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar)

MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 11.07.2001 Drs 13/62
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 299

Zukunft des Schönes-Wochenende-Tickets und des Baden-Württemberg-Tickets

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG; Hinwirkung auf ein (ganztägiges) Angebot auch am Wochenende

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/559

Fortbestand des Nahverkehrsfahrscheinangebotes „Schönes-Wochenende-Ticket“ der DB A.G.

Erhaltung des o.g. Angebots, Auswirkungen eines Wegfalls für den Freizeitverkehr am Wochenende bzw entsprechende Aktivitäten von Vereinen und Verbänden, Verhinderung der geplanten Preisanhebung

KlAnfr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/594

Erhalt der 50-prozentigen Fahrpreisermäßigung der BahnCard

Erhaltung der o.g. Rabattwirkung im DB-Nahverkehrstarif, Festschreibung über die Verkehrsverträge zwischen Land und Verkehrsunternehmen, Vermeidung einer massiven Verteuerung der Fahrpreise im SPNV durch die Fahrpreisreform der DB

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/768

Berechtigung für Fahrten in der 1. Klasse der Deutschen Bahn AG für Behinderte mit über 70 % Behinderungsgrad

KlAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/1263

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn auf den Schienenpersonennahverkehr in BW

Beurteilung der entstehenden Preiserhöhungen im Nahverkehr, u.a. durch Reduzierung des BahnCard-Rabatts und Umstellung von Interregio- auf Intercity-Züge; Schaffung eines eigenständigen Landstarifs für Fahrten im SPNV, Hinwirkung auf flächen-deckende Tarifverbände; Vorlage eines Konzepts zur Revision der Fahrpreiserhöhungen im SPNV als Folge des neuen Tarif-

systems

Antr GRÜNE 06.11.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1467
 ÄAntr SPD 11.12.2002 Drs 13/1603
 PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2203-2215

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Möglichkeiten zur Kostensenkung durch ein Controlling-System, Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Betrieb und Technik, Ermittlung und Sanktionierung von Qualitätsmängeln, Umsetzung der berechtigten Forderungen der Fahrgäste, Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verkehrsverbünde

GrAnfr
 s. *Personenverkehr*
 Drs 13/1680

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn AG auf Fahrpreise und Fahrgastzahlen auf den Schienenstrecken der Tauber-, Rems- und Murrbahn sowie der Schienenstrecke Schwäbisch Hall-Heilbronn und Zustand des Wagenmaterials auf diesen Strecken

KIAnfr Helmut W. Rüeck CDU 20.01.2003 und Antw UVM Drs 13/1684

Folgen der Preisreform der Bahn und der Fahrplanumstellungen in BW im Dezember 2002

Beurteilung der Preiserhöhungen bei gleichzeitiger Verknappung des Platzangebots, u.a. auf den Verbindungen Karlsruhe-Stuttgart sowie Freiburg-Basel; Frage nach Maßnahmen zugunsten der (abwandernden) Fahrgäste

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 02.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1965
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.05.2003 Drs 13/2139 S. 24-26
 PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in BW unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverbundförderung

Auswirkungen der Revision der Tarifreform der Bahn AG, Anerkennung der Bahn-Card in den Verkehrsverbänden? Höhe der Erstattungen für die kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV; Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verkehrsverbünde

Antr
 s. *Personenverkehr*
 Drs 13/2405

Verbundförderung in BW

Zahl, jeweilige Gebietsgröße und Tarifbestimmungen der einzelnen Verkehrsverbünde in BW und den alten BLändern; Darlegung der Unterschiede und Möglichkeiten zur Harmonisierung bei den Fahrpreisen, der Fahrradmitnahme, Anerkennung der BahnCard, bei den Job-Tickets, Schüler- und Studenten-Tickets u.a.

Antr
 s. *Verkehrsverbund*
 Drs 13/2541

Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV

Begründung des Widerspruchs gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise durch die Bahn AG, Entwicklung bzw Geneh-

migung der Fahrpreiserhöhungen der DBAG und der einzelnen Verkehrsverbünde in den letzten fünf Jahren

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 20.11.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2645
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 04.03.2004 Drs 13/3093 S. 33
 PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Baden-Württemberg-Ticket

Entwicklung der Verkaufszahlen, der Zahl von Reisenden und zurückgelegten Entfernungen, Bewertung des Single-Tickets für 15 Euro in Bayern; Verknüpfung der Verbundförderung mit der Anerkennung des BW-Tickets, Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn AG zur Einführung eines Wochenendtickets sowie eines Tickets für Einzelreisende

Antr
 s. *Fahrausweis*
 Drs 13/2825

Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr (§ 45 a PBefG)

Kürzung der o.g. Ausgleichsleistungen nach den Vorschlägen der MinPräs Koch und Steinbrück, Begründung der Zustimmung im BRat, Auswirkungen auf die Höhe der Fahrpreise im ÖPNV; Begrenzung der erforderlichen Kürzungen auf die Zieldaten von 4/8/12 % durch öffentlich-rechtliche Vereinbarungen

Antr
 s. *Ausbildungsverkehr*
 Drs 13/3051

Flächendeckende und auf alle Verkehrsträger sich erstreckende Anerkennung des Baden-Württemberg-Tickets im ÖPNV

Bisherige und künftige Nutzungsmöglichkeiten des BW-Tickets, Beurteilung der Vorschläge einer Arbeitsgruppe; Eintreten für eine rasche Regelung mit o.g. Zielsetzung zwischen den Verkehrsverbänden u.a. Verkehrsträgern sowie der DBAG

Antr
 s. *Fahrausweis*
 Drs 13/3424

Fahrpreiserhöhungen der DBAG im Nah- und Fernverkehr

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG sowie der Veränderung des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tickets; Ablehnung im SPNV, Hinwirkung auf einen Verzicht im Fernverkehr, Eintreten für einen dort ermäßigten Mehrwertsteuersatz

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 01.10.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3607
 BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 02.12.2004 Drs 13/3991 S. 9 10
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

Steuerliche Benachteiligung des Schienenverkehrs gegenüber dem Luftverkehr korrigieren

Mitwirkung im BRat an einer Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Fahrpreise im Schienenfernverkehr auf 7 % sowie anteilige Einführung der Mehrwertsteuer auf internationale Flüge im deutschen Luftraum

Antr
 s. *Schienenverkehr*
 Drs 13/4017

Bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Region Heilbronn-Franken

Einführung eines gemeinsamen ÖPNV-Tarifs für die LKreise Heilbronn, Hohenlohekreis und Schwäbisch Hall

Antr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/4066

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Verbesserung der Luftsituation im Land

Förderung der Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfilter und solchen mit Erdgasantrieb; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetterlagen

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4211

Auswirkungen der Mittelkürzungen auf den Gewerbebereich privater Busunternehmen

Auswirkungen der bereits erfolgten und noch geplanten Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr auf die Busunternehmen, insbes im ländlichen Raum, auf die Fahrpreise und das ÖPNV-Angebot insgesamt; Bewirkung einer Verlagerung zum motorisierten Individualverkehr? Möglichkeiten zur Abmilderung der Auswirkungen über bedarfsgesteuerte Lösungen

KlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 13/4345

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbände Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tarifierhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4585

Situation des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee - LKreise Konstanz

Entwicklung der vertraglichen Grundlagen und Zuschüsse für den VHB-Betrieb im LKreise Konstanz seit 1997, Grundlagen bzw mögliche Optimierung der Kalkulation für die beantragte Fahrpreiserhöhung im Bereich der Kinder- und Schülermo-

natskarten ohne eine Verschlechterung der Gesamtförderung von Bund und Land, Erhaltung der kostenfreien Fahrradmitnahme

KlAnfr
s. *Verkehrsverbund Hegau-Bodensee*
Drs 13/4748

Auswirkungen des Vermittlungsergebnisses zum „Koch-Steinbrück-Papier“ vom Dezember 2003 auf den SPNV und ÖPNV in BW

Umfang der erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen auf der Grundlage o.g. Beschlüsse, Auswirkungen der Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung, Bewirkung von Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsunternehmen und -verbände? Beurteilung des von den MinPräs zugrunde gelegten Subventionsbegriffs; Abstimmungsverhalten im BRat bei einer erneuten Einbringung der noch nicht umgesetzten Kürzungsvorschläge

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4801

Kürzung der Regionalisierungsmittel verhindern

Entwicklung der Regionalisierungsmittel des Bundes in den einzelnen Jahren seit 1998 bzw ab 2006 im Falle der Umsetzung der geplanten Kürzung der BReg, Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung; Ablehnung der Kürzung im BRat

Antr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/4868

Nahverkehrsabgabe BW

Einschätzung der Entwicklung des ÖPNV und SPNV angesichts beschlossener bzw drohender Kürzungen (der Regionalisierungsmittel des Bundes) und Fahrpreiserhöhungen, Prüfung und ggf Einführung von Instrumenten zur Schaffung von Benutzervorteilen für den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr, wie z.B. Nahverkehrsabgabe, Mobilitätsbonus und City-Maut; Vorlage von Handlungsempfehlungen, Ermöglichung von Modellen in Abstimmung mit den politischen Vertretern der Ballungsräume

Antr
s. *Nahverkehrsabgabe*
Drs 13/4950

Semestertickets im Öffentlichen Personen-Nahverkehr

Entwicklung der ÖPNV-Nutzung von Studenten nach Einführung des Semestertickets an den einzelnen Hochschulregionen und -standorten, Höhe der jeweils anfallenden Kosten für die Studenten und die Verkehrsverbände; Beurteilung der kleinräumigen Geltungsbereiche angesichts der zunehmenden Kooperationen zwischen Hochschulen bzw der Möglichkeit zur Einführung eines landesweit geltenden Semestertickets

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/5017

Vorbereitungen auf Kürzungen der Regionalisierungsmittel

Höhe der erwarteten Kürzungen und Maßnahmen zur Kompensation ab 2007; Konsequenzen für die Angebote im ÖPNV und SPNV, die Fahrpreise und Investitionsförderung

KlAnfr
s. *Regionalverkehr*
Drs 13/5102

Verteuerung der Tarife von privaten Anbietern, Notwendigkeit einer Regulierungsbehörde

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 459

Lob für die Hervorhebung der Frauen iRd Werbung der Bahn AG für ihr neues Preissystem

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2037

Verweigerung der Zustimmung zur jüngsten Preiserhöhung der Bahn AG, Gewährung einer teilweisen Rückerstattung des Fahrpreises bei Verspätungen; Harmonisierung der Verbundtarife

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4426 4427 4435

Beklagung der ständig zunehmenden Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten, Bewirkung höherer Fahrpreise durch die Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6686-6693

Befürchtung höherer Fahrpreise infolge der Kürzung der Mittel nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7872 7877

Verkehrstelematik

s. Verkehrslenkung

Verkehrsunfall

s.a. Flugunfall

s.a. Rettungsdienst

Auffälligkeiten im Straßenverkehr unter dem Einfluss von Rauschmitteln

Entwicklung der Fallzahlen unter Einfluss von legalen und illegalen Drogen sowie daraus folgenden Unfällen mit Personenschäden in den letzten Jahren, Anwendung von Führerscheinentzug u.a. Sanktionsmitteln, Möglichkeiten der Strafverfolgung, Präventionsarbeit

Antr

s. Kraftfahrer

Drs 13/516

Geschwindigkeitsbeschränkung auf Bundesautobahnen in BW

Auflistung der geltenden Tempolimits und deren Begründung, Ergebnisse regelmäßiger Überprüfungen, Frage nach Änderungen seit 1996 bzw nach Unfällen aufgrund von Geschwindigkeitsübertretungen

KlAnfr

s. Geschwindigkeitsbegrenzung

Drs 13/841

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Kinder

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Kindern seit 1999; Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit im Schulbusverkehr und in Pkw, Kontrollen der Polizei an Gefahrenstellen, u.a. an Bushaltestellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer unter 15 Jahren, Berücksichtigung der Sicherheit von Kindern bei Verkehrsplanungen des Landes

Antr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1135

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Bereich des motorisierten Zweiradverkehrs

Entwicklung der Ursachen von Unfällen im motorisierten Zweiradverkehr seit 2000, Einsatz von neu konstruierten bzw ummantelten Leitplanken an Bundes- und Landesstraßen, Maßnahmen zur Erhöhung der passiven Sicherheit an den Motorrädern und Lkw, Entwicklung stationärer Messanlagen zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen

Antr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1136

Sicherheit im Straßenverkehr; hier: Risikogruppe Radfahrer

Entwicklung des Unfallgeschehens unter Beteiligung von Radfahrern seit 2000, Anteil von Kindern unter 14 Jahren und von Senioren, Ursachen und Konsequenzen, Steigerung der Akzeptanz von Verkehrsregeln, Optimierung von Radwegen und Gefahrenstellen, Einführung einer Helmpflicht für Radfahrer sowie einer Kennzeichnungs- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Antr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1137

Sicherheit im Straßenverkehr

Entwicklung des Unfallgeschehens seit 2001 unter Beteiligung von Fußgängern, Motorrad- und Radfahrern sowie Pkw, Kleintransportern und Lkw; Prüfung von Expertenvorschlägen, u.a. zum Einbau von Unfalldatenschreibern, Festlegung von Drogen Grenzwerten und Regelungen zum Entzug der Fahrerlaubnis; administrative, bauliche und verkehrstechnische Maßnahmen zur Entschärfung von Unfallschwerpunkten und Tunnels; Verstärkung der Kontrollen, insbes von Kleintransportern und ausländischen Lkw; Verschärfung der Sanktionen; Beurteilung des Führerscheins ab 17 mit dem begleitenden Fahren sowie einer zweistufigen Fahrschulbildung

GrAnfr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1173

Verkehrsfluss auf der Bundesautobahn A 6 zwischen Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern; Maßnahmen zur Einhaltung des Überholverbots von Lastkraftwagen über 7,5 Tonnen auf der Bundesautobahn A 6 zwischen dem Weinsberger Kreuz und der Landesgrenze zu Bayern

Entwicklung des Verkehrsflusses und Unfallgeschehens seit Einführung des Überholverbots; Intensität und Ergebnisse der polizeilichen Kontrollen, Beteiligung von Transitfahrzeugen an Übertretungen, Ahndung der Verstöße

KlAnfr

s. Verkehrssicherheit

Drs 13/1215

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr

s. Gewerbeaufsicht

Drs 13/1306

Schülerbeförderung im Busverkehr in BW

Entwicklung der Zahl von Unfällen mit Verletzungen und Todesfolgen seit 1996; Darlegung der täglichen Beförderungszahlen und des Sitzplatzangebots; Beurteilung der Verkehrssicherheit für Schüler im Busverkehr

KlAnfr
s. *Ausbildungsverkehr*
Drs 13/1691

Unfallgeschehen an Bahnübergängen

Entwicklung seit 2001 nach Art, Alter, Schäden und Folgekosten der betroffenen Verkehrsteilnehmer (Autofahrer, Motorradfahrer, Fußgänger etc) sowie nach Ursachen, Kausalitäten und Konsequenzen; Frage nach Besonderheiten im Rhein-Neckar-Raum; Unterstützung von Initiativen zur Minimierung der Gefahren

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/1981

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von Fahrern und Fahrzeugen; Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbes Einführung einer Gurtpflicht, flächendeckende und regelmäßige Schulung der Fahrer, Ausbildung zum Berufskraftfahrer zusätzlich zum Busführerschein; Rechtslage zur Gewährleistung der Fahrtauglichkeit der Fahrer bzw Sanktionen gegen Fahrer und Arbeitgeber bei Verstößen

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2127

Verkehrsgefährdung und Verkehrsunfälle durch Wildschweine

Entwicklung der o.g. Zahlen und daraus folgenden Kosten seit 1993; Schlüsse aus dem im Bereich Böblingen-Herrenberg durchgeführten Versuch zur Erfassung und Überwachung der Schwarzwildbestände für eine effektivere Bekämpfung der Wildschweinplage, u.a. Einführung von Abschussprämien und Nachtsichtgeräten

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/2266

Polizeiliche Drogenprävention unter besonderer Berücksichtigung von Präventionsmaßnahmen für Spätaussiedler und Migranten

Intensität, Art, Ergebnisse und Kosten der zielgruppenspezifischen Prävention zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität; Konzeption zur Vorbeugung gegen alkohol-, medikamenten- und rauschgiftbedingte Verkehrsunfälle; Zahl der 2002 festgestellten und angezeigten Fahrer, Frage nach der Dunkelziffer und weiteren Maßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2715

Verbesserung der Verkehrssicherheit von Kleintransportern

Art, Schwere, Ursachen und Folgen von Unfällen mit Kleintransportern seit 1998; Einbringung einer Gesetzesinitiative im BRat mit Empfehlungen des Verkehrsgerichtstags, u.a. verbesserte Fahrerqualifikation, Fahrzeug- und Ladungstechnik, verstärkte Kontrollen und Sanktionen sowie eines generellen Tempolimits

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/2931

Unfallzahlen und Missachtung des Lkw-Überholverbots auf der BAB 6 zwischen Anschlussstelle Crailsheim und dem Weinsberger Kreuz

Aufstufung der o.g. Zahlen, Intensität und Ergebnisse von Kontrollen, Anteil der beteiligten ausländischen Transitfahrzeuge; Möglichkeiten zur Durchsetzung des Überholverbots

KlAnfr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3371

Sicherheitsrelevante Aspekte bei der Verwendung von Flüsterasphalt im Verlauf der BAB 8 in Höhe der Anschlussstelle Karlsbad
Gründe für die Aufbringung des besonderen Flüsterasphalts und die Entwicklung der Unfälle auf dem o.g. Streckenabschnitt; Intensität, Methodik und Ergebnisse der Prüfungen des Belags, insbes auch der internen Untersuchungen des Autobahnbetriebsamts; Vergleich der Beschaffenheit, Bauausführung und Qualität des verwendeten Materials sowie des Unfallgeschehens mit Straßenabschnitten gleichartiger Bauausführung in BW u.a. BLändern

Antr
s. *Verkehrssicherheit*
Drs 13/3676

Verkehrsunfall auf der Autobahn Weinsberg-Tauberbischofsheim vom 18.01.2006, 19:00 Uhr, Kilometerstand 499

Ursache und Schäden des o.g. Unfalls, Gründe für die Glattebildung bzw den verspäteten Einsatz der Streufahrzeuge und des Rettungswagens

KlAnfr Claus Schmiedel SPD 31.01.2006 und Antw IM Drs 13/5106

Tempolimit auf der A 5 zwischen Freiburg-Süd und Neuenburg

Gründe für die Einführung bzw Aufhebung der o.g. Geschwindigkeitsbegrenzung, Darstellung der Unfallursachen und -statistik vor und nach Einführung des Tempolimits

GrAnfr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 13/4812

Polizeiliche Versorgung im Bodenseekreis und der Bodenseeregion

Zahl von Verkehrstoten und Verletzten 2004 und 2005 auf der B 31 im Bodenseekreis; Maßnahmen zur Reduzierung der Unfallrisiken

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/4862

Verbesserung der Verkehrssicherheit, Reduzierung der Zahl von Verkehrstoten

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 618

Unfallbeteiligung junger Fahrer, Absenkung des Risikos mit dem begleitenden Fahren ab 17

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3899-3906

Verbesserung der Verkehrssicherheit, Reduzierung der Zahl von Verkehrstoten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4322 4327

Verbesserung der Verkehrssicherheit, Reduzierung der Zahl von Verkehrstoten

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6064

Verkehrsunternehmen

s.a. Albtal-Verkehrs-Gesellschaft

s.a. Bewachungsgewerbe

s.a. Deutsche Bahn AG

s.a. Eisenbahnunternehmen

s.a. Luftverkehrsunternehmen

s.a. Taxi

s.a. Verkehrsbetriebe Karlsruhe

s.a. Verkehrsverbund

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1998 des RH zur LHR von BW für das Hj 1996 (Nr. 10) - Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich (Drs 12/5923)

Mittlg

s. Eisenbahnunternehmen

Drs 13/52

FerienreiseVO

Wettbewerbsbeschränkung mittelständischer Transporteure durch o.g. Rechtsvorschrift und des damit zusammenhängenden Fahrverbots? Art und Umfang der Information der betroffenen Betriebe, insbes auch über die Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung

KlAnfr

s. Fahrverbot

Drs 13/215

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Intensität und Ergebnisse von Kontrollen auf Einhaltung der arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften 2001, Anteil der diesbezüglichen Inanspruchnahme der Bediensteten bei der Gewerbeaufsicht

KlAnfr

s. Gewerbeaufsicht

Drs 13/753

Sondergenehmigung für Transport von Holz aus Nasslagern

Darstellung o.g. Holzmengen aus der Sturmkatastrophe Lothar sowie der Zeitperspektive für den Abtransport zur verarbeitenden Industrie; Wettbewerbsnachteile der betroffenen Waldbesitzer, Sägebetriebe und Fuhrunternehmen gegenüber den Kollegen in Frankreich infolge der dort geltenden Ausnahmegenehmigungen von Gewichtsbefreiungen; Prüfung einer Verlängerung der befristeten Ausnahmen von Beschränkungen für die Holztransporte hierzulande

Antr

s. Holz

Drs 13/990

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Ausschreibung von Regionalverkehren und Interregiostrecken, Ermöglichung des Betriebs von NE-Bahnen, Chancen kleiner und mittlerer Unternehmen als Leistungsanbieter im ÖPNV und insbes im Busverkehr

GrAnfr

s. Heilbronn-Franken, Region

Drs 13/1211

Kontrollen bei Speditionsunternehmen durch die Gewerbeaufsicht

Darlegung des Unfallgeschehens mit Lkw und der jeweiligen Ursachen, Art der Ermittlung und Anteil von übermüdungsbedingten Unfällen, Zuordnungskriterien für die Statistik; Intensität und Ergebnisse der entsprechenden Kontrollen von Fahrern und Betrieben durch die Gewerbeaufsicht zur Verbesserung der Verkehrssicherheit

KlAnfr

s. Gewerbeaufsicht

Drs 13/1306

Förderung mittelständischer Busunternehmen

Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter, Vorgabe von Qualitäts- und Sozialstandards

Antr SPD 08.10.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1382

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 05.12.2002/03.07.2003 Drs 13/2313 S. 20-23

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Beratungsstand einer EU-Initiative zur Vergabe öffentlicher Verkehrsleistungen, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und damit mittelständischer Strukturen der privaten Omnibusunternehmen; Gewährleistung der Anschlussverbindung von Busreiseunternehmen auch beim neuen Hbf und Filderbahnhof iRd Projekts Stuttgart 21

GrAnfr

s. Personenverkehr

Drs 13/1680

Situation und Zukunft mittelständischer Busunternehmen

Entwicklung von Angebot und Nachfrage im ÖPNV mit Bussen sowie der Förderung in den letzten zehn Jahren im Vergleich zum SPNV u.a. BLändern; Darlegung der bisherigen und künftigen Strukturveränderungen; Einflussnahme auf die anstehende Änderung der Rahmenbedingungen im ÖPNV durch die EU, Sicherstellung eines Leistungs- und Qualitätswettbewerbs, Berücksichtigung o.g. Unternehmensstrukturen bei künftigen Ausschreibungen, Vergabe bestimmter Verkehrsleistungen in einem vereinfachten Verfahren, Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen im EU-Ordnungsrahmen, Verhinderung einer marktbeherrschenden Stellung einzelner Anbieter

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU, Helmut Göschel u.a. SPD, Heiderose Berroth FDP/DVP und Boris Palmer GRÜNE 14.05.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2078 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 05.12.2002/03.07.2003 Drs 13/2313 S. 20-23

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Mittlg LReg 08.04.2004 Drs 13/3112

Sicherheit im Omnibusreiseverkehr

Unfallzahlen und -schwerpunkte im Fernreiseverkehr der letzten zehn Jahre, Vergleich mit den jüngsten schweren Unfällen im Ausland; Intensität und Ergebnisse der Kontrollen von Fahrern

und Fahrzeugen; Vorschläge und Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit, insbes Einführung einer Gurtpflicht, flächendeckende und regelmäßige Schulung der Fahrer, Ausbildung zum Berufskraftfahrer zusätzlich zum Busführerschein; Rechtslage zur Gewährleistung der Fahrtauglichkeit der Fahrer bzw Sanktionen gegen Fahrer und Arbeitgeber bei Verstößen

Antr

s. *Verkehrssicherheit*

Drs 13/2127

Interessenkonflikte eines Regierungsmitglieds bei der Ausschreibung von Schienennahverkehrsleistungen

Frage nach möglichen Interessenkonflikten von Staatssekretär Mappus als Aufsichtsratsmitglied in der über die Auftragsvergabe entscheidenden Nahverkehrsgesellschaft BW und der sich um Leistungen im SPNV, u.a. auf der Schwarzwaldbahn, bewerbenden SWEG und HzL sowie bei einer für das UVM und gleichzeitig die NVBW tätigen Werbeagentur; Beurteilung von Aussagen zur Nichtbefassung des (zuständigen) Staatssekretärs mit Ausschreibungsvorgängen im Nahverkehr; Ausschluss der genannten Interessenkonflikte

Antr

s. *Mappus, Stefan MdL CDU*

Drs 13/2153

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene; Impulse des neuen LEP; vollzogene und geplante Schließungen von Güterverladestellen durch die DB Cargo, Förderung von KV-Terminals sowie der Übernahme stillgelegter Anschlüsse und Strecken durch NE-Bahnen, insbes im ländlichen Raum, Erleichterung des Zugangs dieser Unternehmen, Kooperation mit den Spediteuren; Stand und Effizienz von Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahnmaut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Abgleichung der im neuen BVerkehrswegeplan avisierten Straßen- und Schienenprojekte mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/2413

Auswirkungen des EuGH-Urteils vom 24.07.2003 in der Rechtssache „Altmark Trans“

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Wettbewerbsintensität und finanzielle Förderung des schienen- und straßengebundenen ÖPNV, auf den Preis- und Qualitätswettbewerb zwischen dem privaten Omnibusgewerbe und den kommunalen Verkehrsbetrieben sowie auf die künftige Ausschreibung von Verkehrsleistungen im ÖPNV

KIAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2557

Verdrängung deutscher Lkw von deutschen Straßen

Entwicklung des Güterverkehrsaufkommens und der Transportleistungen deutscher und ausländischer Lkw bzw Speditionen im Binnenverkehr und im grenzüberschreitenden Verkehr, Einschätzung der Zukunftschancen der deutschen Transportwirtschaft im europäischen Wettbewerb

KIAnfr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/2851

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Auswirkungen im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr bzw im Verkehrsgewerbe; Ausbau der Verkehrsweginfrastruktur mithilfe der EU; Teilverlagerung des zusätzlichen Güterverkehrs auf Schienen- und Wasserwege

GrAnfr

s. *Osteuropa*

Drs 13/2975

Straßenbahnförderung

Vereinbarkeit einer GVFG-Förderung von ÖPNV-Vorhaben sowie einer Quersubventionierung zwischen öffentlichen Versorgungs- und Verkehrsunternehmen mit dem durch Urteil des EuGH in Sachen Altmark Trans konkretisierten Gemeinschaftsrecht?

KIAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/2995

GVFG-Förderung des „Stadtbahnings Mannheim-Ost“

Planungsstand, Baubeginn, Kosten-Nutzen-Analyse, kalkulierte Fahrgastzahlen und Kosten des o.g. Projekts der MVV Verkehr AG; Betriebskonzept für die Neubaustrecken; Aufnahme in ein GVFG-Förderprogramm; Auflistung der konkurrierenden ÖPNV-Projekte in der Region Unterer Neckar

KIAnfr

s. *Stadtbahn*

Drs 13/3145

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Speditionen, der Attraktivität von Bahntransporten sowie der Containerschifffahrt auf dem Neckar

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/3321

Innovatives Mobilitätsangebot; hier: Kooperation ÖPNV/Car Sharing

Entwicklung der Kooperationen von Car Sharing und Nahverkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden; Ausweisung von Stellplätzen durch die Kommunen in Verdichtungsräumen; Teilhabe am Mobilitätsforschungsprogramm der BReg

KIAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/3509

Zuwendungsaufgaben zur Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen nach dem GVFG

Verpflichtung der Betreiber von geförderten Bussen und Bahnen zur Anbringung von vorgegebenen Werbefolien, Bezifferung der Einnahmeverluste durch den Wegfall von bisher kommerziell genutzten Werbeflächen; Harmonisierung der Werbung für den ÖPNV mit den wirtschaftlichen Interessen der Fahrzeugbetreiber

Antr

s. *Werbung*

Drs 13/3586

Verbundförderkonzeption des Landes beim ÖPNV

Art und Auswirkungen der neuen Leistungsparameter bei der Verbundförderung, insbes Honorierung von Kooperationen und Zusammenschlüssen benachbarter Verbände; Ausschluss einer Benachteiligung von Verbänden mit bereits erreichten Leistungssteigerungen bei den Fahrgastzahlen und Betriebsergebnissen; Weiterführung der einheitlichen landesweiten Rufnummer für Fahrplanauskünfte unter Verzicht auf das Call Center bei der NVBW, Höhe der Kosten für den Aufbau und Betrieb bzw Abbau des Call Centers

Antr

s. *Verkehrsverbund*

Drs 13/3853

Rußfilter für Dieselfahrzeuge - Förderung der Nachrüstung von Bussen mit Rußfiltern

Anteil der Busse an der Luftbelastung mit Dieselruß und Feinstäuben in Ballungsräumen, Verbreitung des Rußfilters in den Fahrzeugen von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Verkehrsverbänden; Förderung der entsprechenden Beschaffung neuer Busse sowie des nachträglichen Einbaus der Filter

Antr

s. *Abgasreinigung*

Drs 13/4032

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/4109

Auswirkungen der Mittelkürzungen auf den Gewerbebereich privater Busunternehmen

Auswirkungen der bereits erfolgten und noch geplanten Kürzungen der Erstattungsleistungen im Ausbildungsverkehr auf die Busunternehmen, insbes im ländlichen Raum, auf die Fahrpreise und das ÖPNV-Angebot insgesamt; Bewirkung einer Verlagerung zum motorisierten Individualverkehr? Möglichkeiten zur Abmilderung der Auswirkungen über bedarfsgesteuerte Lösungen

K1Anfr

s. *Ausbildungsverkehr*

Drs 13/4345

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen zulasten der (mittelständischen) Transportunternehmen hierzulande, insbes ausgelöst/verstärkt durch die EU-Osterweiterung, unlautere Praktiken von (halb-)staatlichen Verkehrskonzernen, Nachholbedarf im Straßenbau u.a. Faktoren; Handlungsbedarf der BReg; Position zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut; Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterver-

kehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar und dem „Regionalen Schienenverkehrskonzept der Metropolregion Rhein-Neckar“

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/4498

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 06.10.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4700

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 74

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Auswirkungen des Vermittlungsergebnisses zum „Koch-Steinbrück-Papier“ vom Dezember 2003 auf den SPNV und ÖPNV in BW

Umfang der erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen auf der Grundlage o.g. Beschlüsse, Auswirkungen der Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung, Bewirkung von Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsunternehmen und -verbände? Beurteilung des von den MinPräs zugrunde gelegten Subventionsbegriffs; Abstimmungsverhalten im BRat bei einer erneuten Einbringung der noch nicht umgesetzten Kürzungsvorschläge

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/4801

Belastung des Transportgewerbes mit der Lkw-Maut, Bewertung als verursacherbezogene Anlastung der Kosten für Straßenunterhalt und -sanierung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 663 664 667 672 673 675 676 697

Vergleich der Wettbewerbssituation von Speditionen auf Straße und Schiene, Belastung durch die Lkw-Maut und verkehrslenkende Maßnahmen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1244 1245 1247 1250-1252 1297-1303 1305

Vergleich der Wettbewerbssituation zwischen deutschen, holländischen und französischen Speditionen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1835 1836

Belastung des Transportgewerbes mit der Lkw-Maut, Prüfung der vorgesehenen Entlastungsmaßnahmen durch die EU-Kommission, Beklagung von Wettbewerbsnachteilen gegenüber der europäischen Konkurrenz

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3712 3713 3717-3719 3721 3722 3725

Verkehrsverbund

s.a. *Öffentliches Verkehrsmittel*

s.a. *Regio-Verkehrsverbund Freiburg*

s.a. *Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart*

s.a. *Verkehrsunternehmen*

s.a. *Verkehrsverbund Hegau-Bodensee*

s.a. Verkehrsverbund Rhein-Neckar
s.a. Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar

Fahrradland BW

Bisherige und künftige Förderung des Fahrradverkehrs, Radwegbaus und Radtourismus; Vergleich mit der Schweiz u.a. BLändern; Finanzierung eines landesweiten Radwegenetzes, einer einheitlichen Beschilderung und kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln bzw Verkehrsverbänden; Förderung von kommunalen Maßnahmen über den Finanzausgleich; Einrichtung eines Referats für Fahrradverkehr im UVM sowie eines Haushaltstitels für den Radwegbau

Antr
s. Fahrrad
Drs 13/1078

Kostenlose Fahrradmitnahme in Nahverkehrszügen in BW

Umsetzung des o.g. Angebots in Verkehrsverbänden sowie auf nicht in Verbundgebieten liegenden Strecken

Antr
s. Fahrrad
Drs 13/1448

Auswirkungen des neuen Preissystems der Deutschen Bahn auf den Schienenpersonennahverkehr in BW

Beurteilung der entstehenden Preiserhöhungen im Nahverkehr, u.a. durch Reduzierung des BahnCard-Rabatts und Umstellung von Interregio- auf Intercity-Züge; Schaffung eines eigenständigen Landestarfs für Fahrten im SPNV, Hinwirkung auf flächendeckende Tarifverbände; Vorlage eines Konzepts zur Revision der Fahrpreiserhöhungen im SPNV als Folge des neuen Tarifsystems

Antr
s. Verkehrstarif
Drs 13/1467

Entwicklung und Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)

Möglichkeiten zur Kostensenkung durch ein Controlling-System, Förderung innovativer Projekte in den Bereichen Betrieb und Technik, Ermittlung und Sanktionierung von Qualitätsmängeln, Umsetzung der berechtigten Forderungen der Fahrgäste, Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verkehrsverbände

GrAnfr
s. Personenverkehr
Drs 13/1680

Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in BW unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsverbundförderung

Entwicklung der o.g. Förderung seit 1998 nach Landesmitteln, dem GVFG, aus Regionalisierungsmitteln des Bundes und kommunalen Eigenleistungen; Planung von Einschnitten? Auswirkungen der Revision der Tarifreform der Bahn AG, Anerkennung der Bahn-Card in den Verkehrsverbänden? Höhe der Erstattungen für die kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV, Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verkehrsverbände

Antr
s. Personenverkehr
Drs 13/2405

Verbundförderung in BW

Zahl, jeweilige Gebietsgröße und Tarifbestimmungen der einzelnen Verkehrsverbände in BW und den alten BLändern; Erschwerung der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch die unterschiedlichen Regelungen; Überarbeitung der Förderkriterien mit dem Ziel größerer Verbundräume und abgestimmter Tarifbedingungen, Implementierung nach Ablauf der bestehenden Verträge, Einrichtung einer Koordinierungsstelle

Antr Boris Palmer u.a. GRÜNE 24.10.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2541
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 04.03.2004 Drs 13/3093 (dazu Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU, Heiderose Berroth FDP/DVP, Helmut Göschel u.a. SPD und Boris Palmer GRÜNE) S. 28
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Bestandsaufnahme der Barrieren im ÖPNV in BW

Vorhandene und noch offene Barrierefreiheit bei Schienenfahrzeugen, Bussen und Straßenbahnen, Bahnhöfen und Haltepunkten im SPNV und ÖPNV in den einzelnen Verkehrsverbänden; Anstreben von Qualitätsstandards bei den unterschiedlichen Aufgabenträgern

Antr
s. Personenverkehr
Drs 13/2629

Fahrpreiserhöhungen im ÖPNV

Begründung des Widerspruchs gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise durch die Bahn AG, Entwicklung bzw Genehmigung der Fahrpreiserhöhungen der DBAG und der einzelnen Verkehrsverbände in den letzten fünf Jahren

Antr
s. Verkehrstarif
Drs 13/2645

Baden-Württemberg-Ticket

Entwicklung der Verkaufszahlen, der Zahl von Reisenden und zurückgelegten Entfernungen, Bewertung des Single-Tickets für 15 Euro in Bayern; Verknüpfung der Verbundförderung mit der Anerkennung des BW-Tickets, Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn AG zur Einführung eines Wochenendtickets sowie eines Tickets für Einzelreisende

Antr
s. Fahrausweis
Drs 13/2825

Förderung der kostenlosen Fahrradmitnahme im ÖPNV

Entwicklung des o.g. Angebots und der Nachfrage, Höhe der aufgewandten Mittel 2003 bzw im Falle eines flächendeckenden Angebots von allen Verkehrsanbietern, Fortsetzung der vollen Erstattung des Einnahmeausfalls auch in den nächsten Jahren

Antr
s. Fahrrad
Drs 13/3052

Fahrradmitnahme

Entwicklung der kostenlosen Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie der hierfür geleisteten Erstattungen an die Verbände seit 2000; Analyse der (Mitnahme-)Effekte und Auswirkungen auf die Fahrgastzahlen und den Radtourismus; Entwicklung eines neuen Fördermodells: Vermeidung finanzieller Mitnahmeeffekte, Stimulanz zusätzlicher Nachfrage, Gewährleistung einheitlicher Beförderungsbedingungen, Deckelung des Zuschussvolumens aus Regionalisierungsmitteln

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/3158

Flächendeckende und auf alle Verkehrsträger sich erstreckende Anerkennung des Baden-Württemberg-Tickets im ÖPNV

Bisherige und künftige Nutzungsmöglichkeiten des BW-Tickets, Beurteilung der Vorschläge einer Arbeitsgruppe; Eintreten für eine rasche Regelung mit o.g. Zielsetzung zwischen den Verkehrsverbänden u.a. Verkehrsträgern sowie der DBAG

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/3424

Innovatives Mobilitätsangebot; hier: Kooperation ÖPNV/Car Sharing

Entwicklung der Kooperationen von Car Sharing und Nahverkehrsunternehmen und Verkehrsverbänden; Ausweisung von Stellplätzen durch die Kommunen in Verdichtungsräumen; Teilhabe am Mobilitätsforschungsprogramm der BReg

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3509

Finanzierung von Jobtickets für unmittelbar und mittelbar Beschäftigte des Landes BW durch Einführung von Parkraumbewirtschaftung

Bewirtschaftung der landeseigenen Parkflächen, insbes im Bereich von Universitäten und Universitätskliniken; Nutzung der Erlöse zur ermäßigten Abgabe von Jobtickets der jeweiligen örtlichen Verkehrsverbände

Antr
s. *Fahrausweis*
Drs 13/3588

Verwendung von originären Landesmitteln für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Höhe der seit 1996 bereitgestellten originären Landesmittel, Komplementärmittel sowie FAG-Mittel für die Infrastrukturförderung, Schienenfahrzeugförderung und Omnibusse bzw für die Erstattung der Schülerbeförderungskosten, Ausgleichszahlungen für den Ausbildungsverkehr, unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter, Betriebskostenzuschüsse und Verbundförderung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3689

Verbundförderkonzeption des Landes beim ÖPNV

Art und Auswirkungen der neuen Leistungsparameter bei der Verbundförderung, insbes Honorierung von Kooperationen und Zusammenschlüssen benachbarter Verbände; Ausschluss einer Benachteiligung von Verbänden mit bereits erreichten Leistungssteigerungen bei den Fahrgastzahlen und Betriebsergebnissen; Weiterführung der einheitlichen landesweiten Rufnummer für Fahrplanauskünfte unter Verzicht auf das Call Center bei der NVBW, Höhe der Kosten für den Aufbau und Betrieb bzw Abbau des Call Centers

Antr Helmut Göschel u.a. SPD 07.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3853
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 47
PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Zuweisungen zu verbundspezifischen Kostenunterdeckungen beim VVS, beim Verkehrs- und Tarifverbund Rhein-Neckar u.a. Verbänden

ÄAntr SPD 17.01.2005 Drs 13/4010-3 S. 19 20
ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4050-3 S. 4 5
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Nutzen und Kosten der landesweiten ÖPNV-Auskunft „Löwenlinie“

Zahl der Nutzer, (Warte-)Zeiten und Kosten der Auskunfterteilung über die o.g. landesweite Rufnummer; diesbezügliche Personalausstattung der Nahverkehrsgesellschaft BW; bisherige und künftige Aufteilung der Kosten zwischen dem Land und den Verkehrsverbänden; Frage nach Ergebnissen von Untersuchungen zum Nutzerverhalten

KlAnfr
s. *Auskunfterteilung*
Drs 13/4000

Rußfilter für Dieselfahrzeuge - Förderung der Nachrüstung von Bussen mit Rußfiltern

Anteil der Busse an der Luftbelastung mit Dieseluß und Feinstäuben in Ballungsräumen, Verbreitung des Rußfilters in den Fahrzeugen von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Verkehrsverbänden; Förderung der entsprechenden Beschaffung neuer Busse sowie des nachträglichen Einbaus der Filter

Antr
s. *Abgasreinigung*
Drs 13/4032

Finanzielle Rahmenbedingungen des öffentlichen Personennahverkehrs in BW

Höhe der seit 2002 bereitgestellten Mittel an Verbände und deren beteiligte Verkehrsunternehmen für die Infrastruktur, Beschaffung von Schienenfahrzeugen und Bussen, den Ausgleich für den Ausbildungsverkehr, Schwerbehinderten- und Fahrradbeförderung u.a.; Auswirkungen der beschlossenen Kürzungen bis 2007 in Ballungs- und ländlichen Räumen, auf Fahrpreise, Fahrgastzahlen, die Ziele des General- und Umweltplans; Abmilderung der Kürzungen für den Schülerverkehr über den BRat, Umschichtung von GVFG-Straßenbaumitteln zur ÖPNV-Fahrzeugförderung, Verzicht auf Stuttgart 21, Verwendung der frei werdenden Mittel für den ÖPNV

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/4109

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Maßnahmen seit 1996 zur Verbesserung des Angebots im ÖPNV, Einführung und Zusammenführung von Tarifverbänden

GrAnfr
s. *Wirtschaft*
Drs 13/4536

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbände Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tariferhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr
s. *Personenverkehr*

Drs 13/4585

Auswirkungen des Vermittlungsergebnisses zum „Koch-Steinbrück-Papier“ vom Dezember 2003 auf den SPNV und ÖPNV in BW

Umfang der erfolgten und noch zu erwartenden Kürzungen auf der Grundlage o.g. Beschlüsse, Auswirkungen der Kürzung der Zuschüsse zur Schülerbeförderung, Bewirkung von Fahrpreiserhöhungen der Verkehrsunternehmen und -verbände? Beurteilung des von den MinPräs zugrunde gelegten Subventionsbegriffs; Abstimmungsverhalten im BRat bei einer erneuten Einbringung der noch nicht umgesetzten Kürzungsvorschläge

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/4801

Semestertickets im Öffentlichen Personen-Nahverkehr

Entwicklung der ÖPNV-Nutzung von Studenten nach Einführung des Semestertickets an den einzelnen Hochschulregionen und -standorten, Höhe der jeweils anfallenden Kosten für die Studenten und die Verkehrsverbände; Beurteilung der kleinräumigen Geltungsbereiche angesichts der zunehmenden Kooperationen zwischen Hochschulen bzw der Möglichkeit zur Einführung eines landesweit geltenden Semestertickets

Antr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/5017

Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf den Nahverkehr in BW

Erlangung der Zuständigkeit für die Gleis- und Bahnhofsinfrastruktur, Reduzierung der Verkehrsverbände auf maximal sechs, Ermöglichung einer City-Maut und Nahverkehrsabgabe

Antr

s. *Regionalverkehr*

Drs 13/5203

Höhe der Verbundförderung mit Regionalisierungsmitteln

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 225 226

Schaffung neuer Verkehrsverbände, tarifliche Vernetzung untereinander, Ausgleich von Kürzungen bei der Verbundförderung durch Regionalisierungsmittel

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1033 1038

Zuwächse im ÖPNV, Höhe der Verkehrsverbundförderung, Harmonisierung der Tarife und Anstreben großräumiger Verbände

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320-4322

Änderung der Verbundförderung, Honorierung von Kooperationen und Zusammenschlüssen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6064

Spitzenstellung des Landes beim ÖPNV, Fortführung der Vernetzung der Verkehrsverbände

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409

Bezeichnung der Verbundstrukturen als Flickenteppich, Anstreben von großflächigen Strukturen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6691-6693

Verweisung auf ein flächendeckendes Netz von Verkehrsverbänden in BW

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7873

Verkehrsverbund Hegau-Bodensee

Situation des Verkehrsverbunds Hegau-Bodensee - LKreis Konstanz

Entwicklung der vertraglichen Grundlagen und Zuschüsse für den VHB-Betrieb im LKreis Konstanz seit 1997, Grundlagen bzw mögliche Optimierung der Kalkulation für die beantragte Fahrpreiserhöhung im Bereich der Kinder- und Schülermonatskarten ohne eine Verschlechterung der Gesamtförderung von Bund und Land, Erhaltung der kostenfreien Fahrradmitnahme

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 20.10.2005 und Antw IM
Drs 13/4748

Verkehrsverbund Rhein-Neckar

Weitergewährung von Zuschüssen nach § 45 a PBefG für Semestertickets an den Verkehrsverbund Rhein-Neckar

MdlAnfr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/322

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Aufstockung der Zuweisungen zu verbundspezifischen Kostenunterdeckungen beim VVS, beim Verkehrs- und Tarifverbund Rhein-Neckar u.a. Verbänden

s. *Verkehrsverbund*

Drs 13/4010

Kosten, Tarife und Verbundförderung im ÖPNV - Vergleich der Daten der Verkehrs- und Tarifverbände Stuttgart, Rhein-Neckar und Karlsruhe

Entwicklung der o.g. Daten und Kostendeckungsgrade, jeweilige Anteile der S-Bahn, U-Bahn, Stadtbahn, Busse u.a. Verkehrsmittel; Höhe und Wirkungen der Zuweisungen des Landes, Begründung der angekündigten Tarifierhöhungen zum 01.01.2006

KlAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/4585

Bahnstrecke Neckarbischofsheim/Nord-Hüffenhardt

Auswirkungen der geplanten Einführung der Rhein-Neckar-S-Bahn auf der Strecke Meckesheim-Aglasterhausen, Beurteilung des technischen Zustands der o.g. Strecke sowie der Möglichkeiten zur Weiternutzung im Schülerverkehr, Güterverkehr, Tourismus- oder Museumsverkehr; Frage nach Nutzungsmöglichkeiten für die Werkstattanlagen in Neckarbischofsheim/Nord

KlAnfr

s. *Eisenbahnstrecke*

Drs 13/5131

Zeitliche Verzögerung der Rhein-Neckar-S-Bahn

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 459

Bewertung des MAXX-Tickets für Schüler im Verkehrsverbund Rhein-Neckar als vorbildlich

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6691 6692

Benötigung eines Zeitraums von 30 Jahren bis zur Schaffung des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6870

Benötigung der Regionalisierungsmittel zum weiteren Ausbau des Verkehrsverbunds Rhein-Neckar

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7879

Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar

Übergangstarif RVF (Regio-Verkehrsverbund Freiburg) und VSB (Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar)

MdlAnfr
s. *Verkehrstarif*
Drs 13/62

Verkehrsvermeidung

s.a. *Fahrverbot*
s.a. *Verkehrslenkung*

Jahr des Ökotourismus der Vereinten Nationen 2002

Förderung des Ökotourismus im Bereich der Heilbäder, Luftkurorte, Ferien auf dem Bauernhof und des Tagestourismus; Unterstützung des Umstiegs auf öffentliche Verkehrsmittel, Werbung um Verständnis für Verkehrsbeschränkungen im Tagestourismus, Reaktivierung des Fahrradverleihs an Bahnhöfen; Erstellung einer Konzeption mit den Fremdenverkehrsverbänden, Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Umsetzung

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/366

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81

Vorschlag einer Einbeziehung des o.g. Abschnitts in das Mautnetz im Falle einer Zunahme des Vermeidungsverkehrs

MdlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/2247

Gefahr der Verlagerung von Lkw-Verkehr auf Bundesstraßen in BW nach Einführung der Autobahnmaut und mögliche Gegenmaßnahmen

Frage nach einer Konzeption und Möglichkeiten zur Abwendung des o.g. Vermeidungsverkehrs

KlAnfr
s. *Straßenbenutzungsgebühren*
Drs 13/2302

Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport

Stand und Effizienz von installierten Telematikdiensten und Streckenbeeinflussungsanlagen auf den Bundesfernstraßen, erwartete Verlagerungseffekte nach Einführung der Autobahnmaut für Lkw, Umsetzung neuer City-Logistik-Konzepte, Abgleichung der mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Aus- und Neubauvorhaben bei Straße und Schiene mit dem Güterverkehrsaufkommen bis 2015

GrAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/2413

Lärmbelästigung durch starken Motorradverkehr

Darlegung von stark frequentierten Strecken und Gebieten mit entsprechender Belastung der Bewohner, insbes im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb; Auswirkungen auf den Tourismus und Naturschutz; Erwägung von zeitlichen und räumlichen Fahrverboten? Vorlage eines Konzepts zur Vermeidung von Motorradlärm

Antr

s. *Lärmschutz*
Drs 13/2927

ÖPNV- und SPNV-Investitionen in den Jahren 2000 bis 2007

Höhe der o.g. Investitionen, Vereinbarkeit mit der im Generalverkehrsplan angestrebten Verlagerung von Autoverkehr auf den öffentlichen Verkehr sowie Verkehrsvermeidung und damit Reduktion der Stickoxid- und Kohlenwasserstoffemissionen

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/3320

Maßnahmen zur kurzfristigen Durchsetzung von Grenzwertanforderungen in Luftreinhalteplänen

Überschreitung der ab 01.01.2005 geltenden Grenzwerte, insbes für Feinstaub; Darlegung der betroffenen Gebiete; Konsequenzen des individuell einklagbaren Rechtsanspruchs; Durchsetzung der notwendigen Luftreinhaltepläne bzw von verkehrsbeschränkenden Maßnahmen für Pkw und Lkw ohne Rußpartikelfilter; gesetzliche Verankerung eines Konzepts zur steuerlichen Förderung partikelarmer Diesel-Pkw über den BRat; Fortführung des Sonderprogramms zur Nachrüstung von ÖPNV-Bussen mit Partikelfiltern

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/3922

Zunahme des Schwerlastverkehrs auf mautfreien Straßen

Zunahme des Schwerlastverkehrs, insbes aus Osteuropa, auf Bundes- und Landesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut; Frage nach Vergleichszahlen für den LKreuz Schwäbisch Hall bzw im Bereich des Autobahnkreuzes Feuchtwangen/Crailsheim und entlang der A 6 und A 7; Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit von Ortsdurchfahrten

KlAnfr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4036

Fehlender Luftreinhalteplan für Stuttgart

Gründe, Verantwortliche und mögliche Konsequenzen des o.g. Versäumnisses - im Gegensatz zu vergleichbaren Städten in anderen BLändern; Notwendigkeit von Luftreinhalteplänen nach den neuen EU-Grenzwerten für Feinstaub; Beurteilung von Verkehrsbeschränkungen für Lkw ohne entsprechende Abgasreinigungstechnik sowie der Klageaussichten von Bürgern auf Einhaltung der Grenzwerte; Zeitpunkt der Vorlage und Umsetzung des angekündigten Verkehrsgutachtens bzw des Luftreinhalteplans für Stuttgart

Antr
s. *Immissionsschutz*
Drs 13/4075

Verbesserung der Luftsituation im Land

Vorlage von Aktionsplänen und Luftreinhalteplänen für Kommunen mit einer Überschreitung der EU-Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid; Hinwirkung auf strengere Grenzwerte der EU für Pkw, Lkw und Busse sowie auf steuerliche Anreize für Fahrzeuge mit Partikelfilter; Förderung der entsprechenden Beschaffung bzw Nachrüstung von ÖPNV-Bussen und solchen mit Erdgasantrieb sowie von Dienstfahrzeugen des Landes; Hinwirkung auf Rechtsgrundlagen für Fahrverbote von Altfahrzeugen sowie weitere Maßnahmen der Verkehrslenkung durch die EU, den Bund und die Kommunen; Reduktion des Individualverkehrs durch Vorzugstarife im ÖPNV bei ungünstigen Wetter-

lagen

Antr

s. *Immissionsschutz*

Drs 13/4211

Unterbindung von Lkw-Maut-Ausweichverkehr auf dem mautfreien Straßennetz

Auflistung der vom o.g. Ausweichverkehr betroffenen Kommunen und (Bundes-)Straßenabschnitte, Eignung bzw. Ergreifung von Gegenmaßnahmen nach dem AutobahnmautGes und der StVO, insbes. Benutzungsbeschränkungen für den Schwerlastverkehr; Frage nach entsprechenden Absichten der Straßenverkehrsbehörden; Unterstützung einer BRatsinitiative zur Ausweitung der Mautpflicht auf Lkw unter 12 t zulässigem Gesamtgewicht

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/4246

Lkw-Maut auf der B 31 zwischen Donaueschingen und Freiburg zur Abwendung von Vermeidungsverkehren zwischen der A 5 und der A 81 im Nachgang zu den Aussagen des Umwelt- und Verkehrsministers in der 49. Plenarsitzung vom 17. Juli 2003

Frage nach belastbaren Daten über den verstärkten Lkw-Verkehr auf dem o.g. Streckenabschnitt nach Einführung der Lkw-Maut, Eintreten beim Bund für eine Mautpflicht

KlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/4248

Verlagerung von Verkehren nach Einführung der Lkw-Maut auf Bundesautobahnen in das nachgeordnete Straßennetz

Ausgewählte Streckenabschnitte und gemessene Verkehrsbelastungen vor und nach Einführung der Lkw-Maut; Hinwirkung auf Ausdehnung der Mautpflicht auf die entsprechend belasteten (Bundes-)Straßenabschnitte, Freistellung der Binnenverkehre, Handlungsmöglichkeiten der Straßenverkehrsbehörden für Verkehrsbeschränkungen auf Mautausweichstrecken

Antr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/4259

Vermeidung von Mautschleichverkehr im Verlauf der B 292/Ortsdurchfahrt Östringen durch den Erlass von Verkehrsbeschränkungen für den Lkw-Verkehr

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild benachbarter BLänder

KlAnfr

s. *Bundesstraße 292*

Drs 13/4639

Vermeidung von Maut-Schleich- und Abkürzungsverkehr im Verlauf der B 10/B 28 in der Ortsdurchfahrt Ulm/Neu-Ulm zwischen der Anschlussstelle Ulm-West (A 8) und dem Hittistetter Dreieck (A 7)

Ausmaß und Belastungen des o.g. überregionalen Vermeidungsverkehrs; Hinwirkung auf eine Mauterhebung bzw. permanente Geschwindigkeitsüberwachung und verstärkte polizeiliche Kontrollen des Schwerlastverkehrs; Schutz der Anwohner durch Verkehrsbeschränkungen gemäß § 45 StVO nach dem Vorbild anderer BLänder

GrAnfr

s. *Bundesstraße 10*

Drs 13/4828

B 10 in Enzweihingen

Entwicklung der Verkehrssituation und insbes. der Feinstaubbelastung nach Einführung der Lkw-Maut, Maßnahmen zur Rückverlagerung des Lkw-Vermeidungsverkehrs auf die Autobahn; Beurteilung der Umweltverträglichkeit der Alternativtrassen Tunnel oder Umfahrung der B 10 in Enzweihingen

KlAnfr

s. *Bundesstraße 10*

Drs 13/4995

Bemautung von Bundesstraßen auf der Gemarkung der Stadt Stuttgart zur Unterbindung von Lkw-Mautschleichverkehr

Nutzung der o.g. Möglichkeit auf den hoch belasteten Abschnitten der innerstädtischen Bundesstraßen; Zahl der eingesetzten Polizeibeamten, Aufwand und Ergebnisse der Kontrollen zur Überwachung des Fahrverbots für Lkw über 3,5 Tonnen

MdlAnfr

s. *Straßenbenutzungsgebühren*

Drs 13/5172

Förderung der Verkehrsvermeidung

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 615 617

Verkehrslenkende Maßnahmen und Verkehrsverbote für Lkw

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1250 1251 1301

Restriktive Handhabung von Beschränkungen für bestimmte Verkehrsarten und -zeiten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4072 4073

Verkehrsvertrag

s. *Vertrag*

Verkehrszeichen

s.a. *Lichtsignalanlage*

s.a. *Wegweiser*

Abfahrtsbeschilderung an Bundesautobahnen

Frage nach o.g. Hinweisen auf mehr als vier Orte an Autobahnausfahrten

KlAnfr

s. *Wegweiser*

Drs 13/1720

Autobahnbeschilderung Wallhausen

Ausweisung der Gemeinde Wallhausen auf dem Autobahnausfahrtsschild

MdlAnfr

s. *Wallhausen*

Drs 13/2589

Verlag

s.a. *Buchhandel*

NPD-Konten

Hinwirkung auf Kündigung des Kontos des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ bei der Landesbank BW

Antr

s. *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*

Drs 13/310

Konten extremistischer Parteien, Organisationen und Personen
Überprüfung o.g. Geschäftsbeziehungen zur Landesbank BW, Kündigung der Konten des NPD-Verlags „Deutsche Stimme“ sowie des im Verfassungsschutzbericht aufgeführten Liedermachers Frank R., Dauer der Übergangsfristen bei einer ordentlichen Kündigung, Fälle einer fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund; Information aller Kreditinstitute über extremistische Aktivitäten von Vereinigungen und Personen im Verfassungsschutzbericht

Antr
s. *Landesbank Baden-Württemberg*
Drs 13/730

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der Printmedien Buch, Zeitung, Zeitschriften und Verlage

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Novellierung des Urheberrechts - Auswirkungen auf die Unterrichtspraxis

Information der Lehrer und Hochschullehrer über das neue Urheberrecht; Ermöglichung der Bereitstellung von Kopien aus Büchern, Zeitungen und Zeitschriften sowie Mitschnitten aus Radio- oder Fernsehsendungen zu Unterrichtszwecken auch ohne Einholung einer Einwilligung der Verlage und Sender

Antr
s. *Urheberrecht*
Drs 13/2346

Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnissen im Rundfunk- und Pressewesen

Schaffung der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung o.g. Beteiligungsverhältnisse der in BW lizenzierten privaten Rundfunksender durch die LfK bzw der im Land erscheinenden Presseorgane im Impressum

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2371

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2468

Freier Zugang zu DIN-Normen

Monopolstellung eines Verlags zur Veröffentlichung von DIN-Normen im vollständigen Wortlaut gegen Entgelt, Frage nach einer freien Zugangsmöglichkeit der Gewerbeaufsichtsämter; Ermöglichung eines einfachen und kostengünstigen Zugangs für Kommunen, LKreise und Unternehmen über das Internet; Fest-

legung bzw Auslegung des Begriffs „Stand der Technik“ bei öffentlichen Ausschreibungen und Angeboten

Antr
s. *Normung*
Drs 13/2668

Situation und Perspektiven für baden-württembergische Amts- und Mitteilungsblätter

Auflistung o.g. Blätter differenziert nach Auflagen, Herausgebern, Anzeigen- und Werbeumsätzen; Beurteilung der Konkurrenzsituation zu lokalen und regionalen Zeitungen und Zeitungsverlagen; Frage nach einer beabsichtigten Novellierung des Gemeindegewirtschaftsrechts zur Einschränkung der amtlichen Publizistik

Antr
s. *Veröffentlichung*
Drs 13/3864

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/4700

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. *Holz*
Drs 13/4823

Hinwirkung auf einen Gesamtvertrag zwischen den Hochschulen und Verlagen über den Zeitschriftenbezug

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 976

Verletztter

s.a. *Kranker*

Vorkehrungen zur rettungsdienstlichen und medizinischen Notfallversorgung nach Großschadensfällen mit terroristischem Hintergrund in BW

Vorsorge in der Krankenhausplanung für die medizinische Notfallversorgung einer hohen Zahl von Brandverletzten

Antr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/342

Katastrophenschutz

Vorbereitung von Rettungsdiensten und Krankenhäusern auf die Versorgung einer großen Zahl von Verletzten im Katastrophenfall sowie auf den Umgang mit ABC-Fällen, Information der Bürger über ABC-Gefahren, Ausbildungsmöglichkeiten in Erster Hilfe und im Selbstschutz, Verankerung der Katastrophenmedizin in der universitären Ausbildung

Antr

s. *Katastrophenschutz*

Drs 13/500

Situation des Rettungsdienstes in BW

Entwicklung der finanziellen und personellen Lage seit Novellierung des RettungsdienstGes 1998 differenziert nach Notfallrettung und Krankentransport, nach Hilfszeiten und privaten Anbietern; Frage nach wettbewerbsverzerrenden Faktoren und Vergleichsstudien zwischen den BLändern; Problematik der regional unterschiedlichen Versorgung mit Notärzten; Ausbau der integrierten Leitstellen, Qualifizierung des Personals für Notrufe von Ausländern sowie Handlungsanweisungen für akute Notfälle wie Herzversagen, Schlaganfall, starke Blutungen etc

GrAnfr

s. *Rettungsdienst*

Drs 13/3606

Schaffung einer Infrastruktur und einer landesweiten Konzeption zur Bewältigung eines Massenansturms von Verletzten bei der Fußballweltmeisterschaft 2006

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5916 5917

Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte

s. *Agrarprodukt*

Vermessung

s.a. *Kataster*

s.a. *Vermessungsingenieur*

s.a. *Vermessungstechniker*

s.a. *Vermessungswesen*

Verwaltungsinterner Umgang mit den § 24a-Kartierdaten

Umgang der Naturschutzverwaltung mit o.g. Daten zur Biotopkartierung, insbes bei Veränderungen gegenüber den Ersterhebungen; Meldung von Änderungen an die LfU

Antr

s. *Ökosystem*

Drs 13/324

Situation der Flurneuordnung und der Vermessung in BW

Derzeitige und künftige Arbeitsbelastung sowie Verflechtungen der beiden Verwaltungen, Entwicklung des Anteils von hoheitlichen und nicht hoheitlichen Tätigkeiten seit 1997, Einspar-effekte von Verfahrensvereinfachungen unter Einsatz moderner Kommunikationsmittel und Messmethoden, Vorschläge iRd Organisationsuntersuchung der Unternehmensberatung Kienbaum, Umsetzung der beschlossenen Verlagerung von Katasterfortführungsvermessungen und Grenzfeststellungen zu den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren sowie der Integration von Dienststellen in die Hauptämter

Antr

s. *Flurbereinigung*

Drs 13/1615

Carports im Liegenschaftskataster

Entwicklung der Zahl o.g. Bauwerke; Notwendigkeit, Praktikabilität und Rechtsgrundlagen einer Baugenehmigung, Vermessung und Aufnahme im Liegenschaftskataster

KIAnfr

s. *Kataster*

Drs 13/1646

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform im Vermessungsbereich

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes im Hinblick auf das Liegenschaftskataster und die Kartographie, den Zugriff auf das Daten-netz für die Dreiecksnetze, das Höhen- und Schwerenetze, die Organisation der örtlichen Messtrupps zur Erkundung und Vermessung der Erdoberfläche sowie Herausgabe der topographischen Kartenwerke; Eingliederung der Karlsruher Abteilung Geodäsie?

Antr Gustav-Adolf Haas u.a. SPD 23.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2100

BeschlEmpf und Bericht WirtA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 10-12

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Der Landesbetrieb Vermessung und die angekündigte Verwaltungsreform

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes Festhalten an der Führung des Landesbetriebs Vermessung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen? Einsparung von Personal und Zuführungsmitteln seit Gründung des Landesbetriebs 1996 und iRd aktuellen Reform, Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 25.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2192

BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 24 25

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Leistungen für landwirtschaftliche Betriebe nach dem „Gemeinsamen Antrag“ im Jahr 2005

Gebührenerhebung von den Landwirten für die Beratung und Größenangaben der Einzelnutzflächen innerhalb eines Flurstücks durch die in die Landratsämter eingegliederte Vermessungsverwaltung, Verweigerung der Gewähr für die Richtigkeit der Angaben trotz der Gebührenerhebung, Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung im Falle unrichtiger Flächengrößen im gemeinsamen Antrag des Landwirts und daraus folgenden Überzahlungen der Ausgleichsbeträge

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 11.05.2005 und Antw MLR Drs 13/4338

Umsetzung der Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Situation der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Schritte zur Erreichung der angestrebten 80 % der Vermessungsaufträge, Stand des Abschlusses entsprechender Zielvereinbarungen zwischen Landesvermessungsamt und unteren Verwaltungsbehörden, Maßnahmen zur Unterbindung der ausschließlichen Vergabe von Vermessungsarbeiten an die staatliche Vermessungsverwaltung durch Gemeinden und LKreise

Antr

s. *Vermessungswesen*

Drs 13/4399

Absenkung der Vermessungsstandards
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3093

Vermessungsamt

s. *Vermessungswesen*

Vermessungsbehörde

s. *Vermessungswesen*

Vermessungsgesetz

s. *Vermessungswesen*

Vermessungsingenieur

Neues VermessungsGes für BW

Vorlage des o.g. GesEntw in Abstimmung mit der Landesgruppe der „Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“

MdlAnfr

s. *Vermessungswesen*

Drs 13/1002

Zukunft und Entwicklung der Vermessungsverwaltung

Kostendeckungsgrad, Altersstruktur und Einstellungschancen für Nachwuchskräfte in der staatlichen Vermessungsverwaltung; Vorlage des neuen VermessungsGes in Abstimmung mit dem Berufsverband der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure

KlAnfr

s. *Vermessungswesen*

Drs 13/1324

Situation der Flurneuordnung und der Vermessung in BW

Derzeitige und künftige Arbeitsbelastung sowie Verflechtungen der beiden Verwaltungen, Entwicklung des Anteils von hoheitlichen und nicht hoheitlichen Tätigkeiten seit 1997, Einspar-effekte von Verfahrensvereinfachungen unter Einsatz moderner Kommunikationsmittel und Messmethoden, Vorschläge iRd Organisationsuntersuchung der Unternehmensberatung Kienbaum, Umsetzung der beschlossenen Verlagerung von Katasterfortführungsvermessungen und Grenzfeststellungen zu den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren sowie der Integration von Dienststellen in die Hauptämter

Antr

s. *Flurbereinigung*

Drs 13/1615

Umsetzung der Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Situation der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Schritte zur Erreichung der angestrebten 80 % der Vermessungsaufträge, Stand des Abschlusses entsprechender Zielvereinbarungen zwischen Landesvermessungsamt und unteren Verwaltungsbehörden, Maßnahmen zur Unterbindung der ausschließlichen Vergabe von Vermessungsarbeiten an die staatliche Vermessungsverwaltung durch Gemeinden und LKreise

Antr

s. *Vermessungswesen*

Drs 13/4399

Zugangsvoraussetzungen zum Lehrberuf Vermessungstechniker/in

Geforderte Kenntnisse und Fertigkeiten im Fachgebiet Liegen-schaftskataster in anderen BLändern, Möglichkeiten der Ver-

mittlung dieser Kenntnisse in der Berufsschule und damit ei-nes Ausbildungsangebots auch von freien Vermessungsbüros, Ergebnisse der vom WM in der Stellungnahme zur Petition 13/5540 angekündigten Überprüfung der Ausbildung, Konse- quenzen für das Landesvermessungsamt bzw das Ministerium

Antr

s. *Vermessungstechniker*

Drs 13/4848

Verstärkte Verlagerung von Aufgaben der Vermessungsverwal- tung auf freiberufliche Ingenieure

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3331 3332 3335

Erhöhung des Anteils der öffentlich bestellten Vermessungsinge- niere an Liegenschaftsvermessungen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4900 4925 4941

Vermessungstechniker

Gefährdung von Ausbildungsplätzen bei den Vermessungsäm- tern durch die Verwaltungsreform

Zahl der bisher und künftig angebotenen Ausbildungsplätze so- wie der jährlichen Übernahmen in den mittleren vermessungs- technischen Verwaltungsdienst; Hinwirkung auf Erhaltung des Angebots und der Qualität der Ausbildung auch nach Übergang der Aufgaben auf die Stadt- und LKreise

Antr

s. *Vermessungswesen*

Drs 13/3182

Zugangsvoraussetzungen zum Lehrberuf Vermessungstechni- ker/in

Geforderte Kenntnisse und Fertigkeiten im Fachgebiet Liegen- schaftskataster in anderen BLändern, Möglichkeiten der Ver- mittlung dieser Kenntnisse in der Berufsschule und damit ei- nes Ausbildungsangebots auch von freien Vermessungsbüros, Ergebnisse der vom WM in der Stellungnahme zur Petition 13/5540 angekündigten Überprüfung der Ausbildung, Konse- quenzen für das Landesvermessungsamt bzw das Ministerium

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 17.11.2005 und Stel- lungnahme WM Drs 13/4848

Vermessungsverwaltung

s. *Vermessungswesen*

Vermessungswesen

s.a. *Vermessungsingenieur*

s.a. *Vermessungstechniker*

Zukunft der Flurneuordnung in BW

Entwicklung der Arbeitsbelastung und Personalstruktur des Lan- desamts für Flurneuordnung und der nachgeordneten Ämter, Umfang der möglichen Arbeitsvereinfachung durch Internetnut- zung sowie von Synergieeffekten durch Kooperation mit den Vermessungsämtern

Antr

s. *Flurbereinigung*

Drs 13/979

Verwirklichung der Strukturmaßnahmen im mittleren Dienst der Vermessungsverwaltung

Umsetzung der im Haushalt etatisierten Stellenhebungen in Be- förderungen

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 06.06.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1056
BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 13
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Neues VermessungsGes für BW

Vorlage des o.g. GesEntw in Abstimmung mit der Landesgruppe der „Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure“
MdlAnfr 2) Gustav-Adolf Haas SPD 12.06.2002 Drs 13/1002
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1692

Integration der Dienststelle Ulm ins Vermessungsamt Ehingen

Auswirkungen der dezentralen Unterbringung in Ehingen auf die angestrebten Synergieeffekte
KlAnfr Martin Rivoir SPD 03.07.2002 und Antw WM Drs 13/1132

Zukunft und Entwicklung der Vermessungsverwaltung

Kostendeckungsgrad, Altersstruktur und Einstellungschancen für Nachwuchskräfte in der staatlichen Vermessungsverwaltung; Vorlage des neuen VermessungsGes in Abstimmung mit dem Berufsverband der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure
KlAnfr Günther-Martin Pauli CDU 18.09.2002 und Antw WM Drs 13/1324

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Erfolgte und geplante Zusammenführungen von Dienststellen, Vergleich der Anteile des mittleren Dienstes sowie der Angestellten und Arbeiter des Vermessungsamts Balingen mit den anderen Ämtern landesweit, Verbesserung der Beförderungsperspektiven von Beamten im mittleren Dienst

KlAnfr Hans-Martin Haller SPD 13.11.2002 und Antw WM Drs 13/1528

Situation der Flurneuordnung und der Vermessung in BW

Derzeitige und künftige Arbeitsbelastung sowie Verflechtungen der beiden Verwaltungen, Entwicklung des Anteils von hoheitlichen und nicht hoheitlichen Tätigkeiten seit 1997, Einspar-effekte von Verfahrensvereinfachungen unter Einsatz moderner Kommunikationsmittel und Messmethoden, Vorschläge iRd Organisationsuntersuchung der Unternehmensberatung Kienbaum, Umsetzung der beschlossenen Verlagerung von Katasterfortführungsvermessungen und Grenzfeststellungen zu den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren sowie der Integration von Dienststellen in die Hauptämter

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/1615

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW
Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 18) - Prüfung der Vermessungsverwaltung

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XV. S. 6 7
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2210
Mittlg LReg 21.02.2005 Drs 13/4041

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Kürzung der Zuführung an den Landesbetrieb Vermessung

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 14 S. 63
ÄAntr SPD 25.03.2003 Drs 13/1926-8 S. 17
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Zukunft der Flurneuordnung im Weinbau

Zahl, Größenordnung, Kosten und Zeithorizont der laufenden und beantragten Verfahren; Einschätzung des künftigen Bedarfs; Verstärkung der Kapazitäten durch die geplante Zusammenlegung der Flurbereinigungsämter mit den Vermessungsämtern

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/1957

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform im Vermessungsbereich

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes im Hinblick auf das Liegenschaftskataster und die Kartographie, den Zugriff auf das Daten-netz für die Dreiecksnetze, das Höhen- und Schwerenet, die Organisation der örtlichen Messtrupps zur Erkundung und Vermessung der Erdoberfläche sowie Herausgabe der topographischen Kartenwerke; Eingliederung der Karlsruher Abteilung Geodäsie?

Antr
s. *Vermessung*
Drs 13/2100

Der Landesbetrieb Vermessung und die angekündigte Verwaltungsreform

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes Festhalten an der Führung des Landesbetriebs Vermessung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen? Einsparung von Personal und Zuführungsmitteln seit Gründung des Landesbetriebs 1996 und iRd aktuellen Reform, Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Vermessung*
Drs 13/2192

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2267

*Haushalt 2004; Epl 07**Kürzung der Zuführung an den Landesbetrieb Vermessung*

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2807-7 S. 37
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2807-25 S. 57
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2847-6 S. 12
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Gefährdung von Ausbildungsplätzen bei den Vermessungsämtern durch die Verwaltungsreform

Zahl der bisher und künftig angebotenen Ausbildungsplätze sowie der jährlichen Übernahmen in den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst; Hinwirkung auf Erhaltung des Angebots und der Qualität der Ausbildung auch nach Übergang der Aufgaben auf die Stadt- und LKreise

Antr Peter Wintruff u.a. SPD 06.05.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3182
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.10.2004 Drs 13/3751 S. 19 20
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Neufassung des VermessungsGes, Änd des MarkscheiderGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des FinanzausgleichsGes, Erhöhung und Neuverteilung des finanziellen Ausgleichs zugunsten der LKreise, Einbeziehung des Aufkommens an Vermessungsgebühren des Jahres 2003

Antr
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/3316

Mehrwertsteuer-Nachentrichtung für Landesbetriebe, die im Zuge der Verwaltungsreform in die Landratsämter eingegliedert werden

Nachentrichtung von Mehrwertsteuer für frühere Anschaffungen beim Landesbetrieb Vermessung und evtl weiteren Landesbetrieben im Zuge der o.g. Eingliederung

MdlAnfr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/3722

Ablehnung der Übernahme von Beschäftigten der Vermessungsverwaltung durch verschiedene LKreise iRd Verwaltungsreform

Benennung der LKreise, die eine mit dem Verwaltungsstruktur-ReformGes garantierte Übernahme ablehnen; Beurteilung der Folgen für die Betroffenen und das Land; Ergreifung entsprechender Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten

Antr
s. *Bediensteter*
Drs 13/4206

Leistungen für landwirtschaftliche Betriebe nach dem „Gemeinsamen Antrag“ im Jahr 2005

Gebührenerhebung von den Landwirten für die Beratung und Größenangaben der Einzelnutzflächen innerhalb eines Flurstücks durch die in die Landratsämter eingegliederte Vermessungsverwaltung, Verweigerung der Gewähr für die Richtigkeit der Angaben trotz der Gebührenerhebung, Frage nach der strafrechtlichen Verantwortung im Falle unrichtiger Flächengrößen im gemeinsamen Antrag des Landwirts und daraus folgenden Überzahlungen der Ausgleichsbeträge

KlAnfr
s. *Vermessung*
Drs 13/4338

Umsetzung der Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Situation der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Schritte zur Erreichung der angestrebten 80 % der Vermessungsaufträge, Stand des Abschlusses entsprechender Zielvereinbarungen zwischen Landesvermessungsamt und unteren Verwaltungsbehörden, Maßnahmen zur Unterbindung der ausschließlichen Vergabe von Vermessungsarbeiten an die staatliche Vermessungsverwaltung durch Gemeinden und LKreise

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 16.06.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4399
BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 11 12
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Zugangsvoraussetzungen zum Lehrberuf Vermessungstechniker/in

Geforderte Kenntnisse und Fertigkeiten im Fachgebiet Liegenschaftskataster in anderen BLändern, Möglichkeiten der Vermittlung dieser Kenntnisse in der Berufsschule und damit eines Ausbildungsangebots auch von freien Vermessungsbüros, Ergebnisse der vom WM in der Stellungnahme zur Petition 13/5540 angekündigten Überprüfung der Ausbildung, Konsequenzen für das Landesvermessungsamt bzw das Ministerium

Antr
s. *Vermessungstechniker*
Drs 13/4848

Haushalt 2006; Nachtrag

Kürzung der Zuführung an den Landesbetrieb Vermessung

ÄAntr SPD 18.11.2005 Drs 13/4840-N 11 S. 65

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

EDV-Probleme bei der Antragstellung für europäische Förderprogramme in der Land- und Forstwirtschaft

Feststellung von Flächendifferenzen bei der GAP-Antragstellung aufgrund der Anwendung unterschiedlicher EDV-Programme, Verwendung veralteter Programme bei der Vermessungsverwaltung in den Landratsämtern, Auswirkungen auf die Auszahlung der beantragten Mittel

MdlAnfr

s. *Datenverarbeitung*

Drs 13/4870

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung beim Vor-Ort-RegPräs bzw L Vermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die ehrenamtlichen Pharmazieräte auf die RegPräs; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw

s. *Personalplanung*

Drs 13/4963

Erstdatenerfassung für das elektronische Grundbuch durch die Vermessungsverwaltung, Kritik an der Höhe der Kosten

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 918 923

Zusammenlegung der Vermessungsverwaltung im Landwirtschaftsbereich mit dem Landesbetrieb Vermessung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1108 1109

Prüfung einer Zusammenlegung der Flurneuordnungs- und Vermessungsverwaltung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2635 2639 2649

Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, Prüfung einer Zusammenlegung mit der Flurneuordnungsverwaltung

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4291 4298

Verweisung auf den Privatisierungsanteil im Vermessungswesen

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4653

Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4900 4925 4928 4934 4936 4941

Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, Erhöhung des Privatisierungsanteils im Vermessungswesen

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4995 5000 5011 5027

Vermieter

s.a. *Mieter*

Erwerb von Belegungsrechten für soziale Randgruppen

Zahl der o.g. mit Instrumenten des Landeswohnraumförderungsprogramms geförderten Wohnungen, Anteil der in den kommenden fünf Jahren auslaufenden Förderung, Zweifel an der Lukra-

tivität einer Vermietung angesichts einer von der L-Bank geforderten Miethöhe von maximal 4,60 Euro in Ballungsräumen

Antr

s. *Wohnung*

Drs 13/4305

Einschränkung der Vertragsfreiheit der Vermieter im Falle einer Umsetzung des AntidiskriminierungsGes der BReg

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6280 6285 6286

Einschränkung der Solvenzprüfung potenzieller Mieter durch Auskunfteien im Auftrag der Vermieter

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7037 7038

Vermögen

s.a. *Erbschaft*

s.a. *Immobilie*

s.a. *Kapital*

s.a. *Öffentliches Vermögen*

s.a. *Vermögensbildung*

s.a. *Vermögenssteuer*

s.a. *Wertpapier*

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Reaktivierung der BRatsinitiative von 1995 zur Abschöpfung von Verbrechenengewinnen, ausschließliche Verwendung dieser Mittel für Zwecke der Polizei und Justiz

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/339

Frauenhandel in BW - Bilanz und Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission Frauenhandel und des Beschlusses der GFMK

Entwicklung des o.g. Deliktbereichs und der strafrechtlichen Verfolgung seit 1996, Umsetzungsstand der Empfehlungen der Fachkommission, Änderungsbedarf des angepassten Ausländerrechts i.S.e. verbesserten Zeugenschutzes? Höhe und Verwendung der eingezogenen Verbrechenengewinne, Unterstützung von Einrichtungen zur Betreuung der Opfer

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/748

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/2658

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem OpferentschädigungsGes

Antr

s. *Menschenhandel*

Drs 13/3463

Armuts- und Reichtumsbericht für BW

Erstellung des o.g. Berichts als Ergänzung und Konkretisierung des entsprechenden Berichts auf Bundesebene

Antr
s. *Armut*
Drs 13/5072

Reaktivierung der BRatsinitiative von 1995 zur Abschöpfung von Verbrechenngewinnen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 366 373 378 379

Vorschlag einer stärkeren Besteuerung der privaten Vermögen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2156 2157

Verteilung der privaten Vermögen in Deutschland

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5577 5578 5581

Effizienz der Abschöpfung von illegal angehäuften Vermögen durch die Steuerfahndung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6702

Vermögens- und Hochbauverwaltung

s. *Bauverwaltung*

Vermögensbildung

s.a. *Baufinanzierung*

Wirtschaftliche und wohnungsbaupolitische Bedeutung der Bausparkassen

Umfang der Vermögensbildung und Investitionsvolumina durch Produkte der Bausparkassen; Beurteilung der steuerpolitischen, förderungspolitischen und mietrechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau; Bedeutung der Eigenheimzulage und der vermögenswirksamen Leistungen für die Schaffung von Wohneigentum; Auswirkungen der Berücksichtigung des Wohneigentums als Bestandteil privater Altersvorsorge im AltersvermögensGes

Antr
s. *Bausparkasse*
Drs 13/1342

Wertentwicklung des Pensionsfonds und die Pensionslasten des Landes

Darlegung der Entwicklung des o.g. aus der Versorgungsrücklage gespeisten Fonds und der Versorgungsausgaben in den nächsten zwanzig Jahren, Einsatz zur Abmilderung der Pensionslasten für den Landeshaushalt

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/1541

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr
s. *Zinsbesteuerung*
Drs 13/2166

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 32) - Zinsen aus Kapitalvermögen und Beihilferückstellungen für Ruhestandsbeamte

Höhe der flüssigen Mittel und Zinseinnahmen der Universitätsklinik, Umfang der Anlage beim Land

Mittlg
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2700

Bewertung der hohen Verluste der normalen Sparer und Kleinaktionäre

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3015

Vermögensbildung der Arbeitnehmer

s. *Vermögensbildung*

Vermögenseinziehungsgesetz

s. *Vermögen*

Vermögenseinzug

s. *Vermögen*

Vermögensteuer

Kritik an der wieder aufgeflamten Diskussion um eine neue Vermögensteuer

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 500

Vorschlag einer Wiedereinführung der Vermögensteuer in der Kompetenz der Länder

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2156 2157

Eintreten für eine Regelungskompetenz der Länder zur Einführung der Vermögensteuer

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2529

Vermögenswirksame Leistung

s. *Vermögensbildung*

Veröffentlichung

s.a. *Anzeige (Bekanntmachung)*
s.a. *Auskunfterteilung*
s.a. *Druckerzeugnis*
s.a. *Information*
s.a. *Öffentlichkeitsarbeit*
s.a. *Zeitschrift*

Informationen des Landesgewerbeamts

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten von Publikationen des LGA; Abstimmung mit der Standortwerbung des Landes?

KlAnfr
s. *Landesgewerbeamt*
Drs 13/65

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzsachen, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer)

GesEntw

s. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*

Drs 13/1373

Hochglanzbroschüre „Ein Stern in Europa“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation des StM mit Abbildungen von Staatsminister Palmer und des MinPräs

Antr

s. *Druckerzeugnis*

Drs 13/1592

Broschüre: „Kinder sind das beste, was wir haben“

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der o.g. Publikation

Antr

s. *Kind*

Drs 13/2304

Freier Zugang zu DIN-Normen

Monopolstellung eines Verlags zur Veröffentlichung von DIN-Normen im vollständigen Wortlaut gegen Entgelt, Frage nach einer freien Zugangsmöglichkeit der Gewerbeaufsichtsämter; Ermöglichung eines einfachen und kostengünstigen Zugangs für Kommunen, LKreise und Unternehmen über das Internet; Festlegung bzw Auslegung des Begriffs „Stand der Technik“ bei öffentlichen Ausschreibungen und Angeboten

Antr

s. *Normung*

Drs 13/2668

Veröffentlichungen des Kultusministeriums

Kosten, Ziele, Informationswert und Adressaten der Publikationen des KM; Entwicklung des Etats und der Zahl von Mitarbeitern für die Öffentlichkeitsarbeit; Frage nach Optimierungsmöglichkeiten und Einsparpotenzialen

KlAnfr

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

Drs 13/2774

Situation und Perspektiven für baden-württembergische Amts- und Mitteilungsblätter

Auflistung o.g. Blätter differenziert nach Auflagen, Herausgebern, Anzeigen- und Werbeumsätzen; Beurteilung der Konkurrenzsituation zu lokalen und regionalen Zeitungen und Zeitungsverlagen; Frage nach einer beabsichtigten Novellierung des Gemeindegewirtschaftsrechts zur Einschränkung der amtlichen Publizistik

Antr SPD 08.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3864

BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 9

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Neutralitätspflicht bei Veröffentlichungen durch Landesministerien

Gewährleistung der parteipolitischen Neutralitätspflicht bei Druckschriften, Internetauftritten etc; Beurteilung einer Veröffent-

lichung mit dem Titel „Goll verbindet Gratulation an Günther Oettinger und Stefan Mappus mit Warnungen vor schwarzgrünen Gedankenspielen“ auf der Homepage des Justizministeriums, Veranlassung der Löschung bzw Unterbindung künftiger Verstöße

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 27.04.2005 und Antw

JuM Drs 13/4281

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr

s. *Verkehrsunternehmen*

Drs 13/4700

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat, Aufnahme einer Verpflichtung zur Veröffentlichung von Verstößen gegen Lebensmittelrecht mit Benennung der Firmennamen, Erhöhung der Mindeststrafen und Mindestbußgelder, Erleichterung des Lizenzzugs u.a.m.

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/4935

Verordnung

s. *Rechtsvorschrift*

Verordnung über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln

s. *Marktveranstaltung*

Verordnung über die Schultypen des Gymnasiums

s. *Gymnasium*

Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

s. *Ordnungswidrigkeit*

Verordnung über Zuständigkeiten nach der Gewerbeordnung

s. *Gewerberecht*

Verordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Verpachtung

s. *Pacht*

Verpackung

s.a. *Papier*

Erhöhung des Anteils der Mehrwegverpackungen von Getränken

DringlAntr SPD 19.06.2001 Drs 13/15
 Antr CDU und FDP/DVP 28.06.2001 Drs 13/33
 PIPr 13/6 28.06.2001 S. 137-151
 Mittlg LReg 07.01.2002 Drs 13/610

Zustimmung der baden-württembergischen LReg zur Novelle der VerpackungsVO

DringlAntr GRÜNE 19.06.2001 Drs 13/16
 Antr CDU und FDP/DVP 28.06.2001 Drs 13/33
 PIPr 13/6 28.06.2001 S. 137-151
 Mittlg LReg 07.01.2002 Drs 13/610

Novellierung der VerpackungsVO - Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen

Antr SPD 17.10.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/325

*Novellierung der VerpackungsVO - Stopp des dramatischen Absinkens der Mehrwegquote durch Einführung einer Pfandpflicht
Hinwirkung auf eine Verpflichtung zur Erhebung von Pfandgeld auf alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen (außer für Wein)*

DringlAntr SPD 06.03.2002 Drs 13/813
 Antr CDU und FDP/DVP 07.03.2002 Drs 13/819
 PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1306-1313
 Mittlg LReg 08.10.2002 Drs 13/1384

Umsetzung der VerpackungsVO

Frage nach einer ersten Bilanz zur flächendeckenden Einführung der Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen, Auswirkungen der firmeninternen Zwischenlösungen im Handel; Überlegungen zur Novellierung der VO

Antr Winfried Scheuermann u.a. CDU 15.01.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1676
 BeschIEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.03.2003 Drs 13/1968 S. 32 33
 PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Novellierung der VerpackungsVO - Vereinfachung des „Dosenpfandes“

Hinwirkung auf eine Verpflichtung zur Erhebung von Pfandgeld auf alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen außer auf Wein- und Spirituosenflaschen sowie PVC-Schläuche und Getränkekartons

Antr SPD 04.02.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/1732

Auswirkungen des Dosenpfandes auf den Getränkemarkt in BW

Entwicklung der Nachfrage und Rücklaufquote; Reaktionen der Produzenten, Verbraucher und des Handels; Erkennung einer Tendenz zu Mehrwegflaschen? Entwicklung des Verbrauchs von Mineralwasser und Bier, Auswirkungen auf das Aufkommen der Biersteuer

Antr Friedlinda Gurr-Hirsch u.a. CDU 29.04.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2033
 BeschIEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 03.07.2003 Drs 13/2313 S. 28 29
 PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3597

Novellierung der VerpackungsVO - Zustimmung des Landes im BRat

Antr Frieder Birzele u.a. SPD 07.08.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2347
 BeschIEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003/30.09.2004 Drs 13/3652 S. 34

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Novellierung der VerpackungsVO

Zustimmung zu dem vom BTag beschlossenen und im BRat anhängigen GesEntw zur Änderung der VerpackungsVO

Antr GRÜNE 05.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2983

BeschIEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 42

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Zustimmung der LReg zur Novellierung der VerpackungsVO im BRat

DringlAntr GRÜNE 30.11.2004 Drs 13/3809

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5854-5862

Erhöhung des Anteils der Mehrwegverpackungen von Getränken

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1026 1027 1035

Erinnerung an die Urheberschaft für das Dosenpfand

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4660 4661

Verpackungsverordnung*s. Verpackung***Verpflegung***s.a. Ernährung**s.a. Mensa**Verwendung regionaler Agrarprodukte in öffentlichen Einrichtungen*

Anreize und Fördermöglichkeiten für o.g. Produkte in Krankenhäusern, Kinderbetreuungseinrichtungen, Kantinen u.a.

Antr

s. Agrarprodukt

Drs 13/586

Förderung regionaler Absatzmärkte für die baden-württembergische Landwirtschaft; hier: Gemeinschaftsverpflegung

Förderung der Umstellung von öffentlichen und privat organisierten Kantinen auf biologisch und/oder regional erzeugte Lebensmittel, Wahrnehmung der Vorbildfunktion beim MLR und Landtagsrestaurant PLENUM, Ausschreibung eines Wettbewerbs, Werbung über die MBW

Antr GRÜNE 21.12.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/606

ÄAntr CDU und FDP/DVP 15.07.2002 Drs 13/1197

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1861-1879

BeschIEmpf und Bericht LandWA 09.10.2002 Drs 13/1577 S. 10

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2353

Mittlg LReg 23.06.2003 Drs 13/2178

Haushalt 2002 und 2003; Epl 08

Umstellung öffentlicher Kantinen auf Produkte aus ökologischem Anbau, Förderung von Absatz- und Ernährungsaufklärungsmaßnahmen für entsprechende Produkte

s. Ökologischer Landbau

Drs 13/658

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1995 des RH zur LHR von BW für das Hj 1993 (Nr. 9) - Beherbergungs- und Bewirtungsbetrieb der FH

Stand der noch ausstehenden Neukonzeption des Verpflegungsbetriebs an der Hochschule für Polizei

Mittlg

s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*

Drs 13/717

Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im Zuge der DM/Euro-Umstellung nach dem 1. Januar 2002

Angebot von Speisen und Getränken zum selben Preis in Euro wie vorher in DM, Maßnahmen gegen diese Art von Preiswucher in den Fremdenverkehrsgebieten, insbes gegenüber Tagestouristen; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr

s. *Preis*

Drs 13/1225

Gesunde Ernährung für Kinder - Chancen für regionale Lebensmittelvermarktung

Hinwirkung auf Angebote von frischen Lebensmitteln aus regionalem Anbau und Ökoanbau insbes iRd Gemeinschaftsverpflegung in Kindertagesstätten und Ganztagschulen, Empfehlung von Schulmilch direkt vom Bauern sowie von Mineralwasser statt gesüßten Getränken

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2059

Ernährungserziehung und gesunde Kinderernährung: Das Land in der Verantwortung

Umsetzung iRd neuen Kerncurricula und Bildungsstandards an Schulen und Kindergärten, Fortbildung der Lehrer und Erzieher, Vorgabe von Qualitätsstandards für Verpflegungsangebote an Ganztageseinrichtungen aus regionalen, saisonalen und ökologisch erzeugten Produkten; entsprechende Optimierung des Pausenangebots im Schulkiosk; Aktualisierung der Schulbücher; Nutzung der Erfahrungen des bayerischen Gesundheitsministeriums sowie von Forschungsergebnissen der Universitäten Heidelberg, Freiburg und Ulm

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/2647

Verantwortung der LReg für die Qualitätssicherung der Ganztagschulen in BW

Evaluation einer nach gesundheitlichen und ökologischen Kriterien ausgerichteten Ernährung

Antr

s. *Ganztagschule*

Drs 13/3035

Ernährung und Ernährungsinformation „Gesunde Ernährung“

Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungskompetenz von Eltern und Kindern bzw zur Vermeidung von Übergewicht und Adipositas, Begleitung der Schulverpflegung, Koordination der Vielzahl von Projekten der verschiedenen Ministerien, Verankerung der Initiativen „Brennpunkt Lebensmittel - Blickpunkt Ernährung“ und „BeKi - Bewusste Kinderernährung“ im Zuge der Umsetzung der Verwaltungsreform in den LKreisen

Antr

s. *Ernährung*

Drs 13/3914

Wettbewerb „Besser essen. Mehr bewegen. Kinderleicht“

Kriterien und Zuständigkeiten für die Auswahl der lokalen und regionalen Initiativen zur Teilnahme am o.g. Bundeswettbewerb zur Vorbeugung gegen Übergewicht bei Kindern, Fördermöglichkeiten für die nicht berücksichtigten Initiativen

Antr

s. *Gesundheitsvorsorge*

Drs 13/4451

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Effizienz der Kampagnen der Marketinggesellschaft BW, verstärkte Anstrengungen im Bereich Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Angebot der Produkte in den Mensen und Kantinen von Ganztagschulen, Aufklärung der Schüler über gesunde Ernährung

GrAnfr

s. *Ökologischer Landbau*

Drs 13/4606

Feststellung eines Rückgangs der Verpflegungsqualität in Zügen und Flugzeugen

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1594

Hinwirkung auf ein ausgewogenes und frisches Verpflegungsangebot an Ganztagschulen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4352

Anteil von Kindern ohne eine häusliche warme Mahlzeit, Notwendigkeit eines Verpflegungsangebots an Ganztagschulen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5871

Bezeichnung des Landes als Kulinaristikland Nummer 1 in Deutschland, Förderung von Initiativen für regionale, gentechnikfreie Speiseangebote in der Gastronomie, Verbesserung der Gästeinformation über die Marke „Schmeck den Süden“

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7954 7955 7957 7958

Versammlungsfreiheit

s. *Versammlungsrecht*

Versammlungsgesetz

s. *Versammlungsrecht*

Versammlungsrecht

s.a. *Demonstration*

Ermittlungen des Staatsschutzes nach öffentlichen Auftritten von Mitgliedern der LReg

Demonstration und Unmutsäußerungen von Bürgern gegen die Kultusministerin bei einem Auftritt in Herrenberg, Auslösung bzw Verhältnismäßigkeit von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen eines möglichen Verstoßes gegen das VersammlungGes; Frage nach dem generellen Umgang mit Bürgern, die ihre von der Regierungspolitik abweichende Meinung äußern

KlAnfr

s. *Ministerin für Kultus, Jugend und Sport*

Drs 13/2549

Historisch bedeutende Gedenkstätten in BW nach dem neuen Versammlungsrecht

Vorlage eines GesEntw mit der Liste der zu schützenden Orte, Darlegung der Kriterien für die Aufnahme der einzelnen Gedenkstätten

Antr
s. *Gedenkstätte*
Drs 13/4144

Versammlungsstätte

Zukunft des Baustoffs Holz

Anteil der Holzerzeugung, -verarbeitung und -vermarktung an der Gesamtwirtschaft; Förderung des Einsatzes bei öffentlichen Bauten; Verhinderung negativer Auswirkungen einer Übernahme der Musterverordnung des Bundes zur Versammlungsstätten-VO

Antr
s. *Holz*
Drs 13/1932

Novellierung der VersammlungsstättenVO

Inhalte und Auswirkungen o.g. Neuregelung, insbes auf die Kosten der Veranstalter und den Einsatz des Baustoffs Holz; Orientierung an der Muster-VersammlungsstättenVO der Bauministerkonferenz? Unterrichtung des WirtA

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 30.05.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2128 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 9-11
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Hinweis auf die Möglichkeit großer Veranstaltungen in der Hochhalle der neuen Landesmesse, Appell zur Rückkehr der Hauptversammlung von Daimler-Chrysler von Berlin nach Stuttgart

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3374

Versammlungsstättenverordnung

s. *Versammlungsstätte*

Versandgeschäft

s. *Versandhandel*

Versandhandel

Versandhandel von Medikamenten über das Internet

Darlegung möglicher Gefahren für die Verbraucher durch die Freigabe des Versandhandels von Medikamenten über das Internet

Antr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/296

Tierschutz bei Haustierzucht, Haustierhandel und Abgabe von Haustieren

Entwicklung der Zahlen von professionellen und privaten Züchtern und Händlern, der rechtlichen Bestimmungen, Kontrollpraxis, Verstöße und deren Ahndung; Anteil und Kontrolle des Tierversandhandels; Beurteilung des Vorschlags einer Dokumentationspflicht bei Verkauf oder Abgabe von Haustieren

Antr
s. *Tierschutz*
Drs 13/2730

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf die Großhändler, den Versandhandel und die Apotheken; Entwicklung der Zahl von Apotheken, Beschäftigten und Auszubildenden sowie der Umsätze seit 1998; Bedeutung und Konkurrenzsituation der Internetapotheken

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Weiterverwendung von Kundendaten nach einer Bestellung im Versandhandel, Notwendigkeit einer Verbesserung des Datenschutzes

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7035 7038

Verschreibung von Arzneimitteln

s. *Ärztliche Behandlung*

Versetzung auf Probe

s. *Schulklasse*

Versetzungsordnung

s. *Schulklasse*

Versicherter

Gesundheitspolitik der BReg am Scheideweg - Kassendefizite und Beitragserhöhungen belasten die Beitragszahler in BW und verstärken die konjunkturellen Risiken

Aktuelle Debatte
s. *Gesundheitswesen*
PIPr 13/6 S. 125

Gesundheitliche Situation von Frauen in BW

Angebot, Nachfrage und Resultate von Behandlungen in den Wechseljahren; Höhe der Kosten von psychologischen Behandlungen, Übernahme durch die Krankenkassen; Genehmigungspraxis der Krankenkassen bei stationären Vorsorge- und Rehaleistungen für weibliche und männliche Versicherte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1123

Gesundheit in Europa

Thematisierung der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung im Oberrheinrat; Auswirkungen und Chancen der gegenseitigen Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen von Deutschen und Schweizern, insbes auch von gesetzlich Krankenversicherten; Unterstützung der Leistungsanbieter einschließlich der Rehabilitationseinrichtungen zur Gewinnung ausländischer Patienten ohne Benachteiligung der deutschen Versicherten

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Auswirkung des Streiks in der Metallindustrie auf die finanzielle Situation der Krankenkassen

Ausfall der Beiträge der Streikenden während des Arbeitskamps unter Aufrechterhaltung der Leistungsansprüche, Unterschiede zwischen freiwillig und gesetzlich Versicherten, Höhe und Folgen der Beitragsausfälle beim letzten Streik

KlAnfr
s. *Streik*
Drs 13/1281

Belegungsverträge der Landesversicherungsanstalt

Kriterien für den Abschluss von Belegungsverträgen mit Fachkliniken, Überprüfung der Belegungspraxis durch die Aufsichtsbehörde, öffentliche Ausschreibung des Bedarfs an Rehabilitationsplätzen, Vorschlag der Selbstauswahl einer wohnortnahen Rehabilitation durch die Versicherten

KlAnfr
s. *Landesversicherungsanstalt*
Drs 13/1328

Selbsthilfeförderung durch die gesetzlichen Krankenkassen

Bereitstellung bzw. Verfehlung der gesetzlich vorgeschriebenen Beträge pro Kopf der Versicherten durch die einzelnen Krankenkassen bundesweit, Hinwirkung auf Umsetzung der Verpflichtungen

Antr
s. *Selbsthilfe*
Drs 13/1741

Genehmigung des Gesundheitsbonusmodells der BKK Fahr durch die LReg

Frage nach einer unabhängigen wissenschaftlichen Evaluation des o.g. Beitragsmodells, Beurteilung der Wartezeit von sechs Monaten für die Teilnahme der Versicherten

Antr
s. *Krankenversicherung*
Drs 13/1888

Entwicklung der Beihilfeleistungen im Land BW für Beamte, Richter und Versorgungsempfänger seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung der Beihilfesituation von freiwillig versicherten Beamten und Ruhehaltsempfängern

Entwicklung o.g. Ausgaben für Beihilfeleistungen im Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfall; Gegenüberstellung der Anteile von Beihilfeberechtigten mit einer privaten Restkostenversicherung sowie einer freiwilligen Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung, Maßnahmen zur Beseitigung der Ungleichbehandlung beider Gruppen in der ärztlichen Behandlung und entsprechenden Gebührenabrechnung, Vorschlag eines Beitragszuschusses zur Krankenversicherung bzw. Einbeziehung der Beamten in die GKV

KlAnfr
s. *Beihilfe für Bedienstete*
Drs 13/2340

Belastung der Bürgerinnen und Bürger in BW durch das ungerichte und unsolidarische CDU-Konzept zur Kopfpauschale in der Krankenversicherung

Aktuelle Debatte
s. *Gesundheitswesen*
PIPr 13/53 S. 3697

Maßnahmen der LReg zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen vertragszahnärztlichen Versorgung durch Kieferorthopäden

Beurteilung von Fällen der Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung; Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zur Unterbindung dieses rechtswidrigen Verhaltens einzelner Vertragszahnärzte bzw. nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen

Antr
s. *Zahnärztliche Behandlung*
Drs 13/2828

Privatabrechnung und Kostenerstattungsverfahren bei kieferorthopädischen Behandlungen in BW

Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung der Leistungen von Vertragszahnärzten, Beurteilung einer entsprechenden landesweiten Verbands-Kampagne, Klärung der Notwendigkeit einer Benachrichtigung der Krankenkasse in jedem Einzelfall und Aufklärung über die Folgen einer solchen Entscheidung für alle künftigen ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlungen für den Versicherungsnehmer und seine Familie, Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen bzw. nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Patienten

Antr
s. *Zahnärztliche Behandlung*
Drs 13/2831

Auswirkungen der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung auf Versicherte, Beschäftigte und Institutionen im Land BW

Verteilung der Aufgaben und Kompetenzen, Auswirkungen auf die bisherige LVA und deren Gestaltungsfreiheit, auf die Zuordnung von Versicherten zu den einzelnen Regionalzentren und die Wahlfreiheit der Rehabilitationseinrichtung; Ausgestaltung der Mitbestimmung der Regionalzentren, Berücksichtigung der bisherigen Größe der einzelnen LVA; Konkretisierung der Pläne der BReg zur Zentralisierung des Sozialversicherungsbeitragsinzugs

Antr
s. *Rentenversicherung*
Drs 13/3455

Arzneimittelversorgung in BW

Auswirkungen der Gesundheitsgesetzgebung auf das Verordnungsverhalten von Ärzten und Apothekern, auf die Arzneimittelausgaben der Kassen bzw. Zuzahlungen der Patienten, insbes. auch auf Heimbewohner, Demenzkranke und deren Angehörige

GrAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/3649

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in BW

Rechtsgrundlagen, Kosten sowie vorgesehene Daten zur Dokumentation und Speicherung auf einer eGK; Auswahl der Regionen zur modellhaften Erprobung; Weiterentwicklung zur freiwilligen Einführung einer elektronischen Patientenakte zur Verhinderung von Mehrfach- und Fehluntersuchungen; Auswirkungen einer Europäischen Gesundheitskarte für die Versicherten, Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch

Antr
s. *Versicherungsunterlagen*
Drs 13/3694

Feststellung einer Rekordhöhe der Beiträge für die Versicherten im Gesundheitswesen, Einführung von Wahlтарifen und Fallpauschalen, Erwartung des Kassenwechsels vieler Mitglieder ab 01.04.2002, Bereinigung der Datenlage bei den Krankenkassen
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405-1425

Auswirkungen des Sparpakets der BReg im Gesundheitswesen auf die Versicherten
 PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075-2090

Vorteile der elektronischen Gesundheitskarte für die gesetzlich Versicherten
 PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7628

Versicherung

- s.a. Gebäudeversicherung
- s.a. Krankenversicherung
- s.a. Rentenversicherung
- s.a. Sozialversicherung
- s.a. Unfallversicherung
- s.a. Versicherungsbeitrag
- s.a. Versicherungssteuer
- s.a. Versicherungsunterlagen

Massive Prämienhöhungen bei Unternehmensversicherungen
 Beitragserhöhungen von allen größeren Versicherungen bei gleichzeitigem Ausschluss von Risiken wie Schadensfolgen aufgrund terroristischer Ereignisse, Begründung mit den Terroranschlägen in den USA? Auswirkungen auf den größeren Mittelstand und Großunternehmen; Veranlassung einer Untersuchung durch die Kartellbehörden

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 20.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/598
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 21 22
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Zunahme von Häufigkeit und Schwere von Unwettern als Folge der Klimaveränderung, Erwartung eines drastischen Anstiegs versicherungspflichtiger Schäden von seiten der Versicherungswirtschaft

GrAnfr
 s. Klima
 Drs 13/734

Hochwasserschutz und Hochwasservorsorge in BW

Entwicklung der Gefahrenschwerpunkte, der bisherigen und notwendigen Maßnahmen; Regelung der Zuständigkeiten und Finanzierungsgrundsätze; Möglichkeiten des Versicherungsschutzes für Bürger und Wirtschaft

Antr
 s. Hochwasser
 Drs 13/1300

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Neuordnung der Gebäudeversicherung sowie der VO über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen

GesEntw

s. Verwaltungsreform
 Drs 13/3201

Versicherungsschutz für das Ehrenamt in BW

Anpassung des Versicherungsschutzes an den anderer BLänder, Höhe und Etatisierung der Kosten dieser Gleichstellung

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 13.01.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/3946
 BeschlEmpf und Bericht SchuLA 03.05.2005 Drs 13/4379 S. 36
 PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Haushalt 2005 und 2006; Epl 08

Fortführung der Zuschüsse zu den Hagelversicherungsprämien
 s. Hagel
 Drs 13/4008

Einführung einer Hagelversicherung als Pflichtversicherung

Frage nach o.g. Plänen, Unterstützung der Landwirte präventiv sowie nach Hagel- u.a. Unwetterschäden in anderen BLändern, Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die aktuellen Rebschäden durch eine Mengenbegrenzung bei der Traubenanlieferung?

KIAnfr Rainer Stickelberger SPD 16.11.2005 und Antw MLR Drs 13/4844

Neue Haftpflichtversicherungsregelung für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer

Vereinbarung eines Selbstbehalts in Höhe von 250 Euro bei Sachschäden mit der o.g. Neuregelung, Vereinbarkeit mit der Gewinnung notwendiger Betreuer bzw der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements

KIAnfr Rainer Stickelberger SPD 04.05.2006 und Antw JuM Drs 13/5238

Zunahme von Unwettern und Hochwasser als Folge des Klimawandels; Vorsorge und Reaktionen der Versicherungen auf diese Entwicklung

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3443

Notwendigkeit einer Präzisierung der Einwilligungsklausel beim Abschluss eines Versicherungsvertrags, Umsetzung der rechtlich gebotenen Anforderungen an den Datenschutz

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7038 7039

Versicherungsbeitrag

Gesundheitspolitik der BReg am Scheideweg - Kassendefizite und Beitragserhöhungen belasten die Beitragszahler in BW und verstärken die konjunkturellen Risiken

Aktuelle Debatte
 s. Gesundheitswesen
 PIPr 13/6 S. 125

Krankenkassen-Risikostrukturausgleich

Positionsbestimmung zum RSA, Anstrengung einer stärkeren Regionalisierung mit regionalisierten Beitragsätzen, einem regionalen Risikostrukturausgleich und der Solidaritätskomponente eines bundesweiten Ausgleichs? Bewertung des GesEntw der BReg zur Aufnahme einer „Morbiditätskomponente“ sowie der Äußerungen des MinPräs

Antr
 s. Krankenversicherung
 Drs 13/114

Haltung der LReg zur Schwankungsreserve in der GRV und zur umlagefinanzierten Rente

Entwicklung der Schwankungsreserve in der GRV seit 1992; Bezeichnung der geplanten Senkung zur Sicherung des Beitragssatzes von 19,1 % als „Betrug an den Rentnern“ durch den MinPräs, Verzicht auf derartige Vorwürfe gegenüber der früheren BReg bei vergleichbaren Vorgängen

Antr
s. *Rentenversicherung*
Drs 13/387

Massive Prämienhöhungen bei Unternehmensversicherungen
Beitragserhöhungen von allen größeren Versicherungen bei gleichzeitigem Ausschluss von Risiken wie Schadensfolgen aufgrund terroristischer Ereignisse, Begründung mit den Terroranschlägen in den USA? Auswirkungen auf den größeren Mittelstand und Großunternehmen; Veranlassung einer Untersuchung durch die Kartellbehörden

Antr
s. *Versicherung*
Drs 13/598

Auswirkung des Streiks in der Metallindustrie auf die finanzielle Situation der Krankenkassen

Ausfall der Beiträge der Streikenden während des Arbeitskamps unter Aufrechterhaltung der Leistungsansprüche, Unterschiede zwischen freiwillig und gesetzlich Versicherten, Höhe und Folgen der Beitragsausfälle beim letzten Streik

KlAnfr
s. *Streik*
Drs 13/1281

Umsetzung der Disease Management Programme (DMPs) in BW

Umsetzung der Behandlungsprogramme für chronisch Kranke, Auswirkungen der Verknüpfung mit dem Risikostrukturausgleich auf die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung, Verhinderung von Manipulationen bei der Umsetzung durch Personalaufstockung der Aufsichtsbehörde entsprechend dem Bundesversicherungsamt; Auswirkungen der RSA-Reformgesetzgebung auf die vom Land eingereichte Klage gegen den Risikostrukturausgleich

Antr
s. *Krankenversorgung*
Drs 13/1283

Genehmigung des Gesundheitsbonusmodells der BKK Fahr durch die LReg

Frage nach einer unabhängigen wissenschaftlichen Evaluation des o.g. Beitragsmodells, Beurteilung der Wartezeit von sechs Monaten für die Teilnahme der Versicherten

Antr
s. *Krankenversicherung*
Drs 13/1888

Belastung der Bürgerinnen und Bürger in BW durch das ungerichte und unsolidarische CDU-Konzept zur Kopfpauschale in der Krankenversicherung

Aktuelle Debatte
s. *Gesundheitswesen*
PIPr 13/53 S. 3697

Verlagerung des Beitragseinzugs von Krankenkassen auf die Rentenversicherungsträger

Gründe und Auswirkungen o.g. Pläne der BReg, Beurteilung durch die Kammern, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter der Selbstverwaltung

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 03.02.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2881
BeschlEmpf und Bericht SozA 18.03.2004 Drs 13/3492 S. 66 67
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Auswirkungen der Organisationsreform der gesetzlichen Rentenversicherung auf Versicherte, Beschäftigte und Institutionen im Land BW

Konkretisierung der Pläne der BReg zur Zentralisierung des Sozialversicherungsbeitragseinzugs

Antr
s. *Rentenversicherung*
Drs 13/3455

Verschuldung von Krankenkassen in BW

Höhe der Kredite für nicht-investive Zwecke bzw zur Deckung der laufenden Verwaltungsausgaben, Tilgung innerhalb des Zeitrahmens nach dem GesundheitsmodernisierungGes, Vorgaben der Landesaufsicht zum Abbau der Schulden, Grundlagen zur Festsetzung der Kassenbeiträge, Kostendeckungsgrad des Beitragssatzes der AOK BW

KlAnfr
s. *Krankenversicherung*
Drs 13/3549

Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit bei der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft BW

Berechnungsgrundlagen und Höhe der Beiträge und Leistungszahlungen für Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie Beitragspflichtige mit Kleinstflächen; Entwicklung der Fälle und Höhe der gezahlten Leistungen an Landwirte, die bereits Altersrente beziehen; Hinwirkung auf eine bundesweite Vereinigung der LBG

Antr
s. *Landwirtschaftliche Sozialversicherung*
Drs 13/4289

Kritik an der angekündigten Erhöhung der Beiträge der AOK Hessen und AOK BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 45 52 57

Kritik an der angekündigten Erhöhung des Beitrags der AOK; Sicherung der Beitragsstabilität in der Rentenversicherung durch das Ökosteueraufkommen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 70 73 74 84 85 93 113 114 118 123

Erwartung einer Umlegung der höheren Versicherungssteuer auf die Versicherungsprämien

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330

Erwartung eines Anstiegs der Rentenversicherungsbeiträge trotz der Ökosteuern, Notwendigkeit einer Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge wegen dem Ausbleiben der Gesundheitsreform

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499 501 504

Senkung des Rentenversicherungsbeitrags mit dem Aufkommen aus der Ökosteuern

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 617

Feststellung eines Rückgangs des Rentenversicherungsbeitrags seit 1998, Anstieg der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 803 815

Senkung des Rentenversicherungsbeitrags mit dem Aufkommen aus der Ökosteuer; Anstieg der Beiträge zur Krankenversicherung

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 866 867 873 874 912

Feststellung einer Rekordhöhe der Krankenversicherungsbeiträge, Erwartung weiterer Steigerungen, Einführung von Wahltarifen, Beitragssenkung der AOK Sachsen mithilfe der Zahlungen aus dem Risikostrukturausgleich

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1405-1411 1415-1417 1420 1421 1423 1424

Zunahme der Beitragseinnahmen in der Sozialversicherung mit der Beschäftigungsquote bzw einem späteren Renteneintritt

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1676 1686 1687 1714 1718

Kritik am Verbot von Beitragserhöhungen der Krankenkassen trotz Zuweisung weiterer Aufgaben, Vorwurf der Zweckentfremdung von Versichertengeldern, Beitragsrückerstattung für aktive Gesundheitsvorsorge, notwendige Beitragserhöhungen der Krankenkassen wegen existenzieller Bedrohung

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075-2078 2080 2083 2090

Senkung des Rentenversicherungsbeitrags mit dem Aufkommen aus der Ökosteuer; Kritik am erneuten Anstieg auf 19,5 %

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112 2117 2126 2134

Erwartung eines weiteren Anstiegs der Renten- und Krankenkassenbeiträge

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2297

Feststellung eines Anstiegs der Sozialversicherungsbeiträge trotz der Ökosteuer

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2356

Kritik an der überproportionalen Steigerung der Krankenkassenbeiträge für Landwirte infolge der Kürzungen im Bundeshaushalt

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3401 3405 3409 3410 3413

Entlastung von Eltern bei den Sozialversicherungsbeiträgen; Ablehnung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen; Verhinderung höherer Rentenversicherungsbeiträge

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3604 3605 3612 3624 3636 3638

Senkung des Rentenversicherungsbeitrags durch eine längere Lebensarbeitszeit

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4025 4026

Mittelfristige Senkung der Beitragssätze als vorrangiges Ziel der Gesundheitsreform

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4216

Ablehnung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5813

Ablehnung der Bürgerversicherung zugunsten eines Gesundheitsprämienmodells

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6404

Verweisung auf die ungeklärte Finanzierung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen, Kritik an der neuerlichen Erhöhung der Beitragssätze zur Krankenversicherung

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6541 6542 6544 6548 6553

Entwicklung der Beitragssätze in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung; Senkung der Lohnnebenkosten mit den Mehreinnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6971 6972 6979

Verhinderung einer Verteuerung der Minijobs mit höheren Sozialversicherungsbeiträgen

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7961

Versicherungskarte

s. Versicherungsunterlagen

Versicherungsprämie

s. Versicherungsbeitrag

Versicherungssteuer

Anregung einer Abgabe der Kfz-Steuer an den Bund und Übernahme der Versicherungssteuer durch die Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5512

Anregung einer Abgabe der Kfz-Steuer an den Bund und Übernahme der Versicherungssteuer durch die Länder

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5822

Anregung einer Abgabe der Kfz-Steuer an den Bund und Übernahme der Versicherungssteuer durch die Länder

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5895

Anregung einer Abgabe der Kfz-Steuer an den Bund und Übernahme der Versicherungssteuer durch die Länder

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7289

Versicherungsunterlagen

s.a. Krankenunterlagen

Krankenschein für Polizeiangehörige in der Freien Heilfürsorge Einführung einer Chipkarte für Krankheitsbehandlungen, Erfahrungen in anderen BLändern

KIAnfr Karl Zimmermann CDU 27.02.2002 und Antw IM Drs 13/804

Spenderorgane in BW

Entwicklung der Zahlen von Spendern und Empfängern seit 1992; Verbesserungsmöglichkeiten durch Einführung von Transplantationsbeauftragten in Krankenhäusern sowie Öffentlichkeitsarbeit; Hinwirkung auf Verankerung der Spendenbereitschaft auf der Versichertenkarte bzw einer späteren intelligenten Chipkarte

Antr
s. *Organspende*
Drs 13/1075

Telemedizin und moderne Dokumentationssysteme in BW

Prüfung der Umsetzbarkeit einer modernen Patientenchipkarte, der elektronischen Patientenakte sowie von Dokumentations- und Spracherfassungssystemen iR eines Modellprojekts; Lösung

der Datenschutzproblematik i.S.d. Patienten; Förderung des iRd Studiengangs „Medizinische Informatik“ der Universität Heidelberg und der FH Heilbronn projektierten Kompetenzzentrums Telemedizin in Heilbronn

Antr
s. *Medizin*
Drs 13/1144

Gesundheit in Europa

Beurteilung der geplanten Einführung einer europaweiten Krankenversicherungskarte

GrAnfr
s. *Gesundheit*
Drs 13/1163

Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) in BW
Rechtsgrundlagen, Kosten sowie vorgesehene Daten zur Dokumentation und Speicherung auf einer eGK; Auswahl der Regionen zur modellhaften Erprobung; Weiterentwicklung zur freiwilligen Einführung einer elektronischen Patientenakte zur Verhinderung von Mehrfach- und Fehluntersuchungen; Auswirkungen einer Europäischen Gesundheitskarte für die Versicherten, Maßnahmen zum Schutz vor Missbrauch

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 22.10.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/3694
BeschlEmpf und Bericht SozA 03.03.2005 Drs 13/4312 S. 35-37
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Freiwillige Schüler-Zusatzversicherung

Anstreben einer pauschalen Versicherung aller Schüler durch die Schulen, Ausstellung eines Sammel-Versicherungsscheins für die Schule bzw einer Kopie für die Versicherten

Antr
s. *Unfallversicherung*
Drs 13/4675

Speicherung von Behandlungsdaten auf der Patientenchipkarte, Berücksichtigung der Vorschläge des Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314 1315 1319

Notwendigkeit einer intelligenten Chipkarte für Patienten, Bereinigung der Datenlage bei den Krankenkassen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1418 1424

Speicherung von Behandlungsdaten auf der Patientenchipkarte, Berücksichtigung der Vorschläge des Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2783

Verbesserung der Qualität im Gesundheitswesen mit der elektronischen Gesundheitskarte

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6582

Verbesserung der Qualität im Gesundheitswesen mit der elektronischen Gesundheitskarte

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7628

Speicherung von Patientendaten auf der elektronischen Gesundheitskarte, Berücksichtigung der Vorschläge des Datenschutzbeauftragten

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7918

Versicherungszeit

Anwartschaften in unterschiedlichen Altersversorgungssystemen
Art und Umfang der Berücksichtigung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie als Landesbeamter, Frage nach Unterschieden in der Höhe der Versorgungsbezüge eines Beamten mit 40-jähriger Dienstzeit sowie eines Pensionärs mit jeweils 20 Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft und als Landesbeamter

KIAnfr
s. *Altersversorgung*
Drs 13/396

Versorgung der Beamten

s.a. *Kommunaler Versorgungsverband*
s.a. *Landesamt für Besoldung und Versorgung*
s.a. *Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder*

Berechnung des Ruhegehalts für Lehrer/innen

Zahl und Bearbeitungsaufwand von o.g. Anfragen an das LbV von Beamten vor Vollendung des 55. Lebensjahres; Einrichtung eines EDV-gestützten Informationsangebots über das LbV zur selbstständigen Abfrage und Errechnung von Ansprüchen

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 18.07.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/96
BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 7
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Anwartschaften in unterschiedlichen Altersversorgungssystemen
Art und Umfang der Berücksichtigung von Anwartschaften in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie als Landesbeamter, Frage nach Unterschieden in der Höhe der Versorgungsbezüge eines Beamten mit 40-jähriger Dienstzeit sowie eines Pensionärs mit jeweils 20 Jahren Tätigkeit in der Privatwirtschaft und als Landesbeamter

KIAnfr
s. *Altersversorgung*
Drs 13/396

Wertentwicklung des Pensionsfonds und die Pensionslasten des Landes

Darlegung der Entwicklung des o.g. aus der Versorgungsrücklage gespeisten Fonds und der Versorgungsausgaben in den nächsten zwanzig Jahren, Einsatz zur Abmilderung der Pensionslasten für den Landeshaushalt

Antr Herbert Moser u.a. SPD 20.11.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1541
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1874
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2657
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2747

Entwicklung der Versorgungsausgaben und Strategie der LReg

Darlegung der Entwicklung bis 2030 und der dabei angelegten gesamtwirtschaftlichen Annahmen, Anteil der Versorgungsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben bei einem realen Wirtschaftswachstum von 0 und 1 %, Maßnahmen zur Kompensation der Steigerungsraten, Anteil der Versorgungsrücklage

Antr GRÜNE 22.01.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1694
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.03.2003 Drs 13/1874
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2657
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2747

Alternativen für Einsparungen im Personalbereich

Darstellung der Effekte folgender Änderungen im Beamtenrecht: Erhöhung der Wochenarbeitszeit der Landesbeamten sowie der Unterrichts- bzw Lehrverpflichtung bei Lehrern und Professoren, Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamten sowie Streichung der Abfindung für Pensionsabschläge und Ermöglichung des Dienstes bis 65, Angleichung der freien Heilfürsorge an die Beihilfe, Absenkung des Ruhegehalts der Professoren auf Beamtenniveau

Antr
s. *Beamter*
Drs 13/1737

HaushaltsstrukturGes 2003

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag zum Ausgleich des Nachtragshaushalts 2003 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Änd des VersorgungsrücklageGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/1763

Pensionslasten und nachhaltige Finanzpolitik des Landes BW

Aktuelle Debatte beantragt von den GRÜNEN
PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2939-2950

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Beamtinnen und Beamten

Frage nach den status-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Konsequenzen, insbes durch die Übernahme von Pensionsansprüchen beim Dienstherrwechsel

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2083

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Beurteilung von Vorschlägen wie Kürzung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Orientierung der Pensionen am Lebenseinkommen bzw Rentenniveau, Rücklagenbildung aus Gehaltsabzügen der Beamten, Verschärfung der Regelungen für Frühpensionierungen, Beschränkung des Beamtenstatus auf die rein hoheitlichen Bereiche; Darstellung der Steigerung der Versorgungsausgaben durch die geplante Umlegung der Sonderzuweisungen auf das Gehalt

Antr GRÜNE 12.06.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2155
BeschlEmpf und Bericht FinA 13.05.2004 Drs 13/3239 S. 11-14
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Die Verschuldung des Landes - Versteckte und Grenzen

Höhe des Barwerts der künftigen Pensionsansprüche der Landesbeamten, Entwicklung der ausgelagerten Verpflichtungen in den letzten zehn Jahren, Vergleich der Zinsbelastung zur Finanzierung dieser Verpflichtungen mit der Zinsbelastung bei Kreditaufnahme im regulären Haushalt, Höhe der veranschlagten und tatsächlich getätigten Investitionen 1997 und 2002

Antr
s. *Schulden*
Drs 13/2193

Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in BW

Streichung des Urlaubsgelds für Beamte ab 2004, Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung ab 2003, Umbenennung in Sonderzahlung und Umlegung auf die monatlichen Bezüge, Teilhabe an künftigen linearen Besoldungsanpassungen und Ruhegehaltsfähigkeit, Verzicht auf Kürzung des Familienzuschlags, Übergangsregelungen für Versorgungsempfänger; Änd des MinisterGes und der UrlaubsVO; Außerkrafttreten des Ges über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung und des LandesurlaubsgeldGes

GesEntw
s. *Zulage zum Arbeitsentgelt*
Drs 13/2396

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 32) - Zinsen aus Kapitalvermögen und Beihilferückstellungen für Ruhestandsbeamte

Höhe der flüssigen Mittel und Zinseinnahmen der Universitätsklinik, Umfang der Anlage beim Land

Mittlg
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/2700

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004

Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik; Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr
s. *Personalkosten*
Drs 13/3376

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Änd des Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen, Streichung der 13. Monatspension für Beamte aus dem höheren und gehobenen Dienst

ÄAntr GRÜNE 26.01.2005 Drs 13/4012-11 S. 30 31
ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4052-11 S. 13 14
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 02**Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen*

Streichung der 13. Monatspension für die Ruhestandsbeamten aus dem höheren und gehobenen Dienst

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Haushalt 2006; Nachtrag

Änd des Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen, Streichung der 13. Monatspension für Beamte aus dem höheren und gehobenen Dienst

EAntr GRÜNE 14.11.2005 Drs 13/4840-N 52 S. 116
EAntr GRÜNE 29.11.2005 Drs 13/4873-39 S. 62
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ablehnung einer Kürzung der Pensionen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 68 69

Regelung der Ruhegehaltsfähigkeit der leistungsbezogenen Zulagen für Professoren

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 408 412

Zuordnung der Versorgungslasten an die einzelnen Ressorts; Plädoyer für eine zeitliche Vorverlagerung der Pension

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 802

Erwartung eines Gutachtens des RH zur Frühpensionierung von Beamten und den damit verbundenen Versorgungslasten

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1683 1687

Entwicklung der Pensionslasten, Vorwurf der mangelnden Vorsorge

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2331

Entwicklung der Pensionslasten bis 2020, Lob für die Vorsorgeleistungen der Kommunen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2372 2378

Höhe der verdeckten Schulden durch steigende Pensionslasten im Haushalt, Vorschläge zur Abmilderung der Belastungen, Zuordnung der Pensionen an die einzelnen Ministerien bzw Epl

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2652 2653 2655 2663 2668 2670 2674 2676 2677

Bedeutung einer Verwaltungsreform zur Abmilderung der Pensionslasten, Befürchtung einer Strangulierung der Haushalte durch die Pensionsausgaben

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2703 2709-2711 2720 2726 2730

Vorschläge zur Bewältigung der Versorgungslasten, Ausweisung der Zahlen im Haushalt, Suche nach dem Idealmodell eines Pensionsfonds, Vorschlag einer Streichung des 13. Monatsgehalts für Pensionäre, Absenkung der Ministerversorgung analog zu den Beamtenpensionen

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2921 2939-2950 2961-2967

Anregung einer Streichung des 13. Monatsgehalts für Pensionäre

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3512

Abmilderung der Pensionslasten mit der Verwaltungs- und Justizreform; Höhe der verdeckten Schulden durch steigende Pensionslasten, Forderung nach Ausweisung im Haushalt; Kritik an der Ruhegehaltsfähigkeit der Sonderzahlungen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3632 3640 3675 3676 3680 3681

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt, Entwicklung der Zahl von Pensionären, Absenkung des heutigen Pensionsniveaus

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3944 3947

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt, Absenkung des Pensionsniveaus, Ausweisung künftiger Pensionsverpflichtungen im Haushalt, Anstrengung einer bundeseinheitlichen Regelung

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4017 4027-4029 4032-4034 4037 4055 4057 4060 4064

Höhe der Versorgungsausgaben, Absenkung des Pensionsniveaus, Kritik an der mangelnden Vorsorge, Analyse und Vorschläge des RH zu den Pensionslasten

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4154 4155 4157 4158 4176 4188 4224-4226

Anteil und Dynamik der Pensionsverpflichtungen im Haushalt, Erstellung einer Generationenbilanz, Absenkung des Niveaus der Pensionen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4368 4369 4373 4378

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt, Veranschlagung in den jeweiligen Einzelplänen, Absenkung des heutigen Pensionsniveaus

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4444 4450 4451 4453 4454

Absenkung des heutigen Pensionsniveaus

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5156 5157

Bedenken des RH zur Ruhegehaltsfähigkeit von Leistungsbezü- gen der Professoren

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5348-5353

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639 5643 5645

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt, Absenkung des heutigen Pensionsniveaus, Einrichtung eines Pensionsfonds, Streichung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5803 5809 5810 5817-5819 5822 5824-5827

Jährliche Steigerungsraten der Pensionskosten, Streichung der 13. Monatspension

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5866 5876 5903 5919 5951

Vorschläge zur Eindämmung der steigenden Pensionslasten, Absenkung des heutigen Pensionsniveaus, Streichung der 13. Monatspension

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6108 6112 6116

Streichung der 13. Monatspension für Ruhestandsbeamte aus dem höheren und gehobenen Dienst, Erwartung eines explosionsartigen Anstiegs der Versorgungsausgaben

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6153 6158 6163

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6312

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6360 6363 6364 6367-6369 6388 6392

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt, Streichung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre aus dem gehobenen und höheren Dienst

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6489 6492 6499

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt, Streichung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre aus dem gehobenen und höheren Dienst

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7334 7336 7345-7347 7349

Anteil und Dynamik der Versorgungsausgaben im Haushalt, Streichung des 13. Monatsgehalts der Pensionäre aus dem gehobenen und höheren Dienst

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7399 7402

Höhe der zu erwartenden Pensionsausgaben des Landes im Jahr 2025

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7556

Versorgungsamt

s. Versorgungsverwaltung

Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Forderungen an die Universitätsklinik und das Land als Folge eines Ausstiegs aus der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder?

Rechtsgrundlage und Höhe möglicher Ablöseforderungen der VBL als Folge des angestrebten Ausstiegs der Universitätsklinik

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4028

Ausstieg der Universitätsklinik aus der Versorgungskasse des Bundes und der Länder

Beurteilung des o.g. Ausstiegs und seiner Folgen für die Beschäftigten und das Land, Frage nach Alternativen bzw der Höhe der Restwertfinanzierung

Antr
s. *Universitätsklinik*
Drs 13/4140

Versorgungsanstaltsgesetz

s. *Altersversorgung*

Versorgungsrücklage

s. *Versorgung der Beamten*

Versorgungsverwaltung

s.a. *Landesamt für Besoldung und Versorgung*
s.a. *Versorgung der Beamten*
s.a. *Zusätzliche Altersversorgung*

Zukunft der baden-württembergischen Versorgungsverwaltung
Entwicklung der Aufgaben und Personalausstattung seit 1992; Gründe und Auswirkungen der Eingliederung des Landesversorgungsamts in die RegPräs und der Versorgungsämter in die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit mit der nach Bundesrecht erforderlichen Fachkompetenz und Behördenstruktur, mit dem Recht des Datenschutzes und der Personalvertretungen; Umgestaltung zu modernen Landessozialbehörden nach der Forderung von Behindertenverbänden, Ansiedlung bei neu zu schaffenden Regionalkreisen

GrAnfr SPD 17.06.2003 und Antw SM Drs 13/2170
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2267

Zukunft des Versorgungsamts Stuttgart

Verzicht auf eine Eingliederung in die LKreise Böblingen, Esslingen und Waiblingen im Zuge der Verwaltungsreform; Erhaltung der behindertengerechten Erreichbarkeit in Stuttgart

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 30.10.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2560
BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 14 15
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Erhaltung der Versorgungsverwaltung, der Landeswohlfahrtsverbände, Straßenbauämter und Straßenmeistereien in ihrer jeweils bisherigen Form; Verzicht auf eine Zerschlagung des Landesdenkmalamts

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3076

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Errichtung eines VersorgungsverwaltungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Aufgaben der Gesundheitsämter - Verwaltungsreform

Aufgaben vor und nach dem 01.01.2005; Eingliederung von Ärzten der Versorgungsämter in die Gesundheitsämter der LKreise zur Erstellung von Gutachten, Beschleunigung der Bearbeitung entsprechender Anträge; Prüfung einer Übertragbarkeit von Aufgaben auf niedergelassene Ärzte o.a. Stellen

Antr
s. *Gesundheitsbehörde*
Drs 13/3655

Umsetzung der Verwaltungsreform in BW und Auswirkungen bei Aufgaben der Versorgungsämter

Verzögerte Bearbeitung der Anträge auf Anerkennung von Schwerbehinderungen seit Eingliederung in die Landratsämter, Auswirkungen für die älteren Arbeitnehmer mit Anspruch auf eine Altersrente wegen Schwerbehinderung bzw verlängerte Zahlung von Krankengeld durch die Krankenkassen

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 31.05.2005 und Stellungnahme SM Drs 13/4358
BeschlEmpf und Bericht SozA 14.07.2005 Drs 13/4924 S. 28 29
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Ges zur Änd des ErnennungsGes u.a. Vorschriften

Bündelung der Personalverwaltung für die iRd Verwaltungsreform an die Landratsämter versetzten Fachbeamten des Forst- und Vermessungsdienstes sowie der Versorgungsverwaltung

beim Vor-Ort-RegPräs bzw L Vermessungsamt; Übertragung der Personalverwaltung für die ehrenamtlichen Pharmazieräte auf die RegPräs; Änd der BeamtenrechtszuständigkeitsVO

GesEntw
s. *Personalplanung*
Drs 13/4963

Eingliederung des Landesversorgungsamts in das RegPräs Stuttgart sowie der Versorgungsämter in die Landratsämter

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898 4901 4910 4911 4924 4934 4935

Eingliederung des Landesversorgungsamts in das RegPräs Stuttgart sowie der Versorgungsämter in die Landratsämter

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4992 4993 4995 4996 4998 5011 5012 5016 5032

Vertikaler Finanzausgleich

s. *Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern*

Vertrag

s.a. *Beurkundung*
s.a. *Internationales Abkommen*

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Erklärung des Verkehrsvertrags zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der DB Regio AG für nichtig durch die Vergabekammer Magdeburg; Notwendigkeit der Ausschreibung von Leistungen des SPNV und Vergabe in Losen als Konsequenz dieser Entscheidung

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/1179

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn

Frage nach dem zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteil an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer bis 2016

MdlAnfr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2247

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG 2003-2016

Ausgestaltung und Finanzvolumen des o.g. Vertrags; Gründe und Auswirkungen des geringen, zur Ausschreibung und Vergabe vorgesehenen Anteils an Schienenverkehrsleistungen innerhalb der Vertragsdauer; Vereinbarkeit mit dem Vergaberecht; Rückgabe der geförderten Fahrzeuge durch die Bahn AG bei einer Neuvergabe der Teilnetze?

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/2303

Auswirkungen des EuGH-Urteils auf ÖPNV-Förderung

Auswirkungen der o.g. Entscheidung zum Magdeburger Urteil in Sachen Altmark Trans, insbes auf die Bezuschussung von Schienenverkehrsleistungen an Unternehmen ohne zugrunde liegende Verkehrsverträge; Art der Berechnung dieser Ausgleichszahlungen; Vermeidung von Überkompensationen

KlAnfr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2443

Ausweitung des schaffnerlosen Betriebs in Regionalzügen der DB AG

Strecken und Zuggattungen für den Einsatz des technikbasierten Abfertigungsverfahrens, entsprechende Regelungen im Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und im Ausschreibungsverfahren für die Schwarzwaldbahn, Frage nach Unfällen u.a. Zwischenfällen

Antr
s. *Eisenbahnpersonal*
Drs 13/2928

Potenzielle Nichtigkeit des Nahverkehrsvertrags des Landes mit der DB Regio AG

Bewertung als Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht durch die EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Frage nach finanziellen Vorkehrungen für den Fall der Nichtigkeit des Vertrags

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/2952

Verkehrsvertrag des Landes BW mit der DB AG

Information über den o.g. Vertrag einschließlich aller Nebenabreden und durchgeführten Vergabeverfahren, Stellungnahme zu den Vorwürfen der EU-Kommission, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen

Antr SPD 02.03.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/2956
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 19.05.2004 Drs 13/3348 S. 19 20
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Verkehrsvertrag des Landes mit der Deutschen Bahn AG

Fragen zur Ausgestaltung des o.g. Vertragswerks, insbes Abbestellung von Verkehrsleistungen, Aufgabe von Strecken, Rückzahlung von Zuschüssen, Konsequenzen aus einer Erhöhung oder Kürzung der Regionalisierungsmittel, Gewichtung und Folgen der Verletzung vereinbarter Qualitätskriterien, verbleibendes Volumen für Ausschreibungen

GrAnfr GRÜNE 21.05.2004 und Antw LReg Drs 13/3233

Drohende Streichung von Schienenverkehrsleistungen in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken, erwartete Einsparungen, Verwendungszwecke der frei werdenden Regionalisierungsmittel? Einsatz für Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen und zur weiteren Umsetzung des integralen Taktfahrplans

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3258

Streichungen von Leistungen im SPNV in BW

Umfang der geplanten Abbestellungen iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, betroffene Strecken und erwartete Einsparungen; Höhe des Differenzbetrags zwischen den bisher gewährten Zuschusszahlungen und den Einsparungen infolge der Streichungen; Kompensation der Abbestellungen durch Mehrverkehre auf stärker nachgefragten Relationen

Antr
s. *Schienenverkehr*
Drs 13/3354

Wahrheitsbegriff des Staatssekretärs im Umwelt- und Verkehrsministerium

Umfang der geplanten Abbestellungen von Verkehrsleistungen im SPNV iRd Verkehrsvertrags mit der DB Regio AG, Verneinung dieser Pläne durch Staatssekretär Mappus im SWR-Fernsehen sowie im Plenum des Ltg. Vereinbarkeit von Aussagen zur Ablehnung einer Beteiligung des Verbands Region Stuttgart an den freien Regionalisierungsmitteln mit dem Abschluss einer Vereinbarung mit dem VRS über eine Beteiligung an diesen Mitteln

Antr

s. Mappus, Stefan MdL CDU

Drs 13/3357

Vereinbarkeit des Nahverkehrsvertrags zwischen dem Land BW und der DB Regio AG mit europäischem Wettbewerbsrecht

Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens der EU-Kommission gegen die Bundesrepublik, insbes wegen fehlender Transparenz und Ausschreibung und damit Bevorzugung der DB Regio AG gegenüber anderen Eisenbahnunternehmen; Konsequenzen einer Bestätigung dieser Rechtsauffassung durch den EuGH für den o.g. Verkehrsvertrag, Frage nach möglichen Schadenersatzforderungen

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 17.02.2005 und Stellungnahme UVM Drs 13/4071

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 12.05.2005 Drs 13/4379 S. 53

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6875

Verzicht der LReg auf Ausschreibungen von Teilnetzen iRd Verkehrsvertrags mit der DB AG

Frage nach einer freihändigen Vergabe; Vereinbarkeit der angekündigten Wettbewerbsverfahren mit Unwägbarkeiten wie z.B. einer Elektrifizierung der Südbahn, Betrieb des Nordwürttemberg-Netzes als ein Pilotprojekt für Regio-Netze nach dem Vorbild der Kurhessenbahn, Problematik der Ländergrenzen überschreitenden Bahnstrecken bzw einer gemeinsamen Ausschreibung von Grenzverkehren

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 21.06.2005 und Antw IM Drs 13/4424

Auswirkungen des neuen Stationspreissystems der DB auf die Stationspreise von Haltepunkten, deren Bau durch GVFG-Mittel finanziert wurde

Auswirkungen o.g. Verteuerung auf die Halte der DBAG u.a. vom Land beauftragten Eisenbahnunternehmen trotz der Mitfinanzierung solcher Haltepunkte durch das Land und Kommunen, Frage nach einer Absicherung gegen diese Kostensteigerungen im landesweiten Verkehrsvertrag mit der Bahn AG und evtl anderen Verkehrsverträgen; Abwehrmaßnahmen gegen die Vorgehensweise der DBAG

KlAnfr

s. Stationspreis

Drs 13/4731

Ausgestaltung und Laufzeit des Verkehrsvertrags mit der Bahn AG

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4426 4428 4430 4434 4437-4439

Anstrebung eines einheitlichen Vertragsrechts in Europa

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4841 4843 4844 4847 4850 4851

Vertragsforschungseinrichtung

s. Forschung

Vertreibung

s. Vertriebener

Vertretung BW bei der Europäischen Union*Repräsentanz des Landes in Brüssel*

Derzeitige und geplante Personalstruktur des Brüsseler Informationsbüros; Erwerb eines Gebäudes und Nutzung als „Haus BW“, Vorlage eines Finanzierungsplans; frühzeitige Information und Einbeziehung des Ltg in Fragen der Europapolitik

Antr GRÜNE 13.06.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/11
BeschlEmpf und Bericht StändA 06.12.2001 Drs 13/616 S. 4

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Unterbringung der Landesvertretung bei der Europäischen Union in Brüssel

Prüfung unterschiedlicher Möglichkeiten, insbes von Kooperationsmodellen mit anderen BLändern

Antr Herbert Moser u.a. SPD 26.06.2001 und Stellungnahme StM Drs 13/32

BeschlEmpf und Bericht FinA 20.09.2001 Drs 13/306 S. 3

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 11) - Vertretungen des Landes BW beim Bund und bei der Europäischen Union

Mittlg

s. Landesvertretung beim Bund

Drs 13/2700

Ausbau der Vertretung des Landes in Brüssel zu einem „Haus BW“

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43

Beteiligung des Ltg beim Erwerb einer Immobilie für die Repräsentanz des Landes in Brüssel

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 95

Kritik am Personalausbau bei der Vertretung des Landes in Brüssel

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 330 331

Zuständigkeit des StM für die Vertretung in Brüssel, Ausbau der Präsenz und Suche nach einer zentralen Unterbringungsmöglichkeit

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 611

Begrüßung der Suche nach einer repräsentativen Vertretung mit entsprechender Personalausstattung in Brüssel

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1467

Verbesserung der Repräsentanz des Landes in Brüssel mit der zentralen Vertretung vor Ort

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2154 2162

Verbesserung der Repräsentanz des Landes in Brüssel mit der neuen zentralen Vertretung vor Ort

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3799 3807 3808

Feststellungen des RH zur Personalausstattung der Landesvertretung in Brüssel und zu deren Umgang mit Haushaltsmitteln und -vorschriften

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4056-4060

Suche nach einer Erklärung für den Kostenanstieg bei der Landesvertretung in Brüssel

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4448

Bewertung der Brüsseler Landesvertretung als gut aufgestellt, Vergleich der Personalausstattung mit anderen Ländern

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4844 4846 4850

Weiterleitung der Berichte der Brüsseler Landesvertretung an das Parlament

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5125

Anregung einer Übertragung der Zuständigkeit für die Brüsseler Landesvertretung auf Minister Köberle; Begründung der Personalaufstockung in der Landesvertretung; Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Bundesvertretung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5490-5493 5509

Stärkung der Brüsseler Landesvertretung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403

Lob für die Arbeit der Brüsseler Landesvertretung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7141

Vertretung des Landes beim Bund

s. Landesvertretung beim Bund

Vertriebener

s.a. Flüchtling

s.a. Haus der Heimat

Kein Zentrum gegen Vertreibung in Berlin

Ablehnung des o.g. Zentrums; Eintreten für das vom polnischen Staatspräsidenten und dem früheren deutschen Bundespräsidenten unterstützte „Europäische Netzwerk Zwangsmigration und Vertreibung“

Antr SPD 11.08.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3497
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 6

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 11) - Förderung der Kulturarbeit nach dem BundesvertriebenenGes

Mittlg

s. Kultur

Drs 13/4103

Landesausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“

Thematisierung der Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen seit Kriegsende in BW, Vorschlag einer eigenen Ausstellung im Haus der Geschichte

Antr Thomas Blenke u.a. CDU 03.02.2006 und Stellungnahme IM Drs 13/5123

Aufbauleistungen der Heimatvertriebenen, Wissensvermittlung über das Unrecht der Vertreibung an den Schulen, Förderung der Kulturarbeit der Vertriebenen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 55

Bemerkungen des RH zur Förderung der Kulturarbeit der Vertriebenen

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6386

Ablehnung jeglicher Form von Geschichtsvergessenheit, Eintreten für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin; Erinnerung an die erfolgreiche Integration der Vertriebenen in BW

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6403 6416

Würdigung der erfolgreichen Integration und Aufbauleistung der Heimatvertriebenen in BW

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7646 7660

Verwaltung

s.a. Arbeitsverwaltung

s.a. Ausländerbehörde

s.a. Bauverwaltung

s.a. Behörde

s.a. Bürokratie

s.a. Finanzverwaltung

s.a. Hochschule für öffentliche Verwaltung

s.a. Landesverwaltungsgesetz

s.a. Neues Steuerungsmodell

s.a. Schulbehörde

s.a. Sonderbehörde

s.a. Vermessungswesen

s.a. Versorgungsverwaltung

s.a. Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie

s.a. Verwaltungsfachwirt

s.a. Verwaltungsgericht

s.a. Verwaltungsrichter

s.a. Verwaltungsverfahren

s.a. Verwaltungszustellungsgesetz

s.a. Wasserverwaltung

Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform der Verwaltungsorganisation

Aufgaben und Zusammensetzung einer Kommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus, Erarbeitung von Reformvorschlägen

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/26

Verwaltungsreform

Berufung einer Expertenkommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus und Erarbeitung von Reformvorschlägen, insbes Prüfung von Möglichkeiten zur Aufgabenübertragung von den LKreisen auf die Gemeinden und von den Reg-Präs auf die Regionen, Ministerien o.a. Verwaltungsträger

Antr

s. Verwaltungsreform

Drs 13/27

Förderung der Gleichstellung von Frauen

Maßnahmen und Mitteleinsatz für frauen- und gleichstellungspolitische Maßnahmen seit 1996, Anteil und Fördervolumen sowie Kofinanzierung von EU-Programmen, Verwendung von

Mitteln aus der Landesstiftung bzw der Zukunftsoffensive „Junge Generation“, Ziele der Frauenförderung in Funktionsstellen der Landesverwaltung, Bewertung der Initiativen als Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts BW

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/185

Gender Mainstreaming konsequent umsetzen

Stand, Ziele und Instrumente der Implementierung der Gender-Mainstreaming-Strategie in allen Bereichen und Ebenen der Landesverwaltung; Bereitstellung der finanziellen und personellen Ressourcen sowie Schulungseinheiten; Erfahrungen und Ausweitung des Mentorinnenprogramms; Bindung der Mittelvergabe iRd Europäischen Sozialfonds an das Gender-Mainstreaming-Prinzip; Akzeptanz des Fortbildungsangebots des SM; Differenzierung von Statistiken nach Geschlechtern; Verankerung des Gender Mainstreaming bei der Novellierung des LGleichstellungsges

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/631

Laufbahnrechtliche Einordnung von Master-Abschlüssen

Eröffnung des Zugangs zum höheren Dienst für Absolventen der Master-Studiengänge an den FH

Antr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/708

Gutachten, Studien u.a. externe Stellungnahmen im Auftrag der LReg und Landesbehörden

Vergebene Gutachten seit 1996 nach Ministerien, Auftrag, Auftragnehmer und Kosten; analysierte Bereiche der Landesverwaltung, Bedeutung und Umsetzung der Empfehlungen der externen Organisationsgutachten, Kriterien der Expertenauswahl, Ausschreibung von Aufträgen

Antr
s. *Gutachten*
Drs 13/832

Interkulturelle Kompetenz

Definition und Stellenwert der interkulturellen Kompetenz in den Verwaltungen von Land und Kommunen, in Schulen und Kindergärten; Verankerung in den Ausbildungen der Mitarbeiter bzw Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter u.a.; Bedeutung der Fremdsprachenkompetenz, Ausbildung und Einstellung von Migranten; Entwicklung und Akzeptanz der Fort- und Weiterbildungsangebote, Gewährleistung der Information und finanziellen Ausstattung der Maßnahmen

GrAnfr
s. *Kultur*
Drs 13/1012

Gesamtkonzeption der Integrationspolitik in BW

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Gesundheitsbereichs, Maßnahmen zur Frauenförderung und Geschlechtergleichstellung

GrAnfr
s. *Ausländer*
Drs 13/1030

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Antr
s. *Tübingen*
Drs 13/1082

Einführung neuer Steuerungsinstrumente (NSI) in der Landesverwaltung

Abbau von 3500 Stellen zur Gegenfinanzierung der NSI, Darlegung der betroffenen Bereiche, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen? Finanzierung von Reisekosten für NSI-Schulungen aus dem allgemeinen Reisekostenetat, vorzeitige Ausschöpfung dieser Mittel; Verzicht auf Stellenabbau bei der Polizei, Bildung, Steuerverwaltung und Justiz

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1167

Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung

Beurteilung des o.g. Instruments zur Durchsetzung der Chancengleichheit von Frauen und Männern, Umsetzung von Vorschlägen der interministeriellen Projektgruppe, Prüfung aller Kabinettsvorlagen und GesEntw auf ihre gleichstellungspolitischen Auswirkungen, Akzeptanz der entsprechenden Fort- und Weiterbildungsangebote, insbes von Führungskräften; Anwendung des Gender Mainstreamings bei der Personalauswahl und -planung, Verankerung als Leitprinzip im LGleichberechtigungsges, Realisierung im Regierungshandeln

GrAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1204

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1240

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneuordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr Peter Hauk u.a. CDU 02.10.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1366 (19 S.)
BeschlEmpf und Bericht LandWA 04.12.2002 Drs 13/1725 S. 49-51
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2692

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW
Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/1722

Neuaustrichtung des Projekts „Neue Steuerungsinstrumente“ (NSI)

Darlegung der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und Vertragspartner, bisheriger Mittelabfluss und aktueller Finanzierungsplan; ressort- und aufgabenspezifische Evaluation der Einführungsphase mit dem Funktionsumfang I, Stopp der nächsten Phase, Durchführung einer besonderen Eignungsprüfung und Kosten-Nutzen-Rechnung vor Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung mit Controlling in den verschiedenen Bereichen der Landesverwaltung, Erarbeitung einer Neukonzeption, Wahrung der Beteiligungsrechte der Personalvertretungen

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1754

Verwaltungsreform der LReg und die Neuaustrichtung von NSI
Verzicht auf eine flächendeckende und schnelle Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung, Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, Vorlage der abgeschlossenen Verträge und Überprüfung auf die Möglichkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung des NSI-Konzepts, ggf Herbeiführung der notwendigen Änderungskündigungen

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/1962

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Auflistung der von Abbau, Zusammenlegung und Eingliederung betroffenen Behörden sowie des Personalstands vor/nach der Reform; Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips; erzielbare Effizienzrendite, Vergleich mit der Eingliederung von Sonderbehörden 1995; mögliche Kollisionen mit laufenden Reformvorhaben und der Stellung der Regionen; Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben und Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2013

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsbera-

tung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2070

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI

Veränderungen an der bisherigen Konzeption, Herausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden vom Funktionsumfang II mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, insbes des Polizeibereichs; Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten, Anteil des Aufwands für Werbemittel; Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Systemdienstleister über eine mögliche Vertragsveränderung oder -kündigung

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2338

Stand und Erfolg der diversen Stellenabbauprogramme der LReg

Erreichte und noch geplante Personaleinsparungen iRd Stellenabbauprogramme, betroffene Bereiche und Behörden der Landesverwaltung; Verteilung auf Altersteilzeit, Frühpensionierung, Kündigungen, natürliche Fluktuation, Ausgliederung von Behörden oder Privatisierung von Aufgaben; Vorschaltung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion

KlAnfr
s. *Personalplanung*
Drs 13/2556

Novellierung des LGleichberechtigungGes

Verstärkte Berücksichtigung von Frauen in unterrepräsentierten Bereichen bei Einstellungen und Beförderungen; Verbesserung der Rechte, der Kompetenzen und Freistellung der Frauenvertreterinnen; Regelung der Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs untereinander; Einbeziehung der Kommunen und LKreise in den Geltungsbereich des Gesetzes

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/2593

Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation in der Landesverwaltung sowie den Unternehmen und Betrieben des Landes

Angebot von Ausbildungsstellen in einem privatrechtlichen Ausbildungsverhältnis für bis zu fünf Jugendliche im Ltg sowie von zusätzlichen Ausbildungsplätzen in den o.g. Bereichen

Antr
s. *Ausbildungsplatz*
Drs 13/2721

Strategie zur Stärkung der Informations- und Kommunikationstechnologie in BW

Bisherige und künftige Entwicklung der kabelgebundenen, terrestrischen, satellitengestützten und mobilen digitalen Übertragungswege; Darlegung von Mindeststandards, Rahmenbedingungen, Anbietern und Nutzern; Anreize für die flächendeckende Einführung der digitalen Signatur; Chancen und Kompatibilität einer Personal Card mit E-Commerce-Funktion und Einsatzfähigkeit als Bürger- und Gesundheits-Card; EDV-Programme und -systeme der Landesverwaltung und Sonderbehörden, Koordinierungsbedarf im Hinblick auf die Verwaltungsreform, Umsetzung von Ergebnissen der Expertengremien, Ziele der wei-

teren Durchsetzung von E-Government; Vergleich mit anderen BLändern

GrAnfr
s. *Informations- und Kommunikationstechnik*
Drs 13/3388

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Flexibilisierung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit; Vergabe von Führungspositionen auf Zeit; Verbesserung von Personalentwicklungskonzepten in der Landesverwaltung, Förderung einer ressortübergreifenden Personalplanung

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Neue Steuerungsinstrumente (NSI)

Feststellung einer einheitlichen, flächendeckenden Umsetzung der neuen Steuerungsinstrumente als nicht angemessen und viel zu teuer; Vorlage einer Konzeption zur vollständigen Neuausrichtung des Projekts unter Berücksichtigung der verschiedenen Bereiche und neuen Strukturen der Landesverwaltung

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/3436

Kampagne zur Reduzierung von Stand-by-Verlusten und Erhöhung der Energieeffizienz bei privaten Haushalten, in der öffentlichen Verwaltung sowie gewerblich genutzten Elektro- und Elektronikgeräten in BW

Durchführung einer Informationskampagne mit o.g. Zielsetzung, insbes bei der Nutzung von IuK-Technik, Computern u.a. Geräten; Herausgabe eines Runderlasses an alle Landesbehörden zur Beschaffung einer zertifizierten, energieeffizienten Bürokommunikationstechnik, Einsatz von schaltbaren Steckerleisten als Erstmaßnahme

Antr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/3438

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen;

Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Aufbau paralleler Verwaltungsstrukturen durch die Europäische Union im Land BW

Abruf von EU-Programmen bzw -Mitteln aus der direkten und geteilten Mittelverwaltung durch die EU unter Nutzung von Verwaltungsinstanzen des Landes, Aufbau neuer Verwaltungswege, Zahl der hierfür notwendigen Personalstellen, Höhe der jeweiligen Finanzierungsanteile der EU und des Landes

KIAnfr
s. *Europäische Union*
Drs 13/3992

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Umbau der Landesverwaltung; Verankerung von Zielvereinbarungen, Budgetierung und Evaluation; Berufung von Führungskräften auf Zeit, Stärkung von Managementkompetenzen mit einer Weiterbildungskonzeption, Verzicht auf die Einstellung von Beamten, Übernahme der aktuellen Tarifvereinbarung, Umwandlung von Behörden in wirtschaftlich selbstständige Einheiten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Ges zur Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes BW und zur Änd anderer Gesetze

Ersetzung des bisherigen LGleichberechtigungGes; Deregulierung des Verfahrens zur Bestellung der Beauftragten für Chancengleichheit und Vereinfachung der Erstellung der Chancengleichheitspläne; Festschreibung der Chancengleichheit als Leitprinzip für alle Beschäftigten und Dienststellen; Stärkung der Rechte der Beauftragten durch Beteiligung an den Besprechungen der Dienststellenleitung und Personalauswahlgesprächen; Anpassungen an die Veränderungen der Landesverwaltung durch das Verwaltungsstruktur-ReformGes; Änd des LBeamtenGes und LPersonalvertretungsGes

GesEntw
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4483

Familienfreundliche Landesverwaltung und Landesministerien - Betreuungsangebot für Kleinkinder

Erarbeitung einer Betreuungskonzeption für die o.g. Kinder von Bediensteten; Darlegung der jeweils angebotenen Betreuungszeiten und anfallenden Elternbeiträge

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/4568

Innovationspreis öffentliche Verwaltung

Initiierung eines Wettbewerbs Innovative Verwaltung ab 2006 im Turnus von zwei Jahren und jeweils unter einem Thema, Durch-

führung der ersten Ausschreibung mit dem Thema „Familienfreundliche Verwaltung“, Finanzierung der Preise aus Mitteln der Landesstiftung; Bildung der Jury aus Experten, Normalbürgern und Abgeordneten

Antr GRÜNE 28.07.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4569
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 27 28
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Erfahrungen mit NSI in der Landesverwaltung

Maßnahmen zur Lösung der durch die Verwaltungsreform entstandenen Schnittstellenproblematik der neuen Steuerungsinstrumente mit den unteren Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit der Koordination der Produktpläne und der Konzeption zur qualitativen Steuerung der Aufgabenerledigung bei den Stadt- und LKreisen, Stand der Übermittlung der hierfür erforderlichen Kennzahlen, Gründe und Konsequenzen der Mängel im Berichtswesen und Controlling, Auswirkungen der Vertragsanpassung mit T-Systems infolge der Verwaltungsreform auf die Verantwortung des Generalunternehmers für den Gesamterfolg

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/4613

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Vorschlag zur Einsetzung einer Expertenkommission zur Überprüfung der Verwaltungsstruktur

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 68 80 89 90 95 96

Einführung des Benchmarkings in den öffentlichen Verwaltungen; Erhöhung des Anteils und der Karrierechancen von Frauen in allen Bereichen und Ebenen der LVerwaltung

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 782 783 786-793

Stand und Planungen beim Personalabbau in der LVerwaltung, Problematik der Nachwuchsgewinnung bei der Gehaltsstruktur im öffentlichen Dienst, Notwendigkeit einer Dezentralisierung von Aufgaben

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796 802 818-820

Erprobung von Methoden modernster Verwaltung durch den RH

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 1015-1018

Erarbeitung einer Gesamtkonzeption für die Europafähigkeit der Verwaltung, Einrichtung eines Europools mit 100 Beamten

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2162

Notwendigkeit einer Vereinfachung und Verschlinkung der Verwaltungsstruktur des Landes

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2372-2389

Stand und Zukunftsanforderungen der öffentlichen Verwaltung in BW, Modernisierung der Verwaltung im Zuge der vorgesehenen Verwaltungsreform, Erhaltung der Dreistufigkeit

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893-2939 2941 2943 2949

Rückführung der Spezialisierung und Zersplitterung der Verwaltung, Abbau von Aufgaben und Standards, Schaffung der Einheit auf Kreis- und Bezirksebene im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605-3607 3614 3620 3621 3627 3628 3632 3641

Modernisierungsbedarf der Verwaltungen, Bedeutung der Verwaltungsfachhochschulen für die Leistungsfähigkeit und Praxisnähe der Verwaltung, Verweisung auf den Aufbaustudiengang Europäisches Management

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4887-4893

Rückführung der Spezialisierung und Zersplitterung der Verwaltung, Abbau von Aufgaben und Standards, Schaffung der Einheit auf Kreis- und Bezirksebene im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4895-4943

Rückführung der Spezialisierung und Zersplitterung der Verwaltung, Abbau von Aufgaben und Standards, Schaffung der Einheit auf Kreis- und Bezirksebene im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4967 4988-5039

Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5469 5470

Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie

Wirtschafts- und Verwaltungsakademie VWA; VWA-Abschlüsse Anerkennung als Diplom

Zuerkennung des staatlichen Diploms für o.g. Abschlüsse der Betriebswirtschaft, Änd der PrüfungsVO der VWA, Voraussetzungen für die Anerkennung früherer Abschlüsse

KIAnfr
s. *Hochschulabschluss*
Drs 13/754

Verwaltungsfachhochschule

s. Hochschule für öffentliche Verwaltung

Verwaltungsfachwirt

Verleihung des Titels „Verwaltungsfachwirt“

Verleihung des o.g. Prädikats auch an ehemalige Absolventen des Angestelltenlehrgangs II

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 29.06.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4456
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 25
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Verwaltungsgebühren

s. Gebühren

Verwaltungsgericht

s.a. *Bundesverwaltungsgericht*
s.a. *Verwaltungsrichter*

Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes (AGBDG)

Übertragung der Zuständigkeit für gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Bundesbeamte auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Regelung der Wahl der in den Spruchkörpern für Disziplinarsachen mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer)

GesEntw
s. *Disziplinarrecht*
Drs 13/668

Schreiben des JuM vom 14.05.2002 - Wahlvorschläge der obersten Bundesbehörden und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften für den Geschäftsbereich des Verwaltungsgerichtshofs BW; hier: Wahl der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats beim VGH

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1571

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ges zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Schreiben des JuM vom 07.02.2006 - Ges zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts; hier: Wahl der Beamtenbeisitzer gemäß § 47 Abs 3 BDG i.V. mit § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG

s. *Verwaltungsrichter*
PIPr 13/108 S. 7869

Anregung einer Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, Eintreten für entsprechende Rechtsänderungen auf Bundesebene

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3872 3873

Überlegungen auf Bundesebene zu einer Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4952-4959

Befürwortung einer Zusammenlegung der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6037

Abbau von Bürokratie mit dem Abbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7091

Verwaltungsgerichtsbarkeit

s. *Verwaltungsgericht*

Verwaltungsgerichtshof

s. *Verwaltungsgericht*

Verwaltungsgerichtsordnung

s. *Verwaltungsgericht*

Verwaltungsinterne Fachhochschule

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung*

Verwaltungskostenbeitrag der Hochschulen

s. *Hochschulgebühren*

Verwaltungsreform

s.a. *Bürgerbeteiligung*
s.a. *Bürokratie*
s.a. *Justiz*
s.a. *Neues Steuerungsmodell*
s.a. *Organisationsuntersuchung*
s.a. *Rationalisierung*

Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform der Verwaltungsorganisation

Aufgaben und Zusammensetzung einer Kommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus, Erarbeitung von Reformvorschlägen

Antr SPD 22.06.2001 Drs 13/26
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 285-296

Verwaltungsreform

Berufung einer Expertenkommission zur Überprüfung des derzeitigen Verwaltungsaufbaus und Erarbeitung von Reformvorschlägen, insbes Prüfung von Möglichkeiten zur Aufgabenübertragung von den LKreisen auf die Gemeinden und von den RegPräs auf die Regionen, Ministerien o.a. Verwaltungsträger

Antr GRÜNE 22.06.2001 Drs 13/27
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 285-296

Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Erfolgte und geplante Zusammenführungen von Dienststellen, Vergleich der Anteile des mittleren Dienstes sowie der Angestellten und Arbeiter des Vermessungsamts Balingen mit den anderen Ämtern landesweit, Verbesserung der Beförderungsperspektiven von Beamten im mittleren Dienst

KlAnfr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/1528

Notwendigkeit einer durchgreifenden Verwaltungsreform

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2372-2389

Konzeption zur Verwaltungsreform für ein zukunftsfähiges BW

Verzicht auf zwei Ministerien sowie auf die RegPräs und LKreise, Bildung von acht Regionalkreisen und Eingliederung von Aufgaben und Personal der RegPräs, Oberschul- und Schulämter, Flurbereinigungs-, Forst-, Landwirtschafts- und Vermessungsämter, Gewerbeaufsichts- und Straßenbauämter; Übertragung von Aufgaben und finanziellen Mitteln auf die Kommunen; Einbeziehung der Bürger und Mitarbeiter; Verbindung mit einer Entbürokratisierungsoffensive, Aufgabenkritik, Prozessoptimierung und Nutzung der Möglichkeiten von E-Government

Antr SPD 28.01.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1722
ÄAntr SPD 31.03.2004 Drs 13/3076
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 7) - Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Behördenunterbringung

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 IV. S. 2

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 04.12.2003 Drs 13/2705 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht FinA 12.02.2004 Drs 13/2911

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Mittlg LReg 01.07.2005 Drs 13/4461 (37 S.)

Bedeutung des Berichts der Bull-Kommission für BW

Übertragbarkeit auf BW, Verbindung einer grundlegenden Neuausrichtung des öffentlichen Dienstes mit einer Verwaltungsreform

Antr

s. *Öffentlicher Dienst*

Drs 13/1819

Verwaltungsreform der LReg und die Neuausrichtung von NSI

Verzicht auf eine flächendeckende und schnelle Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung, Ausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden von der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, Vorlage der abgeschlossenen Verträge und Überprüfung auf die Möglichkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung des NSI-Konzepts, ggf Herbeiführung der notwendigen Änderungskündigungen

Antr

s. *Neues Steuerungsmodell*

Drs 13/1962

Verwaltungsreform und Effizienzrendite

Begründung des Kostenabschlags von 20 Prozent bei der vorgesehenen Eingliederung von Behörden in die Landratsämter, Entwicklung der Personalkosten der 1995 in die Landratsämter eingegliederten früheren Sonderbehörden sowie der Kostenübernahme des Landes, Veranschlagung der Personalfuktuation und des notwendigen Einstellungskorridors bei den zur Eingliederung bestimmten Behörden

Antr Herbert Moser u.a. SPD 08.04.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/1973

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 71-74

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Reform der Verwaltungsstrukturen in BW; hier: Reformkonzept der Haushaltsstrukturkommission

Auflistung der von Abbau, Zusammenlegung und Eingliederung betroffenen Behörden sowie des Personalstands vor/nach der Reform; Bewertung der verfassungsrechtlichen Bedenken zur Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit der Aufgabenfülle der Landräte mit einem Landtagsmandat und der Wahl durch den Kreistag sowie der Eingliederung der Polizeidirektionen mit der kommunalen Selbstverwaltung, Gewährleistung des Konnexitätsprinzips; erzielbare Effizienzrendite, Vergleich mit der Eingliederung von Sonderbehörden 1995; mögliche Kollisionen mit laufenden Reformvorhaben und der Stellung der Regionen; Entwicklung der Reduzierung von Aufgaben und Rechtsvorschriften seit 1992

GrAnfr GRÜNE 17.04.2003 und Antw IM Drs 13/2013 (10 S.)

EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Zwischenbericht zur Einführung der Neuen Steuerungsinstrumente

Umstellung der Haushaltsplanung, -beratung, -kontrolle und des -vollzugs; Steuerung der dezentralen Budgetverantwortung innerhalb von Globaltiteln; Notwendigkeit einer Änderungskündigung und Anpassung des NSI-Vertrags mit dem Systemdienstleister aufgrund der geplanten Verwaltungsreform

Antr

s. *Neues Steuerungsmodell*

Drs 13/2019

Zukunft der Steuerverwaltung

Verlust der Eigenständigkeit von 21 kleineren Finanzämtern iRd geplanten Strukturreform; Auflistung der betroffenen Standorte, Funktionseinheiten und Arbeitsplätze sowie der getätigten und neu notwendigen Investitionen in Gebäude und EDV-Anlagen; Personalentwicklung bei der Veranlagung, Betriebsprüfung, Steuerfahndung und Umsatzsteuer-Sonderprüfung

Antr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/2025

Verwaltungsreform in BW; hier: Modernisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen

Überlegungen zur Weiterentwicklung der Fachhochschullandschaft BW, Externalisierung nach dem Beispiel anderer BLänder, Höhe der Entgeltaufwendungen für die Studierenden, Anteil der in den Dienst des Landes und der Kommunen übernommenen bzw später wieder ausgeschiedenen Anwärter, Regelungen zur Rückzahlung und Höhe des Rückflusses der Anwärterbezüge seit 1993; Einrichtung externer Studiengänge und gestufter Studienabschlüsse an den FH in Ludwigsburg, Kehl und Schwetzingen

Antr

s. *Hochschule für öffentliche Verwaltung*

Drs 13/2042

RegErkl - Verwaltungsreform in BW

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2893-2939

Beabsichtigte Neugliederung der Landesverwaltung in den Bereichen Landwirtschaft, Forst und Verbraucherschutz

Art und Zeitperspektive der Neuordnung der Ämter für Land- und Forstwirtschaft, Flurneuordnung, Ernährungsberatung, Lebens- und Futtermittelkontrolle, der Landesanstalten für Landwirtschaft, Tierzucht und Viehhaltung, Wein- und Obstbau sowie Pflanzenschutz; Organisation der Verwaltungen von Landesbehörden und Landratsämtern; Maßnahmen zur Erreichung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr SPD 13.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2070

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Kosten und Nutzen der geplanten Strukturänderung bei den Finanzämtern im Land

Entscheidungsgrundlagen zur Schließung von 21 kleineren Finanzämtern bzw Fortführung als Außenstellen von größeren Ämtern, erwartete Einsparungen und Umstellungskosten, Vergleich der Effizienz in kleinen und großen Bezirken, Anregung einer personellen und organisatorischen Stärkung der kleinen Einheiten; Gründe für das Scheitern der langjährigen Bemühungen zur Fusion der Finanzkassen der Ämter Bühl und Baden-Baden

Antr

s. *Finanzverwaltung*

Drs 13/2072

Verwaltungsreform und Forstwirtschaft

Zuständigkeit für Bewirtschaftung, Wegebau und Holzvermarktung im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald nach Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

KIAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 14.05.2003 und Antw MLR
Drs 13/2077

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Beamtinnen und Beamten

Frage nach den status-, besoldungs- und versorgungsrechtlichen Konsequenzen, insbes durch die Übernahme von Pensionsansprüchen beim Dienstherrwechsel

Antr SPD 15.05.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2083
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Beabsichtigte Eingliederung der Polizei in die RegPräs, Land- und Stadtkreise

Zeitrahen der Entscheidung und Umsetzung o.g. Neuordnung als Teil der geplanten Verwaltungsreform; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %; Ausschluss der Einflussnahme von Landräten und Oberbürgermeistern auf das operative Geschäft der Polizei

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2093

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform im Vermessungsbereich

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes im Hinblick auf das Liegenschaftskataster und die Kartographie, den Zugriff auf das Datenetz für die Dreiecksnetze, das Höhen- und Schwerenet, die Organisation der örtlichen Messtrupps zur Erkundung und Vermessung der Erdoberfläche sowie Herausgabe der topographischen Kartenwerke; Eingliederung der Karlsruher Abteilung Geodäsie?

Antr
s. *Vermessung*
Drs 13/2100

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Tätigkeit des Landesgewerbebeamten (LGA)

Wahrnehmung der Aufgaben aus dem ArbeitsschutzGes; Eingliederung von Teilen des LGA in verschiedene Landratsämter, Verbleib von Restaufgaben bei einer möglichen Zentralstelle; Vereinbarkeit der Vorstellungen zur Verwaltungsreform und Wirtschaftsförderung

Antr
s. *Landesgewerbebeamte*
Drs 13/2101

Auswirkung der geplanten Verwaltungsreform auf die Schulverwaltung

Gründe und Auswirkungen der Pläne des MinPräs, Gegenüberstellung eigener Pläne des KM, Art der Eingliederung der 30 Schulämter in die 44 Stadt- und LKreise bzw Wahrnehmung der Befugnisse durch den Landrat und Kreistag, Relevanz der jeweiligen Finanzlage für die finanzielle und personelle Ausstattung der geplanten Schulabteilungen; erwartete Auswirkungen auf die Verwaltung der Berufsschulen, Real- und Sonderschulen sowie auf die Seminare für Lehrerbildung; Beurteilung der zweigegliederten regionalen Schulverwaltung in Hessen

Antr
s. *Schulbehörde*
Drs 13/2121

Schwächung des Denkmalschutzes in BW durch die von der LReg geplante Verwaltungsreform

Art und Auswirkungen der Aufteilung der Zuständigkeit des Landesdenkmalamts in Esslingen auf die vier RegPräs; Erhaltung des Landesdenkmalamts als Landesoberbehörde mit seinen übergreifenden Aufgaben für den Denkmalschutz in BW

Antr
s. *Denkmalbehörde*
Drs 13/2138

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Straßenbauverwaltung

Auswirkungen der Eingliederung in die RegPräs, Stadt- und LKreise; Personaleinsparungen iRd zurückliegenden und aktuellen Reform; Gültigkeit der Aussage des UVM zur Ausweitung auf 44 Straßenbauämter; Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/2164

Zukunft der baden-württembergischen Versorgungsverwaltung
Entwicklung der Aufgaben und Personalausstattung seit 1992; Gründe und Auswirkungen der Eingliederung des Landesversorgungsamts in die RegPräs und der Versorgungsämter in die Stadt- und LKreise, Vereinbarkeit mit der nach Bundesrecht erforderlichen Fachkompetenz und Behördenstruktur, mit dem Recht des Datenschutzes und der Personalvertretungen; Umgestaltung zu modernen Landessozialbehörden nach der Forderung von Behindertenverbänden, Ansiedlung bei neu zu schaffenden Regionalkreisen

GrAnfr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/2170

Der Landesbetrieb Vermessung und die angekündigte Verwaltungsreform

Auswirkungen der Eingliederung der Vermessungsverwaltung in die Stadt- und LKreise, insbes Festhalten an der Führung des Landesbetriebs Vermessung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen? Einsparung von Personal und Zuführungsmitteln seit Gründung des Landesbetriebs 1996 und iRd aktuellen Reform, Maßnahmen zur Realisierung einer Effizienzrendite von 20 %

Antr
s. *Vermessung*
Drs 13/2192

Entwicklungschancen für und durch direkte Demokratie in den Kommunen BW

Ermöglichung der Bürgerbegehren und Direktwahl der obersten Repräsentanten auch in den LKreisen und Regionen im Zuge der anstehenden Verwaltungsreform

GrAnfr
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/2241

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

ÄAntr SPD 15.07.2003 Drs 13/2256
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Verwaltungsreform in BW; Moderner Staat - Moderne Verwaltung

Eingliederung des Landesversorgungs- und Landesvermessungsamts, des Landesamts für Flurneuordnung und der Oberschulämter in die RegPräs sowie der Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulämter in die Landratsämter

ÄAntr CDU und FDP/DVP 16.07.2003 Drs 13/2267
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3325-3348

Optimierung der Lebensmittelüberwachung bei Erhaltung des WKD

Aufbau einer Lebensmittelüberwachung bei den Stadt- und LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform, Versetzung von Polizeibeamten des WKD in die Landratsämter, persönliche Konsequenzen für die betroffenen Beamten; Gewährleistung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, der permanenten Bereitschaft sowie des Probenverkehrs zu den chemischen Untersuchungslabors? Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/2280

*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen*

Bisherige Bemühungen und dadurch erzielte Einsparungen, Prüfung weiterer Möglichkeiten iRd Verwaltungsreform und der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen, u.a. der Bereiche Kfz-Zulassung, Eich- und Messwesen, Vermessung, Handelsregister, Grundbuch, Baugenehmigungen, Denkmalschutz, Liegenschaftswesen, Schule und Hochschule, Sozialverwaltung, Landesbeschussamt, Straßenplanung und -unterhalt

Antr
s. *Privatisierung*
Drs 13/2326

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf NSI

Veränderungen an der bisherigen Konzeption, Herausnahme der neu in die Landratsämter einzugliedernden Sonderbehörden vom Funktionsumfang II mit der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, insbes des Polizeibereichs; Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten, Anteil des Aufwands für Werbemittel; Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Systemdienstleister über eine mögliche Vertragsveränderung oder -kündigung

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/2338

Reform der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Land-

ratsämter; Vorlage der Ergebnisse eines externen Rechtsgutachtens im LandWA

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/2339

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf Frauen

Ausschluss einer Verschlechterung der Frauenförderung und Chancengleichheit, Einbeziehung der kommunalen Ebene in den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/2344

Weitere Maßnahmen der LReg iRd Verwaltungsreform im Bereich der Polizei

Ergebnisse der Prüfaufträge zur Integration der Wasserschutzpolizei und Autobahnpolizei sowie zur Zusammenlegung der Polizeidirektionen Baden-Baden und Rastatt; Frage nach weiteren Sparmaßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2356

Geplante Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und zukünftige Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben

Gründe und Auswirkungen der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise bzw einer Fusionierung und Verschlingung; Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Jugendhilfe auf die Landratsämter, Gewährleistung der Gleichbehandlung und Qualität, Schaffung eines Soziallastenausgleichs? Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung des landesweiten Kompetenzzentrums, Zuständigkeit als überörtlicher Träger der Sozialhilfe? Höhe der angestrebten Effizienzrendite; erwartete Zahlen und Ausgaben für Behinderte und Jugendhilfe bis 2006

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2364

Gutachten zur Zukunft der Flurneuordnungsverwaltung

Eingliederung des Landesamts für Flurneuordnung in ein Vor-Ort-RegPräs sowie der Ämter für Flurneuordnung in die Landratsämter; Darlegung der Zielvorgaben bei der Vergabe des o.g. Rechtsgutachtens; Beteiligung des LandWA am Beschlussverfahren

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/2404

Das Schicksal der vier Staatlichen Fachstellen für das öffentliche Bibliothekswesen unter der geplanten Verwaltungsreform

Auswirkungen einer Eingliederung bzw Kommunalisierung der Fachstellen in Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Reutlingen, insbes auf die Beratung und Unterstützung der verschiedenen Träger öffentlicher Bibliotheken; Frage nach den zusätzlich entstehenden Kosten bzw einer erwarteten Effizienzrendite

Antr
s. *Bibliothek*
Drs 13/2465

Einsparungen bei den Ministerien im Zuge der Verwaltungsreform

Zusammenlegung von Ministerien, Auflösung von Referaten, weitere strukturelle Veränderungen im organisatorischen Aufbau, Erwirtschaftung einer Effizienzrendite

KlAnfr
s. *Ministerium*
Drs 13/2473

Organisatorische Veränderungen bei den RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform

Einsparungen bei den RegPräs, Auflösung von Referaten, weitere strukturelle Veränderungen im organisatorischen Aufbau, Erwirtschaftung einer Effizienzrendite

KlAnfr
s. *Regierungspräsidium*
Drs 13/2474

Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen iRd Verwaltungsreform

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/2505

Gefährdung der Lebensmittelüberwachung in Stuttgart

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Verweigerung des Dienstherrenwechsels durch einen Großteil der Polizeibeamten in Stuttgart, zusätzliche Kosten der Landeshauptstadt zur Bereitstellung der Infrastruktur und Ausbildung von neuen Kräften, Problematik einer Bewältigung von größeren bzw die Stadtgrenze überschreitenden Verstößen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2508

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Untersuchung der Frage der Zweckmäßigkeit einer Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

Vergabe des o.g. Gutachterauftrags zur Prüfung der vorgesehene Eingliederung in die Stadt- und LKreise unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten

Antr
s. *Wohlfahrtspflege*
Drs 13/2513

Zukunft der Forstlichen Hauptstützpunkte

Bewertung als eigenständige Einheiten aufgrund des überregionalen Aus- und Weiterbildungsangebots, Eingliederung in die RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform?

MdlAnfr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/2480

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Autobahnpolizei

Leistungsfähigkeit der Autobahnen und Autobahnpolizei aus Sicht der Wirtschaft, Forderungen der IHK zum Erhalt der vorhandenen Strukturen, Gewährleistung der Aufgabenerfüllung nach Auflösung der Autobahnpolizeidirektionen und Eingliederung der Autobahnpolizeireviere in die Polizeidirektionen, Zustandekommen der angestrebten Freisetzungspotenziale; Aufgabe der Auflösungs- und Eingliederungspläne

Antr

s. *Autobahnpolizei*
Drs 13/2529

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Wasserschutzpolizei

Leistungsfähigkeit der Binnenschifffahrt und Wasserschutzpolizei aus Sicht der Wirtschaft, Forderungen der IHK zum Erhalt der vorhandenen Strukturen, Gewährleistung der Aufgabenerfüllung nach Eingliederung der Wasserschutzpolizei in die örtlichen Polizeipräsidien und Polizeidirektionen, Zustandekommen der angestrebten Freisetzungspotenziale; Aufgabe der Auflösungs- und Eingliederungspläne

Antr
s. *Wasserschutzpolizei*
Drs 13/2530

Verwaltungsreform - Wie realistisch ist die von der LReg vorgegebene zwanzigprozentige Effizienzrendite?

Beurteilung der vom Gemeindegtag vorgelegten Netto-Aufwand/Kostensersatz-Analyse von 17 LKreisen bezogen auf das SonderbehördeneingliederungsGes I von 1995, Festhalten an der für die aktuelle Verwaltungsreform vorgegebenen Effizienzrendite von zwanzig Prozent? Folgen einer Verfehlung bzw von Mehrkosten der Stadt- und LKreise, Ausschluss höherer Kreisumlagen?

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2531
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Verwaltungsreform - Zerschlagung des baden-württembergischen Wirtschaftskontrolldienstes

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise, Bereitschaft und Konsequenzen der Versetzung der Polizeibeamten in die Landratsämter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr
s. *Wirtschaftskontrolldienst*
Drs 13/2532

Zukunft des Versorgungsamts Stuttgart

Verzicht auf eine Eingliederung in die LKreise Böblingen, Esslingen und Waiblingen im Zuge der Verwaltungsreform; Erhaltung der behindertengerechten Erreichbarkeit in Stuttgart

Antr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/2560

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Gewerbeaufsichtsämter

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Gewerbeaufsicht nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Verzicht auf die Eingliederungspläne

Antr
s. *Gewerbeaufsicht*
Drs 13/2562

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr

s. *Forstverwaltung*

Drs 13/2602

Ankündigung gesetzwidrigen Verhaltens des Biberacher Landrats

Beurteilung der angedrohten Nichtbeachtung von Gesetzen u.a. Rechtsvorschriften, wenn keine Aufgabenreduzierung im Zuge der Verwaltungsreform erfolgt; Vereinbarkeit mit dem Amt und den Pflichten eines Landrats; Maßnahmen zur Unterbindung eines solchen Verhaltens

Antr

s. *Schneider, Peter MdL CDU*

Drs 13/2636

Stellenausschreibung des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum im Herbst 2003 für das Amt für Landwirtschaft, Landschafts- und Bodenkultur in Sigmaringen im Vorfeld der Eingliederung der Sonderbehörden in die LKreise und Stadtkreise zum 01.01.2005

Ausschreibung von Stellen der Amtsleitungsebene mit Beförderungsperspektive vor der Eingliederung der Ämter in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform

MdlAnfr

s. *Landwirtschaftsbehörde*

Drs 13/2589

Eingliederung der UMEG in die Landesanstalt für Umweltschutz im Zuge der Verwaltungsreform

Ausgestaltung, Organisation und Auswirkungen der o.g. Eingliederung, insbes auf die Beschäftigten der UMEG; Zustandekommen der vorgegebenen Effizienzrendite von 20 %, Umfang und Bereiche von Stelleneinsparungen

Antr

s. *Umweltmessung*

Drs 13/2653

Geplante Höhergruppierung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

Begründung und finanzielle Auswirkungen einer höheren Besoldungseinstufung der Landräte u.a. Bediensteter, Art des Ausgleichs der Mehrkosten, Ausschluss einer Erhöhung der Kreisumlage

KlAnfr

s. *Landrat*

Drs 13/2671

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Finanzierung von zusätzlichen Kosten; Entwicklung der Beanstandungen und Sanktionen, Durchführung künftiger strafrechtlicher Ermittlungsverfahren, Prüfung von Produktangeboten aus dem Internet, von gentechnisch veränderten und importierten Lebensmitteln; Verstärkung der Futtermittel-

überwachung nach den Krisen um BSE und Nitrofen? Bewältigung der zusätzlichen rechtlichen Anforderungen aus Brüssel und Berlin, regelmäßiger und schneller Datenaustausch zwischen den Ebenen und Ländern, Art und Umfang des Technikeinsatzes und der Verbraucherinformation, Schaffung eines VerbraucherinformationsGes über den BRat

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/2682

Künftige Besoldung der baden-württembergischen Landräte

Verzicht auf eine höhere Besoldungseinstufung der Landräte im Zuge der Verwaltungsreform

Antr

s. *Landrat*

Drs 13/2690

Drohende Auflösung des Landesgewerbeamtes

Konkretisierung o.g. Pläne im Zuge der Verwaltungsreform, Übertragung der Aufgaben und des Personals auf die Stadt- und LKreise? Überlegungen zur zeitlichen Umsetzung und weiteren Nutzung des Gebäudes; Vorlage einer Konzeption für eine zukunftssträchtige Wirtschaftsförderung unter Beteiligung der Wirtschaft

Antr

s. *Landesgewerbeamt*

Drs 13/2724

Versendung von Fragebogen durch die Landratsämter

Abfrage personenbezogener Daten von Mitarbeitern der im Zuge der Verwaltungsreform evtl zu übernehmenden Sonderbehörden, Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte sowie der Notwendigkeit solcher Aktionen, Folgen einer Verweigerung der Angaben, Frage nach dem Kenntnisstand der LKreise über die für sie entstehenden Kosten der Verwaltungsreform

Antr

s. *Umfrage*

Drs 13/2741

Teufel'sche Verwaltungsreform - Verhinderung einer sinnvollen Schulverwaltungsreform

Gegenüberstellung der Pläne des MinPräs und des KM, Auswirkungen der Eingliederung der Schulverwaltung in die Landratsämter und RegPräs, insbes Regelung der Zuständigkeiten für die Dienst- und Fachaufsicht, Zusammenarbeit der bisherigen Oberschulämter mit den Schulämtern und Schulen, Entwicklung der Schulautonomie, der Evaluation, der Frauenförderung u.a.; Aufgabe der Pläne des MinPräs, Einrichtung von Schwerpunktschulämtern als pädagogische Zentren, Abstimmung einer Schulverwaltungsreform mit allen am Schulleben Beteiligten

Antr

s. *Schulbehörde*

Drs 13/2786

Haushalt 2004; Epl 12

Einsparungen bei NSI, stufenweiser Abbau der im Zuge der Verwaltungsreform frei werdenden Controllerstellen

s. *Neues Steuerungsmodell*

Drs 13/2812

Waldpädagogik in BW - Auswirkungen der Verwaltungsreform

Verankerung der Waldpädagogik als Bestandteil der Umweltpädagogik in den neuen Bildungsplänen; Kooperation und Mitteleinsatz der Forstverwaltung und des KM; Auswirkungen der

Verwaltungsreform auf das Haus des Waldes in Stuttgart, auf die Waldklassenzimmer in Karlsruhe und Mannheim, die vier Waldschulheime u.a. Einrichtungen; Verhinderung eines Abbaus der Kapazitäten

Antr
s. Wald
Drs 13/2798

Anhörungsfrist zum Entwurf des Verwaltungsstruktur-ReformGes

Verlängerung der vom IM bis 08.03.2004 eingeräumten Anhörungsfrist

Antr SPD 27.01.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/2838
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Veränderungen in der Struktur der Finanzverwaltung

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen bzw der Eingliederung der OFD Stuttgart in die OFD Karlsruhe; Auswirkungen bei der Außenstelle Freiburg; Frage nach Zusagen gegenüber den abgestuften Finanzämtern und den betroffenen Gemeinden; Berechnungsgrundlagen und Höhe der erwarteten Einsparpotenziale bzw des Mehraufwands der Strukturreform; Prüfung des Alternativmodells der Beschäftigten der beiden OFD-Standorte

Antr
s. Finanzverwaltung
Drs 13/2893

Personalbestand der Polizei in BW

Zahl der Personalstellen für Beamte, Angestellte und Arbeiter vor und nach der Neuordnung der Postenstruktur im Zuge der Verwaltungsreform bzw bis 2009, Einstellungszahlen im Polizeivollzugsdienst und bei der Kriminalpolizei, Auswirkungen auf die im Stellenplan des Haushalts 2004 ausgewiesenen Stellen, Zahl der Pensionierungen bis 2012, Vergleich der Polizeidichte mit anderen BLändern, Gewährleistung der Polizeipräsenz vor Ort?

Antr
s. Polizei
Drs 13/2923

Neustrukturierung der Finanzämter in BW

Angewandte Kriterien, Gründe und Auswirkungen der beschlossenen Zusammenlegung bzw Abstufung von kleineren Finanzämtern zu Außenstellen, erwartete Einsparungen und Umstellungskosten, insbes durch die Personalaufstockung bei den Finanzämtern Ehingen und Müllheim zu deren Erhaltung als selbstständige Finanzämter und durch die notwendigen neuen Steuernummern infolge der Gebietsarrondierungen; Beteiligung der Personalvertretungen an den Entscheidungen? Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme bzw zur Entscheidung des Ltg über die Strukturreform

Antr
s. Finanzverwaltung
Drs 13/2966

Kosten der Verwaltungsreform für die Landeshauptstadt Stuttgart

Errechnung zusätzlicher Belastungen für Stuttgart sowie Verfehlung der vorgegebenen Effizienzrendite nach öffentlichen Aussagen des Oberbürgermeisters und Finanzbürgermeisters, Gewährleistung eines finanziellen Ausgleichs für sämtliche Mehrkos-

ten?

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 05.03.2004 und Antw FM Drs 13/2982

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg im Zuge der Neuorganisation der Finanzämter in BW

Zusätzliche Kosten einer Aufgabenverlagerung vom Finanzamt Freiburg ins Finanzamt Müllheim im Zuge der Verwaltungsreform, Frage nach den Grundlagen für das berechnete Einsparpotenzial

KlAnfr
s. Finanzverwaltung
Drs 13/2984

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Bediensteten im Hinblick auf die Hinderungsgründe nach der Gemeinde- und Landkreisordnung

Ausschluss eines Mandats als Gemeinderat oder Kreisrat für leitende Beamte und Angestellte von Sonderbehörden nach deren Eingliederung in die Landratsämter

Antr
s. Inkompatibilität
Drs 13/2993

Äußerungen eines leitenden Beamten aus dem WM zur Verwaltungsreform anlässlich eines Gedankenaustauschs in Radolfzell
Bewertung der Äußerung des Abteilungsleiters für Verwaltung und Recht zur Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht, Art der Veranstaltung, Höhe und Träger der Kosten, Umsetzung der Bedenken und Kritik einer ebenfalls dort anwesenden FDP-Bundestagsabgeordneten?

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 10.03.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2998

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. Lebensmittelkontrolle
Drs 13/3062

Verwaltungsreform; hier: Eingliederung der Fachbehörden in die Landratsämter und Stadtkreise

Beurteilung der Neuorganisation von Kreisverwaltungen durch Landräte ohne Einbeziehung der Kreistage und Fachausschüsse in Vorwegnahme einer Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsreform

KlAnfr
s. Kreis (Gebietskörperschaft)
Drs 13/3069

Verlegung von Aufgaben innerhalb der Finanzdienststellen in der Region Freiburg; hier: Verlegung von Aufgaben aus dem Finanzamt Freiburg in das Finanzamt Müllheim

Wiederholung der auf Drs 13/2984 gestellten Fragen nach den zusätzlichen Kosten und dem verfehlten Einsparpotenzial der o.g. Aufgabenverlagerung

MdlAnfr
s. Finanzverwaltung
Drs 13/3056

Erhaltung der Versorgungsverwaltung, der Landeswohlfahrtsverbände, Straßenbauämter und Straßenmeistereien in ihrer jeweils bisherigen Form; Verzicht auf eine Zerschlagung des Landesdenkmalamts

ÄAntr SPD 31.03.2004 Drs 13/3076
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Kosten iRd Verwaltungsreform

Höhe der bisherigen und noch anfallenden Kosten und Folgekosten für das Land und die Stadt- und LKreise mit der Umsetzung des VerwaltungsstrukturreformGes, Aufschlüsselung nach Personal-, Berater- und Sachkosten, Einbeziehung der Kosten für Liegenschaften und Umstellung der EDV-Systeme, Berücksichtigung dieser Aufwendungen bei der Erbringung der Effizienzrendite?

Antr SPD 04.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3164
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6659-6673

Gefährdung von Ausbildungsplätzen bei den Vermessungsämtern durch die Verwaltungsreform

Zahl der bisher und künftig angebotenen Ausbildungsplätze sowie der jährlichen Übernahmen in den mittleren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst; Hinwirkung auf Erhaltung des Angebots und der Qualität der Ausbildung auch nach Übergang der Aufgaben auf die Stadt- und LKreise

Antr
s. Vermessungswesen
Drs 13/3182

Organisatorische Veränderungen bei den RegPräs und Einsparungen bei den Ministerien im Zuge der Verwaltungsreform

Einrichtung neuer oder Auflösung bestehender Referate, Auswirkungen auf die Stellenpläne bzw Erzielung von Einsparungen, Erwirtschaftung einer Effizienzrendite von 20 Prozent?

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 10.05.2004 und Antw IM Drs 13/3195

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Auflösung von Landesoberbehörden und Sonderbehörden, Übertragung von Aufgaben und Personal auf die RegPräs, Stadt- und LKreise; Ermöglichung von Rechtsabweichungen der Kommunen mit dem StandardbefreiungsGes; Änd des LVerwaltungsGes, ErnennungsGes, FinanzausgleichsGes und des Ersten Gesetzes zur Funktionalreform; Änd bzw Neufassung von weiteren 162 Gesetzen und Verordnungen; Außerkrafttreten von Vorschriften

GesEntw LReg 12.05.2004 Drs 13/3201 (794 S.)
1. Beratung PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4895-4943
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.06.2004 Drs 13/3306 (dazu ÄAntr SPD Nr. 1 S. 56, Nr. 3 S. 58-60, Nr. 5-9 S. 62-69, Antr SPD Nr. 2 S. 57, Nr. 4 S. 61, Nr. 10 S. 70 71, ÄAntr Hans Heinz u.a. CDU und Jürgen Hofer u.a. FDP/DVP Nr. 11 S. 72 73, ÄAntr Claus Schmiedel u.a. SPD Nr. 12 S. 74, ÄAntr Claus Schmiedel u.a. SPD Nr. 1 S. 91, Nr. 5-9 S. 95-99, Antr Claus Schmiedel u.a. SPD Nr. 2-4 S. 92-94, ÄAntr SPD Nr. 1 S. 111 112, ÄAntr SPD Nr. 1 S. 123 124, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1 S. 144 145, ÄAntr SPD Nr. 2 S. 146-156, Antr SPD S. 162, ÄAntr SPD Nr. 1, 2 S. 171-174, ÄAntr SPD Nr. 1 S. 187-189, Nr. 3 S. 191, Antr SPD Nr. 2

S. 190,

ÄAntr SPD Nr. 4 (neu) S. 192,
ÄAntr SPD Anlage 2-4 S. 207-212,
ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1 S. 213-216) (216 S.)
ÄAntr SPD 29.06.2004 Drs 13/3316 1-6, 8-19
EAntr SPD 29.06.2004 Drs 13/3316-7, 20
ÄAntr GRÜNE 22.06.2004 Drs 13/3316-21
EAntr GRÜNE 28.06.2004 Drs 13/3316-22, 25, 26
EAntr GRÜNE 29.06.2004 Drs 13/3316-23
ÄAntr GRÜNE 28.06.2004 Drs 13/3316-24
ÄAntr CDU und FDP/DVP 30.06.2004 Drs 13/3316-27
2. Beratung PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4986-5039
GesBeschl 30.06.2004 Drs 13/3352 (121 S.)
GBI 2004 Nr. 10 S. 469-576 (Ges vom 01.07.2004)
Berichtigung GBI 2004 Nr. 11 S. 653 654
Bekanntmachung der NF des LandesverwaltungsGes GBI 2005 Nr. 4 S. 159-166
Berichtigung der NF des LandesverwaltungsGes GBI 2005 Nr. 6 S. 319
Bekanntmachung der NF des Kinder- und JugendhilfeGes GBI 2005 Nr. 8 S. 376-384

Das Landratsamt als Kreis- und Staatsbehörde

Auflistung der Aufgaben vor und nach der Verwaltungsreform, Anteil der staatlichen Aufgaben im Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. Kreis (Gebietskörperschaft)
Drs 13/3244

Veränderung der Aufgaben der Landratsämter nach Umsetzung des Verwaltungsstruktur-ReformGes

Auflistung der Aufgaben als untere Verwaltungsbehörden, der dafür benötigten Stellen und Finanzmittel vor und nach der Verwaltungsreform

Antr
s. Kreis (Gebietskörperschaft)
Drs 13/3267

Status der Umsetzung der Verwaltungsreform in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Zahl der Versetzungen und Kooperationen in den einzelnen Verwaltungsbereichen, Aufgabe bzw Neuanschaffung von Räumlichkeiten, Auswirkungen auf die Kostensituation, Stand der Umstrukturierung der Finanzverwaltung in der Region Ulm

KlAnfr Martin Rivoir SPD 07.10.2004 und Antw IM Drs 13/3639

Aufgaben der Gesundheitsämter - Verwaltungsreform

Aufgaben vor und nach dem 01.01.2005; Eingliederung von Ärzten der Versorgungsämter in die Gesundheitsämter der LKreise zur Erstellung von Gutachten, Beschleunigung der Bearbeitung entsprechender Anträge; Prüfung einer Übertragbarkeit von Aufgaben auf niedergelassene Ärzte o.a. Stellen

Antr
s. Gesundheitsbehörde
Drs 13/3655

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung

von Werkwohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3658

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandats-träger

Erwartete Zahl und Gründe von Mandatsaufgaben nach der Gemeinde- und LKreiseordnung, dem SparkassenGes, dem Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart und dem LPlanungsGes zum 01.01.2005 differenziert nach dem jeweiligen Gremium und Parteien- bzw Listenzugehörigkeit; Frage nach einer entsprechenden Information der Kandidaten und Parteien vor der Kommunalwahl 2004

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3738

Status der Umsetzung der Verwaltungsreform in der Stadt Freiburg und dem LKreise Breisgau-Hochschwarzwald

Zahl der Versetzungen und Kooperationen in den einzelnen Verwaltungsbereichen, Aufgabe bzw Neuanmietung von Räumlichkeiten, Auswirkungen auf die Kostensituation, Stand der Umstrukturierung der Finanzverwaltung in der Region Freiburg

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 29.11.2004 und Antw IM
Drs 13/3815

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Umbau der Landesverwaltung; Verankerung von Zielvereinbarungen, Budgetierung und Evaluation; Berufung von Führungskräften auf Zeit, Stärkung von Managementkompetenzen mit einer Weiterbildungskonzeption, Verzicht auf die Einstellung von Beamten, Übernahme der aktuellen Tarifvereinbarung, Umwandlung von Behörden in wirtschaftlich selbstständige Einheiten

s. *Finanzpolitik*
Drs 13/4042

Änderungsbedarf im Rahmen der Verwaltungsreform bei der Flurneuordnung

Beurteilung der Kritik des neuen Präsidenten des Landkreistags, Chancen und Zeitpunkt einer Einigung über die Kosten der EDV-Systeme, Realisierung des weiteren Nachbesserungsbedarfs

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/4129

Verwaltungsreform, Antragstellung durch berechnigte Landwirte für MEKA und andere Programme

Problematik einer fristgerechten Antragsbearbeitung infolge der fehlenden Kompatibilität der EDV-Programme der eingegliederten Landwirtschaftsämter, z.B. beim Schwarzwald-Baar-Kreis

MdlAnfr
s. *Datenverarbeitung*
Drs 13/4133

Verwaltungsreform, „Aufgehen“ der Straßenbauämter in die jeweiligen Landkreisbehörden

Bewertung der Meinung des Baudirektors im RegPräs Freiburg über den Personalwegfall und die Auswirkungen auf die Arbeitsbewältigung, zusätzliche Kosten der Neuinstallation der Glasfa-

serverkabelung durch die Umstellung in Donaueschingen

MdlAnfr
s. *Straßenbauverwaltung*
Drs 13/4133

Ablehnung der Übernahme von Beschäftigten der Vermessungsverwaltung durch verschiedene LKreise iRd Verwaltungsreform
Benennung der LKreise, die eine mit dem Verwaltungsstruktur-ReformGes garantierte Übernahme ablehnen; Beurteilung der Folgen für die Betroffenen und das Land; Ergreifung entsprechender Maßnahmen im Interesse der Beschäftigten

Antr
s. *Bediensteter*
Drs 13/4206

Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform

Entwicklung der Zahl der Kontrolleure, der Kontrolldichte und Anzeigen bei Gaststätten und im Lebensmittelhandel; Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Polizei zur Ahndung von Verstößen; Zahlen zum Wechsel von Polizeibeamten des früheren WKD in den Polizeivollzugsdienst, von Abordnungen an die LKreise sowie von Anträgen auf Versetzung in den Polizeivollzugsdienst; Zeitrahmen zur Gewinnung und Ausbildung des neuen Personals

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4233

Auswirkungen der Verwaltungsreform bei den Straßenbauämtern auf den zeitnahen Abfluss verfügbarer Bundesmittel beim Straßenbau

Verteilung des technischen und nichttechnischen Personals auf die RegPräs und LKreise, Betreuung von Ausschreibungen und Vergaben durch private Ingenieurbüros infolge fehlender technischer Fachleute bei den RegPräs, Höhe der hierfür anfallenden und etatisierten Mittel, Entwicklung der Fehlerhaftigkeit und juristischen Mängel bei Ausschreibungen und Vergaben mit der Folge von Anfechtungen sowie Verzögerungen beim Abfluss der Bundesmittel für die Aufträge im Bundesfernstraßenbau

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/4323

Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den RegPräs verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten

MdlAnfr
s. *Bediensteter*
Drs 13/4316

Umsetzung der Verwaltungsreform in BW und Auswirkungen bei Aufgaben der Versorgungsämter

Verzögerte Bearbeitung der Anträge auf Anerkennung von Schwerbehinderungen seit Eingliederung in die Landratsämter, Auswirkungen für die älteren Arbeitnehmer mit Anspruch auf eine Altersrente wegen Schwerbehinderung bzw verlängerte Zahlung von Krankengeld durch die Krankenkassen

Antr
s. *Versorgungsverwaltung*
Drs 13/4358

Umsetzung der Verwaltungsreform im Vermessungswesen

Situation der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Schritte zur Erreichung der angestrebten 80 % der Vermessungsaufträge, Stand des Abschlusses entsprechender Zielvereinbarungen zwischen Landesvermessungsamt und unteren Verwaltungsbehörden, Maßnahmen zur Unterbindung der ausschließlichen Vergabe von Vermessungsarbeiten an die staatliche Vermessungsverwaltung durch Gemeinden und LKreise

Antr
s. *Vermessungswesen*
Drs 13/4399

Bilanz zur Umsetzung der Verwaltungsreform

Angemeldeter Korrekturbedarf der LKreise, Kommunen, Gewerkschaften, Verbände, Bediensteten u.a. Betroffenen; Haltung bzw Maßnahmen der LReg

Antr SPD 21.06.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4427
BeschlEmpf und Bericht InnenA 21.09.2005 Drs 13/4745
(dazu Antr Rainer Stickleberger u.a. SPD) S. 23-25
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Erfahrungen mit NSI in der Landesverwaltung

Maßnahmen zur Lösung der durch die Verwaltungsreform entstandenen Schnittstellenproblematik der neuen Steuerungsinstrumente mit den unteren Verwaltungsbehörden, Erfahrungen mit der Koordination der Produktpläne und der Konzeption zur qualitativen Steuerung der Aufgabenerledigung bei den Stadt- und LKreisen, Stand der Übermittlung der hierfür erforderlichen Kennzahlen, Gründe und Konsequenzen der Mängel im Berichtswesen und Controlling, Auswirkungen der Vertragsanpassung mit T-Systems infolge der Verwaltungsreform auf die Verantwortung des Generalunternehmers für den Gesamterfolg

Antr
s. *Neues Steuerungsmodell*
Drs 13/4613

Flurbereinigung in BW

Auflistung der o.g. Verfahren, der Kosten und finanziellen Beteiligung von Bund, Land, EU und Landwirten seit 2000; Umfang der bereinigten landwirtschaftlichen Nutzflächen seit 1952; Entschädigung von ökologisch wirtschaftenden Betrieben für die Zuteilung von konventionell bewirtschafteten Flächen? Darlegung der ökologischen und naturschutzfachlichen Problematik von Flurbereinigungen, Konzentration auf beschleunigte Verfahren unter Einbeziehung der anerkannten Umweltverbände? Umfang und Kosten des Personaleinsatzes vor und nach der Verlagerung auf die LKreise und RegPräs im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Flurbereinigung*
Drs 13/4645

Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes

Umsetzung der vereinbarten Spitzabrechnung der Belastung des Landes im Länderfinanzausgleich durch die Steuerkraft der Gemeinden; Aktualisierung des finanziellen Ausgleichs für das Verwaltungsstruktur-ReformGes

GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/4769

Optimierung der Landwirtschaftsverwaltung in BW

Verlagerung von Aufgaben und Abbau von Stellen der Agrar- und Flurneuordnungsverwaltung nach der Eingliederung in die

Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Auswirkungen auf die Beratung der Landwirte und Durchführung von Flurneuordnungsmaßnahmen; Prüfung notwendiger Korrekturen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der beiden Fachverwaltungen

Antr
s. *Landwirtschaftsbehörde*
Drs 13/5117

Vorschlag zur Einsetzung einer Expertenkommission Verwaltungsreform

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 68 80 89 90 95 96

Unterschiedliche Positionen der Regierungsfractionen zur Notwendigkeit einer Verwaltungsreform

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 751 753 754

Notwendigkeit einer funktionalen Verwaltungsreform

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 818-820

Anmahnung einer funktionalen Verwaltungsreform, Einsetzung einer Expertenkommission

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 850 880 881

Anmahnung einer Verwaltungsreform

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1096 1099 1105

Würdigung der Technologieregion Karlsruhe als Zusammenschluss von Exekutive, Wirtschaft und Wissenschaft; Verzicht auf eine Verwaltungsreform und Schaffung neuer Bürokratien

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1515 1523

Bezeichnung einer Verwaltungsreform als nach wie vor dringlich, Unterstützung regionaler Kooperationen, Verzicht auf eine weitere Verwaltungsebene, Verweisung auf die Technologieregion Karlsruhe

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1978

Notwendigkeit einer funktionalen Verwaltungsreform, Einsetzung einer Expertenkommission, Überprüfung der Aufgaben der RegPräs und Oberschulämter, Reform der Straßenbauverwaltung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2124 2134 2135 2159 2172-2177

Anmahnung einer Verwaltungsreform, Einsetzung einer Enquetekommission

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2223 2232 2233

Anmahnung einer Verwaltungsreform, Einsetzung einer Expertenkommission

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2296 2297 2329 2330 2332 2336

Notwendigkeit einer Verwaltungsreform aufgrund der Finanzlage des Landes, Anregung einer Aufgabenkritik, Rückkehr zu den Kernaufgaben des Staates

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2627 2635 2638 2639 2645-2647 2649-2651 2655 2656 2662-2666 2668-2670 2674-2676

Rückführung der Personalkosten mit der geplanten Verwaltungsreform, Einleitung eines Paradigmenwechsels, Umgehung des Parlaments durch den MinPräs bei seinem Überraschungscoup zur Verwaltungsreform

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2703 2706 2709 2710 2713 2716-2729 2731-2739 2785 2786

Verbleib der Ämter für Flurneuordnung nach der Verwaltungsreform, Eingliederung in die LKreise; Problematik der Eingliederung des WKD und der Polizei in die Landratsämter

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3092-3099 3117-3123 3125 3127 3129 3130 3133 3135 3136

Ablehnung einer Eingliederung der Forstämter und Landwirtschaftsämter in die Landratsämter

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3141 3191 3199

Kritik an der Beratungsresistenz des MinPräs bei der Umsetzung seiner Verwaltungsreform, Vergleich mit dem Verkauf der EnBW-Anteile an die EdF; Vorwurf einer Durchsetzung der Verwaltungsreform zulasten der Bediensteten

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3487 3509 3517 3518

Problematik der Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Anregung einer Fusion als Alternative

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3545 3550 3551 3553

Begründung und Ausgestaltung der geplanten Verwaltungsreform, Voranstellung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion, Kritik an der Überrumpelung der Koalitionsfraktionen und des Parlaments

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3605-3607 3614 3617 3620 3621 3627 3628 3632 3634 3641 3677

Ablehnung einer Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs; Verteidigung der geplanten Verwaltungsreform; Kritik an der Beschäftigung und Dotierung des ehemaligen Landrats Hans Volle für die Verwaltungsreform

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3783 3784 3789 3790 3797

Anpassung des NSI-Projekts an die Verwaltungsreform; erzielbare Einsparungen mit dem Rückschnitt der ausgewucherten Sonderbehördenlandschaft; Verzicht auf die Eingliederung der Polizei in die Landratsämter

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4012 4013 4016 4019 4020 4023 4027 4029 4031 4034 4035 4039 4076

Umgehung des Parlaments durch den MinPräs bei seinem Überraschungscoup zur Verwaltungsreform

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4083 4084 4090-4092

Begründung und Ausgestaltung der geplanten Verwaltungsreform, Voranstellung einer Aufgabenanalyse und Aufgabenreduktion, Erwirtschaftung der vorgegebenen Effizienzrendite, Kritik an der Überrumpelung der Koalitionsfraktionen und des Parlaments, Verlängerung der Anhörungsfrist für das Verwaltungsstruktur-ReformGes

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4146 4154 4155 4168 4171 4172 4175 4178 4181-4186 4188 4192-4198

Kritik an der Aufteilung der Straßenbauverwaltung zwischen den RegPräs und LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform, befürchtete Folgen einer Zersplitterung der Fachbehörden für Forstwirtschaft, Naturschutz und Hochwasserschutz; Unvereinbarkeit des NSI-Projekts mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4323 4327 4337 4346 4348 4349 4351 4352 4366 4372 4373

Umsetzung der beschlossenen Verwaltungsreform, Bewertung als Grundlage für eine Aufgabenkritik

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5134 5136 5161

Vereinbarkeit des NSI-Projekts mit der Verwaltungsreform, Wegfall eines Viertels der Nutzer mit der Eingliederung der Sonderbehörden in die Landratsämter

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5309-5311 5314 5315 5318

Kritik an der Ausklammerung der Region Stuttgart bei der Verwaltungsreform; Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das Verwaltungsstruktur-ReformGes

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5346 5347 5349 5353

Begleitung der Umsetzung der Verwaltungsreform durch den MinPräs; Begründung des weiteren Verbleibs im Amt bis zum 19.04.2005; Kritik am Fehlen einer Revisionsklausel; Aufgaben und Selbstverständnis der Schulverwaltung nach der Verwaltungsreform; Abmilderung der Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandatsträger

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5590 5592 5617 5624-5630 5633

Stellenabbau im Zuge der Verwaltungsreform; zeitgleiche Umsetzung einer Justizreform; Abmilderung der Auswirkungen der Verwaltungsreform auf kommunale Mandatsträger, Beschränkung der Hinderungsgründe auf die Rechtsaufsicht

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5644 5671 5673-5675 5677 5678 5682-5687 5697

Abbau von Stellen und Bürokratie mit der Verwaltungsreform; Erwirtschaftung der vorgegebenen Effizienzrendite; Unvereinbarkeit des NSI-Projekts mit der Verwaltungsreform; Verweisung auf Reformvorhaben in Hessen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5795 5796 5800 5804 5810 5812 5815 5821

Bezeichnung der Verwaltungsreform als Verschiebebahnhof ohne Einsparung von Aufgaben und Ebenen; Erwirtschaftung der vorgegebenen Effizienzrendite; Unvereinbarkeit des NSI-Projekts mit der Verwaltungsreform; Arbeitsbelastung des IM durch die Verwaltungsreform; Rückwirkungen der Verwaltungsreform auf den Ltg

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5875 5883 5891 5904 5906 5915 5919 5920 5925 5947

Erwartete Stelleneinsparungen mit der Verwaltungsreform, Bewertung als Vorbild für andere BLänder

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6148 6158

Kritik an der nicht erfolgten Voranstellung einer Aufgabenkritik zur Verwaltungsreform, Auswirkungen der Abschaffung von Verwaltungskräften bei der Polizei, Hinweis auf einen möglichen Bedarf zur Nachregulierung der Verwaltungsreform

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6479 6490

Erinnerung an das Verwaltungsstruktur-ReformGes als größtes Gesetzesvorhaben in der 13. WP

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011 8012

Verwaltungsrichter

Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes (AGBDG)

Übertragung der Zuständigkeit für gerichtliche Disziplinarverfahren gegen Bundesbeamte auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Regelung der Wahl der in den Spruchkörpern für Disziplinarsachen mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer)

GesEntw

s. *Disziplinarrecht*

Drs 13/668

Schreiben des JuM vom 14.05.2002 - Wahlvorschläge der obersten Bundesbehörden und der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften für den Geschäftsbereich des Verwaltungsgerichtshofs BW; hier: Wahl der Beamtenbeisitzer des Disziplinarsenats beim VGH

s. *Verwaltungsgericht*
PIPr 13/27 S. 1571

Schreiben des JuM vom 27.07.2004 - Bestellung der Vertrauensleute, die bei der Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter mitzuwirken haben

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5322

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des BDisziplinarGes

Anhebung der Amtsdauer der in gerichtlichen Disziplinarverfahren mitwirkenden ehrenamtlichen Richter (Beamtenbeisitzer) von vier auf fünf Jahre

GesEntw
s. *Disziplinarrecht*
Drs 13/4765

Schreiben des JuM vom 07.02.2006 - Ges zur Neuordnung des Bundesdisziplinarrechts; hier: Wahl der Beamtenbeisitzer gemäß § 47 Abs 3 BDG i.V. mit § 1 Abs 1 Satz 2 AGBDG

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7869

Verwaltungsstruktur-Reformgesetz

s. *Verwaltungsreform*

Verwaltungsverfahren

s.a. *Förderbescheid*

Entwicklung der Straßenbauinvestitionen in BW

Entwicklung des Überhangs an planfestgestellten Projekten sowie des Kfz-Steueraufkommens bundesweit und für BW

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/583

Standardisierung von Biogasanlagen und Optimierung der Genehmigungsverfahren

Beschleunigung o.g. Verfahren durch Koordination der verschiedenen Genehmigungsbehörden, Schulung der Mitarbeiter, Information der Landwirte und Standardisierung der Anlagen

Antr
s. *Biogas*
Drs 13/1176

Planfeststellungsverfahren im Bundesstraßenbau

Kriterien für die Auswahl von Fernstraßenprojekten zur Durchführung von Planfeststellungsverfahren, Blockade von Projekten mit einem günstigen Nutzen-Kosten-Verhältnis bei der Aufnahme in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans durch die hohe Zahl planfestgestellter Vorhaben

Antr
s. *Straßenbau*
Drs 13/2106

Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans 2003

Im BVerkehrswegeplan enthaltene BFernstraßenprojekte und Investitionssummen bzw vom Land angemeldete zusätzliche Pro-

jekte, notwendige und verfügbare Mittel für den Neu- und Ausbau von BFernstraßen von 1995-2012 bzw zur Fortführung begonnener Maßnahmen, Vermeidung des Außerkrafttretens von Planfeststellungsbeschlüssen durch mögliche Fristverlängerung sowie Baubeginn trotz Unterfinanzierung, Auflistung der entsprechenden Projekte

Antr
s. *Bundesverkehrswegeplan*
Drs 13/2114

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesverwaltungsverfahrensGes und LandesverwaltungsvollstreckungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonalausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw LReg 18.10.2004 Drs 13/3661 (52 S.)

1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5625

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3780

2. Beratung PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5692-5695

GesBeschl 08.12.2004 Drs 13/3902

GBI 2004 Nr. 17 S. 884-891 (Ges vom 14.12.2004)

Bekanntmachung der NF des LVerwaltungsverfahrensGes
GBI 2005 Nr. 8 S. 350-376

Weitere Planung für Straßenverkehrsprojekte im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht (WB)“ aus dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) in BW; hier: Planfeststellungsverfahren B 3 neu, Ortsumgehung (OU) Kuppenheim (LKreis Rastatt)*

MdlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3827

Umsetzung des Elektronik-AnpassungsGes

Stand der entsprechenden Zugänge für die elektronische Kommunikation zwischen Bürgern sowie Kommunen und LKreisen, bisherige und geplante elektronische Verfahren zur Kfz-Anmeldung, Gewerbean- und -ummeldung, Beantragung von Führerscheinen u.a.; Maßnahmen zur Steigerung der Akzeptanz der Digitalen Signatur

KlAnfr
s. *Elektronischer Geschäftsverkehr*
Drs 13/4147

Ges zur Einführung der tierschutzrechtlichen Verbandsklage in BW

Ermöglichung der Mitwirkung anerkannter Vereine bei Rechtssetzungs- und Verwaltungsverfahren sowie von Rechtsbehelfen anerkannter Vereine gegenüber Verwaltungsakten des Landes

GesEntw
s. *Tierschutz*
Drs 13/4418

Ges zur Änd des WasserGes für BW

Verlängerung der Frist für das Außerkrafttreten von Planfeststellungsbeschlüssen nach dem LVerwVG für Gewässerausbauvorhaben, insbes für Hochwasserschutzmaßnahmen, auf acht Jahre nach Eintritt der Unanfechtbarkeit; Ermöglichung der Verlängerung dieser Frist um höchstens fünf Jahre auf Antrag des Bausträgers

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/4489

Ges zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern BW, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung und Weiterentwicklung im Rhein-Neckar-Gebiet und zur Änd weiterer Vorschriften

Regelung der Gebietserweiterung, der Regionalplanung, Stärkung der umsetzungsorientierten Verbandskompetenzen, Verwaltungsvereinfachung und Verfahrenserleichterung; Änd des LPlanungsGes, LBesoldungsGes, LBeamtenGes, Ges über den Kommunalen Versorgungsverband, der LHaushaltsordnung, der Gemeindeprüfungsordnung und StellenobergrenzenVO

GesEntw
s. *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit*
Drs 13/4741

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrenGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Feststellung eines Überhangs an planfestgestellten Straßenbaumaßnahmen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 663 666-668 671

Angebot und Abwicklung von Verwaltungsleistungen und -verfahren über das Internet, Beschleunigung der Verfahren mit der vorgesehenen Verwaltungsreform

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2899 2902 2903 2911 2921 2938

Objektivität des RegPräs Stuttgart bei der Durchführung des Planfeststellungsverfahrens für die neue Landesmesse

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3371 3377

Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4902

Vereinfachung und Beschleunigung der Verwaltungsverfahren mit der Verwaltungsreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4996 5006 5007

Übertragung der Regelungen des Verwaltungsverfahrens in die Zuständigkeit der Länder

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5497 5499 5501

Verwaltungsverfahrensgesetz

s. *Verwaltungsverfahren*

Verwaltungsvollstreckungsgesetz

s. *Vollstreckung von Forderungen*

Verwaltungsvorschrift

s. *Rechtsvorschrift*

Verwaltungszustellungsgesetz*Ges zur Änd des LVerwaltungszustellungsGes*

Anpassung der Verweisung auf die Vorschriften der Postzustellung in der Zivilprozessordnung im LVwZG an die geänderte Rechtslage des Bundes, Übernahme der Vorschriften über die Heilung von Zustellungsmängeln in gerichtlichen Verfahren in die Prozessordnung

GesEntw LReg 26.04.2002 Drs 13/968
1. Beratung PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1560
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.07.2002 Drs 13/1129
2. Beratung PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1808 (abgesetzt)
2. Beratung PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1883 1884
GesBeschl 18.07.2002 Drs 13/1209
GBI 2002 Nr. 8 S. 266 (Ges vom 23.07.2002)

Veterinäramt

s. *Veterinärwesen*

Veterinärmedizin

s. *Tierheilkunde*

Veterinärwesen

s.a. *Lebensmittelkontrolle*
s.a. *Tierarzt*
s.a. *Tierheilkunde*
s.a. *Tierkörperbeseitigung*

Bürokratieabbau; hier: Umsetzung der Entscheidung der EU-Kommission vom 08.06.2001 gemäß der Richtlinie 64/433/EWG zur Überwachung der Hygienebedingungen in registrierten Schlachthäusern

Zusätzlicher Aufwand der Kommunen zur Umsetzung der o.g. Richtlinie, Maßnahmen zur Reduzierung des Aufwands, Übertragung der Aufgaben auf die Veterinärämter der LKreise

KlAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3209

Qualitätsmanagement im Verbraucherschutz

Beurteilung des Qualitätssicherungssystems und der eingebundenen Behörden im Bereich des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung, Vergleich mit anderen BLändern, Anstrengung einer bundeseinheitlichen Regelung?

Antr
s. *Verbraucherschutz*
Drs 13/4892

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4935

Zusammenarbeit eines Tierschutzbeauftragten mit den Veterinärämtern, personelle Verstärkung der Veterinärämter, Überwachung der tierschutzrechtlichen Vorschriften durch die Amtstierärzte

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2011 2012 2015

Überwachung der tierschutzrechtlichen Bestimmungen an Schlachthöfen durch die Amtstierärzte

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2402

Erinnerung an die Eingliederung der Veterinärämter in die Landratsämter 1995, Bewährung dieser Strukturreform bei der Bewältigung der BSE-Krise

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2898 2910 2911

Effizienz der Lebensmittelüberwachung durch die Veterinärämter

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3117 3118 3120

Erinnerung an die Eingliederung der Veterinärämter in die Landratsämter 1995, Bewährung dieser Strukturreform bei der Bewältigung der BSE-Krise

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4646 4647 4653 4664 4668 4670-4672

Erinnerung an die Eingliederung der Veterinärämter in die Landratsämter 1995

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4916 4919 4926 4928

Vetter, Erwin Dr. MdL CDU*Glückwünsche zum Geburtstag*

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2441

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Dr. Erwin Vetter durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014 8015

Videokamera

s. *Videotechnik*

Videospiel

s. *Spiel*

Videotechnik*Videoüberwachung in Mannheim*

Erfahrungen mit der seit Juli eingesetzten Überwachungstechnik, Auflistung der eingeleiteten Straf- und Bußgeldverfahren, Frage nach einer Verdrängung von Kriminalität, Löschung der Bildaufzeichnungen, Interesse von weiteren Kommunen

KIAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 28.11.2001 und Antw IM Drs 13/513

Videokameras in Streifenwagen der Polizei

Umsetzung der o.g. Empfehlung der Arbeitsgruppe „Gewalt gegen Polizisten“ an die Innenministerkonferenz zur Eigensicherung in den einzelnen BLändern; Höhe der jeweiligen Kosten; Durchführung der Nachrüstung auch in BW unter Einbeziehung in das Leasingpaket?

Antr Günter Fischer u.a. SPD 19.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3224

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 16

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Verbot des Betriebs automatischer Waschanlagen an Tankstellen an Sonntagen / Öffnung von Videotheken an Sonntagen

KIAnfr
s. *Sonn- und Feiertage*
Drs 13/3524

Löschung der bei der Videoüberwachung gewonnenen Aufzeichnungen binnen 48 Stunden, Ablehnung der Videoüberwachung als zu starken Eingriff in die Freiheitsrechte

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 881 884 885

Erzielung eines Ausgleichs zwischen den neuen Maßnahmen der Videoüberwachung und den Erfordernissen des Datenschutzes, Behebung der Softwareprobleme bei der Videoüberwachung in Mannheim

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1314-1316 1318 1319

Hinweis von IM Dr. Schäuble auf seine Befähigung zur Programmierung eines Videorekorders

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3136

Erzielung eines Ausgleichs zwischen den neuen Maßnahmen der Videoüberwachung und den Erfordernissen des Datenschutzes

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4540 4541 4543 4544 4546

Verhinderung der Videoüberwachung des Biberacher Schützenfestes, Bedeutung der Videoüberwachung als Instrument zur Gewährleistung der inneren Sicherheit

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6586-6588

Verweisung auf die Verfeinerung der Videoüberwachung in Großbritannien; Kritik an der Videoüberwachung von Arbeitnehmern im Betrieb

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7034 7036 7038

Videothek

s. Videotechnik

Videoüberwachung

s. Videotechnik

Viehhaltung

s. Tierhaltung

Viehschlachtung

s.a. Schlachtbetrieb

Entsorgung von Tiermehl

Entsorgung von vorhandenem und künftig anfallendem Tiermehl: Maßnahmen, Kosten und deren Träger, haushaltsmäßige Voraussetzungen zur Auszahlung von Zuwendungen, Beteiligung des Bundes und der EU an den Folgekosten, Bewertung des zeitlich befristeten Verfütterungsverbots der EU sowie der Verarbeitung von Schlachtabfällen von für den menschlichen Verzehr freigegebenen Tieren zu Tiermehl

Antr
s. Futtermittel
Drs 13/61

Schadensersatzansprüche infolge fehlerhafter BSE-Tests und mangelnder Kontrollen der LReg

Höhe der Schäden für Erzeuger, Schlachtbetriebe und Metzgereien sowie der zu erwartenden Rückforderungen von Zuschüssen der EU; Minimierung der Schäden, Durchführung von korrekten Tests bei den bereits geschlachteten und zur Schlachtung anstehenden Tieren; Ausgleich der Schäden bei den Betroffenen, Regressnahme bei den fehlerhaft arbeitenden privaten Labors

Antr
s. BSE
Drs 13/786

Kofermentierung in Biogasanlagen

Anfallende Mengen und Entsorgungskosten von Blut und Schlachtabfällen in den einzelnen Schlachthöfen, Beurteilung des Widerspruchs zwischen der Verwendung von Blut zur Zubereitung von Lebensmitteln und dem Verbot zur energetischen Verwertung in Biogasanlagen; Prüfung einer entsprechenden Kofermentierung

Antr
s. Biogas
Drs 13/913

Rinderschlachtungen ohne vorgeschriebene BSE-Tests in BW

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und Maßnahmen des MLR nach bekannt werden der o.g. Fälle; Einschätzung des Imageschadens und des wirtschaftlichen Schadens für die Landwirtschaft, das Verarbeitungsgewerbe und den Handel; Gewährleistung der vorgeschriebenen Tests bei allen Schlachtungen von mehr als 24 Monate alten Rindern

Antr
s. BSE
Drs 13/2901

Verstöße gegen das TierschutzGes im Zuge des Transports und der Anlieferung von Schlachtgeflügel zur Schlachthanlage der Firma Schloss Stetten GmbH & Co KG im LKkreis Schwäbisch Hall

Art und Folgen o.g. Verstöße, insbes Verenden von Tieren infolge langer Standzeiten in den Lkw bei warmer Witterung und fehlender Zwangsbelüftung; Art, Intensität und Konsequenzen von Kontrollen; Aufforderung der zuständigen Veterinäre zu einer zurückhaltenden Überwachung durch das RegPräs Stuttgart?

Antr
s. Tierschutz
Drs 13/3204

BSE-Tests

Zahl, Ergebnisse und Aufwand o.g. Untersuchungen an gesunden Schlachttieren; Anteil der Kontrolle von Privatlaboratorien; rechtliche Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen und wissenschaftlichen Erkenntnissen, Überlegungen zur Anhebung der Altersgrenze bzw zur vollständigen Abschaffung der Tests bei gesunden Schlachttieren, Ermöglichung der kontrollierten Herstellung und Verfütterung von Tiermehl aus dem Fleisch von erkrankten Tieren, Intensivierung der Lebenduntersuchung

Antr
s. BSE
Drs 13/3532

Altersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests an Schlachtrindern

Bemühungen um Anhebung der Schlachtaltersgrenze für die Durchführung von BSE-Tests auf 30 Monate

Antr
s. BSE
Drs 13/3559

Anhebung der Altersgrenze für BSE-Tests bei Schlachtrindern auf 30 Monate

Bewertung des Risikos für die Verbraucher bei einer Anhebung der Altersgrenze, Initiierung eines entsprechenden Vorstoßes zum Abbau der Wettbewerbsnachteile deutscher Landwirte gegenüber ihren europäischen Kollegen; Beurteilung der Kritik der Verbraucherorganisation Foodwatch an der Verwendung von Tiermehl als Rinderfutter

Antr
s. BSE
Drs 13/3646

Zustimmung der LReg zur hessischen Gesetzesinitiative zur Änd des § 4 a Abs 2 Nr. 2 TierschutzGes (Schächten)

Beratungsstand und Zustimmungsfähigkeit des o.g. Vorstoßes im BRat; Zahl der gestellten und genehmigten Anträge auf Ausnahme genehmigungen für das betäubungslose Schlachten von Tieren seit dem Urteil des BVerfG vom Januar 2002

KIAnfr
s. Tierschutz
Drs 13/4575

Intensität, Verlässlichkeit und Ergebnisse der BSE-Tests; Hinwirkung auf Kosteneinsparungen im Schlachtbereich

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1048 1059

Ablehnung des rituellen Schächtens von Tieren ohne Betäubung; Beseitigung des Risikomaterials von BSE-getesteten Tieren, Verbesserung der Schlachtechniken, tierärztliche Überwachung sämtlicher Schlachtstätten

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1241-1243 1256 1261 1263 1264

Vorgaben des Tierschutzes zum Schächten

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2014

Tierärztliche Überwachung der Schlachtstätten; Ruf nach einer Verordnung zur Einschränkung des Schächtens auf religiös begründete Einzelfälle

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2402 2403

Beklagung ungleicher Standards bei den BSE-Tests in Europa, Fälle von Schlachtungen ohne vorgeschriebenen Test, Effizienz der neuen Rinderdatei

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4343 4358 4359

Viehtransport

s. Tiertransport

Villingen-Schwenningen

s.a. Hochschule für Polizei

Landesfachklasse für Uhrmacher

Gründe für die Verlegung von der Goldschmiedeschule Pforzheim nach Schwenningen, Darlegung der Einzugsbereiche der Fachklasse

KlAnfr

s. Uhrmacher

Drs 13/1216

Städtische Musikschule als GmbH einer Musikhochschule

Einbindung des Lehrkörpers und von Studierenden der Musikhochschule Trossingen in Lehraufgaben u.a. Tätigkeiten der o.g. GmbH zum Zweck der Weiterführung der Musikschule Villingen-Schwenningen, Beteiligung der Musikhochschule Trossingen an dieser GmbH, Frage nach dem damit verbundenen wirtschaftlichen Risiko

KlAnfr

s. Musikschule

Drs 13/4589

Zusammenarbeit des Instituts für Mikro- und Informationstechnik in Villingen-Schwenningen mit europäischen Kompetenzzentren

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4497

Visum

s. Sichtvermerk

V-Leute

s.a. Zeuge

Fünfter NPD-V-Mann aus BW

Zitate von Aussagen eines für den Verfassungsschutz tätigen V-Mannes in der Antragsschrift des BRats zum NPD-Verbotsverfahren, Frage nach weiteren Aussagen von aktuellen oder ehemaligen V-Leuten, Bedeutung für das weitere Verfahren beim BVerfG

KlAnfr

s. Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Drs 13/732

V-Mann

s. V-Leute

Vogel

s.a. Geflügel

s.a. Kormoran

s.a. Vogelschutz

Schäden durch Rabenvögel

Entwicklung des Bestands und der Regulierung von Rabenvögeln, Zulässigkeit der Bejagung der Saatkrähe in Frankreich und Großbritannien, Änd der Vogelschutzrichtlinie u.a. Maßnahmen zum Stopp der ungebremsten Population von Saatkrähen zur Verhinderung von Schäden in der Landwirtschaft; mögliche Entschädigungsregelungen

Antr Alfred Haas u.a. CDU 10.05.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/991

BeschlEmpf und Bericht LandWA 10.07.2002 Drs 13/1401 S. 61

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Jagd in der Wilhelma

Einstellung der Bejagung von einwechselnden Tieren mit der Schusswaffe, Beschränkung der Vergrämung von Rabenkrähen und Staren auf pyrotechnische Mittel

Antr

s. Jagd

Drs 13/1186

Schutz und Bestand der Greifvögel in BW

Entwicklung der Bestände in den letzten zehn Jahren, der Anlaufstellen und Pflegestationen für verletzte, konfiszierte und verwaarloste Greifvögel u.a. geschützte heimische Vögel; Auflistung der offiziell anerkannten und geförderten Stationen; Bewertung bzw Anerkennung und Unterstützung der Greifvogelstation Bad Friedrichshall

Antr Alfred Winkler u.a. SPD 08.11.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1477

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.02.2003 Drs 13/1855 S. 52

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr

s. Wasserrecht

Drs 13/1602

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Stromtod von Vögeln durch Freileitungen

Nachrüstung bestehender Anlagen mit Vogelabweisern

Mittlg LReg 06.05.2003 Drs 13/2056

Sachliche Darstellung oder Polemik gegen Windkraftanlagen in einer Presseinformation der Umweltakademie des Landes?

Aussagen und Ergebnisse einer von der Umweltakademie veranstalteten Tagung „Windkraftanlagen - eine Bedrohung für Vögel und Fledermäuse?“, Vereinbarkeit mit den davon abweichenden Aussagen der o.g. Pressemitteilung; Risikobewertung von Windkraftanlagen für Vögel im Vergleich zu Freileitungen; Stellungnahme zu der polemischen Rede eines CDU-Abgeordneten gegen die Windkraftnutzung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2555

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, insbes am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/3349

Greifvogelstation Bad Friedrichshall

Auflistung der Anlaufstellen und Pflegestationen für verletzte, konfiszierte und verwaarloste Greifvögel u.a. geschützte heimische Vögel sowie der jeweiligen Höhe und Kriterien der Beschussung; Gründe für die Unterschiede zwischen Mössingen und Bad Friedrichshall; Korrektur der Benachteiligung von Bad Friedrichshall

Antr Reinhold Gall u.a. SPD 22.06.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4430
BeschlEmpf und Bericht LandwA 28.09.2005 Drs 13/4745 S. 70 71
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Vogelgrippenviren und deren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit

Einschätzung der o.g. Gefahren durch Einschleppung über den Vogelzug und (Flug-)Reisende, insbes einer Influenzapandemie durch Verbindung des Vogelgrippenvirus mit dem menschlichen Grippevirus; Vorkehrungen der LReg und Bürger, Verstärkung der Kontrollen an den Flughäfen und Außengrenzen

Antr
s. *Infektionskrankheit*
Drs 13/4721

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Außerkräfttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Gefährdung von Vögeln durch Windkraftanlagen

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3458 3461 3466

Vogelschutz

Schäden durch Rabenvögel

Entwicklung des Bestands und der Regulierung von Rabenvögeln, Zulässigkeit der Bejagung der Saatkrähe in Frankreich und Großbritannien, Änd der Vogelschutzrichtlinie u.a. Maßnahmen zum Stopp der ungebremsten Population von Saatkrähen zur Verhinderung von Schäden in der Landwirtschaft; mögliche Entschädigungsregelungen

Antr
s. *Vogel*
Drs 13/991

Ges zur Änd des NaturschutzGes

Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie sowie der Zoo-Richtlinie der EG bzw der darauf bezogenen Rahmenvorschriften des BundesnaturschutzGes

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/1360

Schutz und Bestand der Greifvögel in BW

Entwicklung der Bestände in den letzten zehn Jahren, der Anlaufstellen und Pflegestationen für verletzte, konfiszierte und verwaarloste Greifvögel u.a. geschützte heimische Vögel; Auflistung der offiziell anerkannten und geförderten Stationen; Bewertung bzw Anerkennung und Unterstützung der Greifvogelstation Bad Friedrichshall

Antr
s. *Vogel*
Drs 13/1477

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Stromtod von Vögeln durch Freileitungen

Nachrüstung bestehender Anlagen mit Vogelabweisern

Mittlg
s. *Vogel*
Drs 13/2056

Sachliche Darstellung oder Polemik gegen Windkraftanlagen in einer Presseinformation der Umweltakademie des Landes?

Aussagen und Ergebnisse einer von der Umweltakademie veranstalteten Tagung „Windkraftanlagen - eine Bedrohung für Vögel und Fledermäuse?“, Vereinbarkeit mit den davon abweichenden Aussagen der o.g. Pressemitteilung; Risikobewertung von Windkraftanlagen für Vögel im Vergleich zu Freileitungen; Stellungnahme zu der polemischen Rede eines CDU-Abgeordneten gegen die Windkraftnutzung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2555

Gefährdung des Naturschutzgebiets Bremgarten durch eine Ausweitung des Flugverkehrs am Sonderlandeplatz

Auswirkungen der geplanten Ansiedlung weiterer „flugaffiner“ Betriebe im Gewerbepark Breisgau, Kriterien der zeitlichen Beschränkung von Rundflügen mit Luftschiffen und für deren Ausnahmen; Behandlung des NSG Bremgarten als faktisches Vogelschutzgebiet und Aufnahme in die Nachmeldekulisse zu den Natura 2000-Gebieten, Beurteilung der entsprechenden Auffassung von Naturschutzverbänden

KlAnfr
s. *Naturschutzgebiet*
Drs 13/3589

Greifvogelstation Bad Friedrichshall

Auflistung der Anlaufstellen und Pflegestationen für verletzte, konfiszierte und verwahrloste Greifvögel u.a. geschützte heimische Vögel sowie der jeweiligen Höhe und Kriterien der Bezuschussung; Gründe für die Unterschiede zwischen Mössingen und Bad Friedrichshall; Korrektur der Benachteiligung von Bad Friedrichshall

Antr
s. *Vogel*
Drs 13/4430

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Natura 2000 - Nachmeldung von Vogelschutzgebieten

Beitrag der europäischen Vogelschutzgebiete zum Erhalt der heimischen Vogelarten, Zulassungsvoraussetzungen für Projekte und Planungen in Vogelschutzgebieten, Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer und Kommunen iRd laufenden Nachmeldeverfahrens, Erfüllung der Vorgaben der EU mit dem derzeitigen Flächenumfang der Nachmeldekulisse?

Antr
s. *Natura 2000*
Drs 13/4889

Zeitdruck und Unterlagenqualität im Zuge der Meldung von FFH-Gebieten und Vogelschutzgebieten 2005

Verfahrensstand der o.g. Nachmeldungen iRd Programms Natura 2000, Zeitpunkt der Zuleitung aller Daten und Gutachten zur geplanten Gebietsmeldung an die Gemeinden, Bewertung der Kritik an der Qualität und Abgrenzungsschärfe der enthaltenen Gebiete sowie an der kurzen Frist zur Stellungnahme; Zuleitung aller den Ausweisungen zugrunde liegenden Daten und Verlängerung der Frist zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum kommenden Frühjahr

Antr
s. *Natura 2000*
Drs 13/4941

Kritik an der Zuständigkeit der EU für die Ausweisung von Vogelschutzgebieten

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3313 3319 3320 3322

Ablehnung von Windrädern in Vogelzuggebieten, Hinweis auf eine NABU-Studie zum Vogelschlag durch Windräder

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7018 7022 7023

Festlegung der Vogelschutzgebiete mit den wertgebenden Vogelarten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7267 7269

Volksabstimmung*s.a. Bürgerbeteiligung**Ges zur Änd der Verfassung des Landes BW*

Einführung einer Volksinitiative; Reduzierung des Quorums für ein erfolgreiches Volksbegehren; Bestimmung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen bei Volksabstimmungen als entscheidendes Quorum

GesEntw
s. *Bürgerbeteiligung*
Drs 13/1246

Erleichterung von Bürgerbegehren und -entscheiden bzw Volksbegehren und -abstimmungen

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80

Überlegungen zu einer Volksabstimmung über den EU-Verfassungsvertrag

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3059 3063

Verweisung auf die Abstimmungsergebnisse über den EU-Beitritt in den osteuropäischen Ländern, Eintreten für eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3307 3318 3320 3323 3324

Eintreten für eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3803 3804 3810

Eintreten für eine Volksabstimmung über die europäische Verfassung

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4773

Verweisung auf Volksabstimmungen über die Europäische Verfassung in wichtigen Ländern Europas, Erneuerung des Vorschlags zu einem gleichzeitigen europaweiten Referendum

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5122 5125 5129-5131

Gründe für und gegen eine Volksabstimmung über die europäische Verfassung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5369 5373

Senkung der Quoren für einen Volksentscheid in BW; Eintreten für eine Volksabstimmung über den Beitritt der Türkei zur EU sowie über die europäische Verfassung

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5720 5723 5725

Kritik an der Verweigerung einer Volksabstimmung über die europäische Verfassung und den Beitritt der Türkei zur EU

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6569 6573

Scheitern der europäischen Verfassung bei den Volksabstimmungen in Frankreich und Holland, Vermutung eines Zusammenhangs mit der weitgreifenden Einnischung der EU in Länderkompetenzen

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6717 6718 6722

Bewertung der ablehnenden Referenden zur europäischen Verfassung in Frankreich und Holland als Folgen einer Politik ohne Einbeziehung der Bürger; Anregung einer gesamteuropäischen Abstimmung

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7133 7139 7142 7144-7146 7148-7150

Volksbank

s. *Kreditgenossenschaft*

Volksentscheid

s. *Volksabstimmung*

Volkshochschule

Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der überbetrieblichen Ausbildung

Berufliche Aus- und Weiterbildungsangebote von privaten Trägern, Handwerkskammern, IHK, Berufsschulen und Volkshochschulen; Verbesserung der Kooperationen zwischen den Bildungsträgern, Zusammenschluss von überbetrieblichen Bildungsstätten

Antr

s. *Berufliche Bildung*

Drs 13/495

Finanzielle Absicherung von Alphabetisierungskursen an Volkshochschulen

Angebot, Bedarf und Finanzierung o.g. Kurse; notwendige Rahmenbedingungen und Begleitmaßnahmen zur Erreichung von Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen, insbes von Frauen und Ausländern; Parallelangebote zur Kinderbetreuung

Antr

s. *Analphabetismus*

Drs 13/1585

Neuausrichtung der Kulturförderung in BW

Weiterentwicklung der Kunstkonzeption von H. Rettich seit 1990, Berücksichtigung von Ereignissen wie deutsche Einheit, EU-Osterweiterung, Globalisierung etc? Umfang und Auswirkungen von Kürzungen, z.B. auf Eigenbeiträge bei Musikschulen/Volkshochschulen, Projekte der kulturellen Jugendbildung u.a.; Ergebnisse von Prüfaufträgen der Haushaltsstrukturkommission, insbes Überprüfung der Förderung von Theatern, Museen und nicht-staatlichen Orchestern; Beurteilung der Notwendigkeit einer Evaluation und Neuausrichtung der Kulturförderung

Antr

s. *Kultur*

Drs 13/3479

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Begrenzung der Zuschüsse an Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs in freier Trägerschaft; Änd des PrivatschulGes

GesEntw

s. *Haushaltsstrukturgesetz*

Drs 13/3832

Zukunft des 2. Bildungswegs in BW

Auflistung der 1947 an private Träger übergebenen Abendrealschulen und Abendgymnasien; Darlegung der vereinbarten Finanzierungsregelung, der Schülerzahlen und Gebührenerhebung im Vergleich zu anderen BLändern; Einsparung von Verwaltungskosten durch die Privatisierung; Auswirkungen der beabsichtigten Kürzungen auf die Höhe der Schulgebühren bzw der vom Trägerverein Volkshochschule Stuttgart beschlossenen Auftragsrückgabe, Befürchtung des Rückzugs weiterer Träger;

vollständige Rücknahme der iRd HaushaltsstrukturGes vorgesehenen Kürzungen

Antr

s. *Zweiter Bildungsweg*

Drs 13/3981

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Bedeutung und Schwerpunkte der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung; Bewertung der Aufgaben, Angebote, Strukturen und Finanzierung der einzelnen Träger; Auswirkungen der Kürzungen im zweiten Bildungsweg, insbes bei Volkshochschulen und Eigenanteilen der Teilnehmer; Entwicklung der Landesförderung bei den kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung und Familienbildungsstätten; Anstöße zur Förderung der Weiterbildungsforschung, zur Nutzung der Potenziale von gering Qualifizierten, Alleinerziehenden, Älteren etc; Konsequenzen aus einem Kommissionsbericht zum lebenslangen Lernen; zweijährige Berichtsvorlage; Entwicklung und Finanzierung der Hochschulangebote zum Studium generale, Seniorenstudium und Kinderuniversitäten

GrAnfr

s. *Weiterbildung*

Drs 13/4285

Rückgabe der Trägerschaft für das Abendgymnasium durch die Volkshochschule Stuttgart infolge der beschlossenen Mittelkürzung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5996 6005

Anteil der öffentlichen Fördermittel bei den Volkshochschulen in BW und bundesweit

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7684 7685

Volle, Hans CDU

Berater Tätigkeit des Herrn Landrat a.D. Hans Volle für die LReg Art, Zeitdauer und Entschädigung o.g. Beraterdienste; Berufung als Ombudsmann für Bürokratieabbau?

Antr SPD 27.10.2003 und Stellungnahme StM Drs 13/2544

EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Kritik an der Beschäftigung und Dotierung des ehemaligen Landrats Hans Volle für die Verwaltungsreform

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3797

Vollmacht

Betreuungsrecht verbessern - Vorsorgevollmachten stärken!

Aktuelle Debatte

s. *Betreuung (Rechtsinstitut)*

PIPr 13/67 S. 4724

BetreuungsrechtsänderungsGes (BtÄndG)

Bewertung des o.g. GesEntw der Länder, insbes Stärkung der Vorsorgevollmacht, Pauschalierung der Vergütung, Verlagerung von richterlichen Aufgaben auf die Rechtspfleger, Verzicht auf Sachverständigengutachten; Zahl der Berufsbetreuer und ehrenamtlichen Betreuer sowie der Betreuungsvereine, Entwicklung des jeweiligen Mitteleinsatzes des Landes in den letzten fünf Jahren; Gewährleistung einer ausreichenden Qualitätssicherung

Antr

s. *Betreuung (Rechtsinstitut)*

Drs 13/3237

Vollstreckung von Forderungen

s.a. *Gerichtsvollzieher*
s.a. *Zahlungsunfähigkeit*

Situation im Bauhandwerk in BW

Entwicklung der Auftragslage, der Zahl von Arbeitsplätzen, der Zahlungsfähigkeit und Insolvenzen seit 1998; Problematik der Eigenkapitalausstattung, Kreditversorgung und Refinanzierung infolge der zeitlichen Verschleppung der Rechnungsabgleichung öffentlicher Auftraggeber sowie von Vollstreckungsklagen; Abhilfemaßnahmen

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/938

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 4) - Pfändung und Abtretung von Bezügen bei Landesbediensteten

Regelung der Mitteilungspflichten des LBV bei eingehenden Pfändungen und Abtretungen gegenüber den personalverwaltenden Dienststellen

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10./13.11./04.12.2003 Drs 13/2700 I. S. 1
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4054-4065
Mittlg LReg 28.06.2004 Drs 13/3312

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandesverwaltungsverfahrensGes und LandesverwaltungsvollstreckungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Neuregelung des Gebührenrechts

Neuregelung des LandesgebührenGes, Anpassung an neue Rechtsentwicklungen und Handlungsformen der Verwaltung, Deregulierung und Ausrichtung auf betriebswirtschaftliche Grundsätze und Kostenbewusstsein, Einführung der obligatorischen, dezentralen Gebührenfestsetzung für die unteren Verwaltungsbehörden; Änd der Ges zur Ausführung des FleischhygieneGes und GeflügelfleischhygieneGes, der LBO, des FischereiGes, DenkmalschutzGes, LandesverwaltungsGes, der GemO, der VO über Zuständigkeiten nach der GewO, der VO zur Ausführung des GaststättenGes, der VO über die Bestimmung von Wochenmarktartikeln, des KommunalabgabenGes, LandesverwaltungsvollstreckungsGes, LandesjagdGes, FlüchtlingsaufnahmeGes und des EingliederungsGes

GesEntw
s. *Gebühren*
Drs 13/3477

Zeitnahe Vollstreckung rechtskräftig titulierter Forderungen, Erhöhung der Gebühren im Vollstreckungsverfahren

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 916 917 919

Zeitnahe Vollstreckung rechtskräftig titulierter Forderungen, Privatisierung der Gerichtsvollzieher

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4304 4305 4311 4314

Zeitnahe Vollstreckung rechtskräftig titulierter Forderungen, Privatisierung der Gerichtsvollzieher

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5387 5390 5393-5396

Zeitnahe Vollstreckung rechtskräftig titulierter Forderungen, Verkürzung der Rechtsmittelinstanzen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5674

Ablehnung einer Privatisierung der Vollstreckungstätigkeit

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6039 6041

Vorschläge zur Eintreibung ausstehender Rückflüsse von Studendarlehen durch die Hochschulen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7594 7595

Vollstreckungsbeamter

s. *Gerichtsvollzieher*

Vollzugskrankenhaus*Situation des Strafvollzugs in BW*

Rückfallquote bei entlassenen Straftätern, Verbesserung der Resozialisierung, Realisierung zusätzlicher Haftplätze in sozialtherapeutischen Anstalten sowie Neubau eines Vollzugskrankenhauses, Baubeginn für die JVA Offenburg

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/566

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg

Konkretisierung der Pläne zur Verlegung des Vollzugskrankenhauses und Erweiterung der sozialtherapeutischen Anstalt, kulturelle Nutzung des Kellereigebäudes; Darstellung des Sanierungsbedarfs und der damit verbundenen Kosten; Gründe und Folgen der Schließung des nach dem Stand der Technik ausgestatteten Operationssaals zum 01.10.2001, Zahl der seit 1990 vorgenommenen operativen Eingriffe, Übernahme von den nun zuständigen Krankenhäusern, Art der Verwendung des freigesetzten Personals

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 17.12.2001 und Stellungnahme JuM Drs 13/575
BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/885 S. 4 5
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Verlegung des Vollzugskrankenhauses Hohenasperg

Stand der Planung für die o.g. Verlegung, den Ausbau der Plätze für Sozialtherapie auf dem Hohenasperg und den Neubau der JVA Offenburg; Gesamtkonzept für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Sozialtherapie; Integration des Vollzugskrankenhauses in eine bestehende JVA

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 26.03.2003 und Stellungnahme JuM Drs 13/1940
BeschlEmpf und Bericht StändA 23.10.2003 Drs 13/2675 S. 3 4
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Strafvollzug in BW

Zahl der vorhandenen, der benötigten und geplanten Haftplätze einschließlich der in sozialtherapeutischen Anstalten sowie mit dem Neubau eines Vollzugskrankenhauses und der JVA Offenburg; Kosten pro Haftplatz, Umsetzung des Anspruchs auf Einzelunterbringung, Erwartung von Schadenersatzklagen

GrAnfr
s. *Strafvollzug*
Drs 13/3624

Touristische Nutzung des Hohenaspergs

Stärkung der Nutzung für den Fremdenverkehr bzw. als Kultur- und Gedenkstätte unter Einbeziehung des Schiller Nationalmuseums und des Keltenmuseums bereits vor der Umsiedlung des Vollzugskrankenhauses nach Stuttgart-Stammheim; Beurteilung der Möglichkeiten für eine Verlagerung der vorhandenen Plätze der Sozialtherapeutischen Station ebenfalls auf andere JVA; Sanierung und Öffnung des Schubartturms sowie der Gaststätte Schubartstube, Beteiligung der Rothaus-Brauerei sowie evtl. privater Investoren

Antr
s. *Hohenasperg*
Drs 13/4356

Erweiterung der Sozialtherapeutischen Anstalt auf dem Hohenasperg

Höhe des Mittelaufwands für Sanierungsmaßnahmen der Sozialtherapeutischen Anstalt und des Vollzugskrankenhauses seit 1990 bzw. für die geplanten Ausbaumaßnahmen; Art und Kosten der vorgesehenen Nutzung des Kellereigebäudes; Zahl der insgesamt vorhandenen Therapieplätze; Prüfung einer Eingliederung der Sozialtherapeutischen Anstalt in das neue Justizvollzugskrankenhaus in Stuttgart-Stammheim

KlAnfr
s. *Sozialtherapeutische Anstalt*
Drs 13/4554

Notwendigkeit eines neuen Justizvollzugskrankenhauses

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4310

Vorschläge des RH zur Zusammenlegung von Abteilungen des Justizvollzugskrankenhauses Hohenasperg sowie Prüfung von Kooperationen mit öffentlichen Krankenhäusern als Alternative zum Neubau

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7852

Vorbereitungsdienst*s.a. Beamtenanwärter**Lehrernachwuchs für Berufliche Schulen*

Zahl von Lehramtsstudenten und Seiteneinsteigern für berufliche Schulen, Bedarf bis 2015, Unterschiede zwischen Referendaren und Seiteneinsteigern, Aufstiegsperspektiven für Fachhochschulabsolventen in den höheren Dienst; Zuteilung von mehr Neustellen aufgrund der Unterrichtsdefizite, Einstellung von Bildungslehrern

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/424

Studienerfolgsquote an den PH

Prognosen für den künftigen Lehrerberuf zur Festlegung der Kapazitäten an den einzelnen PH, Entwicklung der Zahlen von Studenten, Abbrechern, Absolventen, von Lehrern im Vorbereitungsdienst und künftigen Lehrern; Einschätzung der Lehrerver-sorgung vor dem Hintergrund des fragten Zahlenmaterials

KlAnfr
s. *Lehrer*
Drs 13/677

Bessere Bezahlung für Referendare

Ausschöpfung der Möglichkeiten bei den Anwärtersonderzuschlägen bei allen Lehramtsanwärtern, entsprechende Hinweise

bei der Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/697

Organisation des Referendariats für den Schuldienst

Verlust an Wissen sowie berufliche Umorientierung von Lehramtsanwärtern nach dem ersten Staatsexamen aufgrund der halbjährlichen Wartezeit bis zum Beginn des Referendariats; Vorschlag von zwei Startterminen im Jahr

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 08.05.2002 und Antw
KM Drs 13/989

Einsparpotenziale durch Einführung öffentlich-rechtlicher Aus-bildungsverhältnisse bei staatlichen Monopolausbildungsgän-gen

Darlegung der für die öffentliche Hand per Saldo erzielten Einsparungen durch Umwandlung des juristischen Vorbereitungsdienstes in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis sowie der weiteren Potenziale bei Übertragung der Reform auf andere staatliche Ausbildungsgänge im Bibliotheks-, Vermessungs-, Forst- und Verwaltungsdienst sowie beim Vorbereitungsdienst zum Lehramt; Auswirkungen auf die Betroffenen

Antr
s. *Ausbildung*
Drs 13/1606

Referendariat an beruflichen Schulen; hier: Attraktivitätssteigerung

Entwicklung der Zahl von Direkteinsteigern über den zweijährigen Vorbereitungsdienst sowie der Kosten für Direkteinsteiger im Angestelltenverhältnis und für Referendare; Anhebung der Anwärtersonderzuschläge, Erteilung einer Einstellungszusage bereits zu Beginn des Vorbereitungsdienstes, Angebot von zwei Einstellungsterminen, Verkürzung der Probezeit, Ausbau der zielgenauen Stellenausschreibung für berufliche Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/1712

Der Vorbereitungsdienst für das Europalehramt an Grund- und Hauptschulen und Realschulen

Verankerung des o.g. Zusatzprofils in der Lehreraus- und -fortbildung, Berücksichtigung bei den Einstellungsentscheidungen

Antr
s. *Lehrer*
Drs 13/1789

Neue Aufgaben für die Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen in der Berufsschullehrerausbildung?

Überlegungen zur Einrichtung von Studiengängen für die Ausbildung von Berufsschullehrern an PH und FH, Schaffung der notwendigen Lehrkapazitäten, Erfahrungen mit der zweijährigen Ausbildung für den Unterricht in Mangelfächern für Direkteinsteiger aus der Wirtschaft, Beurteilung der Kooperation zwischen FH und Staatlichen Seminaren für Schulpädagogik zur Ermöglichung der Eingangsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst zum höheren Lehramt an beruflichen Schulen

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/2035

Ges über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst (JAG)

Umsetzung des Gesetzes zur Reform der Juristenausbildung mit dem JAG bzw der Juristenausbildungs- und Prüfungsordnung, Aufteilung der Ersten juristischen Prüfung in eine universitäre Schwerpunktbereichs- und staatliche Pflichtfachprüfung

GesEntw
s. *Jurist*
Drs 13/2086

Neue Schule, neue Lehrer - Ein Konzept für die Reform der Lehrerbildung

Inhaltliche und organisatorische Reform der Lehrerausbildung, Ausweitung und Verschränkung der Praktika- und Fortbildungsphasen; Regelungen zur Gliederung und Dauer des Hochschulstudiums, des Vorbereitungsdienstes und der Weiterqualifikation; Schaffung eigenständiger Lehrämter für Grundschulen und Gemeinschaftsschulen

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/2322

Reform der Lehrerbildung im Zuge des Bologna-Prozesses

Entwicklung einer Konzeption zur Umstellung auf die gestuften Studiengänge Bachelor und Master, Abschaffung des Staatsexamens, Reform des Referendariats, inhaltliche Neuorientierung des Studiums, Vermittlung von Diagnose-, Beurteilungs- und Beratungskompetenz, Übernahme von Aufgaben der Bildungsforschung, Schulentwicklung und Fortbildung durch die Hochschulen, Evaluation der Studiengänge und Qualitätsverbesserung an den PH

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3232

Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung

Antr
s. *Arbeitszeit*
Drs 13/3816

Veränderungen an den Staatlichen Seminaren für Didaktik und Lehrerbildung; Auswirkungen der neuen Verwaltungsvorschrift Arbeitszeit für das Leitungs- und Lehrpersonal

Begründung und inhaltliche Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvorschrift für die Leitung, Fachbereichsleiter, Fachleiter und Lehrbeauftragten; Integration des Anfangsunterrichts in die Fächer Deutsch und Mathematik; Entwicklung und Auswirkungen der gestiegenen Referendarzahlen; Berücksichtigung der erhöhten Anforderungen in der Schule und im Seminar bzw an die Qualität der Lehrerausbildung? Verzicht auf die vorgesehene Reduzierung der Deputatsanrechnung; Anstreben einer einvernehmlichen Lösung mit dem Hauptpersonalrat auf der Grundlage einer umfassenden Aufgabenbeschreibung

Antr
s. *Arbeitszeit*

Drs 13/3941

Kritik am Numerus clausus für Referendare im Vorbereitungsdienst für das Lehramt

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 231 232

Notwendigkeit einer Verbesserung des Referendariats an den Berufsschulen

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6290

Vorbeugende Gefahrenabwehr

s. *Gefahrenabwehr*

Vordruck

s.a. *Förderbescheid*

Steuervordrucke aus dem Internet

Ermöglichung des Ausdrucks der Steuervordrucke zur Abgabe der Einkommensteuererklärung auch in BW

Antr Nils Schmid u.a. SPD 07.06.2002 und Stellungnahme FM Drs 13/1058
BeschlEmpf und Bericht FinA 26.09.2002 Drs 13/1401 S. 6
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Eindruck des Dienstsiegels in Begleitdokumenten für Weinbauerzeugnisse

Belastung und Wettbewerbsnachteile der Weinwirtschaft durch die umständliche Praxis, Vergleich mit RPF; Entwicklung eines unbürokratischen Verfahrens

Antr
s. *Weinwirtschaft*
Drs 13/2265

Versendung von Fragebogen durch die Landratsämter

Abfrage personenbezogener Daten von Mitarbeitern der im Zuge der Verwaltungsreform evtl zu übernehmenden Sonderbehörden, Beurteilung datenschutzrechtlicher Aspekte sowie der Notwendigkeit solcher Aktionen, Folgen einer Verweigerung der Angaben, Frage nach dem Kenntnisstand der LKreise über die für sie entstehenden Kosten der Verwaltungsreform

Antr
s. *Umfrage*
Drs 13/2741

Kostenlose Abgabe von CD-ROMs für das ELSTER-Formular 2003 durch die Finanzämter in BW

Neuaufgabe der inzwischen vergriffenen CD-ROM; Akzeptanz der Möglichkeit zur elektronischen Einkommensteuererklärung bei den Steuerpflichtigen via ELSTER und Internet

KlAnfr
s. *Steuerveranlagung*
Drs 13/3135

Behindertengerechte Gestaltung von Vordrucken

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3547

Vorlesung

s. *Hochschullehre*

Vorruhestand

Kritik an den Vorruhestandsangeboten von großen Unternehmen, Forderung nach Streichung der Regelungen zum aktiven Vorruhestand

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7560 7564 7565

Erinnerung an die (übergangsweise) Einführung, die Verfestigung und sozialpolitischen Folgen der Vorruhestandsregelung; Forderung nach Streichung der Regelungen zum aktiven Vorruhestand

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7676-7678 7680-7684

Kritik am Missbrauch der Vorruhestandsregelung, Verweisung auf das jüngste Beispiel von Daimler-Chrysler

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7773

Vorschlagswesen

s.a. Erfindung

Vorschlagswesen in der Finanzverwaltung

Zahl und Prämierung der von Mitarbeitern seit 1996 eingereichten Verbesserungsvorschläge; Anteil der abgelehnten, anerkannten und noch offenen Vorschläge; Zeitdauer der Verfahren

KIAnfr Heike Dederer u.a. GRÜNE 26.03.2002 und Antw FM Drs 13/889

Vorschrift

s. Rechtsvorschrift

Vorschulische Kinderbetreuung

s. Kinderbetreuung

Vorsorgevollmacht

s. Vollmacht

Vorstand

s.a. Aufsichtsrat

s.a. Kapitalgesellschaft

Offenlegung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern in landeseigenen und landesbeteiligten Unternehmen

Veröffentlichung im jährlichen Bericht des FM über die staatlichen Beteiligungen an Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts

Antr SPD 11.08.2004 und Stellungnahme FM Drs 13/3496

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Zusammensetzung, Wahl und Kompetenzen von Aufsichtsrat und Vorstand; Wahrnehmung der Funktion des Aufsichtsrats durch den bisherigen Hochschulrat

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Gehälter der Vorstandsvorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung (KV)

Beurteilung der Höhe der Vorstandsbezüge im Vergleich zu den früheren Vorstandsgehältern der vier KV und denen in anderen BLändern; Frage nach Möglichkeiten der Einflussnahme des

SM als Aufsichtsbehörde; Umfang der zugestandenen Nebentätigkeit in der Arztpraxis und daraus resultierenden zusätzlichen Einnahmen

Antr
s. Arzt
Drs 13/4062

Offenlegung der Vorstandsvergütungen in Unternehmen mit Landesbeteiligung

Übertragung der auf Bundesebene beschlossenen Regelung für börsennotierte Unternehmen auf Unternehmen mit Landesbeteiligung

Antr GRÜNE 27.07.2005 und Stellungnahme FM Drs 13/4560
BeschlEmpf und Bericht FinA 19.01.2006 Drs 13/5137 S. 12 13
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Kritik an der Höhe von Vorstandsbezügen bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6406

Vorstandsmitglied

s. Vorstand

Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand

s. Beamter im Ruhestand

VVN - Bund der Antifaschisten

Beurteilung der VVN durch den Bundes- und Landesverfassungsschutz, Missbilligung einer Ausstellung der VVN-BdA zum Neofaschismus; Wertschätzung von Repräsentanten der VVN

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2447 2450 2452 2456

VVN-BdA

s. VVN - Bund der Antifaschisten

VVS

s. Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart

VWA

s. Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie

VWG

s. Freie Wählergemeinschaft

VwZG

s. Verwaltungszustellungsgesetz

Wacker, Georg MdL CDU

Ernenennung zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7686

Währung*Euro-Umtausch und Geldtransporte*

Abwicklung o.g. Transporte von privaten Geld- und Werttransportunternehmen zu Banken und Firmen, personelle und sächliche Ausstattung dieser Unternehmen, Kooperation mit der Polizei, Verbesserung der personellen Absicherung durch Anforderung des Bundesgrenzschutzes?

Antr Michael Theurer u.a. FDP/DVP 14.09.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/229
BeschlEmpf und Bericht InnenA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 14
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)
Umstellung der in Rechtsvorschriften vorhandenen Signalbeträge im Verhältnis 1 Euro zu 2 DM; Änd des Euro-Einführungsges BW

GesEntw LReg 16.10.2001 Drs 13/313 (28 S.)
1. Beratung PIPr 13/10 24.10.2001 S. 420
BeschlEmpf und Bericht StändA 08.11.2001 Drs 13/400 (dazu ÄAntr CDU, SPD, FDP/DVP und GRÜNE) (11 S.)
2. Beratung PIPr 13/12 14.11.2001 S. 527-530
GesBeschl 14.11.2001 Drs 13/466
GB1 2001 Nr. 17 S. 605-611 (Ges vom 20.11.2001)

Ges zur Änd des FinanzausgleichsGes
Umstellung auf Euro

GesEntw
s. *Kommunaler Finanzausgleich*
Drs 13/518

Kostensteigerungen im Dienstleistungsbereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im Zuge der DM/Euro-Umstellung nach dem 1. Januar 2002

Angebot von Speisen und Getränken zum selben Preis in Euro wie vorher in DM, Maßnahmen gegen diese Art von Preiswucher in den Fremdenverkehrsgebieten, insbes gegenüber Tagestouristen; Vergleich mit anderen BLändern

KlAnfr
s. *Preis*
Drs 13/1225

Ges zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an die Aufhebung des Diskontsatz-Überleitungs-Ges

Streichung der Bezugnahmen auf das o.g. Gesetz im Euro-Einführungsges, Übernahme der im Versicherungskapitalanlagen-BewertungsGes benannten Zinssätze

GesEntw
s. *Zins*
Drs 13/1655

Ges zur Änd des PrivatschulGes

Überführung der „Euro-Schulen“ in die Bezuschussungssystematik der übrigen Ersatzschulen; Anpassung der Zuschussvorschriften für den Schulhausbau an die Einführung des Euro

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/3608

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Neufassung des LHochschulgebührenGes, Umstellung der Beiträge auf Euro

GesEntw
s. *Hochschulrecht*
Drs 13/3640

Identifikation der Bürger mit Europa über den Euro
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43

Spätere Einführung des Euro in den Beitrittsländern nach der EU-Osterweiterung, Identifikation der Bürger mit Europa über den Euro

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 778 779

Erwartung eines Erfolgs des Euros, Gefährdung der Währungsstabilität durch eine zu hohe Verschuldung der Länder

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 799 801

Identifikation der Bürger mit Europa über den Euro, Wahrnehmung der Währungspolitik durch die EU

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1464 1471

Identifikation der Bürger mit Europa über den Euro, Wahrnehmung der Währungspolitik durch die EU

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2153 2154 2159 2161

Wahrnehmung der Währungspolitik durch die EU
PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306

Gefährdung der Währungsstabilität durch die wiederholte Überschreitung der Defizitobergrenze des europäischen Stabilitätspakts

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3802 3807 3810

Gefährdung der Währungsstabilität durch die erneute Überschreitung der Verschuldungsobergrenze des europäischen Stabilitätspakts

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4008-4010 4030

Gefährdung der Währungsstabilität durch die erneute Überschreitung der Defizitobergrenze des europäischen Stabilitätspakts

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4446

Gewährleistung der Stabilität des Euro mit dem Stabilitätspakt, Vorwurf der Diskreditierung durch die BReg, Bewertung der Entscheidung des EuGH zum Stabilitätspakt

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5121 5126 5128-5130 5132

Verweisung auf den Anstieg der Exporte in den letzten fünf Jahren trotz des hohen Eurokurses gegenüber dem Dollar

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6150

Realisierung der Währungsumstellung auf den Euro in den einschlägigen Rechtsvorschriften

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6821

Realisierung der Währungsumstellung auf den Euro in den einschlägigen Rechtsvorschriften

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6912 6915

Wärmedämmung

s. Wärmeschutz

Wärmeisolierung

s. Wärmeschutz

Wärmeleistung

s.a. Fernwärme

s.a. Kernkraftwerk

Mitverbrennung von Klärschlamm aus BW in saarländischen Kohlekraftwerken und Müllverbrennungsanlagen (MVA)

Herkunft und Umfang der o.g. Entsorgung; Bewertung der Eigenschaft der einzelnen Anlagen

Antr

s. Klärschlamm

Drs 13/1992

Zukunft der Stromversorgung in BW

Bewertung einer Studie zur Stromversorgung bis 2050 und der dort beschriebenen Szenarien als Leitlinien für die Energiepolitik; Vorlage einer Konzeption bis 2020 mit einem Maßnahmenkatalog zur Erreichung des Verdopplungsziels für die erneuerbaren Energien, zur Erschließung von Effizienzpotenzialen, Auflistung der vom Netz gehenden Kraftwerke, Abschätzung des dafür erforderlichen Ersatzbedarfs unter Berücksichtigung der Energieeinsparung und des Ausbaus der erneuerbaren Energien, Anstreben von hocheffizienten Kraftwerken (Kraft-Wärme-Kopplung, Brennstoffzellen, Gas- und Dampfturbinen)

Antr

s. Energiepolitik

Drs 13/2454

Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des AtomGes in BW

Position zum Vorschlag der Standortsuche für ein neues Kernkraftwerk und für längere Laufzeiten der vorhandenen Atomkraftwerke; Frage nach o.g. Anstrengungen, insbes energie- und strukturpolitische Begleitung der Konversion bestehender Standorte, Umbau der Energiewirtschaft durch Steigerung der Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien sowie den verstärkten Einsatz der Kraftwärmekopplung und moderner Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

Antr

s. Energiepolitik

Drs 13/2537

Neubau eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim
Stand der o.g. Überlegungen; Unterstützung eines derartigen Projekts in Gesprächen mit Energieversorgungsunternehmen

Antr GRÜNE 28.01.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2856

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6445-6460

Stromversorgung in BW

Entwicklung der erzeugten Strommengen aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken; Bewertung der Chancen und Technologien für neue Standorte bzw Erhaltung der KKW-Standorte zur Energieerzeugung; Förderung von Einrichtungen und Projekten zur Kernforschung und Entwicklung neuer Technologien, Beurteilung der neuen Generation von Kernkraftwerken

GrAnfr

s. Energiepolitik

Drs 13/3104

Freiburger Wärmeverbund

Förderung eines gemeinsamen Fernwärmenetzes der Wärmeverbundkraftwerk GmbH und Universitätsklinik Freiburg; Ergebnisse eines Gutachtens über die technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen

KIAnfr

s. Fernwärme

Drs 13/3692

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufuhr von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr

s. Erneuerbare Energie

Drs 13/4030

Energieerzeugungsstandort BW: Investitionsverlagerung in andere BLänder verhindern!

Unterstützung der Stadtwerke bei Investitionen in eigene Energieerzeugungsanlagen, Angebot von baureifen Standorten für moderne und hocheffiziente Großkraftwerke bzw GuD-Kraftwerke, Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Antr

s. Energieerzeugung

Drs 13/4190

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

Entwicklung des Anteils von Öl am Heizenergiebedarf seit 1990, Darstellung der möglichen Einsparungen durch verstärkte Umstellung auf regenerative Heizsysteme, energetische Sanierung von Altbauten, lokale Fernwärmenetze mit Biomasseblockheizkraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung u.a.

GrAnfr

s. Energiepolitik

Drs 13/4635

Umsetzung des Projekts Klimaschutz 2010

Ergebnisse von Prüfaufträgen zum Einsatz erneuerbarer Energien in Landesgebäuden sowie zur Einführung bundesweiter Regelungen zur Förderung der Wärmeerzeugung aus regenerativen Energien, insbes Nutzung von Holz; verfügbare Mittel zur Förderung von BHKW-Anlagen mit kleiner Leistung

Antr

s. Klima

Drs 13/5065

Klärschlamm Entsorgung

Kapazitäten, Auslastung und Energiebilanzen der Mitverbrennung von Trockenschlamm in Zementwerken, Kohlekraftwerken u.a. Verbrennungsanlagen

KIAnfr

s. Klärschlamm

Drs 13/5186

Steinkohlebedarf des Heizkraftwerks Altbach, Anteil der Einsparung durch Windkraftanlagen, Förderung von Blockheizkraftwerken, Kraft-Wärme-Kopplung beim Fernheizwerk der Universität Tübingen

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1392 1393 1398 1401

Betrieb von Blockheizkraftwerken mit Pflanzenöl, Verweisung auf die Versorgung des Bundestags

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1549 1554

Kritik an der Freistellung der großen Kohlekraftwerke von der Ökosteuern

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1831

Kritik am Neubau von Kohlekraftwerken in Ostdeutschland sowie an der Verhinderung eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerks in NRW durch MinPräs Clement; Förderung von kleinen Blockheizkraftwerken bei Gewerbebetrieben

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3148-3151 3182 3183

Plädoyer für neue Gas- und Dampfturbinenkraftwerke, Förderung von Blockheizkraftwerken

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3470 3491

Plädoyer für einen Energiemix aus Kernkraftwerken, Kohlekraftwerken und modernen Gas- und Dampfturbinenkraftwerken

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3625 3626 3643

Ersetzung der Kernkraftwerke durch neue Gas- und Dampfturbinenkraftwerke

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4126 4130-4133

Förderung der energetischen Verwertung von Biomasse in modernen Blockheizkraftwerken

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345

Ersetzung der Kernkraftwerke durch neue Gas- und Kohlekraftwerke

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4737 4740 4743-4746

Niederlage der Stadt Aalen vor dem VGH im Streit um den Anschlusszwang eines Neubaugebiets an ein Blockheizkraftwerk

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4948-4950

Bedarf an neuen Kohle- und Gaskraftwerken infolge des Ausstiegs aus der Kernenergie

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5647 5648 5653 5654 5661

Neubau eines GuD-Kraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung eines entsprechenden Angebots der Stadtwerke Schwäbisch Hall durch die EnBW

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5820

Neubau eines GuD-Kraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung eines entsprechenden Angebots der Stadtwerke Schwäbisch Hall durch die EnBW

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5877

Ersetzung der Kernkraftwerke sowie der alten Kohlekraftwerke durch neue Gas- und Kohlekraftwerke

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6033

Neubau eines GuD-Kernkraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung eines entsprechenden Angebots der Stadtwerke Schwäbisch Hall durch die EnBW

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6130 6136

Neubau eines GuD-Kraftwerks am Standort Obrigheim, Ablehnung des entsprechenden Angebots eines Stadtwerkeverbands

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6493 6506 6507 6512

Ablehnung einer Ersetzung der Kernkraftwerke durch Gas- oder Kohlekraftwerke, Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung bei kleinen Blockheizkraftwerken, Verdoppelung der KWK-Stromproduktion mit einer Quotenregelung

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7024 7026 7030-7032

Warnung vor einer zu starken Fixierung auf Gaskraftwerke wegen der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7452

Eintreten für den Bau eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim, Zurückdrängung der Kohle als Energieträger

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7700 7704 7705 7713 7715 7717

Wärmeschutz

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Reduzierung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen mit den Programmen „Impulsprogramm Altbau“ und „Energiesparprogramm Altbau“, Wärmedämmung und energetische Sanierung der Gebäude und Liegenschaften des Landes, Ergebnisse der konzertierten Aktionen „Klimaschutz durch Energiesparen“

GrAnfr

s. Umwelt

Drs 13/1821

Weg vom Öl; hier: Landeswohnungsbauprogramm

Mehrkosten eines erhöhten Wärmeschutzes bei Neubauten gegenüber dem Mindestwärmeschutz nach der EnergieeinsparVO, Umfang der möglichen Einsparung an Heizenergie bzw an Kosten angesichts der hohen Heizölpreise; Festschreibung erhöhter Wärmedämmstandards als Fördervoraussetzung im neuen Wohnungsbauprogramm 2006

Antr

s. Wohnungsbau

Drs 13/4773

Energieeinsparung durch Wärmedämmung in Alt- und Neubauten

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5062 5064

Beklagung von Verstößen der Hochschulen gegen Wärmeschutzbestimmungen

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6695

Energieeinsparung durch Wärmedämmung in Alt- und Neubauten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7028 7030 7031

Energieeinsparung und Arbeitsplätze im Handwerk durch eine Verbesserung der Wärmedämmung von Alt- und Neubauten

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7295 7302-7304 7309

Wärmetechnik

s.a. *Energienutzung*
s.a. *Feuerungsanlage*
s.a. *Solartechnik*

Genehmigungen von Erdwärmesonden

Gründe der hohen Ablehnungsquote von Anträgen und Differenzen in der Gebührenerhebung sowie der Einstufung einer mit Sole gefüllten Anlage als grundwassergefährdend

KlAnfr Dr. Carmina Brenner CDU 15.08.2002 und Antw UVM Drs 13/1262

Einsparen von Heizenergie durch den Einsatz keramischer Nachbrenner

Umfang des Einsatzes keramischer Nachbrenner in Öl- und Gasheizungen und erzielbare Energieeinsparungen, Beurteilung der Einsatzmöglichkeiten in Landesgebäuden

KlAnfr
s. *Energieeinsparung*
Drs 13/1363

Nutzung von Erdwärme

Nutzung von Erdwärme in Verbindung mit Wärmepumpen, Einsatz von Anlagen in öffentlichen Gebäuden

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/1377

Änderungen im Leitfaden zur Nutzung von Erdwärme mit Erdwärmesonden

Gründe bzw Rücknahme der Erschwerung der Genehmigung im Bereich von Wasserschutzzonen IIIB, Verzicht auf den geforderten Glykolanteil im Wärmetransportmittel der Erdwärmesonden

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/1427

Bedeutung der oberflächennahen Geothermie für die Energieversorgung im Gebäudebereich

Nutzung von Erdwärme durch Erdwärmesonden in Verbindung mit Wärmepumpen seit 1998, geeignete Gebiete und Genehmigungssituation, Entwicklungsstand und Zuverlässigkeit dieser Art der Wärmegegewinnung, Vergleich der Investitions- und Betriebskosten mit der Beheizung von Wohngebäuden mit Erdgas und Heizöl; Darstellung der Effekte für den Klimaschutz, die Energieeinsparung und Gewinnung von Arbeitsplätzen

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4216

Entwicklung und Förderung der geothermischen Energiegewinnung in BW

Entwicklungschancen und Potenziale der verschiedenen Technologien, Nutzung der oberflächennahen Erdwärme durch Sonden zur Wärmegegewinnung, Zahl der gestellten und positiv beschiedenen Förderanträge; Erhöhung der Fördermittel für Projekte der Tiefengeothermie

Antr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4265

Ökobilanz der oberflächennahen Geothermie

Abgleichung der von Wärmepumpen benötigten elektrischen Energie mit der erzielten Wärmeenergie für verschiedene Heizungssysteme unter Nutzung der oberflächennahen Geothermie, Vergleich der Emissionen von Kohlendioxid u.a. Schadstoffen mit Heizungen versorgt über Erdgas, Holzpellets und Kraft-Wärme-Kopplung; Konsequenzen für die Förderpolitik

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/4813

Förderung von Erdwärmesonden in Wohnhäusern

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6068

Waffe

s.a. *ABC-Waffen*
s.a. *Abrüstung*
s.a. *Beschussamt Ulm*
s.a. *Schießstand*
s.a. *Waffenrecht*

Geplante Novellierung des WaffenGes durch die BReg

Beurteilung der von legalem Waffenbesitz ausgehenden Gefahren für die innere Sicherheit; Erwartung von wirtschaftlichen Auswirkungen und Verwaltungsaufwand im Falle der Umsetzung o.g. Novellierung

Antr
s. *Waffenrecht*
Drs 13/319

Ausschreibung Polizeiwaffen

Gründe für die Aufhebung der ersten Ausschreibung, Gegenüberstellung der Kriterien zwischen erster und zweiter Ausschreibung, Auswirkungen der Verzögerung, Zeitpunkt der Neubeschaffung der Polizei

Antr Günter Fischer u.a. SPD 22.01.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/647
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 50 51
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes

Erteilung o.g. Genehmigung zur Veranstaltung der Internationalen Waffenbörse (IWB) in Stuttgart, Anziehungskraft des angebotenen Sortiments aus der NS-Zeit auf Rechtsextremisten, Gründe für die Absage entsprechender Messen in anderen Städten bundesweit, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen; Hinwirkung auf eine Beschränkung des Zugangs auf Inhaber von Waffenbesitzkarten

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 28.01.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1724
BeschlEmpf und Bericht WirtA 09.04.2003 Drs 13/2069 S. 24 25
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Holster für Polizeipistolen

Notwendigkeit und zusätzliche Kosten einer Beschaffung geeigneter Waffentaschen für die neuen Dienstpistolen

Antr Günter Fischer u.a. SPD 29.07.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2310
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 26

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Umsetzung des novellierten WaffenGes in BW

Zahl der bisher abgelieferten und eingezogenen Waffen sowie der beantragten kleinen Waffenscheine

Antr
s. *Waffenrecht*
Drs 13/2355

Umsetzung des neuen Waffenrechts an den Schulen

Information der Schüler über die neue Rechtslage; Zahl der von Polizei und Lehrern sichergestellten Messer, Elektroschocker, Wurfsterne u.ä.; weiterer Verbleib dieser Waffen; Beurteilung des (erfolgreichen) Angebots der Bremer Polizei zur anonymen und straffreien Waffenabgabe

KlAnfr
s. *Waffenrecht*
Drs 13/2433

Probleme mit neuen Dienstpistolen der Polizei

Ursachen und Verantwortliche für die aufgetretenen Handhabungsprobleme, Schaffung von Abhilfe und Auslieferung einwandfreier Dienstpistolen mit Holstern bis Mitte Dezember 2003?

Antr Günter Fischer u.a. SPD 06.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2484
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 24
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Internationale Waffenbörse IWB in Stuttgart 2004 - Zutrittsverbot für Minderjährige statt Schießen für Kinder

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen, Einsatz eines zum Schießstand umgebauten amerikanischen Schulbusses; Hinwirkung auf eine generelle Untersagung des Besuchs Minderjähriger auf der IWB sowie des Verkaufs von NS-Devotionalien

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 16.01.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2817
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.10.2004 Drs 13/3751 S. 12 13
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Eignung der neuen Holster für Polizeipistolen

Bewertung als ungeeignet? Notwendigkeit und zusätzliche Kosten einer Umarbeitung der alten Holster

Antr Günter Fischer u.a. SPD 07.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3190
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 15 16
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Ächtung von Anscheinswaffen oder Zurschaustellung von Anscheinswaffen für Kinder und Jugendliche auf der Internationalen Waffenbörse IWB in Stuttgart

Anziehungskraft von Softair-Spielzeugwaffen sowie Nachbauten von Kriegswaffen auf der IWB; Maßnahmen zur Ächtung von Anscheinswaffen; Durchsetzung eines Zugangsverbots für Kinder und Jugendliche auf der IWB

KlAnfr Rolf Gaßmann SPD 23.03.2005 und Antw IM Drs 13/4179

Finanzierung der neuen Dienstwaffen für die Polizei

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 882

Einführung neuer Dienstpistolen für die Polizei, Verzögerung aufgrund der Neuausschreibung

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1728

Beschaffung neuer Dienstpistolen für die Polizei

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249 6250 6253

Waffengesetz

s. *Waffenrecht*

Waffenrecht

Geplante Novellierung des WaffenGes durch die BReg

Beurteilung der von legalem Waffenbesitz ausgehenden Gefahren für die innere Sicherheit; Erwartung von wirtschaftlichen Auswirkungen und Verwaltungsaufwand im Falle der Umsetzung o.g. Novellierung

Antr Peter Hauk u.a. CDU 17.10.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/319
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 51
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Erteilung von Ausnahmegenehmigungen vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes

Erteilung o.g. Genehmigung zur Veranstaltung der Internationalen Waffenbörse (IWB) in Stuttgart, Anziehungskraft des angebotenen Sortiments aus der NS-Zeit auf Rechtsextremisten, Gründe für die Absage entsprechender Messen in anderen Städten bundesweit, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen; Hinwirkung auf eine Beschränkung des Zugangs auf Inhaber von Waffenbesitzkarten

Antr
s. *Waffe*
Drs 13/1724

Auswirkung des neuen Waffengesetzes auf die Weinberghut

Notwendigkeit eines kleinen Waffenscheins für die von den Weingärtnern selbst organisierte Weinberghut; Hinwirkung auf eine entsprechende Ausnahmeregelung

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU und Richard Drautz FDP/DVP 08.07.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2239

Umsetzung des novellierten WaffenGes in BW

Zahl der bisher abgelieferten und eingezogenen Waffen sowie der beantragten kleinen Waffenscheine

Antr Hans Georg Junginger u.a. SPD 13.08.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2355
BeschlEmpf und Bericht InnenA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 22 23
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Umsetzung des neuen Waffenrechts an den Schulen

Information der Schüler über die neue Rechtslage; Zahl der von Polizei und Lehrern sichergestellten Messer, Elektroschocker, Wurfsterne u.ä.; weiterer Verbleib dieser Waffen; Beurteilung des (erfolgreichen) Angebots der Bremer Polizei zur anonymen und straffreien Waffenabgabe

KlAnfr Michael Theurer FDP/DVP 23.09.2003 und Antw KM Drs 13/2433

Internationale Waffenbörse IWB in Stuttgart 2004 - Zutrittsverbot für Minderjährige statt Schießen für Kinder

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom Handelsverbot nach § 38 Abs 2 WaffenGes, Beurteilung des Zutritts von Kindern und Jugendlichen, Einsatz eines zum Schießstand umgebauten amerikanischen Schulbusses; Hinwirkung auf eine generelle Untersagung des Besuchs Minderjähriger auf der IWB sowie des Verkaufs von NS-Devotionalien

Antr

s. *Waffe*

Drs 13/2817

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der DurchführungsVO zum WaffenGes sowie der Beschussgesetz-DurchführungsVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungsGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Erweiterung des SicherheitsüberprüfungsGes des Landes in Anlehnung an die Rechtslage des Bundes um den vorbeugenden personellen Sabotageschutz, Ermöglichung der Überprüfung von Mitarbeitern in sicherheitsempfindlichen Einrichtungen; Mitwirkung des LfV bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung von Personen nach dem Waffen-, Sprengstoff- oder Jagdrecht sowie bei ausländerrechtlichen Verfahren

GesEntw

s. *Verfassungsschutz*

Drs 13/4524

Verschärfung des GesEntw zur Neuregelung des Waffenrechts vor dem Hintergrund des Amoklaufs eines Schülers in Erfurt

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1530 1531 1536 1537

Verschärfung des GesEntw zur Neuregelung des Waffenrechts vor dem Hintergrund des Amoklaufs eines Schülers in Erfurt

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1580 1581

Waghäusel

Komplettierung der Ortsumfahrung Kirrlach - Neutrassierung der L 555

Verfahrensstand und Zeitpunkt des Baubeginns der o.g. Südwestspange, Konsequenzen der Bau- und Finanzierungszusage des UVM gegenüber der Stadt Waghäusel, Gründe für die Ablehnung der beantragten Waldumwandlungsentschädigung und Verfolgung der verworfenen Variante einer Nordumgehung durch die Forstverwaltung

KlAnfr

s. *Landesstraße 555*

Drs 13/4275

Wahl

s.a. *Bundestagswahl*

s.a. *Europawahl*

s.a. *Kommunalwahl*

s.a. *Landtagswahl*

s.a. *Richterwahl*

s.a. *Volksabstimmung*

s.a. *Wahlbeteiligung*

s.a. *Wahlkampf*

s.a. *Wahlkreis*

s.a. *Wahlperiode*

s.a. *Wahlprüfung*

s.a. *Wahlrecht*

Elektronische Stimmabgabe

Beurteilung des Einsatzes von elektronischen Wahlgeräten bzw der Stimmabgabe per Internet, Frage nach Erfahrungswerten anderer Länder

Antr CDU 13.07.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/88

BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 7

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Gruppenauskunft nach dem MeldeGes

Verpflichtung der zuständigen Meldebehörden per Erlass zu dem Hinweis der öffentlichen Bekanntmachung als Voraussetzung für Gruppenauskünfte an Parteien und Wählervereinigungen i.S.d. § 34 MeldeGes vor anstehenden Wahlen, Abstimmungen, Volks- oder Bürgerbegehren

Antr

s. *Auskunfterteilung*

Drs 13/181

Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften

Verbesserung der Wahlen in Hochschulorganen, Wiedereinführung der Stellvertreterregelung für die Mitglieder der Kollegialorgane; Änd des UniversitätsGes, des Ges über die PH, KunsthochschulGes und FachhochschulGes

GesEntw

s. *Hochschulrecht*

Drs 13/644

Rektorwahl an der Universität Karlsruhe

Rechtliche Bedenken des MWK an der o.g. Wahl, Votum der Universität Karlsruhe für eine qualifizierte Mehrheit; grundsätzliche Klärung von Verfahrensfragen für Wahlen zum Rektorenamt

Antr

s. *Hochschulrektor*

Drs 13/1327

Rektorwahlen an den Hochschulen in BW

Generelle Überprüfung des Wahlverfahrens aufgrund des Verhaltens des Auswahlausschusses für die Rektorwahl in Freiburg, Vergleich der vom Vorsitzenden der Auswahlkommission angeführten Eignungskriterien mit denen im UniversitätsGes, Frage nach Fällen der Aufnahme von externen Bewerbern und Frauen in Wahlvorschläge und nach dem Erfolg dieser Bewerber; Änderung der Verfahren iRd anstehenden Novellierung der HochschulGes

Antr

s. *Hochschulrektor*

Drs 13/1779

Absicherung des Rektors der FH Biberach

Wahl eines externen Bewerbers zum Rektor der o.g. Hochschule; Beurteilung des gewählten Verfahrens und der Finanzierung der für ihn geschaffenen Professorenstelle und Verbeamtung; Ausschreibung der Professur und Durchführung des üblichen Beru-

fungsverfahrens mit Bewerberliste und Auswahlverfahren? Aufwendungen für die Stelle und Pensionsbezüge; Bewertung als Präzedenzfall für weitere Berufungen von externen Bewerbern als Rektoren

Antr
s. Hochschulrektor
Drs 13/2383

Zweites Ges zur Änd hochschulrechtlicher Vorschriften (Zweites HochschulrechtsänderungsGes - 2. HRÄG)

Außerkräfttreten der VO zur Durchführung der Wahlen an den Universitäten, Kunsthochschulen, FH und PH

GesEntw
s. Hochschulrecht
Drs 13/3640

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Erhöhung der Zahl der Beisitzer in den Wahlvorständen; Ermöglichung der Anlage von Wahlhelferdateien; Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch ein Recht auf Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis; Vorverlegung der Termine für die Einreichung, Zulassung und Bekanntmachung der Wahlvorschläge; Abschaffung der amtlichen Wahlumschläge bei der Urnenwahl; Erweiterung der Verordnungsermächtigung zur Lage der Wahlräume und zum Verbot der Wahlwerbung im Wahllokal; Erstattung der Kosten der Stimmzettelschablonen an die Blindenvereine; Mitwirkung des Statistischen Landesamts

GesEntw
s. Wahlrecht
Drs 13/3680

Wahl der Mitglieder von beschließenden und beratenden Ausschüssen in der Verbandsversammlung der Regionalverbände und ihrer Stellvertreter nach dem LPlanungsGes (LplG)

Begründung der unterschiedlichen Verfahren für die Besetzung der o.g. Ausschüsse sowie der Ausschüsse der Gemeinderäte und Kreistage nach der GemO; Änd des LplG: Anwendung der Grundsätze der Verhältniswahl entsprechend § 40 Abs 2 der GemO

KlAnfr Gunter Kaufmann SPD 14.01.2005 und Antw WM
Drs 13/3948

„Doppelstaatler“ und daraus resultierende Auswirkungen auf die Wahlen

Zahl von deutschen Staatsangehörigen, die nach dem 01.01.2000 durch Wiedereinbürgerung in den türkischen Staatsverbund die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben; Einschätzung der Gefahr einer erfolgreichen Anfechtung künftiger Wahlen; Gründe für das Fehlen von Mitteilungspflichten der Personen und türkischen Behörden; Beurteilung eines Angebots zur Wiedererlangung der deutschen Staatsangehörigkeit bzw eines gesicherten Aufenthaltsstatus

Antr
s. Staatsangehörigkeit
Drs 13/4258

Ges zur Änd des Landespersonalvertretungsrechts

Zusammenfassung der aufgrund eines Arbeitsvertrags Beschäftigten, die bisher Angestellte oder Arbeiter waren, zu einer gemeinsamen Gruppe der „Arbeitnehmer“; Durchführung der Personalratswahlen im Herbst noch nach bisherigem Recht, Regelung der Personalratsarbeit bis zu den Wahlen mit zwei Gruppen durch Übergangsvorschriften; Änd der Wahlordnung zum LandespersonalvertretungsGes

GesEntw
s. Personalvertretung
Drs 13/4488

Nagelprobe auf die Hochschulautonomie - Rektoratswahl an der Universität Tübingen

Antr
s. Hochschulrektor
Drs 13/5021

Wahlberechtigung

s. Wahlrecht

Wahlbeteiligung

Elektronische Stimmabgabe

Beurteilung des Einsatzes von elektronischen Wahlgeräten bzw der Stimmabgabe per Internet, Frage nach Erfahrungswerten anderer Länder

Antr
s. Wahl
Drs 13/88

Steigerung der Wahlbeteiligung mit der Zusammenlegung der Europa- und Kommunalwahlen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3075-3077 3080 3082

Feststellung eines Rückgangs der Wahlbeteiligung bei Wahlen und Volksabstimmungen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3683 3687

Hoffen auf eine gute Wahlbeteiligung bei der Europawahl

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4770

Enttäuschung über die geringe Wahlbeteiligung bei der Europawahl

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5120 5123 5125 5127 5128 5130

Ursachenanalyse für die schwache Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen, Verbesserung der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5252

Beklagung der geringen Wahlbeteiligung bei den Kommunal- und Europawahlen, Ursachenanalyse der verbreiteten Verweigerungshaltung

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5500 5507

Beklagung eines generellen Rückgangs der Wahlbeteiligung

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5722 5723

Beklagung eines generellen Rückgangs der Wahlbeteiligung, Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre, Wähleranteil der 16- und 17-Jährigen bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und NRW

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6725-6729

Ursachenanalyse für die schwache Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen, Verbesserung der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6822 6826

Erwartung einer höheren Wahlbeteiligung mit der Zusammenlegung von Bürgermeisterwahlen mit anderen Wahlen, Verbesserung der Bürgerbeteiligung

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6911 6913

Wahleinspruch

s. *Wahlprüfung*

Wahlkampf

Beurteilung des Verhaltens des Landrats des LKreises Sigmaringen

Gemeinsame Einladung zu einer Europawahlveranstaltung mit einem CDU-Bundestagsabgeordneten unter Verwendung des Landkreiswappens, seiner Amtsbezeichnung und Unterschrift; rechtliche Prüfung dieser Vorgehensweise, ggf Einleitung rechtsaufsichtlicher Maßnahmen

Antr
s. *Landrat*
Drs 13/3231

Warnung vor einer Thematisierung der Zuwanderungsfrage im BTagswahlkampf 2002

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 263 266 267 273

Eignung der Themen Ausländer und Zuwanderung für den Wahlkampf

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 563 569 570 576

Kritik an der Finanzierung von Wahlgeschenken über die neue LStiftung BW

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1572 1587

Bewertung der Hartz-Kommission zur Reform des Arbeitsmarkts als Wahlkampfinstrument; Vorwurf einer Instrumentalisierung der Zuwanderungsfrage im Wahlkampf

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1811 1817 1819 1820 1822 1839 1843 1844

Bewertung der Aussagen der Regierungskoalition zur finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Lage im Wahlkampf, Vorwurf einer fehlenden Gegenfinanzierung der Versprechen der Union

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111 2113 2116 2118 2119 2123 2124 2128 2129 2136

Erinnerung an die kostenlose Nutzung des Fernsehsenders B.TV im Landtagswahlkampf 2001 von allen Parteien

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2862

Vorwurf einer unseriösen Interpretation von Ergebnissen der PISA-E-Studie 2003 im Wahlkampf, Kritik an der Benutzung des Landtags als Wahlkampfbühne

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6956 6957 6961 6971 6974

Wahlkampffinanzierung von OB-Wahlen durch die FlowTex-Gruppe bzw Herrn Schmider

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7572 7573 7576

Bewertung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber als Maßnahme unter der Rubrik Wahlkampf

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7652 7660 7663 7665

Vorwurf einer Instrumentalisierung der Bildungspolitik bzw des Landtags im Wahlkampf

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7935 7938 7939 7944 7962 7998

Wahlkreis

Eckpunkte zur Wahlrechtsreform

Vorlage eines GesEntw zur Änd des LandtagswahlGes: Einführung eines Zweistimmenwahlrechts, Wahl von Direktkandidaten und Listenbewerbern der Parteien, Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen auf 60, Neueinteilung der Wahlkreise zur Herstellung von mehr Chancengleichheit

Antr
s. *Wahlrecht*
Drs 13/90

Bericht über die Entwicklung der Größe der Landtagswahlkreise in BW

Mittlg IM 29.01.2002 Drs 13/694
PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1093

Zeitgleiche Information aller Abg des Ltg von BW durch Vertreter der LReg

Vorabinformation der Abg der Regierungsfractionen? Gewährleistung der zeitgleichen Versendung von Wahlkreisinformationen und Mitteilungen

MdlAnfr
s. *Information*
Drs 13/1580

Ges zur Änd des Kreistagswahlrechts

Ermöglichung der Kandidatur eines Bewerbers für den Kreistag in zwei Wahlkreisen innerhalb eines LKreises; Änd der LKreisordeung und des KommunalwahlGes

GesEntw
s. *Kommunalwahlrecht*
Drs 13/2175

Auswirkungen der Änderungen des Kreistagswahlrechts

Ergebnisse der Kreistagswahl in den einzelnen LKreisen; Nutzung der Möglichkeit zur Kandidatur eines Bewerbers in zwei Wahlkreisen, Ergebnisse dieser Kandidaturen im Wahlkreis mit Hauptwohnsitz sowie außerhalb des Hauptwohnsitzes

Antr
s. *Kommunalwahlrecht*
Drs 13/3273

Eckpunkte einer Wahlrechtsreform; Bezug: Antrag der Fraktionen CDU und FDP/DVP - Drucksache 13/817 - zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE - Drucksache 13/90 -

Umsetzung des Beschlusses des Landtags vom 06.03.2002: Vorlage einer Bewertung der Entscheidungen über die Wahlrechtsbeschwerden sowie von daraus zu folgendernden Maßnahmenvorschlägen

Antr
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3280

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Notwendigkeit einer umfassenden Wahlkreisreform unter Zugrundelegung der vom Statistischen Landesamt prognostizierten Entwicklung der Zahl von Wahlberechtigten bis 2011 und Einbeziehung aller Wahlkreise mit einer Abweichung von mehr als 15 % vom Durchschnitt; Gewährleistung einer Verabschiedung der Reform für die übernächste Landtagswahl noch im Juli 2005

Antr
s. *Wahlrecht*
Drs 13/3876

Bekanntmachung einer teilweisen NF der Anlage zu § 5 Abs 1 Satz 2 des LandtagswahlGes (Wahlkreiseinteilung)

GBI 2005 Nr. 4 S. 166 167

Entwicklung der Größe der Landtagswahlkreise in BW

Jeweilige Zahl von Wahlberechtigten bei Umrechnung der Wahlberechtigtenzahl der Bundestagswahl 2005, Darstellung des Durchschnittswerts und der einzelnen Abweichungen sowie der Entwicklung bei den zuletzt geänderten elf Wahlkreisen im Vergleich der umgerechneten Wahlberechtigtenzahlen der Europawahl 2004 und der Bundestagswahl 2005

Antr Thomas Oelmayer u.a. GRÜNE 16.11.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4834

BeschlEmpf und Bericht InnenA 18.01.2006 Drs 13/5137 S. 25 26

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Größenordnung der Abweichung der Zahlen von Wahlberechtigten zwischen den einzelnen Wahlkreisen, Notwendigkeit einer Angleichung an die Durchschnittsgröße durch eine Neuabgrenzung der Wahlkreise, Wiederholung des Vorschlags einer Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 250-257

Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 622

Einführung des Verhältniswahlrechts und Bildung von Wahlkreisen für die Europawahl

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1473 1474

Größenordnung der Wahlkreise, Ablehnung einer Verkleinerung des Landtags

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4230

Größenordnung der Abweichung der Zahlen von Wahlberechtigten zwischen den einzelnen Wahlkreisen, Notwendigkeit einer Angleichung an die Durchschnittsgröße durch eine Neuabgrenzung der Wahlkreise, Wiederholung des Vorschlags einer Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5595-5605

Größenordnung der Abweichung der Zahlen von Wahlberechtigten zwischen den einzelnen Wahlkreisen, Notwendigkeit einer Angleichung an die Durchschnittsgröße durch eine Neuabgrenzung der Wahlkreise, Wiederholung des Vorschlags einer Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5847

Erinnerung an die jüngst beschlossene bescheidene Wahlkreisreform, Notwendigkeit einer Angleichung aller Wahlkreise an die Durchschnittsgröße der Zahl von Wahlberechtigten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5949-5951

Kritik an der Orientierung der jüngsten Wahlkreisreform an den Wiederwahlchancen von amtierenden Abgeordneten, Notwendigkeit einer Angleichung aller Wahlkreise an die Durchschnittsgröße der Zahl von Wahlberechtigten

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7735 7738 7740

Wahlordnung zum Landespersonalvertretungsgesetz

s. Personalvertretung

Wahlperiode

Ges zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, der Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Festlegung des Ablaufs der Amtszeit o.g. Mandatsträger mit dem 31.08.2004 sowie des Beginns der neu Gewählten zum 01.09.2004 infolge der Zusammenlegung der Kommunalwahlen 2004 und der Europawahl

GesEntw LReg 18.03.2003 Drs 13/1894 (18 S.)

1. Beratung PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2887

BeschlEmpf und Bericht InnenA 14.05.2003 Drs 13/2075 (dazu ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 1)

2. Beratung PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3074-3085

GesBeschl 28.05.2003 Drs 13/2125

GBI 2003 Nr. 6 S. 271 (Ges vom 28.05.2003)

Ges zur Änd des LPlanungsGes

Anpassung der Vorschriften zur Wahl der Mitglieder der Verbandsversammlungen der Regionalverbände an das Gesetz zur Änd der Amtszeit der Gemeinderäte, Kreisräte und der Mitglieder der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart und zur Änd der Gemeindeordnung; Gewährleistung einer ausreichenden Wahlzeit zur Verbandsversammlung unabhängig von den Terminen der Kommunalwahl

GesEntw

s. Landesplanung

Drs 13/2925

Wahlprüfung

Wahl der Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 16 17

Wahl stellvertretender Mitglieder des Präsidiums, des Wahlprüfungsausschusses, der Ausschüsse und des Notparlaments

s. Landtag, Präsidium

PIPr 13/6 S. 180

Präsidium, Schriftführer, Ausschüsse und Kommissionen

s. Landtag, Präsidium

Drs 13/2

Wahleinspruch des Herrn H. H., Freiburg i.Br.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/404

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn H. Z., Heilbronn

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/405

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch von Frau B. B. und Herrn K. U. B., Stuttgart

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/406

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn B. L., Rottenburg a.N.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/407

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn M. K., Schwäbisch Hall

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/408

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn H.-J. Z., Kirchheim u.T.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/409
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626
 PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833 (Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 28.12.2001, Az.: GR 4/01)
 BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/775
 PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1222 1223

Wahleinspruch des Herrn G. W. B., Tübingen

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/410
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn R. P., Horb a.N.

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/411
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn G.-J. S., Bruchsal

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/412
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn H. S., Stuttgart

BeschlEmpf WahlprüfungsA 11.10.2001 Drs 13/414
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626

Wahleinspruch des Herrn O. F. H., Eggenstein-Leopoldshafen

BeschlEmpf WahlprüfungsA 08.11.2001 Drs 13/413
 EAntr SPD 15.11.2001 Drs 13/450
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626
 BeschlEmpf und Bericht StändA 06.12.2001 Drs 13/616 S. 5 6
 PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833 (Schreiben des Staatsgerichtshofs vom 21.12.2001, Az.: GR 3/01)
 BeschlEmpf und Bericht StändA 28.02.2002 Drs 13/774
 ÄAntr SPD 07.03.2002 Drs 13/821
 PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1222 1223
 PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Wahlprüfungsausschuss*s. Wahlprüfung***Wahlrecht***s.a. Kommunalwahlrecht**Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform des Landtagswahlrechts*

Antr SPD 22.06.2001 Drs 13/25
 PIPr 13/7 18.07.2001 S. 250-257

Elektronische Stimmabgabe

Beurteilung des Einsatzes von elektronischen Wahlgeräten bzw der Stimmabgabe per Internet, Frage nach Erfahrungswerten anderer Länder

Antr
s. Wahl
 Drs 13/88

Eckpunkte zur Wahlrechtsreform

Vorlage eines GesEntw zur Änd des LandtagswahlGes: Einführung eines Zweistimmenwahlrechts, Wahl von Direktkandidaten und Listenbewerbern der Parteien, Reduzierung der Zahl von Wahlkreisen auf 60, Neueinteilung der Wahlkreise zur Herstellung von mehr Chancengleichheit

Antr GRÜNE 17.07.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/90

Antr CDU und FDP/DVP 07.03.2002 Drs 13/817
 PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1203-1209

Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform des Landtagswahlrechts

EAntr SPD 15.11.2001 Drs 13/450
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 620-626
 BeschlEmpf und Bericht StändA 06.12.2001 Drs 13/616 S. 5 6
 PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Bericht über die Entwicklung der Größe der Landtagswahlkreise in BW

Mittlg
s. Wahlkreis
 Drs 13/694

Ges zur Änd des KommunalwahlGes

Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis unter bestimmten Voraussetzungen, Notwendigkeit der Anpassung an das entsprechend geänderte Bundeswahl- und Europawahlrecht noch vor der Kommunal- und Europawahl am 13.06.2004

GesEntw
s. Kommunalwahlrecht
 Drs 13/2821

Eckpunkte einer Wahlrechtsreform; Bezug: Antrag der Fraktionen CDU und FDP/DVP - Drucksache 13/817 - zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE - Drucksache 13/90 -

Umsetzung des Beschlusses des Landtags vom 06.03.2002: Vorlage einer Bewertung der Entscheidungen über die Wahlrechtsbeschwerden sowie von daraus zu folgernden Maßnahmenvorschlägen

Antr GRÜNE 18.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3280
 PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5594-5605
 BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3825 (28 S.)
 PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5847

Einsetzung einer Kommission zur Reform des Landtagswahlrechts

Einsetzung des o.g. interfraktionellen Gremiums vom Präsidium, Regelung der Einzelheiten über die Zusammensetzung und das Verfahren im Präsidium

Antr SPD 28.09.2004 Drs 13/3594
 PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5594-5605
 BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3825 (28 S.)
 PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5847

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Erhöhung der Zahl der Beisitzer in den Wahlvorständen; Ermöglichung der Anlage von Wahlhelferdateien; Ersetzung der öffentlichen Auslegung durch ein Recht auf Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis; Vorverlegung der Termine für die Einreichung, Zulassung und Bekanntmachung der Wahlvorschläge; Abschaffung der amtlichen Wahlumschläge bei der Urnenwahl; Erweiterung der Verordnungsermächtigung zur Lage der Wahlräume und zum Verbot der Wahlwerbung im Wahllokal; Erstattung der Kosten der Stimmzettelschablonen an die Blindenvereine; Mitwirkung des Statistischen Landesamts

GesEntw LReg 21.10.2004 Drs 13/3680 (20 S.)

1. Beratung PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5594-5605
BeschlEmpf und Bericht StändA 02.12.2004 Drs 13/3825
(dazu EAntr SPD und GRÜNE Nr. 1, Antr CDU und FDP/DVP Nr. 2-3) (28 S.)
EAntr SPD und GRÜNE 10.12.2004 Drs 13/3876-1
ÄAntr CDU und FDP/DVP 14.12.2004 Drs 13/3876-2
2. Beratung PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5847
GesBeschl 15.12.2004 Drs 13/3907
GBI 2005 Nr. 1 S. 76-78 (Ges vom 20.12.2004)
Bekanntmachung der NF des LWahlGes GBI 2005 Nr. 8 S. 384-402

Ges zur Änd des Landesplanungsges

Erweiterung des passiven Wahlrechts für die Regionalversammlung auf EU-Bürger

GesEntw SPD 08.12.2004 Drs 13/3860
1. Beratung PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6183-6190
Mittlg LtgPräs 08.03.2005 Drs 13/4100 (19 S.)
BeschlEmpf und Bericht InnenA 19.10.2005 Drs 13/4743
(dazu ÄAntr SPD) (15 S.)
2. Beratung PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7276-7279 (Ablehnung)

Wahlrecht für EU-Bürger zur Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart

Einbringung eines GesEntw zur Änd des GG im BRat: Erweiterung des passiven und aktiven Wahlrechts von EU-Bürgern für unmittelbare Wahlen zur Regionalversammlung

Antr SPD 08.12.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3863
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6183-6190

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Notwendigkeit einer umfassenden Wahlkreisreform unter Zugrundelegung der vom Statistischen Landesamt prognostizierten Entwicklung der Zahl von Wahlberechtigten bis 2011 und Einbeziehung aller Wahlkreise mit einer Abweichung von mehr als 15 % vom Durchschnitt; Gewährleistung einer Verabschiedung der Reform für die übernächste Landtagswahl noch im Juli 2005

EAntr SPD und GRÜNE 08.12.2004 Drs 13/3876-1
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5828-5847

Wahl der Mitglieder von beschließenden und beratenden Ausschüssen in der Verbandsversammlung der Regionalverbände und ihrer Stellvertreter nach dem LPlanungsGes (LplG)

Begründung der unterschiedlichen Verfahren für die Besetzung der o.g. Ausschüsse sowie der Ausschüsse der Gemeinderäte und Kreistage nach der GemO; Änd des LplG: Anwendung der Grundsätze der Verhältniswahl entsprechend § 40 Abs 2 der GemO

KlAnfr
s. Wahl
Drs 13/3948

Bekanntmachung einer teilweisen NF der Anlage zu § 5 Abs 1 Satz 2 des LandtagswahlGes (Wahlkreiseinteilung)

Ges zur Stärkung der Beteiligungsrechte von Jugendlichen

Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre, Konkretisierung der Rechte für Jugendgemeinderäte und Verankerung von weiteren Beteiligungsformen in der Gemeindeordnung; Änd der Landesverfassung, des LandtagswahlGes, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw

s. *Jugendlicher*
Drs 13/4264

Entwicklung der Größe der Landtagswahlkreise in BW

Jeweilige Zahl von Wahlberechtigten bei Umrechnung der Wahlberechtigtenzahl der Bundestagswahl 2005, Darstellung des Durchschnittswerts und der einzelnen Abweichungen sowie der Entwicklung bei den zuletzt geänderten elf Wahlkreisen im Vergleich der umgerechneten Wahlberechtigtenzahlen der Europawahl 2004 und der Bundestagswahl 2005

Antr
s. *Wahlkreis*
Drs 13/4834

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Umstellung des Berechnungsverfahrens für die Verteilung der Sitze von dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren auf das von Sainte-Lague/Schepers

GesEntw CDU und FDP/DVP 13.01.2006 Drs 13/5046
1. Beratung PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7733-7742
Mittlg LtgPräs 13.02.2006 Drs 13/5156
BeschlEmpf und Bericht StändA 16.02.2006 Drs 13/5163
(dazu ÄAntr SPD)
ÄAntr SPD 21.02.2006 Drs 13/5183
2. Beratung PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7892-7898
GesBeschl 21.02.2006 Drs 13/5190
GBI 2006 Nr. 3 S. 50 (Ges vom 07.03.2006)

Ges zur Änd des LandtagswahlGes

Berechnung der Ausgleichsmandate auf Landesebene, Anwendung des neuen Berechnungsverfahrens bei der jetzt anstehenden Landtagswahl

ÄAntr SPD 21.02.2006 Drs 13/5183
PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7892-7898

Vorwurf des „Einknickens“ der FDP/DVP gegenüber der CDU in den Koalitionsverhandlungen um eine Reform des Landtagswahlrechts

PIPr 13/1 12.06.2001 S. 10 11

Einsetzung einer Kommission zur Reform des Landtagswahlrechts

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 80

Überprüfung der Verfassungskonformität des WahlGes durch den Staatsgerichtshof, Einsetzung einer Expertenkommission zur Reform des Landtagswahlrechts

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 621-625

Anregung einer interfraktionellen Überprüfung des Landtagswahlrechts

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 938 939

Zweifel an der Gleichgewichtung der Stimmen und der Transparenz bei der Zweitauszählung beim Landtagswahlrecht

PIPr 13/21 06.03.2002 S. 1163 1203-1208

Erinnerung an die Einführung des Frauenwahlrechts 1919 in Baden; Einführung des Verhältniswahlrechts und Bildung von Wahlkreisen für die Europawahl

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1452 1473 1474

Erhöhung des Frauenanteils im Ltg mit einer Änderung des Wahlrechts; Erinnerung an die Einführung des Frauenwahlrechts am 13.11.1918

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2042 2043 2051

Beurteilung der Forderung nach dem Wahlrecht mit 14 bzw 16 Jahren

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7561 7562

Waiblingen

Nordoststring Stuttgart

Frage nach der Rechts- und Planungsgrundlage der vom RegPräs anvisierten neuen Neckarbrücke in Höhe des Klärwerks Stuttgart-Mühlhausen und Verbindung der L 1100 mit der L 1197 als Teilstück des späteren Nord-Ost-Rings, Vereinbarkeit mit den beschlossenen Festlegungen des BVerkehrswegeplans und dem Widerstand der betroffenen Kommunen; Anweisung des RegPräs zur Einstellung der Planungen, Anstreben einer Konsenslösung für kleine Umfahrungen der Ortsdurchfahrten in Remseck und Waiblingen-Hegnach, Ausrichtung der Ausbaupläne auf eine Anbindung des Remstals an die A 81 über die B 14 und L 1191

Antr

s. *Verkehrsplanung*

Drs 13/5158

Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in den Kreisstädten Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen

Zahl von Hortplätzen und ganztägig angebotenen Kindergartenplätzen bezogen auf 1.000 Einwohner; Höhe der jeweiligen Gebühren

KlAnfr

s. *Kinderbetreuung*

Drs 13/5184

Wald

s.a. *Forstschaden*

s.a. *Forstwirtschaft*

s.a. *Holz*

s.a. *Kataster*

s.a. *Waldgesetz*

Zertifizierung in der Forstwirtschaft

Zertifizierung von kommunalem, privatem und staatlichem Waldbesitz; Gründe für die Information des MLR ausschließlich über das PEFC-Bewertungsverfahren; Beurteilung der Verknappung des von Großabnehmern in der Holzverwertung stärker nachgefragten FSC-Holzes und damit Verlegung auf Importe aus Drittländern; Bewertung des Praxisvergleichs zwischen FSC und PEFC iRd Modellprojekts Ostwestfalen-Lippe, Durchführung eines entsprechenden Projekts für BW

Antr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/102

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuroumstellungsGes BW -EurUG-)

Änd der WalderhaltungsabgabeVO sowie der AusgleichsabgabeVO

GesEntw

s. *Währung*

Drs 13/313

10 Jahre nach der Umweltkonferenz von Rio - Auswirkungen der Klimaveränderungen für Mensch und Umwelt in BW

Auswirkungen der Klimaveränderung auf die hierzulande typischen Waldgesellschaften

GrAnfr

s. *Klima*

Drs 13/734

Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Holzeinschlag aufgrund des tödlichen Unfalls durch einen herabstürzenden Ast bzw nach der Androhung strafrechtlicher Verfolgung der verantwortlichen Forstbeamten durch die Stuttgarter Staatsanwaltschaft, Minderung des erhöhten Berufsrisikos der Forstbediensteten iRd Fürsorgepflicht

KlAnfr

s. *Forstbediensteter*

Drs 13/738

Fördermittelprogramm für den Waldwegebau und mögliche Bezuschussung von Erdwegen im Privatwald

KlAnfr

s. *Weg*

Drs 13/829

Sondergenehmigung für Transport von Holz aus Nasslagern

Darstellung o.g. Holzmengen aus der Sturmkatastrophe Lothar sowie der Zeitperspektive für den Abtransport zur verarbeitenden Industrie; Wettbewerbsnachteile der betroffenen Waldbesitzer, Sägebetriebe und Fuhrunternehmen gegenüber den Kollegen in Frankreich infolge der dort geltenden Ausnahmegenehmigungen von Gewichtsbeschränkungen; Prüfung einer Verlängerung der befristeten Ausnahmen von Beschränkungen für die Holztransporte hierzulande

Antr

s. *Holz*

Drs 13/990

Erhebung von Gebühren für umweltpädagogische Veranstaltungen von Bildungseinrichtungen durch die Forstverwaltung

Hinwirkung auf gebührenfreie Genehmigung von Waldexkursionen bzw Erteilung einer Pauschalgenehmigung für die o.g. Einrichtungen

Antr

s. *Umwelterziehung*

Drs 13/1140

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1996 des RH zur LHR von BW für das Hj 1994 (Nr. 20) - Neuordnung der Inventur im öffentlichen Wald (Drs 12/1756 Ziff 1 und 2)

Mittlg

s. *Forstverwaltung*

Drs 13/1189

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Situation der Waldschäden, Auswirkungen auf den Tourismus, Verbesserungsmaßnahmen

GrAnfr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1226

Windkraftnutzung im Staatswald

Erschwerung o.g. Energienutzung durch Verweigerung von Baulasten und einer grundbuchmäßigen Absicherung sowie unverhältnismäßig hohe Gebühren für den Vorvertrag und den Betrieb der Anlagen; Abbau dieser von der Forstdirektion Freiburg errichteten Hemmnisse

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/1289

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg

Entwicklung der Zahl und Flächen von Landschafts- und Naturschutzgebieten, Naturdenkmälern, Bannwäldern und Naturparks seit 1998; Förderung der natürlichen Sukzession auf nicht genutzten Flächen über Aufforstungsprämien

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Geplanter Gifteinsatz gegen Maikäferbefall

Ausmaß und Auswirkungen der großflächigen Ausbringung von Pestiziden in den Hardtwäldern auf Menschen, Tiere und Pflanzen; Erfolgsaussichten und Erfahrungen nach den Aktionen der letzten Jahre; Hinwirkung auf naturverträgliche Alternativen bzw Verzicht auf einen Gifteinsatz

Antr
s. *Schädlingsbekämpfung*
Drs 13/1881

Verwaltungsreform und Forstwirtschaft

Zuständigkeit für Bewirtschaftung, Wegebau und Holzvermarktung im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald nach Eingliederung der Forstämter in die Landratsämter

KlAnfr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2077

Pachtverträge zur Nutzung von Windenergie auf Landesliegenschaften

Voraussetzungen, Verfahren und Höhe der Pachtzahlungen für o.g. Verträge; Bedingungen für Gestattungsverträge zur Nutzung von landeseigenen Forstwegen bzw Übernahme von Baulasten für Abstandsflächen bei Windkraftanlagen; Frage nach einer restriktiven Haltung der Forstverwaltung

KlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2252

Friedwälder in BW

Berücksichtigung der Bestattung in Friedwäldern bei der Novellierung des Bestattungsges? Darlegung der Positionen der kommunalen Landesverbände, der Landesforstverwaltung, der privaten Waldbesitzer und Kirchen

KlAnfr
s. *Bestattung*
Drs 13/2352

Staatswald BW

Stand und Ausweitung der Verpachtung von Staatswaldflächen, bisherige und künftig mögliche Einnahmen, Art und Umfang der Beteiligung privater Jäger an der Jagdausübung in den staatlichen Eigenjagdbezirken, Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Kirrungen zum Abbau der Überpopulation von Schwar-

zwild

Antr
s. *Jagd*
Drs 13/2412

Errichtung von Friedwäldern in BW

Gestellte, abgelehnte und genehmigte Anträge auf Zulassung privater Bestattungsplätze; notwendige Änderungen des Landesbestattungsges für die Genehmigung von Friedwäldern

Antr
s. *Bestattung*
Drs 13/2504

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Forstverwaltung

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Forstverwaltung und forstlichen Hauptstützpunkte nach Eingliederung in die Stadt- und LKreise sowie RegPräs, Konsequenzen für die betroffenen Mitarbeiter; Sicherstellung der künftigen Ausbildung, der Betreuung der Privatwaldbesitzer und einheitlichen Holzvermarktung; Erhaltung der vorhandenen Struktur mit Ausnahme der Zusammenlegung der beiden Forstdirektionen

Antr
s. *Forstverwaltung*
Drs 13/2602

Neuerliche breitflächige Baumfällaktionen der Staatlichen Forstverwaltung in den Stuttgarter Wäldern

Begründung bzw Begutachtung der Notwendigkeit der erneuten massiven Fällungen; Überschreitung der beim Verkehrssicherungshieb maßgeblichen Grenze? Vorschaltung einer Einzelbaumprüfung, Untersuchung des Untergrunds und Hinzuziehung externer Sachverständiger vor künftigen Aktionen

KlAnfr
s. *Forstwirtschaft*
Drs 13/2656

Waldpädagogik in BW - Auswirkungen der Verwaltungsreform

Verankerung der Waldpädagogik als Bestandteil der Umweltpädagogik in den neuen Bildungsplänen; Kooperation und Mitteleinsatz der Forstverwaltung und des KM; Auswirkungen der Verwaltungsreform auf das Haus des Waldes in Stuttgart, auf die Waldklassenzimmer in Karlsruhe und Mannheim, die vier Waldschulheime u.a. Einrichtungen; Verhinderung eines Abbaus der Kapazitäten

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 14.01.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2798
BeschlEmpf und Bericht Schula 17.03.2004 Drs 13/3093 S. 26
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Ausbau der Windkraftnutzung in BW; hier: Regionalplanung

Bereitschaft der Forstverwaltung zum Abschluss von Pachtverträgen für ausgewiesene Vorrangstandorte im Bereich des Staatsforstes

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2997

Waldschäden durch Jahrhundertssommer 2003

Auswirkungen des trockenen Sommers und der geringen Winterniederschläge auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Holzarten und unter Berücksichtigung der Sturmfolgen; Unterstützung der Waldbauern durch Maßnahmen der Forstverwal-

tung u.a.

Antr

s. *Forstschaden*

Drs 13/3024

Nutzung von staatlichen Waldwegen durch Betreiber von Windkraftanlagen

Generelle Untersagung der o.g. Nutzung durch die Forstdirektion Freiburg und das Landratsamt Rastatt auf Weisung des MLR

MdlAnfr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/3056

Verbot der Nutzung staatlicher Waldwege durch Windkraftbetreiber

Rechtsgrundlage, Ziele und Auswirkungen o.g. Weisung an die Forstbehörden; Vertrauensschutz für im Bau befindliche Anlagen bzw bei der Ersetzung alter durch neue Anlagen; umgehende Rücknahme der Weisung

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/3099

Dürreschäden in den Wäldern des LKreises Schwäbisch Hall

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und der geringen Winterniederschläge, Bewirkung verstärkter Holzeinschläge, Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Bewältigung der Schadensaufarbeitung durch die Forstverwaltung?

KlAnfr

s. *Forstschaden*

Drs 13/3109

„Sahelzone in BW?“ - Dürreschäden im Wald und Auswirkungen

Auswirkungen des trockenen Sommers 2003 und des seither anhaltenden Niederschlagsmangels auf die Waldbestände differenziert nach einzelnen Baumarten und LKreisen; Folgen der verstärkten Holzeinschläge auf dem Holzmarkt; Höhe der finanziellen Schäden und Folgeschäden im Staatsforst, Kommunal- und Privatwald; Hilfen vonseiten des Landes, des Bundes und der EU

Antr

s. *Forstschaden*

Drs 13/3127

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandeswaldGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BundeswaldGes, der Ersten KörperschaftswaldVO sowie der PrivatwaldVO

GesEntw

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/3201

Ausbauperspektive und Potenziale der Windkraftnutzung auf den ausgewiesenen Vorrangflächen der Regionalverbände

Auflistung o.g. Flächen auf der Grundlage des alten und neuen LandesplanungGes; Attraktivität, Besitzverhältnisse und Erreichbarkeit dieser Standorte; möglicher Beitrag zur Stromerzeugung, insbes auch bei Ersetzung alter durch neue Anlagen; Rücknahme der Weisung an die Forstbehörden auf Untersagung der Nutzung von staatlichen Waldwegen

Antr

s. *Windkraftanlage*

Drs 13/3226

Beschleunigung der Umsetzung von Natura 2000 durch Vorgaben des Landes

Stand der Erarbeitung von Pflege- und Entwicklungsplänen für die ausgewiesenen Natura-2000-Gebiete, Anteil der Waldflächen; Herausgabe einer Handreichung zur vereinfachten und beschleunigten Erarbeitung der Pläne durch die mittleren und unteren Naturschutzbehörden nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen

Antr

s. *Natura 2000*

Drs 13/3870

Waldzustandsbericht 2004 - Maßnahmen zur Stabilisierung des Gesundheitszustandes der Wälder

Aufwand und Effizienz der Waldkalkung zur Kompensation der Schadstoffeinträge, Höhe der finanziellen Förderung der Kalkung des Kommunal- und Privatwaldes durch den Bund und die EU, Gründe und Folgen der Anweisung an die Forstverwaltung zum Verzicht auf die Kalkung im Staatsforst

KlAnfr Gustav-Adolf Haas SPD 19.01.2005 und Antw MLR

Drs 13/3959

Betreuung der Privatwaldbesitzer durch die in die Landratsämter eingegliederten Forstverwaltungen

Fortführung der kostenlosen forstwirtschaftlichen Beratung der Privatwaldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften?

KlAnfr

s. *Forstwirtschaft*

Drs 13/4034

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft in der Region Nordschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr

s. *Landwirtschaft*

Drs 13/4484

Antragsverfahren iRd Gemeinsamen Antrags und bisherige Ausgleichszahlungen von Kommunen und Gebietskörperschaften an Land- und Forstwirte

Gewährung ergänzender Zuschüsse zu MEKA u.a. Programmen durch Kommunen und LKreise für landschaftspflegerische Leistungen der Landwirte, jeweils getrennte Berücksichtigung aller landwirtschaftlich genutzten Flächen iRd o.g. Verfahrens, Ausschluss weiterer Zuschüsse zu denselben Maßnahmen und Flächen nach EU-Recht, Beurteilung der Finanzlage der betroffenen Landwirte und Waldbesitzer, Möglichkeiten der künftigen Kofinanzierung von Landschaftspflege im Falle einer Versagung der Notifizierung der noch vorzulegenden Landesförderrichtlinie durch die EU

Antr

s. *Landschaftspflege*

Drs 13/4533

Konkurrenz bei der Holzvermarktung zwischen den Forstbetriebsgemeinschaften und der Kreisforstverwaltung
Beurteilung der neuen Marktsituation infolge der Verwaltungsreform; Umsetzung der Bekenntnisse des MinPräs und MLR zur „Selbstvermarktung im Privatwald“

Antr
s. Holz
Drs 13/4717

Wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft im Ostalbkreis

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Landwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Unterstützung der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

GrAnfr
s. Landwirtschaft
Drs 13/4808

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Vorhandene und notwendige Zertifizierung von Kommunal- und Privatwaldbeständen sowie holzverarbeitenden Betrieben nach FSC-Kriterien; Bedarf von Verlagen, Baumärkten, Möbelherstellern etc an solchen Holzrohstoffen; Vergleich mit anderen BLändern; Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“; Korrektur der einseitigen Bevorzugung des PEFC-Standards, Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der beiden Zertifizierungsorganisationen, Schaffung der Voraussetzungen für eine Doppelzertifizierung von Waldflächen

Antr
s. Holz
Drs 13/4823

Situation der Land- und Forstwirtschaft in der Region Südschwarzwald

Entwicklung von Zahl und Einkommen der Haupt- und Nebenerwerbslandwirte sowie der privaten Waldbauern seit 1994; Zahl und Erwerbsalternativen der ausgeschiedenen Land-/Forstwirte mit und ohne öffentliche Hilfe; Ausmaß und Auswirkungen der Orkanshäden, Höhe der von Bund und Land bereitgestellten Mittel zur Aufarbeitung der Schäden

Antr
s. Landwirtschaft
Drs 13/4851

Waldpädagogik als gesetzlicher Bildungsauftrag der Landesforstverwaltung

Personelle und organisatorische Struktur der Landesforstverwaltung zur Erfüllung des Bildungsauftrags, Entwicklung der Angebote und Teilnehmerzahlen, Sicherung der Qualität der Waldpädagogik als Bestandteil der Umweltpädagogik

Antr
s. Umwelterziehung
Drs 13/4891

Folgeschäden des Orkans Lothar vom Dezember 1999, Auswirkungen auf die Forst- und Holzwirtschaft, Erhaltung der Ausgleichszulage Wald

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047 1048

Nachhaltige Bewirtschaftung großflächiger Buchenwälder, Plädoyer für die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden für den Wald

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2016 2020 2021

Gefährdung einer naturnahen Waldbewirtschaftung nach einheitlichen Kriterien mit der Eingliederung der Forstverwaltung in die Landratsämter und RegPräs

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779

Entwicklung des Zustands der Wälder und der Einnahmen aus dem Privatwald, Werbung für den Kauf heimischer Christbäume

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4136 4138 4142

Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die einheitliche Betreuung des Gemeinde-, Privat- und Staatswaldes; Eintreten für einen Landesbetrieb Forst

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4989 4900 4901 4908-4910 4914 4919 4923 4930 4938-4940

Zustandsbeschreibung der Wälder, Fortgang des Waldsterbens infolge der Trockenheit 2003, der ausbleibenden Winterfeuchtigkeit und durch Schädlingsbefall

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5054-5066

Meldung der Buchenwälder zu den FFH-Gebieten

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6611

Aufhebung des Wegegebots beim Reiten im Wald, Annahmung eines rücksichtsvollen Verhaltens der Reiter; Waldschäden aufgrund des hohen Stickstoffeintrags

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7268 7272 7273

Waldachtal

Kauf von Grundstücken zur Verhinderung von Windkraftanlagen
Frage nach o.g. Vorgängen nach dem Beispiel der Gemeinde Waldachtal

KlAnfr
s. Windkraftanlage
Drs 13/1835

Waldarbeiter

s. Forstbediensteter

Waldbronn

Bau einer Straßenbahnbrücke über die L 564 in Waldbronn-Busenbach

Höhe der bisher geleisteten Fördermittel, Sicherstellung der Restfinanzierung zur Vollendung des Projekts

KlAnfr
s. Brücke
Drs 13/4351

Waldbrunn

Umsetzung der Polizeipostenstruktur im Neckar-Odenwald-Kreis

Umsetzungszeitplan der Polizeidirektion Mosbach, Berücksichtigung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, Revision der geplanten Zuordnung der Gemeinden Fahrenbach, Limbach, Mudau und Waldbrunn

KlAnfr
s. *Polizei*
Drs 13/3889

Walderhaltungsabgabe-Verordnung

s. *Wald*

Waldgesetz

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (EuromstellungsGes BW -EurUG-)
Änd des LWaldGes

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LABfallGes

GesEntw
s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
Drs 13/1227

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des LandeswaldGes, der VO über Zuständigkeiten nach dem BundeswaldGes, der Ersten KörperschaftswaldVO sowie der PrivatwaldVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ges zur Neuordnung des Naturschutzrechts und zur Änd weiterer Vorschriften

Anpassung an die Rahmenvorschriften der Neufassung des BNaturschutzGes, vollständige Überarbeitung des NaturschutzGes, u.a. der Bestimmungen zu Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, Aufnahme neuer Schutzgebietskategorien, Regelungen zum europäischen Netz „Natura 2000“ und zur Vogelschutzrichtlinie, Flexibilisierung der Vorgaben zum Bürokratieabbau; Änd des LVerwaltungsverfahrensGes, des LWaldGes und der Naturschutz-ZuständigkeitsVO; Außerkrafttreten der VogelberingungsVO und ReitschadenausgleichsVO

GesEntw
s. *Naturschutzrecht*
Drs 13/4768

Verschiebung einer Neuregelung des Reitens und Radfahrens im Wald iR einer Änderung des LandeswaldGes

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2871

Waldkalkung

s. *Kalk*

Waldkindergarten

s. *Kindergarten*

Waldkirch

Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den kaufmännischen Schulen, der beruflichen, hauswirtschaftlichen, sozialpflegerischen Schule in Emmendingen sowie am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch; Darlegung der Statistik und Prognose; Vergleich mit den Nachbarkreisen und der Stadt Freiburg

KlAnfr
s. *Berufsbildende Schule*
Drs 13/103

Schulentwicklung im LKreis Emmendingen

Entwicklung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen sowie der räumlichen Voraussetzungen an den beruflichen Schulen bzw Oberschulen und dem Technischen bzw Informationstechnischen Gymnasium Emmendingen; Zahl der abgewiesenen Bewerber sowie der bereitgestellten und notwendigen Lehrerstunden; Einrichtung einer ITG-Klasse als Alternative am Beruflichen Schulzentrum Waldkirch?

Antr
s. *Schule*
Drs 13/119

Waldschaden

s. *Forstschaden*

Waldsee, Ortsteil

s. *Freiburg*

Waldshut, Landkreis

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/1491

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach

Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr
s. *Wirtschaftsförderung*
Drs 13/2135

Unterrichtsversorgung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Schularten in den letzten Jahren; Unterrichtsausfall als Folge von Lehrermangel, fehlenden Krankheitsvertretungen u.a. Engpässen; Gewährleistung des Pflichtunterrichts bzw der notwendigen Deputatsstunden für Krankheitsvertretungen; vorhandene und beantragte Ganztagschulen; Zahl der Absolventen mit Abitur, Hochschul- oder Fachhochschulreife von allgemein bildenden und beruflichen Gymnasien u.a. Schularten seit 1993

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/2136

Entwicklung und Förderung von Pflegeheimen in den LKreisen Lörrach und Waldshut

Zahl und Kategorien der beantragten zusätzlichen Pflegeplätze, Einschätzung des künftigen Bedarfs, Höhe des aktuellen und beantragten Fördervolumens

KlAnfr
s. *Pflegeheim*
Drs 13/2633

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten im Landtagswahlkreis 59

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; jeweiliger Mittelanteil des Bundes und Landes; Stand der Bearbeitung der noch anhängigen Förderanträge

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3627

Ges zur Abwehr von Gefahren für die Agrarstruktur

Ermöglichung der Versagung der Genehmigung von Kauf- oder Pachtverträgen von landwirtschaftlichen Grundstücken zwischen Eigentümern der zur deutschen Zollgrenzzone gehörenden Gemarkungen in den LKreisen Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Tuttlingen und Vertragspartnern (Schweizer Landwirte), wenn der vereinbarte Preis den aus der relevanten Statistik ermittelten Durchschnittswert um mehr als 20 % übersteigt; Änd des AusführungsGes zum GrundstücksverkehrsGes, der VO über die Festsetzung der Freigrenze in bestimmten Landesteilen nach diesem AusführungsGes sowie der VO über die Bestimmung der Freigrenze nach dem LandpachtverkehrsGes; Berichterstattung nach einem Erfahrungszeitraum von fünf Jahren

GesEntw
s. *Agrarstruktur*
Drs 13/4859

Waldshut-Tiengen

Berücksichtigung der Autobahn A 98/A 861 bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans

Gründe für die Anmeldung des Abschnitts Hauenstein-Tiengen zum vierspurigen Ausbau, Vergabe der Machbarkeitsstudie für eine Umgehungsvariante um Waldshut, zusätzliche Kosten für eine zweite Tunnelröhre „Nollinger Berg“, Finanzierung und Fertigstellung der Rheinbrücke im Zuge der A 861

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/1392

GVFG-Förderung von ÖPNV-Projekten im Landtagswahlkreis 59

Gestellte Anträge in den letzten drei Jahren und Förderzusagen nach dem Landes- und Bundesprogramm; Stand der Realisierung der mit Förderzusagen versehenen Projekte; jeweiliger Mittelanteil des Bundes und Landes; Stand der Bearbeitung der noch anhängigen Förderanträge

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/3627

Waldweg

s. *Weg*

Waldwirtschaft

s. *Forstwirtschaft*

Walldorf

Die Ermittlungen und die Festnahmen wegen des Verdachts terroristischer Straftaten in Walldorf

Begründung des Zeitverzugs zwischen der Erhärtung des Verdachts und entsprechenden Festnahmen sowie der versäumten Ausweisung trotz vorliegender rechtlicher Voraussetzungen; Vermeidung künftiger Ermittlungsfehler und Verzögerungen

Antr
s. *Terrorismus*
Drs 13/1315

Wallhausen

Reaktivierung von Haltepunkten entlang der Tauberbahn

Prüfung der Vorschläge der „Interessengemeinschaft Reaktivierung des Haltepunkts Wallhausen“, Wiedereröffnung dieses Haltepunkts

KlAnfr
s. *Taubertalbahn*
Drs 13/570

Autobahnbeschilderung Wallhausen

Ausweisung der Gemeinde Wallhausen auf dem Autobahnausfahrtsschild

MdAnfr 2) Nikolaos Sakellariou SPD 17.11.2003 Drs 13/2589
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3891 3892

Wanderausstellung

s. *Ausstellung*

Wangen im Allgäu

Besuch des Herrn Ministerpräsidenten in Wangen im Allgäu
Erteilung einer Förderzusage für die beim Ganztagschulprogramm des Bundes nicht zum Zuge gekommenen Schulen

MdlAnfr
s. *Ministerpräsident*
Drs 13/4532

Warenpreis

s. *Preis*

Warnarrest

s. *Arrest*

Warnschussarrest

s. *Arrest*

Waschanlage an Tankstellen

s. *Autowaschanlage*

Waschmittel

s. *Reinigungsmittel*

Wasser

s.a. *Abwasser*
s.a. *Binnengewässer*
s.a. *Gewässergüte*
s.a. *Grundwasser*
s.a. *Mineralwasser*
s.a. *Trinkwasser*
s.a. *Wasserrecht*
s.a. *Wasserschutzgebiet*
s.a. *Wasserspeicher*
s.a. *Wassersport*
s.a. *Wasserversorgung*
s.a. *Wasserverwaltung*
s.a. *Wasserwirtschaft*

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in BW
Vorbereitungsstand, Zeitplan und Schritte zur Umsetzung der Richtlinie; Konsequenzen für sauberes Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie für die Genehmigungspraxis für Wasserkraftwerke

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/534

Umsetzung der bestehenden Leitlinien und Landespläne im Bereich Umwelt und Naturschutz durch die LReg
Ersetzung der Trinkwassernutzung durch Niederschlags- und Oberflächenwasser

GrAnfr
s. *Umwelt*
Drs 13/1821

Ausnahmegenehmigung für die Einleitung von Kühlwasser durch Kraftwerke in Rhein und Neckar im Sommer 2003

Antr GRÜNE 20.08.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2365

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 22.07.2004 Drs 13/3492 S. 40
PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Kernkraftwerk Philippsburg

Grenzwerte für die maximale und temperaturabhängige Wassorentnahme zur Kühlung des Kernkraftwerks, ökologische Auswirkungen der erteilten Ausnahmegenehmigung im Sommer für den betroffenen Flussabschnitt, Frage nach technischen Problemen für die Kraftwerkskühlung bei der Entnahme und Einleitung von Kühlwasser mit zu hohen Temperaturen

KlAnfr
s. *Kernkraftwerk Philippsburg*
Drs 13/2498

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/4232

Überforderung der Kommunen mit der Verschärfung der Wasserqualität von Schwimmbädern

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216

Schutz des Lebensmittels Wasser bzw der Trinkwasserversorgung vor den Liberalisierungsbestrebungen der EU

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3439-3443

Kritik an der Lockerung der Grenzwerte für die Einleitung von Kühlwasser in die Flüsse durch Kraftwerke im Sommer 2003

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3457 3461 3470 3471

Verbesserter Schutz des Grundnahrungsmittels Wasser

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3896 3897

Verbesserter Schutz des Grundnahrungsmittels Wasser

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4104 4105 4108

Neuregelung der Regenwasserbewirtschaftung und Beseitigung des Oberflächenwassers

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6245 6246

Rechtfertigung der Erhebung des Wasserpfennigs von den Kraftwerksbetreibern für die Entnahme und Einleitung von Kühlwasser

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6771-6773

Wasserentnahmeabgabe

s. *Wassertarif*

Wasserentnahmeentgelt

s. *Wassertarif*

Wasserfahrzeug

Situation der DLRG-Boote am badischen und württembergischen Bodensee

Ausfall von Booten, insbes in Friedrichshafen und Überlingen, aufgrund von Finanzierungsproblemen; Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft und Situation der Lebensrettung am Bodensee; Abhilfemöglichkeiten

KlAnfr
s. *Rettungsdienst*
Drs 13/50

Verzögerung der Auslieferung des Polizeischnellboots für die Wasserschutzpolizei am Bodensee

KlAnfr Norbert Zeller SPD 13.03.2002 und Antw IM Drs 13/849

Wassertourismus in BW

Stand und Ausbau der o.g. Angebote, Höhe der öffentlichen Förderung, Befahrbarkeit der Gewässer mit motorisierten u.a. Booten

KlAnfr
s. *Binnengewässer*
Drs 13/2565

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr
s. *Gefahrenabwehr*
Drs 13/3967

Ausbau des Neckars und seiner Schleusen für größere Güter- bzw Containerschiffe

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243 1244 1247 1248

Erinnerung an das Scheitern des Bürgerentscheids zur Bodenseefähre in Konstanz am Quorum von 30 %

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1936

Vorschläge zur Reduzierung der Schadstoffeinträge von Motorbooten in den Bodensee; Situation der DLRG-Boote am Bodensee; Förderung der Solarfähre in Gaienhofen; Verzicht auf den Katamaran

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3293 3297 3298 3300 3302

Ausbau des Neckars und seiner Schleusen für größere Güter- bzw Containerschiffe, Notwendigkeit der steuerbegünstigten Reinvestition von Veräußerungsgewinnen bei Schiffsverkäufen

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5455-5463

Ausbau der Neckarschleusen für größere Güter- bzw Containerschiffe, Notwendigkeit der steuerbegünstigten Reinvestition von Veräußerungsgewinnen bei Schiffsverkäufen

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7104-7107 7109

Wassergesetz

s. *Wasserrecht*

Wasserkosten

s. *Wassertarif*

Wasserkraft

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Ausbau der Wasserkraftnutzung, Realisierung der Kapazitätserweiterung des Wasserkraftwerks Rheinfelden

GrAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/134

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in BW

Vorbereitungsstand, Zeitplan und Schritte zur Umsetzung der Richtlinie; Konsequenzen für sauberes Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie für die Genehmigungspraxis für Wasserkraftwerke

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/534

Perspektiven der Energiepolitik in BW

Schritte und Finanzbedarf zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010, entsprechende Umgestaltung der Ökosteuern zur ausschließlichen Förderung des Ausbaus regenerativer Energien und der Energieeinsparung, Förderung von kleinen und großen Wasserkraftanlagen, Ausräumung der Bedenken seitens der EU zur Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das EEG, Beurteilung einer Verpflichtung von Bauherren zum Einbau von solarthermischen oder photovoltaischen Anlagen in Neubauten

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/542

Neubau Wasserkraftwerk Rheinfelden; hier: mögliche Förderung

Ausgestaltung der BRatsinitiative zur Aufnahme der Großen Wasserkraft ins Erneuerbare-Energien-Ges, Höhe der vorgeschlagenen Einspeisevergütung, Berücksichtigung der unterschiedlichen Investitionskosten großer Wasserkraftanlagen, Zulässigkeit einer Förderung in Rheinfelden aus Landesmitteln

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU, Thomas Knapp u.a. SPD, Jürgen Hofer u.a. FDP/DVP und Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 17.05.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1018
BeschlEmpf und Bericht WirtA 23.10.2002 Drs 13/1637 S. 11 12
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Energiewende und Atomausstieg in BW

Entwicklung des Anteils der erneuerbaren Energien, aufgeschlüsselt nach Wasserkraft, Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse u.a., an der Stromerzeugung und am Primärenergieverbrauch seit 1995; Wertungen des vom WM in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Energiepolitik und Energieeinsparung; Art und Erfolg der Bemühungen im Vergleich zu anderen BLändern; energie- und strukturpolitische Begleitung des gesetzlich fixierten Atomausstiegs, Förderung der Nutzung der Kraftwärmekopplung und Markteinführung der Brennstoffzelle

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1118

Programm Rhein 2020 und Auswirkungen auf die Nutzung der Wasserkraft

Ziele, Maßnahmen, Kosten und Zeiträume der Umsetzung des o.g. Programms; Verringerung des Rechenabstands bei den Wasserkraftwerken mit dem Ziel einer Wiederansiedlung von Wanderfischarten, Vereinbarkeit mit der energetischen Nutzung der Wasserkraft und damit dem angestrebten Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 14.01.2003 und Antw UVM Drs 13/1672

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Art, Umfang und Wirkungen der eingesetzten Fördermittel; erzielte Leistungen der einzelnen Wasserkraft-, Windkraft-, Solar- u.a. Anlagen; erreichte Fortschritte gemessen am Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1686

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarkte und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/2102

Wasserkraftwerke am Neckar

Auflistung o.g. Kraftwerke und deren Leistung, Ausbaupotenzial nach Einbeziehung der Großen Wasserkraft in das Erneuerbare-Energien-Gesetz, Abbau des Hemmnisses auslaufender Konzessionen

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 17.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2276
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 25.09.2003 Drs 13/2583 S. 12 13
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Positivkartierung zur Wasserkraftnutzung

Erstellte und geplante Positivkartierungen von Gewässerstandorten; Einbeziehung von Vertretern der Wasserkraftnutzung; Einräumung einer höheren Verbindlichkeit für die Genehmigungsfähigkeit dieser Standorte

Antr Franz Wieser u.a. CDU, Thomas Knapp u.a. SPD, Ernst Pfister FDP/DVP und Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 02.10.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2477
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 20.11.2003 Drs 13/2703 S. 48-50
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4082

Aufgabe des Ziels der LReg, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln

Festhalten am Ziel einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010 - auch nach den Äußerungen des WM? Maßnahmen zur Nutzung der Potenziale aus Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie; Verstärkung der Anstrengungen um eine erhöhte Energieeffizienz

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/2514

Stromversorgung in BW

Verfügbarkeit und Marktpotenzial der fossilen Energieträger Gas und Kohle sowie der regenerativen Energien aus Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Photovoltaik, Biomasse und Geothermie; Zukunftsperspektiven der Brennstoffzelle

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/3104

Ökologische Bewertung von kleinen Wasserkraftanlagen

Benennung positiver Auswirkungen der kleinen Wasserkraft iR einer Studie, u.a. Verbesserung des (kleinräumigen) Klimas, Verminderung des Stoffaustauschs und strukturelle Verbesserung von Laich-, Nähr- und Schutzbiotopen für Fische; Berücksichtigung bei künftigen Genehmigungsverfahren

KlAnfr Dr. Walter Witzel GRÜNE 01.07.2004 und Antw UVM Drs 13/3339

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW

Vorhandener und möglicher Anteil der Wasserkraft zur Erreichung des Ziels einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Auflistung der Anlagen differenziert nach Größe, der installierten Leistung und eingespeisten Strommenge 2002/2003; Kriterien und Maßnahmen zum Ausbau der kleineren Anlagen, Investitionsanreize zur Ertüchtigung der bestehenden Wasserkraftwerke am Rhein, Voraussetzungen zur Realisierung der Projekte in Gamsheim (Elsaß) und Iffezheim, Darstellung der dort erreichbaren Stromproduktion

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 05.10.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3616
BeschlEmpf und Bericht WirtA 13.07.2005 Drs 13/4481
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7026-7033

Ausbau der Wasserkraftnutzung in BW in den Jahren 2003 bis 2005

Auflistung der Neubauten, Modernisierungen und Erweiterungen und der damit zusätzlich installierten Leistung und eingespeisten Strommenge; Zahl der gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Gründe von Ablehnungen, Umfang des derzeitigen Antragsstaus

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 09.11.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3733
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 18 19
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufeuerung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung

des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr
s. Erneuerbare Energie
Drs 13/4030

Wasserkraftnutzung

Erhaltung der bisherigen Regelung zur Restwassermenge bei der Novellierung des Wasserkrafterlasses, Bekräftigung der vom damaligen zuständigen Minister zugesagten Aussetzung des 10mm-Rechens bei Wasserkraftanlagen gegenüber den Genehmigungsbehörden

Antr Karl-Wilhelm Röhm u.a. CDU, Thomas Knapp u.a. SPD, Dr. Walter Döring FDP/DVP und Dr. Walter Witzel GRÜNE 01.06.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4372
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 36 37
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Beklagung des Scheiterns einer Förderung der Kapazitätserweiterung des Wasserkraftwerks Rheinfelden, Anteil der Wasserkraft an der Energieerzeugung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 426 429-435

Nutzung des Potenzials der kleinen und Großen Wasserkraft

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1552 1553 1559

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft in Südbaden

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1990

Nutzung des Ausbaupotenzials der Großen Wasserkraft, Leistungsfähigkeit eines Neubaus in Rheinfelden, Aufnahme in das Erneuerbare-Energien-Gesetz

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2872

Nutzung des Ausbaupotenzials der Großen Wasserkraft, Leistungsfähigkeit eines Neubaus in Rheinfelden

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2980 2985

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG; Problematik der kleinen Wasserkraftwerke

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3142 3144 3146-3148 3181-3183 3186-3190

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452 3454 3459 3461 3462 3465 3467-3469 3471 3472

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626

Ausbau der Großen Wasserkraft

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3776 3778 3784

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4022 4023 4036 4043

Erhaltung von Entwicklungsmöglichkeiten für die Kleine Wasserkraft, Hinweis auf Grenzen beim Ausbau der Wasserkraft

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4108 4127 4129

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4147 4151

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4320 4324 4337 4345

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG, Zustimmung zur Novellierung des EEG im BRat

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869-4871 4873-4881

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft, Aufnahme ins EEG, Kritik an der Blockade des BRats

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4976 4977

Nutzung des Potenzials der Großen Wasserkraft

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5591 5592

Priorisierung der Energiegewinnung aus Wasserkraft, Kapazitätserweiterung in Rheinfelden

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6066 6069 6123 6124

Gleichsetzung des Potenzials der Windkraft mit der Wasserkraft, Mobilisierung der Zubbaumöglichkeiten für die Wasserkraft am Rhein, Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7016 7019-7021 7023-7029

Priorisierung der Energiegewinnung aus Wasserkraft

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7053 7054

Vorwurf der Behinderung des Ausbaus kleiner Wasserkraftwerke, Verweisung auf den Neubau des Wasserkraftwerks Rheinfelden

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7303 7304

Stromerzeugungskapazität des Wasserkraftwerks Rheinfelden, Erinnerung an die Aufnahme der Großen Wasserkraft ins EEG; Stromerzeugungsanteil der Wasserkraft in Österreich

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7709 7710 7716-7718

Wasserkraftwerk

s. Wasserkraft

Wasserpfennig

s. Wassertarif

Wasserpreis

s. Wassertarif

Wasserrahmenrichtlinie

s. Wasserrecht

Wasserrecht

s.a. Eigenkontrollverordnung

Gebühren für wasserrechtliche Genehmigungen

Gebührenerhebung der Stadt- und LKreise in unterschiedlicher Höhe bei grundsätzlich gleichen Sachverhalten, Hinwirkung auf eine gleichmäßige Erhebungspraxis

KlAnfr
s. *Gebühren*
Drs 13/245

Ges zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änd des FischereiGes (Euroumstellungsges BW -EurUG-)
Änd des WasserGes sowie der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Währung*
Drs 13/313

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in BW

Vorbereitungsstand, Zeitplan und Schritte zur Umsetzung der Richtlinie; Konsequenzen für sauberes Oberflächen-, Grund- und Trinkwasser sowie für die Genehmigungspraxis für Wasserkraftwerke

Antr Dr. Walter Caroli u.a. SPD 04.12.2001 und Stellungnahme UVM Drs 13/534
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.02.2002 Drs 13/852 S. 51 52
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Novellierung der TrinkwasserVO

Meldepflicht für Regenwassernutzungsanlagen; Handhabung des Vollzugs der o.g. VO, personeller und finanzieller Mehraufwand für die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen durch die erhöhten Anforderungen an die Aufbereitung des Trinkwassers

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 13/946

Ges zur Änd von Vorschriften über die Umweltverträglichkeitsprüfung u.a. Gesetze

Neufassung des Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsetzung von Anhang II der UVP-Änderungsrichtlinie der EG; Änd des WasserGes, StraßenGes, NaturschutzGes, LWaldGes, Landwirtschafts- und LKulturGes, LSeilbahnGes, LMesseGes und LABfallGes

GesEntw
s. *Umweltverträglichkeitsprüfung*
Drs 13/1227

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur beschleunigten Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten in BW

Anhebung des Wasserpfennigs zur Umsetzung o.g. Maßnahmen an den Gewässern 1. Ordnung sowie der für die Einzugsgebiete von Rhein, Donau und Neckar vorliegenden Hochwasserschutzprogramme, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Novellierung des WasserGes

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/1347

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr Andreas Hoffmann u.a. CDU 10.12.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1602

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.03.2003 Drs 13/2139 S. 46 47
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Öffentliche Freibäder in BW

Auflistung o.g. Badeanstalten und der jeweiligen Schließungen seit 1993; Art, Träger und Erfahrungen einer neuen Nutzung; Vergleich der Daten mit der Alternative biologisch reinigender Naturbäder, insbes der Kosten sowie der hygienischen und technischen Betriebssicherheit, vor allem vor dem Hintergrund der zu erwartenden VO über die Qualität von Schwimm- und Badebeckenwasser

KlAnfr
s. *Schwimmbad*
Drs 13/2358

Folgen der Verschärfung der Anrechnung bei der Abwasserabgabe

Angestrebte Ziele und Folgen der Reduzierung des erlaubten Fremdwasseranteils im Abwasser im Zuge der Novellierung des WasserGes, Mehrbelastung der Stadt Heidenheim infolge geologisch bedingter höherer Grundwasserzuflüsse in die Abwasserneetze; Verankerung einer Ausnahmeregelung im Gesetz

KlAnfr
s. *Abwasserabgabe*
Drs 13/2617

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw LReg 13.11.2003 Drs 13/2619 (70 S.)
1. Beratung PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3895-3899
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.12.2003 Drs 13/2718 (dazu ÄAntr Boris Palmer u.a. GRÜNE Nr. 1-4, ÄAntr Helmut Göschel u.a. SPD Nr. 5 6, ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 7) (17 S.)
ÄAntr GRÜNE 15.12.2003 Drs 13/2733 1-2
2. Beratung PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4103-4110
GesBeschl 08.01.2004 Drs 13/2771 (12 S.)
GBI 2004 Nr. 1 S. 1-10 (Ges vom 22.12.2003)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des WasserGes, des AusführungsGes zum WasserverbandsGes sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht und der IndirekteinleiterVO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, ins-

bes am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 06.07.2004 und Antw SM
Drs 13/3349

Ges zur Anpassung des Verwaltungsverfahrensrechts an die moderne elektronische Kommunikation und zur Änd des LPersonal- ausweisGes (Elektronik-AnpassungsGes - EAnpG)

Rechtsverbindliche elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über das Internet u.a. digitale Netze i.V.m. einer qualifizierten elektronischen Signatur; Modifikation der Gebühren für die Ausstellung von Personalausweisen; Änd des LVwVfG, LBeamtenGes, LEnteignungsGes, LDatenschutzGes, LStatistikGes, LKrankenhausGes, WasserGes, IngenieurkammerGes, ArchitektenGes, des Ges über kommunale Zusammenarbeit, der GemO, LKrsO, BerufsgerichtsO, LBO, VerfahrensVO zur LBO, EnEV-DurchführungsVO und PÜZ-AnerkennungsVO; Außerkrafttreten des e-BürgerdiensteGes und der VO zur Erprobung der digitalen Signatur im Meldewesen

GesEntw
s. *Verwaltungsverfahren*
Drs 13/3661

Ges zur Ausführung des Bundes-BodenschutzGes und zur Änd abfallrechtlicher und wasserrechtlicher Vorschriften

Beseitigung von Überschneidungen mit dem Bundesrecht; Förderung der Ziele des Landesentwicklungsplans 2002 und des Umweltplans (Eindämmung des Flächenverbrauchs); Regelung des Bodeninformationssystems sowie der Erfassung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen; Regelung des Ausgleichs für Nutzungsbeschränkungen bei land- und forstwirtschaftlichen Flächen; Grundlagen für das Bodenschutz- und Altlastenkataster; Streichung der Fünfjahresfrist für die Fortschreibung der Abfallwirtschaftskonzepte; Änd des LVerwaltungsGes, FinanzausgleichsGes, LAbfallGes und WasserGes; Aufhebung des BodenschutzGes und der VO über bodenschutzrechtliche Zuständigkeiten

GesEntw
s. *Bodenschutz*
Drs 13/3677

Moratorium für Kläranlagen und Regenwasserbehandlung

Möglichkeiten einer Aussetzung der noch anstehenden Maßnahmen, Übertragung der Resterfüllung ab einem bestimmten Anschlussgrad von Gebäuden an eine Abwasserreinigungsanlage in die Verantwortung der Kommunen, Hinwirkung auf geringere Anforderungen bei der Verlängerung von Einleitungsgenehmigungen i.S.d. § 7 a WHG? Zusätzliche Kosten der Gemeinden durch eine weitere Standardverschärfung im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

KlAnfr
s. *Abwasserreinigung*
Drs 13/3976

Industriestandort BW sichern: Gute Rahmenbedingungen für industrielle Arbeitsplätze in Mannheim

Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim vom 02.10.2001 zur Ermäßigung des Wasserentnahmeentgelts für das Großkraftwerk Mannheim, Unterbreitung eines Vorschlags zu den entsprechenden Anträgen für 1999-2001; Ausschluss der Wettbewerbsnachteile von wasserintensiv produzierenden Kraftwerken mit einer

Novellierung des WasserGes

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/4271

Wasserkraftnutzung

Erhaltung der bisherigen Regelung zur Restwassermenge bei der Novellierung des Wasserkrafterlasses, Bekräftigung der vom damaligen zuständigen Minister zugesagten Aussetzung des 10mm-Rechens bei Wasserkraftanlagen gegenüber den Genehmigungsbehörden

Antr
s. *Wasserkraft*
Drs 13/4372

Ges zur Änd des WasserGes für BW

Verlängerung der Frist für das Außerkrafttreten von Planfeststellungsbeschlüssen nach dem LVerwVG für Gewässerausbauvorhaben, insbes für Hochwasserschutzmaßnahmen, auf acht Jahre nach Eintritt der Unanfechtbarkeit; Ermöglichung der Verlängerung dieser Frist um höchstens fünf Jahre auf Antrag des Bau- lastträgers

GesEntw CDU und FDP/DVP 12.07.2005 Drs 13/4489
1. Beratung PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6995-7000
Mittlg LtgPräs 23.09.2005 Drs 13/4674
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 29.09.2005 Drs 13/4681
ÄAntr GRÜNE 05.10.2005 Drs 13/4695
2. Beratung PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7097-7103
GesBeschl 05.10.2005 Drs 13/4711
GBI 2005 Nr. 15 S. 668 (Ges vom 11.10.2005)

Ges über den Zugang zu Umweltinformationen

Umsetzung der Umweltinformationsrichtlinie für informationspflichtige Stellen des Landes, Einbeziehung von Personen des privaten Rechts, die unter der Kontrolle einer Stelle der öffentlichen Verwaltung stehen und im Zusammenhang mit der Umwelt öffentliche Zuständigkeiten haben, Aufgaben wahrnehmen oder Dienstleistungen erbringen; Erweiterung der Relevanz auf gentechnisch veränderte Organismen und den Zustand der Lebensmittelkette; Halbierung der Beantwortungsfrist von Anfragen; aktive Verbreitung von Umweltinformationen unter Nutzung der elektronischen Medien; Änd der VO über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten sowie der VO zur Umsetzung der IVU-Richtlinie im Wasserrecht

GesEntw
s. *Information*
Drs 13/4988

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3297

Berücksichtigung der Hochwassererfahrungen bei der Novelle des LandeswasserGes

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3445-3447

Notwendigkeit eines europaweiten Wasserentnahmeentgelts mit dem Inkrafttreten der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2010

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6761 6763 6766 6768 6770 6773 6774

Wasserschutzgebiet

s.a. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Änderungen im Leitfaden zur Nutzung von Erdwärme mit Erdwärmesonden

Gründe bzw Rücknahme der Erschwerung der Genehmigung im Bereich von Wasserschutzzonen IIIB, Verzicht auf den geforderten Glykolanteil im Wärmetransportmittel der Erdwärmesonden

KlAnfr
s. *Erdwärme*
Drs 13/1427

Vollzug der Schutzgebiets- und AusgleichsVO vom 20.02.2001 - Basisgrundwasserschutz in OGL-, Problem- und Sanierungsgebieten

Art und Intensität o.g. Grundwasserbelastungen; Funktion des Nitratinformationsdienstes, Ergebnisse der Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten; Aufgaben, Zusammensetzung und Initiativen der regionalen Arbeitsgruppen; Maßnahmen zur Trendumkehr innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1679

Bilanz der Novellierung der SchALVO

Veränderungen für die anstehende Neueinstufung der Wasserschutzgebiete bei den Normal-, Problem- und Sanierungsgebieten; vorhandene Sanierungspläne und Beratungssysteme vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen; Prüfung alternativer Lösungen für die Trinkwasserbereitstellung und Methoden zur Feststellung des Nitratgehalts; Entwicklung der Hoftor- bzw Feld-Stallbilanzen von Marktfrucht- und Veredelungsbetrieben; Auswirkungen der Kosten des Landes auf den Wasserpfennig; Gewährleistung eines flächendeckenden Gewässerschutzes seit der Deckelung des MEKA

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/2382

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Umsetzung und Änderungen an der SchALVO (Schutzgebiets- und AusgleichsVO)

Entwicklung der Boden- und Grundwasserbelastung mit Nitrat, Auswirkungen der vorgenommenen Änderungen bei der Messung und Bewertung von Bodennitrat und den daraus abgeleiteten Auflagen und Entschädigungszahlungen, Höhe der bewilligten Zahlungen und der verfügbaren Mittel 2005 und 2006, Beurteilung der von den Wasserversorgern befürchteten Verringerung der Einstufung von Problemgebieten infolge der geänderten Praxis

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/3763

Denkschrift 2005 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2003 (Nr. 15) - Schutzgebiets- und AusgleichsVO für Wasserschutzgebiete - SchALVO-

Mittlg
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/5068

Anteil der Problem- und Sanierungsgebiete innerhalb der Wasserschutzgebiete, Feststellung hoher Defizite bei der Erarbeitung von Sanierungsplänen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3779 3780 3786

Wasserschutzpolizei

Verzögerung der Auslieferung des Polizeischnellboots für die Wasserschutzpolizei am Bodensee

KlAnfr
s. *Wasserfahrzeug*
Drs 13/849

Verwaltungsreformpläne des MinPräs - Dringend notwendige Korrekturen

Verzicht auf die Eingliederung der Wasserschutzpolizei, der Autobahnpolizei und Lebensmittelüberwachung in die Landratsämter; Korrektur der Pläne für die Versorgungs-, Forst-, Straßenbau-, Flurbereinigungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts- und Schulverwaltung sowie für das Landesamt für Denkmalschutz; Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/2256

Weitere Maßnahmen der LReg iRd Verwaltungsreform im Bereich der Polizei

Ergebnisse der Prüfaufträge zur Integration der Wasserschutzpolizei und Autobahnpolizei sowie zur Zusammenlegung der Polizeidirektionen Baden-Baden und Rastatt; Frage nach weiteren Sparmaßnahmen

Antr
s. *Polizei*
Drs 13/2356

Verwaltungsreform - Zerschlagung der baden-württembergischen Wasserschutzpolizei

Leistungsfähigkeit der Binnenschifffahrt und Wasserschutzpolizei aus Sicht der Wirtschaft, Forderungen der IHK zum Erhalt der vorhandenen Strukturen, Gewährleistung der Aufgabenerfüllung nach Eingliederung der Wasserschutzpolizei in die örtlichen Polizeipräsidien und Polizeidirektionen, Zustandekommen der angestrebten Freisetzungspotenziale; Aufgabe der Auflösungs- und Eingliederungspläne

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2530
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Betrieb der Polizeiboote auf dem Bodensee mit Biodiesel

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3293

Eingliederung der Wasserschutzpolizei in die örtlichen Polizeipräsidien und -direktionen

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4898

Erneuerung und Neubeschaffung von Booten der Wasserschutzpolizei

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6249

Wasserschutzzone

s. Wasserschutzgebiet

Wasserspeicher

s.a. Binnengewässer

Stand der Planung und Durchführung des Integrierten Rheinprogramms (IRP)

Ergebnisse und Konsequenzen von Gutachten zur Prüfung einer Wehrlösung bei Flusskilometer 207,2 und zur Kiesgewinnung; Verfahrensschritte, Zeitrahmen und Kosten für die Durchführung der Maßnahmen des IRP u.a. Hochwasserschutzmaßnahmen

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/359

Hochwasserschutz im Einzugsgebiet der Rems

Gründe, Ausmaß und Auswirkungen der Kostensteigerungen für die drei Rückhaltebecken der 1. Stufe des Hochwasserschutzes im Remstal; Beeinträchtigung des Zeitplans der Realisierung? Stand des Grunderwerbs und Flurbereinigungsverfahrens

KlAnfr
s. Hochwasser
Drs 13/609

Verbesserung des Hochwasserschutzes am Rhein

Forcierung und regelmäßige Bewertung der geplanten Rückhaltemaßnahmen des Integrierten Rheinprogramms, Entwicklung von Naherholungskonzepten für die einzelnen Retentionsräume gemeinsam mit den betroffenen Kommunen

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/646

Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Integrierte Rheinprogramm zwischen Weil und Breisach

Zeitrahmen, Kosten und Belastungen der notwendigen Auskiesungsmaßnahmen; Gewinnung früherer und zusätzlicher Rückhalteräume durch die Alternativen zwischen Flusskilometer 204 und 219, Einbeziehung in das Raumordnungsverfahren; Bedeutung des Kernkraftwerks Fessenheim und des Kalibeckens auf der Fessenheimer Insel für die Realisierung des Integrierten Rheinprogramms

KlAnfr
s. Hochwasser
Drs 13/1133

Technischer Hochwasserschutz und entsprechende Maßnahmen am Beispiel von Fließgewässern im Bereich der Stadt Donaueschingen

Darlegung o.g. Vorsorgemaßnahmen am Beispiel der Breg und insbes im Ortsteil Wolterdingen, Berücksichtigung von Untersuchungsergebnissen, Schadensanalysen und Erfahrungen; Beur-

teilung der Situation nach Herausnahme des geplanten Gewerbegebiets aus der festgelegten Überflutungsfläche; Freistellung der Anlieger von den finanziellen Folgen planungsbedingter Überschwemmungen

KlAnfr
s. Hochwasser
Drs 13/1235

Integriertes Rheinprogramm: Hochwasserschutz unterhalb der Staustufe Iffezheim

Konsequenzen aus den Extremwetterlagen in immer kürzeren Abständen, Aktualisierung der Datengrundlage aufgrund der meteorologischen Veränderungen seit 1977, Steuerung der ökologischen Flutungen bei dem Polder Altenheim, sicherheitstechnischer Zustand der Deiche, Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/1296

Hochwasserschutz in BW

Art und Wirkungen von Anstrengungen in den vergangenen Jahren an Deichen, Retentionsflächen u.a. Vorsorgemaßnahmen an Rhein, Main, Donau und Neckar; vorliegende Szenarien und Katastropheneinsatzpläne für Hochwasserereignisse; Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Beschleunigung der Hochwasserschutzprogramme, insbes Vollzug des Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/1316

Hochwasserschutz durch die verstärkte Förderung konservierender und extensiver Bodenbearbeitung

Verbesserung der Wasserrückhaltekapazität potenzieller Überflutungsflächen durch nichtwendende Bodenbearbeitung u.a. Formen extensiver Bodenbewirtschaftung; gezielte Förderung durch entsprechende Modifikation der Agrarprogramme, insbes von SchALVO und MEKA

Antr
s. Hochwasser
Drs 13/1331

Beteiligung der Landesbank BW an der Finanzierung eines umweltzerstörenden Staudamms

Beurteilung o.g. Kreditvergabe an die isländische Energiegesellschaft Landsvirkjun vor dem Hintergrund der Umweltverträglichkeit und Rentabilität des Bauwerks zum Betrieb einer Aluminiumschmelze, Vereinbarkeit mit der Aufgabenstellung und Gewährträgerhaftung der LBBW; Hinwirkung auf einen Rückzug aus diesem Geschäft und Ausschluss künftiger Beteiligungen an umweltzerstörenden Projekten

Antr
s. Landesbank Baden-Württemberg
Drs 13/2349

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch

Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/2619

Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms

Verfahrensstand für die Rückhalteräume Kulturwehr Breisach und Breisach/Burkheim sowie Weil-Breisach, Information und Beteiligung der französischen Gemeinden, Umgang mit den Vorhalten in Frankreich

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/2823

Integriertes Rheinprogramm

Umsetzungsstand des IRP, Einbeziehung der betroffenen Gemeinden und Bürger, Auswirkungen der veränderten Kompetenzen im Zuge der Verwaltungsreform, Ausmaß und Folgen der vorgesehenen ökologischen Flutungen für den Hochwasserschutz, die Grundwassersituation, Ökologie, Industrie, Verkehrssicherheit, die französische Rheinseite, Land- und Forstwirtschaft; Beurteilung der ökologischen Auswirkungen der Flutungen durch die LReg und nachgeordneten Behörden; Ergebnisse und Konsequenzen eines Forschungsprojekts der Universität Freiburg

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3116

Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten

Umfang und Standorte o.g. Stilllegungsflächen nach den Vorstellungen der BReg, Höhe der Verluste für die betroffenen Landwirte, Frage nach Alternativen und nach dem Beitrag des MEKA I zur Verhinderung der Bodenerosion, Position der LReg in den zuständigen Ausschüssen im BRat

Antr
s. *Landwirtschaft*
Drs 13/3228

Restrheinrenaturierung - Rückhalteraum Weil-Breisach

Beurteilung der Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung einer naturnahen Au Landschaft mit verästelten Gewässerarmen (Furkationsaue) am Rhein zwischen Weil und Breisach auf beiden Rheinseiten, Aufnahme von Gesprächen mit Frankreich und der Schweiz, Initiierung eines trinationalen Workshops mit Fachleuten, Einschätzung der Impulse für den regionalen Tourismus

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3325

Hochwasserschutz und Auflagen an die landwirtschaftliche Nutzung in Überschwemmungsgebieten

Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft mit dem Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes, Art und Umfang der betroffenen Flächen, Zeitplan zur Ausweisung der Überschwemmungsgebiete; Zustimmung zu dem Gesetz im BRat

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/3378

Integriertes Rheinprogramm (IRP) - erreichtes Retentionsvolumen und weitere Planungen

Bisher durchgeführte und bis 2006 abgewickelte Baumaßnahmen und Projekte, Höhe der Kosten und des erreichten Retentionsvolumens

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3426

Integriertes Rheinprogramm (IRP) - Planungskosten und Baumaßnahmen in 2004 und 2005/06

Bisher durchgeführte und bis 2006 abgewickelte Baumaßnahmen und Projekte, Höhe der Kosten und des erreichten Retentionsvolumens, Auswirkungen der geplanten Kürzungen und globalen Minderausgabe

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3726

Fortführung der Erneuerung der Dammverteidigungswege am Rhein und Vollzug des Investitionsprojekts Rheinschanzinsel

Vollzogene und noch ausstehende Sanierung und Neuanlage o.g. Hochwasserdämme, Umsetzungsstand des Polders Rheinschanzinsel bei Philippsburg, Bereitstellung der notwendigen Mittel

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/4501

Schaffung der noch fehlenden Retentionsflächen iRd Integrierten Rheinprogramms

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054 6056 6057 6067 6072

Dauer der Planung und des Baus von Rückhaltebecken, Verlängerung der Frist für das Außerkrafttreten der wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlüsse, bisher erreichtes und noch ausstehendes Retentionsvolumen iRd Integrierten Rheinprogramms

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6995-7000

Verlängerung der Frist für das Außerkrafttreten der wasserrechtlichen Planfeststellungsbeschlüsse, bisher erreichtes und noch ausstehendes Retentionsvolumen iRd Integrierten Rheinprogramms

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7098-7102

Fortführung des Integrierten Rheinprogramms, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Bau von Rückhaltebecken und Dammsanierungen

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7343

Wassersport

s.a. Schwimmen

Bedeutung des Wassersports als Teil der Messe in Friedrichshafen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6793

Wasserstoff

Förderung der Wasserstofftechnologie in den USA, Engagement von Daimler-Chrysler für die Wasserstoffwirtschaft, Beurteilung der Zukunftsperspektive für Wasserstoffautos

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4587 4589 4590

Nutzung des Potenzials der Wasserstofftechnologie, Bewertung der Forschungsinstitute in BW als führend

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7019 7026 7027

Wasserstraße

s.a. Schleuse

Güterverkehrskonzept BW; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt

Umsetzungsstand der im Generalverkehrsplan 1995 formulierten Verlagerungsziele, Darlegung von Hemmnissen im KLV sowie Wirkungen des vom Land finanzierten Förderprogramms

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/241

Bundeswasserstraße Neckar

Abruf der Mittel des Bundes für Infrastrukturmaßnahmen, Bewertung des angemeldeten Vorhabens einer Verlängerung der Neckarschleusen, Förderung der Verlagerung von Güterverkehr, insbes auch Großraum- und Schwerguttransporte, vom Lkw auf das Binnenschiff; Ergebnisse eines entsprechenden Modellversuchs; Stand der Realisierung eines überregionalen Güterverkehrszentrums in Heilbronn

KlAnfr

s. Neckar

Drs 13/451

Ausbau- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bundeswasserstraße Neckar für den Güterverkehr unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte

Entwicklung der Transportvolumina im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern vor und nach Realisierung der Sanierungsmaßnahmen des Bundes und der vom Land angemeldeten Maßnahmen iRd Fortschreibung des BVerkehrswegeplans bis 2015; Effekte der erweiterten Schleusenöffnungszeiten, Umfang und Kompatibilität des Ausbaus von Wasserkraftwerken bis 2015; Kosten-/Nutzenverhältnis sowie ökologische Folgen der einzelnen Ausbauschritte; Verknüpfung der Schifffahrt mit anderen Verkehrsträgern; Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarke und damit Reduktion der Hochwassersperre

Antr

s. Neckar

Drs 13/2102

Situation und Perspektiven der Binnenschifffahrt in BW

Entwicklung der Eckdaten auf den Wasserstraßen Oberrhein, Main und Neckar im Vergleich zum Güterverkehr auf Straße und Schiene; Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch Wiedereinführung der steuerfreien Übertragung des Gewinns aus der Veräußerung von Schiffen auf ein Ersatzwirtschaftsgut, durch Modernisierung und Erweiterung der Schleusen am Neckar, Prüfung einer Höhersetzung der Hochwassermarke und damit Reduktion der Hochwassersperre u.a. Maßnahmen

Antr

s. Schifffahrt

Drs 13/2243

Schleusenausbau an der Bundeswasserstraße Neckar

Beurteilung der weiteren Entwicklung des Güterverkehrs auf dem Neckar im Falle einer Verweigerung der Modernisierung und Verlängerung der Schleusen durch den Bund, Grundlage der Berechnung des Projektnutzens, Prüfung alternativer Finan-

zierungsmodelle, zeitgleiche Durchführung der von der Schifffahrtsdirektion Südwest angekündigten Instandhaltungsmaßnahmen

KlAnfr

s. Neckar

Drs 13/2377

Verbesserung des Hochwasserschutzes

Höhe der bereitgestellten und erforderlichen Mittel für Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern I. Ordnung und Bundeswasserstraßen im Jahr 2003, Darlegung der erforderlichen Maßnahmen und Mittel bis 2006 sowie der Situation bei den Gewässern II. Ordnung

Antr

s. Hochwasser

Drs 13/2681

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Auswirkungen im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr bzw im Verkehrsgewerbe; Ausbau der Verkehrsweginfrastruktur mithilfe der EU; Teilverlagerung des zusätzlichen Güterverkehrs auf Schienen- und Wasserwege

GrAnfr

s. Osteuropa

Drs 13/2975

Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße

Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Speditionen, der Attraktivität von Bahntransporten sowie der Containerschifffahrt auf dem Neckar

Antr

s. Güterverkehr

Drs 13/3321

Vorbeugende Gefahrenabwehr auf den Wasserstraßen und Gewässern BW

Standorte und technische Ausstattung von Feuerlöschbooten, Aktualität und grenzüberschreitende Abstimmung der Einsatzkonzepte, Entwicklung der Einsätze in den letzten drei Jahren sowie der finanziellen Förderung der Einrichtungen zur Gefahrenabwehr; Entwicklung der Transportvolumina im Personen- und Güterschiffsverkehr, Anteil von Gefahrgütern, Mineralölprodukten und Chemikalien

Antr

s. Gefahrenabwehr

Drs 13/3967

Partizipation des Landes BW am neuen Verkehrsinfrastrukturprogramm des Bundes in Höhe von 2 Mrd Euro

Anteil des Landes am o.g. Programm und Mitwirkung bei der Verteilung der Mittel auf die Verkehrsträger Straße, Schiene und Bundeswasserstraße; Einsatz der Mittel zur raschen Fertigstellung von Ausbaubauabschnitten, z.B. auf der A 8; Hinwirkung auf Einstellung einer ersten Planungsrate für den Ausbau der Gäubahn und Modernisierung der Neckarschleusen

KlAnfr

s. Verkehrsplanung

Drs 13/4269

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterverkehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/4498

Ausbau der Wasserstraßen mit dem Aufkommen aus der Lkw-Maut, Unterstützung der Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Wasserstraßen

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 616 617 620

Unterstützung der Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Wasserstraßen, Ausbau der Wasserstraßen mit dem Aufkommen aus der Lkw-Maut

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1243 1244 1247 1248 1251 1298 1300 1301

Unterstützung der Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Wasserstraßen, Sanierung und Erweiterung der Neckarschleusen

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6801 6806 6807 6810 6815

Nutzerfinanzierung der Wasserstraßen, Bau und Betrieb von Schleusen durch private Investoren

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7382 7383 7391

Wassertarif

Belastung der Industrie -insbes der Stromerzeuger- in BW durch den Wasserpfennig; Bedrohung von Arbeitsplätzen beim Großkraftwerk Mannheim

Beseitigung o.g. Wettbewerbsnachteile durch Erlass bzw Reduzierung des Wasserpfennigs

KIAnfr Max Nagel SPD 13.06.2001 und Antw UVM Drs 13/7

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur beschleunigten Umsetzung von Hochwasserschutzkonzepten in BW

Anhebung des Wasserpfennigs zur Umsetzung o.g. Maßnahmen an den Gewässern 1. Ordnung sowie der für die Einzugsgebiete von Rhein, Donau und Neckar vorliegenden Hochwasserschutzprogramme, Vorlage eines entsprechenden GesEntw zur Novellierung des WasserGes

Antr GRÜNE 26.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1347

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen

EAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 78 S. 143-145
EAntr und ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-42 S. 65-67
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA,

Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr SPD 05.12.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2704
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6686 (abgesetzt)
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6758-6774
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerKA 29.09.2005 Drs 13/4745 S. 33 34
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Haushalt 2004; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten

EAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2810-19 S. 44-46
EAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2850-10 S. 16-18
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4319-4342

Verbrauchsabhängige Abrechnung der Wasserkosten auch im Wohnungsbestand

Ausrüstung der Haushalte mit Wasserzählern; Erfahrungen mit der Verpflichtung zum Einbau auch im Wohnungsbestand seit 1994 in Hamburg mit einer zehnjährigen Übergangsfrist; Verankerung einer entsprechenden Regelung in der LBO?

Antr
s. Wasserzähler
Drs 13/3625

Änd der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft durch das Land und Bereitstellung sowie Abfluss der Fördermittel

Höhe der bisher (seit 2001) und künftig ausgereichten Fördermittel für Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Zahl und Volumen der von Gemeinden und Zweckverbänden gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Höhe der durchschnittlichen Förderquote; Entwicklung der Trinkwasser- und Abwassergebühren in den letzten fünf und nächsten drei Jahren; Realisierung der notwendigen Modernisierung der Anlagen und Netze mit der derzeitigen Förderung?

Antr
s. Wasserwirtschaft
Drs 13/3879

Haushalt 2005 und 2006; Epl 10

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen sowie zur Sanierung grundwassergefährdender Altlasten

EAntr GRÜNE 25.01.2005 Drs 13/4010-16 S. 37 38
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6053-6079

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichungen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr
s. Energiepreis
Drs 13/4232

Industriestandort BW sichern: Gute Rahmenbedingungen für industrielle Arbeitsplätze in Mannheim

Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim vom 02.10.2001 zur Ermäßigung des Wasserentnahmeentgelts für das Großkraftwerk Mannheim, Unterbreitung eines Vorschlags zu den entsprechenden Anträgen für 1999-2001; Ausschluss der Wettbewerbsnachteile von wasserintensiv produzierenden Kraftwerken mit einer Novellierung des WasserGes

Antr SPD 21.04.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4271
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7292-7305
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 14.12.2005 Drs 13/5052 S. 69 70
PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Wasserentnahmeentgelt (WEE) in BW - Aufkommen und Ermäßigungstatbestände

Entwicklung des Aufkommens von den verschiedenen Zahlergruppen, Anteile der Kraftwerke mit/ohne Kühlturm für Kühlwasser, Umfang der Mittelausreichung für den Hochwasserschutz, den Boden- und Grundwasserschutz bzw iRd MEKA und SchALVO

Antr SPD 10.05.2005 und Stellungnahme UM Drs 13/4324
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6758-6774

Kürzung bei Hochwasserschutzmaßnahmen in der Region Karlsruhe

Auswirkungen der jüngsten Kürzungen auf die Einzelprojekte des Integrierten Rheinprogramms u.a. Vorhaben in der Region Mittlerer Oberrhein bzw im Falle größerer Hochwasserereignisse, Höhe der erforderlichen zusätzlichen Mittel für eine bis 2015 angestrebte komplette Realisierung des IRP, Möglichkeiten zur Aufbringung dieser Mittel durch eine moderate Anhebung des Wasserpfennigs

Antr
s. *Hochwasser*
Drs 13/4624

Ablehnung der Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen mit einer Anhebung des Wasserpfennigs

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2436

Weiterentwicklung des Wasserpfennigs

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3780

Kritik an der nur teilweisen Verwendung des Aufkommens aus dem Wasserpfennig für den Grundwasserschutz

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3899

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4037

Finanzierung von Maßnahmen zum Hochwasser- und Grundwasserschutz aus Mitteln des Wasserpfennigs

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4331 4339

Anhebung des Wasserentnahmeentgelts zur Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen; Senkung des Wasserpfennigs für Branchen mit hohem Wasserverbrauch

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6054 6055 6062 6126 6127 6136 6137

Senkung des Wasserpfennigs für wasserintensiv produzierende Kraftwerke, Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim für das Großkraftwerk Mannheim

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6409 6410 6448 6449 6453 6457 6458

Senkung des Wasserpfennigs für wasserintensiv produzierende Kraftwerke, Umsetzung des Urteils des VGH Mannheim für das Großkraftwerk Mannheim

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6471 6509

Ablehnung der Forderung nach Abschaffung des Wasserpfennigs

PIPr 13/93 01.06.2005 S. 6607

Vorschlag der Liberalen zur Abschaffung des Wasserpfennigs, Vereinbarkeit mit der Finanzierung von Hochwasserschutzmaßnahmen, Ermäßigung des Wasserpfennigs für Branchen mit hohem Wasserverbrauch

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 6999 7029 7032

Wasseruhr

s. *Wasserzähler*

Wasserverband

s. *Wasserversorgung*

Wasserverbrauch

s. *Wasserversorgung*

Wasserverschmutzung

s. *Wasserverunreinigung*

Wasserversorgung

s.a. *Wasserschutzgebiet*
s.a. *Wasserverwaltung*
s.a. *Wasserwirtschaft*

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein
Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr
s. *Salz*
Drs 13/48

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 20) - Bemessung von Fördersätzen in der Abwasserbeseitigung
Reduzierung des Verwaltungsaufwands bei der Förderung von Vorhaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Mittlg
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/329

Verbrauch von Trinkwasser und Verwendung von Regenwasser
Vorlage eines Konzepts zur Förderung des sparsamen Verbrauchs von Trinkwasser sowie der verstärkten Nutzung von Regenwasser im privaten, öffentlichen und gewerblichen Bereich

Antr
s. *Trinkwasser*
Drs 13/475

Novellierung der TrinkwasserVO

Meldepflicht für Regenwassernutzungsanlagen; Handhabung des Vollzugs der o.g. VO, personeller und finanzieller Mehraufwand für die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen durch die erhöhten Anforderungen an die Aufbereitung des Trinkwassers

KlAnfr
s. *Trinkwasser*
Drs 13/946

Zukunft der Wasserwirtschaft und die Ziele der LReg

Vorstoß der LReg zur verstärkten Liberalisierung der Wasserwirtschaft in der Wirtschaftsministerkonferenz; Vereinbarkeit mit der Daseinsvorsorge, Versorgungssicherheit und der kommunalen Selbstverwaltung

Antr
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/1314

Bilanz der Novellierung der SchALVO

Veränderungen für die anstehende Neueinstufung der Wasserschutzgebiete bei den Normal-, Problem- und Sanierungsgebieten; vorhandene Sanierungspläne und Beratungssysteme vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen; Prüfung alternativer Lösungen für die Trinkwasserbereitstellung und Methoden zur Feststellung des Nitratgehalts; Entwicklung der Hoftor- bzw Feld-Stallbilanzen von Marktfrucht- und Veredelungsbetrieben; Auswirkungen der Kosten des Landes auf den Wasserpfeffig; Gewährleistung eines flächendeckenden Gewässerschutzes seit der Deckelung des MEKA

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/2382

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen
Eingetretene und noch zu befürchtende Verunreinigungen; Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung; mögliche grenzüberschreitende Sanierungsmaßnahmen, -zeiträume und -kosten

Antr
s. *Salz*
Drs 13/2462

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfeffig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchALVO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Kalkschachtofen in Blaustein-Herrlingen

Einsatz eines chemischen Abfallprodukts aus Italien als Sekundärbrennstoff in dem von der Firma Märker in Blaustein-

Herrlingen geplanten Kalkofen? Schließung eines Tiefbrunnens vom Zweckverband „Wasserversorgung Ulmer Alb“ wegen den vom Kalkabbau ausgehenden Gefahren für die Wasserversorgung?

MdlAnfr
s. *Feuerungsanlage*
Drs 13/3056

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des Ausführungsges zum WasserverbandsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Konsequenzen aus der Anhörung zur Entwicklungszusammenarbeit

Bewertung des Konfliktpotenzials der Trinkwasserversorgung, Gründe für das Scheitern einer gemeinsamen Umweltakademie mit dem indischen Bundesstaat Gujarat

Antr
s. *Entwicklungshilfe*
Drs 13/3494

Verbrauchsabhängige Abrechnung der Wasserkosten auch im Wohnungsbestand

Ausrüstung der Haushalte mit Wasserzählern; Erfahrungen mit der Verpflichtung zum Einbau auch im Wohnungsbestand seit 1994 in Hamburg mit einer zehnjährigen Übergangsfrist; Verankerung einer entsprechenden Regelung in der LBO?

Antr
s. *Wasserzähler*
Drs 13/3625

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 20) - Absenkung von Fördersätzen bei Wasserverbänden

Streichung der Übergangsregelung in den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Mittlg
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/4103

Umsetzung und Änderungen an der SchALVO (Schutzgebiets- und AusgleichsVO)

Entwicklung der Boden- und Grundwasserbelastung mit Nitrat, Auswirkungen der vorgenommenen Änderungen bei der Messung und Bewertung von Bodennitrat und den daraus abgeleiteten Auflagen und Entschädigungszahlungen, Höhe der bewilligten Zahlungen und der verfügbaren Mittel 2005 und 2006, Beurteilung der von den Wasserversorgern befürchteten Verringerung der Einstufung von Problemgebieten infolge der geänderten Praxis

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/3763

Änd der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft durch das Land und Bereitstellung sowie Abfluss der Fördermittel

Höhe der bisher (seit 2001) und künftig ausgereichten Fördermittel für Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Zahl und Volumen der von Gemeinden und Zweckverbänden gestellten, genehmigten und abge-

lehnten Anträge; Höhe der durchschnittlichen Förderquote; Entwicklung der Trinkwasser- und Abwassergebühren in den letzten fünf und nächsten drei Jahren; Realisierung der notwendigen Modernisierung der Anlagen und Netze mit der derzeitigen Förderung?

Antr
s. *Wasserwirtschaft*
Drs 13/3879

Ges zur Änd des Gemeindevirtschaftsrechts

Ausdehnung der Anforderungen an den Abschluss von Energieverträgen auch auf Konzessionsverträge für die Wasserversorgung

GesEntw
s. *Gemeindevirtschaftsrecht*
Drs 13/4767

Informationsfluss iRd jüngsten Anschläge auf die Bodensee-Wasserversorgung

Art und Weise sowie Zeitpunkt der Information der zuständigen Behörden sowie der Stadt Überlingen über den o.g. Vorgang und der damit verbundenen Verunreinigung des Trinkwassers; Zeitpunkt der erstmaligen Untersuchung des von der Stadt Überlingen direkt entnommenen Trinkwassers

MdlAnfr
s. *Wasserverunreinigung*
Drs 13/4870

Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee gegen Gefahren und Anschläge

Darstellung der ergriffenen, notwendigen und geplanten Maßnahmen sowie des Personaleinsatzes beim jüngsten Giftanschlag und evtl künftigen Ereignissen; Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit den Anrainerländern

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/4980

Schließung von 800 Brunnen wegen zu hoher Nitratbelastung seit 1980, Verbesserung der Situation mit Einführung von SchALVO und MEKA

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275 277

Betrachtung der Wasserversorgung als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1457

Bedeutung und Schutz des Bodensees für die Trinkwasserversorgung im Land

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3293 3296 3299

Abschluss eines Cross-Border-Leasing-Vertrags für die gesamte Bodenseewasserversorgung

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3500

Betrachtung der Wasserversorgung als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3803 3806

Betrachtung der Wasserversorgung als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5107

Wasserverunreinigung

s.a. *Umweltschaden*

Salzbelastung des Rheins und des Grundwassers am Oberrhein

Entwicklung der o.g. Werte ausgehend von ehemaligen oder aktiven Kalibergwerken und Abraumhalden auf französischer Seite, Darlegung der notwendigen technischen und finanziellen Aufwendungen zur Verhinderung der Auswaschungen bzw zur Gewinnung von qualitativ sauberem Trinkwasser, Frage nach Gesprächen und Vereinbarungen mit den Franzosen

Antr
s. *Salz*
Drs 13/48

Vorkommen von Arzneimittelrückständen im Bodensee

Entwicklung und Auswirkungen o.g. Rückstände, insbes von Hormonen, seit 1996; Ergebnisse von Untersuchungen; technische Möglichkeiten zur Ausfilterung aus den Abwässern

KlAnfr
s. *Arzneimittel*
Drs 13/827

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/972

Ausgleichszahlungen nach der SchALVO an bäuerliche Betriebe im Ostalbkreis

Wegfall der pauschalierten Ausgleichszahlungen trotz bestehender Anbaubeschränkungen nach der Neuregelung der SchALVO, Zahl der betroffenen Flächen und Landwirte im Bereich des Altkreises Schwäbisch Gmünd bzw im Ostalbkreis, Kompensationsmöglichkeiten; Höhe und Träger des Untersuchungsaufwands für evtl erhöhte Stickstoffeinträge ins Grundwasser, Bewältigung durch die zuständigen Landwirtschafts- und Wasserrechtsbehörden?

KlAnfr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1242

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1250

Auswirkungen der neuen EU-Badegewässerrichtlinie auf den Badebetrieb am Bodensee

Badeverbote infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte im Zuge der o.g. Novellierung? Verursachung der entsprechenden Belastungen durch die Vogelpopulation? Art, Kosten

und Wirksamkeit von zusätzlichen technischen Maßnahmen im Abwasserbereich, Auswirkungen auf die Abwassergebühren

Antr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/1602

Vollzug der Schutzgebiets- und AusgleichsVO vom 20.02.2001 - Basisgrundwasserschutz in OGL-, Problem- und Sanierungsgebieten

Art und Intensität o.g. Grundwasserbelastungen; Funktion des Nitratinformationsdienstes, Ergebnisse der Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten; Aufgaben, Zusammensetzung und Initiativen der regionalen Arbeitsgruppen; Maßnahmen zur Trendumkehr innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/1679

Vorkommen von und Gefährdungen durch Methyltertiärbuty-lether

Ausmaß und Auswirkungen der Grundwasserkontamination durch das o.g. Benzinadditiv; Eigenschaften und biologische Abbaubarkeit; Erkenntnisse über MTBE in anderen europäischen Ländern; Maßnahmen zur Reduzierung der Belastungen

Antr
s. *Methyltertiärbuty-lether*
Drs 13/2372

Bilanz der Novellierung der SchALVO

Veränderungen für die anstehende Neueinstufung der Wasserschutzgebiete bei den Normal-, Problem- und Sanierungsgebieten; vorhandene Sanierungspläne und Beratungssysteme vor allem für kleine Wasserversorgungsunternehmen; Prüfung alternativer Lösungen für die Trinkwasserbereitstellung und Methoden zur Feststellung des Nitratgehalts; Entwicklung der Hoftor- bzw Feld-Stallbilanzen von Marktfrucht- und Veredelungsbetrieben; Auswirkungen der Kosten des Landes auf den Wasserpfeffig; Gewährleistung eines flächendeckenden Gewässerschutzes seit der Deckelung des MEKA

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/2382

Grundwasserbelastungen durch Rückstände aus der Kaliproduktion am Oberrhein - Neue deutsch-französische Untersuchungen
Eingetretene und noch zu befürchtende Verunreinigungen; Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung; mögliche grenzüberschreitende Sanierungsmaßnahmen, -zeiträume und -kosten

Antr
s. *Salz*
Drs 13/2462

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Vorbeugender Schutz gegen Wasserverunreinigungen, Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. *Wasserrecht*
Drs 13/2619

Wasserentnahmeentgelt (WEE) und Grundwasserschutz in BW

Entwicklung des Aufkommens aus dem Wasserpfeffig von der Industrie, den Kraftwerken, Wasserversorgern und Landwirten seit 1997; Umfang der Weitergabe über die Preise und des Einsatzes für den Grundwasser- und Hochwasserschutz iRd SchAL-

VO; Neuorientierung des Grundwasserschutzes, Übertragung auf regionale Arbeitsgruppen, vierstufige Ausrichtung nach Nitratgehalten in Wasserschutzgebieten; Novellierung des MEKA, Erhöhung des Anteils der Maßnahmen mit Grundwasserschutzeffekten

Antr
s. *Wassertarif*
Drs 13/2704

Chemieunfälle am Oberrhein

Maßnahmen und Investitionen der Chemieindustrie seit 1986 zur Verhinderung neuer Unfälle am Rhein und seinem Einzugsgebiet, Maßnahmen iRd Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins und iRd Integrierten Rheinprogramms

Antr
s. *Chemieunfall*
Drs 13/2904

Weiterentwicklung von Abwasserreinigungsverfahren

Ergebnisse von Forschungsprojekten zur Absorption chemisch-biologischer Verunreinigungen, u.a. von Hormonen; technische Möglichkeiten und Marktreife einer neuen Filtergeneration; Werbung um den Einsatz bei den Betreibern der Kläranlagen, Anstieg der Abwassergebühren durch Umlegung der Mehrkosten

KlAnfr
s. *Abwasserreinigung*
Drs 13/3122

Sachstand der Entscheidungen zu den geplanten EU-Badegewässerrichtlinien

Änderungen gegenüber dem ersten Entwurf der EU-Kommission, Einwirkungsmöglichkeiten des EP; Verursachung von Keimbelastungen durch Vogelkolonien; Badeverbote, insbes am Bodensee, infolge der Verschärfung mikrobiologischer Grenzwerte? Darstellung des finanziellen Mehraufwands für das Land und die einzelnen Kommunen bei Inkrafttreten der neuen Richtlinien

KlAnfr
s. *Wasserrecht*
Drs 13/3349

Fischsterben an der Würm und deren Nebengewässern

Auftreten o.g. Schadensereignisse in den letzten fünf Jahren; Art und Konzentration von eingeleiteten Schadstoffen sowie der eingetretenen ökologischen Folgewirkungen; Frage nach der Feststellung von Verantwortlichen, Schadensbeseitigern und Kostenträgern; Bedeutung der Fischereivereine

KlAnfr
s. *Fisch*
Drs 13/3501

Schadstoffbelastung und gesundheitsgefährdendes Potenzial von Klinikabwässern

Erkenntnisse über den Eintrag o.g. Schadstoffe in Kläranlagen, insbes halogenorganische Verbindungen, Schwermetalle, Röntgenkontrastmittel, Medikamentenrückstände, Desinfektionsmittel, Keime und Viren; Leistungsfähigkeit der Kläranlagen zur Elimination der Verschmutzungen, Anteil nicht entferntbarer Rückstände im Oberflächenwasser bzw im Wasserkreislauf; Regelungen und Fördermittel zum Bau entsprechender spezieller Anlagen

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 07.10.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3631

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 02.12.2004 Drs 13/3932 S. 43
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Umsetzung und Änderungen an der SchALVO (Schutzgebiets- und AusgleichsVO)

Entwicklung der Boden- und Grundwasserbelastung mit Nitrat, Auswirkungen der vorgenommenen Änderungen bei der Messung und Bewertung von Bodennitrat und den daraus abgeleiteten Auflagen und Entschädigungszahlungen, Höhe der bewilligten Zahlungen und der verfügbaren Mittel 2005 und 2006, Beurteilung der von den Wasserversorgern befürchteten Verringerung der Einstufung von Problemgebieten infolge der geänderten Praxis

Antr
s. *Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung*
Drs 13/3763

Entwicklung der Wasserqualität und Gewässergüte des Neckars

Entwicklung der wichtigsten Kenndaten seit 1990, Ursachen der Temperaturerhöhung und stofflichen Belastung, Anteil der häuslichen Abwässer, Entwicklung der (verzehraren) Fischarten, ergriffene und geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität

Antr
s. *Neckar*
Drs 13/4466

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Vergleich zwischen konventionellem und ökologischem Landbau hinsichtlich der Belastung von Lebensmitteln mit Rückständen von Pflanzenschutzmitteln und der Grundwasserbelastung mit Nitrat

GrAnfr
s. *Ökologischer Landbau*
Drs 13/4606

Grundwasserschutz in den Nitrat-Sanierungsgebieten

Gründe für die geringe Zahl der erarbeiteten Sanierungspläne für die festgelegten Sanierungsgebiete, Darlegung der geforderten Auflagen und deren Überwachung nach der SchALVO; Schaffung und Umsetzung der Sanierungspläne für alle Nitratsanierungsgebiete

Antr
s. *Gewässerschutz*
Drs 13/4608

Informationsfluss iRd jüngsten Anschläge auf die Bodensee-Wasserversorgung

Art und Weise sowie Zeitpunkt der Information der zuständigen Behörden sowie der Stadt Überlingen über den o.g. Vorgang und der damit verbundenen Verunreinigung des Trinkwassers; Zeitpunkt der erstmaligen Untersuchung des von der Stadt Überlingen direkt entnommenen Trinkwassers

MdlAnfr 3) Rita Haller-Haid SPD 01.12.2005 Drs 13/4870
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7516 7517

Schutz des Trinkwasserspeichers Bodensee gegen Gefahren und Anschläge

Darstellung der ergriffenen, notwendigen und geplanten Maßnahmen sowie des Personaleinsatzes beim jüngsten Giftanschlag und evtl künftigen Ereignissen; Bedeutung einer engen Zusammenarbeit mit den Anrainerländern

Antr

s. *Bodensee*
Drs 13/4980

Schließung von 800 Brunnen wegen zu hoher Nitratbelastung seit 1980, Verbesserung der Situation mit Einführung von SchALVO und MEKA

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 275 277

Grundwasserbelastung am Oberrhein durch Nitrateinträge und Pflanzenschutzmittelrückstände

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1990

Gefahr für den Trinkwasserspeicher Bodensee durch den Flugzeugabsturz bei Überlingen; Feststellung hoher Nitratbelastungen des Grundwassers trotz der SchALVO

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3441 3442

Feststellung einer Verringerung der Wasserverunreinigung in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4774

Wasserverwaltung

Bedeutung und Situation der technischen Verwaltungen für den ländlichen Raum in BW

Personalentwicklung in der Landesverwaltung insgesamt und einzelnen Verwaltungsbereichen seit 1992; Planung und Vollzug der Stelleneinsparungen aus den Organisationsuntersuchungen, insbes in der Flurneueordnungs-, Vermessungs-, Landwirtschafts-, Straßenbau-, Wasserwirtschafts- und Forstverwaltung; Auswirkungen für den ländlichen Raum sowie auf Personalstruktur, Nachwuchsgewinnung, Beförderungswartezeiten u.a. der betroffenen Behörden

Antr
s. *Verwaltung*
Drs 13/1366

Abordnung des Leiters der Gewässerdirektion Lahr ins RP Karlsruhe

Gründe für die o.g. Abordnung, Abstimmung der von den Gewässerdirektionen vollzogenen Gewässerschutz- und Hochwasserschutzmaßnahmen mit der LReg?

MdlAnfr
s. *Abordnung von Beamten*
Drs 13/2691

Aufgaben des Hochwasserschutzes am Standort Lahr

Kündigung der Räumlichkeiten der Gewässerdirektion Südlicher Oberrhein/Hochrhein in Lahr unmittelbar nach Verabschiedung des Verwaltungsstruktur-ReformGes, Fortführung des integrierten Rheinprogramms durch eine Dienststelle der bisherigen Gewässerdirektion in Lahr?

MdlAnfr
s. *Hochwasser*
Drs 13/3425

Übertragung der Aufgaben der Gewässerdirektionen auf die RegPräs sowie Stadt- und LKreise; Erinnerung an die Eingliederung der Wasserwirtschaftsämter in die Landratsämter 1995

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4897 4898 4916 4919 4926 4928

Erinnerung an die Eingliederung der Wasserwirtschaftsämler in die Landratsämter 1995; Übertragung der Aufgaben der Gewässerdirektionen auf die RegPräs sowie Stadt- und LKreise

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4997 4998 5009 5036

Wasserwirtschaft

s.a. Gewässerschutz
s.a. Wasserversorgung
s.a. Wasserverwaltung

Denkschrift 2001 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 1999 (Nr. 20) - Bemessung von Fördersätzen in der Abwasserbeseitigung

Reduzierung des Verwaltungsaufwands bei der Förderung von Vorhaben der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.10.2001 Drs 13/329 XV. S. 5

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 545-556

Mittlg LReg 18.12.2002 Drs 13/1631

Zukunft der Bodenseeregion

Entwicklung der Wasserqualität seit 1993, Bereiche und Ursachen von Badeverboten, Auswirkungen der Einträge von Arzneimitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie der Umstellung der Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

Antr
s. Bodensee
Drs 13/1250

Zukunft der Wasserwirtschaft und die Ziele der LReg

Vorstoß der LReg zur verstärkten Liberalisierung der Wasserwirtschaft in der Wirtschaftsministerkonferenz; Vereinbarkeit mit der Daseinsvorsorge, Versorgungssicherheit und der kommunalen Selbstverwaltung

Antr SPD 13.09.2002 und Stellungnahme UVM Drs 13/1314
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3438-3443

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbeziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr
s. Entwicklungshilfe
Drs 13/1787

Ausnahmegenehmigung für die Einleitung von Kühlwasser durch Kraftwerke in Rhein und Neckar im Sommer 2003

Antr
s. Wasser
Drs 13/2365

Kernkraftwerk Philippsburg

Grenzwerte für die maximale und temperaturabhängige Wassertemperatur zur Kühlung des Kernkraftwerks, ökologische Auswirkungen der erteilten Ausnahmegenehmigung im Sommer für den betroffenen Flussabschnitt, Frage nach technischen Problemen für die Kraftwerkskühlung bei der Entnahme und Einleitung von Kühlwasser mit zu hohen Temperaturen

KlAnfr
s. Kernkraftwerk Philippsburg
Drs 13/2498

Ges zur Änd wasserrechtlicher Vorschriften

Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie: Zuordnung der Gewässer zu den Flussgebietseinheiten Rhein und Donau, Aufstellung von flussgebietsbezogenen Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen, Ermittlung und Bewertung der Gewässerqualität, Bestimmung der zuständigen Behörden und Maßnahmenträger, Information und Anhörung der Öffentlichkeit; Regelungen zur Verringerung von Hochwassergefahren durch Erhaltung von Überflutungsflächen, zur Vereinfachung des Wasserrechts und zur Schifffahrt; Änd der SchALVO und der AnlagenVO wassergefährdende Stoffe

GesEntw
s. Wasserrecht
Drs 13/2619

Denkschrift 2004 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2002 (Nr. 20) - Absenkung von Fördersätzen bei Wasserverbänden

Streichung der Übergangsregelung in den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.10./25.11.2004/
03.03.2005 Drs 13/4103 XVII. S. 7
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6384-6394
Mittlg LReg 20.06.2005 Drs 13/4416

Änd der Förderrichtlinie Wasserwirtschaft durch das Land und Bereitstellung sowie Abfluss der Fördermittel

Höhe der bisher (seit 2001) und künftig ausgereichten Fördermittel für Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Zahl und Volumen der von Gemeinden und Zweckverbänden gestellten, genehmigten und abgelehnten Anträge; Höhe der durchschnittlichen Förderquote; Entwicklung der Trinkwasser- und Abwassergebühren in den letzten fünf und nächsten drei Jahren; Realisierung der notwendigen Modernisierung der Anlagen und Netze mit der derzeitigen Förderung?

Antr Wolfgang Staiger u.a. SPD 14.12.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3879
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 10.03.2005 Drs 13/4277 S. 25 26
PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6700

Moratorium für Kläranlagen und Regenwasserbehandlung

Möglichkeiten einer Aussetzung der noch anstehenden Maßnahmen, Übertragung der Resterfüllung ab einem bestimmten Anschlussgrad von Gebäuden an eine Abwasserreinigungsanlage in die Verantwortung der Kommunen, Hinwirkung auf geringere Anforderungen bei der Verlängerung von Einleitungsgenehmigungen i.S.d. § 7 a WHG? Zusätzliche Kosten der Gemeinden durch eine weitere Standardverschärfung im Zuge der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie

KlAnfr
s. Abwasserreinigung
Drs 13/3976

Messpreise bei Strom, Gas, Wasser und Fernwärme für private Haushalte in BW

Höhe der o.g. Preise und des jeweiligen Anteils der Messpreise differenziert nach den drei teuersten, billigsten sowie in der Mitte platzierten Anbietern; Bewertung der starken Abweichun-

gen zwischen den Messpreisen und der dadurch fehlenden Anreize zur Einsparung von Ressourcen; Vorgehensmöglichkeiten des Landeskartellamts gegen die großen Preisunterschiede

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/4232

Untersuchung der Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die Wasserwirtschaft gemeinsam mit Bayern

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1833

Wasserwirtschaftsamt

s. *Wasserverwaltung*

Wasserwirtschaftsverwaltung

s. *Wasserverwaltung*

Wasserzähler

Verbrauchsabhängige Abrechnung der Wasserkosten auch im Wohnungsbestand

Ausrüstung der Haushalte mit Wasseruhren; Erfahrungen mit der Verpflichtung zum Einbau auch im Wohnungsbestand seit 1994 in Hamburg mit einer zehnjährigen Übergangsfrist; Verankerung einer entsprechenden Regelung in der LBO?

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 06.10.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3625
BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 28 29
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Weg

s.a. *Radweg*
s.a. *Reitweg*
s.a. *Straße*
s.a. *Wegweiser*

Fördermittelprogramm für den Waldwegebau und mögliche Bezuschussung von Erdwegen im Privatwald

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 06.03.2002 und Antw MLR Drs 13/829

Pachtverträge zur Nutzung von Windenergie auf Landesliegenschaften

Voraussetzungen, Verfahren und Höhe der Pachtzahlungen für o.g. Verträge; Bedingungen für Gestattungsverträge zur Nutzung von landeseigenen Forstwegen bzw Übernahme von Baulasten für Abstandsflächen bei Windkraftanlagen; Frage nach einer restriktiven Haltung der Forstverwaltung

KlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/2252

Nutzung von staatlichen Waldwegen durch Betreiber von Windkraftanlagen

Generelle Untersagung der o.g. Nutzung durch die Forstdirektion Freiburg und das Landratsamt Rastatt auf Weisung des MLR

MdlAnfr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3056

Verbot der Nutzung staatlicher Waldwege durch Windkraftbetreiber

Rechtsgrundlage, Ziele und Auswirkungen o.g. Weisung an die Forstbehörden; Vertrauensschutz für im Bau befindliche Anlagen bzw bei der Ersetzung alter durch neue Anlagen; umgehende Rücknahme der Weisung

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3099

Ausbauperspektive und Potenziale der Windkraftnutzung auf den ausgewiesenen Vorrangflächen der Regionalverbände

Auflistung o.g. Flächen auf der Grundlage des alten und neuen LandesplanungsGes; Attraktivität, Besitzverhältnisse und Erreichbarkeit dieser Standorte; möglicher Beitrag zur Stromerzeugung, insbes auch bei Ersetzung alter durch neue Anlagen; Rücknahme der Weisung an die Forstbehörden auf Untersagung der Nutzung von staatlichen Waldwegen

Antr
s. *Windkraftanlage*
Drs 13/3226

Nachholbedarf im landwirtschaftlichen Wegebau

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3093

Wegstreckenentschädigung

s. *Kilometerentschädigung*

Wegweiser

s.a. *Verkehrszeichen*

Touristische Nutzung von Kreisverkehren

Ermöglichung von touristischen Werbetafeln auf Verkehrsinseln in Kreisverkehren

Antr
s. *Kreisverkehr*
Drs 13/756

Fahrradland BW

Verdoppelung der Mittel für den Radwegebau im Zuge von Landesstraßen, Entwicklung eines einheitlichen Wegweisungs- und Beschilderungskonzepts

Antr
s. *Fahrrad*
Drs 13/1078

Abfahrtsbeschilderung an Bundesautobahnen

Frage nach o.g. Hinweisen auf mehr als vier Orte an Autobahnausfahrten

KlAnfr Helmut W. Rüeck CDU 28.01.2003 und Antw UVM Drs 13/1720

Wegweisungsstandards im Modellprojekt „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion“

Beschilderung nach den Empfehlungen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen iRd Modellprojekts „Radfahrerfreundliche Urlaubsregion Nordschwarzwald“ bzw Frage nach LKreisen mit abweichender Beschilderung

KlAnfr Boris Palmer GRÜNE 22.08.2003 und Antw UVM Drs 13/2373

Autobahnbeschilderung Wallhausen

Ausweisung der Gemeinde Wallhausen auf dem Autobahnausfahrtsschild

MdlAnfr
s. Wallhausen
Drs 13/2589

Klassifizierung von Übernachtungsstätten

Darlegung o.g. Systeme, der Anbieter, Kosten und Evaluationsintervalle; Stellenwert für Privatreisende und Reiseveranstalter; Überlegungen zu einer Verpflichtung der Betriebe zur Klassifizierung; Förderung einer verkehrsführenden Beschilderung iR eines Modellprojekts?

Antr
s. Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
Drs 13/3297

GVFG-Förderung der Beschilderung von Radwegen

Antr
s. Radweg
Drs 13/3302

Radfernwegebeschilderung

Mittelbereitstellung für o.g. Zwecke ohne die Erhebung von Vorbedingungen vonseiten des Umwelt- und Verkehrsministers gegenüber den Radverbänden, Förderung der Aufwendungen von Kommunen und LKreisen nach dem GVFG, Einführung eines reduzierten Selbstbehalts

Antr
s. Radweg
Drs 13/3715

*Haushalt 2006; Nachtrag**Förderung der Radfernwegebeschilderung*

s. Radweg
Drs 13/4873

Wegweisungsrecht*Modellversuch „Platzverweis“*

Ergebnisse des o.g. Modellversuchs zum Platzverweis gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Gegenüberstellung mit der Praxis des österreichischen Wegweisungsrechts, Handlungsbedarf aus einer Entscheidung des VG Stuttgart für die Gesetzgebung auf Bundes- und Landesebene?

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 03.07.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/43
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2001 Drs 13/358 S. 9-11
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Platzverweis

Konsequenzen aus dem Urteil des VG Stuttgart zum o.g. Modellversuch gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Frage nach einer Änd des PolizeiGes

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 05.07.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/49
BeschlEmpf und Bericht SozA 20.09.2001 Drs 13/358 S. 9-11
PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Modellversuch Platzverweis

Ergebnisse des o.g. Modellversuchs zum Platzverweis gegen gewalttätige Ehemänner und Partner, Verzahnung bzw Parallelität

mit Frauenhäusern, Erfahrungen in Österreich; Entwicklung eines Konzepts für Prävention, Beratung, Nachsorge, Täter- und Opferarbeit

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 10.10.2001 und Stellungnahme IM Drs 13/294
BeschlEmpf und Bericht SozA 21.03.2002 Drs 13/1109 S. 46-48
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Strafrechtliche Folgen von Platzverweisen bei häuslicher Gewalt

Bilanz der bisher ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner; Anteil, Dauer und Ergebnisse von anschließenden Strafverfahren, Benachrichtigung der Koordinierungsstellen der Kommunen und LKreise vom Ausgang der Strafverfahren

Antr Dr. Inge Gräßle u.a. CDU 07.03.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/833
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.04.2002 Drs 13/955 S. 5 6
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1570

Zwischenbilanz über Platzverweise bei häuslicher Gewalt

Zahl und Dauer der verhängten polizeilichen Platzverweise, Beratungs- und Hilfsangebote für die betroffenen Frauen und Kinder sowie Sozialtraining für Männer

Antr Frieder Birzele u.a. SPD 17.06.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2168
BeschlEmpf und Bericht InnenA 17.09.2003 Drs 13/2582 S. 23 24
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Kürzung der Landeszuschüsse für Frauenhäuser

Begründung, Umfang und Auswirkungen der vorgesehenen Kürzungen; Entwicklung der Zahl der von Gewalt verfolgten Frauen und Kinder seit Einführung des Platzverweises sowie der erbetteten und tatsächlichen Aufnahme in Frauen- und Kinderschutzhäusern; Ergebnis der Prüfung der auf Jahresende 2002 befristeten Förderrichtlinien

Antr
s. Frauenhaus
Drs 13/2300

Richtlinien zur Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern

Erhöhung des Kofinanzierungsanteils, Verknüpfung der Förderung mit Beratungen iRd Platzverweisverfahrens u.a. im Zuge einer Veränderung der o.g. Richtlinien

Antr
s. Frauenhaus
Drs 13/2651

Stalking und Gewaltprävention in BW

Beurteilung des vom BRat verabschiedeten StalkingbekämpfungGes; Sensibilisierung der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte; Umfang der bisherigen Erfassung und Ahndung von Fällen und damit zusammenhängenden Straftatbeständen; Erfahrungen mit den Handlungsanweisungen des IM an die Polizeidienststellen zur individuellen Fallerhebung und Erstellung einer Gefahrenprognose; Zahl der ausgesprochenen Schutzanordnungen; Ergebnisse der Beratungen im Fachbeirat zum Platzverweisverfahren sowie der Kooperation der beteiligten Ebenen auf kommunaler und Landesebene; Mittelbereitstellung für Beratungs- und Schutzeinrichtungen sowie für die Täterarbeit

Antr

s. Menschliches Verhalten
Drs 13/4177

Situation zum Umgang mit dem Thema „häusliche Gewalt“ im LKreis Konstanz

Auflistung der o.g. Fälle und ausgesprochenen Platzverweise gegen gewalttätige Ehemänner und Partner in den einzelnen Kommunen seit 2000, Bestätigung eines Platzverweises vom zuständigen Ordnungsamt, regelmäßige Information der Ordnungsämter über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten, Darstellung des Beratungsangebots für die von häuslicher Gewalt Betroffenen

KlAnfr Andreas Hoffmann CDU 26.07.2005 und Antw IM Drs 13/4547

Umsetzung des Platzverweisverfahrens in den Kreisen

Entwicklung der Zahlen von o.g. Kriseninterventionen aufgrund häuslicher Gewalt in den einzelnen Stadt- und LKreisen, flankierende Maßnahmen der Jugendämter für die betroffenen Kinder, verbindliche Standards der einzelnen Kreise zur Vernetzung der beteiligten Stellen, Angebote zur Betreuung und Beratung der betroffenen Frauen und Kinder

Antr Renate Götting u.a. FDP/DVP 01.12.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4904

Vorreiterrolle des Landes beim Wegweisungsrecht bei häuslicher Gewalt

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 906 922

Erfolgsbewertung des Wegweisungsrechts bei häuslicher Gewalt

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1342

Erfolgsbewertung des Wegweisungsrechts bei häuslicher Gewalt

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2054

Wehrdienst

s.a. Militärgeschichte
s.a. Soldat

Studiengebührenerlass für Wehr- und Zivildienstleistende und Vergleichbare

Veranlassung der Hochschulen zur o.g. Vorgehensweise; Gebührenerfreistellung für die Semester, um die sich die Aufnahme eines Studiums durch diese Dienste verzögert hat

Antr
s. Hochschulgebühren
Drs 13/5034

Kritik an der Zuschusskürzung des Bundes für die Zivildienstleistenden, Plädoyer für ein allgemeines Dienstjahr statt Wehr- und Zivildienst

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2550 2551

Wehrgeschichte

s. Militärgeschichte

Wehrgeschichtliches Museum

s. Militärgeschichte

Weidewirtschaft

s.a. Grünland
s.a. Schaf

Mahdtermine im Grünlandprogramm und Tierschutz

Gefährdung von Jungwild durch die vorgegebenen Mahdtermine, Ermöglichung der zeitlichen Verschiebung der Mahd auf Streifen im Waldrandbereich

KlAnfr
s. Grünland
Drs 13/81

Offenhaltung der Landschaft durch Grünlandnutzung sichern

Ökonomische Anreize zur Grünlandnutzung durch die Grünlandprämie u.a. Programme im Agrarbereich bzw über den Vertragsnaturschutz

Antr
s. Grünland
Drs 13/1175

Zukunftssicherung der Schwarzwaldhöfe

Auswirkungen der EU-Verordnung zur ökologischen Tierhaltung; Einsatz von Modulationsmitteln für die Rinderhaltung; Anpassung der Förderkriterien an die Erfordernisse der Weidewirtschaft in Höhenlagen, Gleichstellung von Grünland mit anderen Kulturpflanzen; Ausgestaltung der Milchquotenregelung ab 2008

GrAnfr
s. Landwirt
Drs 13/1731

Zukunft der Milchwirtschaft

Beurteilung der veränderten Position des BLHV zu den Folgen der vorgezogenen EU-Agrarreform auf die Milch- und Grünlandwirtschaft

MdlAnfr
s. Milchwirtschaft
Drs 13/2480

Situation und Perspektive der Milcherzeuger in BW

Entwicklung der Zahl von Milcherzeugern, der Milchkühe und der Einkommenssituation seit 2001; Auswirkungen der Änderungen in den Förderprogrammen von EU, Bund und Land; flankierende Maßnahmen zur Einkommenssicherung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls; Einschätzung der Perspektiven der Grünlandwirtschaft

Antr Gerd Teßmer u.a. SPD 30.06.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4468
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.10.2005 Drs 13/4821 S. 50-52
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Strukturwandel bei Milchbauern in BW

Stand und Prognosen zur Zahl von Milchbauern im Voll- und Nebenerwerb, von Molkereien und Milchlieferungen; Auswirkungen der von der EU geplanten Kürzung bzw Streichung der Exportbeihilfen; flankierende Maßnahmen zur Sicherung einer flächendeckenden Grünlandbewirtschaftung angesichts der auslaufenden Milchquotenregelung und des Preisverfalls, u.a. aufgrund des Drucks der Großfilialisten

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 19.07.2005 und Stellungnahme MLR Drs 13/4527
BeschlEmpf und Bericht LandWA 26.10.2005 Drs 13/4821 S. 50-52
PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Erhaltung und Förderung der Biodiversität in der Landwirtschaft

Anreize und Maßnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren auf Ackerflächen, Grünland, im Wein- und Obstbau; Strategien zur Erhaltung und Mehrung des Bestands alter Obstsorten; Bewahrung von heute kaum noch verbreiteten Nutztierassen, wie z.B. das Limpurger Rind oder das Schwarzwälder Kaltblutpferd, vor dem Aussterben

Antr
s. Artenschutz
Drs 13/4886

Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Schafhaltung

Entwicklung der Struktur der Betriebe seit 1995, Auswirkungen der Agrarreform bis 2013 auf die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Formen der Grünlandnutzung, Unterstützung der Direktvermarktung von Fleisch und Wolle, Einsatzmöglichkeiten der neuen Haarschafrasse „Nolana“, Stand der Anmeldung der geschützten geographischen Angabe „Württembergischer Lamm“, Bedeutung der Vermarktung der bei der Pflege des Biosphärengebiets „Truppenübungsplatz Münsingen und Umgebung“ mit Schafen erzeugten Produkte

Antr
s. Schaf
Drs 13/4944

Unterstützung der von der BSE-Krise betroffenen Rinderhalter

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1044 1045

Entkopplung der Prämien bei der Tierhaltung, Schaffung einer Grünlandprämie

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3196 3198

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung, Begrüßung der Grünlandprämie

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3400 3401 3404-3408 3410-3413

Umschichtungen im Haushalt zur Stabilisierung der Milchviehhaltung in den Grünlandregionen

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4345 4353 4357

Einbußen infolge der EU-Agrarreform in den heimischen Grünlandregionen mit Milchviehhaltung, Begrüßung der Grünlandprämie

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4547 4549-4555 4559 4560

Weihnachtsbaum*Heimische Christbäume*

Datenentwicklung seit Beantwortung der KIANfr 12/791; Entwicklung der Marktanteile heimischer und importierter Bäume, Vergleich der Wettbewerbsbedingungen mit anderen BLändern und EU-Staaten wie Dänemark, Holland oder Frankreich, insbes der Genehmigungspraxis für neue Anbauflächen; Förderung umweltschonender Maßnahmen; Chancen für ein Herkunfts- und Qualitätszeichen bzw Förderung durch die Marketinggesellschaft BW

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 26.10.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/381
BeschlEmpf und Bericht LandwA 27.02.2002 Drs 13/852 S. 55
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Bedeutung des Verkaufs von Christbäumen für die Waldbauern in BW, Werbung für den Kauf heimischer Bäume

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4142

Weihnachtsgeld

s. Zulage zum Arbeitsentgelt

Weil am Rhein*Eingriffe in Natur und Landschaft durch das Integrierte Rheinprogramm zwischen Weil und Breisach*

Zeitraumen, Kosten und Belastungen der notwendigen Auskiesungsmaßnahmen; Gewinnung früherer und zusätzlicher Rückhalteräume durch die Alternativen zwischen Flusskilometer 204 und 219, Einbeziehung in das Raumordnungsverfahren; Bedeutung des Kernkraftwerks Fessenheim und des Kalibeckens auf der Fessenheimer Insel für die Realisierung des Integrierten Rheinprogramms

KIANfr
s. Hochwasser
Drs 13/1133

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Verkehrsentwicklung am Oberrhein

Auswirkungen voller Stau- und Warteräume entlang der A 2 auf Schweizer Seite bzw des Schweizer Schwerverkehrsmanagements auf den Verkehr auf der Rheintalautobahn und den Grenzübergang Weil am Rhein

Antr
s. Oberrhein, Region
Drs 13/1269

Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein

Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollanlage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A 861 Rheinfelden

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/1534

Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms

Verfahrensstand für die Rückhalteräume Kulturwehr Breisach und Breisach/Burkheim sowie Weil-Breisach, Information und Beteiligung der französischen Gemeinden, Umgang mit den Vorhalten in Frankreich

Antr
s. Rhein
Drs 13/2823

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr
s. Güterverkehr
Drs 13/3223

Restrheinrenaturierung - Rückhalteraum Weil-Breisach

Beurteilung der Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten zur Schaffung einer naturnahen Auelandschaft mit verästelten Gewässerarmen (Furkationsaue) am Rhein zwischen Weil und Breisach auf beiden Rheinseiten, Aufnahme von Gesprächen mit Frankreich und der Schweiz, Initiierung eines trinationalen Workshops mit Fachleuten, Einschätzung der Impulse für den regionalen Tourismus

Antr
s. *Rhein*
Drs 13/3325

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorstauräumen mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4621

Weilheim*Besuch der Wühle-Realschule Weilheim*

Beurteilung des Versuchs der Stadt Weilheim zur Abweisung von Schülern bestimmter Nachbargemeinden, Vereinbarkeit mit dem Recht der Eltern auf freie Schulwahl, Befriedigung der Nachfrage durch Errichtung einer weiteren Realschule

KlAnfr
s. *Realschule*
Drs 13/2088

Wein

s.a. *Weinwirtschaft*

Auswirkungen der von der BReg beabsichtigten Steueränderung auf die Absetzbarkeit von Weinpräsenten und Blumengeschenken
Auswirkungen auf Betriebe im Geschenkegeschäft, auf die Kartonagenindustrie sowie Weinbaubetriebe und Floristikgeschäfte

Antr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/1472

Einsatz von Chips und Eichenholzpaletten in baden-württembergischen Weinen

Frage nach der zeitlichen Befristung des o.g. Versuchs sowie den beteiligten Weingärtnern und Genossenschaften; Beschädigung des Renommées durch eine zunehmende Technologisierung und Chemisierung des Weins; Befürwortung einer klareren Kennzeichnung von derart erzeugten Produkten

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 06.03.2003 und Antw MLR
Drs 13/1859

Eindruck des Dienstsiegels in Begleitdokumenten für Weinbauerzeugnisse

Belastung und Wettbewerbsnachteile der Weinwirtschaft durch die umständliche Praxis, Vergleich mit RPF; Entwicklung eines unbürokratischen Verfahrens

Antr
s. *Weinwirtschaft*
Drs 13/2265

Situation der Staatsweingüter

Entwicklung der Personalstruktur, der Weinverkaufsmengen und -preise, Umsätze, Rebflächen und Außenstellen der Standorte in Freiburg, Meersburg und Weinsberg seit 1993; Gegenüberstellung der Investitionen in die Produktion und den Verkauf

Antr
s. *Weinwirtschaft*
Drs 13/2417

Schutz der heimischen Weinbauern und Winzer, Freistellung von der Einführung einer Pfandpflicht für Weinflaschen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 138 139 141 148

Schutz der heimischen Weinbauern und Winzer, Freistellung von der Einführung einer Pfandpflicht für Weinflaschen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1307 1308

Feststellung der Rechtmäßigkeit einer Veröffentlichung von Weinen mit dem Frostschutzmittel Glykol und deren Hersteller

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3848-3850 3853

Schutz der heimischen Weinbauern und Winzer, Freistellung von der Einführung einer Pfandpflicht für Weinflaschen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5855-5857 5860

Weinbau

s. *Weinwirtschaft*

Weinbauinstitut

s. *Weinwirtschaft*

Weinbauschule

s. *Weinwirtschaft*

Weinberg

s. *Weinwirtschaft*

Weinberghut

s. *Weinwirtschaft*

Weingesetz

s. *Weinrecht*

Weinrecht

Feststellung einer ungenügenden Vorbereitung des Vorstoßes im BRat zur Änd des WeinGes

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1047

Weinsberg

s.a. *Weinwirtschaft*

Maßregelvollzug nach § 63 StGB in Weinsberg

Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt sowie in einem psychiatrischen Krankenhaus in Wiesloch und Weinsberg, Vergleich mit der Bildung von Kompetenzzentren, Beurteilung der vorgesehenen Erweiterung unter der Vorgabe einer wohnortnahen Therapie?

KlAnfr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/2306

Situation der Staatsweingüter

Entwicklung der Personalstruktur, der Weinverkaufsmengen und -preise, Umsätze, Rebflächen und Außenstellen der Standorte in Freiburg, Meersburg und Weinsberg seit 1993; Gegenüberstellung der Investitionen in die Produktion und den Verkauf

Antr
s. *Weinwirtschaft*
Drs 13/2417

Sicherheit am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weinsberg

Zahl von Entweichungen und Straftaten von Straftätern im Maßregelvollzug seit 1994; vorausgegangene Verurteilungen, Erkrankungen und Sicherheitseinstufung der jeweiligen Patienten; Zielgenauigkeit der Einschätzungen vor der Gewährung von Lockerungen; begangene Straftaten auf der Flucht und Konsequenzen für die Unterbringung der Entwichenen nach ihrer Festnahme; Vergleich der Sicherheit in Weinsberg mit anderen Einrichtungen, Entwicklung von Konzepten für eine zielgenauere Erfolgsbewertung der Therapie, Verbesserung des baulichen Sicherheitsniveaus mit dem geplanten Neubau

Antr
s. *Psychiatrie*
Drs 13/3823

Weinstadt*Überprüfung der raumordnerischen Genehmigung der 110 kV-Leitung Endersbach-Schorndorf*

Genehmigungsgrundlagen und Stand der Realisierung des o.g. Vorhabens, Bewertung von Alternativen und Ergebnissen eines Gutachtens; Aufhebung der Genehmigung des RegPräs Stuttgart wegen gravierenden Abweichungen und Veränderungen der Genehmigungsvoraussetzungen, Verweisung auf die Beantragung der real angestrebten Teilverkabelung

Antr
s. *Elektrische Leitung*
Drs 13/1063

Schließung des Jugendheims Schönbühl

Auswirkungen auf die Versorgung mit stationären Heimplätzen für schwer erziehbare und verhaltensauffällige Jugendliche

Antr
s. *Jugendheim*
Drs 13/1143

Aufbau elektronischer Bürgerdienste in Weinstadt

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1632 1633

Weinwirtschaft

s.a. *Weinrecht*

Einsatz von Nachtsichtgeräten bei der Schwarzwildjagd

Schäden in Weinbergen verursacht durch Schwarzwild; Möglichkeiten einer effektiven Bejagung in Weinbaugebieten, insbesondere durch Ausnahmen vom Verbot des Einsatzes von Nachtsichtgeräten

KlAnfr
s. *Jagd*
Drs 13/705

Auswirkungen der von der BReg beabsichtigten Steueränderung auf die Absetzbarkeit von Weinpräsenten und Blumengeschenken

Auswirkungen auf Betriebe im Geschenkegeschäft, auf die Kartongenindustrie sowie Weinbaubetriebe und Floristikgeschäfte

Antr
s. *Steuerrecht*
Drs 13/1472

Wirtschaftliches Gebaren der Universität Tübingen

Beurteilung des Erwerbs von Weinbergen in Hirschau und Tübingen und der dafür angegebenen Gründe; Ahndung der Zweckentfremdung von Steuergeldern durch Kürzung der Mittelzuweisung an die Universität um die Erwerbskosten

Antr
s. *Universität Tübingen*
Drs 13/1578

Grüne Gentechnik in BW

Forschungseinrichtungen, -ziele und -projekte, u.a. auch auf dem Gebiet des Weinbaus

Antr
s. *Gentechnologie*
Drs 13/1690

Flurbereinigungsverfahren Hohenasperg

Priorität des Verfahrens aufgrund des Zustands der Trockenmauern; Bereitschaft des LKreises, der Stadt Asperg sowie privater Grundstückseigentümer zur Kostenbeteiligung; Entscheidung über das vom Landesamt für Flurneuordnung und Landentwicklung vor fast zwei Jahren vorgelegte Sanierungskonzept

KlAnfr
s. *Hohenasperg*
Drs 13/1788

Ökologischer Versuchsbetrieb Burg Wildeck

Sicherung der weiteren Erforschung des ökologischen Weinbaus bzw der entsprechenden Bewirtschaftung des Weinguts Burg Wildeck, Intensivierung der Zusammenarbeit mit den ökologisch wirtschaftenden Weinbauverbänden und dem Beratungsdienst Ökologischer Weinbau

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 06.03.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/1856
BeschlEmpf und Bericht LandWA 29.04.2003 Drs 13/2139 S. 51-53
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Einsatz von Chips und Eichenholzpaletten in baden-württembergischen Weinen

Frage nach der zeitlichen Befristung des o.g. Versuchs sowie den beteiligten Weingärtnern und Genossenschaften; Beschädigung des Renommées durch eine zunehmende Technologisierung und Chemisierung des Weins; Befürwortung einer klareren Kennzeichnung von derart erzeugten Produkten

KlAnfr
s. *Wein*

Drs 13/1859

Zukunft der Flurneuordnung im Weinbau

Zahl, Größenordnung, Kosten und Zeithorizont der laufenden und beantragten Verfahren; Einschätzung des künftigen Bedarfs; Verstärkung der Kapazitäten durch die geplante Zusammenlegung der Flurbereinigungsämter mit den Vermessungsämtern

Antr

s. *Flurbereinigung*

Drs 13/1957

Auswirkung des neuen Waffengesetzes auf die Weinberghut

Notwendigkeit eines kleinen Waffenscheins für die von den Weingärtnern selbst organisierte Weinberghut; Hinwirkung auf eine entsprechende Ausnahmeregelung

Antr

s. *Waffenrecht*

Drs 13/2239

Eindruck des Dienstsiegels in Begleitdokumenten für Weinbauerzeugnisse

Belastung und Wettbewerbsnachteile der Weinwirtschaft durch die umständliche Praxis, Vergleich mit RPF; Entwicklung eines unbürokratischen Verfahrens

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU und Richard Drautz FDP/DVP 16.07.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2265 BeschlEmpf und Bericht LandWA 22.10.2003 Drs 13/2583 S. 30-32

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Insolvenzgeschädigte Weingärtner

Unbefriedigte Traubengeldforderungen von Weingärtnern durch die Insolvenz eines Feinkostunternehmens mit Weinkellerei, Verpfändung des Weines an die Deutsche Bank, Frage nach Möglichkeiten zur Sicherung der ausstehenden Forderungen

KlAnfr Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 08.08.2003 und Antw MLR Drs 13/2353

Situation der Staatsweingüter

Entwicklung der Personalstruktur, der Weinverkaufsmengen und -preise, Umsätze, Rebflächen und Außenstellen der Standorte in Freiburg, Meersburg und Weinsberg seit 1993; Gegenüberstellung der Investitionen in die Produktion und den Verkauf

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 18.09.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2417

BeschlEmpf und Bericht LandWA 12.12.2003 Drs 13/2934 S. 29-31

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Situation am Weinbauinstitut in Freiburg

Bedeutung und baulicher Zustand der o.g. Einrichtung; Frage nach einem Energieeinspargutachten; Höhe der notwendigen und erbringbaren Investitionen zur Modernisierung der Gebäude, Räume, Technik und Ausrüstung; Anregung der Finanzierung über den Verkauf eines Teils der Liegenschaften

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU und Richard Drautz u.a. FDP/DVP 24.11.2003 und Stellungnahme MLR Drs 13/2659

BeschlEmpf und Bericht LandWA 03.03.2004 Drs 13/3093 S. 49 50

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Gebietsfremde Schaderreger im Weinbau

Frage nach einer bereits erfolgten Einschleppung und Verbreitung von gebietsfremden und auch alten Schadorganismen, wie z.B. der Reblaus, im Zuge der Globalisierung und Klimaveränderung; Ergreifung von Gegenmaßnahmen, Vergabe von Forschungsarbeiten, Entwicklung von Präventionsstrategien iR einer internationalen Zusammenarbeit

Antr

s. *Pflanzenschädling*

Drs 13/2891

Haushalt 2005 und 2006; Epl 06

Streichung des Zuschusses an das Staatsweingut Meersburg ab 2006

ÄAntr GRÜNE 27.01.2005 Drs 13/4006-5 S. 20

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Perspektiven des ökologischen Landbaus in BW

Darlegung der Forschungseinrichtungen und -projekte, Zeitrahmen zur Einrichtung eines Lehrstuhls für ökologischen Landbau in Hohenheim, Forschungsschwerpunkte der Weinbauinstitute, Erprobung des ökologischen Weinbaus nach der Aufgabe des Versuchsweinbergs „Burg Wildeck“

GrAnfr

s. *Ökologischer Landbau*

Drs 13/4606

Einführung einer Hagelversicherung als Pflichtversicherung

Frage nach o.g. Plänen, Unterstützung der Landwirte präventiv sowie nach Hagel- u.a. Unwetterschäden in anderen BLändern, Schaffung eines finanziellen Ausgleichs für die aktuellen Rebschäden durch eine Mengenbegrenzung bei der Traubenanlieferung?

GrAnfr

s. *Versicherung*

Drs 13/4844

Schutz der heimischen Weinbauern und Winzer, Freistellung von der Einführung einer Pfandpflicht für Weinflaschen

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 138 139 141 148

Weinbau nach Naturlandbedingungen, Verweisung auf die entsprechende Bewirtschaftung einer Fläche im Weingut des Abg Drautz

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 655

Internationale Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Weinbaus, Ausbau der Kelter in Weinsberg, Förderung des Steillagenbaus

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1050

Schutz der heimischen Weinbauern und Winzer, Freistellung von der Einführung einer Pfandpflicht für Weinflaschen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1307 1308

Weinbau nach Naturlandbedingungen, Verweisung auf die entsprechende Bewirtschaftung einer Fläche im Weingut des Abg Drautz

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1662 1671

Erforschung des ökologischen Weinbaus, Kritik an der Einstellung des Versuchsbetriebs Burg Wildeck

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3086 3087

Lob für die Höchstmengenregulierung im Weinbau
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3411

Ablehnung einer Veräußerung des Staatsweinguts Weinsberg
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4011 4020

Schutz der heimischen Weinbauern und Winzer, Freistellung von der Einführung einer Pfandpflicht für Weinflaschen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5855 5856 5860

Verweisung auf die unterschiedliche Ertragslage der Weingärtner; Attraktivität der Ausbildungsangebote an der Weinbauschule Weinsberg
PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6085 6097 6098

Weiß, Roland MdL SPD

Eintritt des Abg Roland Weiß zum 29.03.2004 als Nachfolger des verstorbenen Abg Max Nagel
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4699

Weissach

Zukunft der Strohgängbahn Korntal-Weissach
Abwendung einer Streckenstilllegung, Bereitstellung von Investitionshilfen nach dem GVFG sowie freien Regionalisierungsmitteln für den laufenden Betrieb, Unterstützung der Anliegerkommunen, LKreise und der Region Stuttgart zur Modernisierung der Strohgängbahn

Antr
s. *Strohgängbahn*
Drs 13/2631

Aufgabenträgerschaft bei der Strohgängbahn
Klärung der Zuständigkeit für die Strohgängbahn Korntal-Weissach und deren Finanzierung

Antr
s. *Strohgängbahn*
Drs 13/2953

Landesstraßenbau im Enzkreis, L 1177/Ausbau zwischen Mönsheim und Weissach

Planungsstand, Finanzierung und Zeitpunkt der Realisierung der o.g. Maßnahme; Vergleich der beiden Trassenvarianten nach der jeweiligen Verträglichkeit mit FFH-Gebieten, den Gesamtkosten und der rechtlichen Durchsetzbarkeit

KlAnfr
s. *Straßenbau*
Drs 13/3174

Weißenhof-Tennisturnier

s. *Tennis*

Weiterbildung

s.a. *Fortbildung*
s.a. *Führungsakademie*
s.a. *Politische Bildung*
s.a. *Volkshochschule*
s.a. *Zweiter Bildungsweg*

Wissenschaftliche Weiterbildung
Ausgestaltung, Mitteleinsatz, Erfahrungen und Änderungsbedarf der wissenschaftlichen Weiterbildung an den Hochschulen;

Maßnahmen und Zuschüsse zur Stärkung der Position am Weiterbildungsmarkt, u.a. Förderung von Online-Angeboten; Unterstützung der Zusammenarbeit mit Unternehmen in der betrieblichen Weiterbildung

Antr CDU 05.09.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/211 (10 S.)
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1539-1544

Weiterbildung des nichtwissenschaftlichen Personals an Hochschulen

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 16.11.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/462
Ergänzende Stellungnahme MWK 28.06.2002 Drs 13/1112
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.07.2002 Drs 13/1232 S. 100
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Haushalt 2002 und 2003; Epl 04

Aufstockung der Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/654-3 S. 34 35
ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/686-3 S. 7 8
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 986-1014

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Erarbeitung eines WeiterbildungsGes, Unterstützung des lebenslangen Lernens

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Stand und Zukunft der Weiterbildung an Hochschulen

Entwicklung der Weiterbildung an Hochschulen und von ihnen geschaffenen Einrichtungen seit 1998 nach Angeboten, Teilnehmerzahlen und Einnahmen; Rahmenbedingungen und Anteil der beteiligten Professoren u.a. Dozenten; Weiterfinanzierung der Koordinierungsstellen; Evaluation der Angebote und Einrichtungen; notwendige zusätzliche Anreize

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 14.08.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2360
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 04.12.2003 Drs 13/2985 S. 46 47
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Bildungsangebote für ältere Menschen

Unterstützung von Initiativen zur Erschließung neuer Aufgaben nach der Erwerbstätigkeit; Angebot eines Seniorenstudiums sowie von Lehrstühlen für Geragogik an den Hochschulen; Erleichterung des Zugangs zu den neuen Informationstechnologien

Antr
s. *Alter Mensch*
Drs 13/2746

Haushalt 2004; Epl 04

Rücknahme der Kürzungen für Einrichtungen der Weiterbildung

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2804-4 S. 41 42
ÄAntr GRÜNE 13.01.2004 Drs 13/2804-21 S. 65
ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2844-3 S. 6 7
ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2844-13 S. 21
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4259-4281

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd des WeiterbildungsförderungsGes

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Bedeutung und Schwerpunkte der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung; Bewertung der Aufgaben, Angebote, Strukturen und Finanzierung der einzelnen Träger; Auswirkungen der Kürzungen im zweiten Bildungsweg, insbes bei Volkshochschulen und Eigenanteilen der Teilnehmer; Entwicklung der Landesförderung bei den kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung und Familienbildungsstätten; Anstöße zur Förderung der Weiterbildungsforschung, zur Nutzung der Potenziale von gering Qualifizierten, Alleinerziehenden, Älteren etc; Konsequenzen aus einem Kommissionsbericht zum lebenslangen Lernen; zweijährige Berichtsvorlage; Entwicklung und Finanzierung der Hochschulangebote zum Studium generale, Seniorenstudium und Kinderuniversitäten

GrAnfr SPD 28.04.2005 und Antw KM Drs 13/4285 (39 S.)

Bildungs- und Kompetenzentwicklungsberatung in Lernläden

Beurteilung der vorhandenen Angebote zur Ermittlung des Lern- und Weiterbildungsbedarfs, insbes von weiterbildungsfernen Zielgruppen; Finanzierung von Projekten der sechs Lernenden Regionen? Vorlage eines Konzepts zum Aufbau und Vernetzung von Angeboten für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen als Teil einer aktiven Weiterbildungspolitik, Nutzung der bisherigen Erfahrungen

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/4352

Fort- und Weiterbildung für die nach der Verwaltungsreform an den RegPräs verbliebenen und die in die Kommunalverwaltungen eingegliederten Bediensteten

MdlAnfr
s. *Bediensteter*
Drs 13/4316

Kooperationsvereinbarungen nach § 31 Abs 4 LHochschulGes (LHG)

Weiterbildungsangebote in Form von Kontaktstudien außerhalb des Hochschulbereichs; Ausgestaltung o.g. Vereinbarungen mit den kooperierenden Einrichtungen, Höhe der zu entrichtenden Entgelte, Regelung der Zulassungsvoraussetzungen zum Kontaktstudium, des Lehrangebots und der Prüfungsabnahme durch die Hochschulen

KlAnfr Carla Bregenzer SPD 07.07.2005 und Antw MWK
Drs 13/4477

Externenprüfungen an Hochschulen

Durchführung der Vor-, Zwischen- und Abschlussprüfungen für nicht immatrikulierte Studierende als Blockprüfungen und nicht als studienbegleitende Prüfungen? Angebot der o.g. Prüfungen für einen offenen, nicht einschränkbaren Kreis potenzieller Prüflinge? Anerkennung der Prüfungen bzw deren Benotungen, die inner- oder außerhalb eines Kontaktstudiums einer Hochschule abgelegt werden, lediglich als Zulassungsvoraussetzung zur Externenprüfung?

KlAnfr
s. *Hochschulprüfung*
Drs 13/4537

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, Förderung eines Internet-Führerscheins für alle über die Weiterbildungseinrichtungen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 43 44 56

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, Begrüßung des Weiterbildungstarifvertrags

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 67 76 86 87 101 103

Aufstockung der Fördermittel für die Weiterbildung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 992

Bündelung der Kompetenzen für die Weiterbildung

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6025

Entwicklung und Angebot von Weiterbildungseinheiten an den Hochschulen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6264

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, Verbesserung des Weiterbildungsangebots für ältere Menschen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7558-7560 7562 7563 7628

Notwendigkeit des lebenslangen Lernens, Annahmung eines Qualifizierungsangebots für ältere Arbeitnehmer, Bündelung der Zuständigkeit für die Weiterbildung in einem Ressort

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7676-7680 7682-7686

Verweisung auf die Programme des WM zur Fort- und Weiterbildung älterer Arbeitnehmer, Angebote der wissenschaftlichen Weiterbildung für Senioren; Notwendigkeit des lebenslangen Lernens

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7774 7775 7781 7785

Weiterbildungsförderungsgesetz

s. *Weiterbildung*

Weiterbildungsgesetz

s. *Weiterbildung*

Weiterführende Schule

s.a. *Berufskolleg*
s.a. *Gymnasium*
s.a. *Hauptschule*
s.a. *Privatschule*
s.a. *Realschule*

Übergangsempfehlungen der Grundschulen für weiterführende Schulen

Quantitative Entwicklung der Empfehlungspraxis in den einzelnen Land- und Stadtkreisen in den letzten fünf Jahren, Gründe für regionale Unterschiede

Antr Christine Rudolf u.a. SPD 20.07.2001 und Stellungnahme KM Drs 13/112
BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 15-17
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Schulische Integration und Förderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen

Beeinflussung der Zurückstellung und vorzeitigen Einschulung durch den Schulanfang auf neuen Wegen; Akzeptanz der Betreu-

ung iRd verlässlichen Grundschule; Anteil von Aufnahmeprüfungen und Beratungen beim Übergang auf eine weiterführende Schule

GrAnfr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/124

Neue Lehrpläne für die Sekundarstufe I; Stand der Planung

Gründe für die Verzögerung der Arbeitsaufnahme der Lehrplan-Kommissionen, Vorschaltung einer schulartübergreifenden Debatte über Ziele und Inhalte der Bildung an den weiterführenden Schulen, Durchführung eines Kongresses im Frühjahr 2002, Auswirkungen auf den Zeitplan für die Erstellung der neuen Lehrpläne und Einführung zum Schuljahr 2004/2005

Antr
s. *Lehrplan*
Drs 13/193

Französisch an Grundschulen im LK Kreis Karlsruhe

Nachvollziehbarkeit der Sprachgrenze Französisch-Englisch durch den o.g. LK Kreis und der Anschlussmöglichkeiten in den weiterführenden Schulen

KlAnfr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/561

Fremdsprachenunterricht

Einführung von Englisch und Französisch an den Grundschulen, Weiterführung an den Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien, Auswirkungen bei den Abschlussprüfungen bzw im Abitur, Angebote für die Schüler in der Oberrheinschiene, Zahl und Qualifikation der notwendigen Lehrkräfte, Gewährleistung der Durchlässigkeit der Bildungswege in die weiterführenden Schulen, Aufnahme der Ausbildung zum Fremdsprachenunterricht in die Prüfungsordnungen, Organisation der Praxisphase an der PH Freiburg; Verzicht auf eine Benotung von Fremdsprachenunterricht in der Grundschule

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/589

Berücksichtigung des Elternwillens bei der Einführung der Grundschulfremdsprache am Oberrhein

Verlagerung der Entscheidung entlang der Rheinschiene auf die örtlichen Gremien, Sicherung der Anschlüsse in den weiterführenden Schulen; Ausbau von Französischangeboten im Kindergarten sowie von grenzüberschreitenden Schulpartnerschaften und des Jugendaustauschs, Weiterführung des Projekts „Lerne die Sprache des Nachbarn“; Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften für Französisch an Hauptschulen im Einzugsgebiet von Grundschulenglisch

Antr
s. *Fremdsprache*
Drs 13/691

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Entwicklung des Anteils ausländischer Kinder beim Übergang auf weiterführende Schulen; Auswirkungen des hohen Anteils von ausländischen Jugendlichen ohne Berufsabschluss

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Erhalt und Förderung des Spanischunterrichts an weiterführenden Schulen im Land BW

Antr
s. *Spanisch*
Drs 13/1080

Aufnahmeprüfungen für weiterführende Schulen

Entwicklung der Ergebnisse o.g. Prüfungen differenziert nach Geschlecht, Fächern und Regionen in den letzten fünf Jahren; Beurteilung der Schwere der Prüfungen 2002, insbes in Mathematik, und einer diesbezüglichen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Sigmaringen; Schaffung von altersgerechten Leistungskriterien und Bewertungsformen, Gewährleistung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten in der Sekundarstufe I

Antr Klaus Käppler u.a. SPD 09.10.2002 und Stellungnahme KM Drs 13/1388 (11 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 32 33
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Erfolgreiche Grundschulbildung weiterentwickeln

Effekte der neuen Bildungspläne, des Fremdsprachenunterrichts, des Reformprojekts „Schulanfang auf neuen Wegen“, des Konzepts der verlässlichen Grundschule, der Kooperation mit Kindertagesstätten und weiterführenden Schulen

Antr
s. *Grundschule*
Drs 13/2167

Überführung der weiterführenden Schulen in ein zweigliedriges Schulsystem

Schaffung wohnortnaher Gemeinschaftsschulen für den Hauptschulabschluss und die mittlere Reife sowie Gymnasien als Schulen der Sekundarstufe I und II ab Klasse 7, Novellierung des SchulGes

Antr
s. *Schule*
Drs 13/2320

Übergangsquoten auf weiterführende Schulen

Entwicklung der Übergangsquoten in die Hauptschule, Realschule und ins Gymnasium landesweit und in den einzelnen Stadt- und LKreisen in den letzten fünf Jahren; Darlegung der Quoten aus der Grundschule, Haupt- und Realschule bzw ins berufliche Gymnasium und Berufskolleg; Zahl der jeweiligen Schüler mit den Abschlüssen Abitur und Fachhochschulreife

Antr Peter Hauk u.a. CDU 03.03.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2968 (10 S.)
BeschlEmpf und Bericht SchulA 12.05.2004 Drs 13/3282 S. 3-5
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Bildungsstandards in BW - alter Wein in neuen Schläuchen?

Fachliche Grundlagen, Vorgaben und Ziele der von den Kommissionen erarbeiteten Bildungsstandards; Berücksichtigung der bestehenden Lehrpläne; Entwicklung von bundesweit vergleichbaren Evaluationsverfahren und Diagnosehilfen; Stellenwert der individuellen Förderung und der Kontingentsstudententafeln; Erweiterung der Qualitätssicherung auf das Gesamtsystem Schule; Abbau der sozialen Schieflage bei den Grundschulempfehlungen; Erarbeitung eines schulartübergreifenden Basisbildungsplans, schrittweise Einführung über einen längeren Zeitraum, Reduzierung des Kerncurriculums auf 50 %

Antr

s. Bildungspolitik
Drs 13/3133

Verändertes Schulwahlverhalten

Einschätzung der jeweiligen Übergangszahlen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, Erwartung einer Abschwächung der Übergänge in die Gymnasien? Berücksichtigung aller Anmeldungen für berufliche Vollzeitschulen, bedarfsorientierte Einrichtung zusätzlicher Klassen für das Berufskolleg II, Ausbau der beruflichen Gymnasien

Antr Norbert Zeller u.a. SPD 12.05.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3205

BeschlEmpf und Bericht SchulA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 26-28

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Schulübergang auf neuen Wegen

Bewertung der Verlässlichkeit bzw Trefferquote der Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schularten, Aussagekraft der internationalen Vergleichsstudien sowie von Untersuchungen des LEU, Beeinflussung der Übergangsqoten durch die soziale und regionale Herkunft der Schüler, Übertragbarkeit der positiven Erfahrungen mit der Abiturquote an der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried auf andere Schulen; Flexibilisierung des Übergangs nach dem Modell des Schulanfangs auf neuen Wegen sowie nach den Fähigkeiten der einzelnen Kinder

Antr FDP/DVP 16.09.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/3552 (14 S.)

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6860-6868

Gemeinsames Lernen in Verbundschulen

Grund-, Haupt- und Realschulen unter einer Leitung; Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen; Entwicklung der Übergangsqoten in die Haupt- und Realschule sowie der erreichten Abschlüsse in den letzten zehn Jahren; Darlegung der gemeinsam unterrichteten Fächer; Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung von Verbundschulen mit gemeinsamem Unterricht für Haupt- und Realschüler

Antr
s. Gesamtschule
Drs 13/3633

Einführung eines Studiengangs für das Lehramt an der Primarstufe und eines Studiengangs für das Lehramt an der Sekundarstufe I

Vergleich der Leistungsprofile der Hauptschule mit den anderen weiterführenden allgemein bildenden Schulen sowie der jeweiligen Übergangsqote von der Grundschule; Orientierung der Zahl von Studierenden für das Lehramt an Grundschulen, Haupt- und Realschulen am Bedarf? Ersetzung des einheitlichen Lehramts an Grund- und Hauptschulen durch ein Lehramt Primarstufe (Grundschule) und ein Lehramt Sekundarstufe I (Hauptschule und Realschule)

Antr
s. Lehrerbildung
Drs 13/3731

Stundenausfall an den Schulen im Hohenlohekreis

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KlAnfr
s. Schulunterricht

Drs 13/4253

Stundenausfall an den Schulen im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr

KlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 13/4254

Bildungspolitik nach PISA - Individuelle Förderung verankern

Verzicht auf die Grundschulempfehlung und Ziffernnoten zugunsten einer qualifizierten Beratung, flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen für alle Schularten, Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen, Nutzung der außerschulischen Jugendbildung an den Ganztagschulen

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/4299

Erziehungspartnerschaft statt verpflichtender „Grundschulempfehlung“

Einräumung eines Elternwahlrechts über die weiterführende Schule, entsprechende Stärkung der Diagnose- und Beratungskompetenz der Grundschullehrkräfte, Entwicklung motivierender Formen der Leistungsbewertung unter Verzicht auf die Notengebung, Einsatz der frei werdenden Lehrerstellen zur Verbesserung der individuellen Fördermöglichkeiten, Ausbau der horizontalen Durchlässigkeit zwischen den weiterführenden Schulen, Ermöglichung der Weiterentwicklung von Schulen zu neunjährigen Basisschulen

Antr
s. Grundschule
Drs 13/4300

Unterrichtsausfall an den Schulen im LKreis Neckar-Odenwald

Entwicklung des Unterrichtsausfalls an den Förderschulen, den Grundschulen, den weiterführenden Schulen und Berufsschulen im letzten und laufenden Schuljahr; Ermöglichung von Förderstunden an den Grundschulen durch Klassenteilungen

KlAnfr
s. Schulunterricht
Drs 13/4337

Reform des Bildungswesens in BW

Einführung der sechsjährigen Grundschule, der vierjährigen Regionalschule und des sechsjährigen Gymnasiums, Verankerung einer Kooperationspflicht von Jugendhilfe und Schule sowie der Ganztagschule als Regelschule, Novellierung des SchulGes

Antr
s. Bildungspolitik
Drs 13/4376

Aussagekraft von Noten an Haupt- und Werkrealschulen

Bevorzugung von Aufnahmeprüfungen anstelle der Noten für den Schülerwechsel auf ein berufliches Gymnasium, Begründung der Zweifel an der Notengebung der Lehrer, Beurteilung der Zukunftsfähigkeit dieses Beurteilungssystems; Zahl und Erfolg des Wechsels von Schülern aus Werkrealschulen auf berufliche Gymnasien in den letzten fünf Jahren

Antr
s. Note (Bewertung)
Drs 13/4994

Ges zur Änd des SchulGes für BW

Ermöglichung der Weiterentwicklung selbstständiger Schulen zu Basisschulen bis zum Ende der Sekundarstufe I, Verankerung der gemeinsamen Basisschule (Regionale Schule) als Regelschule, Ermöglichung unterschiedlicher mittlerer Abschlüsse an allen bestehenden Schularten am Ende der Sekundarstufe I, Orientierung des Schulwesens am gemeinsamen Lernen aller Schüler mit individueller und differenzierter Förderung

GesEntw
s. *Schule*
Drs 13/5083

Gewährleistung des Anschlusses der Grundschulfremdsprache in den weiterführenden Schulen

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1487 1488 1490-1495 1497

Tragweite der Entscheidung für den Besuch einer weiterführenden Schule nach Klasse 4, Feststellung einer geringen Rückläuferquote, Würdigung der Durchlässigkeit des Schulsystems in BW

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2809 2810 2822 2823 2829 2831-2834 2838

Gewichtung der sozialen Herkunft bei der Grundschulempfehlung nach der IGLU-Studie, Eintreten für einen späteren Übergang auf weiterführende Schulen

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4262 4263 4266 4268 4269 4276

Notwendigkeit einer besseren Verzahnung von Grundschulen und weiterführenden Schulen

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7372

Weltausstellung*Höhe und Träger der Verlustabdeckung für die Expo 2000 in Hannover*

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1111 1143 1144

Welterbe*s.a. Kölner Dom**Aufnahme des Ulmer Münsters in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes*

KlAnfr
s. *Ulmer Münster*
Drs 13/4521

Pfahlbau- und Moorsiedlungen der Jungstein- und Bronzezeit am Bodensee

Bedeutung sowie Maßnahmen und Mitteleinsatz zur Sicherung der archäologischen Kulturdenkmale, u.a. in Unteruhldingen, Auflistung der zuständigen Institutionen, Ausstrahlungen für den Fremdenverkehr und die Bildung, Zustimmung zur Initiative der Schweiz für eine Aufnahme der Pfahlbauten rund um die Alpen in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes

KlAnfr
s. *Kulturdenkmal*
Drs 13/4555

Welthandel*s. Außenwirtschaft***Weltkulturerbe***s. Welterbe***Weltsicherheitsrat***s. Vereinte Nationen***Wendlingen***Tempolimit zur Lärminderung auf der BAB 8 zwischen Wendlingen und Flughafen*

Antr
s. *Geschwindigkeitsbegrenzung*
Drs 13/201

Unterrichtssituation an den Gymnasien; hier: Kirchheim/Teck, Plochingen, Wendlingen

Entwicklung der Schülerzahlen, der Klassengrößen, der Relation Lehrer-Schüler und erteilten Lehrerwochenstunden je Schüler an den einzelnen Gymnasien in den letzten Jahren; Umfang von Kürzungen im Pflichtstundenbereich und im ergänzenden Bildungsangebot; Konsequenzen einer Unterschriftenaktion von Elternvertretern des Kirchheimer Schlossgymnasiums

KlAnfr
s. *Schulunterricht*
Drs 13/427

Lärmentlastung auf den Fildern

Tempolimit auf der A 8 zwischen dem Autobahnkreuz Stuttgart und Wendlingen

Antr
s. *Lärmschutz*
Drs 13/939

Vorfinanzierung der DB-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und des Projekts Stuttgart 21

Baukostenansätze für die o.g. Vereinbarung, Höhe und Zeiträume der Vorfinanzierung für die einzelnen Abschnitte und der Rückzahlungsraten des Bundes, Frage nach Regelungen im Falle von Baukostenüberschreitungen und Rückzahlungsproblemen des Bundes, Auswirkungen auf künftige Landeshaushalte und andere dringliche Schienenverkehrsprojekte im Südwesten

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/2685

Beteiligung der Europäischen Union an den Kosten des Projekts Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Aktueller Kostenstand der o.g. Vorhaben, Verteilung auf die beteiligten Partner; Höhe der Gesamtkosten und der Kofinanzierung der EU in Bezug auf die vorrangigen Projekte der transeuropäischen Netze; erwartbare Zusagen und Fördervolumen der EU für Stuttgart 21 und die NBS Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3359

Kenntnisse der LReg zu Kostensteigerungen bei der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Informationen über Kostensteigerungen von 57 %, entsprechende Ausweitung der zugesagten Vorfinanzierung?

MdlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3425

Finanzierung des Projekts „Stuttgart 21“ und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Höhe und Herkunft der Mittel zur Vorfinanzierung iRd mittelfristigen Finanzplanung, Anteil durch Umschichtung bzw Erhöhung des Verkehrsetats, von Regionalisierungs- und GVFG-Mitteln; Auswirkungen auf die Bezuschussung von ÖPNV-Investitionen; Höhe und Gegenfinanzierung der zusätzlichen Betriebskostenzuschüsse nach Fertigstellung von Stuttgart 21, Bildung finanzieller Reserven mit den zum letzten Fahrplanwechsel vorgenommenen Zugstreichungen im SPNV?

KlAnfr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3983

Status Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Stand der Planung, Genehmigung, Finanzierung und Realisierung der Projekte; Art der vorgesehenen Finanzierungsmodelle; Zeitpunkt der Entscheidung und Vollendung der Vorhaben

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5122

Auswirkungen von Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln auf die Stadt Ulm und den Alb-Donau-Kreis / ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

Auswirkungen der o.g. Kürzungen auf geplante ÖPNV-Projekte, Bewilligung von Zuschüssen nach dem GVFG für die Straßenbahnlinien nach Böfingen bzw auf den Kuhberg und Eselsberg sowie für die Bahnlinie Erbach-Ehingen oder Verwendung dieser Mittel für das Projekt Stuttgart 21? Frage nach dem Zeitpunkt des Baubeginns und der Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm

KlAnfr
s. *Verkehrsplanung*
Drs 13/5178

Werbe- und Sympathiekampagne

s. *Werbung*

Werbung

s.a. *Anzeige (Bekanntmachung)*
s.a. *Marketinggesellschaft BW*
s.a. *Öffentlichkeitsarbeit*
s.a. *Presse*
s.a. *Sponsoring*
s.a. *Wegweiser*

Unaufgeforderte Werbung über Fax-Geräte

Vorgehensmöglichkeiten gegen o.g. Problematik, Vergleich mit anderen Ländern, Löschung der Fax-Nummer von Betroffenen aus den einschlägigen Verteilern an zentraler Stelle?

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 19.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/106
BeschlEmpf und Bericht WirtA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 4
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Vermarktung BW als Reiseziel 2002

Werbung um das zu erwartende zusätzliche Gästepotenzial, Unterstützung der Tourismusverbände

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/447

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 02**Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW*

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/652-1 S. 19
PIPr 13/17 30.01.2002 S. 833-876

Situationsbeschreibung, wirtschaftliche Bedeutung und staatliche Förderung der Tourismusbranche in BW

Umfang des Budgets, Art, Wirkungen und Ziele der Tourismuswerbung im In- und Ausland

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/844

Zukunftschancen des Dienstleistungssektors Heilbäder und Tourismus in BW

Ausschreibung eines Innovationspreises, Werbung um in- und ausländische Gäste in den einzelnen Regionen, Nutzung des Internet

GrAnfr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1060

Präsentation des Landes BW im Ausland

Professionalität und Wirkungen der Auslandspräsentation des Landes, Bewertung der Doppelfunktion von Dr. Döring als Minister und Präsident des Tourismusverbands BW, Überlegungen zur Steigerung der Besucherzahlen aus Nordamerika sowie zu einer einprägsameren Gestaltung des Namens „Baden-Württemberg“ für den englischen Sprachraum

Antr
s. *Baden-Württemberg*
Drs 13/1168

Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Verbesserung der Tourismus-Infrastruktur in BW

Verbesserung des Monitorings der Werbemaßnahmen

Antr
s. *Fremdenverkehr*
Drs 13/1430

Rundfunkgebühren

Vorschläge der Kommission von ARD und ZDF; Entwicklung der Erträge aus Werbung und Sponsoring beim öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk; Auswirkungen und mögliche Kompensation des Verzichts auf Werbeeinnahmen; Vermeidung einer finanziellen Verschlechterung der Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Sender in der Ministerpräsidentenkonferenz

Antr
s. *Rundfunkgebühren*
Drs 13/1611

Imagekampagne

Evaluation der Imagekampagne BW, Zahl der angesiedelten ausländischen Unternehmen und neu geschaffenen Arbeitsplätze, Frage nach der Möglichkeit der Mittelverwendung für andere (Werbe-)Zwecke, z.B. für die Gestaltung und Ausführung der Olympiabewerbung

KlAnfr Heike Dederer GRÜNE 28.02.2003 und Antw StM
Drs 13/1852

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

- ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 32 S. 91
- ÄAntr GRÜNE 10.03.2003 Drs 13/1873-N 85 S. 153
- ÄAntr SPD 24.03.2003 Drs 13/1926-23 S. 39
- ÄAntr GRÜNE 25.03.2003 Drs 13/1926-44 S. 69
- PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

*Neues Marketingkonzept des Landes für den Dienstleistungsbe-
reich Heilbäder und Tourismus*

Ausgestaltung des neuen Konzepts durch die Tourismus-Marketing GmbH, Einbindung der regionalen Akteure vor Ort, Hervorhebung der einzelnen Regionen und des Ökotourismus? Bisherige und künftige Datenbasis für die Fremdenverkehrsstatistik; Bemessungskriterien der jährlichen Landeszuschüsse

- Antr
- s. *Fremdenverkehr*
- Drs 13/1934

Werbung an Taxi-Fahrzeugen

Art der o.g. Werbeaktivitäten im Vergleich zu anderen BLändern, Bedingungen für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen; Anstreben einer Aufhebung der gesetzlichen Restriktionen

- KlAnfr Dr. Horst Glück FDP/DVP 20.05.2003 und Antw UVM Drs 13/2087

Zusammenarbeit des Tourismusverbandes mit BTV

Bereitstellung von Filmmaterial durch die Tourismus-Marketing GmbH, z.B. zur Lieferung von Wetterdaten mit entsprechenden werbewirksamen Bildern aus Städten und Regionen

- Antr
- s. *Fremdenverkehr*
- Drs 13/2581

Haushalt 2004; Epl 12

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

- ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2812 1 2 S. 24 25
- ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852-8 S. 14
- ÄAntr GRÜNE 27.01.2004 Drs 13/2852-11 S. 19
- PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Werbe- und Sympathiekampagne (WSK)

Evaluation der Imagekampagne BW, Vergleich der angestrebten Ziele und Ergebnisse, Entwicklung der Kosten und Perspektiven

- KlAnfr Clemens Winckler CDU 05.03.2004 und Antw StM Drs 13/2981

Fußballweltmeisterschaft 2006 - Tourismus

Nutzung der WM zum Standortmarketing für Stuttgart und die einzelnen Regionen, Präsentation iRd Berichterstattung zur WM, Kooperation von Ministerien, Kommunen und Verbänden; Zahl der erwarteten Fußballtouristen und Übernachtungsgäste, Frage nach einem leistungsfähigen Buchungssystem im Internet, Bewerbung der Sommer- und Wintersaison für den Schwarzwald und Bodensee?

- Antr
- s. *Fußballweltmeisterschaft*
- Drs 13/3149

Wir können alles - außer produzieren?

Produktion der Werbespots für die Imagekampagne BW außerhalb des Landes? Renommee der Filmakademie Ludwigsburg; Hinwirkung auf eine stärkere Kooperation der beauftragten Wer-

beagentur mit der Filmakademie Ludwigsburg bzw mit hiesigen Produzenten

- KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 27.05.2004 und Antw StM Drs 13/3219

Situation der Tourismusbetriebe in BW

Werbeaktivitäten für Familienurlaub sowie um Gäste in Verknüpfung mit der Fußball-WM 2006

- Antr
- s. *Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe*
- Drs 13/3296

Vergabepaxis im Geschäftsbereich des StM im Zusammenhang mit der Imagekampagne

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Organisation der Kompetenzen im StM für Aufträge im Zusammenhang mit der Werbekampagne, Vereinbarkeit der Vorgehensweise mit den Bestimmungen über die Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand; Einholung von Angeboten heimischer (Textil-)Hersteller vor künftigen Auftragsvergaben

- Antr
- s. *Öffentlicher Auftrag*
- Drs 13/3481

Image-Kampagne des Landes: „Wir können alles außer Hochdeutsch“; hier: Herstellung von T-Shirts in BW

Vergabe des Auftrags zur Herstellung von bedruckten Textilien iRd o.g. Werbekampagne an eine Agentur, die den Auftrag in China ausführen ließ; Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Werbebotschaft; Gründe für den Verzicht auf Einholung eines Angebots der Firma Trigema; Berücksichtigung von heimischen Produzenten bei der künftigen Beschaffung von Werbematerialien und Werbefilmen

- Antr
- s. *Öffentlicher Auftrag*
- Drs 13/3483

Zuwendungsaufgaben zur Gewährung von Zuwendungen für die Beschaffung von Fahrzeugen nach dem GVFG

Verpflichtung der Betreiber von geförderten Bussen und Bahnen zur Anbringung von vorgegebenen Werbefolien, Bezifferung der Einnahmeverluste durch den Wegfall von bisher kommerziell genutzten Werbeflächen; Harmonisierung der Werbung für den ÖPNV mit den wirtschaftlichen Interessen der Fahrzeugbetreiber

- Antr Helmut Göschel u.a. SPD 28.09.2004 und Stellungnahme UVM Drs 13/3586
- BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 28.10.2004 Drs 13/3751 S. 40-42
- PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5791

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

- ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4012-1 S. 18
- ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4012-2 S. 19
- ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4052-9 S. 10
- PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Einstein, die Relativitätstheorie und die Imagekampagne des Landes

Verbreitung falscher Behauptungen zur Relativitätstheorie iR von Werbeanzeigen zum „Einstein-Jahr“, Frage nach einem

Imagegewinn sowie den Kosten des Landes für diese Anzeigen

KlAnfr Nils Schmid SPD 21.06.2005 und Antw StM Drs 13/4433

Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen

Verbotene Schleichwerbung in Programmen, Sendungen und Produktionen des SWR und privater Rundfunkveranstalter: Darlegung der Fälle seit 2000, der vorhandenen, der tatsächlich gebotenen bzw verhängten Sanktionen vonseiten der Sender, des Rundfunkrats und der LfK; Beurteilung einer Verbesserung der Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der LfK unter Einschluss der Zusammenarbeit mit den anderen Landesmedienanstalten

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 18.07.2005 und Stellungnahme StM Drs 13/4535

BeschlEmpf und Bericht StändA 29.09.2005 Drs 13/4821 S. 7 8

PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/4700

Haushalt 2006; Nachtrag

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 24 S. 80

ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 49 S. 112

ÄAntr SPD 29.11.2005 Drs 13/4873-20 S. 27

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Marketing für Schlösser und Gärten in BW

Bisherige bzw wünschenswerte Vermarktung; Entwicklung der Besucherzahlen, der Einnahmen und Ausgaben in den letzten fünf Jahren; Kooperation mit den im kommunalen und privaten Besitz befindlichen Schlössern, Burgen und Gärten; Vorlage einer Gesamtkonzeption für die überregionale und internationale Vermarktung mit einem eigenen Schwerpunkt in der Tourismusförderung des Landes

Antr
s. *Schloss (Gebäude)*
Drs 13/4879

Fortführung der Werbe- und Imagekampagne BW

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 60

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1096

Umwidmung der Mittel für die Imagekampagne BW zur Vermeidung von Kürzungen im Sozialetat; Rückgang der Werbeeinnahmen der privaten Rundfunkveranstalter

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2293 2296 2301 2317 2321

Umwidmung der Mittel für die Imagekampagne BW zur Vermeidung der Auflösung der Akademie für Technikfolgenabschätzung; Rückgang der Werbeeinnahmen der privaten Rundfunkveranstalter

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2478 2479 2490 2491

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW, Verwendung für die Olympiabewerbung

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2705 2710 2745 2754

Kofinanzierung einer Werbekampagne des Handwerks um leistungsfähige Auszubildende; Rückgang der Werbeeinnahmen von Fernsehsendern und Tageszeitungen

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2850 2851 2853 2861 2866 2869

Lob für die Imagekampagne BW; Umwidmung der Mittel zur Finanzierung der sozialpsychiatrischen Dienste; Unterstützung der Werbekampagne des Handwerks um geeignete Auszubildende

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2904 2919 2998

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW, Verwendung für die Sprachförderung im Kindergarten; Höhe des Mitteleinsatzes der BReg für Werbemaßnahmen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3619 3648

Umwidmung der Mittel für die Imagekampagne BW zur Vermeidung von Kürzungen im Sozialetat

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4022 4034 4035

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW, Verwendung für soziale Einrichtungen; Höhe des Mitteleinsatzes der BReg für Werbemaßnahmen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4165 4166

Umwidmung der Mittel für die Imagekampagne BW zur Vermeidung von Kürzungen im Sozialetat

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4372

Rückgang der Werbeeinnahmen der privaten Rundfunkveranstalter; Überprüfung der Werbefreiheit der Öffentlich-Rechtlichen

PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4421

Streichung der Mittel für die Imagekampagne

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442

Rückgang der Werbeeinnahmen der privaten Rundfunkanstalten, Überprüfung der Werbefreiheit der Öffentlich-Rechtlichen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4535 4538

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW, Verwendung für das Antiterrorprogramm

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4616

Notwendigkeit einer besseren Erschließung des Werbemarkts durch die privaten Rundfunkveranstalter; Feststellung eines Rückgangs der Werbeeinnahmen bei den Zeitungsverlagen; Überprüfung der Werbefreiheit der Öffentlich-Rechtlichen

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5090 5092-5094 5097

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW, Verwendung für die Sprachförderung im Kindergarten

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5805 5806

Umwidmung der Mittel für die Imagekampagne BW zugunsten der Sprachförderung; Erfolgsbewertung der Kampagne

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5870 5871 5886 5887 5891 5892 5897 5898 5922 5927

Umwidmung der Mittel für die Imagekampagne BW zur Wiederaufnahme des CI-Programms

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6015 6016

Rückgang der Werbeeinnahmen bei den privaten Rundfunkveranstaltern, Erwirtschaftung von Einnahmen über telefonische Mehrwertdienste; Rückgang der Werbeeinnahmen bei den Zeitungsverlagen

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6225-6227 6271 6273

Bedeutung des Datenschutzes angesichts der Zielgruppenwerbung mit aufbereiteten Kundendaten und -profilen, Beklagung mangelnder Transparenz der Gewinnung und Vermarktung von Adress- und Bonitätsdaten

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7034-7039

Einflussnahme der Werbewirtschaft auf die Programmgestaltung des Fernsehens, Ablehnung einer Verbindung von Werbung mit Inhalten

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7055-7057 7059 7063 7065

Streichung der Mittel für die Imagekampagne BW

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7339 7340

Eintreten für ein Verbot von Tabakwerbung im Kino und Fernsehen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7625

Attraktivität des Landes für Gäste aus aller Welt, Begrüßung der Imagekampagne und der Mund-zu-Mund-Werbung durch Urlauber, Nutzung der Fußball-WM zur weltweiten Präsentation des Landes, Förderung der Werbung unter dem Leitbild eines nachhaltigen Tourismus

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7955 7957-7959 7963-7966

Werkrealschule

Kinderpolitik: Staatliche und kommunale Finanz- und Dienstleistungen

Schülerzahlen, Personal- und Sachkosten des Landes bzw der Schulträger an Grund- und Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Privatschulen; Höhe der Heimunterbringungskosten und -zuschüsse für Berufsschüler

Antr
s. *Kind*
Drs 13/298

Situation und Perspektive der Hauptschule in BW

Entwicklung der Übergangsquoten von Schülern mit/ohne Schulabschluss in Werkrealschulen, Berufsfachschulen, ins Berufsvorbereitungsjahr und eine Berufsausbildung; Darstellung der Wege von Aussiedlerkindern sowie der Kooperation mit Unternehmen

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/590

Bedeutung der Hauptschulen im ländlichen Raum

Stellenwert der kleineren, einzügigen Hauptschulen bzw Werkrealschulen im ländlichen Raum; Beteiligung an innovativen Schulprojekten; Begründung der unterschiedlichen Übergangsquoten im Vergleich zu städtischen Räumen; Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Hauptschulen

Antr
s. *Hauptschule*
Drs 13/820

Strukturatlas Hauptschulen am Beispiel der Region Neckar/Alb
Angebot und Einzugsbereiche des zehnten Schuljahres bzw Werkrealschulabschlusses; Entwicklung der Absolventenzahlen differenziert nach Geschlecht sowie der Übergänge in die zweijährige Berufsfachschule, ins Berufsvorbereitungsjahr und in die duale Ausbildung

GrAnfr
s. *Hauptschule*
Drs 13/1139

Aussagekraft von Noten an Haupt- und Werkrealschulen

Bevorzugung von Aufnahmeprüfungen anstelle der Noten für den Schülerwechsel auf ein berufliches Gymnasium, Begründung der Zweifel an der Notengebung der Lehrer, Beurteilung der Zukunftsfähigkeit dieses Beurteilungssystems; Zahl und Erfolg des Wechsels von Schülern aus Werkrealschulen auf berufliche Gymnasien in den letzten fünf Jahren

Antr
s. *Note (Bewertung)*
Drs 13/4994

Erinnerung an die flächendeckende Einführung der Werkrealschule, Bezeichnung als Erfolgsgeschichte

PIPr 13/96 30.06.2005 S. 6843 6844 6846 6862-6864

Werksmietwohnung

s. *Dienstwohnung*

Werkstättenverordnung

s. *Werkstatt für Behinderte*

Werkstatt der Polizei

Schließung von Polizeiwerkstätten

Entscheidungsgrundlagen für o.g. Pläne, Auswirkungen auf die betroffenen Mitarbeiter und die Reparatur und Wartung von Fahrzeugen, insbes Sonderfahrzeugen; Zeit- und Kostenaufwand für die Verbringung in Fremdwerkstätten; Bereitstellung von Ersatzfahrzeugen; Gewährleistung der Einsatzfähigkeit und Mobilität der Polizei

Antr Günter Fischer u.a. SPD 03.07.2002 und Stellungnahme IM Drs 13/1138
BeschlEmpf und Bericht InnenA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 22 23
PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Stand der Auflösung der Kfz-Werkstätten der Polizei

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 797

Erinnerung an die Auflösung der Polizeiwerkstätten, Feststellung geringerer Verweilzeiten der Fahrzeuge in den privaten Werkstätten

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3136

Werkstatt für Behinderte

Wettbewerbliche Konkurrenz durch den zweiten Arbeitsmarkt
Wirtschaftliche Betätigung von subventionierten gemeinnützigen Werkstätten u.a. Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarkts in Konkurrenz zu privaten Unternehmen, Behandlung dieser Betriebe durch Kommunen und LKreise, Vereinbarkeit mit dem MittelstandsförderungsGes? Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbs zulasten von Handwerk und Mittelstand

KlAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/1437

Kürzungen der Bundesanstalt für Arbeit bei der beruflichen Ersteingliederung von jungen Menschen mit Behinderung

Auswirkungen o.g. Sparmaßnahmen bei den Berufsbildungs- und -förderungswerken sowie Werkstätten für Behinderte; Initiativen zur Ermöglichung einer beruflichen Ersteingliederung auch im laufenden Jahr (der Behinderten)

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/2028

2003 - Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen

Entwicklung der Zahl der in Behindertenwerkstätten arbeitenden Menschen und der Kosten für einen Werkstattplatz seit 1993; Höhe und Art der Aufwendungen für die Gewährung von Eingliederungshilfe; Maßnahmen zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze für Behinderte auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

GrAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/2021

Ges zur Ausführung der Werkstättenverordnung und zur Änderung des Jugend- und SozialverbandsGes

Übertragung der Mitwirkung in den Fachausschüssen der Werkstätten für Behinderte auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe; Ermöglichung der Beauftragung des Kommunalverbands für Jugend und Soziales mit der Durchführung von Landesprogrammen

GesEntw LReg 18.01.2006 Drs 13/5059 (11 S.)
1. Beratung PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7831 7832
BeschlEmpf und Bericht SozA 09.02.2006 Drs 13/5150
2. Beratung PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7907-7910
GesBeschl 21.02.2006 Drs 13/5193
GB1 2006 Nr. 3 S. 53 (Ges vom 07.03.2006)

Wertheim

Erhaltung der Außenstelle Wertheim der Akademie der Polizei

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2676

Erhaltung der Außenstelle Wertheim der Akademie der Polizei

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3130

Wertpapier

s.a. *Derivatehandel*

Die Ermittlungen in Sachen Kapital Consult und so genanntem Dreiländer-Fonds

Beurteilung der Zeitdauer der Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen den Chef des o.g. Unternehmens wegen Kapitalanlagebetrugs und der Gefahr von Verjährung mit haftungsrechtlichen Konsequenzen für das Land, Aufklärung der Anleger über die Fondsrisiken

Antr Ruth Weckenmann u.a. SPD 29.04.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/973
BeschlEmpf und Bericht StändA 11.07.2002 Drs 13/1232 S. 8-11
PIPr 13/32 17.10.2002 S. 2029

Wertpapierverluste der kleinen Anleger

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2156

Wertpapierfonds

s. *Wertpapier*

Werwigk-Hertneck, Corinna FDP/DVP

Berufung von Frau Corinna Werwigk-Hertneck zur Justizministerin; hier: Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 LV

Antr LReg 09.12.2002 Drs 13/1594
BeschlEmpf und Bericht StändA 12.12.2002 Drs 13/1610
PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2287-2291 2346-2353

Berufung und Vereidigung von Corinna Werwigk-Hertneck zur/als Justizministerin

s. *Justizministerin*
PIPr 13/36 S. 2291

Entlassung von Frau Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck

Antr
s. *Justizministerin*
Drs 13/3407

Ausnahmegenehmigung nach Art 53 Abs 2 Satz 3 der Landesverfassung

Festhalten an der Geschäftsführungsbefugnis und Vertretungsmacht durch die ehemalige Justizministerin Werwigk-Hertneck als Begründung der beantragten Ausnahmegenehmigung nach Aussage des derzeitigen Justizministers, Vereinbarkeit mit der im Antr 13/1594 dargelegten Übertragung dieser Rechte auf einen Vertreter für die Zeit des Ruhens der Anwaltszulassung der Ministerin

Antr
s. *Inkompatibilität*
Drs 13/3999

Wettbewerb

s.a. *Kartellrecht*

s.a. *Schülerwettbewerb*

Praxis der Rabattgewährung im Bereich des Einzelhandels

Auswirkungen der Aufhebung des RabattGes auf den Preiswettbewerb, Voraussetzungen für die Gewährung von Sonderrabatten, wettbewerbsrechtliche Bestimmungen der EU, Notwendigkeit einer Novellierung des Ges gegen den unlauteren Wettbewerb

KlAnfr
s. *Preisnachlass*
Drs 13/615

Vergabe von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs in Wettbewerbsverfahren

Anteil der Vergabe o.g. Leistungen nach Ausschreibung; Beschluss eines Stufenplans zur Steigerung auf 100 % in den nächsten zehn Jahren

Antr
s. *Personenverkehr*
Drs 13/907

Einbeziehung baden-württembergischer Architekten und Ingenieure bei beschränkten Wettbewerben

Angemessene Berücksichtigung heimischer Architekten und Ingenieure bei der Ausschreibung beschränkter Wettbewerbe für Bauvorhaben des Landes und der Kommunen

Antr
s. *Architekt*
Drs 13/1224

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Entwicklung der o.g. Betätigung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen seit 1992, Frage nach einer drittschützenden Wirkung des § 102 GemO sowie nach Eingriffsmöglichkeiten und -handlungen der Rechtsaufsicht in den letzten fünf Jahren, Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, Beschränkung auf Ausnahmen, Normierung eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs Dritter gegenüber den Kommunen? Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegründeten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau sowie eines Kreisplanungsamts bei Leistungen der Bauwerksplanung und Grünplanung

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1367

Auswirkungen des MittelstandsförderungsGes auf mittelständische Unternehmen

Zahl und Betätigungsfelder von Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft bzw Mitträgerschaft in Konkurrenz zu privaten Betrieben, Auswirkungen auf den jeweiligen Märkten, Erfahrungen in anderen BLändern bzw in BW nach Änd des Gemeindeförderungsges und des MittelstandsförderungsGes im Bereich des öffentlichen Vergabewesens, Frage nach Kooperationen und Quersubventionierungen, Einschätzung von Ergebnissen der auf EU-Ebene geführten Diskussion der Grenzen zwischen öffentlicher Daseinsvorsorge und Marktliberalisierung

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/1386

Wettbewerbliche Konkurrenz durch den zweiten Arbeitsmarkt

Wirtschaftliche Betätigung von subventionierten gemeinnützigen Werkstätten u.a. Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarkts in Konkurrenz zu privaten Unternehmen, Behandlung dieser Betriebe durch Kommunen und LKreise, Vereinbarkeit mit dem MittelstandsförderungsGes? Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbs zulasten von Handwerk und Mittelstand

KlAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/1437

Architektenwettbewerbe bei Bauprojekten des Landes

Nutzung des o.g. Instruments bzw eines anderen Vergabeverfahrens für die einzelnen Projekte seit 2000, Höhe der jeweiligen Kosten, Gründe für den Verzicht auf Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs

KlAnfr
s. *Architekt*
Drs 13/3081

Für eine schärfere Wettbewerbsaufsicht über Strom- und Gaspreise in BW

Antr
s. *Energiepreis*
Drs 13/3884

Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs zwischen den Trägern des Güterverkehrs

Darstellung der Wettbewerbsverzerrungen zulasten der (mittelständischen) Transportunternehmen hierzulande, insbes ausgelöst/verstärkt durch die EU-Osterweiterung, unlautere Praktiken von (halb-)staatlichen Verkehrskonzernen, Nachholbedarf im Straßenbau u.a. Faktoren; Handlungsbedarf der BReg; Position zur geplanten Erhöhung der Lkw-Maut; Umsetzungsstand des im Generalverkehrsplan von 1995 beschriebenen Güterverkehrskonzepts, Verbesserungsmöglichkeiten mit dem Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar und dem „Regionalen Schienenverkehrskonzept der Metropolregion Rhein-Neckar“

Antr
s. *Güterverkehr*
Drs 13/4498

Bewerbung der Stadt Freiburg als „Stadt der Wissenschaft 2007“

Beurteilung des o.g. Wettbewerbs des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, Unterstützung der Bewerbung einzelner Hochschulstandorte bzw der Stadt Freiburg für den Titel im Jahr 2007

KlAnfr
s. *Wissenschaft*
Drs 13/4609

Zuständigkeit der europäischen Gremien für Wettbewerbsfragen im gemeinsamen Binnenmarkt, Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge vor dem europäischen Wettbewerb

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3306 3312 3313 3315

Wettbewerb „Jugend trainiert für Olympia“

s. *Jugend trainiert für Olympia*

Wettbewerbsverzerrung

s. *Wettbewerb*

Wetter

s. *Klima*

Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen

Entwendung plutoniumhaltigen Materials aus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zweifel am Sicherheitskonzept der WAK aufgrund des o.g. Falles; Konsequenzen

MdlAnfr
s. *Plutonium*
Drs 13/62

Sicherheitsprobleme der stillgelegten Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe

Entwendung von plutoniumhaltigem Material aus der o.g. Anlage: Art und Weise der Überwindung des Sicherheitssystems bzw des Versagens der Kontrollen, Informationen und Maßnahmen des UVM, Intervalle und Intensität der Überprüfung von eingesetzten Firmen und Mitarbeitern; Erarbeitung und Vorlage sowie Konsequenzen einer aktuellen Sicherheits- und Schwachstellenanalyse

Antr
s. *Nukleare Sicherheit*
Drs 13/91

Atomkraftwerke als mögliches Ziel terroristischer Angriffe

Sicherheitstechnische Auslegung gegen Selbstmordattentate mit großen Verkehrsflugzeugen, Gefährdung der Wiederaufbereitungsanlagen in Sellafeld und La Hague durch Abstürze kleinerer Maschinen; Unterstützung der Vereinbarung zwischen BReg und EVU zum Ausstieg aus der Atomenergie, Hinwirkung auf eine Konzeption als Antwort auf die genannten Terrorszenarien, Anordnung der vorübergehenden Stilllegung der Anlagen bis zur Umsetzung einer solchen Konzeption, Verzicht auf die Nutzung der Wiederaufbereitungsanlagen in Frankreich und England

Antr
s. *Kernkraftwerk*
Drs 13/282

Risiken durch den Rückbau der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung (HAWC)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Ergebnisse entsprechender Verhandlungen des WM mit der Energiewirtschaft, Beurteilung der Anlagensicherheit gegen Einwirkungen von außen

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/4163

Planungen und Kostenentwicklung des weiteren Rückbaus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK)

Zwischenstand der Arbeiten und angefallenen Kosten, Darlegung der weiteren Entwicklung und des Zeitplans für den Rückbau und die Entsorgung der hochradioaktiven Abfalllösung, Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Land und Industrie; Beeinflussung des Zeitplans durch die Kostensteigerungen sowie Trennung des Forschungszentrums Karlsruhe von einer durchführenden Firma

Antr
s. *Entsorgung*
Drs 13/4189

Neustrukturierung der Stilllegung und Beseitigung der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) einschließlich HAWC-Lagerbetrieb

Mittlg
s. *Entsorgung*
Drs 13/4581

Entwendung plutoniumhaltigen Materials aus der ehemaligen Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 398 403 428 429

Zusätzliche Kosten des Rückbaus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7051

Kostenexplosion des Rückbaus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe, Anteil der Industrie und der öffentlichen Hand, Bedarf an Experten aus Frankreich für den Abbau der Versuchsanlage

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7883 7884 7886 7887

Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe

s. *Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen*

Wieser, Franz MdL CDU

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Franz Wieser durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Wieslauftalbahn

Ausschreibung des Verkehrs auf der Wieslaftalbahn, Erzielung von Kosteneinsparungen

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2198

Wiesloch

Maßregelvollzug nach § 63 StGB in Weinsberg

Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Unterbringung in einer Entziehungsanstalt sowie in einem psychiatrischen Krankenhaus in Wiesloch und Weinsberg, Vergleich mit der Bildung von Kompetenzzentren, Beurteilung der vorgesehenen Erweiterung unter der Vorgabe einer wohnortnahen Therapie?

KlAnfr
s. *Maßregelvollzug*
Drs 13/2306

Ungenehmigte Obduktion am Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Wiesloch

Antr
s. *Obduktion*
Drs 13/3630

Wild

s.a. *Biber*
s.a. *Jagd*
s.a. *Pelztier*
s.a. *Wildschwein*

Mahdtermine im Grünlandprogramm und Tierschutz

Gefährdung von Jungwild durch die vorgegebenen Mahdtermine, Ermöglichung der zeitlichen Verschiebung der Mahd auf Streifen im Waldrandbereich

KlAnfr
s. *Grünland*
Drs 13/81

Angeordnete Hageschauen

Zahl, Kosten und Nutzen der pro Jahr angeordneten Hageschauen - über die Erkenntnisse der jährlichen Wildabschusslisten hinaus

Antr Herbert Moser u.a. SPD 17.12.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/579
 BeschlEmpf und Bericht LandwA 06.11.2002 Drs 13/1638 S. 11
 PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Jagdszenen aus dem LKreis Biberach

Verstöße gegen das JagdGes und Fütterungsmissbräuche, Verzicht des Landratsamts auf Verfolgung und Ahndung mit der Begründung eines zu hohen bürokratischen Aufwands; Darlegung der ergriffenen Aufsichtsmaßnahmen u.a. Bemühungen zur Unterbindung der festgestellten Rechtsverstöße

Antr
 s. *Jagd*
 Drs 13/871

Wildfleisch

s. *Fleisch*

Wildschwein*Einsatz von Nachtsichtgeräten bei der Schwarzwildjagd*

Schäden in Weinbergen verursacht durch Schwarzwild; Möglichkeiten einer effektiven Bejagung in Weinbaugebieten, insbes durch Ausnahmen vom Verbot des Einsatzes von Nachtsichtgeräten

KlAnfr
 s. *Jagd*
 Drs 13/705

Reduzierung der Wildschweine und effektivere Bejagung in der Staatsforstverwaltung

Entwicklung der Abschusszahlen landes- und bundesweit sowie im LKreis Schwäbisch Hall, Erleichterung der Bejagung durch forstliche und administrative Maßnahmen, Aufhebung des Sonntagsjagdverbots u.a. Möglichkeiten

KlAnfr
 s. *Jagd*
 Drs 13/759

Verkehrsgefährdung und Verkehrsunfälle durch Wildschweine

Entwicklung der o.g. Zahlen und daraus folgenden Kosten seit 1993; Schlüsse aus dem im Bereich Böblingen-Herrenberg durchgeführten Versuch zur Erfassung und Überwachung der Schwarzwildbestände für eine effektivere Bekämpfung der Wildschweinplage, u.a. Einführung von Abschussprämien und Nachtsichtgeräten

Antr
 s. *Jagd*
 Drs 13/2266

Staatswald BW

Stand und Ausweitung der Verpachtung von Staatswaldflächen, bisherige und künftig mögliche Einnahmen, Art und Umfang der Beteiligung privater Jäger an der Jagdausübung in den staatlichen Eigenjagdbezirken, Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Kurrungen zum Abbau der Überpopulation von Schwarzwild

Antr
 s. *Jagd*
 Drs 13/2412

Überfütterung von Wildschweinen in der Bittelbrunner Jagd

KlAnfr Jürgen Walter GRÜNE 19.01.2004 und Antw MLR Drs 13/2820

Wildtaube

s. *Taube*

Wilhelma

s. *Zoologischer Garten*

Winckler, Clemens MdL CDU

Glückwünsche zum Geburtstag
 PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513

Lob an den Abgeordneten Winckler für dessen Rücktritt als Aufsichtsratsmitglied der Toto-Lotto GmbH

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5178

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Clemens Winckler durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8015

Windenergie

s. *Erneuerbare Energie*

Windkraftanlage

Verdoppelung des Anteils erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010

Stand und Perspektiven der Umsetzung des o.g. Kabinettsbeschlusses von 1999 in den Bereichen Thermische Solarenergie, Fotovoltaik, Wind-/Wasserkraft, Biomasse, Biogas und Geothermie; Ausbau des Wasserkraftwerks Rheinfelden; Förderung von Solarsiedlungen und solarthermischen Großanlagen, von Holzhackschnitzel- und Windkraftanlagen, der Biomassenutzung und Brennstoffzellentechnologie; Nutzung erneuerbarer Energieträger iRd staatlichen Hochbaus sowie der Entwicklungszusammenarbeit; Vergleich mit Bayern, Hessen und NRW; Auswirkungen der Förderprogramme des Bundes und des Erneuerbare-Energien-Ges; Intensität von Bemühungen der Stromwirtschaft; Fortschreibung des Gesamtkonzepts

GrAnfr
 s. *Erneuerbare Energie*
 Drs 13/134

Neue Windkraftpolitik in BW?

Auswirkungen einer angekündigten restriktiven Genehmigungspraxis bzw Konzentration von Windkraftanlagen in Windkraftparks, Ausgestaltung einer Änd des LPlanungsGes, Festhalten an der in Drs 12/1234 erteilten Aussage zur Genehmigung von Windkraftanlagen in Landschaftsschutzgebieten? Anstreben der Zielsetzung zur Verdoppelung des Anteils regenerativer Energieträger an der Energieerzeugung bis zum Jahr 2010, Hinwirkung auf einen geordneten Ausbau der Windkraft auf der Grundlage der Privilegierung gemäß § 35 BauGB

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/269

Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen

Auswirkungen der angestrebten Verpflichtung zur Ausweisung von Vorranggebieten in den Regionalplänen mit gleichzeitiger außergebietlicher Ausschlusswirkung, Darlegung von Rechtsschutzmöglichkeiten der Gemeinden, Grundstückseigentümer und interessierten Investoren; Eignung von Schiedsstellen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren

Antr FDP/DVP 12.12.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/567
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.03.2002 Drs 13/885 S. 17-20
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2001

Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Windkraft, Biogas und Biomasse; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Umfang und Bilanz der Förderung iRd Energiesparprogramms Altbau

KlAnfr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/629

Genehmigung von Windkraftanlagen; hier: Raumbedeutsamkeit einzelner Anlagen

Beurteilung der Rechtsprechung zur o.g. Problematik in anderen BLändern; Vereinbarkeit der im LandesplanungsGes vorgesehenen Einstufung aller Windkraftanlagen über 50 m Höhe als raumbedeutsame Anlagen mit der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 28.02.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/806
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 8-11
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Entwicklung der Gewinnung von Windkraft in BW

Zahl, Standorte und Energieerzeugungsanteil der in den letzten fünf Jahren errichteten Windräder; Höhe der Subventionen über das EnergieeinspeiseGes; Entwicklung von Bürgerinitiativen für und gegen die Windkraftnutzung; Auflistung von geeigneten Standorten zur Erzielung marktgerechter Energiepreise ohne notwendige Subventionierung

KlAnfr Beate Fauser FDP/DVP 06.03.2002 und Antw WM Drs 13/825

Verpflichtung der Regionalverbände zur Ausweisung von Standorten für Windkraftanlagen in den Regionalplänen

Auswirkungen der ausschließlichen Ausweisung von Vorranggebieten mit außergebietlicher Ausschlusswirkung, Bestandschutz für die bisherigen Planungen, Einbindung der Regionalverbände in das beabsichtigte Verfahren zur Änd des LandesplanungsGes; Bereitstellung von aussagekräftigen Winddaten; Ausräumung von Rechtsunsicherheiten durch einen Einführungsersatz zur Fortschreibung der Regionalpläne

Antr Gunter Kaufmann u.a. SPD 03.06.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1033
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 07.11.2002 Drs

13/1637 S. 37-39
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Bebauungspläne in Windkraft-Vorranggebieten

Verhinderung von Windkraftanlagen durch o.g. Vorgehensweise von Kommunen, Vereinbarkeit mit der Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich sowie der angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 19.06.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1094
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 8-11
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Speicherung erneuerbarer Energie

Speicherung des mit großen Off-Shore-Windkraftanlagen erzeugten Stroms in Pump- und Luftspeicherwerken auch in BW, Auswirkungen auf das Stromnetzmanagement und die Vorhaltung von Kraftwerkskapazitäten

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/1100

Windkraftnutzung im Staatswald

Erschwerung o.g. Energienutzung durch Verweigerung von Baulasten und einer grundbuchmäßigen Absicherung sowie unverhältnismäßig hohe Gebühren für den Vorvertrag und den Betrieb der Anlagen; Abbau dieser von der Forstdirektion Freiburg errichteten Hemmnisse

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 03.09.2002 und Stellungnahme MLR Drs 13/1289
BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.11.2002 Drs 13/1637 S. 8-11 (dazu ÄAntr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE)
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2524

Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz im Jahr 2002

Art, Umfang und Wirkungen der eingesetzten Fördermittel; erzielte Leistungen der einzelnen Wasserkraft-, Windkraft-, Solar- u.a. Anlagen; erreichte Fortschritte gemessen am Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010; Höhe der verbilligten Kredite iRd Energiesparprogramms Altbau, Verteilung auf selbst genutztes Wohneigentum und den Mietwohnungsbau

Antr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/1686

Kauf von Grundstücken zur Verhinderung von Windkraftanlagen
Frage nach o.g. Vorgängen nach dem Beispiel der Gemeinde Waldachtal

KlAnfr Thomas Knapp SPD 26.02.2003 und Antw IM Drs 13/1835

LandesplanungsGes in anderen BLändern

Umsetzung des RaumordnungGes des Bundes in BW u.a. BLändern, Regelungen für die Ausweisung von Windkraftstandorten, Forcierung des vom Bundesgesetzgeber im Baugesetzbuch geforderten deutlichen Ausbaus der Windenergie

KlAnfr
s. *Landesplanung*
Drs 13/1840

Ges zur Änd des LandesplanungsGes u.a. Ges

Umsetzung des Raumordnungsges des Bundes, Delegation der Zielabweichungsverfahren auf die RegPräs, Aufhebung von Richtwerten zur Siedlungsstruktur in den Regionalplänen, Vorgaben für regionalplanerische Festlegungen zu Windkraftanlagen, Öffentlichkeitsbeteiligung bei Verfahren der Aufstellung und Fortschreibung von Regionalplänen; Änd der LHO sowie des Ges über die Errichtung des Verbands Region Stuttgart

GesEntw
s. Landesplanung
Drs 13/1883

Pachtverträge zur Nutzung von Windenergie auf Landesliegenschaften

Voraussetzungen, Verfahren und Höhe der Pachtzahlungen für o.g. Verträge; Bedingungen für Gestattungsverträge zur Nutzung von landeseigenen Forstwegen bzw Übernahme von Baulasten für Abstandsflächen bei Windkraftanlagen; Frage nach einer restriktiven Haltung der Forstverwaltung

KlAnfr Thomas Knapp SPD 15.07.2003 und Antw FM Drs 13/2252

Erwin Teufel und die Förderung der Windkraft

Förderung von Windkraftanlagen über staatliche Subventionen bzw das Erneuerbare-Energien-Gesetz, Klärung des Subventionsbegriffs des MinPräs bzw von früheren Aussagen zur Vergütung von Strom aus regenerativen Quellen, Frage nach dem Arbeitsmarkt- und Exportpotenzial von Windkraftanlagen sowie nach einer Kampagne gegen Hochspannungsleitungen

Antr Jürgen Walter u.a. GRÜNE 31.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2319

Windkraftanlagen am Schauinsland (Freiburg)

Veranlassung des RegPräs Freiburg zur Unterlassung der Aufforderung an die Stadt Freiburg zur Rücknahme der Baugenehmigung

DringlAntr GRÜNE 11.09.2003 Drs 13/2395

Sachliche Darstellung oder Polemik gegen Windkraftanlagen in einer Presseinformation der Umweltakademie des Landes?

Aussagen und Ergebnisse einer von der Umweltakademie veranstalteten Tagung „Windkraftanlagen - eine Bedrohung für Vögel und Fledermäuse?“, Vereinbarkeit mit den davon abweichenden Aussagen der o.g. Pressemitteilung; Risikobewertung von Windkraftanlagen für Vögel im Vergleich zu Freileitungen; Stellungnahme zu der polemischen Rede eines CDU-Abgeordneten gegen die Windkraftnutzung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 30.10.2003 und Stellungnahme UVM Drs 13/2555
BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 11.12.2003 Drs 13/2934 S. 9 10
PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4604

Baurechtliche Privilegierung der Windkraft

Interessenkonflikte zwischen öffentlichen Belangen und der baurechtlichen Privilegierung der Windkraft, notwendige Abstände zwischen herkömmlichen und neuen Windkraftanlagen und Wohngebäuden, Verwaltungsaufwand der Genehmigungsverfahren für baurechtlich privilegierte Windkraftanlagen; Befürwortung einer Rücknahme der o.g. Regelung im Baugesetzbuch?

Antr Gundolf Fleischer u.a. CDU 05.02.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2890

Ausbau der Windkraftnutzung in BW; hier: Regionalplanung

Möglicher Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Beurteilung einer Entscheidung des VGH München zur Ausweisung von Vorrang- und Ausschlussflächen in den Regionalplänen; Stand bzw Vereinbarkeit der Planungen der Regionalverbände bzw der Region Stuttgart; Bereitschaft der Forstverwaltung zum Abschluss von Pachtverträgen für ausgewiesene Vorrangstandorte im Bereich des Staatsforstes

Antr GRÜNE 10.03.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/2997
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7015-7025

Nutzung von staatlichen Waldwegen durch Betreiber von Windkraftanlagen

Generelle Untersagung der o.g. Nutzung durch die Forstdirektion Freiburg und das Landratsamt Rastatt auf Weisung des MLR (MdlAnfr 3) Gunter Kaufmann SPD 26.03.2004 Drs 13/3056
PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4727-4731

Regionalplan 2015 des Regionalverbands Nordschwarzwald

Zulässigkeit des o.g. Regionalplans nach der Reduzierung auf wenige Standorte für Windkraftanlagen

KlAnfr
s. Regionalplanung
Drs 13/3072

Verbot der Nutzung staatlicher Waldwege durch Windkraftbetreiber

Rechtsgrundlage, Ziele und Auswirkungen o.g. Weisung an die Forstbehörden; Vertrauensschutz für im Bau befindliche Anlagen bzw bei der Ersetzung alter durch neue Anlagen; umgehende Rücknahme der Weisung

Antr SPD 02.04.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3099
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7015-7025
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 14-18
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Ausbauperspektive und Potenziale der Windkraftnutzung auf den ausgewiesenen Vorrangflächen der Regionalverbände

Auflistung o.g. Flächen auf der Grundlage des alten und neuen LandesplanungsGes; Attraktivität, Besitzverhältnisse und Erreichbarkeit dieser Standorte; möglicher Beitrag zur Stromerzeugung, insbes auch bei Ersetzung alter durch neue Anlagen; Rücknahme der Weisung an die Forstbehörden auf Untersagung der Nutzung von staatlichen Waldwegen

Antr SPD 19.05.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3226
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7015-7025
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 14-18
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Verzicht auf weitere Prozesse gegen die Windkraftanlagen am Schauinsland

Annahme des Urteils des Verwaltungsgerichts BW bzw Rückzug der Weisung an die Stadt Freiburg zum Widerruf der Baugenehmigung für die Windkraftanlagen am Schauinsland

Antr GRÜNE 13.07.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3363
PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7015-7025
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.09.2005 Drs 13/4745 S. 14-18
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7366

Ausbau der erneuerbaren Energien in den Jahren 2003 und 2004
Höhe der Förderung und erzielte Leistung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Erdwärme, Biomasse, insbes Biogas und Holz; Beurteilung der Zufeuerung von Biomasse in Kohlekraftwerken; Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch und an der Stromerzeugung bis zum Jahr 2010; Vorlage der angekündigten Klimaschutzkonzeption

Antr
s. *Erneuerbare Energie*
Drs 13/4030

Regionalplanung zur Windkraftnutzung

Bisher geleisteter und noch notwendiger Beitrag der Windenergie zur angestrebten Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010; Stand der von den Trägern der Regionalplanung ausgewiesenen Vorrangflächen zur Windkraftnutzung, Vereinbarkeit mit dem vom Bund geforderten Ausbau, Beurteilung der Intervention des WM zur Herausnahme der Hochflächen des Kohlwasen bei Furtwangen aus der Planung des Regionalverbands Schwarzwald-Baar-Heuberg, Möglichkeiten zur Ersetzung alter durch neue Anlagen in nicht ausgewiesenen Vorrangflächen sowie zur Korrektur der Windkraft-Sonderregelung im LandesplanungsGes

Antr GRÜNE 19.07.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4526
BeschlEmpf und Bericht WirtA 08.02.2006 Drs 13/5138 S. 24-26
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8011

Ablehnung der abschlägigen BeschlEmpf des PetA zum Windpark Altensteig-Simmersfeld

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8010 8011

Feststellung eines Defizits an Windkraftanlagen in BW

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 97

Konzentration von Windkraftanlagen in Windkraftparks, Aussagen des MinPräs zur Windkraftnutzung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 426-434

Ersetzung von Kernenergie durch Windkraft, Aufstellung von Windkraftanlagen rings um KKW

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 487-489

Beschäftigungswirkung der Produktion von Windkraftanlagen, Ausweisung von Vorrangflächen zur Windkraftnutzung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 951 962

Beschäftigungswirkung der Produktion von Windkraftanlagen; Einstufung der Windenergie als unzuverlässige Energiequelle

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1553 1558

Geeignete Standorte für Windkraftanlagen, Einstufung der Windenergie als unzuverlässige Energiequelle, Erschwerung der Genehmigung von Windkraftwerken mit dem LandesplanungsGes, Kosten eines Arbeitsplatzes im Bereich der Windenergie

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1832-1835

Beschäftigungswirkung der Produktion von Windkraftanlagen, Aussagen des MinPräs zur Windkraftnutzung, Änderung der restriktiven Genehmigungspraxis

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1979 1985 1990

Eintreten für eine geordnete Nutzung der Windkraft, Interessenausgleich mit dem Landschaftsschutz

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3141-3143 3145-3149 3182-3184 3186-3190

Kritik an der ablehnenden Haltung des MinPräs zur Windkraftnutzung, Verzicht auf Windanlagen am Bodensee

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3244 3300

Erschwerung der Genehmigung von Windkraftanlagen mit dem LandesplanungsGes

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Kritik an der mit missionarischem Eifer betriebenen Bekämpfung von Windkraftanlagen durch den MinPräs; Verankerung der Ausweisung von Vorranggebieten für Windmühlen im LandesplanungsGes

PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3452-3469 3471 3472

Kritik an der mit missionarischem Eifer betriebenen Bekämpfung von Windkraftanlagen durch den MinPräs; Beschäftigungsbeitrag der Zulieferbetriebe für den Bau von Windkraftanlagen

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3618 3642 3643

Rückgang der Zahl neuer Anlagen durch den Feldzug des MinPräs gegen die Windkraft, Anteil der Windkraft an der Stromproduktion in BW

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3778 3782 3784 3789 3795

Ablehnung der zwei Windkraftanlagen auf dem Schauinsland durch den Petitionsausschuss, Bekräftigung einer sorgfältigen Prüfung jedes Einzelfalles

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3880 3885

Kritik an der Bekämpfung von Windkraftanlagen durch den MinPräs

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4036 4039

Erschwerung der Genehmigung von Windkraftanlagen mit dem LandesplanungsGes, Eintreten für eine geordnete Nutzung der Windkraft, Interessenausgleich mit dem Landschaftsschutz

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4127-4129

Kritik an der Bekämpfung von Windkraftanlagen durch den MinPräs, Vorwurf einer überhöhten Subventionierung der Windkraft

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4158 4166

Verhinderung von Windkraftanlagen durch eine restriktive Genehmigungspraxis

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4291

Genehmigung von Windkraftanlagen ausschließlich an geeigneten Standorten

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4337 4345

Beklagung einer Verhärtung der Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern von Windkraftanlagen, Nutzung der Windenergie ausschließlich an geeigneten Standorten

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4869-4873 4875-4877 4879 4880

Kritik an der Bekämpfung von Windkraftanlagen durch den MinPräs; Bewertung der Subventionierung von Windkraft als Fehlinvestition

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963 4976 4977

Genehmigung von Windkraftanlagen ausschließlich an geeigneten Standorten; Kritik an der Sperrung von Waldwegen für Windkraftbetreiber

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5061 5062 5064 5100-5102

Bestätigung der Rechtmäßigkeit der Genehmigung der Windkraftanlagen am Schauinsland durch die Stadt Freiburg vom Verwaltungsgericht

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5147

Ausbau der Übertragungsnetze für die geplanten großen Windparks in der Nord- und Ostsee

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5330 5340

Bekräftigung der Ablehnung von Windrädern im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb durch den MinPräs

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5591

Ablehnung von Windkraftanlagen auf den Höhen des Schwarzwalds und der Schwäbischen Alb

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5648

Vergleich der Ästhetik von Windrädern und Strommasten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868

Bezeichnung der Windkraft als nicht standortgerechte Energie für BW

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6027 6028

Kritik an der Bekämpfung von Windkraftanlagen durch den MinPräs; Beschäftigungsbeitrag der Zulieferbetriebe für den Bau von Windkraftanlagen

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6056 6066 6129

Beklagung einer Verhinderung von Investitionen in Windkraftanlagen durch die restriktive Genehmigungspraxis der LReg, Hofen auf ein Umdenken des neuen MinPräs

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6437 6438 6440 6442-6445 6449-6451 6455

Verweisung auf windhöfliche Standorte in BW, Aufforderung an den neuen MinPräs zur Beendigung der Behinderung der Windkraft

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6472 6494

Vorwurf der Landschaftsverschandelung mit (subventionierten) Windkraftträgern

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6893

Beklagung einer Verhinderung von Investitionen in zusätzlich mögliche Windkraftanlagen durch die Blockadepolitik der LReg, Verweisung auf die Streichung der Fonds-Abschreibung für Windkraft durch die große Koalition in Berlin

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7292-7295 7298-7300 7302-7304 7333 7334

Beklagung des Widerstands der alten Teufel-Anhänger gegen Windkraftanlagen, Überprüfung des geplanten Windparkprojekts in Simmersfeld durch den PetA; Exportanteil von Windkraftanlagen; Notwendigkeit großer Stromleitungen für die geplanten Off-shore-Windanlagen

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7698 7699 7701 7705 7706 7710-7712 7715-7720

Überprüfung des geplanten Windparkprojekts in Simmersfeld durch den PetA, Genehmigung von Windkraftanlagen ausschließlich an geeigneten Standorten

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7795 7796 7799-7804

Beklagung der Verzögerung und Reduzierung des geplanten und genehmigten Windparks in Simmersfeld durch den PetA

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7888 7889

Winkler, Alfred MdL SPD

Eintritt des Abg Alfred Winkler zum 14.08.2002 als Nachfolger des ausgeschiedenen Abg Dr. Dieter Puchta

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1894

Winnenden

Sozialethisches Profil am Georg-Büchner-Gymnasium Winnenden - Genehmigung eines Schulversuchs

Stellenwert der ethischen und sozialen Bildung im neuen Bildungsplan des Gymnasiums, Bewertung des o.g. Profils als Alternative zum sprachlichen und naturwissenschaftlichen Profil, Frage nach Vorschlägen des Ministeriums und Reaktionen der Schulgremien zur Umsetzung der Konzeption iRd schuleigenen Curriculums bzw nach weiteren Anträgen von Gymnasien; Genehmigung eines auf zunächst drei Jahre befristeten Schulversuchs

Antr

s. Sozialkompetenz

Drs 13/3437

Sozialethisches Profil an Gymnasien in BW

Frage nach o.g. Gymnasien; Genehmigung eines „Sozialethischen Profils“ mit dem Kernfach Sozialethik am Georg-Büchner-Gymnasium in Winnenden

Antr

s. Sozialkompetenz

Drs 13/3468

Winterbach

Eignung eines Standorts bei Winterbach zur Windkraftnutzung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 962

Winterdienst

Verkehrsunfall auf der Autobahn Weinsberg-Tauberbischofsheim vom 18.01.2006, 19:00 Uhr, Kilometerstand 499

Ursache und Schäden des o.g. Unfalls, Gründe für die Glatteisbildung bzw den verspäteten Einsatz der Streufahrzeuge und des Rettungswagens

KlAnfr

s. Verkehrsunfall

Drs 13/5106

Wintersport

Skileistungszentrum am Ahornbühl (Feldberg)

Höhe der gewährten Fördermittel für das Leistungszentrum, Gründe und Auswirkungen des Rückzugs der Skiliftgesellschaft Fahl aus der Verpflichtung zur Pistenpflege und Beschneigung; Aussetzung der Förderung bis zur Vorlage eines Konzepts durch den Skiverband Schwarzwald als Träger des Leistungszentrums

KlAnfr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 05.02.2002 und Antw
KM Drs 13/723

*Positive Impulse für den Schwarzwald-Tourismus durch eine
Indoor-Skihalle in Sasbachwalden*

Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen zur Genehmigung
der geplanten Ganzjahresskihalle in Sasbachwalden

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/1561

*Planung einer Skihalle in Sasbachwalden; hier: Zielabweichungs-
verfahren*

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesent-
wicklungsplans, Berücksichtigung der Bedenken und Anregun-
gen von Verbänden und Organisationen, Zeitpunkt für eine Ent-
scheidung in der Sache

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/1609

Skihalle Sasbachwalden

Abweichung des o.g. Projekts von den Zielen des Landesent-
wicklungsplans und des Landesumweltplans, Gewichtung und
Konsequenzen der kritischen Haltung des UVM; Ablehnung der
beantragten Zielabweichungen

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/2043

Bau einer Skihalle im Schwarzwald

Bestärkung des Investors und der Gemeinde Sasbachwalden im
Vertrauen auf die Verwirklichung des o.g. Projekts und damit
Verzicht auf die Suche nach Alternativen; Unterstützung der
Gemeinde bei der weiteren Entwicklung nach der Ablehnung
des Vorhabens; Frage nach anderen geeigneten Standorten im
Schwarzwald

Antr
s. *Sportstätte*
Drs 13/2906

*Verhinderung der Skihalle in Sasbachwalden sowie des Park-
hauses am Feldberg für Wintersporttouristen, Förderung von
Loipenspurgeräten und Pistenbullys der Wintersportgemeinden*

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7958 7960 7961 7964

Winterstraßendienst

s. *Winterdienst*

Wintruff, Peter MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag
PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2807

*Würdigung der politischen Arbeit von Peter Wintruff und Verab-
scheidung nach 22 Jahren Zugehörigkeit zum Landtag*
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014

Winzer

s. *Weinwirtschaft*

Wirtschaft

s.a. *Agrarwirtschaft*
s.a. *Außenwirtschaft*
s.a. *Baugewerbe*
s.a. *Betriebswirtschaft*
s.a. *Fremdenverkehr*
s.a. *Handwerk*
s.a. *Industrie*
s.a. *Konjunktur*
s.a. *Mittelstand*
s.a. *Schattenwirtschaft*
s.a. *Unternehmen*
s.a. *Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie*
s.a. *Wirtschaftliche Kooperation*
s.a. *Wirtschaftsdelegation*
s.a. *Wirtschaftsförderung*
s.a. *Wirtschaftskontrolldienst*
s.a. *Wirtschaftskriminalität*
s.a. *Wirtschaftspsychologie*
s.a. *Wirtschaftsrecht*
s.a. *Wirtschaftssystem*
s.a. *Wirtschaftswissenschaft*

*Gefährdung des Wirtschaftsstandorts BW durch unzureichende
politische Weichenstellungen der BReg*

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/6 28.06.2001 S. 152-168

*Reform der Arbeitsmarktpolitik zur Stärkung der Wettbewerbs-
fähigkeit der Wirtschaft*

Entwicklung der Beschäftigungssituation und Wirkungen der
Bündnisse für Arbeit bundes- und landesweit, Auswirkungen der
Gesetzesvorhaben des Bundes gegen die Scheinselbstständig-
keit, zur geringfügigen und befristeten Beschäftigung, zur Teil-
zeitarbeit und Änd des Betriebsverfassungsges; Beurteilung des
geplanten Job-Aktiv-Gesetzes; notwendige Flexibilisierung des
Arbeitsrechts, insbes zur Steigerung der Attraktivität ausländi-
scher Direktinvestitionen und Deckung des Fachkräftebedarfs in
Mangelberufen

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/327

*Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten zur Stärkung des Wirt-
schaftsstandorts BW*

Arbeitslosigkeit unter Frauen und Fachkräftemangel aufgrund
der Defizite bei o.g. Angeboten, Lösung des Problems der außer-
familiären Kinderbetreuung, Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen,
Steigerung des Interesses und der Chancen von jungen Frauen
für naturwissenschaftliche Berufe und IT-Berufe

Antr
s. *Kinderbetreuung*
Drs 13/449

*Konsequenzen aus der aktuellen Konjunktur- und Arbeitsmarkt-
entwicklung für die Wirtschaftspolitik in Bund und Land*

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499-512

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Perspektiven für die weltwirtschaftliche Entwicklung bis 2010
nach Ländern und Sektoren, Bevölkerungsentwicklung und Ar-
beitskräftebedarf; Darlegung der geforderten Qualifizierung,
Aktivierung von Reserven bei gut ausgebildeten jungen Frauen,

Bedeutung der Zuwanderung; vorhandene und notwendige Studienplätze der Hochschulen in den einzelnen Technologiebereichen; Übergangsquoten ausländischer Kinder auf weiterführende Schulen, Auswirkungen fehlender Berufsabschlüsse bei jungen Ausländern, Abmilderung des Mangels an Fachkräften und Kinderbetreuungsplätzen; Notwendigkeit eines Weiterbildungs-Ges

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Durchgreifende Reformen des Arbeitsmarkts als Voraussetzung zur Belebung des Wirtschaftsstandorts BW - Bewertung der Vorschläge der Hartz-Kommission

Aktuelle Debatte
s. *Arbeitsmarkt*
PIPr 13/30 S. 1811

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Rahmendaten, Standortdefizite und -chancen in Heilbronn und den vier LKreisen der Region; modifizierte Fortschreibung der GrAnfr und Antw von 1998 auf Drs 12/1976; Ausbildungs-, Arbeitsmarkt- bzw Wirtschaftsdaten, Verkehrsinfrastruktur, Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmendaten, Ausbau der Region zu einem Wirtschaftsstandort mit europäischer Bedeutung, zurückliegende und künftige Förderung des Wohnungsbaus, Unterstützung von Konversionsmaßnahmen, Bau von Wohnungen und Ansiedlung von Gewerbe auf ehemals militärisch genutzten Flächen

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*
Drs 13/1226

Durchsetzung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau in BW

Bisherige und künftige Maßnahmen; Vergleich der geschlechterspezifischen Bildungsabschlüsse, der Eingruppierung und Bekleidung von Führungsstellen in der freien Wirtschaft und im öffentlichen Dienst der Jahre 1990 und 2000; Anteil von Frauen in Zukunftsberufen und in der Politik; Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Steigerung der Bereitschaft von Männern zur Wahrnehmung von Erziehungsurlaub

Antr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/1240

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region; Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild,

Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Entwicklung der o.g. Betätigung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen seit 1992, Frage nach einer drittschützenden Wirkung des § 102 GemO sowie nach Eingriffsmöglichkeiten und -handlungen der Rechtsaufsicht in den letzten fünf Jahren, Vereinbarkeit einer Lockerung des Örtlichkeitsprinzips mit der EU-rechtlichen Privilegierung der kommunalen Daseinsvorsorge, Beschränkung auf Ausnahmen, Normierung eines wettbewerbsrechtlichen Unterlassungsanspruchs Dritter gegenüber den Kommunen? Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegründeten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau sowie eines Kreisplanungsamts bei Leistungen der Bauwerksplanung und Grünplanung

Antr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1367

Wettbewerbliche Konkurrenz durch den zweiten Arbeitsmarkt

Wirtschaftliche Betätigung von subventionierten gemeinnützigen Werkstätten u.a. Einrichtungen des zweiten Arbeitsmarkts in Konkurrenz zu privaten Unternehmen, Behandlung dieser Betriebe durch Kommunen und LKreise, Vereinbarkeit mit dem MittelstandsförderungsGes? Verhinderung eines Verdrängungswettbewerbs zulasten von Handwerk und Mittelstand

KlAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/1437

Projekte für Hochbegabtenförderung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Auflistung der bestehenden und geplanten Vorhaben, der Anreize, Akzeptanz sowie Vorgaben des KM

KlAnfr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/1635

Situation der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern

Bewertung der eingeleiteten Reformprozesse; Erfahrungen mit dem kaufmännischen Rechnungswesen; Darstellung weiterer Effizienzpotenziale iR einer kritischen Aufgabenüberprüfung und Reduzierung der Kammerbezirke; Beurteilung der wirtschaftlichen Betätigung und Höhe der Pflichtbeiträge; internationaler Vergleich und Alternativen zum vorhandenen System, Einrichtung einer einheitlichen Wirtschaftskammer; Festhalten am gesetzlichen Auftrag der beruflichen Aus- und Weiterbildung?

GrAnfr
s. *Industrie- und Handelskammer*
Drs 13/1664

Gemeinschaftskunde/geplanter Fächerverband Erdkunde, Politik, Wirtschaft (EPW) an allgemein bildenden Gymnasien

Antr
s. *Politische Bildung*
Drs 13/1743

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungs-

plätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr Thomas Knapp u.a. SPD 12.03.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1880 (16 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 14 15
PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreiss Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr Beate Fauser u.a. FDP/DVP 13.03.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1886 (14 S.)

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr Mario Capezzuto u.a. SPD 25.04.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2026 (13 S.)

Bedeutung der Agenda 2010 für den Wirtschaftsstandort BW

Aktuelle Debatte
s. *Agenda 2010*
PIPr 13/44 S. 3014

Schulfach Ökonomie im Lichtenstern-Gymnasium Sachsenheim
Ziele und Inhalte des ab Klasse 5 eingerichteten Ökonomieprofils; Bewertung als Modell für die allgemein bildenden öffentlichen Gymnasien

Antr FDP/DVP 27.05.2003 und Stellungnahme KM Drs 13/2109
BeschlEmpf und Bericht SchulA 03.12.2003 Drs 13/2782 S. 28 29
PIPr 13/62 04.02.2004 S. 4440

Wirtschaftsstandort Schwarzwald-Baar-Heuberg

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1993; Bedarf und Nachfrage von Gewerbeflächen; Rolle und Auslastung der Beherbergungsbetriebe, Zahl der Übernachtungen und Tagestouristen, insbes in den Kur- und Bäderorten; Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Antr Ernst Pfister u.a. FDP/DVP 26.11.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2667 (27 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 21.04.2004 Drs 13/3200 S. 17 18
PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4960

Initiative KURS - Kooperationsnetze zwischen Unternehmen der Region und Schulen

Stärkung der Berufsorientierung und Wirtschaftskompetenz der Schüler, Erfahrungen und weitere Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, Auflistung der beteiligten Schulen und Unternehmen sowie der Unterstützung vonseiten der Kammern und Wirtschaftsverbände

Antr Georg Wacker u.a. CDU 30.01.2004 und Stellungnahme KM Drs 13/2875
BeschlEmpf und Bericht SchulA 17.03.2004 Drs 13/3093 S. 26 27
PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4894

Die Osterweiterung der Europäischen Union: Auswirkungen auf BW

Entwicklung der Auslandsinvestitionen der Wirtschaft in den zehn Beitrittsländern und der Außenhandelsbilanz seit 1999, Art und Anteil der Importe, Vergleich der jeweiligen Wettbewerbsbedingungen, Unterstützung der Rechtsangleichung und Transformationsprozesse der Volkswirtschaften; Rückwirkungen auf die Arbeitsplätze; Zahl von arbeitenden Wochenendpendlern aus Tschechien, Polen und Ungarn; kurz- und mittelfristige Wanderungsbewegungen von Arbeitnehmern

GrAnfr
s. *Osteuropa*
Drs 13/2975

Standort- und Zukunftssicherung des Landes BW durch wirtschaftsnahe Forschungsinstitute

Aktuelle Debatte
s. *Forschung*
PIPr 13/64 S. 4489

Erwerbstätigkeit und Bildungsniveau in mittelfristiger Entwicklung

Altersstruktur und Erwerbsanteil von Frauen und Männern 2004, 2010, 2020 und 2030; Strukturveränderungen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen durch den absehbaren Prozess der Überalterung; Entwicklung des Anteils der hochqualifizierten Erwerbsfähigen bei Fortschreibung bzw Anhebung des Bildungsniveaus; Maßnahmen zur Steigerung des Erwerbsanteils von Jugendlichen, Frauen und Älteren

Antr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/3003

Der Wirtschaftsstandort BW in der aktuellen Diskussion

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5188-5204

Umsetzung der Vorschläge von Wirtschaftsverbänden zum Bürokratieabbau

Vorschläge aus den Ministerien und von Wirtschaftsverbänden und deren Umsetzung seit der Veröffentlichung des offenen Briefs des MinPräs an die Kabinettsmitglieder, Maßnahmen der angekündigten Arbeitsgruppe und des eingesetzten Ombudsmanns für Bürokratieabbau, Frage nach einem Beschluss des Ministerrats zu der angekündigten Tranche von ca 80 Vorschlägen

Antr
s. *Bürokratie*
Drs 13/3804

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, gestellte und bewilligte Anträge auf GVFG-Maßnahmen, Stand der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts von den Akteuren vor Ort

Antr Beate Fauser u.a. FDP/DVP 26.01.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/3975 (14 S.)

Stellenwert des Studienfachs Haushalt/Textil an den Pädagogischen Hochschulen

Fachlehrerbedarf an den einzelnen Schularten und Bewerberzahlen für die Studienfächer Technik, Haushalt/Textil und Wirtschaftslehre; Studienplatzangebot und Ausstattung dieser Studienfächer an den einzelnen PH

Antr
s. *Lehrerbildung*
Drs 13/3998

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr Richard Drautz u.a. FDP/DVP 16.03.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4152 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 16.11.2005 Drs 13/4924 S. 8 9
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7644

Innovationsstandort BW

Bedeutende Innovationen für den Wirtschaftsstandort in den letzten fünf Jahren, Zahl der Patente, Stellenwert der Universitäten und wirtschaftsnahen Forschungsinstitute, unterstützende Rolle von Veranstaltungen wie Messen oder Kongresse, geplante Maßnahmen für die nächsten Jahre

Antr
s. *Innovation*
Drs 13/4212

Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze innerhalb der EU und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft im Land

Antr
s. *Mehrwertsteuer*
Drs 13/4276

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor in den letzten zehn Jahren, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Touris-

musförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

KlAnfr Mario Capezuto SPD 28.04.2005 und Antw WM Drs 13/4291 (17 S.)

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. *Investition*
Drs 13/4400

Chancen für Existenzgründerinnen in BW

Arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Bedeutung der Existenzgründung von Frauen; Art, Umfang und Ergebnisse der Unterstützung von Gründungen von Frauen und Männern; Berücksichtigung der spezifischen Lebenssituation von Frauen, insbes durch Kinderbetreuungsangebote; Vermittlung von Grundwissen durch Beratungs- und Bildungsmaßnahmen, Sensibilisierung und Qualifikation von Mädchen für die unternehmerische Selbstständigkeit bereits in der Schule; Frage nach Entrepreneurship-Lehrstühlen und Forschungsaktivitäten zur Untersuchung des weiblichen Gründungsverhaltens

GrAnfr
s. *Existenzgründung*
Drs 13/4470

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr FDP/DVP 20.07.2005 und Antw WM Drs 13/4536 (57 S.)

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Vernetzung mit der Wirtschaft, insbes des Transfers von Forschungsergebnissen und der Technikfolgenabschätzung seit 1985; Höhe und Wirkungen der Förderung, Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Arbeitsmarktdaten, Existenzgründungen und Betriebsansiedlungen; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Kooperation mit Bayern; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen; Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, geplante Projekte bis 2010; Wettbewerbsfähigkeit der

Region als Hochtechnologiestandort, Abbau von Defiziten

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Planungen der CDU zur Erhöhung der Mehrwertsteuer - Konsequenzen für Wirtschaft, Arbeitsplätze und Konsumenten in BW

Aktuelle Debatte
s. *Mehrwertsteuer*
PIPr 13/98 S. 6969

„Weg vom Öl“; hier: Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des Mobilitätssystems in BW bei dauerhaft hohen Ölpreisen

GrAnfr
s. *Energiepolitik*
Drs 13/4635

Die Wirtschaftspolitik der LReg verhindert Investitionen und neue Arbeitsplätze in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD
PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7292-7305

Bedeutung älterer Arbeitnehmer für die Wirtschaft BW

Aktuelle Debatte
s. *Arbeitnehmer*
PIPr 13/106 S. 7675

Forschung als Motor für Arbeit und Wirtschaft

Aktuelle Debatte
s. *Forschung*
PIPr 13/108 S. 7880

Stärke der Wirtschaft in BW, Förderung der mittelständischen Unternehmen, Vernetzung von Schule und Wirtschaft, Bereitstellung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 45 48 51 54 56

Erfolge der Wirtschaft im Land, Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage, Hinwirkung auf eine höhere Steuerentlastung der Unternehmen

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 200 204-209 233

Anforderungen aus der Wirtschaft zum jährlichen Bedarf an Zuwanderern; Forderung der Wirtschaft nach einer Reform der Verwaltungsorganisation des Landes

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 260 262-266 268 271 286 287 289

Betrachtung des Nachtrags zum Hpl für 2001 im Lichte der nationalen und globalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, Feststellung von Belastungen der Wirtschaft durch die Bundespolitik

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329 342

Feststellung einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen; Notwendigkeit von Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen; Chancen der EU-Osterweiterung für die Wirtschaft des Landes

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 560 565 566 568-573 603 604

Stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftsthemen in der Schule; Zurückweisung der Angriffe auf die Wirtschaftspolitik der BReg; Förderung von Wirtschaftsregionen durch Clusterbildung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 698-702 705 706

Feststellung eines schwierigen Umfelds der wirtschaftlichen Entwicklung, Bewertung der Wirtschaftskraft des Landes, Konkurrenz zwischen Wirtschaft und öffentlichem Dienst bei der Nachwuchsgewinnung

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 795 796 800 802 814 815

Bedeutung der Straßeninfrastruktur für die Wirtschaft des Landes, Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort BW

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 835 837 838 843-847 853 856-859 873 874 896 899 916 917

Feststellung einer konjunkturell und strukturell bedingten Schwächeperiode der Wirtschaft; Anteil des Mittelstands an der Wirtschaftsstärke des Landes; Bedeutung einer neuen Landesmesse für die Wirtschaft, Höhe der finanziellen Beteiligung

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1097-1099 1102 1106 1108-1110 1113 1142 1143 1146 1147 1151 1152

Begrüßung des ZuwanderungsGes vonseiten der Wirtschaft, Quantifizierung des Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften; Selbstverpflichtung der Wirtschaft zum Abbau von Einwegverpackungen

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1285 1288-1292 1295 1308-1313

Chancen der EU-Osterweiterung für die Wirtschaft des Landes, Bedeutung der Exportwirtschaft, Heranführung der Beitrittsländer an die Wirtschaftskraft der EU, wirtschaftliche Aspekte von Grundschulfranzösisch am Oberrhein, Forderungen aus der Wirtschaft zur Internationalisierung der Hochschulabschlüsse

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1453 1454 1468 1469 1471 1486-1489 1491 1495 1496 1504 1506-1511

Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Wahlkampf, Gegenüberstellung der Realität einer „Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“; Notwendigkeit positiver Impulse zur Stimulanz der Wirtschaft; Bewertung des Standorts Deutschland vom Weltwirtschaftsforum

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2111-2136 2155 2156 2158-2162 2164

Feststellung einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weltweit, Aufforderung zur Rückkehr zu einer wachstumsorientierten Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2215-2233

Bewertung der Mittelstandsoffensive der BReg, Einstufung des Wirtschaftsstandorts Deutschland durch das Weltwirtschaftsforum, Bewertung des Mittelstands als Humus der Wirtschaft, Forderung der Wirtschaft nach einer Verwaltungsreform

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355-2372

Benotung der Wirtschaftspolitik der BReg, Notwendigkeit positiver Impulse zur Stimulanz der Investitionsbereitschaft

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2625-2656 2691

Benotung der Wirtschaftspolitik der BReg, Rückwirkungen auf das Land, Anmahnung von Reformen; Hoffen auf eine günstige Beeinflussung der Olympiabewerbung durch die Wirtschaftskraft der Region Stuttgart

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2715 2729 2730 2734 2749 2752 2765

Benotung der Wirtschaftspolitik der BReg, Notwendigkeit positiver Impulse zur Steigerung der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2811 2823 2828 2830 2845-2855

Bedeutung einer neuen Landesmesse als internationales Schaufenster für die exportorientierte Wirtschaft, Beurteilung des von der Wirtschaft bisher zugesagten finanziellen Beitrags; Benotung der Wirtschaftspolitik der BReg

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3369-3379 3383-3387 3390-3392 3395 3396

Notwendigkeit verlässlicher Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; Abbau von Vorschriften, Bürokratie und Steuertarifen; stärkere Berücksichtigung von Wirtschaftsthemen in der Schule

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3599-3601 3603 3606 3607 3609 3610 3612-3615 3622-3625 3627-3630 3633 3635 3642-3645 3648 3650-3652 3661

Belastung der Wirtschaft mit einer Ausbildungsabgabe, Stärkung der Eigenverantwortung zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3855-3871

Bewertung der Reformkompromisse im Vermittlungsausschuss aus Sicht der Wirtschaft; Verbesserung der Wirtschaftsinfrastruktur in Oberrhein und im Neckar-Odenwald-Kreis

PIPr 13/58 18.12.2003 S. 4093-4102 4127-4133

Notwendigkeit positiver Impulse zur Steigerung der Zahl von Arbeitsplätzen in allen Branchen der Wirtschaft; Bedeutung der neuen Landesmesse für die exportorientierte Wirtschaft; Erinnerung an die Strukturkrise in den Neunzigerjahren

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4145 4156 4158-4161 4173 4176 4177

Aufforderung an die Wirtschaft zu mehr Kunst- und Kultursponsoring, Bewertung von Kunst und Kultur als Wirtschaftsfaktor; Bezeichnung der Wirtschaftspolitik als einen der Schwerpunkte im Haushalt; Rückgabe von Aufgaben an die Wirtschaft

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4251 4253 4256 4282-4301

Steuerentlastung der Wirtschaft zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Überwindung der Wachstumsschwäche, Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5638-5640 5646

Vergleich der Wirtschaftsentwicklung mit dem europäischen Umfeld; Klagen aus der Wirtschaft über die Ausbildungsreife von Schulabgängern; Notwendigkeit einer gut ausgebauten Infrastruktur

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863-5866 5868-5870 5876-5880 5882-5884 5888 5891-5894 5896-5898

Benotung der Wirtschaftspolitik der BReg; Anstöße zur Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft; Klagen aus der Wirtschaft über die mangelnde Ausbildungsreife der Schulabgänger; Notwendigkeit einer gut ausgebauten Infrastruktur

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5961 5977 6004 6014-6035

Beklagung der wirtschaftlichen Gesamtlage vor dem Hintergrund der Haushaltsaufstellung

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6139 6150 6151 6155 6156 6158

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich, Weiterentwicklung der internationalen Wirtschaftsstudiengänge am Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351 6353 6358

Spitzenstellung des Landes bei der Wirtschaftskraft, internationale Wettbewerbsfähigkeit mit innovativen Produkten und Dienstleistungen, Vorgaben und Instrumente zur Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401-6410 6421-6423 6439

Spitzenstellung des Landes bei der Wirtschaftskraft, Bedeutung einer intakten Infrastruktur als Standortfaktor, Vorschläge zur weiteren Liberalisierung der Märkte, Intensivierung der Anstrengungen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen im Land, Verzahnung der Berufsakademien mit der Wirtschaft

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461-6472 6478-6483 6487 6492-6500 6505-6512 6528 6529 6532

Bedarf der Wirtschaft an gut ausgebildeten Frauen, Kooperation mit der Wirtschaft iRd Vereinbarung über die Ganztagsbetreuung an Schulen, Vermittlung von Wissen über die Wirtschaft

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7200 7201 7204-7206 7210

Bedeutung einer intakten Verkehrsinfrastruktur als Standortfaktor für die Wirtschaft, Unterstützung der Verkehrsinformationsdienste der Wirtschaft; Erwartung verbesserter Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft mit dem Regierungswechsel in Berlin

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7382 7387 7388 7391 7444-7450

Wirtschaftliche Kooperation

s.a. Außenwirtschaft

s.a. Wirtschaftsförderung

Aufgaben und Organisation der Gesellschaft für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit BW mbH (GWZ)

Aufgaben, Organisation, Personal- und Mittelausstattung der GWZ; Erfolgskontrollen und -bewertung; Schritte zur Bündelung und Weiterentwicklung der Außenwirtschaftsförderung; Fortführung der Erstellung von Außenhandelsinformationen und -studien durch die GWZ?

Antr

s. Außenwirtschaft

Drs 13/1317

Effektivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit des Landes Bündelung der Zuständigkeiten in einem Ministerium, Höhe der dadurch erzielbaren Einsparungen, Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen iRd wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern

Antr

s. Entwicklungshilfe

Drs 13/1422

Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen BW und den chinesischen Partnerprovinzen Liaoning und Jiangsu

Bedeutung, Aufgaben, Ziele und Kosten der o.g. Projekte; Entwicklungspotenziale für die heimische Exportwirtschaft; Perspektiven einer Vertiefung der Kooperation im Umweltschutz, insbes in der Abfallwirtschaft, der rationellen Energienutzung, dem Energiesparen und Nutzung erneuerbarer Energien sowie Sanierung der großen Seen in der Provinz Jiangsu unter Einbe-

ziehung des Seenforschungsinstituts Langenargen

Antr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/1787

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Entwicklung o.g. Beziehungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und den Spannungen zwischen den Regierungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg differenziert nach Branchen und Regionen; Umfang der jeweiligen Direktinvestitionen, von Forschungs Kooperationen sowie des Austauschs von Wissenschaftlern und Führungspersonal; Beteiligung von US-Firmen an Messen und Kongressen; Fördereinrichtungen und -maßnahmen des Landes

Antr CDU 16.07.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2269 (12 S.)

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5298 (abgesetzt)

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5474-5480

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Bedeutung und Förderung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur; Unterstützung des Austauschs von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden; Engagement von Unternehmen in China sowie von chinesischen Wirtschaftsunternehmen in BW

Antr

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Drs 13/2553

BW und seine privilegierten Beziehungen zu Frankreich

Stand und Perspektiven der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Kultur, Wirtschaft und Verkehrsinfrastruktur; Entwicklung der kommunalen Partnerschaften, der Hochschulbeziehungen, des Schüleraustauschs, des Eurodistrikts und der Kooperationen am Oberrhein

GrAnfr

s. *Frankreich*

Drs 13/3236

Türkei

Zahl der türkischen Mitbürger in BW, Anteil von Unternehmen bzw von Arbeitslosen, Entwicklung und Perspektiven des Waren- und Dienstleistungsaustauschs zwischen Deutschland bzw BW und der Türkei, Auflistung der Firmen mit Niederlassungen in der Türkei sowie von Messen, Tagungen u.a. Veranstaltungen zur Intensivierung der Kontakte; Zahl von türkischen Studenten in BW, von Städte- und Hochschulpartnerschaften

KlAnfr

s. *Türkei*

Drs 13/4282

Beziehungen des Landes BW zu Bulgarien

Entwicklung der Beziehungen, der Unternehmensansiedlungen und des Warenaustauschs in den letzten fünf Jahren; Frage nach Hilfestellungen und Fördermaßnahmen für heimische Unternehmen sowie nach Kontakten im Bildungs- und Forschungsbereich; Einrichtung einer gemeinsamen Regierungskommission sowie einer eigenen Repräsentanz in Bulgarien

Antr

s. *Bulgarien*

Drs 13/4447

Wirtschaftsbeziehungen mit Serbien-Montenegro

Handelsvolumen, Güter und Schwerpunkte 2004; Auswirkungen des Freihandelsabkommens mit der EU; Werbung um Firmen für Investitionen in Serbien-Montenegro; Bedeutung der Hochschulen für die produktnahe Forschung und Entwicklung; Stand und Perspektiven der institutionellen Zusammenarbeit

KlAnfr

s. *Serbien und Montenegro*

Drs 13/4786

Wirtschafts- und Handelskontakte des Landes mit der Volksrepublik China (VR China)

Darlegung der bestehenden und geplanten Kontakte bzw der gegenseitigen Besuche von Wirtschaftsdelegationen und deren Ergebnisse, Frage nach Repräsentanten von Institutionen des Landes in China mit dem Ziel der Werbung um Betriebsansiedlungen und Investitionen in BW

KlAnfr

s. *China*

Drs 13/5201

Wirtschaftsdelegation

s.a. *Auslandsreise*

Übernahme von Reisekosten für Journalisten

Auflistung der Reisen von Regierungsmitgliedern seit Beginn der 13. WP und der begleitenden Journalisten, Frage nach vorhandenen Regelungen zur Kostenübernahme bzw der jeweils tatsächlich erfolgten Kostenerstattung

Antr

s. *Journalist*

Drs 13/1958

Handelsbeziehungen nach Osteuropa

Firmen mit Niederlassungen und Geschäftskontakten in Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien und der Slowakei; Volumina der jeweiligen Außenhandelsbilanz sowie der Förderung vonseiten des Landes, Bundes und der EU; Frage nach geplanten Delegationsreisen, Kontaktbörsen u.ä.

KlAnfr

s. *Osteuropa*

Drs 13/3774

Empfang des MinPräs für Delegationsmitglieder seiner Auslandsreisen

Versand von Spendenbriefen an die zur o.g. Veranstaltung im Neuen Schloss eingeladenen Teilnehmer: Höhe der eingegangenen Spenden, der veranschlagten sowie tatsächlichen Kosten des Empfangs, verfügbare Haushaltsmittel des StM, Zahl der vorgesehenen Abschiedsveranstaltungen des MinPräs

KlAnfr

s. *Ministerpräsident*

Drs 13/4051

Zugang zu sicherheitsrelevanten Bereichen mit falschen Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Frage nach einer strafrechtlichen Relevanz, nach Konsequenzen des Vorfalls für die beteiligten amerikanischen Sicherheitsbeamten sowie nach den Folgen eines derartigen Missbrauchs für Bürger in BW

Antr
s. *Ausweis*
Drs 13/4854

Ermittlungen wegen des Missbrauchs von Ausweispapieren

Verschaffung von Zugang ins Weiße Haus mit falschen Ausweispapieren: Beurteilung und mögliche Konsequenzen dieses Verhaltens eines Delegationsmitglieds auf einer gemeinsamen Auslandsreise mit dem MinPräs in den USA, Verneinung einer strafrechtlichen Relevanz mit der Stellungnahme des StM auf Drs 13/4854 im Gegensatz zu der (Ermittlungen planenden) zuständigen Staatsanwaltschaft, Aufklärung dieses Widerspruchs

Antr
s. *Ausweis*
Drs 13/5091

Wirtschafts- und Handelskontakte des Landes mit der Volksrepublik China (VR China)

Darlegung der bestehenden und geplanten Kontakte bzw der gegenseitigen Besuche von Wirtschaftsdelegationen und deren Ergebnisse, Frage nach Repräsentanten von Institutionen des Landes in China mit dem Ziel der Werbung um Betriebsansiedlungen und Investitionen in BW

KlAnfr
s. *China*
Drs 13/5201

Begründung der Reise des WM mit einer Wirtschaftsdelegation nach Saudi-Arabien

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1520

Auslandsreisen von Wirtschaftsdelegationen mit Wirtschaftsminister Dr. Döring

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4790 4794

Bewertung der Reise des Wirtschaftsausschusses mit Unternehmen in die USA

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5475-5479

Begründung der Reise des WM mit einer Wirtschaftsdelegation nach Litauen

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7143

Begründung der Reise des WM mit einer Wirtschaftsdelegation nach Südamerika

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7297

Präsentation des Tourismusstandorts BW auf Auslandsreisen des WM mit Wirtschaftsdelegationen sowie bei Besuchen von Delegationen in BW

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7959 7965 7966

Wirtschaftsförderung

s.a. *Außenwirtschaft*
s.a. *Landesgewerbeamt*
s.a. *Strukturentwicklungsbericht*
s.a. *Unternehmensberatung*
s.a. *Wirtschaftliche Kooperation*

Handwerkspolitik in BW

Entwicklung der überbetrieblichen Gewerbeförderung seit 1991, Bewertung der Reduktion des Handwerkeranteils, Unterstützung von Verbundforschungsprojekten iRd Zukunftsoffensive III, Förderung der Bildungs- und Technologiezentren, Weiter-

entwicklung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie der Kooperation von Firmen, Stand und Ergebnisse der LMedieninitiative in Zusammenarbeit mit dem Handwerk, Maßnahmen gegen die drohende Meisterlücke und den Mangel an Betriebsnachfolgern, insbes Förderung von Frauen als Übernehmerinnen

Antr
s. *Handwerk*
Drs 13/46

Mittelstand und Beschäftigung in BW

Einrichtung eines Schwerpunktprogramms zur Förderung von (mittelständischen) Unternehmen des Landes auf den Märkten der ost- und südosteuropäischen Beitrittsländer

Antr SPD 11.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/77
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320
BeschlEmpf und Bericht WirtA 24.04.2002 Drs 13/997 S. 6
7
PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1731

Förderung von mittelständischen Unternehmenskooperationen

Unterstützung von Unternehmenskooperationen und Verbundsystemen als Alternative und Ergänzung der einzelbetrieblichen Förderung

Antr
s. *Mittelstand*
Drs 13/878

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und Landesplanungsges sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr
s. *Landschaftsveränderung*
Drs 13/1010

Wirtschaftliche Entwicklung im Hohenlohekreis und im LKreis Schwäbisch Hall

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr Jochen K. Kübler CDU 03.07.2002 und Antw WM
Drs 13/1134 (12 S.)

Entwicklung der Bodenseeregion

Maßnahmen und Mittel zur Weiterentwicklung von Infrastruktur- und Arbeitsplatzangeboten, Einbindung in internationale Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetze; Unterstützung der Stadt Friedrichshafen als Messe-, Flughafen- und Hochtechnologiestandort; Stärkung der Wettbewerbslage heimischer Unternehmen gegenüber der Schweiz, Bemühungen um die Ansiedlung schweizerischer Unternehmen in der Region;

Realisierung von Grundsätzen und Zielen im Bodenseeleitbild, Förderung der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen

Antr
s. *Bodensee*
Drs 13/1251

Wirtschaftliche Entwicklung im Ostalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KIAnfr Winfried Mack CDU 04.09.2002 und Antw WM Drs 13/1293 (10 S.)

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KIAnfr Günther-Martin Pauli CDU 09.09.2002 und Antw WM Drs 13/1307

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Rottweil

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KIAnfr Dieter Kleinmann FDP/DVP 16.09.2002 und Antw WM Drs 13/1318 (13 S.)

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in BW

Finanzhilfen, Instrumente und Programme zur Existenzgründung, Außenwirtschafts-, Beratungs-, Forschungs- und Technologieförderung; Evaluation der Programme, Abstimmung mit den Kammern sowie der Förderung des Bundes und der EU; Koordination der Maßnahmen zwischen L-Bank, Bürgschaftsbank, GWZ, Landesgewerbeamt und Steinbeis-Stiftung; Frage nach einem Bedarf zur Ausweitung und Optimierung, Auswirkungen für das Landesgewerbeamt

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 09.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1387 (22 S.)
BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 5-8
PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Wirtschaftliche Entwicklung im WK 25 Schwäbisch Gmünd

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft

KIAnfr Mario Capezuto SPD 04.11.2002 und Antw WM

Drs 13/1451 (11 S.)

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KIAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 12.11.2002 und Antw WM Drs 13/1491 (13 S.)

Wirtschaftliche Entwicklung im Rems-Murr-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KIAnfr Hans Heinz CDU 13.11.2002 und Antw WM Drs 13/1501 (12 S.)

Finanzierung und Förderung von Handwerk und Mittelstand in BW

Verzicht auf Gewährleistungsbürgschaften; Bündelung des Zugangs zu Darlehen, Bürgschaften und Subventionen bei einer Förderbank; Verbesserung der Attraktivität der Durchleitung von Förderdarlehen bei den Hausbanken; Ausweitung der Finanzierungsangebote; Abbau von Bürokratie und Bearbeitungskosten bei der Antragstellung und dem Verwendungsnachweis

Antr SPD 14.11.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1516
EAntr CDU und FDP/DVP 27.11.2003 Drs 13/2677
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3906-3915

Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Bündelung der zersplitterten Zuständigkeiten bei einem zentralen Ansprechpartner unter Zuordnung eines überregionalen Gremiums, Ersetzung der regionalen Schwerpunktbildung durch eine zielorientierte Neuordnung der Förderung durch Landesmittel und ordnungspolitische Maßnahmen

Antr SPD 14.11.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1517
EAntr CDU und FDP/DVP 27.11.2003 Drs 13/2676
PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3915-3922

Wirtschaftliche Entwicklung der Region Konstanz-Radolfzell (Stadt Konstanz, Gemeinden Allensbach und Reichenau und Stadt Radolfzell)

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Biotechnologie und Tourismus; Anteil der Banken und Hochschulen an der Finanzkraft der Stadt Konstanz

KIAnfr Andreas Hoffmann CDU 15.11.2002 und Antw WM Drs 13/1520 (23 S.)

Regionale Wirtschaftsförderung

Einsatz von Haushaltsmitteln zur Förderung der regionalen Wirtschaftskooperationen 2002/03, Unterstützung von Projekten aus dem Innoregio-Wettbewerb des BMBF sowie der regionalen

Clusterbildung

Antr Dr. Walter Witzel u.a. GRÜNE 12.12.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1616
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 05.02.2003 Drs 13/1855 S. 20
 PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Heidenheim

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Tourismus und Dienstleistung

KIAnfr Dr. Inge Gräßle CDU 27.01.2003 und Antw WM Drs 13/1716 (11 S.)

Wirtschaftliche Entwicklung in den LKreisen Bodenseekreis und Ravensburg

Entwicklung der Eckdaten und Entwicklungsperspektiven im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen

KIAnfr Norbert Zeller SPD 04.02.2003 und Antw WM Drs 13/1733 (15 S.)

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 17) - Kos-ten für die Abwicklung von Wirtschaftsförderprogrammen

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XIV. S. 6
 PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681
 Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2209
 BeschlEmpf und Bericht FinA 18.09.2003 Drs 13/2452
 PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3773
 Mittlg LReg 03.05.2004 Drs 13/3160 (32 S.)
 BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3276
 PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Wirtschaftsstandort Pforzheim stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Enzkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
 s. *Wirtschaft*
 Drs 13/1880

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung im LKreis Calw

Entwicklung der Eckdaten in den einzelnen Branchen, der Zahl von Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen seit 1996; Situation im Einzelhandel; Einschätzung der weiteren konjunkturellen und strukturellen Entwicklung; Erfolge bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit und Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen, Anteil der Förderung nach dem 5. EU-Rahmenprogramm für Forschung

Antr
 s. *Wirtschaft*

Drs 13/1886

Wirtschaftliche Entwicklung im Main-Tauber-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KIAnfr Gerd Teßmer SPD 10.04.2003 und Antw WM Drs 13/1986 (17 S.)

Wirtschaftliche Entwicklung im Neckar-Odenwald-Kreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KIAnfr Gerd Teßmer SPD 10.04.2003 und Antw WM Drs 13/1987 (18 S.)

Wirtschaftsstandort Schwäbisch Gmünd stärken

Wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Ostalbkreis und zum Land seit 1996 bei der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen, Investitionen und Bruttowertschöpfung; Maßnahmen zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit; Formulierung eines Leitbilds mit den Akteuren vor Ort

Antr
 s. *Wirtschaft*
 Drs 13/2026

Auswirkungen der geplanten Verwaltungsreform auf die Tätigkeit des Landesgewerbeamts (LGA)

Wahrnehmung der Aufgaben aus dem ArbeitsschutzGes; Eingliederung von Teilen des LGA in verschiedene Landratsämter, Verbleib von Restaufgaben bei einer möglichen Zentralstelle; Vereinbarkeit der Vorstellungen zur Verwaltungsreform und Wirtschaftsförderung

Antr
 s. *Landesgewerbeamt*
 Drs 13/2101

Verhältnis zwischen L-Bank und neuer Mittelstandsbank

Bewertung der Zusammenlegung der Förderbereiche der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Ausgleichsbank, Auswirkungen der Überschneidungen und Attraktivität der angebotenen Darlehensprogramme, Beurteilung von sinnvollen Kooperationen

Antr
 s. *Landeskreditbank*
 Drs 13/2120

Wirtschaftliche Entwicklung im LKreis Waldshut

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Gastgewerbe, Verkehr sowie in der Land- und Forstwirtschaft, der Arbeitsmarktbilanz sowie der Zahl von Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1998; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den

verschiedenen Förderprogrammen; Anteil von Fördermitteln der EU; Entwicklungsperspektiven im Bereich der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs

KlAnfr Alfred Winkler SPD 03.06.2003 und Antw WM Drs 13/2135 (14 S.)

Prüfung der bestehenden Institutionen zur Wirtschaftsförderung im Land durch den Rechnungshof

Kurzfristige Ansetzung der Untersuchung von Organisation und Effizienz o.g. Einrichtungen durch den RH: Vereinbarkeit mit der Herbeiführung eines Kabinettsbeschlusses zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung, Sinn und Zeitperspektive der dann noch andauernden Prüfungen des RH und Einbeziehung des Parlaments; Verantwortliche, Gründe und Aufwand der veranlassten Untersuchung

Antr Claus Schmiedel u.a. SPD 12.06.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2154

BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.09.2003 Drs 13/2485 S. 4 5

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3774

Organisation und Rechtsform des Landesgewerbeamts

Ankündigung einer Organisationsuntersuchung durch den Präsidenten des LGA sowie Aussagen zum Interesse der L-Bank an der Wirtschaftsförderung, Frage nach dem Nutzen der angekündigten Studie vor dem Hintergrund der laufenden Untersuchungen des RH

Antr

s. *Landesgewerbeamt*

Drs 13/2156

Existenzgründungen in BW

Entwicklung der Zahl von Nebenerwerbs- und Vollerwerbsgründungen in den Bereichen Produktion und Dienstleistung in den letzten fünf Jahren, Vergleich mit anderen BLändern; Förderung über Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken; Aufstockung der Förderung von Betriebsübernahmen sowie der Ausfallbürgschaften bei der Bürgschaftsbank, L-Bank und beim Land

Antr

s. *Existenzgründung*

Drs 13/2174

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Regionale und kommunale Wirtschaftsförderung

Bestehende Einrichtungen, Aufgaben und Zusammenarbeit untereinander sowie mit dem WM und den landesweit tätigen Institutionen wie Landesgewerbeamt, L-Bank und GWZ; Maßnahmen zur Förderung und Koordination sowie zur Präsenz der Regionen auf europäischer Ebene; Auswirkungen der Neuordnung der Wirtschaftsförderung des Landes

Antr CDU 01.08.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2328 (15 S.)

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5790

BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 4 5

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Mittelstand und Blasmusik in BW

Aussagen des WM zur Höhe der Förderung von Trachtengruppen, Blaskapellen, des Mittelstands und der überbetrieblichen Ausbildung; Darstellung der jeweiligen Etatansätze; Maßnahmen zur Behebung des kritisierten Missverhältnisses

Antr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2418

Fördermittel Mittelstand Unternehmensberatung

Art der Abwicklung, Höhe der eingesetzten Mittel und zuständige Stellen der Mittelvergabe für Existenzgründungs- und Unternehmensberatung iRd Mittelstandsförderung

KlAnfr

s. *Mittelstand*

Drs 13/2608

Drohende Auflösung des Landesgewerbeamts

Konkretisierung o.g. Pläne im Zuge der Verwaltungsreform, Übertragung der Aufgaben und des Personals auf die Stadt- und LKreise? Überlegungen zur zeitlichen Umsetzung und weiteren Nutzung des Gebäudes; Vorlage einer Konzeption für eine zukunftsrichtige Wirtschaftsförderung unter Beteiligung der Wirtschaft

Antr

s. *Landesgewerbeamt*

Drs 13/2724

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Strukturentwicklungsbericht 2003

Verfeinerung der Kriterien für eine Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung; Bericht über strukturpolitische Maßnahmen 1995-2002 in den regionalen Fördergebieten BW

Mittlg

s. *Strukturentwicklungsbericht*

Drs 13/2941

EU-Strukturförderung für den Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd und die weitere Entwicklung dieses Fördersegments

Höhe und Herkunft der Fördermittel zur Unterstützung von Ziel 2 Regionale Wettbewerbsfähigkeit, Beteiligung an den Vorbereitungen für die neu zu regelnde Förderphase nach 2006, Einschätzung der zu erwartenden Veränderungen in den Kriterien, Verfahren und in der Gebietskulisse

KlAnfr

s. *Strukturpolitik*

Drs 13/3375

Ges zur Neuordnung der Wirtschaftsförderung

Auflösung des Landesgewerbeamts, Aufhebung der entsprechenden VO; Änd des ErnennungsGes, der VO zur Übertragung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der beamtenrechtlichen Unfallfürsorge und des Sachschadenersatzes sowie der VO über Zuständigkeiten nach dem Ges über Ordnungswidrigkeiten

GesEntw LReg 05.08.2004 Drs 13/3491

1. Beratung PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5450-5455

BeschlEmpf und Bericht WirtA 20.10.2004 Drs 13/3672 (12 S.)

2. Beratung PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5552-5555

GesBeschl 10.11.2004 Drs 13/3758

GBI 2004 Nr. 15 S. 799 800 (Ges vom 23.11.2004)

Mittlg LReg 12.01.2006 Drs 13/5040

Kostenorientierte Optimierung der Wirtschaftsförderung in BW

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 01.10.2004 Drs 13/3641 (80 S.)

PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5489

BeschlEmpf und Bericht FinA 03.03.2005 Drs 13/4106 (da- zu Antr SPD und Anlage Anregung RH) (20 S.)

ÄAntr SPD 17.03.2005 Drs 13/4155
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330-6337
 Mittlg LReg 12.12.2005 Drs 13/4953
 Mittlg LReg 12.01.2006 Drs 13/5040
 BeschEmpf und Bericht FinA 20.07.2006 Drs 14/149 (11 S.)
 ÄAntr SPD 25.07.2006 Drs 14/181
 PIPr 14/7 26.07.2006 S. 223-231

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im LKreis Calw

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, gestellte und bewilligte Anträge auf GVFG-Maßnahmen, Stand der Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzepts von den Akteuren vor Ort

Antr
s. Wirtschaft
 Drs 13/3975

Reform des Beihilferegimes der EU

Beurteilung o.g. Vorschläge der neuen EU-Wettbewerbskommissarin Kroes, Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsförderung und Ausgestaltung der EU-Strukturpolitik für die neue Förderperiode 2007 bis 2013

KlAnfr
s. Subvention
 Drs 13/4065

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Stadt- und LKreis Heilbronn

Attraktivität des Standorts für ansiedlungsbereite Unternehmen, Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Höhe und Wirkungen der Zuschüsse zur Städtebausanierung, aus dem ELR u.a. Begleitprogrammen; Entwicklung der Betriebsschließungen und Unternehmensgründungen nach Größen und Branchen; Stärkung des Arbeitsplatzangebots iRd Fördermaßnahmen

Antr
s. Wirtschaft
 Drs 13/4152

Wirtschaftliche Zukunftsperspektiven im Wahlkreis 25 Schwäbisch-Gmünd

Strukturveränderungen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungssektor in den letzten zehn Jahren, Auswirkungen der Wirtschaftsförderprogramme auf die Arbeitsmarktbilanz und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen, Messung der Tourismusförderung am Auslastungsgrad der Gaststätten und Beherbergungsbetriebe, Förderung von Existenzgründungs- und Innovationsvorhaben, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

KlAnfr
s. Wirtschaft
 Drs 13/4291

Unternehmensnachfolge

Zahl und Art der seit 2002 getroffenen und in den nächsten Jahren anstehenden Nachfolgeregelungen differenziert nach Betriebsgrößen und Branchen, Anteil von Neugründungen, Darlegung der Förderprogramme des Landes, der Kammern, Verbände, Banken u.a. Institutionen

KlAnfr
s. Unternehmen
 Drs 13/4364

„w-punkt“ als zentrale Anlaufstelle der Wirtschaftsförderung

Ergebnisse der Erfolgskontrolle der Arbeit des w-punkts; Art, Zahl und Inhalte der Kontaktaufnahmen von Interessenten und deren Bedienung bzw Weiterleitung an zuständige Institutionen; Gestaltung der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen der Wirtschaftsförderung

Antr Dr. Dietrich Birk u.a. CDU 16.06.2005 und Stellungnahme WM Drs 13/4398
 BeschEmpf und Bericht WirtA 19.10.2005 Drs 13/4821 S. 20-22
 PIPr 13/104 01.12.2005 S. 7552

Investorenwerbung in BW

Bemühungen von Wirtschaftsfördereinrichtungen u.a. Stellen in Bayern, Österreich und der Schweiz um Anwerbung von Investoren aus BW unter Hinweis auf bessere Standortbedingungen; Frage nach Gegenstrategien für den Verbleib insbes von mittelständischen Unternehmen im Land; Vergleich der jeweiligen wirtschaftlichen, steuerlichen, arbeitsrechtlichen und genehmigungsrechtlichen Rahmenbedingungen; positive Außendarstellung der Standortvorteile des Landes im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen

Antr
s. Investition
 Drs 13/4400

Wirtschaftsstandort Zukunftsregion Nordschwarzwald

Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Gründerzentren, Patentanmeldungen, Betriebsansiedlungen, -eröffnungen und -schließungen seit 1996 im Vergleich zum Land, dem Stadtkreis Pforzheim, Enzkreis und den LKreisen Calw und Freudenstadt; Wirkungen der Förderprogramme sowie Konversionsmaßnahmen für die von Schließung militärischer Einrichtungen betroffenen Standorte; Zustand, Verbesserungschancen und Anbindung der Straßen- und Schieneninfrastruktur; Stand und Ausbau der Studienangebote an staatlichen und privaten Hochschulen, FH und Berufsakademien; differenzierte Datenentwicklung im Tourismus, insbes der Kur- und Bäderorte, Förderprojekte zur Erschließung neuer Zielgruppen

GrAnfr
s. Wirtschaft
 Drs 13/4536

Die Wirtschaftspolitik der LReg verhindert Investitionen und neue Arbeitsplätze in BW

Aktuelle Debatte
s. Wirtschaft
 PIPr 13/102 S. 7292

Schwerpunktmäßige Förderung der mittelständisch geprägten Wirtschaft

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 45

Regionalisierung der Wirtschaftsförderung, Fortführung der Programme zur einzelbetrieblichen Förderung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 942-956 958 959

Neuordnung bzw Bündelung der Wirtschaftsförderung im Jahr 2004, Weiterentwicklung des LGA zu einem Haus der Wirtschaft

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4283-4301

Bündelung und Vernetzung der Wirtschaftsförderung, Annäherung der strategischen Ausrichtung einer Wirtschaftsförderung auf Landesebene, Effektivität der L-Bank als Instrument der Wirtschaftsförderung

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4493 4495 4517-4520

Beseitigung von Doppelstrukturen und Bündelung der Institutionen im Zuge einer Neuordnung der Wirtschaftsförderung

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5191

Erfolge und Eigenfinanzierungsanteil der Wirtschaftsförderung Region Stuttgart; Eintreten für die Fortführung der INTERREG-Programme zur grenzüberschreitenden Wirtschaftsförderung

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5342 5371

Aufforderung des Landes zum Rückzug aus der Wirtschaftsförderung, Übertragung auf die L-Bank

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5819 5820

Art und Effizienz der Wirtschaftsförderinstrumente, Förderung der Kooperation von (kleinen) Betrieben mit Forschungseinrichtungen

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014-6035

Beiträge des Landes und der Kommunen zur Wirtschaftsförderung

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Analyse der Effizienz von Instrumenten zur Wirtschaftsförderung nach Unternehmensgrößen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6470 6510

Verweisung auf die Neuordnung der Wirtschaftsförderung, Konzentration der Fördermittel auf Innovationen und neue Technologien

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7294 7297-7299

Höhe und Auswirkungen der Kürzung von Fördermitteln für die Tourismusinfrastruktur, Höhe der seit 1998 gewährten Mittel, stärkere Verzahnung der drei Fördertöpfe

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7957 7959 7960 7963-7966

Wirtschaftsgymnasium

s. Fachgymnasium

Wirtschaftskontrolldienst

Gaststätten- und Lebensmittelkontrollen durch den Wirtschaftskontrolldienst

Personalstärke des WKD, Organisation, Kosten, Kontrolldichte und Beanstandungsquote im Vergleich zu anderen BLändern

KlAnfr Dr. Klaus Schüle CDU 24.10.2001 und Antw IM Drs 13/375

Umsetzung der EU-Richtlinie 93/43 EWG über Lebensmittelhygiene in BW

Umsetzung der Richtlinie in den erfassten Betrieben, Art und Intensität der Kontrollen des WKD

MdlAnfr

s. *Hygiene*

Drs 13/980

Kundenfreundliches BW - kostenlose Ausgabe von alkoholfreien Getränken zum Verzehr als Kundenservice

Rechtliche Beurteilung o.g. Geste von Friseurgeschäften, Kosmetikstudios u.a. Firmen; Bewertung als Zeichen der Gastfreundschaft oder als Wirtschaftskriminalität? Rechtslage in anderen BLändern und der EU; Einstufung der Vorgehensweise von Polizeibehörden bzw des WKD, insbes der Erfassung und des Verbleibs der Personalien von Kunden

Antr

s. *Dienstleistung*

Drs 13/1077

Lebensmittelkontrolle in BW

Vorgaben der EU an erzeugende, verarbeitende und vermarktende Betriebe bzw an die staatliche Lebensmittelkontrolle; Verifikation dieser Anforderungen; Entwicklung der Aufgaben, Struktur und Personalausstattung der staatlichen Untersuchungsämter, der kommunalen Behörden und des WKD seit 1997; Vergabe von Aufträgen an private Labors; Information der Behörden und Öffentlichkeit bzw des Handels und der Verbraucher über gesundheitsrelevante Ergebnisse; Begründung der Ablehnung des VerbraucherinformationsGes im BRat

GrAnfr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/1084

Optimierung der Lebensmittelüberwachung bei Erhaltung des WKD

Aufbau einer Lebensmittelüberwachung bei den Stadt- und LKreisen im Zuge der Verwaltungsreform, Versetzung von Polizeibeamten des WKD in die Landratsämter, persönliche Konsequenzen für die betroffenen Beamten; Gewährleistung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, der permanenten Bereitschaft sowie des Probenverkehrs zu den chemischen Untersuchungsämtern? Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr SPD 17.07.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2280

EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Gefährdung der Lebensmittelüberwachung in Stuttgart

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Verweigerung des Dienstherrnwechsels durch einen Großteil der Polizeibeamten in Stuttgart, zusätzliche Kosten der Landeshauptstadt zur Bereitstellung der Infrastruktur und Ausbildung von neuen Kräften, Problematik einer Bewältigung von größeren bzw die Stadtgrenze überschreitenden Verstößen

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/2508

Verwaltungsreform - Zerschlagung des baden-württembergischen Wirtschaftskontrolldienstes

Gewährleistung der Qualität und Aufgabenerfüllung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise, Bereitschaft und Konsequenzen der Versetzung der

Polizeibeamten in die Landratsämter, Sicherstellung der künftigen Ausbildung und deren Finanzierung, Zustandekommen der angestrebten Effizienzrendite; Erhaltung des WKD als Bestandteil der Polizei

Antr SPD 22.10.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/2532
EAntr CDU und FDP/DVP 30.03.2004 Drs 13/3077
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4634-4679

Stand und Entwicklung der Lebensmittelkontrolle in BW

Gewährleistung der Lebensmittelüberwachung nach Eingliederung des WKD in die Stadt- und LKreise im Zuge der Verwaltungsreform, Finanzierung von zusätzlichen Kosten; Entwicklung der Beanstandungen und Sanktionen, Durchführung künftiger strafrechtlicher Ermittlungsverfahren, Prüfung von Produktangeboten aus dem Internet, von gentechnisch veränderten und importierten Lebensmitteln; Verstärkung der Futtermittelüberwachung nach den Krisen um BSE und Nitrofen? Bewältigung der zusätzlichen rechtlichen Anforderungen aus Brüssel und Berlin, regelmäßiger und schneller Datenaustausch zwischen den Ebenen und Ländern, Art und Umfang des Technikeinsatzes und der Verbraucherinformation, Schaffung eines VerbraucherinformationsGes über den BRat

GrAnfr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/2682

Pestizidrückstände in Lebensmitteln - Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und Verbraucherinformation in BW

Ergebnisse und Konsequenzen der von den Untersuchungsämtern festgestellten Überschreitungen bei Paprikafrüchten, Erdbeeren, Birnen, Gurken, Salaten und Zitrusfrüchten; Herkunftsländer und Gesundheitsrisiken; Analyseverfahren und Zeitdauer bis zur Warnung der Verbraucher; Möglichkeiten für ein schnelleres Verkehrsverbot für die beanstandeten Produkte; Bemühungen um eine europäische Harmonisierung der Zulassung und Höchstmengen von Pestizid-Wirkstoffen; Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit auch nach Eingliederung des WKD in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/3062

Einhaltung der Absprache zwischen Innenministerium, Städte- und Landkreistag zur Übertragung der Lebensmittelüberwachung

Verweigerung der Teilnahme von Polizeibeamten des WKD am Einsatz- und Schießtraining sowie am Dienstsport durch Landräte

Antr
s. *Polizeibeamter*
Drs 13/3837

Situation der Lebensmittelkontrolle im Land nach Umsetzung der Verwaltungsreform

Entwicklung der Zahl der Kontrolleure, der Kontrolldichte und Anzeigen bei Gaststätten und im Lebensmittelhandel; Notwendigkeit der Inanspruchnahme der Polizei zur Ahndung von Verstößen; Zahlen zum Wechsel von Polizeibeamten des früheren WKD in den Polizeivollzugsdienst, von Abordnungen an die LKreise sowie von Anträgen auf Versetzung in den Polizeivollzugsdienst; Zeitrahmen zur Gewinnung und Ausbildung des neuen Personals

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/4233

Arbeitsplätze in BW sichern: Lohn- und Sozialdumping aktiv bekämpfen

Durchsetzung der im ArbeitnehmerentsendeGes geregelten Mindestarbeitsbedingungen durch entsprechende Kontrollen, Darlegung der Aktivitäten seit der EU-Osterweiterung, Auswirkungen der Veränderungen beim WKD und der Gewerbeaufsicht im Zuge der Verwaltungsreform auf die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit, Auflistung der seit 1995 auf Landesebene für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge; Intensivierung der Kontrollen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit; Unterstützung der Initiative der BReg zur Ausweitung des EntsendeGes im BRat

Antr
s. *Arbeitsschutz*
Drs 13/4325

Übertragung der Aufgaben der Lebensmittelüberwachung zurück auf die Polizei

Eingliederung des WKD in die Landratsämter mit dem VerwaltungsstrukturreformGes; Rückübertragung der Aufgaben auf die Polizei spätestens mit Wirkung zum 01.01.2006

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4880

Qualitätssicherung der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Verfügbarkeit und Erreichbarkeit des Personals außerhalb der üblichen Dienstzeiten, Auswirkungen der zusätzlichen Aufgabenbelastung, wie z.B. Umsetzung EU-rechtlicher Vorgaben, Ausbildung neuer Kontrolleure, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems sowie Erfassung, Auswertung und Austausch von Daten mit anderen Behörden; Vorlage eines jährlichen Berichts; Prüfung einer Wiedereinrichtung des WKD mit der (erneuten) Zuordnung zu den Polizeidirektionen

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4897

Auswirkungen der Verlagerung der Lebensmittelkontrolle auf die Landratsämter

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen mit den Vorjahren; Art, Rechtsgrundlage und Häufigkeit der angewandten Zwangsmittel

Antr
s. *Lebensmittelkontrolle*
Drs 13/4908

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Ulm und im Alb-Donau-Kreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Ulm mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KIAnfr Martin Rivoir SPD 01.12.2005 und Antw MLR Drs 13/4918

Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz in BW

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Kontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, insbes von Schlachtbetrieben, Fleischhändlern u.a.; Zahl der mit Lebens- und Futtermittelkontrollen befassten Veterinäre bei den LKreisen; Handhabung der Eigenkontrolle von Internet-Fleischhändlern ohne eigene Lagerkapazität; Ergebnisse und Konsequenzen der Kontrolle von Obst/Gemüse auf Pestizidrückstände; Verbesserung der Kommunikation der Justiz und Exekutive; Verabschiedung des VerbraucherinformationsGes im BRat; Einrichtung eines bundesweiten Informationssystems; Verschärfung der Sanktionen; Einführung einer Meldepflicht und Meldestelle, Verbesserung des Informantenschutzes u.a.m.

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/4935

Abstellung von 76 Lebensmittelkontrolleuren für die LKreise

Ursachen, Ausgestaltung, Kostenträger und Zeitrahmen des o.g. Angebots der LReg; Status und Qualifikation der eingesetzten Beamten, Auswirkungen auf deren Aufgabenerledigung, Rückgriff auf die beim Polizeivollzugsdienst tätigen ehemaligen WKD-Kontrolleure? Wiedereinrichtung des WKD als Teil der Polizei, Vorlage eines Konzepts zur Erhöhung der Zahl von Kontrolleuren bei erneut auftretenden Lebensmittelskandalen

Antr

s. *Lebensmittelkontrolle*

Drs 13/5047

Bilanz der Umorganisation des Wirtschaftskontrolldienstes in Pforzheim und dem Enzkreis

Entwicklung der Intensität und Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen nach Auflösung des WKD bzw Eingliederung in die Landratsämter, Vergleich der Zahlen 2005 und 2004, Zahl der beschäftigten Kontrolleure, gemeinsame Kontrollen mit der Polizei; Zusammenarbeit der Stadt Pforzheim mit anderen Landratsämtern; Erfahrungen mit dem Wegfall des polizeilichen Eingriffsrechts infolge der Verwaltungsreform

KlAnfr Thomas Knapp SPD 02.02.2006 und Antw MLR Drs 13/5118

Würdigung der Arbeit des WKD

PIPr 13/11 25.10.2001 S. 440 441

Qualifikation der Mitarbeiter des WKD zur Kontrolle des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln, Ergebnisse der Untersuchungen von Bodenseeobst

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 652 656 657

Effizienz und Schlagkraft des WKD, Würdigung als Lebensmittelpolizei par excellence

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1662 1670 1674

Würdigung der Arbeit des WKD, Feststellung von Überschneidungen mit den Veterinärämtern der LKreise

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1865 1877

Verzicht auf die Eingliederung des WKD in die Landratsämter, Erhaltung als Teil der Polizei

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3327 3328 3333

Beeinträchtigung der Lebensmittelkontrolle durch die Eingliederung des WKD in die Landratsämter

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4352 4358

Bewertung der Eingliederung des WKD in die Landratsämter als Entlastung der Polizei; Befürchtung von Qualitätsverlusten

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4608 4610 4613 4641 4644 4646 4656 4660 4664 4666 4670 4671 4673 4675

Übertragung der Lebensmittelüberwachung des WKD auf die Stadt- und LKreise, Befürchtung einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4901 4914 4915 4925 4931 4932

Übertragung der Lebensmittelüberwachung des WKD auf die Stadt- und LKreise, Befürchtung einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5030 5031

Wirtschaftskriminalitäts.a. *Bestechung*s.a. *Betrug*s.a. *Schattenwirtschaft**Die Ermittlungen in Sachen Kapital Consult und so genanntem Dreiländer-Fonds*

Beurteilung der Zeitdauer der Ermittlungen der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen den Chef des o.g. Unternehmens wegen Kapitalanlagebetrugs und der Gefahr von Verjährung mit haftungsrechtlichen Konsequenzen für das Land, Aufklärung der Anleger über die Fondsrisiken

Antr

s. *Wertpapier*

Drs 13/973

Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität; Bewertung des Pilotprojekts „Business-Keeper-Monitoring-System“

Entwicklung der o.g. Fallzahlen und Gegenmaßnahmen seit 1996, Zahl und Konsequenzen der Tipps von anonymen Hinweisgebern aus dem Umfeld der korruptiven Beziehungen, Bewertung bzw Übernahme des o.g. vom LKA Niedersachsen erprobten webbasierten Informationssystems

Antr FDP/DVP 29.06.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3317

BeschlEmpf und Bericht InnenA 24.11.2004 Drs 13/3932 S. 22

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6199

Internet-Betrug und Möglichkeiten zu dessen strafrechtlicher Verfolgung

Darstellung der Betrugsvarianten, der Möglichkeiten der Geschädigten (Käufer, Verkäufer, Opfer von Identitätsmissbrauch) sowie der Polizei und Justiz zur Ermittlung bzw Bestrafung der Täter; Prüfungs- und Offenbarungspflichten der Plattform-Anbieter; präventive Maßnahmen der Polizei; gewerbe- und steuerrechtliche Überprüfung von „Power-Sellern“; strafrechtliche Sanktionierung der Fälle von Umsatzsteuerhinterziehung

Antr

s. *Betrug*

Drs 13/4898

Bezeichnung der FlowTex-Affäre als größten Betrugsfall der Wirtschaftsgeschichte, Bewertung der Zeitdauer der Verfahrensabwicklung, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 719-734

Bezeichnung der FlowTex-Affäre als größten Betrugsfall der Wirtschaftsgeschichte, Bewertung der Zeildauer und Merkwürdigkeiten der Verfahrensabwicklung

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1268-1279 1281-1283

Personelle Verstärkung der Justiz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4307

Erfolgsbewertung der Bekämpfung von Subventionsbetrug durch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4844

Bezeichnung der FlowTex-Affäre als größten Betrugsfall in der Wirtschaftsgeschichte, Bewertung der Zeildauer und Merkwürdigkeiten der Verfahrensabwicklung, Erinnerung an die Einrichtung der Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Wirtschaftsstrafsachen

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567-7583

Wirtschaftslehre

s. Wirtschaft

Wirtschaftsminister

Berufung und Vereidigung von Dr. Walter Döring zum/als Wirtschaftsminister

PIPr 13/3 13.06.2001 S. 37 38

Arbeitslose Jugendliche - Anwerbungsaktion des WM

MdlAnfr

s. *Jugendlicher*

Drs 13/62

Unterschiedliches Verhalten zur weiteren Entwicklung des Flughafens Stuttgart

Abstimmung des WM mit seinem Vertreter im Aufsichtsrat der Flughafen GmbH über eine Erweiterungsstudie?

MdlAnfr

s. *Flughafen Stuttgart*

Drs 13/62

Auflösung des Referats Entwicklungszusammenarbeit

Auflösung und anderweitige Verankerung des o.g. Referats im WM?

MdlAnfr

s. *Entwicklungshilfe*

Drs 13/530

Nutzung der Firmenjets der Fa. FlowTex

Frage nach neuen Erkenntnissen auf die Frage nach Flügen von ehemaligen und aktuellen Mitgliedern der LReg auf Kosten von FlowTex nach der Stellungnahme auf Drs 13/316, insbes Nutzung der Firmenjets durch WM Dr. Döring

Antr

s. *Flowtex-Gruppe*

Drs 13/721

Verbot der Benachteiligung älterer Arbeitnehmer

Darlegung der von WM Dr. Döring angekündigten Maßnahmen

Antr

s. *Arbeitnehmer*

Drs 13/1378

Ausstehende Saalmiete für Dodo-Preisverleihung

Anmietung des „Weißen Saals“ im Neuen Schloss durch das WM und Überlassung der Abg Beate Fauser zur Verleihung eines von ihr selbst gestifteten Preises; Einforderung der üblichen Saalmiete per Rechnung von WM Dr. Döring

Antr

s. *Miete*

Drs 13/1506

Überlegungen zur Bauvergabe an einen privaten Generalübernehmer beim Bau der Neuen Landesmesse

Abstimmung des o.g. Vorstoßes des WM verbunden mit weiteren Einsparvorschlägen innerhalb der LReg sowie mit den anderen Gesellschaftern; Vereinbarkeit mit den Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft bzw dem MittelstandsförderungsGes; Auswirkungen der neuen Überlegungen auf das laufende Planfeststellungsverfahren bzw auf die bisherige Terminplanung

Antr

s. *Messe (Ausstellung)*

Drs 13/1839

Schreiben des Wirtschaftsministers an die Koalitionsspitzen in Sachen Baukosten der Neuen Landesmesse

Vorlage des Schreibens und seiner Adressaten

Antr

s. *Messe (Ausstellung)*

Drs 13/1844

Landesbürgschaft für das Leiterplattenwerk STP

Intervention des WM bei der EU-Kommission für eine schnelle Genehmigung der Bürgschaft sowie Aufnahme von Gesprächen mit dem Insolvenzverwalter, Firmenvertretern und der Hausbank über die Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts; Frage nach weiteren in Brüssel anhängigen Anträgen auf Genehmigung einer Landesbürgschaft

Antr

s. *Bürgschaft*

Drs 13/2032

Vorschläge des Wirtschaftsministers zum Abbau von Subventionen in BW

Aufnahme o.g. Vorschläge zur pauschalen Kürzung aller Subventionen um zehn Prozent in den kommenden drei Jahren bzw Umsetzung des Vorschlags der Haushaltsstrukturkommission? Klärung des Subventionsbegriffs und damit der Ausgangsbeträge; Vorlage eines Gesetzes zur zeitlichen Befristung, degressiven Auszahlung sowie Rückzahlbarkeit von Finanzhilfen

Antr

s. *Subvention*

Drs 13/2143

Ministerialdirektoren im Wirtschaftsministerium und in der Landesvertretung

Neubesetzung der Stelle des Ministerialdirektors im WM mit dem derzeitigen Ministerialdirektor in der Landesvertretung Berlin, ersatzlose Streichung der dortigen Stelle

Antr

s. *Ministerialdirektor*

Drs 13/2641

Falsche Lehrstellenbilanz des WM

Zeitpunkt der Information des WM über die fehlerhaften Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung sowie der Veröffentlichung; Maßnahmen zur Verhinderung künftiger Falschinforma-

tionen

Antr

s. *Ausbildungsplatz*

Drs 13/2980

Äußerungen eines leitenden Beamten aus dem WM zur Verwaltungsreform anlässlich eines Gedankenaustauschs in Radolfzell
Bewertung der Äußerung des Abteilungsleiters für Verwaltung und Recht zur Reduzierung der Zahl von Ministerien von zehn auf acht, Art der Veranstaltung, Höhe und Träger der Kosten, Umsetzung der Bedenken und Kritik einer ebenfalls dort anwesenden FDP-Bundestagsabgeordneten?

Antr

s. *Verwaltungsreform*

Drs 13/2998

Landespolitische Umfrage von Infas im Mai 1999

Zustandekommen, Finanzierung und Verwertung der o.g. Umfrage zur Wirtschaftspolitik der LReg, Offenlegung sämtlicher Unterlagen, Frage nach beteiligten Politikern und Bediensteten sowie Verantwortlichen für eine Pressemitteilung und deren Verteilung auf dem FDP-Bundesparteitag, Angabe des WM neben Infas auf den einzelnen Ergebnisbögen der Umfrage als Quelle

Antr

s. *Umfrage*

Drs 13/3143

Haushaltsnachschnitte für das Wirtschaftsministerium

Begründung und konkrete Verwendung der erhöhten Etatansätze im Epl 07 für die Außenwirtschafts- und Tourismusförderung, für Forschungseinrichtungen für neue Technologien sowie zur Förderung der beruflichen Weiterbildung von Frauen aus Erträgen der Landesstiftung; Frage nach Problemen mit der notwendigen Gemeinnützigkeit der Maßnahmen; Nutzung der zusätzlichen Mittel zur konzeptionellen Weiterentwicklung der einzelnen Bereiche

Antr Edith Sitzmann u.a. GRÜNE 05.05.2004 und Stellungnahme WM Drs 13/3172

BeschlEmpf und Bericht WirtA 02.03.2005 Drs 13/4187 S. 5

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Die Kontrollaufgabe des Parlaments und die Auskunftsverweigerung des Wirtschaftsministers Dr. Döring vor dem Untersuchungsausschuss

Aktuelle Debatte beantragt von der SPD

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4779-4797

Berufung und Vereidigung von Ernst Pfister zum/als Wirtschaftsminister

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5133 5134

Preisverleihungen durch das Wirtschaftsministerium

Auflistung der Preise und deren Dotierung, der Kosten und Kostenträger, des Personalaufwands im WM und seinen nachgeordneten Behörden, der Empfänger und messbaren Wirkungen; Frage nach geplanten Änderungen

KlAnfr

s. *Preis*

Drs 13/3600

Nachhaltige Schädigung des Energiewirtschaftsstandorts BW

Klärung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der LReg zu der „Null-Toleranz-Strategie“ der EnBW in Sicherheitsfra-

gen bei Kernkraftwerken, Frage nach Gesprächen zwischen den zuständigen Referenten und Ministern und deren Ergebnissen, Begründung des vom Wirtschaftsminister gegenüber dem Vorstandsvorsitzenden der EnBW erhobenen Vorwurfs der Aufstellung unwahrer Behauptungen

Antr

s. *Energiewirtschaft*

Drs 13/3740

Zusammenlegung der Atomaufsicht (Genehmigung und Aufsicht) in einem Ministerium

Zusammenlegung der bisherigen Zuständigkeiten im WM und UVM im Zuge der Regierungsneubildung

Antr

s. *Atomaufsicht*

Drs 13/4171

Berufung und Vereidigung von Ernst Pfister zum/als Wirtschaftsminister

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6399 6400

Anregung einer Verlagerung der Zuständigkeit für die Landwirtschaft ins Wirtschaftsministerium

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1876

Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM, Umwandlung des WM in ein Infrastrukturministerium

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2374 2388

Beurteilung verschiedener Ankündigungen von WM Dr. Döring und der Verlagerung von Aufgaben in andere Ressorts, Vorschläge zur Stärkung der Schlagkraft des WM

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4284-4301

Rückführung der Zuständigkeit für das Bau- und Wohnungswesen vom WM ins IM, Kritik an der Belassung der Städtebauförderung beim WM

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4579-4583

Rücktritt von WM Dr. Döring, Ankündigung des besonderen Einsatzes für den Wahlkreis Tuttlingen durch seinen künftigen Nachfolger Ernst Pfister; Teilverlagerung des MLR ins WM; Überlegungen des künftigen WM zu einer Kreisreform

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4961 4962 4964 4969-4971 4975 4991 5003

Aufteilung des MLR zwischen dem WM und UVM; Vorschlag einer Auflösung des WM

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5804 5819 5820

Bezeichnung des WM als überflüssig, Verweisung auf die Auslagerung der Medien- und Wohnungsbaupolitik

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868

Konzentration auf die verbleibenden Aufgaben im WM, Forderung nach Abschaffung des Staatssekretärs, Aufteilung des WM auf andere Ressorts

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6014-6035

Vorgenommene und begehrte Veränderungen im Aufgabenschnitt des WM, Beklagung einer Zersplitterung der Zuständigkeiten in verschiedenen Ressorts, Bündelung der Wirtschaftsförderung im WM

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6330-6336

Bezeichnung des WM als überflüssig, Verweisung auf die Verteilung der Wirtschaftspolitik auf andere Ressorts

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6679 6680

Klärung der Rolle des WM bei der Verlagerung der Messen der Schall-Gruppe von Sinsheim nach Stuttgart, Wiederholung der Forderung nach Auflösung des WM

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6898 6901 6905 6906

Feststellung einer Nicht-Beteiligung des WM bei der Verlagerung von Sinsheimer Messen nach Stuttgart, Verweisung auf das beim WM eingerichtete Messeforum

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7726 7728-7732

Wirtschaftsoberschule

s. Fachgymnasium

Wirtschaftsordnung

s. Wirtschaftssystem

Wirtschaftspsychologie

Studiengänge für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspsychologie an den Fachhochschulen in BW

Perspektiven der o.g. Fächer nach dem positiven Erfahrungsbericht über die Absolventen der FH Pforzheim u.a. FH, Planungsstand für neue Studiengänge und -plätze, Ergänzungsfinanzierung für entsprechend engagierte FH

Antr

s. Wirtschaftsrecht

Drs 13/1657

Wirkung der Psychologie auf die Wirtschaft

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3390

Wirkung der Psychologie auf die Wirtschaft

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 6023

Bedeutung der Wirtschaftspsychologie seit Ludwig Erhard, Bewertung des Aufrufs von Ute Vogt zum Boykott von Unternehmen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6463 6510

Bedeutung der Wirtschaftspsychologie seit Ludwig Erhard, Kritik an pessimistischen Äußerungen von WM Pfister zur Lage des Mittelstands

PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7444 7445 7449

Wirtschaftsrecht

s.a. Betriebswirtschaft

s.a. Gemeindewirtschaftsrecht

s.a. Kartellrecht

Studiengänge für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspsychologie an den Fachhochschulen in BW

Perspektiven der o.g. Fächer nach dem positiven Erfahrungsbericht über die Absolventen der FH Pforzheim u.a. FH, Planungsstand für neue Studiengänge und -plätze, Ergänzungsfinanzierung für entsprechend engagierte FH

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 10.01.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/1657

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 10.04.2003 Drs

13/2069 S. 49

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Wirtschaftsstandort

s. Wirtschaft

Wirtschaftssystem

s.a. Gemeinsamer Markt der EU

s.a. Wirtschaftsrecht

Rückbesinnung auf die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft, Verwirklichung in ganz Europa

PIPr 13/13 15.11.2001 S. 603

Rückbesinnung auf die Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft, Forcierung einer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2125 2158

Verweisung auf die Marktwirtschaft im Falle der Erstrebung eines hohen Einkommens

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2336

Notwendigkeit von mehr Marktwirtschaft, Verankerung des Begriffs der sozialen Marktwirtschaft im europäischen Verfassungsvertrag

PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3015 3057

Notwendigkeit einer Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3390

Notwendigkeit einer Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6283 6288

Vorschläge der Stiftung Marktwirtschaft zur weiteren Liberalisierung der Märkte, Betonung des Sozialen bei der Marktwirtschaft, Verweisung auf die vom SPD-Vorsitzenden angestoßene Kapitalismusdebatte

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6469 6509-6511

Schaffung der Rahmenbedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7294-7305

Wirtschaftsverband

s. Wirtschaft

Wirtschaftswachstum

s. Konjunktur

Wirtschaftswissenschaft

s.a. Betriebswirtschaft

s.a. Sozialwissenschaft

Geplanter „Fächertausch“ zwischen den Universitäten Heidelberg und Mannheim

Darlegung o.g. Pläne, der betroffenen Professoren, Mitarbeiter, Studenten und Studiengänge; erwartete Einsparungen; Gründe der Forcierung einer Zusammenlegung der Wirtschaftswissenschaften; Pläne für die neu gegründete Heidelberger Fakultät für

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Gestaltung der Verlagerung der Gymnasiallehrausbildung unter Beteiligung der PH Heidelberg; Prüfung der Auswirkungen durch externe Evaluation vor Erteilung einer Zustimmung zu der geplanten Umstrukturierung

Antr
s. *Studium*
Drs 13/4353

Die Rechtsauffassung der LReg über die Kompetenzkonkurrenz zwischen Aufsichtsrat/Hochschulrat/Universitätsrat und Senat an Hochschulen

Darlegung des letztendlich zuständigen Hochschulgremiums für die Entscheidung über die Bildung, Veränderung, Aufhebung und Zuordnung von Hochschuleinrichtungen; Verbindlichkeit des jüngsten Beschlusses des Senats der Universität Heidelberg über das Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die Vollzugskompetenz des Vorstands bzw Rektorats?

KlAnfr
s. *Hochschule*
Drs 13/4463

Weiterentwicklung der internationalen Wirtschaftsstudiengänge am Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg, Würdigung des deutsch-französischen Doktorandenprogramms der Universitäten Freiburg und Straßburg

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6351 6358

Wissenschaft

s.a. *Akademie der Wissenschaften*
s.a. *Drittmittelförderung*
s.a. *Forschung*
s.a. *Max-Planck-Gesellschaft*
s.a. *Weiterbildung*
s.a. *Wissenschaftler*
s.a. *Wissenschaftliche Kooperation*

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1021

Entwicklungschancen des Verwaltungs- und Wissenschaftsstandorts Tübingen

Antr
s. *Tübingen*
Drs 13/1082

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Weiterentwicklung der Städtelandschaft am Oberrhein zu einer grenzüberschreitenden Wissenschafts- und Bioregion, Kooperation zwischen den Hochschulen u.a. Forschungseinrichtungen

GrAnfr
s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1226

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmittelerwerbungen und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr
s. *Freiburg*
Drs 13/1288

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

„PISA für die Forschung“ - Hervorragende Ergebnisse Baden-Württembergs beim Hochschulranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Ursachenanalyse des guten Abschneidens der süddeutschen Universitäten, Abgleichung mit den landesweiten Evaluationen, Beurteilung der Schaffung eines Instituts für Forschungsbewertung, künftige Rolle der Evaluationsagentur BW; Förderung der Einwerbung von Drittmitteln sowie der Vernetzung der Wissenschaftsbereiche

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/2334

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen Hochschul-Ges, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorge-sehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2858

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Leistungsfähigkeit der Hochschulen im nationalen und im internationalen Vergleich, Bewertung der vom Bund vorgeschlagenen Elite-Universitäten, Stimulanz des Wettbewerbs zwischen Fakultäten und Instituten, Ausbau vorhandener Schwerpunkte durch Förderung von Zentren wissenschaftlicher Exzellenz, Gewinnung zusätzlicher Mittel über Stiftungskapital und Spenden, Anreize durch Änderung des Stiftungssteuerrechts, Abbau von Hemmnissen wie zentrale Studienplatzvergabe und Verbot von Studiengebühren, Abschaffung des Hochschulrahmenges, Bleibemöglichkeiten für ausländische Studenten nach Studienabschluss durch Verbesserung des Zuwanderungsges, Bereitstellung von Räumlichkeiten für etablierte Unternehmen neben Existenzgründern

Antr
s. Hochschule
Drs 13/3021

Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich

Gründe für die Blockade des gemeinsamen Exzellenzwettbewerbs von Bund und Ländern, Bereitstellung der zusätzlichen Kofinanzierungsmittel und Gestaltungsspielräume für die mit Erfolg teilnehmenden Hochschulen, Frage nach zusätzlichen Mitteln und Maßnahmen zur Exzellenzförderung in der Lehre an Universitäten und Fachhochschulen, Selbstbestimmung der Studiengebühren durch die künftigen Spitzen-Universitäten nach einem Erfolg der Klage gegen Studiengebühren beim BVerfG?

Antr
s. Hochschule
Drs 13/3372

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstrengung einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr
s. Frauenförderung
Drs 13/5084

Der Wettbewerb Exzellenzinitiative der BReg als Chance für unsere baden-württembergischen Universitäten

Gründe und Auswirkungen der Abkehr vom o.g. Förderprogramm des Bundes gemeinsam mit Bayern bzw der geforderten Zuweisung der gesamten Programmsumme an die Deutsche Forschungsgemeinschaft; Vorbereitungsstand der Universitäten zur Teilnahme an dem nun blockierten Wettbewerb; Beurteilung der Kritik von führenden Wissenschaftsorganisationen an der Position der beiden Länder; Aufgabe der Blockadehaltung

Antr
s. Hochschule
Drs 13/4097

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Hochschuleinrichtungen und ihrer Vernetzung mit der Wirtschaft, insbes des Transfers von Forschungsergebnissen und der Technikfolgenabschätzung seit 1985; Höhe und Wirkungen der Förderung, Entwicklung der Bruttowertschöpfung, der Arbeitsmarktdaten, Existenzgründungen und Betriebsansiedlungen; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH; Kooperation mit Bayern; Entwicklung der Bevölkerungszahl und -struktur, der Gewerbe- und Wohnraumflächen; Investitionen in den ÖPNV und in den Bundes- und Landesstraßenbau, geplante Projekte bis 2010; Wettbewerbsfähigkeit der Region als Hochtechnologiestandort, Abbau von Defiziten

GrAnfr
s. Ulm
Drs 13/4584

Bewerbung der Stadt Freiburg als „Stadt der Wissenschaft 2007“

Beurteilung des o.g. Wettbewerbs des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft, Unterstützung der Bewerbung einzelner Hochschulstandorte bzw der Stadt Freiburg für den Titel im Jahr 2007

KlAnfr Edith Sitzmann GRÜNE 17.08.2005 und Antw
MWK Drs 13/4609

Vorbereitung eines Solidarpakts II

Ausgestaltung und Laufzeit des neuen Solidarpakts ab 2006, Einbeziehung aller Hochschularten einschließlich der Berufsakademien bzw der Einnahmen, Verwaltungskosten und Ausfallsicherung von Studiengebühren; Berücksichtigung der Gebäudebewirtschaftungskosten; Umsetzung des angekündigten Ausbaus von 16.000 Studienplätzen; Darlegung der Relation von Grundfinanzierung, leistungsorientierter Mittelvergabe und Finanzierung anhand von Zielvereinbarungen; Einberechnung des Landesanteils zur Finanzierung der Exzellenzinitiative?

Antr
s. Hochschule
Drs 13/5044

Baden-württembergische Wissenschaftsbeziehungen nach Ägypten und die Perspektiven für die German University in Cairo (GUC)

Darlegung der beteiligten Hochschulen, Berufsakademien und Unternehmen; Umfang des Austauschs von Wissenschaftlern und Studierenden sowie des finanziellen Engagements von Bund, Land und Privatpersonen; Frage nach den bearbeiteten Themen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie nach den mittelfristigen Perspektiven

KlAnfr
s. Wissenschaftliche Kooperation
Drs 13/5075

Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion Ulm

Überlegungen und Finanzierungsmöglichkeiten zum Aufbau eines neuen Kompetenzzentrums für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Frage nach Entwicklungsperspektiven für die Schwerpunkte Biotechnologie, Logistik und Fahrzeugsystemtechnik

KlAnfr
s. Ulm
Drs 13/5174

Niveau der Wissenschaftsinvestitionen in BW und bundesweit
PIPr 13/4 20.06.2001 S. 44 45 47-49

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/5 27.06.2001 S. 87 88 91 92 101 109 110

Notwendigkeit zusätzlicher Anstrengungen in der Wissenschaftspolitik, Investitionen iRd Zukunftsoffensive III
PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW, Anstrengungen iRd Zukunftsoffensive III
PIPr 13/16 19.12.2001 S. 798 806 812-814 819 824 827

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-980

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1101 1106 1108 1113

Internationalisierung der Wissenschaften als Antwort auf die Globalisierung
PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1504-1511

Bedeutung der Region Karlsruhe als Wissenschaftsstandort, Auszeichnung als Gründerregion von der EU; wissenschaftliche Weiterbildung an den Hochschulen
PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1513-1518 1521-1524 1526-1529 1539-1544

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1575 1577-1579 1583 1587 1612 1634-1640

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2267 2269 2270

Feststellung eines Imageschadens für den Wissenschaftsstandort BW durch die Ankündigung der Schließung der Akademie für Technikfolgenabschätzung
PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2472-2480

Internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wissenschaft
PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3532

Wissenschaftsinvestitionen als Fundament des Wohlstands in BW
PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600-3603 3622 3632 3633

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW, Verzicht auf die Kürzung von Forschungsmitteln
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152-4154 4156 4157 4159 4160 4164-4169

Feststellung einer Spitzenposition des Landes im Forschungs- und Wissenschaftsbereich
PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4235-4249

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4448 4460

Wissenschaftliche Spitzeneinrichtungen in BW, Anteil der wirtschaftsnahen Forschungsinstitute
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4490 4491 4494-4501

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5190-5192 5195 5197 5198 5200-5204 5231 5260

Internationale Konkurrenzfähigkeit des Wissenschaftsstandorts BW
PIPr 13/78 10.11.2004 S. 5496 5498 5504 5506 5508 5534-5548

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5643-5645

Internationale Konkurrenzfähigkeit des Wissenschaftsstandorts BW, Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen
PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5728 5729 5733-5735 5739-5744

Bedeutung des Landes als Wissenschaftsstandort, Anstöße zur Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5959-5964 5966 5968 5969 5971 5972 5976 5977 6014 6015 6017

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6149 6150 6158

Internationale Konkurrenzfähigkeit des Wissenschaftsstandorts BW, Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen
PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6401 6402 6406-6408 6421 6422

Investitionen in den Wissenschaftsstandort BW
PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6487 6489

Internationale Konkurrenzfähigkeit des Wissenschaftsstandorts BW, Qualitätswettbewerb der Hochschulen um die Mittel iRd Exzellenzinitiative des Bundes
PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6734-6742

Verweisung auf die Initiative des Bundes zur Förderung von Exzellenz im Wissenschaftsbereich
PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7598 7599

Wissenschaftler

s.a. Akademiker
s.a. Akademischer Mittelbau
s.a. Professor

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Tätigkeit an den Hochschulen des Landes

Schaffung von mehr Leistungs- und Wettbewerbsorientierung im Kontext zur Hochschulreform, Straffung der Qualifizierungswege für den wissenschaftlichen Nachwuchs, Bewertung der Vorstellungen des Bundes, Konsequenzen für die Habilitation und das Professorenamt, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Fachhochschulen

Antr CDU 05.09.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/210
PIPr 13/10 24.10.2001 S. 406-416

Umsetzung Juniorprofessur

Festlegung von Kriterien der Ausschreibung und Evaluation von Juniorprofessuren, Verbesserung des Frauenanteils in der Professorenschaft, Umgestaltung der Habilitationsförderprogramme, Ermöglichung der Teilzeitbeschäftigung, Umsetzung der Übergangsregelung iRd Dienstrechtsreform, Einrichtung eines Stellenpools für die Übergangsphase zwischen Qualifikation und Berufung auf eine Professur, Hinwirkung auf einen Wissen-

schaftstarifvertrag in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Antr
s. *Professor*
Drs 13/1014

Der Beteiligungserfolg baden-württembergischer Hochschulen am Hochschul- und Wissenschaftsprogramm (HWP)

Zielsetzungen, Schwerpunkte und Wirkungen des von Bund und Ländern finanzierten Programms für Universitäten, PH, FH und Berufsakademien; Darstellung der einzelnen Förderprojekte; Kriterien, Verfahren und Ergebnisse der Mittelverteilung für das Programm zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen in Forschung und Lehre

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1021

Privat finanzierte Drittmittelforschung an den Universitäten und ihre Bedingungen nach dem jüngsten Urteil des Bundesgerichtshofs

Darlegung der Einwerbungs- und Abwicklungswege von Drittmitteln und Spenden an den einzelnen Universitäten, Gründung von Fördervereinen zur Umgehung der Universitätsverwaltungen, Anzeige sämtlicher Zuflüsse und Berücksichtigung bei der leistungsbezogenen Ressourcenzuweisung; Novellierung der Drittmittelrichtlinien als Konsequenz auf die o.g. Rechtsprechung, Verschärfung der Transparenz- und Kontrollvorgaben, Reduzierung des Verwaltungsaufwands, Vermeidung der Umgehungskonstruktionen von Geldgebern und Wissenschaftlern

Antr
s. *Drittmittelförderung*
Drs 13/1055

Fragwürdiges Führen akademischer Titel durch einen Heidelberger Doktor der Philosophie

Frage nach der Berechtigung zur Führung des Titels „Professor Dr. med. Universität Belgrad“ durch einen Heidelberger Wissenschaftler sowie nach der Legitimation einer „Universität für Frieden in Heidelberg“, Beurteilung der wissenschaftlichen Qualität von medizinischen Büchern des Herrn G-M sowie deren Verbreitung durch das unberechtigte Führen der akademischen Titel

KlAnfr
s. *Akademiker*
Drs 13/1311

Studentische Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen des Landes

Zahl, arbeitsvertragliche Situation, Beschäftigungsumfang und -dauer, Dotierung und personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen und studentischen Hilfskräfte; Entwicklung der Stundensätze in den letzten 15 Jahren; Vergleich mit den aus Drittmitteln finanzierten Arbeitsverhältnissen; Einhaltung der Richtlinien der Tarifgemeinschaft der Länder? Beteiligung an den Verhandlungen über die Neugestaltung des Tarifrechts

Antr
s. *Student*
Drs 13/1996

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Bedeutung und Förderung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur; Unterstützung des Austauschs von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden; Engagement von Unternehmen in China sowie von chinesi-

schen Wirtschaftsunternehmen in BW

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2553

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr
s. *Wissenschaftliche Kooperation*
Drs 13/2679

Beitrag von Frauen für die Innovationsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes BW

Beurteilung der Ergebnisse des „Hochschulrankings nach Gleichstellungsaspekten“ bzw des entsprechenden Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal der Hochschulen; Maßnahmen zur Stärkung der Chancengleichheit mit dem neuen Hochschul-Ges, insbes Verankerung der Frauenförderpläne, der Frauenförderung als Element der leistungsorientierten Mittelvergabe, von Frauen und Frauenbeauftragten im Hochschulrat mit Stimmrecht, Chancenverbesserung durch die Juniorprofessur und das neue Berufungsverfahren, Umgestaltung des Habilitationsprogramms, Weiterentwicklung der bisherigen Programme, vorgesehene Mittel aus dem Hochschul- und Wissenschaftsprogramm

Antr
s. *Frau*
Drs 13/2858

Forschungskosten in BW

Kosten eines Forschungsarbeitsplatzes in naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen im Vergleich zu den USA differenziert nach Universitäten und Privatwirtschaft, Grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung; Entwicklung der Zahlen dieser Arbeitsplätze in den letzten zehn Jahren; Anteile, Zielländer und Gründe für die Abwanderung von Wissenschaftlern aus BW

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/3266

Verlagerung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten von Unternehmen der Region Stuttgart ins Ausland

Verlagerung von Wissenschaftlern und Fachkräften ins Ausland in den letzten Jahren, Einschätzung der weiteren Entwicklung und Auswirkungen, Höhe der Förderung wirtschaftsnaher Forschungsinstitute seit 2000; stärkere Ausrichtung der Technologieförderung auf kleine und mittlere Unternehmen, Abstimmung der Studiengänge an den Fachhochschulen mit den Bedürfnissen der heimischen Technologie-Unternehmen

Antr
s. *Forschung*
Drs 13/3502

Juniorprofessur verankern - Rechtssicherheit und Perspektiven für Nachwuchswissenschaftler/-innen sichern

Rechtliche Situation des wissenschaftlichen Personals mit befristetem Arbeitsvertrag nach dem Urteil des BVerfG zur 5. Novelle des Hochschulrahmenges; Verankerung der Juniorprofessur im HochschulGes und Eintreten für eine länderübergreifende Anerkennung; Bemühungen um mehr Spielräume für befristete Arbeitsverhältnisse von Wissenschaftlern iR einer bundesweiten Regelung

Antr GRÜNE 09.09.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3538
PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7111-7116

Abschneiden BW beim Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten und künftige Frauenförderung an baden-württembergischen Hochschulen

Beurteilung der Ergebnisse des o.g. Rankings nach Hochschularten, Ursachen der bundesweiten Schlusslichtposition beim Anteil von Professorinnen; Stellenwert von Qualifizierungsprogrammen für Frauen, der Ausstattung der Frauenbeauftragten sowie Gewichtung von Gleichstellungsaspekten bei der Mittelvergabe; veranschlagte Mittel aus dem Bund-Länder-Programm Hochschule und Wissenschaft (HWP) für Frauenförderung, Kompensation der Mittel nach dem Auslaufen des HWP Ende 2006; Anstreben einer angemessenen Beteiligung von Frauen in den Hochschulräten sowie in den Leitungsgremien und beim Lehrkörper der Berufsakademien

Antr
s. *Frauenförderung*
Drs 13/5084

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Mitteleinsatz, Wirkungen und Perspektiven der Entwicklung der Universität und FH Ulm; Kooperation mit außeruniversitären und industriellen Forschungseinrichtungen, Darlegung des Technologietransfers, der Technikfolgenabschätzung und Nachhaltigkeitsforschung seit 1985; Beschäftigungswirkung von Universität, Klinikum und FH, Verbleib der Absolventen in der Region, Förderung von Existenzgründungen

GrAnfr
s. *Ulm*
Drs 13/4584

Überlastprogramm für die Hochschulen

Entwicklung eines Überlastprogramms zur Vorbereitung auf die steigenden Studierendenzahlen bzw den doppelten Abiturientenjahrgang 2012, Gewährleistung einer auf zehn Jahre befristeten Parallelbesetzung von Professoren-/Wissenschaftlerstellen ab dem Jahr 2008

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4967

Baden-württembergische Wissenschaftsbeziehungen nach Ägypten und die Perspektiven für die German University in Cairo (GUC)

Darlegung der beteiligten Hochschulen, Berufsakademien und Unternehmen; Umfang des Austauschs von Wissenschaftlern und Studierenden sowie des finanziellen Engagements von Bund, Land und Privatpersonen; Frage nach den bearbeiteten Themen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie nach den mittelfristigen Perspektiven

KIAnfr

s. Wissenschaftliche Kooperation
Drs 13/5075*Karrierechancen deutscher Wissenschaftler im Ausland; Anteil von Hochschulabsolventen, die eine Wissenschaftslaufbahn einschlagen*

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1505-1510

Zahl von Wissenschaftlern und Studenten in der Technologieregion Karlsruhe, Auszeichnung als Gründerregion von der EU, Finanzierung und Beratung von Existenzgründern

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1514-1516 1518 1521-1524 1528 1529

Flankierende Unterstützung der wissenschaftlichen Karrieren von Frauen

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1855

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Wissenschaftler ins Ausland, Flexibilisierung des Tarifrechts, Hinwirkung auf einen Wissenschaftstarifvertrag

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3532

Kreativität der Wissenschaftler in BW

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3600 3602 3603

Zahl und Leistungsfähigkeit junger Wissenschaftler bei den wirtschaftsnahen Forschungsinstituten, Bewertung als Sprungbrett in die Industrie

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4491 4493-4496 4499

Einführung der leistungsorientierten Professorenbesoldung, Gewinnung von Spielräumen im Wettbewerb um die besten Köpfe

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5227-5234

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Wissenschaftler ins Ausland, Erhaltung des klassischen Wegs der Habilitation

PIPr 13/81 09.12.2004 S. 5734

Ausbau der Qualität der Hochschulen im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe

PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5960 5966 5968 5971 5972

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Wissenschaftler ins Ausland, Bemühungen um die besten Köpfe für die frei werdenden Professorenstellen, Verwendung der iRd Exzellenzinitiative zufließenden Mittel zur Nachwuchsförderung

PIPr 13/87 16.03.2005 S. 6263 6265-6268

Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Frauenförderung im Wissenschaftsbereich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6408

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Wissenschaftler ins Ausland, Verwendung der iRd Exzellenzinitiative des Bundes zufließenden Mittel zur Nachwuchsförderung

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6735 6737 6740

Stärkung der Rückkehrbereitschaft abgewandelter Wissenschaftler aus dem Ausland mit der Exzellenzinitiative, Verweisung auf eine Mehrheit von Wissenschaftlern im Bewilligungsausschuss dieser Initiative

PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6882 6884 6885

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Wissenschaftler ins Ausland, Einrichtung eines Struktur- und Innovationsfonds zur Rückholung bzw Bindung von Spitzenforschern an die Hochschulen des Landes

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7335 7344

Stopp des Trends zur Abwanderung junger Wissenschaftler ins Ausland, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und finanziellen Ausstattung der Hochschulen

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7887 7890

Wissenschaftliche Hilfskraft

s. *Akademischer Mittelbau*

Wissenschaftliche Kooperation

s.a. *Deutsch-Französische Hochschule*
s.a. *Kulturaustausch*

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Weiterentwicklung der Städtelandschaft am Oberrhein zu einer grenzüberschreitenden Wissenschafts- und Bioregion, Kooperation zwischen den Hochschulen u.a. Forschungseinrichtungen

GrAnfr

s. *Oberrhein, Region*

Drs 13/1226

Freiburg als Hochschul- und Wissenschaftsstandort im Dreiländereck

Stand, Bereiche und Perspektiven der Profilbildung; Unterstützung durch die Zukunftsoffensiven u.a. Fördermaßnahmen; Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit und Zusammenarbeit der Einrichtungen am Oberrhein; Bewertung der Ausgründungen, Drittmiteleinwerbung und des Technologietransfers; Ausbau von Forschungsschwerpunkten und des Studentenaustauschs, Angebot von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie der Berufsorientierung des Studienangebots an der Universität Freiburg

Antr

s. *Freiburg*

Drs 13/1288

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen BW und den Vereinigten Staaten von Amerika

Entwicklung o.g. Beziehungen seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und den Spannungen zwischen den Regierungen im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg differenziert nach Branchen und Regionen; Umfang der jeweiligen Direktinvestitionen, von Forschungsk Kooperationen sowie des Austauschs von Wissenschaftlern und Führungspersonal; Beteiligung von US-Firmen an Messen und Kongressen; Fördereinrichtungen und -maßnahmen des Landes

Antr

s. *Wirtschaftliche Kooperation*

Drs 13/2269

Zusammenarbeit zwischen BW und China auf dem Gebiet der Wissenschaft und Hochschulen

Bedeutung und Förderung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur; Unterstützung des Austauschs von Wissenschaftlern, Lehrenden und Studierenden; Engagement von Unternehmen in China sowie von chinesischen Wirtschaftsunternehmen in BW

Antr Werner Pfisterer u.a. CDU 30.10.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2553 (12 S.)

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 52-54

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Problembezogene Bestandsaufnahme der Hochschulbeziehungen zu China und ihre Perspektiven

Höhe der für die o.g. Wissenschaftsbeziehungen aufgewandten Mittel im Vergleich zu anderen Weltregionen, Zahl der chinesischen Studenten und Gastwissenschaftler an Universitäten und Fachhochschulen in BW, Möglichkeiten zur Steigerung der entsprechenden Zahlen von Baden-Württembergern in China, Darlegung der fachlichen Schwerpunkte, Verankerung der Sinologie an den Universitäten, Effekte der „Bildungsmessen“ in China und Hongkong, Angebot solcher Plattformen auch in BW; Erarbeitung von Perspektiven mit der Vorlage eines Zehn-Jahres-Masterplans

Antr Carla Bregenzer u.a. SPD 27.11.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2679

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 52-54

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Schaffung integrierter Studiengänge an Hochschulen in BW und China

Beurteilung der o.g. Möglichkeiten zur weiteren Intensivierung der bestehenden Partnerschaften und Austauschbeziehungen, Frage nach vorhandenen grundsätzlichen Voraussetzungen und geeigneten inhaltlichen Bereichen

Antr Ernst Pfister u.a. FDP/DVP 18.12.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2757

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 52-54

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Haushalt 2005 und 2006; Epl 02

Nachhaltige Finanzpolitik für BW und seine Kommunen

Externalisierung der verwaltungsinternen Fachhochschulen für Verwaltung und Finanzen, Einführung der Studienabschlüsse Bachelor und Master, Erweiterung des Spektrums der Studiengänge mit Blick auf die private Wirtschaft, Förderung internationaler Partnerschaften mit dem Austausch von Studierenden und Lehrenden

s. *Finanzpolitik*

Drs 13/4042

Ausgestaltung der Zukunftsoffensive IV

Thematische und institutionelle Ausgestaltung der o.g. Forschungsoffensive; Kriterien, Konzepte, Entscheider und Zeiträume der Mittelvergabe; Abstimmung mit der Clusterbildung der Forschungsleitlinien; Förderung von (weiblichen) Nachwuchswissenschaftlern sowie der Zusammenarbeit von Forschungsinstituten mit kleinen und mittelständischen Unternehmen; Partizipation der Geistes- und Sozialwissenschaften; Förderung von internationalen Kooperationen zwischen Universitäten; Einbindung des MWK sowie der Hochschulrektoren

Antr

s. *Forschung*

Drs 13/4181

Türkei

Zahl von türkischen Studenten in BW, von Städte- und Hochschulpartnerschaften

KlAnfr
s. *Türkei*
Drs 13/4282

Baden-württembergische Wissenschaftsbeziehungen nach Ägypten und die Perspektiven für die German University in Cairo (GUC)

Darlegung der beteiligten Hochschulen, Berufsakademien und Unternehmen; Umfang des Austauschs von Wissenschaftlern und Studierenden sowie des finanziellen Engagements von Bund, Land und Privatpersonen; Frage nach den bearbeiteten Themen, Forschungs- und Entwicklungsprojekten sowie nach den mittelfristigen Perspektiven

KlAnfr Martin Rivoir SPD 19.01.2006 und Antw MWK Drs 13/5075

Internationale Kompatibilität der Hochschulabschlüsse, Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit der Hochschulen als Antwort auf die Globalisierung

PIPr 13/25 15.05.2002 S. 1504-1507

Zusammenarbeit der Hochschulen in den Grenzregionen und Partnerregionen

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3105 3106

Internationale Zusammenarbeit der Hochschulen in der Bodenseeregion

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3295

Intensivierung der Zusammenarbeit von Hochschulen in BW und Osteuropa

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4777 4778

Kooperation der Berufsakademien mit ausländischen Hochschulen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6527-6529

Wissenschaftliche Weiterbildung

s. *Weiterbildung*

Wissenschaftliche Zusammenarbeit

s. *Wissenschaftliche Kooperation*

Wissenschaftlicher Assistent

s. *Akademischer Mittelbau*

Wissenschaftlicher Nachwuchs

s. *Akademischer Mittelbau*

Wissenschaftsminister

s. *Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst*

Wissenschaftstarifvertrag

s. *Tarifvertrag*

Witzel, Walter Dr. MdL GRÜNE

Würdigung der politischen Arbeit und Verabschiedung von Dr. Walter Witzel durch den Präsidenten iRd Schlussansprache

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8014 8015

WKD

s. *Wirtschaftskontrolldienst*

Wochenende

s.a. *Sonn- und Feiertage*

Personenverkehrskonzeption des Landes bei Streichung von Interregio-Zugverbindungen durch die Deutsche Bahn AG

Sicherung der Gültigkeit des BW-Tickets und des Schöne-Wochenend-Tickets der DBAG auch bei privaten Netzbetreibern

Antr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/55

Zukunft des Schönes-Wochenende-Tickets und des Baden-Württemberg-Tickets

Beurteilung der geplanten Preisanhebung der Bahn AG; Hinwirkung auf ein (ganztägiges) Angebot auch am Wochenende

Antr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/559

Fortbestand des Nahverkehrsfahrscheinangebotes „Schönes-Wochenende-Ticket“ der DB A.G.

Erhaltung des o.g. Angebots, Auswirkungen eines Wegfalls für den Freizeitverkehr am Wochenende bzw entsprechende Aktivitäten von Vereinen und Verbänden, Verhinderung der geplanten Preisanhebung

KlAnfr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/594

Nachtverkehr im Raum Mannheim/Heidelberg

Beurteilung des o.g. ÖPNV-Angebots an Wochenenden; Unterstützung einer Verbesserung durch Bestellung von Nahverkehrsleistungen zwischen den Hauptbahnhöfen Mannheim und Heidelberg

KlAnfr

s. *Personenverkehr*

Drs 13/739

Baden-Württemberg-Ticket

Entwicklung der Verkaufszahlen, der Zahl von Reisenden und zurückgelegten Entfernungen, Bewertung des Single-Tickets für 15 Euro in Bayern; Verknüpfung der Verbundförderung mit der Anerkennung des BW-Tickets, Aufnahme von Verhandlungen mit der Bahn AG zur Einführung eines Wochenendtickets sowie eines Tickets für Einzelreisende

Antr

s. *Fahrausweis*

Drs 13/2825

Wochenendfahrverbot für Lastkraftwagen

s. *Fahrverbot*

Wochenmarkt

s. *Marktveranstaltung*

Wohlfahrtspflege

s.a. *Deutsches Rotes Kreuz*

s.a. *Diakonisches Werk*
s.a. *Lions-Club*
s.a. *Sozialer Hilfsdienst*

Ges über die Kostentragung bei sexuell übertragbaren Krankheiten und Tuberkulose

Regelung der Kostenträgerschaft durch die Landeswohlfahrtsverbände; Außerkrafttreten des Ges zur Ausführung des § 24 des Ges zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

GesEntw
s. *Geschlechtskrankheit*
Drs 13/1620

Die Finanzkraft der Kommunen stärken - für eine umfassende Gemeindefinanzreform

Entwicklung der Umlagen an die Landeswohlfahrtsverbände sowie deren Einnahmen aus Zuweisungen nach dem FAG seit 1993; Entwicklung der Leistungen nach dem BSHG und KJHG sowie anderer Sozialleistungen im selben Zeitraum

GrAnfr
s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*
Drs 13/1945

Geplante Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände und zukünftige Wahrnehmung ihrer bisherigen Aufgaben

Gründe und Auswirkungen der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise bzw einer Fusionierung und Verschlankung; Übertragung der Eingliederungshilfe für Behinderte und Jugendhilfe auf die Landratsämter, Gewährleistung der Gleichbehandlung und Qualität, Schaffung eines Soziallastenausgleichs? Aufgaben, personelle und finanzielle Ausstattung des landesweiten Kompetenzzentrums, Zuständigkeit als überörtlicher Träger der Sozialhilfe? Höhe der angestrebten Effizienzrendite; erwartete Zahlen und Ausgaben für Behinderte und Jugendhilfe bis 2006

Antr GRÜNE 19.08.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2364
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3947-3959

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Untersuchung der Frage der Zweckmäßigkeit einer Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

Vergabe des o.g. Gutachterauftrags zur Prüfung der vorgesehenen Eingliederung in die Stadt- und LKreise unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten

Antr SPD 20.10.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2513
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3947-3959

Prüfung der institutionellen Förderung der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

Beratende Äußerung gemäß § 88 Abs 2 LHO

Mittlg RH 02.02.2004 Drs 13/2896 (34 S.)
PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489
BeschlEmpf und Bericht FinA 17.06.2004 Drs 13/3269 (11 S.)
PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5318 5319
Mittlg LReg 21.10.2004 Drs 13/3682 (15 S.)
BeschlEmpf und Bericht FinA 20.01./27.01.2005 Drs 13/4009 III. S. 5
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Erhaltung der Versorgungsverwaltung, der Landeswohlfahrtsverbände, Straßenbauämter und Straßenmeistereien in ihrer jeweils bisherigen Form; Verzicht auf eine Zerschlagung des Landesdenkmalamts

Antr
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3076

Behindertenhilfe nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände
Verhandlung und Abrechnung der Heimträger über die Eingliederungshilfe mit mehreren Stadt- oder LKreisen, Fortbestand der Richtlinien zum betreuten Wohnen und zur Familienpflege, Regelung der Investitionsförderung und kreisüberschreitenden Kostenträgerschaft? Notwendigkeit einer landeseinheitlichen Versorgung von Behinderten

KIAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/3115

Wohnprojekt 2008 des Spastikervereins Karlsruhe

Beurteilung der geplanten Elterninitiative Wohnprojekt 2008 zur Errichtung eines Wohnheims für schwerst mehrfachbehinderte junge Erwachsene nach dem Bruchsaler Modell, Frage nach der Bedarfsfeststellung und Finanzierung des Projekts nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

KIAnfr
s. *Wohnheim für Behinderte*
Drs 13/3157

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Ges zur Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände sowie Ges über den Kommunalverband für Jugend und Soziales

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Haushalt 2005 und 2006; Epl 09

Verzicht auf Kürzung der Fördermittel für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege

ÄAntr SPD 19.01.2005 Drs 13/4009-4 S. 33
ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4009-23 S. 59
ÄAntr CDU und FDP/DVP 26.01.2005 Drs 13/4009-Reste 09/2 S. 80-85
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5922-5946

Umsetzung und Zwischenbilanz des Kommunalverbands für Jugend und Soziales (KVJS)

Verlauf und evtl Probleme der Auflösung der beiden Landeswohlfahrtsverbände und Schaffung des neuen KVJS, insbes bei den Entgeltverhandlungen für stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe, bei der Zuordnung der Beschäftigten zu den LKreisen oder zu dem neuen KVJS sowie im Umgang und der weiteren Verwaltung der jeweiligen Vermögenswerte der aufgelösten Verbände

Antr
s. *Kommunalverband für Jugend und Soziales*
Drs 13/4330

Investitionsmittel für Einrichtungen der Behindertenhilfe

Entwicklung der o.g. Förderung seit 2000, Anteil der Landesförderung am Gesamtfördervolumen, Gründe für das Ausbleiben der Verabschiedung der zusammen mit dem Kommunalverband

für Jugend und Soziales vorgelegten Fördergrundsätze

Antr
s. *Behinderter*
Drs 13/4508

Anlaufstelle für Behinderte nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg

Verlust der o.g. Stelle zur Ermittlung der Betreuungszuständigkeit wegen der nicht erfolgten Übertragung aller Querschnittsaufgaben auf den Kommunalverband für Jugend und Soziales, Frage nach Abhilfemöglichkeiten

MdlAnfr
s. *Behinderter*
Drs 13/4796

Ges zur Ausführung der Werkstättenverordnung und zur Änderung des Jugend- und SozialverbandsGes

Übertragung der Mitwirkung in den Fachausschüssen der Werkstätten für Behinderte auf die örtlichen Träger der Sozialhilfe; Ermöglichung der Beauftragung des Kommunalverbands für Jugend und Soziales mit der Durchführung von Landesprogrammen

GesEntw
s. *Werkstatt für Behinderte*
Drs 13/5059

Gewährung von Leistungen für Behinderte nach dem BSHG, Bündelung der Zuständigkeit für die Grundsicherung bei den Landeswohlfahrtsverbänden

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2185

Notwendigkeit einer Erhöhung der Umlagen der LKreise an die Lwohlfahrtsverbände und damit der Kreisumlagen; Gewährung von Leistungen für Behinderte nach dem BSHG

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2216 2217 2227-2229 2231 2239

Kritik der Liga der freien Wohlfahrtspflege an der Landessozialpolitik

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2292-2294 2298 2301-2303 2305

Eingliederung der Lwohlfahrtsverbände in die Landratsämter

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2902 2911 2924

Problematik der Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3336 3345

Finanzprobleme des Landeswohlfahrtsverbands Württemberg-Hohenzollern, Ablehnung des Haushalts durch das IM; Problematik der Eingliederung der LWV in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Anregung einer Fusion als Alternative

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3544 3545 3550 3551 3553

Kritik der Liga der freien Wohlfahrtspflege an der Landessozialpolitik; Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Stadt- und LKreise

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3616 3617 3641

Diskussion mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege über die geplanten Einsparungen im Sozialetat

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4203 4206 4207 4217

Problematik der Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Landratsämter im Zuge der Verwaltungsreform, Frage nach dem versprochenen Wirtschaftlichkeitsgutachten

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4639 4653 4654 4659 4674

Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Stadt- und LKreise, Errichtung eines Kommunalverbands für Jugend und Soziales

PIPr 13/70 09.06.2004 S. 4899 4900 4905 4913 4914 4925 4940 4941

Eingliederung der Landeswohlfahrtsverbände in die Stadt- und LKreise, Einrichtung eines Kommunalverbands für Jugend und Soziales

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5000 5001 5033 5034

Wohlfahrtsverband

s. *Wohlfahrtspflege*

Wohnbeihilfe

s. *Wohngeld*

Wohneigentum

s. *Wohnungseigentum*

Wohngebiet

Grundstücksverkäufe

Veräußerung von landeseigenen Grundstücken nur in einem bauplanungsrechtlich entwickelten Zustand, Erreichung dieses Zustands durch die Ausweisung von Wohngebieten, Konsequenzen der Verkaufspolitik des Landes für die Innenentwicklung und Nutzung von Gewerbebrachen der betroffenen Kommunen, Vereinbarkeit mit der im Umweltplan geforderten Reduktion des Flächenverbrauchs; Abkehr vom o.g. Grundsatz, Abgabe von Verkaufsangeboten gegenüber den Kommunen nach dem jeweiligen Verkehrswert

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3150

Notwendiger Abstand von Windkraftanlagen zu Wohngebieten

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1383

Anstrebung einer sozial heterogenen Mieterschaft in den Wohngebieten mit ehemals geförderten Wohnungen mit Belegungsbindung, Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1804-1807

Wohngeld

Ges zur Ausführung wohnungsrechtlicher Ges

Regelung der Ausführung des WohnraumförderungsGes, Festlegung der zuständigen Stellen i.S.d. WohngeldGes, Änd des Ges über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

GesEntw
s. *Wohnungsrecht*
Drs 13/384

Überplanmäßige Ausgabe für das Wohngeld nach dem WohngeldGes (Kap. 0705 Tit. 681 01); Mittlg nach § 37 Abs 4 LHO

Mittlg FM 19.12.2002 Drs 13/1650

Überplanmäßige Ausgabe für das Wohngeld nach dem WohngeldGes (Kap 0705 Tit 681 01) im Hj 2003; Mittlg nach § 37 Abs 4 LHO

Mittlg FM 13.01.2004 Drs 13/2788

Überplanmäßige Ausgaben im Hj 2004 beim Epl 09 - SM sowie beim Kap 0705 Tit 681 01 - IM

Überplanmäßige Ausgabe für Wohngeld (Kap 0705 Tit 681 01)

Mittlg

s. *Über- und außerplanmäßige Haushaltsausgaben*

Drs 13/3846

Ges zur Änd des Ges zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Weiterleitung des Bundesanteils an den Leistungen der Stadt- und LKreise für Unterkunft und Heizung der Bezieher von Arbeitslosengeld II sowie Weitergabe der Entlastung des Landes aus der Verrechnung der Minderausgaben und Mindereinnahmen aus Artikeln 25 und 30 des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeldentlastung bzw Anteil des Landeshaushalts an der Sonderergänzungszuweisung Ost)

GesEntw

s. *Sozialrecht*

Drs 13/4716

Bewertung der Wohngeldförderung als Fehlinvestition, Notwendigkeit einer Aufstockung der Mittel für den sozialen Mietwohnungsbau

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430 1432

Weitergabe der Wohngeldentlastung durch die Hartz-Reform an die Kommunen

PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5804 5826

Wohngeldgesetz

s. *Wohngeld*

Wohnheim für Behinderte

s.a. *Behindertengerechtes Bauen*

Wohnplätze für behinderte Menschen im Stadt- und LKkreis Heilbronn

Maßnahmen zur Deckung des o.g. Bedarfs

KlAnfr Reinhold Gall SPD 22.01.2003 und Antw SM Drs 13/1701

Wohnprojekt 2008 des Spastikervereins Karlsruhe

Beurteilung der geplanten Elterninitiative Wohnprojekt 2008 zur Errichtung eines Wohnheims für schwerst mehrfachbehinderte junge Erwachsene nach dem Bruchsaler Modell, Frage nach der Bedarfsfeststellung und Finanzierung des Projekts nach Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände

KlAnfr Wolfgang Staiger SPD 29.04.2004 und Antw SM Drs 13/3157

Wohnmobil

Keine Steuererhöhung für Wohnmobile

Hinwirkung auf Beibehaltung der bisherigen Besteuerung von Wohnmobilen im BRat

Antr

s. *Kraftfahrzeugsteuer*

Drs 13/4593

Wohnraumförderungsgesetz

s. *Wohnungsrecht*

Wohnraumförderungsprogramm

s. *Wohnungsbau*

Wohnraumüberwachung

s. *Technische Observation*

Wohnsitz

Änd des EinkommensteuerGes

Beurteilung einer Veranlagung aller deutschen Staatsbürger mit Wohnsitz im In- oder Ausland mit einer Einkommensteuerpflicht hierzulande; Darlegung der notwendigen rechtlichen Voraussetzungen und der dabei tangierten internationalen Abkommen

Antr

s. *Einkommensteuer*

Drs 13/2832

Vorübergehendes Verlassen des Geltungsbereichs der Aufenthaltsgestattung nach dem AsylverfahrensGes (AsylVfG)

Rechtslage, Gründe und Ermessensspielraum für die Ausländerbehörden zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für Asylbewerber von der Residenzpflicht, Berücksichtigung psychischer Gründe, posttraumatischer Belastungszustände, der Nähe von engen Verwandten, Freunden etc; Beachtung der Vorgaben der EU-Richtlinie zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten

KlAnfr

s. *Asyl*

Drs 13/4172

Wohnung

s.a. *Altenwohnung*

s.a. *Arbeitsstätte*

s.a. *Jugendheim*

s.a. *Studentenheim*

s.a. *Unterkunft*

s.a. *Wohngebiet*

s.a. *Wohngeld*

s.a. *Wohnmobil*

s.a. *Wohnungseigentum*

s.a. *Wohnungsrecht*

Sicherheit für Mieter - Erweiterter Kündigungsschutz bei umgewandelten Mietwohnungen

Wiederaufnahme der Stadt Mannheim in den Geltungsbereich des erweiterten Kündigungsschutzes

KlAnfr

s. *Mieter*

Drs 13/14

Zweckentfremdungsverbot und erweiterter Kündigungsschutz für baden-württembergische Großstädte

Erhebungen und Datenbasis für die Einschätzung und Feststellung des Wohnungsversorgungsgrads, Auswirkungen der Auf-

hebung o.g. Instrumente bei gleichzeitigem Rückgang der Neubauzahlen im Wohnungsbau in den Großstädten; Überprüfung der Wohnungsversorgung durch ein unabhängiges Institut; Wiederherstellung o.g. Instrumente im Falle von Umwandlungen in Stuttgart

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 13.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/85
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 17.10.2001 Drs 13/358 S. 3-5
 PIPr 13/13 15.11.2001 S. 634

Energetische Modernisierung im Wohnungsbestand

Höhe der bereitgestellten und beanspruchten Mittel 2000/2001 im Vergleich zu Hessen und NRW; Aufstockung der Mittel zur Stimulanz des Bauhandwerks und zugunsten des Klimaschutzes; Ausbildung und flächendeckende Präsenz von Energieberatern aus dem Handwerk; Abruf von Fördermitteln für Energie-Spar-Checks für Ein- und Mehrfamilienhäuser

Antr
 s. *Energieeinsparung*
 Drs 13/93

Ausverkauf von LEG-Mietwohnungen in BW

Verhinderung der o.g. Transaktion über die Landesbank BW

Antr
 s. *Landesentwicklungsgesellschaft*
 Drs 13/101

Zukunft des sozialen Mietwohnungsbaus in BW

Entwicklung der Zahlen öffentlich geförderter Mietwohnungen mit Belegungsbindung, Anteil von Seniorenwohnungen; Erhöhung der Fördermittel nach der Empfehlung der Kommission zur Untersuchung der Wohnungsversorgung in BW, Umgestaltung des LWohnungsbauprogramms

Antr
 s. *Wohnungsbau*
 Drs 13/132

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Aufstockung der Fördermittel zur energetischen Sanierung des Wohnungsbestands

s. *Sanierung*
 Drs 13/238

Die Wohnraumsituation für Studierende im kommenden Wintersemester

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger sowie mit privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Einrichtung zusätzlicher Studiengänge und Studienplätze, Ausmaß der Abwanderung von Studierenden infolge von Wohnungsnot; Entwicklung eines Akutprogramms des MWK gemeinsam mit den Hochschulen und Studentenwerken

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 27.09.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/272
 BeschlEmpf und Bericht WissensChA 29.11.2001 Drs 13/616 S. 33-35
 PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Wohnraumsituation ausländischer Studierender in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen sowie privat vermieteten Wohnungen an den einzelnen Hochschulstandorten, Darlegung der Kriterien für den Bau von Studentenwohnungen, Ausmaß der Abwanderung von ausländischen Stu-

dierenden infolge von Wohnungsnot; Förderung des Ausbaus von studentischem Wohnraum zur Steigerung des Anteils von ausländischen Studierenden um 50 %

Antr Theresia Bauer u.a. GRÜNE 19.10.2001 und Stellungnahme MWK Drs 13/343
 BeschlEmpf und Bericht WissensChA 21.02.2002 Drs 13/852 S. 58-59
 PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1450

Ges zur Ausführung wohnungsrechtlicher Ges

Regelung der Ausführung des WohnraumförderungsGes, Festlegung der zuständigen Stellen i.S.d. WohngeldGes, Änd des Ges über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

GesEntw
 s. *Wohnungsrecht*
 Drs 13/384

VO zum Schutz der Mieter vor Umwandlungsspekulation und zum Erhalt von Wohnraum in Groß- und Universitätsstädten des Landes

Aufnahme in die Gebietskulisse für das Zweckentfremdungsverbot und für den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

Antr
 s. *Mieter*
 Drs 13/463

Haushalt 2002 und 2003; Epl 07

Förderung von Modernisierungsmaßnahmen im Mietwohnungsbereich

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657 14-15 S. 48-51
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/684 7-8 S. 16-19
 ÄAntr SPD 05.02.2002 Drs 13/718
 PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Haushalt 2002 und 2003; Epl 14

Sanierung von angemieteten Wohnmöglichkeiten für Studierende

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/664-3 S. 40
 ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/685-1 S. 2
 PIPr 13/18 31.01.2002 S. 966-986

Situation der Landesentwicklungsgesellschaft

Entwicklung der Wirtschaftsdaten und Beteiligungsverhältnisse der LEG seit 1999; Zahl der privatisierten und weiterveräußerten Wohnungen, Reinvestition der Erlöse in den Wohnungsneubau, Umfang der Vergabe von Landesaufträgen, Eintreten für die struktur- und sozialpolitischen Ziele im Aufsichtsrat

Antr
 s. *Landesentwicklungsgesellschaft*
 Drs 13/891

Einladende Bedingungen für ausländische Studieninteressierte

Anmietung und Neubau von Studentenwohnungen, Kooperation zwischen den Zulassungsstellen der Hochschulen und den Wohnraum bereitstellenden Studentenwerken

GrAnfr
 s. *Ausländischer Student*
 Drs 13/1072

Wohnungsprobleme in den Groß- und Universitätsstädten des Landes

Entwicklung der Haushalts- und Einwohnerzahlen, der erstellten Wohnungen, Wartelisten und Mietpreise in den o.g. Kommunen seit 1999; Anteil der geförderten Wohnungen und Eigen-

tumsmaßnahmen; Zunahme des Problems der Obdachlosigkeit; Ausrichtung des L-Wohnungsbauprogramms entsprechend dem besonderen Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 01.07.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1117
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 25.09.2002 Drs 13/1401 S. 17
 PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2200 2201

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmendaten, Ausbau der Region zu einem Wirtschaftsstandort mit europäischer Bedeutung, zurückliegende und künftige Förderung des Wohnungsbaus, Unterstützung von Konversionsmaßnahmen, Bau von Wohnungen und Ansiedlung von Gewerbe auf ehemals militärisch genutzten Flächen

GrAnfr
 s. *Oberrhein, Region*
 Drs 13/1226

Wohnungsnot für Studierende in der Landeshauptstadt Stuttgart
 Zahl der vorhandenen bzw benötigten Wohnheimplätze, Auswirkungen der Abweisung von ausländischen Studenten auf das Renommee der Universität Stuttgart als internationaler Studienort, Bereitstellung von Grundstücken und Finanzmitteln für den studentischen Wohnheimbau sowie eines Studentenhotels, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie von Gesprächen des MWK mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Zahl der dadurch vom Studentenwerk angemieteten Wohnungen, Wiedereinführung des aufgehobenen Zweckentfremdungsverbots für Stuttgart?

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 15.10.2002 und Stellungnahme MWK Drs 13/1406
 BeschlEmpf und Bericht WissenschA 06.02.2003 Drs 13/1855 S. 59 60
 PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2891

Unbezahlbare Mietpreise nach Auslaufen der 10jährigen Sozialbindung bei Mietwohnungen?

Zahl der seit 1992 von Bund und Land geförderten, jetzt aus der Sozialbindung fallenden Mietwohnungen; Auswirkungen des Wegfalls der Zinsvergünstigungen bei Krediten auf die Miethöhe bzw die davon betroffenen einkommensschwachen Mieter; Frage nach kompensierenden Maßnahmen vonseiten des Bundes und der Kommunen

Antr
 s. *Mieter*
 Drs 13/1428

Neubau und Modernisierung von Wohnungen in BW

Bereitstellung von jährlich jeweils 200 Mio Euro für o.g. Zwecke innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren

Antr SPD 24.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1433
 PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3570-3584

Wohnplätze für behinderte Menschen im Stadt- und LKreis Heilbronn

Maßnahmen zur Deckung des o.g. Bedarfs

KlAnfr
 s. *Wohnheim für Behinderte*
 Drs 13/1701

Förderung der Wohnungsmodernisierung durch das Land

Einschätzung der Zahl renovierungsbedürftiger Mietwohnungen, bisheriger Mitteleinsatz iRd Energiesparprogramms Altbau im Vergleich zu Bayern und NRW, beschäftigungs- und steuerpolitische Auswirkungen der Kürzung des Programms

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 27.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1845
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 13 14
 PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Zunahme der Wohnungsprobleme in Groß- und Universitätsstädten des Landes

Entwicklung der Zahl von Notfällen und Obdachlosen, der Einwohnerzahlen und fertiggestellten Neubauwohnungen, Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen; Komplementärfinanzierung des Ballungsraumsonderprogramms des Bundes, Mitteleinsatz zur Förderung des Mietwohnungsbaus

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 27.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1846
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 14-16
 PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Drastische Einbrüche beim Wohnungsbau in BW

Entwicklung der Bevölkerungszahl sowie der benötigten und tatsächlich fertiggestellten Wohneinheiten seit 2000, Anteil der öffentlich geförderten Neubauwohnungen im Vergleich zu Bayern und NRW sowie des Rückgangs der Beschäftigten im Wohnungsbau seit 1995

Antr
 s. *Wohnungsbau*
 Drs 13/1847

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Förderung preiswerter und familiengerechter Wohnungen

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 12 S. 59 60
 ÄAntr SPD 25.03.2003 Drs 13/1926-6 S. 13 14
 PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Wohnungsnachfrage in BW

Aktualität der angenommenen Zuwanderungszahlen der Kommission zur Begutachtung der Wohnungslage, Bewertung der neuen Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts, Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt; Werbung um Investitionen in den Wohnungsbau, Vorlage eines nachfrageorientierten Landeswohnungsbauprogramms

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 22.05.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/2097
 BeschlEmpf und Bericht WirtA 15.10.2003 Drs 13/2582 S. 8 9
 PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Rücknahme des Stopps bei der Wohnraumförderung in BW

Verkauf von Darlehensforderungen zur Fortsetzung des Wohnraumförderungsprogramms im Umfang von bis zu 200 Mio Euro

Antr
 s. *Wohnungsbau*
 Drs 13/2403

Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus nicht nur an Kleinstverdiener vergeben

Geltende Einkommensgrenzen für den Bezug einer mit der Objektförderung gebauten Sozialwohnung, Vergleich mit den (erhöhten) Einkommensgrenzen anderer BLänder und der damit erzielten verbesserten Mieterstruktur in Sozialwohnungsquartieren; Nutzung der Möglichkeit des WohnraumförderungsGes zur Erhöhung der Einkommensgrenzen per RechtsVO

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/2725

Schutz vor Mieterverdrängung und Sicherung des Wohnungsbestands in den baden-württembergischen Groß- und Universitätsstädten

Entwicklung von Wohnungsangebot und -nachfrage in den o.g. Städten; Erlass der notwendigen Verordnungen für das Zweckentfremdungsverbot und den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/3166

Mietwohnraumförderung

Erschließung zusätzlicher Finanzierungspotenziale durch Orientierung der Förderung am konkreten Einkommen, Schaffung von Anreizen z.B. durch das so genannte Möglinger Modell, Verringerung der Abwicklungsprobleme

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/3211

Sicherung der Studentenwohnungen aus Kirchengrundbesitz

Zahl der von den Verkaufsabsichten der beiden großen Kirchen betroffenen Wohnheimplätze; Hinwirkung auf Erhalt der Wohnungen für den studentischen Wohnungsmarkt in Zusammenarbeit mit den Studentenwerken und evtl anderen Trägern

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 04.08.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3478
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 52 53
PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Verbrauchsabhängige Abrechnung der Wasserkosten auch im Wohnungsbestand

Ausrüstung der Haushalte mit Wasserzählern; Erfahrungen mit der Verpflichtung zum Einbau auch im Wohnungsbestand seit 1994 in Hamburg mit einer zehnjährigen Übergangsfrist; Verankerung einer entsprechenden Regelung in der LBO?

Antr
s. *Wasserzähler*
Drs 13/3625

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkswohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/3658

Die Wohnraumsituation der Studierenden in BW

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen an den einzelnen Hochschulstandorten, Anteil der für den internationalen Studierendenaustausch gebundenen Plätze, Ergebnisse einer Arbeitsgruppe sowie einer Initiative des MWK zur Gewinnung von privaten Vermietern und Investoren zum Bau von Wohnheimplätzen, Angebot von landeseigenen Grundstücken gegenüber den Studentenwerken, Mittelbereitstellung zum Ankauf von Belegungsbindungen privater Vermieter

Antr Regina Schmidt-Kühner u.a. SPD 18.11.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3760
BeschlEmpf und Bericht WissenschA 03.03.2005 Drs 13/4187 S. 48 49
PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6394

Erwerb von Belegungsrechten für soziale Randgruppen

Zahl der o.g. mit Instrumenten des Landeswohnraumförderungsprogramms geförderten Wohnungen, Anteil der in den kommenden fünf Jahren auslaufenden Förderung, Zweifel an der Lukrativität einer Vermietung angesichts einer von der L-Bank geforderten Miethöhe von maximal 4,60 Euro in Ballungsräumen

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 04.05.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4305
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 12 13
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Angemessenheit der Wohnkosten von Beziehern von Arbeitslosengeld II

Überschreitung der von den Job-Centern bzw Sozialämtern errechneten Obergrenzen für Miete und Nebenkosten durch die am Markt geforderten Wohnkosten; Bewirkung von Mietschulden, Räumungsklagen und Obdachlosigkeit für die Betroffenen; Anstrengung sozialverträglicher Lösungen ab 01.07.2005

Antr
s. *Miete*
Drs 13/4306

Wiedereinführung des Zweckentfremdungsverbots von Wohnraum in Gemeinden mit erhöhtem Wohnraumbedarf

Zahl der beantragten Zweckentfremdungen in Freiburg, Heidelberg und Mannheim in den letzten vier Jahren; Wirksamkeit des Zweckentfremdungsverbots zur Erhaltung von (dringend benötigtem) Wohnraum

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 04.05.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4307
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 13
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Zunahme des Wohnungsdefizits in BW

Entwicklung des o.g. Defizits bis 2007 und Konsequenzen nach einer Studie des GEWOS-Instituts, insbes für Stuttgart, Karlsruhe, Ettlingen, Freiburg, Tübingen sowie für die Regionen Nordschwarzwald und Bodensee-Oberschwaben; Frage nach gesonderten Hilfen iRd Wohnbauförderung für die Landeshauptstadt

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 04.05.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4308
BeschlEmpf und Bericht InnenA 13.07.2005 Drs 13/4592 S. 13 14
PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7198

Drohender Wegfall von Wohnheimplätzen für Studierende

Entwicklung der Versorgungsquote mit Wohnheimplätzen der Studentenwerke u.a. öffentlicher Träger an den einzelnen Hochschulstandorten; Höhe des Sanierungsbedarfs im Bestand, Revision der Verweigerung von Sanierungszuschüssen an freie Träger bzw Abwendung ihrer Schließungsabsichten; Höhe der etatisierten Zuschüsse an Wohnheimträger seit 2003; weitere Maßnahmen zur Entschärfung der Wohnraumsituation für Studenten; Erhaltung der in privater, freier und kirchlicher Trägerschaft befindlichen Wohnungsbestände

Antr Rita Haller-Haid u.a. SPD 29.07.2005 und Stellungnahme MWK Drs 13/4578

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 17.11.2005 Drs 13/5052 S. 60 61

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Wohnungsbauförderung des Landes am Bedarf vorbei

Höhe der noch nicht abgerufenen Mittel des Wohnungsbauprogramms 2005 verteilt auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau, Vergleich mit der Inanspruchnahme des 1000-Dächer-Programms der L-Bank; Steigerung der Attraktivität der Programme nach den Vorschlägen der Verbände der im sozialen Wohnungsbau engagierten Wohnungsunternehmen; Erhöhung des Mietwohnungsanteils und des Subventionswerts der Landesbaudarlehen im Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. Wohnungsbau
Drs 13/4780

Ges zur Änd der Landesbauordnung

Verpflichtender Einbau von Rauchwarnmeldern in Wohngebäuden, Einräumung einer Übergangsfrist für bestehende Wohnungen

GesEntw
s. Feuerschutz
Drs 13/5063

Förderung zusätzlicher Miet- und Eigentumswohnungen, Feststellung einer Stagnation des Wohnungsmarkts, Bedarf an Sozial- und Studentenwohnungen

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 957-963 968 969 978 979

Anstreben einer sozial heterogenen Mieterschaft in den Wohngebieten mit ehemals geförderten Wohnungen mit Belegungsbindung, Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1804-1807

Bedarf an Wohnungen in den Ballungsräumen, Kritik an der Reduzierung des Landeswohnungsbauprogramms sowie der Wohnungsbaumittel des Bundes

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2643 2647 2648 2654

Abriß von Wohnungen im Osten wegen dem dortigen Überangebot, Erhaltung einer modifizierten Eigenheimzulage wegen der umgekehrten Marktlage hierzulande

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3388 3393 3394

Jährlicher Bedarf an neuen Wohnungen in BW, Kritik an der Kürzung der Fördermittel

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3614 3615 3622 3647 3651 3652

Wohnungsbedarf in BW, Verteidigung der Eigenheimzulage

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5142 5148

Regelung der barrierefreien Erreichbarkeit von Wohnungen in größeren Wohngebäuden

PIPr 13/74 28.07.2004 S. 5222-5227

Regelung der barrierefreien Erreichbarkeit von Wohnungen in größeren Wohngebäuden

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5380-5385

Wohnungsbedarf in BW, Verteidigung der Eigenheimzulage, Eintreten für deren Regionalisierung angesichts der Wohnungsleerstände in Ostdeutschland

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561-5584

Jährlicher Bedarf an neuen Wohnungen in BW, Kritik an der Kürzung der Fördermittel, Förderung der energetischen Sanierung des Wohnungsbestands

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868 5870 5912-5914 5919

Unterschiedlichkeit der Wohnungssituation in Deutschland, Feststellung von Wohnungsnot in den Ballungsräumen, Notwendigkeit einer Regionalisierung und Erhöhung der Wohnungsbauförderung nach dem Wegfall der Eigenheimzulage

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7635-7638

Regelung der barrierefreien Erreichbarkeit von Wohnungen in größeren Wohngebäuden

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7774 7777

Wohnungsbau

s.a. Eigenheimzulage

s.a. Fehlbelegungsabgabe

s.a. Landesentwicklungsgesellschaft

s.a. Städtebau

s.a. Wohnungsunternehmen

Zweckentfremdungsverbot und erweiterter Kündigungsschutz für baden-württembergische Großstädte

Erhebungen und Datenbasis für die Einschätzung und Feststellung des Wohnungsversorgungsgrads, Auswirkungen der Aufhebung o.g. Instrumente bei gleichzeitigem Rückgang der Neuzuzahlen im Wohnungsbau in den Großstädten; Überprüfung der Wohnungsversorgung durch ein unabhängiges Institut; Wiederherstellung o.g. Instrumente im Falle von Umwandlungen in Stuttgart

Antr
s. Wohnung
Drs 13/85

Zukunft des sozialen Mietwohnungsbaus in BW

Entwicklung der Zahlen öffentlich geförderter Mietwohnungen mit Belegungsbindung, Anteil von Seniorenwohnungen; Erhöhung der Fördermittel nach der Empfehlung der Kommission zur Untersuchung der Wohnungsversorgung in BW, Umgestaltung des L Wohnungsbauprogramms

Antr GRÜNE 26.07.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/132
PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1429-1441

Wohnungsbau 2002 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg WM 08.11.2001 Drs 13/433
PIPr 13/12 14.11.2001 S. 499
BeschlEmpf und Bericht FinA 29.11.2001 Drs 13/506
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 696 697

*Haushalt 2002 und 2003; Epl 07**Mittelaufstockung zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus*

ÄAntr GRÜNE 14.01.2002 Drs 13/657-6 S. 33

ÄAntr SPD 15.01.2002 Drs 13/657-13 S. 46 47

ÄAntr SPD 29.01.2002 Drs 13/684-6 S. 14 15

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 941-966

Situation der Landesentwicklungsgesellschaft

Entwicklung der Wirtschaftsdaten und Beteiligungsverhältnisse der LEG seit 1999; Zahl der privatisierten und weiterveräußerten Wohnungen, Reinvestition der Erlöse in den Wohnungsneubau, Umfang der Vergabe von Landesaufträgen, Eintreten für die struktur- und sozialpolitischen Ziele im Aufsichtsrat

Antr

s. Landesentwicklungsgesellschaft

Drs 13/891

Auswirkungen von Basel II auf Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Anwendung der neuen Kreditvergaberichtlinien durch Banken und Sparkassen schon heute? Eigenkapitalausstattung bei Bauträgern und Bauunternehmen; Verweigerung von Krediten bzw Vergabe zu erhöhten Konditionen; Hinwirkung auf eine Rückkehr zu den derzeit geltenden Vergaberegeln bzw zu einer mittelstandsfreundlichen Veränderung von Basel II

Antr

s. Kredit

Drs 13/965

Maßnahmen der LReg gegen den zunehmenden Flächenverbrauch in BW

Entwicklung des Flächenverbrauchs differenziert nach Siedlungs- und Verkehrsflächen in den vergangenen zehn Jahren, Wirksamkeit bisheriger Instrumente und Maßnahmen, Ergebnisse der Modellprojekte in Bad Wildbad und Bruchsal, Umfang und Eignung innerstädtischer Lücken und Brachen, Vorlage eines Zielkatalogs zur Nutzung dieser Flächen, Festschreibung im Landesentwicklungsplan und LandesplanungsGes sowie in den Programmen für Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung; Hinwirkung auf eine entsprechende Überarbeitung von Gesetzen auf Bundesebene

Antr

s. Landschaftsveränderung

Drs 13/1010

Wohnungsprobleme in den Groß- und Universitätsstädten des Landes

Entwicklung der Haushalts- und Einwohnerzahlen, der erstellten Wohnungen, Wartelisten und Mietpreise in den o.g. Kommunen seit 1999; Anteil der geförderten Wohnungen und Eigentumsmaßnahmen; Zunahme des Problems der Obdachlosigkeit; Ausrichtung des LWohnungsbauprogramms entsprechend dem besonderen Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum

Antr

s. Wohnung

Drs 13/1117

Barrierefreies Bauen; hier: Novellierung der Landesbauordnung

Vorlage eines Berichts über Erfahrungen und Konsequenzen der 1995 eingeführten Regelungen, Schaffung von Anforderungen zum barrierefreien Bauen auch im allgemeinen Wohnungsbau, Durchführung einer Anhörung der Verbände

Antr

s. Behindertengerechtes Bauen

Drs 13/1162

Wirtschaftliche und grenzüberschreitende Entwicklung in der Region Südlicher Oberrhein/Freiburg/Dreiländereck

Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmendaten, Ausbau der Region zu einem Wirtschaftsstandort mit europäischer Bedeutung, zurückliegende und künftige Förderung des Wohnungsbaus, Unterstützung von Konversionsmaßnahmen, Bau von Wohnungen und Ansiedlung von Gewerbe auf ehemals militärisch genutzten Flächen

GrAnfr

s. Oberrhein, Region

Drs 13/1226

Kürzungen in der Wohnungsbauförderung und der Stadtanierungsförderung durch die BReg

KlAnfr Winfried Mack CDU 05.08.2002 und Antw WM Drs 13/1239

Wirtschaftliche und wohnungsbaupolitische Bedeutung der Bausparkassen

Umfang der Vermögensbildung und Investitionsvolumina durch Produkte der Bausparkassen; Beurteilung der steuerpolitischen, förderungspolitischen und mietrechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau; Bedeutung der Eigenheimzulage und der vermögenswirksamen Leistungen für die Schaffung von Wohneigentum; Auswirkungen der Berücksichtigung des Wohneigentums als Bestandteil privater Altersvorsorge im AltersvermögensGes

Antr

s. Bausparkasse

Drs 13/1342

Neubau und Modernisierung von Wohnungen in BW

Bereitstellung von jährlich jeweils 200 Mio Euro für o.g. Zwecke innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren

Antr

s. Wohnung

Drs 13/1433

Wohnungsbau 2003 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg WM 04.11.2002 Drs 13/1456

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2031

BeschlEmpf und Bericht FinA 21.11.2002 Drs 13/1539

PIPr 13/35 11.12.2002 S. 2285

Zunahme der Wohnungsprobleme in Groß- und Universitätsstädten des Landes

Entwicklung der Zahl von Notfällen und Obdachlosen, der Einwohnerzahlen und fertiggestellten Neubauwohnungen, Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen; Komplementärfinanzierung des Ballungsraumsonderprogramms des Bundes, Mitteleinsatz zur Förderung des Mietwohnungsbaus

Antr

s. Wohnung

Drs 13/1846

Drastische Einbrüche beim Wohnungsbau in BW

Entwicklung der Bevölkerungszahl sowie der benötigten und tatsächlich fertiggestellten Wohneinheiten seit 2000, Anteil der öffentlich geförderten Neubauwohnungen im Vergleich zu Bay-

ern und NRW sowie des Rückgangs der Beschäftigten im Wohnungsbau seit 1995

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 27.02.2003 und Stellungnahme WM Drs 13/1847

BeschlEmpf und Bericht WirtA 18.06.2003 Drs 13/2222 S. 14-16

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3449

Haushalt 2002 und 2003; Nachtrag

Verkauf von Darlehensforderungen an die Landeskreditbank zur Förderung des Wohnungsbaus

ÄAntr SPD 11.03.2003 Drs 13/1873-N 11 S. 57 58

ÄAntr SPD 25.03.2003 Drs 13/1926-5 S. 11 12

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2700-2747

Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Wohnungsnachfrage in BW

Aktualität der angenommenen Zuwanderungszahlen der Kommission zur Begutachtung der Wohnungslage, Bewertung der neuen Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamts, Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt; Werbung um Investitionen in den Wohnungsbau, Vorlage eines nachfrageorientierten Landeswohnungsbauprogramms

Antr

s. *Wohnung*

Drs 13/2097

Die von der LReg angekündigte und überfällige Novellierung der Landesbauordnung

Gründe für die o.g. Verzögerung, Erfahrungen mit der vorgeschriebenen Barrierefreiheit bei Gewerbebauten und bei der Erweiterung von Gewerberäumen; Vorlage der angekündigten Reformvorschläge zur Barrierefreiheit im allgemeinen Wohnungsbau

Antr

s. *Baurecht*

Drs 13/2182

Ungenutzte Liegenschaften des Landes BW in der Landeshauptstadt Stuttgart

Umfang der o.g. Grundstücke und Gebäude; Möglichkeiten und Pläne zur Nutzung für den Wohnungsbau

Antr

s. *Landeseigene Immobilien*

Drs 13/2294

Rücknahme des Stopps bei der Wohnraumförderung in BW

Verkauf von Darlehensforderungen zur Fortsetzung des Wohnraumförderungsprogramms im Umfang von bis zu 200 Mio Euro

DringlAntr SPD 16.09.2003 Drs 13/2403

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3570-3584

Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus nicht nur an Kleinstverdiener vergeben

Geltende Einkommensgrenzen für den Bezug einer mit der Objektförderung gebauten Sozialwohnung, Vergleich mit den (erhöhten) Einkommensgrenzen anderer BLänder und der damit erzielten verbesserten Mieterstruktur in Sozialwohnungsquartieren; Nutzung der Möglichkeit des WohnraumförderungsGes zur Erhöhung der Einkommensgrenzen per RechtsVO

Antr

s. *Mieter*

Drs 13/2725

Haushalt 2004; Epl 07

Verkauf von Darlehensforderungen an die LKreditbank zur Förderung des Wohnungsbaus, Rücknahme der Mittelkürzung für den sozialen Wohnungsbau

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2807 4 5 S. 31-34

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2847 3 4 S. 6-9

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4281-4302

Wohnungsbau 2004 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg WM 11.02.2004 Drs 13/2913

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4489

BeschlEmpf und Bericht FinA 18.03.2004 Drs 13/3031 (10 S.)

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4688

Aktionsprogramm des Landes zur Reduzierung des Flächenverbrauchs

Erarbeitung eines Konzepts für ein System handelbarer Flächenzertifikate, Nutzung innerstädtischer Ressourcen über das Städtebauförder- und Wohnungsbauprogramm

Antr

s. *Landschaftsveränderung*

Drs 13/3084

Mietwohnraumförderung

Erschließung zusätzlicher Finanzierungspotenziale durch Orientierung der Förderung am konkreten Einkommen, Schaffung von Anreizen z.B. durch das so genannte Möglinger Modell, Verringerung der Abwicklungsprobleme

Antr Jürgen Hofer u.a. FDP/DVP 13.05.2004 und Stellungnahme IM Drs 13/3211

BeschlEmpf und Bericht InnenA 22.09.2004 Drs 13/3652 S. 20 21

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Gemeindefinanzierungsrecht

Beurteilung der Betätigung der Lörracher Stadtbau-GmbH und der kommunalen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft Nussloch im frei finanzierten Wohnungsbau

Antr

s. *Gemeindefinanzierungsrecht*

Drs 13/3222

Ges zur Änd der Landesbauordnung für BW

Barrierefreie Erreichbarkeit der Wohnungen eines Geschosses in größeren Wohngebäuden

GesEntw

s. *Behindertengerechtes Bauen*

Drs 13/3304

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3598

Wohnungsbau 2005 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg IM 18.01.2005 Drs 13/3955
 PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5863
 BeschlEmpf und Bericht FinA 03.03.2005 Drs 13/4102
 PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6340

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 03**Verkauf von Darlehensforderungen an die Landeskreditbank zur Förderung des Wohnungsbaus, Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4003 4-5 S. 41-44
 ÄAntr GRÜNE 18.01.2005 Drs 13/4003-7 S. 46
 ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4043 3-4 S. 5-8
 PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5900-5922

Erwerb von Belegungsrechten für soziale Randgruppen

Zahl der o.g. mit Instrumenten des Landeswohnraumförderungsprogramms geförderten Wohnungen, Anteil der in den kommenden fünf Jahren auslaufenden Förderung, Zweifel an der Lukrativität einer Vermietung angesichts einer von der L-Bank geforderten Miethöhe von maximal 4,60 Euro in Ballungsräumen

Antr
 s. *Wohnung*
 Drs 13/4305

Zunahme des Wohnungsdefizits in BW

Entwicklung des o.g. Defizits bis 2007 und Konsequenzen nach einer Studie des GEWOS-Instituts, insbes für Stuttgart, Karlsruhe, Ettlingen, Freiburg, Tübingen sowie für die Regionen Nord-schwarzwald und Bodensee-Oberschwaben; Frage nach gesonderten Hilfen iRd Wohnbauförderung für die Landeshauptstadt

Antr
 s. *Wohnung*
 Drs 13/4308

Wissenschaftsstadt Ulm - wirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen auf die Entwicklung der Region Donau-Iller

Entwicklung der Wohnraumflächen sowie des Umfangs der Wohnbauförderung in den einzelnen Stadt- und LKreisen der Region

GrAnfr
 s. *Ulm*
 Drs 13/4584

Wohnungsbau 2006 - Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung

Mittlg IM 21.10.2005 Drs 13/4701
 PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199
 BeschlEmpf FinA 17.11.2005 Drs 13/4839 II. S. 26
 BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2005 Drs 13/4840 S. 45 49
 PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Weg vom Öl; hier: Landeswohnungsbauprogramm

Mehrkosten eines erhöhten Wärmeschutzes bei Neubauten gegenüber dem Mindestwärmeschutz nach der EnergieeinsparVO, Umfang der möglichen Einsparung an Heizenergie bzw an Kosten angesichts der hohen Heizölpreise; Festschreibung erhöhter Wärmedämmstandards als Fördervoraussetzung im neuen Wohnungsbauprogramm 2006

Antr GRÜNE 25.10.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4773
 BeschlEmpf FinA 17.11.2005 Drs 13/4839 II. S. 26

BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2005 Drs 13/4840 S. 45 49
 PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Wohnungsbauförderung des Landes am Bedarf vorbei

Höhe der noch nicht abgerufenen Mittel des Wohnungsbauprogramms 2005 verteilt auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbauprogramm, Vergleich mit der Inanspruchnahme des 1000-Dächer-Programms der L-Bank; Steigerung der Attraktivität der Programme nach den Vorschlägen der Verbände der im sozialen Wohnungsbau engagierten Wohnungsunternehmen; Erhöhung des Mietwohnungsanteils und des Subventionswerts der Landesbaudarlehen im Wohnungsbauprogramm 2006

Antr Rolf Gaßmann u.a. SPD 25.10.2005 und Stellungnahme IM Drs 13/4780
 BeschlEmpf FinA 17.11.2005 Drs 13/4839 II. S. 26
 BeschlEmpf und Bericht FinA 25.11.2005 Drs 13/4840 S. 45 49
 PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Ermöglichung von Wohnungseigentum für junge Familien mit geringem Einkommen, Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Vorwürfe über eine zu geringe Mittelausstattung der Wohnungsbauprogramme von Bund und Land

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 77 101

Rückführung der Wohnbauförderung von den zuständigen Ministern auf Bundes- und Landesebene

PIPr 13/6 28.06.2001 S. 159 160 163 165 167 168

Erwartung von Vorschlägen einer Kommission zur Wohnbauförderung, Kritik am Zurückfahren der Förderung auf Bundes- und Landesebene, Umsetzung des neuen WohnraumförderungsGes des Bundes

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 503 508-512 524-527

Rückführung der Wohnbauförderung auf Bundes- und Landesebene

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 685-695

Kritik an der Rückführung der Wohnbauförderung, Kofinanzierung der zusätzlichen Mittel des Bundes zur Wohnbauförderung in Verdichtungsräumen

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 769 771 775

Gegenüberstellung der Wohnungsbaupolitik von Bund und Land, Kofinanzierung der zusätzlichen Mittel des Bundes zur Wohnbauförderung in Verdichtungsräumen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 810 811 814 825

Finanzierung eines Programms für den Wohnungsbau über Forderungsverkäufe, Kofinanzierung des Sonderprogramms der BReg

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 840 846 868

Kofinanzierung der zusätzlichen Wohnbaufördermittel des Bundes, Feststellung einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen des Bundes für den Wohnungsbau

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 957-964

Mittelaufstockung zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, Finanzierung über den Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen

PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1078 1080

Mittelaufstockung zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, Finanzierung über den Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen

PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1094 1095 1098 1102

Situation des sozialen Wohnungsbaus, Feststellung eines Entzugs weiterer Mittel im Falle der Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe; Forderung einer neuen Wohnungsbaupolitik auf Bundesebene

PIPr 13/29 17.07.2002 S. 1804-1807

Bezeichnung der Fehlbelegungsabgabe als notwendiges Instrument für den sozialen Wohnungsbau, Kritik am Rückzug des Bundes aus der Wohnungsbauförderung

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1922-1925

Bedarf an Wohnungen in den Ballungsräumen, Kritik an der Reduzierung des Landeswohnungsbauprogramms sowie der Wohnungsbaumittel des Bundes

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2643 2647 2648 2654

Kofinanzierung der zusätzlichen Wohnungsbaumittel des Bundes, Aufstockung der originären Landesmittel

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2706 2707 2741

Kritik an der Reduzierung des Landeswohnungsbauprogramms

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3394

Jährlicher Bedarf an neuen Wohnungen in BW, Kritik an der Kürzung der Fördermittel, Erhaltung der Wohnungsbauprämie

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3614 3615 3622 3626 3627 3645-3647 3651 3652

Finanzierung eines Programms für den Wohnungsbau über Forderungsverkäufe

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4021 4025

Kritik an der massiven Rückführung des Wohnungsbauprogramms, Mittelbereitstellung über den Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4164 4172 4173 4218

Einschnitte des Bundes und Landes in der Wohnungsbauförderung, Mittelbereitstellung über den Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen; Verlagerung der Wohnungsbauförderung vom WM ins IM

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4282 4283 4285-4288 4295 4296 4298-4301

Finanzierung eines Programms für den Wohnungsbau über Forderungsverkäufe

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4365 4366 4376 4377 4379

Rückführung der Zuständigkeit für den Wohnungsbau vom WM ins IM

PIPr 13/65 11.03.2004 S. 4579-4582

Kritik an der massiven Rückführung der Wohnungsbauförderung

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4972 4978

Einschnitte des Bundes und Landes in der Wohnungsbauförderung; Nutzung der Geothermie im Wohnungsbau

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5062 5103

Wohnungsbedarf in BW, Kompensation der Kürzungen des Bundes mit einem eigenständigen Landeswohnungsbauprogramm, Finanzierung über den Forderungsverkauf von Wohnungsbaudarlehen

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5142 5148

Priorität der Wohneigentumsförderung in BW; Höhe der Wohnungsbauförderung des Bundes und Landes, Vergleich mit anderen BLändern, Auswirkungen einer Streichung der Eigenheimzulage auf das Landeswohnraumförderprogramm

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5561-5584

Verlagerung der Zuständigkeit für den Wohnungsbau vom WM zum IM; Kritik an der massiven Rückführung der Wohnungsbauförderung

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868-5870 5886 5891 5897 5903 5912-5915 5919

Feststellung einer Schlusslichtposition des Landes bei der Wohnungsbauförderung bzw eines vermehrten Bedarfs aufgrund der Binnenzuwanderung

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6461 6472

Kompensation des Wegfalls der Eigenheimzulage mithilfe des Landeswohnungsbauprogramms, Gewährung höherer Fördersätze im Einzelfall

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7634-7638

Wohnungsbaubericht

s. Wohnungsbau

Wohnungsbaugesellschaft

s. Wohnungsunternehmen

Wohnungsbrand

s. Schadenfeuer

Wohnungseigentum

s.a. Eigenheimzulage

s.a. Vermieter

VO zum Schutz der Mieter vor Umwandlungsspekulation und zum Erhalt von Wohnraum in Groß- und Universitätsstädten des Landes

Aufnahme in die Gebietskulisse für das Zweckentfremdungsverbot und für den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

Antr

s. Mieter

Drs 13/463

Wohnungsprobleme in den Groß- und Universitätsstädten des Landes

Entwicklung der Haushalts- und Einwohnerzahlen, der erstellten Wohnungen, Wartelisten und Mietpreise in den o.g. Kommunen seit 1999; Anteil der geförderten Wohnungen und Eigentumsmaßnahmen; Zunahme des Problems der Obdachlosigkeit;

Ausrichtung des L-Wohnungsbauprogramms entsprechend dem besonderen Bedarf nach bezahlbarem Wohnraum

Antr
s. *Wohnung*
Drs 13/1117

Wirtschaftliche und wohnungsbaupolitische Bedeutung der Bausparkassen

Umfang der Vermögensbildung und Investitionsvolumina durch Produkte der Bausparkassen; Beurteilung der steuerpolitischen, förderungspolitischen und mietrechtlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau; Bedeutung der Eigenheimzulage und der vermögenswirksamen Leistungen für die Schaffung von Wohneigentum; Auswirkungen der Berücksichtigung des Wohneigentums als Bestandteil privater Altersvorsorge im AltersvermögensGes

Antr
s. *Bausparkasse*
Drs 13/1342

Schutz vor Mieterverdrängung und Sicherung des Wohnungsbestands in den baden-württembergischen Groß- und Universitätsstädten

Entwicklung von Wohnungsangebot und -nachfrage in den o.g. Städten; Erlass der notwendigen Verordnungen für das Zweckentfremdungsverbot und den zehnjährigen Kündigungsschutz bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen

Antr
s. *Mieter*
Drs 13/3166

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr
s. *Baufinanzierung*
Drs 13/3598

Veräußerung und Umwandlung von Wohnungen und Verwaltungsgebäuden im Zuge der Verwaltungsreform bei Behörden im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums Ländlicher Raum

Darlegung des o.g. Bestands sowie der vorgesehenen Übertragung auf die neuen Aufgabenträger o.a. Dritte; künftige Nutzung und Verwertung der frei werdenden Forstgebäude, Umwandlung von Werkwohnungen in normale Miet- oder Eigentumswohnungen, Folgen für die betroffenen Bewohner, Vermeidung von sozialen Härten

Antr
s. *Landeseigene Immobilien*
Drs 13/3658

Die Eigenheimzulage - zentraler Baustein für die Wohneigentumsförderung in BW

Aktuelle Debatte
s. *Eigenheimzulage*
PIPr 13/79 S. 5561

Wohnungsbauförderung des Landes am Bedarf vorbei

Höhe der noch nicht abgerufenen Mittel des Wohnungsbauprogramms 2005 verteilt auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau, Vergleich mit der Inanspruchnahme des 1000-Dächer-Programms der L-Bank; Steigerung der Attraktivität der Programme nach den Vorschlägen der Verbände der im sozialen Wohnungsbau engagierten Wohnungsunternehmen; Erhöhung des Mietwohnungsanteils und des Subventionswerts der Landesbaurdarlehen im Wohnungsbauprogramm 2006

Antr
s. *Wohnungsbau*
Drs 13/4780

Ermöglichung von Wohnungseigentum für junge Familien mit geringem Einkommen, Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 51

Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 114

Festlegung eines Schwerpunkts auf die Eigentumsförderung

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 686 688

Ausweitung der Eigenheimförderung auf Familien mit einem Kind, Vorwurf der Nichteinhaltung dieser Zusage; Kofinanzierung von Bundesmitteln für Eigentumsmaßnahmen

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 810 814

Förderung zusätzlicher Eigentumswohnungen, Feststellung einer Verschlechterung der Rahmenbedingungen des Bundes für die Eigentumsbildung

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 957 958 960-963

Umschichtung von der Eigentumsförderung zum sozialen Mietwohnungsbau; Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge, Erhaltung der Eigenheimzulage

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1430-1432 1434-1440

Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge, Erhaltung der Eigenheimzulage

PIPr 13/49 17.07.2003 S. 3392

Förderung von Wohnungseigentum als private Altersvorsorge, Erhaltung der Eigenheimzulage und der Wohnungsbauprämie

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3573 3575-3584

Förderung von Wohneigentum als private Altersvorsorge, Erhaltung der Eigenheimzulage und Bausparprämie

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3626 3627 3645 3646 3651 3652

Förderung von Wohnungseigentum auch für Familien mit nur zwei Kindern

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5912 5913 5919

Zweifel am Nutzen der Eigenheimzulage zur Förderung des Erwerbs von Wohnungseigentum, Feststellung von Mitnahmeeffekten, Beklagung des Wegfalls der Eigenheimzulage als Förderinstrument zur privaten Altersvorsorge, Notwendigkeit einer Aufstockung der Eigentumsförderung des Landes

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7633-7638

Wohnungslosigkeit

s. *Obdachlosigkeit*

Wohnungsmiete

s. *Miete*

Wohnungsrecht

Ges zur Ausführung wohnungsrechtlicher Ges

Regelung der Ausführung des WohnraumförderungsGes, Festlegung der zuständigen Stellen i.S.d. WohngeldGes, Änd des Ges über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

GesEntw LReg 30.10.2001 Drs 13/384 (11 S.)

1. Beratung PIPr 13/12 14.11.2001 S. 524-527

BeschlEmpf und Bericht WirtA 28.11.2001 Drs 13/487 (dazu ÄAntr Rolf Gaßmann u.a. SPD Nr. 1 und ÄAntr CDU und FDP/DVP Nr. 2)

2. Beratung PIPr 13/14 12.12.2001 S. 685-689

GesBeschl 12.12.2001 Drs 13/554

GBI 2001 Nr. 19 S. 682-684 (Ges vom 13.12.2001)

Bekanntmachung der NF des Ges über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen für BW GBI 2002 Nr. 4 S. 153-156

Wohnungsunternehmen

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Beurteilung einiger Fallbeispiele von ausgegründeten Unternehmen im Städte- und Wohnungsbau

Antr

s. *Kommunale Selbstverwaltungskörperschaft*

Drs 13/1367

Gemeindewirtschaftsrecht

Beurteilung der Betätigung der Lörracher Stadtbau-GmbH und der kommunalen Wohnungs- und Grundstücksgesellschaft Nussloch im frei finanzierten Wohnungsbau

Antr

s. *Gemeindewirtschaftsrecht*

Drs 13/3222

Wohnungsbauförderung des Landes am Bedarf vorbei

Höhe der noch nicht abgerufenen Mittel des Wohnungsbauprogramms 2005 verteilt auf Eigentumsmaßnahmen und Mietwohnungsbau, Vergleich mit der Inanspruchnahme des 1000-Dächer-Programms der L-Bank; Steigerung der Attraktivität der Programme nach den Vorschlägen der Verbände der im sozialen Wohnungsbau engagierten Wohnungsunternehmen; Erhöhung des Mietwohnungsanteils und des Subventionswerts der Landesbaudarlehen im Wohnungsbauprogramm 2006

Antr

s. *Wohnungsbau*

Drs 13/4780

Forderung der kommunalen Wohnungsunternehmen nach Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe

PIPr 13/31 16.10.2002 S. 1922 1924

Wohnungseingänge der Baugenossenschaften sowie Verkaufsprobleme von Bauträgern durch kontinuierliche Rückführung der Wohnungsbauprogramme von Bund und Land

PIPr 13/51 02.10.2003 S. 3570-3572

Attraktivität des Förderangebots zur Wohnraummodernisierung für Wohnungsunternehmen

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5913 5914

Wolpertswende

Mangel an FSC-Holz und die Folgen für die baden-württembergische papier- und holzverarbeitende Industrie

Zwang zu Importen aufgrund der entsprechenden Nachfrage, Beispiel einer Papierfabrik in Mochenwangen für die Abwicklung des Auftrags zum Druck des Bestsellers „Harry Potter“

Antr

s. *Holz*

Drs 13/4823

Wonnay, Marianne MdL SPD

Glückwünsche zum Geburtstag

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 327

w-punkt

s. *Wirtschaftsförderung*

WTO

s. *Außenwirtschaft*

Würm

Fischsterben an der Würm und deren Nebengewässern

Auftreten o.g. Schadensereignisse in den letzten fünf Jahren; Art und Konzentration von eingeleiteten Schadstoffen sowie der eingetretenen ökologischen Folgewirkungen; Frage nach der Feststellung von Verantwortlichen, Schadensbeseitigern und Kostenträgern; Bedeutung der Fischereivereine

KIAnfr

s. *Fisch*

Drs 13/3501

Württemberg

200 Jahre Baden und Württemberg - Landesveranstaltungen im Jubiläumsjahr

Geplante Veranstaltungen und Publikationen sowie veranschlagte Mittel für die beiden Jubiläen, Veranstaltung einer großen Landesausstellung zur 200-jährigen Geschichte Württembergs, Gründe für den Verzicht auf eine entsprechende Darstellung der badischen Landesgeschichte, Beurteilung der geplanten gemeinsamen Aktivitäten der Wirkstatt e.V. und der Landesvereinigung Baden in Europa, Bereitstellung von Mitteln in gleicher Höhe für beide Landesteile unter Einbeziehung von Mitteln der Landesstiftung

KIAnfr

s. *Jubiläum*

Drs 13/5025

Württembergisches Staatstheater

s. *Theater*

Wurftaubenschießanlage

s. *Schießstand*

Wurmberg

Planfeststellung für die Bundesfernstraßenmaßnahme BAB 8 Karlsruhe-Stuttgart, Streckenabschnitt Wurmberg-Pforzheim/Nord

Planungsstand und Datengrundlagen für den o.g. Ausbau, jeweilige Kosten und Akzeptanz der unterschiedlichen Planungsvarianten bei der betroffenen Bevölkerung, insbes auch der vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen; Rolle der Tank- und Rastanlage bei den einzelnen Planungsvarianten, Vorbereitung einer Neuplanung? Frage nach dem Bestand der Absprachen zwischen Bund und Land aus den 90er Jahren

Antr
s. *Autobahn*
Drs 13/4750

Wutachtalbahn

Museumsbahn Wutachtal, zweiter Sanierungsabschnitt 2002 bis 2007

Bedeutung der „Sauschwänzlebahn“ in Blumberg für den Tourismus, Entwicklung der Fahrgastzahlen in den letzten vier Jahren, Umfang und Herkunft der von der Stadt Blumberg zu erwartenden Fördermittel

Antr Herbert Moser u.a. SPD 09.10.2001 und Stellungnahme WM Drs 13/289
BeschlEmpf und Bericht WirtA 28.11.2001 Drs 13/616 S. 13
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1320

Zahlenlotto

s. *Lotterie*

Zahlungsunfähigkeit

s.a. *Schuldnerberatung*

Verbraucherinsolvenzverfahren

Zahl und Ergebnisse o.g. Verfahren in BW u.a. BLändern, Betreuung von Rechtsanwälten und von Schuldnerberatungsstellen, Darlegung der unterschiedlichen Kosten und öffentlichen Förderung

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 11.03.2002 und Stellungnahme JuM Drs 13/840 (24 S.)
BeschlEmpf und Bericht StändA 13.06.2002 Drs 13/1109 S. 7 8
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1892

Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen und Förderung der Schuldnerberatung

Entwicklung o.g. Fallzahlen bzw Beratungsstellen seit 1999, Höhe der finanziellen Unterstützung im Vergleich mit anderen BLändern, Zeitpunkt einer Erhöhung der Zuschüsse

Antr
s. *Schuldnerberatung*
Drs 13/901

Situation im Bauhandwerk in BW

Entwicklung der Auftragslage, der Zahl von Arbeitsplätzen, der Zahlungsfähigkeit und Insolvenzen seit 1998; Problematik der Eigenkapitalausstattung, Kreditversorgung und Refinanzierung infolge der zeitlichen Verschleppung der Rechnungsbegleichung öffentlicher Auftraggeber sowie von Vollstreckungsklagen; Abhilfemaßnahmen

Antr
s. *Baugewerbe*
Drs 13/938

Insolvenz eines Fensterbauers im Schwarzwald-Baar-Kreis

Kündigung des Vertrags zur Lieferung von Glasfronten für den Neubau der Stuttgarter Musikhochschule, Dauer und Auswirkungen des Rechtsstreits um die ausgebliebenen Zahlungen des Landes an die o.g. Firma

MdlAnfr
s. *Glasbau*
Drs 13/1153

Wirtschaftsstandort Heilbronn-Franken

Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten, der Zahl von Unternehmen, Unternehmensgründungen, -auflösungen und Konkursen seit 1996

GrAnfr
s. *Heilbronn-Franken, Region*
Drs 13/1211

Die Situation des privaten Fernsehsenders B.TV und seine Perspektiven im Rahmen der baden-württembergischen Medienpolitik

Kenntnisse und Verhalten der LReg vor und nach Einleitung des Insolvenzverfahrens von B.TV, Absicherung von Krediten landesbeteiligter Banken durch Bürgschaften? Bemühungen des MinPräs um eine Beteiligung der EnBW an B.TV; Darlegung der medienpolitischen Zielsetzungen im Zusammenhang mit den Sanierungsbemühungen

Antr
s. *Fernsehprogramm*
Drs 13/1244

Ges zur Änd des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsges und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit und des LandesjustizkostenGes

Ermöglichung amtlicher Veröffentlichungen im Internet (Pflichtveröffentlichungen in Insolvenzsachen, Gesamtverzeichnis der beeidigten Verhandlungsdolmetscher und Urkundenübersetzer)

GesEntw
s. *Freiwillige Gerichtsbarkeit*
Drs 13/1373

Insolvenzen im Mittelstand durch schlechte Zahlungsmoral

Daten zur Zahlungsmoral öffentlicher und privater Auftraggeber, Bewirkung von Insolvenzen von Bau- und Handwerksbetrieben und Verlust von Arbeitsplätzen, Instrumentarien und Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs

Antr Jürgen Hofer u.a. FDP/DVP 23.10.2002 und Stellungnahme WM Drs 13/1423
BeschlEmpf und Bericht WirtA 12.03.2003 Drs 13/1968 S. 13 14
PIPr 13/44 08.05.2003 S. 3064

Die Konkursdiagnose des Wissenschaftsministers für zwei Universitäten unter den gegenwärtigen Finanzierungsbedingungen

Ursachen und Lösungswege der o.g. Feststellung des Ministers zur finanziellen Lage der Universität Ulm und einer weiteren Universität; Realisierung der Verpflichtungen aus dem Solidar-pakt, den zu erbringenden Einsparungen, der Folgefinanzierung von programmfinanzierten Professuren u.a. ministeriellen Vor-

gaben; Umsetzung der jüngst angekündigten Sparrunde im Epl 14; Darlegung der Verantwortung der Hochschulräte; Vorlage einer Äußerung der Landesrektorenkonferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Situation der Universitäten

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/1497

Insolvenzverfahren bei Gefangenen

Möglichkeiten von Gefangenen in Strafhaft und U-Haft zur Schuldnerberatung, zur Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens, eines Schuldenbereinigungsversuchs mit anschließender Restschuldbefreiung; Einräumung der erforderlichen Besuchs- und Ausgangsrechte; Beurteilung der Möglichkeiten in Hamburg; Frage nach VwV des JuM

Antr
s. *Schuldnerberatung*
Drs 13/1918

Stellungnahmen von Landesbehörden zu Schuldenbereinigungsplänen

Einführung einheitlicher Regelungen für Landesbehörden, insbes für die Landesoberkasse, zur Zustimmung bzw Ablehnung von außergerichtlichen und gerichtlichen Schuldenbereinigungsplänen iRd Verbraucherinsolvenzverfahrens nach der Insolvenzordnung

KlAnfr
s. *Schulden*
Drs 13/2011

Stundung der Verfahrenskosten im Insolvenzverfahren

Entwicklung der Fallzahlen und Kosten o.g. Verfahren differenziert nach Verfahrenskosten, Gerichtskosten, Aufwendungen für Insolvenzverwalter und für die Beiordnung eines Rechtsanwalts; Anteil und Kosten der Gewährung von Beratungshilfe zur Durchführung des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs; Einschätzung der Zahlen für 2003

KlAnfr Thomas Oelmayer GRÜNE 16.04.2003 und Antw JuM Drs 13/2012

Landesbürgschaft für das Leiterplattenwerk STP

Intervention des WM bei der EU-Kommission für eine schnelle Genehmigung der Bürgschaft sowie Aufnahme von Gesprächen mit dem Insolvenzverwalter, Firmenvertretern und der Hausbank über die Tragfähigkeit des Sanierungskonzepts; Frage nach weiteren in Brüssel anhängigen Anträgen auf Genehmigung einer Landesbürgschaft

Antr
s. *Bürgschaft*
Drs 13/2032

Insolvenzgeschädigte Weingärtner

Unbefriedigte Traubengeldforderungen von Weingärtnern durch die Insolvenz eines Feinkostunternehmens mit Weinkellerei, Verpfändung des Weines an die Deutsche Bank, Frage nach Möglichkeiten zur Sicherung der ausstehenden Forderungen

KlAnfr
s. *Weinwirtschaft*
Drs 13/2353

Zunahme der Zahl von Konkursen im Zuge des Konjunkturabschwungs

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 114

Feststellung eines Negativrekords bei den Unternehmensinsolvenzen

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 501 510

Feststellung einer Rekordhöhe der Unternehmensinsolvenzen

PIPr 13/14 12.12.2001 S. 636

Feststellung eines Negativrekords bei den Unternehmensinsolvenzen

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 858 859

Feststellung einer Rekordhöhe der Unternehmensinsolvenzen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1678

Feststellung einer neuen Rekordhöhe der Unternehmensinsolvenzen

PIPr 13/37 22.01.2003 S. 2355

Feststellung einer Rekordhöhe der Unternehmensinsolvenzen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2626 2647

Feststellung einer neuen Rekordhöhe der Unternehmensinsolvenzen, Ermöglichung der Übernahme der Auszubildenden von Konkursbetrieben; Verweisung auf eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten im Falle der Insolvenz von B.TV

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2845 2846 2850 2851 2853 2854 2863

Vergleich der Zahl von Insolvenzen im Handwerk und bei anderen Betrieben

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3349

Zahl der jährlich von Insolvenz bedrohten Unternehmen, Verzicht auf eine Lehrstellenabgabe; Existenzgefährdung von Unternehmen durch die mangelnde Zahlungsmoral vieler Kunden

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3856 3857 3869 3912 3913

Zunahme der Zahl von Insolvenzen, u.a. durch die mangelnde Zahlungsmoral vieler Kunden

PIPr 13/76 06.10.2004 S. 5390

Verweisung auf die geringste Zahl von Insolvenzen im Ländervergleich

PIPr 13/91 27.04.2005 S. 6402 6405

Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit von Kreditnehmern, Beschränkung der Bonitätsprüfung auf „harte Fakten“ wie Insolvenzanträge oder eidesstattliche Versicherungen

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7035 7038

Verweisung auf die geringste Zahl von Insolvenzen im Ländervergleich

PIPr 13/108 21.02.2006 S. 7881

Zahlungsverkehr

s.a. Stundung

Insolvenzen im Mittelstand durch schlechte Zahlungsmoral

Daten zur Zahlungsmoral öffentlicher und privater Auftraggeber, Bewirkung von Insolvenzen von Bau- und Handwerksbetrieben und Verlust von Arbeitsplätzen, Instrumentarien und Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs

Antr

s. Zahlungsunfähigkeit

Drs 13/1423

Einführung eines Kreditkartenverfahrens („Cash-Quick-Verfahren“) für die Erhebung von Verwarnungen und Sicherheitsleistungen im Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren bei der Polizei

Erfahrungen anderer BLänder mit dem o.g. Verfahren; umgehende Einführung in BW

Antr Günter Fischer u.a. SPD 20.02.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1824

BeschlEmpf und Bericht InnenA 14.05.2003 Drs 13/2139 S. 16 17

PIPr 13/47 26.06.2003 S. 3303

Abschlagszahlungen und Endabrechnungen für Personalkostenzuschüsse am Beispiel von Privatschulen

Höhe der Abschlagszahlungen für Personalkosten gemessen am tatsächlichen Anspruch, Gründe und Abhilfemaßnahmen für die Verzögerung der Endabrechnungen und damit verbundenen Schlusszahlungen

Antr Herbert Moser u.a. SPD 22.06.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/4429

Existenzgefährdung von Unternehmen durch die mangelnde Zahlungsmoral vieler Kunden

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3912 3913

Ermöglichung der Gewinnung von Kundenprofilen über die Nutzung von Kreditkarten zum bargeldlosen Zahlungsverkehr

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7033 7034 7037

Zahlungsverzug*s. Zahlungsverkehr***Zahnärztliche Behandlung**

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 1999 des RH zur LHR von BW für das Hj 1997 (Nr. 22)

Kostenvergleich bei den Kliniken für Mund-, Zahn- und Kiefer-Heilkunde

Mittlg

s. Krankenbehandlungskosten

Drs 13/1291

Qualitätssicherung bei Zahnärzten

Maßnahmen und Ziele zur Qualitätssicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Defizite im bestehenden System der zahnärztlichen Fortbildung, Erfahrungen mit Patientenberatungsstellen, Einführung des „Facharztes auf Zeit“?

Antr

s. Zahnarzt

Drs 13/1626

Fragen der Praxisgebühr

Entrichtung der 10 Euro bei jeder ersten Konsultation eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten im Quartal; Umgang mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern u.a. Patienten, die nicht im Voraus bezahlen; Verfahren bei einer telefonischen Beratung; Abgeltung des bürokratischen Aufwands der Ärzte; Position des Sozialministers in den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform

KlAnfr

s. Gebühren

Drs 13/2520

Maßnahmen der LReg zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen vertragszahnärztlichen Versorgung durch Kieferorthopäden
Beurteilung von Fällen der Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung; Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zur Unterbindung dieses rechtswidrigen Verhaltens einzelner Vertragszahnärzte bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen

Antr Ursula Haußmann u.a. SPD 22.01.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2828

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.04.2004 Drs 13/3492 S. 60-62

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Privatabrechnung und Kostenerstattungsverfahren bei kieferorthopädischen Behandlungen in BW

Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung der Leistungen von Vertragszahnärzten, Beurteilung einer entsprechenden landesweiten Verbands-Kampagne, Klärung der Notwendigkeit einer Benachrichtigung der Krankenkasse in jedem Einzelfall und Aufklärung über die Folgen einer solchen Entscheidung für alle künftigen ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlungen für den Versicherungsnehmer und seine Familie, Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Patienten

Antr Brigitte Lösch u.a. GRÜNE 23.01.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2831

BeschlEmpf und Bericht SozA 22.04.2004 Drs 13/3492 S. 60-62

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik

Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschalen

Antr

s. Gesundheitswesen

Drs 13/3086

Eigenleistung der Patienten bei Zahnersatz

PIPr 13/24 18.04.2002 S. 1410 1418

Belastung der Krankenkassen und Versicherten mit der Mehrwertsteuererhöhung für Zahnersatz

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2076 2079 2086

Verhinderung einer Herausnahme von Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen

PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3212

Ausgliederung von Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3700 3710

Ausgliederung von Zahnersatz aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3926

Zahnarzt*s.a. Zahnärztliche Behandlung*

Ges zur Änd heilberufsrechtlicher Vorschriften - Umsetzung der Richtlinie 2001/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.05.2001 (ABl. EG L 206 S. 1)

Umsetzung der Richtlinie im Heilberufe-KammerGes und im Gesetz zur Ausführung der EG-Richtlinie über eine spezifische Ausbildung in der Allgemeinmedizin, Prüfung der Berücksichtigung von in einem EU- oder Drittstaat erworbenen Qualifikationen von Ärzten und Zahnärzten, Aufnahme von Regelungen in die Weiterbildungsordnungen der Kammern

GesEntw

s. *Kammer (Körperschaft)*

Drs 13/1621

Qualitätssicherung bei Zahnärzten

Maßnahmen und Ziele zur Qualitätssicherung der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung, Defizite im bestehenden System der zahnärztlichen Fortbildung, Erfahrungen mit Patientenberatungsstellen, Einführung des „Facharztes auf Zeit“?

Antr Dr. Monika Stolz u.a. CDU 16.12.2002 und Stellungnahme SM Drs 13/1626

Zukunft der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Entwicklung der Ärztedichte seit 1998 und bis 2010 nach Ärzten in Kliniken, niedergelassenen Ärzten, Fach- und Zahnärzten; Darlegung der Nachfolgeproblematik; Auswirkungen einer Unterversorgung; Anreize und Möglichkeiten zur Abmilderung des Negativtrends; Planungen der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen und Krankenhausträger

Antr

s. *Arzt*

Drs 13/1735

Fragen der Praxisgebühr

Entrichtung der 10 Euro bei jeder ersten Konsultation eines Arztes, Zahnarztes oder Psychotherapeuten im Quartal; Umgang mit Obdachlosen, Sozialhilfeempfängern u.a. Patienten, die nicht im Voraus bezahlen; Verfahren bei einer telefonischen Beratung; Abgeltung des bürokratischen Aufwands der Ärzte; Position des Sozialministers in den Konsensverhandlungen zur Gesundheitsreform

KlAnfr

s. *Gebühren*

Drs 13/2520

Auswirkungen von „Basel II“ auf Unternehmen und Leistungserbringer im sozialen Bereich (Non- und Low-Profit-Betriebe)

Auswirkungen der neuen Kreditvergaberichtlinien für die o.g. Unternehmen, Organisationen und privaten Leistungsanbieter wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker u.a.; Frage nach Sonderratingverfahren von Banken und Sparkassen für NPO, Möglichkeiten des Landes zur Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung

Antr

s. *Kredit*

Drs 13/2598

Ärztliche/Zahnärztliche Gutachten in Sozialgerichtsverfahren

Zahl und Kosten der von den Sozialgerichten in Auftrag gegebenen Gutachten seit 1998, Entscheidungsbefugnis der Richter für die Gutachterauswahl und Auftragsvergabe; Beurteilung des

Vorschlags zur Bildung eines Gutachterpools mit verbindlichen Bearbeitungszeiten und einer klaren Honorarordnung, Verfügbarkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen für entsprechende Gutachten

Antr

s. *Gutachten*

Drs 13/2599

Maßnahmen der LReg zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen vertragszahnärztlichen Versorgung durch Kieferorthopäden

Beurteilung von Fällen der Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung; Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen zur Unterbindung dieses rechtswidrigen Verhaltens einzelner Vertragszahnärzte bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen

Antr

s. *Zahnärztliche Behandlung*

Drs 13/2828

Privatabrechnung und Kostenerstattungsverfahren bei kieferorthopädischen Behandlungen in BW

Bedrängung von gesetzlich Krankenversicherten zur Privatabrechnung der Leistungen von Vertragszahnärzten, Beurteilung einer entsprechenden landesweiten Verbands-Kampagne, Klärung der Notwendigkeit einer Benachrichtigung der Krankenkasse in jedem Einzelfall und Aufklärung über die Folgen einer solchen Entscheidung für alle künftigen ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Behandlungen für den Versicherungsnehmer und seine Familie, Frage nach Schritten der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen bzw nach aufsichtsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Patienten

Antr

s. *Zahnärztliche Behandlung*

Drs 13/2831

Auswirkungen der aktuellen Gesundheitspolitik

Auswirkungen der Praxisgebühr auf die Patientenzahlen der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte; Handhabung der Praxisgebühr und Krankheitskostenabrechnung bei Sozialhilfeempfängern, Wohnsitzlosen und Asylbewerbern; Berücksichtigung länderspezifischer Versorgungsformen bei der Kalkulation der Krankenhausfallpauschalen

Antr

s. *Gesundheitswesen*

Drs 13/3086

Ges über die Krebsregistrierung in BW (LKrebsregisterGes - LKrebsRG)

Verpflichtung der Ärzte und Zahnärzte zur Meldung von Krebserkrankungen, Verarbeitung dieser Meldungen, organisatorische Regelungen zum Datenschutz, Erfassung und Auswertung der Daten über Krebserkrankungen in einem epidemiologischen Krebsregister, Rückmeldung dieser Daten an die behandelnden Ärzte zum Zwecke der Qualitätssicherung, Evaluation des Gesetzes

GesEntw

s. *Krebsregister*

Drs 13/5066

Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die Zahnärzte

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2076 2079 2081-2083

Zahnheilkunde

s.a. Zahnarzt

Mittelkürzungen an den Universitäten und ihre Auswirkungen auf ein ordnungsgemäßes Studium am Beispiel des NC-Studiengangs Zahnmedizin

Umfang und Auswirkungen der Einsparungen für die zahnmedizinischen Studiengänge, Reduzierung der materiellen Ausstattung und damit Erhöhung der Eigenbelastung der Studierenden, Ausweitung der Lehrverpflichtung der Professoren auf Kosten der Krankenversorgung und Forschung, Erwartung eines Rückgangs der Zulassungszahlen aufgrund der Eingriffe in die Ausstattung?

Antr Claus Wichmann u.a. SPD 12.05.2004 und Stellungnahme MWK Drs 13/3207

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 23.09.2004 Drs 13/3652 S. 47

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5635

Zahnmedizin

s. Zahnheilkunde

Zahntechniker

Auswirkungen des Sparpakets der BReg auf die Zahntechniker, Befürchtung der Schließung vieler Zahnlabors und Beschaffung von billigem Zahnersatz aus dem Ausland

PIPr 13/33 13.11.2002 S. 2075 2076 2078 2083 2086

Zecke

Epidemiologische Entwicklung der FSME- und Borreliose-Erkrankungen durch Zeckenbisse (Schildzecke Ixodes ricinus „Holzbock“)

Entwicklung der Zeckenbelastung und der Zahl o.g. Erkrankungen seit 1996; Stand der Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Thema Borreliose an der Universität Konstanz mit dem Ziel der Herstellung eines Impfstoffes

Antr

s. *Hirnhautentzündung*

Drs 13/1411

Borreliose

Verbreitung der von Zecken übertragenen Borreliose; Häufigkeit, Verläufe und Folgen von Erkrankungen; Art, Aufwand und Erfolg der Vorsorge, Früherkennung, Diagnostik und Therapie; Qualifikation der Ärzte; Frage nach Finanzierungsproblemen infolge der Arzneimittelbudgetierung

Antr

s. *Hirnhautentzündung*

Drs 13/2240

Biologische Bekämpfung der Schildzecke (Ixodes ricinus „Holzbock“) zur Verhinderung von FSME- und Borreliose-Erkrankungen

Gebotene Maßnahmen zur Eindämmung der Zeckenpopulation, Erarbeitung von Bekämpfungsstrategien iR eines Forschungsauftrags sowie einer Arbeitsgruppe des Landesgesundheitsamts

Antr

s. *Hirnhautentzündung*

Drs 13/2317

Zeitarbeit

s. *Befristetes Arbeitsverhältnis*

Zeitschrift

s.a. *Staatsanzeiger*

s.a. *Zeitung*

Die Universitätsbibliotheken - ihr Status und ihre Perspektive unter den Bedingungen von Hochschulautonomie, Schwerpunktsetzung und Ressourcenkonkurrenz

Entwicklung der Ausgaben für Personal, Unterhalt, Bauinvestitionen, Datenverarbeitung, Erwerb von Büchern und Zeitschriften, Binde- und Restaurationsarbeiten seit 1991; Darlegung des Rückgangs bei den Zeitschriftenabonnements sowie der gegenwärtigen Öffnungszeiten

Antr

s. *Bibliothek*

Drs 13/712

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der Printmedien Buch, Zeitung, Zeitschriften und Verlage

Antr

s. *Medien*

Drs 13/2324

Novellierung des Urheberrechts - Auswirkungen auf die Unterrichtspraxis

Information der Lehrer und Hochschullehrer über das neue Urheberrecht; Ermöglichung der Bereitstellung von Kopien aus Büchern, Zeitungen und Zeitschriften sowie Mitschnitten aus Radio- oder Fernsehsendungen zu Unterrichtszwecken auch ohne Einholung einer Einwilligung der Verlage und Sender

Antr

s. *Urheberrecht*

Drs 13/2346

Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnissen im Rundfunk- und Pressewesen

Schaffung der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung o.g. Beteiligungsverhältnisse der in BW lizenzierten privaten Rundfunksender durch die LfK bzw der im Land erscheinenden Presseorgane im Impressum

Antr

s. *Medien*

Drs 13/2371

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr

s. *Medien*

Drs 13/2468

Ministerzugriff auf die Universitätshaushalte zur Finanzierung einer Anzeigenserie in einer amerikanischen Wissenschaftszeit-schrift?

Präsentation der einzelnen Hochschulen auf Initiative des MWK unter Inanspruchnahme der Hochschuletats, Höhe der jeweiligen Budgets für Öffentlichkeitsarbeit sowie der Kosten für die geplante Anzeigenserie; Ablehnung einer Beteiligung durch den Senat der Universität Karlsruhe und evtl weitere Senate; Beurteilung der Initiative unter dem Aspekt der Hochschulautonomie

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/4031

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/4700

Kritik an der Einstellung der Förderung von Literaturzeitschriften

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1585

Zeitung

s.a. *Staatsanzeiger*
s.a. *Zeitschrift*

Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode

Medienpolitik in BW

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven der Printmedien Buch, Zeitung, Zeitschriften und Verlage

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2324

Novellierung des Urheberrechts - Auswirkungen auf die Unterrichtspraxis

Information der Lehrer und Hochschullehrer über das neue Urheberrecht; Ermöglichung der Bereitstellung von Kopien aus Büchern, Zeitungen und Zeitschriften sowie Mitschnitten aus Radio- oder Fernsehsendungen zu Unterrichtszwecken auch ohne Einholung einer Einwilligung der Verlage und Sender

Antr
s. *Urheberrecht*
Drs 13/2346

Offenlegung von Inhaber- und Beteiligungsverhältnissen im Rundfunk- und Pressewesen

Schaffung der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung o.g. Beteiligungsverhältnisse der in BW lizenzierten privaten Rundfunksender durch die LfK bzw der im Land erscheinenden Presseorgane im Impressum

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2371

Konzentration im Pressewesen

Beteiligungen von Medienunternehmen an Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigenblättern in den letzten drei Jahren; Auflagenstärke und Marktanteile der einzelnen Publikationen; Anteil von Zeitungen mit eigenständiger Redaktion, Zahl der dabei fest angestellten und freien Journalisten, Kooperationen im redaktionellen Teil und auf dem Anzeigenmarkt; Beteiligungen von Hörfunk- und Fernsehsendern; Bewertung von Anzeichen eines Verdrängungswettbewerbs; Präsentationen von Zeitungen im Internet; Vorlage eines jährlichen Berichts über die Verflechtungen im Pressewesen

Antr
s. *Medien*
Drs 13/2468

Zukunft des landeseigenen Staatsanzeigers

Art und Auswirkungen der Expansionspläne, insbes auf private Zeitungen und Redaktionen; Umfang und Zusammensetzung der Einnahmen und des Abonnentenkreises, Anteil der von der öffentlichen Hand in Auftrag gegebenen Stellenanzeigen; Gewährleistung der parteipolitischen Unabhängigkeit; Umsetzung der Privatisierungsempfehlungen

Antr
s. *Staatsanzeiger*
Drs 13/3246

Situation und Perspektiven für baden-württembergische Amts- und Mitteilungsblätter

Auflistung o.g. Blätter differenziert nach Auflagen, Herausgebern, Anzeigen- und Werbeumsätzen; Beurteilung der Konkurrenzsituation zu lokalen und regionalen Zeitungen und Zeitungsverlagen; Frage nach einer beabsichtigten Novellierung des Gemeindefachrechts zur Einschränkung der amtlichen Publizistik

Antr
s. *Veröffentlichung*
Drs 13/3864

Verbindungen zwischen der Nahverkehrsgesellschaft BW und dem Presseverlag Süd bzw dessen Publikationen

Anzeigen und redaktionelle Beiträge der NVBW im o.g. Verlag und dessen Publikationen, Beanstandung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht und von Schleichwerbung durch den Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger, Notwendigkeit der Trennung zwischen redaktionellen Beiträgen und Anzeigen, Verzicht der NVBW auf weitere Anzeigen in den Publikationen

Antr
s. *Verkehrsunternehmen*
Drs 13/4700

Beteiligungen der SPD an Zeitungen

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2318 2319

Beteiligungen der SPD an Zeitungen

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2488 2491-2493

Anteil der Preisträger aus BW beim Bundeswettbewerb der Schülerzeitungen

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4887

Heranführung der Schüler an das Lesen der Tageszeitung

PIPr 13/99 05.10.2005 S. 7064

Zelle (Haftraum)*s. Haft***Zentrale Vergabe von Studienplätzen***s. Studienplatz***Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik***Ges zum Abkommen zur Änd des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts*

GesEntw LReg 02.06.2003 Drs 13/2129

1. Beratung PIPr 13/46 25.06.2003 S. 3181

BeschlEmpf und Bericht Umwelt- u. VerkA 03.07.2003 Drs 13/2215

2. Beratung PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3367 3368

GesBeschl 16.07.2003 Drs 13/2290

GBI 2003 Nr. 9 S. 357 358 (Ges vom 16.07.2003)

Zentrum für Kunst und Medientechnologie*Verlässliche Politik für BW - Bilanz und Ausblick zur Halbzeit der 13. Legislaturperiode**Medienpolitik in BW*

Beurteilung der Arbeit, Situation und Perspektiven des ZKM und der LfK

Antr

s. Medien

Drs 13/2324

Irritationen um das Zentrum für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe

Aufklärung unterschiedlicher Absichtserklärungen des MWK zu einer Schließung des Museums für Neue Kunst im ZKM

Antr Inge Utzt u.a. SPD 19.11.2003 und Stellungnahme MWK Drs 13/2637

BeschlEmpf und Bericht WissenschA 12.02.2004 Drs 13/2985 S. 54 55

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4768

Ausbau des ZKM in Karlsruhe

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 56

Dauerhafte Finanzierung des ZKM

PIPr 13/18 31.01.2002 S. 981 983

Würdigung des ZKM als Gemeinschaftsleistung des Landes und der Stadt Karlsruhe

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1518 1519 1529

Zentrum für Psychiatrie*s. Psychiatrie***Zentrum gegen Vertreibung***s. Vertriebener***Zero-Darlehen***s. Kredit***Zeuge***s.a. V-Leute**Frauenhandel in BW - Bilanz und Umsetzung der Empfehlungen der Fachkommission Frauenhandel und des Beschlusses der GFMK*

Entwicklung des o.g. Deliktbereichs und der strafrechtlichen Verfolgung seit 1996, Umsetzungsstand der Empfehlungen der Fachkommission, Änderungsbedarf des angepassten Ausländerrechts i.S.e. verbesserten Zeugenschutzes? Höhe und Verwendung der eingezogenen Verbrechensgewinne, Unterstützung von Einrichtungen zur Betreuung der Opfer

Antr

s. Menschenhandel

Drs 13/748

Frauenhandel - Strafverfolgung der organisierten Kriminalität im Bereich des Frauenhandels und Schutz der Opferzeuginnen

Entwicklung des Frauenhandels und der Zwangsprostitution differenziert nach Opfer und Täter(-Gruppen), insbes aus Osteuropa; Personaleinsatz und Aufklärungsquote der Polizei, Beeinträchtigung durch Ermittlungen gegen Islamisten, Anteil und Ergebnisse der Anklageerhebung und Gerichtsverfahren, Dauer der Verfahren und Einbeziehung der Opfer als Zeuginnen, Ausweitung der Zeugenschutzprogramme; Aufenthaltsstatus, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten der Zeuginnen; Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung; Optimierung der Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden

Antr

s. Menschenhandel

Drs 13/2658

Menschenhandel wirksam bekämpfen

Inanspruchnahme der Beratungsstellen, Höhe der Gewinnabschöpfung und Mittelverwendung zur Opferbetreuung, Gewährung von Leistungen nach dem OpfererschädigungsGes; Bilanz der Ermittlungsarbeit von Polizei und Justiz bzw der Gerichtsverfahren, Erfahrungen mit dem Zeugenschutzprogramm, Auswirkungen der EU-Osterweiterung, Bewährung der Regelungen zur Kooperation zwischen Polizei, Fachberatung und Strafverfolgungsbehörden; Beurteilung eines Vorstoßes der Regierungsfractionen im Bundestag zur Erweiterung der strafrechtlichen Sanktionen, Erwägung der strafrechtlichen Relevanz des sexuellen Missbrauchs der Opfer durch „Freier“

Antr

s. Menschenhandel

Drs 13/3463

Ges zur Änd des LandesverfassungsschutzGes, des Ges zur Ausführung des Ges zu Art 10 GG, des LandessicherheitsüberprüfungGes, des LandesdatenschutzGes und des UntersuchungsausschussGes

Anpassung des UntersuchungsausschussGes an die Rechtsänderung des Bundes zur Vergütung von Sachverständigen und Zeugen

GesEntw

s. Verfassungsschutz

Drs 13/4524

Unterstützung der Wiedereinführung der Kronzeugenregelung

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 370 371 375

Aussageverweigerung und Erinnerungslücken von Zeugen im Untersuchungsausschuss zur FlowTex-Affäre, Erinnerung an die Auftritte von Moritz Hunzinger

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7567 7568 7570 7574 7577

Zeugenschutz

s. Zeuge

Zeugnisnote

s. Note (Bewertung)

Ziege

Aufnahme von Ziegenhaltungsbetrieben in die Tierseuchenkasse
Entwicklung der Zahl von Ziegen und Züchtern in den letzten fünf Jahren, Erfolg der Vermarktung von Fleisch- und Milchprodukten; Aufnahme der Halter in die Tierseuchenkasse

Antr Dr. Carmina Brenner u.a. CDU 15.11.2001 und Stellungnahme MLR Drs 13/457

Ziegenhaltung

s. Ziege

Zins

s.a. Zinsbesteuerung

Bericht der LReg zu einem Beschl des Ltg; hier: Denkschrift 2000 des RH zur LHR von BW für das Hj 1998 (Nr. 24) - Sonderausgaben und Erstattungsinsen (Drs 12/5701 XX. S. 8)

Mittlg

s. *Steuerveranlagung*

Drs 13/531

Einbeziehung der Rückzahlung von Erdgasförderzins durch das Land Niedersachsen in den Länderfinanzausgleich

Begründung der o.g. Entscheidung des BFinanzMin, finanzielle Auswirkungen für das Land und die Kommunen

Antr

s. *Länderfinanzausgleich*

Drs 13/845

Ges zur Anpassung landesrechtlicher Vorschriften an die Aufhebung des Diskontsatz-Überleitungs-Ges

Streichung der Bezugnahmen auf das o.g. Gesetz im Euro-Einführungsges, Übernahme der im Versicherungskapitalanlagen-BewertungsGes benannten Zinssätze

GesEntw LReg 02.01.2003 Drs 13/1655

1. Beratung PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2496

BeschlEmpf und Bericht StändA 13.02.2003 Drs 13/1768

2. Beratung PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2580-2582

GesBeschl 19.02.2003 Drs 13/1833

GBI 2003 Nr. 3 S. 120 (Ges vom 25.02.2003)

Die Verschuldung des Landes - Versteckte und Grenzen

Höhe des Barwerts der künftigen Pensionsansprüche der Landesbeamten, Entwicklung der ausgelagerten Verpflichtungen in den letzten zehn Jahren, Vergleich der Zinsbelastung zur Finanzierung dieser Verpflichtungen mit der Zinsbelastung bei Kreditaufnahme im regulären Haushalt, Höhe der veranschlagten und tatsächlich getätigten Investitionen 1997 und 2002

Antr

s. *Schulden*

Drs 13/2193

Denkschrift 2003 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2001 (Nr. 32) - Zinsen aus Kapitalvermögen und Beihilferückstellungen für Ruhestandsbeamte

Höhe der flüssigen Mittel und Zinseinnahmen der Universitätsklinik, Umfang der Anlage beim Land

Mittlg

s. *Universitätsklinik*

Drs 13/2700

Haushalt 2004; Epl 12

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

ÄAntr SPD 13.01.2004 Drs 13/2812 6 7 S. 32-34

ÄAntr SPD 27.01.2004 Drs 13/2852 4 5 S. 8-10

PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4362-4383

Nutzung von Zerobonds zur Finanzierung der Landesschulden

Höhe, Zeitpunkt der Aufnahme und Rückzahlung o.g. Darlehen; Volumen der in die Zukunft verlagerten Zinsen und Zinseszinsen

KIAnfr

s. *Kredit*

Drs 13/2933

Zinsänderungsrisiko für den Landeshaushalt

Annahmen für die Entwicklung der Zinsstruktur und Zinsausgaben bis 2007 nach dem mittelfristigen Finanzplan, Vorkehrungen im Entwurf des Landeshaushalts 2005 bzw iRd Schuldenmanagements

KIAnfr Heike Dederer GRÜNE 16.06.2004 und Antw FM Drs 13/3268

Finanzierung des Förderprogramms „1000 Häuser für Familien“ durch die Familien selbst

Zinsvergleich des o.g. Sonderprogramms der L-Bank mit anderen Marktanbietern, Eigenfinanzierung der Zinsvergünstigung des zweiten Teilbetrags durch die Bauherren mit Abtretung der Eigenheimzulage an die L-Bank? Vorlage eines Förderprogramms gemeinsam mit der L-Bank für einkommensschwächere Familien ohne Inanspruchnahme der Eigenheimzulage und mit einer tatsächlichen Zinsersparnis

Antr

s. *Baufinanzierung*

Drs 13/3598

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4012-5 S. 22

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4012-7 S. 24

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4052-3 S. 4

ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4052-6 S. 7

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6101-6121

Haushalt 2006; Nachtrag

Reduzierung von Zinszahlungen durch Tilgung von Landesschulden aus Veräußerungserlösen

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 21 S. 77

ÄAntr SPD 15.11.2005 Drs 13/4840-N 23 S. 79

ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-17 S. 24

ÄAntr SPD 28.11.2005 Drs 13/4873-19 S. 26
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Einsparungen bei den Zinsausgaben im Haushalt
PIPr 13/7 18.07.2001 S. 202 209-211

Umfang der jährlichen Zinslast im Haushalt
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 331 332 342

Einsparungen bei den Zinszahlungen im Haushalt; Partizipation der Länder an den Zinsen aus den UMTS-Erlösen; Feststellung eines günstigen Zinsniveaus für Baugeld
PIPr 13/14 12.12.2001 S. 641 645 673 685

Verwendung von Zinseinsparungen zur Schuldentilgung
PIPr 13/20 06.02.2002 S. 1095

Reduzierung der Zinsausgaben aufgrund der niedrigen Zinssätze
PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2628 2629

Befürchtung einer Strangulierung der Haushalte durch steigende Zinsaufwendungen; Verweisung auf das Gesetz zur Neuregelung der Zinsbesteuerung
PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2709 2710 2712 2764 2768

Anteil und Dynamik der Zinsaufwendungen im Haushalt, Erwartung steigender Zinsen mit einem Konjunkturaufschwung
PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3944 3945 3947

Erzielung günstiger Zinssätze durch entsprechende Bonitätsbewertung und Kreditaufnahmen des Landes; Schuldentilgung und Einsparung von Schuldzinsen
PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4013 4017 4021 4028 4029 4032-4035 4038 4055

Höhe der Zinsaufwendungen, Finanzierung mit neuen Schulden
PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4152 4154 4157

Anteil und Dynamik der Zinsaufwendungen im Haushalt, Schuldentilgung und Einsparung von Schuldzinsen
PIPr 13/61 30.01.2004 S. 4363-4365 4367-4369 4373 4378

Feststellung von Schuldaufnahmen und Zinsaufwendungen in gleicher Höhe, Erwartung eines Zinsanstiegs
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4446 4447 4450 4451 4453 4454

Feststellung von Schuldaufnahmen und Zinsaufwendungen in gleicher Höhe
PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4963

Höhe der Zinsaufwendungen zur Bedienung der alten und neuen Schulden, Vergleich mit anderen BLändern; Kritik am Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW
PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5639 5640 5642 5643 5645 5646

Höhe der Zinsausgaben des Landes und der Kommunen, Verteuerung der Kredite durch Abstufung des Landes im Rating, Kritik an der Veräußerung von Zinsforderungen
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5796 5801 5802 5808 5817 5827

Reduzierung der Zinslasten durch Schuldentilgung mit Privatisierungserlösen; Anteil und Dynamik der Zinsaufwendungen im Haushalt
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5868

Kritik am Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW; Anteil und Dynamik der Zinsbelastung des Haushalts

PIPr 13/85 18.02.2005 S. 6102 6104-6106 6110

Kritik am Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6141 6144 6153

Kritik am Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW zur Deckung des Haushalts, Belastung des Haushalts durch steigende Zinsausgaben

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6308 6312

Erwartung stark ansteigender Zinsen und einer entsprechenden Mehrbelastung des Haushalts, Verwendung der aktuellen Zinseinsparungen zur Haushaltsdeckung

PIPr 13/102 10.11.2005 S. 7334 7336 7337 7344

Kritik am Verkauf von Zinsforderungen aus der stillen Beteiligung an der LBBW

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7944

Zinsabgeltungsteuer

s. Zinsbesteuerung

Zinsbesteuerung

Auswirkungen des Zinsabschlagsteuersatzes und der Amnestieregelungen für die Schwarzgeldrückführung aus dem Ausland

Erwartete Rückflüsse infolge der o.g. Regelungen, Vergleich mit anderen EU-Staaten, Prüfung einer weiteren Absenkung der Pauschalbesteuerung im Falle des Einsatzes der Gelder z.B. in bankverwalteten Fonds zur Mittelstandsfinanzierung und damit Verbesserung der Finanzierungsbereitschaft vieler Banken

Antr Herbert Moser u.a. SPD 17.06.2003 und Stellungnahme FM Drs 13/2166

BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10.2003 Drs 13/2582 S. 6 7

PIPr 13/55 27.11.2003 S. 3932

Kontoabfragen und Kapitalabfluss

Ausmaß der Kapitalflucht nach Aussagen von Bankenverbänden in Bayern, Frage nach einer vergleichbaren Entwicklung in BW bzw nach weiteren Abflüssen infolge der Kürzung des Sparerfreibetrags 2007

Antr

s. Konto

Drs 13/5053

Frage nach der geplanten Besteuerung von Kapitalerträgen

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2632

Dringlichkeit einer europäischen Harmonisierung der Besteuerung von Kapitalerträgen

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3319

Dringlichkeit einer europäischen Harmonisierung der Besteuerung von Kapitalerträgen

PIPr 13/54 26.11.2003 S. 3804 3805

Dringlichkeit einer Regelung der Besteuerung von Kapitalerträgen

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4039

Erarbeitung einer Regelung zur Besteuerung von Kapitalerträgen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4504 4506

Vorschlag einer Abgeltungssteuer nach österreichischem Vorbild, Erinnerung an die Vereinbarung einer Zinsabgeltungssteuer im Vermittlungsausschuss, europaweite Harmonisierung der Steuersätze

PIPr 13/94 02.06.2005 S. 6626 6627 6629 6631-6633 6636 6638 6639 6642-6645

Zivildienst

Entwicklung der ambulanten Hilfe und stationären Pflege im Main-Tauber-Kreis

Darlegung der Entwicklung seit 1999 und der künftigen Perspektiven, Auswirkungen der vom Bund geplanten Kürzungen im Zivildienstbereich im Main-Tauber-Kreis und landesweit

KlAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/1908

Situation und Entwicklung der Freiwilligendienste in BW

Platzangebot und -nachfrage beim Zivildienst, FSJ, FöJ u.a. Diensten; Einschätzung der Situation und Ausbaumöglichkeiten mit finanzieller Unterstützung des Landes; Frage nach einem Gesamtkonzept sowie Initiativen zur Ableistung der Dienste auch im Ausland

Antr Christoph Bayer u.a. SPD 12.09.2003 und Stellungnahme SM Drs 13/2397 (15 S.)

BeschlEmpf und Bericht SozA 12.02.2004 Drs 13/3282 S. 10-12

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5319

Entwicklung des Zivildienstes

Entwicklung der Zahlen und Einsatzbereiche der Zivildienstleistenden seit 1999 und künftig bei unveränderter Rechtslage; Frage nach neu entstandenen Arbeitsplätzen infolge des Rückgangs und der Besetzung dieser Stellen im europäischen Ausland; Verfassungskonformität und Kosten eines allgemeinen sozialen Pflichtjahres nach Abschaffung des Zivildienstes, Vereinbarkeit mit den bestehenden langen Ausbildungszeiten

Antr Dr. Ulrich Noll u.a. FDP/DVP 28.01.2004 und Stellungnahme SM Drs 13/2840

BeschlEmpf und Bericht SozA 13.05.2004 Drs 13/3492 S. 64-66

PIPr 13/77 07.10.2004 S. 5487

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 21

Darlegung der Entwicklung seit 2001 und der künftigen Perspektiven, Fortsetzung der Unterstützung angesichts der steigenden Nachfrage, Auswirkungen der vom Bund eingeführten Kürzungen im Zivildienstbereich im Wahlkreis 21 und landesweit

KlAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/3097

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Ostalbkreis

Darlegung der Entwicklung im Ostalbkreis und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/3249

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald

Darlegung der Entwicklung im LKreis Breisgau-Hochschwarzwald und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/3448

Ambulante Hilfe und stationäre Pflege im Wahlkreis 25 Schwäbisch Gmünd

Darlegung der Entwicklung im Wahlkreis 25 und landesweit seit 2001 und der künftigen Perspektiven, insbes auch im Zivildienst und beim Freiwilligen Sozialen Jahr; Fortsetzung der finanziellen Unterstützung

KlAnfr

s. *Altenpflege*

Drs 13/3650

Studiengebührenerlass für Wehr- und Zivildienstleistende und Vergleichbare

Veranlassung der Hochschulen zur o.g. Vorgehensweise; Gebührenfreistellung für die Semester, um die sich die Aufnahme eines Studiums durch diese Dienste verzögert hat

Antr

s. *Hochschulgebühren*

Drs 13/5034

Bedeutung des Zivildienstes für den Pflegebereich

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 899

Nachwuchsgewinnung für Pflegeberufe, Suche nach einem Ausgleich für die Kürzung des Zivildienstes

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1327

Kritik an der Zuschusskürzung des Bundes für die Zivildienstleistenden, Plädoyer für ein allgemeines Dienstjahr statt Wehr- und Zivildienst

PIPr 13/39 19.02.2003 S. 2550 2551 2553 2555

Diskussion über ein soziales Pflichtjahr nach Abschaffung des Zivildienstes

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4204 4209-4211 4215

Nachwuchsgewinnung für Pflegeberufe, Suche nach einem Ausgleich für die Kürzung des Zivildienstes

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7778 7779

Zivildienstleistender

s. *Zivildienst*

Ziviler Bevölkerungsschutz

s. *Zivilschutz*

Ziviler Ersatzdienst

s. *Zivildienst*

Zivilprozessordnung

s. *Verfahrensrecht*

Zivilprozessrecht

s. *Verfahrensrecht*

Zivilschutz

s.a. *Katastrophenschutz*

Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit

Erarbeitung eines Zivil- und Katastrophenschutzkonzepts unter Berücksichtigung neuartiger Bedrohungsszenarien, Wiedereinrichtung der Katastrophenschutzstellen im IM und bei den Reg-Präs

Antr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/339

Innere Sicherheit in BW

Überlegungen zu einer Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes

GrAnfr

s. *Öffentliche Sicherheit und Ordnung*

Drs 13/4752

Weiterentwicklung des Zivilschutzes, stärkere Verzahnung mit dem Katastrophenschutz

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3131 3137

Vernetzung des Zivil- und Katastrophenschutzes von Bund und Ländern

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4183 4187

ZKM

s. *Zentrum für Kunst und Medientechnologie*

ZLS

s. *Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik*

Zoll*Stauräume auf der A 5 zwischen Freiburg und Weil am Rhein*

Beurteilung der Realisierungs- und Finanzierungsmöglichkeiten eines Verkehrsleitsystems mit Stauräumen und vorgezogener Zollabfertigung für Lkw zur Entlastung der bestehenden Zollanlage Weil am Rhein und der im Bau befindlichen Zollanlage A 861 Rheinfelden

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/1534

Agrardieselvergütung

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Gewährleistung einer persönlichen Beratung der Antragsteller

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/2112

Bürokratieabbau beim AgrardieselGes

Zahl der eine Gasölverbilligung beantragenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Kosten und Aufwand der Verlagerung der Agrardieselvergütung von den Landwirtschaftsämtern auf die Hauptzollämter, Planung bzw Verhinderung einer weiteren Verlagerung von den örtlichen Hauptzollämtern auf die Zollämter an der östlichen Bundesgrenze, Notwendigkeit einer persönlichen Beratung der Antragsteller; Hinwirkung auf Abschaffung des Verfahrens und Vereinheitlichung der Steuersätze innerhalb der EU

Antr

s. *Kraftstoff*

Drs 13/2264

Stauraum-Problematik an der A5 / A98 / A861 an der Grenze zur Schweiz

Darlegung o.g. Konzepte zur Verhinderung von Lkw-Staus an den Grenzübergängen Weil am Rhein und Rheinfelden bzw des Lkw-Schleichverkehrs über die B 34 und B 316; jeweilige Abfertigungskapazität der deutschen Zollanlage auf der A 861 in Richtung Schweiz für Lkw und Pkw

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/3223

Strafsachenstatistik der Steuerverwaltung

Entwicklung der Verstöße nach Besitz- und Verkehrssteuern, Zoll und Verbrauchssteuern sowie der jeweils verhängten Strafen seit 1998, Auswirkungen des neu eingeführten § 370 a Abgabenordnung zur gewerbsmäßigen oder bandenmäßigen Steuerhinterziehung

Antr

s. *Steuerstrafverfahren*

Drs 13/3933

Übertragung von Brennrechten

Gründe und Auswirkungen einer Blockade der beantragten Übertragung eines Brennrechts von einem Landwirt auf einen anderen durch das zuständige Hauptzollamt Mannheim

Antr

s. *Brennerei*

Drs 13/4131

Lkw-Stau an den Grenzübergängen zur Schweiz

Ergebnisse und Konsequenzen einer gemeinsamen Studie der Kammern und des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee, u.a. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Zollanlagen, Einrichtung von Parkraumbewirtschaftungskonzepten und von Vorkammern mit vorgezogener Zollabfertigung an der A 5 zwischen Bremsgarten und Weil am Rhein, Erweiterung der Abfertigungszeiten sowie der Infrastruktur von Autohöfen; Frage nach entsprechenden Gesprächen mit der Schweizer Seite

Antr

s. *Güterverkehr*

Drs 13/4621

Personalaufstockung beim Zoll zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

PIPr 13/95 29.06.2005 S. 6701-6703 6707

Anmahnung einer Änderung des deutsch-schweizerischen Zollabkommens im Agrarbereich

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7602-7606

Zollernalbkreis

Verwendung der UMTS-Lizenzentnahmen

Höhe und Art der Verwendung der den LKreisen Reutlingen, Tübingen und Zollernalbkreis zugewiesenen Mittel aus den Zinsersparnissen des Bundes, insbes für Maßnahmen zugunsten der beruflichen Schulen

KlAnfr

s. UMTS

Drs 13/347

Wirtschaftliche Entwicklung im Zollernalbkreis

Entwicklung der Eckdaten im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe, Handwerk, Einzelhandel, Tourismus und in der Landwirtschaft, der Zahl von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Betriebsschließungen und -eröffnungen nach Branchen seit 1996; Höhe und Wirkungen der Zuschüsse aus den verschiedenen Förderprogrammen; Entwicklungsperspektiven in den Bereichen Landwirtschaft und Tourismus

KlAnfr

s. Wirtschaftsförderung

Drs 13/1307

SchALVO und MEKA II im Zollernalbkreis

Zahl der von der Neuregelung der SchALVO betroffenen Landwirte sowie der an MEKA II teilnehmenden land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

KlAnfr

s. Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung

Drs 13/1674

„Natura 2000“-Schutzgebiete auf dem Großen Heuberg

Auswirkungen der Umsetzung der FFH-Richtlinie auf die bauliche Entwicklung von Gemeinden wie Meßstetten, Nusplingen, Schwenningen und Stetten a.k.M.; Beeinträchtigung der Erweiterungspläne von Unternehmen sowie einer Verlegung der L 440 auf Meßstetter Gemarkung durch die vorgesehene Ausweisung von Schutzflächen? Möglichkeiten zur Erhaltung der Entwicklungspotenziale der o.g. Kommunen

KlAnfr

s. Natura 2000

Drs 13/3192

Entwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) in den LKreisen Reutlingen, Biberach und Zollernalb

Entwicklung der Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss bzw im BVJ in den letzten fünf Jahren, Anteil der Jugendlichen mit Ausbildungsvertrag im Anschluss an das BVJ, Einrichtung weiterer Klassen mit steigendem Bedarf? Beurteilung der Forderung des Landesschülerbeirats nach Ersetzung des BVJ durch eine früh einsetzende individuelle Förderung von leistungsschwächeren Schülern

KlAnfr

s. Berufsvorbereitung

Drs 13/3459

Krankenhausinfrastruktur in der Region Zollernalb/Oberschwaben

Auflistung der von Schließung bedrohten Krankenhäuser, Höhe der dort für Modernisierungsmaßnahmen bereitgestellten För-

dermittel, Prüfung von Förderanträgen auf damit einhergehende Effekte an anderer (vorher geförderter) Stelle?

KlAnfr

s. Krankenhaus

Drs 13/3925

Auswirkungen auf die Region Zollernalb durch die Krankenhausschließung in Hechingen

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Klinik Hechingen, Auswirkungen einer Schließung auf die Patientenversorgung in der Region bzw auf die um den Klinikbetrieb angesiedelten Medizintechnik-Unternehmen; Höhe der öffentlichen Investitionen seit 1970, Vergleich der Relation von Bettenzahl und Einwohnern im Zollernalbkreis mit dem Bundes- und Landesdurchschnitt

KlAnfr

s. Krankenhaus

Drs 13/4223

Einhaltung der Hilfsfrist bei Rettungseinsätzen in den Gemeinden um Hechingen

Besetzung und Organisation des Rettungsdienstes nach Schließung des Krankenhauses in Hechingen, Gewährleistung der Notfallversorgung mit niedergelassenen Ärzten bzw der vorgeschriebenen Hilfsfrist für die umliegenden Gemeinden, Stationierung eines weiteren Rettungswagens im Raum Burladingen?

GrAnfr

s. Rettungsdienst

Drs 13/4860

Zoologischer Garten

Jagd in der Wilhelma

Einstellung der Bejagung von einwechselnden Tieren mit der Schusswaffe, Beschränkung der Vergrämung von Rabenkrähen und Staren auf pyrotechnische Mittel

Antr

s. Jagd

Drs 13/1186

Ges zur Änd des NaturschutzGes

Umsetzung der FFH- und Vogelschutzrichtlinie sowie der Zoo-Richtlinie der EG bzw der darauf bezogenen Rahmenvorschriften des BundesnaturschutzGes

GesEntw

s. Naturschutzrecht

Drs 13/1360

Denkschrift 2002 des RH zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes BW mit Bemerkungen zur LHR 2000 (Nr. 15)

Finanzierung und Betrieb der Wilhelma

Vorlage eines Berichts über Rechtsform, Trägerschaft und Wirtschaftlichkeit vergleichbarer Einrichtungen in Deutschland

BeschlEmpf und Bericht FinA 06.02.2003 Drs 13/1748 XII. S. 5

ÄAntr CDU und FDP/DVP 20.02.2003 Drs 13/1816

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2671-2681

Mittlg LReg 01.07.2003 Drs 13/2221

Informationspolitik der LReg in Bezug auf den Familienpass

Umwandlung des bisher einmal pro Jahr kostenlosen Besuchs der Stuttgarter Wilhelma und des Blühenden Barocks in Ludwigsburg in einen ermäßigten Eintritt, Fehlen eines entsprechen-

den Hinweises in der Pressemitteilung des SM über die Leistungen des Landesfamilienpasses

Antr
s. Familienpass
Drs 13/2797

Zucchini

s. Gemüse

Zucker

s.a. Zuckerrüben

Stevia als Alternative zu Zucker und Süßstoffen

Zusammensetzung und Vorteile von Stevia als Alternative zu künstlichen Süßungsmitteln, Eignung für Diabetiker, Verwendung in Lebensmitteln und in der Lebensmittelverarbeitung; Stand und Ergebnisse des von der EU geförderten Stevia-Forschungsprojekts an der Universität Hohenheim, Unterstützung des Zulassungsverfahrens der EU?

Antr
s. Süßstoff
Drs 13/2785

Zuckerrübenmarkt in BW

Bedeutung und Wertschöpfung der Zuckerrübenproduktion in den einzelnen Landesteilen; Bedarf an Fahrzeugen, Maschinen und Logistik; Zahl der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der EU-Agrarreform, des Beitritts der MOE-Staaten sowie einer Liberalisierung der Zuckermarktordnung; Entwicklung des Zuckerrübenmarkts und des Selbstversorgungsgrads mit Zucker in Deutschland und der EU; Beurteilung der Möglichkeiten zur Erzeugung von Bio-Ethanol

Antr
s. Zuckerrüben
Drs 13/3002

Zuckerkrankheit

s. Diabetes

Zuckerrüben

Zuckerrübenmarkt in BW

Bedeutung und Wertschöpfung der Zuckerrübenproduktion in den einzelnen Landesteilen; Bedarf an Fahrzeugen, Maschinen und Logistik; Zahl der davon abhängigen Arbeitsplätze; Auswirkungen der EU-Agrarreform, des Beitritts der MOE-Staaten sowie einer Liberalisierung der Zuckermarktordnung; Entwicklung des Zuckerrübenmarkts und des Selbstversorgungsgrads mit Zucker in Deutschland und der EU; Beurteilung der Möglichkeiten zur Erzeugung von Bio-Ethanol

Antr Friedlinde Gurr-Hirsch u.a. CDU 11.03.2004 und Stellungnahme MLR Drs 13/3002
BeschlEmpf und Bericht LandWA 28.04.2004 Drs 13/3239 S. 46
PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5113

Bioethanolherstellung zur teilweisen Kompensation der Einnahmeausfälle der Zuckerrübenbauern

Unterstützung des Angebots der Südzucker AG zum Abschluss langfristiger Verträge mit den o.g. Landwirten über die Lieferung von Getreide und Rüben zur Erzeugung von Energie bzw Biokraftstoff

Antr
s. Kraftstoff
Drs 13/4636

Zugbegleiter

s. Eisenbahnpersonal

Zukunftsinvestition

s. Investition

Zukunftsoffensive

s. Investition

Zulage zum Arbeitsentgelt

Leistungsstufen und Leistungsprämien für Lehrerinnen und Lehrer

Umsetzungsprobleme und mangelnde Akzeptanz bei der Gewährung o.g. Leistungselemente in der Beamtenbesoldung, Hinwirkung auf größere Spielräume der Länder bei der Ausgestaltung, Berücksichtigung des mehrheitlichen Votums der Lehrer für „Zeit statt Geld“

Antr Renate Rastätter u.a. GRÜNE 19.07.2001 und Stellungnahme FM Drs 13/109
BeschlEmpf und Bericht SchulA 19.09.2001 Drs 13/306 S. 15
PIPr 13/11 25.10.2001 S. 497

Haushalt 2001; 2. Nachtrag

Aussetzung der Leistungsprämien für Beamte

ÄAntr CDU und FDP/DVP 19.09.2001 Drs 13/238-N 16 S. 43-46
PIPr 13/9 26.09.2001 S. 328-346

Entlohnungspraxis in den Justizvollzugsanstalten

Eingruppierung in Vergütungsstufen beim Grundlohn in den einzelnen JVA nach Inkrafttreten der Neuregelung des Gefangenentgelts, Umsetzung der Empfehlung des RH; Höhe der gezahlten Leistungszulagen, Steigerung der Arbeitsmotivation i.S.d. Resozialisierung; Umfang der zu etatisierenden Kosten

Antr
s. Vergütung
Drs 13/501

Neue Rahmenbedingungen für Lehre und Forschung an Hochschulen

Auswirkungen der Neuregelung der Professorenbesoldung auf den Landeshaushalt; Einrichtung der neuen Stellen an den Hochschulen; Ausgestaltung und Kriterien der Leistungszulagen in Forschung und Lehre, zeitliche Beschränkung der Zulagen und Evaluation der Leistungen; Einführung eines Systems der Transparenz, Nachvollziehbarkeit, Kontrolle und Vergleichbarkeit

Antr
s. Hochschule
Drs 13/634

Bessere Bezahlung für Referendare

Ausschöpfung der Möglichkeiten bei den Anwärtersonderschlägen bei allen Lehramtsanwärtern, entsprechende Hinweise bei der Werbung für das Lehramt an beruflichen Schulen

Antr
s. *Beamtenanwärter*
Drs 13/697

Vergütung von Ausbildungslehrer/innen als Teilzeitkräfte
Fehlbedarf an o.g. Lehrkräften zur Begleitung des Fachpraktikums für Studierende der PH ab dem 3. Semester; Gleichstellung der Lehrkräfte mit vollem Deputat und Teilzeitdeputat bei der Stellenzulage u.a. Maßnahmen zur Gewinnung der benötigten Ausbildungslehrer

Antr
s. *Ausbildungslehrer*
Drs 13/1711

Referendariat an beruflichen Schulen; hier: Attraktivitätssteigerung

Entwicklung der Zahl von Direkteinsteigern über den zweijährigen Vorbereitungsdienst sowie der Kosten für Direkteinsteiger im Angestelltenverhältnis und für Referendare; Anhebung der Anwärtersonderzuschläge; Gleichstellung von Referendaren und Direkteinsteigern durch Übernahme von mehr Stunden eigenverantwortlichen Unterrichts

Antr
s. *Berufsschullehrer*
Drs 13/1712

Strategie der LReg zur Deckung der steigenden Versorgungsausgaben

Darstellung der Steigerung der Versorgungsausgaben durch die geplante Umlegung der Sonderzuweisungen auf das Gehalt

Antr
s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/2155

Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen in BW

Streichung des Urlaubsgelds für Beamte ab 2004, Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung ab 2003, Umbenennung in Sonderzahlung und Umlegung auf die monatlichen Bezüge, Teilhabe an künftigen linearen Besoldungsanpassungen und Ruhegehaltstfähigkeit, Verzicht auf Kürzung des Familienzuschlags, Übergangsregelungen für Versorgungsempfänger; Änd des MinisterGes und der UrlaubsVO; Außerkrafttreten des Ges über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung und des LandesurlaubsgeldGes

GesEntw LReg 12.09.2003 Drs 13/2396
1. Beratung PIPr 13/50 01.10.2003 S. 3507-3512
BeschlEmpf und Bericht FinA 16.10.2003 Drs 13/2488 (dazu ÄAntr GRÜNE)
ÄAntr SPD 28.10.2003 Drs 13/2545-1
ÄAntr GRÜNE 28.10.2003 Drs 13/2545-2
2. Beratung PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3675-3683
GesBeschl 29.10.2003 Drs 13/2572
GBI 2003 Nr. 14 S. 693-695 (Ges vom 29.10.2003)

Ges zur Reform der Verwaltungsstruktur, zur Justizreform und zur Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums (Verwaltungsstruktur-ReformGes - VRG)

Änd der VO über die Zuständigkeiten nach der Leistungsstufen-VO

GesEntw
s. *Verwaltungsreform*
Drs 13/3201

Ortszuschläge bei Eingetragener Lebenspartnerschaft

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts für das Landesamt für Besoldung, Information der Betroffenen, Frage nach Auswirkungen des Urteils auf weitere tarifvertragliche Vereinbarungen

KIAnfr
s. *Lebenspartnerschaft*
Drs 13/3308

Personalkosten im Landeshaushalt; hier: Öffnungsklausel des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsGes 2003/2004

Entwicklung der Höhe der Sonderzahlungen von 2003-2007 für die aktiven und pensionierten Beamten, Angestellten und Arbeiter; Darstellung der Daten nach der beigefügten Systematik; Frage nach der Möglichkeit einer vollständigen Streichung aller Sonderzuwendungen

Antr
s. *Personalkosten*
Drs 13/3376

Ges zur Änd des LBesoldungsGes u.a. Gesetze

Anpassung des Landesbesoldungsrechts an das ProfessorenbesoldungsreformGes des Bundes: Regelungen zu Besoldungsanordnungen und -anpassungen, zur Befristung und Ruhegehaltstfähigkeit von Leistungsbezügen und zum Vergabeverfahren, Bestimmung des höchsten Besoldungsdurchschnitts im Bundesgebiet für den Bereich der FH, Gewährung einer Forschungs- und Lehrzulage aus Drittmitteln; Änd des LandesreisekostenGes, LandesumzugskostenGes und LandessonderzahlungsGes

GesEntw
s. *Besoldung*
Drs 13/3399

Zukunft des öffentlichen Dienstrechts

Ersetzung der Dienstaltersstufen und des Zulagensystems durch mehr leistungsabhängige Besoldungselemente

GrAnfr
s. *Dienstrecht*
Drs 13/3431

Ges zur Änd des PrivatschulGes

Übertragung der geänderten Regelung für die Sonderzuwendung an die Beamten auf die Zuschussregelung für die Ersatzschulen

GesEntw
s. *Privatschule*
Drs 13/3608

Gewährung eines Ortszuschlags bei Eingetragener Lebenspartnerschaft

Gewährung eines Ortszuschlags der Stufe 2 für Angestellte in einer Lebenspartnerschaft nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts, entsprechende Anweisung des Landesamts für Besoldung und Versorgung

Antr
s. *Lebenspartnerschaft*
Drs 13/3637

Unterschiedliche Behandlung von Angestellten und Beamten in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft beim Orts- bzw Familienzuschlag

Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts und des VGH, Eintreten für eine vergleichbare Regelung bei Beamten und Angestellten, Frage nach einer Empfehlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und evtl Mehrkosten

KlAnfr
s. *Lebenspartnerschaft*
Drs 13/3695

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Streichung der Sonderzahlung für Beamte als Berufsanfänger in höheren Besoldungsgruppen; Änd des LSonderzahlungsGes

GesEntw
s. *Haushaltsstrukturgesetz*
Drs 13/3832

Haushalt 2005 und 2006; Epl 12

Änd des Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen, Streichung der 13. Monatspension für Beamte aus dem höheren und gehobenen Dienst

s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/4012

Ungleichbehandlung von Ärzten an den Universitätsklinika in BW gegenüber Ärzten in kommunalen Krankenhäusern und Ärzten an Universitätsklinika in Bayern

Anwendung der neuen tarifrechtlichen Bestimmungen zu Arbeitszeit, Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld bei Verlängerungen des Dienstverhältnisses iRd Weiterbildungszeit; Darlegung an einem typischen Fallbeispiel im Vergleich zu den o.g. Kollegen; Beurteilung als Wettbewerbsnachteil?

KlAnfr
s. *Arzt*
Drs 13/4474

Verwendung geschlechtsneutraler Begriffe in Vorschriften

Anwendung der eigenen Vorgaben nach den Vorschriftenrichtlinien? Gründe für die ausschließliche Verwendung der männlichen Bezeichnung „Lehrer“ in der geänderten Lehrkräftezulagenverordnung, Revision dieser VO i.S.d. Vorschriftenrichtlinien

KlAnfr
s. *Gleichberechtigung*
Drs 13/4500

Haushalt 2006; Nachtrag

Änd des Ges zur Regelung des Rechts der Sonderzahlungen, Streichung der 13. Monatspension für Beamte aus dem höheren und gehobenen Dienst

s. *Versorgung der Beamten*
Drs 13/4840

Etatisierung der Leistungsprämie im Nachtragshaushalt

PIPr 13/7 18.07.2001 S. 201 202 208 211-213

Werbung um Verständnis für die Aussetzung der Leistungsprämie für Beamte, Vergleich mit dem Bund u.a. Flächenländern

PIPr 13/9 26.09.2001 S. 329 336 337 342

Einführung von Leistungszulagen für Professoren

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 408 412-415

Werbung um Verständnis für die Aussetzung der Leistungsprämie für Beamte, Verweisung auf die Kürzung der Weihnachtsgelder in der freien Wirtschaft

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 796

Fortsetzung der Aussetzung der Leistungsprämie für Beamte
PIPr 13/19 01.02.2002 S. 1070 1075

Diskussionsbedarf über die Regelung der Funktionszulagen für Abgeordnete

PIPr 13/27 19.06.2002 S. 1616 1617

Verschiebung der Diskussion über die Regelung der Funktionszulagen für Abgeordnete

PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1880 1881

Prüfung einer Kürzung des Weihnachtsgelds und Streichung des Urlaubsgelds für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst im Falle einer Nullrunde für die Beamten

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2112 2121

Mögliche Einsparungen durch Kürzung des Weihnachtsgelds und Streichung des Urlaubsgelds für Beamte; Kritik am Ausmaß der Zulagen iRd Besoldung

PIPr 13/40 20.02.2003 S. 2634 2667-2669

Anstrengung einer Öffnungsklausel im Besoldungsrecht, Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten, Erinnerung an die Kürzung der Leistungsprämien

PIPr 13/41 26.03.2003 S. 2702 2705-2708 2713-2716 2718 2719 2726 2730 2731 2763

Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten und Minister

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2940 2944 2947 2966

Notwendigkeit einer Sozialkomponente bei der Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten, Erhaltung der Polizeizulage

PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3132 3136 3137

Ablehnung der Diätenerhöhung wegen der anhaltenden Verfassungswidrigkeit der Funktionszulagen für Abgeordnete und den Einschnitten bei der Beamtenbesoldung

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3363-3366

Ablehnung der Ruhegehaltstfähigkeit der Sonderzahlungen; Kürzung der jährlichen Sonderzuwendung, Umlegung auf die Monatsbezüge

PIPr 13/52 29.10.2003 S. 3640 3675-3683

Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/56 10.12.2003 S. 3946

Kritik an der Ablehnung einer Sozialkomponente bei der Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/57 17.12.2003 S. 4019 4030 4033

Notwendigkeit einer Sozialkomponente bei der Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten, Erhaltung der Polizeizulage

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4188 4191 4195 4199 4200

Bezeichnung der Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten als sozial ausgewogen, Kritik an der Ruhegehaltstfähigkeit der Sonderzahlungen

PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4442 4454

Umbau des öffentlichen Dienstrechts, Einführung von Leistungsprämien und stärker differenzierten Leistungsstufen; Vermeidung einer weiteren Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5156 5159

Aufforderung an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zur Kündigung des Tarifvertrags, Empfehlung einer Übernahme der Kürzung von Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst

PIPr 13/75 29.07.2004 S. 5273

Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten: Übertragung auf die Angestellten und Arbeiter iRd nächsten Tarifverhandlungen

PIPr 13/80 08.12.2004 S. 5641 5644

Vorschlag einer Streichung der 13. Monatspension, Erinnerung an die Kürzung der Sonderzuwendung für die Beamten

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5876 5880

Aussetzung der Sonderzuwendung bei neu eingestellten Beamten, Streichung des Urlaubsgelds und der 13. Monatspension

PIPr 13/86 23.02.2005 S. 6140 6148 6153

Erinnerung an die Streichung des Urlaubsgelds und Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/88 17.03.2005 S. 6313

Schaffung von mehr Leistungsanreizen im öffentlichen Dienst, Umsetzung der rechtlichen Möglichkeiten zur Einführung von Leistungsstufen und -zulagen; Erinnerung an die Kürzung des Weihnachtsgelds für die Beamten

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6360 6361 6393

Zulassung zum Studium

s. Studienplatz

Zusätzliche Altersversorgung

s.a. Kommunalen Versorgungsverband

s.a. Lebensversicherung

s.a. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Umsetzung des neuen Tarifvertrags für die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst

PIPr 13/16 19.12.2001 S. 799

Zusatzlotterie Plus 5

s. Lotterie

Zusatzversorgung

s. Zusätzliche Altersversorgung

Zustellung amtlicher Schriftstücke

s. Postzustellung

Zuwanderung

s.a. Familienzusammenführung

Zertifizierung der muttersprachlichen Kenntnisse von Migrantenschülerinnen und -schülern und Anerkennung dieser Leistungen als Fremdsprachenkenntnisse im Zeugnis

Antr

s. Fremdsprache

Drs 13/78

Integration jüdischer Kontingentflüchtlinge in BW

Umfang, Zusammensetzung und Verteilung der russisch-jüdischen Immigranten seit 1991; soziale, schulische und berufliche Integration; Veränderungsbedarf der angebotenen Sprachkurse; alters- und bildungsgemäße Einschulung der Kinder; Förderung der Beschäftigung entsprechend den erworbenen Qualifikationen bzw Bildungsabschlüssen; Quote und Dauer von Arbeitslosigkeit; Nutzung des Potenzials im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften mit Maßnahmen nach dem Vorbild Israels; Unterstützung von Existenzgründungen; Anpassung der Verteilung nach den Wünschen der jüdischen Gemeinden, Bereitstellung zusätzlicher Mittel für deren Integrationsarbeit

GrAnfr

s. Juden

Drs 13/98

Auswirkungen der Vorschläge der unabhängigen Kommission Zuwanderung auf die Politik in BW

Aktuelle Debatte beantragt von der FDP/DVP

PIPr 13/8 19.07.2001 S. 259-273

Situation der ausländischen Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen

Anteil und Situation der o.g. Schüler an den verschiedenen Schularten; Berücksichtigung der Belange von Zuwanderern in den Fernseh- und Rundfunkprogrammen, bei Behörden, Banken, Post, Kindergärten, Schulen etc; Frage nach Überlegungen über ein AntidiskriminierungsGes und eine Akzeptanzkampagne

KIAnfr

s. Ausländisches Kind

Drs 13/122

Integration - Verwendung der Mittel der Landesstiftung

Auflistung o.g. Integrationsprojekte sowie der teilnehmenden Kommunen, Erfahrungen und Konsequenzen; Beeinflussung des Berichts der Zuwanderungskommission?

Antr

s. Ausländer

Drs 13/135

Richtlinie der EU betreffend den Status der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen

Verfahrensstand der o.g. Richtlinie, Position der BReg, Einschätzung des Potenzials an zusätzlicher Zuwanderung

Antr

s. Aufenthaltsrecht

Drs 13/178

Integration von Migranten in BW

Erstellung und Fortschreibung einer Gesamtkonzeption zur Integration von Spätaussiedlern und Ausländern, gezielte Sprachförderung von Eltern und Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, Benotung der Mehrsprachigkeit von Schülern in Englisch, Französisch sowie der Sprache des Herkunftslandes

Antr

s. Ausländer

Drs 13/432

GesEntw der BReg zur Erleichterung der Zuwanderung - Konsequenzen für Ausländerpolitik und Integration in BW

Aktuelle Debatte
s. *Ausländer*
PIPr 13/13 S. 559

Zustimmung zum ZuwanderungsGes

Zustimmung zu dem vom BTag beschlossenen ZuwanderungsGes im BRat

DringlAntr SPD 28.02.2002 Drs 13/805
ÄAntr SPD 07.03.2002 Drs 13/830
PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1284-1297

Ansprüche eines Hochtechnologiestandorts an den Arbeitsmarkt
Vergleich der demographischen Entwicklung mit dem Arbeitskräftebedarf; Darlegung der geforderten Qualifizierung, Aktivierung von Reserven bei gut ausgebildeten jungen Frauen, Bedeutung der Zuwanderung

GrAnfr
s. *Arbeitsmarkt*
Drs 13/834

Die Folgen der Auszugsinszenierung der LReg im Bundesrat im Anschluss an die Abstimmung über das ZuwanderungsGes

Frage nach einer Abstimmung im Vorfeld o.g. Ereignisse zwischen den Kabinettsmitgliedern der Koalitionsfraktionen bzw Regierungsvetretern im BRat; Wahrnehmung der Interessen des Landes im weiteren, 63 Tagesordnungspunkte umfassenden Beratungs- und Abstimmungsprogramm des BRats am 22.03.2002; Darlegung der finanziellen Konsequenzen für BW aufgrund der Abwesenheit der Landesvertreter

Antr
s. *Landesregierung*
Drs 13/926

Das ZuwanderungsGes als Chance für eine erfolgreiche Integrationspolitik

Schaffung der rechtlichen, finanziellen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des ZuwanderungsGes; Fortführung der Deutschkurse und Bereitstellung eines flächendeckenden Angebots von zusätzlichen Sprachkursen; Verankerung der Integration als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen

Antr
s. *Ausländer*
Drs 13/1148

Bestreben eines Verfahrens der LReg gegen das Ges zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern bzw sein Zustandekommen

Verzicht auf den Beitritt zu einer Klage anderer BLänder vor dem BVerfG

DringlAntr SPD 10.07.2002 Drs 13/1164
ÄAntr SPD 16.07.2002 Drs 13/1182
Antr CDU und FDP/DVP 18.07.2002 Drs 13/1198
Antr SPD 18.07.2002 Drs 13/1199
PIPr 13/30 18.07.2002 S. 1811 1839-1850

Zuweisung jüdischer Neuzuwanderer in Regionen mit jüdischen Gemeinden

Ermöglichung einer gemeindenahen Unterbringung der jüdischen Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion, Hinwirkung auf einen Finanzausgleich zwischen den Kommunen entsprechend der bayerischen Regelung

Antr
s. *Juden*
Drs 13/1256

Gemeinsame Positionen der LReg zu einem neuen ZuwanderungsGes

Klärung der Standpunkte der Koalitionspartner für die künftigen Beratungen im Bundesrat, insbes zu den Fragen genereller Anwerbestopp ausländischer Arbeitskräfte, Jahreszuwanderungsquote, Altersgrenzen für den Familiennachzug, Integrationsangebote, Einrichtung eines Sachverständigenrats, humanitäre Flüchtlingsaufnahme in Fällen nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung

Antr SPD 28.01.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1723
PIPr 13/63 05.02.2004 S. 4463-4474

Zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Feststellung und Abdeckung des Bedarfs an internationalen Vorbereitungsklassen für o.g. Migranten und Spätaussiedler; zusätzliche Förderung zum Erwerb der Sprachkompetenz in Deutsch und Fremdsprachen; Ermöglichung des Übergangs in Realschulen und Gymnasien für begabte und motivierte Schüler, Ausweitung des Angebots von Türkisch, Russisch und Italienisch; Vorbereitung der Lehrer in der Aus- und Fortbildung durch Erwerb von Grundkenntnissen von Deutsch als Zweit- und Fremdsprache

Antr
s. *Ausländisches Kind*
Drs 13/1770

EU-Migration

Entwicklung der Zahlen von Arbeitsmigranten aus EU- und Drittstaaten in den letzten zehn Jahren, Einschätzung der Auswirkungen der vom EP geplanten Rechtsänderungen

Antr Dr. Wolfgang Reinhart u.a. CDU 13.02.2003 und Stellungnahme IM Drs 13/1786
BeschlEmpf und Bericht StändA 30.04.2003 Drs 13/2069 S. 8
PIPr 13/45 28.05.2003 S. 3138

Abschiebungen in BW

Zahl von Abschiebungen heranwachsender Flüchtlinge kurz vor ihrem Schul- oder Ausbildungsabschluss in den letzten fünf Jahren, Gestattung des Aufenthalts bis zur Erreichung des Abschlusses; Verzicht auf Abschiebung von beruflich und sozial integrierten Flüchtlingsfamilien mit einem langjährigen Aufenthalt bis zur Verabschiedung des ZuwanderungsGes

Antr
s. *Flüchtling*
Drs 13/2955

Förderung wissenschaftlicher Exzellenz

Bleibemöglichkeiten für ausländische Studenten nach Studienabschluss durch Verbesserung des ZuwanderungsGes

Antr
s. *Hochschule*
Drs 13/3021

Einigung bei Zuwanderung erreichen - Sicherheit vor Ideologie

Aktuelle Debatte beantragt von der CDU
PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4618-4629

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Ermöglichung von Lösungen über das AusländerGes hinaus in besonderen humanitären Härtefällen

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3344

Stipendien für begabte Zuwanderungskinder

Initiierung eines Stipendienprogramms nach dem Vorbild anderer BLänder

Antr
s. *Begabtenförderung*
Drs 13/3534

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes

Vorlage einer RechtsVO zur Einrichtung der o.g. Kommission nach dem AufenthaltsGes: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl, der kommunalen Spitzenverbände, der Stabstelle des Ausländerbeauftragten u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/3978

Erlass einer RechtsVO über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23 a AufenthaltsGes

Gründe und Auswirkungen der Verzögerung der Einrichtung des o.g. Gremiums, Zahl und spätere Abarbeitung der zurückgestellten ausländerrechtlichen Petitionen und Anträge auf Erteilung oder Verlängerung von Aufenthaltsrechten, Erfahrungen aus anderen BLändern; unverzügliche Einrichtung der Kommission: Besetzung mit Vertretern der Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Arbeitskreises Asyl u.a. Flüchtlingsexperten; Einrichtung einer Geschäftsstelle beim IM; Regelung von Geschäftsordnungsfragen und Kompetenzen; jährliche Berichtsvorlage

Antr
s. *Kommission*
Drs 13/4130

Humanitäres Aufenthaltsrecht nach dem ZuwanderungsGes/Abschaffung der Kettenduldungen

Zahl und Dauer von Duldungen differenziert nach Herkunftsländern der Betroffenen, Anteil von Abschiebungen in den letzten fünf Jahren, Umfang der Erteilung eines humanitären Aufenthaltsrechts seit Inkrafttreten des ZuwanderungsGes; Erlass von Anwendungshinweisen an die Ausländerbehörden zu den humanitären Regelungen des AufenthaltsGes mit Ermessensspielräumen zugunsten der Migranten

Antr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/4339

Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegenheiten

-Vorhaben von herausragender politischer Bedeutung-
Mittlg der Kommission der Europäischen Gemeinschaften an den Rat und das Europäische Parlament zur Aufstellung eines Rahmenprogramms für Solidarität und Steuerung der Migrationsströme für den Zeitraum 2007 bis 2013

Mittlg
s. *Europa, Unterrichtung des Ltg in EU-Angelegen-*

heiten

Drs 13/4597

Erteilte Aufenthaltserlaubnisse nach dem ZuwanderungsGes

Zahl der gestellten, bewilligten und abgelehnten Anträge von bisher geduldeten Flüchtlingen; Anteil und Art der Bescheidung von Anträgen auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen; Zahlen und jeweilige Begründung zum Entzug der Arbeitsgenehmigung, zur Verweigerung einer Berufsausbildung bzw der Zustimmung zur Aufnahme einer Beschäftigung

KlAnfr
s. *Aufenthaltsrecht*
Drs 13/4754

Sprachtest für Spätaussiedler

Beurteilung der Pläne des IM zur Erleichterung der Einreise auch bei nicht bestandem Sprachtest bzw zur Abschaffung des obligatorischen Sprachtests, Vereinbarkeit mit der Überzeugung des PetA auf seiner Reise nach Sibirien von der zwingenden Notwendigkeit der Tests als Integrationsvoraussetzung

MdIANfr
s. *Aussiedler*
Drs 13/5092

Steuerung der Zuwanderung, Eindämmung der nicht erwünschten Zuwanderung

PIPr 13/4 20.06.2001 S. 53 54

Feststellung einer parteiübergreifenden Einigkeit über die Notwendigkeit eines Gesamtkonzepts für die Zuwanderung, Begrüßung der Vorschläge der Süßmuth-Kommission und der Zukunftskommission der CDU

PIPr 13/5 27.06.2001 S. 74 85 101 102

Ermöglichung einer kontrollierten Zuwanderung auch nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten; Begrenzung des Zuzugs von Menschen aus anderen Kulturkreisen

PIPr 13/10 24.10.2001 S. 373 380

Deckung des Fachkräftebedarfs durch Zuwanderung

PIPr 13/12 14.11.2001 S. 510-512

Bezeichnung BW als Zuwanderungsland; Forderung nach einem Zuwanderungsstopp als Konsequenz auf die PISA-Studie; Integration von Schülern mit Migrationshintergrund; Forderung nach einem Zuwanderungskonzept vonseiten der Wirtschaft

PIPr 13/15 13.12.2001 S. 737 738 743 745 772

Feststellung einer Annäherung gegensätzlicher Positionen beim ZuwanderungsGes, Begünstigung der Zuwanderung von Nichtqualifizierten in den Neunzigerjahren

PIPr 13/17 30.01.2002 S. 860 877 879 880 882 883 888 889

Einforderung eines Votums des Ltg zur abschließenden Beratung des ZuwanderungsGes im BRat, Orientierung der Zuwanderung an der Integrationsfähigkeit der Einwanderer und der Gesellschaft hierzulande

PIPr 13/22 07.03.2002 S. 1225-1240 1242 1284-1297

Begrüßung des ZuwanderungsGes als Voraussetzung für Integrationskonzepte

PIPr 13/23 17.04.2002 S. 1367 1371

Akzeptanz der Zuwanderung unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, Forderung nach Begrenzung der Zuwanderung bei über 4 Millionen Arbeitslosen

PIPr 13/28 20.06.2002 S. 1676 1686 1707 1710 1711 1715

Eintreten des MinPräs im Europäischen Konvent für den Verbleib der Migrationspolitik bei den Nationalstaaten

PIPr 13/36 12.12.2002 S. 2339 2345

Hinweise auf Politikerzitate zur Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung iR einer Ausstellung zum Neofaschismus, Befürchtung der Förderung von Ausländerfeindlichkeit

PIPr 13/38 23.01.2003 S. 2443 2445

Bemühungen um eine nationale Kompetenz für die Zuwanderung im Europäischen Konvent, Erreichung des Teilerfolgs der Zuständigkeit für Zuwanderer aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt

PIPr 13/48 16.07.2003 S. 3312 3314 3322 3323

Fahrplan und thematische Schwerpunkte bei der Suche nach einem Konsens für ein deutsches ZuwanderungsGes im Vermittlungsausschuss

PIPr 13/53 30.10.2003 S. 3773

Feststellung einer positiven Zuwanderungsbilanz in BW; Fortsetzung der Konsensbemühungen um ein ZuwanderungsGes

PIPr 13/59 28.01.2004 S. 4144 4152 4172 4193 4199 4201

Aufforderung an die Ausländerbeauftragte zu mehr Engagement für die Verabschiedung des ZuwanderungsGes

PIPr 13/60 29.01.2004 S. 4307 4308 4310 4311 4316

Bewertung der Verhandlungen um ein ZuwanderungsGes in der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses als festgefahren, Ablehnung einer Arbeitsmigration angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen

PIPr 13/64 10.03.2004 S. 4526 4529

Allgemeine Klassifizierung der Bundesrepublik als Einwanderungsland, Verweisung auf die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten der Zuwanderer

PIPr 13/67 01.04.2004 S. 4708 4711 4713

Zerstreuung der Ängste der Bürger vor einer Zuwanderungswelle aus den osteuropäischen EU-Beitrittsländern, Verweisung auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit ohne Übergangsfristen in Holland und Irland

PIPr 13/68 05.05.2004 S. 4772 4774-4776

Ermöglichung eines neuen ZuwanderungsGes durch Entfernung der Streithähne Beck und Beckstein aus der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses

PIPr 13/69 06.05.2004 S. 4847 4848 4850-4852

Vorwurf einer Blockade des ZuwanderungsGes seit fünf Jahren, Umfang der notwendigen Zuwanderung nach Ansicht der Zukunftskommission BW, Feststellung einer positiven Zuwanderungsbilanz

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 4965 4967 4972 4977

Feststellung einer positiven Zuwanderungsbilanz in BW

PIPr 13/72 01.07.2004 S. 5044 5045

Zuwanderungsbedarf an Fachkräften nach Feststellungen der von der LReg eingesetzten Kommission; Verweisung auf eine positive Zuwanderungsbilanz in BW

PIPr 13/73 14.07.2004 S. 5146 5153 5154 5166

Verweisung auf eine positive Zuwanderungsbilanz in BW durch Binnenzuwanderung

PIPr 13/79 11.11.2004 S. 5562 5568 5604

Umsetzung des ZuwanderungsGes, Bemühungen um eine Lösung für die ungesteuerte Zuwanderung der jüdischen Kontingentflüchtlinge, Einrichtung einer Härtefallkommission

PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5902 5904 5908 5909 5915 5918

Verweisung auf eine positive Zuwanderungsbilanz in BW durch Binnenzuwanderung, Bedarf an zusätzlichen Wohnungen

PIPr 13/92 28.04.2005 S. 6462 6472

Vorschaltung einer zwingenden Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung als Konsequenz auf das neue ZuwanderungsGes

PIPr 13/98 28.07.2005 S. 7008

Verweisung auf eine positive Zuwanderungsbilanz in BW

PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7199 7200

Bedeutung einer gesteuerten Zuwanderung angesichts des demographischen Wandels, Verweisung auf eine positive Zuwanderungsbilanz in BW durch Binnenzuwanderung

PIPr 13/105 15.12.2005 S. 7560-7563

Förderung der Integration von Zuwanderern, Verteidigung des Gesprächsleitfadens für (muslimische) Einbürgerungsbewerber; Fortsetzung der Politik der Zugzugsbegrenzung

PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7645-7660 7662-7667

Anstieg der Bevölkerungszahl in BW durch eine noch etwa 20 Jahre anhaltende Zuwanderung aus den neuen BLändern

PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7771

Einrichtung einer Härtefallkommission nach dem neuen ZuwanderungsGes, Eintreten für eine Altfallregelung, Evaluierung des ZuwanderungsGes, Bedeutung einer gesteuerten Zuwanderung angesichts des demographischen Wandels

PIPr 13/109 22.02.2006 S. 8004-8008

Zuwanderungsgesetz

s. Zuwanderung

ZVS

s. Studienplatz

Zwangsprostitution

s. Prostitution

Zwangsvollstreckung

s. Vollstreckung von Forderungen

Zweckentfremdung von Wohnraum

s. Wohnung

Zweckverband

s.a. Kommunale Zusammenarbeit
s.a. Kommunalen Versorgungsverband
s.a. Kommunalverband für Jugend und Soziales

Eurodistrikt Straßburg/Kehl

Beteiligung an der Ausgestaltung des Eurodistrikts am Oberrhein, Nutzung der Vorbildfunktion des grenzüberschreitenden kommunalen Zweckverbands

Antr
s. Europäische Regionen
 Drs 13/2262

Anstrengung eines grenzüberschreitenden Zweckverbands mit der PAMINA-Region

PIPr 13/26 16.05.2002 S. 1516 1521

Ermöglichung grenzüberschreitender Zweckverbände nach dem Karlsruher Vertrag, Nutzung der Möglichkeiten am Oberrhein

PIPr 13/32 17.10.2002 S. 1987

Ermöglichung der grenzüberschreitenden regionalen Zusammenarbeit in Zweckverbänden

PIPr 13/42 27.03.2003 S. 2872 2873

Auslagerung von Aufgaben der LKreise in Zweckverbände, Zweifel an der demokratischen Legitimation von Zweckverbänden

PIPr 13/43 07.05.2003 S. 2907 2935 2978 2981

Auslagerung von Aufgaben der LKreise in Zweckverbände

PIPr 13/66 31.03.2004 S. 4668

Auslagerung von Aufgaben der LKreise in Zweckverbände

PIPr 13/71 30.06.2004 S. 5004

Ermöglichung grenzüberschreitender Zweckverbände nach dem Karlsruher Vertrag

PIPr 13/89 20.04.2005 S. 6357 6358

Anstrengung eines verbindlicheren Rahmens für den Eurodistrikt Straßburg-Ortenau mit einem Zweckverband

PIPr 13/100 06.10.2005 S. 7134 7135

Zweiter Bildungsweg*Keine Kürzungen beim BAföG für Zweiten Bildungsweg*

Erwartete Einsparungen mit der eingebrachten Bundesratsinitiative zur Vereinfachung des BAföG-Verfahrens; Verzicht auf die darin enthaltene Herabsetzung der Förderungsaltersgrenze und den Wegfall der elternunabhängigen Förderung für Auszubildende an Kollegs und Abendgymnasien

Antr
s. Ausbildungsförderung
 Drs 13/2872

Einsparungen beim 2. Bildungsweg; Kürzungen bei den Abendrealschulen und Abendgymnasien im Doppelhaushalt 2005/06

Auflistung der o.g. Bildungseinrichtungen, der Träger, Teilnehmerzahlen und erworbenen Abschlüsse in den letzten fünf Jahren; Anteil von Teilnehmern mit Migrationshintergrund; Höhe und Kostendeckungsgrad der Landeszuschüsse bzw der Schul- und Prüfungsgebühren; Umfang und Auswirkungen von geplanten

ten Kürzungen, Erwartung eines Abschreckungseffekts infolge der dann notwendigen Erhöhung der Schulgebühren

KIAnfr Renate Rastätter GRÜNE 28.10.2004 und Antw KM Drs 13/3713

HaushaltsstrukturGes 2005

Realisierung struktureller Einsparungen als Deckungsbeitrag für die Haushalte 2005/06 und fortwirkende Entlastungsmaßnahmen für künftige Haushalte; Begrenzung der Zuschüsse an Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs in freier Trägerschaft; Änd des PrivatschulGes

GesEntw
s. Haushaltsstrukturgesetz
 Drs 13/3832

*Haushalt 2005 und 2006; Epl 04**Rücknahme von Kürzungen bei den Schulen für den zweiten Bildungsweg*

ÄAntr SPD 18.01.2005 Drs 13/4004-1 S. 48 49
 ÄAntr GRÜNE 20.01.2005 Drs 13/4004 8-9 S. 59-62
 ÄAntr SPD 08.02.2005 Drs 13/4044-1 S. 2 3
 ÄAntr GRÜNE 15.02.2005 Drs 13/4044-6 S. 11 12
 PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5986-6013

Zukunft des 2. Bildungswegs in BW

Auflistung der 1947 an private Träger übergebenen Abendrealschulen und Abendgymnasien; Darlegung der vereinbarten Finanzierungsregelung, der Schülerzahlen und Gebührenerhebung im Vergleich zu anderen BLändern; Einsparung von Verwaltungskosten durch die Privatisierung; Auswirkungen der beabsichtigten Kürzungen auf die Höhe der Schulgebühren bzw der vom Trägerverein Volkshochschule Stuttgart beschlossenen Auftragsrückgabe, Befürchtung des Rückzugs weiterer Träger; vollständige Rücknahme der iRd HaushaltsstrukturGes vorgesehenen Kürzungen

Antr GRÜNE 27.01.2005 und Stellungnahme KM Drs 13/3981
 BeschlEmpf und Bericht SchulA 16.11.2005 Drs 13/5052 S. 17 18
 PIPr 13/107 02.02.2006 S. 7859

Schulische Bildung im Strafvollzug nach der Kürzung der Mittel für Träger des Zweiten Bildungswegs

Auswirkungen des Wegfalls von Realschulkursen auf die darauf aufbauenden Berufsausbildungsmöglichkeiten, betroffene Anstalten und Kurse; Erhaltung der Bildungsangebote und Wege zum Erreichen von Bildungsabschlüssen im Strafvollzug

Antr
s. Schulabschluss
 Drs 13/4173

Weiterbildung und lebenslanges Lernen in BW

Bedeutung und Schwerpunkte der allgemeinen, beruflichen und wissenschaftlichen Weiterbildung; Bewertung der Aufgaben, Angebote, Strukturen und Finanzierung der einzelnen Träger; Auswirkungen der Kürzungen im zweiten Bildungsweg, insbes bei Volkshochschulen und Eigenanteilen der Teilnehmer; Entwicklung der Landesförderung bei den kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung und Familienbildungsstätten; Anstöße zur Förderung der Weiterbildungsforschung, zur Nutzung der Potenziale von gering Qualifizierten, Alleinerziehenden, Älteren etc; Konsequenzen aus einem Kommissionsbericht zum lebenslangen Lernen; zweijährige Berichtsvorlage; Entwicklung und Finanzierung der Hochschulangebote zum Studium generale, Se-

niorenstudium und Kinderuniversitäten

GrAnfr
s. *Weiterbildung*
Drs 13/4285

Bildungs- und Kompetenzentwicklungsberatung in Lernläden
Beurteilung der vorhandenen Angebote zur Ermittlung des Lern- und Weiterbildungsbedarfs, insbes von weiterbildungsfernen Zielgruppen; Finanzierung von Projekten der sechs Lernenden Regionen? Vorlage eines Konzepts zum Aufbau und Vernetzung von Angeboten für alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen als Teil einer aktiven Weiterbildungspolitik, Nutzung der bisherigen Erfahrungen

Antr
s. *Bildung*
Drs 13/4352

Haushalt 2006; Nachtrag
Rücknahme der Kürzungen bei den Schulen für den zweiten Bildungsweg
ÄAntr GRÜNE 16.11.2005 Drs 13/4840-N 32 S. 89 90
PIPr 13/103 30.11.2005 S. 7392-7413

Auswirkungen der Kürzungen bei Abendrealschulen und Abendgymnasien

Zahl der Schüler an den o.g. Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, Höhe der Kostensteigerung an den einzelnen Schulen seit der Zuschusskürzung sowie der erhobenen Gebühren pro Semester, Frage nach der Lernmittelfreiheit an diesen Schulen und etwaigen Zuschüssen

KIAnfr Beate Fauser FDP/DVP 18.11.2005 und Antw KM
Drs 13/4856

Abwendung der vorgesehenen Mittelkürzungen für die Abendrealschulen und Abendgymnasien
PIPr 13/82 15.12.2004 S. 5806 5813 5814

Abwendung der vorgesehenen Mittelkürzungen für die Abendrealschulen und Abendgymnasien
PIPr 13/83 16.02.2005 S. 5875

Halbierung der geplanten Kürzung für die Abendschulen, Forderung nach Rücknahme jeglicher Kürzungen
PIPr 13/84 17.02.2005 S. 5987 5988 5990 5991 5994 5996 6005

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige auch ohne Abitur und Eignungsprüfung, Bewertung als wichtiges Element des zweiten Bildungswegs
PIPr 13/97 27.07.2005 S. 6948

Kritik an den Kürzungen beim zweiten Bildungsweg
PIPr 13/101 09.11.2005 S. 7230

Kritik an den Kürzungen beim zweiten Bildungsweg
PIPr 13/106 01.02.2006 S. 7684 7685

Ermöglichung des Hochschulzugangs für qualifizierte Berufstätige; Kritik an den Kürzungen beim zweiten Bildungsweg
PIPr 13/109 22.02.2006 S. 7946 7953 7969

Zweiter Nachtrag zum Haushalt 2000 und 2001

s. *Haushalt 2000 und 2001*

Zwiefalten

Amtliche Statistik - Abweichung bei Einwohnerzahlen

Ursachen und Auswirkungen, insbes im kommunalen Finanzausgleich, der o.g. Unterschiede zwischen den Zahlen des Statistischen Landesamts und der Einwohnermeldeämter; konkrete Auswirkungen im Fall der Stadt Stuttgart und der Gemeinde Zwiefalten; Umgang mit Widersprüchen von Kommunen gegen die als Bemessungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich verwendeten Zahlen

KIAnfr
s. *Einwohner*
Drs 13/5134

Zypern

Einbürgerung weiterer EU-Bürger unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit

Hinnahme von Mehrstaatigkeit bei Unionsbürgern aus Dänemark, Spanien, Belgien, Holland, Polen, der Slowakei, Slowenien und Zypern; Übernahme der Rechtsauffassung des Bundes u.a. BLänder

Antr
s. *Einbürgerung*
Drs 13/3885

Beitritt Zyperns zur EU, Verhandlungen zur Lösung des Zypernkonflikts

PIPr 13/34 14.11.2002 S. 2152 2153